Vorwärts

UNIVERSITY OF VIRGINIA LIBRARY
X000012378

UNIVERSITY
OF VIRGINIA
CHARLOTTESVILLE
LIBRARY

Vorwärts

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands

Herausgegeben
von
Wilhelm Liebknecht
und
Wilhelm Hasenclever

Unveränderter Neudruck
Mit einer Einleitung
von
KARL-HEINZ GENSCH

2. Januar 1878 – 27. Oktober 1878

ZENTRALANTIQUARIAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
LEIPZIG 1977

Fotomechanischer Neudruck der Originalausgabe 1876–1878
nach dem Exemplar des
INSTITUTS FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED
Druck: Nationales Druckhaus, VOB National, 1055 Berlin
Printed in the German Democratic Republic
Ag 509/29/1977

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petr. 10 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sozialdemokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 315 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourn-ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Golden Square.

Nr. 1. Mittwoch, 2. Januar. 1878.

☛ Des Neujahrstages wegen müssen wir die nächste Nummer (Freitagsnummer vom 4. Januar) ausfallen lassen.

Redaktion des „Vorwärts".

Neujahrsgruß an das arbeitende Volk.

Glück auf! Das neue Jahr beginnt und mit ihm neue Pflichten,
Aufs Neu' bewegt das Menschenherz: Verlangen und Verzichten.
Hier Ueberfluß, dort herbe Noth — entsetzliches Entbehren;
Hier Hungerqual und Elend nur, dort Prassen und Verzehren.
Von „Oben her" kommt wenig nur, das Herze zu erfrischen,
In karger Dosis reicht man uns das Heil von „grünen Tischen".
„Stützt Industrie! Schafft Arbeit her, um Hungernde zu retten!"
So rufen wir heut mahnend zu den deutschen Kabinetten.

Du Volk, erkenne deine Kraft, erkenne deine Rechte,
Und table und verachte stets das Feige und das Schlechte,
Auf rüttle alle Säumenden und stütze alle Schwachen,
Ja, bringe alle Schlummernden zum baldigen Erwachen.
Dir Volk ist es anheimgestellt das Wollen und Vollbringen,
Es schwelgt des Reichthums schwach Geschlecht, der Arbeit Kinder ringen;
Nimm auf den Kampf, den Geisteskampf, den dir die Zeit beschieden,
Die schwere Zeit, die große Zeit, noch weit von Glück und Frieden.

Der Waffenlärm durchtobt die Welt, vom Nordpol bis zur Tropе,
Die Waffenwucht sie lähmt den Arm der prächtigen Europe,
Bewölkt ist rings der Horizont, es leuchten Kriegesblitze.
Wir fragen nun mit Bitterkeit: „Was ist der Staaten Stütze?
Was dient zum Schutz, was dient zum Hort den Bürgern und den Thronen?"
Die Antwort lautet klar und prompt: „Nur Säbel und Kanonen."
Die Hungerpfänder brüllen hinein in nächste Feindeslande,
Sie künden keinen Kämpferruhm, sie künden uns're Schande.

Viel tausend Schwerter haut man stumpf an edlen Menschenleibern,
Ins Elend fliehen Weib und Kind vor grimmigen Vertreibern.
Die Feuersäule glüht und frißt des Armen letzte Habe,
Der irrt als Bettler nun umher und heischet karge Gabe.
Fürwahr, die heutige Kultur sie treibet grause Blüthen,
Und du nur, Volk, nur du kannst sie verkürzen und verhüten,
In dir, dem Volke, liegt der Keim des Wahren, Edlen, Guten,
Nur deine Kraft kann Bollwerk sein für alle Unheilsfluthen.

Die Zeit, sie fordert den Tribut, sie nagt und schafft Ruinen
Und mahnet jeden Menschengeist: mit Gutem ihr zu dienen.
Des Reichthums Kinder halten fest an dem bequemen Alten;
Sie lassen unter Goldeslast das Pflichtgefühl erkalten;
Sie zeigen uns mit Uebermuth: Verachtung und Verhöhnung,
Und so erweitern sie die Kluft, verzichten auf Versöhnung.
Sie sehen, sie verstehen nicht der Zeit gebiet'risch Winken,
D'rum lasset sie erkoren sein zum Prassen und — zum Sinken.

Du aber, Volk, erweise dich als wahres Volk der Denker,
Das immer mit Verständniß prüft die Thaten seiner Lenker,
Das sich nicht, Schachfiguren gleich, auf jeden Plan läßt schieben,
Vom Ehrgeiz der Gewaltigen, selbst willenlos, getrieben.
Denk nach, ob du nur Lastthier bist für schwere Steuerbürde?
Ob nicht das Selbstbestimmungsrecht gehört zur Menschenwürde?
Ja denke nach und hast du dann das Richtige gefunden,
Dann schaar' um solche Männer dich, die sich für's Recht verbunden.

Der rege Zeitgeist schreitet vor, läßt unsre Hoffnung steigen,
Er wird sich auch in diesem Jahr uns groß und günstig zeigen.
Und weht auch noch nicht frisch und frei für uns die Luft vom Berge,
Und kämpfen wir auch vielfach noch mit Denunziant und Scherge:
Der Redner Kraft, der Presse Macht, die seh'n wir stets sich heben,
Zwei Pulse, die mit Doppelschlag das Völkerherz beleben,
Die es der Geistesfinsterniß mit kühnem Ruck entreißen,
Der derben Wahrheit Worte leihn und nicht mit Lügen gleißen.

Der Zeitgeist eilt, ihn halten nicht volksfeindliche Despoten;
Ihn bannen nicht mit „Federgift" geldgierige Heloten;
Ihn bannen nicht mit Wuthgeheul' polit'sche Rückwärtsschreiter,
Nicht Volksverdummer jeder Art, nicht fromme Kirchenstreiter;
Ihn dirigiren nicht zurück selbst „große Professoren";
Er führt Vernünftige an der Hand und schreitet über Thoren.
Er schreitet vorwärts immerfort, macht junge Kräfte flügge
Und vorwärts! — schreiten wir mit ihm, zum Kampfe und — zum Siege.

Charlotte Westphal.

Auf der Schwelle des Neuen Jahres.

Ein ereignißvolles Jahr liegt hinter uns — ereignißvoll für die Menschheit im Allgemeinen, ereignißvoll für unsere Partei. Die schwarze Wolke der orientalischen Frage hat allen Beschwörungskünsten der Diplomatie getrotzt und sich in einem furchtbaren Gewitter entladen, das, bisher auf einige Provinzen des türkischen Reichs beschränkt, jetzt ganz Europa verheerend zu überziehen droht. Niemals hat die Diplomatie, hat die Staatsweisheit der Zunftpolitiker ein kläglicheres Fiasko gemacht, niemals sind die Völker in drastischerer Weise belehrt worden, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird, wie werthlos Verträge und „heilige Versprechungen", wie unmoralisch die politische Moral, wie wurmstichig die Grundlagen des heutigen Staatssystems, wie barbarisch unsere Civilisation, wie heuchlerisch die modernen, modischen Culturphrasen.

Wir Sozialdemokraten waren nicht stark genug, die Schmach und das Unheil dieses Kriegs abzuwenden, der, im Namen der Humanität geführt, ein Verbrechen ist an der Humanität; aber wir haben — die einzige Partei in Deutschland — voller Empörung gegen dieses Verbrechen protestirt, die Urheber und Mitschuldigen gebrandmarkt, die Unsittlichkeit und Gemeinschädlichkeit der herrschenden sogenannten Staatsordnung an ihren Früchten gezeigt. Das haben wir gethan, und das fahren wir fort zu thun.

Auf dem Gebiete der inneren Politik kein erbaulicheres Schauspiel. Die von dem „genialen" Gründer des deutschen Reichs eigens angefertigte Regierungsmaschinerie ist nach allen Richtungen hin aus den Fugen gegangen: die Räder greifen nicht richtig ineinander; überall „Friktionen" — Kanzlerkrise — Ministerkrise — Alles außer Rand und Band, bis zur wüstesten „Regierungslosigkeit", oder, um ein zwar undeutsches, aber trotzdem verständlicheres Wort zu gebrauchen — bis zur wüstesten Anarchie, so daß nationalliberale Blätter zerknirscht stöhnen, zu Zeiten des seligen Bundestags sei die Confusion nicht so groß, die Regierungsmaschinerie nicht so hoffnungslos verpfuscht und ausgeleiert gewesen.

Wir Sozialdemokraten haben es noch nicht ändern gekonnt — aber wir haben das Anklagematerial sorgfältig gesammelt und schmieden uns Waffen daraus.

Und die wirthschaftliche Lage! Nicht ein heller Punkt in den vergangenen zwölf Monaten. Die Geschäftskrisis hat ununterbrochen am Marke der Nation gefressen, einen Industrie- und Handelszweig nach dem andern gepackt, gelähmt — die schwarze Hungerfahne über dem „Milliardenland" aufgezogen. Und unsere Staatsmänner mußten in Thronreden und Parlamentsdebatten ihre Unfähigkeit, zu helfen, erklären, ihre Hilf- und Rathlosigkeit, den Bankerott ihrer Wirthschaftspolitik erklären.

Wir Sozialdemokraten haben von diesem Bankerout und dieser Bankerout-Erklärung Akt genommen und sorgen dafür, daß das Volk nicht vergißt.

Haben wir nicht Ursache, mit Genugthuung auf das Jahr 1877 zurückzublicken? Augenfälliger konnte die Verkehrtheit, die innere Fäulniß, die Volksfeindlichkeit, das verderbliche Wirken unserer Staats- und Gesellschaftseinrichtungen nicht demonstrirt werden, als dies im letzten Jahre geschehen ist. —

Bedeutungsvoll in der Geschichte unserer Partei ist der 10. Januar 1877. Es war der Tag der Wahlschlacht. Alle Kräfte waren lang vorher mobil gemacht, es war ein echtes „Aufgebot in Masse" und die Zusammenfassung aller Kräfte brachte den Sieg. Der Tag der Wahlschlacht wurde ein Tag des Triumphs.

Die Gegner, erst verblüfft, niedergedonnert, suchten, nachdem sie sich wieder einigermaßen gefaßt, Trost in der Behauptung, wir verdankten unseren Erfolg blos der Ueberrumpelung. Die Nachwahlen zerstörten ihnen diesen Trost — namentlich die Nachwahl im sechsten Berliner Wahlkreis, wo sich alle Parteien als „eine reaktionäre Masse" gegen uns geeinigt, ihre „besten Männer" gegen uns in's Feld gestellt hatten, und dennoch erlagen. An diesem Wahrspruch des souveränen Volks ließ und läßt sich nicht deuteln.

Nicht blos an den Reichstagswahlen betheiligte sich unsere Partei — auch in die Landtags- und Gemeindewahlen traten wir nachdrücklich ein und, ungeachtet des Census, ebenfalls mit Erfolg. In den Censuswall, der die Landtage dem Volk verschließen sollte, wurde Bresche geschossen — in zwei deutsche Landtage sind Quartiermacher der Sozialdemokratie eingezogen.

Durch diese Betheiligung an den Wahlen zum Reichstag, zu Landtagen und Gemeindevertretungen haben wir den thatsächlichen Beweis geliefert, daß wir nicht die „Partei des Umsturzes" sind, als welche jämmerliche Angstphilister oder infame Denunzianten uns ausschreien.

Der Staat und die Gesellschaft sind uns organische Gebilde, die nach festen, ehernen Gesetzen in fortwährendem Wachsen, in fortwährender Entwickelung begriffen sind, und nicht in willkürliche Formen geknetet werden können. Wer uns die Absicht unterschiebt, „tabula rasa machen", mit einem Streich Staat und Gesellschaft gewaltsam zertrümmern und auf dem Trümmerhaufen einen neuen Staat und eine neue Gesellschaft bauen zu wollen, bekundet dadurch blos seine Unkenntniß des Wesens von Staat und Gesellschaft, die überhaupt nicht gewaltsam zertrümmert werden können, und legt seine eigene Unwissenheit uns bei.

Wir wissen, daß wir Staat und Gesellschaft nicht gewaltsam umstürzen können, und arbeiten darum auf eine, den historischen Entwicklungsgesetzen sowie den Forderungen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit entsprechende organische Reform des Staats und der Gesellschaft hin — bereit, jeden ehrlichen und vernünftigen Besserungsversuch, komme er von welcher Seite er wolle, ehrlich zu unterstützen, und überzeugt, daß jeder Versuch, Staats- und Gesellschaftseinrichtungen, die sich überlebt haben und mit den Bedürfnissen der Menschen in Widerspruch gerathen sind, den historischen Entwicklungsgesetzen zum Trotz aufrecht erhalten und den wechselnden Erscheinungen des Tags den Stempel der Ewigkeit aufdrücken zu wollen, je nach den Umständen entweder ein lächerliches oder ein tragisches Ende finden muß.

Die Haltung unserer Abgeordneten in der letzten Reichstagssession war ganz besonders geeignet, den praktischen, reformatorischen Charakter unserer Partei, die übrigens niemals ihre revolutionären Ziele verhehlt hat, in helles Licht zu stellen. Wer nach Einbringung des Arbeiterschutzgesetzes durch unsere Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei noch den Vorwurf macht, sie wolle den „gewaltsamen Umsturz", keine Reform — ist ein Verleumder.

Ein bedeutungsvolles Ereigniß für uns, für die Sozialdemokratie, das arbeitende Volk aller Länder war der internationale Sozialistencongreß zu Gent, der die Bande der Solidarität zwischen den Proletariern der verschiedenen Staaten und Nationalitäten fester geknüpft hat, und ein mächtiger Schritt vorwärts ist auf dem Wege zur allgemeinen Menschenverbrüderung.

Natürlich war das vergangene Jahr für die deutsche Sozialdemokratie reich an Verfolgungen, an Anfeindungen, Verleumdungen. Wir sind daran gewöhnt und tragen lächelnd das Unvermeidliche.

Je mehr unsere Partei erstarkt und sich ausbreitet, desto heftiger werden die Verfolgungen, desto leidenschaftlicher die Anfeindungen, desto giftiger die Verleumdungen sein. Das läßt sich nicht ändern. Den Gegnern mag es Vergnügen machen, uns thut's keinen Schaden. Im Gegentheil. Gleich einem Volk, das von eroberungslustigen Nachbarn unaufhörlich beunruhigt wird, müssen wir stets auf dem Kriegsfuß sein, stets wachsam, stets auf unsere innere und äußere Kräftigung bedacht.

Keine Macht der Erde wird uns von dem Pfade der Pflicht, der Erkenntniß abdrängen. Kein Lockruf, keine Drohung wird an uns verfangen. Wir sind unserer Sache sicher. In diesem unüberwindlich machenden Bewußtsein, ohne Selbstüberschätzung, ohne blind zu sein gegen das was noch mangelhaft ist in unserer Partei, aber mit dem ernsten Streben, vorhandene Mängel zu beseitigen, vorhandene Lücken auszufüllen — werden wir weiter ringen, entschlossen, im vollsten Maß unsere Schuldigkeit zu thun.

Mit diesem Gelöbniß treten wir in das Neue Jahr!

Aus Berlin.

— 28. Dezember.

„Verdrießlich und ungemüthlich" nennt diejenige Zeitung, welche Eduard Lasker einzig und allein liest, die gegenwärtige Situation, ohne dabei die hohe Ehre besonders hervorzuheben, die der nationalliberalen Partei dadurch geschieht, daß ihr einflußreichster Führer, Herr von Bennigsen, nun schon zum zweiten Male nach Varzin berufen worden ist. Die nationalliberale Partei befindet sich augenscheinlich in der Klemme. Erhalten einige ihrer Mitglieder wirklich Ministerposten, so giebt sie ihnen Herr von Bismarck nur unter der Bedingung der völligen Unterwerfung der nationalliberalen Partei unter seinen Willen; giebt er der Partei die Ministerposten nicht, kann er sich nicht völlig mit ihr einigen, nun so zieht Bismarck seine mächtige Hand völlig von ihr ab und überläßt sie ihrem Schicksale. In beiden Fällen aber wird die nationalliberale Partei zerbröckeln. Im ersteren Falle geht Lasker, den man natürlich schon seiner Sentimentalität wegen nicht zum preußischen Minister brauchen kann, mehr nach links; im andern Falle gehen die Herren Wehrenpfennig, Treitschke und Genossen zu den Conservativen. Man sieht, daß die „National-Zeitung" recht hat, wenn sie die Situation für ihre Partei als „verdrießlich und ungemüthlich" bezeichnet.

Herr v. Treitschke, den ich eben zum Exempel erwähnte, hat kürzlich aus der Schule geschwatzt; er hat so recht die Gefühle des rechten Flügels der Nationalliberalen offenbart. Mit großer Wuth fällt er über die armen Fortschrittler her, die es wagen, sich immer erst etwas zu zieren, ehe sie dem Gewaltigen zu Varzin die Reiterstiefeln küssen — diese Ziererei ist dem Obersten der Bismarckischen Mamelucken noch zu „freisinnig". Außerdem ärgert sich Herr v. Treitschke, daß das Reichsgericht nach Leipzig kommt; er nennt das eine Verstärkung des Partikularismus, einen zweiten Fehler in Bezug auf das partikularistische Sachsen und zwar begangen von den Nationalliberalen selbst, der dem ersten Fehler in Bezug auf dasselbe Land gefolgt sei, welcher darin liege, daß man Sachsen im Jahre 1866 nicht auch annektirt habe. Man sieht, daß es Herr von Treitschke an Deutlichkeit nicht fehlen läßt. Und das Ende von diesem lauten Liede, welches von Treitschke in der Rundschau der „Preußischen Jahrbücher" anstimmt, lautet: „Unterwerfung unter einen starken Willen und zwar unter den des Herrn von Bismarck." — Als wenn die armen Nationalliberalen in dieser Hinsicht noch etwas zu wünschen übrig ließen?

Noch immer ist der Kampf zwischen Herrn v. Bismarck und der Partei Arnim nicht ausgekämpft. Am Hofe der Kaiserin befinden sich Elemente, die mit dem Bismarck'schen Auftreten nicht einverstanden sind — und diese Elemente gilt es, zu beseitigen. So soll jetzt der Kammerherr der Kaiserin, Graf v. Nesselrode, ausersehen sein, die beiden Buchstaben a. D. hinter seine Hofcharge zu erhalten. Diese kleinen Plänkeleien aber scheinen den Herrn v. Bismarck sehr zu verstimmen, und besonders da der Kaiser in der evangelisch-kirchlichen Frage, die übrigens inniger mit dem „Culturkampf" zusammenhängt, als man im ersten Augenblick meint, eine andere Stellung einnimmt, wie der Herr v. Bismarck. Und das kann noch manches Calcul der Herren Bismarck und Falk über den Haufen werfen. So ist nicht nur für die Nationalliberalen die Situation „verdrießlich und ungemüthlich", sondern auch für den Hrn. v. Bismarck selbst.

Und auch im preußischen Landtage kann es nach Neujahr etwas ungemüthlicher noch hergehen, als bisher, besonders in Hinsicht auf den Culturkampf. Der von den Clericalen eingebrachte Antrag in Bezug auf das Dorf Marpingen, welches der bekannten „Wundererscheinungen" wegen „berühmt" oder besser, berüchtigt geworden ist, und der eine diesem Dorfe von der Regierung zwangsweise auferlegte Summe für ausgeführte Polizeimaßregeln an die Gemeinde zurückerstatten lassen will, dieser Antrag ist in seinen Motiven doch so gravirend für die Behörden, daß man wohl annehmen kann, daß derselbe großen Spektakel hervorrufen wird. Da ich bis jetzt die Motive zu dem Antrage im „Vorwärts" noch nicht gefunden habe, so glaube ich, daß es zur Charkterisirung des Culturkampfes nicht unnöthig erscheint, einen Theil derselben mitzutheilen, und zwar den Theil, der sich auf das Verhalten des Militärs am 13. Juli 1876 bezieht:

„Um halb 5 Uhr Nachmittags traf die 8. Compagnie des 4. rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 30 in St. Wendel ein. Der Hauptmann, welcher die Compagnie führte, erhielt von dem Kreissekretär und dem Bürgermeister Woytt die Mittheilung, „daß in Marpingen die Aufruhrakte verlesen und die Beamten durch die Menge gedrängt worden seien." Der Bürgermeister Woytt führte die Soldaten nicht über die bequeme, breite, im Thal gelegene Chaussee, sondern auf einem beschwerlichen, steilen Nebenwege über das Gebirge. Auf der Höhe oberhalb des Härtelwaldes angelangt, gingen die Soldaten von dem Wege ab, passirten und zerstörten dadurch bepflanzte Gemüsefelder und kamen so gegen 8 Uhr Abends ungesehen durch den Wald zu der unterhalb gelegenen Stelle, wo die betende und singende Menge beisammen war. Weder der Bürgermeister noch der Hauptmann richtete die gesetzliche Aufforderung an die Menge, sich zu entfernen, der Hauptmann ließ einen unverständlichen Trommelwirbel schlagen, und dann jagten die Soldaten auf das Commando: Marsch, Marsch, Hurrah! die Menge mit gefälltem Bajonnet auseinander. Nicht der leiseste Widerstand wurde geleistet, dennoch kamen Verwundungen einzelner Leute vor und brach dabei ein Fuhrmann den Arm. Die vorstehend berichteten Thatsachen sind im Wesentlichen in den Verhandlungen der Zuchtpolizeikammer sowie der correctionellen Appellationskammer des Kölner Landgerichts vom 14. April beziehungsweise 24. Mai d. J. eidlich durch zahlreiche Zeugen erhartet worden und können durch weitere zeugeneidliche Vernehmungen jeder Zeit dargethan werden. Ein Augenzeuge, Mitglied des Marpinger Gemeinderaths, sagt über die Szene im Walde: „Es war zu vergleichen mit einem großen Treibjagen". Der Bürgermeister Woytt führte den Hauptmann ins Dorf mit den Worten: „Sehen Sie, Herr Hauptmann, das ist eine allgemeine Räuberbande." Als der Ortsvorsteher, der in keiner Weise benachrichtigt worden war, erschien, sagte Woytt zu ihm: „Es ist recht für Euch, es schadet Euch nichts, Ihr habt ja das viele Geld in Eurer Kasse, aber ich werde sie Euch jetzt leer machen. Ihr seid Schuld an dieser Sache." Als die verlangten Viktualien und Fourage für das Militär nicht rasch genug herbeigeschafft wurden, rief er dem Hauptmann zu: „Herr Hauptmann, ich übergebe Ihnen das Dorf, gehen sie hinein und nehmen Sie, was Sie finden." Hierauf wurde das Dorf abgesperrt, die Fremden entfernt und die Wirthshäuser geleert; die Soldaten benahmen sich wie in Feindesland. Bis in die späte Nacht durchstreiften sie das Dorf, um Betten und Brod zusammenzuholen; einer Frau, die im Bette lag, wurde die Decke weggerissen, und eine andere kränkliche Frau mit ihrem Kinde aus dem Bette getrieben und letzteres weggenommen. Den Soldaten (90 an der Zahl) war noch am späten Abend ein bei dem Wirthe Thome requirirtes Quantum von 80 Liter Wein verabreicht worden; für einen der Offiziere wurden bei dem Ortspfarrer Neureuter 10 Flaschen Wein requirirt. Einem Mitgliede des Gemeinderaths von Marpingen sagte der Bürgermeister Woytt: „Ich habe schon lange gesucht, Euch ins Käulchen zu bringen, jetzt habe ich Euch — ich werde Euch treten, so gut ich kann; das ist recht für Euch." Die sämmtlichen hier referirten Aeußerungen des Bürgermeisters Woytt sind vor der Zuchtpolizeikammer des Landgerichts zu Saarbrücken in der Verhandlung gegen den Prinzen Radziwill vom 22. Juni dieses Jahres erwiesen und vom Zuchtpolizeigericht als erwiesen angenommen worden."

Dies der interessantere Theil der Motive für den clericalen Antrag. Daß ich mich, ebensowenig wie Sie, für den Wunderschwindel zu Marpingen erwärmen kann, und daß ich es demgemäß recht finde, daß in dieser Beziehung den Herren Clericalen die Wahrheit ordentlich gegeigt wird, da sie an der noch vielfach herrschenden Dummheit des Volkes direkt, und deshalb auch an solchen Vergewaltigungen indirekt, mit Schuld sind, brauche ich nicht erst besonders zu versichern; daß aber solche Gewaltthaten sehr an das Kosakenthum erinnern und deshalb ernst gegeißelt werden müssen, ist gleichfalls richtig, und warum freue ich mich, daß sich nach Neujahr unsere beiderseitigen Gegner einmal tüchtig in die Haare gerathen werden.

Zum Schlusse will ich noch eines Gerüchtes Erwähnung thun, welches, wenn es sich bewahrheitete, gewiß allgemeine Freude zu erregen im Stande wäre. Man spricht nämlich hier davon, daß in letzter Stunde die deutsche Reichsregierung sich noch entschlossen habe, sich an der Pariser Weltausstellung, wenn auch in gewissen Grenzen, zu betheiligen. Die Sozialdemokratie in Deutschland, und voran der „Vorwärts", waren es, die gleich zu Anfang, als der Entschluß der Nichtbetheiligung bekannt wurde, diesen Entschluß mit aller Energie bekämpften und auf die traurigen Folgen desselben aufmerksam machten. — Sollte die deutsche Reichsregierung nun endlich noch zur Einsicht gelangt sein? Allerdings erscheint mir das Gerücht von solcher Wendung nicht recht glaublich — doch wir wollen sehen; die nächsten Wochen müssen die Entscheidung ja bringen, da die Ausstellung zu Paris in 4 bis 5 Monaten schon eröffnet werden soll.

Sozialpolitische Uebersicht.

— England hat nun offiziell die „Vermittlung" zwischen Rußland und der Türkei in die Hand genommen, in Petersburg und Konstantinopel angefragt, unter welchen Bedingungen man geneigt sei, Frieden zu schließen, und zu gleicher Zeit die Erklärung abgeben lassen, daß es an dem Pariser Vertrag festhalte. Da diese „diplomatische Aktion" von sehr ernsthaften Kriegsrüstungen unterstützt wird, so hat sie die Vertreter des Knutenthums sehr unangenehm überrascht. „Väterchen" konnte seinen Aerger nicht bei sich behalten und machte ihm am 24. Dezember bei einer beliebigen „Siegesdemonstration" in folgenden Worten Luft:

„Sie wissen, meine Herren, daß Europa mit Vertrauen unserer Aktion folgte. Nur England scheint eine Pression auf die Freiheit unserer Bewegung ausüben zu wollen. Meine Herren! Auf eine Mediation werden wir nicht eingehen, gegen eine Intervention sind wir gerüstet."

Letztere Drohung wird in England nur ein mitleidiges Lächeln erregen. Man weiß, daß Rußland bis jetzt nicht einmal die zur Niederwerfung der Türkei nöthigen Truppen zusammenzubringen vermochte, und man weiß, daß es — ein Polen giebt, welches mit ein klein wenig Unterstützung, um ihm auf die Beine zu helfen, für sich allein im Stand ist, ganz Rußland lahm zu legen.

— Die „Kanzlerkrise" schleppt sich noch immer hin. Dem „kaputen Mann" fällt es offenbar sehr schwer, wieder in den Sattel zu kommen. — Die Nationalliberalen träumen, sie hätten Bismarck „moralisch erobert", er würde Bennigsen, Forckenbeck, Gneist, am Ende gar den „Idealist" Lasker in's Ministerium berufen, und in seinen alten Tagen nationalliberal werden. Wir können IhM und ihnen nichts Besseres wünschen.

— 10,187,726 Mark verlangt der Etat für die Verwaltung des Reichsheeres für das Jahr 1878/79 (ausgenommen Bayern, das eine Separat-Militärverwaltung hat) mehr als für das Jahr 1877/78. Es ist das allerdings nur eine kleine Summe im Vergleich zur Gesammtausgabe, die sich, exclusive für die beiden bayerischen Armeecorps und für die Marine, auf 294,794,240 Mark beläuft. Aber wenn man bedenkt, daß wir fast jährlich eine Steigerung im Militäretat hatten, und daß diese Steigerung nach der Ansicht des Herrn Moltke von der fünfzigjährigen militärischen Beschützung unserer „Errungenschaften" eine dementsprechende Zeit noch immer sich weiter entwickelt, dann könnte doch wohl einem ruhigen Reichsbürger und Steuerzahler auf solch' aufsteigendem Pfade angst und bange, ja schwindlich werden, wenn ihm der Schwindel und die Angst nicht längst benommen wären, das heißt, wenn ihm nicht der Liberalismus derart die Augen verkleistert hätte, daß er guten Muths und blindlings in's Verderben rennt. — Wir werden natürlich, soweit wir können, gegen den Militarismus ankämpfen und den liberalen Kleister den Menschen aus den Augen zu wischen versuchen — schwer wird's halten, aber dabei sei Eins nicht vergessen, — daß der übermächtige Militarismus sich noch immer sein eigenes Grab gegraben hat. Thürmt man in solcher Weise von Jahr zu Jahr immer und immer Millionen und Millionen auf die vorhandenen Ausgaben, so kommt die Zeit, daß solcher luftige, windige Bau von selbst zusammenstürzt und in alle Himmelsgegenden zerstiebt.

— Kulturkampf überall! Gegen die „Rothen", gegen die „Schwarzen", gegen die Partikularisten, gegen die Deutsch-Conservativen und Pietisten, gegen die Polen, gegen die Protestler in Elsaß-Lothringen und gegen die Dänen in Schleswig — überall wird vom „Deutschen Reich" der Kampf geführt und überall mit Polizei und Staatsanwaltschaft, nirgends mit den Waffen des Geistes. So hat jetzt wieder die Regierung zu Schleswig die polizeiliche Verfügung erlassen, acht Mitglieder der dänischen Schauspielergesellschaft zu Sonderburg auszuweisen. — Es geht doch nichts über die Empfindlichkeit — die dänischen Schauspieler haben ihr Vaterland verherrlicht und das kann das „deutsche Reich" nicht vertragen!

— Deutsche Fabrikanten. Der „Magdeburger Zeitung" wird — augenscheinlich von einem deutschen Kaufmann — aus Shanghai (China) geschrieben:

„In Shanghai ist das deutsche Element durch ca. 200 Personen vertreten. Die meisten deutschen Geschäftshäuser daselbst unterhalten gleichzeitig Filialen in Hongkong; nicht wenige haben außerdem Niederlassungen an einem dritten und vierten Platze, wie Canton, Tientsin, Amoy u. s. w.; in Canton vornehmlich mit dem Seidenexporte beschäftigte Firmen. Während wir so überall im fernen Osten deutsche Hände sich regen sehen, hat auch der Import deutscher Erzeugnisse, unterstützt durch die Einrichtung einer direkten Dampferverbindung mit Hamburg, in den letzten Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Namentlich zählt die sächsische und schlesische Tuchindustrie China zu ihren besten Absatzquellen; nicht minder ist der Import von Flanellen, Nadeln, Metallknöpfen, Blei u. s. w. hervorzuheben. Freilich würde der deutsche Fabrikant noch erfolgreicher mit englischen und amerikanischen Erzeugnissen concurriren können, wenn er sich die ihm hier zufallende Aufgabe etwas weniger leicht vorstellte. **Aber nicht nur vermissen wir bei der Mehrzahl der heimischen Fabrikate das Eingehen auf die Bedürfnisse und den Geschmack des chinesischen Käufers; was noch schlimmer ist, die Waare selbst läßt an Sorgfältigkeit und Gleichmäßigkeit der Ausführung recht oft zu wünschen übrig.** Daß unsere Industrie den Anforderungen gerecht zu werden versteht, hat sie wiederholt bewiesen; was wir beklagen, ist nicht die Unfähigkeit unserer deutschen Fabrikanten, Besseres zu leisten, wohl aber der Mangel an gutem Willen. Die Erkenntniß ihrer Fehler, nicht ein künstliches Eingreifen des Staates ist aber die erste Grundbedingung zu einer gedeihlichen Entwicklung unserer Industrie. Nur dann wird es den deutschen Erzeugnissen gelingen, die achtunggebietende Stellung im Weltmarkte zu behaupten, welche auf die Dauer gefährdet erscheint."

Die alte Geschichte. Und so skandalös, daß ein deutscher Bourgeois in einem deutschen Bourgeoisblatt die deutschen Fabrikanten für die „Gefährdung", richtiger für den „Rückgang" der deutschen Industrie verantwortlich machen muß. Was der Briefschreiber unter „künstlichem Eingreifen des Staats" versteht, wissen wir nicht; aber das wissen wir, daß wenn der „Staat" den betrügerischen Praktiken und der Unsolidität unserer Fabrikanten erfolgreich steuern könnte, ein solches „künstliches Eingreifen" sehr heilsam wäre.

— Es kracht überall in den Schulze'schen Selbsthilfsgenossenschaften. So lesen wir im „Mainzer Anzeiger" folgende Notiz aus Eltville:

„Ungeheures Aufsehen erregt der Selbstmord des im ganzen Rheingau sehr geachteten und beliebten Kreditkassendirektors H. Dennemann von Schierstein. Bei genaueren Nachforschungen fand sich in der Kasse des Kreditvereins in Schierstein ein Defizit von 37,000 Mark vor, und dürfte hierin auch die Ursache des traurigen Ereignisses zu suchen sein. D. hinterläßt eine zahlreiche Familie. Die Sache ist insofern noch weiter zu bedenken, weil erst vor ganz kurzer Zeit in der Kasse des Kreditvereins in Geisenheim ebenfalls ein nicht unbedeutender Unterschleif entdeckt wurde."

Wenn ein Kassirer oder Beitragsammler irgend eines sozialdemokratischen Vereins eine Unterschlagung von noch so geringer Höhe aus purer Noth macht, so fällt die liberale Presse nicht allein über den armen Teufel selbst in der widerwärtigsten Weise her, sondern sie greift dieserhalb die ganze sozialdemokratische Partei an. Sollte die liberale Presse nicht vor ihrer eigenen Thüre unendlich viel zu kehren haben, sollte sie nicht selbst ein tiefes Schamgefühl erfassen darüber, daß mindestens ein Drittel aller Schulze'schen Kredit- und Bankvereine an der Untreue ihrer

---

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.*)

Als das Christenthum aufkam, entstanden eine Menge Evangelien, von denen bekanntlich die sogenannte Kirche (Kyriakon, wörtlich Herrenhaus) nur vier approbirt hat. Ueber tausend Jahre lang wurde das Grundthema dieser Geschichtsdichtungen in ganz Europa und rings um das Mittelmeer von Syrern, Griechen, ägyptischen Kopten, nordafrikanischen Mohren, Römern und allen aus der germanisch-ugrischen Völkerwanderung hervorgegangenen neuen Nationen vieltausendfach durch mehr als dreißig aufeinanderfolgende Menschenalter variirt.

Wenn jetzt ein Literarhistoriker sich „in den Ocean dieser geistigen Weltenaale zu stürzen" wagt, entsetzt ihn zunächst die Eintönigkeit des Inhalts, die Gleichförmigkeit des Charakters in aller der „christlich-germanischen" Legenden- und Hymnenpoesie. Sodann aber thut sich vor dem geistigen Auge des Beschauers mitleiderregend auch noch zweierlei auf: einmal die Armseligkeit des Gedankenkreises (ein Mensch gewordener Gott erlöst gegenüber sich selbst in anderer Person das Erdwurmgeschlecht von einer Erbsünde); dazu kommt die Kleinheit des Welthorizonts: so wird als etwas Ungeheures die Hölle auf hunderttausend Meilen Länge geschätzt (Bibl. angelsächs. Poesie 1, 147). Fast noch trauriger erscheint die öde Selbstsucht des ganzen religiös-egoistischen Abhängigkeits- und Angstgefühls. Wahrhaft erquickend ist daher der Anfang des langsam erwachenden Skeptizismus! Unmerklich folgt er auf die Periode ärgster Papst-Hierarchie. Durch den Umgang der Kreuzfahrer mit gebildeten Islamrittern kommt bei unseren Uebergläubigen fast unvermittelt die entgegengesetzte Ueberzeugung zum Durchbruch, daß Religionsformen so unwesentlich wie Kleidertrachten für Beurtheilung des Menschenwerthes sind und sein sollen!! Am stärksten trägt diese Zweifelsucht, diesen Aufklärungseifer und Nihilismus die berühmte Schrift „Von den drei Betrügern" zur Schau, die den Kreisen des atheistischen Hohenstaufen Friedrich II. entstammen soll.

Aber noch lange hält in ähnlich bigotter Weise wie früher der religiöse Fanatismus, die philosophisch-orthodoxe, von den Arabern überlieferte, abgöttische Nachbeterei des „Summus Aristoteles" alle Welt gefangen: die trostlosen Zeiten der Scholastik füllt der Zank zwischen Realisten und Nominalisten .... Plötzlich brechen die Türken das byzantinische Gefäß altgriechischer Kunst und Wissenschaft entzwei — und wie aus einer Pandorabüchse fliegt dem Papstthum, zur Strafe für seine mangelhafte Unterstützung der griechischen Kirche in ihrem letzten Verzweiflungskampfe, der ganze philologische Staub der humanistischen Renaissance in die Augen, so daß es bis heute noch darüber schimpft und spukt und Grimassen schneidet. Umsonst.

Was der Gegensatz des Islam nicht vermocht, das bewirkt die Erweckung Plato's: Ueberbrückung des Abgrundes zwischen dem christlichen Orient und Occident. Rom tritt ab und Athen steigt auf den Thron. Nun folgt wie bei jedem Königsbau das Kärrnergewimmel. Unzählige Philo- und Archäologen umschwirren wie Wespen und Mücken die Reste der alten Herrlichkeit, bequaken wie Frösche 400 Jahre lang das Häufchen alter Literatur und quaken stets das alte Lied. Eines Aristophanes Absichten und Gesinnungen in seinen possenhaft-komischen „Wespen" und „Fröschen" sind auf einmal weltwichtige Fragen geworden. Um Plautus und Terenz mit ihren liederlichen Zoten ereifern sich ehrbare große Gelehrte.

Denke man, um die Sache klarer zu schauen, sich etwa eine Wolke von Kampfstaub über Kotzebue entfacht! — — oder male man eine zweitausendjährige Bibliothek sich aus, über Boileau (d. i. Horaz) und Bossuet (d. i. Cicero) zusammengeschwitzt! .... Unzählbare Schaaren tiefsinniger Forscher und ernstester Denker lasse man grübeln über Schopenhauer und Hegel — auch durch zwei lange Jahrtausende!!!

Soll das nie anders werden? Muß, wie Goethe in einer Epistel spottet, die „seltene Fertigkeit" der „Aus- und Unterleger" stets wieder auf jedes erträgliche „Büchlein ein ganzes Buch pfropfen"?

Theologen und Philologen exegetisiren und paraphrasiren und transmutiren, ediren und vertiren unablässig! Soll ihre fruchtarme Vielschreiberei sich nun auch in den gesunden Geisteskampf lebensfrischer Sozialdemokratie hineinverirren?! — —

Unserem ersten hiemit veröffentlichten, übrigens schon vor Jahren im kleineren Kreise mitgetheilten, nachstehenden Versuch soll jedenfalls kein zweiter folgen, sobald dieser erste als nutzlos für unsere Partei sich ergiebt. Bloße Philologen-Schreibseligkeit wird uns nie verleiten, zum breiten „Geschwirr der Scholien" mehr noch scholastischen Schwulstes schulfüchsig hinzuzuschwafeln!.....!.....

*) Wir übergeben diese interessante Arbeit gern der Oeffentlichkeit, wenngleich wir nicht alle Auffassungen des Verfassers theilen. Für viele unserer Leser dürfte sie eine nützliche und erwünschte Anregung sein.
R. d. „V."

Die Wanderjahre.

Bleibe nicht am Boden haften —
Frisch gewagt und frisch hinaus!
Kopf und Arm mit heitern Kräften
Ueberall sind sie zu Haus.
Wo wir uns der Sonne freuen,
Sind wir jede Sorge los;
Daß wir uns in ihr zerstreuen,
Darum ist die Welt so groß.

Und:

Von dem Berge zu den Hügeln —
Niederab das Thal entlang:
Da erklingt es wie von Flügeln;
Da bewegt sich's wie Gesang.
Auch dem unbedingten Triebe
Folget Freude, folget Rath
Und dein Streben — sei's in Liebe,
Und dein Leben — sei die That.

Oder auch mit bedeutungsvoll geändertem Refrain, wie die Handwerker vor der Auswanderung vereinigt es singen, nachdem das Enakskind St. Christoph, der Karrenschieber, es ihnen mit seiner ungeheuren Baßstimme vorgesungen, daß der Saal davon erzitterte:

Du im Leben nichts verschiebe —
Sei dein Leben That um That!

Das ist Goethe's Motto gleichsam — für seine letzte große Prosadichtung. Ihr Thema bildet die Arbeit im geschlossenen

Beamter, die sich sämmtlich liberal oder fortschrittlich nennen, zu Grunde geht?

Doch genug hiervon. — Eins muß aber selbst dem eingefleischtesten „Selbsthilfler“ in's Auge springen: daß, angenommen, alle Schulze'schen Mittelchen seien an sich gut und fruchtbringend, die Menschen selbst nicht fähig sind, dieselben gut zu benutzen. Und hier liegt der Punkt. Die Menschheit muß zur Demokratie erzogen werden; ihr muß der falsche Egoismus völlig werthlos erscheinen, ihr müssen die Hauptgehilfen der Habsucht, Privatkapital und freie Conkurrenz, entzogen werden — dann findet die Menschheit in der Genossenschaft ihr Heil, dann aber sind die Genossenschaften sozialistisch.

— In dem Lager des armen Märchen muß es recht traurig aussehen. Er selbst hat sich von der bekannten Rosinante auf den Pegasus geschwungen und in einem „Weihnachtsgruß“ an seine treuen Schäflein sein volles, weiches Herz ausgegossen. Nachdem er erschüttert eingestanden hat, daß „persönliche Differenzen“ vorhanden seien, schließt er seinen „Weihnachtsgruß“ im „Gewerkverein“ mit folgenden Worten:

„Darum Freunde, Verbandsgenossen aller Orten, als Brüder im Geiste und in der Gesinnung, als Glieder einer Familie, die Euch alle zu schirmen und zu schützen gewillt ist — lasset an dem bevorstehenden Weihnachtsfeste allen Hader schwinden, reichet einander die Hände zu aufrichtiger Versöhnung und richtet den Blick gen oben, unserm erhabenen Ideale zu. Der große Idealist und Reformator, dem dieses Fest geweiht ist, er trieb einst in heller Entrüstung die Krämer und Wechsler aus dem Tempel heraus. Auch Ihr kennet die Krämer und Wechsler unter uns, die den Tempel der Brüderlichkeit nur als Kassenlokal betrachten; aber treibt sie nicht aus, nein, belehrt und erhebt sie zu dem idealen Streben für Freiheit, Frieden und Wohlergehen aller Menschenbrüder! So sei denn dies Weihnachten eine Läuterung auch für unsere Gemeinschaft, die wir gegründet haben um mitzuarbeiten an dem Erlösungswerke der Menschheit!

M. H.“

„Treibt sie nicht aus“, die die Gewerkschaften als das ansehen, was sie wirklich sind, als Kassenlokal! Der poetische Herr Max Hirsch ist doch recht praktisch, denn wenn diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, welche lediglich ihren eingezahlten Groschen zu Liebe noch in den Gewerkschaften bleiben, plötzlich ausgetrieben werden sollten, dann fänden sich der geehrte Herr Anwalt, der Redakteur Polke und einige Dutzend General- und Spezialräthe und Kassirer in „dem Tempel der Brüderlichkeit“ ohne weitere „Glieder der Familie“.

Ja es ist eine böse Gesellschaft, diese Mitglieder der Gewerkschaften, die den „Tempel der Bruderliebe“ nur als Kassenlokal betrachten — diese Leute wollen auch bekanntlich dem Dr. Max Hirsch die 3000 Mark jährliches Gehalt nicht bewilligen! Eine böse Gesellschaft! Doch — „treibt sie nicht aus“, wir bekommen das Geld trotzdem. Weshalb war denn sonst der Antisozialistencongreß da, weshalb der letzte Verbandstag? Die dummen Sozialdemokraten haben mich einen Schwärmer, einen Don Quixote genannt — ach was Schwärmerei, ach was geht mich die Dulcinea an, ich habe ja lediglich nur auf die 3000 Mark jährlich spekulirt und zwar dafür, daß ich mich Anwalt der deutschen Gewerkvereine nenne. Meine Arbeit verrichte ich ja in der Redaktion der „Bürgerzeitung“. So philosophirt Märchen. Und weiter: „Daß Ihr Mitglieder der Gewerkvereine, die Ihr den Tempel der Bruderlichkeit“ für ein „Kassenlokal“ ansehet, und Ihr dummen Sozialdemokraten, die Ihr mich für einen Don Quixote haltet, Ihr alle, die Ihr mir meine 3000 Mark jährlich für Nichtsthuerei mißgönnt, daß Ihr seht, daß Euch Eure Mißgunst nicht helfen kann, muß mein Freund Hugo Polke Euch Folgendes im „Gewerkverein“ schreiben:

„Um die Leser des „Gewerkverein“ und vorzüglich die Mitglieder der Organisation schleunigst mit den wichtigsten Vorgängen auf dem Geraer Verbandstag bekannt zu machen, gab der Redakteur dieses Blattes unmittelbar nach dem Congreß in den Nummern 45 und 46 einen gedrängten Auszug aus den Verhandlungen nach den vorliegenden Protokollen der Schriftführer. Wie aus demselben klar ersichtlich, war es dem Verfertiger des Berichtes hauptsächlich daran gelegen, die wesentlichsten Statutenänderungen zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, da er andernfalls einen zu großen Raum hätte beanspruchen müssen und damit sicherlich nicht dem Interesse der Leser, die dem stenographischen Protokoll entgegensehen, gedient hätte. Aus diesen Gründen allein, die vielleicht nicht die richtigen gewesen sein mögen, aber den Redakteur d. Bl. bei seiner Arbeit leiteten, unterblieb die Mittheilung einer großen Anzahl Beschlüsse. Wer den Auszug aus den Verhandlungen mit Aufmerksamkeit gelesen, wird z. B. herausgefunden haben, daß von den zum Verbands-Invalidenkassen-Statut angenommenen Anträgen nur drei, von den Anträgen zum Verbands-Statut nur zwei erwähnt worden sind und mehrerer zur Berathung gestellten Abschnitte, so des Verbandsbudgets ist gar nicht Erwähnung gethan. So kam es denn, daß, ganz ohne jede Absicht, die dem Anwalt seitens des Verbandstags einstimmig bewilligte Jahresentschädigung von 3000 M. nicht erwähnt wurde. Wenn unsre Gegner hieraus aber die Schlußfolgerung gezogen, daß es überhaupt nicht in unsrer Absicht gelegen, von der bemerkten Entschädigung etwas verlauten zu lassen, so klingt dies doch allzu naiv, um Glauben zu finden und ist wohl nur zu dem Zweck erdacht, um die Oppositionslust zu wecken und sich vergnügt die Hände zu reiben, wenn das falsche Spiel gelungen. Diese Freude wird indeß den Gegnern erspart bleiben. Genügte nicht schon der einstimmige Verbandstagsbeschluß, um die Gesinnung der Abgeordneten zu charakterisiren, so brauchten wir nur noch darauf hinzuweisen, daß die Entschädigung des Anwalts von allen Mitgliedern der Organisation gebilligt wird, welche dem Grundsatz Leistung und Gegenleistung huldigen.“

„So da habt Ihr's — jetzt werdet Ihr wohl einsehen, daß ich doch nicht so dumm bin.“ Mit diesen Worten schließt Märchen seine Standrede. —

„Leistung und Gegenleistung!“ Weshalb ist denn in diesem Polke'schen Referat nicht eine Leistung des Herrn Hirsch aufgeführt? Herr Polke redigirt den „Gewerkverein“, Herr Bojatzky macht die Agitationsreisen, Kassirer und Secretäre sind in der Hirsch'schen Organisation in Hülle und Fülle da, für seine Reisen und Verbandstage ist Herr Hirsch immer entschädigt worden — weshalb also von einer Entschädigung sprechen? Sagen wir Dotation, das ist richtiger und die Herren Abgeordneten zu Gera, auch Herr Polke, konnten Herrn Hirsch diese Dotation wohl zuweisen, weil die meisten dieser in Gera versammelten Herren besoldete Beamten der Hirsch'schen Organisation waren, welche Herrn Hirsch ihre Stellung verdanken.

Leistung und Gegenleistung!

Ob aber die Mitglieder der Gewerkvereine, welche den „Tempel solcher Brüderlichkeit“ für ein „Kassenlokal“ ansehen, mit solcher „Leistung und Gegenleistung“ zufrieden sind? Nun, die gegenwärtige Rebellion in dem Lager des armen Märchen zeugt vom Gegentheil.

— Der verstorbene Prinz Albert von England, der Gemahl der Königin Victoria, hat ein Tagebuch hinterlassen, welches die Königin aus nicht zu verkennender Absicht jetzt der Oeffentlichkeit übergeben hat. Der Haß gegen Rußland ist offenbar die Triebfeder gewesen. In dem Tagebuch kommen aber auch sonst noch interessante Sachen vor, die sich gerade nicht auf die orientalische Frage beziehen. So schreibt der Prinz über ein Gespräch mit dem damaligen Kaiser der Franzosen, Louis Bonaparte, über Finanz- und Handelspolitik. „Der Kaiser befürwortete indirekte Steuern, während ich dieselben im Prinzip verurtheile, allein deren Nothwendigkeit zugebe, als Opfer der Schwäche der menschlichen Natur, welche es nicht vertragen kann, daß Geld direkt aus der Tasche des Individuums in den Staatssäckel fließe.“ — Daß der Prinz nicht vollständig Recht hat mit seinen Argumenten, geht daraus hervor, daß bei einem wohldurchgeführten direkten Steuersystem durchweg die Taschen anderer Personen belastet werden als bei dem indirekten System, und deshalb wird das letztere aufrecht erhalten, nicht aus Bequemlichkeit. Die Besitzenden lieben die indirekten Steuern, weil dieselben meist von den Nichtbesitzenden aufgebracht werden, die Nichtbesitzenden haben aber zu wenig Einfluß, um die indirekten Steuern zu beseitigen. — Sehr bezeichnend ist es übrigens, daß Louis Napoleon ein so warmer Verehrer der indirekten Steuern war; auch in dieser Hinsicht ist Fürst Bismarck in die Fußstapfen seines Vorbildes getreten. Bekanntlich will Bismarck ja die sämmtlichen Reichssteuern aus indirekten Steuern zusammenbringen.

— Der heilige Krieg. Der russische Kaiser äußerte nach seiner Ankunft in Petersburg einer ihn beglückwünschenden Deputation u. A. Folgendes: „Wir haben viel gethan, aber noch viel mehr ist zu thun. Möge der Himmel seinen Segen geben zu der glücklichen Weiterführung des „heiligen Krieges“. — Was doch der „liebe Gott“ nicht alles gut machen soll. Die Türken betrachten den Czar als einen Eroberer, der gewaltsam in ihr Land einbricht, nachdem vorher die Völker der Türkei zur Revolution aufgereizt worden waren, und flehen ihren „Allah“ gleichfalls um Segen an für ihre gerechte Sache. Der Widersinn liegt hier klar zu Tage, und man sieht, daß mit den bloßen Redensarten vom „heiligen Kriege“ ꝛc. nicht auszukommen ist. Es glauben's doch nur diejenigen, die ein besonderes Interesse haben für den Einen oder den Andern. Die Wahrheit kann nur durch Vernunftgründe gefunden werden, bei welchen das Interesse und das Wohl der Völker berücksichtigt werden, aber nicht die Gelüste und Eroberungspläne eines ganz und halbbarbarischen Staates, wie das russische Reich ist. Uebrigens wissen ja auch wir Deutsche ein Liedchen vom „heiligen Krieg“ zu singen. —

— Russisches Telegramm: „Die Fröste — in Bulgarien — dauern an und erreichen bis 18 Grad Kälte. Gefangene Türken sterben vor Kälte. Hülfe unmöglich.“ „Väterchen“ wäscht sich die humanen, d. h. von humanem (Menschen-) Blut triefenden Hände in Unschuld. Ist es doch „Gottes Fügung“, und „was Gott thut, das ist wohlgethan.“ Daß die unglücklichen Türken nicht „vor Kälte sterben“ würden, wenn der „milde Czar“ nicht als Räuber in ihr Land eingebrochen wäre, das ist ein Gedanke, der wohl einem plebejischen Sozialdemokraten aufsteigen kann, dessen aber ein Mensch unfähig ist, welchem von frühester Jugend an gelehrt worden ist, das was nach gewöhnlichem Moralbegriff schurkisch, verbrecherisch, bestialisch ist, als tugendhaft, heroisch, human zu betrachten, und seine Launen und Gelüste für Forderungen der Vernunft und Gerechtigkeit auszugeben, seinen Willen dem unwissenden Volk als den „Willen Gottes“ aufzuoktroyiren. Jedenfalls ist obiges Telegramm ein klassisches Denkmal russischer Barbarei; man braucht es nur einfach abzudrucken — und die „russische Kulturmission“ steht, der heuchlerischen Maske und Drapirung entkleidet, in ihrer abschreckenden wahren Gestalt vor uns.

— Der Streit zwischen den Minenarbeitern und den Besitzern der Keels Mine in Deadwood (Nordamerika), über welchen wir in Nr. 147 des „Vorwärts“ vom vorigen Jahre berichteten, hat zu Ungunsten der Arbeiter seine Endschaft erreicht. Die Arbeiter hatten bekanntlich wegen rückständiger Löhne die Mine mit Beschlag belegt und sich in derselben in der Absicht verschanzt, die Mine nicht eher zu verlassen, bis ihnen die Löhne auf Heller und Pfennig herausgezahlt waren. Da die Arbeiter sich weder durch gütliches Zureden, noch durch Androhung von Gewaltmaßregeln bewegen ließen, die Mine zu verlassen, weil sie sehr gut wußten, daß sie dann die Gepreßten waren, so griffen die Minenbesitzer zu einem ebenso verabscheuungs- als strafwürdigen Mittel, um die Arbeiter zum Verlassen der Mine zu zwingen — es wurden nämlich Schwefeldämpfe in die Mine geleitet, wodurch die Arbeiter, wollten sie nicht ersticken, genöthigt wurden, nachzugeben. Natürlich werden die betrügerischen Minenbesitzer wegen des Attentats auf Gesundheit und Leben der Arbeiter unbehelligt bleiben, galt es doch, das „geheiligte“ Bourgeoiseigenthum aus den Händen der Arbeiter zu befreien; wollen dagegen die Arbeiter zu ihrem Eigenthum, den wohlverdienten rückständigen Löhnen gelangen — je nun, der Bourgeoisstaat hat ja „Gesetze“, mögen die Arbeiter diese anrufen!

— Zwei Verurtheilungen wegen nur eines Vergehens — das ist nicht möglich, werden unsre Leser meinen. Und doch ist dieses juristische Unikum Thatsache, wie aus nachfolgenden Zeilen, die wir der „Chemnitzer Freien Presse“ entnehmen, hervorgeht:

„Eine neue Verurtheilung hat unsere Redaktion als Weihnachtsgeschenk erhalten. Bekanntlich sind wir wegen eines im „Nußknacker“ abgebildeten Esels doppelt angeklagt und zwar vor zwei hiesigen Gerichtskörpern. Das Gerichtsamt im Bezirksgericht sah in dem Esel eine Beleidigung des bekannten Thenius, das andere hiesige Gerichtsamt aber sah in demselben Esel eine Beleidigung des Gerichtsamts im Bezirksgericht und — des Polizei-Inspektor Carius. Beide Gerichtsämter blieben bei ihrer Meinung stehen, obgleich die doppelte Anklage beweist, daß keiner der Ankläger so bezeichnet ist, wie es der Beleidigungs-Paragraph voraussetzt. Wir wurden nun kürzlich auf Grund des Eselsbildes von der einen Gerichtsbehörde wegen Theniusbeleidigung verurtheilt. Sie stellte also „thatsächlich fest“: Thenius ist gemeint. Trotzdem kommt heute die andere Gerichtsbehörde, stellt „thatsächlich fest“: Das Gerichtsamt und Carius sind gemeint und verurtheilt Petzold wegen der nämlichen „Beleidigung“ zu 3 Monaten Gefängniß. Wir bemerken, daß es sich nicht etwa um eine Wiederholung des Eselsbildes, sondern in beiden Prozessen um ein und dasselbe Objekt handelt. Es können nun noch zehn Ankläger kommen, welche behaupten, der Esel solle eine Beleidigung ihrer Person vorstellen, wir können es nicht hindern.

Bunde, die Arbeit der verbündeten Menschengesellschaft, wie dies Jahrhundert sie zur Erkenntniß und zu Ehren gebracht.

Erwarte man nicht, daß ich, auf die ästhetische Kritik mich einlassend, hier weitläuftig die Urtheile ihrer Chorführer citiren und gegen einander abwägen werde. Die Kritiker und ihre Kritiken vergehen, wie die Wolken am Sternenhimmel dahinziehen, flüchtige Dünste, wechselnd gestaltet; aber die Kunstwerke bleiben, unverminderten Glanzes den kommenden Geschlechtern strahlend, wie droben die unverrückbar festen goldenen Sterne.

Meine Leser erwarten also gewiß nicht derlei pietätslosen Beweis eingebildeten Kunstrichterthums; aber werde ich auf der anderen Seite nicht allzu begeistert blind-enthusiastischer Anbeter Goethe'scher Dichtung zu sein scheinen, wenn ich unbedingt festhalte: daß wir es mit einem groß angelegten, tiefsinnigen und reiflich durchdachten Werke zu thun haben?

Man vergebe, wenn ich mich dabei erwärme, den Nachweis meiner Auffassung aus dem Werke selbst zu liefern, denn es ist mir Herzenssache, den Ausspruch unseres verehrten Professors Lehrs, des großen Philologen in Königsberg, zu bewahrheiten, daß die Wanderjahre und der zweite Theil des Faust an Tiefe und innerer Gluth einer wahrhaft prophetischen Dichtertrunkenheit, ja orgiastischen Verzückung des alternden Sehers zu dem Hocherhabensten und Schönsten gehören, was die ganze Menschheit geschaffen.

Rosenkranz nennt unsere Klassiker die Fortsetzer der Reformation — — und wenn wir als geistigen Kern der Weltgeschichte in Kürze die Religions-Veredlung ansehen dürfen, so reicht die Wirksamkeit der Reformatoren selbst, ja sogar der Stifter unseres ganzen Religionssystems, auch nur wieder den edlen Bestrebungen Plato's, der Pythagoräer, eines Confucius und Buddha die Hand.

Ich weiß nicht, ob es ein derartiger Gedankenflug war, der Goethe bewog, seinen verklärten Freund als den Christus unter den Dichtern zu preisen.

Ihn selbst könnte man neben Schiller alsdann mit vollstem Recht den Buddha nennen, und ihn diesem Heiland der halben Welt nicht unebenbürtig zur Seite stellen.

(Fortsetzung folgt.)

— In der „Deutschen Wochenschrift“ finden wir einen Artikel über „Portugals neuere Lyrik“, in welchem verschiedene interessante Citate enthalten sind. So heißt es da: „Ein ultra-demokratischer Erguß, der die „bleiche Canaille“ zum Kampfe aufruft, ist das Gedicht „Zum Kampfe!“ von A. Bettencourt Rodrigues, das weit wohl über das Ziel hinausschießt.“ — Man sieht übrigens, daß man es hier mit einem sozialistischen Poeten zu thun hat, der jedenfalls die „bleiche Canaille“ nicht auf die Barrikaden ruft, sondern zum Kampfe der Aufklärung wider Säbel, Krummstab und Geldsack. Dann aber heißt es in dem Artikel weiter:

„Einen neuen (?) interessanten Gedanken bringt Claudio José Nunes in seiner Dichtung „Ein Held“.

„Der Kampf wogt blutig; ein Mann zeichnet sich besonders aus, er mordet Viele, er ist der Held des Tages. Als die Nacht herangekommen war und er zur Ruhe geht, fragt ihn eine Stimme: „Wofür hast du gekämpft? Welche Idee der Menschheit hast du vertreten? Welches Recht hast du beschützt?“

„. . . Und der große Held des Tages
Zuckt die Achsel angesichts der Todten,
Lächelt viehisch und erwidert dann: Ich
Weiß es nicht.

„Gewiß eine neue (?), wenn auch überraschende Auffassung des Heldenmuthes in der Schlacht.“

Neu ist die Idee wahrlich nicht, aber sehr gut! Man hätte die meisten großen Helden der Weltgeschichte fragen können: „Welche Idee der Menschheit hast du vertreten? Welches Recht hast du beschützt?“ — man würde eine ähnliche Antwort erhalten haben. Seit wann wäre es denn Mode geworden für eine Menschheitsidee oder für das Recht in den Kampf zu ziehen? Man frage die Herren Gurko und Skobeleff, wofür sie gekämpft haben und noch immer kämpfen — sie werden, wenn sie nicht lügen wollen, gleichfalls die Achseln zucken und sagen: „Das wissen wir nicht; fragt den Czaren, vielleicht weiß der's.“ Hingemordet aber haben die Herren Gurko und Skobeleff sehr Viele, und sie waren mehreremals die Helden des Tages.

— Wie groß das Elend in Berlin sein muß, geht aus folgender Notiz hervor, die durch die dortigen Tagesblätter läuft: „Die Wuhlhaide, die stets im Winter der Zufluchtsort der polizeilich gesuchten und die Nähe der Stadt scheuenden Personen bildet, wird auch gegenwärtig wieder von dem gefährlichsten Gesindel bevölkert. Die Diebe, welche die benachbarten Bahnhöfe unsicher machen, halten sich daselbst, dem Anscheine nach, den Tag über versteckt und unternehmen von dort aus ihre Raubzüge. Es sind wieder mehrere unterirdische Höhlen mit häuslichen Einrichtungen in den dichten Schonungen ermittelt worden, die unzweifelhaft solchen Personen als Aufenthalt und als Zufluchtsstätte für das gestohlene Gut gedient haben. In einer dieser Höhlen wurde eine Partie Steinkohlen aufgefunden, die entweder von vorüberfahrenden Kähnen oder von Eisenbahnwagen gestohlen sind und von dort aus verkauft werden. Die Wuhlhaide wird in Folge dessen wieder einer sehr strengen polizeilichen Controle unterworfen.“ — Höchst wahrscheinlich hat man es hier gar nicht mit „Gesindel“ zu thun, sondern mit Obdachlosen, welche lieber in Erdhöhlen wohnen wollen, als der Polizei in Berlin in die Hände fallen. Daß einzelne von ihnen auch Kohlen und Holz „stehlen“, um nicht zu erfrieren, ist wohl einleuchtend. Daß aber aus solchen Obdachlosen sich schließlich das Gesindel rekrutirt, wer möchte das bezweifeln? Aber wer hat Schuld?

— Ein ländlicher Arbeitgeber. Unter dieser Ueberschrift colportiren die liberalen Blätter, voran Viktor Böhmert, folgende Bismarckschmeichelei:

„Der Fürst geht oder reitet eines Sonntags in den Grenzen seines Varziner Grundbesitzes spazieren und sieht da zu seinem größten Erstaunen, daß viele Landleute auf den Feldern mit Hacke und Schaufel beschäftigt sind. „Was sind das für Leute?“ fragt der Fürst seinen Verwalter. „Das sind unsere Tagearbeiter!“ antwortet dieser, welche wir in den 6 Wochentagen nicht entbehren können. — Der Fürst, zu Hause angekommen, schreibt sofort eine Note an sämmtliche Verwalter seiner Güter, in welcher es kurz heißt: „Die Bearbeitung der Felder meiner Tagelöhner geht der Bearbeitung meiner Felder stets vor, aber von heute ab dulde ich nicht mehr, daß meine Arbeiter am Sonntag Feldarbeiten ausführen.“ Die Folge dieser Maßregel war, daß man in einigen oder in einem Tage mit der Bearbeitung der Tagelöhnerfelder fertig war und die Leute nun mit froher Lust an die Bestellung der Felder des Fürsten gingen, so daß der Oberverwalter schon am Schluß des ersten Jahres dem Fürsten berichten konnte: Durchlaucht, noch nie sind wir so gut und so schnell mit der Arbeit fertig geworden.“

Daß dieses Geschichtchen erlogen ist, geht einfach schon aus dem Erstaunen des Herrn von Bismarck hervor, als er Sonntags auf den Feldern die Tagelöhner arbeiten sieht. Als wenn der langjährige Landwirth Bismarck dies nicht schon längst gewußt hätte! Im Uebrigen hört man auch, daß Fürst Bismarck sich sehr wenig um die Einzelheiten auf seinen Gütern kümmere. Dann auch führen einige liberale Blätter die Anekdote mit der Bemerkung ein, daß dieselbe, ob wahr oder nicht wahr, eine große Lebensweisheit ausspreche. Fürst Bismarck aber mag sich bei seinen Preßkosaken bedanken, daß dieselben jetzt schon anfangen, offenbare Lügen zu bringen, um ihm zu schmeicheln.

Was wir hier mittheilen, ist nicht etwa ein Scherz, sondern ernste, amtlich verbriefte Wahrheit."

— Karl Wander, dessen frühere Prozesse und Maßregelungen unseren Lesern bekannt sind, und der seit nun 30 Jahren der Wissenschaft lebt, hatte sich am 18. d. M. gegen eine Preßanklage zu vertheidigen. Die Sache, schon interessant durch die Person des Angeklagten, gewinnt noch erhöhtes Interesse dadurch, daß der Gegenstand, um den es sich handelt, jüngst durch eine berühmt oder berüchtigt gewordene Herrenhäusler-Debatte illustrirt worden ist.

„Vor Gericht standen" — wir folgen hier dem uns vorliegenden Zeitungsbericht — „Karl Wander (wohnhaft in Quirl) und der Redakteur des „Schmiedeberger Sprecher", Gustav Vetter, „wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung". Die Anklage war auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches und des § 20 des Preßgesetzes erhoben und betraf einen von Wander verfaßten Artikel, welcher unter der Ueberschrift: „Vom Fuße der Schneekoppe" am 1. September d. J. in dem „Schmiedeberger Sprecher" Aufnahme gefunden. Dieser Artikel faßt die Ermordung des im Dienste des Grafen Schaffgotsch stehenden Försters Frey als einen Racheakt auf, welcher wohl weniger der Person als vielmehr dem „Verwaltungssysteme" gegolten habe, von dem nicht behauptet werden könne, daß er das Streben der früheren Verwaltung theile, „die dasjenige, was eine geradezu feindselige Stimmung in der Bevölkerung erzeugen konnte, zu vermeiden bestrebt war". Im unmittelbaren Anschluß an diese Meinungsäußerung bemerkt der Artikel noch Folgendes: „Die Lösung von Karten, um Beeren, Pilze ꝛc. zu sammeln, das Verlangen, weitzinkige Rechen zum Streurechen zu nehmen, wie sie das Gesetz der 40er Jahre vorschreibt, nachdem man sich 30 Jahre und länger gewöhnlicher Rechen bedient hat, während man sich in Hermsdorf zum Eintreiben alter Forderungen eines scharfen Kehrbesens bedient, dies und Aehnliches erzeugt in der Gebirgsbevölkerung keine süße Stimmung. Und wenn auch bekanntlich das Volk der Berge sehr gutartig ist, so reicht eine einzelne Kraft, welche ihrer Leidenschaft folgt, hin, z. B. durch einen Waldbrand mehr Schaden anzurichten, als die sämmtlichen Pilze und Beeren werth sind. So ist es auch mit den Wildschützen, die zur Anzeige zu bringen sich schwerlich Jemand entschließen wird, selbst wenn er Kenntniß von einem solchen hätte. Auch der Aermste verkauft sein Leben nicht gegen 300 bez. 1000 Mark, und eine Anzeige wäre wohl kaum etwas Anderes, als ein solcher Verkauf." In diesen Sätzen hatte die Staatsanwaltschaft ein den öffentlichen Frieden gefährdendes Anreizen zu Gewaltthätigkeiten erblickt und auf Grund dessen die Anklage erhoben. Nach einer glänzenden Vertheidigung des Herrn Wander erkannte das Gericht auf Freisprechung.

— Man macht uns darauf aufmerksam, daß der unter den „Staatssozialisten" figurirende Dr. Petermann doch der bekannte Statistiker ist. Wir hatten es nicht glauben wollen. Wenn übrigens unser Breslauer Parteiorgan Petermann als „sächsischen Partikularisten" bezeichnet, so ist das entschieden unrichtig. Petermann ist Großdeutscher aus der Wuttke'schen Schule — wie ja auch Lassalle seinem politischen Glaubensbekenntniß nach Großdeutscher war, d. h. Gegner des von den Nationalvereinlern geplanten und seitdem von Bismarck mit „Blut und Eisen" zusammengeschweißten großpreußischen Rumpfdeutschland.

— „Die Zukunft", Heft 7, vom 1. Januar 1878 enthält folgende Artikel: Das sozialistische Contingent. — Die Proportionalvertretung von C. Lübeck (Schluß). — Die Arbeitslöhne in Belgien von Louis Bertrand (Forts.). — Die soziale Lage in Italien von Benoît Malon. — Maxim. Robespierre von Dr. Karl Brunnemann (Forts.). — Rezensionen. Notizen.

— „Die neue Gesellschaft", Monatsschrift für Sozialwissenschaft. Herausgegeben von Dr. F. Wiede. Das vor uns liegende dritte Heft enthält: Die Strömung in der Gesellschaft wider den Sozialismus von Dr. A. Dulk. III. — Ein Unikum des wirthschaftlichen Lebens von Sigmund Politzer. — Plato's „Staat" von C. Lübeck. II. — Das Strafrecht und der Sozialismus von Dr. Max Lehn. — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von Joh. Most. II. III. — Von der „Ueberproduktion" von Dr. F. Wiede. II—VII. (Schluß.) — Mittheilungen der Redaktion und Administration. Die Zeitschrift ist durch alle Buchhandlungen quartaliter für Mrk. 3 zu beziehen.

— In Wien ist am 1. Januar ein neues Parteiorgan: „Sozialpolitische Rundschau" erschienen. Das Blatt erscheint am 1. eines jeden Monats in Reichenberg und kostet pro Exemplar 5 Neukreuzer. Kurze populäre Artikel sozialpolitischer Tendenz, Erläuterungen der Grundsätze der sozialistischen Partei, Berichte über Gang und Stand der Arbeiterbewegung in Oestreich und anderen Ländern, sowie Mittheilungen über die wichtigsten politischen Ereignisse verspricht die „Sozialpolitische Rundschau" ihren Lesern zu bieten. Hoffentlich werden die östreichischen Arbeiter das neue Unternehmen durch massenhaftes Abonnement unterstützen.

Aus Ungarn.

Gyon-Felsö Dabas, den 18. Dezbr.

Da sich seit meinem letzten Briefe nichts Denkwürdiges ereignet, habe ich einen Stillstand in meinen Berichten eintreten lassen, da Sie die Zeitungen von allen etwaigen Ereignissen gewiß in Kenntniß gesetzt haben. Ebenso bin ich überzeugt, daß Sie von dem Verlauf der am 16. d. M. zu Pest in der Nationalreitschule abgehaltenen Volksversammlung unterrichtet sind; mein Brief mag nur als Supplement jener Zeitungsberichte dienen, die in der Schilderung der Vorgänge einen reaktionären Standpunkt eingenommen haben.

Der Fall Plewna's und die traurige Botschaft über den Tod Osman Nuri Paschas*) hat eine ungeheure Indignation gegen die Häupter der Regierung, Koloman Tisza und den Grafen Julius Andrassy, hervorgerufen. Im Innern der Reitschule versammelte sich die Menge der Zuhörer, außerhalb derselben aber standen noch viel mehr — man kann die Menge auf wenigstens 20—22,000 Mann angeben. Außer den Pestern waren noch die Städte Debretzin, Nejiregyhaza, Kaschau, Nagy Körös, Groß-Kanizsa, Satorollya-Ujheln, Bogat, Szegedin, Czegled, Monor, Rakos Palota, Uj-Arad u. A. durch zahlreiche Deputationen vertreten, während andere Städte und Wahlbezirke Adressen an die Pester schickten, in welchen sie sich mit den Beschlüssen der Volksversammlung von vornherein einverstanden erklärten. Die gefaßten Resolutionen conzentriren sich darin, daß die Regierung zu einer sofortigen Aktion und Kriegserklärung gegen Rußland aufgefordert wurde. Zwei Redner, der Abgeordnete Helffy und Carl Eötvös, hielten markige Reden und es wurde eine Deputation von 25 Mitgliedern der Versammlung an den Ministerpräsidenten Tisza geschickt. So schneidig auch die Rede Eötvös, sonst war, so enthielt sie doch eine Stelle, welche in dieselbe nicht paßte und den Stempel einer servilen Loyalität an sich trug; er sagte nämlich: „Es lebe der König!" Wie kann man ein Lebehoch auf einen König ausbringen, der den Feind des Landes seinen „treuen Verbündeten" nennt, dessen Räthe Feinde des Volkes sind? Daraus können Sie sehen, wie diese fatale Loyalität — ich könnte sie füglicher Royalität nennen — in Ungarn noch zur Schau getragen wird. Doch dieses Lebehoch des Redners auf den König war das größte Fiasko sowohl für den Ausbringer, wie für denjenigen, dem es ausgebracht wurde, denn es fand kein Echo unter den Zuhörern. Die zweite partie honteuse (etwas, dessen man sich schämen muß — etwas Blamables) dieser Volksversammlung war die, daß, als sich das Volk vor die Wohnung des Ministerpräsidenten begab, der die Deputation nicht empfangen wollte, und das Volk seine Fenster mit 4-Kreuzerstücken, faulen Eiern und Steinen einschlug, sich unter den Führern Viele befanden, die dem Volke Reden hielten und es ermahnten, doch abzustehen und sich auf's Ohr zu legen. In dem Conflikte zwischen dem Volke und der Schutzmannschaft behielt das erstere die Oberhand und Militär mußte mit gefälltem Bajonett gegen dasselbe ausrücken. Das Volk vom Jahre 1848 hat es bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, wie wenig ihm Bajonette imponiren, und leider geschieht in Ungarn nichts, um die bedeutendsten revolutionären Elemente — das Militär und das Landvolk — zu gewinnen, was übrigens sehr leicht wäre, denn das erstere haßt die Offiziere und würde auf den ersten Wink die Waffen gegen die Regierung drehen, das Landvolk aber würde dem Militär folgen, denn nur unter diesen Massen giebt es aufopfernden Muth und Patriotismus, die Uebrigen sind — mit wenigen Ausnahmen — für ihre Haut zu sehr besorgt, um eine revolutionäre Energie zu entfalten. Dennoch behaupte ich, daß wir in Ungarn am Vorabende eines Aufstandes stehen, wenn die Regierung fortfährt, dem ausgesprochenen Willen des Volkes Hohn zu sprechen

*) Die letztere Nachricht hat sich bekanntlich als eine irrige erwiesen. R. d. V.

Correspondenzen.

Heidelberg. Da in Folge des Londoner Steinhauerstrikes besonders in hiesiger Gegend viele Steinhauer für London angeworben wurden und zum Theil noch werden, so fand hier am Mittwoch, den 12. d. M. im „Faulen Pelz" eine große Volksversammlung statt, in welcher die vom Londoner Strikecomité nach Deutschland gesandte Deputation, welche bekanntlich den Zweck hat, diesem schamlosen Menschenhandel so viel wie möglich entgegen zu arbeiten, über den Stand des Strikes Bericht erstattete. Der berüchtigte Agent Napp von hier, welcher bekanntlich das Geschäft übernommen hat, für die Londoner Bauunternehmer Menschenmaterial zu besorgen, war extra eingeladen aber nicht erschienen, weil er, wie es hieß, mit einem Transport Arbeiter unterwegs nach London war.

Herr Weber aus London hatte zuerst das Wort und es führte derselbe unter anderm aus, daß die Londoner Bauunternehmer in ihrer großen Mehrzahl die Forderungen der Arbeiter bewilligt hätten und das nur ei Firma (Bull und Sohn), welche den Justizpalast zu bauen nommen, bis jetzt noch auf ihrem alten Standpunkt beharre und zwar aus purem Eigensinn, da sie für die Anwerbung ausländischer Steinhauer schon mehr bezahlt hätte, als die zu bewilligende Forderung der Strikenden ausmachen würde. Den Eingewanderten wäre ein Lohn von höchstens zwei bis drei Mark pro Tag ausbezahlt, während ihnen von den Agenten mehr versprochen wird, als die einheimischen Arbeiter fordern. Ferner befinde sich in den in englischer Sprache abgefaßten Contrakten, welchen die Angekommenen unterschreiben müßten, ohne ein Exemplar davon zu erhalten, ein Paragraph, nach welchem sie bei ungenügender Leistung ohne Anspruch auf Lohnentschädigung sofort entlassen werden können. Nachdem Weber noch die traurige Lage der dort arbeitenden fremden Steinhauer geschildert, sprach er die Befürchtung aus, daß, wenn der Fremdenzuzug nicht aufhöre, die bedauerlichsten Exzesse in Aussicht ständen, da die Sympathie der Londoner Bevölkerung auf Seiten der Strikenden sei.

Nachdem noch Herr Ehrhardt aus London sich in längerer Rede über das Thema verbreitet, ebenso Herr Bradder aus London in englischer Sprache, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten Bürger und Arbeiter Heidelbergs erklären sich mit den Ausführungen der Londoner Deputation darin einverstanden, daß sie es für ungerechtfertigt halten, daß man die unwissende Arbeitermasse von Seiten gewissenloser Agenten gebraucht, um andere leidende Arbeiter in Noth und Elend zu stürzen und sie hernach dem Hungertode preiszugeben. Die Versammelten versprechen daher mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln, namentlich durch Benutzung der Presse, dafür zu wirken, daß dem unmoralischen Handel mit deutschen Steinhauern möglichst entgegen getreten werde. Weiter ersuchen die Versammelten die Deputation, den Londoner Genossen die brüderlichsten Grüße zu überbringen, mit der Versicherung, daß auch sie die Solidarität der Arbeiter erkannt haben."

Der gewissenlose Schacher des besagten Napp wird auch hier in fast allen Kreisen verurtheilt, das beste Zeugniß dafür giebt die einstimmige Annahme obiger Resolution in einer Versammlung, in welcher die Hälfte der Anwesenden der besserfituirten Klasse angehörte.

Aus Württemberg. Vor noch nicht langer Zeit konnte man in Bourgeoiskreisen gar häufig die Behauptung aussprechen hören, daß in Preußen die Sozialdemokratie nur deshalb so sehr an Boden gewinne, weil in den meisten Provinzen dieses Staats der Großgrundbesitz vorherrsche, weshalb die Zahl der „Besitzenden" eine prozentisch geringere sei, als in Württemberg, hier sei es mittelst der üblichen Theilbarkeit von Grund und Boden Jedem leicht (!!!) bei Fleiß und Sparsamkeit zu einem Eigenthum zu gelangen. Ein „Besitzender" (Hypothekenschulden!) werde aber kein Sozialdemokrat, und so sei für Württemberg die „Gefahr" der Zunahme der Sozialdemokratie weniger vorhanden, als in Preußen. — Ich konnte mich stets des Lächelns nicht erwehren, wenn ich so reden hörte und dachte im Innern: Wie macht ihr Bourgeois doch eure Rechnung ohne den Wirth, d. h. ohne die Kulturgeschichte. — Vor zwei Jahren hat die Volkszählung in Württemberg ergeben, daß die Städte, namentlich die Industriestädte, an Bevölkerung zunehmen, die ausschließlich ackerbautreibenden Dörfer und kleinen Städte (ohne Industrie) an Bevölkerung abnehmen. Der Grund und Boden kommt trotz Theilbarkeit in immer weniger Hände — wie überall, so auch in Württemberg. — Aber die süße Hoffnung der Bourgeois, daß die Sozialdemokratie in Württemberg keine Fortschritte machen werde, erfüllt sich glücklicherweise nicht. Der Grund, daß der Grund und Boden trotz Theilbarkeit in immer weniger Hände kommt, liegt nahe. Die größeren „Güterbesitzer" kaufen die kleineren aus. Diese letzteren werden alsdann mit der Zeit Sozialdemokraten. Die „dummen" Bauern und „Wengerter" (Weinbauern) haben Hirn genug, um zu begreifen, daß die Sozialdemokratie kein Hirngespinst ist, daß die Sozialdemokraten nicht — entweder Lumpen oder Narren sind. Die verkommenen Bourgeois sind nämlich dreist genug zu behaupten, daß nur ein Lump oder ein Narr Sozialdemokrat sein könne. Ein Satz der Bourgeois lautet auch, daß die Welt ein großes Narrenhaus darstellt. In diesem Narrenhaus sind gewiß die Bourgeois die größten Narren. Denn sie begreifen immer noch nicht, daß die Sozialdemokratie nichts Anderes ist, als das Streben nach Fortentwickelung der Menschheit. Oder sie wollen es nicht begreifen. Denn den Bourgeois geht es ja gut — was geht sie der übrige, der enterbte Theil der Menschheit an. — Daß vor einem Jahre verschiedene „Güterbesitzer" (Hypothekensklaven!) bei der Reichstagswahl Dr. Dulk, daß bei der jüngsten Stadtschultheißenwahl in Eßlingen verschiedene „Wengerter" Morlock ihre Stimme gegeben haben, dürfte Ihnen bekannt sein. Wäre unsere Partei nicht so arm, so würde ich den Vorschlag machen, die Grund- und Bodenfrage von W. Liebknecht in Masse zu drucken um sie zu recht billigem Preise an die Landleute zu verkaufen zu suchen.*) R. H. N.

*) Eine billige Flugschrift über die Grund- und Bodenfrage wird vorbereitet. R. d. V.

München. Steinmetze wollen ausgebrochener Differenzen wegen jeden Zuzug nach München vermeiden.

An die Korbmacher Deutschlands.

Collegen! Sämmtliche Gewerkschaften Deutschlands stehen im Begriff, eine Centralisation zu schaffen, und hat sich der Korbmacher-Bund von Hamburg, Altona, Ottensen diesem Unternehmen angeschlossen, jedoch kann dieser eben kein großes Contingent zur allgemeinen Gewerkschafts-Vereinigung stellen, weil leider im übrigen Deutschland keine Korbmacher-Vereinigungen bestehen. Es haben freilich zu verschiedenen Malen und in verschiedenen Städten, wie z. B. in Berlin, Stettin, Dresden u. s. w. solche Vereinigungen auf kurze Zeit bestanden, sie sind aber, da eine Organisation im übrigen Deutschland fehlte, bald wieder gesprengt worden. Dasselbe Schicksal hätte auch den hiesigen Bund erreicht, wenn nicht einige Wenige ihre ganze Kraft angewandt hätten, um denselben zu halten. Collegen Deutschlands! Den Korbmachern thut eine allgemeine Vereinigung vor allen anderen Gewerken am meisten noth, denn nur dadurch können wir die Concurrenz, die wir uns gegenseitig machen, beseitigen, wir können aber auch unseren reisenden Collegen von einem Ort zum anderen Unterstützungen zukommen lassen, da bei dieser Centralisation auch eine Reiseunterstützungskasse errichtet wird; eine allgemeine Krankenunterstützungskasse sorgt für jeden krank Zugereisten hinsichtlich der sofortigen Verpflegung u. s. f. Darum Collegen rafft Euch auf, bespreche Eure Lage und einigt Euch örtlich, um Euch sodann der allgemeinen Vereinigung anzuschließen. Wir fordern Euch auf, dieses aber sobald als irgend möglich zu thun. Diejenigen, welche gewillt sind, diesem Rufe zu folgen, ersuchen wir, ihre Adresse an den Unterzeichneten baldigst einzusenden.

Mit collegialischem Gruß

J. A.: C. Hermann.

Herrenweide 25 III, St. Pauli, Hamburg.

Alle Arbeiter-Blätter werden um Abdruck gebeten.

An die Töpfer Deutschlands!

Hamburg, 19. Dezember. Collegen! Oft ist der Mahnruf an Euch ergangen, dem Allgemeinen deutschen Töpferverein beizutreten; trotz alledem steht aber noch ein großer Theil der Collegen demselben fern und klagt über die schlechten Lohnverhältnisse, scheinbar nicht wissend, daß durch eine Vereinigung unsere Interessen könnten gewahrt werden. Collegen! Gegenwärtig ist es doppelt nothwendig, zusammen zu halten, da die Arbeitgeber durch die Concurrenz, die sie sich gegenseitig machen, uns immer mehr zu drücken suchen, ohne daran zu denken, daß wir Menschen sind und auch demgemäß leben wollen. Aus mehreren Städten kommt die Nachricht, daß die Löhne um 25 Prozent reduzirt werden sollen. In Lübeck sollte die Lohnkürzung mit dem 1. Januar anfangen. Ich ersuche die Collegen allerorts den Zuzug von Lübeck fern zu halten. Auch die Altonaer Arbeitgeber glauben nicht mehr nach dem bestehenden Lohntarif zahlen zu können. Näheres hierüber folgt.

Mit collegialischem Gruß

A. Barbi.

Hamburg, Marktstr. 5, Haus 2, part. l.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Briefkasten

Der Redaktion. G. S. in M.: Nein, das darf die Polizei nicht. Kurz gehaltene Situationsberichte sollen uns willkommen sein.

der Expedition. L. Domeier in Minden i. W.: Die Annonce kostet für das ganze Jahr 4,80 M. — G. Ahlén in Wertheim a. M.: Die wissenschaftlichen Beilagen erscheinen fort, wie Sie bereits aus Nr. 152 ersehen haben werden. Die Genossenschaftsbuchdruckerei übernimmt auch Privatarbeiten unter Berechnung normaler Preise. Das gewünschte Exemplar der „N. W." erhalten Sie pr. Kreuzband. — H. Klodgeter in Warfleth (Oldenb.): Geben Sie uns Ihre nächste Poststation an, da ohne deren Bezeichnung die hiesige Post die Beförderung unserer Sendung an Sie verweigert.

A. Douai in Newyork schreibt uns: „O. Löser ist aufgefunden. Mehr theilt mir mein Correspondent nicht mit. L. wird wohl schon nach Hause geschrieben haben." Falls dies nicht der Fall sein sollte, mögen die Verwandten sich an Dr. A. Douai, Broadway, betwen 44th und 45th Street, Newyork wenden.

Quittung. W. Knk Frankfurt Schr. 26,00. A. Gnz Paris Ab. 29,76. F. Zhmi Darmstadt Ab. 19,73. W. Sbl Dortmund Schr. 48,60. Schrdr Hannover Ab. 100,00. H. Rdgr Halle Ab. 12,00. A. Rinbrn Ab. 1,00. Thrbch hier Schr. 1,25. W. Thl Wüstewaltersdorf Schr. 1,30. Schwrz Kray Schr. 15 50. Brdd Sensburg Schr. 5,00. Alh Wertheim Schr. 1,40. Art hier Schr. 3.00.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:
Mitgliederversammlung
wozu Jeder freien Zutritt hat. (n) [0,50

Minden i/W. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend Abends 8 Uhr beim Gastwirth Thiele, Ritterstraße. (m) [40

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf.
betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sozialdemokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Lutz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str Golden Square.

Nr. 2. Sonntag, 6. Januar. 1878.

Ein Zeichen der Zeit.

Bei der letzten Gewerbezählung in Preußen hat sich eine sehr natürliche, aber doch sehr bezeichnende und zugleich die unhaltbaren gegenwärtigen Zustände dokumentirende Thatsache enthüllt, nämlich daß die Zahl derjenigen Menschen, die den Tauschverkehr vermitteln, im stetigen Steigen begriffen ist, daß die Zahl derjenigen aber, welche die Produkte erzeugen, sich immer mehr verringert.

Mit anderen Worten heißt dies, daß sich an dem todtkranken Gesellschaftskörper die Schmarotzerthiere immer mehr ansammeln und ihn vollends zu Grunde richten.

Auf 73 Bewohner im preußischen Staate kommt ein Erwerbsthätiger in der Bekleidungsbranche (Schneider, Schneiderin, Putzmacherin, Näherin, Kappenmacher, Hutfabrikation, Handschuhfabrikation 2c. 2c.), also in der Branche, welche bekanntlich eine ungemein große allgemeine Arbeitsleistung erfordert; auf 76 Bewohner aber kommt schon ein Waarenhandlungsbeflissener, während z. B. ein Schuhmacher erst auf 126 Bewohner gezählt wird. Der Geld- und Kredithandel beschäftigt nebenbei gesagt mehr Personen, als der Buch-, Kunst- und Musikalienhandel. Dabei kommt es aber noch vor, daß Waaarenhandel, Agentur 2c. vielfach als ein Nebengeschäft betrieben wird und nicht bei der Gewerbezählung aufgenommen worden ist, so daß sich die Zahl derjenigen Personen, die vom Zwischenhandel leben, noch bedeutend steigert.

Der Geheimrath Engel, der bei der Gewerbezählung besonders thätig war, spricht sich über diese bedenkliche Erscheinung folgendermaßen aus:

„Die Reihen der produktiv Thätigen lichten sich und die der distributiv (vertheilend) Thätigen füllen sich. Je mehr das über das nothwendige Maß hinaus der Fall ist, desto theurer müssen die Waaren werden, weil sie, über ihre unschmälerbaren Produktionskosten hinaus, den zur Erhaltung der Distribuenten nöthigen Aufschlag zu tragen haben. Ein gesteigerter Umsatz vermag diesen Uebelstand nicht auszugleichen; denn die Umsatzmenge kann sich, unter übrigens gleichen Umständen und wenn der eigene Staat dabei in Betracht kommt, dadurch nicht vermehren, daß die Zahl der Produzenten ab- und die der Distribuenten zunimmt. Wer dieses Zeichen der Zeit richtig zu deuten versteht, wird sich manche unerfreuliche Erscheinung in der Gegenwart erklären können."

Eine richtige Deutung dieses „Zeichens der Zeit" ist gar so schwer nicht. Die produktive Arbeit wird in Hinsicht auf den Kräfteverbrauch, den sie erfordert, allzugering entschädigt; jeder Mensch, der sich ihr entziehen kann, thut es, und nicht mit Unrecht, und wenn ihm als Krämer, als Wirth 2c. 2c. auch oft nicht mehr Lohn erwächst, wie als Lohnarbeiter, so verbraucht er auch lange nicht so viel an Arbeitskraft, und wenn er auf die Dauer auch sein „Geschäft" nicht aufrecht zu erhalten vermag, so steht es ihm ja immer wieder frei, sich als Lohnarbeiter anzubieten.

Daß die Gründerperiode, die Schwindelperiode auch zu diesem „Zeichen der Zeit" beigetragen hat, wer möchte das bestreiten? Doch sind ja wiederum jene Schwindelzeit und die jetzige Noth so recht die legitimen Kinder der heutigen Gesellschaft, daß, wenn sie eben gestorben, flugs neue ähnliche geboren worden. So sind der heutige Gesellschaftszustand, die heutige Produktions- weise und Gütervertheilung doch immer in erster Linie die Hauptschuldigen auch an obigem „Zeichen der Zeit".

Je mehr Zwischenhändler in der Gesellschaft aber sind und je schlechter es diesen geht, desto mehr Waaren- und Lebensmittelverfälschungen, desto mehr Verschlechterungen der Waaren und Lebensmittel stehen der Gesellschaft bevor — die Leute wollen eben auch leben. Und stockt dabei noch die Produktion, so wird's desto schlimmer — der Arbeiter muß dann, da er vielfach bei den Zwischenhändlern in Abhängigkeit geräth, mit den verschlechterten und verfälschten Waaren sich zufrieden geben.

Consumvereine, Consumvereine — so wird man nun rufen — sie können retten. — Wir sind ja bekanntlich keine unbedingten Gegner der Consumvereine, und wo sich für einen oder den andern Arbeiter Gelegenheit bietet, dieselben zu benutzen, da soll's uns freuen; aber mit solchen Mitteln die gesellschaftliche Unordnung aufheben zu wollen, das ist eben kindisch.

Die meisten bestehenden Consumvereine werden von den ärmeren Lohnarbeitern gar nicht frequentirt, ihnen fehlen die Mittel zur Anzahlung, sie sind noch abhängig von ihren Krämern und werden es auch bei solchen Zeiten, wie wir sie jetzt haben, bleiben. Sie trauen den Consumvereinen auch schon deshalb nicht, weil deren alljährlich eine größere Anzahl zusammenkracht und weil dieselben auch im Concurrenzkampf durchaus das, was sie versprechen, nicht zu leisten vermögen.

Doch wenn die Consumvereine auch einzeln immerhin Gutes bringen können, so würden sie hingegen, wenn sie alle Zwischenhändler verdrängt hätten, bei der heutigen Produktionsweise unter der Herrschaft des ehernen ökonomischen Lohngesetzes den Lohn der Arbeiter dauernd herniederdrücken, so daß ihr Nutzen gleich Null wäre.

Es kann also nichts anderes diesem „Zeichen der Zeit" wirksam entgegentreten, als die staatliche Organisation der Produktion und der Consumtion, mit einem Worte: die sozialistische Gesellschaft. Die heutige Gesellschaft ist so krank, so sterbenskrank, daß schon die Schmarotzerthiere, wie wir oben sagten, zahllos an ihr sich mästen; lassen wir sie sterben, aber zugleich eine neue Gesellschaft gründen mit kräftigem, jugendfrischem, unvergänglichem Körper, die all den feindlichen äußeren Einflüssen siegreich widersteht und die Menschheit zu größtmöglichstem Glücke führt.

Rück- und Ausblicke.

(Aus der Schweiz.)

H. G. Der Wendepunkt, an dem ein altes Jahr unserer bürgerlichen Zeitrechnung scheidet und ein neues beginnt, wird in der Regel von jedem Einzelnen, der nicht in Gedankenlosigkeit sein Leben verbringt, dazu benutzt, auf die zurückgelegte Bahn einen Ueberblick zu werfen und aus dem gewonnenen Resultate auf die Zukunft zu schließen.

Was der Einzelne thut, das soll auch eine Parteigemeinschaft thun, und wohl ihr, wenn sie es ruhig und ohne Vorwürfe thun kann, wie wir es können.

Das Jahr 1877 ist in der Geschichte der sozialen Bewegung kein verlorenes. Inmitten einer allgemeinen Krise, die in manchen Ländern, wie z. B. in unserer Schweiz, ihren Höhepunkt noch nicht einmal erreicht hat, bietet das stete Anwachsen des Sozialismus ein wahrhaft erhabenes Bild.

Und dieses Anwachsen der Bewegung kommt nicht auf Rechnung der ökonomischen Krise. Diejenigen unter uns sogar, die ihre revolutionären Hoffnungen auf die außergewöhnliche Noth setzten, haben eine Täuschung erlitten. Außergewöhnliche Noth mag wohl zu Thaten der Verzweiflung führen, aber sie fördert nicht die Erkenntniß, die Vorbedingung jeder sozialen Bewegung — sie stumpft im Gegentheil ab. Ein Volk in großem ökonomischen Elend kann seine Bedrücker blutig vernichten, aber es wird seine Ketten nicht brechen, wenn ihm nicht schon die Erkenntniß innewohnt, wo die Ursachen seines Elendes wohnen und wo die Mittel und Wege zu seiner Befreiung sind.

Wenn nun trotz dieser Krise und des Elends die soziale Bewegung gewachsen ist, dann zeigt sich darin die Macht der sozialistischen Idee und die geistige Kraft der sozialdemokratischen Bewegung.

Und sie hat sich gezeigt in Deutschland, dessen Sozialdemokratie der Centralpunkt der heutigen sozialen Bewegung geworden ist. Trotz aller Verfolgungen oder gerade durch diese Verfolgungen ist die Partei zu einer Macht geworden, die man nicht mehr todtschweigen kann. Und dabei besteht die Partei, trotzdem im weitaus größten Theil Deutschlands die einheitliche Organisation verboten ist. Sie besteht, und ihre Kampfmittel mehren sich von Tage zu Tage. Die Zahl der Lokalblätter und die Zahl ihrer Leser wächst von Vierteljahr zu Vierteljahr, und die von der Partei ins Leben gerufene wissenschaftliche Revue, die „Zukunft" wird ein Sammelplatz für die sozialistischen Schriftsteller aller Länder.

In Oesterreich hat die Partei sich nach einer schweren Krise wieder gesammelt und wird ohne Zweifel bald wieder aufblühen — sie hat ihre Kinderschuhe gründlich abgetreten.

In Frankreich ist leider der Aderlaß von 1871 noch nicht verschmerzt, aber doch sind auch von dort viele Anzeichen eines Wiederauflebens vorhanden; die „Egalité" wird zur Sammlung der Bewegung das Ihre beitragen und hoffentlich werden die zur Pariser Weltausstellung von 1878 reisenden Arbeiter eine kräftige sozialdemokratische Partei dort antreffen.

In England geht man — belehrt durch die Vorkommnisse beim Steinhauerstrike — jetzt mit allen Kräften daran, einerseits ein Band zwischen den großen Gewerkschaften dieses Landes und den organisirten Arbeitern des Continents herzustellen, anderseits die sozialistische Bewegung zu organisiren und zu verbreiten. Verschiedene Versammlungen dieser Art haben bereits in London stattgefunden und versprechen einen guten Fortgang. Wir treffen unter den dort auftretenden Rednern und Organisatoren die alten Kämpen von der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Mit großer Energie geht die Bewegung in Belgien vorwärts, und zwar ist es der vlämische Theil, der sein Schwergewicht hineinlegt. Eine Stadt um die andere wird von der Sozialdemokratie erobert, der letzte Vierteljahrescongreß hat auch in die alte Stadt Löwen Bresche geschossen. Jetzt beginnt nun auch die Polizei der Bewegung Dienste zu leisten, indem sie bei unsern Freunden in Antwerpen und Gent nach gefährlichen Schriftstücken Haussuchung hielt. An der stets wachsenden vlämischen Bewegung richtet sich allmählig auch die holländische auf. Glück auf! Ihr wackeren Niederländer!

Hoffen wir, daß die französisch sprechende Brabanter Arbeiterpartei bald glückliche Erfolge in den wallonischen Landestheilen aufzuweisen habe.

In Dänemark befindet sich die Partei noch in einer Krise, aus der sie um so bälder herauskommen wird, als die alten Parteien, an deren vorgeschrittenste Richtungen sich ein Theil der Sozialdemokraten lange noch angelehnt hat, im vollen Verfall begriffen sind und das Vertrauen des Volkes schmählich getäuscht haben, indem sie sich vor dem reaktionären Ministerium duckten. Solche Zwischenstadien müssen eben fast überall durchgemacht werden.

Auch in Ungarn bereitet sich nun eine förmliche Parteiorganisation vor, doch wird sie in diesem vom Nationalitätenhader schwer zerrissenen Lande, das durch die Folgen des orientalischen Krieges noch mehr aufgeregt werden wird, noch harte Kämpfe durchzumachen haben, um das Banner der internationalen Sozialdemokratie rein und unbefleckt aufrecht zu erhalten.

In Italien haben sich in diesem Jahre die sozialistischen Elemente, welche auch auf politischem Gebiet kämpfen wollen, gesammelt und agitiren hauptsächlich in den industriellen Gegenden Oberitaliens. Der größte Theil der vereinigten Arbeiter Italiens befindet sich noch im Schlepptau der Bourgeoisie, doch wird die Unfähigkeit der herrschenden Klassen zur Abschaffung auch nur der drückendsten Uebelstände bald auch dort die zurückgebliebenen Arbeiter ins sozialistische Lager treiben.

Für die Länder romanischer Zunge, hauptsächlich Italien und Spanien, wird übrigens das Wiederaufleben der sozialdemokratischen Bewegung in Frankreich von entscheidendem Einfluß sein. — Am überraschendsten aber ist ohne Zweifel der großartige Aufschwung, den die sozialdemokratische Bewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika genommen hat. Während vor noch nicht langer Zeit die beiden Parteiorgane „Vorbote" (Chicago) und „Arbeiterstimme" (Newyork) ihre Kosten noch nicht deckten und die Partei ihrer Zahl nach ganz unbedeutend war, hat sich seit dem großen Eisenbahnstrike die Sachlage ganz verändert. Eine ganze Reihe von großen Lokal-Parteiblättern ist entstanden und die Zahlen, welche die Arbeiterpartei bei den Wahlen auf sich vereinigt, sind sehr respektabel — die Bourgeoispresse wurde dadurch gezwungen, der Bewegung ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Tritt erst das angloamerikanische Element mehr in die Bewegung ein, dann dürfte die Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten bald der mächtigste und erfolgreichste aller sozialdemokratischen Armeekörper werden. Die Vorbedingungen sind wohl in keinem Lande so gegeben wie in Amerika. (England doch wohl ausgenommen. R. d. V.)

* * *

Der Allgemeine Sozialistencongreß von Gent hat einen Solidaritätspakt zwischen den verschiedenen Landesorganisationen der Sozialdemokratie zur Folge gehabt. Der Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes kann nicht in einem Lande ausgefochten werden — er ist international wie die Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes. Und mag das Band, das die verschiedenen Landes-Abtheilungen der kämpfenden Sozialdemokratie zusammenhält, auch nur mehr geistiger Natur sein, es muß festgehalten werden, in ihm beruht der höhere menschheitliche Gedanke der sozialen Bewegung, der uns in der Misere des täglichen, oft kleinlichen Parteikampfes begeistern muß.

Einige Jahre noch gleicher Wirksamkeit wie bisher und die Heersäulen der Sozialdemokratie überragen an Zahl und Macht bald die stehenden Heere und sonstigen Vertheidigungsinstitute der alten Gesellschaft.

* * *

Und nun noch einen kurzen Rückblick auf die soziale Bewegung in der Schweiz.

Da sind es hauptsächlich zwei Punkte, welche der Erwähnung werth sind: die Annahme des Fabrikgesetzes und die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz.

Die Annahme des Fabrikgesetzes ist der erste größere Erfolg der schweizerischen Sozialdemokratie. Es ist richtig und soll nicht vergessen werden, daß eine Anzahl Männer dazu mitgeholfen haben, die sich nicht unter unsere Parteifahne stellen. Nichtsdestoweniger sind wir berechtigt zu sagen, daß dieser Erfolg nicht zu verzeichnen gewesen wäre ohne das zähe Fordern und Andrängen, ohne die jahrelange ehrliche und harte Arbeit der Sozialdemokratie.

Daß dieser Erfolg uns anfeuern muß, zähe und energisch weiter zu arbeiten und der Gesammtentwicklung des Volkes vorzugehen, ist selbstverständlich und liegt naturgemäß in unserer Aufgabe. Wir hätten gar keine Berechtigung in der gährenden Entwicklung, wenn wir nicht als die Pioniere vorangehen.

Die beiden großen Arbeiter-Organisationen der Schweiz — Arbeiterbund und Grütliverein — stehen nunmehr als die sozialdemokratische Partei in der Schweiz da. Damit ist uns ein großes Feld der Thätigkeit eröffnet worden. Der Himmel ist keineswegs wolkenleer und an Gegnern dieser gemeinsamen Parteithätigkeit fehlt es durchaus nicht. Es wird viel Begeisterung, Geduld und Ausdauer brauchen, bis wir in der That und Wahrheit eine einige, festgeschlossene sozialdemokratische Partei in der Schweiz haben.

Nur zu oft geschieht es in unserer Republik, daß Grundsätze verwässert und verflacht werden, die Einsicht in die Lage der Dinge und die Kenntniß unserer Ziele und Mittel ist noch sehr wenig entwickelt und verbreitet. Wir sind, trotz achtjährigem Kampfe der „Tagwacht" noch am Anfange unserer Parteithätigkeit.

Umsomehr müssen wir arbeiten und wirken. Nicht immer wird der augenblickliche Erfolg unsern Mühen entsprechen — Anfeindung aller Art wird uns nicht ausbleiben — aber doch ist der Sieg unserer Sache gewiß, wenn wir uns nicht beirren lassen. Mögen Aengstliche und Verstockte noch so sehr zweifeln und drohen — die Zukunft gehört uns!

Mit diesem fröhlichen Bewußtsein begrüßen wir das Jahr 1878, es wird und muß eine weitere Stufe auf unserer Siegeslaufbahn sein!

(„Tagwacht.")

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Baßgeigen, welche in der lieblichen Weihnachtswoche am nationalliberalen Himmel hingen, sind am Tage vor Sylvester krachend heruntergefallen, und bestürzt, verblüfft wie das Milchmädchen, stehen die um ihre Hoffnungen so schnöde geprellten „Realpolitiker" vor den herumliegenden Trümmern. Das Entsetzliche ist geschehen: die goldenen Aepfel, die Tantalus schon zwischen den Zähnen zu haben glaubte, sind plötzlich zurückgeschnellt und Tantalus hat das traurige Nachsehen. Am Abend des 29. v. M., wo Herr Bennigsen von seiner „Mission" zurückkehrte, theilte er betrübten Herzens den betrübten Genossen die schlimme Mähr mit. Da an der Bereitwilligkeit der Nationalliberalen, zur Erlangung von Minister-Portefeuilles auf jede Bedingung einzugehen, unmöglich gezweifelt werden kann, so scheint es, als ob Fürst Bismarck noch nicht, oder nicht mehr in der Lage wäre, Minister-Portefeuilles zu vergeben.

— „Kampf mit geistigen Waffen." „Eine Hauptforderung der Sozialisten ist bekanntlich die gleiche Vertheilung des Grund und Bodens. Nach statistischen Ausweisen kämen in Deutschland auf jede Familie 3 Acker Land bei einer solchen Vertheilung; 7 Acker gehören aber mindestens dazu, eine Familie nothdürftig zu ernähren. Die Folge würde sein, daß jeder Haushalt neben der Landwirthschaft noch irgend ein Gewerbe betreiben müßte, wie dies jetzt der kleinere Grundbesitz thut, um das Leben kümmerlich zu fristen. Wirkung hiervon: gänzliche Herabdrückung auf das Durchschnitts-Niveau, nirgends jener Wohlstand, welcher den Luxus, die Kunst pflegt und hierdurch Erwerb schafft, den Fortschritt ermöglicht. Der Großgrundbesitz hingegen zwingt, wie dies England beweist, den Boden zu größerem Ertrage durch rationelle Bewirthschaftung und durch schnelle Aneignung aller Verbesserungen. Wirkung: Ueberschuß im Ertrage, Beförderung des Fortschritts hierdurch auf allen Gebieten." —

Also steht's geschrieben. „Bekanntlich" wollen die Sozialisten das Gemeineigenthum an Grund und Boden, und bekämpfen prinzipiell die Zwergwirthschaft (ob mit „gleicher Vertheilung" oder nicht) aus denselben Gründen, welche der fragliche Sozialistentödter — nur etwas konfus — hier vorbringt. Und wer hat diesen Blödsinn verübt? Da es weder Herr Böhmert, noch der Berliner Fortschritts-Richter ist, so kann es nur Herr Birnbaum gewesen sein, Professor der (Unwissenheit in) Land- und Volkswirthschaft und der Dritte im deutschen Ignoranten-Triumvirat. Und Der ist's auch wirklich gewesen. Thatort: Meerane, Lokal des „städtischen Vereins", Zeit: 28. Dezember 1877, Zweck: Sozialistentödtung und Beförderung der durch die Weihnachtsstrapazen etwas gestörten Verdauung einiger Dutzend Bourgeois. Das Schönste ist, daß Herr Birnbaum für gewöhnlich selbst ein eifriger Vertheidiger der Zwergwirthschaft ist und gegen den landwirthschaftlichen Großbetrieb eifert. Statt den Sozialismus hat er also nur seine eigene Lehre „getödtet". Und diesem Pröbchen entspricht der Rest der anderthalbstündigen letzten Birnbaumelei.

— 9,500,000 Mark Mehrforderung für den Marineetat, das ist ein prächtiges Seitenstück zu den 10,000,000 Mehrforderung im Militäretat. Kommt nun noch der Bayrische Militäretat hinzu, so mag wohl die Gesammtmehrforderung für die deutsche Kriegsmacht im nächsten Jahre auf 25,000,000 M. sich belaufen — allerdings bei einer Gesammtausgabe für Militär und Marine von circa 400,000,000 Mark eine „unbedeutende" Steigerung. Doch hört man, daß ein Pferd, welches 30 Centner einen Berg hinauf zu ziehen vermag, in dem Moment, wo man 31 oder gar 32 Centner aufladet, entweder nicht mehr anzieht oder zusammenstürzt.

— „Zur sozialpolitischen Literatur" bemerkt die „Nationalliberale Correspondenz" in einer der letzten Nummern: „Ein Zeichen der Zeit mit ihrem Drängen und Gähren auf sozialem Gebiet ist die wachsende Zahl der Preßerzeugnisse, die den ausschließlichen Zweck verfolgen, eine Reform unserer gesellschaftlichen Zustände, je nach dem Standpunkte der Verfasser, zu bewirken. Die sozialdemokratische Partei breitet mit jedem Jahre ihre literarische Thätigkeit mehr aus; von der politisch-sozialen Tagespresse bis zum Kalender und Kalenderbilderbuch herab muß Alles dem großen Zwecke dienen, die Verwerflichkeit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu einem immer verbreiteteren Glaubenssatz zu machen. Als neue literarische Waffen zu den alten haben sich vor einigen Monaten zwei periodische, mit dem Anspruch und dem äußeren Gewand der Wissenschaftlichkeit auftretende Zeitschriften gesellt, die in den Kreisen der Gebildeten für die sozialdemokratischen Grundsätze Propaganda machen sollen. Es war Zeit, daß auch von Seiten derjenigen Parteien, die auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen, mehr Rührigkeit im literarischen Kampf gegen die Bestrebungen des sozialen Umsturzes entfaltet wurde. Es sind in dieser Beziehung in jüngster Zeit erfreuliche Fortschritte (?) zu verzeichnen. Wenn auch der Ultramontanismus in der Sozialdemokratie einen viel zu brauchbaren Bundesgenossen (!) erkennt, als daß er ernstlich dagegen auftreten sollte, so sind doch die liberalen wie die conservativen Parteien eifrig bemüht, die Truglehren der Sozialdemokraten zu bekämpfen; ihre Presse widmet den sozial-wirthschaftlichen Fragen und Vorgängen eine stets wachsende Beachtung, und es ist zu hoffen, daß die sozialistische Agitation, die unläugbar durch die Gleichgültigkeit anderer Parteien zu der heutigen Macht und Ausdehnung gelangt ist, durch die thätigere Gegenwehr von Seiten der die heutige Staatsordnung anerkennenden Parteien in engere Schranken gewiesen werde. Freilich die beiden neuesten literarischen Unternehmungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die uns von Neujahr ab in Aussicht gestellt werden, müssen ihre ersprießliche Wirksamkeit erst noch erweisen und werden bis dahin mit einem starken Mißtrauen zu kämpfen haben. Wenn der „Staatssozialist" soziale Reform-n auf religiöser und constitutionell-monarchischer Grundlage anstrebt, wenn er ein Vertrauensverhältniß zwischen Monarchie und Arbeiterstand herstellen, wenn er die sozialdemokratischen, republikanischen, atheistischen und materialistischen Strömungen bekämpfen will, so sind dies gewiß anerkennenswerthe Bestrebungen, aber einstweilen können wir in diesem Programm nur verschwommene Phrasen erblicken und vermissen klare, positive praktische Grundsätze. Und eben so wenig wird man verlangen können, daß dem von dem fortschrittlichen „Deutschen Arbeitercongreß" beabsichtigten literarischen Unternehmen, die „soziale Frage", unter Leitung des Dr. Max Hirsch von vornherein großes Vertrauen entgegengebracht wird. Die Wirksamkeit dieses Mannes, der noch vor Kurzem von seiner eigenen Parteipresse angeklagt wurde, selbst ein versteckter Sozialdemokrat zu sein (Au!), auf dem Gebiete der sozialen und Arbeiterfrage ist bisher eine so zweifelhafte und unglückliche gewesen, er hat überall, wenn nicht bewußt und absichtlich, so doch thatsächlich der Sozialdemokratie so erfolgreich in die Hände gearbeitet, daß man seinem löblichen Vorsatz, „die zersetzenden Lehren und die verderbliche Agitation der Sozialdemokraten mit steter Aufmerksamkeit zu verfolgen und alle Irrthümer zu widerlegen," nicht mit unbedingtem Zutrauen wird entgegensehen können. Je anerkennenswerther an sich dieser wachsende Eifer zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation ist und je geneigter wir sind, im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner von allen sonstigen politischen Gegensätzen abzusehen, umsomehr bedauern wir es, wenn wir befürchten müssen, daß die Abwehr gegen die Gefahr des Sozialismus nicht in die richtigen Wege geleitet wird. Die Zukunft wird lehren, ob das weitverbreitete Mißtrauen gegen diese neuesten Blüthen der sozialpolitischen Literatur gerechtfertigt war."

Zu diesen amüsanten und charakteristischen Auslassungen bemerkt die „Magdeburger Zeitung" — ein Bourgeoisblatt comme il faut, also in den Zielen mit Max Hirsch einverstanden:

„Wir unserseits haben über den sozialistischen Charlatan Herrn Dr. Max Hirsch niemals anders geurtheilt als es hier geschieht. Daß der alte Harkort es war, der aus Anlaß des Waldenburger Strikes, dessen Geschichte die Betheiligten sich jetzt vergebens falsch darzustellen bemühen, äußerte, Herr Hirsch sollte erst dann wieder wagen, in politischen Dingen mitzusprechen, wenn er Seife genug zu finden vermöge, um seine Hände rein zu waschen, haben wir schon bei einer früheren Gelegenheit mitgetheilt. Auch über den famosen Gewer Congreß haben wir uns von vornherein im obigen Sinne geäußert."

Sozialistischer Charlatan! Nicht übel. O Märchen!

— Proletarierleben. Die „Chemnitzer Freie Presse" vom 30. Dezember enthält folgende Zuschrift:

„Werthe Genossen! Vor zwei Monaten war ich nach kurzer Unterbrechung wieder genöthigt, meine Thätigkeit als Strumpfwirker auszuüben. Ich wanderte deshalb nach Zeulenroda zu meinem Fabrikanten (Firma Heinrich Schopper) und bat um Arbeit, die ich auch erhielt. Als ich für meinen Sohn auch solche verlangte, da wurde mir gesagt, daß ich ihn nur solche Arbeit anfertigen lassen solle, wie ich sie lieferte, nämlich Strümpfe von dreifachem 50er Garn. Nun war ich gezwungen, da ich keinen zweiten Stuhl hatte, mir einen solchen zu kaufen. Am 11. d. M. lieferte ich und erhielt unterm 18. d. meinen Arbeitslohn nebst dem leeren Sack zurück mit der Bemerkung. „Diese Waare häuft sich zu sehr, als daß ich könnte noch länger fortarbeiten lassen, gehen Sie zu den Faktoren, die haben wieder Arbeit." So die Nachricht des Fabrikanten. Die Faktore haben nun allerdings Arbeit, aber blos für 30er Stühle. Nun machte ich mich auf und reiste nach Zeulenroda, stellte Herrn Schopper die Sachlage vor und sagte ihm, ich würde mich nicht weigern, die 30er Waare zu machen, wenn ich nur das Werkzeug dazu hätte. Er habe mir ja vor zwei Monaten gesagt, daß er keine feinere und keine stärkere Waare gebrauchen könne. Schopper gab mir ganz einfach zur Antwort: „Wenn Sie keine 30er Strümpfe machen können, lassen Sie's sein." Das ist das Preisdiplom für die 22jährige Arbeitskraft, denn so lange habe ich für das Haus gearbeitet, und ich bin mit in die Reihen der Arbeitslosen gestellt worden. Werther Genosse, da ich nun ganz brodlos geworden und Vater von vier Kindern bin, so ersuche ich Sie, diese Mittheilung in Ihr Blatt aufzunehmen. Ich hoffe, daß ich durch den Abdruck dieser Mittheilung aus Ihrem Leserkreise Bestellungen erhalten werde, sei es nun auf Strümpfe oder als Anwirker. Haben Sie die Güte ꝛc. ꝛc. Wilhelm Müller, Strumpfwirker in Geyerhaus bei Brambach i. V."

Ein Commentar ist überflüssig.

— Exekutionen hat das Berliner Stadtgericht im Jahre 1877 nicht weniger als 538 898 vollstreckt; 147,139 Prozeßsachen sind dort in demselben Zeitraume abgewickelt; 48,844 Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen sind anhängig gemacht, resp. ist die Untersuchung darüber eröffnet worden. 1,381,278 Briefe. Schriftsätze ꝛc. ꝛc. wurden im Annahmebureau abgegeben. — Man sieht, daß das Berliner Stadtgericht seine liebe Noth hat, aber man sieht auch, wie es auf der Besten der Welten eigentlich bestellt ist.

— Frage und Antwort. Die in Bonn erscheinende „Deutsche Reichszeitung", klerikales Organ, fragt am Schluß eines Leitartikels über „die Freimaurerei in Berlin" (Nummer vom 30. Dezember): „Seit Jahren müssen (Müssen? „Es hat's Euch ja Niemand geheißen." Altes Volkslied.) wir die sozialdemokratische Presse Deutschlands durchgehen. Wie kommt es, daß sie die volle Schale des Hasses auf die Orthodoxen, Jesuiten und Ultramontanen ergießt (Herr Dernburg, Sie schwarzrother Schlangentödter, was sagen Sie dazu?) nie ein Sterbenswörtchen gegen die Freimaurerei wagt, ja sogar, wenn sie nach Vereins-Freiheit auch für ihre „Genossen" ringt, noch niemals auf die privilegirte Vereins-Freiheit der Freimaurer hingewiesen hat?"

Antwort: Wir, d. h. die Sozialdemokraten, betrachten die ganze Freimaurerei als jämmerlichen Schwindel und Humbug, den wir unmöglich ernst nehmen können, und bedauern alle diejenigen, die sich mit diesem Quark beschäftigen und ihre Zeit, die sie nützlicher gebrauchen könnten, daran verschwenden. Hätte die Redaktion der „Deutschen Reichszeitung" unsere Blätter, die sie lesen „muß", wirklich gelesen, so wäre ihr die alberne Frage erspart worden. Was die Schlußbemerkung angeht, so erledigt sie sich durch die einfache Thatsache, daß wir die Freimaurer, obgleich sie — kläglich genug! — mitunter in Politik machen, doch nie als politische Gesellschaft im Sinne des Vereinsgesetzes betrachtet haben. Und nun wird wohl die Wißbegier der „Deutschen Reichszeitung" befriedigt sein.

— Strafe muß sein. In Dresden mußte bekanntlich das dortige Organ der „sächsischen Fortschrittspartei", die „Dresdener Presse", vor Kurzem das Zeitliche segnen. Außer von dem Häuflein der „Fortschrittler" wurde dieses Ereigniß von Niemand bemerkt. Mehr bemerkt wurde ein Aufruf, welcher dem (für die Betheiligten) sehr traurigen Ereigniß auf dem Fuße folgte, und in welchem die Führer der „sächsischen Fortschrittspartei" die Welt im Allgemeinen und ihre Gesinnungsgenossen im Besonderen von der wichtigen Thatsache in Kenntniß setzen, daß sie die — Berliner „Volkszeitung" zum Organ der „sächsischen Fortschrittspartei" ernannt haben. Da in Leipzig bereits ein Organ der sächs. Fortschrittspartei, die „Leipziger Volkszeitung", besteht, und zwar ein Organ, das Abonnenten außerordentlich gut brauchen kann, so mußte dieser Schritt natürlich auffallen. Indeß hat er an fond nichts Auffälliges: die „Leipziger Volkszeitung" hat sich einfach der Ehre, die Fortschrittspartei zu vertreten, unwürdig gezeigt: sie hat wiederholt demokratische Anwandlungen gehabt, schwärmt davon, daß die Fortschrittspartei eine demokratische Partei sei, hatte vor Kurzem die Impertinenz, die sächsischen Kammerfortschrittler wegen ihres Votums gegen den Freytag'schen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Landtag leise zu tadeln — Grund genug, das ungerathene Kind zu enterben! Die Fortschrittspartei für eine demokratische zu halten, und als Forschrittler Demokrat ohne Gänsefüßchen sein zu wollen, das verdient freilich exemplarische Strafe.

— Ein Frauenstrike. Der „Sozialdemokratischen Cor-

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Fortsetzung.)

Scheint aber meinen Lesern diese Vergleichung unserer Dioskuren mit den beiden vergötterten Religionsstiftern des Occidents und des Orients gar zu phantastisch: nun wohl, so genehmigen sie eher vielleicht diese Schlußfolgerung . . . .

Goethe's Werke werden noch manches Jahrtausend, wie die Kalidasa's und Sophokles', wenigstens so lange noch als die deutsche Sprache auf Erden besteht, gelesen und durchstudirt werden. Gerade dem Studium aber bieten sich die beiden vorgenannten Greisendichtungen, Faust zweiter Theil und die Wanderjahre, so recht als die bestgeeigneten Gegenstände tiefgrübelnder Forschung dar. Ihr geheimnißdunkler orphischer Inhalt wird noch oft von Adepten weltdurchdringender Weisheit geprüft und wieder und wieder zergliedert werden. Reih'n wir uns diesem Forschen und Grübeln an!

Ich meine: unser Andenken verweht mit unserm Leben selbst. Das Gedächtniß kaum der nächsten Generation haftet noch dämmernd an uns; aber sie, diese kommende Generation, die den Prophetien Goethe's die Wirklichkeit sich wird mehr und mehr annähern sehn, und noch manch' ein folgendes Menschengeschlecht wird mit dem sich beschäftigen, was heute uns zur Betrachtung vorliegt. Wer daher nicht so ganz frivol ist, um ernsterer Stimmung überhaupt unfähig zu sein — oder so völlig blasirt, um nur noch über Welt- und Menschheitsgeheimniß ironisch zu lächeln — wahrlich dem muß es eine feierliche und hohe Sache des heiligsten Ernstes sein, den Gedankenstoff eines kommenden Jahrtausends in demuthsvoller Andacht hier sich vorführen zu hören. Ich bitte Sie daher, Ihre Aufmerksamkeit dem einzig in aller Weltliteratur dastehenden Werke unseres größten Nationalpropheten zuzuwenden.

Nur Eines noch zum Schluß dieses Vorworts.

Eine Greisendichtung nennt man allgemein die Wanderjahre — und — wie den zweiten Theil des Faust — hat der ästhetische Wahrspruch — ein wahrer Wahnspruch — unserer landläufigen Kritikasterei das erhabene Werk der Nation zu verleiden sich bemüht.

Eine Greisendichtung ist auch nach Ueberlieferung des griechischen Alterthums der Oedipus auf Colonos von Sophokles. Wer aber fühlt nicht in diesem Dichterwerk den Zauber sophokleischer Poesie so voll und ganz wie in seinen Jugendwerken?

Cervantes war, als er den Don Quixote, den Unsterblichen, schrieb, genau so alt wie Goethe, da dieser die Wanderjahre begann.

Dante war älter beim Concipiren der Göttlichen Comödie als Goethe beim ersten Entwurf der Helena.

Man nennt die letzten Hauptwerke des greisen Dichters nun unverständlich — verworren und dunkel, ja grillenhaft. Man verhöhnt besonders die Wanderjahre.

Wer aber selbst, unbeirrt durch das Volksgerede, mit nur einiger unbefangenen Innigkeit sich in die Lektüre dieser sogenannten Greisendichtung ernstlich vertieft, und still auf sich wirken läßt die wie ferne Musik ihn umhallenden leisern Accorde der ahnungsvoll tief-träumerischen, sinnigen Zukunftsphantasien mit all ihrem liebedurchglühten die Menschheit umfangenden hoffnungstrunkenen Wohlmuth und Behagen — den erwärmt gewiß die Intention des Dichters hinreichend, um sich über die mangelnde Ausführung des Endes zu trösten, ja um wohl gar, wie bei allen im strengeren Reim endelosen Dichterwerken, die ins Unendliche sich dehnende Perspektive gerade entzückend zu finden. Ich wenigstens konnte mir bei Jean Paul's und Lorenz Sterne's Humorschöpfungen gar nicht denken, wie man ein Ende verlange! Die Wanderjahre sind aber nicht ohne Ende, im ästhetischen Sinn schließen sie mit der herrlichen Scene, da Wilhelm wirklich zum ersten Mal vor unsern Augen seine ärztliche Kunst bewährt, und zwar an seinem eigenen Sohne.

Doch lassen Sie uns jetzt die ganze Conception im Großen betrachten.

Ein reicher junger Kaufmann gesellt sich aus Theaterenthusiasmus zu einer Schauspielergesellschaft, die auf das Residenzschloß eines wunderlich pietistischen Grafen geladen ist. (Man findet in dieser Persönlichkeit den Grafen von Werthern, der mit einer Schwester unseres großen Staatsmannes Freiherrn von Stein verheirathet war.) Die Ehe des Kinderlosen ist nicht glücklich. Die junge schöne Gräfin schenkt ihre Neigung dem schüchternen Anbeter Wilhelm, erschrickt aber vor sich selbst und vereinigt ihn schließlich mit ihrer noch schöneren, geistig höheren Schwester Natalie. Diese beiden Schwestern haben nun zwei Brüder, Lothario und Friedrich, Spiegelbilder des weimar'schen Fürstenpaars Carl August und Prinz Constantin. Letzterem gleich, entflieht Friedrich mit der Schauspielerin Philine. Lothario aber hat durch Abkehr von einer anderen anfangs geliebten Schauspielerin, Aurelie, deren unglückliches Ende verschuldet und wird deshalb vom romantisch ritterlichen Wilhelm Meister zur Verantwortung gezogen. Die Rechtfertigung des edlen Majoratsherrn, des Kampfgefährten von George Washington, ist vollständig und Wilhelm wird sogar auf dem Schlosse Lothario's in den Geheimbund dieser Geburts- und Geistesaristokratie durch den Starkgeist Jarno aufgenommen. Zugleich erfährt er hier, daß der ihm von Aurelien hinterlassene Knabe sein und Marianne's, der Frühverklärten, Kind sei. Mit diesem Vaterrecht und der Vaterpflicht beginnt aber seine männliche Reife und schließt die Zeit der Lehrjahre ab. Die Wanderjahre nun geben die Entwicklung nach beiden Seiten hin: 1) die Erziehung des Sohnes durch Vater, Lehrer und Jugendfreundschaft bis zur ersten Liebe. 2) Die Bewährung des Aristokratenbundes im Dienste der Arbeiterklasse.

Der Roman führt den Nebentitel: Die Entsagenden. Felix nämlich, Wilhelm's und Marianne's Sohn, liebt leidenschaftlich eine bedeutend ältere Dame vom höchsten Adel Süddeutschlands, Hersilie; Wilhelm selbst hat sich mit der hochadeligen Natalie nur unter der Bedingung einer mehrjährigen Entfernung von einander verloben dürfen; Friedrich, der junge Baron, will von seiner Philine nicht lassen; sein Bruder Lothario muß die Verliebschaften der ersten Jugendjahre bitter büßen durch lange Entbehrung der wahrhaft ihm congenialen, sein Wesen ergänzenden Therese; diese selbst ist aber nur eine natürliche Tochter — so haben wir schon vier Paare, die durch Standesabstand und zum Theil auch Altersunterschied wenig für einander passen. Noch deutlicher tritt dies bei dem Mann von fünfzig Jahren hervor, der im ersten Irrthum des Interesses mit seiner jugendlichen Nichte sich verlobt, während ihn die Braut seines Sohnes, die schöne Wittwe, zum Gatten begehrt. Auch dieses zwiefachen Paares falsch verschlungenes Doppelkreuz muß in das richtige Verhältniß gebracht werden, und die beiden unrichtig je einem widersinnigen Bräutigam anverlobten Bräute fliehn beschämt für einige Zeit „der Entsagung" nach Italien. Die heilende Macht der Ferne, „des Wanderns", bewährt sich an allen sechs Paaren im räumlichen wie zeitlichen Sinne; desgleichen an der Neigung des adeligen Jarno zu Lothario's flüchtiger Liebschaft Lydia, dem Leidenschaft glühenden Gegenstück der leichtlebigen Philine.

Das sind schon sieben Brautpaare, die erst auf Irrwegen zur wahrhaft geziemenden rechten Gemeinschaft, je nach ihrem Zusammenpassen, gelangen können.

Aehnlich ist es mit dem achten Verhältniß: dem zwischen Hersilien's Vetter Leonardo, jenem weitgereisten industrieverständigen Edelmann, dem Erben wahrhaft fürstlicher Landcomplex in Amerika, und seiner ältesten Jugendgespielin „dem nußbraunen Mädchen", einer armen Pachterstochter, die mit ihrem vertrie-

respondenz" wird aus Mailand geschrieben, daß in Biella (Hauptstadt der gleichnamigen Provinz [Biella] im früheren Königreich Sardinien) „ein Strike ausgebrochen ist und zwar in den Fabriken der Herren Sella und Trombetta, wo man mit mechanischen Webstühlen arbeitet; und da dort nur Frauen arbeiten, so haben wir einen Frauenstrike. Früher wurde mit Handwebstühlen gearbeitet, die eine größere Arbeiterzahl erforderten; nun haben die Fabrikanten mit Dampf oder Wasser getriebene Webstühle, können große Reduktionen im Arbeiterpersonal eintreten lassen und thun dies auch. Das ist also der Grund des Ausstandes. Der Ausstand hat nicht geringes Aufsehen gemacht: einm l, weil in jener Gegend bis jetzt dergleichen nie vorgekommen, und er ganz von selbst entstanden ist; sodann, weil die Bevölkerung die Strikenden eingeschlossen, ganz unter de Einfluß der bürgerlichen gemäßigten Partei steht, zu deren he vorragenden Vertretern die Brüder Sella gehören; bekanntlich war Quintino Sella selbst Minister und ist noch das legale Haupt der sogenannten Consorteria moderata (gemäßigten Clique.)"

— Eine Reminiscenz. Ueber den Czar Alexander I. (ebenfalls „der milde Czar" genannt), dessen 100jähriger Geburtstag am 23. Dezember in Petersburg gefeiert wurde, wobei überschwengliche Anpreisungen seiner Freundschaft zu Friedrich Wilhelm III. von Preußen eine große Rolle zu spielen hatten, schrieb Gneisenau:

„Dieser Alexander ist zu Preußens Unglück geboren. Im Jahre 1805 läutet er die Sturmglocke, bevor Alles zum Kriege vorbereitet ist. Mit Uebermuth wird der Krieg angekündigt. Mit Uebermuth geht er nach Oesterreichs Unfällen in Mähren vor — mit Kleinmuth zurück, nachdem er sich seine Lektion geholt hat. Sodann läßt er seine Truppen auseinandergehen, den nahe ausbrechenden Krieg nicht ahnend. Seine Hilfe ist späterhin (1806 und 1807), da er uns schützen will, ebenso verderblich wie des Feindes Angriff, und er endigt damit, daß er seinen Bundesgenossen plündern hilft. Ich frage, ob dieser Alexander, wenn er Preußens bitterster Feind gewesen wäre, sich sinnreicher hätte benehmen können, um unseren Untergang zu befördern, als er gethan hat, indem er sich unseren Freund nannte!"

Das ist vor fast 70 Jahren geschrieben. Heute regiert in Rußland wieder ein Alexander. Aber in Deutschland fehlt der Gneisenau. Er würde vom „Erbfreund" Aehnliches, wo nicht Schlimmeres zu sagen haben.

— In England fangen die Arbeiter an, gegen das Fabrikantenthum zu demonstriren, während die Bourgeoisie eine Neigung für den „Frieden um jeden Preis" zu inscenir sucht. Daß die ungeheure Mehrheit des englischen Volks einer Allianz gegen Rußland geneigt ist, unterliegt nicht dem leisesten Zweifel.

Die Cultur, welche Rußland in die Türkei bringt. Dr. Master, den der englische Unterstützungsausschuß in Bulgarien geschickt hat, berichtet gräßliche Dinge. Die Abschlachtung der 129 oder 150 Weiber und Kinder, unter gräßlichen Verstümmelungen und Grausamkeiten, in der Nähe von Kuflis, worüber kürzlich in den Zeitungen berichtet wurde, scheint keineswegs als russisch-bulgarisches Blutbad allein dazu stehe. Ganz Aehnliches meldet Master aus Oskande, wo in dessen Männer die Opfer waren und ihre Frauen und Kinder hilflos zurückgelassen wurden; hier zählte Master auf einem Viertel Acht weniger als 75 Leichen. Weiter aus Esover, nahe dem Schipaß, wo 129 Männer grausam abgeschlachtet wurden, wobei ein bulgarischer Richter wie zum Hohn Gebete verlas und den Tod des letzten durch ein „Lang lebe der Zar!" feierte. Master berichtet, daß er seit dem 26. September mehr als 3000 bedürftigen Frauen und Kindern Hilfe gespendet hat. —

Aus und über Plewna schreibt der russenfreundliche Correspondent des englischen Russenblatts „Daily News" unterm 17. Dezember:

„Seit den schrecklichen Pestilenzen vergangener Jahrhunderte ist eine solche Fülle unbeschreiblicher Greuel und fürchterlicher Leiden nicht auf einem so kleinen Erdenfleck zusammengedrängt gewesen. Menschliche Wesen liegen gleich dem Vieh auf der Straße; Leichname füllen die Häuser, hunderte von Jammergestalten strecken mit Aufgebot ihrer letzten Kraft die Hand nach einem Stückchen Brod oder einem Tropfen Wasser aus, und keine Hilfe ist nahe, um diese Leiden zu mildern und die Aermsten von einem qualvollen Tode zu erretten.

„Als die Türken ihren Ausfall machten, blieben die Kranken und Verwundeten, mehrere Tausend an der Zahl, ohne Wartung zurück. Die wenigen Krankenpfleger, die überhaupt vorhanden gewesen waren, schlossen sich dem Heere an, um mit diesem wo möglich zu entkommen. Der Tag der Schlacht und die darauf folgende Nacht vergangen. Um die armen, in Plewna liegenden Dulder bekümmerte sich Niemand, sie blieben ohne Speise und Trank ihre Wunden ohne Pflege. Am nächsten Morgen rückten die Russen in die Stadt und feierten die Ankunft des Kaisers und seines Gefolges. Ihnen mag die Festfreude kurz erschienen sein. Nicht so den hilflosen Kranken, welche vergebens ihre abgemagerten Hände gen Himmel streckten und um ein Stückchen Brod, einen Tropfen Wasser flehten. Weder Freund noch Feind kam, um ihre Leiden zu mildern oder ihnen das Wenige zu reichen, dessen sie bedurften, um einem schrecklichen Tode zu entgehen. Sie starben zu Hunderten, und ehe der Morgen des dritten Tages heranbrach, machten die Todten den Lebenden in jenen schmutzigen, verpesteten Häusern den Raum streitig.

„Am Morgen des genannten Tages erst fanden die Russen Zeit und Gelegenheit, sich um jene armen Geschöpfe zu kümmern. Zunächst schieden sie die Todten von den Lebenden, dann sorgten sie für die letzteren. Der erste Raum, den ich in einem dieser Sterbehäuser betrat, enthielt etwas über 90 Türken. Davon waren 37 schon gestorben und viele andere dem Tode nahe. Angstvolles Stöhnen entquoll den fast erstarrten Lippen. Dazwischen ertönten herzzerreißende Rufe nach Wasser, und hier und da bat einer durch Zeichen um Nahrung. Ein paar von den Armen, die sich noch einige Kraft bewahrt hatten, richteten sich auf und hefteten ihre tiefgesunkenen Augen mit solch flehentlichem Blick auf Die, welche gekommen waren, sie von der Gesellschaft ihrer todten Gefährten zu befreien, daß auch das härteste Herz vor Mitleid erweicht worden wäre. Nur spärliches Licht drang durch eine hoch oben angebrachte Scheibe auf die Menge wild durcheinanderliegender, theils starrer, theils seltsam bewegter menschlicher Formen. Die Luft war mit Fäulniß geschwängert, so daß selbst kräftige Männer, die sich hineinwagten, von Uebelkeit und Ohnmacht befallen wurden. Aehnlich sieht es in noch fünfzig anderen Häusern und in den Hallen der Moscheen aus.

„Es kann weiter nichts geschehen, als die Todten hinauszuschleppen, Licht und Luft hereinzulassen und Wasser und Nahrung den Ueberlebenden in der Hoffnung zu reichen, daß einige von ihnen gerettet werden können. Nur gering aber ist die Zahl der Leute, welche mit dieser schrecklichen Aufgabe betraut sind, und wie unzureichend ihre Hilfsmittel! Nur drei offene Ochsenkarren sind verfügbar, um die Todten wegzufahren, und nur fünfzig Soldaten damit beschäftigt, die Leichname aufzuladen und sie draußen in langen Gräben einzuscharren. So rasch wie möglich wurde Brod und Wasser vertheilt, um das die abgemagerten Jammergestalten untereinander mit ihrem letzten Lebensathem kämpften. Nur zu oft war es wirklich ihr letzter, denn der Anstrengung, einen Bissen hinabzuwürgen, waren sie nicht mehr gewachsen und stürzten zusammen, während ihre noch lebenden Nachbarn zur Rechten und zur Linken dem Sterbenden den übriggelassenen Bissen aus der erstarrenden Hand rissen, um vielleicht selber zusammenzubrechen, ehe sie ihn noch hinabwürgen gekonnt.

„Die drei offenen Ochsenkarren sind noch, während ich schreibe, mit der Wegschaffung der Todten beschäftigt. Die Reinigung der Spitäler indeß bewerkstelligte sich schnell, und nach den ersten beiden Tagen wurden die Bulgaren gezwungen, die Soldaten in der Arbeit des Wegschaffens und Begrabens der Leichen abzulösen. Mit welcher Rohheit sie die verhaßte Arbeit thun, ist schrecklich zu schauen. Bei den Füßen schleppen sie die Leichen treppab, daß die Schädel auf jede Treppenstufe aufschlagen, dann hinaus durch tiefen Morast in den Hof und hinauf auf die Karren, von deren Seiten die Köpfe und Glieder herabhängen. Die Gespräche, die sie bei der Arbeit führen, sind wo möglich noch scheußlicher, — gleichviel ob einer der Leiber noch warm sei und der Herzschlag in ihm sich noch fühlen lasse. „Hol ihn der Teufel! sterben muß er ja doch; also fort mit ihm!" rufen die Bulgaren, laden die Lebenden mit den Todten auf und werfen sie in ein gemeinsames Grab. Dergleichen habe ich mit eigenen Augen gesehen, und der mit der Reinigung der Hospitäler betraut ist, sprach gegen mich seine Ueberzeugung aus, daß solcher Fälle mehrere im Tage vorkommen. Dieses herzlose Verfahren vollzieht sich inmitten der mit Männern, Weibern, Kindern, Soldaten, Kranken und Verwundeten erfüllten Straßen. Da dieses Schauspiel aber schon mehrere Tage hintereinander dauert, hat sich das Gefühl dafür abgestumpft.

„Jetzt erst wird die Krankenpflege rasch in ein System gebracht. Daß dergleichen vorkommen konnte, dafür giebt es keine triftige Entschuldigung. Die Russen wußten, daß Plewna fallen mußte, daß Tausende von Verwundeten, Kranken und Hungernden in der Stadt zusammengepfercht waren. Demgemäß hätten sie ihre Vorsichtsmaßregeln treffen müssen. Unverzeihlich ist es, daß für die Wegschaffung der Leichen blos drei Ochsenkarren, für ihre Bestattung blos zwanzig arbeitsscheue Bulgaren beschafft wurden.

„Aber die Schreckniße von Plewna beschränken sich nicht auf das Weichbild der Stadt. Kaum minder gräßlich sieht es draußen auf der Ebene am Widflusse aus, wo 15—20,000 Gefangene halberfroren und halbverhungert um elende Brodrationen untereinander kämpfen, wo Hunderte von Todten noch unbegraben liegen, wo andere, die nur nothdürftig verscharrt worden waren, von gierigen Hunden theilweise aus den Gräbern herausgewühlt und in schauderhafter Weise angefressen worden sind.

„Ganz Plewna ist ein ausgedehnter Schindanger, dessen Schrecken jede Vorstellung übersteigen." — —

Von den gefangenen Türken ist seitdem ein großer Theil erfroren. „Hülfe unmöglich!" telegraphiren die Willensvollstrecker des „milden Czaren".

— Weder vom militärischen noch vom diplomatischen Kriegsschauplatz liegen bedeutende oder doch zuverlässige Nachrichten von Bedeutung vor.

— In Lippe ist am 30. v. Mts. der Führer der dortigen Fortschrittspartei und Reichstagsabgeordnete Hausmann gestorben. Wie man uns schreibt, wollen unsere Parteigenossen das freigewordene Mandat zu erkämpfen suchen. Der Boden ist günstig.

— Es liegt uns der Prospekt eines neuen sozialistischen Arbeiterorgans vor, das in Brüssel ein Mal wöchentlich erscheinen wird. Das Blatt führt den Titel: „La voix de l'ouvrier, Organe des associations ouvrières belges." („Die Arbeiterstimme, Organ der belgischen Arbeiterverbindungen.") Das Abonnement beträgt halbjährlich 4 Frcs. Man subscribirt bei Herrn Louis Bertrand, 130 rue Jolly in Schaerbeck-Bruxelles.

— Der vormalige verantwortliche Redakteur des „Vorwärts", Herr Wilhelm Hasenclever hier, ist anläßlich eines in Nr. 27 des „Vorwärts" vom 1. Dezember 1876 zum Abdrucke gelangten, mit den Worten: „Die Briefe sind bei der Post so sicher" beginnenden Artikels wegen Beleidigung von Beamten des Kaiserlichen Postamts zu Finsterwalde auf den Seiten der Kaiserlichen Oberpostdirektion zu Frankfurt a. O. gestellten Strafantrag nach §§ 185, 186, 196 und 73 des Reichsstrafgesetzbuchs zu vier Wochen Gefängniß rechtskräftig verurtheilt worden, was nach § 200 Abs. 2 des angezogenen Reichsgesetzes antragsgemäß hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 29. Dezember 1877.

Königl. Gerichtsamt im Bezirksgerichte,
Abtheilung II B.
Bieler. Ortmann.

— Der verantwortliche Redakteur der hier erscheinenden Zeitschrift „Vorwärts", Herr Rudolf Benjamin Seiffert, ist anläßlich des in Nr. 82 der gedachten Zeitschrift von diesem Jahre abgedruckten, mit der Ueberschrift „Beamtenwillkür" versehenen Artikels auf Grund des von dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums zu Dresden gestellten Strafantrags wegen öffentlicher Beleidigung einer Behörde in Beziehung auf ihren Beruf in Gemäßheit §§ 185, 194, 196 des Reichs-Strafgesetzbuches mit sechs Wochen Gefängniß bestraft worden, was dem weiteren Antrag gemäß nach § 200, 2 des angezogenen Gesetzes hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 29. Dezember 1877.

Königl. Gerichtsamt im Bezirksgericht das., Abth. II B.
Bieler. Wenck.

...ter in die Gebirgsthäler der Schweiz geflüchtet und ...rt einem sterbenden reichen Jüngling vermählt ist. Diese „jungfräuliche Wittwe" überläßt die vom jungen Gatten auf seinem Todtenbett ihr vererbten großen Fabriken einem Geschäftsführer, der sich um ihre Hand bemüht, nun aber in der Schwägerin des sogenannten Geschirrfassers die passende Lebensgefährtin gefunden hat.

Es treten endlich, nach des Dichters ursprünglicher Intention, außer diesen vielen (schon 10) Brautpaaren auch noch jene zwei dazu, die in der eingeschobenen Novelle „Wer ist der Verräther?" aus ähnlichen Verwicklungen erst allmählig sich passend zusammengefunden haben. Die Zwölfzahl ist damit erreicht.

Aber Goethe will das vielgestaltige, buntverworrene Menschenleben auch noch an dem geschiedenen Ehepaar, wie von einer Kehrseite der bräutlichen Verhältnisse her, zur Darstellung bringen. Odoardo verläßt Weib und Kinder, da er mit der Prinzeß Sophronia, seine Gattin mit ihrem Hausfreund Lelio, in irrthümliche Herzensverwickelungen geräth.

Ganz abgeschlossen erscheint zu allerletzt in der pilgernden Thörin die Doppelliebe von Vater und Sohn zu dieser geheimnißvollen Mädchengestalt, in der ich Lydia, Lothario's und Jarno's Freundin zu finden mir einbilde.

So zähle ich im Ganzen achtzehn Paare und außerdem noch über ein Dutzend einzeln bestehende Figuren des Romans, von welchen (etwa fünfzig) Personen allen dem ersten Theil, den Lehrjahren, nur folgende angehören: Wilhelm und Felix, Lothario, Friedrich und Natalie, Jarno, Lydia, Philine und endlich der Abbé; die Seele des Bundes, und Therese, also zehn. Die dreißig anderen sind neu aufgetreten, und diese Menge verwirrt bei der knappen Fassung des Ganzen wohl viele ungeduldige flüchtige Leser.

Es kommt dazu, daß zwei Novellen ganz überflüssig eingeschaltet sind: die gefährliche Wette und — die neue Melusine, diese übrigens ein reizend liebliches Märchen.

Von diesen zwei Novellen abgesehen ist aber die Entwicklung der Wanderjahre speziell nicht allzuschwer übersehbar.

Wilhelm kommt mit Felix in die Schweiz, wo er Jarno trifft, und das höchste Glück der Beschränkung im idealverklärten fast religiös geweihten Familienleben St. Josephs des Zweiten findet und als Vorbild seiner eigenen Zukunft anschaut. Dies ist die heilige Familie, ein unnennbar zartes aus Luft und Himmelglanz gewobenes Abbild alles Edelsten, das die Menschheit ihr Eigen nennt.

In Gebirge verirrt, wo sie ein geheimnißvolles Schatzkästchen finden, und durch einen seltsam neckischen Buben verlockt, gerathen Vater und Sohn in die Besitzung eines praktisch thätigen alten Edelmanns, der nach dem oben geschilderten Gemälde beschaulich stiller Beschränkung, im vollsten Gegensatze dazu, auf seinen Gütern die weitumspannende Perspektive einer allgemeinen höheren Volksbildung der fernen Zukunft eröffnet.

Als schon gegenwärtig erreicht wird hier dargestellt: wie gesteigert intensiver Landbau, mit wahrhaft humaner Gemeinsamkeit der Pflichten und Rechte, ein glückliches Gesammtleben ganzer Völkerschaften herbeiführen könnte!

Nach Zacharias Becker's und Friedrich von Rochau's zahm philantropischen Ideen vom vorigen Säculum muthet es uns hier an wie eine Vorwegnahme der Gedanken vom künftigen Volksstaat, die unser Jahrhundert ausarbeitet.

Doch höher hinauf geht nun die Bahn. Eine ganz allgemeine gleichmäßige Volkserziehung zeigt uns der wundersame Zukunftstraum der „pädagogischen Provinz", in die Wilhelm seinen Felix führt. — Nachdem er dann dem Grabe der frühverklärten Mignon, dieses hochpoetischen Aethergebildes, den Zoll stillgerührter Erinnerung geweiht hat, ergreift ihn endlich wie in Begeisterung die Idee von der Herrlichkeit des Menschenleibes, dieses göttlichen Tempels ewig unbegreiflicher Geisteskraft, und die Vorstellung von der Hoheit des Berufs: eben diesem erhabensten Gebilde der sichtbaren Schöpfung als Wundarzt heilend und wieder herstellend sich dienstbar zu machen. Anregend hierzu war seines Felix Sturz vom Pferde in Hersilien's Gegenwart, gleichsam eine Vorahnung der schönen Schlußscene des ganzen Romans.

Wilhelm schildert ausführlich den Gedankengang, der ihn zum Entschluß, Chirurgie zu lernen, gebracht hat in dem unnachahmlich vollendeten Briefe an seine Braut Natalie, diesem Briefe, der allein schon alle Kritiker belehrt haben müßte, wie thöricht sie Goethe Abnahme poetischer Gestaltungskraft nachweisen wollten. Mit diesem Briefe schließt das zweite Buch und der erste Theil der Wanderjahre. (Forts. f.)

— Zur Bierverfälschung. Vor kurzem tagte in Berlin eine Bierbrauerversammlung, in welcher ein Antrag gestellt wurde, das Reichsgesundheitsamt zu ersuchen, dahin zu wirken, daß gesetzlich festgestellt werde, daß zur Bierbereitung nur Malz und Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden dürfen und die Anwendung aller Surrogate und sonstigen Zusätze verboten sein sollen. Dieser Antrag wurde von den anwesenden Brauern natürlich abgelehnt. Die „Vossische Zeitung", die diese Nachricht auch brachte, erhielt infolge dessen ein Schreiben des Besitzers der Norddeutschen Brauerei in Berlin, desjenigen Lokals, in welchem vor der Nachwahl im 6. Berliner Reichstagswahlkreise die großen Volksversammlungen seitens unserer Partei abgehalten und auch das Wahlresultat von den Tausenden und aber Tausenden freudig erfaßten Proletariern bekannt gemacht wurde. Deshalb besonders interessirt auch uns das Schreiben; es lautet: „In der letzten Sonntagsnummer Ihres Blattes schreiben Sie von Beschlüssen einer hier in Berlin gehaltenen Sitzung deutscher Brauer, in welcher es heißt, daß ein Beschluß, dem Reichstag eine Petition einzureichen bezüglich Bereitung des Bieres, abgelehnt wurde. Ich erlaube mir hierzu die Bemerkung zu machen, daß ich zu obiger Versammlung keine Einladung erhalten, überhaupt nicht gewußt habe, daß eine solche Versammlung hier tagen würde; dasselbe wird mir auch von einigen mir befreundeten Collegen versichert. Gleichzeitig theile ich Ihnen mit, daß vor einiger Zeit, auf meine Anregung, von den Berliner Brauereien dem Reichstag eine Petition eingereicht ist, mit der Bitte, bei dem Reichskanzleramt dahin zu wirken, daß gesetzlich festgestellt werde, daß Bier nur aus Hopfen und Malz (natürlich auch Wasser und Hefe) gebraut werden dürfe, und das Verwenden aller Surrogate bei Strafe zu verbieten oder aber gesetzlich zu bestimmen, welche Surrogate in Anwendung kommen dürfen, in diesem Falle aber solche mit der höchstmöglichen Steuer zu belegen. Ich bitte von dieser Mittheilung in Ihrem werthen Blatte Notiz nehmen zu wollen und zeichne u. s. w. Flehinghaus, Braumeister und Brauereibesitzer." — Das nennen wir eine vernünftige Petition, die der Herr Flehmghaus veranlaßt hat, und es wird dieselbe gewiß auch von den sozialistischen Abgeordneten energisch unterstützt werden. Uebrigens ist uns auch noch wohl erinnerlich, daß das Bier in der Norddeutschen Brauerei in Berlin im vorigen Sommer ein durchaus gutes war.

Catechisme de Libre-Penseur par Edgar Monteil.*) Katechismus des Freidenkers von Edgar Monteil.

Der Verfasser des vorliegenden Buchs, eines gut ausgestatteten Bands von 253 Seiten ist, durch zahlreiche Schriften bekannt, in denen er für die neuen Ideen der Menschenbefreiung auf politischem, sozialem, wissenschaftlichem Gebiete eintritt und namentlich dem Pfaffenthum scharf zu Leibe geht. Der „Katechismus" ist sehr klar und durchaus verständlich; und wenn auch verschiedene Definitionen uns Deutschen einigermaßen fremd vorkommen, so sind sie doch immer lehrreich. Jedenfalls können unsere französisch-lesenden Parteigenossen keine bessere Gelegenheit finden, sich über die Anschauungen und Auffassungen der französischen und belgischen Freidenker zu unterrichten, als sie in dieser Schrift geboten ist; und es sei darum dieselbe hiermit bestens empfohlen.

*) Anvers chez Mees & Cie., Imprimeurs-Editeurs (Antwerpen, Verlag von Mees u. Comp.) 1877.

Der berühmte Maler Courbet, der muthig auf Seiten der Pariser Commune focht und bekanntlich den Sturz der Vendomesäule in Paris veranlaßte, ist nach längerer Krankheit im Exil gestorben. Mit Courbet ist einer der wenigen Künstler dahingeschieden, die die Kunst um ihrer selbst willen und nicht des schnöden Gewinnstes wegen übten — Grund genug für das arbeitende Volk, dem Verstorbenen, dessen Bedeutung als Künstler auch von den erbittertsten Gegnern nicht bestritten werden kann, ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Correspondenzen.

München, 19. Dezbr. 1877. (Da haben wir's! —) Wer konnte es aber auch wissen, daß unser liebwerther Agitationsbeistand, der Herr Polizeikommissär Gehret, von dem wir Ihnen vor kaum 3 Wochen berichtet haben, gar so bescheiden ist!? Die Nr. 146 des „Vorwärts" hatte wenige Tage erst den geweihten hiesigen Boden betreten, als unsere löbliche Polizeidirektion schon das lebhafteste Verlangen hegte, das kulturhistorische Material zu vervollständigen, dessen gewissenhafte Sammlerin sie seit lange schon gewesen ist. Man erzählt sich nämlich in sozialistischen Kreisen, daß von sämmtlichen Nummern des „Zeitgeist", in welchen der „Sozialistische Stammbaum" des Herrn Gehret von der Expedition des „Zeitgeist" zum Verkauf ausgeboten wurde, je 1 Exemplar für die hiesige Polizeidirektion (— natürlich gegen Baar —) eingeholt worden sein soll. Auch die Nr. 146 des „Vorwärts" soll gewünscht worden, aber leider schon vergriffen gewesen sein. Daß wir an unseren polizistischen Interessenten und Abonnenten eifrige „Vorwärts"- und „Zeitgeist"-Leser haben, ist bekannt. Niemand von ihnen wollte, so scheint's, seiner Exemplare entrathen. Offenbar hatte die besondere Erwerbung der begehrten Blätter nur den Zweck, zur Vervollständigung des kulturhistorischen Materials zu dienen, das, wie gesagt, für unsere Polizei- und Staatsarchive eifrigst zusammengetragen wird. Das ist sehr lobenswerth, gewiß! Denn „die Weltgeschichte ist das Weltgericht", das solcher Akten am Tage der „inappellablen" Rechtsprechung besonders bedürfen wird. — Bis dahin haben wir Muße, uns zu freuen, daß unser großer Zeitgenosse Gehret so bescheiden war, nicht selbst dafür zu sorgen, daß sein neuester Ruhm in unseren Archiven verewigt werde. (Wie es scheint, überließ er dies seinem Herrn Vorgesetzten.) Oder — sollte er den Entschluß gefaßt haben, ganz „incognito" ein großer Mann zu werden, sollte er dabei von dem Wunsche beseelt gewesen sein, in dem duftigen Gewölke einer sagenhaften Legende, statt auf der Leiter geschäftlicher Reklame, vom schlichten Distrikts-Gensdarm emporzuklimmen auf die Höhen unserer rechtskundigen „Polizeidir——"? Nein! Wir vermögen das Wort nicht auszuschreiben. Ein Mann von erwiesener Selbstverleugnung, ein Denker und Forscher von dem Scharfsinn unseres Herrn Gehret, verschmäht die plumpe Selbstverherrlichung. Er überläßt es getrost der Mit- und Nachwelt, ihm nach Verdienst seine Stellung anzuweisen. Auch wir erwarten geduldig den Augenblick, wo uns der letzte Entscheid auf die im Sozialistenprozeß eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde das Recht verleiht, ebenso eingehend über den „Kronzeugen" Gehret als über den Sozial-Autodidakten gleichen Namens Kunde zu geben.

Daß die Redaktion des „Vorwärts" in unserm Bericht über den Gehret'schen „Stammbaum der sozialistischen Entwicklung", gewiß unabsichtlich, zwei seiner Glanzpunkte durch Correktur verdunkelt hat, zwingt uns, um Richtigstellung zu bitten. Herr Gehret nennt nämlich die Polen nicht blos kurzweg „die Soldaten der Revolution", sondern „die Soldaten der sozialen Revolution", auch titulirt er Lassalle nicht kurzweg „Ferdinand Lassalle", nein, er hat ihn mit einem „v." als „Ferdinand von Lassalle" aufgeführt. Sie sehen, unser Geschichtsmaler liebt es, besondere Charakteristika hervorzukehren, und sein kritischer Geist hat die Geschichte Polens mit demselben Erfolge studirt, wie den Stammbaum unseres Lassalle.

Was an dem Gerüchte ist, daß gewisse hohe Personen im Reich sich mit dem Wunsche tragen, das Geschlecht Dessen gelegentlich in den Adelstand zu erheben, der heute schon hier unter unseren großen Zeitgenossen als Beamtenproletarier „Weltgeschichte machen" hilft, wissen wir nicht. Aufgefallen ist uns nur, daß in unseren Versammlungen nicht mehr so regelmäßig wie sonst das „Disskurenpaar" Gehret und Göhler, sondern abwechslungsweise mit dem Einen oder Anderen neue Polizeibeflissene erscheinen. Wahrscheinlich von wegen der „Schule". — Zweierlei wäre hieraus zu folgern: entweder es wird raschestens Ernst mit der Schriftstellerlaufbahn unseres Gehret, und dann muß er würdig abgelöst werden, oder auf Grund seines ersten wissenschaftlichen Erfolges hat eine „höhere" Eifersucht beschlossen, seine Lorbeeren nicht in den Titularhimmel hineinwachsen zu lassen. Dahin führt ja bekanntlich der Weg über die Wissenschaftlichkeit, zu der unser Gehret sich zu entfalten droht.

Und wir verlören so viel an dem thatkräftigen Manne mit der bescheidenen Firma: „Viertelskommissär". Unsere Sprache ist in diesem Worte doch etwas zu proletarisch angelegt! Denn wodurch unterscheiden sich von ihm unsere deutschen Haupt-Sozialisten-Vertilger, die Herren Stromer, Räder, Pfister? Durch nichts als ihr „von" (soweit Räder außer Betracht bleibt) und ihre Titel. Drum, mag es auch kommen, wie es will:

Der Männer sind es fortan drei, die wir vor Allen küren,
Wenn wir der deutschen Polizei zum Neujahr gratuliren.
„Von Stromer" heißt der erste Mann, 's ist Nürnbergs Bürgermeister,
Sodann kommt unser Münchner d'ran, und „Herr von Pfister" heißt er.
Direktor, Rath der Polizei ist er, wie Leipzigs Räder,
Und Münchens Gehret nebenbei, der besten Ordnung Hüter.
Ach! würde Michel zu Neujahr zum Rathe avanciren,
So könnten wir am Ende gar drei Räthen gratuliren. —
Herrn Gehret nominiren wir zum „Sozialmagister",
Auf daß die Firma lang florir': Hoch Stromer, Gehret, Pfister!

Leipzig. Das Poem: „Die Bekenntnisse eines Weltkundigen" des hiesigen Polizeiarztes Kühn, welches im „Vorwärts" in gebührender Weise an den Pranger gestellt worden, ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden. Das „Tageblatt", welches trotz der Kritik im „Vorwärts" dreist genug war, das Kühn'sche Machwerk zu empfehlen, meint beschönigend, die Beschlagnahme sei wegen Religionsschmähung erfolgt; Thatsache aber ist, daß die Sittlichkeitsparagraphen des Strafgesetzbuchs dem ekelhaften Kinde der Kühn'schen Muße das Lebenslicht ausbliesen.

Leipzig. Auch in diesem Jahre beginnt der Geschichts-, Rede- und Styl-Uebungs-Club im Arbeiter-Bildungsverein seine regelmäßigen Stunden, und zwar Freitag den 4. Januar die erste, und von da ab jeden Dienstag Abend und zwar von 8 bis 9 Uhr Geschichte, von 9 bis 10 Uhr Rede- und Stilübung, Diskussion der brennenden Tagesfragen, unter der Leitung der Herren Liebknecht, Geiser und Hasenclever. Da hierdurch einem Jeden Gelegenheit geboten wird, sich auszubilden, so wäre es wünschenswerth, daß die Betheiligung eine recht zahlreiche würde. Der bisherige Erfolg, trotz ungünstigster Umstände, läßt uns das Beste für die Zukunft hoffen.

Königstein. „Die heutigen Gesellschaftszustände und die Sozialdemokratie" war das Thema, über welches Genosse Kayser aus Dresden am 9. Dezember in einer zahlreich besuchten Versammlung sprach. Gegner hatten sich nicht wenige eingefunden. Einige „gebildete" Herren hatten die Vorkehrung getroffen, durch Pfeifen und Rufen den Redner zu unterbrechen. Aber alle diese Pläne konnten zum Aerger unserer Herren Gegner nicht ausgeführt werden. Das Referat des Genossen Kayser war ausgezeichnet Er verstand es, durch seinen durchaus faßlichen Vortrag selbst die Sympathien unserer Gegner soweit zu gewinnen, daß jeder Skandal unterblieb. Da auf zweimalige Aufforderung kein Gegner das Wort nahm, wurde die Versammlung geschlossen. Es ließen sich Viele in die Partei aufnehmen, auch wurden alle vorräthigen Schriften verkauft. Im Allgemeinen urtheilt hier die öffentliche Meinung sehr günstig über unsere Prinzipien. Das erste und größte Bollwerk des Liberalismus ist hierorts gefallen, nämlich die Unkenntniß über die Forderungen der Sozialdemokratie. Wir werden nicht ruhen noch rasten, bis der Sozialismus hier eine bleibende Stätte gefunden hat.

Königsberg i. Pr., 23. Dezbr. 1877. Im Juni 1874 beriefen hier mehrere Bürger unserer Stadt in rascher Aufeinanderfolge drei Volksversammlungen ein, in welchen über das preußische Vereins- und Versammlungsrecht gesprochen werden sollte. Alle drei Versammlungen wurden von den überwachenden Polizeibeamten (Kriminalpolizei Inspektor Hirsch und Polizeicommissarius Neide) als „Fortsetzungen" der im Mai desselben Jahres polizeilich geschlossenen hiesigen Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgelöst, und nachdem die letztere durch richterlichen Spruch definitiv geschlossen war, erhob Staatsanwalt Hecht, der kurz vorher aus einer kleinen Provinzialstadt Ostpreußens hierher versetzt worden war, gegen Max Herbig, Hermann Arnoldt und C. Grigatis Anklage. Gegen Letzteren ließ die Oberstaatsanwaltschaft im Schlußtermin der zweiten Instanz die Anklage fallen, hielt dieselbe jedoch gegen Arnoldt und Herbig aufrecht. Diese sollten sich als Mitglieder eines geschlossenen politischen Vereins bei einer „Fortsetzung" desselben betheiligt und so § 16, Absatz 2 der Verordnung vom 11. Mai 1850 verletzt haben. Die Angeklagten replizirten: sie hätten jene Versammlungen nicht als Mitglieder jenes geschlossenen Vereins, sondern als freie Staatsbürger auf Grund des § 29 der preußischen Verfassung und dem § 1 des preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 gemäß einberufen, und erklärten die Anklage für das Produkt einer hereinbrechenden politischen Reaktion. Das hiesige Stadtgericht sprach die Angeklagten frei, — Staatsanwalt Hecht appellirte; das hiesige ostpreußische Tribunal sprach die Angeklagten nach zwei Terminen auch frei; — die Oberstaatsanwaltschaft appellirte. Das Obertribunal in Berlin bestätigte jedoch die Freisprechung nicht, sondern verwies die Sache zur nochmaligen Prüfung und endgültigen Entscheidung an das königl. Appellationsgericht zu Insterburg. Hier wurde nun in zwei Terminen die Sache nochmals genau untersucht und diskutirt; endlich erfolgte am 20. d. M. zu Insterburg die vollständige Freisprechung der Angeklagten, und zwar schloß sich der Gerichtshof in den Motiven des freisprechenden Urtheils der Behauptung der Angeklagten an, daß die qu. drei Volksversammlungen nicht „Fortsetzungen" der früher polizeilich „vorläufig", später definitiv geschlossenen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewesen seien. — Dieser Prozeß hat 3½, drei und ein halbes Jahr gedauert und weist eine lange und weitläufige Untersuchung und 6 Audienztermine auf, in welchen sich die Angeklagten stets selbst vertheidigten. — Indem wir diese drei freisprechenden Urtheile ostpreußischer Gerichtshöfe in der Geschichte des modernen Gerichtsverfahrens gerne und mit Anerkennung verzeichnen, können wir nicht umhin, die Frage aufzuwerfen: Wie war es möglich, in dieser Sache überhaupt eine Anklage zu erheben? und was veranlaßte das Königsberger Stadtgericht, diese Anklage aufrecht zu erhalten, welcher bereits die Voruntersuchung jeden Halt genommen hatte? — Die Angeklagten machen von einem ihnen nach Verfassung und Gesetz zustehenden Rechte Gebrauch, werden dafür in eine langwierige Untersuchung verwickelt, von Staatsanwalt Hecht 3½ Jahre lang in Anklagezustand versetzt und müssen in 6 öffentlichen Terminen auf der Anklagebank sitzen! Giebt es denn in Preußen keinen Justizminister?

Der Prozeß wider den hiesigen, seit dem 4. Dezember 1875 noch immer „vorläufig" geschlossenen sozialdemokratischen Wahlverein schwebt in zweiter Instanz, in welcher am 14. Januar 1878 der zweite Audienztermin stattfinden soll. Auch in diesem Prozesse sind die beiden Angeklagten, Hermann Arnoldt als Vorsteher des Vereins und C. Grigatis als Beisitzer in einer Versammlung des Vereins, vom Kriminalsenat des hiesigen Stadtgerichts in erster Instanz freigesprochen. Warten wir ruhig das Ende dieser Sache ab. — Der hiesige Gerichtshof erster Instanz (Königsberger Stadtgericht) hatte übrigens die Anklage des Staatsanwalt Hecht zurückgewiesen; auf Appellation des letzteren hielt das ostpreußische Tribunal die Anklage aufrecht.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 20. Novbr. 1877 habe ich für nachbenannte Fonds erhalten:

a) Agitations- und Wahlfonds.

Güstrow d. Otto M. 4,30; Frohburg von Arbeitern der Fabrik Kirsten u. Sohn 10,00; Rendsburg d. Loßmann (Schutzgesetzes) 7,50; Chemnitz d. Kluttig (Wahlstatistik) 1,80; Stuttgart d. Berlinger (stat. Tafel) 2,00; Frankfurt a. M. d. Knoke (Schutzgesetze) 6,00; Hamburg von Justus' Cig.-Fab. Zollvereinsniederlage 26,70; do. v. W. H. 3,00; Nürtingen d. F. Schnizler 5,00; Bremerhafen d. Henrichs (statist. Tafel) 6,00; Nürnberg d. Phil. Wiemer 42,00; Regensburg do. 1,70; Landshut do. 3,50; Rosenheim do. 5,00; Lechhausen do. 4,00; Kaufbeuren do. 3,40; Göppingen do. 3,00; Stuttgart do. 45,00; Schw.-Gmünd do. 3,00; Heilbronn do. 5,00; Munden i. H. d. H. Oehme 3,00; Eimbeck do. 5,00; Freden do. 3,00; Hildesheim do. 6,00; Peine do. 7,43; Hannover do. 6,00; Minden i. W. do. 5,00; Blotho do. 6,00; Rehme do. 3,50; Bielefeld do. 12,13; Rheda do. 5,00; Dortmund 5,00; Bochum do 4,00; Gelsenkirchen do. 15,00.

b) Unterstützungsfonds.

Hamburg v. Auer 2,40; do. v. Club Frohsinn d. Schröder 3,70; do. W. Blos 2,40; do. vom Stiftungsfest der Tischler d. Döscher 38,67; do. d. Förster 4,00; do. v. A. Kapell 1,40; do. d. Dettinger 5,00; do. v. Ziehr's Bau in St. Pauli 6,79; do. v. Geib 4,80; do. d. H. Schehl 1,10; do. d. Frau Feil vom Weihnachtsfest des Arbeiterfrauen- und -Mädchenvereins 37,54; do. d. Jacobs von einer Hochzeit 3,00; do. v. Geib 2,40; Hohenfelde-Burgfelde vom Ball des Arbeiterfrauen- und -Mädchenvereins 5,17; Geesthacht d. G. H. Menke 9,00; Steinwärder v. Nagel's Korbmacherw. 14.15; Bochum v. J. S. 1,50; Offenbach a. M. von der Schuhmacherg. d. Dworak 5,00; Hanau d. M. Daßbach 2,20; do. Carl Braß 18,50; Penig von fröhlicher Tischgesellschaft d. Göhler 2,00; Duisburg bei einem Glase Bier in Beek d. Helferich 2,70; Barmstedt d. H. Pflughaupt 15,00; Forst v. Gesellschaftsabend des Sängerbundes d. J. 3,81; Osnabrück v. Tanzkränzchen d. Aug. Altenbernd 15,00; Wiesbaden vom Stiftungsfest des Gesangvereins Eintracht d. W. Lambert 4,50; Braunschweig vom Vereinigungsfest der Metallarbeiter d. Söhler 10,00; Elmshorn vom Arbeiterball d. Hamer 12,20; Naumburg a. d. S. d. C. Rosemann 4,70; Düsseldorf d. Müller vo der Schuhmacherg. 5,00; Schmölln d. Jul. Martin 4,68; Braunschweig v. H. Sch. 3,00; Leipzig d. C. Hadlich von diversen „Vorwärts" 67,32; Duisburg d. H. Strumpen 4,32; Großenhain v. Stiftungsfest der Manufakturarb. d. Redam 6,60; Neumünster v. Riz 1,00; Braunschweig v. Bornemann's Fabrik d. W. Lantzsch 8,20; Nowawes d. F. Stuckenbruck Auktion im Pfeifenclub 5,00; Schebewitz ges. an Robert Blum's Sterbetag im Arbeiter-Fortbild.-Ver. d. Netzold 6,00; Kiel d. Gütt aus der Sammelbüchse bei Neumann 21,00; Heilbronn d. H. Weißmann 2,00; Thonberg d. G. Wittig v. Arb.-Verein 10,34; Erfurt v. W. Sanders 0,75; Mainz auf Listen d. Lippold von Mainz-Gartenfelder Parteigenossen 24,15; do. von der Möbelfabrik Bembe 7,50; do. von der Möbelfabrik Heininger 10,35; do. von der Möbelfabrik Rauch 5,00; Achim d. C. Engelmann 6,50; Lübeck d. H. Bruhn 15,00; Uetersen d. F. Ziem 9,48; Halle a. d. S. durch Baier von der Klos'schen Schneiderwerkst. 5,00.

Zur Beachtung! Die Parteiabrechnung wird im Januar versandt, Rückstände wolle man daher sofort einsenden.

Hamburg, den 30. Dezember 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Parteigenossen aus nachbenannten Städten, welche erbötig wären, Beihilfe zur Agitation für die Schneidergewerkschaft zu leisten, werden gebeten, ihre Adresse Unterzeichneten gefälligst mitzutheilen: Freiburg i. B., Baden-Baden, Rastatt, Karlsruhe, Bruchsal, Germersheim, Landau, Neustadt a. d. H., Speier, Saarbrücken, Trier, Aachen, Eupen, Rheydt, M.-Gladbach, Viersen, Dülken, Kempen, Krefeld, Geldern, Cleve, Emmerich, Wesel, Oberhausen, Mühlheim a. d. R., Ruhrort, Duisburg, Bochum, Witten, Iserlohn, Düsseldorf, Neuß, Mühlheim a. Rh., Bonn, Euskirchen, Düren, Neuwied, Coblenz und Kreuznach.

B. Klerx.
Gießen, Neustadt D. 201

Alle Parteiblätter dieser Gegend werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. R. R. in Großenhain: Der Bericht ist eingetroffen, aber erst 4 Wochen nach stattgehabter Versammlung. Solch antiquirte Berichte pflegen wir nur dann zu verwenden, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. — W. S. in S.: Nummer 147 vom vorigen Jahre wird Ihnen gezeigt haben, daß Sie mit Ihrer Correspondenz zu spät gekommen sind. — S. in Essen: Hier ausässige preußische Parteigenossen, die gleich Ihnen der Kirche den Rücken gekehrt haben, mußten ebenfalls 2,50 Gebühren zahlen. — Laurischker in Lindau: Die „Egalité" erscheint in Lagny bei Paris; den Preis können Sie bei jeder deutschen Postanstalt erfahren.

der Expedition. Ein Abonnent in Karlsruhe: Der „Sozialist" erscheint in Wien. V. Bezirk, Wehrgasse 2; wenden Sie sich dorthin. — Krewiarz in Osnabrück: Ihr Annoncendepot ist um 90 Pf. beschritten. — Paul Ebert in Lößnitz: Die Abonnenten dort solle die fehlenden Nummern bei dortiger Post reklamiren. — J. Zinkha in Mühlheim a. Rh.: Das Packet ist aus Versehen unfrankirt abgegangen, die 50 Pf. sind dem Unterstützungsfonds überwiesen. — A. Rosfeld in Nancy: Das Abonnent bei wöchentl. 1maliger Zusendung 2,50 M. — Hß Philadelphia: Bis jetzt hat in Amerika die Nr. 1 Abonnenten nicht abgenommen.

Adolf Richter, Schriftsetzer,

aus Haindorf, wird ersucht, seinen Aufenthalt an seinen unterzeichneten Bruder bekannt zu geben.

Ferner ersuche Parteigenossen, welche vielleicht mit Obengenanntem zusammengetroffen sind, Unterzeichnetem davon Nachricht zu geben. Den letzten Brief erhielt ich von ihm Ende Oktober vergangenen Jahres aus Bremen. (3a)

Haindorf bei Reichenberg in Böhmen. **Heinrich Richter.**

Quittung. Dr. Ed Wien Ab. 9,60. J. Wchtr Bludenz Ab. 3,90. Schmdt Römerstadt Ab. 30,25. Wndt Penzlin Ab. 4,60. Wgnr Altstedt Ab. 1,60. Rw Altona Ab. 37,40. Hrbg Würzburg Ab. 1,70. G. Rchtr Paris Ab. 9,40. Wnir Wien Ab. 10,00. Grlnbg Nürnberg Ab. 200,00. Gr Osnabrück Ab. 18,10. Albrtz Eßlingen Ab. 14,80. Jnk Sorau Ab. 9,10. Jnschr Newyork Ab. 82,06. Kchmnr Hof Ab. 8,70. Hfmnn Wien Ab. 4 81. Lchltnr Steyr Ab. 4,70. Schwrz Reichenberg Schr. 25,18. Verein „Deutsch Fortuna" Wien Ab. 12,48. Sfrt hier Ab 2,50. Metallarb.-Gewerksch. hier Ann. 1,40. Krtschmr Neuro Ab. 1,10. Ogkr hier Ab. 2,85, Schr. 1,75. Gllstenberg Ab. 5,22. Btchr Gera Schr. 9,50. Arb.-Bild.-Ver. Hochfeld Ab. 5,22. Nbr Wien Ab. 6,75 Jrgns Crotzdorf Ab 3,80 Kr. Wertheim Ab. 2,30. Wsmr Anina Ab. 13,45. Hznar Wien Ab 1,69. Schrdr Hannover Ab. 250,00. Brndt Mittweida Ab. 20,00. J. Bß Mainz Ab. u. Schr. 71,25.

Fonds für Gemaßregelte.

D. Bchmnn Lindenau Vers. Ueberschuß 11,30. Parteigenossen Gohlis d. F. 1 50 Znkhn Mülheim 0,50. Von R. in Hof 2,00. Arb.-Ver. Plagwitz 1,76.

Harburg. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 5. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Beecken:

Außerordentl Generalversammlung.

Tagesordnung: Agitation. Innere Vereinsangelegenheiten. [80

Alle Mann am Platz.

Der Vorstand.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig.

Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 112a Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str Golden Square.

Nr. 3. Mittwoch, 9. Januar. 1878.

§ 131
oder:
Wer macht „verächtlich"?

Motto: Justitia fundamentum regnorum. (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche.)

Man erinnert sich der komischen Entrüstung, die unsere liberale und conservative Presse zur Schau zu tragen für nothwendig fand, als vor einigen Wochen in der ersten sächsischen Kammer von Seiten eines Vollblutjunkers die entsetzliche Ketzerei ausgesprochen ward, das Vertrauen in die preußische Justiz sei erschüttert, ihr Ruf durch gewisse Urtheile auf's Aeußerste geschädigt. Wir verwiesen die Entrüstungsheuchler auf die Debatten des preußischen Abgeordnetenhauses während der Confliktszeit, insbesondere auf die Aeußerungen, welche damals, anläßlich des denkwürdigen Obertribunalsbeschlusses in Sachen Twesten's, aus dem Munde der — in den Augen unserer Gegner — größten juristischen und politischen Autoritäten fielen. Wir verwiesen auf weitere, neuere Vorgänge, welche nicht weniger als der Fall Twesten geeignet sind, das Ansehen der preußischen Justiz zu untergraben, und namentlich auf ein „Urtheil", welches gerade damals in den Spalten des „Vorwärts" veröffentlicht wurde. Mit diesem Dokument haben wir uns jetzt auf einige Minuten zu beschäftigen. Wir glauben nicht zu weit zu gehen, wenn wir es für ein Unikum erklären. Schon vor Jahresfrist legte eine ähnliche juristische Leistung uns die unangenehme Pflicht auf, den Urhebern dieses Aktenstücks eine nähere Betrachtung zu widmen.

Unser Genosse Hackenberger war wegen einiger Reden, die nichts Anderes enthielten, als was an hunderten von Orten in Gegenwart der überwachenden Polizei unbeanstandet gesagt worden war und täglich gesagt wird, in Saarbrücken zu einer Gefängnißstrafe von 1 Jahr und 14 Tagen verurtheilt worden; und wir unterwarfen die betreffenden Erkenntnisse der verschiedenen Instanzen in Nr. 60, 61 und 62 des „Volksstaat" vom Jahre 1876 einer verdienten Kritik, die leider in Anbetracht unserer Preßzustände gar Manches ungesagt lassen mußte — was jedoch nicht verhinderte, daß die lebendigen Objekte unserer Kritik eine Beleidigungsklage anstrengten und auch unsere Bestrafung erwirkten.

Diese Erfahrung kann uns natürlich nicht abhalten, unsere Pflicht zu thun.

Wiederum ist Hackenberger das Opfer, und mit ihm Genosse Kanlitz.

Wegen Vergehen gegen nicht weniger als neun Paragraphen des Strafgesetzbuchs sind Beide von den Saarbrücker Richtern je zu einer Gefängnißstrafe in der Dauer von zwei und einem halben Jahre verurtheilt worden.

Und was sind die Vergehen oder Verbrechen? Wo und wie sind sie begangen worden?

Es handelt sich um die angebliche Beleidigung von Personen und um angeblich strafbare Aeußerungen über die herrschenden Staats- und Gesellschaftseinrichtungen — sämmtliche Vergehen und Verbrechen verübt theils in Zeitungsartikeln, theils in Volksversammlungsreden.

Keine Gewaltthätigkeit, keine, nach gewöhnlichen Begriffen eine schwere, wenn überhaupt eine Strafe erheischenden Handlungen, sondern simple Preßvergehen und mündliche Aeußerungen, von welch letzteren wir nur wiederholen können, was wir schon oben gesagt: daß ähnliche, wo nicht dieselben Aeußerungen schon in hunderten von deutschen Städten und Dörfern in Gegenwart der überwachenden Sicherheitsorgane unbeanstandet gefallen sind und täglich fallen. Und was die Preßvergehen anbelangt, so haben wir nur zu bemerken, daß die inkriminirten Artikel fast ausnahmslos auch in anderen sozialdemokratischen Blättern erschienen und unverfolgt geblieben sind. Die corpora delicti liegen ja in dem „Erkenntniß" vor, und da kann Jeder sich von ihrer absoluten Harmlosigkeit überzeugen.

Und dafür zwei Männer auf dritthalb Jahre der Freiheit beraubt!

Wem so die nackte Thatsache mitgetheilt wird, der findet es einfach geradezu unbegreiflich.

Wenn man aber das „Erkenntniß" durchliest, so findet man sofort den Schlüssel des Räthsels.

Er heißt: Angst vor der Sozialdemokratie. Wir sind an Gegner auf der Richterbank gewöhnt, welche die Sozialdemokratie hassen und verabscheuen, es für ihre Mission halten, unsere Bewegung, so weit das Gesetz es erlaubt, zurückzudämmen, wo möglich zu erdrücken. Diese Gegner bestrafen streng — aber es ist Maß in den Strafen. Der Haß berechnet, er verliert nicht die Selbstbeherrschung.

Nicht so die Angst, die auf's Aeußerste gesteigerte Furcht. Sie ist unberechenbar, weil sie selbst nicht mehr berechnet, weil sie die Herrschaft über sich selbst verloren hat.

Die Angst ist blind — sie schlägt blind drauf los. Wir haben das in der „blutigen Maiwoche" gesehen. Der Haß, der glühendste, tödtlichste Haß hätte die furchtbaren politischen und wirthschaftlichen Folgen der Niedermetzelung, der Ausrottung von Myriaden fleißiger, geschickter Arbeiter vorausgesehn, und, um diesen Folgen auszuweichen, sich zur Mäßigung gezwungen und, nach erfochtenem Sieg, das blutige Schwert eingesteckt und, durch Milde die Besiegten zu versöhnen gesucht — er wäre menschlich gewesen aus Klugheit.

Die Angst kannte, kennt solche Berechnung nicht. Durch ihre wahnsinnige, an Tollheit grenzende Angst vor dem „rothen Gespenst" wurde die französische Bourgeoisie zur wahnsinnigsten, tollsten Massenschlächterei getrieben — sie mordete, mordete, blindwüthig, und hackte wie im Haschischrausch, ohne Sinn und Verstand, drauflos, nicht merkend, daß sie in den Ast hackte, der sie selber trägt, nicht fühlend, daß sie ins eigne Fleisch traf. Und die Angst ist noch nicht verflogen, der Haschischrausch noch in voller Kraft — das zeigen die Urtheile, die nach wie vor von französischen Gerichten gegen Mitglieder und Kämpfer der Commune gefällt werden.

In ähnlicher Gemüthsverfassung sind offenbar die Männer, welche Hackenberger und Kaulitz zu je dritthalbjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt haben.

Es sei ferne von uns, die Motive der Männer in Zweifel ziehen zu wollen. Die Saarbrücker Richter sind sicherlich ehrenwerthe Leute vom Scheitel bis zur Sohle, sie haben sicherlich, als sie jene Strafe über zwei Mitmenschen von makellosem Privatcharakter verhängten, dem kategorischen Imperativ ihres Gewissens gehorcht.

Aber waren sie in einer Gemüthsverfassung, die ihnen eine ruhige Erwägung erlaubte? Kein Unbefangener, der das Urtheil liest, wird dies zu bejahen wagen. Schon die eigenthümliche, der gewöhnlichen Regeln des Stils, ja der Grammatik spottende Ausdrucksweise verräth die uncontrolirbare innere Aufregung. Denn Niemand wird glauben können, daß preußische Richter, die doch eine Gymnasial- und Universitätsbildung durchgemacht haben müssen, bei normaler Körper- und Geistesbeschaffenheit die primitivsten Regeln der Stilistik und Grammatik zu vergessen im Stande seien.

Und nun erst die Logik!

Nur ein ernstlicher Versuch wird gemacht, die Anwendung des § 130 zu rechtfertigen. Aber wie! Nämlich an der Stelle des Schriftstücks, die also lautet:

„In Erwägung, daß es ferner nach Paragraph einhundertunddreißig des Straf-Gesetz Buches auch nicht nothwendig ist, daß der öffentliche Friede wirklich gestört werde, vielmehr die objectiv nahe liegende Möglichkeit einer gewaltthätigen Störung dieses Friedens genügt;

„daß indeß über die Requisite des Paragraphen einhundertunddreißig hinaus thatsächlich Gewaltthätigkeiten stattgefunden haben, und daß diese Erfolge für die oben erwähnte Intention des Hackenberger und für seine strafbare Anreizung im Sinne des Paragraphen einhundertunddreißig reden, indem zum Beispiel während seiner Rede zu St. Johann am achten Juli, wo mehrere Eisenbahn-Beamte als Zuhörer waren, nach dem Zeugnisse des Nepilly in Bezug auf diese aus der Arbeitermenge der Ruf ertönte: „Hinaus mit den Lumpen!" und daß nach Beendigung der Rede vom vierundzwanzigsten Juli der in dieser Versammlung anwesend gewesene Fabrikant Möhle beim Nachhausegeben im Dunkeln hinterlistig angefallen und derartig auf den Kopf geschlagen wurde, daß er niederstürzte; daß diese Mißhandlung eines in der Nachbarschaft des Versammlungsortes wohnenden Arbeitgebers Seitens eines unbekannten Thäters und ohne jegliches andere ersichtliche Motiv nur als Folge der agitatorischen Aufreizung angesehen werden kann, und zwar um so mehr, als nach der Aussage des Zeugen Faller, welcher ebenfalls in der letzten Versammlung war, aus einem Haufen vor dem Lokale verweilenden Arbeiter der Ruf ertönte: „wir wollen nachgehen und sie mit Steinen todtschmeißen," Drohungen, die ja nur gegen die den Arbeitern als Feinde geschilderten anderweitigen Klassen der Bevölkerung gerichtet sein konnten."

Also „thatsächliche Gewaltthaten", hervorgerufen durch Hackenberger's Reden, sind 1) die während einer Rede Hackenberger's angeblich gefallene Aeußerung einiger in der Versammlung Anwesenden: Hinaus mit den Lumpen! 2) die Mißhandlung eines Fabrikanten durch einen — „**unbekannten**" Thäter; und endlich 3) angeblich rohe Aeußerungen von Arbeitern, die „vor dem Lokal" verweilten, in welchem Hackenberger eine Rede hielt!

Da hört nicht bloß die Logik, da hört Alles auf. Und wenn die Saarbrückener Richter bei ruhigem Blut diese Argumentation und überhaupt das ganze Erkenntniß lesen, dann werden sie sich bestürzt vor den Kopf schlagen und zerknirscht zu der Ueberzeugung gelangen, daß sie es sind, die des höchsten Strafmaßes, welches § 131 vorschreibt — von anderen nicht zu reden — sich würdig gemacht haben.

Paragraph 131 lautet:

„Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft."

Die Saarbrückener Herren Richter können zwar plaidiren, daß sie nicht wissentlich die in dem § 131 vorgesehenen Vergehen verübt haben, allein sie werden auch wissen, daß die Interpretationskunst ihrer Herren Collegen sich an dem Wörtchen „wissend" mit durchschlagendem Erfolge versucht hat.

Also zwei Jahre Gefängniß!

Bloß auf Grund des § 131.

Es genügt uns — und wir schenken ihnen, was sonst noch aus dem Strafgesetzbuche zusammenzuklauben wäre.

Man sagt, wir Sozialdemokraten zerstörten planmäßig die Achtung des Volks vor dem Bestehenden.

Wohlan — wenn dies wahr ist, haben die Saarbrückener Richter uns vortrefflich in die Hände gearbeitet und sich den Dank der Sozialdemokratie verdient.

Jedenfalls ersetzt dieses Urtheil uns ein Dutzend Agitatoren.

Nur fortgefahren!

Und wenn der Satz noch gilt, den wir von unseren „liberalen" Gegnern so oft haben citiren hören:

Justitia fundamentum regnorum

Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche

— dann werden die Reichsfreunde mit den Saarbrücker Richtern streng in's Gericht zu gehen haben.

Das heutige Gesellschaftssystem

wird von der Redaktion des „Staatssozialist" in der „Antwort" auf den bekannten, neulich von uns im Auszuge mitgetheilten, Brief des Professor Wagner auf's schärfste kritisirt und unbarmherzig verurtheilt. Sie nennt es einfach das Bankrottsystem.

„Das herrschende Manchesterthum," so läßt die Redaktion sich aus, „ist weder ein geoffenbartes Evangelium, noch prangt es in den Ruhmeskränzen thatsächlicher Beglückungen, die ihm die Menschheit etwa zu verdanken hätte, und die sie zu verlieren durch eine antimanchesterliche Kritik Gefahr liefe.

„Wenn sich unser Organ „Staatssozialist" nannte, so wollte es dadurch zunächst seinen Gegensatz zum manchesterlichen Laisser faire ausdrücken und eine dringende Berufung an den Staat, um Errettung aus dem Bankrottsysteme des Hängenund Gehenlassens richten. Das Maß der verlangten Staatshilfe, sowie die Angriffspunkte derselben sind sowohl unter den Mitgliedern des Reformvereins, wie auch unter den Mitarbeitern unseres Blattes noch controvers (Streitfragen). Einige verlangen ein großes, die Anderen nur ein kleines Maß von Staatshilfe; die Einen legen den Schwerpunkt der Sozialreform in die Akte der Gesetzgebung, die Andern in die freie Vereinsthätigkeit. Alle diese Gegensätze werden im „Staatssozialist" aufeinander platzen und nach Klarheit und Vereinigung ringen. Sämmtlich sind sie aber Widersacher des Manchesterthums, des Laisser faire, und der daraus erzeugten Anarchie. Fast ohne Ausnahme Mitglieder der besitzenden Klassen, haben sie gleichwohl eine größere Furcht vor den verschiedenen Enteignungen, welche das herrschende Bankrottsystem bewirkt, als vor den Expropriationen, mit welchen der Staatssozialismus droht. Sie erblicken in dem regellos tobenden Concurrenzkampfe von heute nichts als ein durch Eigenthumsillusionen verhülltes Expropriationssystem. Ist eine Wirthschaftsordnung, welche nach statistischen Erhebungen alle 10 Jahre die Hälfte sämmtlicher Geschäftsleute in die ökonomischen, bürgerlichen und sittlichen Abgründe des Bankrotts wirft, kein Expropriationssystem par excellence? Ist eine „Ordnung", welche nach Carey's neuestem Ausspruch „Deutschland mit bankrotten Banken und ruinirten Fabriken bedeckt hat", kein Expropriationssystem? Wir sehen heute überall nur Expropriationen, als schreckliche und naturnothwendige Folgen der herrschenden Wirthschafts-Anarchie. Die ganze Nation wurde seit 5 Jahren expropriirt, aus dem Besitz geschleudert, indem sie im auswärtigen Handel 5 Milliarden verlor. Der Fabrikant wurde expropriirt durch Betriebsverluste und Werthverminderungen kolossaler Art. Der Aktionär wurde expropriirt, indem er Kapital und Zinsen verlor. Der Grundbesitzer wurde expropriirt durch Wucherzinsen, Hypothekenkündigungen und Subhastationen. Ein Abgeordneter und Ritterguthsbesitzer aus Galizien brach vor versammeltem Landtage in die leidenschaftliche Klage aus: „Wir Gutsbesitzer sind alle bankrott!" Ist eine ökonomische „Ordnung", welche solche Früchte zeitigt, etwas anderes als ein Expropriationssystem, verhüllt durch Eigenthumsillusionen? Doch beschränken sich die Enteignungen und Besitzvertreibungen dieses Systems keineswegs auf die ökonomischen Dinge. Auch die moralischen, religiösen, politischen werden davon betroffen. Der rasende Concurrenzkrieg wirft die Menschheit aus dem Besitz aller ihrer Heiligthümer. Es giebt keine Ruhe des Geistes, keinen Frieden der Seele mehr. Ueberall Enteignung! Der Mann verliert seine Würde, das Weib seine Ehre. Die Prostitution wächst, die Zuchthäuser sind überfüllt, die Kirchen leer. Die Verzweiflung übermannt die Herzen, sie wenden sich vom Leben und seinen Hoffnungen ab, — Beweis die steigende Ziffer der Selbstmorde — sie wenden sich von den Tröstungen der Religion ab und werden Atheisten und Materialisten; sie wenden sich von dem Glauben an die Monarchie ab und werden in hellen Haufen sozialdemokratische Republikaner. Ueberall Expropriation, Besitzverlust, Bankrott!"

Nicht übel. Das Meiste können wir unterschreiben. Daß die Bourgeoiswirthschaft eine großartige, systematische Expropriation ist, hat Marx in seinem „Kapital" nachgewiesen. Er fordert darum die „Expropriation der Expropriateure". Auf Aehnliches, soweit Sinn darin, läuft die Forderung unseres „Staatssozialist" hinaus. Werden aber, ehe sie erfüllt wird, die Kirchen nicht noch leerer, und die „hellen Haufen sozialdemokratischer Republikaner" nicht noch zahlreicher werden müssen? Wird überhaupt der „Staatssozialist" mit Ernst an die Expropriation gehen, wenn er entdeckt, daß **seine eigenen Leute zu den Expropriateuren gehören, die expropriirt werden müssen?**

Aus Berlin.

— 4. Januar.

„Noch sind wir fern von der Zeit, da es auch uns gestattet sein mag, am Tage den Tag zu loben. Noch bedarf es des Zusammenfassens der ganzen Kraft, der Wachsamkeit bei Tag und Nacht, um weniger noch ehrlichen Angriffen, als heimtückischen Unterwühlungen von Feinden zu begegnen, deren emsig gesponnene Fäden sich hin und her über die Landesgrenze kreuzen. Noch thut uns unermüdliche Geduld, zähe Ausdauer und allbereite Umsicht Noth, um zu verhindern, daß der aufgewirbelte Staub eines fast beispiellosen staatlichen und gesellschaftlichen Umbaues sich erstickend und erdrückend auf Sinn und Gemüth der großen Mehrzahl Derer lade, denen es an Spannkraft fehlt, persönliche Unbequemlichkeiten durch allgemeine Vortheile aufzuwägen."

Diese Worte redete die hiesige „National-Zeitung", das offi-

zielle Organ der nationalliberalen Partei, zu der Zeit, als Herr v. Bennigsen noch in Varzin war, als man im nationalliberalen Lager noch an ein baldiges Zustandekommen eines nationalliberalen Ministeriums glaubte. Das „Zusammenfassen der ganzen Kraft" sollte die Entschuldigung sein für das Beugen unter einen, unter des Fürsten Bismarck Willen; und die „heimtückischen Unterwühlungen" sie sollten die Nothwendigkeit für ein starkes persönliches Regiment zeigen. Seitdem nun aber v. Bennigsen aus Varzin zurückgekehrt ist, haben die Nationalliberalen, die mit gehobenen Nasen und funkelnden Augen in die freiwillige Sklaverei marschiren wollten, sehr längliche Gesichter bekommen. Augenscheinlich spielt Bismarck mit den regierungslustigen Herren nur etwas Fangball und macht ihnen fernere Hoffnung, da er wohl weiß, daß die Sehnsucht nach den Ministersesseln noch unterthäniger macht, als der Besitz derselben.

Auch die alte „Tante Voß" ist regierungswüthig geworden; sie hat in letzter Zeit den Kampf gegen die Nationalliberalen eingestellt und hofft auf die Brosamen, welche von dem reichen Bennigsen-Tische fallen — sie weiß nämlich, daß Bennigsen dem Reichskanzler entschieden empfohlen habe, sich auf eine liberale Mehrheit zu stützen, diese aber sei ohne die Fortschrittspartei nicht möglich. Welchen Minister die brave Tante aus ihrer Partei in petto hat, das sagt sie nicht, doch dürfte man nicht fehl gehen, wenn man an das Finanzgenie Eugen Richter denkt, der, wenn wirklich die Möglichkeit seines Eintritts in das Ministerium vorhanden, diesem keine Unehre machen würde, da schon seine persönliche Feigheit und seine notorische Angst vor dem Reichskanzler ihm das Rückenbeugen und Knierutschen leicht beibringen würden. Arme „Tante Voß", dieser Mann ist der einzige, den du aus deiner talentarmen Partei in Vorschlag bringen könntest — und dabei doch so regierungslustig?!

Die Frage der Reichsministerien soll auch in Varzin auf's Tapet gebracht worden sein; Bismarck hat den Gedanken, alle preußischen Minister an die Stelle der betreffenden Reichsämter zu stellen, schon längst gehabt, so daß z. B. der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums auch Präsident des Reichskanzleramts sein soll, der preußische Justizminister Präsident des Reichsjustizamts und so fort. Die Präsidenten der einzelnen Reichsämter aber sind bekanntlich direkt vom Reichskanzler abhängig und durch diese Abhängigkeit würde Bismarck auch den eventuellen Widerstand des betreffenden preußischen Ministers, der bei weitem unabhängiger vom Ministerpräsidenten ist, zu brechen suchen und auch wohl leicht brechen. So wäre Bismarck dann auch formell der einzige Gebieter in Preußen-Deutschland — und damit sein Wunsch erfüllt. Diesen Bismarck'schen Wunsch unterstützt auch selbst die Fortschrittspartei, indem sie von einem bekannten Correspondenten der „Posener Zeitung" (Eugen Richter) einen Waschzettel in die Welt senden läßt, der also lautet:

„Insofern aus dem, was jetzt in Varzin kreist, eine engere Verbindung der Reichsämter mit den bezüglichen preußischen Ministerien sich ergeben sollte, wird der Reichskanzler seitens der Fortschrittspartei so wenig wie seitens der Nationalliberalen Widerspruch finden, vorausgesetzt, daß den Trägern der Reichsämter (Finanzamt. Eisenbahnamt, Justizamt) eine dem Reichskanzler gegenüber selbstständigere Stellung nach Analogie der englischen Ministerialverfassung eingeräumt wird. Es ist in der That ein Widerspruch in sich, daß die bezüglichen preußischen Minister Vorsitzende der einzelnen Bundesausschüsse für die Spezialfächer, nicht aber Träger der betreffenden Reichsämter sind. Wenn eine anderweitige Einrichtung unter Umständen dazu führen würde, daß ein Nichtpreuße zugleich als Reichsminister und als preußischer Ressortminister fungirte (z. B. für das Justizwesen), so würde dies für ein Unglück auch vom spezifisch preußischen Standpunkt nicht zu erachten sein."

Allerdings machen die Herren Fortschrittler einen Vorbehalt, doch man weiß, wie dergleichen Vorbehalte sich in der Praxis zeigen, und besonders bei einem Herrn von Bismarck — die Fortschrittler gehen auch hier in's Garn, wie die Gimpel, sie piepsen Reichseinheit und Freiheit und während dieses Gepiepses werden sie in den Maschen des Netzes, welches sie selbst mitstricken, gefangen.

Noch sei erwähnt, daß das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags dem Herrn in Varzin allzudrückend erscheint; ein für allemal hinreichende indirekte Steuern, Tabakmonopol ꝛc. ꝛc., dann hat der Reichstag seine Schuldigkeit gethan. Ihm bleibt ja immer noch das Ausgabebewilligungsrecht, welches er bei dem Militärbudget allerdings bis 1881 auch schon geopfert hat. Der deutsche Reichstag ist jetzt schon so machtlos, daß er in Frankreich und England zum Gespött geworden ist; nun wird ihm zugemuthet, sich vollends zu castriren, und — Sie sollen sehen, er wird auch noch diese Heldenthat verrichten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Nationalliberalen sind jetzt damit beschäftigt, die Trümmer der vom Himmel herabgefallenen Baßgeigen zusammenzuleimen, und sich und die Welt glauben zu machen, daß es im Plan gelegen habe, die Baßgeigen vom Himmel auf die realpolitische Welt herunterfallen zu lassen, daß es also durchaus unrichtig sei, von einem „Scheitern" der Varziner Verhandlungen zu reden. Gott habe sie selig — die Baßgeigen und die Nationalliberalen.

— Ueber die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Großmächten verlautet nichts Bestimmtes. Die Russen sollen die englische Vermittlungsnote ausweichend beantwortet haben, und gewiß ist, daß die Rubelpresse auf die sogenannte Friedensbewegung in England sehr große Hoffnungen setzt, oder doch zu setzen vorgiebt. Diese Hoffnungen dürften sich indeß als trügerisch erweisen. Vor dem Krimkrieg war die „Friedensbewegung" in England noch weit geräuschvoller, und doch absolut ohne Einfluß. Ein Kanonenschuß, und die vaterlandslosen Bourgeois verschwinden im ersten besten Mausloch. Die russische Diplomatie scheint das zu ahnen, und hat ihren Ton bereits wesentlich herabgestimmt. — Erwähnenswerth ist, daß auch die französische Regierung jetzt ihr Schweigen gebrochen und ein Circularschreiben an die Mächte gerichtet hat, dessen Inhalt wir nicht genau kennen, von dem wir aber das Eine wissen, daß es den deutschen und russischen Russen nicht sonderlich gefällt. — Inzwischen ist Fürst Bismarck zur Abwechselung wieder einmal krank geworden, während sein College Eulenburg, der vor drei Monaten „aus Gesundheitsrücksichten" beurlaubt ward, sich einer ausgezeichneten Gesundheit erfreut.

— Ein fortschrittliches Eingeständniß. In der Correspondenz der Herren Richter-Parisius befindet sich über den Beschluß des Herrenhauses, die Beeren und Pilze betreffend, folgende bezeichnende Notiz:

„Wir bemerkten vor einigen Tagen, daß der Beschluß des Herrenhauses, das Sammeln von Beeren und Pilzen für Forstdiebstahl zu erklären, der allgemeinen Volksauffassung über diesen Punkt entschieden zuwiderlaufe. Wie vorauszusehen war, bemächtigt die Sozialdemokratie sich des Beschlusses zu ihren Agitationszwecken; die „Berliner Freie Presse" bringt einen fulminanten Artikel gegen dieses, wie das Blatt sich ausdrückt, „Attentat auf die Armuth, wie man es sich frivoler und hartherziger kaum zu denken vermag." Das „Attentat" wird nicht zu Stande kommen, da die Regierung dem Beschlusse widersprochen hat und das Abgeordnetenhaus ihm ebenfalls nicht zustimmen wird; aber angesichts der sozialdemokratischen Agitation sollte eine Körperschaft, welche sich so wie das Herrenhaus zur Wahrung der conservativen Interessen berufen fühlt, sich doch hüten, zu dem flackernden Brande noch Holz hinzuzutragen."

Wir bemerken zunächst, daß nicht nur die „Berliner Freie Presse", sondern die ganze Parteipresse der Sozialdemokratie den bezüglichen Beschluß des Herrenhauses in der schärfsten Weise, und mit Recht, gegeißelt hat. In den liberalen und fortschrittlichen Zeitungen aber lasen wir vorerst nicht ein Zeichen der Mißbilligung. Jetzt natürlich kläfft auch Eugen Richter los, aber nur der sozialdemokratischen Propaganda wegen. Wäre unsere Agitation nicht gewesen, dann hätte man zu dem „Attentat auf die Armuth" auch von fortschrittlicher Seite geschwiegen.

— Mordkultur. Nur Kurzsichtige oder Heuchler können Verwundrung ausdrücken über die rapide Zunahme aller Verbrechen gegen die Person wie gegen das Eigenthum. Wenn in den gelesensten Blättern, ja in Familienblättern die „großen Spitzbuben" gefeiert, und der Massenmord als höchste Menschheitsthat angepriesen wird, muß natürlich auch das Stehlen und Morden im Kleinen gefördert werden. Daß die „Gartenlaube" des Herrn Keil für den ungehängten Stroußberg schamlos Reklame gemacht hat, ist bekannt. Wie sie für den Mord, den feigsten niederträchtigsten Meuchelmord, allerdings unter der Aegide des privilegirten Massenmords, Reklame macht, wollen wir jetzt zeigen. Unter dem Titel: „Meine erste Schleichpatrouille. Von unserem Feldmaler F. W. Heine" veröffentlichte die „Gartenlaube" S. 99 ff. des Jahrgangs 1871 eine, in dem üblichen geistlosen, rohrenommistischen, etwas Münchhausenisch angehauchten Kasernenstil geschriebene Skizze, in der es u. A. (S. 102) heißt:

„Uns gerade gegenüber stand ein französischer Posten (den man bei Nacht „beschlichen" hatte). Wir vernahmen es deutlich, wenn er sich räusperte; der Aermste mußte einen starken Katarrh haben, den zu heilen man ihn gewiß nicht hier heraus in's freie Schneefeld gestellt hatte. Auf uns, die Lauschenden, aber machte es einen äußerst komischen Eindruck, wenn der geplagte Mann von dem heftigsten Hustenanfall gepackt wurde und sich dann, seiner Pflicht als Vorposten wohl bewußt, alle Mühe gab, den verrätherischen Laut zu unterdrücken und zu ersticken. Mein Nachbar konnte kaum der Begierde Herr werden, eine blaue Bohne zu dem hüstelnden Franzosen hinüber zu senden und ihn mit dieser für immer von Katarrh und Rheumatismus zu heilen. Ein paarmal hob er schon das Gewehr zum Anschlag, er zielte, lange und lange, aber immer wieder setzte er ab, im Stillen Verbot und Disziplin verwünschend, die hier beide seinem schönsten Vorsatz so hemmend in den Weg traten."

Pfui! Pfui! Also einen nichtsahnenden, kranken Mitmenschen aus sicherem Versteck heraus hinterlistig, banditenartig erschießen ist „schönster Vorsatz"! Wenn dies „schönster Vorsatz", dann muß der gemeinste Meuchelmörder, der die Verbrecherbank unserer Gerichtshöfe befleckt, freigesprochen werden, denn er hat mit „schönstem Vorsatz" gehandelt. Hat der Schreiber dieser Infamie, hat der „Volksbildner" Keil, der sie in die weiteste Oeffentlichkeit gebracht — haben sie sich nicht die Wirkung auf das Gemüth der Leser vergegenwärtigt? Haben sie nicht überlegt, daß, solches Gift in unentwickelte, namentlich kindliche Gemüther träufeln, die abscheulichste moralische Giftmischerei ist, die man sich nur vorstellen kann? Gott behüte! Die sauberen Leutchen haben sich gar nichts dabei gedacht, als daß es so und so viel Geld einbringt, und — daß Andere es nicht besser machen. Und Letzteres ist allerdings wahr. Derartige Infamien sind seit Jahren an der Tagesordnung, an der Mode, und Herr Keil hat ein Recht, gleich dem Ritter ohne Furcht und Tadel, dem Hrn. von Ofenheim zu sagen: „Ich bin nicht schlechter als Tausende. Verurtheilen Sie mich, so müssen Sie Tausende verurtheilen." Die Herren Keil und Ofenheim waschen sich damit nicht rein, sie werden nur aus individuellen zu repräsentativen Verbrechern, zu Typen, zu Vertretern unsittlichster, abscheulichster Zustände, die es hinnehmen müssen, daß der Haß und Widerwille gegen diese Zustände sich in der Züchtigung der Personen ihrer Vertreter äußert.

— Wieder ist eine Schulze'sche Säule in den Staub gesunken. Wir lesen nämlich aus Meuselwitz (Herzogthum Altenburg), daß das zuständige Gerichtsamt I. in Altenburg den dortigen Creditverein aufgelöst hat, ohne den Concurs zu eröffnen; dadurch wird nach § 52 des Genossenschaftsgesetzes die Aufbringung der vorhandenen Passiven durch die Genossenschafter im Wege des Umlageverfahrens nothwendig. Von dem Vorstande des Creditvereins ist bereits ein Vertheilungsplan aufgestellt worden, nach welchem jedes dem Verein noch angehörende Mitglied 334.12 M., jedes am 31. Dezember 1875 ausgeschiedene 252.67 M. und jedes am 31. Dezember 1876 aus der Gemeinschaft getretene 330.06 M. einzuzahlen hat. Außerdem sind zur Deckung der muthmaßlichen Geschäftsunkosten noch 30 M. pro Kopf beizufügen. Die Zahlung der Beitragsraten, welche letztere vom 1. Januar 1878 mit 5 Prozent verzinst werden müssen, hat bis zum 31. März dess. J. zu erfolgen. Nach Ablauf dieses Schlußtermins sollen die säumigen Verpflichteten auf dem Klagewege zur Zahlungsleistung angehalten werden. — Und die meisten Mitglieder gehören dem Handwerkerstande an, der kaum noch etwas zu beißen hat; nun sollen dieselben durch die Schulze'sche Schöpfung außer ihrem Einlagekapital noch im Durchschnitt 300 Mark verlieren! Die Aufregung ist dort groß und viele angesehene Bürger meinen: „die Sozialdemokraten stünden doch solchen Schwindeleien fern!" — Ob dem alten Herrn Schulze zu Potsdam sein 45,000 Thaler-Gewissen doch in etwas jetzt bald schlägt?

— Zur Illustration der „hohen" Arbeitslöhne. Für den Wegebau durch die Thüringer Berge von Suhl nach der Schmücke wurden kürzlich Arbeiter gesucht und zwar für den Tagelohn von 1 Mark 20 Pf. für Personen über 20 Jahre, während derselbe bei Leuten unter 20 Jahren 80–100 Pf. betragen sollte. Trotz solchen geringen Lohnsatzes für schwere Arbeit, wobei die Arbeitsinstrumente noch jeder Arbeiter mitbringen mußte, fanden sich sofort aus zwei Dörfern, Goldlauter und Heidersbach, 140 Personen zur Arbeit ein. — Und Angesichts solcher Thatsachen wagt man noch immer von der Unverschämtheit der Arbeiter in Bezug auf die Lohnforderungen zu sprechen, von der Faulheit derselben, die lieber vagabondiren, als für einen angemessenen Lohn arbeiten wollen! Wenn nichts Anderes,

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Fortsetzung.)

Wilhelm studirt Medizin, Felix bildet sich zum Stallmeister in der Pferde nährenden Gegend der pädagogischen Provinz.

Jahre vergehen. Da kommt der vollendete Heilkünstler auf dem Heimwege in ein Schloß, dessen Bewohner Handwerker sind, die einen Wanderbund geschlossen haben. Ihr Anführer ist Lenardo, der Vetter Hersilien's, dieser ersten Geliebten des Knabenjünglings Felix. Dem Bunde dient als Vermittler mit dem Aristokratenbündniß der Lehrjahre Jarno Montanus und neben ihm der von seiner russischen Reise heimgekehrte Abbé. Zu ihnen gesellt sich jener von seiner Gattin geschiedene Odoardo, der darauf hinweist, daß außer Amerika und Rußland auch Mitteleuropa noch zahlreiche fruchtbare und uncultivirte Landstrecken berge, wo sich eröffnen ließen:

Räume wohl für Millionen
Nicht sicher zwar doch thätig frei zu wohnen.
Grün das Gefilde, fruchtbar, Mensch und Heerde
Sogleich behaglich auf der neu'sten Erde!
Ja, diesem Sinne sind wir ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben
Der täglich sie erobern muß.
Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn.
Zum Augenblicke dürft' ich sagen
Verweile doch du bist so schön!
Es kann die Spur von meinen Erdentagen
Nicht in Aeonen untergehn! —

Das hat im Drama der Einzelne gerufen, Faust, der dramatische Gegenfüßler des epischen Helden Wilhelm Meister. Im Epos aber ist nach Schlegel's Worten der ganze Olymp aufgenommen, das gewaltige Bild der göttlichen Weltweite. Wimmelnd in verwirrender, Mannigfaltigkeit, aber einheitlich doch im bunten Gesammtschauspiel, einheitlich gebunden durch denselben Geist erhabener Alliebe, sind in Goethe's Roman Figur an Figur gereiht, alle durchhaucht von demselben Enthusiasmus philanthropisch-opferfreudiger Humanität.

Was kann, nachdem der Bund in dreifachen Strahlen nach Amerika, Rußland und Binneneuropa sich belebend, allerweckend verbreitet hat, was kann noch übrig sein zum Abschluß?

Eine letzte Rückkehr zum ersten Ausgang.

Vater und Sohn saßen zu Anfang des Werks auf der Alpenhöhe; Vater und Sohn sehen wir zum Schluß der Dichtung bei einander am Rheinesgestade, am Ufer der europäischen Lebens- aber, und zwar den Vater in Betrachtung versunken seines jugendschönen geretteten Sohnes, dem er das Leben wieder geschenkt, es ihm zum zweiten Mal gegeben.

Wer könnte nach vollendeter ruhig stiller Lektüre, das ungeheure Werk des Gesammtromans überschauend, nicht wahrhaft erhoben und wie im Anschaun raphaelischer Madonnenschönheit innig begeistert, innigst wohl und befriedigt sich fühlen? wer könnte noch kritisiren und mäkeln wollen? wer müßte nicht voll hoher Bewunderung ausrufen: Ja solch ein Werk wie dieses hat die Menschheit nicht zum zweiten Male!

So voll optimistischer Hoffnungsseligkeit, voll dithyrambischer, zukunftsentzückter Hoffnungstrunkenheit! Damit nun vergleichen Sie die pessimistische Seelenstimmung in Shakespeare's letzten Tragödien, damit die düstre Weisheit in des achtzigjährigen Sophokles letztem Werke, dem Oedipus auf Colonos, dem der Chor zuruft:

Nie geboren zu sein! wo ist
Höherer Wunsch? Und der nächste gleich:
Dir, der Leben gewann, zu gehn
Wieder, von wannen Du kamst, in Eile!
Todt sein; ruhn von des Daseins Qual!
Ach, was foltert den Sterblichen nicht
In des Lebens verworrenem Drang?
Mord, Aufruhr, Gebader und Krieg,
Und der Neid. — Und dann zuletzt
Kommt es her, verachtet, entkräftet,
Ungeselllig
Freundlos, freudlos ach! das Alter, wo alles
Weh mit Wehe sich einet.

Mit diesen, ich weiß keinen stärkeren Ausdruck, Schopenhauerisch pessimistischen Durtönen des greisen Athenischen Dichters vergleiche man den Schluß des deutschen Weltromans: „Wilhelm griff sogleich nach der Lanzette, die Ader des Arms zu öffnen; das Blut sprang reichlich hervor und, mit der schlängelnd anspielenden Welle vermischt, folgte es gekräuseltem Strome nach. Das Leben kehrte wieder ..... Die wackeren Männer hatten schon ein bequemes Lager, halb sonnig halb schattig, unter leichten Büschen und Zweigen bereitet: hier lag er nun, auf den väterlichen Mantel hingestreckt, der holdeste Jüngling; braune Locken, schnell getrocknet, rollten sich schon wieder auf, er lächelte beruhigt und schlief ein. Mit Gefallen sah unser Freund auf ihn herab, indem er ihn zudeckte: „Wirst Du doch immer aufs Neue hervorgebracht, herrlich Ebenbild Gottes!" rief er aus....."

Mit diesem wohlthuend optimistischen Schluß vergleiche man die oben berührte Stelle, die den Höhepunkt im Lebensgange Wilhelm's bezeichnet, die Schilderung nämlich seines endlich abgeschlossenen Schwankens in Bezug auf eine Berufswahl und des nun endgültig erwählten Berufs der Wundarzneikunst. Ein Jugendfreund war ertrunken und hätte durch Aderlaß gerettet werden können. Das erzählt er in unübertrefflich ergreifender Schilderung seiner Braut Natalie und fügt dann hinzu: „Mein Vater sah die bürgerliche Gesellschaft, welcher Staatsform sie auch untergeordnet wäre, als einen Naturzustand an, der sein Gutes und sein Böses habe, seine gewöhnlichen Lebensläufe, abwechselnd reiche und kümmerliche Jahre, nicht weniger zufällig und unregelmäßig Hagelschlag, Wasserfluthen und Brandschaden: das Gute sei zu ergreifen und zu nutzen, das Böse abzuwenden oder zu ertragen; Nichts aber, meinte er, sei wünschenswerther, als die Verbreitung des allgemeinen guten Willens, unabhängig von jeder anderen Bedingung. So betrieb er denn u. A. „größere Sorgfalt in den Hospitälern, menschlichere Behandlung der Gefangenen," auch „Wiederbelebung der für todt Gehaltenen" und „was sich ferner hieran schließen mag."

Wenn dies nun der Schluß des 1. Theils der Wanderjahre ist, so zeigt sich der Nachdruck, den der Dichter auf obigen Satz legt: „Die Gemeinnützigkeit und der Gemeinsinn ist in jeder Staatsform das Lebensprinzip der bürgerlichen Gesellschaft!" An dem bedeutendsten Wendepunkt des Romans steht dieser Satz wie ein Wegweiser durch den anmuthigen Irrgarten der Erzählung.

Mit dem rettungslos ertrunkenen, dem todten Jugendfreund

so zeigt solche Lieblosigkeit gegen Nebenmenschen von der großen sittlichen Verkommenheit der herrschenden Gesellschaft.

— Nemesis. Der Sozialistentödter Böhmer in Chemnitz — nicht zu verwechseln mit seinem ähnlichbenamsten und Gleiches erstrebenden Genossen Böhmert in Dresden — hat zu den zwei Jahren Zuchthaus, die er wegen Betrügerei erhalten, soeben noch drei Jahre Zuchthaus wegen Urkundenfälschung bekommen, also zusammen fünf Jahre Zuchthaus. Vivat sequens. Her mit dem Nächsten!

— Der Umschwung, welcher in den englischen Gewerkschaften vor sich geht, wird recht augenfällig durch die Thatsache bezeichnet, daß das Centralorgan der Trades-Unions, die „Industrial Review", in dem ersten Leitartikel der letzten Nummer des Jahres 1877 die Bildung eines Internaiionalen Arbeiterbundes befürwortet. „Ein großer Internationaler Arbeiterbund", so heißt es in dem Artikel, der sich über Großbritannien und die Continente von Europa und Amerika erstreckt, muß ohne Verzug organisirt werden, wenn der Arbeiter nicht zu einer bloßen Waare herabsinken soll." Allerdings wird hinzugefügt, es müsse dafür gesorgt werden, daß der Bund nicht in die Hände „ränkesüchtiger Politiker" komme, „jener Sumpfpflanzen*), welche überall die Organisationen der Arbeiter zu Partei- und persönlichen Zwecken auszunutzen bestrebt sind". Aber das mindert nicht die Wichtigkeit der Thatsache. Die Verhältnisse, welche das englische Gewerkschaftsorgan zu der Erkenntniß und dem Bekenntniß der Nothwendigkeit einer internationalen Arbeiterorganisation gebracht haben, werden die englischen Gewerkschaftsmitglieder auch zu der Erkenntniß bringen, daß gerade ihre jetzigen Führer, wenigstens die meisten derselben zu jenen „ränkesüchtigen Politikern" gehören, „jenen Sumpfpflanzen, welche überall die Organisationen der Arbeiter zu Partei- und persönlichen Zwecken auszubeuten bemüht sind".

— Die Lage der Kohlengrubenarbeiter in Süd-Wales und der Black Country (Schwarzes Land in England), welche von den Grubenbesitzern durch die beständigen Lohnreduktionen von einem Strike in den andern gehetzt werden, ist in Folge der verlängerten Strikes eine sehr traurige geworden. In der Nachbarschaft von Marthyw leidet eine etwa 30,000 Seelen zählende Arbeiterbevölkerung so furchtbar, als ob eine thatsächliche Hungersnoth im Lande herrschte. Ganze Familien haben in vielen Fällen für ihren Lebensunterhalt kein größeres Einkommen als sechs bis acht Schillinge pro Woche. Dem Schulamte ist gemeldet worden, daß viele Kinder die Schule aus dem Grunde nicht besuchen können, weil sie sich „in einem Zustande absoluter Nacktheit" befinden. Wie übrigens verlautet, droht den Grubenarbeitern, falls sie zum Nachgeben gezwungen werden sollten, kurze Zeit nach Wiederaufnahme der Arbeit eine abermalige Lohnreduktion. Und mit dieser Lohnkürzungstaktik werden die Grubenbesitzer wohl fortfahren, so lange die schlechten Geschäftszeiten anhalten, — denn ohne Profit, guten Profit keine Arbeit. Anders thut's die Bourgeoiswelt nicht.

— Türkisch. Es ist eine bekannte Redensart der deutschen Russenfreunde, welche die „russische Kulturmission im Orient" ernst nehmen, daß in der Türkei alle Bedingungen fehlen, das türkische Volk dem herrschenden Despotismus zu entziehen. Widerspricht dem schon die Einführung des Parlamentarismus und dessen verständige Behandlung, so erhält dieses Gerede noch eine viel werthvollere Beleuchtung durch die neulich von Midhat Pascha in seinem Schriftstück über die Verhältnisse der Türkei gebrachte Aufklärung über die Wahl des Monarchen. In dem Schriftstück heißt es u. A.: „Die Thronbesteigung der Sultane hängt durchaus von dem Viat, d. h. von der Annahme der Nation ab. Das Gesetz verlangt, daß das Scepter dem ältesten Mitgliede der regierenden Familie übergeben werde, und daß der von der Nation erwählte im vollen Besitze seiner physischen und geistigen Kräfte sein muß. Der Monarch muß, so lange er regiert, die ihm anvertraute Mission gewissenhaft ausführen, sich dem öffentlichen Wohl widmen und vor allen Dingen Achtung vor dem Gesetz an den Tag legen. **Wenn es constatirt ist, daß der Monarch das Gesetz übertritt, so muß sofort seine Absetzung erfolgen, und wenn der ungetreue Mandatar der Nation sich der Ausführung dieses Gesetzes widersetzt, welches ihm den Thron zu verlassen befiehlt, so kann er der Volkswuth zum Opfer werden.** Das ist das heilige Gesetz" — Das sind für das türkische Volk doch gewiß sehr werthvolle Bestimmungen, die im Laufe der parlamentarischen Entwickelung der Türkei nicht so leicht beseitigt werden dürften. Es ist das Recht der Revolution, und wenn es bisher nur von den Pallastparteien geübt worden ist, so könnte es doch für die Zukunft auch dem türkischen Volke mehr zum Bewußtsein kommen und von demselben zur Anwendung gegen unliebsame Herrscher benutzt werden. Was würden wohl die Monarchen unserer „hochcivilisirten" Nationen zu solchem Rechte des Volkes sagen? Würde nicht Manchem Angst und Bange werden?

*) Frei übersetzt: englisch pests, was sich nicht wörtlich wiedergeben läßt, da das Wort „Pest" im Deutschen nicht auf Personen anwendbar ist.

— Vom Kriegsschauplatz ist zu melden, daß eine russische Heeresabtheilung unter dem Pechvogel Gurko den östlichen Balkan auf Schleichwegen überschritten hat, daß aber der Versuch, das türkische Corps bei Sofia abzuschneiden, mißlungen ist. Ferner, daß sämmtliche Donaubrücken der Russen durch Stürme und Eisgang zerstört worden sind, was unter Umständen die Russen in eine sehr gefährliche Lage bringen könnte, und daß der Winter mit einer mehr als sibirischen Heftigkeit auftritt.

— Aus Australien. Parteigenosse Amand Goegg, der sich, wie unsern Lesern bekannt ist, auf einer Rundreise um die Welt befindet, sendet uns aus Adelaide (Südaustralien) unterm 8. November 1877 zwei Ausschnitte aus der „Australischen Zeitung" — der einzigen deutschen Zeitung in Australien —, welche sich kurz über zwei Versammlungen auslassen, in welchen Goegg als Redner auftrat. Wir drucken diese Ausschnitte hier ab, um zu zeigen, wie man in Australien über den Sozialismus denkt:

Hahndorf, 22. Oktober 1877. Ich erlaube mir, meine Meinung über den Vortrag des Herrn Goegg in Hahndorf in einigen Worten auszusprechen, obgleich ich befürchte, mit meinen Ansichten ziemlich vereinzelt dazustehen; nun, wenigstens darin sind wohl Alle, welche Gelegenheit ihn zu hören hatten, einig, daß der Herr ein gewaltiger Redner ist, in dem jedoch, was die gewaltigen Reden durch alle Welt bezwecken sollen, sind die Meinungen wohl sehr verschieden. Meine unbedeutende Meinung darüber ist die: Da Herr Goegg zu der äußersten Spitze der rothen Republik und Sozialdemokratie gehört, es auch sein Hauptzweck sein möchte, den Samen über die Lehre seiner Partei durch die ganze Welt auszustreuen, um, wenn es der Umsturzpartei in Europa gelingen sollte, den glimmenden Brand der Revolution in die Völker zu schleudern, an aller Welt Enden moralische Unterstützung zu finden. Ich bedaure sehr, daß es mir an Rednertalent fehlt, sonst möchte ich dem geehrten Herrn Manches widerlegt haben. Man kann, nachdem man solche Reden gehört hat, besser begreifen, welchen großen Kampf Fürst Bismarck im Deutschen Parlament gegen diese Partei hat; man kann auch so recht sehen, was die Macht der Rede bedeutet, wenn man sieht, daß Leute, welche entschieden gegen die Umsturzpartei sind, durch sie hingerissen werden, daß sie dem Gegentheil ihrer Grundsätze Beifall geben. Das sind meine Meinungen über die Vorträge des Herrn Goegg. Ich bitte sehr um Entschuldigung, daß ich Sie durch diese Zeilen belästigt habe.

Hochachtungsvoll W. Schramm.

Tanunda, 6. November 1877. Herr Amand Goegg hielt am Sonnabend v. W. seinen angekündigten Vortrag im Tanunda-Hotel. Herr Goegg wurde warm empfangen und durch Herrn A. Witt eingeführt. Der Saal war wohl besucht. Herr Goegg sprach sehr interessant über die gegenwärtigen Verhältnisse der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der europäischen Großmächte und etwas ausführlicher über die politische und soziale Lage Deutschlands — dem Inhalte nach etwa dasselbe, was Herr Goegg schon in den Adelaider Vorträgen, laut Bericht der „Australischen Zeitung", ausgesprochen hatte. Herr Goegg wollte uns einen wahrheitsgetreuen Bericht über die überseeischen Verhältnisse geben. Das hat er auch gethan, und mundete es nicht Jedem, was liegt daran? Wer aber die neuesten Ereignisse in Deutschland mit durchlebt hat, ging mit der Ueberzeugung heim, in Herrn Goegg nicht nur einen gelehrten Politiker, sondern auch einen deutschen Volksmann, der sich nicht durch des neuen deutschen Reiches Glanz und Herrlichkeit hat die Augen verblenden lassen, gefunden zu haben. Herr Witt sprach im Namen der Anwesenden zum Schluß seinen Dank aus.

— Zu der Mittheilung in voriger Nummer über Courbet's Tod haben wir pflichtschuldigst nachzutragen, daß derselbe am 31. Dezember zu Vevey in der Schweiz erfolgte.

— Abermals abgeblitzt. Am 3. Januar wurde vor der 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts gegen den Verleger der „Berliner Freien Presse" in Sachen der der genannten Zeitung als Beilage beigegebenen, im Verlage der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei erscheinenden illustrirten Zeitschrift „Die Neue Welt" verhandelt. Nachdem das Gericht seinerzeit die Anklage gegen den früheren Redakteur der „Neuen Welt", Liebknecht, welcher wegen des Gedichts in dieser Zeitschrift: „Der Säbel haut, die Flinte schießt", in Berlin angeklagt worden war, wegen Incompetenz wieder fallen gelassen hatte, versuchte später Herr Tessendorff, den Gerichtsstand des Blattes nach Berlin zu verlegen, indem er von dem Verleger der „Berliner Freien Presse" verlangte, das Pflichtexemplar für die „Neue Welt" einzureichen und einen besonderen Redakteur in Berlin zu bestellen. Dem wurde nicht Folge gegeben, weil nach § 7, 8 und 9 des Preßgesetzes der Redakteur eines Blattes in ganz Deutschland seinen Sitz haben kann und das Pflichtexemplar nur am Ausgabeorte einzureichen ist. Herr Tessendorff, der nicht mit Unrecht ein neues Fiasko befürchten mochte, hatte die Anklagevertretung in diesem Termin nicht übernommen. Der fungirende Staatsanwalt fand den Dolus bei dem Angeklagten von dem Tage an vorhanden, wo er aufgefordert worden war, der Einreichung des Pflichtexemplars und der Bestellung eines besonderen Redakteurs nachzukommen und beantragte demgemäß eine Geldstrafe von 50 Mark event. 14 Tage Gefängniß für die unterlassene Anmeldung des verantwortlichen Redakteurs und 10 Mark Geldstrafe event. 2 Tage Gefängniß für das Nichteinreichen des Pflichtexemplars. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung des Angeklagten, weil es einer Zeitung unbenommen sei, irgend ein anderes selbstständiges Blatt derselben beizulegen und die angezogenen Paragraphen nicht klar genug seien, um eine Verurtheilung daraus herleiten zu können.

— Man schreibt uns:

„An die Redaktion des „Vorwärts", Leipzig.

Unter Bezugnahme auf die in Ihrem Blatte Nr. 152, 1877, unter „Zur Charakteristik unserer Gegner" aufgetischten „geistreichen" Auslassungen über mich, gestatte ich mir, Ihnen zu entgegnen, daß — wenn auch auf den betreffenden Streifbändern mein Name als der des Absenders gedruckt war — ich doch, wie Ihnen der Vergleich der Handschriften zeigt, nicht das an Hrn Hasenclever gegangene Exemplar selbst adressirt habe.

„Jene Adresse nebst anderen ist von dem Adressanten, wie ich höre, einem illustrirten Kalender pro 1878, entnommen und ein trauriger Beleg für die Redaktionsmache desselben. Daß aber Jemand, der die soziale Bewegung beobachtet, von der Verschmelzung der beiden früheren sozialistischen Arbeiterparteien wissen, daß also hier ein Versehen Dritter vorliegen mußte, würden Sie sich selbst haben sagen können! — Ob Sie geneigt sein werden, den über mich an bezeichneter Stelle ausgegossenen „Latsch" zu rectificiren, etwa durch Wiedergabe dieses Briefes, erscheint mir nach solchen Proben tendenziös medisanter Taktik höchst zweifelhaft. Ich enthalte mich deshalb einer Bitte und überlasse es gänzlich Ihrem Anstandsgefühl.

Hochachtungsvoll

Dr. C. Calberla."

Dies unverkürzt und unverändert das Schreiben des Herrn Dr. Calberla. Vielleicht begreift er das Unpassende seiner „tendenziös medisanten Taktik".

Aus Nordamerika.

Jacksonville (Florida), 12. Dezember 1877.

Seit den letzten Jahren ist es eine Passion „amerikanischer Landagenten", den Staat Florida als einen der Auswanderung sehr günstigen anzupreisen. Alle Kniffe und Schliche werden angewendet, die Reiselustigen und Homesteadsucher zum Niederlassen in Florida zu bewegen, deren wenige Dollars — wenn solche vorhanden — auf geschickte Weise zu eskamotiren, und „The Land of the flowers" (Das Land der Blumen) — wie Florida merkwürdigerweise genannt wird — als das wahre Eldorado hinzustellen. Der Landschwindel ist darum auch ungemein blühend, trotzdem Florida arm an Kapital ist, eine schwache Bevölkerung zählt und kein Feld für produktive Beschäftigung bildet. Was zur Förderung dieses Schwindels geschieht, ist staunenerregend. Aber auch nur der raffinirteste Betrug konnte es ermöglichen, die Arbeiter zu verleiten, nach hier zu kommen. Es sind Landkarten über Florida veröffentlicht mit der Angabe von Städten, Dörfern, Eisenbahnen ꝛc., die gar nicht existiren, dazu Namen von allen möglichen Niederlassungen, die nur in der Einbildung vorhanden sind. In New-York und Boston hat man englische Blätter gegründet nur zu dem Zweck, die Auswanderungslustigen hierherzulocken, namentlich

---

schloß der 1. Theil; mit der Rettung des Sohnes vom Tode des Ertrinkens schließt das Werk. — So kettet sich Generation an Generation im fröhlichen Lebensdrang und immer aufs Neue wirft du hervorgebracht: herrlich Ebenbild Gottes — Menschheit!

Zum Einzelnen mich wendend bemerke ich, daß die Cotta'schen Ausgaben kein Werk Goethe's so schnöde behandelt, so arg verstümmelt haben wie die Wanderjahre. Lange Abschnitte aus der ersten Ausgabe sind in den folgenden ausgelassen; ich habe mir in der neuesten Folioausgabe im Ganzen weit über drei Folioseiten aus der ersten Edition hinzuschreiben müssen, um nur einzelne, sonst völlig unverständliche Stellen zu motiviren und zu ergänzen. Das erklärt sich aus der Geschichte des Werks.

Man weiß, wie sehr entzückt vor Allen von Wilhelm Meister's Lehrjahren Schiller war. Bekanntlich wünschte er ihnen nur Versmaß; nun, dafür entschädigt uns wohl (dächt' ich) der ungleichliche Wohllaut des prosaischen Rhytmus. Ebenso bekannt ist, wie sehr wir Schiller's Treiben und Drängen die endliche Vollendung der Lehrjahre zu danken haben. Er gab auch den nach seinem Tode erschienenen Wanderjahren (nach meinem Gefühl) das Charakteristicon im Voraus schon mit auf den Weg, als hätte er geahnt, wie sie werden mußten. Er schrieb nämlich an Goethe: „Ihr Roman ist ein ruhig ausgebreitetes Weltbild, nirgends beschränkt, als durch die ästhetische Form — und wo die Form darin aufhört, da hängt er mit dem Unendlichen zusammen. Ich möchte ihn mit einer schönen Insel zwischen zwei Meeren vergleichen." — —

„Unendliche" Perspektive nach Raum und Zeit ist das Wesen, ist der Charakter des Werks.

Ich komme darauf noch zurück und gebe hier nur rasch der Vollständigkeit halber einige wenige historische Daten.

Nach fünfundzwanzigjähriger Arbeit waren die „Lehrjahre Wilhelm Meister's" vollendet im Druck erschienen; das zweite Vierteljahrhundert kostete die Conception und Ausführung der „Wanderjahre". Genau ein Decennium war verstrichen; da endlich raffte sich Goethe zum zweiten Theil seines prosaischen Lebenswerks auf, während er am zweiten Theil des Faust schon lange zuvor weiter- und weitergearbeitet hatte. —

Am ersten Pfingsttage 1807 — des Abends um ½7 Uhr, zwei Jahre nach dem unersetzlichen Verluste — begann, seines verewigten Freundes gedenkend, der achtundfünfzigjährige Dichter das erste Kapitel zu diktiren, jene köstliche Ouvertüre: Die Erscheinung der heiligen Familie im Alpenfelspaß.

Zehn Jahre später erst ging er an die Schilderung des Weberelends im Gebirgthal. 1820 war Theil Eins: das „erste und zweite Buch" umfassend, fertig und erschien 1821 im Mai bei Cotta, d. h. vierzehn reichlich gemessene Jahre nach dem Anfang des Diktats, vierundzwanzig nach dem Druck der Lehrjahre.

(Fortsetzung folgt.)

— Zur Warnung für Wäscherinnen. Ueber einen neuen Fall von Blutvergiftung durch Waschblau berichtet die „Deutsche Ztg." aus Düsseldorf unterm 29. Dezbr. v. J. Folgendes: „Eine Waschfrau aus Oberbilk, welche in einem Hause auf der Ber erstraße die Wäsche besorgte, verletzte sich am Donnerstag beim Waschen unbedeutend die Hand. Als sie nach der Wäsche das Weißzeug bläute, kam etwas Bläue in die Wunde Abends war der ganze Arm angeschwollen, und gestern starb die Frau. Ein vorgestern Abend herbeigerufener Arzt konnte sie nicht mehr retten."

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation von Bruno Geiser. Leipzig. Verlag von R. E. Höhme.

Aus dem Inhalt der Schrift heben wir zunächst den ersten Abschnitt: Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs hervor, in welchem der Verfasser in kurzer, aber klarer Weise besonders die Thätigkeit des deutschen Reichstags den Lesern vorführt; di ser Abschnitt bildet an sich schon die Unterlage zu einem geordneten längeren Vortrage. Dann findet man die Verfassung des deutschen Reichs, die Gewerbeordnung, Preßgesetz, Haftpflichtgesetz, Hilfskassengesetz, über Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes, Bestimmungen aus dem Strafgesetzbuche und einen Abschnitt zur Statistik des deutschen Reichs (Reichsheer, Reichsfinanzen ꝛc. ꝛc.) Sämmtliche Gesetze sind mit Erläuterungen versehen. Von welchen Motiven der Verfasser bei Herausgabe des Schriftchens geleitet worden ist, darüber giebt das kurze Vorwort, welches wir hier folgen lassen, die beste Auskunft:

„Mit dem in vorliegender Broschüre Zusammengestellten meine ich einem Bedürfnisse zu genügen, welches sich bei jedem in der sozialistischen Bewegung thätig Mitwirkenden geltend macht.

„Die Gründung des deutschen Reiches, sowie der wesentliche Inhalt und der Charakter seiner Gesetzgebung sind beständig der Gegenstand der Betrachtung und Kritik in den sozialistischen Versammlungen und Preßorganen, und die für das arbeitende Volk in politischer und sozialer Beziehung wichtigsten Gesetze sollten von Rechtswegen bei jedem denkenden Proletarier zu finden sein.

„Darum galt es mir, eine Darlegung der Begebenheiten bei der Reichsgründung mit einer kritischen Betrachtung der gesetzgeberischen Arbeiten seit 1871 und einer Sammlung der im Reich geltenden, für das Volksleben und die sozialistische Agitation wesentlichsten Gesetze zu verbinden.

„Der Umfang des Stoffes heischte gedrängteste Kürze und Klarheit und litt die wortgetreue Wiedergabe der Gesetze nur bei ihren hauptsächlichen Bestimmungen. Ueberall wo daher bei dem letzteren Theile meiner Aufgabe die Form belanglos schien, habe ich daher den Inhalt nach Kräften zusammengepreßt wiedergegeben und durch kleineren Druck für deutliche Unterscheidung des von mir Geschriebenen von dem wörtlich Angeführten sorgen lassen.

„Um den Anforderungen der agitatorischen und journalistischen Tagesarbeit entgegenzukommen, soweit es bei einer auf möglichste Preisbeschränkung angewiesenen Volksschrift thunlich ist, fügte ich eine Reihe der unentbehrlichsten Notizen zur Statistik des deutschen Reiches bei.

„Mit alledem hoffe ich eine Arbeit geliefert zu haben, die ihrem Zwecke, Materialien für die sozialistische Agitation zu geben, derart entspricht, daß sie jeder Agitator sowohl als jeder Arbeiter brauchen kann, der am politischen Kampfe selbst theilnehmen oder ihn auch nur verstehen lernen will.

„Vielleicht erkennt auch dieser oder jener Sozialistenfeind daraus, daß wir keine Phrasenhelden sind, sondern uns bei unserer sozialpolitischen Thätigkeit klar und kühl an die Sache halten."

Wir können das Schriftchen den Agitatoren und Parteigenossen nur empfehlen.

wenn sie mit Geld versehen sind. In diesen Blättern wimmelt es förmlich von Correspondenzen, die aber sämmtlich an genannten Orten fabrizirt werden und mit einer Frechheit zu lügen verstehen, die kaum zu überbieten ist. Wie lange diese von der Regierung protegirten Hallunken ihr Wesen noch treiben werden, ist ungewiß, zumal wenn man bedenkt, daß selbst ein Astor von New York zu dieser Bande gehört, der auch hier in Jacksonville sein mit gutem Erfolg gehendes Geschäft: „die Grundeigenthum-Spekulation" mit ungeschwächten Kräften fortsetzt.

Der Umstand, daß in neuerer Zeit wieder stark in dem „Floridaschwindel" gemacht wird, veranlaßt Ihren Correspondenten, darüber zu berichten, und zumal, seitdem im Norden überall sog. „Colonisationsgesellschaften" entstehen, die leider nur zu oft oberflächlich in der Aussuchung eines neuen Heimatblandes zu Werke gehen. Statt sich an Ort und Stelle von der Beschaffenheit und Ergiebigkeit des Landes zu überzeugen, wendet man sich gewöhnlich an irgend einen Staatsbeamten, Governor ꝛc., um Erkundigungen einzuziehen, die selbstverständlich des Lobes übervoll sind. Die Arbeiter sind freilich arm, in den meisten Fällen aber immer noch mit etwas Geld versehen, und dieses „Etwas" ist es, nach dem man verlangt. In der Union ist Land bekanntlich billig zu erwerben, in vielen Staaten sogar umsonst zu haben, natürlich auch in Florida. Kommen nun Farmsuchende hierher, so arbeiten sie — falls sie einfältig genug sind, mit Aufopferung der Gesundheit ein Stück Land auszuroden — wie die Maulesel, hungern wie die armen Neger, die das ganze Jahr nicht einmal satt werden und kommen dann schließlich zu der Einsicht, umsonst gearbeitet zu haben und entschließen sich endlich, wieder abzuziehen, wenn — die nöthigen Mittel zu erlangen wären. Die vergeudete Arbeitskraft aber ist verloren und die Gesundheit oft dahin. Es giebt hier Eingewanderte, welche 10, 15, 20 Jahre mit Unverdrossenheit und Ausdauer alles versucht haben und froh wären, wenn sie nur einen Spottpreis für ihr Land erhalten könnten. — Die Fremden sind, mit Ausnahme der nach Beschäftigung suchenden Arbeiter, verlotterte Bourgeois, Spekulanten, Agenten und Gamblers (Spieler) u. a. catilinarische Existenzen. Allerdings giebt es gelegentlich auch größere Farmen, die für den Besitzer lohnend sind, so unter andern die Orangegroves (Orangenpflanzungen). Dort wird aber auch mit ganz andern Mitteln gearbeitet, ja die ganze Arbeitsweise ist mehr „eine Produktion im Großen". — Die kleinen Farmer aber führen eine jämmerliche Existenz und sind ganz dazu geeignet, den Auswanderer gründlich abzuschrecken.

Der Schreiber dieses steht nicht an, zu behaupten, daß Florida unter allen Südstaaten für Farmer der allerungünstigste ist, von den Industriearbeitern gar nicht zu reden, da für diese nicht die geringste Chance sich bietet, in einer betreffenden Branche unterzukommen. Mit Ausnahme von Key West (an der Südspitze Florida's), wo eine bedeutende Cigarrenindustrie besteht, und allenfalls Jacksonville — die bedeutendste Stadt Florida's, mit 13,000 Einwohnern — ist kein Ort im ganzen „berühmten Staat", wo sich ihnen die bescheidenste Aussicht eröffnen könnte. Und die Farmarbeiter — im Innern Florida's habe ich sie arbeiten und leben (richtiger vegetiren) sehen! Es giebt dort Leute, welche nie Geld gesehen, höchstens von Jacksonville gehört und von der Vereinigten Staaten-Regierung den kuriosesten Begriff haben. Selbst die Kirchen machen „schlechte Geschäfte" — und das will viel sagen —, da die Gläubigen kein Geld haben, die Pfaffen zu bezahlen. Auf einer der kultivirtesten Strecken des Landes, von Jacksonville bis Cedar Key an der Golfküste, etwa 120 Meilen Distanz, ist überall nur Armuth anzutreffen, nur die Grocerystore's (Kramladen) und Whiskey- (Kornschnaps-) Kneipen können bestehen. Kommt nun zu all diesen Mißverhältnissen eine Epidemie, wie das vor einigen Wochen hier angeblich plötzlich auftretende, in der Wirklichkeit aber schon lange grassirende gelbe Fieber, so ist der an die Scholle Gebundene in einer schrecklichen Lage, da überall der Ausgang versperrt ist, in Folge der sofort an andern Orten erlassenen Quarantaine. Bekanntlich räumte das gelbe Fieber im letzten Jahr in Savannah (Georgien) furchtbar auf, dieses Jahr wüthete es in Fernandina (Florida), welches dadurch beinahe verödet ist. Die Nähe Jacksonville's von Fernandina erleichterte die Einführung des gelben Fieber. Jacksonville ist aber auf den Fremdenverkehr angewiesen, ohne den es kaum bestehen kann. Natürlich wird ein solcher Platz gemieden, sobald nur ein Schein dieser Krankheit sich zeigen sollte. Man verheimlicht deshalb so lange wie irgend möglich die Thatsache und entschließt sich nur dann, sie öffentlich bekannt zu geben, wenn sie sich absolut nicht länger verheimlichen läßt. In unverantwortlicher Weise wird somit mit dem Leben und der Gesundheit der Menschen gespielt, wenn in alle Welt ausposaunt wird, „Jacksonville sei der gesundeste Platz unter der Sonne", während zugleich fortwährend Opfer an dieser Seuche erliegen. — Aber die Geldgier kennt keine Rücksichten, mögen diese noch so sehr geboten sein.

Es wäre zu weitläufig, das Thema in dem kurzen Rahmen einer Correspondenz ganz zu erschöpfen, die übrigens nur den Zweck haben soll, die Unerfahrenen, welche in die von den „Florida-Landagenten" gestellte Falle zu gehen beabsichtigen sollten, die Augen zu öffnen. Mögen die feisten Bourgeois das Land besuchen und ihre Dollars den Hotelbesitzern und Handelsleuten zukommen lassen, der Arbeiter, welcher nur auf seine Arbeitskraft angewiesen ist, wird sich in hundert Fällen neunundneunzig Mal getäuscht finden, darauf kann er sich verlassen. Und besonders, da man es auf die Arbeiter nächst den Geldleuten abgesehen hat, wohl wissend, daß die Kultivirung des sumpfigen Landes viel Arbeit erfordert, sollten die Arbeiter doppelt vorsichtig sein.

Die hiesigen Lohnverhältnisse sind äußerst trauriger Art. In den meisten Fällen erhalten die Arbeiter kein Geld und müssen ihre Löhnung in „Trade" — Lebens- und Handelsartikel — herausnehmen, ähnlich dem „Truckystem" in den Kohlregionen Pennsylvania's, nur noch allgemeiner ausgebildet. Tausende arbeiten Jahr ein Jahr aus — selbst in den Sägemühlen und bei den Eisenbahnen —, erhalten nie einen Cent und sind doch herzlich froh, nur zur Fristung des nackten Lebens gleichviel welche Beschäftigung zu erhalten. Die Colonisationsversuche haben sich hier wirklich glänzend bewährt, das muß der Neid jenen Philanthropen à la Greeley und Wendell Philipps lassen, welche im „behaglichen Stübchen" so schöne Vorschläge den Arbeitern zu machen verstehen, die aber von deren praktischer Durchführbarkeit keine Ahnung haben.

Die Sozialdemokratie als die Verfechterin der Interessen der Arbeiterklasse hat deshalb nach den gemachten Erfahrungen gegen die erwähnten „Colonisationsversuche" entschieden Front zu machen, weil diese direkt gegen das Interesse der Arbeiter gerichtet sind. R. J.

Correspondenzen.

Aus dem Luganer Kohlenrevier. Die Zeit kurz vor dem neuen Jahr wurde von uns noch weidlich zur Agitation ausgenützt, da wir unserem neuen Blatte, dem „Erzgebirgischen Volksblatt" gehörigen Eingang verschaffen wollten. Kayser aus Dresden, noch von der Landtagswahl her in gutem Andenken, war erschienen und sprach in unserem Revier, nämlich in Stollberg, Niederwürschnitz und Lugau überall unter großem Beifall über die Presse. — Die Gegner hatten sich von den Versammlungen ganz fern gehalten. — In Oelsnitz konnte leider eine Versammlung nicht stattfinden, der dortige Wirth will seinen Saal nur dann hergeben, wenn eine „Capacität" redet. Da nun bei der vergangenen Landtagswahl neben Hasenclever auch Kayser in Oelsnitz geredet und großen Anklang gefunden hatte, so hatte sich der Wirth schon bereit erklärt, sein Lokal herzugeben, wenn Kayser redet. Doch noch in letzter Stunde besann sich der Wirth eines andern und verweigerte sein Lokal, da er durchaus einen sozialistischen „Reichstagsabgeordneten" hören will, womöglich einen, der noch nicht in unserer Gegend gehört ward. Allem Anschein nach wird das neue Blatt gerade in hiesiger Gegend an Boden gewinnen, die Bergarbeiter haben schon lange eine andere geistige Nahrung begehrt, als ihnen hier durch die arbeiterfeindlichen Amtsblätter geboten wird. Unsere Gegend hat ja schon bei vielen öffentlichen Akten, so bei Wahlen gezeigt, wie der Arbeiter hier vom Klassenbewußtsein durchdrungen ist.

Ein Zeichen, wie tief der Groll im Arbeiterherzen hier sitzt, ist wohl, daß der Arbeiter auf der Landstraße nur den Arbeiter begrüßt, an dem Bourgeois aber finster vorübergeht. Hoffentlich hat unser Blatt bald die hiesige Amtsblattspresse verdrängt und geben wir ihm zum neuen Jahre den Wunsch mit: „Glück auf!"

Schwarzenberg, 1. Januar. Um dem „Erzgebirgischen Volksblatt" eine größere Verbreitung zu sichern, hatten wir für den 29. Dezember in Raschau und für den 30. in Schwarzenberg Volksversammlungen einberufen. Genosse Wiemer aus Chemnitz, der von uns eingeladen war, die Referate zu übernehmen, war erschienen und entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise. Der Redner sprach hauptsächlich über die Ursachen und Wirkungen der Geschäftskrisen und über die Nothwendigkeit einer den Volksinteressen entsprechenden Literatur. Gegner, welche in beiden Versammlungen vertreten waren, ließen die wiederholten Aufforderungen des Vorsitzenden, von der gewährten Redefreiheit Gebrauch zu machen, unberücksichtigt und verhielten sich lautlos. Der Aufforderung des Referenten, auf das „Erzgebirgische Volksblatt" zu abonniren, wurde von den Anwesenden entsprochen, und so wird das sozialistische Blatt seinen Einzug auch in unserer Gegend halten und die Bresche, welche durch die mündliche Agitation bis jetzt gelegt wurde, noch mehr erweitern; und frank und frei wird das Arbeiterorgan die heiligsten Interessen der Menschheit wahren, gegenüber den Ausbeutern und Unterdrückern in der heutigen Gesellschaft.

Geyer. (Sieg.) Trotz aller Anstrengungen der Gegner hat unser Bürgerverein bei der Stadtverordnetenwahl am 3. Weihnachtsfeiertag alle seine Candidaten durchgesetzt.

Frankfurt a. M., 20. Dezbr. 1877. (Allerlei, zusammengestellt aus den „Frankf. Nachr." von heute.) Nächstens wird sich ein Cigarrenfabrikant wegen Verkaufs von Cigarretten unter der nachgemachten Marke der französischen Regierung gerichtlich zu verantworten haben. („Verantworten" ist nicht übel!) — Ein seit etwa 8 Tagen in Bockenheim vermißter Holzhacker wurde heut in der sog. Steinkaute aufgefunden. (Arbeiter-Risiko?) — Ein in Sachsenhausen wohnender Schreiner, Wittwer, ist seit einigen Tagen verschwunden und hat zwei Kinder in hilflosem Zustande zurückgelassen. (Vielleicht aus Lebensüberdruß?) — Gestern wurde die jüngste Tochter des kürzlich verstorbenen Freiherrn M. v. Bethmann mit ꝛc. kirchlich getraut. (Sehr wichtig!) Ein Dienstmädchen machte einen Selbstmordversuch. Grund: unglückliche Familienverhältnisse. — Ein in bitterster Armuth herabgesunkener Familienvater mit vier kleinen Kindern, welche ebenfalls krank, leidet seit langer Zeit an der Lungenschwindsucht. Derselbe richtet die dringendste Bitte ꝛc. (Der Mann hätte in „guten Zeiten" sparen sollen!) — Genug!

—o—

Nachtrag

zum Verzeichniß der Partei- und Gewerkschaftsblätter in Nr. 152.

„Die Rundschau", Organ für sozialistische Propaganda, erscheint 1 Mal monatlich in Hamburg. Preis pr. Quartal 60 Pf.

„Die Zukunft". Sozialistische Revue, erscheint 2 Mal monatlich in Berlin. Preis monatlich 1 M. 25 Pf.

„Erfurter Volksblatt", erscheint 3 Mal wöchentl. in Erfurt. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Groitzsch-Pegauer Volksblatt", erscheint 2 Mal wöchentl. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Hessisches Volksblatt", erscheint 2 Mal wöchentl. in Cassel. Preis pr. Quartal 1 M. 20 Pf.

„Muldenthaler Volksfreund", erscheint 2 Mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M.

„Pfälzisch-Badisches Volksblatt", erscheint wöchentl. 1 Mal in Mannheim. Preis pr. Quartal 75 Pf.

„Vogtländische Freie Presse", erscheint wöchentlich 2 Mal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Volksblatt" für das Herzogthum Altenburg, erscheint 2 Mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M.

„Volksblatt" für Borna, Frohburg, Lausigk und Umgebung, erscheint wöchentlich 2 Mal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Wilhelmshafener Volksblatt", erscheint wöchentl. 2 Mal in Wilhelmshafen.

„Zeitzer Volksfreund", erscheint wöchentlich 2 Mal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Sozialpolitische Rundschau", Monatsschrift der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. Erscheint monatlich 1 Mal in Reichenberg.

„Ambos", Organ der Schmiede, erscheint wöchentlich 1 Mal in Berlin.

Briefkasten

der Redaktion. J. M. in Baden-Baden: Sie können froh sein, daß Sie der Schwindler nur um 2,60 M. gebracht hat. Das Geld können Sie vielleicht auf dem Prozeßwege wieder erlangen, d. h. wenn Sie Zeit und Geld übergenug haben, um einen langwierigen Prozeß führen zu können. — Rieck in Würzburg: Erhalten. Wird verarbeitet. — M. M. in Zürich: Die Rede des Frl. Bardina ist unter der Ueberschrift: „Ein Heldenmädchen" bereits in Nr. 55 des „Vorwärts" vollständig veröffentlicht worden. Diese Thatsache allein ist ein genügender Beweis, daß Ihre Annahme, wir hätten Vorurtheile gegen die russische Sozialdemokratie unbegründet ist. Sehr lieb wäre uns, wenn Sie uns einen zusammenfassenden Artikel über den neuesten Sozialistenprozeß in Rußland zuschicken oder verschaffen wollten. Ihr Manuskript mit der Rede des Frl. Bardina senden wir Ihnen zurück, sobald wir Ihre Adresse haben.

der Expedition. M. S. in Berlin: Senden Sie uns Ihre Bestellung mit Kasse nebst Ihrer genauen Adresse ein, wir werden dann das Weitere veranlassen. — G. Sprenge in Aachen: Die gewünschten Gedichte können Sie durch uns beziehen. — Jos. Neumann in Ueckendorf: Ihre Reklamation haben wir der hiesigen Post zur Recherche übergeben. — H. A. Kuckuk, Linden: Die betr. Verzeichnisse werden möglicherweise noch in Berl n, Exped. d. „Berl. Fr. Pr." zu haben sein.

Hrn. Dr. A. Douai in Newark (Nordamerika) für die erfolgreiche Bemühung zur Aufsuchung meines Bruders besten Dank und die Mittheilung, daß derselbe bereits geschrieben hat.

Hausen bei Frankfurt a. M.

Reinhard Löser.

Quittung. Arbeiterbild.-Ver. London Ab. 318,00. J. Schttbrgr Wien Ab. 5,00. Rfisch Freudenthal Ab. 5,04. Arbeiterbild.-Verein Leoben Ab. 8,06. Wß Goldlauter Schr. 1,80. Hß Philadelphia Ab. 120,00 Wlbrcht Ab. u. Schr. 4,20. Mrtg Coldiz Schr. 1,50. Knke Frankfurt Schr. 34,20. J Brdnsky Ab. 8,00. Sglr hier Ab. 7,50, Schr. 2,20. Müller Reichenbach Ab. 11,20, Schr. 14,25. Brn Graz Ab. 11,77. Müller Szigetvar Ab. 2,35. Lnk Pieschen Schr. 30,00. Sprugr Aachen Ab. 2,30. Erde Stötteritz Ab. 23,40. Kpfr hier Ab. 8,80. Zpfl hier Ab. 1,80. Rlf Kl Grädiz Ab. 5,90 Müller Flensburg Ann. 0,70. Sasr Gohlis Ab. 8,75. Dßch Hanau Ab. 15,70. Frtz Offenbach Ab. 25,00. Schz, Großenhain Schr. 25,00. Erbrn Liège Ab. 4,04. Rbzn London Ab. 4,08. Schrngr Wels Ab. 6,31. Grnwld Altenburg Schr. 18,35. Hnsch Linz Ab. 4,95. Lßn Cöln Ab. 12,00. Obg Gießen Ab. 4,00. Hbzl Wien Ab. 6,75. Bck Gotha Schr. 3,75. Aschhrn Hirschberg Schr. 2,10. Schmidt Neviges Schr. 9,80. Hrbg Gelsenkirchen Schr. 1,20.

Fonds für Gemaßregelte.

Die in voriger Nr. quittirten 2,00 von R. in Hof muß heißen 20,00.

B. C. Bohne in Ernstthal von einem Parteigenossen 3,00 z. Wahlfond u. 3,00 für d. Gemaßregelten. B. Rchlein St. Francisco 3,00.

Flensburg. **Sonntag**, den 13. Januar, Abends 7 Uhr, findet eine **Versammlung sämmtlicher Abonnenten** des **„Vorwärts"**, der **„Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung"**, des **„Hamburg-Altonaer Volksblattes"**, der **„Neuen Welt"** und **„Rundschau"** im Lokale des Hrn. **Petersen** zur kleinen Börse, statt. Tagesordnung: 1. Wahl einer Zeitungs-Commission 2. Die „Schl.-H. Volks-Zeitung". — NB. Das Erscheinen aller Abonnenten ist erforderlich. (F. 125) **Heinrich Muhlke.** [80

Leipzig. **Donnerstag**, den 10. Januar, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Ref. R. Seiffert.
60] **Der Agent.**

Durch uns ist zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Leipzig. **Die Expedition des „Vorwärts".**

Motto: „Alle Menschen gleich geboren,
Sind ein adliges Geschlecht."

Die Neue Gesellschaft, **Monatsschrift für Sozialwissenschaft**, betrachtet es als ihre Aufgabe, unter Hinweis auf den unausbleiblichen Zusammenbruch der heutigen Gesellschaftsordnung und auf die nothwendig werdende soziale Wiedergeburt, **die neue Gesellschaft**, den wissenschaftlichen Sozialismus immer mehr zu vertiefen, zu erweitern und auszubauen.

Neben ihren anerkannt gediegenen Aufsätzen im Gebiete der Sozial- und Naturwissenschaft bringt die „N. G." auch zahlreiche ausführliche Besprechungen sozialwissenschaftlicher Schriften deutscher, französischer, englischer, italienischer, spanischer, russischer ꝛc. Sprache und bietet einen orientirenden Ueberblick über das Gesammtgebiet der **Sozialwissenschaft** und **Sozialphilosophie**, wie auch des eigentlichen **Sozialismus, Communismus, Collektivismus, Anarchismus**, kurzum des Sozialismus aller **Völker, Zeiten, Richtungen, Schulen, Theorien** und **Systeme**.

Die „N. G." erscheint in Monatsheften, elegantester Ausstattung, 3—4 Bogen stark. Lexicon-Octav. Abonnementspreis pro Quartal M. 3,00. Zu beziehen direkt durch die Expedition der Zeitschrift, die Post und alle Buchhandlungen; in Leipzig durch die Expedition des „Vorwärts".

Zürich, im Januar 1878.

Verlag der „Neuen Gesellschaft".

Im Commissions-Verlage von **R. E. Höhme** in Leipzig, Elisenstraße 1, erschien soeben und ist durch alle Expeditionen sozialistischen Blätter zu beziehen:

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.

Materialien für die sozialistische Agitation.

Von **Bruno Geiser.**

7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Kap. 4. Das Gesetz bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und das Hilfskassengesetz. Kap. 5. Das Haftpflichtgesetz. Kap. 6. Das Lohnbeschlagnahmegesetz. Kap. 7. Das Preßgesetz. Kap 8 Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhof, Schwarze ꝛc. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig.

Expedition der „Neuen Welt".

Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 4. Freitag, 11. Januar. 1878.

Zur Heiligkeit der Familie.

Unzählige Mal, ja immer und immer wird die Sozialdemokratie verantwortlich dafür gemacht, daß die Familienbande in der Gesellschaft sich mehr und mehr lockern, daß die Heiligkeit der Ehe immer mehr ins Wanken gerathe. Immer und immer hat die sozialistische Presse den Beweis geliefert, daß die herrschende heutige Gesellschaft selbst die Schuld trage, daß die gegenwärtige Produktionsweise, die Frauen- und Kinderarbeit Ehe und Familie zerstören, daß die Kapitalwirthschaft den Menschen zur Waare degradire und aus dieser Unmoralität weitere Unmoralität, verderblich für Ehe und Familie, entstehe; schweigend nehmen die Herrschenden derartige Wahrheiten entgegen, um bei erster bester Gelegenheit die alten abgestandenen Phrasen gegen die Sozialdemokratie wieder zu gebrauchen — sie stützen sich nämlich auf die noch so vielfach vorhandene Beschränktheit bei den Menschen und lügen und fälschen flott darauf los.

Man muß sich deshalb jedesmal wundern, wenn die Blätter der Gegenparteien einmal mit größerem Ernst ans Werk gehen und über derlei Dinge schreiben, ohne zu lügen und zu fälschen. So brachte jüngst die „Magdeburgische Zeitung", die sich selbst die gefürchtetste Gegnerin der Sozialdemokratie nennt, einen Artikel: „Staat und Familie" überschrieben, der, nachdem er zunächst den Deutschen im Gegensatz zu den andern Nationen ein Loblied gesungen hat, folgende Bemerkungen macht:

„Man sieht daraus (es sind vorher statistische Angaben gemacht) daß Deutschland, was Populationsfähigkeit anlangt, an der Spitze der großen civilisirten Nationen steht, und das ist wiederum ein Beweis dafür, daß in der großen Masse des Volkes noch ein gesunder Familiensinn herrscht.

„Indeß sind doch auch schon Anzeichen dafür vorhanden, daß — wenigstens in gewissen Kreisen — die Neigung zum Cölibat im Zunehmen begriffen ist. Diese Erscheinung tritt hauptsächlich in den großen Städten hervor. So ist es z. B. in Berlin statistisch nachgewiesen, daß von den Männern vom 25. Lebensjahr an 60 pCt. unverheirathet sind. Dies hat wohl in erster Linie darin seinen Grund, daß das Leben in den großen Städten kostspieliger ist wie anderwärts und daß außerdem eine Reihe von Vergnügungen Ersatz für die Annehmlichkeiten des Familienlebens bieten. Die Schattenseiten dieses Junggesellenlebens und die Nachtheile, die sich daraus für das öffentliche Wohl ergeben, sind nicht gering anzuschlagen. Eine nothwendige Folge davon ist leider das außerordentliche Anwachsen der Prostitution, die in allen größeren Städten zu einer wahren Gefahr für die sanitätlichen und sicherheitspolizeilichen Verhältnisse geworden ist."

Ja, in der großen Masse des Volkes, welches sich mehr und mehr, besonders in Berlin, der Sozialdemokratie zugewandt hat, herrscht noch ein gesunder Familiensinn; dieser läßt sich auch nicht austreiben durch allerlei unvernünftige Lehren vom Zwei-Kinder-System oder vom Sparen, wodurch die Gründung einer Familie bei Arbeitern ja völlig zur Unmöglichkeit wird; aber „in gewissen Kreisen", in den Kreisen der „Gebildeten", da herrscht besonders in großen Städten kein Familiensinn mehr, da findet man schon Ersatz bei den Prostituirten, da entsteht eine „wahre Gefahr" für die sanitätlichen und sicherheitspolizeilichen Verhältnisse. Das sind Anklagen, die die „Magdeburgische Zeitung" ihrer Gesellschaft — nicht wie sonst den Sozialdemokraten — macht, die gewiß auf Wahrheit beruhen. Um aber keinen Zweifel zu lassen, wen sie mit ihren Anklagen meint, fährt die „Magdeburgische" fort:

„Eine Erklärung findet die Zunahme des Cölibats in den höheren bezw. gebildeteren Ständen zum Theil auch darin, daß die Anforderungen an das Leben für eine Familie außerordentlich zugenommen haben, die Vermehrung der Einnahmen dagegen nicht gleichen Schritt gehalten hat. Man denke nur an die große Menge der Beamten, deren Gehalt vielfach kaum ausreicht, um eine einzelne Person zu ernähren, und doch werden grade ihnen wegen ihres Amtes mannichfache Verpflichtungen auferlegt. Auf der andern Seite mag aber auch der Umstand nicht außer Acht gelassen werden, daß die jungen Mädchen vielfach nicht mehr in der einfachen Weise erzogen werden, wie es früher geschah, und daß daher mancher junge Mann schon aus diesem Grunde sich sehr bedenkt, ehe er heirathet, weil er dann, wenn er ohne Vermögen ist, traurigen Verhältnissen entgegensieht."

So da haben wir's deutlich! Es sind vorzugsweise die höheren und gebildeteren Stände gemeint, welche durch das Cölibat die Prostitution fördern und das Familienleben untergraben. Aber sofort ist die „Magdeburgische" mit einer äußerst merkwürdigen Entschuldigung, die sie „Erklärung" nennt, bei der Hand. Die Anforderungen an das Leben haben außerordentlich zugenommen, die Vermehrung der Einwohner aber hat nicht Schritt gehalten. — Weshalb empfiehlt denn die „Magdeburgische" ihren höheren und gebildeteren Ständen nicht das Sparen, damit sie heirathen können. Diese Leute haben doch etwas zum Sparen; es ist nicht Hohn, wenn man ihnen das Schulze'sche Sparsystem empfiehlt. Müssen denn die Anforderungen an das Leben so sehr zunehmen bei den höheren und gebildeteren Ständen? Haben vielleicht auch daran die Sozialdemokraten Schuld?

Gewiß! hören wir schon rufen. „Weshalb redet ihr Sozialdemokraten dem Volke immer mehr Bedürfnisse ein, weshalb trinken die Berliner Steinträger Champagner aus Weißbiergläsern und essen zum Frühstück Austern und Rebhühner, weshalb gehen die Frauen der Arbeiter in Sammt und Seide? Böse Beispiele verderben gute Sitten — wir aus den höheren und gebildeteren Ständen können uns doch nicht von den Arbeitern beschämen lassen. Auf solche Weise sind die Anforderungen an das Leben gestiegen — von unten auf."

Doch die „Magdeburgische" will ja selbst die Erziehung der Mädchen aus den „gebildeteren und höheren" Ständen einfacher haben. Nun ja, dos ist schlimm genug, das Blatt ist auch diesmal halb und halb aus der Rolle gefallen und hat seine Sache als Sozialistentödterin herzlich schlecht gemacht; noch ein solch' dummer Artikel und es verliert einige hundert Abonnenten. —

Daß aber auch andere Blätter manchmal zur Einsicht kommen, die es dann vielleicht noch ernster meinen, als die „Magdeburgische", das beweist folgende Bemerkung eines conservativen Blattes, welches sich aus der Rheinprovinz schreiben läßt:

„Elegant gekleidete Hausfrauen räsonniren weiblich über aufgeputzte Mägde und merken nicht, daß, wie der Herr, so der Knecht, daß, soll es wieder zur alten Einfachheit zurückgehen, sie ohne Zweifel den Anfang machen müssen. Sie sehen den Splitter in des Andern Auge und nicht den Balken im eigenen. Was nützen Klagen und Beschwerden, wenn man nicht den Willen hat, mit gutem Beispiel voranzugehen? Unsere vornehme Damenwelt hält lange Vorträge über die Putzsucht und ihre verderblichen Folgen in den niederen Volksschichten und jede That fehlt, um das Uebel zu beseitigen."

Hier haben wir also die Meinung vertreten, daß man von oben herab gutes Beispiel geben müsse. Doch auch damit würde man wahrlich nicht weit bei den gesammten ordnungslosen Verhältnissen kommen; man sieht aber doch zum mindesten, daß mit mehr Gerechtigkeit den „höheren und gebildeteren" Schichten der Bevölkerung der Text gelesen wird.

Aus alledem aber geht hervor, daß im Volke, im arbeitenden Volke allein noch ein gesunder Kern steckt, ja wie die „Magdeburgische" ausdrücklich betont, daß in der großen Masse des Volks ein gesunder Familiensinn sich befindet; soll dieser gesunde Kern aber erhalten bleiben, soll er nicht von der Fäulniß von oben immer mehr angefressen werden, dann muß die Masse des Volkes sich enge zusammenschließen und die allgemeinen Verhältnisse zu gesunden, vernünftigen machen.

Unser immerwährendes ceterum censeo aber lautet: „Nur der Sozialismus führt das Volk, das gesammte Volk, aus dem herrschenden Wirrwarr und der Unmoralitat heraus und bringt es zur Ordnung, zum Wohlsein und zur Menschentugend."

Ein Culturbild.

Dem in Insterburg erscheinenden „Bürger- und Bauernfreund" entnehmen wir folgende Illustration unserer Zustände, die recht drastisch zeigt, „wie herrlich weit wir es gebracht":

„Der am 3. August 1844 in Puschdorf, hiesigen Kreises, geborene Aug. Adolph Schwensky wurde im Juli 1866 von dort zum Militär eingezogen und von seinen Angehörigen seit Jahren für todt gehalten.

„Da mit einem Mal erscheint am 17. November v. J. beim Ortsvorstand Fromm in P. ein Unteroffizier mit einem ganz irrsinnigen Menschen und giebt die sehr überraschende Erklärung ab, daß er von seinen Vorgesetzten beauftragt sei, den A. Schwensky (dies war der Unglückliche) unter gleichzeitiger Ueberreichung der bezüglichen Militärpapiere hier abzuliefern. Der Irrsinnige wurde denn auch von dem Vater des genannten Ortsvorstehers als der A. Sch. erkannt und zu dessen in Puschdorf noch lebender Mutter gebracht; doch kannte er weder diese, noch sonst einen Menschen im Dorfe, glaubte vielmehr in jedem Manne einen Oberstlieutenant vor sich zu haben und schien überhaupt gar nicht zu dem Bewußtsein gekommen zu sein, daß er sich nicht mehr in Graudenz auf der Festung, sondern in P. bei seinen Angehörigen befinde; denn noch während der Anwesenheit des Unteroffiziers lief er in den Wald und suchte sich dort zu verstecken. Und als Fromm sen. am 18. November mit Sch. in Insterburg war, um sich auf dem Landrathsamte Rath zu holen, entwischte derselbe in einem unbewachten Augenblick auch von dort und wurde erst in der Nacht vom 19. zum 20. November in dem am Walde gelegenen Kruge zu Reckeitschen, woselbst er sich als Deserteur der Festung Graudenz ausgab, verhaftet und fest gebunden mittelst einer langen Leine von zwei Mann nach Insterburg geführt, um vorläufig dem Polizeigefängniß überwiesen zu werden. In Folge einer Requisition des Landrathsamts wurde Sch. am 22. November wieder nach Puschdorf gebracht und dort unausgesetzt bewacht, dennoch gelang es ihm in der Nacht vom 4. zum 5 Dezember wieder zu entfliehen und nach Bokellen (auf welchem Wege ist unaufgeklärt geblieben) zu kommen. Von hier wurde Sch., wenn wir nicht irren, durch einen Gensdarm nach Gerdauen und dort durch Vermittelung des Landraths in das Johanniterstift gebracht, wo er auf Bitten des Fromm sen. vorläufig auch behalten worden ist.

„Ueber die Vergangenheit des Sch. ist zu berichten, daß derselbe bis zu seiner Aushebung in P. gelebt und bei seinem Vater das Töpferhandwerk getrieben hat, und daß er schon damals zwar für geistesschwach, aber durchaus nicht für erwerbsunfähig und ungeschickt gehalten wurde. Um so verhängnißvoller sollte ihm das Soldatenleben, für des er durchaus keinen Sinn gehabt zu haben scheint, werden. Zunächst berichtet uns ein Wirth Domscheit aus hiesigem Kreise darüber Folgendes:

„„Im Jahre 1866 am 1. Juli wurde ich Soldat und kam nach Graudenz zum 8. ostpreußischen Infanterie-Regiment Nr. 45, 1. Compagnie Ersatzbataillon. Schwensky von Puschdorf war nicht nur bei derselben Compagnie, sondern wir lagen auch in einer Stube zusammen. Etwa 6 Wochen nach unserm Eintritt hatten wir Felddienst, und als wir dabei eine Schlucht durchschritten hatten, war Sch. in derselben (wie ich annehmen muß aus Mädigkeit) zurückgeblieben. Eine kurze Zeit darauf kam der Unteroffizier J. mit Sch. gegangen und haute Letzterem mit gezogenem Säbel verschiedene Hiebe. Am Abend desselben Tages rief J. den Sch. zu sich in sein Zimmer, bald darnach hörte ich ein fürchterliches Geschrei. Ich ging sogleich in die Stube des J. und sah dort, daß Sch. ganz nackt ausgezogen tanzen und, wenn der Tanz nicht zur Zufriedenheit des J. ausfiel, sich über einen Stuhl legen und Säbelhiebe auf dem ..... aushalten mußte. Diese Stubendienstübung wiederholte sich an jenem Abende mehrere Male. Auf meine Veranlassung machte Sch. (leider aber erst am dritten Tage) dem Feldwebel Anzeige von dem Vorgefallenen, was aber nur zur Folge hatte, daß Sch. von J. nochmals unmenschlich geschlagen wurde. Das war so die Hauptaffaire. Ich kann das, was ich hier gesagt habe, beschwören.""

„Sodann hat Sch. in der Zeit vom 6. Dezember 1866 bis 13. Januar 1870 nach dem uns vorliegenden Führungsattest folgende Strafen verbüßen müssen:

„1) 1 Jahr 6 Monate Festungshaft wegen erster Desertion im Frieden;

„2) 3 Monate Festungsstrafe wegen wiederholter ausdrücklicher Verweigerung des Gehorsams und wegen achtungswidrigen Betragens gegen einen Vorgesetzten und wegen unerlaubter Entfernung;

„3) 6 Monate Festungsstrafe wie vorher mit Ausnahme der unerlaubten Entfernung;

„4) Während der Festungsstrafzeit in verschiedenen Fällen 26 Tage Latten-Arrest, 21 Tage Strengen-Arrest und 10 Stockhiebe;

„5) Beim Bataillon in verschiedenen Fällen neun Tage Strengen-Arrest (zuletzt am 9. Januar 1870, 3 Tage, weil er seinem Regiments-Commandeur nicht das zukommende Honneur gemacht und auf Befragen erklärt hat, er kenne denselben gar nicht) in Anbetracht seiner schlechten Führung

„6) 48 Tage Mittel-Arrest.

„Damit war aber das Strafmaß des unglücklichen Schwensky noch lange nicht voll, vielmehr hat derselbe aus unbekannten, in den Militärpapieren nicht verzeichneten Gründen, noch eine Festungsstrafe von 7 Jahren und zwar vom 22. Dezember 1870 ab und während dieser Zeit noch folgende Verschärfungsstrafen büßen müssen.

„Bis zum 10. August 1873 für 15 verschiedene Vergehen 57 Tage Strengen-Arrest. Für 3 Vergehen (Schlägereien) 50 Stockhiebe. Ferner wurde ihm 14 Tage hindurch die Disposition über sein Guthaben entzogen, wegen wiederholten, unerlaubten Austretens aus dem Gliede auf dem Gestellungsplatz.

„Am 19/11. 75 wurde Sch. noch mit 5 Tagen Strengen-Arrest bestraft, weil er aus Muthwillen (?) beim Passiren des Oberthors den mit Schutt beladenen Wagen losgelassen rc. Am 9/7. 76 ist Sch. nachweislich zum letzten Mal und zwar mit 3 Tagen Strengen-Arrest bestraft, weil er muthwillig das königliche Hemde zerrissen hat. Sch. ist demnach seit dem 10/8. 73 bis zum 17/11. 77, also in 4 Jahren und 2 Monaten nachweislich nur 2 Mal und vom 9/7. 76 ab gar nicht bestraft worden. Ob dies eine Folge der Besserung, oder einer augenscheinlich stärker auftauchenden Krankheit war, ist von hier aus nicht zu beurtheilen. Soviel steht indeß unwiderstehlich fest, daß Sch. am 17. November cr., also am Tage seines Eintreffens in P., vollständig irrsinnig war und dies bis heute noch geblieben ist.

„Wir bemühen uns nicht um Nachrichten aus militärischen Kreisen, haben vielmehr schon öfter Berichte über Militärexzesse und andere Unliebsamkeiten zurückgewiesen. Wir haben aber geglaubt, vorstehende, durch Atteste rc. bewahrheitete, ganz sachlich gehaltene Schilderung im Interesse des unglücklichen Sch. und der Ortschaft Puschdorf, wie überhaupt im Interesse der Humanität und Gerechtigkeit, in unsere Spalten aufnehmen zu müssen.

„Daß A. Schwensky von seinen Dorfsgenossen schon vor seiner Aushebung für geistesschwach gehalten wurde, steht fest, wie es ebenfalls feststeht, daß sowohl sein verstorbener Bruder Karl, als auch seine in P. als Gänsehirtin noch lebende Schwester an Schwachsinnigkeit litten resp. noch leidet, ohne gerade erwerbsunfähig (gewesen) zu sein.

„Wir wissen aber nicht (Das ist doch nach dem Vorhergegangenen kein Räthsel! R. d. V.), wodurch Sch. in die völlige Geistesnacht getrieben worden ist, noch viel weniger wird irgend Jemand ergründen können, welche Vorstellungen in dem Gehirn dieses Menschen gekreist haben, bevor er die für ihn so folgenschweren Vergehen (Desertion, Prügelei, Zerreißen von Kleidungsstücken, Nichtkennenwollen seiner Vorgesetzten rc.) zur Ausführung brachte. Dagegen dürfte es allgemein bekannt sein, daß geistesschwache Personen von rohen, leichtsinnigen Menschen leider sehr gerne und leider oft in der rücksichtslosesten Weise gehänselt und gequält und dadurch immer menschenscheuer, mißtrauischer und jähzorniger gemacht werden. Und wenn wir auch nicht behaupten können, so dürfen wir nach den sehr glaubwürdigen Angaben des Wirthes D. wohl annehmen, daß auch Sch. von seiner nächsten Umgebung mit der allergrößten Rücksichtslosigkeit behandelt und dadurch zu Zänkereien und Schlägereien, welche ihm Stockhiebe und harte Arreststrafen einbrachten, gereizt worden ist.

„Doch was einmal geschehen, ist durch keine Macht ungeschehen zu machen, und kann es daher mit Bezug auf den vorliegenden Fall hauptsächlich nur noch darauf ankommen, den höchst unglücklichen Menschen in eine Irrenanstalt, wo er Ruhe und Pflege findet, unterzubringen. Geschieht dies durch Vermittelung der Kreisbehörden bald und dient dieser Fall außer-

dem, sowohl den Ortsvorständen, welche notorisch geistesschwache Personen vor die Militär-Ersatz-Commission zu gestellen haben, wie Aerzten und — anderen Personen als warnendes Beispiel, so ist der Zweck dieser Zeilen erreicht."

Wir haben nicht nöthig, dem Bericht etwas hinzuzufügen. Die „Moral der Geschichte" liegt handgreiflich, knüppel- und faustdick vor uns. Wenn der arme, tollgeprügelte und -geknuffte Ex-träger des Königsrocks vom Irrenhaus und Leben erlöst ist, besingt vielleicht ein Dichter deutschen Reichsbürgers Erdenwallen!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ueber die diplomatischen Verhandlungen zwischen England und Rußland liegt nichts Positives vor — wie ja nicht anders zu erwarten. Es scheint, daß ein Kompromiß dahin angestrebt wird, die Friedensunterhandlungen zunächst blos auf die beiden kriegführenden Mächte zu beschränken, dann aber, sobald die Vorbesprechungen beendigt, zu den eigentlichen Friedensverhandlungen die Garantiemächte des Pariser Vertrags zuzuziehen. Gegen letztere Forderung hat sich bisher Rußland gesträubt, das einen Separatfrieden will, der ihm freie Hand giebt. — Vom Kriegsschauplatz ist die Besetzung des militärisch wie politisch bedeutenden Sofia durch die Russen zu melden.

— Die Biographie des Prinzen Albert von England, deren wir schon einige Mal Erwähnung gethan haben und die nicht ohne Absicht gerade jetzt von seiner Wittwe, der Königin Viktoria, herausgegeben wird, bietet noch manches Interessante, so daß wir wenigstens einige Punkte aus derselben kurz hervorheben wollen. Während des Krimkrieges war der Prinz durchaus nicht über die Haltung Oesterreichs erfreut, die nur eine scheinbare Allianz sei, um in kriegerischer Rüstung später einen günstigen Frieden für Rußland zu erwirken. Ueber Preußen aber drückt sich der Prinz noch ganz anders, viel derber aus bei Gelegenheit der Frage, ob Preußen sofort zu den Londoner Conferenzen zugelassen werden sollte. König Friedrich Wilhelm wendete sich dieserhalb an den König der Belgier, der den Vorschlag dem Prinzen Albert mittheilte. Allein trotzdem die älteste Tochter Albert's, die Prinzessin Viktoria, sich erst kurz vorher mit dem jetzigen Kronprinzen von Preußen verlobt hatte und obgleich alle Journale sich in Verdächtigungen gegen den Prinzen Albert ergingen, daß er Deutschland seinem neuen Vaterlande vorziehe, so war es doch hauptsächlich einem Briefe von ihm zuzuschreiben, daß Preußen nicht gleich zu Anfang bei der Conferenz in Paris Sitz und Stimme erhielt. „Die ignoble Politik Preußens," so schrieb nämlich der Prinz an den König der Belgier, verdient nicht, „daß sie von den Alliirten derart belohnt werde; wir wären Thoren und Selbstmörder, wenn wir uns jetzt nach solchen Opfern das Resultat des Krieges „herausschwindeln ließen" und wenn wir selbst dazu beitragen würden, um auf der Conferenz die Anzahl der Rußland freundlichen und uns feindlichen Elemente zu vermehren. — Auch an den Prinzen von Preußen, den jetzigen Kaiser und Schwiegervater der Prinzeß Viktoria, schrieb Prinz Albert auf eine diesbezügliche Anfrage, daß das „Berliner Element" nur Schwierigkeiten auf der Conferenz bereiten würde; sobald erst der Frieden gesichert sei und allgemeinere europäische Interessen verhandelt würden, solle auch Preußen an der Conferenz theilnehmen. — Und so geschah es auch damals. — Dann lobt der Prinz in seiner Biographie zu wiederholten Malen den Patriotismus und die Klugheit Disraeli's und tadelt auf das Schärfste die Reden Gladstone's, der nur den Russen in die Hände arbeite. Man sieht, daß die Herausgabe des Buches zur gegenwärtigen Zeit einen ernsten Zweck verfolgt, und daß die Königin ihren klugen todten Gemahl jetzt für ihre Ansicht ins Treffen schickt. Bekannt ist, daß es gegenwärtig keinen unpopuläreren Mann in ganz Großbritannien giebt als Gladstone.

— Die Reichsregierung beschäftigt sich nach den neuesten offiziösen Mittheilungen sehr eifrig mit der „Reform der Gewerbeordnung". Näheres besagt folgende halbamtliche Notiz, welche jetzt durch die Presse geht:

„Dem Bundesrath werden in Kürze zwei auf die Gewerbeordnung bezügliche Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Der erste dieser Entwürfe, welcher den Titel VII. der Gewerbeordnung zu ersetzen bestimmt ist, regelt die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter) zu den Arbeitgebern; er behandelt insbesondere, mit Rücksicht auf die in der vorigen Reichstagssession laut gewordenen Wünsche, das Lehrlingsverhältniß und die Frage der Arbeitsbücher. Auch die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Kinderarbeit in den Fabriken werden theilweise abgeändert. Während sich dieser Entwurf vorzugsweise auf dem Gebiete des materiellen Rechts bewegt, hat der zweite Gesetzentwurf die Behandlung der aus dem Arbeitsverhältniß entspringenden Streitigkeiten zum Gegenstand; er enthält in Ausführung des § 108 der Gewerbeordnung Bestimmungen über die Errichtung von Gewerbegerichten und über das Verfahren vor denselben."

Die bloße Thatsache, daß die Arbeitsbücher wieder eingeführt werden sollen, genügt zur Kennzeichnung der bezüglichen Gesetzesentwürfe. Die „Reform" ist eben eine Reform nach Rückwärts, soviel steht schon jetzt fest. Völlige Klarheit darüber, wie weit dem Drängen der Arbeitgeber nach vermehrtem gesetzlichem Schutze ihrer Sonderinteressen gegenüber den Arbeiterinteressen nachgegeben worden ist, werden wir aber erst dann erhalten, wenn die beiden Gesetzentwürfe dem Wortlaute nach vorliegen. Die von einigen Blättern veröffentlichten Angaben sind nicht präzis genug.

— „Was das künftige Jahr bringen wird, wissen wir nicht", mit diesen Worten verabschiedete sich der deutsche Kaiser beim letzten Neujahrsempfang von den in Galauniform erschienen Generalen. Wir gestehen, es wäre uns lieber gewesen, der oberste Kriegsherr hätte sich nicht genöthigt gesehen, sein — im Allgemeinen ja selbstverständliches Nichtwissen dessen, „was das künftige Jahr bringen wird", in dieser Weise zu betonen. Hätte er etwas Gutes gewußt, oder auch nur erwartet, so würde er sicherlich nicht verfehlt haben, es mitzutheilen. Man darf sich daher nicht wundern, wenn die Worte des Kaisers eine dem Weltfrieden und der Neutralität Deutschlands ungünstige Auslegung erfahren.

— Wie sich die Zeiten ändern. Der Fürst von Rumänien, welcher sich gegen seinen Souverän im Zustande der Rebellion befindet, hat soeben von dem deutschen Kaiser den Orden pour le mérite erhalten. Vor 29 Jahren wurden in Baden die „Rebellen", welche obendrein das oberste Landesgesetz (die „Reichsverfassung") für sich hatten, was bei dem Fürsten von Rumänien nicht der Fall ist, standrechtlich erschossen. Und zwar commandirte damals in Baden derselbe Mann, welcher jetzt dem in Rebellion befindlichen Fürsten von Rumänien den Verdienstorden verliehen hat.

— Ein deutscher Gelehrter, Professor gar, und zwar ordentlicher, sagte jüngst zu seinen studentischen Zuhörern: „Die Herrschaft des vierten Standes kann nichts als eine Zeit der Guillotine und des Mords sein." Dieser Knownothing („Nichtswisser", so nannte sich früher eine politische Partei in Amerika) weiß nicht, daß der „vierte Stand", richtiger ausgedrückt die Arbeiterklasse, „die Herrschaft" nicht erstrebt, daß umgekehrt die Arbeiterklasse, so weit sie politisch mündig geworden, die Herrschaft überhaupt, durch Gleichstellung alles dessen was Menschenangesicht trägt, aufzuheben, der Herrschaft in jeglicher Form ein Ziel zu setzen strebt. Und zweitens weiß dieser Knownothing nicht, daß die Arbeiterklasse, so weit sie politisch mündig geworden, darauf hinzielt, den Mord in jeglicher Gestalt: den Justizmord, den ungesetzlichen Privatmord, den gesetzlichen Massenmord abzuschaffen, unmöglich zu machen. Und das verzapft „Wissenschaft" an einer deutschen Hochschule!

— Komödie. Herr Gambetta, der sich jetzt in Italien fetiren läßt, empfand zu Rom in seinem republikanischen Herzen das Bedürfniß, den König Biedermann zu besuchen, bat um eine Audienz und erhielt sie. Vor den König geführt, machte er seinem republikanischen Herzen in folgenden Worten Luft: „Gestatten Sie einem französischen Republikaner, einen constitutionellen Monarchen zu beglückwünschen, der mit gewissenhafter Treue das Gesetz der parlamentarischen Mehrheit beobachtet." Worauf Viktor Emanuel antwortete: „Beglückwünschen Sie mich deshalb nicht, ich thue nur meine Pflicht, und wenn Sie in Italien so populär wären, wie Sie in Frankreich sind und ich die Ehre hätte, Ihr Souverän zu sein, so wären Sie mein erster Minister."

Wenn wir nicht wüßten, daß König Biedermann keine Witze macht und das Compliment unzweifelhaft ernst gemeint hat, so würden wir in der Schlußbemerkung eine raffinirte Bosheit erblicken. Man denke: „der Republikaner Gambetta von Viktor Emanuel würdig erklärt, sein (des Königs) erster Minister zu werden." Vielleicht denkt ein — französischer Viktor Emanuel einmal ebenso!

— Das Ordnungsbanditenthum in Frankreich ist mit ungeschwächten Kräften an der Arbeit. Jetzt, nach fast sieben Jahren wird von der „Justiz" gegen die Männer der Commune fortgewüthet, wie in den ersten Tagen nach dem „Sieg", als das Blut der Tausende von Ermordeten noch das Pflaster röthete. Wir lesen in Bourgeoisblättern:

„Zur Deportation verurtheilt. Der Architekt Franz Treillard hatte unter der Commune seinem Vater, der zum Direktor des öffentlichen Wohlthätigkeitswesens eingesetzt worden war, zur Seite und mit Mitgliedern der Commune: Régère, Pilotell (?) u. A. auf vertraulichem Fuße gestanden, war dann geflohen und redigirte, während er in contumaciam verurtheilt wurde, in Genf ein von ihm gegründetes Fachblatt. Am 29. Dezember v. J. erschien er unter der Anklage, nicht nur ein öffentliches Amt usurpirt, sondern bei der Verhaftung eines Bürgers mitgewirkt zu haben, vor dem 3. Pariser Kriegsgericht. Nach den Angaben verschiedener Zeugen sollte sein Auftreten immer ein sehr gewaltthätiges gewesen sein: Die Beamten fürchteten ihn, er war es, welcher die Polizeicommissare begleitete, wenn sie auszogen, um die Kassen der Verwaltung zu leeren, und eine barmherzige Schwester wollte ihn als den wiedererkennen, der ein Krankenhaus plündern ließ und die Nonnen zwang, rothe Gürtel umzulegen. Ebenso sagte der Inventar-Direktor der Hospitäler, Herr Ramelet, aus, daß der junge Treillard den Polizeicommissär, der ihn im April verhaftete, weil er sich geweigert hatte, die ihm anvertrauten Gelder auszuliefern (welche sich nach der Berechnung der Communarden auf 72 Millionen belaufen sollten), begleitet hatte. Der Angeklagte leugnete die ihm vorgehaltenen Gewaltthätigkeiten und bestand darauf, daß er sich zufällig und mit einer friedlichen Mission betraut bei Herrn Ramelet befand, als dieser auf Raoul Rigault's Befehl nach Mazas abgeführt wurde. Andererseits führte ein Zeuge, Advokat am Pariser Gerichtshofe, aus, daß der Vater Treillard's, sein ehemaliger College, ein durchaus rechtschaffener Mann gewesen wäre, daß dieser ihm während der Commune selbst im Vertrauen sein Leid über den Gang des Aufstandes geklagt und erklärend mitgetheilt hätte, er habe den in Paris anwesenden Sohn zu seinem Gehülfen ernennen lassen, um zu verhindern, daß er die Waffen gegen die Armee ergreife, in der sein eigener Bruder stehe. Der Vater Treillard's wurde am 26. Mai in Verwechslung mit einem Andern standrechtlich erschossen. Tags darauf überbrachte seine Wittwe der rechtmäßigen Behörde aus freien Stücken die Summe von mehr als 37,000 Francs, welche ihr Mann aus der Wohlthätigkeitskasse gerettet und ihr eingehändigt hatte mit der Weisung, sie an der berufenen Stelle abzugeben, wenn ihm etwas Menschliches begegnen sollte. Der Vorsitzende des Kriegsgerichts selbst hob diesen Akt rühmend hervor. Der Gerichtshof erkannte Franz Treillard der Theilnahme am Commune-Aufstande, sowie an willkürlichen Verhaftungen für schuldig, nahm aber mildernde Umstände an und verurtheilte ihn zur einfachen Deportation."

Das heißt zur trockenen Guillotine! Daß Treillard auch juristisch sich keines Vergehens schuldig gemacht hat, daß die Behauptung, die Communards hätten die öffentlichen Kassen geleert, eine infame Verleumdung ist, die in dem vorliegenden Fall durch die Gerichtsverhandlung selbst widerlegt worden ist — das haben wir nicht nöthig hervorzuheben, ebensowenig wie, daß von Rechtswegen die Mörder des „in Verwechslung mit einem Anderen standrechtlich erschossenen" Vaters des Verurtheilten auf die Anklagebank gehört hätten.

Doch das Datum! Dieser scheußliche Justizmord unter der „neuen Aera" der vielgepriesenen Bourgeoisrepublik! Das ist für uns „die Moral von der Geschichte."

— Die trockene Guillotine. Der in Genf erscheinende „Precurseur" bringt folgenden Auszug aus dem Briefe eines Deportirten von Neucaledonien:

„Numbo, im Mai 1877.

. . . . Die Nahrung hier ist nicht nur ungenügend, sondern überdies noch so schlechter Qualität, daß wir schon seit zwei Jahren gezwungen sind, die erhaltenen Kartoffeln wegzuwerfen. Dem Deportirten Champy, welcher sich hierüber beschwerte und genießbare Lebensmittel verlangte, wurde mittelst Tagesbefehls

---

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Fortsetzung.)

Wieder verstrich ein Lustrum. Da starb ihm mitten bei seinem stillen Arbeiten am Schlußbande, ihm, dem Achtzigjährigen, wieder ein Freund, der älteste, wichtigste seines Lebens: Carl August, den 15. Juni 1828 — und ähnlich wie seines Sohnes Tod ihm den Abschluß des Faust unterbrach, verzögerte jetzt dieser harte Verlust auch seine Beendigung der Wanderjahre bis zum vorletzten Jahre seines Lebens. Den Faust beschloß er im letzten.

Wir haben daher das Doppeltestament des sterbenden Sehers ein und zwei Jahre vor seinem Tode erhalten, beides nach dem achtzigsten!

Natürlich sind nun Faust und Meister in diesen zwei Fortsetzungen früherer Jugendgluthergüsse nur noch die Namen jener ursprünglichen Träger der Dichtung: nicht mehr dieselben Gestalten! Alt wie ihr Schöpfer sind nun auch sie geworden. Der Prophet hat Wichtigeres zu thun, als den formellen Abschluß eines Einzelschicksals, mocht' es noch so generell-symbolisch angelegt gewesen sein, zu Ende zu führen. Er muß jetzt in universaler Darstellung alles Terrestrische — alles Erdenmenschheitliche zusammenfassen. Darüber stirbt er.

Achten wir nun aber auch auf die bezeichnende Wahl der Zeit und Scenerie beider Werke.

Es ist der Rheinstrom, auf dessen Flußinsel wir — vom Dichter scheidend — aus seinem poetischen Zauberreich der Wanderjahre entlassen werden.

Der Rhein verbindet die Schweiz und Holland, die beiden vollkommensten Schöpfungen der ersten staatenbildenden Kraft des Germanenthums. In Hollands meerentrungener, deichumwallter Tiefebene schließt das dramatische Lebensbild von Heinrich Faust; in der Schweiz auf den Hochalpen und in der tieferen Sceniederung zwischen dem Züricher und Bodensee spielt unser zweiter Theil des Gesammtromans von Wilhelm Meister, spielen die Wanderjahre. Der erste Theil, die Lehrjahre, hatten zur Bühne den buntbewegten, dörferreichen, städtebesäeten schönen Landstrich von Mittel- und Unterfranken: das Maingebiet. Der Rhein von Fels zu Meer ist also der Nibelungengold-gesegnete Dichterbahnweg; das Rheingebiet ist der Schauplatz für die beiden (wie Rosenkranz sagt) „incommensurabelen Riesenhauptwerke" des Frankfurters Goethe.

Die Zeit endlich ist ebenso deutlich gekennzeichnet.

Im Faust: die Reformationsepoche, die Periode der Renaissance, der Wiederbekanntschaft mit Hellas und die Auflösung des heiligen römischen Reichs, die Entstehung der Alpenrepublik (1499) sowie die der sieben Provinzen aus der Utrechter Union und dem Geusenbund (15. April 1566).

Im Wilhelm Meister: die Zeit zwischen dem siebenjährigen Kriege und der französischen Revolution, die segensvolle Bildungsepoche der Union von Philadelphia, der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Alle die fünfzig und mehr Figuren des Gesammtwerkes sind nur verschieden facettirte Seiten des Einen großen Urbildes der arbeitenden Menschheit, mit dem Motto: Einer für Alle und Alle für Einen. Im ganzen Roman ist kein Müßiggänger, kein bloßer Genußmensch. Ich habe mir alle Namen zusammengestellt. Es ermüdet aber den Leser, mich die fünfzigerlei Berufsarten aufzählen zu hören: vom Karrenführer St. Christoph und Zimmermann St. Joseph bis zum Bergmann Jarno und dem Fabrikherrn Lenardo; vom Geschirrfasser und Rechnungsführer bis zum Oberpräsidenten und pennsylvanischen Proprietor, d. h. einem fürstengleichen Erben Wilhelm Penn's; desgleichen die weiblichen Personen: von der Nätherin Lydia, der Schneiderin Philine, der Wirthschafterin Therese bis zur Gräfin und Baronesse. Sie alle, sie alle sind rastlos thätig, unermüdet dienstbar im Berufe der obersten und heiligsten Menschenpflicht, im Wirken für das Gemeinwohl. Das ist ein Zug und Drang, der fesselloS die Seele fast wider Willen mit fort- und hinreißt in strebender, glühender Innigkeit. Lechzend fast erscheinen mir alle diese Dichtergebilde, wie wenn der hohe Humanus seine Seele in viele zertheilt und sich selbst abconterfei hätte! — ja, lechzend all' scheinen sie nach dem Einen, letzten, großen Ziele der Erdenmenschheit, nach Erlösung vom Joch der Erdennatur, der niederen Mutter und Beherrscherin unseres Wesens. „Wann endlich", so ruft mit tausend feurigen Zungen uns Goethe's Wilhelm Meister zu: „Wann endlich befreist du dich, arme geknechtete Menschheit, mühebeladenes Erdengeschlecht, vom Zwang der Scholle, an die du gebunden bist und gefesselt warst seit Anfang der Weltgeschichte? O! auf! ermanne dich, götterumwehte Menschheit, du Abbild Gottes, ermanne dich und bilde den göttliche Bund der Allliebe."

Grafen, Barone, Minister, Schauspielerinnen, Flachsspinnerinnen und Courtisanen — es ist, als sähen wir die Legende von Buddha's erstem Auftreten dichterisch nachgebildet! — und schwerlich hat doch Goethe die so treu gekannt, wie die von Jesu Gesellschaft der Zöllner und Magdalenen. Freilich aber wiederholt sich alles gesetzmäßig in Natur wie Geschichte. Der Dichter brauchte sich nur ganz erfüllen zu lassen von seiner Auffassung der Geschichte des „Heils in Jesu Christo", diesem Lehrer der Liebesreligion, und — wie auch durch Intuition — sah er die heiligen drei Könige des Morgenlandes, die Muttergottes auf ihrem Esel nach Egypten flüchtend und unter Palmen rastend, ihn selber, den Heiland, umgeben von Zöllnern und Sündern, von Magdalenen, Marien und wirthschaftenden Marthen, von Fischern und Zimmerern! Ganz wie es immer wieder sein wird, so oft eine neue Inkarnation des menschlichen Gedankens erscheint, des Gedankens: „Wir alle sind Kinder Gottes; wir alle sind Geschwister!"

So bilden in unserm Roman die Herren und Gesellen all' ausnahmslos und gleichberechtigt wie gleichverpflichtet den großen erdballumschlingenden Arbeiterbund, der, von reichen Kauf-, Grund- und Fabrikherren unterstützt und geleitet, Ost und West — Amerika und Rußland zu colonisiren sich anschickt.

Rührend erschien mir da die Selbstüberwindung des Dichters, der mit Umarbeitung des ganzen ursprünglichen Planes auch die Idee noch zur Geltung bringt, daß doch selbst auf Europas blutgetränktem Boden, sogar hier in dem polizeilich verzünftelten und bezopften Deutschland, diesem europäischen Reich der Mitte, vielleicht wohl auch noch Land zur Bebauung, Gelegenheit zu industrieller Anlage — Raum zum Leben und Wohlsein — vorhanden sein möchte, wenn nur die Regierung Gesammteuropas nicht orenstiernisch-weisheitsarm seit schon zwei Jahrtausenden sich erwiesen hätte, wie das verkleinert der Amtmann karrikirend in seiner banausischen Kleinkrämereipolitik mit der Möbelfabrik darstellt.

(Forts. f.)

— Ueber den Nährwerth des Bieres. Stabarzt Dr. v. Kraus in Wesel behandelt dies Thema in dem Correspondenzblatte des Rheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Nachdem er die Zusammensetzung und die Bestandtheile des Bieres vom chemisch-physiologischen Standpunkte des Näheren beleuchtet hat, kommt er zu dem Schlusse, daß der Nährwerth des aus Malz bereiteten bayerischen Schenkbieres durch seinen Eiweißgehalt keineswegs unbeträchtlich, der

geantwortet: „Wenn der Deportirte Champy (Nr. 78) findet, daß die ihm gelieferten Kartoffeln, Bohnen nicht von genügender Qualität seien, so möge er sie ins Feuer werfen, die Administration hat keine besseren.“ (Erlaß vom 15. April 1876.) So ist es mit Allem. Wir genießen Kaffee, welcher diesen Namen gar nicht verdient, da es nur der bei der Reinigung der Kaffee-Ernte in hiesiger Colonie verbleibende unverwerthbare Rückstand ist. Das Elend ist so gräßlich, daß viele unter uns, ganz entmuthigt, nahe daran sind, sich durch Selbstmord allen Qualen zu entziehen. Man müßte hier sein, um einen Begriff davon zu bekommen. — Und was macht den Aufenthalt in diesem verfluchten Lande, an das man uns geschmiedet hat, zur ärgsten Pein? Riesige unübersteigliche Steingebirge beschränken den cultivirbaren Grund, und überdies ist er dank den Stürmen, der Trockenheit ꝛc. sehr wenig produktiv. Die Blumen und der Wein, wozu uns der Minister seinerzeit in der Deputirtenkammer gratulirte, existirten nur in seiner Einbildung. Ich habe Ihnen nur wenige Worte über die Disciplin zu sagen: Das Reglement verordnet, daß einem Deportirten nicht mehr als acht Tage Gefängniß als Disziplinarstrafe zuerkannt werden dürfen. Dies ist sehr klar; ich finde, daß acht Tage schon viel zu viel sind. Die Verwaltung findet aber durch Manöver, welche ich nicht näher qualifiziren will, auf Grund des Reglements das Mittel, Strafen von mehreren Monaten Gefängniß zu verhängen. Ich nehme ein Beispiel: Der Deportirte Planquette (Nr. 276), ist betrunken; dies hätte für ihn acht Tage Disziplinar-Gefängnißstrafe zur Folge; nun sehen wir aber, wie dieser Fall im Verwaltungs-Rapport aufgefaßt und behandelt wird:

Offizieller Rapport vom 25. November 1876.

1. Der Deportirte Planquette erhält acht Tage Gefängniß wegen Nichterscheinens beim Abendrapport;
2. Acht Tage zur Warnung gegen Wiederholung;
3. Acht Tage wegen verübten Spektakels;
4. Acht Tage wegen Aufenthalts außerhalb des ihm bewilligten Bereiches;
5. Acht Tage aus demselben Grund auf der Stelle;
6. Acht Tage wegen nicht augenblicklicher Rückkehr;
7. Acht Tage für nächtliches Herumstreifen;
8. Acht Tage dafür, daß derselbe außerhalb seines bewilligten Bereichs um vier Uhr morgens aufgefunden wurde;
9. Acht Tage für nächtliches Herumstreifen um vier Uhr morgens; im Ganzen also 72 Tage!

Und solche Uebergriffe der Verwaltung enthält der Rapport beinahe täglich. Es ist schauderhaft!“ . . . . .

— Ein Wunder. Der gegenwärtig auf dem Klapperfeld (Gefängniß in Frankfurt a. M.) inhaftirte verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Ed. Sack, Verfasser einiger trefflicher Schriften über Schulwesen, wurde in der Strafkammersitzung vom 3. ds. Mts. von der Anklage der Beleidigung des Generals v. Werder kostenlos freigesprochen.

— Eine uns zugegangene längere Erklärung von Otto Glagau gegen Lasker mußten wir wegen Mangel an Raum für die nächste Nummer zurückstellen.

— Der Altmeister der französischen Sozialdemokratie, Raspail, ist gestorben.

— Wenn ein paar flüchtig hingeworfene Worte, die absolut nichts Beleidigendes oder sonst Anstößiges enthalten, einer ganzen Partei oder gar mehreren ein wahres Wuthgeheul entlocken, dann kann man überzeugt sein, daß irgend eine wunde Stelle getroffen worden ist. Und eine sehr wunde Stelle ist durch den Liebknecht'schen Brief getroffen worden, den die gesammte Bismarck'sche Preßmeute jetzt anbelfert. Es sind nur wenige Zeilen, ein in englischen Blättern veröffentlichter Auszug eines in englischer Sprache geschriebenen Privatbriefs an einen englischen Freund. Und was steht darin? Daß dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben wird, sich über die Orientpolitik des Fürsten Bismarck auszusprechen, und daß im Reichstage der Versuch gemacht werden solle, eine Interpellation, betreffend die Orientpolitik des Fürsten Bismarck, vorzubringen und, falls die nöthige Zahl der Unterschriften sich nicht finde, auf andere Weise eine Diskussion zu provoziren.

Was kann vernünftiger, was selbstverständlicher sein?

Hat das deutsche Volk etwa nicht das Recht — nein, die Pflicht, seine Stimme ertönen zu lassen, da wo es sich um seine wichtigsten Interessen handelt?

Ist es nicht ein Schimpf und eine Schande, daß man unserm Volk zumuthen kann, mit verbundenen Augen, sein Intellekt opfernd, inmitten der europäischen Krisis stumm dazustehen und der „Vorsehung in Varzin“ zu vertrauen, die „Alles wohl machen wird“?

Verdiente diese „Vorsehung“ das Vertrauen, welches wir nach ihren Leistungen entschieden nicht in sie setzen können, so müßte eine Interpellation und Diskussion ihr ja sehr angenehm sein.

Das Wuthgeheul der Bismarck'schen Preßmeute über den Brief Liebknecht's beweist nichts Anderes, als daß die Orientpolitik des Fürsten Bismarck eine Diskussion nicht vertragen kann.

Apropos, wie hieß doch der Mann, der einst freimüthig bekannte: „Die Diplomatie ist ein Handwerk, welches das Tageslicht scheut“?

Stupid und unverschämt ist die Behauptung einer Anzahl Reptile, die Agitation, von der in Liebknecht's Brief die Rede, richte sich gegen die Politik der Neutralität und bezwecke das Hineinzerren Deutschlands in den Krieg. Das heißt die Wahrheit schamlos auf den Kopf stellen. Die Agitation soll gerade verhindern, daß Deutschland durch die nichtneutrale, sondern prononcirtest russenfreundliche Politik Bismarck's in den Krieg hineingerissen werde. Also im Interesse des Friedens werden die Versammlungen wirken, die beiläufig bereits an vielen Orten anberaumt sind.

Aus Großbritannien.

London, 3. Januar.

Am 2. Januar fand in der Cambridge Hall, Newmanstreet, Oxfordstreet, die wöchentliche Generalversammlung der Londoner strikenden Steinhauer statt, auf welcher die von Süddeutschland zurückgekehrte Deputation Bericht erstattete, welcher sehr günstig aufgenommen wurde. Einen besonders tiefen Eindruck machte die Mittheilung, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands sowie deren Presse einhellig und nachdrücklich die Interessen der strikenden Steinhauer verfochten habe und noch verfechte. In Anerkennung für diese Haltung der deutschen Sozialdemokratie votirte die Versammlung den deutschen Freunden einstimmig ihren Dank.

Den Lügen der „Kölnischen Zeitung“ und anderer deutschen Organe der Bourgeoisie gegenüber sei erwähnt, daß das Strike-Comité, gewählt durch eine Massenversammlung aller Steinhauer-Lodges (Gesellschaften), den Auftrag hat, die Interessen der ganzen Gewerkschaft zu vertreten, und nur die Beschlüsse sämmtlicher Vereine ausführen kann; es sind also nicht, wie fälschlich verbreitet ist, blos einige Personen, die die Sache eigenmächtig dirigiren. Daß hiesige Kapitalistenblätter der Kölnerin im Lügen und Verleumden der Arbeiter nicht nachstehen, ist notorisch, aber an Schamlosigkeit stehen sie derselben sicherlich nach.

Der Generalrath sämmtlicher Londoner Gewerkschaften berath jetzt über das Wie und Wann zur Abhaltung einer Monstre-Demonstration gegen die Importation deutscher Steinhauer, welcher Demonstration nicht weniger als 200,000 Arbeiter beiwohnen dürften. Wir warnen die deutschen Steinhauer in ihrem eigenen Interesse und im Interesse sämmtlicher Deutschen in London, hierher zu kommen. Die Erbitterung gegen die importirten Deutschen wächst von Tag zu Tag und das Strike-Comité hat erklärt, daß es nicht länger im Stande sei, die hiesigen Arbeiter, die zu Gewaltmaßregeln geneigt seien, in den Schranken des Gesetzes zu halten. Der Baumeister Kilby hat jetzt auch nachgegeben und 40 strikende Arbeiter für 10 Pence pr. Stunde eingestellt. Sämmtliche Gewerkschaften Englands unterstützen die strikenden Steinhauer und an eine Niederlage der Arbeiter ist kaum zu denken.

Der communistische Arbeiter-Bildungsverein hielt hier am 23. Dezember v. J. eine allgemeine deutsche Volksversammlung ab, auf welcher beschlossen wurde, eine Deputation an den hiesigen deutschen Gesandten zu senden, um denselben zu bewegen, dem schamlosen Vorgehen der Agenten Rapp, Häschle und Consorten sowie der Importation deutscher Steinhauer nach London Schranken zu setzen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht aus allen Ständen, und nicht eine Stimme erhob sich zu Gunsten der Meister und deren Menschenschacher.

Louis Weber.

Correspondenzen.

Hamburg, den 6. Januar. 500 Schiffszimmerleute sind in Bremerhafen und Lehe von der Arbeit ausgeschlossen worden, da ihnen von ihrem knappen Lohn taglich 1 Mark abgezogen werden sollte, sie für einen derart erniedrigten Lohn aber nicht weiter arbeiten konnten. Unser Parteigenosse Otto Kapell hierselbst ersucht deshalb in einem Aufruf (S. Seite 4) die deutschen Zimmerleute, ihren bedrängten Brüdern zu Hilfe zu eilen und freiwillige Unterstützungen an den Hauptkassirer des Schiffszimmerervereins, Herrn W. Sohn's in Hamburg, Venusburg 23, einzusenden. — Aus dem hiesigen Jahresbericht der Handelskammer, der vor einigen Tagen veröffentlicht wurde, entnehme ich, daß für eine Reihe von Handelsgeschäften das vergangene Jahr schon das fünfte war, seitdem die Krisis eingetreten; dadurch seien viele Geschäfte unhaltbar geworden, den anderen aber habe die Vorsicht geboten, sich einzuschränken. Der industrielle Nothstand wird rückhaltslos zugegeben, und das freihändlerische Hamburg erzittert schon vor den Fortschritten der Schutzzöllner, die für ihre Interessen jetzt die allgemeine Nothlage ausbeuten würden. Die Sozialdemokratie weiß, daß Freihandel und Schutzzoll mit den allgemeinen Krisen gar nichts zu thun haben, sondern schließlich nur die Frage lösen, ob die Fabrikanten oder die Handelsherren den Löwentheil des durch die Arbeit geschaffenen Nationalreichthums einheimsen. Sie weiß auch, daß durch die heutigen Gesellschaftseinrichtungen, durch die planlose Produktions- und Consumtionsweise, eine fortwährende unheilvolle Abwechslung zwischen sogenannten flauen und flotten Zeiten geschaffen wird, und daß nur die sozialistische Gesellschaft solchem Unfug ein Ende bereiten kann. — Im vorigen Jahre sind nicht weniger als 843 Bankrouterklärungen hier erfolgt, das macht auf den Tag mehr als zwei; wenn's so fort geht, dann kommt die Zeit, daß auch die stolze Hammonia barfuß laufen muß. Noch allerdings geht es ihr besser, als den meisten binnenländischen Schwestern. — Ein hübscher Preßprozeß ist in unserm Nachbarland Holstein, in Kiel kürzlich vorgekommen. Unser Parteiblatt daselbst hatte einen Bauunternehmer deshalb hart getadelt, weil er einen ihm untergebenen Erdarbeiter gemißhandelt habe. Der Bauunternehmer strengte die Klage an, weil die geschilderten Vorgänge auf Unwahrheit beruhen sollten; dabei gab er aber zu, daß er dem Arbeiter einen Hieb versetzt habe, daß sein Stock zerbrochen sei. Trotzdem aber wurde der Redakteur des sozialdemokratischen Blattes zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt. Das Gericht bezog sich auf die beleidigende Form — ich will also deshalb so schließen: „Der Bauunternehmer, er heißt Köhler, ist ein ganz gesitteter, wohlerzogener liebevoller Arbeitgeber, weil er seinen Arbeiter derart mit einem Spazierstock geschlagen hat, daß der Stock zerbrach.“ Nun ist doch wohl der Form genügt?

Aachen, 1. Januar. Seit langer Zeit sind wir wieder einmal in der Lage, Etwas von hier berichten zu können. Von den Cölnern Metallarbeitern angeregt, tagte hier am 16. Dez. eine Versammlung, in der die Genossen Heiland aus Berlin und Weirauch aus Cöln referirten, die aber nicht den gewünschten Besuch hatte. Am zweiten Weihnachtstage sprach Heiland wiederum vor gut besuchter Versammlung über „die Entwicklung der industriellen Verhältnisse und den Nutzen der Gewerkschaften.“ In gediegener Rede sprach Heiland über die antiken und mittelalterlichen Zustände, die Sklaverei, die Leibeigenschaft und die Zünfte, und beleuchtete dann die heutigen, durch die Herrschaft der Bourgeoisie erzeugten Zustände. Er machte es den Anwesenden klar, daß die beste Waffe gegen das ausbeutende Kapital die Verbindung der Arbeiter sei und empfahl die Gründung einer Mitgliedschaft der Metallarbeitergewerkschaft. Eine kleine Anzahl der Anwesenden meldete sich denn auch zum Beitritt und wird sie sich wohl in kürzester Frist constituiren. So gering der Erfolg auch aussehen mag, so halte ich ihn doch für wichtig, in einer Stadt, wo Alles, was nicht nach christlichem Sozialismus riecht, bei den Arbeitern auf Mißtrauen stößt. Weil Aachen so dicht an der Grenze liegt, so zu sagen aus dem Wege, so kam ein auswärtiger Genosse höchst selten hierher. Hält jetzt aber Genosse Heiland sein Versprechen und kehrt öfters wieder, so werden wir „trotz alledem“ Fortschritte erringen.

Frankfurt a. M., 29. Dezbr. 1877. Bei der Delegirten-Conferenz der Sozialisten des Maingaues und der angrenzenden Kreise in Frankfurt a. M. am 26. Dezember war, wie dies im Voraus zu erwarten stand, die Betheiligung eine ganz besonders zahlreiche. Vertreten waren 40 Ortschaften aus 8 Wahlkreisen mit 48 Delegirten. Die Verhandlungen, welche viel des In-

---

der schweren Biere, so des englischen Porters, besonders aber des englischen Ales, sowie der Bock- und Salvatorbiere, recht erheblich genannt werden müssen. Es sei somit der mäßige Consum eines reinen, kräftigen Bieres zur Unterstützung der Ernährung Jedermann sehr zu empfehlen, der eines reinen, schweren Bieres für Genesende aber ganz besonders werthvoll. Einen recht großen Theil der dem Genesenden nothwendigen Eiweißstoffe könne er auf diesem Wege einnehmen, während gleichzeitig durch den Hopfengehalt die Verdauung befördert und durch den Alkoholgehalt der Verbrennungsprozeß der in die organische Thätigkeit anderweitig und überhaupt eingebrachten Nahrungswerthe — als Brennstoffe zu betrachten — verlangsamt und so die Gelegenheit zu ihrer besseren Ausnutzung gegeben sein dürfte. Wenn die Brauereien sich unter die Aufsicht von vereidigten, staatlich angestellten, in jeder Beziehung zuverlässigen und so weit wie nöthig chemisch befähigten Controleuren stellten oder gestellt würden, welche sowohl den Betrieb überwachten, als auch das Ergebniß ihrer Analysen dem Reichs-Gesundheitsamte einschickten, und wenn dieses vierteljährlich die Namen der Brauereien mit den entsprechenden Zusätzen veröffentlichte, vielleicht durch die gelesensten Provinzialblätter, so würden die Wirthe von den Biertrinkern geradezu gezwungen werden, ihr Bier von dorther zu beziehen, wo es rein und gut gebraut würde, weil die Consumenten in kurzer Zeit dahin gehen würden, wo ihnen der vollgültigste Beweis geliefert wird, daß das Bier aus einer der reichsgesundheitlich empfohlenen Brauereien herstammt. Die Biertrinker würden sehr bald den Sinn der chemischen Analyse verstehen lernen. Bayern liefert den Beweis, welchen Einfluß die Bewegung des Bier trinkenden Publikums von einer zur anderen Brauerei, bezw. Bierwirthschaft, auf die Güte des daselbst verschänkten Bieres haben kann. Wenn die Brauereien auf desfallsige Aufforderung sich selbst zur genannten Controle anmeldeten, würden sie auch gern die Kosten des Verfahrens tragen; gute Brauereien würden sie zehnfach durch die Veröffentlichung der Analyse und des Betriebes herausbekommen. Die Bier verfälschenden Brauereien würden dann entweder eingehen müssen, wie es ihnen wohl recht wäre, oder sich zu einem ehrlichen Betriebe gezwungen sehen.

— Laut amtlichen Ausweises wurden in Britisch-Indien während des Jahres 1876 von Raubthieren und Giftschlangen 19,273 Menschen und 54,830 Stück Vieh getödtet; dafür wurde freilich auch 23,459 Raubthieren und 212,371 Schlangen der Garaus gemacht. Von den oben genannten 19,273 Menschen fielen nicht weniger als 15,946 den Schlangen zum Opfer, 917 den Tigern, 887 den Wölfen. Die Elephanten begnügten sich mit 52 „Herren der Schöpfung“, und befanden sich dabei auch wohl meist im Zustande der Nothwehr.

— Bulgarische Ortsnamen. Sehen wir uns eine Karte des russisch-türkischen Kriegsschauplatzes an, so treten uns in den Namen der Ortschaften gewisse Silben häufig entgegen, gerade wie auf der Karte von England die Endungen town, ing, ham, hurst und by oder auf einer Karte von Deutschland burg, berg, furt, ingen, angen, leben sich häufen. Fast die Hälfte aller Ortsnamen Bulgariens endigt sich auf koi. dies ist das türkische Wort für Dorf oder Stadt und entspricht fast ganz dem englischen town. So finden sich mehrere Orte mit den Namen Yenikoi, d. h. Neustadt, was dem englischen Newtown entspricht, während Papaskoi und Sultankoi mit dem englischen Namen Prestown (Priesterstadt) und Kingstown (Königstadt) übereinstimmen. Arnautkoi heißt Albanerstadt, während Kabikoi Richterstadt und Haiikoi Bilgerstadt bedeutet. Sehr oft ist die Silbe koi auch einem Eigennamen suffigirt, wie z. B. bei Akhmedkoi, Mehmedkoi und Osmankoi. Dann treten auch oft die türkischen Präfixe yeni, d. h. neu, und eski, d. h. alt, auf. So liegen Yeni Zagra und Eski Zagra nahe bei einander. Yeni Bazar ist ganz gleichbedeutend mit unserem Neumarkt und dem englischen New-Market, Yeni Hassar mit Neuenburg oder Neufchatel, und wie wir schon erwähnten, Yenikoi mit Neustadt oder Newtown. Eski Djuma, d. h. der „alte Graben“, ist ein halb türkischer, halb slavonischer Name. Die türkischen Wörter kara, d. h. schwarz, und ak, d. h. weiß, finden sich in den Namen der zwei Arme des Flusses Lom, von denen nämlich der östliche Ak Lom, der westliche Kara Lom genannt wird. Akserai heißt genau dasselbe wie Whitehall, d. h. weiße Halle, und Karasa bedeutet Schwarzwasser. Karamulin, d. h. Schwarzmühle, ist wieder halb türkischen, halb slavonischen Ursprungs. Diesen türkischen Wörtern kara und ak entsprechen die slavonischen Präfixe tscherna, d. h. schwarz, und bel oder biela, d. h. weiß. Biela ist daher gleichbedeutend mit dem englischen Whitby, und Bela Kraga ist ein weißer von dem Balkan weit in die bulgarische Ebene vorgeschobener Kalksporn. Der italienische Name Montenegro ist die wörtliche Uebersetzung des türkischen Kara Dagh und des slavonischen Tscherna Gora. Belgrad bedeutet „weiße Festung“ und Akhissar ist die türkische Uebersetzung dieses Namens. Doch dürfen wir das slavonische bel, d. h. weiß, nicht mit dem türkischen bala, d. h. hoch, verwechseln, das uns in Namen wie Balkan, d. h. hoher Kamm, und Balahissar, d. h. hohe Burg, entgegentritt. Das schon mehrfach vorgekommene Wort Hissar heißt Festung oder Burg und findet sich auch in Hissar Sultania an den Dardanellen und in Hissarlik wieder, in welchem letztgenannten Orte Dr. Schliemann seine trojanischen Schätze gehoben hat. Im Magyarischen heißt Festung var; dies Wort finden wir in Sarivar, der „Festung des Palastes“, und Kuprivar, der „Festung an der Brücke“. Die Namen vieler kleineren türkischen Forts, z. B. viele der Kars oder Schumla umgebenden, enthalten das Wort tempe, das Hügel bedeutet. Der türkische Pluralsuffix lar kommt auch in einigen Namen vor, so in Yolar und Yaslar; das letzte Wort heißt „die Häuser“ und ist vom slavonischen jaza, d. h. ein Haus, abgeleitet. Besonders häufig sind die slavonischen Suffixe itza und ova, welche eine „Besitzung“ oder einen „Wohnort“ bezeichnen und dem englischen ing, wie dem in Sachsen und Böhmen ꝛc. häufigen itz entsprechen, indem alle diese Silben gewöhnlich einem Eigennamen, wahrscheinlich dem des ersten Ansiedlers angehängt sind. So finden sich die wohlbekannten Namen Simnitza, Lovitza, Gravitza, Granitza, Verbitza zusammen mit Gabrova, Tirnova und Sistova.

Gegen die Prügel-Pädagogen. Von Eduard Sack. Braunschweig, Druck und Verlag von W. Bracke jun. 1878.

Der Verfasser dieser 113 Oktavseiten umfassenden Broschüre ist unseren Lesern hinlänglich bekannt durch seine früher erschienene werthvolle Schrift: „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit.“ Das fünfte und letzte Kapitel von „Unsere Schulen ꝛc.“ trägt die Ueberschrift: „Abschluß, aber kein Ende“, und in der That sind die „Prügel-Pädagogen“ gleichsam als Fortsetzung der ersteren Arbeit des verdienstvollen Pädagogen zu betrachten. Die vorliegende Broschüre kommt gerade zur rechten Zeit, um den liebenden Eltern und jedem denkenden Menschen die ungeheure Gefahr vor Augen zu führen, in welcher unsere Kinderwelt in sittlich-erziehlicher Hinsicht schwebt, wenn die gegenwärtig unter einem großen Theile der deutschen Lehrerschaft grassirende Prügelsucht als erste und beste Erziehungsmethode in Deutschland Platz greifen und gesetzlich sanktionirt werden sollte. Bekanntlich hatte auf dem ersten allgemeinen deutschen Lehrertage, der in der Pfingstwoche 1876 zu Erfurt tagte, der Bürgerschullehrer Julius Beeger aus Leipzig eine Anzahl Thesen aufgestellt, in welchen gefordert wurde, daß die §§ 227, 230 und 232 des Reichsstrafgesetzbuchs, welche die vorsätzliche und fahrlässige Körperverletzung eines Andern unter Strafe stellen, auf die Lehrer keine Anwendung finden sollten. Gegen diese Forderung kämpft Herr Sack, der, nebenbei gesagt, früher selbst Lehrer war, vom pädagogischen Standpunkte mit allem Nachdruck an, und, wie gar nicht zweifelhaft, mit durchschlagendem Erfolg.

Nimmer wird's gelingen,
Zucht mit Ruthen zwingen.
Wo noch Ehre wirken mag,
Da gilt Wort soviel als Schlag.
Da gilt Wort soviel als Schlag,
Wo noch Ehre wirken mag;
Zucht mit Ruthen zwingen,
Nimmer wird's gelingen.“

Walter von der Vogelweide.

„Prügel für das Volk“ ist gegenwärtig die Parole der Reaktionäre aller Schattirungen — „Nieder mit der Prügelcultur und der gesammten Reaktion!“ sei die unserige.

teressanten und Belehrenden boten, währten von Morgens 11 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, begannen wieder um 3 Uhr und währten bis Abends halb 9 Uhr. Die Tagesordnung bestand aus folgenden vier Punkten: 1) Die letzten Reichstagswahlen und ihre Lehren. 2) Regelung der Agitation. 3) Die sozialistische Presse für den Maingau und die angrenzenden Kreise. 4) Vertrieb der „Rundschau" und der sozialistischen Brochüren. — Es galt zunächst, die gemachten Erfahrungen in der letzten Wahlcampagne auszutauschen, was viel Lehrreiches zu Tage förderte. Es wurde alsdann beschlossen, in den Wahlkreisen an den Hauptorten Comités und Kassen zur Agitation zu bilden, welche mit den einzelnen Ortschaften in Verbindung zu treten haben, um die Agitation planmäßig schon jetzt betreiben zu können. Bezüglich der Presse beschloß man, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine Vereinigung des in Frankfurt erscheinenden „Volksfreund" und der „Neuen Offenbacher Zeitung" zu einem täglich erscheinenden Parteiorgan für den Maingau und die daran grenzenden Kreise herbeizuführen sei. Zum 4. Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, an den dazu geeigneten Orten tüchtige und zuverlässige Colporteure anzustellen, ganz besonders aber neben Verbreitung der Presse und der sozialistischen Literatur im Allgemeinen für den Vertrieb der Lassalle'schen Agitationsschriften und die Brochüren: „Grund- und Bodenfrage" von Liebknecht und „Der deutsche Bauernkrieg" von Bebel thätig zu sein; durch Empfehlungen in Volks- oder Arbeiterversammlungen soll der „Rundschau" eine bessere Verbreitung verschafft werden. Bei den über diesen Punkt stattgehabten Berathungen stellte es sich heraus, daß sehr Viele über das eigentliche Wesen und den Charakter der „Rundschau" noch sehr im Unklaren waren. Diese Conferenz hat aber dazu beigetragen, Klarheit zu schaffen. Ueberhaupt können wir mit Zufriedenheit auf die Leistungen der Conferenz zurückblicken. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie und das Proletariat trennten sich die Delegirten. Die Folgen dieser Conferenz werden nicht lange auf sich warten lassen; hoffen wir, daß die nächsten Reichstagswahlen davon ein beredtes Zeugniß ablegen. C. S.

Höppingen, 30. Dezember. Zum ersten Male haben die hiesigen Genossen sich bei den Gemeindewahlen betheiligt, und obwohl wir als Resultat keine Vertreter auf das Rathhaus brachten, so können wir doch soviel sagen, daß wir vor zwei Jahren sicher noch nicht die Stimmenzahl erhalten hätten, die wir heuer erhalten haben und die sich zwischen 150 und 117 bewegt. Ein Sporn und eine Anfeuerung ist uns dieses Resultat, und wenn wir erst tüchtig gesäet, so ist die Ernte uns sicher. Die nationalliberale Partei hat von sechs Candidaten fünf durchgebracht. Um die Agitationsmittel war sie nicht verlegen, dieser Partei ist ja eben jedes Mittel recht, wenn es nur zum Ziele führt. Die „Volkspartei", welche mit den Fortschrittlern einen Compromiß eingegangen war, hatte einen ganzen Candidaten durchgebracht, ein neuer Beweis für die Thatsache, daß die Halbheit nie auf Erfolge zu rechnen hat.

Schedewitz, 1. Januar. Am 23. Dezember hat bei dem hiesigen Parteigenossen Rupprecht Haussuchung stattgefunden, wonach, das ist Geheimniß der Polizei geblieben. Eine Postkarte, die Rupprecht aus Freiburg erhalten hatte, soll den Anlaß zu der Haussuchung abgegeben haben, wobei nur zu verwundern ist, wie die Polizei früher als der Adressat Kenntniß von der Postkarte haben konnte.

Leipzig. Wie es scheint, will man in dem „gemüthlichen" Sachsen den „politischen Gefangenen" das Leben von jetzt an recht ungemüthlich machen. Vor Weihnachten — am 18. Dez. — kam in der ersten Kammer, die ungefähr auf demselben geistigen und politischen Niveau steht, wie das preußische Herrenhaus, das Gefängnißwesen zur Verhandlung, und ein muckerischer Reaktionär, Namens Meinhold, benutzte die Gelegenheit, dagegen zu eifern, daß man ganze Kategorien von Verbrechern besser behandele, als andere. Ihm seien in letzter Zeit Wahrnehmungen mitgetheilt worden, wonach die politischen Gefangenen besser behandelt würden, als andere, eine Maßregel, welche er durch nichts gerechtfertigt finde, ebenso auch die Gründer und manche Andere. Er fragte daher, ob der Regierung bekannt sei, daß eine derartige ausnahmsweise Behandlung gewisser Kategorien von Verbrechern stattfinde, ob es darauf bezügliche Instruktionen an die Anstaltsdirektoren gebe und worin sie beständen?" (Sehr gut! Bravo! aus den Reihen der Oberhäusler.) Der Herr Justizminister v. Abeken fühlte sich durch diesen Vorwurf auf's Schwerste gekränkt. Er wusch seine Hände in Unschuld; er habe nie die Absicht gehabt, sich eines solchen Verbrechens schuldig zu machen. „Die politischen Gefangenen dürfen nicht besser behandelt werden, als die anderen, denn das Strafgesetz kenne keinen Unterschied zwischen politischen und anderen Vergehen. Bestimmte Thatsachen, welche darauf hinwiesen, daß ein Unterschied in der Behandlung der politischen und der anderen Gefangenen gemacht werde, seien ihm nicht bekannt geworden. Wohl habe man es vermuthet, aber bestimmte Thatsachen seien nicht bekannt, sonst würde er sofort Wandlung haben eintreten lassen." Und, wie wir erfahren, soll die Wandlung auch wirklich eintreten und Sachsen von der Schuld reingewaschen werden, politische Verbrecher nicht wie Spitzbuben und Lumpen behandelt zu haben.

Weitere Betrachtungen stelle ich hier nicht an; die Sache wird überdies im Reichstag zur Sprache gelangen. Interessiren wird es aber die Leser des „Vorwärts", zu erfahren, daß die Expektoration des Herrn Meinhold und die Erklärung des Herrn Abeken durch einen stupiden Feuilleton-Artikel veranlaßt, ja provozirt worden ist, welchen der Redakteur eines sächsischen Fortschrittsorgans vorigen Sommer über ein sächsisches Gefängniß, dem er die unverhoffte und unverdiente Ehre hatte auf ein paar Tage anzugehören, veröffentlicht hat, und in welchem er, wahrheitswidrig, bloß um „pikant" zu sein, das betreffende Gefängniß als eine Art von „fidelem Gefängniß" — ich glaube er brauchte sogar das Wort — für politische Gefangene hinstellte. Jetzt haben wir die Folgen dieses fortschrittlichen Dummenjungen-Streichs.

Oschersleben, 30. Dezember. Hier macht die Sozialdemokratie die erfreulichsten Fortschritte. Seit Einführung der „Halberstadt. Freien Presse" im September konnte ich Anfangs Dezember schon nahezu 100 Exemplare beziehen, auch in den umliegenden Ortschaften werden schon diverse Exemplare der „Halberst. Fr. Pr." und des „Vorwärts" gelesen. Die hiesigen Genossen haben unter sich ein Agitationscomité gebildet, welches den Vertrieb sozialistischer Schriften und Kalender in die Hand genommen hat, und ist der Erfolg unter der ackerbautreibenden Bevölkerung sehr gut, ein Beweis mehr, daß die Meinung der Gegner, der Sozialismus fände unter der ländlichen Bevölkerung keinen Boden, eine irrige ist. — In einem frühern Bericht bemerkte ich, wenn erst die Hornhausen-Hamerslebener Kohlengegend für den Sozialismus gewonnen ist, dann hat auch in dem Wahlkreis Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode die gerechte Sache gesiegt. Heute ist nun die beste Hoffnung vorhanden, daß das bald der Fall ist (diese Gegend ist allein von 4000 Berg[illegible] die Bergarbeiter.) Uebrigens glaube ich nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte, daß wir binnen kurzem in hiesigem Kreise 2—300 Abonnenten für die „Halberst. Fr. Pr." gewonnen haben werden. Mit diesem Erfolge können wir uns freilich nicht zufrieden geben, es gilt vielmehr für die größere Ausbreitung unseres Centralorgans, des „Vorwärts", zu sorgen, der allein einen Gesammtüberblick der sozialistischen Bewegung giebt. Unterzeichneter fordert daher zu zahlreichem Abonnement auf den „Vorwärts" auf, und theilt derselbe hier gleich mit, daß er Abonnements entgegennimmt und für die Lieferung frei in's Haus 18½ Sgr. nimmt, auch liegt die „Neue Welt" zur Einsicht aus. H. Götsch jun.

Golday, 31. Dezember. Mit der in Nr. 149 des „Vorwärts" enthaltenen Briefkastennotiz betreffs der „Siege" bei den Kirchenvorstandswahlen erkläre ich mich durchaus einverstanden, das auszusprechen halte ich für meine Pflicht. Die sozialdemokratische Partei vertritt in politischer Hinsicht die radikalste Anschauung, selbstverständlich muß dies auch in religiöser Hinsicht geschehen. Wenn radikal, dann auch consequent in allen Dingen. Möge daher keiner der Parteigenossen den Ruf Dr. Boruttau's in seiner vortrefflichen Schrift „Religion und Sozialismus" S. 63, aus der Landeskirche auszutreten, unberücksichtigt lassen. — Im Monat September d. J. feierte ich meinen 19jährigen Geburtstag dadurch, daß ich an dem betreffenden Tage meinen Austritt aus der Landeskirche anmeldete, der denn auch nach 5 Wochen erfolgte. Mögen daher alle Parteigenossen meinem Beispiel folgen und sich im neuen Jahre ganz und gar von der Kirche, überhaupt von aller Religion lossagen. Das ist mein Neujahrswunsch, den ich allen Genossen darbringe. M. Sz.

An die deutschen Zimmerleute, speziell an die Mitglieder des deutschen Zimmerer-Gewerks!

Kameraden! Wir treten im neuen Jahr mit einer Bitte an Euch heran, deren Erfüllung Euererseits beweisen soll, ob das Prinzip der Brüderlichkeit, welches alle verständigen Arbeiter verbinden soll, bereits in Euren Herzen wohnt. Es handelt sich hier um die schleunigste Unterstützung armer Kameraden, welche bereits seit dem 1. November von der Arbeit ausgeschlossen sind.

Diese unsere Arbeitsbrüder sind die Schiffszimmerer in Bremerhafen und Geestemünde.

Die Schiffsbaumeister in diesen Orten wollten die durch den Winter verschlechterte Lage der dortigen Schiffszimmerer dazu benutzen, den Lohn pro Tag um 1 Mark zu verkürzen; dies konnten sich die Schiffszimmerer nicht gefallen lassen, denn die bis dahin gezahlten Löhne waren bereits äußerst niedrige. Sie wurden deshalb von der Arbeit ausgeschlossen, das heißt, wer für den niedrigen Lohn nicht arbeiten wollte, brauchte nicht wieder zu kommen. So sind 500 Schiffszimmerer auf unbestimmte Zeit auf's Straßenpflaster geworfen. Fast Alle sind Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins, dessen Sitz in Hamburg ist. Diese Vereinigung hat seit dem Anfang ihres Bestehens zahlreiche Angriffe der vereinigten Schiffsbaumeister zu bestehen gehabt; aus allen diesen Kämpfen ist diese Verbrüderung aber siegreich hervorgegangen, ohne daß sie Seitens anderer Gewerkschaften namhafter Unterstützung bedurfte; sie brauchte allein zur Durchführung dieser Kämpfe innerhalb der letzten Jahre 80,000 Mark, welche die Mitglieder dieses Vereins aufbrachten. Ob aber auf die Dauer die Kraft des Schiffszimmerervereins allein im Stande sein wird, auch diesen Arbeitsausschluß siegreich zu pariren? Wir wollen diese Frage nicht beantworten, sondern allen Hauszimmerleuten Deutschlands und speziell den Mitgliedern des deutschen Zimmerergewerks zurufen, so schnell wie möglich Sammlungen für die Ausgeschlossenen zu veranstalten und sie an untenstehende Adresse einzusenden.

Wir dürfen nicht theilnahmslos zusehen, wie sich die Kraft einer gut organisirten Gewerkschaft in einem aufgedrungenen Kampfe erschöpft, wie sie nach und nach erlahmt und verblutet, zum Gaudium der Ausbeuter. Wir müssen unseren Arbeitsbrüdern schleunigst helfen, denn es ist ganz gleich, ob die Schiffsbaumeister oder die Arbeitgeber irgend einer anderen Branche hier oder dort den Lohn herunterzudrücken beabsichtigen. Haben sie ihren Zweck einmal erreicht, so leiden nicht allein die Schiffszimmerer, sondern auch die Arbeiter aller anderen Branchen darunter, denn ermuthigt durch den Sieg der Ausbeuter in einem Ort, werden die Arbeitgeber anderer Orte bald mit denselben Angriffen gegen die Arbeiter vorgehen. Die Kapitalmacht kennt im engeren Sinne des Wortes keine Grenze zwischen den einzelnen Arbeitsbranchen, für sie existiren blos „Arbeitshände", welche sie so niedrig wie möglich bezahlt, und so gut wie möglich ausbeutet. Deshalb müssen wir bei solchen gemeinschaftlichen Angriffen auch gemeinschaftlich handeln. Es ist ein Unglück, daß die verschiedenen Gewerkschaften Deutschlands nicht längst zu dem Zweck gemeinsamer Unterstützung bei Arbeitseinstellungen und Ausschlüssen verbündet sind. Wäre dies der Fall, so würden so viel Arbeitsausschlüsse nicht vorkommen. Man würde gegenüber solcher Centralisation aller Gewerkschaften in den meisten Fällen nichts ausrichten können. Doch wir sind leider noch nicht so weit. Dahin kommen werden wir aber, trotz aller partikularistischen Bestrebungen in einzelnen Gewerkschaften.

Unsere Schuldigkeit müssen wir aber auch ohne diese Centralisation bereits heute thun; wir müssen die Solidarität aller Arbeiter durch die That beweisen; darum richten wir hier an unsere Genossen die Aufforderung, die Schiffszimmerer zu unterstützen; aber nicht allein die Hauszimmerer, sondern die Arbeiter aller Berufsbranchen möchten wir dazu auffordern.

Sei unsere erste That im neuen Jahr eine gute. Wohl sind die Zeiten schlecht und der Verdienst gering, aber wenn wir uns einander gegen die fortwährenden Lohnabzüge nicht beistehen, so werden die Zeiten bald erst recht schlechtere sein und die Kapitalmacht wird uns überall nur Hungerlöhne zahlen. Darum auf zur gemeinschaftlichen Abwehr! Unterstützen wir unsere Arbeitsbrüder, die sich in Noth befinden. Ein jedes Scherflein, auch das kleinste, ist willkommen. Zimmerleute Deutschlands, Mitglieder des deutschen Zimmerergewerks, gehet den anderen Arbeitern mit einem guten Beispiele voran! Thut Eure Schuldigkeit! Otto Kapell.

Da die Hauptkasse des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins die Unterstützung der Ausgeschlossenen regelt, so bitten wir alle freiwilligen Sammlungen an den Hauptkassirer dieses Vereins, Herrn W. Sohns in Hamburg, Venusberg 23, zu senden.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung!

In der Nähmaschinen-Fabrik von H. Dreyer in Barmbeck bei Hamburg ist wegen Nichtannahme der bis um 48 Prozent reduzirten Accordpreise die Arbeit eingestellt! **Vor Zuzug wird gewarnt.**

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

F. W. Schauer, Essenstraße.

Etwaige Unterstützungen wolle man an vorstehende Adresse senden.

Aufforderung!

Der an 14 Jahre von Lübeck abwesende Seefahrer Heinrich Adolf Christian Schwartz, geb. am 10. Januar 1844 in Lübeck, wird dringend ersucht, seine Adresse an seine Eltern, H. Lembke, Petersilienstraße Nr. 695, oder an seinen für ihn als Absenz-Curator fungirenden Bruder Theodor Schwartz, St. Gertrud, gr. Vogelsang Nr. 11b, Lübeck, einzusenden.

Da ich vermuthe, mein Bruder halte sich in Amerika, wahrscheinlich in San Francisco, auf, so möchte ich die amerikanischen, sowie englischen Arbeiterzeitungen um freundliche Aufnahme dieser Notiz bitten.

Lübeck, den 5. Januar 1878.

Theodor Schwartz.

Briefkasten

der Expedition. Günther, London: Ein zwei auch drei Exempl. ohne Beilage kosten gleichviel Kreuzbandporto. — A. M., Camen: Die Programme erhalten Sie bei J. Auer, Pferdemarkt 37, Hamburg. 100 Stück werden 1 Mark kosten und 20 Pfg. Kreuzbandporto.

Adolf Richter, Schriftsetzer,

aus Haindorf, wird ersucht, seinen Aufenthalt an seinen unterzeichneten Bruder bekannt zu geben.

Ferner ersuche ich Parteigenossen, welche vielleicht mit Obengenanntem zusammengetroffen sind, Unterzeichnetem davon Nachricht zu geben. Den letzten Brief erhielt ich von ihm Ende Oktober vergangenen Jahres aus Bremen. (35)

Haindorf bei Reichenberg in Böhmen. **Heinrich Richter.**

Ich ersuche den Schneidergehilfen Horst, gebürtig aus Frankfurt, dieses Frühjahr in Stuttgart, um seine Adresse.

Wilhelm Heckel in Halchter bei Wolfenbüttel.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Flensburg. Die Versammlung der Abonnenten sämmtlicher sozialistischer Zeitschriften findet Lokalverhältnisse halber nicht am 13., sondern am 20. Januar statt. 40] Heinrich Muhlke.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend, den 12. Januar, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Meister über die Grundsätze der Humanität. Der Vorstand. [70

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend (E. Gen.).

Sonnabend, den 12. Januar, Abends punkt 8 Uhr, Tauchaer Straße Nr. 12 (Thieme'sche Brauerei): [70

Generalversammlung.

R. Ludwig, Vorsteher.

Dem Kämpfer für Freiheit und Menschenrechte, Herrn Theodor Freund zu seinem 28. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. [90 (F. 80) Zwei aus dem 5. Wahlkreis.

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Quart-Format. Preis 1 Mark 20 Pf. pro Stück.

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts"**

Färberstraße 12.

Im Commissions-Verlage von **R. E. Höhme** in Leipzig, Elisenstraße 1, erschien soeben und ist durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.

Materialien für die sozialistische Agitation.

Von **Bruno Geiser.**

7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Kap. 4. Das Gesetz bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und das Hilfskassengesetz. Kap. 5. Das Haftpflichtgesetz. Kap. 6. Das Lohnbeschlagnahmegesetz. Kap. 7. Das Preßgesetz. Kap. 8. Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhof, Schwarze ꝛc. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs. [200

Durch uns ist zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Leipzig. **Die Expedition des „Vorwärts".**

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: S. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 5. Sonntag, 13. Januar. 1878.

Handel mit Menschenfleisch.

Der vorstehende Ausdruck kommt in der letzten Zeit in unserer Parteipresse so oft vor, daß auch wir uns veranlaßt fühlen, einige Thatsachen vorzuführen, welche denselben als völlig berechtigt erscheinen lassen.

Nur wollen unsern Lesern aber nicht wiederholt des Langen und Breiten vordemonstriren, daß eigentlich unsere heutige Produktionsweise, das Angebot von „Händen" und die Nachfrage nach „Händen", nichts weiter ist, als ein Handel mit Menschenfleisch; wir wollen auch gar nicht besonders betonen, daß vom Kapital dieser Handel auch international betrieben wird, daß die sächsischen Bergwerkbesitzer billige italienische Arbeiter herbeigelockt haben, daß die holsteinischen Großbauern das schwedische Muskelfleisch billiger kaufen, als das deutsche, daß die Yankee's Chinesen und indische Kuli's jetzt den schwarzen und weißen Sklaven vorziehen, und daß die englischen Unternehmer deutsche Maurer gekauft haben. — Alles dies liegt in der Kapitalherrschaft selbst begründet.

Doch eine Notiz wollen wir bei dieser Gelegenheit abdrucken, welche durch die Bourgeoiszeitungen läuft — sie liegt uns augenblicklich in der „Frankfurter Zeitung" vor — und welche beweist, ein wie großes Interesse die Bourgeoisie an dem internationalen Handel mit Menschenfleisch hat. Diese Notiz lautet:

„Die deutschen Maurer, welche hierher gebracht wurden, um an dem neuen Justizpalaste zu arbeiten, scheinen sehr guten Lohn zu erhalten. Sie schickten auf Weihnachten an ihre Familien in Deutschland Postanweisungen im Betrage von über vierhundert Pfund Sterling (über 8000 Mark), und feierten überdies das deutsche Fest in bester Heiterkeit. Der Wochenlohn jedes einzelnen Arbeiters beträgt durchschnittlich 2 Pfd. St. 8 Sch. 3 Pence, das sind über 48 Mrk. 25 Pfg."

Was soll diese Notiz anders bezwecken, als das Menschenfleisch recht wohlfeil in England zu machen? Wenn auf diesen Lockruf noch viele deutsche Maurer nach London reisen, so werden sie den Lohn derart herabdrücken, daß sie sich zu den nächsten Weihnachten von ihren Familien das Ueberfahrtgeld nach England schicken lassen müssen, d. h. wenn bis dahin die englischen Arbeiter solche internationale Bruderliebe, wie die deutschen Maurer sie ihnen jetzt entgegenbringen, noch länger dulden.

Doch kommen wir zu dem Kernpunkt unserer Betrachtungen. Und dies ist der öffentliche, der sichtbare Handel mit Menschenfleisch.

So lesen wir in conservativen und liberalen Blättern fortwährend Annoncen, in welchen es unverblümt heißt: „Der Commissionär X „liefert" gegen eine Provision von à 5 Mark tüchtige schwedische Dienstmädchen in großer Auswahl;" oder: „Billige ostpreußische Arbeiter werden gegen entsprechende Provision nach allen Gegenden Deutschlands geliefert;" und daß fortwährend junges frisches Menschenfleisch, allerdings in etwas verstellter Form, für Bordelle in den „anständigen" Zeitungen „angepriesen" wird, das ist gleichfalls allbekannt.

Aber auch der öffentliche Markt wird für den Handel mit Menschenfleisch benutzt. So lesen wir im „Schwäbischen Merkur" aus Metz vom 26. Dezember vorigen Jahres eine Notiz, die also lautet:

„Heute Vormittag fand auf dem Platze neben der Kathedrale und in den angrenzenden Markthallen der alljährliche Gesindemarkt statt, bei welchem sich namentlich ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen einfinden, um sich für das kommende Jahr neue Dienstherrschaften zu suchen. Auf dem heutigen „Markt" belief sich die Zahl der erschienenen Knechte und Mägde auf etwa 400 bis 500, welche jedoch wegen mangelnder Nachfrage sich nicht alle verdingen konnten. Außerdem fand sich noch wie gewöhnlich ein zahlreiches Publikum ein, für welches das buntbewegte Treiben, die verschiedenen Trachten und Mundarten der Dienstboten und das Schachern und Feilschen der Bauern Stoff zu den interessantesten Beobachtungen bot."

Natürlich mag das Schachern und Feilschen um Menschenfleisch dem Correspondenten des „Merkur" recht interessant erschienen sein, einem vernünftigen und anständigen Menschen erscheinen solche Märkte aber als das, was sie sind, als weithin sichtbare Zeichen der weißen Sclaverei.

Doch nicht in Metz allein, auch mehr im Herzen Deutschlands, im Königreich Sachsen, giebt es noch derartige interessante Schaustellungen. Unser Dresdener Parteiorgan ist mit Recht erbost darüber, indem es schreibt:

„Sclavenmarkt muß man den Handel nennen, der am Neujahrstag wieder hier in Dresden in altgewohnter Weise am Schloßplatz stattfand, und durch den wieder Hunderte und Aberhunderte von Dienstboten auf so und so lange Zeit in die Botmäßigkeit ihrer betreffenden Herren gebracht wurden. — Sklavenmarkt! Oder ist etwa dies Handeln, dies Schachern und Feilschen um den Besitz eines Menschen etwas anderes? Man sehe sich nur das Treiben auf diesem „Markt" einmal genauer an; man lese die Berichte der liberalen Zeitungen über solche „Märkte" nur einmal aufmerksam durch; man sehe, wie da von „Preis", von „Angebot" und „Nachfrage", von „guter Waare" u. s. w. gesprochen wird, — und Niemand wird uns Unrecht geben können, wenn wir ein solches Treiben mit dem Namen „Sklavenmarkt" brandmarken. Da stehen sie, die armen Dienstsuchenden, und müssen sich von allen Seiten besichtigen, ja wohl auch angreifen lassen, damit man genau sieht, ob sie stark und kräftig sind, ob sie gute Muskeln haben, ob sie den Arbeiten, die ihnen zugedacht, gewachsen sind. Und dort stehen die Bauern, die den Vermittler spielen, und preisen einerseits die guten Eigenschaften ihrer „Waare", anderseits aber auch die guten Eigenschaften der „Käufer". Man lese nur einmal eine Schilderung der Sclavenmärkte, wie sie ehemals in den Südstaaten der Union stattfanden; man lese, wie dort, in Louisiana, in Maryland, in Virginien u. s. w., die schwarzen Sclaven zu Markte getrieben, wie deren Eigenschaften geprüft wurden, — und man wird beim besten Willen keinen so gar großen Unterschied zwischen diesem und jenem Sclavenmarkte bemerken."

Und um dem Allen die Krone aufzusetzen, las man kürzlich in der „Gummersbacher Zeitung" folgende amtliche Anzeige:

„Bekanntmachung. Am Freitag den 28. d. M., Nachmittags 3 Uhr, sollen im Lokale der Wwe. Wilh. Wirth hierselbst zwei Waisenkinder des zu Unnenberg verstorbenen Christian Sohn öffentlich vergantet werden, wozu Reflektanten hierdurch einladet. Marienheide, 11. Dezember 1877. Der Bürgermeister Schiering."

Verganten heißt versteigern, öffentlich meistbietend verkaufen. In der preußischen Rheinprovinz, in welcher Marienheide liegt, ist der Ausdruck „verganten" im Allgemeinen nicht üblich; derselbe kommt hauptsächlich in Süddeutschland vor. Weshalb der Bürgermeister Schiering wohl den fremden Ausdruck wählte? Es genirte ihn wahrscheinlich, das Wort „verkaufen" zu gebrauchen; wenn dem so ist, so würde das allerdings seinem Gemüth alle Ehre machen. An der Sache ändert das aber gar nichts, besonders deshalb nicht, weil jeder Leser sich sehr schnell darüber aufklären konnte, was das fremde Wort „verganten" eigentlich bedeutet.

Möglich aber auch, daß der Bürgermeister von Marienheide sich nur verkehrt ausgedrückt hat, daß die Bekanntmachung lediglich bedeuten soll, daß dem Mindestfordernden die Kinder von der Gemeinde in Pflege gegeben werden sollen — an der Sache selbst aber wird dadurch wiederum nichts geändert; vielmehr tritt dann der Handel mit Menschenfleisch noch krasser hervor. Wer die Kinder am billigsten auffüttern, kleiden und erziehen kann, der erhält sie um den erhandelten Preis! Daß die Kinder, je billiger sie „vergantet" werden, es desto schlechter haben, ist natürlich — aber das bringt ja eben der öffentliche Handel mit denselben mit sich.

Daß überdies noch bei dem Concurrenzkampf das Menschenfleisch im Preise von dem Pferdefleisch vielfach besiegt wird, davon giebt der Paragraph 19 der würtembergischen Dienstinstruktion für die Beschälaufseher vom 7. Februar 1876 die beredteste Kunde:

„Erkrankung von Hengsten und Knechten. Bei jeder Erkrankung von Hengsten ist unverweilt ein Thierarzt zu Rathe zu ziehen, und zwar der Oberamtsthierarzt, wenn er in der Station wohnt, sonst der nächste geprüfte Thierarzt. Leichtere Erkrankungen sind im Monatsrapporte aufzuführen. Von schwereren ist dem Landoberstallmeisteramt alsbald, nöthigenfalls telegraphische Anzeige zu machen. Gefährliche Erkrankungen der Hengste sind gleichzeitig auch der Landgestütscommission anzuzeigen. Dasselbe gilt von Erkrankungen der Knechte."

Die Hengste sind den Knechten vorangestellt und beide sollen vom Thierarzt behandelt werden! Verwundern brauchen wir uns wahrlich nicht darüber bei den allgemeinen Grundanschauungen der heutigen Gesellschaft; — nur darüber könnten wir uns verwundern, daß man dieselben so unverblümt ausspricht.

Alles, was wir hier erzählt haben, wiederholt sich täglich; es sind diese Dinge einfach nothwendige Ausflüsse der heutigen Gesellschaft. Die sozialdemokratische Presse führt dieselben nur ab und zu ihren Lesern vor, damit sie ihrer Alltäglichkeit halber nicht gänzlich übersehen werden und in Vergessenheit gerathen.

Das Bevölkerungsgesetz und die Bewaldung.

I.

Cultur, welche diesen Namen verdient, ist nur bei dichter Bevölkerung möglich. Das stete Wachsthum der Cultur mittels stets wachsender Bevölkerung vermindert die Waldfläche und mag sie am Ende zerstören. Mangel an Wald erzeugt Steppe, Heide und zuletzt Wüste, zerstört also die Unterhaltsmittel dichter Bevölkerung und damit die Cultur. Alle diese Sätze sind, wie es scheint, unanfechtbar. Wenn sie es sind, so würde folgen, daß alle Cultur am Ende sich selbst zerstören müßte. Die Frage, wie dieser Schwierigkeit abzuhelfen ist, macht seit Jahren den Naturforschern Kopfzerbrechen und ist für viele Länder von brennender Wichtigkeit. Der „Vorwärts" hat sie deshalb mit Recht schon besprochen. Seit er es gethan, sind eine Menge Veröffentlichungen über diesen Gegenstand erschienen; wir haben aber darin keine erlösenden Gedanken gefunden. So mag denn der „Vorwärts", nachdem er gezeigt hat, daß nur der soziale Staat der Waldverwüstung und ihren culturfeindlichen Folgen steuern kann, einen Schritt weiter gehen und die Mittel angeben, durch welche dieser Zukunftsstaat der Selbstzerstörung der Cultur bei steter Bevölkerungszunahme und Waldverminderung abhelfen kann. Wir machen durchaus nicht auf neue Entdeckungen oder Erfindungen Anspruch; wir wollen blos zeigen, daß die Wissenschaft schon jetzt Mittel genug kennt und deren weitere ausfindig machen kann, um die drohende Gefahr zu beschwören, daß aber diejenigen Männer der Wissenschaft, welche zu diesem Zwecke reden sollten, aus Menschenfurcht schweigen, oder irre reden.

Besprechen wir zuerst den Satz, daß Cultur nur bei dichter Bevölkerung möglich sei. Geschichtlich ist derselbe nicht umzustoßen. Alle wirklichen Culturländer waren und sind dicht bevölkert. Aber nicht alle dichtbevölkerten Länder waren und sind Culturländer; es gibt deren, wie China, Japan, Korea, Ostindien, das Mexiko der Azteken und das Peru der Inkas, welche trotz sehr dichter Bevölkerung doch bloße Civilisation erzeugt, kein inneres Lebensgesetz steten Geistesfortschritts verwirklicht haben. Der Grundunterschied zwischen Cultur und Civilisation liegt, wie in diesen Blättern früher betrachtet worden ist, in der wachsenden Freiheit immer größerer Volksmassen von allen Geistesfesseln, welche mit der wahren Cultur kommt, während die bloße Civilisation zum Stillstand oder Rückschritt führt. Es muß also in der Natur der Sache liegen, daß Civilisation, und noch weit mehr Cultur, nur in einer dichten Bevölkerung entstehen können. Der Erklärungsgrund bietet sich darin, daß eine stärkere Theilung der Arbeit, welche zu mehr und mehr Entdeckungen und Erfindungen führt, erst bei dichterem Beisammenleben der Menschen eintreten kann; denn je einsamer sie wohnen, desto mehr muß jeder alle seine Bedürfnisse sich selbst verschaffen, kann es also in keiner Geschicklichkeit weit bringen, außer in den unentbehrlichsten. Es fragt sich also nur, ob unter allen Umständen, ob auch in Zukunft eine dichte Bevölkerung erforderlich sein werde, um fortschrittliche Cultur zu unterhalten. Eisenbahnen und Dampfschiffe, Telegraphen und Telephone vermögen Cultur auch unter weitzerstreute Bevölkerungen zu verbreiten. — Gewiß, müssen wir antworten, auf diese Art mag Cultur genommen werden; allein auf diese Art wird sie nicht gegeben, nicht in sich fortgebildet, und selbst genommen wird sie nur einseitig. Zum steten Geistesfortschritt gehört steter lebhafter Geistesaustausch, welcher durch örtliche Entfernung erschwert wird. Zu immer neuen Entdeckungen und Erfindungen gehört volle Bekanntschaft mit den schon vorhandenen, und diese ist nur an größern Mittelpunkten der Bevölkerung erleichtert. Die verbesserte allgemeine Volkserziehung mag sehr viel thun, um auch unter dünngesäeten Bevölkerungen allseitige Geistesentwicklung zu befördern; allein selbst dazu würden die reichen Mittel fehlen, welche nur von den Bildungsherden ausstrahlen können. Eine immer spitzfindigere Theilung der Arbeit wird gerade in den Wissenschaften und Künsten immer nothwendiger gefunden, um den Culturfortschritt zu verwirklichen, und die wachsende Bevölkerung allein bietet dazu die Vorbedingung. Freilich werden große weltbewegende Gedanken fast nur in der Stille der Einsamkeit geboren; allein die Empfängniß fand vorher auf dem lauten Markte des vielseitigen Gedankenaustausches statt. Freilich wird eine zu große örtliche Anhäufung der Bevölkerung der Gesundheit und der Sittlichkeit mittelbar also auch der Cultur schwere Gefahren bereiten. Allein dagegen müssen bessere und bessere Hilfsmittel zu finden sein, hauptsächlich darin bestehend, daß die dichteren Bevölkerungen abwechselnd zur Arbeit zusammen- und zur Erholung auseinanderströmen. Wir können hier die Frage, wie den Uebeln der Großstädte abzuhelfen sei, nicht erwägen. Wir kommen vorläufig zu dem Schlusse, daß wir keine Erfahrung davon haben und uns kaum einbilden können, wie eine stets fortschrittliche Cultur ohne stets wachsende Bevölkerung möglich sei. Wir geben vorläufig auch zu, daß eine Uebervölkerung denkbar, ja hier und da schon vorhanden sei. können aber erst am Schluß unserer Untersuchung auf diese zurückkommen.

Demnächst haben wir zu sehen, ob das stete Wachsthum der Bevölkerung eines Landes wirklich eine zu große Entwaldung desselben unausbleiblich mache. Das erste Bedürfniß einer dichten Bevölkerung ist das nach Nahrung, woraus die Nothwendigkeit einer wachsenden Acker- und Wiesenfläche auf Kosten der Waldfläche folgt. Hiergegen gilt es zunächst zu bemerken, daß auch der Wald als Quelle menschlicher Nahrung dienstbar werden kann. Fast der ganze Eichenwald der Cevennen in Frankreich ist mit edlen Kastanienreisern gepfropft, deren Ernte dort einer dichten Bevölkerung das Brot fast ganz ersetzt. In der Lombardei sind alle Felder zugleich Obst- und Weingärten, und fast jeder Acker trägt eine Ernte von vielerlei Feldfrüchten, von Obst und Trauben, oder aber Bohnen, Kürbissen u. s. w. In den nicht zu kalten Erdstrichen können Wiesen zugleich als Obstgärten benutzt werden. Wie aber eine Obstbaumpflanzung neben dem Nutzen des Nahrungswechsels noch den meisten Nutzen von Waldbäumen bringen könne, wird später gezeigt werden. In den Wäldern der kälteren Erdstriche und bis über den Polarkreis hinaus gedeihen statt des Obstes Beerenfrüchte so üppig, daß mit einiger Nachhilfe von dort aus deren ungeheure Massen bis in größere Entfernungen versendet werden könnten, um gegen andere Lebensmittel ausgetauscht zu werden. Die heiße Zone allein könnte mit weit versendbaren Nahrungsmitteln, welche jetzt keinen Markt haben, alle Märkte der Erde versorgen. Die künstliche Befruchtung der Fischeier auf einige sehr nahrhafte Fischarten des Meeres ausgedehnt, welche in den Flüssen leichen, könnte ungeheure Massen Nahrungsmittel liefern, um die Waldverwüstung einzuschränken. Daß große Strecken der Steppen und Wüsten durch Baumpflanzungen und Wasserleitungen oder artesische Brunnen fruchtbar gemacht und zu Nahrungslieferern für andere Gegenden umgestaltet werden können, braucht kaum mit Beispielen belegt zu werden. Allerdings gebietet Vorsicht und Sparsamkeit, die weit überwiegende Masse der Nahrungsmittel im Lande selbst zu erzeugen; allein es liegt nichts Ungerechtes in dem Gedanken, daß Länder, welche climatisch nicht zu Culturgebern, sondern nur zu Culturnehmern geeignet sind, die empfangene Geisteswohlthat durch Lebensmittel für culturgebende Länder vergelten sollten, soweit sie können. Die Kunst, im eigenen Lande eine weit größere Menge Nahrungsmittel als bisher von derselben Bodenfläche zu gewinnen, sei es durch Rajolen des Bodens bis zu 6 oder 8 Fuß Tiefe, sei es durch Auswahl der ergiebigsten Arten von Nahrungspflanzen und Thieren, sei es durch Düngung, oder alle diese Mittel zusammen, liegt noch in der Wiege. Zu ihrer Ausbildung bietet eine stets wachsende Bevölkerung stets wachsende Mittel. Ihrer vollen Ausbildung steht im Wege, daß die Art der Bodencultur heutzutage weit mehr durch das Herkommen verdummter Bevölkerungen und die Habgier der Privat-Grundbesitzer bestimmt wird, als durch die Lehren der Wissenschaft. Wenn in China schon heute viele Millionen Menschen auf schwimmenden Inseln

neben der Wohnung ihr Acker- und Gartenland finden, so gibt es ruhige Wasserflächen von großer Ausdehnung, welche sich in ähnlicher Weise zur Lebensmittelerzeugung für hunderte von Millionen Menschen werden verwenden lassen, so daß der Wald geschont werden kann, wenn die Bevölkerung zu stark anwächst. Die heutige Wissenschaft kennt also schon Mittel genug, um den Bevölkerungszuwachs auf einige hundert Jahre hinaus zu ernähren. Ueberlassen wir es diesen Jahrhunderten, die Wissenschaft in dieser Hinsicht noch ergiebiger zu machen. Auch kann uns die — wohl feststehende — Thatsache beruhigen helfen, daß die Fruchtbarkeit aller Lebewesen in demselben Grade abnimmt, wie ihre Ernährung nach allen Seiten hin zunimmt — was wir früher einmal beleuchtet haben.

Aus Berlin.

— — 9. Januar.

In seinem Kampfe gegen die Sozialdemokraten und Klerikalen giebt sich das tonangebende Blatt der Nationalliberalen, die hiesige „National-Zeitung", oft recht sonderbare Blößen. Nachdem sie ihren Lesern in der letzten Zeit fortwährend vorgegaukelt hat, daß ein nationalliberales Ministerium nicht der höchste Wunsch ihrer Partei sei, sondern lediglich der freiheitliche Ausbau des deutschen Reichs, schlägt sie in ihrem Lamento darüber, „daß die Massen des Volkes augenscheinlich auf Seiten der Sozialdemokraten und Klerikalen stehen", folgenden Ton wieder an:

„Die heutigen Regierungs- und Ministercombinationen mögen gelingen oder scheitern. Das tiefe Interesse, welches das deutsche Bürgerthum daran knüpft, wurzelt, wenn man von den untergeordneten persönlichen und Parteibestrebungen absieht, dennoch in dem Gefühl, daß die Sammlung aller staatserhaltenden, kulturfreundlichen Kräfte heute die erste Aufgabe ernsthafter Politiker ist und nach jedem Fehlschlag auf's Neue versucht werden müßte. Um so erlösender würde es auf unsere gesammte Entwickelung wirken, wenn jetzt diese Sammlung in einem wirklich freisinnigen Ministerium gelänge. Nicht nur das intellektuelle Leben, auch alle Verkehrsinteressen würden eine neue und ungewohnte Sicherheit dann empfinden."

Da haben wir's! Der „freiheitliche Ausbau des Reichs" ist natürlich auch hier wieder das Ziel, aber ein nationalliberales Ministerium allein kann ihn vollenden. — Kostbar ist übrigens die Nachäffung des Gebahrens der französischen „Republikaner", die sich auch von einem neuen Ministerium die Hebung des Verkehrs versprachen. Armer Bennigsen! Armer Forckenbeck! Von Euch wird der Fabrikant Bestellungen, der Kaufmann Aufträge, der Handwerker und Arbeiter Arbeit und alle zusammen Wohlstand und Brod erhalten! —

Ein wahres Wort hat ein nationalliberaler hiesiger Abgeordneter, der der „Politischen Correspondenz" in Wien einen längeren Artikel über die hiesige Kanzlerkrisis in einer der allbekannten Variationen geschrieben, dabei aber doch ausgesprochen hat: „Die freikonservative und nationalliberale Partei müssen in dieser Angelegenheit als ein Ganzes gedacht werden. Die Abgeordneten dieser Fraktionen sind auf den Namen Bismarck gewählt; auf der Fähigkeit, ihn zu unterstützen, beruht ihr Mandat." — Was allbekannt war, aber immer von den Nationalliberalen geleugnet worden ist, hier haben wir es schwarz auf weiß und zwar von berufener nationalliberaler Seite selbst. —

Es wird hier einem Worte des Kaisers bei der Neujahrsgratulation der Generalität: „Was das künftige Jahr uns bringen wird, wissen wir nicht" — größere Bedeutung beigelegt. Ich halte dasselbe für eine recht gut gemeinte, allgemeine Phrase, die ja schon Jedermann bei ähnlicher Gelegenheit gebraucht hat, aber nicht für eine bestimmte Andeutung auf einen in diesem Jahre bevorstehenden Krieg. Die Zeiten sind ja überhaupt seit 1864 danach, daß man jedes Jahr Krieg befürchten muß, deshalb ist schon an und für sich eine besondere Befürchtung überflüssig. —

Der bekannte Geh. Regierungsrath Jacobi, Abgeordneter für Liegnitz, eine Capacität im Handels- und Gewerbswesen, hat vor Kurzem vor seinen Wählern eine Rede gehalten, in welcher er sich vom nationalliberalen Standpunkte gegen die Sozialdemokratie wendet, besonders deshalb, weil letztere behaupte, die jetzige Gesetzgebung sei eine Klassengesetzgebung. Die neuere Gesetzgebung sei im Gegentheil, so behauptet Jacobi, mit Vorliebe darauf gerichtet, den Arbeiter zu befreien, zu heben. Die in den letzten Jahren erlassenen Gesetze über die Ehe-, Preß-, Gewerbe-, Coalitions- und Strikefreiheit, die Freizügigkeit, die Aufhebung der Lohnbeschlagnahme, Aufhebung der Strafbarkeit des Arbeitsvertragsbruchs, das Genossenschaftswesen, das Hilfskassengesetz, das allgemeine gleiche geheime Wahlrecht zum Reichstage hätten eine Wirkung im demokratischen Sinne hervorgebracht. Die Gesetzgebung sei hierbei so schnell und umfassend vorgegangen, daß die Eile von Vielen als Uebereilung bezeichnet wurde. Hierauf werde von der Sozialdemokratie mit schnödestem Undank geantwortet. In den Arbeitern müßten alle Parteien die wesentlich gleichberechtigten Mitbürger und Mitbrüder anerkennen. Der Schrecken der Sozialdemokratie müsse eine wohlthätige Mahnung sein, die Pflichten gegen die Gesellschaft zu erfüllen.

In dieser Weise suchte Jacobi besonders seine, die nationalliberale, Partei herauszustreichen. Sonderbar, daß der geehrte Herr das famose Haftpflichtgesetz nicht auch noch als einen Segen für die Arbeiter angeführt hat. Die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit nützen wohl dem Kapitalismus nicht in erster Linie? Das Preßgesetz also ist wirklich im demokratischen Sinne erlassen? Der Himmel schütze uns vor solcher Demokratie! Und nun thut der Geheime Rath gerade so, als ob er und seine Partei das allgemeine gleiche Stimmrecht dem deutschen Volke verliehen hätte? Jedes Kind weiß, daß diese Herren das allgemeine Wahlrecht, mit welchem Herr von Bismarck bei seinem „Einigungswerke", da er kein anderes passenderes Mittel zur Hand hatte, nothgedrungen und im Hinblick auf seinen Lehrmeister Louis Bonaparte experimentirte, gern wieder, wenn nur eine passende Gelegenheit sich zeigt, dem Volke rauben möchten. —

Zum Schlusse will ich noch bemerken, daß der Abgeordnete Herr v. Ludwig, er mag selbst von seiner Partei, von den Klerikalen, desavouirt werden, immerhin durch seine Reden gegen die Gründer „Leben in die Bude" bringt. So fühlt sich die Staatsanwaltschaft zu Grünberg und die Oberstaatsanwaltschaft zu Glogau zu einer „offiziösen" Berichtigung in der „Breslauer Zeitung" veranlaßt, daß sie sich wohl Mühe gegeben hätten, die Familie Förster wegen ihrer Gründungen zu verfolgen, aber bis jetzt erfolglos. Nach Ludwig's Angaben hätten die Gründungen der Familie Förster „eine ganze Landschaft ausgeplündert"; dies bestreitet der offiziöse staatanwaltliche Artikel auch gar nicht, wohl aber dokumentirt er die Machtlosigkeit der Staatsanwaltschaft den Gründern gegenüber. Daraus erhellt, daß die neuere Gesetzgebung, die der schlesische Abgeordnete Jacobi so sehr preist, es ungestraft duldet, wenn Gründer „eine ganze schlesische Landschaft ausplündern". — Für eine solche Gesetzgebung und für solche Zustände aber bedanken wir uns; für Jacobi und nationalliberale Consorten mag dieselbe passen, aber nicht für einen redlichen Sozialdemokraten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Friedensaussichten." Obgleich im Augenblick, wo wir dies schreiben — Donnerstag Abend — noch keine offizielle Bestätigung vorliegt, so scheint die Nachricht, daß man in Konstantinopel sich entschlossen habe, mit den Russen in Unterhandlungen wegen eines Waffenstillstands einzutreten, doch im Wesentlichen richtig. Erweist sich die Nachricht als begründet, so müßten wir, um die Tragweite des Ereignisses würdigen zu können, erst wissen, ob die Pforte auf eigene Faust und mit dem Hintergedanken eines Separatfriedens in die Waffenstillstands-Unterhandlungen eintritt, oder ob sie im Einverständniß mit der englischen Regierung vorgeht, welche verlangt hatte, daß die russische Regierung, ehe die Pforte mit ihr in Waffenstillstandsverhandlungen eintreten könne, ihre Friedensbedingungen im Prinzip mitgetheilt und ferner auf den Plan eines Separatfriedens verzichtet haben müsse. Erfolgen die Waffenstillstandsverhandlungen im Einverständniß mit England, so würden sie eine ziemlich sichere Aussicht auf Frieden eröffnen, während sie im andern Falle zu neuen Verwicklungen führen können. Thatsache ist, daß russischerseits in Konstantinopel alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um einen Separatfrieden zu erwirken, und daß der deutsche Botschafter diese Bestrebungen unterstützt. Angesichts der diplomatischen Aktion haben die Nachrichten vom Kriegsschauplatz nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Gefangennahme des türkischen Armeecorps im Schipkapaß hat die Russen vollständig zu Herren des Balkan gemacht.

— „Rückgang" und kein Ende! In der „Deutschen Reichspost" finden wir „Rückblicke und Vorblicke" aus Stuttgart, 7. Januar. Folgende Stelle daraus ist für uns von besonderem Interesse:

„Die sozialdemokratische Bewegung ist im abgelaufenen Jahre erheblich gestiegen und ihre Anhänger haben sich besonders bei den Gemeindewahlen mit Erfolg versucht; sie haben es auch in Eßlingen bei der Stadtschultheißenwahl zu einer großen Majorität gebracht — aber dieser Erfolg war zugleich eine Warnung für die bisher indifferenten oder entzweiten Kreise unseres Volkes, sich mehr als bisher um die soziale Bewegung zu bekümmern. Nach der überaus thätigen Agitation der Sozialdemokraten kann man leider (Au! Au nicht anders als auch in diesem Jahre auf eine Vermehrung der Sozialisten sich gefaßt zu machen; sie bringen in alle Volksschichten ein und viele Anhänger, die heute noch zur Volkspartei halten, aber doch schon mit der Sozialdemokratie sympathisiren, werden bald offen zu derselben übertreten. (Die wirklich freiheitlichen Elemente müssen dies. R. d. V.) — Unsere wirthschaftliche Lage hat sich am Ende des Jahres bedeutend verschlimmert. Frühe Herbstfröste vernichteten die schönen Hoffnungen auf reiche Weinernten und die zahlreichen Fallimente im Handelsstande erschütterten das Vertrauen derartig, daß wir uns im laufenden Jahre schwerlich von den erlittenen Schäden erholen werden. Um einen leidlich guten wirthschaftlichen Zustand herbeizuführen, dazu bedarf es längerer Zeit und vor Allem muthiger, unverdrossener, gottvertrauender Arbeit auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete."

Nun, wir haben ja bisher schon „muthig und unverdrossen", freilich mehr selbst- wie „gottvertrauend" gearbeitet und werden dies ferner thun, aber nicht, damit nur „leidlich gute wirthschaftliche Zustände", sondern die denkbar besten herbeigeführt werden.

— Ein Wink für unsere Agitatoren. Nach irgend einem (wahrscheinlich dem Böhmert'schen) Waschzettel schreibt das „Leipz. Tageblatt":

„Wie aus dem „Vorwärts" zu ersehen, beabsichtigen die Sozialdemokraten das durch den Tod des Abg. Hausmann erledigte Reichstagsmandat des Wahlkreises Lippe-Detmold für sich zu erobern. Die Lippe'sche Bevölkerung ist bekanntlich durch ein langjähriges verfassungswidriges Regiment in eine oppositionelle Stimmung hineingetrieben worden. S ich ist es aber dieser Umstand, auf welchen die Sozialdemokraten ihre Hoffnungen bauen; denn auch dem radikalsten Lippe'schen Bürger wird es nicht einfallen, die parlamentarische Gefolgschaft der Herren Bebel und Liebknecht vermehren zu wollen. Der Plan ist vielmehr auf eine soziale Eigenthümlichkeit Lippe's berechnet. Das fast ausschließlich ackerbautreibende Ländchen besitzt nämlich ein zahlreiches Proletariat, welches weithin in Nordwest-Deutschland als Ziegelbrenner Arbeit sucht, dabei jedoch in der alten Heimath stets seinen Wohnsitz behält. Es scheint, daß diese Elemente auf ihren Wanderungen von den sozialistischen Agitatoren eifrig bearbeitet werden. Die Gefahr eines sozialdemokratischen Wahlsieges dürfte jedoch kaum ernsthaft zu nehmen sein."

Schönen Dank für die werthvollen Aufklärungen!

— Pfaff ist Pfaff. Der christlich-soziale „Staatssozialist" und Hofprediger Stöcker hat an die „Nationalzeitung", welche einen Bericht über seine so kläglich mißglückte „Menschenfischerei" (S. Berlin) gebracht hatte, folgendes Schreiben gerichtet:

„In Bezug auf Ihren Bericht über die am 3. Januar stattgehabte Volksversammlung des Vereins für Sozialreform bemerke ich Folgendes: Wir wollten in jener ersten Versammlung gar nichts weiter, als vor Sozialdemokraten unser Programm entwickeln; dies haben wir völlig erreicht. Daß dieselben den Vorsitz und die Majorität erlangen würden, war uns vorher gewiß und haben wir uns davor nicht gefürchtet. Als Resultat der Versammlung dürfen wir es doch ansehen, daß sofort nach derselben die ersten Sozialdemokraten (??) sich zum Uebertritt in die neue „christliche soziale Arbeiterpartei" gemeldet haben. — Im Uebrigen sollte die Most'sche Drohung gegen die Geistlichen: „Macht Eure Rechnung mit dem Himmel, Eure Uhr ist abgelaufen", jedem Verständigen den Abgrund zeigen, an dem

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Fortsetzung.)

Ach, gern wohl wäre der alternde Seher mit froherem Sinn und hellerem Blick an die Schilderung der Aussichten der mitteleuropäischen Menschheit gegangen. Allein sein ganzes Herz, des Dichters großes edles Herz, gehört ja dem jungen Amerika, dem Lande weitaus vielfältig höherer Zukunftsentwickelung, das heut gleichsam das Enoe seiner Urgeschichte, nämlich sein erstes geschichtliches Jahrhundert abschließt mit den Zuständen, die Europa nach achtzehn Jahrhunderten erst errungen:

„Amerika du hast es besser
Als unser Continent der alte!
Du hast keine verfallenen Schlösser
Und keine Basalte.

Dich stört nicht im Innern
Zu lebendiger Zeit
Unnützes Erinnern
Und vergeblicher Streit."

War es bisher noch nicht bestimmt und klar genug hervorgehoben, so betone ich es jetzt genau und deutlich: Zwei vornehme französische Edelleute bieten, Vater und Sohn, einer Heuriettreiberin ihre Hand, ihren Rang, ihr Vermögen; drei hochadlige Deutsche vermählen sich mit illegitimen Mädchen des untersten Standes, zwei sogar mit leichtsinnigen grundsatzlosen Bajaderen, Produkten der bisherigen Gesellschaftsunordnung; einer mit des ärmsten Pachters Tochter, und seine hochsinnige Base, die reiche Edeldame gewährt dem Sohne der Schauspielerin Hoffnung auf ihre Hand; zwei andere Damen vom höchsten Adel verbinden sich mit gewöhnlichen Bürgerlichen. Das ist in den Lehr- wie Wanderjahren die am reichsten anklingende Saite, die stets durchtönende Grundmelodie: „Ja, wir Alle sind Brüder, ja, wir Alle sind gleich!

„Der Graf ist nur Gräber im Erdgartenreich!"

Mit den reizenden Phrynen Philine und Lydia eint sich schwesterhaft Angela, die seelenreine, im Leben fleckenlos gebliebene, ja sternenlautere, engelhafte Genossin Makariens, und auch Makarie selbst!! Makarie (hier zögere ich fortzufahren) die Sonnensystemsomnambule . . . .! — sind meine Leser auch nicht zu frivol, zu blasirt? oder zu nüchtern, zu praktisch geschäftsmäßig-trocken gestimmt? — —

Lassen Sie uns langsam zum Ziele vorgehn! — Hölderlin rief es zuerst in deutscher Zunge:

„Treu und freundlich wie Du zog Keiner der Götter und Menschen,
Vater Aether! mich auf!! noch ehe die Mutter, die Erde,
An den Busen mich nahm und ihre Brüste mich tränkten,
Faßtest Du zärtlich mich an und gossest himmlischen Trank mir,
Mir den heiligen Odem zuerst in den keimenden Busen!"

Mahlmann andrerseits hat die ergreifende Stelle:

„Welchem die Mutter Natur aus unendlicher Fülle des Lebens
Freisinn gab und ein Herz, thatenbegierig und groß:
O, der fall' auf die Knie schutzflehend und danke mit Zittern!
Denn ein gefährlich Geschenk hat sie dem Staube vertraut.
Göttliches füllt ihm die Seele. Da dünket ihm irdische Hoheit,
Wie großmächtig sie sei, ohne Bedeutung und leer."

Beide Gedanken vereinen Sie, verehrter Leser, fühlen Sie es momentan ganz und tief: „Wir Menschen, Alle gleichboren, sind Erd'- und Sonnenkinder; beides, beides zu gleicher Zeit und zwar alle ohne Ausnahme: Der Gesichtswinkel zum Sirius vom Nord- und Südpol gezogen ist fast eine Linie, fällt beinah in Eins zusammen. Der Unterschied zwischen Kaiser und Bettler, zwischen Mensch und Insekt ist, von einem gewissen geistigen Standpunkt außerhalb dieses Tropfens Erdmaterie aus gesehen, verschwindend klein, so gut wie Null." Diesen Standpunkt hat Makarie eingenommen.

Seltsam, wie schwer es fällt, den Wald vor Bäumen zu sehn. Logisch unumstößlich ist das große Wort der Brahmanen, des Mahanatha: Tat Twam ari! „Das bist Du!" also: „Dies Thier, dies Gras, dies Sandkorn — das bist Du stolzer Mensch! Die Erde ist ein Einzig-Eines." In Fleisch und Blut aber geht das der Menschheit nimmermehr, beweist es ihr auch hundertmal. Seit Jahrtausenden predigt es der Buddhismus — das Christenthum — jede Philosophie: — der Inder, Griechen, Deutschen — — — und doch unerschüttert besteht die Mauer der ständischen Unterscheidung. Vom Tagelöhner trennt sich der Geheimrath, als wäre er ein Besseres. Dem Kaiser beugt sich der Corporal wie einem Gott! Was soll man thun? was kann man noch thun? Alle Dichter, alle Denker, alle Seher, alle Sänger orakelten es und die Menschen sind eigentlich auch so klug, ihre Nichtigkeit einzusehen; aber Herrsch- und Habsucht um die Weite, Stolz und Neid regieren die Welt . . . . und die Weltgeschichte. Man weiß, ebensogut wie daß morgen die Sonne aufgeht, auch gerade so sicher, daß einst dieser Planet versteinrn muß gleich dem Monde, verbrennen zuletzt sammt dem Mond und allen Planeten im Centralfeuer; aber Ruhm- und Ehrsucht, seltsamer Drang nach des Namens Unsterblichkeit ist unausrottbar. Klopstock sogar, der seraphische Sänger, nennt sie „des Schweißes der Edlen werth."

Makarie nun, die hohe Greisin, ist über dies Alles erhaben. Ihr sonnigklarer, hehrer und lauterer Geist empfindet rein und unverfälscht unmittelbar die Verwandtschaft mit allem Planetarischen. Ihr ist die Erde Symbol: „alles Vergängliche scheint ihr nur Gleichniß" . . . .

Als Georg Forster die Sakontala in Deutschland mit Herder's Hilfe bekannt machte, rief eben dieser, der selbst, nach Jean Paul, „ein indisch-griechisches Gedicht" war: man müsse im Theater des gröberen Europa dies indische Wunderspiel nur hinter einem Gazevorhang aufführen, um den Himmelsduft der ätherischen Dichtung nicht zu trüben. So — mein' ich — darf kein unhimmlischer Sinn sich erkühnen, diese unirdische Poesie, die Makarien's Sonnen-Somnambulismus athmet, zu hören, zu lesen und zu beurtheilen. Er versteht's einfach nicht . . . .

Dem kühlen Aesthetiker wiederum ists selbstverständlich, daß — als Gegensatz gegen all' die sozialdemokratisch-nüchternen, grobem Naturbedürfniß im derberen Erdensinn zugewandten gemeinnützigen Bestrebungen der Internationalen unserer Wanderjahre — die ganz außer der Erde schwebende Seelenwelt Makarien's nöthig ist, um das ästhetische Gleichgewicht im Roman herzustellen. —

Ich aber frage: ob eine so zarte Dichtung, wie Goethe selbst sie nirgend sonst geschaffen, wohl dem ganzen Roman den Spottnamen Greisendichtung beizulegen gestattet? Ist es denn nicht dieselbe Sonne, die Mittags droben lodert und strahlt und Abends wiederum mit ihrem farbenumzauberten prachtvollen Untergange das Auge entzückt, die Seele erhebt? Goethe ist als Greis derselbe, der als Jüngling die Natur belauschte in ihrem mystischen herzbestrickenden Zauber und ihn uns erkennen und mitempfinden lehrte: im Wasserweib-bethörten Fischer — im Waldnachtgrau'n-erweckenden Erlkönig — in dem unsagbar, unaussprechlich seelenvollen Liede: Füllst wieder Busch und Thal, Still mit Nebelglanz, Löset endlich auch einmal meine Seele ganz u. s. w. — Wie den Lerchengesang und den Nachtigallenschlag hört der unbefangen genießende Jüngling aus allen Dichtungen Goethe's den einfachreinen Naturlaut heraus, das Jubeln und Klagen der ganzen Menschheit, all ihr glühend heißes Sehnen, ihrer Brust unnennbar tiefe Schauer, die ihr selbst ein Räthsel sind. Und welch ein Sehnen liegt tiefer in uns Allen als jenes, dem Rückert die schönen Worte lieh:

wir stehen, und zur Entschiedenheit mahnen. Eine große Partei, deren Führer mit einem poetischen Citat zum Mord auffordert, muß entweder innerlich überwunden oder äußerlich vernichtet werden. Ein Drittes giebt es nicht. Wir versuchen den ersten dieser beiden Wege und wissen, daß es ein Versuch ist. Mögen andere Parteien anders handeln, aber mögen sie handeln. (Also „vernichten?“) Bloße Kritik ist angesichts solcher Entsetzlichkeiten zu wenig. Wenn Ihr Berichterstatter die Mittheilung macht, ich hätte das sozialistische System für nicht unberechtigt erklärt, so ist mir dieses Mißverständniß unbegreiflich. Ich habe natürlich das Gegentheil gesagt. Berlin, 5. Januar 1878. Ergebenst Hofprediger Stöcker.“

Man müßte laut auflachen über diese Muckerkapuzinade, wenn sie durch die darin enthaltene gemeine Denunziation und Provokation zu gewaltthätigem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie nicht einen ernsthaften Charakter verliehen bekäme. Most soll durch das harmlose Citat aus Schiller zum Mord aufgefordert haben, die ganze Partei, deren „Führer“ Most ist, soll zum Mord auffordern — wir, die wir uns solcher „Entsetzlichkeiten“ schuldig gemacht haben, müssen „innerlich überwunden oder äußerlich vernichtet“ werden. — Pfui, Sie christlicher Hofprediger! Suchen Sie die Gesellschaft des Herrn Stieber, des „Flinte schießt- Säbel haut-Staatsmanns“ oder zögen Sie die Scheiterhaufen-Kur vor?), aber bedenken Sie, daß anständige Arbeiter keine Gesellschaft für Sie sind. Es ist übrigens gut, daß Sie die philanthropische, volks- und arbeiterfreundliche Maske so früh abgeworfen und Ihr wahres Gesicht haben sehen lassen — wir kannten es vorher — aber wir sind begierig, was die Herren Schäffle, Wagner u. s. w. dazu sagen werden.

— Die französischen Auchrepublikaner werden nicht sonderlich erbaut sein über die selbstständige Haltung, welche die Arbeiter in Frankreich bei politischen Fragen mehr und mehr einnehmen. Die Zeit ist eben auch für Frankreich angebrochen, wo das arbeitende Volk allgemach einsehen lernt, daß hinter den republikanischen Renommistereien der Bourgeoisie nichts weiter steckt als der krasseste Klassenegoismus, dem endlich der Krieg erklärt werden muß. Und als eine solche Kriegserklärung an die „republikanische“ Bourgeoisie ist der nachfolgende Aufruf nebst Programm zu betrachten, den das sozialdemokratische Arbeiterkomité von Paris an die Wähler des Quartiers St. Marguerite zu den Munizipalwahlen erlassen hat und der also lautet:

„Bürger! Da die Interessen der arbeitenden Klassen nur von Denjenigen aufrichtig vertheidigt werden können, welche ihr Elend, ihre Bedürfnisse und ihre Wünsche kennen, so wollen wir diese Wahrheit bekräftigen, indem wir euch vorschlagen, euer Mandat für den Munizipalrath Arbeitern anzuvertrauen.

Die Wahlen vom 6. Januar werden den Charakter eines imposanten Protestes gegen die persönliche Macht haben, und sie werden eine Bestätigung der republikanischen Prinzipien sein, der sich die sozialistische demokratische Arbeiterklasse voll und ganz anschließt. Aber es ist auch wichtig, daß diese Wahlen bezeugen, daß vom heutigen Tage an die sozialdemokratische Arbeiterklasse ihre Interessen in den Munizipal- und sonstigen politischen Vertretungskörpern, von denen man sie bis jetzt geflissentlich ausgeschlossen hat, geltend zu machen versteht.

In diesem Quartier der Arbeiter und Enterbten ist die Wahl Eures Candidaten gesichert, wenn alle Diejenigen, welche unter der gegenwärtigen sozialen Organisation leiden, sich unseren berechtigten Forderungen anschließen und die Nothwendigkeit der sozialdemokratischen Republik, der einzigen dauerhaften Basis der Gesellschaft, verkünden wollen.

Bürger! Möge Jeder zur Wahlurne eilen und hineinwerfen den Namen des Bürgers Emil Chausse, Elfenbein-Arbeiter. Eure Stimme wird das folgende Programm bedeuten, das von diesem Bürger angenommen ist, und bezeichnen: Abschaffung aller Privilegien und Proklamation der sozialen Gleichheit.

Programm.

1) Abschaffung aller Privilegien und Monopole.
2) Das Ackerbau- und industrielle Kapital und alle Arbeitsmittel müssen in die Hände Derjenigen gelegt werden, welche sie benutzen, damit Jeder den vollen Ertrag seiner Arbeit erhalte.
3) Selbstständigkeit der Gemeinde und vollständige Befreiung von staatlicher Vormundschaft.
4) Anwendung des Prinzips der Wahl auf alle öffentlichen Aemter und Unbeschränktheit des allgemeinen Stimmrechts, ohne Domizilbedingungen.
5) Gleichheit des Mannes und der Frau vor dem bürgerlichen Gesetzbuch und Wiedereinführung der bürgerlichen Ehescheidung.
6) Auf Kosten der Commune vollkommene unentgeltliche Erziehung der Kinder und Ertheilung gewerblichen Unterrichts an dieselben.
7) Abschaffung aller Gesetze, welche die persönliche Freiheit, die Preßfreiheit und die Versammlungs- und Vereinsfreiheit beschränken.
8) Unentgeltliche Rechtspflege und Errichtung von Geschworenengerichten, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen sollen, für alle Angelegenheiten.
9) Revision aller Gehälter derart, daß keines derselben weder ungebührlich groß noch ungenügend sein soll, und Bezahlung für alle Aemter.
10) Abschaffung des stehenden Heeres und Ersetzung desselben durch eine Volkswehr.
11) Vollkommene Abschaffung des Budgets für Kulte und Staatskirche.
12) Umwandlung des Steuersystems in eine einheitliche Einkommensteuer.
13) Reorganisation des Strafsystems; Errichtung von Ackerbau- und Industrie-Colonien, in denen der Schuldige nicht sowohl bestraft, als zum Guten zurückgeführt werden soll.
14) Abschaffung der Todesstrafe.
15) Volle und ganze, unmittelbare Amnestie für alle Verurtheilungen, welche sich auf alle politischen Vorkommnisse beziehen, die bis zum heutigen Tage erfolgt sind, und Zusicherung von Hilfe für die nach Hause zurückkehrenden Amnestirten.
16) Endlich wird sich der Abgeordnete bei allen seinen Handlungen an die eben formulirten Forderungen unseres Rechtes erinnern, sei es, daß es sich um die Revision der Verfassung, der Steuergesetze, der öffentlichen Dienstleistungen, des Cultusbudgets, des öffentlichen Unterrichts ꝛc. handle.

Unterdessen läßt der Mandatar in den Händen seiner Wähler als einzige Garantie, welche dieselben für ihn haben, einen Vertrag zurück, welcher die Fälle bestimmt, in denen die Wähler über seine Entlassung bestimmen können, die er vor der Wahl mit weiß gelassenem Datum deponirt hat.

Zu den Wahlurnen, Bürger! Es lebe die Republik!“

(Folgen die Unterschriften von 11 Arbeitern der verschiedensten Branchen als Comitémitgliedern.)

— Parteigenosse Bebel ist aus dem Gefängniß am Plötzensee bei Berlin, nachdem er daselbst 1½ Monate der ihm vom Berliner Stadtgericht wegen Bismarckbeleidigung zuerkannten Gefängnißhaft von 6 Monaten verbüßt hat, entlassen worden. Den Rest der Haft wird Bebel in Leipzig absitzen.

— Das Heft Nr. 8 der sozialistischen Revue „Die Zukunft“ vom 15. Januar enthält Folgendes: 1) Die soziale Lage in Italien. Von Benoit Malon. — 2) Der Sozialismus und das Landvolk. Von Dr. A. Mülberger. — 3) Der Gotteslästerungsparagraph im deutschen Reichsstrafgesetzbuch. — Rezensionen.

— Die erste Nummer der in Lugano erscheinenden französischen sozialistischen Revue „Le Socialisme progressif“ („Der fortschreitende Sozialismus“) ist uns soeben zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Unser Programm; die Freiheit in der Gruppe; Rundschau (B. M.); Versuch über die neue Moral (A. L.); Politische Stellung der belgischen Sozialisten (Dr. De Paepe); Die Wissenschaft und die Gesellschaft (Arthur Cornette); Uebersicht der sozialistischen Presse; Geschichte des Sozialismus; Bücherschau. — Wir begrüßen den neuen Mitstreiter auf's Herzlichste und wünschen ihm die beste Verbreitung. Man abonnirt bei Mr. Benoit, gérant du „Socialisme progressif“ à Lugano.

Erklärung.

Der Abgeordnete Lasker, dem ich in meinen Büchern über den Börsen- und Gründungsschwindel (a. a. O. Bd. II. S. 536 — 541) aktenmäßig nachweise, daß er im Parlament, unter feierlichen Versicherungen und Verschwörungen, sich wiederholt grober Unwahrheiten schuldig gemacht hat, sucht sich dadurch an mir zu rächen, daß er, sobald meine Bücher im Parlament genannt werden, dieselben schmäht und verdächtigt. Zuletzt und in besonders krasser Manier geschah dies in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 17. Dezember, als der Abgeordnete von Ludwig meine Bücher wiederholt dem Justizminister und den Staatsanwalten empfahl. Während Herr Lasker mit bekannter Wahrheitsliebe immer wieder betheuert, daß er meine Bücher nie gelesen habe, daß er dieselben nur vom Hörensagen kenne, kritisirt er sie mit wahrer Wuth, reißt er sie in lauter Fetzen. Es ist sehr traurig, und gewiß bezeichnend für unsere öffentlichen Zustände, daß Herr Lasker sich dergleichen im offenen Parlament herausnehmen darf, ja daß er ob solch unerhörter Dreistigkeit noch großen Beifall einerntet.

Er sagt, ich habe in meine Bücher Dinge aufgenommen, die geradezu „lächerlicher und kindischer Natur“ sind, z. B. die Abgeordneten Richter, von Bunsen und Wehrenpfennig als Gründer bezeichnet. Was Herrn Eugen Richter betrifft, so spricht Herr Lasker hier wieder die Unwahrheit; dagegen ist es richtig, daß ich Herrn von Bunsen als Gründer der Norddeutschen Grundkreditbank, der Centralbank für Genossenschaften und der Eudener Häringsfischerei anführe, und daß ich von Herrn Wehrenpfennig berichte, wie dieser in Gemeinschaft mit den Herren Jachmann und Schweder, den Direktoren der vielberufenen „Preußischen Boden-Kredit-Aktien-Bank“, die „Spenersche Zeitung“ gegründet, und sich dabei sehr hohe Summen als Gehalt und als Entschädigung ausbedungen hat. Aber das sind aktenmäßige Thatsachen, und ich sehe nicht ein, weshalb ich sie unterschlagen sollte. Herr Lasker behauptet, ich sei ein „kritik- und urtheilsloser Mensch“, der da „Skandal“ mache und „denunziatorisch“ auftrete, weil nämlich meine Bücher aktenmäßig nachweisen, daß Herrn Lasker's politische Freunde weit mehr und weit ärger gegründet haben, als die einst von ihm so erbarmungslos gebrandmarkten conservativen Gründer. — „Skandal“ zu machen und „denunziatorisch“ aufzutreten ist also das Privileg des Herrn Lasker, oder Anderen doch nur erlaubt, wenn es sich um Bloßstellung von Conservativen handelt. Herr Lasker hat, immer ohne meine Bücher gelesen zu haben, von denselben „das Bild erhalten“, daß ich mir habe „einen Namen machen“ und „Geld verdienen“ wollen, daß ich für „buchhändlerische Spekulation zusammengetragen, was mir hinterbracht worden ist“. Einen literarischen Namen hatte ich schon, als Herr Lasker noch ein ziemlich unbekannter Assessor war und sich in den Berliner Bezirksvereinen zum Redner ausbildete; ich hatte schon mehre Jahre für das Feuilleton der „National-Zeitung“ geschrieben, als Herr Lasker 1865 für dieses Blatt zu leitartikeln begann und mir damals viel Aufmerksamkeit und Entgegenkommen bewies. Eine „buchhändlerische Spekulation“ wird man am Ende jedes Buch nennen können, z. B. auch die von Herrn Lasker verfaßten und von Herrn Berth. Auerbach herausgegebenen „Erlebnisse einer Mannesseele“, welche freilich eine sehr verfehlte Spekulation waren. Um aber Geld, viel Geld zu verdienen, hätte ich, wie ich wiederholt und neuerdings sogar unter Nennung von Namen kundgegeben, jene Bücher überhaupt nicht schreiben, sondern die generösen Anerbietungen der Gründer annehmen müssen. Wenn Herr Lasker, und nach ihm kürzlich vor Gericht Herr Justizrath Dr. Horwitz, der Aufsichtsrath der seligen „Börsenbank für Maklergeschäfte“, der beredte Vertheidiger der schwer bedrängten Gründer in den stürmischen Generalversammlungen der „Produkten- und Handelsbank“, des „Lindenbauverein“, der „Passage“, des „Deutsch-Holländischen Bauverein“ ꝛc. ꝛc. — wenn Beide feierlich betheuern, meine Bücher seien ein bloßes „Sammelsurium von Zeitungsnotizen, bunt durcheinander, ohne Kritik und Plan zusammengeschweißt,“ so sind diese Herren, da auch sie in meinen Büchern figuriren, einfach Partei und daher nicht glaubwürdig. Dagegen ist es Thatsache, daß meine Bücher von vielen Behörden für ihre Bibliothek angeschafft sind, z. B. von der Staatsanwaltschaft am Berliner Stadtgericht; und daß sie auf aktenmäßigen Quellen beruhen, bezeugt wohl am Besten der Umstand, daß meine zahllosen Gegner, einschließlich der Herren Lasker und Horwitz, bisher noch nicht im Stande gewesen sind, mir auch nur eine einzige thatsächliche Unrichtigkeit nachzuweisen.

Um die Nichtsnutzigkeit und Schändlichkeit meiner Bücher

Kann denn kein erdgeborner
Flügelbegabter Heldensinn
Den Banden der niederen Mutter Erdennacht
Ganz entfliehn, dem edlen Vater Lichte zu?
Makarie kann es! — — Man lese darüber im 10. Capitel des 1. Buches selbst nach und im 15. des Dritten!

(Fortsetzung folgt.)

Prolog

gesprochen am Jahresfeste der freien Gemeinde zu Halberstadt am 30. Dezember 1877 von dem Vorsitzenden August Heine.

Willkommen Freunde in dem Festessaale,
Ihr Kampfgenossen für das freie Wort,
Denkt nicht der Schlacht — denkt nicht der Wundenmale
Die Ihr empfingt im Feld der Ehren dort;*)
Genießet froh im gold'nen Freiheitsstrahle
Den Augenblick in unserm Heim und Hort,**)
Was wir von unsern Vätern treu erhalten,
Den freien Enkeln sei es vorbehalten!

Ja unsre Väter, sie auch mußten ringen! —
Der erste Strahl des Volksbewußtseins glomm.
Die Tyrannei zog fester ihre Schlingen,
Als die Gemeinde auf zum Lichte klomm;
Und jubelnd bald das Volk auf gold'nen Schwingen
In deutscher Freiheit Morgenäther schwomm,
Es war das große Volksjahr Achtundvierzig:
Sein Angedenken nie bei uns verliert sich.

Geduldet kaum — mußt' bald zur Macht erstehen
Die frei' Gemeind', im Kampfe stolz voran
Sah man ihr gold'nes Banner leuchtend wehen,
Wo Freiheit stürmte gegen Knechtschaft an;
Wir sahen unsre Helden furchtlos stehen,
Wo in dem Streit der Freiheit Herzblut rann,
Auch Robert Blum! — Dein Auge sich umnachtet,
In der Brigittenau dahingeschlachtet.***)

Die Reaktion nahm sich zum Racheziele
Was gegen Macht und Wahn das Schwert gezückt.
Im Kerker Diese — Jene im Exile,
Die junge Freiheit ward im Blut erstickt.
Die frei' Gemeinden in des Kampfes Schwüle,
Durch Polizeichikanen unterdrückt,
Bedeckten treu der Opferflamme Glühen,
Still wartend eines schönern Lenzes Blühen.

Und als das erste Eis war kaum gesprenget,
Das Volk erwachte aus dem dumpfen Traum,
Ward abgezogen, was das Licht verhänget,
Geöffnet freiem Worte dieser Raum;
Und jede Blüthe sich zum Lichte dränget,
Hoch sprossen sie — sie faßt der Boden kaum;
Nicht in des Kirchenglaubens enge Schranken,
Zum Grund des Weltalls streben die Gedanken.

Und nicht mehr alter Zeiten Hypothesen,
Nicht mehr der Theologen Tüftelei'n
Und Dogmenkram sucht unsre Zeit zu lösen,
Nein, in des Wissens Tiefe dringt sie ein;
Sie scheidet muthig Schein vom wahren Wesen,
Sie reicht dem Volke Brod für Brod — nicht Stein,
Und wo das Volk kämpft für ein menschlich Leben,
Steht auch die wahre Wissenschaft daneben.

Und Vieles, ach, bleibt uns noch zu erstreiten,
Bis Alles gleich, was Menschenantlitz trägt,
Bis wahres Recht und Bildung uns begleiten,
Der Krieg nicht mehr des Wohlstands Auen fegt.
Erst fern erglänzen sehen wir die Zeiten,
Wo Arbeit nicht des Geldsacks Fessel trägt,
Wo für den „Herrn“ die Masse nicht mehr frohnet,
Und Segen auch den Fleißigen belohnet.

Und ach! Schon wieder sich die Wolken thürmen,
Ihr hört der Nachtgevögel Krächzen schon,
Sagt, werden wir das bischen Freiheit schirmen,
Was abgetrotzt der blut'gen Reaktion?
Denn wieder sie mit Macht dagegenstürmen,
Für Recht und Wahrheit haben sie nur Hohn,
Der Macht des Herrschers folget das Gelichter,
Drum, Brüder, schließt der Kämpfer Reihen dichter.

Die frei' Gemeinde mög' als Brennpunkt gelten,
Und unsers hohen Zieles wohl bewußt,
Stehn wir im grimm'gen Kampfe zweier Welten,
Gewiß des Sieges gegen Glaubens Wust!
Mit ihm wird auch der Klassenhaß erkalten,
Der fast erstickt der freien Menschheit Brust.
Drum, Ihr Genossen, stimmet mit mir ein:
Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.

— Eugen Richter, der Angesungene. Auf seiner jüngsten schlesischen Agitationsreise fand in Brieg ein Festessen statt, auf welchem viel des süßen Weines genossen wurde. In der Begeisterung, nachdem mehrere Toaste schon verklungen waren, springt ein Fortschrittsmann und Freund Richter's auf den Tisch und spricht folgende Verse:

Eugen Richter,
Des Fortschritts Licht er,
Muthig ficht er,
Tapfer sticht er;
Seiner Feinde Gelichter
Zu Boden spricht er.
Es lebe Eugen Richter!
Und ich bin der Dichter.

Stürmischer Jubel folgte diesem geistreichen Impromptu. Damit nun die Menschheit nicht in Verlegenheit kommt, wenn sie Eugen Richter poetisch verherrlichen will und zwar mit Reimen auf seinen Namen, so wollen wir hier gleichfalls einige zum Besten geben:

Herr Eugen Richter
Verleumdung bricht er
Vom Zaun in dichter
Fülle. Mit Lügen ficht er,
Gemeinheit flicht er
Hinein. Das Gelichter
Des Fortschritts bestickt er
Durch Frechheit. Drum ist ein Licht er
Desselben. Und mit dem Trichter
Der Dummheit füllt er schlichter
Menschen Gehirn. Nie ist erpicht er
Auf ehrlichen Kampf; nie hält es für Pflicht er,
Dem Gegner, in dem er erblickt seinen Richter,
Zu bieten die Stirn. Drum ist ein Wicht er,
Ein feiger! Auf Weit'res verzicht' er.

Der Dichter.

---

*) Drei Mitglieder der freien Gemeinde sind wegen Preßvergehen zu 11½, 11 Monat und 10 Tagen Gefängniß verurtheilt.
**) Die Gemeinde besitzt ein eignes sehr schönes Grundstück.
***) Robert Blum war Stifter der Leipziger freien deutsch-katholischen Gemeinde.

darzuthun, die er consequent nicht liest, da sie ihm vom bloßen Hörensagen schon Uebelkeit verursachen, entdeckt vielleicht Herr Lasker nächstens, daß ich silberne Löffel gestohlen habe. Einstweilen macht er in jener Sitzung am 17. Dezember über mich folgende „Enthüllung“: „Der Mann hat, als er bei einer Redaktion einen Angriff gegen eine Privatperson anbringen wollte, und der Redakteur ihm das Manuscript zurückwies, und unter anderen Gründen auch den erwähnte, daß die Frau des Angegriffenen an dieser Mittheilung Anstoß nehmen und Verfolgung eintreten lassen könnte, da hat er erwidert: Das brauchen Sie nicht zu fürchten, von der Frau weiß ich soviel, daß sie nicht wagen wird, gegen mich aufzutreten.“ — Angenommen, diese Geschichte wäre buchstäblich wahr: was bewiese sie gegen meine Bücher, ja was bewiese sie, in dieser allgemeinen dunklen Fassung, gegen meine Person? Könnte meine Handlungsweise nicht trotzdem eine ehrenhafte, ja pflichtmäßige gewesen sein? — Ich erkläre nun aber die Erzählung des Herrn Lasker für eine Räubergeschichte, an der jedes Wort unwahr ist. Es handelte sich um keine Privatperson, sondern um einen Mann, welcher der Oeffentlichkeit und der Geschichte angehört. Es handelte sich um keinen „Angriff“, sondern um eine Verherrlichung des Mannes, um einen biographischen Artikel, in welchem ich einer allgemein bekannten Thatsache erwähnte, welche man von gewisser Seite bemänteln wollte. Dieser Artikel wurde zwischen mir und der Redaktion verabredet, und die Redaktion machte mit ihm Reklame, indem sie ihn öffentlich ankündigen ließ und besonders hervorhob, daß er auch bisher ungedruckte Briefe des Verstorbenen bringen werde. Diese Reklame las die Wittwe, und sie protestirte gegen den Abdruck der Briefe, nicht gegen den Artikel, der inzwischen schon gesetzt und von mir corrigirt war; worauf die ehrenwerthe Redaktion hinter meinem Rücken der Wittwe anzeigte, daß sie ihrem Wunsche willfahre, und mir das Manuskript einfach zurücksandte. Ich bestand jedoch auf dem Abdruck des Artikels nebst Briefen, deren Publikation zu verbieten die Wittwe gar kein Recht hatte, und der Artikel erschien denn auch mit ausdrücklicher Zustimmung der Wittwe, an die ich mich inzwischen gewandt, und die ich von meinem guten Rechte und von meinen durchaus loyalen Intentionen überzeugt hatte. Jene Briefe waren mir von der Schwester des Verstorbenen zur Veröffentlichung übergeben, sie enthielten für den Schreiber nichts Nachtheiliges, und die Wittwe selber hat sie später noch einmal abdrucken lassen. Die betreffende Zeitschrift aber ersuchte mich bald nach jenem Vorfall um meine Photographie, indem sie, wie sie schrieb, ein Album ihrer Mitarbeiter anlegen und darin namentlich Diejenigen vereinigen wolle, welche, gleich mir, gewissermaßen zu den Begründern des Journals gehörten. Ob diese Thatsachen, die ich alle mit Dokumenten belegen kann, so böswillig entstellt sind von Herrn Lasker selber oder aber von seinem Freunde und Souffleur, dem Redakteur, vermag ich natürlich nicht zu entscheiden. Jedenfalls hat der Redakteur, um Herrn Lasker in den Stand zu setzen, sein Müthchen an mir zu kühlen, eine Perfidie begangen, und gewiß findet dieselbe auch die ernstliche Mißbilligung der Verleger, die in alle Verhandlungen eingeweiht wurden und mit denen ich nach wie vor auf dem besten Fuße stehe. Als dieser sehr ehrenwerthe Redakteur früher eine andere Zeitschrift redigirte, ließ er einen Beitrag von mir, den er fest angenommen, über ein halb Jahr im Pulte liegen und schrieb inzwischen genau über dasselbe Thema gleichfalls einen Artikel, den er in einem Wiener Blatte veröffentlichte, so daß er thatsächlich sein eigenes Journal — — kürzte und hinterging.

Jene Dame, die Herr Lasker so unziemlich auf die Tribüne zerrt, darf er gar nicht nennen — sonst hätte er's schon gethan — und er wird, obwohl er sich dazu erboten, wahrscheinlich es auch künftighin nicht wagen. Thut er's dennoch, so überlasse ich ihm die volle Verantwortlichkeit dafür.

Alle Blätter aber, welche die Rede des Herrn Lasker gebracht haben, und die es für ihre Pflicht halten, dem Mißbrauch und Unfug zu steuern, die mehr und mehr auf der Tribüne des Parlaments einreißen, indem hier Abgeordnete ihre draußen stehenden Gegner sonder Scheu und Scham verdächtigen und beschimpfen; alle Blätter, die es für ihre Pflicht halten, dem Beleidigten und Verleumdeten, dem die Gerichte keine Sühne gewähren, ihre Spalten zu öffnen, ersuche ich um Aufnahme dieser Erklärung.

Berlin, 3. Januar 1878. Otto Glagau.

Correspondenzen.

Berlin, 6. Januar. (Ein Tänzchen mit den „Staatssozialisten vulgo Christlich-Sozialen“.) In dem großen Saale des Eiskeller-Etablissements fand am Donnerstag ein von dem Comité der staatssozialistisch-christlichen Partei einberufene Volksversammlung statt, auf deren Tagesordnung „die Bildung einer christlich-sozialen Arbeiter-Partei“ stand. Bei der Bureauwahl siegten die von unseren Genossen vorgeschlagenen Candidaten mit überwiegender Majorität. Grottkau führte den Vorsitz. — Der Einberufer der Versammlung, ein Schneider Grüneberg, der in früheren Jahren einmal unserer Partei angehörte, inzwischen aber in sich gegangen ist und sich „seinem Gotte“ wieder zugewendet hat, war zum Referenten über die Tagesordnung bestimmt. Herr Grüneberg entledigte sich seiner Aufgabe in der denkbar ungeschicktesten Weise. Seine Hauptargumente waren Beschimpfungen der Versammlung im Besonderen und unserer Partei im Allgemeinen. Es ist klar, daß ein so ungezogenes Betragen den Unwillen der Versammlung erregen mußte, der sich bei den Hauptleistungen G's. durch einige Unterbrechungen Luft machte. Da aber der Genannte sich gegen Schluß seiner „Rede“ als absoluter Hanswurst entpuppte, kehrte Heiterkeit und somit versöhnliche Stimmung bei den Zuhörern ein. — Der nachfolgende Redner war Herr Hofprediger Stoecker, ein hervorragendes Mitglied des neugebildeten Staatssozialisten-Comités. Derselbe wurde mit lautloser Ruhe angehört, obwohl auch er im Verlauf seiner Rede manche „christliche“ Zumuthung an die Versammlung stellte, deren Verwindung unseren Genossen sicher nicht leicht wurde. Herr Stoecker erkennt die jetzt bestehenden wirthschaftlichen Mißverhältnisse durchaus an, er weiß, ein Weitertreiben des heute beliebten ökonomischen Systems führt unfehlbar zum gänzlichen Ruin. Aber diese Uebelstände sind nicht zu beseitigen, wenn wir nicht innere Einkehr halten und uns ganz dem Christenthum wieder anschließen. Daneben soll der heutige Staat geachtet werden, der ja Alles für das Volk thue, ihm z. B. das allgemeine Stimmrecht freiwillig verliehen habe und gewiß noch mehr thun werde. — „Ich bin nur ein Prediger, ein Hofprediger, aber ein ehrlicher Mann. Selbst ein Kind des Volkes, — mein Vater war Schmiedegesell — kenne ich seine Leiden und seine Bedürfnisse. Aber ohne den Glauben an die göttliche Vorsehung und die Lehre der christlichen Liebe sind die Leiden nicht zu heben.“ Trotz dieses nicht ungeschickten Versuchs, sich der Arbeiterversammlung zu insinuiren, konnte Herr Hofprediger Stoecker doch keine Gegenliebe finden — ein ironischer Beifall war der Lohn seiner Bemühungen. — Nunmehr ergriff Genosse Most das Wort. Er stellte zunächst fest, daß gerade der heutige Staat als Träger der modernen Gesellschaft die herrschenden Mißstände dauernd mache. Ohne die Sanktionirung durch den Staat würde das wüste Treiben der heutigen Bourgeoisie einfach unmöglich sein. Ein Kampf um die Erringung besserer Zustände schließe also eine Bekämpfung des heutigen Staats- und Gesellschaftssystems in sich. — Gegen die sogenannten „Christlichen“ hätten wir alle Ursache, mißtrauisch zu sein. Denn seither habe noch jede Partei, die unter dem Deckmantel „christlicher Liebe“ handelte, ihre Macht mißbraucht, um die Wissenschaft zurückzudrängen und das Volk zu knechten. Der Redner führte zum Beweise seiner Behauptungen eine Menge historischer Daten an, welche unzweifelhaft feststellten, daß ebensowenig wie von den Calvin's, Peter Arbues' und Luther's der vergangenen Tage von den heutigen Pfaffen je etwas für die Sache des Volks zu erhoffen sei. — Die Ausführungen Most's riefen stürmischen Beifall hervor. — Danach wurde die nachstehende Resolution mit allen gegen siebzehn Stimmen angenommen:

„In Erwägung:

daß ein fast 1900 Jahre währendes Christenthum nicht im Stande gewesen ist, das Elend und die äußerste Noth der überwiegenden Mehrheit der Menschheit zu lindern, geschweige denselben ein Ende zu machen,

in fernerer Erwägung:

daß die heutigen Diener und Priester des Christenthums keine Miene machen, ihr seither beobachtetes Verfahren zu ändern, und

in schließlicher Erwägung:

daß jede wirthschaftliche Errungenschaft, sei sie klein oder groß, ohne den gleichzeitigen unbeschränkten Besitz voller politischer Freiheit durchaus werthlos ist,

mithin also selbst bei Erfüllung des christlich-sozialen Programms die Sache ganz und gar beim Alten bliebe,

erklärt die auf heute in dem großen Saal des Eiskeller-Etablissements, zur Bildung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei einberufene Volksversammlung, daß sie lediglich von der Sozialdemokratie eine gründliche Beseitigung aller heute bestehenden wirthschaftlichen und politischen Unfreiheiten erhofft, und daß sie sich daher verpflichtet, mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften für die Verbreitung der Lehren dieser Partei einzutreten und zu wirken.“

Mit einem vom Vorsitzenden ausgebrachten Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammelten begeistert einstimmten, schloß die Versammlung.

ij **Meerane**, 6. Januar. (Ein neuer Tessendorff.) Gestern tagte hier eine Volksversammlung, in der Genosse Vollmar aus Dresden über: „Die politische Lage Europas und die Sozialdemokratie“ einen sehr gediegenen Vortrag hielt. Um den Raum des „Vorwärts“ nicht über die Maßen in Anspruch zu nehmen, sei hier von einer Berichterstattung über den beifällig aufgenommenen Vortrag abgesehen, dagegen muß eines Vorkommnisses gedacht werden, welches lebhaft an die Gesellschaftsrettereien Tessendorff's erinnert. Der Grund zu der Tessendorffiade scheint weniger in dem, wie der „überwachende Stadtrath“ Müller behauptete, angeblichen Abschweifen eines Redners von der Tagesordnung, als vielmehr in der wahrscheinlich dem „deutschen“ Gemüth dieses Herrn Pein machenden Resolution, welche der Versammlung zur Annahme vorgelegt worden war, zu suchen zu sein. Die Resolution lautete:

„Die heute den 5. Januar 1878, Abends, im „Bayrischen Hof“ zu Meerane tagende, von mehr als 1800 Personen besuchte Volksversammlung protestirt einmüthig und energisch gegen die die Kultur und die Freiheit und Wohlfahrt der Völker überhaupt, und die Interessen des deutschen Volkes insbesondere aufs schwerste schädigende, bisherige russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert von letzterer, daß sie von jetzt ab diesen kulturfeindlichen Anmaßungen der despotischen Zarenregierung mit allen Mitteln entgegentrete.“

Die Abstimmung über die Resolution konnte nicht erfolgen, weil der Herr „Ueberwacher“ es furchtbar eilig machte und die Versammlung, ohne auch nur einen Grund dafür anzugeben, für „aufgelöst“ erklärte. Dieser — ruhmvollen That folgte ein aus 1800 Kehlen tönendes „wohlverdientes“ „Bravo“. Man sollte nun denken, die Meeraner wären, da sie schon verschiedene Male „aufgelöst“ worden, kurirt, aber nein, diese unverbesserlichen, hartgesottenen „Sünder“ haben sogleich wieder eine neue Versammlung auf nächsten Sonnabend über acht Tage angesetzt und Alles ist gespannt, ob vielleicht abermals eine „Auflösung“ erfolgen wird!

Zürich. In den beiden größten Spenglerfabriken von Helbling und Brummer sind sämmtliche Arbeiter ausgesperrt, weil sie nicht auf die Forderung der Fabrikanten: elfstündige Arbeitszeit, statt früher zehn Stunden, eingehen wollten. Wenn die Fabrikanten ihre Forderung durchsetzen, so werden die Arbeitgeber der übrigen Branchen in Zürich diesem Vorgehen auf dem Fuße folgen, und der mit so großen Opfern erkämpfte zehnstündige Normal-Arbeitstag wäre damit aufgehoben. Zuzug von Spenglern ist daher streng fern zu halten und etwaige Briefe und Unterstützungen an den „Spenglerfachverein „Cafe Lienhardt“, Metzgergasse Zürich“, zu adressiren.

Hannover. Mittwoch den 5. Dezember wurde hierselbst eine Volksversammlung abgehalten, welche sehr gut besucht war, und in welcher Herr Oehme aus Leipzig über die Tagesordnung: „Die wirthschaftlichen und politischen Zustände“ in fast zweistündigem Vortrage referirte. Der Vortrag fand den ungetheiltesten Beifall der Zuhörer.

Stuttgart, 9. Januar. **Bei der heutigen Schwurgerichtsverhandlung zu Eßlingen wurde Redakteur Leininger wegen Gotteslästerung zu zehn Monaten verurtheilt.**

„Rundschau“

Nr. 6 wurde von folgenden Orten bezogen:

Altona 300. Achim 60. Apenrade 30. Aschersleben 21. Alvesloh 12. Aachen 12. Ahrensburg 12. Alfeld 20. Annaberg-Buchholz 45. Augsburg 100. Barmstedt 15. Bockenheim 30. Breslau 40. Barmen 150. Burscheid 26. Braunschweig 60. Berlin 20. Bochum 10. Calau 16. Cassel 100. Calbe 50. Cottbus 10. Coblenz 15. Cöthen 50. Chemnitz 130. Duisburg 75 Dortmund 40. Delitzsch 70. Düsseldorf 50. Ernsdorf 55. Elmshorn 60. Erfurt 30. Edderitz 20. Ellrich 10. Frankfurt a. M. 150. Flensburg 100. Fulda 15. Freden 30. Forst 260. Finsterwalde 15. Fürth 115. Geestendorf 20. Göttingen 10. Görlitz 45. Gelsenkirchen 70. Goldlauter 30 Glückstadt 35. Gablenz 40. Gelenau 20. Gohlis 17. Hemme 30. Hannover 100. Hanau 140. Halle 25. Hildesheim 25. Halberstadt 24. Heckingen 15. Harburg 40. Hohenwestedt 10. Heide 25. Itzehoe 60. Jüterbogk 7. Kalk 10. Kl. Krotzenburg 30. Kiel 180. Kellinghusen 30. Königsberg 30. Kl. Auheim 15. Liegnitz 55. Langenbielau 70. Leopoldshall-Staßfurth 85. Lesum 10. Lindenau 25. Leipzig 10. Leukersdorf 22. Lechhausen 70. Marburg 7. Mölln 15. München 60. Neumünster 30. Neustadt i. H. 10. Nowaweß 20. Neviges 55. Niederrad 20. Naumburg a. S. 25 Neu-Isenburg 25. Nürnberg 500. Ottensen 320. Oldesloe 15. Osnabrück 50. Oberpeilau 10. Oederan 10. Peterswaldau 50. Potsdam 20. Pinneberg 40. Plauen 20. Rendsburg 53. Rostock 30. Rixdorf 20. Ronsdorf 50. Rheda 10. Rheme 20. Sossenheim 25. Sorau 35. Striegau 10. Schleswig 30. Steele 30. Sühlen 10. Schweidnitz 7. Schloßchemnitz 30. Tönning 30. Teuchern 25. Uelzen 20. Blotho 20. Verden 50. Wandsbeck 100. Wüstegiersdorf 90. Wilster 15. Wilhelmshafen 30. Wiesbaden 20. Wald 60.

Bezugnehmend auf die Petition der deutschen Bauhandwerker

an den deutschen Reichstag, betreffend die Erweiterung des Haftpflichtgesetzes, sehen wir uns veranlaßt, noch einmal an die Einsendung derselben zu erinnern. Sollten die erhaltenen Formulare bei Manchem verloren gegangen sein, so ersuchen wir die Betreffenden, sich sofort an H. Walther, Hamburg, Neue Bremerstr. 19, zu wenden. Die ausgefüllten Formulare sind ebenfalls an genannte Adressen schleunigst einzusenden.

Die Commission.

Briefkasten

der Redaktion. A. G. in Olbernhau: Ueber den Geraer Congreß der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine hat der „Vorwärts“ schon zu wiederholtenmalen „Auskunft“ ertheilt. Blättern Sie den „Vorwärts“ einige Wochen zurück durch und überzeugen Sie sich selbst.

der Expedition. A. H. Gelsenkirchen: Obwohl wir nichts dafür können, wenn durch die Post unterwegs die Kreuzbänder aufgerissen und der Inhalt beschmutzt und beschädigt wird, so wollen wir Ihnen doch das Bilderbuch umtauschen, wenn Sie uns das beschädigte Expl. franko remittiren. — D. Lauruschkat, Plagwitz: Die erwünschte Auskunft können wir Ihnen erst dann ertheilen, wenn Antwort auf unsere durch Ihre Anregung erfolgte Anfrage bei der Office der „Tribüne“ in Buffalo, rückgelangt ist.

Quittung. Hrtmnn Mainz Ab. 11,10. H. Mchl Neapel Ab. 25 Frcs. Hckrt Connewitz Ab. u. Schr. 86,79. Arbeiterverein Agram Ab. 3,25. Cznzl Böhm. Leipa Ab. 3,72. M. Ullrch hier Ab. 100,00. Schstr Dresden 0,90. Ammnn Wiesenburg Ab. 3,38. Engl Neubuz Ab. 30,00. Erfrr Wien Ab. 4,95. Brtrm hier Ab. 11,25. Schstr hier Ab. 3,75. Mllr Glauchau Schr. 13,65. Ufrt Apolda Schr. 11,30. Ettl Brüsau Ab. 11,83. Rdgr Halle Ann. 0,60. Endrs Augsburg Ab. 160,00. Rchnsfd Bonyhad Ab. 3,80. Schur Gloggnitz Ab. 4,95. Schrdr Hannover Ab. 84,91. Lgs dasf. Ann. 3,70, Schr. 0,35. Fürrm Bremerhafen Schr. u. Ab. 35,00. Mchnty Düsseldorf Ab. 6,05. Mrtn Schmölln Ab. 11,85. Sbrt Cassel Ab. 3,95. Administr. des Budoknost Prag Schr. 6,76. Jndr Brünn Ab. 2,43. Guthr London Ab. 18,86. Erhl Halberstadt Ab. 9,80. Frtn Beauvais Ab. 4,00. Jcb St. Johann Ab. 9.00. Schrb Jena Schr. 3,00. Schfr hier Schr. 0,40. Wnkn Stade Schr. 1,65. Blm Dortmund Schr. 1,50. Blr Remscheid Schr. 2,10. Rthr Schwammelwitz Schr. 1,50. Hcll Lichtenau Schr. 1,05 Art hier Schr. 5,70. Wltr Mosbach Schr. 1,00.

Fonds für Gemaßregelte.

A. M. Schaffhausen 2,20.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein. Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:

Mitgliederversammlung

wozu Jeder freien Zutritt hat. (x) [0,50

Halle. Sonnabend, den 19. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Parteilokale:

Zusammenkunft der Sozialisten.

Besprechung über wichtige Parteiangelegenheiten. Alle Genossen müssen erscheinen. (F 166) Rödiger. [60

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Am Dienstag Abend 8 Uhr beginnt ein neuer Cursus in der doppelten Buchführung. Gleichfalls kann jetzt dem Unterricht in der russischen Sprache noch beigetreten werden. Für die jetzt noch Beitretenden werden mehrere Extrastunden gratis gegeben. Alle, die sich betheiligen wollen werden, ersucht Dienstag Abend 9 Uhr im Vereinslokal zu erscheinen.

Nächsten Mittwoch Abend 8½ Uhr dramatische Vorlesung von Hrn. A. Wohlmuth im Saale des „Eldorado“. Entrée für Mitglieder und Damen 20 Pfg., für Gäste 25 Pfg.

Programm siehe heutige „Fackel“.

1,20] Der Vorstand.

Minden i/W. Sozialdemokratischer Wahlverein. Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend Abends 8 Uhr beim Gastwirth Thiele, Ritterstraße. (m) [40

Heute früh 2½ Uhr starb unser zweiter Vorsitzender Herr

Gust. Fr. Schumann

nach kurzer aber schwerer Krankheit am Unterleibstyphus, 27 Jahre alt. Wir verlieren an Ihm eines unserer treuesten Mitglieder; stets nur dem Wohl des Vereins zu dienen galt sein Streben. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Leipzig, den 9. Januar 1878.

Der Arbeiterbildungsverein.

Roh-Taback

Seedleaf	20—180 Pfg.
Brasil von 30 Pfg. an.	(2a)
Domingo	20—50 Pfg.
do. Blatt	80—90 Pfg.
Java	90—250 Pfg.
Carmen	80 Pfg.
Palmyra	100—150 Pfg. [420

Ferd. Gätjens,
Hamburg, Rathhaus Markt 36.
Briefl. Bestellungen werden unter Nachnahme prompt ausgeführt.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig.

Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heißig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 112½ Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Banfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Otz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str Golden Square.

Nr. 6. Mittwoch, 16. Januar. 1878.

Das Bevölkerungsgesetz und die Bewaldung.

II.

Es gilt sodann die Frage zu entscheiden, ob die Waldfläche noch stärker abnehmen darf, als sie in den europäischen Kulturländern bereits abgenommen hat, ohne die nöthige Bewässerung und die Gesundheit der Einwohner zu schädigen. Es gilt mit andern Worten eine Grenze der Entwaldung wissenschaftlich festzustellen, bis zu welcher die Kulturzwecke der Menschheit ungefährdet bleiben.

Es ist bisher den Forschern noch nicht gelungen, zweifellos nachzuweisen, daß die Niederschlagsmenge mit der Größe der Waldfläche wächst. Man getraut sich blos zu behaupten, daß mit der Entwaldung die Vertheilung der Niederschlagsmenge nach Jahreszeiten und Jahrgängen in gefahrdrohender Weise unregelmäßig wird, daß also der Wald ein Regulator des Niederschlags sei. Wir wollen nun zuerst zeigen, daß auch der erste Satz wohl zweifellos feststeht. In Utah (dem Mormonen-Territorium) ist seit den dreißig Jahren der Besiedelung durch die Mormonen der Spiegel des Salzsees um zwanzig Fuß gestiegen, trotzdem daß die hineinfließenden Bäche jetzt in Tausenden von Bewässerungs-Kanälen über eine weite Fläche erschöpft werden. Die Erklärung dieses Räthsels ist mit Recht in der Bepflanzung dieser ganzen Fläche mit Obst- und an den Bächen und Kanälen mit Pappelweiden-Bäumen gefunden worden. Es wird so eine ausgedehnte frühere Wüstenfläche stark beschattet. Im Schutze dieses Schattens kühlt sich die Luft ab und setzt ihre, wenn auch geringe Feuchtigkeit in dem von Haus aus lockeren Boden ab. Das Grundwasser steigt infolge dessen und giebt an die Bäche und Kanäle mehr Wasser ab, als es durch sie empfangen hatte. Die zunehmende Ausdehnung des Salzsees schafft eine größere Verdunstungsfläche, was hinwieder dem Waldwuchs der benachbarten schon stark geplünderten Gebirge, also der Wasserfülle der Bäche zugute kommt. — Aehnlich im französischen Antheile der Sahara. Das Bohren von über 2000 artesischen Brunnen durch Regierungs-Ingenieure hat in diesem dazu sehr geeigneten Wüstengebiete die Anpflanzung von mehr als einer halben Million Dattelpalmen erlaubt, in deren mageren Schatten andere Bäume und Feldfrüchte prächtige Oasen schafften. Da, wo der Boden locker ist, steigt das Grundwasser in diesem Schatten, der Abfluß von den Brunnen nimmt zu, und die Pflanzungen dehnen sich aus. Hat man doch sogar seit Anlage des Suezkanals in dessen Umgegend, wo früher in vielen Jahren kein Regen fiel, Gewitterregen zunehmen sehen, seit die Ränder dieses und des Süßwasserkanals mit Bäumen bepflanzt worden sind. Und ähnlicher Beispiele giebt es mehrere.

Hieraus, aus Experimenten, welche volle Beweiskraft haben, muß man schließen, daß tiefe Auflockerung des Bodens und mäßige Beschattung desselben schon unter den ungünstigsten Umständen fehlende Mengen von Niederschlag bis zu einem gewissen Grade ersetzen können. Wir müssen eingehender die Rolle erforschen, welche hierbei einerseits die Beschattung, andrerseits die Auflockerung des Bodens spielen. In China hat seit vielen Jahrhunderten die Erfahrung, daß ein tief aufgelockerter Boden die Fruchtbarkeit steigert und jede Fehlernte verhütet, dazu geführt, daß alles Ackerland der östlichen Provinzen 6—8 Fuß tief rajolt, daß dabei mehrere Bodensorten wohl gemischt und Kanäle und Entwässerungsgräben angelegt wurden. Es giebt nirgends in der Welt eine größere Ackerbaufläche mit gleich spärlichem Baumwuchs. Obendrein ist reichlicher Regenfall nur zweimal im Jahre, beim Wechsel der Monsune, zu erwarten; man hat den langen Trockniffen der Zwischenzeit dadurch die Spitze abgebrochen, daß man künstlich Seen und Teiche mit den fließenden Gewässern verbunden und unterirdische Wasserbehälter zum Auffangen des Regens angelegt hat. Auch ohne allen dichteren Baumwuchs und Schatten ernährt das Land seine ungeheure Bewohnerzahl, wenn auch nur dürftig. Den lockeren Boden durchdringt die Luft, kann sich abkühlen und soviel Feuchtigkeit, als sie eben hat, darin zurücklassen. Was davon die tiefeindringenden Saugwürzelchen der Kulturpflanzen nicht brauchen, rinnt in die Entwässerungsgräben, vermehrt den Vorrath an Trinkwasser, erhält den Wasserstand der Kanäle hoch genug zur Frachtbootfahrt, den der Teiche hoch genug zur künstlichen Fischzucht, ja zur Unterwassersetzung der Reisfelder und zur Beförderung des raschen Wachsthums und der Ertragfähigkeit der hochentwickelten Obstbaumzucht. In Chiwa dagegen und in andern Theilen Turkestans, sowie Persiens, wo der Regenfall äußerst gering und unzuverlässig, die Luft sehr wenig mit Wasserdampf geschwängert ist, verläßt man sich, um mitten in der Wüste eine leidlich dichte Bevölkerung zu erhalten, mehr auf den Baumwuchs und den Schatten, den er giebt, zumal der Boden lockerer Wüstensand zu sein pflegt. Mächtige Flüsse sind ganz abgedämmt, um Bewässerungs-Kanäle zu speisen; dann werden Obstbäume gepflanzt, und wie in deren Schatten das Grundwasser steigt, die Bestellung mit Feldfrüchten auch da vorgenommen, wo der Boden nicht berieselt werden kann. Die gewonnene größere Verdunstungsfläche giebt der trocknen Luft immerhin einigen Dampfgehalt.

Solchen Thatsachen gegenüber kann man nicht länger behaupten wollen, daß die Bewässerungsfrage für die jetzt unfruchtbaren Länder der Erde unlösbare Schwierigkeiten biete. Die Wissenschaft hat längst gelehrt, wie man die Regenmenge reichlicher machen, gleichmäßiger die Niederschläge über das Jahr vertheilen, durch artesische Brunnen unerschöpfliche unterirdische Wasservorräthe zu Tage bringen, Wasserleitungen für viele Millionen Menschen an jede geeignete Stelle bringen kann. Wenn dies unter den ungünstigsten Umständen möglich ist, warum sollte man unter den günstigen Umständen, welche für die heutigen Kulturländer obwalten, an einer vollkommenen Regelung der nöthigen Wasserzufuhr verzweifeln? — Unter einer planlosen Waldverwüstung freilich, wie sie dort, zur Schande der Kultur, heute stattfindet, ist eine solche Regelung unmöglich; sie ist es aber keineswegs für eine Gesellschaftsordnung, unter welcher nicht mehr der Privatgewinn, sondern die Rücksicht auf fortschrittliche Kultur den Bodenanbau bestimmt; unter welcher nicht der Geldertrag, sondern die allseitigen Bedürfnisse des Gemeinwohls in allen Dingen den Ausschlag geben. Die Schwierigkeiten, welche der erwähnten Regelung entgegenstehen, liegen in der Armuth an Geldmitteln, wie sie für so großartige Unternehmungen erfordert werden. Unter einer vernünftigen Gesellschaftsordnung aber besteht der Reichthum in ganz anderen Dingen als heute — er besteht in der großen Bevölkerung, einer Bevölkerung von lauter wohlerzogenen, gemeinsinnigen, vernünftigen Menschen. Je dichter die Bevölkerung, desto mehr wachsen die Mittel zu den großartigen Unternehmungen.

Eine planmäßige Waldwirthschaft im sozialdemokratischen Sinne wird mit noch weniger Waldfläche, als heutzutage vorhanden, jede nöthige Wassermenge erzielen können. Neben dieser kommen noch andere Bedürfnisse in Betracht, welche uns der Wald erfüllt. Zunächst der Wuchs an Nutz- und Brennholz. Auch diesen Bedarf kann eine rationelle Waldwirthschaft auf kleinerer Fläche als bisher liefern. Es ist wohlbekannt, daß auf einem tief aufgelockerten Boden Bäume wohl doppelt so rasch wachsen als auf einem Naturboden. Das jetzige Bedürfniß an Holz könnte also von halber Waldfläche in derselben Zeit gedeckt werden, wenn aller Wald — außer auf Wasserscheiden — schlagweise ausgerodet, der Boden tief rajolt, die Erdarten wohl untermischt und dann frischer Wald gepflanzt würde. Damit müßte zugleich eine Entsumpfung und Entwässerung vorgenommen werden.

Wir kennen die Einwendungen, welche von gelehrten Herren dagegen werden gemacht werden. Die erste ist die, daß alsdann der Regen zu rasch abfließe, was bekanntlich Ueberschwemmungen, gefolgt von niederen Wasserständen der Flüsse, bewirkt. Allein gerade das Gegentheil wird durch die Erfahrung in China gelehrt. Die Baumwurzeln können tiefer in den lockeren Boden eindringen und einen Theil des Wassers aufsaugen; sie können tiefer liegende Felsspalten erweitern und dem übrigen Wasser neue Wege in's Innere bahnen; sie bewirken also ein langsameres Abfließen, eine Bereicherung der Quellen, ein allgemeines Steigen des Grundwassers, zumal wenn auch aller Ackerboden tief aufgelockert und gemischt wird.

Die österreichische Commission, welche die Ursache des Verfalls der Donauschifffahrt zu untersuchen hatte, findet die zu tiefen und zu hohen Wasserstände dadurch mit verursacht, daß man mehr und mehr Sümpfe entwässere, um Wiesen- und Ackerland zu gewinnen. Die Herren thun, als wüßten sie nicht, daß man Sümpfe am besten durch Bohrlöcher entwässert, und durch dieses Verfahren das Wasser in tiefere Bodenschichten leitet, von wo es viel langsamer abfließt. Denn wo Vertiefungen im Boden das regelmäßige Abfließen der Tagwässer hindern, bildet sich aus verwesten Thier- und Pflanzenstoffen und ausgelaugten Mineralsalzen eine undurchlässige Bodenschicht, also ein Sumpf, in welchem nichts von Kulturgewächsen gut gedeihen kann. Die Durchbohrung dieser undurchlässigen Schicht ist also das einfachste Mittel, um Kulturboden zu schaffen und langsamen Abfluß der überschüssigen Tagwässer, also mehr gleichmäßigen Wasserstand der Flüsse zu erzielen.

Ein anderer gelahrter Professor der Botanik in Gießen meint, ein Kulturwald „sehe aus wie Wald, sei aber kein Wald". Nur der Naturwald regele den ganz allmäligen Abfluß der Tagwässer und den mehr gleichmäßigen Wasserstand der Flüsse. Er hat aber blos Recht gegenüber einem Kulturwald, dessen Boden nicht tief aufgelockert wird. Wenn das Tagwasser oberflächlich abgeleitet wird, um die jungen Baumpflanzen nicht durch Sumpfbildung versauern zu lassen; wenn der undurchlässig gewordene Untergrund nicht durchbohrt wird, so fließt die Hauptmasse des Niederschlags zu rasch ab, und es verschließen sich die von früher dort gewachsenen Waldriesen in den Felsboden gebahnten Abflußspalten, weil der Druck des wachsenden Kunstwaldes die undurchlässige Schicht in dieselben hineinpreßt.

Derselbe Gelehrte (welcher nebenbei sehr merkwürdige Vorstellungen vom Wesen der Sozialdemokratie verräth, siehe Novemberheft der „Gäa") meint, es sei unmöglich, waldlose Kalkgebirge zu bewalden, wie z. B. den Karst in Friaul und Dalmatien. Er geht sogar soweit, zu behaupten, es könne nie Wald auf den Kalkalpen und Kalkrücken der Apenninen gestanden haben. Wir bedauern, hier seine Beweisgründe nicht widerlegen zu können. Die Wiederbewaldung kahler Kalkgebirge aber ist bei genügendem Mittelreichthum in folgender Weise möglich. Man verwandelt durch Besprengung mit verdünnter Schwefelsäure den Kalkboden in Gyps, säet, wenn dadurch eine mehrzöllige Schicht Gypsstaub erzeugt ist, Kleesamen hinein und begießt die Aussaat so fleißig, bis die Kleesaat den Boden dicht beschatten kann. In diesen Boden pflanzt man in geringen Abständen Lärchen, Cedern und Cypressen, sowie andere Bäume, welche mächtige, tiefgehende Herzwurzeln in den Felsenboden einsprengen, und ersetzt das Ziegenvieh durch Rindvieh. Voilà tout.

Gerade weil alle Kalkgebirge voll Höhlen mit aufgesaugter Luftfeuchtigkeit sind, welche das fließende Wasser mechanisch ausspült, chemisch aufgelösten Kalk mitführend, gerade deswegen können dort artesische Brunnen die erforderlichen Wassermassen für Pumpwerke liefern, welche durch vom nie fehlenden Winde getriebene Windmühlen wirken.

Gelegentlich mehr hiervon. Nur der sozialdemokratische Staat aber kann dergleichen Großthaten leisten.

Die Uebernahme der Feuerversicherung durch das Reich.

Von einem sozialistischen Reichstags-Mitglied.

Genosse Rittinghausen hatte in der letzten Session des Reichstags den sozialistischen Abgeordneten den Vorschlag gemacht, einen Antrag im Reichstag einzubringen, welcher bezweckt, das gesammte Feuerversicherungswesen auf das Reich zu übertragen. Seine Gründe waren einmal: dadurch zu verhüten, daß neue indirekte Steuern auferlegt oder bestehende erhöht würden, und dann, um zu bewirken, daß einem Theil der Bourgeoisie eine, seiner Auffassung nach, reichlich fließende Einnahmequelle verstopft werde, und durch diese Uebertragung gewissermaßen ein Uebergangssystem anzubahnen, welches die allmählige Auffaugung der verschiedensten Einnahmequellen der Bourgeoisie durch das Reich herbeiführe.

Dieser auf den ersten Blick so bestechend erscheinende Plan wurde nach kurzer Erörterung von allen anwesenden sozialistischen Reichstagsmitgliedern gegen die Stimme Rittinghausen's verworfen. Die Mehrheit war der Ansicht, daß die Geldnoth, an der das Reich laborire, einzig dem Militärsystem anzuschreiben sei, und daß die Sozialdemokratie, wolle sie nicht dieses System stärken und sich dadurch zu dessen Mitschuldigen machen, nie und nimmer die Hand dazu bieten dürfe, der herrschenden Gewalt aus der Verlegenheit zu helfen.

Man durfte annehmen, daß damit die Angelegenheit erledigt war, um so mehr, als Rittinghausen es unterließ, sich an die höhere Instanz, den Parteicongreß zu wenden und zu versuchen, diesen für seine Ansichten zu gewinnen.

Statt dessen trat Rittinghausen kurze Zeit nach dem Congreß in Cöln und, wenn ich nicht irre, auch in andern rheinischen Städten in Volksversammlungen auf und setzte es durch, daß dort seinem Plane zustimmende Resolutionen angenommen wurden, die dann sogar in verschiedenen Parteiblättern bereitwilligst Aufnahme fanden.

Die Gegner des Vorschlags schwiegen, sei es, daß sie, wie ich damals, momentan zu Zeitungserörterungen keine Zeit hatten, oder auch, weil sie der Ansicht waren, es sei immer noch Zeit, den Vorschlag zu bekämpfen, wenn derselbe in greifbarerer Gestalt dem nächsten Reichstag vorgelegt werden sollte. Der Einzige, welcher den Vorschlag öffentlich bekämpfte, war Genosse Schramm, der ihn in der „Wage" hauptsächlich als Fachmann von der technischen Seite angriff, die meines Erachtens aber die viel weniger bedenkliche ist.

Genosse Rittinghausen hat darauf in Nr. 48 und 49 der „Wage" in lebhafter Weise geantwortet und auf Schramm's technische Bedenken mit technischen Möglichkeitsbeweisen aufgewartet, über deren Richtigkeit oder Ausführbarkeit zu urtheilen ich aus dem bereits angegebenen Grunde unterlasse.

Wie vorauszusehen war, antwortete Schramm wiederum Rittinghausen und zwar bereits in Nr. 50 der „Wage", und stützte sich in dieser Antwort, mehr als es das erste Mal geschah, auf prinzipielle Bedenken ähnlicher Art wie oben angeführt.

Damit ist die Streitfrage zwischen diesen Beiden vermuthlich abgethan, nicht so für die Partei. Wie Rittinghausen erklärte, werden die rheinischen Genossen sich an den Reichstag wenden, und da könnte der Welt das Schauspiel geboten werden, daß mitten im Reichstag die sozialistischen Abgeordneten sich wegen eines Vorschlags bekämpfen, den der Eine als sehr praktisch und prinzipiell richtig vertheidigt, während ihn die Andern als prinzipiell falsch und damit als unpraktisch bekämpfen. Denn im Grunde darf zwischen prinzipiell richtigen und praktischen Forderungen kein Unterschied bestehen, jede praktische Forderung muß sich mit unsern Prinzipien im Einklang befinden, und jede prinzipielle Forderung sich im gegebenen Moment praktisch verwirklichen lassen.

Da es nun gilt, zu verhüten, daß die Frage, auf ungünstigstem Boden ausgefochten, zu einer gegenseitigen Bekämpfung innerhalb der Partei führe und zwar, wie ich nicht erst zu betonen brauche, zum Gaudium unserer Gegner, so halte ich mich für verpflichtet, kurz nachzuweisen, daß die Forderung Rittinghausen's sowohl vom praktischen wie vom prinzipiellen Gesichtspunkte aus durchaus falsch ist und keine andere Wirkung haben kann, als unsere so einfache und klare Stellung im Reichstag zu verdunkeln, uns zu direkten Bundesgenossen von Leuten zu degradiren, die wir als Feinde zu bekämpfen alle Ursache haben, und eine an sich richtige Forderung, durch die unrichtige, aber einzig mögliche Ausführung, welche sie unter den gegebenen Verhältnissen haben kann, zu fälschen — durch alles dieses aber corrumpirend auf die Partei zu wirken.

Es ist selbstverständlich, daß ich damit keineswegs angedeutet haben wollte, Rittinghausen suche mit Absicht und voller Kenntniß der Consequenzen seines Antrags ein solches Ziel zu erreichen, ich habe im Gegentheil die Ueberzeugung, daß er im besten Glauben und einzig und allein in der Absicht, der Partei und dem arbeitenden Volke zu nützen, handelt. Rittinghausen ist mit solcher Leidenschaft für seinen Antrag eingenommen, daß er dessen große Mängel gänzlich übersehen hat.

Betrachten wir die Gründe näher, aus denen Rittinghausen's Antrag für uns unannehmbar ist.

Nach ihm soll die Ausführung seines Antrags eine Summe abwerfen, bedeutend genug, um die erheblichen Matrikularumlagen, welche nach der Reichsverfassung die Einzelstaaten jährlich nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung in die Reichskasse zu zahlen haben, so weit die eignen Einnahmen des Reichs nicht reichen, erheblich zu vermindern, oder, falls die Anforderungen des Militärbudgets sich steigerten, wie das ja thatsächlich bisher jedes Jahr der Fall war und dieses Jahr wieder sein

wird, dadurch zu verhindern, daß das Mehrbedürfniß durch neue indirekte Steuern oder Erhöhung der alten gedeckt wird.

Wie liegen nun die Dinge. Nach der Reichsverfassung fließen in das Reichsbudget die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, der Branntwein- und Biersteuer — mit Ausnahme der Einnahmen, welche Bayern, Würtemberg und Baden aus der Bier- und Branntweinsteuer entnehmen, und mit Ausnahme der Postüberschüsse, welche Bayern und Würtemberg erzielen, wofür diese Staaten entsprechend höhere Matrikularumlagen in die Reichskasse zu zahlen haben — ferner der Salzsteuer, Rübenzuckersteuer, der Wechselstempelsteuer und den Ueberschüssen aus dem Post- und Telegraphenwesen und den Reichseisenbahnen. Die Staaten, wie Hamburg, Lübeck, Bremen, Mecklenburg ꝛc. und einzelne Theile Preußens, welche nicht zum Zollverein gehören, haben statt der Zolleinnahmen sog. Aversa nach der Kopfzahl der Bevölkerung zu leisten. Was nach Zusammenstellung aller dieser Einnahmen noch fehlt zur Deckung der Reichsbedürfnisse, wird durch die Matrikularumlagen aufgebracht.

Alle die bezeichneten Steuern und Einnahmeüberschüsse aus den Reichsinstitutionen (Post, Telegraphie ꝛc.) sind feststehende Einnahmen, über die der Reichstag gar nicht zu beschließen hat, die er nur prüfen darf, was ein sehr harmloses Recht ist. Das Budgetrecht (Steuerbewilligungsrecht), das allerwichtigste Recht, das eine Volksvertretung haben kann, beschränkt sich also bei dem Reichstag thatsächlich nur auf die Bewilligung der Höhe der Matrikularumlagen. Werden diese Matrikularumlagen durch feststehende Einnahmen, wie der Rittinghausen'sche Antrag eine schaffen will, beseitigt, so ist der Reichstag in Budgetfragen nur noch eine reine Null und kann ruhig zu Hause bleiben.

Diese Erkenntniß ist es, an welcher bisher alle Steuerforderungen Bismarck's, selbst bei den Nationalliberalen, gescheitert sind, und sie werden so lange scheitern, als die Nationalliberalen nicht ihre Männer ins Ministerium bringen — wie es eben geplant ist und wohinaus die Unterhandlungen Bismarck's mit Bennigsen abzielen. Dann bewilligen sie jede Forderung.

Wie kann aber die Sozialdemokratie zu einer solchen Lahmlegung der Volksvertretung die Hand bieten? Wie kann man uns zumuthen, dem Fürsten Bismarck aus der Verlegenheit zu helfen?

Man würde einen solchen Vorschag aus unseren Reihen gar nicht für möglich halten, läge er nicht schwarz auf weiß vor.

Haben wir nicht bisher das Militärsystem, wie das System, auf dem das Reich überhaupt beruht, bekämpft? Haben unsere Abgeordneten darum nicht stets das Budget abgelehnt? Hat man sie nicht im Vertrauen auf diese ihre Haltung gewählt? Und wären wir nicht genöthigt, durch Annahme des Rittinghausen'schen Antrags den bisherigen Boden zu verlassen, nachdem wir selbst dem Fürsten Bismarck die neuen Geldquellen zur Unterstützung seines Systems apportirt? Ja apportirt, das wäre für ein solches Betragen der einzig richtige Ausdruck, und wir dürften uns nicht beschweren, wenn uns hintennach für unsern guten Willen auch die entsprechenden Hiebe mit der selbst gebundenen Ruthe zu Theil würden.

Ein Sprüchwort sagt: wer A gesagt muß auch B sagen; die Annahme des Antrags Rittinghausen's wäre ein riesengroßes, weithin leuchtendes A., aber unsere politische Ehre würde von ihm, fürchte ich, nicht schön beleuchtet werden.

Rittinghausen wendet vielleicht ein, wir könnten aber nicht verhindern, daß schließlich neue indirekte Steuern geschaffen würden und dann habe das Volk den Schaden.

Haben wir denn das Militärbudget geschaffen? Und sollen wir es jetzt durch Steuerbewilligungen unterstützen, weil die große Mehrheit der Wähler bisher so beschränkt war, Leute als Volksvertreter zu wählen, die solche Zustände schufen? Ist diese Mehrheit mit diesem System einverstanden, so mag sie auch die Kosten tragen; wer nicht begreifen will, muß fühlen. Wollen wir diese jetzt noch blinde Mehrheit auf unsere Seite ziehen, so müssen wir die Verderbtheit des Systems vor ihren Augen enthüllen, das können wir aber nicht, wenn wir, weil wir einen Schaden nicht verhindern können, ihn durch unsere Maßregeln noch verstärken und vergrößern.

Wir haben bisher die indirekten Steuern nicht bewilligt und wir würden auch die direkten nicht bewilligen, wenn sie gefordert würden, „Diesem System keinen Groschen", daran halten wir fest. Haben wir nicht seiner Zeit sogar die Börsensteuer abgelehnt, obgleich diese wahrhaftig nicht die Arbeiter traf? Und warum thaten wir es? Nicht nur, weil alle anderen Steuern erhalten bleiben sollten, sondern weil diese Steuer auch zu neuen unproduktiven volksfeindlichen Zwecken verwendet werden sollte. Wenn man also selbst das Mittel billigen wollte, so mißbilligen wir den Zweck, und da wir über den Zweck nicht entscheiden konnten, so verweigerten wir auch das Mittel.

An dem Tage, wo ein Antrag wie der Rittinghausen'sche durch uns Annahme fände, könnten wir unser Programm in die Tasche stecken, unsere Fahne zusammenrollen und uns still bei Seite „drücken". Für solche Leistungen braucht uns das Volk nicht, da sind andere Parteien vorhanden, die nach dieser Richtung hin mehr zu leisten vermögen.

Und nun noch eine Frage. Ist die Feuerversicherung, sobald sie nach Rittinghausen's Vorschlag Staatssache wird, nicht auch eine indirekte Steuer? Welche Versicherungsgegenstände bringen die Hauptsummen ein? Die Baulichkeiten. Und diese Ausgaben werden in den Miethen bezahlt. Und was würde weiter die Folge sein, wenn der Staat die Feuerversicherung als Einnahmequelle erhielte? Er würde natürlich suchen, diese Steuer möglichst ergiebig zu machen, und es würde bald ein Gesetz erscheinen, das jeden Staatsbürger zu versichern zwänge. Die ärmste Proletarierfamilie würde so zu weiteren Ausgaben für Militärzwecke gezwungen.

Ob Rittinghausen das will oder nicht, darauf kommt es nicht an; wir könnten den Mißbrauch nicht verhüten, so wenig wir den Gebrauch vorzuschreiben im Stande sind.

Aber, höre ich weiter einwenden, wir würden der Bourgeoisie eine Einnahmequelle nehmen und verhälfen einem Prinzip zur Geltung, das uns sehr in die Hände arbeitete.

Falsch. Weder das Eine noch das Andere würde geschehen. Können wir die Majorität des Reichstags, die aus Vertretern der Bourgeoisie besteht, nöthigen, gegen das Bourgeoisinteresse zu handeln? Hält man die Mehrheit für so naiv, daß sie in eine so plump gelegte Falle ginge? Bisher liegt keine Handlung vor, die eine solche Vermuthung rechtfertigte, sehr viele aber vom Gegentheil.

Gesetzt den Fall, die Mehrheit des Reichstags erklärte sich für den R.'schen Antrag, wie ja viele im Reichstag auch für das Reichseisenbahnprojekt schwärmen, was würde dann geschehen? Man würde die jetzigen Feuerversicherungsgesellschaften durch hohe Summen entschädigen, ganz wie man das bei den faulen Eisenbahngründungen hofft, und die Herren wären mit dem so erlangten Gelde in der Lage, das Ausbeutungsgeschäft auf einer andern Seite um so flotter betreiben zu können. Sollte es in unserer Partei Naive geben, welche glauben, auf solche Weise die Bourgeoisie vermindern oder beseitigen zu können? Hat der Sozialismus einmal die Macht, seine Wünsche in der Volksvertretung durchsetzen zu können, dann wird er sich mit Halbheiten nicht begnügen; so lange er sie aber nicht hat, soll er nicht zu Experimenten seine Kräfte leihen, die ihn nur bloßstellen und ihm schaden, günstigsten Falles absolut nichts nützen. Oder glaubt man dem Sozialismus auf die Beine zu helfen, daß man ein Demonstrationsobjekt schafft, an dem man beweisen kann: Seht, das leistet euch der Staat?

Solcher Demonstrationsobjekte bedürfen wir nicht mehr. Da haben wir Post und Telegraphie, Staatsbahnen, Bergwerke, Salinen und Waldungen, das stehende Heer sogar läßt sich dafür verwenden. Denn so theuer es uns zu stehen kommt, ich bezweifle sehr, daß eine Aktiengesellschaft, etwa unter Leitung des Herrn v. Bleichröder oder des Herrn Miquel, bei gleicher Quantität und Qualität wie jetzt, es ebenso billig wie der Staat verwaltete. Also an Beweisgegenständen fehlt es nicht, zur Noth giebt's auch noch Staatsfabriken (Gewehrfabriken, Kanonengießereien, Eisenbahnbaufabriken ꝛc.), wie in der Commune sich Gas- und Wasserleitungsanstalten, Theater und Berieselungsfelder ꝛc. finden.

Es ist überhaupt sehr bedenklich, ohne strenge Verwahrung und sehr bedingte Einschränkung an Staatseinrichtungen, wie die Post ꝛc., das Praktische und Durchführbare des Sozialismus den Unempfindlichen beweisen zu wollen. Günstigsten Falles läßt sich damit nur beweisen, daß bei dem heutigen Staatsbetrieb dieselben Grundsätze maßgebend sind, wie bei dem bürgerlichen Großbetrieb, daß ersterer, wenn gut geleitet, verhältnißmäßig gerade so billig ist, wie ein gut geleitetes Privatunternehmen. Damit hört aber auch der Vergleich für den Sozialismus auf, denn beide sind Ausbeuter-Unternehmungen und es fällt dem gewöhnlichen Mann nicht leicht, sich klar zu machen, daß er in der sozialistisch organisirten Gesellschaft etwas ganz anderes ist, als ein Staatsproletarier in einer Staatseinrichtung des heutigen Klassenstaats.

Gerade die traurige Stellung, welche die meisten Staatsbediensteten gleich den Privatbediensteten einnehmen, macht einen Hinweis auf heutige Staatseinrichtungen keineswegs verlockend und sehr beweiskräftig, und die Thatsache, daß wir für die Erhöhung der erbärmlichen Gehälter der Post- und Bahnbeamten ꝛc. eintreten müssen, sollte davor warnen. Wir gewinnen diese Beamten dadurch allmählich, aber wir gewinnen sie nicht als Beamte, sondern als Proletarier, und als solche sind sie uns im Privatdienst leichter zugänglich als im Staatsdienst. Die heutigen gewerblichen Staatsunternehmungen haben mit dem Sozialismus nichts weiter gemein als den Namen, und dieser täuscht.

Einer Uebertragung gewerblicher Unternehmungen auf den Staat kann der Sozialismus unter den heutigen Verhältnissen nur dann das Wort reden, wenn sie wirklichen Culturzwecken dienen und die Ueberschüsse derselben, nachdem diejenigen, die sie erzeugt, nach den gegebenen Verhältnissen auskömmlich bezahlt sind, für Förderung weiterer Culturzwecke verwandt werden. Unter diesen Bedingungen dürften die Ueberschüsse sehr schmelzen. Oder wenn, wie in dem vorliegenden Falle, die Ueberschüsse der Feuerversicherung den Versicherten selbst wieder nach Maßgabe ihrer Einzahlungen rückvergütet würden, wie das in jeder auf Gegenseitigkeit beruhenden Feuerversicherungsgesellschaft thatsächlich der Fall ist.

Der Staat soll und darf nicht wie der Bourgeois Geschäfte machen, am allerwenigsten um dadurch culturfeindliche Einrichtungen zu unterhalten. Da aber ohne Ueberschüsse der Rittinghausen'sche Antrag seinen Zweck verfehlt, also für das Reich überflüssig ist mit Ueberschüssen aber kulturfeindlich wird, ist er von der Sozialdemokratie ohne Frage zu bekämpfen. Jede Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit in Privathänden nähert sich dem sozialistischen Prinzip mehr, als das Rittinghausen'sche Projekt in den heutigen Staatshänden.

Ob Genosse Rittinghausen sich durch diese Einwendungen eines Besseren überzeugen läßt, weiß ich nicht. Sache der Genossen im Rheinland, die ohne gründliche Prüfung sich durch den Rittinghausen'schen Antrag bestechen ließen, wird es sein, die Einwendungen sorgsamst zu prüfen und einen Antrag zurückzunehmen, dessen öffentliche Erörterung im Reichstag sie und die Partei bloßstellt.

(Die Redaktion des „Vorwärts", in der ja auch zwei „Reichstagsabgeordnete" sitzen, hat es bisher nicht für nöthig gehalten, sich in die Polemik über den Rittinghausen'schen Antrag einzumischen. Dringend erschien uns die Sache schon deshalb nicht, weil wir wissen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag unter allen Umständen in einheitlicher Weise vorgehen wird. Rittinghausen können wir doch unmöglich das Recht absprechen, für seinen Vorschlag zu agitiren; daß er ihn nicht gegen den Willen der übrigen sozialistischen Abgeordneten einbringen wird, hat er bereits ausdrücklich erklärt — obgleich wir eine solche Erklärung kaum für nöthig gehalten hätten. R. d. V.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein reaktionärer Beschluß des preußischen Obertribunals. Durch § 166 des Strafgesetzbuchs, welcher die Beschimpfung einer der christlichen Kirchen resp. einer Religionsgesellschaft unter Strafe stellt, soll, nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 6 Dezember 1877, einerseits nicht die persönliche Ehre, sondern das religiöse Gefühl der dort bezeichneten Religionsgesellschaften geschützt werden, und andererseits können nach diesem Paragraphen die Kirchen und Religionsgesellschaften ebenso wohl durch einzelne Ausdrücke von objektiver herabwürdigender Bedeutung, wie durch die Tendenz und den Zusammenhang ganzer Artikel, selbst wenn diese in der Form der Kritik sich darstellen, beschimpft und verächtlich gemacht werden. — Was sagen unsere „Culturkämpfer" dazu? Jetzt geht's auch ihnen an den Kragen. —

— In Oesterreich streben selbst die gemäßigt-liberalen Parteien der einjährigen Dienstzeit für alle Dienstpflichtigen zu. Sie beziehen sich darauf, daß allerdings eine Herabminderung von 800,000 auf 600,000 Soldaten für die Rolle, welche Oesterreich bei den gegenwärtigen Verwicklungen spielt, angemessen sei; daß aber die Regierung von der Ziffernhöhe nichts ablassen werde, sei gleichfalls sicher. Deshalb könne nur die einjährige Dienstzeit helfen, die eine Höhe von 800,000, ja 900,000 Soldaten zulasse und doch die Steuerzahler erheblich entlaste. Die türkischen Soldaten, deren Tapferkeit, Umsicht und Gefechtstüchtigkeit man überall bewundert, haben im Durchschnitt kaum ein halbes Jahr gedient. Die längere Dienstzeit ist immer lediglich gegen den „innern Feind" gerichtet.

— Wir erhalten von unserm Berliner Correspondenten folgende Zuschrift: In einer meiner letzten Correspondenzen machte ich, natürlich unter berechtigten Zweifeln, darauf aufmerksam, daß von Seiten des Bundesraths noch in letzter Stunde eine, wenn auch nur partielle Beschickung der Pariser Ausstellung geplant würde. Nun entpuppt sich die Nachricht dahin,

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Fortsetzung.)

Anders als diese Sonnensystemdurchleuchtete ist Jarno Montan's terrestrische Freundin, die er mit Lydien und Philinen als wundersames Gegenstück zu Makarien mubringt. Sie fühlt magnetisch verborgene Quellen, zittert wenn sie über Metalladern geht, die klaftertief im Erdreich schimmern, ihrem Gefühl so sichtbar oder doch wahrnehmbar, wie uns die elektrischen Fluida nach Funkenblitz und Nervenerschütterung. Ausgeführt hat Goethe dies Mysterium nicht; aber mich freut das gerade, denn eben die Perspektive in diese Abgründe der dunklen und unbekannten Natur des Doppelwesens, das da Mensch heißt, macht mir poetisch einen viel tiefern Eindruck, als breite Wortmalerei vermöchte.

Also Makarie: ätherdurchtränkt — sonnig-lichi; Montan's Freundin: ganz tellurisch-dumpf, grund- und bodengenährt — erdbeeinflußt.

Nun aber schwebt zwischen Himmel und Erde die viel zu dulden und wirken bestimmte Menschheit. Ihr Sinn ist auf Zweies gerichtet nach einem bekannten Goethe'schen Distichon: Leben und Kinder erziehn.

Die wahrhaft humane Form nun der zukünftigen Menschengesellschaft malt der Dichter im prophetischen Traume uns so aus: einst wird die ganze Erdbewohnerschaft einen Arbeiterbund, eine Cooperationsgenossenschaft bilden; auf gemeinsame Kosten erziehen sie die Kinder in einer besondern Provinz, die ein ungeheurer Kindergarten ist. Darnachzulesen, wie diese pädagogische Provinz eingerichtet sein soll, das muß ich dem Leser ganz überlassen. Es ist breit und klar geschildert im II. Buch ..... Der künftige Erdenstaat selbst ist dagegen, wie Jeder sich denken wird, nur in den allgemeinsten Umrissen, aber markig und deutlich gezeichnet, nämlich: 1) aller und jeder Standesunterschied ist aufgehoben, 2) alle und jede nützliche Arbeit ist gleichberechtigt, 3) der ganze Staat ist auf Geister- und Körper-Arbeitskraft begründet! Z. B. also (um ein kleines Charakterstrichlein zu copiren) sind außerordentlich viele Uhren allerorts aufgestellt, die jede Viertelstunde hell anschlagen, denn: die Zeit ist außerordentlich wichtig!! Doch Glocken fehlen mit ihrem buddhistisch-christlichen Gebimmel! — sowie auch ohr- und hirnbetäubende Trommeln; nur Blasinstrumente begleiten die Menschenstimme! Jedes Instrument aber hat seinen abgesonderten Uebungs- und Lehrbezirk, fernab von den sonstigen Wohnstätten. — Ferner: der Turnunterricht ist verbunden mit geistigen Uebungen in regelrechter Abwechselung. Die Heiligthümer sind in einen besondern Bezirk eingeschlossen, selten nur den Zöglingen zugänglich. Keine Religion, die sich auf Furcht gründet, wird hier geachtet. Die muthige Obrigkeit duldet nie ein Glied des Staatsganzen außerhalb seiner Sphäre. Dreifache Ehrfurcht: wird Allen eingeprägt: vor dem was über — was unter — was um uns ist. „Aus diesen Dreien entspringt die oberste Ehrfurcht, die vor sich selbst, und jene Drei entwickeln sich abermals aus dieser, so daß der Mensch zum Höchsten gelangt, was er zu erreichen fähig ist: daß er sich selbst für das Beste halten darf, was Gott-Natur hervorgebracht; ja daß er auf dieser Höhe verweilen kann, ohne durch Dünkel und Selbstheit wieder ins Gemeine gezogen zu werden." — So erzogene Menschen hält bloße Form und Sitte schon in Ordnung. Zwang ist daher nicht vorhanden, aber wohl Polizei, die nur den einzigen Grundsatz kennt: Niemand soll dem Andern unbequem sein — sonst wird er beseitigt, bis er begreift, wie man sich anstellen muß. In jedem Bezirk sind drei Polizeidirektoren, die alle acht Stunden wechseln — schichtweis! Die höchste Obrigkeit ist nie an Einem Ort, sie zieht beständig umher wie einst die deutschen Kaiser. Sie allein darf mißbilligen, strafen, aber auch nicht ohne Zuziehung von Geschwornen; alle Strafen sind einfach: Absonderung, länger und kürzer, stets mit Beschäftigung! Alles Einzelne bleibt Problem — wie dürft's der Dichter anders sagen? „In der Mitte bleibt das Problem liegen, unerforschlich vielleicht, vielleicht auch zugänglich, wenn man's danach anfängt."

Ein Traum, von einem höhern Genius geträumt, ist jedes Phantasiegebilde. Ein Traum ist Goethe's Utopie. Der Sinn aber, in dem dieses Utopien vorgeführt wird, gleicht dem Sinne jedes Philanthropen, der da von Neuem predigt das ewig alte Evangelium der Liebe, das, wie Lessing sagt, in St. Johannis Testament Alles und Alles zusammenfaßt mit den Worten: „Kindlein ertraget Euch unter einander!" So malt denn uns alle Hoffnungsträume zuletzt des vornehmen Odoardo Lieb für die in Europa Bleibenden:

Bleiben, Gehen; Gehen, Bleiben,
Sei fortan dem Tücht'gen gleich. —
Wo wir Nützliches betreiben,
Ist der wertheste Bereich.
Dir zu folgen wird ein Leichtes;
Wer gehorchet, der erreicht es;
Zeig' ein festes Vaterland —
Heil dem Führer! Heil dem Band!

Du vertheilest Kraft und Bürde
Und erwägst es ganz genau;
Giebst dem Alten Ruh' und Würde,
Jünglingen Geschäft und Frau.
Wechselseitiges Vertrauen
Wird ein reinlich Häuschen bauen —
Schließen Hof und Gartenzaun —
Auch der Nachbarschaft vertrauen.

Wo an wohlgebahnten Straßen
Man in neuer Schenke weilt,
Wo dem Fremdling reichermaßen
Ackerfeld ist zugetheilt:
Siedeln wir uns an mit Andern,
Eilet, eilet einzuwandern
In das feste Vaterland! —
Heil dem Führer! Heil dem Band.

Erörtern wir diese Verse, so scheinen sie nichts als eine erweiterte Ausführung zu sein jenes kurzen berühmten Doppelverspaars aus dem letzten irdischen Monologe Faust's:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß" (d. h. täglich erarbeiten!)
„Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis, sein tüchtig Jahr."

daß der Bundesrath den deutschen Ausstellern eine Frachterleichterung der Ausstellungsgegenstände auf den Staatsbahnen und den unter Staatsaufsicht stehenden Linien zugesagt hat und zwar dahin, daß der Rücktransport nicht verkaufter Gegenstände frachtfrei sein soll. Das ist die ganze Betheiligung des Bundesraths und des deutschen Reichs an der Ausstellung. Möchten, dem entgegen, nur recht viele deutsche Industrielle im eigenen Interesse und aus Patriotismus und im Interesse der deutschen Industrie die Pariser Weltausstellung beschicken!

— Politische Heuchelei. In Frankreich ist jüngst ein Offizier abgesetzt worden, weil er einem Befehl, der ihm verfassungswidrig erschien, nicht gehorchen wollte und keine Lust hatte, gelegentlich auf das Volk schießen zu lassen. Darüber sprach Louis Blanc vor einigen Tagen in einer Versammlung von Pariser Gemeindewählern und sagte u. A:

„Giebt es wohl etwas Traurigeres, sagte er, als die Thatsache, daß man den Major Labordère, weil er erklärte, seinen Degen nicht im Dienste eines Staatsverbrechers beflecken zu wollen, zur Disposition gestellt hat? Daß vom 16. Mai bis zum 14. Dezember eine permanente Verschwörung bestanden hat, die auf die Veränderung der Regierungsform abzielte, müssen wir auch ohne Enquete schon nach der blutdürstigen Sprache der Blätter der anti-republikanischen Coalition, nach ihren wüsten Appellen an die rohe Gewalt glauben, und das ist gewiß schon sehr bedenklich; aber der Streich, welcher dem Major Labordère gerade von den Männern versetzt wurde, in deren Interesse er sich im Voraus geweigert hat, bei einem Rechtsbruch mitzuwirken, ist etwas noch Bedenklicheres. Welcher Soldat soll sich nicht jetzt im Voraus zur Ausführung aller Verbrechen verurtheilt glauben, da er sich doch auf jeden Befehl, den er erhält, sagen muß: Wehe Dir, wenn Du nur im Geringsten zauderst! Denn selbst wenn Diejenigen, die nicht mitwürgen wollen, das Feld behaupten, würden sie Dich dafür bestrafen, daß Du nicht mitgewürgt hast!" Wer erkennt nicht, daß eine solche Praxis den finsterſten Complotten einen sicheren Erfolg verspricht und Freiheit, Vermögen und Leben Aller einem Einzigen preisgiebt, der, an der Spitze der militärischen Hierarchie stehend, nur zu sprechen braucht, um sich der ganzen Armee als einer Maschine zum Zermalmen der Köpfe zu bedienen? Warum haben die Männer vom 16. Mai ihre Verwegenheit nicht bis zu einem Staatsstreich getrieben? Wahrscheinlich weil sie, wie man sagt, „der Armee nicht sicher waren." Vortrefflich, wenn sie aber der Armee sicher gewesen wären, was wäre dann nach der Doktrin, welche die Regierung vom 14. Dezember auf den Major Labordère angewendet, aus der Republik, der Freiheit, dem Lande und dieser Regierung selbst geworden? Ich weiß die abgedroschenen Antworten, welche die Anhänger des passiven Gehorsams auf diese Fragen zu geben pflegen; ich weiß, daß nach ihrer Meinung die Mannszucht im Heere eine blinde, taube, nöthigenfalls sogar blödsinnige und thierische sein muß; ich kenne den Ausspruch des Generals Changarnier: „Der Offizier ist für den Soldaten das leibhaftige Gesetz", und ich habe Herrn Dupanloup im Verdacht, sich nicht zu erinnern, daß die Kirche unter ihre Heiligen die christlichen Soldaten versetzt hat, welche in dem heftigsten Kampfe zwischen dem erstehenden Christenthum und den römischen Kaisern sich weigerten, den Götzenbildern zu opfern. Ohne Disziplin keine Armee, mag sein. Welchen Schluß soll man aber daraus ziehen, wenn die Disziplin nicht gebrochen werden soll und es andererseits theuerer zu stehen kommen würde, wenn man sie immer und unter allen Umständen respektirte? Der Schluß ist der, daß die Armee niemals zur Bewältigung innerer Unruhen verwendet werden sollte, daß man sowohl für die Sicherheit des Volkes als für die Sittlichkeit der Armee selbst den Soldaten niemals zwingen soll, zwischen seinen Pflichten als Militär und jenen als Bürger zu wählen, daß die Armee dazu bestimmt ist, den Landesboden zu vertheidigen und nicht der Polizei als Stütze zu dienen (Rufe: Sehr gut!), daß vielmehr den zu einer Nationalgarde vereinigten Bürgern das Recht und die Pflicht obliegt, die Ruhe der Stadt und die Freiheiten der Nation zu beschützen."

Ganz vortrefflich. Wir unterschreiben jedes Wort. Wer aber sah ruhig mit zu, ja wer billigte es ausdrücklich, daß die Armee im Mai 1871 zur scheußlichsten Schlächterrolle verurtheilt und gegen das, obendrein vollkommen in seinem Recht befindliche Volk von Paris verwandt wurde? War es nicht ein gewisser Louis Blanc, Exsozialist und Exdemokrat, jetzt Spießgeselle des Erzreaktionärs Dufaure und des prinzipiellen Stellenjägers Gambetta?

— Ausländische Strikes. In Angers (Frankreich) ist ein Strike der Schuhmacher ausgebrochen an dem 400 Gesellen betheiligt sind. — In Genua (Italien) striken die Kutscher wegen Tarifdifferenzen. — Der von uns schon erwähnte Strike in Biella (Italien) währt noch fort und nimmt größeren Umfang an. Das Militär hat die Bewachung der Etablissements übernommen und die Polizei vollzieht Verhaftungen. — Ueber den Cigarrenarbeiterstrike in Newyork berichtet die dortige „Arbeiterstimme", daß derselbe jetzt in die kritische Phase getreten sei, wo es sich nur noch um eine kurze Zeit des Ausharrens handle, um ihn siegreich für die Arbeiter zu beendigen. „Wenn sämmtliche Gewerkschaften ihre Pflicht thun — ist der Strike gewonnen. Wenn nicht — nicht!"

— In Italien ist Lamarmora gestorben, Verfasser der berühmten Schrift: „Ein wenig mehr Licht!", und Enthüller der famosen preußischen „Stoß ins Herz"-Note. Unsere Reptilpresse bewirft noch den Todten mit Koth, was dem Mann nur zur Ehre gereichen und der Thatsache keinen Abbruch thun kann, daß alle von ihm veröffentlichen Aktenstücke ächt waren. Daher die Wuth. Wäre er ein Fälscher gewesen, dann hätte sich das Reptilgesindel leicht mit ihm abgefunden und befreundet, wie mit anderem Fälschergsindel.

— Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Russen und Türken haben (wir schreiben das am Sonntag) noch nicht einmal begonnen; die Türken sind bereit in die Verhandlungen einzutreten, aber die Russen, die vor Forcirung des Balkan ein Interesse hatten, einen Waffenstillstand zu suchen, haben jetzt, wo ihnen der Weg nach Adrianopel so ziemlich offen steht, umgekehrt ein Interesse, den Waffenstillstand möglichst hinauszuschieben und die Frist nach Kräften militärisch auszunutzen.

Es scheint sicher, daß die englische Regierung der Pforte zum Eintritt in Waffenstillstandsverhandlungen gerathen hat, mit der Absicht, Rußland auf diese Weise zur Bekanntgabe seiner Friedensbedingungen zu nöthigen, die es bisher hartnäckig verschwiegen hat — aus guten Gründen. Jedenfalls hüte man sich vor allzu sanguinischen Friedenshoffnungen. Statt den Frieden zu bringen, könnten die Waffenstillstandsverhandlungen sehr leicht den „lokalisirten" Krieg durch Hineinziehung anderer Staaten, — wenn auch nicht sofort — zu einem europäischen Krieg machen. Der russisch-türkischen Auseinandersetzung folgt jetzt die europäische. Und sie ist die schwierigere und gefährlichere.

— „Die Rundschau" richtet an die Parteigenossen folgende beherzigenswerthe Ansprache:

„Hervorgerufen durch einen Beschluß des letzten Parteicongresses gaben sich die Herausgeber der Hoffnung hin, daß ebenso einmüthig, wie der Congreß die Herausgabe des Blattes beschloß, die Parteigenossen und Freunde der sozialistischen Sache für die weiteste Verbreitung desselben eintreten würden. Leider wurde diese Voraussetzung getäuscht.

„Trotzdem die Parteigenossen an manchen Orten und besonders in den schlesischen und sächsischen Gebirgsdörfern mit größter Energie für die Verbreitung der „Rundschau" eintraten und auch ganz anerkennenswerthe Erfolge erzielten, so blieb doch im Allgemeinen der Erfolg weit hinter den Erwartungen, besonders in den einzelnen großen Städten, zurück.

„Was soll man zu der Thatsache sagen, daß das schlesische Weberdorf Wüstegiersdorf mit seiner blutarmen Bevölkerung mehr Abonnenten auf die „Rundschau" zählt, als die drei größten Städte Preußens: Berlin, Breslau und Köln zusammen?

„Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieser Zustand mit dem neuen Jahre sich ändere, und daß es gelingt, die Auflage des Blattes auf eine solche Höhe zu bringen, wie sie ihm als Centralblatt für die sozialistische Agitation in Deutschland gebührt.

„Parteigenossen! Sorgt im neuen Jahre dafür, daß die Hoffnung der Herausgeber dieses Blattes keine trügerische sei, und daß durch massenhafte Verbreitung desselben der Zweck, den der Congreß mit der Gründung desselben beabsichtigte, auch erreicht werde.

Thue jeder Partei- und Gesinnungsgenosse seine Schuldigkeit!

Mit sozialdemokratischem Gruß
Die Redaktion und Expedition der „Rundschau".

„NB. Die „Rundschau" kostet monatlich 25 Pfg. und erscheint in Hamburg."

— Der Redakteur der „Fackel", Genosse Künzel, ist vom Leipziger Gericht zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt worden wegen Beleidigung eines Gastwirths in Eythra.

— „Rückgang." Die neueste Nummer des erst seit wenigen Monaten bestehenden „Erzgebirgischen Volksblattes" (für den Stollberger Wahlkreis und Umgegend) enthält folgende Bekanntmachung der Redaktion: „Den Freunden des „Erzgebirgischen Volksblattes" können wir die erfreuliche Mittheilung machen, daß der Bestand des Blattes gesichert ist. Die Zahl der Abonnenten beträgt bereits 1200 und wird jedenfalls noch eine Steigerung erfahren. Wir sagen vorläufig Allen, welche für die Einführung des Blattes gewirkt haben, besten Dank und hoffen, daß sie in ihrem Bemühen, das junge Unternehmen zu fördern, nicht nachlassen werden."

— Der Schriftsteller Herr Wilhelm Liebknecht hier ist anläßlich der Veröffentlichung des in Nr. 233 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 5. Oktober 1876 S. 1889 f. zum Abdruck gelangten Briefes, sowie zweien in den Nummern 3 und 5 des „Vorwärts" vom 6. und 11. Oktober 1876 zum Abdruck gelangten, mit den Worten „Dummdreist", bez. „Gott behüte mich vor meinen Freunden" beginnenden Artikel wegen Beleidigung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Hans Blum hier nach §§ 185, 186 und 73 des Reichs Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe im Betrage von dreihundert Mark rechtskräftig verurtheilt worden, was gemäß § 200 Absatz 2 des angezogenen Reichsgesetzes hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 7. Januar 1878.

Königl. Gerichtsamt im Bezirksgericht, Abtheilung II. B.
Bieler. Ortmann.

Correspondenzen.

London, 8. Januar. Graf zu Münster, deutscher Botschafter zu London, ertheilte der auf einer öffentlichen deutschen Volksversammlung gegen die Importation deutscher Steinhauer, abgehalten am 25. Dezember v. J., ernannten Deputation heute früh eine Audienz. Die Deputation bestand aus den Herren Busch, Fricke, Göbel, Hoffmann, Mai, Mändel, Neve, Scherzer und Weber. Die Deputation wurde auf das freundlichste empfangen und Mändel, welcher vor einigen Tagen eine Privataudienz beim Botschafter hatte, führte die Deputation ein. Er setzte die Sachlage klar auseinander und machte im Hinweis auf das Betragen der Herren Agenten Napp, Höschle und Co. auf den § 144 des deutschen Strafgesetzbuches aufmerksam, welcher lautet: „Wer es sich zum Geschäfte macht, Deutsche unter Vorspiegelung falscher Thatsachen oder wissentlich mit unbegründeten Angaben zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängniß von einem Monate bis zu zwei Jahren bestraft." Herr Weber, Mitglied der nach Süddeutschland gesandten Deputation der englischen Steinhauer ergriff sodann das Wort und berichtete, auf welche Weise die Steinhauer in Süddeutschland bewogen werden, hierher zu kommen und die Stellen der sich im Strike befindenden Engländer einzunehmen. Unter anderm bekonnte er auch, wie durch die Vermittlung des königlich württembergischen Hofrath Kauba die Verträge im Beisein der Agenten festgesetzt und unterzeichnet werden, wodurch selbige einen offiziellen Charakter bekämen. Als Antwort auf die Frage des Botschafters: „Ob diese Verträge gebrochen worden seien?" erklärte der Sprecher, daß der Vertrag Arbeit für 12 Monate und 9 Pence per Stunde garantirt, daß aber der letzte Paragraph des Contrakts, welcher lautet: „Sobald die Arbeit ungenügend und die Regeln des Hrn. Bull nicht eingehalten werden kann der Arbeiter sofort ohne Entschädigung entlassen werden", dem Arbeitgeber jeder Zeit die Macht gibt, den Contrakt zu brechen. Die Arbeiter stünden dem Arbeitgeber hilflos gegenüber, und erhielten in Wirklichkeit statt der versprochenen 6 Pence per Stunde nur 4 und 5 Pence, wozu noch komme, daß, da die Deutschen der englischen Sprache nicht mächtig seien, sie auch nicht im Stande wären, sich vor den Gerichten Recht zu verschaffen. Herr Weber führte ferner an, daß man den Steinhauern in Stuttgart gesagt hätte, daß dann, wenn man sie nicht vertragsgemäß bezahle und behandle, der Botschafter oder Consul sie nach Hause befördern müsse, worauf der Botschafter erwiderte „daß solches nicht stattfinden könnte." Der Graf zu Münster fragte dann, wie viel der englische Steinhauer verdiene, worauf ihm von der Deputation erwidert wurde, daß ein englischer Steinhauer durchschnittlich 35 bis 38 Schillinge per Woche verdiene und in den Wintermonaten beträchtlich weniger, was den Gesandten veranlaßte, seine Ansicht dahin auszusprechen, daß er kaum glaube, daß dieser Verdienst für eine so harte Arbeit zum Leben hinreichend sei, und daß der Verdienst der Steinhauer in Deutschland verhältnißmäßig besser wäre. Nach Beantwortung mehrerer anderer Fragen durch verschiedene Mitglieder der Deputation sagte Herr Weber, daß die direkte Betheiligung der württembergischen Regierung bei der Importation der Steinhauer sehr unweise sei, indem dadurch das gute Einverständniß zwischen englischen und deutschen Arbeitern im allgemeinen getrübt

---

Deutlicher also: „das Vaterland", singen die Brüder des Arbeiterbundes, „ist da, wo der Tüchtige seine Kräfte würdig verwerthen kann." Vaterlandslos im Treitschke'schen Knabenweisheitssinne scheint Goethe bis zum letzten Lebensjahre gewesen zu sein! Aber mehr noch! Man höre und staune. Die Gesellschaft selber vertheilt die Kraft und ihre richtige Anwendung wie die Bürde nach dem Bedürfniß des Allgemeinen, dem Jeder sich, Jedermann insgesammt und jeder Einzelne, ohne eine einzige Ausnahme, als Gemeindediener, als Mitbeamter und Angestellter des großen menschlichen Gemeinwesens, unterzuordnen hat. Die Gesellschaft natürlich erwägt das ganz genau und der Einzelne hat sich zu fügen, wie 90 Prozent der jetzigen Einwohnerschaft Europas ja auch sich fügen müssen dem Gebote der „Arbeitgeber".

(Fortsetzung folgt.)

— Nochmals Hr. Hofprediger Stöcker. Dieser christliche Biedermann veröffentlicht in der „Nationalzeitung" eine zweite Erklärung, die also lautet:

„Geehrte Redaktion! Sie haben mir in der Sache der am 3. Januar abgehaltenen Volksversammlung schon einmal das Wort gestattet; erlauben Sie mir auch der „Berliner Freien Presse" gegenüber, die meine in Ihrem Blatte gegebene Berichtigung citirt, einige Bemerkungen.

Die „Freie Presse" leugnet, daß Herr Most mit seinem poetischen Citat den Mord proklamirt habe und beruft sich dafür — als einzigen Beweis! — auf das Nichteinschreiten des überwachenden Beamten. Dieser Beweis genügt nicht. Das Wort: „Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen" hat Herr Most nicht der Kirche, sondern den „Pfaffen" zugerufen; aber dies Wort sagt bekanntlich Tell zu Geßler, ehe er denselben ermordet. (!!) In der sozialdemokratischen Literatur ist eine zum Mord hinzielende Benutzung des Tell nicht neu. Unter den „Gedichten und Liedern freisinniger und sozialdemokratischer Tendenz" (Zürich, 1872) findet sich folgender Vers:

„Wohl von allen Kirchen im christlichen Revier
Ist die Tell's-Kapelle die allerliebste mir,
Auch ihr Patron gefällt mir am allerbesten noch,
Weil er sein Volk befreiet so kühn von hartem Joch.
Gäb's doch statt aller Kirchen nur solche Kapellen blos,
Dann wäre auch die Welt von tausend Geßlern los.

Ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß hier in poetischer Weise zum Morde aufgefordert wird. Auch in dem Proletarier-Liederbuch des Herrn Most selbst sind Mahnrufe zur Revolution (S. 19):

Wir haben lang genug geharrt,
Man hat uns lang genug genarrt,
Jetzt greifen wir zu unserem Recht,
Jetzt stellen wir uns zum Gefecht;
Es wirbelt dumpf das Aufgebot,
Es flattert hoch die Fahne roth:
Arbeitend leben oder kämpfend den Tod!

Jedenfalls darf Herr Most nach diesen gedruckten Aeußerungen sich nicht wundern, daß ich sein Citat nach dem ursprünglichen Sinn aufgefaßt habe. Möge er erklären, daß er wie seine Partei die blutige Revolution verwirft, und ich nehme meine Auffassung als ein Mißverständniß gern zurück. Damit wäre auch die Alternative beseitigt, die ich der Sozialdemokratie gegenüber aufgestellt habe: innerlich überwinden oder äußerlich vernichten, wobei ich übrigens selbstverständlich an das Unschädlichmachen der Partei, nicht etwa an die Vernichtung der Personen gedacht habe. (Oho!) Daß ich das sozialistische System als solches verworfen und nur einige gesunde Forderungen des Sozialismus für berechtigt anerkannt habe, zeigt der Wortlaut meiner Rede, die bald gedruckt vorliegen wird. Unmöglich kann ich doch ein System anerkennen, das, wie ich ausdrücklich hervorgehoben habe, nur durch eine blutige Sozialrevolution in der Art der Kommune durchführbar wäre.

Schließlich darf ich wohl mit tiefem Schmerz darauf hinweisen, daß das „Tageblatt" urtheilt, die Sozialdemokraten seien ihm noch lieber als unsere christlich soziale Arbeiterpartei. Mir erscheint die Möglichkeit eines solchen Urtheils in einer liberalen Zeitung als ein Unglück unserer Zeit. Ergebenst Hofprediger Stöcker."

Zum letzten Citat (nach dem Vers: „Arbeitend leben oder kämpfend den Tod" wird folgende Fußnote gemacht:

„Wer die Literatur der Sozialdemokratie kennt, der weiß, daß dieselbe zur Gewaltthat reizt und drängt."

Wer dies nette Denunziationchen und Lügchen verübt hat: ob der christlich-soziale Stöcker oder der liberal-manchesterliche Dernburg, wird nicht gesagt; es ist auch überflüssig — sie sind beide gleichfähig, und wir wüßten nicht, wem wir die Palme ertheilen sollten. Was sollen wir aber zu der albernen Zumuthung des Hrn. Hofpredigers sagen, Most, bezw. unsere Partei möge erklären, daß sie die blutige Revolution verwirft! Weiß denn der Pfaffe nicht, daß das schon hundertmal geschehen ist? Eins von Zweien. Entweder weiß er es nicht, und dann befundet er, der „Sozialist", eine haarsträubende Ignoranz. Oder er weiß es, und dann — nun was dann, Herr Hofprediger? Jedenfalls lassen wir Ihnen die Wahl und — entlassen Sie hiermit auch aus unserm Feuilleton

— Wie der Mensch leicht zu einem Orden kommen kann. Dem Bureaudirektor des Abgeordnetenhauses, Geheime Rath Kleinschmidt, ist von dem König von Italien das Offizierkreuz des Ordens der italienischen Krone verliehen worden, und zwar „in Anerkennung zuvorkommenden Verhaltens gegenüber der italienischen Botschaft und italienischen Reisenden von Distinktion." — Der Bureaudirektor des preußischen Abgeordnetenhauses ist wie jeder Beamte, der mit dem Publikum in Berührung kommt, verpflichtet, ein zuvorkommendes Verhalten gegen Jedermann zu beobachten, daß Herr Kleinschmidt dies auch gegen die italienischen Reisenden that, dafür erhielt er den Orden.

— Wer ist Grüneberg? Der plötzlich so „berühmt" gewordene Paulus der evangetisch-christlich sozial-monarchischen Partei, Schneidergehilfe Grüneberg, den man fälschlich mit dem früheren Mitredakteur an der „Bergischen Volksstimme", Grünewald, verwechselt, ist früher in München gewesen und auf Antrag der Münchener Parteigenossen damals vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausgeschlossen worden. Das Nähere werden die älteren Münchener Arbeiter mittheilen können. Darauf hat sich der ꝛc. Grüneberg mehrere Jahre in Berlin aufgehalten, ist auch in einzelne sozialistische Versammlungen gekommen, hat sich aber aus naheliegenden Gründen nicht an der Debatte betheiligt. Daß nun Herr Pastor Stöcker in seinem bekannten Referat von einem Manne spricht, der zehn Jahre lang Agitator der sozialdemokratischen Partei gewesen sei, das beweist nur, daß sich Herr Stöcker leicht etwas weiß machen läßt und daß es diesem neuen Paulus ebensowenig darauf ankommt als dem alten Paulus, gelegentlich einmal die Unwahrheit zu sagen. — Die andern beiden „Pauluſſe", Klinkhardt und Zielowsky sind neueren Datums, deshalb in der Partei besser bekannt und wenn wir nicht irren, beide (von Zielowsky wissen wir es gewiß) gleichfalls von der Partei ausgeschlossen worden.

Ein Kleeblatt ganz wie wir es den Sozial-Muckern wünschen.

würde, er glaube, daß in Bezug darauf besonders dem Botschafter Gelegenheit geboten sei, in dieser Sache handelnd einzutreten und seinen Einfluß geltend zu machen. Der Gesandte erwiderte: „**daß er diese Importation der Steinhauer bedaure, denn er wisse, daß alle deutschen Arbeiter darunter leiden müßten, und er wolle im Interesse aller Deutschen eine Warnung in Deutschland ergehen lassen.**"

Und damit war die Audienz beendigt. Warten wir nun ab, was folgt.

Cassel. Wieder liegt ein Jahr der Thätigkeit, des Wirkens der sozialistischen Propaganda hinter uns. Wohl haben die meisten Kreise nach den bei den letzten Wahlen gebrachten Opfern das verflossene Jahr hauptsächlich zum Sammeln neuer Kräfte nöthig gehabt, und dennoch hat die Partei sowohl an Ausdehnung als an Gewinnung innerer geistiger Kraft zugenommen. Die Sozialdemokratie hat in der Begründung der wissenschaftlichen Diskussion ihrer Grundanschauungen in ihren eigens hierzu gegründeten Organen, der „Zukunft" und der „Neuen Gesellschaft", den Beweis geliefert, daß die Idee der Sozialdemokratie nicht „einzelnen Querköpfen" entspringt, sondern daß Niemand sehnlicher als die Sozialdemokraten selbst die wissenschaftliche Diskussion dieser, alles Althergebrachte aus den Fugen treibenden, ein neues von kleinlichem Egoismus befreites Menschengeschlecht erfordernden „Culturidee" wünscht, und daß es ihr nur erwünscht sein kann.

Daß den Vertretern dieser „Culturidee", die, gestützt auf die Wahrhaftigkeit ihrer Anschauungen, dieselben mit einer Energie und Ueberzeugungstreue vertreten, wie sie kaum irgend eine Episode des Völkerlebens aufzuweisen hat, auf dem geistigen Kampfplatz, Männer — wie der possierliche „Dresdner Victor", — obgleich derselbe bombastisch ausposaunt, die Religion, die Wissenschaft und den gesunden Menschenverstand — wie reimt sich das zusammen? — als die Bollwerke, von welchen die Sozialdemokratie aus erfolgreich bekämpft werden könne, für sich allein in Generalpacht genommen zu haben, nicht Stand halten können, haben die leitenden Kreise unserer Gegner längst eingesehen, und es ist der letzte staatsretterische Akt derselben, die Gründung des „Staatssocialist", wohl der unwiderleglichste Beweis hierfür.

Auch unsern Max läßt der traurige Ruhm Victor's nicht ruhen, er gründet die vom 1. Januar ab erscheinende „Sociale Frage", welche in populär-hirschwissenschaftlicher Form gehalten werden soll. Dieselbe wird den Beschlüssen des Geraer Congresses gemäß im Verlage des „Schatzmeisters des Geraer Congresses", Buchhändler Maurer hier, erscheinen. Ob diesem der Verlag der „Socialen Frage" das Defizit, welches demselben der Verlag der famosen „Kutschbach'schen Broschüre", — welche in kaum 50 Exemplaren hier verkauft wurde, wieder einbringen wird? — Wir bezweifeln es. Jedenfalls sollen die Arbeiter wieder zum Opferstock verrannter Hirsch-Kutschbach'scher Projekte gemacht werden. Sorgen wir durch Agitation und Belehrung, durch Ausbreitung unserer Ideen dafür, daß diesen sauberen Patronen baldigst das Handwerk gelegt wird.

Zur Verbreitung resp. Befestigung unserer Grundsätze fanden bis Weihnachten in diesem Monat vier Versammlungen hier am Orte statt, sowie zwei combinirte Versammlungen der hiesigen Gewerkschaften, in welchen nach Vortrag Pfannkuch's über „Centralisation" der Antrag Annahme fand, daß sich sämmtliche Gewerkschaftsmitglieder für die Centralisation aussprachen, jedoch solle es jeder einzelnen Gesammtgewerkschaft überlassen bleiben, wenn sie sich für entwickelt genug halte, in den Rahmen der zu erstrebenden Centralisation einzutreten. Am 2. Dezember fand in Fulda eine Versammlung statt, in welcher bei überfülltem Saale Pfannkuch über das Thema „Was die Sozialdemokraten wollen" sprach und sich eines ungetheilten Beifalls zu erfreuen hatte, so daß sämmtliche Blätter Fuldas dies constatiren mußten. Als Curiosum sei bemerkt, daß der „Hessische Beobachter", der schon eine hämische Notiz zum Drucke bereit hatte, als das ultramontane wie auch das „Fuldaer Kreisblatt" erschienen, in welchen in höchst anständigem Tone anerkannt wurde, daß der dem Redner voraufgegangene Ruf vollständig von demselben gerechtfertigt worden sei; auch Nichtsozialisten seien mit seinen Ausführungen einverstanden gewesen — daß der „Hess. Beobachter" hierauf seinen schon fertigen Satz umstieß und nur eine rein sachliche Notiz brachte. So ist die Taktik des Fortschritts beschaffen. In Rothenditmold und Sondershausen, an welchen Orten Pfannkuch Versammlungen abhielt, war die alte Garde vollzählig am Platz erschienen und wird dieselbe jetzt nachdrücklichst neue Rekruten einexerziren.

Im letztgenannten Dorfe konnte es sich der Sohn des dortigen Schulmeisters anläßlich des Umstandes, daß die Gebäulichkeiten, in welchen unsere Versammlung stattgefunden hatte, am nächsten Tage niederbrannte, nicht versagen, seine Vermuthung dahin auszusprechen, ob wohl nicht die Rothen einen Racheakt ausgeführt hätten. Wir haben diese Vermuthung der militärischen Ausbildung des jungen Herrn zu gute gehalten; er konnte nicht wissen, daß von 100 in Sondershausen am 10. Januar d. J. abgegebenen Stimmen 84 auf Wilhelm Frick gefallen sind, er wäre gewiß sonst vorsichtiger gewesen.

Die Arbeitslosigkeit nimmt, statt ab, täglich noch größere Dimensionen an und steht zu erwarten, daß, wenn erst die wenigen Feiertrags-Aufträge erledigt sind, die andere Hälfte der Wintermonate eine sehr trübe Aussicht für die arbeitende Bevölkerung bieten werden.

Leipzig. Wie verlautet, gedenken die niederen Post- und Telegraphenbeamten einer Anzahl Städte an den Reichstag eine Petition einzureichen, in welcher unter Darlegung der traurigen Lage dieser Beamtenkategorien um eine Erhöhung des Gehaltes gebeten werden soll. Daß diese Petition, wenn sie wirklich an den Reichstag gelangen sollte, nur Material für den Reichstagspapierkorb abgeben wird, verkünden schon jetzt verschiedene nationalliberale Blätter, und zwar mit dem Hinzufügen, daß die Petenten von Glück sagen könnten, wenn der Generalpostmeister Stephan auf die Petition nicht mit der Einleitung des Disciplinarverfahrens antwortete. Das heißt mit anderen Worten, die Nationalliberalen geben den niederen Post- und Telegraphenbeamten schon jetzt zu verstehen, daß an eine Befürwortung der Petition seitens der Reichstagsmajorität nicht nur nicht zu denken sei, daß die Bittsteller vielmehr sehr gut thäten, wenn sie nicht die Unzufriedenen spielten und nach wie vor ohne Murren ihre Pflicht erfüllten. Dieses Verhalten der Nationalliberalen gegenüber den berechtigten Klagen der unteren Post- und Telegraphenbeamten ist, so erbärmlich es auch an sich schon ist, um so empörender, als den höheren und gut bezahlten Beamten genauer Ressorts mit vollen Händen das gegeben wird, was man den unteren und darbenden Beamten vorenthält. Man lese nur, was die „Fackel" über dieses Kapitel zu erzählen weiß:

„Beim Leipziger Telegraphenamt hat eine zweimalige Weihnachtsbescheerung stattgefunden — beide Mal für die Beamten, die ein jährliches Einkommen von 3000 Mark und darüber beziehen, während die sämmtlichen Unterbeamten leer ausgegangen sind. Nur einer von diesen Bedauernswerthen, die ein Jahreseinkommen von 800 bis 1200 Mark haben, hat, als Vater von 9 Kindern und weil er bereits wiederholt um Unterstützung gebeten, eine Gratification von 30 Mark empfangen. Die höheren Beamten erhielten bereits acht Tage vor Weihnachten je 60—, 75 —, 90—, 120 Mark und zu Weihnachten nochmals dieselben Beträge!"

Es läßt sich denken, daß diese Methode der „Weihnachtsbescheerung" nicht allein in Leipzig praktizirt worden ist. Und diese Ungerechtigkeit wagt man Beamten zu bieten, die ihre Gesundheit daransetzen, um die riesige Arbeitslast bewältigen zu können, die ihnen aufgebürdet ist, und deren Klagen über zu niedrige Gehälter kein Ende nehmen!

Stollberg, 8. Januar. So wäre auch das Jahr 1877 seit acht Tagen in den Schooß der Vergangenheit gerollt, und es ist auch ein sehr trauriges gewesen, ein Jahr fast zum Verzweifeln. Auch hier hatte die Arbeitslosigkeit so manche Opfer gefordert, und wenn so ein hungernder Arbeiter zu einem Arbeitgeber kam, so mußte er nicht selten die Worte hören: „Gehen Sie zu Liebknecht, der soll Ihnen Arbeit geben." Nach der Landtagswahl kamen auch einige Arbeiter zu dem Baumeister Uhlemann und soll derselbe ebenfalls solche Worte gebraucht haben. Gewiß sehr — charakteristisch für den Gegencandidaten Liebknecht's. Zu dem verflossenen Bürgermeister kamen auch Arbeitsuchende und baten um Communearbeit. „Geht in's große Haus (Arbeitshaus) hinunter, da giebt's Arbeit", sagte der „gestrenge" Herr. Also, wo die Blödsinnigen 2c. ihr Dasein führen, sollte der ehrliche Arbeiter auch hin. Bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl mag man sich vorsehen, damit wenigstens ein Mann gewählt wird, der, wenn er selbst keine Arbeit schaffen kann, die Arbeiter wenigstens nicht verhöhnt.

Hainichen, 30. Dezember 1877. Gestern fand hier im Saale des Webererinnungshauses eine den Verhältnissen angemessen gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse Oehme auf unser Ersuchen das Referat über die Tagesordnung: „Die Ursachen der heutigen Geschäftskrise und die Industrie in den Strafanstalten" übernommen hatte. Genosse Oehme entledigte sich seiner Aufgabe in längerem Vortrage zu Aller Zufriedenheit, forderte am Schlusse seines Vortrags die Anwesenden zum Eintritt in die Partei und zur werkthätigen Verbreitung unserer Presse („Vorwärts", „Chemn. Fr. Presse", „Rundschau" und „Neue Welt") auf und schloß mit einem Hinweis auf die zur Unterschrift ausliegenden Sammelbogen, denen die Denkschrift bezüglich der industriellen Gefängnißarbeit beigelegt war. Zahlreiche Unterschriften erfolgten. — Gegner schienen nicht vorhanden zu sein, da sich auf zweimaliges Auffordern von Seiten des Vorsitzenden Niemand zum Worte meldete, und bedauern wir aufrichtig, daß die Gegner in unseren Volksversammlungen stets unsichtbar oder scheinbar stumm sind.

F. E.

Briefkasten

der Redaktion. Mehrere Leser in Osnabrück: Derartige Machwerke von anonymen Zeitungsschreibern werden uns täglich zugesandt; es sind meistens nur schlecht gerathene Copien des Erlasses des Landrathes von Oschersleben, des Herrn Stielow, die bekannten Bettler und Vagabonden betreffend. Aus dem eingesandten Ausschnitt können wir übrigens nicht einmal den Namen der Zeitung erfahren, in welchem sich der Artikel: „Zur Arbeitsnoth" von X. Y. Z. befindet. Der Herr schreibt: „Dann will es uns bedünken, daß von der Arbeitsnoth doch nur zu viel Gerede gemacht würde." Einverstanden! Er hätte wenigstens seinen ungewaschenen Mund halten sollen. Dann sagt der Edle: „Unsere Mitbürger können mit absoluter Sicherheit darüber ruhig sein, daß kein sie anbettelnder Osnabrücker darbt." Kein Osnabrücker darbt! Wir gratuliren dieser glücklichen Stadt — zu dem Faxenmacher, der das behauptet. Und ferner: „Wie gewonnen, so zerronnen — zu Arbeiterfesten gehörte Champagner." Dabei fragen wir den Einsender ernstlich: Wollen Sie wirklich, daß wir uns mit solcher Bagage herumschlagen sollen? — G. A. K. in Düsseldorf: Morgengruß wird aufgenommen. Das andere Eingesandt nicht verwendbar. Hauptgrund: Staatsanwalt! — H. T. in Cottbus: Wir verstehen nicht recht, was Sie mit der Notiz bezwecken; wollen Sie sich gefl. deutlicher aussprechen. — H. in H.: Fernere Beiträge erwünscht.

der Expedition. Abonnent der „N. W." Döbeln: Von der dortigen Buchhandlung C. Schmidt ist bei uns noch keine Bestellung eingelaufen, daher wir auch nicht effektuiren konnten. Es liegt entweder Saumseligkeit oder die Absicht, der „N. W." Abonnenten zu entziehen, in der Nichtberücksichtigung Ihrer Bestellung seitens der Schmidt'schen Buchhandlung. Stellen Sie an dieselbe die Frage betr. der „Gartenlaube", die Sie an uns gerichtet.

Achtung.

Sämmtliche Briefe 2c. betreffs der centralisirten Gewerkschaften sind an Unterzeichneten zu adressiren.

H. Holzmann, Harburg, Lindenstraße Nr. 24a.

Quittung. Wgnr hier Ab. 1,25. Richtr Paris Ab. 4,75. Frbr Cosel Ab. 9,55. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. Krch Oberdöbling Ab. 10,20. Lnfrmnn Chicago Ab. u. Schr. 808,40. Frnz Jägerndorf Ab. u. Schr. 16,62. Brnkmnn Hemme Ab. 5,15. Wßmnn Bockenheim Ab. 4,20. Bmgrtnr Göttingen Ab. 7,50. Expedition d. „Hamb.-Altonaer Volksblatt" Ab. u. Schr. 1524,67. Zsch Neureudnitz Ab. 7,25. J. Bb Wien Ab. 5,09. Frnkl Buda-Pest Ab 50,93. Thm hier Ab. 10,00. Sctjn Wien Ab. 26,76. Schlnhn hier Ab. 6,25. Schm Elbing Schr. 1,00. Lng Baden-Baden Schr. 2,20. Fhlngr Mainz Schr. 0,80. Ezd Göpnitz Schr. 2,60. Bgnr Reichenhall Schr. 1,50. Glzl Berlin Schr. 1,40.

Fonds für Gemaßregelte.

Von J. Brndt in Oelsnitz 5,00, von Parteigenossen gesammelt im „Täubchen" zu Anger 1,20.

Anzeigen 2c.

Leipzig. **Donnerstag,** den 17. Januar, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael,** gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Prügelstrafe in den Schulen. Referent Nauert.

60] **Der Agent.**

Ottensen. **Arbeiter-Verein.** **Donnerstag,** den 17. Januar, Abends 8½ Uhr, in **Burmeisters Salon,** 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Antrag Methe's betr. Statutenänderung.

80] **F. Heerhold.**

Ottensen. **Montag,** den 21. Januar, in **Burmeister's Salon** zur

Fahnenweihe des Quartetts „Lassallea"

Großes Concert und Ball.

Saaleöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Karte für 1 Herrn nebst Dame im voraus 40 Pfg.. Damenkarten 15 Pfg., an der Kasse 50 und 20 Pfg. Karten sind an den bekannten Stellen und bei den Colporteuren zu haben. [3,00

Das Comité.

Berichtigung.

In der Annonce **Roh-Tabak-Verkauf** von Gätjens ist der Wohnort unrichtig angegeben. Es muß — statt Hamburg — **Altona,** Rathhausmarkt 36, heißen. [2,70

L'Egalité.

Journal républicain socialiste.

(Organe du parti socialiste en France.)

Paraissant tous les dimanches à Lagny (près Paris)

2, rue du Chariot d'Or.

Abonnement: 3 mois: 3 Mark; — 6 mois: 5 Mark; — un an: 10 Mark. — On s'abonne, soit à la poste, soit en envoyant le montant au journal à Lagny.

Wir empfehlen

Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Leipzig. **Die Expedition des „Vorwärts".**

Im Commissions-Verlage von **R. E. Höhme** in Leipzig, Elisenstraße 1, erschien soeben und ist durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.

Materialien für die sozialistische Agitation.

Von **Bruno Geiser.**

7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. **Kap.** 2. Die Reichsverfassung. **Kap.** 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. **Kap.** 4. Das Gesetz bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und das Hilfskassengesetz. **Kap.** 5. Das Haftpflichtgesetz. **Kap.** 6. Das Lohnbeschlagnahmegesetz. **Kap.** 7. Das Preßgesetz. **Kap** 8 Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhof, Schwarze 2c. **Kap.** 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Soeben ist **im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen** und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Quart-Format. **Preis 1 Mark 20 Pf. pro Stück.**

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts"**

Färberstraße 12.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig.

Expedition der „Neuen Welt".

Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 7. Freitag, 18. Januar. 1878.

Das Bevölkerungsgesetz und die Bewaldung.

III.

Länder wie Deutschland sind als Kulturgeber so wichtig, daß bei der zukünftigen Gestaltung ihrer Gesellschaft auch die deutsche Eigenthümlichkeit der **Waldluft** geschont werden muß. Es giebt keine andre Nation, welche eine solche Liebe zum Walde und Aufenthalte darin zeigt, welche so tief dessen Schönheit fühlte, so rasch verkümmerte, wo sie ohne Bäume, Rosen, Blumen, Schatten und Waldesduft leben soll. In etwas geringerem Grade finden wir dieselbe Eigenschaft auch bei andern germanischen Völkern. Sie würden ausarten, wenn ihre Waldfläche der sonstigen Kulturbedürfnisse halber zu sehr eingeschränkt würde.

Allein daraus folgt nur, daß der Besuch des Waldes allen Volksgliedern zeitweilig erleichtert sein sollte. Sobald für Nahrung, Wasserzufuhr in geregelter Weise, gesunde Luft und Erholung durch Waldflächen in nicht zu großen Abständen und an Stellen, welche überhaupt — der schwierigen Wiederbewaldung wegen — nie ausgedehnt entwaldet werden sollten, gesorgt ist, sind alle Bedürfnisse germanischer Nationalität gedeckt. Jeder weitere Zuwachs an Bevölkerung muß seinen Unterhalt **nicht** durch weitere Entwaldung suchen, sondern durch bessere Benutzung des Acker-, Wiesen- und Waldbodens für Zwecke der Nahrung, Bewässerung und landschaftlichen Schönheit.

Das Maß der gesammten Waldfläche kann ziemlich genau durch den Durchschnitt des Niederschlags für das ganze Land und dessen Theile bestimmt werden. Das Mindestmaß wird herabgesetzt werden können, im Verhältniß wie durch tiefe Auflockerung alles Kulturbodens der Regenfall theilweis entbehrlich wird. Doch sollte das Mindestmaß darauf berechnet sein, daß die Niederschlagmenge im Durchschnitt von elf Jahren (einer Sonnenflecken-Periode) in keinem Landestheile unter 15 Zoll für das Jahr sinkt, wofern nicht Wasserleitungen von fern her einen Zuschuß an Wassermenge erlauben. Die Erfahrung lehrt, daß bei geringerer Niederschlagmenge der Ackerbau ohne künstliche Bewässerung überhaupt aufhört, der Waldwuchs sich auf Bergschluchten und an Flußthäler zurückzieht, die Steppe beginnt und bei noch weiterer Verminderung in Wüstenbildung übergeht. In Deutschland mit durchschnittlich 22 Zoll Niederschlagsmenge ist also vorläufig, und auf lange hinaus, die Grenze der Entwaldungsmöglichkeit nahezu erreicht, an größeren Stellen — wie in Rheinhessen, der Lüneburger Heide, auf der rauhen Alp und auf dem baltischen Landrucken schon fast überschritten. Es sollte also mit weiterer Entwaldung sehr bald innegehalten oder aber die tiefere Bodenauflockerung überall in Angriff genommen werden. In den erwähnten regenarmen Landestheilen sollte die Wiederbewaldung, aber mit Kunstwald, auf tiefgelockertem Boden in Angriff kommen. Der Flußschifffahrt nach chinesischer Art mittelst künstlicher Seen und Teiche aufzuhelfen, wäre nicht räthlich, da der Boden so werthvoll, und die Eisenbahnfracht billig genug herstellbar ist. Allein der künstlichen Fischzucht, der größeren Verdunstungsfläche und der künstlichen Bodenbewässerung wegen sollte diese Maßregel nicht ganz aus den Augen verloren werden.

Wie sehr ein wachsender Einfluß der befreiten Wissenschaft auf die Bodenkultur der Menschenkultur wegen nöthig ist, ergiebt sich noch aus folgender Betrachtung. Bei der Abmessung der nöthigen Mindest-Waldfläche kommen eine Menge Rücksichten wissenschaftlicher Art in Berechnung, welche an sich schon mit einander schwierig zu vereinbaren sind, welche aber eine jede ihrerseits wieder andere Rücksichten in Frage bringen. Fassen wir nur das Beispiel Deutschlands ins Auge! Seiner ziemlich nördlichen Lage wegen bedarf es viel Sonnenschein, und seiner Inlandlage wegen kann die Niederschlagmenge nicht bedeutend sein, muß also mehr in Form von Nebel und leichten Strichregen oder sanften Landregen und leichtem Schneefall als in kurzdauernden starken Wolken-Entladungen herabkommen. Da nun die Waldfläche auf allmählige Entwässerung der Luft, also auf Vermehrung des Nebels und der Himmelsbedeckung einwirkt, so ist es schwierig, die Grenze zu finden, bis zu welcher der Sonnenschein, und andrerseits die allmählige Entladung der Luftfeuchtigkeit geregelt werden soll. Hätte man nun die Bedürfnisse jedes Theils von Deutschland in dieser Hinsicht durch sorgfältige Berechnung einigermaßen festgestellt, so könnte es kommen, daß dieselben einander widerstritten, weil das Klima Deutschlands im Norden und Süden, im Osten und Westen immerhin ziemliche, wenn auch weniger Verschiedenheiten nachweist, als andre gleich große Länder, und daß diese verschiedenen Bedürfnisse an Niederschlägen und Sonnenschein schwierig zu versöhnen wären. Denn das Wetter jedes einzelnen Landstrichs wird durch das der übrigen theilweise mitbestimmt; und für jeden Landstrich wird der Regenfall und Sonnenschein zu etwas verschiedener Zeit Bedürfniß — und doch soll jeder Landestheil seinen größtmöglichen Ertrag an Nahrungsmitteln und Kulturbedingungen überhaupt erhalten, soweit dies die Naturkräfte nicht geradezu verwehren. Die Wasservertheilung im Boden hängt ferner nicht bloß von den Niederschlägen, sondern auch vom Zuge und der Schichtenlage der Gebirge und Ebenen ab. Soll sie möglichst gleichmäßig geregelt werden, so sind Riesenwerke nöthig, und es gilt zu erwägen, ob die dafür nöthigen Arbeiten im rechten Verhältnisse zu den davon zu erwartenden Vortheilen für jeden Landestheil stehn werden. Ferner ist die zu große Anhäufung der Menschenmassen hier und die zu dünne Bevölkerung dort ein zu beseitigendes Uebel. Bisher bestimmten sich die Dichtigkeiten der Bevölkerung durch Naturgewalten oder durch despotische Herrscherwillkür rein passiv. Die moderne Wissenschaft hat hier schon abändernd eingewirkt und wird dies voraussichtlich immer mehr thun. Die Erfindung der Dampfmaschine z. B. hat anfangs den Fabrik-Großbetrieb von den Wasserkräften und der gesundern Lebensweise des Landes in die Großstädte und Bevölkerungs-Centren verdrängt. Seit längerer Zeit aber zieht sie sich wieder mehr und mehr auf das Land zurück und zieht dorthin eine dichtere Bevölkerung nach sich. Hört nun einmal die Vielregiererei von oben, der Militarismus, die Beamtenherrschaft und das Geldkönigthum auf, so daß wissenschaftliche Grundsätze den Großbetrieb zum Gemeinbesten regeln können, so muß das übermäßige Wachsthum der Städte schon aus gesundheitlichen Rücksichten, nicht minder aber aus sittlichen, planmäßig eingeschränkt, die Bevölkerung gleichmäßiger über alles Land vertheilt werden, und dazu werden einerseits die Erfindungen und Entdeckungen mithelfen, andrerseits ökonomische Rücksichten hindrängen. So allein kann auch eine wachsend gleichmäßige Volkserziehung durchgeführt werden.

Aus dieser Betrachtung, welche hier nicht weiter fortgesetzt werden kann, ergiebt sich, wie nothwendig es ist, daß die Wissenschaft von allen auf sie drückenden Fesseln befreit werde, um ganz ihrer schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, indem sie den Menschen um seiner selbst willen dasein lehrt und ihm die Naturgewalten dienstbar macht. Diese Aufgabe ist ihr heute künstlich erschwert. Was sie für das Allgemeinwohl zu leisten im Stande ist, wenn sie sich ganz allein Gesetze geben darf und Herrscherin in der Menschenwelt wird, läßt sich schon aus den ungemeinen Wohlthaten schließen, welche sie in ihrer heutigen Fesselung dem Fortschritt erweist.

Nach allem Obigen wird klar, daß **Uebervölkerung**, wo sie vorhanden ist, überall künstlich, durch alberne Menschengesetze geschaffen ist, also wahrscheinlich unter einer Vernunftherrschaft nie eintreten würde. In China gelten 20,000 Menschen auf der Quadratmeile für Uebervölkerung, in England 8000, in den Vereinigten Staaten — es ist fast lächerlich, aber wahr — schon 2000. Der Begriff der Uebervölkerung ist also ein relativer. Eine absolute Uebervölkerung ist selbst in China nicht vorhanden, wenn der Reichthum nach Bedürfniß vertheilt, wenn die Versteinerung in uralten Vorurtheilen aufgelöst, wenn die freie Wissenschaft Rathgeberin werden kann. Würden in China Dampfschiffe und Eisenbahnen gebaut, die überaus reichen Kohlenlager eröffnet u. s. w., so könnte die gesammte dortige arme Bevölkerung lohnender als jetzt beschäftigt, besser genährt werden durch Austausch unermeßlicher Mengen von Industrie-Erzeugnissen gegen die Lebensmittel, welche die Inseln der Südsee und des indischen Meeres, die Mandschurei und Neuholland liefern könnten, und eine höhere Geistesbildung müßte einziehen. Dieses Menschengewimmel Chinas ist wie geschaffen für den Zweck, die ungeheure Wüste der Mongolei Schritt für Schritt zu bewässern und anzubauen, wenn wissenschaftlicher Rath und geordnete Zustände zu haben wären. Seit der furchtbare Aufstand der muhamedanischen Dunganen ausgestorben ist, welcher die Provinz Sze-tschuen gänzlich verwüstet und entvölkert hatte, sind binnen zwanzig Jahren an zwei Millionen Chinesen eingewandert und haben aus der Wüste wieder einen Garten gemacht, weil ihnen dort kein Mandarinenthum in die Arme fallen kann. Kurz, das scheinbar übervölkertste Land der Welt besitzt der Menschenhände noch viel zu wenig, um der riesigen Aufgabe gerecht zu werden, welche seiner in nächster Nachbarschaft harrt — nur muß eine schützende Macht und die Beihülfe der Wissenschaft vorhanden sein.

Man kennt heutzutage sogar ein Mittel, um Regen herabzubeschwören, der von selbst nicht kommen will. Man weiß, daß nach jeder größeren Schlacht an Ort und Stelle Regengüsse eintreten. Die gewaltige Erschütterung und dadurch bewirkte Auflockerung der Luft infolge massenhafter Gas-Explosionen bewirkt einen niedrigen Luftdruck über dem Orte der Kanonade. Von allen Seiten, wo höherer Luftdruck herrscht, strömen die dichteren Luftschichten strahlenförmig herbei und gleichen den gestörten Luftdruck wieder aus. Dabei wird auch ein bedeutender Feuchtigkeits-Vorrath an der gestörten Luftstelle vereinigt und beim Herabsinken der oben einstürzenden Luftzufuhr zu Regen verdichtet. Man braucht natürlich keine Schlacht dazu, um ersehnten Regen herabzubeschwören — eine blinde Kanonade thut es eben so gut, und die Kosten davon dürften wohl durch die geretteten Ernten mehr als gedeckt werden. Es wäre doch eine prächtige Ironie des Schicksals, wenn der Menschenmord im Großen eine Erfindung an die Hand gegeben hätte, um die zukünftige Menschenrettung im Großen durch erzwungene Entladung der Luftfeuchtigkeit zu bewerkstelligen!

Und so könnten wir noch einige Mittel angeben, die von der neueren Erfahrung an die Hand gegeben worden sind, um die Erde wohnlicher zu machen. Das Gesagte aber schon genügt zu dem Beweise, daß alles Elend der Welt von der menschlichen Verdummung geschaffen ist und von der befreiten menschlichen Wissenschaft abgestellt werden kann. Die Vorbedingung dazu ist freilich immer und immer wieder, daß die unterdrückte Klasse in dem Vorsatze einig und damit bekannt wird, wie das Elend abzustellen ist. Und diese Klasse regt sich allerwärts und lernt denken.

Und glücklicherweise ist das Denken ansteckend.

Aus Heuchelland.

An die verehrl. Redaktion des „Vorwärts"
Leipzig.

Auf Ihre zahlreichen Angriffe (?) gegen meinen vorigen Brief, welcher unsere Stellung zu der weltbedeutenden **orientalischen Frage** zum Gegenstande hatte, habe ich bis jetzt noch nicht zu antworten Gelegenheit gehabt.

Da ich jedoch jetzt lese, daß unsere Partei in dieser Frage durch Massenkundgebungen ꝛc. entschiedenere Stellung nehmen soll, so scheint es mir am Platze und jedenfalls den Grundprinzipien einer demokratischen Partei allein entsprechend, wenn vorher die verschiedenen Meinungen innerhalb der Partei selbst zur Klärung kommen.

Ich bitte Sie demnach um Abdruck der nachstehenden Zeilen. Ich werde mich darin auf die einfache Darlegung der hauptsächlichsten Punkte, in welchen unsere Meinung auseinandergeht, beschränken, bin aber gern bereit, für Alles, was ich hier sage, unverdächtige Zeugnisse und Beweise zu erbringen.

Ich **bin** und **bleibe** der entschiedenen Ansicht, daß es unsere Sache **nicht** sein kann, für das russische **oder** für das türkische Regime Partei zu nehmen, da **beide** durchaus culturfeindliche Interessen verfolgen und der ganze Unterschied zwischen ihnen darin besteht, daß der eine die unglücklichen Balkanvölker unter seiner Herrschaft (denn die „Freiheit", welche ihnen der Tücke in seiner Todesangst jetzt — verspricht, kann doch bei einer **ernsthaften** Betrachtung der orientalischen Vorgänge nicht in Rechnung gezogen werden) **erhalten**, der andere sie aber erst unter seine Herrschaft **bekommen** will; daß wir vielmehr — soweit unsere leider noch so geringen Kräfte reichen — die Partei **jener Völker selbst** zu nehmen haben, deren Befreiungskampf, für sich betrachtet, eine den Sturz des letzten Feudal- und Sklavenstaats in Europa (und das ist die Türkei) bezweckende **soziale Revolution**, ein **Culturkampf** im eminentesten Sinne des Wortes ist und der Freiheit und der Civilisation hätte zu unendlichem Gewinn gereichen müssen, wenn sich nicht unsere „Staatsmänner" seiner zu bemächtigen und ihn für ihre entgegengesetzten Pläne zu mißbrauchen gewußt hätten.

Die Balkanländer für die Balkanvölker! das ist die schlichte Antwort des gesunden Menschenverstandes auf die orientalische „Frage", eine Antwort, die eben nur jene infame Staatskunst nicht finden kann, nicht finden **will**, welche die Völker als willenlose Heerden zu behandeln gewohnt ist, und deren ganze „Kunst" darin besteht, sich sie, sei es durch List, sei es durch Gewalt, gegenseitig zu entreißen. Für uns aber, die wir **die Selbstbestimmung der Völker** auf unsere Fahne geschrieben haben, **kann** und **darf** es nur diese eine Antwort geben.

Ich meine ferner, daß das offizielle Rußland seinen Triumph in erster Linie gerade **dem** Umstand zu verdanken hat, daß es seine eigenen räuberischen Pläne an jenen Befreiungs- und Culturkampf, der, eben weil er ein Culturkampf, und unvernichtbar ist, anzukoppeln gewußt hat; (auf **wessen** Anrathen dieser cäsaristisch-demagogische Coup, der noch vor einem Vierteljahrhundert dem damals streng legitimistischen Rußland widerstrebte, geschah, in **wessen** Sinne diese geschickte Ausbeutung der revolutionären Bestrebungen der großen populären Zeitströmungen für die eigenen, all und jedes Mittel heiligenden Zwecke ist, dürfte nicht allzuschwer zu errathen sein; hat doch die betreffende Person, welche ja auch hier der eigentliche Leiter des Ganzen ist, all ihre Erfolge eben dieser Ausbeutung zu verdanken) daß es aber die Aufgabe eines Europas, welchem an seiner Freiheit und Cultur ernsthaft gelegen ist, gewesen wäre, diesen geschickten Trumpf Rußlands zu **übertrumpfen**, indem es die Sache der unterdrückten Balkanvölker zur **seinigen** machte und damit, unter Aufrechthaltung des Friedens, Rußland völlig aufs Trockene setzte, daß jedoch ein solcher wahrhaft culturbringender Schritt von dem heutigen reaktionären Europa natürlich nicht zu erwarten sei, woraus sich **für uns** eben nur ergibt, daß wir mit keinem Theile dieses offiziellen Europas irgendwie gemeinsame Sache machen dürfen. Sie sind eben einer des andern werth, diese Gortschakow, Disraeli, Bismarck, Andrassy. Auch hier gilt das Wort von der „einen reaktionären Masse".

Ich glaube ferner behaupten zu dürfen, daß diese meine Auffassungen keineswegs, wie Sie zu erwähnen beliebten, mit denen unserer „Russophilen" identisch sind. Es geht dies aus vorstehenden Darlegungen wohl zur Genüge hervor, es geht dies ferner aber auch daraus hervor, daß **meine** Auffassung zugleich diejenige aller bewußt-revolutionären Elemente Europas (incl. die russischen Sozialisten) ist, sowie endlich daraus, daß ja heute alles, was „russophil" ist, über den vollständigen Triumph der guten Sache in Wonne schwimmt, während meine Gesinnungsgenossen und ich das schwerste Verbrechen jener ebenso infamen wie bornirten „Interessenpolitik", welche sich heute vorzüglich im englischen Cabinet verkörpert, eben darin erblicken, daß sie, wie wir voraussahen, Rußland zum Siege verhalf und damit, wie wir überzeugt sind, viel und schweres künftiges Unheil über Europa heraufbeschworen hat. Angesichts solcher fundamentalen Unterschiede könnte eben nur noch die Böswilligkeit von einer Identität meiner und der „russenfreundlichen" Anschauungen sprechen.

Ich bin eben nur der unmaßgeblichen Meinung, daß eine Politik, deren ganze Weisheit in der gewaltsamen Niederdrückung der nach Freiheit dürstenden Südslaven und Griechen, in der Erhaltung des Unhaltbaren besteht, und welche so die tolle Farce der Weltgeschichte in Scene setzte, in der eine solche Ka—, eine so wenig geeignete Persönlichkeit wie der Czar, als Freiheitsbringer und Culturapostel auftritt, — daß eine derartige Politik nicht das Recht hat, sich in sittlicher Entrüstung über die russische Cultur- und Humanitätsheuchelei zu ergehen, sintemal sie selbst um nichts besser ist!

Die Thatsachen bestätigen die hier dargelegten Auffassungen nur zu sehr: die russischen Heeressäulen dringen siegreich gegen Konstantinopel vor; die bedauernswerthen Balkanvölker glauben ihren einzigen Hort in Rußland, in allen übrigen Staaten ihren Feind zu sehen; Väterchen wurde bei seiner Rückkehr nach Petersburg vom Volk als Held und Befreier enthusiastisch empfangen und damit hat die bedenklich wackelnde russische Despotie wieder festern Halt gewonnen, als sie ihn seit langer Zeit hatte.

(Tout comme chez nous.) Europa aber sieht widerstandslos und ohnmächtig zu, wie das czarische Rußland seine Netze weiter und weiter spinnt. Andrassy erklärt, er wie überhaupt kein Staatsmann Europas habe den Muth, für die türkische Mißwirthschaft einzustehen, deshalb müsse man Rußland eben gewähren lassen — eine Logik, die vielleicht nicht Jedermann einleuchten wird. Das englische Cabinet, welches im Namen der „britischen Interessen" Rußland entgegentreten wollte, sieht sich durch seine eigene Uneinigkeit, vor Allem aber durch die Protestationen des eigenen Volkes gelähmt. Denn das Volk, das industrielle und ländliche Proletariat ist es, wie ich leicht beweisen kann, vor Allem, das gegen die Hineinzerrung Englands in einen Krieg für die Türkei, als „eine Schmach für England" protestirt und den Frieden will, während gerade die „upper ten", die „obersten Zehntausend", voran die Königin, und ihr Günstling, der Erzhallunke Disraeli, wie besessen nach Krieg schreien.

Möglich, daß Disraeli das Land in eine für dasselbe jedenfalls unrühmliche, unfruchtbare und unheilvolle, weil jeder höheren Idee entbehrenden Kriegsaktion hineinreißt; wahrscheinlich aber ist, daß er sich, gleich Oesterreich, weil er eben nicht anders kann, von Rußland mit Versprechungen eines Antheils an der türkischen Beute abspeisen läßt, oder aber daß er sich an seiner Kriegswuth schon nächstens im eigenen Lande den Hals bricht.

So steht Rußland, das noch vor einem Vierteljahrhundert bei seinen Raubgelüsten so entschiedenen Antagonismen begegnete, heute ohne ernsthaft zu fürchtenden Gegner da. Und warum das? Vor allem anderen deshalb, weil es sich eines kostbaren Amulets zu bemächtigen wußte, das ihm Macht und Stärke verleiht, während es seine Gegner zur Ohnmacht zwingt: der Revolution der Balkanvölker, einer reifen Frucht vom Baume der menschheitlichen Entwicklung, welche dem zufiel, der sie im rechten Moment zu pflücken verstand.

Und so hat denn auch hier, wie in den letzten Jahrzehnten so oft — bei der Einigung Italiens, wo sich ja auch der Despot des eigenen Volkes als „Befreier" eines andern aufspielte, bei der sogenannten Einigung Deutschlands ꝛc. — die privilegirte Demagogie der Demokratie zuvorzukommen, die obschwebende „Frage" in ihrem Sinne zu „lösen" gewußt und dreht nun der Demokratie höhnisch eine Nase. Nie und nimmer darf dies aber letztere verleiten, von ihr heimtückisch entwendeten Prinzipien der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker irgendwie abzuweichen und so die Rollen vollends zu vertauschen. Im Gegentheil muß sie nur so entschiedener an diesen Prinzipien festhalten, sie nur um so lauter und klarer verkünden, damit die Völker endlich zwischen ihr und jener elenden Betrügerin unterscheiden lernen.

Meine Meinung in Betreff der angezeigten Kundgebungen unserer Partei ist dementsprechend folgende:

Sollen dieselben ein Protest gegen die ebenso heimtückische wie bluttriefende Politik der beiden europäischen Raubstaaten sein, deren geheimes Einverständniß und planmäßiges Zusammenwirken in den letzten anderthalb Jahrzehnten so viele mörderische Kriege und so unsägliches Unheil über Europa heraufbeschworen hat und in Zukunft noch mehr heraufbeschwören soll, dann können unsere Kundgebungen gar nicht freudig genug begrüßt werden, als eine wahrhafte Friedensdemonstration, und zugleich als ein neuer schöner Beweis, daß die Völker nicht mehr gewillt sind, mit ihren höchsten Gütern, mit ihrem Gut und Blut, nach Willkür schalten und walten, sich stumpfsinnig zur Schlachtbank schleppen zu lassen.

Die reaktionäre englische Regierungspresse hat jedoch diese Kundgebungen bereits in dem Sinne darzustellen versucht, als sollten dieselben eine „turkophile" Demonstration sein und sie so dem englischen Volk als ein Beweis vorgeführt, wie auch das deutsche Volk gar nichts sehnlicher wünsche, als eine sofortige Kriegserklärung an Rußland behufs Aufrechthaltung des Türkenreiches, woran sich das englische Volk ein Exempel nehmen möge. Natürlich ist diese Darstellung eine falsche. In diesem Falle wären jene Kundgebungen nichts weniger als freudig zu begrüßen; denn sie wären dann, sowohl weil sie die Aufrechthaltung jenes verrotteten Barbarenstaaten verlangten, als auch weil sie — fern von einer Friedensdemonstration — indirekt die englische Regierung in ihrem verbrecherischen Treiben unterstützen würden, einer der frevelhaftesten Versuche, welche die Geschichte kennt, ein Volk wider seinen Willen in einen Krieg für ihm fremde, ja feindliche, weil reaktionare Interessen hineinzureißen, der seinerseits wieder das Signal zu einem allgemeinen, allseitig nur für die elendesten dynastischen und culturfeindlichen Interessen geführten Racenkrieg werden kann, welcher unsere Civilisation vielleicht um Jahrhunderte zurückwerfen würde — jene Kundgebungen wären dann ganz einfach ein Hohn auf alles was Demokratie heißt.

Unsere Devise soll und kann aber nur sein: Weder russenfreundlich, noch türkenfreundlich, sondern **freiheitsfreundlich!**

Es zeichnet sich

achtungsvoll

Ihr

Correspondent aus Heuchelland.

(Was zunächst die „Kundgebungen" bezüglich der Orientpolitik angeht, so sollen sie selbstverständlich keine „Kriegsdemonstrationen" sein; die Befürchtungen unseres geehrten Herrn Correspondenten beweisen, daß derselbe durch seine eigenthümliche Auffassung der orientalischen Krise in die Atmosphäre von Kreisen gerathen ist, denen er sonst sehr fern steht. Er begegnet sich z. B. in diesem Punkt mit der „Berliner Post", der „Nordd. Allgemeinen Zeitung" und so weiter, bei denen er auch seine Auffassung der orientalischen Krise bis auf's Tüpfelchen über'm i finden würde — wenn es die Aufgabe dieser Zeitungen wäre, den Rubel- und Knutenstandpunkt in der orientalischen Frage dem demokratischen oder demokratelnden Publikum mundgerecht zu machen. Aber in „Heuchelland" [das unser geehrter Hr. Correspondent übrigens auch außerhalb Englands finden kann] sind zahlreiche Blätter, z. E. „Daily News", „Reynolds' Newspaper", die das vortrefflich besorgen — sogar die Schlagwörter: „Die Balkanländer für die Balkanvölker" [zu denen natürlich die Türken nicht gehören], „die freiheitdürstenden Südslaven" ꝛc. fehlen nicht. Die Sache ist: unser Correspondent mag ein vorzüglicher Gefühls- und Zukunftspolitiker sein, von der orientalischen Frage und überhaupt von der Realpolitik versteht er aber nichts. Wenn er nur die leiseste Kenntniß von den russisch-türkischen Angelegenheiten hätte, die Geschichte der früheren Türkenkriege nur einigermaßen kennte, so würde er z. E. wissen, daß die „Demagogie", die er für eine neue Entdeckung hält, schon uralt, ein gewisser „Genialer", den er im Verdacht zu haben scheint, also ganz unschuldig daran ist; daß der „freiheitsdürstende Südslave" schon vor länger als einem Menschenalter erfunden war und russische Dienste thun mußte; und daß „die Balkanländer für die Balkanvölker" russisches Reptil-Produkt ist. Möglich, daß unser geehrter Correspondent uns das als „Böswilligkeit" auslegt, allein es kann durch „unverdächtige Zeugnisse und Beweise" in Hülle und Fülle festgestellt werden, daß es die reine Wahrheit ist.

Der Zorn unseres geehrten Correspondenten über Disraeli's Versuch, einer „ebenso heimtückischen wie bluttriefenden Politik" das Handwerk zu legen, ist uns, aufrichtig gesprochen, nicht verständlich, indeß den englischen Ministerchef zu vertheidigen, fühlen wir uns nicht berufen, ebenso wenig die englische Königin, obgleich wir achtbaren Frauen gegenüber eine Sprache wie die unseres Herrn Correspondenten nicht gerade goutiren, — das englische Volk aber müssen wir gegen die Anklage in Schutz nehmen, es sei mit der „Friedensbewegung" des russischen Agenten Gladstone und der vaterlandslosen englischen Bourgeoisie zu identifiziren. Daß die englischen Tories der russischen Eroberungspolitik mit dem Schwert in der Hand Halt zu gebieten wünschen, ist doch sicherlich kein Grund für uns, jedes aktive Vorgehen gegen Rußland zu verurtheilen. Was kommt darauf an, ob die Hand rein ist, die einem Raubmörder in den Arm fällt?

Für die türkische Serailwirthschaft wird kein vernünftiger Mensch sich begeistern, das türkische Volk hat die Feuerprobe dieses Kriegs vorzüglich bestanden und eine Tüchtigkeit gezeigt, die Niemand ihm zugetraut hätte. Will man die Türken, die nach dem Zeugniß aller, auch der mit den eingewurzeltsten Vorurtheilen gegen dieselben auf den Kriegsschauplatz gekommenen Correspondenten, den „freiheitsdurstigen Südslaven" an „Cultur" und Adel der Gesinnung entschieden voranstehen, — will man sie aus den Balkanländern vertreiben? Das geht einfach nicht; und ginge es, dann wäre es eine Barbarei ohne Gleichen. Die einzige Lösung der Frage liegt in der absoluten Gleichberechtigung und Gleichstellung der verschiedenen Nationalitäten Und diese einzige Lösung erstrebt die Türkei. „Bah — die türkische Verfassung ist durch die ‚Todesangst' erpreßt, erst gemacht worden, um Europa eine Nase zu drehen" — meint natürlich unser Herr Correspondent. Nein — der türkischen Regierung ist es mit ihren Freiheitsversprechungen gerade so ernst, wie allen anderen Regierungen, die sich je zu Conzessionen an ihre Völker entschlossen haben. Oder kennt unser Herr Correspondent ein Beispiel vom Gegentheil?

Die Niederlage Rußlands hätte diese Lösung zur sofortigen Nothwendigkeit gemacht; der Sieg Rußlands wird sie auf lange Zeit zur Unmöglichkeit machen.

Sehr naiv ist die Klage unseres Hrn. Correspondenten, daß Europa der russischen Demagogie nicht durch einen demokratischen Coup das Genick gebrochen habe. Von wem sollte der demokratische Coup denn ausgehen. Von Andrassy, Bismarck, Disraeli? Oder von den „freiheitsdurstigen Südslaven?" Wer lacht da? Auch unser geehrter Correspondent lacht mit.

Bleibt die europäische Demokratie, die internationale Sozialdemokratie. Gut, sie wird dieses Geschäft einst besorgen, wie so manches andere. Vorläufig ist sie jedoch noch nicht in der Lage, und wir haben keine Lust, bis dahin den Russen Europa gemüthlich zu überlassen.

In der Politik lieben wir es nun einmal, mit vorhandenen realen Faktoren zu rechnen und nicht mit unwägbaren Größen, nicht mit goldenen Nixchen und Nautchen von Gemeinplätzen — eine Auffassung, die, wie wir Grund haben zu glauben, die „aller bewußten Revolutionäre" ist, namentlich auch [wir sagen dies speziell mit Bezug auf die orientalische Frage] der russischen Sozialisten, mit denen wir uns, soweit sie nicht im bakunistisch-panslavistischem Quark stecken und folglich bloß „Maul-Sozialisten" sind, in vollster Uebereinstimmung wissen. Red. d. „Vorwärts".)

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Blos 54,000 Mark Jahresgehalt!** Durch die Presse ging in den letzten Tagen folgende Notiz: „Als General bezieht Fürst Bismarck keinen Gehalt. Sein amtliches Einkommen setzt sich folgendermaßen zusammen: Er bezieht als Reichskanzler 54,000 M., als preußischer Minister des Aeußern 36,000 M. und als ehemaliger Minister für Lauenburg 9000 M., zusammen 99,000 M."

Jetzt kommt das Organ des Fürsten Reichskanzlers, die „Post", und schreibt berichtigend: „Die Notiz ist eine ganz willkürliche und unrichtige. Ausweislich des Etats bezieht Fürst Bismarck jährlich blos 54,000 Mark."

Blos! Hoffentlich bieten die Dotationen (freilich blos im Betrag von einigen lumpigen Millionen lumpiger Thaler) nebst anderen lumpigen Kleinigkeiten ein klein Bischen Trost.

— „Der Militarismus in Friedenszeiten" erfährt eine unerbittlichere Kritik, als ihm von irgend einer anderen Seite begegnen könnte, durch die Statistik. Wie beredt sind wieder die nachfolgenden Zahlen, welche wir dem amtlichen Hauptberichte über den Krankenstand des preußischen Heeres (einschließlich Sachsen und Württemberg) entnehmen: Im Monat November betrug die Gesammtzahl der Kranken nicht weniger als 21,682 Mann, oder 6,3 Proz. der Effektivstärke. Die Gesammtzahl der Gestorbenen beziffert sich auf 82, von denen allein 20 durch Selbstmord ihr Leben endeten. Also ein Viertel aller Gestorbenen im preußisch-sächsisch württembergischen Heere sind Selbstmörder! — Ob wohl die liberale Weisheit auch hierorts die wirthschaftlichen Vortheile deduziren wird? Wie nämlich im „Leipziger Tageblatt" zu lesen, daß eine kürzere Dienstzeit das Angebot der Arbeitskräfte bedenklich mehren würde, so ließe sich ja hier wohl auch sagen, eine Regulirung des Angebots von Arbeitskräften durch Selbstmord!

— **Schulbildung im Heer.** Im Ersatzjahre 1876/77 — einem günstigeren als dem vorhergegangenen — stellte Preußen unter 86,670 Rekruten 78,661 mit Schulbildung in deutscher Sprache, bestehend in „genügendem" Lesen und im richtigen Schreiben ihres Vor- und Zunamens — und 5486 mit Schulbildung in anderer Sprache ein. 2523 hatten keine Schulbildung! — Daß die Provinz Preußen und der Bezirk Köslin hierzu das weitaus stärkste Contingent stellen, ist eine berechtigte Eigenthümlichkeit dieser „Stammprovinzen" des Hohenzollernreiches. Das deutsche Reich stellte im gedachten Jahre 140,197 Rekruten ein, wovon 2975 keine Schulbildung hatten. Geben wir Preußen hiervon seine 2523, so behalten die anderen Staaten des Reichs noch etwas über 400 auf ihren Theil. — Das Heer als Schule liefert Krankheiten und Selbstmorde, und die Schule — ihr Contingent Ungeschulter für's Heer. In einem wohlgeordneten Staate greift Alles hübsch ineinander!

— **Culturkampfblüthe.** In Arnsberg in Westphalen befindet sich der Bürgermeister Wolff seit 35 Jahren an der Spitze der Verwaltung und wurde bei der Neuwahl vor kurzer Zeit einstimmig vom Stadtverordneten-Collegium, in welchem sich ⅔ klerikale und ⅓ liberale Bürger befinden, wiedergewählt. Freund und Feind geben dem Manne das Zeugniß, daß er immer unparteiisch seines Amtes gepflegt habe; er wählt

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Fortsetzung.)

Das subjektive Belieben des Einzelnen hat da keinen Spielraum mehr.*) Es giebt nur eine Gesammtwirthschaft noch, keine zerstückelte Sonderindustrie. Ruhe und Würde nun ferner gewährt die Gesellschaft dem alten, dem ausgedienten wohlverdienten Arbeiter am Gesammtwerk der Menschheit, der seines Lebens Tagewerk vollbracht hat. Beschäftigung aber wird ebenso von Obrigkeitswegen der rüstigen Jugend unnachsichtlich zugetheilt. Sogar die Frau, die Lebensgefährtin, theilt (wie bei den Herrnhutern das Loos) dem Jünglinge zu der sichere Schluß des Gemeindewillens. Wechselseitiges Vertrauen sorgt für Jeden, Keiner kann aus dem Verbande sich verlieren. Von der Wieg bis zur Bahre steht er unter der Obhut des Allgemeinen. Dae giebt es keine Verirrung mehr, die sich schrecklich am Einzelnen durch ein verlorenes Leben rächt. Jedem wird sein Häuschen gebaut, sein Heim bereitet, Hof und Garten zugewandt und eingerichtet. Jeder sorgt und schafft für Alle und Alle sorgen und wirken für Jeden. Ein Gewimmel „unzähliger seliger Leute", das ist der Traum des Poeten. Freilich möchte man mit einem andern Poeten wohl Denen, die schon jetzt im neunzehnten Jahrhundert den Traum voll verwirklichen zu können träumen, warnend den schönen Nachklang der „Geharnischten Sonnette" zurufen:

Gleichwie die Juden, die in's Joch Gebeugten,
Ausziehend aus Aegypti Knechtschaftsstande,
Nicht selbst anlangten im verheißnen Lande,
Sondern nur erst von ihnen die Erzeugten;

So lasse sich auch dies Geschlecht nicht deuchten,
Freiheit zu finden, weil es bricht die Bande;
Es muß verbrennen in dem Läuterungsbrande,
Das reine Licht wird erst den Enkeln leuchten.

O dürft' ich nur, wie du, Mann Gottes, Mose,
Dort, da du von Sinais Wolkenspitze
Das Land, das du selbst durftest nicht betreten,

Von ferne sahest, so im dunklen Schooße
Der Zukunft auch, hell von prophet'schem Blitze,
Sehn wahrer Freiheit Land, und stumm anbeten.

Soweit hat uns der Leser begleitet, das krause Labyrinth der Wanderjahre hindurch.

Ruhig und kühl geht nun der selbstbewußte Praktiker davon. Er lächelt der Phantastereien, die er hier gehört. Vielleicht aber schlägt doch Einer und der Andere, der nicht ganz Realist und Utilitarier (Nützlichkeitsmensch) im schlimmsten Sinne geworden ist, zu Hause seinen Hamlet auf und liest die oft citirte Stelle wieder einmal im Zusammenhange:

Es giebt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde,
Als Eure Schulweisheit sich träumen läßt.

Horatio ist todt, auch Polonius; auch jener französische Polonius, dem Mirabeau zurief: Sagen Sie Ihrem Herrn, daß wir hier sind durch den Willen des Volks! Vielleicht besinnt sich der Leser dann durch Manches, was einst war und jetzt verschwunden ist, spurlos wie der Zopfkurstaat und die Welfenewigkeit. Vielleicht besinnt er sich dann auch darauf, daß über hundert Jahre wiederum dieser Erdtheil ein weit vom heutigen verschiedenes Aussehen wird angenommen haben; daß so wie nur das versumpfte heilige römische Reich mit seinen fünfhundert Zollgrenzen und grundlosen Wegen, die Thurn- und Taxis'sche Postschnecke, die Censur und Leibeigenschaft, den französirenden Hochmuth des Versailles nachäffenden Adels und die zopfig verzünftelte, tiefknechtisch feige Versunkenheit des Pfahl- und Spießbürgerthums von vor 1789 uns gar nicht mehr denken können, daß so vielleicht auch unsere Ur-Urenkel absolut nicht werden begreifen können, wie uns heut' in der Zeit der Eisenbahnen und Telegraphen noch nationale Abgeschlossenheit erträglich —, ja wohl gar natürlich und sittlich berechtigt erschien; wie sich nationalliberale Staatenfeindschaft und Treitschke-bephrafeter, Julian-Schmidt-motivirter Völkergegensatz in diesem winzigen Westeuropa erhalten konnte, das kaum halb so groß ist als Nordamerikas Union, ein Sechstel nur ist vom russischen Weltreich. Lachen wird man, wie wir der kindisch-winzigen Fehden des Mittelalters, so einst der großen Kriege auf diesem Schachbrett von kaum 60,000 Quadratmeilen! — —

Nun, vielleicht liest man auch dann über hundert Jahre noch Goethe's Wanderjahre geringschätzig mit eines Gervinus kritischem Blick der da sagte [unglaublich, aber es steht gedruckt!] —:

„Weder die Novellen haben Werth, noch der Faden, der um sie geschlungen ist — noch auch die quietistische Tendenz."

Quietistische Tendenz! Man möchte seinen Augen nicht trauen Wenn ich nicht als Primaner die tiefsozialistische Grundstimmung schon erkannt, unseren Altersgenossen sie gepredigt, und stets wieder neu es gefühlt hätte, daß der größte moderne Dichter den vollen Herzschlag des modernen Lebens, den zuckenden Puls der gegenwärtigen Geschichtsperiode durch und durch empfunden und mit voller Seele gepriesen hat: dann würde ich glauben, daß erst die Commentare von Rosenkranz, Gregorovius, Hotho, Grün, Jung und wie sie heißen, dem deutschen Publikum die Augen eröffnen mußten! Aber ich bin fest überzeugt, es ist nicht so — man hat die Wanderjahre einfach nicht gelesen; sonst hätte sie jeder Jüngling verstanden. Aber man las sie eben nicht. Man hatte ja Angesichts der rein politischen Julirevolution und ihrer Nachspiele von Brüssel, Kassel, Warschau ꝛc. nicht Zeit und Ruhe dazu. Selbst Börne, der Demokrat, schalt lieber den „aristokratischen" Dichter, statt ihn zu erforschen und in seiner innersten sozialdemokratischen Natur zu erkennen.

Jetzt gilt umgekehrt gerade dieser endlich erkannte Kern der Wanderjahre für unpoetisch, für tendenziös. Vielleicht gilt Goethe's Phantasie vom künftigen sozialistischen Arbeiterstaat — mit allgemeiner gleicher Volkserziehung und herrnhuterartiger Patriarchen-Regierung durch weise, die jüngere Welt bevormundende Aelteste — noch über hundert Jahre für Schwärmerei. Aber jedenfalls wird auch über hundert Jahre, wenn wir längst verweht und verschwunden sind, noch Wilhelm Meister und sein Felix mit dem Abbé Jarno Montan und Lothario, mit Natalie, Valerine, Philine und Hersilie —, mit Makaria und Lydia ganz so frisch-lebendig und heiteräugig-gesund vor den Augen des dann existirenden Deutschland daneben, wie es heute der Fall ist — bei Jedem, der nur des Dichters Wunsche gemäß

*) Arme Gerber Antisozialisten, daß Euch schon vor 48 Jahren selbst Goethe im Voraus desavouirt hat! Dafür desavouirt ihr ihn jetzt nachträglich.

allerdings klerikal, er agitirt aber nicht. Herr Wolff ist nicht bestätigt worden; die Bürgerschaft hat sich in Berlin beschwert, doch fruchtlos.

— Man schreibt uns aus Hannover: Ihrem geschätzten Blatte erlaube ich mir folgendes Faktum mitzutheilen, um Ihnen wiederum einen Beweis von der vielgerühmten „Gleichheit vor dem Gesetz" vor die Augen zu führen. In Folge einer zwischen einem Amtsrichter und einem Referendar B. stattgehabten Zwistes verfügte sich ein Vertreter der Kronanwaltschaft, der Amtsrichter K. im Auftrage des Amtsrichters S. zu dem erwähnten Referendar B., um demselben eine Forderung auf Pistolen mit mehrfachem Kugelwechsel auf 10 Schritt Barrière zu überbringen. Durch diverse Zufälligkeiten kam die Angelegenheit zur Kenntniß der Kronanwaltschaft und wurde im Verhandlungstermin von dem Kronanwalte L. eine fünftägige Festungshaft gegen den Kartellträger, Amtsrichter K., beantragt, und zwar, wie sich der Herr Kronanwalt L. ausdrückte, veranlasse ihn die Schwere und Bedenklichkeit der in Frage stehenden Kampfart, einen Strafantrag auf fünf Tage Festung zu stellen, da er sonst nur einen Tag Festung beantragt haben würde, denn die Handlungsweise des Amtsrichters K. verdiene eine milde Beurtheilung, weil derselbe, von seinen Collegen um die Uebermittelung der Herausforderung ersucht, nach den in den betreffenden Kreisen bestehenden Ehrbegriffen in eine Zwangslage versetzt worden sei, der er moralisch nicht wohl anders, als wie geschehen, hätte entgehen können. Der Gerichtshof verhängte über K. die Festungsstrafe von fünf Tagen. Das Strafmaß geht im vorliegenden Falle bis zu sechs Monaten. So geschehen zu Hannover im Jahre des Heils 1877.

— Der Strike in Asch (Böhmen), welcher bekanntlich, in Folge skandalöser Provokation Seitens der Arbeitgeber, am 15. Mai v. J. zu einigen Arbeiterkrawallen führte, hat am Schlusse des vergangenen Jahres vor dem Geschwornengericht seinen endgültigen Abschluß erfahren. Es waren 22 Arbeiter wegen des „Verbrechens des Aufstandes", 4 wegen des „Vergehens der Herabwürdigung behördlicher Verfügungen", 26 Arbeiter wegen des „Vergehens des Auflaufes" nach § 283 St. G. und endlich 9 der Uebertretung des § 3 des Gesetzes vom 7. April 1870 — wegen „gewaltsamer Hinderung" der von mehreren Webern wieder aufgenommenen Arbeit — angeklagt. Gegen 4 Personen hat die Staatsanwaltschaft die Anklage zurückgezogen. 14 Personen wurden zu schwerem Kerker, darunter Mathias Silbermann und Katharina Riedel zu je 2 Jah. verurtheilt, 2 Personen zu je 15 Monaten, 1 zu 10 Monaten, 4 zu je 7 Monaten, 4 je 6 Monaten und 1 zu 5 Monaten, verschärft mit Fasten und Einzelhaft. 18 Personen wurden wegen Vergehens des Auflaufs zum Arrest von 1 Monat bis zu 12 Tagen herab verurtheilt. Acht des Verbrechens des Aufstandes und sechs des Vergehens des Auflaufes Angeklagte wurden freigesprochen. — Aber wer trieb denn die Arbeiter in den „Aufruhr" — der Hunger. Und wer trägt denn zum nicht geringsten Theile die Schuld daran, daß die Arbeiter schon seit Jahren am Hungertuch nagen — der Staat. Und dieser selbige Staat, dessen Mitschuld an dem sozialen Elend und dessen Folgen klar zu Tage liegt, wagt es zu Gericht zu sitzen über den Opfern seiner Schuld?

— Oesterreichisches. Ueber die neueste staatsretterische That der österreichischen Polizei diesseits der Leitha schreibt uns deren Objekt, der „abgeschaffte" Genosse Schapira:

„Die Wiener Polizeibehörde hat es noch immer verstanden, sich lächerlich zu machen, und namentlich unter dem Regime des derzeitigen Präsidenten Ritter von Marx leistet sie das Unglaublichste. So hat sie es für nothwendig befunden, den Gefertigten „aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung aus sämmtlichen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern für beständig abzuschaffen." Mit dieser recht büttelhaften Phrase sucht sie den infamen Willkürakt zu motiviren. Infam ist hier eigentlich noch ein viel zu schwacher Ausdruck. Ohne Urtheilsspruch, ohne je vor ein Gericht gestellt zu werden, ja ohne selbst mit der unterm Glassturze placirten Polizeibehörde in irgend welcher Weise carambolirt zu haben, erfolgte meine Ausweisung. Wäre mir die Geschichte nicht selbst passirt, ich würde Bedenken tragen, solche brutale Handlungsweise von irgend einer Behörde eines sogenannten Rechtsstaates zu glauben. —

Es würde zu weit führen, wollte ich die Leser des „Vorwärts" mit den Einzelheiten dieser Maßregelung bekannt machen. Weil ich bei einer polizeilichen Vernehmung (bei der ein avancementbedürftiger mosaischer „Kümüssör" das Protokoll führte) erklärt hatte, daß ich mich für die soziale Frage und die damit zusammenhängende Arbeiterbewegung interessire, erschien ich dem Herrn Polizeipräsidenten als einer jener sagenhaften sozialdemokratischen Agitatoren, die nach „authentischen Berichten" der Wiener Polizeidirektion, alljährlich zu hunderten von der „Internationale" nach dem glücklichen Oesterreich importirt werden. Und dies genügte vollkommen. — Ich wurde Landes verwiesen, mußte Brod, Stellung und Familie verlassen, ohne, wie ich schon oben bemerkt habe, durch Schriften, noch durch Vorträge, oder in irgend welch anderer Weise den Behörden Anlaß zu einem Einschreiten gegeben zu haben. —

Ich will nicht glauben, was man mir noch kurz vor meiner Abreise von Wien mittheilte, daß eine abfällige Kritik über Herrn v. Marx, die eine mir nahe verwandte Persönlichkeit wenige Tage vor meiner Ausweisung in einem Wiener Blatte veröffentlicht hatte, keinen unwesentlichen Antheil an der mir widerfahrenen Unbill trage. Ich habe eine viel zu gute Meinung von den Menschen überhaupt, als daß ich irgend Jemanden solcher Gemeinheit für fähig hielte.

Es ist zwar Vieles möglich im Lande der Unwahrscheinlichkeiten, wovon man sich anderswo Nichts träumen läßt. — So habe ich mir von Jemanden folgendes nette Geschichtchen über einen österreichischen Polizeidirektor erzählen lassen:

Dem du jour habenden Commissär eines Polizeiamtes wird ein junger Mann eingeliefert — der Sohn eines angesehenen Generals — der ertappt worden war, als er eine Frau ihrer Baarschaft berauben wollte. Der Commissär vernimmt den Taugenichts, und steckt ihn dann in Verwahrungshaft. Inzwischen hat die Familie des jungen Menschen die „geeigneten" Schritte gethan. Der Polizeidirektor läßt den betreffenden Commissär zu sich bescheiden, und ersucht ihn, die Angelegenheit nicht dem Landesgerichte zur Amtshandlung zu übergeben, sondern den jungen Menschen mit einer tüchtigen Verwarnung zu entlassen. Der Commissär ist entrüstet über eine solche Zumuthung, und entgegnet seinem Vorgesetzten: es sei ihm noch nicht vorgekommen, daß sich der Herr Polizeidirektor für ein armes Wesen, welches aus Hunger und Noth ein Stück Brod gestohlen, verwendet habe, während er sich des sauberen Generalssöhnchens, das sich aus Leichtsinn und gemeiner Bereicherungssucht fremdes Gut anzueignen suchte, in ganz auffälliger Weise annehme. Der Polizeidirektor, auf solchen Widerstand nicht gefaßt, versucht gnädig zu sein, aber es hilft ihm Nichts, der Commissär macht die nöthige Anzeige und liefert den jungen Dieb dem Landesgerichte ein. —

Wenn es den Herrn Ritter von Marx interessirt zu erfahren, wer der betreffende Polizeidirektor gewesen ist, ich bin gern bereit ihm meinen Gewährsmann für die Geschichte zu nennen.

Uebrigens fällt mir da ein, daß man mit Nächstem der Welt eine Geschichte erzählen könnte: wie man aufhört Präsident zu sein.

Leipzig, den 12. Januar 1878.

Leopold Schapira."

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, die Weisheit der österreichischen Staatsmänner und Polizisten ist ja längst sprichwörtlich.

Die Lorbeeren der Staatsretter dieseits der Leitha haben die Staatsretter jenseits der Leitha nicht schlafen lassen. Wie uns ein Pester Telegramm mittheilt, hat Minister Tisza an den Oberstadthauptmann einen Erlaß gerichtet, in welchem er „darauf aufmerksam macht, daß im Reiche der Stephanskrone (!) sozialistische Verbindungen verboten seien, und ist in Folge dessen sofort eine Arbeiterversammlung aufgelöst und die für nächstens anberaumte Versammlung eines Arbeitervereins" (? Soll wohl heißen Arbeitercongresses) verboten worden." Bravo! Da Herr Tisza auf andere Weise die Unsterblichkeit nicht erlangen kann, will er sich wenigstens unsterblich blamiren!

— Aus dem Leben Raspail's. François Vincent Raspail wurde im Januar 1794 in Carpentras geboren. Ursprünglich von seinen Eltern für den geistlichen Stand bestimmt, besuchte Raspail das Seminar von Avignon. Das finstere Studium der Theologie sagte dem nach Aufklärung strebenden Raspail aber wenig zu, und kaum in Paris angekommen, gab er sich den Naturwissenschaften mit solchem Eifer hin, daß er schon in den Jahren 1824—1830 auf den Gebieten der Physiologie, der Physik und namentlich der organischen Chemie Hervorragendes zu leisten vermochte. In den Julitagen von 1830 kämpfte R. auf den Barrikaden und wurde bei der Einnahme der Kaserne der Rue de Babylone verwundet. Er schlug alle ihm von der neuen Regierung angetragenen Aemter und Stellen aus, wurde Präsident der revolutionären Gesellschaft der Volksfreunde (Amis du Peuple) und sah sich bald in eine Reihe politischer und Preßprozesse verwickelt, die ihm schon unter Ludwig Philipp mehr als sieben Jahre Gefängniß und an 100,000 Frcs. Geldstrafe zuzogen. Am 24. Februar 1848 gehörte er zu den Ersten, die im Namen des Volkes von dem Stadthause Besitz nahmen und die Republik ausriefen, am 15. Mai nahm er an der Demonstration gegen die reaktionäre Kammer Theil und wurde deshalb mit seinem Sohne verhaftet, nach Vincennes gebracht und dort bis zum März 1849 in Untersuchungshaft gehalten. Während dessen wählten ihn die Pariser im September 1848 in die Kammer und bei der Präsidentenwahl am 10. Dezember desselben Jahres erhielt er als sozialistischer Candidat 36,226 Stimmen. Am 2. April 1849 verurtheilte ihn der Staatsgerichtshof von Bourges wegen des 15. Mai zu fünf Jahren Gefängniß, die er in der Strafanstalt von Doullens abbüßte, um dann nach Belgien auszuwandern und bis gegen das Ende des Kaiserreichs ausschließlich der Wissenschaft und der praktischen Verwerthung seiner medizinischen Entdeckungen zu leben. Im Jahre 1869 wurde er in Lyon gegen Jules Favre zum Abgeordneten gewählt, wie er denn auch als Vertreter dieser Stadt der Nationalversammlung von 1871 und der im Juni dieses Jahres aufgelösten Deputirtenkammer angehörte. Am 12. Februar 1874 wurde der damals schon 82jährige Mann, weil er in seinem Kalender die Commune verherrlicht hatte, von dem Pariser Schwurgerichte zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt; ein Formfehler in dem Erkenntnisse führte zu einer neuen Verhandlung vor den Geschwornen von Versailles, welche die Strafe auf die Hälfte herabsetzten. Raspail saß auch diese Strafe mit philosophischer Gelassenheit in dem Gefängniß von Bellevue ab, und der Zufall fügte, daß er kurze Zeit nach seiner Entlassung aus der Haft den Ehrenplatz des Alterspräsidenten in der Deputirtenkammer von 1876 einnahm. Am 14. Oktober wiedergewählt, wäre ihm am 8. Januar 1878 dasselbe Ehrenamt zugefallen, wenn nicht der Tod Tags zuvor (7. Januar) seinem bewegten Leben ein Ziel gesetzt hätte. Als Mann des Volkes, als Sozialdemokrat wird Raspail dem arbeitenden Volke unvergeßlich bleiben.

— Der Waffenstillstand ist noch nicht abgeschlossen. Rußland macht Schwierigkeiten. Der Gegensatz zwischen den russischen Interessen einerseits, und den östreichischen und englischen anderseits tritt wieder schärfer und bedrohlich hervor. Von deutschen Interessen ist nach wie vor nichts zu hören und zu sehen; sie verstecken sich hinter den Rockschößen „Väterchens", das nennt man „nationale Politik."

— Die von uns in Nr. 4 signalisirten, die Interessen der Arbeiter nahe berührenden Gesetzentwürfe, betreffend die Reform der Gewerbeordnung und Einführung der Gewerbegerichte werden wir in einer der nächsten Nummern dem Wortlaut nach zum Abdruck bringen. Die beiden Gesetzentwürfe sollen bekanntlich dem im Monat Februar zusammentretenden Reichstage zur Berathung und Annahme vorgelegt werden.

Aus Berlin.

— — 14. Januar.

Daß die „Friktionen" und besonders in Hinsicht auf den Culturkampf noch längere Zeit den Reichskanzler heimsuchen werden, möchte auch wohl aus einem Briefe des deutschen Kaisers hervorgehen, den derselbe zu Ende vorigen Jahres an den russischen Staatsrath Theodor v. Grimm, der früher Erzieher am russischen Hofe war, bei Gelegenheit des 50jährigen Jubiläums desselben, geschrieben hat. Nachdem der Kaiser nämlich die Thätigkeit und Hingebung erwähnt hat, die Grimm seiner verstorbenen Schwester, der Kaiserin von Rußland, und ihren Kindern, die jetzt in einem blutigen Kriege als Helden daständen, gewidmet, und ihm den Kronenorden 1. Klasse verliehen hat, fährt er wörtlich fort: „Ich hoffe bald Ihr Mir genanntes Werk erscheinen zu sehen, was in dieser Zeit, wo namentlich die evangelische Kirche der unerhörten Willkür preisgegeben scheint, von großer Wichtigkeit und Wirkung werden kann." — Dieser Absatz des kaiserlichen Briefes scheint mir gar nicht so sehr tröstlich für die Herren Falck, Hermann, Hoßbach ꝛc. ꝛc. zu lauten und deshalb mag auch Bismarck selbst in dem ganzen Culturkampf ein unangenehmes Haar jetzt finden. Aber ohne Culturkampf geht ja das bischen Popularität, welches Herr von Bismarck noch besitzt, vollends flöten — deshalb „Friktionen" über „Friktionen".

Das wird in einigen Tagen ein Leben im preußischen Abgeordnetenhause geben! Die Nationalliberalen wollen nämlich bei dem von mir Ihnen unlängst mitgetheilten Marpinger Antrage den Marpinger Wunderschwindel selbst in Betracht ziehen und sollen diese „Wunder" in eine scharfe Beleuchtung gesetzt werden. Wenn die katholischen Klerikalen klug sind, so studiren sie einige protestantische Sonntagsblätter, in denen ebensoviel Wunderglauben gepredigt wird als bei den Katholiken. Auch der Hofprediger Stöcker ist den Herren zur geneigten Beachtung zu empfehlen, da derselbe auch an Wunder glaubt, an das Wunder nämlich, daß er mit seinen Trabanten Grüneberg, Zielowsky und Klinckhardt von Gott dazu ausersehn worden sei, die Sozialdemokratie zu vernichten. Dagegen ist ja das Marpinger Wunder förmlich glaubhaft.

Der Bundesrath ist vielfach gescheidter als die Juristen des Reichstags. So soll derselbe beschlossen haben, in Bezug auf die Maßregeln gegen Verfälschung der Nahrungs- und Genußmittel, sowie gegen gesundheitswidrige Beschaffenheit anderer Verbrauchsgegenstände, Tapeten, Kleidungsstoffe, Spielsachen ꝛc. nicht eine Novelle zum Strafgesetzbuche, wie Lasker und Genossen früher immer als richtig erklärten, sondern ein vollständiges Gesetz einzubringen. Dabei braucht man bei dieser eigenthümlichen Materie nicht an vorhandene Gesetze anzuknüpfen, sondern es können auch — und das ist der Vortheil — wesentlich neue Gesichtspunkte berührt werden, ohne daß fortwährend die Herren Gesetzesmacher par excellence sagen können: „Der Vorschlag ist ganz gut, aber er paßt nicht in den Rahmen unserer heutigen Gesetzgebung." Mit diesen einfältigen Phrasen haben die Herren Lasker, Miquel, Reichensperger schon manchen vernünftigen Vorschlag erstickt.

Als Eugen Richter merkte, daß er von Bennigsen und Forckenbeck nicht zum Finanzminister vorgeschlagen werden würde, reiste er nach Breslau und hielt eine Rede, in der er den erstgenannten Herrn das Paktiren mit Bismarck leid machen wollte. Er lobte sie nämlich wegen ihres Heldenmuthes der sie begeistere, treu bei der liberalen Sache auszuharren und nicht den Verlockungen Bismarcks gefolgt zu sein, der von ihnen ein Aufgeben ihres Parteiprogramms gefordert habe. Bennigsen und Forckenbeck lachen natürlich den braven Eugen herzlich aus seiner plumpen Schmeicheleien halber, und die Fortschrittler im eigenen Lager machen Krawall. Wenn die Nationalliberalen mit Bismarck paktiren, so kommt die Fortschrittspartei doch immer nur

---

mit Innigkeit allabendlich den Winter durch im stillvertrauten Heim die wundervoll anziehenden Dichtungsgestalten langsam an sich vorüberziehen läßt und sich mit ihnen genau bekannt, ja vertraut macht.

Möge darum, auch wenn die Schwärmereien Goethe's auf den Leser keinen Eindruck machen, ihm wenigstens die Poesie der Wanderjahre nicht entgehen, sondern recht oft ihn erlaben.

(Schluß folgt.)

— Gefahr des Reisens sonst und jetzt. Der französische Statistiker Gartiaux hat nachgewiesen, wie lächerlich und verkehrt die im Volke weit verbreitete Annahme, daß die Gefahr des Reisens durch die Anwendung des Dampfes wesentlich gesteigert worden. Im Zeitalter der Diligence- und Postkutsche kam in Frankreich auf 300,000 Reisende ein Todesfall und auf 30,000 eine Verwundung. In den ersten beiden Jahrzehnten des Eisenbahnwesens, d. h. von 1835 bis 1855, kam auf 2,660,000 Reisende ein Todesfall und auf 500,000 eine Verwundung. Von 1855—1875 hat sich aber dieses Verhältniß viel günstiger gestaltet, denn es kam nur auf 6,000,000 ein Todesfall und auf 600,000 eine Verwundung.

— Wenn's wahr ist, dann ist's allerdings „gräßlich", aber doch sehr erklärlich in der heutigen Spekulations- und Concurrenzgesellschaft, die natürlich Alles, den Menschen selbst und deshalb auch wohl die Zähne der Erschlagenen als Waare betrachtet. Die „Times" enthielt nämlich vor Kurzem eine Notiz mit der Ueberschrift: „Motive zur Verstümmelung". Es werde in derselben der Handel mit Todtenköpfen resp. mit Russen- oder Türkenkinnladen von den bulgarischen Schlachtfeldern erwähnt, der förmlich organisirt sein soll. „Spekulative Köpfe" kaufen von der Wahlstatt Kinnladen ein, die sie mit 10 Franken bezahlen und in Kisten zu 500 Stück nach Paris verschicken, wo sie Engros mit 50 Prozent Gewinn verkauft werden. Die Zähne werden erst in Paris ausgebrochen und sortirt, um zu künstlichen Gebissen verwendet zu werden. — Wenn man nur den Todten die Kinnladen und Zähne ausbricht, so mag es noch angehen; schneidet man doch in der ganzen Welt den Todten die Haare ab und verarbeitet sie zu Flechten, Zöpfen und Chignons. Aber es ist zu vermuthen, daß mancher Verwundete seiner schönen Zähne halber vollends von den Schlachtfeldhyänen erschlagen wird und hierin liegt das Gräßliche der „Spekulation".

— Wir können nur wünschen, daß Sie recht bald eines natürlichen Todes sterben — so soll die Leipziger Diskonto-Gesellschaft an einen ihrer Schuldner, einen Kaufmann in Berlin, von dem sie die Lebensversicherungs-Police besitzt, vergangene Weihnachten geschrieben haben, als derselbe ihr und seinen übrigen Gläubigern einen außergerichtlichen Accord anbot, auf den die meisten derselben auch schon eingegangen waren. Daß die Diskonto Gesellschaft das Bittgesuch des Berliner Kaufmanns, gestützt auf ihren Schein, ablehnte, ist natürlich ihre Sache, aber die Antwort, sofern sie auf Wahrheit beruht — das „Berliner Tageblatt" bringt die Notiz —, zeugt von ungemeiner Herzensrohheit oder von überfideler Geschäftsgemüthlichkeit.

— Ueber die Geheimnisse der Weinfabrikation giebt das Verzeichniß der „Waarenpreise einer Flaschenlack- und Chemikalien-Fabrik in Mainz (Den Namen des Fabrikanten nennt die „Magdeb. Zeitung", der wir diese Zeilen entnehmen, natürlich nicht. R. d. B.), verbunden mit einem Lager in das Weinfach einschlagender Artikel", sehr interessante Aufschlüsse. Es sind da nämlich u. A. verzeichnet: „Weinfarben: Feinste hochrothe, haltbarste und höchst concentrirte und reinste per ½ Kilogr. 2,25 M.; neue hochrothe und höchst concentrirte 2,50 M.; moselgrüne, haltbare und höchst concentrirte 2,00 M.; Zuckercouleur, hochgelbe, feinste (bei Faß von ¼ und ½ Ohm billiger), Flores Malvae arboris mit und ohne Kelche, wenn Vorrath zum Tagespreise. Weinbouquets: Moselblümchenkraut, ohne Stengel, starkriechend, zur Herstellung von Muskateller Bouquets, Muscat-Lunel-Bouquet, Muscateller-Bouquet, Riesling-Bouquet (Perle du Rhin), Trammer-Bouquet, Bordeaux-Bouquet, Rothwein-Bouquet, Ruster-Bouquet, Tokayer-Bouquet, alles superfeinst haltbarstes und per ½ Kilogr. 9,00; ferner noch Bouquet-Sprit, feinst französischer, per Liter 4,00 M.; Cognac- oder Weinbeeröl, grün und weiß, in diversen Qualitäten, per ½ Kilogr. 100—300 M.; dasselbe superfeinst, höchst rektificirt (beste Qualität, die bis jetzt fabricirt wird) per ½ Kilogr. 350,00 M.; Weingeycerin, chemisch reinstes, consistentes, per ½ Kilogr. 1,00 M. ꝛc." Man sieht, Auswahl ist für die Herren Weinfälscher genug vorhanden. Da lassen sich ja mit leichter Mühe die schönsten Weinsorten fabriciren; man braucht blos nach irgend einer Bouquetflasche zu greifen und hat den gewünschten Wein sofort bei Hand. Wie sehr ein derartiges Geschäft blüht, zeigt eine Anmerkung des vorerwähnten Fabrikanten auf seinem Waarenverzeichniß, welche folgendermaßen lautet: „Die gute Qualität der einzelnen Artikel, welche ich versende, ist allgemein anerkannt, und hat sich die Anwendung derselben schon seit einer Reihe von Jahren stets auf das vorzüglichste bewährt!" — Wenn diese Leute ihre „Weine" nur selbst trinken müßten!

soweit in Betracht, daß es ihr erlaubt wird, das heißt, wenn sie recht artig ist, ein Schwänzchen der nationalliberalen Partei zu bilden, und Eugen Richter wird sich dann wohl mit einem Posten als Hilfsarbeiter im Finanzministerium zufrieden geben müssen.

Ein englischer Friedensmann, das Parlamentsmitglied Forster, warnt in einer Rede, die er in Bradfort jüngst gehalten, Preußen und Deutschland. Er sagte: „Es ist nicht speziell unsere Sache, durch englische Truppen oder englisches Geld Rußland von Konstantinopel fern zu halten. Es ist eine europäische Sache, noch mehr eine österreichische und noch vielmehr eine deutsche. Die eigentliche Existenz steht bei Oesterreich auf dem Spiele und es weiß dies und Rußland weiß, daß es dies weiß. Die Gefahr aber, die Deutschland von einem übermächtigen Nachbar zu fürchten hat, ist eine, die jedes Heim in Deutschland interessirt. Im Krimkriege kämpften wir die Schlachten Preußens; aber wir wollen nicht wieder seine Schlachten schlagen." — So spricht ein englischer Staatsmann, der kein Russenfeind ist — merkwürdig, daß er den Grundton der Befürchtungen des „Vorwärts" getroffen hat, der in der ganzen russisch-türkischen Frage nur einen deutsch-nationalen Standpunkt einnimmt, welcher allerdings hier, wie jeder wahrhaft nationale Standpunkt, mit den Interessen der Menschheit zusammenfällt, wohingegen die Preßorgane, die sich vorzugsweise national nennen, wie z. B. die „NationalZeitung", die „Magdeburgische Zeitung" 2c. 2c. sich auf einen kosackischen Standpunkt gestellt haben.

Correspondenzen.

Würzburg. 9. Januar. Ueber unsere bayerischen Parteiverhältnisse wird so selten im „Vorwärts" berichtet, daß es wohl nicht überflüssig sein dürfte, hier eine flüchtige Skizze derselben zu entwerfen. Als am 10. Januar 1877 die Reichstagswahl die Probe auf die Stärke der Parteien gemacht hatte, erwies sich eine bedeutende Verschiebung der Kräfte der sozialdemokratischen Partei, die selbst die Genossen mancher Orte überraschte. Während Nürnberg beim ersten Wahlgange für unseren Candidaten die relative Mehrheit der Stimmen abgab, während in Fürth-Erlangen und Würzburg die Stimmenzahl gegen das Jahr 1874 sich verdoppelt hatte, wies München nur einen verhältnißmäßig kleinen Zuwchs auf und andere Orte, wie Augsburg, Regensburg, Landshut, Bamberg, Bayreuth und Hof, gingen sogar, zum Theil gar nicht unbedeutend, zurück, d. h. hatten kleinere Stimmenzahlen als bei der vorhergegangenen Wahl. Wieder eine Reihe weiterer Orte, an denen nie irgend eine Agitation stattgefunden hatte, brachten ganz respektable Minoritäten auf, so daß die Stimmenzahl im ganzen Königreiche trotz der einzelnen „Rückgänge" eine ansehnlich größere war als vor drei Jahren. Es ist nun ganz richtig, daß an dieser Verschiebung der Stimmverhältnisse wohl vor allem die ökonomische Krisis die Schuld trägt, welche eine Menge ländlicher Arbeiter, die früher in den Städten beschäftigt waren, wieder auf die Dörfer zurückschleuderte, so daß die Stimmenzahl einzelner Städte sich verringerte, während wieder eine Reihe kleinerer Orte in die Bewegung hineingedrängt wurde. Andererseits ist aber in's Auge zu fassen, daß sich die Bevölkerung durchaus nicht in dem Grade verringert hat, um dadurch die Stimmenabnahme zu erklären, im Gegentheil, alle oben aufgeführten Städte haben an Bevölkerung zugenommen. Es bleibt daher nur die Erklärung übrig, daß der Abgang der aufgeklärten Arbeiter durch den Zugang weniger denkender und aus diesem Grunde wohl auch billiger arbeitender ersetzt wurde, und daß es unserer Agitation nicht möglich war, diese Massen heranzuziehen und über ihre wahren Interessen aufzuklären.

In der That suchen wir auch hauptsächlich in der mangelhaft organisirten Agitation allein die Ursache davon, daß unsere Partei in Bayern nicht bedeutend größere Fortschritte macht. Es ist dies um so bedauerlicher, als in Bayern eine Reihe alter, geschulter Kräfte sich befinden, die bei richtiger Verwendung und selbstverständlich genügender finanzieller Entschädigung wohl ausreichen dürften, um eine regelmäßige und allen Orten Rechnung tragende Agitation zu entfalten. Namentlich mit dem finanziellen Theile des Vorhergehenden haben wir die wundeste Stelle der, süddeutschen und vor allem der bayerischen Arbeiterbewegung berührt. Während in den großen Arbeitercentren Norddeutschlands, z. B. Hamburg-Altona, Berlin, durch einen großen Kern besser bezahlter Arbeiter Tausende von Reichsmark aufgebracht und für die Agitation verwendet werden konnten, hatten die bayerischen Städte durchschnittlich nicht einmal so viel Geldmittel aufgebracht, um die Wahlflugblätter bezahlen zu können. Selbstverständlich mußte Kredit beschafft werden und an diesen Krediten laborirt heut noch mancher bayerische Platz, der sonst seine Parteisteuern regelmäßig abführte.

Ist nun vor allem der Mangel an finanziellen Hilfsmitteln schon ein arges Hinderniß für eine ausgiebige Agitation, so ist doch andererseits richtig, daß, wenn überhaupt eine planmäßige Organisation zwischen den an den verschiedenen Plätzen Bayerns wohnenden Rednern bestünde, selbst hier den schwersten Uebelständen abgeholfen werden könnte. Es ist zum Beispiel klar, daß Nürnberg eher im Stande ist, sich einen Redner aus Leipzig oder Berlin auf eigene Kosten kommen zu lassen, als es einem Orte wie Regensburg möglich ist, einen Nürnberger Redner zu entschädigen. Wenn nun aber z. B. eine Agitationskasse bestünde, in welche jede bayerische Stadt, in der sich Sozialisten befinden, einen verhältnißmäßigen Beitrag entrichtete, dann könnte man es wohl möglich machen, mindestens alle drei Monate einmal eine Tour durch Bayern machen zu lassen. Wenn dann ferner die agitatorischen Kräfte selbst einen Modus fänden, nach welchem sie der Reihe nach abwechselnd die Tour übernähmen, wäre auch die Bürde des Einzelnen eine leicht zu bewältigende. Zum mindesten dürfte dieser Vorschlag werth sein, daß man ihn diskutirt, damit in unserer Bewegung nicht ein Stillstand eintrete, der sich sehr schädlich erweisen dürfte.

Allerdings arbeiten die Freunde an den verschiedenen Orten fort, allerdings werden an jenen Plätzen, an welchen seßhafte Agitatoren wohnen, die Kreise unserer Partei immer weitere, aber wie ist's an den Orten, die keine seßhafte Agitationskraft besitzen und die, wenn's hoch kommt, jährlich einmal, höchstens zweimal so en passant einen „einundeinhalbstündigen" Vortrag zu hören bekommen? Doch auch wo eine Kraft am Orte selbst sich befindet, schadet es nicht, wenn zum Oeftern „fremde" Redner hin kommen, denn auch bei uns gilt ja in sehr vielen Fällen das Sprichwort vom Propheten, der in seinem Vaterlande nichts gilt. — Um aber gleich im Voraus einem Einwurfe zu begegnen, der vielleicht darauf gegründet wäre, daß die Polizei eine solche Organisation wie die oben bezeichnete nicht dulden werde, so ist zwar richtig, daß in München Das verboten ist, was in Regensburg Niemand genirt, und daß in Würzburg kein Hahn nach Dingen kräht, welche man in Landshut wieder „staatsgefährlich" findet; aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß nicht einzelne Männer sich über die vorliegende Angelegenheit besprechen und je nach dem für gut Befundenen handeln. Allerdings, den Gefallen dürfte man der „hohen Obrigkeit" nicht thun, sich mit Vereinsspielerei zu befassen, aber das ist auch durchaus nicht nothwendig, um einen Agitationsfond zu bilden.

Ob nun dieser Vorschlag von den bayerischen Genossen gebilligt wird, oder ob andere Vorschläge zur Behebung der Hindernisse, die sich jetzt der Agitation entgegenstellen, gemacht werden, darauf kommt es mir schließlich nicht an. Für mich ist eben nur Hauptsache, daß bessere, der Ausbreitung unserer Ideen mehr Rechnung tragende Einrichtungen an Stelle der gegenwärtigen trostlosen Zustände treten! Ueber das Wie? wird man sich ja schließlich verständigen können.

Jedenfalls dürfte von einem sogenannten Arbeitertage abzusehen sein und an seiner Stelle vielleicht lediglich eine Conferenz angestrebt werden, wenn sich nicht durch einfachen Briefwechsel die Sache regeln ließe. In der Hoffnung, nicht umsonst die Spalten des „Vorwärts" in Anspruch genommen zu haben, will ich hiermit schließen, und ersuche nur die Genossen, sich die Sache näher zu überlegen. C. F. Rick.

Eßlingen, 10. Januar. Gestern wurde der Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung", Parteigenosse Leininger, von dem hiesigen Schwurgerichtshofe zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt, ohne Anrechnung einer Untersuchungshaft von 6 Wochen. Dieses harte Urtheil wird dem hier zu Lande sich äußerst breit machenden Muckerthum sehr viel Freude bereitet haben, denn die Anklage lautete auf „Vergehen in Beziehung auf die Religion". Dieses „Vergehen" hatte sich Leininger zu Schulden kommen lassen durch einen in der „Süddeutschen Volkszeitung" veröffentlichten Artikel, der im Anschluß an einen im November v. J. erlassenen Aufruf an die Bürger Stuttgarts zur Theilnahme an dem alljährlich stattfindenden Ernte- und Herbstdankfeste die Gottesidee einer gerechtfertigten Kritik unterzog. In dem Artikel war die Rede von dem „lieben, alten Herrgott", der aber so „machtlos" sei, daß er sich Alles, „sogar den Kampf gegen sich selbst, gefallen lassen müsse, und der sich dem liberalen System angepaßt habe, das keine Staatshilfe wolle", — diesem Herrgott „habe man rein gar nichts zu danken". Ferner hieß es in dem Artikel: „Wenn aber die Stillen im Lande sagen, solche Naturereignisse (es ist Hagelschlag gemeint) seien eine Heimsuchung, dann, ihr Mucker, betet nur recht zu Eurem Idol, daß es Euch im nächsten Jahre wieder mit der gleichen Vorsehung heimsucht. Doch gegen Dummheit kämpfen natürlich selbst Götter umsonst." Auf die letzten Sätze namentlich stützte der Staatsanwalt seine vage Anklage; er verschmähte es auch nicht, zur leeren Wortklauberei seine Zuflucht zu nehmen, indem er behauptete, der Angeklagte habe offenbar mit der Schreibweise „Herrgott" eine Herabwürdigung Gottes bezweckt, da es doch heißen müsse: „Herr Gott". Trotz der glänzenden Vertheidigung des Rechtsanwalts Becher und trotz des Umstandes, daß überall in Deutschland weit schärfere Kritiken über Religion und Gott anstandslos geübt worden, sprachen die Geschworenen das Schuldig aus und haben damit auch dem heutigen Bourgeois-Schwurgericht, das nur ein Mittel der Klassenjustiz ist, das Urtheil gesprochen.

Reutlingen, 6. Januar. Heute, am Morgen des sogenannten Erscheinungsfestes, hatten unsere Briefträger über 200 — sage zweihundert — Pfändungsbefehle auszutragen! In dieser übrigens ganz „zeitgemäßen" Erscheinung dürfte vielleicht mit ein Grund dafür zu suchen sein, warum unsere Partei trotz der größten Rührigkeit der Parteigenossen keine besonders großen direkten Erfolge am hiesigen Platze aufzuweisen hat. Für uns erfreulich ist dabei nur, daß auch die anderen Parteien, vor allen die der „demokratischen", wie der „nationalen" sogenannten Liberalen, nur Mißerfolge aufzuweisen haben und bei dieser Gelegenheit immer mehr schwinden und abbröckeln, was indirekt natürlich nur uns zu gute kommen kann. Während bei der Gemeinderathswahlen die „Nationalen" die meisten ihrer Candidaten durchbrachten, errangen bei den Bürgerausschußwahlen die „Demokraten" mehr Erfolge; die Betheiligung, namentlich aber bei der letzten Wahl, war eine so geringe, daß eine Nachwahl anberaumt werden mußte und im Ganzen kaum der dritte Theil abstimmte. — Pfändungsbefehle, Gantlisten, Selbstmorde, Raubmorde, Verbrechen aller Art gegen Eigenthum und Sittlichkeit, in geometrischer Progression steigend, dazu die Aussicht auf einen allgemeinen europäischen Krieg — dies ist die Signatur des beginnenden Jahres, dies die Signatur der Bourgeoisie, die keinen Finger rührt, Zustände, welche sie selbst geschaffen, zu ändern, sondern mit unverantwortlicher Gleichgiltigkeit jetzt schon sich auf die Karneval-Festlichkeiten vorbereitet, um in gewohnter Weise weiter zu tanzen auf dem Vulkan, mit den frivolen Worten auf den Lippen: Après nous le déluge — nach uns die Sündfluth!" — — Glücklicherweise bin ich in der Lage, auch etwas Erfreuliches mittheilen zu können. Zum Schluß des Jahres fanden hier nämlich zwei höchst gelungene Arbeiterfeste statt: das eine am 27. Dezember von den vereinigten Gewerkschaften, das andere am 31. Dezember von der sozialistischen Arbeiterpartei, bei welchen in anerkennenswerther Weise die Liedertafel „Lassallea" aus Stuttgart mitwirkte. Den Glanzpunkt des Festes bildete die in gewohnter meisterhafter Weise vorgetragene zündende Festrede von Dr. Dulk. Beide Feste waren von zusammen über 1000 Personen besucht und ergaben den tröstlichen Beweis, daß die Sozialdemokratie auch hier, trotz Allem, in stetigem Wachsen und Erstarken begriffen ist. C. F.

Frankfurt a. M. Mittwoch, den 9. Januar, tagte hier eine so stark besuchte Volksversammlung, wie wir sie hier kaum je zu sehen Gelegenheit hatten. Die brennendste aller gegenwärtigen politischen Fragen: „Die orientalische Frage" stand auf der Tagesordnung und hatte Genosse Frohme das Referat übernommen. Nach Frohme, dessen scharfer Kritik der Bismarck'schen Politik die Versammlung unter großem Beifall beipflichtete, nahmen noch die Hrn. Zollinger, Professor Gambs und Opificius das Wort, um sich im Sinne der Frohme'schen Ausführungen zu äußern. Zum Schluß nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die Volksversammlung macht es den sozialdemokratischen Abgeordneten des deutschen Reichstages zur Pflicht, sofort bei Beginn der nächsten Session desselben Aufschlüsse zu verlangen über die Politik der deutschen Reichsregierung, besonders insoweit dieselbe die orientalische Frage betrifft. Sie dürfen sich dabei der moralischen Unterstützung der Majorität des deutschen Volkes versichert halten."

Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Das Arbeiterschutzgesetz im deutschen Reichstage", fand nach kurzem, aber doch eingehenden Referat des Herrn Frohme durch Annahme folgender Resolution seine Erledigung: „Die heutige Volksversammlung erwartet von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, daß sie in der demnächst beginnenden Session mit aller Entschiedenheit eintreten für das Zustandekommen eines allen rechtlichen Ansprüchen genügenden Arbeiterschutzgesetzes resp. Ausdehnung desselben auf die Bauhandwerker."

Oschatz, 14. Januar. Sonnabend den 12. d. M. sprach hier Genosse Hadlich aus Leipzig über: „Die Sozialdemokratie und ihre Feinde" in einer von ungefähr 500 Personen besuchten Volksversammlung. Hören wir nun einmal spaßeshalber, wie sich die „Leipziger Volkszeitung", das von der sächsischen Fortschrittspartei, also von den eigenen Parteigenossen auf den Index gesetzte „Fortschrittsblatt" über den Vortrag Hadlich's ausläßt:

„In zweistündiger Rede wiederholte unter der Flagge „die Sozialdemokratie und ihre Feinde" Herr Hadlich aus Leipzig alles, was hier am Orte von ihm und seinen Parteigenossen schon zu öftesten gesagt worden ist. Zuerst zog er gegen die „Sozialcorrespondenz" (Zeitungsfutter genannt) von Dr. Böhmert, danach gegen den antisozialdemokratischen Congreß und endlich gegen den „Staatssozialisten" (Organ der Stoeckerpartei) und in bekannter Weise gegen die Fortschrittspartei los. Beim Letzteren gedachte er auch der Hirsch Duncker-Gewerkvereine und bezeichnete alles zu ihrem Vortheile darüber Gesagte als Lüge und Schwindel. Für die meisten seiner Zuhörer bot der Vortrag nichts Neues. Es war eine allbekannte Wiederholung dessen, was dazu dient, die Massen „unzufrieden zu machen", was Redner auch als eine Hauptaufgabe der Sozialdemokraten hinstellte. — Bei der Beschimpfung der Fortschrittspartei kam Herr Hadlich auch auf die Wahl des Sozialisten Brätter in Gera zu reden und meinte, daß bei der zweiten Wahl auch die Fortschrittler mit der reaktionären Masse gegangen seien, um den verhaßten Vaterlandlosen nicht in den Landtag kommen zu lassen. Hier glauben wir jedoch, daß der Herr Hadlich falsch unterrichtet ist. Soviel wir wissen, haben sich die Fortschrittler der zweiten Abstimmung enthalten, weil sie der Ueberzeugung waren, daß ein Recht zur Cassirung der ersten Wahl nicht vorlag. Zum Schlusse sei nun noch für Herrn Hadlich im Interesse seiner eigenen Sache hervorgehoben, daß Disposition, edlere und reinere Ausdrucksweise, Sicherheit man überall im Vortrag vermißte und Wiederholungen sich nur zu oft bemerkbar machten."

Vorstehender Bericht ist von Herrn Lehrer Arnold hier der „Leipziger Volkszeitung" zugesandt worden und glauben wir gern, daß der Vortrag Hadlich's den fortschrittlichen Ohren dieses Herrn nicht zusagte; bezeichnend ist aber, daß trotz mehrmaliger Aufforderung seitens des Vorsitzenden sich kein Gegner zum Wort meldete, und auch Herr Arnold nicht den Muth hatte, seine Partei zu vertheidigen. Freilich, es ist bequemer, vom Schreibtisch aus den Gegner zu bekämpfen, als in offener Volksversammlung Mann gegen Mann sich gefallen lassen zu müssen ad absurdum geführt zu werden, wie dies dem Herrn Arnold bei früheren Gelegenheiten geschehen ist. Die Versammlung hat übrigens durch den ungetheilten Beifall, den sie dem Vortrage spendete, gezeigt, daß sie mit Allem, was der Redner ausführte, einverstanden war. Nur öfter derartige Versammlungen abgehalten und den Leuten wird bald klar werden, daß der allein wahre Fortschritt bei der Sozialdemokratie zu suchen ist. In Bezug auf die Landtagswahl in Gera ist zu bemerken, daß der Redner die Meinung aussprach, die Fortschrittspartei habe sich bei der Graer Landtagswahl nur um deswillen der Abstimmung enthalten, weil sie einer Niederlage gewiß gewesen sei.

Ottensen. (Oeffentliche Quittung über eingegangene Gelder zur Deckung der Wahlschulden im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise) Von Neese's Fabrik M. 5,05; durch Schulz von Dunkelmann's Fabrik 10,60; von Bier's Fabrik 8,00; durch Grewe von Stein's Fabrik 15,25; durch Grahl von Heß' Fabrik 5,00; von Quast's Fabrik 18,00; von Hardrow's Fab. 6,00; v. Barth's Fabrik 15,35; v. Doutine aus Glückstadt 11,50; v. Hörig aus Barmstedt 15,00; v. Funk 0,50; v. Hansen's Fabrik 30,00; v. Lange's Fabrik 12,00; von Drogmeyer's Fabrik 6,00; v. Möhring letzte Rate 16,00; v. Füge 13,40.

Den 13. Januar 1878.

D. Köster. F. Heerhold.

Briefkasten

der Redaktion. C. F. in Reutlingen: Rohleder „sitzt" noch. — der Expedition. C. Brgr. in Ober-Cunewalde: Wenn Ihnen eine Nummer ausbleibt, reklamiren Sie bei der Postexpedition, bei der Sie abonnirt haben. — E. S., Stettin: Der complette Jahrgg 1877 der „Neuen Welt" kostet in eleganter rother Decke gebunden incl. Porto Mk. 6,40.

Quittung. Arbeite-bildungs-Verein London 50,00. Rdl Düsseldorf Ab. 8,00. Wskit Düsseldorf Ab. 2,10. Ch. Ostermann Marilly Ab. 4,80. Tittbn Alfeld Ab. 3,60. Arbeiter-Bild.-Verein hier Ann. 2,40. Prbstl München Ab. 280,00. Lnd Hamburg Ab 100,00. Dßbch Hanau Ab. 1,80. Zhtar Darmstadt Schr. 27,30. Pllk Weißkirchen Ab. 9,27. Pir Admont Ab. 1,70. Hrld Radworna Ab. 1,70. Trst hier Ab. 0,80. S.A Schwäb.-Hall Schr. 16,90. Sprngr Oldenburg Schr. 10,50. Ullrch hier Ab. 129,70. Lhmnn hier Ab. 14,35. Schlz Erfurt Ab. u. Schr. 30,00. Müll Weichenbach Schr. 35,00. Prß Neebling Ab. 18,96. Wß Christophsgrund Ab. 17,65. Kzgr Rittersfeld Ab. 4,09. Kng Crefeld Schr. 0,80. Pschn Stockum Schr. 3,60. Rhd Sigmaringen Schr. 2,40. Frb Pbstltzn Schr. 1,10. Fnk Hannover Schr. 7,50. Khn Jockgrün Schr. 0,70. Whdr Steinach Schr. 3,00. Znkhn Mülheim Schr. 5,50. Ehbrg Straßburg Schr. 1,00.

Anzeigen 2c.

Motto: „Alle Menschen gleich geboren,
Sind ein adliges Geschlecht."

Die Neue Gesellschaft, Monatsschrift für Sozialwissenschaft. Von den zahlreichen Mitarbeitern heben wir hervor: A. Bebel, G. Bruck, Ludw. Büchner, Dietzgen, A. Dulk, Fabian, H. Greulich, Jul. Guesde, Frau Guillaume, M. Lehn, P. Lossau, C. Lübeck, Joh. Most, A. Mulberger, De Paepe, Politzer, A. Schäffle, G. Schaumann, Maria di Santaria, Ed. Sack, Specht, Stamm, S. Vogelin, F. Wiede u. v. a. Die „N. G." erscheint in Monatsheften, elegantester Ausstattung. 3 — 4 Bogen stark. Lexicon-Octav. Abonnementspreis pro Quartal M. 3,00. Zu beziehen direkt durch die Expedition der Zeitschrift, die Post und alle Buchhandlungen; in Leipzig durch die Expedition des „Vorwärts".

Zürich, im Januar 1878.

Verlag der „Neuen Gesellschft".

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Laufermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ertz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Golden Square.

Nr. 8. Sonntag, 20. Januar. 1878.

Ein Steuerprojekt.

Bekannt ist, daß die Annäherung Bismarck's an die Nationalliberalen hauptsächlich auf das Durchdrücken verschiedener indirekter Steuern im Reichstage hinzielt. In allen anderen Punkten waren die Liberalen ja derart willig, daß der Reichskanzler keinen Wunsch mehr übrig haben kann.

Bei den Steuererhöhungen, oder bei neuen Steuern liegt die Sache des Volkes halber doch etwas anders. Der deutsche Michel läßt sich ganz gemüthlich allerlei Freiheitsspielsächelchen rauben, er läßt sich auch zur Abwechslung einmal mit allerlei Ketten belasten und da er gewöhnlich schläft, fühlt er das kaum, aber wenn es ihm an den Geldbeutel geht, oder wenn der materielle Genuß ihm verkümmert werden soll, dann kann er plötzlich recht wild werden. Deshalb besinnen sich auch die Herren Nationalliberalen so lange, ob sie eine Erhöhung der Tabaksteuer, der Bier- und Branntweinsteuer, der Börsensteuer ꝛc. ꝛc. zugeben sollen, weil das Volk in solchen Sachen keinen Spaß versteht, und es der Partei, die zu solchen Maßnahmen ihre Hand böte, bei den nächsten Wahlen doch wohl vergelten würde.

Aus diesen Gründen wollen die Verhandlungen Bismarck's mit den Nationalliberalen auch nicht so recht vorwärts schreiten, obwohl angenommen werden kann, daß auch jetzt schon mindestens 2/3 dieser Partei den Herrn v. Bismarck mit allen nur gewünschten Steuern beglücken würden.

Zu diesen letzteren gehört auch der früher radicale Professor Gneist, der immer mit einem Bein auf der Tribüne mit dem andern auf einer (idealen) Barrikade stand; er hat ein ordentliches Steuersystem entdeckt, in welchem er das Volk saugen und aussaugen möchte.

In einer Rede, die er jüngst im preußischen Abgeordnetenhause gehalten, und die er im Separatabdruck unter dem Titel: „Die Steuerreform in Preußen" hat erscheinen lassen, führt der Professor zunächst den Unterschied zwischen Gemeinde, Staat und Reich vor und kommt dann zu dem Schlusse, daß die Gemeinde lediglich Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuern), der Staat Personalsteuern (Kopfsteuer, Klassensteuer, Einkommensteuer) und das Reich lediglich Verbrauchssteuern (Salz-, Tabaksteuern ꝛc. ꝛc., Zölle) erheben solle.

Vom Standpunkte eines Bismarck oder eines Mannes, der mit der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung im Allgemeinen recht zufrieden ist, läßt sich gegen ein solches System nichts besonderes einwenden, ja es kann sogar, da es sich auch an die verschiedenen Wahlmodus und Wahlrechte anlehnt, mit besonderer Genugthuung begrüßt werden, aber vom Standpunkte des Volkes aus betrachtet, bedeutet dasselbe nicht allein eine ganz raffinirte Ausbeutungsmethode, sondern auch ein Mittel, im Scheine des Rechts die Mitarbeit des Volkes an der Gesetzgebung wesentlich zu beschränken.

Wenn die Gemeinde eine von den andern Steuern völlig getrennte Steuer erhebt, wenn dies der Staat gleichfalls thut und ebenfalls das Reich, wenn alle drei ihre Bedürfnisse reichlich decken wollen, so braucht kein einziger dieser Faktoren danach zu fragen, ob die Bevölkerung auch die Steuerlast deshalb ertragen könne, weil sie schon von einem andern Faktor überlastet sei. Jeder Faktor ist souverän im Steuereinziehen und außer der Gemeinde, die sich drücken würde, würde solche Souveränität durch das schärfste Andrehen der Steuerschraube schon zur Geltung kommen.

Aber auch das Volk, das arbeitende, das ärmere Volk würde unter solchem System besonders zu leiden haben. Die Gemeindevertretungen sind ja bekanntlich durchweg aus Besitzenden zusammengesetzt, diese, welche die Steuern allein für die Gemeinde zu zahlen haben würden, schränkten die Bedürfnisse der Stadt- oder der Ortsverwaltung auf das Aeußerste ein, um geringe Steuern zu zahlen; Stadtverschönerungen, gemeinnützige Anlagen ꝛc. ꝛc. würden aufhören. Dann aber auch könnten nur diejenigen Mitglieder der Gemeinde sich an der Gemeinderathswaal betheiligen und gewählt werden, welche Grund- und Boden oder ein Haus in der Gemeinde besitzen, da ja sie allein Gemeindesteuer entrichteten. So hätten wir denn nach dem Gneist'schen Projekte eine urconservative, aber auch höchst egoistische Gemeinde, die in den Händen der Besitzer geringe Grund- und Häuserfeuer aufbrächte, indem die Gemeindebedürfnisse so tief als möglich herabgedrückt würden. Die Aufsicht des Staates würde an solchen Dingen wenig ändern können.

Die Personalsteuer, welche dem Staate lediglich zukommen soll, wird bekanntlich hauptsächlich in Form der Klassensteuer erhoben. Daß bei derselben, da dies direkte Steuersystem nicht progressiv ist, der kleine Mann am härtesten besteuert wird, ist längst bekannt. Durch Einführung dieses Systems erhielten die Klassenwahlen auch ihre Berechtigung, weil man sich nicht bei den Einzelstaaten bei der Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mehr auf die indirekten Steuern berufen konnte. Wie die Steuer, so auch das Wahlrecht, würde es heißen: „Im Reiche zahlt das ganze Volk gleichmäßig Steuer, im Reiche ist das Volk auch gleichmäßig wahlberechtigt."

Ja im Reiche, wo nur indirekte Steuern dann erhoben werden sollen, würde die Wahlberechtigung des Volkes bald überhaupt immaginär sein. Ein fester unversiegbarer Einnahmeposten, die Verbrauchssteuern, für den Reichskanzler — ade, du Reichstag! Sind die Einnahmen ein für allemal bewilligt, werden sie, die einmal bewilligten, ohne besonderen Beschluß fort erhoben, wie es bei lediglich indirekten Steuern doch gar nicht anders geht, dann ist das Ausgabebewilligungsrecht illusorisch; bei einem Conflict kann sich jede Regierung darüber leicht fortsetzen, wie es seiner Zeit die preußische gethan hat — eine Indemnität ist bei irgend einer gut abgepaßten Gelegenheit gewiß. Was hilft dann das allgemeine gleiche Wahlrecht?! Und gerade das Volk, das arme Volk, würde für das Reich doch, wie es jetzt schon thut, aber in noch erhöhterem Maße die Hauptsteuerlast tragen; dafür allerdings wäre ein gleiches Wahlrecht zu einem völlig ohnmächtigen Reichstage doch sehr theuer erkauft.

Das Gneist'sche Steuerprojekt hätte also zunächst eine allgemeine Steuererhöhung zur Folge; dann die Befestigung der reaktionären Wahlsysteme in Gemeinde und Staat; ferner eine Verminderung der Gemeindeausgaben zu gemeinnützigen Zwecken; und zu guter Letzt die völlige Herrschaft des Bundesraths und die völlige Ohnmacht des Reichstags, aber dabei — und hierauf kommt es ja den Herren Gneist und Consorten lediglich an — die äußerste Zufriedenheit Bismarck's. — — In seiner Rede sind übrigens dem Herrn Gneist einige hübsche Geständnisse entschlüpft. Gneist will nämlich beweisen, daß es gut sei, wenn die Gemeindesteuern lediglich aus Reallasten zusammengebracht werden, „da in sämmtlichen Gemeindevertretungen der Grundbesitz die sichere Majorität hat und daher immer auch in einem unbewußten Zuge der Interessen in dieser Richtung beschließt" und so die Klassen- und Einkommensteuer überbürdet. Dieser Satz beweist zunächst, daß wir Recht haben, wenn wir behaupten, die Gemeindevertretungen würden, wenn die Steuer lediglich auf den Grund und Boden und die Häuser geschlagen, die nöthigsten Ausgaben verweigern, um weniger Steuern zu zahlen und zwar aus dem „unbewußten Zuge der Interessen", da man nicht annehmen kann, daß diese Bauern und Bäuerlein wissen, daß schließlich die Grundsteuer wie die Gebäudesteuer doch nur eine indirekte ist, die das Brod und Kartoffeln essende Volk und die Miether endgiltig aufzubringen haben; und wenn sie dies wissen, so müssen sie doch schon vorab in die Tasche fassen und klingende Münze direkt zahlen, die sie auf indirektem und nicht so sichtbarem Wege wiedererhalten — und schon das ist vermeintlich gegen ihr Interesse.

Dann beweist aber der obige Satz des Herrn Gneist, der doch gewiß für die Volksvertreter kein anderes menschliches Empfinden in Anspruch nimmt, als für die Gemeindevertreter, daß so gut wie die Gemeindevertretungen auch die Volksvertretungen in den Landtagen und in dem Reichstage „in einem unbewußten Zuge der Interessen immer beschließen" und daß die von uns so oft betonte Klassengesetzgebung somit von einem der hervorragendsten Vertreter derselben laut und deutlich und zwar im preußischen Landtage anerkannt worden ist.

Gegen das Abwälzen der Communalsteuer auf die Klassen- und Einkommensteuerpflichtigen wendet sich Gneist aber noch in folgendem Satze:

„Jede Privatwirthschaft kommt in eine unsichere Lage, wenn jeder Einzelne bei den gegenwärtigen Gemeindebedürfnissen vom 1. bis 31. Dezember auf den Steuerzettel wartet und nicht weiß, ob er im nächsten Jahre 3 Prozent seines Einkommens an den Steuerempfänger abzugeben hat, oder 6, oder 9, oder 12 Proz. Es fehlt dabei der Maßstab zur Regulirung der Löhne, der Gehalte u. s. w., indem man von 9 bis 12 Prozent Abzügen schwankt, je nach dem wechselnden Bedürfniß des Ortes, dessen Wahl für die Mehrzahl der Menschen keine rein freiwillige ist. Wenn der Finanzminister einen Finanzplan vorlegte, bei dem es ganz von dem „wechselnden Jahresbedürfniß" abhängen solle, ob eine Einkommensteuer von 3, 6 oder 9 Prozent erhoben werden solle, so würde keine Volksvertretung diesen Plan billigen."

Weshalb würde keine Volksvertretung solchen Plan eines Finanzministers nach Gneist's Ansicht billigen? Weil die Volksvertretungen in ihrer weitaus großen Majorität aus Vertretern der Reichen bestehen und weil bei einem solchen Finanzplan es unmöglich wäre, „den Maßstab zur Regulirung der Löhne, der Gehalte ꝛc. ꝛc. zu erlangen, indem man die Lohnabzüge, Gehaltsabzüge nicht genau ermessen kann, um die ganze direkte Steuer von sich auf die Armen und Arbeiter abzuwälzen". — Das ist deutlich! Wir danken Ihnen für solche unumwundene Offenheit, Herr Gneist!

Zum Schlusse wollen wir noch bemerken, daß, wenn auch das ganze Gneist'sche System nicht Aussicht auf sofortige Einführung hat, so doch die Nationalliberalen jetzt bereit sind, und zwar berichtet dies die sehr gut unterrichtete „Kölnische Zeitung", in die von Bismarck beantragte Erhöhung der Tabaksteuer einzuwilligen. Von da an bis zur völligen Herstellung des Gneist'schen Steuerprojekts ist nur ein kleiner Schritt.

Rede Freytag's

im sächsischen Landtag in der Sitzung vom 10. Januar. Etatsberathung. Position 28: Landes-Heil-, Straf- und Versorg-Anstalten.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

Meine Herren! Ich beabsichtige, zu Pos. 28 im Allgemeinen zu sprechen; ich werde aber auf die von dem Herrn Abg. Roth angeregte Frage der Zuchthausarbeit nicht näher eingehen, aus dem einfachen Grunde, weil mir zu wenig statistisches Material in dieser Richtung vorliegt und weil ich nicht gewöhnt bin, über Dinge zu sprechen, von welchen ich kein rechtes Verständniß habe. Im Uebrigen hat bereits der Herr Staatsminister erklärt, daß im Reichstage diese Angelegenheit zur Sprache kommen wird, und auch ich habe ja gehört, daß von Seiten der Abgeordneten des Reichstags Schritte gethan werden, um Anträge in dieser Richtung zu stellen; nicht aber Schritte gethan werden — um mit dem Herrn Abg. Roth zu sprechen — von „der systematischen Opposition", sondern, wie man hört, von Seiten der Fortschrittspartei im Reichstage.

Es ist zu Pos. 28 uns ein Auszug aus dem Berichte der Staatsanwaltschaften: „die Verhältnisse der allgemeinen Criminalität im Königreiche Sachsen", beigegeben worden. Im Berichte selbst haben wir im Anschlusse hieran Gutachten von den Vorständen der Versorganstalten, und es ist auch bereits in der Ersten Kammer über die Ursachen der wachsenden Criminalität in Sachsen gesprochen worden. Meine Herren! Laut des Auszugs sollen angeblich zwei Staatsanwälte die Vermehrung der Criminalität dem Sozialismus in die Schuhe geschoben haben — ich sage: „angeblich", weil mir der Auszug doch zu cursorisch ist, um beurtheilen zu können, ob und inwieweit denn in der That das von den betreffenden Staatsanwälten geschehen ist. In der Ersten Kammer, meine Herren, hat man die Zunahme des Verbrecherthums wieder dem Liberalismus in die Schuhe geschoben. Meine Herren! Ich muß hier die Gelegenheit ergreifen, zu erklären, daß ich es für sehr verwerflich und eines politischen Charakters recht wenig würdig halte, wenn man Uebelstände, die in den Verhältnissen liegen, politischen Parteien in die Schuhe schieben will, wenn man aus den Verhältnissen, aus gewiß sehr traurigen Verhältnissen Material für seine eigene Partei dadurch schlagen will, daß man eben die anderen Parteien in dieser Weise — ich möchte fast sagen — in den Sumpf zieht. Die Ursachen, warum das Verbrecherthum in Sachsen zunimmt — und nicht blos in Sachsen zunimmt, sondern gegenwärtig in der ganzen civilisirten Welt zunimmt —, liegen eben, wie ich mir bereits erlaubt habe, zu sagen, in den Verhältnissen. Meine Herren! Ich komme kraft meiner Stellung sehr viel mit sogenannten Verbrechern, auch — um mich des Ausdruckes des Herrn Abg. Ackermann zu bedienen — mit „Subjekten und Burschen" zusammen und glaube, mir ein Urtheil darüber anmaßen zu dürfen, wo denn eigentlich gewöhnlich die Ursache, wie ein Mensch zum Verbrecher wird, zu suchen ist.

Ich kann wohl behaupten, daß zwei Gründe da vorliegen. Einmal ist es häufig das Uebermaß an Neigung, verbunden mit dem Mangel an Urtheilskraft, an Charaktererziehung, an moralischer Bildung; dann aber, meine Herren, ist es noch häufiger der Mangel an Mitteln, um das gewöhnliche Maß an Neigungen zu befriedigen. Der Wohlstand, meine Herren, ist das beste Vorbeugemittel gegen Verbrechen, und Armuth ist die ergiebigste Quelle derselben. In dieser Hinsicht ist es ja ganz zweifellos, daß unser heutiges Wirthschaftssystem die größte Schuld an der Erhöhung des Verbrecherthums trägt; das läßt sich aber in unserem heutigen Staate selbstverständlicher Weise nicht ändern, am allerwenigsten könnte unsere sächsische Gesetzgebung hierin Etwas thun. Wie unser Wirthschaftssystem einmal ist, so ist die nothwendige Consequenz desselben, daß die Armen sich vermehren und daß der mittlere Wohlstand nach und nach verloren geht. Wenn sich hiergegen im Allgemeinen unter diesem System Nichts thun läßt, so möchte ich Sie doch auf einige Uebelstände aufmerksam machen, die theilweise ebenfalls mit unserem Industriesystem verbunden sind, die eine ganz erhebliche Quelle des vermehrten Verbrecherthums sind, und gegen welche allerdings die Gesetzgebung und auch unsere Landesgesetzgebung einschreiten könnte. Ich erwähne da namentlich die Frauenarbeit und die Kinderarbeit. Meine Herren! Es ist gegenwärtig bereits in manchen Industrieorten Sachsens so weit gekommen, daß die Frauen vollständig von früh an bis Abend in den Fabriken arbeiten mit den Kindern, während der Mann zu Hause brach liegt. Es hat sich das Verhältniß vollständig umgekehrt gegen früher: der Mann muß zu Hause die häuslichen Arbeiten verrichten und die Frau mit den weiblichen Kindern geht in die Spinnerei oder stellt sich an den Dampfwebstuhl. Wenn man aber bedenkt, daß die Arbeitszeit gewöhnlich von früh 6, 7 Uhr bis 12 Uhr und dann von 1 Uhr bis Abends 7 Uhr, manchmal auch bis 8 Uhr ist, wenn man bedenkt, daß die Frauen häufig entfernt von den Fabriken wohnen, so ist sofort ersichtlich, daß diese Frauen den schönsten Theil ihres Berufes, die Kindererziehung, nicht erfüllen können. Was ist die Folge davon? Die Kinder sind sich selbst überlassen, sie müssen verwildern. Damit in Verbindung steht wohl, daß häufig in Sachsen — oder ich will nicht sagen: häufig, aber doch an vielen Orten die Kinder im zartesten Alter in die Fabriken geschickt werden. Es ist zwar ein Gesetz vorhanden, daß Kinder unter dem 12. Jahre nicht in den Fabriken beschäftigt werden sollen; aber, meine Herren, dieses Gesetz wird an vielen Orten in der raffinirtesten Weise umgangen, wobei vielen Behörden der Vorwurf nicht zu ersparen ist, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllen. Nun, wenn diese Kinder das Alter des Sonnenscheins, das Alter der Blumen bei der Fabrikarbeit verleben müssen, so müssen sie verwildern; sie kommen mit erwachsenen Leuten früh zusammen, müssen frühzeitig schon die Sorgen des Lebens kennen lernen. Sie lernen ebenso bereits die Bedürfnisse älterer Leute kennen und es ist dann selbstverständlich, daß aus solchen Kindern Männer mit Charakterbildung, die sie fähig macht, den später an sie kommenden Stürmen entgegenzutreten, nicht entstehen können. Das Schlimmste hierbei, ist aber das noch, daß namentlich der weibliche Theil mit solchen Arbeiten beschäftigt wird. Die Mädchen, wenn sie nicht bereits im Schulalter in den Fabriken Beschäftigung finden und gefunden haben, werden im großen Ganzen unfehlbar mit vollendetem 14. Lebensjahr hinaus in die Welt geschickt, um zu arbeiten, um sich ihr Brod zu verdienen. Gesindedienste in guten Familien, das ist wohl ein Mittel zur Erziehung der Frauen und zur Erziehung der Mädchen; aber die sind nicht für Alle zu finden, unsere Fabrikbevölkerung ist auch bereits theilweise so heruntergekommen, daß nicht alle Mädchen zu Gesindediensten mehr fähig sind. Es ist auch zu bedenken, daß unser vorsündfluthliches Dienstbotengesetz (Oho!) viele Mädchen abschreckt, in Gesindedienste sich zu begeben. Was ist nun die Folge davon, meine Herren? Die Mädchen kommen in die Fabriken, sie arbeiten von früh bis Abend und heirathen nach

mehreren Jahren. Was können solche Mädchen verstehen von Kindererziehung? Diese Mädchen haben gar keine Ahnung, gar keinen Begriff von den Pflichten einer Hausfrau, (Sehr wahr!) von den Pflichten einer Mutter, und so ist es gerade unser Industriesystem, welches die Heiligkeit der Ehe ganz wesentlich zerstört, die Heiligkeit der Ehe, welche man so häufig gegen den Sozialismus schützen zu müssen glaubt. Meine Herren! Daran liegt der Mangel an Charakterbildung eines großen Theiles unserer Bevölkerung, und der Staatsregierung würde Jeder, ganz abgesehen von dem Parteistandpunkt, sehr dankbar sein, wenn sie in dieser Richtung kräftiger, als es bisher geschehen, eingreifen würde. (Sehr wahr! links.)

Meine Herren! Hiermit in Verbindung steht die Behandlung der jugendlichen Verbrecher, die Behandlung der verwahrlosten Kinder. Auch in dieser Richtung läßt sich hier viel thun. Gegenwärtig scheinen mir die Anstalten für jugendliche Verbrecher die Durchgangsstationen für den größten Theil der Verbrecher in Zwickau und Waldheim, namentlich für die sogenannten rückfälligen Verbrecher zu sein.

Woran das liegt, weiß ich nicht. Es kann bei der Behandlung jugendlicher Verbrecher sehr viel geschadet werden. Es kann geschadet werden durch Ueberfütterung mit Religion, es werden sehr leicht Heuchler durch diese Ueberfütterung herangezogen. Es kann auch geschadet werden durch Ueberlastung mit zuviel Arbeit. Verstehen Sie mich recht, ich meine bei den jugendlichen Verbrechern. Die jugendlichen Verbrecher sollen in den Strafanstalten Lust zur Arbeit gewinnen, dann ist die Arbeit das beste erziehliche Element in den Strafanstalten. Durch zu viele Arbeit wird diese Lust zur Arbeit häufig nicht geweckt.

Meine Herren! Ich wiederhole es: ich kann in dieser Richtung der Verwaltung von Sachsenburg keine Vorwürfe machen. Ich habe gerade hinsichtlich dieser Anstalt zu wenig Erfahrung; aber ich kann Ihnen soviel versichern, daß ich bisher wenig Erfolg von Sachsenburg gesehen habe, daß ich sehr, sehr viel junge Leute, die ich z. B. vertheidigt habe und die ich später wieder zu treffen Gelegenheit gehabt habe — gewöhnlich wieder hinter mir auf der Anklagebank — kenne, welche durch Sachsenburg nicht gebessert, sondern eher schlechter geworden waren. Meine Herren! In dieser Richtung ist Etwas, was uns die Reichsgesetzgebung gebracht hat, ebenfalls von ungemein schädlichem Einfluß gewesen; das ist der Umstand, daß nach der Reichsgesetzgebung Kinder von 12—14 Jahren bestraft werden können in Gemäßheit des Strafgesetzbuchs. Meine Herren! Schulkinder gehören nun und nimmermehr in die Gefängnisse und Strafanstalten, sie sehen und lernen dort nichts Gutes; aber wohl gewöhnlich sehr viel Schlimmes, und dann wird durch das Strafen in den Strafanstalten das Ehrgefühl, das moralische Bewußtsein der Schulkinder nicht geweckt, sondern es wird getödtet.

Mir fällt jedesmal das Herz vor die Füße, wenn ich im Gefängniß, in der Untersuchungshaft ein Kind von 12, 12½ bis 13 Jahren sehe, wenn ich sehe, daß so ein armes Kind, welches vielleicht durch die Verhältnisse zu Hause zum Verbrechen getrieben worden ist, in unseren Untersuchungshaftanstalten oft vier und sechs Wochen lang sitzen muß. So ein armes Kind kommt dann wieder in die Schule, möglicher Weise ist dann noch dazu ein unvernünftiger Lehrer da, der vielleicht den Cötus (Kreis der Schulkinder) noch darauf hinweist, daß das Kind aus dem Gefängniß kommt. Glauben Sie dann, daß so ein Kind, welches in dem Gefängniß gewesen ist und welches aus dem Gefängniß entlassen wird, von den anderen Schulkindern als zu ihnen gehörig aufgenommen wird, daß man die Wiedererhebung des reumüthigen Kindes vielleicht begünstigen wird? Der Schulcötus wird sich von dem Kinde abwenden, es abstoßen; das Ehrgefühl des Kindes wird dadurch getödtet, es wird angewiesen auf Gleichgesinnte, es fühlt sich abgestoßen und hat es gerade Charakter, so wendet es sich sehr leicht gerade dadurch erst recht zum Schlechten; es sucht dann seine Gleichgesinnten auf, es prahlt gewissermaßen dann schon damit, daß es in der Strafanstalt bereits gesessen hat. Ich glaube, daß auch die Herren Staatsanwälte in Sachsen — ich kenne ja viele derselben — vollständig darin mit mir übereinstimmen, daß uns diese Neuerung blos Schaden gebracht hat.

Aber, meine Herren, ein ganz wesentlicher Uebelstand ist in dieser Hinsicht noch vorhanden, und da könnte auch in Sachsen noch viel geschehen, daß für die verwahrlosten Kinder noch mehr gesorgt werde, als es schon gegenwärtig geschieht. Meiner Ansicht nach hat der Staat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die verwahrlosten Kinder von ihm erzogen werden, daß sie entweder in Familien untergebracht werden oder in Anstalten, die sich zur Erziehung von Kindern eignen. In dieser Richtung ist noch sehr viel zu thun. Es ist nothwendig, daß die Kinder nicht erst dann, wenn sie bereits zu Verbrechern geworden sind, wenn sie bereits Vergehen begangen haben, unter Aufsicht kommen; da ist es in der Regel bereits zu spät, sondern es ist nothwendig, daß bei Zeiten für Besserung gesorgt wird. Mir kommt der Charakter eines Kindes immer so vor, wie eine runde Kugel von irgend einem weichen Stoff, der sich von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr mehr verhärtet und zuletzt ganz hart wird. Die Eindrücke, die in den Stoff gemacht werden früh bei Zeiten und die nicht sofort wieder entfernt werden, die bleiben. Ist die Kugel einmal hart geworden, so können Sie die Eindrücke nicht mehr entfernen durch Stoßen, Schlagen und sonst welche Mittel. Und das Seelenleben der Kinder ist zu sehr verbunden mit den schlechten und guten Sitten der übrigen Familienmitglieder. Das Kind ist — um mich eines Ausdruckes unseres Herrn Abg. Dr. Heine zu bedienen — das Produkt seiner Verhältnisse (Heiterkeit.) und wenn der Staat nicht bei Zeiten dafür sorgt, daß verwahrloste Kinder von ihm erzogen werden, so werden Verbrecher groß gezogen; denn die verwahrlosten Kinder werden eben dann später zu Verbrechern.

Weiter, meine Herren, ist nothwendig, daß unbedingt mehr geschieht für die sogenannten Rückfälligen. Es ist in Sachsen gegenwärtig in dieser Richtung gar Nichts vorhanden. Es ist nicht schön, wenn man solche Rückfällige eben bezeichnet mit dem Ausdruck: „schlechte Subjekte", „verworfene Menschen" ꝛc.; und man soll nur der Sache etwas näher auf den Grund sehen. Was die sogenannten Gewohnheitsverbrecher, die gewerbsmäßigen Verbrecher angeht, so ist für und gegen dieselben wenig zu thun; wer einmal ein solcher geworden ist, an dem ist allerdings gewöhnlich Hopfen und Malz verloren, den können wir in 20 Anstalten hintereinander stecken, eine Besserung ist nahezu eine Unmöglichkeit; aber nehmen Sie einen Anderen, der zum ersten Male gefehlt hat, oder der auch meinetwegen schon rückfällig, aber noch nicht ein so verhärteter Verbrecher ist. Man ist in unseren Strafanstalten mit vollem Recht bemüht, neben der Buße auch noch eine Besserung zu erreichen. Es ist z. B. namentlich in Zwickau die sogenannte Individualisirung sehr gebräuchlich und man giebt sich häufig mit den einzelnen Leuten eine ganz außerordentliche Mühe, um sie zu bessern. Nun, der Direktor der Strafanstalt hat vielleicht die Genugthuung zu glauben: hier hast Du einmal Einen so weit gebracht; wenn er jetzt hinausgeht, wird er wieder ein brauchbares Mitglied der Gesellschaft werden. Ja, er kommt hinaus mit dem besten Willen, dem besten Vorsatz, er geht hin, um Arbeit zu suchen. — „Gut! Wo sind Sie denn seither gewesen?" — wird er gefragt —. „Na, ich komme von Zwickau, von Waldheim." — „Was, Sie wollen Arbeit bei mir haben, jetzt, wo wir für die guten Leute nicht einmal Arbeit haben? Marsch, augenblicklich fort, wie können Sie sich unterstehen, sich getrauen, hier Arbeit zu suchen?" — Nun, der Mann geht seiner Wege, versucht es am zweiten und dritten Orte und wird gewöhnlich an dem zweiten, dritten Orte ebenso fortgewiesen; es bleibt ihm nichts Anderes übrig, wenn er nicht zum Selbstmord greifen will, als eben eines jener „Subjekte", einer jener „Burschen" zu werden, die nach der Schilderung des Herrn Abg. Ackermann von Gemeinde zu Gemeinde gehen und sich durchbetteln. Da ist eben nöthig, daß für derartige rückfällige Verbrecher ebenfalls seitens des Staates Etwas geschieht und das Geld, welches Sie hierzu verwenden, wird wahrhaftig seine guten Zinsen und Interessen tragen. Gegenwärtig giebt es blos einige Privatanstalten, die sich der aus den Anstalten Entlassenen in einiger Weise annehmen. Diese haben selbstverständlicher Weise nicht die nöthigen Mittel, dafür zu sorgen, überhaupt werden die Privatmittel in dieser Richtung nun und nimmermehr hinreichen. Meiner Ansicht nach ist es Pflicht des Staates, daß derartige Anstalten zunächst auch von ihm unterstützt werden; dann aber ist es auch Pflicht des Staates, daß er Leute, die aus den Strafanstalten entlassen werden und die beste Absicht haben, wieder brauchbare Menschen zu werden, unterstützt, vielleicht dadurch, daß er ihnen auf eine Zeit lang wenigstens Arbeit nachweist oder giebt, oder daß er ihnen Aufenthalt in hierzu einzurichtenden Anstalten gestattet, die gewissermaßen einen Uebergang zwischen den Strafanstalten und zwischen dem freien Leben bilden müßten. Wenn wir das haben, so werden dann sicher unsere Strafanstalten künftighin von den vielen, vielen Rückfälligen mehr gesäubert werden.

Wenn ich nun noch sonst auf einige Gründe der Ueberfüllung der Strafanstalten Bezug nehme, so sind dieselben weniger wichtig, verdienen aber doch der Erwähnung. Da ist zunächst der Umstand, daß unsere Gerichte in neuerer Zeit sich gewöhnt haben, viel zu lange Strafen zu diktiren. Es liegt das gewissermaßen in der Reichsgesetzgebung und in der Nachbarschaft von Preußen. Unser früheres sächsisches Strafgesetzbuch war sehr mild, in den meisten Beziehungen bedeutend milder als das Reichsstrafgesetzbuch. Das Reichsstrafgesetzbuch aber ist wieder bedeutend milder, als das frühere, in den Strafen gar kein Maß haltende preußische Gesetzbuch. Anfangs hatte sich die Praxis ausgebildet, daß die Preußen noch die alten Strafabmessungen von dem preußischen Strafgesetzbuch gewöhnt waren, und daß dort ungemein hohe Strafen diktirt wurden, während in Sachsen im Verhältniß zu Preußen sehr niedrige Strafen ausgesprochen wurden. Das hat sich nun geändert. Die älteren Herren, die noch das sächsische Strafgesetzbuch gewöhnt sind, werden seltener und die jüngeren amalgamiren sich mehr, sie sehen selbstverständlicher Weise — es liegt in der Natur der Sache — mehr nach dem großen Nachbarstaate, und so ist es denn gekommen, daß für gewisse Kategorien der Verbrecher gegenwärtig gerade die doppelte Strafe erkannt wird als früher. Es ist das ein Schaden; denn darüber sind alle Criminalisten und Gefängnißstatistiker einig, daß allzulange Strafen Nichts nützen, sondern daß sie schaden. Sie gewöhnen den Verbrecher in das Gefängnißleben förmlich ein, sie machen ihn schlaff in geistiger Hinsicht und nehmen ihm überhaupt die Fähigkeit, später wieder in der Freiheit ein nützlicher Mensch zu werden.

Weiter, meine Herren, wird meiner Ansicht nach in Sachsen viel zu wenig Gebrauch gemacht von der im Gesetz nachgelassenen bedingten Entlassung, von der Beurlaubung. Die Beurlaubung, die bedingte Entlassung war früher eine spezifisch sächsische Einrichtung. Sie ist eingerichtet worden unter dem um unser Gefängnißleben sehr verdienten Justizminister Dr. Schneider und hat ganz außerordentlich gute Früchte getragen. Ich habe wenigstens sehr schöne Erfahrungen in dieser Hinsicht gesehen. Es scheint von dieser Einrichtung gegenwärtig der frühere Gebrauch nicht mehr gemacht zu werden. Ich sage: es scheint mir so. Es fehlen mir da ebenfalls die statistischen Nachrichten; aber die Erfahrungen, die ich gemacht habe, lehren mich das. Und doch ist diese Einrichtung eine so gute, daß sie auch in das Reichsstrafgesetzbuch aufgenommen worden ist. Ich glaube, daß ein größerer Gebrauch von dieser ungemein wohlthätigen Einrichtung ebenfalls zur Verminderung der Bevölkerung in den Strafanstalten beitragen würde. (Schluß f.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Protestversammlungen gegen die Orientpolitik des Fürsten Bismarck mehren sich. Außer den Versammlungen, über die wir schon berichtet, haben in den letzten Tagen Versammlungen, sämmtlich zahlreich, zum Theil massenhaft besucht, in Glauchau, St. Egidien, Braunschweig, Zschocher, Barmen (S Bericht in heutiger Nr.), Wurzen stattgehabt; in Dresden, Berlin, Offenbach, Darmstadt, Gera Nürnberg ꝛc. werden Versammlungen in den nächsten Tagen stattfinden. Opposition hat sich nirgends gezeigt. Jedenfalls liefern diese Demonstrationen einen Beweis dafür, daß das deutsche Volk von dem Knutenthum nichts wissen will und keine Lust hat, seine Haut für die Bestialität und Barbarei des „Erbfreunds" zu Markte zu tragen. Den Reptilienblättern, die anfangs spotteten, jetzt aber verlegene Gesichter schneiden, sei hier bemerkt, daß die von ihnen so reklamenhaft aufgepufften englischen Russenmeetings einiger vaterlandslosen Bourgeois nebst Anhängsel jämmerliche Fehlgeburten sind verglichen mit den deutschen Protestmeetings gegen die russische Politik.

— Der Reichstag ist auf den 6. Februar einberufen. — Fürst Bismarck hat sich abermals krank melden lassen, wird also bei der Eröffnung nicht zugegen sein.

— „Die Parteien im deutschen Reiche." Wenn die „Kölnische Zeitung" nicht selbst in einem längeren Leitartikel das Büchlein von einem Herrn aus dem Muckerthal, der sich Bredt schreibt und obigen Titel dem Büchlein gegeben hat, ihren Lesern unter großen Lobeserhebungen vorführte, so würden wir wahrlich schweigen, da das Werkchen selbst ungefähr den gleichen Werth des Buchs vom Pastor Schuster hat, welches Graf Eulenburg bei seinen heftigen, aber ungeschickten Angriffen gegen die Sozialdemokraten im Reichstage seinerzeit benutzte. So aber wollen wir denn doch nicht verfehlen, unseren Lesern mitzutheilen, daß der Verfasser den Herrn Krupp für ein Ideal eines Arbeitgebers erklärt, denselben Herrn Krupp, der langerprobte Arbeiter fortjagte, die ein klerikales oder sozialdemokratisches Blatt hielten. Herr Bredt, der solchen Arbeitertyrannen, der neben der Muskelkraft auch das Gehirn seines Lohnsklaven in Banden schlägt, in höchstem Maße lobt, er lügt, wenn er behauptet, sein Wunsch sei es, die Sozialdemokratie lediglich mit den Waffen des Geistes zu bekämpfen. Wenn dies sein wirklicher Wunsch wäre, so würde er den Herrn Krupp wegen seiner berüchtigten Ukase in Ueberzeugung vertrauen wir fest der künftigen wahren Kritik die Prüfung unserer Grundgedanken an und hoffen, sie wird deren Kern billigen. Unsere zeitgenössischen Leser aber bitten wir: nur versuchsweis einmal Goethe's Wanderjahre mit dem Vorurtheil zur Hand zu nehmen, daß darinnen die Utopien und ikarischen Träume des Sozialismus vom greisen Altvater deutscher Poesie mit dichterischem Hauch verklärt werden sollten. Das bunte Gewirr der verschlungenen Pfade erhellt sich wie mit einem Zauberlichte übergossen und strahlend verschönt sich des sterbenden Sehers letztes Erbtheil zu einem neuen Testament deutscher Nation.

— Stöcker II in der „Leipziger Volkszeitung". Das genannte Blatt bringt eine Notiz über den Leitartikel in Nr. 2 des „Vorwärts": „Ein Zeichen der Zeit", die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Zur Landstreicherfrage schreibt man uns: Der „Vorwärts" bringt in seiner vorletzten Nummer unter „Ein Zeichen der Zeit" einen Leitartikel, welcher auf Grund einer Schrift des Geheimraths Engel, nach der die Zahl derjenigen Personen, die den Tauschverkehr vermitteln, im stetigen Steigen begriffen ist, während die Zahl derjenigen, welche die Produkte erzeugen, sich immer verringert, den Beweis liefern soll, daß die heutige Gesellschaftsorganisation daran die Schuld trage. Wenn wir es auch ganz consequent finden, daß der „Vorwärts" so und nicht anders seine Schlüsse zieht, denn nur durch beständ ges, wenn auch nur tropfenweises Eingeben von Gift kann der Klassenhaß nachhaltig erreicht und zu jener Blüthe gebracht werden, deren Frucht die Revolution ist: so sollte doch der „Vorwärts" nicht blos nichtdenkende Leser seiner Artikel voraussetzen. Jener Artikel wiederholt nämlich zum soundsovielsten Male „die produktive Arbeit wird in Hinsicht auf den Kraftverbrauch, den sie erfordert, allzugering entschädigt; jeder Mensch, der sich ihr entziehen kann, thut es und nicht mit Unrecht." Es kann nun nicht unsere Absicht sein, uns mit dem Artikelschreiber über seine Behauptung auseinander zu setzen. Aber soviel sollte sich derselbe wohl selber sagen können, daß durch dieselbe nur unzufriedene Arbeiter geschaffen werden, und das Ende dieser Unzufriedenheit zu einem Streik führt, wie es die heutige Zeit ja bereits in erschreckender Weise aufweist. — (Dem Herrn Einsender können wir darin beipflichten, daß eine Aufreizung zur Arbeitsscheu in den Worten liegt, der produzirende Arbeiter verlasse „nicht mit Unrecht" die Werkstatt. Wer ernährt denn diese Arbeitsscheuen,

---

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Schluß.)

Aber selbst das, was jeder Leser (gewiß ohne Ausnahme) die Schwärmerei unsers größten Dichters nennen wird: die Idee nämlich von einer Staatsgemeinschaft, die nicht blos nach Lassalle's „Nachtwächteridee" für weiter gar nichts als für die Sicherheit der Person und des Eigenthums sorgt, sondern welche als eine sittliche Gemeinschaft, als eine großartige Bürgergemeinde, mit liebender Umsicht und Fürsorge das Wohl jedes Gliedes, jedes einzelnen Menschen von seinem Eintritt ins Leben an bis zum stillen, müden, satten Hinsinken in den dunklen Mutterschooß der Erde am Herzen trägt und stetig fördert und überwacht und Keinen, Keinen verkommen läßt, nein! sondern die Haare auf Jedes Haupte zählt: — ist diese Idee von einer solchen zukünftigen Menschengesellschaft nicht immer doch eine schöne? Nicht eine Ideal-Daseinsform, der wir uns ewig nähern, ohne sie je zu erreichen? Eine sittliche Forderung an jeden rechtschaffenen Mitmenschen?! Gleichwie die Tugend selbst, die nie erreichte, die volle Selbstlosigkeit nur immer uns ein vorleuchtend göttlich Wunderbild ist und bleibt, zeitlebens von Allen zu erstreben, doch so lange die Welt steht von Keinem realisirbar, so ist der Sozialismus ein Postulat der Gerechtigkeit selbst und wer es verhöhnt, charakterisirt sich selbst. Endlich also frage ich, ist diese Schwärmerei unseres größten Dichters nicht doch trotz all' und alledem jedenfalls wenigstens ein Zeugniß von der weltumfangenden Liebesfülle seines guten, warmen, menschenfreundlichen Herzens? Schwärmt also wirklich Goethe, der Geheimrath — — wie ja Niemand leugnen will — — nun wohl! so reiht er sich den edelsten Schwärmern der Menschheit an, den Plato, Jesus, Attus Herdonius und ihren zahllosen Nachfolgern, diesen Vorläufern allen der heutigen Sozialdemokratie . . .

Ei fürwahr! es muß doch wohl ein köstlich Ding sein um diese Gattung Schwärmerei, wenn man die erlauchte Gesellschaft betrachtet, zu der sich Goethe mit seinen Wanderjahren eingefunden und hinzu gesellt hat! Buddha im Orient, Pythagoras und Plato im Occident, die Gracchen und Spartacus in Rom, Giordano Bruno, Thomas Morus und Thomas Münzer zu Anfang der wiedererwachenden Wissenschaft und Vernunft; gleich darauf Harrington, der Lehrer des edlen Wilhelm Penn, des Philadelphiagrunders, endlich Immanuel Kant, sein Jünger Fichte und Karl Joh. Fr. Krause der Fortsetzer der Arbeiten Fichte's — sie Alle sind ja Vorläufer oder nur wenig ältere Mitstrebende des Alten von Weimar, der, unbeirrt und unentwegt durch das Gebelfer und Gekrächz über die sozialistischen Ideen Babeuf's, St. Simon's und Owen's, als deren Zeitgenoß, das Ewig-edle in ihren wie in Zinzendorff's Herrnhutergrundgedanken herausfand und poetisch und prophetisch im Prosa-Epos verwerthete, während er im dramatisch n Weltbuch seinem sterbenden Faust nur wenig ahnungsvolle Verse in den Mund legt, die aber dasselbe mit prägnantester Kürze sagen, so daß sie der Feldruf geworden sind, ich denke für uns Alle! Denn wer mit trübem Blick die düsteren Zustände der arg verwilderten Gegenwart sieht und seufzend bekennt: daß alle Heil-Bestrebungen gleich sind dem Schnabelwetzen des symbolischen Vögleins am Demantfelsen (?) menschheitlichen Jammers und Elends; wer riefe nicht mit unserm Dichter tief aufathmend sehnsuchtsvoll-inbrünstig aus:

Solch froh Gewimmel möcht ich sehn
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!!

Ja, ein froh Gewimmel!! Die Freude fehlt unserer Zeit, der Optimismus ist verloren gegangen, von dem unsere klassische Literatur durchsonnt war.

Das Mäkeln und Splitterrichten nimmt kein Ende und selbst an Goethe verunehren sich sog. Kritiker, die doch müßten gelesen haben, wie er selbst weissagte: Es werde für Deutschlands Literatur eine Zeit der Unfruchtbarkeit kommen, in Folge der Afterkritik und grämlichen Krittelsucht!

Aber wen soll das Wunder nehmen, der aufmerksam beobachtet hat, wie z. B. ein Herr v. Sybel trotz Varnhagen's warnendem Verdikt eine Zeit lang sich breit machen durfte mit Kritisirung der französischen Revolution!!

Genug. Wir haben nach einem vollen Menschenalter den Ahnungen Ausdruck zu geben gesucht, die schon im ersten Jünglingsgefühl beim Lesen der Wanderjahre erwachten. Aus eigenster

anderer Weise behandelt haben. — Die „Kölnische Zeitung“ lügt gleichfalls, indem sie behauptet, Lassalle habe gesagt, „daß sich 96 Prozent der Bevölkerung in gedrückter und dürftiger Lage befänden“; Lassalle spricht von 87 bis 96 Prozent und setzt noch das Wörtchen hinzu: „in mehr oder weniger“ gedrückter Lage. — Daß die „Kölnische Zeitung“ auch das allgemeine gleiche Wahlrecht dem Volke wieder rauben möchte und zwar dann, „wenn sich die Gefahren der Ochlokratie einmal in unmittelbarer Nähe zeigen“, deutet darauf hin, daß die Gelehrten auch dieses großen Blattes nicht das geringste Verständniß von dem Wesen der Sozialdemokratie haben, in welcher jegliche Herrschaft untergehen wird.

— Zur Volksschullehrer-Misère. Die „Preußische Lehrerzeitung“ brachte kürzlich folgende Notiz: „Der emeritirte Lehrer Gapinski zu Hohenhausen (Kreis Bromberg), dessen Pension nach 50½jähriger Dienstzeit 360 Mark beträgt, wovon 276 Mark aus der Schulkasse und 84 Mark aus Staatsmitteln gezahlt werden, hatte sich bittend an das Unterrichtsministerium gewendet, ihm wenigstens noch die 180 Mark Alterszulagen zu belassen, da er mit einer Familie von 4 Personen mit 120 Thalern Pension nicht leben könne. Diese Bitte habe um so mehr Begründung, als er bis in die letzte Zeit hinein 200 Kinder zu unterrichten, also für zwei Lehrer zu arbeiten gehabt habe. Der Minister hat das Petitum abgeschlagen wegen „Mangel an Fonds“, — er würde ihm aber „nach Maßgabe der Verhältnisse und der Mittel“ Unterstützung zu Theil werden lassen. Daraufhin hat sich Gapinski an das Abgeordnetenhaus gewendet. Er führt aus, wie ein Bahnwärter nach 25jähriger Dienstzeit monatlich 58 Mark und dazu 12 Mark zur Unterstützung eines alten Vaters, also in Summa 70 Mark, ein gewesener Briefträger monatlich 63 Mark Pension bezieht. Gapinski bittet das Haus, den Minister hochgeneigtest veranlassen zu wollen, ihm in Erwägung seiner 50jährigen Dienstzeit eine Pension nach Verhältniß der im mittelbaren Staatsdienste stehenden Subalternbeamten bewilligen zu wollen. Die Commission kann auf das Petitum nicht eingehen, da das Pensionsreglement vom 20. April 1825 und ebenso das Pensionirungsgesetz vom 27. März 1872 auf die Volksschullehrer keine Anwendung finde, da ferner der Cultusminister durch Rescript vom 17. Januar 1874 bestimmt hat, daß keinem emeritirten Elementarlehrer eine in Rücksicht auf sein Dienstalter zahlbare, zum Stelleneinkommen jedoch nicht gehörige, und daher bei der Emeritirung außer Betracht bleibende persönliche Zulage aus Staatsfonds zu gewähren oder zu belassen sei, — zumal die Lehrer überhaupt keinen Rechtsanspruch auf derartige Zulagen haben. Allerdings entnehmen „manche“ Mitglieder der Unterrichtscommission, wie es in dem uns vorliegenden Commissionsbericht heißt, die Ansicht, daß der im Etat für diesen Zweck mit 300,000 Mark ausgesetzte Fonds inzulänglich sein dürfte. Der Referent, Abg. Kantak, beantragt, dem Abgeordnetenhause vorzuschlagen:

„mit Bezugnahme auf die sich aus dem Antwortschreiben der königl. Regierung zu Bromberg vom 22. Januar 1877 ergebende Bereitwilligkeit, dem Petenten entgegenzukommen und in Hoffnung auf demgemäße Bethätigung derselben, über die Petition des Lehrers Gapinski zu Hohenhausen zur Tagesordnung überzugehen — —.“

Soweit die „Preußische Lehrerzeitung“. Und Angesichts solcher Thatsachen haben die Herren Liberalen noch den Muth, zu behaupten, daß die preußischen Lehrerverhältnisse im Allgemeinen befriedigend und daß die Regierung und die Volksvertretung bemüht seien, dieselben befriedigend zu gestalten. Es gehört aber ein trauriger Muth dazu, das Geld hausenweis dem Militär-Moloch in den Hals zu werfen und die Erzieher der Kinder des Volks hungern und darben zu lassen. Und wenn irgend etwas beweist, daß die „Volksvertretungen“ wie sie jetzt zusammengesetzt sind, dem Grundsatze huldigen, daß das Volk nicht aufgeklärt werden dürfe, so ist es das vornehme Hinweggehen über die Volksschullehrerlage. Wenn aber auch irgend etwas geeignet ist, diese Klassenvertretungen bei der ungeheuren Mehrheit des Volkes gründlich zu diskreditiren, so ist es wiederum diese Haltung in der Schullehrerfrage. So traurig also die Sache an sich ist, so sehr ist dieselbe aber dazu angethan, dem Volke die Augen zu öffnen — die hungernden Schullehrer bilden eine lebendige Anklage gegen die heutige Gesellschaft!

— Charakteristisch für die heutige Mißwirthschaft ist folgende von der „Tagwacht“ mitgetheilte Notiz der „Bodenreformerzeitung“:

„Auf dem hiesigen (Romanshorner) Fruchtplatze befindet sich gegenwärtig eine solche Menge Frucht, daß sie im Freien aufgespeichert werden muß und geht durch den Wechsel der Witterung, sowie durch Ratten, Spatzen und anderes — Ungeziefer täglich soviel zu Grunde, daß davon die ganze Umgebung genug Brod essen könnte.“

So will es nun einmal die Privatspekulation! Was scheert es sie, ob ihre aufgespeicherten Waaren verfaulen, während ringsum das Volk darbt — wenn nur ein hübscher Profit herausspringt! Sobald die organisirte Gesellschaft, der sozialistische Staat die Erzeugung und Vertheilung der Waaren planmäßig und vernünftig regelt, wird ein Vorkommniß, wie das oben erwähnte, einfach unmöglich sein. Aber auch erst dann. Bis dahin wird die tollste Vergeudung ruhig fortbestehn neben dem hilflosesten Elend. —

— Noch immer kein Waffenstillstand. Die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt sich: die europäische Krise hat ihren Höhepunkt erreicht und kann im Handumdrehen zum europäischen Krieg führen, an welchem sich zunächst England und Oestreich betheiligen würden. Jedenfalls hat die Spannung zwischen Rußland und England den äußersten Grad erreicht, wo entweder der Bruch, oder das Einlenken eines Theils oder beider Theile erfolgen muß. Das englische Parlament, welches heute — 17. Januar — zusammentritt, bringt vielleicht etwas Klarheit.

— Der Congreß der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde am 26. Dezember v. J. in Newark (New-Jersey) eröffnet. Erschienen waren 42 Delegirte, die folgende Sektionen vertraten: Brooklyn (deutsch) G. Winter und W. Reinhard; Lawrence, Mass. (deutsch) A. Keading; San Francisco (deutsch) Just. Schwab; Albany (deutsch) Gustav Reinhard; Manchester, N. H. (deutsch) Jos. Holler; Alleghany City (deutsch) W. T. Pollner; New Haven (engl.) P. J. MacGuire; Cleveland, O. (deutsch) P. C. Christiansen; Boston (engl.) Wm. Wagner; Detroit (deutsch) A. Gabriel; Newark (deutsch) C Vogel und Fried. Meiffelbach; do. (engl.) Caleb Tilly; do. (böhm.) S. Schulz; Philadelphia (deutsch) H. Eismann und B. Trautwein; do. (Frauen-Sektion) E. Döpp.l; Utica (engl.) H. G. Rowly; Chicago (deutsch) J. C. Pfeiffer; do. (engl.) E. R. Pearson; Cincinnati (deutsch) G. Lübkert; Newyork (franz.) Alex. Frey; do. (deutsch) F. Filly, C. Collenburg, John Schäfer und B. Kaufmann; (engl.) G. W. Mabox und Leander Thompson; (böhm.) Frank Coufal; Jersey City Heights (engl.) E. Damnid; do. (deutsch) Nikolaus Schmidt; Paterson (deutsch) S. B. Hoffmann; St. Louis, Mo. (deutsch) Alb. Currlin; Cedar Springs, Iowa (böhm.) J. Jonash und F. Bartoschk; Baltimore, Md. (deutsch) A. Gabriel; Buffalo (deutsch) J. Burger.

Bis jetzt liegen uns nur die Berichte über die beiden ersten Sitzungstage (26. und 27. Dezember) vor, und beschäftigte sich der Congreß an denselben lediglich mit internen Angelegenheiten. Von Interesse ist der Bericht des Exeeutivcomités. Wir entnehmen demselben wörtlich Folgendes:

„Indem wir Ihnen den Bericht über das Wirken der Partei vom 6. Juli 1876 bis jetzt vorlegen, müssen wir Ihnen bemerken, daß an dem Tage, am 6. Juli 1876, unser offizielles Leben anfing. Zu dieser Zeit bestanden in den Vereinigten Staaten 9 Sektionen mit circa 650 Mitgliedern. Die Finanzen derselben waren geschwächt und ihre Parteiorgane kämpften hart um's Dasein. Nicht lange darauf kamen Hilferufe um Unterstützung der Parteiorgane in Newyork: „Labor Standard“ und „Arbeiter-Stimme“. Die geforderte Unterstützung wurde von Seiten des Exeeutivcomités gewährt und mehrere Gesuche um Unterstützung derselben Organe, welche den ersten folgten, wurden mit Aufopferung des ganzen Baarvermögens des Exeeutivcomités bewilligt und bezahlt. Im Juli 1877 wurde der amerikanischen Sektion in New-Haven, Conn., die Erlaubniß gegeben, in der daselbst stattfindenden Wahl politisch vorzugehen und ein eigenes, unabhängiges Arbeiterprogramm aufzustellen.

„Bald darauf wurden auf Ersuchen verschiedener Sektionen die Genossen P. J. MacGuire von New-Haven und Carl Savary von Newark als Agitatoren ausgesandt. MacGuire bereiste die New-England-Staaten, gründete Sektionen in Boston, Holyoke, Manchester u. s. w., während Savary die westlichen Staaten bereiste und Sektionen in Utica, Buffalo u. s. w. in's Leben rief.

„Zur Zeit bestehen in den verschiedenen Theilen des Landes 21 Arbeiterorgane, welche theilweise täglich erscheinen. Der große Eisenbahnstrike hat einen großen Einfluß auf die Arbeiter der Vereinigten Staaten gehabt. In allen größeren Städten der Union hielten die Sektionen unserer Partei großartige Versammlungen ab und wirkten in Bezug auf Unterstützung u. s. w. mit Erfolg. Die glänzenden Resultate der letzten Wahlen haben gezeigt, wie groß der Einfluß des Strikes gewesen ist. Der Conflikt zwischen den ökonomischen und politischen Fraktionen der Partei ist natürlich und nicht unerwartet. Der Congreß muß entscheiden, wie die Agitation in Zukunft betrieben werden soll. Die Lage der verschiedenen Sektionen — 72 an der Zahl und 7000 gut stehende Mitglieder repräsentirend, ist im Allgemeinen eine erfreuliche.“

Weiterer Bericht über den Verlauf des Congresses wird folgen, sobald uns die amerikanischen Parteiorgane vorliegen.

— Genosse Leininger, das Opfer der Stuttgartee Mucker-Geschwornen, hat seine 10monatliche Strafe sofort in Heilbronn angetreten. —

— Ein zwanzigfacher Preßprozeß kam am Dienstag, den 15. d. M., gegen den Redakteur der „Berliner Freien Presse“, Finke, vor dem Berliner Stadtgericht zur Verhandlung. Mitangeklagt waren als Verfasser von Einsendungen die Dienstmagd Auguste Lorenz, der Tapezierer Taube und der Goldpolirer Hoffmann. Im bunten Durcheinander waren 16 Beleidigungsklagen, mehrere Verstöße gegen den Sozialistenparagraphen 130, je ein Verstoß gegen §§ 131, 166 und weiß der Henker was noch für Verstöße den Angeklagten zur Last gelegt, wovon natürlich qualitativ und quantitativ der Löwenantheil auf Finke entfiel. Der Staatsanwalt hatte die Gewogenheit, für den Hauptattentäter Finke nur 21 Monate Gefängniß zu beantragen, die Lorenz sollte mit einem Monat und Taube und Hoffmann mit je drei Wochen Gefängniß bedacht werden; der Gerichtshof aber erkannte gegen Finke auf 15 Monate, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchung, gegen die Lorenz auf 6 Wochen und gegen Taube auf 14 Tage Gefängniß; Hoffmann kam mit 42 Mark Geldstrafe event. 1 Woche Gefängniß davon.

— Erklärung. Von unserm Genossen Bebel, der seit Montag im hiesigen Bezirksgerichtsgefängniß inhaftirt ist, geht uns folgende Erklärung zu:

Erst heute kommt mir die Nummer des „Vorwärts“ vom 9. Dezember v. J. zu Gesicht, worin ich eine Notiz über meine Haft in Plötzensee finde, welche den Glauben erweckt, als sei ich dort mit besonderer Strenge behandelt worden.

Dem gegenüber muß ich erklären, daß man mir Seitens der Gefängnißverwaltung wie der einzelnen Beamten in jeder Weise entgegenkommen ist und mir gewährt hat, was sich innerhalb der Gefängnißordnung gewähren ließ.

Die literarische Beschäftigung ist mir ohne weiteres gestattet worden, nur mit der einzigen Einschränkung, keine politischen Tagesfragen zu erörtern, wohingegen ich das Recht hatte, die Arbeiten wie und wo mir beliebte unter meinem Namen zu veröffentlichen, ein Recht das uns beispielsweise in Sachsen selbst auf der Festung abgeschlagen wurde. Die Bearbeitung der zweiten Auflage meiner Broschüre „Die parlamentarische Thätigkeit“ wurde abgelehnt, weil diese über Tagesfragen handelt.

Most's Besuch wurde nicht gestattet, weil er nach Ansicht der Direktion in seiner Broschüre „Die Bastille am Plötzensee“ die Verwaltung maßlos und ungerecht angegriffen habe, alle anderen Besuche habe ich empfangen dürfen.

Ein Verkehr mit Dolinski wurde mir zweimal gestattet, kurz nach meiner Ankunft und unmittelbar vor meiner Abreise. Der regelmäßige Verkehr in den Freistunden zwischen uns wäre, so hieß es, unthunlich, weil wir beide auf entgegengesetzten Flügeln lagen und bei der Größe der Anstalt (an 1500 Gefangene) das tägliche Zusammenkommen nicht ohne Störung und Umstände abginge.

Der Verkehr der Gefangenen in den Freistunden ist in Plötzensee Regel, sie können sich auf dem Spaziergang mit einander unterhalten und bedarf es hierzu keiner besonderen Erlaubniß. Bedingung für diesen Verkehr ist, daß man auf ein und derselben „Station“ liegt, was Dolinski und ich wohl erlangt hätten, wenn ich die Absicht gehabt, meine ganze Haftzeit dort zu verbüßen. Dies zur Richtigstellung.

Leipzig, den 16. Januar 1878. A. Bebel.

— Wegen Majestäts- und Bismarckbeleidigung wurde Parteigenosse Scheil in Bochum zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

— „The Voice of Labor“ (Arbeiterstimme) ist der Titel eines neuen Parteiorgans in englischer Sprache, welches in St. Louis (Nordamerika) wöchentlich einmal erscheint.

Aus Ungarn.

Wir erhalten aus G— vom 7. Januar folgende Zuschrift:

Sie werden aus den österreichischen Zeitungen die Hauptmomente in den Ereignissen, welche sich in Ungarn zugetragen, seit meinem letzten Berichte wohl kennen, ob aber dieselben der Wahrheit gemäß dargestellt worden, daran habe ich die größte Ursache zu zweifeln. Es ist so, wie ich es schon vor einem halben Jahre vorausgesagt habe, daß seitens der ungarischen Regierung Alles aufgeboten wird, um die Ungarn in eine Revolution hinein zu treiben. Ich glaube nicht zu irren, daß dies planmäßig geschieht. Wir sind hier bis zu einem Standpunkt gelangt, welcher demjenigen Frankreichs im Juli 1830 gleicht, als die berüchtigten Ordonnanzen gebracht wurden, ich zweifle jedoch daran, daß sich die Pesther bis zum Barrikadenbau versteigen würden, wenn man sie noch so sehr knechtete und ihnen alle Rechte nähme, von welchen sie ohnehin so wenig besitzen. Immerhin fängt man in Ungarn an, zur Erkenntniß dessen zu kommen, daß alle bisher versuchten Systeme nichts taugen und nur die Sozialdemokratie jene Idee ist, deren Verwirklichung dem Volke die individuelle und politische Freiheit zu sichern im Stande ist.

Auf die Gefahr hin, Ihnen nichts Neues zu berichten, wage es dennoch Einiges über die Affaire Verhoray (des Verfassers des Artikels „Wer ist der Elende?“) zu berichten. — Verhoray, ein junger Mann von ungewöhnlicher Energie und hervorragendem Talente, war der Kandidat der Unabhängigkeitspartei für den Wahlbezirk Debreczin gegen den jetzigen Ministerpräsidenten Tisza; er verlor nur durch eine geringe Majorität, welche aber, wie dies in unserem seit dem Ausgleich mit Oesterreich sehr demoralisirten Lande Sitte (oder vielmehr Unsitte) ist, durch Bestechung der Wähler erkauft ward. Tisza verzieh die „Anmaßung“ Verhoray's um so weniger, weil dieser ihn auch später wie einen spanischen Raubritter durch seine Zeitungsartikel an den Pranger der Oeffentlichkeit stellte. Nach dem oben erwähnten Artikel („Wer ist der Elende?“) fing der ungarische Ministerpräsident an Feuer zu fangen und nahm sich vor, die ihm von Verhoray angethane „Beschimpfung“ rächen zu wollen. Der letztere aber war durch diesen Artikel für Tisza unangreifbar geworden, demzufolge wurde ihm ein Preßprozeß wegen eines angeblich den König beleidigenden Artikels gemacht, Verhoray wurde aber vom Vorgehen der Majestätsbeleidigung durch die Geschwornen — mit 8 Stimmen gegen 4 — freigesprochen. Tisza ist jedoch ein Mensch, welcher mehrere Sehnen für seine Bogen hat. Nach der zu Gunsten der Türken abgehaltenen letzten Volksversammlung wurde dem Ministerpräsidenten vom Volke eine Katzenmusik gebracht und die Aufreizung des Volkes Verhoray in die Schuhe geschoben, worauf seine Verhaftung in hinterlistiger Weise, indem er zum Stadthauptmann unter falschem Vorwand gelockt wurde, stattfand. Die vom Staatsanwalt Follmann berufenen Zeugen, selbst der Portier Tisza's, haben sich bisher in einer für Verhoray günstigen Weise ausgesprochen, trotzdem wird die Endverhandlung verzögert. Es erwartet den Ministerpräsidenten ein großartiges Fiasco. Sobald sich wieder Aufzeichnungswerthes ereignet, will ich Ihnen davon berichten. Bis dahin empfangen Sie den brüderlichen Gruß Ihres Parteigenossen

D. K.

Correspondenzen.

London, 14. Januar. In der am letzten Sonnabend stattgehabten und sehr zahlreich besuchten Vereinsversammlung wurde das Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie und der an einen englischen Freund vom Genossen Liebknecht gerichtete Brief in Bezug auf die Russophilenpolitik des Fürsten Bismarck besprochen. Nach einer sehr lebhaften Debatte, an der sich eine große Anzahl Genossen betheiligten, die die beregte Frage nach jeder Seite hin beleuchteten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit jedem Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie, das sich gegen die Blut- und Eisenpolitik des Fürsten Bismarck richtet, einverstanden; wie sie auch das gegenwärtige Vorgehen der deutschen Genossen gegen die Orientpolitik der deutschen Reichsregierung lebhaft unterstützt. Im Uebrigen haßt und verabscheut die Versammlung alle heutigen Kriege, da dieselben im ausschließlichen Interesse der Dynastien — zur Unterdrückung des Volks — vom Zaune gebrochen werden.“ F. J. Ehrhart.

Magdeburg. Der Colporteur der „Magdeburger Freien Presse“, Louis Horenburg in Klein-Ottersleben, war vom hiesigen Criminalgericht wegen Verbreitung eines Gedichtes, welches speziell für Ottersleber Verhältnisse als strafbar befunden wor-

---

Vagabonden, Bettler und Verbrecher? — Niemand als die fortarbeitenden Produzenten, deren Situation durch das Vagantenthum noch erschwert wird. D. R.)“

Als Genosse Most in der bekannten Staatssozialisten-Versammlung den Pfaffen gegenüber ausrief: „Macht Eure Rechnung mit dem Himmel, Eure Uhr ist abgelaufen“ — da zeterte Herr Hofprediger Stöcker in die Welt hinein: „Hülfe, Hülfe, Most will uns sämmtlich ermorden!“ Natürlich allgemeines, urfideles Gelächter, selbst im eigenen Lager des Herrn Stöcker. Aber Herr Stöcker hat den Most'schen Ausruf doch wohl nicht absichtlich so dumm und kindisch ausgelegt, die Angst in dem Glauben, persönlich an's Messer geliefert zu werden, gab ihm wahrscheinlich solche fälschliche Auslegung ein.

„Stöcker II aber fälscht in der „Leipziger Volkszeitung“ bewußt in unverschämtester Weise — klopfen wir ihm deshalb auf die Sudelfinger und zwar einfach durch Abdruck der betreffenden Stelle aus Nr. 2 des „Vorwärts“. Nachdem angeführt worden ist, daß Engel bedauere, daß die Reihen der produktiv Thätigen sich lichteten und die der distributiv Thätigen sich füllten, weil dieses Zeichen der Zeit bei richtiger Deutung manche unerfreuliche Erscheinung in der Gegenwart erklären könne, heißt es wörtlich:

„Eine richtige Deutung dieses „Zeichens der Zeit“ ist gar so schwer nicht. Die produktive Arbeit wird in Hinsicht auf den Kraftverbrauch, den sie erfordert, allzugering entschädigt; jeder Mensch, der sich ihr entziehen kann, thut es, und nicht mit Unrecht, und wenn ihm als Krämer, als Wirth ꝛc. ꝛc. auch oft nicht mehr Lohn erwächst, wie als Lohnarbeiter, so verbraucht er auch lange nicht so viel an Arbeitskraft, und wenn er auf die Dauer auch sein „Geschäft“ nicht aufrecht zu erhalten vermag, so steht es ihm ja immer wieder frei, sich als Lohnarbeiter anzubieten.“

„Stöcker II.“ in der „Leipziger Volkszeitung“ fälscht den Gedanken des „Vorwärts“, indem er einen Satz, und zwar nach einem Komma abbricht und den Nachsatz verschweigt und zetert nun: „Der „Vorwärts“ will uns die Strolche und Vagabunden auf den Hals hetzen, er will sie vermehren, deren wir doch übergenug haben.“ — Allerdings ist das eine recht alberne Fälschung, die man durch einfachen Nachdruck des Satzes widerlegen kann, was hiermit geschehen sein soll.

Daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ aber mit beiden Beinen in derlei Albernheiten hineinhüpft, wollen wir derselben ihrer bekannten jugendlich-naiven Unbefangenheit wegen nicht verübeln.

den, mit 150 Mark Geldbuße eventuell mit 30 Tagen Haft bestraft. Dieses Urtheil wurde durch das Appellationsgericht abgeändert, und das Strafmaß auf 50 Mark eventuell 10 Tage Haft ermäßigt.

Erfurt. Am 16. Januar stand Parteigenosse **Götze** wegen Preßvergehens vor dem hiesigen Kreisgerichte; das Vergehen sollte begangen sein durch Abdruck des Agitationsartikels „Was wir wollen" in der Probenummer der „Erfurter Volkszeitung". Der Artikel war einer Agitations-Nummer des „Volksstaat" entnommen, und obwohl derselbe im übrigen Deutschland unbeanstandet geblieben war, so fand doch Herr Jesse, das ist der Name des hiesigen Staatsanwalts, Strafbares in demselben. Herr Jesse erklärte, daß gegen Sozialdemokraten überhaupt keine Milde angewandt werden dürfe, da dieselben schließlich doch nur **Raub** und **Todtschlag** beabsichtigten, das beweise die Pariser Commune, und außerdem seien in dem Artikel verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Haß und Verachtung gegen einander aufgereizt worden, was schließlich sogar zu Gewaltthätigkeiten führen könne. Dabei stellte der Herr Staatsanwalt den sonderbaren Rechtsgrundsatz auf, daß der Redakteur einer Zeitung an jedem Orte verfolgt werden könne, wo die Zeitung zur Verbreitung gelangt sei. Ein Redakteur wäre nach dieser Rechtspraxis also gar nicht sicher, für ein und dasselbe Vergehen an 10, 20 Orten verklagt und verurtheilt zu werden. Herr Jesse beantragte sechs Monate Gefängniß sowie Unbrauchbarmachung der confiszirten (76) Exemplare der Probenummer. Der Gerichtshof erkannte aber auf einen Monat Gefängniß sowie Unbrauchbarmachung der confiszirten Exemplare. Der Angeklagte wird die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen. — Man sieht aus dem Vorstehenden, daß unser Staatsanwalt alle Anlagen hat, Tessendorf ebenbürtig zu werden. Zu gleicher Zeit schwebt auch noch gegen Genossen **Bruck** ein Gotteslästerungsprozeß und gegen Genossen **Wiesinger** einer desgleichen.

Stuttgart, 10. Januar. Zur Illustration der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" hier ein Pröbchen aus dem Leben, wie es dem „Correspondent" für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer durch einen hiesigen Berichterstatter mitgetheilt worden ist. Es handelt sich um einen Buchdrucker, der vor einiger Zeit sein 50jähriges Arbeitsjubiläum feierte. Der Jubilar, ein vierundsechzigjähriger Mann, welcher in dem betreffenden Geschäft früher vier Jahre als Faktor fungirte, war dem Herrn Prinzipal dreimal ein „Helfer in der Noth", d. h. er blieb bei den Arbeitseinstellungen des Personals treu an seinem Platze. Die fünfzigjährige Dienstzeit des Veteranen bot jedenfalls vortreffliche Gelegenheit zur Revanche; von der traditionellen, mit Zwanzigmarkstücken gefüllten Tabatière wurde diesmal Abstand genommen und verehrte der Herr Prinzipal statt dessen dem Jubilar einen — von einer Flasche Wein eskortirten Kuchen. Doch die eigentliche Ueberraschung folgte einige Wochen nachher und bestand darin, daß der von dem Herrn Prinzipal noch immer offiziell als Faktor traktirte alte Mann aus dem gewissen Geld in's Berechnen kam, wodurch er kaum mehr als die Hälfte des bisher Bezogenen verdienen kann — als Lohn für seine Treue! — Herr Max Hirsch wird entzückt sein über die Langmuth dieses Arbeiters, der 50 lange Jahre hindurch geduldig das Ausbeuterjoch trug, um als Dank dafür im hohen Alter die Brocken aufzufangen, die ihm von des Herrn Arbeitgebers Tische zugeworfen werden. Denn soviel steht fest, die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" kann in der heutigen Gesellschaft nur dort bestehen, wo die Arbeiter ihr Interesse dem des Arbeitgebers bedingungslos unterordnen. Oder ist es etwa anders, Herr Hirsch?

Barmen, 13. Januar. Eine gestern Abend in der „Schützenhalle" stattgehabte Volksversammlung erfreute sich trotz des ungünstigen Wetters eines recht zahlreichen Besuches. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: „Der projektirte Gesetzentwurf zur Einführung von Arbeitsbüchern und Gewerbegerichten." Das Referat hierüber hatte Herr **Hasselmann** übernommen und in einer klaren und sachgemäßen Rede legte derselbe den Standpunkt dar, den die arbeitende Klasse diesem reaktionären Gesetzentwurf gegenüber einzunehmen habe. Schließlich beantragte Redner folgende Resolution:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich auf das Entschiedenste gegen jede Einführung von Arbeitsbüchern, da die Arbeiter durch letztere in Ausübung ihres Coalitionsrechtes schwer beeinträchtigt würden. Desgleichen erklärt die Versammlung, gegenüber der Einführung von Gewerbegerichten entschieden darauf bringen zu müssen, daß die Mitglieder derselben aus allgemeinen und gleichen Wahlen der Betheiligten hervorgehen."

Trotzdem der Vorsitzende **Gieseler** etwa anwesende Gegner wiederholt zur Rede aufforderte, meldete sich doch Niemand und wurde die Resolution einstimmig angenommen. Hierauf ergriff Herr **Heiland** das Wort zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Die Orientpolitik der deutschen Reichsregierung." In überzeugender Weise machte Redner den Anwesenden klar, daß der orientalische Krieg wesentlich zur Verschärfung der jetzt herrschenden Krisis beitrage und daß deshalb das deutsche Volk ein eminentes Interesse an der Orientpolitik der deutschen Reichsregierung haben müsse. Redner wies ferner die Ungereimtheit der **russischen** „Humanitätsbestrebungen" für Verbreitung des Christenthums nach und beantragte behufs Ausübung eines moralischen Druckes auf die deutsche Reichsregierung folgende Resolution:

„Die heute, am 12. Januar 1878, in der Schützenhalle zu Barmen tagende Volksversammlung erklärt einmüthig, daß sie mit der bisherigen Orientpolitik der deutschen Reichsregierung **nicht** einverstanden ist, sondern dieselbe auf das Entschiedenste mißbilligt. Die Volksversammlung erklärt ferner, daß in den gewaltsamen Anmaßungen der despotischen Czarenregierung eine Gefahr für die Freiheit und den Wohlstand der gesammten civilisirten Völker Europas erblickt werden muß und fordert daher die deutsche Reichsregierung auf, in diesem Interesse der russischen Regierung und deren Absichten energisch entgegen zu wirken und insbesondere eine jede Abtrennung irgend eines Theiles der Türkei zu Gunsten des russischen Reiches oder seines Einflusses zu verhindern."

Auch diese Resolution fand ohne Widerspruch einstimmig Annahme. Nach einer kleinen, durch eine Anfrage des Genossen **Seligmann** veranlaßten Debatte, und nachdem noch Heiland mit kurzen kräftigen Worten zum Abonnement auf das einzige Arbeiterblatt des Wupperthales, die „Bergische Volksstimme", aufgefordert hatte, wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

* **Lindenau,** 12. Jan. In voriger Woche fand hier im Saale des „Deutschen Hauses" eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, welche zur Tagesordnung hatte: 1) die Thätigkeit des Deutschen Reichstags; 2) das Impfgesetz. Herr **Liebknecht,** als Referent des ersten Punktes, erwarb sich durch seinen zweistündigen Vortrag, in welchem er zum Schluß auch die Stellung der Reichsregierung in der orientalischen Frage einer scharfen Kritik unterzog, stürmischen Beifall der Versammlung. Nicht minder entledigte sich der Referent über den zweiten Punkt der Tagesordnung, Hr. E. **Ulbricht,** seiner Aufgabe zur großen Zufriedenheit der Anwenden, und wurden seine den Impfzwang scharf verurtheilenden Ausführungen von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen.

Verloosung.

Veranstaltet in London zu Gunsten der politischen Verurtheilten in Neu-Caledonien.

Bürger! Wir haben Euch aufgefordert, Euch unserm Streben anzuschließen und uns Gaben für unsere Verloosung zu senden. Ihr seid unserem Appell weit über unsere Erwartungen hinaus nachgekommen.

Aus Frankreich, England, Deutschland, der Schweiz, Belgien haben wir freundliche Gaben und sympathische Zustimmung erhalten. Maler, Bildhauer, Zeichner, Goldschmiede, Uhrmacher ꝛc. ꝛc. haben für uns gearbeitet. Dichter, berühmte Schriftsteller haben uns ihre Werke gewidmet. Wir danken ihnen im Namen Derer, welche für eine Revolution leiden, deren Berechtigung die gegenwärtigen Ereignisse bestätigen, und welcher die Zukunft rühmend gedenken wird.

Aber unsere Bestrebungen sind noch nicht beendet, wir haben Gaben gesammelt und es gilt nun die Loose unterzubringen. Wir glauben, daß Niemand davon abstehen wird, uns seinen Beistand auch ferner angedeihen zu lassen, um unseren Erfolg sichern zu helfen.

Arbeitsgenossen! Die Revolution des 18. März gehört Euch. Ihr alle seid für sie verantwortlich, sie verleugnen, wäre Verrath! Ihr seid solidarisch mit Denen, welche für das Verbrechen dulden, besiegt worden zu sein. Ihr müßt gemeinschaftlich an unserem Werke mitarbeiten. Wir rechnen um so mehr auf Euch, Denker, Männer des Fortschritts und Vertheidiger des Rechts, als wir wissen, daß Ihr keine Gesellschaftsordnung gelten lassen könnt, welche zu ihrer Erhaltung der periodischen Niedermetzelungen, Einkerkerungen, der Verbannung und Vertreibung von Millionen ihrer Bürger bedarf.

Die Zahl der mehr als 1200 Gewinnste repräsentirt einen Werth von 25,000 Francs. Unter den Gewinnen figuriren:

Kunstwerke.

Gemälde von Courbet, Bazin, Montbars, Dupuis, Louchard, Moormans ꝛc.
Bildhauer-Arbeiten von Chapu (ein Basrelief), Ottin, Brisson ꝛc.
Stahlstiche von Daubigny, Charbonel, Malet, Yon, Flameng, Montbars ꝛc.
Ceramikum, Bronze, Steingut, Gypsarbeiten, Aquarelle, Lichtbilder.
Photographien: Ein Prachtalbum (Ansichten von Jersey); ein Portrait von Delescluze, drei dergleichen von Garibaldi, 24 Velasquez's, 4 Fragonard's ꝛc.
Schmuckgegenstände: Armbänder, Ringe, Nadeln ꝛc. im Werthe von 2000 Frcs.
Uhrenwaaren: Goldene und silberne Uhren im Werthe von 1200 Francs.
Schriftsteller-Arbeiten: Widmungsgruß der Autoren; Werke von Victor Hugo, Karl Marx, Odysse Barot, Leon Cladet, Yves Guyot, Sigismund Lacroix, C. H. Bradlaugh, A. Besant, P. Taylor (Mitglied des Parlaments). Eine Collection des Journals „Droits de l'Homme" mit den Autographien sämmtlicher Redakteure, sowie eine große Anzahl Schriften von berühmten Autoren.
Verschiedenes. Eine ausgezeichnete Sammlung von Meermoosen, Stickereien, Linnenzeug (Wäsche), Confektions- und Tapisserie-Gegenstände, künstliche Blumen, Fächer, Papeterie-Gegenstände, Nezessaire, Reisekassetten, Handtaschen ꝛc.

Alle Loosinhaber, auf deren Nummern keiner der vorerwähnten Gewinne fällt, haben Anspruch auf eine Zeichnung, welche zum Andenken an diese Verloosung von einem unserer bedeutendsten Künstler extra angefertigt wurde.

Die Zahl der Loose ist auf 60,000 Nummern festgestellt. Preis 1 Francs (80 Pfennig). Die Ziehung findet am **16. April** in **London** statt.

Die Commission:

H. Andreß, 29, Windmill Street, Tottenham Court Road, W.
A. Combault (Secrétaire correspondant), 24, Broad Street, Golden Square, W. F. Kaufmann, 19, St. John Square, Clerkenwell. E. Kleinmann, 21, Upper Charles Street, Northampton Square, Clerkenwell. E. Landrin, 31, Howland Street, Fitzroy Square, W. F. Lassasie, 37, Charlotte Street, Fitzroy Square, W. A. Leduc, 2, Mincing Lane, E. C. E. Poutrel, 45, Drummond Crescent, Euston Square. F. Prive, 31, Wells Street, Oxford Street, W. B. Richard (Trésorier), 67, Charlotte Street, Fitzroy Square, W. E. Sevin, 218, Vauxhall Bridge Road, Pimlico. A. Theiß (Secrétaire correspondant), 36, Charlotte Street, Fitzroy Square, W., in London.

Loose sind zu beziehen durch alle Mitglieder der Commission.

Anfruf!

Da die Eröffnung des Reichstags nahe bevorsteht, so ersuchen wir dringend alle Diejenigen, welche Sammellisten zu der Petition an den Reichstag betreffs Abschaffung der Zuchthaus- und Gefängnißarbeit von uns empfangen haben, dieselben so schnell wie möglich an Unterzeichneten einzusenden. Da die Agitation, sowie Druck, Porto ꝛc. ꝛc. Kosten verursacht und wir noch ein Defizit haben, so ersuchen wir, uns auch in diesen Punkt zu unterstützen. Etwaige Unterstützungen sende man gefälligst an unseren Kassirer Bernh. **Breul,** Koppenstraße 35 H. II.

Bericht und Abrechnung erfolgt sofort nach Ablauf unseres Mandats.

Berlin, im Januar 1878.

Das Centralcomité.
J. A.: Aug. Scharlibbe, Vorsitzender.
Kastanien-Allee 54, bei Winnen.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

An die Schuhmacher Deutschlands.

In der hiesigen **Götze'schen** Schuhwaarenfabrik, Firma J. C. Mieschke u. Söhne steht die Aussperrung sämmtlicher Arbeiter bevor, weil dieselben auf Abschaffung der 14tägigen Kündigung nicht eingehen wollen. Es sind Arbeiter, darunter Familienväter, die 5 und 6 Kinder haben, ohne Kündigung entlassen worden, und dem wollen wir entgegentreten. Der Zuzug nach hier ist fern zu halten, nicht nur in unserm Interesse, sondern auch im Interesse derjenigen, die hier zureisen wollen, denn selbst Familienväter verdienen oft nur 2—4 Mark wöchentlich, der höchste Löhn aber beträgt 9—10 Mark. Der Werkführer genannter Fabrik, mit Namen **Stephan,** war zuletzt in Breslau thätig und wie verlautet, will derselbe Arbeiter von dort nach Groitzsch ziehen. Sollte der Versuch dazu gemacht werden, so lasse sich Keiner verleiten, sondern nehme sich Obiges zur Notiz. Herr Götze hat schon vor ca. 4 Jahren, als er die Maschinenarbeit einführte, fremde Arbeiter hierher gelockt, diese bereuen ihre Uebersiedelung nach Groitzsch jetzt bitter.

Groitzsch i. S., den 15. Januar.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter, insbesondere aber die Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Gewerkschaftliches.

In **Bayreuth** ist ein Ausschluß der Schneider erfolgt, weshalb der Zuzug strengstens zurückzuhalten ist.

Alle Arbeiterblätter werden dringend um Abdruck gebeten.

B. Klerx.

„Rundschau".

Ende Januar soll die Abrechnung über Nr. 1—6 fertig gestellt werden, und ersucht Unterzeichneter daher die Filial-Expedienten, welche noch nicht über obige Nummern abgerechnet haben, dies so schnell wie möglich thun zu wollen.

Der Verlag der „Rundschau".
Amelungstraße 5, Hamburg.

Briefkasten

der Redaktion. **Ehrhart** in London: E—s (und jeder Andere) mag „aus meinem Privatleben" veröffentlichen was er Lust hat. Falls Max Hirsch, auf den er also richtig heruntergekommen ist, ihm den Quark nicht abkauft, will ich selber gern für einen Verleger sorgen. W. Liebknecht. — **Walther** in Crimmitschau: Ich komme, mit dem 3,15 Nachm.-Zug und fahre mit dem 2 Uhr 14 Courierzug wieder zurück. Gruß W. L. — Hrn. Albert Müller in Buschow: Ihren köstlichen Brief dürfen wir unsern Lesern nicht vorenthalten, da ist er:

„Meine Herren! Ich nehme an, die Frage sei gestellt: Was ist absolutes Nichts? so lautet die Antwort: **Geistige Arbeit.** Ich nehme an, die Frage sei gestellt: Was ist die absolute Bejahung? so lautet die Antwort: **Das Weltall.** Wie gefällt Ihnen dies? ist meine Frage und ich bitte um Antwort.

Buschow, den 10. Januar. **Albert Müller."**

Der Abdruck ist genügende Antwort. Nicht wahr? —

Quittung. W. Mlr Mannheim Ab. 25,00. Hfnr Mainz Ab. 19,00. Hdrch hier Ab. 1,80. Prbst München Schr. 3,40. Zrgl Crimmitschau Ab. 64,10. Wß Goldlauter Ab. 2,80. Arbeiterbild.-Verein Innsbruck 10,20. J. St Wien Ab. 1,88. Schſz hier Ab. 4,00. Mj Bremen Ab. 150,00. Lgs Hannover Ann. 0,80, Schr. 0,55. Arb.-Verein Halle Ann. 0,60. Sglr hier Ab. 4,80, Schr. 0,90. Genossenschaftstischlerei Cöln Ann. 3,00. Knk Frankfurt a. M. Ab. 27,20. Kchntr Hof Ab. 17,00. Mhlhrn Plauen Schr. 7,95. Schlngr Glauchau Ab. 84,00, Schr. 15,90. Grmr Halle Ab. 115,75 Schrbr Hannover Ab. 100,00. Mtg Altona Ab. 10,00. Schmdt Sigmaringen Schr. 3,50. Mrr Cöln Schr. 1,10. Lngr Baden-Baden Schr. 3,60. Wgnr Eisenberg Schr. 3,00. Jchm Elbing Schr. 1,85.

Fonds für Gemaßregelte.

Von W. L. hier, Ueberschuß einer Agitationsfahrt: 1,00; Dr. L. hier 20,00.

Dresden. Der **Arbeiterbildungsverein** feiert **Sonntag,** den **27. Januar, Nachmittags 4 Uhr,** sein

XVII. Stiftungsfest

bestehend in **Festactus, Commers** und **Ball** in den Räumen des „Schillerschlößchens", wozu Freunde und Genossen von nah und fern hiermit herzlich eingeladen sind. [2,70

Eintrittskarten für Mitglieder und deren Gäste sind à 80 Pfg. vorher im Vereinslokale, Palmstraße 20 part., zu entnehmen.

Halle a. S. **Sozialdemokratischer Arbeiterverein.** **Dienstag,** den **22. Januar,** Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. **Rödiger,** gr. Wallstraße:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Vorstandswahl. Abrechnung. (F. 166)
60] **Otto Jülhardt.**

Hannover. **Sozialdemokratischer Wahlverein.** **Sonnabend,** den **19. Januar,** Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. **Bertram** über die politische Stellung der Sozialdemokratie. [80

Der Vorstand.

Neudnitz. Der **Arbeiterverein** hält **Sonntag,** den **10. Februar,** im Saale der „Drei Mohren" (Anger) sein

I. Stiftungsfest

ab. Dasselbe besteht in **Concert, Festrede,** gehalten vom Parteigenossen **J. Most,** und **Ball.** Nähere Annoncen folgen später in der „Fackel". 2.10] **Der Vorstand.**

Stötteritz. **Mittwoch,** den **23. Januar,** Abends 8½ Uhr, im „Gasthof zum Löwen":

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Die deutsche Orientpolitik. 2. Das Arbeiterschutzgesetz. Referent Herr W. **Liebknecht.** [1,00

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

Die Einberufer.

Cölner Genossenschaftstischlerei (eingetr. Genossensch.): Sonnabend, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, bei Hrn. **Jonas,** Streitzeuggasse Nr. 19A: **Ordentl. Generalversammlung.** Tagesordnung: Neuwahl des Vorstands und Aufsichtsraths. (F. 67) (2a) [1,50

Cöln, den 18. Januar 1878. **Der Aufsichtsrath.**

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von **Emil Sauerteig** in **Gotha** ist erschienen:

Lieder-Sammlung
des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.
II. Lieferung.

Inhalt: Nr. 3. Motto, Wahlspruch und Trinkspruch des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes von **G. Scholz.** Op. 17.
Nr. 4. Vivat der neue Wein von **C. Sahm.** (3a)
Nr. 5. Die Arbeitsmänner von **C. Arends.**
Preis der Lieferung Partitur mit 4 St. 1,60, 4 St. 1,20 Mk.

Prachtvoll und **solid** gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die
„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77
sind in Schwarz à Stück **M. 1,20,** in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt",** Leipzig, Färberstr. 12.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen **gratis.**

Leipzig.

Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1124 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 9. Mittwoch, 23. Januar. 1878.

Der amerikanische Arbeitercongreß.

Bevor wir in der Berichterstattung über den Verlauf des amerikanischen Arbeitercongresses fortfahren, sei hier ein die Resultate des Congresses zusammenfassender und besprechender Leitartikel auszugsweise mitgetheilt, welchen die in New-York erscheinende und vom Congreß zum Centralparteiorgan der deutschen Sektionen ernannte „Arbeiter-Stimme" in ihrer Nummer vom 6. Januar veröffentlicht. Es heißt da:

„Der Congreß ist beendigt, die Diskussion erschöpft, die Arbeit gethan und — können wir hinzufügen — sie ist gut gethan.

Drei Punkte von großer Bedeutung sind klar gestellt.

Eine straffe und doch den einzelnen Gliedern genügenden Spielraum lassende Organisation ist angebahnt und die darauf bezüglichen Bestimmungen sind klar und deutlich und nicht dehnbar und ungenügend, wie dies bisher der Fall war. Außerordentliche Ereignisse und Situationen werden uns nicht mehr unvorbereitet finden und die Exekutive wird nicht mehr genöthigt sein, ohne Compaß zu steuern, wie ihr dies bisher häufig zugemuthet wurde.

Endlich hat die Partei auch zur Frage: „politisch oder gewerkschaftlich" Stellung genommen, und zwar so klar und zweifellos, wie sie es unter den obwaltenden Umständen nur irgend konnte.

Die Frage ist im Sinne der sozialistischen Entwickelung entschieden worden.

Politisch? Sicherlich! Denn die politische Agitation ist das wirksamste Verbreitungsmittel für unsere Ideen, sowohl bei Gelegenheit der Vorbereitung für die Wahlen, als auch, nachdem die ersten Erfolge erzielt sind, in den Hallen der gesetzgebenden Versammlungen. Zudem entspricht sie dem Geiste und der Methode des Landes, welche von jedem auf die Umwandlung öffentlicher Institutionen hinzielenden Streben verlangen, daß es seine Berechtigung der politischen Diskussion des Volkes unterbreite.

Gewerkschaften? Ja! Aber mit dem Bewußtsein für das Unzureichende des rein ökonomischen Kampfes und mit möglichst klarer Erkenntniß der sozialistischen Zielpunkte erfüllte Gewerkschaften. Gründung neuer Gewerkschaften auf dieser Basis und Reorganisation der alten, dieser Tendenz entsprechend. Reaktionäre Bestrebungen in der Bildung von Gewerkschaften zu bekämpfen, instinktiv nach dem gleichen Ziele strebende, aber weit zurückbleibende Organisationen gewähren zu lassen, nur von sozialistischem Geiste beseelte zu gründen — das sind die Aufgaben, welche der Partei in der Richtung des ökonomischen Kampfes zufallen. Hat der Congreß in Formulirung dieser drei Hauptpunkte den Ansichten der überwältigenden Majorität der Partei entsprochen, so ist er nicht minder bemüht gewesen, den Anforderungen zu genügen, welche die Sorge für die Presse an ihn stellte. Und hier ist es vor Allem der Beschluß, baldmöglichst wieder ein englisches Parteiorgan in's Leben zu rufen, welcher die vollste Würdigung verdient. Bisher lag der Schwerpunkt der Agitation bei den Deutschen. Niemand bezweifelt, daß dies auch für die allernächste Zeit so bleiben wird. Wenn wir aber überhaupt an dauernde Erfolge für unsere Prinzipien nur denken wollen, so ist die erste Vorbedingung die Propaganda unter der englischsprechenden Bevölkerung. Und das mächtigste Mittel dazu ist eine englische Presse. Wir wissen jedoch, daß die Gründung und Aufrechthaltung einer solchen eine schwierige Aufgabe ist, insbesondere, wenn sie sozialistische Ideen verbreiten soll.

Wenn wir nun noch in Betracht ziehen, daß die Verhandlungen des Congresses auf das Klarste darlegten, daß eine tiefgreifende Meinungsverschiedenheit in der Partei durchaus nicht mehr existirt und daß die Mitglieder derselben in allen Hauptfragen — nicht als Phrase sei es hier angewendet — „ein Herz und eine Seele" sind, so dürfen wir getrost und frohen Muthes in die Zukunft blicken, um so mehr, als ein gutes Omen an der Schwelle unserer neuen Laufbahn steht. Unsere Feinde erklären uns für „politisch todt". „In dem Congreß haben die communistischen Elemente die Oberhand gewonnen — sagt die „N.-Y. Staatszeitung" — und damit ist die Arbeiterpartei politisch todt." Punktum. Glückverheißendes Zeichen! Als unsere Brüder in Deutschland ihre Agitation begannen, da erklärte die Bourgeois-Presse nach kurzer Zeit, die sozialdemokratische Partei sei todt. Nachdem diese aber ihre ersten parlamentarischen Erfolge erkämpft hatte, erklärte dieselbe Presse, die sozialdemokratische Partei befinde sich im „Rückgange". Und so ging das fort, bis allen Spießbürgern und ihrer gesammten Presse angesichts der nicht mehr wegzuleugnenden Erfolge der Sozialdemokratie die Lüge in der Kehle stecken geblieben ist.

Und so auch wird es hier geschehen."

Am 28. Dezember, also am dritten Sitzungstage, beschäftigte sich der Congreß wiederum nur mit rein inneren Parteiangelegenheiten. Es wurde z. B. beschlossen, ein Parteiblatt in englischer Sprache zu gründen und dasselbe in Cincinnati (Ohio) herauszugeben; als Redakteur wurde Mac Intosh ernannt, nachdem Douai die Wahl abgelehnt hatte. Ferner beschloß der Congreß, die sogenannten Vagabunden- und andere gegen die ohne ihre Schuld arbeitslos Umherirrenden gerichteten Gesetze als eine Ungerechtigkeit zu erklären und auf deren Beseitigung hinzuarbeiten. Das Congreßprotokoll soll in englischer und deutscher Sprache erscheinen; vom Programm und der Parteiconstitution (Parteiverfassung) sollen 1000 Exemplare in französischer Sprache ausgegeben werden. Der Congreß sprach auch den Wunsch aus, daß die Sektionen künftighin solche Delegirte wählen möchten, die auch der englischen Sprache mächtig sind.

Den 4., 5. und 6. Sitzungstag (29., 30. und 31. Dezember — der Congreß hat zur Erledigung seiner Arbeiten sechs Tage bedurft) widmete der Congreß fast ausschließlich der Berathung des Programms und der Statuten. Das Programm stimmt in prinzipieller Einsicht mit dem der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands völlig überein, während die Organisation selbstredend den amerikanischen Verhältnissen angepaßt werden mußte. Bei der unzweifelhaften Bedeutung der amerikanischen Arbeiterbewegung für das gesammte Proletariat der Welt halten wir es für geboten, sowohl das Programm als die Statuten dem Wortlaut nach zum Abdruck zu bringen. Aus Raummangel können wir heute nur das Programm veröffentlichen. Dasselbe lautet:

Programm der sozialistischen Arbeiterpartei von Nordamerika.

1) Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt nach gleichen Rechten allen Gesellschaftsmitgliedern.

2) Das gegenwärtige System, unter welchem die menschliche Gesellschaft organisirt ist, ist falsch, weil es einer kleinen Minderheit ermöglicht, Reichthümer aufzuhäufen, um damit die große Masse des Volkes in Noth und Elend zu halten. Und da die bestehenden politischen Parteien stets nur im Interesse der wenigen Besitzenden gehandelt haben, um deren ökonomische Privilegien und dadurch diese ungerechten Zustände zu erhalten, so ist es Pflicht der Arbeiterklasse, sich als eine große Arbeiterpartei zu organisiren, um politische Macht im Staate zu erringen, und ihre ökonomische Unabhängigkeit zu erwirken, da die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiterklasse selbst geschehen kann. Die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse ist daher der große Endzweck, dem jede politische Bewegung untergeordnet werden muß.

3) Die materielle Lage der arbeitenden Klassen in allen civilisirten Ländern ist identisch und hat demgemäß dieselben Ursachen. Der Kampf für ihre Befreiung ist ein internationaler und muß deshalb derselbe ein gegenseitiger und ergänzender sein. Daher ist die Organisation der Gewerk- und Arbeitervereine auf sozialistischer Basis eine Nothwendigkeit.

4) Auf diesen Grundlagen fußend, ist die sozialistische Arbeiterpartei gegründet worden.

5) Die sozialistische Arbeiterpartei fordert deshalb, daß alle Arbeitsmittel (Land, Maschinen, Eisenbahnen, Telegraphen, Kanäle u. s. w.) so schnell als möglich zum Gemeingut des ganzen Volkes werden zu dem Zweck der Abschaffung des Lohnsystems, um an dessen Stelle das genossenschaftliche Arbeitssystem zu setzen mit einer gerechten Vertheilung des Arbeitsertrags. Die Partei fordert deshalb die Ausführung der folgenden Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter unter dem gegenwärtigen System, und um dasselbe schließlich abzuschaffen:

a. Einführung eines gesetzlichen Arbeitstages von vorläufig acht Stunden und strenge Bestrafung aller Uebertreter.

b. Sanitätliche Beaufsichtigung aller Arbeitsverhältnisse, Wohnungen und Lebensmittel.

c. Etablirung von statistischen Arbeitsbureaus in allen Staaten seitens der Nationalregierung. Die Beamten derselben sollen durch das Volk erwählt werden.

d. Verbot der Ausnutzung der Gefangenenarbeit durch und für Privatpersonen.

e. Verbot der Arbeit von Kindern vor ihrem 14. Lebensjahre in industriellen Unternehmungen.

f. Schulzwangsgesetz bis zum 14. Lebensjahre; freie Lieferung der Unterrichtsmaterialien durch den Staat in den öffentlichen Schulen.

g. Strenge Gesetze, welche die Arbeitgeber haftbar machen für alle Unglücksfälle der Arbeiter, die durch die Nachlässigkeit der Arbeitgeber herbeigeführt werden.

h. Ein Gesetz, wonach die Arbeiter wöchentlich in gesetzlichem Gelde ausbezahlt werden müssen und Bestrafung aller Uebertreter.

i. Unentgeltliche Rechtspflege.

k. Abschaffung der Verschwörungsgesetze, welche gegen das Recht des Strikens und Andere zum Striken zu veranlassen, gerichtet sind.

l. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer direkten Einkommensteuer.

m. Uebernahme aller finanziellen Institute und Versicherungs-Anstalten und Betrieb derselben durch den Staat.

n. Widerrufung aller Gesetze, welche das Wahlrecht der Bürger beschränken.

o. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mit dem Vorschlags- und Verwerfungsrecht bezüglich der Gesetze, sowie das Recht der Minoritäts-Vertretung.

p. Verbot der Frauenarbeit in Beschäftigungen, welche der Gesundheit und Moralität schädlich sind.

q. Gleichstellung der Löhne der Frauen mit denen der Männer für gleiche Arbeitsleistung.

(Schluß folgt.)

Rede Freytag's

im sächsischen Landtag in der Sitzung vom 10. Januar. Etatsberathung. Position 28: Landes-Heil-, Straf- und Versorg-Anstalten.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

(Schluß.)

Wenn ich nun noch auf Das Bezug nehme, was bereits in treffender Weise Herr Staatsanwalt Petri bei einer neulichen Verhandlung gesagt hat, so glaube ich die Umstände, die zur Vermehrung der Bevölkerung in den Strafanstalten hauptsächlich beigetragen haben, hervorgehoben zu haben. Was nun die Verwaltungen in den Strafanstalten selbst betrifft, so wird die Frage: ob sie ihren Zweck erfüllen, vollständig erfüllen, indeß von zwei Punkten abhängig sein. Die eine Frage ist die: ist die Einrichtung überhaupt eine solche, daß sie ihren Zweck erfüllt? und die andere: sind die Vorstände der Anstalten solche, daß sie zur Erreichung des Zweckes das Nöthige beizutragen vermögen? In dieser Richtung glaube ich gegen die sächsischen Anstalten keinen Vorwurf erheben zu können. Ich halte die Einrichtung, wenigstens der beiden hauptsächlichsten Anstalten Zwickau und Waldheim, für ganz vortrefflich und ebenso sind die Direktoren dieser beiden Anstalten ganz anerkannt tüchtig in ihrem Fache und ganz sicher bestrebt, alles Das zu thun, was zur Erreichung des Zweckes der Anstalten für nöthig erachtet wird; aber Uebelstände sind vorhanden, die nicht in der Einrichtung selbst und auch nicht an der Direktion liegen, sondern die theilweise in unserer früheren Gesetzgebung liegen, theils namentlich darin, daß Nichts geschehen ist, um die frühere Einrichtung in die jetzige überzuleiten. Es ist durch das Reichsstrafgesetzbuch die Arbeitshausstrafe leider in Wegfall gebracht worden. Wir haben blos noch Zuchthausstrafe und Gefängniß. Es ist das ein großer Uebelstand; denn in das Gefängniß kommen Leute von viel zu verschiedenen Kategorien. Es kommen Leute dahin, denen durch gerichtliches Erkenntniß die Ehrenrechte genommen worden sind; es kommen Leute, die wegen Fahrlässigkeitsvergehen bestraft worden sind, und Leute, welche wegen Vergehen, die nur im Affekte oder durch besondere Umstände begangen wurden, bestraft worden sind, Leute, welchen nur politische Vergehen zur Last fallen, Leute, die eben absolut nicht zusammen passen. Da war eben das Zwischenstadium zwischen Zuchthaus und zwischen Gefängniß, das Arbeitshaus, sehr wohlthätig und meiner Ansicht nach unbedingt nothwendig; das ist aber nun nicht mehr vorhanden. Was wäre nun eigentlich anders übrig geblieben, als daß man nun das Gefängniß so einrichtete, wie es das Gesetz zuläßt und so, wie das Gefängniß im Gegensatz zum Arbeitshaus früher in Sachsen war; das ist aber nicht geschehen. Zwickau, das Gefängniß Zwickau ist ganz und gar dasselbe, was früher das Arbeitshaus in Zwickau war.

(Herr Staatsminister v. Fabrice tritt ein.)

Es ist dieselbe Hausordnung, es wird heute noch Jeder, wenigstens im großen Ganzen Jeder eingekleidet, was durchaus nicht im Gesetze vorgeschrieben ist. Dem Gefangenen werden die Haare verschnitten und der Bart geschoren. Es ist der Zwang zur Arbeit ganz und gar derselbe. Es besteht ein Unterschied zwischen dem früheren Arbeitshause und dem jetzigen Gefängniß Zwickau in der Hauptsache nicht. Daraus resultirt nun wieder der große Uebelstand, daß überhaupt in Sachsen ein Unterschied in der Behandlung zwischen Waldheim und Zwickau gar nicht besteht. In Waldheim werden die Leute zur Arbeit gezwungen, sie werden eingekleidet; in Zwickau geschieht das ebenfalls. Es wird auch in Waldheim darauf gesehen, daß Jeder nach seiner Individualität, nach seinen Kenntnissen wo möglich beschäftigt wird. Es geschieht das ebenso in Zwickau. Es ist ein Unterschied nicht vorhanden!

Ich habe mir schon wiederholt sagen lassen müssen, wenn ich einmal glaubte, Wunder etwas gethan zu haben als Vertheidiger, daß irgend Einem mildernde Umstände zugebilligt worden sind und daß er deshalb Gefängniß statt Zuchthaus bekommen hat, da habe ich mir schon sehr oft von erfahrenen Leuten sagen lassen: „Herr Vertheidiger! Da haben Sie mir gar keinen Gefallen gethan, das ist mir einerlei, in Zwickau und Waldheim ist die Behandlung ganz genau dieselbe. Es giebt überhaupt keinen Unterschied zwischen Waldheim und Zwickau."

Dagegen, meine Herren, ist nun wieder der Unterschied zwischen Zwickau und zwischen dem Gerichtsgefängniß ein ganz enormer, und wenn man bedenkt, daß es eigentlich blos manchmal an mehreren Tagen, an einem Monate hängt, ob Einer Zwickau oder Gerichtsgefängniß bekommt, so resultirt hieraus unbedingt eine große Ungerechtigkeit. Den Unterschied zwischen vier Monaten Gerichtsgefängniß oder jetzt fünf Monaten Gerichtsgefängniß und sechs Monaten Zwickau schätze ich ungefähr wie 4 zu 12. Das ist ganz sicher nach der Behandlung in Gerichtsgefängnissen und nach der, die Jemand in Zwickau hat. Dann ist wieder der Unterschied zwischen Gefängniß und Haft vollständig Null; den giebt es in Sachsen überhaupt nicht. Ob Einer zu Haft verurtheilt worden ist oder ob zu Gefängniß, das ist ganz einerlei. Es kommt sehr häufig vor, daß Einer wegen konkurrirender Vergehen zu Gefängnißstrafe und gleichzeitig zu Haftstrafe verurtheilt wird. Erst muß er die Gefängnißstrafe absitzen, dann die Haft, und wenn Sie so Einen einmal fragen: „Nun, wie war es denn, als Sie die Haft angetreten haben?" so wird er allemal antworten: „Das habe ich gar nicht gemerkt, da ist kein Unterschied gemacht worden." (Heiterkeit.)

Meine Herren! Ueber alle diese Punkte ist es nothwendig, daß ein Strafvollzugsgesetz einmal erlassen wird, und der Herr Staatsminister hat uns ja auch bereits in Aussicht gestellt, daß das geschehen soll. Aber so lange das nicht geschieht, muß, die Landesgesetzgebung und die Verwaltung von dem hier im Strafgesetzbuche nachgelassenen Rechte Gebrauch machen. Das Strafgesetzbuch giebt in dieser Richtung der Landesgesetzgebung sowohl, als namentlich auch der Verwaltung einen sehr freien, großen Spielraum.

Ich komme nun zum Schluß auf einen Punkt, der in der Ersten Kammer verhandelt worden ist. Es hat da der Herr Abg. Meinhold bei dem königlichen Justizministerium angefragt, ob es wahr ist, daß gewisse Kategorien von Verbrechern, und zwar namentlich die politischen Gefangenen, anders behandelt werden, als andere Kategorien?

Der Herr Staatsminister Abeken, dessen Anwesenheit ich leider vermissen muß bei dieser in sein Gebiet einschlagenden Frage über die Strafanstalten, wo er uns einen Bericht von den Staatsanwälten beigegeben hat, hat leider darauf geantwortet, daß er derartige Vorschriften nicht erlassen habe, und hat weiter ausgeführt, daß er eine derartige Anordnung sogar für gesetzlich unzulässig und unstatthaft halte. Meine Herren! Diese letzte Ansicht halte ich für durchaus irrig. Das Reichsstrafgesetzbuch unterscheidet zwischen Zuchthaus und Gefängniß; es nennt das Zuchthaus: „Strafanstalt" und das Gefängniß: „Gefangenenanstalt". Der Unterschied ist der, daß das Zuchthaus Zwangsarbeit haben soll, während es bei der Gefangenenanstalt, bei dem Gefängniß dem Ermessen anheimgestellt ist: ob und inwieweit Einer mit Arbeit beschäftigt werden soll und darf, während es vorschreibt, daß der Gefangene zwar ein Recht hat, nach Arbeit zu verlangen; daß es aber der Verwaltung in das Ermessen gestellt ist, Leute, die das nicht verlangen, zu beschäftigen so wie sie will; und weiter vorschreibt, daß die Arbeit, wenn sie vorgeschrieben wird, den Verhältnissen, den Fähigkeiten des Gefangenen entsprechend sein soll. Eine andere Vorschrift giebt es nicht.

Wir hatten in den früheren Gesetzen solche, die die Einkleidung vorschrieben, es bestanden auch über die Arbeit noch Vorschriften; das ist in der Reichsgesetzgebung nicht geschehen und es ist deshalb nicht geschehen, weil die landesgesetzlichen Bestimmungen in dieser Richtung zu verschieden waren, weil die Arbeitshäuser, die Gefängnisse in den einzelnen Ländern ganz und gar verschieden sind. In manchen anderen Ländern werden ja heute noch alte, halbverfallene Klöster und Schlösser zu Gefängnissen verwendet, während bei uns in Sachsen die Einrichtung in dieser Richtung eine ganz vorzügliche geworden ist; und man hat namentlich auch betont, daß die Verwalter der Anstalten in dieser Richtung einen gewissen freien Spielraum haben sollen. Es kann deshalb das Justizministerium nun und nimmermehr sagen, daß es unzulässig sei, bei den Gefangenen gewissermaßen eine Individualisirung nach Kategorien der Verbrechen eintreten zu lassen. Es ist im Gegentheil das gesetzlich zugelassen; es wird das auch in allen anständigen, ordentlichen Gefängnissen so ausgeübt. In Plötzensee fällt es keinem Menschen ein, einem politischen Gefangenen z. B. die Strafjacke anzuziehen, ihm die Haare abzuschneiden, den Bart abzuscheeren, ihm seine Beschäftigung etwa in der Weise vorzuschreiben, daß er Handarbeiten machen muß. Im Gegentheil, man läßt ihn nahezu arbeiten, was er will; er kann sich geistig, er kann sich literarisch beschäftigen, er muß nur für seinen Unterhalt ein gewisses, sehr mäßiges Geldquantum abliefern.

Es fordert, wie gesagt, das Gesetz geradezu heraus, in dieser Richtung Abstufungen zu machen, und wenn der Herr Justizminister in dieser Hinsicht seine Direktoren der Anstalten gefragt hätte, so würden sie ihm sicher gesagt haben, daß es unbedingt nothwendig ist bei dem Strafvollzug, daß, wie der Direktor individualisiren muß bei der Behandlung des Einzelnen, so durch Gesetz oder Verordnung eine Individualisirung eingeführt werden muß für die Gefangenen im Allgemeinen nach den Kategorien der Vergehen. Das wird nothwendig dadurch, daß in unsere Gefangenenanstalten alle möglichen Verbrecher geschickt werden. Wir haben eben Leute darin, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind, wir haben Leute, die im Affekt gehandelt haben, die, durch besondere Einwirkungen bewogen, zu einem Vergehen verführt worden sind; Leute, die also schon, ehe sie in die Strafanstalt eintreten, für vollständig gebessert zu halten sind; wir haben Leute, die blos aus Fahrlässigkeit ein Vergehen gethan haben, und wir haben Leute, die ein sogenanntes politisches Vergehen begangen haben, die also, um mich einmal von dem Standpunkte des jetzigen Staates aus auszusprechen, ein sogenanntes politisches Verbrechen begangen haben. Meine Herren! Es geht gegen das Rechtsgefühl, wenn Sie alle diese Kategorien in einen Sack stecken wollen und diese Kategorien behandeln wollen eine wie die andere. (Sehr wahr!)

Jeder Gefängnißdirektor, Jeder, der mit solchen Sachen zu thun hat, muß anerkennen: es muß geradezu nach Kategorien der Vergehen abgesondert und abgetheilt werden. In die oberste Kategorie gehören die Gewohnheitsverbrecher, die gewerbsmäßigen Verbrecher, die dürften z. B. nie und nimmermehr in Einzelhaft genommen werden; deren Arbeitskraft kann anders ausgebeutet werden, als die Anderer, sie verlangen eine andere Disziplin ꝛc. In die zweite Kategorie gehören Diejenigen, welche Vergehen begangen haben, die nach der allgemeinen Ansicht entehrend sind, und namentlich auch solche, denen die Ehrenrechte schon in dem Erkenntniß selbst genommen worden sind. In die dritte Kategorie gehören Diejenigen, die im Affekt gefehlt haben, und in die vierte Kategorie gehören die sogenannten Fahrlässigkeitsvergehen und die sogenannten politischen Gefangenen. Wenn ein derartiger Unterschied nicht gemacht wird, so sündigt man meiner Ansicht nach gegen alles und jedes Rechtsgefühl und sündigt auch gegen die öffentliche Meinung. Die öffentliche Meinung — ganz abgesehen von jedem Parteistandpunkte — kann und will es nicht begreifen, daß Einer, der wegen einer Beleidigung oder wegen irgend eines sogenannten politischen Vergehens verurtheilt wird, der wegen Fahrlässigkeit verurtheilt worden ist, in derselben Weise behandelt wird, wie der gewöhnliche Spitzbube, dem die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind, der ein Verbrechen begangen hat, welches nach allgemeiner Ansicht entehrend ist.

Man soll nur nicht denken, daß das nicht auch einmal anderen Leuten passiren kann, wegen politischer Vergehen verurtheilt zu werden. Es hat der Herr Abg. Meinhold in der Ersten Kammer darüber gesprochen. Meine Herren! Ich will einmal den Fall annehmen, daß irgend ein sehr conservativer, höchst achtbarer Mann im Freundeskreis über Das und Jenes spricht; er spricht über gewisse neuere Einrichtungen, mit denen er sich durchaus nicht vertragen kann; er spricht über das Ministerium, welches diese Neuerungen getroffen hat, in der Hitze in etwas unehrerbietiger Weise, er kommt z. B. auf den Herrn Minister Bismarck zu sprechen, es ist ihm Dies und Jenes an demselben nicht recht; er kommt ferner auf preußische Einrichtungen zu sprechen, da ist erst recht viel zu tadeln. Wie leicht passirt es, daß da einer Etwas sagt, was eine Beleidigung enthält, wie ungemein leicht, wenn man bedenkt, was alles jetzt unter Beleidigung verstanden wird. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Wenn nun Einer zufälliger Weise denunzirt und angezeigt wird, da ist es sehr leicht möglich, daß er in das Gefängniß muß — z. B. bei dem bekannten Kapitel: „Bismarckbeleidigung" wird unter so- und soviel Monaten Gefängniß leider gar nicht mehr erkannt — (Heiterkeit), daß auch einmal Einer der Herren zu Gefängnißstrafe verurtheilt werden kann, ist nicht unmöglich. Ich möchte nun wissen, ob der Herr Abg. Meinhold es gerechtfertigt und für gerecht innerlich halten würde, wenn ein Solcher, wenn er in die Gefangenenanstalt eintritt, den Bart abgeschoren und die Haare abgeschnitten bekommt, (Heiterkeit), wenn er in die Gefängnißjacke gekleidet und wenn er gezwungen wird, seinen Unterhalt, den er dem Staat schuldet, dadurch zu verdienen, daß er mehrere Monate lang Düten kleben und Strohabstreicher fertigen muß? (Sehr richtig!)

Das würde eine Ungerechtigkeit sein; und doch, was dem Einen recht wäre, wäre dem Andern billig. Ich mache Sie noch ferner darauf aufmerksam: wir haben ja die Fahrlässigkeitsvergehen, die die Leute in die Gefängnißanstalten bringen können. Wenn Einer ein recht hitziger Mann ist, der seinen Knecht vielleicht einmal, weil er glaubt im Rechte zu sein, mit einem Stock oder etwas Anderm über den Kopf schlägt, so kann er sehr leicht nach Zwickau kommen, ungemein leicht; wenn Einer auf der Jagd einen guten Freund erschießt, wenn Einer ein Bischen schnell mit Schwefelhölzern ist und aus Fahrlässigkeit einen Brand erzeugt, so kann er ebenfalls wegen Fahrlässigkeit in's Gefängniß wandern. Sollen denn nun auch diese aus Fahrlässigkeit begangenen Vergehen in derselben Weise beurtheilt werden wie diejenigen, für welche die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen werden? Nein, es ist mir nie ein solcher Satz vorgekommen, der so unrichtig ist, der so wenig den Sinn eines Gesetzes auffaßt, wie derjenige, den der Herr Justizminister in der Ersten Kammer ausgesprochen hat, daß es unzulässig sei, die Verbrecher nach Kategorien in den Gefängnißanstalten abzusondern. Nein, es ist gesetzlich zulässig, die Gefangenen nach den Kategorien ihrer Vergehen zu behandeln, und es wird auch in allen Gefängnissen, die sächsischen nicht ausgenommen, so gehandelt. Es ist nicht nur zulässig, sondern auch billig und gerecht.

Meine Herren! Es wird dem Herrn Minister Beust vieles sehr mit Unrecht in die Schuhe geschoben. Ich erkenne meinerseits immer an, daß wir die ganze liberale Wirthschaftspolitik, die wir haben, eigentlich dem Herrn Minister Beust verdanken und viele andere gute Gesetze; das sächsische Preß- und Vereinsgesetz waren viel besser als das Preßgesetz, welches wir jetzt haben und das Vereinsgesetz, welches uns noch bevorsteht; aber Etwas, was dieses Ministerium nun und nimmermehr von sich wegwaschen kann, das ist die Schmach, wie die politischen Maigefangenen in Waldheim behandelt worden sind. (Verschiedene Bravos links.)

Das ist eine Schmach, die man ihm nicht vergessen wird, in ganz Deutschland nicht, und ich möchte sagen: in der ganzen gebildeten Welt nicht. Ich beurtheile immer den Culturgrad eines Volkes mit darnach, wie man die politischen Gefangenen beurtheilt und behandelt, und fürchte ich nicht, trotz der Aeußerung des Herrn Staatsministers Abeken, daß wir in dieser Beziehung ähnlichen Zuständen entgegengehen wie wir sie unter dem Herrn Minister Beust zu leiden hatten. (Vielfaches Bravo links.)

Aus Berlin.

— 18. Januar.

Mit nachstehenden vertrauensseligen Worten weist die „National-Zeitung" auf den Reichstag hin, der bekanntlich nunmehr sicher den 6. Februar eröffnet wird:

„Wir sehen einer der wichtigsten Sessionen entgegen, die seit dem constituirenden Reichstag stattgefunden haben; mögen seine Ergebnisse unserem jungen Reiche zu andauerndem Vortheil gereichen. Zwar unterschätzen wir die Hindernisse in keiner Weise, die der Ausgestaltung der Reichseinrichtungen entgegenstehen, aber wir glauben auch, daß selten und auf allen betheiligten Seiten so viel guter Wille und Verständniß für die Nothwendigkeit vorhanden waren, als dies bis jetzt der Fall ist."

Nach diesen mit so großer Bestimmtheit ausgesprochenen Worten scheint also doch ein vollständiges Uebereinkommen zwischen Bismarck und den Nationalliberalen zwar nicht in Bezug auf die ausposaunten Verwaltungsreformen aber doch in Bezug auf andere Punkte zu Stande gekommen zu sein, und so dürfte das deutsche Reich in nächster Zeit, wenn auch nicht mit neuen Institutionen, doch gewiß mit neuen Steuern überschüttet werden.

Auch die Fortschrittspartei durfte unter solchen Umständen nicht zurückbleiben. Eugen Richter hatte sehr unüberlegt in Breslau gehandelt, als er in dem Glauben, die Einigung komme nicht zu Stande, den „Unversöhnlichen" gegen Bismarck spielte; jetzt erklärt der Abgeordnete Hänel in einem längeren Artikel in der „Kieler Zeitung", daß man von Seiten der Fortschrittspartei die Bismarckliberalen in den meisten Fragen unterstützen werde. Eugen Richter muß es sich nun noch dabei gefallen lassen, daß Freund Hänel weiter erklärt, Richter habe es ja ebenso gemeint. Man sieht, es giebt entweder einen unheilbaren Krach in der Fortschrittspartei oder, was das Wahrscheinlichste ist, die Fortschrittspartei bleibt was sie immer war, ein Schwänzchen des Nationalliberalismus. Der Hund kuscht sich, das Schwänzchen wedelt zwar etwas oppositionell von rechts nach links, kuscht sich aber nothgedrungen mit.

Der deutsche Handelstag hatte in seiner letzten Generalversammlung den Beschluß gefaßt, hinsichtlich des Einflusses der Gefangenenarbeit auf die freien Gewerbe eine Untersuchung zu veranstalten. In Ausführung dieses Beschlusses haben sich mehrere Handelskammern an die Direktoren der Staatsgefängnisse gewendet und dieselben um die Beantwortung verschiedener die Gefängnißarbeit betreffender Fragen ersucht. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes hat sich, wie verlautet, der Minister des Innern bereit erklärt, die vom Handelstag angeregte Untersuchung zu unterstützen und demzufolge die Gefängnißvorsteher mit Anweisung dahin versehen lassen, daß sie den Anträgen der Handelskammern durch sorgfältige und vollständige Beantwortung der gestellten Fragen Folge zu geben haben. — Einen praktischen Erfolg wird diese Enquête ebensowenig haben, als ihre Vorgängerinnen und das „schätzbare Material" wird an maßgebender Stelle doch nicht in ausgiebiger und richtiger Weise benutzt werden. Dennoch sind alle derartigen Untersuchungen mit Freuden zu begrüßen, weil schließlich auch uns, den Sozialdemokraten, das betreffende Material zugänglich gemacht wird und bei einschlägiger Gelegenheit verwerthet werden kann.

Der Commandeur des preußischen Gardecorps, Prinz August von Württemberg, hat ein unterthänigstes und überschwengliches Glückwunschschreiben an den Kaiser von Rußland gesandt, in welchem er im Namen des Gardecorps die Sympathie betont, mit der dasselbe den russischen Siegen folge. Daß der Prinz Sympathie für Rußland und seine Siege hat, bezweifeln wir keinen Augenblick, daß die Gardisten, wenn sie in Reih' und Glied stehen, auch auf Commando solcher „Sympathie" durch einen Hurrahruf Ausdruck geben, ist ebenso gewiß, daß aber diese wackern Männer aus dem deutschen Volke in ihrer Majorität im Herzen Sympathie hegen für die russischen Barbaren, das glaube ich nicht. Tausende von Rheinländern sind im Gardecorps, und diesen schlanken Söhnen des sonnigschönen Landes wird eher Grauen durch die Seele ziehen, als Sympathie für die schlitzäugigen Kosacken, trotzdem dieselbe von oben befohlen wird.

Die Berliner „Volkszeitung" ruft die Staatshilfe für die Industrie an und zwar soll der Staat billige Nahrung durch künstliche Fischzucht ꝛc. ꝛc. schaffen, dann sänken die Löhne und dann würde sich die Industrie heben, nämlich in so weit, daß sie mit dem Auslande glänzend concurriren könne. Daß solche Argumente auf purem Schein beruhen, braucht man einem verständigen Menschen nicht des langen und breiten auseinander zu setzen. Daß nämlich in anderen Ländern genau dieselben Experimente gemacht werden können, vergißt die „Volkszeitung", und daß dann die Concurrenz immer wieder zu Ungunsten der Lan-

Ein pädagogisches Buch.

Unter diesem Titel haben wir schon im März vorigen Jahres in den Nrn. 30 und 31 des „Vorwärts" ein für die Pädagogik wichtiges Buch besprochen;*) heute nehmen wir Veranlassung, bei dem Erscheinen der 4. Auflage eines andern Werkes des nämlichen Verfassers einige Stellen aus demselben mitzutheilen. Die Schrift: „Methodik der Volksschule", auf geschichtlicher Grundlage, von Dr. Friedrich Dittes, ist hervorragend eine Fachschrift, doch können auch Nicht-Pädagogen darin interessantes Material genug finden; wir besprechen sie aber besonders deshalb, um den Geist zu zeigen, welchen der Verfasser, der sich auch hier wieder als ein tiefblickender, vorurtheilsloser Mann erweist, in die Schule zu bringen sucht. Auch ist dieses Buch geeignet, die Wahrnehmung zu bestärken, daß in Oesterreich (der Verfasser ist Direktor des Wiener Lehrer-Pädagogiums), wenn auch Regierung und Polizei mustergiltig-brutal gegen die aufkeimenden Ideen vorgehen, doch in der Gelehrtenwelt ein etwas mehr idealer Zug zu herrschen scheint, als bei uns. Denken wir an Schäffle und andere.

Die „Methodik der Volksschule" ist der Schlußstein zu einem System der Pädagogik, welches der Verfasser in früheren Schriften klargelegt und welches auch in Lehrerbildungs-Anstalten und damit in der Volksschule allenthalben Eingang gefunden hat. „Sie ist das Ergebniß," sagt Dittes in seinem Vorwort, „anthropologischer Einsicht, allgemeiner Lebenserfahrung und vielfältiger Lehrversuche. Tausende haben an ihrem Aufbau mitgearbeitet, sie hat eine lange Entwickelungsgeschichte hinter sich, kann daher auch nur auf historischer Grundlage völlig verstanden und organisch fortgebildet werden."

Die Methodik zerfällt in einen allgemeinen und einen besonderen Theil, und da in letzterem nur ausgeführt wird, was und wie in der Volksschule gelehrt werden soll, derselbe also rein fachlich ist, so können wir uns für den hier gegebenen Zweck auf den ersten Theil beschränken, in welchem der Verfasser ganz besonders auch für unsere Forderungen, wie: für die Allgemeinheit der Volksschule, für Gleichheit der Erziehung sowohl der Klassen als der Geschlechter, für Confessionslosigkeit der Schule ꝛc. eintritt. „Nicht dadurch," bemerkt Dittes zum ersten Punkte: „Nicht dadurch, daß einzelne Individuen oder Gesellschaftsklassen zu hoher Bildung aufsteigen, sondern dadurch, daß sich die Gesammtheit zu einem menschenwürdigen Dasein erhebt, wird das Glück, die innere Kraft, der feste Bestand der Staaten begründet. Eine schroffe Scheidung zwischen Gelehrten und Unwissenden hat sich zu allen Zeiten fast ebenso unheilvoll erwiesen, als der trennende Gegensatz zwischen Priestern und Laien. Die Völker verlieren dadurch die Einheit, den Gemeinsinn und zersplittern sich in Bruchstücke, von denen ein jedes seinem eigenen Vortheile nachgeht. Daher ist es thöricht, die Volksschulen zu vernachlässigen und die Mittel-, Fach- und Hochschulen übermäßig zu begünstigen, jene in Dürftigkeit verkommen zu lassen, um nur diese reichlich ausstatten zu können, was immer da vorzukommen pflegt, wo die Völker entweder im Verfall begriffen sind, oder noch halb in der Barbarei stecken und daher nach dem Glänzenden haschen. Sorgt man aber für eine gründliche und allgemeine Elementarbildung, so giebt man der Nation innere Einheit und zugleich allen begabten Kindern die Grundlage zu jeder höhern Ausbildung. Die öffentlichen Mittel sind besser angewendet, wenn man mit ihnen der gesammten Jugend aushilft, als wenn man sie dazu verwendet, eine Menge mittelmäßiger Talente zum Gelehrten- oder Künstlerthum emporzuschrauben.

„Man bedenke aber noch, daß die Volksschule das einzige Institut ist, welches ausschließlich der reinen Menschen- und Nationalbildung gewidmet ist, während alle anderen Schulen, wie sehr man auch ihren allgemein humanen Charakter betonen möge, doch schon eine entschiedene Richtung auf Berufs- und Standesbildung haben. Es ist aber entschieden nachtheilig für den Charakter der Jugend, ihr schon frühzeitig den allgemein menschlichen und volksthümlichen Standpunkt zu entziehen und sie auf Sonderinteressen hinzulenken. Dazu kommt noch, daß für Kinder von 9—10 Jahren der Lehrstoff und die Lehrmethode des Gymnasiums zu früh kommt. Für die Kinder im Volksschulalter eignet sich nur die elementarische, anschauliche, immer den Standpunkt der Schüler berücksichtigende (subjektive) Methode, nicht aber die wissenschaftliche, oft abstrakte, wesentlich von der Natur des Lehrfaches bestimmte (objektive). So lange der Knabe noch überwiegend auf der Stufe des konkreten Vorstellens steht, für das begriffliche Denken noch nicht reif ist, wird ihm ein praktisch geschulter Elementarlehrer bessere Dienste leisten, als ein überwiegend in der Gelehrsamkeit lebender Professor.

„Nach alledem dürfte es zweckmäßig sein, die Knaben nicht vor erfülltem 12. Lebensjahre in höhere Schulen aufzunehmen. In diesem Alter nämlich können diejenigen Schüler, denen alle Umstände günstig sind, das durchschnittliche Ziel der Volksschule erreicht haben, und dies sollte man jedenfalls zur Vorbedingung der Aufnahme in's Gymnasium u. s. w. machen. Diese Modifikation unseres jetzigen Schulwesens würde viele und bedeutende Vortheile haben. Man würde nicht mehr leiblich und geistig schwache Kinder mit Bildungsaufgaben belasten, denen sie nun einmal nicht gewachsen sind; die Gymnasiallehrer würden von einer Sisyphusarbeit befreit sein; der fortwährende Grenzstreit und Hader zwischen Volksschule und höheren Schulen würde aufhören; es würden nicht so viel junge Leute durch Ueberanstrengung physisch, geistig und moralisch zerarbeitet und aller Lebensfreude beraubt werden; es würden sich nicht so viele Knaben, die gar keinen Beruf, das heißt kein Talent zum Studiren haben, in die höhern Schulen drängen; es würden nicht die Unterklassen der Letzteren überfüllt und die Oberklassen leer sein; es würden nicht eine Menge Knaben die betretene Bahn höherer Bildung auf halbem Wege oder noch früher verlassen müssen und statt einer einfachen, aber doch abgerundeten Elementarbildung nur einige, wenig nützliche Fragmente höherer Bildung erwerben, die Hochschulen würden nicht so viel unreife und abgetriebene Individuen unter ihren „Bürgern" zählen als bisher; man würde weniger Studirende, aber eben deshalb auch weniger Gelehrtenproletariat und weniger schwache Geister in wichtigen Stellungen haben.

„Wie wir also eine unverkürzte Entwickelung der Volksschule wollen, so müssen wir uns auch für möglichste Einheit derselben aussprechen. Demgemäß machen wir vor Allem keinen wesentlichen Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Volksschulen.

*) Grundriß der Erziehungs- und Unterrichtslehren von Dr. Friedrich Dittes. (Leipzig, Julius Klinkhardt.)

das ausfällt, in welchem die niedrigsten Löhne gezahlt werden, will das Blatt im Interesse des Kapitals auch nicht wissen. Hoher Lohn, gute Nahrung, große, aber vernünftige Bedürfnisse bei den Arbeitern erzeugen die Blüthe der Industrie und somit auch die Blüthe eines Landes, sie befähigen die Arbeiter in Qualität und in Quantität Bedeutendes zu leisten. Und damit Punktum!

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Kampf mit geistigen Waffen". Ein Bourgeois oder Bourgeoishandlanger veröffentlicht in Bourgeoisblättern folgendes Rezept gegen den Sozialismus:

„Ein sehr wirksames Mittel gegen sozialdemokratische Volksversammlungen wird in Plauen i. V. angewendet. Sobald nämlich dort einer der be-, resp. gerühmteren Agitatoren auftritt, um in der üblichen Weise die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber zu erregen, geht ein großer Theil der Fabrikanten ebenfalls in die betreffenden Versammlungen, wenn auch zunächst nur, um sich an den sogenannten „Prinzipien" zu erlaben. Die Anwesenheit der Genannten hat aber auch zur Folge, daß deren Arbeiter sich äußerst maßvoll halten und sich nicht in Uebertreibungen ergehen, welche oft angestrebt werden. Rechnet man hierzu noch, daß an manchen Orten die Saalbesitzer derartigen Versammlungen ihr Lokal verweigern, so ergiebt sich, daß aufrührerischen (!) Bestrebungen auf dem friedlichsten Wege ein Damm entgegengestellt werden kann."

Also 1) Einschüchterung der — Lohnsklaven durch das sprichwörtliche „Auge des Meisters" — (the master's eye) —, durch durch die überwachenden Späherblicke der gestrengen Hrn. Sklavenbesitzer. 2) Verweigerung der Lokale.

Daß ersteres Mittel die skandalöseste, von unseren Gegnern hartnäckig geleugnete Abhängigkeit der Arbeiter von den Arbeitgebern voraussetzt, scheint der geniale Rezeptmacher nicht zu ahnen, wie auch nicht, daß tausend „Brandreden" in ebenso viel Massen-Volksversammlungen den geistigen und moralischen Bankrott der Bourgeoisie nicht annähernd so erfolgreich demonstriren könnten, wie dieses geistreiche Rezept.

— Ueberall Sozialdemokratie. In einer Sitzung des deutschen Landwirthschaftsrathes, der auch der Minister Friedenthal beiwohnte, schlug ein Mitglied aus Holstein verschiedene Thesen zur Annahme vor. In einer derselben hieß es, daß der Lohn für die ländliche Arbeit derartig ausreichend sein müsse, um nicht nur die Bedürfnisse des Arbeiters und der Seinigen in der Gegenwart zu decken, sondern ihn auch gegen die aus Erkrankungen, Invalidität und Alter entstehenden Calamitäten zu schützen. Darob erhob sich großes Geschrei und eine lebhafte Opposition wurde rege. Die Herren Reichstagsabgeordneten für Berlin von Saucken-Tarputschen, ein Fortschrittsmann und der Reichstagsabgeordnete Richter-Tharand erklärten solche Thesen für sozialdemokratisch angehaucht und ließen sie in eine Commission begraben. Bei dieser Sorte von Abgeordneten wird bald sogar das Bestreben, Luft zu schöpfen, als ein sozialdemokratisch angehauchtes Manöver betrachtet werden.

— „Die neue christlich-soziale Partei". Unter dieser Ueberschrift bringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" einen Leitartikel, der in höchst ängstlicher Weise den Herrn Hofprediger Stöcker und Genossen warnt, nicht so weit gehende Forderungen wie zum Beispiel das Recht auf Arbeit zu stellen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mag sich in ihrem manchesterlichen Gewissen nur beruhigen. Phrase, nichts als Phrase! Denn wer als eine soziale Forderung das Recht auf Arbeit hinstellt, der muß auch die Pflicht zur Arbeit in sein Programm aufnehmen und dafür werden sich Herr Hofprediger Stöcker sowohl, wie seine Mitpriester nicht begeistern.

— Herr Tessendorff hat wieder einmal eine unsterbliche That geleistet. Er macht bekannt: In der Untersuchung wider den Sattler Coenen und Genossen ist durch die Erkenntnisse des Stadtgerichts hierselbst vom 22. Januar 1875, beziehungsweise des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. vom 20. November 1877 angeordnet worden: daß der „Verein für Sattler und Berufsgenossen", soweit derselbe sich auf Länder im Geltungsbereiche des preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erstreckt, zu schließen sei. — Wenn seine Berufsgenossen nicht bald dafür sorgen, daß Tessendorff, wie der Herr Polizeirath Pick in Berlin, einen Lorbeerkranz erhält, so müssen wir, als seine glühendsten Verehrer, ihm denselben übermitteln. Ein Lorbeerkranz auf dem Haupte des Herrn Tessendorff — selbst der alte Homer würde sich darüber freuen.

— Nichts Neues unter der Sonne! Altbekanntes Wort. Wir wetten, nachstehendes Interpretationskunststückchen ist noch nicht dagewesen. Es wurde in dem 20fachen Prozeß gegen den Redakteur der „Berliner Freien Presse", Genosse Finke, verübt, und vom Berliner Stadtgericht, siebente Deputation. Die Sache verhält sich so: In Nr. 166 der „Berliner Freien Presse" befand sich ein Artikel, der mit den Worten begann: „Um uns keiner indirekten Majestätsbeleidigung schuldig zu machen, citiren wir ohne weiteren Commentar nach der „Vossischen Zeitung". In dieser Einleitung erblickte der Vertheidiger Finke's nur eine Anspielung auf die Anklagebehörde, welche erst kürzlich den Begriff der indirekten Majestätsbeleidigung entdeckt habe. Der Gerichtshof faßte hingegen die vorstehende Einleitung folgendermaßen auf: Weil dasteht: „Um uns keiner indirekten Majestätsbeleidigung schuldig zu machen", muß jeder Leser zu der Ueberzeugung kommen, daß wenn wir aussprächen, was wir möchten, dies eine Majestätsbeleidigung werden würde; indem wir dies nun unter Hinweis darauf unterlassen, ist die Majestät indirekt beleidigt worden. Denn man spricht (oder richtiger man würde sprechen, wenn man so sprechen würde, wie man sprechen möchte, wenn man nämlich so möchte, wie das Berliner Stadtgericht möchte, daß man gemocht haben möchte) — denn man spricht von einer Sache, die einen Vorwurf gegen die Majestät enthalten soll. Daher erscheinen drei Monate Gefängniß durchaus gerechtfertigt." Wir greifen uns an den Kopf und besinnen uns, daß wir in Deutschland sind im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte, und im „Staate des deutschen Berufs" par excellence.

— Die Betheiligung der Schweiz an der Pariser Weltausstellung nimmt bedeutende Ausdehnung an. Der Werth der Ausstellungsobjekte, ursprünglich auf ½ Million taxirt, beträgt jetzt schon 3½ Million. Insbesondere strengt sich die Uhrenindustrie an, die Scharte von Philadelphia auszuwetzen. Der für die Maschinenhalle angewiesene Raum ist um die Hälfte zu klein. Anstatt 700 in Aussicht genommene Aussteller meldeten sich 1000. Auch die Baumwollen- und Seidenindustrie, letztere namentlich von Zürichern, wird ehrenvoll vertreten sein; ebenso das Züricher Handwerk und die Landwirthschaft. — So beschämt die kleine Schweiz in dem friedlichen Wettkampf das große, herrliche, einige, ruhmreiche, glückliche „deutsche Reich" unserer Nationalliberalen.

— Die englische Thronrede, mit welcher das Parlament am 17. d. eröffnet wurde, ist außerordentlich zurückhaltend: bis jetzt hat keiner der beiden kriegführenden Theile, weder Rußland noch die Türkei, etwas gethan, was England zwingen könnte, aus seiner Neutralität herauszutreten, aber — man kann für die Zukunft nicht stehen, und England muß auch für den Fall, daß es genöthigt sein könnte, aus seiner Neutralität herauszutreten, Vorbereitungen treffen. Das ist so friedlich wie möglich; und zu gleicher Zeit so kriegerisch wie möglich. Welcher Art die geplanten Vorbereitungen sind, wissen wir noch nicht; ebenso wenig, wo der Punkt liegt, an welchem die englische Neutralität aufhört. Von besonderem Interesse für uns Deutsche ist die offiziell dem Parlament gemachte Mittheilung, daß der diplomatische Vermittlungsversuch nach dem Falle von Plewna durch die deutsche Reichsregierung vereitelt worden sei, auf welche damit die Verantwortlichkeit für alle seit jener Zeit verübten Kriegsgreuel gewälzt wird.

Die Thronrede erhält einen praktischen Commentar durch die Thatsache, daß die englische und östreichische Regierung als Garantiemächte des Pariser Vertrags in Constantinopel, und England auch in Petersburg gegen jeden Separatfrieden und gegen jede Abänderung des Pariser Friedensvertrags ohne ihre Zustimmung protestirt haben. Durch diesen Schritt ist Oestreich formell aus dem Dreikaiserbund ausgetreten und hat diesen also gesprengt. „England steht nicht allein", sagte Disraeli in der Adreßdebatte; ob er außer Oestreich noch eine andere Macht, vielleicht Frankreich im Sinn gehabt haben mag? —

Fügen wir zu dem Obigen hinzu, daß noch kein Waffenstillstand geschlossen ist, dann drängt sich der volle Ernst der Lage uns auf.

— Die Behandlung der türkischen Kriegsgefangenen ist eine geradezu barbarische; nicht nur daß keine Maßregeln getroffen sind, die Unglücklichen gegen die Härten der Witterung zu schützen, man maltraitirt sie auch direkt in der abscheulichsten Weise, läßt sie hungern und dursten, nachdem man ihnen ihr Geld abgenommen, zwingt sie, die meist Barfüßigen, weite Strecken durch Schnee und Kälte zu marschiren u. s. w. Am ärgsten treiben es, nach dem Bericht des englischen Arztes Dr. Baker, die „tapfern" Rumänen. Kein Wunder, daß die Gefangenen zu Hunderten sterben, und daß wohl nur wenige die „Humanität", in deren Namen „Väterchen" die Waffen ergriffen hat, überleben werden. —

— Russische „Humanität" und „Cultur". Dr. Adolph Fenyövy, ein Ungar, der als Arzt türkische Dienste genommen hatte, wurde bei Plewna gefangen und nach Nowgorod transportirt. Die Familie des Arztes hatte die Intervention des Grafen Andrassy angerufen, in Folge dessen Dr. Fenyövy freigelassen wurde. Er befindet sich nunmehr in Pest und richtet an die Redaktion des „Pesti Naplo" ein Schreiben, welchem wir die folgenden Einzelheiten entnehmen:

„Ich war, so schreibt Dr. Fenyövy, zuletzt in Dubnik bei Plewna der Abtheilung Achmed Hifzi Pascha's als Arzt attachirt. Der Pascha vertheidigte die offene, nicht ganz vollendete Redoute mit 3800 Soldaten, während die angreifenden Russen 40,000 Mann und 82 Geschütze zur Verfügung hatten. Das kleine Häuflein des Paschas vertheidigte die Redoute durch 11 Stunden, man darf wohl sagen mit übermenschlicher Kraft. Der Kampf dauerte vom Morgen des 24. November bis zum Abend, um welche Zeit den Türken die Munition ausging. Wir hätten gerettet werden können, wenn aus dem eine Stunde entfernten Telisch Entsatz gekommen wäre; aber Ismail Hakki Pascha, der in Telisch commandirte, ist ein Freund des Trinkens und kam uns nicht zu Hülfe. Unsere Situation wurde unhaltbar, und wir mußten um 5 Uhr Abends an zwei Stellen der Redoute die weiße Fahne aufstecken. Das Feuer wurde hierauf von den Russen für einige Zeit eingestellt, so lange nämlich, bis Achmed Hifzi Pascha mit seinen Getreuen die Redoute verließ und die Waffen daselbst niederlegte. Kaum aber waren wir draußen, so begann — ich weiß nicht aus welchem Grunde — das Feuer der Russen wieder gegen uns völlig Wehrlose zu spielen. Das war ein entsetzlicher Anblick. Ich lief zum russischen Commandanten, ihn im Namen Gottes bittend, er solle auf die capitulirenden, wehrlosen Menschen nicht schießen lassen; aber mein Bitten war vergeblich, und es hat nicht viel gefehlt, so wäre auch ich einer Kugel zum Opfer gefallen. In wenigen Augenblicken stand die Redoute in Flammen, ein Theil unserer Habseligkeiten verbrannte, der andere fiel den Russen als Beute zu. Die meisten unserer Verwundeten befanden sich in der Redoute, in der sogenannten ebenerdigen Kaserne, und kamen dort um als Opfer russischer Barbarei. Es erfaßt mich Entsetzen, wenn ich an die Scene zurückdenke. Wir konnten insgesammt nur 65 Verwundete retten, mit diesen zusammen blieben von den 3800 Türken blos 1600 am Leben, von den 180 türkischen Offizieren blieben nur 40 übrig. Also mehr als zwei Drittheile der Türken sind gefallen. Wir kamen nun in russische Gefangenschaft und blieben durch zwei Tage ohne Wasser und Brod; die Nacht verbrachten wir unter freiem Himmel, ohne Stroh und ohne Feuer; wir schmiegten uns dicht aneinander wie die Schafe, um uns so nothdürftig gegen die Kälte zu schützen. Aber auch in dieser Situation sollten wir nicht lange bleiben. Die vor Kälte klappernden und durch Hunger geschwächten Türken wurden mit gezückten Bajonetten vorwärts getrieben auf das Schlachtfeld, wo sie die gefallenen Türken begraben helfen sollten. Ich war dort zugegen und habe mit meinen Augen gesehen, daß sich unter den Todten viele nur ganz leicht Verwundete befanden und bei geringster Hülfe hätten gerettet werden können."

— In Berlin wurde am 17. d. Morgens um 7 Uhr der verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse", Paul Dentler, in seiner Wohnung verhaftet und in Untersuchungshaft überführt. Zwei Tage vorher war demselben eine Vorladung überreicht worden, welche u. A. auch auf wiederholte Majestätsbeleidigung lautete, was jedenfalls als Grund der Verhaftung angesehen werden darf. (Dentler ist inzwischen auf ärztliches Zeugniß hin wieder freigelassen worden.)

— Unsrer heutigen Nummer ist eine Beilage beigefügt, enthaltend die beiden Gesetzentwürfe über die Abänderung der Gewerbeordnung und Einführung der Gewerbegerichte. Die beiden Gesetzentwürfe sind gleichsam die Antwort auf das von den sozialistischen Abgeordneten in der vorigen Reichstagssession eingebrachte Arbeiterschutzgesetz — eine Antwort, mit welcher im Allgemeinen wohl die Arbeitgeber nimmermehr aber die Arbeiter zufrieden sein können. Eine eingehende Besprechung der Gesetzentwürfe behalten wir uns vor.

Aus Nordamerika.

Newyork, 1. Januar 1878.

Der Ausstand der Newyorker Cigarrenmacher ist nicht, wie ich Ihnen in meinem Letzten meldete, so gut wie gewonnen, sondern dadurch in ein neues Stadium getreten, daß die Arbeitgeber einen allgemeinen Ausschluß (lock-out) beschlossen haben. Sie wollen dadurch die noch beschäftigten Arbeiter brotlos machen und verhindern, wie bisher zehn Prozent ihres Verdienstes zur Unterstützung der feiernden Genossen zu steuern. Es wird ihnen zwar schwerlich gelingen, die Mehrheit der Fabrikanten zum Einstellen der Produktion zu bewegen, wohl aber genug derselben, um die Maßregel fühlbar zu machen. Sie — d. h. die Urheber der Maßregel, die reichsten Firmen — haben sich vorher durch Aufkauf den besten Tabak gesichert und für die kleinen Firmen nur den schlechteren übrig gelassen, um diese durch das Versprechen, ihnen vom guten eine Portion abzulassen, zu bestechen. Aber auch diese und andere solche Schandmaßregeln werden zu Schanden werden, wenn die Unterstützungen des Strikes wie bisher noch kurze Zeit anbauern.

In Buffalo ist jüngst einer von den Juli-Ausständigen zu sieben Jahr Zuchthaus verurtheilt worden. Andere Verurtheilungen sind in Pennsylvanien erfolgt. Dort ist nunmehr auch der zwölfte der Molly-MaGuires endgültig zum Tode verurtheilt worden. In Canada fand kürzlich ein siegreicher Ausstand der Canal-Erdarbeiter statt. Der bis jetzt ungewöhnlich milde Winter hat nämlich erlaubt, die Arbeiten an der Erweiterung der canadischen Canäle fortzusetzen, welche die großen Seen mit dem Lorenzstrome und dem Meere verbinden. Eine neue Vereinbarung der pennsylvanischen Kohlenlords, um die Kohlenpreise hinaufzutreiben durch Einstellung des Betriebs, tritt vom Januar an in Kraft, und die ganz ausgehungerten Arbeiter müssen wieder längere Zeit feiern. — Unter den zahlreichen Sparkassen, Lebensversicherungs- und Bankanstalten, welche neuerdings gebrochen sind, waren zwei Fälle, welche großartiges Elend verbreiten: der Bankrott der Greenebaum'schen Anstalten in Chicago und Newyork, und der der Newark (N. J.) Savings Institution. Die letztere hat von den dreizehn Millionen Dollars Einlagen vorher zwei und ein Fünftel Millionen heimlich an ihre Günstlinge zurückbezahlt, verspricht 20 Prozent am 1. Januar und den Rest, sobald „die Zeiten sich bessern", d. h. auf den St. Nimmertag.

Am letzten Tage des Jahres hat der Congreß der (politischen) Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten in Newark seine

---

Der Name „Bürgerschulen" ist entstanden in einer Zeit, wo der freie Städter einen Gegensatz zum unfreien Bauer bildete, wo ersterer mehr Bildung bedurfte, begehrte und empfangen konnte, als letzterer. Da hatte es einen Sinn, die „Bürgerschulen" von den Land- oder Bauernschulen zu unterscheiden. In unserer Zeit ist diese Unterscheidung im Wesentlichen nicht mehr haltbar, sie erscheint als ein Anachronismus, als ein spießbürgerlicher Zopf. Freilich werden die Volksschulen nach örtlichen Verhältnissen mannigfach gegliedert, ein- bis achtklassig sein; aber alle haben nahezu gleiche Schulzeit, Schüler desselben Alters, überhaupt wesentlich gleiche Grundbedingungen und auch wesentlich gleiche Ziele. Die Meinung, daß die Landschulen weniger der Hebung bedürften, als die Stadtschulen, daß man für jene insbesondere auch die schwächsten Lehrer verwenden könne, ist ein schwerer und gefährlicher Irrthum. Gerade da, wo noch wenig Bildung, wenig Anregung und Gelegenheit zu geistiger Selbstvervollkommnung, wenig Sinn für edle Unterhaltung in den Mußestunden, wenig Verständniß für volkswirthschaftliche und politische Dinge ist, wo prozeßsüchtige Advokaten, Winkelschreiber, Quacksalber, Pfaffen und Schwindler aller Art das leichteste Spiel haben, gerade da ist eine gute Volksschule und ein tüchtiger Lehrer am Platze."

(Fortsetzung folgt.)

— Eine sehr sinnige Gabe. Die Blätter schreiben: „Dem bekannten Berliner Polizeirath Pick, welcher vor einigen Tagen sein 25jähriges Jubiläum des Eintritts in die Criminalpolizei feierte, wurden Seitens der Beamten des Berliner Polizei-Präsidiums zahlreiche Beweise ihrer Liebe und Anhänglichkeit zu Theil. Eine Deputation der Criminalschutzleute überbrachte ihm einen Lorbeerkranz. Die Criminal-Commissare überreichten ihm einen sehr werthvollen silbernen Pokal und einen aus 25 Silberblättern bestehenden Lorbeerkranz." — Ob der erstere von den Schutzleuten gewidmete Kranz auch aus Silber war, steht nicht geschrieben; jedenfalls wäre es dem Herrn Pick angenehmer gewesen, a's wenn die Schutzleute ihm den immergrünen Lorbeer um die Stirn gewunden hätten. — Uebrigens kann Herr Pick recht stolz sein — es giebt nur sehr, sehr wenige Leute, deren Haupt schon bei Lebzeiten der Lorbeer schmückt.

— Der Verein für deutschen Gewerbfleiß in Berlin, dessen Vorsitzender Minister a. D. Delbrück ist, hat 3000 Mark für die beste Lösung der Frage, wie das gesundheitswidrige Glycerin im Biere am leichtesten bis auf 0,05 zu ermitteln sei, auszusetzen beschlossen. An genannter Summe betheiligt sich der Verein mit 1100 M., während der deutsche Brauerbund 1500 M. und die amerikanischen Brauer 400 M. gestiftet haben.

Abgeblitzt! Die Neue Berliner Pferdebahngesellschaft wollte den „berühmten" Dr. Stroußberg als Geschäftsführer anstellen. Stolz wie ein Spanier aber, antwortet derselbe, daß es ihm nicht einfalle, „je seine Selbstständigkeit irgendwie aufzugeben." — Der „arme" Mann hat gewiß sein Schäfchen im Trockenen und verfolgt „höhere" Ziele, als das eines Geschäftsführers eines so kleinen Unternehmens, wie es doch eine Pferde-Eisenbahngesellschaft in den Augen des „Eisenbahnkönigs" eigentlich ist. Stroußberg denkt aber auch vielleicht, daß von der Locomotive auf das Pferd kein größerer Abstand ist, wie von letzterem auf den Hund.

— Die „Dresdener Nachrichten" haben einen köstlichen Schwupper gemacht. Als sie den Tod des Königs von Italien besprachen, bemerkten sie: „Viktor Emanuel trug bei Lebzeiten zwei Beinamen: „König Ehrenmann" nannten ihn seine Verehrer, „re galantuomo" alle die, die alle um seine zahllosen Liebesabenteuer wußten." — Wir würden uns freuen, wenn der Herr Literat der „Dresdener Nachrichten" uns einmal den Unterschied zwischen einem Langohr und einem Esel auseinandersetzte.

— Dr. Eugen Dühring rächt sich jetzt für die wissenschaftliche Abfertigung, die ihm von Seiten unseres Freundes Engels geworden ist, durch untermehring'sches Geschimpf auf den „Marx'schen Sozialismus". So ziemlich das ganze Schimpflexikon wird erschöpft. Hätten wir mit dem unglücklichen Menschen, der offenbar an Größen- und Verfolgungswahn leidet, nicht tiefes Mitleid, so würden wir uns über diese gründliche — Selbstvernichtung, die ihm sogar den Beifall der „Magdeburger Zeitung" eingebracht hat, freuen müssen. So können wir nur sagen: von den Todten soll man nichts Uebles reden.

sechstägigen Sitzungen beendet. Es waren 29 Sektionen durch 42 Delegaten vertreten — mehr als man bei jetzigen Zeiten und der Spaltung der Partei hätte erwarten sollen. (Die ökonomische Fraktion, welche vorläufig für Enthaltung von Wahlen ist, war fast gar nicht vertreten.) Die Verhandlungen waren schleppend, wegen den verschiedenen parlamentarischen Gewohnheiten der vier anwesenden Nationalitäten, aber dennoch erfolgreich im Sinne der Mehrheit und legten ein ehrendes Zeugniß vom Denkfortschritt der Sektionen und der Ausbreitung der Partei ab. Die genaue Statistik der Partei lag nicht vor und wird bald mitgetheilt werden. Es wurde an der Platform (Programm) nur die Wortfassung geändert, um sie den Englischen verständlicher zu machen, und einige politische Grundsätze, wie z. B. die Einführung der direkten Volksgesetzgebung, eingeschaltet. Dagegen erlitt die Verfassung der Partei mehr, und die Organisations-Satzungen ganz durchgreifende Veränderungen im centralistischen Sinne, wie sie einer jungen politischen Partei hierzulande nothwendig sind. Der Geist der Versammlung zeigte sich jeder Verwässerung der Grundsätze und jedem Zusammengehn mit anderen Parteien abgeneigt, und wenn die schärferen Maßregeln in diesem Sinne auch abgelehnt wurden, so blieb doch die eine wichtige Bestimmung stehen, daß Niemand von der Partei als Kandidat aufgestellt werden dürfe, der nicht mindestens ein Jahr Mitglied gewesen ist. Einige westliche Sektionen, welche bisher wenig geneigt waren, sich eine strenge Parteidisziplin gefallen zu lassen, traten hier entschieden für eine solche in die Schranken. Sie haben also bereits aus der Erfahrung etwas gelernt. Unter diesen Umständen ist — zwar keine gegenwärtige Wiedervereinigung der Fraktionen zu erwarten, da die Bitterkeit der Wortführer gegen einander trotz allen Waffenstillstands noch immer größer ist als die Feindschaft gegen den gemeinsamen Feind — aber doch ein friedliches Nebeneinandergehen, welches später zu einer Verschmelzung führen mag, wenn die Verfolgung durch den gemeinsamen Feind kräftiger auftritt. Es ist immerhin traurig, daß man erst noch darauf warten muß.

Wenn der „Vorwärts" unsere hiesige Partei hin und wieder wegen ihres politischen Vorgehens belobt, so vergißt er, daß es einer Ermunterung dazu bei Amerikanern nicht bedarf, daß vielmehr große Vorsicht vonnöthen ist, wenn die neue Partei nicht, wie jede bisherige Arbeiterbewegung hierzulande seit dreißig Jahren zu Grunde gerichtet werden soll. Außer manchen andern Beweisen hierfür, welche ich Ihnen früher mitgetheilt habe, braucht man nur die eine Thatsache zu bedenken, daß das stimmgebende Volk hier direkt oder indirekt etwa eine Viertelmillion Aemter durch Wahl besetzt. Da nun die Aemter theils bei einem Siege einer andern Partei, theils überhaupt möglichst oft neubesetzt werden, so gibt es mindestens eine halbe Million Gewerbspolitiker, welche halb militärisch organisirt sind. Diese riesige Armee abgefeimter, meist redegewandter und in allen Schlichen erfahrener Bewerber um die Stimmen des Volkes drängen sich in jede neue Parteiorganisation ein, um sie entweder zu verrathen, oder sich mittels ihres „Stimmviehes" (voting cattle) für den Fall eines Sieges der neuen Partei dem Meistbietenden zu Gebote zu stellen. Gerade jetzt aber, da die Arbeiterbewegung die englisch redende Bevölkerung zu gewinnen sucht, welche noch ganz auf dem Standpunkte von Schulze-Delitzsch steht, kommt Alles darauf an, die Grundsätze der Partei streng fest und die proletarische Natur der Bewegung ganz rein zu erhalten. Die Greenback-Partei, welcher reiche Geldmittel ihres Präsidentschafts-Kandidaten, des „Arbeiterfreundes" Peter Cooper zu Gebote stehen, sucht überall sich in unsere Sektionen einzuschleichen, um ihr Ziel zu verrücken, oder doch unsere Bewegung zu vereiteln, und wir haben leider viel zu wenig Agitatoren, die des Englischen mächtig sind, um ihnen entgegenzuwirken. Dieser Uebelstand ist jetzt aber allgemein erkannt, wie sich auf dem Congresse zeigte und wird wohl bald ein Ende nehmen. Das neu zu gründende englische offizielle Parteiorgan wird zum Redakteur den Genossen MacIntosh, einen fähigen und ehrlichen Mann erhalten, und in Cincinnati, wohin die Executive verlegt worden ist, fehlt es nicht an Agitatoren englischer Zunge von demselben Charakter.

Bei dem großen Brandunglück, welches am 20. Dezember in Newyork die Greenfield'sche Candies-Fabrik und mit ihr eine noch unbekannte Anzahl Menschenleben (meist deutsche junge Burschen und Mädchen) vernichtete, scheint die Coroners-Untersuchung ohne bestimmtes Ergebniß zu bleiben. In einer der engeren und lebhaftesten Handelsstraßen der unteren Stadt vernichtet eine unaufgeklärte Explosion (wahrscheinlich von Petroleum, womit das Gebäude beleuchtet war) eine vierstöckige, von Arbeitern angefüllte Fabrik, setzt sie in Brand sammt einem oder zweien der Nebenhäuser, in einer unglaublich kurzen Zeit ist Alles ein hoher Haufen lodernder Ruinen — und noch heute ist die Ursache nicht aufgeklärt, obschon die Eigenthümer sich gerettet haben! Nichts als die sträflichste Nachlässigkeit kann Ursache sein. Dennoch ist die Entdeckung — wie es scheint durch Bestechung von Zeugen — so gut wie verhindert!!

Der frühere Vereinigte Staaten-Gesandte Washburne in Frankreich ist von den Großkapitalisten angestiftet worden, eine Vortragsreise durch unsere Großstädte zu halten, um die Pariser Commune auf's Schwärzeste zu schildern. Merkwürdig dabei ist nur, daß sein Vortrag meist aus bekannten Quellen unserer Gegner abgeschrieben ist, daß er kaum irgendwo darin als Augenzeuge spricht, der er doch hätte sein können, da er vom Jahre 1861 bis 1877 in Paris als Gesandter war. Das Machwerk ist einer Widerlegung kaum werth, hat auch eine solche bisher nur in einer unserer deutschen Arbeiterzeitungen gefunden, und zwar von H. Ende, welcher Augenzeuge der Communebewegung gewesen.

Die ökonomische Fraktion unserer Partei ist eben in einer lebhaften Agitation für einen Allgewerkverein begriffen, welcher alle Lohnarbeiter lokal, national und international umfassen und neben wechselseitigem Schutze politisch-ökonomische Aufklärung verbreiten soll. Da dieser Vorschlag weithin Anklang gefunden hat, so steht in naher Zeit ein Congreß dieser Fraktion in Aussicht, um den Allgewerkverein zu organisiren. Das Fabrikproletariat Neu-Englands wird von unsern Genossen MacNeill und Gunton in diesem Sinne bearbeitet, freilich unter außerordentlichen Schwierigkeiten. Mehr davon nächstens.

Correspondenzen.

Aus dem 18. sächsischen Wahlkreise. Nach langen Bemühungen ist es uns endlich gelungen, wieder einmal einen Referenten zu bekommen, den ersten nach der Reichstagswahl, und so hielten wir denn im Monat Dezember Versammlungen in Cainsdorf, Niederhaßlau, Bokwa und Pölbitz ab; in Marienthal konnte wegen eines Formfehler eine solche nicht stattfinden. Der Besuch war überall, außer in Cainsdorf, ein sehr zufriedenstellender und die Anwesenden vom besten Geiste beseelt. In allen diesen Versammlungen referirte Genosse Ufert mit bestem Erfolg. Desgleichen fand Ende Dezember eine Versammlung in Zwickau statt, in welcher Herr Vollmar aus Dresden das Referat übernommen hatte. Diese Versammlung war von über 400 Mann besucht, und wurde dem Vortragenden reicher Beifall zu Theil. Wir können mit den Erfolgen unsrer ersten Agitation zufrieden sein. In aller Kürze will ich noch eine kleine Mittheilung über den hiesigen Reichstreuen Verein machen. Derselbe tagte am 30. Dezember im Deutschen Haus, und erstattete Herr Lehrer Arnold aus Oschatz Bericht über den Geraer Congreß. Die Versammlung war von 40 Mitglieder besucht, und doch zählt der Verein 400 Mitgliedern. Es wurde beschlossen, auf 6 Exemplare der „Sozialen Frage" von M. Hirsch zu abonniren und dieselben nicht etwa unter die Mitglieder, sondern unter die Arbeiter zu vertheilen. Nur her damit. J. S.

Itzehoe, 13. Januar. „Von Seiten der Sozialdemokraten war gestern Abend in der hiesigen „Tonhalle" eine Wählerversammlung veranstaltet und dazu alle Bürger und Arbeiter durch Plakate eingeladen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Das Büreau kam selbstverständlich in die Hände der Lassalleaner. Der Agitator Walther aus Kiel hielt eine Rede über „Stadtverordnetenwahlen". Derselbe legte zuerst die Gründe dar, weshalb die Arbeiterpartei jetzt überall anfange, sich auch an den Wahlen zum Landtag und zu den Communalämtern zu betheiligen. Er bemerkte, es sei allerdings Thatsache, daß seine Partei noch vor vier Jahren überall absichtlich nur bei der Reichstagswahl rührig gewesen sei, und zwar aus taktischen Gründen, denn die Partei habe sich damals noch nicht stark genug gefühlt; jetzt liege die Sache so, daß die Arbeiterpartei Deutschlands, trotz und in Folge der polizeilichen Maßregelungen, sich gekräftigt und gestählt genug erachte, in allen öffentlichen Angelegenheiten mit Erfolg thätig zu sein. Der Redner betonte dann, daß seine Partei sehr wohl wisse, daß sie vorläufig wenig thun könne, daß sie insbesondere hier in Itzehoe bei den Wahlen unterliegen werde. Der Hauptnutzen der Betheiligung an den Communalwahlen liege auch eben darin, daß sie Aufregung in der Bürgerschaft verursache. Durch die Wahlbewegung der Sozialdemokraten würden alle politischen Parteien zu größerer Rührigkeit getrieben, wie die letzten Wahlen in Kiel gezeigt hätten. Diese Aufregung würde zur Aufklärung und die Masse des Volks zur politischen Bildung führen. — Gegen den Redner bemerkte der Stadtverordnete Martens, daß der Arbeiterpartei kein Erfolg in Aussicht stehe, weil die Wahlen öffentlich seien. Herr Martens theilte mit, daß er im Stadtverordnetencollegium den Antrag gestellt habe, daß bei den hiesigen Wahlen eine geheime Stimmabgabe eingeführt werde. Herr Walther replizirte, daß er im Prinzip mit Herrn M. einverstanden sei, aber er könne nicht warten, bis es besser werde, da eine Aenderung zum Bessern nur mit Hülfe der politisch Benachtheiligten herbeigeführt werden könne. — Nach einem längern Disput über die Mittel und Wege zur Erreichung der politischen Gleichberechtigung aller Steuerzahlenden, sowie über die Art und Weise, wie von Seiten der Bürger- und Volksvereine am meisten für die Verbreitung der nöthigen Kunde in communalen Angelegenheiten gesorgt werden könne, wurde zur Aufstellung von Candidaten für die am 22. hier stattfindende Stadtverordnetenwahl geschritten, und wurden von den Sozialdemokraten in Vorschlag gebracht die Gastwirthe Chr. Müller („Volkshalle") und Chr. Meyer in der Breitenstraße. Herr Martens hatte nichts gegen diese Candidaten einzuwenden, schlug aber die beiden ausgeschiedenen Stadtverordneten Alpen und Janß, sowie die Herren Böhme und Lages (deren Wahl bekanntlich für ungültig erklärt worden ist) vor. Nachdem dann ein aus lauter Sozialdemokraten bestehendes Wahlcomité ernannt worden war, wurde nach einer abermaligen Aufforderung seitens Walther's zur regen Betheiligung an der Wahl und zum zahlreicheren Eintritt in den hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein die Versammlung um 10 Uhr geschlossen." — (Wir theilen diesen ausführlichen Bericht mit, weil er von der Rührigkeit unserer Genossen im hohen Norden Zeugniß giebt, und um den Blättern unserer Gegner den Beweis zu liefern, daß es keine Unmöglichkeit sei für ein liberales Blatt, einen anständigen Bericht über eine sozialdemokratische Versammlung zu liefern — der obige Bericht ist nämlich den nationalliberalen „Flensburger Nachrichten" wörtlich entnommen. D. R. d. V.)

An die Freunde und Parteigenossen in Deutschland.

Nachdem unsere Mission als Deputation der Londoner Steinhauer in Deutschland beendet, fühlen wir uns verpflichtet, für die Beweise der Sympathie und thatkräftigen Unterstützung, die uns allerorts zu Theil wurden, unseren tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Besonders haben uns verpflichtet die Centralagitationscomités von Mannheim und Stuttgart, die durch ihren Beschluß, unsere Sache zu der ihrigen zu machen, uns die Erfüllung unserer schweren Aufgabe wesentlich erleichtert haben. Hervorzuheben haben wir auch, daß verschiedene Gewerkschaftsverwaltungen einen Theil der Kosten getragen haben, die uns durch Verbreitung von Flugblättern erwachsen waren, und daß die gesammte sozialistische Presse Deutschlands, sowie viele Gewerkschaftsorgane für uns gethan haben, was in ihren Kräften stand. Also nochmals besten Dank.

London, 8. Januar 1878.

Die Deputation der Londoner Steinhauer:
John Brabder. Louis Weber. F. J. Ehrhart.

Zur Beachtung.

Den Parteigenossen in der Provinz Hannover und Umgegend zur Nachricht, daß sich mein Domicil während der nächsten Monate hier in Hannover befindet und bitte ich, alle Zuschriften, betr. Abhaltung von Volksversammlungen ꝛc. an untenstehende Adresse zu richten.

Hannover, den 18. Januar 1878.

H. Oehme, Mittelstraße 8 II.

Für die Gewerkschaftsverwaltungen

zur gefälligen Notiz, daß die Tabelle über die Gewerkschaften in Deutschland wegen ihres großen Umfangs nur im „Pionier" erscheint, jedoch die Separatabzüge wie zugesagt und bestellt geliefert werden. Bestellungen nimmt noch entgegen die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hamburg, Amelungstraße 5. Preis pro Stück 5 Pfg., pro Hundert 4 M., pro Tausend 15 M. A. Kapell.

Zur Notiz. In einem Theil der Exemplare unserer vorletzten Nummer sind in dem Artikel „Aus Heuchelland" die von uns in der Schlußbemerkung mißbilligend erwähnten (beiläufig nicht nur sehr uneleganten, sondern auch auf bloßen Klatsch beruhenden) Titulaturen der Königin von England beseitigt, leider aber versäumt worden, die Lücke durch Striche zu bezeichnen.

Briefkasten

der Expedition. R. Hochstein in Pößneck: Wenden Sie sich betr der Adresse an W. Bracke in Braunschweig. — Der Bestellung auf 1 König Mammon mit rother Tinte geschrieben, datirt Stuttgart, den 19. Januar, war keine Adresse beigefügt, weshalb wir selbe nicht effektuiren können.

Max Neisser, Bremen. Hast Du meinen, im Dezember v. J. geschriebenen Brief nicht erhalten? Bitte dich um dessen Beantwortung.

Ernst Hasse, Mühltroff.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Lindenau-Plagwitz Sozialistenversammlung 2,00. Von K. in B. 1,00. F. R. 9,90.

✝

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 16. Januar 1878, unser lieber guter Vater, der Töpfer

Friedrich Oswald Lauschke

infolge einer Lungenentzündung im 56. Lebensjahre verschieden ist.

Alle, die den Verstorbenen gekannt, wissen, was er der Partei, was er uns, seiner Familie war, wissen was wir an ihm verloren.

Eutritzsch-Leipzig, den 21. Januar 1878.

Die tiefbetrübten trauernden Hinterlassenen.

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Neue Welt

Heft 5 Jahrgang III.

ist versandtfertig und wird nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Die Expedition der „Neuen Welt".

„Der arme Conrad".

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es francs per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ } netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. Expedition des „Vorwärts"
Färberstraße 12.

Wir empfehlen

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.

Materialien für die sozialistische Agitation.

Von Bruno Geiser.

7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Kap. 4. Das Gesetz bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und das Hilfskassengesetz. Kap. 5. Das Haftpflichtgesetz. Kap. 6. Das Lohnbeschlagnahmegesetz. Kap. 7. Das Preßgesetz. Kap. 8. Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhof, Schwarze ꝛc. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Mittwoch, 23. Januar 1878.

Der Gesetzentwurf, betr. die Gewerbegerichte.

Abschnitt I. Einsetzung von Gewerbegerichten.

§ 1. Für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Gesellen, Gehülfen, Fabrikarbeitern oder Lehrlingen und ihren Arbeitgebern können Gewerbegerichte eingesetzt werden. Die Einsetzung erfolgt durch Ortsstatut nach Maßgabe des § 142 der Gewerbeordnung. Soll das Gewerbegericht für mehrere Gemeinden eingesetzt werden, so wird das Ortsstatut für jede dieser Gemeinden abgefaßt. Bilden die Gemeinden einen Kommunalverband, so erfolgt die Einsetzung nach Maßgabe der Vorschriften, nach welchen die gemeinsamen Angelegenheiten des Verbandes statutarisch geregelt werden. Die Einsetzung eines Gewerbegerichts kann durch Anordnung der Landes-Centralbehörde erfolgen, wenn einer an die betheiligten Gemeinden ergangenen Aufforderung ungeachtet innerhalb der gesetzten Frist die Einsetzung auf dem im Absatz 2 und 3 vorgesehenen Wege nicht erfolgt ist.

§ 2. Die Zuständigkeit der Gewerbegerichte umfaßt, ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes: 1) Streitigkeiten, welche auf den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, auf die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Arbeitszeugnisses sich beziehen, 2) Streitigkeiten über Leistungen oder Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältniß.

§ 3. Die sachliche Zuständigkeit der Gewerbegerichte kann auf bestimmte Gewerbezweige oder Fabrikbetriebe, die örtliche auf bestimmte Theile des Gemeindebezirks beschränkt werden. Die Landes-Centralbehörde kann die örtliche Zuständigkeit eines von ihr eingesetzten Gewerbegerichts ausdehnen. Die betheiligten Ortsbehörden sollen zuvor gehört werden.

§ 4. Die Grenze der Zuständigkeit (§ 3), sowie die Bildung des Gerichts nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes ist durch das Statut oder durch die Anordnung der Centralbehörde zu regeln.

§ 5. Die Kosten der Einrichtung und der Unterhaltung des Gerichts sind, soweit sie in dessen Einnahmen ihre Deckung nicht finden, von der Gemeinde zu tragen. Soll die Zuständigkeit des Gerichts nicht auf einen Gemeindebezirk beschränkt sein, so ist bei der Festsetzung dieser Zuständigkeit zugleich zu bestimmen, zu welchen Antheilen die einzelnen Bezirke an der Deckung der Kosten Theil nehmen. Gebühren, Kosten und Strafen, welche in Gemäßheit dieses Gesetzes zur Erhebung gelangen, bilden Einnahmen des Gerichts.

Abschnitt II. Einrichtung der Gewerbegerichte und Verfahren vor denselben.

§ 6. Die Gewerbegerichte bestehen aus einem Vorsitzenden und mehreren Beisitzern. Die Zahl der Letzteren soll mindestens vier betragen. Der Vorsitzende darf weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein. Die Beisitzer müssen zur Hälfte aus Arbeitgebern und zur Hälfte aus Arbeitern bestehen.

§ 7. Zum Mitgliede des Gewerbegerichts sollen nur solche Deutsche berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, für sich oder ihre Familien Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln in den letzten drei Jahren nicht empfangen haben und in dem Bezirk des Gerichts seit mindestens zwei Jahren wohnen oder beschäftigt sind. Unfähig zu dem Amte sind alle Personen, welche sich in einem der durch § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgesehenen Fälle befinden. Das Amt der Beisitzer ist ein Ehrenamt.

§ 8. Die Berufung der Mitglieder erfolgt auf mindestens ein Jahr und auf höchstens fünf Jahre. Die Berufung erfolgt durch Wahl des Magistrats; wo ein solcher nicht vorhanden ist, oder wo das Statut oder die Anordnung der Landes-Centralbehörde dies bestimmt, durch Wahl der Gemeindevertretung, in größeren Kommunalverbünden durch Wahl der Vertretung des Verbandes. Die Wahl kann in allen Fällen der Vertretung eines Kommunalverbandes übertragen werden. Die Wahl der Beisitzer kann den Arbeitgebern und Arbeitern zu gleichen Theilen übertragen werden. Die zur Wahl berufenen Arbeitgeber und Arbeiter müssen volljährig und seit mindestens zwei Jahren in dem Bezirke des Gewerbegerichts wohnen oder beschäftigt sein. Die Wahlen unterliegen der Prüfung durch die höhere Verwaltungsbehörde. Dieselbe hat Wahlen, welche gegen das Gesetz oder gegen die auf Grund des Gesetzes erlassenen Wahlvorschriften verstoßen, für ungültig zu erklären. Die Wahl des Vorsitzenden bedarf ihrer Bestätigung. Sind Wahlen überhaupt nicht zu Stande gekommen oder wiederholt für ungiltig erklärt, so ist die höhere Verwaltungsbehörde befugt, die Mitglieder zu ernennen.

§ 9. Ein Mitglied des Gewerbegerichts, hinsichtlich dessen Umstände eintreten oder bekannt werden, welche die Unfähigkeit zu dem Amte begründen, ist des Amtes zu entheben. Die Enthebung erfolgt durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung des Betheiligten. Beschwerde findet nicht statt.

§ 10. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts ist vor seinem Amtsantritt durch den von der höheren Verwaltungsbehörde beauftragten Beamten, jeder Beisitzer vor der ersten Dienstleistung durch den Vorsitzenden auf die Erfüllung der Obliegenheiten des ihm anvertrauten Amtes mittelst Handschlags an Eidesstatt zu verpflichten. Beisitzer, welche ohne genügende Entschuldigung zu den Sitzungen nicht rechtzeitig sich einfinden oder ihren Obliegenheiten in anderer Weise sich entziehen, sind zu einer Ordnungsstrafe bis zu 100 M., sowie in die verursachten Kosten zu verurtheilen. Die Verurtheilung wird durch die höhere Verwaltungsbehörde ausgesprochen. Erfolgt nachträglich genügende Entschuldigung, so kann die Verurtheilung ganz oder theilweise zurückgenommen werden.

§ 11. In jedem Streitfalle sind von dem Vorsitzenden zwei Beisitzer zuzuziehen. Bei der Einsetzung des Gewerbegerichts kann bestimmt werden, für welche Streitigkeiten eine größere Zahl von Beisitzern zugezogen werden soll. An den Verhandlungen muß stets eine gleiche Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Theil nehmen.

§ 12. Bei jedem Gewerbegericht wird eine Gerichtsschreiberei eingerichtet. Gerichtsvollzieher werden nach Bedürfniß angestellt.

§ 13. Für das Verfahren der Gewerbegerichte gelten folgende Bestimmungen: 1) Zuständig ist dasjenige Gewerbegericht, in dessen Bezirk der streitige Arbeitsvertrag rücksichtlich der Leistungen des Arbeiters seinen Erfüllungsort hat. 2) Die Klagen sind schriftlich oder mündlich zu Protokoll anzubringen, worauf ein möglichst naher Termin zur Verhandlung anzusetzen ist. Zu demselben sind die Parteien zu laden und zwar der Beklagte unter abschriftlicher Mittheilung der Klage. Die Verhandlung darf gegen den Willen des Beklagten nicht vor dem auf den Tag der Mittheilung der Klage folgenden Tage stattfinden. 3) Ladungen der Parteien erfolgen mit der Aufforderung, etwaige Zeugen und Sachverständige oder sonstige Beweismittel zur Stelle zu bringen. Auf Antrag wird die Ladung der Zeugen und Sachverständigen von Amtswegen veranlaßt. Ladungen und Zustellungen können durch Gemeindebeamte erfolgen. 4) Bleibt der Beklagte in dem Termine aus, so werden die in der Klage behaupteten Thatsachen als zugestanden angenommen. Das Ausbleiben des Klägers gilt als Zurücknahme der Klage. 5) Die Verhandlung in dem Termin ist öffentlich und mündlich. Durch das Gewerbegericht kann für die Verhandlung oder für einen Theil derselben die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit besorgen läßt. 6) Die Leitung der Verhandlungen liegt dem Vorsitzenden ob, welcher für die vollständige Erörterung der Anträge und Gegenanträge der Parteien Sorge zu tragen hat. Das Gewerbegericht beschließt nach Stimmenmehrheit. Es hat über die Wahrheit der thatsächlichen Behauptungen nach seiner freien, aus dem Inbegriff der Verhandlungen geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden. 7) Das Gewerbegericht hat vor Schluß der Verhandlung einen Sühneversuch anzustellen. Kommt ein Vergleich nicht zu Stande, so ist das Urtheil in der Regel am Schlusse der Verhandlung zu verkünden. Erfolgt die Verkündigung nicht, so ist das Urtheil spätestens innerhalb dreier Tage den Parteien von Amtswegen zuzustellen. Die Verkündigung des Urtheils erfolgt immer öffentlich. Aus dem Urtheil müssen ersichtlich sein: Die Mitglieder des Gerichts, die Parteien, deren Anträge und Gegenanträge, die Angabe, ob nach vorgängiger Verhandlung der Parteien oder auf Ausbleiben eines Theils erkannt ist, der festgestellte Thatbestand und der Ausspruch des Gerichts in der Hauptsache und über die Kosten. Erfolgt eine Verurtheilung auf Vornahme einer Handlung, so ist auf Antrag in dem Urtheil der Betrag der Entschädigung festzusetzen, welche, falls die Handlung binnen einer zu bestimmenden kurzen Frist nicht vorgenommen wird, an deren Stelle zu treten hat. 8) Gegen ein Urtheil, welches auf Ausbleiben ergangen ist, kann innerhalb drei Tagen nach der Zustellung Einspruch erhoben werden, in welchem Falle ein neuer Termin zur Verhandlung anzusetzen ist. Erscheint die Einspruch erhebende Partei auch in dem neuen Termin nicht, so wird der Einspruch verworfen und es findet ein abermaliger Einspruch nicht statt. 9) Ist eine Fortsetzung der Verhandlung erforderlich, so wird der Termin in der Regel sofort bestimmt. Die Bestimmung desselben und erforderlichen Falls die Ladung der Parteien erfolgt von Amtswegen. Bleibt in dem Termin eine der Parteien aus, so finden die Vorschriften unter 4 Anwendung, auch wenn eine Beweisaufnahme stattgefunden hat. 10) Die nicht auf mündliche Verhandlung zu erlassenden Verfügungen werden von dem Vorsitzenden allein erlassen. Soweit im Vorstehenden nicht besondere Bestimmungen getroffen sind, finden die Vorschriften der Civil-Prozeßordnung über das Verfahren vor den Amtsgerichten entsprechende Anwendung.

§ 14. Ueber Ansprüche der im § 2 unter 1 bezeichneten Art, mögen sie für sich allein oder gleichzeitig mit anderen geltend gemacht werden, ist zunächst von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts ohne Zuziehung von Beisitzern zu verhandeln. Der Vorsitzende hat nach geschlossener Verhandlung, sofern ein Vergleich nicht zu Stande gekommen ist, sofort zu entscheiden. Die Entscheidung geht in Rechtskraft über, wenn nicht von einer der Parteien binnen drei Tagen nach der Zustellung oder der in Gegenwart der Parteien erfolgten Verkündigung auf Verhandlung vor dem Gewerbegericht angetragen wird. Ist dies geschehen, so werden die Parteien zur Verhandlung nach Maßgabe des § 13 von Amtswegen vor das Gewerbegericht geladen.

§ 15. Gegen die Entscheidungen der Gewerbegerichte finden die Rechtsmittel statt, welche in den zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zulässig sind. Auf die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel finden die Vorschriften der Civilprozeßordnung entsprechende Anwendung. Zuständig ist das Landgericht in dessen Bezirk das Gewerbegericht seinen Sitz hat.

§ 16. Aus den vor dem Gewerbegericht geschlossenen Vergleichen, aus den Entscheidungen des Vorsitzenden, sowie aus denjenigen Urtheilen der Gewerbegerichte, welche rechtskräftig oder für vorläufig vollstreckbar erklärt sind, findet die Zwangsvollstreckung nach Maßgabe der Civilprozeßordnung statt. Auf Ersuchen des Gewerbegerichts findet die Zwangsvollstreckung durch die Gemeinde- oder Polizeibeamten statt. Die Urtheile der Gewerbegerichte sind auf Antrag für vorläufig vollstreckbar zu erklären, wenn sie Streitigkeiten der im § 2 unter 1 bezeichneten Art betreffen.

§ 17. Die ordentlichen Gerichte haben den Gewerbegerichten nach Maßgabe der Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes Rechtshülfe zu leisten.

§ 18. Den Parteien ist auf Antrag beglaubigte Abschrift des Vergleichs gegen eine Gebühr von 50 Pf., sowie beglaubigte Abschrift der Entscheidung des Vorsitzenden oder des Urtheils des Gewerbegerichts gegen eine Gebühr von 1 Mk. zu ertheilen. Im Uebrigen werden für das Verfahren keine Gebühren, sondern nur baare Auslagen in Ansatz gebracht. Die unterliegende Partei hat die der obsiegenden Partei durch das Verfahren entstandenen baaren Auslagen zu erstatten. Das Gewerbegericht kann der obsiegenden Partei für die derselben durch ihr Erscheinen vor Gericht erwachsenen Versäumnisse eine Entschädigung zubilligen. Die Gebühren und Auslagen eines Bevollmächtigten oder Beistandes werden nicht erstattet. Auf die Kosten der Rechtsmittel finden die für die ordentlichen Gerichte maßgebenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

Abschnitt III. Schlußbestimmungen.

§ 19. Wo Gewerbegerichte nach Maßgabe dieses Gesetzes nicht bestehen, kann in Streitigkeiten der in § 2 unter 1 bezeichneten Art Klage vor dem Gemeindevorsteher erhoben werden. Die Gegenpartei hat sich auf die Klage einzulassen. Zuständig ist der Vorsteher der Gemeinde, in deren Bezirk der Arbeitsvertrag rücksichtlich der Leistungen des Arbeiters seinen Erfüllungsort hat. Der Gemeindevorsteher hat das Verfahren nach den in gleichen Rechtsstreiten für den Vorsitzenden des Gewerbegerichts maßgebenden Bestimmungen zu leiten. Seine Entscheidung geht in Rechtskraft über, wenn nicht von einer der Parteien binnen drei Tagen nach der Zustellung oder der in Gegenwart der Parteien erfolgten Verkündigung Klage bei dem zuständigen Gericht erhoben ist. Die Entscheidung ist nach § 16 vollstreckbar. Der Gemeindevorsteher kann die Wahrnehmung der ihm hiernach obliegenden Geschäfte mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde einem Stellvertreter übertragen. Derselbe muß aus der Mitte der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung und auf mindestens ein Jahr berufen werden. Die Berufung ist bekannt zu machen.

§ 20. Bis zum Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes sind für die gegen die Entscheidungen der Gewerbegerichte zulässigen Rechtsmittel diejenigen Gerichte zuständig, welche über die in den geringfügigsten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eingelegten Rechtsmittel zu entscheiden haben.

§ 21. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung: 1) auf Streitigkeiten der Kaufleute und Apotheker mit ihren Arbeitern; 2) auf Streitigkeiten der Vorstände der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in den letzteren beschäftigten Arbeitern.

§ 22. Die Verfassung und die Zuständigkeit der auf Grund der bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen zur Entscheidung von Streitigkeiten der in § 2 bezeichneten Art berufenen besonderen Gerichte werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 23. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1879 in Kraft.

Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung.

Der dem Bundesrath vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Theile der bestehenden Gewerbeordnung lautet wie folgt:

Artikel 1. An Stelle des Titels VII. der Gewerbeordnung treten nachfolgende Bestimmungen:

Titel VII.

Gewerbliche Arbeiter (Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter.)

1) Allgemeine Verhältnisse.

§ 105. Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen Gegenstand freier Uebereinkunft. Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht. Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen die Landesregierungen.

§ 106. Gewerbetreibende, welchen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, dürfen, so lange ihnen diese Rechte entzogen bleiben, Personen unter 18 Jahren als Arbeiter nicht beschäftigen. Die Entlassung der dem vorstehenden Verbot zuwider beschäftigten Arbeiter kann polizeilich erzwungen werden.

§ 107. Personen unter 18 Jahren dürfen, so weit reichsgesetzlich nicht ein Anderes zugelassen ist, als Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind. Bei der Annahme solcher Arbeiter hat der Arbeitgeber das Arbeitsbuch einzufordern. Er ist verpflichtet, dasselbe zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem Arbeiter wieder auszuhändigen.

§ 108. Das Arbeitsbuch wird dem Arbeiter durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat, kosten- und stempelfrei ausgestellt. Die Ausstellung kann nur auf Antrag des Vaters oder Vormundes des Arbeiters erfolgen. Vor der Ausstellung ist nachzuweisen, daß der Arbeiter zum Besuche der Volksschule nicht mehr verpflichtet ist und glaubhaft zu machen, daß bisher ein Arbeitsbuch für ihn noch nicht ausgestellt war.

§ 109. Wenn das Arbeitsbuch vollständig ausgefüllt oder nicht mehr brauchbar oder wenn es verloren gegangen oder vernichtet ist, so wird an Stelle desselben ein neues Arbeitsbuch ausgestellt. Die Ausstellung erfolgt durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem der Inhaber des Arbeitsbuches zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat. Das ausgefüllte oder nicht mehr brauchbare Arbeitsbuch ist durch einen amtlichen Vermerk zu schließen. Wird das neue Arbeitsbuch an Stelle eines nicht mehr brauchbaren, eines verloren gegangenen oder vernichteten Arbeitsbuches ausgestellt, so ist dies darin zu vermerken. Für die Ausstellung kann in diesem Falle eine Gebühr bis zu 1 Mk. erhoben werden.

§ 110. Arbeiter über 18 Jahre können jeder Zeit die Ausstellung eines Arbeitsbuches beantragen. Die Ausstellung erfolgt durch die im § 108 bezeichnete Behörde kostenfrei und stempelfrei. Die Ausstellung ist, sofern der Arbeiter innerhalb der letzten 6 Monate in einem Arbeitsverhältnisse gestanden hat, zu versagen, wenn derselbe nicht glaubhaft macht, daß dies Verhältniß rechtmäßig gelöst worden ist. Ist der Behörde bekannt, daß für den Arbeiter bereits früher ein Arbeitsbuch ausgestellt war, so ist bei der Ausstellung des neuen Arbeitsbuches nach Maßgabe des § 109 zu verfahren. Der Arbeiter ist nicht verpflichtet, das Arbeitsbuch dem Arbeitgeber auszuhändigen und kann das ausgehändigte Buch jederzeit von dem Arbeitgeber zurückfordern.

§ 111. Das Arbeitsbuch (§§ 108, 110) muß den Namen des Arbeiters, sowie Ort, Jahr und Tag seiner Geburt enthalten. Die Ausstellung erfolgt unter dem Siegel und der Unterschrift der Behörde. Letztere hat über die von ihr ausgestellten Arbeitsbücher ein Verzeichniß zu führen. Die Einrichtung der Arbeitsbücher wird durch den Reichskanzler bestimmt.

§ 112. Bei dem Eintritte des Arbeiters in das Arbeitsverhältniß hat der Arbeitgeber an der dafür bestimmten Stelle des Arbeitsbuches die Zeit des Eintrittes und die Art der Beschäftigung, am Ende des Arbeitsverhältnisses die Zeit des Austrittes und, wenn die Beschäftigung Aenderungen erfahren hat, die Art der letzten Beschäftigung des Arbeiters einzutragen. Für Arbeiter über 18 Jahre darf die Eintragung nur auf Verlangen des Arbeiters geschehen. Die Eintragungen sind mit Dinte zu

bewirken und von dem Arbeitgeber zu unterzeichnen. Sie dürfen nicht mit einem Merkmal versehen sein, welches den Inhaber des Arbeitsbuches günstig oder nachtheilig zu kennzeichnen bezweckt. Die Eintragung eines Urtheils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters und sonstige durch dieses Gesetz nicht vorgesehene Eintragungen oder Vermerke in oder an dem Arbeitsbuche sind unzulässig. Dagegen können Arbeiter, welche ein Arbeitsbuch besitzen, jederzeit die Ausstellung eines besonderen Zeugnisses über ihre Führung und ihre Leistungen verlangen. Auf Antrag des Arbeiters hat die Ortspolizeibehörde die Eintragung in das Arbeitsbuch und das dem Arbeiter etwa ausgestellte Zeugniß kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

§ 113. Ist das Arbeitsbuch bei dem Arbeitgeber unbrauchbar geworden, verloren gegangen oder vernichtet, oder sind von dem Arbeitgeber unzulässige Eintragungen oder Vermerke in oder an dem Arbeitsbuche gemacht, so kann die Ausstellung eines neuen Arbeitsbuches auf Kosten des Arbeitgebers beansprucht werden. Ein Arbeitgeber, welcher das Arbeitsbuch seiner gesetzlichen Verpflichtung zuwider nicht rechtzeitig ausgehändigt oder die vorschriftsmäßigen Eintragungen zu machen unterlassen oder unzulässige Eintragungen oder Vermerke gemacht hat, ist dem Arbeiter entschädigungspflichtig. Die Entschädigung ist, vorbehaltlich der Verpflichtung zum Ersatz eines höheren Schadens für jeden Tag, für welchen der Arbeiter durch das Verschulden des Arbeitgebers an dem Gebrauche eines ordnungsmäßigen Arbeitsbuches verhindert gewesen ist, auf einen Betrag zu bemessen, welcher dem einem Arbeiter seiner Art ortsüblich gezahlten Lohne gleichkommt.

§ 114. Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter baar in Reichswährung auszuzahlen, sie dürfen denselben keine Waaren kreditiren. Dagegen können den Arbeitern Wohnung, Feuerung, Landnutzung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hülfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgt werden.

§ 115. Arbeiter, deren Forderungen in einer dem § 114 zuwiderlaufenden Weise berichtigt worden sind, können zu jeder Zeit Zahlung nach Maßgabe des § 114 verlangen, ohne daß ihnen eine Einrede aus dem an Zahlungsstatt Gegebenen entgegengesetzt werden kann. Letzteres fällt, so weit es noch bei dem Empfänger vorhanden oder dieser daraus bereichert ist, derjenigen Hülfskasse zu, welcher der Arbeiter angehört, in Ermangelung einer solchen einer anderen zum Besten der Arbeiter an dem Orte bestehenden, von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Kasse und in deren Ermangelung der Ortsarmenkasse zu.

§ 116. Verträge, welche dem § 114 zuwiderlaufen, sind nichtig. Dasselbe gilt von Verabredungen zwischen den Gewerbetreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern über die Entnahme der Bedürfnisse der letzteren aus gewissen Verkaufsstellen, sowie überhaupt über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem anderen Zweck als zur Betheiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien (§ 114).

§ 117. Forderungen der Waaren, welche dem § 114 zuwider kreditirt worden sind, können von dem Gläubiger weder eingeklagt, noch durch Anrechnung oder sonst geltend gemacht werden, ohne Unterschied, ob sie zwischen den Betheiligten unmittelbnr entstanden oder mittelbar erworben sind. Dagegen fallen dergleichen Forderungen der in § 115 bezeichneten Kasse zu.

§ 118. Den Gewerbetreibenden im Sinne der §§ 114 bis 117 sind gleich zu achten deren Familienglieder, Gehülfen, Beauftragte, Geschäftsführer, Aufseher und Faktoren, sowie andere Gewerbetreibende, bei deren Geschäft eine der hier erwähnten Personen unmittelbar oder mittelbar betheiligt ist. Unter den in §§ 114—117 bezeichneten Arbeitern werden auch diejenigen Personen verstanden, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätten der letzteren mit der Anfertignng gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind.

§ 119. Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, bei der Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren, die durch das Alter derselben gebotene besondere Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen. Sie haben denjenigen Arbeitern, welche zum Besuche einer Fortbildungsschule verpflichtet sind, die für den Besuch erforderliche Zeit zu gewähren. Für Arbeiter unter 18 Jahren kann die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule, so weit die Verpflichtung nicht landesgesetzlich besteht, durch Ortsstatut (§ 142) begründet werden. Die Gewerbeunternehmer sind endlich verpflichtet, alle diejenigen Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten, welche mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebes und der Betriebsstätte zu thunlichster Sicherheit der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit nothwendig sind.

2) Verhältnisse der Gesellen und Gehülfen.

§ 120. Gesellen und Gehülfen sind verpflichtet, den Anordnungen der Arbeitgeber in Beziehung auf die ihnen übertragenen Arbeiten und, wenn diese in der Wohnung des Arbeitgebers vor sich gehen, in Beziehung auf die häuslichen Einrichtungen Folge zu leisten; zu häuslichen Arbeiten sind sie nicht verbunden.

§ 121. Das Arbeitsverhältniß zwischen den Gesellen oder Gehülfen und ihren Arbeitgebern kann, wenn nicht ein Anderes verabredet ist, durch eine jedem Theile freistehende, 14 Tage vorher erklärte Aufkündigung gelöst werden.

§ 122. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen entlassen werden: 1) Wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung falscher oder gefälschter Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben; 2) wenn sie eines Diebstahls, einer Unterschlagung, eines Betruges, einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig machen; 3) wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern; 4) wenn sie der Verwarnung ungeachtet mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen; 5) wenn sie sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zu Schulden kommen lassen; 6) wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter zu Handlungen verleiten, welche wider die Gesetze oder guten Sitten verstoßen; 7) wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind. In den unter Nr. 1—6 gedachten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen dem Arbeitgeber länger als 8 Tage bekannt sind. Inwiefern in den unter Nr. 7 gedachten Fällen dem Entlassenen ein Anspruch auf Entschädigung zustehe, ist nach dem Inhalt des Vertrages und nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen.

§ 123. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen die Arbeit verlassen: 1) wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden; 2) wenn der Arbeitgeber oder sein Vertreter sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen die Arbeiter oder gegen ihre Familienangehörigen zu Schulden kommen lassen; 3) wenn der Arbeitgeber oder sein Vertreter oder deren Familienangehörige die Arbeiter oder ihre Familienangehörigen zu Handlungen verleiten, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen; 4) wenn der Arbeitgeber den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt, bei Stücklohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Uebervortheilungen gegen sie schuldig macht; 5) wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war. In den unter Nr. 2 und 3 gedachten Fällen ist der Austritt aus der Arbeit nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen dem Arbeiter länger als acht Tage bekannt sind.

§ 124. Ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehülfen verleitet, vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, ist dem früheren Arbeitgeber für den dadurch entstehenden Schaden mit verhaftet. In gleicher Weise haftet ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehülfen annimmt oder behält, von dem er weiß, daß derselbe die Arbeit bei einem anderen Arbeitgeber widerrechtlich verlassen hat.

3) Lehrlingsverhältnisse.

§ 125. Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling mit den in seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge und Ausdehnung bekannt zu machen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Arbeiter die Ausbildung des Lehrlings leiten. Er darf dem Lehrling die zu seiner Ausbildung erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht entziehen. Er hat den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten und vor Ausschweifungen zu bewahren.

§ 126. Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen. Demjenigen Arbeiter gegenüber, welcher an Stelle des Lehrherrn seine Ausbildung zu leiten hat, ist er zur Folgsamkeit verpflichtet.

§ 127. Das Lehrverhältniß kann, wenn in demselben eine längere Frist nicht bestimmt ist, während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit von dem Lehrherrn oder Lehrling durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Eine Vereinbarung, wonach diese Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig. Nach Ablauf der Probezeit kann der Lehrling vor Beendigung der verabredeten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der im § 122 vorgesehenen Fälle auf ihn Anwendung findet. Von Seiten des Lehrlings kann das Lehrverhältniß nach Ablauf der Probezeit aufgelöst werden: 1) wenn einer der im § 123 unter Nr. 3 und 4 vorgesehenen Fälle vorliegt; 2) wenn der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht, oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird. Durch den Tod des Lehrherrn oder Lehrlings wird der Lehrvertrag aufgehoben.

§ 128. Verläßt der Lehrling in einem durch dieses Gesetz nicht vorgesehenen Falle ohne Zustimmung des Lehrherrn die Lehre, so kann Letzterer den Anspruch auf Rückkehr des Lehrlings nur geltend machen, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist. Die Ortspolizeibehörde kann in diesem Falle auf Antrag des Lehrherrn den Lehrling anhalten, so lange in der Lehre zu verbleiben, als durch gerichtliches Urtheil das Lehrverhältniß nicht für aufgelöst erklärt ist. Der Antrag ist nur zulässig, wenn er binnen 8 Tagen nach dem Austritt des Lehrlings gestellt ist. Im Falle der Weigerung kann die Ortspolizeibehörde den Lehrling zwangsweise zurückführen lassen, oder Geldstrafe bis zu 50 M. oder Haft bis zu 5 Tagen über ihn verhängen.

§ 129. Wird von dem Vater oder Vormunde für den Lehrling oder, sofern der Letztere großjährig ist, von ihm selbst dem Lehrherrn die schriftliche Erklärung abgegeben, daß der Lehrling zu einem anderen Berufe übergehen werde, so gilt das Lehrverhältniß, wenn der Lehrling nicht früher entlassen wird, nach Ablauf von vier Wochen als aufgelöst. Den Grund der Auflösung hat der Lehrherr in dem Arbeitsbuch zu vermerken. Binnen sechs Monaten nach der Auflösung darf der Lehrling in demselben Gewerbe von einem anderen Arbeitgeber ohne Zustimmung des früheren Lehrherrn nicht beschäftigt werden.

§ 130. Erreicht das Lehrverhältniß vor Ablauf der verabredeten Lehrzeit sein Ende, so kann von dem Lehrherrn oder von dem Lehrling ein Anspruch auf Entschädigung nur geltend gemacht werden, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist. In den Fällen des § 127, Absatz 1 und 4 und § 129 kann der Anspruch nur geltend gemacht werden, wenn dieses in dem Lehrvertrag unter Festsetzung der Art und Höhe der Entschädigung vereinbart ist. Der Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb vier Wochen nach Auflösung des Lehrverhältnisses im Wege der Klage oder Einrede geltend gemacht ist.

§ 131. Ist von dem Lehrherrn das Lehrverhältniß aufgelöst worden, weil der Lehrling die Lehre unbefugt verlassen hat, so ist die von dem Lehrherrn beanspruchte Entschädigung, wenn in dem Lehrvertrag ein Anderes nicht ausbedungen ist, auf einen Betrag festzusetzen, welcher für jeden auf den Tag des Vertragsbruches folgenden Tag der Lehrzeit, höchstens aber für 3 Monate, der Hälfte des in dem Gewerbe des Lehrherrn den Gesellen oder Gehülfen ortsüblich gezahlten Lohnes gleichkommt. Für die Zahlung der Entschädigung sind mit verhaftet der Vater des Lehrlings, sowie derjenige Arbeitgeber, welcher den Lehrling zum Verlassen der Lehre verleitet, oder welcher ihn in Arbeit genommen hat, obwohl er wußte, daß der Lehrling die Lehre unbefugt verlassen hatte.

4) Verhältnisse der Fabrikarbeiter.

§ 132. Auf Fabrikarbeiter finden die Bestimmungen der §§ 120—124 oder, wenn die Fabrikarbeiter als Lehrlinge anzusehen sind, die Bestimmungen der §§ 125—131 Anwendung.

§ 133. Kinder unter 12 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Vor vollendetem 14. Lebensjahre dürfen Kinder in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von mindestens 18 Stunden wöchentlich genießen. Die Beschäftigung darf, wenn sie täglich stattfindet, die Dauer von 10 Stunden des Tages nicht überschreiten. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

§ 134. Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter dürfen nicht vor 5½ Uhr Morgens beginnen und nicht über 8½ Uhr Abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Die Pausen müssen für Kinder, welche in täglicher Beschäftigung stehen, eine halbe Stunde, für die übrigen jugendlichen Arbeiter Mittags eine Stunde, sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbe Stunde mindestens betragen. Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn der Betrieb in denselben für die Zeit der Pausen völlig eingestellt wird. An Sonn- und Festtagen dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

§ 135. Die Beschäftigung eines Kindes in Fabriken ist nicht gestattet, wenn dem Arbeitgeber nicht zuvor für dasselbe eine Arbeitskarte eingehändigt ist. Eines Arbeitsbuches bedarf es daneben nicht. Die Arbeitskarten werden auf Antrag des Vaters oder Vormundes durch die Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei ausgestellt. Sie haben den Namen, Tag und Jahr der Geburt, sowie die Religion des Kindes, den Namen, Stand und letzten Wohnort des Vaters oder Vormundes und außerdem die zur Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht (§ 133) getroffenen Einrichtungen anzugeben. Der Arbeitgeber hat die Arbeitskarte zu verwahren, auf amtliches Verlangen jederzeit vorzulegen und am Ende des Arbeitsverhältnisses dem Vater oder Vormund wieder auszuhändigen.

§ 136. Sollen jugendliche Arbeiter in Fabriken beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige zu machen. In der Anzeige sind die Fabrik, die Wochentage, an welchen die Beschäftigung stattfinden soll, Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen, sowie die Art der Beschäftigung anzugeben. Eine Aenderung hierin darf nicht erfolgen, bevor eine entsprechende weitere Anzeige der Behörde gemacht ist. In jeder Fabrik hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, daß in den Fabrikräumen, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, an einer in die Augen fallenden Stelle ein Verzeichniß der jugendlichen Arbeiter unter Angabe ihrer Arbeitstage, sowie des Beginnes und Endes ihrer Arbeitszeit und der Pausen ausgehängt ist. Ebenso hat er dafür zu sorgen, daß in den bezeichneten Räumen eine Tafel ausgehängt ist, welche in der von der Centralbehörde zu bestimmenden Fassung und in deutlicher Schrift einen Auszug aus den Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter enthält.

§ 137. Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb einer Fabrik unterbrochen haben, so können Ausnahmen von den in den §§ 133, 134 vorgesehenen Beschränkungen auf die Dauer von vier Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch den Reichskanzler nachgelassen worden. In dringenden Fällen kann die Ortspolizeibehorde, jedoch höchstens auf die Dauer von vierzehn Tagen, solche Ausnahmen gestatten. Wenn die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Fabriken es erwünscht erscheinen lassen, daß die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter in einer anderen als der durch § 134 vorgesehenen Weise geregelt wird, so kann auf besonderen Antrag eine anderweite Regelung hinsichtlich der Pausen durch die höhere Verwaltungsbehörde, im übrigen durch den Reichskanzler gestattet werden. Jedoch darf in solchen Fällen die Arbeitszeit die Dauer von sechs Stunden nicht überschreiten, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht eine mindestens einstündige Pause gewährt wird. Die auf Grund vorstehender Bestimmungen zu treffenden Verfügungen müssen schriftlich erlassen werden.

§ 138. Durch Beschluß des Bundesraths kann die Verwendung jugendlicher Arbeiter für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden. Durch Beschluß des Bundesraths können für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmäßige Tag- und Nachtarbeit angewiesen sind, sowie für solche Fabriken, deren Betrieb eine Eintheilung in regelmäßige Arbeitsschichten von gleicher Dauer nicht gestattet oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, Ausnahmen von den in den §§ 133, 134 vorgesehenen Beschränkungen nachgelassen werden. Jedoch darf in solchen Fällen die Arbeitszeit für Kinder die Dauer von 36 Stunden und für junge Leute die Dauer von 60 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Die durch Beschluß des Bundesraths getroffenen Bestimmungen sind dem nächstfolgenden Reichstage vorzulegen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag dies verlangt.

§ 139. Wo die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 133—138 eigenen Beamten übertragen ist, stehen denselben bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision der Fabriken zu. Die auf Grund der Bestimmungen der §§ 133—138 auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während die Fabriken im Betriebe sind, gestatten.

Artikel 2. An Stelle der nachstehend bezeichneten Vorschriften der Gewerbeordnung treten die folgenden Bestimmungen: 1) an Stelle des § 146: Mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk. oder mit Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten werden bestraft: 1) Gewerbetreibende, welche bei der Zahlung des Lohnes oder bei dem Verkaufe von Waaren an die Arbeiter dem § 114 zuwiderhandeln. 2) Gewerbetreibende, welche den §§ 133, 134 oder den auf Grund der §§ 137, 138 getroffenen Verfügungen zuwider jugendlichen Arbeitern Beschäftigung geben. Die Geldstrafen fließen der im § 115 bezeichneten Kasse zu. Jede Verurtheilung ist auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung, sowie die Frist zu derselben ist in dem Urtheil zu bestimmen; 2) an Stelle des ersten Satzes des § 147: Mit Geldstrafe bis zu 360 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft wird bestraft; 3) an Stelle des ersten Satzes des § 148: Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen wird bestraft; 4) an Stelle der Nr. 9 und 10 des § 148: wer die gesetzlichen Pflichten gegen die ihm anvertrauten Lehrlinge verletzt, 10. wer der Aufforderung der Behörden ungeachtet der Bestimmung des § 119 zuwiderhandelt; 5) an Stelle des ersten Satzes des § 149: Mit Geldstrafe bis zu 30 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 8 Tagen wird bestraft; 6) an Stelle der Nr. 7 des § 149: 7. wer es unterläßt, den durch §§ 136 und 139 für ihn begründeten Verpflichtungen nachzukommen; 7) an Stelle des § 150: Mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen für jeden Fall der Verletzung des Gesetzes wird bestraft: 1) wer den Bestimmungen der §§ 106—113 zuwider einen Arbeiter in Beschäftigung nimmt oder behält, 2) wer den Bestimmungen dieses Gesetzes in Ansehung der Arbeitsbücher und Arbeitskarten zuwiderhandelt, 3) wer vorsätzlich ein auf seinen Namen ausgestelltes Arbeitsbuch unbrauchbar macht oder vernichtet; 8) an Stelle des § 154: Die Bestimmungen der §§ 105 bis 131 finden auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften keine Anwendung. Die Bestimmungen der §§ 133—139 finden auf Arbeitgeber und Arbeiter in Werkstätten, in deren Betrieb eine regelmäßige Benutzung von Dampfkraft stattfindet, sowie in Hüttenwerken, in Bauhöfen und Werften entsprechende Anwendung. In gleicher Weise finden Anwendung die Bestimmungen der §§ 114—118 und 133—139 auf die Besitzer und Arbeiter von Bergwerken, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben. Arbeiterinnen dürfen in Anlagen dieser Art nicht unter Tage beschäftigt werden.

Art. 3. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Jan. 1879 in Kraft.

Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sozialdemokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 112a Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str Golden Square.

Nr. 10. Freitag, 25. Januar. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate Februar u. März zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow Brunnenstr. 34, im Laden.

Die antinationalen Nationalliberalen.

„Die Nationalliberalen sind weder liberal, noch national" — dies geflügelte Wort zeigt sich als ein völlig berechtigtes.

Daß die Herren nicht liberal sind, daß sie das schöne Wort, welches in der vormärzlichen Zeit fast gleichbedeutend war mit revolutionär, längst verwässert haben, ist allzubekannt und so oft durch das knechtische Gebahren von den Herren selbst bewiesen worden, durch das Bauchrutschen vor Bismarck, durch das Tyranisiren und den Hochmuth nach unten, daß wir darüber füglich hinweggehen können.

Aber daß die Herren auch nicht einmal „national" sind, da sie vorgeblich diesem heiligen Wörtlein zu Liebe manchmal vom Liberalismus etwas geopfert haben, daß sie dies Wörtchen nicht einmal heilig halten, das ist gleichfalls zu beweisen.

Die Nationalliberalen leugnen jetzt kaum mehr, daß sie, vorzugsweise der Kapitalistenklasse entsprossen, in einem unbewußten Drange, wie einer ihrer hervorragendsten Vertreter, Professor Gneist, selbst angedeutet hat, auch für das Kapital Partei ergreifen. Daß die Kapitalmacht aber nicht national ist, das ist bekannt. So verschreibt sich das deutsche Kapital im Norden des „Vaterlandes" Arbeiter aus russisch Polen, aus Schweden und Wallonen aus Belgien, im Süden und in Mitteldeutschland aber Arbeiter aus Italien, billige Arbeiter, die den Lohn der deutschen Arbeiter niederdrücken. Im Königreich Sachsen, wo die Italiener bei Wurzen, Meißen, Riesa schon längst zu Erdarbeiten benutzt worden sind, haben sie sich auch im Kreise Stollberg eingefunden, und wenn die Erdarbeiten verrichtet sind, so fahren diese Leute als Bergarbeiter in die Gruben ein. Warum arbeitet ihr deutschen Arbeiter nicht so billig als die Schweden und die Italiener? Wenn ihr das thut, so werden wir keine fremden Arbeiter mehr benutzen, so ruft das Kapital. — Sehe man aber sich zunächst die Lebensweise dieser Arbeiter an; im Sommer machen sie sich in den Erdwällen Höhlen, in denen sie, wenn es regnet, schlafen; bei gutem Wetter liegen sie auf etwas Stroh vor diesen Erdhütten. Im Winter aber schlafen sie zu 4—6 Personen in kleinen dumpfigen Miethsstuben. Auch das Essen ist natürlich so schlecht, daß dasselbe nur durch die äußerste Noth von einem Franzosen, Engländer oder Deutschen herniedergezwängt würde.

So wüthet das Kapital gegen die Arbeiter der eigenen Nation, und somit gegen diese selbst. Internstional ist das Kapital in seinem Handel mit Menschenfleisch oder gebrauche man einen zarteren Ausdruck: in seinem Handel mit „Händen", um dadurch die Arbeit immer mehr in Banden zu schlagen, mag darüber die Nation und die Cultur auch zu Grunde gehen — „nach uns die Sündfluth" lautet der bekannte kapitalistisch-egoistische Grundsatz.

Aber nicht nur als Kapital-Vertreter sind die Herren Nationalliberalen antinational, nein, sie sind antinational als Bismarckverehrer.

Sie vertheidigen das Bismarckische Kleindeutschland; sie billigen, daß Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt worden ist, sie wollen auch mit Deutsch-Oestreich nichts mehr zu thun haben, wie folgender Brief eines Hauptvertreters der Nationalliberalen in Kleindeutschland, des Herrn Professor Mommsen an den „Wiener Leseverein der deutschen Studenten" beweist:

„Geehrte Herren! Der Leseverein der deutschen Studenten in Wien hat mir die doppelte Ehre erwiesen, sowohl zu meinem Geburtstage mir einen freundlichen Wunsch zu senden, wie auch mich bald darauf zu seinem auswärtigen Mitgliede zu erwählen. Ich darf darauf erwidern, daß ich immer zu denen gezählt habe, welche eben so sehr in der politischen Trennung wie in der geistigen Verbrüderung mit Deutsch-Oesterreich die Zukunft unserer Nation erkannt haben und heute mehr als je erkennen. Das Band, welches uns vereinigt, hält nur um so fester, seit es keine Fessel mehr ist, und wir älteren Männer sehen mit Hoffnung und Vertrauen vor Allem auch auf dieses lebendige Streben der deutsch-österreichischen Jugend. Ich bitte Sie, Herr Obmann, diese meine Erwiderung dem Ausschuß zur Kenntniß bringen zu wollen und zugleich den Ausdruck meiner Hochachtung entgegenzunehmen. Charlottenburg, 25. Dezember 1877. Th. Mommsen."

Also die politische Trennung von einem der schönsten Länder Deutschlands, das bedeutet die Zukunft unserer deutschen Nation, das bedeutet die Zukunft des „Deutschen Reichs"!

Hier haben wir den Gegensatz zwischen „Deutsches Reich" und „Deutschland", das nach der Meinung des nationalen Sängers so groß ist, „soweit die deutsche Zunge klingt". Wo die französische, die dänische und die polnische Zunge klingt, darüber hat das „Deutsche Reich" seine Adlerschwingen ausgebreitet, aber mit dem vierten Theil des wirklichen Deutschlands will es in ewiger politischer Trennung leben.

Und diese antinationale Bismarckische Gesellschaft beruft sich jetzt oft genug des Gegensatzes zu unserer Internationalität wegen auf den nationalen Lassalle.

Wie wenig diese Leute den erleuchteten Geist des großen Mannes verstanden haben! Niemals hat Lassalle die deutsche Nation betont im Gegensatz zur Internationalität, dafür war Lassalle zu sehr Kosmopolit und Sozialist, aber er betonte die deutsche Nation immer im Gegensatz zur Kleinstaaterei, im Gegensatze zu dem Partikularismus, das ganze Deutschland sollte es sein, die ganze Nation, welche er zum gemeinsamen Ringen aufforderte für die Freiheit und für die Menschenrechte.

Und eben dieser Lassalle würde, wenn er noch lebte, unzweifelhaft mit seiner ganzen Kraft gegen das partikularistische Bismarckische Kleindeutschland auftreten, ebenso wie er früher gegen den Partikularismus im Allgemeinen eiferte; gerade die antinationalen Nationalliberalen sie würden ihm die erbittertsten Gegner sein.

„Die Nationalliberalen sind weder liberal noch national!"

Der amerikanische Abeitercongreß.

(Schluß)

Statuten der sozialistischen Arbeiterpartei von Nordamerika.

Behörden.

Die Angelegenheiten der Partei werden geleitet durch die Conventionen, das Executiv-Comité und den Auffichtsrath.

I. Die Conventionen.

a. Die National-Convention.

1) Die Partei hält wenigstens alle zwei Jahr eine National-Convention ab. Jede Sektion, welche der Partei seit wenigstens drei Monaten angehört und ihre Verpflichtungen erfüllt hat, ist berechtigt, einen Delegaten (Delegirten) für je 100 Mitglieder oder einen Bruchtheil derselben auf die National-Convention zu schicken. Jeder Delegat hat nur eine Stimme, die nicht übertragbar ist.

2) Von den Nationalbehörden suspendirte Sektionen haben erst nach Untersuchung ihrer Angelegenheiten Sitz und Stimme in der National-Convention, doch soll die Untersuchung sofort nach gegebener Mandatsprüfung und Wahl des Bureaus stattfinden.

3) Die National-Convention bestimmt die Nationalplatform und Organisation, die Nomination der nationalen Kandidaten und den Betrag für die nationale Agitation, den Sitz der nächsten National-Convention, der Executive und des Auffichts-Rathes, die Gehälter der Partei-Beamten, erwählt den Protokollirenden und Finanz-Sekretär, untersucht und schlichtet Partei-Streitigkeiten, die Kosten der Delegaten sollen von den Constituenten (Wählern) derselben, die Geschäftskosten der National-Convention von der Partei getragen werden.

4) Eine außerordentliche National-Convention kann von 10 Sektionen in Vorschlag gebracht werden.

5) Alle der National-Convention zu unterbreitenden Vorschläge in Bezug auf Programm und Constitution, müssen 6 Wochen vorher durch die Parteiorgane bekannt gemacht werden. Erst auf der Convention unterbreitete Vorschläge bedürfen der Zustimmung von zwei Dritttheilen der Delegaten.

b. Staats-Conventionen.

1) Die Staats-Conventionen treten zu geeigneter Zeit vor den Staatswahlen zusammen. Jede Sektion von fünfzig Mitgliedern oder weniger, welche auf der Convention vertreten ist, repräsentirt eine Stimme.

2) Von den Staatsbehörden suspendirte Sektionen sind denselben Gesetzen, wie Punkt 2 der National-Convention besagt, unterworfen.

3) Die Staats-Convention bestimmt die Staats-Platform, bewirkt die Nominationen der Staats-Kandidaten und bestimmt den Sitz des Staats-Executiv-Comités.

4) Allen Staats- und Lokal-Platformen soll die National-Platform zu Grunde liegen und dürfen dieselben mit dieser nicht in Widerspruch stehen.

c. Lokal-Conventionen.

Die Lokal-Conventionen treten zu geeigneter Zeit vor den Stadt- und County-(Kreis-)Wahlen zusammen. Die Vertretungsweise wird durch die betreffenden Sektionen bestimmt.

II. Executiv-Comité und Auffichtsrath.

a. National Executiv Comité.

1) Dasselbe besteht aus sieben Mitgliedern und hat aus seiner Mitte einen Protokollführer und einen Schatzmeister zu erwählen.

2) Ersatzwahlen werden von den Sektionen derjenigen Orte vorgenommen an denen das Executiv-Comité sich befindet.

3) Das National-Executiv-Comité ist verpflichtet:

1. Die Beschlüsse der National-Conventionen auszuführen und darüber zu wachen, daß sie von allen Parteiangehörigen beobachtet werden.

2. Die Propaganda zu leiten und zu centralisiren.

3. Die Agitation in jenen Staaten und Territorien zu leiten und die Aufsicht über die sich dort bildenden Sektionen zu führen, in denen noch keine Staatsorganisation besteht.

4. Die Partei nach innen und außen zu vertreten.

5. Beziehungen mit den sozialistischen Parteien anderer Länder anzuknüpfen und zu unterhalten.

6. Alle nöthigen Vorarbeiten für die National-Convention zu machen und derselben genauen Bericht über alle Partei-Angelegenheiten zu erstatten.

7. Halbjährlich einen Bericht über den Stand der Partei und der Kasse an die Sektionen zu senden. Dieser Bericht muß durch ein Revisions-Comité, bestehend aus drei Mann, welches durch die Vororts-Sektionen erwählt wird, revidirt werden.

4) Das National Executiv-Comité hat das Recht:

1. In dringenden Fällen geeignete Vorschläge zu machen, welche Gesetzkraft erlangen, wenn sie innerhalb zwei Monaten nach ihrer Bekanntmachung durch Urabstimmung genehmigt werden.

2. Den corr. Sekretär zur National-Convention zu senden. Dieser hat jedoch nur berathende Stimme und darf kein anderes Mandat annehmen.

3. Der corr. Sekretär des National-Executiv-Comités hat alle von demselben ausgehende Schriftstücke aufzubewahren und darüber Buch zu führen. Derselbe soll entsprechend besoldet werden.

4. Der Finanzsekretär führt die Sektions- und Mitgliederlisten und Buch über die eingehenden Beiträge, welche er gegen Quittung dem Schatzmeister einliefert. Er wird ebenfalls besoldet.

5. Der Schatzmeister empfängt die Gelder vom Finanzsekretär, zahlt alle Anweisungen des National-Executiv-Comités aus, nachdem diese vom corr. Sekretär und einem Mitgliede des National-Executiv-Comités gegengezeichnet sind, giebt dem National-Executiv-Comité in jeder Sitzung und der Partei jährlich Bericht über den Stand der Kasse und stellt eine vom National-Executiv-Comité zu bestimmende Bürgschaft.

b. Staats-Executiv-Comités.

1) Die Staats-Executiv-Comités sind ebenso organisirt wie das National-Executiv-Comité.

Ihre Pflichten und Rechte gegenüber der Staats-Organisation:

2) Dieselben übersenden monatlich die Staatsbeiträge an das National-Executiv-Comité.

3) Dieselben sollen vierteljährlich dem National-Executiv-Comité über die Staatsangelegenheit Bericht erstatten.

III. Auffichtsrath.

a. Der Auffichtsrath besteht aus 7 Mitgliedern.

b. Der Auffichtsrath ist verpflichtet:

1) Die Thätigkeit der Executiv-Comités und der Partei zu überwachen.

2) Vorkommende Streitigkeiten innerhalb der Partei binnen 4 Wochen nach Empfang des nöthigen Materials zu schlichten und der National-Convention eingehenden Bericht darüber zu erstatten.

Der Auffichtsrath kann in dringenden Fällen Parteibeamte, einschließlich der von der National-Convention ernannten suspendiren, muß indessen solche Suspension sofort der Urabstimmung unterbreiten, deren Ergebniß nach vier Wochen zu verkünden ist.

Der Auffichtsrath ist berechtigt, einen Delegaten zur National-Convention zu senden unter den gleichen Bedingungen wie das National-Executiv-Comité.

Sektionen.

1) 10 Personen gleicher Sprache können eine Sektion bilden, wenn sie die Platform, Statuten und Beschlüsse der National-Convention (resp. diejenigen der Staats-Convention) anerkennen und keiner anderen politischen Partei angehören. Sie haben ihre Aufnahme beim National-Executiv-Comité und dem betr. Staats-Executiv-Comité nachzusuchen, indem sie gleichzeitig dem National-Executiv-Comité die Mitgliederliste und dem Staats-Executiv-Comité die Beiträge für einen Monat einsenden.

2) An jedem Orte soll nur eine Sektion bestehen.

3) Jede Sektion ist für ihre Mitglieder in Parteiangelegenheiten haftbar.

4) Jede Sektion soll jährlich über ihre Wirksamkeit, Mitgliederzahl und ihren Kassenbehand Bericht an das Staats-Executiv-Comité (resp. National-Executiv-Comité) erstatten, und gutes Einvernehmen mit den Gewerkvereinen halten und deren Gründung auf sozialistischer Grundlage befördern.

5) Sektionen haben das Recht, eine außerordentliche Staats-Convention zu beantragen. Zu den Sektionen gehören die Ward- (Stadtviertel-) und Distrikts-Organisationen, deren Mitglieder solche der zunächstliegenden Sektionen sind. Keine Sektionsgeschäfte können in den Ward- und Distrikts-Organisationen vorgenommen werden. Alle neu aufzunehmenden Mitglieder müssen in der nächsten Geschäftssitzung zur Abstimmung vorgebracht werden.

Sollten Personen, Mitglieder der Sektionen (Ward- und Distrikts-Orgasationen mit eingerechnet) werden wollen und gegen diese Aufnahme Protest erhoben werden, können sie nur durch eine 2/3 Majorität aufgenommen werden. Eine Majorität kann ein Mitglied ausschließen.

Aus Berlin.

— — 21. Januar.

Ich kann mir nicht helfen, ich muß, selbst auf die Gefahr hin, in den Ruf eines „Reichsfreundes" zu kommen, heute den Klerikalen Eins am Zeuge flicken. Die Debatte über den Marpinger Schwindel im preußischen Abgeordnetenhause giebt mir dazu wohlberechtigte Veranlassung. Als die Herren den Antrag einbrachten, die Regierung aufzufordern, der Gemeinde Marpingen die zwangsweise von der Regierung zu Trier für eine Militärexekution erhobenen 4000 Mark zu ersetzen, da bliesen sie sich auf wie junge Kampfhähne und posaunten in die Welt hinein, jetzt den Punkt gefunden zu haben, um die Culturkämpfer aus den Angeln zu heben. Alle Welt war neugierig, und als die Nationalliberalen nun auch verkündeten, daß sie bei

der Debatte dem Wunder selbst furchtlos auf den Leib rücken wollten, da hoffte man wenigstens ein glanzvolles Tournier mit anzuschauen. Ab r es kam anders. Die nationalliberale Drohung hatte gewirkt. Die klerikalen Colonnen waren schüchtern geworden. Zwar versuchte es der Abgeordnete Bachem, sich auf hohem Rosse aufzuspielen, doch gelang ihm dies schlecht — er mußte eben an dem Wunder vorbeireiten und das wollte nicht gehen. Das Pathos des Klerikalen wurde durch den Marpinger Pfaffenschwindel erstickt. — Der Minister Friedenthal hatte deshalb auch ein leichtes Spiel; er stellte sich auf den Boden der Thatsachen und verwies auf die schwebenden Gerichtsverhandlungen. Dabei hat der Herr aber in der unverantwortlichsten Weise die Sozialdemokratie herbeigezerrt, sodaß selbst liberale Abgeordnete in Erstaunen geriethen. Der Minister behauptete nämlich, daß gleichzeitig mit dem Marpinger Schwindel eine gefährliche sozialdemokratische Bewegung hervorgetreten sei .Wo dies gewesen, wurde nicht gesagt — Jedermann muß nun glauben, daß in Marpingen selbst mit dem Wunderschwindel vereint diese Bewegung sich gezeigt habe. Ueber solche Redereien wird jedenfalls jeder Sozialdemokrat lachen; dem Herrn Minister Friedenthal ist aber zu verzeihen, daß er dem landläufigen Glauben gemäß alles Rothe für Sozialdemokratie ansieht, so auch die blutigen Schweißtropfen. Daß er aber durch seine Redereien das Volk ebenso täuscht in Bezug auf eine große Partei, wie die Marpinger Schwindler das Volk täuschen in Hinsicht auf die Vernunft, das dürfte eigentlich einem klugen Manne nicht entgehen — doch dem Feinde und besonders den Sozialdemokraten gegenüber ist Alles erlaubt: der Zweck heiligt die Mittel.

Wahrhaft lächerlich benahm sich übrigens der Abgeordnete Windthorst. In seiner Truthahnsbosheit vergaß er dem Minister in Bezug auf das sozialdemokratische Ei, welches den Klerikalen untergeschoben werden sollte, zu antworten; ja er vergaß sich sogar so weit, die Sozialdemokratie in „Stöcker'scher" Weise zu denunziren. Er beklagte sich, daß die Soldaten in Marpingen auf die Betenden eingestürmt seien, daß aber die Sozialdemokraten unbelästigt geblieben, als Most im Eiskeller alle Pfaffen habe ermorden wollen; ein Staat aber, der den Pfaffenmord des Herrn Most zugebe, der müsse zu Grunde gehen.

Wenn die Klerikalen im Abgeordnetenhause oder im Reichstage sich noch öfter so ungeschickt zeigen, und wenn Windthorst noch mehr solche traurige Reden hält, dann ist die Zeit sehr nahe, wo auch ich ihm zurufe:

„Mach' Deine Rechnung, Windthorst, mit dem Himmel,
Bald hört man nicht mehr Deiner Glock' Gebimmel."

„Mörder! Mörder!" wird dann die kleine Exzellenz rufen, und drohend erblickt er in der „hohlen Gasse", durch welche er kommen muß, die starrende Mündung eines — Bolzenbogens. — Doch im Ernst, es ist sehr schlimm für die Klerikalen, daß Windthorst so auf den — Stöcker gekommen ist.

In Bezug auf die Gründung einer großen Bismarck'schen „Mittelpartei", von welcher die besseren Elemente der Fortschrittspartei nicht ausgeschlossen werden sollen, und wie das schon erwähnte Schreiben des Herrn Hänel auch hervorhebt, gar nicht ausgeschlossen sein wollen, erklärt die „Nationalztg.", indem sie sich mit besonderem Pathos auf das „liberale Bürgerthum" beruft:

„Ob dieses Bürgerthum fortschrittlich, ob es nationalliberal oder in einer Reihe von Fällen freikonservativ wählt, ist sehr oft nur eine lokale Frage oder eine Frage der Persönlichkeit."

„— Fortschrittlich, nationalliberal, freikonservotiv, das ist alles egal, nur ein lokaler Unterschied!" Das wußten die Sozialdemokraten schon lange, ja das wußte schon Lassalle, als er das berühmt gewordene Wort von der „einen reaktionären Masse" aussprach. Doch man sträubte sich bis jetzt immer dagegen, nun aber spricht man es selbst aus.

Der Kaiser von Rußland hat einen höchsteigenhändig geschriebenen Danksagungsbrief an den Commandanten des preußischen Gardecorps gesandt, in welchem er dem Gardecorps sein unverminderles Wohlwollen ausdrückt. Die „Magdeburgische Zeitung" bemerkt in ihrer Herzensfreude dazu:

„Das Schreiben vom 18. Dezember v. J., sowie die Antwort vom 30. Dezember v. J. bedürfen keines weiteren Commentars. Beide Schriftstücke legen Zeugniß von dem kameradschaftlichen Bande ab, welches das preußische bezw. deutsche und das russische Heer mit einander verbindet."

Die Schreiben bedürfen also keines Commentars? Als im Jahre 1864 die österreichischen und preußischen Soldaten, durch kameradschaftliche Bande vereinigt, in „treuer Waffenbrüderschaft" gegen die Dänen kämpften, da jubelten die Blätter in Oesterreich in Hinsicht auf diese Vereinigung und eines Commentars bedurfte es damals dazu auch nicht. Da kam das Jahr 1866 und schrieb den Commentar!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur deutschen „Neutralität". In der „Stuttgarter Zeitung" vom 19. d. wird aus Crailsheim dd. 15. Jannar ganz harmlos gemeldet:

„Unsern Bahnhof passirte heute Nachmittag ein von Rottweil kommender Pulverzug; er fuhr unter badischer Bedeckung und ist nach dem russischen Kriegsschauplatz bestimmt."

Bravo! Das stimmt zu den ins russische Lager „abcommandirten" preußischen Militärärzten und den „aus dem deutschen Armeeverband entlassenen" Offizieren, welche die russischen und rumänischen Soldaten seit vorigem Sommer commandiren. Apropos! An den deutschen Grenzfestungen gegen Rußland wird eifrig gearbeitet. Man denkt also in Berlin doch an die Möglichkeit einer Auseinandersetzung mit dem „Erbfreund". Nun, was jetzt ohne einen Tropfen Bluts zu erreichen war, werden wir in wenigen Jahren mit Strömen von Blut erkämpfen müssen. Man nennt das „genial".

— Das Stärkeverhältniß der Parteien im Reiche und Reichstage auf Grund der Reichstagswahlen am 10. Januar 1877. Die amtlichen Listen geben an, daß am 1. Dezember 1875 die ortsanwesende Bevölkerung 42,727,368, die Zahl der Wahlberechtigten 8,943,000 betrug. Davon haben am 10. Januar 1877 abgestimmt 5,557,700, also etwa 60 Prozent. Es erhielten Stimmen:

Die Candidaten der Conservativen . .	538,740,
„ „ „ Freiconservativen .	426,468,
„ „ „ Nationalliberalen, incl. d. Gruppe Löwe	1,712,000,
„ „ „ Fortschrittspartei .	438,190,
„ „ „ Centrumspartei .	1,416 807.
„ „ „ Polen	213,159,
„ „ „ Sozialdemokraten .	485,122.
„ „ „ Volkspartei . . .	57,147,
„ „ „ Partikularisten . .	112,496,
u. s. w.	

Die gewählten Reichstagsabgeordneten vertheilen sich auf die genannten Parteien wie folgt: Conservative 40, Freiconservative 38, Nationalliberale incl. Anhang 140, Fortschrittler 35, Centrum 96, Polen 13, Sozialdemokraten 12, Volkspartei 3, Partikularisten 5.

Durchschnittlich kommen bei 5,557,700 Wählern und 397 Abgeordneten auf jeden Gewählten 14,000 Stimmen. Die Durchschnittsziffer stellt sich auf Grund der oben mitgetheilten Ziffern wie folgt:

Conservative	13,470,
Freiconservative	11,224,
Nationalliberale ꝛc. . . .	12,230,
Fortschrittler	12,620,
Centrum	14,700,
Polen	16,860,
Sozialdemokraten	40.420,
Volkspartei	19,050,
Partikularisten	22,500.

Diese Zusammenstellung, welche dem Blatte des antisozialdemokratischen Arbeitercongresses, „Die soziale Frage", entnommen, ist ohne Zweifel ungenau! Es scheinen die Elsaß-Lothringer Abgeordneten vergessen zu sein. Zählt man die angegebenen Zahlen der Abgeordneten der einzelnen Parteien zusammen, so erhält man nur die Zahl 382, während die Zahl doch 397 betragen muß, und auch mit letztgenannter Zahl experimentirt worden ist; auch hat die Volkspartei nicht 3, sondern 4 Sitze im Reichstag. Die Zusammenstellung ist also ungenau — wir werden dieselbe nach den amtlichen Listen ergänzen und unsere Schlüsse dann erst ziehen. Dr. Max Hirsch in seinem Organ faßt das Ergebniß seiner Zusammenstellung folgendermaßen zusammen:

„Es giebt zum ernsten Denken Veranlassung, wenn die Candidaten der ersten vier Parteien, die wir als die reichsfreundlichen hinstellen wollen, hinter der Durchschnittsziffer von 14,000 zurückbleiben, während die der fünf anderen zum Theil recht ansehnlich, wie bei den Sozialdemokraten, über jene Ziffer hinausgehen. Es wird Zeit, daß wir uns zu einmüthigem Handeln und Arbeiten aufraffen, wenn nicht aus der Zerrissenheit die Gegner den Nutzen ziehen sollen!"

Zu den ersten vier Parteien gehört auch die Fortschrittspartei, die nach Herrn Hirsch auf demselben Niveau sich befindet wie die Parteien der Conservativen — alle brüderlich umschlungen — eine einzige reichsfreundliche reaktionäre Bismarcksche Masse!

— O welche Lust Schullehrer zu sein! Am 6. d. M. starb in Noth und Elend die 70jährige Lehrerwittwe Marie Hoffmann in Elbing, nachdem ihr Mann vor 10 Jahren nach 47jähriger Ausübung seines Lehrerberufs in Kämmendorf ihr vorangegangen war. Die Wittwe erhielt keine Pension, sondern von Kämmendorf nur eine Unterstützung von 54 Mark jährlich. Diese Thatsache spricht lauter, als alle noch so pathetischen Deklamationen.

— Die Amnestiefrage in Frankreich. Bei dem Leichenbegängniß Raspail's (am 13. d. M.), das zu einer großartigen Volkskundgebung Anlaß gab, ertönte wiederholt aus Tausend und Abertausend Kehlen der Ruf nach Amnestie. Wenn man bedenkt, daß in den Pariser Arbeitervierteln wohl keine Familie lebt, der nicht irgend ein Angehöriger, in nur zu vielen Fällen der Ernährer, durch die Racheorgien der Bourgeoisie entrissen, und — von den Gemordeten abgesehen — in die Verbannung gejagt oder in die glühende Folterkammer von Neu-Caledonien gesperrt worden ist, so kann man sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß dieser Ruf keineswegs, wie die Gegner behaupten, ein bloßer Theaterkoup war, sondern sich dem Herzinnersten des Volks entrungen hat. An wen richtete sich der Ruf? An Mac Mahon? Nein! Das Volk kennt diesen bigotten Pfaffenknecht und brutalen Menschenschlächter. An Dufaure, seinen Minister? Nein! Das Volk kennt diesen grausamen, herzlosen Ordnungsbanditen. Der Ruf galt der republikanischen Kammermajorität. Vor der Oktoberwahl wurde freilich die Amnestiefrage im allgemeinen Vertrauensdusel bei Seite geschoben, aber moralisch wurden die „Republikaner" auf die Amnestie verpflichtet.

Werden Sie diese Verpflichtung jetzt anerkennen, den Wechsel, welchen das Volk in seinem Vertrauensdusel auf sie gezogen hat, escomptiren? Schwerlich. Oder correkter ausgedrückt: sicherlich nicht. Die Herren der Majorität haben, seit sie wieder gemüthlich beisammen sind, die Amnestiefrage mehrercmale auf ihrem Wege gefunden, sie sind ihr aber regelmäßig aus dem Wege gegangen. Die wiederholten Versuche einiger Mitglieder der äußersten Linken, einen Amnestieantrag vor die Nationalversammlung zu bringen, sind an dem hartnäckigen Widerstand der „honnetten Republikaner" gescheitert. Und vorläufig ist auch keine Aussicht auf Ueberwindung dieses Widerstands vorhanden. Eine Amnestie für Preßvergehen, eine Amnestie für sonstige politische Verurtheilungen aus der „Conflikts-zeit" vom Mai vorigen Jahres an — mit Vergnügen. Allein eine Amnestie für die Kämpfer der Commune, für die Sozialisten, nimmermehr. Ein paar vereinzelte „Begnadigungen", um den Schein der Humanität zu wahren, und damit Basta! Wer diese Auffassung zu pessimistisch findet, der erinnere sich, daß Thiers, der Massenmörder des Proletariats, in dieser „republikanischen" Majorität auf der Linken seinen Platz hätte und der größeren Hälfte in vielen Punkten „zu liberal" wäre.

Die Wünsche des Volks werden also nicht erfüllt werden. Auch gut. Es wird lernen. Um die unglücklichen Tausende in Neu-Kaledonien thut es uns leid. Mit wenigen Ausnahmen werden sie dem ungesunden Klima und der bestialischen Behandlung erliegen. Indeß so will es nun einmal das eherne unerbittliche Gesetz der menschlichen Entwicklung gegenüber dem reaktionären Egoismus der herrschenden Minderheit: kein Fortschritt, der nicht mit den furchtbarsten Opfern, keine Erkenntniß, die nicht mit den bittersten Prüfungen, dem schwersten Elend erkauft werden müßte. Christenblut ist Christensamen, hieß es vor anderthalb Tausend Jahren. Sozialistenblut ist Sozialistensamen heißt's heute. Ob's auf der Barrikade oder am Marterpfahl stromweise vergossen, oder im Exil und auf der trocknen Guillotine tropfenweise hingegeben wird — gleichviel: Sozialistenblut ist Sozialistensamen. Und der Samen wird aufgehn.

— Die Russen verzögern auf jede mögliche Weise die Waffenstillstandsverhandlungen; theils, um ihre militärische Superiorität möglichst auszunutzen, theils, weil mit England ein Depeschenwechsel ernstester Art stattfindet, der, bei der geringsten unvorsichtigen Wendung, in einer Kriegserklärung enden kann. Dank der Bismarck'schen „Neutralitätspolitik" ist Rußland so weit vorgegangen, daß ihm die Umkehr sehr schwer wird. Und ein Vorrücken über Adrianopel hinaus — das unterliegt kaum einem Zweifel — wird zu einem Konflikt mit England, wahrscheinlich auch mit Oesterreich führen. Die Gespanntheit der Lage erhellt recht deutlich aus dem eigenhändigen Brief, welchen die

Ein pädagogisches Buch.

(Fortsetzung.)

„Daß übrigens in einer und derselben Gemeinde nicht verschiedene Standes-Volksschulen neben einander bestehen sollen, ergibt sich aus allem Obigen."

Ueber die Stellung der Volksschule im Staate und zur Kirche spricht sich der Verfasser unter Anderm wie folgt aus: „Der Staat allein ist im Stande, eine allgemeine Volksbildung sicher zu stellen; von ihm kann und muß erwartet werden, daß er sich über Sonderinteressen erhebe, und daß er das öffentliche Wohl zum Ziel seines Strebens mache; er erntet die Früchte der Jugenderziehung, und ihm fallen die Verwahrlosten zur Last. Die Kinder werden ja einst Bürger und daher ist die Art ihrer Erziehung eine Hauptursache des öffentlichen Heils oder Unheils. Ein Staat, welcher seine Selbsterhaltung und sein Gedeihen im Auge hat, muß eben so sehr für seine geistige und sittliche Wehrkraft sorgen, wie für seine militärische. Und wenn es dem Gemeinwesen obliegt, für Armen- und Zuchthäuser zu sorgen, so steht ihm auch das Recht zu, daß Bedürfniß solcher Anstalten auf ein möglichst geringes Maß zurückzuführen, was ohne Zweifel am Besten durch eine planmäßige und allgemeine Jugendbildung geschehen kann. Diese wichtige Angelegenheit aber dem Zufall, der freiwilligen Thätigkeit oder dem Wirken der „Kirche" zu überlassen, dazu können sich nur solche Staaten verstehen, welche aus der gesammten bisherigen Geschichte der Völker nichts gelernt haben. Freilich setzen wir, wenn wir die Jugendbildung als Staatssache betrachten, einen solchen Staat voraus, welcher vermöge seiner Verfassung das Gemeinwesen zu fördern im Stande ist und allen guten Elementen Antheil an der Volkserziehung gewährt."

— „Die reine Volksschule hat mit der Kirche gar nichts zu schaffen. Jene ist ein bürgerliches, weltliches Institut, ihr Prinzip ist die Gemeinsamkeit der Bestrebungen, die Ausgleichung der Gegensätze, ihre Aufgabe die allgemein menschliche, volksthümliche und im Leben brauchbare Bildung der gesammten Jugend. Auf confessionelle Tendenzen kann sie sich nicht einlassen, wenn sie nicht in eine einseitige Richtung, in einen Widerspruch mit sich selbst gerathen, wenn sie eine friedliche, einheitliche und der Natur des Kindes entsprechende Wirksamkeit entfalten will. Demnach ist gar nicht einzusehen, weshalb die Volksschule entweder gänzlich oder theilweise unter der Aufsicht der Geistlichen stehen soll. Das alte Geschwätz von dem historischen Rechte der Kirche an die Schule sollte doch nunmehr in seiner Nichtigkeit erkannt sein. Wird es doch selbst von Theologen als unhaltbar bezeichnet."

„In der That ist die Volksschule nichts anderes, als der Vorhof des bürgerlichen Lebens. Und es ist nur eine dreiste Anmaßung, wenn die sogenannte Kirche, das ist in Wirklichkeit die Priesterschaft dem Staate, dem bürgerlichen Gemeinwesen verwehren will, Volksschulen herzustellen, wie sie eben im öffentlichen Interesse nothwendig sind. Wenn dabei kirchliche Angelegenheiten gar nicht in Betracht kommen, weder gefördert noch geschädigt werden, wenn die Volksschule confessionell neutral ist: welche Befugniß hat dann die „Kirche" sich einzumischen? — So wenig wie der Künstler-, der Militär-, der Bauern-, der Gewerbestand u. s. w. als solcher ein Anrecht auf die Volksschule hat, so wenig hat es der Priesterstand, und so wenig es ein Kunstverein, ein Gewerbeverein, ein landwirthschaftlicher, ein politischer Verein hat, so wenig hat es ein Religionsverein. Allerdings haben alle Elemente und Corporationen, aus welchen sich das Gemeinwesen zusammensetzt, sofern ihr Dasein mit dem öffentlichen Wohle verträglich ist, ein Interesse an der Jugenderziehung; aber eben weil sie es alle haben, darf es nicht einem einzigen Stande überantwortet werden. Geschähe dies, so müßte in jedem Falle, möchte nun das Gewerbe oder der Landbau, oder die Kirche u. s. w. der begünstigte Theil sein, die Volksschule der Einseitigkeit und der Verkümmerung anheimfallen.

„Die Geschichte beweist ja auch hinlänglich, was aus der Schule unter kirchlicher Herrschaft geworden ist. Die Priesterschaft pflegt ihr Verdienst um die Schule und ihr Anrecht an die Schule mit der Phrase zu beweisen, die Kirche sei die Mutter der Schule. Wenn dies auch wahr wäre, so würde doch daraus nicht folgen, daß die Schule noch immer unter kirchlicher Aufsicht stehen müßte. Bleibt denn eine Tochter auf immer die Untergebene der Mutter? Wird die Tochter auch dann nicht mündig und selbstständig, wenn sie erwachsen ist und einen Gemahl gefunden hat? — Nun wohl, die Schule ist erwachsen und mündig, und wenn die Kirche ihre Mutter ist, so ist der Staat ihr Gemahl, dem es zukommt, die Prätensionen seiner Schwiegermutter zurückzuweisen. In der That aber ist die Volksschule, die heutige Volksschule, die Tochter, mindestens die Adoptivtochter des Staates, er hat sie in manchen Ländern erst geschaffen, in den Anderen wenigstens zu dem gemacht, was sie ist. Die alte Schulmutter war in manchen Ländern ganz unfruchtbar, gebar in den andern Ländern nur Kinder, die den Keim des Siechthums und Todes in sich trugen. Wenn die „Kirche" an sich Volksschulen hervorzubringen geeignet wäre, so müßte sie es doch am Besten da thun, wo sie ganz unumschränkt herrscht. Was hat sie denn z. B. in Italien und Spanien geleistet? Nichts. Und wo sie etwas geleistet hat, geschah es nur, weil sich der Staat ihrer als Organ bediente, bedienen mußte, so lange er bessere Organe noch nicht hatte. Auch in solchem Falle kam aber nirgends etwas Erfreuliches zu Stande, weil eben jede „Kirche" zur Einseitigkeit neigt. Nach dem Zeugniß der Geschichte ist unsere Volksschule ganz unzweifelhaft eine Schöpfung des weltlichen, des staatlichen Regiments.

„Wenn wir die Volksschule als eine Pflanzstätte allgemein menschlicher und bürgerlicher Bildung betrachten, so ist damit auch schon gesagt, daß sie einen confessionellen Charakter nicht haben dürfe. Denn alles Confessionelle ist seinem Wesen nach separatistisch; es besteht in subjectiven Meinungen, deren Wahrheit durchaus unerweislich ist, führt daher zu Spaltungen des Gemeinwesens, und, wenn es der unreifen Jugend aufgenöthigt wird, zum blinden Glauben und zur geistigen Unfreiheit. Die Anleitung der Kinder zu einem bestimmten Bekenntniß und zu gewissen Cultusformen kann die intellektuelle, moralische und bürgerliche Bildung, ja selbst das religiöse Leben der Kinder nicht fördern, sondern nur beeinträchtigen, ist also nicht nothwendig, nicht einmal heilsam, sondern gemeinschädlich; nur der Priesterstand kann dabei seine Rechnung finden."

„— Ferner kann man doch gerechter Weise nicht der ganzen Bevölkerung zumuthen, die Mittel für Confessionsschulen aufzubringen, welche nur einem Theile, wenn vielleicht auch einem großen Theile der Bevölkerung genehm sind." —

„Und endlich ist es in jedem Falle eine Gewaltthätigkeit

Königin von England an den Czaren gerichtet hat, und in welchem sie denselben in ziemlich unverblümten Ausdrücken warnt. Der Brief soll in Petersburg arg verschnupft haben, was allerdings leicht zu begreifen. Unter solchen Verhältnissen konzentrirt sich alles Interesse auf dieses diplomatische Duell. Berliner Offiziöse suchen uns durch die Meldung Sand in die Augen zu streuen, Rußland werde unerwartet mäßige Friedensbedingungen machen, was wesentlich den Rathschlägen der deutschen Regierung geschuldet sei. Das ist Humbug. Daß Rußland in der Möglichkeit sich befindet, unmäßige Bedingungen stellen zu können, das ist der Politik des Fürsten Bismarck geschuldet. Wenn es mit diesen unmäßigen Bedingungen nicht hervorzutreten wagt, und in letzter Stunde sich noch das Mäntelchen der Mäßigung umwerfen sollte, so ist das einzig und allein dem „eingerosteten" Schwert Englands geschuldet, dessen schneidige Hiebe den Herren Russen von der Alma und von Inkerman her noch sehr wohl im Gedächtniß sind.

— Eine für die Presse nicht unwichtige Frage schwebt jetzt vor den sächsischen Gerichten. Vor einigen Monaten wurde uns von dem Hamburger Gericht ein spaltenlanges Erkenntniß gegen den Verfasser einer im „Vorwärts" erschienenen Einsendung zugestellt, mit der Aufforderung, dasselbe im Inseratentheil zu veröffentlichen — natürlich auf Kosten des Verurtheilten. Wir verweigerten die Aufnahme, indem wir uns auf § 200 des Reichsstrafgesetzbuchs stützten, der nur die Aufnahme „des verfügenden Theils" eines Erkenntnisses heischt. Von unserer Weigerung in Kenntniß gesetzt, wandte das Hamburger Gericht sich an das Leipziger Bezirksgericht mit dem Ansuchen, auf Grund des § 10 des Reichspreßgesetzes die Redaktion des „Vorwärts" zur unverkürzten Aufnahme des gesammten Erkenntnisses zu zwingen.

Der angezogene § 10 des Preßgesetzes lautet:

„Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welche Anzeigen aufnimmt, ist verpflichtet, die ihm von öffentlichen Behörden mitgetheilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren in eine der beiden nächsten Nummern des Blattes aufzunehmen."

Die Redaktion des „Vorwärts" verweigerte, nach Rücksprache mit einigen Collegen und Rechtsanwälten, auch jetzt die Aufnahme und zwar, weil sie ein gerichtliches Erkenntniß, zumal ein in einem Privatprozeß erlassenes, unmöglich als „öffentliche Bekanntmachung" im Sinne des Gesetzes auffassen kann.

Das Leipziger Bezirksgericht erster Instanz erachtete in Uebereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft, unsere Einwürfe für begründet und lehnte das Gesuch des Hamburger Gerichts ab.

Dieses hat sich jedoch dabei nicht beruhigt, und die Sache schwebt gegenwärtig vor dem Dresdener Oberappellationsgericht, dessen Entscheidung wir, sobald sie uns bekannt, unverzüglich mittheilen werden.

— Ein Wurm, der nicht sterben kann, ist der Reichenbacher Prozeß (Wahlflugblatt betreffend) gegen Liebknecht. In erster Instanz blitzte bekanntlich der Herr Staatsanwalt mit seiner gewaltigen Anklage ab und wurde Liebknecht im September vor. Js. nur zu 30 Mark Geldbuße verurtheilt. Der Staatsanwalt gab sich damit nicht zufrieden, und auf den 13. Februar dieses Jahres ist Liebknecht vor das Breslauer Appellationsgericht geladen, aber nicht mehr wegen § 130, sondern blos wegen „Theilnahme an einem Vergehen gegen § 131."

— Zur deutschen Reichsherrlichkeit. Genosse Loos in Chemnitz, der soeben nach jahrelangem Gefängniß seine „Freiheit" wiedererlangt hat, ist aus Chemnitz ausgewiesen worden. Nur aus Gnade darf er noch drei Wochen dort bleiben.

— Berichtigung. In Nr. 6 des „Vorwärts" hat sich beim Abdruck der Ansprache der „Rundschau" in der Preisnotirung ein Fehler eingeschlichen, indem die „Rundschau" monatlich nur 15 Pf. (funfzehn), nicht 25 Pf. kostet.

Manifest der sozialistischen Partei in Brabant (Belgien).

Dadurch, daß wir uns zu der in der Gründung begriffenen sozialistischen Partei in Belgien bekennen, sowie dadurch, daß wir uns als Brabanter Zweig dieser Partei constituiren, beabsichtigen wir, in erster Linie dazu beizutragen, daß alle Lebenskräfte des Sozialismus in einem Brennpunkt vereinigt werden.

Wir wollen zu gemeinschaftlichem Vorgehen Diejenigen vereinigen, welche der Ansicht sind, daß in Belgien ebenso wie anderwärts die Gesellschaft ihre Entwickelungs- und Umgestaltungs-Stadien noch lange nicht durchlaufen hat, daß ferner die gesellschaftlichen Reichthümer keineswegs den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechend unter die Menschen vertheilt sind, und daß es in Folge dessen bei uns wie anderwärts an der Zeit ist, gründliche und radikale Abänderungen herbeizuführen in der Produktionsweise sowohl wie auch in der Vertheilung und in dem Umsatz der Güter, in der Organisation der Arbeit, in der Neugestaltung des Austausches, der Eigenthumsverhältnisse, des Unterrichtswesens, der Rechtspflege, der Strafgesetzgebung u. s. w.; mit einem Worte, in den verschiedenen Einrichtungen und Aeußerungen der gesellschaftlichen Thätigkeit.

Nun sehen wir aber, daß alle diese verschiedenen Einrichtungen und Verhältnisse zum guten Theil von der bestehenden Gesetzgebung abhängen, und daß sie aufrecht erhalten werden durch die gegenwärtige Staatsgewalt. Wir glauben daher, daß, wenn es uns gelingen soll, neue Zustände zu schaffen, die Allen das größtmögliche materielle Wohlbefinden und die höchste Ausbildung ihrer Geistes- und Charakterbildung sichern — wir glauben, daß dann die Nothwendigkeit an uns herantritt, täglich und stündlich gegen die ungerechten Gesetze und die willkürlichen Maßregeln anzukämpfen, indem wir zu diesem Kampfe uns aller Waffen bedienen, welche die Institutionen unseres Landes uns an die Hand geben, und indem wir Einsprache erheben gegen die Rechtsverweigerungen und den Genuß der Volksrechte, der geringsten sowohl wie der höchsten, für uns fordern. Aus diesen Gründen haben wir geglaubt, daß es für die belgischen Sozialisten an der Zeit sei, von ihrer bisherigen systematischen Enthaltung in politischer Hinsicht abzulassen und sich als politische Partei zu constituiren. Diese neue Partei kann als die Partei der Zukunft betrachtet werden im Gegensatze zur Partei der Doktrinäre, die gerne Alles beim Alten belassen möchte, und im Gegensatze zur katholischen (ultramontanen) Partei, die von einer Umkehr zu den Zuständen vergangener Jahrhunderte träumt.

Um zur Constituirung dieser neuen Partei zu gelangen, wenden wir uns an alle Anhänger des sozialen Fortschrittes, an alle Sozialisten, an die verschiedenen Gruppen und Vereinigungen, sowie auch an Einzelstehende, ohne Unterschied der Parteischattirung oder der Schule, der sie anhängen, sowie auch ohne Unterschied der Gesellschaftsklasse, welcher sie durch ihre Geburt oder ihre Stellung angehören. In der That, obwohl sich die Anhänger des modernen Sozialismus hauptsächlich aus der Masse der Arbeiter rekrutiren, und obwohl eine seiner Hauptaufgaben die Emanzipation der Proletarier und insbesondere die Abschaffung der Lohnsklaverei ist, wissen wir dennoch, daß die großen sozialen Reformen, welche wir beabsichtigen, sich nicht einzig und allein zum Vortheil einer einzigen Klasse, sondern zum Vortheil aller Mitglieder der Gesellschaft vollziehen werden.

Wir vertreten also nicht nur die Sache der Handarbeiter, sondern die der Proletarier überhaupt; ja noch mehr, es ist die Sache der gesammten Menschheit, welche wir vertreten. Denn ebenso wie die Arbeiterfrage (oder die Frage der Lohnarbeit) trotz ihrer Wichtigkeit keineswegs gleichbedeutend ist mit der Frage der Emanzipation des Proletariats, weil es Proletarier giebt, welche weder Handarbeiter noch Lohnarbeiter überhaupt sind, ebenso ist die Frage der Emanzipation des Proletariats keineswegs gleichbedeutend mit der sozialen Frage und mit dem Begriff Sozialismus in seinem ganzen Umfange, weil die Proletarier nicht die einzigen Opfer der bestehenden Mißverhältnisse sind.

Wir wollen nur ein Beispiel anführen: Wissen wir denn nicht, daß das Hauptprinzip, welches die ganze gegenwärtige politische Oekonomie beherrscht, das Prinzip des Gehen- und Laufenlassens (laisser faire, laisser passer) ist, oder: wie man es sonst nennt, die Nichtintervention in ökonomischer (wirthschaftlicher) Hinsicht, das Gesetz der unumschränkten Concurrenz! Nun sehen wir aber, daß in Folge der Anwendung dieses Prinzips und dieses Gesetzes die Kapitalien sich centralisiren und daß die Großindustrie, der Großhandel und der Großbesitz die Kleinindustrie, den Kleinhandel und den Kleinbesitz vernichten und zwar dieses in dem Maße, daß der größte Theil der Bourgeoisie sich in einer gedrückten Lage befindet, die dem Elende sehr nahe ist. Auf solche Weise wird dieser Theil der Bourgeoisie, wenn er seine Interessen vernünftig auffaßt, gewissermaßen genöthigt, gemeinschaftliche Sache mit dem Proletariat zu machen und gemeinschaftlich mit ihm seine Rechtsanforderungen zur Geltung zu bringen. Die Kriege, die immer zunehmende Vermehrung der Staatsschulden und der öffentlichen Abgaben, der Börsenschwindel und die Krisen auf dem Gebiete der Industrie beschleunigen noch diesen Untergang des Kleinbürgerthums, und für letzteres giebt es ebenso wie für die Arbeiterklasse keine andere Rettung, als einzig und allein durch den Sozialismus.

Indem wir uns als politische Partei constituiren, wollen wir uns aller Rechte und aller Freiheiten, welche uns die constitutionelle Staatsverfassung als belgischen Bürgern gewährt, bedienen, um mit Hülfe dieser constitutionellen Rechte und Freiheiten alle bürgerlichen, politischen, wirthschaftlichen und sozialen Rechte zu erobern, welche den meisten von uns vorenthalten werden.

Wir wollen darauf bedacht sein, daß alles das den Stempel des Gesetzes erhalte, zum Gesetz erhoben werde, was zur Anbahnung unserer großen sozialen Endziele dienen kann; ferner alles das, was geeignet ist, die Hindernisse hinweg zu räumen, die sich unserem Vordringen entgegenstellen, sowie endlich alles das, was dazu dient, die Veranlassungen zu beseitigen, die den leisen und lauten Klagen der unterdrückten Volksklassen, der Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger, zu Grunde liegen.

(Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Berlin, 17. Januar. „Tiefer gehängt". Wir entnehmen der „Magdeburger Zeitung" ihr Referat über den schon an passender Stelle erwähnten Vortrag des Hrn. Dr. Dühring über den Marxistischen Sozialismus, um unseren Lesern zu zeigen, wie recht der „Vorwärts" immer über diesen Mann geurtheilt hat, dann aber auch deshalb, weil die „Magdeburgische Zeitung" ausdrücklich erklärt, sowie jetzt Herr Dühring, habe sie immer über die Sozialdemokratie geurtheilt. Ein köstliches Compliment für den „Gelehrten". Das Referat lautet wörtlich:

„Nachdem die Sozialdemokraten in ihrm Benehmen gegenüber Herrn Dühring einen so augenfälligen Beweis dafür geliefert haben, daß verschmähte Liebe sich in den glühendsten Haß verwandeln kann, glaubt dieser Privatdozent umsoweniger Veranlassung zu haben, seine Ansichten über diese Herren und ihr System zurückzuhalten. So hat er denn gestern (am 16. d.) wiederum in einem öffentlichen Vortrage eine Charakteristik des marxistischen Sozialismus und seiner Jünger entworfen, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Daß der Katheder-sozialismus — welchem demnächst ein besonderer Vortrag gewidmet wird — mannigfache Gelegenheit bot, den „Zunftgelehrten" etwas am Zeuge zu flicken, kann bei Herrn Dühring nicht Wunder nehmen. Im Uebrigen enthielt der Vortrag manches Zutreffende, was uns veranlaßt, ihn in den Hauptzügen wiederzugeben. Marx, in den vierziger Jahren rheinischer oppositioneller Journalist, ausgestattet mit ungewöhnlicher Dreistigkeit, wurde zu seinem sozialistischen System angeregt durch die mosaische Institution des Jubeljahres. Jenes Gesetz, wonach das Grundeigenthum nach dem Ablauf einer Periode von siebenmal sieben Jahren an den ursprünglichen Besitzer zurückgelangen sollte, faßte er irrthümlich in communistischem Sinne. Zu Beginn der Februarrevolution erließ er mit seinem literarischen Handlanger Engels ein sogenanntes „communistisches Manifest", ein unreifes, schülerhaftes Elaborat, welches nichts enthielt, als die simple Forderung der Aufhebung des Privateigenthums und des Erbrechts. Dieses „Manifest" haben die beiden Herren vor einigen Jahren aufs Neue in die Welt gesandt, ein Beweis dafür, daß sie seit 30 Jahren nicht weiter gekommen sind. Marx hat in der Zwischenzeit, um sich wissenschaftlich geltend zu machen, allerlei gelehrten Müll zusammengefegt (wir halten uns an die Dühring'sche Ausdrucksweise), Er hielt darauf, daß anerkannte (nach Dühring „zünftige") Gelehrte ihm über seine Wissenschaft Quittungen ausstellten, wofür sie dann, welcher Parteirichtung sie auch angehören mochten, durch eine wahrhaft schreiende Reklame in der sozialdemokratischen Presse belohnt wurden. Seine praktische Bethätigung bestand im Wesentlichen darin, daß er sich der jetzt bereits verklungenen Internationalen Arbeiterassoziation gewissermaßen als Pathe aufdrängte und, als er seine Stellung zu derselben durch Concurrenten gefährdet sah, schließlich selbst ihr Ende beschleunigte. Den Hauptbestandtheil seiner Schriften bildet ein System, welches nichts ist, als das Jubeljahr des Moses, neu construirt mit Hilfe der Hegel'schen Dialektik und mit einem von Ricardo entlehnten nationalökonomischen Scheine umgeben — wobei aber sowohl Moses, als Hegel und Ricardo mißverstanden sind. Das ganze System ist verworren und unverständlich, tritt aber so dreist und anmaßend auf, daß es für gläubige Seelen oft von dupirender Wirkung ist. Denn gerade das Unverständliche ist, wo es auf Mystifikation ankommt, am wirksamsten. Höchst treffend war die Schilderung, welche der Vortragende von dem Idealstaate der Herren Marx und Genossen entwarf. Alles Privateigenthum hört auf und der gesammte Besitz fließt in den großen Staatskasten. Daraus erhalten wir dann, was wir brauchen, um zu essen und zu trinken, indem wir zugleich die Frohndienste zugewiesen bekommen, welche wir in den Arbeitskasernen der Herren Sozialisten zu verrichten haben. Da ist nichts mehr von individueller Freiheit, am wenigsten von geistiger Freiheit; eine bisher unerhörte Censur wird auf der Literatur lasten und jeden geistigen Fortschritt hemmen. Alles beherrscht der Staat. Und was für ein Staat? Das weiß Niemand zu sagen, auch Herr Marx nicht. Wenn man aber von der sozialistischen Agitation auf das Regiment des sozialistischen Staates schließen kann, dann ist so viel klar, daß Wahrheit und Gerechtigkeit die letzten Dinge sind, die sich dort finden werden. Dieser allmächtige sozialdemokratische Zukunftsstaat mit seiner erstickenden Umklammerung aller individuellen Bewegung ist eine Despotie, welche ihresgleichen nicht in der Welt findet. Zwar ist die Aufrichtung dieses Staats nicht zu besorgen, denn es läßt sich nicht so leicht hinwegschreiten über die Freiheitsansprüche der Einzelnen und der Gruppen; zu befürchten aber ist die Herabziehung großer Ideen in's Gemeine. Brutal wird die Magenfrage in den Vordergrund gestellt, als gelte es nicht auch die geistige Existenz der Menschheit zu heben, als hätte der Mensch nicht vor allem auf geistigem Gebiete nach höheren Zielen zu ringen. Ein wahrer, echter Sozialismus kann nicht auf dem Boden bloßer Negation erwachsen, er kann nur einem wahrhaft schöpferischen Geiste entspringen, welcher die Menschheit über die Corruption der Zeit zu erheben und sie für Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit zu begeistern vermag. So urtheilt Dühring genau in der nämlichen Weise, wie wir es von jeher gethan haben, über den Sozialismus. Schade, daß er so nicht schon vor einem halben Jahre gesprochen hat."

Dies das Referat, in welchem die Ausdrucksweise des Herrn Dühring wiedergegeben ist. (Und zwar, wie wir jetzt constatiren können, mit Weglassung zahlreicher Schimpfwörter, die selbst der „Magdeburger Zeitung" zu — dähringisch waren. R. d. V.)

Genau so wie die „Magdeburgische Zeitung", genau so wie die Reptilien, genau so wie die bezahlten Lohnschreiber des Kapitals hat Herr Dr. Dühring über die Sozialdemokratie geurtheilt. — Aber alle Eigenschaften, welche die krank-

---

gegen die menschliche Natur, dem Kinde, das noch nicht prüfen und wählen kann, ein Bekenntniß aufzudrängen. Die Kinder haben weder katholische, noch lutherische, noch mosaische Anlagen, und sollen daher auch nicht nach dem einen oder anderen Bekenntniß geschieden und unterrichtet werden; wenigstens hat die Volksschule mit solcher Scheidung und solchem Unterrichte nichts zu schaffen. Man sagt zwar, die Kinder naturgemäß behandeln, das heiße nicht, sie nach dem selbst erfundenen Gedanken des menschlichen „Geistes", sondern es heiße, sie nach „Gott gesetzter Bestimmung", nach den „schöpferischen Gedanken Gottes selbst" leiten. Allein, wer sagt uns denn, welches diese „Gott gesetzte Bestimmung" des Menschen, diese „Gedanken Gottes" seien? — Die Priester sagen es uns, und weil es verschiedene Arten von Priestern gibt, so gibt es sehr verschiedene Satzungen, welche alle auf Gott zurückgeführt werden. Möchten doch die klugen Thoren, welche Gottes Geheimnisse zu wissen wähnen, das biblische Wort bedenken: „„Meine Gedanken sind nicht eure Gedanken!"" —

(Schluß folgt.)

— Zur Heiligkeit der Ehe. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: Der spanische Congreß hat sich mit einer sehr delikaten Angelegenheit, der Verheirathung des Königs, beschäftigen müssen. Wie vorauszusehen war, genehmigten die Deputirten und Senatoren das Projekt und nur vier Stimmen erhoben sich dagegen, die Ansicht eines der Collegen theilend, welcher die Verehelichung des Alfonso's mit der Tochter Montpensier's als nicht im Staatsinteresse gelegen erklärte. In der That kann die Heirath, wie die Mehrheit meinte, der alfonsistischen Politik keinen Eintrag thun, sie ist im Gegentheil geeignet, die Monarchie befestigen zu helfen, weil nun auch die Montpensieristen zu ihr halten müssen, und wenn man selber klein ist, weiß man den Zuwachs einer kleinen Gruppe zu schätzen. In anderem Lichte zeigt sich der ganze Vorgang, wenn wir die Sache menschlich betrachten. Es macht einen widerlichen Eindruck, ein ganzes Parlament in der Rolle von Kupplern zu sehen. Oder kann man die Lehre, daß ein Fürst, wenn er gleich einem andern anständigen Menschen die jenige zur Frau nehmen möchte, welche seine Neigung besitzt, sein Gefühl der sog. Staatsraison unterordnen müsse — kann man diese Lehre etwa eine moralische nennen? Sie paßt zu der Auffassung von der Ehe, welche die allgemein herrschende (?) ist, gar nicht; recht kraß drückt sie aus, was man sonst wenigstens zu verschleiern sucht, daß die Ehe nur von bestimmten Interessen, welche nicht ethische zu sein brauchen, abhängig gemacht werden dürfe. Wer die Frage in's Detail verfolgen will, der besinne sich ferner, wie viele Fürsten, um Neigungsheirathen einzugehen, auf ihre fürstlichen Rechte Verzicht geleistet haben, und welchen Demüthigungen und Schädigungen diejenigen ausgesetzt waren, welche es thaten; er denke ferner an die Freiheiten, welche die Sitte den fürstlichen Personen als Ersatz für den Mangel völliger Freiheit in der Wahl der Gattin gestattet, und an die hübsche Einrichtung der morganatischen Ehe. Bei solcher Erwägung kann sich jedes loyale Gemüth selber einen lehrreichen Beitrag zur monarchischen Staatslehre verschaffen."

Wir stimmen mit der „Frankf. Zeitg." völlig überein in Bezug auf das, was sie über die Verheirathungen der Fürsten sagt, wollen aber nicht unterlassen, zu erwähnen, daß mit Ausnahme der morganatischen Ehe Alles das auch bei den sogenannten oberen Zehntausend zutrifft; wir wollen besonders betonen, daß der Geldsack ebensolche Bedingungen macht, als die Krone und daß deshalb mit wenigen Ausnahmen die „andern anständigen Menschen, die diejenigen zu Frauen nehmen, welche ihre Neigung besitzen", lediglich unter der Arbeiterklasse zu finden sind.

— Unser Nürnberger Parteiorgan warnt vor der „Dr. Airey's Naturheilmethode". Ist nämlich ein Kranker im Besitz jenes Buches, so liefert er in demselben allerlei Mittel und Rezepte, die er sich von der chemischen Fabrik von Richter u. Co. in Nürnberg beschaffen kann. Und dieses Geschäft soll ein gemeingefährliches sein, indem nur Quacksalber als Vorsteher figuriren; verschiedene Mal ist das „Geschäft" schon gerichtlich mit Geldstrafen belegt worden, aber diese Strafen werden leichthin abgeschüttelt, und zwar auf das leichtgläubige Publikum. Auswärtigen Blättern wird empfohlen, lieber auf die Annonce zu verzichten, als das Unglück zahlreicher Familien vermehren zu helfen.

Auch vor den Guyot'schen Theerpillen wird gewarnt. Sie sind reiner Schwindel.

— Am 20. Dezember v. J. explodirte in Newyork eine Candyfabrik. In wenigen Minuten war das ganze Gebäude ein Flammenmeer und stürzte bald zusammen. In der Fabrik arbeiteten einhundertundfünfzig Personen, meist von 14 bis 18 Jahren, von denen die meisten verunglückten. Der mangelhafte Zustand des Dampfkessels war den Fabrikanten lange bekannt und zur Bedienung desselben wurde ein ungeschulter Heizer verwendet. Und das nennt man die Ordnung, welche die Sozialdemokraten vernichten wollen!

haste Phantasie des Manns Marx und seinem Werke andichtet, alle diese Eigenschaften besitzt Herr Dühring selbst in seinen Schriften in hohem Maßstabe — wir wollen jene Beiworte nicht wiederholen.

Dühring ist zu den Herren Böhmert und Mehring hinabgestiegen, ja noch unter sie!

Braunschweig, 10. Januar. Sonntag den 12. d. M. tagte hier im „Weißen Roß" eine von über 1000 Personen besuchte Volksversammlung. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Absendung einer Petition an den Reichstag betreffs Rückberufung der Braunschweigischen Truppen aus Elsaß-Lothringen. Kokosky war Referent. In der Petition wird darüber Beschwerde geführt, daß das 92. Infanterie-Regiment, welches aus lauter Braunschweigern rekrutirt wird, schon seit sieben Jahren statt in seiner engeren Heimath in Elsaß-Lothringen in Garnison stände, die Petition weist ferner auf die Nachtheile hin, welche sowohl den Soldaten als den Angehörigen derselben aus diesem Umstande erwachsen und fordert vom Reichstage, daß er zur Rückberufung des 92. Infanterie-Regiments nach Braunschweig seine Unterstützung leihe. Die Petition wurde in der Versammlung sofort mit 500 Unterschriften bedeckt und dem Reichstagsabgeordneten Bracke jr. zur Uebermittelung an den Reichstag überreicht. — Ein zweiter Gegenstand der Tagesordnung war: „Das deutsche Volk und der orientalische Krieg." Bracke und Kokosky hatten das Referat übernommen. Die Versammlung nahm schließlich, nachdem sie beide Redner unter vielem Beifall gehört, folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 13. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im „Weißen Rosse" tagende und von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung erklärt jede Unterstützung der russischen Politik für eine Schädigung der wirthschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Volkes und für eine Förderung asiatischer Barbarei gegenüber der westeuropäischen Civilisation. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie es als das entsetzlichste Unglück für Deutschland betrachten würde, wenn dasselbe für russische Interessen in einen Krieg verwickelt würde. Sie betrachtet den russisch-türkischen Krieg als eine Schande für Europa und das 19. Jahrhundert und als einen Beweis für die Unfähigkeit der europäischen Diplomatie, welcher Unfähigkeit gegenüber das Volk die vollkommenste Ursache hat, durch Kundgebung seines Willens dahin zu streben, daß daraus nicht neues und unser Land unmittelbar berührendes Unglück entsteht."

Mölln (Lauenburg), 14. Januar. Gestern Nachmittags fand hierselbst eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Hörig aus Hamburg einen sehr gut aufgenommenen Vortrag über Gemeinde- und Staatsverfassung hielt. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Als aber unser Genosse, Wildhändler Schwarz, einige Bemerkungen über alte Möllner Gerechtsame machte, wurde die Versammlung plötzlich aufgelöst. In aller Ruhe trennten sich die Versammelten; unsere Partei hat aber viele Anhänger hier gewonnen.

Fulda, 21. Januar. Nachdem hier seit dem Jahre 1848 keine Volksversammlungen stattgefunden hatten, hielten wir am 2. Dezember v. J. eine solche wiederum ab. Dieselbe war sehr gut besucht und referirte Genosse Pfannkuch aus Cassel in einer trefflichen zweistündigen Rede über „die Prinzipien der Sozialdemokratie". Am 20. Januar sprach Genosse Lange aus Barmen über die Gegner der Sozialdemokratie und den „Staatssozialismus" und in einem zweiten Referate „über den orientalischen Krieg und die seitherige deutsche Orientpolitik." Die zweistündigen Ausführungen des Genossen Lange fanden wie die des Genossen Pfannkuch ungetheilten Beifall. Wir geben uns der Hoffnung hin, bald wieder in Kürze über eine Versammlung berichten zu können. F.

Neustadt a. H., 20. Januar. Am vergangenen Sonntag hatten wir hier eine Volksversammlung, in der Genosse Rauert aus Leipzig unter allgemeinem Beifall über das Thema: „Die gegenwärtige politische und wirthschaftliche Lage Deutschlands und die Sozialdemokratie" referirte. Leider war die Versammlung, weil deren Bekanntgabe nur schlecht erfolgt war, eine nur schwach besuchte; es waren ungefähr 100 Personen, meistentheils Landbewohner, anwesend. Die betreffende Versammlungsannonce hatte nämlich das Unglück, für 85 Pfennige ein ganz bescheidenes Plätzchen im Inseratentheile unseres Moniteurs zu erhalten, weshalb sie vom größten Theile der Leser dieses Blattes übersehen worden sein mag. Der allgemeine Wunsch der Anwesenden war aber der, daß Herr Rauert recht bald wiederkommen möge. Der Boden für die Sozialdemokratie ist hier ganz gut; nur die rechte Bearbeitung dieses Bodens fehlt, um ihn auch fruchtbringend für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu machen. A. F.

Glauchau, 15. Januar. In einer hier abgehaltenen und stark besuchten Volksversammlung referirte Genosse Vollmar aus Dresden über die orientalische Frage. Durch lebhaften Beifall und durch Annahme folgender Resolution bekundete die Versammlung ihre Uebereinstimmung mit dem Redner. Die Resolution lautet: „Die heute Abend tagende, von mehr als 1000 Personen besuchte Volksversammlung protestirt einmüthig und energisch gegen die die Kultur und die Freiheit und Wohlfahrt der Völker überhaupt, und die Interessen des deutschen Volkes insbesondere am schwersten schädigende, bisherige russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert von Letzterer, daß sie von jetzt ab diesen kulturfeindlichen Anmaßungen der despotischen Czarenregierung mit allen Mitteln entgegentrete."

Kleinzschocher. Sonnabend, den 12. Januar, fand hier im großen Saale des „Reichsverwesers" eine von ca. 500 Personen besuchte Volksversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages." Als Vorsitzender fungirte Genosse Klein. Genosse Liebknecht sprach in einem längeren Vortrag zuerst über das Arbeiterschutzgesetz, dann über die Unzulänglichkeit des bestehenden Haftpflichtgesetzes und forderte im Namen der Humanität, daß das bestehende Gesetz auch auf die Bau- und Landarbeiter ausgedehnt werde, in demselben Sinn wie es jetzt auf die Eisenbahnen Anwendung findet. Weiter führte derselbe die ungeheuren Summen an, welche für den Militarismus verausgabt würden, dabei aber immer noch im steten Steigen begriffen seien, trotzdem die Soldaten die größte Noth litten. Im weiteren Verlaufe seines Vortrags kam der Redner auch auf den russischen Eroberungskrieg und die Haltung Deutschlands resp. Bismarck's diesem Kriege gegenüber zu sprechen und kennzeichnete derselbe beides als kulturfeindlich. Hierauf sprach Genosse Preißer noch über das Haftpflichtgesetz und gedachte in anerkennender Weise der Wirksamkeit des Reichstagsabgeordneten Demmler. Nachdem dann noch die Genossen Schirnig und Böhne gesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn W. Liebknecht vollständig einverstanden, spricht ihre Unzufriedenheit über das Vorgehen der sozialistischen Abgeordneten im Reichstage aus und verspricht mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln denselben zur Seite zu stehen. Insbesondere protestirt die Versammlung energisch gegen die die Kultur und Freiheit im Allgemeinen und die Interessen des deutschen Volkes im Besonderen aufs ärgste schädigende bisherige russenfreundliche Politik der Reichsregierung, und fordert von letzterer, daß sie von jetzt ab der kulturfeindlichen Anmaßung des russischen Despotismus, im Interesse Deutschlands und der Civilisation, entgegentrete." Otto Schwachenwald.

Meerane, 20. Januar. Die Leser des „Vorwärts" wissen bereits, daß uns hier am 5. d. M. eine Volksversammlung, in welcher Genosse Vollmar aus Dresden über „Die politische Lage Europas und die Sozialdemokratie" einen gediegenen Vortrag hielt, in demselben Augenblick aufgelöst wurde, als die Versammlung im Begriff war, durch Annahme einer Resolution, die die Bismarck'sche Politik entschieden verdammte, ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Redners auszusprechen. Natürlich ließen wir uns nicht so ohne Weiteres den Stuhl vor die Thür stellen und beriefen zu gestern, den 19. d. M., abermals eine Volksversammlung ein, um das einmal angefangene Werk zu Ende zu führen. Die von gegen 2000 Personen besuchte Versammlung verlief denn auch ganz nach Wunsch, und kein „Staatsretter" rührte sich, als die im Wortlaut schon in Nr. 5 des „Vorwärts" mitgetheilte Resolution zur Abstimmung und Annahme gelangte.

Briefkasten

der Redaktion. J. B. in Neumark: Sie schreiben uns: „Was für Motive haben obgewaltet, die Personen der Monatsbilder im „Armen Conrad" vollkommen nackt und naturgetreu zu costümiren? Es scheint mir das ein großer Widerspruch mit den im „Vorwärts" gerügten Eckstein'schen und Kühn'schen Poesien zu sein. Obgleich ich überzeugt bin, daß eine geehrte Redaktion nicht ohne triftige Gründe ihre Zustimmung zu diesen unsittlichen Bildern gegeben hat, kann ich doch nicht umhin, zu bitten, mir darüber Aufschluß im Briefkasten gütigst zukommen zu lassen. Achtungsvoll J. B."

Das Nackte, guter Freund, ist nicht unsittlich, sonst wären die größten Künstler und Kunstwerke der Welt „unsittlich"; unsittlich in dem hier in Frage kommenden Sinn des Worts sind solche Abbildungen, welche darauf berechnet sind, die geschlechtlichen Begierden zu reizen, was durch theilweise Verhüllung viel wirksamer geschieht, als durch unverhüllte Nacktheit. Die nackte Venus von Medici ist durch und durch sittlich, während die halbbekleideten Operndirnen z. B. des Leipziger „Puck" durch und durch unsittlich sind. Sie stehen auf dem Standpunkt der frommen Frau Adelheid von Mühler, die an den herrlichen Bildsäulen der Schloßbrücke in Berlin nicht vorübergehen konnte, ohne ihr keusches Gemüth beleidigt zu fühlen, und deshalb für die klassischen Gestalten — Badehosen beantragte. Zur Freude aller Kunstfreunde und — Reinen ist jener Antrag nicht durchgedrungen, und ich hoffe, auch unsere Kalender-Kleinen werden von den Badehosen verschont bleiben. Sind Sie nie in einem Museum gewesen? Nie in einer Kinderstube und beim Baden von Kindern? Wenn nicht, nun dann erinnern Sie sich des alten Sprüchelchens: Dem Reinen ist Alles rein.

G. D. in Halberstadt: Ja, es ist derselbe Klinkhardt, dessen „Umkehr" den Herren Stöcker u. Comp., trotzdem Klinkhardt schon vor einigen Jahren gestorben ist, heut noch so übermenschliche Herzensfreude bereitet. Lassen wir Jenen ruhn, und gönnen wir Diesen das kindliche Vergnügen. — G. B. in G.: Die Notizen sind angekommen und werden gelegentlich verwendet werden.

W. L. in Wiesbaden: Sie fragen: „Was bedeutet der Ausdruck Republikaner mit resp. ohne Gänsfüßchen?"

Durch „Gänsfüßchen" oder Anführungszeichen („") wird angedeutet, daß das mit denselben versehene Wort oder die mit denselben versehenen Wörter und Satztheile nicht von dem Schreibenden herrühren, sondern von ihm, als von Anderen gebraucht, citirt (angeführt) sind. „Republikaner mit Gänsfüßchen" heißt also, daß die betreffenden Personen zwar von Anderen, und auch von sich selber, als Republikaner bezeichnet, von der Redaktion des „Vorwärts" aber nicht für Republikaner gehalten werden.

der Expedition. H. Pfeiffer in Radeberg: Im Briefkasten der Nr. 8 ist keine Bemerkung, die Ihnen gilt. Sie scheinen zu spät bei der Post abonnirt zu haben und haben daher die Nr. 1—7 nicht geliefert erhalten. Zahlen Sie bei dortiger Post 10 Pf. Nachbestellungsgebühr und es werden Ihnen die fehlenden Nrn. von der Post nachgeliefert. — Josef Neumann in Ueckendorf oder Wattenscheid: Geben Sie uns Ihre genaue Adresse an um Ihnen das Resultat der Recherche des hiesigen Postamts auf Ihre Reklamation bekannt geben zu können.

Herr **Pilz**, Tapezierer in Leipzig, wird ersucht zu uns zu kommen oder mindestens uns seine Wohnung anzugeben.

Leipzig, den 22. Januar 1878.

Die Expedition des „Vorwärts".

Robert Essenwein, Schuhmacher aus Neustadt (Mecklenburg-Schwerin) zuletzt in Düsseldorf, wird ersucht, seine Adresse mitzutheilen an Wilhelm Essenwein, per Adr. Franz Mundy, Schreiner, Baden-Baden, Stephanienstraße 31.

Quittung. Hnz London Ab. 8,16. Rdgr Halle Ab. 15,00. Sbl Dortmund Ab. 28,00. Brthl Schönberg Ab. 11,26. Arbeiterb.-Verein Dresden Ann. 3,60. Grnwld Altenburg Schr. 10,00. Schrnr Lübeck Ab. 6,30. Fdlr hier Ab. 1,60. Schneiderverein hier Ann. 2,00. Bhnrt Trachau Ab. 1,40. Grbnstn Lindenau Ab. 36,95. Schr. 5,00. B. Gy hier Ab. 8,20. Prbst München Ab. 30,00. Schlr Frohnau Schr. 12,00. Pfz Oschatz Ab. 3,00. Schrdr Cöln Ab. 3,70. Arb.-Verein Meran Ab. u Schr. 40,48. Rtr Gelenau Schr. 20,00. Tt hier Schr. 3,75. Müller Verden Ab. 14 70. Hlzngr Wien Ab. 1,37. Cznk Preßburg Ab. 2,57. Brnng Delitzsch Ab. 13,90. Eingrtn hier Ann. 0,40. Ullrch hier Ab. 63,57. Engl Neudnitz Ab. 50,00. Klnnr Eisleben Ann. 0,60, Schr. 1,00. W. Knf Frankfurt Ab. 52,60. Lnz Passau Schr u. Ab. 7,00. Strgn Danzig Schr. 5,00. Bck Gotha Schr. 4,80. Lngwnd Wiesbaden Schr. 3,60. Mrtg Coldtz Schr. 0,90. Sbl Teuchern Schr. 0,70. Bgnt hier Schr. 1,00. Sinnr Niederbronn Schr. 0,50. Urbn Cöln Schr. 5,00. Schuppenbch Remscheid Schr. 0,60. Stdngr Worms Schr. 2,10. Rchtr Luxemburg Schr. 2,20. Jl Berlin Schr. 1,50. Hns Constanz Schr. 0,70. Hldr Hildesheim Schr. 2,00.

Anzeigen

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Eisleben. Die hiesigen Leser des „Vorwärts" werden freundlich ersucht, **Sonnabend**, den **26. Januar**, Abends 8 Uhr zu einer (F. 100) [60

Besprechung

im Wiesner'schen Restaurant, Klosterplatz, Stube 1, sich einzufinden.

Mehrere Leser des „Vorwärts".

Leipzig. **Donnerstag**, den 24. Januar, Abends ½9 Uhr im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Das sächsische Dissidentengesetz in Bezug auf das Civilstandsgesetz. Referent Chr. Hadlich.

70] **Der Agent.**

Bei meiner Abreise von Lübeck nach Braunschweig sage ich allen Genossen ein **herzliches Lebewohl!**

30] (F. 210) **Rud. Schröder**, Former.

Roh-Tabak

Seedleaf	20—180 Pfg.	
Brasil von 30 Pfg. an		26
Domingo	20—50 Pfg.	
do. Blatt	80—90 Pfg.	
Java	90—250 Pfg.	
Carmen	80 Pfg.	
Palmyra	100—150 Pfg.	[420

Ferd Gätjens,
Altona, Rathhaus Markt 36.
Briefl. Bestellungen werden unter Nachnahme prompt ausgeführt.

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag
gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen
von
Joseph Dietzgen.
Preis 10 Pf.
Leipzig. **Die Expedition des „Vorwärts".**

Neue Welt

Heft 5 Jahrgang III.
ist versandtfertig und wird **nur auf ausdrückliche** Bestellung geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.
Die Expedition der „Neuen Welt".

„Der arme Conrad".

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.
(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).
Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.
Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **francs per Kreuzband** zusenden.
Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.
Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.
Auf Posten von **1 Dutzend aufwärts** berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück, gebunden 40 „ „ } **netto gegen baar.**
Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Zukunft", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

---

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken ansporrnt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts"**
Färberstraße 12.

Wir empfehlen

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.

Materialien für die sozialistische Agitation.
Von **Bruno Geiser.**
7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Kap. 4. Das Gesetz bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und das Hilfskassengesetz. Kap. 5. Das Haftpflichtgesetz. Kap. 6. Das Lohnbeschlagnahmegesetz. Kap. 7. Das Preßgesetz. Kap. 8. Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhof, Schwarze ꝛc. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hah, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Kanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 618 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Soho Square.

Nr. 11. Sonntag, 27. Januar. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate Februar u. März zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow Brunnenstr. 34, im Laden.

Vorwärts!

Schreckliche Krisen wüthen bereits seit länger als vier Jahren auf dem Gebiete der Industrie und des öffentlichen Verkehrslebens. Zu der ökonomischen Krise ist die politische hinzugetreten. Die bange Kriegserwartung zuerst und dann der darauf folgende Krieg haben seit fünfzehn Monaten die Produktion, die sich wieder zu erholen begann, gelähmt und eingeschränkt, ja stellenweise völlig zum Aufhören gebracht. Seit neun Monaten ist der ganze Osten von Europa ein Schauplatz grauenhafter Verwüstung durch Mord und Flammen. Obwohl diese Blutbäder, die selbst wilden Thieren ein Grauen einflößen könnten, bereits neun Monate gewährt haben, ist das Ende der Metzeleien noch immer nicht abzusehen und ganz Europa läuft Gefahr, hineingezogen zu werden in diesen gräßlichen Todtentanz. Wer will solche Gräuel? Das Volk? Sie sind sein Tod. — Die Industriellen? Mit sehr wenigen Ausnahmen haben gerade sie darunter zu leiden. Wer ist es denn sonst? Ein halbes Dutzend Könige und Minister, welche sich einbilden, die Erde nach ihrem Belieben zerstückeln und die Völker nach einer politischen oder religiösen Schablone zustutzen zu können, — ein halbes Dutzend Könige und Minister, umgeben von einer Meute heißblütiger Offiziere, umgeben von Pfaffen, Bankiers und hohen Staatsbeamten, die schon vom Mutterleibe an mit einem unersättlichen Gelddurste behaftet sind.

Und die große Menge, welche sie drängen und drücken, und von der sie doch leben, was thut sie? Sie zahlt, weint und stirbt.

Zehntausend Meilen von uns entfernt, an dem uns entgegengesetzten Ende der Erdkugel, büßen auf einer Insel des stillen Oceans unter einem brennend heißen Klima 4000 Männer, Frauen und Kinder, theils mit Galeerensträflingen zusammengefesselt, theils in unfruchtbar-trockenen unzugänglichen Einöden schon seit fünf Jahren ihre Erhebung gegen diese Herren, die heute der Menschheit zur Ader lassen. Weniger glücklich als ihre 25,000 Kameraden, deren Leichen die Pariser Friedhöfe anfüllen, sehen sie ihrer langsamen Auflösung entgegen, gleichwie der Kranke, welcher die Krankheit stufenweise von seinen Füßen bis zum Herzen steigen fühlt. Jede von Neukaledonien anlangende Post bringt die Kunde von neuen Sterbefällen und Selbstmorden; es vergeht fast keine Woche, ohne daß in einigen jener ärmlichen Mansarden in Paris, die Frau, das Kind, der Vater oder die Mutter eines dieser unglücklichen Menschen in Caledonien aus Kummer und Elend stirbt. Diese Geächteten, sie hatten wie ihre Kameraden die ewig unverjährten Menschenrechte für alle Völker der Erde gefordert. Auf allen ihren Fahnen stand zu lesen: „Hoch die Welt-Republik!" Sie hatten es mit rothen Lettern an die Säule der Bastille geschrieben. „Ich wünsche ebensosehr die Freiheit für die übrigen Völker wie für Frankreich", sagte einer jener Männer zu einem Feinde der Freiheit. Einer ihrer Offiziere schrieb an den Führer einer Abtheilung: „Bürger, leisten Sie mit aller Ihnen zu Gebote stehenden Macht Widerstand, denn Sie wissen wohl, daß wir hier die Interessen der Menschheit zu vertheidigen haben." Und Millière rief, als er, von einer Kugel zum Tode getroffen hinsank: „Es lebe die Menschheit!" Waren das träumerische Phantasten oder Leute mit praktischem Verstande, welche damals zu den Völkern sagten: „Ihr müßt Eure eigenen Herren sein"? Die wahnsinnigen Orgien, welche das jetzige Regierungssystem feiert, denen wir theils als Zuschauer, theils als Opfer beiwohnen — genügen sie nicht, das Thun jener Helden zu rechtfertigen?

Nun wohl, was hat für diese Männer die große Menge des Volkes gethan, für das sie sich doch geopfert haben? Nichts. — Wohl hat man jenen Braven in den Zeitungen und in Zusammenkünften Lob gezollt und Beifall gespendet. — Eitles Gerede. Viel Geschrei und wenig Wolle!

Dort unten sterben sie weg, einer nach dem andern, und von ihnen dieser und jener vielleicht mit den Worten: „Sozialismus, Solidarität, ihr seit nur leere Worte!"

Es giebt also Niemanden in Europa, der es unternähme, jene Opfer zu retten? Die Arbeiter sind also nur eine verworrene Masse, nicht fähig, sich zu einer gemeinsamen Anstrengung zu vereinigen? Die sozialistische Partei wäre also, wie die Reaktionäre auch sagen, nur ein bunt durcheinander gewürfelter Haufen von Sekten und Cliquen, die gegeneinander schreien und brüllen, die ihren wahren Feind vergessen, um ihren Nachbar zu fassen?

Daß die französische Sozialdemokratie keinerlei Kundgebungen wagen darf, ist sehr begreiflich. — Seiner edelsten Glieder beraubt, ohne Vereinigungs- und ohne Assoziationsrecht, ohne eine Parteipresse, gehetzt und verfolgt von den Kriegsgerichten, die noch immer nicht abgerüstet haben, verleumdet von den Führern der Linken, die es noch immer verstehen, die Massen zu nasführen — umschmeichelt von einzelnen Ehrgeizigen, die eine Rolle spielen möchten, kann der Sozialismus in Frankreich nichts anderes thun als abwarten, bis neuer Lebenssaft seinen Körper durchrieselt.

Daß der Sozialismus in England sich noch im latenten Zustande befindet, ist bekannt. Die englischen Trades-Unions, die unter der Leitung und Verwaltung von Schmarotzern stehen, welche von ihnen leben, halten sich fern von jeder Solidarität, und zwar nicht allein fern von der internationalen sondern auch von der nationalen Solidarität; sie haben die Bewegung in der Landbevölkerung ersterben lassen, sie haben die Vereinigungsvorschläge zurückgewiesen und werden niemals von ihrem Egoismus frei werden — es sei etwa, daß sie durch unvorhergesehene Katastrophen dazu gezwungen würden.

Über in Deutschland! Deutschland, das eigentliche Bollwerk des Sozialismus, mit seinen ansehnlichen Arbeiterbataillonen, seiner Parteipresse, den sozialistischen Tagesblättern, Wochenschriften, illustrirten Zeitungen, Deutschland mit seinen geschulten Rednern, mit seinen 12 sozialistischen Abgeordneten, welche von der National Tribüne herab den Ruf nach Vereinigung können ertönen lassen, die deutsche Sozialdemokratie mit ihren 600,000 gut disciplinirten und von gesundem Enthusiasmus erfüllten Kämpfern in Stadt und Land, die zur gegebenen Zeit mit der unerbittlichen Gewalt des stürmischen Meeres handeln können, — Deutschland sollte nicht helfen können? Sozialdemokraten Deutschlands! Die Söhne von Paris verstanden es, ohne jegliche Vorbereitung ohne Schulung als Helden zu handeln, und Ihr mit Eurer vortrefflichen Organisation, Ihr solltet es nicht verstehen, Sieger zu sein, wenn Ihr es nur wollt?!

Wollen heißt für ein Volk handeln. Warum also diese Lähmung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie? Was fehlt ihr denn? Etwa die Macht und Stärke? Nein. Wohl aber das Bewußtsein ihrer Macht und Stärke.

In der Mitte des 16. Jahrhunderts brach in dem Lande der Sklaverei par excellence, in Frankreich, La Boëtie, ein junger Mann von 25 Jahren, begeistert von der jungen Epoche, die in Wahrheit den Namen „die Zeit der Wiedergeburt" (renaissance) verdiente, in die Worte aus: „Arme und bedauernswerthe Menschen, thörichte Völker, Nationen, die ihr hartnäckig seid, wenn es sich um Euern Nachtheil, blind aber, wenn es sich um Euern Vortheil handelt, Ihr laßt Euch das schönste und klarste der Euch zustehenden Rechte vor Euern Augen wegnehmen (emporter devant vous) .... Und all' dieser Schaden, dieses Unglück, diese Zerstörung, geht von Dem aus, der, so mächtig er auch sein mag, doch nur Euer Geschöpf ist. Als Mitschuldige des Mörders, der Euch mordet, als Verräther an Euch selbst, zieht Ihr Eure Töchter groß, damit er sich ihrer bedienen kann, um seiner Wollust zu fröhnen, zieht Ihr Euere Söhne groß, damit er sie in Kriege führe, damit er sie zum Massenmord treibe, damit er sie zu Dienern seiner Gelüste und zu Vollstreckern seiner Racheakte mache . . . Zudem ist es nicht einmal nöthig, daß man diesen Tyrann direkt bekämpfe, man braucht ihm nur nichts mehr zu geben. An den Völkern liegt also die Schuld, wenn sie unterdrückt werden, da sie schon befreit wären, wenn sie nur aufhörten zu dienen."

Und diese seine Rede, in welcher er den Völkern die Versicherung gab, daß sie, um frei zu sein, nur aufhören müßten, dem Tyrannen ihre Arbeit und ihre Kraft zur Verfügung zu stellen, deren er sich bediene, um sie zu Sklaven zu machen, diese Rede betitelte La Boëtie „Die freiwillige Sklaverei."

Damals im 16. Jahrhundert, wo das Volk, bedrückt und gequält von tausend großen und kleinen Tyrannen, ohne alle Einsicht und gegenseitigen Verkehr, nicht im Stand war, einen vernünftigen Gedanken zu fassen oder mit anderen in Verbindung zu bringen, damals und unter solchen Umständen war dieser Vorwurf ein ungerechter. Was vermochte der an die Scholle gebundene Leibeigene, der unter der Peitsche stand — was vermochte der in seine Werkstätte eingesperrte Handwerker, der unter dem drückenden Joch einer Zunftkörperschaft stöhnte — was vermochten sie ohne Anregung von Außen, ohne Belehrung, ohne direkten Einfluß auf ihre Herren? Aber jetzt, am Anfange des 19. Jahrhunderts, wo die Arbeiter zehn Revolutionen zu Führerinnen haben, in weniger als hundert Jahren schon so oft die Aristokraten die Wucht ihrer Faust fühlen ließen, jetzt, wo der ungeheure Menschenandrang zu den Städten und die Centralisation auf dem Felde der Industrie ihnen es möglich machen, sich zu verständigen, die Lösung der sozialen Frage in die Hand zu nehmen, — kann man heute, wo dies alles der Fall ist, nicht sagen, daß die Knechtschaft der Menschen nur von ihnen abhängt?

Im Jahre 1819 zeigte St. Simon in seiner berühmt gewordenen „Parabel", wie Frankreich alle seine Fürsten, seine hohen Offiziere, seine Minister, seine Pfaffen, seine Präfekten, Richter und die 10,000 besser situirten Eigenthümer, zusammen 30,000 Personen, verlieren könnte, ohne daß daraus irgend ein Unglück in politischer Hinsicht entstünde, während durch den Verlust seiner 3000 besten Gelehrten, Künstler und Landbebauer, Fabrikanten, Commis und Handwerker es ein Körper ohne Seele würde. Heutzutage hat die mit Nothwendigkeit herbeigeführte Centralisation der nöthigsten gesellschaftlichen Arbeit das gesellschaftliche Leben in die Hände der verschiedenen Arbeitergruppen gegeben: Wenn die Eisenarbeiter sich weigerten in die Eisenhütten und Schmieden zu gehen; wenn die Eisenbahn- und Kanalarbeiter sich weigerten, ihre Posten einzunehmen; wenn die Postbeamten sich weigerten, auf die Büreaus zu gehen; wenn die Seidenweber sich weigerten, ihre Webschiffe in Gang zu bringen; wenn die Buchdrucker sich weigerten, die Winkelhaken zur Hand zu nehmen; wenn die Arbeiter der Hochöfen sich weigerten, die Hochöfen zu speisen (auf diese Beispiele will ich mich beschränken) — wäre dann nicht das ganze gesellschaftliche Leben total aufgelöst?

Und würde es denn für diese Arbeiter so schwierig sein, sich zu verständigen?

Wären sie wohl, da Niemand ohne sie leben kann, auf sogenannte Strikekassen angewiesen?

Könnte man gegen sie wohl die geringste Gewalt in Anwendung bringen?

Würden nicht vielmehr schon binnen 24 Stunden jene Herren sich genöthigt sehen, den Arbeitern nachzugeben?

Könnten sie dann nicht auch gleich günstige Bedingungen für die anderen Arbeiter, deren Dienste nicht so unmittelbar nöthig sind, auswirken?

Was fehlt also den Arbeitern? In Amerika die Organisation, in Europa die Aktion.

Wir haben vor Kurzem gesehen, wie in Amerika die Eisenbahnarbeiter in einem ernsten Kampfe besiegt wurden, und zwar einzig und allein besiegt in Folge des Mangels an Einverständniß. Werden sich in Deutschland die Arbeiter bei ihrer starken Organisation darauf beschränken, den Takt anzugeben? (à marquer le pas.)

Kameraden, was nützt es Euch, daß Ihr Eure Kraft anhäuft, wenn diese Kraft sich nicht durch Thaten dokumentirt?

Was nützt es Euch, daß Ihr hinsichtlich Eurer Zahl, Eurer Disziplin und Zucht die mächtigste sozialistische Armee der Welt seid, wenn Ihr die Tyrannen unbehindert ihre Schlächtereien sollt weiter betreiben lassen?

Vorwärts! Vorwärts! Sagt nicht: „Wir wollen uns noch vorbereiten." Ihr seid schlagfertiger als Ihr es glaubet, und Eure Feinde fürchten Euch mehr als Ihr vermuthet. Ein großer Kriegsmann sagte: „Es ist nicht immer gut, zu verständig in die Schlacht zu ziehen."

Zeigt Euch! Die Stunde ist gekommen. Duldet nicht, daß der blutige Schandfleck des Ostens sich über ganz Europa ausdehnt. Laßt Eure Brüder in Caledonien, die für Euch gekämpft haben, nicht hilflos in's Grab sinken.

Wohl muß die Freiheit ihre Märtyrer haben, wohl müssen Viele sich für die Befreiung des Volkes in die Gefängnisse werfen lassen; Pflicht des Volkes aber ist es, den Seinen zu Hülfe zu kommen. Der Sozialismus wird seine ganze Macht erst dann beweisen, wenn er die Garantie für die Gegenwart übernimmt und die zerstreuten Trümmer der Vergangenheit sammelt.

An's Werk! Eilt! Die Kriegsfurie schickt sich an, auch hier Generalmarsch zu schlagen. Dort unten wird das Röcheln der Opfer von Stunde zu Stunde schwächer.

Sozialisten vorwärts!

London, im Januar 1878. Lissagaray.*)

Ueber die Lage der Elementarlehrer in Preußen.

Von einem Lehrer.

Die meisten Leser werden sich noch der großen Freude erinnern, mit welcher der Rücktritt des Herrn v. Mühler als preußischer Cultusminister und die Ernennung Dr. Falk's zum Nachfolger desselben nicht nur von den Lehrern, sondern von allen, die es wohl mit dem Volke und der Schule meinten, begrüßt wurde. Hatte doch der für die deutsche Nation unfehlbare Bismarck selbst den Hrn. Falk empfohlen und ihm somit den Stempel der Unübertrefflichkeit aufgedrückt.

Auf Falk setzten die Elementarlehrer ihr ganzes Vertrauen, von ihm hofften sie Erlösung von der bittersten Armuth, die aller Beschreibung spottet. In dem Kampf ums Dasein hatten die Lehrer den Muth, in geschlossenen Reihen vorzugehen und ihre Wünsche an der rechten Stelle vorstellig zu machen, verloren; geistig und körperlich durch ihre drückende Lage abgespannt und daher untüchtig zu jeglicher politischen Bedeutung, lebten die meisten in ihrem Wirkungskreis dahin, geknechtet von einer herrschsüchtigen und feigen Geistlichkeit. Wenn trotzdem sehr oft von „liberalen" Zeitungen mit einer gewissen Ironie gemeldet wurde, daß hier oder dort ein Lehrer seine Stelle verlassen habe, ohne vorher nur seinen Mittagstisch bezahlen zu können, wenn selbst von vielen Unterstützungs-Vereinen, welche die Lehrer unter sich zur Abhülfe ihrer Noth gegründet haben, in dem Rechnungsbericht am Schluß des Jahres constatirt werden mußte, daß viele Mitglieder ihre jährlichen Beiträge nicht haben entrichten können, weil ihre Stellen so schlecht dotirt sind, daß sie sich nur mit Kummer haben nähren können — wen sollte da nicht tiefer Abscheu gegen die bestehenden Verhältnisse ergreifen?! Wer wollte sich deshalb nicht mit den Lehrern freuen, als Herr v. Mühler den Wanderstab ergriff und Dr. Falk seine neue Stellung antrat?

Hat nun Dr. Falk im Verein mit der liberalen Partei dem Nothstand der Lehrer Abhülfe verschafft? Gehen wir im Geiste nur einmal die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus durch, wo von Schulfragen die Rede war, und erinnern wir uns nur, in welcher Art und Weise jene Fragen behandelt wurden. Großmüthige große Herren gaben wohl zu, daß das Gehalt eines Lehrers zu niedrig sei, da ja ihr erster Kutscher einen höheren Lohn beziehe. Der Abgeordnete Kiesel — der ja selbst Ele-

*) Von dem Geschichtsschreiber der Commune für den „Vorwärts" geschrieben.

mentarlehrer war — begnügte sich mit Lobreden auf den Cultusminister; er sprach über dessen gute Gesinnungen und über die Zukunft der Volksschule. Diese Lobreden — nebenbei bemerkt — scheinen dem Cultusminister gefallen zu haben, denn vor kurzer Zeit ist Herr Kiesel zum Seminarlehrer befördert worden. Wenn wir nicht irren, hat er das vorgeschriebene Examen nicht abgelegt. Der Cultusminister selbst tröstete mit dem nahen (!) Unterrichtsgesetz. So ging man denn zur Tagesordnung über. Die „Liberalen", denen sich die Lehrer in die Arme geworfen hatten, schwiegen alles todt, sie schienen nichts wissen zu wollen. Wie gut die Elementarlehrer bei den „Liberalen" aufgehoben sind, hat vor kurzer Zeit ein tragischer Fall in Kassel bewiesen. Als nämlich ein dortiger Lehrer gerechte Beschwerden gegen den städtischen Schulinspektor, Hofrath Dr. Hochhut, durch die „Hessische Morgenzeitung" — ein entschieden „liberales" Blatt — an die Oeffentlichkeit brachte, kannte die königliche Regierung zu Kassel den Verfasser jenes Artikels schon vor dessen Erscheinen. Man war mit Recht hierüber erstaunt und empört und ging der „Morgenzeitung" zu Leibe. Da beichtete sie kleinlaut, daß sie in Schulsachen einen Herrn von der Regierung als Vertrauensmann habe, der solche Aufsätze vor ihrem Erscheinen erst durchsehe. Dieser Vertrauensmann ist zugleich der Vorgesetzte aller hessischen Lehrer. Kann nun solch eine „liberale" Zeitung nicht auch aus andern Regierungs-Abtheilungen einen Herrn Rath als Vertrauensmann haben? Und wer wollte dann noch Artikel an solche Zeitungen einschicken?

Die strenge Controlle über die Lehrer ist keineswegs beseitigt oder vermindert worden. Durch die Schulinspektoren wird jede Einmischung in Politik streng geahndet, wie uns die Bekanntmachung des Oberschulinspektors zu Köln bewiesen hat. Man ist in der Ausübung der Controlle über die Lehrer sehr erfinderisch. Den größten Fortschritt hierin hat indeß doch der königliche Landrath zu Rinteln in Hessen gemacht, der die Lehrer seines Kreises noch vor nicht langer Zeit unter Aufsicht der Gensdarmen stellte.

Mit banger Sorge können wir dem neuen Schulgesetz entgegensehen. Vernünftig wäre es doch, daß alle Schüler eine gemeinsame Elementarschule besuchten; diejenigen, welche eine höhere Schule absolviren wollen, gingen aus der gemeinsamen Elementarschule mit einem gewissen Maß von Kenntnissen in die höhere Schule über. Anders jedoch will es Falk in dem neuen Unterrichtsgesetz haben. Die schon lange auf dem Aussterbeetat stehenden Vorschulklassen höherer Schulen sollen auch künftig bleiben, damit diese Schüler ja nicht mit denen armer Eltern auf eine Schulbank zu sitzen kommen. Auf diese Weise scheint Falk die Kluft zwischen den verschiedenen Klassen der Nation nur noch vergrößern zu wollen.

Manifest der sozialistischen Partei in Brabant (Belgien).

(Schluß.)

Von den Forderungen der Gegenwart, behufs deren Verwirklichung wir, je nachdem es die Umstände und das allgemeine Wohl erfordern, den Kampf aufnehmen werden, können wir nachstehende anführen:

1) Für alle belgischen Bürger das Stimmrecht, zur Wahl sowohl der gesetzgebenden Körperschaften, als auch der Provinzial- und Gemeindevertretungen.

2) Für alle belgischen Bürger die Gewährleistung des Rechtes der Wählbarkeit zu den Jurys (Schwurgerichten).

3) Obligatorischen, unentgeltlichen Unterricht in Elementarschulen, die unter weltlicher Leitung stehen.

4) Demokratische Organisation des Fach-, Industrie- und landwirthschaftlichen Unterrichts.

5) Vollständige und radikale Trennung der Kirche vom Staat; demgemäß also auch Aufhebung des Artikels in dem Gesetz von 1842, welcher die Geistlichen zur Einmischung in die Angelegenheiten der Schule berechtigt; Abschaffung des religiösen Eides, Säkularisation (Uebergehen in weltlichen Besitz) der Friedhöfe, Abschaffung des Cultus-Budgets ꝛc. ꝛc.

6) Abschaffung der stehenden Heere, Reorganisation des Milizwesens durch Wehrhaftmachung aller waffenfähigen Männer.

7) Aufhebung des Gesetzes, betreffend die Fremden, besonders in den Punkten, die sich auf die Ausweisung politischer Flüchtlinge beziehen.

8) Unbedingte Aufhebung eines jeglichen Gesetzes über die Strikes und Arbeiter-Coalitionen.

9) Abschaffung der Arbeitsbücher.

10) Aufhebung des Artikels 1781 im Civil-Gesetzbuch, welcher lautet: „Den Meistern (Arbeitgebern) wird auf ihre Versicherung im Glauben geschenkt in Betreff des Betrags der Löhne ꝛc.

11) Umgestaltung des Gesetzes über die gewerblichen Schiedsgerichte auf der Grundlage der Demokratie und Gleichheit.

12) Abschaffung der Kinderarbeit, gesetzliche Regelung der Knabenarbeit, indem ein Maximum (längste Frist) für die Dauer der täglichen Arbeitszeit festgesetzt wird, ebenso wie ein bestimmtes Alter, unter welchem jugendliche Personen (adolescents) in industriellen Etablissements nicht beschäftigt werden dürfen.

13) Gesetzliche Regelung der Arbeit der Erwachsenen (der Männer und Frauen) insbesondere in allen der Gesundheit nachtheiligen Industriezweigen; Verpflichtung für den Arbeitgeber, in den Werkstätten, Bergwerken ꝛc. alle von der Wissenschaft festgestellten Gesundheitsmaßregeln zu treffen.

14) Strenge Haftpflicht der Prinzipale bei Unglücksfällen, welche den Arbeitern während ihrer Arbeitszeit und in Ausübung ihrer Arbeit zustoßen.

15) Beseitigung der Concurrenz, welche der Privatindustrie durch die Gefängniß- und Klosterarbeit geschaffen worden.

16) Einführung eines Normal-Arbeitstages (im Einklang mit den zur Wiederherstellung der Körperkräfte, sowie zur Entwickelung der intellektuellen und moralischen Anlagen des Menschen nothwendigen Bedürfnisse); und zwar soll dieser Normalarbeitstag gesetzlich bindende Kraft erhalten für alle Arbeitsplätze, Werkstätten, Eisenbahnen, die dem Staate, der Provinz oder der Commune gehören, und insonderheit bei allen Arbeiten des öffentlichen Verkehrswesens, da es die Pflicht des Staates und der Communen ist, der Privatindustrie in dieser Hinsicht mit einem guten Beispiel und mit der Anregung voranzugehen.

17) Aufhören der Conzessionsertheilung zu Bergwerken, Eisenbahnen ꝛc. an Kapitalisten-Gesellschaften. Rückkehr der Bergwerke und Eisenbahnen in den Besitz des Staates, welcher mit den Arbeitern und Beamten dieser Industriezweige in Verbindung zu treten hätte, um hier die genossenschaftliche Arbeit einzuführen.

18) Die Verwaltung der gesetzlich in diesen Industriezweigen gegründeten Versicherungskassen soll wieder in die Hände der Arbeiter gelegt werden. Diese Verwaltung soll unter die Oberaufsicht von Staatsbeamten gestellt werden, jedoch ohne jegliche Einmischung der Prinzipale oder Chefs der industriellen Etablissements.

19) Aufhören der Veräußerung von Gemeinde- und Domänecigenthum; allmählige Rückkehr in Gemeindebesitz des bereits veräußerten Eigenthums dieser Art, dessen Besitzergreifung durch die Allgemeinheit ein dringendes Bedürfniß ist.

20) Abschaffung der indirekten Steuern; Einführung einer direkten und progressiven Einkommensteuer.

21) Abschaffung aller Handelsmonopole und Finanzprivilegien.

Wenngleich wir uns als politische Partei constituiren, um vorstehendem Programm zum Siege zu verhelfen, so halten wir uns dennoch für verpflichtet, die Erklärung abzugeben, daß wir dieses Programm nur als Programm einer Vorbereitungs- und Uebergangs-Periode betrachten — einer „Garantie-Periode", wie man es auch genannt hat. — Fürwahr, unser Ideal ist nicht die gegenwärtige gesellschaftliche Organisation, selbst dann nicht, wenn sie erweitert und verbessert ist durch Erlangung einiger der Gesammtheit günstigen Garantien. Das Ziel, welches wir im Auge haben, ist die Verwirklichung einer Gesellschafts-Organisation, welche, wie sich ein berühmter englischer Schriftsteller, John Stuart Mill, ausdrückt, „die größtmöglichste Freiheit der Handlungen des Einzelnen vereint mit dem gemeinsamen Besitz der von der Erde erzeugten Rohstoffe und einer gleichmäßigen Antheilnahme Aller an den Wohlthaten der gemeinsamen Arbeit".

Wir wissen wohl, daß mehrere von den Reformen, die wir anstreben, eine Verfassungsrevision erfordern; aber wir wissen auch, daß die belgische Verfassung Alles in Allem genommen nichts Anderes ist, als ein Symbol, ein gesetzlicher Ausdruck der Privilegien, die man als unübersteigliche Schranke jedem Fortschritt entgegenstellt. Wir beugen uns in politischer Beziehung ebenso wenig vor dem Dogma, als wir dies in philosophischer Hinsicht thun, weil wir wissen, daß der Stillstand mit den Naturgesetzen sowohl, wie auch mit den Gesetzen der menschlichen Vervollkommnungsfähigkeit unvereinbar ist.

Was nun die uns zum thätigen Eingreifen zu Gebote stehenden Mittel betrifft, was ferner die Art und Weise betrifft, auf welche wir unsere Stimme nicht nur vor der Regierungsgewalt wollen erschallen lassen, sondern auch vor der Regierungsgewalt wollen erschallen lassen, so werden wir uns zu diesem Zwecke der Volksversammlungen, der öffentlichen Kundgebungen, der Massenpetitionen und, soweit als möglich, der Wahlagitation bedienen. In letzterer Beziehung hat die sozialistische Partei in Belgien noch nicht alle ihr zukommenden Rechte, so lange nicht Alle stimmberechtigt sind. Trotzdem aber machen wir, da viele Sozialisten wahlberechtigt sind, es denselben zur Pflicht, sich zusammenzuschaaren, sich zu vereinigen und zur Zeit der Communalwahlen, der Wahlen in die Provinzial-Verwaltung und der Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften (des Landes) ihre Stimmen nur für sozialistische Candidaten abzugeben oder doch wenigstens für solche Candidaten, die so weit Freunde der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwickelung sind, daß sie sich verpflichten, die praktischen Reformen, welche wir unter heutigen Umständen fordern, unterstützen, so wie auch alle Beschwerdepunkte klarlegen zu wollen, deren unverzügliche Beseitigung wir zu verlangen ein Recht haben.

Endlich müssen wir, wenn wir uns als politische Partei in Belgien auf gesetzlichem und constitutionellem Boden constituiren, zur Steuer der Wahrheit auch eine zwiefache Erklärung abgeben:

Erstens ist es keineswegs unsere Absicht, dadurch, daß wir in die politische Thätigkeit unseres Landes eingreifen, uns von der internationalen Solidarität loszusagen, im Gegentheil, wir bieten unseren Brüdern aller Länder die Hand zum Bunde. Ferner wollen wir dadurch, daß wir uns der verfassungsmäßigen Rechte und der zu unserer Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel bedienen, keineswegs gesagt haben, daß wir die revolutionären Mittel für immer verwerfen und daß wir das Recht der Insurrektion (Volkserhebung) leugnen, ein Recht, dessen sich unsere Väter, die flämischen und wallonischen Communalisten, so häufig bedient haben. Wenn man dem Volke trotz all seiner Beschwerden und Proteste hartnäckig die Beseitigung der Ursachen seiner berechtigten Unzufriedenheit verweigert, dann bleibt ihm nichts übrig, als von jenem Rechte Gebrauch zu machen.

Und die Geschichte hat uns gelehrt, daß die Revolution oft der letzte Beweisgrund eines Volkes ist, ebenso wie die Kanonen der letzte Beweisgrund der Könige sind.

Für die Verwaltungs-Commission:
Die Sekretäre
C. de Paepe und E. Steens.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur „Friedensfrage", die nach wie vor eine sehr fragliche Frage ist, schreibt die amtliche „Provinzialcorrespondenz":

„Mit gespannter Erwartung sind in diesem Augenblicke Aller Augen auf das russische Hauptquartier in Rumelien gerichtet, nicht mehr um über weitere Kriegsoperationen Aufschluß zu erhalten, sondern um die Kunde von den mehr oder minder nahen Friedensaussichten zu vernehmen. Früher als irgend Jemand es noch vor Kurzem, selbst nach dem Fall von Plewna, ahnen konnte, ist durch die gewaltigen Erfolge des kühnen Winterfeldzuges der Russen der Augenblick herbeigekommen, wo die Türkei ihre militärische Widerstandskraft erschöpft sieht und um Frieden bittet. Nachdem sie die Vermittlung Europas, dessen Stimme sie vor dem Kriege nicht gehört hatte, und die besondere Vermittlung Englands vergeblich angerufen hatte, mußte sie den einzig möglichen Weg zum Frieden, den Weg unmittelbarer Verhandlung mit Rußland einschlagen.

„Seit einigen Tagen sind denn die Abgesandten der Pforte im Hauptquartier zu Kasanlik mit den russischen Feldherren versammelt, um die Vorbedingungen eines Waffenstillstandes zu verabreden. Da aber die wichtigste und entscheidende Voraussetzung für den Waffenstillstand die wirkliche Bereitschaft der Türkei zum Friedensschlusse ist, so wird man in ernsten und erfolgreichen Waffenstillstands-Verhandlungen zugleich die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Friedens erblicken dürfen.

„Der volle Abschluß freilich wird nicht durch die Entschließung der beiden kriegführenden Mächte allein bestimmt werden: die Lösung der in Betracht kommenden Fragen wird theilweise nicht ohne das Einverständniß und die Mitwirkung der europäischen Mächte erfolgen können. Aber die bisherigen Beziehungen unter den Mächten scheinen die

Ein pädagogisches Buch.

(Schluß.)

Und nun ein anderes für uns sehr interessantes Kapitel: „Die Volksschule und die Nationalität." Wir werden dieses Kapitel unverkürzt hersetzen, um nicht einer willkürlichen Auslese beschuldigt zu werden:

„Mehr Berechtigung als die Confession hat in der Volksschule die Nationalität. Es läßt sich keine vernünftige Erziehung, kein vernünftiger Unterricht denken, ohne die Sprache und den Culturschatz der Nation, zu welcher das Kind gehört, oder welcher es einverleibt wird. Die Sprache, welche das Kind von seiner Mutter lernt, und welche Sprache es in der Schule hört, ist eben die nationale; und woher sollten wir den Stoff zu unseren Lesebüchern nehmen, wenn nicht aus dem Schatze der Nationalliteratur? Wir beginnen ferner die Geographie und die Geschichte mit den heimathlichen und den vaterländischen Verhältnissen, machen die Wohnsitze, die Schicksale, die wirthschaftlichen Angelegenheiten, die Culturzustände unserer Nation zum Mittelpunkte des Unterrichts. Und knüpfen wir nicht die Naturkunde eben an diejenige Natur an, welche uns umgiebt? Das Rechnen ferner geschieht vorzugsweise mit Münzen, Maßen und Gewichten, welche bei uns gebräuchlich sind. In der Geometrie kommen die heimischen Längen-, Flächen- und Körpermaße zur Darstellung. Kurz: wo ist überhaupt ein zweckmäßig organisirter Volksunterricht, der nicht national wäre, nicht national sein müßte? Er muß es schon deshalb sein, weil er anschaulich und daher an das Naheliegende geknüpft sein muß. Und welcher vernünftige Erzieher möchte das Kind von der Sitte und Art seiner Nation, so lange dieselbe nicht verdorben ist, abschließen und absondern? Wer wollte nicht das Beste, was ein Volk aufzuweisen hat, zur Veredelung der Jugend anwenden?

„Wir Deutschen insbesondere haben nicht nöthig, unsere Kinder frühzeitig mit der Welt des alten Judenthums, oder der alten Hellenen, oder mit Sibirien und Neuseeland vertrauter zu machen, als mit dem Schauplatze, dem Leben, den Errungenschaften und der Geschichte unserer eigenen Nation. Zwar darf sich kein modernes Kulturvolk gegen andere Völker absperren; aber ohne Zweifel müssen in der Volksschule die heimischen Elemente herrschen und die fremdländischen in zweite Linie gestellt werden.

Hiermit ist aber auch dem nationalen Element, soweit es berechtigt ist, Genüge gethan. Vieles, was man sonst noch als „national" bezeichnet und empfiehlt, ist, sofern es gut, vernünftig, sittlich, der Würde und dem Wohle des Menschen gemäß ist, von den besten Gliedern aller Kulturvölker anerkannt und gilt nicht blos für die Deutschen, sondern auch ebenso sehr für die Engländer, Franzosen, Italiener u. s. w. Und in so fern ist das Beiwort „national" bei den Ausdrücken „Erziehung" und „Bildung" gleichbedeutend mit vernünftig, folglich, da ja alle Pädagogik und Didaktik eben auf das Vernünftige gerichtet ist, ein bloßer Pleonasmus, mit welchem übrigens Mißbrauch getrieben wird.

„Die höchste Norm für alle Erziehung und Bildung kann immer und überall nur das Ideal des Menschen, die möglichst vollkommene Ausgestaltung aller in der menschlichen Natur angelegten Entwickelungseinrichtungen sein. Nationalfehler sind stets Abirrungen von menschheitlichen Idealen, dürfen also nicht begünstigt, müssen vielmehr bekämpft werden. Nationalvorzüge hingegen sind reale Ausprägungen menschheitlicher Ideale, sind also festzuhalten, zu pflegen und wo möglich über alle Völker zu verbreiten. Aber eine Inthronisirung der Nationalität um ihrer selbst willen ist unvernünftig, unsittlich, barbarisch, verderblich und daher unberechtigt. Das Nationalitätsprinzip ist einer der bösesten Dämonen des Menschengeschlechts. Von jeher hat es zu fortwährenden Vernichtungskriegen, zum Unheil und Untergang der Völker geführt. Sollte die Menschheit für immer dazu verdammt sein, daß die einzelnen nach dem Recht des Stärkeren einander vernichten, weil eine jede so bornirt wäre, nur sich allein für daseinswürdig zu halten?

„Es ist das große Verdienst und der eigentliche Kern des reinen Christenthums (?), die Menschheit über den engherzigen Wust der Nationalität zur Menschlichkeit erhoben und hiermit der Pädagogik eine ewige Norm gegeben zu haben. Wer die Interessen seiner Familie zum alleinigen Zielpunkte seines Strebens macht, steht schon etwas höher als der, welcher nur sein liebes Ich vor Augen und im Herzen hat: wer in der Nationalität sein Ideal erblickt, ist dem „Kirchthurmspolitiker und auch dem „Kleinstaatler" voraus; aber engherzige Philister sind sie alle zusammen. Jede wahre Pädagogik ist ihren Endzielen nach kosmopolitisch, sie trägt die Fahne der Humanität. Und die besten Männer, die Zierden und Geisteshelden der deutschen Nation sind Kosmopoliten, Apostel der Humanität gewesen.

„Für die Pädagogik ist die Lösung der nationalen Frage eine sehr einfache Sache. Wir brauchen nicht viel über nationale Erziehung und nationalen Unterricht zu reden. Erziehet und unterrichtet vernünftig, d. h. nach den allgemein giltigen Gesetzen der Pädagogik und Didaktik, nach den Gesetzen der Menschenbildung, so erziehet und unterrichtet ihr auch national! Was darüber ist, was auf Fälschung der ethischen Gesetze, auf Beeinträchtigung der Humanität durch Nationaldünkel und Nationalhaß, auf Gewaltthätigkeit und Unterdrückung hinausläuft, das ist von Uebel und kann dem deutschen Volk ebenso wenig zum Heil und zur Ehre gereichen, als irgend einem anderen. Das nationale Element ist in Erziehung und Unterricht zur Geltung zu bringen, so weit es vernünftig, sittlich, edel ist; einer besonderen Hervorhebung aber bedarf es nur dann, wenn es gegen ungerechte Angriffe vertheidigt, vor Verkümmerung und Fälschung bewahrt werden muß.

„Besonders nachtheilig wird das Nationalitätsprinzip für das Schulwesen dann, wenn sich die Staatsgewalt desselben bedient, um selbstsüchtige Zwecke zu fördern.

„Wir schließen diese Betrachtung mit einem Worte Schleiermacher's: „„Zur Entwickelung der Nationalität darf nichts Besonderes geschehen, wenn sie in der alten Generation da ist, außer insofern frembartiger Einfluß abgewehrt werden müßte."" — —

Was sagen unsere Nationalliberalen zu dieser Auffassung eines gewiß competenten und von seiner Aufgabe durchdrungenen Mannes? —

Knaben wie Mädchen will Dittes bezüglich des Unterrichts beinahe völlig gleich behandelt sehen. „Auch im Hinblick auf das praktische Leben", sagt er, „muß man wünschen, daß das Mädchen in der Hauptsache dasselbe lerne, was der Knabe lernt. Es wäre gewiß gut, wenn jede Mutter so viel Kenntnisse besäße, daß sie die Schularbeiten und Fortschritte ihrer Kinder ordentlich kontroliren könnte; wenn jede Frau so viel Bildung hätte, um ihren Mann verstehen, die wichtigsten Erscheinungen in der Natur, die wichtigsten Vorgänge im sozialen und politischen Leben richtig beurtheilen und auf ihre Umgebung einen heilsamen Einfluß ausüben zu können. Ungebildete Weiber, namentlich wenn sie in Massen auftreten, sind immer ein öffentliches Unglück, ein Hemmschuh des Fortschritts. Ueberdies müssen wir doch auch daran denken, daß ein Mädchen in die Lage kommen kann, sich mit eigenen Kräften durch die Welt zu helfen und ein praktisches Geschäft führen zu müssen; da werden ihm denn Schulkenntnisse gute Dienste leisten.

„In jedem Falle braucht auch das Weib Welt- und Menschen-

Zuversicht zu begründen, daß es auch in diesem entscheidenden Abschnitte der orientalischen Verwickelung gelingen werde, die Lösung unter voller Wahrung des Friedens zu erreichen.

„Die Weisheit und Mäßigung(!) des Kaisers Alexander, die innige und vertrauensvolle Verbindung desselben mit den benachbarten Mächten, und nicht minder die soeben von Neuem bekundeten friedlichen Neigungen Englands scheinen die Bürgschaft zu gewähren, daß die jüngste orientalische Krisis, früher als es gehofft werden konnte, einen friedlichen Abschluß finde."

Aus dieser Kundgebung des offiziellen Russenorgans erhellt, daß man in Petersburg einen bescheideneren Ton anzuschlagen beginnt, und einem Conflikt mit England aus dem Weg gehen möchte.

Daß die Widerstandskraft der Türkei so vollständig erschöpft sei, wie die „Provinzial-Correspondenz" es hinstellt, ist übrigens nicht ganz richtig. Suleiman Pascha hat sich mit seiner Armee durchgeschlagen und kann nun die im Süden Rumeliens stehenden türkischen Streitkräfte sammeln; und die türkische Hauptarmee im Festungsviereck ist noch vollständig intakt und wird für den Fall der Fortführung des Kriegs einen sehr wichtigen Faktor bilden.

Auffallend — oder auch nicht auffallend, je nachdem — ist, daß die „Provinzial-Correspondenz" auf die schwere Anklage der englischen Regierung, die deutsche Reichsregierung habe den Friedensvermittlungsversuch nach dem Falle von Plewna zum Scheitern gebracht, nicht mit einer Silbe antwortet. Der Leser wird selbst wissen, welcher Schluß daraus zu ziehen ist. Was die Behauptung der „Provinzial-Correspondenz" angeht, die Türkei habe vor dem Kriege nicht auf die Stimme Europas gehört, so ist dieselbe, gelind ausgedrückt, ungenau: eine Zeit lang herrschte wohl vor Ausbruch des Kriegs scheinbare Einigkeit unter den europäischen Mächten, allein die englische Regierung sah sich genöthigt, sich von dem „Europa" der „Provinzial-Correspondenz", d. h. von Rußland und dessen Vasallen, zu trennen. Und Englands „Stimme" hat doch ein gewisses Gewicht —, sonst würde das „Europa" der „Provinzial-Correspondenz" nicht plötzlich so gelinde Saiten aufziehen.

Daß die Pforte zu unmittelbaren Verhandlungen mit Rußland hat schreiten müssen, ist wahr, — und insofern hat das russische Organ recht; aber ebenso wahr ist — und das sagt die „Provinzial-Correspondenz" nicht direkt, obgleich sie es am Schluß indirekt zugiebt —, daß Rußland, wenn es den Krieg mit England vermeiden will, sich gezwungen sieht, auf sein Lieblingsprojekt: den Separatfrieden mit der Türkei, zu verzichten und die Garantiemächte des Pariser Friedens zu den Friedensverhandlungen zuzuziehen.

— Zum Krieg gehört die Pestilenz. Die „Kölnische Zeitung" läßt sich aus Kairo schreiben, daß die Cholera, „das unheilvolle Gespenst, langsam seine drohenden Finger nach den blutgedränkten Feldern des Krieges ausstrecke". Noch allerdings wird dasselbe durch die Kälte in Schach gehalten; zieht sich aber der Krieg noch bis in die wärmere Jahreszeit hinein und ist die Nachricht der „Kölnischen Zeitung" richtig, daß die Cholera sich in Egypten und Kleinasien jetzt in ziemlichem Umfange zeige, so kann auch für uns aus dem blutigen Kriege ein grausiger Feind geboren werden, gegen den Krupp'sche Kanonen und Mausergewehre nicht verfangen. Aber diese Anzeichen schon sollten die Regierungen Europas bewegen, durch einen raschen Machtspruch das Ende des Krieges herbeizuführen, damit die Brücke abgebrochen wird, auf welcher das graufe Gespenst leichten Schrittes zu uns herüberschreiten kann. Doch — „es gibt ja kein Europa mehr". Das alte ist ein faulender Cadaver, das neue noch ein „gefesselter Prometheus".

— Gute Meinung. Die „Kölnische Zeitung" ist der Ueberzeugung, daß in Zukunft, wenn die Nationalliberalen an der Regierung betheiligt seien, die Fortschrittspartei „noch etwas mehr, als bisher, compromißwillig" sich zeigen würde. Die Fortschrittspartei habe allerdings die Verfassung des deutschen Reichs von 1871 nicht sehr willig anerkannt, doch nach und nach habe sie sich darein geschickt und erstrebe nur noch die Vervollkommnung dieser Verfassung. — Durch solche Anschauungen soll der Fortschrittspartei ein Compliment gemacht werden — das mögen alle diejenigen Schwärmer beherzigen, die noch einen Funken Hoffnung auf die Energie oder auf den Freiheitsdrang der Fortschrittspartei setzen. Die „Kölnische Zeitung" calculirt ganz richtig — sie weiß ebensogut, wie wir, daß die Fortschrittspartei nur ein Schwänzchen der national-servilen Partei ist.

— Bourgeoismoral. Dem „Braunschw. Volksfreund" wird aus Königsberg geschrieben: „Ein hiesiges Bourgeoisblatt, das „Kommunalblatt", bringt unterm 28. Dezember 1877 — uns kam die betreffende Nummer erst jetzt zu Gesicht — folgende Notiz. Das Blatt erzählt, daß in Osterode ein Eisenbahnschaffner verhaftet sei, weil er ein allein reisendes junges Mädchen in ungeziemender Weise belästigt habe. Im Allgemeinen gelte unser Bahnpersonal aber für höchst zuverlässig, und ständen der zur Sprache gebrachte Fall einer Ausschreitung vollständig vereinzelt da (nun die eigenen Worte des ehrenwerthen Blattes:) „Es ist gewiß auch nur einem Irrthum des Beamten in der Person, die vor ihm stand, zuzuschreiben." Ein stärkeres Stückchen Bourgeoismoral haben wir wohl selten erlebt und richtet es sich selbst. Zugleich müssen wir unsere Verwunderung aussprechen, daß das Blatt von einem „vollständig vereinzelten Falle" spricht. Leider sind dergleichen Fälle sehr oft vorgekommen, wurden aber meistens durch das Schamgefühl der angegriffenen Frauen und Mädchen todtgeschwiegen, die sich einfach damit begnügten, ihre Person und Ehre in einem besetzten Coupé in Sicherheit zu bringen. Immer aber ging's nicht so glatt ab, und wie die Provinzialpresse viele Fälle der genannten Art registrirt, hat sie auch die Namen von Beamten, die wegen ähnlicher zur Anzeige gebrachten Fälle, in dritter bis erster Klasse passirt, bestraft wurden, bekannt gemacht. Schlief da das „Kommunalblatt"?

— Ein schlechtes Lob. Die „Deutsche Reichs-Post" bringt in ihrer Nummer vom 9. Januar einen Leitartikel: „Ein neuer Verein für soziale Reform." Das Schreiben des Herrn Professor Wagner an die Redaktion des „Staatssozialist" wird als „höchst packend" bezeichnet und im Anschluß hieran „einem solchen, vom christlichen Standpunkte aus unternommenen Werke von ganzem Herzen Gottes Segen" gewünscht, — wogegen wir Nichts einzuwenden haben! Allein manche „Bedenken" können deshalb nicht unterdrückt werden. Da spielt zunächst das liebe Geld die Hauptrolle. „Der geringste Beitrag ist 3 Mark; das ist für viele Geistliche z. B. schon reichlich hoch gegriffen und für manche andere noch mehr, denn die glauben zum größten Theile damit ein gewaltiges Opfer zu bringen. Viel zu hoch gegriffen ist aber der Preis für das Blatt, vierteljährlich 5 Mark. Das setzt seiner Verbreitung sofort enge Schranken." . . . . „Es ist ein bedenklicher Zirkelschluß, bei denen, deren Interesse erst geweckt werden soll, ein solches, das derartige Opfer nicht scheut, schon vorauszusetzen." Dann heißt es weiter: „Dennoch bietet die zweite Seite noch bei weitem größere Schwierigkeiten. Wie soll die Einwirkung auf die Arbeitermasse geschehen? Durch Kolportage? Es muthet uns etwas an, wie eine Bibelgesellschaft ohne den Hintergrund der Mission. Ja, wenn man die Kolporteure zugleich als Missionäre gebrauchen könnte! Oder soll der eine Reiseredner die letzteren ersetzen? Er wird überhaupt einem unüberwindlichen Mißtrauen bei den Arbeiten begegnen; seine Vorgänger à la Lindwurm u. s. w. haben das Geschäft zu sehr diskreditirt. Nein, man darf sich darüber keine Illusionen machen, eine solche Kolportage hat nur Sinn, wenn sie ein großartiges Vereinswesen hinter oder vor sich hat, von dem die Krystallisation ausgeht, in dem die Resultate der Aufklärung fixirte Gestalt gewinnen. (Das stimmt.) Man vergegenwärtige sich nur die Sozialdemokraten, die Katholiken, selbst die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine." Die „R.-Post." räth zwar „aufs dringendste" den Beitritt an und meint, die Sache dürfe „nicht im Sande verlaufen." Aber trotz alledem und alledem schließt sie mit folgenden gerade nicht sehr hoffnungsfreudigen Worten: „Wäre es selbst, was wir zu Gott nicht hoffen und nicht glauben, umsonst — der Versuch muß doch gemacht werden und wird seine Frucht in irgend einer Weise immer zeitigen." Wogegen wir wieder nichts einzuwenden haben — denn „in irgend einer Weise" ist ein ziemlich dehnbarer Begriff! Doch das Schönste an dieser ganzen Geschichte ist das schöne Geständniß, daß Viele mit 3, sage und schreibe drei Mark schon ein „gewaltiges Opfer" zu bringen glauben und dies für Viele unserer Herren Diener Gottes „schon reichlich hoch gegriffen" ist!!! Solche Leute gönnen wir den Staatssozialisten von Herzen.

— Gegen unseren verantwortlichen Redakteur Helßig hat der den Lesern des „Vorwärts" wohlbekannte Polizeikommissar Wirtz in Saarbrücken Klage wegen Beleidigung angestrengt, und hat derselbe nicht weniger als fünf Nummern (124, 127, 132, 134 und 137 vom vorigen Jahre) bezeichnet, in welchen seiner Ehre zu nahe getreten sein soll. Wie man sieht, hat der Mann sehr viel Zeit gebraucht, um sich zu der Klage zu entschließen, was ein bedenkliches Zeichen ist.

— Der Redakteur der „Thüringer fr. Presse", Genosse Bruck in Gotha, ist am 22. d. M. wegen 5 verschiedener Preßvergehen zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Eine Fälschung. Unter dem Titel: „Eine Liebesepisode aus dem Leben Ferdinand Lassalle's. Tagebuch — Briefwechsel — Bekenntnisse" für die deutsche, und: „Une page d'amour de Ferdinand Lassalle. Récit — Correspondance — Confessions" für die französische Ausgabe, ist vor Kurzem bei Brockhaus in Leipzig eine splendid ausgestattete und entsprechend theure Broschüre erschienen, die eine Reihe angeblich von Lassalle an eine junge Russin geschriebener Liebesbriefe, nebst der nöthigen feuilletonistischen Sauce enthält. Die „Frkf. Ztg." veröffentlichte schon vor mehreren Wochen längere Auszüge aus diesem litterarischen Produkt, die uns sofort Zweifel an der Aechtheit einflößten. Wir wollten indeß das Erscheinen der vollständigen Brief-Sammlung abwarten, ehe wir ein endgültiges Urtheil fällten. Jetzt liegt sie vor und wir können nur erklären, daß unsere Zweifel sich durchaus begründet erwiesen haben. Die angeblichen Briefe Lassalle's sind Fälschungen, von einem ordinairen Buchmacher mit Benützung landkundiger Thatsachen und namentlich der Becker'schen „Enthüllungen" („Das tragische Lebensende ꝛc.") verfertigt. Die Fälschern und Lügnern so verderblichen „Daten" sind auch hier zu Verräthern geworden: Lassalle drapirt sich z. B. als „Parteichef" und zwar als sozialistischer Parteichef im Jahr — 1860, wo er bekanntlich an den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" und eine sozialistische Agitation nicht dachte. Das allein genügt. Für die Geistesarmuth des Fälschers, der Lassalle natürlich auf sein eignes Niveau herabgezogen hat, ist charakteristisch, daß er für seine Heldin nicht einmal einen neuen Namen hat finden können: er hat sie „Sophie" getauft. — Wie eine renommirte Buchhandlung gleich der Brockhaus'schen sich zu diesem ebenso skandalösen als plumpen Schwindel hat hergeben können, ist uns schier unbegreiflich.

Aus Rußland.

Unsere Zeitungen, resp. deren Vertreter, die mit knechtischer Unterthänigkeit die „weisen" Verordnungen unserer Staatslenker verherrlichen müssen, wissen jetzt, im Siegesrausche, die „humanen" Reformen unseres „Christen-Befreiers" nicht genug anzupreisen. Was diese „Reformen" zu bezwecken hatten und bezweckt haben, in welcher Absicht dem russischen Volke dieses Almosen „von oben" zugeworfen wurde, das wurde jüngst von dem in London erscheinenden russischen „Vorwärts" in gebührender Weise beleuchtet.*) Es genügt, wenn ich hier nur bemerke, was übrigens den wahren Volksfreunden schon längst klar war, daß es die russische Regierung einzig und allein auf die Schaffung eines Proletariats, ohne welches die Existenz der Bourgeoisie undenkbar ist, abgesehen hat; und um das zu erreichen, d. h. um ein Proletariat par excellence nach dem Beispiele aller übrigen europäischen Staaten zu erhalten, konnte unsere „segensreiche" Regierung nichts Besseres thun, als dem Bauer das Letzte, was er noch als Leibeigener besaß, zu rauben, welche Großthat in der Sprache des „milden" Czaren und seiner Creaturen „Befreiung" heißt. Die gegenwärtige mehr als traurige Lage des russischen Volkes beweist zur Genüge, daß die rastlosen Bemühungen der russischen Regierung „für das Wohl des Volkes" nicht unbelohnt geblieben sind, denn das Proletariat ist im Handumdrehen geschaffen worden. Die selbstständigen Bauern, ihres Eigenthums beraubt, mit ungeheuer hohen Steuern, direkten und indirekten, belastet, vom Gutsbesitzer geknechtet, von dem ersten bis zum letzten geheimen oder offiziellen Polizeiknecht gemißhandelt, laufen aus den Dörfern in die offenen Arme der Fabrikanten.

Die Zahl der Besitzlosen steigert sich von Jahr zu Jahr.

*) Ein Landsmann von mir ist jetzt mit der Uebersetzung dieses Artikels für den „Vorwärts" beschäftigt.

---

kenntniß, und es wird also gut sein, wenn das Mädchen ebenfalls in der Volksschule die Vorbildung für's Leben findet; auch das Weib soll vernünftig werden, sich über das subjektive Belieben erheben und allgemeinen Gesetzen gehorchen lernen, und daher möge das Mädchen gleichfalls eine strenge Schule durchmachen. Und wenn es wahr ist, daß das weibliche Geschlecht zur Zerstreutheit, Oberflächlichkeit, Schwatzhaftigkeit, Eitelkeit, Empfindlichkeit, Launenhaftigkeit, Putz- und Vergnügungssucht neigt, so dürften ein gründlicher Schulunterricht und eine gemessene Schuldisziplin die besten Gegenmittel gegen diese Schwächen sein."

Wir wollen mit diesem Wenigen schließen, denn der Eingangs erwähnte Zweck ist völlig erreicht.

Wir wünschen den Schriften Dittes' die allerweiteste Verbreitung, besonders in Lehrerkreisen, damit der gute Same, den er ausstreut, baldigst Früchte bringe; ihm selbst aber, dem Verfasser, müssen wir die größte Hochachtung aussprechen für den Muth, mit welchem er unter keineswegs günstigen Vorbedingungen für Reorganisirung der Volksschule, dieses wichtigsten Bildungsmittels, eintritt. Vielleicht kommt ihm unser Beifall unvermuthet, wäre es doch nicht das Erstemal, daß mit idealem Sinn strebende, wahrhaft humane Geister über sich selbst erstaunt sind, wenn sie in unseren Bestrebungen ein Bild ihrer eigenen Gedanken wieder erkennen.

Noch müssen wir an dieser Stelle den Wunsch aussprechen, daß der Verfasser seinen „Grundriß der Erziehungslehre" zu einem Volksbuch umgestalten möchte, wie es die Familie braucht. Freilich wären hierzu mancherlei, doch kaum zu große, Veränderungen nöthig; jedenfalls könnte der erste Abschnitt unverändert stehen bleiben. Eine solche Schrift müßte viel zur Weckung pädagogischen Sinnes beitragen und also für die Jugenderziehung vom größten Werthe sein.

— Die richtige Körperstellung der Kinder während des Schreibens. Wir glauben vielen unserer Leser einen Dienst zu leisten, wenn wir nachstehende Veröffentlichung des „Aerztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig" hier zum Abdruck bringen:

Wenn Eltern sich über die fehlerhafte Haltung ihrer Kinder während des Schreibens und über die hierdurch verursachte Verkrümmung der Wirbelsäule beklagen, so beschuldigen sie meistens gleichzeitig die Lehrer wegen ungenügender Aufmerksamkeit auf richtige Körperstellung während des Schreibunterrichts. Dieser Vorwurf erscheint jedoch nicht gerechtfertigt. Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß in Leipzig in einigen Schulen noch alte Bänke vorhanden sind, welche theils durch unpassende Form den Kindern die richtige Körperhaltung unmöglich machen, — theils sogar der Rückenlehne entbehren. Hier ist von Seiten des Lehrers auch bei der größten Aufmerksamkeit eine richtige Haltung des Kindes niemals zu erreichen. Allein die Eltern sollten sich andererseits auch erinnern, daß unmöglich Alles von der Schule verlangt werden darf, daß vielmehr sie selbst es sind, welche bei der Erziehung der Kinder mitzuwirken und mit der Schule gemeinsam zu arbeiten haben. Freilich gehört hierzu (guten Willen und Zeit vorausgesetzt) als unumgänglich nöthige Grundlage die sichere und genaue Kenntniß dessen, was sie vom Kinde zu verlangen haben. Um dem mehr und mehr um sich greifenden Uebel einer unrichtigen Schreibstellung der Kinder steuern zu helfen, theilt der obengenannte Verein die nöthigsten Vorschriften über Sitz und Haltung der Kinder beim Schreiben mit.

1) Die Entfernung der Sitzfläche des Stuhles oder der Bank, auf welcher das Kind beim Schreiben Platz nimmt, von der Schreibfläche des Tisches sei so groß, daß der Oberkörper des Schreibenden sich vom oberen Ende der Magengrube an oberhalb der Schreibfläche befindet.

2) Die Sitzfläche sei so weit vorgerückt, daß ihr vorderer Rand 2—3 Centimeter unter die Schreibfläche vorgeschoben ist. Der Rand des Tisches, an welchem das Kindes sitzt, muß also über die Sitzfläche des Stuhles oder der Bank etwa einen Zoll hinüberreichen; Stuhl oder Bank dürfen daher nicht vom Tische abstehen, so daß, senkrecht von oben gesehen, ein Zwischenraum zwischen Tisch und Sitz wahrnehmbar wäre.

3) Die Vorderarme des Schreibenden sollen mit etwa zwei Dritttheilen ihrer Länge auf der Schreibfläche aufliegen. Der Ellenbogen muß freibleiben.

4) Das Papier oder die Tafel, auf welchen das Kind schreibt werde mit dem oberen Rande ein wenig schräg nach links gedreht.

5) Der Oberkörper soll aufrecht gehalten und nur der Kopf ein wenig gebeugt werden, Zur Erleichterung dieser Stellung dient es, wenn der Schreibende sich mit dem unteren Theile des Rückens (d. h. der Gegend der Lendenwirbel) anlehnen kann. Die Sitzfläche darf daher von vorn nach hinten nicht breiter sein, als die Entfernung der Kniekehle vom Rücken des Kindes beträgt. — Die „Kunze'sche Schulbank" ist mit der Form ihrer Lehne auf diese Stellung des Schreibenden berechnet. An gewöhnlichen Stühlen kann man zum Zwecke des Anlehnens ein Rollkissen an der Lehne in Taillenhöhe des Kindes quer befestigen, doch nur dafern das Tiefenmaaß der Sitzfläche der Länge der Oberschenkel des Kindes beim Sitzen angemessen ist.

6) Wenn die Füße des schreibenden Kindes den Fußboden nicht erreichen, so ist eine Fußbank unterzustellen. Dieselbe darf aber nicht so hoch sein, daß der vordere Theil des Oberschenkels von der Sitzfläche abgehoben wird.

Im Hause können alle diese Regeln bei einiger Sorgsamkeit leicht beobachtet werden, — am leichtesten auf passenden (verstellbaren) Schulbänken. Doch muß auch auf solchen das Kind angeleitet und überwacht werden. In der Schule kann der Lehrer nur dann eine gute Schreibhaltung erzielen, wenn zweckmäßige Bänke vorhanden sind.

— In Danzig ist vor Kurzum ein beschäftigungsloser Arbeiter, der an den Festungswällen Knochen ausgrub, von einem Soldaten erschossen worden. Das Knochengraben ist selbstverständlich an den Festungswällen nicht erlaubt, da die Wälle dadurch lädirt werden; die Wachen sind deshalb strenge angewiesen, das Graben zu verhindern. Doch Noth kennt kein Gebot — der Arbeiter gräbt auf dem Walle, die Wache naht, der Arbeiter droht mit dem Spaten, die Wache fällt das Gewehr, der Arbeiter läuft fort, die Wache ruft: „Halt!", doch der Arbeiter flieht weiter. Da donnert der Schuß und der Arbeiter sinkt, in den Rücken getroffen, nieder. Man sagt: „Der Soldat hat seine Pflicht gethan!" Er hätte sie als Soldat auch gethan und zugleich als Mensch gethan, wenn er zwar geschossen, aber vorbeigeschossen hätte Der Soldat soll der Instruktion gemäß nach dem Flüchtling schießen, er soll ihn erschrecken — und das genügt. Ein vernünftiger Commandeur müßte diesen Soldaten bestrafen, da er über seine Pflicht hinaus gehandelt hat.

— Die „Kölnische Zeitung" schreibt: „Im deutschen Reiche bestehen jetzt 5965 organisirte Feuerwehren; davon treffen auf das Königreich Preußen mit 25 Millionen Einwohnern nur etwa 600, während Bayern bei nur 5 Millionen Einwohnern 3324 organisirte freiwillige Feuerwehren besitzt, Württemberg zählt 572 und Baden 273 organisirte Feuerwehren. Im Verhältniß zu Bayern müßte Preußen 16,000 statt 600 Feuerwehren haben. Woher kommt es nun, daß der Norden so weit hinter dem Süden zurückgeblieben ist?" — Antwort: In Preußen hat die Polizei jahrelang die freiwilligen Feuerwehren verhindert, und wo sie sich doch bildeten, eine höchst lästige und ungeschickte Oberaufsicht über dieselben und zwar auch während der aktiven Thätigkeit geführt. Und das schreckt ab!

Die Fabriken füllen sich mehr und mehr, das Proletariat wächst und mit diesem das Elend, die Corruption und die geistige und physische Entartung. Daß dem so ist, kann man schon daraus schließen, daß sogar die „Petersburger Zeitung", welche ausschließlich die Interessen des Junkerthums vertritt, die Thatsache zugeben mußte, daß das russische Volk von Jahr zu Jahr immer ärmer wird. Weiter meint das Blatt, daß die projektirten Steuerreformen die sich mehr und mehr entwickelnde Eigenthumslosigkeit der Bauern nicht hemmen können, und ferner, daß die russische Landbevölkerung sich mehr und mehr in ein Proletariat umwandelt. Einem Zeugnisse von solcher Seite kann man trauen.

Die Annahme, daß der russische Bauer deshalb die Fabriken aufsucht, weil er sich dort reichlichere Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse verschaffen zu können glaubt, ist falsch. Man muß den russischen Bauern, der ein Landmann in der vollsten Bedeutung des Wortes ist, kennen, um zu wissen, wie schwer es ihm fällt, sein Stückchen, ihm heiliges, Land zu verlassen. Der russische „Vorwärts" schreibt darüber: „Unser Bauer ist doch, wenn auch blos über einen geringen Theil, eigener Herr seines Stückchen Landes geblieben. Er fühlt sich mit seinem Grundstück innigst verbunden. Stoisch wird er unter der Last des Gottesfluchs und der Strafe für die Sünden der Eltern seufzen; hoffnungslos wird er seinen Antheil*) bebauen, er wird seine Lebensbedürfnisse bis auf ein unglaubliches Minimum reduziren, er wird sogar Rückstände an Steuern, für deren Auftreibung die nicht weniger als humane Landesverwaltung ganze Birkenhaine (zum Prügeln!) auf Kosten des Bauers vernichten kann, sich anhäufen lassen — und doch wird er nicht zum „Herrn" in die Arbeit gehen und zum Knecht wird er sich freiwillig nicht hergeben."

Groß, unendlich groß muß also das Elend sein, das den russischen Bauer zwingt, die Fabriken aufzusuchen. Und nun erst das Leben in den Fabriken!

Im Moskauer Bezirke befinden sich 156 Fabriken, die zusammen 21,500 Arbeiter beschäftigen. (In 11 Fabriken konnte die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter nicht ermittelt werden, weshalb sie auch nicht in Betracht gezogen worden sind.) Es befinden sich darunter: Männer 66,4 Proz., Frauen 20,1 Proz., Kinder [Knaben 3,7 Proz., Mädchen 4,3 Proz.] 13,5 Proz.**) Wenn die verhältnißmäßig große Prozentzahl der letzten Kategorie von Arbeitern schon allein eine recht traurige Thatsache ist, so muß einen Jeden, der nur menschlich denkt und menschlich fühlt, ein Schauder ergreifen, wenn er erfährt, daß fast die Hälfte (45 Proz.) dieser Arbeiter nicht einmal das 12. Jahr erreicht hat, ja daß darunter eine sehr beträchtliche Zahl 8 bis 9jähriger Kinder sich befindet. Ich glaube, diese Thatsache genügt, um den Beweis zu liefern, daß die Arbeiter alles andre, nur nicht glänzend gestellt sind, denn wie sollten sie sonst dazu kommen, ihre Kinder anstatt in die Spielschulen in die Fabriken zu schicken?

Daß diese Kinder moralisch und physisch verkommen müssen, darum kümmert sich hier zu Lande Niemand, am allerwenigsten aber die Fabrikanten und die Regierung, welch letztere ohnedies eifrig bestrebt ist, das Volk in der Dummheit zu erhalten. — Der Arbeitstag ist, wie nicht anders zu erwarten, sehr lang; durchschnittlich beträgt er 16 Stunden mit zweistündiger Pause. Aber damit sind wir Fabrikanten immer noch nicht zufrieden, denn man findet in vielen Web- und Ziegelfabriken den Arbeitstag bis auf 18 Stunden hinaufgetrieben, und in den Fabriken von Belajew und Emeljanow sogar bis auf 20, schreibe zwanzig Stunden, ausgedehnt! Unglaublich aber wahr. Ja die Unverschämtheit eines Fabrikanten ging so weit, daß er den Befehl erließ: „die Arbeiter dürfen sich nicht, auch während der Mahlzeit nicht, vom Kessel (Farbenfabrik) entfernen."

Von den Löhnen der Arbeiter ist ebenfalls nur Trauriges mitzutheilen. Durchschnittlich verdienen die Männer 10 Rubel (1 Rubel jetzt = 2,00 M.), die Frauen 5—7, und die Kinder 3—5 Rubel monatlich. Diese angeführten Zahlen beweisen, daß die Löhne, mit denen man die „Hände" kauft, keinesfalls „zu hoch" sind, und doch erlauben sich die Fabrikanten, diesen kläglichen Lohn noch durch schamlosen Betrug zu kürzen. Es geschieht sehr häufig, daß die Arbeiter bei der Generalrechnung (was sehr oft am Ende eines halben Jahres geschieht) statt getroffener Abrede gemäß 50 Rubel nur 40 Rubel erhalten, und wenn seitens des Arbeiters gegen solche Schurkerei Protest erhoben wird, so wird ihm einfach vom Fabrikanten oder dessen Vertreter die Thüre gewiesen, in der festen Ueberzeugung, daß die Regierung ihn (den Fabrikanten) von der lästigen Zudringlichkeit des Betrogenen schützen wird. In dem oben angeführten Artikel ist weiter zu lesen: „Ebenso willkürlich, wie es mit der Lohnreduktion zugeht und ebensowenig wie der Arbeiter vor dem Zurückhalten seines Lohnes geschützt wird, eben so gebräuchlich sind auch die harten Strafen, die die Arbeiter für versäumte Stunden, für Beschädigung des Materials, für zu spätes Erscheinen in der Fabrik, für sog. Nichtachtung gegen den Aufseher und für ähnliche „Vergehen" über sich ergehen lassen müssen. Für jeden versäumten Tag trifft den Arbeiter eine Geldstrafe von 1—2 Rubel oder die unerhörte Verpflichtung zweitägige unbezahlte Arbeit zu leisten. Wenn ein Arbeiter eine viertel Stunde zu spät kommt, wird ihm eine Geldbuße von 1 Rubel auferlegt. Es giebt Fabriken, in denen, trotzdem der Arbeiter sein Nichterscheinen durch eine Krankheit motiviren kann, dennoch eine Geldstrafe über ihn verhängt wird."

Um möglichst vollständig die Lebensweise des russischen Proletariers zu schildern, möchte ich noch einige Worte über die Wohnungen, in welchen der geplagte Arbeiter nach ca. 20stündiger täglicher Anstrengung ausruhen soll, hinzufügen.

Die Wohnungen sollen, wie selbst die Moskauer Landesverwaltung (semstwo) zugiebt, „in 7/8 der Fabriken sehr finster, naß und dichtbevölkert sein, außerdem jeder Ventilation, außer der natürlichen aus Löchern und Thüren bestehenden, entbehren. In 18 Fabriken existiren gar keine Wohnungen, die Arbeiter schlafen dort unter freiem Himmel, jedem Unwetter ungeschützt ausgesetzt." Die Motive, die einige Fabrikanten über das Nichtvorhandensein der Arbeiterwohnungen vorbringen, sind oft sehr interessant. Einer von diesen „Schutzengeln" meinte, „daß es für den Arbeiter viel besser sei, wenn er sein ganzes Leben in den Fabrikräumen zubringe, damit er — seiner Arbeit näher stehen könne." O diese Fürsorge!

Der größte Theil der vorhandenen Wohnungen besteht aus einer Kaserne, in welcher Männer, Frauen und Kinder in buntem Durcheinander zusammen wohnen und schlafen müssen. Mobiliar ist keines vorhanden, selbst die Betten fehlen, so daß die Arbeiter gezwungen sind, sich aus allerhand Abfällen ein Lager herzurichten.

In vielen Fabriken besitzen die Arbeiter auch nicht einmal solche Wohnungen, sondern es werden speziell kleine Erdhütten für sie hergerichtet, in welchen bei 13 Fuß Länge, derselben Breite und bei 7 Fuß Höhe sehr oft bis 12 Personen, ohne Unterschied des Geschlechts, zusammen wohnen müssen. Fenster oder sonst welche Oeffnungen für den Durchlaß des Lichtes und der Luft existiren nicht. Welche Luft in solchen Wohnungen existirt, kann man sich demnach leicht vorstellen. Genug, die Leiden der russischen Arbeiterklasse sind grenzenlos. Beim Anblick solcher Zustände kann man schwerlich glauben, daß sich dieselben noch lange halten werden. Kommen wird der Tag, das ist gewiß, wo das Volk sich aus diesen Zuständen befreien und den sozialistischen Staat gründen wird. Zwar schmachtet das russische Volk noch in tiefer Unwissenheit, aber die russische studirende Jugend, die sozialistisch gesinnte Jugend, die sich mit der größten Bereitwilligkeit für die Aufklärung des Volkes aufopfert, wird es endlich auch dahin bringen, daß das russische Volk sich dieser menschenentwürdigenden Fesseln entledigen wird.

Es lebe die Sozialdemokratie! R.*)

*) Ein dem Bauer von der Regierung abgemessenes Stückchen Land.

**) Die hier mitgetheilten Zahlen sind sämmtlich einem in der russischen Monatsschrift („Vater ländische Memoiren" Sept. 1877) erschienenen Artikel entnommen worden.

Correspondenzen.

Wandsbeck, 9. Januar. In der gestern stattgehabten Mitgliederversammlung des hiesigen Volksvereins kam die Stellung des „Vorwärts" gegenüber unserer neulich stattgefundenen Kirchen-Collegiumswahl zur Besprechung. Es machten sich zwei Meinungen geltend. Der eine Theil der Anwesenden meinte, die Betheiligung wäre aus praktischen Gründen nothwendig gewesen und könnten die Kirchencollegiums-Mitglieder von unserer Seite nicht wieder zurücktreten, da es dann heißen würde, der „Vorwärts" hätte commandirt und die Wandsbecker müßten wie die Puppen tanzen. Der andere Theil, zu dem auch der Schreiber dieser Zeilen gehört, sprach sich dahin aus, daß es, da man jetzt wüßte, daß die kirchlichen Gemeindevertreter nichts im Schul- und Armenwesen mitzusprechen hätten (vor der Wahl wußten wir dies nicht), Pflicht sei, die Wahl rückgängig zu machen und der Kirche den Rücken zu kehren. Wir brauchten uns als Sozialisten nicht zu geniren, das zu thun, was Recht sei und sich in Uebereinstimmung mit unseren Prinzipien befände. Die Anhänger für die Betheiligung an der Kirchenwahl meinten dagegen wieder, es wäre sehr gleichgiltig, ob sie ihre Kinder taufen ließen oder nicht, auch würde dem Prinzip nichts vergeben, wenn sich Sozialdemokraten an Kirchenvorstandswahlen betheiligten. Es ist abzuwarten, was in der Sache weiter geschehen wird.

(Es ist selbstredend, daß wir mit unserer Briefkastennotiz eine Pression auf die religiösen oder antireligiösen Anschauungen der Wandsbecker Genossen nicht ausüben wollten — auch wir huldigen dem Grundsatz: „Jeder mag nach seiner Façon selig werden." Das wird und darf uns aber nicht abhalten, immer und bei jeder Gelegenheit hervorzuheben, daß der Sozialismus an sich mit der Religion nichts gemein hat. Red. d. V.)

Pößneck, 16. Januar. Gestern Abend fand hier im Saale „zum Vereinsgarten" eine Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Die gegenwärtige politische und wirthschaftliche Lage und der Sozialismus". Als Referent war Fr. Nauert aus Leipzig erschienen. In einem anderthalbstündigen Vortrage entledigte sich derselbe seiner Aufgabe aufs trefflichste. An der sich hieran anknüpfenden Debatte betheiligte sich Postdirektor Schimmelpfennig und der Landtagsabgeordnete Herr Eberlein. Ersterer erklärte, daß der von Dr. Bock in seinem bekannten Buche „Vom gesunden und kranken Menschen" angeführte Satz, welchen Herr Nauert in seinem Referat mit angezogen hatte, daß jeder Mensch, um vollkommen gesund zu bleiben und arbeiten zu können, täglich 1 Pfd. Fleisch genießen müsse, durchzuführen unmöglich sei, da die Mutter Erde überhaupt gar nicht so viel liefere, daß alle Menschen gleich gut leben könnten. Es sei richtig, daß heute 10 pCt. der Bevölkerung im Ueberfluß lebten, während die übrigen 90 pCt. nur nothdürftig existirten; allein dies ließe sich nicht abändern. Herr Nauert trat hierauf demselben entgegen und erklärte, daß diese Meinung durchaus unrichtig sei, denn abgesehen davon, daß sogar in unserem deutschen Reiche ganze Strecken des Landes nur sehr mangelhaft, theils noch gänzlich unbebaut liegen, so liefere doch das bisher urbar gemachte Land schon so viel, um die darauf lebenden Geschöpfe vollkommen den Ansprüchen der Gesundheit gemäß zu ernähren. Die vielen Magazine seien mit allen möglichen Lebens- und sonstigen Bedarfsartikeln vollgespeichert und man lasse daselbst die Sachen eher zu Grunde gehen, als daß man daran dächte, die Noth der Masse des Volkes zu lindern. Man schaffe nur ein vernünftigeres Verhältniß zwischen Produktion und Consumtion, d. h. man mache die Masse des Volkes consumtionsfähig, so wird sich die Produktion von selbst heben und in gleichem Maße wird Noth und Elend verschwinden. Man verwende ferner einen Theil der ungeheuren Steuersummen anstatt zu Militärzwecken zur Hebung des Ackerbaues und es wird sich zeigen, daß die Mutter Erde ihre Geschöpfe in Ueberfluß zu ernähren im Stande ist. Herr Richard Eberlein, welcher hierauf das Wort nahm, erklärte, daß das Volk auch vielseitig selbst schuld sei an seiner gedrückten Lage und an seinem Nothstande, es mache sich einfach selbst zum Sklaven. Er sei nicht damit einverstanden, daß die Sozialisten Alles vom Staate erwarteten, das Volk müsse sich seine Lage selbst zu erleichtern suchen, es müsse sich Bildung aneignen und dürfe nicht mehr vor Fürsten im Staube kriechen. In politischer Beziehung müsse er jedoch dem Referenten beistimmen; leider würde in unseren heutigen Staaten nirgends das Culturrecht, sondern überall nur das Kanonenrecht geübt. Er charakterisirt hierauf sehr treffend die sogenannten Culturbestrebungen Rußlands, welches durchaus kein Recht habe, in die inneren Verhältnisse der Türkei hineinzureden, daß es überhaupt eine sehr zweifelhafte Ehre für das deutsche Reich sei, sich der Erbfreundschaft eines aller Cultur und Humanität spottenden despotischen Staates wie Rußland zu rühmen, und daß jeder vernünftige Mensch nur wünschen könne, daß diesen despotischen Christenbefreiern ein Damm gesetzt würde. — Referent Nauert nimmt hierauf nochmals zur Entgegnung das Wort und erklärt, daß die Sozialisten die Selbsthilfe durchaus nicht verwerfen. Er erinnere nur daran, daß von verschiedenen Sozialisten schon Consum- und ähnliche Vereine ins Leben gerufen worden seien, um ihr Dasein sich etwas angenehmer zu machen; er erinnere ferner an die Gewerkschaften ꝛc. Doch seien dies Alles nur Palliativmittel und sein Heil dürfe der Arbeiter durchaus nicht darin allein suchen. Die wahre Selbsthilfe sei überhaupt erst nur in einem sozialistischen Staate denkbar, in welchem einfach kein Unterschied zwischen Staat und Volk existire. — Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute am 15. Januar im Saale des Vereinsgartens tagende, von circa 200 Personen besuchte Volksversammlung protestirt einmüthig und energisch gegen die die Cultur, die Freiheit und Wohlfahrt der Völker überhaupt und die Interessen des deutschen Volkes insbesondere auf's schwerste schädigende Politik der deutschen Reichsregierung und fordert von Letzterer, daß sie von jetzt ab den culturfeindlichen Anmaßungen der despotischen Czarenregierung mit allen Mitteln entgegentrete und ihren ganzen Einfluß aufwende, daß zwischen den beiden kriegführenden Mächten baldigst ein die Interessen aller Nationen garantirender Friede geschlossen werde."

*) Wir hoffen auf weitere Beiträge von dem geehrten Einsender. R. d. V.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden gebeten, sich Dienstag, den 5. Februar, Nachmittags 1 Uhr, im Reichstagsgebäude einzufinden.

An die Parteigenossen in Thüringen!

Da schon längere Zeit und namentlich seit den letzten Reichstagswahlen auch für Thüringen ein größeres Lokal- resp. Provinzialorgan Bedürfniß war, beschlossen die Genossen von Gotha, Erfurt, Arnstadt, Apolda und Weimar auf einer Conferenz zu Erfurt im September v. Jahres, die seither wöchentlich 1mal in Apolda erscheinende „Thüringer Freie Presse" mit dem 1. Oktober nach Gotha zu verlegen und dieselbe von da ab wöchentlich 3mal zum Preise von M. 1,50 vierteljährlich erscheinen zu lassen. Für Erfurt, Suhl u. s. w. wurde als Schwester-Organ die „Erfurter Volkszeitung" in's Leben gerufen. Zu diesem Zwecke wurde gleichzeitig die Errichtung einer eigenen Buchdruckerei, der „Thüringischen Genossenschafts-Buchdruckerei zu Gotha", beschlossen. Mit der „Neuen Welt" kostet das Blatt M. 2,25.

Genossen Thüringens! Wenn wir allerorts, in Stadt und Land, für unsere Sache mit Erfolg agitiren, wenn wir unsere Prinzipien immer weiter und nachhaltig verbreiten wollen, so ist es unsere Pflicht, für die weiteste Verbreitung unserer Organe, der „Thüringer Freien Presse" und der „Erfurter Volkszeitung", zu sorgen. Thue jeder Genosse seine Schuldigkeit! Daß unser Organ unentwegt auf dem Boden der Partei steht, daß es ein wahres Organ des arbeitenden Volkes ist, beweist wohl am besten, daß es bis jetzt, also in kaum vier Monaten, schon mit zehn Prozessen, außer einigen Confiscationen und Haussuchungen, beglückt ist. Auch ergeht an alle Genossen das Ersuchen, uns nach Kräften Correspondenzen einzusenden. Zuverlässige Genossen, welche gewillt sind, Filialexpeditionen zu übernehmen, wollen sich an die Expedition der „Thüring. Freien Presse", Gotha, Schwabhäusergasse 14, wenden. Diejenigen Orte, welche für Verbreitung der Presse Agitation wünschen, werden ersucht, dies der Redaktion mitzutheilen; es wird diesem Wunsche nach Kräften Rechnung getragen werden.

Gotha, im Januar 1878.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Namens der Gothaer Parteigenossen.
W. Bock.

Briefkasten

der Redaktion. Dem Einsender des Artikels: „Zur Betheiligung des Sozialismus an kirchlichen Angelegenheiten". — Schade, daß Sie Ihre gewandte Feder zu solchen überflüssigen Expektorationen gebraucht haben; es stehen Ihnen doch wahrlich andere Themata zur Verfügung. Wir können den Artikel nicht aufnehmen, auch deshalb nicht, weil voraussichtlich eine Anzahl Erwiderungen zu erwarten wären. Der Raum des „Vorwärts" würde zu sehr in Anspruch genommen werden. Außerdem finden Sie in unserem Programm den beherzigenswerthen Satz: „Die Religion ist Privatsache". Und ferner möchten wir Ihnen nicht recht geben, wenn Sie eine Institution mit einem Lande vergleichen, obwohl wir nicht verkennen wollen, daß außerhalb des Landes, dessen Sprache und dessen Bewohner man von Kindsbeinen auf kennt, die Thätigkeit für den Sozialismus bei den meisten Menschen eine nicht so wirksame ist, als innerhalb desselben. Sie übersehen aber, daß man innerhalb eines Landes eine große Anzahl beengender und abstoßender Institutionen meiden und trotzdem Propaganda für den Sozialismus machen kann. Zur Vernunft bekehren kann man ebensoleicht und ebensoschwer einen „Gläubigen", wenn man innerhalb oder außerhalb der „Kirche" steht. — Wohl wissen wir, daß es eine ganze Anzahl tüchtiger, braver Männer giebt, die bei den heutigen Verhältnissen ihren Austritt aus der Kirche gar nicht erklären können — z. B. die Schullehrer; deshalb auch stellen wir die Frage dem Einzelnen anheim. Prinzipiell sind wir religionslos, einen Druck aber in Bezug auf die äußeren Formen brauchen wir nicht auszuüben, weder zu Gunsten, noch zu Ungunsten derselben; diese Formen stürzen sehr bald zusammen vor dem herandringenden Geiste einer neuen Gesellschaft. — J. W. in W.: Daß Sie eine Entschädigung, selbst auf dem Wege der Klage erhalten könnten, glauben wir nicht. Sie werden sich schon gedulden müssen, bis es der Regierung genehm ist, Ihnen den Gewerbeschein zuzustellen. Uebrigens kann ja auf Ihre briefliche Anfrage die Antwort nicht mehr lange auf sich warten lassen.

der Expedition. Ed. Brgr Herford: Das letzte Quartal 76 der „Neuen Welt" ist zu haben, Preis incl. Porto 1,50 Mk.

Unterzeichneter ersucht, Briefe, welche Parteiangelegenheiten betreffen, nicht mehr an ihn zu senden, da er nicht mehr in der Lage ist, die ihm hieraus häufig entstehenden Unkosten zu tragen.

Cottbus. H. Teichert.

Kaspar Konzen in Meidrich. Da Sie die „Zukunft" bei der Post abonnirt haben, so müssen Sie das fehlende Heft auch bei der Post reklamiren. — Wir tragen an dem Ausbleiben keine Schuld.

Berlin. Expedition der „Zukunft".

Quittung. Grd Stötteritz Ab. 8,40, Schr. 1,50. Schlz hier Ab. 1,60. Schfr Gohlis Ab. 6,40. Sbrt Cassel Ab. 15,96. Schmdt Nogs Ab. 7,48, Schr. 4,52. Dnkr Paris Ab. 6,00. Ufrt Apolda Ab. 11,55, Schr. 1,65. Thm hier Ab. 1,60.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiter-Verein Reudnitz ges. bei einem Vergnügen Mk. 9,17, v. L. 0,50.

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Lieder-Sammlung
des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.
II. Lieferung.

Inhalt: Nr. 3. Motto, Wahlspruch und Trinkspruch des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes von G. Scholz. Op. 17.
Nr. 4. Vivat der neue Wein von C. Sahm. (35)
Nr. 5. Die Arbeitsmänner von C. Arends.
Preis der Lieferung Partitur mit 4 St. 1,60, 4 St. 1,20 Mk.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „**Vorwärts**" von uns zu beziehen.

Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sozialdemokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 112a Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 448 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str Golden Square.

Nr. 12. Mittwoch, 30. Januar. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate Februar u. März zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur **M. Ulrich**, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. **Peter Krebs**, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau **Engel**, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei **Hackert**, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei **Trost**, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei **Bösch**, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei **Zschau**, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau **Gräfenstein**, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei **A. Hermsdorf**, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei **Grude**, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei **Rubenow** Brunnenstr. 34, im Laden.

Simple Fragen und „simple" Frager.

„Wie wollt ihr Sozialdemokraten denn euren Zukunftsstaat einrichten, wie sieht derselbe aus in den Einzelheiten"? Diese und ähnliche Fragen werden uns oft gestellt und wir wollen, wir können auf derartige kindliche oder auch kindische Fragen keine Antwort ertheilen.

Warum nicht? Weil die Gesellschaft, die wir erstreben, nach und nach sich selbst aufbaut, weil zukünftige Generationen die Bausteine, die wir herbeischleppen, erst behauen und zusammenstellen; weil wir keine Propheten sind und sein wollen, und weil wir wohl wissen, daß neue Erfindungen uns ebensolche breite Striche durch unsere Zukunftsgebilde machen können, als z. B. die Eisenbahnen durch die Phalanstères von Fourier.

Tyrannisch wäre es deshalb, den späteren Generationen gegenüber, wenn wir schon jetzt bestimmen wollten über die einzelnen Formen einer zukünftigen Gesellschaft, und nutzlos aus den oben angeführten Gründen.

Im Großen und Ganzen aber giebt das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands genügende Anhaltspunkte, zunächst die richtigen Mittel und Wege zu ergreifen und einzuschlagen, um zur sozialistischen Gesellschaft zu gelangen und es enthält ferner auch genügende Grundlagen, auf welchen eine vernünftige Gesellschaft aufgebaut werden kann. Noch fehlt der Wille dazu im Volke und unsere Hauptaufgabe ist, diesen Willen jetzt und für die nächste Zukunft zu erwecken. Die simplen Frager aber mögen das sozialistische Programm in die Hand nehmen und die sozialistische Literatur aufmerksam studiren — wenn es ihnen Ernst ist, so werden sie dann ferner keine solche albernen Fragen mehr stellen.

Aber nicht genug damit, man versucht sogar durch einzelne Spezialzukunftsfragen an den Sozialismus das System desselben zu verwirren oder zu verdächtigen. So fragte die „Volkszeitung" jüngst triumphirend und eine Anzahl ihrer simplen Colleginnen betete ihr nach:

„Ist es wirklich ein Gebot des Zukunftsstaates, daß dem Steinträger und Straßenkehrer gleiche Genüsse zu Theil werden, wie dem tiefen Denker und Erforscher der höchsten Geistesprobleme, so mag man auch angeben, ob solche Genüsse, die wegen ihrer Seltenheit doch nicht Allen in gleichen Portionen zu Theil werden können, einfach ganz aus der Welt des Genusses verbannt werden, oder ob sie vertheilt werden sollen, daß jedes Menschenkind alljährlich etwa einen Löffel Champagner und eine Viertel Auster zu kosten bekommen wird."

Und auf diese simple, einfache Frage, wie sie von dem Blatte selbst genannt wird, verlangt die „Volkszeitung" Antwort. Wir wollen dieselbe ertheilen selbst auf die Gefahr hin, daß wir inconsequent genannt werden; aber man bedenke, daß wir es hier nicht mit einem System zu thun haben, sondern mit einer Einzelheit, die man selbstverständlich bei der Beantwortung derartiger Fragen nur berührt und nicht feststellt.

Zunächst möchten wir die Fragesteller darauf aufmerksam machen, daß sie es allein sind, welche es als ein Gebot des Zukunftsstaates hinstellen, daß dem Steinträger und Straßenkehrer gleiche Genüsse zu Theil werden, wie dem Denker und Forscher; ein Sozialist hat noch niemals eine solche Behauptung aufgestellt.

Ganz abgesehen davon, daß die Thätigkeit der Steinträger und Gassenkehrer durch Maschinen ersetzt werden wird, ganz abgesehen davon, blicke sich doch der simple Fragesteller einmal in der heutigen Gesellschaft um, und er sieht, daß die Leute, welche in gleichen Vermögensverhältnissen leben, doch lange nicht dieselben Bedürfnisse haben, gar nicht die gleichen Genüsse haben wollen. Der stolze Graf auf der Jagd trinkt unter Umständen gern einen Kornbranntwein und ißt ein Stück Schwarzbrot mit Speck, während der Commerzienrath, der meist in der Stube hockt, an einem Bisquit und einer Tasse Chocolade sich vergnügt.

Im Zukunftsstaat wird ebenfalls derjenige, der in der freien Luft arbeitet, andere Bedürfnisse haben und andere Genüsse lieben, als der stille Denker in der Studirstube. Und in anderen Gegenden bedingt das Klima wieder andere Bedürfnisse und Genüsse. Moses verbot das Essen des Schweinefleisches unter der Gluth der südlichen Sonne, im Norden würde er es sicherlich empfohlen haben.

So ist es einfach unmöglich, daß die Menschen gleiche Genüsse haben können und wollen — die simple Behauptung zeigt uns deshalb schon den simplen Fragesteller.

Doch wir wollen auch auf den Kern der Frage eingehen: auf die seltenen Genüsse, die nicht Allen zu Theil werden können. Als Beispiel hat der Fragesteller gewählt: Austern und Champagner.

Nicht übel! Unser Gourmand denkt sich wohl, daß da Niemand anrühren könne, diese Speise, dieses Getränk, sie hätten auch keinen allgemeinen Anspruch auf besondere Zuneigung. Zugegeben! Obwohl wir viele Leute der besser situirten Minderheit kennen, die lieber ein Stück rohen Schinken als eine Auster essen und auch lieber ein Glas Rheinwein als Champagner trinken, aber zugegeben — und unsere Antwort lautet:

Derartige Genüsse, die zugleich gesunde Nahrungsmittel sind, stehen in erster Linie den Kranken zu; in zweiter Linie dem kräftelosen Alter und nach diesem Grundsatze kann der Zukunftsstaat entscheiden. Vielleicht wendet er sie auch einem verdienstvollen Künstler, Gelehrten oder sonstigen verdienstvollen Arbeitern als „Prämie" zu.

Und eine weitere Antwort lautet:

Diejenigen Genüsse, die nicht derartige Nahrungsmittel sind, um sie zur Kräftigung der Kranken und der Greise zu gebrauchen, und die nicht in genügender Anzahl vorhanden sind, Allen gleichmäßig zu Theil zu werden, diese Genüsse werden vermuthlich von dem Volk solchen Frauen und Männern als „Nationalbelohnung" zuerkannt werden, die auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft, der gewerblichen Arbeit Hervorragendes geleistet, oder durch edle Handlungen sich ausgezeichnet haben. Auf diese Weise würden „die tiefen Denker und die Erforscher der höchsten Geistesprobleme" in den Besitz dieser Genüsse gelangen und es würde damit der heutigen Gesellschaft, der Gesellschaft der „Berliner Volkszeitung" eine schallende Ohrfeige ertheilt. —

Denn heutzutage erhält nicht der tiefe Denker und Erforscher die seltenen Genußmittel, sondern der Gründer und Ausbeuter und der feile Literat, sie schwelgen bei Champagner und Austern.

Fragt nur zu ihr „simplen" Frager, wir antworten euch und das Volk hört die Antwort!

Den sozialistischen Zukunftsstaat aber wird das Volk dann erst recht lieb gewinnen und alle Kräfte anspornen, ihn zu erstreben, auf daß alle Glieder der Gesellschaft der ihnen entsprechenden Genüsse theilhaftig werden.

Die Gewerbeordnungs-Novelle.

Das Reichskanzleramt hat gesprochen. Was von ihm für die Arbeiter zu erwarten ist, das enthalten die Gesetzentwürfe, welche die letzte Mittwochs-Beilage dieses Blattes brachte. Die Entwürfe gehen zwar noch an den Bundesrath, aber wer da weiß, was diese Behörde im Großen und Ganzen noch zu sagen hat oder zu sagen wagt, wenn das Reichskanzleramt gesprochen, wird keine wesentlichen Abänderungen erwarten. Dazu kommt, daß in dem vorliegenden Falle auch die wirkliche innere Uebereinstimmung aller Regierungen so gut wie gewiß ist. In Bezug auf das, was dem Arbeiter nicht gewährt werden soll, sind sie Alle einig.

Dies vorausgeschickt, versteht es sich von selbst, daß die reaktionären Bestimmungen, welche die Gesetzentwürfe enthalten, uns nicht überraschten. Eins durfte man aber doch billigerweise erwarten, nämlich daß, nachdem in den vorjährigen Reichstagsdebatten von keiner einzigen Seite im Hause der leiseste Wunsch ausgesprochen worden war, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Kinderarbeit zu Gunsten des Großkapitals zu mildern, vielmehr alle Redner, welche über diesen Punkt überhaupt sich äußerten, eine größere Beschränkung, oder wie die Sozialisten und Ultramontanen, gänzliches Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren verlangten, die Reichsregierung es nicht wagen würde, Vorschläge für bessere Ausbeutung der Kinderarbeit zu erlassen.

Das Reichskanzleramt hat, wie wir das nachweisen werden, dies dennoch gethan und es stehen demnach die den Gesetzentwürfen beigegebenen Motive mit der Wahrheit im schneidensten Widerspruch, wenn sie sich darauf berufen: „man habe sich begnügt, nur in den Punkten eine Aenderung vorzunehmen, wo das Bedürfniß nach Abänderung am meisten hervorgetreten sei und die Anschauungen über die Art der Abänderung am meisten sich genähert haben."

Es hat nicht nur kein Redner im Reichstag, wie schon bemerkt, eine solche größere Freiheit der Kinderausbeutung verlangt oder auch nur angedeutet, in den dem Reichstag vorgelegenen Anträgen und Resolutionen aus allen Parteien des Hauses war auch nicht ein Buchstabe enthalten, der die Reichsregierung nach dieser Richtung vorzugehen ermuthigen konnte.

Noch in Bezug auf einen anderen Vorschlag wird es der Reichsregierung schwer fallen, ihre Motive mit den ausgesprochenen Anschauungen im Reichstag zu vereinbaren; dieser betrifft die Einführung der Arbeitsbücher. Dieselben sind nur gefordert worden von der äußersten Rechten, und nur ein Redner der anderen Parteien, der Abgeordnete Grumbrecht war es, der sich bedingungsweise dafür erklärte, aber mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß er in diesem Punkte mit der Mehrzahl seiner Gesinnungsgenossen nicht übereinstimme.

Die Reichsregierung hat mit ihren Entwürfen nach zwei Seiten hin Rechnung zu tragen versucht, nach der Seite der nach größerem Consum von Kinderblut lüsternen Großindustrie und nach jenem verzopften Theil unseres Handwerkerstandes, der, in gänzlicher Verkennung seiner Stellung und seines Schicksales in der modernen ökonomischen Entwickelung, glaubt mit so lächerlichen und kleinlich-gehässigen Mittelchen wie Einführung von Arbeitsbüchern und Verleibeigenschaftung der Lehrlinge mit polizeilicher Hülfe seine unhaltbar gewordene Position vor dem Untergange retten zu können.

Außerdem aber hat auch die Reichsregierung in dem Entwurf über die Gewerbegerichte in der entschiedensten Weise den Wünschen der Unternehmerklasse — wir werden das im Einzelnen nachweisen — Rechnung getragen und damit, wenn es überhaupt noch nöthig war, wiederum gezeigt, was die Arbeiterklasse, trotz staatssozialistischer Hofprediger und ähnlicher Gimpelfänger, für ihre Gleichberechtigung mit der herrschenden Klasse, wenigstens in formellen Rechtsfragen, vom heutigen Staat zu erwarten hat.

Wenn je einmal einer Regierung von einer ihr prinzipiell feindlich gegenüberstehenden Partei, die sich mit jedem Tage in höherem Grade als Repräsentant der weitaus zahlreichsten Klasse der Gesellschaft bezeichnen darf, eine goldene Brücke zur Verständigung für eine große Reihe von Fragen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gebaut wurde, so geschah das mit dem seitens der sozialistischen Reichstagsmitglieder in der vorigen Reichstagssession eingebrachten Gesetzentwurf über die Gewerbeordnung.

Dieser Gesetzentwurf enthielt nicht eine einzige Forderung, die nicht bei gutem Willen der herrschenden Klassen und ihrer Regierung hätte verwirklicht werden können. Dieser Gesetzentwurf schaffte mit einem Federzug eine ganze Reihe von Fragen, die täglich zu den haßlichsten Streitereien zwischen den gegnerischen Klassen führen, aus der Welt und schuf eine so umfassende Organisation unseres gewerblichen und industriellen Lebens, daß mit ihrer Hülfe alle auftauchenden Contraversen in sachlicher Weise erörtert und eine ruhige und organische Umbildung der gesellschaftlichen Einrichtungen hätte herbeigeführt werden können. Wir behaupten auch heute noch, und zwar ohne alle Anmaßung, daß der damals vorgelegte Entwurf, kleine nebensächliche Mängel zugegeben, das Beste war, was einem modernen parlamentarischen Körper in Bezug auf Organisation der ökonomischen Zustände bis jetzt vorgelegen hat. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder sein, nach Schluß der nächsten Reichstagsverhandlungen an der Hand des von dem Reichstag Beschlossenen und von ihnen Gewollten in einer besonderen Denkschrift dies im Einzelnen nachzuweisen. Das Komische, aber uns sehr wohl Begreifliche bei all diesen Vorgängen ist, daß, obgleich heute selbst innerhalb der herrschenden Klasse kaum noch eine Stimme zu bestreiten wagt, daß wir uns in einem Zustande allgemeiner ökonomischer Anarchie und Auflösung befinden, durch welche das Bestehende mit rasender Eile seinem Untergang entgegengeführt wird, dennoch Keiner aus der herrschenden Klasse anzugeben im Stande ist, wie in diese allgemeine Zerrüttung einigermaßen Ordnung zu bringen, dem rapiden Untergang ein Zustand organischer Ueberleitung in die neuen Verhältnisse zu substituiren sei, und schließlich diejenige Partei allein mit praktischen Vorschlägen zu kommen vermag und kommt, der man so gern die helle Freude am gewaltsamen Umsturz und allgemeinen Ruin nachsagt.

Das ist sehr lehrreich und muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden.

Indem wir zur Besprechung der einzelnen Gesetzesvorschläge des Reichskanzleramts übergehen, seien zunächst diejenigen Fragen erwähnt, welche von den Entwürfen nicht berührt werden, obgleich sie schon seit Jahren Gegenstand der Erörterung weitester Kreise sind, im Reichstag selbst schon mehrfach erörtert wurden und auch schon der Gegenstand praktischer Abänderungsvorschläge im Reichstag selbst waren.

Dahin gehört in erster Reihe die Ausbeutung der Zuchthaus- und Gefängnißarbeit als Concurrenzmittel der freien Privatarbeit, Verbot resp. Einschränkung der Sonntags- und Feiertagsarbeit auf das unumgänglich Nothwendigste. Gleiches Vorgehen in Bezug auf die Nachtarbeit, wobei die Frauen- und Kinderarbeit aus Sittlichkeits- und Menschlichkeitsrücksichten ganz zu verbieten wäre. Einschränkung der Frauenarbeit, um wenigstens einigermaßen die Erfüllung der häuslichen Verpflichtungen zu ermöglichen und das Ehe- und Familienleben nicht noch gewaltsamer und rascher seinem Untergang entgegenzuführen, als es durch die angeblich das Ehe- und Familienleben so „heilig" und „hochhaltende" bürgerliche Gesellschaft ohnehin schon geschieht. Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter — das absolute Verbot aller Kinderarbeit unter 14 Jahren erwähnen wir hier nicht weiter, weil schon im Eingang dieser Arbeit darauf Rücksicht genommen wurde — obligatorische Verpflichtung zum Besuch von Fach- und Fortbildungsschulen für alle jugendlichen Arbeiter. Die allgemeine und ausreichende Einführung von Arbeitsinspektoren, ausgestattet mit allen nöthigen Mitteln und Machtvollkommenheiten u. s. w.

Dagegen zeichnen sich die Gesetzentwürfe aus durch viele eingestreute „kann" und „können", die ihre Ausführung und Interpretirung in das Belieben der betreffenden Behörden stellen, was gleichbedeutend ist mit dem Belieben der herrschenden Klasse. Es versteht sich von selbst, daß wir, so wenig wir sonst mit dem ins freie Belieben stellen wichtiger, das öffentliche Wohl betreffenden Gesetze einverstanden sind, wir hier gegen die „kann" und „können" wenig einwenden, wenn der Grundcharakter der Gesetze im einseitigen Interesse der Unternehmerklasse beibehalten werden soll, wie das von diesem Reichstag nicht anders zu erwarten ist.

Die deutsche Bourgeoisie ist noch nicht offiziell durch ihre Glieder in der Reichsregierung vertreten — wie es indeß durch die Verhandlungen mit Herru von Benningsen geplant ist —, gleichwohl beherrscht schon ihr Geist seit lange die Reichsregierung. In allen wirthschaftlichen Gesetzen spielt das laisser faire, auch heute noch, trotz aller bösen Erfahrungen die Hauptrolle. Das liegt im Wesen der Bourgeoisie; dagegen liegt in den politischen Gesetzen die Gewalt und der Zwang, da spiel-

an Stelle des „kann“ und „können“ das „sollen“ und „müssen“ seine gewichtige Rolle und schnürt die Freiheit der Meinung und des Handelns in spanische Stiefel ein.

Der Gesetzentwurf betr. die Gewerbegerichte beginnt gleich im Eingang mit der sich überlebthabenden Rubrizirung der „Gesellen, Gehülfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge“, obgleich Arbeiter und Lehrlinge das einzig richtige ist, deren Streitigkeiten durch Gewerbegerichte entschieden werden „können“. Das „können“ soll nicht blos die Einrichtung von Gewerbegerichten ins freie Belieben der Gemeindeverwaltungen resp. der Landes-Centralbehörde setzen, es hat in dem vorliegenden Falle einen noch tieferen und sehr reaktionären Grund.

Es ist allbekannt, daß heute schon zahlreiche und zwar zum Theil sehr große industrielle Etablissements auf dem Lande, häufig mit der Bewirthschaftung großer Güter verbunden, zerstreut liegen. Selbstverständlich müßte auch diesen die Wohlthat vernünftiger, d. h. die Unparteilichkeit der Rechtsprechung nach Kräften wahrender Gewerbegerichte zu Gute kommen, wie das der Entwurf der sozialistischen Reichstagsmitglieder auch anstrebt. Die Reichsregierung dagegen beabsichtigt mit dem jetzigen Entwurf aber augenscheinlich die Gründung von Gewerbegerichten nur in größeren und industriell sehr entwickelten Gemeinden oder Gemeindeverbänden, und so soll nach § 19 des Entwurfs dort, wo kein Gewerbegericht besteht, der Gemeindevorsteher Richter in allen den bezüglichen Streitigkeiten sein.

Das ist eine Ungeheuerlichkeit, welche die schärfste Brandmarkung verdient.

Der Mann soll entscheiden, dem vielleicht selbst das Etablissement, dessen Arbeiter klagen, gehört; er urtheilt also in eigner Sache, günstigen Falles urtheilt er in Sachen, die seine nächsten Freunde und Klassengenossen betroffen haben. Der Arbeiter wird hiernach einer modernen Art von Patrimonialgerichtsbarkeit überwiesen, wie sie bereits die preußische Kreisordnung eingeführt hat. Dem so von seinem Feind verurtheilten Arbeiter räumt dann der Gesetzentwurf das Einspruchsrecht an das entfernte Landgericht ein, wo selbst im günstigsten Falle die Kosten sich weit höher belaufen als der Werth des Streitobjekts. Kann man die Parteilichkeit weiter treiben?

Wie über die Einsetzung überhaupt, so entscheidet auch über die Art der Organisation und die räumliche Ausdehnung innerhalb der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes die Communalbehörde. So „kann“ z. B. nach § 2 des Entwurfs die Thätigkeit des Gewerbegerichts nur auf bestimmte Gewerbezweige oder Fabrikbetriebe oder nur auf örtliche und bestimmte Theile des Gemeindebezirks ausgedehnt werden. Vergegenwärtigt man sich nun, daß die Unternehmerklasse das Heft in den Magistraten und, ganz vereinzelte Gemeinden ausgenommen, in den Gemeindevertretungen in Händen hat, so läßt sich beurtheilen, welche Handhaben zur Willkür, zum Cliquen- und Intriguenwesen sich hier bieten. Die Organisation der Rechtsprechung über die Arbeiter wird den Klassengegnern der Arbeiter überliefert. Das ist der Sinn und die Bedeutung dieser Bestimmungen.

Daß § 5 die Gerichtskosten den schon mit allen möglichen Lasten überbürdeten Gemeinden aufhalst, wird zu ihrer Einführung nicht anspornen, um so mehr dürfte der nach § 19 in Aussicht genommene Gemeindevorsteher die Rechtsprechung als türkischer Kadi unumschränkt handhaben.

Als ein Muster reaktionärer und arbeiterfeindlicher Bestimmungen können die § 7 und 8 gelten, welche die „Wahlen“ reguliren.

Nach § 7 muß jedes Mitglied des Gewerbegerichts wenigstens 30 Jahr alt sein. Reichstagsabgeordneter kann man bekanntlich mit 25 Jahren werden. Die Reichsregierung schätzt also das Maß von „Weisheit“, das ein Gewerbegerichtsmitglied haben muß, erheblich höher als das eines Reichstagsmitgliedes — ein Compliment, für das sich der Reichstag hoffentlich bedankt.

Dabei darf dieses begnadete Gewerbegerichtsmitglied für sich oder seine Familie wenigstens in den letzten 3 Jahren keine Armenunterstützung genossen haben. Vermuthlich hatte das fürsorgliche Reichskanzleramt hierbei den gegenwärtigen Nothstand im Auge, der es allerdings für einen mit Familie gesequeten Arbeiter beinahe zu einem Kunststück macht, die öffentliche Unterstützung nicht zu beanspruchen.

Die Reichstagsmitglieder sind auch in dieser Beziehung günstiger gestellt, sie brauchen nur nachzuweisen, daß sie während des letzten Jahres „Staats- oder „Gemeindeunterstützung“ in Form von Armenhilfe nicht genossen haben.

Endlich soll das Gewerbegerichtsmitglied auch seit mindestens 2 Jahren im Gerichtsbezirk wohnhaft gewesen sein, ein Erforderniß, von dem man bei einem Reichstagsmitglied auch nichts weiß.

Warum hat die Regierung nicht gleich noch verlangt, daß das Gewerbegerichtsmitglied den Nachweis führen müsse, Vater von wenigstens drei legitimen Kindern zu sein und eine Stellung als „Werkführer“ zu bekleiden? Auf diese letztere Kategorie scheint sie es besonders abgesehen zu haben; wie schön ist es auch, wenn Werkführer und Unternehmer friedlich mitsammen dies Gericht bilden.

Aber alles das genügt der Regierung noch nicht. Es sollen trotzdem die 30jährigen seit 3 Jahren keine Armenunterstützung genossen habenden und seit 2 Jahren ansässig gewesen seienden Auserwählten unwürdig sein zum Gewerbegerichtsmitglied, wenn sie sich in einem der durch § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgesehenen Falle befinden.

Sehen wir uns also den verhängnißvollen Paragraph an. Derselbe lautet:

„Unfähig zu dem Amte eines Schöffen sind:

1. Personen, welche die Befähigung in Folge strafgerichtlicher Verurtheilung verloren haben;
2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann;
3. Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.“

Wiederum eine Bestimmung, der bis dato die Reichstagsmitglieder entronnen sind.

Endlich bestimmt noch der § 7, das Amt als Gewerbegerichtsmitglied sei ein Ehrenamt, das heißt auf deutsch, er bekommt nichts für seine Zeitversäumniß, und das ist die erste Bestimmung, in welcher ein Reichstagsmitglied und ein Gewerbegerichtsmitglied gleich stehen.

Wir vermuthen stark, das Reichskanzleramt hat in dem § 7 des Entwurfs die Mustereigenschaften entwickelt, die künftig auch für die Reichstagsmitglieder maßgebend sein sollen, wenn einmal die „Revision“ des Reichswahlgesetzes oder bez. Bestimmungen der Reichsverfassung vorgenommen werden sollte. Hoffentlich hat sie auch den Muth, dies im Reichstag auf etwaige Anfragen zu bestätigen.

Der § 8 giebt in der gleichen Richtung noch einige Andeutungen.

Die Berufung der Mitglieder soll von mindestens einem Jahr bis zu fünf Jahren zulässig sein. Wie viel Arbeitermitglieder dürften im letzteren Falle dann noch vorhanden sein?

Die Wahl der Beisitzer „kann“ den Arbeitgebern und Arbeitern zu gleichen Theilen übertragen werden; das hängt also von der Gnade der Communalverwaltungen ab. Als wahlfähiges Alter soll für beide Theile die Volljährigkeit (21. Lebensjahr) gelten, aber ein mindestens zweijähriger Wohnsitz im Gerichtsbezirk nothwendig sein. Da hat also das Reichskanzleramt die unerhörte Kühnheit, d. h. im ersteren Punkte, eine sozialdemokratische Programmforderung gutzuheißen, nämlich die Wahlberechtigung mit 21 Jahren. Aber freilich, wenn man das passive Wahlrecht so vortrefflich verklausulirt, wie es § 7 gethan, hätte man sogar auf 18 oder gar auf 14 Jahr zurückgehen können. Sollte auch hierin das künftige Reichswahlgesetz seine Schatten werfen?

Da aber augenscheinlich das Reichskanzleramt fürchtet, daß die Zulassung von Wahlen schon an und für sich sehr bedenklich sei, namentlich wenn etwa ausnahmsweise eine sozialdemokratische Gemeindebehörde sie anordnet, so sollen die Wahlen der Prüfung der höheren Verwaltungsbehörde unterworfen sein.

Wenn also die Gemeindeverwaltung die Gewerbemitglieder beliebig aussucht, empfindet die Reichsbehörde kein Bedürfniß zu kontroliren, aber wenn das Volk wählt, dann muß diese Kontrole vorhanden sein.

Alle diese Bestimmungen zeugen von solch feindseliger Gesinnung gegen die arbeitende Klasse, daß es sehr wünschenswerth wäre zu wissen, wer eigentlich diesen Entwurf auf dem Gewissen hat.

(Schluß folgt.)

Aus Berlin.

— — 25. Januar.

Bei der Berathung des Forstdiebstahls-Gesetzes in der Commission des Abgeordnetenhauses sind die Pilze und Beeren, welche die braven Herrenhäusler in das Gesetz hineingebracht hatten, wieder gestrichen worden. Das Abgeordnetenhaus selbst wird, wie wohl anzunehmen ist, auch in diesem Sinne beschließen. Ein liberaler Abgeordneter, mit welchem ich über diesen Punkt sprach, warf sich stolz in die Brust und meinte, daß die Agitation der sozialdemokratischen Presse gar nicht von Nöthen gewesen sei, um das Abgeordnetenhaus zu veranlassen, derartige Härten aus dem Gesetze zu entfernen. Als ich ihm aber bemerkte, daß solche agrarische Gesetzentwürfe, die im Herrenhause eine eingehende Berathung erlitten, vielfach vom Abgeordnetenhause ihrer geringen Bedeutung halber en bloc angenommen zu werden pflegten, und daß man auch in diesem Falle die Volksfeindlichkeiten in dem Entwurf hätte übersehen können, da gab der Abgeordnete selbst zu, daß es doch besser gewesen sei, einige sozialdemokratische Wirbel zur Ermunterung gehört zu haben.

Bei der Germanisirung der Provinz Posen kommen merkwürdige Erscheinungen zu Tage. So sind im Laufe der letzten Jahre Hunderte von polnischen Ortsnamen in deutsche verwandelt worden. Eine dahin zielende Interpellation im Abgeordnetenhause wurde vom Minister Friedenthal dahin beantwortet, daß die Namensänderung immer auf Wunsch der Gemeindevertretung des betreffenden Orts geschehen sei. Aber was beweist das? In verschiedenen Orten nämlich, die eine überwiegende polnische Bevölkerung haben, sind die Gemeindevertretungen in der Majorität deutsch und so ist ein Ortsnamen-Veränderungsbeschluß äußerst leicht zu fassen — die Majorität der Gesammtbevölkerung aber wird tyrannisirt. Merkwürdig war es, daß bei der Behandlung der Interpellation, welche von verschiedenen Parteien unterstützt ward, die Polen völlig im Stiche gelassen wurden. Nicht ein Centrums- oder Fortschrittsmann hat gesprochen. Auch Virchow, der vorher gedroht, der Regierung etwas am Zeuge flicken zu wollen, war stumm. Ob die nationalliberalen Ministersessel in spe schon derartige Wirkungen ausüben, daß das bekannte fortschrittliche Schwänzchen gar nicht mehr wagt, von rechts nach links zu wedeln? Hierbei will ich noch die Bemerkung machen, daß die Majorität der Fortschrittspartei sich jetzt auf dem Standpunkt des Herrn Hänel befindet, der, nachdem die Nationalliberalen den Pakt mit Bismarck geschlossen, dann auch seinerseits mit den Nationalliberalen paktiren will. Die nationalliberalen Minister werden dann vielleicht die Gnade haben, einige Fortschrittler als Hülfsarbeiter in den Ministerien, mit dem Titel: Geheime Regierungsräthe, anzustellen.

Erlauben Sie mir, aus der Liste der Personen, die auf dem jüngsten Ordensfeste bedacht worden sind, einige bekannte Namen Ihnen vorzuführen. Da leuchtet zuerst derjenige des Herrn Gneist und zwar mit dem rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub hervor — es ist das derselbe Mann, der es für die Pflicht eines wahren Volksvertreters hielt, „mit dem einen Beine auf der Tribüne, mit dem anderen Beine auf der Barrikade zu stehen“, derselbe Mann, der im Jahre 1863 dem Herrn von Bismarck die schärfste Opposition machte und Reden hielt, die, wenn sie jetzt in Volksversammlungen verlauteten, mit mehrjährigem Gefängniß „belohnt“ würden. — Einen Orden R. A. III hat der sattsam bekannte frühere Polizeioberst Patzke zu Berlin, jetzt Strafanstaltsdirektor in Rawitz erhalten. — Nationalliberale Abgeordnete finden wir mit dem sehr bescheidenen R. A. IV, und zwar die Herren Rickert nnd Puttkammer-Fraustadt. — Diesen bescheidenen Orden haben auch zwei viel berühmtere und verdientere Männer erhalten, nämlich der Herr Staatsanwalt Kunitz zu Frankfurt, der das Strafgesetzbuch so genau kennt, daß er bei einfacher Majestätsbeleidigung die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt, und der Herr Landrath von Stielow zu Oschersleben, der gewaltige Verfolger der Bettler und Vagabunden. — Noch sei zu erwähnen der Freund Lasker's, Oppenheim's und Bamberger's, der Schriftsteller Berthold Auerbach, demokratzigen Andenkens, der einen Kronenorden dritter Klasse davontrug.

Dr. Dühring, der Sozialistenfresser, hat übrigens auch einen Orden verdient — er hat nämlich wieder einmal geredet, und wieder erklärt sein Leiborgan die „Magdeburger Zeitung“, daß er ihr nicht allein aus der Seele geredet, sondern den Standpunkt jetzt einnehme, den sie schon längst eingenommen habe. Man sieht, daß Dr. Dühring gar nicht so ungelehrig ist, wie man sonst oft behauptete. Diesmal ist er über Dr. Schäffle hergefallen — den Dr. Adolf Wagner ließ er nach dem alten Sprüchwort: „Gebrannt Kind scheut Feuer!“ völlig aus dem Spiele. Wie verachtlich der Mann sich übrigens in seinem Vortrage wieder gemacht hat, das geht daraus hervor, daß er behauptet, Schäffle habe in seiner „Quintessenz des Sozialismus“ deshalb der Sozialdemokratie „geschmeichelt“, um das ausgebreitete Colportagegeschäft unserer Partei zu benutzen und dadurch für seine Schrift bedeutenden Absatz zu finden. Nun ich dächte: „Wer nicht hinter dem Ofen gesessen hat, Herr Dühring, der sucht auch Niemanden dahinter.“ Oder soll ich noch deutlicher reden?

Wieder ein Bekehrter!

Frankfurt a. M., im Januar.

Der Kampf mit dem modernen Drachen, Sozialdemokratie genannt, hat schon gar seltsame Blüthen getrieben. In der Regel muß man sich über die in dem Kampfe als Waffen benutzte Unverschämtheit, Lüge, Verleumdung, pure Dummheit und wie die schönen Dinge alle heißen mögen, wundern; aber ausnahmsweise bekommt der „Kampf“ (mit Gänsefüßchen) 'mal so einen harmlosen, naiven Anstrich, daß man lachen muß, einerlei, ob man soll oder nicht soll. So heute! In der „Bismarckstraße“ der oberhessischen Provinzial-Haupt- und Universitätsstadt Gießen verläßt allwöchentlich zweimal ein Blatt die Presse, das den gewiß schönen und volltönenden Namen „Deutscher Volksfreund“ führt und als „Organ des Deutschen Volksvereins“ bezeichnet ist. Es ist nach eigener Aussage ein „wahrer Freund des Volkes“ und bekämpft die „finsteren Mächte“, „die unser Volksleben zu verderben drohen“. Manchem Leser dürfte es erwünscht sein, diese „wahre Freundschaft“ etwas näher kennen zu lernen, sowie einen ungefähren Begriff von jenen grausigen „finsteren Mächten“ zu bekommen. Drum frisch an's Werk! Die Nr. 103 dieses „Deutschen Volksfreund“ vom 25. Dezember 1877 wird mit einem Leitartikel eröffnet, der die verführerische Ueberschrift trägt: „Wie Sozialdemokraten beizukommen ist, von einem Geistlichen, zunächst für Geistliche, aber auch für andere Leute.“ Aber auch für andere Leute! Das ist gewiß aller Ehren werth und giebt uns ja die Erlaubniß, diese tiefen Gedanken eines noch tieferen Geistes auch unseren Lesern, unter denen die „Geistlichen“ am Ende zu dünn gesäet sind, zugänglich zu machen. Sammelt also Euren Geist, damit der Rede Sinn Euch nicht dunkel bleibt, damit Ihr nicht mit Furcht auszurufen genöthigt sind: „Da steh' ich nun, ich armer Thor! Und bin so klug als wie zuvor!“ Vernehmt also:

„In gewissen Schichten des Volkes, namentlich in den industriellen Bezirken, ist die Erbitterung der Leute bereits auf eine entsetzliche Höhe gestiegen. Freilich sind früher besonders die Fabrikarbeiter vielerwärts schmählich genug behandelt und schnöde ausgenutzt worden. (Doch?!) Die sozialistische Agitation aber hat die wirklich vielfach schon beseitigten Nothstände mit glühenden Farben als ein unerträgliches, schauerliches Elend und als eine Menschen unwürdige Sklaverei ausgemalt. Durch Jahrhunderte hindurch aber hat sich ganz langsam eine furchtbare und finstere Zorneswolke angesammelt. Es giebt jetzt Zehntausende (noch ein paar mehr!) von Männern in unserem Volke, deren Zukunftspläne sind einzig und allein auf Blut, Rache und Umsturz gerichtet. (Das ist schrecklich, nicht wahr?) Hunderttausende sehen die Religion nur für eine Erfindung der Pfaffen und der Besitzenden an; sie habe einzig die Bestimmung, das besitzlose Volk zu knechten und dumm zu erhalten. (Schon „Hunderttausende“ — im Uebrigen haben wir Nichts einzuwenden!) Man muß in sozialdemokratischen Versammlungen gewesen sein und hier diese feurige Beredsamkeit, diese schauerliche Begeisterung kennen gelernt haben. Wir Pastoren könnten da lernen, wie man zum Volke reden muß, um zu fesseln, verstanden zu werden. (Wieder nichts einzuwenden!) Man begreift da aber auch, wie unzählige wohlgesinnte Arbeiter durch die Macht der allgemeinen „Begeisterung“ fortgerissen und verführt werden. „Die Kapitalisten und Tyrannen“ — heißt es da — „wissen recht gut, daß ihr so lange eure Faust nicht gegen sie erhebt, so lange ihr wie alte Weiber die Hände zum Gebete faltet. Darum müssen sie die Pfaffen heiser schreien: „Betet, betet, betet, so wird Alles gut!“ — Und wenn es dann noch nicht hilft, so vertrösten sie euch auf die Ewigkeit. — Ja das ist immer ihr letzter Trumpf, die liebe, schöne Ewigkeit! — Darauf sollt ihr euch trösten, und euch unterdessen zertreten lassen, wie schmierige Würmer! Verflucht seien sie, die listigen Verräther, die euch damit hinhalten wollen. Glaubt's nur, die Wechsel auf die Ewigkeit lauten auf eine Firma, die längst bankerott ist! Auf Erden lebt ihr, das ist gewiß, und auf Erden müßt ihr glücklich werden, oder ihr werdet es niemals; und wenn ihr euch nicht selber helft mit euren Fäusten, so hilft euch Gott und der Teufel auch nicht dazu.“ — So und ähnlich klingt es durch die Reden und Schriften der Sozialisten hindurch, und es ist ja leider nicht blos Mißverstand und nicht blos Wahrheitshaß, was aus diesen donnernden Reden an unser Ohr tönt. Ach! es giebt in der That unter den Besitzenden und Gebildeten nur zu Viele, die das Christenthum und die Kirche als ein Mittel betrachten, die wilde Masse des Volks „im Schach zu halten“; und nur zu oft hat die Kirche sich gebrauchen lassen, um Tyrannei und Härte der Gewaltigen dieser Erde zu bedecken, ja zu rechtfertigen. (Lauter gar nicht üble Eingeständnisse!) Wie tief aber auch schon der Karren in den Koth hineingefahren ist, das wahre Christenthum hat Kräfte der Ewigkeit, die jeden Fehlgang wieder zurückwenden können. Freilich nicht Predigten, sondern Thaten, nicht Buße in Worten, sondern Buße in Werken müssen hier Rettung bringen. Im Einzelnen kann aber jeder Christ erfahren, daß die Liebe Christi mächtig ist, auch den verbittertsten Gegner zu überwinden. Unzählige hassen das Christenthum, nur weil sie es mit einem gewissen kalten, aristokratischen Kirchenthum verwechseln: aber sie sehnen sich nach der Liebe, welche die Seele des lebendigen Christenthums ist, deren warmen Odem sie aber nie gefühlt haben. Schnell würden Tausende ihren Sinn ändern, wenn sie nur verstehen lernten, was das ist: „Die Liebe Christi dringet uns also“, wie der Apostel sagt, der „Jedermann allerlei geworden“, um nur so viele als möglich Christo zu gewinnen.

„Noch sehe ich den grimmigen Mann mit rothem Barte vor Augen (das Signalement eines Sozialdemokraten, wie er im Buche steht), hoch oben in der glühendheißen Dachstube, die vier Treppen hoch lag und wo Alles nach Hunger und Kummer aussah. Der Mann wohnte in der Fabrikstadt E., und ich kam zu ihm wie zu allen denen, deren Kindern ich Confirmandenunterricht ertheilte. Er aber hohnlachte, als ich ihm sagte, daß ich gekommen sei, die Eltern meines Christian X. kennen zu lernen. „Den schicken wir zu den Pfaffen, nur weil wir es müssen“, schrie er mich an; „auf meiner Bude habt ihr nichts verloren. Spioniren wollt ihr, verfluchten Pfaffen, spioniren und nichts Anderes.“ Das war sein Gruß. Und weiter sagt er, trotzdem daß seine Frau ihm gelinde Rippenstöße gab: „Es wäre kein Schade gewesen, wenn ihr die alte verfluchte Hühnerleiter hinuntergepoltert wäret und alle Knochen zerbrochen hättet; und scheert ihr euch nicht schnell von hier, so will ich euch auf die Sprünge helfen, daß ihr es nach Jahr und Tag noch spürt.“

„Ich blieb. Gottlob! ziemlich ruhig und sagte ihm von der Liebe Gottes, die ihn und mich beseligen und retten wolle. Wie besessen fuhr der Mann auf: „Gott, sagt ihr? Verflucht sei euer Gott, der uns zu armseligen Sklaven gemacht hat. Diese Faust hier (und er schlug damit wie rasend auf den Tisch), diese

Sozialpolitische Uebersicht.

— Am 25. d. wurde in aller Hast der Waffenstillstand abgeschlossen, nachdem die englische Regierung ein Ultimatum an das Petersburger Kabinet gerichtet und dem Parlament die Ergreifung kriegerischer Maßregeln angekündigt hatte. Ob die Türkei mit oder ohne die Billigung Englands Waffenstillstandsbedingungen und Friedenspräliminarien angenommen hat, wissen wir nicht, und können deshalb auch nicht beurtheilen, in wie weit Garantien für vorläufige Erhaltung des europäischen Friedens erlangt sind. Den günstigsten Fall gesetzt: die jetzigen Verhandlungen führten unter Zustimmung der übrigen Mächte zu einem Friedensschluß, so wäre damit blos eine Pause von wenigen Jahren gewonnen, nach deren Verlauf das Gemetzel im Namen der Humanität und des Christenthums wieder losgehen wird. Die orientalische Frage bleibt ungelöst; die Lösung ist blos verschoben und Rußland, jetzt durch England an der Erreichung seines Ziels gehindert, wird die erste Gelegenheit zur Fortsetzung des Mord- und Knuten-Culturwerks benutzen.

Und das „von Rechtswegen" — so lange die Völker Gefallen daran finden.

— Während Rußland sich anschickt, die Türkei endgültig kosakisch zu machen und während es im Begriff steht, seine Horden nach Konstantinopel zu dirigiren, um dort in der Hauptstadt der Türken „barbaren" seine „Culturmission" zu besiegeln — erheben die deutschen Arbeiter fortgesetzt in zahlreichen Versammlungen Protest gegen die den russischen Eroberungskrieg unterstützende Politik der deutschen Reichsregierung. Die deutschen Arbeiter wissen eben besser, als oberflächliche Gefühlspolitiker, daß das Rußland, welches Polen vernichten half, welches gegen die glorreiche französische Republik des vorigen Jahrhunderts focht und welches zur Unterdrückung der Unabhängigkeitsbestrebungen der ungarischen Nation seine Unterstützung lieh — die deutschen Arbeiter wissen eben besser, daß das Rußland, welches im eigenen Lande jede freiheitliche Bewegung im Keime erstickt, den orientalischen Krieg nur im dynastischen Interesse angezettelt hat und daß die „Christenbefreiung" ihm den Vorwand zum Losschlagen abgeben mußte. Protestversammlungen fanden in den letzten Tagen statt in Wurzen, Bayreuth, Liegnitz, Kassel, Darmstadt u. s. w. In sämmtlichen Versammlungen wurden dem Sinne nach übereinstimmende Resolutionen angenommen, in welchen die deutsche Reichsregierung aufgefordert wird, der anticulturellen Politik Rußlands ihre Unterstützung zu versagen.

— Die Gesammtausgaben für das deutsche Reich pro Rechnungsjahr 1878/79 betragen die Summe von 546,341,701 Mark. Von dieser Summe entfallen allein auf die Kriegsmacht und was damit direkt zusammenhängt (Armee, Marine, Invaliden-Unterstützung, Ausgaben in Folge des Krieges gegen Frankreich) 461,125,167 Mark. Glückliches Deutschland! Nur immer frisch voran auf diesem Wege unter des genialen Bismarck's Führung.

— Die Berliner Arbeiter, angeregt durch den Gimpelfangversuch der christlich-sozialen „Staatssozialisten", haben in verflossener Woche eine großartige Manifestation gegen das Pfaffenthum in Scene gesetzt. In einer von mehr als 4000 Personen besuchten Volksversammlung, in welcher Most sprach, wurde trotz der krampfhaftesten Gegenanstrengungen etlicher anwesenden Geistlichen, der Beschluß gefaßt, en masse aus der Landeskirche auszuscheiden. Dem Beschluß wird unzweifelhaft die That folgen, und die Herren Stöcker und Comp. werden im Stillen sicher schon bereut haben, durch ihre Windsaat den Sturm heraufbeschworen zu haben, der sie jetzt umtobt.

— „Seht, wir Wilden sind doch bessere Leute!" Während in dem Staate der Intelligenz, in Preußen-Deutschland, viele Volksschullehrer am Hungertuche nagen, während die Wittwen derselben vielfach in trostloser Lage sich befinden, während allein in Preußen über 4000 unbesetzte Schullehrerstellen vorhanden sind, liefert uns Amerika mit seinen zum Theil noch halbcivilisirten Ländern ein ganz anderes Bild über die Schulverhältnisse.

Wir lesen da in einem Newyorker belletristischen Organe, welches seine Angaben von einer internationalen Lehrerkonferenz hat, daß in Brasilien die Lehrer in den Städten ein jährliches Gehalt von 700—900 Dollars, auf dem Lande von 400 bis 600 Dollar nebst freier Wohnung und Benutzung eines Stückes Land erhalten. Nach 15jähriger Dienstzeit sind sie pensionsberechtigt und nach dieser Zeit, wenn sie im Dienste bleiben, erhalten sie 25 pCt. Gehaltserhöhung. Lehrerinnen stehen auf gleicher Stufe. In der Hauptstadt Rio Janeiro erhalten die Lehrer für jeden Schüler über 30 eine besondere kleine Vergütung.

In der Argentinischen Republik stehen sich die Lehrer noch besser; sie erhalten 80—100 Dollars monatlich.

Auch in Japan hat das Schulwesen in neuerer Zeit einen bedeutenden Aufschwung genommen und stehen die Lehrer in besonders hohem Ansehen; auch ist ihre Lebenshaltung eine angemessene.

Und selbst auf den Sandwichsinseln beschämt man manchen sogenannten civilisirten Staat in Hinsicht auf das Schulwesen. Das genannte Blatt schreibt nämlich: „Ein Gesetz schreibt vor, daß alle Kinder im Alter von 6—16 Jahren irgend eine Schule besuchen müssen, und in den größeren Städten wird dasselbe auch strenge durchgeführt. In den Elementarschulen bedient man sich der hawaiischen Sprache. Die Lehrer sind Eingeborene und beziehen ein tägliches Gehalt von 50 Cents — bei der Billigkeit des dortigen Lebens wohl soviel wie 2—3 Dollars in den Vereinigten Staaten. Das Schuljahr besteht aus vier Semestern, jedes zu zehn Wochen gerechnet. Nur an 5 Wochentagen wird unterrichtet. In den Landschulen wird täglich drei Stunden Unterricht ertheilt und zwei Stunden beschäftigt man sich mit Feldarbeiten. Der Ertrag dieser Arbeiten gehört zur Hälfte den Schulen, zur Hälfte den Lehrern. Der Schulbesuch ist ein überraschend günstiger. Unter 8981 schulpflichtigen Kindern des Königreichs besuchten die Schulen 8287. Daran könnten sich selbst weit civilisirtere Länder ein Muster nehmen. Zum Unterhalt der Schulen haben alle männlichen Erwachsenen im Alter von 20—50 Jahren eine jährliche Steuer von 2 Dollars zu entrichten."

Nun, was sagen dazu unsere dünkelhaften Afterpatrioten? — Wir aber sagen, daß wenn der Militarismus in den europäischen Kulturstaaten nicht aufhört, wenn der Sozialismus diesen Staaten nicht unter die Arme greift, dann werden sie bald in der Kultur überholt von jenen halbcivilisirten Ländern; sie werden dann auf das Niveau von Spanien und Griechenland herniedersinken, während jene Nationen in Glück und Wohlstand aufblühen.

Wollen und können die Regierungen nicht retten, so müssen es die Völker selbst thun.

— Ueber die sozialistische Bewegung in Frankreich bringt die offiziöse, hauptsächlich für das Ausland bestimmte und von Bismarck inspirirte Berliner „Correspondenz" einen Artikel, aus dem wir nachfolgende Stellen zum Abdruck bringen:

„In dem Chaos von Neuigkeiten, welche uns aus Frankreich zugehen, ist es eine Thatsache, die immer klarer zu Tage tritt, nämlich die, daß die Sozialdemokratie dort bereits eine Macht geworden ist, die nur auf den Ausbruch einer erschütternden Krise wartet, um mit einer Gewalt, die man vordem an ihr nicht kannte, auf der Bühne des öffentlichen Lebens zu erscheinen. Ohne Zweifel mögen die Führer der sozialistischen Bewegung in Frankreich, welche so eifrig mit den sozialdemokratischen Organen Deutschlands in Verbindung stehen, die Thatsachen ein wenig übertreiben; soviel steht jedoch fest, diese Bewegung kann man weder wegleugnen noch mit Stillschweigen übergehen.

„Was ferner dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen kann, ist der Umstand, daß seit dem Genter Congreß die sozialistische Agitation in Frankreich mit einer großen Geschicklichkeit und nach einem wohlüberlegten Plane betrieben wird.

„In den letzten drei Jahren hatte diese Bewegung, welche durch die Niederlage der Commune in Paris erstickt war und streng überwacht wurde, die Segel einziehen und laviren müssen; sie beschränkte sich darauf, das Landgebiet und die industriellen Gegenden zu bearbeiten, hauptsächlich im südlichen Frankreich; aber seit einem halben Jahre ungefähr machte sie sich offen ans Werk, und die Führer der Partei scheinen den Augenblick, sich in den großen Städten, in Paris, Lyon und Marseille zu sammeln für gekommen zu erachten. — Man kann nicht in Abrede stellen, daß die Aussichten für die Sozialdemokraten in Frankreich günstige sind, und die lebhafte Aufmerksamkeit, welche die Regierung in letzter Zeit dem Vorgehen dieser Partei schenkte, hat nichts an der Sachlage zu ändern vermocht. Es ist interessant zu beobachten, daß in Frankreich wie in Deutschland die sozialistischen Führer alle Mittel aufbieten, um die Ihrigen in die Gemeindevertretungen zu bringen."

Wir haben diesem ziemlich sachlichen Urtheil an sich nichts hinzuzufügen, wollen aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß sich alle Anzeichen mehren, daß der „unsterbliche" Herr Thiers sich noch kurz vor seinem Tode durch sein Manifest, in welchem der Sozialismus in Frankreich todtgesagt und begraben wurde, „unsterblich" blamirt hat. Alle Sozialistenhetzer, auch in Deutschland, aber mögen die Lehre aus dem raschen Wiederemporblühen des Sozialismus in Frankreich ziehen, daß selbst ein solcher Aderlaß, wie der im Jahre 1871, den Riesenkörper des Weltproletariats nicht zu erschüttern vermag.

— Der Aufruf unseres Freundes Lissagaray in letzter Nummer des „Vorwärts" wird gewiß in den Herzen der deutschen Arbeiter ein Echo gefunden haben; und Lissagaray darf überzeugt sein, daß die Arbeiter Deutschlands seinen Wünschen entsprechen und gegen die Verrufung Deutschlands und zur Linderung des Elends unserer deportirten französischen Vorkämpfer Alles thun werden, was in ihren Kräften steht. Wenn er aber glaubt, wir seien im Stande, durch eine allgemeine Arbeitseinstellung einen entscheidenden Druck auf die herrschenden Klassen auszuüben, so ist das unzweifelhaft eine irrige Annahme. Auch wenn unsere Partei weit zahlreicher wäre und noch besser organisirt als jetzt, so würde die Inszenirung eines nationalen Strikes, der sämmtliche Gewerke und Geschäftszweige umfaßte, weit über den Bereich unserer Macht gehen — ganz abgesehen von der Frage, ob ein solches Kampfmittel überhaupt praktisch ist. Nur einmal wurde es versucht, gegen Ende der dreißiger Jahre, als die englischen Arbeiter den sogenannten „national holiday" (Nationalfeiertag) zur Lahmlegung der Bourgeoisie organisiren wollten. Damals scheiterte der Plan kläglich, und wir glauben kaum, daß ein zweiter Versuch günstiger ausfallen würde. Und, die Frage der Möglichkeit bei Seite gelassen, denken wir: sind die Sozialdemokraten erst stark genug, dieses Kampfmittel anwenden zu können, dann sind sie auch stark genug, es nicht anwenden zu müssen.

— In der Gewerbeordnungs-Beilage der Nummer 9 des „Vorwärts" ist der § 133 auf S. 2 durch Auslassung eines Satzes unvollständig wiedergegeben worden. Wir drucken den § 133 hier noch einmal ab und setzen den weggelassenen Satz zur besseren Verdeutlichung in Klammern:

4. Verhältnisse der Fabrikarbeiter.

§ 133. Kinder unter 12 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Vor vollendetem 14. Lebensjahre dürfen Kinder in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von 18 Stunden wöchentlich genießen. Die Beschäftigung darf, wenn sie täglich stattfindet, die Dauer von [sechs Stunden, wenn sie nur einen um den anderen Tag oder in noch größeren Zwischenräumen stattfindet, die Dauer von] zehn Stunden des Tages nicht überschreiten. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

— Die „Berliner Freie Presse" veröffentlicht in ihrer Nummer vom 24. Januar die in Nr. 6 des „Vorwärts" enthaltene Erklärung unseres Genossen Bebel und sagt dazu:

„Diverse Blätter scheinen daraus den Schluß zu ziehen, daß es am Plötzensee wirklich vorzüglich aussehe. Ihre Redakteure mögen es nur erst praktisch erproben. Was aber die „Bastille am Plötzensee" anlangt, in welcher die Gefängnißdirektion „maßlose und ungerechte" Angriffe auf sich entdeckt haben will, so sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß Most alle in seiner Broschüre mitgetheilten Thatsachen vollständig aufrecht erhält. Man frage nur jene politischen Gefangenen, die vor Most am Plötzensee „gesessen" haben, und man wird hören, daß sie daselbst infam behandelt wurden. Ecks, Schmitz, Heinsch, Hurlemann, Slauk, Pietsch, Becker ꝛc. wurden einfach wie Spitzbuben gehalten. Man steckte sie in Zuchthausjacken, zwang sie zu körperlicher Arbeit, preßte sie zum Kirchenbesuch, erlaubte ihnen keine Zeitung, fütterte sie mit der schlechtesten Sorte der üblichen Gefängniß-Schlampe, ja man wollte Einzelnen sogar den Bart abnehmen. Das ist seit Most nicht mehr vorgekommen; und wenn es jetzt die Gefängnißdirektion liebt, den politischen Gefangenen die Mähr aufzubinden, Most's Broschüre hätte Alles verdorben, so verbirgt sie dahinter nur ihren Aerger über jene Schrift; denn die Thatsachen lehren, daß das Gegentheil wahr ist. Man fürchtet sich einfach vor weiteren Broschüren und begeht daher neue Mißhandlungen von politischen Gefangenen nicht, will den Neulingen aber einreden, es sei immer wie jetzt gewesen."

— Grober Unfug! Dem Schwarzen ist nun auch der Rothe gefolgt. Parteigenosse Grünewald, nicht zu verwechseln mit dem Herrn Agitator des Herrn Stöcker, Grünebərg, also unser Parteigenosse Grünewald ist wegen groben Unfugs, welchen er in der von ihm redigirten „Freien Niederrheinischen Zeitung" verübt haben soll und zwar indem er aus Anlaß des Sedanfestes das patriotische Gefühl verhöhnt habe — Grünewald ist vom

---

Faust ist mein Gott, und wenn die Faust verfault ist, so ist auch mein Gott verfault. Seht, das ist meine Religion, und nun packt euch." — Traurig, ja zitternd ging ich hinweg. Ich konnte aber dem Manne, der arbeitslos war, Arbeit und Verdienst verschaffen. Das half. „Nun glaube ich doch noch, daß es einen Gott im Himmel giebt, und daß sogar unter den Pfaffen barmherzige Leute sind", war seine Antwort gewesen; so lange ich in E. war, ist der Mann einer meiner treuesten Kirchengänger gewesen und in seiner Wohnung, wohin ich noch öfter kam, lag fortan die Bibel an derselben Stelle, wo früher die Branntweinflasche thronte.

„In Summa, die Leute im Volke, auch die Gott entfremdeten, sind nicht so schlimm, wenn wir Christen uns nur wirklich als Nachfolger desselben beweisen, dem es Lust und Himmel war zu segnen, zu retten, zu trösten, zu helfen, Wunden zu verbinden."

(Aus „O. Funke, St. Paulus zu Wasser und zu Lande." Bremen b. Müller 1877.)

Das also, lieber Leser, war die neue Geschichte, „wie Sozialdemokraten beizukommen ist". Hast du meinem Rathe gemäß hübsch aufgepaßt, so geschieht bei dir nicht, wie bei den Examinatoren des ehrsamen Hieronymus Jobs, „Schütteln des Kopfes!" — „Arbeit und Verdienst verschaffen", das half bei dem „grimmigen Mann mit rothem Barte"! Daß beides einem Andern entzogen worden und dieser vielleicht Noth darunter leiden mußte, macht unseren „Beikommer" nicht irre! Und, was die Moral von der Geschichte ist, aus dem Bösewicht wurde sogar einer der „treuesten Kirchengänger". Vivat sequens, — nein, vivant sequentes!

Doch nun Spaß bei Seite! Wir können uns von unserem „Beikommer" nicht trennen, ohne ihm nur ein paar jener unsere jetzigen Zustände kennzeichnenden Thatsachen zum Studium mit auf den Weg zu geben, vorausgesetzt, daß er überhaupt zum Studium fähig ist. „In den letztverflossenen drei Wochen wurden auf dem Klapperfeld nicht weniger als 400 Bettler eingesperrt, darunter viele halbverhungerte. (Frankf. „Volksfreund" vom 2. Januar.) — Zur ersten constituirenden Generalversammlung des hiesigen Armenvereins, welchem schon nahezu 1700 Mitglieder mit über 21,000 Mark jährlichen Beiträgen angehören sollen, hatten sich dreißig, sage und schreibe dreißig, eingefunden. — Das hiesige Rügegericht hat im Laufe des verflossenen Jahres nahezu 7000 Urtheile wegen Bettelns, Obdachlosigkeit, Polizeiübertretungen ꝛc. gefällt. — Der evangelisch-lutherische Almosenkasten beging am 31. Dezember 1877 den 50. Jahrestag seiner Gründung. Im ersten Jahre seiner Existenz, also 1827, hatte er es mit nur 20 Hilfsbedürftigen zu thun, im verflossenen Jahre betrug deren Zahl 5709! — Der Jahresbericht des katholischen Almosenkastens hebt hervor, daß der Nothstand in dem seiner Pflege anvertrauten Kreise leider nicht abgenommen habe, sondern in solchem Maße zunehme, daß bei alleiniger Verwendung der bestimmt zugemessenen Mittel es ganz unmöglich sei, die zahlreichen Anforderungen größter Noth und Bedrängniß auch nur einigermaßen zu befriedigen. — Zur Stelle eines Hausburschen, deren Erledigung nicht weiter als durch den Entlassenen selbst bekannt wurde, meldeten sich am 2. Januar achtzig qualifizirte Bewerber. — Die Central-Gefangenenanstalt Ziegenhain ist mit Strafgefangenen so überfüllt, daß die am Freitag von hier aus zum Abgange nach dort bestimmten Transporte bis auf Weiteres eingestellt werden mußten.

Und solchen Thatsachen gegenüber kann man wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken? Kann man sich mit Spielereien befassen? Oder ist es Pflicht eines Jeden, dessen Herz noch nicht versteinert ist, thatkräftig zu handeln, seine Schuldigkeit zu thun?"

—o—

Vorsicht! In verschiedenen Landestheilen ist jüngst häufig, besonders auch von Hausirern amerikanisches Schweinefleisch zu auffallend billigen Preisen verkauft worden, weshalb der behördliche Hinweis erfolgt ist, daß, dem Vernehmen nach besagtes Fleisch nur deshalb ungeachtet des weiten Land- und Seetransports so billig an die Verzehrer abgegeben werden kann, weil dieses Fleisch von den auf Eisenbahn-Transporten im Innern Amerikas gefallenen und demnächst sofort eingesalzenen Schweinen herrührt. Abgesehen davon liege aber außerdem die Gefahr vor, daß dieses amerikanische Schweinefleisch trichinenhaltig sei, da eine Untersuchung jedes einzelnen, in den Verkehr gelangenden Fleischstücks, wie sich von selbst verstehe, nicht stattfinden könne. — (Wir wollen nicht behaupten, daß dem so ist, wie in vorstehender Notiz mitgetheilt wird, doch rathen wir zur Vorsicht. Die Red. d. Vorw.)

— Vier große deutsche Bierbrauereien, die Mainzer Aktien Brauerei, die Rheinische Brauerei in Alteburg bei Köln, die Brauerei von Gebr. Dieterich in Düsseldorf und die Essener Aktien-Brauerei haben an das kaiserliche Reichs-Gesundheitsamt ein Gesuch um Befürwortung gesetzlicher Bestimmungen gerichtet, durch welche die Anwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung verboten wird. Das ist brav!

— „Können". Aus Oldenburg melden die liberalen Blätter die Ernennung des Ober-Appellationsgerichtsrath Tappenbeck zum Justiz- und Cultusminister und fügen dabei folgenden ominösen Satz hinzu: „Das Land wird mit der auf ihn gefallenen Wahl zufrieden sein können." — Natürlich: „Müssen ist ein Teufelsding" lautet ein altes Sprüchwort.

— Dr. Straußberg wird bald eine Broschüre veröffentlichen unter dem Titel: „Ein Seehafen", in welcher er sich freundlich erbietet, eine direkte Canalverbindung über Berlin von Hamburg nach Stettin herzustellen und so mit Berührung der Hauptstadt die Nordsee mit der Ostsee zu verbinden. Wir wollen über das Projekt selbst nicht urtheilen, doch denken wir, wenn das Projekt gut durchführbar ist, daß dann der Staat selbst seine Pflicht zu thun hat. Die Canalisation Norddeutschlands ist von größerer Wichtigkeit für die Cultur, als die Militäreinheit und Militärgröße Deutschlands!

— Ein frommer Priester im Wupperthale hatte vor nicht langer Zeit die „Gartenlaube" von öffentlicher Kanzel herab ein Schandblatt genannt, wurde wegen Beleidigung verklagt, aber freigesprochen, weil der Verleger nicht direkt genannt und weil auch auf den Titel „Schandblatt" nicht viel Gewicht zu legen sei. Daß die „Gartenlaube" in früherer Zeit Manches zur Aufklärung beigetragen hat, ist bekannt, daß sie aber in jüngster Zeit auch vielfach das Gegentheil thut, ist gleichfalls wahr — der Priester hatte jedenfalls in einem früheren freisinnigen Jahrgange gelesen.

— Herr Eugen Richter hat aus Brieg, wo er kürzlich eine Rede ausgeübt hat, eine Dankeszuschrift erhalten. Flugs veröffentlicht er dieselbe in der „Volkszeitung". — Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten die Zuschriften veröffentlichen wollten, in denen ihnen Anerkennung über einen Vortrag ausgesprochen wird, so würde der Raum der Parteiorgane kaum ausreichen und — sie wären gerad' so eitle Gecken, wie der Abgeordnete der Fortschrittspartei. Uebrigens soll einer der Absender des Dankschreibens der berühmte Improvisator sein, der „Eugen Richter, zu Boden spricht er" dazumal geleistet hat.

Polizeirichter zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, hat natürlich appellirt. Wir haben unsere Ansichten schon über den „groben Unfug", der unter Umständen auch mit dem Strafgesetzbuch verübt werden kann, vor nicht langer Zeit bei Gelegenheit der Verurtheilung eines klerikalen Redakteurs ausgesprochen und registriren diesmal hiermit nur den neuen Fall.

— Die von uns in Nr. 9 gebrachte Mittheilung, daß der kürzlich in Untersuchunghaft genommene Redakteur der „Berl. Fr. Presse", Genosse Dentler, auf ärztliche Anordnung aus der Haft entlassen sei, bestätigt sich nicht. Richtig ist nur, daß sich der betr. Anstaltsarzt über die Haftfähigkeit Dentler's sein Urtheil vorbehalten hat.

— Heft 9 der „Zukunft" vom 1. Februar hat folgenden Inhalt: Ueber den Gewerbe-Betrieb der Communen. — Die soziale Lage in Italien. (Dritter Artikel.) Von Benoit Malon. — Untersuchungen über die Grundprinzipien der Sozialökonomie. Von Dr. Cäsar De Paepe (Forts.) — Maximilian Robespierre. Von Dr. Carl Brunnemann. (Forts.) — Polemik. — Recensionen.

— Im Verlage eines unserer Parteigenossen, des Bürgers Henri Kistemackers, libraire socialiste, 60, Boulevard du Nord, Bruxelles, ist soeben in französischer Sprache ein Werk erschienen, auf welches wir glauben unsere geehrten Leser aufmerksam machen zu müssen. Der Titel ist: Histoire populaire et parlementaire de la Commune de Paris par Arthur Arnould. (Parlamentarische Geschichte der Pariser Commune, ein Volksbuch von Arthur Arnould, Mitglied der Commune.) Gegen Uebersendung von 3 Mark (Postanweisung) an obige Adresse erhält man den ersten Band sofort, den 2. und 3. gegen den 18. März und 20. Mai portofrei.

Correspondenzen.

Cassel, 20. Januar. Nach sieben Jahren hatten wir gestern Abend wieder einmal Gelegenheit, den Genossen K. Frohme in einer Volksversammlung sprechen zu hören. Dieselbe fand statt in Krauß' Salon und war aus allen Schichten der hiesigen Bevölkerung außerordentlich gut besucht. Handelte es sich doch auch um einen sehr wichtigen Punkt, nämlich um die bisherige Orientpolitik der deutschen Reichsregierung. In nahezu zweistündigem Vortrage schilderte Frohme die Gefahren, welche Deutschland in Folge der politischen Ent- und Verwickelungen der letzten Jahrzehnte, besonders seit dem Jahre 1866, drohen. Der Redner bewies auf's genaueste, daß es Thorheit sei, zu glauben, Rußland vollführe im gegenwärtigen Kriege gegen die Türkei eine Culturmission. Auch gedachte er in gebührender Weise des russenfreundlichen Gebahrens unserer reaktionären Parteien und ersuchte die Anwesenden, ihre Stimmen dafür geltend zu machen, daß sofort bei Beginn der nächsten Reichstagssession die Reichsregierung seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten über ihre Orientpolitik interpellirt werde. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. — Dann sprach noch Genosse Pfannkuch über die wirthschaftliche Lage und die Stellung der verschiedenen Parteien zu derselben. Redner legte klar, daß nur von der Sozialdemokratie eine wirkliche Lösung der sozialen Frage erwartet werden könne. — Als nun noch Genosse Frohme einige beherzigenswerthe Worte zu Gunsten der sozialdemokratischen Presse gesprochen, ward aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt, die Versammelten mögen die dem Einberufer erwachsenen Kosten selbst decken. Ehe jedoch dieser Antrag richtig zur Diskussion, geschweige zur Abstimmung gelangen konnte, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf. Wo bleibt da des Staatsbürgers Recht, über seinen Geldbeutel beliebig zu verfügen? — Wie es heißt, hat der betreffende Beamte „im höhern Auftrage" gehandelt.

Bockenheim, 23. Januar. Der Ueberzeugung nach schon längst atheistisch-materialistisch, haben unter dem heutigen Tage am hiesigen Orte 17 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche bei dem Amtsgericht angezeigt, um auf diese Weise auch das formell-Band zu lösen, welches sie seither noch an die Kirche fesselte. Unter den 17 Ausgetretenen befinden sich drei Personen weiblichen Geschlechts. Wir haben gegründete Hoffnung, daß binnen Kurzem noch Mehrere diesem Beispiele folgen werden.

Göppingen, 19. Januar. „Es geht zwar langsam, aber es geht doch." Vorstehende Worte dürften wohl in Rücksicht auf unsere württembergischen Verhältnisse gegenüber der sozialen Frage mit mehr Recht als irgendwo angewendet werden können. Dank dem Muckerthum haben wir hier einen schwereren Kampf zu bestehen. Der Beweis hierfür hat sich auch hier wieder am letzten Sonntag eklatant herausgestellt. Bei der letzten Reichstagswahl hat die württembergische Regierung den Regierungsrath Diefenbach mit Hilfe der Bismarckanbeter und Mucker gegen unsern Candidaten durchzusetzen gewußt. Nach Ablauf eines vollen Jahres hatten wir nun das Vergnügen, von dem Vertreter unseres Wahlkreises in öffentlicher Versammlung zu hören, daß Deutschland 542 Millionen Mark jährlich verausgabe, wovon, wie wir das ja vorher wußten, beiläufig vier Fünftel für militärische Zwecke ausgegeben werden. Schließlich erklärte Herr Diefenbach seinen Wählern, daß er nichts Neues bieten könne, da dieselben wohl alles, was er gesagt, schon aus den Zeitungen wissen werden. Dann ging der Redner zur Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung über, welcher lautete: „Die sozialistische Arbeiterbewegung." Selbstverständlich waren wir unter circa 300 Versammelten auch mit einigen Dutzenden Parteigenossen vertreten. Es würde den Raum des „Vorwärts" zu sehr in Anspruch nehmen, wenn ich alle die widersprechenden Behauptungen über unsere Partei wiedergeben wollte. Nur soviel will ich berichten, daß nach Beendigung des Vortrags Genosse Bronnenmeyer das Wort ergriff und in circa halbstündiger Replik dem Herrn Diefenbach tüchtig heimgeigte, wofür ihm nicht nur von einem großen Theil der Anwesenden, sondern auch in zwei darauffolgenden Nummern des demokratischen „Hohenstaufen" Anerkennung zu Theil wurde. Die Gegner speien natürlich Gift und Galle, aber widerlegen konnten sie Bronnemeyer nicht. Es würde uns Vergnügen machen, wenn öfters solche Bekämpfer unserer Sache hier auftreten würden; denn dadurch würden wir nur gewinnen, weil in die von uns anberaumten Volksversammlungen die Gegner nirgends oder höchst selten kommen. Herr Diefenbach hat aber auch vor anderen Gegnern das voraus, daß er nicht alles von uns Aufgestellte verdammt, indeß wollte er die „Quintessenz" von Dr. Schäffle zweimal gelesen und doch nicht herausgefunden haben, wie der sozialistische Zukunftsstaat beschaffen sein würde. Die Antwort wurde ihm indessen sowohl in der Versammlung als auch durch die Tagesblätter hinlänglich zu Theil. Selbstverständlich waren seine Verehrer sehr verblüfft, und er selbst konnte nur eine sehr schwache Erwiderung geben, welche darin gipfelte: Ich glaube es nicht.

Eutritzsch bei Leipzig, 20. Januar. Der Tod hat seinen Mahnruf abermals an einen Parteigenossen ergehen lassen; unser Genosse Friedrich Oswald Lauschke ist am vergangenen Mittwoch im Alter von 56 Jahren gestorben. Derselbe war ein alter 48er, der sich aber zur Sozialdemokratie gewandt hatte, als diese der Ausdruck für die politische und soziale Befreiung wurde. Er war auch bereit, mit ganzem Herzen zur Sache des Volkes und für des Volkes Recht sein Blut einzusetzen. Lauschke stand 1849 auf den Barrikaden in Dresden, wurde gefangen, saß 1¼ Jahr in Untersuchungshaft, wurde zuerst zum Tode verurtheilt, bekam dann aber 10 Jahr Arbeitshaus (Zwickau), verbüßte jedoch darin nur 2½ Jahre. Die Wittwe, welche mit einem erwachsenen Sohne und 2 Töchtern zurückbleibt, war dem Verstorbenen eine treue Mitkämpferin; sie begriff das Streben ihres Mannes und ließ sich im November 1850 unter militärischer Escorte mit dem Verstorbenen trauen. Bei den Reichstagswahlen wirkte Lauschke immer recht wacker für die sozialdemokratischen Kandidaten, z. B. im Wahlkreis Pirna, besuchte auch fleißig derartige Dresdener Versammlungen; denn erst seit kurzem wohnte derselbe hier und war draußen im Lande nach Arbeit (Töpfer) herumgezogen, während seine Frau sich hier aufhielt. Lauschke starb in Folge von Erkältung an einer Lungenentzündung; der Mangel an Arbeit und der dürftige Lohn hatte ihn nicht in die Lage versetzt, sich dem Winter entsprechend kleiden zu können. Sein Sohn Paul, auch ein eifriger Genosse, der nun die ganze Familie zu ernähren hat, ist erst seit 10 Tagen aus dem Chemnitzer Krankenhaus entlassen, in dem er 3 Wochen darniederlag. Derselbe war in Zschopau von einem Baue heruntergestürzt und hatte sich eine Knochenhautentzündung des Schienenbeins zugezogen.

Königsberg. (Professor Dr. L. Friedländer zu Königsberg i. Pr. und die deutsche Sozialdemokratie.) Zur Feier des Krönungsfestes hielt, wie in früheren Jahren, so auch in diesem Jahre, Herr Professor Dr. L. Friedländer am 18. d. M. in der Aula der hiesigen Universität einen Vortrag. Diesesmal sollte es sich um eine Schilderung verschiedener sozialistischer „Staatsideale" handeln.

Nach einer für Unkundige ganz interessanten Schilderung der Platonischen Republik, der Utopie von Thomas Morus, des Ideals von Campanella, der Reise nach Ikarien von Cabet und der bekannten Phalansterien von Fourier ging Redner zur deutschen Sozialdemokratie über. In einer Verunglimpfung der letzteren und einer aus dieser gezogenen patriotischen Nutzanwendung gipfelte der ganze Vortrag.

War es uns nun schon bei dem, was Redner mit professoraler Selbstgefälligkeit über Plato, Thomas Morus und die Anderen sagte, sehr zweifelhaft geworden, ob diese Mittheilungen — Plato ausgenommen — auf gründlichen Studien oder auf Berichten Anderer beruhten, die über jener Männer geschrieben, so wurde dieser Zweifel gehoben, als Herr Professor L. Friedländer auf die deutsche Sozialdemokratie zu sprechen kam. Offenbar hat der Herr Professor weder über Sozialismus im Allgemeinen, noch über die deutsche Sozialdemokratie im Besonderen etwas Anderes gelesen als jene bekannte, kaum 68 Oktavseiten ausfüllende Broschüre des Dr. Schäffle „Die Quintessenz des Sozialismus".*)

Obgleich es nun eine Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit beweist, die ihres Gleichen sucht, wenn ein Dr. phil. und ordentlicher Professor der Albertus-Universität zu Königsberg i. Pr. über eine Bewegung wie die deutsche Sozialdemokratie, die er selbst „eine Macht" nennt, nur auf Grund einer einzigen Broschüre urtheilt, so würden wir auch dieses hinnehmen, wenn Herr Professor Friedländer Dr. A. Schäffle's Ausführungen richtig zu benutzen gewußt hätte. Aber auf Grund dieser letzteren den durch die deutsche Sozialdemokratie zur Geltung kommenden Sozialismus mit jenen sogenannten „Staatsromanen" in Parallele zu setzen, die Endziele der deutschen Sozialdemokratie als eine „Utopie" darzustellen und diese einestheils lächerlich zu machen, anderntheils als verderblich zu kennzeichnen, beweist, daß Herr Professor Friedländer die von ihm wiederholt genannte Broschüre „Die Quintessenz des Sozialismus" entweder nicht verstanden hat, oder daß Herr Professor Friedländer sich in Verleumdungen zu ergehen keinen Anstand nimmt. Denn der Zweck der Schäffle'schen Broschüre besteht gerade darin, dem Publikum, das Herr Professor Friedländer in der Aula zahlreich um sich versammelt sah, klar zu machen, daß der Sozialismus nach der von der deutschen Sozialdemokratie adoptirten Theorie von Karl Marx keine Utopie, sondern eine sehr reale Sache sei, mit der man sich etwas eingehender zu beschäftigen habe, als dieses heutzutage Viele und unter diesen auch Herr Professor Friedländer thun. Das System Fourier's, St. Simon's und Anderer nennt aber Schäffle (S. 6)**) „alte phantastische Reorganisationspläne, Phantastereien" und hebt an einer anderen Stelle ausdrücklich hervor, daß dieselben lange „überwunden" seien.

Gegen Schluß seiner Rede citirte Professor Friedländer einen Satz, mit welchem, wie er meinte, „Schäffle seine Broschüre schließt". Dieses ist falsch. Schäffle schließt seine Schrift mit den von Professor Friedländer nicht angeführten Worten:

„Gewöhne man sich also endlich an concretes Denken und Urtheilen in dieser ungeheuren Frage, und entziehe man sie dem wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorspiegelungen, der Leidenschaften, der Vorurtheile, der Selbstbelügung und der Denunziationen! Sonst gehen darob alle Stände mit der Civilisation zu Grunde."

Und diesen Schlußsatz empfehlen wir Herrn L. Friedländer, Dr. phil. und ordentlichem Professor an der Universität zu Königsberg i. Pr., zur Nachachtung.

Ueber den in der Rede des Herrn Professors zu Tage getretenen Chauvinismus wollen wir schweigen und uns nur auf die Fragen beschränken: Wer hat sittliche Anschauungen zerstört? Die Sozialdemokraten oder die Gründer und Lobpreiser der gegenwärtigen „deutschen Reichseinheit"? — Wer huldigt dem aller Sittlichkeit Hohn sprechenden Grundsatze: „Macht geht vor Recht"? Die Sozialdemokratie oder Herr Professor Dr. Friedländer mit seinem nationalliberalen Anhang?

Und Professor L. Friedländer ist ein akademischer Lehrer der deutschen Jugend! —

Bernau. Vor einiger Zeit fanden hier bei einigen Genossen Haussuchungen statt und sind dabei etliche Sammellisten, Rechnungen und Briefe beschlagnahmt worden; bis jetzt ist es Geheimniß der Polizei geblieben, was mit den Haussuchungen beabsichtigt ist. — Man erzählt sich, daß die Seidenfabrik, welche circa 500 Arbeiter beschäftigt, geschlossen werden soll. Sollte diese Kalamität wirklich eintreten, dann werden die hiesigen Seidenwirker mit dem Schulze'schen Sparsystem, dessen Anhänger sie sind, praktische Uebungen anstellen können. Nur ein verschwindend kleiner Theil der Seidenwirker steht auf unserer Seite, die Mehrzahl vertreibt sich die Zeit in dem fortschrittlichen Handwerkervereine, der den Sozialismus wie die Pest scheut, wenigstens hat es der Vorsteher des Vereins, der Webermeister Seydel, schon seit Jahren verstanden, die unter seiner Obhut stehenden Fortschrittsgimpel vor dem sozialistischen „Gift" zu bewahren, indem er nie zugab, daß über die Interessen der Arbeiter im Gegensatz zu den Arbeitgebern gesprochen wurde. Dafür steht der Mann aber hoch im Ansehen bei des Städtchens hoher Obrigkeit. Ob es dem Mann aber auch ferner gelingen wird, die Arbeiter an der fortschrittlichen Leimruthe festzuhalten, das wird sich bald entscheiden müssen, denn die Zeiten sind ganz dazu angethan, selbst dem denkunfähigsten Arbeiter die Augen zu öffnen.

*) Der Herr Professor wird wohl nicht verlangen, daß wir ihm einen Bericht über den Status der sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Jahre 1876 anrechnen, der s. Z. auch von verschiedenen liberalen Zeitungen nachgedruckt wurde und dem er heute nicht mehr zutreffende Angaben entnahm.

**) „Die Quintessenz des Sozialismus" von Dr. A. Schäffle. — Gotha, Friedrich Andreas Perthes. 1878.

Aufruf!

Da die Eröffnung des Reichstags nahe bevorsteht, so ersuchen wir dringend alle Diejenigen, welche Sammellisten zu der Petition an den Reichstag betreffs Abschaffung der Zuchthaus- und Gefängnißarbeit von uns empfangen haben, dieselben so schnell wie möglich und spätestens bis zum 5. Februar an Unterzeichneten einzusenden. Gegen 100 Ortschaften sind mit der Zusendung der Petitionslisten noch rückständig. Da die Agitation, sowie Druck, Porto ꝛc. ꝛc. Kosten verursacht und wir noch ein Defizit haben, so ersuchen wir, uns auch in diesem Punkt zu unterstützen. Etwaige Unterstützungen sende man gefälligst an unseren Kassirer Bernh. Breul, Koppenstraße 35 II. II.

Bericht und Abrechnung erfolgt sofort nach Ablauf unseres Mandats.

Berlin, im Januar 1878.

Das Centralcomité.
J. A.: Aug. Scharlibbe, Vorsitzender.
Kastanien-Allee 54, bei Winnen.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. St. in Saarbrücken: Brief angekommen.

Quittung. Rckr Altenburg Ab. 5,00. Lnd Hamburg b. Gb Ab. 100,00. Br. Groitzsch Ab. 3,00. Irms Philadelphia Schr. 10,00. Uhlmnn Cainsdorf Ab. 30,00. Lng Alton Ann. 8,40. Flhr Friedberg Ab. u. Schr. 49,70. Deutscher Verein Vevey Ab. 5,00. Knbich Eutritzsch Schr. 9,00. Sgtr hier Ab. 4,50, Schr. 2,20. Wilhr Kiel Schr. 57,80. Bsch Altenburg Schr. 11,10. Wnk Niemes Ab. 11,83. Brnnmr Göppingen Ab. u. Schr. 25,00.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig. Freitag, den 1. Februar, Abends 8 Uhr in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die orientalische Frage und der Reichstag. Referent W. Liebknecht. [90

Der Einberufer.

Im Verlage von Wilhelm Röhl in Leipzig ist erschienen:

Erlebtes.

Skizzen und Novellen.

(2a) von (S 1070)

Wilhelm Hasenclever.

Mitglied des deutschen Reichstags.

16 Bog. eleg. broch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsend. von M. 1,20 direkt pr. Post franco. [890

1 Exemplar Engels, Lage der arbeitenden Klasse und des „Demokratischen Wochenblatts" wird zu kaufen gesucht. [90
Offerten mit Preisangabe an die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.

Materialien für die sozialistische Agitation.

Von Bruno Geisec.

7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Kap. 4. Das Gesetz bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und das Hilfskassengesetz. Kap. 5. Das Haftpflichtgesetz. Kap. 6. Das Lohnbeschlagnahmegesetz. Kap. 7. Das Preßgesetz. Kap. 8 Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhof, Schwarze ꝛc. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12. II.

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Zur Agitation wie zur Gewinnung von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „Vorwärts" von uns zu beziehen.

Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 430 North 3rd Street
J. Boß, 113 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Santermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: J. Ant, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str Golden Square.

Nr. 13. Freitag, 1. Februar. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate Februar u. März zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Gaurenduitz** bei Schau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Eisteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Gewerbeordnungs-Novelle.

(Schluß.)

§ 10 droht den Gerichtsbeisitzern, die ohne genügende Entschuldigung der Verhandlung fern bleiben, Ordnungsstrafen bis zu 100 Mark und Tragung der dadurch verschuldeten Kosten an.

Ganz schön das; aber wenn man Strafen auferlegt wegen Ausbleibens, sollte man auch nach Recht und Billigkeit durch Entschädigung für versäumte Zeit dem Einzelnen die gewissenhafte Pflichterfüllung erleichtern.

Auch scheint uns die Bestimmung des § 11, daß außer dem Vorsitzenden das Gericht nur aus zwei Beisitzern bestehen solle, ungenügend. Bei der schwierigen Stellung, welche die Arbeiter haben, liegt es im Interesse größerer Sicherheit der Rechtsprechung, wenn in der Regel wenigstens vier Beisitzer vorhanden sind.

Nach den bis jetzt geschilderten Bestimmungen erscheint es allerdings als eine Wohlthat, wenn gegen Urtheilssprüche die Einspruchserhebung bei dem Landgericht gestattet wird, obgleich diese Bestimmung namentlich den Arbeitern im Ganzen wenig hilft und den eigentlichen Werth des Gewerbegerichts, der in dem raschen, unparteiischen, durch sachverständige Richter beider Parteien gefällten Urtheile bestehen soll, vollkommen in Frage stellt.

Der sozialistische Entwurf verlangt, daß jede Appellation, ausgenommen die Nichtigkeitsbeschwerde, wegen Formfehlern ausgeschlossen sein sollte, dafür hatte er aber auch die Wahl, Zusammensetzung und Rechtsprechung des Gerichts mit all den Sicherheitsformen umgeben, die eine gewissenhafte und unparteiische Rechtsprechung nothwendig macht.

Endlich constatirt der § 21 des Entwurfs Ausnahmen von gewerbegerichtlicher Entscheidung, die sich würdig den anderen, zum Theil ungeheuerlichen Bestimmungen anreihen.

Es sollen darnach 1) die Streitigkeiten der Kaufleute und Apotheker mit ihren Arbeitern ausgeschlossen sein, wozu kein vernünftiger Grund vorliegt; es sollen ferner 2) die Streitigkeiten der Vorstände der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in letzteren beschäftigten Arbeitern ebenfalls von gewerbegerichtlicher Aburtheilung befreit sein. Was das aber bedeutet, macht der Hinweis auf die ungeheure Menge der Arbeiter klar, welche bei den Staatseisenbahnen, der Post und Telegraphie, auf den Staatswerften und Hafenbauten, in den Staatswerkstätten und Bergwerken 2c., ferner bei den unter Communalverwaltung stehenden Unternehmungen, wie Gas- und Wasserleitungsanstalten, Kanal- und Straßenreinigung 2c. betheiligt sind.

Es versteht sich nach dem Dargelegten von selbst, daß ein solcher Gesetzentwurf für die sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder nicht annehmbar ist; und ebenso ergiebt sich hiernach von selbst, was sie im Gegensatz hierzu im Reichstage zu beantragen und zu vertheidigen haben. Darauf sei noch speziell aufmerksam gemacht, daß die stocknationalliberal gesinnte Gemeindeverwaltung von Leipzig eine Gewerbegerichtsordnung entworfen hat, die den Reichskanzleramts-Entwurf tief in den Schatten stellt. —

Der zweite Gesetzentwurf des Reichskanzleramts betrifft die Abänderung des Artikels VII der Gewerbeordnung, handelnd von den „gewerblichen Arbeitern" (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter). Erst Lehrlinge und dann Fabrikarbeiter — auch gut.

Nach dem § 107 und den folgenden Paragraphen trägt man sich im Reichskanzleramt mit der schönen Idee, die glücklich beseitigten Arbeitsbücher, d. h. Zwangslegitimationen, wieder einzuführen. Wem man damit zu dienen gedenkt, ist schon oben ausgeführt worden: hauptsächlich den Conservativen und den Zünftlern.

Allerdings werden die bezüglichen Bestimmungen sehr wenig nach jener Seite befriedigen. Der „Hamburger Correspondent", der sich der utopistischen Pläne der Zünftler besonders annimmt, liest wegen der „Halbheit" dieser Bestimmungen dem Reichskanzleramt gehörig den Text.

Und es läßt sich nicht leugnen, die bezüglichen Bestimmungen über das Arbeitsbuch in den §§ 107—113 erscheinen Jedem als eine Halbheit, ja sie sehen sich sogar auf den ersten Blick sehr harmlos an.

Aber augenscheinlich bedeuten die vorgeschlagenen Einrichtungen nur ein Interim, und das „Interim hat den Schalk hinter ihm". Das Reichskanzleramt ist schlau, es denkt: ist das Arbeitsbuch nur erst einmal im Prinzip anerkannt, läßt es sich später um so leichter definitiv für alle Arbeiter einführen. In den Motiven ist mit dürren Worten anerkannt, daß sich mehr nicht erreichen lasse in Rücksicht auf die feindliche Stimmung der Arbeiter gegen eine solche Einrichtung. Man schlägt demgemäß zunächst vor, daß nicht blos Lehrlinge ein Arbeitsbuch zu führen genöthigt seien, sondern will dies allen Arbeitern unter 18 Jahren aufzwingen, wodurch natürlich ein immerhin erheblicher Theil bereits selbstständiger gewerblicher wie Fabrikarbeiter zur Führung eines solchen Buches genöthigt werden.

Man spekulirt nun augenscheinlich folgendermaßen: Sind erst die Arbeiter bis zu 18 Jahren an die Führung eines Arbeitsbuches gewöhnt, so werden sie gegen die Beibehaltung auch für später wenig einzuwenden haben, namentlich wenn die Führung desselben so wenig empfindlich und verletzend als möglich von Gesetzeswegen gemacht wird. Anderntheils werden die Arbeitgeber sich bald gewöhnen und angelegen sein lassen, nach dem Arbeitsbuch zu fragen; sie werden, so rechnet man vermuthlich weiter, dies als eine Bedingung für die Aufnahme in die Arbeit machen, und was der Einzelne nicht durchsetzen kann, werden die Unternehmerverbände durchsetzen helfen.

Wie so häufig der Fall ist, macht man bei solcher Spekulation die Rechnung ohne den Wirth, in diesem Falle ohne die Arbeiter. Der Widerwille gegen die Arbeitsbücher wird sich erhalten und wird nunmehr erst recht zunehmen, nach dem alten Erfahrungssatz, daß eine schlechte und degradirende Einrichtung um so mehr den Widerwillen reizt, je länger man sich ohne sie wohl gefühlt. Sollte der Plan des Reichskanzleramts Annahme finden, so wird die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratische Agitation dafür sorgen müssen, ihn in's rechte Licht zu setzen. Und was wird die Folge sein, wenn die Unternehmer, den stillen Wünschen des Reichskanzleramts entsprechend, durch Coalitionen die allgemeine Einführung des Arbeitsbuches erzwingen wollen? Es werden sich den Unternehmer-Coalitionen die Arbeiter-Coalitionen gegenüberstellen, und es wird daraus weiter folgen, daß die Reichsregierung, die nach ihrer Stellung verpflichtet wäre, den sozialen Frieden nach jeder Richtung zu fördern, den sozialen Krieg provozirt hätte und in allen diesen Kämpfen als Hauptprovokateur genannt würde, und wir glauben, sie hat schon heute sich über kein Uebermaß von Liebe bei den arbeitenden Klassen zu betragen.

Das alte Sprichwort: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit", bewahrheitet sich in dem vorliegenden Falle wieder recht deutlich, und doch ist der Verfasser dieser Bestimmungen höchst wahrscheinlich stolz auf das Maß von „Schlauheit", das er dabei entwickelt. Wahrlich, er muß die deutschen Arbeiter für sehr dumm halten, daß er ihnen zutraut, sich von der „Schlauheit" der Herren am grünen Tische düpiren zu lassen.

Wir wollen kein Wort weiter darüber verlieren, wir sind überzeugt, daß die rechte Antwort im Reichstage gegeben werden wird.

Damit aber die Gegner nicht glauben, wir ließen prinzipiell an dem Gesetzentwurf kein gutes Haar, so wollen wir ihnen zu ihrer Beruhigung versichern, daß wir die Bestimmungen in den §§ 114—118, welche von dem Verbot der Lohnzahlungen in Waaren 2c. handeln, also das sogenannte Truckſystem betreffen, ganz einverstanden sind, und zwar um so mehr, als diese Bestimmungen im Wesentlichen den von den sozialistischen Reichstagsmitgliedern in ihrem Entwurfe vorgeschlagenen nachgebildet sind. Aber damit hört auch unser Lob auf; denn sobald wir auf deren Handhabung zu sprechen kommen, müssen wir mit einem „aber" beginnen.

Es macht sich nämlich bei diesen wie auch namentlich bei den Bestimmungen über die Kinder und jugendlichen Arbeiter der Mangel genügender Ueberwachungsorgane geltend. Die Gewerbegerichte könnten hier schon viel wirken, wenn sie nicht die großen von uns dargelegten Mängel hätten; in Bezug auf die allgemeine Einführung von Fabrik- oder Arbeitsinspektoren bleibt Alles beim Alten, und daß unsere hochwohllöblichen Polizeibehörden, die viel zu sehr mit dem Ueberwachen von Versammlungen und anderer staatsrettender Thätigkeit beschäftigt sind, ganz abgesehen von anderen Gründen, sich nicht für Regelung innerer gewerblicher Angelegenheiten eignen, dürfte nachgerade jedem Kinde im deutschen Reiche klar geworden sein.

Wie der „Vorwärts" in seiner Nummer vom 26. Dezember vor. Jahres berichtet, hat der Geheime Oberregierungsrath und vortragende Rath im preußischen Handelsministerium Herr Th. Lohmann ein interessantes Buch herausgegeben, in welchem die Fabrikgesetze aller europäischen Staaten gewissenhaft erläutert und besprochen werden; der Verfasser kommt dabei schließlich zu dem Resultat, daß die deutsche Gesetzgebung bei weitem die schärfste sei, daß es aber an Einrichtungen zur Durchführung derselben fehle, mit anderen Worten, daß die Durchführung der Gesetze von Rechtswegen nicht gesichert sei.

Sind dem Reichskanzleramt diese Arbeiten eines Mitgliedes des preußischen Handelsministeriums nicht bekannt geworden? Wenn „nein", so ist das sehr beschämend, wenn „ja", so ist es traurig, daß man sich die dort gefundenen Resultate nicht angeeignet hat. Diese Thatsache wirft ein merkwürdiges Licht auf die Handlungsweise des Reichskanzleramts und auf den Werth, den diese Gesetzentwürfe haben, indem ihre Ausführung nicht streng controlirt werden kann.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist es doch nichts als eine leere Phrase, wenn der § 119 beginnt: „Die Gewerbe-Unternehmer sind verpflichtet, bei der Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren, die durch das Alter derselben gebotene besondere Rücksicht auf Gesundheit nnd Sittlichkeit zu nehmen."

Wir fragen: in welchen Maßnahmen besteht diese Rücksicht, und wer kontrolirt, daß sie genommen werden?

Da hierauf jede Antwort fehlt, so braucht man sich auch nicht zu wundern, daß man es im Reichskanzleramt für überflüssig hält, auszusprechen, daß auch Gesundheit und Sittlichkeit der über 18 Jahre alten Arbeiter und besonders Arbeiterinnen berücksichtigt werden müssen.

Ueberhaupt, und das muß nachdrücklich constatirt werden, sind die Arbeiterinnen in dem ganzen Gesetz außerordentlich stiefmütterlich bedacht. Nur ganz am Schlusse des Gesetzentwurfs heißt es, daß Arbeiterinnen nicht unter Tage in Bergwerken, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben beschäftigt werden dürfen. Ohne diese Bestimmung mußte der der Verhältnisse Unkundige bei dem Durchlesen des Entwurfs zu dem Glauben kommen, das deutsche Reich befinde sich in der glücklichen Lage, Fabrikarbeiterinnen gar nicht zu besitzen.

Unter dem Abschnitt 2: Verhältnisse der Gesellen und Gehilfen, befindet sich eine Bestimmung, welche dem Unternehmer Leistung von Schadenersatz androht, wenn er einen Arbeiter in Arbeit nimmt, von dem er weiß, daß er „widerrechtlich" die Arbeit verlassen habe. So viel wir wissen, war es bisher nur mit Strafe belegt, wenn ein Anderer einen Ochsen oder eine Kuh oder irgend ein anderes Stück Vieh, das in sein Revier kam, widerrechtlich bei sich behielt, nachdem er den Eigenthümer ermittelt hatte. Es scheint hiernach also, daß die deutschen Arbeiter im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts im heiligen deutschen Reich wieder in eine Art Leibeigenschaftsverhältniß, wie es im 15. Jahrhundert bestand, zurückversetzt werden sollen. Man kommt unwillkürlich auf die Vermuthung, daß ein moderner Großindustrieller, etwa ein Papierfabrikant und ein verrotteter pommerscher Landjunker diesen Entwurf ausgearbeitet haben.

Ueber die Lehrlingsverhältnisse handelt der 5. Abschnitt, der dadurch nicht verbessert worden ist, daß man den Vorschlag der Sozialisten, die schriftliche Abfassung des Lehrvertrags obligatorisch zu machen und ihn stets vor dem Gewerbegericht abzuschließen, aufzunehmen unterließ. Damit wäre von vornherein viel Streit und Hader vermieden, damit wäre auch vermieden, daß der Lehrvertrag einem schutzlos dastehenden Lehrling gegenüber einseitig abgefaßt wird.

Nach § 128 soll die polizeiliche Zuführung eines Lehrlings gestattet sein. Damit wird eine der häßlichsten Bestimmungen der alten Zunftordnung wieder eingeführt. Ob ein solches Mittel dem Lehrling eine andere Meinung über seinen Lehrherrn beizubringen vermag und ihn überhaupt anspornt, auf den Nutzen seines Lehrherrn, dem er zwangsweise zugeführt wird, zu sehen, mag sich Jeder selbst sagen. § 129 enthält die gar nicht zu motivirende Bestimmung, daß kein Lehrherr innerhalb sechs Monaten einen Lehrling aufnehmen darf, der, wenn auch ordnungsgemäß, bei einem Lehrherrn desselben Gewerbes ausgeschieden ist.

Man vergegenwärtige sich nun folgenden Fall. Es kommt häufig vor, daß Lehrherren die Lehrlinge über Gebühr ausbeuten und ihnen eine keineswegs ihren Leistungen einigermaßen entsprechende Entschädigung geben. Es ist vielmehr die Lehrlingsausbeutung gegenwärtig ein sehr beliebtes Mittel zahlreicher Gewerbtreibenden. Findet nun der Lehrling einen Lehrherrn, der ihn besser stellt, vielleicht auch besser behandelt, so soll er nach dem Gesetz Eigenthum des ersten Lehrherrn bleiben. Das ist um so härter, da heute Tausende von Lehrlingen nicht mehr bei dem Lehrherrn wohnen und leben, sondern auf die Familie, oftmals auf eine arme Mutter angewiesen sind, welche jeden Groschen nothwendig brauchen.

Auch der Lehrling hat das Recht, seine Fähigkeiten nach Kräften auszunutzen. Keinem Lehrling wird es aber einfallen, seinem Lehrherrn zu entlaufen, wenn er ordentlich behandelt und bezahlt wird; thut er es dennoch, so ist er ein Taugenichts, und mag ein Anderer sehen, wie er mit ihm zurecht kommt; dem ersten Lehrherrn braucht nichts an ihm zu liegen.

Der wichtigste Abschnitt ist der vierte, handelnd von den Fabrikarbeitern, der sich in der Hauptsache aber mit der Arbeit der Kinder und jugendlichen Arbeiter beschäftigt. Die Hauptbestimmungen dieses Abschnitts begnügen sich nicht, die Dinge beim Alten zu lassen, sie enthalten die gefährlichsten Verschlechterungen. Unsere nach Kinderblut lüsternen Fabrikherren müssen jubeln, wenn sie diese Bestimmungen lesen.

Nach dem alten Paragraphen 128 dürfen Kinder von 12 bis 14 Jahren — jüngere überhaupt nicht — nur dann zur regelmäßigen Beschäftigung angenommen werden, wenn sie täglich einen mindestens dreistündigen Unterricht in einer von der höheren Verwaltungsbehörde genehmigten Schule erhalten; die Beschäftigung in der Fabrik darf täglich sechs Stunden nicht übersteigen. Jetzt lautet der Paragraph, daß die Kinder wöchentlich wenigstens 18 Stunden Unterricht genießen sollen und daß die Arbeitszeit, wenn sie täglich stattfindet, die Dauer von 6 Stunden, wenn sie einen um den andern Tag stattfindet, die Dauer von 10 Stunden nicht übersteigen darf.

Damit haben die Fabrikanten erreicht, was sie erreichen wollten, sie brauchen nur ein Relaisſystem in der Art einzurichten, daß sie zwei Partien Kinder einstellen, die einen um den andern Tag arbeiten. Statt 36 Stunden wöchentlich arbeiten sie jetzt 40 und statt 6 Stunden an einem Tag deren 10. Und hat man die Kinder erst 10 Stunden in der Fabrik, so ist es natürlich auch eine Kleinigkeit, sie 12 Stunden fest zu halten, namentlich bei dem Mangel an Fabrikinspektoren, der „erfahrungsmäßigen Rücksicht", welche so manche unserer verehrlichen Polizeibehörden in Deutschland nehmen. Der Bourgeois hat aber oft ganz

eigenthümliche Begriffe von der „Heiligkeit" des Gesetzes, wenn es sich um seinen Vortheil handelt.

Damit aber nicht genug. Bisher konnte die Ueberzeit nur eine Stunde täglich und auch höchstens vier Wochen lang gestattet werden, wenn Naturereigniffe oder Unglücksfälle den regelmäßigen Geschäftsbetrieb in der Fabrik unterbrochen und ein vermehrtes Arbeitsbedürfniß herbeigeführt hatten; jetzt sollen solche Ausnahmen für Ueberzeit auf die Dauer von vier Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch den Reichskanzler nachgelassen werden. Auch soll in dringenden Fällen die Ortspolizei bis auf die Dauer von höchstens 14 Tagen solche Ausnahmen gestatten. Wie die Ortspolizei häufig zu den Fabrikanten steht, dafür giebt es eklatante Beispiele. Der gröbste Mißbrauch bleibt nicht aus. Auch ist sehr zu beachten, daß, während nach dem bis jetzt bestehenden Gesetz die Ueberzeit auf eine Stunde täglich beschränkt war, nach dem neuen Entwurf gar keine Grenze in der Zeitdauer vorgeschrieben ist, also auch die Nachtarbeit zu Hilfe genommen werden kann. Braucht man sich da zu wundern, wenn unsere Bourgeois für eine so auf ihren Nutzen bedachte Regierung schwärmen? Fürwahr, es sind sehr reelle Dinge, welche die „Reichsfreundschaft" unserer Bourgeois begründen.

Ja die Nachtarbeit der Kinder und jugendlichen Arbeiter wird geradezu als Prinzip in das Gesetz aufgenommen, indem es heißt, daß, wenn die Natur des Betriebs oder Rücksichten auf die Arbeiter — wie theilnahmvoll und edel! — es erwünscht erscheinen lassen, die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter in einer anderen als der durch § 134 vorgesehenen Weise geregelt werden solle, und zwar hinsichtlich der Pausen durch die höhere Verwaltungsbehörde, im Uebrigen (Nachtarbeit? ꝛc.) durch den Reichskanzler. „Jedoch darf in solchen Fällen die Arbeitszeit die Dauer von 6 Stunden nicht überschreiten, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht eine mindestens einstündige Pause gewährt wird." Mit anderen Worten, der Reichskanzler soll jede beliebige Verschiebung in der Arbeitszeit der Kinder und jugendlichen Arbeiter bis zu 10 Stunden täglich einräumen dürfen, wenn die einstündige Pause dazwischen gewährt wird. Wie freudig werden die Fabrikanten darauf eingehen, und wie eifrig wird durch solche „Freiheiten" die Sittlichkeit und Moral und das körperliche Gedeihen der Kinder und das Familienleben gefördert werden.

Dafür leben wir im Reich der „Gottesfurcht und frommen Sitte". Es ist haarsträubend.

In dem bisher gültigen Gesetz steht, daß die tägliche Arbeitszeit bis auf 6 Stunden täglich auch für jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren beschränkt werden könne, wenn dieselben nach den besonderen in einzelnen Theilen des Bundesgebietes bestehenden Schuleinrichtungen noch im schulpflichtigen Alter sich befinden. Auch diese, jedenfalls sehr gute Bestimmung, ist im neuen Entwurf ausgemerzt.

Dagegen ist man im neuen Entwurf nach § 139 in der Zulassung jugendlicher Arbeiter noch weiter gegangen, als bereits § 138 zuläßt. Es heißt nämlich dort:

„Durch Beschluß des Bundesrathes können für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmäßige Tag- und Nachtarbeit angewiesen sind, sowie für solche Fabriken, deren Betrieb eine Eintheilung in regelmäßige Arbeitsschichten von gleicher Dauer nicht gestattet oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, Ausnahmen von den in den §§ 133, 134 vorgesehenen Beschränkungen nachgelassen werden. Jedoch darf in solchen Fällen die Arbeitszeit für Kinder die Dauer von 36 Stunden und für junge Leute die Dauer von 60 Stunden wöchentlich nicht überschreiten."

Wir überlassen es dem Leser, sich hierüber den Commentar selbst zu machen. Was würden diese Gesetzesmacher wohl sagen, wenn man ihren Kindern solche Zumuthungen stellte?

Man hat denn auch wohl empfunden, was man geleistet, und darum in den Paragraphen folgende Bestimmung aufgenommen:

„Die durch Beschluß des Bundesraths getroffenen Bestimmungen sind dem nächstfolgenden Reichstage vorzulegen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag dies verlangt."

Uns ist lieber, die ganzen Bestimmungen werden gestrichen, damit der Reichstag gar nicht erst in die Lage kommt, dem Bundesrathe zustimmen zu müssen, da wir nach den bisher gemachten Erfahrungen auf sein „Nein" nicht bauen, nachdem er einmal durch „Ja" die Ausnahmen prinzipiell anerkannt hat.

Die einzige Verbesserung, welche über die jugendlichen Arbeiter Aufnahme fand, geht dahin, daß durch Beschluß des Bundesraths die Verwendung jugendlicher Arbeiter für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden kann.

Warum nicht „muß"? Aber freilich, giebt es denn überhaupt Fabrikationszweige, die für Leben und Gesundheit der Kinder und jugendlichen Arbeiter, von der Moral zu schweigen, gefährlicher sein können, als regelmäßige sechsstündige Nachtarbeit?

Kinderarbeit, wie sie heute von den Ausbeutern betrieben wird, und die Nachtarbeit erst recht, ist in unseren Augen nicht mehr und nicht weniger als langsamer Mord. Das merkt euch, ihr Herren!

Hiermit ist unser Urtheil über die Vorlagen des Reichskanzleramts gesprochen. Unsere Vertreter werden im Reichstage das Weitere besorgen, und Sache aller unserer Genossen und speziell unserer Presse wird es sein, ihnen nicht nur hierbei zu sekundiren, sondern auch das Werk, das der Reichstag schafft, gebührend vor der Oeffentlichkeit zu beleuchten. Wir können für unsere Ideen nicht besser wirken, als indem wir unsere Prinzipien entwickeln und zugleich auch die praktischen Fragen vor dem Volke erörtern, die jedem Einzelnen an Herz und Nieren packen.

Aus Berlin.

— — 28. Januar.

Von verschiedenen Seiten taucht wieder einmal das Gerücht auf, daß die Reichsregierung beabsichtige, dem Reichstage eine Vorlage in Bezug auf Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts zu machen. Die Nationalliberalen sollen mit der geplanten Vorlage in ihrer Majorität einverstanden sein; Herr von Bennigsen, der Zukunftsminister, soll dies ausdrücklich erklärt haben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meint, daß dies Projekt in nationalliberalen Kreisen ausgeheckt worden sei; daß die Regierung einen solchen Plan habe, wisse sie nicht. Doch stellt sie letzteres auch nicht geradezu in Abrede. Sollten die Nationalliberalen wirklich diesen Anschlag gemacht haben, so würde man ein fluchwürdiges Attentat auf das Volk vor sich haben; und nichtein gerades, offenes, sondern ein heimtückisches, meuchelmörderisches. Eine Regierung, die dem Volke gerecht werden will, muß demselben zunächst mittheilen, daß ein anderes Wahlsystem nothwendig sei und auf diese Mittheilung hin wird dann das Volk seine Vertrauensmänner wählen. Volksabgeordnete aber, welche zu einem anderen Wahlrecht ihre Zustimmung geben, ohne daß sie vom Volke dazu ermächtigt sind, verrathen das Volk und schänden ihr Mandat, indem sie, die Gewählten des allgemeinen Stimmrechts, dieses vernichten. Man hat also von Seiten der Regierung und von Seiten der Volksvertreter aus Anstandsrücksichten gegen das Volk mit einem Versuche, das gegenwärtige Wahlrecht zu beschränken, zu warten bis nach den nächsten Wahlen, bei welchen das Volk dann an die Candidaten die betreffende Frage: Beschränkung oder nicht? stellen und danach wählen kann. Hat das Volk dann durch die Wahl für die Beschränkung des Wahlrechts entschieden, so muß sich Jeder fügen, hat es gegen diese Beschränkung sich erklärt, so wird dieselbe eben nicht vorgenommen. Das wäre eine loyale und keine heimtückische Handlungsweise. Hat die Regierung es aber durchaus so eilig mit der Beschränkung, so löse sie doch den Reichstag auf, dann wird bei der Neuwahl das Volk rasch entscheiden.

Culturkampf, und immer wieder Culturkampf im preußischen Abgeordnetenhause — ein erschreckliches Geschwätz, so daß man dasselbe kaum mehr beachten möchte, wenn nicht gerade eine wichtige Frage sich in den Vordergrund gedrängt hätte. Es handelte sich nämlich um den Religionsunterricht in den Volksschulen, in Bezug auf welchen verschiedene Petitionen vorlagen. Die Ultramontanen haben in ihrer Verzweiflung den vernünftigen Entschluß gefaßt, den Religionsunterricht den Volksschulen gänzlich zu entziehen und ließen dies durch den Abgeordneten Schorlemer aussprechen. Die Liberalen drehten sich und wandten sich, und da nur Petitionen vorlagen, so huschte man bald über den Gegenstand weg. Nach dieser Erklärung der Clerikalen aber wird man wohl bis in die Ewigkeit auf das neue Unterrichtsgesetz zu warten haben, da das Ministerium bis jetzt fest darauf gerechnet hatte, die Clerikalen würden für confessionelle Schulen sich erklären. So ist der „freisinnige" Herr Falk in eine eigenthümliche Schlinge gerathen.

Der Verein zur Beförderung des Gewerbfleißes beging am 24. Januar im „Englischen Hause" ein großes Bankett, bei welchem selbstverständlich auch Toaste ausgebracht wurden. Einen höchst eigenthümlichen Toast leistete der Vorsitzende, der Staatsminister a. D. Delbrück, auf den Kaiser. Redner meinte, daß die gewerbliche Lage im vorigen Jahre nicht gut gewesen, doch daß er hoffe, daß von Innen heraus die Besserung nunmehr anfangen werde; dazu gehöre äußere Ruhe, und diese habe man auch gehabt in Deutschland, während im Osten der Krieg entbrannt sei. Dem Kaiser sei dies vorzugsweise zu verdanken. „Wie wahr hat sich schon jetzt das Wort erwiesen, welches er einst sprach: Ein mächtiges geeinigtes Deutschland bildet die sicherste Gewähr für den Frieden Europas." Diese in Anführungszeichen gesetzten Worte sprach Delbrück wörtlich nach einem Referat der „Magdeburger Zeitung". Der verehrte Herr schien nicht zu wissen, daß Rußland und die Türkei, Serbien und Rumänien Bestandtheile von Europa bilden, er schien nicht zu wissen, daß der russisch-türkische Krieg schwer auf der gewerblichen Lage von ganz Europa lastet? Oder wußte er das doch? Wollte er der Wahrheit entgegen nur einen liebenswürdigen Toast ausbringen auf den Kaiser? Ich verstehe das nicht und möchte fast zu Ehren Delbrück's annehmen, daß die „Magd. Ztg." falsch berichtet hat.

Wie man jetzt hört, will die nationalliberale Partei gegen die Erhöhung der Tabaksteuer stimmen. Die Einen meinen, dies würde von Bismarck gewünscht, weil er dann das Tabaksmonopol durchzudrücken hoffe; Andere sind der Ansicht, daß Bismarck dadurch veranlaßt werden solle, mit den Ministersesseln herauszurücken und daß ihm nachher dann die Liberalen noch höhere Steuern bewilligen würden. Man sieht, daß die Herrschaften gegenseitig sich nicht recht trauen.

Die Fortschrittspartei kann nicht einmal die nöthige Summe für ein Denkmal ihres verstorbenen alten Führers Waldeck zusammenbekommen — sie sammelt schon acht Jahre daran, und es fehlen noch immer 5000 Mark. Man beabsichtigt von Seiten der Fortschrittsfraktion sich noch einmal an die Parteigenossen zu wenden, um zu versuchen, die fehlende Summe zu erhalten. Das ist eine klägliche Geschichte, einer so klaglichen Partei würdig. Waldeck war zu brav, zu gut für diese Clique (er stimmte und wirkte übrigens tapfer für die 66er Annexionen. R. d. V.), deshalb hat man ihn auch längst vergessen, wie er die Fortschrittler vergessen haben würde, wenn er noch lebte. Die Personen, welche Waldeck verehrt haben, befinden sich nicht mehr in der heutigen Fortschrittspartei — deshalb wird es so schwer, die kleine Summe aufzubringen. Wo ein Eugen Richter Führer ist, da genirt der Geist Waldeck's.

Eine große Volksversammlung haben die Fortschrittsleute im ersten Berliner Reichstagswahlkreise am 21. Januar abgehalten. Dieselbe war in fast allen hiesigen Zeitungen angesagt; zwei Abgeordnete, Dr. Max Hirsch und Frentzel hatten die Referate übernommen, ein großer Saal war gemiethet, 400 Wahlmänner waren besonders noch per Karte eingeladen, und 20,000 berechtigte Wähler wohnen dort im ersten Wahlkreise zusammen. Wieviel Personen waren nach solchen Anstrengungen zu jener Volksversammlung erschienen? Ohne das Bureau und die Referenten sechsundachtzig! Und doch machte nach der „Volkszeitung" die Rede Frentzel's, der übrigens auch auf die Sozialdemokratie tüchtig schimpfte, „mächtigen Eindruck" und trug dem Redner „stürmischen Beifall" ein. — Da lautet es doch ganz anders, wenn selbst gegnerische Blätter eingestehen, daß zu der Versammlung, welche von uns im Handwerkersaal einberufen wurde, um die Austrittserklärungen aus der Kirche anzuregen, 4000 Personen herbeigeströmt waren. — Wie mir von glaubwürdiger Seite versichert worden ist, hat Dr. M. Hirsch den leeren Saal bei den Fortschrittlern auf dem Gewissen. Wenn er sich nicht als Referent auf die Tagesordnung hätte setzen lassen, so wären doch wohl doppelt so viele Menschen gekommen. Hirsch als Redner ist nämlich von seiner eigenen Partei äußerst gefürchtet, die wohl weiß, daß Langweiligkeit tödtet.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Waffenstillstand, dessen Abschluß wir, gleich sämmtlichen übrigen Zeitungen in letzter Nummer auf Grund angeblich offizieller Depeschen hin meldeten, ist in Wirklichkeit noch nicht abgeschlossen, wenigstens liegt im Moment, wo wir dies schreiben — Dienstag Abend — noch keine authentische Nachricht vor, welche den Abschluß meldete. Wohl aber circuliren wieder allerhand beunruhigende Gerüchte über Schwierigkeiten, die, als Alles zum Unterzeichnen bereit, plötzlich aufgetaucht seien, und zwar nicht blos mit England, sondern auch mit Oesterreich. Auffallenderweise hegt man gerade in solchen Kreisen, welche bisher die Situation durch eine optimistische Brille betrachteten, lebhafte Besorgnisse. (Wir verweisen z. B. auf das russischste der deutschen Russenblätter, die Berliner „Nationalzeitung".)

— Der Ausbruch der Cholera im Orient ist ein viel heftigerer, als wir kürzlich nach der „Köln. Zeitung" mittheilten.

Stöcker's Programm

wird in der letzten Nummer (5) des „Staatssozialist" veröffentlicht. Es lautet:

Allgemeine Grundsätze.

I. Die christlich-soziale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland. (Der Gott ist ausgelassen; Gott, König und Vaterland heißt die nicht mehr ganz neue Devise, Herr Stöcker!)

II. Sie verwirft die gegenwärtige Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch (welches „verworfen" sehr „christlich" ist).

III. Sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren des Staatslebens die nothwendigen praktischen Reformen anzubahnen.

IV. Sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm und die Herbeiführung einer größeren ökonomischen Sicherheit.

Einzelne Forderungen.

I. An die Staatshilfe.

A. Arbeiterorganisation.

1) Herbeiführung obligatorischer, fachlich geschiedener, aber durch das gesammte Reich hindurchgehender Fachgenossenschaften, mit ihnen zusammenhängend

2) Regelung des Lehrlingswesens, Errichtung obligatorischer Schiedsgerichte, Wittwen- und Waisen-, sowie Invaliden- und Alterversorgungs-Rentenkassen.

3) Autorisation der Fachgenossenschaften zur Vertretung der Interessen und Rechte der Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber.

4) Verpflichtung der Fachgenossenschaften zur Haftung für die von den Arbeitern etwa zu übernehmenden contractlichen Verbindlichkeiten.

5) Staatliche Controle des fachgenossenschaftlichen Kassenwesens.

B. Arbeiterschutz.

1) Thunlichste (Au!) Verhinderung der Sonntagsarbeit. Einschränkung der Arbeit von Kindern und verheiratheten Frauen in Fabriken.

2) Normalarbeitstag, modifizirt nach Fachgenossenschaften.

3) Energische Anstrebung der Internationalität dieser Arbeiterschutz-Gesetze; bis zur Erreichung dieses Zieles ausreichender Schutz der nationalen Arbeit.

4) Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslokalen.

C. Staatsbetrieb.

1) Arbeiterfreundlicher (Au!) Betrieb des vorhandenen Staats- und Communaleigenthums.

D. Besteuerung.

1) Progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirekte Besteuerung.

2) Hohe Luxussteuern.

3) Progressive höhere Besteuerung bei größerem Vermögen und entfernteren Verwandtschaftsgraden.

II. An die Geistlichkeit.

Liebevolle (S. die Denunciation gegen Most wegen des Citats aus Wilhelm Tell!) und thätige Theilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistigen Wohles, sowie auf die sittlich-religiöse Hebung des gesammten Volkes gerichtet sind.

III. An die besitzenden Klassen.

Bereitwilliges Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Nichtbesitzenden durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, sowie durch thunlichste (Au!) Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit.

IV. An die Selbsthilfe.

A. Freudige (Au!) Unterstützung der fachgenossenschaftlichen Organisation als eines Ersatzes dessen, was in den Zünften gut und brauchbar war.

B. Hochhaltung der persönlichen und Berufsehre, Verbannung aller Roheit aus den Vergnügungen und Pflege des Familienlebens in christlichem Geiste.

Wie Herr Stöcker seine „Forderungen" an „die Geistlichkeit" und an die „Besitzenden" spedirt, das können wir uns allenfalls denken, wie aber „an die Staatshilfe" und „an die Selbsthilfe" das ist schwerer zu begreifen. Unseres Wissens sind beide Personen in keinem Adreßbuch zu finden.

Chinesische Skizzen

loutet der Titel eines Buches von Herbert A. Giles. Dasselbe ist in London erschienen; Herr Leop. Katscher aus London berichtet über die Schrift in der Sonntagsbeilage der „Vossischen Zeitung":

Das ungeheure Reich im Osten Asiens, welches den Gegenstand des vorliegenden Buches bildet, hat bei uns Europäern niemals allzu große Hochschätzung erfahren; man hat davon immer alles Mögliche gehalten, nur nichts Gutes. Ein französischer Humorist hat den Unterschied zwischen europäischer und mongolischer Cultur in folgenden, lebhaft an ein Kapitel aus Glaßbrenner's „Verkehrte Welt" erinnernden Worten niedergelegt: „In China zeigt die Magnetnadel nach Süden; die linke Seite ist der Ehrenplatz; die Höflichkeit erfordert es, in Gegenwart Vorgesetzter den Kopf zu bedecken; das Dessert wird am Beginne, die Suppe am Ende des Diners gegessen; in der Schule müssen die Kinder fortwährend laut sprechen, und die ruhigen werden bestraft; der verdienstvollen Personen verliehene Adel vererbt sich nicht auf deren Nachkommen, sondern hat rückwirkende Kraft und adelt die Vorfahren." Es herrschten verkehrte Begriffe über die Sache und es waren allerlei Legenden darüber en vogue, aus dem einfachen Grunde, weil die Sache gar nicht oder doch nur unvollständig bekannt war.

Heute ist die chinesische Mauer nicht mehr so dick und undurchdringlich wie früher, und es ist eine Menge von Büchern über das Leben und den Charakter der „blumigen Nation" geschrieben worden. Leider aber tragen fast alle diese „Skizzen", „Reisebeschreibungen" u. s. w. Spuren der Anstrengung, die Chinesen lächerlich zu machen, an sich und sind nahezu immer von incompetenten Beobachtern oder von vorurtheilsvollen, absichtlich falsch darstellenden Missionären verfaßt. Aus solchen Büchern läßt sich der Gegenstand ebenso wenig richtig kennen lernen, wie das Aussehen einer chinesischen Landschaft aus der Malerei auf einer

Hauptsächlich ist Arabien bis jetzt der Schauplatz ihrer grausigen Thätigkeit, doch ist das angrenzende Aegypten sehr bedroht. Zwischen Aegypten und dem Kriegsschauplatz ist ein reger Verkehr und es ist sehr leicht, daß auch dorthin die furchtbare Krankheit geschleppt wird und das thurmhohe Elend noch vermehrt. Vom 23. bis 30. Dezember forderte die Krankheit nach Mittheilungen des deutschen Reichsgesundheitsamtes in Mekka allein 494 Personen, in Djeddah 160 als Opfer.

— Egoismus ist die Triebfeder der heutigen Gesellschaft! Dieser wahre Satz wird zumeist von den Egoisten selbst bekämpft, geradeso wie Diejenigen, welche die Gesetze am meisten mißachten, am lautesten Geschrei erheben über Gesetzesverletzungen. Die Herren Fabrikanten zetern fortwährend über die sozialdemokratischen Agitatoren: „Die Kerle gehören in's Zuchthaus, sie sprechen den Gesetzen Hohn, sie hetzen das Volk auf!" Ueber diese Schreier selbst aber haben die Fabrikinspektoren im letzten Jahre zu Gericht gesessen, nur schade, daß das Zuchthaus für sie nicht bestimmt ist. Das Fabrikantenblatt, die „Magdeburgische Zeitung" schreibt nämlich:

„Das Bild, welches die Jahresberichte der preußischen Fabrikinspektoren von einem so erheblichen Theile der nationalen Industrie entrollen, bietet oft recht trostlose Züge. Der deutsche Fabrikantenstand zeigt vielfach ein geringes Bewußtsein seiner sozialen Pflichten. Häufig wird nur aus Nachlässigkeit, aus Unkenntniß, aus bequemer Gewöhnung am alten Schlendrian gefehlt, bisweilen leider auch aus Böswilligkeit und Uebelwollen. Wenn der Fabrikinspektor für die Provinz Preußen von argwöhnischen Unternehmern als Agent der Sozialdemokratie behandelt wird, wenn der Fabrikinspektor für die Provinz Sachsen constatirt, daß in diesem gewerbreichen Bezirke nur fünfzehn Etablissements den gesetzlichen Anforderungen für Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiter entsprechen, wenn geradezu alle Fabrikinspektoren einstimmig sind in lebhaften Klagen darüber, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffs der Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern wieder und wieder übertreten oder umgangen werden, sei es in fahrlässiger Unkenntniß des Gesetzes, sei es in bewußter Gesetzwidrigkeit, so fällt ein dunkler Schatten auf die nationale Ehre."

So lautet die Anklage des Fabrikantenblattes gegen die Fabrikanten. Der dunkle Schatten, das ist der Egoismus, fällt nicht auf die nationale Ehre, er fällt auf die Ehre der Menschheit. Daß die Fabrikinspektoren, weil sie dem Gesetze Achtung verschaffen wollen, für Sozialdemokraten angesehen werden, ist sehr bezeichnend. Die „Magdeburgische Zeitung" fordert im Verlauf des Artikels die Unternehmer auf, ihre gesetzlichen und nationalen Pflichten zu erfüllen, dadurch könnte schon viel geschehen zur Entwirrung der sozialen Frage. Wie naiv! Die Katze aufzufordern, das mausen zu lassen, das Kapital aufzufordern, menschlich zu werden, dem Egoismus zuzumuthen, Menschenliebe zu üben! Eher fließt der Rhein zur Schweiz zurück. — Es hilft nun einmal nichts, liebe Magdeburgerin, man muß die Ursachen beseitigen, wenn die bösen Wirkungen aufhören sollen, der kapitalistische Egoismus wird bleiben, so lange die Kapitalmacht in den Händen von Einzelnen ist — ceterum censeo: Diese Kapitalmacht muß zerstört werden!

— Geschäftsneid. Die „Bürgerzeitung" in Berlin, Redakteur Max Hirsch, ist äußerst erzürnt darüber, daß dem Pfarrer Stöcker ein so großes Lob wegen seiner Heldenthaten gezollt wird; die Zeitungen liberaler und conservativer Richtung, selbst wenn sie auch mit dem Auftreten Stöcker's nicht einverstanden sind, sprechen ihm nämlich doch für den Muth die Anerkennung aus, den er dadurch bewiesen, daß er in öffentlicher Disputation mit den Sozialdemokraten sich blamirt habe. Und wir sind die letzten, ihm hierfür unsere Anerkennung zu versagen. Der sich zurückgesetzt fühlende Max Hirsch behauptet nun, daß er sich längst vor Stöcker schon oftmals blamirt habe in öffentlichen Versammlungen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, so bei dem Maschinenbauerstrike im „Universum" und auch noch jüngst in Moabit vor der letzten Reichstagswahl; ihm gebühre also zunächst die Ehre. Aber auch seine Collegen hätten Anspruch auf solche „Anerkennung", Lindwurm, Benfey und Keller. Daß sich diese Herren ebenso wie Max Hirsch und Stöcker in ihrem öffentlichen Auftreten „Anerkennung" errungen haben, geht schon daraus hervor, daß die „Gesellschaft für Volksbildung" die genannten „Wanderlehrer" (bezahlte Agitatoren!) sämmtlich abgesetzt hat — in jüngster Ausschußsitzung auch den „berühmten" Herrn Dr (phil.) Julius Keller. Und gekämpft haben diese Herren doch muthig genug gegen die Sozialdemokraten. Man hat übrigens jetzt einen neuen Kämpfer gefunden, den Dr. Paul Wislicenus, der gegen die Sozialdemokratie im Namen der „Gesellschaft für Volksbildung" vom Leder ziehen soll. Wir werden auch ihm seiner Zeit unsere „Anerkennung" nicht versagen für den Muth, sich in öffentlicher Disputation mit den Sozialdemokraten zu blamiren.

— „Ueber die vergleichende Wirksamkeit der englischen und fremden Arbeit" hielt dieser Tage Hr. Th. Brassey, bekanntlich einer der größten Fabrikanten Englands und der Welt, einen Vortrag in einer Londoner Versammlung. Aus seiner Rede ist als interessant anzuführen, daß in deutschen Fabriken zur Bedienung von 1000 Spindeln 5,99 Arbeiter gehören, in England dagegen nur 3,1. Diese Thatsache wird erklärlich, wenn man bedenkt, daß sächsische Arbeiter z. B. nur 11½ Shilling (= 11½ Mark) per Woche Lohn erhalten, englische aber 16 Shilling 10 Pence (16⅚ Mark). Die Leute, welche nach Camphausen's Rezept verfahren wollen, mögen sich diese Zahlen merken. Und auch Herr Eugen Richter, der sich bekanntlich mit anderen gleich unwissenden Leuten einbildet, der „Rückgang der deutschen Industrie" sei eine Folge „der hohen Löhne". Da die englische Industrie weit höhere Löhne hat als die deutsche, müßte sie nothwendig", wenn diese Anschauung begründet wäre, noch weit mehr „zurückgegangen" sein als die deutsche. Das ist aber nicht der Fall; sie beherrscht nach wie vor den Weltmarkt. Herr Eugen aber möge sich merken: je intensiver die Arbeit, desto höher der Lohn, und je höher der Lohn, desto höher die Industriestufe eines Volks. Wenn's ihm Spaß macht, kann er's auch umdrehen. Richtig ist es so wie so.

— Fabrikantenhumanität. Unter dieser Ueberschrift bringt unser Stuttgarter Parteiorgan nachstehenden Bericht:

„In der Harmoniumfabrik von Gschwind, Verlängerte Paulinenstraße 55, hier (Stuttgart), war am vorigen Sonnabend der Arbeiter Köhler gerade acht Tage im Accord beschäftigt. Zwar war die Arbeit noch nicht beendigt, aber es war gerade Zahltag, so daß er eine Abschlagszahlung erwarten durfte, und zudem wollte Köhler sich mit dem Fabrikanten über die Accordhöhe auseinandersetzen.

„Den Arbeitern wurde bedeutet, daß erst Montags gezahlt werden könne. So gingen dieselben denn an diesem Tage Nachmittags 5 Uhr hinauf zum Herrn Gschwind, Köhler mit. Als dieser sein Anliegen vorbrachte, wurde ihm erwidert: Man sei ihm Nichts schuldig, da er erst acht Tage gearbeitet hätte. Als nun Köhler in gemessenem Tone einwarf, der Arbeiter sei doch seines Lohnes werth und er glaube wohl, wie das in anderen Geschäften üblich, eine Abschlagszahlung beanspruchen zu dürfen, stürmte der ca. 20jährige Sohn des Herrn Fabrikanten auf ihn ein, wurde aber von den anwesenden vier anderen Arbeitern an der Ausführung weiterer Thätlichkeiten verhindert. Gleichwohl merkte Köhler bei dem Hinuntergehen in die Werkstatt, daß ihm der Hemdenknopf am Halse und ein Manschettenknopf verloren gegangen waren und kehrte er um, sich diese zu holen. Bei seinem Wiedereintritt in's Comptoir aber stürzten Herr Gschwind, seine Frau Gemahlin, letztere mit einem Stück Holz bewaffnet, und die beiden Söhne, bei deren einem Köhler eine eiserne Stange bemerkt haben will, auf ihn los, tractirten ihn mit derben Schlägen und warfen ihn zur Thür hinaus nach der Stiege. Aber damit noch nicht genug! Auch ein großer Hund, der sonderbarer Weise sonst nicht in dem Zimmer sich befand, mußte mithelfen und während Kopf, Rücken und Arme der schlagenden Thätigkeit jener vier überlassen blieben, befaßte sich der Hund in leider nur zu erfolgreicher Weise mit den unteren Extremitäten. An einem Hinunterwerfen von der Stiege, wie es der Sohn plante, wurde er von den andern Arbeitern, welche die sich schnell abwickelnde Scene mit ansahen, verhindert.

„Aber Köhler hatte genug Schaden davon getragen. Gesicht, Schädel und Nacken gaben uns noch am Mittwoch davon sprechende Zeugnisse und nicht nur, daß Hosen und Unterhosen — in letzteren sind die Blutspuren noch vorhanden — vom Knie abwärts von der Bestie jämmerlich zerfetzt waren, es befanden sich auch in beiden Waden nicht unbedeutende Bißwunden, welche Herr Dr. Müller in der Thorstraße, wohin Köhler von seinen Kollegen geführt wurde, mit dem ersten Verbande versorgte. Bei der Polizei gab Köhler sodann den Vorgang zu Protokoll.

„Dies die Thatsachen, welche ihr besonderes Relief vielleicht noch dadurch bekommen, daß derselbe Herr Fabrikant sich bereits eines ähnlichen Vorfalles wegen vor dem Kreisgerichte zu verantworten gehabt haben soll, auch soll er, wie man uns mittheilt, „fromme" Anwandlungen und Sympathien haben, was uns gerade nicht wundern würde." — —

Das der Bericht, an welchen unser Stuttgarter Organ treffende Betrachtungen über die Harmonie von Kapital und Arbeit knüpft. Wir möchten noch eine andere Bemerkung daran knüpfen. Wir haben viele Jahre in England gelebt, wo der Kapitalismus bei weitem stärker entwickelt ist als in Deutschland, allein nicht ein einziger Fall ist uns vorgekommen, wo ein Arbeiter von seinem Arbeitgeber thätlich mißhandelt worden wäre. Und wer die Engländer kennt, weiß auch warum. Kein englischer Arbeiter würde eine thätliche Mißhandlung dulden; kein englischer Arbeiter den Versuch ungezüchtigt lassen. Und wollte sich etwa ein englischer Arbeitgeber an einem körperlich schwachen Arbeiter vergreifen, dann würde die Züchtigung, die ihm unfehlbar summarisch auf dem Thatort von den empörten Kameraden des Mißhandelten applizirt würde, noch zehnmal so empfindlich ausfallen. Auch im Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gilt der Satz: Jeder wird so behandelt, wie er sich behandeln läßt. Wenn unsere deutschen Arbeiter den Arbeitgebern gegenüber ebenso mannhaft sind, wie die englischen Arbeiter, dann werden sie auch ebenso wenig wie diese persönlichen Insulten und Mißhandlungen von Seiten der Arbeitgeber ausgesetzt sein. Im Krieg gilt nun einmal der Satz: „auf einen Schelmen anderthalbe!" Die Herren Bourgeois predigen den Arbeitern Selbsthilfe. Wohlan, man befolge das Rezept, es wird die Prügelsucht schnell kuriren.

— Im Fürstenthum Lippe, wo in Folge Tods des Reichstagsabgeordneten Hausmann eine Neuwahl nothwendig geworden ist, hat die Regierung soeben den Verwaltungsbehörden die Weisung zugehen lassen, die Wählerlisten unverzüglich aufzustellen und innerhalb acht Tagen auszulegen. Die Wahl kann also, und wird wahrscheinlich, gegen den 20. Februar erfolgen. — „Gleichzeitig, schreibt die „Westfälische Zeitung", hat die Regierung alle Verwaltungsbehörden aufgefordert, die etwa von sozialdemokratischen Agitatoren veranstaltet werdenden Wahlversammlungen polizeilich überwachen zu lassen." — Die von anderen Parteien veranstalteten Versammlungen brauchen nicht überwacht zu werden. Man nennt das „Gleichheit vor dem Gesetz". Uebrigens auch ein neuer Beweis dafür, daß alle der herrschenden Klasse angehörigen Parteien, die Regierungen (die ja nur die Organe der herrschenden Klasse sind) eingeschlossen, der Sozialdemokratie gegenüber „eine reaktionäre Masse" bilden.

— In Paris ist jetzt die Zeit der „moralischen Hinrichtungen". Das politische Leben fängt an zu gesunden, und die faulen Elemente, welche sich in die Reihen der avancirten Demokratie und der Sozialdemokratie eingeschlichen, werden ausgestoßen. Der radikale Deputirte für Lyon, Ordinaire, der sein Mandat zu gemeinen Geldspekulationen mißbraucht hatte, kam zuerst an's Messer; dann wurde ein sich als Sozialist aufspielendes Individuum Namens Chartier als Polizeiagent entlarvt. Aehnliches passirte dem obersten Leiter der drei radikalen Blätter: „Réveil", „Peuple" und „Républicaine", Herrn Duportal, von dem ein Brief aus den 50er Jahren in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, in welchem er (der in Folge des Staatsstreichs nach Algier deportirt war) Bonaparte um Gnade und eine Anstellung bat. Und jetzt heißt es, daß der von uns wiederholt mit Anerkennung genannte Deputirte Bonnet Duverdier schmutziger Geldgeschäfte überführt worden sei und von seinen Freunden zur Niederlegung des Mandats werde genöthigt werden. Hoffentlich wird dieser Reinigungsprozeß energisch und rücksichtslos fortgesetzt!

— Internationales Banquet. Am 20. Januar waren in Paris gegen 200 Sozialisten aus allen Nationalitäten zu einem Festmahle versammelt, um die Gründung der „Egalité" zu feiern. Den Vorsitz führte Guesde, Chefredakteur der „Egalité". „Derselbe, so schreibt ein Parteigenosse an die „Sozialdemokratische Correspondenz", führte in einer trefflichen Rede aus, daß der Gedenktag des Proletariats eigentlich der 18. März sei, und daß es nur, weil man ihm seinen Tag nicht zu feiern gestatte, den Jahrestag der Hinrichtung Louis Capets (21. Januar 1793) feiere, aber mit anderer Gesinnung als die Bourgeoisie, die in jenem Akte den Inbegriff der ganzen Revolution sähe. Mit dem Abschlagen eines Kopfes der Hydra sei Nichts gethan; die Wurzel der politischen Unfreiheit jeder Art sei die ökonomische Ungleichheit; an diese müsse die Axt gelegt werden, und dazu habe man die „Egalité" gegründet. Es sprachen noch Gerbier, Lavroff, Zanardelli, C. Hirsch, Labusquière ꝛc. Die deutschen Parteigenossen waren sehr zahlreich vertreten." — Durch diesen authentischen Bericht fällt die verläumderische Behauptung einiger Bourgeoisblätter zusammen, welche den Lump Duportal, der mit der Demonstration gar nichts zu thun hatte, den Vorsitz führen, und die Versammelten zum Theil aus Leuten, die als geheime Regierungsagenten bekannt seien, bestehen lassen. Es ist das honnet-republikanische Kampfmethode.

— Sozialistenprozeß. Am 21. d. M. standen vor dem Gericht in Lemberg eine Anzahl Studenten, beschuldigt der sozialistischen Agitation und Theilnahme an einer „geheimen Gesellschaft". Sämmtliche Angeklagten wurden verurtheilt. Die Hauptangeklagten Koturnicki und Pawlik wurden zu je drei Monaten Kerker (ersterer überdies mit Landesverweisung), Franko zu sechs Wochen, Ostap Terlecki, Johann Mandyczewski und Anna Pawlik zu je einem Monat strenger Arreststrafe verurtheilt.

— Nachdem Genosse Matthies wegen „unbefugten Colportirens mit Kalendern" in Saarbrücken 6 Monate Gefängniß — es kommen auf jeden abgesetzten Kalender („Armer Conrad") grade 5 Stunden 58 Minuten — verbüßt hat, hat sich derselbe wegen desselben „Vergehens" demnächst auch vor dem Gericht in St. Ingbert (Bayern) zu verantworten.

— Parteigenosse Schuster, Redakteur der „Essener Freien Zeitung" ist wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftet worden.

— Wir theilten schon mit, daß der frühere Redakteur der „Chemnitzer Freie Presse", Looff, nach Verbüßung einer längeren Gefängnißhaft aus Chemnitz ausgewiesen worden sei. Looff hatte einen Aufschub seiner Ausweisung erwirkt, den man zu weiteren Maßregelungen unseres Genossen schonungslos auszunützen verstand. Die „Chemnitzer Freie Presse" berichtet hierüber unter'm 28. d. Mts.: „Die Maßregeln gegen unsern kranken Genossen Bruno Looff dauern fort. Am Sonnabend wurden demselben sämmtliche vorgefundene Kleidungsstücke, die er nicht gerade auf dem Leibe hatte, sowie ein Koffer mit seiner gesammten Wäsche vom Exekutor genommen — „zur Deckung von Prozeßkosten". In wie weit es anständig ist, einem Kranken die Wäsche zu nehmen, das überlassen wir dem Urtheile des

---

Porzellantasse. Kleine berechtigte Eigenthümlichkeiten sind so übertrieben, die wenigen Laster so sehr betont, die vielen Vorzüge so leichtfertig übergangen worden, daß im Allgemeinen die Bewohner des „Reiches der Mitte" noch immer als ein lächerliches Volk, sowohl in körperlicher wie in geistiger Hinsicht, betrachtet werden. Ein Chinese ist noch kein Wilder, weil bei ihm eine Pfauenfeder hoch in Ehren steht, oder weil ihm die Gräber seiner Verwandten unendlich theuer sind. Ein solches unwürdiges Skribbeln über die Sitten und Einrichtungen eines fremden Volkes — nur berechnet, um jeden Preis „amüsant" zu sein oder das Interesse frommer Opferwilliger für die „Bekehrung" des „unglücklichen" Landes wachzurufen — ist nicht genug zu verdammen.

Dagegen kann es nicht genug gelobt werden, wenn sich einmal eine Ausnahme von der schlechten Regel findet. Und Giles' Buch ist eine solche Ausnahme; es nimmt seine Aufgabe ernst. Der Verfasser ist weder Missionär, noch „Reisender", sondern Consularbeamter in China. Das ist schon ein großer Vortheil; dazu kommt noch, daß Giles, wie man aus seinen früheren Schriften weiß, eine vollkommene Kenntniß der chinesischen Umgangssprache besitzt. Da liegt der Hund begraben; der Mangel an dieser Kenntniß ist der Hauptgrund, warum die Meisten nicht recht in das Wesen des Volkes eindringen können, denn ohne Verständigung kein Verständniß, und die Chinesen sind bekanntlich in den europäischen Sprachen auch nicht besonders versirt. Der Autor hat also die Vorbedingungen in sich, über China zu schreiben. Die Art, wie er es thut, kann auf Originalität Anspruch machen; er weicht sowohl in der Beobachtung als in der Behandlung seiner Gegenstände von seinen Vorgängern ab, und zwar, wir wollen es sofort sagen, sehr zu seinen und zu der Chinesen Gunsten, aber nicht etwa in Folge einer günstigen Voreingenommenheit, sondern weil Gewissen und Wahrheitsliebe es ihm gebieten. Giles schreibt die Wahrheit und er schreibt sie in äußerst anziehendem Stil.

Das Hauptverdienst des Verfassers ist, daß er die Unterthanen des „Sohnes der Sonne" humaner behandelt, als wir es bisher gewohnt sind. Er bemüht sich erfolgreich, in seinen 40 Skizzen zu zeigen, daß der Chinese moralisch und sozial auf einer viel höheren Stufe steht, als die übermüthigen Europäer glauben. Ein großer Theil seiner Mittheilungen ist fast ganz neu für die Bewohner unseres Erdtheils und vielleicht selbst für solche „weiße" Bewohner chinesischer Städte, die sich nicht mit Beobachtungen beschäftigen.

Fast Alles, was wir da zu lesen bekommen, stimmt uns sympathisch für die Gelbgesichter. Mit Vergnügen vernehmen wir, daß in normalen Zeiten in China verhältnißmäßig wenige Verbrechen begangen werden; am allerwenigsten kennt China die Trunksucht und deren schreckliche Folgen. Dort unterliegt der Verkauf von geistigen Getränken keinerlei Beschränkung, aber dennoch hört man nie von einem betrunkenen Chinesen. Die falschen Vorstellungen, die bezüglich der chinesischen Frauen vorherrschen, stellt Giles richtig; die Frauen der Mittel- und der ärmeren Klassen müssen, geradeso wie in ganz Europa, im Hause oder auf dem Felde arbeiten, aber sie sind keineswegs Sklavinnen. Im Gegentheil, jede Chinesin, ob hoch oder niedrig, übt, wenn sie im Alter vorschreitet, eine despotische Macht in der Familie aus. Auch was man sich bei uns gewöhnlich von der Behandlung der Kinder, speziell der Mädchen, in China erzählt, ist total unrichtig. Es wird für sie ebenso gut gesorgt wie überall, und was den Umstand betrifft, daß man Knaben vorzieht, so soll es auch in Europa vorkommen, daß Väter unwillig sind, wenn ihnen der Storch „schon wieder ein Mädchen" bringt. Nun, weiter erstreckt sich auch der Mädchenhaß „John Chinaman's" nicht, und alles Gefasel von massenhaften Töchtermorden ist eben nur Gefasel. In der Regel weisen die Schriftsteller über China darauf hin, daß die Chinesen ein tückisches, unehrliches, in Opium schwelgendes Gesindel sind. In Wahrheit aber sind sie arbeitsam, ausdauernd, anständig, ruhig, sparsam und leicht lenkbar; ihr großer Scharfsinn und ihre Klugheit lassen sich nicht bestreiten; ihr Naturell und ihre Stimmungen und Gemüthsleidenschaften sind den unsrigen, den allgemein menschlichen, gleich.

So versucht Giles im ganzen Verlaufe seines Buches, Irrthümer richtigzustellen und neues Licht zu verbreiten. Daher ist das Buch nicht nur sehr lehrreich, sondern auch für die ethnographische Forschung von hohem Werthe.

Publikums, ebenso, wie wir nicht besonders darauf hinzuweisen brauchen, was die öffentliche Meinung in ganz Deutschland über eine Stadt äußern soll, welche einen kranken Mann, der für seine Ueberzeugung zum Märtyrer wurde, nicht nur im Winter hinausstößt, sondern ihn vorher in oben angegebener Weise entblößt. — Nur die Mittheilung müssen wir hinzufügen, daß sich Looff's Zustand durch die Aufregung, in welche ihn die unverhoffte Ausspändung versetzte, erheblich verschlimmert hat. — Wir fordern den Stadtrath und die städtische Vertretung auf, sofort die Maßregeln ihrer Beamten gegen Looff rückgängig zu machen, widrigenfalls wir den genannten städtischen Körperschaften die moralische Verantwortlichkeit dafür zuschreiben müssen."

Der Züricher Regierungsrath Sieber, ein ächter Volksmann und bewährter Sozialdemokrat, dessen Verdienste um das schweizerische Fabrikgesetz in frischem Gedächtniß sind, ist am 22. Januar gestorben. Die „Tagwacht" vom 26. Januar widmet ihm folgenden Nachruf:

„Wir haben an Sieber einen tief überzeugten Parteigenossen und einen warmen, entschiedenen Freund der Arbeiterbewegung verloren.

„Schon seit den Vierziger und Fünfziger Jahren stand Sieber im engsten und freundschaftlichsten Verkehr mit den Wortführern der Sozialdemokratie, mit Albert Galeer, dem Gründer des schweizerischen Grütlivereins, mit unserm ältesten Veteranen J. Ph. Becker und Anderen. Das Landsgemeinde-Manifest von 1867 ist von Sieber verfaßt und er hat sich auch, nachdem er vom Volke in die Regierung gewählt war, nicht von seiner Ueberzeugung abgewendet, sich offen und frei als einen Soldaten der Sozialdemokratie bekannt und an jeder Erscheinung in der Bewegung den wärmsten Antheil genommen bis zu seinem Tode.

„Als wir am 22. Oktober v. J. die Annahme des Fabrikgesetzes feierten, da war Sieber noch unter uns. Es war die letzte Versammlung, die er besuchen konnte, bevor ihn die Krankheit aufs Lager warf. Und noch wenige Tage vor seinem Tode, am letzten Freitag, bedauerte Sieber, nicht an unserer kantonalen Arbeiter-Delegirtenversammlung in Winterthur theilnehmen zu können.

„Die Arbeiter werden das Andenken Siebers stets in Ehren halten, sie haben in ihm einen allezeit bereiten Rathgeber und Mitkämpfer verloren, der unentwegt und treu zu seiner Ueberzeugung gestanden ist bis zum letzten Athemzuge.

Correspondenzen.

Altona, 22. Januar. Die Frommen und auch die Halbfrommen im Lande sind in großer Aufregung; überall hört man „vom kirchlichen Nothstand" und von der Gefahr, welche die Kirche bedroht. Und diese Gefahr bringen nicht etwa vorzugsweise die Sozialisten, obwohl man es hier zu Lande sehr übel vermerkt, daß dieselben an verschiedenen Orten die Kirchenvertretung beherrschen und an anderen Orten, wenn auch nur vereinzelt, ihren Austritt aus der Kirche erklären. Auf solche Vorkommnisse war man längst gefaßt; sie haben deshalb weniger Eindruck gemacht. Aber in der Provinz Schleswig, wo die Orthodoxie herrscht, ist eine große Anzahl Liberaler aus der Kirche geschieden, „Angehörige der bessern Stände" — das hat allgemein verschnupft, schon des bösen Beispiels halber. Aber um Allem die Krone aufzusetzen, agitiren jetzt auch in Holstein, wo die Priester durchweg etwas weniger orthodox sind als in Schleswig, die Ultraorthodoxen (Pastor Jansen und Pastor Paulsen) für Austritt aus der „verderbten" Landeskirche, um eine strengere, wahrhaft christliche Gemeinschaft zu gründen. So geht es hier in kirchlichen Dingen, „wie Kraut und Rüben", durcheinander. Daß wir uns darüber freuen, ist selbstverständlich; eine derartige kirchliche Katzbalgerei unter den Halbfrommen, Frommen und Ganzfrommen ist an und für sich ergötzlich und wirkt auch zum Guten, da das Volk durch derartige Schauspiele immer aufgeklärter wird.

Hamburg, 27. Januar. Ueber das eherne ökonomische Lohngesetz und das Bevölkerungsgesetz hielt Herr A. Geib am Freitag in stark besuchter Sozialisten-Versammlung einen Vortrag. Die Quintessenz desselben war der Beweis, daß in der kapitalistischen Produktionsweise dem Arbeiter nur die Lebensnothdurft werde, während der Nationalreichthum stetig wachse und zwar zu Gunsten der Kapitalisten. Das Lohngesetz, zuerst aufgestellt von A. Smith und nicht von Ricardo, reiche heute nicht mehr aus zur Kennzeichnung der Verhältnisse, dies grausame Gesetz sei theilweise durch ein noch grausameres abgelöst worden. Erstens soll nach diesem Gesetz der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den nothwendigen Lebensunterhalt beschränkt bleiben, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Zweitens soll ihm zufolge der Arbeitslohn nicht dauernd tief unter diesen nothwendigen Lebensunterhalt fallen können, da sonst sich die Fortpflanzung verringere und bald das Angebot der Arbeiterhände abnehmen müsse. Zum ersten Punkt bewies Redner, daß heute schon verschiedene Arbeitergruppen unter das Niveau des „nothwendigen Lebensunterhaltes" gesunken seien (3 bis 6 Mark Wochenlohn in einzelnen Theilen Sachsens, Thüringens, Bayerns und Schlesiens). Solche Arbeiter kämen erfahrungsgemäß nie wieder auf ihre frühere Lohnhöhe, das Lohngesetz fände auf sie keine Anwendung mehr. Zwar verhungerten sie nicht direkt, aber indirekt, wie die große Sterblichkeit, besonders unter den Kindern, beweise. Nicht weniger als 45 Prozent aller Todesfälle kommen auf Kinder unter fünf Jahren. Nun stehe aber der großen Sterblichkeit eine nicht minder starke Vermehrung gegenüber, überhaupt vermehre sich trotz aller Noth die industrielle Bevölkerung rascher als die ländliche. Folglich erscheine die Fortpflanzung nicht abhängig vom Wohlbefinden, und nehme das Angebot von Arbeiterhänden, gestützt auf die Bevölkerungssumme, nicht ab. Treffe die bezügliche Annahme des „Lohngesetzes" zu, dann müsse immer erst eine neue, an Zahl verringerte Arbeiter-Generation heranwachsen, bevor eine Abnahme des Angebots von Arbeiterhänden Thatsache geworden. So groß jedoch seien die Pausen zwischen Nachfrage und Angebot nicht, fast alle fünf Jahre ändere sich der Turnus.

Der Kapitalismus habe sich sein eigenes Bevölkerungsgesetz geschaffen, er blühe und herrsche, weil er alle ökonomischen und technischen Machtmittel in seinen Händen halte. Mit jeder neuen Erfindung, jeder vervollkommneten Maschine setze er Arbeiter frei, mache sie arbeitslos. So schaffe er sich eine Reservearmee, die täglich größer werde. Brauche er einen Theil davon, so stelle er sie in Arbeit; je wohlfeiler die Arbeitskräfte, desto lieber sei es ihm, daher auch mehr Nachfrage nach Frauen- und Kinderhänden als nach Männern. So komme es, daß je entwickelter die Produktion sei, desto kleiner der Antheil der Arbeiter am Produkt werde, mit anderen Worten, der Kapitalgewinn (Profitrate) steige, während das Arbeitereinkommen (Lohnrate) sinke.

Daraus ergebe sich eine Verschärfung des Lohngesetzes durch das kapitalistische Bevölkerungsgesetz, was den Arbeitern schlimme Aussichten eröffne. Allein der Pessimismus, der aus diesen Thatsachen wachse, werde zurückgedrängt durch den Optimismus, welcher die Arbeiter zum Eingreifen in unsere politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse unablässig ermuntere. Die Weckung des Klassenbewußtseins schütze vor geistiger Versumpfung und die Schaffung von Arbeiter-Organisationen vor sozialer Ohnmacht. Eine neue, höhere Culturepoche vor Augen, müsse die heutige überholt werden. Dies sei Aufgabe des arbeitenden Volkes und der ernsten hingebenden Wissenschaft. Je inniger man sich dieser Aufgabe widme, desto früher komme die Ablösung des Kapitalismus. — Nach dem Vortragenden sprach noch der Vorsitzende, Herr Metzler, indem er zum Eintritt in die Partei und in die Gewerkschaften aufforderte.

Darmstadt, 27. Januar. Unsere Gerichte haben entschiedenes Pech mit sogenannten vornehmen Verbrechern. Der frühere Finanzrath Soederer, der nach und nach die Hauptstaatskasse um ein Sümmchen, das Hunderttausend beträchtlich übersteigt, bestohlen hatte, mußte, als die Entdeckung endlich gemacht wurde, für geistesschwach und unzurechnungsfähig erklärt werden, kann also nicht gerichtlich verfolgt werden und blieb auf freiem Fuße. Man begnügte sich nun, dessen auf bereits 200,000 Mark in Staatspapieren bestehendes Vermögen mit Beschlag zu belegen, eine milde Praxis, deren Werth selbst von dem Führer der Nationalliberalen, dem Abgeordneten und Advokaten Osann, in öffentlicher Kammersitzung stark bezweifelt wurde. — Der vor einiger Zeit nach Amerika ausgekniffene „Kriegsrath Wiegand", der ebenfalls die ihm anvertrauten Kassen, namentlich die Unteroffiziers-Wittwen- und Waisenkasse, um viele Tausende erleichtert hatte, wurde zwar in Amerika aufgegriffen und verhaftet und nach längeren Verhandlungen nach Hamburg zurückgebracht, doch während der Seereise findet der Herr Kriegsrath Gelegenheit, sich Wunden an den Armen beizubringen, die seine Verbringung nach Darmstadt nicht ermöglichen! Was die vornehmen Verbrecher doch für Glück haben.

Aschersleben, 28. Januar. Gestern Abend fand hier im Gasthof zum „Prinz von Preußen" eine von circa 200 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Habermann aus Magdeburg „über das Verhalten des Volkes zum Christenthum" und dann über die „Orientalische Frage" referirte. Redner führte in seinem längeren Vortrage aus, daß die Entstehung der Bibel und des Christenthums nicht göttlichen, sondern sehr menschlichen Ursprungs sei, und forderte die Anwesenden auf, sich, wie in politischer, so auch in religiöser Hinsicht zu emanzipiren. — Zum zweiten Punkt führte Habermann aus, daß es Pflicht eines jeden human denkenden Menschen sei, mit beitragen zu helfen, daß den Greuelthaten im Orient gesteuert werde, und schlägt folgende, von der Versammlung angenommene Resolution vor: „Die heute Abend tagende, von circa 200 Personen besuchte Volksversammlung protestirt einmüthig und energisch gegen die die Cultur und die Freiheit und Wohlfahrt der Völker überhaupt und die Interessen des deutschen Volkes insbesondere schwer schädigende, bisherige russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung, und fordert von letzterer, daß sie von jetzt ab den kulturfeindlichen Anmaßungen der despotischen Czarenregierung mit allen Mitteln entgegentrete."

Chemnitz, 26. Januar. Gestern tagte hier eine stark besuchte Volksversammlung, in der Genosse Wiemer über die hier kürzlich erfolgte Ausweisung des früheren Redakteurs der „Chemnitzer Freien Presse", Looff, der bekanntlich eine längere Gefängnißhaft in Zwickau verbüßt hat — durch den von Dresden hierher versetzten Polizeidirektor Siebdrat referirte. Daß dieser neueste Akt des in der Sozialistenverfolgung besonders bewanderten Herrn Siebdrat selbst von gegnerischer Seite verurtheilt wird, beweist der nachfolgende Bericht, der der Berliner „Volkszeitung" von hier zugegangen ist. Es heißt da: „In der heute Abend in Stadt London stattgefundenen und von gegen 1000 Personen besuchten sozialist. Volksversammlung erging sich Wiemer in fließender, ausdrucksvoller Rede über die durch den neuen Polizeidirektor Siebdrat verfügte Ausweisung des früheren Redakteurs der „Ch. Fr. Pr.", Looff, der soeben aus einer 1½ jährigen Haft im Landesgefängniß Zwickau hierher zurückgekehrt ist. Die Ausweisung gründet sich auf eine alte sächsische Bestimmung, wonach bestrafte Personen ausgewiesen werden können, und darauf, daß Looff seinen Unterstützungswohnsitz nicht hier hat. Wiemer bezeichnete die Ausweisung als eine ungesetzliche nach § 3 der Reichsverfassung und §§ 1, 3, 4 des Freizügigkeitsgesetzes und als eine unnöthige, da Looff als kranker, gebrochener Mann der Stadt nicht gefährlich werden könne; überhaupt sei diese Maßregel eine mit dem Geist der Zeit und der Reichsverfassung im Widerspruch stehende. Die Partei werde Looff nicht verlassen und den erhobenen Einspruch durch alle Instanzen verfolgen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Ausweisung Looff's ist dem Geiste der Reichsverfassung zuwider, und falls das Ministerium diese Maßregel genehmigt, soll der Abgeordnete Freytag beauftragt werden, dieselbe im Landtage zur Sprache zu bringen." — Dem einstündigen Vortrage folgte lauter Applaus."

Berichtigung. In dem Leitartikel: „Simple Fragen und ‚simple' Frager" (Nr. 12) muß es in der zweiten Spalte, 4. und 5. Zeile von oben heißen: „Nicht übel! Unser Gourmand denkt sich wohl, daß dabei Niemand anführen könne ꝛc. ꝛc."

Briefkasten

der Redaktion. W. Nr. 1: Wir fühlen uns nicht veranlaßt, unser Nürnberger Parteiorgan zu desavouiren. — A. in Berlin: Hasenclever's Haft endet am 31. Januar; Briefe sind dann an die alte Adresse (Redaktion des „Vorwärts") zu richten.

der Expedition. H. G. in Kopenhagen: Das Gewünschte ist bei uns zu haben.

Mein Bruder Carl Benkula, welcher seit 5 Jahren nichts mehr von sich hören ließ und wahrscheinlich sich in Amerika aufhält, wird ersucht, mir seine Adresse anzugeben.

Hausen bei Frankfurt a. M. Elisabeth Benkula.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterverein Plagwitz d. O. 2,15.

Anzeigen ꝛc.

Hamburg. Korbmacher-Bund.
Sonnabend, den 2. Februar, Abends halb 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Zur Organisation. Der Vorstand. [50

Hannover. Sonntag, den 3. Februar, in Winkler's Hotel:
Unterhaltung
der
Vereinigten Gewerkschaften.
Anfang 4 Uhr. — Alle Parteigenossen und Mitglieder ladet ein
(F 162) Das Comité. [240

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 2. Februar, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)
Geschlossene Versammlung.
Tagesordnung: Abrechnung. Verschiedenes.
NB. Die Uebungsstunden der Sänger des Wahlvereins finden jeden Freitag Abend daselbst statt.
Der Vorstand. [90

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:
Mitgliederversammlung
wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Mannheim. Metallarbeitergewerkschaft.
Samstag, den 2. Februar, Abends halb 9 Uhr:
Außerordentliche
Generalversammlung.
Tagesordnung; 1) Die Kampfesweise der Gegner der Centralisation. Referent Schneider. 2) Einberufung einer Conferenz der süddeutschen Mitgliedschaften behufs gemeinsamen Vorgehens gegen Preßmaßregelungen, wie sie in der Centralisationsfrage seitens der Redaktion des „Pioniers" vorgekommen sind. Referent Eisenhauer. (F. 220) [2,00
Der Bevollmächtigte.

Minden i/W. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend Abends 8 Uhr beim Gastwirth Thiele, Ritterstraße. (m) [40

Für die freundliche Aufnahme bei meinem Besuche in Hainichen sage ich allen dortigen Parteigenossen meinen herzlichen Dank.
Mit sozialdemokratischem Gruß und Händedruck
Chr. v. Rhein. [100

Cölner Genossenschaftstischlerei (eingetr. Genossensch.): Sonnabend, den 16 Februar, Abends 8 Uhr, bei Hrn. Jonas, Streitzeugasse Nr. 10A: Ordentl. Generalversammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstands und Aufsichtsraths. (F. 67) (b) [1,50
Cöln, den 1. Februar 1878. Der Aufsichtsrath.

Im Verlage von Wilhelm Röhl in Leipzig ist erschienen:
Erlebtes.
Skizzen und Novellen.
(65) von (S 1070)
Wilhelm Hasenclever.
Mitglied des deutschen Reichstags.
16 Bog. eleg. brosch. Preis nur M. 1,20.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsend. von M. 1,20 direkt pr. Post franco. [390

L'Egalité.
Journal républicain socialiste.
(Organe du parti socialiste en France.)
Paraissant tous les dimanches à Lagny (près Paris)
2, rue du Chariot d'Or.
Abonnement: 3 mois: 3 Mark; — 6 mois: 5 Mark; — un an: 10 Mark. — On s'abonne, soit à la poste, soit en envoyant le montant au journal à Lagny.

Prachtvoll und solid gearbeitete
Einbanddecken
(Goldpressung) für die
„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77
sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.
NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12.

Sozialistisches
Central-Wahl-Comité.
Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre J. Auer oder C. Derossi, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.
Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des **„Vorwärts"** von uns zu beziehen.
Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.
Leipzig, im Januar 1878.
Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
[illegible] Dienstag, Donnerstag, Sonntag.

Abonnementspreis
Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Herzgt. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., bei Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 680 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lantermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: J. Ent, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 14. Sonntag, 3. Februar. 1878.

„Wo Lassalle Recht und wo er Unrecht hat".

Unter dieser Ueberschrift geht der „Magdeburger Zeitung" folgender Artikel zu:

„Seit vielen, vielen Jahren schon treibe ich Statistik, und zwar mit Eifer und Ausdauer, aber einen Punkt habe ich immer noch nicht lernen können, und da dieser Punkt eben nochmals in der „Zukunft" (7. Heft) den Lesern vorgetragen wird, so muß ich doch einmal meinen Zweifel einem größeren Leserkreis vorlegen. Bekanntlich zeigen alle Einkommensteuer-Tabellen — ich habe deren eine ziemliche Anzahl aus vieler Herren Länder und selbst aus Republiken gesammelt — daß die Mindestvermögenden am zahlreichsten sind, daß die Zahl der großen Vermögen sehr klein ist und daß zwischen den Extremen die Zahl der Besitzer immer kleiner wird, je größer der betreffende Besitz ist. Daher spricht man von der „Vermögenspyramide"; sie ruht unten auf der breiten Basis der Wenigbesitzenden und endigt oben in der Spitze der Millionäre. Hierin hat Lassalle Recht. Mehrere Statistiker, vom alten Dieterici an, auch neuere und neueste mit inbegriffen, bekämpfen die von Lassalle herausgerechneten Prozente, aber diese Berichtigung der Höhe der Prozente berührt die Folgerungen nicht, die Lassalle aus seinen Zahlen gezogen hat. Aber eben in seinen Folgerungen hat Lassalle Unrecht, und zwar auf's Handgreiflichste, und zu verwundern ist, daß man es nicht schon wieder und wieder hervorgehoben hat. Untersuchen wir die Sache an den von der „Zukunft" angeführten neuen Zahlen. Jene Zeitschrift theilt die Bevölkerung Preußens in vier Klassen:

1. Klasse mit einem Einkommen von unter 420 M.,
2. " " " " " 420 bis 1500 "
3. " " " " " 1500 " 3000 "
3. " " " " " über 3000 "

Die Personenzahl und das Einkommen betragen:

1. Kl. = 6,425,533 Pers. mit 1,200,000,000 M. Gesammteink.
2. " = 16,968,563 " " 3,754,000,000 " "
3. " = 1,355,868 " " 821,000,000 " "
4. " = 596,313 " " 1,206,000,000 " "

Zus. 25,346,277 Pers. mit 6,981.000,000 M. Gesammteink.

Daraus folgt, und darin stimme ich mit der „Zukunft" überein, daß das durchschnittliche Einkommen auf den Kopf 275 M. beträgt. Also, wenn es möglich wäre, in Preußen sämmtliche Einkommen zusammenzuschlagen und sozialistisch zu vertheilen, so bekäme Jeder 275 M., sage zweihundertfünfundsiebenzig Mark. Dies steht auf der Seite 188; auf der Seite 189 aber lesen wir: „Nun frage man aber einmal in den sozialistisch gesinnten Arbeiterkreisen umher, wie viele denn nicht ein Einkommen von über 1500 M. haben, rechne alle besser situirten Sozialisten dazu, und man wird zu demselben Resultat kommen, welches seiner Zeit Lassalle den Arbeitern verrieth, daß nämlich nur eine Hand voll Menschen ein materielles Interesse an der Aufrechthaltung der bestehenden Zustände hat und haben kann ... d. h. 92,2 Prozent sind in Noth und nur 7,8 Prozent nicht in drückender Noth." Die Zahl 1500 M. bezieht sich auf das Einkommen einer Familie. Nun giebt aber die „Zukunft" S. 187 eine Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß es in Preußen 992,000 + 4,563,000, zusammen also 5,555,000 verdienende Personen giebt; auf eine verdienende Person kommen also etwas mehr als 3½ nicht verdienende Personen; die ganze Familie beträgt also 4½ Personen. Nimmt man 4½ × 275, so kämen bei einer gleichen Vertheilung aller Einkünfte nur 1230 M. auf eine Familie. Haben die vom Schicksal mit 1500 M. bedachten Arbeiter ein Interesse daran, 1238 M. zu erhalten? Ich kann nur Nein sagen; wie kann aber Lassalle, wie kann die „Zukunft" mit Ja antworten? Das ist's, was ich nicht verstehe. Die „Zukunft" wird behaupten, daß, wenn in der bezweckten sozialistischen Einrichtung der allmächtige Trieb, der den häßlichen Namen Eigennutz führt, weggenommen wird, wenn Jeder, statt für sich zu arbeiten, sein Verdienst in die Staatskasse abzuführen hat, viel mehr produzirt werden wird; aber eine solche Behauptung zu widerlegen, scheint mir unnöthig. Nachdem ich alle bekannten sozialistischen Statistiken gehörig studirt habe, kann ich nur mit Franklin wiederholen — und sollte ich dafür gesteinigt werden —, daß Intelligenz, Fleiß und Sparsamkeit noch immer bessere Mittel sind, zu Etwas zu kommen, als alle sozialistischen Rezepte."

So weit der Artikel. „Das ist's, was ich nicht verstehe" — das glauben auch wir. Der Herr Verfasser versteht aber sehr Vieles nicht; trotzdem er mit Eifer und Ausdauer seit vielen, vielen Jahren Statistik treibt, weiß er nicht einmal, daß Lassalle seine Zahlen vorzugsweise aus dem alten Dieterici geschöpft hat. Der Herr sagt nämlich, der alte Dieterici habe die von Lassalle herausgerechneten „Prozente" bekämpft. Diese Prozentsätze hat bekanntlich Lassalle in den Jahren 1862, 63 und 64 herausgerechnet, Dieterici aber ist am 29. Juli 1859 gestorben. Sie alter — Statistiker, Sie! Und Ihr ganzes Nichtverstehen gipfelt sich auf ein Mißverständniß — das Wörtchen „nicht" macht Ihnen Pein. Die „Zukunft" hätte die Frage positiv stellen sollen, dann war sie allerdings verständlicher: „wie viele denn ein Einkommen von über 1500 Mark haben" das Resultat: allgemeines Stillschweigen in sozialistischen Arbeiterkreisen — das fernere Resultat: ein Jahreseinkommen von 1238 Mark wäre auch den gegenwärtig nicht am schlechtesten situirten Arbeitern noch ein sehr erwünschtes Ziel. Und somit stimmt es, Sie alter Statistiker: 92,2 Prozent der Bevölkerung in Noth, Elend und Unbildung. Was doch alles ein einziges Wörtchen, vielleicht nicht ganz präcis angewandt, bei einem „alten Statistiker" für Unheil anrichten kann?!

Uebrigens im Vertrauen noch ein Wort. Das Steinigen ist aus der Mode gekommen, es wird nur noch guillotinirt; bedenken Sie das, ehe Sie den Teufel an die Wand malen — ein glänzendes Fallbeil, hui! schießt's hernieder, der Kopf rollt in den Sack — Sie sind dann völlig kopflos, Sie armer Statistiker, Sie!

Die Entstehung der ethischen Begriffe.*)

II.

Die ersten Anfänge ethischen Verhaltens bringt der Mensch aus dem Thierreiche mit. Und zwar ist der ursprünglichste aller ethischen Triebe der der Selbsterhaltung des Einzelwesens und — damit verbunden — der der Erhaltung seiner Art. Im Kampfe um das Dasein gingen wahrscheinlich alle Einzelwesen und deren Art zu Grunde, welche sich gegenüber ihren Feinden und ihrer gesammten Umgebung nicht genügende Organe ausbilden konnten, um sich zu erhalten, immer besser anzupassen und leichter fortzupflanzen. Den Selbsterhaltungstrieb hat schon die unorganische Welt bei jedem Einzelwesen aufzuweisen — nur daß wir hier noch nicht von einem „Triebe" sprechen, überhaupt hierfür keinen streng bezeichnenden Ausdruck haben; den Arterhaltungstrieb theilt das Thier mit der Pflanze, bei welcher der Ausdruck schon eher anwendbar ist.

Ist es nicht merkwürdig, daß wir auf dem höchsten bis jetzt erreichten sittlichen Standpunkte noch immer nicht müde werden können, die Freiheitsliebe zu bewundern, welche dem wahren Manne lehrt, sich tapfer gegen jede Gefahr zu vertheidigen, die seinem Dasein, seiner selbstgewollten Bestimmung und Bethätigung droht, den Fleiß und die Vorsicht zu preisen, welche seine eigenthümliche Entwicklung durch Arbeit und Sorge sichern und den Selbstmord zu verdammen, weil er der Pflicht der Selbsterhaltung widerspricht? — Und doch sind die Tugenden der Freiheitsliebe, des Fleißes, der Vorsicht, der Selbsterhaltung ganz natürliche Erzeugnisse, wie Stillung des Hungers, Durstes, und Schlafbedürfnisses. Daß sie unter Umständen beim Menschen viel Verdienstliches haben können, ist nicht zu leugnen; allein doch wohl nur deswegen, weil er unter Umständen dabei mächtigere Hindernisse zu überwinden hat und höhere Beweggründe aufbieten mag, wie wir sie bei Thier und Pflanze nicht beobachten? — Ist es nicht merkwürdig, daß wir nicht genug die Mutterliebe preisen können und die Tugenden der Selbstverläugnung, Geduld und des weiblichen Heldenmuthes beim Schutz der Nachkommenschaft, was Alles wir beim Thiere nicht Tugend nennen? — Es ist sicher, daß diese Tugenden dem Thiere weniger Anstrengung zu kosten pflegen, weniger mit Schmerzen, Entbehrungen und Seelenleiden verbunden erscheinen und weniger lange andauern, als bei der menschlichen Mutter — allein ist nicht auch das Maß der dazu erforderlichen Kräfte im Verhältniß vorhanden? — Wir müssen diesen Vergleich des Menschen mit dem Thiere schon hier beim Anfange unserer Untersuchung anstellen, um von vornherein dem menschlichen Hochmuthe, der nichts mit dem Thiere gemein haben möchte, einen Dämpfer aufzusetzen. Allein der Arterhaltungstrieb des Thieres offenbart noch andere Züge.

Hierher gehört der Geselligkeitstrieb, welchen alle Arten, die Räuber mehrentheils ausgenommen, zeigen. Er dient nebenbei allerdings dem Spielbedürfniß, allein doch überwiegend dem der Erhaltung der Art. Das wilde Huf-, Klauen- und Hornvieh, die geschwänzten Affen, die Nagethiere und andere Säuger schützen gemeinschaftlich ihre Nachkommenschaft durch geselliges Weiden, Aufstellung von Wachen gegen die Feinde, Schließung von Kreisen gegen deren Angriffe und Aufsuchung der besten Weideplätze unter dem Vorangang der erfahrensten Genossen. Die Zugvögel und alle Wanderthiere schützen ihre junge Brut durch gegenseitige Unterstützung erfinderischer Art, wobei schon Theilung der Arbeit zu beobachten ist. Am weitesten wird die letztere bekanntlich von den Ameisen- und Bienenarten getrieben, welche gegen ihre Feinde am besten zusammenhalten, Hindernisse gemeinsam überwinden und bei der Sorge für die Nachkommen die auffallendste Selbstlosigkeit, Klugheit und Geduld beweisen. Das Merkwürdige bei den gesellig lebenden Thieren ist, daß diejenigen darunter, welche in der Einzelehe leben (wie z. B. die Sing-, Kletter- und meisten Schwimmvögel, viele Fische ꝛc.) keine Familien-Selbstsucht verrathen, sondern volle Gleichberechtigung der Gesellschaftsglieder, wodurch sie ein menschliches Laster vermeiden. Ihr Aristokratismus tritt blos bei der Gattenwahl hervor, dadurch aber wird eben die Erhaltung der Art desto besser gesichert, sowie die Entwickelung ihrer geistigen Vorzüge. Die dümmsten Thiere sind wohl ausnahmslos diejenigen, welche nicht in der Einzelehe leben, oder bei denen nicht wenigstens das Männchen mit dem Weibchen die Sorge um die Erziehung der Jungen theilte.

So haben wir denn schon in der höheren Thierwelt die unentbehrlichsten menschlichen Familien-Tugenden vorgebildet und zwar ohne die lasterhaften Kehrseiten. Wieviel davon die Urmenschheit von der Thierwelt im Blute ererbt, und wieviele durch Nachahmung sich angewöhnt haben mag, müssen wir natürlich unentschieden lassen. Daß die Nachahmung der Thiere beim Urmenschen jedenfalls eine Rolle gespielt habe, geht daraus hervor, daß der Ursprung der Sprache und der der Kunsttriebe am ungezwungensten sich aus Nachahmung der Vögel erklärt. Die ältesten bekannten Sprachlaute sind nachweislich ungemein einfach und roh gewesen und sehr lange geblieben, weil sich die Stimmwerkzeuge erst durch langsame Gewöhnung an den aufrechten Gang und vielfache Versuche der Nachahmung von Naturlauten mannigfach ausbilden konnten. Nur von den Vögeln mit einer größeren Zahl bedeutungsvoller Laute aber konnte der Urmensch lernen, mit jedem seiner Laute eine bestimmte Bedeutung zu verknüpfen, welche hinfort für alle seine Familienglieder verständlich, weil durch begleitende Geberden erklärt und feststehend wurde. Und nur höchst langsam konnte sich, wie heute nachgewiesen, die menschliche Sprache stufenweis so vervollkommnen, daß sie das beste Mittel der geistigen Ausbildung wurde. Dagegen wurde der Kunsttrieb, welchen die Vögel beim Nestbau zeigen, wohl weit rascher vom Urmenschen nachgeahmt und zwar theils beim Bau von Wohnungen, theils beim Weben und Flechten von Kleidungsstücken und Schmucksachen, nachdem durch das Ausraufen der Haare, welche an die verhaßte thierische Herkunft erinnerten, eine Bekleidung des Körpers nothwendig geworden war.

Die einzige Erfindung des Urmenschen, welche er nicht der Nachahmung der Thiere verdankte, war die des Feueranzündens — zufrühest durch Aneinanderreiben eines harten und weichen Stückes Holz. Sie muß, da wir sie bei allen rückständigen Völkern finden, und da wir fast keinen Fund uralter Menschenarbeit ohne die Begleitung von Holzkohlen finden, schon von den Urmenschen gemacht worden sein und wird nur unter Annahme eines begünstigenden Zufalles (wie bei manchen späteren überaus wichtigen Erfindungen und Entdeckungen) erklärlich. Es setzt dieselbe nur viel müßige Zeit voraus, welche bei spielenden Versuchen mit allerhand Stoffen, an denen der erwachte Kunsttrieb sich bethätigt, hingebracht wird. Aber einmal gelungen, mußte sie das Bewußtsein des Urmenschen mit einem Stolze erfüllen, einem Gefühle der Ueberlegenheit über alle Thiere, weil diese kein Feuer anzünden, und alle es fürchten, daß er nunmehr alle Erinnerungen an seinen thierischen Ursprung zu verwischen und mit dem Feuer immer neue Versuche zu machen suchte. So entstand die Töpferei, die erste Kochkunst, der erste Bootbau und — aber viel später — die erste Metallbereitung. So wuchs der Muth in Bekämpfung wilder Thiere, vor denen der Urmensch bisher geflohen war, und die Erfindung von Waffen. Nichts aber ist geeigneter, die menschliche Geselligkeit zu befördern, als die Versammlung um das hellodernde Feuer, der gemeinsame Schmaus um dasselbe, der gemeinsame Jubel und Tanz um diese große Errungenschaft.

Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn man die Erfindung des Feueranzündens (welche hernachmals noch lange von allen alten Volkern religiös gefeiert worden ist) als den Ausgangspunkt betrachtet, von welchem an die menschliche Nachahmung und Vererbung thierischer Ethik das eigentlich menschliche Gepräge annimmt. Es ist zunächst das Bewußtsein, daß man etwas Besseres als alle Thiere, etwas Neues im Naturgebiet und zur Herrschaft darin fähig und bestimmt ist, welches den Urmenschen zum ersten Denken gänzelt, zu unablässigen spielenden Versuchen, die Naturdinge zu seinem Nutzen zu verwenden, vor den übermächtigen Naturgewalten sich zu schützen, und durch Bereicherung der Sprache dies mit gemeinsamen Kräften leichter möglich zu machen. Hier also schon wurde der Unterschied des Menschen vom Thiere begründet, indem bei jenem der freie Fortschrittstrieb — zuerst als Erfindungs- und Entdeckungstrieb — sich entwickelte, welcher nun nie mehr ganz stillstehen sollte, wo der Mensch nicht in die ungünstigsten klimatischen und Bodenverhältnisse verdrängt wurde.

Wie Alles seine zwei oder mehr Seiten hat, so war dieser Fortschrittstrieb in der Hinsicht ein ethischer Rückschritt hinter das Thier, als er ohne Hochmuth, Unduldsamkeit und Zerstörungslust nicht denkbar ist. Und nicht nur gegen die nächsten Verwandten, die Menschenaffen, richtete sich die Vertilgungssucht, sondern bei zunehmender Uebervölkerung der Ursitze, gegen die Mitbewerber um die Nahrung, welche zwar vom eignen Stamme, aber weniger erwerbsfähig waren, und in weniger einladende Gegenden vertrieben wurden. Fortan läuft durch die ganze Entwicklungsgeschichte der Menschheit der schonungslose Mitbewerb der Völkerschaften um die Daseinsbedingungen und der Trieb, gerade die nächstverwandten, fähigsten Mitbewerber um dieselben zu vertilgen.

So lange die Gegend des heißen Erdgürtels allein übervölkert war, Auswanderung nach den anstoßenden Erdstrichen also möglich blieb, wurde die letztere ein mächtiges Fortschrittsmittel. In den rauheren Erdstrichen, wohin die Auswanderer verdrängt wurden, konnten sie sich nur mittels neuer Erfindungen vor den Naturgewalten schützen. Diese Erfindungen bewirkten weitere Entwicklung der Sprache und Begriffe, der Kunsttriebe und Gesellschaftsformen — und die gelbe Rasse entstand aus der dunkleren. Der Verfasser hat dies in der „Neuen Welt" 1877 Heft 1 ꝛc. eingehender darzustellen gesucht. Das Hirtenleben beginnt mit seiner Zähmung der Thiere und später mit Veredlung einzelner Nahrungspflanzen, welche zum Ackerbauleben und damit zu wachsender Theilung der Arbeit und neuen Entdeckungen, Erfindungen und einer ersten Civilisation führt. Den ansässigen, friedliebenden Ackerbauvölkern gegenüber werden nunmehr die wandernden Hirtenvölker zu Raubthieren und geben immer neuen Anstoß zum Fortschritt durch das Bedürfniß der Nothwehr vor ihnen und die Zusammendrängung der Bedrohten auf engeren Raum. Der ethische Standpunkt dieser Hirtenvölker erlaubt folgende Kennzeichnung.

Es giebt bei ihnen noch keine Religion. Der Beweis dafür liegt, in Ermangelung aller geschichtlichen Denkmäler, darin, daß die Chinesen und Japanesen, die Abkömmlinge der Mongolen, ursprünglich noch keine religiösen Begriffe gehabt, und von Staatswegen noch heute keine haben, und daß alle jemals bei mongolischen Völkern vorgefundenen Religionen als Ausartungen späterer Erfindungen sich darstellen, welche anderswo entsprungen sind. Es muß als selbstverständlich gelten, daß Religionen nur entstehen können, wo die Gewohnheit des abstrakten Denkens entwickelt ist; und die mongolischen Ursprachen, soweit deren

*) S. Beilage zum „Vorwärts" vom 30. Dezbr. 1877.

Reste erhalten sind, zeigen kaum die Anfänge des abstrakten Denkens. Es giebt bei ihnen auch noch keine mannigfachen Rechtsbegriffe. Der einzelne Volksstamm ist eine erweiterte Familie mit gemeinsamem Besitz an Boden und Heerden, gemeinsamer, wenig getheilter Arbeit, gemeinsamem Genuß und wahrscheinlich auch ziemlicher Gleichstellung der Frauen. Die Sklaverei der Kriegsgefangenen kann erst in dem Maße härter geworden sein, als die Eroberungskriege häufiger und durch Vereinigung vieler, vorher unter einander feindseliger Stämme großartiger wurden. Die ganze Gemeinde spricht Recht, und das erwählte Stammeshaupt hat wenig Gewalt, außer wo es zum erobernden Heerführer und Herrscher in fremdem Lande wird. Es herrscht die patriarchalisch-communistische Verfassung, welche erst nach Unterjochung benachbarter Völker einem Lehnswesen weicht und sich zum sogenannten „orientalischen Despotismus" ausbildet: der unbedingten Gewaltherrschaft, welche durch den Kriegsadel theilweise eingeschränkt wird und noch wenig Rechtsgewohnheiten kennt.

Aus Berlin.

— — 30. Januar.

Ueber die Stellvertretung des Reichskanzlers liegt ein Gesetzentwurf vor, der diese Stellvertretung gänzlich in das Belieben Bismarcks setzt. Zu jeder Zeit kann der Fürst irgend ein Bundesrathsmitglied mit der Stellvertretung irgend eines Verwaltungszweiges betrauen, zu jeder Zeit aber auch kann der Widerruf geschehen. Die Ernennung geschieht für Behinderungsfäle; fällt es aber plötzlich dem Reichskanzler ein, daß er in irgend einem Reichsamte bei einem speziellen Falle die Zügel selbst ergreifen will, so kann er dies. Genau dasselbe Verhältniß gestaltet sich bei der Ernennung eines Vicekanzlers. Sämmtliche Stellvertreter werden lediglich, um das Windthorst'sche Wort zu gebrauchen, Commis des Herrn Bismarck sein. Dazu eignen sich allerdings die Nationalliberalen am allerbesten.

Das rothe Gespenst hat am 26. Januar bei Gelegenheit einer Debatte über Petitionen, die die Aufhebung der Maigesetze verlangten, im Herrenhause gespukt. Kleist-Retzow befürwortete die Petitionen aus dem Grunde, weil durch die Drangsalirung der Kirche die Leute vom Christenthum ab und der Sozialdemokratie zugewandt würden. Graf Brühl nannte die Kirche die einzige und beste Waffe gegen die Sozialdemokratie, wie in Frankreich die Kapuziner die einzige Waffe gegen die Communards seien. Graf Krassow erklärte, daß einzig und allein die sozialdemokratische Partei in dem Culturkampf ihre Rechnung gefunden habe. Darauf berieth man eine Petition wegen der Sonntagsheiligung. Kleist-Retzow nannte es geradezu beschämend, daß man den Sozialdemokraten es überlassen habe, die Forderung der Sonntagsruhe geltend zu machen, und Graf Krassow erklärte wiederum, daß man durch die Sonntagsarbeit das Christenthum schädige, wodurch einzig die Sozialdemokratie gewinne. Wenn man so diese traurigen „christlichen" Junker lamentiren hört, so wird man von Ekel erfaßt; nicht des Christenthums halber soll das Christenthum aufrecht erhalten werden, sondern um die politische Machtstellung der Besitzenden zu befestigen. Dies wird ausdrücklich durch den fortwährenden Hinweis auf die Sozialdemokratie zugestanden. Im Namen der „Religion der Liebe" predigt man Haß, im Namen des „Erlösers" schmiedet man Ketten. Nette Christen!

Ja, nette Christen! Es war kurz vor Weihnachten v. J., als ein Prediger bei der hiesigen Nazareth-Kirche an drei aufeinander folgenden Sonntagen die Unverfrorenheit besaß, gelegentlich mehrerer Taufen zu den anwesenden Taufzeugen ausdrücklich zu sagen, man solle ihm (dem Herrn Pastor) keine Pfennige in die „Opfer-Büchse" legen, das wäre mit seiner Würde unvereinbar; denn er wäre kein „Almosen-Empfänger". Einem Hausknecht biete man nicht einmal einen Pfennig an. Das Geld aus der „Opferbüchse" empfängt bei solchen Gelegenheiten der Pfarrer selbst. Es geht doch nichts über die christliche Bescheidenheit und über die priesterliche Würde.

Am 25. Januar hielt die Partei Grüneberg-Stöcker wiederum eine pietistische Volksversammlung ab, in welcher sie auf „Menschenfängerei" ausging. Sie hat aber schlechte Geschäfte gemacht. Genosse Most machte sich dadurch, daß er den Heuchlern die Kutten abzog, recht verdient. Die Versammlung diente schließlich dazu, die Austrittserklärungen aus der Kirche zu vermehren.

Nach einer offiziösen Mittheilung soll der Kaiser aufs empfindlichste berührt sein durch die letzten Volksversammlungen unserer Partei, in welchen der Massenaustritt aus der Landeskirche beschlossen wurde; er soll dieser Mißstimmung wiederholt Ausdruck gegeben haben. Schade, daß man nicht angiebt, was der Kaiser gesagt hat. Ueber das Vorgehen der Sozialdemokratie konnte er sich doch nicht wundern; er mußte ihre Stellung zur Kirche längst kennen. Wahrscheinlich aber wird er ungnädig die nächste Veranlassung: die ungeschickte Propaganda seines Hofpredigers aufgenommen haben. Das würde mir übrigens recht leid thun, schon deshalb, weil dann die schönen christlich-sozialen Versammlungen, in denen man soviel Vergnügen hat, aufhörten.

Die Fortschrittspartei sinkt immer tiefer. Am 25. Januar fand im Mundt'schen Lokale eine sehr mäßig besuchte Versammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei im dritten Berliner Reichstagswahlkreise statt, in welcher Herr Saucken-Tarputschen, einer der Fortschrittsmänner, welche noch am Weitesten nach Links gehen, eine Rede über die innere Krisis hielt. Er nannte es eine Verdächtigung, daß der Fortschrittspartei unterschoben würde, daß sie in Wahrheit eine „parlamentarische Regierung" wolle; sie verstehe darunter nicht eine Regierung des Parlaments, sondern eine Regierung des Königs und des Ministeriums, welche dem Parlamente den verfassungsmäßigen Einfluß gönne. Also ist Herr Saucken vollständig mit den jetzigen Verfassungen zufrieden! „O seht mir doch die klugen, satten Leute." Die Fortschrittspartei, meinte der Redner, sei nicht destruktiv, sie erkenne an, daß die Regierung eine starke Exekutivgewalt haben müsse. So, so! Viel Militär, viel Gensdarmen, strenge Staatsanwälte, strenge Gerichte, zahlreiche Zuchthäuser — es geht doch nichts über den Fortschritt. Auf eine Anfrage, wie sich die Fortschrittspartei zu einer eventuellen Beschränkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts stellen werde, antwortete Herr von Saucken echt staatsmännisch, daß er darauf keine Antwort geben könne, weil die Fortschrittspartei darüber noch nicht verhandelt und dazu Stellung genommen habe. Ei, ei! Also darüber muß man erst in der Fortschrittspartei verhandeln. Und diese Gesellschaft will dem alten Waldeck ein Denkmal setzen. Im Grabe wird sich der Alte umdrehen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Situation gestaltet sich immer bedrohlicher; der Waffenstillstand ist noch nicht abgeschlossen, die russischen Truppen rücken ununterbrochen vor — Oesterreich hat, das steht jetzt zweifellos fest, gegen jede Abänderung des Pariser Friedens, zu der die Signatarmächte nicht ihre Zustimmung gegeben, Protest erhoben, und die englische Regierung besteht auf ihrer Geldforderung für Kriegsvorbereitungszwecke. Ein Funke in das Pulverfaß, und wir haben den europäischen Krieg.

Die russischen Friedensbedingungen, so wie sie vertraulich — nicht amtlich — der englischen Regierung mitgetheilt worden, sind nach den vom Schatzkanzler Northcote im Parlament gemachten Angaben: „Bulgarien solle, so weit die bulgarische Nationalität reiche, jedoch in keinem geringeren Umfange als die Konstantinopeler Conferenz bestimmt habe, ein autonomer Tributärstaat (von der Türkei thatsächlich unabhängiger und nur zum Schein noch Tribut an die Pforte zahlender Staat, wie bisher Serbien und Rumänien, und mit denselben Hintergedanken) sein unter einem christlichen Gouverneur; die türkischen Truppen sollten sämmtlich nach noch näher zu bestimmenden Punkten zurückgezogen werden; Montenegro solle unabhängig werden und einen dem militärischen Status quo entsprechenden Gebietszuwachs erhalten, für welchen die Bestimmung der Grenze vorbehalten bleibe; ferner solle Rumänien unter auslangender territorialer Entschädigung, sowie Serbien mit einer entsprechenden Grenzberichtigung volle Unabhängigkeit erhalten; Bosnien und der Herzegowina sollten ähnliche Reformen wie anderen christlichen Provinzen der Türkei gewährt werden; die von der Pforte zu gewährende Kriegsentschädigung solle in Geld, Länderzuwachs oder anderm Aequivalente bestehen und späterer Feststellung vorbehalten sein; endlich solle ein Einvernehmen hergestellt werden, wodurch Rußlands Interessen an der Durchfahrt durch die Dardanellen Rechnung getragen werde."

Fast komisch nimmt es sich aus, wenn Northcote diese Bedingungen „weitgehende" nennt. Sie gehen der Türkei an's Leben, und sind, wie der englische Botschafter in Konstantinopel telegraphirte, „gleichbedeutend mit Vernichtung der europäischen Türkei". Freilich, sein „Ehrenwort", keine Eroberungen machen zu wollen, hält „Väterchen" — nimmt blos Faustpfänder, die zurückgegeben werden, wenn die Türkei Kriegsentschädigungen bezahlt, — die sie natürlich niemals bezahlen kann, wofür „Väterchen" durch seine Friedensbedingungen gesorgt hat, falls dies noch nöthig gewesen.

— Wie der Staat dem Nothstand zu Hilfe kommt. In einer der letzten Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses wurde constatirt, daß in Suhl auf dem Thüringer Wald der Nothstand sehr groß sei. Bei einer kürzlich stattgehabten Inspektionsreise des Regierungspräsidenten habe sich herausgestellt, daß bei einer Einwohnerzahl von 11,000 nicht weniger als 850 Familienväter völlig arbeits- und dienstlos seien. Statt aber die dort nothleidende Arbeiterbevölkerung zu berücksichtigen, habe der Staat 700.000 Mausergewehre im Werthe von 20 Millionen Mark in — England bestellt. Der Kriegsminister giebt die Arbeit und das Geld ins Ausland, und der Handelsminister erläßt Verordnungen, die Löhne zu beschneiden, damit das Staatsbudget sich möglichst günstig gestalte. Damit nicht zufrieden, werden in den Staatswerkstätten vom Handelsminister bestätigte Statuten für Unterstützungskassen eingeführt, die darauf hinauslaufen, die Annahme über 35 Jahre alter Arbeiter zu verhindern. Das ist der christliche Staat, der ein „Herz" für die Arbeiter hat.

— Zur Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Der „Pionier" veröffentlicht eine Statistik der deutschen Gewerkvereine sozialistischer Richtung, nach welcher 30 verschiedene Gewerkschaftsverbände bestehen, worunter 25 Centralverbindungen sind. Mit Einschluß der nicht aufgeführten Hutmacher beträgt die Mitgliederzahl dieser 26 eigentlichen Gewerkschaften mehr als 50,000 an etwa 1300 Orten. Die Gesammtzahl der Arbeiter dieser Branchen — Lehrlinge eingerechnet — beträgt aber circa zwei Millionen, so daß davon nur 2½ Proz., also von 1000 Arbeitern nur 25 den Gewerkschaften angehören. Nimmt man die Gesammtzahl der männlichen und weiblichen Gehilfen und Gesellen auf rund drei Millionen an, so ergiebt sich, daß nur ca. 1⅔ Proz. aller Gesellen und Gehilfen in Gewerkschaften organisirt sind, und rechnet man hierzu noch die 25,000 Gewerkvereinsmitglieder nach Hirsch-Polke, so ist der Prozentsatz 2½, und es kommen somit auf 40 gewerbliche und industrielle Arbeiter einer, welcher einer freien, von staatlicher Controle unabhängigen Organisation angehört.

Die 26 sozialistischen Gewerkvereine repräsentiren 22 Hauptgewerkszweige, denen gegenüber bei den Ortsvereinen nur 14 stehen. Folgende Branchen befinden sich noch ohne jede Organisation: Papierfabrikation, Talg- und Seifensiedereien, Mühlen, Bäckereien, Malzereien, Brauereien und Brennereien, Barbiergeschäfte, Geschäfte der Dachdecker und Schornsteinfeger, Kunst- und Handelsgärtnereien, Schlächtereien. Was aber überhaupt fehlt, d. h. am meisten vermißt wird, ist eine starke Organisation unter den Fabrikarbeitern einer- und den Landarbeitern andererseits.

Die ältesten und stärksten Organisationen sind die der Buchdrucker, Schiffszimmerer und Tabakarbeiter. — Der Ueberschuß, welcher sich bei den 26 Gewerkschaften nach der Bilanz ergiebt, beträgt circa 8000 Mark, wovon auf die Buchdrucker allein 3588 Mark entfallen, womit erwiesen ist, daß die übrigen 25 zusammen nur 4500 Mark monatlich (eine also kaum 180 Mark) erübrigen. — Gesetzliche Hilfskassen bestehen 16, Invaliden-Unterstützung zahlen nur 5 Kassen. — Reise-Unterstützung zahlen 17 Gewerkschaften. — Die Verwaltung dieser Gewerkvereine mit 50,000 Mitgliedern kostet 2169 Mark monatlich.

Die gewerkschaftliche Presse zählte 1877 fünfzehn Organe mit zusammen 37,000 Abonnenten. Eines dieser Blätter erscheint vierteljährlich 39 Mal, acht erscheinen 13 Mal, vier 6 Mal und zwei nur 3 Mal. Von den angegebenen Abonnenten entfallen auf den „Pionier" 9350, „Botschafter" 7100, „Panier" 4000, „Fortschritt" 2900, „Correspondent für Buchdrucker" 2500, „Wecker" 2100, was eine Gesammtsumme von 27,900 ergiebt, während die übrig bleibenden 9100 Exemplare sich auf 9 Blätter vertheilen. Die Summe der Kosten für jede einzelne Nummer sämmtlicher Blätter zusammen beträgt 1200 Mark, was pro Exemplar etwas mehr als 3 Pf. ausmacht.

— Zur Arbeiterbewegung in Frankreich. Am 28. Januar ist in Lyon der schon seit längerer Zeit projektirte französische Arbeitercongreß eröffnet worden. Die Betheiligung ist eine starke und stehen zur Berathung folgende Punkte: 1) die Arbeit der Frauen; 2) die Syndikatskammern und Assoziationen; 3) die industriellen Krisen und der Arbeitsmangel; 4) die Erziehung, der professionelle Unterricht und die Lehrzeit; 5) die direkte Vertretung des Proletariats im Parlament; 6) Pensionskassen für das Alter und die Invaliden der Arbeiter; 7) die landwirthschaftliche Arbeit und die Beziehungen der Arbeiter der Städte zu denen des flachen Landes; 8) das Vagabundiren und die Sitten in den Fabrikgegenden; 9) die Räthe der Prudhommes.

— Die portugiesischen Sozialisten, deren internationalbrüderliche Zuschriften an die Arbeitercongresse in Gotha und Gent unseren Lesern bekannt sind, fahren fort energisch an ihrer Organisation zu arbeiten und ihre Prinzipien auszubreiten. Soeben geht uns eine Zuschrift des „Centralraths der sozialistischen Partei Portugal's" zu, aus welcher erhellt, daß auf den 1., 2., 3. und 4. Februar ein Sozialistencongreß nach Porto ausgeschrieben ist. Die uns übermittelte Tagesordnung zeigt, welch' wichtige Fragen auf diesem Congreß (dem

„Ein revolutionäres Schriftstück."

Unter diesem Titel veröffentlicht der „Hamburger Correspondent" ein ihm aus Odessa zugegangenes „revolutionäres Flugblatt", das dort circuliren und von der Polizei eifriger als erfolgreich gesucht sein soll. Es trägt die Ueberschrift: „Aufruf der Gesellschaft zur nationalen Befreiung an alle ehrlichen Leute in Rußland" und lautet:

Es naht die Stunde der nationalen Auferstehung, die Stunde einer offenen Massenerhebung und die Stunde einer radikalen Aenderung jenes Zustandes der Dinge, unter welchem wir seufzen. Die Ketten unseres vielhundertjährigen Sklaventhums, sie rosten ein, und schon sind sie bis auf einen Punkt abgebraucht, wo es nur mehr einer einzigen und energischen Anstrengung unsererseits bedarf, um sie vollends zerbrechen zu lassen. Die Ereignisse des heurigen Sommers auf den Kriegsschauplätzen, ebenso wie die Verhältnisse, welche noch immer bei unserer Armee herrschen, haben die Illusionen der Aengstlichen und der Schwachen gründlich zerstreut. Bis zu diesem Augenblicke konnten sie noch an die Kraft und an die Solidität der Regierung glauben, die uns drückt. Jetzt muß sich dieser Glaube ohne Wiederkehr verflüchtigt haben, denn die vollständige Schwäche und die absolute Ohnmacht der Regierung sind klar dargethan. Das despotische Tyrannenwesen zeigt sich ganz und gar unfähig, Rußland vor dem allgemeinen Elende und vor dem allgemeinen Ruin zu bewahren. Weder kann es das Kaiserreich aus dem politischen und finanziellen Falliment retten, welche dasselbe bedrohen, noch kann es die Völker von den Vampyren befreien, so da unser Blut aussaugen; ebenso wenig ist der Despotismus endlich im Stande, fernerhin den Ausbruch jener Unzufriedenheit zu ersticken, welche von allen Seiten laut wird. Können wir im Anblick dieser Ohnmacht, in der Erkenntniß dieser Symptome einer allgemeinen Zersetzung des russischen Despotismus, können wir endlich im Hinblick auf die ökonomischen und politischen Gefahren auch in Zukunft noch geduldig bleiben wie Lastthiere, fügsam wie Schafe unter den Schlägen unserer Henker?

Es ist genug der Schmach und der Demüthigung. Es ist Zeit, unseren Tyrannen zu beweisen, daß wir keineswegs Thiere sind, sondern Menschen — Menschen, die ihre Rechte kennen und die entschlossen sind, von denselben Gebrauch zu machen.

Die Gesellschaft für die nationale Befreiung, deren Aufgabe darin besteht, das Vaterland einem unheilvollen und habgierigen Despotismus zu entreißen, arbeitet in der Stille schon lange daran, diesen Zweck zu erreichen.

Während dieser langen Zeit hat sich die Gesellschaft damit beschäftigt, alle unzufriedenen Kräfte Rußlands um sich zu sammeln, um endlich diesen Despotismus zu bekämpfen. Nun hat die Stunde der Tyrannen geschlagen und die der Völker ist gekommen. Wenn nicht das Heute, so wird doch sicherlich das Morgen die Zukunft der Nation zur Entscheidung bringen. Wir wenden uns daher an Euch, ehrliche Männer Rußlands, und fordern Euch auf, daß Ihr Euch mit uns vereinigt, damit der Hydra, welche uns verschlingt, der tödtliche Schlag versetzt werden könne.

Es lebe die russische Freiheit!

Ihr könnt uns Eure Unterstützung nicht versagen. Das Ziel, welches wir verfolgen, ist das jedes ehrlichen Mannes: das Vaterland zu befreien von der Schmach und von dem Elende des Despotismus; die Menschenrechte zurückzugewinnen, die Nation in die Lage zu versetzen, daß sie sich selbst regiere und daß sie der Schiedsrichter in ihren eigenen Angelegenheiten sei.

Kann es einen einzigen ehrlichen Mann geben, welcher den Muth hätte, offen zu erklären, daß er die Stellung eines Sklaven als die gesetzliche und normale betrachte und daß er die Freiheit für sich und sein Land zurückweise? Kann es einen ehrlichen Mann geben, der heute noch zu erklären wagte, ein einzelnes Individuum, eine einzelne Familie habe, einzig und allein gestützt auf den Namen Romanow, das Recht, ohne Kontrole und in absolutistischer Weise das Schicksal so vieler Millionen Seelen zu bestimmen, und die Nation sei nichts als eine erbärmliche Heerde, dazu verurtheilt, mit ihrem Blut und Fleisch einige Dutzende hoher Beamten und Spekulanten zu ernähren? Kann es einen einzigen ehrlichen Mann geben, der die Kühnheit zu der Erklärung fände, daß ihm ganz und gar kein Bedürfniß innewohne, von den primitivsten Menschenrechten Gebrauch zu machen, von der Freiheit des Gedankens, von der Freiheit des Wortes, von der Freiheit, die eigenen Handlungen nach eigenem Ermessen zu leiten? Kann es einen einzigen Mann geben, der da zu sagen vermöchte, der Abgang aller dieser Rechte rufe in ihm gar keine Unzufriedenheit, gar keine Verzweiflung, nicht einmal einen moralischen Protest hervor?

Nein, wir Alle fühlen die Schmach und die Erniedrigung unserer Lage, brennender Sehnsucht voll wollen wir die Freiheit für die ganze Nation und um unser Verlangen zu erfüllen, werden wir uns Alle in den Reihen der Gesellschaft zur nationalen Befreiung zusammenfinden.

Unter der Fahne dieser Befreiung schicken wir uns an, die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zurückzugewinnen, Millionen von Bürgern die Rechte zurückzugeben, die man ihnen entrissen hat, — unter dieser Fahne endlich schicken wir uns an, eine neue Aera der Geschichte Rußlands zu inauguriren, eine Aera, unter deren mildem Szepter der Despotismus und die Ausbeutung des Volkes gebrochen werden sollen. Nur der Geist der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit soll diese neue Aera beleben.

Und so lebe denn die russische Freiheit!

— Eine frivole Notiz. In verschiedenen liberalen Lokalblättern finden wir wörtlich folgende Notiz: „Die Zahl der fechtenden Handwerkergesellen und Burschen ist zur Zeit größer als gewöhnlich. Alle klagen über Arbeitslosigkeit und Arbeitsmangel; mit wieviel Grund oder Ungrund, ist schwer zu entscheiden." — Wenn die Herren Verleger, die zugleich auch Redakteure meist sind, dies so schwer entscheiden können, so wäre ihnen zu rathen, jetzt einmal vierzehn Tage zur Probe auf die „Walze" zu gehen, sie würden dann jedenfalls die Entscheidung der Wahrheit gemäß treffen können. Uebrigens ist bei der allgemeinen

zweiten portugiesischen Arbeitercongreß) zur Berathung gelangen. Diese Tagesordnung lautet: 1) Bericht des Centralrathes (Executive). 2) Bericht des Bundesrathes (der Controlbehörde). 3) Die Nothwendigkeit der Vereinigung der verschiedenen sozialistischen Gruppen (Vereine) Portugals zu Einer großen politischen und ökonomischen Organisation. 4) Aufstellung eines Programmes und von Statuten für die neue Organisation, oder, für den Fall der Nichtbildung einer solchen, Revision des Programms und Reglements der sozialistischen Partei und der Statuten der Föderation der Arbeiterassoziationen. 5) Periodische Unterstützung des offiziellen Organes (O Protesto) seitens der sozialistischen Partei. 6) Beitritt der sozialistischen Partei Portugals zum allgemeinen Bund der sozialistischen Partei (auf dem Genter Congreß gegründet) und Vertretung auf dem Congreß dieses Bundes im Jahre 1878. 7) Stellung der portugiesischen Sozialisten bei den Parlaments-Wahlen des Jahres 1878. 8) Nutzen oder Schaden der Zulassung der Maschinen in der Industrie. 9) Nutzen des allgemeinen Stimmrechts und die Mittel, welche zu ergreifen sind, um dasselbe zu erlangen. 10) Ueber den Civilstand (Emanzipation von der Geistlichkeit auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens). 11) Zweckmäßigkeit der Errichtung von Produktivgenossenschaften. 12) Ueber den Volksunterricht. 13) Sozialistische Propaganda im Süden Portugals. 14) Festsetzung des nächstjährigen Congresses. 15) Wahl der Mitglieder des Central- und Bundesrathes und der Sitze beider. Am 1. Februar Morgens werden die Delegirten sich zunächst zur Mandatprüfung versammeln.

Man sieht, der Congreß hat wichtige Aufgaben. Bei der Tüchtigkeit unserer portugiesischen Brüder bezweifeln wir nicht, daß er sie erfüllen, und damit die Sache des Sozialismus in Portugal und überall sonst wesentlich fördern wird.

Etwaige Zuschriften an den Congreß sind zu richten an: Ermelindo Antonio Martino, Rua dos Cavalheiros 152, Porto, Portugal.

— Eine Fälschung. Das Organ der Brockhaus'schen Buchhandlung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", schreibt in ihrer Nummer vom vorigen Donnerstag:

„Daß die Sozialdemokratie über das Erscheinen der kürzlich in deutscher und französischer Sprache veröffentlichten Broschüre: „Eine Liebesepisode aus dem Leben Ferdinand Lassalle's" (Leipzig, F. A. Brockhaus), nicht sehr erfreut sein würde, war vorauszusehen, da der von ihr so gefeierte Arbeiterführer darin vielfach in ganz anderem Lichte erscheint, als sie es wünschte. Nachdem sie die Broschüre bei dem Aufsehen, das diese bei Freund und Feind wie in ganz unbetheiligten Kreisen erregt hat, nicht mehr ignoriren kann, verfällt sie auf den komischen, aber originellen Ausweg, die Broschüre einfach für eine „Fälschung" zu erklären. Mit dürren Worten oder vielmehr mit der üblichen sozialdemokratischen Grobheit und Anmaßung spricht dies der „Vorwärts", das „Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands", aus, indem er es nur für unbegreiflich erklärt, wie eine so „renommirte" Verlagshandlung sich zu diesem „ebenso skandalösen als plumpen Schwindel" habe hergeben können. Im Namen dieser Verlagshandlung können wir mittheilen, daß sie sich selbstverständlich erst von der Authenticität der den Hauptinhalt der Broschüre bildenden Briefe Lassalle's überzeugte, bevor sie den Verleg derselben übernahm, ja daß sie selbst den vollen Namen der Dame, an welche die Briefe gerichtet sind, kennt. Daß der Herausgeber für seine Heldin keinen anderen Vornamen als Sophie (auch Vorname der Gräfin Hatzfeldt) finden konnte, ist allerdings richtig; nur ist das nicht die Schuld seiner „Geistesarmuth", sondern — der Aeltern der Dame, die ihr diesen Namen gaben."

Wir haben auf dieses Geschreibsel nichts anderes zu erklären als: Herr Brockhaus möge die angeblichen Briefe Lassalle's einem Ausschuß von competenten Männern, welche die Handschrift Lassalle's kennen, zur Prüfung vorlegen. So lange dies nicht geschieht, halten wir unser Urtheil voll und ganz aufrecht.

— Am 29. Januar verurtheilte der Kriminalsenat des Berliner Kammergerichts in zweiter Instanz unsern Genossen und Redakteur der „Berliner Freien Presse", Most, zu drei Monaten Gefängniß wegen Verstoßes gegen § 131, begangen durch Veröffentlichung eines Artikels: „Gewalt und Gesetz". Wegen zwei anderen inkriminirten Artikeln: „Französische Arbeiterdichtungen" und „Festtage des Proletariats" erfolgte Freisprechung. Mitangeklagt war Genosse Baumann, der als Redakteur des „Märkischen Volksfreund" einen der beiden letztgenannten Artikel in den „M. V." aufgenommen hatte; selbstredend wurde Baumann auch freigesprochen. Näherer Bericht folgt.

— Gegen den in Untersuchungshaft befindlichen Redakteur der „Berliner Freien Presse", Genossen Dentler, ist Anklage erhoben wegen 18 verschiedener sogenannter Vergehen; darunter befinden sich allein 4 Majestätsbeleidigungen und eine Anzahl Beleidigungen des Polizeipräsidiums — und das alles in zwei Monaten, während deren Dentler Redakteur der „Berliner Freien Presse" war.

Kenntniß des Arbeitsmangels obige Bemerkung albern und dazu angethan, Unterstützungen zurückzuhalten.

— Eine merkwürdige Notiz. Die „Köln. Zeitung" schreibt: „Gustav Rasch ist Berliner Blättern zufolge in Berlin eingetroffen und hat sich sofort nach Schöneberg in die „maison de santé" des Sanitätsraths Dr. Levinstein begeben. Er ist in Folge eines Schlaganfalls jetzt vollständig gelähmt, so daß seine Verhaftung oder Unterbringung in einem Gefängniß-Lazareth nicht möglich ist, ohne sein Leben zu gefährden." — Die „Köln. Zeitung" muthet doch ihren Lesern viel zu, daß dieselben wissen sollen, weshalb Gustav Rasch in's Gefängniß gesteckt werden soll. Was hat der Mann verbrochen, wird Mancher fragen? Deshalb hätte die „Köln. Zeitung" auch die Güte haben sollen, hinzuzufügen, daß Preßvergehen die Ursache der geplanten Verhaftung des Herrn Rasch seien.

— Brave Arbeiter. Vor Kurzem brach auf dem Eise des Rummelsburger See's das Kind des Ortsvorstehers Stöcklein zu Stralau (bei Berlin) ein und verschwand unter dem Wasser. Als das Unglück passirte, waren die bei den Eiswerken in Rummelsburg beschäftigten Arbeiter Martin und Jacob Czilsilky, Lampczok, Bailleu und der Schiffer Drescher Augenzeugen desselben. Sie eilten sofort etwa 500 Schritt weit über den nur mit 3/4 Zoll dickem Eise bedeckten See. Martin Czilsilky legte sich auf den Bauch und es gelang ihm den kleinen Stöcklein zu erfassen. Als er aber denselben aus dem Wasser ziehen wollte, brach das Eis unter ihm und auch er fiel hinein. Sein Bruder Jacob reichte ihm einen Boosshaken, an dem sich Martin mit der linken Hand festhielt, in der rechten aber den Knaben, und es gelang so, beide zu retten. Als später der Vater des geretteten Knaben die braven Männer für ihr Rettungswerk durch ein Geldgeschenk belohnen wollte, erklärten diese: „Mein Herr, für Geld wagen wir unser Leben nicht."

— Das Telephon ist nun der „Daily News" für die parlamentarische Berichterstattung dienstbar gemacht. Ein Fernsprecher-Apparat ward im englischen Unterhause mit den gewöhnlichen Telegraphendrähten, welche das Bureau des Blattes in Bouverie-Street mit dem Parlamente verbinden (Entfernung 1/2 Stunde) vereint. „Die Conversationen", schreibt das Blatt, „waren deutlich hörbar, trotz des Geräusches von den übrigen Drähten, und ein Theil der Parlamentsdebatte ward schon durch dieses neue und interessante Werkzeug gemeldet."

Eine Erklärung.

Die Herren Professoren Wagner und v. Scheel haben im „Staats-Socialist" eine Collektiverklärung veröffentlicht, die wir nachstehend unverkürzt folgen lassen:

Geehrter Herr Redakteur!

Sie fordern uns auf, einen Beitrag zur Vertheidigung des „Staats-Socialist" zu liefern gegen die Angriffe der Presse auf denselben, soweit dadurch unser eigener Standpunkt attaquirt wird.

Als Gelehrte, die völlig unabhängig von irgend einem Parteistandpunkt wirthschaftliche und soziale Fragen untersuchen, haben wir nicht die Aufgabe, uns gegen jeden leicht hingeworfenen Zeitungsangriff zu vertheidigen. Noch weniger kann sie uns zufallen als Anhängern des Vereins für Sozial-Reform, weil wir uns bisher nicht haben entschließen können, solche zu werden. Als Mitarbeiter des „Staats-Socialist" aber fühlen wir einige Verpflichtung dazu, weil es nicht nur Ihnen verdacht wird, „radikale Kritiker" wie uns zur Mitarbeiterschaft aufgefordert, sondern auch uns, dieselbe angenommen zu haben.

Wir wollen deshalb im beiderseitigen Interesse darthun, was uns an jenen Angriffen unrichtig scheint.

Unser Standpunkt zum „Verein für Sozial-Reform" ist Ihnen bekannt: Wir halten das Unternehmen nicht für genügend vorbereitet; wir meinen, daß die Monarchie der Stütze eines solchen Vereins nicht bedarf; wir glauben, daß weder die protestantische Geistlichkeit noch die Kirche im Stande sind, in die soziale Bewegung mit dauerndem Erfolg einzugreifen; wir theilen die politischen und religiösen Ansichten, welche im Vorstande vertreten zu sein scheinen, keineswegs.

Indessen durften uns diese persönlichen Ansichten nicht abhalten, wissenschaftliche Beiträge für das Blatt eines Vereins zu versprechen, der praktisch für eine Idee agitiren will, für die wir seit Jahren theoretisch eingetreten sind: Friedliche soziale Entwickelung durch Reformen im Recht mittelst der Gesetzgebung.

Unserer Ansicht nach muß jeder solcher Versuch, der von einer staats- und reichsfreundlichen Seite ausgeht, willkommen geheißen werden. Daß die Unternehmer des Vereins auf diesem Standpunkt stehen, unterliegt doch keinem Zweifel. Selbst wenn bewiesen wäre, daß sie sich einen Nebengewinn für die strenggläubige kirchliche Richtung versprächen, scheint das kein Grund, ihren Versuch abzulehnen. Vielmehr können die Genossen aller religiösen und politischen Parteien, soweit sie auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehen, froh sein, wenn Vertreter irgend einer Richtung, statt sich nur passiv und abwehrend den revolutionären Strömungen gegenüber zu stellen, den Muth zeigen, ihnen die Quelle zu verstopfen, indem sie die unzufriedenen Elemente zum Vertrauen in die leitenden Kreise, und diese zu gewissem, ihnen berechtigt und nothwendig erscheinendem, Entgegenkommen bewegen.

Wie nun die liberalen und ein Theil der conservativen Zeitungen sich solchen Bestrebungen gegenüber verhalten, daß die Sozialreformer als „Mucker", „Agrarier" und dgl. abgethan werden würden, darüber konnten ja von vornherein Zweifel nicht bestehen, weil unsere Zeitungen theils durch ihren Fraktionsstandpunkt zu sehr gebunden sind, theils der Versuchung nicht widerstehen können, sich durch landesübliche Schlagworte mit einer Sache abzufinden, die näheres Nachdenken erfordert und verdient hätte.

Trotzdem dürfte es wohl keine Partei, keine Zeitung und keinen zurechnungsfähigen Politiker geben, die sich der Einsicht verschlössen, daß die Zustände der sogenannten unteren Klassen unserer heutigen Gesellschaft Versuchen zu materieller und geistiger Hebung weiten Raum bieten, und daß die schaffenden Kräfte im Volk vielfach zweckmäßiger und energischer organisirt werden sollten; und die leugnen zu dürfen glauben, daß die sozialpolitische Strömung von unten herauf: die Sozialdemokratie einen so breiten und soliden Boden gewonnen hat, daß man sie unmöglich als eine vorübergehende Erscheinung ansehen kann, die ohne Reform oder Revolution wieder verschwinden wird.

Diesen Thatsachen gegenüber kann das Verhalten der besitzenden Klassen entweder dies sein: daß sie sagen, wir vertheidigen unsere soziale Stellung und unser Eigenthum, wie sie sind, ohne jedes Zugeständniß, so lange es geht. Ob und wann die soziale Revolution kommt, lassen wir dahingestellt, uns wird es wohl noch aushalten. — Dies ist der bequemste Standpunkt, der jedes Nachdenken über soziale Fragen erspart. Auf ihm scheinen die meisten liberalen Zeitungen zu stehen. Oder man sagt: Durch Studium der Volkszustände und entsprechende Reformen, insbesondere auch gesetzgeberische, kann die soziale Revolution vermieden, mindestens aber aufgehalten werden. Dies sollte der Standpunkt der Conservativen sein und ist der in Wahrheit conservative Standpunkt, der nicht nur augenblickliche Interessen, sondern eine ruhige Entwickelung im Auge hat.

Wir glauben den letzteren vorziehen zu sollen, möge man ihn „sozialistisch" nennen oder nicht.

Freilich sind wir uns dabei sehr wohl bewußt, daß wir zwar eine Anzahl wichtiger einzelner Punkte, wie z. B. die Regelung des Verhältnisses von Unternehmer und Arbeiter, Reformen im Steuerwesen, Ausdehnung des öffentlichen Eigenthums, aufweisen können, wo mit der Reform einzusetzen wäre, daß uns aber ein die ganze Volkswirthschaft umfassender Reformplan fehlt. Ob dies ein Mangel ist, bleibe dahingestellt; jedenfalls aber müssen sich die Angreifer dieses Mangels in mindestens demselben Maße zeihen, und die zeitgenössischen Nationalökonomen und Politiker insgesammt theilen ihn.

Soll man sich aber deswegen nicht über ein paar nächstliegende Mittel zweifelhafter oder unzureichender Wirksamkeit, wie Genossenschaften, Gewerkvereine, Regelung des Lehrlingswesens, humane Fabrikeinrichtungeu u. dgl. hinauswagen und nur diese angeblich „sicheren Wege" betreten, ohne zu untersuchen, auf welche „ferneren Ziele" man eigentlich lossteuert? Wir sind dieser Ansicht nicht; sondern wir suchen mit unserer „radikalen Kritik" diejenigen Punkte, wo mit Reformen und entsprechenden höheren Ideen einzusetzen sein möchte.

Für solche Untersuchung sind nun aber gewisse Grundgedanken unzweifelhaft vorgezeichnet, die seit der französischen Revolution die leitenden des Liberalismus waren, und sich zusammenfassen lassen in den Worten: Verallgemeinerung von Freiheit und Eigenthum.

Diese Güter waren in den Händen irgend einer Anzahl im Volk immer; durch gewaltsame Umwälzungen und rücksichtslose Hinopferung des Bestehenden sind sie in der Neuzeit für einen bedeutenden Theil des Volks erobert worden; das Streben eines immer größeren Theils, sie zu erlangen, ist nicht mehr auszurotten.

Die erste soziale Frage lautet also: wie ist die wirthschaftliche Freiheit zu verallgemeinern? Dies heißt aber heut nicht mehr: wie ist formell die wirthschaftliche Selbstbestimmung zu sichern? — dies ist schon errungen; sondern: wie ist thatsächlich immer weiteren Volkskreisen die Sicherheit und Selbstständigkeit der wirthschaftlichen Existenz zu verschaffen?

Die zweite soziale Grundfrage lautet: wie ist das Eigenthum zu verallgemeinern, d. h. ein immer größerer Theil des Volks sei es in Form des Privateigenthums, sei es in Form des Staats-, Gemeinde- u. s. w. -Eigenthums am Besitz des Bodens und des beweglichen Produktionskapitals zu betheiligen.

Dies ist der Boden für wirksame soziale Reformen und dort liegen die gesellschaftlichen Probleme, welche in immer neuen Formen auftreten und Lösung fordern.

In der jüngst vergangenen Periode der Geschichte, in der Epoche der französischen Revolution ist ein mächtiges Stück der Lösung für unsere moderne Gesellschaft geschehen. In der Gegenwart macht die rasche und großartige Entfaltung der technischen Kräfte die sozialen Fragen zu brennenden und läßt eine ungleich raschere Entwickelung derselben voraussehen wie in früheren Zeiten. Ihnen gegenüber dürfen heut die Fragen der „Politik" als weniger bedeutend angesehen werden; die Spaltungen der Parteien wegen der Formen der staatlichen Organisation, die Aufwendungen von Kraft für diese in Fraktionen und Zeitungen erscheinen fast als Luxus, den sich sich die Gesellschaft kaum gestatten darf.

Wenn aber diese Parteien und Zeitungen, ohne selbst irgend Etwas, geschweige denn etwas Besseres angeben können, einen Versuch, jene Probleme zu lösen, der von irgend einer ehrlichen Seite herkommt, zurückstoßen, so vernachlässigen sie damit die gemeinsamen conservativen Interessen der Gebildeten und Besitzenden und stellen sich auf jenen vorhin gekennzeichneten Standpunkt, der es darauf ankommen läßt, wie lange es noch so weiter geht und was das Resultat des schließlichen Kampfes sein wird.

Mag man mit der Art, wie der „Verein für Sozial-Reform" eingeführt wurde, nicht einverstanden sein, ihn zurückzuweisen halten wir im Interesse der Gebildeten und Besitzenden wie im Interesse der friedlichen sozialen Entwickelung für unrecht und unklug, und trotz der Voraussicht, auf wenig Verständniß und viele Mißverständnisse zu stoßen, glauben wir die gewünschte Mitarbeiterschaft am „Staats-Socialist" nicht ablehnen zu dürfen, welche aufzugeben uns nicht schwer werden wird, falls sie der Verbreitung des Blattes hinderlich sein sollte.

Mit größter Hochachtung

Dr. H. v. Scheel. Dr. Adolf Wagner.

Berlin, den 15. Januar 1878.

Man sieht, die beiden Herren erwarten nicht viel von dem „Staats-Socialist" und dessen gemischter Gesellschaft. Allein wir glauben, daß sie noch immer zu viel erwarten — indeß das ist ihre Sache.

Das Schreiben bedarf sonst keines Commentars. Das was es zugiebt genügt, um das, was es nicht zugiebt, als nothwendige Consequenz erkennen zu lassen. Vielleicht werden die Herren von Scheel und Wagner noch dazu kommen, diese Consequenzen auszusprechen. Indeß auch das ist ihre Sache.

Herrn Tessendorf möchten wir zum Schluß auf die von zwei königlich preußischen Professoren gestellte Alternative der Reform oder Revolution aufmerksam machen. Wird er, wie gegen Most ein oder anderthalb Jährchen Plötzensee beantragen? Und die Berliner Stadtrichter, die in ihrem famosen Erkenntniß gegen Most das: „Reform oder Revolution" für so strafbar erachteten, was sagen sie jetzt? —

Correspondenzen.

Breslau. Am Sonnabend, den 26. Januar d. J., feierte der hiesige Arbeiterverein im Springer'schen Saale sein erstes Stiftungsfest, welches von 1600 Personen besucht war. Ein reichhaltiges Programm, bestehend in Vokal- und Instrumental-Concert und deklamatorischen Vorträgen, wurde in allen Theilen auf's Prompteste ausgeführt, so daß mehrere Piècen wiederholt werden mußten. Unter Anderem gelangte auch die „Arbeiter-Marseillaise" zum Vortrag, gesungen vom hiesigen Männergesangverein „Liberté". Am Schlusse des Festes wurde auf die Sozialdemokratie ein Hoch ausgebracht und kann wohl behauptet werden, daß das Fest unserer Partei wesentliche Dienste geleistet hat. R. S.

Liegnitz. Am 20. Januar fand hier eine von 500 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr Max Schlesinger aus Breslau referirte. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: „Die Stellung des deutschen Volkes zur Orientpolitik des Fürsten Bismarck." Redner weist darauf hin, daß, würden die Donauländer von Seiten Rußlands annektirt, dies sehr traurige Folgen haben würde für die deutsche Industrie, indem Rußland schutzzöllnerisch sei. Auch weist der Redner die Behauptungen liberaler Zeitungen zurück, daß die deutsche Sozialdemokratie Sympathien hege für die Türkei. Angeblich habe Rußland den Krieg begonnen zur Befreiung der Christen, jedoch könne man das nur als Phrase betrachten. Das russische Volk habe noch keine Verfassung, was der Kaiser sagt, ist Gesetz. Pflicht aller Großstaaten wäre es gewesen, den Krieg zu verhindern im Interesse der ganzen Menschheit. Redner verliest darauf eine von ihm selbst verfaßte Resolution:

„Die heutige Volksversammlung ist der Ansicht, daß es Aufgabe jedes denkenden Staatsbürgers ist, die politischen Vorgänge genau zu beobachten und seine Ansicht über den Einfluß der jeweiligen Regierungspolitik auf das Wohl der Bevölkerung ungeschminkt zur Kenntniß der Regierenden zu bringen.

Aus diesem Grunde hält sie sich für verpflichtet, ihr Urtheil zur russisch-türkischen Frage folgendermaßen auszusprechen:

„Die russische Regierung hat den Krieg gegen die Türkei nicht zur Förderung der Humanität unternommen, sondern zu einem aller Humanität hohnsprechenden Zwecke, zur Befriedigung ihrer Ländergier. Der gegenwärtige Krieg schädigt nicht nur die unmittelbar daran betheiligten Völker, sondern übt seinen vernichtenden Einfluß auch auf die anderen europäischen Staaten aus. Nur im Frieden kann die Wohlfahrt der Völker gedeihen. Es muß also die Aufgabe jeder Regierung, die es mit dem Volke gut meint, sein, Alles zu thun, um die weitere Ausbreitung des orientalischen Krieges zu verhindern, und einen der Billigkeit entsprechenden Friedensschluß herbeizuschaffen."

„Die heutige Volksversammlung ist daher auch mit dem Vorgehen derjenigen Abgeordneten einverstanden, welche die deutsche Reichsregierung zu einer Aeußerung über ihre Stellung in der orientalischen Frage veranlassen wollen, und sie erklärt alle Abgeordneten ihres Mandats für unwürdig, die einer derartigen Interpellation feig aus dem Wege gehen."

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Verfluß von zehn Minuten ergreift der Redner das Wort

zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Schutzbedürftigkeit der Arbeiter und das Schicksal des Arbeiterschutzgesetzes im deutschen Reichstage.“ Zunächst führte Redner aus, daß die gegnerischen Parteien sich gewundert hätten über den praktischen Inhalt des von den sozialistischen Abgeordneten eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes, auch der Reichskanzleramtspräsident, Herr Hoffmann, habe dasselbe für diskutirbar erklärt, jedoch sei es dem Reichskanzler zur Erwägung übergeben worden. Redner beleuchtet näher die in dem Arbeiterschutzgesetz enthaltenen Forderungen und kritisirt dann die von der Regierung ausgearbeitete Gewerbegesetznovelle. Unter Anderm bespricht der Redner die einzuführenden Arbeitsbücher und Gewerbegerichte. Erstere sollen zwar nicht obligatorisch eingeführt werden, jedoch wisse man nicht, was die Zukunft bringen könne. Hierauf gelangte folgende Resolution ebenfalls einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Versammlung erklärt, daß unter der Herrschaft der freien Concurrenz die Lage des Arbeiters eine so gedrückte ist, daß die Gesetzgebung die Verpflichtung hat, Schutzmaßregeln zu Gunsten des Arbeiters zu treffen. Zu diesem Zwecke erscheint zunächst die Durchführung derjenigen Vorschläge ausreichend, welche in dem von den sozialistischen Reichstagsabgeordneten ausgearbeiteten „Arbeiterschutzgesetz“ enthalten sind. Die von der Regierung beantragten Aenderungen der Gewerbeordnung, insbesondere die Organisation der Gewerbegerichte und die geplante Einführung der Arbeitsbücher sind jedoch in keiner Weise geeignet, dem Arbeiter wesentlichen Vortheil zu bringen, sie müssen vielmehr im Allgemeinen als ein Rückschritt gegenüber dem Gesetz von 1869 angesehen werden. Der wahre Volksvertreter muß daher — nach Ansicht der heutigen Volksversammlung — gegen die Regierungsvorlagen und für eine Verwirklichung der von sozialistischer Seite eingebrachten Vorlage eintreten.“

Von der Versammlung wurde noch beschlossen, beide Resolutionen dem gegenwärtigen Vertreter des Liegnitz-Goldberg-Hainauer Wahlkreises, Herrn Rittergutsbesitzer Quoos zu Ober-Brockendorf zu übersenden. Den Redner lohnte am Schlusse seiner Ausführungen reicher Beifall. R. W.

Siebenlehn, 27. Januar. Heute tagte in dem nahegelegenen Dorfe Augustusburg eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Ziele der Fortschrittspartei“, Referent Herr Findel aus Leipzig. Das Willkürliche bei der Vorsitzendenwahl will ich ganz übergehen, auch über den Vortrag, der leidenschaftslos gehalten war, will ich schweigen, und nur einer Interpellation erwähnen, die von einem Arbeiter an Herrn Findel gerichtet wurde, dahingehend, wie Herr Findel über seine Parteigenossen denke, die im sächsischen Landtag den Freytag'schen Antrag wegen Einführung des allgemeinen Wahlrechts abgelehnt haben. Herr Findel verurtheilte ziemlich scharf seine eigenen Parteigenossen; darüber großes Entsetzen der hiesigen Fortschrittler. Zunächst sprach dann der Fortschrittler Herr Rittergutsbesitzer Gaudig ganz unverholen aus, man wolle eben nicht so viel Sozialdemokraten im Landtage haben. Nun griff der Landtagsabgeordnete Herr Oehmichen in die Debatte ein und tischte folgenden fortschrittlichen Kohl auf: Der Antrag hätte viel Sympathie gehabt, aber es hätte dann die Verfassung geändert werden müssen, wogegen Fürst Bismarck wohl eingeschritten wäre und verlangt haben würde, daß dann keine Diäten mehr gezahlt werden sollten. (Herr Findel schüttelte bei dieser Ausführung selbst den Kopf.) Hierüber mußte sich der gelehrte Herr Oehmichen von einem „unwissenden“ Arbeiter doch anders belehren lassen und nebenbei noch so manche andere Ansichten, die in Arbeiterkreisen über die sächsischen Censuswahlen herrschen, mit anhören. Dann kam noch ein Lehrer, Herr Pohle, zum Wort und griff Herrn Findel an, weil er seine eigenen Parteigenossen im Stiche ließe. Dann wendete sich der Volksbildner gegen den betreffenden Arbeiter und ließ folgenden Blödsinn los: Ich habe die Broschüren der Sozialdemokratie studirt; die Leute wollen blos theilen. Und so mußte auch diesem Herrn von demselben Arbeiter nachgewiesen werden, daß er nicht das ABC von der sozialistischen Idee verstände; auch Herr Findel sprach gegen diese Verleumdung. — Einsender dieses hörte nur noch die Warnung eines Arbeiters, nicht in den Fortschrittsverein einzutreten, sondern sich selbst zu organisiren, denn er hatte es satt, das Gerede der hiesigen Freiheitshelden weiter mit anzuhören. — An die Arbeiter des hiesigen Kreises möchte Einsender noch die Bitte richten, sich zu organisiren und den hiesigen Freiheitshelden die Maske herunterzureißen, daß sie sich in ihrer wahren Gestalt zeigen müssen.

Dresden, 26. Januar. Heute fand hier in den Räumen des „Schillerschlößchen“ das 17. Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins statt, das wohl von 2000 Festgenossen aus den Kreisen des Arbeiterstandes und des Kleinbürgerthums besucht war und in der glänzendsten und würdigsten Weise verlief. Die durch Prolog und Concert eingeleitete Jahresfeier brachte in ihrem ersten Theile den Jahresbericht über die umfangreiche und segensreiche Wirksamkeit des so bewährten Vereins und die Festrede des Genossen Most aus Berlin, welcher dem Zweck entsprechend sich das Thema: „Die Aufklärung in politischer, wirthschaftlicher und wissenschaftlicher Beziehung“ gewählt hatte. — In dem hierauf folgenden Bankett wurde auch in der freudigsten und heiterSten Festesstimmung der Sache der Arbeit und ihrem Gedeihen, sowie aller Derjenigen gedacht, welche augenblicklich für dieselbe leiden, und so neuer Muth und neue Begeisterung für unsere Bestrebungen erweckt. Der hierauf sich anschließende Ball vereinigte die Festgenossen noch lange zu fröhlichem und heiterem Beisammensein.

Braunschweig, 29. Januar. Bei der heute hier stattgefundenen Stadtverordnetenwahl ist der Candidat der Sozialdemokratie, Maurer Riecke, mit 530 Stimmen gewählt worden. Der Gegner desselben, Dachdeckermeister Schacht, erhielt nur 488 Stimmen. Wir haben jetzt also drei Genossen im Stadtverordnetencollegium: Bracke jr., Steinau und Riecke.

Kettwig, 27. Januar. Vor kurzer Zeit wollten wir hier eine Versammlung abhalten, es wurden uns aber auf Veranlassung der Polizeibehörde seitens zweier Wirthe, welche ihre Lokale zur Disposition gestellt hatten, nachträglich dieselben verweigert. Vor einem Jahre trat Schreiber dieses in einer öffentlichen Versammlung, einberufen vom sogenannten „Deutschen Verein“, den Wortführern des hiesigen Nationalliberalismus gegenüber, und widerlegte die bekannten Angriffe auf die Sozialdemokratie in solch schlagender Weise, daß ein hiesiger tonangebender Fabrikant nichts Anderes erwidern konnte — als daß, wie sein Vater, so auch er, stets für das Wohl ihrer Arbeiter auf das Wärmste gesorgt hätten, und, so schloß der edle Herr wörtlich, „beseht euch den Mann, der einen Hasselmann empfiehlt, und beseht euch den Vorsitzenden (dies war, wie immer, der bedeutendste Fabrikant am hiesigen Platze) und dann werdet ihr wissen, wen ihr zu wählen habt.“ Was nun die warme Fürsorge dieser Herren für ihre Arbeiter betrifft, so diene Nachstehendes zur Aufklärung. Im abgelaufenen Jahre bekam der Herr, welcher, wie oben gesagt, sich mit seiner warmen Fürsorge breit machte, Einquartierung, worunter einen General; in Folge dessen wurde die Arbeit in der Fbrik mehrere Tage eingestellt. Daß die Arbeiter auch essen wollen, wenn der Fabrikant Offiziere im Quartier hat, schien dem Herrn nicht bekannt zu sein. Ferner wurden im Laufe des letzten Halbjahres wegen schlechten Geschäftsganges die meisten Arbeiter auf's Pflaster geworfen und den Anderen die Löhne gekürzt — natürlich alles aus warmer Fürsorge für die Betreffenden. Gestern nun wurde sämmtlichen Arbeitern gekündigt und bemerkt, daß die Arbeit aufhöre, wenn das vorhandene Rohmaterial aufgearbeitet sei, was wohl noch 8 Tage dauern könne. Der betreffende Fabrikant mit seiner „warmen Fürsorge“ ist bereits seit 14 Tagen verduftet, und heißt es, daß demnächst das Concursverfahren eröffnet werden soll. Der oben erwähnte Vorsitzende jener Versammlung hatte, wahrscheinlich auch in Anwandlung warmer Fürsorge, den Meistbedürftigen seiner Arbeiter ein Weihnachtsgeschenk, bestehend in 1 Pfund Kaffee, einigen Pfund Fleisch und einem sogenannten Stuten verabfolgt. Die Woche darauf wurde jedoch wegen schlechten Geschäftsgangs der Wochenlohn um 1 Thaler gekürzt. — Das sind hierorts wie überall die Männer, welche warm, sehr warm für das Volkswohl Sorge tragen.

Mülheim a. Rh., 24. Januar. Mit dem 17. Januar c. bin ich der sogenannten Freiheit nach einer fünfmonatlichen Haft wiedergegeben. Allen Parteigenossen sage ich hiermit für die mir und meiner Frau während meiner Gefangenschaft erwiesenen Wohlthaten hiermit meinen innigsten Dank. — Insbesondere sage ich den Parteigenossen von Saarbrücken und Umgegend für das freundliche und liebevolle Entgegenkommen meinen herzlichsten Dank.

Ueber meine Verhaftung und die damit verbundenen Annehmlichkeiten werden die Parteigenossen seiner Zeit unterrichtet worden sein. Gleich nach meiner Verhaftung die auf Grund § 110, 130, 131 am Sonntag, den 17. August stattgefunden hatte, hat sich eine Anzahl Preßhusaren und sonstiger Ehrenmänner, die der reaktionären Clique angehören, über mich und meine drei Vorgänger hergemacht, um ihren giftigen Geifer der Lüge und Verläumdung über uns auszuspritzen. Sie behaupteten, „wir“, nämlich die Redakteure der „Freien Volksstimme“, seien bezahlte Subjekte, die auf Commando von Hamburg nach Saarbrücken gekommen seien, und sich als Werkzeuge Anderer mißbrauchen ließen. Daß diese Verläumder unsern sittlichen und moralischen Lebenswandel ebenfalls ihrer „unparteiischen“ Kritik unterwarfen, brauche ich wohl nicht zu erwähnen, denn das Klappern gehört ja nun einmal zum Handwerk, und wenn ja so ein Gesinnungslump noch so schlecht ist und noch so oft als Lügner entlarvt wird, so finden sich doch stets immer wieder Dumme, die ihm seine neuen „Lügen“ doch wieder glauben. Es wäre auch eine schwere Aufgabe, sich gegen handwerksmäßige Verläumder erfolgreich zu schützen, man läßt sie einfach heulen und antwortet ihnen auf die einzigste ihrer würdigen Weise, nämlich mit der tiefsten Verachtung!

Was nun das „als Werkzeug sich gebrauchen lassen“, anbelangt, so mögen sich die reptilisirten Federhelden Folgendes merken: In der sozialdemokratischen Arbeiterpartei giebt es eben keine „Ober-Sauhirten“ (um den Ausdruck eines „Genialen“ zu gebrauchen) mithin kann es auch keine Unter-Sauhirten geben, die fähig wären, für schnödes Geld ihre Gesinnung und Ueberzeugung zu verschachern. Was wir thun — thun wir aus Liebe zu unserer gerechten Sache in der festen Ueberzeugung, daß es Recht und unsere Pflicht und Schuldigkeit ist. Also Gesinnungslumpen giebt es eben in unserer Partei nicht, weil sie nicht geduldet werden, wenn sich solche zeigen, diese mögen die Verläumder in ihren eigenen Reihen suchen und sie werden sie dort sehr zahlreich finden.

Und nun ein Wort an die Parteigenossen im Saarthale! Unsere Gegner sind überglücklich, denn das Arbeiterblatt, die „Freie Volksstimme“ ist nicht mehr. Viele von unsern Parteigenossen mußten in Folge von unerhörten Maßregelungen Saarbrücken verlassen und unser theurer Freund Köhn ist in Folge einer Maßregelung sogar um den Verstand gekommen und befindet sich im Irrenhause. Unsere Gegner freuen sich über unsere „Niederlage“, über unsere „Ausrottung“, wie sie sich in brutaler Weise ausdrücken. Ja, es giebt sogar Leute, die im Saarthal gut bekannt sind — diese haben einem gewissen Sozialistenverfolger 600 Mark als Belohnung für die Vertreibung der Sozialisten im Saarthale angeboten! Ihr wißt ja am besten Parteigenossen, was man alles angewandt hat, um uns los zu werden. Kann man aber eine Idee mit Gewalt unterdrücken? Nein und abermals Nein! Die Geschichte zeigt uns auf jedem Blatt, daß es eine Thorheit ist, eine erhabene Idee im Volk ersticken zu wollen, deren Berechtigung tausendmal erwiesen wurde. „Doch wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ Parteigenossen des Saarthales! Wollt Ihr nun im Angesicht dieser Thatsachen Eure Hände gemüthlich in den Schooß legen? Wollt Ihr, daß sich Einzelne in ihrer Begeisterung und Opferfreudigkeit verbluten sollen? Wollt Ihr ruhig bessere Zeiten abwarten? Wollt Ihr Derer vergessen, die für Euch die persönliche Freiheit auf lange Zeit hingegeben haben? Nein, das kann nicht sein! Ihr müßt den ausgestreuten Samen pflegen und hegen, damit er Früchte trage, das heißt, das begonnene Werk muß weiter fortgeführt werden, unsere heiligen Rechte zu vertheidigen, unsere Grundsätze überall zu verbreiten, muß sich ein Jeder zur Pflicht machen.

Und wenn Ihr auf dem friedlichen und gesetzlichen Wege — wovon Euch ja keiner abhalten kann — weiter agitirt, so wird die Zeit einstens kommen, wo Ihr Erfolge sehen werdet und wo nicht mehr der Grundsatz gilt „Macht geht vor Recht“, sondern wo es in Wahrheit heißen wird „Recht ist Recht“. Durch Eure rastlose Verbreitung der sozialistischen Grundsätze werdet Ihr dazu gelangen, daß Ihr bei der nächsten Reichstagswahl die Freude habt, einen Arbeiter in den Reichstag zu schicken; einen verachteten und maßlos geschmähten Arbeiter — geschmäht von denen, die sich für „viel zu gebildet halten“ um sich mit einem Uhrmacher oder Schlosser in eine Discussion einzulassen. Diesen Arbeiter — der mit Recht und Stolz den Ehrennamen Arbeiter führt, im Gegensatze zu den menschlichen Drohnen, diesen Arbeiter müßt Ihr nicht am 10. Januar 1880 vergessen. Solltet Ihr erlahmen, dann ruft Euch nur die zwei Namen ins Gedächtniß

Kaulitz und Hackenberger!

Ja Hackenberger muß bei einer rastlosen Agitation für Saarbrücken und Umgegend seiner Zeit gewählt werden; bedenkt Parteigenossen, was er um unserer Sache willen schon gelitten und geopfert hat. Hackenberger hat es an Euch hundertfach verdient, und für ihn müßt Ihr mit allen Kräften einstehen, er muß in den Reichstag von Euch geschickt werden und wenn die reaktionäre Sippe vor Wuth bersten sollte. Parteigenossen zeigt, daß Euch von Eurer Ueberzeugnng keine Macht der Welt abbringen kann und Euer wird der Sieg.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. Witzka.

NB. Einen Gruß von Hackenberger und Kaulitz kann ich leider den Parteigenossen nicht überbringen, da ich auf mein Ersuchen, meine beiden Freunde vor meiner Entlassung aus dem Gefängniß besuchen zu dürfen, vom Inspektor Remy abschläglich beschieden bin! Mir ist das versagt worden, was man jedenfalls gemeinen Verbrechern nicht versagen würde. Die Sozialdemokraten sind ja, nach dem Urtheile gewisser bornirter Böjewichte, „weit schlimmer als Mörder und Diebe.“

Berichtigungen. In einem Theile der Exemplare unserer letzten Nummer wurde in der Notiz: „Internationales Banquet“ durch ein Versehen der 20. Januar 1793 als Tag der Hinrichtung Ludwig's des Sechszehnten angegeben. Es war der 21. Januar. — In dem Artikel „die Gewerbeordnungsnovelle“ in Nr. 12 ist bei Anführung des § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Bemerkung gemacht: „Wiederum eine Bestimmung, der bis dato die Reichstagsmitglieder entronnen sind.“ — Das muß insofern berichtigt werden, als das erste Alinea des betreffenden Paragraphen auch für die Reichstagsmitglieder gilt, dagegen treffen diese die anderen Bestimmungen nicht.

Briefkasten

der Redaktion. Sch. in Wandsbeck: Der Brief war allerdings ein Privatbrief, an L. gerichtet, der ihn auch privatim beantworten wird; den im „Vorwärts“ befindlichen Auszug zu geben, hielten wir im Interesse der Sache, und zur Klärung nach allen Seiten, für zweckmäßig. — M. K. in S.: Die Adresse der Redaktion des „Mild. Volksfreund“ ist: Leipzig, Färberstr. 12/II. — —o— in Frankfurt a. M.: Die betr. Notiz über Raspail war der „Sozialdemokratischen Correspondenz“ entnommen, und, unseres Erachtens, durchaus ungerecht und obendrein auch nicht ganz richtig. Daß R. sich von der Religion nicht freigemacht hatte, ist richtig; aber wenn wir Jeden verdammen wollten, der auf diesem Gebiet nicht zu voller Klarheit gelangt ist, dann müßten wir über gar manchen edlen Vorkämpfer des Proletariats und der Menschheit den Stab brechen, z. B. über Rober Owen, Lincoln u. a. m.

der Expediton. R. S. in N. H.: Beauftragen Sie einen Bekannten, der für Sie die Blätter von der Post in Empfang nimmt bis Sie wieder einen dauernden Wohnsitz haben; dann gehen Sie zur Postexpedition Ihres neuen Wohnortes und ersuchen selbige um Ueberweisung Ihres Abonnements von N. nach dort. — Abonnement in Styrum: Das Reichsimpfgesetz schreibt vor, daß Kinder mit dem 12. Lebensjahre nochmals geimpft werden müssen. Das übrige Gewünschte können Sie durch uns erhalten.

H. Riesmann, Cigarrenarbeiter aus Lübeck! Familienverhältnisse halber bitter Deine Schwester dringend um Deine Adresse.

Johanna Riesmann,
per Adr. D. H. Carstens, Hüxterthor-Allee Nr. 16, Lübeck.

Quittung. Arbeiterverein Thonberg Ann. 1,20. Unschlgr Limbach Schr. 1,60. Exped. der „Fr. Pr.“ Chemnitz Ab. 150,00. Grütliverein Sitten Ab. 3,22. F. Bsch Altenburg Schr. 4,95. M. Ullrich hier Ab. 50,00. Wahlverein Hannover Ann. 0,90. Metallarbeitergewerkschaft Mannheim Ab. 2,00. Wnklr Arnstadt Schr. 11,40. Holzarbeitergewerkschaft Arnstadt Ann. 3,50. Eglr hier Ab. 5,10. Agitationscomité Hannover Ann. 2,40. Hllngl Nordhausen Ab. 10,77. Drsld Lambrecht Ab. 10,00. Mhes Hanau Ab. u. Schr. 31,80. Wbm Bockenheim Ab. 5,40. Strk Offenbach Ab. 25,30. Strbl Zwickau Ab. 100,00. Rw. Altona Ab. 33,80. Arbeiterbild.-Verein Steyr Ab. 5,18. Knk Frankfurt Ab. 32,00. Kch Frankfurt Ab. 8,80. Frnff Sachsenhausen Ab. 3,00. Bst Mainz Ab. u Schr. 83,12. Arbeiterverein Halle Ann. 0,50. Mrtg Colditz Schr. 1,60. Strff Radeburg Schr. 5,95. K. Wertheim Schr. 1,20. Dr. Krnz Marburg Schr. 2,50. Bswg Hamburg Schr. 0,70. Grnwld Ludwigslust Schr. 0,40. Jchm Elbing Schr. 0,90. Brs Boitwarden Schr. 3,40.

Fonds für Gemaßregelte.

B. W. in Dresden 1,00. Arbeiterbildungs-Verein Leipzig d. W. 27,50. Club „Morgenroth“ für die leidenden Genossen in Neu-Caledonien 3,00. R. Hof 20,00.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Die Mitglieder des Vereins versammeln sich **Dienstag, den 5. Februar**, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Voigt**, (Stadt Leipzig) Leipzigerstraße.
(F. 166) H. Rödiger. Otto Illhardt, 2 Vorsitzender. [50

Leipzig. **Dienstag, den 5. Februar**, Abends 8 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, Windmühlenstraße:

Oeffentliche Versammlung

der Gewerkschaften der **Sattler, Zimmerer, Maurer, Holzarbeiter, Buchbinder, Schneider, Schuhmacher** 2c.

Tagesordnung: Die Vorlage zur Abänderung der Gewerbeordnung und die Gewerbegerichte. Referent Werner. [1,00

Zahlreiches Erscheinen aller Gewerkschaftsmitglieder erwartet

Der Einberufer.

Eine **Buchdruckerei** mit **Schnellpresse, 3 Ctr. Zeitungsschrift** und **div. Titelschriften** ist Umstände halber billig zu verkaufen.
Off. befördert die Exped. d. Blattes [90

Im Commissions-Verlage von **R. E. Höhme** in Leipzig, Elisenstraße 1, ist erschienen und durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Zur orientalischen Frage
oder
Soll Europa kosakisch werden?
Ein Mahnwort an das deutsche Volk
von
Wilhelm Liebknecht.

Preis 30 Pfg. Bei Entnahme von 12 Expl. à Stück 25 Pfg.

Von vielen Seiten wurde der Verfasser gebeten, seine zerstreuten Artikel über die orientalische Frage zusammenstellen und, mit den nöthigen Ergänzungen, zu einer Broschüre zu verarbeiten. Diesem Wunsche ist er nachgekommen. Zur Empfehlung des Schriftchens genügt das brennende Interesse des behandelten Gegenstandes. (4a) [500

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von **Emil Sauerteig** in Gotha ist erschienen:

Lieder-Sammlung
des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.
II. Lieferung.

Inhalt: Nr. 3. Motto, Wahlspruch und Trinkspruch des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes von **G. Scholz.** Op. 17.
Nr. 4. Vivat der neue Wein von **C. Sahm.** (3c)
Nr. 5. Die Arbeitsmänner von **C. Arends.**
Preis der Lieferung Partitur mit 4 St. 1,60, 4 St. 1,20 Mk.

Im Verlage von **Wilhelm Röhl** in **Leipzig** ist erschienen:

Erlebtes.
Skizzen und Novellen.
(6c) von (S 1070)
Wilhelm Hasenclever.
Mitglied des deutschen Reichstags.
16 Bog. eleg. broch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsend. von M. 1,20 direkt pr. Post franco. [390

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Rudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für gans Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boß, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 618 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 15. Mittwoch, 6. Februar. 1878.

Eine Interpellation im ungarischen Reichstag.

Der ungarische Minister Tisza hat bekanntlich in einem besonderen Ukas alle Versammlungen und Vereine der Sozialdemokratie verboten. Anläßlich dessen richtete der Abgeordnete Helfy in dem Pester Abgeordnetenhause nachstehende Interpellation an die Regierung:

„Ist der erwähnte, von den Blättern mitgetheilte Fall wahr? Wenn ja, frage ich: welches ist jenes Gesetz, das in unserem Vaterlande die Bildung von was immer für Vereinen verbietet?

„Ferner: ist der Minister geneigt, den in Rede stehenden Erlaß im Wortlaute dem Hause vorzulegen?

„Und endlich angenommen, aber nicht zugegeben, daß die Bildung sozialistischer Vereine verboten wäre: auf Grund welcher Thatsachen, welcher Beweise identifizirt der Herr Minister die Arbeiterversammlungen mit jenen?"

In der Reichstagssitzung vom 26. Januar stand die Interpellation auf der Tagesordnung. Tisza erklärt sich zur Beantwortung bereit und beginnt (wir folgen nun dem Berichte des „Pester „Lloyd" vom 26. Januar):

Ministerpräsident Tisza: Der Herr Abgeordnete Helfy hat am 23. d. folgende Interpellation an mich gerichtet (Redner verliest die Interpellation und fährt dann fort): Die erwähnte (auf den Erlaß an die Polizei bezügliche) Nachricht der Blätter ist unrichtig.

Es erging überhaupt kein Erlaß, betreffend das Verbot von Arbeiterversammlungen; als aber in der „Arbeiter-Wochen-Chronik" mit mehreren Unterschriften versehene Aufforderungen zur Abhaltung eines Sozialisten-Congresses erschienen, ohne daß auch nur die geringste Anmeldung bei der Behörde erfolgt wäre, wurden die Betreffenden ermahnt, sich eines solchen, den bestehenden Verordnungen zuwiderlaufenden Vorgehens zu enthalten, da sonst die Behörde pflichtgemäß vorgehen werde. Das ist das Faktum. — Auf Grund welchen Gesetzes irgend ein Verein in unserem Lande verboten wird?

Der Herr Abgeordnete weiß — und es ist ohne Zweifel ein Mangel —, daß wir kein Vereinsgesetz besitzen; aber es bestehen Verordnungen, die jedem Vereine gegenüber beobachtet werden und denen zufolge Vereine ohne Wissen der Behörde, ohne Vorlage der Statuten, ohne Angabe ihrer Zwecke sich nicht constituiren können, und es ist Thatsache, daß in Ungarn keine sozialistischen Vereine — wenigstens mit Wissen der Regierung — constituirt sind, und ich muß demnach annehmen, daß keine existiren, denn wenn es doch der Fall wäre, müßten sie behördlich aufgelöst werden, als solche, die im Widerspruch mit den Verordnungen gebildet wurden.

Den Erlaß kann ich, wie gesagt, nicht vorlegen, weil ein solcher nicht existirt; der Erlaß an den Polizeichef von Budapest hat den bereits erwähnten Inhalt, wovon sich der Herr Abgeordnete überzeugen kann. Aus dem Gesagten geht hervor, daß ich die sozialistischen nicht mit den Arbeitervereinen verwechsele, und daß dem so ist, wird auch dadurch bewiesen, daß seitdem — am 20. Januar — in Budapest in der Großen Feldgasse eine Arbeiterversammlung stattfand, ohne daß sie verboten worden wäre.

Ich kann freilich nicht leugnen, daß eine Zusammenkunft den Namen einer Arbeiterversammlung haben kann, ohne eine solche zu sein; aber unter dem Deckmantel derselben können Dinge getrieben werden, die in einem geordneten Staate nirgends geduldet werden. Sollte dies geschehen, so kann ich dem geehrten Herrn Abgeordneten versichern, daß ich solche Vereine — nicht etwa weil ich sie für sozialistische hielte, sondern weil sie etwas thun, was nicht erlaubt ist — auflösen werde. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.)

Ein solcher allgemeiner Erlaß gegen die Arbeiterversammlungen existirt — wie gesagt — nicht, da doch gerade auch in den letzten Tagen eine solche Versammlung stattfand.

Bevor ich meine Rede schließe, möchte ich noch das Eine bemerken, daß man es, glaube ich, nicht für ungut nehmen kann, ja daß die Regierung nur ihre Pflicht erfüllt, wenn sie jeder ähnlichen Bewegung mit der gebührenden Wachsamkeit folgt und nicht duldet, daß diesbezüglich — besonders wenn die gewohnten Formalitäten außer Acht gelassen werden — öffentliche Schritte geschehen. Dies ist um so mehr Pflicht der Regierung, als an der Spitze der Bewegung ein Mann steht, dessen Auslieferung die französische Republik verlangte (der aber dem Gesetze gemäß nicht ausgeliefert wurde)*) und der gerade während des sozialistischen Congresses Belgien binnen 24 Stunden verlassen mußte. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.)

Istvan Helfy nimmt gern zur Kenntniß, daß Arbeitervereine nicht mit sozialistischen Vereinen vermengt werden; aber er kennt keine Verordnung, welche vorschreibt, daß man die Aufforderung zur Abhaltung eines Congresses anmelden müsse und nicht den Congreß selbst. Was ist denn eigentlich Sozialismus? Das Bestreben zur Verbesserung der Lage einzelner Klassen, und da findet Redner nichts Staatsgefährliches, wenn er persönlich auch kein Freund des Sozialismus ist. So lange sich dieser in den Grenzen der Gesetzlichkeit bewegt, möge die Diskussionsfreiheit nicht geschmälert werden.

Nach einer längeren Erörterung der Frage, was die Gründe der betreffenden Verordnung gewesen sein können, schloß Helfy mit der Erklärung, daß er die Antwort des Minister-Präsidenten nicht zur Kenntniß nehme, sondern diskutirt zu wissen wünscht.

*) Es ist nicht ersichtlich, ob die in Klammern befindliche Bemerkung von Tisza oder von der Redaktion des „Pester Lloyd" herrührt. Im letzteren Falle wäre dies eine tüchtige Ohrfeige für Herrn Tisza, der sich mit skandalöser Perfidie über Frankel geäußert hatte.

Nach einer kurzen Gegenrede des Minister-Präsidenten und Erwiderung des Abgeordneten Helfy, auf welche der Ministerpräsident nochmals antwortete, nahm das Haus die Antwort des Minister-Präsidenten zur Kenntniß. Nur die äußerste Linke blieb bei der Abstimmung sitzen.

Dies der Bericht des „Pester Lloyd". Die Ausführungen des Herrn Tisza sind recht charakteristisch. Es besteht kein Vereinsgesetz, aber es giebt Verordnungen, welche den Behörden erlauben, zu thun, was sie wollen. Also die reinste Pascha- und Willkürherrschaft! Statt nun hier den Hebel anzusetzen, ergeht sich Herr Helfy in nebensächlichen oder gar nicht zur Sache gehörigen Bemerkungen, und die „äußerste Linke" hatte bei der Abstimmung darüber, ob die Interpellation als erledigt sei, nichts Anderes zu thun, als — sitzen zu bleiben!

Die Entstehung der ethischen Begriffe.

III.

Daß nicht die gesammte mongolische Rasse sich soweit erhebt, um Trägerin des steten Fortschritts, oder was wir im Unterschiede von der bloßen Civilisation Cultur nennen, d. h. den Fortschritt zu immer größerer Freiheit — zu werden; daß ihre höchste Fortschrittsstufe das Chinesenthum ist, welches in der Versteinerung der Civilisation, in der Vergötterung der Unfreiheit endet; daß nur in einem einzigen sehr beschränkten Theile Asiens aus Zweigen der Mongolen-Rasse sich die eigentliche Cultur-Rasse, die weiße, entwickeln konnte, dafür sind die wachsende Hebung des ganzen Bodens von Asien und die zunehmende Verschlimmerung seines Klima verantwortlich.

An den Chinesen kann man deutlich sehen, welch' ein entsetzlicher Hemmschuh des Fortschritts eine unvollkommene Sprache ist. Unsere Wissenschaften und Literaturen lassen sich so wenig ins Chinesische übersetzen, daß ein Chinese, um sie zu erlernen, vorher eine unserer Sprachen gründlich sich aneignen muß (dasselbe gilt, in etwas geringerem Grade, vom Japanesischen). Die abstrakten Ausdrücke sind verschwommen, unbestimmt und wenig bedeutsam; der denkende Verstand kann die Erlernung der Sprache nicht erleichtern, welche vielmehr allein mit dem Gedächtniß zu bemeistern ist; das halbe Leben geht darauf, die Bedeutung aller vorhandenen Ausdrücke der Gebildeten zu fassen und zu behalten, und die höchst mangelhafte Schriftweise erschwert das Lesen- und Schreibenlernen alles dessen, was über die alltäglichsten Ausdrücke hinausgeht, unsäglich. Es bleibt für das eigene Denken wenig Raum, es fehlt an Zeit zur Naturforschung, weil die Buchgelehrsamkeit die Zeit und Kraft verschlingt. Die Tugenden des Chinesen sind deshalb kaum über die schon in der Thierwelt vorhandenen erhaben — es sind Familientugenden, Gewohnheiten, denen die Freiheit der Beweggründe fehlt. Es gibt keine Rechtsgrundsätze, welche an die Vernunft sich berufen — nur kaiserliche Gesetze und uralte Gebräuche ohne begreiflichen Sinn. Es gibt im Staatsleben fast nur Pflichten, keine Rechte. Der Gehorsam ist das A und O der Vollkommenheit. Neue Entdeckungen und Erfindungen sind, wenn nicht geradezu verboten, doch unendlich erschwert. Während Staat und Schule ohne alle Religion sind, wird der seit 2000 Jahren aus Indien eingewanderte Götzendienst und Aberglauben bei den Volksmassen geduldet und verhindert bei diesen allen Denkfortschritt. Die Kunsttriebe können sich nicht frei entfalten, weil alle Kunst nur gilt, wenn sie die uralten Muster nachahmt.*)

An diesem Gegensatze wird der unschätzbare Werth der fortschrittlichen Cultur klar, sowie daß diese die Heranbildung einer neuen Menschenrasse verlangte, welche wohl nur in den geschützten herrlichen Thälern des Nordwestens von Indien zustandekommen konnte, dazu auch viele Jahrtausende brauchte. Diese schon durch Boden und Klima bevorzugte lichtere Rasse machte die Entdeckung, daß der Mensch sich, noch mehr selbst als Pflanze und Thier, aus sich selbst heraus veredeln läßt, und lernte die Menschen planmäßig veredeln, und zwar durch Auswahl der Nahrung, Reinlichkeit des Körpers, strenge Gattenwahl, die sorgfältigste Gymnastik und Pflege der Kriegstüchtigkeit, endlich aber durch geistige Erziehung, welche von der Pflege der Sinne und des eigenen Denkens ausging und dadurch unwillkürlich die Sprache auf die Stufe höchster Bildsamkeit erhob. Den Sporn zu alledem gab die Wahrnehmung, daß man dadurch eine unbedingte Ueberlegenheit über alle Völker, die Herrschaft der Welt und wachsende Gewalt über die Natur erringen könne, und dieses Streben hat hernachmals in denjenigen weißen Völkern fortgelebt, welche nicht unter allzu ungünstige Boden- und klimatische Verhältnisse verdrängt wurden. Es hatte vorher auch schon, bei den Chinesen, eine Art Erziehung gegeben. Der Unterschied des neuen Erziehungswesens besteht darin, daß der einzelne Mensch gelehrt wird sich ganz auf sich selbst zu verlassen und in einem gesellschaftlichen Ganzen nie völlig willenlos aufzugehen; sich durch Denken zu stärken und zur Herrschaft über sich selbst und die Außenwelt zu befähigen. Dieses Bewußtsein der Bestimmung zur Herrschaft und Freiheit war freilich wohl nur ein allmäliges Gewächs und erstarkte bei den weißen Völkern in dem Maße, wie sie später aus der Urheimat auswanderten und durch eine schwerere Schule der Schicksale gingen, weil sie die Welt schon bevölkert fanden und bei ihrer geringen Anzahl immer weiter in rauhere Gegenden verdrängt wurden. Auch war dieses gehobene Selbstbewußtsein anfangs auf die edelsten Familien beschränkt und dehnte sich nur gradweise über die Massen der weißen Völker aus; es findet sich aber in zahlreichen Zügen ihrer Geschichte unverkennbar ausgesprochen. Auch liegt es ganz in der Natur der Sache, daß der hochmüthige Aristokratismus, der alle weißen Völker kennzeichnet, der sie zur Versklavung aller dunkleren und zu Kasteneintheilung und Adelseinrichtungen drängte und Zwischenheiraten der Edlen mit niederen Klassen streng verpönte, nur in früh errungenen geistigen Vorzügen der Begründer der Rasse gewurzelt haben kann. Für die Thatsache, daß das abstrakte Denken, also auch die ethischen Begriffe, erst auf dieser Stufe sich geltend machten, spricht der Umstand, daß alle weißen Völker — aber auch diese ursprünglich allein — eine Mathematik, die Anfänge der wissenschaftlichen Sternkunde und dadurch eine genaue Zeitrechnung, einen stets vervollkommnungsfähigen Sprachbau und wirkliche Kunst besessen haben. Mit der Mathematik waren zugleich die Anfänge aller wirklichen Wissenschaft gegeben, welche aber eifersüchtig als Geheimgut der Adligen gehütet wurden, ebenso wie die ersten religiös-philosophischen Erkenntnisse — die Adligen allein durften Priester werden und genossen die bestmögliche Erziehung.

Es ist schwer zu entscheiden, ob man das Religion nennen dürfe, wenn kindliche Völker mit lebhafter Einbildungskraft sich alle Naturwesen und Naturerscheinungen belebt vorstellen, ja sogar die selbstgemachten Götzen mit oder ohne Menschengestalt als Lebewesen und Spender von Glück oder Unglück behandeln. Es ist noch schwerer zu entscheiden, ob solche Anfänge der Religion bei den Völkern, welche sie zeigen, naturwüchsig, oder von andern Völkern entlehnt und dabei vielleicht aus edleren Vorstellungen durch blinde Nachahmung entartet sind. Die Beobachter solcher rückständigen Völker sehen nur zu gewöhnlich durch eine gefärbte Brille, um den Nachweis zu liefern, daß kein Volk ganz ohne Religion sei. Gewiß aber ist, daß Götter, Göttergeschichten und Gebräuche der Verehrung bei jedem genauer bekannten Volke wechseln, häufig von andern Völkern entlehnt werden, und daß deshalb die mythologischen Forschungen aus dem Ursprung der Völker und ihrer ethischen Begriffe für sich allein niemals erklären werden. Allerdings tragen die Göttervorstellungen immer genau das Gepräge der ethischen Eigenschaften ihrer Verehrer; allein da diese mit den Schicksalen der Völker wechseln, so müssen das auch die Göttergestalten. Besonders merkwürdig ist dabei, daß alle Religionen, welche vorgeben, göttlich geoffenbart zu sein, im Verlaufe der Zeit bis zur ärgsten Entstellung herabsinken und daß sie zur Zeit ihrer Stiftung die verhältnißmäßig reinsten und edelsten ethischen Begriffe ausdrücken, im Verlauf der Zeit aber in viehischen Aberglauben, sinnlosen Gebräuchedienst und die unmenschlichste Verehrungsweise ausarten. Es ist uns deshalb wahrscheinlich, daß, mit Ausnahme des Glaubens an die Belebtheit aller Natur, alle vorhandene Religion entlehnt und von den alten ethischen Grundanschauungen der weißen Völker ausgeartet sei. Dies wird um so leichter denkbar, wenn man weiß, daß diese Grundanschauungen Geheimlehre der adligen Priestergeschlechter waren, welche immer am wenigsten glaubten, weil sie am meisten dachten und wußten; daß die Erkenntnisse dieser geistigen Herrscher den Massen schwer begreiflich sein mußten, was die Priester geradezu einlud, für die Massen einen Glauben zu erfinden, welcher besser für sie verständlich war, weil er die Grunderkenntnisse in Sinnbildern und Geschichtchen anschaulich machte; endlich daß diese Mythologie zur nationalen Pflicht gemacht, vielen bezwungenen Völkern gewaltsam aufgenöthigt, und theilweise von noch anderen Völkern angepaßt und weiter verbreitet wurde, weil sie diesen vortheilhaft und als Zaubermittel erschien.

Es ist psychologisch unmöglich, daß Menschen, welche die Religion zum Mittel der Herrschaft und Ausbeutung der Massen mißbrauchen, selbst an den gepredigten Glauben sollen glauben können; es ist das ebenso unmöglich, als daß ein Taschenspielkünstler seine Stückchen selbst für Zauberei halte. Die Erkenntniß von Wahrheiten bewirkt bei edlen Gemüthern den unbezwinglichen Trieb nach weitester Verbreitung ihrer selbst; wer diesen Trieb aus Herrschsucht zu unterdrücken vermag, der muß ein Lügner und Heuchler aus Grundsatz werden und muß absichtlich Täuschungen ausstreuen. Man mißverstehe uns aber nicht! — Daß einzelne Religionsstifter, Sittenlehrer und Reformatoren, welche aus der Schule schwatzten, vollkommen ehrlich waren und glaubten, was sie verkündeten; daß viele Priester der untern, nur halb eingeweihten Grade ehrliche Verehrer der Volksgottheiten sein mochten; ja, daß selbst die ungläubigen Häupter des Geheimbundes ihr schändliches Handwerk vor sich selbst genügend mit der Entschuldigung zu rechtfertigen gesucht haben, daß der Menge mit der reinen Wahrheit und schwierigen Wissenschaft doch nicht gedient sei — das Alles soll von uns nicht geläugnet werden.

Es ist demnächst zu erklären, wie es komme, daß zwar die Religionen jederzeit nur mehr ausarten, selbst wenn sie einmal theilweis reformirt werden, daß aber die ethischen Begriffe umgekehrt im großen Ganzen sich nur veredeln und immer mehr in edlerer Gestalt zum Gemeingute werden. Die Erklärung ist darin zu finden, daß die weiße Rasse neben der Religion noch andere Bildungsmittel besitzt, die schönen Künste, eine das allgemeinere und richtigere Denken ungemein erleichternde Sprache, einige Anfänge der Volkserziehung und eine veredelte körperliche Organisation, auf Grund deren bei stets fortschreitender Theilung der Arbeit die Geheimwissenschaften mehr und mehr Gemeingut werden müssen, wozu einzelne edle Weltverbesserer den Anstoß geben, welchen sie in der Regel mit ihrem Glück und Leben büßen müssen. Es muß auch der augenfällige Widerspruch, welcher zwischen den Lehren der Volksreligion und den Thaten der Priester, Herrscher und Gesetzgeber waltet, das begonnene Denken gar mächtig weiterspornen. Natürlich ist auch keine noch so ausgeartete Religion ungemischtes Gift; denn sie muß doch

*) Das Urtheil über die Chinesen ist uns ungerecht, siehe das Feuilleton unserer vorletzten Nummer. R. d. V.

gewisse Sittenlehren beibehalten, welche dem menschlichen Fortschritt dienen, um ihr Recht auf das Dasein zu beweisen. Allein keine einzige hat Sittenlehren von solcher Reinheit und unvergänglichen Wahrheit aufzuzeigen als die Philosophie einiger alten Hellenen.

Nach dieser gibt es im Wesentlichen blos vier Haupttugenden: Mäßigung in allen Dingen und Gerechtigkeit — von denen die Anfänge schon in der Thierwelt zu finden sind, Weisheit (Wahrheitsstreben und Wahrheitsliebe) und Tapferkeit (in Verfechtung der Wahrheit und Gerechtigkeit) — die einzigen erst in der Menschenwelt vorkommenden Tugenden. Nach dieser sind Glückseligkeit und Tugend bloße Kehrseiten desselben Geisteszustandes. Von dieser wird die Selbsterkenntniß, d. h. die immer bessere Erforschung des wahren Menschenwesens, als der Anfang und die Voraussetzung aller Sittlichkeit gefordert und alle demüthige Selbstwegwerfung verabscheut, welche in den Religionen die Hauptrolle spielt. Es bleibt zu zeigen, daß wir Neueren zwar in der Ethik insofern weiter gekommen sind, als wir jenen hellenischen Tugenden einen tieferen Sinn geben, als sie ursprünglich vielleicht besessen haben mögen, daß aber in der obigen Eintheilung die Wurzel aller je möglichen ethischen Fortschritte klar bezeichnet ist. Den Christen freilich gelten diese „heidnischen Tugenden" für „glänzende Laster"; aber wir halten es in diesem Falle lieber mit den „Lastern."

Aus Berlin.

— — 1. Februar.

Selbst die „Kölnische Zeitung" gesteht ein, daß der größte Theil der Nationalliberalen für die Erringung einiger Ministersessel die Haut des deutschen Volkes zu Markte tragen würde. Das rheinische Blatt ist recht traurig darüber und erblickt die Vorzeichen des Verfalls der nationalliberalen Partei. Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts, Aufgeben des Rechts des Reichstags, die Einnahmen des Reichs zu kontroliren, vollständige Abhängigkeit der Bundesstaaten von Preußen, Omnipotenz Bismarck's für ein paar Ministersessel — theure Stühle! Ob das Volk dabei noch mehr leidet, das ist egal, wenn sich nur die Herren Bennigsen und Consorten wohl dabei fühlen.

Der Reichstag wird, wie jetzt verlautet, vom Kaiser selbst eröffnet werden. Reichstag und Landtag werden einige Tage nebeneinander tagen. — Bismarck ist wieder kränker geworden — trotz der Majorität der Nationalliberalen, die ihm sicher, ist aber noch keine Majorität der Gesammtheit des Reichstags erzielt. Das schmerzt, das macht den Körper, der durch allerlei Erregungen und „Friktionen" aufgerieben ist, noch kränker. Aber auch die unheilvolle Stellung, in welcher sich gegenwärtig Deutschland der Weltlage gegenüber befindet, mag auf die Krankheit des Fürsten einwirken. Deutschland, welches zu Anfang der orientalischen Wirren das Heft in Händen zu haben glaubte, ist auf die zweite Stelle gedrängt, während Rußland, England und Oesterreich gegenwärtig die erste Geige spielen. Der Krieg von 1870—71 und vor allem die Annexion von Elsaß-Lothringen werfen ihre düsteren Schatten. Frankreich und Deutschland sind zur Ohnmacht verdammt, sie haben, ob berechtigt oder nicht, ihre Blicke gegenseitig auf einander gerichtet, und werden dadurch völlig gelähmt, bei der Lösung einer Frage aktiv mitzuwirken, die für alle europäischen Staaten von der größten Wichtigkeit ist. Man sieht, daß die Bismarck'sche Politik nach innen und nach außen immer größere Löcher bekommt.

Der evangelische Culturkampf wird wieder brennender. Der Oberkirchenrath hat die Wahl des Pfarrers Hoßbach nicht bestätigt. Der Präsident des Oberkirchenraths, Dr. Hermann, wird nun seine Entlassung erhalten und die protestantische Orthodoxie, welche sich stark an die Ultramontanen anlehnt, hat einen entscheidenden Sieg errungen.

Die „Germania" faßt die Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts an eine sehr empfindliche Stelle. Der Vertreter derselben hatte bei dem bekannten Prozeß Diest-Daber-Bismarck auf Grund eines „von hoher Stelle" eingegangenen Schreibens erklärt, Fürst Bismarck habe niemals mit Herrn Diest—Daber unter vier Augen gesprochen. In seiner neuesten Broschüre weist nun aber Diest—Daber genau nach, daß er dreimal den Fürsten Bismarck unter vier Augen gesprochen habe. Ich bin neugierig, wie sich die Angelegenheit aufklärt — einer von den Herren muß die Unwahrheit gesprochen haben. Oder sollte sich die Sache in der Weise lösen, daß bei den drei Unterredungen der damals noch lebende Reichshund jedesmal zugegen gewesen ist, so daß man sich dann allerdings unter sechs Augen getroffen hat.

Unsere hiesige liberale Presse läßt den Kanalbau und Eisenbahnbau, welcher für die nächsten zehn Jahre in Frankreich geplant wird, vier Milliarden „verschlingen". Als wenn man vom Kriegsmoloch spräche! Ich wünschte, daß der Kanalbau und der Eisenbahnbau auf Kosten dieses Ungeheuers in Deutschland jedes Jahr circa eine halbe Milliarde „verschlänge".

Merkwürdig, wie empfindlich die Menschen manchmal sind! Ein Schusterjunge wurde vor einigen Tagen hier verhaftet, weil er dem Kronprinzen auf der Straße Cigarrenrauch in's Gesicht geblasen habe. Unfug oder Kronprinzenbeleidigung? — das ist jetzt die Frage. Wer bei solcher Frage am schlechtesten fährt, der Beleidiger oder der Beleidigte, das ist die zweite Frage. Viele Leute würden sich nämlich gar nicht von Wäscherinnen, Nätherinnen und Schusterjungen beleidigen lassen. Ich auch nicht.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Krieg oder Frieden? Noch schwankt das Zünglein der Wage. Am 1. d. erklärte der englische Schatzkanzler Lord Northcote im Parlament: der türkische Botschafter Musurus habe ein Telegramm der Pforte erhalten, wonach die allgemeinen Grundlagen für einen Waffenstillstand und Frieden am Tag vorher in Adrianopel unterzeichnet worden seien. Lord Northcote fügte indeß vorsichtig hinzu: ob in der That die Unterzeichnung stattgefunden habe und welchen Charakter die Bedingungen trugen, sei der Regierung nicht bekannt. Der englische Minister erinnerte sich ohne Zweifel der schon am 25. Januar angeblich offiziell gemeldeten Unterzeichnung des Waffenstillstands und witterte einen ähnlichen Zweck: Durchkreuzung der englischen Aktion. Das Mißtrauen scheint auch berechtigt gewesen zu sein: wenigstens ist bis zum jetzigen Moment — Nachmittag des 3. Februar — eine Bestätigung nicht gekommen, während wir anderseits erfahren, daß die russischen Truppen in Eilmärschen gegen Konstantinopel (wo sie eine äffische Copie des Pariser Siegeseinzugs der deutschen Armee, freilich mit dem Unterschied, daß sie dem Einzug keinen Auszug folgen lassen wollen) und gegen Gallipoli vorrücken, und daß Griechenland auf Rußlands Anstachelung, ohne den Krieg an die Pforte zu erklären, Truppen über die türkische Grenze geschickt hat. Die englische Regierung bereitet sich auf den Krieg vor; sie hat vom Parlament ein Vertrauensvotum gefordert und wird es sicher erhalten. Mit dem Gladstone'schen Humbug geht es rasch zu Ende: das Volk beginnt sich zu regen und hat die in den letzten Tagen geplanten Friedensmeetings zu imposanten Demonstrationen gegen Rußland gemacht.

Inzwischen trifft auch die deutsche Regierung Vorkehrungen. Am 31. Januar hatte der „große Generalstab" eine Conferenz auf der Wilhelmshöhe, „um über die endgültige Feststellung des stets fertig vorliegenden Mobilmachungsplanes zu berathen." Daß gerade jetzt diese Berathung für nöthig erachtet wurde, beweist, wie kritisch in „maßgebenden Kreisen" die Lage erscheint. Von hoher Bedeutung unter diesen Umständen ist es, daß die Volkskundgebungen gegen die russenfreundliche Orientpolitik der Reichsregierung und für eine ehrliche Neutralität Deutschlands sich derart haufen, und unter so massenhafter Betheiligung verlaufen, daß unsere Regierung über die Stimmung des deutschen Volks unmöglich im Zweifel sein kann.

— Defizit in der Lebenshaltung. Die Einnahmen an Zöllen und Gebrauchssteuern betrugen in der Zeit vom 1. April 1877 bis Ende Dezember desselben Jahres 6,846,012 Mark weniger als in derselben Zeit des Jahres 1876. Für eine nur halbjährige Dauer ist das ein ziemlich bedeutendes Minus, besonders wenn mon bedenkt, daß auch im Jahre 1876 die Zölle und Gebrauchssteuern geringere Erträge abwarfen, wie in normalen Zeiten.

— Perfide. Im „Staatssozialist" kann man es selbst lesen, daß die „National-Zeitung" die einzigste Berliner liberale Zeitung sei, welche das Bemühen der christlich-orthodoxen Partei, höhere Bauernfängerei zu treiben, mit sichtlicher Freude begrüße. Diese Freude, so glauben wir, wird zumeist auf dem Hasse gegen die Sozialdemokraten beruhen und dem Wunsche, die christlich-sozialen Orthodoxen würden den Sozialdemokraten einige „Seelen" abfangen. Wie aber verhält sich zu solchem Gebahren folgende Correspondenz der „National-Zeitung" aus Dortmund vom 25. Januar: „Wie die „Westf. Ztg." vernimmt, ist in einer vorgestern von den Leitern der christlich-sozialen Partei der Kreise Dortmund, Bochum und Essen hier abgehaltenen Versammlung der Beschluß gefaßt worden, der Bergarbeiterbewegung in ihrer jetzigen Gestalt entgegenzutreten und einen rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverein auf christlich sozialer Grundlage zu Stande zu bringen. Man befürchtet offenbar, daß durch ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, die es bekanntlich mit der Religion nicht genau nehmen und dieselbe nur als Privatsache betrachten, die noch vorhandenen frommen Schafe von dem unfehlbaren Wege abgeleitet und dadurch die bisher so sorgfältig gehütete Heerde arg gelichtet werden könnte." — Hier werden offenbar die katholischen Christlich-Sozialen mit Spott überschüttet und sie versuchen doch genau dasselbe, was die evangelische Sorte in Berlin versucht. Die christlich-sozialen Orthodoxen werden gehätschelt, die christlich-sozialen Ultramontanen werden gehöhnt. Wir aber halten es mit dem schönen Distichon von Herwegh:

„Ob sie katholisch geschoren, ob protestantisch gescheitelt,
Gleichviel, immer geräth man den Gesellen ins Haar."

— Bismarck auf der Anklagebank. Nächsten Sonnabend wird vor dem Berliner Stadtgericht eine interessante Verhandlung stattfinden. Bismarck ist wegen Beleidigung des Herrn von Diest angeklagt worden, der Vielfachbeleidigte als Beleidiger. Rechtsanwalt Munkel vertritt den Ankläger.

— Kleinlich. Aus Metz wird der „Magdeb. Ztg." vom 24. Januar geschrieben: „Den von Zeit zu Zeit beliebten Demonstrationen mit den französischen Nationalfarben gegenüber sah sich die Regierung seither nur in einzelnen Fällen veranlaßt, einzuschreiten. Diese Milde ließ man offenbar in der Meinung walten, daß die Lust zu Demonstrationen dann am schnellsten vergehen werde, wenn man dieselben möglichst ignorire. Neuerdings sind jedoch dadurch, daß bei größeren Ansammlungen und öffentlichen Aufzügen die französische Tricolore getragen wurde, verschiedene Unzuträglichkeiten entstanden, so daß man sich zu einem etwas energischeren Verfahren veranlaßt sah. Als z. B. kürzlich sämmtliche Theilnehmer eines Hochzeitszuges mit blau-weiß-rothen Schleifen geschmückt die Straßen des betreffenden Ortes durchzogen, wurden dieselben unter Hinweis auf das französische noch zu Recht bestehende Gesetz, wonach das Tragen fremder Landesfarben verboten ist, zu empfindlichen Geldstrafen verurtheilt." — Merkwürdig ist es zunächst, daß der Correspondent der „Magd. Ztg." die „verschiedenen Unzuträglichkeiten", welche entstanden sein sollen, nicht näher bezeichnet. Man gelangt deshalb zu der Ueberzeugung, daß keine „Unzuträglichkeiten" vorgekommen sind. Uns erscheint jeder polizeiliche Kampf gegen irgend welche Farben immer in einem komischen Lichte, das in diesem Falle noch greller wird, da man gegen die französischen Farben das noch bestehende französische Gesetz angewandt hat. Die Elsaß-Lothringer im Reichstage werden wohlthun, diese Eigenthümlichkeit, wenn man das Vorkommniß nicht Absurdität nennen will, bei der Budgetberathung zu berühren. Eine Art Belagerungszustand, Omnipotenz der Verwaltungsbehörden, französische Gesetze und preußische Beamtenanschauungen — und damit will man Elsaß-Lothringen auch moralisch annektiren! Es ist zum Lachen.

— Die Arbeiterbewegung in Nordamerika tritt mehr und mehr aus dem Chaos heraus, in welchem sie sich zu ihrem eigenen Schaden seither befand. Die zu erstrebenden Ziele werden schärfer abgegrenzt, und namentlich wird der Organisation, durch die allein der Sieg verbürgt ist, volle Aufmerksamkeit zugewendet. So wird z. B. noch im Laufe des Monats Februar in Newyork eine Zusammenkunft von Delegirten der verschiedenen Arbeiterorganisationen stattfinden, die den Zweck hat, sich über folgende Punkte schlüssig zu machen: 1) Die Gründung eines allgemeinen Arbeiterbundes und zwar so, daß alle Lohnarbeiter, mögen sie dies oder jenes Geschäft betreiben, sich unter eine Centralleitung stellen und Theile der vereinigten Arbeiter-Union bilden können. 2) Gründung einer allgemeinen Kasse für Unterstützungs- und Schutzzwecke. 3) Die Organisation der Lohnarbeiter in Gewerkschaften und Errichtung solcher Gewerkschaften, wo keine existiren. 4) Die nationale und internationale Vereinigung aller Gewerkschaften. — Diese allgemeine Gewerkschafts-Union soll vorerst Folgendes zu verwirklichen suchen: Abkürzung der Arbeitszeit. Bessere Löhne. Fabrik- und Minen-Inspektion. Abschaffung des Truckſystems. Strenge Haftpflichtgesetze. Verbot der Kinderarbeit in Fabriken. Errichtung von Büreaus für Arbeiter-Statistik. Verbreitung von Aufklärung über die Arbeiterfrage durch die Arbeiterpresse und durch Redner und Anstellung eines allgemeinen Organisators.

— „Die Neue Gesellschaft", Monatsschrift für Sozialwissenschaft. Herausgegeben von Dr. F. Wiede. Das vor uns

Ein österreichischer „Staatsmann" über die sozialistische Bewegung.

Im November vorigen Jahres brachte das feudale Wiener „Vaterland" unter dem Titel: „Die Lehre von Gent", einige Artikel, in denen das Wachsthum der sozialistischen Bewegung in zum Theil sensationeller Sprache constatirt und, unter obligatem Liebäugeln mit unseren Bestrebungen, an Adel und Pfaffenthum die Aufforderung zu ernsthafter Inangriffnahme sozialer Reformen gerichtet wird. Durch diese Artikel wurde der feudale Exminister und dermalige Präsident des österreichischen Katholikentags, also ein in der Wolle schwarzgefärbter Aristokrat, zu folgender Zuschrift an das „Vaterland" (S. „Vaterland" vom 10. November des v. J.) veranlaßt, welche uns zeigt, wie die soziale Frage sich in einem österreichischen Junkerschädel abspiegelt:

„Herr Redakteur!

Jeder ernste Leser Ihres geschätzten Blattes muß die Hebung und Verbesserung dankend anerkennen, welche dasselbe seit zwei Jahren nach vielen Richtungen hin erfahren hat. Ganz besonders anzuerkennen ist — nach meinem bescheidenen Dafürhalten — die fortgesetzte Beachtung und sachkundige Besprechung, welche die wirthschaftlichen und sozialen Fragen — anerkanntermaßen die wichtigsten und brennendsten unserer Tage — in seinen Spalten gefunden haben und hoffentlich auch weiter finden werden.

Dies vorausgeschickt, gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen zu den so instruktiven Aufsätzen über den Genter Sozialistencongreß, und zwar zu jener Stelle, welche die Bedeutung der sozialistischen Blätter, vornehmlich in Deutschland, hervorhebt.

Ich kann dem dort Gesagten umsomehr vollkommen beipflichten, als ich mit verweilender Aufmerksamkeit den Erzeugnissen der sozialistischen Presse in den Hauptländern Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Belgien und England durch längere Zeit gefolgt bin. Auch von dem prinzipiell so verschiedenen Standpunkte aus, den ich bekanntlich einnehme, muß ich dennoch die ernste, streng wissenschaftliche Haltung der beiden sozialistischen Revuen, der Berliner „Zukunft" und der Züricher „Neuen Gesellschaft" — welche Männer von einem gelehrten Rufe, wie Schäffle, zu ihren Mitarbeitern zählt! — anerkennen; eine Haltung, welche jedenfalls ein ebenso gebildetes Lesepublikum zur Voraussetzung haben muß.

Gemeinfaßlich, klar und geistvoll sind auch die Aufsätze und die ganze stoffliche Zusammenstellung und Ordnung in den großen Tag- und Wochenblättern: dem „Vorwärts", der „Berliner Freien Presse", der „Rundschau", dem „Precurseur", dem „Bulletin de la Federation Jurassienne", dem „Mirabeau", der „Tagwacht" und dem englischen Gewerbsblatt „Industrial Review". Erregt aber schon dies das gerechte Erstaunen des denkenden Lesers, so wird dasselbe noch gesteigert durch die große Verbreitung — Abonnentenzahl und den noch größeren Leserkreis — der sozialistischen Blätter und die Opferwilligkeit der Partei — der nothwendigen Vorbedingung ihrer Existenz und Verbreitung. So hatten beispielsweise zwei sozialistische Kalender: „Der arme Conrad" und jener von Bracke 80,000 Abnehmer; und das Berliner Hauptorgan der Sozialdemokratie beklagt es öffentlich, daß ein der „Gartenlaube" nachgebildetes illustrirtes Unterhaltungsblatt: „Die neue Welt", nur 40,000 Abonnenten habe.

Dieser wahrhaften „Macht" stehen in Deutschland allein die „Christlich-sozialen Blätter" in Nachen mit einer gegen jene verschwindend kleinen Abonnentenzahl gegenüber! Diese Blätter sind gegründet, um die Lehren des edlen Bischofes v. Ketteler und seines treuen Freundes und Domkapitulars Mousang zu verbreiten, welche die Reform der vom Christenthum abgefallenen Gesellschaft auf historischer und christlich-conservativer Basis gegen die Sozialdemokratie anstreben und bestimmt sind, die einer unbegreiflichen Apathie oder einem muthlosen Pessimismus verfallenden Conservativen wachzurufen. Ihnen hat ein wurdiger katholischer Priester, der nun auch verewigte Schings, seine Zeit, Kraft und sein bedeutendes Talent, ja mehr als dies, seine Gesundheit und endlich sein kurzes Leben geopfert.

Leider mit geringem, wenigstens bis jetzt sichtbarem Erfolg! — Möge ihn der ewige Lohn dafür entschädigen und es seinem würdigen Nachfolger in der Redaktion, Caplan Bongartz in Bellinghausen bei Essen, beschieden sein, dem trefflichen Blatte endlich die verdiente Beachtung, Verbreitung und Unterstützung zu gewinnen.

Uns Oesterreichern dürfte ein fruchtbares Studium der sozialistischen Literatur und somit der sozialen Frage, d. h. ein solches, welches zu richtigem Erkennen und hieraus zu mannhafter That erweckt, besonders empfohlen und von praktischem Nutzen sein.

Besser gekannt und gewürdigt von den Liberalen und Sozialisten als, wie es scheinen möchte, von den Conservativen selbst, bewahrt dies althistorische Reich trotz Revolution in der Blouse und in Glacehandschuhen der Grundmauern gar manche, welche die Jahrhunderte gefestigt und welche bis heute widerstanden haben.

Nach Hinwegräumung des Schuttes, den 30 Jahre darüber gehäuft, böten sie noch ein unerschütterliches Fundament zum Aufbau eines christlichen Staatswesens, in Styl und Form die Verkörperung des historischen föderalistischen Reichsgedankens. Unter dem corrosiven Einflusse einer Staatsschuld von über 4000 Millionen, bei Staatsausgaben, welche in neun Friedensjahren um 108 Millionen gestiegen sind, bei einer jährlichen Zinsenlast, die sich seit der Regierung des sogenannten Bürgerministeriums unter dem Präsidium des Fürsten Carlos Auersperg und dann unter jener seines Bruders — Lasser, genannt Auersperg, um nahe 17 Millionen vermehrt hat, bei einem jährlichen Deficite und zur Deckung desselben jährlichen neuen Anleihen — all' dies wohlgemerkt in Cisleithanien allein! — liberaler Gesetzgebung, Steuerreform, rocte Erhöhung u. s. w. müssen jedoch allgemach auch solche Fundamente mehr und mehr abbröckeln. In dem luftigen Bau, den sich die Liberalen aufgeführt haben, werden sie indeß nicht lange des Daseins froh werden. Durch die Bresche, die sie in den historischen Wall gebrochen, werden bei fortdauerndem Verfall, und wenn die starke Hand sich nicht findet, die der Zerstörung Einhalt gebietet und den Wallbruch schließt, die Sozialisten ihren Einzug halten.

Vor mehr als 25 Jahren sagte Louis Veuillot im „Univers": „Bleibt auf euren Gütern, Edelleute, statt hierherzukommen und mit eurem Gelde eure ärgsten Feinde zu mästen. Wozu sollen eure Söhne alle Rechtsgelehrte und Tribunenredner werden! All' das Geld, das ihr an Schuldiplome setzt, wendet es besser an zu einer christlichen und männlichen Erziehung eurer Kinder. Seid statt die Letzten unter den Bürgern, unter den Bauern die Ersten. Die Zeit wird kommen, wo die Herrschaft des Wortes und der Feder, des Geschwätzes und des

liegende vierte Heft enthält: Die weltgeschichtliche Sendung des Sozialismus von Dr. P. Pixis. — Die Utopia des Thomas Morus von Prof. S. Vögelin. — Ueber die Erblichkeit und Vererbung geistiger und körperlicher Eigenthümlichkeiten von Dr. Aug. Specht. — Einiges über das Erbrecht von Dr. M. Lehn. — Rezensionen von Prof. von Arx, Dr. A. Dulk, G. Schaumann und R. R. — Bei der Redaktion eingegangene Druckschriften.

Die Zeitschrift ist durch alle Buchhandlungen quartaliter für Mrk. 3, Fr. 3,75 zu beziehen.

— Wir erhalten folgenden Brief, den wir hiermit veröffentlichen:

„Als Parteigenosse erlaube ich mir, die Entgegnung des Herrn Pfarrer Dr. Hager aus Erzhausen betreffend, der verehrten Redaktion zu bemerken, daß es ungerecht ist, dessen Entgegnung in so langen Intervallen erfolgen zu lassen, denn derselbe und mit ihm seine Partei könnten annehmen, als wenn dieselbe mit Absicht todtgeschwiegen werden soll.

Anstatt mancher Correspondenzen konnte die „Entgegnung" gebracht werden, wenn kein anderer Raum vorhanden ist. Warum etwas anfangen und nicht ausführen?

Im Interesse unserer Partei würde ich die verehrte Redaktion freundlichst ersuchen, die Entgegnung recht bald zu bringen und sie zu Ende zu führen.

R., 31. Januar 1878. Hochachtungsvoll H. R."

Wir bemerken zu obiger Zuschrift, daß wir noch im Dezember an Dr. Hager in Erzhausen eine Postkarte sandten mit der Aufforderung, seine „Entgegnung" gefälligst beschleunigen zu wollen. Die Postkarte kam als unbestellbar zurück; Herr Hager aber hat seit Zusendung der in Nr. 150 vom 23. Dezember abgedruckten Fortsetzung seiner Entgegnung nichts von sich hören lassen.

— Verurtheilungen. Der frühere verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse", Genosse Paul Grottkau, ist wegen verschiedener Preßvergehen in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Genosse M. Schlesinger, Redakteur der „Wahrheit" in Breslau, soll 20 Mark Strafe zahlen, weil die „Wahrheit" vor etlicher Zeit eine Annonce enthielt, in welcher angezeigt wurde, daß in London eine Verloosung zu Gunsten der Deportirten in Neu-Caledonien stattfinden würde. Hierin erblickte das Gericht eine Aufforderung zur Betheiligung an einer verbotenen Lotterie, und deshalb die Geldstrafe von 20 Mark.

— Wir können die zahlreich uns zugehenden Berichte über Protestversammlungen gegen die russenfreundliche Politik des Fürsten Bismarck aus Mangel an Raum nur zum kleinsten Theil zum Abdruck bringen. Wir begnügen uns heute zu erwähnen, daß im Laufe der letzten Woche uns Berichte über Versammlungen in Dresden, Magdeburg, Buckau, Connewitz, Leipzig, Hanau u. s. w. zugegangen sind.

„Die Rechte und Wünsche des Volks bezüglich der Justizgesetze."

Der Verfasser, Carl Lempkens, hat unter diesem Titel bei Hoffmann & Eckstein, Leipzig, eine Schrift erscheinen lassen, die nach mehreren Seiten Beachtung verdient.

In so weit der Verfasser beabsichtigt, mit dieser Schrift auf die Gestaltung der deutschen Justizgesetze Einfluß zu üben, kommt seine Schrift in der Hauptsache zu spät, da die Straf- und Civilprozeßordnung bereits fertig ist; dagegen enthält sie eine Reihe guter Gedanken bezüglich der Anwaltsordnung und des Strafvollzuggesetzes.

Der Standpunkt, von dem aus der Verfasser die Justizgesetze betrachtet, ist kurz bezeichnet der bürgerlich-demokratische, und zwar sind es stark ausgeprägte Rousseau'sche Gedanken und Anschauungen, welche sich namentlich in der Vorrede widerspiegeln.

Da diese Gedanken heutzutage in Deutschland selten geworden sind, namentlich im Kreise der Rechtskundigen, zu denen der Verfasser augenscheinlich gehört, so wollen wir diese etwas ausführlicher wiedergeben.

Zunächst erklärt der Verfasser, warum er es unterläßt, bezüglich der gegenwärtigen Zustände und deren Behandlung das Kind beim rechten Namen zu nennen. Er will das Erscheinen des Büchleins in Deutschland nicht unmöglich machen, seine Unterdrückung durch „irgend eine" Gewalt vermeiden, „deren Gewissensnerven sich etwa als intolerant erweisen könnten". Er wolle darum auch jede Beziehung auf einen bestimmten Staat ausschließen, es dem Leser überlassend, seine Darlegungen mit den bestehenden Dingen in den einzelnen Ländern zu vergleichen.

Auf die Frage, was nach den ewigen Gesetzen der Natur und Vernunft die Aufgabe des Staats und jeder öffentlichen Gewalt sein müsse? antwortet er:

„Offenbar nichts Anderes, als Jeden im Besitz seiner Bürger- und Menschenrechte zu schützen und das allgemeine Wohl der Gesammtheit des Volks zu fördern. Dies Wohl der Gesammtheit ist der einzig berechtigte Zweck der Regierungen. Diese sind nur des Volkes willen da, nie und niemals das Volk für sie. Die Nationen sind nicht einigen privilegirten Familien wie eine rechtlose Schafheerde zur beliebigen Ausbeutung und Abschlachtung überwiesen oder geschenkt worden, sondern nach dem unverbrüchlichen und unveräußerlichen Naturrechte sind alle Menschen gleich an Rechten und gleich an Würde."

Die Regierungen seien nur Bevollmächtigte des ganzen Volkes und nur in der Gesammtheit der letzteren beruhe die Souveränetät. Die Freiheit des Einzelnen dürfe nur zu Gunsten des Wohles der Gesammtheit der Bürger beschränkt werden, und wenn die Regierung die Grenzen verachtet, „tritt das Volk ihr gegenüber in den freien, ursprünglichen Zustand zurück".

Das allgemeine Wohl erfordere vor allen Dingen unbedingte Geltung von gleichem Maaß und Gewicht, unverbrüchliche Treue gegenüber den ewigen Bürger- und Menschenrechten und daher rücksichtslose Hochachtung der Wahrheit und Gerechtigkeit, ohne Hinblick auf die Personen und das Interesse der Gewalthaber und Beamten .....

Aber noch sei es nicht vorgekommen, daß ein System und seine Gewalthaber auch für die größten Schurkenstreiche keine feilen Individuen gefunden, die sich als „Richter" dazu hergegeben hätten, die infamsten Schandthaten in den heuchlerischen Mantel der Justiz zu kleiden .....

So sei es vorgekommen, daß je nachdem sein Ministerium reaktionär, liberal oder klerikal gewesen, auch die richterlichen Urtheile darnach ausgefallen seien. Deshalb dürfe man es nicht ohne Weiteres als eine Schmach ansehen, mit den Richtern in Conflikt zu kommen und von ihnen verfolgt zu werden.

Leute von Charakter, die Freunde der Wahrheit seien, als wirkliche Verbrecher und Spitzbuben verfolgt zu sehen, sei schon vor Jahrhunderten vorgekommen, das sei auch noch heute möglich.

„Wollte man alle Gefängnisse durchmustern, so wird man finden, daß es Länder giebt, wo die Zahl derjenigen, welche wegen „Majestäts- und Beamtenbeleidigung, wegen Opposition gegen Beamtenwillkür und mißliebiger politischer Haltung", also wegen Handlungen „sitzen", die oft in den Augen des Naturrechts und in einem wirklich freien Staate gar nicht strafbar sind, die in der Regel nur aus ehrenwerther Selbstständigkeit des Charakters und freimüthiger Aeußerung der Ueberzeugung in öffentlichen und politischen Dingen, also aus löblichen Motiven hervorgehen — einen gar bedeutenden Prozentsatz der Gefangenen ausmacht."

„Deshalb wird jeder denkende Staatsbürger sich hüten, der sogenannten „Justiz" ein blindes Vertrauen zu schenken und ohne weiteres die Gefängnißhaft für beschimpfend anzusehen ... Die Gefängnißhaft ist ehrenvoll und muß von jedem politisch reifen Manne dafür gehalten werden, wenn sie für edlen Widerstand gegen amtliche Ungerechtigkeit, für Vertheidigung des Rechts und der Wahrheit, für Ueberzeugungstreue und warme Theilnahme an den Interessen der Gesammtheit verhängt wird. Denn in diesem Falle waren es seit Jahrhunderten die edelsten Elemente der Nation, welche davon betroffen wurden; hundertmal ehrwürdiger und rechtschaffener als die sogenannten „Richter", welche sie aus feilem Servilismus gegen das Beamtenthum und die gerade zufällig herrschende Zeitströmung verurtheilten.

„Nichts wirkt corrumpirender auf die Justiz und nichts ist leider zu verschiedenen Zeiten mehr an der Tagesordnung gewesen, als jene scheußliche Ungerechtigkeit, welche den Beamten von Seiten des Bürgers als thatsächlich unfehlbar angesehen wissen wollte. Jeder, der an der Handlungsweise eines Beamten etwas tadelte, wurde sofort der „verleumderischen Beleidigung" angeklagt und verurtheilt, auch wenn das, was er behauptet hatte, in jeder Hinsicht reine Wahrheit war." .....

„Auch mit der Reputation des Beamtenstandes, vom Minister angefangen bis herab zum Büttel, würde es ganz anders aussehen, wenn sie statt ihrer lächerlichen Menge von Strafanträgen vielmehr stets darauf bedacht gewesen wären, ihre Mißgriffe zu verbessern und den Verletzten durch Einsicht und Abhilfe der Beschwerden zu versöhnen .... Mit dem „Strafantrag" aber wird absolut gar nichts gebessert, nur eine erbärmliche Hundenatur läßt sich einschüchtern, jeder Ehrenmann wird als Antwort auf den Strafantrag die Sache erst recht führen und kein Haar breit von seinem Rechte ablassen."

„Gewisse Gewalthaber können ja kein freies Wort ertragen, bei ihnen ist jede mißliebige Wahrheit eine „Beleidigung" oder gar „Verleumdung", jede berechtigte Opposition „staatsgefährlich" .... Die Beamten sind die Diener des Volkes, nicht seine Herren und die Kritik ihrer Handlungen steht jedem Staatsbürger zu. Ist der Beamte rein, so schadet ihm die Kritik nicht, ist er aber strafbar, so verlangt es das Interesse des Dienstes selbst, daß er beseitigt und seine Nichtswürdigkeit entlarvt werde."

In ähnlichem Sinne spricht sich der Verfasser aus, wo er die einzelnen Forderungen für die Stellung der Richter, der Staatsanwaltschaft, und die Formen des Prozeß- und Strafverfahrens bespricht. Er hat offenbar sehr wenig Vertrauen in die dermalige Stellung und Organisation der genannten Organe. Auch auf die Rechtsanwälte ist er schlecht zu sprechen, die, da ihr Geschäft das Prozeßführen sei, ein großes Interesse daran hätten, die Formen des Prozeßverfahrens möglichst schwierig zu machen.

Die einzelnen Abschnitte der Schrift behandeln im ersten Theil: 1. Die Rechte des Verletzten, 2. die Erhebung der Anklage durch den Staatsanwalt, 3. Untersuchungshaft und Behandlung der Untersuchungsgefangenen, 4. die Rathskammer und ihre Aufgabe, 5. die öffentliche Schlußverhandlung, 6. Vollstreckung, Gerichtskosten und Strafhaft.

Der zweite Theil behandelt die Civilprozeßordnung, der dritte Theil die gemeinschaftlichen Bestimmungen, wie Wahl und Einsetzung der Richter, Schöffen und Geschwornen, Befähigung zum Richteramt, Verantwortlichkeit und Entschädigungspflicht.

Während wir die Ausführungen des ersten Theils in sehr vielen Punkten billigen, ist das mit den Ausführungen des dritten Theiles keineswegs der Fall. Hier sind die Vorschläge oft unpraktisch und so verwickelt, daß sie kaum ausführbar sind und der eigentliche Zweck, Sicherung einer möglichst unparteiischen Rechtspflege sich in einfacherer Weise erreichen ließe.

Wir wollen noch mit einigen Worten auf die Untersuchungshaft und den Strafvollzug zu sprechen kommen, wie beides der Verfasser sich in der Hauptsache denkt.

In Untersuchungshaft soll nur genommen werden der, welcher auf frischer That bei Verübung eines Verbrechens gefaßt wurde, oder wer wegen eines Verbrechens verdächtig, unzweifelhaft Vorbereitungen zur Flucht getroffen hat, oder gegen den die Beweise bereits so stark und dringend sind, daß ein vernünftiger Zweifel an der Schuld nicht aufkommen kann. Also nur in diesen und noch einigen wenigen anderen scharf begrenzten Fälle.

Bei Vergehen soll die Untersuchungshaft ganz ausnahmsweise eintreten, die Fälle sind präcisirt; bei politischen und Preßvergehen und Injurien aller Art soll in keinem Fall Verhaftung vor rechtskräftigem Urtheil eintreten.

Die Untersuchung wegen Verbrechen soll die Haft von drei Monaten, die wegen Vergehens von vier Wochen nicht überschreiten und soll mindestens zur Hälfte auf die Strafe angerechnet werden, in der Regel ganz.

Die Untersuchungshaft soll einfache Freiheitsentziehung sein, dem Gefangenen weder Licht noch Luft noch die Aussicht bürgerlicher Wohnungen entzogen werden; er soll das Recht haben, sich selbst nach Belieben zu beköstigen und zu verpflegen. Lektüre, Zeitungen ꝛc. sollen ihm zugehen, er soll sich auch frei beschäftigen dürfen und ihm der Verdienst seiner Arbeit ungeschmälert zufallen u. s. w. Auch soll der Gefangene jede ihm nothwendig dünkenden schriftlichen Eingaben an die Gerichtspersonen und höheren Behörden ungehindert machen können, ebenso auf sein Verlangen binnen 24 Stunden dem Untersuchungsrichter, Staatsanwalt oder Präsidenten der Rathskammer vorgeführt werden.

In Bezug auf die Vollstreckung von Gefängniß- und Haftstrafen verlangt der Verfasser, daß streng unterschieden werde zwischen entehrenden Handlungen und anderen. Den Gefangenen soll möglichst ihrer Befähigung und ihrem Bildungsgang entsprechend Arbeit gewährt werden und sollen sie die Hälfte ihres Verdienstes als Eigenthum behalten dürfen. Die wegen politischer und Preßvergehen sowie wegen Injurien Bestraften sollten ihre Strafen auf der Festung verbüßen.

Diese, wie noch viele andere Forderungen, die wir nicht weiter anführen wollen, auch nicht immer theilen, begründet der Verfasser ausführlich. Vielleicht wäre es keine undankbare Arbeit, wenn er die Justizgesetze, wie sie jetzt geworden sind, in kurzer populärer Weise commentirte, wobei zugleich auch auf ihre Mangelhaftigkeit aufmerksam gemacht werden könnte.

Geschreibsels aufhört. Haben doch die Eurigen, die sich darin auszeichneten, erst recht zu eurem Verderben gewirkt, indem sie sich dem Liberalismus zuwendeten und euch selbst mit unvermerkt nachzogen. Wie viel werthvoller ein Lescure, als zehn Chateaubriand's! Daß ich doch so laut reden könnte, daß ihr Alle mich hörtet! Ich riefe euch zu: Erkräftigt euch an dem Lebensborn eures christlichen und ackerbaulichen Ursprungs; statt die Boutiquiers der Hauptstadt zu bereichern, helft dem Bauer. Werbet wieder auf euren Landsitzen Grund- und Oberherren, Seigneurs, d. h. Aelteste, Senioren des Landes, die Hüter des Glaubens und der Tradition, die besonnenen Führer auf der Bahn der Neuerungen, die Vorbilder reiner Sitten, die festen Stützen der Autorität. Auf diesem Boden habt ihr nichts zu besorgen, denn das Volk wird seine wahren Freunde kennen. Dann mag der Auswurf der Städtebevölkerung Revolutionen machen und seine schmutzigen Decrete gegen euch ausschleudern, gleichviel — wird doch solche Unverschämtheit an den Marken eurer Aecker in nichts zergehen und die Woge des Unflaths nicht die Schwelle eurer Schlösser erreichen durch den schützenden Wall hindurch, der sie umgebenden Bauernhütten. Horcht auf mein Wort! Wo nicht, so treten wir ein in eine hundertjährige Periode der Barbarei, wo in dem Stampftrog der Finsterniß und unter den Stößen der Revolutionen aus den Elementen, die Gott kennt, verjüngt die soziale Macht hervorgehen wird — die ihr zu retten unterließet!"

Wo war die soziale Gefahr damals, als Louis Veuillot diesen Warnungsruf ergehen ließ, und wo ist sie heute? Dem „Vaterland" gebührt das Verdienst, neuerdings nicht allein gewarnt, sondern auf die Mittel und Wege hingewiesen zu haben, auf welchen, will's Gott, energische That noch retten kann.

Das Bewußtsein dessen sei Ihnen eine Ermuthigung auf Ihrer schweren dornenvollen Bahn.

Schloß Lösch, 8. November 1877.

Egbert Graf Belcredi."

Nun, Belcredi kann sich beruhigen: die rettende That ist inzwischen erfolgt, freilich nicht in der alten Kaiserstadt an der blauen Donau, sondern in der neuen an der Spree und der Retter in der Noth und aus Noth heißt Stöcker!

Doch wie? Die Freunde des Grafen Belcredi wenden sich mit verächtlichem Naserümpfen ab? Was soll das heißen?

Je nun, es scheint so etwas wie Autoreneitelkeit im Spiele zu sein. Das „Vaterland" behauptet in einer seiner letzten Nummern, Herr Stöcker habe ihm seine (des „Vaterlands") Ideen gestohlen. „Es liebt die Welt das Strahlende zu schwärzen." Herr Stöcker möge sich trösten. Er ist indeß auch unschuldig, denn das Verbrechen, dessen er schnöde angeklagt wird, ist einfach unmöglich, denn dem „Vaterland" können keine Ideen gestohlen werden. Wo nichts ist, da hat nicht bloß der Kaiser, sondern auch der Dieb sein Recht verloren.

— Ein nettes Denunziatiönchen. Durch liberale Blätter geht folgende Notiz:

„In einem sozialistischen Blattle finden wir ein Gedicht, welches sich mit den Lachern vulgo Wirthschaftsidealisten im Reichstag beschäftigt, und u. A. folgende Verse enthält:

Doch bei Dingen von Gewicht,
Wie dem Zoll auf Eisen,
Ließe sich die Heiterkeit
Schicklich doch verbeißen.

Allgemeine Heiterkeit —
Krieg und Zeitenschwere —
Allgemeine Heiterkeit —
Sorgen und Misère.

Oder nicht? Nun freilich 's ist
Gute Zeit im Reiche,
Und wo gute Zeiten sind,
Uebet Satyr Streiche.

Lacht, daß Euch der Bauch erbebt,
Daß erdröhnt die Halle,
Bringt der Arbeit letzten Schutz
Lachend nur zu Falle.

Lacht nur was das Zwerchfell hält,
Lacht, Ihr Wohlfahrtswächter,
Bei dem Nothstand klingt's so hübsch
„Allgemein Gelächter".

Der Ton demagogischer Aufhetzerei gegen die Mehrheit des Reichstags, welcher alle diese Verse durchzieht, klingt schließlich in der Drohung aus, daß ihr am Ende doch das Lachen vergehen werde. Die „Freihandels-Correspondenz" bemerkt hierzu: Und dieser Ton wird angeschlagen, nicht, wie man wohl glauben sollte, in einem sozialdemokratischen Wühlblatte, dem es bei seinem Treiben auf eine Hand voll Noten nicht ankommen mag, sondern in dem neuen Organ der christlich-sozialen Arbeiterpartei: „Der Staats-Sozialist, Wochenschrift für Sozialreform", zu dessen Herausgabe sich sozialistische Hofprediger und Professoren mit schutzzöllnerischen Agitatoren christlich assoziirt haben. Glaubt der „Staats-Sozialist" wirklich durch derlei Polemik die Zwecke seiner Partei zu fördern, die nach dem in derselben Nummer enthaltenen Programm auf eine friedliche Organisation der Arbeiter hinauslaufen sollen, um in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren des Staatslebens die nothwendigen praktischen Reformen anzubahnen? Daß Schutzzöllnerei und Sozialismus aus gemeinsamer Wurzel entspringen, muß jedem Einsichtigen längst klar sein; will der Sozialdemokrat für den Arbeiter die Sicherstellung des Arbeitsverdienstes durch den Staat, so will der Schutzzöllner für den Fabrikanten die Sicherstellung des Unternehmergewinnes ebenfalls durch den Staat. ..... Was den Vorwurf selbst betrifft, daß die Mehrheit des Reichstages die Eisenzollfrage unter Heiterkeit und Gelächter abgehandelt habe, so hat nicht leicht irgend eine parlamentarische Versammlung so viel Zeit und Mühe auf eine einzelne Zollfrage verwendet, wie der Reichstag auf die Eisenzölle."

Das Gewäsch über die gemeinsame Wurzel des Sozialismus und der Schutzzöllnerei wäre amüsant, wenn es nicht so langweilig wäre; um so amüsanter ist die Anklage gegen den Hofprediger Stöcker. Daß der fromme Mann, welcher unseren Freund Most auf Massenmord denunzirt hat, nun selber denunzirt wird, und zwar auf Erregung von Klassenhaß und Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten das ist grausame Nemesis und zugleich eine köstliche Ironie des Schicksals.

— Wir erhalten von einem hervorragenden Arzte folgende Zuschrift: „Infolge der Redaktions-Bemerkung zu dem Artikel „Vorsicht!" im Feuilleton Ihres Blattes vom 30. d. Mts. (Nr. 19) beeile ich mich, um Unglück zu verhüten, Ihnen mitzutheilen, daß in der Stadt Hannover seit Jahren, häufig und noch in jüngster Zeit in amerikanischen Speckseiten Trichinen gefunden sind, wovon Sie gefl. Notiz nehmen wollen."

— Beim Polizeiamt zu Leipzig wurden im Monat Januar 2500 zugereiste Gewerbegehülfen angemeldet; davon erhielten nur 214 Arbeit.

— Den Offizieren der Berliner Garnison wurde das Tragen von Civilkleidern verboten, weil die Militärbehörde in Erfahrung brachte, daß viele dieser Herren in Civilkleidern die Bordelle besuchten und Krakehl machten. Es kam auch vor, daß die Herren weidlich durchgebläut und auf die Straße geworfen wurden, was der „Standesehre" nicht sehr zuträglich sein soll. Jetzt werden sie gezwungen, in Uniform auszugehen, was für sie den Vortheil hat, daß sie den „hauenden Säbel" gleich bei der Hand haben und bei etwaigen Keilereien ihre „Standesehre" auch in Bordellen werden vertheidigen können.

Correspondenzen.

Berlin, 30. Januer. Gestern, Dienstag, fand die Verhandlung gegen die Genossen Most und Baumann vor dem Kammergericht in zweiter Instanz statt. Nachdem die beiden Angeklagten auf der Anklagebank Platz genommen, wurde mit der Verlesung der Anklagepunkte, begangen in den Artikeln der „Berliner Freien Presse“: „Zwei Festtage des Proletariats“, „Französische Proletarierlieder“ und „Gewalt und Gesetz“, sowie im „Märkischen Volksfreund“ in den Artikeln „Französische Proletarierlieder“ begonnen. Der Richter constatirt in Bezug auf den Angeklagten Baumann die Uebereinstimmung der Artikel „Französische Proletarierlieder“ im „Märkischen Volksfreund“ mit denen in der „Berliner Freien Presse“. Die Verlesung der Anklagepunkte nimmt allein dreiviertel Stunden in Anspruch. Der Richter vermag in den Artikeln „Französische Proletarierlieder“ kein Vergehen gegen § 130 des R.-Str.-G.-B. zu finden, wohl aber in den Artikeln: „Zwei Festtage des Proletariats“ und „Gewalt und Gesetz“ gegen § 131 des R.-Str.-G.-B.

In dem Artikel vom 31. August v. J.: „Zwei Festtage des Proletariats“ wird auf die Helden, Märtyrer und Propheten des gesammten Proletariats aller Länder und besonders auf die Helden und Märtyrer der Pariser Commune hingewiesen und dem deutschen Proletariat zugerufen: „denselben mit Thaten nachzuahmen,“ d. h. unermüdlich für die Ausbreitung des Sozialismus gleich jenen Vorkämpfern durch immerwährende Agitation „thätig“ zu sein.

Unter dieser Aufforderung zu „Thaten“ versteht der Vertreter der Ober-Staatsanwaltschaft weiter nichts als die Aufforderung: Ihr deutschen Arbeiter müßt dasselbe thun, was jene Helden der Pariser Commune gethan; bewaffnete Petroleurs werden u. s. w. Seine Begründung glaubt er ganz besonders darauf machen zu können, daß Millière, der in dem Artikel auch hervorgehoben, als sogen. „Held“ der Pariser Commune gefallen sei. Zum Beweis dieser Behauptung citirte er einige darauf bezügliche Sätze aus „Schlosser's Weltgeschichte“. (Heiterkeit im Publikum.) Daraus könne man schon folgern, daß auch die deutschen Arbeiter „unter dem Rufe der Republik“ ihre Freiheit erkämpfen und die heutige Staatsgewalt in Trümmer schlagen müßten. Schon „die destruktive Tendenz“ des Blattes und die Eigenschaft des Angeklagten Most als Parteiführer, sowie seine früheren Vorstrafen seien hinreichend, um den Beweis zu liefern, daß in dem Artikel ein Vergehen wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten enthalten sei.

In den Artikeln „Französische Proletarierlieder“, insbesondere in dem „Lied vom Barte“ sei zwar erwiesen, daß darin eine Aufreizung von Arm gegen Reich, der Nichtbesitzenden gegen die Besitzenden, der bedrückten gegen die herrschenden Klassen enthalten sei, jedoch kein Vergehen gegen § 130 des R.-Str.-G.-B. und könne er darüber hinweg gehen.

Der Artikel „Gewalt und Gesetz“ hingegen sei entschieden strafbarer Natur. Derselbe behaupte, daß die heutige Gesetzgebung weiter nichts als ein „abgekartetes Spiel“ sei; die Verhandlungen des deutschen Reichstags werden darin als ein „Comödienspiel“ bezeichnet und geradezu der Lächerlichkeit preisgegeben. Schon der erste Richter folgere daraus, daß es „eine spöttische Darstellung und Auslegung der bestehenden Verfassung sei.“ Er glaube wiederum auf die destruktive Tendenz der „Berliner Freien Presse“ und die Vorstrafen des Angeklagten hinweisen zu müssen.

Es sei Faktum, daß die Gesetze von der Volksvertretung erst gründlich durchberathen und nicht so angenommen wie vorgeschrieben werden. Alle Gesetze, welche angenommen werden, sollten bemängelt werden. Die beiden Artikel „Gewalt und Gesetz“ bilden den Anfang und das Ende der Anklage selbst.

Noch müsse er sich einige Bemerkungen zu den anderen Artikeln erlauben. Die Arbeiter werden darin angefeuert, die betreffenden Lieder zu singen, zu verbreiten und womöglich ähnliche zu dichten. Der 18. März wird als Geburtstag der sozialen Revolution hingestellt; der 31. August als das Todtenfest aller sozialistischen gefallenen Helden und Märtyrer. Bei Citirung Millière's könne er kein schwereres Vergehen gegen § 130 finden. Koste ein Arbeiter von diesem „Gift“, das ihm am frühen Morgen, ehe er an die Arbeit gehe, vorgesetzt werde, so liege die Gefahr nicht fern, ja, es bedürfe nur eines geringen Anstoßes — und die Arbeiter fühlten sich veranlaßt, ein Gleiches zu thun. Er beantrage daher eine Gefängnißstrafe von zusammen 1 Jahr und 2 Monaten gegen Most; der Angeklagte Baumann sei freizusprechen.

Nun beginnt Genosse Most seine Vertheidigungsrede, um zunächst den Staatsanwalt von der Unrichtigkeit seiner Auffassung betr. des Artikels: „Zwei Festtage des Proletariats“ zu überzeugen. Zum Gerichtshof gewendet spricht Most die Ansicht aus, daß der Staatsanwalt dem Gerichtshof gegenüber nichts Unzuverlässigeres in den Beweisgründen der Anklage mittheilen konnte, als es hier der Fall war. Wenn er (Most) an die Führer der römischen Sklaven-Aufstände, Spartakus und Andere erinnert habe, sowie an die Helden des Mittelalters zur Zeit der Bauernkriege, so könne man doch unmöglicherweise daraus folgern: er habe die Arbeiter aufgefordert, dasselbe wie Jene zu thun, da doch jetzt keine Sklaverei mehr existire; geradeso sei es mit der Abschaffung der Leibeigenschaft, die ebenfalls nicht mehr existire. Er kenne nur den Muth jener Männer, die für die Rechte des bedrückten Volkes eingetreten und in diesem Bestreben ausharren, die den Arbeiter ermahnen, gerade so edel und ehrlich zu handeln als Jene, ohne die Arbeiter zur blutigen Revolution aufzufordern. Mit den Helden der Pariser Commune verhalte es sich allerdings anders, da dieselben gegen eine bestehende Gewalt angekämpft. Sind dieselben nicht aber zu diesem Kampfe gezwungen gewesen? Mußten sie nicht die Waffen in die Hand nehmen, um ihre Rechte zu wahren? Sie waren dazu aufgefordert, es zu thun! Mit Millière verhalte es sich überdies etwas anders, als der Staatsanwalt hier ausgeführt habe. Wenn der Vertreter der Staatsanwaltschaft dies durch Schlosser's Weltgeschichte zu beweisen suche, so sei damit die Unrichtigkeit dieser Behauptung am Klarsten erwiesen, denn es ist hinlänglich bekannt, daß genanntes Werk höchst apokryph (zweifelhaft) geschrieben sei, selbst wenn man sich darin auf gewisse, echt sein sollende Dokumente beruft und die betreffenden Stellen mit „Gänsefüßchen“ versieht. Millière hat nicht so gehandelt, als man ihm darin zu unterschieben sucht. Zu jener Zeit, wo von Seiten der Pariser Bourgeoisie so unendlich viel durch Zeitungen und Telegraphen in die Welt gelogen wurde, hat man auch falsche Dokumente genug angefertigt, um verschiedene Personen in Anklagezustand versetzen zu können. So habe man Liffagaray 12 Mal todt gelogen, und doch lebt derselbe heute noch in London. Geradeso verhalte es sich mit Millière; bei ihm sei einfach eine Verwechselung vorgefallen. Als Literat hat man ihn an den Stufen des Pantheons erschossen, und als er sich weigerte hinzuknieen, wurde er dazu gezwungen, und mit dem Ausrufe: „Es lebe die Menschheit!“ sank er todt zu Boden. Die vor nicht langer Zeit stattgehabte Untersuchung hat bewiesen, daß er unrechtmäßig erschossen worden ist. Wie könne also der Staatsanwalt daraus folgern, daß er ein Petroleur und Communard war? Uebrigens müsse den Herrn Staatsanwälten, sowie dem Gerichtshofe nach den vielseitig gemachten Erfahrungen längst klar sein, daß wir auf friedlichem Wege zu unserem Ziele gelangen wollen, daß der Sozialdemokratie kein schlimmerer Streich gespielt werden könne, als wenn sie eine blutige Revolution heraufbeschwören würde. Und wenn sich einzelne Hitzköpfe, wie es im Süden Europa's die sogen. Anarchisten und Bakunisten gethan, herbeiließen, irgend einen Putsch zu verursachen, so könne man dieselben nur als verrückte Köpfe bezeichnen, da es geradezu lächerlich ist, wenn 150 unbewaffnete Arbeiter gegen unsere heutige Militärmacht Front machen wollten. Gerade bei einer sehr wichtigen Gelegenheit — auf dem Genter sozialistischen Weltcongreß — hat der Vertreter deutscher Sozialdemokraten, Wilhelm Liebknecht, Gelegenheit genommen, die Insinuationen der Anarchisten und Bakunisten entschieden zurückzuweisen, und gerade deshalb, weil die deutsche Sozialdemokratie ihre Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen sucht, hat man in fast allen übrigen Ländern von Seiten der Sozialisten die meisten Punkte unseres Programms acceptirt. Ja wohl, meine Herren, wir wollen die Verwirklichung unserer Idee durch die „That“ bezeugen, indem wir uns bei den Wahlen zu den Landes- und Communalvertretungen unermüdlich betheiligen; zu diesen Thaten habe ich in meinem Artikel die deutschen Arbeiter aufgefordert! Wenn ich Letzteren die Helden und Märtyrer und sogen. Propheten vorführe, um sie zur Nachahmung anzuspornen, so kann ich darin keines Vergehens schuldig gemacht werden. — Was nun den Artikel „Gewalt und Gesetz“ anbelangt, so ist doch das Verfahren unserer gesetzgebenden Körper genügend bekannt, daß man mit Recht von Comödienspiel sprechen kann; man darf sich nur auf einige Auslassungen parlamentarischer Größen berufen. Gerade deshalb, weil ich selbst als Abgeordneter an der Gesetzgebung theilnehme, kann ich aus eigener Erfahrung dieses Comödienspiel näher interpretiren. Wie oft habe ich nationalliberale Candidaten ihre Wahlrede mit den Worten eröffnen hören: „Meine Herren! Wir müssen Compromisse schließen, denn überall, wo wir im menschlichen Leben hinblicken, sehen wir, daß es ohne Compromisse nicht geht ꝛc.“ Wer erinnert sich nicht an die Vorgänge im Reichstage, als die Justizgesetze berathen wurden! Bismarck sagte bei einer Gelegenheit: „M. H.! Wir treiben ja Alle politische Heuchelei und müssen es thun.“ Der Abg. Bamberger sagte einst: „Wir müssen unsere Gäste (damit sind die sozialistischen Abgeordneten gemeint) nicht das Hausrecht erwerben lassen!“ Ein anderes Mal sprach er das indeß berühmt gewordene Wort aus: „Hunde sind wir ja doch!“ Derartige Beweise lassen sich noch vielfach anführen, aber ich glaube, diese dürften genügen, unsere jetzige Volksvertretung zu kennzeichnen. Dies ist schon mehr als Comödienspiel, ja die reine „Schauspielerei“, wie sich der Abg. Bamberger gelegentlich ausdrückte. Wenn eine solche Partei, wie die nationalliberale, durch einen ihrer Vertreter erklären läßt, daß sie, die Abgeordneten, nur Hunde Bismarck's seien, so hat sie sich selbst ein Zeugniß ausgestellt, wie es ihrer würdig ist. Bei der Berathung des Landsturmgesetzes hat die Fortschrittspartei in der ersten Lesung Alles in Bewegung gesetzt, daß man glaubte, es sei eine Aera von 1848 angebrochen, und in der dritten Lesung ließ sie durch den jetzigen Ex-Abgeordneten Duncker erklären: „So schmerzlich es sei, müsse sie doch dem Gesetze zustimmen.“ — Ich glaube, der hohe Gerichtshof wird dadurch selbst zur Ueberzeugung gelangen, daß in diesen beiden Artikeln nichts Strafbares enthalten ist. Und wenn der Herr Vertreter der Staatsanwaltschaft meint, ich sei schon einmal wegen gleichen Vergehens bestraft, so ist doch nicht anzunehmen, daß ich mich in diesem Falle wiederum schuldig befinde. Nach diesen Ausführungen, meine Herren, glaube ich, werden sie überzeugt sein, daß meine gänzliche Freisprechung erfolgen muß.

Es folgt nun noch die Vertheidigung des Genossen Baumann, der den Gerichtshof ersucht, dem Antrag des Staatsanwalts wegen Freisprechung beizustimmen, sowie einige Entgegnungen des Staatsanwalts und des Genossen Most.

Der Gerichtshof zieht sich zurück und verkündet nach dreiviertelstündiger Berathung das Urtheil, lautend: Bestätigung des ersten Erkenntnisses und Niederschlagung der Kosten der Appellationsinstanz. P. J.

Koblenz. „Die sittliche Berechtigung des Sozialismus“, so lautete die Tagesordnung einer Volksversammlung, welche hierselbst am 15. Januar im Leger'schen Lokale stattfand und sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Als Referent war Genosse H. Lange aus Barmen erschienen, der in einem anderthalbstündigen Vortrage die Versammelten zu fesseln wußte und am Schlusse sich der vollständigsten Zufriedenheit der Anwesenden zu erfreuen hatte. Redner beleuchtete im Eingange seines Referats das Verhalten der verschiedenen politischen Parteien im deutschen Reiche zur sozialen Frage und zur Sozialdemokratie, ging darauf zur gegenwärtigen Krise und Arbeitslosigkeit über und zeigte dann an der Hand des Programms der deutschen Sozialdemokratie, auf Grund statistischen Materials sowie mit Berücksichtigung einer Reihe der verschiedensten Thatsachen, wie einzig und allein die Sozialdemokratie von allen anderen politischen Parteien eine sittliche Berechtigung habe. Zum Schlusse seines Vortrages lenkte Genosse Lange die Aufmerksamkeit der Versammlung noch besonders auf die verderblichen Folgen der Beschäftigung von Frauen und Kindern in den Fabriken. Von den anwesenden Gegnern ergriff Niemand das Wort zur sachlichen Polemik, nur ein ehemaliger Schuhmachermeister und jetziger Herbergsvater versuchte durch eine Reihe unzusammenhängender Sätze und Wörter sich lächerlich zu machen, was ihm auch vollständig gelang. —n.

Pansa, 28. Januar. Heute Nachmittag wurde unter allgemeinem Menschenauflauf unser Bürgermeister Müller, einer der ärgsten Sozialistenfresser des Voigtlandes, durch Polizei nach Plauen in Untersuchungshaft abgeliefert. Jetzt, da der Herr Bürgermeister, wie verlautet, sich zu vertheidigen haben wird gegen die Zurlastlegung eines entehrenden Verbrechens (man spricht von einem bedeutenden Defizit in der Sparkasse), so dürfte später Gelegenheit sein, zu beobachten, ob er dies mit demselben Muthe, mit derselben inneren Befriedigung thun kann, als der Sozialdemokrat, den der Kampf für seine Ueberzeugung vor den Richter bringt.

D. **Hildesheim**, 16. Januar. Die Sozialdemokratie hat sich auch am hiesigen Orte Bahn gebrochen, wie die am Sonnabend 11. Januar, im Saale des „Goldenen Engel“ abgehaltene Volksversammlung, zu der sich über 400 Personen eingefunden hatten, bewies. Mit diesem Ergebniß der Betheiligung können wir um so mehr zufrieden sein, als hier lange Zeit hindurch die Agitation eine flaue war, und liegt uns für's Erste nur daran, ein reges Interesse für unsere Sache unter der hiesigen Bürgerschaft zu erwecken. Das Terrain ist insofern schwierig zu erobern, als die größte Zahl der Gegner aus Ultramontanen und Welfen besteht, mit denen es schwerer hält fertig zu werden, als mit den Liberalen. — In der betreffenden Versammlung referirte Genosse Oehme aus Leipzig über „Der Sozialismus und seine Gegner“ und zwar in so gediegener Weise, daß sich selbst die gegnerische Presse anerkennend geäußert hat. — Die Versammlung verlief diesmal besser als die vor einigen Wochen abgehaltene, deren Ende wahrhaft theatralisch ausfiel, indem der Herr Polizeidirektor dem hier bestehenden Gesangvereine verbot, ein Lied zu singen. Nach Beendigung des Referats von Oehme wurde eine Resolution angenommen, dahin gehend, daß sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, und ist als Resultat der Versammlung die Aufnahme von 20 neuen Mitgliedern in den Wahlverein zu verzeichnen.

(Nach Schluß der Redaktion.)

Petersburg, 3. Februar, früh. Aus Adrianopel, 31. Januar, Abends 6 Uhr wird amtlich gemeldet: Die Friedensgrundlagen sind von der Pforte angenommen und so eben vom Großfürsten Nikolaus und den Bevollmächtigten des Sultans unterzeichnet worden, ebenso der Waffenstillstand. Der Befehl zur Einstellung der Operationen wird sogleich an alle Detachements sowie nach dem Kaukasus entsendet. Alle Donaufestungen und auch Erzerum werden von den Türken geräumt. (Wir theilen diese „amtliche“ Depesche mit der nöthigen Reserve mit. R. d. V.)

Berichtigung. In dem Feuilletonartikel der Nr. 12 des „Vorwärts“, betitelt: „Wieder ein Bekehrter“ muß es auf der 1. Sp., Z. 9 von unten „Faust“ statt Furcht heißen.

Briefkasten

der Redaktion. Herr J. Scheil wird um genaue Angabe seiner Adresse ersucht. — H. A. S. in R.: Ihre Briefe haben wir erhalten, auch Ihr Broschürchen. Wenn es Ihnen einst — was wir hoffen — gelingen sollte, die Anfangsgründe der Nationalökonomie zu kapiren, dann werden Sie auch begreifen, daß und warum sich Ihr Schicksal nicht zur Besprechung in einem Blatt, wie dem unserigen, eignet. — A. H. in Breslau: Das Verlagsrecht der Lassalle'schen Schriften ist in verschiedene Hände übergegangen Franz Duncker, Lothar Bucher haben das Verlagsrecht einzelner Schriften, bei anderen hat es die Familie Lassalle's. — K. in Altona: 1) Nein — uns wenigstens sind derartige Herbergen nicht bekannt. 2) Die „Nadel der Kleopatra“ ist bekanntlich ein Bauwerk, ein Obelisk. 3) Der Statistiker in Berlin heißt nicht Engels, sondern Engel und lebt noch; er war im vorigen Herbste allerdings krank, doch hört man, daß derselbe wieder völlig genesen sei.

der Expedition. Ilhardt in Halle a. d. S.: Ihre Karte kam zu spät, um die Aenderung noch vornehmen zu können. — R. Bgs. in Bromberg: Das polit. Handbuch f. Zeitungsleser können Sie durch eine dortige Buchhandlung beziehen. Prof. Gottfried Kinkel gehört jetzt zu gar keiner Partei.

Den hiesigen Abonnenten des „Vorwärts“ zur Mittheilung, daß Diejenigen, welche den Abonnementsbetrag für das 4. Quartal noch nicht eingezahlt haben, den „Vorwärts“ nicht mehr erhalten können.

Hanau. H. Rieser.

Ottensen. Donnerstag, den 17. Februar, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Die französischen Arbeiter-Associationen. Referent Herr R. Praast aus Hamburg. [89

Zu dieser wichtigen Tagesordnung ersuche ich sämmtliche Sozialisten zu erscheinen. F. Heerhold.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Nächsten Sonnabend, den 9. Februar, Abends 8½ Uhr [1,10

Vortrag

von Hrn. Dr. A. Specht aus Gotha

über die Entstehung der Weltkörper mit bildlichen Erläuterungen durch das Scioptikon, im Saale der „Thalia“ (Elsterstraße).

Entrée für Mitglieder und Damen 20 Pfg., für Gäste 25 Pfg.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Der Vorstand.

Ulm a. D. Parteigenossen innerhalb des 14. württembergischen Wahlkreises, Ulm-Heidenheim, Geißlingen werden ersucht, ihre Adresse an den Unterzeichneten einzusenden.

(F 300) Ludwig Reisbach, Radgasse 173 D.

NB. Die Parteiversammlungen finden jeden Montag Abends 8 Uhr im „Gasthaus zur Braite“ statt. [70

Im Verlage von Wilhelm Röhl in Leipzig ist erschienen:

Erlebtes.

Skizzen und Novellen.

(6b) von (S 1079)

Wilhelm Hasenclever.

Mitglied des deutschen Reichstags.

16 Bog. eleg. broch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsend. von M. 1,20 direkt pr. Post franco. [890

Vorstehende Schrift ist durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen.

Nacht! 1001 Nacht!

Neue vollständige Ausgabe der berühmten arabischen Erzählungen.

Herausgegeben von

König & Hering.

4 starke Bände Claffiker-Format;

Familien-ausgabe.

Statt 9 Mark für 3 Mark 75 Pfg.

In 2 prachtvollen rothen Leinenbänden mit reichster Goldpressung

statt 13 Mark 50 Pfg. für nur 6 Mark.

Fr. Eugen Köhler's Verlagsbuchhandlung

in Gera — Untermhaus,

sowie durch alle Buch- & Antiquariats-Handlungen.

Ueber 2200 Textseiten! Neu!

Berichtigung!

In der Annonce der Metallarbeitergewerkschaft Mannheim in Nr. 13 des „Vorwärts“ muß es beim 2. Punkt der Tagesordnung statt „Pioniers“ heißen „Paniers“. [0,50

Der Beauftragte.

Mit einer Arbeit über Arbeitslohn und Arbeitszeit beschäftigt, werde ich für die Einsendung jedes zuverlässigen Materials darüber aus Deutschland, England, Frankreich, der Schweiz, Amerika sehr dankbar sein. Meine Bitte richtet sich besonders auch an die Centralleitungen der deutschen Gewerkschaften und die Genossen in Amerika und der Schweiz. (Ba)

Braunschweig. W. Bracke. [210

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hah, 630 North 3rd Street.
J. Boß, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 618 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 16. Freitag, 8. Februar. 1878.

„Das Gefühl der eigenen Ohnmacht erzeugt Leichtsinn."

Wir acceptiren den Ausdruck unbesehen; doppelt aber acceptiren wir ihn, wenn wir uns denjenigen Mann betrachten, der ihn kürzlich aussprach; und dreifach wird er von uns acceptirt, wenn wir den Zusammenhang ins Auge fassen, in welchem der Ausdruck ausgesprochen wurde.

Daß der Ausdruck in seiner Nacktheit schon volle Berechtigung hat, brauchen wir wohl kaum nachzuweisen, da der ungebührliche Leichtsinn zumeist eine Folge von Schwäche, mindestens von Charakterschwäche ist.

Wenn ihn aber der Abgeordnete Bamberger citirt, derselbe, der von den Liberalen und von sich das berühmte Wort aussprach: „Hunde sind wir ja doch!" — dann werden wir durch den Ausspruch noch mehr angeheimelt, denn wir merken, daß ihn die Furcht eingegeben hat, die Furcht, die sich, solange ein gewisser Schein von Macht vorhanden ist, in der Brutalität nach unten zeigt, dieselbe Furcht aber, die unter anderen Umständen zu dem glorioſen Rückzuge von Kirchheim-Bolanden führt.

Daß nun aber der Herr Abgeordnete, einer der Schlauesten unter seinen liberalen Genossen, diesen Ausdruck auf seine eigene Partei anwendet, auf das liberale Bürgerthum, vulgo Bourgeoisie, vulgo Kapitalistenklasse und Kapitalistendiener (nicht zu verwechseln mit den Lohnarbeitern, die wohl Sklaven des Kapitals sind, aber nimmermehr dessen Bediente), das gereicht uns deshalb zu ganz besonderer Freude, weil Bamberger sich also über seine Klasse äußert im Gegensatze zu den Sozialdemokraten.

Der sonst so vorsichtige Herr Abgeordnete (abgesehen von dem: „Hunde sind wir ja doch!") hat nämlich in der „Deutschen Rundschau" einen Artikel geschrieben über die Sozialdemokratie Deutschlands, in welchem er die Ohnmacht und den Leichtsinn der deutschen Bourgeoisie ausdrücklich eingesteht. Und mit welchen Worten er dies motivirt! Hören wir ihn an:

„Bald ist es die alte, ein wenig verdrängte aristokratische Macht, welche, an den eigenen Waffen verzweifelnd, sich dem Zeitvertreib ergiebt, dem Geschlecht der Neuerer das nachdrängende Volk des vierten und fünften Standes an die Fersen zu hetzen; bald ist es der Romantiker, welcher sich bereden läßt, daß in dem Zukunftsstaat der „planmäßigen Produktion" mit vertheilten Rollen die gepriesene Zeit der frommen Zünfte wiederkehren werde; bald ist es der Akademiker, welchen es kitzelt, über die abseits von ihm sich hinwälzende Jagd nach Gewinn die Zuchtruthe zu schwingen; ein andermal wiederum ist es der Menschenfreund, dem die säuberlich ausgemalten Pläne zur Weltbeglückung lieblich winken; und so geht es fort bis zu dem bescheidenen, harmlosen Bürger, der hinter seinem Bierglase in der Volksversammlung, wenn der zum Unfugstiften angelernte böse Bube im Namen der Sozialdemokratie das Wort verlangt, ihn biedermännisch unterstützt, „weil doch auch die Minderheit gehört werden müsse!" darauf Skandal und Auflösung, wo thunlich mit Stuhlbeinen und Kopfwunden, und das nächste Mal geht's dann wieder gerade so. — Das Schlimmste an der ganzen Lage der Dinge und gerade charakteristisch für Umfang und Gefährlichkeit des Uebels ist, daß das angefeindete Bürgerthum selbst noch in dunkler Bewußtlosigkeit dessen, was mit ihm und um es her vorgeht, befangen ist, theils mit stumpfen Sinnen den blöden Zuschauer dabei abgiebt, theils sogar sich täppisch zum Wüthen gegen sein eigenes Fleisch und Blut mißbrauchen läßt."

Herr Bamberger versteht zu schimpfen, nicht wahr? Seine eigenen Standes- und Parteigenossen nennt er stumpf, blöde und täppisch. Wohl bekomm's den braven liberalen Spießbürgern. Jawohl sie sind auch stumpf, blöde und täppisch, weil sie sich unter dem Scheine der groben Treuherzigkeit von solchen Bambergern über den Löffel barbieren lassen, von solchen Leuten, die die besten Freunde des Gründerthums und des Großkapitals sind. Selbst früher arme Teufel, jetzt Nickelgrubenbesitzer, die noch täglich reicher werden, weil das deutsche Reich die Nickelwährung auf ihr Anrathen acceptirt hat. Die Herren Spießbürger verdienen es, daß Herr Bamberger sich noch in solcher groben Weise über sie lustig macht.

Daß Bamberger, der frühere Revolutionär, der communistisch angehauchte Flüchtling, der „Sieger" von Kirchheim-Bolanden mit dem Bluthund Thiers harmonirt, ist nicht zu verwundern — er gehört jetzt auch, geradeso wie der Herr Thiers bei seinen Lebzeiten, zu den „satten, klugen Leuten", die sich vor den „Hungerleidern" durch allerlei Gesetzeswälle zu schützen suchen. Deshalb verübt Herr Bamberger auch noch folgende Lobhudelei dem verstorbenen Mörder gegenüber:

„Der sterbende Thiers hat uns in seinem politischen Testamente die communistische Bewegung vermacht, nicht wie einen Fluch, welchen der Zorn des Besiegten auf das Haupt des Siegers herabruft, sondern wie ein Verhängniß, das sein geschärfter Blick heranrücken sieht. Frankreich, sagt er, hat dies Elend überwunden; an seine Stelle ist Deutschland getreten, ihm ist beschieden dieses Kreuz weiterzutragen. Der Alte verstand sich auf die Sache; als er anfangs November 1870 bei Bismarck in Versailles war, gestand er schon, daß seine größte Besorgniß die vor den „Hallunken" in Paris sei. Unter den „Coquins" (Schurken, Hallunken) verstand er Die, welche später die Commune befehligten. Nach ihm kam Jules Favre, welcher sich gegen die Entwaffnung der Nationalgarde sträubte und erhaben ausrief, es gebe keinen Pöbel in Paris. Auch wir haben unsere Favres, welche sich mit einer Liebeserklärung an die Menschheit über alle Besorgniß hinausheben. Wehe uns, wenn wir sollten auf die Probe gestellt werden!"

Ja, Herr Bamberger, der Alte verstand sich auf die Sache so gut, daß jeder vernünftige Mensch lacht, wenn er an den aufgeblasenen Gecken Thiers denkt, der die Sozialdemokratie in Frankreich todt gesagt hat, dieselbe Sozialdemokratie, die jetzt schon wieder in jenem Lande hoch emporblüht. Herr Bamberger — es ist allzu deutlich — wünscht trotz seines: „Wehe uns" auch für die deutsche Sozialdemokratie einen 1871er Aderlaß, deshalb citirt er Thiers und zieht eine Parallele zwischen Frankreich und Deutschland. Uns aber macht trotz solchen „frommen" Wunsches das Bamberger'sche: „Wehe uns, wenn wir sollten auf die Probe gestellt werden!" immerhin Spaß, weil wir gesetzten Falles die besondere Freude hätten, den Herrn Ludwig Bamberger wie bei Kirchheim-Bolanden unter den ersten Ausreißern zu sehen.

Es ist immer höchstpeinlich, und besonders für die eigenen Parteigenossen, wenn ein notorischer Feigling, und wenn auch nur in indirekter Weise, zum Kampf auffordert; ebenso peinlich aber ist es, wenn ein Gauner das Lied singt: „Ueb' immer Treu' und Redlichkeit".

Herr Bamberger sieht natürlich in jenem Artikel dieses Lied nicht, aber er, der große Gründerprotektor, schreibt Folgendes:

„Und der Wahn erst, das Bürgerthum für überzeitig und die Zeit für den sozialistischen Himmel auf Erden reif zu erklären, ist nichts, als der bethörte und bethörende Schwindel auf seinem höchsten Gipfel. Alles ruft uns zu:

Such' er den redlichen Gewinn,
Sei er kein schellenlauter Thor!"

Ja, redlicher Gewinn! Alles ruft uns, natürlich dem Herrn Bamberger, zu, den redlichen Gewinn zu suchen. Herr Bamberger hat denselben längst gefunden: das deutsche Reichsmünzgesetz war für ihn von dem größten persönlichen Vortheil, ein Gesetz, für dessen Zustandekommen der Abgeordnete Bamberger in erster Linie gewirkt hat.

Schließlich weiß dieser edle Volksmann der Sozialdemokratie nicht anders beizukommen, als durch Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts. Wahrlich! der Berg, der aus großen Schmähungen aufgebaut worden ist, hat ein zierliches, ungefährliches Mäuschen geboren.

Armer Bamberger! Wenn Du weiter nichts wußtest, so brauchtest Du doch Deine eigene Partei nicht ausdrücklich der Ohnmacht und des Leichtsinns zu zeihen. Auf uns aber macht solches Sturmläuten und gar von solchem Menschen noch geringeren Eindruck, als ob wir das Kirchenglöcklein von Kirchheim hörten:

„Bimm-bamm, bimm-bamm-bimm-bamm-Bamberger."

Die Entstehung der ethischen Begriffe.

IV.

Da die Religionen ihrer Natur nach alle mit der Zeit ausarten müssen, weil sie ungerechten Zwecken der Priester und Herrscher dienen sollen, so ist das Rechtsgebiet ebenso zu steter Ausartung verurtheilt, da es aus der Religion hervorwächst, von ihr beherrscht und bestimmt wird. Die Anfänge jeder bürgerlichen Gesetzgebung, gewöhnlich aus altererbten Gewohnheiten in schriftlicher Form erneuert, sind immer gerecht, soweit das Zeitalter gerecht zu sein verstand. Im Verlaufe der Zeit artet die Gesetzgebung stets in immer grellere Ungerechtigkeit aus, und zwar aus demselben Grunde wie die Religion — die herrschende Klasse, in ihrem Streben nach einer Weltherrschaft, führt planmäßig Eroberungskriege, durch welche die Volksmasse mit Ruhm und magerer Beute für den beabsichtigten allmähligen Verlust ihres Wohlstandes, ihrer Bildung und Rechte entschädigt werden soll, indeß die Herrschergeschlechter alle Macht an sich reißen und aus Kriegsgefangenen und Proletariern Sklaven oder Hörige machen. Anfänglich muß man der arbeitenden Volksmasse ein größeres Maß von Rechten zugestehen, ja, es auf Andringen erweitern, um sie an dem Herrscherberuf der Nation zu interessiren; später, wenn das arbeitende Volk ein stehendes Heerlager geworden ist, kaum mehr nach Hause kommt, vom Staate unterhalten werden muß, begnügt es sich mit dem Scheine seiner Rechte, den Schmeicheleien der Demagogen, dem Ruhm und der Beute, dem Solde und den Bestechungen. Insofern also wiederholt sich die Weltgeschichte allerdings sehr oft, und so lange dies geschieht, sinkt die begonnene Cultur in bloße Civilisation zurück, und gehn die culturgebenden Nationen zu Grunde. Es kommt aber endlich eine Wendung.

Alle Gesetzgebung muß den Menschen als ein freies Wesen ansehen, welches Verträge eingehen und für sein Thun verantwortlich sein kann. Es kümmert die Gesetzgeber wenig, daß nur ausnahmsweise der Mensch ein freies Wesen ist, welches sein Denken selbst besorgt und aus sich mehr macht, als Natur und Umgebung aus ihm gemacht hatten, während die ungeheure Mehrzahl Geschöpfe der Umstände sind und gar nicht anders handeln können, als sie es thun. Wer Pflichten und Rechte haben, Lohn oder Strafe genießen und den Gesetzen gehorchen soll, muß als frei betrachtet werden. Indessen hat die Einbildung des Menschen, frei zu sein, frei in jeder Hinsicht werden zu können, nach und nach einen wachsend mächtigen Einfluß auf seine Willenskraft und sein Denkvermögen. Der Ruf „Freiheit" hat gar oft Zauberkraft geäußert, ganze Völker zeitweilig über ihren beschränkten Gesichtskreis und über ihren Gewohnheitsdusel erhoben und gesellschaftliche Reformen geschaffen, welche die Menschen zu weiterem Fortschritt gängelten. Worin liegt diese Zauberkraft des Namens und der unvollkommenen Vorstellung, welche die Menschen sich von der Freiheit machen? — Sie kann nur in der Erweiterung der Selbstheit und Selbsterhaltungskraft liegen, welche jede Beseitigung eines Zwangs oder einer Schranke gewährt. Es ist die Machtquelle, die der Selbstheit des Einzelwesens schmeichelt und seinen Wirkungskreis erweitert, welche mit der Beseitigung von Schranken empfunden wird; ihr anspornender Einfluß ist deshalb am stärksten, so lange diese Empfindung noch neu ist, und das Machtgefühl übt dabei einen stärkeren Reiz als alle die neuen Genüsse, welche durch die Entfernung der Schranken möglich werden. Es ist leichter, die Freiheit von irgend einer Schranke zu erringen, als sie zu bewahren, weil der Reiz der Neuheit schwindet, wie der Machtbesitz zur Gewohnheit wird. Daher die Unersättlichkeit des Machtgefühls; nur in der Empfindung immer neuer Machtvermehrung, immer stärkeren Könnens und der neuen Genüsse daraus wird der Reiz der Selbstheit lebendig erhalten. Daher ist alles Streben lohnender als seine Frucht.

Hier haben wir also die Urquelle der Freiheit, und zwar in allen ihren Gestalten. Wir begreifen nun, warum beim Urmenschen die Erfindung des Feueranzündens, beim Wandervolke die Erfindung des Zähmens der Thiere und der Pflanzen, beim weißen Menschen die Erfindung der Veredlung der Menschenart die drei großen Fortschrittsstufen bezeichnen, welche den Menschen allmählig über das Thierſein erhöhten. Diese drei Erfindungen — oder vielleicht ist dafür der Name Entdeckungen passender, weil sie ohne Mithülfe des Zufalls schwerlich zustande kamen — gewährten dem jungen Geschlecht das Gefühl eines großen Machtzuwachses und soviel daraus entspringender Genüsse, daß das Selbstgefühl allmählig zum Selbstbewußtsein wurde, daß zahlreiche Naturschranken erweitert wurden, eine zunehmende Beherrschung der Natur, und zuletzt auch aller andern Menschen Bedürfniß wurde, kurz bei den bevorzugten Einzelnen ein unersättlicher Trieb nach Machtvermehrung, Vermannigfachung der Genüsse und Bekämpfung aller Schranken erwuchs, der sich gemach auf die weiße Rasse überhaupt ausdehnte und dann auch theilweis von den dunkleren Klassen nachgeahmt wurde. Das Feuer, welches die Mittel gewährte, alle mächtigen wilden Thiere in Furcht zu jagen und die Kälte, das Dunkel und die Starrheit der Gesteine und Erze zu überwinden; die Zähmung der Thiere, welche, auch ohne mühselige Jagd, eine reiche Quelle der Nahrung, Kleidung und Wohnungsmittel zur Hand zu haben gestattete, und die Veredlung der Nahrungspflanzen, welche dem steten Wandern mit den Herden ein Ende machte und das Dasein bequem und voller von Genüssen; die Veredlung endlich der menschlichen Gestalt und zugleich des Geistes durch Uebung und eigenes Denken, zuerst bei Wenigen, welche dadurch zu Herren der Vielen wurden, dann bei ganzen Völkern durch Erziehung — sie sind es gewesen, was den Unterschied des Menschen vom Thiere befestigte. Immerhin aber finden sich hiervon schon bei Thieren unverkennbare Anfänge, welche blos deshalb nicht zu einer menschenähnlichen Entwicklung führten, weil entweder die Möglichkeit des aufrechten Ganges und der Handgeschicklichkeit, oder die reichere Entfaltung der Sprachwerkzeuge fehlte, oder der Mangel an Beiden zugleich weiterm Aufsteigen zufällig im Wege stand. Solcher Anfänge wollen wir hier nur einige andeuten.

Die Ameisen — wenigstens einige Arten derselben — haben entdeckt, daß die Blattläuse, wenn sie gekitzelt werden, einen süßen Saft ausscheiden, und haben das Mittel erfunden, die Blattläuse als Melkkuhe zu benutzen, indem sie dieselben entführen und im Ameisenbau füttern und pflegen. Der Elephant ist das Beispiel eines Thieres, welches ein erstes rohes Werkzeug erfunden hat: er bricht sich belaubte Zweige von den Bäumen, um sich Kühlung zuzuwedeln, lästige Insekten zu verscheuchen und Schatten zu verschaffen. Der Spottvogel, welcher sich in der Nachahmung aller Thierstimmen übt, und sobald er eine neue Nachahmung fertig oder die andern Sänger und Schreier ringsum zur achtungsvollen Stille gebracht hat, einen Jubelgesang hören läßt, verräth das Selbstgefühl des Machtzuwachses. Und andre Beispiele mehr.

Auch hier also schwächen sich bei genauer Untersuchung alle Artunterschiede, welche man zwischen Thier und Mensch hat finden wollen, in bloße Gradunterschiede ab. Auch die Herrschsucht, der Trieb nach Machtzuwachs und Selbstentwickelung zu größerer Macht mittels Versuchens, Uebens und Lernens — dieser gewaltige Trieb, welcher den Menschen zum Fortschrittswesen macht, beginnt sein Spiel schon in der Thierwelt. Der Machttrieb, diese Ursache sozialen Unrechts, dieser Gegensatz zum natürlichen Wohlwollen, welches alle gesellschaftlichen Thiere vom grausamen Kampfe um's Dasein unter einander abhält, wird die Quelle aller menschlichen Artveredlung eben durch seine Grausamkeit, eben durch den Kampf um das Dasein zwischen Menschen und Menschen. Die grimmige, hochmüthige Verachtung des Menschenaffen durch den Urmenschen, des Urmenschen durch den lichteren Thier- und Pflanzen-Veredler, der dunklern Menschenrassen durch die sich selbst planmäßig veredelnden weißen Rassen, und dieser letzteren durch die jüngsten, zu größter Macht und unablässigem Fortschrittsstreben erwachten arischen Rassen, endlich dieser letzteren durch die nach Weltherrschaft strebenden Germanen, und unter diesen der weniger edlen durch die adligen Familien — diese unersättliche unmenschliche Herrschgier, dieser die Erde bis in die Gegenwart herab verwüstende Kampf um das Herrscherdasein der kräftigsten Fortschrittsmenschen ist die nothwendige Kehrseite aller Entwicklung ethischer Begriffe und Ideen. Er kann erst sehr spät und nur bei wenigen großen Geistern in sein Gegentheil umschlagen; das Beispiel der wenigen kann nur allmählig die Massen der Fortschrittsvölker anstecken. Erst zuletzt, wenn diese nicht mehr überwiegend aus Leuten bestehen, welche sich beherrschen, aussaugen und verdummen lassen, schlägt er in den Trieb um, die Natur durch gesellschaftliche Harmonie unter den Menschen immer vollständiger zu beherrschen und aus jedem

Menschen einen wahren, einen Fortschrittsmenschen zu erziehen. Auf keinem leichteren, weniger rauhen Wege konnte der Mensch werden, was er geworden ist, d. h. was die Menschheit geworden ist und ersichtlich noch werden will. Der ethische Grundtrieb ist also wesentlich Machttrieb. Er wird wahrhaft sittlich erst durch die Wissenschaft und das eigne Denken. Er ist von den ethischen Trieben aller Thiere erst dann schlechthin verschieden und eine ganz neue Erscheinung in der Natur, wenn er Wahrheitstrieb wird, d. h. Liebe zur Erkenntniß und Treue gegen die selbsterkannte Wahrheit und Bestimmung des Menschen, also wenn er zur Religion der Menschlichkeit wird, wenn er strebt, die ganze Menschheit zu einem Kunstwerk und jeden einzelnen Menschen zum Künstler zu erziehen, welcher sich selbst beherrscht und die Gesellschaft mitbeherrscht. Vorher bleibt der Mensch auch auf seiner höchsten Entwicklungsstufe einseitig und ein Thier, das Mensch werden möchte, aber nicht kann. Vorher ist Recht nur vorhanden, soweit die Macht vorhanden ist, es gegen andre Menschen zu erzwingen; erst in der Gesellschaft der Zukunft kann der Machttrieb ausschließlich gegen die Natur gekehrt, und unter den Menschen alle Herrschaft unmöglich werden. Erst in dieser zukünftigen Gesellschaft versöhnt sich der Selbsterhaltungstrieb mit dem Arterhaltungstriebe, weil Jeder für Alle lebt, und Alle für Jeden. Alle Religion, alles Recht, ja selbst alle Kunst — und mit ihnen die Nationen, welche diese Mächte vertreten — sinken solange immer wieder von ihrem reinsten und höchsten Aufschwunge in Ausartung und Untergang zurück, als das feste Augenmerk nicht allgemein dahin gerichtet wird, die Wissenschaft und das eigne Denken zum Gemeingut Aller zu machen, mit anderen Worten — die Naturbeherrschung anstatt der Menschenbeherrschung Allen zugänglich zu machen.

Dies denn ist der Ursprung aller ethischen Gebilde. Wir erkennen jetzt, daß dieselben nicht aus Gefühlen erklärt werden können, ausgenommen in ihren ersten thierischen Anfängen, weil sie thierisch bleiben, soweit sie nicht auf Wissen und Denken begründet sind. Die Gefühle haben in sich selbst keinen Maßstab und keine Richtschnur, weil sie Naturerzeugnisse sind, durch Erkenntniß unvermittelt. Die Natur beherrscht sie; der Mensch kann seine eignen Gefühle nicht beherrschen ohne vermitteltes Wissen und eignes Denken. Wohl gelingt es dem Künstler schon auf frühen Stufen, sich so lebhaft in sie hineinzuversetzen, daß er sie für andre Hörer und Schauer in ergreifender, das Gefühl in ihnen veredelnden Gestalten wirksam machen kann. So wird denn die Kunst schon früh ein Culturmittel wichtigster Art. Allein sie würde nie ausarten können — wie sie es doch so oft thut — wenn ihre Quelle, die Gefühle — sich selbst beherrschen könnten, so daß sie zur Naturbeherrschung Aller führten.

Als Hauptgewinn dieser Untersuchung haben wir festzuhalten, daß alle ethischen Gebilde dem gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen entspringen und mit der naturbeherrschenden Macht der Menschheit sich vervollkommnen; endlich daß es keine wahre Sittlichkeit, Kunst, Religion und Rechtsentwicklung geben kann ohne Vermenschlichung ganzer Völker durch Wissen und Denken

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Waffenstillstand nebst den Friedenspräliminarien ist, wie nun feststeht, am 31. Januar in Adrianopel abgeschlossen worden. Die Feindseligkeiten von russischer und von türkischer Seite sind bereits eingestellt. Ueber die Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen ist so gut wie nichts bekannt: wir wissen blos, daß die Türken ihre Donaufestungen und Erzerum zu räumen haben. Im Uebrigen ist Alles in Dunkel gehüllt.

Durch den Eintritt Griechenlands in die Aktion, sowie durch die Eroberungslust des serbischen Fürsten, der durchaus ein großes Land haben will, wird die ohnehin verwickelte Lage noch mehr verwickelt. Ein Griff an die russische Hundspeitsche würde zwar diese zwei Kläffer sofort zur Ruhe bringen, allein es fragt sich sehr, ob Rußland derselben schon entbehren kann. Es hat, trotz des ihm vom Fürsten Bismarck gewordenen Beistands, auf Drängen Oestreichs und Englands darein willigen müssen, den Friedensvertrag einer europäischen Conferenz zu unterbreiten, und befindet sich nun in der eigenthümlichen Situation, daß Alles, was in den letzten zwei Monaten militärisch errungen wurde, nun diplomatisch in Frage gestellt ist.

Als „Väterchen" am 2. ds. in Petersburg seinen Offizieren den Abschluß des Waffenstillstandes anzeigte, hielt er es deshalb auch für nöthig, etwa allzu überschwänglichen Friedenshoffnungen einen Dämpfer aufzusetzen, indem er hinzufügte: „Aber es ist dies noch nicht das Ende. Wir müssen uns in Bereitschaft halten, bis wir einen dauerhaften und Rußlands würdigen Frieden erreicht haben, wozu uns Gott helfen möge."

Wo die „Knute" und die „Krupps" sind, darf neben dem „Wuttki" natürlich auch der Gott nicht fehlen. —

In England wird nach wie vor stark gerüstet; ein letzter Versuch Bismarck's, die Conferenz zu vereiteln und den Separatfrieden zu ermöglichen, ist an der Entschiedenheit der österreichischen und der englischen Regierung gescheitert.

Daß unter solchen Umständen an einen gedeihlichen und ehrlichen Frieden — wenn es überhaupt zum Frieden kommt — nicht zu denken ist, liegt auf der Hand.

— Zur deutschen Neutralität. Das „Hannoversche Tageblatt" theilt Folgendes mit:

„Major Graf Wedell. Dieser hervorragende Offizier, der bis 1866 im Königl. Hannov. Kronprinz-Dragoner-Regimente diente und seither dem großen Generalstabe angehörte, ist mit Erlaubniß der russischen Regierung den Operationen auf dem Kriegsschauplatze gefolgt. Vor Kurzem nach Berlin zurückgekehrt, ward er in längerer Audienz vom Kaiser empfangen, dem er eingehende Berichte über seine Erlebnisse erstattet haben dürfte. Graf Wedell, der sich mit dem Hauptmann v. Villaume, gleichfalls vom großen Generalstabe nach erfolgter Kriegserklärung in das russische Hauptquartier begab, wurde zuerst dem General v. Krüdener, Commandeur des 1X. Corps, attachirt, mit welchem er die Schlacht und Eroberung von Nikopoli, sowie die ganze Belagerung von Plewna mitmachte. Er war zeitweilig auch am Schipkapasse. Graf Wedell, der mit hohen russischen und rumänischen Orden dekorirt wurde, hatte wiederholt Gelegenheit, sich hervorzuthun. Er ist vor Kurzem zum Militär-Bevollmächtigten bei der Kaiserlichen Botschaft in Wien ernannt worden."

— Wir haben es herrlich weit gebracht! Im Jahre 1808 bestanden in Preußen 12 Infanterieregimenter ausschließlich des Garderegiments und ein paar Garde- und Jägerbataillone. Gegenwärtig haben wir in Preußen ohne die einverleibten deutschen Contingentstruppen 88 Infanterie- und 9 Garderegimenter und 13 Jäger- und Schützenbataillone. Drastischer aber noch ist der Vergleich, wenn man feststellt, daß Preußen gerade so viele Armeecorps besitzt, als es im Jahre 1808 Infanterieregimenter hatte. Nicht wahr? Herrlich weit haben wir es gebracht!

— Der Legationsrath Graf Hermann v. Arnim, welcher wegen Bismarckbeleidigung vier Wochen Gefängniß erhalten, hat die Haft in Prenzlau, wo derselbe sein Domizil besitzt, angetreten. Daß Graf Arnim seine Strafe nicht in Berlin, wo er verurtheilt wurde, „absitzt", ist durchaus nicht auffällig, wie verschiedene Zeitungen andeuten, da bei ähnlichen Anlässen Verurtheilte der verschiedensten Parteien, auch Sozialisten, es selbstverständlich vorziehen, in ihrer Heimath die Strafe zu „verbüßen".

— In einem liberalen schleswigschen Blatte lesen wir folgende interessante Correspondenz:

„Die beabsichtigte Tabaksteuer ist so recht darnach angethan, der Sozialdemokratie in die Hände zu arbeiten, eine Steuer, die so wie die meisten aller indirekten Steuern hauptsächlich den kleinen Mann trifft. An die bis jetzt bestehenden indirekten Steuern sind wir gewöhnt, selbst die hohe Salzsteuer ist nicht so drückend zu nennen, indem der Verbrauch darin in einer gewöhnlichen Familie in der Woche sich etwa nur auf 10 bis 15 Pf. beläuft. Anders ist es aber mit der bescheidenen Pfeife Tabak, die der Arbeiter sich Abends, nach vollbrachter schwerer Tagesarbeit, zu seiner Erholung gönnt. Wer seine Cigarre zu 100 — 200 M. und darüber pr. 1000 Stück, seinen Tabak zu 3 — 6 M. und darüber raucht, wird diese Steuererhöhung nicht spüren, die Steuer versteckt sich so in den Preis, daß der Consument gar nicht darum gewahr wird; wenn aber dem kleinen Mann, welcher sein Pfund Tabak für 40 — 60 Pf. raucht, solches um ca. 50 Pf., sein Dutzend Cigarren um 5 — 6 Pf. vertheuert wird, so ist dies demselben gegenüber ein himmelschreiendes Unrecht. Der Reiche steuert für den Genuß des Rauchens nur etwa 4 — 6 Prozent, während der Arme 100 und mehr Prozent für seinen bescheidenen Genuß, den er sich durch den Petum, den er nur begehrt, bereitet, steuern muß. Der Tabak ist kein Luxusartikel mehr, sondern durch die langjährige Gewohnheit so zu sagen ein Lebensbedürfniß für den Mann geworden; wenn aber aber das deutsche Reich absolut Geld gebraucht, so giebt es Luxusgegenstände der Reichen genug, die besteuert werden können, wobei ich nur auf Champagner, Madeira, Portwein, andere Weine, Cognac, Rum, Liqueure ꝛc. aufmerksam mache. Will man dann dem kleinen Mann auch zugleich eine Steuer auferlegen, so besteuere man den Branntwein, meinetwegen so hoch, daß jeder kleine Schnaps 20 Pf. kostet, dies schadet Niemand, würde dagegen die Trunksucht bedeutend vermindern."

Mit den Aeußerungen, die sich direkt auf die Besteuerung des Tabaks beziehen, sind wir völlig einverstanden. Was aber das liberale Blatt in Bezug auf die Salzsteuer sagt, ist geradezu unvernünftig. Nur 10—15 Pfennige wöchentlich! Wir erhalten dann immer noch für die arme Arbeiterfamilie jährlich eine Ausgabe von 5 Mark 40 Pf. bis 8 Mark 10 Pf., und zwar ist dieselbe gelegt auf das nothwendigste Lebensmittel, ganz abgesehen davon, daß der Correspondent das Salz nicht mitrechnet, welches sich schon in verschiedenen Lebensmitteln (Brod, Wurst ꝛc. ꝛc.) befindet. Ebenso unvernünftig ist es, den Schnaps in solcher Höhe besteuern zu wollen; die Steuer würde keinen Ertrag liefern, und mancher Arbeiter, der in Sturm und Wetter, wie die Seeleute, Schiffszimmerer, Zimmerer, Landarbeiter, tagelang sich befindet, steht in einem Schluck Schnaps ein nothwendiges Mittel, um sich arbeitsfähig zu erhalten. — Die meisten Menschen, die in Steuerprojekten „machen", kümmern sich wenig um die thatsächlichen Verhältnisse und noch weniger um das arbeitende Volk. Bismarck zu Liebe würden sie letzterm die Haut vom Leibe ziehen.

— Ein Haftpflichtprozeß, der schon in der Vorinstanz Sensation erregte, gelangte kürzlich vor dem ersten Civilsenat des Obertribunals zur Verhandlung und endgültigen Entscheidung. In dem gedachten Artikel wird nämlich der Eigenthümer von Pferden oder der, in dessen Verwendung sie sich befinden, regreß flichtig gemacht für den Schaden, der aus einer aktiven Thätigkeit derselben für Andere entspringt. Bei dem Omnibus-Institut in Elberfeld, das Ende 1873 aufgelöst wurde und dessen ganzer Bestand incl. des Personals von der Charlottenburger Pferdebahn-Gesellschaft übernommen worden ist, war der frühere Wachtmeister bei den Kürassieren, Walter, wegen seiner außerordentlichen Pferdekenntniß als Stallmeister angestellt. Im Januar 1874 war unter den Pferden der Gesellschaft die Rotzkrankheit ausgebrochen; bei der Untersuchung der Pferde durch den Thierarzt Grosse in Barmen war auf dessen ausdrückliches Verlangen Walter zugezogen; das eine der Pferde nieste und bespritzte sowohl den Große als den Walter mit der giftigen Substanz. Letzterer erkrankte in Folge dessen und verstarb am 7. April 1874 an Blutvergiftung. Der Thierarzt war glücklich davongekommen. Auf die nun von der Wittwe und dem Vormund der unerzogenen Walter'schen Kinder gegen die Pferdebahngesellschaft auf Alimentation angestrengte Klage erkannte das Berliner Stadtgericht auf Abweisung, weil vorliegend keine aktive, sondern eine rein zufällige Thätigkeit des Pferdes zu der Krankheit und dem Tode des Walter Veranlassung gegeben hat;

Ein Stück preußischer Culturgeschichte.

Von einem Maurer geht dem „Pionier", Centralorgan der Gewerkschaften Deutschlands, nachstehender die Rechtlosigkeit des Arbeiters im heutigen Staate kennzeichnender Bericht zu:

„Im November 1876 wurde der Neubau in Rastenburg in Ostpreußen, wobei ich beschäftigt war, wegen ungünstiger Witterung eingestellt, und beschloß ich nebst einem Collegen, nach Kiel zu wandern, um bei dem Neubau des großen kaiserlichen Docks daselbst Arbeit zu suchen. Da unsere Kasse jedoch in Folge der geringen Nachfrage nach Arbeitskräften, sowie des übergroßen Angebots derselben, wodurch die Löhne sehr gedrückt wurden, auch mehrwöchentliche Arbeitslosigkeit während des Sommers eingetreten war, verhältnißmäßig wenig Reisegeld enthielt, so trösteten wir uns mit der Hoffnung, daß wir vielleicht, noch bevor wir Kiel erreichten, unsere Reise weiter fortsetzen zu können. — Diese Hoffnung ging jedoch leider nicht in Erfüllung, so sehr wir uns auch um Arbeit bemühten, und trotz aller Einschränkung war unsere Kasse eines Tages plötzlich geleert, bevor wir unser Reiseziel erreicht hatten. Wir befanden uns also hilflos am Rande des Abgrundes, in den die gesellschaftlichen Verhältnisse uns mit Allgewalt hinabstürzten. Gewaltsam unterdrückten wir den Hunger, weil uns die Scham von dem Bitten um Almosen abhielt, jedoch konnten wir nicht umhin, in einem Bauernhause, unseres brennenden Durstes halber, um einen Trunk anzusprechen. Wir traten in das Haus. Ich klopfte schüchtern an die Stubenthüre, und auf das „Herein!" einer weiblichen Stimme öffnete ich dieselbe zur Hälfte. — „Sie werden gütigst entschuldigen", — sagte ich — „wir sind zwei —". „„Treten Sie nur näher!"" ertönte hinter der Thüre eine männliche Stimme. „„Was wünschen Sie?"" — Wir traten in die Stube und erblickten an einem Tische den Hofbesitzer und den Gensdarm. Letzterer erhob sich sofort und verlangte nach unseren Papieren. Nach vollendeter Durchsicht derselben sagte er: „Sie haben gebettelt!" Ich bestritt diese Behauptung und sagte, wir hätten nur um einen Trunk bitten wollen, da wir einen starken Durst verspürten. — „Haben Sie Reisegeld?" Wir mußten diese Frage verneinen und erklärten, daß unser Reisegeld vor Kurzem zu Ende gegangen sei. — „Kenne das!" sagte der Gensdarm. „Sie haben gebettelt und sind Arrestanten!" — Er schickte sofort nach der Dorfpolizei, und nachdem uns unsere Reisestöcke und Bündel abgenommen waren, wurden wir nach dem nahen Städtchen Cammin (in Pommern) transportirt. Hier wurden wir dem Gefängniß überliefert. Andern Tags kamen wir zum Verhör. Der Untersuchungsrichter erklärte, daß er unserer Aussage sowie der Behauptung, wir seien noch nie bestraft gewesen, keinen Glauben beimessen könne und daß er deshalb erst an unsere heimathliche Ortsbehörde schreiben müsse, um genau zu erfahren, wie es mit unserer Vergangenheit aussehe. Bis zur Ankunft der betreffenden Antwort sollten wir in Untersuchung bleiben. Während dieser Zeit wurden wir nun auf dem Arbeitssaal, in Gemeinschaft mit Leuten, die zum Theil das Zuchthaus schon zu wiederholten Malen frequentirt hatten, oder mindestens Zuchthauscandidaten waren, mit Handarbeit beschäftigt. Die „wohllöbliche" heimische Ortsbehörde hatte wahrscheinlich wichtige andere Sachen zu thun, als daß sie um solcher Sache halber sich hätte überstürzen sollen, und so blieben wir denn drei Wochen in Untersuchung. Endlich erhielten wir Termin. Der Bürgermeister des Städtchens, ein kleiner, dünner, bis an den Hals zugeknöpfter „liberaler" Herr, fungirte als Polizeianwalt, und der Mann, von dem unsere nächste Zukunft abhängen sollte, war der Kreisrichter H. — Der Letztere eröffnete uns nun, daß er wisse, wir hätten noch keine Strafe erlitten, demungeachtet seien wir aber dennoch „Landstreicher und Vagabonden", da wir kein Reisegeld besäßen und auch nicht nachweisen könnten, daß wir uns während der Zeit nach Entlassung aus der Arbeit um solche bekümmert hätten. —

Einen Vertheidiger hatten wir nicht; unsere eigene Vertheidigung wurde kaum gestattet, und der „liberale" Herr Bürgermeister stellte den Antrag, uns beide Inkulpaten „wegen Vagabondage und Landstreichens zu sechs Wochen Gefängniß", sowie „Ueberweisung zur Landespolizei" zu verurtheilen, welchem Antrage der Herr Kreisrichter in seinem Urtheil auch nachkam. Drei Wochen waren wir in Untersuchungshaft gewesen, sechs Wochen Strafe dazu, machte neun Wochen Gefängniß. — Nun kam die „Ueberweisung zur Landespolizei"! Wir waren uns Anfangs nicht klar darüber, was das Wort zu bedeuten hatte, jedoch wir sollten seine, für uns schreckliche Bedeutung bald zur Genüge erfahren. Nach Verbüßung unserer Gefängnißstrafe wurden wir von Cammin nach Uckermünde transportirt, woselbst sich ein Correktionshaus befindet, in welches wir abgeliefert wurden. Alle Rücksichten, die selbst noch im Gefängniß wenigstens die unteren Beamten auf unsere Menschenwürde nahmen, hatten hier ein Ende gefunden. Wir wurden von unserem Empfange an sofort von jedem Beamten mit „Du" angeredet, wurden kahl geschoren und rasirt, gewogen wie eine Waare und erhielten „der Ordnung gemäß" Jeder eine Nummer (die meinige war 73). — Wir mußten nun, wie die Uebrigen, die schwersten und niedrigsten Arbeiten im Hause, im Felde und auf den Ziegeleien verrichten; bei schlechter Kost und in zu geringen Rationen verabreicht, zehn bis zwölf Stunden täglich arbeiten. Der Lebensunterhalt wird in der „Anstalt" mit 40 Pfenningen pro Kopf und Tag berechnet. Fleisch wird hier während des Jahres nur viermal verabreicht: zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten und — Königs Geburtstag. Uns war diese schreckliche Lage um so drückender, als wir nicht wußten, wie lange wir gezwungen sein würden, hier Dienste verrichten zu müssen. Unter den Detinirten (über 300 an der Zahl) waren alle Altersklassen vom neunzehnten Lebensjahre an bis zum Greisenalter vertreten. Das größte Contingent dieser Unglücklichen stellte sich aus solchen Handwerkern zusammen, deren Erwerbszweig schon seit längeren Jahren brach liegt, wie Weber, Schmiede, Schlosser u. s. w. — Uckermünde ist ein Städtchen, dessen hervorragendster Industriezweig in der Fabrikation von Ziegeln besteht, weshalb die meisten Arbeiter des Orts und der Umgegend ihren Erwerb auf den dortigen zahlreichen Ziegeleien zu suchen genöthigt sind. Die Ziegeleibesitzer requirirten nun mit Vorliebe aus der „Anstalt" so viel Arbeitskräfte, wie sie nur irgend erhalten konnten. Diese waren billig (pro Kopf dreizehn Groschen täglich) und fügsam, da die geringste Widersetzlichkeit schwere Strafe nach sich zieht. Die „freien" Arbeiter, in den meisten Fällen Familienväter, mußten nun froh sein, für den Hungerlohn von siebzehn Groschen pro Tag arbeiten zu können und bei der geringsten Aeußerung von Unzufriedenheit setzte man ihnen den Stuhl vor die Thür, mit dem Bemerken, daß man aus der Anstalt die Leute billiger haben könne.

Indem ich die verschiedenen Behandlungen, welchen diese Gefangenen ausgesetzt sind, übergehe, bemerke ich nur noch, daß Individuen, welche sich der weiteren Verbüßung ihrer Strafe durch die Flucht zu entziehen gesucht hatten, außer durch Detention, noch durch Anlegen eiserner Ringe um die Fußgelenke, mit welchen sie, nach Abbüßung von vierzehn Tagen Dunkelarrest bei Wasser und Brod, ihre bisherige Arbeit wieder aufnehmen mußten, bestraft wurden. Bei einem dieser so bedachten Delinquenten trat in den Beinen die Wassersucht auf. Er wurde auf die Krankenstation gebracht. Hier gerieth der Kranke in Tobsucht und starb. Sonntags wurden wir natürlich zur Kirche commandirt, wo der Priester uns etwas von „christlicher Liebe und Demuth" vorpredigte.

Endlich, nach abermaligem Verlauf von 11 langen Wochen kam von der Regierung zu Stettin der Bescheid, daß wir, weil noch nicht bestraft, mit dem niedrigsten Strafmaß von 3 Monaten bedacht worden seien. Das höchste Strafmaß beträgt 2 Jahre. Nach Ablauf von noch 14 Tagen, zu welchem Zeitpunkt wir der Freiheit wiedergegeben wurden, hatten wir also 9 Wochen Gefängniß und 3 Monate Detention abgebüßt, und das Alles wegen der versuchten Bitte um einen Trunk. — Man zahlte uns unsern „Ueberverdienst" im Betrage von 4 — 5 Mark und überließ uns unserm ferneren Schicksal.

Der Frühling war verflossen, Arbeit konnten wir in dem Städtchen nicht erhalten und mit Mühe und Noth — um nicht wieder einem der vielen Gensdarmen in die Hände zu fallen — langten wir endlich in Kiel an, um den Rest des Sommers so viel wie möglich auszunützen.

B. G."

— Ein moderner Krösus. Der Jahresbericht pro 1877 über die Fabriken der Firma Fr. Krupp in Essen enthält folgende Daten: Die Zahl der Arbeiter der Gußstahlfabrik ist 8509. Es arbeiten daselbst 298 Dampfkessel und ebenso viel Dampfmaschinen mit zusammen

das Kammergericht jedoch erkannte abändernd auf Verurtheilung der Verklagten zur Alimentation, deren Höhe in einem besonderen Verfahren festgesetzt werden sollte, indem es annahm, daß das Niesen des Pferdes keine zufällige, sondern eine durch die Krankheit bedingte Handlung gewesen ist. Die Verklagte legte die Revision ein, und der höchste Gerichtshof gab derselben unter Wiederherstellung des ersten Erkenntnisses statt. — Ein anderer Haftpflichtprozeß wurde vor einigen Tagen beim Kreisgericht zu Gera nach vierjähriger Dauer zu Gunsten eines Arbeiters entschieden. Der Arbeiter Götze nämlich aus Debschwitz gewann den Prozeß, der alle Instanzen, das Appellgericht Eisenach, wie das Reichsoberhandelsgericht in Leipzig passirt hat. Beklagter ist verurtheilt, dem Kläger, der drei Finger einbüßte, außer der Nachzahlung des früheren Lohnes eine lebenslängliche Rente von 7 Mark wöchentlich zu zahlen, falls sich ihr Arbeiterverhältniß löst. Es repräsentirt dies, zu 5 pCt. gerechnet, ein Kapital von über 7000 Mark. — Vier Jahre lang aber hat der Arbeiter keinen oder nur geringen Verdienst gehabt und ist dadurch seine Gesundheit noch nebenbei ferner geschädigt worden. Die Möglichkeit, daß der Prozeß vier Jahre dauern konnte, ist schon ein Beweis von der Unzulänglichkeit des Gesetzes und drängt auf die Abänderung desselben hin.

— In Veranlassung des Sieges der Sozialisten bei der Braunschweiger Stadtverordnetenwahl macht die „Magdeburgische Zeitung" in einer Braunschweiger Correspondenz ein höchst eigenthümliches Zugeständniß. Es heißt nämlich daselbst: „Das ist eben das Unglück in unserem öffentlichen Leben, daß das Cliquenwesen zu sehr ausgebildet ist, daß jede Clique immer nach der Herrschaft strebt und daß das Privatinteresse immer oben schwimmt." — Gewiß ist das ein Unglück, und dieses Unglück will der Sozialismus, der das gemeinsame Interesse weckt, von den Menschen abnehmen. Und deshalb ist der Sozialismus in den Augen der heute herrschenden Parteien culturfeindlich.

— Eine Warnung. Der „Neuen Glashütte", Organ der Glasarbeiter, entnehmen wir, daß die Firma Mitscherling und Comp. in Moritzdorf den Betrieb eingestellt hat, wodurch mehrere Arbeiter um ihren verdienten Lohn gekommen sind; einer derselben hat noch gegen Mk. 300 zu fordern. Die Arbeiter glaubten ihr momentan überschüssiges Geld beim Herrn Prinzipal am besten aufgehoben — jetzt sind sie zu ihrem Schaden eines Besseren belehrt. Da derartige Fälle sehr häufig sind, so benutzen wir diese Gelegenheit, darauf aufmerksam zu machen, daß Fabrikanten, welche sich erbieten, den Lohn ihrer Arbeiter „aufzuheben" (mit oder ohne Verzinsung) erfahrungsmäßig der Regel nach schlecht stehen und vom Bankrot bedroht sind. Je günstiger die von dem „Meister" gebotenen Bedingungen sind, desto berechtigter ist das Mißtrauen.

— Unsere Notiz betr. die „Liebesepisode aus dem Leben Ferdinand Lassalle's" hat nicht verfehlt, Staub aufzuwirbeln. Wir halten es für überflüssig, uns in eine Discussion einzulassen, nachdem wir Herrn Brockhaus aufgefordert haben, die Originale der angeblichen Briefe Lassalle's zu produziren. Kann Hr. Brockhaus dies nicht thun, gut — so haben wir recht und „die Liebesepisode" ist eine Fälschung. Also her mit den Originalen — oder —!

— Das am 3. Januar in Sachen der „Neuen Welt" erlassene Urtheil des Berliner Stadtgerichts lautet:

Im Namen des Königs!

Deputation VII. für Vergehen.
Litt. R. No. 73 de 1877

In der Untersuchungssache wider den Kaufmann Rackow hat das Königliche Stadtgericht zu Berlin, Abtheilung für Untersuchungs-Sachen, Deputation VII. für Vergehen in seiner öffentlichen Sitzung vom 3. Januar 1878, an welcher Theil genommen haben:

Reich, Stadtgerichts-Direktor, als Vorsitzender,
v. Ossowski, Stadtgerichts-Rath, als Beisitzer,
v. Mikomaski, „
der mündlichen Verhandlung gemäß für Recht erkannt:

daß der Angeklagte Kaufmann Heinrich Rackow von der gegen ihn wegen Preßvergehens und Preßübertretung erhobenen Anklage unter Außeransatzlassung der Kosten freizusprechen.

Von Rechts Wegen.

Gründe.

Seit mehreren Jahren erscheint hier in Berlin im Verlage der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei hierselbst eine täglich mit Ausnahme des Montags herauskommende Zeitung unter dem Namen

„Berliner Freie Presse."

Der Angeklagte Kaufmann Rackow, am 11. Februar 1844 in Hamburg geboren mittels Erkenntniß des Amtsgerichts zu Altona vom 24. Mai 1874 wegen Zuwiderhandelns gegen das Vereinsgesetz zu 10 Thalern Geldstrafe rechtskräftig verurtheilt, ist Vorsteher der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei. Seit dem 1. Januar 1876 brachte die „Berliner Freie Presse" als Gratisbeilage für jeden ihrer Abonnenten ein Exemplar der unter der selbständigen mit der Expedition der Berliner Freien Presse in keiner Beziehung stehenden Redaktion von Bruno Geiser, Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig, daselbst erscheinenden

Illustrirten Unterhaltungsblattes
„Die Neue Welt"

und seitdem enthielt die Berliner Freie Presse oben am Kopf die Bemerkung:

„Hierzu Beilage und Neue Welt",

und in der Ankündigung hieß es:

„Die Berliner Freie Presse erscheint täglich, Morgens, mit Ausnahme des Montags; Sonntags mit der illustrirten Gratis-Beilage

„Die Neue Welt".

Zugleich wurde nun mit der Berliner Freien Presse auch die „Neue Welt" dem Königlichen Polizei-Präsidium hierselbst beim Beginn der Verausgabung eingereicht. Die mit der Berliner Freien Presse hier verausgabten Exemplare der Neuen Welt enthielten oben am Kopf den Vermerk:

„Sonntags-Gratisbeilage der Berliner Freien Presse. — Extra-Abonnement 1 Mark 20 Pfg. pro Quartal."

Bei der Einreichung des Pflicht-Exemplars der Nummer 254 der Berliner Freien Presse vom Sonntag den 4. November pr. unterblieb aber die Einreichung eines Exemplares der Neuen Welt an das Polizei-Präsidium und die Berliner Freie Presse enthielt nun statt des bisherigen Vermerks in der Ankündigung die Mittheilung:

„Sonntags bringen wir unseren Abonnenten unentgeltlich das in Leipzig erscheinende von Bruno Geiser redigirte illustrirte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt".

Seitdem ist auch dem Königlichen Polizei-Präsidium ein Pflichtexemplar der Neuen Welt nicht mehr überreicht.

Diese erschien zu Leipzig als ein selbstständiges Blatt und die Berliner Freie Presse erhielt ihren Bedarf an Exemplaren derselben nur auf Grund eines contractlichen Abkommens mit der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Diese Thatsachen stehen auf Grund der Anklage, resp. nach dem Anerkenntnisse des Angeklagten und den beigebrachten Exemplaren der erwähnten Druckschriften fest und die Anklage behauptet nun, daß der Angeklagte den Redakteur der Neuen Welt zum Mitredakteur der Berliner Freien Presse für die derselben beigegebenen Exemplare der Neuen Welt hätte bestellen sollen und die unterlassene Erfüllung dieser Verpflichtung bei der dennoch erfolgten Verbreitung der „Neuen Welt" die falsche Benennung eines Redakteurs involvire, der Angeklagte auch eine Uebertretung dadurch begangen habe, daß er am 4. November pr. die Einreichung eines Pflichtexemplars der „Neuen Welt" unterließ. Die Anklage stützt sich auf einen Beschluß des Königlichen Ober-Tribunals vom 7. September pr. in der Untersuchungssache wider den Schriftsteller Liebknecht, aber da die in Leipzig herauskommende „Neue Welt" ein selbstständiges für sich bestehendes Blatt war, so konnten die von dem Verleger der Berliner Freien Presse erworbenen Exemplare der „Neuen Welt" nicht durch die bloße gemeinschaftliche Verausgabung mit Exemplaren der Berliner Freien Presse und deren Ankündigung zu Beilagen dieser Zeitung im Sinne des Gesetzes, d. h. zu organisch mit dem Hauptblatte verbundenen integrirenden Theilen werden. Sie blieben für sich bestehende Druckschriften, ihrer gemeinschaftlichen Verausgabung mit dem Hauptblatte widersprach auch kein Gesetz und lag daher weder dem Angeklagten die Verpflichtung zur Bestellung eines andern Redakteurs für sie ob, noch waren in Ansehung ihrer die Bestimmungen über die Einreichung eines Exemplars an die Polizeibehörde beim Beginn der Austheilung oder Versendung geltend zu machen.

Es konnte demnach nicht mit der Anklage dafür erachtet werden, daß der Angeklagte zu Berlin im November 1877:

a. für einen Theil der Nummer 228 der Berliner Freien Presse den Namen des Redakteurs mit Kenntniß der Unrichtigkeit falsch angegeben und
b. von einer Beilage der Nummer 258 der Berliner Freien Presse bei dem Beginne der Austheilung resp. Versendung derselben ein Exemplar an die Polizeibehörde des Ausgabeortes nicht abgeliefert hat und mußte daher (§ 7, 9, 18 Nr. 2 und 19 Nr. 2 des Preßgesetzes) wie geschehen die Freisprechung des Angeklagten erfolgen.

Kostenpunkt § 174 St.-Pr.-O.

— Eine höchst merkwürdige Anklage soll gegen den Redakteur der „Erfurter Volkszeitung" angestrengt werden. Derselbe soll nämlich den verstorbenen und den jetzigen König von Italien beleidigt haben. Ob König Humbert Strafantrag gestellt hat, ohne den die Anklage nicht erhoben werden kann, ist nicht bekannt. Wenn er es gethan hat, so hat er dadurch jedenfalls nur seine Sympathien gegen das deutsche Reich ausdrücken wollen.

— Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von Wilh. Liebknecht. — Der Verfasser sagt in seinem Vorwort, nachdem er bemerkt hat, daß es ihm nicht einfallen konnte, die Partei als solche in Bezug auf die orientalische Frage nach irgend einer Richtung zu engagiren, und fährt dann fort:

„An das deutsche Volk aber wende ich mich, weil ich es für ein „Culturvolk" halte, zu gut, um seine „Knochen" für eine Politik zu opfern, die unseren nationalen Interessen ebenso feindlich ist, wie den Culturinteressen der ganzen civilisirten Welt. Ich will ihm zeigen, daß die einzige Partei, welche eine echt nationale, das heißt die Interessen des deutschen Volkes fördernde Politik hat, gerade die Partei ist, der man die Leugnung, die Bekämpfung des nationalen Prinzips vorwirft, und daß, anderseits, gerade die Partei, die Politik unsere Nationalinteressen bekämpft, sie dem „Erbfreund" genannten „Erbfeind" preisgibt, welche sich mit Vorliebe in den Mantel der Nationalität hüllt."

Der Verfasser läßt nach dem Vorwort die von ihm verfaßten Artikel über die Orient-Krisis, die im „Vorwärts", in der „Neuen Welt" und in der „Sozialdemokratischen Correspondenz" seiner Zeit zum Abdruck gelangten, chronologisch geordnet folgen und gibt dadurch in großen Zügen einen Ueberblick der Entwicklung der orientalischen Frage. In dem Nachwort heißt es dann gegen den Schluß folgendermaßen:

„Gelöst wird die orientalische Frage erst werden, wenn in den politischen Centren Europas, oder richtiger in den Centren des politischen Lebens von Europa: in London, Paris, Berlin, Wien das Menschenrecht zur Geltung gelangt, das „Völkerrecht" durch das Volksrecht ersetzt ist."

Das Schriftchen ist im Verlage von R. E. Höhme in Leipzig erschienen und gut ausgestattet. Es kostet 30 Pfg., in Partien bezogen 25 Pfg.

11,000 Pferdekräften und 77 Dampfhämmern von 2 bis 1000 Ctrn. Es können in 24 Stunden produzirt werden: Eisenbahnschienen für 2½ Meilen, Radreifen. Achsen, Räder, Federn im Verhältnisse, dazu 1500 diverse Granaten; in einem Monat werden fertig 300 Kanonen verschiedenen Kalibers. Seit 1847 sind 15,000 Kanonen gefertigt worden. Kohlen und Koaks werden täglich 36,000 Ctnr. verbraucht. An Gasflammen brennen 21,000. Eine ca. 60 Kilometer lange Eisenbahn mit 24 Lokomotiven und 700 Wagen vermitteln den Verkehr. 44 Telegraphenstationen sind im Etablissement. Die Feuerwehr hat 8 Spritzen. Ein neuer Schießplatz von 18 Kilometer Länge wird eben bei Meppen in Hannover eingerichtet. In den Bergwerken der Firma arbeiten 5300 Arbeiter auf Kohlen und Erz. Die Gruben in Nordspanien liefern jährlich 4 Mill. Ctr. Eisenerz, die mit 5 eigenen Dampfern beigeschafft werden. Die Hüttenwerke der Fabrik beschäftigen 700 Arbeiter. In den 3277 Arbeiterwohnungen der Firma wohnen 16,200 Menschen.

— Ein frecher Patron. Die „Magdeburger Zeitung" schreibt unter der Rubrik „Aus der Provinz":

„Buckau, 1. Februar. Die Frechheit und Unverschämtheit der sogenannten Handwerksburschen charakterisirt so recht folgender Vorfall. Ein ehemaliger Müller und Bäckermeister aus Chemnitz, etwa 38 Jahre alt und ein wahrer Hüne von Gestalt, 6 Fuß 11½ Zoll groß und ca. 2½ Ctnr. schwer, kam gestern zum Zwecke des Bettelns von Magdeburg nach hier. Nachdem er fünf Häuser der Schönebecker Straße vergeblich „abgeklopft" hatte und überall abgewiesen worden war, stellte er sich auf der Straße auf und raisonnirte über die Unartigkeit der Leute, was sie wohl dächten, wovon er denn eigentlich leben sollte, wenn sie ihm nichts geben wollten. Dem Polizeibeamten antwortete er: „Sie haben gar nischt zu sagen, ich muß was kriegen, wovon soll ich sonst leben!" Es mußte schließlich zu seiner Verhaftung geschritten werden; doch hatten drei Beamte ihre große Mühe, den frechen Patron in das Polizeigewahrsam zu bringen."

Daß der Mann Geld oder Nahrungsmittel in seinem Besitz gehabt habe, wird nicht gesagt. Es wird also auch nicht der Fall gewesen sein, wie bei Hunderttausenden arbeitslustiger Männer in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit. Worin das „Raisonniren" bestanden, wird ebenfalls nicht gesagt, denn die Frage: „wovon er denn eigentlich leben sollte, wenn man ihm nichts zu essen gebe", ist doch kein „Raisonniren" im üblichen Sinne des Worts. Und ist es etwa ein Verbrechen, daß er seine Mitmenschen um Brod bat, wenn er nichts zu essen hatte? Oder soll vielleicht das Verbrechen darin bestehen, daß der Mann „ein wahrer Hüne von Gestalt" war? Um so mehr Nahrungsmittel brauchte er. Oder liegt das Verbrechen in den Worten: „ich muß was kriegen, wovon soll ich sonst leben!"? Wir dächten, es wäre eine verzweifelte Logik darin. Und für diese verzweifelte Logik, für diese Logik der Verzweiflung „mußte — der freche Patron" verhaftet werden! Ein köstliches Sittenbild. Eine unbezahlbare Satyre auf die heutige Gesellschaft.

— Ueber die Lohnverhältnisse wird unserem Breslauer Parteiorgan, der „Wahrheit", Folgendes mitgetheilt: „In einem hiesigen (Breslauer) Damen-Confektions-Geschäft auf der Oderstraße erhielt eine Arbeiterin, die bereits ausgelernt hat, für ihre 5½tägige Arbeit einen Wochenlohn von 1 Mark, sage zehn Silbergroschen, ausgezahlt!! Das Mädchen ist durchaus nicht etwa besonders ungeschickt im Arbeiten. Die betreffende Arbeiterin hat Plissé's gefertigt, eine Arbeit, für die gewöhnlich ein täglicher Lohn von fünf bis zehn Silbergroschen bezahlt wird. Klingt es nicht wie Hohn, wenn man einem erwachsenen Menschen zumuthet, mit wöchentlich 1 Mark auszukommen? Aber auch der sonst übliche Lohn von 50 Pf. bis höchstens 1 Mark täglich ist so lächerlich winzig, daß man mit Fug und Recht sagen kann: Zum Leben ist dies zu wenig, zum Sterben zu viel. Wir sind in der That begierig, ob die Vertheidiger der heutigen Gesellschaftsordnung nicht angeben können, wie ein Mädchen von einer solchen Einnahme seine Lebensbedürfnisse bestreiten soll, wenn es dabei anständig bleiben will?

— Das Tipferl über'm i. Man schreibt der „Neuen Freien Presse" aus Berlin, 25. Januar: „Gestern wurde im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater Johann Strauß' Operette „Prinz Methusalem" zum erstenmale aufgeführt und recht freundlich aufgenommen. Bemerkt zu werden verdient ein Intermezzo. Nachdem ein Komiker schon einmal eine politische Anspielung gemacht hatte, indem er Herzog Cyprian, dessen Kanzler zu kommen säumt, fragte: „So, haben Sie auch einen Kanzler, der zuweilen ausbleibt?" gab er in den „Tipferl-Couplets, ermuthigt durch den Erfolg des ersten Witzes, ein Couplet zum Besten, dessen Gegenstand Bismarck ist. Es lautete — ich citire aus dem Gedächtniß — etwa so:

„Wo ist die Katz'?" fragt Niemand mehr,
Man fragt nur: „Wo ist Er?"
Er weilt fern in Varzin,
Steht auf des Ruhmes Tipferl
Und bleibt auch stets das Tipferl,
Das Tipferl auf dem i!

Natürlich großer Applaus." — Es fehlt also nichts mehr an des deutschen Reiches Herrlichkeit, es ist Alles in Ordnung bis zum Tipferl über'm i. Bismarck kann recht stolz sein auf seine neue Hof- und Reichscharge.

— Pietätvoll. Durch die liberalen Zeitungen läuft folgende Notiz: „Im Werrathale sind italienische Arbeiter beschäftigt, die auch hier ihres dahingegangenen Königs pietätvoll gedacht. Wie die „Dorfzeitung" schreibt, hätten sie nach Eingang der Nachricht von dem Tode des Königs die Arbeit auf einen Tag eingestellt und einen Trauertag gehalten; ferner hätten sie den Ertrag eines Arbeitstages zu dem Königsdenkmal gestiftet." — Wenn ein König stirbt, dürfen also die Arbeiter einen „Blauen" machen, das ist pietätvoll; wenn die Arbeiter aber wagen sollten, einmal in pietätvoller Trauer eines dahingeschiedenen Geistesheroen, eines Kämpfers für ihre Sache, z. B. Lassalle's, durch Einstellung der Arbeit an dem Todestage zu gedenken, die ganze liberale Presse würde wie eine hungrige Meute auf die „Bummler", auf die „pietätlosen" — nämlich pietätlos gegen ihre Arbeitgeber — Arbeiter, die einen „Blauen" machen, herfallen und die Arbeitgeber würden sie entlassen.

— Die mit Wasser gefüllten Glaskugeln, welche von Schuhmachern, Xylographen und vielen anderen Gewerben verwendet werden, um einen verstärkten Lichtschein zu erzielen, sind mit Vorsicht zu gebrauchen. Herr Dr. von Dozauer in Prag erläßt in den Zeitungen folgende Warnung: „Dieser erhöhte weiße Lichtschein wirkt auf die Augen sehr schädlich, während alle mit farbigen, besonders mit grünen Flüssigkeiten gefüllte Glaskugeln einen wohlthuenden Schein verbreiten. Eine derartige grüne Flüssigkeit wird mit geringen Kosten bereitet. Man löst ein Stückchen Kupfer in Scheidewasser auf und setzt davon dem in der Kugel befindlichen Wasser so viel zu, bis dasselbe genügend — lichtgrün — gefärbt ist. Diese gefärbte Flüssigkeit braucht nicht erneuert zu werden. Die Kugel ist weniger dem Zufrieren ausgesetzt, als wenn sie nur mit reinem Wasser gefüllt ist. Die Gemeinde-Vertretungen und Volksfreunde werden ersucht, diese Anleitung zur Schonung der Augen zu verbreiten. Apotheker und Kaufleute könnten diese Kupferlösung zu dem billigsten Preise zum Verkaufe einführen."

Morgengruß.

I.

Den Glückberaubten weiht mein Herz und Auge
Den Rest von Zeit und Kraft in Morgengrüßen,
Die manchen Tag der Leiden mir versüßen,
Woraus der Dulder bald Erquickung sauge.

Und ächte Bildung wirkt, wie gute Lauge,
Wo Böller noch im Schmutz der Dummheit büßen;
Die junge Wahrheit läuft mit Sonnenfüßen,
Daß kein Betrug zur Nacht verderblich tauge.

Dich, Mann der Arbeit, weckt aus dumpfen Träumen
Mein heller Morgenruf zu schönen Zeiten,
Erfreut von Frühlingsluft und Blüthenbäumen.

Erlerne nun für deine Rechte streiten;
Daß deine Kräfte keinen Sieg versäumen,
Die würdig ächtes Menschenglück bereiten.

II.

Das arme, glückberaubte Volk bereitet
Für kargen Lohn fast alle Lebensgaben,
Woran Unthät'ge faul die Sinne laben,
Von Uebermuth und Launen blind geleitet.

Für längst erkannte Menschenrechte streitet
Jetzt mancher Mann, wo Knechte traben,
Im Geldgewinn der Rettungsdrang begraben,
Die Brust von keiner Freiheitsgluth geweitet.

Du, Mann der Arbeit, würdig nun entfalte
Die Bildungslust am Bau der Weltgeschichte,
Daß deine Kraft erfreulich mitgestalte.

Des Geldes ungerechte Macht vernichte,
Daß dein Beschluß gesetzlich weise walte,
Und Niemand mehr auf Lebensglück verzichte.

Gustav Adolph Köttgen.

Zur Klarstellung über preußisches Gefängnißwesen

bringt unser Parteiorgan, die „Halberstädter Freie Presse", vom 3. Februar folgende zwei Erklärungen:

„Durch die Erklärung unseres Mitstreiters und Genossen Bebel in Leipzig, welche derselbe im „Vorwärts" am 16. Januar veröffentlicht und in welcher er sich über seine Behandlung während seiner Haft in Plötzensee in befriedigender Weise ausspricht, „daß ihm alles, was die Gefängnißordnung nur zu gestatten habe, erlaubt war," sehe ich mich genöthigt, da diese Erklärung Aufnahme in anderen Zeitungen, auch in unserm Intelligenzblatt, gefunden hat und zwar nur deswegen, um zu bekunden, wie „human" politische Gefangene in unseren Gefängnissen behandelt werden, hiermit ein Gegenstück zu bringen über die Behandlung eines politischen Gefangenen auf unserm „Petershof".

Als früherer verantwortlicher Redakteur d. Bl. hatte ich die erste Strafe von sechs Wochen, welche unser Blatt verdienstvoll sich erworben, zu verbüßen. Bei meinem Antritt am 7. August v. J. wurde ich gleich einem gemeinen Verbrecher auch zu solchen eingesperrt, zu Leuten, die oft wegen schwerer Körperverletzung zu jahrelangen Strafen verurtheilt waren. Gleich in den ersten Tagen hatte ich Gelegenheit einer Messerattaque (im Gefängniß!) beizuwohnen, die den Turkos alle Ehre gemacht haben würde. Mein Strohsack war so unappetitlich, daß es jeder Beschreibung spottet, dazu eine wollene Decke, die eher den Namen eines Lumpen verdiente. Schwindler, Betrüger ꝛc. hatten bessere Schlafrequisiten, waren aber auch Kaufleute und nicht wie ich Arbeiter. Meine Frau hatte sich dahin verwandt, mir doch wenigstens Kopfkissen und Bettüberzug zukommen zu lassen, um nur den infernalischen Geruch der Decke und des Strohsacks abzuhalten — auch dies nicht!

Um nun möglichen Unannehmlichkeiten zu entgehen, unterzog ich mich der geisttödtenden Arbeit des Düten-klebens. Ein Antrag, mir doch wenigstens während der freien Zeit wie des Abends und Sonntags Lektüre zukommen zu lassen, wurde mit dem Bemerken zurückgewiesen: „ich sei nicht da, mich zu ergötzen oder zu belehren, sondern um mich zu bessern!" — Als ich mich ferner weigerte, den „Gottesdienst" zu besuchen, sollten mir nicht einmal mehr die Zusatznahrungsmittel zugeführt werden. Meine Frau, die mir etwas Weißbrod brachte (das Gefängnißbrod ist öfters ungenießbar), wurde trotz ihrer mit Thränen begleiteten Bitte barsch abgewiesen. Eine Beschwerde meiner Frau beim Gerichtsvorstande hatte sogar den entgegengesetzten Erfolg, daß ihr der wöchentliche Besuch, der nur darin bestand, mir die Wäsche und etwas Zubrod zu bringen, ganz untersagt wurde. Die Wäsche aus der Anstalt zu benutzen genöthigt, hatte ich das zweifelhafte Glück, die Bekanntschaft unliebsamer Gäste zu machen. — —

Ich sage nun nicht, daß mir von jedem Aufsichtsbeamten solche Aufmerksamkeit zu Theil wurde, es liegt diese Behandlungsweise darin, daß die in allen Gefangenenanstalten gegebenen Vergünstigungen willkürlich gehandhabt werden. Jeder gebildete Mann, der also auch ein gefühlvoller Mensch sein muß, wird zugestehen, daß eine solche Behandlungsweise für politische Verbrecher unwürdig ist. Selbstverständlich müßten etwaige „Begünstigungen" für solche „Verbrecher" am ehesten zur Anwendung kommen. Ein politischer Verbrecher kann nicht mehr „gebessert" werden, er ist schon gebessert, ehe er in's Gefängniß kommt. Sein Vergehen besteht einfach darin, daß er die Grenzen einer Kritik über Verhältnisse und Zustände des Staates in seiner Entwickelung, innerhalb der modernen Gesetzgebung nach den dehnbaren juristischen Begriffen nicht zu finden verwag.

Was ich also indirekt unter der allgemeinen Gefängnißordnung genossen, habe ich nur einigen rücksichtsvollen Beamten und meinen Mitgefangenen zu verdanken, die nicht litten, daß ich eine allmorgentlich zu verrichtende scheußliche Arbeit mitthun sollte, die bei unseren Culturzuständen endlich auch einmal anders geregelt werden könnte!

Möglich nun, daß bei einem längeren Aufenthalt die Begünstigungen, wie sie Freund Bebel in Plötzensee genossen, auch den Redakteuren der sozialistischen Presse gewährt werden. Sonst aber, wenn nicht, dann verdient eine Behandlung, wie die mir gewordene, vor der öffentlichen Meinung bloßgestellt zu werden.

Fr. Voigt,
Begründer und ehemaliger Redakteur der „Halberstädter Freien Presse".

Nach den eben geschilderten Thatsachen und nach der Erklärung, welche Freund Bebel erläßt und die mit so viel Behagen in allen reichstreuen Blättern abgedruckt wird als ein Zeichen preußischer Humanität, können sowohl mein Freund Voigt, welcher 9 Monate, als ich selbst, der einstweilen Aussicht auf 11 Monate Petershof hat, uns recht innigst freuen. Wir werden ja sehen, von welcher Seite geistiger Regung und geistigen Lebens man uns anfassen wird, ob von der Seite mittelalterlicher Inquisition, in welcher ja auch Halberstadt eine traurige Rolle gespielt, oder ob von humaner Seite, von welcher aus Halberstadt wiederum durch seine hier geborenen und wirkenden Dichtergrößen sich einen ehrenden Platz erobert hat. An uns wird's keineswegs fehlen, dies in geeigneter Weise der Mit- und Nachwelt kund zu thun.

August Kruhl,
z. Z. Redakteur der „Halberstädter Freien Presse".

Diese Erklärungen bedürfen keines Commentars.

Uebrigens bilde man sich nicht ein, daß nur in Preußen die Behandlung der politischen „Verbrecher" eine so unwürdige sei. Die Beispiele, welche seinerzeit von Liebknecht im Reichstag vorgebracht wurden, vertheilten sich so ziemlich auf alle Staaten und Stäätchen unseres Musterreichs der Gottesfurcht und frommen Sitte.

Eins der „liberalsten" dieser Stäätchen, das Herzogthum Coburg-Gotha, liefert gerade jetzt wieder ein hübsches Exempel.

„In Ichtershausen im Herzogthum Gotha, schreibt die „Thüringer Freie Presse" vom 3. d. M., sitzt ein Mann, Namens Leuschke, der weder gestohlen noch Jemanden erstochen, sondern blos das Unglück hat, Sozialdemokrat zu sein. Diesem Unglück hat er eine fünfmonatliche Gefängnißstrafe zu verdanken, die er gegenwärtig abbüßt. Aber unter welchen Umständen! Gleich bei seinem Eintritt wurde ihm das Haar glatt geschoren, und er, gleich den übrigen gemeinen Verbrechern, in den Sträflingsanzug gesteckt und an die Arbeit gestellt. Zeitungen sind ihm verboten, ja nicht einmal die Kreuzzeitung darf er lesen. Abgeschlossen von der übrigen Welt hat der Arme auf diese Weise fünf Monate zuzubringen. Als wir durch Zufall von diesen Thatsachen Kenntniß erhielten, hielten wir dieselben anfangs für unglaublich, da wir in dem „freisinnigen Gotha" so etwas nicht für möglich hielten. Wir sandten einen Genossen nach Ichtershausen, welcher, mit einigen Lebensmitteln versehen, den Herrn Direktor aufsuchte. Die Unterredung mit dem Gefangenen wurde unserem Abgesandten gestattet, doch kann man sich am besten ein Bild von der humanen Behandlung machen, wenn man erfährt, daß die Lebensmittel zurückgewiesen wurden, da der „Verbrecher" sie nicht annehmen durfte. So werden Leute bestraft, die sich ein Preßvergehen zu Schulden kommen ließen."

Ist schon an sich das bloße Vorhandensein „politischer Verbrecher" ein schlechtes Zeugniß für einen Staat, so constituirt die unwürdige Behandlung der „politischen" Gefangenen geradezu ein Verbrechen an der Cultur.

Correspondenzen.

Hannover, 24. Januar. Donnerstag den 24. d. M. fand im hiesigen „Ballhofsaale" eine sehr stark besuchte Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Lassalle und der „Hannoversche Currier". 2) Die deutsche Orientpolitik. Als Referent war Herr Oehme aufgestellt und erschienen. Grund zum ersten Punkt der Tagesordnung war ein Artikel im Feuilleton des „Hannoverschen Curriers", betitelt: „Aus dem Leben F. Lassalle's". Der verantwortliche Redakteur desselben, O. E. Köbner, war zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen, zog es aber vor, sich durch ein längeres Schreiben zu entschuldigen. Herr Oehme las dasselbe vor und unterwarf es einer kurzen Kritik. Als wesentlichen Grund des Nichterscheinens führte Herr Köbner an: „Daß man die Erfahrung gemacht habe, daß an allen Orten, wo die Sozialisten eine starke Anhängerschaft haben, sie auch in Versammlungen resp. Disputationen die Majorität für sich hätten und aus denselben nur Vortheile zu ziehen wüßten. Er für seinen Theil verzichte darauf, für die Sozialdemokraten Propaganda zu machen. Herr Oehme macht bei dieser Stelle darauf aufmerksam, daß dies jedenfalls für uns eine Anerkennung sei, aber ein desto größeres Armuthszeugniß für die Nationalliberalen, die doch vor Allem Zeit genug hätten, alle Mann am Platze zu erscheinen, und zwar umsomehr, als es ja des Reichskanzlers direkter Wunsch sei, uns bei jeder Gelegenheit gegenüber zu treten. Freilich machten die Nationalliberalen sich das viel leichter, indem sie vom sicheren Redaktionstisch aus Leute mit Schmutz bewürfen, sonst aber viel zu feige seien, persönlich ihre Meinung zu vertheidigen. Der Redner weist sodann nach, daß der Artikel des „Curriers" ein Auszug aus der bei Brockhaus in Leipzig erschienenen Broschüre: „Eine Liebesepisode F. Lassalle's" sei. Er selbst habe das Original in Händen. — Der Referent vergleicht letzteres mit dem Artikel und beweist, daß sich der „Currier" verschiedener Fälschungen und Verdrehungen schuldig gemacht habe und unterzieht diese Handlungsweise einer scharfen und gerechten Kritik. Er ermahnt die Anwesenden, die Schundliteratur der Liberalen zu meiden und für unsere Presse thatkräftig einzutreten, denn die Wahrheit müsse endlich doch zum Siege gelangen.

Stürmischer Beifall lohnte den Redner, und wurde von der Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verurtheilt ganz entschieden die im Feuilletonartikel des Hannoverschen „Currier" enthaltenen vollständig unberechtigten Angriffe und Verdächtigungen gegen F. Lassalle und der sozialistischen Partei. Gegenüber der feigen und verleumderischen Kampfesweise der liberalen Gegner verpflichten sich die Anwesenden, für eine immer weitere Verbreitung der sozialistischen Presse energisch thätig zu sein."

Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die Orientpolitik des deutschen Reiches", wurde ebenfalls von Herrn Oehme in klarer Weise erledigt. Da sich kein Gegner zum Worte meldete, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Volksversammlung erklärt jede Unterstützung der russischen Politik für eine Schädigung der wirthschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Volkes und für eine Förderung asiatischer Barbarei gegenüber der westeuropäischen Civilisation. Die Versammlnng erklärt ferner, daß sie es als das entsetzlichste Unglück für Deutschland betrachten würde, wenn dasselbe für russische Interessen in einen Krieg verwickelt würde. Sie betrachtet den russisch-türkischen Krieg als eine Schande für Europa und das 19. Jahrhundert, und als einen Beweis für die Unfähigkeit der europäischen Diplomatie, welcher Unfähigkeit gegenüber das Volk die vollkommenste Ursache hat, durch Kundgebung seines Willens dahin zu streben, daß daraus nicht neues und unser Land unmittelbar berührendes Unglück entsteht."

H. Hartmann.

Oeffentliche Quittung.

Im Monat Januar sind für Gemaßregelte und Inhaftirte folgende Gelder eingegangen:

Hamburg v. F. Fischer M. 1,20; von einer Taufe durch Brandes 0,35; v. H. Förster 2,40; v. Mensing's Bau in den Colonnaden 13,53; d. Becker v. Sylvesterabend 3,60; d. Nagel vom Sylvesterball der Parteimitgliedschaft 47,26; d. Deifinger 3,00; d. Becker 2,00; v. Mensing's Bau 2,00; v. H. 0,50; d. Isenburg 3,00; d. Knöchelmann 0,80; d. W. Metzger 2,40; Steinwärder d. Aug. Kerl vom Weihnachtsfest 15,55; do. v. einem Geburtstagsfest 4,96; Leipzig d. C. Hadlich 83,27; Harburg d. Holzmann 10,35; Verden d. Döpke Ueberschuß von einer Tannenbaumverlosung 16,30; Eimsbüttel v. Sylvesterball des Arbeiterfrauen- u. Mädchen-V. 13,45; Berlin für eine versteigerte Butterbemme 8,35; do. v. Club „Neo Utopia" 22,25; von einer Sylvestergesellschaft 18,90; aus der Redaktionsbüchse der „Berliner Freien Presse' 56,21; Dresden v. mehreren Xylographen d. Scholz 4,00; do. v. 17. Stiftungsfest des Dresdner Arbeiter-Bildungsvereins d. J. Dorn 41,00; Halle a. S. d. H. Rödiger 6,50; Tutzing v. Werno 0,50; Löbtau d. Th. Völkel 1,00; Augsburg v. Christfest im Nördlinger Hof 10,00; Oberlungwitz d. F. Vogel v. der Christbaumverloosung am Sylvester 3,00; Hohenfelde d. Rudemann v. Pein's Tischlerwerkstelle 9,75; Bremerhaven d. R. Richtarsky 7,05; Rendsburg d. Loßmann gesammelt auf d. Ball 8,70; Stadt-Ilm v. Arbeiterlesekränzchen d. Frankenberger 8,00; Frohburg v. einer Abendunterhaltung d. A. Sismondi 9,00; Braunschweig d. Louis Bosse 4,00; Gartenfeld d. C. Becker aus der Parteikasse 20,00; do. d. Revé gesammelt in seiner Wirthschaft 1,10; Minden i. W. d. Franz Schlüter beim Jahreswechsel 2,65; Brandenburg d. A. Bals gesammelt in einer Cigarrenfabrik 5,00; Leipzig v. H. Nebel Exp. der „Fackel" 25,05; Einsiedel auf Liste 2714 d. A. Müller 3,35; do. v. Freidenkern zu Einsiedel 3,40; Hannover d. Flügge von L. Fuhrmann's Geburtstag 4,50; Ottensen d. G. Stegen 10,00; Barmbeck d. F. Schauer 3,50; Zittau d. F. Nenke 1,00; Groitzsch d. G. Reichelt 2,10; Mittweida d. Ed. Eims 2,88; Augsburg d. J. Braun v. Arb.-V. „Vorwärts" 10,00; Zeitz v. Gesangverein „Union" d. Müller 1,90; Karlsruhe v. Christbaumfest der Gewerkschaften d. M. Lutz 9,06; Reutlingen v. Christbaum d. Chr. Walz 10,60; do. v. Christbaum der Vereinigten Gewerkschaften 10,00; Ottensen Fahnenweihe d. „Lassallea" d. Molkenbuhr 27,30; Groß-Auheim d. A. Kronenberger 20,00; Görlitz d. H. Keller 4,20; Baden-Baden d. A. Langer 2,30; Hammerbrück d. Friedr. Unger 3,00; Hamm u. Horn gesammelt bei Lenzikow 2,52; Braunschweig von den Manufaktur-, Fabrik- u. Handarb. d. Wüstefeld 5,00.

Hamburg, 4. Februar 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Zur Beachtung. Die Expeditionen unserer Parteiorgane werden ersucht, zwei Exemplare der betreffenden Blätter regelmäßig an das Bureau des deutschen Reichstags — eins für das Lesezimmer, eins für die Bibliothek — zu senden.

Briefkasten

der Redaktion. H. L. in Hagen: Allerdings ist auf die Reichstagscorrespondenz, von der Sie sprechen, zu abonniren. — A. G. in Jüterbog: Ihre Frage bezieht sich auf § 39 der Gewerbeordnung; nach demselben ist wahrscheinlich der Landrath im Recht. Doch fragen Sie in dem speziellen Falle doch besser einen Rechtsanwalt. — H. K. in Wieden: Der Austritt aus der Landeskirche macht Ihnen Unkosten von 1 Mark.

der Expedition. H. Bänsch in Spremberg: Die Freitagsnummer unseres Blattes haben Sie von dortiger Post auch am Freitag zu erhalten. Wir haben Ihre Karte zur Recherche an das hiesige Postamt abgegeben.

Wilhelm Ehrenpfort, Schreiner, angeblich in der Schweiz, wird ersucht, seinem alten Vater, C. A. Ehrenpfort in Ottensen, Eulenstraße 34. III, seine Adresse zukommen zu lassen.

Quittung. J. Brn Graz Ab. 27,00. Mnch Zittau Schr. 5,00. Rsmnn Lübeck Ann. 0,50 Stbrhrn Eßlingen Ab. u. Schr. 15,45. Rtzmnn Hohenstein Ab. 22,00. Mrtn Schmölln Ab. 8,15. Arb.-Bild.-Verein Lindberg Ab. 6,16. Schrth Arad Schr. 9,27. Rpprcht Schweidnitz Ab. 2,70. Rsch Ulm Ann. 0,80. Wnsch hier Ab. 2,80. Pn hier Ab. 5,00. Sbl Dortmund Ab. 28,30. M. Frnkf Pest Ab. 42,88. Rgr Brüssel Ab. 4,00. Rckzgl Teplitz Ab. 6,86. Ghlsn Bern Ab. 5,60. Strl Dresden Ab. 1,60. Pkrt Gohlis Ab. 28,50. Ullrch hier Ab. 115,70. Stzgl Teplitz Ab. 1,72. Hllbrndt daselbst Ab. 5,15. Bf Christophsgrund Ab. 13,72. Kfmnn Bludenz Ab. 5,00. Stmmr Regensburg Ab. 4,20. Albrtz Eßlingen Ab. 15,50. Eglr hier Ab. 18,6'. Lz Junkerken Schr. 1,50. Aschnbrn Hirschberg Schr. 2,75. Krtzschr Berlin Schr. 0,50. Trst Zschocher Schr. 0,80. Kpp Stuttgart Sch. 1,20. Sprngr Aachen Schr. 1,90. Hlzschr München Schr. 0,50. Bk Gotha Schr. 2,50. Fhlsn Reutlingen Schr. 0,20. Brnschwg Waldenburg 1,40.

Anzeigen ꝛc.

Forst i. L. Sonntag, Nachmittag 3 Uhr, im Lokale des Herrn Barth:

Gemüthliches Beisammensein.

Alle Leser des „Vorwärts", „Berliner Freie Presse", „Wahrheit" und „Rundschau" sind hierzu eingeladen. Zahlreiches Erscheinen wäre wünschenswerth. [2,10

Mit einer Arbeit über **Arbeitslohn und Arbeitszeit** beschäftigt, werde ich für die Einsendung jedes zuverlässigen Materials darüber aus Deutschland, England, Frankreich, der Schweiz, Amerika sehr dankbar sein. Meine Bitte richtet sich besonders auch an die Centralleitungen der deutschen Gewerkschaften und die Genossen in Amerika und der Schweiz. (2b)

Braunschweig. **W. Bracke.** [21C

Durch uns ist zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts".

Im Commissions-Verlage von **R. E. Höhme** in Leipzig, Elisenstraße 1, ist erschienen und durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Zur orientalischen Frage
oder
Soll Europa kosakisch werden?
Ein Mahnwort an das deutsche Volk
von
Wilhelm Liebknecht.

Preis 30 Pfg. Bei Entnahme von 12 Expl. à Stück 20 Pfg.

Von vielen Seiten wurde der Verfasser gebeten, seine zerstreuten Artikel über die orientalische Frage zusammenstellen und, mit den nöthigen Ergänzungen, zu einer Broschüre zu verarbeiten. Diesem Wunsche ist er nachgekommen. Zur Empfehlung des Schriftchens genügt das brennende Interesse des behandelten Gegenstandes. (4b) [500

Durch uns ist zu beziehen:

Zukunftsmedicin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

(Vollständig in 10 Heften (bis jetzt erschienen Heft 1—8).

Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstr. 12, II.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „**Vorwärts**" von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
bei allen Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., sonst. Bekanntmachungen und Texte pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz, 630 North 3rd Street
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lantermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 17. Sonntag, 10. Februar. 1878.

Der deutsche Reichstag

ist am 6. Februar durch eine höchst dürftige Thronrede eröffnet worden. Dieselbe fordert vom Volke sehr viel und verspricht demselben sehr wenig.

Mit Ausnahme des Gesetzentwurfs die Verfälschung der Lebensmittel betreffend und der in ihrer Wirkung höchst fraglichen Strafbestimmungsverschärfungen bei Einschleppung der Rinderpest sind alle eingebrachten Gesetzentwürfe entweder absolut volksfeindlich oder ziemlich überflüssig. Steuererhöhungen, ein höchst reaktionäres Anwaltsgesetz, ein Gesetzentwurf die Stellvertretung Bismarcks betreffend, der neben der Erhöhung der indirekten Reichssteuern einen starken Schritt zur völligen Borussificirung Deutschlands bedeutet, eine sehr mangelhafte Gewerbegesetznovelle, die wir schon im „Vorwärts" einer eingehenden Besprechung unterzogen haben, Klagen über die noch immer fortdauernde ungünstige Lage der allgemeinen Verkehrsverhältnisse, für die man außer den Abänderungen des Gewerbegesetzes keine Abhilfe zu wissen scheint — Alles das wird uns in der Thronrede aufgetischt. Wir aber bedanken uns vor solchen wenig schmackhaften Gerichten, deren Genuß bewirkt, die Kraft des Volkes noch mehr zu untergraben.

Dann berührt die Thronrede noch die orientalische Frage und leistet folgenden Passus:

„Meine Herren! Bei der Eröffnung des vorjährigen Reichstags war die Erwartung noch nicht ausgeschlossen, daß die türkische Regierung aus eigener Entschließung zur Ausführung der Reformen schreiten werde, über welche die europäischen Mächte sich auf der Conferenz in Constantinopel geeinigt hatten. Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen: Seine Majestät der Kaiser hofft jedoch, daß nunmehr ein baldiger Friede die Grundsätze jener Conferenz zur Anwendung bringen und dauernd sicher stellen werde. Die verhältnißmäßig geringere Betheiligung der Interessen Deutschlands im Orient gestattet für die Politik des Reiches eine uneigennützige Mitwirkung an der Verständigung der betheiligten Mächte über künftige Garantien gegen die Wiederkehr der Wirren im Orient zu Gunsten der christlichen Bevölkerung. Inzwischen hat die von Seiner Majestät dem Kaiser vorgezeichnete Politik ihr Ziel bereits insoweit erreichen können, als sie wesentlich dazu mitgewirkt hat, daß der Friede zwischen den europäischen Mächten erhalten worden ist und zu ihnen allen Deutschlands Beziehungen nicht nur friedliche, sondern durchaus freundschaftliche geblieben sind und mit Gottes Hilfe bleiben werden."

Der armen Türkei wird die ganze Schuld an dem schrecklichen Kriege aufgebürdet, während des blutig-milden „Väterchens" keinerlei Erwähnung geschieht. Die Erwähnung desselben aber wird nicht ausbleiben bei der ersten besten Gelegenheit, die sich im Reichstag zeigt, und wahrscheinlich wird dabei auch ein Sozialist zu Worte kommen, der der deutschen Reichsregierung die Maske lüftet und dem Volke ein Kosakengesicht zeigt.

Bei der Budgetberathung wird der Erhöhung der Tabaksteuer und der Erhebung von Reichsstempelabgaben in gebührender Weise gedacht und soll bei der Gelegenheit ein Antrag eingereicht werden dahin zielend, daß jede neue Steuer und jede Steuererhöhung der Genehmigung des Volkes durch Urabstimmung bedarf.

Der Gesetzentwurf die Stellvertretung des Reichskanzlers betreffend wird uns die Nationalliberalen in ihrer ganzen Glorie mit ihrem „oppositionellen" fortschrittlichen Schwänzchen zeigen — wenn nicht der Bundesrath durch Ablehnung der Bismarckischen Omnipotenz dem National-Servilismus einen Strich durch die Rechnung macht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden das in der vorigen Session in der Commission begrabene Arbeiterschutzgesetz wiederum mit einigen unwesentlichen Abänderungen einbringen. Die von der Regierung vorgelegte Gewerbegesetznovelle wird sozialistischerseits ausgiebig amendirt und in seinen reaktionären Bestimmungen energisch bekämpft werden.

Ein Antrag auf Abänderung des Haftpflichtgesetzes in so weit, daß nicht nur bei dem Eisenbahnbetrieb, sondern auch beim Bergwerks- und Fabrikenbetrieb der Schuldnachweis vom Unternehmer beizubringen ist und der die Aufnahme des landwirthschaftlichen Maschinenbetriebs und des Baugewerks in den Schutz dieses Gesetzes bezweckt, wird in nächster Zeit von Seiten der Sozialdemokraten gestellt werden.

Ferner wird eine Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag bezweckt, damit die schon bestehenden Einschränkungen fallen; dies halten die Sozialdemokraten angesichts der vielfach geplanten Beschränkungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts besonders für ihre Pflicht.

Die so ungemein ungerechte Steuerbefreiung der Militärpersonen von den Communallasten soll beseitigt werden. Oder ist es recht, daß zum Beispiel die Generale und Offiziere auf dem Reitweg „Unter den Linden" in Berlin den Staub den Steuern zahlenden Bürgern ins Gesicht wirbeln, und daß die Steuergroschen der mit Staub traktirten Fußgänger diesen Reitweg im Stand halten, ohne daß die Herren Offiziere dazu etwas beitragen? Ein Scandal ist es, daß die Generale selbst von ihrem Privatvermögen, von ihren Dotationen keine Communalsteuer zu entrichten haben.

Der ungeheuerliche Fall Looff ist die Veranlassung geworden, einen Antrag auf Abänderung der Bestimmungen des Unterstützungswohnsitzes zu beantragen, damit einzelnen deutschen Staaten, die sich darin gefallen, Personen, welche wegen politischer Vergehen im Gefängniß waren und nicht den Unterstützungswohnsitz an dem betreffenden Orte hatten, auszuweisen, endlich einmal dieses Handwerk gelegt wird.

Und schließlich wird der Versuch gemacht, die Verfassung zu ändern in der Art, daß kein Reichstagsabgeordneter ohne Genehmigungung des Reichstags während der Session verhaftet oder in Haft gehalten werden kann.

Demnach stehen also lebhafte Debatten bevor. Und wenn auch dieser Reichstag in seiner Majorität für das Volk und dessen Wohl nicht eintritt, so wird die Diskussion doch dazu dienen, manche Schäden aufzudecken und immer weitere Aufklärung in das Volk zu tragen, die nothwendig ist, um dasselbe zu veranlassen, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Aus Frankreich.

Die Redaktion des „Vorwärts" hat folgenden Brief erhalten:

„Paris, 23. Januar 1878.

Ich unterbreite Ihnen hiermit einige Bemerkungen über unsere politische Lage in Frankreich. Ich denke, daß Sie dieselben mit der nämlichen Freundlichkeit aufnehmen werden, wie die früheren.

Sie kennen die Thatsachen, welche sich seit dem 16. Mai 1877 bei uns zugetragen haben. Die ultramontane Partei hat das, was von Bonapartisten, Legitimisten, Orleanisten, mit einem Wort alles, was von eingestandenen Reaktionären in Frankreich aufzutreiben war, zu Hilfe gerufen; die Kammer der Abgeordneten wurde aufgelöst. Die Neuwahlen fanden am 14. Oktober statt. Das Volk hat viele Leute in die Versailler Versammlung geschickt, welche sich Republikaner nennen. Scheinbar war damit die Reaktion geschlagen. Ich sage scheinbar, denn in Wirklichkeit hat sie triumphirt. Ich will mich näher erklären.

Für den, der den Dingen auf den Grund geht, gibt es vom sozialistischen Gesichtspunkt nur zwei Klassen von Individuen: diejenigen, welche ernstlich die Prinzipien der Revolution anzuwenden und zu verwirklichen bestrebt sind, und diejenigen, welche die Existenz der alten gouvernementalen, administrativen, Bourgeois-, Cäsaren- und Despotenwelt forthin sichern wollen. Da gibt es einerseits Revolutionäre, Sozialisten, ehrliche Republikaner — und anderseits Opportunisten (Rechnungsträger), Heuchler und Ehrgeizige.

Die Bonapartisten wollen herrschen mit Napoleon, die Orleanisten mit einem Prinzen von Orleans, die Legitimisten mit dem Grafen von Chambord, die Gambettisten wollen herrschen mit Gambetta. Bonaparte, Orleans, Chambord, Gambetta ... das sind die Namen der wirklichen Feinde der französischen Republik und folglich auch der Welt-Republik.

Es ist eine handgreifliche Thatsache, daß der Bonapartismus, der royalistische Legitimismus, der Orleanismus nur verschiedene Formen der Knechtschaft sind. Man braucht das nicht zu beweisen — man constatirt es einfach.

Ich will in diesem Briefe mich ganz besonders mit der neuen Form des Despotismus: dem Opportunismus, oder wenn Sie wollen, den Gambettismus beschäftigen, so genannt nach dem Namen des Mannes, der das nichtswürdige (ignoble) System des Aufgebens des republikanischen Gewissens verbreitet hat und fortwährend verbreitet.

Es ist Zeit, hohe Zeit, daß die großen Geister Europas, daß die Philosophen, welche die Dinge aus einem hohen Gesichtspunkt anschauen, daß die Denker, welche von ihrer Studirstube aus den Weg des menschlichen Geistes verfolgen, daß die Sozialisten Deutschlands, der Schweiz, Belgiens, ... es ist Zeit, daß alle Intelligenzen der revolutionären Welt es wissen, daß Paris, Lyon, Marseille u. s. w. die Herde der Emancipation, der Freiheit und der Gleichheit sind. Die Erben der Giganten von 1793 werden alle Herrschaften zerbrechen, welcher Art sie auch seien, weil sie sich selbst beherrschen wollen. Diese unumstößlichen Prinzipien werden, was auch immer geschehen mag, auf unseren Boden Vertheidiger finden. Ihr Ausländer, wir bitten Euch, beurtheilt die wirkliche französische Demokratie nicht nach einem Menschen, der neuerdings erst einem Könige: Viktor Emanuel, seine Huldigungen darbrachte. Die Demokratie ist die Feindin der Kaiser und Könige und sie stößt die Sklaven, welche sich vor ihnen krümmen, von sich.

Es muß festgestellt werden, daß seit dem Sturze des Kaiserreichs, seit dem gänzlichen Sturz Napoleons III. bei Sedan, seit dem 4. September, sich das republikanische Frankreich unter dem Eindruck einer großen Duperie (Betrug) befindet, und diese Duperie heißt Gambettismus. Viele Bürger (citoyens) waren so froh über das Verschwinden des Kaiserreichs mit seinen Buhlerinnen, seinem Senat, seinem gesetzgebenden Körper, daß sie darüber etwas sehr Wichtiges vergaßen: daß das Gehirn der Männer des 4. September in Bezug auf das soziale Gebiet leer war, ganz leer. Auch die neuen Herren, Gambetta an der Spitze, waren nicht im Stande, dem Volke die Freiheit zu geben. Und gerade heute, heute mehr als jemals, treten Gambetta und seine Freunde als die Apologeten (Vertheidiger) der Einrichtungen des Kaiserreichs auf, weil sie Apologeten der Gewalt sind. Es ist richtig, Gambetta und seine Freunde wollen nicht das persönliche Kaiserthum, aber im Grunde genommen haben sie kein anderes Programm, als das Cäsars, und dieses Programm läßt sich zusammenfassen in die Worte: herrschen, befehlen, die Gewalt haben!

Nun gut! Ich sage aber, die Betrügerei muß aufhören; ich sage, das Volk muß aus seinem Schlummer aufwachen, die Sozialisten aller Länder müssen uns helfen, die Nachahmer Cäsars zu stürzen; ich sage: es ist nothwendig, auf den Sturz derjenigen Persönlichkeit hinzuarbeiten, in welcher die Bourgeoisie verkörpert ist, eine Persönlichkeit, welche anfangs die Rolle des Brutus spielen wollte und die gegenwärtig der diensteifrige Höfling von Prinzen und Fürsten ist.

Herr Gambetta, den ich aus sehr triftigen Gründen als den ärgsten Feind der Republik betrachte, hat seine politische Laufbahn damit begonnen, ein Programm zu unterzeichnen: das von Belleville, von dem er sicherlich niemals ein Wort verstanden oder ehrlich gemeint hat. Alle Handlungen des Herrn Gambetta schlagen diesem Programm, welches sicherlich wenigstens einiges Gute hatte, geradezu ins Gesicht.

Es genügt zu sagen, daß Herr Gambetta heute so tief herabgestiegen ist, daß er den Vertheidiger der Armee und einer Staatskirche spielt. Ehemals forderte er die Unterdrückung der Armee und nannte sich einen Freidenker. Die Thatsachen drücken diesen Mann zu Boden, der berufen war, eine schöne Rolle in der revolutionären Bewegung zu spielen, welche die Welt mit sich fortreißt.

Er hat nichts verstanden von dieser Bewegung. Herr Gambetta will einen Staat, der sich auf die Armee, auf den Clerus, auf Magistrate und auf die Administration (Bureaukratie) stützt. Napoleon III. wollte ganz dasselbe und nichts anderes. Gambetta wohnt in der Magdalenenkirche einem Todtengottesdienst zu Ehren Victor Emanuel's bei — welch ein Freidenker! — Er verlangt, daß man eine Fahnenweihe für die Armee veranstalte — welch ein Sozialist!

Man denke sich Robespierre oder Danton bei einer Messe für das Seelenheil Ludwigs XVI.!

Wie die Zeiten sich geändert haben!

Sie sehen, die Reaktion hat bei den Wahlen vom 14. Oktober einen gründlicheren Triumph gefeiert, als selbst wir es auf den ersten Blick glaubten. Sie hat von den „Gemäßigten" nichts zu fürchten. Der Clerus wird vom Gambettismus ebenso bezahlt und angebetet werden, wie unterm Kaiserreich.

Noch einige Betrachtungen. Nächstens wird in Paris die Weltausstellung eröffnet werden. Zu dieser Ausstellung, die man das Fest des Friedens nennt, werden die Könige und Königinnen der civilisirten Welt kommen. Die Bourgeoisrepublik, die auf uns lastet, wird verschwenderisch glänzende Empfangsfeierlichkeiten für das ganze Personal der Höfe veranstalten, für die Hofschranzen, für die Gesandten, für die Minister. Die Ausbeuter des Volkes werden Vergnügungen aller Art, die Lustbarkeiten, welche das Übel erworbene Geld gewährt, sich vielfältigen sehen. Wie ich gestern an meine belgischen Freunde, die Sozialisten von Gent, schrieb, wird man bei diesem sogenannten Friedensfeste sehn, wie die Freitreppe der Oper ihr elektrisches Licht auf gekrönte Häupter wirft, unter ihnen Herr Leon Gambetta in großer Gala. Man wird ein lustiges Leben führen. Die Courtisanen (Buhlerinnen) werden glänzende Geschäfte machen wie am Ende des Kaiserreichs. Da kommen die Bälle, die Corsos, die Soupers, kurz alle die Vergnügungen einer Zeit des Verfalls.

Und während diese Orgien hier vor sich gehn, werden draußen, weit weit draußen über den Meeren in der Hölle von Caledonien die „politischen Verbrecher", die Märtyrer des Volkes fortdulden und leiden und, des Hoffens müde, den Tod herbeiwünschen. Da drüben werden die Gebeine Maroteau's, dieses Dichters und Journalisten bleichen. Da drüben wird der tapfere Trinquet in seiner Erinnerung die Höhen von Belleville vorüberziehen sehen, falls nicht auch er schon ins Grab gebettet wurde.

Die Geächteten, welche die Gestade der Fremde bevölkern, werden fern vom heimatlichen Boden bleiben. Rochefort, Vallès, Razoua, Pindy, Arthur Arnould und die andern alle, sie werden vergeblich immer von neuem den Wunsch hegen, das Volk der Vorstädte, die Säule des Bastillenplatzes wieder zu sehen ....

Und man wird schnell bei der Hand sein und uns sagen, daß der Wind jetzt in der Richtung der Eintracht weht, daß, wir das Vergangene vergessen müssen, daß die Republik begründet ist. Herr Gambetta wird die Vertagung der Kammern durchsetzen, um nicht durch die Politik die Verdauung der Besucher der Weltausstellung stören zu lassen.

Auf also! Weg mit den Betrügern, die uns von Vergessen reden! Nein, gar nichts wird vergessen! Nein, wir freuen uns nicht auf diese Ausstellung, welche von Nichts Zeugniß ablegen wird als von der Ausbeutung des Proletariats!

Auf die Weltausstellung von 1869 folgte der Krieg mit Deutschland, und der Krieg endete mit dem Sturz der kaiserlichen Dynastie.

Ich fürchte sehr, daß auf die Ausstellung von 1878 andere, noch schrecklichere Katastrophen folgen werden. Denn nicht ungestraft wird das Menschenrecht verletzt. Die Gerechtigkeit erzeugt, um das Gleichgewicht wieder herzustellen, unvorhergesehene und ungeheure Erschütterungen. Es ist unmöglich, daß der gegenwärtige Stand der Dinge von Dauer sei. Es ist unmöglich, daß wir noch viel länger diese Erniedrigung, diesen Verfall der republikanischen Idee erdulden. Wir Sozialisten, die wahren Söhne der Revolution, die wir ein nettes, klares und deutliches Programm haben — wir hätten alles zu gewinnen gehabt bei einer zweiten Kammerauflösung seiten Mac Mahons. Wir hätten von einem neuen Wahlgang den Vortheil gehabt, eine segensreiche Agitation ins Werk setzen zu können. Mac Mahon ist zurückgewichen, hat vorsichtig nachgegeben — wir haben von der Majorität der Versailler Versammlung, die sich republikanisch nennt, nichts zu erwarten.

Zwischen den Rechnungsträgern und Gambettisten einerseits und den sozialistischen Republikanern andererseits gibt es nichts Gemeinschaftliches. Wir befinden uns mit ihnen in keinerlei Einverständniß, weder in Bezug auf den Zweck und das zu erreichende Ziel, noch in Bezug auf die anzuwendenden Mittel. Sie wollen die Personen wechseln, sie wünschen Stellen; wir, wir wollen die Institutionen ändern. Sie wollen die

bonapartistische Legende von der Autorität und der Macht fortsetzen: wir wollen dieselbe bis auf die Wurzel ausrotten.

Aus alledem ziehe ich den Schluß, daß die Sozialisten mit den Gambettisten einen Krieg ohne Waffenstillstand und ohne Gnade auf dem Felde der Prinzipien führen müssen. Es ist nothwendig, sie unaufhörlich und immer von neuem vor dem Volke zu entlarven, sie vor demselben anzuklagen, überall, in den Städten, auf dem Lande, in Frankreich und im Ausland.

Die Demokratie muß begreifen, daß eine große Reinigung nothwendig ist, und daß in unserem Lande, ebenso wie in allen andern Ländern, die Republik, so lange als eine Stimme ungestraft zur Vertheidigung der Gewalt sich erheben kann, wie es Herr Gambetta neulich in Marseille gethan hat, daß die Republik dann, weit entfernt begründet zu sein, noch nicht einmal vorbereitet ist.

Für heute schließe ich meine Betrachtungen, wiewohl sie noch unvollständig sind. In einem nächsten Brief mehr.

Der Ihrige in der gerechten Sache

Hippolyte Buffenoir."

Sozialpolitische Uebersicht.

— Orientalische Frage. Heute nur die Notiz, daß in der Presse jetzt die Conferenz zur Ordnung der Orientangelegenheiten als gesichert angesehen wird, zu der Oestreich die betheiligten Mächte nach Wien geladen hat. Das Spiel der Diplomaten nimmt somit von Neuem seinen Anfang. Mit Bedauern sehen wir nun die unglückselige Stellung Deutschlands klar zu Tage treten, welches zwischen Rußland und den Westmächten eingekeilt natürlicherweise in einer keineswegs festen und klaren Lage ist. Die vielgerühmte „Politik des freien Hand" ist, wie die Umstände ja deutlich lehren, also gänzlich in die Brüche gegangen. Unsicherheit und Unklarheit ist die Signatur der auswärtigen Politik des deutschen Reiches. Neugierig darf man sein, ob auf die von den sozialdemokratischen Abgeordneten angeregte Interpellation vom Regierungstisch im Reichstag das deutsche Volk endlich eine nur annähernd genügende Aufklärung über diesen Punkt erhält.

Nachdem Obiges bereits gesetzt, wird uns noch geschrieben:

Die Situation verwickelt sich mehr und mehr. Die russische Regierung hat zwar die europäische Conferenz angenommen, aber, nachdem von österreichischer und englischer Seite Wien als Conferenzort vorgeschlagen, in brüsker Weise dagegen protestirt und einen anderen Ort gefordert. Wahrscheinlich will sie, daß Berlin gewählt werde. Da könnte man freilich gleich direkt nach Petersburg gehen. In Wien herrscht unstreitig große Erbitterung gegen Rußland; Herr Andrassy merkt, daß er „von Fall zu Fall" glücklich in die russische Falle gefallen ist und daß auf der bevorstehenden Conferenz nicht bloß über das Schicksal und die Existenz der Türkei sondern auch Oesterreichs verhandelt wird. — Den Griechen, die ohne Kriegserklärung in die Türkei einmarschirt sind, fängt es an, angst und bang zu werden und sie rufen die europäischen Mächte um Hilfe gegen ein Bombardement durch die türkische Flotte an. Mit anderen Worten, sie muthen den europäischen Mächten die moralische Betheiligung an dem Raubzug zu, was eine tödtliche Beleidigung wäre, wenn — die europäischen Mächte nicht wären was sie sind. — Inzwischen dauern im englischen Parlament die Debatten über den Kriegscredit fort; die Opposition zieht die Fühlhörner vorsichtig ein — das Ministerium Disraeli ist einer imposanten Majorität sicher. — Frankreich hat eine Flotte nach den türkischen Gewässern beordnet und die russische Regierung neue Aushebungen und Truppennachschübe dekretirt — so tritt Europa in die „Friedensconferenz!"

— Im preußischen Abgeordnetenhause herrschte in einer der letzten Sitzungen wieder einmal eine höchst gereizte Stimmung. Es war ruchbar geworden, daß die Regierung die Absicht habe, die Vertagung herbeizuführen, wodurch dann die ganze bis dahin verflossene Zeit ohne irgend welche Resultate geblieben wäre. Windthorst setzte es glücklich durch, daß wenigstens die Berathung über das Einführungsgesetz der Justizgesetze erst zu Ende geführt werden soll ehe die Vertagung eintritt.

— Comödie! Das Ministerium Auersperg ist ohne Personenwechsel wieder eingesetzt worden, um den berühmten österreichisch-ungarischen Ausgleich, den es einmal in Angriff genommen habe, auch zum Abschluß bringe!

— In Bezug auf die französischen Zustände verweisen wir auf den in der heutigen Nummer befindlichen Brief Buffenoir's. Zur Charakteristik der „republikanischen" Regierung, der „neuen Aera" in Frankreich sei hier erwähnt, daß die Verfolgungen der Presse unter Dufaure genau ebenso systematisch betrieben werden, wie unter seinen unmittelbaren Vorgängern. On en révient toujours à ses premiers amours. Alte Liebe rostet nicht. Herr Dufaure ist einfach der alte geblieben.

In der französischen Kammer hat sich wieder ein kleiner Kampf zwischen den Herren Gambetta und Rouher abgespielt, wobei es an gegenseitigen Vorwürfen und Schmähungen nicht fehlte, die ja zum Theil begründet waren. Die Antwort der Republikaner auf Rouher's und seiner Freunde Invectiven ist der Beschluß, die Wahl-Mandatsprüfung fortzusetzen, wobei allerdings die niedlichsten Kniffe zum Behuf der Wahlbeeinflussung an den Tag kamen und verschiedene Cassationen zur Folge hatten.

— Der Entwurf der Gewerbeordnungsnovelle, welchen wir in einer besonderen Beilage unsern Lesern zur Kenntniß brachten, hat, wie zu erwarten war, den Bundesrath unverändert passirt, und wird in nächster Zeit dem Reichstag vorgelegt werden. —

— Während der Dauer der Reichstagssession treten die sozialdemokratischen Abgeordneten jeden Mittwoch Nachmittag nach der Reichstagssitzung (falls eine solche stattfindet) und andernfalls um 4 Uhr zu einer Fraktionssitzung zusammen.

— Resolution gegen das Pfaffenthum. In der am letzten Dienstag zu Berlin im Handwerkervereinssaale stattgehabten Versammlung, die von 5000 Personen besucht war, und in der eine Disputation zwischen dem Missionsdirektor Dr. Wangemann und Genossen Most stattfand, wurde mit allen gegen etliche 30 Stimmen nachstehende Resolution gefaßt:

„In Erwägung, daß die dogmatische Religion, die einzig und allein auf dem blinden, denklosen und darum auch geistestödtenden Wunderglauben beruht, die Entwickelung der die Civilisation schaffenden Erfahrungswissenschaften und mithin auch die Entwickelung der Civilisation selbst hemmte und nach ihrer Natur hemmen muß;

in Erwägung, daß die dogmatische Religion den Menschen zum willenlosen Knecht eines vom Standpunkte der Wissenschaft nicht anzuerkennenden „himmlischen Gottes" und der weltlichen und kirchlichen „gesalbten" Vertreter desselben auf Erden feierlich proklamirt;

in Erwägung, daß die dogmatische Religion das natürliche Streben der Menschen nach irdischem Wohl verwirft, indem sie ihnen ein nach dem gesunden Verstand entschieden zu verneinendes „schöneres Leben nach dem Tode" in einem nicht existirenden „Jenseits" verspricht und damit die leibliche und geistige Tyranei im wirklichen Leben fördert, und ferner

in Erwägung, daß die sogenannte christlich-soziale Arbeiterpartei den dogmatischen Wunderglauben mit allen seinen Consequenzen zur Grundlage ihrer Bestrebungen macht:

erklärt die am 5. Februar 1878 zu Berlin im Saale des Handwerkervereins tagende Volksversammlung die christlich-soziale Parteibewegung als einen entschiedenen Rückschritt in das dogmatisch-barbarische Mittelalter und als einen Schandfleck des 19. Jahrhunderts und

beschließt, mit allen Kräften dahin zu wirken:

1) daß die vernunftmäßigen Lehren der Wissenschaft und des auf derselben basirenden Sozialismus sich mehr und mehr verbreiten, indem sie die unvernünftigen Wunderdogmen des Aberglaubens vollständig verdrängen;
2) daß alle diejenigen, die sich von dem Wunder- und Aberglauben befreit haben, aus der Kirche ausscheiden, um derselben auf diese Weise die unverdiente moralische und materielle Unterstützung zu nehmen und
3) daß die Schule von ihrem confessionellen Charakter befreit werde, welche Bestrebung durch den Massenaustritt aus der Kirche sehr gefördert wird."

Die Muckersozialisten.

Die Stöcker'schen Hanswurstiaden dauern in Berlin fort. In einer geschlossenen christlich-sozialen Mitgliederversamm-

Der russische Sozialistenprozeß.

Petersburg, im Februar 1878.

Bevor ich zum Prozeß übergehe, will ich einen Protest, der von Seiten der Angeklagten gegen die Prozeßführung erlassen wurde, anführen. Bei Eröffnung der so lange ersehnten Gerichtsverhandlungen Anfangs Oktober v. J. erklärte der Gerichtspräsident, Senator Peters, daß der Senat in Anbetracht der großen Masse von Angeklagten und Zeugen sich dahin entschieden habe, alle Angeklagten behufs leichterer Orientirung im Geschäftsgange der Verhandlungen in 17 Gruppen einzutheilen.

Die Angeklagten, die jahrelang ihre Leiden geduldig ertrugen und nur das Erscheinen vor Gericht sehnlichst wünschten, nicht etwa um sich vor des „milden Väterchens" Henkern zu vertheidigen, nein! um der ganzen russischen Gesellschaft, dem ganzen russischen Volke ihre reinen und menschenwürdigen Bestrebungen zu zeigen. Alle Angeklagten waren über die Senatsentscheidung, d. h. gegen die Eintheilung in Gruppen, auf's höchste empört.

Der Protest war ungefähr folgenden Inhalts:

„Der Tag unserer Erwartung ist endlich gekommen, und nun welche Enttäuschung! Die vier langen Jahre moralischen und physischen Leidens waren umsonst! Anstatt eines „öffentlichen, milden und gerechten Gerichtsverfahrens"*) eine Jahrmarktscomödie! Die Angeklagten protestiren gegen diesen Beschluß, sie nach Gruppen zu vertheilen, denn alle Angeklagten sind doch eines und desselben Vergehens beschuldigt; sie protestiren weiter gegen Ausschluß der Oeffentlichkeit, gegen Beschränkung der Oeffentlichkeit u. s. w."

„Obwohl — fährt der Protest fort — wir wissen, daß das zusammengesetzte Richterpersonal aus Gegnern unserer Partei besteht, erschienen wir dennoch vor Gericht, um nun für unsere Ideen durch die Presse und Oeffentlichkeit Propaganda zu machen, der russischen Gesellschaft aber einen Bericht über unser Thun und Lassen zu geben und die Niederträchtigkeit der russischen Regierung vor aller Welt aufzudecken. Aber unser Bemühen war umsonst. Sogar den Vertheidigern wurde die Bitte, ihnen einen größeren Platz einzuräumen, rundweg abgeschlagen. Einige der Angeklagten, die erklären wollten, unter welchen Bedingungen sie im Saale bleiben wollten, wurden aus dem Saale als Ruhestörer entfernt. Nach solchem Verfahren seitens des Vorsitzenden konnten die anderen Angeklagten, mit wenigen Ausnahmen, im Gerichtssaale verbleiben, und unter Protest gegen diese Willkür verließen die Weiteren den Saal. Der Präsident erklärte dann die erste Sitzung für geschlossen, vergaß aber den Tag der nächsten Sitzung anzuberaumen.

„Am 20. Oktober wurden die Angeklagten abermals vor Gericht geführt. Sie erschienen nur, um ihre Nichtbetheiligung an den Prozeßverhandlungen anzuzeigen. Das Gericht war merkwürdigerweise zuvorkommender geworden, der Präsident war höflicher, auch waren einige Stenographen erschienen. Den Angeklagten wurde eine Nummer des „Regierungs-Anzeigers"**) überreicht; diese Nummer verkündigt, daß über die Verhandlungen genaue Berichte erscheinen werden. Die Angeklagten waren ein wenig beruhigt.

„Nach zwei Tagen aber brachte der „Regierungs-Anzeiger" nichts als kurze Notizen über die Verhandlungen und zwar in folgender Weise: Um ½12 wurden die Verhandlungen eröffnet; folgt Vorlesung des Protokolls, Verhör der Zeugen (folgen die Namen der Zeugen und Angeklagten) und endlich um 5 Uhr Schluß der Sitzung. Dazu noch sind diese kurzen Berichte tendenziöser Natur. Die Vertheidiger werden ihres Vertheidigerrechts beraubt, die „Gesetze" weder von den Richtern noch von dem Staatsanwalte geachtet. Mit einem Worte, die Regierung war bestrebt, ihre Niederträchtigkeit und die der Gensdarmen und des Staatsanwaltes zu vertuschen.

„Wir sahen ein, daß es zwecklos sei, sich an den Verhandlungen zu betheiligen. Darin liegt der Grund, warum der größte Theil der Angeklagten seine Vertheidigung fallen ließ. Und dennoch, sagen die Angeklagten, sind wir frohen Muthes, trotz unserer Wehrlosigkeit. Möge nur die Regierung ihre Lügen über uns in ihrer Presse verbreiten, möge sie uns nur schimpfen und verleumden, trotz alledem sind wir auf unsere sozialistische Gesinnung stolz, und wir erlauben uns die Hoffnung auszusprechen, daß wir, abgesehen von unseren privaten, jedem Menschen eigenthümlichen Fehlern, vor den Augen des ganzen Vaterlandes rein dastehen. Unser Vaterland wird einsehen, daß wir bestrebt waren und bestrebt sind, ihm Rechnung von unserem Thun und Lassen abzulegen; es kann sehen, daß nicht wir die Oeffentlichkeit scheuen, sondern unser allgemeiner Feind, die russische Regierung. Endlich wird es einsehen, daß wir, als man uns der öffentlichen Vertheidigung beraubt hatte, lieber im Gefängnisse bleiben wollten, als unsere Fahne beflecken zu lassen."

Das der Inhalt des Protestes.

In der Verhandlung vom 20. Oktober bestand das „große" Publikum aus fünf Mann. Der Angeklagte Myschkin erklärt, daß er mit denjenigen Angeklagten, die gegen das ganze Prozeßverfahren protestirt hatten, vollkommen einverstanden sei. Außerdem, sagt er, ergeht sich der Anklageakt in Verleumdungen gegen uns ...

Der Präsident entschuldigt sich damit, daß der Anklageakt nicht vom Gerichte zusammengestellt sei.

Myschkin: Wir fordern hauptsächlich vollständige Oeffentlichkeit und Zulassung des Publikums. Wahr ist es, Sie erklärten in einer vorigen Sitzung, daß das Publikum freien Zutritt haben werde; aber ich bemerke hinter den Richtern einige leere Stühle, die wahrscheinlich für das sogenannte richterliche Publikum reservirt sind. Ist das die dem russischen Volke gewährte und von unseren Liberalen besungene Freiheit? So was „Oeffentlichkeit" zu nennen — hieße das Gesetz verhöhnen.

Präsident: Die Oeffentlichkeit ist nicht im Publikum, sondern in den Stenographen (!) des „Regierungs-Anzeigers", der über die Verhandlungen ausführlich berichten wird.

Myschkin: Die vorliegenden stenographischen Berichte des „Regierungs-Anzeigers" sind kurz und unvollständig oder enthalten gar nichts. Für uns ist das Eine klar, daß nur diejenigen die Oeffentlichkeit scheuen, die ihre niederträchtigen und im Geheimen vollbrachten Handlungen verbergen wollen; wir aber sind von der Redlichkeit und Reinheit unserer Sache, für die wir schon so viel gelitten und noch zu leiden haben, vollkommen überzeugt. Das eben wissen unsere Feinde und darum die Furcht vor der Oeffentlichkeit. Nomals wiederhole ich — vollständige Oeffentlichkeit für uns.

Nach diesen Auseinandersetzungen erklärt der größte Theil der Angeklagten mit den Worten: „Und auch wir! und auch wir!" das Einverständniß mit ihrem Genossen Myschkin. Nach diesem Auftritt wird zur Beeidigung der Zeugen geschritten.

Myschkin ist gegen die Beeidigung, weil, meint er, die Zeugen, welche für uns günstige Zeugnisse ablegen, Gefahr laufen, auf administrativem Wege verbannt zu werden. — Ein anderer Angeklagter wünscht die Nichtzulassung einiger Zeugen aus ganz anderem Grunde, nämlich weil einige der Zeugen als berüchtigte Spione bekannt sind.

Die zwei folgenden Sitzungen vom 21. und 22. Oktober wurden mit dem Verlesen des Anklageaktes ausgefüllt. In der Sitzung vom 24. Oktober, nach Beendigung der Verlesung des Anklageaktes, erklärte der Präsident, daß der Senat sich doch dahin ausgesprochen habe, die Angeklagten in Gruppen zu vertheilen, denn es sei physisch unmöglich, mit so vielen Angeklagten und Zeugen auf einmal sich zu beschäftigen, und die Angeklagten würden dadurch nicht geschädigt. Diese Erklärung verursachte nicht geringen Lärm unter den Angeklagten und deren Vertheidigern.

Auf die Frage des Vertheidigers Gerhardt, ob das die endgiltige Entscheidung seitens des Senats sei, erklärte der Präsident, daß dagegen „nichts einzuwenden" sei.

Noch einige Vertheidiger wollten gegen die Senatsbestimmung protestiren, aber sie wurden durch bewaffnete Kosaken von den Angeklagten getrennt und von ihren Sitzen zurückgedrängt, was die Angeklagten sehr aufbrachte, so daß ein großer Tumult entstand und die Sitzung geschlossen werden mußte.

Vor Schluß dieser Sitzung gelang es noch dem Angeklagten Myschkin, Protest gegen die Behandlung der Vertheidiger und gegen die Berichte des „Regierungs-Anzeigers" zu erheben. Er sagte ungefähr: „Die den Vertheidigern angethane Beleidigung ist eine Beleidigung aller Angeklagten. Was den „Regierungs-Anzeiger" betrifft, so stellen Sie uns so hin, als nähmen wir von Ihnen Alles gutwillig hin.

Der Präsident erklärt, daß der richtige stenographische Bericht erst nach Beendigung des Prozesses erscheinen werde.

Myschkin: Wenn wir unschädlich gemacht und in den „Centralgefängnissen" sitzen, dann können wir die über uns ergangenen Verleumdungen nicht mehr zurückweisen.

Die Verhandlung vom 25. Oktober ist ganz verschieden von denen der vorhergehenden Tage. Der Gerichtssaal ist leer. Auf den hinteren Stühlen sitzt das Publikum in der Stärke von zehn Mann. Die erste Gruppe, aus 24 Mann (darunter vier Frauen) bestehend, kommt zum Vorschein. Die Vertheidiger wollen abermals gegen die Eintheilung in Gruppen sprechen, aber sie werden abermals zurückgewiesen, weil ihre Vorstellungen „ungehörig" sind.

Einem Vertheidiger gelang es doch, einen Protest seiner Collegen vorzulesen. In dieser Eingabe sagen die Vertheidiger, daß die Eintheilung in Gruppen ungerecht sei, da doch die Angeklagten fast vier Jahre für ein und dasselbe Vergehen, für die „revolutionäre Propaganda", gesessen haben, und daß der Anklageakt nicht von Gruppen, sondern von einer einheitlichen Masse von Staatsverbrechern spricht. Weiter fordern die Vertheidiger, daß man jeder Gruppe die Verhandlungen der vorhergehenden Sitzungen mittheile. „Wir Vertheidiger sind moralisch verpflichtet, alle Gesetze und Vortheile für unsere Klienten zu fordern."

Der Staatsanwalt, der russische Tessendorf Gelechowsky, weist mit großer Entrüstung diese Erklärung zurück und macht den Vertheidigern ungerechte Vorwürfe. Die Vertheidiger protestiren gegen ein solches Verfahren des Staatsanwalts. Letzterer fordert den Präsidenten auf, den Vertheidigern einen Verweis zu geben, weil sie ihm gedroht haben sollen. Der Präsident kommt diesem staatsanwaltlichen Verlangen nach und bittet die Vertheidiger, sich gegenüber dem Staatsanwalt zu mäßigen.

Nach diesem kleinen Wortgefechte werden die Angeklagten vorgeführt.

Der Angeklagte Nisovkin spricht ganz verworren, weil seine Gesundheit zerrüttet ist. Er bittet, ihn von den Verhandlungen zu befreien, dennoch giebt er zu, daß er zu den Propagandisten gehöre. Noch sagt er, daß er von vielen Arbeitern aufgefordert worden sei, sie zu belehren und aufzuklären.

Nach Nisowkin kommt Fräulein Perowskaja. Sie weigert sich, dem Gericht irgendwelche Auskunft zu geben, weil, sagte sie, ihre Freunde, die Angeklagten, nicht zugelassen werden.

Ein dritter Angeklagter, Rabinowitsch, erklärt, daß er zur russischen sozialdemokratischen Partei gehört und ihre Druckschriften vertheilt habe.

Alle übrigen Angeklagten der ersten Gruppe erklären, daß sie nur mit Gewalt hierher gebracht worden seien, und daß sie keine Antwort geben, auch auf die Vertheidigung verzichten würden. „Wir fordern, daß man uns im Kerker lasse, wo wir seit 3—4 Jahren sitzen."

Der Präsident befiehlt, alle Angeklagten fortzuführen.

Bemerkenswerth ist die Vertheidigung eines Angeklagten, Wolchowsky, der schon mehr als 6 Jahre im Kerker — mit kleinen Zwischenpausen — schmachtet und in Folge dessen seine

*) So wenigstens steht es geschrieben mit goldenen Lettern auf dem Plafond eines jeden Gerichtshofes.

**) In politischen Sachen muß die ganze russische Presse dem „Regierungs-Anzeiger" folgen.

lung hat Herr Stöcker vor Kurzem das Mögliche und Unmögliche an Lächerlichkeiten und Denunziationen geleistet. Auch den „Vorwärts“ hat er denunzirt; das Mittel eines großen organisirten Weltstrikes, welches wir bekanntlich nicht billigen, nennt dieser christliche Denunziant eine Aufforderung zum direkten „Losschlagen“. Die Mitglieder der Pariser Commune sind „Verbrecher“; der Mörder Thiers jedenfalls ein christlicher Engel. Stöcker ist mit Lassalle einverstanden in der Forderung, daß dem Arbeiter der größtmöglichste Ertrag der Arbeit gewährt werde. So fälscht man Lassalle entweder aus Dummheit oder um Bauernfängerei zu treiben. Lassalle hat eine solche Forderung niemals gestellt, Herr Hofprediger! Sie haben deshalb unbewußt in Ihrer Unwissenheit die Unwahrheit gesagt oder bewußt gelogen. Wählen Sie zwischen Beidem, Herr Volkslehrer! Daß der Vorsitzende des christlichen Vereins, Grüneberg, der aus der sozialdemokratischen Partei wegen Verhaltens in seinem Privatleben ausgestoßen, dem Herrn Stöcker liebend in die christlichen Bruderarme gesunken ist und nun Hochs auf den Kaiser ausbringt, kennzeichnet die Hofpredigerspartei am Besten.

Selbst liberalen Blättern, die doch sonst alle Angriffe auf die Sozialdemokraten mit Freuden begrüßen, ist die Stöcker'sche Hanswurstere: schnell zuwider geworden. Wir können uns deshalb nicht versagen, einen diesbezüglichen Artikel der „Magdeburgischen Zeitung“, der die Ueberschrift: „Die Muckersozialisten“ trägt, hier zum Abdruck zu bringen:

„Wir haben schon wiederholt auf den inneren Widerspruch hingewiesen, der zwischen der fast schrankenlosen Weitherzigkeit besteht, mit welcher in dem Programm des Vereins für Sozialreform die religiöse Grundlage desselben aufgefaßt wird, und der verfolgungssüchtigen Intoleranz, die von einzelnen Mitbegründern dieses Vereins auf kirchlichem Gebiete an den Tag gelegt wird. Dieser Widerspruch scheint sich denn auch innerhalb des kaum begründeten Vereins bereits geltend zu machen, denn die anfangs angekündigte Firma des „Vereins für Sozialreform“ ist neuerdings gegen die der „christlich-sozialen Arbeiterpartei“ vertauscht worden und in dem kirchlichen Organe der Hofprediger-partei, der „N. E. K.-Ztg.“*), wird die christlich-soziale Arbeiterpartei zwar „ein Sprotz des Vereins für Sozialreform genannt, aber mit dem Hinzufügen, daß sich dieselbe als ein selbstständiger Zweig derselben unter der vorläufigen Leitung des Hofpredigers Stöcker constituirt habe.“ Die Weitherzigkeit, mit welcher Jeder, „der religiös kein Atheist ist“, als Kampfgenosse begrüßt und selbst eine blos philosophische Stellung zu den religiösen Fragen als zulässig erklärt wurde, erwies sich daher, wie wir es von Anfang an vorhergesagt haben, als eine ausgestellte Leimruthe, um Gimpel zu fangen. Das Ganze ist ein Versuch, die sozialistische Bewegung zu Gunsten der nach Alleinherrschaft in der Kirche strebenden klerikal-orthodoxen Richtung auszubeuten und nebenbei nach oben hin als sicherste Stütze des Thrones sich zu empfehlen. Die jüngste Kundgebung des Vereins, über welche wir weiter hinten berichten, läßt darüber gar keinen Zweifel mehr zu.

„Völlig unklar bleibt nun bei dieser bereits anerkannten Unterscheidung zwischen „christlich-soziale Arbeiterpartei“ und „Centralverein für Sozialreform“, in wessen Diensten der „Staatssozialist“ steht, der, nach seinem Inhalt zu urtheilen, in seinem bei Weitem überwiegenden Theile von den Arbeitern der christlich-sozialen Agitation inspirirt zu sein scheint. Uebrigens bestätigt der in Nr. 5 des „Staatssozialisten“ mitgetheilte Programmentwurf uns vollkommen unsere schon wiederholt ausgesprochene Ansicht, daß evangelische Geistliche, die es unternehmen, in der Weise, wie es hier geschieht, in das Gebiet der Wirthschaftslehre hinüberzugreifen, das alte Wort zu vergessen scheinen: „Schuster, bleib' bei Deinem Leisten“. Wenn da die Herbeiführung obligatorischer, sachlich geschiedener, aber durch das gesammte Reich hindurchgehender Fachgenossenschaften gefordert wird, wenn die „Errichtung obligatorischer Schiedsgerichte, Wittwen- und Waisen-, sowie Invaliden- und Alterversorgungs-Renten'assen“ als eine der Aufgaben bezeichnet wird, wenn in einem anderen Satze von dem „arbeiterfreundlichen Betriebe des vorhandenen Staats- und Communal-Eigenthums“ geredet wird, wenn „die progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirekte Besteuerung“ aufgestellt wird, so werden damit complizirte wirthschaftliche Probleme berührt, zu deren Lösung national-ökonomische Studien, welche von jenen christlichen Sozialisten augenscheinlich bisher nur in ungenügender Weise gemacht wurden, erforderlich sind.

„Wenn eine „thunlichste Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit“ als anzustrebendes Ziel bezeichnet wird, so mögen das ja Phrasen sein, die hier und da einem unter den sozialen Nothständen seufzenden Arbeiter Sand in die Augen streuen, aber daß keine Lohnerhöhung möglich ist, ohne auf den Absatz der Arbeitsprodukte und auf die Preise aller Lebensbedürfnisse eine Rückwirkung auszuüben, dieser Schwierigkeit wird nicht einmal gedacht. So weit aber der Programmentwurf gesunde und berechtigte Forderungen aufstellt, wie z. B. „thunlichste Verhinderung der Sonntagsarbeit, Einschränkung der Arbeit von Kindern, liebevolle und thätige Theilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistigen Wohles, sowie auf die sittlich-religiöse Hebung des gesammten Volkes gerichtet sind“ u. s. w., enthält derselbe nichts, um dessen willen es sich eine Partei zu bilden verlohnte, denn das Alles sind Fragen, die nicht blos von den mannigfachen Bestrebungen der inneren Mission, sondern auch von der staatlichen Gesetzgebung längst in der ernstesten Weise ins Auge gefaßt worden sind.“

Die „Magdeburgische Zeitung“ hat ganz recht, wenn sie die Stöcker'sche christlich-soziale Arbeiterpartei trennt von dem Verein für Sozialreform. Professor Adolf Wagner giebt sich auch alle Mühe im „Staatssozialist“, sich diese Mucker vom Hals zu halten, indem er durchaus nicht undeutlich in seinen ökonomischen Artikeln dem Herrn Stöcker schon mehrmals, wenn auch auf indirekte Weise zugerufen hat: „Schuster bleib' bei Deinem Leisten!“

*) Neue Evangelische Kirchen-Zeitung.

Correspondenzen.

Leipzig, 3. Februar. Zu den Städten, welche eine Protestversammlung gegen die seitherige Politik der deutschen Reichsregierung in der „orientalischen Frage“ aufzuweisen haben, ist nun auch Leipzig getreten. Die betreffende Versammlung, welche von nahezu 3000 Personen besucht war und in welcher Genosse Liebknecht in einer zweistündigen Rede die Politik der Reichsregierung angriff, fand am 1. Februar in der „Tonhalle“ statt. Liebknecht bewies in seiner Rede zunächst, daß die Haltung der herrschenden Parteien gegenüber der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck eine geradezu schmachvolle und des deutschen Volkes unwürdige sei, da sie freiwillig darauf Verzicht geleistet hätten, dieselbe zu kontroliren und zu beeinflussen; man hätte darum auch ihn — Liebknecht — von allen Seiten angefeindet, weil er in einem Briefe an einen Freund in England, aus welchem ein Theil in die englische Presse übergegangen war, geäußert habe: es werde dafür gesorgt werden, daß das deutsche Volk seine Stimme gegen die russenfreundliche Politik des Fürsten Bismarck erheben könne, — und daß im deutschen Reichstage der Versuch gemacht werden würde, eine Interpellation einzubringen. Denn in demselben Augenblicke zu schweigen und dem Volke Schweigen auferlegen zu wollen, wo dessen wichtigste Interessen auf dem Spiele stehen, heißt Selbstmord begehen, heißt das Volk verrathen. Redner wendet sich dann zu Rußland, dessen Politik er nach jeder Richtung hin beleuchtet und als eine solche bezeichnet, die schon seit langer Zeit sowohl dem Wohle des eigenen Volkes verderblich, als dem übrigen Europa gefährlich gewesen sei. Als ein consequenter Ausfluß dieser Politik sei auch der gegenwärtige Krieg gegen die Türkei zu betrachten, mit dem alles Andere, nur keine Befreiung der Balkanvölker von dem sogenannten Türkenjoche beabsichtigt sei. Rußland, das nach der Weltherrschaft strebe und das schon verschiedene Völkermorde auf dem Gewissen habe, wolle auch jetzt nichts weiter, als die — wenn auch nicht völlige Vernichtung der Türkei, woran es namentlich von England gehindert werde —, möglichste Schwächung der Türkei, um dieselbe später bei passender Gelegenheit aus der Völkerliste ganz streichen zu können. Und diese barbarische Politik, die über kurz oder lang auch Deutschland bedrohen kann, ja sehr wahrscheinlich bedrohen wird, diese Eroberpolitik unterstütze Fürst Bismarck. Das dürfe nicht geduldet werden. Deutschland sei ein Culturstaat, und als solcher müsse es das despotische Rußland bekämpfen, anstatt ihm Dienste zu leisten.

Nach Liebknecht, dessen Vortrag sehr beifällig aufgenommen worden war, meldete sich als Gegner ein Herr Dr. Fränkel zum Wort, der sich alle Mühe gab, auf der Flöte des National-

---

Gesundheit eingebüßt hat und stocktaub wurde. Er sagt nämlich, da man die Vertheidiger durch bewaffnete Kosaken überwachen läßt, so ist es eine Ehrensache aller Angeklagten, gegen ein solches Verfahren zu protestiren und auf die Vertheidigung zu verzichten. „Ich bitte meinen Vertheidiger um Entschuldigung für die ihm angethane Schmach seitens des Gerichtshofes. Ich bin hier nur durch Gewalt und verzichte auf das Verhör der Zeugen und meine eigene Vertheidigung, und bitte, mich aus dem Saale zu entfernen.“

Da die Angeklagten auf die Vertheidigung verzichten, wird zum Verhör der Zeugen geschritten.

Aus diesem Verhör erfahren wir, daß die Aussagen der meisten Zeugen von den Voruntersuchungsrichtern und Gensdarmen zusammengestellt worden sind. Die Zeugen beschweren sich, daß das Meiste in ihren Aussagen gefälscht sei. Um die Zeugen einzuschüchtern, wurden sie in der Voruntersuchung hinter Schloß und Riegel gesteckt und so lange dort gehalten, bis sie die von den Gensdarmen gewünschten Aussagen gaben. Ein Zeuge sagt: Man gab mir zu verstehen, „wenn Sie nicht sagen, was wir als Thatsachen zu wissen wünschen, so werden Sie lange, lange hinter Schloß und Riegel bleiben.“

Der Staatsanwalt weist darauf hin, daß die Aussagen von den Zeugen unterzeichnet sind, und darum wären sie wahr. Die Zeugen betheuern, daß sie dazu gezwungen wurden. Im weitern Verhör erfahren wir, daß zwei Zeugen sogar in die Verbannung geschickt wurden.

In der Sitzung vom 27. Oktober erklärt der Angeklagte Rabinowitsch alle seine in der Voruntersuchung gegebenen Aussagen für falsch; solche Aussagen gab er deshalb, weil man ihm die Freilassung versprochen habe. Ein anderer Angeklagter Ljubawsky erklärt auch die seinigen, durch Gewalt ausgepreßten Aussagen für grundfalsch. „Ich war, sagt er, bei meiner Verhaftung noch ganz jung, man sperrte mich in eine abgeschlossene Zelle und nöthigte mich, den Gensdarmen gewünschte Auskünfte zu geben, was ich bei meiner Unerfahrenheit auch that. Jetzt erst begreife ich die ganze Niederträchtigkeit meiner Handlungen und erkenne, daß ich abscheulich gelogen habe.“

In dieser Sitzung verzichten auch die Angeklagten der 2. Gr. auf ihre Vertheidigung. Ein Angeklagter Lermontoff sagt dabei, daß die Regierung das verurtheilende Verdikt schon fertig habe, und darum wäre es besser, dieser Komödie ein Ende zu machen.

Das Verhör der Zeugen folgt, und war sehr widersprechender Natur. Wir finden hier einige sehr interessante Aufklärungen der Zeugen betreffend einen Angeklagten Jarzeff, der als Lehrer im Gouvernement Twer lange Zeit fungirt hatte. Jarzeff war ein reicher Gutsbesitzer, der sein Gut verkauft hatte, um mit dem Gelde die Propaganda zu unterstützen. Die Zeugen erklären, daß er außer seinem Lehreramte noch ein Stück Land als Bauer bestellte, ja, daß er sogar in Petersburg bei einem Bau als Steinträger beschäftigt war, um leichter unter den Arbeitern Propaganda zu machen. Die Arbeiter hatten ihn sehr gern. Nur die reichen Bauern waren über ihn schlecht zu sprechen. Die gegen ihn auftretenden Zeugen bestanden meistens aus gutsituirten Bauern. Bemerkenswerth ist hier, daß die armen Zeugen mehr für Jarzeff sprachen.

In der Sitzung vom 28. Oktober erscheinen meistens solche Zeugen, die sich als Spione der Gensdarmerie entpuppten. Einige dieser von der Regierung gedungenen Zeugen fungirten schon in mehreren politischen Prozessen, so z. B. ein Individuum Namens Kopuschin, der schon in drei politischen Prozessen als Zeuge sein Wesen trieb. Die Aussagen dieser sind glatt und vollständig und entsprechen genau ihren vor 3—4 Jahren abgegebenen Aussagen. Der Zeuge Kor. weiß sogar genau alle die vor 3—4 Jahren in den Arbeiterzusammenkünften vorgelesenen Bücher anzugeben und was gesprochen wurde. Uebrigens stand ihm auch noch der Präsident zur Seite; Kor. giebt an, daß die Angeklagten auch Arsenale in mehreren Orten Rußlands besitzen, daß sie erzählt haben sollen, im Auslande gäbe es keine Könige, daß man das Volk zu Revolten zwingen müsse u. s. w. Ein anderer Zeuge gesteht, zum großen Aerger des Präsidenten, daß er nach jeder Zusammenkunft mit den Arbeitern und Propagandisten sich in die 3. Abtheilung (geheime Polizei) begeben habe, um dort Alles zu Protokoll zu bringen. Auf die Frage eines Vertheidigers, warum er das gethan habe, erklärte der Zeuge, daß das seine Pflicht war, und daß er und noch einige seiner Freunde im Auftrage der 3. Abtheilung gehandelt haben. Auch erzählte der Zeuge, daß ein jeder gut geschulte Arbeiter ins Innere des Landes geschickt wurde, um zu propagandiren.

Auf diese Aussage des Zeugen erklärte der Staatsanwalt, daß der Zeuge nur die Pflicht eines jeden ehrlichen Menschen und ordentlichen Bürgers erfüllt habe, da die Studenten sehr schädliche und abscheuliche Ideen den Arbeitern eingäben. Der Staatsanwalt bittet den Zeugen, auch in Zukunft so fortzufahren. Vor Schluß der Sitzung wurde noch ein Zeuge vorgeführt, der selbst erklärt, daß seine Aussagen unter Androhungen der Gensdarmen gegeben worden, und darum mit Vorsicht aufzunehmen seien.

* * *

Das die ganze Komödie der Verhandlungen. Ich gestehe, daß ich nur die äußere Seite der Sitzungen und auch die äußerst mangelhaft gebracht habe. Sobald ich aber das ganze bez. Material in Händen habe, werde ich ausführlicher darüber berichten. Nur soviel sei gesagt, daß von 196 Angeklagten mehr als 100 Mann unter einer Bürgschaft von fast 500,000 Rubel entlassen worden sind. Das Urtheil wird in einigen Tagen veröffentlicht werden.

An vorstehenden Bericht reihen sich zwei Aktenstücke, die wir hier folgen lassen:

I. Ein Schreiben
der russischen studirenden Jugend an den russischen Justizminister Grafen Palen.

In Erwägung: 1) daß die sozialistischen Lehren in Rußland auf's strengste durch das Gesetz und dabei in solchem Maße wie nirgends in Europa verfolgt werden; 2) daß Personen für politische Vergehen und für das Streben, dem Volke in seiner unglücklichen Lage zu helfen, nach Sibirien und zu Bergarbeiten verurtheilt werden; 3) daß man vielen von diesen Personen, nachdem man sie 3—4 Jahre in Untersuchungshaft gehalten hat, schließlich doch zugeben mußte, daß ihre Thätigkeit dem Staat nicht gefährlich sei; 4) daß die Untersuchungshaft solchermaßen grausam ist, daß Tod, Wahnsinn und Krankheiten aller Art die Folgen davon sind; 5) daß man Diejenigen, die zu 15 Jahren schwerer Bergarbeit, und das nur wegen Theilnahme an einer Demonstration, verurtheilt, so unmenschlich behandelt wurden, wie nirgends in Europa mit Dieben und Spitzbuben umgegangen wird; 6) daß man den Freunden und Verwandten das Begräbniß der in den Kerkern Verstorbenen nicht erlaubt, indem die Regierungsschergen die Leichen stehlen und heimlich verscharren, wie dies mit zwei unlängst im Kerker Verstorbenen geschehen ist;

In Anbetracht alles Dessen erlauben wir uns, Ew. Excellenz im Namen der gesammten studirenden Jugend unsere Theilnahme an denjenigen Personen auszudrücken, die sich Sozialisten nennen; weiter fragen wir, ob Ew. Excellenz die Menschenrechte für diese Unglücklichen anerkennen und ob die russische Regierung die unmenschliche Behandlung der Sozialisten fortzuführen gesonnen sei?

II. Protest
der Moskauer studirenden Jugend.

In Anbetracht, daß die russische Regierung schonungslos alle ehrlichen Leute verfolgt; in weiterem Anbetracht, daß das ganze Reich, von der Macht des Despotismus erdrückt, zu schweigen gezwungen ist, sind wir, die russische Jugend, moralisch verpflichtet, die Ungerechtigkeit und Niederträchtigkeit unserer Regierung vor den Augen der ganzen russischen Gesellschaft aufzudecken. Wie lange noch wird die Regierung Ideen verfolgen und deren Verfechter in den Kerkern martern und mit ihnen die unerhörtesten Gerichtscomödien treiben?

Sind denn der russischen Gesellschaft jene Verfolgungen unbekannt, die alle Diejenigen treffen, welche die wahren Interessen des Volkes vertreten? Weiß das Volk nicht, wie viele seiner Kinder infolge der erbärmlichen Gerichtbarkeit zu Grunde gehen? In der Untersuchungshaft des Sozialistenprozesses, die vier Jahre lang dauerte, sind fast hundert Menschen umgekommen. Weiß das Volk nicht, wie und warum seine Kinder umkommen? Sie gingen zu Grunde infolge der schlechten Behandlung, infolge der Tyrannei der Gensdarmen und Staatsanwälte — einer Tyrannei, welche nicht davor zurückschreckt, Diejenigen in Ketten zu legen, die keine Zeugnisse ablegen wollen. Gestorben sind: dreiundvierzig; durch Selbstmord zwölf, durch mißlungenen Selbstmord drei; wahnsinnig wurden achtunddreißig Gefangene. Das die Folgen der Humanität der russischen Regierung, derselben Regierung, die der Türkei wegen ihrer „Inhumanität“ den Krieg erklärt hat.

Und nun, nachdem so viele junge Leute zu Grunde gerichtet wurden, erklärt der Staatsanwalt in seiner Anklagerede, „daß eigentlich von den 196 Angeklagten nur zwanzig für schuldig zu erklären seien, die übrigen sind schuldlos und nur wegen der besseren Orientirung und Aufklärung der Propaganda zur Vervollständigung des Bildes herangezogen worden.“

Und alle diese Verfolgungen, Verbannungen und Leiden nur deshalb, weil in unserem Vaterlande jeder freie Gedanke, jedes freie Wort, jede freie Regung auf's strengste verpönt ist. — Und darum brechen wir unser Schweigen, brechen es im Namen der Menschheit und protestiren gegen die Bestialität unserer Regierung, welchem Protest alle ehrlichen Leute unseres Vaterlandes ihre Zustimmung nicht versagen werden.

Erlebtes, Skizzen und Novellen von Wilhelm Hasenclever: ist der Titel eines Bändchens belletristischer Arbeiten aus der Feder unseres bekannten Parteigenossen, welches im Verlage von Wilh. Röhl in Leipzig erschienen ist und in der Genossenschaftsbuchdruckerei eine seinem Inhalte entsprechende gefällige Ausstattung empfangen hat.

Der erste Theil unter dem Titel „Erinnerungen aus dem Soldatenleben“ umfaßt jene längere Reihe militärischer Skizzen, welche die „Neue Welt“ im zweiten Jahrgange ihren Lesern geboten und welche nicht allein deshalb, weil den ungenannten Verfasser die Schilderungen selbst verriethen, in weiteren Kreisen Interesse erregt haben. An die Stelle der eigenen Erlebnisse, wie sie den Inhalt der Soldatenskizzen Hasenclever's bildete, treten in der darauf folgenden Novelle „Eine entscheidende Reichstagssitzung“ Begebenheiten unseres Gesellschaftslebens, dessen Signatur in allen sozialen Schichten, besonders aber in den Kreisen der fälschlich sogenannten besseren Gesellschaft heillose Geistesverflachung und Sittenverderbniß ist. Hasenclever brauchte blos aus der Fülle seiner Erfahrungen ein paar interessante Vorkommnisse herauszugreifen und sie mit einander geistig zu verknüpfen, um ein Stück Leben auf das Papier zu werfen, wie es bei geschickter novellistischer Behandlung einen jedem fesseln, einen jeden zur sympathischen Theilnahme zwingen muß. Den Schluß des „Erlebten“ bildet das Sittenbild „Glückliche Ehen“, in welchem der Verfasser einen wohlbekannten, vielbeliebten und vor noch nicht langer Zeit dahingeschiedenen Politiker, der selber fruchtbarer Novellist gewesen, einen pikanten und für die herrschende Sittlichkeit äußerst charakteristischen Theil all' des Verwerflichen und Verworfenen erzählen läßt, was dessen scharfe Augen trotz des täuschenden Vorhangs christlich-germanischer Ehrbarkeit in den hohen Regionen unserer Geburtsaristokratie erlugt haben. — Die Freunde und Kenner unserer belletristischen Literatur mögen sich überzeugen, wie interessant Hasenclever's Feder „Erlebtes“ wiederzugeben vermag. G.

liberalismus ein Loblied auf Bismarck und den russischen „Erbfreund" anzustimmen. Die Versammlung ließ den Mann ruhig gewähren, hörte dann noch einen „Anarchisten" Namens Werner mit an und nahm schließlich, nachdem Liebknecht noch den nationalliberalen Bismarckanbeter abgefertigt hatte, folgende Resolution mit allen gegen 11 Stimmen an:

„Die heute, den 1. Februar 1878, in der Tonhalle zu Leipzig tagende, von circa 3000 Personen besuchte Volksversammlung protestirt energisch gegen die bisherige russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert dieselbe auf, nicht nur dem menschenmordenden Kriege im Orient energisch entgegen zu treten, sondern auch ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, daß baldigst ein, die Interessen aller Nationen garantirender Friede geschlossen werde."

Dresden, 4. Februar. In der am 2. d. M. stattgefundenen Jahres-Hauptversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins wurde der seitherige erste Vorsitzende M. Grundig wiederum gewählt und dabei zugleich im Prinzip beschlossen, denselben auf Vereinskosten zum Besuche der in diesem Jahre zu Paris stattfindenden Weltausstellung abzuordnen. Der Verein hofft, daß dieses sein Vorgehen recht viele Arbeiter-Corporationen veranlassen möge, ihrerseits ebenfalls Delegirte nach Paris zu senden, damit der Einladung unserer französischen Brüder in möglichst hohem Maße entsprochen werden kann.

Mainz, 31. Januar. (O welche Lust, Soldat zu sein.) Dieser Tage fand man in Hechtsheim in einem Strohhaufen die Leiche eines seit dem 13. Dezember vermißten Soldaten des 118. Infanterie-Regiments auf, der sich das Leben genommen hatte. Auf die Frage, warum sich der junge Mann das Leben genommen hat? könnten die militärischen Vorgesetzten des Selbstmörders die beste Antwort ertheilen, doch diese werden schweigen, oder aus guten Gründen den Sachverhalt unrichtig darstellen; wir aber wissen, daß wir es mit einem der Opfer zu thun haben, die der Militarismus alljährlich mit unerbittlicher Strenge in großer Anzahl fordert.

Hanau, 10. Januar. (Situationsbericht.) Es ist weder Lässigkeit noch Rückgang in der hiesigen Bewegung die Ursache, daß von hier so lange kein Bericht in dem „Vorwärts" erschienen ist, sondern es ist lediglich der Stoffmangel daran schuld. Einfache Versammlungsberichte zu bringen, halten wir für unnöthige Arbeit, und die Spalten unsers Hauptorgans mit dem Waschweiberklatsch der hiesigen Blätter zu füllen, hieß die Leser langweilen. Doch hat sich endlich ein Fall ereignet, welcher sich der Mühe lohnt in die Oeffentlichkeit gebracht zu werden. Bei der letzten Reichstagswahl gaben die hiesigen Liberalen im ersten Wahlgang etwa zehn Flugschriften heraus, selbstverständlich waren dieselben nur mit Verdächtigungen aus den Broschüren des Pastor Schuster und von Unruh angefüllt. Bei der Stichwahl zwischen Carl Frohme und den Nationalliberalen Dr. Weigel hatten die Culturkämpfer nichts eiligeres zu thun, als ein weiteres Flugblatt mit der Aufschrift: „An unsere katholischen Wähler" herauszugeben. Das Interessante hierbei ist nicht etwa, daß in dem Flugblatt die Sozialisten als Gottesleugner bezeichnet werden, sondern das dieses Flugblatt ohne alle und jede Unterschrift verbreitet werden durfte. Dann folgte ein Flugblatt in Briefformat in 380 Exemplaren, welches an die Ortsvorstände versandt wurde, dieses mit dem Namen Zimmermann, Vorsitzenden des liberalen Wahlvereins unterzeichnete Flugblatt gab damals zu einer öffentlichen Versammlung Veranlassung. In derselben wurde nachgewiesen, daß in diesem Vorgehen nicht allein die Absicht, uns zu verdächtigen liege, sondern man wolle noch mehr als die Wahl beeinflussen, und beschloß diese Versammlung mit einer öffentlichen Erklärung diesem Treiben entgegen zu treten und zwar sollte die Entgegnung an unser noch im Satze befindliches Flugblatt angefügt werden, was auch geschah. Diese Entgegnung nun zog dem Genossen Daßbach und dem Faktor der Buchdruckerei Hormann, eine Anklage wegen Beleidigung zu, deren Resultat war, daß Daßbach zu 120 Mark oder 10 Tagen Haft und Hormann zu 30 Mark oder 3 Tagen Haft verurtheilt wurde. Natürlich ist die Berufung gegen das Urtheil angemeldet.

Frankfurt a. O., 31. Januar. Sonntag, den 20. d. M., hatten wir hier eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Entstehung der Parteien und deren Nutzen für das Volk." Genosse Zwiebler aus Köthen, welcher zum ersten Male in Frankfurt a. O. war, hatte das Referat übernommen. Nachdem der Redner den Einfluß der Parteien auf die Gestaltung des Volkes geschildert, kam er zu dem Schlusse, daß, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt sein werde, überhaupt alle Parteien aufgehört haben werden. Dem Genossen Zwiebler wurde von der gut besuchten Versammlung reichlicher Beifall zu Theil. An der Debatte betheiligten sich viele Genossen, jedoch nur ein Gegner — unser alldekannter Herr Vogt, welcher aber ziemlich schnell zum Schweigen gebracht wurde. — Montag, den 28. Januar, hatten wir eine sogenannte Mietherversammlung einberufen, welche sehr zahlreich besucht war; Veranlassung zu der Mietherversammlung gab eine Versammlung der Hauswirthe zur Gründung eines Vereins, der seine Spitze insbesondere gegen die schlechten Miethszahler richten sollte; doch wird dieser Verein ebenso bald zu existiren aufhören, als vor zwei Jahren der Consumverein. — Am 22. Januar wurde Parteigenosse O. Siegerist vom hiesigen Kreisgericht zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt, angeblich wegen Beleidigung der Oberstaatsanwaltschaft; die Appellation ist erfolgt. — Die Arbeitsverhältnisse hier in Frankfurt a. O. sind wohl ebenso schlecht als in jeder andern Stadt, denn Arbeitslosigkeit und Lohnabzüge sind an der Tagesordnung.

Parteigenossen Frankfurts! sorgt für weiteste Verbreitung des „Vorwärts" und der „Berliner Freien Presse", denn die Presse ist unsere beste Waffe. C. L.

Posen, 31. Januar. Gestern fand hier zum ersten Male eine von sozialistischer Seite einberufene Volksversammlung statt, in welcher der Redakteur Maximilian Schlesinger aus Breslau einen Vortrag über „die Ursachen des gegenwärtigen Nothstandes und die Möglichkeit der Beseitigung desselben" hielt. Nach Mittheilung hiesiger Blätter war von Seite der Gewerkvereinler der Versuch gemacht worden, von auswärts „tüchtige Redner" heranzuziehen, welche den „schlagfertigen und redegewandten" Sozialisten gewachsen wären. Die Versammlung war überfüllt. In dem mäßig großen Saale waren etwa 400 Personen aus allen Ständen zusammengepreßt, und Hunderte, die keinen Zutritt mehr fanden, hielten sich vor dem Eingange auf. Schon bei der Bureauwahl kam es zu stürmischen Auftritten zwischen den beiden anwesenden Parteien, Gewerkvereinlern und Sozialisten; doch einigte man sich schließlich dahin, aus jeder Partei einen Vorsitzenden, die Herren Neubauer (Sozialist) und Mählert (Gewerkvereinler) zu wählen. Nunmehr erhielt Schlesinger das Wort; doch gelang es ihm nur mit Mühe, sich in der sehr unruhigen Versammlung Gehör zu verschaffen. Sein klarer sachlich gehaltener Vortrag fand jedoch großen Anklang und überzeugte auch viele Gegner, daß die Herren Liberalen lediglich die Sozialdemokraten verdächtigten. Nach dem Referenten erhielt der Ablatus des Harmonieapostels, Redakteur Simon aus Stargard das Wort, der den ihm vorausgegangenen Ruf als „tüchtiger Redner" nicht gerade rechtfertigte. Da Herr Simon sich keines besonders kräftigen Organs erfreut, so gelang es ihm auch nicht, sich allgemein verständlich zu machen, und die Unruhe, über die schon der Vorredner zu klagen hatte, nahm in dem überfüllten Saale noch zu. Hauptsächlich spekulirte der Redner auf den preußischen Patriotismus der Anwesenden; allerdings ein unglücklicher Einfall, da die Zuhörer zumeist polnische Arbeiter waren. Parteigenosse Grün, der nunmehr das Wort erhielt, verzichtet zu Gunsten Schlesinger's auf dasselbe und der letztere widerlegte mit Leichtigkeit die Simon'schen Einwände. Nach ihm sprach unter steigender Unruhe Redakteur Wiener („Ostdeutsche Zeitung"). Er erklärte den Arbeiterstand für den „edelsten" Stand der Gesellschaft, bezichtigte den Vortragenden der Unkenntniß, indem er zu diesem Behufe dessen Worte verdrehte, und meinte dann: „Was haben denn die Sozialisten zur Beseitigung des Nothstandes gethan? Sie haben Strikes herbeigeführt." Auf diese Worte folgten zahlreiche Zwischenrufe: „Die Gewerkvereine auch!" u. dgl. m., und die Unruhe wurde so lebhaft, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. Die Anwesenden entfernten sich nun langsam und die sozialistische Partei konnte, wenn sie auch wünschte, daß der Verlauf weniger stürmisch gewesen wäre und ein friedliches Ende erreicht hätte, doch mit dem Resultat zufrieden sein. Es sind zahlreiche Abonnenten auf unsere Parteiorgane gewonnen worden und die Mitglieder der Gewerkvereine sind von den irrigen Ansichten über die Sozialdemokratie vielfach zurückgekommen. Beim Ausgang aus dem Saal bemerkten wir noch den von seinen Gesinnungsgenossen hierher berufenen Bureaudiener Bujarski aus Berlin, der es schlauer Weise so einrichtete, daß er angeblich den Zug verpaßte und zur Versammlung zu spät kam. Dafür entschädigte er sich dann, indem er nachher im Kreise seiner Getreuen tüchtig auf die Sozialdemokratie räsonnirte.

Hannover. Bei dem im Laufe des Monats August und September in Linden stattgehabten Ausbruche einer Trichinenepidemie drängt sich uns unwillkürlich die Frage auf: Wie kommt es, daß immer in Arbeiterquartieren sich die Trichonose besonders zeigt und in den Arbeiterfamilien die meisten Opfer fordert? Die Beantwortung dieser Frage liegt auf der Hand. Der Proletarier muß das essen, was der Bourgeois nicht essen mag, er muß seine Nahrungsmittel ebenso theuer bezahlen wie jeder Andere, aber — es kommt ja nicht darauf an, was er verzehrt, er ist ja nur ein Proletarier.

So denkt wenigstens der Lieferant, von dem der Arbeiter seine Waare bezieht, und wie vor mehreren Jahren auch in London circa 600 Proletarier an der schrecklichen Trichinenkrankheit erkrankten und über 60 starben, rein deshalb, weil der betreffende Schlächter nicht gewillt war, 1 Mrk. resp. 75 Pf. an den Fleischbeschauer zu entrichten, so ist auch bei der jetzigen Epidemie durch die Polizei constatirt, daß der Schlächter, von dem die Erkrankten ihr Schweinefleisch bezogen haben, zwei Schweine nicht hat untersuchen lassen, und zwar genau in der Zeit, woher man die Infektion datirt. Warum wagt ein Schlächter in der Stadt nicht, seinen Consumenten nicht untersuchtes Schweinefleisch zu verkaufen? Er hütet sich, denn seine Kunden könnten ja eher etwas merken, bei ihrer eventuell zarteren Constitution, und sein Ruf wäre für immer dahin.

In London aber, der Proletarier, der kann dergleichen ertragen, und wird er krank, auch einerlei, was schadet's? Nach einigen Monaten ist Alles wieder vergessen und das Geschäft blüht wie früher. Wir erinnern nur an die frühere Epidemie. Derselbe Schlächter, welcher damals gerichtlich bestraft wurde (für einige 60 Todesfälle 1¾ Jahr Gefängniß) hat ein eben so rentables Geschäft wieder wie früher, denn es waren ja nur Proletarier.

Darum, Ihr Arbeiter, seid einig und nehmt Eure Waaren nur von solchen Leuten, die Euch wirklich gute Waaren verabfolgen, selbst wenn Ihr einige Schritte weiter gehen müßt. Haltet zusammen und Ihr werdet stark sein, denn Einigkeit macht stark.

Schließlich aber wollen wir nicht unterlassen, der Polizei in Linden unsre vollste Anerkennung zu Theil werden zu lassen, denn wie wir aus sicherer Quelle gehört haben, hat dieselbe sich mit dem größten Eifer der Sache angenommen.

Stettin, 31. Januar. In der Nachbarstadt Grabow scheinen die drei Maschinenfabriken, welche in dieser Hinsicht von Einfluß sind (der „Vulkan", Möller und Holberg, beides Aktien-Gesellschaften, und die Maschinenfabrik von Aron und Gollnor), den Beginn des neuen Jahres für geeignet gehalten zu haben, ihren Arbeitern ein Neujahrsgeschenk zu machen. In der Fabrik von Aron und Gollnor sind die Löhne, laut Anschlag, um 10 Proz. reduzirt. Im „Vulkan" weiß man nur noch nicht den richtigen Modus ausfindig zu machen. Hauptsächlich gilt dies betreffs der Zimmerleute, von denen das Institut jetzt noch ca. 120 gegen früher 200 beschäftigt. Möller und Holberg sind den beiden letzteren Fabriken schon früher mit gutem Beispiel vorangegangen. Der Lohnsatz von Arbeitsleuten beträgt jetzt höchstens 20 Pf. pro Stunde, indessen hatte sich der Lohn für die Schlosser, Schmiede, Tischler ꝛc. den alten Stamm bis jetzt auf dem früheren Niveau erhalten, was nun auch ein Ende hat.

Briefkasten

der Redaktion. R. B. in H.: Moralisch sind Sie entschieden im Recht; juristisch aber können Sie Entschädigungsansprüche nicht erheben, da Sie eine Vorladung hätten abwarten müssen. — F. J. Ehrhart in London: Die von Ihnen ausgesprochene Vermuthung ist so ziemlich richtig, und Ihre Vorsicht wohl am Platze. — H. N. in Zwickau: Wir können unverwendbare Manuscripte nicht allemal zurücksenden, weil wir sonst eine ungeheure Ausgabe für dergleichen Porto machen müßten. Was Ihr Anerbieten neuer Zusendungen betrifft, sollen sie uns willkommen sein und im „Vorwärts" Aufnahme finden, dafern sie allgemein interessant und lehrreich sind. — K. K. in Dittersbach b. Waldenburg in Schlesien: Wenn Sie bei Ihrer Verheirathung sich bestimmen ließen, wieder in die Kirche einzutreten so müssen Sie eben auch gewärtigen, daß man Sie „zu den Kirchlichen rechnet", wenn Sie selbst es auch nicht thun. Straffällig sind Sie nicht. — Ein Parteigenosse in Löbtau: Wenden Sie sich doch an die Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblatt". — J. E. in Hohen-Schönhausen: Machen Sie die Bestellung bei unserer Expedition. Ihre Correspondenz können wir nicht aufnehmen, da sie uns sicher etliche Klagen einbringen würde. — K. K. 100: Ihr Austritt aus der Landeskirche ist durch Ihren Wiedereintritt in dieselbe allerdings rückgängig gemacht; die Angelegenheit mit dem Standesamt lassen Sie jetzt besser ruhen, wir möchten Ihnen aber rathen, in Zukunft nur der Wahrheit entsprechende Angaben zu machen; wenn Sie übrigens glauben, daß Sie als Dissident keine Schulsteuer zu entrichten haben, so befinden Sie sich in starkem Irrthum.

der Expedition. H. Elshn in Rüdersdorf: Sie schulden für Annonce noch 10 Pfg. — Lustenberger in Bern: Der Jahrgang vom „Volksstaat kostet 9 Mk.

Den Parteigenossen Stoffel (Spengler) im vorigen Jahre in Wandsbeck arbeitend, bittet um seine Adresse

G. Fuchs, Synagogenstr. Nr. 1 in Mainz.

Quittung. Mür Berden Ab. 10,90. Schrnr Lübeck Ab. 11,30. Ist Königsberg Ann. 4,60. Grütliverein Lausanne Ab 2,50. E. Hfmr Mainz Ab. 11,00. Hrbg Würzburg Ab. 23,60. Kngl hier Schr. 2,80. Lfnbrgr Bern Ab. 4,00. Bßlr Stuttgart Ab. u. Schr. 51,15. Hlwg Flensburg Ann. 3,50. Schltr Dresden Ab. 150,00. Gr Osnabrück Ab. 31,60. Ottrbch Stuttgart Ab. 4,60. Prbstl München Ab. 30,00. Brnhrdt Hirschberg Ab. 10,00. Grd Stötteritz Ann. 1,00, Ab. 9,80. Hckrt Connewitz Ab. 4,00. Flschr Zschocher Plac. 0,70. Elsholz Rüdersdorf Schr. 0,50. Wnklr Altenburg Schr. 0,60. Schnk Connewitz Schr. 1,00. Stürcht Geis'ingen Schr. 4,98.

Rbzn in London: 4,08 sind in Nr. 3 d. „V." quittirt.

Fonds für Gemaßregelte.

W. Th. in Oelsnitz i. V. Ueberschuß der Volksverf. 5,00. Von C. F. in Klein-Zschocher Ueberschuß der Volksverf. 11,70. Schnk in Connewitz Ueberschuß der Volksverf. 9,00.

Flensburg. Arbeiter-Sängerbund.
Montag, den 18. Februar, im Lokale des Herrn Kettelsen (Sanssouci): [3,00

Maskerade.

Karten für Herren 60 Pfg., für Damen 40 Pfg. sind an den bekannten Stellen zu haben. Anfang halb 8 Uhr.
Auch Nichtmitglieder können theilnehmen.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht Das Comité.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Dienstag, den 12. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Hübner, gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Normalarbeitstag. 2) Unser Arbeitsbuch.
C. Klaws. [70

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.
Sonnabend Abend in der Thieme'schen Brauerei, Tauchaerstr. 19: Hauptversammlung. Tagesordnung: Statutenberathung.
R. Ludwig. [50

London. Communistischer Arbeiter-Bildungsverein.
Dienstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, feiert derselbe sein [2,70

XXXVI. Stiftungsfest

in der Franklinhall opposite Princess rooms Castle Street.
Alle Mitglieder, Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu freundlichst eingeladen.
Das Comité.
Im Auftrag: F. J. Ehrhart.

Stötteritz. Sonnabend, den 9. Februar, Abends 9 Uhr, bei M. Ziermann:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Die Agenten. [50

Dem Genossen Otto Matthes zu seinem 21. Geburtstag ein donnerndes Hoch, daß die große Alt-Grund wackelt. (F. 260) [60

Lager roher Tabake.

Brasil	50—150	Pf.
Domingo	50— 90	-
Seedleaf	30—180	-
Carmen	80—110	-
Palmyra	140—160	-
Java	90—250	-

(3a) [300

Altona. Ferdinand Gätjens. Rathhausmarkt 36. **Altona.**

Im Verlage von Wilhelm Röhl in Leipzig ist erschienen:

Erlebtes.

Skizzen und Novellen.

(6b) von (S 1076)

Wilhelm Hasenclever.

Mitglied des deutschen Reichstags.

16 Bog. eleg. brosch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsend. von M. 1,20 direkt pr. Post franco. [300

Vorstehende Schrift ist durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen.

Rundschau

No. 2

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 1 abgerechnet haben.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 15 Pf., auf der Post vierteljährlich 60 Pf. excl. Bringerlohn.
Verlag: Amelungstr. 5, Hamburg.

„Der arme Conrad".

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (182 Seiten stark).

ist in noch geringer Anzahl vorräthig.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.
Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.
Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.
Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.
Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück, gebunden 40 „ „ } netto gegen baar.
Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a
Expedition des „Hamburg-Altonaer Volksblatts", Hamburg, Amelungstr. 5.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neubuik-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: A. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boß, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sassermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Senge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 18. Mittwoch, 13. Februar. 1878.

Gleichheit.

Wenn man es der Sozialdemokratie zum Vorwurf macht, sie wolle das Unnatürliche, indem sie alle Menschen gleichmachen wolle, so sollten wir eigentlich auf einen solchen Vorwurf stolz sein, denn er ist buchstäblich wahr und birgt das größtmögliche Lob in sich. Ja wohl, es ist das größte aller Verdienste, welche die Sozialdemokratie hat, daß sie alle Menschen gleichmachen will, und es ist dies nichts Naturgemäßes. Die Natur macht keine zwei Einzelwesen einander völlig gleich — wo es irgend Gleichsetzung giebt, entsteht sie durch menschliches Thun.

Die Gleichheit schließt immer auch die Verschiedenheit ein. Es sind eben stets verschiedene Dinge, welche in einer oder mehreren Hinsichten einander gleich erscheinen. Wenn z. B. A und B Zwillinge sind und einander zum Verwechseln ähnlich sehen, so bleiben sie doch verschiedene Personen und bei aller scheinbaren Gleichheit in gewisser Hinsicht verschieden. Die mathematischen Größen 2 und 3 sind zusammen gleich fünf; man setzt $5 = 2 + 3$; während aber in der Summe hier nicht der mindeste Unterschied stattfindet, besteht ein solcher darin, daß auf der einen Seite des Gleichheitszeichens zwei einzelne Größen stehen, auf der andern nur eine. In der Mathematik, welche von allen Eigenschaften der Dinge absieht, außer von der Größe, ist die Gleichheit noch am wenigsten mit Verschiedenheit verquickt — die Mathematik aber ist Menschenwerk; ihre Vollkommenheit als Wissenschaft besteht eben darin, daß sie die Größe von allen anderen Eigenschaften der Dinge abgesondert behandeln kann, was die Natur nicht kann, und in der Verschiedenheit die größtmögliche Gleichheit aufweist.

Sobald wir aber das Gebiet der Mathematik verlassen, in welchem die verhältnißmäßig vollkommenste Gleichheit herrscht, und in die bunte Welt der Erscheinungen eintreten, in welcher neben der Größe mannigfache andere Eigenschaften mitbestimmend sich wechselseitig bedingen, wächst die Verschiedenheit der Dinge bei aller anscheinenden Gleichheit in immer mehr Hinsichten. Jeder vernünftige Mensch weiß dies, oder erfährt es bei geringem Denken. Es versteht sich ihm von selbst, daß er den Ausdruck der Gleichheit in der Erscheinungswelt nicht im mathematischen Sinne aufzufassen hat, sondern in dem der Gleichwerthigkeit oder Gleichwesenheit bei noch so großer sonstiger Verschiedenheit. Und da nun die Sozialdemokratie noch nicht der Dummheit überführt worden ist, so ist es läppisch, ihr unterzuschieben, als erstrebe sie etwas Anderes als Gleichwerthigkeit aller Menschen bei der größtmöglichen Mannigfaltigkeit ihrer Leistungen.

Aber eben das ist nichts Natürliches, ist Menschenwerk. Die ganze Geschichte ist ein Hinausstreben des Menschen über den Naturzustand. In der Natur herrscht uneingeschränkt das Recht des Stärkeren; in der Menschenwelt allein macht sich ein stets erfolgreicheres Streben geltend, das gleiche Recht Aller auf die gleiche Macht zu begründen. In der Natur hat das Einzelwesen nur als Mittel zum Gesammtzweck Bedeutung, in der Menschenwelt will der Einzelne immer mehr Selbstzweck werden. In der Natur hat das Einzelwesen durchaus seine Bestimmung erfüllt und vergeht, nachdem es der Erhaltung der Art gedient hat; in der Menschenwelt wird die Art blos dadurch erhalten, daß möglichst viel, zuletzt alle Einzelnen Das werden, was die Besten unter ihnen beispielsweise geworden sind.

In der Natur besteht ein unerbittlicher, wenn auch wenig grausamer Krieg Aller gegen Alle, dem „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" platzzumachen. In der Natur herrscht ein Netz von den Einzelwesen äußerlichen, fremden Gesetzen, welches also für die Einzelwesen reiner Zufall ist; in der Menschenwelt kämpft sich ein Vernunftgesetz zu Tage, des Menschen eigenes, frei gewolltes Gesetz, welches den Zufall immer mehr einschränkt. In der Natur zeigt sich kein Selbstbewußtsein; in der Menschenwelt erkennt die Natur sich selbst immer besser.

Diese gewaltigen Unterschiede sind der Ausgangspunkt der Sozialdemokratie, welche die Erbschaft und Krone aller Menschlichkeit zu werden sich bewußt ist. Deshalb verleugnet das feige und feile Gelehrtenthum alle seine früheren Bekenntnisse desselben Sinnes. Selbst abgelebt und verdummt, möchte es uns bei unseren Bestrebungen Dummheit schuld geben; es begeht Selbstmord.

Den wahren Satz, daß alle Menschen verschieden sind, brauchen wir nicht zu predigen; denn das ist ein Gemeinplatz. Es ist deshalb eine Beleidigung, uns zuzutrauen, daß wir ihn leugnen möchten. Gerade wir sind es ja, welche aus der Menschenheerde ohne individuelles Gepräge eine Gesellschaft von Künstlern und Denkern der allerverschiedensten Leistungen erziehen wollen. Und gerade das macht man in sich selbst widersprechender Weise uns zum Vorwurf, indem man den andern, ebenso wahren Satz, daß alle Menschen im Wesen und Werthe gleich sein können und sollen, anficht.

Man ficht ihn an, blos weil wir ihn vertheidigen; denn die Gegner geben ihn anderweit nothgedrungen zu. Sie verwerfen die Sklaverei — nun warum? — weil die Menschen wesensgleich sind und gleichwerthig werden können. Sie verlangen gleichsehr Strafe für die Tödtung jedes Menschen, sei es nun ein noch ungeborenes Kind, oder ein Säugling, oder ein Irrsinniger, oder ein Hottentott, oder aber ein Professor der Philosophie — nun warum? — ei, weil ein Menschenwesen des Lebens beraubt worden ist. Sie fordern die Erziehung und Schulung aller Kinder, obschon nur die wenigsten das höchste Menschen Mögliche erreichen — aber warum? — je nun, weil im Kinde der werdende, wesensgleiche Mensch im Keim enthalten ist. Sie erklären alle Menschen vor dem Gesetze gleich, obwohl sie an Macht, diese Gleichheit zu behaupten, höchst ungleich sind — und warum? — weil das ein Mittel ist, die Wesens- und Werthgleichheit aller Menschen zu befördern.

Wir wollen uns nun nicht dabei aufhalten, ihnen nachzuweisen, daß sie mit ihrer Handlungsart allen obigen Forderungen an die Gesellschaft vielfach widersprechen. Wir wollen blos zeigen, daß sie selbst ihren Lehren widersprechen, wenn sie uns das Dringen auf deren Erfüllung zum Vorwurf machen. Nachdem sie die Wesensgleichheit aller Menschen ein für allemal zugestanden haben, sollten sie das sichtbare Aufstreben der Arbeitermassen zu immer größerer Gleichheit mit den bevorzugten Klassen in Macht und Recht als die geschichtliche Erfüllung ihrer eignen wissenschaftlichen Lehren begrüßen. Thun sie das? — Nein, sie machen es wie die Henne, welche junge Enten ausgebrütet hat und sie in ihr Element, das Wasser, eilen sieht — sie zetern über die junge Brut, weil sie selbst das Wasser fürchten. Eine schöne Wissenschaft, wenn sie nicht folgerecht ist! Entweder sind alle Menschen wesensgleich — dann muß man alles Mögliche thun, um sie auch gleichwerthig zu entwickeln. Oder sie sind es nicht — dann streiche man aus der Rechtswissenschaft die Gleichheit vor dem Gesetze; dann mache man es wie die alten Deutschen und setze auf die Tödtung eines Edeln eine weit höhere Strafe, als auf die eines Arbeiters, und auf den Mord eines Säuglings, Irrsinnigen, Bettlers oder Hottentotten gar keine Strafe. Ueberlasse man es dann auch einem Jeden, ob und wie er seine Kinder unterrichten und erziehen will; und erlaube man die Sklaverei der Schwachen! Ist man aber zu heuchlerisch, um alle diese Handlungen ehrlich zu gestatten, während man bei ihrer Ausübung ein Auge zudrückt, so rede man ja nicht von seiner Wissenschaftlichkeit!

Daß die Menschen in Wirklichkeit noch erschreckend ungleich sind, das ist nur zur Hälfte das Werk der Natur, zur andern Hälfte das Werk einer aus der Vorzeit herübergeerbten thierischen Gesellschaft, welche es nicht anders hat haben wollen. Dieses thierischen Ursprungs sollte die Gesellschaft sich endlich schämen lernen; sie thut es aber blos in den Arbeiterkreisen, nicht in den herrschenden. In unserm Zeitalter, welches den Blinden und Tauben den fehlenden Sinn zu ersetzen gelernt hat; welches an der Heilung oder aber völligen Verhütung des Blöd- und Wahnsinns mit immer steigendem Erfolge arbeitet; welches in dem Verbrecher den Menschen zu achten und erwecken angefangen hat; welches eine nahezu vollkommene Theorie und Praxis der Erziehung kennt: — in einem solchen Zeitalter bedeckt sich jeder Höhergebildete mit unauslöschlicher Schmach, wer an der Gleichwesenheit und zukünftigen Gleichwerthigkeit aller Menschen zu drehn und deuteln wagt.

Welch' ein großartiges Schauspiel: auf je Hundert wohlbesoldete und studirte Volksverdummer kommt höchstens ein Aufklärer — und doch verschwindet der Aberglaube zusehends! Gefängniß, Armuth, Verketzerung und Verfolgung, ja der langsame Hungertod stehn als Strafe auf dem Streben, die proklamirte Gleichberechtigung aus einer Heuchelei zur Wahrheit zu machen — und doch wächst die Zahl der Jünger des Menschheits-Evangeliums! Die bestehende Gesellschaft baut auf Millionen Bajonette, Tausende von Millionen Geldes, uralte sorglich gepflegte Vorurtheile und die Verfeindung der Arbeiter unter einander: — und doch fühlt sie sich immer weniger sicher vor dem riesig wachsenden Gleichheitsstreben der Enterbten und Verelendigten! Welchen stärkeren Beweis kann man noch dafür verlangen, daß es die geschichtlich gewordne Bestimmung aller Menschen ist, gleichwerthig zu werden, wie sie wesensgleich schon sind?

Mehr — die Wesensgleichheit besteht nicht in Idealen, welche in weiter Ferne verschwimmen; sie ist von gegenwärtiger Möglichkeit; sie besteht im Selbstdenken, Selbstfühlen und Selbstthun in harmonischer Durchdringung, also in gleichmäßiger Entwicklung vorhandener Anlagen mittels Erkennung und Belebung der besondern Anlage eines Jeden. Die Mittel zu solcher Erziehung sind bekannt; sie haben schon bei zahlreichen Menschen ihre volle Frucht getragen. Sie allgemein zu machen, setzt nichts als den guten Willen der Machthaber voraus. Sobald nun die arbeitende Mehrheit der Menschen die politische Macht errungen hat, und schon vorher im Maße, wie sie dieselbe erringt, muß die vernünftige Erziehungsweise allgemein werden. Wir verlangen also nicht, daß jeder Mensch ein von Wissenskram vollgepfropfter Buchgelehrter werde — das mag den Liebhabern überlassen bleiben, sondern daß er ein wahrer Mensch und in seinem Fache höchst tüchtig werde. Und wir verlangen das nicht als Gnadengeschenk von oben herab — die Sozialdemokratie wird sich die Macht dazu durch Kopfarbeit erkämpfen; und auf andre Weise kann es überhaupt nicht erfolgen. Wer von den Gelehrten ihr dabei nicht helfen, sondern ihr vielleicht gar in den Weg treten will, der muß sehr wenig aus der Geschichte gelernt haben, und über den wird sie bald genug zur Tagesordnung übergehen.

Es ist eine bezeichnende Schwäche unsrer Gelehrten, daß sie glauben, der Denk- und Willensfortschritt der Massen könne zu geschwind gehen, und sie könnten ihm sichre Wege weisen. Als wenn die Massen nicht ihr Hemmschuh selber wären! Als wenn, wo dieser Fortschrittsdrang einmal erwacht ist, es ein besseres Mittel gegen Ueberstürzung gäbe, als breiteste Anbahnung eines ebnen Weges! Wolle doch ja Niemand weiser sein als die zum Selbstdenken erwachenden Volksmassen, welche sich als Träger der menschheitlichen Aufgabe, als Vertreter des Zeitgeistes fühlen! Wie es keine gewaltigere Kraft auf Erden giebt, als die Vereinigung unzählig vieler geringer Molekularkräfte, welche Gebirge emporthürmen, Meere verschieben und das Klima weithin verändern, so ist der in Millionen zugleich krystallisirenden Volkskraft, wenn sie vom Zeitgeist in Fluß gebracht ist. Es ist aber doch immer erst der ungeheure Druck von oben, der auf ihnen lastet, welcher die Spannkraft so aufhäuft, daß die geringste Hebelbewegung sie zur plötzlichen Auslösung bringt — welche doch so leicht zu vermeiden wäre!

A. Donai.

Der französische Arbeitercongreß in Lyon.

Es war der zweite französische Arbeitercongreß nach der Auferstehung aus dem Grab der Commune. Der erste fand in Paris statt — da wo der „Riese Proletariat" gemordet worden war, mußte er auch wieder in's Leben zurückkehren und Freund und Feind ankündigen, daß er wieder lebt und kämpft zu Trutz und Schutz. Der zweite Congreß tagt, wie sich gebührt, in der zweiten Hauptstadt Frankreichs, in der arbeitenden, streitbaren, mit Paris um die Palme ringenden Metropole des kämpfenden sozialistischen Proletariats.

Der Congreß trat am 28. Januar in den geräumigen Sälen des Variété-Theaters zusammen.

Die erste Sitzung begann an diesem Tag Abends 8 Uhr. Alle Zuschauerräume waren übervoll, man bemerkte auch eine beträchtliche Anzahl von Damen. Um dem Gesetze Genüge zu leisten und dem Congresse den Charakter einer Privatversammlung zu wahren (Freiheit in der „Republik"!), war jeder Eintretende mit einer persönlichen Einladungskarte versehen.

Mehr als hundert Delegirte, erkennbar an ihren Abzeichen, nehmen die ihnen reservirten Plätze ein.

Die ersten Galerien und die Logen sind mit Fahnen und Wappen geschmückt, welche die Namen der im Congreß repräsentirten Städte Frankreichs tragen. Zwei größere Wappen haben die Aufschrift: „Solidarité" und „Union". Im Hintergrunde der Bühne ist das Brustbild der Republik aufgestellt, mit dreifarbigen Fahnen umgeben, worauf: Liberté, Egalité, Fraternité zu lesen ist.

Die Journalisten, von denen auch eine größere Anzahl auswärtige Blätter vertreten, nehmen den Orchesterraum, in welchem ein halbes Dutzend von Tischen aufgestellt sind, und einen Theil der Bühne ein.

Zum Präsidenten wurde Bürger Chepié, Spinnerei-Arbeiter, ehemaliges Mitglied des Wohlfahrtsausschusses vom Jahre 1871, fast einstimmig gewählt. Unter den gewählten Sekretären befindet sich Bürgerin Finet, ein junges Mädchen von einnehmendem, intelligentem Aeußern; unter den gewählten Beisitzern befindet sich auch eine Dame.

Die Eröffnungsrede des Präsidenten war einfach, ohne oratorische Floskeln und doch einschlägig und gewandt. Ohne Leidenschaft einer-, ohne Schwachheit andererseits wird der Congreß über die Fragen verhandeln, die ihm vorgelegt sind, erklärte er unter stürmischem Beifall.

Hierauf kam der Rechenschaftsbericht der Exekutiv-Commission über die bis jetzt geleisteten Arbeiten zur Verlesung. Der Absatz bezüglich der Stärkung der Republik durch den sozialen Fortschritt fand in einem lang anhaltenden „Vive la République!" sein Echo.

Der Pariser Delegirte Depire las hierauf den Rapport der Pariser Commission vor. Das Bemerkenswertheste darunter war die förmliche Erklärung, daß ein gewisser Elisée Chartier, geheimer Polizeiagent, der sich neulich brüstete, an dem ersten Pariser Congresse thätig theilgenommen zu haben, nie ein Mitglied desselben gewesen war (was sich unsere handwerksmäßigen Verleumder hinter die Ohren schreiben mögen!).

Es wurden dann die aus verschiedenen ausländischen Städten eingegangenen Grüße und Beistimmungen vorgelesen und die Initiativ-Commission mit deren Beantwortung beauftragt.

Hierauf schritt man zur eigentlichen Regelung der Ordnung in den Sitzungen des Congresses.

Das Programm der Gegenstände, die zur Verhandlung kommen werden, ist Folgendes:

1) Frauen-Arbeit.
2) Syndikatskammern und Assoziationen.
3) Industrielle Krisen und Arbeitseinstellung.
4) Professionelle Ausbildung und Unterricht der Lehrlinge.
5) Direkte Vertretung des Proletariats im Parlament.
6) Unterstützungskassen für Arbeiter-Greise und Invaliden.
7) Der Landarbeiter und die Beziehungen zwischen dem Land- und Stadtarbeiter.
8) Vagabundenwesen und der Sittenzustand in den großen Industriemittelpunkten.
9) Einführung von Proud'hommes (Schiedsgerichten).

Eine sehr große Anzahl Redner hat sich einschreiben lassen, um über obige Fragen zu verhandeln.

Die Tagesordnung war hiermit erschöpft und die Sitzung um halb elf Uhr geschlossen. Der Congreß wird zwölf Tage lang seine Sitzungen halten.

Alle Welt stimmt darin überein, daß bei dieser ersten Sitzung einfache Arbeiter mehr parlamentarischen Takt an den Tag legten, als so manche Mitglieder der „Volksvertretungen", was freilich nicht viel sagen will.

Mit der zweiten Sitzung, Dienstag den 29. Januar, begannen die eigentlichen Verhandlungen. Die Frage der „Frauenarbeit" stand auf der Tagesordnung obenan.

Ueber 2000 Personen, worunter die Frauenwelt vorherrschte, waren im Sitzungssaal versammelt; tausend Andere fanden wegen Raummangel keinen Einlaß. Neun Delegirte kamen zu den gestern Anwesenden hinzu; die Zahl der Vertreter der Presse hatte sich heute beinahe verdoppelt.

Achtzehn Redner oder Rednerinnen sind zur Frauen-Arbeiterfrage zum Wort eingeschrieben. Der Präsident ermahnt dieselben, so wenig Worte als möglich zu verlieren und sich kurz und schlicht an den Gegenstand selbst zu halten. „Wir sind

Arbeiter und nicht Advokaten", fügt er treffend hinzu unter allgemeinem Beifall.

Der Inhalt aller Reden läßt sich in Folgendem resumiren: Das Loos der Arbeiterinnen in Frankreich (wie überall) ist armselig, traurig, empörend. Statt, anderen Frauen gleich, sich der Sorge um ihre Familie und ihren häuslichen Beschäftigungen hingeben zu können, ist die sogenannte Ouvrière (Arbeiterin) in Frankreich gezwungen, Arbeiten zu verrichten, die ihre Kräfte bei weitem übersteigen und wobei sie größtentheils den häuslichen Heerd mit den Räumen einer Fabrikanstalt vertauschen muß, woselbst sie, besonders als junges Mädchen, allen möglichen Gefahren ausgesetzt ist. Um der Lage der Arbeiterinnen bessere Bedingungen zu verschaffen, müsse vorerst die Arbeit in den Gefängnissen und Klöstern, deren Concurrenz so verderblich ist, abgeschafft werden; es müßte ferner beschlossen werden, daß sich die Männer nicht solcher Arbeiten bemächtigen, die eigentlich in den Bereich der Frauenarbeit gehören.

Um das junge Mädchen der Verführung weniger zugänglich zu machen, müßte dessen Erziehung weniger vernachlässigt und dessen materielle Lage weniger hilflos werden. „Es giebt Thierschutzvereine, es giebt jedoch keine Vereine zum Schutze der Arbeiterinnen." „Würde es sich nicht ziemen, mittelst eines Gesetzes die Arbeitsstunden für Frauen ebenso zu reduziren, wie man es für die Kinder that?" . . .

Es sollte auch gegen die untergeordnete Stellung der Frauen gegenüber den Männern gewirkt werden. Unsere Sitten sowie unsere Gesetze sind darnach angethan, um die Frau in ihrer untergeordneten Stellung zu erhalten; es giebt in den niederen*) Volksschichten Männer, welche ihre Frau als ihre Magd betrachten. Diese traurigen Vorurtheile müssen abgeschüttelt und gleiche Rechte den Frauen geschaffen werden.

Im Besonderen werden die Mißbräuche gewisser „Placirungsbüreaus" hervorgehoben, denen junge dienstsuchende Arbeiterinnen zum Opfer fallen. Diesem Uebelstande könnte durch Gründung einer Stellenvermittelungsanstalt seitens der Syndikatskammer abgeholfen werden.

Ziffernmäßig wird von allen Rednerinnen erwiesen, daß das Salair (Lohn) der Arbeiterin unter allen Umständen unzureichend sei; in dieser Hinsicht könnte nur durch Föderation (Verbündung) aller Arbeiter, Thätigkeit der Syndikatskammern (Gewerkschaften), Freiheit der Assoziationen gesteuert werden; um diese Reformen in's Werk zu setzen, soll der Congreß eine eigene Commission aus seiner Mitte ernennen.

Ein Redner ist endlich der Ansicht, daß die einzige, von praktischem Erfolg begleitete Reform der Frauenarbeit die wäre, daß man in den Manufaktur- und Fabriksanstalten die Arbeit der Frauen vollkommen aufhebe, wodurch bedeutende Modifikationen in der sozialen Stellung der Frauen bezweckt werden könnten.

Die Sitzung dauert bis 11 Uhr Nachts. Alle Redner wurden lebhaft applaudirt, die Ehre des Tages gebührte jedoch drei Rednerinnen, die in wahrhaft rührenden und doch energischen Worten die Lage ihrer Leidensgefährtinnen treffend zu schildern wußten. Unter den Dreien befand sich ein junges Mädchen von kaum 20 Jahren, anmuthig in Wort und Geberden; man war erstaunt und traurig zugleich, aus dem Munde eines Kindes Wahrheiten zu hören, die sonst nur auf dem Wege der bitteren Erfahrung und im reiferen Alter gesammelt und wiedergegeben zu werden pflegen.

In der dritten und vierten Sitzung, vom 30. und 31. Januar, wurde die Frage der Syndikatskammern und der Assoziationen weiter verhandelt. Die Theilnahme des Publikums war wo möglich noch größer als in den ersten Tagen. Die Sitzung des 30. wurde mit der Verlesung einer Condolenz-(Beileids)Adresse an die Familie des verstorbenen Veteranen der französischen Sozialdemokratie, F. V. Raspail eröffnet, die unter stürmischen Beifall einmüthig beschlossen und telegraphisch abgesendet wurde.

Die Einführung der Arbeiter-Syndikats-Kammern, worüber neulich der „Arbeiter-Senator" (ouvrier senateur) (und Vertreter der Commune) Tolain, einen öffentlichen Vortrag hielt, hat, wie wir aus allen Ausweisen der Redner entnehmen konnten, bedeutende und wohlthätige Früchte in Frankreich getragen. Die Syndikats-Kammern werden hier von den meisten Arbeitern als der Ausgangspunkt einer neuen Periode im Arbeiterwesen betrachtet; sie sind es, um die sich alle sozialen Kräfte der Arbeiter gruppiren und die den Kampf gegen die Coalition der Arbeitgeber möglich machen können. Einer der Redner (Bürger Cosse) erklärte, daß die Syndikats-Kammern in der sozialen Welt dieselbe Revolution hervorgebracht hätten, wie der Dampf in der industriellen.

*) Auch in den vornehmen Kreisen giebt es im Verhältniß mindestens ebensoviele solcher Barbaren. R. d. V.

Nur ein einziger Redner (Bürger Amat) wies auf die Unzulänglichkeit der Syndikats-Kammern hin. „Selbst wenn dieselben von den Banden der Gesetzgebung, in denen sie bis jetzt sich beengt fühlen, befreit werden sollten, selbst dann werden sie noch kein Universalheilmittel gegen den Nothstand und die anormale Lage des Arbeiterstandes bilden können." Redner behauptet daß die Arbeiter so lange nichts werden erreichen können, bis sie nicht stark genug sind, durch Assoziationen und föderalistische Cooperation mit ihren Patronen (Arbeitgebern) als Gleiche mit Gleichen zu verhandeln. „Die Welt ist schon soweit: mit einem Schwachen unterhandelt man nicht im eigentlichen Sinne des Wortes; man legt ihm die Bedingungen auf und basta. Wenn die Arbeit ebenso mächtig sein wird, als es das Kapital ist, dann wird auch dem Arbeiter Genugthuung werden müssen." Redner stellt den Antrag, in der Nationalversammlung dahin zu wirken, alle das Coalitions- und Assoziationsrecht beschränkende Gesetze abzuschaffen und dieselben durch keine neuen zu ersetzen. Mit Ausnahme dieses Redners sind alle übrigen mit dem Beibehalt und der Ausbreitung der Syndikats-Kammern einverstanden gewesen.

Die Sitzung vom 21. Januar war dem Assoziationswesen im weitesten Sinne des Wortes gewidmet.

Ehe die Sitzung begann, ereignete sich ein kleiner Zwischenfall, zwar unbedeutend an und für sich, aber doch einer Erwähnung werth. An den Verhandlungen des Congresses nehmen, wie schon erwähnt, männliche und weibliche Delegirte Theil. Schon von der Eröffnungs-Sitzung an werden auch weibliche Delegirte zu Assessoren und Sekretären ernannt. Nachdem der Congreß jeden Tag seinen Präsidenten und sein Bureau ernannt, kam gestern der Fall zur Austragung, daß einige Mitglieder einen weiblichen Präsidenten in Vorschlag brachten. Das Reglement ist zwar nicht ausdrücklich dagegen und doch wurde die Frage über die Zulässigkeit eines weiblichen Präsidenten vorher den Delegirten zur Entscheidung vorgelegt und mit einer bedeutenden Stimmenmehrheit beschlossen sich nur von Männern präsidiren zu lassen. Es war dies unzweifelhaft eine Ungerechtigkeit und der Congreß hätte sich beinahe einen Weiberkrieg auf den Hals gezogen, indem die Delegirtinnen mit Verlassen des Berathungssaales drohten; glücklicherweise ist dieser Zwischenfall durch einige beschwichtigende Worte und durch den gesunden Sinn der Bürgerinnen selbst beigelegt worden.

Die Debatten über das Assoziationswesen warfen einiges neue Licht auf die soziale Lage der französischen Arbeiter. Ein Delegirter von Paris hob im Besonderen hervor und bewies es ziffernmäßig, daß es nicht die Erhöhung der Arbeitslöhne sei, die den Wohlstand der Arbeiter heben könnte; er wies auf Amerika hin, wo das Salair fast dreimal so hoch, dafür jedoch auch der Lebensunterhalt ꝛc. dreimal so theuer ist. Denn mit der Erhöhung der Arbeitslöhne steigen verhältnißmäßig die Preise aller Artikel und diese Preiserhöhung fällt schließlich dem Arbeiter zu Lasten.

Unter den vielen Reden, die über den Gegenstand gesprochen wurden, ist die des Bürgers Frélet hervorzuheben, der im Namen der Pariser Assoziation ein Imperativmandat (mandat impératif, gebundenes Mandat) zur Behandlung dieser Frage mitbrachte. Seine Rede gipfelte in dem Satze, daß eine Assoziation so lange fruchtlos bleibe, so lange sie sich nicht in eine Corporation im engeren Sinne umgestaltet. „Nicht Assoziationen, sondern Corporationen der Arbeiter, erweitert und untereinander verbunden, sind dazu berufen, unabsehbare Resultate auf dem sozialen Felde für Arbeiter zu erzielen." (Etwas unklar; Frélet meint wohl, daß die Assoziationen von den Gewerkschaften in die Hand genommen und einheitlich organisirt werden. Red. d. „V.")

Ein Arbeiterdelegirter aus den französischen Colonien Algeriens machte die Versammlung mit einer neuen Art von Arbeiterassoziationen bekannt, die den Zweck haben, dem Arbeiter den Erwerb von Grundbesitz zu erleichtern. Man nennt sie Wohnungs-Assoziationen (Associations d'habitations). (Sind in England sehr bekannt und verbreitet, ohne indeß zur Befreiung der Arbeiterklasse das Mindeste beigetragen zu haben — wir meinen die sogenannten Building Societies — Baugesellschaften. R. d. „V.") Die Idee an und für sich, vielleicht praktisch für Algerien, jedenfalls unausführbar bei uns in Europa, wurde mit passiver Aufmerksamkeit angehört, bis der Redner, Bürger Nicolas, sich in seinen theoretischen Utopien zu einer Lobrede auf den gewesenen Ministerpräsidenten Jules Simon verstieg. Im Nu veränderte sich die Scene. Ein Aufschrei der Entrüstung ward von allen Bänken hörbar und übertönte die Worte des Sprechenden. Es halfen keine Entschuldigungen mehr, man stürzte der Bühne zu, um gegen die vernommenen Worte zu protestiren. „Von dieser Bühne aus darf kein Lob einem Manne gespendet werden, der Jules Simon heißt. Der Mann, welcher am Staatsruder gerade das Gegentheil von dem that, was er an der Spitze der Opposition befürwortete, mag Talent haben oder nicht, aber ein ehrlicher Mann ist er nicht. Einem unehrlichen Mann spenden die Arbeiter Frankreichs keinen Lobspruch." Ein anderer Redner rief entrüstet aus: „Wie ist es möglich, in diesen Räumen und vor den Männern, die darin tagen, ein Lob auf Jules Simon zu wagen, auf denselben Jules Simon, der während der zweiten Pariser Belagerung (der Commune durch die Versailler) ein Ministerfauteuil inne hatte und seine Zustimmung dazu gab, als man politische Gefangene unter den versengenden Himmel Australiens deportirte?"

Herr Simon erhielt nur, was er verdiente. Französischer Kathedersozialist, wird er gleich den Kathedersozialisten Deutschlands von dem Arbeiterstande, von dem wahren, praktischen „sozialen Elementen" verachtet und bei Seite gestoßen. Instinktiv (doch wohl mit vollem Bewußtsein! Red. d. „V.") erblickt das Proletariat in den theoretisirenden und vor den Consequenzen zurückschreckenden Volksbeglückern seine gefährlichsten Feinde.

In der fünften Sitzung, vom 1. Februar, beschäftigte man sich mit den industriellen Krisen und der Arbeitslosigkeit, richtiger gesagt, dem Arbeitsmangel (chomage). Eine äußerst „dringliche" und „brennende" Frage, mit deren „Lösung" sich gegenwärtig sogar der französische Senat beschäftigt. Sieben Redner nahmen nach einander das Wort. Die Ansichten derselben lassen sich in Folgenden zusammenfassen.

Eine der Hauptursachen der industriellen Krisen und des Arbeitsmangels in gewissen Industriezweigen ist die Arbeit in Klöstern und Gefängnissen.

Die Einführung von Maschinen ist auch eine der Hauptursachen des Arbeitsmangels. Die modernen Communisten (?) tragen dieser Thatsache wenig Rechnung. (?) Proudhon jedoch hatte in seinen Contradictions économiques (Oekonomischen Widersprüchen) vollkommen Recht, als er sagte, daß die Gesellschaft nicht berechtigt sei, dem industriellen Fortschritt die Interessen der Arbeiter zum Opfer zu bringen und daß man dem Arbeiter, den eine neue Erfindung seiner Arbeit beraubt, eine Entschädigung schuldig sei. (Das ist vor Proudhon schon von Bourgeois und Aristokraten gesagt worden, z. B. 1837 von dem jetzigen englischen Premierminister Disraeli in seiner „Sybil". R. d. „V.")

Die Launen der Mode, die in der Nachfrage nach gewissen Erzeugnissen unvorhergesehene Sprünge machen, wurden auch als die Ursache mancher industriellen Krisen, namentlich in der Seidenwaarenproduktion, mitgenannt.

Man beantragte eine National-Versicherungs- und Versorgungskasse für den Fall des Arbeitsmangels und dessen Folgen.

Endlich wiesen auch einige Redner auf die große Arbeitstheilung als eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit hin. So existiren in Frankreich (und überall, wo die moderne Produktionsweise herrscht. R. d. „V.") Produktionen, in denen der Arbeiter nur einen Theil des erzeugten Gegenstandes zu machen versteht; dies erleichtert zwar die Vollkommenheit der produzirten Artikel, hat jedoch den großen Nachtheil, daß der französische Arbeiter, im Falle einer industriellen Krisis, nirgends andere Arbeit zu finden im Stande ist. (Könnte der Arbeiter in einer andern Branche Arbeit finden, so würde er nur die Löhne in dieser andern Branche herabdrücken, und damit die Krisis mehr ausbreiten und verschärfen. Nicht in der durchaus nothwendigen Theilung der Arbeit liegt die Ursache der Arbeitslosigkeit und der Krisen, sondern in der Regel- und Planlosigkeit der kapitalistischen Privatproduktion. Wer dieser Ursache nicht zu Leibe geht, führt blos Lufthiebe. Red. d. „V.")

Die Schlußrede hielt Delegirter Chepié aus Paris, der auf das Unpraktische gewisser (welcher? Red. d. „V.") Theorien hinwies. Seiner Meinung nach beschäftigte man sich viel zu viel mit Collectivkassen (?) und viel zu wenig mit der Solidarität. Um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, sollen Reformen angestrebt werden, die dem Arbeiter erlauben würden, sich den Werth seiner Arbeit im Ganzen aneignen (Es müßte präcisirt sein, was darunter verstanden ist. Red. d. „V.") zu dürfen. Es sollte auch das Gefühl der persönlichen Verantwortung im Arbeiter mehr entwickelt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das englische Parlament hat mit großer Majorität den Kriegsvorbereitungscredit bewilligt — den Herren Gladstone und Consorten war das Herz so in die Schuhe gefallen, daß sie zum Theil gar nicht zu stimmen wagten. Wir hatten den Einfluß und die Stellung dieser Gesellschaft von vornherein richtig aufgefaßt.

England rüstet also offiziell — es fragt sich ob Rußland es nun auf's Aeußerste wird ankommen lassen? Ein Versuch der Russen, sich wie Diebe in der Nacht in Constantinopel einzu-

Zur Geschichte der preußischen Volksschule.

Die Schule ist die Basis aller Menschenbildung. Wo man die Schulen, die die Pflanzstätten der Humanität und des Menschenglücks sein sollen, wenig oder gar nicht beachtet, da erblicken wir die Menschheit in Fesseln der Dummheit und des Aberglaubens. Wo das Volk durch die Schulen nicht gehörig gebildet wird, da ist kein Glück in den Familien, kein Glück in den Gemeinden, kein Glück in den Staaten — kurz kein Glück in allem Thun und Lassen. Je schlechter die Schulen sind, desto mehr kosten die Zuchthäuser, desto mehr Thränen werden an vergüterten Fenstern vergossen. Wo die Schulen schlecht sind, da kann weder eine gesunde öffentliche Meinung erstehen, noch ein gesundes Volksleben existiren. Auf dem Boden guter Schulen keimt die Glückseligkeit der Staaten, und wo die Jugendbildung rechter Art ist, da ist Volks- und Staatenwohl.

Wir wollen nun durchaus nicht verkennen, daß in der letzten Zeit in Preußen Manches zur Hebung der Volksschule geschehen ist (Davon ist wenig zu verspüren. Red. d. V.), aber wenn wir uns fragen, ob sie ihre Aufgabe löst, so müssen wir entschieden mit Nein! antworten. Wer diese Behauptung bewiesen haben will, der blicke nur in's öffentliche Leben, und er wird dort mehr Beweise finden, als ihm lieb sind.

Aber worin liegt das? Was ist schuld an der Mangelhaftigkeit der Schule? Wir wollen in nachstehenden Zeilen versuchen, diese Fragen zu beantworten.

Daß die Schule bisher so wenig geleistet hat, liegt zunächst in ihrer verkehrten Verfassung und Verwaltung. Die Schule hat keinen bestimmten Charakter. Sie hat etwas vom Staate, etwas von der Kirche, etwas von der Gemeinde; sie ist ein Zwitterwesen. Und eben weil sie ein Zwitterwesen ist, ist sie auch nicht im Stande, auf den Volkscharakter im guten Sinne einzuwirken, worauf es doch vorzugsweise ankommt.

Zwar ist das Prinzip: „Die Schule ist eine Staatsanstalt" schon seit langer Zeit da, nur wurde es bisher immer bekämpft. Das materielle Recht für die preußischen Staaten vom Jahre 1791 enthält dasselbe schon, und besonders unter dem Ministerium Altenstein suchte man diesem Prinzipe immer mehr Achtung zu verschaffen. Es wurde der Schulzwang eingeführt, d. h. die Verpflichtung, wonach Eltern und Vormünder ihren Kindern und Pflegebefohlenen mußten Unterricht ertheilen lassen, — den Armen wurde umsonst Unterricht gegeben ꝛc., kurz es wurde auf der Basis, die von Comenius, Locke, Franke, Rousseau, Fichte, Pestalozzi u. s. w. aufgefunden war, weiter gebaut, und man brachte mit Hülfe ausgezeichneter Männer das Volksschulwesen einigermaßen in Flor. Aber diese so mühsam errungene Besserung wurde unter dem Ministerium Eichhorn wieder rückgängig gemacht. Männer, die ihre Ehre und ihren Ruhm darin suchten, den von Altenstein gepflanzten und gepflegten Baum seiner größtmöglichsten Vervollkommnung entgegenzuführen, wurden removirt und hyperorthodoxe Menschen dafür eingestellt; andere Männer wieder, die gesunden Geist besaßen und solchen zu erhalten und zu verbreiten suchten, duldete man vorläufig als „nothwendiges Uebel", sie kamen aber unter spezielle Aufsicht von Fensterlingen zu stehen, unter die geheime Controle blinder Zeloten, die die Aufklärungssonne gern beständig im Zeichen des Krebses sehen möchten. Der Widerstand der Lehrer und der Provinzialbehörden nützte nichts. — Die Lehrer wurden unter eine dreifache Vormundschaft gestellt, wo der natürliche Vormund der Geistliche, der Gegenvormund die Polizei und der Obervormund der Cultusminister war. Lehrerversammlungen, wenn dieselben auch nur die Besprechung rein innerer Schulangelegenheiten zum Zweck hatten, wurden nicht geduldet, höchstens, daß die Lehrer Gesangfeste unter polizeilicher Aufsicht feiern durften.

Wie aber die Volksschullehrer als Mündel behandelt wurden, darüber belehrt uns nachfolgende Thatsache.

Die Geistlichkeit als natürlicher Vormund der Lehrer mußte geheime Conduitenlisten führen und einreichen. Im Regierungsbezirke Arnsberg hatten die Pfarrer ein Schema zu Schulberichten, worin unter Anderm buchstäblich Folgendes stand:

8. „Treue und Fleiß in der Amtsführung des Lehrers. Sittliches Verhalten desselben."

9. „Ob und wie der Lehrer sich weiter auszubilden bemüht sei? in welcher Beziehung er fortschreite, in welcher er etwa zurückbleibe? Häuslicher Fleiß."

10. „Ob zwischen dem Lehrer und der Gemeinde und dem Schulvorstande ein gutes Verhältniß obwalte?"

11. „Ob sich der Lehrer gegen den Pfarrer gebührlich benehme?" ꝛc.

Hierzu kam, daß die Lehrer nie erfahren konnten, was der Pfarrer in dieser Beziehung über sie berichtete.

Was nun die spezielle Beaufsichtigung der Schulen durch Theologen betrifft, so war es jedenfalls widersinnig, weil derjenige, der Theologie studirt hat, darum noch lange nicht in der Lage ist, eine gute Schulaufsicht zu führen, selbst wenn er sechs Wochen in ein Schullehrerseminar geguckt hatte. Hier geht es, wie Langbein sagt:

„Man kann ein guter Karrenschieber,
Und doch ein schlechter Kutscher sein."

Aus Vorstehendem erhellt, daß man die Schule grundsätzlich zu einer Dienstmagd, zu einem bloßen Appendix der Kirche hat machen wollen, wie sich auch aus den vielen erlassenen Rescripten ergiebt.

Wie aber die Geistlichkeit ihre Vormundschaft zur Ausübung brachte, davon nur ein Beispiel:

Im Jahre 1838 ersuchte ein Lehrer einen einflußreichen geistlichen Beamten, auf der Synode doch auch die Sache der Schule zur Sprache zu bringen und die Lehrer nach Möglichkeit zu vertreten, worauf ihm der Bescheid wurde: „Begnügt Euch mit Euerem Kommisbrode."

Ueberall sprachen sich die Geistlichen scharf gegen die Selbstständigkeit der Schule aus.

Eine natürliche Folge dieses Regimes war die Geistlosigkeit und Geistesverschrobenheit mancher Lehrer. Von Religion lehrten manche nur das Unerquicklichste und Unfruchtbarste, anstatt daß nur das gelehrt werden sollte, was auf die Handlungen der

schleichen, ist zwar gescheitert, dafür aber ist's ihnen gelungen, unter Mißbrauch des Waffenstillstandes die äußere Vertheidigungslinie von Constantinopel zu besetzen, woraus man kaum einen andern Schluß ziehen kann, als daß Rußland, im Vertrauen auf die Allianz mit dem Bismarckischen Deutschland sich für stark genug hält, England und dessen etwaigen Bundesgenossen, d. h. in erster Linie: Oestereich auf die eine oder andere Weise zur Ruhe bringen und dann das vereinzelte England zu Paaren treiben zu können. Auf Oesterreich kommt zunächst Alles an, und es unterliegt keinem Zweifel, daß von Berlin und Petersburg aus Alles aufgeboten wird, um Oesterreich in der Schlinge des Dreikanzlerbundes zu halten, und es durch den Köder der Annexion von Bosnien und der Herzegowina für die russischen Pläne zu gewinnen. Nun, die Wiener „Staatsmänner" — mit Respekt zu sagen — sind unberechenbar: Paragraph 11 des „Testaments Peters des Großen" existirt nicht für sie, dieser famose Paragraph, welcher mit verzweifelter Deutlichkeit ausplaudert:

„Wir müssen das Haus Oesterreich bei der Vertreibung der Türken aus Europa interessiren und seine Eifersucht nach der Eroberung Constantinopels unschädlich machen, indem wir entweder zwischen ihm und den alten Staaten von Europa einen Krieg anfachen, oder ihm einen Theil der Eroberung abtreten, um ihm denselben später wieder zu entreißen."

Das ist klar, wie ein gezückter Dolch, aber es gibt Menschen, die ihre Augen blos haben, um nicht zu sehen, ihre Ohren um nicht zu hören, und ihr Hirn um nicht zu denken. Und zu diesen Menschen haben von jeher die österreichischen „Staatsmänner" gehört, die stets, um das bekannte Wort eines französischen Journalisten (nicht Napoleons, dem es fälschlich zugeschrieben wird) zu gebrauchen „um eine Armee und eine Idee zurück waren". Der diplomatische Einseifungsprozeß, welcher jetzt vor sich geht, scheint gelingen zu wollen: greift Oesterreich wirklich nach dem Danaergeschenk, so wird es bald die Wege der Türkei gewandelt sein.

Das im Krimkrieg den Russen entrissene Land an der Mündung der Donau, welches durch den Pariser Vertrag zu Rumänien geschlagen wurde, soll jetzt den Rumänen wieder abgenommen werden. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan und „Väterchen" meint, sein Ehrgefühl erheische die Rücknahme dieses Stückchen Landes. Die rumänischen Kammern haben einstimmig gegen die Abtretung protestirt — wird ihnen wohl wenig nützen.

Neueste Nachrtchten über die Orientkrise (unmittelbar vor Schluß der Redaktion geschrieben): Die englische Flotte ist in die Dardanellen eingelaufen und liegt vor Konstantinopel, ein Theil des Geldes, welches mit überwältigender Majorität (328 gegen 124 Stimmen) dem Ministerium Disraeli vom Parlament bewilligt worden ist, soll nach den Erklärungen des Schatzkanzlers Northcote dazu verwandt werden, einen Theil der englischen Armee marschbereitt zu machen — das sind zwei bedeutungsvolle Nachrichten, welche die Situation kennzeichnen. Die Friedenskonferenz, falls sie zu Stand kommt, wird auf Bajonnetten und Hinterladern sitzen — was ungefähr ebenso ungesund ist, wie das „Tanzen auf einem Vulkan". Als komisches Intermezzo in diesem Völkertrauerspiel sei noch erwähnt, daß die griechische Regierung beim Sichtbarwerden eines türkischen Kriegsschiffs ihre „Befreiterarmee" schleunigst aus der Türkei zurückberufen hat.

— Was war das für ein Geschrei, als die Sozialdemokraten sich vermaßen, Bismarck und die deutsche Reichsregierung interpelliren zu wollen in Bezug auf die Haltung derselben in der orientalischen Frage. Die Redaktion des „Vorwärts" und alle diejenigen Parteigenossen, welche besonders energisch in dieser Angelegenheit vorgingen, wurden geschmäht und verleumdet. Und jetzt? Erst die Klerikalen, dann die Fortschrittler und darauf die Nationalliberalen und Conservativen, sie allesammt wollen die Regierung interpelliren. Die Sozialdemokraten haben den Anstoß gegeben, ob aber einer von denselben bei der Debatte über die Orientfrage im Reichstag zu Wort kommen wird, ist mehr als zweifelhaft. So anständig sind die andern Parteien gewöhnlich nicht, daß sie dies zuließen, und Forckenbeck hat seinen Valentin.

— Vorigen Donnerstag starb der hundert Mal todtgesagte Pio Nono. Der Pabst ist todt, es lebe der Papst! Statt des x y ein y z — das ist der ganze Unterschied. Der alte Pius verstand sich wenigstens auf's Witzemachen und sein letzter Witz soll gewesen sein, daß Viktor Emanuel, der Régalantuomo, an der Himmelsthür auf ihn warten gemußt. Der König Biedermann hat nämlich schon vor etlichen Wochen das Zeitliche gesegnet, was — beiläufig bemerkt — für die italienischen Ochsen, Hasen und Ehemänner ein sehr glückliches Ereigniß war, denn einen größeren — Esser, Wild- und Frauen-Jäger hat Italien niemals gesehen — sonst ist von dem Manne nichts zu sagen. Außer etwa noch, daß er von unserer ganzen Bourgeoispresse verherrlicht wird, woraus sich das Bourgeoisideal von Moralität erkennen läßt.

— Nemesis. Am 5. d. M. feuerte ein junges Mädchen auf den Stadthauptmann von Petersburg, General und Oberpolizeimeister Trepow, den Inscenesetzer der letzten Sozialistenprozesse, und verwundete ihn schwer, wo nicht tödtlich. Einen Gefangenen in dem Kasan-Kirchenprozeß, Bogoljubow, der einmal die Mütze nicht vor ihm abnahm, hatte er in Gegenwart seiner Mitgefangenen bis zur Besinnungslosigkeit durchpeitschen lassen. Dafür soll Elisabeth Iwanowna Koslow, ihrer Erklärung nach, Rache genommen. Väterchens Soldaten stehen vor Konstantinopel uno in Petersburg bohrt der Todtenwurm. — —

— „Türkengreuel". Zu jedem Kriege, der ausbricht, gehört ein Vorwand, der ihn in den Augen der „civilisirten Welt" rechtfertigt. Das ist wenigstens heute so. In früheren Zeiten war man weniger spröde, oder besser: weniger heuchlerisch — d. h. derjenige Machthaber, der einen Krieg wollte, scheute sich auch in den meisten Fällen nicht, offen einzugestehen, daß er den Krieg nur unternehme, um sich zu bereichern und seine Macht zu erweitern. Man gestand also unumwunden das Räuberhandwerk ein. Das ist heut anders geworden, womit aber keineswegs gesagt sein soll, daß die Kriege, die wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, mit wenigen Ausnahmen nicht den nämlichen Zweck wie die früheren verfolgt hätten. Den jetzigen russisch-türkischen Krieg z. B. wird Jeder, dem die Gefühlsduselei nicht den Verstand geschwächt hat, oder der beim Klange des Rubels nicht sein besseres Ich preisgab, für das halten, was er ist, nämlich für einen schmählichen Raubzug, unternommen von Rußland. Um den Vorwand zu dem Raubzuge war Rußland natürlich nicht verlegen, es hatte sogar zehn statt einen zur Hand, von denen sich einer kurzweg Türkengreuel benamset — Greuel, angeblich begangen von den Türken an den von Rußland in den Aufstand gehetzten Bulgaren, und namentlich sollen sich die Baschi-Bozuks (türkische Irreguläre) bei den Greueln hervorragend betheiligt haben. Nun lese man aber Folgendes:

„In Straschin habe ich zum ersten Male eine bestimmte Beschwerde gegen die Baschi-Bozuks constatiren können. Zwei Nächte vorher sind ihrer 400 durchgekommen und haben vier Schafspelze, 300 Piaster und einige Lebensmittel weggenommen. Das ist nicht in der Ordnung, wenn ich aber bedenke, daß diese Leute bei 21 Grad Kälte beinahe nackt herumlaufen, daß die Regierung ihnen weder Sold, noch Kleidung, noch Lebensmittel, außer Schwarzbrod, giebt, dann sage ich, daß Diejenigen, welche mehr gelitten haben, den ersten Stein auf sie werfen mögen. Als Gegenstück will ich eine andere Anekdote mittheilen, die mir der betreffende Khandji selbst erzählt hat. Baschi-Bozuks kommen in einen schlecht verschlossenen Khan, um Lebensmittel zu erbetteln. Der Khandji war geflüchtet und hatte sein baares Geld auf dem Tisch liegen lassen. Ein Baschi-Bozuk steckt es in die Tasche. Am andern Tag steht der Khandji einen Baschi-Bozuk auf sich zukommen, der ihm sein Geld wieder giebt und sagt: ‚Wir haben es gestern weggenommen, damit es andere nicht stehlen konnten.'" — — — Und: „Andere Abenteuer habe ich nicht gehabt. Die angeblichen Gefahren, die hier vorliegen sollen, existiren nur in der Phantasie der Feiglinge. Die Türken sind große Kinder, und als Kinder muß man sie behandeln. Ach! wenn ein Mann unter ihnen erstände, welche Mine fände er auszubeuten!"

Also steht zu lesen in der „National-Zeitung" vom 3. Februar, und ein Kriegscorrespondent, „ein Mann vom Fach" ist es, welcher der „National-Zeitung", dem russischsten unserer Russenblätter, das schreibt. Und diese Baschi-Bozuks, diese „großen Kinder" sollen fähig gewesen sein, die ihnen in die Schuhe geschobenen Greuel zu verüben? Es bleibt schon dabei — der russisch-türkische Krieg ist ein Raubzug, unternommen von Rußland.

— Die Gewerkschaftsbewegung in Amerika hat namentlich in dem letzten Jahre großartige Fortschritte gemacht. Innerhalb dieser Zeit haben folgende Branchen sich zur nationalen Vereinigung emporgeschwungen und in ihrem Innern außerordentlich befestigt: Die Bruderschaft 1) der Lokomotivführer zählt 192 Lokalvereine und zahlt 2000 Dollars Rente an die Hinterbliebenen eines Verstorbenen und 15 Dollars wöchentliche Unterstützung; 2) Lokomotiv-Feuerleute mit 162 Lokalvereinen und ähnlichen Bestimmungen wie oben; 3) der Eisen- und Stahlarbeiter mit 106 Lokalvereinen eine der bestorganisirten Gesellschaften; 4) der Maschinenbauer und Schmiede mit 68 Lokalvereinen; 5) der Küfer, welche nach schwerem Kampfe mit den Arbeitgebern jetzt doppelt zahlreich geworden ist; 6) der Schuhmacher, welche nach einem mehrjährigen Schlafe jetzt wieder zu neuem Leben sich gestaltet hat und große Fortschritte macht; 7) der Cigarrenarbeiter, welche in der Zunahme begriffen ist; 8) der Granitsäger und -Arbeiter ist die compakteste Organisation im Lande; 9) der Schriftsetzer ist an der Arbeit, eine starke Organisation zu schaffen. — Außer diesen nationalen Vereinigungen gibt es viele andere lokale Gewerk-vereine, welche bestrebt sind, ihre nationale Vereinigung zu bewirken. So die der Zimmerleute und Schreiner, der Pflasterer, der Schneider, der Tapezierer, der Bäcker ꝛc.

— Zum Kapitel der Preßfreiheit. Das am 7. Februar von der 7. Deputation des Berliner Kriminalgerichts gegen unsern Genossen Deutler verkündete Urtheil lautete auf 1¾ Jahr Gefängniß. Von den 19 inkriminirten Sachen wurden 5 freigegeben, darunter befand sich aber keine der vier Majestätsbeleidigungen. Der Redakteur der „Germania", Schimansky, welcher wegen Abdrucks eines eine Majestätsbeleidigung enthaltenden Artikels der „Berliner Freien Presse" mitangeklagt war, wurde freigesprochen. — Gegen unsern Genossen Paul Grottkau hat das Berliner Stadtgericht unterm 2. Februar einen Steckbrief erlassen. Grottkau war zu 6 Monaten verurtheilt worden und sollte verhaftet werden, war jedoch weder in seiner Wohnung, noch in dem Redaktionslokal der „Berliner Freien Presse" aufzufinden. Berliner Blätter vermuthen, daß sich Grottkau nach dem Auslande begeben, da er noch kürzlich eine fast zweijährige Gefängnißhaft „verbüßt" hat. Außerdem schweben noch verschiedene Anklagen gegen ihn wegen Preßvergehen. — Parteigenosse Strumpen befindet sich im Kreisgefängniß zu Duisburg, um vier Wochen „abzusitzen"; derselbe ist aber ferner noch zu neun Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch die Presse, verurtheilt worden.

— In Ottensen haben bekanntlich unsere Parteigenossen kürzlich drei sozialistische Vertreter in den Kirchenvorstand gewählt. Diese Wahl ist beanstandet worden, weil die Gewählten nicht die nöthige Qualifikation besitzen. Sie gehen nicht zur Kirche und zum Abendmahl. Als Antwort auf die Beanstandung haben unsere Parteigenossen den Massenaustritt aus der Landeskirche proklamirt.

— Eine Fälschung. Auf unsere bündige Erklärung in Nr. 14 des „Vorwärts" bringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" folgende Antwort:

„Der „Vorwärts" druckt unsere Verwahrung gegen die Bezeichnung der in Lassalle's „Liebesepisode" abgedruckten Briefe als „Fälschung" zwar vollständig ab (was gegenüber dem sonst üblichen Ignoriren von Berichtigungen seitens der sozialdemokratischen Presse rühmend anzuerkennen ist*), hält aber sein Urtheil „voll und ganz" aufrecht, solange die Verlagshandlung Brockhaus die „angeblichen" Briefe Lassalle's nicht „einem Ausschusse von competenten Männern, welche die Handschrift Lassalle's kennen, zur Prüfung vorlege." Wir können darauf hin im Namen der Verlagshandlung erklären, daß sie keine Veranlassung findet, an ein derartiges sozialdemokratisches oder anderes Schiedsgericht zu appelliren, sondern es getrost dem deutschen Publikum überläßt, ob es ihrer hier wiederholten Versicherung, daß die betreffenden Briefe Lassalle's durchweg echt und authentisch sind, oder der frivolen Beschuldigung des „Vorwärts", daß hier eine „Fälschung" vorliege, Glauben schenkt."**)

---

*) Das ist eine Impertinenz, für die wir Herrn Professor Biedermann, den Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", nicht verantwortlich machen wollen, denn dieser hat seiner Zeit in der bekannten Polemik mit sozialistischen Arbeitern der Redaktion des „Vorwärts" ausdrücklich das Zeugniß ausgestellt, daß sie in der Polemik loyal verfahre und die gegnerischen Auslassungen unverstümmelt mittheile. Wir hoffen, Herr Professor Biedermann rektificirt diese Ungehörigkeit irgend eines Commis der Brockhaus'schen Verlagsbuchhandlung.

**) Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" äußert in seiner Nr. vom 7. Februar einige Bedenken gegen unsere Argumentation für die Unächtheit der Schrift. Es meint, Lassalle habe schon 1859 in seiner Broschüre über den italienischen Krieg sich ähnlich ausgesprochen, wie in der von uns angezogenen Stelle, wo er sich als das Haupt einer Partei hinstellt. (Beiläufig ist die Stelle nicht ganz richtig übersetzt. Im Französischen heißt es: je suis dans la position d'un chef de parti — wörtlich: ich bin in der Stellung eines Parteihauptes, was etwas schwächer, im Wesentlichen freilich dasselbe ist.) Auch wenn man unter der in Frage kommenden Partei mit dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt" die „bürgerliche Demokratie" versteht, würde der von dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt" citirte Passus nichts beweisen, denn Lassalle bezeichnet sich dort weder direkt noch indirekt als „Haupt" irgend einer Partei, und — er konnte es nicht.

Uebrigens hat der Verfasser der „Liebesepisode" ein paar Seiten weiter (S. 51 des franz. Textes) nicht blos die Partei, als deren „Haupt" Lassalle vorgeführt wird, sondern auch die politische Position Lassalle's so genau präcisirt, daß er sich damit festgenagelt hat. Es heißt da: „Dans le monde proprement dit, ma position est la suivante: En général, peu de monde chez nous en Prusse est indifférent envers moi. Presque tout le monde se divise à l'égard de moi en deux parties. L'une — à laquelle appartient surtout toute l'aristocratie et nne grande partie de la bourgeoisie, souvent même des personnes de nuances faiblement libérales — me craint, me hait et me déteste. La seconde, à laquelle appartiennent une autre partie de la bourgeoisie et le peuple — m'estime, m'aime et souvent m'adore."

In möglichst treuer Uebersetzung:

„In der eigentlichen „„Welt"" (im Gegensatz zu der „„wissenschaftlichen Welt"") ist meine Position folgende: Im Allgemeinen sind Wenige bei uns in Preußen mir gegenüber gleichgiltig. Fast die ganze politische Welt theilt sich, in Bezug auf mich, in zwei Lager. (Im

---

Menschen einen entschiedenen und guten Einfluß hat. Es ist vorgekommen, daß ein Lehrer ein Kind prügelte, weil es die Geschichte von Bileams Esel nicht wörtlich erzählen konnte. Dieser Schuleset war übrigens strafbarer als das Kind.

Ein anderer Hauptgrund, weshalb die Schulen so wenig leisten und weshalb sie auch für die nächste Zukunft noch wenig leisten werden, ist unsere heutige Gesellschaftsordnung. Viele wahre Menschenfreunde haben behauptet, die Industrie wäre die Mutter des Proletariats und des Pauperismus; allein diese Behauptung ist falsch. Die Indu,.rie als solche ist es nicht, sondern nur ihr verkehrter Betrieb. England hatte schon vor dreißig Jahren soviel Dampfmaschinen, daß deren Leistungen 1 Million Pferde und 9 Millionen Menschen an Kraft überstieg. Die englischen Spinnmaschinen sind so eingerichtet, daß jetzt da ein Arbeiter hinreicht, wo früher vierzig erforderlich waren. Auf solche Weise ist ein großer Theil der Menschen in England vollständig überflüssig geworden. Und wie in England, so ist es auch in Belgien, Frankreich und Deutschland, und daher rührt größtentheils das ungeheure Zunehmen der Armuth in diesen Ländern.

Diese Andeutungen mögen genügen, da es nicht zu unserer Aufgabe gehört, die Ursachen der Armuth aufzusuchen und Mittel zur Abhülfe vorzuschlagen; wir haben hier nur darzuthun, was für Folgen die Armuth auf das Schulwesen hat.

Eine normale Erziehung, wozu wir rechnen, daß der Mensch körperlich gesund, geistig vernünftig und sittlich charakterfest werde, kann bei Menschen, die arm sind und arm bleiben müssen, nicht erzielt werden; ob es bei reichen Menschen angeht, ist bis jetzt noch mehr als zweifelhaft. Es geht dem Menschen wie einem Acker. Ist der Acker mager, so trägt er k ine Frucht, wenn die Bearbeitung auch noch so vorzüglich ist. Ist er zu fett, so bringt er Lagerstroh, aber keinen Körnerertrag. Ein Baum auf dürrer Haide bringt keine Frucht, ebenso wenig auch der Mensch, dem alle Mittel zu seinem Unterhalte fehlen, und der auch nicht Gelegenheit hat, solche zu erwerben. Ehe der Geist gepflegt werden kann, muß der Körper gesund sein, dazu aber gehört Brod. So wie die Armuth zunimmt, nimmt das Bildungsbedürfniß ab. Der Familienvater wird des Morgens sicherlich nicht daran denken, seine Kinder zur Schule zu schicken, so lange ihn die Fragen quälen: „Was werden wir heute essen und trinken? womit werden wir uns kleiden?"

Es wird hier vielleicht eingewandt: „Das sind Uebertreibungen, jeder Mensch kann sich seinen Unterhalt noch auf redliche Weise erwerben." Nichts wollten wir lieber, als daß unsere Gegner hier Recht hätten, und wir uns irrten. Allein wenn wir unsere Blicke auf England und auf die unfruchtbaren, starkbevölkerten und fabrikreichen Gegenden Deutschlands richten — und sehen, daß hier blühet, was dort reif ist, so können wir leider unsere Ueberzeugung nicht ändern. Wir sehen, daß die Produktion die Consumtion bedeutend übersteigt. Die Industrieritter und die Inhaber der großen Etablissements sehen dies auch recht wohl ein, aber sie ignoriren es, und zwar aus Egoismus.

Nun zum letzten Grunde, der dem Gedeihen der Volksschule hinderlich ist.

Es sind dies die verschrobenen Ansichten über das Leben selbst. Es sind von pädagogischer Seite die verschiedensten Vorschläge gemacht worden, um die Volksschule zu heben. Da giebt der Eine ein Mittel an, wie man Knaben erziehen soll; der Andere schreibt ein Buch über die Erziehung der Hausmütter; dieser will Lateinisch, jener Griechisch und Französisch ꝛc. — Am Ende sind die Herren Pädagogen einiger über die Schafzucht, als über die Menschenerziehung. Von den Schafen wenigstens wissen sie, daß sie für den Menschen da sind, von dem Menschen wissen sie noch nicht recht, ob sein Zweck es ist, ein Mensch zu sein, oder ein Millionär. Wenn sie zu wählen hätten, würden sie gewiß lieber den letztern herausnehmen.

Es ist unmöglich, haltbare Regeln über die Erziehung zu schreiben, so lange alle Lebensverhältnisse mit der gesunden Vernunft nicht ausgesöhnt sind. — Gesetzt, ich habe einen Schüler, der alle natürlichen Eigenschaften des Herzens und Geistes besitzt. Ich lehre ihn, alle Menschen gleich zu achten; er brennt vor Begierde, sein Leben dem Wohle der Menschheit zu opfern; er hat durch Wissenschaft und Kunst sein Urtheil geläutert, er hat logisch denken gelernt. Nun will ich diesen Schüler in's Leben bringen. Was sieht er? Er sieht eine beständige Verhöhnung der Vernunft, einen beständigen Krieg zwischen Staat und Bürger, zwischen Bürger und Bürger, zwischen Staat und Staat. Die Geldmacht als die Weltmacht steht an der Spitze und spottet der Menschenliebe. Der Zufall des Besitzes oder der Geburt entscheidet über das Heiligste im Leben. Er, der Vernunft zu haben glaubt, wird verhöhnt und ausgelacht. Der Mensch hat keine Erfahrung, heißt es, er ist ein Schwärmer, ein Verrückter. Was soll er thun? Sich wie der Fuchs in der Fabel den Schwanz abhauen lassen, d. h. nicht mehr denken, nicht mehr fühlen, nicht mehr lieben? Oder soll er in die Wildniß, in die Urwälder Amerikas gehen, wo die Natur noch natürlich ist? Wie soll sich dieser Kampf lösen? — Auf halbem Wege kann hier nicht stehen geblieben werden. Entweder — das Leben bildet sich nach der wahren Schule, der Vernunft und der Liebe, oder die Schule wird blos eine Vorbereitungsanstalt, um in die geheimen Kniffe und Streiche des egoistischen Lebens einzuweihen. Wir aber glauben, daß mit Hülfe des Sozialismus das Erstere geschehen wird.

H. R.

Also die Brockhaus'sche Verlagshandlung verweigert die Vorlegung der angeblichen Briefe Lassalle's. Wir wissen nun woran wir sind. In unserer vorletzten Nummer (16) schrieben wir: „Kann Herr Brockhaus die Originale nicht produziren, gut, so haben wir recht und die „Liebesepisode ist eine Fälschung".

Nun, Herr Brockhaus kann oder will (das ist in diesem Fall ganz einerlei) die Originale nicht produziren, damit ist für uns, wie für jeden Unbefangenen, der Beweis geliefert, daß unsere Zweifel begründet waren und die angeblichen Briefe Lassalle's in der That eine unverschämte Fälschung sind.

Correspondenzen.

Newyork, 20. Januar. In Nummer 152 des „Vorwärts" vom vor. J. heißt es: Der Cigarrenarbeiterstrike geht zu Ende; aber der Strike ist erst jetzt, am 20. Januar, beendigt worden, doch nichts weniger als glücklich, sondern mit bedingungsloser Unterwerfung und mit einer Schuldenlast von 17,832 Dollars. Die Firmen, die am Anfange nachgaben, sind sehr bald zurückgetreten, entließen alle Arbeiter und bildeten einen Fabrikantenbund. Ein gewisser Schmidt, ein schlauer Kunde, bot den Strikern seine Fabrik als Cooperativgeschäft an, mit der Bedingung, daß er so lange Eigenthümer bleibe, bis den Arbeitern 4000 Dollars abgezogen seien, wofür er ihnen das Geschäft überlassen wolle. Die Leiter waren auch so unklug, auf den Leim zu gehen und an die Ehrlichkeit eines Kapitalisten zu glauben, welcher schon verschiedene Male mit bedeutenden Summen fallirt hat. Dieses ganze Manöver war nur darauf berechnet, den Fabrikantenbund zu umgehen und die Arbeiter um so toller zu betrügen, denn jetzt, wo der Strike zu Ende ist, lehnt er alle Verbindlichkeit ab, d. h. bleibt Eigenthümer des Geschäfts und die Hineingefallenen erhalten von den 1200 Doll., die sie sich zu diesem Zweck haben abziehen lassen, keinen Cent zurück. — Der Opfermuth war großartig, es ist noch in keinem Ausstand hier mit solchen Mitteln unter die Arme gegriffen worden, wie in diesem; aber daß keine Noth unter den Strikenden wäre, ist einfach unwahr, denn die Mittel waren mehrmals zu Ende, und man mußte zu arbeiten anfangen; nur dadurch wurden immer wieder Leute gefunden, die neuen Credit gaben. Die Lage der Arbeiter ist keineswegs gebessert; Beweis: die neuen Abzüge von 50 und 75 Prozent. Jetzt sind die vielen Arbeiter vom Lande hier, folglich bekommen die beim Strike betheiligt Gewesenen keine Arbeit. Eins hat der Strike bewirkt: daß die Hausarbeit für eine kurze Zeit etwas beschränkt worden ist, — ein Erfolg, der den Opfern keineswegs entspricht. — Unwahr ist, daß der Strike bewirkt haben soll, daß eine tägliche Zeitung erscheint. Gerade das Gegentheil ist dadurch bewirkt worden, denn die Führer sind unsere strikten Gegner und benutzen ihren Einfluß gegen uns auf die kleinlichste Weise. Außerdem sind Tausende nicht im Stande, die Zeitung zu kaufen, und auch alles Vertrauen ist geschwunden. — Derjenige, der die eingangserwähnte Correspondenz geschrieben hat, kann nicht unter die Arbeiter gekommen sein, sonst konnte er nicht in der Weise schreiben. Dies zur Berichtigung. —8.

Göthen, 31. Januar. (Agitationsbericht. Verspätet.) Je mehr die gegenwärtigen traurigen Zustände die Aenderung derselben selbst dem blödesten Auge als nothwendig erscheinen lassen, um so größere Anstrengungen machen unsere Gegner, die Ausbreitung des Sozialismus zu hintertreiben, und scheint man Anhalt und die Kreise Calbe-Aschersleben sowie den Saalekreis als Versuchsstationen zu diesem edlen Zwecke mit ausersehen zu haben. Die Gegner erscheinen nicht etwa in unseren Versammlungen, um den sogenannten „geistigen Kampf" gegen uns zu führen, dazu sind sie leider zu feig; sie suchen vielmehr überall die Lokale zu belegen, um dadurch die Agitation unmöglich zu machen. Es giebt Orte, wo die Pächter von Lokalen sich bei Conventionalstrafe contraktlich verpflichten müssen, während ihrer Pachtzeit das Lokal zu Versammlungen der Sozialisten nicht herzugeben. Daß durch derartige Agitationen, welche die bekannte Freiheitsliebe unserer Gegner trefflich illustriren, die Ausbreitung des Sozialismus wohl momentan erschwert, nicht aber aufgehalten wird, scheinen die Herren zu übersehen. In Kreise Zeitz-Naumburg-Weißenfels versuchen dem gegenüber die Fortschrittler, in öffentlichen Versammlungen uns Opposition zu machen. In der Stadt Zeitz ist ebenfalls Lokalsperre für uns; die Gewerkvereinler hielten jedoch vor einiger Zeit eine Versammlung ab, in welcher ein Geraer Lehrer Namens Kalb weidlich auf die Sozialdemokraten schimpfte, ohne jedoch nennenswerthen Erfolg zu haben. Dieses Geraer „Kalb" hatte sich die Mühe genommen, Sätze aus sozialistischen Broschüren und Zeitungen zusammenzustoppeln, welche er dann der Versammlung vorlas und damit ungefähr eine Stunde Zeit todtschlug. — Vor etlichen Wochen hielt ich in dem nahen Dorfe Aue eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in welcher ein Gewerkvereinler in seinem Feuereifer Opposition machte; es stellte sich aber heraus, daß er noch nicht einmal die Anfänge der Gewerkvereinsbewegung kannte, geschweige denn der sozialistischen, und streckte derselbe deshalb sehr bald die Waffen. Bezeichnend für die bei den Gewerkvereinlern verbreitete Aufklärung war die Aeußerung dieses Herrn, daß die Agitation der Gewerkvereinler nicht von Arbeitergroschen bezahlt würde. — Weiter fand in Theißen eine ebenfalls gut besuchte Versammlung statt, welche ohne jeden Zwischenfall endete. — Sodann hielten wir in Teuchern eine Massenversammlung ab, wie sie an diesem Orte außer bei der letzten Reichstagswahl nicht stattgefunden hat; dort war es ein Gärtner Loof (Bruder des soeben aus längerer Haft entlassenen Redakteurs der „Chemnitzer Freien Presse"), welcher die Fortschrittspartei zu vertheidigen suchte, aber mit schlechtem Erfolg. — Am 17. Dezember hatte sich in Naumburg der dortige Gewerbverein geschlossen in unserer Versammlung eingefunden, und produzirte sich der Vorsitzende des Vereins als Seiltänzer, machte jedoch bei Besteigung des hohen Thurmseiles Bocksprünge und fiel in die Tiefe, bei welcher Gelegenheit er den „Zeitzer Volksfreund" in den Schmutz zu ziehen suchte, jedoch vergebens. Der Reporter des dortigen „Kreisblattes" versuchte eine Lanze für „sein Blatt" einzulegen, wurde jedoch kurz abgefertigt. Alle diese Versammlungen haben wesentlich zur Klärung unseres Prinzips beigetragen werden, und hoffen wir, daß uns unsere Gegner auch ferner besuchen werden. Außerdem fand auch noch in Weißenfels eine Versammlung der Gewerkvereinler statt, in welcher das Wunderdoktorchen Max Hirsch in höchsteigener Person anwesend war; leider war ich durch die Naumburger Versammlung abgehalten, dort zu sein, und konnte auch, da ich es erst Abends erfuhr, Mäxchen von Leipzig aus keinen aufmerksamen Zuhörer verschaffen; er wird auch der dort gefundenen Ruhe bedurft haben, da die Genossen Bock und Bruck aus Gotha kurze Zeit darauf in Apolda Hirschjagd unternahmen.

Noch war ich thätig in Versammlungen: im Anhaltischen in Cöthen, Jeßnitz und Preußlitz; in Halle in zwei Versammlungen, sowie in Hohenmölsen, Droyßig und Altenburg (Herz.). Sonnabend den 15. Dezember war ich in Ronneburg; die dort projektirte Versammlung konnte jedoch wegen Abbestellung nicht stattfinden. Der Geist in sämmtlichen Versammlungen war ein sehr guter. — Noch waren Versammlungen in Magdeburg, Delitzsch und Bitterfeld projektirt, konnten jedoch wegen Lokalschwierigkeiten nicht stattfinden. Hoffentlich werden die Verhältnisse betreffs der Lokale auch eine baldige Aenderung erfahren, da wohl bei einem großen Theile der Gastwirthe der Selbsterhaltungstrieb den Sieg davontragen wird und sie sich überzeugen werden, daß es räthlich ist, sich das Wasser nicht von der Mühe zu weisen. A. Zwiebler.

Osnabrück. Am 21. Januar fand hier eine ziemlich gu besuchte, öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand „die Centralisation". Nach kurzer Einleitung des Vorsitzenden, H. Haarmann, wurde über jeden Punkt einzeln debattirt. Ueber die Centralisation der Presse entspann sich eine lebhafte Debatte, und erklärten sich sämmliche Redner dagegen, wobei aber betont wurde, daß dies nicht aus Kastengeist geschehe, sondern da die Centralisation den Gewerkschaften eher nachtheilig als nützlich sein würde. Ueber die Centralisation der Krankenkasse konnte man sich ebenfalls nicht einigen, weil nicht genügendes statistisches Material über Krankheits- und Sterbefälle der verschiedenen Gewerbe zur Verfügung stand. Die übrigen Punkte wurden einhellig mit Freuden begrüßt. Zum Schluß wurde nachfolgende Resolution angenommen:

„Die heute in Osnabrück tagende, ziemlich zahlreich besuchte Versammlung sämmtlicher Gewerkschaften erklärt sich mit der Centralisation der Gewerkschaften einverstanden, mit Ausnahme der Preß- und Krankenkassen-Centralisation, für welche der geeignete Zeitpunkt noch nicht gekommen zu sein scheint. Betreffs der Conferenz wünscht die Versammlung, daß sie beschickt wird.

J. A.: A. Stolzenburg.

Auf Wunsch der Versammlung werden sämmtliche Gewerkschaftsblätter gebeten, Obiges abzudrucken. D. O.

Chemnitz, 6. Februar. Unser ausgewiesener und durch Auspfändung seiner Kleidung und Wäsche verlustig gewordener Genosse Looff ist nun so bedenklich krank, daß er nicht mehr nach Hause reisen konnte. Die Wendung, welche sein Zustand seit den letzten Aufregungen genommen, ist so schlimmer Art, daß die ernsthaften Befürchtungen hinsichtlich der Erhaltung seines Lebens eintreten müssen. Mittlerweile laufen die drei Wochen Frist ab und wir werden sehen, ob die Reaktion ihr Werk krönen und den Todtkranken aus dem Krankenzimmer holen und zur Stadt hinauswerfen wird.

Gewerkschafts-Conferenz.

Nachdem seitens der Vorstände verschiedener Gewerkschaften, sowie vieler Tausende von Mitgliedern derselben eine Conferenz für nothwendig erachtet und dafür der Monat Februar am passendsten bezeichnet worden, mache ich nun hiermit im Einverständniß mit der Commission bekannt, daß diese Conferenz am

Sonntag, den 24. Februar, in Gotha

stattfinden und Vormittags 9 Uhr beginnen wird.

Es wird gut sein, wenn die Delegirten bereits am Sonnabend, den 23 Februar, in Gotha eintreffen. Im Interesse der sich daran betheiligenden Gewerkschaften liegt es, wenn sie diese Conferenz durch zwei Delegirte beschicken.

Das Lokal wird noch rechtzeitig bekannt gemacht werden.

Die Verhandlungen werden sich erstrecken auf den Entwurf eines Statuts, betreffend gemeinsame Unterstützung bei Arbeitseinstellungen und -Ausschlüssen, sowie Unterstützung reisender Mitglieder, gemeinsame Agitation — stabile und fliegende — und möglichste Centralisation der verwandten Berufsgenossen in der Presse, event. sämmtlicher Gewerkschaften in einem Organ. Ferner wird in Erwägung gezogen werden, ob eine Centralstelle für die sich zu oben erwähntem Zwecke vereinigenden Gewerkschaften geschaffen werden soll. Auch die Errichtung gemeinschaftlicher Verkehrs- und Arbeitsnachweisestellen wird besprochen werden. Die Frage, ob es nicht praktisch ist — behufs leichterer Agitation — für alle Gewerkschaften einheitliche Institutionen in Bezug auf Pflichten und Rechte zu schaffen, wird gründlich diskutirt werden.

Nachdem ein Statut als Vorlage für die Mitglieder sämmtlicher Gewerkschaften provisorisch geschaffen ist, wird besprochen werden, ob diese Vorlage in den verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen von den Mitgliedern diskutirt und zur Begutachtung einer Urabstimmung unterbreitet werden soll, damit die einzelnen Gewerkschaften auf ihren in diesem Jahre stattfindenden Gewerkschaftscongressen oder Generalversammlungen zu diesen Fragen Stellung nehmen können.

Schließlich wird eine Verständigung der einzelnen Gewerkschaftsverwaltungen angebahnt werden, um zu ermöglichen, daß sämmtliche Gewerkschaften in diesem Jahre ihre Generalversammlungen oder Congresse in einem Ort und zu einer Zeit stattfinden lassen, und ob sich hieran ein Congreß aller dieser Gewerkschaften anschließen soll.

Für eine die Verhandlungen erleichternde Vorlage wird Sorge getragen werden. Jedoch fordere ich hiermit sämmtliche Gewerkschaftsvorstände und Mitglieder auf, nach besten Kräften der Conferenz selbstständige Anträge — welche auf die Centralisation Bezug haben — zu unterbreiten. Jeder gute Rathschlag wird gern acceptirt werden.

Die Conferenz wird sich ihre Geschäftsordnung selbst geben.

Ich ersuche nun alle Gewerkschaftsverwaltungen, welche die Conferenz beschicken wollen, ihre Delegirten bis spätestens den 18. Februar bei Herrn Wilh. Bock in Gotha, Mühlgrabenweg 8, anzumelden, und an denselben auch alle die Tagesordnung der Conferenz angehenden Anträge zu senden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

August Kapell.

Briefkasten

der Redaktion. Sch. in Stuttgart: Der Artikel: „Zur Fabrikation" ist leider nicht verwendbar — nicht eine Correktur, wie Sie meinen, sondern eine völlige Umarbeitung wäre zu seiner Veröffentlichung erforderlich. — F. R. in Bützow: Ein deutsches Dissidentengesetz existirt nicht; wir können auch nicht angeben, welche Formalitäten Sie beim Austritt aus der Landeskirche zu beobachten haben, da wir die einschlägigen mecklenburgischen Gesetze nicht kennen. Die Redaktion des „Mecklenburgischen Arbeiterfreund" in Rostock wird Sie aber informiren können. — Dietzgen in Siegburg: Artikel angekommen. — C. K. in Essen: Es wird nicht zu umgehen sein, daß die nächste Generalversammlung Ihrer Kasse einen dahinzielenden Beschluß faßt und diesen als Statutenänderung der Aufsichtsbehörde unterbreitet. Irgend eine Form müßte unseres Erachtens doch wohl zu finden sein, um den Betreffenden eine Unterstützung angedeihen zu lassen. — „—" in Zürich: Ich bin mit Ihrem Vorschlag einverstanden, muß aber Ihre Adresse haben. W. L. —

der Expedition. Wahlverein Minden: Sie schulden für Annoncen 80 Pfg., wollen Sie, daß die Annonce noch öfters aufgenommen wird, müssen Sie einen entsprechenden Betrag hierfür deponiren. — Heerhold Ottensen: Das Annoncendepot ist um M. 1,10 überschritten. — F. R. Teuchern: Vom 1. Februar bis Ende März erhalten Sie das Gewünschte. Aendert sich bis dahin der status quo nicht, so geben Sie weitere Notiz.

Der Schlossergeselle Heinrich Wenck, geb. in Hamburg den 14. November 1844, welcher 1861 nach Petersburg gereist, zweimal seit der Zeit geschrieben, seitdem nichts von sich hören lassen, wird hiermit von seinen Angehörigen ersucht, Kunde von seinem Aufenthalt zu geben. Seine dermalige Adresse war St. Petersburg, kleine Meschanly, bei Hrn. F. W. Grell.

Hamburg, 8 Februar 1878. Sein Bruder E. Wenck.

F. W. Fritzsche und Frau

zur Feier ihrer silbernen Hochzeit die besten (F. 40) [1,20

Glückwünsche

von Mitgliedern des deutschen Tabakarbeiter-Vereins zu Braunschweig.

Leipzig. Donnerstag, den 14. Februar, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Ref. Chr. Hadlich.

60] Der Agent.

Leipzig. Sonnabend, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale von Michael, Windmühlenstraße 7:

Hauptversammlung

der Abonnenten des „Pionier" und Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und Berufsgenossen.

Tagesordnung: 1) Die Conferenz zu Gotha. 2) Die statistischen Ermittelungen über die Lage der Leipziger Holzarbeiter. — Zahlreiches Erscheinen der Gewerksgenossen erwartet Der Einberufer. [1,10

NB. Die Aufnahme in die Central-Krankenkasse erfolgt jeden Sonnabend.

Limmer b. Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Freitag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr: [1,00

Generalversammlung.

Tagesordnung: Neuwahl des gesammten Vorstandes. (F. 198)

Alle Mitglieder müssen erscheinen. [1,00

Der Vorstand.

Ottensen. Donnerstag, den 14. Februar, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Die sittliche Berechtigung des Sozialismus. Referent Herr Hermann Lange aus Barmen.

Die Parteigenossen werden ersucht für diese Versammlung zu agitiren. F. Heerhold. [80

Lager roher Tabake.

Brasil	50—150	Pf.
Domingo	50— 90	-
Seedleaf	30—180	-
Carmen	80—110	-
Palmyra	140—160	-
Java	90—250	-

(3b) [300

Altona. **Ferdinand Gätjens.** Rathhausmarkt 36. Altona.

Im Verlage von Wilhelm Röhl in Leipzig ist erschienen:

Erlebtes.

Skizzen und Novellen.

(6b) von (S 1070)

Wilhelm Hasenclever.

Mitglied des deutschen Reichstags.

16 Bog. eleg. broch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsend. von M. 1,20 direkt pr. Post franco. [890

Vorstehende Schrift ist durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen.

Im Commissions-Verlage von R. E. Höhme in Leipzig, Elisenstraße 1, ist erschienen und durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Zur orientalischen Frage

oder

Soll Europa kosakisch werden?

Ein Mahnwort an das deutsche Volk

von

Wilhelm Liebknecht.

Preis 30 Pfg. Bei Entnahme von 12 Expl. à Stück 20 Pfg.

Von vielen Seiten wurde der Verfasser gebeten, seine zerstreuten Artikel über die orientalische Frage zusammenstellen und, mit den nöthigen Ergänzungen, zu einer Broschüre zu verarbeiten. Diesem Wunsche ist er nachgekommen. Zur Empfehlung des Schriftchens genügt das brennende Interesse des behandelten Gegenstandes. (4c) [500

Wir empfehlen

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.

Materialien für die sozialistische Agitation.

Von **Bruno Geiser.**

7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Kap. 4. Das Gesetz bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und das Hilfskassengesetz. Kap. 5. Das Haftpflichtgesetz. Kap. 6. Das Lohnbeschlagnahmegesetz. Kap. 7. Das Preßgesetz. Kap. 8. Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhof, Schwarze ꝛc. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Expedition des „Vorwärts".

Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heißig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Französischen scheint eine Verwechslung von parti, Partei und partie, Theil — hier mit „Lager" übersetzt — vorzuliegen.) Das eine, dem hauptsächlich die ganze Aristokratie und ein großer Theil des Bürgerthums, häufig sogar Personen von schwach liberaler Färbung angehören, fürchtet, haßt, verabscheut mich. Das zweite, dem ein anderer Theil des Bürgerthums und das Volk angehört — achtet, liebt mich, betet mich oft an."

Man wird zugeben, daß hier von „bürgerlicher Demokratie" nicht die Rede ist und daß die Schilderung sehr gut auf das, dem großen Publikum geläufige Jahr 1863 oder 1864 paßt, aber gar nicht auf das Jahr 1860, wo Lassalle in den politischen Kämpfen keine, der ihm untergeschobenen auch nur annähernd ähnliche Rolle gespielt hat.

Was endlich den von unserem Hamburger Parteiorgan — nach einer Notiz der Breslauer „Wahrheit" — betonten Umstand angeht, daß viele Angaben der erwähnten Schrift („Liebesepisode") „ganz genau mit solchen Mittheilungen übereinstimmen, welche die persönlichen Bekannten Lassalle's über dessen Familie ꝛc. zu machen wissen", so besagt dies absolut nichts. Oder — daß es sich nicht um Geheimnisse handelt. Thatsache ist: Die Details, auf welche angespielt wird, sind Hunderten, zum Theil Tausenden von Personen bekannt, und für einen halbwegs geschickten Literaten war es eine Kleinigkeit, in den Besitz dieser Details zu gelangen und sie mit den weltkundigen Einzelheiten des Kossieten-Prozesses ꝛc. und den von Becker veröffentlichten Briefen zusammen zu dieser „Liebesepisode" zu verarbeiten. R. d. V.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 830 North 3rd Street.
J. Boß, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 115 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 19. Freitag, 15. Februar. 1878.

Brutalität bei den sogenannten gebildeten Leuten.

Aus Pößneck vom 17. Januar erhalten wir eine Zuschrift, deren wesentlichen Inhalt wir an hervorragender Stelle wiedergeben:

„Werther Parteigenosse!

Ich sende Ihnen anbei einige gedruckte Correspondenzen, welche s. Z. erst in dem in Meiningen erschienenen „Thür. Volksblatt" und dann im „Ostthür. Volksblatt" gestanden haben. Ich bin überzeugt, daß dieselben Sie interessiren werden. Wie Sie daraus ersehen werden, kann diese auf so frevelhafte Weise ruinirte Familie bis jetzt nirgends Recht finden; obgleich nicht das Geringste in den Artikeln enthaltene, gegen die Wahrheit verstößt. Man sollte meinen, daß so etwas in unserem constitutionellen Kulturstaate gar nicht möglich sei, und doch ist es Thatsache. Die Frau steht jetzt mit ihren zwei unmündigen Kindern von je 11 und 4 Jahren verlassen da. Man drängt sie noch obendrein zur Bezahlung der Doktor-Rechnung von 30 Thalern, Apotheke 15 Thaler, Begräbniß 12 Thaler 2c., sie läuft deshalb Gefahr, ihr kleines Häuschen, ihr Alles, was sie noch hat, zu verlieren; ihre einzige Kuh, ihre wenigen Grundstücke hat sie schon verkaufen und außerdem auch schon Schulden auf ihr Häuschen machen müssen. Die Frau bat mich deshalb, mich jetzt noch einmal für sie zu verwenden. — Die Artikel sind von mir verfaßt und hatte ich der Frau von Anfang die besten Rathschläge gegeben, welche sie jedoch nicht befolgte, bis es nun endlich so weit ist, daß ihre flegelhaften Gegner jubeln. Sie bat mich, ihr die ganze Angelegenheit in einem Schreiben an den Großherzog zu schildern, welches sie in einer Audienz persönlich abgeben wolle. Obgleich ich nun, abgesehen, daß ich von jeher gegen ein derartiges Vorgehen einen Widerwillen habe, mir in diesem Falle hiervon gar nichts verspreche, so habe ich doch den Wunsch der Frau erfüllt. Jetzt möchte ich jedoch diesen Fall noch an die Ober-Staatsanwaltschaft nach Eisenach berichten, um zu sehen, ob es hier denn gar keine Gerechtigkeit mehr giebt. Und erlaube ich mir deshalb, Sie um Ihre Meinung resp. um Ihren Rath zu bitten. Ich denke, daß dieser Fall werth ist, der größten Oeffentlichkeit übergeben zu werden, deshalb können Sie ja vielleicht auch das Material zu einem Artikel im „Vorwärts" verwenden Mit Achtung R. H."

Zunächst glauben wir, den Wunsch des Pößnecker Parteigenossen nicht besser erfüllen zu können, als daß wir den Brief desselben zum Abdruck bringen und dann den Thatbestand nach den uns vorliegenden Artikeln berichten:

Am 27. April 1877 trieben in dem Gasthause des eine Viertelstunde von Pößneck gelegenen Ortes Köstitz der Gastwirth Heydenreich und der Sohn des Brauereibesitzers Rößler mit noch sechs anderen Gästen, sämmtlich den sogenannten besseren Ständen angehörig, ihren Uebermuth so weit, daß sie den mit anwesenden Gemeindediener Ludwig, einen bejahrten Mann und Familienvater, erst mit Branntwein betrunken machten, dann mit Petroleum begossen und dieses sodann in Brand steckten. Unter den gräßlichsten Schmerzensschreien und Geberden und unter dem Gelächter dieser „Gebildeten" verbrannten ihm die Haut und Haare von Kopf und Nacken, sowie auch die Hände. Der so Zugerichtete wurde nun in eine Radwelle geworfen, wobei ihm der Wirth H., welcher zuvor schon das Brennmaterial geliefert, noch einen Fußtritt in die Hüften versetzte, und nach Hause geschafft. Fast der ganze Körper trug Spuren dieser Mißhandlung. Eine Entzündung folgte nun der andern und eine Wunde brach nach der andern auf, bis endlich der Tod den Armen nach 9 Wochen, am 29. Juni, von seinen schweren Leiden erlöste. Die hierauf vorgenommene Sektion constatirte eine Blutvergiftung; das Blut war zu Eiter übergegangen, welcher aus vielen Wunden stark ausströmte. Jene gebildeten Helden hatten noch die Frechheit, während dieser Zeit die Frau ihres Opfers durch alle möglichen Vorstellungen und durch die gemeinsten Drohungen einzuschüchtern, damit sie keine Anzeige mache, und brachten es endlich auch so weit, daß dieselbe, von Noth gezwungen, die ihr angebotenen 25 Thaler annahm und einen ihr unterbreiteteten Revers unterschrieb. Was derselbe jedoch alles enthalten hat, vermag die Frau heute nicht mehr anzugeben; kurz, dieselbe war nun mit ihren zwei unmündigen Kindern mit 25 Thalern und Tragung der Kurkosten abgefertigt und gänzlich auf sich selbst angewiesen.

Außerdem ist noch constatirt worden, daß man dem Gemeindediener Nickelmünzen in den Schnaps geworfen hat, wodurch die Blutvergiftung befördert wurde, so daß die Mißhandlung in ihrer Gesammtheit jedenfalls den Tod des armen Mannes zur Folge hatte.

Dies der Thatbestand, soweit er aus den uns übersandten Notizen hervorgeht.

Weiter wird dann noch gemeldet, daß die Staatsanwaltschaft zu Weida in Folge des energischen Vorgehens einzelner sozialistischer Lokalblätter gegen die Uebelthäter vorgegangen, daß auch in zwei Terminen die angegebenen Thatsachen gerichtlich festgestellt worden, aber daß dennoch vom Untersuchungsrichter vor Kurzem der Frau des Getödteten der Bescheid zugegangen, daß die Staatsanwaltschaft die Sache nicht weiter verfolge und somit die Untersuchung niedergeschlagen sei.

„Eines Commentars wollen wir uns vorläufig enthalten", sagt zu alledem das „Ostthüringische Volksblatt" — wir aber wollen den Commentar geben.

Zunächst verstehen wir gar nicht, daß der Herr Untersuchungsrichter an die Frau des Getödteten ein Schreiben gerichtet hat mit der Mittheilung, die Untersuchung sei niedergeschlagen. Wir haben es nämlich gar nicht mit einem Antragsvergehen hier zu thun, und die Frau mochte einen Revers unterschreiben, wie sie wollte, die Staatsanwaltschaft hatte trotzdem ihre Pflicht zu thun.

Die §§ 226 und 227 sind bei diesem Falle die einschlägigen und diese lauten:

§ 226. Ist durch die Körperverletzung der Tod des Verletzten verursacht worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren oder Gefängniß nicht unter drei Jahren zu erkennen.

§ 227. Ist durch eine Schlägerei oder durch einen von Mehreren gemachten Angriff der Tod eines Menschen oder eine schwere Körperverletzung verursacht worden, so ist Jeder, welcher sich an der Schlägerei oder dem Angriffe betheiligt hat, schon wegen dieser Betheiligung mit Gefängniß bis zu drei Jahren zu bestrafen, falls er nicht ohne sein Verschulden hineingezogen worden ist.

Ist eine der vorbezeichneten Folgen mehreren Verletzungen zuzuschreiben welche dieselbe nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammentreffen verursacht haben, so ist jeder, welchem eine dieser Verletzungen zur Last fällt, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

Der Paragraph 232 aber lautet folgendermaßen:

§ 232. Die Verfolgung leichter vorsätzlicher, sowie aller durch Fahrlässigkeit verursachter Körperverletzungen (§§ 223, 230) tritt nur auf Antrag ein, insofern nicht die Körperverletzung mit Uebertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden ist. — —

Also die Verfolgung auf Antrag tritt nur ein bei leichten vorsätzlichen, sowie bei allen durch Fahrlässigkeit verübten Körperverletzungen. Eine leichte Körperverletzung veranlaßt den Tod nicht, sie kommt deshalb hier nicht in Betracht und wer es als eine Fahrlässigkeit erklärt, wenn einige brutale Menschen einen alten Mann mit Petroleum anstreichen und anzünden, welche die Köperverletzung herbeigeführt habe, der mißversteht vollständig den Sinn des Strafgesetzes.

Aus vorstehenden Gründen glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Oberstaatsanwaltschaft zu Eisenach, wenn derselben der Fall vorgetragen wird, nochmals die Untersuchung anordnet und diesen „gebildeten Pöbel", der sich gewiß aus Sozialistenfressern zusammensetzt und dem Abgeordneten Lasker bei der vorigen Reichstagswahl seine Stimmen zugewandt hat, der ordnungsgemäßen und strengen Strafe überliefert.

Wir werden den Erfolg der Aufforderung, die unser Parteigenosse R. H. in Pößneck an die Oberstaatsanwaltschaft zu Eisenach ergehen läßt, zu welcher wir diese öffentliche Aufforderung zugesellen, abwarten und unsern Commentar dann vervollständigen.

Der französische Arbeitercongreß in Lyon.

(Fortsetzung.)

In der Abendsitzung des 2. und der Morgensitzung des 3. Februar stand die Frage der Volkserziehung, der professionellen (beruflichen) und intellektuellen (geistigen) Ausbildung der Arbeiter und des Unterrichts der Lehrlinge auf der Tagesordnung.

Die Feinde des Congresses hatten spöttisch gelächelt, als sie das Programm zu Gesicht bekamen, in welchem neben anderen Fragen auch diejenige über die Volkserziehung und das Unterrichtswesen figurirt. Nun, hätten sie dieser Sitzung beiwohnen können, ihr Spott hätte sich gewiß in Aerger verwandelt. Die Redner waren zwar „blos" Delegirte der Arbeiterklasse, sie haben aber die hochwichtige Frage mit einem Ernst und einer Gründlichkeit behandelt, die man in unseren heutigen gesetzgebenden Körpern vergebens suchen würde.

Herr Desmoulins, der mit schneidender Beredsamkeit auf die großen Gebrechen unseres Unterrichtswesens, von den tendenziösen Schulbüchern an bis zu den Schulbrüdern und Schulschwestern herab, hinwies und Reformen in Vorschlag brachte, unter denen der freie, unentgeltliche und obligatorische Unterricht den ersten und die Abschaffung aller unter der geistlichen Obhut bestehenden Lehranstalten den zweiten Platz einnimmt, war, als ein im Lehrfach ergrauter, mit dem Unterrichtswesen seit langer Zeit beschäftigter Mann, gewiß berechtigt, das Wort zu ergreifen und in einem fesselnden, klar gesprochenen, wohldurchdachten Vortrage die Zuhörer für sein System zu gewinnen. Auch eine Rednerin ließ sich vernehmen, eine Pariser Erzieherin, delegirt von der Damen-Syndikatskammer unserer Hauptstadt. Auch sie zeigte uns das Anormale in der Erziehung der Arbeitertöchter, die in Frankreich fast durchgehends in Frauenklöstern ertheilt wird, und die zur Folge hat, daß die Mädchen, statt zu Hausfrauen, zu Betschwestern herangebildet werden. Auch sie stand für die Aufhebung aller geistlichen Erziehungsinstitute ein und der Schluß ihrer Rede, wo sie sagte, daß „der Groschen des Armen nicht zum Peterspfennig werden solle", fand in der ganzen Versammlung ein stürmisches, lang anhaltendes Echo. — Schließlich wurde mitgetheilt, daß in Paris während der Weltausstellung dieses Jahres ein internationaler Lehrercongreß tagen wird, an welchem die Lehrer aller Nationen über durchgreifende Reformen im Unterrichtswesen berathen und beschließen sollen.

Die Abendsitzung des 3. Februar war die erste, in welcher die Politik in den Vordergrund trat. Auf der Tagesordnung stand: „Direkte Vertretung des Proletariats im Parlamente." Die Debatten waren äußerst belebt und dauerten bis tief in die Nacht.

Das „allgemeine Stimmrecht" hat den Arbeiter Frankreichs politisch emanzipirt. Er ist wahlberechtigt und wahlfähig zugleich. Wie geschieht es nun, daß er bis jetzt von diesem Rechte so spärlichen Gebrauch gemacht und daß die Arbeiterklasse, im engeren Sinne des Wortes, nicht durch einen Deputirten in der Nationalversammlung und, wenn man den Verräther Tolain mit Fug und Recht nicht als Arbeitervertreter zählt, nicht durch einen im Senate vertreten ist? Der Arbeiter Frankreichs ist erst republikanisch und dann sozialistisch: er wollte sich vorerst ein Haus bauen und dann erst dachte er an dessen innere Einrichtung. Als Monsieur Thiers in seinem sogenannten Testamente die Worte niederschrieb: „Es giebt keine Sozialisten in Frankreich", hatte er in dem Augenblicke, als er sie niederschrieb, scheinbar nicht so ganz Unrecht. In dem Kampfe gegen die national-klerikale Coalition des 16. Mai dachte die Masse der Arbeiter nur daran, der Republik den Sieg zuzusichern; sie focht in dem Lager mit, welches für die Republik einstand, und fragte nach den sozialen Ansichten der Kampfesbrüder nicht. Wo die gemäßigten Republikaner, die „républicains conservateurs" (eigentlich: die conservativen Republikaner), wie man sie damals nannte, die meiste Aussicht auf Erfolg hatten, dort war auch meist der Arbeiter dabei, obzwar er sich sehr gut bewußt war, daß er in Kurzem gegen diese Hermaphroditen des Fortschritts würde ankämpfen müssen.

Heute, wo die Republik ihrer direkten, erklärten Gegner entledigt ist, fängt der Arbeiter an, auch an die indirekten und an seine sozialen Gegner zu denken.

Nicht um das allgemeine Stimmrecht anzugreifen oder zu reformiren, sondern um dasselbe auch in Anwendung zu bringen, hat der Congreß in sein Programm auch die Frage über „direkte Vertretung des Proletariats im Parlamente" aufgenommen. Von vielen freisinnigen, selbst radikalen Blättern Frankreichs wurde die Aufstellung dieser Frage im Lyoner Arbeitercongreß einer mehr oder minder scharfen Kritik unterzogen. Sie sagten dem Proletariat: „Du hast ja das Recht zu wählen und gewählt zu werden; mein Liebchen, was willst du noch mehr?" Die Congreß-Delegirten, welche in der Abendsitzung des 3. Februar das Wort führten, erwiderten darauf im Wesentlichen Folgendes:

Die Revolution vom Jahre 1789 hat den Adel und den Klerus für immer unschädlich gemacht; mit diesen zwei „Todten" befassen wir uns also nicht. Dieselbe Revolution hat jedoch auch die „Gleichheit" proklamirt, und trotzdem befinden sich noch immer zwei besondere Klassen: die eine, ein Schooßkind und in Allem bevorzugt, die „Bourgeoisie"; die andere, das Aschenbrödel der Gesellschaft, das Proletariat.

Man hat uns die politische Gleichheit gewährt, richtiger gesagt, wir haben sie uns erkämpft; wir wollen jedoch auch die ökonomische Gleichheit haben, und diese wollen wir uns erringen, auf daß es fürderhin nur eine Klasse gebe (oder richtiger keine Klasse, denn wenn es keine herrschende und beherrschte Klasse mehr giebt, giebt es überhaupt keine Klasse mehr, die das Wesen der Klasse, den Klassengegensatz, bedingt. Wir, die Produzenten allein, sind heute fähig, die Nachlassenschaft der großen Revolution zu übernehmen, denn die Bourgeoisie hat weder die Kraft noch den Willen dazu, das revolutionäre Werk im sozialistischen Sinne fortzuführen.

Wir wollen daher in's Parlament von nun an nur Männer aus unserer Mitte wählen, die unsere Bedürfnisse kennen und verfechten werden. Diese werden ein Arbeitergesetz, den Code du travail (das Gesetzbuch der Arbeit), den wir seit beinahe 30 Jahren erwarten, zusammenstellen und votiren. Wir und sechszehn Millionen Arbeiter in Frankreich und unsere Interessen sind im Parlament direkt nicht vertreten; was Wunder also, daß man sie so oft verkennt? . . .

Wir wollen keine Advokaten mehr, die uns vor der Wahl goldene Berge versprechen, und nach der Wahl gar nichts thun, weil ihnen auch beim besten Willen das Verständniß der Arbeiterinteressen fehlt.

Die Mittel, um Vertreter aus unserer Mitte in's Parlament zu bringen, werden wir nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern auf dem friedlichen, gesetzlichen Wege des suffrage universel (allgemeinen Stimmrechts) suchen und finden. Wir werden trachten, durch Forderung der vollkommenen Preß- und Versammlungsfreiheit, durch Gründung von Arbeitskammern, durch Aufstellung von Arbeiterkandidaten überall, wo es möglich ist, unser Ziel zu erlangen. Wir werden Arbeiterjournale gründen und in denselben die soziale Idee zu verbreiten bestrebt sein.

Dies war mehr oder weniger, wenn nicht der vollständige Inhalt, so doch im Wesentlichen kurz der Sinn der zwölf Vorträge, welche in dieser Congreßsitzung gehalten wurden und sechs volle Stunden, nämlich von 8 Uhr Abends bis 2 Uhr Morgens, in Anspruch nahmen.

Der Saal war so besetzt, daß man sich in den Zuhörerräumen kaum rühren konnte; die meisten Reden wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen, und man trennte sich unter dem Rufe: „Vive la République démocratique et sociale!" (Es lebe die sozialdemokratische Republik!)

Montag den 4. Februar beschäftigte sich der Congreß mit den Unterstützungskassen für Greise und Invaliden der Arbeiterklasse.

„Unterstützungskassen" ist hier eigentlich nicht die recht gewählte Benennung, denn alle Anträge der Redner gingen dahin aus, die Gründung eines selbstständigen Arbeiter-Invalidenfonds zu erstreben, der dem zur Arbeit untauglich Gewordenen das als wohlverdiente und ihm geschuldete Pension verabreicht, was man ihm bis zum heutigen Tage in kargerem Maße, als Almosen zukommen laßt.

Alle gegenwärtig bestehenden sogenannten Wohlthätigkeits-Anstalten, Armenasyle, Spitäler und Versorgungshäuser sind

eigentlich ein Hohn der schönen Namen, die sie tragen. Die Polizei und das Pfaffenthum beutet die öffentliche Mildthätigkeit und die vom Staate votirten Fonds zu ihren eigennützigen, demoralisirenden Zwecken aus. Wer nicht Verräther an seinen Brüdern, Spion, Betbruder oder Betschwester werden will, ist von dem Genusse dieser Anstalten ausgeschlossen. Ein Arbeiter, der, selbst als hinfälliger Greis, seiner Würde als Mensch nicht entsagen mag, zieht oft den Hungertod dem Eintritt in ein solches Haus vor, wo man ihn bei jedem Bissen Brod zur Heuchelei und Verleugnung seiner Grundsätze zwingt.

Zu einer Abstimmung kam es in dieser Sitzung nicht; sie wurde auf die Schlußsitzung vertagt.

In der Dienstagssitzung (5. Februar) stand die Frage über „Landarbeit" und das „Verhältniß des Landarbeiters zum Stadtarbeiter" auf der Tagesordnung. Eine wichtige soziale Frage überall, namentlich aber in Frankreich, wo der Antagonismus des „laboureurs" (Landarbeiters) vom flachen Lande zu dem „ouvrier" (Industriearbeiter) der Städte so manches Bestreben nach radikalen Reformen zu nichte macht. Leider war auch im Congresse die wahre Landarbeiterklasse kaum durch einen einzigen Delegirten vertreten und die Verhandlungen hatten daher nur einen einseitigen Charakter.

Diese Sitzung wurde vom Delegirten Chabert zur Entwickelung eines Programms französischer Collektivisten benutzt, ein Programm, das er im Namen der „Union de travailleurs de Paris" (Arbeiterbund von Paris), die ihn nach Lyon entsendet, vortrug.

Dieses Programm stieß jedoch in der Mehrheit der Congreßmitglieder auf einen heftigen Widerspruch: die Theorie des „Collektivismus" wurde von mehreren Rednern noch an demselben Abend stark bekämpft und man schied mit der Besorgniß, daß der Congreß, welcher bis jetzt einhellig gewirkt, einer Spaltung entgegengehe, die mehr oder minder nachtheilig auf seine Endbeschlüsse einwirken dürfte.

Wirklich nahm die am Dinstag begonnene „Reibung" in der nächsten Mittwochssitzung einen akuteren Charakter an. Der Delegirte Pesset aus Besançon fand sich im Namen der Mehrheit des Arbeiterkongresses, die aus „Individualisten" (?Selbsthilflern?) bestehen soll, bewogen, gegen die Tags vorher zum Vortrag gekommenen Theorien Chabert's energisch zu protestiren. Seinem Dafürhalten nach ist der Zweck des Arbeiterkongresses, nach Mitteln zu suchen zur Verbesserung des Arbeiterloses, nicht aber durch sogenannte kollektivistische Ideen die gewaltsame Umwälzung der Gesellschaft anzustreben.

Auch die Organisirungs-Kommission schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und hebt hervor, daß, nachdem das Programm der Berathungen von vornhinein dem Ministerium zur Einsicht vorgelegt und auf Grund dessen die behördliche Autorisation eingeholt worden, der Arbeiterkongreß, schon in seinem eigenen Interesse, sich aus dem Rahmen seines Programms nicht entfernen dürfe. (Erst wenn uns das kollektivistische Programm und ein näherer Bericht vorliegt, werden wir zu einem Urtheil über diese Vorgänge befähigt sein. R. d. „B.")

Hierauf schritt man zur Tagesordnung und es wurde über „Vagabundenwesen und die Moralität in den großen Industriezentren" gesprochen. Man kann sich nicht verhehlen, ein trauriges, grausiges Bild der Verkommenheit und des Elends wurde uns da von den meisten Rednern entrollt. Und man braucht leider nicht weit zu gehen, um sich zu überzeugen, daß das Gemälde noch weit hinter der Wirklichkeit zurücksteht.

(Schluß folgt.)

Aus Berlin.

— 10. Februar.

Er kommt — Er kommt nicht — so wechselt der Ruf fortwährend in der Presse. — Zuletzt hieß es, daß Bismarck am heutigen Tage hier eintreffen würde, doch jetzt schon hört man wieder, daß die Hoffnung der Bismarckfreunde zu Schanden geworden ist, da Niemand weiß, wann Seine Durchlaucht geruhen wird, die Sehnsucht seiner Getreuen zu stillen. — Einige nationalliberale Blätter fangen übrigens schon an, dem säumigen Liebhaber energisch zu Leibe zu gehen. So versteigt sich die sonst so zahme „Kölnische Zeitung" zu folgender Anklage: „Die Unbestimmtheit und die Verwirrung in der Reichsverwaltung ist so groß, daß das Verlangen nach Abhülfe immer dringender wird." — Also „Verwirrung in der Reichsverwaltung" — und da soll Bismarck helfen, derselbe Mann, der diese Verwirrung hat einreißen lassen! Das ist sehr naiv.

Die „reichsfreundlichen" Parteien des Reichstags haben sich nunmehr geeinigt, eine Interpellation zu stellen, welche die freundliche Bitte an den Reichskanzler richtet, Auskunft über das Verhalten der Reichsregierung in der orientalischen Frage zu geben. — Als die Herren nämlich merkten, daß, durch das Vorgehen der Sozialdemokraten gedrängt, auch die Klerikalen die Regierung interpelliren würden, da nahmen sie sich des bedrängten Reichskanzlers an, indem sie selbst eine Interpellation beschlossen, um so der Schärfe derselben die Spitze abzubrechen. Daß bei der Debatte über die Interpellation ein Sozialist zu Wort kommt, daran ist wohl kaum zu denken. Verhindert durch die Interpellation werden aber die Sozialdemokraten auch noch, bei Gelegenheit der Budgetberathung eingehend die orientalische Frage zu beleuchten. — Man sieht es also deutlich, daß die Majorität des Reichstags auch in dieser Session dem Volke gegenüber mit einem Comödienspiel anfängt. Interessant ist es, daß bei dieser Gelegenheit die hiesige „Volkszeitung" jammert, daß die Nationalliberalen in der Orientfrage nur deshalb vorangegangen seien, weil sie von der Fortschrittspartei gedrängt worden wären. Als ob die Herren Fortschrittler nicht lediglich durch die Agitation der Sozialdemokraten in dieser Frage zum Vorgehen bestimmt worden wären!?

Auch das Vorgehen der Sozialdemokraten in Bezug auf die Abänderung des Haftpflichtgesetzes hat die edlen Fortschreiter nicht schlafen lassen. Den sozialen Quacksalber, Max Hirsch, an der Spitze schleichen sie jetzt auch heran und bereiten nach dem Beispiel der sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag vor, der übrigens, wie verlautet, aus der bekannten Halbheit der Fortschrittler entsprungen und nur die bestehende Haftpflicht auf die Baugewerbe ausdehnen will. Was dadurch erreicht wird! Ohne Abänderung des mangelhaften Gesetzes selbst ist eine Ausdehnung desselben von gar keinem Nutzen.

Das preußische Abgeordnetenhaus wird noch einige Tage hier neben dem Reichstage versammelt bleiben; die Regierung will erst die Ausführungsgesetze zu den Justizgesetzen durchberathen lassen. Bei Berathung des Gesetzes, welches die Sitze der Landes- und Oberlandesgerichte bestimmt, ist es zwischen den Klerikalen und Fortschrittlern zu einem bedenklichen Krach gekommen, weil sich die Fortschrittspartei perfide, wie immer, gezeigt hat. Dieselbe war nämlich für Bielefeld engagirt und es stimmte das Centrum auch für diesen Ort, nachdem die Fortschrittspartei letzteres in dem Glauben erhalten hatte, ihrerseits für das von dem Centrum protegirte Fulda stimmen zu wollen. Als Bielefeld über Minden gesiegt hatte und zwar mit Hülfe des Centrums, stimmten die Fortschrittler anstatt für Fulda für Hanau, welches die Regierung protegirte. Darauf ging Windthorst zu den Fortschrittlern und erklärte in drastischen Ausdrücken, das Centrum werde niemals mehr mit der Fortschrittspartei ein Bündniß eingehen. Das Schwänzchen des Nationalliberalismus wollte zuerst etwas Opposition machen und für das „schwarze" Fulda stimmen, da winkte die Regierung mit dem Finger, der Nationalliberalismus kuschte sich und das Schwänzchen mußte sich mit kuschen — und über diesen einfachen Vorgang wird der grimme Windthorst so erbost. — Im Uebrigen sieht man aus dem Vorkommniß, wie tief die Fortschrittspartei, die einst so stolze, gesunken ist, die in der Kunst des Wortbruchs wetteifert mit dem Czaren und seinen Consorten.

Im Abgeordnetenhause hat bei der Berathung über die Amtstracht der Richter der rheinische Karneval gesiegt; die Robe ist für Preußen angenommen. Der klerikale Abgeordnete Reichensperger hatte den traurigen Muth zu behaupten, daß die „Robe" dem Berliner „Pöbel" mehr imponiren würde als die Civiltracht. Bei den „Frommen" des Herrn Reichensperger, die übrigens mehr die Gefängnisse füllen, als der Berliner „Pöbel", mag das zutreffen, da denselben ja bekanntlich auch ein Mann in der Kutte mehr imponirt, als ein redlicher Mann ohne Mummenschanz. — Wir haben bisher immer gemeint, daß die Berliner Richter auch ohne Robe in voller Strenge die Wage der Gerechtigkeit über genug zu Ungunsten der Angeklagten haben steigen lassen; die Robe wird wahrlich kaum noch dabei ins Gewicht gelegt zu werden brauchen. Der fortschrittliche, aber redliche Abgeordnete Eberty wollte den Berliner „Pöbel" in einer persönlichen Bemerkung vertheidigen — ihm wurde aber unter Hohngelächter des Hauses vom Präsidenten das Wort abgeschnitten.

Die „Germania" ist erbost über die große Ungeschicklichkeit ihrer hiesigen evangelischen Gesinnungsgenossen. Die Stöcker'sche Agitation gegen die Sozialdemokraten hat das klerikale Blatt dermaßen aufgebracht — zuerst lobte es die pietistisch-soziale Bewegung —, daß es voller Hohn über die Disputation zwischen Most und Dr. Wangemann berichtet. „Von einer Opposition der christlich-sozialen Elemente war nichts zu bemerken" — so schließt das Blatt seinen Bericht. Bekannt ist es, daß die christlich soziale Agitation der katholischen Priester eine bedeutend geschicktere ist und daß sie die „Bauernfängerei" besser betreiben, als die hochmüthigen evangelischen Pfaffen.

Noch will ich erwähnen, daß die „Konitzerei" ein hübsches Nachspiel gehabt hat, indem einer der Helfershelfer des sauberen Sybel-Agenten Konitzer, ein Steuerempfänger aus Münstereifel, wegen Beleidigung des katholischen Bürgermeisters Kemp (Denunziation desselben an den Sybel'schen Verein) mit vier Wochen Gefängniß bestraft worden ist. Der Abgeordnete Prof. Sybel und sein rheinländisch-nationalliberaler Troß können die Konitzer nicht so schnell wieder los werden, wie sie dieselben herbeigeschworen haben. Das geschieht ihnen aber recht!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die politische Lage Europas wird immer verwickelter. Der deutsche Kaiser hat, wie die „Vossische Zeitung" erzählt, zu den Reichstagspräsidenten, welche demselben ihre Aufwartung machten, folgende Worte gesprochen: „Die europäische Lage ist allerdings ernst, nichts destoweniger hoffe ich aber, daß es möglich sei, den Frieden zu erhalten." — Auch sei bemerkt, daß die Lasker'sche „Berliner Autographische Correspondenz" die von den Fortschrittlern, National-Liberalen und Conservativen gemeinsam eingebrachte Interpellation in Bezug auf die Haltung der deutschen Reichsregierung in der türkischen Frage als eine besondere Kundgebung des Vertrauens zu der auswärtigen Politik des Reichskanzlers betrachtet. Wir geben Lasker ganz recht; er und seine Genossen zur Linken und Rechten würden auch gewiß nicht zögern, dem Reichskanzler einige Hundert Millionen Mark zu bewilligen, wenn die auswärtige Politik desselben an der Seite Rußlands uns in den europäischen Krieg treiben würde.

— Die Fortschrittspartei kennzeichnet sich in ihrem ganzen Auftreten als eine Partei des Rückschritts. Während nicht allein unsere Partei, sondern Männer der verschiedensten Parteien die Aufhebung der Gefängniß- und Zuchthausarbeit fordern, soweit dieselbe den „freien" Arbeitern Concurrenz macht, bringen die Herren Bürgers und Max Hirsch bei dem Reichstage folgenden lendenlahmen Antrag ein: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler aufzufordern, mit Rücksicht auf die, wegen Benachtheiligung des freien Gewerbebetriebs durch die gewerbliche Gefängnißarbeit erhobenen Beschwerden und behufs Erlangung einer Grundlage für die in dem Strafvollzugsgesetz zu lösende Frage über die Art der Beschäftigung der Gefangenen, die Bundesregierungen zu ersuchen, die Beschwerden, soweit sie thatsächliche Anführungen enthalten, einer eingehenden Untersuchung möglichst unter Hinzuziehung der Beschwerdeführer zu unterwerfen und über deren Ergebniß in Verbindung mit einer Statistik über die Gefängnißarbeit im

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

I.

Vor 23 Jahren stellte Rußland wie nach Innen so nach Außen ein sehr trauriges Bild vor. An seinen Grenzen floß stromweise das Blut der Söhne des Volkes, welche von einer despotischen Regierung zur Schlachtbank geführt wurden. Im Innern des Landes herrschte vollkommene Willkür, in der Sprache der Offiziösen, „Ordnung" genannt. Raub und Plünderung durch die Gutsbesitzer, Staatsdiebereien und Beamtenbestechung waren an der Tagesordnung. Das Volk seufzte schwer unter dem Joche der Hörigkeit und unter den unerträglichen gesetzlichen und ungesetzlichen Abgaben, dazu kam noch die schwere Blutsteuer der Rekrutirung. Stillschweigend ertrug das Volk den Druck, und durch die dicken Wände des czarischen Palastes, dessen Bewohner grade damals mit dem Tode kämpfte, drang niemals die Kunde von des Volkes Noth und Leiden. Aber dem Leben des Czaren, welcher 30 Jahre hindurch das russische Volk gemartert hatte, machte die kunstfertige Hand eines servilen Leibarztes ein rasches Ende. Der Tod dieses finstern Despoten war damals die einzige Lichtseite in der traurigen Geschichte Rußlands, und alle Freunde des Volkes athmeten hoffnungsvoll auf.

Aber wie haben sich diese Hoffnungen erfüllt? 23 Jahre sind seit dem Tode des vermeintlichen Urhebers alles Volksunglücks verflossen und auf dem Throne Rußlands sitzt seitdem ein „liberaler" Kaiser — aber vor unseren Augen entrollt sich dasselbe Bild, welches wir während der Regierungsperiode des „unvergeßlichen" Nicolaus erblickten. Die Formen der Unterdrückung sind zwar nicht mehr dieselben, aber der Inhalt ist geblieben. Das Uebel hat einen neuen Anstrich bekommen. Die alten Gutsbesitzer-Sklavenhalter haben sich in zeitgemäße Gutsbesitzer-Wucherer (Kulaki) verwandelt, welche ihre alten „Heldenthaten" nicht durch unmenschliche Behandlung, sondern durch neue, unsern Vorfahren unbekannten Mittel, durch das Aushungern der freien Unglücklichen begehen. Die Behörden auf dem Lande fahren fort, in neuer Form die Landbevölkerung durch die alte Willkür zu quälen. Das schändlichste Nicolaus'sche Institut, die III. Abtheilung (die geheime Polizei), durchweht von dem neuen zeitgenössischen Geiste, hat sogar die Knute und Ruthe abgeschafft — dafür martert es seine Opfer aber noch grausamer in den Kerkern, wahren Pestlöchern ähnlich, und hält in unsäglichem Schrecken das ungeheure Reich. Die Armuth des Volkes hat große Dimensionen angenommen, und die Möglichkeit der Ritter, „ohne Gewissen und Ehre" sich auf fremde Kosten zu bereichern, ist leichter und bequemer geworden. Und endlich, um das Bild zu vollenden, der jetzige unnütze Krieg, angefacht von Leuten, die sich Freunde des Volkes nennen und deren Herz, wie sie vorgeben, nur für das Volk schlägt. In diesen 23 Jahren der sogenannten Reformen haben diese Leute nicht das Geringste gethan, um die Leiden des Volkes zu erleichtern; umgekehrt, sie haben von alten Leiden die neuen Plagen des 19. Jahrhunderts: ein obdachloses Proletariat, moderne Gründereien u. s. w. geschaffen, und trotzalledem haben sie noch die Frechheit, einen Krieg zu erklären und sich kühn auf ein fremdes Volk zu stürzen, um dort die „humanitären Prinzipien" durch Feuer und Schwert zu verbreiten.

Sehen wir uns nun die Ergebnisse der 23jährigen Reformen auf dem Gebiete des ökonomischen Lebens unseres Volkes näher an. Die Hauptreformen, welche die russische Gesellschaft in den letzten Jahren erfahren hat, sind hauptsächlich auf dem Gebiete der ökonomischen Rechtsverhältnisse zu suchen. Es ist nothwendig, die reellen Resultate dieser Reformen näher zu betrachten und, wenn ihr blendendes Aeußere nicht dem Inhalte entsprechen sollte, so werden wir uns befleißigen, die volle Wahrheit zu enthüllen.

Vor allem müssen wir den unmittelbaren Einfluß des Regierungsmechanismus auf das ökonomische Leben kennen, denn dieser Mechanismus erscheint uns als der direkte und größte Ausbeuter des Volkes, und zwar auf dem Gebiete der Finanzen; dann gilt es aber auch, die Verhältnisse der verschiedenen Klassen zu einander kennen zu lernen.

Ehe wir zur eigentlichen Arbeit übergehen, müssen wir bekennen, daß unsere Artikel an vielen Mängeln leiden, die theils in der Eilfertigkeit einer jeden publizistischen Arbeit, theils aber auch in dem Mangel jedes statistischen Materials begründet sind. Dennoch werden unsere werthen Leser mancherlei werthvolle Aufschlüsse über die Lage des russischen Volkes durch die nachfolgenden Artikel erhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Berliner Versammlungen.

Berlin, 6. Februar.

Bekanntlich hatte sich am 20. Januar in einer von Genossen Greifenberg einberufenen Versammlung, in welcher Herr Most über den „Austritt aus der Landeskirche" referirte, — ein „christlich-soziales" Pfäfflein erboten, in einer unserer nächsten Versammlungen die Ausführungen Most's zu widerlegen. Herrn Most war dieses Anerbieten selbstverständlich willkommen und er acceptirte dasselbe bereitwilligst.

Acht Tage später — am 5. Februar — wurde nun von unserer Seite wieder eine Versammlung einberufen. Auf der Tagesordnung stand: 1) Entgegnung des Missions-Direktors Herrn Dr. Wangemann — so hieß nämlich jener Herr — auf den Vortrag des Reichstagsabgeordneten Johann Most vom 29. Januar. 2) Vortrag des Reichstagsabgeordneten Joh. Most über die „Staatssozialisten". Die Versammlung fand im großen Saale des Handwerkervereins statt und mag wohl die am zahlreichsten besuchte von allen, welche in diesem Lokale stattfanden, gewesen sein. Jedes Plätzchen war besetzt und Hunderte mußten der Ueberfüllung des Saales wegen wieder umkehren. Alles war gespannt auf die Dinge, die da kommen sollten. Aber wie enttäuscht mag Mancher von dannen gegangen sein, als er die vagen „Entgegnungen" eines „christlich-sozialen" „Doktors" gehört.

Genannter Herr Wangemann stellte zunächst die Bibel als das einzige Buch der Wahrheit hin, da sie von „Gott" komme, in dessen Auftrage (!) sie von Moses und den Propheten u. s. w. geschrieben sei. Niemand könne bestreiten, daß es einen Gott gebe und daß er die Welt erschaffen, daß die Bibel nicht auf Wahrheit beruhe u. s. w. Er habe durch jahrelanges und ernstes Studium die Wahrheit der Bibel erkannt und die in jüngster Zeit vielfach gemachten Ausgrabungen hätten bewiesen, daß sich Alles so verhalte, wie es in der Bibel steht. Wenn man ihm heutzutage sage: er stamme von Affen ab, so müsse er sich derartige Insinuationen entschieden verbitten. Der Mensch sei von „Gott" geschaffen, dafür bürge seine Erhabenheit über alle übrigen Geschöpfe. Ohne Gott kann Nichts geschehen und wenn er nicht wäre, wäre die Welt schon längst untergegangen. (Allen diesen „Entgegnungen" folgte natürlich stürmisches Gelächter.) Man schimpfe immer auf die Pfaffen, daß diese so schlechte Menschen wären. Nun, er sei auch ein „Pfaffe" und freue sich über diese „Ehre" (au!), ein solcher zu sein, denn gerade die Pfaffen hätten allüberall die Nächstenliebe geübt. Sie gingen zu den Heiden, um das Christenthum zu predigen, bestehen alle Gefahren unter jenen unkultivirten Menschen; errichten Findelhäuser für die ausgesetzten Heidenkinder und verrichten sonst alle möglichen Werke der Barmherzigkeit. Gerade das Christenthum habe die Cultur geschaffen (sic!), die Sklaverei und Leibeigenschaft abgeschafft (Wer lacht da? —) und ohne dieses könne kein Culturstaat bestehen (Genau so wie die Herrschaft des Papstthums, nicht wahr, Herr Doktor?) Wenn dem Arbeiter der Glaube genommen sei, dann verwahrlose derselbe und sinke immer tiefer, denn: wer Gott verläßt, den verläßt er wieder. Gerade weil die Gottlosigkeit so um sich greift, entstehen so viele Uebel in der Welt, und, meine Herren! wollen Sie wissen, wer die Schuld an allem Unglück und allen Leiden in der Welt ist? (Rufe: Ja wohl!) Nun, ich werd's Ihnen sagen — es ist die Sünde! (Stürmisches Gelächter.) In derartigen Ausführungen ergeht sich der Herr circa drei Viertelstunden lang, bis er endlich zu dem famosen Schlusse gelangt: Halten Sie an dem Christenthum fest, denn ich kann wohl annehmen, daß Sie Alle noch nicht so gottlos sind, als Herr Most — (Rufe:

Reiche, dem Reichstage demnächst Mittheilung zu machen." — Also weiter nichts als eine Reichsenquête, die ein Jahr lang dauert und zu nichts führt. Der bedächtige Fortschritt ist doch eine schöne Erfindung für die reaktionären Regierungen, geradeso wie die allergetreueste Opposition des Fürsten Bismarck's, der Lasker'sche Nationalliberalismus. — Nebenbei gesagt, erhält derjenige Schriftführer, welcher obigen Antrag der Fortschrittspartei im Reichstage ohne zu stottern verliest, eine Prämie, bestehend in den gesammelten Reden des Dr. Max Hirsch.

— Starker Tabak. Dem edlen Victor Böhmert gehen jetzt auch selbst die Antisozialisten an den Kragen — er treibt es in seiner „Sozial-Correspondenz" auch etwas zu tölpelhaft. Dieselbe wird nämlich von dem Vereine „für's Wohl der arbeitenden Klassen" herausgegeben und agitirt energisch für die Tabaksteuererhöhung und das Tabaksmonopol. In Bezug hierauf sagen die „Dresdener Nachrichten":

„Höchst befremdlich ist es, daß die von dem Direktor des königlich sächsischen statistischen Bureaus, Herrn Victor Böhmert, herausgegebene „Sozial-Correspondenz" in neuerer Zeit nach Kräften Stimmung macht für die Tabaksteuererhöhung, event. das Tabaksmonopol. Herr Victor Böhmert hätte unseres Erachtens seine Hauptarbeit auf seine Amtsgeschäfte zu richten. Wir wollen wenigstens hoffen, daß zur Unterhaltung der „Sozial-Correspondenz" nicht sächsische Staatsgelder verwendet werden. Denn kein Geld für Seminar- und Eisenbahnbauten im Staatssäckel zu haben, aber eine Zeitung auf Staatskosten zu unterstützen, die für die Mehrbesteuerung des Tabaks Propaganda macht, das wäre in der That — starker Tabak."

Auch wir sagen: starker Tabak — aber wir wundern uns nicht darüber, wie die „Dresdener Nachrichten" es thun; in Deutschland ist nämlich jetzt Alles, was nichts taugt, möglich, und das Gute unmöglich geworden.

— Zur Tabaksteuer. Die Reichsregierung, so heißt es allgemein, wolle die Erhöhung der Tabakssteuer nur benutzen, um später das Monopol um so leichter zu erlangen. Der Plan hat seine sichere Begründung, und zwar hat die Reichsregierung nicht erst nöthig, an den Erträgen des Monopols in andern Staaten Studien zu machen. Die ehemals kaiserliche französische Tabaksmanufaktur in Straßburg giebt ihr den Vortheil an die Hand.

Nach dem vorjährigen Etat für Elsaß-Lothringen, der dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlag, ergab die Tabaksmanufaktur in Straßburg den sehr schönen Reinertrag von 500,614 Mark, und im vorhergehenden Etat waren gar 600,614 Mark angesetzt. Im Verhältniß zu den Gesammtkosten des Betriebs beläuft sich der reine Nutzen auf rund 20 Proz., aber im Verhältniß zu den gezahlten Beamtengehältern und Arbeitslöhnen beläuft er sich auf 111 Proz. Das giebt einen Maßstab für das Maß von Ausbeutung, denen die Arbeiter unterworfen sind.

Gesetzt den Fall, diese Fabrik würde genossenschaftlich betrieben, so würde das jährliche Einkommen der Arbeiter und Beamten sich um mehr als das Doppelte erhöhen, wobei noch nicht in Anschlag gebracht ist, daß bei einer solchen Selbstverwaltung nicht nur Aufsichtsbeamte erspart würden, sondern auch das hohe Direktorialgehalt, und daß die Leistungen der Arbeiter einerseits, die Ersparnisse an Spesen aller Art andererseits, weil Jeder in seinem eigenen Nutzen arbeitet und auf's lebhafteste an dem guten Erfolg interessirt ist, weitere erhöhte Erträgnisse sicherten.

An diesem einzigen Beispiele läßt sich schon zeigen, welch eine gewaltige Umwälzung die genossenschaftliche Produktion für die gesammte Gesellschaft erzeugt, und was von der Produktion gilt, gilt in fast noch höherem Grade von der Vertreibung, dem Transport und allen sonstigen Beziehungen der Menschen. Umgekehrt zeigt das vorgeführte Beispiel aber auch, welch ein hohes Interesse die herrschende Klasse an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Ausbeutungssystems hat.

— „Landstreicher und Vagabunden". Die „National-Zeitung" läßt sich aus Mecklenburg schreiben, „daß in letzter Zeit eine wahre Ueberschwemmung von arbeitslosen und arbeitsscheuen Menschen eingetreten sei. Gewaltthaten, Anfälle und dergleichen seien davon die Folge. Jetzt sei die Sache so schlimm geworden, daß das Ministerium des Innern bekannt macht, die Räumlichkeiten des Landarbeitshauses zu Güstrow seien überfüllt, und es sei zur Zeit „die Einlieferung derjenigen Bettler, Landstreicher ꝛc., gegen welche nur auf Haftstrafe, und nicht zugleich auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt worden ist, bis auf Weiteres zu suspendiren." — Auch in den Städten sind die Gefängnisse überfüllt, so daß man in Schwerin kürzlich einige Menschen, die einen Mann auf offener Straße schwer verwundet hatten, nach Feststellung der Personen wieder entlassen mußte. — Die in Passau erscheinende „Donauzeitung" schreibt: „Wer sollte es glauben, daß man heute bettelnde Handwerksburschen trifft, deren Dienstbücher eine ständige Dienstzeit von 12—15 Jahren an Einem Platze ausweisen, bis sie jetzt der Dienstherr wegen Geschäftslosigkeit entlassen mußte? Hier am Grenzplatze Passau werden nicht selten an einem Tage ein halbes Dutzend solcher Leute, die dem Gesetze als „Landstreicher" verfallen, über die Grenzpfähle geschubt. Ihr Vergehen ist meistens — der Hunger." — So erhebt eine nichtsozialistische Zeitung eine furchtbare Anklage gegen die Gesellschaft, die wahrlich nicht durch das Augenverdrehen frommer Priester entkräftet wird, die aber zu gleicher Zeit dem Harmoniegedudel des Herrn Hirsch und seiner antisozialdemokratischen Congräßlichen und auch der heutigen Gesetzgebung eine klatschende Ohrfeige giebt. „Der Hunger" ist die einzige Schuld der Unglücklichen, und weil sie diesen Hunger nicht stillen können durch Lohn und Arbeit, welche sie freudig leisten wollen, deshalb wirft man sie ins Gefängniß und brandmarkt sie mit dem Namen „Landstreicher". — Das Menschenthum aber ist aus der heutigen Gesellschaft gewichen, die kalte lächelnden Antlitzes solchem Jammer zuschaut und die Hände nicht regt, um das Elend zu mindern. Und dabei verfolgt ma noch diejenigen, welche solchen wahnsinnigen Zuständen ein Ende machen wollen! Man verfolgt sie, weil sie solcher „göttlichen" oder „natürlichen" Ordnung entgegenzutreten wagen. — Wenn man solches Gebahren sieht, wenn man solche Niederträchtigkeit allüberall erblickt, dann kommt mun wahrlich in die Lage, mit einem amerikanischen Blatte auszurufen: „Ich wollte, daß es drei Tage Pulver regnete und am vierten der Blitz drein schlüge."

— Grober Unfug. Wir haben schon mitgetheilt, das einzelne rheinische Polizeirichter den Versuch gemacht haben, den „groben Unfug" aus dem Strafgesetzbuche in das Preßgesetz zu bringen. Bei dem Falle, unsern Parteigenossen Grünewald zu Crefeld betreffend, der kürzlich eine Haft von 4 Monaten angetreten hat, wurde in der Appellinstanz wegen Verjährung das Urtheil des Polizeirichters wegen durch die Presse verübten groben Unfugs vernichtet. Ein prinzipielles Resultat hatte diese Appellation also nicht ergeben. Anders in Sachen des Redakteurs des „Solingers Anzeigers", Carl Beck, der gleichfalls vom Polizeirichter wegen durch die Presse verübten groben Unfuges (Verhöhnung des Vaterlandes) zu 75 Mark Strafe seiner Zeit verurtheilt worden war. Die Appellationsinstanz erklärte kurz und bündig, daß sie in dem Zeitungsartikel den Thatbestand des groben Unfugs nicht finden könne. Der Angeklagte wurde natürlich freigesprochen. — Durch welche Brille der Polizeirichter in einem Zeitungsartikel den Thatbestand des „groben Unfug" erblickt hat, ist leider nicht bekannt geworden.

— Der Hungertyphus ist in Oberschlesien (Kreis Beuthen) abermals ausgebrochen. Die Erhebungen zur Ermittelung der Ursachen dieser in Oberschlesien fast epidemisch gewordenen Seuche, welche die preußische Regierung bei der vor zwei Jahren daselbst ebenfalls grassirenden Krankheit angestellt hat, sind also weiter nichts als eine leere Farce gewesen. Und doch sind die Ursachen mit Händen zu greifen, ja sie sind schon durch das Wort: Hungertyphus selbst gegeben. Sollte die preußische Regierung aber nicht wissen, wann das arbeitende Volk hungert, so werden wir es ihr mit gellender Stimme in's Ohr schreien: Das arbeitende Volk hungert, wenn es keine Arbeit hat oder zu schlecht bezahlt wird. Also Arbeit her für das arbeitende Volk und dafür gesorgt, daß es auskömmlich zu leben hat, das ist, Staat, deine verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

— Ungarländischer Sozialistencongreß. In Folge der Erklärung des Ministerpräsidenten Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause, wonach das Verbot bezüglich der Abhaltung sozialistischer Versammlungen aufrechterhalten bleibt und dasselbe auch auf den angekündigten Sozialisten-Congreß sich erstreckt, hat das Congreßcomité den Beschluß gefaßt, den Sozialisten-Congreß dennoch abzuhalten, ihm jedoch — um ihn vor behördlicher Auflösung zu schützen und so die Zusammenkunft der Delegirten zu ermöglichen — den Namen: „Congreß der Nichtwahlberechtigten" beizulegen. Nichtsdestoweniger wird der Congreß — soweit die Verhältnisse es gestatten werden — ein sozialistischer sein, und wird ihm außer einer Resolution in Angelegenheit des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, auch womöglich die Berathung und Feststellung eines sozialistischen Programms obliegen. Da Herr Tisza feierlichst erklärte, daß sein Verbot nur auf sozialistische, nicht aber auf Arbeiter-Versammlungen sich bezieht und die Zusammenkunft von nichtwahlberechtigten Personen wohl nicht gut als eine „sozialistische Versammlung" deklarirt werden kann, so ist anzunehmen, daß der für die nächsten Osterfeiertage projektirte „Ungarländische Sozialisten-Congreß" — wenn auch nicht unter dem ursprünglichen Titel — trotzdem und alledem zur erfreulichen Thatsache werden wird. — Als Obiges gesetzt war, ist uns noch die Nachricht zugegangen, daß der Ministerpräsident fortfährt, die Comitémitglieder ängstlich bewachen und Haussuchungen bei denselben veranstalten zu lassen, ob nicht Anzeichen zu finden seien, daß dieselben doch zu einem Sozialisten-Congreß Einladungen ergehen ließen. Danach erscheint es doch noch zweifelhaft, daß der Congreß in irgend welcher Form stattfindet.

— Aus Dänemark. Am 20. Januar fand in Kopenhagen eine Versammlung statt, in welcher folgende Punkte auf der Tagesordnung standen: 1) Ist die Arbeitslosigkeit zur Zeit größer, als sie im Winter gewöhnlich zu sein pflegt? 2) wenn dem so ist, ist sie derart, daß es nothwendig erscheint, außergewöhnliche Anstalten zu treffen, um ihr abzuhelfen? Die Versammlung war zumeist von der begüterten Klasse zusammengesetzt, aber auch etliche Mitglieder des Arbeitervereinsvorstandes hatten zu derselben Einladung erhalten und waren auch erschienen. Es wurde allerseits zugestanden, daß eine außergewöhnliche Arbeitslosigk it vorhanden sei. So hatte man z. B. ermittelt, daß 1200 Schmiede und Maschinenbauer, 600 Cigarrenarbeiter, 400 Maurer, 500 Maler und 2000 Arbeitsleute ohne Arbeit seien; von vielen Arbeitsbranchen hatte man Daten nicht erlangen können. Ueber die Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit konnten die philantropisch angehauchten Herren natürlich nicht recht einig werden, was auch gar nicht zu verwundern ist, da sie sich aus leicht erklärlichen Gründen gar nicht sonderliche Mühe gaben, die Ursachen der Arbeitskalamität aufzusuchen. Die Einen gedachten auf dem Wege der öffentlichen Mildthätigkeit den hungernden Arbeitern beizuspringen, Andere meinten wieder, daß die Inangriffnahme der projektirten Communal- und Staatsbauten der Nothlage abhelfen könnte, wieder Andere meinten endlich, daß man den Arbeitslosen unverzinsliche Darlehne vorstrecken sollte, wozu vom Staat das Geld zu borgen sei — das Ende vom Liede war aber die Niedersetzung eines Ausschusses, der einer demnächstigen Versammlung Vorschläge machen soll, was zu thun sei. Alle diese Sächelchen sind einem längeren Bericht entnommen, den uns ein Kopenhagener Parteigenosse über die betreffende Versammlung zugesandt hat. Wie sich die Arbeiter von Kopenhagen dieser Wohlthätigkeitscomödie gegenüber verhalten werden, darüber hat sich unser Berichterstatter nicht ausgelassen — möglich, ja wahrscheinlich aber ist,

---

Ja wohl! Ja wohl!), nur dann kann's besser werden, und ich wünschte nur, daß Herr Most noch vor seinem Ende ein rechtgläubiger Christ werden möge! (Abermaliges Gelächter und stürmische Heiterkeit übertönen einzelne „Bravo"-Rufe.)

Nachdem ein Antrag auf zehn Minuten Pause abgelehnt, beginnt unter stürmischem Beifall der ganzen Versammlung Herr Most sein Referat, richtiger seine Erwiderungen auf die Entgegnung" des Herrn Dr. Wangemann:

Meine Herren! Es war vorauszusehen, was uns der Herr Dr. Wangemann erzählen würde, und was für Beifall ihm dafür zu Theil wurde, haben Sie ihm durch ihr Gelächter bewiesen. Daß er mich als einen Ungläubigen hingestellt, nehme ich ihm nicht übel, ich freue mich sogar ein solcher zu sein. Dieser Herr hat uns die Existenz Gottes beweisen wollen, ohne es zu können. Er glaubte damit auf den wissenschaftlichen Materialismus anspielen zu können, auf den Darwinismus, welch letzterer behauptet: daß die Welt nicht von „Gott" geschaffen, wie es in der Bibel steht, daß sie nicht erst circa sechstausend Jahre, sondern vielleicht Millionen Jahre, wenn auch nicht in ihrem jetzigen Zustande besteht. Wenn er sich dagegen verwahrt, von einem Affen abzustammen, so verwahre ich mich entschieden dagegen, aus einem Lehmblock gemacht zu sein. (Stürmisches Bravo.) Kein Darwinianer wird übrigens behaupten: es stamme der Mensch von einer noch jetzt lebenden Affenart ab, dies wäre einfach ein Unsinn. Sondern es hat einmal eine Zeit gegeben, in welcher es noch keine Säugethiere, ja keine Insekten, keine Pflanzen, wie überhaupt keine lebenden noch todten Organismen auf der Welt gab, daß sich vielmehr die Organismen aus dem Urschleim (Protoplasma) im Laufe von Jahrtausenden entwickelt; daß sich aus der Pflanzenwelt die Thierwelt und aus dieser wiederum endlich der Mensch entwickelt hat. Dafür liegen Beweise da und die Naturwissenschaft hat es bestätigt. Noch aber hat man bis jetzt die Existenz eines Gottes nicht beweisen können. Es würde mich zu weit führen, wollte ich näher auf den Darwinismus eingehen; ich werde mir einmal erlauben, einen schulwissenschaftlichen Vortrag an anderer Stelle über Darwinismus zu halten. Für heute sei nur gesagt: daß sich die Cultur wie alles Andere allmälig entwickelt und nicht durch das Christenthum. Das Christenthum hat vielmehr dazu beigetragen und thut dies heute noch — die Cultur zu hemmen. Die Sklaverei wäre auch ohne das Christenthum gebrochen worden, weil es die natürliche Folge der gesammten menschlichen Entwickelung war und ist, und so steht es mit der Sozialdemokratie. Sie wird sich entwickeln und ausbreiten, wenn man ihr noch so viel in den Weg legt, ob die schwarze oder blaue Gendarmerie ihr in den Weg tritt oder nicht. (Stürmisches Bravo.)

Von der christlichen Liebe will uns dieser Herr etwas erzählen. Nun, wer hat die Inquisition und die Ketzerverbrennungen geschaffen? Es waren die Pfaffen! Und wenn dies heute noch angebracht wäre, würde man auch uns längst geschnürt haben (Sehr richtig!), hat man es doch endlich dahin gebracht, mir eine Denunziation wegen Aufforderung zum Massenmord anzuhängen von Seiten der Pfaffen (Pfui!) — Es gehört geradezu eine gute Portion Dreistigkeit dazu, wenn sich jene Herren vermessen, unter so freisinnigen Arbeitern, wie sie in Berlin bereits sind, — Propaganda für den „Staatssozialismus" zu machen; wenn sich einige Pfaffen erdreisten, bei diesen Arbeitern auf Bauernfang zu gehen, ähnlich wie die Herren Hirsch-Duncker und Consorten. Mögen sie doch lieber nach Pommern, Posen und Preußen u. s. w. gehen, wir werden dann das Weitere besorgen, gerade so, wie wir es bisher mit der Hirsch-Duncker'schen Arbeiterpartei gethan. (Stürmisches Bravo und Beifall.)

Nachdem Most circa anderthalb Sturden gesprochen und besonders darauf hingewiesen, daß nur die Sozialdemokratie das Volk von seinen Fesseln befreien könne, schließt er mit dem schon im Mittelalter gebräuchlichen Sprichwort: „Willst dein Haus du halten rein, dann lasse keine Pfaffen ein!" (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

In der darauf folgenden Diskussion sprach sich Genosse A. Paul unter Anderem dahin aus, daß die „Christlich-Sozialen" mit Popanz angefangen und auch damit enden werden. (Allgemeines Gelächter.)

Nachdem Herr Most noch einige Worte erwidert, wurde die in der vorletzten Nummer des „Vorwärts" abgedruckte Resolution angenommen. — Mit dem Absingen der Marseillaise wurde die letzte der im Handwerkervereins-Saal stattgefundenen Versammlungen geschlossen.

Am 6. Februar fand eine Frauen-Versammlung in Renz's Salon statt, in welcher Genosse Most wiederum das Referat übernommen und auch Herr Wangemann anwesend war. Das Büreau wurde von Frauen gewählt und führte Frau Hahn den Vorsitz. Die Versammlung war nicht minder stark besucht, als die am vorhergehenden Tage. Auf der Tagesordnung stand: Wie verhalten sich die Frauen den christlich-sozialen Bestrebungen gegenüber?

Die Vorsitzende hatte alle Mühe, die Ruhe der Versammlung aufrecht zu erhalten.

Allgemeine Stille herrschte endlich, als Herr Most sein Referat begann. Er sprach sich unter Anderm dahin aus, daß sich auch die Frauen der Sozialdemokratie anschließen, um zugleich die Stütze des Mannes zu werden. Manche von den Damen möge sich ihn (Most), nachdem er in der Zeitung so verschrieen, vielleicht als den leibhaftigen Gottseibeiuns vorgestellt haben. Wie sie jetzt sehen könnten, sei er ein Mensch wie alle Anderen.

Er habe es sich besonders vorgenommen, die Frauen über die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu unterrichten, damit sie nicht etwa, wie es leider nur zu oft der Fall ist, dem Manne in seinen Bestrebungen ein Hemmschuh werden. Auch die Frau muß lernen selbstständig handeln zu können; bis jetzt konnte und kann es leider nicht der Fall sein, da sie noch zuviel unter dem Joche des Mannes steht und von der Theilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen ist. Gerade bei den Frauen halte es am schwersten, sie vom Althergebrachten abzubringen, ganz besonders aber in religiöser Beziehung. Es sei jetzt ihre Pflicht, sich an dem Austritt aus der Landeskirche ganz besonders zu betheiligen, damit sie nicht gezwungen seien, ihre Kinder im Religionsunterricht erziehen zu lassen. Er beleuchtet noch in einigen Zügen die Bestrebungen der christlich-sozialen Partei und empfiehlt den Herren Missionären: lieber unter die Hottentotten zu gehen, um dort Bekehrungsversuche anzustellen. — In der darauf folgenden Diskussion, an welcher außer den Herren Most und Wangemann nur Frauen resp. Mädchen theilnahmen, haben auch diese bewiesen, daß sie mit den Pfaffen nichts mehr zu thun haben wollen, und schlossen sich den Ausführungen des Herrn Most an.

Paul Jahn.

— „Wie der Gewerkverein geplündert wird!" Herr Max Hirsch erhebt in der letzten Nummer seines „Gewerkvereins" ein Zetergeschrei darüber, daß der „Correspondent", Organ der deutschen Hutmacher, „ganze Sätze aus einem Leitartikel des „Gewerkvereins" wörtlich abgeschrieben habe". Herr Max Hirsch sollte froh sein, daß man seinem Blatte diesem Ehre angethan hat. Was nun das Abschreiben angeht, so wollen wir hier ein kurzes Abenteuer berichten, das uns selber mit einem anderen Blatte des Herrn Max Hirsch, der „Sozialen Frage", dem Hauptorgan der Harmonieapostel, passirt ist. Dasselbe brachte vor einiger Zeit über das „Stärkeverhältniß der Parteien im Reich" eine statistische Notiz, die so zuversichtlich als Original auftrat, daß wir, da die Angaben uns interessant schienen, sie, mit Quellenangabe, in den „Vorwärts" (Nr. 10) aufnahmen. Hintennach entdeckten wir, daß Herr Max Hirsch seine Originalnotiz aus einem vor Jahresfrist veröffentlichten Artikel des „Vorwärts" „geplündert" hat. Man sieht, nicht blos Bücher, auch Zeitungsartikel haben ihre Geschicke.

— Ein russischer, adeliger Gauner. Unter den Bekanntmachungen des Berliner Stadtgerichts finden sich öffentliche Vorladungen zur Klagebeantwortung an den vom Concursverwalter der Ritterschaftlichen Privatbank in Pommern wegen nicht erfüllter Wechselverbindlichkeiten verklagten Dimitri von Benkendorf, dessen Aufenthalt dem Gerichte unbekannt ist. Der Verklagte, welcher bis vor Kurzem zweiter Sekretär der russischen Botschaft in Berlin und eines der bekanntesten Mitglieder des diplomatischen Corps war, ist Kammerjunker des Kaisers Alexander und weilt augenblicklich im Dienste des rothen Kreuzes auf dem Kriegsschauplatze, wohin er sich bei seiner wegen kolossaler Schulden nothwendig gewordenen Entfernung aus Berlin begeben hatte.

daß sie es verschmähen werden, die Brosamen aufzulesen, die ihnen von der „Herren“ Tische zugeworfen werden.

— Der Sozialismus in Griechenland ist trotz seiner Jugend im Aufblühen. Wie das griechische sozialistische Blatt, die „Helenike Demokratia“, nämlich meldet, ist es den dortigen Parteigenossen gelungen, bei den letzten Volksvertretungs-Wahlen einen Sozialisten, den Rokos Chordas zu nominiren. Derselbe, wenn auch, wie Genosse Freytag in der sächsischen Kammer, ganz vereinsamt, hat schon mehrere Male Veranlassung genommen, und zwar zum Schrecken der Gegner, die sozialistischen Ideen von der Parlamentstribüne zu Athen zu verkünden.

— Die Redefreiheit in Nordamerika wird bald schon zu den schönen Mythen gehören. So hat die Legislatur von Californien ein Gesetz beschlossen, durch welches aufreizende Reden zu Criminalverbrechen gestempelt werden. Sie haben es im freien republikanischen Amerika jetzt bald so weit gebracht, wie im herrlichen Deutschland: Sprengung von Versammlungen durch Polizeigewalt, Einkerkerung der Agitatoren, Gesetze gegen staatsgefährliche Reden. — Uns fällt bei dieser Gelegenheit der Ausspruch eines „demokratischen“ Blattes ein, welches es für Wahnsinn erklärte, wenn in einer Republik vom Volke irgendwelche Gewalt zur Erlangung seiner Forderungen angewandt würde, da in der Republik ja volle Freiheit herrsche und diese von der Majorität nur ausgenutzt zu werden brauche; das Blatt schrieb diesen Satz in Hinblick auf Nordamerika. Wird dasselbe denn nun bald der Ansicht sein, daß die heutigen Republiken sich von den Monarchien nur ungefähr so unterscheiden, wie das evangelische Christenthum sich von dem katholischen Christenthum unterscheidet, wie der Jesuit vom Mucker, oder unsertwegen auch umgekehrt?

— Freiheit im deutschen Reich. Genosse Daschner, seit einigen Tagen an Stelle des inhaftirten Parteigenossen Grünewald, Redakteur der in Crefeld erscheinenden „Niederrheinischen Volksstimme“, ist am 10. Februar ohne Angabe des Grundes plötzlich verhaftet worden. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der verhaftete Redakteur der „Essener Freien Zeitung“ zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— In sauberer Ausstattung und großem Format ist am 28. Januar die erste Nummer einer neuen sozialistischen Zeitung, der „New-Yorker Volkszeitung“ erschienen. Wir wünschen dem Blatte gutes Gedeihen.

— Man schreibt uns aus München: „Durch alle Zeitungen ging kürzlich die Notiz, daß Rasch's Werk: Die Preußen in Elsaß-Lothringen, nunmehr nach vierjährigem Prozessiren frei gegeben sei. Daraufhin bestellte ich das Buch in einer Münchener Buchhandlung, erhielt aber den Bescheid, daß Seitens der Polizei der betr. Buchhandlung die Warnung zugekommen sei, das Buch von Rasch nicht auf Lager zu halten, da es sonst nächster Zeit konfiszirt werden würde (trotz der Freigebung!). Der „charakterfeste“ Buchhändler wies natürlich mein Ansinnen, das Buch zu bestellen, mit bedeutender Entrüstung zurück.

Correspondenzen.

Ahrensburg, 29. Januar. Da auch hier, wie an vielen anderen Orten, gegen die Arbeiterbewegung das bekannte Rezept der Lokalsperre angewandt wird, so haben hier im Ganzen sehr wenig Versammlungen stattgefunden. Jetzt scheint dies Verhältniß dadurch in ein anderes Stadium zu kommen, daß sich hier ein antisozialistischer Verein gebildet hat, welcher durch Verbreitung von „Bildung“ den Sozialismus ausrotten will. Wenn man das Statut jenes Vereins liest, so bekommt man ein sonderbares Urtheil über die Bildung der Herren, welche dasselbe fabrizirt haben, denn Stil und Satzbildung sind ein wahres Attentat auf die deutsche Sprache. Am Sonntag, den 27. d. M., hatte nun der Vorstand genannten Vereins eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Lassalle und seine Ziele.“ Auf den Plakaten war bemerkt, daß die Einberufer sich die Leitung der Versammlung vorbehielten. Unsere Gesinnungsgenossen waren leider nicht stark genug vertreten und deshalb fragte Genosse Brückmann aus Altona an, ob Redefreiheit gewährt sei, was bejaht wurde. Der Referent, Privatlehrer Koch von hier, entledigte sich seines Referats durch eine zweistündige Vorlesung aus dem Buche: „Ferdinand Lassalle von Georg Brandes“ mit Beigabe einiger Bemerkungen, welche zu dem Vorgelesenen eine recht unverdauliche Sauce lieferten und hauptsächlich besagten, daß die „modernen Sozialisten“, wie der Herr sich ausdrückte, mit Lassalle im Widerspruch ständen, da ihr Zweck der gewaltsame Umsturz alles Bestehenden sei. — Hierauf erhielt Genosse Brückmann das Wort. Derselbe setzte auseinander, daß die heutigen Sozialdemokraten durchaus nicht von der Lehre Lassalle's abgewichen seien, sondern nur ihr Programm den Zeitverhältnissen mehr angepaßt hätten, was Lassalle, wenn er noch lebte, auch wohl gethan haben würde. Er bezeichnete ferner das Vorgehen der Antisozialisten sehr treffend als eine Art Taschenspielerkunststückchen, um die mit den Forderungen der Sozialisten weniger Vertrauten zu köbern. — Nachdem dann noch Herr Koch durch allerlei Verdächtigungen der Sozialdemokratie etwas am Zeuge zu flicken versucht hatte und sogar so weit ging, Bismarck neben Lassalle als den besten Arbeiterfreund zu bezeichnen, ergriff Genosse Brückmann noch einmal das Wort und widerlegte spielend die plumpen Beschuldigungen des unwissenden „Volksbildners“. Unterzeichneter stellte hierauf den Antrag, zum weiteren Austrag der Sache eine anderweite Versammlung einzuberufen, in welcher der Vorsitz aber nicht parteiisch geführt werden sollte. Dieser Antrag kam aber gar nicht zur Abstimmung, da der Vorsitzende bei ihm passender Gelegenheit die Versammlung plötzlich schloß. Und diese Feiglinge nennen sich Gegner der Sozialdemokratie! Sollten es diese Ehrenmänner wieder einmal versuchen, eine Versammlung abzuhalten, so werden sie uns am Platze finden. — Den hiesigen Parteigenossen aber rufe ich zu: Sorgt nach Kräften für Verbreitung unserer Parteipresse. Eine doppelte Abonnentenzahl auf den „Vorwärts“ in diesem Jahre, das ist die beste Antwort auf die Gründung des antisozialistischen Vereins.

H. Köpke.

Schwabach, 4. Februar. Nach langer Zeit lassen auch wir wieder etwas von uns hören. Gestern hatten wir nämlich Gelegenheit, unsern Genossen Carl Grillenberger aus Nürnberg in einer Volksversammlung sprechen zu hören. Dieselbe war von allen Schichten der Bevölkerung und sehr gut besucht, auch das Landvolk war stark vertreten; war ja auch die Tagesordnung derart, daß das Landvolk sich dafür interessiren mußte. Dieselbe lautete: 1) „Die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer im deutschen Reich“, 2) „Die industrielle Zuchthausarbeit und die durch dieselbe hervorgerufene Schädigung der freien Gewerbe.“ Herr Grillenberger verstand es, über beide Punkte ausgezeichnet zu referiren, und wurde ihm deshalb auch allgemeiner Beifall zu Theil. Für den ersten Punkt der Tagesordnung wurde nachstehende Resolution abgefaßt, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurde:

„Die heutige Versammlung erklärt sich entschieden gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, sowie gegen die Einführung des Tabaks-Monopols, wie sie überhaupt sich gegen das System der indirekten Steuern ausspricht. Sie erwartet vielmehr, daß die Deckung des vorhandenen Defizits durch eine Beschränkung der Ausgaben für den Militarismus möglich gemacht werde.“

Als unsere Versammlung zu Ende war, hielt gleich darauf Herr Carl Scholl aus Heidelberg in demselben Saale einen Vortrag mit dem Thema: „Für und gegen den Massenaustritt aus der Kirche.“ Wir Genossen blieben natürlich auf unseren Sitzen und müssen constatiren, daß der Vortrag ein ausgezeichneter war. Trotzdem wir am hiesigen Orte einen schweren Standpunkt haben, da die sogenannte Fortschrittsburg noch zu erstürmen ist, können wir doch mit unseren Erfolgen zufrieden sein, und wenn die Sittenbilder über die fortschrittlichen Herren Herz und Krämer, welche das „Fränkische Volksblatt“ unlängst brachte, der Wahrheit gemäß sind, dann wird die Fortschrittspartei bald dort sein, wo sie hingehört.

Zeulenroda, 4. Februar. Die sehr zahlreich besuchte Volksversammlung, welche gestern in Poyland's Salon stattfand, war eine imposante zu nennen. Leider wurde die so wichtige Tagesordnung: „Der russisch-türkische Krieg und die Stellung der verschiedenen Regierungen und Parteien zu demselben“ von unserem wohllöblichen Bürgermeister Boy untersagt. Genosse Mehlhorn aus Crimmitschau referirte über die Tagesordnung: „Die Stellung der Arbeiter zur Industrie“ zur Zufriedenheit aller Anwesenden; auch verstand es derselbe, in kurzen Zügen die Orientfrage zu berühren. Als der Referent geendet hatte, bekundete donnerndes Bravo der Versammlung das Einverständniß mit dem Vortrage desselben. An der darauf folgenden Debatte betheiligten sich lebhaft die Genossen Nagler aus Thierbach und Treuter aus Greiz. Auch eine Anzahl „Russen“ waren anwesend, jedoch meldete sich trotz der energischen Aufforderung des Vorsitzenden keiner zum Worte; — ist von den „Russen“ auch nicht zu erwarten. Eine Resolution, in welcher energisch gegen die russenfreundliche Politik der preußisch-deutschen Regierung protestirt wird, gelangte zur einstimmigen Annahme.

Budapest, 3. Februar. Die „Arbeiter-Wochen-Chronik“ schreibt: Nach Schluß des Blattes wird uns aus Bukarest telegraphisch gemeldet, daß die dortigen Bahnarbeiter in Folge furchtbarer Theuerung aller Lebensmittel von der Direktion eine Lohnerhöhung verlangten, die ihnen aber verweigert wurde. Da nun die Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, droht die Direktion, Arbeiter vom Ausland kommen zu lassen.

Wir warnen daher alle Arbeiter vor Zuzug nach Bukarest und ersuchen alle Parteiblätter, hiervon Notiz zu nehmen. Auskunft ertheilt: Senkovici Bosel, Bukarest.

Ottensen, 11. Februar. Am 29. v. M. fand eine Volksversammlung hier statt, die gut besucht war, in welcher Max Stöhr und H. Moltenbuhr über die Christlich-Sozialen oder Staatssozialisten und deren Bestrebungen sprachen und reichen Beifall ernteten. Obgleich ein paar Herren, welche der neubackenen christlich-sozialen Partei sehr nahe stehen, anwesend waren, hatten dieselben doch nicht den Muth, auf dieses für sie so wichtige Thema einzugehen. — Auch das Verhalten des Kirchenvorstandes gegenüber unseren gewählten Parteigenossen kam zur Sprache, worüber sich eine lebhafte Diskussion entspann. Alle waren darin einverstanden, daß einer dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht so hohnsprechende Handlung keine andere Antwort gebührt, als ein allgemeiner Austritt aus der Landeskirche. Hierauf gelangte zur einstimmigen Annahme der Antrag, eine Commission von 5 Personen zu wählen, welche die Austritts-Formulare zu beschaffen hat, damit es jedem Einzelnen erleichtert wird, seinen Austritt zu erwirken. — Nachdem unsre Seelsorger von dem Versammlungsbeschluß Kenntniß erhielten, sind dieselben eifrig bemüht, den Beschluß des Kirchenvorstandes wieder rückgängig zu machen, um auf diese Weise dem allgemeinen Austritt vorzubeugen, doch vergebens, sie haben nun einmal die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Einem Institut gegenüber, wo wir keine Rechte haben, haben wir auch keine Pflichten. E. H.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Den Gesangvereinen diene zur Nachricht, daß der Ausschuß für Vereine Mitgliederbeitragslisten und Kassenbücher vorräthig hält. Preis für beide bei Frankozusendung 1 Mark. Einzelne Mitgliederbeitragslisten: Mk. 0,60, Kassenbücher Mk. 0,50. Diese Bücher sind für jeden Verein ꝛc. zu gebrauchen, es können solche daher auch andere Corporationen, die nicht beim Bund sind, beziehen.

Als Ort der Generalversammlung für dieses Jahr hat der Ausschuß Darmstadt angesetzt.

Gotha. Mit Gruß
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion. Hrn. Paul Berndeck, Abonnent des „Vorwärts“ in Berlin: Ihr liebenswürdiges Briefchen soll nicht wie ein Veilchen im Verborgenen blühen und verblühen. Wir wollen es in unserem „Briefkasten“ zur Schau stellen. Da ist's: „Herrn Redakteur Liebknecht, Leipzig. In einer der früheren Nummern Ihres Blattes legen Sie Dr. Dühring zu den Todten und in der darauf folgenden geben Sie ihm einen Orden! Welch herrliche Consequenz! Sie scheinen wirklich dieses Gelehrten wegen nicht ruhig schlafen zu können, trotzdem derselbe Sie mit keiner Silbe beleidigt, noch überhaupt jemals erwähnt hat. Vielleicht gerade deshalb Ihre Wuth! Ich kann ungefähr verstehen, wie Jemandem, der hunderttausende geballter Fäuste commandiren zu können glaubt, sonst aber allerdings nichts als eine stark ausgeprägte Eitelkeit aufzuweisen hat, zu Muthe ist, wenn ihm immerfort die Anerkennung seiner „enormen“ Verdienste versagt bleibt. Seien Sie getrost, man weiß recht gut, daß sich hinter Ihren plumpen Provocationen eine entsetzliche Angst vor jenem Geiste birgt, der das zwanzigste Jahrhundert in seine Schranken fordern wird. Bis dahin bleibt Ihnen Zeit, Ihre Rolle mit dem Anstande, der Ihnen eigen ist, auszuspielen. Berlin, den 5. Februar ꝛc.“ — Der Wahnsinn scheint ansteckend zu sein. A. P. in Th.: „Alles Dreies erhalten.“ Gruß! — . . . . Darmstadt: Weitere Correspondenzen sehr erwünscht; Diskretion selbstverständlich. — F. W. L. in Gera: Wir können Ihre Fragen nicht beantworten; da das deutsche Reich die offizielle Betheiligung an der Pariser Weltausstellung abgelehnt hat, so werden Sie gut thun, sich an den Vertreter der Schweiz oder Oesterreichs zu wenden, und zwar recht bald. Bei dem Consul eines der beiden genannten Länder erfahren Sie die Adresse. M. in Szigetvar: Wir können uns in die innern Parteiangelegenheiten der ungarischen Arbeiter nicht mischen, das würde aber geschehen — wenn auch nur indirekt — durch Aufnahme Ihrer Correspondenz in den „Vorwärts“. — K. B. in J.: Sie werden ohne österreichische Militärpapiere das deutsche Heimathsrecht schwerlich erlangen; wenden Sie sich in der Angelegenheit an den dortigen Rechtsanwalt. — C. A. K. in Düsseldorf: Der „Vorwärts“ eignet sich nicht zur Aufnahme zahlreicher Gedichte. — E. K.: Die Redaktion erinnert sich des Artikels durchaus nicht. — C. W. A. in B.: Sie muthen uns zu viel zu, wenn Sie den Wunsch äußern, Ihren Lobgesang auf die Airy'sche Quacksalberei abzudrucken. — G. B. in Linden: Der Artikel war dem in Hamburg erscheinenden „Pionier“ entnommen; wenden Sie sich mit Ihrer Berichtigung zunächst an denselben. —

der Expedition. J. Endres Augsburg: Die 100 Mark sind unterm 30. Januar gebucht. — Siegfr. Ordn Goldlauter: Zu Ihrem Zwecke empfehlen wir Ihnen Bebel's Bauernkrieg und ein kleines Schriftchen „Papstthum und Concil“ zu 30 Pfg., welches Sie auch durch uns beziehen können. — Eckert Kalk: Die eingesandte Annonce haben wir zur Prüfung an das Centralwahlcomité gesandt. —

Quittung. Endrs Augsburg Ab. 100,00. Grd Stötteritz Ab. 9,40. Mrtn Misbach Ab. 2,50. Hrzm Buchheim Schr. 3,44. Jch St. Johann Ab. 3,00. Knk Frankfurt Schr. 33,02. Lyschk London Schr. 3,06. Bnnrtz hier Ann. 9,20. Cigarrenarb. Braunschweig Ann. 1,20. Wahlverein Limmer Ann. 1,00. Arbeiterverein Gohlis Schr. und Placate 6,75. Drs hier Ab. 1,20. Inschkw Gera Ab. 2,00. Lhrsn Liverpool Ab. 1,70. Andrs Frankenthal Ab. 2,00. Rbl Düsseldorf Ab. 12,00. Rdlph Hannover Ann. 0,90. Eckrt Deutz Ann. 2,00. Mckslp Düsseldorf Ab. 10,45. Sbrt Cassel Ab. 12,80. Hübrnd Leplitz Ab. 2,22. Dbque Biberich Ab. 6,00. Fischr Zschocher Placate 0,70. Nrt hier Schr. 0,50. Wnlir Schr. 0,60. Schnk Connewitz Schr. 1,00. Opprmnn Baden-Baden Schr. 1,00. Rnbrn Dortmund Ab. 1,00. Arnld Königsberg Schr. 1,00. Krkr Heidelberg Schr. 1,80. Engelmnn Hainichen Schr. 0,30. Hbl Sachsenhausen Schr. 1,20. Wnzk Wermelskirchen Schr. 1,80. Ntzl Zwickau Schr. 1,50. Fnk Linden Schr. 15,00. Ordn Goldlauter Schr. 0,60. G. Pschen Stockum Schr. 11,10.

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.

Sonnabend, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, in der Thiemeschen Brauerei, Tauchaerstr. 12. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht. Schlußberathung der Statuten. — Nichtanwesende Mitglieder zahlen 25 Pfg. Strafe. — Aufnahme neuer Mitglieder.

R. Ludwig. [70

Hamburg. Korbmacher-Bund.

Sonnabend, den 16. Februar, Abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Die Gewerkschafts-Conferenz in Gotha.

60] Der Vorstand.

Hannover. Montag, den 18. Februar:

Große

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Todtengräber des deutschen Reiches. Referent Herr Meister. [90

Näheres durch Plakate. H. Rudolph.

Lager roher Tabake.

Brasil	50—150	Pf.
Domingo	50— 90	-
Seedleaf	30—180	-
Carmen	80—110	-
Palmyra	140—160	-
Java	90—250	-

(8c) [300

Altona. **Ferdinand Gätjens.** Altona.

Rathhausmarkt 86.

Im Commissions-Verlage von R. E. Höhme in Leipzig, Elisenstraße 1, ist erschienen und durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Zur orientalischen Frage

oder

Soll Europa kosakisch werden?

Ein Mahnwort an das deutsche Volk

von

Wilhelm Liebknecht.

Preis 30 Pfg. Bei Entnahme von 12 Expl. à Stück 20 Pfg.

Von vielen Seiten wurde der Verfasser gebeten, seine zerstreuten Artikel über die orientalische Frage zusammenstellen und, mit den nöthigen Ergänzungen, zu einer Broschüre zu verarbeiten. Diesem Wunsche ist er nachgekommen. Zur Empfehlung des Schriftchens genügt das brennende Interesse des behandelten Gegenstandes. (4d) [500

Soeben ist erschienen:

Triumph of Order

gemalt von E. Fichis.

Darstellend: Die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.

Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig hier am Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist mir gelungen, Original-Photographien anfertigen zu lassen und empfehle dieselbe den deutschen Parteigenossen zu folgenden Preisen: Größere (60 Ctm. breit, 40 Ctm. hoch) im Dzd. das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (40 Ctm. breit, 25 Ctm. hoch) im Dzd. das Stück 1,80, einzeln 2,30. Bei Bestellungen über 6 Dutzend die größeren à Dzd. M. 36,00, die kleineren à Dzd. 20,00 und werden dieselben gegen Einsendung des Betrags portofrei überall hingesandt.

Baldigen Bestellungen entgegensetzend, zeichnet mit Gruß [7,50

Wilh. Hoffmann,

London W., 37 A., Princeß Street, Leicester squ.

Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß.

Die Expedition des „Vorwärts.“

Durch uns ist zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch uns ist zu beziehen:

Zukunftsmedicin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

(Vollständig in 10 Heften (bis jetzt erschienen Heft 1—8).

Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts“.**

Färberstr. 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ..., Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: E. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Cityourne ave.
San Francisco: F. Enß, 618 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 20. Sonntag, 17. Februar. 1878.

Parteigenossen!

Aus der in nächster Woche zum Versandt kommenden Abrechnung des unterzeichneten Comités geht hervor, daß der Wahlfond nicht nur völlig erschöpft, sondern ihm auch seit Monaten kein Beitrag mehr zugeflossen ist. Weiter geht daraus hervor, daß der Unterstützungsfond, in Folge der vielen Prozesse und der Einkerkerungen von Parteigenossen, ohne außerordentliche Zuwendungen aus dem Agitationsfond den an ihn gestellten Ansprüchen unmöglich genügen kann.

So sehen wir uns denn veranlaßt, an Euch besonders zu Gunsten des Wahlfonds zu appelliren. Ihr wißt, daß der Reichstag zusammengetreten ist und darin für unsere Parteigrundsätze, für das Interesse des arbeitenden Volkes gewirkt werden soll. Ihr wißt, daß uns diese Thatsache mehr als zu anderer Zeit in eine lebhafte Agitation hineinzieht und diese Agitation besonders mit Rücksicht auf die gewesene und kommende Wahlbewegung erfolgen muß. Dazu kommt noch, daß voraussichtlich unserer Partei schon in nächster Zeit neue Wahlkämpfe bevorstehen, auf die wir uns je eher, desto besser, vorbereiten wollen.

Wir senden Euch in diesen Tagen Sammellisten zu, auf welche alle Diejenigen, denen in schwerer Zeit noch die Kraft zur Mithilfe verblieben ist, ihren Beitrag verzeichnen mögen. Thue Jeder in Hinblick auf unsere Vertretung im Reichstage und auf die allgemeine Agitation seine Schuldigkeit.

Alle Gelder, welche auf den Listen für den Reichstagswahlfond eingehen, sind an den mitunterzeichneten A. Geib zu senden. Oeffentliche Quittung erfolgt im „Vorwärts"

Hamburg, im Februar 1878.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Das Central-Wahlcomité der sozialist. Arbeiterpartei Deutschlands.

J. A.: C. Derossi, Pferdemarkt 37 III. August Geib, Röbingsmarkt 12.

Der französische Arbeitercongreß in Lyon.

(Schluß)

In der Schlußsitzung des Congresses — am 1. Februar — verursachte zunächst die Amnestiefrage eine lebhafte Debatte. Die Mehrheit entschied schließlich dafür, daß unter den obwaltenden politischen Verhältnissen, um kein Einschreiten der Regierung zu provoziren (ein schönes Compliment für die „Republik" des Herrn Gambetta und Consorten!) von einer Beschlußfassung abzusehen sei.

Hierauf wurden der Reihe nach die folgenden Resolutionen der verschiedenen Ausschüsse verlesen und sämmtlich angenommen:

Erster Ausschuß (für Frauenarbeit). Berichterstatterin: Bürgerin André von Paris. 1) Gründung von Arbeiterinnen-Syndikatskammern in den Städten und auf dem Lande; 2) Anwendung des gewöhnlichen Tarifs für die Berufsarten beider Geschlechter auf die Gefängnißarbeit und Verfertigung von Monturstücken; 3) Abschaffung der Nachtarbeit und Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden; 4) Abschaffung der Stellenvermittlungs-Bureaus; 5) Aenderung des Gesetzes über die Arbeit von Kindern in den Fabriken; 6) Abschaffung der weiblichen Arbeiten in den Klöstern und Aufhebung der von Ordensschwestern geleiteten Arbeitssäle.

Zweiter Ausschuß (für Syndikatskammern und Arbeitergenossenschaften). Berichterstatter: Bürger Chausse: 1) Bildung von bäuerlichen und gewerblichen Syndikatskammern; 2) Einführung eines Föderationssystems zwischen den Syndikatskammern jedes großen Centrums und den gleichartigen Gewerben der verschiedenen Lokalitäten; 3) Regulirung der Produktion, Aufrechterhaltung der Löhne und Vertheidigung der allgemeinen Interessen durch rechtlichen Widerstand, Unterbringung von Gesellen und Lehrlingen, Gewerbeunterricht, Beaufsichtigung der Lehrlinge, ernstliche Prüfung der Fragen, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert und Alter und Krankheit durch Versicherung geschützt werden kann; 4) Gründung von Consum-, Kredit- und Produktionsvereinen; 5) Aufhebung aller beschränkenden Gesetze.

Dritter Ausschuß (für Gewerbskrisen und Arbeitslosigkeit). Berichterstatter: Bürger Nicolas aus Algerien. 1) Der Congreß dringt auf eine allgemeine Amnestie, in der Absicht, jenen kunstgewandten Arbeitern, die wider ihren Willen dazu beitragen, daß das Ausland aus der französischen Industrie Nutzen zieht, die Pforten der Heimath wieder zu öffnen; 2) Schließung der Klöster, Ordenshäuser u. s. w., in denen Gewerbe getrieben werden, und deren Verwendung als Greisenasyle; 3) die öffentliche Versteigerung zu Gunsten des Staats aller Erzeugnisse der Frauenklöster, welche den weltlichen Arbeiterinnen eine so gefährliche Concurrenz machen; 4) Erlassung eines Gesetzes, demgemäß ein Arbeitgeber seinen Arbeiter nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigen darf; 5) volle Freiheit für die Syndikatskammern, sich gegenseitig zu verbünden.

Vierter Ausschuß (Schulen, Lehrzeit und Gewerbeunterricht). Berichterstatter: Lehrer Desmoulins. 1) Abschaffung des Obedienzbriefes, welche erst eine völlige Gleichheit zwischen allen Mitgliedern des Lehrpersonals herstellen kann; 2) Aufhebung aller die Geistesfreiheit hemmenden Gesetze und 3) insbesondere des Fabloux'schen Gesetzes vom 15. März 1850, die Einführung des confessionslosen, obligatorischen und unentgeltlichen Unterrichtes aller Grade; 5) Erlassung eines neuen Gesetzes über die Lehrlingsverträge; 6) Eröffnung einer Gewerbeschule in jeder Departements-Hauptstadt.

Fünfter Ausschuß (für die unmittelbare Vertretung des Proletariats im Parlament). Berichterstatter: Bürger Goyon. Der Congreß stellt das Prinzip der direkten Vertretung in folgenden Sätzen auf: 1) Die Candidaten gehen unbedingt auf das sozialistische Mandat ein; 2) sie verpflichten sich, es in allen seinen Einzelheiten zu erfüllen; 3) sie fügen sich im Falle von Streitigkeiten zwischen dem Gewählten und seinen Wählern dem Spruche eines aus Arbeiterdelegirten zusammengesetzten Schiedsgerichts; 4) die Wählergruppen und Wahlcomités stützen sich auf das Lyoner System; 5) die sozialistischen Arbeiter-Candidaturen werden durch eigens zu diesem Zwecke gegründete Blätter unterstützt.

Sechster Ausschuß (für Arbeitslosigkeit und Altersklassen). Berichterstatterin: Bürgerin Finet aus Lyon. 1) Nichtintervention des Staates; 2) Gründung von Vereinskassen für Altersschwache und Kranke; 3) den Produktions- und Consumgesellschaften ist der Rath zu ertheilen, ihren Gewinn diesen Kassen zuzuwenden; 4) die gegenseitigen Hülfsgesellschaften sind einer Reform zu unterziehen; 5) es soll an alle Vereine ein Mahnruf gerichtet werden, Ersparnisse zu sammeln, um unerwarteten Anforderungen zu genügen.

Zugleich hat der sechste Ausschuß folgendes Schreiben an alle französischen Bergleute gerichtet:

Bürger! Ihr habt nicht umsonst einen Ruf an die brüderlichen Gesinnungen, welche die Delegirten auf dem Lyoner Congresse in Anwendung bringen sollen, an uns erzehen lassen, und Ihr dürft, so oft Ihr gerechte Forderungen geltend zu machen habt, auf den ergebenen Beistand aller Proletarier zählen. Gebückt unter einer mühevollen, gefährlichen und schlecht bezahlten Arbeit, verdient Ihr um so mehr die Sympathien des Proletariats, als Ihr bisher von der Welt der Lebenden beinahe geschieden und außer Stande wart, Euch anders, als durch Geduld und stille Ergebung gegen die Unterdrückung zu wehren. Fortan dürft Ihr auf uns rechnen, wie wir auf Euch rechnen.

Für den zweiten französischen Arbeitercongreß.

Der sechste Ausschuß.

(Folgen die Unterschriften.)

Siebenter Ausschuß (für die zwischen den städtischen und den ländlichen Arbeitern herzustellenden Beziehungen. Berichterstatter: Bürger Jacquemin aus Fleuray. 1) Gründung von ländlichen Vereinen nach dem Vorbilde der städtischen Syndikatskammern; 2) Föderation der städtischen und ländlichen Syndikatskammern; 3) Bildung eines bäuerlichen Arbeiter-Schiedsamtes im jedem Canton; 4) Gründung von Volksbibliotheken in allen Gemeinden; 5) Aufbesserung der Besoldung, Ausdehnung der Berufsthätigkeit und der Freiheit der Schulmeister auf dem Lande.

Achter Ausschuß (für Landstreicherei und Sittenzustände). Berichterstatter: Bürger Malinvaud. 1) Einführung eines Systems, das, statt die jugendlichen Landstreicher zu bestrafen, sie geistig und sittlich zu heben trachtet; 2) Abschaffung der hohen Polizeiaufsicht als einer der Ursachen der Landstreicherei; 3) Abschaffung der Sittenpolizei, die sich als unsittlich, ungesetzlich, gefährlich und wirkungslos erwiesen hat; 4) Beschützung der Lehrlinge und jungen Arbeiterinnen in den großen Fabrikorten mittelst eines besonderen Gesetzes; 5) Allgemeine Bestrebungen behufs Erziehung und Hebung junger Verwahrloster.

Neunter Ausschuß (für Arbeiter-Schiedsämter). Berichterstatter: Bürger Salomon aus Lyon. 1) Einführung einer neuen Gesetzgebung für die Conseils des Prud'hommes; 2) direkte Einmischung der Prud'hommes in alle Reglements von Gesellschaften und Fabriken; 3) Erlassung eines Gesetzes, das ihnen das Recht zugesteht, überall besuchsweise vorzusprechen; 4) Anwendung der Bestimmungen für das politische Wahlrecht auf die Wahl der Prud'hommes; 5) Wählbarkeit vom 25. Altersjahre ab und nach dreijährigem Aufenthalt; 6) Einsetzung eines Schiedsamtes in jedem Canton; 7) Unentgeltlichkeit des Schiedsspruches; 8) Vermehrung der bereits bestehenden 234 durch zwei neue Kategorien für die Handelscommis beider Geschlechter; 9) Wählbarkeit der Frauen für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeiterinnen. —

Wir werden, sobald ein vollständiger Congreßbericht uns vorliegt, den Lyoner Arbeitercongreß in einem besonderen Leitartikel besprechen und dann auch die vorstehenden Resolutionen einer kurzen Beleuchtung unterziehen. Nur soviel sei hier schon, vorgreifend, bemerkt, daß die Furcht vor der „Intervention des Staats", welche sich vielfach geltend macht, eine Frucht der sehr natürlichen Reaktion gegen die in Frankreich auf die Spitze getriebene Omnipotenz und Allregiererei ist.

Nach Erledigung dieser Resolutionen wurde noch ein Antrag, dahin gehend, den nächsten französischen Arbeitercongreß (während der Weltausstellung) in Paris abzuhalten, mit Akklamation angenommen.

Hierauf hielt der Vorsitzende eine kurze Ansprache, in welcher er zur Eintracht und unermüdlichen Thätigkeit aufforderte, und unter dem begeisterten Rufen: Es lebe die Republik! Es lebe die sozialdemokratische Republik! Hoch die Amnestie! trennte sich der zweite französische Arbeitercongreß.

Aus Berlin.

— — 12. Februar.

Im Reichstag lange, ellenlange Gesichter. ER hat wieder absagen lassen. Die Dinge im Orient gehen nicht ganz nach dem Varzin-Petersburger Programm, und so sind SEINE Nerven wieder unangenehm geworden. Was nun? Die sogenannte „Interpellation" (in Wirklichkeit eine bescheidene, demüthige — „Hunde sind wir ja doch!" — vor sich selbst erschreckende Anfrage) ist nach langen Geburtswehen glücklich zu Tage gefördert worden; Geburtsheber war der allerhöchst approbirte Apportirpudel für feierliche Haupt- und Staatsaktionen, der Mann der nullité grave (ernsten, würdevollen Nichtigkeit) und künftige Bismarck'sche Vicekanzler Bennigsen (schlechte Uebersetzung des Bonaparte'schen Vicekaisers Rouher). Läßt sich das so pomphaft in Scene gesetzte parlamentarische Schauspiel wieder vom Repertoire absetzen? So leicht geht's nicht; eine Blamage wär's — aber was bringen die Reichstreuen nicht fertig, wenn die Spitze des Varziner Kürassierstiefels drohend in der Luft schwebt? — und wahrhaftig, auf eine Blamage mehr oder weniger kommt es nicht an. „Es sind schwere Zeiten", seufzt jetzt so manches reichstreue Gemüth. „Unglück kommt nie allein." Nicht nur daß der „Ast, auf dem wir sitzen", verteufelt morsch und gichtbrüchig geworden ist, auch mit dem ganzen System will's nicht mehr recht klappen. Wirthschaftlich, administrativ, auf allen Gebieten „Krach", Desorganisation, Anarchie. Und um den Segen zu vervollständigen, der kaum mehr abzuhaltende Weltbrand. Die letzten Nachrichten von London, Petersburg und Constantinopel haben hier, namentlich unter den Reichstreuen — denn die „Reichsfeinde" waren darauf vorbereitet — eine förmliche Panik hervorgebracht. Das ist also „das bischen Herzegowina", über das unser „Genialer" — „der, was man sonst von ihm denken mag, stets als Meister der Diplomatie und äußeren Politik gelten wird" (Nationalliberaler Waschzettel) — vor kaum anderthalb Jahren mit heiteren Scherzen schäkerte! Selbst der vernageltste Bismarckfanatiker fängt an Lunte zu riechen und zu merken, daß nicht blos Etwas, sondern viel, sehr viel faul ist in dem Dänemark unserer „leitenden Staatsmannschaft".

Und da komme ich wieder auf die „Interpellation". Daß sie keinen andern Zweck hatte, als eine ernsthafte (nicht auf nationalliberalen Gänsefüßchen dahermatschelnde) Interpellation der Sozialdemokraten und anderer Reichsfeinde zu verhindern, ist bereits gesagt worden und brauchte eigentlich gar nicht gesagt zu werden. Sogar „Tante Voß", die beiläufig in der orientalischen Frage eine recht correkte Haltung einnimmt, mißbilligt scharf den „reichstreuen" Charakter der bestellten „Interpellation" und tadelt es, daß man die Ultramontanen, Polen und Sozialdemokraten ausgeschlossen hat. Richtiger auszuschließen versucht. Es fragt sich doch noch, ob das reichstreue Eskamotir-Kunststückchen gelingen wird. Indeß „es läßt sich jetzt gar nichts sagen", jammerte gestern ein nationalliberaler Abgeordneter, „kein Mensch weiß, was die nächste Stunde in petto hat." — Alles das Werk der von Euch bejubelten „Blut- und Eisenpolitik"! Bedankt Euch in Varzin! Ihr Herren.

Unter dem „in petto", fürchtet man, könnte sich die Reichstagsheimschickung, wo nicht gar -Auflösung befinden. Nun, letztere Befürchtung ist jedenfalls unbegründet. Aber eine Heimschickung sollte mich nicht wundern. „Die Politik ist ein Handwerk, welches das Tageslicht nicht vertragen kann" — äußerte einst ein gewisser Jemand, und gegenwärtig ist es mit der Politik eines gewissen Jemand so bestellt, daß sie möglicherweise nicht einmal — eine von Bennigsen apportirte Interpellation vertragen kann.

Vorgestern hatten die Präsidenten des Reichstags Audienz beim Kaiser. Derselbe äußerte sich aus freien Stücken sehr pessimistisch über die Lage; „sie sei allerdings ernst, aber er hoffe noch immer, daß es möglich sein werde, den Frieden zu erhalten." Das ist so ungefähr die Sprache des Arztes am Sterbebette, wenn er das häßliche Wort Tod noch nicht aussprechen will. Wann wird der eherne Mund der Kanonen das Wort Krieg! Weltkrieg aussprechen?

Und das genau sieben Jahre nach Gründung des deutschen Reichs, welches den Frieden für Deutschland, für die Welt bedeuten sollte!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Situation ist sehr ernst. Die englische Flotte ist in das Marmorameer eingelaufen und befindet sich, während wir dies schreiben (Donnerstag Abend), den Depeschen zufolge vor Constantinopel, während zu gleicher Zeit die Russen von der Landseite aus die Stadt besetzt haben werden. Weder über den Ort der Conferenz, noch über die Berathungspunkte hat man sich bis jetzt einigen können, da Rußland seine Forderungen nicht ermäßigt, und England und Oesterreich sich in ihren Interessen bedroht sehen. Diese Interessen aber sind verschieden, so daß dadurch eine Englisch Oesterreichische Allianz sehr erschwert wird. Die „Wiener Neue Freie Presse", welche einen scharf ausgeprägten russenfeindlichen Standpunkt immer eingenommen hat, schildert die Situation in England und Oesterreich in drastischer Weise. Es heißt da:

„Heulen und Zähneklappern herrscht jetzt überall, wo man früher frohen Muthes und voll Vertrauen auf Rußland der Entwicklung der Dinge auf der Balkan-Halbinsel zugesehen. Die liberalen englischen Blätter winseln um die Wette mit unseren Offiziösen. „Constantinopel darf nicht russisch werden", so klingt das Jammergeschrei an der Themse, wie an der Donau. Während die Engländer ihre Regierung und deren schlechte Politik anklagen, richtet man hier den Blick nach Berlin und ruft Bismarck zu Hilfe. Hier wie dort dasselbe klägliche Schauspiel einer getäuschten, von Rußland an der Nase herumgeführten, zur reuigen Erkenntniß ihrer Fehler gekommenen Politik; hier wie dort das gleiche zornige Rufen nach Rache, der nämliche verspätete und zwecklose Grimm."

Und weiter lautet es in dem angezogenen Artikel: „Die Donau und Konstantinopel sind in Rußlands Hand. Das Czarenreich hat den Orient in seiner Gewalt und lacht

dem überlisteten Europa frech unter die Augen. Das ist das Ergebniß jener Politik, welche so lange zögerte, die angeblich „entscheidende“ Stimme Oesterreichs ertönen zu lassen, bis Rußland sie dieser Mühe überhob.“ — Recht hat die „Neue Freie Presse“, wenn sie der englischen und österreichischen Politik, dieser Politik des Zauderns, die Hauptschuld an den russischen Errungenschaften beilegt; aber auch wir haben Recht, wenn wir behaupten, Rußland hätte diese ganz Europa schädigenden Errungenschaften und Eroberungen nicht gemacht ohne die ihm gegenüber so überaus wohlwollende Neutralität des deutschen Reiches.

— Die Gewerbegesetznovelle ist aus dem Bundesrath in fast unveränderter Form hervorgegangen; nur die Schlußbestimmungen des Gewerbegerichtsentwurfes haben nachstehende von dem Entwurfe des Reichskanzleramtes, den wir abgedruckt haben, etwas abweichende Fassung erhalten:

§ 19. Wo die Gewerbegerichte nach Maßgabe dieses Gesetzes nicht bestehen, kann in Streitigkeiten, welche auf den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, auf die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitszeugnisses sich beziehen, Klage vor dem Gemeindevorsteher erhoben werden. Die Gegenpartei hat sich auf die Klage einzulassen. Zuständig ist der Vorsteher der Gemeinde, in deren Bezirk der Arbeitsvertrag rücksichtlich der Leistungen des Arbeiters seinen Erfüllungsort hat. Der Gemeindevorsteher hat das Verfahren nach den in gleichen Rechtsstreiten für den Vorsitzenden des Gewerbegerichts maßgebenden Bestimmungen zu leiten. Seine Entscheidung geht in Rechtskraft über, wenn nicht von einer der Parteien binnen drei Tagen nach der Zustellung oder der in Gegenwart der Parteien erfolgten Verkündigung Klage bei dem zuständigen Gericht erhoben ist. Der Gemeindevorsteher kann die Wahrnehmung der höheren Verwaltungsbehörde einem Stellvertreter übertragen. Derselbe muß aus der Mitte der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung und auf mindestens ein Jahr berufen werden. Die Berufung ist bekannt zu machen. § 20. Bis zum Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes finden gegen die Entscheidungen der Gewerbegerichte die in den geringfügigsten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zulässigen Rechtsmittel bei den für solche zuständigen Gerichten statt. Für die Zwangsvollstreckungen sind die Bestimmungen über Zwangsvollstreckung in den geringfügigsten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten maßgebend. § 21. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung: 1) auf Streitigkeiten der Kaufleute und Apotheker mit ihren Arbeitern, 2) auf Streitigkeiten der Vorsteher der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in den letzteren beschäftigten Arbeitern. § 22. Die Verfassung und die Zuständigkeit der auf Grund der bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen zur Entscheidung von Streitigkeiten der oben bezeichneten Art berufenen besonderen Gerichte werden durch dieses Gesetz nicht berührt. § 23. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1879 in Kraft. Die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen Streitigkeiten werden in dem bisherigen Verfahren erledigt. § 24. Die erforderlichen Maßnahmen, um bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes Gewerbegerichte nach Maßgabe der Bestimmungen (§§ 1 bis 10) herzustellen, können bereits vor diesem Zeitpunkt getroffen werden. Die für die Entscheidung der im § 108 Abs. 1 der Gewerbeordnung bezeichneten Streitigkeiten bestehenden Schiedsgerichte bleiben, so lange Gewerbegerichte auf Grund dieses Gesetzes noch nicht gebildet sind, jedoch nicht über den 1. Juli 1879 hinaus in Wirksamkeit. Die vor dieselben gehörigen Streitigkeiten sind in dem bisherigen Verfahren zu verhandeln und zu entscheiden.

— Wir erhalten über die Amtstracht der Richter in Preußen, deren unsere letzte Berliner Correspondenz schon Erwähnung thut, noch folgende Zuschrift:

„Kleider machen Leute.“ Dieses Sprichwort kam uns unwillkürlich in den Sinn, als wir den Bericht über die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 7. Februar zu Gesicht bekamen. An diesem Tage nämlich beriethen die Herren Gesetzgeber u. A. auch über das „Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz“ und hatte die Justizkommission in Titel 14 hinter § 83 noch einen weiteren Paragraph (§ 83a) eingeschaltet, der folgendermaßen lautet: „Richter, Staatsanwälte und Gerichtsschreiber tragen in den öffentlichen Sitzungen eine von dem Justizminister zu bestimmende Amtstracht. Dieselbe Vorschrift findet Anwendung auf die in den öffentlichen Sitzungen der Oberlandesgerichte und Landgerichte auftretenden Rechtsanwälte.“ Während etliche Abgeordnete sich über diese, gelinde gesagt, unzeitgemäße Neuerung nach Kräften lustig machten, erschöpften die Abgg. Reichensperger und Wachler den ganzen Vorrath ihres sittlichen Ernstes für dieselbe. Die Amtstracht sei „eine ernste Frage der Rechtspflege“, meinte Reichensperger; und Wachler: „Die Vorschrift habe nicht nur den Sinn, daß die Würde der Gerichte gerade durch die Amtstracht äußerlich gewahrt werde; es handle sich vielmehr überhaupt darum, gerade in der gegenwärtigen Zeit ein größeres Gewicht auf die Wahrung der Autorität zu legen.“ Das Haus neigte sich diesen Anschauungen zu und nahm den betreffenden Paragraphen mit 163 gegen 140 Stimmen an. Die preußischen Richter werden also hinfüro in Amtstracht — ob in Talar und Barett oder in Pickelhaube und Waffenrock, darüber wird der Justizminister entscheiden — „Recht“ sprechen. Jeder vernünftige Mensch wird über die Zumuthung lachen, dem uniformirten Richter mehr Achtung entgegenzubringen, als dem nicht uniformirten; denn nicht um die Autorität im Gerichtssaal handelt es sich, sondern um die Autorität gegenüber der öffentlichen Meinung, vor der dieselbe allerdings stark in die Brüche gegangen ist, woran aber ganz andere Dinge die Schuld tragen, als der Mangel einer Amtstracht.

— Die „deutsche“ Wissenschaft geht betteln. Wer erinnert sich nicht noch, daß Herr Mommsen in Rom vor Jahresfrist pomphaft von der „deutschen“ Wissenschaft sprach, die besonders unter anderen (wohl französischen, spanischen, russischen, englischen ꝛc. ꝛc.) Wissenschaften hervorrage. Nun lesen wir, daß der deutsche Afrika-Reisende Rohlfs an die „Westliche Post“ in Philadelphia sich mit dem Gesuche gewandt hat, in ihrem großen Leserkreise für Aufbringung von Mitteln für seine neueste geplante Afrika-Entdeckungsreise zu wirken, da er kaum hoffen dürfe, die jährlich erforderlichen 15,000 Mark dafür in Deutschland aufzubringen. Wenn die Amerikaner nun das Geld aufbringen, und Rohlfs kommt in einigen Jahren von seiner Entdeckungsreise zurück, so werden nachher unsere braven liberalen Literaten ausrufen: „Unser berühmter Landsmann Gerhardt Rohlfs hat wieder der deutschen Wissenschaft großen Vorschub geleistet; die deutsche Nation kann stolz auf ihn sein. Man sieht, daß in dem geeinten deutschen Reiche Kunst und Wissenschaft immer mehr emporblühen.“ — Und dabei „bettelt“ Rohlfs in fernen Landen die lumpige Summe von 15,000 Mark zusammen, während das deutsche Reich über 400 Millionen Mark dem Kriegsmoloch jährlich in den Rachen wirft.

— Der zwischen Rußland, Serbien, Monteuegro und der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand enthält 10 Artikel, welche folgendes bestimmen:

1) Ein Wiederbeginn der Feindseligkeiten kann nur nach einer Kündigung von drei Tagen stattfinden. Rußland theilt Montenegro den Waffenstillstand mit.

2) Rückerstattung der nach der Unterzeichnung genommenen Geschütze und Gebietstheile.

3) Giebt die Einzelheiten der Demarkationslinie und der neutralen Zone für die Türkei, Rußland und Serbien, bringt in russische Hände beinahe ganz Bulgarien, Rumelien und Thracien bis zu den Linien von Konstantinopel und Gallipoli. Befestigungen sind auf dem neutralen Gebiete nicht beizubehalten und keine neuen zu errichten. Ein gemischter Ausschuß wird die Demarkationslinie für Serbien und Montenegro bestimmen. Die Russen besetzen Burgas und Midia am Schwarzen Meere, um Vorräthe zu erhalten, jedoch kein Kriegsmaterial.

4) Armeen jenseits der Demarkationslinie sind innerhalb dreier Tage nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes zurückzuziehen.

5) Die Türken können Waffen u. A. bei Räumung der im Artikel 3 erwähnten Befestigungen nach bestimmten Plätzen und auf bestimmten Wegen wegschaffen. Können sie nicht weggeschafft werden, so ist ein Inventar derselben aufzunehmen. Die Räumung soll binnen sieben Tagen nach Eingang der Ordres seitens der Commandeure vollendet sein.

6) Sulina ist binnen drei Tagen von den türkischen Truppen und Kriegsschiffen, falls diese nicht durch Eis gehemmt werden, zu räumen. Die Russen werden die Hindernisse auf der Donau entfernen und die Schifffahrt des Flusses beaufsichtigen.

7) Die Eisenbahnen haben unter gewissen Bedingungen ihren Betrieb weiter zu führen.

8) Türkische Behörden sollen an gewissen Plätzen bleiben.

9) Die Blokade des Schwarzen Meeres ist aufzuheben.

10) Verwundete türkische Soldaten bleiben der Sorge Rußlands überlassen.

Der Waffenstillstand beginnt am 31. Januar, 7 Uhr Nachmittags.

Die Türken haben mit Fortschaffung der Geschütze von den Linien Konstantinopels zu beginnen.

Die russischen und türkischen Commandeure an Ort und Stelle haben die Waffenstillstands-Angelegenheiten für Armenien festzusetzen.

— Drei Anklagen wegen eines und desselben Vergehens und drei verschiedene Urtheile — das klingt merkwürdig, ist aber buchstäblich wahr. Die Sache verhält sich so: Die kaufmännische Firma Asbeck u. Comp. klagt gegen den verantwortlichen Redakteur des „Hagener Volksfreund“, Genossen Karl Klein, wegen eines in dem genannten Blatt erschienenen Artikels auf Beleidigung — 14 Tage Gefängniß. Derselbe Artikel ging in die „Solinger Freie Presse“ über; es erfolgte Klage gegen deren Redakteur, Genossen Luchtenberg — 50 Mark Geldbuße; und als Dritter im Bunde figurirt Genosse Karl Grünewald, der den Artikel als Redakteur der „Bergischen Volksstimme“ der Oeffentlichkeit übergab. Die Firma Asbeck u. Comp. klagt zum dritten Mal — „Strafe“: 1 Monat Gefängniß. Also der Urheber des inkriminirten Artikels erhält 14 Tage und der Verbreiter desselben 1 Monat Gefängniß. Und das soll Gleichheit vor dem Gesetz sein?

— Der verantwortliche Redakteur der „Erfurter Volkszeitung“ wurde am 8. Februar verhaftet. Warum? ist bis jetzt unbekannt geblieben. Vielleicht aber dürfte die Verhaftung in einigem Zusammenhange mit einer Anklage stehen, die der Erfurter Staatsanwalt Hesse wegen Beleidigung des verstorbenen „König-Biedermannes“ Viktor Emanuel gegen den Verhafteten angestrengt hat. Die Anklage ist erhoben auf Grund des § 189 des Reichsstrafgesetzbuchs, der die Beschimpfung des Andenkens Verstorbener verfolgt, aber vorschreibt, daß die Verfolgung nur auf Antrag der Eltern, der Kinder oder des Ehegatten des Verstorbenen eintreten kann. Zweifellos also ist, daß der Herr Staatsanwalt Jesse den Antrag in der Tasche hat, ob er aber im Knopfloch auch schon ein italienisches Ehrenbändchen trägt, ist uns nicht bekannt geworden.

— „Die Neue Gesellschaft“. Monatsschrift für Sozialwissenschaft. Herausgegeben von Dr. F. Wiede. Das vor uns liegende fünfte Heft enthält: Franz Mehring's Kritik des Sozialismus. — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von Joh. Most. IV.—VIII. (Schluß.) — Ein Wahlmanifest Proudhon's. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Commune von Dr. A. Mülberger. — Die Ehe und die alte Gesellschaft von Dr. phil. Karl Schalk. — Recensionen von Dr. Paul Brousse und Dr. F. Wiede. — Collectiv-Erklärung der Herren Dr. H. von Scheel und Dr. A. Wagner gegenüber der Redaktion des „Staats-Sozialist“.

Entgegnung*)

auf „die Motive des Sozialismus“ von F. K.

(Fortsetzung.)

Auf Ihre weiteren Ausführungen, wie sie in Nr. 125 und 126 des „Vorwärts“ vom Jahre 1877 zu lesen sind, brauche ich im Grunde nicht zu antworten, da sie nicht eigentlich gegen mich gerichtet sind. Ich habe dieselben mit Vergnügen gelesen, obwohl sie mir nichts Neues boten. Wohl könnte ich einige Fragezeichen anbringen, z. B. bei dem Passus, wo Sie von der Un-

*) Die Redaktion erhielt mit der Zusendung der Fortsetzung des Artikels: „Entgegnung“ folgenden Brief, den sie angesichts der in Nr. 15 enthaltenen Notiz über die schwebende Angelegenheit glaubt veröffentlichen zu müssen:

„Geehrtester Herr Redakteur!

Auch heute wieder muß ich mich entschuldigen, daß die Fortsetzung meiner Artikel so sehr verspätet eintrifft. Ich hatte einige Wochen lang sehr viel zu thun, mußte dann eine kleine Reise machen, auf welcher ich mich gründlich erkältete, und mußte in Folge davon einige Tage das Bett hüten. — Der Schluß wird hoffentlich bald nachfolgen.

Achtungvoll zeichnet

Erzhausen, den 6. Februar 1878.

Ihr ergebener

Dr. Hager, Pfarrer.“

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts“ [Wpered] Bd. V. London.)

II.

Werfen wir unsere Blicke zunächst auf die bestorganisirte Form der Volksausbeutung, auf die Finanzen des Staates. In den ersten Tagen des Jahres 1877 wurde der Etat der Einkünfte und Ausgaben für das laufende Jahr zur Erbauung der „lieben“ Unterthanen veröffentlicht. Die russische Regierung verfehlte nicht, ihren „lieben Unterthanen“ anstatt einer Neujahrsgratulation eine hübsche Rechnung vorzulegen. Die Veröffentlichung des alljährlichen Etats gehört in Rußland auch zu den „Reformen“ unseres „milden“ Kaisers und ist somit als eine große Errungenschaft zu bezeichnen. Diese große Errungenschaft hatte große Freude in unseren liberalen und sonstigen Preßorganen hervorgerufen. Aber eins hatte die Presse zu erwähnen vergessen, daß nämlich diese Veröffentlichung erst vom Jahre 1863 datirt. Vor 1863 wurde von der russischen Regierung dann und wann Einiges über die russischen Finanzen in den ausländischen Journalen, wie „Revue de deux mondes“, oder in ihren eigenen ausländischen offiziösen Organen, wie z. B. „Le Nord“ veröffentlicht, um das ausländische Publikum mit den Finanzen Rußlands bekannt zu machen. Seit dem Jahre 1863 erscheinen diese jeder Glaubwürdigkeit entbehrenden offiziellen Veröffentlichungen des Etatbudgets in dem Regierungsanzeiger. Der Grund dieser Reform ist einleuchtend. Früher geschah die Bekanntmachung des Etatbudgets in Ausnahmefällen, so z. B. aus diplomatischen Gründen, vor einem bevorstehenden Kriege, oder aus finanziellen Gründen vor Ausschreibung einer auswärtigen Staatsanleihe. Selbstverständlich wurde die große „Neuerung“ von unseren Liberalen hoch gepriesen.

Um die 23jährige Regierungsperiode des Befreiers seiner und der fremden Unterthanen besser beurtheilen zu können, wollen wir einen Blick in das Etatbudget von 1877 werfen. Es ist überflüssig, zu bemerken, daß das Budget uns in ganz anderer Weise interessirt, als unsere liberalen Maulhelden. Für uns kommt es darauf an zu zeigen, um wieviel sich die Abgaben während der Regierungszeit unseres „Väterchens“ vermindert oder vergrößert haben, und was für Wohlthaten das Volk für die ihm auferlegten schweren Opfer bekommen hat? Und da müssen wir vor allem die traurige Thatsache der schlechten Lage der russischen Finanzen constatiren. Diese Thatsache besteht darin, daß unser Staatsbudget mit jedem Jahre wächst, daß die Abgaben und Steuern, die man aus dem Volke buchstäblich „herausschlägt“, zunehmen. Während die Staatseinkünfte im letzten Jahre (1854) der Regierung des „unvergeßlichen“ Despoten Nicolaus gleich 211,145,000 Rubel (etwa 600 Mill. M.) waren, stiegen dieselben nach kaum 6 Jahren (1861) der Regierung des „milden und friedliebenden“ Alexander auf mehr als 332 Mill. Rubel (fast eine Milliarde Mark), also die Abgaben des Volkes vermehrten sich um 57,5 Proz. Im Jahre 1854 kamen auf jeden Kopf der Einwohnerzahl 3 Rubel (9 Mark) Steuern; im Jahre 1877 aber machen sie schon mehr als das Doppelte, 6 Rubel 25 Kop. (fast 19 Mark) aus.*) Also jedes Jahr der friedlichen und wohlthätigen Herrschaft Alexander II. kommt dem russischen Volke um 10 Millionen Rubel theuerer zu stehen, als das vorhergehende.

Wenn wir die einzelnen Posten des Etatbudgets genauer betrachten, so werden wir finden, daß die Resultate noch trauriger sind. Das Finanzsystem bis zur Zeit der Reform bestand hauptsächlich darin, daß die ganze Wucht der Steuern auf den ärmeren Klassen der Bevölkerung lastete, welche sogar den spezifischen Namen „steuerpflichtige Klassen“ trugen. Man sollte glauben, daß die Regierung, welche das Loos seiner Unterthanen zu verbessern sich vorgenommen hatte, wenigstens äußerlich die Lage des Volkes verbessern würde. In Wirklichkeit aber geschah das Umgekehrte. Die direkten Steuern von den „steuerpflichtigen Klassen“ betrugen im Jahre 1854 die Summe von 46 Mill. Rubel, während dieser Theil des Budgets für 1877 auf 118,671,000 Rubel gestiegen ist.

Der Hauptartikel der Staatseinnahmen war immer der Schnapsverkauf. Diese Einnahmen machten im Jahre 1854 36 Proz. aller Staatseinkünfte, also 77 Millionen Rubel aus. Im Jahre 1877 betrugen die Spirituosen-Abgaben 192,544,000 Rubel, was wiederum 35,8 Proz. des Etatbudgets ausmachte. Also die Einnahme von den geistigen Getränken dieser Abgaben vom Volkselende sind in den 23 Jahren der „milden“ Regierung um 250 Proz. gestiegen. Dennoch hatte die Regierung alle Hebel angesetzt, um diese Einnahmen zu erhöhen, was ihr auch theilweise gelungen ist, denn schon im Jahre 1874 erreichte diese Einnahme das hübsche Sümmchen von 200 Millionen Rubel (600 Mill. Mark.) was wohl auch die äußerste Grenze der Volksaussaugung bilden wird. Obwohl die Regierung es nicht unterlassen hatte, auch in den folgenden Jahren eine solche Summe im Budget zu verzeichnen, verringerten sich die Einnahmen dennoch. So fielen sie von 200 Mill. auf 197 Millionen im folgenden Jahre, und endlich im vorigen Jahre auf 192 Mill. herab; unsere Regierung tröstete sich damit, daß, Dank ihrer klugen Finanzpolitik, das Volk die schlechte Gewohnheit des Schnapstrinkens allmählig ablegen würde. Wen will die Regierung mit solchen Vorspiegelungen betrügen, etwa sich selber? Aber das Volk ist nicht so leicht zu täuschen.

Die dritte Quelle der Staatseinkünfte ist die Salzsteuer. Von 9,132,000 Rubel im Jahre 1854 stieg diese Steuer nur auf 11,254,000 Rubel im Jahre 1877. Die Einkünfte dieser Steuer stiegen also im Verhältniß zu den Einkünften der Schnapssteuer nicht so schnell, sie gingen einfach Hand in Hand mit dem Wachsthum der Bevölkerung.*) Der Grund zu dieser Thatsache liegt darin, daß das Volk den Consum des Salzes bis zu einem Minimum herabgesetzt hat. Das Volk gebraucht im Brode, anstatt des Salzes, einen großen Theil Spreu, und das ad majorem regis gloriam. Und anders ist es gar nicht möglich, denn die Salzsteuer übersteigt alle möglichen Grenzen. Die Umlage eines Pudes (40 Pfd.) Salzes beträgt 30 Kopeken, was bei einem Preise von 2 und weniger Kopeken an Ort und Stelle 1500 Proz. des Werthes ausmacht. Es ist sehr schwer zu berechnen, wie stark die Interessen des Volkes und auch die der Regierung unter einem solchen System zu leiden haben. Der Consum des Salzes in Rußland ist geringer als in allen übrigen europäischen Staaten, während das Volk bei seiner schlechten und sehr geringen stickstoffhaltigen Nahrung viel mehr Salz, sogar das Doppelte consumiren könnte. Also der hohe Preis des Salzes macht dessen Consum unmöglich, was die Ursache sehr vieler Krankheiten ist. Der Verfall der Viehzucht und noch vieles Andere

*) Im Jahre 1854 hatte Rußland 70 Millionen, 1877 86 Millionen Einwohner.

*) Die Bevölkerung hatte sich während dieser Zeit um 21 Proz., die Salzsteuer um 20,8 Proz. vermehrt.

gerechtigkeit der heutigen Steuervertheilung. und bei dem andern, wo Sie von der Ausbeutung der Arbeiter durch die Arbeitgeber reden. Aber ich enthalte mich bei meiner Entgegnung grundsätzlich jeder Erörterung, welche nicht direct die Vertheidigung meiner Thesen oder die Abwehr von Angriffen, die Sie sonst noch gegen mich richten, bezweckt. —

Sie halten mir vor, daß ich den Sozialdemokraten mit Unrecht revolutionäre Tendenzen vorwerfe und citiren bei dieser Gelegenheit die bekannte Definition, die Lassalle von seinem Revolutionsbegriffe gegeben hat. Wenn Sie meine Thesen nochmals lesen, werden Sie indessen finden, daß ich den Sozialdemokraten das Revolutionmachenwollen nicht vorgeworfen habe. Auch ich kannte längst die Definition Lassalle's. Als ein Meisterstück von Sophistik kann man dieselbe bewundern, und ich begreife es, daß Ihre Parteigenossen noch heute sich gern auf dieselbe berufen; aber — gestehen Sie es nur offen, Herr F. R. — Sie selbst muthen mir nicht zu, daß ich jene Definition so ganz ernst nehme. Passans outre, sage ich mit Henri IV., der, als ihm der Priester, welcher ihn für seinen Rücktritt zur römischen Kirche vorbereiten sollte, die Lehre vom Fegefeuer demonstriren wollte, die Erörterung mit den Worten ablehnte: „Passans outre, c'est le plus sûr de vos revenus." Ja, ich fürchte, daß die Revolution im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die Revolution, welche den wahren Fortschritt für lange Zeit schon aufgehalten hat (denken Sie an den Bauernkrieg, an die erste französische Revolution (!) und auch an das Jahr 1848) der gewisseste Erfolg der jetzigen sozialdemokratischen Agitation sein wird, gleichviel, ob Sie dieselbe wollen oder nicht. Ich glaube gern, daß Sie persönlich eine gewaltsame, blutige Revolution nicht wollen, ja sie geradezu „perhorresciren". Aber meinen Sie nicht, daß die Lehren, die Sie predigen helfen, dieselbe herbeiführen müssen? Daß insbesondere die Art und Weise, wie die sozialdemokratische Agitation betrieben wird, die Geister für eine blutige Agitation stimmen muß? Man schreibt und spricht nicht „à la Marat", wenn man die Revolution à la Marat nicht will, wenn man die unvermeidliche Revolution „im voraus humanisiren, civilisiren will". Ja, ich fürchte, wenn ich es auch in meinen Thesen nicht ausgesprochen habe, daß die Verbreitung der sozialdemokratischen Anschauungen schließlich die Revolution zur Folge haben müßte, und zwar nicht die civilisirte und humanisirte, wie Sie dieselbe mit Lassalle wünschen, sondern die „gewaltsame soziale Revolution mit wild wehendem Lockenhaar, eherne Sandalen an den Füßen" (Lassalle). Es wird ja wohl so kommen, wie der „Volksstaat" schon 1871 geschrieben hat: „Denkt, was Ihr Lust habt — thut, was Ihr Lust habt, Ihr Herren; aber eins laßt Euch gesagt sein, und das gilt für Deutschland wie für Spanien: „Um die Revolution kommt Ihr nicht herum." Ganz natürlich — die Besitzenden werden schwerlich freiwillig ihren Besitz, an den sie ein Recht zu haben glauben, aufgeben; sie werden die Zumuthung der friedlichen Revolutionäre, ihr Eigenthum fahren zu lassen, genau so ansehen, wie der Reisende auf der Landstraße die höfliche Einladung: „la bourse ou la vie". Sie werden je nach den Umständen entweder den Versuch machen, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, oder sie werden der übermächtigen Gewalt weichen. Ohne Gewalt (mit oder ohne Blutvergießen) wird es schwerlich abgehen. Im besten Falle erfolgt eine unblutige Expropriation. Sie kennen die Lieblingsphrase von Marx: „Die Expropriateurs werden expropriirt." Aber auch eine solche Expropriation, welche nach sozialdemokratischen Grundsätzen kein entsprechendes Acquivalent für den genommenen Besitz bieten könnte, ist und bleibt ein Act der Gewalt. Daher der Ausdruck „gewaltsam durchgeführte Gleichmachung nnd Umwälzung" in meiner 2. These. Das Wort Revolution habe ich gar nicht gebraucht. — Daß sich aber die Führer Ihrer Partei keine Illusionen machen über die Nothwendigkeit, bei der Durchführung ihrer Pläne Gewalt anzuwenden, und daß sie in dieser Beziehung sich auch keine besonderen Skrupel machen: das brauche ich Ihnen wohl kaum durch Citate nachzuweisen. „Die Gewalt", sagt Marx in seinem „Kapital", „ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz." Wünschen Sie noch mehr Citate? Nein, Sie fühlen, das hieße Eulen nach Athen tragen! Passans outre!

Uebrigens thun Sie meinen Amtsbrüdern und mir entschieden Unrecht, wenn Sie meinen, „wir hielten die heutige Gütervertheilung im Großen und Ganzen für eine gerechte". Im Gegentheil, wir haben an derselben gar Manches auszusetzen und sagen das frank und frei, und zwar nicht blos dann, wenn wir über den „ungerechten Mammon" predigen. Wir armen Pfarrer erfreuen uns auch durchaus nicht der Gunst der Wucherer, Gründer und der selbstsüchtigen Geldmacher und Geldprotzen insgemein. Der Grund liegt nahe. Die christliche Moral ist in allen sittlichen Fragen und auch in Fragen des Mein und Dein viel strenger als das Strafgesetzbuch und die öffentliche Meinung, und wir Pfarrer scheuen uns nicht, diese Moral zu predigen, wie Ihnen nicht unbekannt sein dürfte, wenn Sie öfter die Kirche besuchen. Wir wissen, daß es viel Elend in der Welt giebt, wenn wir auch die letzten Ursachen desselben nicht ausschließlich oder vorwiegend in den sozialen Verhältnissen finden. Wir wußten ferner, daß es „eine soziale Frage" gebe, ehe der Aufklärungsphilister, der uns halb mitleidig, halb verächtlich für Vertreter eines überwundenen Standpunktes erklärt, das Wort kannte. Auch studiren wir diese leidige soziale Frage — mehr, als Sie glauben, mehr wohl als die meisten Mitglieder der andern „gebildeten Stände", mit Ausnahme der Nationalökonomen vom Fach. Versuchen Sie es doch, und sehen Sie sich ein wenig in der theologischen Literatur um! — Wir begreifen, daß unsre jetzigen sozialen Zustände an großen Schäden leiden — das hätten Sie auch auf unserer Conferenz hören können, und können es in meiner 7. These lesen. Wir geben gerne zu, daß die Klagen der Sozialdemokraten in vieler Beziehung begründet sind. Aber wir wissen auch, daß bei diesen Klagen — und Anklagen — arge Uebertreibungen vorkommen. Wir sehen, wie in der sozialdemokratischen Tagespresse die Mißstände der jetzigen Gesellschaftsform vielfach ins Ungeheuerliche übertrieben, wie oft die unschuldigsten Vorkommnisse entstellt, verzerrt und für die sozialdemokratische Beweisführung zurecht gemacht werden (?). — Die wirklichen Schäden der jetzigen sozialen Verhältnisse erkenne ich aber rückhaltslos an und widerspreche Ihnen nicht einmal, wenn Sie behaupten: Die Erkenntniß dieser Mängel und „die Ueberzeugung, daß eine gründliche Besserung nur von einer radikalen Aenderung in unserer jetzigen Gesellschaftsordnung erwartet werden dürfe," sei das Hauptmotiv des sozialdemokratischen Sozialismus.

Damit widerspreche ich aber durchaus nicht dem, was ich in meiner 3. These gesagt habe, oder vielmehr sagen wollte: daß bei vielen Anhängern der sozialdemokratischen Partei auch andre Beweggründe, unlautere Beweggründe, wie Neid, Klassenhaß*) und Genußsucht, eine große Rolle spielten, daß bei ihnen der Sozialismus deshalb eine „sittliche Verirrung" sei. Das habe ich in meiner These sagen wollen, und nichts anderes. Sie haben meine Worte allerdings anders gefaßt, und ich kann Ihnen das durchaus nicht verargen; denn der Wortlaut meiner These ist allerdings sehr mißverständlich. Man könnte dieselbe so verstehen, als wenn sämmtliche Sozialdemokraten von Neid, Klassenhaß und Genußsucht zu ihren sozialpolitischen Bestrebungen getrieben würden. Das zu behaupten, ist mir nicht im Traume eingefallen, und ich nehme keinen Anstand, hier öffentlich und ohne allen Vorbehalt zu erklären, daß dies meine Ansicht durchaus nicht ist, noch gewesen ist.

Diese Erklärung von meiner Seite wäre gar nicht nöthig gewesen, das Mißverständniß wäre gar nicht eingetreten, wenn der Referent, welcher meine Thesen ohne meine Erlaubniß in den „Evangelischen Blättern" abdrucken ließ, in seinem Referate über unsere Conferenzverhandlungen meine Erläuterungen auch nur kurz wiedergegeben hätte, was ich als Thesensteller wohl mit Recht verlangen konnte. Ich habe zu These 3 ausdrücklich erklärt, daß es mir nicht einfalle, bei allen Sozialdemokraten unlautere Beweggründe vorauszusetzen. Ich wisse, daß es unter ihnen Enthusiasten gebe, welche ohne Rücksicht auf eigenen Vortheil oder Nachtheil für die sozialdemokratischen Lehren einstünden. Ich habe unter anderm betont, daß es Sozialdemokraten genug gebe, welche entschieden christlich gesinnt seien; es falle mir nicht ein, bei diesen unlautere Beweggründe anzunehmen. Die Herren, welche der Verhandlung beiwohnten, werden mir dies bestätigen müssen. Aehnliches wurde auch von anderen Mitgliedern der Conferenz geäußert. Das Referat der „Evangelischen Blätter" schweigt allerdings davon gänzlich, und so kann ich es nur zu gut begreifen, daß Sie in meiner These einen gegen Ihre ganze Partei gerichteten Vorwurf fanden. Wenn Sie aber von mir verlangen, „daß ich diesen Vorwurf ohne Vorbehalt widerrufe", so kann ich das aus dem ganz einfachen Grunde nicht thun, weil ich diesen Vorwurf gar nicht gemacht habe, gar nicht machen wollte. Daß meine These mißverständlich ist, das gebe ich unumwunden zu. Den Grund habe ich Ihnen schon früher gesagt: ich mußte meine Thesen in größte Eile schreiben und zweimal abschreiben. Ich hatte so wenig Zeit, daß ich die Abschriften nicht einmal mit meinem Conzepte vergleichen konnte, so daß von den drei Exemplaren, welche bei der Berathung vorlagen, keines ganz gleichlautend mit den anderen war. Der Herr Referent hat, wie ich sehe, die verschiedenen Lesarten in Parentheseſ gesetzt. In Folge der großen Eile ist z. B. in die Abschriften bei der 3. These das Wort „Habsucht" gekommen, während es in meinem Conzepte fehlt, auch gar nicht in der These stehen sollte.

Da Sie das Alles nicht wissen konnten, finde ich es ganz natürlich, daß Sie sich über die angeführte These ereiferten, und ich bedauere es aufrichtig, daß ich, wenn auch nicht absichtlich, Ihnen dazu Veranlassung gegeben habe. Ihr Unwille wäre berechtigt, wenn ich meine Thesen selbst der Oeffentlichkeit übergeben oder dazu die Erlaubniß ertheilt hätte. Weder das Eine noch das Andere war der Fall; ich war vielmehr empört, als mir das betreffende Referat zu Gesicht kam, weil es mir sofort klar war, daß Jeder, der nicht bei den Verhandlungen zugegen war, sich eine falsche Vorstellung davon bilden müsse. Für mich waren die schriftlichen Thesen nur eine ganz unwesentliche Form, da ich meine Gedanken in der Versammlung mündlich, und zwar nur in losem Zusammenhang mit meinen Thesen, formulirte und begründete.

(Fortsetzung folgt.)

*) Nur bei einigen allzu auffallenden Ansichten des Dr. Hager gestatten auch wir uns das Wort, im Uebrigen es unserm Genossen F. R. überlassend, die vielfachen Irrthümer des Herrn Hager zu widerlegen. Wir fragen an dieser Stelle: Ist der Klassenhaß ein unlauterer Beweggrund? Wir dächten er wäre lediglich eine Wirkung. R. d. V.

---

ist dieser hohen Steuer zuzuschreiben.**) Dadurch ruinirt die Regierung nicht nur die Gesundheit des steuerzahlenden Volkes, sondern sie hemmt auch die Entwickelung der Industrie im eigenen Lande.

Wir haben uns nur drei Posten des Reichsbudgets angesehen, und doch haben wir nur den 10. Theil dessen gesagt, was wir über diese Posten sagen könnten. Wir werden die übrigen Theile des Budgets unbeachtet lassen müssen; wir thun dieses, um unsere Leser nicht zu ermüden.

Nur noch bemerken wollen wir, daß die Einnahmen von den Staatsdomänen sich vergrößert haben, obwohl in dieser Hinsicht in Rußland von jeher die größten Staatsunterschlagungen vorkamen, was den russisch revolutionären Schriftsteller Herzen zu folgendem Ausruf zwang: „Das größte Unglück für Rußland wäre, wenn man diese Staatsdiebereien und die Plusmachereien, die im Innern der russischen Administration des autokratischen russischen Reiches herrschen, vernichten wollte, ehe man das ganze russische Reich vernichtet habe."

Nur noch einiges wollen wir am Schlusse dieses 2. Kapitels über das Reichsbudget bemerken. Das russische Steuersystem ist eines der miserabelsten aller jetzt in anderen Staaten existirenden. Der fünfte Theil des Einkommens wird durch direkte Steuern, die das ganze innerliche Leben Rußlands im höchsten Grade hemmen, eingetrieben oder besser aus dem Volke durch die Knute und Ruthe, die als Embleme Rußlands dienen könnten, herausgeprügelt. Die indirekten Steuern drücken ungemein die ärmeren Consumenten, indem sie alle nöthigsten Lebensmittel um 5, 10 und 30 Proz. vertheuern. Uebrigens giebt es für das russische Volk, wie für kein anderes, einen Unterschied zwischen den direkten und indirekten Steuern, denn das Volk muß doch zu guterletzt alle Staatsausgaben aufbringen.

(Fortsetzung folgt.)

**) In einer russischen Revue „Vaterländische Memoiren" findet sich ein Artikel über die Salzsteuer. Dieser Artikel zeigt, daß die Salzsteuer, welche 12 Millionen Rubel jährlich bringt, dem Staate einen jährlichen Verlust von 177 Millionen Rubel verursache, nämlich: durch den hohen Preis des Salzes wird um 18½ Mill. weniger consumirt; infolge der Viehseuche 22⅔ Mill., durch den Stillstand in der Viehzucht 95 Mill., und endlich durch die Verringerung der Einnahme in diesem Zweige der Wirthschaft 91 Mill. Rubel.

— Uebertrumpft. Der bekannte Dichter, Kritiker und Hofrath Rudolf Gottschall wurde jüngst in Wien, wo er eine literarästhetische Vorlesung zum Besten des Journalisten-Vereins „Concordia" hielt, von der dortigen Presse über Gebühr „gefeiert". Ein Hamburger Leser des klerikalen „Vaterland", welchen diese überschwänglichen Zeitungsovationen verdrossen haben, giebt nun folgende pikante Hamburger Reminiscenz an den Herrn Hofrath zum Besten. Es wurde gerade eine Schillerfeier abgehalten; die in der alten Hansastadt anwesenden Dichter und Schriftbeflissenen, etwa fünfzig an der Zahl, waren beim festlichen Mahle in der festlichsten Stimmung versammelt, der entkorkte veuve Cliquot löste alsbald die Zungen, und einem Spaßvogel fiel es plötzlich ein, den Vorschlag einzubringen: Jeder Anwesende habe sein vis-à-vis mit einem Impromptu, natürlich in knappester, epigrammatischer Form, zu regaliren, und müsse sich auch eine Antwort von dem vis-à-vis in gleicher Form gefallen lassen. Der Vorschlag wurde mit Acclamation acceptirt und dessen Vollziehung sofort mit mehr oder minder Humor in's Werk gesetzt. Die Reihe kam denn auch an Rudolf Gottschall. Dem gegenüber saß der als Sarkastiker allgemein am meisten gefürchtete Jude Cohen, der unter dem Schriftsteller-Namen Walesrode als Publicist und Kunstkritiker sich eines nicht unbedeutenden Rufes zu erfreuen hatte. Ihm mußte natürlich der unnahbar scheinende Hofrath in spe einen tüchtigen Merks verletzen. Er erhob sich denn auch mit dem ganzen Stolze seines Dichterbewußtseins, und donnerte seinem Gegner die folgenden vom vollsten Pathos gehobenen Verse entgegen:

„Walesrode?
Eine Episode
In der Literatur
Nur!!! —"

Die Wirkung dieser boshaften Enunciation war groß. Gelächter durchhallte den Versammlungssaal, männiglich sprang empor, unwillkürlich nach dem Kelchglas greifend, um dem Sprecher gratulirend zuzutrinken! Gönnten ja doch die meisten unter den Anwesenden dem Kritiker, der scharf und kaustisch wie Börne sein konnte, die, wie sie meinten, unübertrefflich kurz und zutreffend gefaßte Abfertigung. — Aber jetzt erhob sich zum Vortrag der Gegenstrophe Herr Cohen vulgo Walesrode. Aller Augen hingen an seinen Lippen, um die sich ein leichtes Lächeln gelegt hatte, und von denen es also klang:

Gottschall?
Wortschwall.
Poesie?
Nie!!!"

Das Gelächter, welches nach diesem Epigramme entstand, entzieht sich jeder Beschreibung. Der Dichter des Ueberschwänglichen aber war gerichtet.

Correspondenzen.

London, 5. Februar. Von allen Seiten wird über die Thätigkeit unserer Genossen Mittheilung gemacht, weshalb Sie auch uns gestatten mögen, in Kürze über unser Wirken zu berichten. Obwohl uns die Macht der Verhältnisse eine Agitation wie die der deutschen Genossen vorläufig verbietet, so können wir trotzdem mit unseren seitherigen Erfolgen zufrieden sein. Eine Reihe Vorträge hatte den Zweck, für unsere Mitglieder belehrend zu wirken, sowie die langweiligen englischen Sonntage uns einigermaßen angenehm zu machen, was uns auch gelang, dank den gediegenen Leistungen unserer Mitbürger. Die Anerkennung, die denselben durch lebhaften Beifall zu Theil wurde, wird sie wohl ermuthigen, für die Zukunft so weiter thätig zu sein. — Die Fühlung, die wir schon längst mit den englischen Arbeiter-Organisationen zu erhalten suchten, haben wir durch den gegenwärtigen Strike der Steinhauer erreicht. Gleich zu Beginn der Importation der deutscheu Steinhauer hielten wir große Versammlungen ab, in welchen ein Comité gebildet wurde, welches beregter Angelegenheit seine volle Aufmerksamkeit schenken sollte; weiter wurde der Vorschlag zur Gründung einer sozialpolitischen Partei gemacht, worüber folgender von der betr. Versammlung angenommene Antrag weitere Kunde giebt: „Die am 21. November (1877) tagende Conferenz, beschickt von einer Anzahl sozialer und politischer Vereine und Gewerkschaften, beschließt die Gründung einer „Allgemeinen Föderal-Arbeitsligue" zum gemeinschaftlichen Kampfe für die Interessen der Arbeiter aller Länder gegen das Kapital, und um in erster Linie der verabscheuungswürdigen Importation der fremden Arbeiter entgegenzuwirken. Jede Gesellschaft, die die Satzungen der Ligue anerkennt, kann beitreten, ohne ihre Selbstständigkeit irgendwie zu beeinträchtigen." — Unser Verein, der seither sein Licht unter dem Scheffel leuchten ließ, wurde bekannt, er fand häufig lobende Erwähnung in der Presse, welches Lob jedoch in letzterer Zeit — zu unserer Freude — in das Gegentheil umschlug: erst jetzt sieht dieselbe ein, daß auch wir sogenannte „Theiler" sind. Dies alles ließ verschiedene politisch überlebte Geister nicht ruhen, um ebenfalls in Gründungen zu machen und alles aufzubieten, den Sozialisten die Angelegenheit aus den Händen zu spielen. Das ist aber nicht gelungen. Unsere Organisation wurde durch solche Manipulationen zwar wesentlich beeinträchtigt, jedoch ist dafür gesorgt, daß sie fortbestehen und mit Muth und Energie auf dem einmal betretenen Wege fortarbeiten wird, bis sie ihr Ziel erreicht hat. Daß wir uns bei den Gewerkschaften bereits Vertrauen erworben haben, beweist am besten die Wahl zweier unserer Mitglieder zu der nach Deutschland entsandten Steinhauerdeputation. Von Bedeutung waren auch unsere letzteren größeren öffentlichen Versammlungen, in welchen die „vaterlandslosen" Sozialdemokraten die Ehre ihres deutschen Vaterlandes und das sehr gefährdete Wohl aller Deutschen hierselbst zu retten suchten.

Auch nach innen läßt unser Verein nichts zu wünschen übrig. Die Verwaltung, die unentgeltlich eine den Verhältnissen entsprechend große Arbeit zu bewältigen hat, ist eine musterhafte zu nennen, was auch durch einstimmige Wiederwahl derselben sowie der Vertrauensmänner von der Generalversammlung anerkannt wurde. Der Unterricht in verschiedenen Sprachen wird von guter Hand geleitet. Der Gesangsunterricht soll in diesem Jahre neu organisirt werden; die Einigkeit der Mitglieder, obwohl fast in jeder Versammlung prinzipielle Differenzen erledigt werden, spiegelt sich auch in den alle Montage Abends stattfindenden sehr gelungenen Abendunterhaltungen ab. Auch unsere in dieser Saison abgehaltenen größeren Feste verliefen auf eine allseitig sehr befriedigende Weise. Der Verschleiß an Agitationsschriften wird ebenfalls mit Erfolg betrieben. — Ein Clubhaus, das in den nächsten Wochen als Eigenthum der verschiedenen sozialistischen Organisationen eröffnet werden soll, wird den Bereich unserer Thätigkeit sowie die allgemeine Theilnahme noch mehr fördern.

Somit haben wir allen Grund, mit froher Zuversicht auch in diesem Jahre weiter zu arbeiten, welches uns auch fernere große Erfolge bringen wird und muß. Die hiesigen Genossen entsenden den deutschen Genossen die herzlichsten Grüße und werden nie außer Acht lassen, in anerkennender Weise der Thätigkeit der deutschen Brüder zu gedenken.

J. A.: F. J. Ehrhart,
Corr. Sekretär des Comm. Arb.-Bild.-V.

Regensburg, 9. Februar. Am 26. Januar wurde hier in den Lokalitäten des Bierbrauers Straffer eine Volksversammlung abgehalten, in welcher Parteigenosse Kiefer aus München über folgende drei Punkte referirte: 1) Die allgemeine herrschende Noth. 2) Ist der sozialistisch organisirte Staat im Stande, dieselbe gründlich zu beseitigen. 3) Die sozialistische Presse. — Die Versammlung war gut besucht, und erledigte sich Kiefer seiner Aufgabe zu Aller Zufriedenheit. — Ein Nachspiel hat die Versammlung insofern gehabt, als gegen Genossen Brendel, der sich an der Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung betheiligt hatte, ein Strafantrag wegen Beleidigung des Landesfürsten gestellt worden ist. Nun, wir werden ja sehen, was aus der Sache wird.

Den Mitgliedern des „Ottensener Arbeitervereins" diene nachstehendes zur gefälligen Beachtung: In der zunächst stattfindenden Mitgliederversammlung wird die Commission die Bibliothek zur Benutzung der Mitglieder eröffnen. Es steht wohl zu erwarten, daß die Bibliothek, wenn auch noch nicht vollkommen, dennoch das Interesse der hiesigen Arbeiterbevölkerung auf sich lenken wird. Leider wurde dieses Unternehmen nicht genügend materiell unterstützt; dagegen haben diejenigen Parteigenossen zur Verwirklichung unseres Unternehmens wesentlich beigetragen, welche ihre Bücher leihweise uns zur Verfügung gestellt haben. Es wäre im Interesse des Unternehmens zu wünschen, daß uns dieselben so lange überlassen bleiben, bis wir in der Lage sind, eigene anzuschaffen. Diejenigen Gesinnungsgenossen, welche uns mit Geld und Büchern, von hier sowohl wie auswärts bei der Anschaffung der Bibliothek unterstützt haben, sprechen wir unsern besten Dank aus. Um weitere Unterstützung unseres Unternehmens bitten wir alle Parteigenossen Ottensens und Umgegend.

Im Auftrage der Commission:
Emil Hoffmann.

Briefkasten

der Redaktion. P. K. in Dresden: In beregter Angelegenheit können wir Ihnen keinen Rath ertheilen; da kann nur ein dortiger Rechtsanwalt Ihnen genügenden Bescheid ertheilen. — Ph. K. in Mannheim. Zu Frage 1: Die Hausarbeiter werden nicht als Arbeiter im Sinne des Gewerbegesetzes in diesem Falle angesehen; zu 2: Dem Arbeiter steht ja die Kündigung frei; er braucht sich deshalb die Unterbrechung der Arbeit nicht gefallen zu lassen — er muß es aber meistens, da die Abhängigkeit ihn dazu zwingt. — K. F. K. in Dresden: Ihre Correspondenz nehmen wir deshalb nicht auf, da wir uns in die innern Angelegenheiten des dortigen Bildungsvereins nicht einmischen wollen. — H. in Radegast: Ihr Artikel ist nicht verwendbar. — Schw. in Stuttgart: Desgleichen.

Quittung. W. Mlr Mannheim Ab. 25,00. Wlthr Kiel Schr. u. Ab. 41,95. Frnkl Pest Schr. 18,71. Strbl Zwickau Ab. 55,67. Br Groitzsch Ab. 2,25. Schrdr Plagwitz Ab. 3,00. Buschdt Trieft Ab. 5,13. Lgs Hannover Ann. 0,90. Ibsn Frankfurt 1,60. Sprngr Aachen Ab. 8 50. Rdgr Halle Ab. 22,00. Schfr Mühlhausen Schr. 3,15. Dßbch Hanau Ab. 0,80. Mhlhrn Crimmitschau Schr. 3,50. Lng Alt-Leisnig Schr. 0,50. Klg Bautzen Schr. 0,55. Erdr Darmstadt Schr. 1,00. Grmm Kopenhagen Schr. 3,48. Schr Rodingen Schr. 2,10. Pagels Jemgum Schr. 0,80. Gds Feldevend Schr. 0,90. Wnzl Staßfurth Schr. 1,00. Frnk Weida 1,20. Ullrch hier Schr. 1,90. Red. des „Gewerkverein" Berlin Schr. 0,70. Rchrt Küstrin Schr. 0,60. Gnthr Szibben Schr. 0,60. Schrschmdt Mylau Schr. 1,80.

Fonds für Gemaßregelte.

Von einem Maurer hier 1,00.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung (Mark)	1.	50.
Auerbach, Tagebuch aus Wien	—.	70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849	1.	50.
Aus den Ruinen von Nimrud und Olympia	—.	10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden	1.	60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage	—.	25.
— — Bauernkrieg	2.	—.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus	—.	60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.	3.	75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848	2.	25
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre	1.	—.
— — K. Fourier	—.	80.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.	3.	—.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94	2.	—.
Becker, J. Ph, Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge 1866—71)	5.	—.
— — Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit	2.	—.
— — Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877)	—.	80.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—.	10.
Biss, W., Unsere Preßzustände	—.	10.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866	—.	50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris	—.	40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793	—.	60.
Bornstein, Religion und Sozialismus	—.	40.
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag	—.	50.
— — Lieber mit den Sozialdemokraten	—.	15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager	—.	15.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte	1.	—.
Bürgerkrieg in Frankreich	—.	15
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik	—.	15.
Civilehegesetz	1.	—.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—.	10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht	—.	50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Sievers gegen Vogel v. Falkenstein	1.	—.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 40 Pf. gebd.	—.	60.
— — für 1878. broch. 40 Pf. geb.	—.	60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871	1.	25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878	—.	40.
Die Märtyrer der Commune	—.	30.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74	—.	10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—.	10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage	—.	15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft	—.	10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage	—.	15.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	1.	50.
Fischdiebengesetz	—.	20.
Donat, Dr. A., ABC des Wissens für die Denkenden. 2. Aufl.	—.	15.
— — Antwort an den Bekenner des Theismus	—.	10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten	—.	25.
Duk, A., Nieder mit den Atheisten	—.	25.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals	—.	15.
Einkommensteuergesetz	1.	—.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—.	30.
— — Der deutsche Bauernkrieg	—.	50.
— — Soziales aus Rußland	—.	15.
— — Bakunisten an der Arbeit	—.	10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. I. Theil. Philosophie	—.	50.
Engländer, Sigm, Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen. 4 Bände, compl.	3.	—.
Erinnerung an Herwegh	—.	10.
Erinnernng an Börne	—.	20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft	—.	80.
Für die französischen Brüder	—.	15.
Geib, A., Der Normalarbeitstag	—.	15.
— — Gedichte	—.	50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft	—.	50.
— — Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung	—.	60.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73	2.	—.
— — Nachtrag von 1873—76	1.	20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)	1.	40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich	1.	50.
Gesundeordnung	1.	50.
Gespräch am Kachelofen	—.	50.
Greulich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Erne Auseinandersetzung mit den Anarchisten	—.	25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)	—.	40.
— — Erlebtes (Skizzen und Novellen)	1.	20.
Heyner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne	—.	60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—.	20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Association 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit	—.	15.
— — Praktische Emanzipationswinke	—.	10.
— — Die Organisation der Massen	—.	20.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.	—.	45.
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin	—.	15.
— — die Parteibrese, ihre Bedeutung und Organisation	—.	10.
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)	—.	50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à	1.	—.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung	—.	20.
Jegel, M., Freie Lieder (Gedichte)	—.	50.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag	—.	12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Association. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky	1.	—.
König, Schwarze Kabinette	—.	75.
Kraser, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)	—.	05
— — Ceterum censeo (Gedicht)	—.	05.
Kunst und Sozialismus	—.	15.
Lange, Arbeiterfrage	4.	—.
Lassalle, F., Arbeiterfrage	—.	15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?	—.	35
— — An die Arbeiter Berlins	—.	10
— — Offenes Antwortschreiben	—.	05.
— — Arbeiterlesebuch	—.	80
— — Arbeiterprogramm	—.	10
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter	—.	15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz	—.	80
— — Die Feste, die Presse rc.	—.	15
— — Bastiat Schulze	—.	50
— — Indirekte Steuern	—.	40
— — Düsseldorfer Assisrede	—.	30
— — Fichte's Philosophie	—.	25
— — Fichte's politisches Vermächtniß	—.	25.
— — Julian Schmidt	1.	—.
— — Gotth. Ephraim Lessing	—.	20.
Leben und Thaten des Generals Jaroslas Dombrowski	—.	75.
Lehr, Juristisches Taschenlexikon	1.	—.
Leipziger Hochverrathsprozeß	3.	—.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz	—.	20
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—.	10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.	—.	20.
— — Reichstagsrede 1874	—.	10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.	—.	75
— — Zur orientalischen Frage	—.	30.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)	—.	75
Lommel, Jesus von Nazareth	—.	30
— Johannes Huß	—.	30
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.	—.	25.
— — Das Kapital. 2. Aufl.	9.	—.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte	1.	50
— — und Engels, Kommunistisches Manifest	—.	20
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.	1.	80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie	—.	30.
Moß, Liederbuch, gebd. 40 Pf., broch.	—.	30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten	—.	60
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung	—.	25
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz	—.	15.
— — Kapital und Arbeit	—.	50.
— — Bastille am Plötzensee	—.	60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.	—.	50.
— — Die Lösung der sozialen Frage	—.	40.
— — Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus	1.	—.
Morait, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen	—.	10.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?	—.	30
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte	—.	40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen	—.	30
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman	3.	—.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle	—.	75.
— — Kranke Herzen	1.	—.
— — Braunschweiger Tage	2.	50
— — Schutz in den Gewerkschaften	—.	10
— — Ein verunglückter Agitator (Lustspiel)	—.	60.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, Yorck, Blanqui, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Rasul-Rigault, Rossel rc.; in Visitenkartenformat à	—.	25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à	—.	25
— — in Kabinetformat à	—.	60
— — in Groß-Folio	3.	—.
— — Triumph of Order, darstellend die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris 60 Ctm. breit 48 Ctm. hoch pr. Stck	5.	—.
40 „ „ 25 „ „ „	2.	30.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht	—.	30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—.	5.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874	—.	25.
Protokoll des Stuttgarter Congresses 1870	—.	15.
— — des Dresdener Congresses 1871	—.	20.
— — des Coburger Congresses 1874	—.	30
— — des Gothaer Congresses 1875	—.	30.
— — des Gothaer Congresses 1876.	—.	30
— — des Gothaer Congresses 1877	—.	25.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873	—.	20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten	—.	25
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur	—.	50
— — des 8. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes	—.	30
Prozeß gegen Dr. H. Tauschinski und 81 Genossen in Graz wegen Religionsstörung und gek. soz.-dem. Verbindungen	—.	75
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland	1.	—.
Ratgeber für Gewerbetreibende.	3.	50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen	—.	90.
— Städteordnung	1.	40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen. 5 Hefte	1.	90.
Roßlieder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles	—.	30.
Röckel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim	1.	—.
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit	—.	60.
— — Gegen die Prügelpädagogen	—.	80.
Sauerteig, Für Männerchore 9 Arbeiterlieder, gebd. 4stimmig mit Partitur	3.	50.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus	1.	20.
Schlesinger, M., Eine Reise nach Utopien	—.	10.
Scholl, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie	—.	25.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.	—.	25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage	—.	20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder gebd.	—.	50.
broch.	—.	40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten	—.	20.

Sozialistische Theaterstücke.

Nr. 1: Ein Schlingel (Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)	—.	35.
Nr. 2: Preßprozesse (Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)	—.	25.
Nr. 3: Ein Opfer (Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)	—.	40.
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls	2.	50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Association	—.	10.
Statistische Tafel der sozialistischen Wahlen z. deutschen Reichstage	—.	20.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich	1.	—.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich broch.	—.	60.
eleg. gbd.	1.	50.
— — Bruins! schläft Du? broch.	—.	60.
eleg. gbd.	1.	50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie	—.	40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen	—.	75.
Zahlreich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3, 4 à	—.	15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen	—.	10.
Verfassung des deutschen Reiches	—.	75.
Vogel, Apotheken-Monopol	—.	60.
— — Verfälschung der Lebensmittel	—.	60.
Volksstaat-Kalender für 1874	—.	20.
— — für 1875	—.	20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch.	—.	50.
gebd.	—.	65.
Volksschulgesetz für Sachsen	1.	—.
Vollmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung	—.	15.
Wahre Gestalt des Christenthums	—.	50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze	—.	10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften	2.	—.
York, Die industrielle Arbeiterfrage	—.	10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.	1.	60.
Zeitgeist, Eine Studie	—.	25.

Frankfurt a. M. Sozialdemokratischer Wahlverein. Montag, den 25. Febr., Abends 9 Uhr, bei Pfuhl, Zeil 47: (F. 122) (2a) [80

Generalversammlung.

Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes. Abrechnung. Verschiedenes.

J. A.: K. Ibsen.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Wahlverein. Vom Dienstag, den 19. Februar, ab findet regelmäßig alle 14 Tage im Parteilokale, gr. Wallstraße 24 (8a)

Mitglieder-Versammlung (F. 166)

2,10] statt. Die Tagesordnung wird in jeder Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht vollzählig am Platze zu sein. D. V.

Hannover. Ich empfehle den Parteigenossen und Freunden mein Photographisches Atelier auf der Burgstraße Nr. 40 vorkommenden Falles zur gefälligen Benutzung. [90

(F. 159) H. Schrader.

Leipzig. Montag, den 18. Februar, Abends Uhr, Windmühlenstraße 5 bei Herrn Kern:

Versammlung

sämmtlicher Gewerkschaftsvorstände.

Tagesordnung: Rechnungsvorlage. [60

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonnabend, den 23. Februar, feiern wir unser

XVII. Stiftungsfest

in der „Tonhalle"

bestehend in Concert, Gesang, Festrede von Hrn. Motteler und Ball. Einlaß halb 7 Uhr. Anfang halb 8 Uhr. [8,00

Freunde und Gönner laden wir hiermit freundlichst ein.

Der Vorstand.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Die zweite Lieferung der Liedersammlung des Allgemeinen Arbeiterbundes ist Mitte vorigen Monats zur Versendung gekommen und werden diejenigen Vereine, welche noch nicht durch Einsendung des Betrags deren Empfang angezeigt haben, ersucht, dies nunmehr zu thun.

Die erste und zweite Lieferung unserer Liedersammlung ist allseitig mit Beifall aufgenommen worden und laden wir alle Arbeiter-Gesangvereine nochmals zum Abonnement ein.

Die dritte Lieferung erscheint Mitte März mit dem Inhalt: Nr. 6: „Roth", Gedicht von Carl Weiser; Nr. 7: „Fahnenlied", Gedicht von Aug. Geib, beide componirt von G. Scholz. Auch zu diesen und den ferneren Liedern wird der Beifall nicht fehlen, da auf Anordnung des Bundes die für unsere Liedersammlung vervielfältigten Lieder in Leipzig hinsichtlich der Composition und vom Ausschuß hinsichtlich des Textes geprüft sind.

Gotha. Mit Gruß

1,80] Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin erschien und ist durch alle Buchhandlungen sowie durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Die

Sozialen Bewegungen

im alten Rom

und der

Cäsarismus.

Von

Joh. Most.

7¼ Bog. broch. Preis: 1 Mk.

Die Expedition des „Vorwärts".

2,00] Leipzig, Färberstraße 12 II.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „Vorwärts" von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Entz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 21. Mittwoch, 20. Februar. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neurendnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Hohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Mißwirthschaft der Bourgeoisie

wird recht trefflich gekennzeichnet durch nachstehenden Auszug aus dem kürzlich erschienenen zweiten Theil des Berichts der Leipziger Handelskammer für das Jahr 1876. Unter der Rubrik „Maschinen" heißt es daselbst auf S. 68:

„Ein anderer Uebelstand, der sich in so schlechter Zeit um so empfindlicher geltend machte, war die stark angewachsene Concurrenz. Ein Fabrikant aus der Maschinenbranche schreibt uns darüber Folgendes: „An der Hand der Submissionen, die nun auch in Privatkreisen mehr und mehr um sich greifen und sich an die Stelle des gegenseitigen Vertrauens zwischen dem Besteller und Lieferanten gesetzt haben, wurde ein wahrer Todtentanz um die billigsten Preise und um die Arbeit aufgeführt, bei welcher der bevorzugte Concurrent doch nichts verdient, oft sogar zusetzt. Natürlich zeigen sich bei Großen und Kleinen die üblen Folgen solcher Wirthschaft in erschreckender Weise in der Zerstörung so manches sonst soliden, ehrlich nährenden Geschäfts. In der vordersten Reihe gehen auf diesen Wegen die Aktiengesellschaften, denen es nicht darauf ankommt, etwas Tüchtiges zu leisten, sondern nur äußerlich möglichst groß dazustehen, während der aufmerksame Beobachter aus den Geschäftsberichten erkennen kann, daß der Ruin noch tiefer geht, als er selbst in dem niedrigen Curse der Aktien zum Ausdruck kommt."

„Wir stehen," fährt unser Gewährsmann fort, „vor dem letzten Viertel des Jahres 1877 und haben in keiner Weise eine Besserung zu registriren, wir werden auch dieses Jahr und noch manches zu Ende gehen sehen, ehe eine Besserung eintreten kann, wenn die Solidität in der Geschäftswelt, welche einen argen Stoß erlitten hat, nicht wieder zur vollen Geltung gelangt und die höchste Ehre des Geschäftsmannes wird. Wir haben es vor Kurzem in Sachsen erleben müssen, daß ein Fabrikant, welcher schamlos mit Notirung zu hoher Gewichte betrogen hatte, vor Gericht erklärte, das sei so Brauch bei den Kesselfabrikanten, daß man 20 bis 30 Proz. mehr Gewicht berechne, als geliefert wird. Und leider ist etwas Wahres daran. Wenn auch die Frage, wodurch es besser werden könnte, sehr schwer zu beantworten sein mag, so ist nicht zu bezweifeln, daß die Rückkehr zur äußersten Solidität, zur Tüchtigkeit in Arbeit und Leben und zu derjenigen Genügsamkeit, die den Leistungen des Einzelnen entspricht, sei er Arbeiter oder Prinzipal, wenn auch nicht das einzige Mittel, doch jedenfalls eines der unerläßlichsten ist, um zum Ziele zu gelangen."

So die Leipziger Handelskammer — gewiß eine unverdächtige Zeugin.

Wir sehen also, daß in einer der bedeutendsten Industriezweige, und zwar gerade in einem solchen, der seiner ganzen Natur nach für besonders solid galt, die gemeinste Betrügerei dermaßen im Schwang ist, daß die Leipziger Handelskammer von der Behauptung, diese Betrügerei sei Geschäftsbrauch, d. h. mit anderen Worten: werde allgemein geübt, „leider" erklären muß, es sei „etwas Wahres" daran.

Wenn nun die Leipziger Handelskammer die Abhülfe solcher „Uebelstände" von einer „Rückkehr zur äußersten Solidität, zur Tüchtigkeit in Arbeit und Leben und zu derjenigen Genügsamkeit, die den Leistungen des einzelnen entspricht," erwarten zu dürfen glaubt, so ist das ungefähr ebenso geistreich, als der Ausspruch jenes weisen Professors: das Zahnweh wird aufhören, sobald die dolores (lateinisch für Schmerzen) aufhören. Um die dolores, d. h. die nichtvorhandene Tüchtigkeit und Solidität handelt es sich ja gerade. Ist die „Rückkehr" zur Tüchtigkeit und Solidität erfolgt, dann — haben wir Tüchtigkeit und Solidität. Das wird allerdings von Niemand bestritten werden können.

Die Frage ist: wie ist diese „Rückkehr" zu erwirken? Und darauf bleibt die Leipziger Handelskammer die Antwort schuldig. Wenigstens direkt. Indirekt, und wahrscheinlich von ihr selbst unbemerkt, hat sie die Antwort zu Anfang des von uns citirten Passus gegeben: „die stark angewachsene Concurrenz", durch welche ein ehrlicher Geschäftsbetrieb erschwert, wo nicht unmöglich gemacht und die Betrügerei zur Nothwendigkeit, zur Existenzbedingung erhoben wird.

Die Concurrenz mit ihren unvermeidlichen Folgen ist aber ihrerseits eine Existenzbedingung der kapitalistischen Wirthschaft.

Bei Behandlung der Lebensmittelverfälschungs-Frage wiesen wir auf diesen Umstand hin, und führten aus, daß die Betrügerei im Wesen der kapitalistischen Wirthschaft (auf dem Gebiete der Gütervertheilung sowohl als der Gütererzeugung) liege, und daß deshalb innerhalb der kapitalistischen Wirthschaft, mit Beibehaltung und Schonung derselben, der Lebensmittelverfälschung, wie überhaupt der geschäftlichen Betrügerei nicht gründlich gesteuert werden könne.

Wir mögen uns wenden und drehen wie wir wollen — aus dem fatalen Dilemma kommen wir nicht heraus:

Wenn wir die herrschende kapitalistische Wirthschaft beibehalten wollen, so müssen wir auch die Betrügerei beibehalten.

Und wenn wir die Betrügerei abschaffen wollen, so müssen wir die kapitalistische Wirthschaft abschaffen.

Die Nothwendigkeit der Gründung einer allgemeinen Partei-Bibliothek.*)

Diejenigen Genossen, welche je einmal in die Lage gekommen sind, Studien machen zu können, werden auch häufig die Schwierigkeit empfunden haben, sich die dazu nöthigen Werke und Schriften zu beschaffen. Selbst derjenige, dem größere Bibliotheken zur Benutzung offen standen, wird oft das nicht gefunden haben, was er suchte, weil diese Bibliotheken meist nach ganz anderer Richtung ihre Vervollständigung suchen. Dabei wird die unsere Genossen wesentlich interessirende Literatur von Tag zu Tage größer, so daß schon heute nur noch sehr Wenige in der Lage sind, sie zu verfolgen, noch Wenigere sie sich anzuschaffen.

Auch stellt sich namentlich in Bezug auf die Beschaffung der älteren sozialistischen und volkswirthschaftlichen Literatur dem Einzelnen ein nicht zu überwindendes Hinderniß entgegen, einmal wegen des Preises, dann wegen der Seltenheit und des Unbekanntseins vieler Schriften. Auch schreckt Mancher davor zurück, sich für theures Geld ein Werk anzuschaffen, das er nur einmal für einen bestimmten Zweck braucht und sonst nie wieder. Mit jedem Jahre wird die Sammlung all dieses Materials immer schwieriger, und es wird darum hohe Zeit, daß eine Stätte geschaffen werde, wo die ganze einschlägige Literatur in möglichster Vollständigkeit gesammelt und Allen, welche Zeit und Gelegenheit zu größeren Studien haben, unter bestimmten Bedingungen zugängig gemacht wird. Es ist z. B. heute kaum noch möglich, ein vollständiges Exemplar der ersten Jahrgänge des „Social-Demokrat" oder des „Hamburger Nordstern" zu erlangen, oder andere in den ersten Jahren der Bewegung erschienene Blätter und Broschüren zu bekommen, und jedes Jahr, das weiter verfließt, macht deren Erlangung immer unmöglicher.

Genau so verhält es sich mit der alten sozialistischen Literatur. Wer z. B. besitzt von uns Weitling's Schriften, oder Karl Grün's Werk über die sozialistische Bewegung in Frankreich und Belgien? Wie Viele, oder besser gesagt wie Wenige von uns haben diese überhaupt je gesehen und gelesen, und wie hiermit, so steht es mit der sehr reichhaltigen sozialistischen und communistischen Literatur Frankreichs aus den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts. Ohne Lorenz Stein's Werk über die Entwickelung des Sozialismus und Communismus in Frankreich würde die bezügliche Literatur uns Jüngeren nur dem Namen nach bekannt sein, und selbst dieses Werk ist meines Wissens vergriffen. Wir haben also wirklich gar keine Zeit mehr zu verlieren und müssen mit der Sammlung bald vorgehen. — Welchen Werth eine solche Sammlung auch für den künftigen Culturhistoriker haben muß, braucht nur angedeutet zu werden.

Soll das Werk ganz gelingen, so darf es nicht auf den guten Willen und die Mittel Einzelner angewiesen sein, die Gesammtheit der Partei muß dafür eintreten und Jeder sich für verpflichtet halten, sein Theil zum Gelingen beizutragen.

In erster Linie ist dafür zu sorgen, daß das Unternehmen eine sichere Grundlage hat und sein Bestand nicht von dem guten Willen gewisser Behörden abhängig gemacht werden kann. Es muß also irgend Jemandes Eigenthum sein, und da dies Einzelnen zu übertragen große Bedenken hat, so empfiehlt es sich, es einer bereits bestehenden staatlich anerkannten Corporation, z. B. einer Genossenschaft zu übertragen, oder für diesen Zweck eine solche zu gründen. Leipzig schlage ich als Sitz der Bibliothek vor, und zwar weil neben dem mehr nebensächlichen Umstand, daß es Erscheinungsort des Centralorgans der Partei ist, es anerkanntermaßen den Sitz des deutschen Buchhandels bildet und zahlreiche Antiquariate hat, also die Beschaffung der bezüglichen Literatur vereinfacht und erleichtert.

Der Inhalt der Bibliothek darf sich natürlich nicht einseitig blos auf die sozialistische und volkswirthschaftliche Literatur beschränken, es müßten insbesondere auch Geschichte und Culturgeschichte, Statistik, Naturwissenschaften, Gesundheitslehre, Technik und Agronomie einen ausgedehnten Platz darin finden, ebenso einige wirklich gute philosophische Werke. Denn darüber besteht ja bei Keinem unter uns ein Zweifel, daß für das volle und ganze Verständniß der Neubildung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage die Kenntniß der Forschungen und Entdeckungen in den genannten Wissenszweigen nothwendig ist.

Die Bibliothek müßte ferner enthalten eine Sammlung der bedeutendsten in- und ausländischen Partei-Zeitungen und -Zeitschriften, die am Schlusse jeden Jahrgangs zu binden wären. Ferner die wichtigsten statistischen Zeitschriften und solche regelmäßig erscheinende Publikationen, welche sich mit den Fortschritten der Naturwissenschaften und der Technik beschäftigen.

Die Verhandlungen des Reichstags und der wichtigsten Landtage dürften ebenfalls nicht fehlen.

Es ist kein Zweifel, daß ein solches Unternehmen erhebliche Mittel und großen Kostenaufwand erheischt, aber ich bin der Ansicht, daß, wenn einmal angefangen werden soll, auch von vornherein etwas Tüchtiges geschaffen werden muß. Daß die Partei das Nothwendige leisten kann, wenn sie will, daran zweifle ich nicht. Es wären Räumlichkeiten zu miethen, welche auf eine längere Reihe von Jahren genügen; es müßte ein Bibliothekar ernannt werden, der gleich von Anfang an eine monatlich fixirte Entschädigung erhielte, da voraussichtlich es an Arbeit nicht fehlen wird und eine von vornherein festgestellte gewissenhafte Ordnung Lebensbedingung des Instituts ist.

Um die Geldausgaben nach Möglichkeit zu vermindern, müßten die Parteiblätter, welche zur Aufbewahrung gelangten, wie sämmtliche Parteischriften und Broschüren von den Verlegern gratis geliefert werden. Zweifellos würden auch alle Parteigenossen, welche Doppelexemplare älterer bezüglicher Schriften und Werke im Besitz haben, bereit sein, ein Exemplar an die Bibliothek abzugeben. Auch dürfte der Fall eintreten, daß Mancher seine Privatbibliothek für den Fall seines Ablebens der Parteibibliothek vermacht. Bekanntermaßen werden Bücher, wenn sie zur Auktion gelangen, meist weit unter ihrem Werthe verkauft und in alle Winde zerstreut.

Die nothwendigen Baarmittel wären durch freiwillige Sammlungen aufzubringen und wäre über diese, wie über alle eingehenden Schriften 2c. regelmäßig im „Vorwärts" Quittung zu veröffentlichen.

Damit ferner bei Neuanschaffungen nicht einseitig und lückenhaft verfahren würde, wäre eine Bibliothekskommission zu bilden, welche aus dem Bibliothekar und zwei oder vier vom Aufsichtsrath der Genossenschaft zu ernennenden Beiräthen bestünde. Diese Kommission hätte in wöchentlich einmal abzuhaltenden Sitzungen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel über Neuanschaffungen wie über die innere Organisation der Bibliothek zu beschließen.

Das Reglement für die Benutzung der Bibliothek hätte der Aufsichtsrath der Genossenschaft im Verein mit der Bibliotheks-Kommission festzustellen. Es dürfte sich dabei empfehlen, um nach keiner Seite Benachtheiligungen herbeizuführen, daß die am Ort oder dessen nächster Umgebung wohnenden Benutzer ein entsprechendes Lesegeld zahlen müßten, während bei Sendungen innerhalb der ersten Postzone das ganze Porto, bei weiteren Entfernungen die Hälfte zu tragen wäre. Doch soll dies nur ein unmaßgeblicher Vorschlag sein. Dagegen wäre fest zu halten, daß bei der Verleihung gefangene Genossen vor freien bevorzugt würden und dürften für erstere keinerlei Kosten entstehen, diese hätte vielmehr der Bibliothekfond zu tragen.

Ich unterbreite diese Vorschläge der sachgemäßen Prüfung aller Genossen und wünsche, daß insbesondere das Central-Wahlkomité in Hamburg recht bald Schritte zu ihrer Verwirklichung thun möchte.

A. B.

*) Dieser Artikel entstand in Folge einer bereits im vorigen Sommer mit Genosse Geib stattgehabten Unterredung des Verfassers. Wir bringen auf Wunsch des Letzteren den Artikel gern zum Abdruck und ersuchen unsere Parteigenossen, den darin enthaltenen Vorschlag einer ernsten Erwägung zu unterziehen. Red. d. V.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Reichstagssitzung vom 14. d. M. bildete den ersten Gegenstand der Tagesordnung ein Antrag der (Fortschrittler) Herren Bürgers, Hirsch und Walter: „den Herrn Reichskanzler aufzufordern, mit Rücksicht auf die wegen Benachtheiligung des freien Gewerbebetriebes durch die gewerbliche Gefangenenarbeit erhobenen Beschwerden und behufs Erlangung einer Grundlage für die in dem Strafvollzugsgesetz zu lösenden Fragen über die Art der Beschäftigung der Gefangenen die Bundesregierungen zu ersuchen, diese Beschwerden, soweit sie thatsächliche Anführungen enthalten, einer eingehenden Untersuchung, möglichst unter Zuziehung von Vertretern der Beschwerdeführer, zu unterziehen und über deren Ergebniß in Verbindung mit einer Statistik über die Gefangenenarbeit im Reiche dem Reichstage demnächst Mittheilung zu machen."

Der Antrag wurde begründet von dem Abg. Bürgers. Derselbe beleuchtet zunächst das Schicksal, welches ähnliche Anträge im Reichstage bisher gehabt haben. Sein Antrag sei lediglich eine Consequenz früherer Verhandlungen über diese Materie. Die Klagen wegen der Gefängnißarbeit, die den Lohn des freien Arbeiters herunterdrücke, beständen ungehindert fort. Es sei daher Zeit, Abhilfe zu schaffen, um wenigstens einer ungesunden Agitation, die sich auf diesen Uebelstand stützt, den Paß abzuschneiden. Das Reich habe in dieser Reichsangelegenheit die Initiative zu ergreifen, um besonders eventuell auch nachzuweisen, daß die ganze Zuchthausconkurrenz nicht so schlimm sei, wie sie gemacht werde.

Der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann erwidert, daß die Reichsregierung nicht gegen den Antrag sei, daß er ihn auch nicht für überflüssig halte, da ja schon der deutsche Handelstag eine Enquête zu diesem Zweck in Angriff genommen und die preußische Regierung ihn darin unterstützt habe. Eine Umgestaltung der jetzigen Sachlage werde jedoch sehr schwierig sein.

Ein sozialistischer Abgeordneter ergreift nun das Wort: Fritzsche. Er tadelt das Verhalten der preußischen Regierung in der Frage der Gefängnißarbeit. Gerade in Preußen werde auf diesem Wege der freien Arbeit am meisten Konkurrenz gemacht, und die Regierung unterstütze es noch. In Posen z. B. müßten jetzt viele freie Arbeiter hungern und frieren, da die Arbeit in das Zuchthaus gewandert sei. Auch aus sittlichen Gründen sei es geboten, die industrielle Gefängnißarbeit aufzuheben, denn die Verbrecher würden bei dem dadurch bedingten Verkehr mit einander eher verschlimmert als gebessert. Der Antrag Bürgers sei ganz unzureichend und müsse daher abgelehnt werden, dagegen ersuche er (Fritzsche) das Haus, folgenden Antrag anzunehmen:

„Mit Rücksicht auf die Benachtheiligung des freien Gewerbebetriebes durch die gewerbliche Gefangenenarbeit und zur Grundlage für die in dem Strafvollzugsgesetz zu lösende Frage über die Art der Beschäftigung der Gefangenen nachfolgende Vorschläge dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen:

1) Auf die thunlichste Mannigfaltigkeit der Arten der Beschäftigung der Sträflinge in den öffentlichen Strafanstalten und entsprechende Vertheilung der Sträflinge in die einzelnen Arbeitszweige und insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß, soweit dies mit den Zwecken der Anstalt selbst vereinbar ist, die Sträflinge bei ihrer ursprünglich betriebenen Berufsarbeit belassen werden.

2) Daß seitens der Strafanstaltsdirektionen von Zeit zu Zeit öffentliche Bekanntmachungen erlassen werden über die Gewerbskenntniß der Detinirten, die Menge der in den einzelnen Fächern vorhandenen Kräfte und im Allgemeinen auch über die Bedingungen, unter welchen diese benutzt werden können.

3) Daß den Unternehmern, welche für ihre Rechnung die Sträflinge beschäftigen, in Bezug auf die Höhe der Löhne keine solche Bedingungen verwilligt werden, welche vermöge der Konkurrenz einen drückenden Einfluß auf die Löhne der freien Arbeiter üben könnten, wobei insbesondere anheimzugeben ist, ob nicht dieser Zweck am sichersten im Wege einer mehr oder weniger öffentlichen Ausschreibung zu erreichen sein würde.

4) Daß die Direktionen der Strafanstalten ermächtigt werden, von den resp. Garnisonen oder Wachtkommandos, und zwar ohne Vergütung an den Militärfiskus, Militärpersonen zu Hilfsaufsehern nach Bedarf zu requiriren, um für den Fall der Unzulänglichkeit des bei ihnen angestellten Aufsichtspersonals bei steigender Benutzung der vorhandenen Arbeitskraft seitens des Publikums außerhalb der Anstalt den gestellten Wünschen thunlichst entsprechen zu können"

Nach längerer Debatte, in der von fortschrittlicher Seite noch Zimmermann und Hirsch, außerdem Majunke (Centrum) und zum zweiten Mal Fritzsche gesprochen, wurde das sozialistische Amendement abgelehnt und der fortschrittliche Antrag angenommen.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß es den sozialdemokratischen Abgeordneten bisher nicht gelungen ist, die nöthige Zahl von Unterschriften für ihre Anträge zu erlangen. Sonst würde es den Fortschrittlern nicht gelungen sein, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Für heute enthalten wir uns weiterer Bemerkungen.

In derselben Sitzung wurde noch ein Antrag von Blos und Genossen, betreffend die Aufhebung des gegen den Abg. Most beim königlichen Kammergericht zu Berlin schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session, angenommen. — Der Rest der erledigten Tagesordnung war ohne Interesse.

Am 15. ist keine Sitzung.

Am 16. (Sonnabend) sollte der Etat zur Berathung gelangen, jedoch rein geschäftsmäßig. Die politischen und finanziellen Debatten sind auf die laufende Woche vertagt. Am Dienstag soll die bekannte reichsfreundliche Interpellation und am Mittwoch die Steuerprojekte der Regierung auf die Tagesordnung gestellt werden — falls nicht wieder etwas dazwischen kommt. Fürst Bismarck ist zwar am 14. Abends in Berlin eingetroffen, allein es fragt sich, ob man die Interpellation oder gar deren Beantwortung schon am Dienstag „opportun" finden wird.

— Wir trauten unseren Augen kaum, als wir in der nationalliberalen „Magdeburger Ztg." einen Artikel lasen mit der Ueberschrift: „Die Presse und die Justiz". In demselben beklagt sich das liberale Blatt über die vielen Preßverfolgungen, welche gegen die Sozialdemokraten losgelassen würden. Allerdings könne man den Herren Staatsanwälten, den Herren Beamten, dem Herrn Bismarck das Recht nicht absprechen, sich beleidigt zu fühlen, Strafanträge zu stellen und die Anklage zu erheben, — — — „trotz alledem und alledem vermögen wir uns der Meinung nicht zu verschließen, daß gegenwärtig der Presse einzelner Parteien gegenüber eine zu große Nervosität und Empfindlichkeit Platz gegriffen hat, welche auch auf die richterlichen Kreise nicht ohne Einfluß geblieben ist. Nirgends als bei Preßprozessen zeigt sich mehr eine Bestätigung der von vielen Juristen über Bord geworfenen Ansicht, daß die Abschreckungstheorie in dem Strafrecht ein leerer Wahn ist." Dann zieht das liberale Blatt eine Parallele zwischen dem Reichstag, der wegen Beleidigung niemals einen Strafantrag stelle, und dem Fürsten Bismarck, der sogar gedruckte Formulare zu solchen Zwecken bereit halte, der aber „keine Spur von Popularität verlieren würde, wenn er keinen einzigen Strafantrag stellte". Das Blatt fährt dann fort:

„Wir haben hier mit Thatsachen zu rechnen. Thatsache ist eine gewisse Erregtheit in den Arbeiterkreisen, und es ist gleichgiltig, ob diese Erregtheit ihren letzten Grund im Nothstand, in schlechten Erwerbsverhältnissen oder in krankhafter Agitation hat; — Thatsache ist eine große Indifferenz des größeren Publikums in religiösen Angelegenheiten, und es ist gleichgiltig, ob die Orthodoxen, welche Sydow'sche und Hoßbach'sche Affairen in Scene setzen, oder ob Häckel und Darwin und ihr Interpret bei den Arbeitern nnd deren Frauen, Johann Most, an dem Austritt aus der Kirche schuld sind; — Thatsache ist es, daß das katholische Volk sich bedrückt und in seiner Glaubensfreiheit beeinträchtigt fühlt, und hier ist es wiederum gleichgiltig, ob dieses Gefühl einem Mißverständniß der Maigesetzgebung oder lediglich der Verführung durch fanatische Priester entstammt. Mit diesen Thatsachen Hand in Hand wandert das Resultat, daß die Anklagen wegen Aufreizung und Beleidigungen, wegen Gotteslästerung, wegen Majestätsbeleidigung und anderer Vergehen sich progressiv steigern. Erregte Zeiten schärfen die Gegensätze, das gilt im Streit politischer Parteien wie im Kampfe um wirthschaftliche oder religiöse Ziele und Fragen. Wenn aber einsichtige Politiker dies einsehen, so sollten sie auch danach handeln. Kommt man erst allgemein zu der Ansicht, welche unsere Geschichtsforscher fast allgemein aufgestellt haben, daß nämlich politische Prozesse niemals ihren Zweck erfüllen, so glauben wir auch die Hoffnung aussprechen zu können, daß man bald auch gegen die oppositionelle, die sozialdemokratische und ultramontane Presse, ja gegen die Presse überhaupt nicht so zahlreich wie bisher mit Strafanträgen vorgehen, daß endlich auch der Richter eine möglichst milde Rechtsprechung Platz greifen lassen wird, weil eben die Zeiten erregt sind. Gotteslästerungen, Majestätsbeleidigungen, aufrührerische und hetzende Artikel haben ihre Zeit — die Prozesse schaffen sie nicht aus der Welt, sondern vermehren sie nur. Und was schlimmer ist, sie provociren neue Angriffe, wie sie sich grade jetzt zahlreich gegen die Handhabung des Gesetzes der Presse und dem Vereinsrecht gegenüber zeigen. Dies ist ein schwerwiegender Nachtheil für die Gesinnung des Volkes, denn ihm sollte nie Gelegenheit geboten werden, an dem Satze zu zweifeln: Justitia est fundamentum regnorum." (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche.)

So schreibt ein liberales Blatt, welches sich selbst für eine entschiedene Gegnerin der Sozialdemokratie ausgiebt und dies auch durch vielfache Schimpfereien auf uns zur Genüge dokumentirt hat. Es muß also schon sehr traurig mit der Verwirrung der Rechtsbegriffe, welche die maßlosen Verfolgungen gegen unsere Partei angerichtet hat, aussehen, es muß die allgemeine Moral schon sehr schwer unter der „Nervosität und Empfindlichkeit" hoher Personen leiden, wenn ein so reichs- und bismarcktreues Blatt sich zu derartigen Betrachtungen aufrafft.

Sehr bezeichnend aber ist es, daß die „Magdeb. Zeitg." den Richtern selbst den Vorwurf allzu großer Nervosität und Empfindlichkeit der Sozialdemokratie gegenüber macht. Sehr bezeichnend!

— Wie sich die Interpellation der Herren von Bennigsen, Hänel und Genossen im deutschen Reichstage in Bezug auf die Orientfrage in den Köpfen unserer reichs- und regierungstreuen Spießbürger widerspiegelt, das geht klar aus einem Leitartikel der liberalen „Flensburger Nachrichten" hervor, in dem wir Folgendes lesen:

„In diesem entscheidenden Augenblick hat sich der Reichstag entschlossen, die auswärtige Situation vor seinem Forum zur Sprache zu bringen. Die Mitglieder aller reichstreuen Parteien, von den Conservativen bis zur Fortschrittspartei, haben sich vereinigt, um an den Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob und wann er dem Reichstage Mittheilungen über die auswärtige Politik zu machen gedenke. Mit diesem Vorgehen ist in würdiger und geschickter Weise dem Bestreben des Centrums und der Sozialdemokratie, die auswärtige Politik des Reichskanzlers vom schroff oppositionellen Standpunkt zu behandeln und Kapital für ihre Agitationszwecke daraus zu schlagen, die Spitze abgebrochen. Nicht in Gestalt einer Anklage, wie die beabsichtigte Interpellation des Centrums und der Sozialdemokratie sich von vornherein ankündigte, sondern als einfache Anfrage tritt die Aufforderung an den Reichskanzler heran, der in seiner auswärtigen Politik sich des Vertrauens und der Zustimmung der Mehrheit des Reichstags versichert halten kann."

Hier wird also offen eingestanden, daß die Interpellation der reichstreuen Mehrheit lediglich entweder auf Bestellung „gemacht", oder aber, um einer entschiedenen Anfrage die Spitze abzubrechen, gestellt worden ist. Wenn wir der liberalen Majorität ihre Bedientenhaftigkeit und Hundedemuth vorwarfen, dann entstand gewöhnlich ein lautes Gezeter bei den „Reichstreuen", und jetzt sind die Herren schon so weit herabgekommen, daß sie ihre servilen Eigenschaften nicht allein selbst eingestehen, sondern noch darauf stolz sind. Daß sich auch die edlen Fortschreiter der demüthigen Interpellation angeschlossen haben, die den Reichskanzler erst um Erlaubniß bittet, anfragen zu dürfen, ob er eine Antwort geben wolle, liegt in der Natur der Sache — das Schwänzchen muß eben wedeln. Ob Bismarck nicht zu stolz sein wird, auf derartige devote Anfrage überhaupt eine Antwort zu geben? Jedenfalls wird der Reichstag nach der Antwort nicht klüger sein als zuvor.

— Die Partei des Rückschritts hat wieder einmal einen Antrag verbrochen, den sie im Reichstage einbringen will. Er bezieht sich auf das Haftpflichtgesetz und es figuriren als Antragsteller die Herren Dr. Max Hirsch, Allnoch, Dr. Meyer und Wolffsheim. Derselbe lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher unter Abänderung des § 2 des Gesetzes vom 7. Juni 1871 die Bestimmungen desselben auf alle mit besonderer Gefahr für Leben und Gesundheit verbundene Gewerbebetriebe ausdehnt und durch anderweitige Regelung der Beweislast den Beschädigten zugleich einen wirksamen Schutz gewährt." — Anstatt einen Antrag präcise dahin zu formuliren, daß der Schuldbeweis bei allen Unglücksfällen vom Unternehmer zu führen sei, daß ferner die Arbeiter bei den Bauten und bei dem landwirthschaftlichen Maschinenbetrieb mit in das Schutzgesetz aufzunehmen seien, bringen die fortschrittlichen Rückschreiter obiges Wischi-Waschi ein, welches der Regierung die erwünschte Gelegenheit giebt, bei der Einbringung des Antrags sich in Schweigen zu hüllen und die ganze so dringliche Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. Ein ächt „fortschrittliches" Manöver!

— Etwas von unserm braven Erbfreund. Am 10. November vorigen Jahres wurde vom Memeler Kreisgericht eine Vorladung „eingeschrieben" nach russisch Schaulen, einem Orte bei Tauroggen, per Post gesandt; dieselbe sollte eine Person veranlassen, in einem am 21. November stattfindenden Schwurgerichtstermine als Zeuge zu fungiren. Nach Verlauf von drei Monaten ist nun endlich die Vorladung nach Memel zurückgekommen mit dem russischen Postvermerk, daß Adressat in Schaulen nicht zu ermitteln sei. So geschehen in einem Lande, dessen Regierung sich über „polnische" und „türkische" Wirthschaft aufhält und dieselbe durch solche russische Wirthschaft ersetzt hat oder zu ersetzen sucht. — Ueber die grausame Behandlung, die der geistvolle Tschernischewski in Sibirien erleidet, hören wir, daß derselbe, nachdem er seine siebenjährige „Strafe" in den Sibirischen Bergwerken verbüßt hatte, in Biljuisk, einem von wenigen Jakuten bewohnten Orte im hohen Norden (63 Grad nördl. Breite) Sibiriens internirt wurde, damit

---

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

III.

Im vorigen Kapitel haben wir das Budget der Einkünfte des russischen Reiches, oder besser das Budget der Ausgaben des russischen Volkes, welche Ausgaben den Staatsmechanismus erhalten, besprochen. Aber das ist noch nicht alles, was das Volk auf dem „Altar des Vaterlandes" opfert. Es existiren noch eine ganze Masse von verschiedenen anderen Abgaben, Steuern und Zinsen, welche im Namen des Staates aus dem Volke ausgepreßt, aber in das Reichsbudget nicht eingetragen werden. Wir werden der Uebersichtlichkeit halber diese Summen zusammenrechnen. Um aber unparteiisch bei den Berechnungen zu bleiben, werden wir alle die gewonnenen Resultate eher zu niedrig als zu hoch anschlagen.

In diesen Theil der Ausgaben gehören vor allem die sogenannten Ausgaben für lokale Bedürfnisse, d. h. Landesprästanden, städtische und Dorfgemeinde-Ausgaben. Wir glauben mit vollem Rechte, diese Ausgaben zu dem Budget der Reichsausgaben rechnen zu dürfen, denn sie dienen zur Erhaltung der „Staatsordnung", dem Zwecke des „Staatswohles" u. s. w. Nur unsere Liberalen können sich mit einer „Selbstverwaltung" rühmen, die eigentlich nur eine Scheinverwaltung ist, denn diese steht in unserem streng centralistisch-absolutistischen Rußland unter dem Drucke der Satrapen, Gouverneurs genannt.

Die Landesprästanden von 1871 betrugen annähernd 19,056,000 Rubel in nur 33 Gouvernements. Zu dieser Summe müssen auch die in Naturalien bestehenden Abgaben in den 33 Gouvernements gerechnet werden, aber wir unterlassen dies, da wir keine richtigen Angaben darüber finden; in den übrigen Gouvernements, wo die Landesverwaltung noch nicht eingeführt worden, stehen die Abgaben in Naturalien noch in Blüthe. In den letzten Regierungsjahren des Nikolaus betrugen die Naturalabgaben 75—83 Kopeken auf jeden Kopf. Nehmen wir aber nur die Hälfte davon, so bekommen wir 10 Millionen Rubel in den übrigen Gouvernements. Also die Landesprästanden von 1871 beliefen sich im ganzen Lande auf mehr als 29 Millionen Rubel. Seitdem haben sie sich wahrscheinlich vermehrt, da die Ausgaben in Rußland, wie wir im zweiten Kapitel gesehen, mit jedem Jahre wachsen.

Wenn wir den russischen Organen Glauben schenken wollten, so wachsen die lokalen Landesausgaben um 12 Prozent jedes Jahr. Wir wollen aber nur die Hälfte davon, d. h. nur 6 Prozent nehmen, obwohl in mehreren Gouvernements seit dieser Zeit noch die „neuen Gerichte", die große Kosten verursachen, eingeführt wurden. Bei dieser bescheidenen Berechnung finden wir, daß sich die Landesprästanden im Jahre 1877 auf 41,131,000 Rubel belaufen. Wollten wir ein getreues Bild in dieser Hinsicht liefern, so müßten wir mehr auf die Einzelheiten eingehen, wir müssen dies aber unterlassen, da wir in der russischen Literatur keine Arbeit vorfinden, die uns hierüber aufklären könnte, denn die russische Regierung leidet solche Arbeiten nicht. Die Ursache, daß wir keine solche literarische Arbeit besitzen, liegt in der Feigheit unserer Regierung, die überall in den Landesversammlungen mit ihrer Scheinverwaltung „Constitutionen" und „Parlamente" wittert.

Unsere Landesverwalter sind große Maulhelden, aber sonst feig. Aehnlich ihren Brüdern im Auslande, den Liberalen, verleugnen sie ihre Prinzipien und wälzen alle Abgaben auf die armen Bauern und halten dieselben in der alten Sklaverei, die seit 1861 abgeschafft sein soll. Die Umlagen der Bauern z. B. betragen 20,5 Kopeken auf die Dessjatine (4 Morgen), während die der Gutsbesitzer nur 6,3 Kopeken ausmachen. Die liberalen Gutsbesitzer, die die Landesvorsteher bilden, zahlen drei mal weniger als die Bauern. Schon dieses Verhältniß zeigt unsere Liberalen im richtigen Lichte.

Noch schwerer zu berechnen sind die Ausgaben für die städtische und Dorf-„Selbstverwaltung". In dieser Hinsicht müssen wir uns mit privaten Mittheilungen und eigenen Erfahrungen begnügen. Nach unserer Berechnung, niedrig genommen, belaufen sich die städtischen Ausgaben auf 31 Mill., die der Dorfgemeinden auf 37½ Mill. Rubel. Wie unsere Leser bemerkt haben werden, gehen wir bei unseren Annahmen sehr vorsichtig zu Werke, aber wir wollen noch gerechter sein und werfen von den obigen Summen die Hunderte und Tausende weg. Also die lokalen Verwaltungen kosten dem Volke:

Landesprästanden . . .	41	Mill. Rubel,
Städtische Steuern . . .	31	„ „
Dorfgemeindesteuern . .	37	„ „
	109	Mill. Rubel.

In diese Rubrik der Ausgaben gehören auch die großen Kapitalien der Reichs-, Gesellschafts- und Wohlthätigkeitsinstitutionen. Die Zinsen von diesen Kapitalien dienen zur Unterstützung der Invaliden und Stipendiaten, zu aller Art Pensionsdotationen, Wohlthätigkeitszwecken und zur Errichtung von Kirchen. Weiter gehört noch hierher die große Masse von Gebäuden, technischen Instituten u. s. w., welche verschiedenen Staats- und Gesellschaftszwecken dienen.

Es wäre von unserer Seite unverantwortlich, diese Kapitalien und deren Zinsen nicht in das Budget der Reichsausgaben einzureihen. Nach einer speziell statistischen Revue, „Militär-Statistischer Sammler", betrugen diese speziellen Einnahmen 1868 33 Millionen Rubel, was sehr niedrig gerechnet ist, denn hierher gehören noch die „speziellen Mittel" der sehr reichen Gesellschaft des „Rothen Kreuzes", der Gesellschaft „zur Hilfeleistung für Schiffbrüchige", die Werthe der Produkte, die die verschiedenen Ministerien aus den ihnen gehörigen technischen Instituten verbrauchen, u. s. w. Wir wollen nur anführen, daß jedes Ministerium seine eigenen Buchdruckereien, großen Gebäude, Schlösser, Bibliotheken, Museen ꝛc. besitzt. Solche Gebäude besitzt die Regierung fast in allen Gouvernementsstädten. Und doch wollen wir alle diese „speziellen Ergänzungseinnahmen und Mittel" nur auf 30 Millionen Rubel berechnen, obwohl alle die oben angeführten Werthe und Kapitalien viel mehr Nutzen bringen könnten, befänden sie sich in den Händen des arbeitenden Volkes. Mit vollem Recht kann man hier das russische Volkssprichwort: „Wo die Regierung einen Rubel einnimmt, verliert der Bauer fünf Rubel" anwenden. Aber doch bleiben wir bei den 30 Millionen Rubel, denn wir haben noch viele „Sünden" unserer Regierung aufzudecken. Also zurück in den Sumpf der Volksausbeutung durch unsere Regierung und forschen wir weiter.

In der Loskaufsoperation besteht der ganze Stolz der Regierung Alexander's II. Die Last dieses Loskaufs drückt aber so schwer auf das Volk, daß es einen unaussprechlichen Haß gegen diesen empfindet. Das Loskaufsgeld wurde den Bauern aufgehalst, um den Gutsbesitzern die Freilassung der Bauern zu vergüten. Diese Loskaufsoperation ist dazu erfunden, um die Unantastbarkeit des „heiligen Eigenthums" zu sanktioniren. Der Zweck war ein rein staatlicher. Unten werden wir noch auf die Loskaufsoperation zurückkommen, hier aber wollen wir nur die schweren Loskaufsgelder, die auf dem Volke lasten, berechnen.

Bis zum 1. Januar 1877 kamen zum Loskauf 8,129,879 Mann der gewesenen Hörigen. Die Summe des jährlichen Loskaufs beträgt 40,608,500 Rubel. Zu dieser Summe müssen wir noch die Loskaufsgelder der polnischen Bauern, für die ein spezielles Gesetz existirt, hinzufügen. Weiter haben wir noch mehr als 2 Mittelrußland, die noch nicht ganz befreit sind, weshalb sie noch bis jetzt und so lange den Gutsbesitzern Frohngelder zahlen müssen, bis sie zum Loskauf kommen werden. Diese Bauern nennt man „Zeitpflichtige".

Noch sei erwähnt, daß die Frohngelder höher zu stehen kommen, als die Loskaufsgelder, und zwar um 20 Prozent. Wenn wir nun zu den oben angeführten 40 Millionen Loskaufsgeldern noch 12 Millionen Frohngelder der „Zeitpflichtigen" und ungefähr 6 Millionen der polnischen Bauern hinzufügen, so bekommen wir 58 Millionen Rubel Loskaufsgelder, welche, wie sich das Manifest bei Befreiung der Leibeigenen ausdrückte, „zur Verbürgung des Bauernwohlstandes" dienen sollen.

(Fortsetzung folgt.)

ihn seine Freunde nicht befreien können. Das Klima ist dort sehr streng, so daß die zu seiner Ueberwachung dirigirten Gensdarmen nicht länger als ein Jahr oder noch weniger dort aushalten können. Die Lage Tschernischewski's ist jetzt noch schlimmer, obwohl er seit 1871 nicht mehr zu den Sträflingen gezählt wird. In Folge der schlechten klimatischen Einflüsse leidet er an einem Kropf. — Und eine Regierung, die im eigenen Lande so haust, will sich als Streiterin für Christenthum und Humanität ausgeben! Man müßte lachen, wenn die Sache nicht so ernst wäre, und wenn nicht auch in Deutschland zahlreiche Menschen vorhanden wären, welche freudig mit der russischen Regierung Schulter an Schulter stehen möchten.

— Die Urtheile in dem großen russischen Prozesse sind, nach einem Telegramm vom 6. d., gesprochen. Hippolit Mischkin wurde zu einer zehnjährigen Strafarbeit in den Bergwerken Sibiriens verurtheilt; fünf der Angeklagten wurden zur Ansiedelung in den entfernten Gouvernements d. h. zur Deportation in den Kaukasus, 63 zu Gefängnißstrafen verurtheilt; 90 wurden freigesprochen; alle Verurtheilten, mit Ausnahme Mischkin's wurden der „Gnade" des Kaisers empfohlen. So hat diese schmachvolle Justizfarce geendet. Wir werden auf dieselbe zurückkommen.

— Ueber die europäische Lage ist absolut nichts Neues zu sagen. Nach wie vor ist Alles in der Schwebe. Die englische Flotte liegt vor Konstantinopel, die Russen sind zwar nicht in Konstantinopel eingezogen, stehen aber in unmittelbarer Nähe der Stadt und sollen auch bis Gallipoli vorgedrungen sein, also die Einfahrt in's Marmarameer bedrohen. „Bei so gespannter Situation", munkeln schon die Offiziösen, „wird Fürst Bismarck am Dienstag die Interpellation wohl kaum schon beantworten können." Nun — das ist auch ziemlich gleichgiltig. Nach „beantworteter" Frage würden wir so wie so nicht klarer sehen als vorher.

— Gegen Most ist (auf Grund seines Auftretens gegen die „Christlich-Sozialen") wegen Beleidigung des Oberkirchenraths und der evangelischen Geistlichkeit Anklage erhoben worden. Nicht genug mit diesem Erfolge, hetzen die Stöcker und christlichen Consorten noch weiter, um die Staatsanwaltschaft zu einer ernsthafteren Anklage zu veranlassen. Alles im Namen der „Religion der Liebe".

— Am 12. ds. Mts. nahm der Reichstag einen Antrag Demmler's: das Strafverfahren in mehreren Prozessen gegen Liebknecht während der Dauer der Session zu sistiren, ohne Widerspruch an. Der betr. Antrag, der eigentlich erst in der nächstfolgenden Sitzung (vom 14. d.) zur Verhandlung hätte kommen sollen, wurde ausdrücklich mit Zustimmung des Hauses schon am 12. vorgebracht, weil Liebknecht auf den 13. d. M. zu einem Termin nach Breslau geladen war. Noch am Nachmittag des 12. wurde der Beschluß des Hauses vom Präsidium des Reichstags dem Reichskanzleramt zur Ausführung mitgetheilt. Was dieses mit dem Beschluß gemacht hat, wissen wir nicht; wohl aber wissen wir, daß der Termin gegen Liebknecht in Breslau abgehalten, und daß das verurtheilende Erkenntniß des Reichenbacher Gerichts einfach bestätigt wurde. Nun lautet zwar dieses Erkenntniß blos auf eine rein formale Strafe (30 M.), aber der Prozeß selbst hat eine hohe prinzipielle Bedeutung, und, gestützt auf den Beschluß des Reichstags, wird darum Liebknecht an geeignetem Ort und zu geeigneter Zeit die nöthigen Schritte thun, um die Ungültigerklärung des Erkenntnisses vom 13. d. M. zu erwirken. Wir sind gespannt, welche Haltung der Reichstag einnehmen wird, dessen Autorität doch offenbar im Spiel ist.

— Unser Ehrenmitglied Tessendorff an der Arbeit. Das Schwert des Damokles, schreibt der „Botschafter", schwebt schon seit länger als Jahresfrist in Gestalt staatsanwaltlicher Straf- und Auflösungs-Anträge über dem Deutschen Tabakarbeiter-Verein, dem ältesten und, wie allgemein anerkannt wird, dem bestorganisirten und thatkräftigsten, auf Grund des durch Gesetz gewährleisteten Koalitionsrechts begründeten, nicht politischen Gewerkschafts-Verein. Auch Herr Tessendorff hat seinen jetzt, um dem Verein nach fast dreizehnjährigen Bestehen den Garaus zu machen. Die Central-Leitung des Vereins, sowie eine Anzahl ihm zugehöriger Lokal-Vereine sind von ihm unter Anklage gestellt worden, und zwar, wie er in naiver Weise selber eingesteht, wegen ihrer großen Machtentfaltung! — Ueber 7000 centralistisch organisirte Arbeiter mit einem disponiblen Kapital von 20;000 bis 30,000 Mark ist seiner Anschauung nach eine ständige Gefahr für das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte. Wir sehen, daß Herr Tessendorff à toût prix (um jeden Preis) für die Sozialdemokratie agitiren will; denn eine Auflösung des Tabakarbeiter-Vereins würde der Sozialdemokratie eine Elite-Truppe zuführen, die auch die Kriegskasse derselben füllen wird, damit die Propaganda noch viel nachdrücklicher als seither für die sozialistischen Prinzipien betrieben werden kann.

— In dem in Leipzig anhängigen Bismarcksbeleidigungsprozeß gegen Verleger und Drucker des R. Meyer'schen Buches: „Politische Gründer und die Corruption in Deutschland" ist, nachdem die gegen das Urtheil 2. Instanz erhobene Nichtigkeitsbeschwerde verworfen und der den Angeklagten auferlegte Reinigungseid von letzteren abgelehnt worden war, am 9. Februar ein anderweites Erkenntniß publizirt worden. Es lautet für den Verleger, Herrn E. Bidder, auf 3 Monate und 3 Wochen, geklagten haben auch gegen dieses Urtheil die Appellation angemeldet.

— Wie die „Westphälische Freie Presse" mittheilt, wurde zu Dortmund am 13. d. unser Parteigenosse Ostermann angeblich wegen Majestätsbeleidigung verhaftet und in das dortige Gerichtsgefängniß abgeführt. Das Vergehen soll durch Abdruck einer Notiz aus dem „Vorwärts" begangen sein, in welcher die Verleihung des Ordens pour le mérite an den Fürsten von Rumänien mit dem Verfahren gegen die badischen Reichsverfassungskämpfer zusammengestellt ward.

— Am 13. d. starb zu Berlin Gustav Rasch an den Folgen eines Schlaganfalls, der ihn vor mehreren Wochen in Wien betroffen. In seinen letzten Fieberphantasien feierte er die „goldene Freiheit". Gegen 6 Uhr Morgens, so schreibt ein Freund, richtete sich der Kranke, der seit vielen Wochen nicht ein Glied rühren konnte, plötzlich im Bette auf, mit mächtigem Zuge holte die Brust nach der Anstrengung Athem, dann rief er mit vollem Ton: „Frei bis zur Adria!" und leblos sank der Körper in die Kissen zurück. — („Frei bis zur Adria" ist der Titel eines Buchs, in welchem Rasch für die Befreiung Italiens eintrat.) Rasch, früher ein nationaler Demokrat aus der alten Schule, hat sich weiter entwickelt und bekannte sich seit 1873 entschieden zu sozialdemokratisch:n Ansichten.

— Am 23. Januar starb im Städtchen St. Mary, Staat Ohio, in Amerika August Willich, im Alter von 68 Jahren. Preußischer Offizier, schlug er sich 1848 auf Seiten des Volks, kämpfte 1848 in Baden und 1849 in der badisch-pfälzischen Reichsverfassungskampagne, wanderte, nachdem er einige Zeit in London als Verbannter gelebt, nach den Vereinigten Staaten aus, trat dort bei Ausbruch der Südstaatler-Empörung in die Dienste der Union und zeichnete sich so aus, daß er bald zum General avancirte. — Früher eifriger Sozialist, ja Communist, hatte er seit seiner Auswanderung jede Fühlung mit der sozialistischen Partei verloren.

— Das neueste Heft (10) der „Zukunft" vom 15. Februar 1878 hat folgenden Inhalt: 1) Die Uebertragung der Feuerversicherung an das Reich. Von Dr. A. Mülberger. — 2) Zur Steuerreform der Großstädte. — 3) Ueber den Zusammenhang des wirthschaftlichen und des politischen Prinzips im demokratischen Sozialismus. — 4) Polemik. — 5) Rezensionen.

— Zur Bierverfälschung. An eine große Zahl von Restaurateuren, besonders am Rhein, sind in letzter Zeit Briefe folgenden Inhalts gesandt worden: „Geehrter Herr! Es wird Ihnen vielleicht noch nicht bekannt sein, daß die sogenannten echten, dunkeln Biere (Culmbacher, Nürnberger, Erlanger u. s. w.) zum großen Theile auf kaltem Wege hergestellt werden oder sich wenigstens auf diesem Wege herstellen lassen, d. h. es wird dem gewöhnlichen hellen Lagerbiere vor dem Transport ein Zusatz von, der Gesundheit allerdings durchaus zusagenden Stoffen beigemischt, wodurch der besondere Geschmack und das Aussehen erzielt werden. Dieser Zusatz, der etwa per Hektoliter 1 Mk. 50 Pf. kostet, ist sehr leicht hergestellt und wird Ihnen der große pekuniäre Vortheil einleuchten, den Sie haben, wenn Sie sich die immer mehr in Aufnahme kommenden fremden Biere selbst herstellen; ja, Sie können dieselben, besonders im Sommer, in viel schönerer Qualität haben, da die schweren Biere bekanntlich auf dem langen Bahntransporte leicht durch die Hitze leiden. Ich habe in meiner langjährigen Thätigkeit als Braumeister die Zusammensetzung der verschiedenen Rezepte genau kennen gelernt und bin gern bereit, Ihnen dieselbe mitzutheilen, und liegt es in Ihrem eigenen Interesse, einmal einen Versuch damit zu machen, und wird sich das Produkt, vorausgesetzt, daß das Lagerbier fehlerfrei war, in nichts von dem besten Exportbier unterscheiden. Die drei oben angeführten Sorten sind die beliebtesten, doch bin ich gern bereit, Ihnen bei Bereitung anderer, bei Ihnen eingeführten Biere mit meinem Rathe an die Hand zu gehen, und bitte in diesem Falle, mir zwei Flaschen des betreffenden Bieres einzusenden. Jedes Rezept kostet 15 Mark, alle drei zusammen 30 Mark, und rechne bei Nachbestellung der übrigen das bezahlte Geld auf das Ganze an. Machen Sie vertrauensvoll den Versuch — die Kosten sparen Sie ja in einer Woche, Sie sind dann nicht von dem Bahntransporte abhängig und können Ihren Gästen einen gleich guten Stoff vorsetzen. Osterwiek a. H. Hochachtungsvoll B. Stein." Nun, der Mann kennt den „Zug seiner Zeit"! Die kolossale Zunahme des Ausschanks „dunkler Biere" wird hiernach Niemand mehr Wunder nehmen. Und auch nicht die ebenso kolossale Zunahme von Magenkatarrhen und sonstigen Erkrankungen in Folge des Biergenusses. —

— Herr Ronge, Johannes, Exreformator und Luther II. führt seit Jahren, da das religiöse und unreligiöse „Geschäft" nicht mehr blühen will, in Darmstadt ein ziemlich obskures Leben. Wie wir aus einem von ihm herausgegebenen Winkelblättchen („Die Neue religiöse Reform") ersehn, ist er nun zu den Stöcker'schen Sozial Muckern übergegangen. Jeder findet doch zuletzt das ihnen gebührende Plätzchen.

— Russisches Bauernleben. Ueber das Leben und Treiben der Bauern im Mesen'schen Kreise, Gouvernement Archangel, schreibt ein dortiges Blatt: „Mancher Bauer weiß es nicht, wie er sich bis zu der Zeit, wo ihn der Tod von den irdischen Sorgen erlöst, durch's Leben schlagen soll. Dennoch sieht man hier selten ein verzagtes Gesicht. Der hiesige Bauer findet fast jeden Tag eine Gelegenheit, sich ohne Kosten am Branntwein zu berauschen und auf diese Weise seine schlimme Lage, wenn auch nur für einige Zeit, zu vergessen. Bald bewirthet man ihn mit Branntwein, damit er seine Stimme für die Eröffnung einer Schenke abgiebt, bald wird seine Stimme bei Wahlen durch Branntwein erkauft — kurz bei jeder Gemeindeversammlung ist die Schenke offen, und der Branntwein, der von den interessirten Personen gespendet wird, giebt bei der Abstimmung den Ausschlag. So machte unlängst der reiche Kaufmann Rushnikow der Gemeinde von Leschukom den Vorschlag, ihm ein Grundstück zur Errichtung eines Magazins für Spiritus und Branntwein abzutreten. Es wurde eine Versammlung der stimmberechtigten Gemeindemitglieder veranstaltet und der Kaufmann wandte sich mit folgender Ansprache an die Bauern: „Meine lieben Leute! Was wollt Ihr mit dem Grundstück anfangen? — Tretet mir den Platz ab, ich gebe Euch drei Wedro Branntwein zum Besten!" — Allerdings erhoben sich einige Bauern und meinten, das Grundstück könne man nicht abtreten, denn es sei eigentlich für ein Gemeindemagazin bestimmt; — die Mehrzahl aber sprach, verlockt durch den versprochenen Branntwein, das Grundstück dem Kaufmann zu. — In anderen Gemeinden ließ man die Dorfschulen eingehen, gestattete aber die Eröffnung von Schenken. Diese Schänken sind das größte Uebel für unsere Bauern: jedes sauerverdiente Geldstück schleppt der Bauer in die Schänke. Kommt nun der Beamte, um die Steuern einzutreiben, dann ist kein Geld da und es kommt zu herzzerreißenden Scenen, wenn das Vieh und Hausgeräth gepfändet wird . ." Und so geht es fast überall im heiligen Rußland unter dem Fluche des Branntweins. Dafür liefert die Steuer auf spirituose Getränke aber auch dem Staate jährlich nahe an 200 (zweihundert) Millionen Rubel.

— Die sogenannte preußische Fortschrittspartei hat vor einigen Wochen in Berlin ein Bankett gehalten bei dem viel und gut gegessen, noch mehr und besser getrunken und zum Wohle des Vaterlandes unendlich geschwätzt wurde.

Darauf berichten die fortschrittlichen Zeitungen, das Bankett sei so glänzend ausgefallen, daß diese politischen Festlichkeiten fortan „zu den dauernden Institutionen in unserer Hauptstadt zählen werden."

Das Volk hungert und verlangt nach Brod, währenddem sitzen seine liberalen Vertreter an reichbesetzten Tischen und beweihräuchern sich gegenseitig. Prächtige Leute. Wann wird das Volk diesem Unfug ein Ende machen?

— Stöcker's pietistische Agitation ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Um die armen Hofprediger für ihre vielen Leiden zu entschädigen, haben die Herren C. Gerold sen., Bankier Lösche und Justizrath Stämmler eine Stiftung zu Gunsten der evangelischen Domprediger in Berlin und ihrer Hinterbliebenen gegründet, zu welcher bereits 3950 Mark gezeichnet sind. Dieselbe soll den Namen „Fons pietatis" (Quell der Frömmigkeit) führen. Die Herren Priester vertrösten das hungernde Volk gemeiniglich auf den Himmel; sie selbst aber lassen sich von irdischen Bankiers mit klingender Münze trösten. An des Himmels Segen ist Alles gelegen — besonders wenn man aus irdischer Hand zugleich einige Hundertmarkscheine erhält. Gründerg und Stöcker sollen leben!

— Mehlverfälschung. Von dem Düsseldorfer Zuchtpolizeigericht wurde am 4. Februar der Müller Heinrich Ulrich zu Einbungen zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil derselbe unter von ihm gemahlenes Mehl Gips gemischt hatte; das eine Mal fanden sich 8,7 pCt., das andere Mal 13,7 pCt. Gyps in dem Mehl vor. Die liberalen Zeitungen, auch die „Berliner Volkszeitung", fügen dieser Nachricht bedauernd folgenden Satz hinzu: „Die Fälschungen waren so ungeschickt vorgenommen, daß sie alsbald entdeckt wurden." — Ja, ja! Stehlen und betrügen ist erlaubt, nur darf man dabei sich nicht fassen lassen.

— Russisch. In russischen Blättern lesen wir: „Es wird nicht ohne Interesse sein, wie der General-Gouverneur Fürst Durdukoff-Korakoff in Kiew einige Damen von den von ihnen kundgegebenen türkischen Sympathien gründlich geheilt hat. Diese Damen, 5 an der Zahl, — man sagt, es sollen Polinnen gewesen sein — hatten an gefangene türkische Offiziere, welche auf ihrem Transport nach Rußland Kiew passirten, ganze Körbe voll Wein, Cigarren und Zuckerwerk ꝛc. vertheilt und überaus schön mit diesen Feinden ihres Vaterlandes gethan. Kaum war dies dem genannten General-Gouverneur gemeldet worden, so läßt er die türkenfreundlichen Damen festnehmen und nach einer 5 Werst von der Stadt entlegenen Irrenanstalt bringen, aus der sie nach 3 Tagen entlassen wurden, nachdem sie dort voll Bestürzung die Versicherung gegeben hatten, daß sie von ihrer Turkomanie vollständig geheilt seien. Den Rückweg nach Kiew mußten sie noch zur Strafe zu Fuß machen. Das Mittel ist barbarisch, aber probat." — Es ist eben russisch! Und dieses Rußland kämpft für die Befreiung der Christen in der Türkei!

— Wie man Zeitungen redigirt. Die Leipziger „Volkszeitung", ein zwischen „Fortschrittspartei" und Demokratie (auch Sozialdemokratie) hilflos hin- und herschwankendes Organ brachte in einer seiner letzten Nummern eine Correspondenz aus Dresden, in welcher die neuliche Massenversammlung über die Orientpolitik des Fürsten Bismarck und Liebknecht's Vortrag in dieser Versammlung ebenso albern als — unanständig besprochen oder richtiger nicht besprochen wurden.*) Nun, jedes Thierchen hat sein Plaisirchen. Besagtes Thierchen hätte aber bedenken sollen, daß die „Volkszeitung" in ihrem redaktionellen Theil wiederholt für den Standpunkt diesen in der Orientfrage eingetreten ist. Und der Redakteur? Er hat wohl geschlafen?

Beiläufig machte in jener Versammlung ein unglücklicher „Fortschrittler", der aber die reinste Bismarckerei vom Stapel ließ, Liebknecht sehr unglückliche Opposition und wurde von diesem gebührend abgefertigt und von der Versammlung gebührend ausgelacht. Daher der Zorn! Und was die Begriffs- und Prinzipienverwirrung im fortschrittlichen Lager betrifft, so sind wir ja daran gewöhnt.

*) Hat sich seitdem wiederholt. Um ihr Gewissen zu salviren hat die Redaktion aber diesmal in einer Fußnote bemerkt, sie (die Redaktion) stimme sachlich mit Liebknecht in dieser Frage überein. Jemand, mit dem man in einer so wichtigen Frage sachlich übereinstimmt, wegen seiner Darlegung derjenigen Ansichten, auf welche die Uebereinstimmung sich bezieht, pöbelhaft angreifen und beschimpfen lassen — das ist wahrhaftig — originell. —

Entgegnung

auf „die Motive des Sozialismus" von F. R.

(Fortsetzung.)

Ich weiß nicht, ob Sie nach dieser Erklärung meine 3. These noch ebenso scharf angreifen werden, als vorher. Meine Meinung ist die: Der Sozialismus vieler Sozialdemokraten sei weniger aus der klaren Erkenntniß der wirklichen Schäden unserer bisherigen Gesellschaftsform und der Mittel, wodurch diese Schäden zu beseitigen seien, hervorgegangen, als aus allerlei andern, und zwar zum Theil nicht zu billigenden Beweggründen, wie z. B. Klassenhaß, Neid, Genußsucht; er sei bei denselben viel mehr eine sittliche als eine intellektuelle Verirrung. Das ist meine Anschauung, die sich aus dem gebildet hat, was ich gelesen, gehört und gesehen habe. Und eine solche Ueberzeugung darf man wohl auch aussprechen. Bin ich im Irrthum, wohlan, so möge man mich eines Besseren belehren; ich lasse mich sehr gern belehren.

Indessen sehe ich, daß ich mit meiner Auffassung nicht vereinzelt dastehe. Herr Domcapitular Moufang zu Mainz meint, „die soziale Frage sei mehr eine Herzens- als eine Magenfrage." Und Moufang war bekanntlich der vertrauteste Gesinnungsgenosse des verstorbenen Bischofs Ketteler, dem sogar Lassalle das Zeugniß gab, er (der Bischof) habe sich in der Schrift: „Die Arbeiterfrage und das Christenthum" für seine Ansichten ausgesprochen. Moufang hat sich auch bei verschiedenen Wahlen der Unterstützung der Mainzer Sozialdemokraten zu erfreuen gehabt, wird also von denselben nicht als ein gehässiger Gegner angesehen. Trotzdem urtheilt er ähnlich wie ich. Dasselbe thun verschiedene Schriftsteller, welche über die heutige Sozialdemokratie geschrieben haben z. B. Jäger, Contzen, Geffken u. A.

Wenn ich behaupte, daß der Klassenhaß Viele der sozialdemokratischen Partei zuführe, so werden Sie es wohl kaum wagen, mir darin zu widersprechen. Sie müßten mit der Literatur Ihrer Partei völlig unbekannt sein, wenn Sie bestreiten wollten, daß die unausgesetzte Aufreizung zum Klassenhaß ein Hauptmittel der Propaganda für die sozialdemokratische Partei ist. Dies wird vielfach offen eingestanden. Der „Neue Sozial-Demokrat" schreibt 1872, Nr. 40: „Aber ihr predigt ja immer den Haß, den Klassenhaß — so wird man uns entgegenrufen — Ja wohl, und das thun wir, indem wir uns voll und ganz auf den Boden der Menschenliebe stellen;" und in Nr. 1 von 1872: „Ja, dieser Klassenkampf und dieser kleine Krieg, das ist es, was vornämlich unsere Partei charakterisirt." Ferner in Nr. 65 von demselben Jahre bei Gelegenheit des Zerwürfnisses mit Schweitzer: „Wir haben Schweitzer hochgeachtet und gerade deshalb hochgeachtet, weil er gerade derjenige war, der vorzugsweise den Klassenhaß gepredigt hat."

Was aber die Genußsucht anlangt, so weiß Jeder, der mit den Verhältnissen einigermaßen vertraut ist, daß die sozialdemokratische Propaganda in den Gegenden, wo die Bevölkerung sich noch die Tugenden der Mäßigkeit und Genügsamkeit bewahrt hat, und anderwärts wenigstens in den Kreisen der Bevölkerung, in welchen sich diese Tugenden besonders erhalten haben, wenig oder keine Erfolge erzielt hat. Wo der Wenigerbegüterte neidlos auf die sog. besitzenden Klassen hinblickt, wo er mit einem bescheidenen Loose zufrieden ist, da ist kein Boden für die Sozialdemokratie. Wo aber Unmäßigkeit und Genußsucht eingerissen sind, da blüht ihr Weizen. Es ist in dieser Beziehung charakteristisch, daß gerade in der Zeit der übertriebensten Löhne, von denen so Viele leider keinen vernünftigen Gebrauch zu machen wußten, in der Zeit, wo vielfach die übermüthigste Genußsucht in den Arbeiterkreisen einriß, wo die Rede vom „Massenelend" die unverschämteste Lüge war — ich sage, es ist charakteristisch, daß gerade in dieser Zeit die Sozialdemokratie so rapide Fortschritte machte. Das ist eine allbekannte Thatsache. Es fehlt aber auch nicht an ausdrücklichen Geständnissen hervorragender Sozialdemokraten, welche die Richtigkeit meiner Behauptung bestätigen. Nehmen Sie gefälligst das „Arbeiterlesebuch" von Lassalle zur Hand und lesen Sie auf Seite 31 und 32, wie derselbe die deutschen Arbeiter ablanzelt wegen „ihrer verdammten Bedürfnißlosigkeit" — „man müsse ihnen deshalb erst noch

beweisen, daß sie in einer traurigen Lage seien — — möglichst viel Bedürfnisse haben, aber sie auf ehrliche, anständige Weise befriedigen, das ist die Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit." — Diese Lehren sind nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen. Die Schüler reden's (und thun's) dem Meister nach: „Es weiß die Sozialdemokratie, daß Genuß Lebenszweck ist." „Neuer Sozial-Demokrat" 1873: „Es geht die grenzenlose Unverschämtheit so weit, daß kürzlich ein Bourgeoisblatt sich wüthend darüber stellte, daß der „Neue Sozial-Demokrat" niemals den Arbeitern ins Gewissen redete, das Schnapstrinken, Blaumachen, Tanzen und sonstige Ueppigkeiten zu lassen, und statt dessen hübsch fleißig und genügsam zu sein. — Nimmermehr soll es uns darum einfallen, das Volk zu bereden, einen einzigen Genuß fahren zu lassen." Also auch das Blaumachen nicht? Das paßt doch seltsam in die heutige nationalökonomische Zeit.

Nehmen Sie dazu die schon früher von mir citirte Stelle aus dem „Volksstaat" 1873: „Unsre Losung ist — und wir sagen es frisch, fröhlich und frei: Champagner, Klavier und Kinderwagen und die sonstigen schönen Dinge dieser Welt für das arbeitende Volk ꝛc." Sie sehen, die Ansprüche sind nicht klein. Wer giebt denn der ungeheueren Mehrzahl der sog. Bourgeois von heute Champagner und ähnliche schöne Dinge?

Diese Lehren wurden nicht tauben Ohren gepredigt; die Zeiten der goldenen Zukunft wurden von den Betrogenen im Voraus escomptirt, der Champagner wurde in den Zeiten der guten Löhne im Voraus getrunken; allerdings die Kinderwagen, welche damals leicht gekauft werden konnten, wurden in vielen Fällen nicht gekauft. („Was schert mich Weib, was schert mich Kind?") Dafür aber fuhr der Herr Papa oder der Herr Sohn, dem es nicht einfiel, wie sauer er seinen Eltern, die keine so hohen Löhne gekannt hatten, geworden war, am blauen Montag in der Droschke umher und an andern Tagen in der Droschke zum Arbeitsplatz, während der Bourgeois Bauunternehmer bescheiden zu Fuße ging.*) Damals predigten wir Pfarrer Sparsamkeit; aber Viele glaubten uns nicht. Was verstehen auch wir Pfarrer von solchen Dingen, wie Geschichte, Nationalökonomie u. dgl.? Dazu ist „unsre Elle" viel zu klein. Da wußte es Herr Bebel viel besser, wie es kommen werde, und rieth deshalb, wie ich mir habe sagen lassen, den Arbeitern: „Der Arbeiter müsse statt zwei Glas Bier deren täglich vier trinken, dadurch werde die Bierbrauerei gefördert, oder, statt einer Kreuzer-Cigarre müsse er solche für einen Groschen rauchen zur Hebung der Tabaksindustrie."

Damals nahmen sozialdemokratische Blätter keinen Anstand, ihre schrecklichen Schilderungen vom Hungertyphus in Berlin im Inseratentheil durch Annoncen, wie folgende, zu illustriren: „Den Herren Parteigenossen zur Kenntniß: Jeden Sonntag Ball. Jeden Montag und Donnerstag Theater-Vorstellung, nachher Kränzchen. Meine gut eingerichteten Salons sind noch an gewissen Tagen in der Woche zu Bällen und sonstigen Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben." — Wo solche Anerbietungen, und zwar mit Erfolg**) gemacht werden konnten, muß doch ziemlich viel Genußsucht vorhanden gewesen sein, und das ist gar nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, wie den Leuten die Genußsucht als eine nationalökonomische Tugend gepriesen wurde. Es gab damals allerdings auch Arbeiter, welche den Pfarrern und ihrer Elle einiges Vertrauen schenkten; sie sind nicht schlecht dabei gefahren, Herr F. R.

Von diesem Kapitel (der Genußsucht vieler Sozialdemokraten) können wir Pfarrer einiges erzählen. Wir erfahren davon wahrscheinlich mehr, als Sie. Wir sehen auch hinter die Coulissen; wir hören die Klagen von alten Eltern, von Frauen und Kindern; wir sehen auch die andre Seite der Medaille. Sie sehen in Ihren Versammlungen die begeisterten Klimpen für den sozialistischen Zukunftsstaat, welche den wohlklingenden Phrasen von allgemeiner Menschenliebe, von wahrer Brüderlichkeit frenetisch Beifall jauchzen — vielleicht beim wohlgefüllten Glase und andern „schönen Dingen"; wir aber sehen daheim die vernachlässigten Frauen und Kinder und merken dabei, wie weit die allgemeine Menschenliebe einstweilen noch geht.

Ich spreche nicht gern von diesen Dingen, Herr F. R., aber Sie haben mich dazu gezwungen. Auch urtheile ich nicht zu streng über diese Verirrungen, denn ich weiß nur zu gut — das sagt mir schon „meine Bibel" — wie sehr der Mensch von Natur zur Genußsucht geneigt ist. Wie können solche Verirrungen aber ausbleiben, wenn dem Menschen der beste Halt dagegen — und das ist die Religion, Herr F. R. — genommen, wenn ihm der Materialismus als das Evangelium der Aufklärung und Befreiung (ja, der Befreiung des Fleisches von der Herrschaft des Geistes!) so eifrig gepredigt wird? Ich klage nicht die Verführten an, unsre mißleiteten Jünglinge und Männer, ich beklage sie vielmehr von ganzem Herzen. Wohl aber klage ich Die an, welche das wilde Feuer der Begehrlichkeit in den schlecht bewachten Herzen angefacht und eifrig geschürt haben.

(Fortsetzung folgt.)***)

*) Daß Bauarbeiter in Berlin und zwar zu dem stundenweit entfernten Bauplatze zu 4 und 5 in einer Droschke fuhren (à Person 25 bis 30 Pfennige) ist wahr, die Leuten sparten dadurch an ihrer Arbeitskraft. Daß aber der Bourgeois-Bauunternehmer „bescheiden" zu Fuß nach dem Bauplatz ging, wenn er „nebenan" wohnte, ist nicht minder wahr, sonst aber fuhr er auf Gummirädern. Red. d. V.

**) Woher kennt Dr. Hager den Erfolg? Er redet hier allerdings über Dinge, die er nicht versteht — der Erfolg wurde durch dieselben Annoncen in den nichtsozialistischen Lokalblättern hauptsächlich erzielt. Red. d. V.

***) Die Fortsetzung resp. der Schluß der Artikel befindet sich noch nicht in unseren Händen. Red. d. V.

Correspondenzen.

Waldenburg i. Schl., 5. Februar. Wir erhalten ein Schreiben mit der Bitte, nachstehenden an den Fürsten Pleß gerichteten Brief zu veröffentlichen:

„An den Reichstagsabgeordneten
Seine Durchlaucht Herrn Fürst v. Pleß
in Berlin (Reichstag).
Euer Durchlaucht!

Von zwei großen Volksversammlungen — vom 27. Januar c. in Neu-Salzbrunn, sowie vom 3. Februar c. in Ober-Rudolfswaldau bei Wüste-Giersdorf, in welchen über „Die Stellung des deutschen Volkes zur Bismarck'schen Orient-Politik" verhandelt wurde — bin ich beauftragt, folgende darauf bezügliche Resolution (welche mit vollster Begeisterung einstimmig angenommen wurde) unserem Reichstagsabgeordneten, Euer Durchlaucht, zu unterbreiten; dieselbe lautet:

„Die heutige Volksversammlung ist der Ansicht, daß es Aufgabe jedes denkenden Staatsbürgers ist, die politischen Vorgänge genau zu beobachten und seine Ansicht über den Einfluß der jeweiligen Regierungspolitik auf das Wohl der Bevölkerung ungeschminkt zur Kenntniß der Regierenden zu bringen.

„Aus diesem Grunde hält sie sich für verpflichtet, ihr Urtheil zur russisch-türkischen Frage folgendermaßen auszusprechen:

„Die russische Regierung hat den Krieg gegen die Türkei nicht zur Förderung der Humanität unternommen, sondern zu einem aller Humanität hohnsprechenden Zweck, zur Befriedigung ihrer Ländergier. Der gegenwärtige Krieg schädigt nicht nur die unmittelbar daran betheiligten Völker, sondern übt seinen vernichtenden Einfluß auch auf die anderen europäischen Staaten aus. Nur im Frieden kann die Wohlfahrt der Völker gedeihen. Es muß also die Aufgabe jeder Regierung, die es mit dem Volke gut meint, sein, Alles zu thun, um die weitere Ausbreitung des orientalischen Krieges zu verhindern, und einen der Billigkeit entsprechenden Friedensschluß herbeizuschaffen."

„Die heutige Volksversammlung ist daher auch mit dem Vorgehen derjenigen Abgeordneten einverstanden, welche die deutsche Reichsregierung zu einer Aeußerung über ihre Stellung in der orientalischen Frage veranlassen wollen, und sie erklärt alle Abgeordneten ihres Mandats für unwürdig, die einer derartigen Interpellation feig aus dem Wege gehen."

Da diese Resolution mit dem Antrage, selbige Euer Durchlaucht zuzustellen, in der Zeitung „Wahrheit" publizirt war, so sind noch unendlich viele Zustimmungen schriftlich bei mir eingegangen.

Daher erlaube mir noch zugleich, Euer Durchlaucht nicht verhehlen zu dürfen und zu ersuchen — da die Gesinnung der hiesigen Bürger seit letzter Wahlperiode großentheils schon eine andere geworden ist (wofür mein jetziger Lebensberuf in hunderten von Beispielen Gelegenheit bietet — was auch die nächste Reichstagswahl dokumentiren wird) — diese Resolution als Zeichen der Stimmung der großen Mehrheit des Kreises zu betrachten — und bei entscheidenden Momenten im Reichstage in diesem Sinne handeln zu wollen.

Im Auftrage von vielen tausenden Bürgern zeichnet
Hochachtungsvoll ganz ergebenst
Hermann Braunschweig, Porzellanmaler."

(Fürst Pleß gehört natürlich mit zu jenen Interpellanten, die in ihrer Anfrage ein Vertrauensvotum für Bismarck votiren wollen; daß er nicht im Sinne der obigen Resolution wirken wird, dürfte unsern Waldenburger Freunden so gut wie uns bekannt sein. R. d. V.)

Danzig, 11. Febr. Am 7. d. M. fand die Verhandlung gegen die Parteigenossen J. Dorowsky und E. Dyck wegen Uebertretung der §§ 86 und 16 des Vereinsgesetzes vor dem hiesigen Stadt- und Kreisgericht statt. Da J. Dorowsky nicht zur Stelle war, wurde das Verfahren gegen ihn ausgesetzt; gegen E. Dyck wurde auf 50 Mark Geld- eventuell 10 Tage Gefängnißstrafe und Tragung der Kosten erkannt. Derselbe wird Appellation einreichen.

Hannover, 17. Februar. („Tagelöhner!" ein Schimpfwort.) Vor einigen Tagen passirte Einsender einen Rekruten-Drill-Platz, welcher von Schimpfworten schwerfien und leichten Kalibers wiederhallte. Neugierig geworden, blieb Einsender stehen und hörte aus dem Munde eines bartlosen Lieutenants die geflügelten Worte erschallen: Verdammter Bummelhengst, infamer Tagelöhner! Also ist der Tagelöhner zum Schimpfwort avancirt. Sehr nett das! Wenn nun der so angeredete Rekrut seinem Exerciermeister in ähnlicher Weise geantwortet hätte, so wäre er sicherlich streng bestraft worden, aber wer hätte wohl Recht gehabt? H.

Erfurt, 5. Februar. Gestern tagte hierselbst in dem Gasthaus zum „König von Preußen" eine Volksversammlung, welche sehr zahlreich besucht war. Das Referat hatte Genosse Nauert aus Leipzig übernommen. Derselbe wies in seinem sehr gediegenen Vortrage über „Christenthum und Sozialdemokratie" an der Hand der Geschichte nach, daß das Christenthum durchaus nicht besser wie die anderen Religionen sei, sondern stets bemüht gewesen wäre, jeden Culturfortschritt zu hemmen und nöthigenfalls mit Gewalt. Kein Mittel sei zu schlecht befunden worden, auch das gräulichste nicht; dies sei auch heutzutage noch so. Unsere gegenwärtigen Orthodoxen würden noch mit demselben Blutdurst Scheiterhaufen anzünden wie früher, wenn dies nur noch thunlich wäre. So sei aber die Kultur trotz alledem vorgeschritten und würde das auch in Zukunft geschehen. Als Gegner meldete sich der Vorsitzende des hiesigen christlich-conservativen Vereins, Herr Jacobsklötter, derselbe suchte zwar den Redner zu widerlegen, doch wurde es dem Genossen Nauert unter allgemeinem Beifall leicht, seinen Standpunkt zu behaupten. Viele der Versammelten waren wohl mit ganz anderen religiösen Gefühlen in die Versammlung gekommen, als sie dieselbe verließen, und die hiesigen Geistlichen, welche offenbar den Plan haben, hier in nächster Zeit mit der Gründung einer „Staatssozialisten-Partei" vorzugehen, haben gestern bedeutend an Terrain verloren.

Lörrach, 7. Februar. Wir hatten hier vor kurzem seine sehr gut besuchte Volksversammlung, in der Genosse Lehmann aus Pforzheim über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten" in zweistündiger Rede die Prinzipien der Sozialdemokratie unter allgemeinem Beifall klarlegte. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Zum Schlusse der Versammlung forderte der Referent noch zum Abonnement auf die sozialistische Presse, namentlich auf den „Vorwärts" und das „Bairisch-Pfälzische Volksblatt" auf.

Coburg. Sonntag, den 13. Januar tagte hier eine stark besuchte Versammlung, in welcher Genosse Grillenberger aus Nürnberg über die „Zuchthausarbeit" einen allseitig mit Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Am Schluß der Versammlung wurde eine Petition an den Reichstag um Aufhebung resp. Beschränkung der Zuchthausarbeit mit zahlreichen Unterschriften bedeckt.

Gewerkschafts-Conferenz in Gotha.

Dieselbe findet am 24. ds. Mts. daselbst in
Hartmann's Restauration (Erholung) am Dammweg
statt, und beginnt Vormittags 9 Uhr.

Die ankommenden Delegirten werden von Genossen — an rothen Schleifen erkenntlich — auf dem Bahnhof empfangen werden.

Wir ersuchen die Gewerkschaften, welche die Conferenz beschicken, ihre Delegirten bei Hrn. Bock, Kühlgrabenweg Nr. 3 in Gotha anzumelden.

Kapell.

NB. Bitte alle Parteiblätter um Aufnahme. D. O.

Eßlingen. (Zur Beachtung.) Die Unkosten der kürzlich stattgefundenen Stadtschultheißen-, Gemeinderaths- und Bürgerausschußwahlen betragen ca. 500 Mark. Zur Deckung derselben werden in den nächsten Tagen Sammellisten ausgegeben. Abrechnung erfolgt in der „Süddeutschen Volkszeitung". Um rege Betheiligung der Parteigenossen ersucht Das Comité.

Zur Beachtung.

Um die Agitation in unserer Gewerkschaft zu beleben, ersuchen wir die Partei-Agenten für Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Lauenburg und Hannover sowie die Bevollmächtigten anderer Gewerkschaften, uns Adressen von Schneidern zu übermitteln. Das Agitations-Comité für den Hamburg-Altonaer Kreis will nämlich eine planmäßige Agitation im ganzen Norden betreiben und bedarf deshalb Adressen von Gewerksgenossen in den verschiedenen Orten.

J. A. der Schneider-Gewerkschaft Hamburgs:
H. J. Freitag, Bevollmächtigter, bei den Hütten Nr. 111, 3. Etage.

Für das Agitations-Comité:
J. F. Schrödter, Marxstraße Nr. 17 bei Peterschella.

Elmshorn. 13. Februar. Den Gewerkschafts-Genossen der Schuhmacher, welche meinen Mann während seines langen Krankenlagers so kräftig unterstützt haben, so wie allen Denjenigen, welche am Montag, den 12. ds. Mts. demselben die letzte Ehre an seinem Grabe erwiesen haben, so wie auch den Genossen aus Darmstadt, welche meinen Mann mit ihrer Fahne zu Grabe geleiteten, sage ich meinen herzlichsten Dank.

Die hinterbliebene Helene Brage.

Briefkasten

der Redaktion. Hrn. O. R. in Reichenbach i. V.: Haben Sie die Güte sich näher auszusprechen, wir verstehen Ihre Frage nicht recht. — L. L. in Königsberg: Wenn die bekannten sozialistischen Broschüren nicht zweckentsprechend sein sollten, so rathen wir zu Lange's „Arbeiterfrage" (für 4 Mark bei unserer Genossenschaftsbuchhandlung zu beziehen). — St. in München: Also Sie geben dem Genossen R. Recht — gut! Nun gilt es aber auch zu handeln und nicht zu polemisiren. Zwei Folioseiten sind leicht beschrieben, den Uebelständen ist dadurch aber noch lange nicht abgeholfen.

Mehrere Parteigenossen in Cöthen. Anonyme Schreiben werden nicht berücksichtigt. D.

der Expedition. J. Odenthur Ober-Ingelheim: In einigen Tagen werden wir Ihnen Bescheid geben, ob Ihre Annonce aufgenommen werden kann. — R. Reinhold Albany: Heine's Werke können Sie durch uns beziehen. Es giebt verschiedene Ausgaben hiervon, die größte kostet 21 Mark, Volksausgabe ist schon um 12 Mark zu haben. Geben Sie uns auch an, auf welchem Wege wir Ihnen das bestellte Bild Triumph of Order schicken sollen, per Packet kommt es zu theuer, setzen Sie sich mit einer Buchhandlung (vielleicht Willmer und Rogers in Newyork) in Verbindung, durch welche wir Ihnen das Bild und etwaige Schriften zukommen lassen können.

Quittung. Hffman London Ab. 40,80. Wrgs Wien Schr. 5,12. Br Halle Ann. 2,10. Kchartr Hof Schr. 8,00. Sdl Zürich Ab. 200,00. Grlndrgr Nürnberg Ab. 150,00. Fischr Wurzen Schr. 20,19. Glz das. Schr. 9,70. Schmdt München Ab. 2,00. Probst das. Ab. 30,00 Nachn. Bz Darmstadt Schr. 55,10. Exped. der „Wahrheit" Breslau Schr. 88,20. Kat Frankfurt Ab. 26,00. Wrg Rendsburg Ab. 4,00, Schr. 17,20. Kls Magdeburg Schr. 26,20. Much Zittau Schr. 4,00. Rbt Uetz Schr. 0,70. Rz Hof Schr. 2,10. Dr. Kalmun Hannover Phgr. 5,00. Gbr Nürnberg Schr. 0,20.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Kraft. d. Schr. u. Grt. hier 3,00.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Vom Dienstag, den 19. Februar, ab findet regelmäßig alle 14 Tage im Parteilokale, gr. Wallstraße 24 (35)
Mitglieder-Versammlung (F. 166)
2,10] statt. Die Tagesordnung wird in jeder Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht vollzählig am Platze zu sein. D. V.

Leipzig. Donnerstag, den 21. Februar, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:
Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des Agenten. Sozialpolitische Rundschau. Referent Werner II.
70] Der Agent.

Ottensen. Montag, den 4. März Arbeiterfest]2,10
verbunden mit Concert und Ball in Burmeisters Salon und arrangirt vom „Ottenser Arbeiterverein". Festrede gehalten von Hrn. Aug. Hörig aus Hamburg. Karten sind an den bekannten Stellen zu haben. Entrée für 1 Herrn u. Dame 40 Pfg. An der Kasse 50 Pfg. Damen 15 Pfg. Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Das Comité.

Patentirte neue Erfindung.

Zur Anebenung eines vor kurzem patentirten Artikels (Metallbranche) worin voraussichtlich ein bedeutender Absatz zu erzielen ist, wird ein Gesinnungsgenosse mit einer Kapitaleinlage von 500 Mk. als Associé gesucht. [2,10

Schriftliche Offerten unter E. 100 bef. d. Exped.

Für Parteiblätter!

Ein solider Parteigenosse (Schriftsetzer) mit guten Kenntnissen und gewandter Feder, schon lange brodlos, sucht eine Stelle als Redakteur eines Parteiblattes oder als Setzer an einem solchen. Derselbe wäre bereit auch die Agitation mit zu übernehmen. Gefl. Offerten wolle man zur Weiterbeförderung direkt an den Genossen Wilhelm Fridlin, Mechaniker, Karlsruhe (Baden), Schützenstraße 8, richten.

NB. Alle Parteiblätter werden um Gratis-Aufnahme gebeten.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 15 Pf., auf der Post vierteljährlich 60 Pf. excl. Bringerlohn.

Verlag: Amelungstr. 5, Hamburg.

„Der arme Conrad".

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

ist in noch geringer Anzahl vorräthig.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „ „ }

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a
Expedition des „Hamburg-Altonaer Volksblatts", Hamburg, Amelungstr. 5.

Die Expedition des „Vorwärts".
2,00] Leipzig, Färberstraße 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Bol, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str
London W.: C. Herze, 8 New Golden Square.

Nr. 22. Freitag, 22. Februar. 1878.

Brutalität bei den sogenannten gebildeten Leuten.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Pößneck, 15. Februar.

Bezüglich des von hier veranlaßten, in der heutigen Nummer dieses Blattes enthaltenen Artikels, überschrieben: „Brutalität bei den sogenannten gebildeten Leuten", erlaube ich mir Ihnen heute das, was bis jetzt in dieser Sache weiter erfolgt ist, mitzutheilen.

Zuvor will ich jedoch berichtigen, daß jener „gebildete Pöbel" nicht, wie in dem Artikel angegeben, aus Wählern des Herrn Dr. Lasker besteht, sondern daß Köstitz zum III. Weimarischen Wahlkreis gehört, welcher von Herrn Sievogt im Reichstage vertreten wird.

Auf die von der Wittwe Ludwig an den Großherzog von Weimar gerichtete Eingabe erhielt dieselbe unterm 29. Januar a. c. von dem Großherzoglichen Staats-Ministerium den Bescheid, daß die gerichtlichen Erhebungen einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Tode ihres Ehemannes und den Verletzungen, die diesen am Abend des 27. April v. J. widerfahren, bezüglich von Anderen zugefügt worden seien, nicht herausgestellt haben, und daß, nachdem die Staatsanwaltschaft aus diesem Grunde von einer weiteren Verfolgung der Sache Abstand zu nehmen müssen erklärt hat, es hierbei sein Bewenden haben müsse. Eine ähnliche Antwort wurde auch mir auf meine Eingabe an die Großherzoglich S. Ober-Staatsanwaltschaft am 11. Februar a. c. zu Theil. Die Wittwe L. hat hierauf sofort wieder in einer Eingabe das Großherzogliche Staats-Ministerium auf die oberflächliche und unzureichende Art und Weise, in welcher die bisherigen Erhebungen angestellt worden sind, aufmerksam gemacht und erwartet nun das Weitere.

Jene gerichtlichen Erhebungen scheinen nämlich blos in der Weise veranstaltet worden zu sein, daß man einige jener Helden einmal vor dem Kreisgericht zu Weida vernommen hat, nachdem dieselben zuvor Zeit und Mittel genug hatten, sich über ihre Aussage zu einigen, sodann das Gutachten des Herrn Kreis-Physikus bezügl. der Commission, welche die Leiche sektirt hat, hinzugefügt zu haben, und dies scheint man für genügend zu halten.

Bei der Sektion ist nicht einmal der Arzt Dr. Weißer aus Pößneck, welcher den Verstorbenen 9 Wochen lang in dieser Sache behandelt hat, zugegen gewesen. Als derselbe auf Verlangen zu diesem Zwecke nach Köstitz kam, waren die Herren von der Commission in dem betreffenden Wirthshaus zum Frühstück. Dr. W. hatte aber einen schweren Patienten zu besorgen und konnte sich deshalb nicht lange unnütz aufhalten; man hielt es nicht für nöthig, auf denselben zu warten, denn als derselbe wieder kam, war die Sektion vorbei. Dr. W. bat sodann, ihm doch die Akten zuzusenden, allein auch dieses ist nicht geschehen. Es wäre doch wohl in erster Linie nothwendig gewesen, diesen Arzt, welcher doch einzig im Stande war, über den Anfang sowie über den weiteren Verlauf der Krankheit entscheidende Auskunft zu geben, zu der Sektion zuzuziehen, oder ihn doch wenigstens später zu vernehmen. Zu wiederholten Malen, und auch jetzt am 11. d. M. hat Dr. W. der Wittwe Ludwig erklärt, daß er sich über den Verlauf der Sache wundere. Er sei jederzeit bereit zu bezeugen, daß die erhaltenen Körperverletzungen (Fußtritt in die Hüften ꝛc.) der Grund zu der Krankheit, bezügl. dem Tode Ludwig's gewesen sind. Hauptsächlich durch den Fußtritt in die Hüften seien Blutgefäße verletzt worden, diese Verletzungen haben einen Blutverlauf verursacht und so sei eine Blutzersetzung resp. Blutvergiftung eingetreten, was den Tod zur Folge hatte.

Ferner wäre es wohl nöthig gewesen, daß man die Ehefrau des Verstorbenen wenigstens einmal in der Sache vernommen hätte, allein auch dieses ist nicht geschehen. Dieselbe ist circa 14 Jahre mit ihrem Mann verheirathet gewesen und bezeugt, daß derselbe während dieser Zeit niemals krank war, täglich gearbeitet hat und so noch den letzten Tag Vormittags in dem Steinbruch und Nachmittags mit ihr zusammen auf dem Felde beschäftigt war, und endlich Abends noch gesund von Hause fort zur Gemeindeversammlung in das betreffende Wirthshaus gegangen ist, von wo er nur als Krüppel zurückgebracht wurde, nachdem jene Betheiligten auf die frevelhafteste Weise ihren Uebermuth an ihm ausgelassen hatten. Und für solche Thatsachen sollte es kein Gesetz mehr geben? — Augenzeugen von diesem Abend haben sich wörtlich geäußert, so etwas hätten sie noch nie gesehen, Strohschüttenhoch habe derselbe gebrannt.

Außerdem sind der Wittwe L. noch verschiedene andere Aussagen der Betheiligten, so auch von Augenzeugen von diesem Abend zu Ohren gekommen, welche die Mißhandlungen ihres Mannes aufs grellste schildern. Sollte die Großherzogliche Staatsanwaltschaft es wirklich nicht für nöthig halten, diese Dinge zu beachten?

Ich habe deshalb auch nach Empfang des Bescheides von der Großherzoglichen Ober-Staatsanwaltschaft zu Eisenach dieselbe gleich noch einmal auf dieses Verfahren aufmerksam gemacht und um eine genauere Revision der Untersuchung nachgesucht und sehe nun dem Weiteren entgegen.

Man sieht hieraus wieder einmal recht deutlich, wie schwer es hält, wenn ein Armer reichen Gegnern gegenüber sein Recht finden will.

Da man bisher noch nicht den Versuch gemacht hat, an den in verschiedenen Blättern über diesen Fall angeführten Thatsachen zu rütteln, und es den Anschein hat, als ob es wirklich darauf abgesehen wäre, diese auf die brutalste Weise zu Grunde gerichtete Familie gänzlich verkommen zu lassen, so ersucht die Wittwe L. geehrte Redaktionen, welche sich für diesen brutalen Fall von Menschenrechtsverletzung interessiren, um gütige Protektion in ihren geschätzten Blättern, um vielleicht noch durch einen Appell an die Oeffentlichkeit eine Aenderung in der Sache herbeizuführen.

H.

Noch ein Urtheil.

Oeffentliche Sitzung des Königlichen Landgerichts zu Saarbrücken — Zuchtpolizei-Kammer — vom siebenzehnten September eintausendachthundertsiebenundsiebenzig.

Gegenwärtig waren die Herren: Schmitt, Landgerichtsrath, den Kammer-Präsidenten vertretend, Remelé und v. d. Leyen, Landgerichts-Assessoren, Massan, Staats-Prokurator, und der Landgerichtssekretär Klein.

In Sachen des öffentlichen Ministerii
gegen
Johann Wyzka, fünfunddreißig Jahre alt, Schlosser, geboren zu Guttentag, Kreis Lebnitz, Regierungsbezirk Oppeln, zuletzt wohnhaft zu St. Johann, persönlich erschienen und beschuldigt:

„Durch die unter seiner verantwortlichen Redaktion und in seinem Verlage erschienenen Nummern sechs und sieben der „Freien Volksstimme" vom zwölften und neunzehnten August currentis erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend daß sie erdichtet oder entstellt waren, öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen;"

Nachdem das öffentliche Ministerium den Gegenstand der Verhandlung vorgetragen hatte;

Nach Anhörung des Beschuldigten in seinen Erklärungen;

Nach vernommenem Antrage des öffentlichen Ministerii, dahin gehend: das Königliche Zuchtpolizeigericht wolle den Beschuldigten

Johann Wyzka

des ihm zur Last gelegten Vergehens für überführt erklären, demnach denselben zu einer Gesammtstrafe von achtzehn Monaten und in die Kosten verurtheilen;

Nach gepflogener Berathung:

In Erwägung, daß der Beschuldigte nicht bestreitet, die Nummern sechs und sieben der zu St. Johann erscheinenden „Freien Volksstimme" vom zwölften und neunzehnten August eintausendachthundertsiebenundsiebenzig als verantwortlicher Redakteur herausgegeben zu haben;

Daß derselbe auch selbst erklärt, den Inhalt des aus dem „Vorwärts" in die Nummer sechs aufgenommenen Artikels überschrieben „Der Strike der nordamerikanischen Eisenbahnarbeiter" bei dessen Aufnahme gekannt zu haben;

Daß dieser Artikel an seinem Schlusse folgenden wörtlichen Passus enthält:

„Endlich scheinen uns diese, wie überhaupt die neueren Vorgänge in den vereinigten Staaten lebhaft für eine ausreichende Präsenzstärke des Heeres im Frieden zu plaidiren.

„Wüßten die Arbeiter noch nicht, wozu die Soldaten im Frieden da sind? Die „Breslauer Zeitung" hätte es ihnen gesagt."

(„Vorwärts".)

Daß mit Rücksicht auf die auch in den vorliegenden Blättern mit großer Schärfe gekennzeichnete und von dem Beschuldigten im Wesentlichen nicht verleugnete Tendenz der sozialdemokratischen Partei diesem Schlußpassus ein anderer Sinn nicht beigelegt werden kann, als daß vor Allem der Zweck der Soldaten im Frieden, womit bei der allgemeinen Fassung unzweifelhaft auch das stehende deutsche Heer bezeichnet ist, in der gewaltsamen Niederhaltung der durch ihre angebliche, in beiden vorliegenden Nummern in agitatorischer Weise wiederholt hervorgehobene harte Behandlung und Lage niedergedrückter Arbeiterbevölkerung besteht;

Daß diese Aufstellung eine wissentlich entstellte Thatsache insofern enthält, als sie den Zweck der stehenden Heere, der lediglich in der Sicherung des Vaterlandes besteht, fälschlich angiebt, indem, wenn allerdings eine Aktion der stehenden Heere zur Bekämpfung innerer Unruhen eintreten kann, nach der ganzen sittlichen Auffassung der Vaterlandsidee und deren Vertretung durch das aus eigenen Söhnen bestehende Heer jener in gehässiger Weise hervorgehobene Zweck als im Sinne des Staates durchaus ausgeschlossen werden muß, dieses auch dem Beschuldigten nach seiner geistigen, auch bei der heutigen Verhandlung an den Tag gelegten Befähigung und seiner Kenntniß der öffentlichen Angelegenheiten sehr wohl bekannt ist;

Daß diese entstellte Thatsache nach der vorstehenden Ausführung unzweifelhaft geeignet ist, das stehende Heer und somit eine Staatseinrichtung verächtlich zu machen, sonach der Thatbestand des Paragraphen einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetzbuches vorliegt;

Daß dagegen bezüglich der übrigen Artikel der incriminirten Nummern, wegen deren der Beschuldigte auf Grund des Paragraphen einhunderteinunddreißig vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen ist, der Thatbestand dieses Paragraphen nicht vorliegt;

Daß bei Bemessung des Strafmaßes die Vorbestrafung des Beschuldigten in Betracht kommt;

Aus diesen Gründen erklärt das Königliche Landgericht — Zuchtpolizei-Kammer — den Beschuldigten Johann Wyzka für überführt:

„Durch die unter seiner verantwortlichen Redaktion und in seinem Verlage erschienenen Nummer sechs der „Freien Volksstimme" vom zwölften August currentis und zwar durch die in dem Artikel „Der Strike der nordamerikanischen Eisenbahnarbeiter" befindlichen Schlußsätze, also lautend:

„Endlich scheinen uns diese, wie überhaupt die neueren Vorgänge in den Vereinigten Staaten lebhaft für eine ausreichende Präsenzstärke des Heeres im Frieden zu plaidiren. Wüßten die Arbeiter noch nicht, wozu die Soldaten im Frieden da sind? Die „Breslauer Zeitung" hätte es ihnen gesagt."

entstellte Thatsachen, wissend, daß sie entstellt waren, öffentlich verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen;"

Berurtheilt demnach den Beschuldigten, indem es denselben von der weitergehenden Beschuldigung freispricht, zu einer Gefängnißstrafe von Vier Monaten und in die Kosten, liquidirt inclusive fünfzehn Mark Erkenntnißstempel auf: neunzehn Mark zehn Pfennig.

Mittelst Anwendung des Paragraphen einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetz-Buches sowie des Artikels einhundertvierundneunzig der Criminal-Prozeß-Ordnung, welche Gesetzesstellen von dem Herrn Präsidenten verlesen wurden und also lauten:

Paragraph einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetz-Buches: Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Artikel einhundertvierundneunzig der Criminal-Prozeß-Ordnung: Jede verurtheilende Entscheidung, welche gegen den Beschuldigten und die civilrechtlich verantwortlichen Personen, oder gegen die Civilpartei erlassen wird, muß diese, selbst der öffentlichen Partei gegenüber, in die Kosten verurtheilen. Die Kosten werden in demselben Urtheile liquidirt.

Also geurtheilt und verkündet zu Saarbrücken wie oben.

gez. Schmitt, Remelé, von der Leyen, Klein.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Schöne Liberale. Vor Kurzem brachte unser Berliner Parteiorgan eine Notiz des Inhalts, daß der Magistrat der Stadt Berlin auf Kosten der Steuerzahler ein Festmahl zu Königs Geburtstag veranstalten werde. Durch diese Notiz hat sich Magistratus beleidigt gefühlt und, statt einfach eine Berichtigung zu schicken, Strafantrag gestellt. Wir müssen der Berliner „Volkszeitung" die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie dieses Verfahren aufs Entschiedenste verurtheilt und bei dieser Gelegenheit den von uns in voriger Nummer besprochenen Artikel der „Magdeburger Zeitung" zum Abdruck bringt.

— „Die Briefe sind auf der Post so sicher, wie die Bibel auf dem Altar." So, schreibt Genosse Kruhl in der „Halberstädter Freien Presse" vom 17. d., dachte ich auch mit Herrn Generalpostmeister Stephan, bis ich dieser Tage eines Anderen belehrt worden bin. Ich, der Schreiber dieses Blattes, habe in Schlesien eine 80jährige Mutter, die in sehr kümmerlichen Verhältnissen lebt. Dienstag, den 5. d. M., sende ich derselben einen für mich und sie gleich inhaltsreichen Brief, welchen ich persönlich in den hier am Postgebäude befindlichen Einwurf hinabgleiten lasse. Den Tag darauf, also Mittwoch, den 6. d. M., fasse ich, durch Umstände veranlaßt, den Entschluß, selbst nachzureisen und treffe dort wohl die tiefbekümmerte Mutter, aber nicht meinen sie tröstenden und aufrichtenden Brief. Derselbe ist auch nach dreitägigem Harren nicht angekommen, auf dem dortigen Postamt wußte man nichts von dessen Ankunft, hierorts ist eine Nachfrage ebenfalls umsonst gebliehen und so ist denn dieser Brief verloren! Wie? Ich weiß es nicht. Meine weite Correspondenz hat mich noch nie etwas vermissen lassen. Und gerade bei diesem Briefe, auf dessen richtige Ankunft ich Werth legte, den ich der Vorsorge halber mit dem vollen Absendernamen (August Kruhl, Halberstadt, Burgtreppe 1) beschrieb, gerade dieser Brief ist abhanden gekommen! Hat den Eskamoteur dieses Briefes vielleicht der Absendername gereizt? Wie sonst soll ich mir das Verschwinden erklären?

— Es kracht bereits bei den „Staatssozialisten". Herr Samter hat an die Redaktion des Stöcker'schen Organs folgendes Schreiben gerichtet:

„Geehrter Herr!

Als Sie mich aufforderten, dem Staatssozialisten Beiträge zu liefern, ertheilte ich zusagende Antwort, weil ich es nur willkommen heißen konnte, daß eine Wochenschrift ins Leben gerufen werden sollte, welche sich vorgesetzt, „die soziale Frage wissenschaftlich frei aber in sittlich religiösem und patriotischem Geist zu besprechen." Eine Bedingung, dem Verein für soziale Reform beizutreten, war nicht gestellt; derselbe hat übrigens seine sittliche Grundlage „ganz allgemein eine religiöse" genannt, um jedem religiösen Bedürfniß die Betheiligung zu ermöglichen, und noch in Nr. 4 des „Staatssozialist" ist die politische und konfessionelle Parteilosigkeit des Vereins für Sozialreform betont.

Indessen verfolgt die von diesem Verein ins Leben gerufene „christlich soziale Arbeiterpartei nicht nur eine entschieden exclusive religiöse Richtung, sondern bekundet (Bericht der National-Zeitung vom 10) eine so entschiedene Intoleranz, daß die behauptete konfessionelle Parteilosigkeit des Centralvereins für Sozialreform direkt aufgehoben wird. Wenn ich auch geneigt war, an einer von diesem Verein gestifteten Zeitschrift mitzuarbeiten, in welcher die soziale Frage unbefangene Diskussion finden sollte, und an welcher namhafte, mir nahe stehende Gelehrte ihre Betheiligung bereits zugesagt hatten, so muß ich es ablehnen, nach den zu Tage getretenen Tendenzen

der christlich sozialen Partei — in welcher ein Parteiführer es als „Feigheit" erklärt, nicht auszusprechen, „daß die größte Schuld in der gegenwärtigen Nothlage die Börse, die fast ausschließlich im Besitze der Juden sei, trage" und der unter stürmischem Beifall den Sozialdemokraten unterstellt, „daß sie nur auf die Juden nicht schimpfen, weil Lassalle ein Jude gewesen"! — an einem Organ einer solchen Partei mitzuwirken.

Ich bitte Sie, dieses mein Schreiben zu veröffentlichen.

Königsberg i. Pr., 11. Februar 1878.

Adolph Samter."

Die verlegene und konfuse Gegenerklärung der Redaktion können wir füglich übergehen. Nun — Herr Samter ist nicht der einzige 'Reingefallene — wie lang werden die Andern es aushalten?

— In der letzten christlich-sozialen Parteiversammlung entblödete sich ein „Frommer" nicht, den todten Lassalle einen „Wüstling" zu nennen. Und dabei wundert sich diese freche Gesellschaft, wenn die Arbeiter nicht mit besonderer Ehrfurcht von den Pfaffen sprechen, die sich an die Spitze solcher frivolen Lästermäuler stellen. Einen Mann, der in den letzten drei Jahren seines Lebens mehr geistige Arbeit verrichtet hat, als sämmtliche Priester Berlins in ihrem langen Leben, einen „Wüstling" zu nennen, das zeugt von einer Rindsköpfigkeit, die nur von der Rohheit und Pöbelhaftigkeit der Gesinnung übertroffen wird.

— Statistisches. Aus einem Vortrage, den der Statistiker Dr. Engel vor etlichen Tagen in Berlin über die Resultate der letzten Gewerbezählung hielt, entnehmen wir, daß es in Preußen allein 1,667,000 gewerbliche Hauptbetriebe giebt; in dieser Zahl sind einbegriffen 1,623,000 Betriebe, welche 5 Gehilfen und darunter beschäftigen, die also keinesfalls zu den Haupt-, sondern zu den Kleinbetrieben zu zählen wären, während den 1,300,000 „Betrieben", die ganz ohne Gehilfen bestehen, die Benennung „Gewerbebetriebe" eigentlich gar nicht zukommt. In Wirklichkeit blieben also, wenn wir jene 1,623,000 Kleinbetriebe von der Zahl 1,667,000 abziehen, nur übrig 44,000 Betriebe, von denen im Sinne einer maßgebenden Produktion, das heißt einer solchen Produktion, die ihre Erzeugnisse auf dem Weltmarkte feilbietet, gesprochen werden kann. Diese 44,000 Betriebe weisen 1875 Dampfmaschinen auf, die 656,000 Pferdekräfte repräsentiren, eine Summe, die der in England gleichkommen und die in Frankreich weit überragen soll. Die Lokomotiven sind hier nicht mitgezählt. 1861 haben in Preußen sämmtliche Dampfmaschinen (außer den Lokomotiven) 167,000 Pferdekräfte besessen, die Kraft der Dampfmaschinen hat sich also in 15 Jahren beinahe vervierfacht. Um die Arbeit der stationären Dampfmaschinen zu leisten, wären 50,000,000 Arbeiter erforderlich. Die Lokomotiven in Preußen besaßen 1867 575,000, 1876 dagegen 1,936,000 Pferdekräfte, zu deren Ersatz, selbst abgesehen von der minderen Schnelligkeit, viermal so viel Pferde erforderlich wären. Dies die Daten, die dem Vortrage des Herrn Engel zu entnehmen waren und aus denen hervorgeht, daß es mit dem „goldenen Boden des Handwerks", das immer noch auf Erlösung von dem Alp der kapitalistischen Großproduktion hofft, gründlich und für immer zu Ende ist.

— Der bekannte Renegat Küster, der wegen einer drohenden Inhaftirung nach der Schweiz entfloh, dann den Kaiser um Gnade bat, zurückkam und als die kaiserliche „Gnade" ausblieb, eine Zeitlang in Plötzensee sich aufgehalten hat, ist kürzlich entlassen worden und sofort in zwei politisch-soziale Parteien zugleich eingetreten. Er schreibt Artikel für den fortschrittlichen „Gewerkverein" und fungirt als Agitator bei der sozialen Muckergesellschaft; er illustrirt somit das Lassalle'sche Wort von der einen reaktionären Masse auf das Trefflichste. Wir wünschen seinen Gönnern viel Glück zu diesem Pflänzchen.

— Belgien mag mancherlei Mängel haben, aber es hat keine Preßprozesse! Das gedruckte wie gesprochene Wort ist dort frei! So hörte man oft sagen, und im Ganzen war's auch nicht unrichtig. Jetzt scheint's aber anders werden zu wollen. Wie wir aus der letzten Nummer des in Antwerpen erscheinenden „Werker" ersehen, ist die Redaktion dieses Blattes wegen eines Artikels wider das Königthum in Anklagestand versetzt worden. Offen gestanden, uns freut dieses Zeugniß der Reife, welches die Regierung Belgiens unseren dortigen Parteigenossen ausgestellt hat.

— Zur Lage der Arbeiter in Italien. Der Tod Viktor Emanuel's und der Tod Papst Pius' IX. bildeten und bilden noch immer ein Hauptthema der Conversation der kapitalistischen Presse; die „scharfsinnigsten" Betrachtungen wurden und werden von ihr angestellt über den Einfluß, welchen das Ableben dieser beiden Persönlichkeiten auf die Gestaltung der staatlichen und kirchlichen Angelegenheiten haben könne. Möge die kapitalistische Presse grübeln und spintisiren, für uns ist Eins klar: die Lage des arbeitenden Volkes von Italien hat durch den Heimgang der beiden genannten Menschen keine Aenderung zum Besseren erfahren, womit aber durchaus nicht gesagt sein soll, daß sie sich nicht wesentlich besser gestalten würde, wenn wir überhaupt nicht mehr genöthigt wären, den Tod von Königen und Päpsten zu registriren. Doch das nur nebenher. Neu ist für uns, daß sich die italienische Regierung mit statistischen Erhebungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter befaßt, wobei nicht zu verwundern ist, daß sie zu, der Wirklichkeit wenig entsprechenden, Resultaten gelangte. Unser italienisches Parteiblatt „Il Dovere" (Die Pflicht) in Rom bringt gegenüber den amtlichen statistischen Erhebungen, wonach der tägliche Durchschnittsverdienst für Kinder 50 Centimes (40 Pf.) und für Frauen 1 Franc (80 Pf.) betragen soll, einen Bericht aus Carpiglia, welcher folgende Zahlen enthält:

„In den großen Fabrik-Centren beträgt die tägliche Arbeit der Kinder und Frauen nicht 10 Stunden, sondern 14 Stunden im Winter und 16 bis 17 im Sommer. Die Bezahlung ist 20 Ctm. bei den Kindern von 6—8 Jahren, 30 Ctm. bei Kindern von 9—10 Jahren, 40 Ctm. bei denen von 12—16 und 60 Ctm. für Personen von 16—20 Jahren. Die weiblichen Arbeiter im Alter von 6 Jahren an bis zu den ältesten verdienen im Durchschnitt nicht über 40 Ctm. Die Lastträger, welche in den Fabriken und bei den Web- und Spinnmaschinen beschäftigt sind, verdienen im Sommer 1 Franc für 16 Stunden Arbeit, im Winter müssen sie bei 12stündiger Arbeit sich mit 50 Ctm. (40 Pf.) begnügen. — Die Weber, Färber, Tuchmacher, Spinner und Appreteure verdienen täglich 1,50 Fr. (1,20 Mk.). Zu dieser traurigen Bezahlung muß noch bemerkt werden, daß dieselbe meistens in Brod und Wein von der schlechtesten Qualität, Zwiebeln, getrockneten und anderen Früchten, aber so wenig wie möglich in Geld verabreicht wird."

Das sind äußerst traurige Thatsachen, die da aufgedeckt werden, für die die kapitalistische Presse natürlich aber weder Aug' noch Ohr hat.

— Aus Italien wird über sogenannte Brod-„Krawalle" berichtet, die in verschiedenen Städten vorgekommen sein sollen; die „Krawalle" sind aber weiter nichts als das berechtigte Verlangen der Arbeiter nach Arbeit oder Brod — ein Verlangen, das, auf Diejenigen angewandt, welche die „Brodkrawalle" verdammen, also angewandt auf die Satten, so lauten müßte: Wir verlangen „Brod" ohne Arbeit. Und leider hat diese Sorte von „Arbeitslosen" bis auf den heutigen Tag „Brod" in Hülle und Fülle. Es war in Neapel, Finala, Viadana, Mirandola und San Felice, wo die arbeitslosen Arbeiter die Behörden aufforderten, ihnen Arbeit oder Brod zu geben. In Neapel gelang es durch Zureden und Verabreichung einer kleinen Unterstützung, die Arbeiter zum Auseinandergehen zu bewegen. In Viadana, wo es ähnlich herging, requirirte der Gemeinderath eine Schwadron Kavallerie, welche die Hungernden auseinandertrieb. An den übrigen Orten entledigte man sich der Unglücklichen durch Almosen und gute Worte. Das Elend vermehrt sich in ganz Italien, und mit der Zunahme des Elends hält, wie überall, gleichen Schritt die Zunahme der Verbrechen und der Auswanderung. Die Regierung fängt an Furcht zu empfinden und verspricht eine Herabsetzung der Steuern auf die Lebensmittel, namentlich der Mehlsteuer, die im vorigen Jahre 83 Millionen Lire (der Lire gleich 80 Pf.) eingebracht hat, womit sich aber der Köhlerglaube zufrieden geben mag.

— Ein untrügliches Merkmal für den kulturellen Niedergang der herrschenden Klassen ist die Bestialität, mit welcher dieselben in allen Landen die emanzipatorischen Bestrebungen der Arbeiterklasse bekämpfen. Ja, die blutigen Pariser Massacres von 1870 und die gegenwärtig in Rußland an den Sozialisten begangenen „gesetzlichen" Barbareien sind im Grunde genommen nur die übereinstimmenden Erscheinungen der einen Thatsache, nämlich der, daß die „Civilisation" von heute ihrem Wesen nach sich von der „Civilisation" der früheren Jahrhunderte in nichts unterscheidet — sie sanktionirt die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere und damit ist ihr Urtheil gesprochen. Unsere Leser werden daher nicht überrascht sein, wenn wir ihnen mittheilen, daß der am 23. Januar in Petersburg beendete Sozialisten-Massenprozeß bis zu seinem Ende seinen grausam-dramatischen Charakter bewahrt hat. An dem genannten Tage wurde endlich von der „besonderen Commission" des Senats das (in voriger Nummer nach einem, übrigens ungenauen Telegramm schon erwähnte) Urtheil gefällt. Dasselbe lautet dem „Sewerny Wjestnik" zufolge: 1) Hippolyt Mischkin wird zu 10 Jahren Katorga (Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken), 2) 35 Personen werden zur Verbannung nach Sibirien und anderen Gouvernements des Reiches (darunter Wolchowskoi, Larionow, Wojnoralsky, Rabinowitsch, Tscharuschin, Franz Breschkowskaja, Tschudnowsky, Saschin, Lermontow) verurtheilt. Sämmtliche Verurtheilte werden aller Ehren- und Bürgerrechte verlustig erklärt. 3) 63 Angeklagten wird die Untersuchungshaft als Strafe angerechnet und werden dieselben demgemäß jetzt freigelassen. 4) 90 Personen werden vollständig freigesprochen. — Und das Alles für das „Verbrechen", Propaganda für eine neue Idee gemacht zu haben — ein „Verbrechen", welches so alt ist, als es überhaupt ein Streben nach Besserem und Vollkommenerem giebt, und welches so lange begangen werden wird, als unser Erdball überhaupt von denkenden Wesen bewohnt ist. — Von unseren russischen Freunden erwarten wir ausführlichen Bericht über die Schlußphasen dieser Justizinfamie. (Nr. 17 des „Vorwärts".)

— „Väterchen" an der Arbeit. Laut Mittheilungen, welche dem englischen Parlament seitens des Unterstaatssekretärs Bourke gemacht wurden, haben die Russen eine Anzahl Polen, die in der Türkei gefangen worden, aufhängen lassen. Den amtlichen Bericht jetzt schon zu veröffentlichen, erklärt die britische Regierung für „unthunlich"; sie will offenbar die ohnehin große Aufregung nicht vermehren, so lange noch Aussicht auf Erhaltung des Friedens vorhanden. Die Thatsache steht aber fest und zeigt wieder recht drastisch die bodenlose Verlogenheit und Bestialität der russischen Kulturkämpfer, die im Namen der „Humanität" und zur „Befreiung der unterdrückten Nationalitäten" in den Krieg gezogen sind. Was das czarische Rußland unter „Humanität" und „Befreiung der unterdrückten Nationalitäten" versteht, das sagen uns die Leichen der aufgehängten Polen.

Correspondenzen.

Hannover, 11. Februar. In Nr. 17 des „Vorwärts" ist eine Correspondenz aus Hannover enthalten, die sehr der Berichtigung bedarf. In Absatz 2 z. B. muß es statt London, Linden heißen, im 3. Absatz ebenfalls.

Zu berichtigen ist dann noch, daß bei der ersten Epidemie nicht 600, sondern etwas über 400 Personen erkrankt sind, von denen 50 starben, mehrere davon gehörten den besseren (?) Ständen an! Der betr. Fleischer wurde allerdings zu 1¾ Jahr Gefängniß verurtheilt, aber ein Theil der Strafe wurde ihm in „Gnaden" erlassen! Daß derselbe jetzt wieder ein gutes Geschäft macht, ist richtig, aber warum? weil die Arbeiter nach wie vor Waare von demselben entnehmen. Was nun endlich die Waare der hier in der Stadt wohnenden Fleischer anbetrifft, so sind allerdings Trichinenkrankheiten noch nicht nachgewiesen, aber vor ca. 3 Monaten ist erst einer der ersten Fleischer (Bürgervorsteher) zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt worden, weil er verdorbenes Fleisch verkauft hat! Endlich ist in den letzten Wochen ein gleicher Fall bei einem andern Fleischer vorgekommen und

Atheisten-Götter.

Was soll uns, Priester, das Geschrei:
„O sünd'ge Atheisten!"
Wir fühlen uns von Frevel frei,
Sind wir auch keine Christen.

Voll heil'ger Jugendfreudigkeit
Schaun wir mit stolzen Blicken
Auf Euch, die Ihr durch unsre Zeit
Hinwankt an Greisenkrücken.

Ihr wollt in kalten Formelwust
Des Herzens Ahnen zwängen,
Wie Thörinnen die volle Brust
Im Schnürleib sich beengen.

Ihr wollt der Gottheit Herrlichkeit
Mit den Begriffen haschen,
Als ob das Weltmeer tief und weit
Sich füllen ließ' auf Flaschen.

Und die das wäss'rige Gericht
Nicht schlucken, nennt ihr Schächer?
Dann sag' ich stolz euch in's Gesicht:
„Auch ich bin ein Verbrecher!"

Der Geist, der mir im Busen lebt,
Der spottet aller Bande!
Was ihn empor vom Staub erhebt,
Keimt nicht im dürren Sande.

In warmen Fühlens reichem Land
Begehrt er frei zu schweben.
Er flieht nicht fromm den „ird'schen Tand",
Er greift hinein in's Leben.

In's Leben, das von Grübelnsduft
Uns fröhlich läßt erwarmen,
In's Leben, das zu heißer Lust
Uns faßt mit üpp'gen Armen.

Wenn mir die Welt entgegen lacht
So weit, so frisch, so sonnig,
Wenn mich die Schauer stiller Nacht
Durchhauchen mild und wonnig —

Wenn sich der Musen holde Schaar
Erhebt zum holden Reigen,
Und alle Stürme wunderbar
Vor ihren Weisen schweigen —

Wenn um die Brust zum Freundschaftsband
Sich Sympathien weben
Und eines Edlen warme Hand
Mich faßt zu gleichem Streben —

Wenn mich der Liebe süße Gluth
Durchwogt mit sel'gem Bangen,
Und ich ein Mädchen, treu und gut,
Herzinnig darf umfangen —

Dann, dann im Ueberschwall der Lust
Fühl' ich mit heil'gem Beben
Nicht außen — in der eignen Brust
Die Gottheit waltend schweben.

Dann wird es mir so licht, so klar,
Und ob man fluche, höhne —
Trotz aller Priester bleibt es wahr:
Gott ist — der Sinn für's Schöne.

Richard Tannert.

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

In dem russischen Reichsbudget finden wir auch nicht denjenigen Titel der Ausgaben, den man in constitutionellen Staaten „Civilliste" nennt. Wir finden zwar im Budget der Ausgaben einen Posten von 9 Mill. Rubel, die für das Hofministerium bestimmt sind, aber sie dienen nur zur Erhaltung des Hofstaates, der Schlösser, Theater u. s. w. Auch können wir nicht zur „Civilliste" die im Budget unter der vieldeutigen Bezeichnung: „Ausgaben Seiner Kaiserlichen Majestät" angeführten Summen rechnen. Wenn wir dem Reichsbudget Glauben schenken wollten, so bekommt unser „milder" Kaiser für seine großen „Mühen" keinen Pfennig, so daß er, dem Beispiele der großen Wohlthäter der Menschheit folgend, nur aus purer Ehre dem russischen Volke „dient". Aber das wäre doch zu lächerlich. Es existiren in Rußland zwei spezielle Verwaltungen, welche der Staatscontrole nicht obliegen und welche zur Unterhaltung des Kaisers und seiner zahlreichen Familie dienen. Das sind — „das Departement der Apanagen" und „Seiner Majestät Cabinet". Wie groß die Einkünfte dieser zwei Quellen sind, ist schwer zu sagen, aber sie müssen sehr groß sein, denn die Apanagen bestehen aus mehr als 7 Mill. Deßjatinen (fast 30 Mill. Morgen) des besten Grund und Bodens. Aus diesen Apanagen erhalten alle Prinzen des Kaiserlichen Hauses ihre „kleinen" Taschengelder, welche, nach dem russischen Gesetzbuche, aus 1 Mill., 500, 400 und bis 100,000 Rubel bestehen. Gleich nach der Geburt bekommt ein jedes Mitglied des zahlreichen Kaiserlichen Hauses 100,000 Rubel. Außerdem werden aus diesen Apanagen Geschenke, Aussteuer der Prinzessinnen u. s. w. bestritten.*) Nun noch die Einkünfte des „Cabinets". Diese Einkünfte sind auch sehr groß, denn dem „Cabinet" gehören: die große Alexander'sche Porzellanfabrik in Petersburg, die Silberbergwerke im Altaischen Gebirge,**) die Steinschleiferei u. s. w. Nach diesen großen Einkünften berechnet können wir getrost 30 Mill. Rubel auf die „Civilliste" setzen, und Niemand wird uns einer Uebertreibung beschuldigen. — Aber, wird man uns einwenden, diese Art der Aufstellung der „Civilliste" sei nicht richtig, da die oben citirten Güter dem Kaiser gehören und sein heiliges Eigenthum sind. Darauf haben wir nur zu bemerken, daß die Apanagen und die dem Cabinet gehörigen Güter einfach dem Volke entrissen wurden, bis zur Zeit Paul's I. dem Staate gehörten. Infolge der absolutistisch-autokratischen Herrschaft in Rußland steht der Kaiser über dem Gesetze, denn nur sein Wille ist in Rußland Gesetz, und so konnte Paul I. diese Reichsgüter sich aneignen, und zwar „zur Befriedigung der Bedürfnisse" der Kaiserlichen Familie. Also die Apanagen u. s. w. gehören gesetzlich dem Staate und nur gesetzwidrig dem Kaiser.

Zum Schluß dieses Kapitels haben wir noch einer Abgabe, und zwar einer der schwersten für das Volk zu erwähnen. Wir meinen die „Blutsteuer", das Soldatenthum, das dem Volke am meisten verhaßt ist, denn die besten und kräftigsten seiner Söhne werden durch diese „Steuer" hingeopfert. Wir wagen gar nicht, den ökonomischen und moralischen Schaden, den diese „Steuer" verursacht, zu berechnen. Aber zur Vervollständigung des Bildes der Volksausbeutung und -Aussaugung wollen wir doch einiges in unsere Liste d'accusation der Czarenregierung eintragen.

*) Der Kaiser Nicolaus, welcher außer allen seinen „guten" Eigenschaften noch sehr knauserig war, sparte aus diesen Apanagen große Summen für die „Nothtage". So z. B. in den letzten 40er Jahren unter dem Einflusse der Furcht vor „dem rothen Gespenst", deponirte er in den ausländischen Fonds mehr als 100 Mill. Rubel in Gold. Die Ersparnisse, wie man sieht, waren nicht gering. (Wolowsky, Finanzminister in Frankreich, „Revue de deux mondes", 15. März 1865). Das ist etwas für Schulze-Delitzsch.

**) Im Jahre 1871 wurden aus diesem dem „Cabinet" gehörigen Bergwerke 789 Pud (250 Centner) Silber ausgehoben.

gerichtlich entschieden. Drittens vergeht kaum eine Woche, wo nicht auf dem Wochenmarkte verdorbenes oder ungenießbares Fleisch konfiszirt wird.

Essen. Die Leser des „Vorwärts“ wird es jedenfalls interessiren, etwas über den Verlauf der hiesigen Bergarbeiterbewegung zu erfahren. Nachdem sich bereits ca. 3000 Bergleute dieser Bewegung angeschlossen, fand am 2. und 3. d. M. behufs Constituirung des Verbandes eine Generalversammlung statt. Als die Statuten durchberathen waren, wurde als Vorort des Verbandes Essen, zum Sitz der Controlkommission Gelsenkirchen gewählt. Vor der Statutenberathung wurde die Generaldebatte beschlossen und ergriff zunächst der Führer der Christlich-Sozialen, Kaplan Laaf, welcher, wie Hasselmann, eingeladen war, gegen den Verband das Wort. Hierauf replizirte Hasselmann, welchem es ein Leichtes war, die nichtssagenden Einwendungen des „arbeiterfreundlichen Kaplans“ zu widerlegen. Die polizeiliche Ueberwachung geschah durch den Polizeiinspektor Dähne, dem ein Stenograph beigegeben war. Der Redakteur der „Tremonia“ (ultramontan) in Dortmund, Rittweger, welcher ebenfalls eingeladen war, sprach im Laaf'schen Sinne. Schon von Anfang dieser Bewegung an heulen und zetern die liberalen und ultramontanen Zeitungen vor Angst und Grauen und es scheint fast, als wenn wir in der schärfsten Wahlcampagne wären. Ja schlimmer noch, denn bei letzterer werden nicht einmal solche ellenlange Leid- und andere Artikel gebracht. Obwohl die hiesige „Volkszeitung“ fast tagtäglich Artikel gegen uns bringt, will sie jetzt nicht müde werden, die christlich-sozialen Arbeiter von dem Verbande fernzuhalten, und trachtet diesen selbst zu vernichten. „Ihr leidet am ewigen Seelenheil Schaden!“ faselt sie den christlich-sozialen Arbeitern vor, „wenn Ihr mit den Sozialdemokraten einen Bund macht“. Wie viel Mal verlieren denn dieselben dies Heil? Bei der letzten Reichstagswahl verloren sie es ja schon, wenn sie für Hasselmann stimmten, bei der engeren Wahl gaben die Sozialdemokraten den Ausschlag, daß der christlich-soziale Kandidat einen Sitz im Reichstage erhielt und die Folge würde sein, daß die christlich-sozialen Wähler alle ihr „Seelenheil“ verlieren, nicht wahr, edle „Volkszeitung“? Hätten die Sozialdemokraten bei der engeren Wahl für den Pfaffenkandidaten v. Forcade de Biaix gestimmt, welcher als unentbehrliches Mitglied des Reichstags bezeichnet wurde, dann hätte diese Heuchlergesellschaft nichts einzuwenden gehabt. Darüber hat die saubere „Volkszeitung“ noch keine Zeile gebracht, daß man die Kirchensteuer von den Sozialdemokraten zurückweisen müsse, aber Geld bringt das „Seelenheil“ nicht in Gefahr. Da die Berichterstatter der Zeitungen von der Generalversammlung ausgeschlossen waren, so ist anzunehmen, daß Rittweger den eine Seite langen und in der „Volkszeitung“ erschienenen Bericht über die Generalversammlung geliefert hat und hat derselbe es meisterhaft verstanden, Laaf und sich Worte in den Mund zu legen, welche sie nicht gesprochen, die gesprochenen aber todtzuschweigen; dagegen ist Hasselmanns Replik arg verstümmelt. Echte Literatenmanier! Augenblicklich planen die Pfaffen einen Bergmannsverband auf christlicher Grundlage. Sonderbare Bergleute! —

Lübeck. Am Donnerstag den 7. Februar hielten wir hier eine zahlreich besuchte Versammlung sämmtlicher Gewerkschaften ab. Tagesordnung war: „Die Centralisation der Gewerkschaften.“ Referent J. Heier. Redner gab in kurzen Zügen ein Bild der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und ging dann zu den von Kapell gemachten Vorschlägen über; diese Punkt für Punkt erklärend, kam der Redner zu dem Schluß, die Aufgabe der Gewerkschaften sei, diese Punkte anzunehmen. Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Maurer und vom Bevollmächtigten der Tabakarbeiter folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und hält es für wünschenswerth, daß allerorts, durch in gemeinsamen Versammlungen gefaßte Beschlüsse die von Kapell gemachten bekannten Vorschläge angenommen werden.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Zu den Punkten „Centralherbergen“ und „Arbeitsnachweisungs-Bureau“ sind wir der Ansicht, daß deren Erledigung den Genossen überlassen bleiben müsse.

Am Sonnabend den 9. d. fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher A. Hörig aus Hamburg über den „Russisch-türkischen Krieg und die Stellung des deutschen Volkes zu demselben“ referirte. Nach dem sehr eingehenden und klar gehaltenen Vortrage Hörig's nahm die Versammlung folgende von dem Redner selber eingebrachte Resolution an:

„Die am 9. Februar 1878 in Belle-Alliance zu Lübeck tagende, von circa 800 Personen besuchte Volksversammlung erklärt: daß das durch die herrschende Krisis schon auf das Aeußerste bedrückte Volk durch den Krieg im Orient auf das Schlimmste betroffen wird. Dieselbe mißbilligt daher auf's Entschiedenste die gegenwärtige Stellung der Reichsregierung in der orientalischen Frage, und erwartet von seinen Vertretern, daß dieselben im Reichstage männiglich Stellung gegen die diplomatischen Tonangeber in Deutschland nehmen werden.“

Die Resolution wurde nach einer kurzen Debatte, an der sich Genosse Heier betheiligte, einstimmig angenommen. — Unsere Parteiversammlungen nehmen hier einen guten Aufschwung. In der letzten stand der Artikel von Lissagaray im „Vorwärts“ auf der Tagesordnung, und war es der Wunsch mehrerer Genossen, daß derselbe im „Vorwärts“ eine eingehendere Besprechung finden möge, als es bisher geschehen ist.*) Wie hier in der Stadt, wird auch auf dem Lande eine rege Agitation entfaltet. Im Fürstenthum Lübeck ist der Ort Neukirchen gewonnen, und zahlreiche Einzeichnungen in die Partei haben dort stattgefunden. Gleichfalls haben wir im Städtchen Travemünde und im Flecken Moisling zahlreiche Genossen gefunden, und hoffen wir, daß am Wahltage die Frucht dieser Agitation reifen wird.

Fr. Meyer.

Wolfenbüttel, 5. Febr. Sonnabend, den 2. Februar, fand hierselbst im Schmidt'schen Lokale eine stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Bracke aus Braunschweig referirte. Der erste Punkt der Tagesordnung bezog sich auf die Zurückberufung der braunschweigischen Truppen aus Elsaß Lothringen, es sollte zu diesem Behuf eine Petition an den Reichstag gehen. Der Anlaß zur Beschwerde besteht darin, daß das 92. Infanterie-Regiment zum größten Theil aus geborenen Braunschweigern besteht und bereits seit 7 Jahren im Elsaß kantonnirt. Bracke kam auf die beiderseitigen Nachtheile, der Soldaten sowohl als deren Angehörige zu sprechen, und es wäre leicht thunlich das genannte Regiment durch ein anderes ablösen zu lassen, wofür Redner die Zustimmung des Reichstags wünscht. Herr Bracke wurde mit Uebermittlung der Petition an den Reichstag beauftragt und forderte die Versammlung auf, die Petition recht zahlreich zu unterzeichnen. — Was den zweiten Punkt der Tagesordnung anbetrifft, das deutsche Volk und der orientalische Krieg, so übernahm das Referat ebenfalls Hr. Bracke. Zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden entledigte er sich auch dieser Aufgabe, indem er die Eroberungslust Rußlands trefflich schilderte und darlegte, in welche gefährliche Lage das übrige Europa kommen kann. Redner empfiehlt dann die Annahme derselben Resolution, welche eine in Braunschweig abgehaltene Volksversammlung faßte. Diese lautete: „Die am 2. Februar Abends 8 Uhr im Schmidt'schen Lokale tagende und von etwa 500 Personen besuchte Versammlung erklärt jede Unterstützung der russischen Politik für eine Schädigung der wirthschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Volkes und für eine Förderung asiatischer Barbarei gegenüber der westeuropäischen Civilisation. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie es als das entsetzlichste Unglück für Deutschland betrachten würde, wenn dasselbe für russische Interessen in einen Krieg verwickelt würde. Sie betrachtet den russisch-türkischen Krieg als eine Schande für Europa und das 19. Jahrhundert und als einen Beweis für die Unfähigkeit der europäischen Diplomatie, welcher Unfähigkeit gegenüber das Volk die vollkommenste Ursache hat, durch Kundgebung seines Willens dahin zu streben, daß daraus nicht neues und unser Land unmittelbar berührendes Unglück entsteht“. Die einstimmige Annahme dieser Resolution gab einen neuen Beweis für das stete Umsichgreifen unserer Ideen.

A. D.

*) Ei, was hindert denn die Lübecker Genossen, die „eingehendere Besprechung“ selber zu besorgen? Unsere Aufgabe war es nur, auf die Hauptirrthümer in dem Artikel Lissagaray's aufmerksam zu machen, und das ist geschehen. R. d. „V.“

Delitzsch, 17. Februar. Am 10. Februar wurde hier im Bürgergarten des Herrn Keil eine Volksversammlung abgehalten, in welcher Parteigenosse R. W. aus Leipzig über die Tagesordnung: „Die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer“ referirte. Redner wies nach, daß durch die Besteuerung des Tabaks ein großer Theil der Bevölkerung nun dem Genuß des Tabaks entsagen müsse. Ferner führte Redner aus, daß dadurch ein ganzer Industriezweig den Verfall entgegen gehe und Tausende von braven Arbeitern auf das Straßenpflaster geworfen würden, um das Elend, welches durch die heutige Produktionsweise hervorgerufen würde, noch zu vergrößern. Es wurde folgende Resolution eingebracht und von der Versammlung angenommen: Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit dem Referate einverstanden und protestirt einstimmig gegen die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer, indem durch Annahme dieses Steuerprojekts ein großer Industriezweig, welcher eine halbe Million Menschen beschäftigt, dem Verfall entgegen gebracht wird; ja, es läßt sich mit Bestimmtheit behaupten, daß ein Viertel aller im Tabak beschäftigten Arbeiter der Noth und dem Elend preisgegeben werden. Ferner erklärt sich die Versammlung gegen diese Steuer, weil durch dieselbe das arbeitende Volk in erster Linie hart betroffen werden würde. Die Versammlung ist gegen jede Steuererhöhung, spricht sich aber auf das Allerentschiedenste gegen die indirekten Steuern, welche das arbeitende, ohnedem schwer gedrückte Volk am schwersten treffen, aus. Als einzig richtigen Steuermodus erkennt die Versammlung eine progressive Einkommensteuer. Ferner wünscht die Versammlung die einstimmig angenommene Resolution dem jetzigen Vertreter des Bitterfeld-Delitzscher Kreises, Herrn Thilo, nicht zu überweisen, sondern beauftragt das Bureau, selbige einem sozialistischen Reichstagsabgeordneten zu übersenden.

Zeitz, 4. Februar. Sobald unsere Bierbankphilister und Spießbürger in hiesigen Blättern die Ankündigung einer sozialdemokratischen Volksversammlung lesen, pflegen ihnen gewöhnlich die paar Härchen, welche sie noch besitzen, kerzengerade in die Höhe zu steigen. Als nun vergangenen Freitag in den Zeitzer Zeitungen eine Volksversammlung auf Sonnabend den 2. Februar im „Schützenhause“, einem der größten Lokale unserer Stadt, angezeigt war, worin die Genossen Rödiger aus Halle und Lange aus Barmen als Referenten auftreten sollten, da drohte für Zeitz wieder einmal der „jüngste Tag“ hereinzubrechen. Wie groß war aber der Jubel unserer „Ordnungsfreunde“ und unser Erstaunen, als Sonnabend Nachmittag in der „Zeitzer Zeitung“ der Pächter des Schützenhauses, Herr Kind, anzeigte, daß die Versammlung „Umstände halber“ nicht stattfinden könne. „Ach was, Kinderei!“ dachten hiesige Genossen, „das kann doch mit dieser Abmeldung nicht stimmen, da Herr Kind einem unserer Genossen schriftlich den Saal zu einer Versammlung versprochen hat.“ Aber als wir Abends eine halbe Stunde vor der angezeigten Versammlung im Schützenhause erschienen, bemerkten wir die nicht gerade hünenhafte Gestalt des Herrn Kind vor der Saalthüre stehen, ängstlich den Eingang bewachend. Auf unsere Frage, warum der Saal zu einer Versammlung nicht freistehen sollte, erwiderte Herr Kind, daß er seiner „anständigen“ Gäste halber, welche alle drei Monate bei ihm ein Glas trinken, keine sozialdemokratische Volksversammlung dulden könne. Ob unsere Gegner glauben, uns mit solchen kindischen Waffen todtzumachen? Die nächste Reichstagswahl dürfte sie eines Anderen belehren über die Zweckmäßigkeit dieses Kampfs mit „geistigen Waffen“.

Pausa, 10. Februar. Wir berichteten kürzlich von der Verhaftung des hiesigen Sozialistenfressers und Bürgermeisters Müller. Hinter die schattigen Mauern folgte ihm auch der Stadtkassirer. Beide sollen sich über ein circa 5000 Mark betragendes Defizit, welches die städtische Sparkasse aufweist, verantworten. Es wird zwar, wie bei allen Unterschleifen, welche sich betrügerische Beamte zu Schulden kommen lassen, von den Behörden mit aller Dampfkraft gearbeitet, um, wie die Plauen'sche Amtshauptmannschaft den verwaisten Pausaer Stadtrath zu trösten sucht, die Ordnung in der Verwaltung wieder herzustellen. Doch viele Stadtverordnete und die meisten Bürger und Einwohner sind der Meinung, daß dies leichter gesagt als gethan sei, da der „Karren schon zu tief verfahren ist“. Denn es sind nicht blos die 5000 Mark, welche eventuell die bemitleidenswerthe

---

Der jährliche Werthverlust eines jeden Arbeiters durch diese „Steuer“ ist nicht unter 300 Rubel zu schätzen, aber wir wollen nur 250 Rubel annehmen, obwohl zu Kanonenfutter die besten und stärksten Kräfte hingegeben werden. In Friedenszeiten besteht unsere Armee aus 800,000 Mann*) (die Armee in Kriegszeiten lassen wir ganz aus dem Spiele). Also beträgt die Summe der jährlichen Verluste durch die Blutsteuer 200 Mill. Rubel. Selbstverständlich bilden diese 200 Mill. Rubel nur einen geringen Theil aller der Verluste, die das Volk durch den Militarismus erleidet.

Wir haben noch eine große Masse von verschiedenen Staats- und Gesellschaftsabgaben, die das Volk nicht minder drücken, aber wir müssen die Anführung derselben unterlassen, weil darüber gar keine Quellenangaben existiren. Hierher gehören z. B. die Einquartierungen des Militärs,*) die Lieferung von Pferden an die Militärbehörde u. s. w.

Das Resultat unserer Untersuchung zeigt uns, daß das Volk außer den Steuern und Abgaben, die im Reichsbudget fungiren, noch folgende in diesem Kapitel zusammengestellte Abgaben zu leisten habe:

Die Landesprästanden . .	jährlich	41	Mill.	Rubel.
Die Städtesteuer	„	31	„	„
Die Dorfgemeindesteuer .	„	37	„	„
Die Einkünfte von den Gütern und Kapitalien für spezielle Bestimmungen .	„	30	„	„
Loskauf- und Frohngelder .	„	58	„	„
Die Civilliste	„	30	„	„
Die Blutsteuer	„	200	„	„
In Summa		427	Mill.	Rubel.

Diese Summe der „Extra-Ausgaben“ wird Niemand für übertrieben halten, wenn wir daran erinnern, daß wir alle einzelnen Summen überall sehr niedrig gegriffen haben. Außer den materiellen Verlusten haben wir die moralischen und physischen, die durch die Blutsteuer und Kriege verursacht, gar nicht mitgerechnet; sehr viele Abgaben mußten wir ganz unterlassen mitzutheilen, weil wir darüber keine richtigen oder gar keine Angaben finden konnten. Aber lassen wir alles das bei Seite und werfen wir die „Extra-Ausgaben“ von 427 Mill. Rubel mit den Reichsbudget-Ausgaben von 537 Mill. Rubel (im 2. Kap.) zusammen, so finden wir, daß die jährlichen Volkssteuern 964 Mill. Rubel (mehr als 2 Milliarden Mark) ausmachen.

Wir müssen noch gestehen, daß wir die „Fortschritte“ der Volksausbeutung seitens der Regierung nicht genügend gewürdigt haben. Die Motive liegen darin, daß Vieles noch, Dank unserer Regierung, in Dunkel gehüllt ist. Aber soviel haben wir gefunden, daß das russische Volk seit seiner „Emanzipation“ aus dem Sklavenstande sich weit schlimmer befindet als früher und in das Proletarierthum versinkt. Und das behaupten nicht nur die Sozialisten, sondern auch sehr viele unserer Gegner geben das zu.

(Fortsetzung folgt.)

*) Die Herren Obrutscheff und De Livron rechnen 828,000 Mann, und Herr Ssuworin (der Redakteur der „Neuen Zeit“) in seinem Kalender sogar noch mehr.

*) Der Bauer muß die bei ihm einquartierten Soldaten auf eigene Rechnung erhalten.

— **Unglücksfälle auf den preußischen Eisenbahnen im Jahre 1876.** Nach den statistischen Nachrichten aus dem preußischen Handelsministerium sind für das Jahr 1876 eintausendfünfhundertfünfundsiebenzig Unglücksfälle zu verzeichnen, die sich folgendermaßen vertheilen:

	getödtet:	verletzt:
Reisende	8	45
Bahnbeamte	111	475
Arbeiter	109	302
Post-, Steuer- und Polizeibeamte	—	17
fremde Personen	95	82
Arbeiter bei Nebenbeschäftigungen	6	289
Personen, die den Tod freiwillig suchten	75	11
zus.	404	1171

Man sieht, daß die Arbeiter und Bahnbeamten (natürlich die unteren Klassen derselben) das größte Contingent bei der an und für sich großen Zahl von Unglücksfällen stellen.

— **Das Wort „Budget“**, so schreibt die „Vossische Zeitung“ ist offenbar französischen Ursprungs und herzuleiten von „poche“, namentlich von seinem Verkleinerungswort „pochette“. Das P ist wie bei vielen anderen Worten in ein B übergegangen. In allen Wörterbüchern findet sich bereits der Ausdruck „remplir ses bouges“ und „bougettes“ In dem Patois von Languedoc sind beide Worte „buges“, auch „bugettes“, gleichbedeutend mit Felleisen, valise. Durch den Uebergang dieser Worte in die englische Sprache ist, zunächst in Folge der Aussprache, das d eingeschoben worden. Die Worte pochette, bochette, bougette, bugette finden sich in vielen alten Büchern und Schriften, der Sinn aber des modernen, durch das d etwas englisirten Budget ist durchaus der alte ursprüngliche — Tasche, Geldtasche, Säckel, Staatssäckel. — Die amtliche Anwendung dieses Wortes erfolgte in Frankreich zum ersten Male unter dem Consulat im Jahre 1802.

— **Ein glücklicher Staat.** Der Staat Nevada erfreut sich einer beneidenswerthen finanziellen Lage. Die Einnahmen im Staatsschatze übersteigen die Ausgaben so bedeutend, daß der Staats-Controleur die Einberufung einer Extrasitzung der Gesetzgebung befürwortet damit die letztere die Steuerrate von 90 auf 40 C. für 100 Dollar steuerpflichtigen Eigenthums herabsetzt, so daß die Steuerzahler 800,000 Dollar weniger zu bezahlen haben.

— **Eine interessante Statistik** findet sich in der „Neuen Zuricher Zeitung“. Dieselbe behandelt die Frage: Auf welchen Flächeninhalt kommt eine Telegraphenstation? und zweitens: Auf wie viele Einwohner? — Von diesen Gesichtspunkten aus ergeben sich folgende Zahlen für die genannten Staaten pro 1876:

Es kam eine Telegraphenstation:	Quadrat-Kilometer	Einwohner
in der Schweiz auf	37,9	2,519
„ Belgien „	48,0	8,814
„ Württemberg „	55,2	5,830
„ England „	58,6	6,254
„ Bayern „	81,2	5,377
im Gebiete der deutschen Reichstelegraphen auf	87,9	7,015
in den Niederlanden auf	98,1	11,371
„ Frankreich auf	119,9	8,300
„ Oesterreich (westliche Reichshälfte) auf	128,8	9,260
„ Italien auf	159,9	15,839
„ Dänemark auf	169,1	8,420
„ Oesterreich (östliche Reichshälfte) auf	355,4	17,025
„ Portugal auf	630,9	29,378
„ Schweden „	708,3	6,980
„ Griechenland auf	727,7	21,968
„ Rumänien „	747,8	31,314
„ der Türkei „	831,6	22,522
„ Norwegen „	1,607,6	9,152
„ Spanien „	1,810,8	60,000
„ Rußland „	10,522,5	43,973

Aus dieser Zusammenstellung zeigt sich, daß, während in der Schweiz im Durchschnitt schon für die Bedürfnisse von 2519 Bewohnern, resp. eines Flächeninhalts von 37,9 Quadratkilometer eine Station sorgt, z. B. in Portugal erst für 29,878 Bewohner, resp. für einen Flächeninhalt von 631 Quadratkilometer und in Rußland sogar erst für 43,973 Bewohner resp. für einen Flächeninhalt von 10,522 Quadratkilometer ein Bureau existirt.

Stadt bezahlen soll — d. h. irgendwo zu diesem Zwecke leihen muß —, sondern die Jahre lang andauernde Mißwirthschaft, die hauptsächlich unser hinter dem Gitter befindlicher Sozialistenfresser inszenirte, ist es, welche die finanzielle Kraft der Stadt in die erdenklichst schlechteste Lage gebracht hat. Es ist aber dieser Exbürgermeister allein nicht für alle dem Orte angehängten Unbilden verantwortlich zu machen, vielmehr fällt wohl ein großer Theil derselben auf gewisse Handlungen des Betrügers. — Wir könnten noch Manches erwähnen, doch es mag mit der Bemerkung genügen, daß ein Sozialistenfresser nach dem andern der Schlinge des Staatsanwalts und der Gesetze verfällt, während die, die von Jenen gemaßregelt worden sind, stolz auf sie, die „Waldheimer", hernieder schauen können. Unsere noch existirenden Sozialistenfresser möchten dieses bedenken und vorsichtig sein.

Schöneck, 17. Februar. Die von uns in Aussicht genommene Volksversammlung konnte, da die Gegner dafür sorgten, daß wir kein Lokal in der Stadt erhielten, erst Sonntag den 10. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Schützenhause abgehalten werden. Genosse Mehlhorn aus Glauchau hatte das Referat über „den deutschen Reichstag und die Sozialdemokratie" übernommen. Nach der Einleitung kam er auf die bei Eröffnung des Reichstages am 6. Februar verlesene Thronrede, in welcher u. A. die für uns höchst unliebsame Botschaft, von den Gegnern so befürworteten, von uns entschieden bekämpften indirekten Steuer, enthalten war. Zuvörderst sprach sich Referent gegen die indirekten Steuern überhaupt aus. Ferner tadelte er die russenfreundliche Haltung unserer Regierung, die in Zukunft vielleicht noch verhängnißvoller werden könnte als sie es schon sei. Dann besprach er die Haltung der Parteien im Reichstage gegenüber den Sozialdemokraten und erwähnte u. A., daß und warum bei der Abstimmung über den Sitz des Reichsgerichts unsere Vertreter mit für Leipzig gestimmt hätten. Beim Arbeiterschutzgesetz gedachte er der verschiedenen Phasen, die es durchmachte, um schließlich beim Reichskanzleramt vergraben zu werden und jetzt mit einigen Abänderungen von Neuem auf den Tisch des hohen Hauses zu erscheinen. — Mit der Aufforderung, unsere „Vogtländische Freie Presse" zu lesen und zu verbreiten, schloß der Redner und es belohnte ihn der stürmische Applaus der trotz der strengen Kälte zahlreich erschienenen Zuhörer. Da sich trotz mehrfacher Aufforderung Niemand zum Wort meldete, wurde die Versammlung geschlossen.

Saarbrücken, im Februar. (Arbeiterrisiko.) Ueber einen Vorfall, der sich hier vor einiger Zeit zugetragen hat, schweigen sich die hiesigen „liberalen„ Zeitungen gründlich aus; umsomehr ist es Pflicht der Arbeiterpresse, darüber zu berichten. Ein Maurermeister nämlich, der den Kasernenbau übernommen hatte, konnte eines schönen Sonnabends an 80 Maurer den rückständigen Lohn von 14 Tagen nicht zahlen; er erklärte rundweg, daß er kein Geld habe und daß die Arbeiter ihn nur verklagen sollten. Dieser Rath nützte den Arbeitern freilich sehr wenig, denn der Herr Arbeitgeber lebte mit seiner Frau in getrennten Gütern, und wie das dann gewöhnlich der Fall zu sein pflegt — Alles gehörte der Frau, der man natürlich nichts nehmen konnte. Die Arbeiter waren und blieben die Geprellten. Wie aber, wenn umgekehrt ein Arbeiter den Herrn Meister nur um 3 Mark betrogen hätte? Die Sache wäre sicherlich nicht so glatt abgelaufen und die heutige Presse hätte sich schier heiser geschrieen ob der Verderbtheit der Arbeiter, an der dann selbstredend die Sozialdemokraten schuld wären. So aber schweigt sie, der Herr Maurermeister ist ja einer der Ihrigen.

Wiesbaden, 12. Februar. Samstag den 9. Februar tagte hier im Gasthof zum „Bairischen Hof" eine von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die orientalische Frage". Herr Jöst aus Mainz war Referent und führte derselbe seine Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden zu Ende. Zum Schluß wurde folgende Resolution zur Abstimmung gebracht und angenommen:

„Die heute den 9. Februar im Gasthaus zum Bairischen Hof in Wiesbaden tagende und von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung protestirt energisch gegen die bisherige russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert dieselbe auf, nicht nur dem Krieg im Orient entgegenzutreten, sondern auch ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, daß baldigst ein die Interessen aller Nationen garantirender Friede geschlossen werde." K. W.

Mannheim, 1. Februar. (Zur Centralisationsfrage der Gewerkschaften.) Bevor in dieser Frage ein entscheidender Schritt geschieht, wird es gut sein, noch einmal auf die Nothwendigkeit aufmerksam, sowie einen Vorschlag zu machen, auf welche Art die Centralisation am leichtesten ohne Geldopfer herzustellen sei. Ich wende mich damit aus dem Grunde an den „Vorwärts", weil er weit verbreitet ist.

Nach dem Hilfskassengesetz kann ein Mitglied von der Krankenkasse nicht mehr ausgeschlossen werden, wenn es zwei Jahre derselben angehört hat, auch wenn es zur Gewerkschaft keine Beiträge mehr zahlt. Es giebt aber sehr viele Gewerkschaftsmitglieder, die blos der Krankenkasse wegen einer Gewerkschaft beigetreten sind, sich auch höchstens dann in den Mitgliederversammlungen sehen lassen, wenn sie Beiträge bezahlen wollen, was alle vier oder sechs Wochen geschieht. Diese Mitglieder werden die Ersten sein, die nach Verlauf von zwei Jahren der Gewerkschaft den Rücken kehren. Diese sogenannten „Prinziplosen" müssen wir während dieser zwei Jahre zu denkenden Menschen zu machen suchen, ihnen müssen wir zeigen, welche hohe Aufgabe die Arbeitervereinigung hat. Aber wie ist das möglich? Durch Vorträge etwa? Das geht nicht, weil sie nicht kommen; ferner wird in Preußen beinahe jeder Vortrag innerhalb der Mitgliederversammlungen als politische Thätigkeit betrachtet. Aber durch die Presse ist es möglich! Daß unsere jetzige Gewerkschaftspresse — zum größten Theil — das nicht leisten kann, ist längst bekannt, wir brauchen daher ein wissenschaftlich gehaltenes Organ. Diese Aufgabe kann aber auch das bereits vorgeschlagene Centralorgan nicht erfüllen, weil jede Gewerkschaft zuviel gewerkliche und amtliche Mittheilungen zu machen hat; darum mögen diejenigen Organe, die ihre Aufgabe erfüllen, bestehen bleiben wie bisher; diejenigen aber, welche sie nicht erfüllen, könnten, statt wie bisher wöchentlich, alle vierzehn Tage erscheinen, und diejenigen Vereinigungen, die bis jetzt kein eigenes Organ haben, mögen sich, je nach ihrem Branche, eines der letzteren zum Organ wählen. In diesen Blättern können die geschäftlichen Mittheilungen veröffentlicht werden, das Uebrige soll das wissenschaftlich gehaltene „Centralorgan" besorgen, welches ebenfalls alle vierzehn Tage erscheinen könnte, so daß abwechselnd jede Woche ein Blatt erscheint.

Als Letzteres schlage ich den „Vorwärts" vor. Die Redaktion würde jedenfalls gerne alle vierzehn Tage eine Nummer, für die Gewerkschaften passend, herstellen, zumal sie auch die Kräfte dazu besitzt. Die Abonnenten würden schon aus Interesse für die Arbeiterbewegung wahrscheinlich nichts dagegen einzuwenden haben, da die Abonnenten, welche Gewerkschaftsmitglieder sind, anstatt zwei Blätter von fast gleichem Inhalt, in der Folge zwei Blätter von verschiedenem Inhalt bekommen würden.

Damit wäre dem Fortschritt gedient und die Hauptsache der Centralisation erreicht, und zwar ohne Geldopfer. Ja sogar noch Ersparnisse würden gemacht werden, da bei einem Mehrdruck von ungefähr 20,000 das Exemplar auf höchstens 2 Pf. zu stehen kommen würde, während das Exemplar unserer Gewerkschaftsorgane 3 Pf. kostet. Zum Ueberfluß kann noch am Kopfe statt „Vorwärts": „Wecker", Organ der Schuhmacher, „Panier", Organ der Metallarbeiter u. s. w. gesetzt werden; es hat dann jedes Gewerkschaftsmitglied sein Organ wie bisher, nur mit wesentlich verschiedenem Inhalt.

Ueber die weiteren Centralisationsfragen bitte ich die dritte und vierte Frage (siehe in Nr. 147 des „Vorwärts" von 1877 den Gewerkschafts-Conferenzbericht von hier) zu beachten und genau zu erwägen. Durch Annahme dieser Fragen würde sich eine Centralisation nach und nach von selbst bilden.

Eisenhauer.

München, 10. Febr. Vor einigen Tagen starb dahier ein armer Universitätsstudent am Hungertyphus. Von diesem Todesfalle erhielt man erst privatim Kunde, denn offiziell werden solche Ereignisse nicht an die Oeffentlichkeit gebracht, damit die Reichen in ihrer Verdauungsarbeit nicht gestört werden. — Aber deshalb leben wir doch in der besten aller Welten. Nicht wahr?

Bochum, 12. Februar. Seit langer Zeit habe ich Ihnen aus unserer Gegend nichts mitgetheilt, — nicht etwa aus Gleichgiltigkeit, sondern einzig und allein weil ich doch nichts Erfreuliches hätte berichten können. Auch heute kann ich Ihnen nur wenig freudige Nachrichten zukommen lassen, denn überall wohin mein Auge blickt, gewahre ich nur traurige, kummervolle Gesichter. Unser so hochgepriesener Industriekreis, der zugleich die Ehre hat, der bevölkertste der ganzen Monarchie zu sein, ist in Folge des Darniederliegens der Montanindustrie einer der ärmsten geworden. Die Arbeitslöhne sind dem Camphausen'schen Rezepte gemäß derart herabgeschraubt worden, daß der durchschnittliche Verdienst pro Tag nur noch 2 Mark beträgt. Wie ein Arbeiter mit einem solchen Hungerlohn eine Familie ernähren soll, ist kaum denkbar. Da nun der Arbeiter nichts verdient, muß naturgemäß auch der kleine Geschäftsmann und Handwerker zu Grunde gehen, und in der That kämpfen die Letzteren im vollen Sinne des Wortes den Verzweiflungskampf um ihre Existenz. Wie mancher brave Handwerker, der sich durch Auferlegung von allerlei Entbehrungen in den besseren Jahren zusammengespart hat, um ein kleines Geschäft anzufangen, muß jetzt seine so sauer erworbenen Ersparnisse den hartherzigen Wucherern als Beute überlassen. Unser sonst so belebtes Bochum ist jetzt wie ausgestorben, selten oder nie sieht man ein fröhliches Gesicht. Wie kann es aber auch anders sein; der Muth des armen Volkes, das nun schon seit beinahe vier Jahren von Tag zu Tag vergebens auf eine Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse gehofft hat, ist gebrochen, denn es sind auch nicht die geringsten Anzeichen vorhanden, daß es bald besser werden könnte. — Unsere Grubenverwaltungen haben sich geeinigt, die Förderung der Produktion um 10 Prozent zu verringern, um eine Erhöhung der Kohlenpreise zu erzielen, unbekümmert darum, ob die Bergarbeiter dabei hungern müssen. Wir haben hier übrigens auch eine geduldige Arbeiterbevölkerung, die sich von den Pfaffen in's Schlepptau nehmen läßt. Nur im Norden des Kreises, in Gelsenkirchen, Schalke 2c., herrscht ein reger Sinn unter den Arbeitern, dort macht der Sozialismus erfreuliche Fortschritte und der durch Hasselmann gegründete Rheinisch-Westfälische Bergarbeiter-Verband zählt dort seine meisten Mitglieder. Auch in den benachbarten Kreisen Essen und Dortmund wächst die sozialdemokratische Partei, und besonders ist es der letztere, der durch die Agitation des Genossen Kuhl in nicht allzuferner Zeit durch unsere Partei erobert sein dürfte. — Nur in unserem schwarzen Bochum ist es noch dunkel, und hier bedarf es einer angestrengten Agitation, um das Proletariat aus dem Schlafe zu rütteln. Hoffen wir, daß es bald geschehen wird. —n.

Geislingen, 6. Februar. Die „Süddeutsche Volkszeitung" vom 3. Februar enthält von hiesigem Orte eine Correspondenz, deren wesentlichen Inhalt es sich verlohnt, den Lesern des „Vorwärts" bekannt zu geben. Es betrifft dies einen Ukas, den der hiesige Fabrikant D. Straub unterm 18. Dezember v. J. an seine Arbeiter erlassen hat und der in seiner Art wohl einzig dastehen dürfte. Man höre und staune!

„An meine Arbeiter: Es ist mein Wunsch, daß mit nachstehend verzeichneten Herren nicht mehr geschäftlich verkehrt wird: Knauß, Doktor. Kimmel z. Lamm. Fröhlich z. Glocke. Schmid, Bierbrauer. Wittich, Kaufmann. Carl Allgöwer, Kaufmann. Franz David Bucheler. Stahl, Merzler. Barth, Merzler. Fischer, Merzler. Marchthaler, Schuster. Huth, Schuster. Schwegler, Flaschner Bäck. Joh. Staudenmaier, Oelmüller. J. G. Kemmel, Feuerversicherungs-Agent. Geislingen, den 18. Dezember 1877. D. Straub."

Entweder hat der Fabrikant Straub bei Bekanntgabe dieses „Wunsches" seine gesunden fünf Sinne nicht beisammen gehabt, was ihn für das Irrenhaus reif macht, oder aber es beweist dieser „Wunsch", daß die betreffenden Arbeiter sich in einer sklavenähnlichen Abhängigkeit zu Herrn Straub befinden, was noch weit schlimmer wäre. Das Letztere wird wohl das Zutreffende sein. Man sieht an diesem einen Beispiel, wie viel noch zu thun ist, um eine Zeit herbeizuführen, wo derartige bodenlose Unverschämtheiten zu den Unmöglichkeiten gehören.

Clausthal, 10. Februar. Heute wurden die Bewohner von Clausthal-Zellerfeld durch den Ruf erschreckt: „Feuer im Bergwerk". Wir begaben uns zum Schachtgebäude der Grube Herzog Georg Wilhelm und erfuhren Folgendes: Heute morgen zwischen 3 und 4 Uhr, als die Arbeiter, welche Nachts gearbeitet, gerade im Begriff waren, die Grube zu verlassen, verspürten selbige einen brenzlichen Geruch, ohne sich dessen Ursache erklären zu können. Als später nachgesucht wurde, fand man, daß in einer Tiefe von etwa 550 Mtr. eine Abbaustelle der Grube auf unerklärliche Weise in Brand gerathen war. Sofort wurde gesucht, der Brandstätte beizukommen, allerdings kein leichtes Unternehmen, da die Zugänge bereits derart mit Rauch angefüllt waren, daß es den suchenden Bergmännern nur sehr schwer und auf Händen und Füßen kriechend gelang, der Brandstätte näher zu kommen. Es wurde nun — da an ein Löschen des Feuers nicht gedacht werden konnte — um dem Feuer weitere Nahrung zu entziehen, alles Holz aus der Nähe entfernt und alle Zugänge verrammelt, allerdings mit größter Anstrengung, denn bereits stellte sich bei den betreffenden Arbeitern Uebelkeit ein und mußten sie sich beeilen, den Hauptschacht zu erreichen, um nicht dem Erstickungstod anheimzufallen. Auf diese Weise wurde es möglich, das Feuer auf einen möglichst engen Raum zu beschränken, um es dort ausbrennen zu lassen. An ein Arbeiten auf den Gruben „Herzog Georg Wilhelm" und „Eleonore" dürfte in den nächsten Tagen nicht zu denken sein. Menschenleben hat der Unfall glücklicher Weise nicht gekostet.

Constanz im Februar. Gestatten Sie mir, etwas über den Stand unserer Partei am hiesigen Orte zu berichten. Durch die Geschäftslosigkeit hat sich die Zahl der Arbeiter am hiesigen Orte sehr vermindert, daher haben wir auch sehr wenig steuernde Mitglieder. An Gegnern fehlt es dagegen nicht, wenn dieselben auch nur hinterm Biertisch uns bekämpfen, denn halten wir eine Versammlung ab, in der Gegner zugegen sind und man fordert sie auf, ihre Ansicht auszusprechen, so schweigen sie sich tapfer aus. Auch die beiden hiesigen Zeitungen thun ihr Möglichstes, unsere Partei zu bekämpfen, indem sie Alles, was irgend ein liberales Blatt über uns schreibt, abdrucken. Ein Agitator kommt selten zu uns, daher freuten wir uns, als Genosse Lehmann aus Pforzheim anfrug, ob er in einer Versammlung referiren sollte. Es wurde denn auch eine Versammlung auf den 14. Januar anberaumt mit der Tagesordnung: „Die Grund- und Bodenfrage und was wollen die Sozialdemokraten". Die Versammlung war gut besucht, aber aus irgend einem Grunde war der Referent nicht erschienen. Kurz entschlossen ernannten wir unsern Genossen Belli zum Referenten über: „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie" und entledigte sich derselbe durch Erläuterung unsres Programms seiner Aufgabe zu aller Zufriedenheit. — Zur besonderen Charakterisirung unserer heutigen Zustände will ich noch der Thatsache erwähnen, daß das hiesige Gefängniß vor Kurzem derart überfüllt war, daß noch spät Abends eine Anzahl Gefangener an die Strafanstalt in Rudolfszell abgegeben werden mußte. A. H.

Briefkasten

der Redaktion. M. in Magdeburg: Das ist ein sehr erklärliches Versehen, wie es überall vorkommen kann, jedenfalls steht in Bezug auf Promptheit und Pünktlichkeit unsere Post keiner anderen nach. — Hrn. W. G. in Linden: Die betr. Notiz galt Ihnen nicht, wie die verschiedenen Anfangsbuchstaben Ihnen schon zeigen mußten. — C. A. R. in Apolda: Wenn wir Ihre Correspondenz aufnehmen', wird das Erste sein, daß der pp. Gr. auf's Gericht läuft und uns wegen „Verläumdung" verklagt. Und dann — sind Sie im Stande, den Beweis der Wahrheit anzutreten? Darüber möchten wir vorerst Gewißheit haben. —

Quittung. Erbnstn Lindenau Ab. 24,50. Krzl Olmütz Ab. 5,10 und 3,40. Schrdr Hannover Ab. 100,00. Schuhmachergew. Hannover Ann. 2,10. J. Rvl Duz Ab. 10,27. Mrtn hier Ann. 0,60. Thmnn Roßla Ab. 4,20. Ullrch hier Ab. 30,00. Srtg Gotha Ab. 50,00. Arb.-Verein Neudnitz 2,10. Strn Posen Ab. 2,40. Wlthr Kiel Schr. 8,70. Arbeiterbild.-Verein London d. B. Lier Ab. 33,20. Crmr hier Ybtgr. 10,00. Gth Meiningen Schr. 0,70. Hhnstn Sangerrhausen Schr. 1,50. Mchkr Bautzen Schr. 0,85. Knnr Eisleben Ab. 1,50. Ems Mittweida Schr. 1,80. Crds Olszewice Schr. 5,80. Rjf Ragnit Schr. 2,00. Hhnstn Pößneck Schr. 2,70. Krtz Coblenz Schr. 5,00. Stti Halle Schr. 0,60. Gew. d. M. Bärn Schr. 1,70.

Sprngr Aachen soll heißen Sprngr Oldenburg.

Herr Louis Söhler, resp. der Vorstand der Metallarbeiter-Gewerks-Genossenschaft wird freundlichst ersucht, die nöthigen Utensilien für 30 Mitglieder umgehend an den Unterzeichneten zu senden.

Haben Sie meinen Brief nicht erhalten?

Jos. Oyen, Michaelisstraße 1637, Hildesheim.*

* Für Mittwochsnummer zu spät eingetroffen.

---

der Expedition. H. Bechholtz Düsseldorf und L. F. in Königsberg: Betrachten Sie unsere heutige Annonce betr. des Triumph of Order. — Heerhold Ottensen: Ihre Annonce kam für die Mittwochsnummer zu spät. — J. O. Ober-Ingelheim: Die Annonce kann aufgenommen werden, wenn Sie den Betrag hierfür mit 3,60 Mk. und 40 Pfg. für Portis einsenden.

Frankfurt a. M. Sozialdemokratischer Wahlverein. **Montag**, den 25. Febr., Abends 9 Uhr, bei Pfuhl, Zeil 47: (F. 122) (2b) [80

Generalversammlung.

Tagesordnung: **Neuwahl des Vorstandes. Abrechnung. Verschiedenes.** J. A.: K. Ibsen.

Hannover. Schuhmacher-Gewerkschaft. **Sonntag**, den 24. Februar, in Winkler's Hotel: (F. 159) [2,10

Unterhaltung mit Kränzchen.

Anfang 4 Uhr. — Parteigenossen und Mitglieder ladet freundlichst ein. Das Comité.

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. [40

Jeden Sonnabend, Abends ½9 Uhr, in der Thieme'schen Brauerei, Tauchaerstr. 12: Versammlung u. Aufnahme neuer Mitgl.

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Lieder-Sammlung
des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.

I. Lieferung.

Inhalt: Nr. 1. „Im Wald", von G. Scholz, Op. 12;
Nr. 2. „Arbeitermarsch", von C. Arendt.

II. Lieferung.

Inhalt: Nr. 3. Motto, Wahlspruch und Trinkspruch des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes von G. Scholz. Op. 18.
Nr. 4. Vivat der neue Wein von C. Sahm.
Nr. 5. Die Arbeitsmänner von C. Arendt.

Preis der Lieferung: Partitur mit 4 St. 1,60, 4 St. 1,20 Mk.

Drei Solo-Quartette von G. Scholz, Op. 7. „Kehr wieder!" Gedicht von B. Geiser; „Die Spinnerin", Gedicht von Borrmann; „Das Blümlein", Gedicht von A. Geib. Preis: Partitur mit Stimmen 2 Mark.

Soeben ist erschienen:

Triumph of Order

gemalt von E. Pichio.

Darstellend: **Die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen** (Mai 1871) **im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.**

Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig in London am Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist gelungen, Original-Photographien zu folgenden Preisen anfertigen zu lassen: Größere (die Photographie ohne Carton 28 Ctm. breit, 20 Ctm. hoch) im Dutzend das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (20 Ctm. breit, 14 Ctm. hoch) im Dtzd. das Stück 1,80, einzeln 2,30. Bei Bestellungen über 6 Dtzd. die größeren à Dtzd. M. 36,00, die kleineren à Dtzd. 20,00 und werden dieselben gegen Einsendung des Betrags portofrei überall hingesandt.

Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß.

Die Expedition des „Vorwärts."

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
bekr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., bekr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Cityhourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heine, 8 New ... Golden Square.

Nr. 23. Sonntag, 24. Februar. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Connewitz ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für Kleinzschocher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, Neureudnitz bei Zschau, 15 I, für Plagwitz-Lindenau bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Lotterie- und Spielkartenstempelsteuer.

Daß sich das Bismarckische „deutsche Reich" immer in großer Verlegenheit darüber befindet, wenn es seine ungemessenen Bedürfnisse befriedigen soll, ist allgemein bekannt; es geht dem herrlichen Reiche so, wie einem Schlemmer, der mit seinem anständigen Einkommen seine übergroßen, unnatürlichen Bedürfnisse nicht befriedigen kann.

Und dennoch sollen dieselben befriedigt werden! Der Schlemmer ergreift zu allerlei Auskunftsmitteln, er spielt, er spekulirt — er hat Glück, er gewinnt, er schlemmt weiter. Günstigen Falles treibt er es eine längere Zeit noch so, bis das Glück umschlägt, oder er durch einen Schlagfluß niedersinkt.

Das deutsche Reich spekulirt auch, um seine Bedürfnisse befriedigen zu können, es spekulirt auf den Steuersäckel des Volks. Derselbe ist schon dermaßen geleert worden, daß tiefe Ebbe in ihm herrscht; aber dennoch muß — da die Reichsbedürfnisse immer mehr steigen — immer weiter aus ihm geschöpft werden, ohne daß man bedenkt, daß dadurch schließlich die Lebensfähigkeit der Nation leidet.

Gerade zu possierlich ist es, anzusehen, auf welchen Schleichwegen und mit welchen Finten man sich an den Steuersäckel des Volkes hinanschlängelt, ja possierlich, wenn es nicht so sehr ernst wäre. Da merkt man, daß das mäßige Taschengeld des Rauchers gar zu gering ist, daß derselbe wohl etwas tiefer in die Familienkasse greifen könnte, daß Weib und Kinder wohl noch etwas weniger und schlechtere Nahrung zu sich nehmen könnten, damit der Tabak dem Verschwender, deutsches Reich genannt, neue Mittel zuführe, seine colossalen Bedürfnisse, die vielfach in allerlei Putz und Staat zu finden sind, befriedigen zu können.

Da schleicht man sich an die Börsenherren und befühlt ihre Taschen, ob sie erleichterungsfähig sind, und muß zu großer Betrübniß erfahren, daß man die rechte Zeit, die Gründer- und Schwindlerperiode verabsäumt hat.

Doch halt! Die Einzelstaaten in Deutschland verdienen jedes Jahr ein hübsches Sümmchen durch die angestachelten Leidenschaften des Volkes, durch die Lotterie, die Einzelstaaten verführen ihre eigenen Staatsbürger zum Lotteriespiel. Weshalb sollte denn nicht auch das Reich von solcher Unmoralität profitiren? Da wäre es doch schön dumm — wie der Berliner sagt. Also eine Reichslotteriestempelabgabe.

So will das deutsche Reich das frevle Lotteriespiel sanktioniren, es will sich zum Oberspielmeister der Lotterie degradiren, während alle anständigen Leute jedes Hazardspiel und auch das Lotteriespiel als unmoralisch verdammen. Das deutsche Reich aber braucht Geld und ein Heruntergekommener fragt wenig nach der Moral.

Wenn diese Steuer dem deutschen Reichstage vorgelegt wird, dann dürfte doch wohl ein Theil der Reichsboten die Aufhebung des Lotteriespiels in Deutschland überhaupt verlangen. Das wäre die beste Antwort auf die Regierungsvorlage.

Aber die Kartenspieler, die Wirthe, sie können es leiden, ruft man und flugs wird eine Reichsspielkartensteuer projektirt. Weshalb keine Schachbrettsteuer, keine Billardsteuer, keine Steuer auf Kegelbahnen, Landpartien, Veranstaltung von Gesellschaften und Tänzen, auch von Hoffesten, wenn man die Unterhaltung und das Vergnügen besteuern will? Will man aber die Möglichkeit besteuern, daß mit den Karten Hazardspiele getrieben werden, dann sollte man auch die Wetten bei Pferderennen ꝛc. ꝛc. besteuern.

So verfolgt uns auf Schritt und Tritt die Ungerechtigkeit und auch die Unmoralität, die in den projektirten Steuern liegen.

Aber was thun? Das herrliche deutsche Reich braucht Geld.

Was muß der Privatmann thun, wenn er mit seinem Einkommen nicht auskommt? Er muß seine Bedürfnisse einschränken. Beschneide das deutsche Reich lediglich den Militarismus in ausreichlicher Weise, so wird es sich aus einem Schlemmer noch zu einem ziemlich anständigen Manne entwickeln können. Sein Ruf nach Innen und Außen wird sich bessern, und das Volk wird vielfach gesunden. — — —

Aber welche Zumuthung!? Das hieße der Katze zumuthen, das Mausen zu lassen, wenn man von dem borussifizirten deutschen Reiche verlangte, die glänzende Pickelhaube abzulegen — dann wäre das deutsche Reich ja gar nicht das „deutsche Reich".

Nun, dann lassen wir dies deutsche Reich einfach seine Wege wandeln; es wird ihm gehen gleich dem Schlemmer, der durch den Schlagfluß meist eines jähen Todes stirbt.

Das deutsche Volk aber bleibt am Leben und wird einen anderen Bau vollenden, auf dessen Höhe nicht die Pickelhaube thront, sondern die Friedenspalme wächst.

Aus den Vereinigten Staaten.

Newyork, 6. Februar.

Dieser Brief ist dadurch verzögert worden, daß die zu berichtenden Ereignisse sich immer auf's Neue verwickelten, und selbst heute noch nicht ihren Abschluß gefunden haben.

Der große Cigarrenmacher-Ausstand ist durch den Hunger überwältigt worden. Als dauernden Gewinn davon für die Besiegten sind zu verzeichnen daß völlige Aufhören der Hausarbeit, die Bildung eines großen Gewerkvereins unter ihnen, die nie vorher einem solchen angehört hatten, der abgelegte Beweis, daß eine Arbeiter-Organisation, welche improvisirt war, in jeder Beziehung musterhaft verwaltet werden und einen heldenmüthigen Widerstand leisten konnte, die in weitesten Kreisen für eine gerechte Arbeitersache erwachte Theilnahme und wenn auch ungenügende, doch großartige Hilfe, endlich daß die Sieger nicht triumphiren. Nur einzelne der Letzteren wagen ihren Uebermuth zur Schau zu tragen, und nur wenige der Führer des Ausstandes haben bisher noch keine Arbeit gefunden.

Vor drei Wochen begann ein anderer großer Strike in der Schuhmacherstadt Lynn bei Boston, weil die meisten der Arbeitgeber verlangten, ihre Arbeiter sollten aus dem „Orden der Crispiner", der großen Schuhmacher-Gewerkschaft, austreten. Die Sache hat ebenfalls mit einem stillschweigenden Waffenstillstand geendet, wohl weil der Eintritt des strengeren Winters große Bestellungen brachte (denn fast alle amerikanischen Fabriken arbeiten nur noch auf Bestellung. Da die Crispiner gut (leider geheim) organisirt sind, war auf alle Fälle keine Niederlage zu erwarten.

Die Weber und Spinner vom Fall River in Massachusetts haben zweimal kurz nach einander einige ihrer Arbeitgeber vor Gericht gezogen, weil dieselben das Zehnstunden-Gesetz verletzt hatten. Beide Male saßen Richter, welche Mittheilhaber der Fabriken waren, und wiesen die Klagen als unbegründet zurück, „weil kein Zwang zu längerer Arbeit stattgefunden habe". Die Arbeiter hätten ja die Arbeit verweigern können. Damit nicht zufrieden haben die Baumwollen-Lords abermals die Legislatur um Aufhebung des Zehnstundengesetzes (welches die meisten von ihnen mit Füßen treten) angegangen; diesmal wird von den Unseren eine allgemeine Gegen-Agitation in's Werk gesetzt.

Der von mir schon besprochene All-Gewerkverein, die beabsichtigte nationale und internationale Verbrüderung aller Arbeiter findet mithin Beifall, und in Kurzem wird der vorläufige Rahmen dafür geschaffen sein. Bis jetzt regt sich die Theilnahme dafür fast nur unter den Englischen, während die politische Parteithätigkeit fast ganz auf die Deutschen sich beschränkt. Doch mehren sich die Anzeichen, daß beide Bewegungen Hand in Hand gehen werden. Die neugeschaffenen Parteiblätter nehmen sichtlich an Lesern zu. Die anfangs voriger Woche entstandene „Newyorker Volkszeitung", ein großes Tageblatt, beginnt unter merkwürdigem Erfolge. In Baltimore, Maryland, soll binnen einigen Wochen ebenfalls eine tägliche Parteizeitung erscheinen. Kurz — es geht endlich vorwärts.

Eine ganz überraschende Stärke hat auf einmal im Congreß die Papiergeld-Partei entwickelt, indem sie sich mit den Silbergeld-Leuten verbündete. Es scheint, daß sie in beiden Häusern des Congresses zwei Drittel aller Stimmen gewonnen hat, so daß sie das zu erwartende Veto des Präsidenten wird überstimmen und ihre „Silber-Bill" wird zum Gesetz erheben können. Da gleichzeitig auch zwei Beschlüsse gefaßt worden sind, welche sich gegen alle Lieblingspläne der kapitalistischen Verschwörung erklären, so mag dadurch die alte Parteibildung vollständig zerstört, und eine neue in's Leben gerufen werden. Es herrscht deshalb eine allgemeine Aufregung und das Ende davon kann kaum abgesehen werden; jedenfalls aber wird allmälig die gesammte Nation in die Besprechung der Arbeiterfrage hineingetrieben.

Was die Greenback-Partei will, habe ich Ihren Lesern schon beschrieben. Sie ist in sich gespalten und hat deshalb eine Convention für Anfang Mai nach Toledo berufen, wo nun natürlich auch die Silberleute verteten sein werden. Die letzteren wollen Silberdollars, wie sie früher unsere einzige Währung bildeten (zu 412½ Gran Silbergewicht) neben den Golddollars mit Zwangsumlauf ausstatten, obwohl sie diesen gegenüber etwa 8 Cents weniger werth sind; und mit diesem Silbergelde wollen sie die Nationalschuld bezahlen, d. h. abgerechnet, was dergestalt unbezahlt bleibt. Diese neue Parteifraktion ist von den Besitzern der Silbergruben in Nevada, den reichsten in der Welt, in's Leben gerufen. Die große Ausbeute dieser Gruben ist es, was seit einigen Jahren den Silberpreis um etwa ein Elftel im Weltmarkt herabgedrückt hat; und da nun am 1. April der Tunnel unter den „Cowstock-Minen" fertig werden soll, ein von dem Deutschen Sutro geleiletes Riesenwerk von einer deutschen Meile Länge, welches alle diese Gruben entwässern und zugleich lüften soll, so würde der Silberpreis dann noch viel ärger sinken, wenn die Nachfrage nach diesem Metall behufs Geldprägens nicht künstlich gesteigert würde.

Die Silberkönige und ihre Vasallen sind also eine unverhohlen kapitalistische Sippschaft. Wie können die Papierleute mit ihnen gehen, welche durch Zwangspapiergeld alles Hartgeld aus dem inneren Verkehr treiben wollen? „Die Politik macht seltsame Bettkameraden", sagt ein englisches Sprüchwort. Es ist also einleuchtend, daß diese Bundesgenossenschaft nur für einen naheliegenden Zweck gestiftet ist. Dieselbe will die Kapitalisten-Verschwörung dadurch sprengen, daß sie die auf nächstes Neujahr verordnete Wiederaufnahme der Baarzahlungen verhinderte, wodurch zugleich den Nationalbanken der Krieg erklärt ist. Es bedarf eines besonderen und ausführlichen Briefes, den ich gelegentlich liefern werde, um die Geschichte unsers Papiergeldes, Nationalschuld- und Nationalbankwesens, also auch die Tragweite der Kapitalistenverschwörung und die leidenschaftliche Aufregung der beiden Heerlager begreiflich zu machen.

Seit ich diesen Brief begonnen, hat die neue Partei im Repräsentantenhause wieder einen Schlag zu führen gesucht, welcher ihre Gegner in's Herz treffen soll — sie hat mit einer Mehrheit, welche beinah an zwei Drittel der Stimmen reichte, ihre Absicht erklärt, eine Einkommensteuer auf das Kapital zu legen. Bei dieser Abstimmung war der ganze Süden (die vormaligen Sklavenstaaten) einig, und der Westen fast ganz für die Steuer. Es ist eine wahre Lust, die Wuth, die Niedergeschlagenheit, die verbissene Leidenschaft der östlichen Großkapitalisten zu beobachten. Ihre Organe gehen soweit, die neue Partei als Communisten, als geheime Bundesgenossen der Arbeiterpartei zu denunziren, worüber man sich krank lachen könnte.

Sie sehen also, daß endlich, endlich das Eis der Gleichgültigkeit des Volkes gebrochen ist; die Politik kommt wieder in Fluß, es will Frühling unter den Menschen werden. Es ist zu erwarten, daß die beiden neuen Parteien — die kapitalfeindliche und die kapitalfreundliche — in's Volk herabsteigen und die ausführliche Besprechung ihrer Absichten und Grundsätze diesem mundrecht machen müssen. So wird die große Masse an's Nachdenken über Dinge gewöhnt, welche ihm bisher viel zu fern lagen, nationalsökonomische Fragen; und wir Sozialisten können, ohne die Kosten davon decken zu müssen, an ein bereits erwecktes Selbstdenken des Volkes appelliren. Die neue kapitalfeindliche Partei wird erstaunlich rasch die Volksmehrheit erringen, aber, da sie ein Humbug ist, ebenso rasch sich abwirthschaften — und unsere Schuld wird es dann sein, wenn wir nicht ihre Erbschaft cum beneficio inventarii antreten.

Die vorige Woche begründete tägliche „New-Yorker Volkszeitung", jetzt das größte sozialdemokratische Organ der Welt, ist ein erfolgreiches und zeitgemäßes Unternehmen. Auch in Baltimore und in Chicago geht man ernstlich an's Werk der Gründung von Tagesblättern unsrer Partei, welche unbedingt nöthig sind, um die kapitalistische Tagespresse aus den Händen der Arbeiter zu verdrängen. Natürlich wird dasselbe Bedürfniß nun auch bald ein sozialdemokratisches englisches Tageblatt schaffen; die Schwierigkeit bei allen solchen Unternehmungen ist das Fehlen geeigneter Redakteure, welche ganz in unsre Politik und Landesverhältnisse eingeweiht und nicht blos tüchtig als Schriftsteller, sondern auch als Sozialisten sind. Aber wo eine rasche Entwicklung, eine aufregende Bewegung einmal eingeleitet ist, muß diesem Mangel rasch abgeholfen werden können.

Es häufen sich gegenwärtig die Nachrichten, welche ich Ihnen mitzutheilen hätte, so sehr, daß ich es vorziehe, Sie wegen derselben auf die „New-Yorker Volkszeitung" zu verweisen, welche Sie immer eher bekommen können als meine Briefe. Die letzteren werden sich also künftig auf Beurtheilungen der hiesigen Ereignisse beschränken.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zu der Mittwochsitzung des Reichstags hatte das Publikum sich massenhaft zugedrängt. Nur die Wenigsten konnten auf die Tribünen zugelassen werden, und diese „Glücklichen" dürften während der Dauer der parlamentarischen Haupt- und Staatsaktion wohl manchmal die an den Pforten Zurückgewiesenen — beneidet haben, denn die Vorstellung war in der That grausam langweilig, ganz das Gegentheil dessen, was der große Haufe erwartet hatte — freilich genau so, wie jeder Vernünftige es sich gedacht. Um 12 sollte die Sitzung beginnen; das heißt um 12¼, da im Reichstag „das akademische Viertel" gilt. Es wurde aber ½1, ehe das Präsidium Anstalten machte, den Vorhang aufzuziehen. Die unruhigen Blicke der Bureau-Inhaber und sonstigen Eingeweihten verriethen, daß Etwas nicht in Ordnung war. ER fehlte! Die Iliade ohne Homer! Die Orientdebatte ohne den „Herkules seines Jahrhunderts". Entsetzlich! Unmöglich! Plötzlich erheitern sich die Gesichter: die Sonne ist aufgegangen. ER taucht durch das bekannte Hinterthürchen auf, begrüßt den olympisch lächelnden Forckenbeck, verbeugt sich nach zwei Himmelsgegenden, wischt sich die Nase und das Antlitz und „die Sitzung ist eröffnet". Es kann losgehn. Da, plötzlich wieder die unruhigen Blicke von vorhin. Was ist geschehn? Hilf Himmel! SEIN Platz ist leer — nirgends die klassischen gelben Epaulettes mit der runden vorn etwas unebnen und behaarten Billardkugel darauf — ER ist spurlos verschwunden. In gedrücktester Stimmung wird der erste, rein formale, Punkt der Tagesordnung erledigt. Forckenbeck's Mienen werden „bang und bänger". Schon beginnt die Verlesung der Interpellation, die Situation fängt an desperat zu werden. Doch — wenn die Noth am größten, ist ER am nächsten. Gerade im Moment, wo Forckenbeck und die Getreuen sich der Verzweiflung überlassen wollen, steht ER, wie ein Deus ex machina aus den Wolken gefallen, neben dem Bureau und erklärt huldvoll: ICH bin bereit die Interpellation zu beantworten.

Ein freudiges Ah! entringt sich der Brust der Getreuen.

Bennigsen springt vor und hält die bestellte Interpellationsrede. Verzeihung: nicht bestellt. Die böse Welt hatte es geglaubt, Fürst Bismarck hat es aber für eine arge Verleumdung erklärt. Und unzweifelhaft hat ER auch recht. Die Interpellation war nicht bestellt, sie war — freiwillig apportirt. Wer konnte auch den Herren Bennigsen und Genossen die Unhöflichkeit zutrauen,

auf eine Bestellung zu warten. Der Nationalliberale comme il faut hat SEINEN Wünschen zuvorzukommen.

Was Bennigsen gesagt, das wissen unsere Leser, ohne daß wir es ihnen zu sagen brauchen: wie er es gesagt, das ist das Bemerkenswerthe. „Tadellos saß ihm Rock und Höschen", auch die Krawatte war tadellos geknüpft, die weiße Weste hätte dem Oberkellner des „Kaiserhof" nicht zur Schande gereicht, und die Stimme war ölig wie die des Pastor Stöcker. Und so sprach er eine Viertelstunde lang ore rotundo — „mit rundem Mund" das übliche „tönende Nichts". Es war vortrefflich auswendig gelernt, und nur zweimal trat eine kleine Stockung im rieselnden Wortfluß ein. — Er ist fertig.

Großer Moment.

ER erhebt sich. „Ich habe Ihnen nichts Neues zu sagen, und spreche blos deshalb, damit man nicht glaube, ich habe etwas zu verschweigen." Dies wurde im Laufe der beinah einstündigen — Plauderei über die orientalische Frage und Alles, was dazu gehört und nicht dazu gehört, mit peinlicher Wortgetreuheit genau dreimal wiederholt, und es ist in nuce „die Antwort des Fürsten Reichskanzlers auf die Orientinterpellation". Mehr hat ER nicht gesagt — außer allenfalls noch, daß ER und Andrassy wie zwei Brüder verkehren, die keine Geheimnisse vor einander haben (ob es dem „Bruder" Andrassy nicht in die Ohren gesummt hat?), daß die Dardanellen eine reine Lappalie sind — à la „Bischen Herzegowina" und ähnliche Geistreichigkeiten, die freilich der genialen Argumentation, durch Nichtssagen zu beweisen, daß man nichts zu verschweigen hat, — das Wasser nicht reichen. ER sprach sehr schwach, mit klangloser Stimme, und machte überhaupt auf seine Bewunderer einen deprimirenden Eindruck. Sie hatten den „kaputen Mann" schon ganz vergessen, und sich einen kraftstrotzenden „Percy" oder „Achilles" vorgestellt der das deutsche Reichsschwert stolz schwingen und der Welt ihre Bahnen vorzeichnen würde. Und statt dessen diese abgemagerte Gestalt, die nicht einmal die Kraft hatte, während der ganzen „Rede" zu stehen, und diese bis zur Kleinlautigkeit bescheidene und zahme politische Wochenstubenplauderei!

Die Enttäuschung war zu groß — das von einigen Heißspornen beabsichtigte Vertrauensvotum wandelte sang- und klanglos in den Orkus des reichstäglichen Papierkorbs.

Um ihnen die Bitterniß etwas zu versüßen, verschänkte Herr Hänel ein Fäßchen seines bekannten Syrups, der diesmal indeß nicht so flüssig war wie sonst — auch dieser Waare scheint die Verfälschung sich bemächtigt zu haben. Wie dem aber sei, als richtiger Fortschrittler hat Herr Hänel dennoch das Kunststück zu Wege gebracht, Herrn Bennigsen in dem Wettrennen um die Palme der Servilität glänzend zu schlagen. Herr Bennigsen möge sich hüten, daß ihm der „Vicekanzler" von seinem talentvolleren Collegen nicht vor der Nase weggeschnappt wird!

Nach dem Syrup der Essig. Abwechslung muß sein. Kein scharfer, kräftiger Essig. Ziemlich schaal und abgestanden — wie der Kulturkampf, den auch Herr Windthorst müde ist. Nur ein paar Tropfen waren recht beißend, sogar mit etwas Scheidewasser untermischt. Und als sie nach dem Stuhl hingespritzt wurden, auf dem der Gewaltige thronte, da übergoß ein bläuliches Roth SEIN erdfahles Antlitz und der Zorn, der nach dem lateinischen Sprichwort den Dichter macht, hatte IHN beinahe zum Redner gemacht. Heftig sprang ER auf und es gelang IHM mehrere Sätze ohne zu stocken vom Stapel zu lassen.

Bethusy Huc gratulirte IHM zu diesen und anderen Thaten in einer zum Unglück nicht gut memorirten Rede. Der vielverkannte Staatsmann in spe, der an einer bedauerlichen Gedächtnißschwäche leidet, blieb seiner Gewohnheit nach stecken und wurde von den eigenen Genossen schnöd ausgelacht. Armer Bethusy! Er ist wirklich nicht so harmlos, wie die Welt meint; er hat eine gewisse Begabung, allein leider noch hundertmal mehr Pech, und seit er „den Strom der Zeit an der Stirnlocke gepackt", hat das Pech sich an seine Sohlen geklebt und läßt mit unerbittlicher Regelmäßigkeit ihn in jeder Rede, durch welche er sich den Weg zu einem Minister- oder Gesandtschaftsposten ebnen will, jämmerlich stecken bleiben. Widmen wir ihm eine Thräne des Mitgefühls. Und betrachten wir den Mann, der, nachdem Bethusy Huc in seines Nichts durchbohrendem Gefühle zusammenklappt, auf die Rednerbühne eilt. Es ist Komierowski, ein Pole. Die Polen des deutschen Reichstags sind in eigenthümlicher Lage. Sie sind eingebannt zwischen die Szylla der Gesinnungslosigkeit und die Charybdis des Hoch- und Landesverraths. Das muß im Auge behalten werden. Komierowski verlangte, daß der bevorstehende Congreß sich der Polen in Rußland erbarmen möge. Das Haus hörte ihn eisig still an. Und der Pudel gewordene Löwe von Calbe, der nächstfolgende Redner, konnte sich nicht versagen, dem noch nicht todten, doch todtwund daliegenden Polen den obligaten — Löwentritt zu geben.

Der sozialistische Abgeordnete, der nun zum Wort kam, führte die Debatte wieder auf den Kernpunkt zurück, geißelte die Politik der deutschen Regierung, die er für den russisch-türkischen Krieg und dessen Folgen verantwortlich machte, plaidirte energisch für die Wiederherstellung Polens, bezeichnete den moralischen Bankrott der europäischen Staatsmannschaft als einzige erfreuliche Errungenschaft der Orientkrise und führte aus, daß der Congreß höchstens einen faulen Frieden zu Stande bringen könne.

Wir werden auf Liebknecht's Rede zurückkommen. Während einiger Theile derselben, namentlich bei dem Passus, betreffend Polen geriet Fürst Bismarck in starke Aufregung und zerknitterte krampfhaft das Papier, welches er in der Hand hatte.

Er ließ sich zu einer Erwiderung fortreißen, die er indeß an die Adresse Komierowski's richtete und ihm aus dem Saale heraus den kritischen Zuruf: Kalauer! zuzog. Wir fürchten, wenn Fürst Bismarck einmal stellenlos werden und seine Dotationen u. s. w. verlieren sollte, würde er beim „Kladderadatsch" nicht mehr zu verwenden sein.

Noch pro forma ein kurzer aber nicht guter Epilog des Herrn v. Hellborf — und die Haupt- und Staatsaktion war zu Ende. Ohne Ovation für den Fürsten Bismarck, weshalb die reichstreuen Volksvertreter in keineswegs „gehobener Stimmung" nach Hause, oder richtiger ins Wirthshaus abzogen. Es war 5 Uhr geworden. Also 4½ Stunden hatte man nöthig gehabt, um dem Reichstag zu sagen, daß man ihm nichts zu sagen habe. Es ist doch ein herrlich Ding, dieser Parlamentarismus, besonders die preußisch-deutsche Spielart.

— Auch in Wien und Pest gab es in diesen Tagen Orientinterpellationen. Ergebniß: nachzulesen in unserem Bericht über die deutsche Interpellationskomödie. Sonst ist über den Stand der orientalischen Frage nichts mitzutheilen. Der „Congreß" scheint gesichert zu sein, womit natürlich nichts erreicht wäre als eine Vertagung des europäischen Kriegs.

— Entsendung von deutschen Arbeiterdelegirten zur Pariser Weltausstellung. Die „Sozialdemokratische Correspondenz" schreibt:

„Die am 24. Februar in Gotha stattfindende Gewerkschafts-Conferenz bietet die beste Gelegenheit, die Beschickung durch Arbeiterdelegirte in die Hand zu nehmen. Wenn es ihr gelingt, eine namhafte Anzahl von Gewerkschaften zu bestimmen, Deputirte nach Paris zu senden, dann hat sie eine That vollbracht.

„Auch glauben wir, daß gerade die Anregung zur Beschickung der Pariser Weltausstellung ein einigendes Band um die Conferenzdelegirten schlingen wird, da ja die eigentliche in Gotha zu lösende Frage, die Centralisationsfrage, doch vermutlich Anlaß geben wird, die Geister auf einander platzen zu lassen.

„Die Beschickung der Pariser Ausstellung aber ist geradezu vorzugsweise eine Gewerkschaftssache; die Vertreter der einzelnen Branchen können nicht nur in ihrem und ihrer Gewerkschaft Interesse Fachstudien machen, sondern ihnen ist es auch leicht, mit den französischen und auswärtigen Fachgenossen Anknüpfungspunkte zu finden, die für das Gewerkschaftswesen in Deutschland immerhin von Vortheil sein können. Hiezu rechnen wir vorzugsweise eine eventuelle Besprechung über die Importirung fremder Arbeiter bei ausbrechenden Strikes.

„So möchten wir unseren Vorschlag den Vertretern auf der Gewerkschafts-Conferenz einer eingehenden und wohlwollenden Erwägung ganz besonders empfehlen.

„Zu dem großen Friedensfeste, welches diesen Sommer an der Seine gefeiert wird, ein leuchtendes Gegenstück zu den barbarischen wilden Kriegsorgien an der Donau, am Balkan und in Armenien, müssen auch die deutschen Arbeiter Stellung nehmen, sie werden es thun, indem sie mit Liebe und Freudigkeit ihren Brüdern jenseits der Mosel die Hand reichen, im Bewußtsein, daß die Arbeiter der Kulturländer im Stande sind, die Geschicke der Nationen zum Guten zu wenden."

So die „Sozialdemokratische Correspondenz". Wir schließen uns diesem Vorschlage voll und ganz an.

— Ein heldenmüthiger Kulturkämpfer. Zu einem Offizier in Altona kam jüngst ein Gypsfigurenhändler und bot demselben Büsten des Kaisers, Kronprinzen, Bismarck u. s. w. an. Der Offizier wollte aber nichts kaufen, da sein Zimmer mit derartigen Figuren bereits reichlich versehen war, musterte jedoch mit einem flüchtigen Blick die Waare und fragte den Händler plötzlich: „Wer ist denn das, den Sie da stehen haben?" „Lassalle!" war die Antwort. „Was kostet er?" „Eine Mark!" Der Offizier griff mit einer Hand in die Tasche, mit der andern öffnete er das Fenster, und als der Händler das Geld in die Hände bekam, war der Lassallekopf auch schon ergriffen und mit solcher Gewalt gegen die Wand des Nebengebäudes geschleudert, daß die Stücke wie Spreu im Hofe herumflogen. Nun ist der Sozialismus sicherlich vernichtet! — Wie wäre es, fragen wir bei dieser Gelegenheit, einem Sozialdemokraten ergangen, der den hohlen, gypsernen Kopf einer Büste des Kaisers an der Mauer zertrümmert haben würde. Majestätsbeleidigungsklage, 6 Monate Gefängniß! Und das Betragen des „gebildeten" Lieutenants provocirte ja geradezu zu solchen Handlungen.

— Im sächsischen Landtage hat man eine Steuerreform eingeführt. Unser Parteigenosse Freytag beantragte, als Steuerminimum 500 Mark festzusetzen, damit nicht der direkte Hunger — besteuert würde. Die „klugen, satten Leute" aber, die sich in der Majorität im Landtage befinden, stellten das Minimum auf ein Einkommen von 300 Mark fest. Man sieht da wieder recht deutlich, daß in allen „Volksvertretungen" der Geldsack regiert.

— Aus der Schweiz. Ein feiger, meuchlerischer Ueberfall wurde am 8. Februar in Zürich an Arbeitern verübt. Es ist bekannt, daß die dortigen Spengler sich schon seit mehreren Wochen im Ausstande befinden; diese nun hatten an dem genannten Tage zu einem erlaubten Zwecke Patrouillen ausgestellt, das paßte aber den Arbeitgebern nicht, sie fielen in Gemeinschaft mit einer Anzahl gediegener Raufbolde über die nichts Arges ahnenden Arbeiter her und mißhandelten dieselben mit Todtschlägern und ähnlichen Mordwaffen auf die scheußlichste Weise. Die Polizei war, wie das in solchen Fällen ja immer zu geschehen pflegt, passive Zuschauerin. Zu bedauern ist nur, daß die Arbeiter unbewaffnet waren, sie hätten den rauflustigen Arbeitgebern sonst gründlich die Wege gewiesen. — Die Aussperrung der Spengler dauert noch fort. Der Zuzug ist fern zu halten. — Ein Correspondent im „Grütlianer" führt in einem bemerkenswerthen Artikel die Thatsache an, daß in Basel vor Neujahr 200 Säcke (das wären etwa 700 Ctr.) Getreide in den Rhein geworfen worden seien! Das ist unsere herrliche Gesellschaftsordnung. Das Volk hungert — und zum größeren „Profit" der Getreidespekulanten muß das Brod verderben und ins Wasser geworfen werden.

— Aus Paris wird unterm 13. Februar gemeldet, daß der Minister des Innern das für einige ausländische Zeitungen erlassene Verbot der Verbreitung in Frankreich aufgehoben habe. Zu den verbotenen Zeitungen gehörte bekanntlich der „Vorwärts". Ob auch für ihn das Verbot jetzt aufgehoben ist, wissen wir nicht.

— Der Londoner Steinhauerstrike hat mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter geendigt. Es ist den Meistern gelungen, so viel fremde Arbeitskräfte herbeizuziehen, daß alle Stellen über und über besetzt werden konnten. Ob die englischen Gewerkvereinler die Lehre beherzigen werden? Dann wäre diese Niederlage ein Segen für die Arbeiterwelt.

— Leo XIII. hat Pio nono abgelöst; er nannte sich früher Cardinal Pecci. Der Name erinnert zugleich, und stammt auch wohl davon ab, an pecus das Vieh und pecunia das Geld. Der neue Papst wird wohl auf die quadrupede Dummheit und auf die Petrospfennige gleich seinem Vorgänger weiter spekuliren.

— Um den Bann zu lösen, in den der „Erbfreund" das wirthschaftliche Leben der preußischen Ostprovinzen durch die Grenzsperre gelegt hat, befinden sich in Petersburg schon seit mehreren Wochen deutsche Spezial-Bevollmächtigte, welche mit der russischen Regierung über Milderung der mannigfachen Erschwernisse, unter denen der wirthschaftliche Verkehr Deutschlands mit Rußland leidet, verhandeln. Kürzlich ist nun der „National-Zeitung" ein Schreiben von der preußischen Ostseeküste zugegangen, welches sich sehr kleinlaut ausspricht. Darnach soll feststehen, daß die deutschen Spezial-Bevollmächtigten so gut wie gar nichts erreichen werden. Etwas anderes war von dem „Erbfreund" nicht zu erwarten; eher fällt die chinesische Mauer, als daß Rußland die Grenzsperre aufgiebt. Bei dieser Gelegenheit sei

---

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

[Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

IV.

Also neunhundertvierundsechzig Millionen Rubel (mehr denn 2 Milliarden Mark) verschlingt jährlich die russische Staatsmaschinerie. Und was erhält das Volk für die mit seinem Blut und Schweiß geschaffenen Gelder? Nichts! Aber nicht nur das, die russische Staatsmaschinerie hemmt auch noch jeden Fortschritt und die Produktivität des Volkes, sie befestigt die Sklaverei und schützt die Interessen der privilegirten Klassen. Aber das scheint dem unersättlichen Ungeheuer noch nicht genügend. Diese Milliarden Rubel stillen sein Verlangen keineswegs. Alles das, was die Regierung dem Volk gütigst überläßt, nehmen ihm die Helfershelfer der Regierung, die Kapitalisten, die Börse, die Finanzmänner — überhaupt alle Diejenigen, die mit dem Strom schwimmen. Und das Mittel, das die guten Leutchen — die Finanzmänner — dem heißhungerigen Patienten verordnen — dieses Mittel heißt: Staatskredit.

In den schon längst vergangenen Zeiten machten die Regierungen Staatsanleihen nur ausnahmsweise, die erst dann zunahmen, als die Finanzmänner die Anleihen in ein „System" brachten. Wahr ist es, daß auch schon früher das Streben nach Beraubung seines Nächsten existirt hatte, aber die Mittel zu diesem „edlen" Gewerbe waren nicht vollkommen. Erst mit der Entwickelung des Kapitalismus entwickelten sich auch dessen Consequenzen.

Wie bekannt, besteht das Streben des Kapitalismus nicht in Produzirung nützlicher Artikel, sondern in Heranbildung und Aneignung der Mehrarbeit. Die Absicht des Kapitals ist — das Aufhäufen. In seinem natürlichen Streben nach Aneignung und Anhäufung findet das Kapital einen Hemmschuh in der von ihm künstlich geschaffenen Beschränktheit der Bedürfnisse der Massen, die die Ueberproduktion und deren Folgen: die Krisen, die Fallissements, die Verschlingung des einen Kapitals durch das andere bedingt. Das Kapital geht zu Grunde durch sein eigenes Wachsthum. In dieser Eigenschaft des Kapitals lieg sein ganzer Widerspruch, den C. Marx in seinem „Kapital" hervorhebt, und dieser Widerspruch birgt in sich den Keim des Todes des Kapitals und die Bürgschaft auf Erfolg für die Gegner des Kapitals.

Die Kapitalisten fühlen, wenn nicht bewußt, so doch instinktiv die organische Krankheit des Kapitals und sind bestrebt, je nach ihren Kräften, ihr entgegenzuwirken. Ein natürliches Mittel dazu ist der Verbrauch eines Theils des „Mehrwerths" außerhalb der Produktion — nämlich es verbrauchen ihn selbst die Eigenthümer des Kapitals, am meisten aber die Börsenjobber und deren gutgenährte und hoffnungsvolle Söhnchen. Aber wie unsinnig die Vergeudung seitens der Bourgeoisie auch sein mag, dennoch kann diese Vergeudung die große Masse des Mehrwerths nicht aufzehren. Nolens volens müssen die Kapitalisten „Ersparnisse" anhäufen, die im Concurrenzkampf entweder zu Grunde gerichtet werden oder sich noch mehr vergrößern. Um aber diesem vorzubeugen, griffen die Kapitalisten zu einem sehr sonderbaren Ausweg, nämlich sie suchten solche Leute auf, die genöthigt sind, diese „Mehrwerthe" unproduktiv zu gebrauchen und dem Kapitalisten dafür Prozente zu zahlen. Solche Leute sind die Steuerzahler. Das System der Staatsanleihen ist als das beste und richtigste Mittel, diese Aufgabe zu erfüllen, erkannt worden. Der Staat bekommt als Anleihe bedeutende Summen, die er zumeist unproduktiv anlegt, oder er verwendet sie nur zu solchen Zwecken, die allein dem Kapitalisten nutzbringend sind. Die Kapitalisten gewinnen mehr und mehr bei solchen unproduktiven Vergeudungen des Staates, dazu bekommen sie noch in Form von Steuern ihre sicheren Prozente und Abschlagszahlungen. Und so sehen wir, daß die Staatsanleihen die natürlichen Verbündeten des Kapitals in seinem Kampf um's Dasein ausmachen und ihm zur Fristung seines Daseins dienen helfen. Hätten keine Staatsanleihen existirt, so würden sich Krisen und Ueberfüllung des Waarenmarktes öfters und öfters wiederholt haben.

Der Tempel des gesetzlichen Raubes und der Ausbeutung — die Börse — trägt auch viel zur Vermehrung der Staatsschulden bei. Dank den Staatsschulden, die in letzter Zeit fabelhafte Dimensionen angenommen haben, konnte sich die moderne Spekulation breit machen. Die Börse, nur um ihr eigenes Interesse besorgt, unterstützt diese Anleihen und fängt durch ihr verführerisches Angebot die Regierungen in ihren Netzen, aus denen nur ein Ausweg, der des Bankerotts, möglich ist. Die Börse läßt sich aber von diesem Bankerott-Gespenst nicht abschrecken. Jeder Börsenjobber ist nur um seine eigene Person besorgt und denkt, daß seine Person, im Fall einer Katastrophe, sich dem Unglück entwinden werde. Er hofft, seine werthlosen Papiere noch vor einer Katastrophe seinem „Nächsten" abzusetzen; ihn geht es gar nichts an, ob der Staat im Stande sein werde, seine Schulden zu bezahlen; ihm ist es nur daran gelegen, „Profit" beim Verkauf der Staatsobligationen zu machen. Seine Devise ist: „Après nous le déluge" — nach uns die Sündfluth. Wahrlich, man sollte diese Devise in feurigen Lettern am Eingange eines jeden Börsenpalastes anbringen. Nur daraus, daß die Mitwelt diese Devise schlechthin acceptirt, ist es zu erklären, daß Staaten wie die Türkei, Rußland, Oesterreich u. a., deren Insolvenz einem Jeden einleuchtet, sich noch eines Credits seitens aller europäischen Börsen erfreuen.

Auch die „gelehrten" Finanziers haben eine geistreiche Theorie zur Entschuldigung des Staatsschuldenmachens erfunden. Sie erklären, daß vermittelst der Anlehen die Regierungen die Lasten der Ausgaben für allgemein nützliche Unternehmungen auf eine ganze Reihe von Generationen vertheilen. Die Regierungen schaffen damit eine große Wohlthat, wie der jetzigen so den künftigen Generationen, indem sie die ersteren von einem Theile der Ausgaben für Unternehmungen, deren Wohlthätigkeit erst den künftigen Generationen zufallen werde, befreien, während sie den letzteren die Möglichkeit verschaffen, die Früchte dieser Unternehmungen zu genießen.

Gäbe es keinen Staatskredit, so wäre auch der Held von Sedan und auch seine früheren Heldenthaten unmöglich gewesen. Für unsere Finanzmänner ist es ganz unwesentlich, was wir einfachen Sterblichen dadurch zu leiden haben: — daß wir, das Volk — gäbe es keinen Staatskredit — nicht gezwungen wären, Jahrhunderte lang den Kapitalisten Abgaben zu zahlen; für sie ist auch unwesentlich, daß, dank den Staatsschulden, der moderne Militarismus möglich geworden ist.

Selbstverständlich wollte das russische Reich bei seinen reformatorischen Anläufen nicht hinter dem Jahrhundert zurückbleiben. Es überträgt auf seinen Boden jedes Unkraut, welches auf geschichtlich vorbereitetem Boden des Westens wuchert, und bedenkt gar nicht, ob dieses oder jenes Unkraut für seine Entwickelung nöthig sei. Der russische Kapitalismus hat noch keinen solchen

gleich erwähnt, daß in Rußland die Sozialistenverfolgungen in brutalster Weise fortdauern. So sollten erst vor Kurzem in Odessa mehrere Personen, worunter auch zwei Frauen, wegen sozialistischer Propaganda verhaftet werden. Die also Bedrohten, welche selbstredend nicht einzusehen vermochten, daß der Staat ein Recht habe, sie in der Verbreitung einer Idee zu hindern, widersetzten sich, und erst nachdem Militär herbeigerufen und ein förmliches Gefecht geliefert worden war, wobei es auf beiden Seiten Verwundete setzte, erreichten die Schergen der Gewalt ihren Zweck. Und dieser Erbfeind alles menschlichen Fortschritts sollte unser „Erbfreund" sein?

— Die Ausweisung unseres Genossen Looff in Chemnitz ist von der Kreishauptmannschaft zu Zwickau bestätigt worden! Die Kreishauptmannschaft verordnet, daß Looff nunmehr binnen drei Tagen die Stadt verlassen solle, dafern der Polizeiarzt ihn für transportfähig erkläre. Sie sucht die Ausweisung in derselben Weise zu rechtfertigen, wie die Polizeidirektion zu Chemnitz, und bemerkt noch, daß eine andere Interpretation des Gesetzes der „constanten Praxis" zuwiderlaufe! Demnach wäre die Praxis ein Rechtsgrund! — Looff wird weiter an das Ministerium und in letzter Instanz an den Landtag rekurriren. — Ob's ihm helfen wird?

— Vom Schwurgericht zu München wurde am 16. d. M. der Redakteur des „Zeitgeist", Genosse Rohleder, der erst vor zwei Tagen aus dem Gefängnisse, in dem er drei Monate zugebracht, entlassen worden war, wegen Bismarckbeleidigung, Vergehen wider die öffentliche Ordnung (§ 131) und gegen die Religion, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Dr. Max Hirsch und die deutschen Gewerkvereine.

Wie unsre Leser wissen, hat Dr. Max Hirsch die edle Dreistigkeit gehabt, für seine „Thätigkeit" als „Anwalt" der deutschen Gewerkvereine ein Jahresgehalt von 3000 Mark zu beantragen. Es ist uns nicht bekannt geworden, welches Schicksal dieser Antrag erfahren hat, aber das ist bekannt, daß er in mehreren Städten seitens der Gewerkvereinler in einer für den Antragsteller gerade nicht schmeichelhaften Weise bekämpft worden ist, und zwar mit Recht. Denn ganz abgesehen davon, daß Dr. Max Hirsch mit seinen Gewerkvereinen keinen anderen Zweck verfolgt, als Arbeiter-„Stimmvieh" für die Fortschrittspartei herbeizuschaffen, daß er also die rein ökonomische Institution der Gewerkvereine einer politischen Partei, und zwar einer arbeiterfeindlichen, dienstbar machen will — ganz abgesehen hiervon hat sich jetzt zur Evidenz herausgestellt, daß die Kassenverhältnisse — namentlich die der Invalidenkassen — der Gewerkvereine gründlich verfahren sind. Daß der Herr „Anwalt" sich also auf einen Posten gestellt hat, dem er gar nicht gewachsen ist. Möglich, daß dies dem Herrn „Anwalt" selbst einleuchtet, aber der eine kleine Umstand, daß die Zeiten vorüber sind, wo es 45,000 Thlr. Douceurs setzte, hindert ihn, sich mit „Ehren" und Gewinn reich beladen nach rückwärts zu conzentriren; er nimmt mit dem Wenigen vorlieb und — bleibt, bleibt, bis er „gegangen wird". Und das kann sehr bald geschehen, denn wie gesagt, die Kassenverhältnisse der Gewerkvereine befinden sich in einem so zerrütteten Zustande, daß deren „Krach" nur noch eine Frage der Zeit ist, wenn die Gewerkvereinsmitglieder nicht mit eiserner Faust dazwischenfahren. Namentlich gilt das von der Invalidenkasse der Gewerkvereine. Es ist bekannt, daß jede Versicherungs- und Unterstützungskasse nach gewissen mathematischen und statistischen Normen angelegt werden muß, wenn sie lebensfähig sein soll. Es war also ganz correkt gehandelt, daß Herr Max Hirsch bei Gründung besagter Invalidenkasse einen Mann „vom Fach" zu Hilfe nahm — den Statistiker Dr. Zillmer.

Nun hat aber der Redakteur der „Deutschen Versicherungs-Zeitung", Dr. Elsner, in einer Reihe von Artikeln die Methode, nach welcher Dr. Zillmer die Lebensfähigkeit von Versicherungsgesellschaften prüfte, einer herben Kritik unterzogen und hatte schließlich die Behauptung aufgestellt, „daß überall, wo man auf das Gutachten des Dr. Zillmer gebaut, das betreffende Institut in Mißgeschick gerathen sei und habe reorganisirt werden müssen, wenn es nicht fallirt habe."

Durch diese Behauptung hat sich Dr. Zillmer beleidigt und in seiner geschäftlichen Stellung benachtheiligt gefühlt; er hat deshalb wegen Beleidigung und auf Schadenersatz von 2000 M. geklagt. Verklagter hat für seine Behauptungen den Beweis der Wahrheit angetreten und als Sachverständige die anerkannt ersten Autoritäten auf dem Gebiet der mathematischen Wahrscheinlichkeitsrechnung für Versicherungswesen, den Geheimen Sekretär und Kalkulator Behm in Berlin und den Professor Dr. Karl Heym in Leipzig vorgeschlagen.

Die ausführlichen Gutachten dieser beiden Herren sind in der Nr. 97 der oben bezeichneten Versicherungs-Zeitung abgedruckt; wir theilen daraus nur einige Stellen mit, aus denen die Leser sich selbst ein Bild von der Sachlage zu machen im Stande sein werden.

Ueber die Invalidenkasse spricht sich Herr G. Behm folgendermaßen aus:

„Den Beweis für die Prästationsunfähigkeit (Leistungsfähigkeit) der Kasse hat zuerst der Unterzeichnete Behm 1874 und demnächst Herr Dr. Heym geführt. Daß Professor Heym's und mein Urtheil über die Verbands-Invalidenkasse begründet war, ist nunmehr bereits auch durch die Erfahrung bewiesen, da die Kassenverwaltung sich im Jahre 1875 genöthigt sah, eine Beitrags-Erhöhung von 50 Proz., sowie eine erhebliche Ermäßigung des Invalidengeldes, welche ebenfalls einer Beitragserhöhung von 50 Proz. gleich zu achten ist, eintreten zu lassen, so daß gegenwärtig für denselben Betrag des Invalidengeldes eigentlich der doppelte Satz des früheren Beitrags entrichtet werden muß. Was speziell den Werth des von Herrn Dr. Zillmer bei Gründung der Kasse abgegebenen Gutachtens betrifft, so muß ich auf meine Kritik verweisen, in welcher ich dargelegt habe, daß das gedachte Gutachten in keiner Weise den wissenschaftlichen Anforderungen entspricht und geeignet ist, für die Begründung einer lebensfähigen Invalidenkasse als Anhalt zu dienen."

Nachdem Herr Behm auch das bei Reorganisation der Invalidenkasse erstattete Gutachten des Herrn Dr. Zillmer einer vernichtenden Kritik unterzogen, faßt er sein zeugeneidlich abgegebenes Urtheil folgendermaßen zusammen:

„Schließlich kann ich die mir vom königlichen Stadtgericht vorgelegte Frage, „ob die Gutachten des Dr. Zillmer im Stande seien, lebensfähige Versicherungskassen zu erzeugen" nur dahin beantworten, daß

„1. Herr Dr. Zillmer Kassen, für welche eine periodische Prüfung der Finanzlage vorgesehen ist, auch selbst dann für lebensfähig erklärt, wenn sie es zur Zeit in der That nicht sind, d. h. wenn die Beiträge zu denselben unzureichend sind."

„2. Das Gutachten über die Berliner Bürger-Krankenkasse nur in seinem zweiten, nicht auch im ersten Theile für zutreffend erachtet werden kann."

„3. Das erste Gutachten über die Verbands-Invalidenkasse der deutschen Gewerkvereine den wissenschaftlichen Prinzipien nicht entspricht und zum Anhalt für die Begründung einer lebensfähigen Invaliden-Pensionskasse nicht geeignet ist."

„4. Das Gutachten, betreffend die Finanzlage der Verbands-Invalidenkasse pro 31. Dezember 1874, an der Stelle, wo von einer „genauen" Berechnung die Rede ist, eine richtige Auffassung der wissenschaftlichen Theorie der Invaliden-Pensions-Versicherungen nicht zum Ausdruck bringt."

Herr Professor Dr. Heym in Leipzig schließt sich den Ausführungen des Herrn Behm in den Hauptpunkten an und verweist in seinem Gutachten auf die Thatsache, daß er bereits 1874 die Beiträge der Invalidenkasse für viel zu niedrig gegriffen erklärt habe. In dem Artikel, in welchem dies ausgeführt wurde, befand sich eine beleidigende Aeußerung, deren Zurücknahme Dr. Zillmer verlangt hat. Herr Professor Heym nahm die Beleidigung mit der ausdrücklichen Bemerkung zurück, daß er seine Behauptungen über die Beiträge der Invalidenkasse im vollen Umfange aufrecht erhalte.

„Trotzdem wurde," — sagt das zeugeneidliche Gutachten — „sei es, um mit Absicht die Wahrheit zu entstellen, oder aus Unwissenheit, mein Widerruf jener persönlichen Beleidigung zugleich auch als ein Widerruf meiner Behauptung über die ungenügende Höhe der Beiträge weiter verbreitet und selbst viel später noch, als man das Verhältniß zwischen den Leistungen der Mitglieder und den Leistungen der Kasse so beträchtlich geändert hatte, daß dies einer Verdoppelung der früheren Beiträge der Kasse gleich kam, stellte Herr Dr. Hirsch in seiner Schrift „Die Hülfskasse" die Sache ebenso dar und nannte in eben dieser Schrift die beispiellose Niederlage der Verbandskasse eine unter den schwierigsten Verhältnissen bestandene Probe seiner Normativvorschläge. Von welcher Art diese letztere ist, kann man aus der oben erwähnten Handlungsweise des Herrn Dr. Hirsch zur Genüge ermessen.

„In einem späteren Artikel machte ich wahrscheinlich, daß auch selbst die erfolgte Verdoppelung der Beiträge noch nicht für alle Alter und auch nicht für das Durchschnittsalter ausreichen werde. Dies hat neuerdings durch die Schrift des Geheimsekretär Behm noch eine anderweite Bestätigung erhalten. Denn diese Erfahrungen zeigen deutlich, daß die Grundlagen, auf welche hin die Beiträge der Verbandskasse von Herrn Dr. Zillmer berechnet worden sind, weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

„Man darf nach allen diesen Hergängen wohl behaupten, daß die in Rede stehende Verbandskasse zu den verfehltesten Gründungen der letzten Jahre gehört." —

Also eine „verfehlte Gründung" ist die Invalidenkasse der Gewerkvereine. Das ist freilich sehr schlimm. Aber die Dinge stehen noch nicht so verzweifelt schlecht, noch scheint uns Hülfe möglich. Vor allem gehört aber dazu, daß die Gewerkvereinsmitglieder mit allen Demagogen (Hirsch, Polke, Bojatzky ꝛc. ꝛc.) radikal brechen, die die „Karre" so tief in den Dreck geschoben haben, daß es fast undenkbar erscheint, sie wieder herauszubekommen. Ist das geschehen, dann gehe man an eine Reorganisation der Kassen, wozu ein wissenschaftliches Gutachten von den Herren Behm und Heym leicht zu erlangen sein dürfte. Und zum Dritten verbanne man aus dem Statut jenen Paragraph, der die Mitgliedschaft von einer bestimmten politischen Ueberzeugung abhängig macht. Das ist, namentlich in Hinsicht auf die Beseitigung der unfähigen aber um so arroganteren „Führer", ein schweres Stück Arbeit, aber bei gutem Willen und einiger Ausdauer doch möglich.

Correspondenzen.

Iserlohn, 17. Februar. (Eine unerhörte Kriminalgeschichte.) In einer Kreisstadt Westfalens, im „Rechtsstaate" Preußen und im „civilisirten" Deutschland, hat sich kürzlich, also in der zweiten Hälfte des „aufgeklärten" neunzehnten Jahrhunderts, eine Kriminalgeschichte vollzogen, wie sie grauenhafter die Weltgeschichte nicht aufzuweisen hat.

In einem benachbarten Dorfe fand irgend ein Staatsbürger in der Erde versteckt eine Partie Knochen. Hier mußte also ein „Verbrechen" begangen sein. Die hochweise Polizei bemächtigte sich der Knochen und forschte dem „Verbrechen" und seinem Urheber nach. Die Klatschsucht alter Weiber männlichen und weiblichen Geschlechts unterstützte den Pflichteifer der Polizei angelegentlichst, und siehe da, es stellte sich alsbald der „dringende Verdacht" heraus, daß ein armes unglückliches Mädchen außerehelich geboren, das Kind ermordet und die Leiche verscharrt habe. Die vermuthliche „Kindesmörderin" wurde verhaftet, die Knochen vorsichtig in ein Kistchen verpackt und Beide, die Mörderin und die „corpora delicti" (die Beweisstücke), dem königlich preußischen Kriminalgericht in der Kreisstadt überliefert. Hier saß die „Mörderin" drei Monate hindurch in Untersuchungsarrest, und doch war die verstockte Sünderin verwegen genug, ihre Schuld zu leugnen.

Der Kreisphysikus des betreffenden Kreises war gestorben. Das Untersuchungsgericht sandte das Kistchen mit den Knochen an einen Arzt zur „gerichtsärztlichen" Untersuchung. Dieser „Doctor medicinae, praktischer Arzt, Geburtshelfer" u. s. w. untersuchte die Knochen genau und erstattete dem Untersuchungsgericht über den Befund in einem sechszehn Bogen langen Gutachten Bericht, nach welchem das Resultat der „wissenschaftlichen" Untersuchung war, daß die Knochen unzweifelhaft die eines neugeborenen Kindes seien. Gegen die Kindesmörderin sollte nunmehr die Anklage erhoben und die Verbrecherin dem Schwurgericht in Hagen überwiesen werden. Zur Begründung der Anklage war jedoch zunächst noch ein Kreisphysikats-Gutachten über die Knochen erforderlich. Diese wurden dem Kreisphysikus eines Nachbarkreises übersandt und nach acht Tagen lief von demselben das wahrhaft interessante Urtheil ein: Die Knochen seien nicht die eines neugeborenen Kindes, sondern — Hühnerknochen!

Der Kreisphysikus bemerkte dabei, daß die Knochen zeitweise in der Erde verborgen gewesen seien. Das Untersuchungsgericht schüttelte bedenklich den Kopf und sandte die Akten mitsammt den Knochen an den Kreisphysikus mit dem Bemerken zurück, daß bei den schnurstracks sich entgegenstehenden „ärztlichen" Gutachten eine nähere Aufklärung unerläßlich sei. Der Kreisphysikus begründete sein „Gutachten" in folgender drastischen Weise:

Da allerdings ein Richter es kaum für möglich halten könne,

Boden, wie der des Westens, und braucht noch nicht die berüchtigte Kur durch Staatsanleihen. Die russischen Kapitalisten konnten noch lange ohne diese Art von „Staatshilfe" leben. Aber unsere Regierung sieht's nicht. Indem sie die „Unserigen" nicht beglücken kann, so kann sie doch den „Fremden" ihre Hilfe nicht versagen — und macht ausländische Anleihen. Als Repräsentant einer „jungen" Nation ist sie bestrebt, alle anderen Nationen zu überholen ... im Bankerott, und ist nur besorgt, bei einem allgemeinen Kataklismus, der der Bourgeoiswelt ein Ende machen würde, nicht im Hintergrunde zurückzubleiben. Indem sie dem Westen nachahmt, ist sie beflissen, alle Schönheiten der Bourgeoiswelt bei sich einzuführen — durch Schaffung eines grundlosen Kapitalismus, eines Kapitalistenstandes ohne Kapital als Unterlage, — durch Schaffung eines Kolosses auf thönernen Füßen, der das erste Opfer eines herannahenden Erdbebens sein würde.

Es ist höchst merkwürdig, welch großartige Fortschritte in Staatsanleihen die russische Regierung gemacht hat. Sehen wir uns diese Fortschritte näher an.

Am 1. Januar 1876 bestanden die Staatsschulden des russischen Reiches aus folgenden Summen:*)

Auswärtige und innere Schulden, eingetragen in's Reichsschuldbuch:

91,868,000 holländische Gulden,
32,389,000 Pfund Sterling,
127,000,910 Metall-Rubel,
485,013,015 Papier-Rubel

Wenn wir diese verschiedenen Geldwerthe in russische Banknoten, nach dem Cours vom 1. Dezember 1876 ($28^1/_2$ Pence = 1 Rubel) gerechnet, überrechnen, so erfahren wir, daß die in das Schuldbuch eingetragenen Schulden 994,862,626 Rubel ausmachen. Zu dieser Summe fügen wir die nicht eingeschriebenen Schulden zu, und zwar:

Banknoten der Staatsschatzkammer („Serien")	216,000,000	Rbl.,
Fünf Emittirungen consolid. Obligationen der Eisenbahnen in 68,808,000 Pfd. St. oder	587,138,664	„
Obligationen der Nicolajewer Eisenbahn in 571,585,000 Francs oder	191,128,896	„
Alte Schulden Polens	25,533,668	„
Liquidation alter Kreditverordnungen . .	229,866,648	„
Banknoten im Umlauf waren 797,313,480 R. und nach Abzug des Wechselfonds . . .	556,086,395	„
Schulden infolge der Loskaufsoperation . .	427,172,645	„

Addiren wir alle diese Summen und fügen wir sie zu den in's Schuldbuch eingetragenen, so erhalten wir das hübsche Sümmchen von 3,237,789,551 Rubel Staatsschulden bis zum 1. Dezember 1876. Seit dieser Zeit hat das russische Finanzministerium noch mehrere finanzielle Operationen ausgeführt, indem es nur 3 neue Anleihen von 400 Millionen Rubel aufgenommen hat. Wir müssen noch im Auge behalten die Differenzen des Wechselcourses, denn der russische Rubel, Dank der klugen Politik unserer Regierung, fällt mit jedem Tage in seinem Werthe. Und so haben wir eine Differenz von 147 Millionen Rubel.**) Also die ganze Staatsschuld beläuft sich jetzt auf 3,784,000,000 Rubel, fast 4 Milliarden.

Um die „Fortschritte" der reformatorischen Regierung Alexander's II. auf dem Gebiete des Schuldenmachens besser zu kennzeichnen, müssen wir die von uns zusammengestellten Staatsschulden mit denen des Jahres 1854 vergleichen. Die Schuld von 1854 belief sich auf 960 Millionen Rubel. Also die 22jährige „friedliebende und wohlthätige" Regierung des „milden" Czaren hat die Staatsschulden von 960 Millionen auf fast vier Milliarden gebracht, d. h. die Staatsschulden haben sich vervierfacht (eigentlich um 394 Prozent). Schwerlich hat die achtzehnjährige Regierung des kriegliebenden und unfähigen Napoleon III. mit seinen Kriegen in vier Welttheilen und mit der Sedan-Katastrophe die Hälfte solcher Schulden Frankreich verursacht.

Am Ende der Regierungsperiode des Czaren Nikolaus betrugen die Schulden pro Kopf der Bevölkerung 3,70 Rubel, während sie jetzt auf 44 Rubel aufgelaufen sind. Rechnet man eine Familie zu 5—6 Köpfen, so kommen auf eine jede Familie 242 Rubel Staatsschulden. Die Frage ist aber, ob es in Rußland viele Familien giebt, deren Hauswirthschaft einen Werth von 242 Rubel repräsentirt. Wir müssen eingestehen, daß die Lage der russischen Finanzen nicht nur schlecht, sondern sogar hoffnungslos ist. Es muß Wunder nehmen, daß es noch für Rußland einen Kredit giebt. Muß man nicht zugeben, daß diejenigen Recht haben, die da sagen, der Bankerott Rußlands naht mit Riesenschritten?

Und ist es denn anders möglich? Die russische Regierung ist bestrebt, das Volk über die Maßen durch Steuern und Abgaben auszubeuten; sie schrickt vor Nichts zurück. Alles wird angewendet: Knute und Ruthe, Gewaltthätigkeit, Beraubung, indem man dem armen Bauern die einzige Kuh oder das einzige Pferd, um die rückständigen Steuern zu erlangen, wegnimmt, Hemmung der Produktion, der Gewerbe u. s. w. — alles dies wird angewendet, um jährlich einige hundert Millionen herauszupressen. Aber alle diese Millionen herbeizuschaffen, alle Staatsbedürfnisse, die von Jahr zu Jahr zunehmen, zu befriedigen ist unmöglich, und darum greift man mehr und mehr zu außerordentlichen Mitteln — zu den Anleihen. Nur durch solche Anleihen ist es möglich, die jährlichen Defizits zu decken, obwohl das Finanzministerium versichert, daß die Ausgaben mit den Einnahmen stimmen. In Wirklichkeit ist es eine Fälschung des Reichsbudgets.

In der ganzen Periode der Regierung Alexander's II. verausgabte die russische Regierung alle die Millionen, die sie durch ihre Agenten aus dem Volke herausgeprügelt hatte, und noch dazu 2800 Millionen Rubel Schulden, die auch auf das Volk fallen. Von diesen Milliarden haben wir nichts mehr, also wurden sie zur Deckung des Defizits verwendet. Durchschnittlich kommen auf jedes Regierungsjahr unseres „milden Väterchens" 128 Millionen Rubel Schulden; also ist das jährliche Defizit 128 Millionen Rubel. Das Resultat unserer Berechnungen ist überraschend, nicht wahr?

Die Regierung aber findet leicht eine Entschuldigung für ihre Verbrechen. Sie kann sich auf die nutzbringenden Zwecke der Anleihen berufen. Sie kann darauf hinweisen, daß sie die Anleihen nur für die Unterstützung von dem ganzen Staate „nutzbringenden" Unternehmungen, zu denen vor allem die Loskaufsoperation sowie die Eisenbahnen gehören, machte. Aber das ist, wie wir gesehen und weiter sehen werden, lauter Trug und Lug.

(Fortsetzung folgt.)

*) Wir entnehmen diese Summen aus einer Rede des Finanzministers, gehalten am 1. Dezember 1876.

**) Den 1. Dezember 1876 war der Cours auf London $28^1/_2$ Pence, — im Juni 1877 nur $25^{11}/_{32}$ Pence = 1 Rubel.

daß ein „Arzt“ Hühnerknochen von Menschenknochen nicht zu unterscheiden vermöge, so habe er — der Kreisphysikus — sich eine Hühnersuppe kochen lassen und sende er dem Königl. Preußischen Kreis- und Kriminal-Gerichte in einer zweiten Kiste die Knochen des gekochten Huhnes zur gefälligen Vergleichung. Zu diesem Zwecke habe er, bemerkte der Kreis-Physikus weiter, die Knochen des gekochten Huhnes und die in dem Dorfe gefundenen mit Nummern versehen; man möge die Knochen in dieser Nummerfolge aneinander reihen und es werde bei den Einen, wie bei den Andern, das Skelett eines Huhnes untrüglich zum Vorschein kommen. Um einem trotzalledem vielleicht noch möglichen Irrthum vorzubeugen, fügte der vorsichtige Kreisphysikus den Schädel nebst Schnabel des gekochten Huhnes bei, welche zum Unglück für die „Kindesmörderin“ bei den gefundenen Knochen gefehlt hatten. — Und richtig! Bei der Zusammensetzung der beiderseitigen Knochen nach der Anweisung des Kreis-Physikus paßte das Skelett des gekochten Huhnes genau zu dem des „gemordeten Kindes“, zumal, als man diesem Skelett den Kopf nebst Schnabel des gekochten Huhnes anpaßte. — Das Untersuchungsgericht schlug verwundert die Hände über den Köpfen zusammen. Der „begründete Verdacht“ des Kindesmordes erwies sich als vollendeter Blödsinn. Die Untersuchung wurde niedergeschlagen und das bedauernswerthe Opfer gewöhnlichen Altweibergeklatsches, polizeilicher Weisheit und „ärztlicher — Wissenschaftlichkeit“ aus der Untersuchungshaft entlassen. —

Das ist der nackte Thatbestand, zu dessen Beweise wir uns auf die Untersuchungsacten des betreffenden Kreisgerichts berufen.

Und nun appelliren wir an das Menschlichkeitsgefühl unserer Leser, indem wir sie auffordern, sich auch nur einen Augenblick in die trostlose Lage des unglücklichen Opfers beispielloser Oberflächlichkeit und grenzenloser Unwissenheit eines Arztes zu versetzen. Welche Qual, welches Seelenleiden und welche Todesangst mag das unschuldige Mädchen während seiner monatelangen Untersuchungshaft ausgestanden haben. Wer entschädigt nun diese Staatsbürgerin des „glücklichen“ Deutschlands für alle ihre unsäglichen Leiden, für die Schmach und Schande, welche man leichtsinnigerweise ihrer Ehre zugefügt hat, und für die monatelange Haft, welche sie erdulden mußte, weil unserer gepriesenen Criminaljustiz es nicht möglich gewesen war, den eigentlichen Sachverhalt statt in drei Monaten in drei Tagen zu ermitteln und festzustellen. Dieser Vorfall wirft abermals ein grelles Schlaglicht auf den traurigen Büreaukratismus, der nur bei Sozialdemokraten „mit Dampf“ arbeitet, sonst aber in seinem verrosteten Geleise ruhig weiter schlobbert.

Nicht minder grell stellt der Vorfall aber auch die Unfehlbarkeit der Träger und Hüter der „Wissenschaft“ — unserer Universitäten und Examinations-Commissionen — in ein helles Licht, welche einem Menschen das Diplom eines „Doctors der Medicin“ ertheilen, der nicht im Stande ist, Menschenknochen von Hühnerknochen zu unterscheiden. —

Welches Unheil mag dieser „Jünger Aesculaps“ nicht schon unter der leidenden Menschheit angerichtet haben, soweit sie das Glück hatte, ihm in die „chirurgischen Hände“ zu fallen, und wie viel Unheil mag er noch anrichten, wenn er sein Handwerk noch lange weiter betreibt. T.

Berlin. Um einem längst gefühlten Bedürfniß der Berliner Sozialisten abzuhelfen und anderen Orten Deutschlands nachzukommen, sind 5 Parteigenossen zusammengetreten, um zum 1. April ein „Arbeiter-Bildungs-Institut“ zu eröffnen. Die Kurse sollen in praktischem Unterricht und Vorträgen bestehen. Letztere würden sich vorerst namentlich auf Kulturgeschichte, Nationalökonomie und Naturwissenschaften erstrecken. Ebenso wird den praktischen Uebungen in der Rhetorik ganz besonders Rechnung getragen werden. Die Theilnahme an den Leistungen des zu gründenden Instituts soll gegen den geringen Honorarbeitrag von 50 Pf. monatlich gewährt werden. Die Agitation seitens der Unternehmer ist im Gange und wir haben gegründete Aussicht auf allseitige Betheiligung und materielle Unterstützung dieses zeitgemäßen und nutzbringenden Unternehmens.

Dresden, 19. Febr. Die in Nr. 17 des „Vorwärts“ enthaltene Correspondenz von hier ist dahin zu berichtigen: Die in jener Correspondenz ausgesprochene Mittheilung, „Sendung eines Delegirten auf Vereinskosten zur Pariser Weltausstellung“ war zum Mindesten verfrüht. Ein Beschluß, auch im Prinzip, wurde nicht gefaßt, sondern die Regelung der Angelegenheit einer spätern Hauptversammlung empfohlen. — Durch freiwilligen Rücktritt des in der Jahreshauptversammlung vom 2. Februar d. J. gewählten ersten Vorsitzenden und durch Neuwahl des Unterzeichneten an dessen Stelle ist die Angelegenheit erledigt.

Richard Hille,
d. Z. 1. Vors. des Arbeiter-Bildungsvereins.
Johann Schneider, d. Z. Schriftführer.

Aus dem Großherzogthum Hessen. Jagd ist eine „nobele Passion“ und wird sehr oft von hohen und höchsten Herren besonders gern zur Erholung ausgeübt; amüsant soll dieselbe auch sein, wenn eine recht zahlreiche Jagdgesellschaft geladen ist. Nach des Tages Last und Mühen auf die Jagd gehen, natürlich nur zur Erholung, dagegen wird wohl Niemand etwas einwenden wollen. Und doch giebt es Menschen, die sich hier und da darüber aufhalten, wenn nach so sehr anstrengenden Regierungsgeschäften der jetzt regierende Großherzog Ludwig IV. von Hessen fast täglich, und mitunter schon recht früh morgens sich mit Gefolge von hohen und höchsten Herrschaften, zahlreichen Fourage- und Küchenwagen ꝛc. auf die Jagd begeben, und war dies (es ist jetzt verboten worden zu sagen, wohin sich S. K. Hoheit auf die Jagd begeben) eine stehende Rubrik in den Blättern der Residenz: Heute begab sich S. K. Hoheit der Großherzog zur Jagd nach ..... In seinem Gefolge waren ..... Und in den Blättern empfehlen die Wildprethändler: Ich erhielt von der Hofjagd zu .... so und so viel Rehe, Hirsche, Sauen ꝛc. Kann sich denn da nicht selbst der Arbeiter, natürlich nur für sein Geld, an einem Wildbraten erfreuen, den sein Souverän vielleicht eigenhändig geschossen hat?! Mein Liebchen, was willst Du noch mehr?

Doch soll auch die Jagd ihre Schattenseiten haben, denn die ministerielle „Darmstädter Zeitung“ Nr. 6 vom 6. Januar berichtet wörtlich Folgendes:

„Darmstadt, 5. Januar. Gestern fand im Wildpark Kranichstein eine Hofjagd auf Schwarzwild statt, an welcher unter Anderen S. K. H. der Landgraf von Hessen, S. H. der Herzog von Nassau und S. D. der Fürst zu Ysenburg-Büdingen Theil nahmen. Leider ereignete sich dabei, daß ein Jäger S. D. des Herzogs von Nassau eine Kugel durch Schulter und Rücken erhielt, ohne daß sich constatiren ließ, woher dieselbe kam. Der Zustand des Jägers ist leider sehr bedenklich.“

Man mußte jedoch schon erstaunen, daß die „Darmstädter Zeitung“ so spät von diesem Unglücksfalle berichtete. Die nationalliberale „Hessische Landeszeitung“ mit dem preußischen Adler als Titelvignette fand es am besten, diesen Vorfall die ersten Tage ganz zu verschweigen, ebenso wie der mit peinlicher Gewissenhaftigkeit jede, selbst die kleinste Hofnachricht registrirende „Tägliche Anzeiger“, der über diese Unglücksjagd folgendermaßen berichtet:

„Gestern fand im Kranichsteiner Wildpark Hofjagd auf Schwarzwild statt, an welcher Ihre K. Hoheiten der Großherzog und der Landgraf Friedrich von Hessen, sowie Se. Hoheit der Herzog von Nassau Antheil nahmen. Nachmittags war Tafel im Jagdschlosse Kranichstein, nach deren Beendigung die fürstlichen Gäste von Station Kranichstein aus die Rückfahrt antraten.“

Beide Blätter hatten, wie wir bestimmt wissen, Kenntniß von jenem Vorfalle — und war bereits, bis die „Darmstädter Zeitung“ in die Hände ihrer Zwangsabonnenten gelangt war, der arme Teufel von Jäger, Eichelstadt mit Namen, seiner Wunde erlegen. Natürlich konnte ein solcher Vorfall nun, so sehr man sich auch in Kreisen, in denen dasselbe gar nicht hätte erwartet werden dürfen, bemühte, die Sache zu vertuschen, nicht mehr geheim bleiben, und nachdem bereits die „Frankf. Zeitung“ schon von einer Geheimhaltung munkelte, verkündet die Nr. 8 der oben bereits erwähnten „Darmstädter Zeitung“, daß das Gericht eine Untersuchung dieses Vorfalles angeordnet habe! Wir wollen übrigens dieser „Untersuchung“, deren Resultat vorherzusehen ist, nicht vorgreifen, bemerken jedoch, daß es ein Leichtes sein dürfte, da sich ja die Kugel noch in dem Körper des Getödteten vorfand, den Schützen, der den verhängnißvollen Schuß gethan, zu ermitteln. Doch, wie gesagt, wir wollen ja nicht vorgreifen, wollen aber nur noch bemerken, daß in Darmstadt vor einigen Jahren ein Koch eines dasigen Gasthofs wegen fahrlässiger Tödtung, — derselbe hatte mit einem sogenannten Pistongewehre, das zum Rattenschießen bestimmt war, einen Kellnerlehrling durch Unvorsichtigkeit erschossen, — vor öffentlichem Gerichte zu einer Gefängnißstrafe von 6 Wochen verurtheilt wurde.

Nachdem sich, wie oben berichtet, obiger unglücklicher Vorfall Freitags ereignete, begab sich S. K. Hoheit der Großherzog an demselben Tage, an welchem der Getödtete dem Schooße der Mutter Erde übergeben wurde, zur Jagd nach Birnheim!!!

(Nachtrag.) Obige Zeilen waren gleich nach der unglücklichen Jagd geschrieben, doch zurückbehalten worden, um vielleicht ein Resultat der eingeleiteten „Untersuchung“ beifügen zu können. Solche hat, wie Ihr Berichterstatter anzunehmen glaubt, zu keinem Resultate geführt.

Aufruf an die Arbeitsleute Deutschlands.

Arbeitsleute, Brüder! Allenthalben in den deutschen Gauen nimmt seit Jahren die Arbeitslosigkeit zu, mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit hält aber auch gleichen Schritt die Verkürzung des Lohnes, Verlängerung der Arbeitszeit und die rohe Behandlung des Arbeitsmannes. Wohin soll das führen? Man sagt uns, es sei keine Arbeit vorhanden, aber von Denjenigen, welche in Arbeit stehen, verlangt man Ueberstundenarbeit: in verschiedenen Gegenden z. B. auf Fehmarn läßt man die Landarbeiter im Sommer von Morgens 4 Uhr bis Abends 9 und 10 Uhr arbeiten, in wenigen Monaten ist die Arbeit fertig. Dreschen, Häckselschneiden und sonstige Arbeiten läßt man dann mit der Maschine machen und dem Arbeiter, der da kommt und seine Kraft anbietet, dem bietet man 2 bis 3 Groschen Lohn des Tages. Man fragt ihn nicht, ob er im Stande ist, davon zu leben und Steuern und Miethe zu zahlen, man fragt nicht, ob der Arbeitsmann seine Familie ernähren kann, nein, man sagt ihm, wenn du dafür nicht arbeiten magst, dann kannst du gehen, wir haben Arbeiter genug. Ja, es passirt nicht selten, daß man ihn, den armen Arbeiter, dafür verantwortlich macht, daß er keine Arbeit habe. Dabei ist man hartherzig genug, aus den östlichen Provinzen Deutschlands Arbeitsleute nach hier kommen zu lassen und unterhält dort eigens Agenten, die nur vom Menschenschacher leben. Und doch giebt es hier Arbeitskräfte die Hülle und Fülle. Wohl hört man hier und da sagen, daß es so nicht bleiben könne, daß es anders werden müsse, aber dazu gehört vor Allem, daß die Arbeiter einig und organisirt sind, und daran fehlt es gerade.

Wohlan, Arbeitsleute Deutschlands, versucht es doch einmal und organisirt Euch, es soll ja zu Eurem Besten geschehen. Ist es nicht ehrenvoller, im Kampfe um sein Wohlergehen unterzugehen, als in sklavischer Abhängigkeit den Fuß des Bedrückers im Nacken zu fühlen? Oder ist es bereits soweit gekommen, daß Ihr Euer Joch gar nicht spürt? Das wäre traurig. Wenn dies aber nicht der Fall ist, nun so ermannt Euch zur That und organisirt Euch.

Wir müssen lernen, wenn wir den Kampf gegen unsere Bedrücker mit Erfolg führen wollen, dafür sorgen, daß Agitatoren ausgeschickt werden, die unter den Arbeitsleuten Aufklärung verbreiten und das Klassenbewußtsein erwecken. Auch müssen wir ein Preßorgan haben, das unsere Interessen vertritt, damit wir von den Vorgängen an den einzelnen Orten unterrichtet werden und darnach unsere Maßregeln treffen können. Bedenkt, daß es in Deutschland Hunderttausende von Arbeitsleuten giebt; wenn diese Hunderttausende erklären, wir wollen, dann haben wir gewonnenes Spiel. Spricht doch schon der Dichter:

Mann der Arbeit aufgewacht
Und erkenne deine Macht,
Alle Räder stehen still
Wenn dein starker Arm es will!

Arbeitsleute Deutschlands! darum fordere ich Euch auf, Euch dem Bund der deutschen Arbeitsleute anzuschließen, welcher seinen Sitz in Hamburg hat. Man versuchte von verschiedenen Seiten zu den alten Fesseln neue hinzuzufügen, um dadurch die Abhängigkeit und Bevormundung zu vergrößern, schon fangen hier und dort einzelne Arbeitgebervereinigungen sowie Fabrikanten an, von den Bestimmungen des Hilfskassengesetzes Gebrauch zu machen und Zwangs-Krankenkassen einzuführen; die Arbeiter müssen auch wohl in dieser Beziehung einsehen, daß wir der Bevormundung nicht mehr bedürfen, sondern daß sie ihre Gelder selber verwalten können. Nach dieser Richtung hat der Bund der deutschen Arbeitsleute Vorsorge getroffen, indem er für seine Mitglieder eine Kranken- und Sterbekasse errichtet hat, welche dem Hilfskassengesetz angepaßt ist, und wo die Mitglieder nie der Gefahr ausgesetzt sind, daß wenn sie aus der Arbeit entlassen werden oder ihren Wohnsitz wechseln, ihrer Rechte an die Kasse verlustig gehen; es kann nur ausgeschlossen werden, wer sich unehrenhafte Handlungen zu Schulden kommen läßt oder wer seine Zahlungen selbst einstellt. Also deutsche Arbeitsbrüder tretet dem Bunde bei. Statuten vom Bund und der Krankenkasse werden auf Wunsch zur Einsicht an die sich dafür Interessirenden unentgeltlich versandt und wolle man sich dieserhalb an den Unterzeichneten wenden.

Hamburg, den 13. Februar 1878.

Wilh. Wißmann, Specksgang Nr. 3 III.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Rundschau

Nr. 1 ist von folgenden Orten in beistehender Anzahl bezogen worden:

Altona 350, Achim 70, Apenrade 30, Aschersleben 21, Alveslohe 12, Aachen 12, Ahrensburg 12, Alfeld 45, Augsburg 100, Annaberg-Buchholz 45, Barmstedt 15, Bockenheim 30, Breslau 30, Barmen 150, Burscheid 25, Braunschweig 60, Berlin 50, Bochum 10, Burg 15, Brackwede 12, Badenstedt 25, Bayreuth 40, Calau 16, Calbe 50, Coblenz 15, Crefeld 15, Coburg 25, Chemnitz 170, Duisburg 60, Dortmund 40, Delitzsch 70, Düsseldorf 50, Ernsdorf 55, Elmshorn 60, Erfurt 30, Edderitz 20, Einbeck 10, Ellrich 10, Eckernförde 20, Eldagsen 20, Erlangen 30, Frankfurt a. M. 180, Flensburg 100, Fulda 20, Freden 25, Forst 280, Fürth 115, Göttingen 7, Görlitz 45, Gelsenkirchen 80, Goldlauer 25, Glückstadt 30, Güstrow 25, Giebichenstein 10, Gohlis 18, Gelenau 20, Gablenz 36, Hannover 100, Hanau 140, Halle 20, Hildesheim 60, Halberstadt 28, Harburg 50, Heide 30, Itzehoe 60, Jüterbogk 7, Jeßnitz 12, Kalk 15, Kl.-Krotzenburg 40, Kiel 250, Kellinghusen 30, Königsberg 30, Kirchhain N.-L. 6, Kl.-Auheim 15, Lokstedt 40, Liegnitz 55, Langenbielau 70, Lesum 10, Limmer 20, Leukersdorf 10, Lindenau 20, Lechhausen 70, Magdeburg 50, Marburg 7, Mölln 15, Münster 30, München 60, Neumünster 30, Nowaweß 20, Nordhausen 20, Neviges 60, Niederrad 25, Naumburg 25, Neu-Isenburg 50, Nürnberg 470, Ottensen 370, Oldesloe 20, Osnabrück 50, Ober-Geilau 10, Oederan 15, Peterswaldau 50, Potsdam 20, Pinneberg 40, Plauen 20, Plagwitz 40, Rostock 30, Rixdorf 21, Ronsdorf 50, Rheda 31, Rehme 25, Ronneburg 10, Soßenheim 30, Sorau 35, Striegau 10, Schleswig 30, Steele 35, Sühlen 10, Schweidnitz 7, Seth 7, Seligenstadt 10, Schloßchemnitz 33, Stuttgart 20, Tönning 15, Uelzen 20, Uetersen 30, Blotho 20, Wandsbeck 80, Wüstegiersdorf 100, Wilster 10, Wiesbaden 22, Wald 60, Wurzen 50, Wittgensdorf 16.

Warnung.

Die Gewerkschaft der Schuhmacher in Offenbach und Umgebung sieht sich veranlaßt, sämmtliche Collegen vor Zuzug nach Offenbach zu warnen. Da die Fabrikanten in Offenbach und Umgebung in letzter Zeit bei einer Conferenz beschlossen haben, bei sämmtlichen Arbeitern eine Lohnreduction von 50 Pfg. bei einem Paar Böden eintreten zu lassen. Dasselbe betrifft die mechanischen Arbeiter.

Näherer Bericht folgt.

J. A. der hiesigen Mitglieder:
Ludw. Rickta, Bevollm.

Briefkasten

der Redaktion. E. O. in Zeitz: Ja, Sie können zur Entrichtung der Bürgerrechtsgelder gezwungen werden, selbst wenn Sie auf die „Vortheile“ verzichten wollen, die Ihnen das Bürgerrecht gewährt.

der Expedition. H. Noack Eustirchen: Das Gewünschte können Sie von uns haben. — Loges Hannover: Die Lassalle'schen Schriften „Ueber Verfassungswesen“, „Macht und Recht“, „Was nun?“ sind in eins zusammen gebunden. — R. E. Crimmitschau: Wenden Sie sich an F. J. Ehrhart 4 Francis Str. Tottenham Court Road, London W

Parteigenosse Franz Malzahn, Maurer, 1874 in Düsseldorf, wird um seine Adresse wegen wichtiger Mittheilungen gebeten.

Heinrich Schrader, Maurer, Hannover, Heisenstr. 30a.

Wir ersuchen Herrn Treibenreif, Parquetbodenleger, in letzter Zeit in München sich aufhaltend, uns seinen jetzigen Aufenthalt bekannt zu geben.

Zürich. Allgem. Produktiv-Assoziation der Schneider.

Quittung. Wahlverein Minden Ann. 2,40. Exild Göhnitz Ab. 4,00. Dr. Rpp Rottweil Ab. 4,80. Rnhld Albany Schr. 20,70. Hrhst Ottensen Ann. 30,00. Manl Rochlitz Schr. 13,00. Spring Eilenburg Schr. 7,03. Grütliverein Schwanden Ab. 1,50. Wfring hier Ab. 1,10. J. Bru Graz Ab. 36,19. Kch Dresden Schr. 0,18. Rhlmr Rehme Schr. 1,70. Templ Jonsdorf Schr. 6,05. Altenbrad Osnabrück Schr. 5,10. Schf Wiungen Schr. 1,95. Ullrch Meuselwitz Schr. 7,30. Lz Ueberlingen Schr. 0,50. Smln Tübingen 9,70.

Vom Arbeiterverein Reudnitz für den Fonds für Gemaßregelte 50,00, f. d. Wahlfonds 50,00, f. d. Preßfond der „Fackel“ 30,00, für 2 gemaßregelte Parteigenossen 20,00. H.

Bekanntmachung.

Der Aufsichtsrath der Genossenschafts-Buchdruckerei, eingetragene Genossenschaft, zu Kiel, hat in der Sitzung vom 16. Februar d. J. beschlossen an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes St. Heinzel, I. Disponent, den Posamentier Carl Nau in Kiel als ersten Disponenten zu ernennen. [2,70

Itzehoe, den 16. Februar 1878.

C. Kreuzberg. J. Clasen. J. Häls.

Parteigenossen, welche im Besitz des Lassalle'schen Werkes „System der erworbenen Rechte“ 2 Bände, und dasselbe zu verkaufen geneigt sind, bittet um gef. Anzeige Anton Metz, Buchhändler. [1,80
Culm a. W.

!!! Fische !!!

Kieler Bücklinge	in Kisten à	80	Stück	Mark 4,50
„ „ „ „	à	50	„	„ 3,00
„ Sprotten „ „	à	400	„	„ 4,00
„ „ „ „	à	200	„	„ 2,40
Speck-Aale	in Kisten à 8 Pfund à		Pfund	„ 1,15
Speck-Flunder	in Kisten à 1 Stieg			„ 3,00

versendet in ganz Deutschland unter Nachnahme [3,00

Ottensen bei Hamburg. H. Jensen.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha sind erschienen:

Drei Solo-Quartette

von Gustav Scholz.

Kehr wieder! Gedicht von Bruno Geiser.
Die Spinnerin. „ „ Julius Sturm.
Das Blümlein. „ „ A. Geib.

(4a) Preis: Partitur mit Stimmen 2 Mark. [2,70
Gegen Einsendung des Betrags folgt Zusendung franko. (F. 182)

Durch uns ist zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch uns ist zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Zukunftsmedicin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

(Vollständig in 10 Heften (bis jetzt erschienen Heft 1—8).

Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Que Faire?

Französischer Roman von Tschernyschewsky.

33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Leipzig. Expedition des „Vorwärts“.
Färberstr. 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heißig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im königl. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sozialdemokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz, 630 North 3rd Street
J. Boll, 112a Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanserman, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Ens, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New Golden Square.

Nr. 24. Mittwoch, 27. Februar. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Connewitz ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für Kleinzschocher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, Neureudnitz bei Zschau, 15 I, für Plagwitz-Lindenau bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Hohlis ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

„Glänzend abgeführt"!

In allen liberalen Zeitungen wird bei Gelegenheit der Besprechung der Orientdebatte triumphirend behauptet, der Fürst Bismarck habe den sozialistischen Redner Liebknecht „glänzend abgeführt".

Dem Fürsten Reichskanzler und seinen liberalen Mameluckn kann es also nur angenehm sein, wenn wir die erwähnte Großthat Bismarck's hier wörtlich wiedergeben — dann erst findet die „Abführung" recht glänzend statt. Die Abführungsrede des Reichskanzlers lautet nämlich:

„Während der zuletzt gehörten sozialistischen Rede glaube ich wahrgenommen zu haben, daß die Beifallsbezeugungen, mit denen sie stellenweis begleitet war, von den näheren Landsleuten des Herrn Abgeordneten v. Komierowski und von den ihm verwandten Fractionsgenossen herrührten. Ich halte, wenn ich mich darin nicht irre, es doch für zweckmäßig, dies öffentlich zu constatiren. Es ist mir dabei eingefallen, daß, wenn wir in den polnischen Landestheilen des preußischen Staats über die Gesammtheit des Volkes nicht zu klagen haben und ihrer Zustimmung zu der Art, wie sie regiert werden, im Ganzen sicher sind, so tritt uns immer wieder die Stimme des polnischen Adels entgegen als unzufrieden mit dem Deutschen Reich und mit der Zugehörigkeit zu demselben. Vielleicht wäre es einmal möglich, um mich trivial auszudrücken, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, wenn man einen der polnischen Kreise im preußischen Gebiete, also etwa den Wahlkreis des Herrn v. Komierowski, dem Herrn Bebel und seinen Gesinnungsgenossen zu regieren mit voller Souveränetät übergiebt, wir könnten dann — und daran würde mir sehr viel liegen — endlich einmal erfahren, was das positive Ideal der Sozialdemokratie ist. Wir kennen sie nur von der negativen Seite, alles, was vorhanden ist, ist schlecht und muß ruinirt werden, und im Volke muß die Ueberzeugung erweckt werden, daß die regierenden Klassen üble, gewissenlose Leute sind, für die es nicht so sehr darauf ankommt, wenn man einmal gewaltthätig gegen sie verfährt. Das wissen wir, jede Politik, die ein Anderer als ein Sozialdemokrat treiben kann, ist erbärmlich, die Herren wissen alles besser, aber worauf sie positiv hinauswollen, das verschweigen sie sorgfältig. Ich meine, wenn sie endlich jede Maske von sich abwerfen und offen kundgeben, wohin sie wollen, wie es in einem von ihnen regierten polnischen Kreise geschehen würde, dann werden wir den doppelten Vortheil haben, nämlich das abschreckende Bild des positiv verwirklichten Sozialismus erkennen, welches sie jetzt sorgfältig hinter dem Berge halten, und wir werden in dem von ihnen regierten Polen hinterher die treuesten deutschen Reichsbürger haben."

Zunächst sei bemerkt, daß Herr von Bismarck ein recht schlauer Parlamentarier ist, da er in seiner „Erwiderung" auf die Rede des Abg. Liebknecht nicht den Namen dieses Abgeordneten, sondern den des wegen Bismarckbeleidigung im Gefängniß sich befindenden Genossen Bebel erwähnte; Herr von Bismarck schützte sich somit schlauer Weise vor einer persönlichen Entgegnung, die ihm ganz gewiß auf das „Ruiniren" durch „glänzende Abführung" geworden wäre; wenn nämlich Bismarck vom „Ruiniren" spricht, dann liegt das Sprüchlein sehr nahe: „Kehre vor Deiner eigenen Thür". In die Debatte selbst noch einmal einzugreifen, das erlaubte Valentin natürlich den Sozialdemokraten nicht.

Wenn der Reichskanzler so gnädig ist, uns den Wahlkreis des Herrn von Komierowsky zum „regieren" zu überlassen, so erwidern wir ihm, daß wir uns auf solche Kleinigkeiten nicht einlassen; daß vielmehr die Zeit nicht mehr fern ist, in welcher die Sozialdemokratie in allen Kulturstaaten „regiert", auch in ganz Bismarckomannien. Dem geehrten „Abführer" aber hat wohl Ikarien vorgeschwebt, welches durch die Sucht, den Sozialismus positiv an kleinen Staatengebilden experimentiren zu lassen, zu einem für Leute, die vom Sozialismus im Ganzen herzlich wenig verstehen, passenden „Abführungsmittel" allerdings geworden ist. Dann möge Herr von Bismarck noch unsern besondern Dank dafür erhalten, daß er das neue Ikarien in den Wahlkreis des Herrn von Komierowsky, also zwischen die russische Knute und die preußische Pickelhaube verlegte. Wiederum recht schlau!

Das „positive Ideal der Sozialdemokratie" vermißt der Fürst Reichskanzler. Was hat er denn für ein positives Ideal? Er streitet sich ja mit allen seinen Ministern um Steuerfragen, um Verwaltungsfragen herum, er kann sich mit ihnen und mit der Reichsvertretung nicht einigen, er wechselt „von Fall zu Fall" seine Ansichten in den Details, und blickt man im Großen und Ganzen sein Ideal an, so sieht man die Unterwerfung des Willens aller Staatsbürger unter einen Willen, also den Absolutismus, den man allerdings mit einigen parlamentarischen Federn schmückt. In diesem allgemeinen Ideal erblickt man als Sonderideale den glänzenden Militarismus, der die Noth im Volke erhöht; die angespannte Steuerschraube, ein fügsames und zahlreiches Beamtenheer und — das Wohlergehen einer kleinen Minderheit von Reichsbürgern.

Unser Ideal aber ist das Wohlergehen des gesammten Volkes!

Vor Monatsfrist schrieben wir in einem Leitartikel: „Simple Fragen und „simple" Frager":

„Wie wollt ihr Sozialdemokraten denn Euren Zukunftsstaat einrichten, wie sieht derselbe aus in den Einzelheiten"? Diese und ähnliche Fragen werden uns oft gestellt, und wir wollen, wir können auf derartige kindliche oder auch kindische Fragen keine Antwort ertheilen. Warum nicht? Weil die Gesellschaft, die wir erstreben, nach und nach sich selbst aufbaut, weil zukünftige Generationen die Bausteine. die wir herbeischleppen, erst behauen und zusammenstellen; weil wir keine Propheten sind und sein wollen, und weil wir wohl wissen, daß neue Erfindungen uns ebensolche breite Striche durch unsere Zukunftsgebilde machen können, als z. B. die Eisenbahnen durch die Phanstères von Fourier. Thrannisch wäre es deshalb, den späteren Generationen gegenüber, wenn wir schon jetzt bestimmen wollten über die einzelnen Formen einer zukünftigen Gesellschaft, und nutzlos aus den oben angeführten Gründen. Im Großen und Ganzen aber giebt das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands genügende Anhaltspunkte, zunächst die richtigen Mittel und Wege zu ergreifen, um zur sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, und es enthält ferner auch genügende Grundlagen, auf welchen eine vernünftige Gesellschaft aufgebaut werden kann. Noch fehlt der Wille dazu im Volke, und unsere Hauptaufgabe ist, diesen Willen jetzt und für die nächste Zukunft zu erwecken. Die „simplen Frager aber mögen das sozialistische Program in die Hand nehmen und die sozialistische Literatur aufmerksam studiren — wenn es ihnen Ernst ist, so werden sie dann ferner keine solche albernen Fragen mehr stellen."

Wir wissen wohl, daß Fürst Bismarck den „Vorwärts" liest; wir wissen aber nicht, ob er obige Rathschläge beherzigen wird. Allgemein ist es bekannt, daß in nationalökonomischen und sozialen Fragen Herr von Bismarck nicht gerade ein tiefes Studium gepflogen hat, und der Mangel desselben läßt sich wahrlich nicht durch einzelne Schlagwörter und Phrasen vom „Ruiniren" ꝛc. ꝛc. ersetzen; ebenso wenig wie die Wissenschaft sich durch Kalauer „abführen" läßt.

Daß in dieser Hinsicht aber die liberalen Zeitungen anderer Ansicht sind, das beweist eben, auf welcher tiefen Stufe sie stehen und daß es kaum der Mühe lohnt, ihnen entgegenzurufen: „glänzend abgeführt!"

Zum französischen Arbeitercongreß

schreibt die „Sozialdemokratische Correspondenz":

Schon den ersten Congreß der französischen Arbeiter-Gewerkschaften begrüßten wir als ein bedeutsames Zeichen für die zukünftige Gestaltung der Dinge in Frankreich und die allmählige Bildung einer festen geschlossenen Arbeiterpartei, an der es bisher in Frankreich fehlte.

Der kürzlich beendete zweite Congreß hat auf diesem Wege einen großen Schritt vorwärts gethan.

Dem Charakter des Volkes und der bisherigen politischen Entwicklung entsprechend, stellte das französische Proletariat bisher mehr die politische Seite der sozialen Frage in den Vordergrund, und zu seinem Unglück geschah es noch, daß es keine eigene politische Partei bildete, sondern immer nur im Schlepptau der radikalen bürgerlichen Demokratie hing und jedesmal, wenn es für diese die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte, von derselben hinterher verrathen und verkauft wurde.

Die Pariser Communebewegung und die Haltung der Politiker bei und nach derselben, war der letzte erneute Beweis für diese Erscheinung. Die Schwäche der an's Ruder gekommenen Republikaner, die allmählige Verleugnung der bisher vertretenen Prinzipien hat in dem französischen Proletariat die Erkenntniß gereift, künftig seine Geschicke energischer als bisher in die eigene Hand zu nehmen.

Eine gute Gewerkschafts-Organisation ist aber ein Hauptmoment für die Umgestaltung der heutigen Gesellschaft und zur Schaffung einer neuen. Ohne eine compakte Organisation der Genossen der verschiedenen Branchen, ohne die Selbsterziehung der Mitglieder in denselben, ohne die Ermöglichung der Widerstandsfähigkeit gegen das feindliche Kapital und die Organisation des gegenseitigen Schutzes — ohne alle diese bedeutenden Vortheile ist die nebenher gehende gleich nöthige politische Bewegung von keinem durchschlagenden Erfolg. Dies hat gerade die französische Geschichte mit ihren niedergeworfenen Revolutionen zur Genüge dargethan.

Hat nun dieser zweite Arbeitercongreß in Frankreich nicht die Erwartungen Aller erfüllt, so lag dies an dem Umstande, daß er überhaupt keine politische Vereinigung war und ganz seiner ihm behördlicherseits beschränkten Aufgabe entsprechend, vorwiegend die wirthschaftliche und sittliche Lage des französischen Proletariats zu berathen hatte.

Und diese Aufgabe zunächst hat er in ausgezeichneter Weise erfüllt.

Er hat Vorschläge berathen, deren Durchführung die Arbeiter in der heutigen Gesellschaft gegen alle Widerwärtigkeiten zu schützen bestimmt und die Widerstandsfähigkeit des französischen Proletariats bedeutend zu erhöhen im Stande sind.

Es wird jetzt sich zeigen, ob die angeblichen Freunde der Arbeiter im Parlament ihre Schuldigkeit thun, und an der Verwirklichung dieser Maßnahmen hülfreiche Hand leisten werden.

Und hier kommen wir auf den bedeutsamsten Punkt dieses zweiten Congresses. Die Arbeiter-Abgeordneten in Lyon glauben selbst nicht mehr an diese Freundschaft. Sie haben im Gegensatz zu dem Congreß der Herren Hirsch-Polke in Gera, die eine Verbindung mit allen möglichen Parteien und Politikern gegen die Sozialdemokratie anstrebten, sich gänzlich losgesagt von allen politischen Parteien und beschlossen, für die Zukunft eigene Arbeitercandidaten für das Parlament aufzustellen, welche sie auf ein ausdrücklich sozialistisch genanntes Programm verpflichten wollen, und zu deren Unterstützung, wie überhaupt zur Propaganda sozialistischen Blätter gegründet werden sollen.

Bisher hat in Frankreich eine eigentlich sozialistische Arbeiterpartei nicht bestanden. Der Sozialismus war dort bis jetzt entweder in speziellen sozialistischen Schulen (Gruppen) vertreten oder mit der radikalen politischen Partei und deren Ansichten vermengt. Wenn deshalb dieser Congreß die Forderungen einiger „Positivisten" und „Collektivisten" abwies, so ist das noch lange kein Anlaß für unsere deutschen Gewerkvereine und Herrn Max Hirsch, in dieser Thatsache ein Anerkenntniß für seine Gewerkvereine zu sehen. Ebenso ist es auch keine Niederlage der Sozialdemokratie, sondern nur eine Abweisung positivistischer und collektivistischer Ansichten (die durchaus nicht sozialistisch, zum Theil sogar direkt un- und antisozialistisch sind. R. d. V.).

Das französische Proletariat will jetzt seinen eigenen Weg gehen, indem es die vorhandene Grundlage der Syndikatskammern benutzt und jedes Hineinwerfen fertiger Probleme von sich weist.

Durch ihre Beschlüsse über den Normalarbeitstag, die Frauenfrage, die Organisation der ländlichen Arbeiter, ihre Reorganisation der Syndikatskammern, ihre Hülfskassen, und vor allem durch den Beschluß, von jetzt an sich von den Geschäftspolitikern und den Bourgeoisparteien zu trennen und ihren eigenen Weg gehen zu wollen, haben die französischen Arbeitervertreter gezeigt, daß sie, wenn auch noch keine Sozialisten im vollen Sinne des deutschen sozialistischen Parteiprogramms, so doch aber auf dem sicheren Wege sind, eine große mächtige widerstandsfähige sozialistische Partei zu schaffen, welche himmelweit verschieden ist von dem Zwitterding von Arbeitercongreß des Herrn Max Hirsch, der nur zusammengetreten war, um durch scheinbare Zugeständnisse an die nationalliberale Partei diese zu materiellen Opfern zu veranlassen und dadurch die Gewerkschaftsbewegung vor ihrem Untergang zu retten, und um nebenbei Herrn Dr. Max Hirsch ein neues Relief zu verleihen.

Die Gewerkschaftsbewegung bezweckt die Verwässerung der Arbeiterinteressen und war von Anfang an eine Zersplitterung der vorhandenen Arbeiterbewegung; der Lyoner Congreß aber war die erste Vereinigung des gesammten französischen Proletariats, und seine Beschlüsse werden für die Entwickelung der französischen Arbeiterbewegung von weittragender Bedeutung sein.

Jede Arbeiterbewegung, die nicht zersplittert und künstlich niedergehalten wird, führt mit Nothwendigkeit zum Sozialismus. Die volle und ganze Anerkennung desselben seitens der französischen Gewerkschaften ist nur eine Frage der Zeit.

Der Gesetzentwurf betreffend die Verfälschung der Nahrungsmittel.

Der Entwurf, betreffend den Verkehr von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, hat folgenden Wortlaut: § 1. Der Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln, mit Gegenständen, welche zur Haushaltung, häuslichen Einrichtung, Geschäftseinrichtung oder zur Kleidung bestimmt, oder mit Spielwaaren unterliegt der Beaufsichtigung durch die Gesundheitspolizei nach Maßgabe dieses Gesetzes. § 2. Die Beamten der Gesundheitspolizei sind befugt, in die Räumlichkeiten, in welchen Gegenstände der in § 1 bezeichneten Art feilgehalten werden oder welche zur Aufbewahrung solcher zum Verkaufe bestimmten Gegenstände dienen, während der üblichen Geschäftsstunden, oder während die Räumlichkeiten dem Verkehr geöffnet sind, einzutreten oder dieselben einer Revision zu unterwerfen. § 3. Die Beamten der Gesundheitspolizei sind befugt, von Gegenständen der in § 1 bezeichneten Art, welche in den dort angegebenen Räumlichkeiten vorgefunden oder an öffentlichen Orten, auf Märkten, Plätzen, Straßen oder im Umherziehen verkauft oder feilgehalten werden, Proben zum Zwecke der Untersuchung gegen Empfangsbescheinigung zu entnehmen. Auf Verlangen ist dem Besitzer ein Theil der Probe, amtlich verschlossen oder versiegelt, zurückzulassen. Für die entnommene Probe ist Entschädigung in Höhe des üblichen Kaufpreises zu leisten, so weit nicht in Folge der Untersuchung auf Einziehung des Gegenstandes erkannt wird. § 4. Zu den Beamten der Gesundheitspolizei im Sinne dieses Gesetzes gehören auch die ärztlichen Gesundheitsbeamten. § 5. Für das Reich können durch kaiserliche Verordnung zum Schutze der Gesundheit Bestimmungen erlassen werden: 1) über die Art der Herstellung der Aufbewahrung von Nahrungs- oder Genußmitteln, die zum Verkaufe bestimmt sind; 2) über die Beschaffenheit und die Bezeichnung von Nahrungs- oder Genußmitteln, welche öffentlich oder im Umherziehen verkauft oder feil gehalten werden; 3) über das Schlachten von Vieh sowie den Verkauf und das Feilhalten von Schlachtvieh, Fleisch und Milch; 4) über die Reinhaltung von Schlachthäusern, von gewerblichen Räum-

ichkeiten, in denen Nahrungs- oder Genußmittel zubereitet, aufbewahrt oder feilgehalten werden, sowie über die auf Märkten zu beobachtende Reinlichkeit; 5) über die Art der Herstellung und Beschaffenheit der zur Haushaltung, häuslichen Einrichtung, Geschäftseinrichtung oder zur Kleidung bestimmten Gegenstände, sowie der Spielwaaren. § 6. Für das Reich kann durch kaiserliche Verordnung die gewerbsmäßige Herstellung von Gegenständen, welche zur Fälschung von Nahrungs- oder Genußmitteln bestimmt sind, verboten oder beschränkt werden. § 7. Wer den in den §§ 5 und 6 bezeichneten Verordnungen zuwider handelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft. Landesgesetzliche Vorschriften der in den §§ 5 und 6 bezeichneten Art dürfen eine höhere Strafe nicht androhen. § 8. Wer den Vorschriften der §§ 2—4 zuwider den Eintritt in die Räumlichkeiten, die Revision derselben oder die Entnahme einer Probe verweigert, wird mit Geldstrafe von 50 — 150 Mark oder mit Haft bestraft. § 9. Mit Gefängniß bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: 1) wer zum Zwecke der Täuschung Nahrungs- oder Genußmittel, welche zum Verkaufe bestimmt sind, mit dem Anschein einer besseren Beschaffenheit versieht, oder dieselben dadurch verschlechtert, daß er sie mittelst Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen oder in anderer Weise verfälscht; 2) wer wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben oder fälschlich mit dem Anschein einer besseren Beschaffenheit versehen oder durch Verfälschung verschlechtert sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feil hält. § 10. Ist die in § 9 Nr. 2 bezeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden, so tritt Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft ein. § 11. Mit Gefängniß, neben welchem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, wird bestraft: 1) wer vorsätzlich Gegenstände, welche bestimmt sind, Anderen als Nahrungs- oder Genußmittel zu dienen, derart herstellt, daß der Genuß derselben die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist, ingleichen, wer wissentlich Gegenstände, deren Genuß die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist, als Nahrungs- oder Genußmittel verkauft, feil hält oder sonst in Verkehr bringt; 2) wer vorsätzlich zur Haushaltung häuslichen Einrichtung, Geschäftseinrichtung, oder zur Kleidung bestimmte Gegenstände oder Spielwaaren derart herstellt, daß der bestimmungsgemäße oder vorauszusehende Gebrauch derselben die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist; — ingleichen, wer wissentlich solche Gegenstände verkauft, feil hält oder sonst in Verkehr bringt. Der Versuch ist strafbar. Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung oder der Tod eines Menschen verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein. § 12. War in den Fällen des § 11 der Genuß oder Gebrauch des Gegenstandes die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet, so tritt Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren, und wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein. § 13. Neben der nach den Vorschriften der §§ 11 und 12 erkannten Strafe kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. § 14. Ist eine der in den §§ 11 und 12 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden, so ist auf Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten und, wenn durch die Handlung ein Schaden an der Gesundheit eines Menschen verursacht worden ist, auf Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre; wenn aber der Tod eines Menschen verursacht worden ist, auf Gefängnißstrafe von einem Monat bis zu drei Monaten zu erkennen. § 15. In den Fällen der §§ 11, 12 und 14 ist neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände zu erkennen, welche den bezeichneten Vorschriften zuwider hergestellt, verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht sind, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht. In den Fällen der §§ 7, 9 und 10 kann auf die Einziehung erkannt werden. § 16. In dem Urtheile, dem Strafbefehl oder der polizeilichen Strafverfügung kann angeordnet werden, daß die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen sei. In der Anordnung ist die Art der Bekanntmachung zu bestimmen. § 17. Die auf Grund dieses Gesetzes durch Urtheil, Strafbefehl oder polizeiliche Strafverfügung festgesetzten Geldstrafen fallen, wenn für den Ort der That eine öffentliche Anstalt zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln besteht, der Kasse zu, welche die Kosten der Unterhaltung der Anstalt trägt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Sitzung des deutschen Reichstags vom 22. d. M. fand die erste Berathung über die Steuervorlagen der Regierung statt. Minister Camphausen suchte in längerer Rede diese Vorlagen als zweckmäßig zu empfehlen, doch konnte er nur auf den Bänken der Konservativen einige Zustimmung erhalten, welcher dann auch durch den Abg. Helldorf ein schwacher Ausdruck gegeben wurde. Der Vicepräsident des Reichstags und designirter „liberaler" Reichsminister Freiherr von Stauffenberg ergriff darauf das Wort und erklärte ziemlich unverblümt Namens der nationalliberalen Partei, daß diese, wenn nicht Bismarck einige Minister aus ihren Reihen ernenne, einer Steuerreform oder Steuererhöhung ihre Zustimmung versage. Wir empfehlen dem Herrn von Bismarck ganz angelegentlichst das bekannte Liebesliedchen zur Beachtung: „O stille dies Verlangen, stille die süße Pein, zu seligem Umfangen laß die Geliebten ein". — Reichensperger erklärt sich in äußerst dürftiger Rede gegen die Einführung der Tabaksteuer, der er nur zustimmen könne, wenn man die Steuer auf Salz reduzire. Abg. von Wedell-Malchow deutet an, daß die Tabaksteuererhöhung wohl nur eine Etappe auf dem Wege zum Tabakmonopol sei; Finanzminister Camphausen widerspricht dieser Auffassung und bekämpft das Monopol. Darauf springt Fürst Bismarck auf und klagt, daß er keine tüchtigen Mitarbeiter als Reichskanzler habe, er gedenkt des früheren so überaus fähigen Präsidenten des Bundeskanzleramts Delbrück in überaus schmeichelhaften Ausdrücken, die dem Minister und gegenwärtigen Bundeskanzleramtspräsidenten Hoffmann wohl gleich schneidigen Dolchen in die Seele gefahren sein mögen und erklärt dann offen und frei, daß er die gegenwärtige Vorlage der Tabaksteuererhöhung wohl als einen Uebergang zum Monopol ansehe und daß er diesem auch mit aller Kraft zustrebe. Also ein direkter Gegensatz zwischen Bismarck und Camphausen. Es scheint demnach eine derartige Verwirrung unter den Mitgliedern der Reichsregierung zu herrschen, daß die beiden hervorragendsten derselben sich nicht einmal über die Tragweite und Bedeutung eines eingebrachten Gesetzentwurfs einig sind. — Dadurch zeigt sich denn doch das Organisationstalent Bismarcks in einem glänzenden Lichte — „Alles wollen die Sozialdemokraten verungeniren, sie können aber nichts aufbauen", diesen Kalauer variirte Bismarck auch in der Orientdebatte. „Verungenirt" hat Bismarck allerdings den alten deutschen Bund, und das war nicht schwer, da derselbe äußerst morsch war, aber aufgebaut hat der Herr nichts, da das „deutsche Reich" doch sehr bedenklich noch chaotisch in der Luft schwebt.

— Ueber die folgende Sitzung (24. Februar) erhalten wir die telegraphische Nachricht, daß die Abg. Richter, Lasker, Windthorst, Fritzsche und Bamberger sich gegen die Steuererhöhung auf Tabak ausgesprochen haben, wohingegen Camphausen die Vorlage nochmals empfahl, und Bismarck und von Varnbüler das Tabaksmonopol als einzige Rettung, um aus den Steuerkalamitäten herauszugelangen, hinstellten. Zu bemerken ist aus der Sitzung noch, daß Camphausen mit Rücktritt drohte, Bismarck hingegegen meinte, daß er wahrscheinlich noch länger mit seinem finanzkundigen Collegen zusammen arbeiten würde, als er selbst bisher gedacht habe. Das war ein kleiner Klaps, den der Reichskanzler den National-Liberalen ertheilte, weil sie seine Steuervorlagen bekämpft hatten. Auf die Rede des Genossen Fritzsche kommen wir noch zurück.

— Aus dem Reichstag. Wir theilen nachstehend den Schluß der Rede Liebknecht's in der Orientdebatte mit:*)

Meine Herren, es wurde die Politik des Fürsten Bismarck von ihm selbst vor Ausbruch des Kriegs charakterisirt als eine Politik der Neutralität. Wohlan, die Politik, welche die deutschen Interessen uns geboten, war eine Politik der Neutralität, das erkenne ich an. Aber Neutralität und Neutralität ist zweierlei. Wenn wir Deutsche auch die dringendsten Interessen, wahre Lebensinteressen in der orientalischen Frage haben, so giebt es doch andere Staaten, die ein noch unmittelbareres Interesse haben, denen die Frage näher auf die Nägel brennt. Wenn die Neutralität Deutschlands so verstanden gewesen wäre, daß wir, sicher hinter unserem Wall von Bajonetten, der Welt gesagt hätten: Deutschland tritt nicht in diesen Kampf ein, wir nehmen Partei weder für die Türkei noch für Rußland, wir lassen geschehen, was geschieht, — was wäre die Folge gewesen? Einfach, daß Oesterreich, statt durch das Dreikanzlerbündniß oder Dreikaiserbündniß gefesselt zu sein, eingetreten wäre in die Aktion, daß England, daß vielleicht auch Frankreich in die Aktion eingetreten wäre, — gar nicht in eine kriegerische, das wäre durchaus nicht nöthig gewesen. Hätten die Regierungen jener Staaten sich frei bewegen können, dann würde Rußland es nicht haben wagen können, seinen Raubzug gegen die Türkei zu unternehmen. Aber so ist unsere Neutralität nicht verstanden worden. Man hat erklärt, den Krieg lokalisiren und darauf hinwirken zu wollen, daß auch die übrigen Mächte neutral blieben und daß keine Macht zu Gunsten Rußlands oder der Türkei eintrete. Zu Gunsten Rußlands, das war von vornherein sicher, würde keine Macht in Europa eingetreten sein, weil keine ein Interesse dazu hatte; und so waren es denn die natürlichen Bundesgenossen der Türkei, welche durch die deutsche Neutralität abgehalten worden sind, für die Türkei ihr Schwert oder doch das Gewicht ihres Einflusses in die Wagschale zu werfen. Es ist so das Verhältniß entstanden, daß die verschiedenen Staaten Europas sich gegenseitig vollständig lahm gelegt haben. Oesterreich, mit der Schlinge des Dreikaiserbündnisses um den Hals, konnte nichts thun; in den fünfziger Jahren hatte es einige Armeecorps in die Donaufürstenthümer einrücken lassen und dadurch Rußland zum Rückzuge genöthigt. Diesmal hat Oesterreich das nicht gethan; Graf Andrassy wird wahrscheinlich unserem Reichskanzler, für den er ja kein Geheimniß hat — wie dieser keins für ihn — die Gründe mittheilen können; im Interesse Oesterreichs ist es unter keinen Umständen gewesen. Ebenso steht es fest, daß England stets und überall, wo es zum Frieden rieth, gehemmt und gelähmt worden ist; in derselben Weise wurde Frankreich lahm gelegt. Kurz, Rußland konnte seinen Raubzug ungestört vollführen.

Da sagt man uns, Deutschland dürfe nicht gegen Rußland in die Schranken treten: „wir sind Rußland Dank schuldig, es ist unser alter Alliirter, der uns 1870/71 den Rücken gedeckt hat, als unsere Armeen in Frankreich rangen." Bei einer anderen Gelegenheit ist man nicht so — dankbar gewesen. Ich sprach schon von dem Krieg von 1866; damals hatte Preußen auch einen Freund, der ihm den Rücken deckte, und der Freund war Frankreich. (Große Heiterkeit.)

Ohne die sichere Erwartung, daß Frankreich Frieden halten würde, hätte Preußen im Jahre 1866 nicht gegen Süddeutschland und gegen Oesterreich vorgehen können; an dieser Thatsache ändert Ihr Gelächter nichts. (Heiterkeit.)

Freilich, Fürst Bismarck hat uns vorhin mitgetheilt, daß er, als dieser Bundesgenosse nachher etwas unbequem wurde, es sich aufgeschrieben, er Buch darüber geführt habe; und 1870/71 ist es dann heimgezahlt worden. Beiläufig wirft dies ein merkwürdiges Schlaglicht auf die Entstehung des Krieges von 1870 und 71 und bestätigt vollständig die Auffassung, welche von sozialdemokratischer Seite aus — (Heiterkeit) ausgesprochen worden ist, daß der Krieg von 1870/71 die nothwendige Folge des Kriegs von 1866 gewesen ist. Es steckt nämlich Logik in der Weltgeschichte; man kann eine einzelne Handlung nicht begehen und dann die Consequenzen davon abschneiden. Der Krieg, der 1866 Deutschland zerriß, machte die Einmischung Frankreichs möglich, er machte den Krieg von 1870/71 nöthig, und der Krieg von 1870/71 seinerseits hat wieder den Samen ausgestreut zum jetzigen Krieg. (Ruf: Zur Sache!)

Ich bin durchaus bei der Sache, es sind andere Redner vielleicht nicht so bei der Sache gewesen, wie ich es bin. Ich weiß, es sind das sehr unangenehme Wahrheiten, aber ich denke, wenn Volksvertreter versammelt sind, dann handelt es sich nicht darum, irgend Jemand zu Gefallen zu reden, sondern Jeder von uns ist verpflichtet, ungeschminkt die Wahrheit zu sagen und seine Ueberzeugung auszusprechen — ganz unbekümmert, ob es Andern behagt oder nicht. (Bravo!)

Im Dezember 1870, als der Krieg (mit Frankreich) einen veränderten Charakter annahm, als aus dem Vertheidigungskrieg ein Eroberungskrieg zur Annektion von Elsaß-Lothringen

*) Die Rede Liebknecht's wird — gleich den übrigen Interpellationsreden — vollständig abgedruckt in der bei Höhme, Leipzig, erscheinenden Broschüre: Die Orientdebatte im deutschen Reichstag, beleuchtet von W. Liebknecht.

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

V.

Wir wollen einen großen Theil der staatswirthschaftlichen Thätigkeit, nämlich die Verausgabung der aus dem Volke ausgepreßten Summen nicht näher untersuchen, obwohl wir grade dabei die Bekanntschaft mit der Ausbeutungsthätigkeit der russischen Regierung machen konnten. Wir müssen auch noch andere Sphären des ökonomischen Lebens des Volkes genau betrachten, und das zwingt uns mit der Charakterisirung der Regierungsmaschinerie zu endigen. Nur noch einige Schlußworte über die vorigen Kapitel wollen wir anfügen.

Aus den frühern Kapiteln hatten wir Gelegenheit zu sehen, wie die „Reformen" auf die Fortschritte der Ausbeutung des Volkes durch die Regierung gewirkt haben. Das meiste wurde auf dem Gebiete der hohen Finanzen geleistet. Die 23jährigen „Reformen" vermehrten die Steuern um zweihundertundfünfzig Prozent. Außerdem fanden wir noch solche neue Abgaben, die gar keiner Controle unterzogen werden und die früher dem Volke gar nicht bekannt waren. Im Ganzen sind die beiden Arten der Abgaben um eine Milliarde im Werthe gestiegen. Auf jeden Kopf der Bevölkerung kommen Rubel 11,21 Steuern, was auf eine Familie von 5 Köpfen 56 Rubel ausmacht. Die Ueberreste der Leibeigenschaft führen noch dazu, daß die Abgaben nicht gleichmäßig auf die Bevölkerung, sondern in umgekehrter Proportion der Klassenlage ertheilt werden. Aber diese für das Volk so schweren Steuern und Abgaben sind noch nicht Alles, was das Volk zu zahlen hat. Wir fanden ferner noch die jährlichen Defizite — ein Fünftel aller Ausgaben —, und diese Defizite werden durch Anleihen gedeckt, wodurch die Staatsschulden um vierhundert Prozent zunehmen, so daß auf jede Familie der Bevölkerung 242 Rubel fallen.

Die Folgen einer solchen Wirthschaft sind einleuchtend. Das Volk ist nicht mehr im Stande, alle diese Ausgaben aufzubringen und die rückständigen Steuern, trotz aller Härten in deren Eintreibung, nehmen mit jedem Jahr zu. Im Jahre 1868 erreichten die rückständigen Steuern, außer den communalen Rückständen, die hübsche Summe von 235,900,000 Rubel. Nach drei Jahren (1871) stiegen schon die Rückstände auf 335,890,000 Rubel, was eine jährliche Zunahme von 33 Mill. oder 12,5 Proz. macht.

Eine andere Folge der traurigen Lage der russischen Finanzen — das ist die schnelle Baisse der russischen Banknoten. Die Börse fängt an einzusehen, daß der „Krach" unausbleiblich ist. Außer den jährlichen 128 Millionen Defizit müssen wir noch die Prozente und Abschlagszahlung für dieses Defizit rechnen. So werden die 400 Millionen Rubel Anleihen in der ersten Hälfte des Jahres 1877 das Defizit noch um 22 Millionen vermehren.

Um wieviel der russische Staatskredit auf den ausländischen Börsen in letzter Zeit abgenommen hat, kann man schon daraus sehen, daß das russische Papiergeld fortwährend im Werthe fällt. In den ersten Monaten des vorigen Jahres (1877) hatte das Papiergeld einen Verlust von 10 Proz.*), obwohl es damals nur mit 74 Proz. seines Werthes bezahlt wurde. Der russische Papierrubel wird jetzt mit nur zwei Drittel seines Werthes bezahlt, während er bei dem Regierungsantritt Alexanders II. al pari stand, im Innern sogar mit einer Agio gegen Gold bezahlt wurde. Von der Entwerthung anderer Staats- und Privatpapiere sehen wir hier ganz ab.

Die Geschichte der letzten Staatsanleihen zeigt uns, wie die Börse, diese Babylonische Dirne, ihren Glauben an der russischen Finanzpolitik, trotz der verlockendsten Verführungsversuche, ganz und gar verloren hat. Die Resultate der Realisation der zwei letzten Anleihen sind uns noch nicht bekannt.

Der Krieg mit der Türkei war schon eine längst abgemachte Sache, aber das Geld fehlte dazu. Man wendete alle Mittel an, man war bestrebt, alle auswärtigen Finanziers heranzulocken, dennoch bekam man kein Geld. Endlich, in der Verzweiflung, entschied man sich für eine innere 100-Mill.-Anleihe. Man rechnete dabei auf den künstlich aufgewärmten Patriotismus der Gesellschaft und auf den entbrannten Fanatismus der niedrigen und unwissenden Schichten unserer Geldklassen. Nun galt es für unsere Finanz-Alchimisten aus ihren Löchern herauszukriechen. Der „Regierungs-Anzeiger" kündigte in einem Aufruf an das Publikum die Anleihe an. Es ist schwer zu sagen, ob dieser Aufruf mehr frech- oder mehr dummwissend war. Die Regierung erzählt: „daß, obwohl die friedliche Thätigkeit der jetzigen Regierung die Staatsausgaben vermehrt habe, sie dennoch wohlthätig auf die ökonomische Entwickelung des Landes gewirkt, und daß sie seit einigen Jahren keine Schulden gemacht habe." Daß dies alles eine freche Lüge ist, das haben wir schon in den vorigen Kapiteln zur Genüge gesehen. Weiter versichert die Regierung, daß die Anleihe zur Befestigung des Friedens dienen werde. Wir brauchen unsern Lesern nicht zu erklären, daß wir ohne diese Anleihe jetzt an der Donau und dem Euphrat keine Apostel des Friedens — Krupp'sche Kanonen — und auch keine Lobhudelei auf die wohlthätige Regierung unseres „milden Väterchens" — auch nicht das Stöhnen der Verwundeten in den Ebenen von Bulgarien und in den Gebirgspässen Armeniens zu hören bekommen hätten.

Die Resultate der Zeichnungen auf die „patriotische" Anleihe fielen sehr schlecht aus. Die ganze Zeichnung seitens privater Leute erreichte kaum 40 Mill., die Börse verhielt sich ganz kühl zu diesem „papiernen Wesen".

Der Verwalter der Staatsbank, Lamansky, haftbar für den Erfolg der Anleihe, griff zu einem Betrug, um nur das Fiasko der Anleihe im Innern des „patriotisch" gestimmten Landes zu verhüllen. Er beschloß, die Anleihe durch Mittel der Staatsbank zu decken, aber die Bank war selbstverständlich nicht im Stande, diesen Plan auszuführen. Lamansky lud zu sich alle seine Börsenfreunde ein und bat, sie möchten Anweisungen auf die Staatsbank ausfertigen. Die Anweisungen sollen darin bestehen, daß die Bank die Börsianer als Unterzeichner der Anleihe betrachtet. „Nach vollständiger Deckung der Anleihe, bestimmte Lamansky seine Freunde, die unterzeichneten Summen für sich behalten. Die Börsenmänner willigten ein, denn „eine Hand wäscht die andere", und Dank diesem Kunststückchen schien die Anleihe sogar 123 Millionen ergeben zu haben.

Selbstverständlich schafft man mit solchen Manipulationen weder Geld noch Kredit, aber der äußere Schein wird gewahrt, und das Publikum, mit den Börsengeheimnissen unbekannt, wird hinter's Licht geführt. Aber für uns ist Eins wichtig, nämlich, daß der Kredit Rußlands gänzlich untergraben und folglich der Bankerutt unausbleiblich ist. Wann der Sturm zum Losbruch kommen wird — wissen wir nicht; daß er aber nahe ist, das ist unzweifelhaft.

(Fortsetzung folgt.)

*) Hunderte von Millionen sind umsonst und ohne Nutzen seitens unseres Finanzministeriums verausgabt worden, um nur den Wechselcours im Auslande zu unterstützen. Die Ignoranz und Dreistigkeit des Finanzministeriums bei dieser Operation ist schwer zu beschreiben. Eine competente Persönlichkeit bemerkte bei dieser Gelegenheit: „die russische Regierung könnte diese Unterstützungsgelder mit gleichem Erfolg in die Themse werfen."

wurde, protestirten meine Parteigenossen und ich gegen die Fortführung des Kriegs zu diesem Zweck, und damals wurde auf der Rednertribüne des Reichstags von mir ausgesprochen, daß die Annektion von Elsaß-Lothringen sich schwer rächen werde an Deutschland, daß sie nicht blos ein politisches Verbrechen sei, sondern ein verhängnißvoller politischer Fehler, und daß in dem Moment, wo die Annektion zur Thatsache werde, der Schwerpunkt der europäischen Macht nicht von Paris nach Berlin, sondern von Paris nach Petersburg verlegt werden würde, weil Frankreich nach der Annektion von Elsaß-Lothringen auf Generationen hinaus das Revanchegelüst empfinden und aus Rachsucht bereit sein müsse, sich jedem Staat, der ihm zur Wiedereroberung verhelfen würde, als Bundesgenossen anzubieten. Ich machte damals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Rußland sofort die erste beste Gelegenheit benutzen würde, um die orientalische Frage auf das Tapet zu bringen.

Es ist so gekommen.

Das Europa, welches Rußland den Frieden von Paris auferlegt hatte, ist zersprengt, ist aufgelöst worden durch die Blut- und Eisenpolitik, welche im deutschen Reich zur Herrschaft gelangt ist. Das alte europäische Staatensystem, soweit es noch fortbestand, ist durch die Kriege von 1866 und 1870/71 vernichtet worden, es ist jetzt blos ein Trümmerhaufen, und nachdem die Türkei — mit Oesterreich der letzte Rest des alten Europa — zerschmettert worden (Gelächter), bleibt nur noch Oesterreich übrig, und wenn dieses auch einstweilen noch fortbesteht, die Türkei wird es wahrscheinlich nicht sehr lange überleben. (Gelächter.)

Nun, meine Herren, es wurde 1870 über unsere Auffassung der Dinge gerade so gelacht, wie Sie jetzt lachen, und trotzdem ist, was wir damals sagten, in Erfüllung gegangen. Die Aera des Friedens, der Freiheit, der allgemeinen Entwaffnung in Europa, das schöne Wort: das Kaiserreich ist der Friede, das alles hat nicht die Probe der geschichtlichen Entwickelung bestanden, es ist nicht so gekommen, wie Sie geglaubt haben, es ist so gekommen, wie wir nicht blos geglaubt, sondern an dieser Stelle auch vorausgesagt haben. Nach der Annexion von Elsaß-Lothringen bestand die „europäische Polizei" nicht mehr. Rußland konnte thun, was es wollte; machte Deutschland Miene, ihm entgegenzutreten, dann konnte man von St.-Petersburg, wie das in den russischen offiziösen und offiziellen Blättern wiederholt geschehen ist, mit der französischen Allianz drohen, man konnte einfach von Deutschland verlangen: dafür, daß wir euch 1870/71 den Rücken gedeckt, habt ihr jetzt den Gegendienst zu leisten: jetzt deckt ihr uns den Rücken: ihr braucht uns indeß nicht mit Armeen beizustehen, nein, sorgt nur dafür, daß Polen hübsch ruhig bleibt — da kommt eine Rinderpest oder so etwas — (Heiterkeit), sorgt dafür, daß Oesterreich ruhig bleibt, daß die Engländer sich nicht rühren, daß Frankreich Frieden hält! Das hat man denn auch gethan, und das war und ist für Rußland mehr werth als die Mobilisirung aller deutschen Armeekorps.

In diesem Sinne ist die deutsche Neutralität durchgeführt worden; Rußland hat gethan, was es gewollt hat, es steht heute vor Constantinopel, die Türkei ist niedergeworfen, und die Herren Staatsmänner wollen nun auf einem Congreß zusammenkommen, um das Unheil, welches sie angerichtet haben, oder — was ziemlich das Nämliche — welches sie haben geschehen lassen, wieder gut zu machen.

Meine Herren, ich muß sagen, zu diesem Congreß habe ich nicht das geringste Vertrauen. Wer ist es denn, der auf den Congreß kommt? Die Staatsmänner, welche die Feuersbrunst, nachdem sie Jahre lang vorher angekündigt worden war, ruhig haben anlegen lassen, die nichts dazu gethan haben, sie zu löschen, als es noch leicht gewesen wäre. Und diese nämlichen Staatsmänner sollen die nun so unlösbar verwickelte Frage in dem jetzigen Stadium lösen? Nie und nimmermehr! Es ist wohl möglich, daß eine Lösung „von Fall zu Fall" gefunden wird, d. h. eine solche, die ein paar Jahre vorhält, das mag sein; aber wenn der jetzigen Machtverschiebung, wie sie in Europa stattgefunden hat, nicht gründlich ein Ziel gesetzt wird, wenn nicht auf einer anderen, besseren Grundlage das europäische Staatensystem aufgebaut wird, dann müssen Sie darauf gefaßt sein, durch ähnliche Blutscenen, wie sie in den letzten Monaten Jeden von uns mit Entsetzen erfüllt haben, periodisch hindurchzugehen. Wir werden von einem Krieg in den andern kommen! Heute ist es die Türkei, nach der Türke ist die Reihe an Oesterreich. Der Friede, wie er jetzt, wenn Rußland nicht noch im letzten Moment ein Paroli geboten wird, günstigsten Falls möglich ist — dieser Friede wirft die Keime der Vernichtung in den österreichischen Staat hinein. Das Princip der Nationalitäten, welches von Rußland mit solchem Glück gegen die Türkei ausgebeutet worden ist, wird genau in derselben Weise ausgebeutet werden gegen Oesterreich. Da mag man sagen, was man will, da mögen unsere Staatsmänner erklären, wenn ein gewisser Punkt erreicht wird, dann sind österreichische Interessen deutsche Interessen — das ändert nichts an der Sachlage. Wenn man für diese Interessen hätte eintreten wollen, dann hätte man es früher thun müssen. Ich glaube, für Oesterreich ist es schon zu spät; die Dinge sind soweit gegangen, daß das heutige Oesterreich überhaupt nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Doch davon jetzt nicht mehr! (Rufe: Sehr gut!)

Ich habe ausgeführt, daß die deutsche Neutralität nicht eine solche gewesen ist, wie nach dem gewöhnlichen Begriff unter dem Wort Neutralität verstanden wird. Die deutsche Neutralität war und ist eine einseitige, eine russenfreundliche, sie ist ausschließlich Rußland zugute gekommen, während von Seiten der deutschen Regierung sowohl als anderer Regierungen Alles aufgeboten worden ist, um die Türkei in der Aktion zu hemmen.

Indeß das ist nun geschehen, und für den Augenblick, glaube ich, ist da nichts mehr gut zu machen. Aber Eins, meine Herren — und das ist vielleicht der einzige Vortheil, den die Greuel des letzten Jahrs mit sich gebracht — Eins haben wir wenigstens profitirt: die Völker haben einmal gelernt, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird und wie kläglich es eigentlich mit der Staatsweisheit unserer Staatsmänner von Fach bestellt ist! Wofür haben wir Staatsmänner und Regierungen, als um den Völkern Ordnung und Freiheit zu sichern, den Frieden zu erhalten, damit sie den Wohlstand pflegen können? Statt dessen hat man die Dinge gehen lassen, wie sie wollten, die verwickelte Lage noch mehr verwickelt und eine Katastrophe hereinbrechen lassen, wie sie grauenhafter nicht gedacht werden kann. Tritt etwa in dieser Katastrophe als Frucht der russischen Erfolge ein sittliches Element, ein Culturelement hervor? Glauben Sie, daß von Rußland für die Völker, die da angeblich befreit sind, auch nur der geringste Vortheil in politischer oder ökonomischer Hinsicht geschaffen wird? Das glauben Sie selbst nicht, denn ein Blick auf Rußland zeigt Ihnen die Eitelkeit einer solchen Hoffnung! So bleibt also für die Völker keine Errungenschaft übrig, als der vollständige Bankerott der gesammten europäischen Staatsmannschaft, und das ist eine große Lehre für die Völker und ein großer Gewinn, wenn sie diese Lehre begreifen. Und jetzt ist sie fürwahr so eindringlich gegeben, daß ich hoffe, alle Völker der Erde werden sie begreifen!

Sie mögen sich gegen die Wahrheit sträuben wie Sie wollen, aber Sie werden die Kriege nicht eher beseitigen können, als bis, wie ich vorhin sagte, sich die Reiche der Welt auf die Gerechtigkeit gründen, bis die Völker ein neues Völkerrecht geschaffen haben, ein wahres Völker- und Menschenrecht, welches das gleiche Recht jedes Einzelnen anerkennt. Dann erst, vorher nicht, wird der Weltfriede möglich sein. Die sozialdemokratische Partei, die Sie verlachen, wenn sie in dieser Weise auftritt, sie hat auf ihr Schild geschrieben die Forderung einer Politik, welche die sittlichen Grundsätze des Privatlebens auf das öffentliche Leben überträgt. Das, was die Moral im Privatleben erheischt, soll auch gelten in dem öffentlichen Leben, in der Politik. Heut wird der Diebstahl im Kleinen schwer bestraft, im Großen aber gepriesen; der Raub ganzer Länder bedeckt mit Ruhm, während der Raub eines Nahrungsmittels ins Zuchthaus bringt. Das ist ein moralisches Chaos. Wenn dieses Chaos gelichtet und einmal die Moral in die Politik eingezogen ist, werden die Geschicke der Völker anders und zum Heil für die Menschheit gelenkt werden! (Lachen.)

Es ist sehr charakteristisch, daß über die Kundgebung solcher Grundsätze gelacht wird. Auch das ist ein Zeichen der Zeit; ich constatire es hiermit.

Meine Herren, ich habe noch ein kurzes Wort an Sie zu richten. Ich wußte, daß meine Stimme hier vereinzelt sein wird; ich weiß, daß die Gefahren, welche uns durch die jetzige Lage der Dinge erzeugt werden, noch nicht Jedem zum klaren Bewußtsein gelangt sind. Es wird aber bald eine Zeit eintreten, wo das mit deutscher Hilfe, blos durch uns, mächtig gewordene Rußland seine Krallen auch gegen Deutschland richten wird. Zunächst ist allerdings Oesterreich der bedrohte Theil, aber Oesterreich ist doch blos ein Stück von Deutschland, und so weit es nicht direkt deutsch ist, ein Vorland Deutschlands. Die deutsche Kultur, das deutsche Reich wird den verderblichen Einfluß der durch die deutsche Neutralität geschaffenen Präponderanz Rußlands zu ertragen haben. Bis jetzt haben wir den Frieden aufrecht erhalten, und es wird vielleicht gelingen, ihn noch einige Jahre aufrecht zu erhalten, dann aber wird ein Moment kommen, wo der Friede nicht mehr möglich ist, wo die Macht Rußlands sich in einer Weise geltend macht, daß das Schwert gezogen werden muß, und dann denkt vielleicht der eine oder andere von Ihner daran, daß die Sozialdemokraten es gewesen sind, die im Reichstag sagten: das, was ohne Blutvergießen im Jahre 1877 für Deutschland und für die Welt durch eine wahrhaft nationale Politik und die ehrliche Neutralität Deutschlands hätte errungen werden können, das muß einst mit unsäglichen Opfern, mit furchtbarem Blutverlust von der deutschen Nation erkämpft werden. Und dann wird auch mancher von Ihnen bereit sein, in das Urtheil einzustimmen, welches ich über die herrschende Politik gefällt habe. (Bravo!)

— Bekanntlich hat das Bundeskanzleramt dem Reichstag eine Zusammenstellung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahl vorlegen lassen. In Bezug auf Sachsen bestätigen die hier veröffentlichten Ziffern die schon früher von uns konstatirte Thatsache, daß die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Lande ist. Nach prozentualem Verhältniß haben in Sachsen die Deutsch-Konservativen 16,3 Prozent, die deutsche Reichspartei 6,2 Proz., die Nationalliberalen 27,8 Proz., die Fortschrittspartei 12,4 Proz., das Centrum 0,5 Proz. und die Sozialdemokraten 36,6 Proz. der abgegebenen Stimmen auf ihre Candidaten vereinigt. Nach „gesunden Begriffen" vom Constitutionalismus müßte die Sozialdemokratie bereits im Ministerium sitzen und sich an der Staatsleitung betheiligen. Statt dessen residirt sie in den Gefängnissen des Landes. Die „gesunden Begriffe" vom Constitutionalismus sind eben eitel Phantastereien, der Constitutionalismus ist und bleibt ein ungesundes Ding, von dem man folgerichtig auch keine „gesunden Begriffe" haben kann.

— Etwas für unsere National-Patrioten. Im „Herald of Peace", dem Organe der englischen Friedensliga, befindet sich in der Nummer vom 1. Februar d. J. folgende Notiz: „Von 305.000 jungen militärpflichtigen Leuten entzogen sich im vergangenen Jahre nur 500—600 der Erfüllung dieser Pflicht in Frankreich. In Deutschland entzogen sich im selben Jahre von 406.000 Militärpflichtigen 40.000. — Diese Angaben sind allerdings zu Ungunsten Preußen-Deutschlands übertrieben, jedoch ist das wahre Verhältniß immer noch wie 1 zu 3 zu Gunsten Frankreichs. Behandle man die Leute in Deutschland besser, so werden nicht so viele Soldatenselbstmorde, Desertionen und Pflichtentziehungen mehr vorkommen. Uns kann es übrigens nur recht sein, daß der deutschen Jugend die preußische Pickelhaube immer heilloseren Schrecken einflößt.

— Nach dem Tode Raspail's, der Abgeordneter für Marseille war, tauchte bekanntlich unter den Marseiller Arbeitern der Plan auf, Blanqui bei der Ersatzwahl das Mandat zu übertragen, und dem greisen Vorkämpfer des revolutionären Volks so vielleicht die Pforten des Gefängnisses zu öffnen. Wie wir nun hören, hat die Idee allseitig Anklang gefunden und dürfte allem Erwarten nach zur Ausführung gelangen. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit, daß der Gesundheitszustand Blanqui's, dessen Körper sich nachgerade an das Kerkerleben gewöhnt hat, im Ganzen ein relativ ziemlich günstiger ist.

— Wie Rußland die unterdrückten slavischen Nationalitäten befreit. In der „Orientdebatte" vom vorigen Mittwoch wurde u. A. der Thatsache gedacht, daß, laut Depeschen der englischen Regierung, auf türkischem Gebiet Polen, die von den Russen gefangen genommen worden, aufgehängt wurden. Ueber eine dieser Bethätigungen der russischen Kulturmission wird der „Volnischen Zeitung" in Berlin geschrieben:

„Unweit Tschorlu, wenige Meilen von Konstantinopel, wohnte der aus dem Jahre 1863 bekannte polnische Insurgenten-Chef Taczanowski. Derselbe war vor Jahren schon zum Islam übergetreten und hatte sich in jener Gegend angesiedelt, wo er sein Landgut bewirthschaftete, und wollte sein Eigenthum auch während der russischen Occupation nicht verlassen. Als die Russen Tschorlu besetzten, wurde Taczanowski verhaftet, vor ein Kriegsgericht gestellt, zum Tode verurtheilt und durch den Strang hingerichtet. Taczanowski war Unterthan des Sultans, hatte nie aktiv am Kriege theilgenommen und keinen Widerstand geleistet. Nach den kriegsrechtlichen Gebräuchen aller civilisirten Völker war er daher für die Russen unverletzlich."

Was natürlich „Väterchen" nicht hinderte, ihn aufhängen zu lassen. Pflichten und Verträge sind blos für die Anderen. Rußland pfeift auf das Völkerrecht, wie es auf das Menschenrecht pfeift. Mit gutem Grunde sagte Liebknecht im Reichstag: Wer den russischen Humanitäts- und Kulturphrasen glaubt (nach dem Rußland hundertfach als Lügner und Räuber entlarvt worden), ist kein Dupe (Betrogener), sondern Mitschuldiger.

— Die Friedensverhandlungen zwischen den Russen und Türken sollen wieder in's Stocken gerathen sein. Wenn die umlaufenden Gerüchte (Drohung der Russen, sie würden Constantinopel besetzen, wenn nicht binnen wenigen Tagen der Friedensvertrag unterzeichnet sei u. s. w.) auf Wahrheit beruhten, ließe sich die Störrigkeit der Türken nur aus Abmachungen mit England erklären, an die vorläufig nicht zu glauben ist. Wie die Dinge stehen, scheint der Zusammentritt des Congresses (in Baden-Baden) und eine Verschiebung der Krisis ziemlich gewiß. Die militärische Lage der Russen ist, trotz aller Renommisterei, keineswegs eine glänzende, und dürfte ihnen einige Mäßigung auferlegen. Ohne Concessionen an Oestreich und England, und wären es auch bloß Concessionen der Form nach und auf dem Papier, geht es nun einmal nicht ab. Der „ehrliche Makler" wird schon einen Ausweg finden. —

— In Gotha wurde am 20. Februar der verantwortliche Redakteur der „Thüringer freien Presse" Paul Werner nach einem kurzen Verhöre über sein Verhältniß zur Redaktion dieses Blattes in Haft genommen und erst Tags darauf, nach abermaligem Verhör, wieder entlassen. Auch das gesammte Personal, sowie der Vorstand der Thüringischen Genossenschaftsdruckerei, in welcher die „Th. fr. Pr." gedruckt wird, war am 21. d. vor dem Untersuchungsrichter, um Auskunft über die Redaktionsverhältnisse der „Th. fr. Presse" und der „Erfurter Volkszeitung" zu geben. Man sieht, auch Gotha bleibt nicht zurück, wenn es gilt, Sozialdemokraten zu verfolgen.

— Der wegen der bekannten „indirekten Majestätsbeleidigung" in allen Instanzen zu 3 Monaten Festung verurtheilte Herausgeber und Redakteur der „Wage", Dr. Guido Weiß hat sich zur Abbüßung seiner Haft am Montag nach Mageburg begeben.

— Unser Parteigenosse Jacob Weber in Nürnberg ist wegen 6 Stromer- und einer Krämerbeleidigung am 21. d. M. zu 8 Monat Gefängniß vom mittelfränkischen Schwurgericht verurtheilt worden.

— In München ist eine Broschüre über den Prozeß Rohleder: „Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern" erschienen; dieselbe kostet 20 Pfennige. Der ganze Ertrag ist für die Familien der inhaftirten Münchener Parteigenossen bestimmt. Möge das Schriftchen den ausgedehntesten Absatz finden! (S. Inseratentheil.)

Correspondenzen.

Berlin, 19. Februar. Nachdem wir hier einige große Versammlungen in Bezug auf die Kirchenfrage in letzter Zeit bekanntlich gehabt hatten, fand am 17. ds. Mts. in den unteren colossalen Räumen der Gratweil'schen Bierhallen eine großartige Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Hasenclever über die „Stellung der deutschen Regierung in der Orientfrage" referirte und die russenfreundliche Politik Deutschlands auf das Schärfste verurtheilte. Redner wies, anknüpfend an das bis jetzt getreu befolgte sog. Testament Peter's des Großen, nach, wie die ganze Politik der barbarischen russischen Regierung darauf hinauslaufe, die Völker zu verhetzen oder sich dienstbar zu machen, um ihre panslavistischen Eroberungspläne zur Ausführung zu bringen, worin die größte Gefahr für die bisher errungene westliche Civilisation liege. Es sei deshalb die Rußland in jeder Weise dienstwillige Politik Deutschlands energisch zu bekämpfen. Die Versammlung schloß sich in einer Resolution den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Vortragenden an, indem sie gegen die russenfreundliche Politik Deutschlands protestirte und für die Wahl von sozialistischen Candidaten zu dem Reichstag sich aussprach. — Bei der Wichtigkeit der Frage waren zwei Versammlungen in Aussicht genommen worden, es konnte aber wegen Mangels an einem geeigneten zweiten Lokale nur diese eine stattfinden. Der Andrang war ein ungeheurer. Schon kurz nach 8 Uhr begannen sich die großen Räume der Bierhallen zu füllen. Nach 9 Uhr war schon kein Platz mehr zu erlangen und Tausende konnten ihrer Stimmung in dieser wichtigen Tagesfrage keinen Ausdruck verleihen.

Die „National-Zeitung", die einen eigenen Referenten zu der Versammlung geschickt hatte, bringt über dieselbe folgenden Bericht, der seiner Eigenthümlichkeit halber die Leser des „Vorwärts" wohl interessiren dürfte:

„In einer am Sonntag Vormittag in Gratweil's Bierhallen abgehaltenen Volksversammlung sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hasenclever vor einer zahlreichen, dicht gedrängten Menge über die Orientfrage. Sowohl Feldmarschall Moltke, welcher erklärt habe, ohne Deutschlands Zustimmung würde in Europa kein Kanonenschuß gehört werden, als auch der „geniale" Kanzler, welcher das „bischen Herzegowina" so spöttisch behandelt habe, seien durch den Verlauf der Ereignisse eines colossalen Irrthums überführt worden; darum wäre es erlaubt, an der Unfehlbarkeit der von der Regierung befolgten auswärtigen Politik zu zweifeln. Redner rollte ein ganzes Sündenregister der russischen Diplomatie auf und suchte als „Geschichtskenner" in Rußland unsern „Erbfeind" nachzuweisen, dem wir nicht den geringsten Dank schuldeten, dessen Barbarei und Raublust nicht schwarz genug gemalt werden könnte. Zur Begründung mußte das Testament Peter's des Großen oder „des Grausamen", wie der Redner ihn nannte, mal wieder herhalten. — Die Annexion von Elsaß-Lothringen habe das deutsche Reich bei den Nachbaren „unbeliebt" gemacht und zugleich dem russischen Zaren Anspruch auf Gebietserweiterung gegeben. — Dem Reichskanzler schiebt der Redner einen im Bunde mit Rußland vor dem Beginn des Krieges gefaßten Plan unter, nach welchem Oesterreich durch Gründung mehrerer slavischen Reiche an seinen Grenzen so zerstückelt werden sollte, daß das übrig gebliebene Deutsch Oesterreich ganz von selber dem deutschen Reiche in den Schooß fallen müßte, einen Plan, der durchaus Hasenclever's Billigung findet, der aber ohne Berücksichtigung der „türkischen Tapferkeit" gemacht sei. In dem gegenwärtigen Kriege habe das russische Reich sich als schwach und unbeholfen gezeigt und habe seine militärischen und pekuniären Hülfsmittel bis zur Erschöpfung aufwenden müssen. Eine Bundesgenossenschaft mit Rußland sei also jetzt nicht mehr ein genügender Schutz für Deutschland gegen eine etwaige Coalition Oesterreichs, Englands und Frankreichs. Nach des Redners Meinung müßte jetzt die deutsche Reichsregierung sich offen zu England und Oesterreich stellen und der russischen Eroberungspolitik ein Halt gebieten. So nur könne auf lange Zeit der Friede erhalten werden. — Charakteristisch war eine Bemerkung des Redners über die für

Dienstag auf die Tagesordnung des Reichstages gestellte Interpellation (in Betreff der Orientfrage): „Wenn er, Hasenclever, an des Reichskanzlers Stelle wäre, so würde er den „Kerls" gar nicht antworten." Gegner meldeten sich nicht zum Worte: „die sind viel zu dumm dazu" ertönte eine Stimme aus dem Publikum. So wurde denn ohne weitere Diskussion unter dem Widerspruch von zwei Stimmen oder vielmehr Händen folgende Resolution angenommen: „Die in Gratweil's Bierhallen versammelten Bürger Berlins stimmen den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Hasenclever zu, protestiren also gegen die von der Reichsregierung befolgte Politik in der Orientfrage und versprechen, bei der nächsten Wahl einem sozialistischen Abgeordneten ihre Stimme zu geben." Auf eine Anfrage, ob der Reichstagsabgeordnete Bebel während der Session aus der Haft entlassen werden könnte, kündigte Hasenclever für eine der nächsten Sitzungen einen darauf bezüglichen Antrag an, zu dem jetzt noch einige Unterschriften fehlten. Dabei vergaß er nicht, der Majorität des Reichstages Eins zu versetzen: denn Valentin und Genossen hätten dem Bebel die Antwort auf die Angriffe des Reichskanzlers im Jahre 1875 abgeschnitten; die Broschüre, worin er sie zu geben versuchte, habe ihn in's Gefängniß geführt. Ein mehrstimmiges „Pfui" auf den Reichstag, und die Versammlung ist geschlossen."

Daß vorstehender Bericht der „National-Zeitung" in seiner drastischen Form vielfach ungenau ist, brauche ich wohl nicht hervorzuheben. Hasenclever hatte nämlich, ehe er von den Interpellanten („Kerls") sprach, ihre Demuth hervorgehoben, die so weit gehe, daß man von Seiten der National-Patrioten ebenso gläubig zu Bismarck's Kürassierstiefeln wallfahren würde, wie jetzt die Klerikalen nach Marpingen. Auch war der Redner mit dem von anderer Seite (nicht von ihm) dem Reichskanzler untergelegten Plane, Oesterreich die panslavistische Laus in den Pelz zu setzen, um dadurch den Zerfall des Kaiserreichs zu bewerkstelligen, nicht durchaus einverstanden, sondern er bemerkte, daß ein solcher Plan an und für sich nicht dumm sei, daß man aber die Widerstandsfähigkeit der Türkei unterschätzt, die Kraft Rußlands überschätzt habe, und dies sei ein colossaler Fehler.

Noch will ich mittheilen, daß vom Vorstand des fortschrittlichen Wahlvereins im Berliner 6. Wahlkreise zum Montag den 18. d. M. eine Versammlung in Moabit ausgeschrieben worden war, in welcher der Reichstagsabgeordnete Bürgers über die Revision der Gewerbeordnung sprechen sollte. Es waren dazu aber nur 60 Personen erschienen und wurde deshalb die Versammlung nicht abgehalten. Man sucht diese unangenehme Thatsache mit der in Berlin arrangirten Fest-Illumination und vier anderen in Moabit gleichzeitig abgehaltenen Versammlungen zu erklären und abzuschwächen. Wenn wir aber die vor nicht allzulanger Zeit im 1. Berliner Wahlkreise abgehaltene, ebenfalls sehr schwach besuchte Versammlung mit dieser in Verbindung bringen, so dürfte der Grund dieser Erscheinung doch wohl wo anders zu finden sein, und wir mit Recht darauf schließen können, daß die Fortschrittspartei trotz der neueren Anstrengungen sich in rapidem Niedergang befindet. — Stellt man die großartigen Berliner Volksversammlungen, welche von unserer Partei in letzter Zeit abgehalten wurden, diesen Fortschrittsconferenzchen gegenüber, so kann man nicht in Zweifel darüber sein, daß die Hochburg des Fortschritts zum größten Theil von den Sozialdemokraten schon erstürmt ist.

Erfurt, 10. Februar. Hier gewinnt es jetzt den Anschein, als ob unsere Agitation, die bisher nur langsame Fortschritte zu verzeichnen hatte, nun endlich besser in Gang kommen würde. Es ist dies auch kein Wunder, denn unser hiesiger Staatsanwalt sowohl wie die Geistlichkeit thun alles Mögliche, uns in die Hände zu arbeiten. Es ist bereits im „Vorwärts" erwähnt, daß gegenwärtig hier zwei Gotteslästerungsprozesse schweben; heute kann ich berichten, daß drei weitere Prozesse eingeleitet sind und sich gegen den jetzigen verantwortlichen Redacteur der „Erfurter Volksztg." richten. Der erste ist wegen des Aufsatzes von Dr. Johann Jacobi's, „Die drei Zauberformeln", welcher in der „Thür. Fr. Presse" in Gotha und in der „Erfurter Volksztg." abgedruckt worden, anhängig gemacht und soll darin gegen § 100 und 131 gesündigt sein; außerdem war in dem Aufsatze auch „grober Unfug" verübt worden. In einer andern Nummer soll der verstorbene König von Italien, Victor Emanuel, beleidigt sein, und zwar weil er ein Wüstling und ein Wechselfälscher genannt worden war, und auch der jetzige König Humbert ist beleidigt. Der Passus war aus der „Berl. Fr. Pr." entnommen, hatte mithin die Censur Tessendorff's passirt, ohne beanstandet zu werden! Weiter wurde am 2. d. M. unserer Expedition wieder einmal — der Ehre eines polizeilichen Besuches theilhaftig, und zwar weil in der Nummer vom 25. Januar der „Volksztg." der verstorbene König von Italien abermals „Wechselfälscher" genannt worden war. Da nun aber von den gesuchten Exemplaren, wie gewöhnlich, kein einziges Exemplar mehr vorzufinden war, so begann das Suchen nach dem Manuscript, aber auch das war erfolglos. Nun aber verstiegen sich die beiden geheimen Schutzmänner so weit, an den Expedienten das Verlangen zu stellen, ihnen alle Restaurationen 2c. zu nennen, in welchen die „Volksztg." ausliege. Derselbe wies dies Ansinnen selbstverständlich zurück, und da auch die Abonnentenlisten sich nicht vorfanden, so wurde mit Verhaftung gedroht; selbstverständlich ließ sich dadurch Niemand erschrecken. Da bemerkte der eine der beiden Confiscatoren, daß der der Verhaftung Gewärtige Schriften in seiner Rocktasche habe; im Nu wurde er gepackt und ihm dieselben, trotz seines Protestirens, aus der Tasche gezogen. Selbstverständlich kann angesichts solcher Thatsachen eine tägliche Vermehrung des Abonnements auf die „Volkszeitung" nicht ausbleiben. Wenn auf der einen Seite der Staatsanwalt und seine Organe für uns agitiren, thun es die Christlich-Conservativen auf der andern Seite. Es würde den Raum des „Vorwärts" zu sehr in Anspruch nehmen, wollten wir all der interessanten Vorkommnisse gedenken. Nur noch eines Falles wollen wir seiner Originalität halber kurz erwähnen. Hier bestehen mehrere sog. Kirchenvereine; einer derselben hatte auf die Tagesordnung einer seiner kürzlich stattgehabten Versammlung: „Christenthum und Sozialdemokratie" gestellt. Ein Genosse besuchte daher auch diese Versammlung und hörte nun, wie der Herr Pastor Bärwinkel aus dem theilweisen Inhalte dreier Exemplare „Volksztg." die Sozialdemokratie zu vernichten wähnte. Auf all den Unsinn, die Entstellungen und Verdrehungen einzugehen, wird der Leser wohl nicht erwarten, da man dies fast an jedem andern Orte in ähnlicher Weise mit ansehen kann. Interessant ist nur der Schluß, wo der Pastor mit Pathos ausrief: „Wir werden fortfahren in der Liebe zu Gott und den Menschen, wir werden Jedem, auch dem Sozialdemokraten, Liebe entgegen tragen." Kaum hatte er jedoch seinen Vortrag geendigt, so stürzten fast alle Mitglieder seiner Heerde, denen er seit sechs Jahren nichts wie Liebe gepredigt, über unsern Genossen, von denen sie herausgewittert hatten, daß er Sozialist sei, her; die gemeinsten Schimpfreden, welche wiederzugeben uns unser ästhetisches Gefühl nicht gestattet, mußte er mit anhören. Fäuste wurden gegen ihn erhoben, und nur der größten Anstrengung dreier Personen, denen trotz der Liebespredigten doch der Anstand noch nicht ganz ausgegangen war, bedurfte es, um die Menge von Thätlichkeiten zurückzuhalten. Solcher Vorkommnisse könnten wir noch gar viele anführen. Bei dieser Kampfesweise kann es natürlich nicht ausbleiben, daß wir zu einer größeren Macht heranwachsen als bisher.

H. Br. **Bielefeld**, 8. Febr. 1878. Der hiesige sozialdemokratische Wahlverein veranstaltete am 5. und 6. c. Volksversammlungen. — Die erste im Lokale des Herrn Brodhage in unserer Vorstadt Gadderbaum, die zweite im Vereinslokale des Herrn Kahle hier. — Herr Oehme, den wir schon vor einiger Zeit hier kennen lernten, war Referent und sprach in der erstgenannten Versammlung „Ueber die Bedeutung der Presse für den Volksgeist" und in der zweiten „Ueber die deutsche Reichsgesetzgebung und ihre Folgen für das arbeitende Volk". — Die Versammlungen waren gut besucht und besonders die letzte derselben in dem nicht zu geräumigen Vereinslokale geradezu überfüllt. — Herr Oehme wußte in klarer, ruhiger und fesselnder Weise die gestellten Thema vor dem ihm gespannt folgenden Auditorium zu entwickeln und seine Darstellung erfreute sich im Ganzen des Beifalls Aller — zumal der Parteigenossen. — Nur in einzelnen Ausführungen regte sich doch eine recht energische Opposition von Seiten der „christlich-sozialen" Partei, welche der ausgegebenen Parole gemäß, sich in kompakter Masse an den Versammlungen betheiligte. — Dieser Betheiligung verdanken wir das erhöhte Interesse, welches die Vorträge des Hrn. Oehme gefunden haben, welches in den sich anschließenden, lebhaften Debatten seinen Ausdruck fand und welches wegen des vornehmen Fernhaltens unserer Gegner von unseren öffentlichen Versammlungen sonst kaum hervortrat. — Der Chef-Redakteur der „Neuen Westfälischen Volkszeitung" — des hiesigen Organes der christlich-conservativen Partei — Herr Pastor Dietz, suchte vorzugsweise an beiden Abenden diejenigen Ausführungen des Herrn Oehme, welche den frommen Partei-Anschauungen nicht entsprachen, zu entkräften und im Einzelnen als unerwiesen und falsch abzuweisen. — Selbstverständlich konnte ja bei der Grundverschiedenheit der beiderseitigen Standpunkte eine Einigung über die Differenzpunkte nicht erwartet werden, wie dies denn auch die Repliken des Herrn Oehme ergaben. — Nach denselben verließen die Christlich-Sozialen in geschlossenen Reihen an beiden Abenden das Lokal, das Gefühl der innerlichen Befriedigung mit nach Hause tragend, welchem wohl Herr Dietz in seinem Blatte Ausdruck geben wollte, als er über die Versammlungen Bericht erstattend den Schlußsatz schrieb: „Wir dürfen überzeugt sein, daß die beiden Abende sehr zur inneren Kräftigung nicht der sozialdemokratischen, sondern der conservativen Partei beigetragen habe". — Wir dagegen können dem Herrn Dietz die aufrichtige Versicherung geben, daß wir ihm sehr gern behilflich sein werden, die conservative Partei zu kräftigen, wenn er glaubt, daß dies mittelst öffentlicher Diskussion in Volksversammlungen geschehen kann. — Die übrigen Opponenten — die Herren Pastoren Palmer und von Bodelschwingh erkannten die von Herrn Oehme gegebenen Schilderungen im Wesentlichen wohl an; beklagten aber einerseits die Heftigkeit der Angriffe gegen Kirche und Geistlichkeit und beschworen andrerseits den Arbeiterstand in seiner unverdienten traurigen Lage doch ja nicht das Vertrauen zu Gott und die Liebe zu Kaiser und Reich zu verlieren, ohne welche nun einmal keine Hilfe und Rettung aus der eingebrochenen Noth möglich sei. — Die wirklich komische Figur spielte in der zweiten Versammlung unzweifelhaft Herr Handelskammer-Sekretär Droop, welcher die Unverfrorenheit hatte, die Freihändler und Liberalen gegen mancherlei Vorwürfe in Schutz zu nehmen; denn ihnen ganz allein hätte das Volk die schönen Rechte und Freiheiten (zu bankerottiren und zu verhungern) und die gesammte Reichsherrlichkeit (den Schwindel und das Gründerthum) zu verdanken. — Die Versammlung gab dem Herrn Sekretär die passende Anerkennung durch Murren und Hohngelächter zu erkennen. — Der bekannte, fromme Gemeinplatz „bete und arbeite!" — des Herrn Dietz bildete ungefähr den Schluß der gesammten Controversen der beiden interessanten Versammlungen. — Wir haben geglaubt, ein Mann wie Herr Dietz müsse es doch schon wissen, daß dieser niedliche Satz für den Arbeiterstand unserer Tage bereits seine Wirkung verloren hat — besonders aus dem Munde derjenigen, von denen der Dichter es schon lange verrathen hat, daß sie öffentlich Wasser predigen und selbst heimlich Wein trinken. — Der Arbeiterstand hat auch hier in Bielefeld den Satz dahin übersetzt: „Arbeite und genieße!"

Briefkasten

der Redaktion. H. Wiesbaden: Der Artikel: „Volksfreund oder Sozialdemokrat" in der „Wiesbadener Montagszeitung" ist allzu kindlich und wortwörtlich aus Viktor Böhmert und anderen Sozialistentödtern abgeschrieben, als daß Sie von uns eine Widerlegung unmöglich erwarten können. — L. M. in Chemnitz: Ihre Anfrage ist uns nicht ganz verständlich; wir bitten um nähere Ausführungen. — W. in B.: Sie können nicht sagen: ein sich dort befindlicher Mann; es muß heißen entweder: ein sich dort befindender, oder: ein dort befindlicher Mann. Vor dem Eigenschaftswort befindlich kann „sich" nie stehn. Dagegen ist „sich befindend" das ganz richtig gebildete Partizipum des Zeitworts sich befinden.

der Expedition. Th. Ruck Wilhelmshaven: Was soll mit Ihrer Postkarte geschehen? — A. Griete Bautzen: Ihre Postkarte haben wir der Expedition der „Dresdener Volkszeitung" übersandt.

Die Parteigenossen Kurth und Lauruschkat, beide Tischler, früher in Essen, werden gebeten Ihre Adresse im „Vorwärts" bekannt zu geben. Mehrere Essener Genossen.

Quittung. J. Wchtr Bludenz Ab. 2,23. G. Frnhlz Leobersdorf Ab. 5.14. Sbl Dortmund Ab. 29,10. Lcht Langendreer Ab. 4,00. Hrmnghs St. Louis Ab. u. Schr. 82,86. Mhlhrn Crimmitschau Ab. u. Schr. 306 05. Berlin Potsdam Schr. 3,75. Bhrndrch Hagen Schr. 1,80 Tizmann Berlin Schr. 5,00. Hrgt Wien Schr. 5,00. Wlck Wien Schr. 3,01. Mrchlr Geislingen Schr. 0,40.

Fonds für Gemaßregelte.

F. Reutlingen bew. Mk. 5,00 sind am 1. Februar eingegangen.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Vom Dienstag, den 19. Februar, ab findet regelmäßig all 14 Tage im Parteilokale, gr. Wallstraße 24 (3c)
Mitglieder-Versammlung (F. 166)
2,10] statt. Die Tagesordnung wird in jeder Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht vollzählig am Platze zu sein. D. V.

Leipzig. Donnerstag, den 28. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Restaurant „Bellevue", Kreuzstraße:
Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Die Bedeutung der Lokalpresse. Ref. Petzold.
Die „Fackel"-Abonnenten sind hierzu besonders eingeladen.
70] Der Agent.

Ottensen. Donnerstag, den 28. Februar, Abends 8½ Uhr in Burmeister's Salon:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Die projektirte Tabaksteuer. Referent Herr Hermann Lange aus Barmen. F. Heerhold.
NB. Da durch die Tabakindustrie der größte Theil der Bevölkerung Ottensens direkt und indirekt existirt, so werden alle Einwohner ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. [1,00

Polytechnische Schule
zu Langensalza.
Das Sommersemester beginnt am 24. April und währt ohne Unterbrechung bis 20. September. Der unentgeltliche Vorbereitungscurs nimmt seinen Anfang am 1. April. Prospect frei durch den
3,00] Direktor **Dr. Kirchner.**

LOUISE NISSÉL
GEORG VOLLMAR
Verlobte.
Dresden, den 21. Februar 1878. [2,10

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:
Die Behandlung
der
Politischen Gefangenen in Bayern.
Prozeß Franz Rohleders.
Zusammengestellt nach stenographischen Berichten
von
Sigmund Politzer
Redakteur des „Zeitgeist".
Preis 20 Pfg.
Der Ertrag ist für die Frauen und Kinder Inhaftirter bestimmt.

Soeben ist erschienen:
Triumph of Order
gemalt von **E. Pichio.**
Darstellend: **Die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen** (Mai 1871) **im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.**
Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig in London am Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist gelungen, Original-Photographien zu folgenden Preisen anfertigen zu lassen: Größere (die Photographie ohne Carton 28 Ctm. breit, 20 Ctm. hoch) im Dutzend das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (20 Ctm. breit, 14 Ctm. hoch) im Dtzd. das Stück 1,80, einzeln 2,30. Bei Bestellungen über 6 Dtzd. die größeren à Dtzd. M. 36,00, die kleineren à Dtzd. 20,00 und werden dieselben gegen Einsendung des Betrags portofrei überall hingesandt.
Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß.
Die Expedition des „Vorwärts."

Für Männer-Chöre.
Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:
Lieder-Sammlung
des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.
I. Lieferung.
Inhalt: Nr. 1. „Im Wald", von G. Scholz, Op. 12;
Nr. 2. „Arbeitermarsch", von C. Arendt.
II. Lieferung.
Inhalt: Nr. 3. Motto, Wahlspruch und Trinkspruch des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes von G. Scholz. Op. 13.
Nr. 4. Bivat der neue Wein von C. Sahm.
Nr. 5. Die Arbeitsmänner von C. Arendt.
Preis der Lieferung: Partitur mit 4 St. 1,60, 4 St. 1,20 Mk.
Drei Solo-Quartette von G. Scholz, Op. 7. „Kehr wieder!" Gedicht von B. Geise; „Die Spinnerin", Gedicht von Borrmann; „Das Blümlein", Gedicht von A. Geib. Preis: Partitur mit Stimmen 2 Mark.

Durch uns ist zu beziehen:
Das lebensgroße Brustbild
Ferdinand Lassalles.
Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Die Expedition des „Vorwärts".

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des **„Vorwärts"** von uns zu beziehen.
Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.
Leipzig, im Januar 1878.
Expedition des „Vorwärts".

Central-Wahl-Comité.
Alle **Briefe** 2c. für das Comité sind vom 1. März ab zu richten an
C. Derossi, Holzdamm 42.
Geldsendungen sind wie bisher an **A. Geib**, Rödingsmarkt 12 zu adressiren.
Hamburg, 23. Februar 1878.
J. A.: C. Derossi.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pc. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Voll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanferma: r, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ertz, 418 O'Farrell Str.
London W.: L. Lenze, 8 New Golden Square

Nr. 25. Freitag, 1. März. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** pc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** pc. bei Hackert, kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** pc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Anarchie.

Anarchie heißt seinem Wortursprunge nach: Abwesenheit jeder Herrschaft, Regierungslosigkeit. Im ersteren Sinne wird es bekanntlich von den Proudhonisten, Freihändlern und schlechtweg so genannten „Anarchisten" aufgefaßt, die darin das Ideal der höchsten Freiheit erblicken, und aus verschiedenen Gründen dem „verdammten Racker von Staat" den Garaus machen möchten.

Dem Sprachgebrauch nach bedeutet aber Anarchie: Auflösung aller die Menschen zusammenhaltenden Bande, politisches, soziales, ökonomisches Chaos. Und so genommen, ist die Anarchie sicherlich kein erstrebenswerthes Ziel.

Wer ist es nun aber, der dieser Anarchie zusteuert, mit aller Macht an ihrer Verwirklichung arbeitet?

Etwa die bösen Sozialdemokraten, von denen der deutsche Fürst-Reichskanzler nichts Anderes zu sagen weiß, als den alten 1848er Kalauer, daß sie „Alles verrunzeniren" wollen?

Gewiß nicht. Ihr Einfluß ist vorläufig leider noch ein sehr geringer, und soweit er sich geltend macht, geschieht es nicht im Sinne der Unordnung, sondern im Gegentheil zur Herbeiführung wahrhaft geordneter Zustände.

Die Anarchisten sind wo anders zu suchen. Sie sitzen am Staatsruder, sie thronen auf den Spitzen der Gesellschaft, und haben uns in das Chaos geschleudert.

Oder ist es nicht das Chaos, welches uns auf allen Seiten umringt, in welchem wir leben?

Auf ökonomischem Gebiet ist die alte Arbeitsorganisation, wie sie in den Zünften und Gilden unzweifelhaft vorhanden war, von der modernen Bourgeoisie zerstört, und, da keine andere Organisation an die Stelle gesetzt ward, die Welt dem wirthschaftlichen Chaos, d. h. der freien Conkurrenz überliefert worden. Krieg Aller gegen Alle, Ausbeutung und Niederwerfung der Kleinen durch die Großen, der Großen durch die Größeren, Expropriation der Massen durch die Monopolisten der Arbeitsinstrumente, Schwindel, Betrug, Fälschung, Krisen, Ueberproduktion, Pauperismus.

Auf sozialem Gebiet die Degradirung der Ehe, die Zerstörung der Familien, allgemeine Verrohung, Corruption und Prostitution; die Gesellschaftsbienen im Elend verkommend, die Gesellschaftsdrohnen im Ueberfluß schwelgend.

Und auf politischem Gebiet! Ueberall Zerstörung, Verwirrung, das wüsteste Chaos. Staaten zertrümmert, Menschen wie Schafheerden am grünen Tische verschachert, alle paar Jahre gräuliche Völker-Metzeleien, die einfachsten Aufgaben unlösbar für unsere „genialen" Staatsmänner, wohin wir blicken, Planlosigkeit, Rathlosigkeit, Haltlosigkeit — Pardon, da ertappen wir uns auf einem Plagiat. Wir kopiren — nationalliberale Zeitungen. Die „Magdeburgische Zeitung", „Kölnische Zeitung" und wie sie alle heißen mögen, jammern und winseln über die „unhaltbaren Zustände", über die schreckliche „Regierungslosigkeit". Und erst die Privatgespräche der Herren Nationalliberalen! Da fallen Kraftausdrücke, die zu wiederholen das Preßgesetz und unser Respekt vor dem Herrn Reichskanzler uns hindern.

Die unerhörten Scenen in den Reichstagssitzungen des vorigen Freitag und Sonnabend haben aber auch die Reichs-Anarchie mit einer Deutlichkeit zu Tage gelegt, die dem verbissensten Reichsfeind nichts zu wünschen übrig läßt.

Hören wir zunächst, was die einst in „Percy" so verliebte „Magdeburgische Zeitung" darüber bemerkt:

„Man darf, läßt sie sich unterm 25. aus Berlin schreiben, man darf wohl sagen, daß in den Reihen sämmtlicher Fraktionen des Reichstages — ohne Ausnahme — wenigstens ein starkes Gefühl des Mißbehagens über die unerquicklichen Scenen in der Sonnabendsitzung herrscht. Die Art und Weise der persönlichen Auseinandersetzung in öffentlicher Sitzung, die zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Finanzminister stattfand, die Erregtheit namentlich des Letzteren, die Thatsache, die dabei an die Oeffentlichkeit trat, daß man einen Gesetzentwurf dem Parlamente unterbreitete, in dessen Motiven kein Wort steht, daß er nur dazu bestimmt ist, den Uebergang zum Tabaksmonopol zu bilden — zu dessen Einführung man seit einem Jahre entschlossen ist — Alles das kann bei allen Parteischattirungen des Reichstags nur die Ueberzeugung bestärken, daß wir uns in haltlosen Zuständen befinden, in denen wir unmöglich verharren dürfen, wenn das Reich nicht empfindlichen Schaden leiden soll. Am Schlimmsten aber ist, daß die Resultate der großen Steuerdebatte gerade auf diejenige Partei, welche zum Ausbau des Reichs in Gemeinschaft mit seinem Begründer bisher am meisten gethan hat, den widerwärtigsten Eindruck hervorbringen mußten. Die Verstimmung und der Unmuth über die Dinge, welche wir in den letzten Tagen erlebt haben, sind denn auch sehr natürlicher Weise in den Reihen der Nationalliberalen tief und nachhaltig. Auf das durch zwei ihrer Führer im Verlauf der Debatten wiederholt berührte Thema der konstitutionellen Garantien zur Wahrung des Budgetrechtes des Parlaments — Garantien, ohne deren Erlangung, wie stets hervorgehoben worden ist, man sich auf Abschaffung der Matrikularumlagen und Einführung ergiebiger indirekter Steuern im Reiche liberalerseits niemals einlassen kann — auf dieses wichtigste und ausschlaggebende Thema ist man vom Bundesrathstische mit keiner Silbe eingegangen, vielmehr hat man zu allen sehr deutlichen Erklärungen der liberalen Redner darüber geschwiegen. Es ist das um so befremdlicher, als der Kanzler durch die Varziner Besprechungen mit dem Führer der Nationalliberalen vollkommen darüber unterrichtet sein muß, daß ohne jene Garantien an eine Mitwirkung der Liberalen bei der Steuerreform nicht zu denken ist. Es versteht sich ganz von selbst, daß nach den Erfahrungen der Sonnabendsitzung von irgend welchen personellen oder sachlichen Abmachungen zwischen der nationalliberalen Fraktion und dem Fürsten Bismarck überhaupt nicht mehr die Rede sein kann, so lange nicht über die Gewährung des Steuerbewilligungsrechtes des Parlaments vor Genehmigung neuer indirekter Abgaben feste Bürgschaften vorliegen. Hierüber ist die nationalliberale Fraktion mit allen ihren Führern vollkommen einig. Die Debatte der Stellvertretungsvorlage, welche nicht vor Montag stattfinden soll, giebt noch einen Wiederanknüpfungspunkt (also doch!) ab. Es muß sich bei der Diskussion derselben zeigen, wie der Reichskanzler über sein ferneres Verhältniß zur größten Partei des Hauses, insbesondere über die durch dieselbe Hand vorzunehmende Leitung der Finanzen im Reiche und in Preußen, denkt. Daß Herr Camphausen, welcher am Sonnabend eine so wenig beneidenswerthe Rolle spielte, noch lange im Amte bleiben kann, glaubt im Grunde Niemand, auch die Conservativen nicht, welche — bisher die eifrigsten Gegner des Ministers — vorgestern die Einzigen waren, die seiner „Versöhnung" mit dem Kanzler Beifall riefen — wohl nur in dem Gefühle der Freude, daß das in ihren Augen größere Uebel, eine mit nationalliberalen Elementen verstärkte Regierung, hierdurch vor der Hand in die Ferne gerückt worden ist. Nach den eigenen Worten des Ministers, er werde ohne Unterstützung der Majorität des Parlamentes nicht im Amte bleiben, müßte derselbe schon jetzt seine Entlassung eingereicht haben, denn die Aufnahme, welche seine Tabaksteuer fast allseitig gefunden hat, muß ihn belehren, daß er das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr besitzt. Was der Kanzler zu thun gedenkt, wenn Herr Camphausen geht, ist vor der Hand sein Geheimniß. Das jetzige Parlament wird ihm zum Tabaksmonopol oder irgend welcher anderen Erhöhung der Abgaben durch neue indirekte Steuern (ohne die geforderten konstitutionellen Bürgschaften) auf keinen Fall die Hand bieten. Eine Auflösung und Neuwahlen aber mit der Regierungsparole: Vermehrung der Steuern und Verminderung des Budgetrechtes der Volksvertretung — dürften doch in jetziger Zeit eine etwas gewagte Taktik bedeuten".

Nun — die konstitutionellen Skrupel und Bedenken der Herren Nationalliberalen sind eitel Wind. Wenn sie Aussicht hätten, in die Regierung zu kommen, würden sie die konstitutionellen Skrupel wiederum mit ebenso affenartiger Geschwindigkeit wegwerfen, wie bei früheren Gelegenheiten. Diesmal sind aber die Trauben sauer: es steht zweifellos fest, daß, wie die „Mgdb. Ztg." in einer späteren Notiz berichtet, nachdem noch am Sonnabend eine Unterredung Bismarck's mit Bennigsen und später mit Bamberger „fruchtlos" geblieben ist, „die in den letzten Wochen vielfach besprochenen Combinationen bezüglich der Betheiligung der nationalliberalen Partei an der Regierung für jetzt als erledigt anzusehen sind." Auch auf das „Stellvertretungsgesetz" keine Hoffnungen mehr.

Das arme Milchmädchen vor dem zerbrochenen Topf! Ueberlassen wir es seinem Jammer.

Und das Reich? Und die Regierung? Wer regiert im deutschen Reich? Bleibt Camphausen Minister? Bleibt Bismarck Reichskanzler? Was wird aus dem Tabaksmonopol? Wie wird das Defizit gedeckt? Wie die „Friktionen" beseitigt? Wie der Möglichkeit vorgebeugt, daß der thatsächlich absolute, unbeschränkte Gebieter eines Reichs von 42 Millionen vor die versammelten Volksvertreter sich hinstellen und seine Unfähigkeit, mit den von ihm selbst gewählten Beamten und der von ihm selbst auf seinen Leib zugeschnittenen Verfassung fortzuregieren, bejammern kann? Ist je auf ein Staatssystem eine solche tödtliche Satyre verübt, je der Bankrout eines politischen Systems, je die Ohnmacht, die klägliche Impotenz des persönlichen Gouvernements, sein vollständiges Unvermögen organischer Gestaltung eindringlicher proklamirt worden?

Ah — es muß „Alles verrunzenirt" werden. Wirthschaftlich, gesellschaftlich, politisch — wir wissen nicht, auf welchem von den drei Gebieten unser Herr Reichskanzler, theils direkt, theils indirekt, theils selbst, theils durch Andere das Größte geleistet hat.

Großes hat er sicherlich geleistet.

Und wenn wir befragt werden, wem „der rothe Runjenirorden" erster Klasse gebührt, den weiland vor 30 Jahren der damals noch von Bismarck bediente „Kladderadatsch" erfand, so werden wir uns keinen Moment zu besinnen haben.

„To aristo" — „dem Besten" — JHM!

Gott erhalte ihn uns lange.

Aus der „Gartenlaube".

O närrische Leute, o komische Welt, Castraten sitzen über Männer zu Gericht, Weiber wollen das Recht vertheidigen, Männer ziehen die Schlafmütze über die Ohren, und das Geschrei des Schakals ist stärker als die Stimme des Löwen, denn — Ernst Keil und Hans Blum wollen die Biographen Robert Blum's sein. Wir lesen in der „Gartenlaube":

„Aufforderung. Am 9. Novbr. 1878 wird sich ein Menschenalter erfüllen seit jenem 9. November 1848, an welchem Robert Blum in der Brigittenau bei Wien verblutete. Die Idee, für welche er sein Leben hingab, die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, ist verwirklicht worden. Ein glücklicheres Geschlecht ist herangewachsen, das gerecht und unparteiisch die Verdienste, wie die Fehler der Männer zu würdigen vermag, die im „tollen Jahre" 1848 muthig und erfolglos um die höchsten Güter der Nation stritten. Es erscheint daher die Zeit gekommen, auch das Leben und Wirken eines der edelsten Kämpfer und Opfer jener Tage, das Leben und Wirken Robert Blum's darzustellen. Ein treues, vollständiges Lebens- und Charakterbild dieses Mannes ist bis jetzt noch nicht gezeichnet worden. Noch heute „schwankt, von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, sein Charakterbild in der Geschichte". Zur Klärung dieses reinen großen Bildes beizutragen, sind Viele berufen, die kaum ahnen, daß sie es können, daß sie sogar verpflichtet sind, es zu thun. Jeder Mensch wird in gewissem Sinne am besten geschildert durch sich selbst, durch Briefe, Aufzeichnungen, Aeußerungen, die er in vertrautem Verkehr ohne Rücksicht auf das Urtheil der Mit- oder Nachwelt Anderen überliefecte. So erfahren wir am sichersten, wie in seinem Kopfe die Welt sich spiegelte, wie er mit der Zeit geworden und gewachsen ist. Viel ist im Laufe von siebenzehn Jahren zur Beurtheilung Robert Blum's auf diesem Gebiete gesammelt worden. Vieles, was zu seiner Beurtheilung wichtig wäre, z. B. seine Correspondenz mit dem Herausgeber der „Vaterlandsblätter", Rudolf Rüder, mit seinem Schwager Günther, ist für immer (durch Feuer) verloren gegangen. Vieles aber ist auch heute noch im Besitze von Unbekannten. An sie ergeht hierdurch die freundliche Bitte, unter Beifügung der genauen Adresse der Absender alle Originalhandschriften von Robert Blum gegen die Zusicherung baldigster Rücksendung — oder wenn sie Bedenken tragen, sich von den Originalen zu trennen, Abschriften derselben — an einen der Unterzeichneten einsenden zu wollen.

Leipzig, im Februar 1878.

Ernst Keil. Dr. Hans Blum, Rechtsanwalt."

Hier ist es unabweisbare Pflicht, zuerst dagegen zu protestiren, daß das Renegatenthum in seiner widerlichsten Gestalt sich nahe, um einem Manne ein Denkmal zu setzen, einem Manne, der das besaß, was jenen am meisten fehlt — Charakter. Der Mann, der seine Ueberzeugung mit dem Tode bezahlte, steht zu hoch, als daß ein Ernst Keil und ein gewesener Menschenrechtscollegienschwänzer und ein Sohn, der seinen Vater noch im Grabe moralisch mordet (s. Abstim. über die Todesstrafe im Reichstage: Pfui, Pfui), es wagen dürfen, ihn auch nur mit den Fingerspitzen zu berühren. Ein Mann, über den selbst der doppelzüngige Joh. Scherr sagt: „Er sei einer der Besten seiner Zeit gewesen, ein geborner Tribun, der alle liberalen Kniffe und Pfiffe aus dem Grunde kannte; Republikaner aus Neigung und Ueberzeugung" pc. pc. gehört nicht in die Reihen der Verräther. Die Demokratie nur kann ihm einen Leichenstein errichten, nur sie kann seine Grabrede halten, sonst Niemand. Die Idee, für welche er sein Leben ließ, fordert noch heute ihre zahlreichen Opfer; sie ist nicht erreicht. Erreicht wird nur etwas, liebes Hänschen, wenn man sich duckt und muckt, und um die Prinzipien herumschleicht wie die Katze um den heißen Brei; auch den Machthabern zum Munde redet und sie womöglich noch übertrifft (s. „Grenzboten"), dann Hänschen erreicht man etwas; man wird ein „Politiker", „ein berühmter Mann", und dabei sogar noch ein gros crevé.

Ein ander Mal mehr davon; fort mit dir du armer Hans, wenn du groß und stark seiest, wolltest du die Tyrannen ermorden, und jetzt? — geh in ein Kloster Hans.

Ernst Keil! was sollen wir mit Dir beginnen? Wir müssen Deinetwegen schon wieder auf den Richterstuhl des literarischen Geschmackes steigen, um dagegen zu Felde zu ziehen, daß in einem der literarischen Unterhaltung und Belehrung geweihten Blatte die Hochzeit zweier Prinzeßchen zum Gegenstande einer Besprechung und Verhimmelung Preußens gemacht wird. „Unsre Prinzessinnen" betitelt der Haiduck der „Gartenlaube" sein Gerede, als wenn Preußen schon den ganzen Kosmos verschluckt hätte, oder hört ihm vielleicht die Welt da auf, wo die schwarzweißen Grenzpfähle verschwinden? Was um Himmelswillen scheeren sich die in allen „Welttheilen" befindlichen Abonnenten um zwei preußische Prinzeßchen und deren Ausstattung? — „Unsre Prinzeßchen" sind nicht der Sachsen, Bayern, Württemberger Prinzeßchen, und was soll gar der biedere Pennsylvanier oder westliche Hinterwäldler damit ansangen? — Es ist wahr, Herr Keil hat viel Rücksicht zu nehmen auf die Zahl der pensionirten und nichtpensionirten preußischen Geheimräthe und deren Familien, die aus der „Gartenlaube" befriedigende, sättigende Nahrung für ihre loyalen Herzchen und Gehirnchen entnehmen, aber ein „Weltblatt" — ein „Weltblatt", Herr Keil, darf nicht nur für Geheimrathstöchter pc. schreiben; es darf keinesfalls so schlecht bereitete Kost serviren, daß dem Leser, wie z. B. dem Verfasser dieser Zeilen, ernstliche physische Störungen entstehen, die den Appetit für lange Zeit verderben.

Ja widerlich, lakaienhaft, haiduckenwürdig ist es, Folgendes zu schreiben:

„Diese avanciren jedoch in der öffentlichen Meinung, wenn

sie confirmirt oder, um mit dem Berliner zu sprechen, eingesegnet sind. Sie bekommen dann ihren Hofstaat, eine Apanage; bei festlichen Gelegenheiten werden sie von zwei Leibpagen bedient, sie erscheinen mit dem ihnen zukommenden Rang bei Hofe, dürfen sich als selbstständige Wesen fühlen, soweit das die Etikette erlaubt, und allenfalls eine Zeitung lesen; sie sind „unsere Prinzessinnen" geworden. Das ist das Lebensstadium, wo das Interesse des Publikums für sie erwacht, wenn wir unter diesem nicht allein die Bevölkerung Berlins, sondern des ganzen preußischen Landes verstehen wollen, dessen ältere Provinzen von ihrem persönlichen, patriarchalischen Verhältnisse zu dem regierenden Königshause nichts eingebüßt haben, noch weniger der Berliner. Diese Anhänglichkeit ist eine der gemüthvollen Seiten des Volkscharakters der preußischen Hauptstadt. Der Berliner ist durch alle politischen Wandlungen hindurch loyal geblieben. Er weiß sehr wohl, daß nur diejenigen Hofwagen, deren Kutscher und Lakaien in der silbernen Borde der Hüte die preußischen Wappenzeichen, die schwarzen Adler, tragen, Mitglieder des königlichen Hauses bergen; er wird solchen Wagen stets seine Reverenz machen, und für „unsere Prinzessinnen" legt er eine geradezu rührende Anhänglichkeit an den Tag. Wunsch und Gedanke einer „recht juten Heirath" beschäftigen ihn für sie vielleicht mehr und eher, als die Prinzessinnen selbst. Er denkt sich in seiner Unbefangenheit, daß er Aussteuer und Mitgift, als steuerzahlender Staatsbürger, mittragen muß, obwohl die zweihunderttausend Thaler, die jede preußische Prinzessin als Heirathsgut bekommt, seit Friedrich Wilhelm dem Ersten nicht mehr vom Lande, sondern aus dem Hausvermögen der königlichen Familie bestritten werden, aber des Allens schadet nischt, wenn sie man jute Männer kriegen. Er nimmt daran Antheil, als gehörte er zur Familie."

Hier wird in geradezu täppischer Weise der Berliner Hoflieferant und Weißbierphilister schlechthin mit „dem Berliner" identifizirt, eine Manipulation, gegen die wohl drei Viertel der Berliner energisch protestiren würden; vor hundert Jahren, lieber Herr Keil, mag es wohl der Fall gewesen sein, daß „der Berliner" jedem Prinzeßchen seine „Reverenz" gemacht hat, und was das patriarchalische Verhältniß des ganzen preußischen Landes zum Hofe betrifft, so hat Ihr Haiduck sehr patriarchalische Ansichten über dieses Verhältniß; hätte er seine Blicke von dem Hofnebel hingewandt auf Feld und Flur und in die Werkstatt der Arbeiter, so hätte er sehr wenig von Patriarchalischem gespürt, und seine Faselei konnte er sich selbst ad oculos widerlegen. Und gar das „Loyale"! Sind die Tausende Berliner Sozialdemokraten keine Berliner, oder trotz Sozialdemokratie noch loyal? Und dann die naive (fast weibliche) Unterschiebung, daß der Berliner in seiner „Unbefangenheit" (wer lacht da) denkt, er müsse die Aussteuer und Mitgift mitbezahlen, und doch noch loyal, noch rührende Anhänglichkeit besitzt? „Der Berliner" besitzt eine rührende Anhänglichkeit an den Hof. Classisch, gottvoll, was werden Ihnen die Berliner für eine Reverenz machen, Herr Keil, wenn sie in Ihrem „Weltblatt" von dieser rührenden Anhänglichkeit lesen. Es ist wirklich rührend! Auch die Familiarität zwischen dem preußischen Hof und dem Berliner ist wahrhaft entzückend. Kaum sind die Prinzeßchen confirmirt, so hat der Bürger an nichts zu denken, als an „eine recht jute Heirath" für sie, und im Rantejargon begeht er sein Abendgebet: „Wenn sie man einen juten Mann kriegen" denn — er gehört ja zur Familie. Wenn zwei Wahlkreise mit imposanter Majorität zwei Sozialisten wählen, so thut dies der Loyalität dieser Leute durchaus keinen Abbruch, denn — sie gehören ja zur Familie.

Wenn das Elend und die Noth manchen Berliner zum Verbrechen und zum Selbstmörder treibt, so ist er dennoch von einer rührenden Anhänglichkeit beseelt, denn — er gehört ja zur Familie.

O sancta simplicitas — o Keil — o „Gartenlaube" — o Hans — o Unsinn.

O närrische Leute, o komische Welt. —e—

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der vorigen Nummer unseres Blattes haben wir eine kurze Notiz gebracht über die Reichstagssitzung am 24. Februar, und zwar nach einem Telegramme. Dieses Telegramm war ungenau. In der Sitzung vom 23. Februar hatte Camphausen sich ablehnend gegen das Tabaksmonopol verhalten, Bismarck aber dasselbe empfohlen. Am 24. erlahmte Camphausens Widerstand und er „bewies", daß er eigentlich immer für das Monopol geschwärmt habe. Sonderbarer Schwärmer! Darauf sang Bismarck seinem Collegen erst das Loblied, welches von ewiger Liebe und Treue widerhallte und Herrn von Camphausen buchstäblich zu Thränen rührte. Die liberalen Zeitungen schreiben nämlich, daß Camphausen so erregt gewesen sei, daß ihm die hellen Thränen von den Wangen gelaufen seien; nach vollendeter Bismarck'scher Rede reichten sich die beiden Staatsminner vor versammeltem Reichstage die Hand und — Bennigsen und Stauffenberg haben das Nachsehen. — Unser Parteigenosse Fritzsche erklärte in der Debatte über die Steuern, daß er nur noch in so später Stunde das Wort ergreife, weil der Reichskanzler sich für indirekte Steuern erklärt und dies damit motivirt habe, daß indirekte Steuern weniger fühlbar wären. Daß eigentlich das Gegentheil der Fall sei, bewiesen die Aussprüche zahlreicher Nationalökonomen. Die direkt erhobene Steuer bringe aber dem Steuerzahler seine Wichtigkeit im Staatsganzen besser zum Bewußtsein, deshalb sei die sozialdemokratische Partei für direkte Steuern. Allerdings gewöhne sich das Volk vielleicht an die Tabaksteuer; aber wie viele Existenzen durch diese Steuer erst vernichtet würden, sei gar nicht umfassend genug zu würdigen. Ebenso würde der Schmuggelhandel furchtbar zunehmen und eine ungeahnte Vermehrung der Mauthbeamten im Gefolge haben. „Die Pfeife des armen Mannes" leide entschieden darunter, denn weniger die Cigarre als der Rauchtabak, den der Arme rauche, werde schlechter werden. Die Vorlage sei auch unannehmbar, weil sich keineswegs der Tabak am besten zur Besteuerung eigne. Selbst Havanna-Tabake variren zwischen 1.50 Mark und 4—5 Thaler Gold, eine Qualitätssteuer kann also erst nach Erprobung der Güte erfolgen, d. h. sie ist so gut wie unmöglich. Die heutige Steuer fühle der Arme nicht sonderlich; aber wenn man das Ausland in den Stand setzt, in Bezug auf Tabak mit Deutschland zu concurriren, so ruinire man zahlreiche kleinere Existenzen. Das scheine sogar Absicht gewesen zu sein, um später bei Einführung des Monopols nicht so viele Existenzen entschädigen zu müssen. Das Monopol als eine sozialistische Forderung anzusehen, sei Unsinn, die sozialistische Partei wolle neben der Production auch die Distribution geregelt wissen, indem sie jeden Arbeiter auch zum Unternehmer gemacht sehen wolle. Als einzelner Arbeiter, als Egoist könne man natürlich für das Monopol sein, denn es würde die gesundheitsgefährliche Tabaks-Hausindustrie vernichten; aber im Interesse des Gesammtwohls habe man das persönliche Interesse unterzuordnen. Er wünsche, daß die Vorlage so schnell wie möglich begraben werde. — Nach der Rede unseres Parteigenossen sprach noch der bekannte Bim-Bam-Bamberger, und die Steuervorlagen wurden in die Budget-Commission verwiesen, aus welcher sie hoffentlich das Licht der Welt nicht mehr erblicken werden.

— In der Reichstagssitzung vom 25. Februar trat man in die Berathung desjenigen Theils des Etats ein, welcher nicht an die Budgetcommission verwiesen worden ist. — Zu dem Marineetat sprach Demmler den Wunsch aus, die Reichsregierung möge in Erwägung ziehen, ob es nicht möglich sei, eine internationale Vereinigung herbeizuführen, durch welche die Anwendung von Torpedos wegen ihrer den civilisirteren Anschauungen der modernen Kriegführung widersprechenden Wirkung verboten werde. — In der vorigen Session des Reichstags wurden dem Botschafter zu Petersburg 30,000 Mark Zuschuß bewilligt, dem Botschafter in London aber verweigert. Dieser Fehler wurde nun wieder gut gemacht, indem man auch dem Londoner Botschafter eine Zulage von 30,000 Mark zukommen ließ. Fürst Bismarck begründete diese Erhöhung in höchst eigenthümlicher Weise, indem er auf die großen Ausgaben der Botschafter hinwies. Er habe gelesen, daß ein englischer Banquier Hope kürzlich eine Soiree gegeben, bei der die Konditorrechnung allein 8000 Thlr. betragen habe. Solcher Luxus komme natürlich bei den Botschaftern nicht vor; aber die Vertretung einer so großen Macht, wie die des deutschen Reichs, koste allerdings an einem theuren Orte viel Geld. Das „deutsche Reich" braucht „viel Geld", viel Geld für Militär und Diplomatie, nach außen Flittergold, während im Innern Noth und Elend wüthen; das „deutsche Reich" gleicht einem Frauenzimmer, welches in Sammt und Seide geht und ein zerrissenes Hemd auf dem Leibe trägt. — Wir haben es herrlich weit gebracht!

— Dem Reichstage liegt gegenwärtig eine Uebersicht der Ergebnisse des Heeresersatzgeschäfts vom Jahre 1876 vor. Es waren darnach in dem genannten Jahre gestellungspflichtig 1,055,088 Mann. Von dieser Gesammtsumme wurden als unermittelt in den Restantenlisten geführt 34,192 Mann, und ohne Entschuldigung waren ausgeblieben 106,105 Mann. Weiteres wollen wir aus den Ergebnissen nicht herausgreifen, uns interessirt nur die eine Thatsache, daß fast der siebente Theil der Gestellungspflichtigen es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen, was die weitere Thatsache aufdeckt, daß im deutschen Volke eine besondere Freudigkeit zur Erlernung des Kriegshandwerks nicht vorhanden ist.

— Zur Neutralität des deutschen Reichs. Aus Plochingen in Württemberg wird mitgetheilt, daß am 20. Februar die dortige Bahnstrecke ein Zug von 28 Wagen mit Pulver beladen passirt sei. Dasselbe war in Rottweil aufgeladen und für Rußland bestimmt. Preußische Artilleristen begleiteten den Zug.

— Die Post- und Telegraphenunterbeamten haben jährlich eine Petition an den deutschen Reichstag gesandt. Auch dieses Jahr liegt demselben eine Massenpetition vor, welche elf Forderungen aufstellt. Gewährung eines auskömmlichen Gehaltes; Verbesserung der Pensionsverhältnisse; schnelleres Einrücken in die höheren Gehaltsstufen und gesetzliche Regelung desselben; gesetzlich geregeltes Verfahren bei Bestimmung des Dienstalters; etatsmäßige Besetzung aller im Etat ausgeworfenen Stellen; Veröffentlichung einer Rangliste; gesetzliche Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden; Gewährung des verheißenen alljährlichen Erholungsurlaubes; Wegfall der Weihnachtsgratifikationen; Aufhebung des Brauches, daß die Beamten sich bei Streitigkeiten über ihre Rechte bei der Entscheidung des Generalpostmeisters begnügen müssen; Erlaß eines Reichsgesetzes über die Unterstützung der Hinterbliebenen von Post- und Telegraphenbeamten. — Diese Forderungen sind, wie man auf den ersten Blick sieht, sämmtlich vollständig gerechtfertigt. Für das herrliche deutsche Reich aber ist es eine Schande, daß derlei Petitionen eingereicht werden müssen.

— Woher die Verrohung kommt. Wer erinnert sich nicht jenes Raubmörders, der vor einiger Zeit in Gießen zum Tode verurtheilt wurde, und gar nicht begreifen konnte, daß er etwas Strafbares begangen, denn im heiligen Krieg von 1870/71 habe er ja das eiserne Kreuz dafür erhalten, daß er viele Menschen um's Leben gebracht — und jetzt wolle man ihm den Kopf abschlagen, weil er blos einen Menschen getödtet — das verstehe er nicht. Und es ist auch bekannt, daß der Staatsanwalt von Lyck die Verrohung des Volks in Folge der Kriege direkt als Ursache der Zunahme der Verbrechen bezeichnet hat. Aehnlich wie dieser Staatsanwalt argumentirte am 19. d. vor dem Schwurgericht zu Kiel der Vertheidiger eines Angeklagten, Rechtsanwalt Rendtorf. Derselbe erklärte, sein Client, der wegen Raubs vor Gericht stand, „sei als Soldat, der den Krieg von 1870/71 mitgemacht, zur Rohheit geneigt. Es sei ja eine feststehende Thatsache, daß nach jedem Krieg die Rohheit zunehme und die Verbrechen sich mehrten. Man könne aber den Einzelnen nicht für Verbrechen verantwortlich machen, an denen die Gesammtheit schuld sei; er bitte also, bei Beurtheilung der That seines Clienten dies in die Wagschale zu legen." Der Staatsanwalt trat dieser Argumentation bei. Ob auch die Geschwornen — das wird uns nicht gesagt. Jedenfalls nehmen wir Akt von diesen Eingeständnissen. Die Wahrheit bohrt sich eben doch allmählig durch.

— Die „moderne Völkerwanderung der Arbeitslosen" hat die württembergische Regierung nach einer Mittheilung

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

VI.

Mehr als drei Viertel der Bevölkerung Rußlands (76,6 Prozent) betreiben den Ackerbau; wenn wir aber Polen nicht mitzählen, so wird der Prozentsatz der Ackerbauenden noch größer, nämlich 81,2 Prozent. Nur ein Zehntel der Bevölkerung Rußlands wohnt in Städten, und unter diesen findet man noch solche, die nach Lebensweise und Gewohnheiten eher der Landbevölkerung zugezählt werden müssen. Die übrige Bevölkerung (neun Zehntel) bewohnt das Land und besteht, mit einer sehr geringen Ausnahme, aus Ackerbauern oder aus solchen Leuten, die auf Kosten der ackerbauenden Klasse leben. Also der Ackerbau ist sozusagen eine Hauptbeschäftigung des russischen Volkes. Diese vorherrschende Beschäftigung drückt der ganzen Lebensweise des Volkes einen der ländlichen Kultur eigenthümlichen Stempel auf.*)

Dies Alles zwingt uns, bei Betrachtung der ökonomischen Lage des Volkes, unsere ganze Aufmerksamkeit dem Ackerbauer zuzuwenden; wir können dabei auch am besten die Folgen der „großen Reform" vom 19. Februar 1861 (die Befreiung der Hörigen und Leibeigenen) beurtheilen.

Um aber kurz zu sein, werden wir nur die bemerkenswerthesten Erscheinungen aus dem ökonomischen Leben des russischen Bauern aufnehmen und daran unsere Betrachtungen knüpfen.

Wie steht's also mit dem russischen Bauern? Diese Frage zu beantworten ist nicht schwer. Man durchreise das ganze Land von einem Ende bis zum anderen, man befrage die ganze Bevölkerung — Alte wie Junge, Reiche wie Arme, Gebildete wie Ungebildete — und überall wird dieselbe Antwort gegeben werden: Die ökonomische Lage der russischen Bauern ist miserabel schlecht, verzweiflungsvoll, hoffnungslos. Schwerlich findet man unter den Millionen Unterthanen des „weißen Czaren" einige Dutzend Leute, die das Entgegengesetzte zu beweisen im Stande wären.

*) Der deprimirende Einfluß der Ackerbaukultur in Rußland äußert sich auch bei den Ausbeutern. Wie weiland der Gutsbesitzer-Sklavenhalter und der Kulak, so sind auch jetzt der Fabrikant, der Bankier, der Börsenjobber nicht im Stande, die Eigenthümlichkeiten ihrer ländlichen Herkunft, die ihnen anhaften, zu verwischen. Die modernen russischen Ausbeuter, trotz ihres europäischen Aeußern, trotz ihrer Universitätszeugnisse, sind dennoch dieselben Kulaki geblieben.

Die zur Untersuchung der Lage der Landwirthschaft eingesetzte Commission, unter dem Vorsitze des Ministers Walujew, fand, daß die Lage des russischen Bauern schlecht, aber nicht hoffnungslos sei. Aber wir können getrost sagen, daß diese aus 181 Mann zusammengesetzte Commission bei der Enquete gewissenlos zu Werke gegangen ist. Denn unter den 181 Mitgliedern befand sich nur ein Bauer-Eigenthümer. Die übrigen 180 Mann waren durchaus Großgrundbesitzer und russische Gouverneurs. Diese „unparteiische" Commission kam zu dem Schlusse, daß die jammervolle Lage des russischen Bauern nur allein seiner Faulheit und Trunksucht zuzuschreiben sei. Dennoch ergab die Untersuchung mißliche und trostlose Resultate. Die Commission fand den „Stand" der Bauern in nur sehr wenigen Orten gut. Im Großen und Ganzen aber sind Hauswesen und Wirthschaft der Bauern seit der „berühmten" Emanzipation zurückgegangen und haben sich verschlechtert, am meisten aber in den centralen und stockrussischen Gouvernements.

So ungefähr war die Lage der ackerbauenden Bevölkerung im Jahre 1872 nach den Untersuchungen der „gewissenhaften" Commission. Aber seitdem hatte das landlose Bauernthum sehr viel zu leiden gehabt. Zunächst kam die sogenannte Samarische Hungersnoth, so genannt, weil das Elend am fürchterlichsten im Samarer Gouvernement aufgetreten war, obwohl auch zu dieser Zeit der ganze Norden, Westen und Süden sich in nicht viel besserer Lage befanden.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Bauern bei den periodischen Hungersnöthen ganz ruinirt werden, und daß Armuth und Steuerrückstände mit jedem Jahre stark zunehmen. Die Klagen des Volkes werden allgemein und überall werden Aufrufe zur dringenden Abhilfe gegen Hunger und Krankheiten verbreitet. Sogar unser Ministerium, bei dem sich „Alles in bester Ordnung" befindet, sah sich veranlaßt, zu erklären, daß die ökonomische Lage der russischen Bauern hoffnungslos sei. Auch die Presse gab die prekäre Lage der Landwirthschaft zu und fast aus allen Ecken und Enden Rußlands hörte man 1876 die traurigsten Nachrichten über den Ruin der Landwirthschaft. Selbstverständlich handelte es sich bei der Presse, die ja durchweg kapitalistisch gesonnen ist, mehr um die unglückliche Lage der großen und kleinen Gutsbesitzer, als um die der Bauern. Ganz konnte man freilich die Bauern nicht ignoriren; so schrieb man z. B. aus dem Chersoner Gouvernement, daß die dortigen Bauern weder Brennmaterial für ihre Wohnungen, noch Futter für das ausgehungerte und abgemagerte Vieh, noch Brod für ihre Familien hätten und daß sie vier Monate lang nur von eingesäuerten rothen Rüben und Sauerkraut hätten leben müssen. Diese Thatsache mußte sogar offiziell zugestanden werden. Und doch ist das Chersoner Gouvernement eines der fruchtbarsten in Südrußland, wo auf einen jeden Einwohner 5 Dessjatinen (mehr als 21 Morgen sehr guten Landes kommen, — und doch hungern die Bauern!

Im angrenzenden Gouvernement Ekaterinoslaw sieht es nicht besser aus. Die Bauern waren gezwungen, Stroh und Heu zu stehlen, denn, sagten sie, in der Noth „muß man theilen". Das war am Anfang des Jahres 1876. Ende desselben schrieb ein dortiger Correspondent: „Die Lage ist verzweifelt; in den meisten Bezirken unseres Gouvernements steht beinahe eine Hungersnoth bevor." — Aus Kertsch wurde berichtet, daß eine solch schlechte Ernte, wie die von 1876, seit 1836 nicht vorgekommen sei.

Sehr viele Correspondenzen über die schlechte Lage der Bauern liefen aus dem Gouvernement Tambow ein. Erst schrieb man, die Bauern seien gezwungen, zu zwei bis drei Familien in einer Bauernhütte zu wohnen, und daß die verlassenen Häuschen von ihren Eigenthümern zerstört würden, um das Holz als Brennmaterial benützen zu können; das Stroh von den Dächern diente als Futter für das Vieh. Und so war es das ganze Jahr hindurch. Als der Frühling kam, war kein Samen für die Aussaat vorhanden, denn Dank der fürsorglichen Landesverwaltung verfaulten in den Gemeinde-Vorrathslagern mehr als 100,000 Tschetwert (fast 4 Millionen Scheffel) Korn. Im Sommer von 1876 veröffentlichte ein Regierungsblatt, daß „die Aussaaten in den meisten Theilen des Tambower Gouvernements verfault wären". Und das mußte man hören aus einem Gouvernement, welches der „Kornspeicher Rußlands" genannt wird.

In derselben verzweiflungsvollen Lage befindet sich der andere „Kornspeicher Rußlands", das Gouvernement Podolien, das ehemals Frankreich mit Korn und Weizen versorgte. Zu Anfang des Jahres 1876 wurde aus diesem Gouvernement berichtet: „Der Landbevölkerung steht ein schweres ökonomisches Jahr bevor, und es ist kaum zu hoffen, daß sie ihre äußerst ruinirte Wirthschaft herzustellen vermöge." Ein anderer Correspondent schrieb: „Die Bauern hungern, das Brod reicht nur bis Weihnachten; die reichen Bauern (Kulaki) handeln mit den hungernden kleinen Bauern, wie mit Sklaven."

Man kann sich leicht vorstellen, wie es in den anderen Gouvernements, die von Natur aus nicht so reich wie Podolien, Tambow, Cherson sind, aussieht. So wurde aus einem Bezirk des Gouvernements Orlow berichtet: „Die Bauern verlassen den Bezirk haufenweise und gehen nach den Städten, um Holz zu spalten oder die Gassen zu reinigen u. s. w., welche Arbeit mit nur 6—10 Kopeken (18—30 Pf.) per Tag und ohne Kost bezahlt wird. (!!) „Die Wolyner Bauern sind mehr Bettlern denn Landeigenthümern ähnlich." Die „wohlhabenden" Kiewer Bauern sind nicht im Stande, bei einer

lung, die der „Vossischen Zeitung“ aus Württemberg zugegangen ist, veranlaßt, an die Communalbehörden folgende Fragen zu stellen:

„1) In welchen Orten werden regelmäßig an zureisende Fremde sog. Ortsgeschenke aus öffentlichen Kassen oder Privatvereinen verabreicht? 2) Seit wann besteht diese Einrichtung? 3) Wie hoch beläuft sich der Betrag des Ortsgeschenks? 4) Von welchen Bedingungen ist die Verabreichung desselben abhängig? Ferner verlangt die Regierung Auskunft über die Zahl der im Jahre 1877 unterstützten Personen, sowie über den Gesammtbetrag der an sie verausgabten Summen, über die Zahl der Ortsfremden im Januar d. J. u. s. w. Im Wesentlichen will sich die Regierung darüber unterrichten, ob die Verabreichung der Ortsgeschenke den Erfolg gehabt hat, den Hausbettel Ortsfremder zu beseitigen oder erheblich einzuschränken und ob bezw. welche Anordnungen gerechtfertigt erscheinen, um der mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Ortsgeschenke durch gewohnheitsmäßige Bettler oder Beschäftigungslose entgegen zu wirken. Leider muß dieser Erlaß der Regierung als ein sehr zeitgemäßer bezeichnet werden.“

Soweit die „Vossische Zeitung“. Gegen die Fragen an sich wäre nichts einzuwenden, aber ihre Begründung läßt sie zum mindesten sehr naiv erscheinen; denn darüber ist sich doch Jeder klar und nur Böswillige leugnen es, daß die „moderne Völkerwanderung der Arbeitslosen“ und der aus derselben resultirende „Bettel“ nur eine Folge der Arbeitslosigkeit sind und sein können. Man schaffe also Arbeit, und die „Völkerwanderung der Arbeitslosen“ nebst dem Bettel werden eine schnelle Endschaft nehmen; aber beileibe nicht wird man dies durch drakonische Gesetze erreichen, wenn sie in Württemberg etwa beabsichtigt werden sollten.

— Die polnische Fraction im österreichischen Reichstage hat eine Interpellation angekündigt, die mit den „Motiven“ also lautet:

„Aus den am vorigen Dinstag vom Ministerpräsidenten gegebenen Aufklärungen haben die Unterzeichneten mit Befriedigung entnommen, daß die Regierung die Initiative zur Einberufung einer europäischen Conferenz zu dem Zwecke ergriffen hat, um die Abmachungen der Kriegführenden einer Vereinbarung mit den Signaturmächten zu unterziehen.

Zu eben solcher Befriedigung gereichte es den Unterzeichneten zu hören, daß die Regierung die Verbesserung der Lage der Christen im Orient als den österreichischen Interessen entsprechend ersehe, sowie daß dieselbe eine dauernde, allseitig befriedigende Lösung der Orientfrage anstrebe und es als ihre Pflicht und Aufgabe erkenne, die politischen und materiellen Interessen, sowie das Ansehen der Monarchie nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen.

Unserer Ueberzeugung nach erheischen es nicht nur die allgemeinen erropäischen, sondern auch insbesondere die politischen Interessen Oesterreichs, daß das Argument der europäischen Mächte angewendet werde nicht blos auf die Lage der Christen in der Türkei, sondern auch auf jene in anderen, ebenfalls an Oesterreich angrenzenden, mit seiner Bevölkerung durch die engsten Bande der Geschichte und der gemeinsamen Abstammung innigst verbundenen Länder.

Es ist eine notorische Thatsache, daß gerade jene Rechte, welche Rußland beim Beginne des Krieges gegen die Türkei für die dortigen Christen dauernd sichern zu wollen vorgab — daß, wie es im russischen Kriegsmanifest heißt, die „geheiligten Rechte der Nationalität, Sprache und Religion“ in den unter russischer Herrschaft befindlichen polnischen Ländern in einer in der neueren Zeit, namentlich in christlichen Staaten beispiellosen Weise mißachtet werden.

Die Vernichtung jeder sogar durch die Theilungsverträge und die Wiener Congreßacte garantirten Autonomie, die rücksichtslose Unterdrückung der Sprache in allen Beziehungen des öffentlichen Lebens — das für Personen polnischer Abstammung und katholischer Religion erlassene Verbot der Erwerbung unbeweglichen Eigenthums — die neulich durch die dem englischen Parlamente vorgelegten Actenstücke wohl für Jedermann klar nachgewiesene religiöse Verfolgung — das sind wohl Momente genug, um das Loos der Polen unter russischer Herrschaft zu kennzeichnen.

Ein neues Licht auf diese Tendenzen, die polnische Nationalität, wenn dies überhaupt möglich wäre, zu vernichten, werfen die fast in sämmtlichen europäischen Zeitungen veröffentlichten und ebenfalls im englischen Parlamente schon zur Sprache gebrachten durch die russischen Militärkommandanten in der Türkei unter der Form von Hinrichtungen an ruhigen, ihrem bürgerlichen Berufe obliegenden Polen, worunter österreichische Unterthanen sich befinden sollen, verübten Mordthaten.

Hat sich die Regierung seinerzeit bewogen gefunden, die mißliche Lage der Christen in der Türkei als den österreichischen Interessen abträglich anzusehen und darnach ihr Verhalten eingerichtet, so ist wohl nicht blos mit Rücksicht auf die allgemeinen auch in internationalen Verhältnissen geltenden Gebote europäischer Gesittung, sondern auch mit Rücksicht auf die österreichischen Interessen ein solcher Zustand in den an Oesterreich angrenzenden Ländern nicht vereinbar mit einer dauernden und allseitigen Beruhigung.

Mit Bezug auf diese Erwägungen erlauben sich die Unterzeichneten an den Ministerpräsidenten die Anfragen zu stellen:

1) Hat die Regierung Kenntniß von den durch russische Militärkommandanten in der Türkei an Polen verübten Mordthaten und im bejahenden Falle, hat die Regierung es für angezeigt gefunden, gegen derartige Verletzungen des öffentlichen Gewissens und der Satzungen des Völkerrechtes ihre Stimme zu erheben?

2) Glaubt die Regierung in die Lage kommen zu können, auf dem in Aussicht genommenen Congresse dahin zu wirken, daß neben der Lage der Christen in der Türkei auch das Loos der unter russischer Herrschaft lebenden Polen durch die europäischen Mächte erwogen und berücksichtigt werde?

(Die Interpellation ist inzwischen bereits eingebracht worden, und hat zur Feststellung zahlreicher russischer Bestialitäten geführt. Wir werden in nächster Nummer Details bringen.

R. d. V.)

— Nach den jüngsten Berichten aus Konstantinopel soll der Präliminarfriede (die vorläufigen Grundzüge des Friedensvertrags) abgeschlossen worden sein. Die Nachricht liegt indeß noch nicht in authentischer Form vor. Inzwischen verwickelt die Situation sich mehr und mehr. Die österreichische Regierung, der allmählich die Wahrheit aufzudämmern scheint, daß Oesterreich die Zeche zu zahlen haben wird, hat die Forderung eines Kredits von 60 Millionen Gulden zu Rüstungen beschlossen, um mit gehörigem Nachdruck auf dem Congreß oder der Conferenz, wie das Ding nun heißen soll, auftreten zu können — falls Congreß oder Conferenz zusammenkommt. In England in allen Regierungswerkstätten fieberhafte Thätigkeit; bei Krupp in Essen „Mangel an Händen“, weil die massenhaften Aufträge (auf Mordinstrumente), welche von allen Seiten einlaufen, mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht bewältigt werden können. Kurz — wir haben die besten Aussichten auf eine europäische Massenschlächterei und Mordbrennerei, so großartig, „wie die Welt noch keine sah“, und wie sie nur von unserer herrlichen Blut- und Eisen-Civilisation inscenirt werden können.

In England fängt das Volk an warm zu werden. Die von den russischen Agenten versuchten Friedensmeetings werden regelmäßig gesprengt und mit imposanten antirussischen Demonstrationen beantwortet.

— Selbst das Petitionsrecht der preußischen Staatsbürger ist in Berlin illusorisch — so lautet die neueste Kunde aus der Hauptstadt des „deutschen Reiches“. Die Bauhandwerker stehen bekanntlich nicht unter dem Haftpflichtgesetz, weshalb die sozialistischen Abgeordneten einen Gesetzentwurf ausgearbeitet haben und in diesen Tagen einzureichen gedenken, durch den dem vorbemerkten Uebelstande ein Ende gemacht werden soll. Und damit dieses Ziel desto leichter erreicht werde, sollen die direkt Interessirten, die Bauhandwerker selbst, in die Wagschale geworfen werden. Es cirkuliren Petitionen zur Unterschrift und allenthalben werden Versammlungen berufen, in welchen die nöthige Aufklärung ertheilt und neue Petenten herangezogen werden. Ueberall geht die Sache in der gesetzmäßigen Weise von Statten, nur in Berlin glauben Madai und Tessendorf störend eingreifen zu dürfen. Eine Zimmererversammlung, die kürzlich einberufen worden war, damit der Reichstagsabgeordnete A. Kapell, welcher den in Frage stehenden Antrag im Reichstag als Sachverständiger mitbegründen soll, einen Vortrag über diesen Gegenstand halte, wurde polizeilicherseits im letzten Augenblick verboten, weil Madai „im Einverständniß mit der Staatsanwaltschaft“ (Tessendorf) darin eine „Fortsetzung“ der Thätigkeit früher bestandener, später aber aufgelöster Zimmerercorporationen erblickte. Der Abg. Kapell richtete nun an Madai einen Beschwerdebrief und forderte ihn unter Darlegung des Sachverhalts auf, der Veranstaltung derartiger Versammlungen nunmehr endlich keine Steine des Anstoßes mehr in den Weg zu legen. Der Erfolg davon war aber nur, daß der Berliner Polizei-Präsident eine Verfügung erließ, welche seine bisherigen Kundgebungen dieses Genres womöglich noch in den Schatten stellt. Herr Kapell bekam nämlich ein Dokument folgenden Inhalts zugeschickt:

„Euer Wohlgeboren erwidere ich auf die gefällige Zuschrift vom 16. d. M. ergebenst, daß eine Versammlung der Bauarbeiter, welche zur Berathung einer Petition wegen Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes anberaumt wird, meiner Ueberzeugung nach nur die Fortsetzung eines geschlossenen Vereins bezweckt, und kann ich deshalb von Versagung der Bescheinigung über die Anmeldung derselben nicht Abstand nehmen.

Der Polizei-Präsident:
v. Madai.

Unser Berliner Parteiorgan sagt dazu und wir stimmen dem bei:

Beschwerden gegen derartige Entscheidungen nützen erfahrungsgemäß nicht das Mindeste; der preußische Landtag beachtet diesbezügliche Denkschriften nicht und der Reichstag hat mit dem Versammlungswesen nichts zu schaffen, weil dasselbe Landessache ist. Was ist daher zu thun? Rechtlich nichts! Agitatorisch Alles!

— Daß Tessendorff mit dem Plane umgeht, den Allgemeinen deutschen Tabakarbeiterverein aufzulösen, haben wir schon in Nr. 21 erwähnt. Ueber dieselbe Angelegenheit wird uns nun noch Folgendes geschrieben: Auf der Tagesordnung der Tessendorff'schen Staatsrettereien steht gegenwärtig die Auflösung des Allgemeinen deutschen Tabakarbeitervereins, und als Grund zu dieser Maßregel giebt Herr Tessendorff die große Machtentfaltung des Tabakarbeitervereins an. Nun ist zwar richtig, daß dieser Verein eine Macht ist, aber Herrn Tessendorff dürfte es doch schwer fallen, den Nachweis zu führen, daß der Allgem. deutsche Tabakarbeiterverein auf einem anderen (dem politischen) als dem wirthschaftlichen Gebiete seine Macht in gesetzlicher Weise zu bethätigen gesucht hat, wohingegen es mit Händen zu greifen ist, daß Herr Tessendorff nur aus rein politischen und nicht aus gesetzlichen Motiven das Metier der Auflösung von Arbeiterorganisationen betreibt. Oder glaubt Herr Tessendorff, wir wären mit Blindheit geschlagen, um nicht einsehen zu können, in welch innigem Zusammenhange die Auflösung des Allgemeinen deutschen Tabakarbeitervereins mit der projectirten Tabaksteuer steht? Die deutsche Reichsregierung braucht Geld, viel Geld, und deswegen die Tabaksteuer — der deutsche Tabakarbeiterverein dagegen hat die Interessen seiner Mitglieder zu wahren, und deswegen seine starke und seither erfolgreiche Opposition gegen diese Steuer. Was liegt also näher, als die Absicht, diesen unbequemen Opponenten aus dem Wege zu räumen? Nicht wahr, Herr Tessendorff, so ist's? Aber es soll ja noch Richter in Berlin geben — wollen sehen.

— Genosse Bruck zu Gotha, der eine Zeitlang als verantwortlicher Redakteur auch die „Erfurter Volkszeitung“ zeichnete, ist von dem Kreisgericht zu Erfurt wegen verschiedener Preßvergehen zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Bruck befindet sich ungefähr 5 Monate auf deutschem Boden — er lebte früher in den Nordamerikanischen Freistaaten — und ist jetzt schon zu 15 Monate Gefängniß, also zu einer dreimal längeren Zeit, als die seines Aufenthalts in Deutschland ist, verurtheilt worden. Er wird einen merkwürdigen Begriff von dem

---

Aktion 40 Sensen für 2 Rubel, 20 Eggen für 1 Rubel, ein Pferd für 1½ Rubel zu kaufen. Im Charkower Gouvernement „leben die Bauern von Eicheln“. In den unglücklichen Gouvernements Pskow, Smolensk und in einigen „verherrlichten“ Gegenden des Gouvernements Tschernigow sind die Bauern am schlimmsten gestellt: „sie haben keine Samenkörner zum Säen; das Brod reicht nur auf einige Monate; das Vieh krepirt in Ermangelung von Futter oder wird zur Deckung der Steuer-Rückstände verkauft; die Lage ist schrecklich, ja noch mehr als schrecklich.“

Sollen wir noch weiter citiren? Wir glauben, die oben aus den russischen Zeitungen angeführten Thatsachen genügen. Wir wollen dabei bemerken, daß wir nur aus 4—5 unter russischer Censur stehenden Zeitungen citirten, die durchweg kapitalistisch gesonnen sind. Allein in dem Jahre 1876 haben wir aus denselben 127 Auszüge gemacht, welche ausnahmslos den Verfall der ökonomischen Lage des Bauernthums zugeben.

Und so und nicht anders ist es mit den Bauern fast in ganz Rußland bestellt*) und man kann getrost behaupten: Das Jahr 1876 war ein für ganz Rußland unausgesetztes Hungerjahr. Eine Moskauer Zeitung sagt darüber: „Unsere Ackerländereien sind ganz erschöpft und werden allmählich unfruchtbarer, die Wälder verschwinden, die Summen der Rückstände sind in's Ungeheuere gestiegen und nehmen von Jahr zu Jahr zu; die Bauern sind nicht im Stande, dieselben zu bezahlen, und die Bauernwirthschaft ist so zerrüttet, daß weder die Knute noch die Versteigerungen der Bauernhabseligkeiten im Stande wären, diese Rückstände zu decken.“

Auch der Gouverneur von Nowgorod, Odinzoff, gesteht: „Der Niedergang des Volkswohlstandes existirt wirklich (oder, wie Seine Durchlaucht sich auszudrücken beliebt — in der Wirklichkeit).“ Eine reaktionäre Petersburger Zeitung kommt zu denselben traurigen Schluß: „Das Volk wird mit jedem Jahre ärmer und ärmer, der Mangel an Ackerbauland höchst fühlbar; die Bauern werden von Grund und Boden verjagt und Nichts kann das Heranwachsen eines Proletariats aufhalten.“

Das sind gewiß unverdächtige Zeugen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Bemerkenswerth ist es, daß die meisten Klagen über den Niedergang der Bauernwirthschaft fast nur aus solchen Gouvernements kommen, die als die fruchtbarsten in Rußland gelten. Was soll man da erst von solchen Gouvernements, deren Boden aus Sand und Morästen besteht, sagen? Diese Gouvernements nennt man in Rußland „normalhungernde“ Gouvernements.

— „Zur Herstellung billiger Arbeiterwohnungen hat sich in Hamburg eine „Gemeinnützige Baugesellschaft“ konstituirt und zwar mit einem Aktienkapital von vorläufig 360,000 Mk. An der Spitze des Unternehmens steht der bekannte Rheder R. M. Sloman. Zunächst werden auf einem bereits erworbenen Terrain 100 Arbeiterwohnungen hergestellt, welche bei Weitem der schon vor Monaten starken Nachfrage nicht genügen. Die Sozialdemokraten eifern auch gegen dieses Projekt an.“ — Also lesen wir in den Zeitungen. Daß die Sozialdemokratie gegen dieses Projekt „eifert“ hat seine guten Gründe, denn daß die „Gemeinnützigkeit“ derartiger Baugesellschaften die völlige Unterjochung der Arbeiter zum Zwecke hat, also nur auf die Wahrung der Interessen der Arbeitgeber hinausläuft, ist eine Thatsache, die durch die Erfahrung genugsam erwiesen ist. Die Herren „Gemeinnützigen“ wissen eben sehr gut, daß mit einem Arbeiter ganz nach Belieben umzuspringen ist, wenn ihm bei gegebenen Fällen nicht nur Arbeits-, sondern auch Obdachlosigkeit droht. Was Wunder also, wenn die Sozialdemokratie diese Art „Gemeinnützigkeit“ als das kennzeichnet, was sie wirklich ist — als krassen Egoismus.

— Daß unsere modernen Theater höhere Bordells sind, ist wiederholt ausgesprochen worden. Ganz besonders gilt dies vom Balletwesen, über welches dem „Staatssozialist“ von einem Correspondenten Folgendes geschrieben wird: „Vor einiger Zeit traf ich, so zu sagen durch Zufall, mit einer Schaar neun- bis eilfjähriger Mädchen und ihrem Pensionsvater aus Berlin zusammen. Auf meine Frage nach dem: „Wo? Woher? Wohin?“ erfuhr ich Folgendes: Es besteht in Berlin, um den mehr und mehr in's Stocken gerathenen Zuzug neuer — besonders weiblicher — Kräfte für das Corps de Ballet zu sichern, eine von der General-Intendanz der königlichen Schauspiele ressortirende und mit bedeutenden Mitteln ausgestattete sogenannte Balletschule. Alljährlich (wenn ich nicht irre, im August) findet eine Musterung der Exspektanten statt, bei deren Schilderung man unwillkürlich an einen „Remonte-Markt“ oder an „Onkel Tom's Hütte“ erinnert wird. Diejenigen Kinder nämlich, deren Angehörige entweder durch gewisse Schönheitsjäger (man nennt als besonders thätig und routinirt in der Wahl qualifizirter Subjekte während seiner Sommerreisen einen Offizier a. D.) oder durch den Erfolg von Aspirantinnen aus ihrem Orte auf die Vergünstigungen der Balletschule aufmerksam gemacht worden sind und ihrem hübschen Fleisch und Blut gern den müheloſen Eintritt in eine „höhere“ soziale Stellung verschaffen möchten, werden sämmtlich im Beisein der an der Sache und für die Sache Interessirten durch den Theaterarzt in Betreff der Infallibilität der Zähne, der Fesselgelenke, der Kniee, der Figur, der Proportion der Hände und Füße, sowie — falls genügende Auswahl vorhanden — auch selbst des Profils untersucht. Die geeignet Befundenen — etwa gegenwärtig ein Drittel der Exspektanten — werden sodann zu bestimmten Familien in Kost gegeben und unter sich trotz „Schulzwang“ und „Allgemeiner Ministerialbestimmungen“ etwa zwei Stunden täglich aufs Nothdürftigste im Lesen, Schreiben, Rechnen und in französischer Kunstsprache, in der Religion gar nicht, in gymnastischen und Tanzübungen dagegen (nach der Meinung der Kinder) bis zum Ueberdruß unterrichtet. Die Frage: „ob sie später zur Confirmation resp. zur Firmelung vorbereitet würden?“ unterließ ich leider, nicht aber die: „Was wird aus diesen Mädchen im Großen und Ganzen?“ Und da mußte der Pflegevater mit einem tiefen Seufzer — zu meinem Entsetzen — erklären: „Drei Viertel derselben, insbesondere natürlich Diejenigen, die aller aufgewandten Mühe ungeachtet schließlich nicht nach Wunsch avancirten, gehen unter!“ Und, fügen wir hinzu, der Rest geht erst recht unter. Die zur Confirmation bez. Firmelung vorbereiteten so gut wie die anderen.

— Die Ehefrau ist, nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 30. Januar d. J., im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts berechtigt, im Namen des abwesenden Gatten, auch ohne Vollmacht desselben, einen Strafantrag zu stellen. Einer nachträglichen Genehmigung dieses Antrages Seitens des wieder zurückgekehrten Gatten bedarf es nicht, vielmehr würde nur die ausdrückliche Mißbilligung des Strafantrages die Wirkung desselben wieder aufheben.

— Auch-Arbeiter. Der Großherzog von Baden hielt neulich beim Stiftungsfest eines polytechnischen Vereins eine Rede, in welcher er hervorhob, daß die wissenschaftliche Arbeit berufen sei, „die soziale Bewegung in die richtigen Bahnen einzulenken“. Dann fuhr der fürstliche Herr Festredner fort: „Wir sind alle Arbeiter in der vollsten Bedeutung des Wortes, denn wir müssen Alle gemeinsam arbeiten am Wohle des Staats.“ Unter Arbeit versteht man im ökonomischen Sinn bekanntlich bloß gesellschaftlich-nützliche Arbeit. Wie viel Arbeitslohn der geehrte Herr Festredner nebst seinen Collegen wohl bekommen würde, wenn der Maßstab der gesellschaftlichen Nützlichkeit den Ausschlag zu geben hätte? U. A. w. g.

— Herr Dr. Lindwurm, der sich schon Jahre lang als Ritter St. Georg in Hinsicht auf die Sozialdemokratie aufspielt, hat kürzlich in dem liberalen Reichswahlverein zu Hamburg geredet. Er, der früher immer von der Heiligkeit des Eigenthums gefaselt, erklärte nunmehr, da er jedenfalls den „Staats-Sozialist“ gelesen hatte, daß das Eigenthumsrecht nicht als unantastbares soziales Dogma aufgefaßt werden dürfe. Das Merkwürdigste bei der Sache war, daß die Anwesenden dem Dr. Lindwurm bei dieser Ansicht Beifall zuriefen, dieselben Leute, welche sonst bei Erwähnung der Heiligkeit des Eigenthums immer in Jubel ausbrachen. Von den 10,000 Mitgliedern waren übrigens nicht ganz 200 anwesend.

vielbesungenen, freien, herrlichen „Deutschen Reich" erhalten haben.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Coburg, 21. Februar.

Betreffend die Entgegnung des Herrn Dr. Hager, Pfarrer zu Erzhausen, gestatten Sie mir die Bitte, die kostbaren Spalten des „Vorwärts" dem langweiligen, echt pfäffischen Salm nicht mehr zu öffnen. Sie werden einwenden, auch wohl nicht mit Unrecht, dem Gegner gerecht werden zu wollen; doch, die Hand auf's Herz! die letzte Fortsetzung Nr. 21 des „Vorwärts" ist doch der Art, diesen Herrn Dr. mitleidig bei Seite zu legen. — Was redet dieser Herr von Klassenkampf! Auf dem Boden der Menschenliebe stehend, ist es Pflicht, zu hassen, denn ohne Haß kein Kampf, dessen Endzweck die Beseitigung der Klassen überhaupt. — Nicht minder als Lassalle verdamme ich die Bedürfnißlosigkeit, und würde es mir besonderes Vergnügen bereiten, wenn das Pfäfflein sich herbeiließe, das Loos jener armen Menschen auf dem Rhöngebirge (Frankenhausen) zu theilen, das wäre „christlich" und dem Herrn Dr. wäre die Gelegenheit geboten, den „verlorenen Sohn" spielen zu können, wenn die Armen vielleicht im Besitz eines hierzu nöthigen Thieres. — Daß Genuß Lebenszweck, war vernünftigen Menschen längst bekannt; daß der Herr Dr. Hager das nicht begreift, läßt auf krankhafte Hirnthätigkeit schließen, weshalb ich seine Kirchengemeinde bemitleide.

Machen Sie kurzen Prozeß, Herr Redakteur, darum bittet Sie

Hochachtungsvoll Ihr Genosse K."

Wir übergeben diesen Brief der Oeffentlichkeit, weil wir in derselben Angelegenheit auch schon einer gegentheiligen Stimme Raum gewährten, und betonen hierbei, daß Herr Dr. Hager allerdings mit dem versprochenen „Schluß" etwas grausam lange auf sich warten läßt.

— In Offenbach ist ein Schuhmacherstrike ausgebrochen. Vor Zuzug wird gewarnt.

Entgegnung

auf „die Motive des Sozialismus" von F. R.*)

Wenn ich in meiner 3. These noch den Neid angeführt habe als einen Beweggrund, der nicht Wenige der Sozialdemokratie in die Arme treibe, so weiß ich wiederum recht gut, was ich sage. Ich weiß, daß die Menschen im Allgemeinen zu diesem Fehler sehr geneigt sind, und Sie wissen es auch, Herr F. R.; gestehen Sie es nur ehrlich ein!

Mich wundert's gar nicht, da ich das Menschenherz kenne, daß gerade in unseren Tagen, wo das Gründerthum, das ganze sittlich verkommene Geldprotzenthum mit seinem raffinirten und prahlerisch zur Schau getragenen Luxus die Armuth gleichsam verhöhnt, das Gefühl des Neides bei der Masse der Wenigerbegüterten mehr hervortritt als in früheren Tagen, wo die Gegensätze weniger grell waren als heutzutage. Es gehört eine bedeutende sittliche Reife dazu, um sich solchen Erscheinungen gegenüber den rechten philosophischen Gleichmuth zu bewahren. Und diese Reife besitzen nicht Viele.

Allerdings braucht der Neid sich nicht in so häßlicher Weise zu äußern, wie dies zuweilen geschieht. Eine Probe, Herr F. R. Ein Sozialdemokrat ist Arbeiter bei einem Fabrikanten, welcher selbst von der Pike auf gedient, der sich aber durch Fleiß und Tüchtigkeit emporgeschwungen hat. Allerdings muß dieser Fabrikant auch heute noch dreimal (So?) so viel arbeiten, als irgend einer seiner Arbeiter, von den Sorgen ganz zu schweigen. Nun, der Arbeiter, von dem ich sprach und der nota bene wiederholt besondere Freundlichkeit von Seiten seines Arbeitgebers und dessen Familie erfahren hatte, wird eines Tages in das Wohnzimmer gerufen, um dort eine kleine Arbeit zu verrichten. Das Zimmer ist geschmackvoll, aber einfach eingerichtet. Trotzdem erregt es den Neid des Mannes, und koste es ihn was es wolle, er äußert gegen ein anwesendes Glied der Familie: „die Reichen hätten große prächtige Wohnungen, der Arbeiter nur ein kleines Stübchen. Er freue sich schon auf den Tag, wenn es an's Halsabschneiden gehe." Ich habe diese Geschichte aus dem Munde der Dame, welcher diese liebenswürdige Phrase ohne jegliche Provokation an den Kopf geworfen wurde. Was sagen Sie zu dieser Moral, Herr F. R.?

Ich bin weit entfernt, bei allen Ihren Parteigenossen solche Motive, wie die angegebenen, vorauszusetzen; aber ich weiß nur zu gut, daß sie bei nicht wenigen (So?) die hauptsächlichste Triebfeder bilden, während sie von den Motiven und Zielen der Führer der Partei kaum eine Ahnung haben. Um nicht mißverstanden zu werden, betone ich es aber nochmals ausdrücklich, daß ich die Betreffenden für solche sittlichen Verirrungen gar nicht sehr verantwortlich mache. Die Schuld liegt theils an den oben angedeuteten Verhältnissen, theils an dem Mangel an Verständniß, zum großen Theil aber auch an denen, welche die Leidenschaften in den Herzen anstacheln.

Auch nehme ich den Ausdruck „sittliche Verirrung" nicht in so schlimmem Sinne, wie Sie es thun. Ich halte auch das Duell für eine „sittliche Verirrung" und für eine intellektuelle zugleich, kann aber unter Umständen große Sympathie (So?) für Jemanden hegen, welcher sich zu dieser Verirrung fortreißen läßt. Diese Sympathie hege ich auch — und mit mir wohl alle meine Amtsbrüder und alle ernsten Christen — für Ihre Parteigenossen. In meinen Thesen habe ich derselben, dächte ich, deutlich genug Ausdruck gegeben, und ich darf wohl mit Recht erwarten, daß die Aufrichtigkeit meiner Worte nicht bezweifelt werde. Ob Sie sich etwas aus unserer Sympathie machen oder nicht, das ist Ihre Sache.

Sie werden bemerkt haben, daß ich den zweiten Theil meiner 3. These vor dem ersten besprochen habe. Ich that es hauptsächlich deshalb, weil ich das Mißverständniß, welches die Fassung der These hervorgerufen hat, möglichst bald beseitigen wollte. Zu meinem größten Bedauern haben unabweisbare Hindernisse verschiedener Art in einer für mich höchst peinlichen Weise die Veröffentlichung dieses Theiles meiner Entgegnung verzögert.

Eigentlich weiß ich nicht, ob ich hier auch die Begründung des ersten Theiles der genannten These versuchen soll. Von einer eingehenden Erörterung kann natürlich keine Rede sein, denn diese müßte zu einem kleinen Buche werden. Ich beschränke mich deshalb auf kurze Andeutungen.

In meiner 3. These heißt es: „Der Sozialismus (ich verstehe darunter natürlich den sozialdemokratischen Sozialismus) sei, da er auf falschen Voraussetzungen beruhe, eine intellektuelle bezw. wirthschaftliche Verirrung."

Fassen wir zunächst Ihr politisches Prinzip in's Auge, wonach die Demokratie die beste Staatsform sein soll. „Sollen Gesetze zum Wohl des ganzen Volkes gegeben werden, so muß auch das ganze Volk sie geben. Deshalb sind wir Demokraten" — so schreiben Sie in Nr. 128 des „Vorwärts" von 1877. Erlauben Sie, daß ich die Richtigkeit dieses Satzes bestreite. Ja, „wären wir Alle gleich gescheit, gleich gebildet" (Lassalle) — d. h. wir sind es nicht, Herr F. R. — wären wir Alle gleich gescheit, gleich gebildet — und ich füge hinzu, gleich gewissenhaft, ehrlich und anständig, so ließe sich davon reden. Aber Sie haben selbst mit Lassalle zugegeben, daß diese Gleichheit nicht existirt, noch je erwartet werden kann. Es ist aber doch wohl natürlich, daß die Intelligenteren die Gesetze für diejenigen machen, welche weniger gescheit und gebildet sind. Man läßt die Gesetze für Schulen auch nicht durch die Schüler machen, sondern durch erfahrene Erwachsene. Sie selbst würden die consequente Durchführung Ihres oben citirten Satzes gewiß auch nicht billigen, wenn man etwa die Kinder, welche doch auch zum ganzen Volke gehören, als stimmfähig ansehen wollte.

Sie werden mir erwidern, daß natürlich auch im demokratischen Staate die Gesetze durch die vom Volk erwählten Intelligenteren entworfen und vom Volke durch allgemeine Abstimmung angenommen würden. Das allgemeine Stimmrecht ist es eben, wodurch nach Ihrer Meinung das Volk die Gesetze macht und sich selbst regiert. Ich weiß, daß dieses allgemeine Stimmrecht Vielen als das Universalmittel zur Besserung unserer Zustände erscheint. Leider kann ich diese Ansicht nicht theilen, und zwar einfach aus dem Grunde nicht, weil wir nicht Alle gleich gebildet, gescheit, ehrenhaft ꝛc. sind.

Verstehen Sie mich nicht falsch; das allgemeine Stimmrecht in dem Sinne, daß jeder Erwachsene unter gewissen Bedingungen abstimmen kann, lasse ich schon gelten, aber nicht in der Weise, daß eine Stimme so viel gilt als die andere. Denn in diesem Falle ist die Intelligenz entschieden in der Minorität, weil es bekanntlich mehr dumme Leute in der Welt giebt als gescheite. Daß es da leicht kommen kann, daß in die gesetzgebenden Körper nicht immer die gescheitesten und anständigsten Leute gewählt werden, sondern oft ehrgeizige, gewissenlose Streber, welche die Menge zu täuschen verstehen, und die nachher als Gründer und Gründergenossen*) die Gesetzgebung für ihre Zwecke einzurichten suchen, wissen Sie wohl auch. Dasselbe würde bei der Wahl der Verwaltungsbeamten der Fall sein.

Nein, ein Stimmrecht, bei welchem die Stimme eines Kant, eines Fichte, eines Freiherrn v. Stein, eines Tocqueville (ich nenne absichtlich nur Verstorbene) und die des ersten besten Köhlers, der zeitlebens kaum einmal aus seinem Walde gekommen ist und kaum seinen Namen schreiben kann, gleich viel gilt; ein Stimmrecht, bei welchem ein Washington, ein Franklin gleichgestellt werden mit einem Sohne der grünen Insel, dessen urwüchsige Natürlichkeit niemals von der Kultur — und von der Seife — beleckt worden ist, der sich rühmen darf, nie einen Buchstaben gekannt zu haben: ein solches Stimmrecht, Herr F. R., halte ich für ein Unrecht, ja für einen Unsinn.

Allerdings, Sie verlangen bessere Schulen, die wünsche ich auch. Allein diese würden bei der Ungleichheit der Begabung und des Lerneifers das Verhältniß nicht ändern; die bisherigen Ungleichheiten in Bildung und Charakter würden fortbestehen. —

(Fortsetzung folgt.)

*) Wir erhalten folgendes Schreiben: „Ich übersende Ihnen inliegend die Fortsetzung meiner Entgegnung statt des Schlusses, wie ich neulich ankündigte. Der Stoff ist mir unter den Händen gewachsen, so sehr ich mich auch bemühte, mich kurz zu fassen.

Achtungsvoll zeichnet Ihr ergebener Dr. Hager.

Erzhausen bei Darmstadt, 19. Februar 1878."

*) Zu einer kurzen Bemerkung müssen wir hier das Wort ergreifen: Die Gründer- und Gründergenossen sitzen merkwürdiger Weise nicht nur in dem durch das allgemeine Stimmrecht erwählten Reichstag, sie sitzen auch in den Einzellandtagen — vielfach dieselben Personen —, welche auf Klassensystem und Census beruhen. Die Sozialdemokraten aber sitzen nur in dem durch das allgemeine Stimmrecht erwählten Reichstage. Denken Sie, Herr Pastor, etwas näher darüber nach und Sie werden finden, daß Sie ohne Kenntniß und Ueberlegung obigen Satz niedergeschrieben haben. Red. d. „V."

Correspondenzen.

Leipzig. 1. März. (An die Maler-, Lackirer- und Vergoldergehilfen.) In den nächsten Tagen wird die Probenummer einer vom 1. April an regelmäßig, unter dem Titel: „Die Mappe, Organ für Maler, Lackirer und Vergolder" erscheinenden Fachzeitung herausgegeben. Um nun die weiteste Verbreitung dieses Blattes zu ermöglichen, bitten wir alle sich für unser Unternehmen interessirenden Berufsgenossen, als da sind: Maler, Lackirer, Vergolder, Tüncher, Weißbinder ꝛc., in den erschiedensten Orten, bei Unterzeichnetem ihre Bestellungen auf die von uns gratis und franco zu liefernde Probenummer zu machen.

Mit collegialischem Gruß

Die Verwaltung des Verbandes der deutschen Maler, Lackirer und Vergolder.

i. A.: Friedr. Nauert, Frankfurterstraße 31.

NB. Alle Arbeiterblätter werden freundlichst gebeten, Obiges abzudrucken, die sechsmal erscheinenden, wenn irgend möglich, zweimal. D. O.

Apolda, 22. Februar. (Nemesis.) Heute wurde hier der Nachtpolizeidiener Dobermann sofort aus dem Dienst entlassen; wie man hört, soll sein Sohn unter Beihilfe von dessen Mutter aus der Polizeiwachtstube Holz und Kohlen gestohlen haben. So hätte die rächende Nemesis schon wieder Einen erreicht. Es ist das derselbe Dobermann, wegen dessen unsere Parteigenossen Kettel und Leuschke auf „Beamtenbeleidigung" zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt wurden, derselbe, wegen dessen der Herr Appellationsgerichtspräsident v. Egloffstein in der Hauptverhandlung zu Eisenach die denkwürdigen Worte sprach: „Es ist eine Frivolität ohne Gleichen, einem solchen braven, ehrenwerthen Beamten gegenüber auch nur den Versuch zu machen, als wolle man den Beweis der Wahrheit führen." — Nun, unser gefangener Parteigenosse Leuschke mag sich in seiner Zelle in Ichtershausen trösten; wenn seine Erlösungsstunde schlägt, dann kann er stolz in unsere Mitte treten und sagen: Ich komme aus dem Gefängniß, woselbst ich seit 3 Monaten die „Ehre" des Dobermann habe wiederherstellen müssen!

Hamm, 15. Februar. Vor dem hiesigen Appellationsgericht kam gestern eine Beleidigungsklage des Bürgermeisters Kerkhoff zu Altendorf gegen unseren Genossen Strumpen zur Verhandlung. Letzterer hatte in der „Essener Freien Zeitung" den Bürgermeister der Unterschlagung amtlicher Gelder, sowie ungesetzlicher Beeinflussung der Wirthe bezichtigt. Das Kreisgericht zu Essen verurtheilte deshalb den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängniß. Gegen dieses Urtheil appellirte der Angeklagte und das Urtheil des Appellationsgerichts lautete gestern dahin, daß der von dem Angeklagten angetretene Beweis der Wahrheit in Bezug auf die in dem inkriminirten Artikel von ihm gegen den Bürgermeister Kerkhoff gerichteten Beschuldigten, als vollständig erbracht anzusehen, und der Angeklagte nur weil aus der Form des Artikels hervorgehe, daß er die Absicht gehabt, den Kerkhoff zu beleidigen, mit 20 Mark Geldbuße zu bestrafen sei. Somit wäre Herr Kerkhoff wohl in Altendorf fertig, denn die königliche Regierung wird doch wohl nicht dulden, daß ein Mann, gegen welchen ein solches richterliches Erkenntniß vorliegt, noch länger Vater einer Gemeinde sein kann. — Wir aber rufen aus: „Schon wieder Einer!"

Briefkasten

der Redaktion. W. in Bielefeld: Ist nicht nöthig; in dieser Session wird die Erhöhung der Tabaksteuer nicht zu Stande kommen. — A. K. in Wiesbaden: Sie haben sich zunächst mit der Beschwerde an die Regierung zu Wiesbaden zu wenden, indem Sie sich auf das preußische Vereinsgesetz beziehen, welches bei einer öffentlichen Versammlung gar nicht vorschreibt, über welches Thema gesprochen werden darf oder über welches nicht. Der Polizeicommissar hatte unter allen Umständen nicht das Recht, die Versammlung aufzulösen; er konnte höchstens die einzelnen Gewerkschaften denunciren. — H. K. in Wandsbeck: Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie Diejenigen der Feigheit beschuldigen, welche wegen weniger Monate Haft die Flucht ergreifen, aber Sie irren sehr, wenn Sie meinen, eine Charakterschwäche, was ja die Feigheit ist, ließe sich durch öffentliche Rügen aus unserer Partei bannen. — T. in Cottbus: Ihre „Gedanken über Gottheit und Leben nach dem Tode" wollen wir doch lieber ungedruckt lassen. Daß es keinen Gott und kein „ewiges Leben" giebt, ist dem größten Theile unserer Leser längst bekannt und darum trachten wir alle ja auch darnach, das „irdische Leben", das einzige, das es giebt, für uns und für die, die nach uns kommen, immer schöner zu gestalten. — M. in B.: Ihre Correspondenz wird nächstens erscheinen. — N. in G.: Berichte über die Reichstagswahlagitation dürften schwerlich mehr aufmerksame Leser finden. — M. in Szigetvar: Wenn Sie nicht begreifen können, daß wir uns durch den Abdruck Ihres Artikels in die ungarischen Parteiverhältnisse — wenn auch nur indirekt — eingemischt hätten, so ist das nicht unsere Schuld. Jedenfalls werden Sie gut thun, sich mit den „Chronikmännern" direkt und nicht auf dem Umwege über Leipzig auseinanderzusetzen. Und dann merken Sie sich noch dies: der „Vorwärts" ist kein Sprachrohr, durch welches Jeder, dem es gerade beliebt, unerwiesene Verdächtigungen in die Welt hinausschreien kann. — J. R. in Zittau: Durch die Appellation werden Sie schwerlich etwas anderes, als einen Aufschlag der Gerichtskosten erzielen. —

der Expedition. E. Müller in Bürgel: Diese Session unmöglich, da anderwärts bereits verpflichtet sobald Zeit wird. Wenden Sie sich an W. Bock in Gotha, Mühlgrabenweg 3. Gruß. M. — Wilh. Hedel in Herzberg: Brief erhalten. — C. H. Schüler in Frohnau: H. Oehme's Adresse ist: Hannover, Mittelstr. 3. — Aug. Kluge in Bautzen: Am 15. Februar sandten wir das Bestellte per Kreuzband an Ihre Adresse ab, es ist also unterwegs zu Verlust gegangen. Heute senden wir Ihnen dasselbe nochmals.

Quittung. Wsl Christophsgrund Ab. 16,46. Mnch Zittau Schr. 7,25. Jgr Stockum Ab. 7,00. Brn Heidenheim Ab. 8,00. Frnkl Pest Ab. 28,99. Frnk Penig Schr. 17,60. Arbeiterbildungsverein Leipzig Ann. 3,00. Ullrch hier Ab. 5,70. Pcht Bleicheroda Ab. 2,40. Hckl Herzberg Ab. 2,00. Lgs Hannover Ann. 1,30. Albrt Eßlingen Ab. 14,00. Schn. Göppingen Schr. 24,19. Thms Darmstadt Ab. 20 00. Schrnr Lübeck Ab. 7,30. Drsdt Lambrecht Schr. 3,85. Strl Offenbach Ab. 26,70. Volksvers. Essen Ann. 1,20. Mrtg Colditz Schr. 1,90. Zmmrmnn Beveren Schr. 0,70. Khl Ottweiler Schr. 1,60. Sbl Teuchern Schr. 0,40. Whlhlm Ilsbeim Schr. 0,70.

Fonds für Gemaßregelte.

Bkl Dresden 0,25. E. E. Bialla 5,00.

Essen. Sonntag, den 3. März, Vormittags 11 Uhr, im Essener „Odeum": [1,20

Volksversammlung.

Tagesordnung: Politische Heuchelei. Referent C. Seelig.

Nachmittags 4 Uhr ebendaselbst (F. 109)

Ball.

Das Comité.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 2. März, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung und Verschiedenes. [60

Montag, den 4. März, Abends halb 9 Uhr, im großen Saale des „Ballhofes": [70

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Reaktion, Revolution und Staats-Sozialismus. Referent Herr Kaiser.

Der Vorstand.

Leipzig. Sonnabend, den 2. März, Abends 8 Uhr im Saale des Herrn Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Hauptversammlung

der Abonnenten des „Pionier" und der Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und Berufsgenossen.

Tagesordnung: 1) Die Gewerkschafts-Conferenz in Gotha. 2) Die statistischen Ermittelungen über die Lage der Leipziger Holzarbeiter. Herr Weidemann aus Mannheim wird anwesend sein. Zahlreiches Erscheinen sämmtlicher Holzarbeiter erwartet Der Einberufer. [1,00

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. [40

Jeden Sonnabend, Abends ½9 Uhr, in der Thieme'schen Brauerei, Tauchaerstr. 12: Versammlung u. Aufnahme neuer Mitgl.

Ein Parteigenosse, der schon als Redakteur thätig war, sucht bei einem Parteiblatte in der Redaktion oder Expedition unterzukommen. Offerte unter R. besorgt die Exped. d. Bl.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „**Vorwärts**" von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatanzeigen 15 Pf. und jede pol. Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 690 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ens, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New & Golden Square

Nr. 26. Sonntag, 3. März. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen bei Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld ꝛc. bei Frau Engel, Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Connewitz ꝛc. bei Hackert, kurze Str. 10 part., für Kleinzschocher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, Reudnitz bei Zschau, 15 I, für Plagwitz-Lindenau bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., bei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Ein Vorschlag zur Güte.

Die „neue Partei" der „Staatssozialisten", die sich aber in ihrem militanten Theil als eine verschlechterte Auflage der katholischen „Christlich-Sozialen" entpuppt haben, ist eine Fehlgeburt — das wird allseitig zugegeben, und kann als Thatsache acceptirt werden.

Mit welchen Fanfaren wurde die „neue Partei" in die Oeffentlichkeit eingeführt! Welch goldene Berge, welche Thaten wurden versprochen! Der Stein der Weisen war endlich gefunden; das von allen früheren sozialen Heilkünstlern vergebens gesuchte Arkanum zur Lösung der sozialen Frage und zur Vernichtung der bösen Sozialdemagogen, genannt Sozialdemokraten, war entdeckt, und die „besten Männer" aus den „gebildeten Ständen", den „besseren" Klassen traten zusammen, — eine heilige Schaar von Gesellschaftsrettern — um die Kur durchzuführen und den kranken „Kater von Staat", sammt der ebenso kranken Kackerin von Gesellschaft wieder gesund zu machen. Die Vertreter der Wissenschaft marschirten Hand in Hand, Arm in Arm mit den Vertretern der Religion, der Industrie, des Grundeigenthums — Professoren, Privatgelehrte, Beamte, Fabrikanten, Gutsbesitzer, Hof- und sonstige Prediger formirten sich zu einem, allerdings nicht „hellen" Haufen und forderten, zwar nicht das Jahrhundert, aber doch alle „schlimmen Mächte" unseres schlimmen Jahrhunderts in die Schranken.

Eine wunderlich gemischte Gesellschaft.

Hier Männer mit dem Stempel edelen Strebens auf der Denkerstirn.

Dort lärmende, polternde Charlatane, heulmeiernde, zeternde Pfaffen, an deren „Rockschöße" sich allerhand Catilinarische Existenzen, bekehrte Nagelschmiede, „gerettete" Sünder der verschiedensten Art anklammern.

Der Ersteren sind Wenige, sehr, sehr Wenige — blos drei, vier, sicherlich nicht mehr als ein halbes Dutzend.

Der Anderen dagegen Viele.

Wie lange werden es beide zusammen aushalten? Die Männer des ernsten Strebens und der Wissenschaft, sie sonderten sich bald ab, bildeten eine eigene Gruppe, zerschnitten aber nicht das Tischtuch. Die Agitation überließen sie den Andern. Diese, voll Feuereifer, stürmten in die Arena, nahmen den Stier bei den Hörnern und — wurden erbärmlich zugerichtet. Die Staats- und Gesellschaftsrettung lief auf eine gemeine Kapuzinade, auf ein Revival*) im englisch-amerikanischen Stil hinaus. Bei solchen Revivals pflegen durch irgend ein Wunder „mäßig" gewordene Trunkenbolde, ehrlich gewordene Spitzbuben, Hauseinbrecher und ähnliche Exemplare des genus homo produzirt zu werden, die dem erstaunten Publikum das durch Gottes gnädige Fügung an ihnen verübte Wunder zu erzählen, und, durch dieses argumentum ad hominem an den in ähnlicher Lage, wie sie selbst (vor der himmlischen Erleuchtung) befindlichen Zuhörern womöglich das ähnliche Wunder zu wirken haben. Die deutschen „Revivalisten" haben ihre englisch-amerikanischen Originale gut kopirt und ihnen auch diese bekehrten Lumpen und nunmehrigen Lumpensammler entliehen. Leider mit wenig Erfolg. Ob nun die Lumpen (vor der Bekehrung — jetzt sind's natürlich fromme, biedere Leute, vom Geist der Gnade durchleuchtet und gereinigt) — ob nun die Lumpen nicht echt waren, oder ob die Bekehrung nicht echt ist, genug die bekehrten Lumpen wollten nicht ziehen und brachten ihrem geistlichen Impressario und Regisseur einen jämmerlichen Durchfall ein. Der arme Stöcker! Uebrigens ist er nicht blos an seinen Bassermann'schen Gestalten zu Grunde gegangen. Den Hauptschlag gegen sich hat er mit eigener Hand, oder richtiger mit eigener Zunge geführt. Im Jahre des Heils 1878, in Berlin, der Stadt Friedrich's des Großen und Hegel's, der Metropole des nüchternen Verstands, der ätzenden, nichts schonenden Kritik, vor versammeltem Volk eine Kapuzinade im Stile des 16. Jahrhunderts aufführen, die sechs Schöpfungstage vertheidigen, jeden Bibelbuchstaben, jedes Bibelwunder als sakrosanktes Rührmichnichtan, als unumstößliche Wahrheit, an der nur ein Schächer und Sünder zweifeln und rütteln kann, hinzustellen, das ging denn doch, um in Stöcker'schen Jargon — wenn er „populär" sein will — zu reden, „über die Hutschnur". Herr Stöcker hat seinen Lohn davon getragen: er ist ausgelacht, todtgelacht worden. Und mit ihm die ganze Stöckerei. Warum probirte der Unglückliche es aber auch gerade in Berlin, dem mit französischem Blut und französischem Esprit „durchseuchten" Berlin, vielleicht der einzigen Stadt Deutschlands, wo das französische Sprüchwort: le ridicule tue — das Lächerliche tödtet — Geltung hat?

Es ist halt „Pech", „Walten der Vorsehung", „Gottes unerforschlicher Rathschluß", „Kismet" — oder wie man das fatale, verhängnißvolle Ding nun zu nennen beliebt.

Genug, es ist so: Stöcker und die Stöckerei sind todt, todtgelacht, gemiereckt.

Doch da wäre uns die kleine Gruppe beinahe aus den Augen gekommen. Wo steckt sie? Ach, da hinten, verschämt, etwas beschämt stehn einige Gestalten. Sie sind es. Einer fehlt, er hat als pfiffige Ratte bei Zeiten das morsche, schlecht gebaute, schlecht gesteuerte Schifflein verlassen. Der Rest schaut verlegen drein. Es ist nicht angenehm, bekennen zu müssen, daß man einen Bock geschossen, eine Eselei begangen hat. Aber immerhin better late than never — besser spät, als gar nicht.

Und jetzt wollen wir unsern „Vorschlag zur Güte" an den Mann bringen.

Wie wärs, wenn die ernsten Vertreter der Wissenschaft, die bei Stöcker 'reingefallen sind, einen Verein zur Verbreitung gesunder sozialpolitischer Anschauungen und Grundsätze unter den sog. höheren Klassen bildeten? Die Herren Wagner, Petermann, Scheele, Schäffle wissen so gut wie wir, daß das einzig sichere Mittel zur Abwendung einer sozialen Revolution (im staatsanwaltlichen Sinne) in der Erkenntniß der ökonomischen Gesetze und Erscheinungen liegt. Besitzen die verschiedenen Volksklassen, namentlich die herrschende Klasse, die ja direkt allein Einfluß hat, diese Erkenntniß, dann ist eine Revolution einfach unmöglich, die reformatorische Entwicklung gesichert.

Ferner wissen die Herren Schäffle, Petermann, Scheele, Wagner ebenso gut wie wir, daß die herrschenden Klassen in Bezug auf die ökonomischen Gesetze und Erscheinungen von einer wahrhaft haarsträubenden Ignoranz sind. — Also an's Werk! Hic Rhodus, hic salta! Hier ist das Feld für Eure Thätigkeit.

Ihr sorgt für Bildung der „Gebildeten".
Wir sorgen für die Bildung der Ungebildeten.
Ihr für die Bildung der Staatsmänner, Bourgeois u. s. w.
Wir für die Bildung der Arbeiter.

Das ist eine ganz vernünftige „Theilung der Arbeit", und wir ergänzen uns gegenseitig.

Und sollte es Euch etwa an „Kräften" fehlen — wohlan, so können wir Euch mit ein paar „Agitatoren" aushelfen, sogar mit Einigen, die gerne bereit sind, dem Fürsten Bismarck ein Privatissimum über die Anfangsgründe der Nationalökonomie und Sozialwissenschaft zu lesen — auf Wunsch mit einem vergleichenden Exkurs über Marpinger und Barziner Wunderschwindel.

*) Revival (sprich Riweiwel, eigentlich: Wiederbelebung, Wiedererweckung) nennt man die Versuche der Pfaffen, den religiösen Fanatismus durch allerhand marktschreierische Kunststücke epidemisch zu verbreiten.

Russische Barbarei.

Bei Gelegenheit der Polen-Interpellation im österreichischen Abgeordnetenhause kam es an den Tag, daß seitens der russischen Militärbehörden die scheußlichsten Verbrechen an gefangenen Polen und Ungarn verübt worden sind. Russische Generale haben die Ermordung friedlicher Personen angeordnet, blos weil dieselben das „Verbrechen" begangen, Polen oder Ungarn zu sein.

Wir wollen einige Thatsachen mittheilen.

Als die Russen Sofia besetzt hatten, ließen die Türken ihre Verwundeten in den Spitälern zurück, die pflichttreuen Aerzte harrten bei den ihrer Obhut anvertrauten kranken und elenden Menschen aus. Die russische Regierung hat die Genfer Convention anerkannt, das rothe Kreuz und der rothe Halbmond sind gleichbedeutende Symbole der Humanität. Die Aerzte stehen unter dem Schutz eines internationalen Uebereinkommens, das ist ihre Sicherheit, das ist die Gewähr für die ungehinderte Ausübung ihres Berufes. In Sofia wirkten fünf Aerzte, darunter vier österreichische Unterthanen, in den türkischen Spitälern. Sie hatten nichts zu fürchten, obgleich sie der polnischen Nationalität angehörten, weil sie nicht die Waffen gegen Rußland trugen, weil sie der regulären Armee des Sultans als Sanitätspersonen angehörten, weil sie in diesen Dienst mit Bewilligung ihres eigenen Staates getreten waren. Nichtsdestoweniger wurden drei dieser Aerzte, alle Doktoren der Krakauer Universität, sofort nach dem Einrücken der Russen in Sofia verhaftet, weil ihre Namen die polnische Abkunft verriethen. Den Vierten ließ man unbehelligt, weil sein Name einen deutschen Klang hat. Dem Fünften, dessen Name polnisch klingt, konnte man aus einer Ursache, die sofort klar werden wird, nicht an den Leib, und Dieser, welcher der Katastrophe entging, bringt die Schreckenskunde, die wir zu erzählen haben. Herr Dr. Czerwinski versah sich, als er in den türkischen Sanitätsdienst trat, mit einem englischen Paß, und dieser Umstand rettete ihm das Leben. Sofort beim Einrücken der russischen Truppen in Sofia stellte er sich unter den Schutz des dortigen englischen Consuls, und dieser verhinderte durch sein energisches Auftreten die Verhaftung und Ermordung eines Mannes, der, weil er ein englisches Reisecertifikat besaß, des Schutzes der englischen Macht sicher sein durfte. Die Engländer, wo sie sich immer in der Welt befinden, wissen, daß so weit die Macht Englands reicht, ihnen nirgends ein Unrecht zugefügt werden darf, ohne daß sofort diese ganze Macht für sie eintritt, um sie entweder zu retten oder die ausgiebigste und stärkste Genugthuung für das, was sie erlitten, zu verlangen und zu erzwingen. Dr. Czerwinski im Besitz eines englischen Passes war gefeit, die Russen wagten es nicht, ihm ein Haar zu krümmen, aber die anderen vier Aerzte, die sich „blos" als österreichische Unterthanen dokumentiren konnten, wurden am Galgen durch den Strang hingerichtet. Die ersten drei Aerzte wurden sofort in den Kerker geworfen, der vierte, Herr Dr. Gebhardt, entging einige Tage diesem Schicksal. Die Russen vermutheten hinter diesem Manne keinen Polen. Dr. Gebhardt versah seinen Dienst in den Spitälern, in denen sich auch russische Kranke einstellten, ja, er wurde sogar von einer russischen Colonne auf eine kurze militärische Expedition mitgenommen. Bald aber stellte es sich heraus, daß er aus Krakau stamme, und sofort wurde er eingekerkert. Der „Prozeß", der gegen ihn und seine drei Genossen geführt wurde, war ein kurzer. Vergebens berief sich Dr. Gebhardt auf seine Eigenschaft als österreichischer Unterthan. Vergebens machte er geltend, daß sein ältester Bruder in Wien als Rathssekretär des k. k. Obersten Gerichtshofes lebt. Vergebens wies er nach, daß er seinem Alter nach nicht an dem letzten polnischen Aufstande gegen Rußland hatte theilnehmen können, weil er 1863 kaum dreizehn Jahre alt gewesen. Alles das half nichts, er und seine drei ärztlichen Collegen wurden in Sofia von den Russen auf öffentlichem Platze gleichzeitig gehenkt und Dr. Cerwinski, der noch der Exekution beiwohnte, brachte in diesen Tagen die furchtbare Botschaft nach Wien, bestellte an den k. k. Rathssekretär beim Obersten Gerichtshof, Hrn. Dr. Sig. Gebhardt, die letzten Grüße seines unglücklichen Bruders.

Der zweite Bericht stammt aus Vera von einem Manne, der eine hohe Stellung einnimmt. Aus der langen Liste von Greuelthaten schrecklichster Art, die sich die Russen gegen Polen und Ungarn überall dort haben zu Schulden kommen lassen, wo sie siegreich eingezogen waren, hebt dieser Bericht Folgendes hervor: In Philippopel, in Sofia, in Ichtyman, Tatar-Bazardzik, Adrianopel, Kule Burgas, Karston und vielen anderen Orten haben Blutgerichte stattgefunden, denen Polen und Ungarn zum Opfer fielen. Als General Skobeleff in Adrianopel einrückte, verkündete er den Ausspruch: „Wer als Slave gegen Slaven gefochten, verdient den Strick und soll gehängt werden." Das also ist der „Rechtstitel" für diese Justizmorde, und, sollte Oesterreich in einen Krieg mit Rußland gerathen, dann müßten demselben Grundsatze zufolge alle österreichischen Kämpfer slavischer Nationalität das Schicksal des Strickes befürchten, wenn sie in Gefangenschaft gerathen sollten, denn Rußland kennt nur „Slaven", es kennt keine Oesterreicher.

Alle diese Hinrichtungen wurden nicht in der Stille der Nacht, in dem Dunkel der Kerker, nein, öffentlich vor aller Welt, unter rauschender Militärmusik, unter dem Rasseln der Trommeln vollzogen. So starb Taczanowski, ein großer Grundbesitzer, der von den Kosaken in dem Moment ergriffen wurde, als er mit einem chemischen Experimente beschäftigt war; so in Philippopel der junge Kuszowski, der in der Türkei geborene Sohn des ehemaligen türkischen Artillerie-Direktors, ein Kriegsgefangener im Sinne des Völkerrechts. So ließ General Gurko drei Brüder Waligorski aus Krakau, den Pester Toth und den Kaschauer Schuhmacher, alle österreichisch-ungarische Unterthanen, hinrichten. Dr. Zagorski, der als Arzt im Spital von Kazanlik zurückblieb, endete am Galgen, ebenso die Doktoren Mionczynski und Brzozowski, die in dem von Baron Hirsch in Sofia errichteten Spitale als Aerzte funktionirten, welche Letztere identisch mit jenen Aerzten zu sein scheinen, über deren gleichzeitige Hinrichtung mit Dr. Gebhardt Herr Dr. Czerwinski Nachricht gab. In Sofia erlitten noch den Tod am Galgen der Vilajets-Sekretär Czengerski und der Besitzer einer Ziegelei, Namens Podhawski. Als einige Tage vor dem Waffenstillstand ein russisches Streifkorps die Eisenbahnstation von Gubedich, fünfzehn Kilometer von Warna, überfiel, wurden die Bahnaufseher Janowski und Wychowski ergriffen und in Oglu-Bazardzik gehenkt. Ja, nach dem Abschluß des Waffenstillstandes überfielen die Russen den Ort Prawady und führten von dort einen Gasthofbesitzer in Schumla und einen Apotheker, Beide gebürtige Polen jüdischer Religion, mit sich fort, um sie dann vor der Moschee in Bazardzik aufzuhängen.

Aus England.

London, 23. Februar.

Der hier bereits beinahe zur Gewohnheit gewordene Strike der Steinhauer hat, wenn er den englischen Arbeitern weiter nichts einbringen sollte — und Weiteres ist nicht zu erwarten — denselben doch wenigstens die Augen geöffnet und ihnen einen etwas klareren Ueberblick über ihre eigene Lage gestattet. Hier näher auf die englischen Verhältnisse einzugehen, wäre nicht am Platze! Derartigen Stoff werde ich in einem nachfolgenden Artikel ausführlicher bearbeiten.

Bisher haben die englischen Arbeiter geglaubt, durch Trades-Unions oder einfache Strikebewegungen könnten sie den Kapitalismus im Schach halten. Und bisher war das auch theilweise scheinbar gelungen. Es hat sich bis jetzt immer so gemacht, daß die Arbeiter den Kapitalisten durch ihre Strikes hier und da auf die Zehen traten, und zwar war das hauptsächlich zu Anfang der Strikesbewegungen der Fall. Jedoch sagten sich die Kapitalisten: „Wir können die Trades-Unions ruhig mit in den Kauf nehmen, so lange die Arbeiter sich nicht auf das politische Gebiet begeben, können wir die Lohnerhöhungen, welche sie uns durch einen Strike abringen, stets wieder in Anrechnung bringen, und kein Mensch ahnt, daß die Arbeiter uns das uns Abgetrotzte doppelt zurückzahlen müssen. Durch diese stille Rache haben wir auch nebenbei einen ganz anständigen Profit, können die Preise hochschrauben, und wenn wir einen größeren Contrakt schließen,

dann wird gleich eine Strikeklausel mit eingeschoben, welche uns auf alle Fälle gute Prozente und sicheren Gewinnst einbringt, ob gestrikt wird oder nicht." — Das ungefähr würde man hören, wenn man ein Zwiegespräch zweier betheiligter Kapitalisten belauschte. Jedoch in die Ohren der Arbeiter dringen derartige Meinungen nicht! Obgleich eine gewisse Klasse von Personen, welche in besagte Verhältnisse sehr genau eingeweiht sind, den Trades-Unions sehr, sehr nahe stehen, so wird diese Wahrheit doch sorgsam verschwiegen. Warum? Darauf komme ich später noch zu sprechen.

Es giebt wohl kein treueres, an der Arbeitersache energischer festhaltendes und dem Kampfe für die Befreiung von dem Joche mehr ergebenes Arbeitervolk, als gerade das englische. Diese Ausdauer und Zähigkeit in den Gewerkschaftskämpfen, dieses freudige Ertragen von Noth und Elend, wenn es gilt, das vorgesteckte Ziel zu erreichen, muß man gesehen haben, um zu dem Ausspruch zu kommen, daß dieser edle Kampfesmuth zu Besserem verwandt werden könnte. — Doch so weit sind wir noch nicht! Und da es nicht leicht ist, sich dem lähmenden Drucke der Fesseln einer verkehrten Anschauung zu entwinden, müssen wir uns schon noch ein wenig gedulden, und die alte Taktik, wie sie bisher gehandhabt wurde, noch so lange in Kraft bestehen lassen, bis sie sich vollständig von selbst abgenutzt hat, was nicht allzulange auf sich warten lassen wird, denn wir sind bereits in der Uebergangsperiode angelangt. Die alten Räder des Uhrwerks wollen schon nicht mehr recht eins in das andere greifen, und es wird nur noch durch die alten Schmiedemeister, denen die Leitung dieses Werkes übertragen worden ist, mit aller nur möglichen Anstrengung, mit Kraftöl, vermischt mit etwas conservativem und liberalem Fettstoff, in Bewegung gehalten.

Auf dem letzten Trades-Unions-Congreß wurde der Antrag unseres Parteigenossen Weiler: für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten, angenommen, an dessen Ausführung natürlich vorläufig noch nicht zu denken ist; jedoch genügte dieses den Herren Kapitalisten, in dieser Handlungsweise die ersten dunklen Wolken eines heranziehenden mächtigen Sturmes zu erblicken, und gleich trafen sie Vorsichtsmaßregeln, um die neue Bewegung zu schwächen. Sie ließen sich zu dem ihnen selbst verderblich werdenden Schritt der Importation ausländischer Arbeitskraft verleiten.

Fremde Arbeiter wurden in großen Massen aus Amerika, Frankreich, Italien und Deutschland herangeholt, um gegen die englischen Stone-Masons (Steinhauer) zur Entscheidung in den Kampf geführt zu werden. Die Kapitalisten riefen schon: Wir sind gerettet; es giebt keine Internationale mehr, denn sonst hätten wir dieses Schlachtvieh nicht auftreiben können. Wie sie sich aber dabei geirrt haben, das wissen sie nicht, denn sonst sollten sie überzeugt sein, daß, wenn auch augenblicklich keine technische internationale Organisation besteht, so doch immer noch ein internationales Prinzip existirt. Dieses auszurotten dürfte eine Unmöglichkeit sein, es sei denn, daß sie im Stande wären, das Elend radikal aus der Welt zu verbannen.

Den als Waare oder, wollte ich sagen, als Schund und kapitalistisches Kampfesmittel auf den englischen Arbeitsmarkt geschleuderten deutschen Steinhauern muß man es zur Schande nachsagen, daß sie die letzten, also bestgewarnten sind, welche durch falsche Vorspiegelungen der Kapitalisten und durch Verlockung derselben sich zu dem Verrath hergaben, den englischen Arbeitern, deren Familien nunschon Wochen lang hungern, den Sieg streitig zu machen. — Eines weiteren Commentars bedarf dieses meinerseits nicht, nur fragen wir uns: Ist das, wie uns gewöhnlich gesagt wird, noch ein gewerkschaftlicher Streit? Nein, sagen wir, er ist es nicht! Es ist das der hell auflodernde Kampf ums Dasein, um die Existenz. Und wie vorhingesagt: sobald die Arbeiter auf das politische Gebiet von dem gewerkschaftlichen übertreten, dann kann das Kapital nicht länger als Wolf im Schafspelze verborgen bleiben, dann reißt man ihm die Maske von dem heuchlerischen Gesicht. Bis jetzt liegt, wie schon erwähnt, die zur Emancipation der englischen Arbeiter treibende Kraft noch im Entwickelungsstadium, — aber die Einsicht, daß die Strikes allein nicht geeignet sind, den verloren gegangenen menschlichen Standpunkt wieder zu erlangen, verbreitet sich immer mehr und mehr, bis der Nebel des Nichtdenkens sich vollends lichtet vor den Augen der Ausgebeuteten und die segenbringenden Folgen des Antrags des Congresses die Massen vollständig aus dem gewerkschaftlichen Traume erweckt. Der englische Löwe ist geduldig, regt er sich aber einmal ernstlich, dann wehe Dem, der ihm in den Weg tritt.

Es hat sich nun hier in London bereits eine Bewegung entwickelt, die für die Zukunft nicht ohne Folgen bleiben wird. Am 21. Nov. 1877 fand in Blue Post Newmann Street, Oxford Street, ein von politischen und gewerkschaftlichen Delegirten besuchter Congreß statt, in welchem die Gründung eines „Allgemeinen Vereinigten Arbeiterbundes" einstimmig beschlossen wurde, dessen erster Paragraph lautet:

„Der Zweck des Bundes soll sein:

Gemeinsames Handeln der Arbeiter aller Länder im Kampfe gegen die Unterdrückung seitens des international organisirten Kapitals."

Dieses ist der Hauptgedanke des neu ins Leben getretenen Allg. Ver. Arb.-Bundes. Es kommt jetzt hauptsächlich darauf an, daß ihr deutschen Arbeiter sowie auch die Arbeiter anderer Länder uns alle nur mögliche moralische Unterstützung angedeihen laßt, damit wir in Zukunft nicht wieder den guten Stamm der deutschen Arbeiter von den Kapitalisten vor aller Welt beschimpft sehen, um jedes internationale Band zwischen englischen und deutschen Arbeitern unmöglich zu machen.

Es ist nöthig, daß eine Fühlung unter allen Arbeitern existirt, durch welche wir im Stande sind, das internationale Kapital auch international zu bekämpfen.

Alle Nachfragen und Correspondenzen bitte ich an untenstehende Adresse zu richten, die Nachfragen ꝛc. aus Deutschland an den deutschen Schriftführer ꝛc.

Eugen Mendel, 33 Windmill Street Tottenham Court Road London W., Schriftf. für Deutschland.
Kaufmann, Schriftf. für Frankreich.
Weber, Schriftf. für Amerika.
Buttler, Schriftführer für England und Allgemeiner Schriftführer.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Krieg oder Frieden. Das Zünglein der Wage schwankt fortwährend, es läßt sich aber nicht verkennen, daß in den letzten Stunden die Schale des Kriegs sich tief gesenkt hat. Die russischen Friedensbedingungen, obgleich für England schonender als für Oestreich, haben in England einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und die Regierung zu einem weiteren Schritt in der Richtung des Kriegs veranlaßt. Die Gardebrigade ist auf den Kriegsfuß gesetzt, die sofortige Bildung eines Expeditionscorps angeordnet, General Napier zum Befehlshaber desselben ernannt, und sonstige Maßregeln getroffen worden, welche auf den Entschluß, den von Rußland geschürzten Knoten mit dem Schwert zu durchhauen, hindeuten. Auf der anderen Seite schlagen die russischen Regierungsblätter einen sehr versöhnlichen Ton gegen England an, und stellen alle möglichen Conzessionen in Aussicht. Das ist eben russische Weise. Wer sich dadurch nasführen läßt, verräth eine polizeiwidrige Dummheit.

In Oestreich schwankt man fortwährend hin und her. Die Hinrichtung östreichischer „Unterthanen" durch die Russen (S. d. Artikel „Russische Barbarei") ist ein Faustschlag ins Gesicht Andrassy's. Der gute Mann scheint ihn aber nicht zu spüren. Oder sollte er dessen Bestrafung seinem guten Freund Bismarck überlassen?

— In der Reichstagssitzung des vorigen Montag kam bei der Etatsberatung anläßlich des Postens: „Gesandtschaft in Petersburg" auch die Frage der „Grenzplackereien" zur Sprache. Fürst Bismarck antwortete sehr kleinlaut, man werde thun, was sich thun lasse, dürfe aber die politischen Verlegenheiten Rußlands nicht ausbeuten, um einen Druck auszuüben, und warnte vor allzuhoch gespannten Erwartungen! Bei anderen Gelegenheiten, anderen Staaten gegenüber, war Bismarck nicht so — bescheiden. Da gab es mitunter einen „kalten Wasserstrahl", und wenn der nicht gleich half, flog die Hand an den Griff des Kürassiersäbels. Aber der liebe „Erbfreund" darf den Civis germanus — deutschen Reichsbürger — an der Grenze chikaniren, malträtiren nach Herzenslust, die deutsche „Nationalität" in den Ostseeprovinzen brutal mit Füßen treten — lieb „Väterchen", kannst ruhig sein, für Dich hat ER keinen „kalten Wasserstrahl", keinen Wink mit dem Kürassiersäbel, kein Aufstampfen des Kürassierstiefels.

Die Antwort Bismarck's soll die Reichstagsmajorität „sehr verstimmt" haben. Glauben's gern. Zeigt sich doch mit unangenehmster Deutlichkeit, wie abhängig durch die herrschende Politik Deutschland von dem russischen Barbarenstaat gemacht worden ist. Und wenn diese Thatsache, die man sich und Anderen gerne verbirgt, von dem Herrn Reichskanzler selbst proklamirt wird, sollte ein reichstreues Gemüth sich nicht ärgern!

— In der Reichstagssitzung vom 26. Februar wurde die Etatsberathung fortgesetzt. Abg. Rittinghausen tadelt es, daß Elsaß-Lothringen zur Staatsschuld mit herangezogen werde; vom Präsidenten wird er „zur Sache" gerufen. Bei dem Posten den Reichskanzler betreffend erhält Abg. Bracke das Wort und führt über die Art und Weise Beschwerde, in welcher der Reichskanzler überhaupt und namentlich bei Gelegenheit der Orientdebatte über die Sozialdemokratie geurtheilt habe. Der Reichskanzler habe am wenigsten das Recht, der Sozialdemokratie eine zerstörende Tendenz vorzuwerfen. Grade der Reichskanzler habe einen eminent zerstörenden Einfluß geübt. (Oh! Oh! Heiterkeit.) Er habe eine gewaltthätige revolutionäre Natur offenbart, die man anerkennen müsse. (Unruhe. Der Präsident bemerkt unter Beifallsgejohle der Liberalen, daß diese Aeußerung das parlamentarisch Zulässige überschreite.) Redner führt weiter aus, daß die zerstörende Thätigkeit des Reichskanzlers der revolutionären Fortentwicklung, welche die Sozialdemokratie vertrete, zu gut komme. Hierauf will er darauf eingehen, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie eine zerstörende Tendenz nicht verfolge, wird jedoch vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen. Bracke verläßt schließlich die Tribüne mit der Bemerkung, daß er vom Hause verhindert worden sei, seine Partei gegen die Vorwürfe des Reichskanzlers in Schutz zu nehmen. Der Präsident entgegnet, daß dem Redner diese Ausführungen nicht abgeschnitten worden wären, wenn er an der rechten Stelle und zur rechten Zeit gesprochen hätte. — Der Präsident hat gut reden: „wenn er an der rechten Stelle und zur rechten Zeit spräche" — kommen die Sozialdemokraten denn auch an der rechten Stelle und zu rechter Zeit zum Worte, Herr von Forckenbeck? Bismarck vertheidigte sich, indem er ausführte, daß er, wenn er von der Sozialdemokratie spräche, nur die eigentlichen Agitatoren und nicht die Arbeiter meine. Bismarck zeigte einmal wieder seine kostbaren Kenntnisse der sozialen Bewegung, indem er meinte, daß die sozialistischen Agitatoren auf die augenblicklich gedrückte Lage der Arbeiter spekulirten und dieselben aufreizten. Der Mann weiß nicht, daß in den Gründerjahren, wo die Arbeiter nicht in gedrückter Lage sich befanden, die Begeisterung für die Sozialdemokratie durchweg größer war, als gegenwärtig, und daß die Sozialdemokratie bei einem Aufschwunge der wirthschaftlichen Lage zugleich einen großartigen Aufschwung nehmen wird. Der Präsident rief Herrn von Bismarck nicht zur Sache, obwohl derselbe durchaus nicht bei der Sache war. Was der Kanzler sagte, hätte er lediglich und zwar auch nur zum Theile in einer persönlichen Bemerkung sagen dürfen. Doch Forckenbeck denkt anders, für ihn ist Bismarck eine geheiligte Person, für welche die Geschäftsordnung nicht gilt.

— Die Zünftler sind mit dem reaktionären Entwurf zur Aenderung der Gewerbeordnung nicht zufrieden, das haben sie neuerdings durch den Mund des Zopfhelden Brandes in Berlin erklären lassen, und zwar mit dem Bemerken, daß sie sich nunmehr selber zu helfen suchen würden. Diese Käuze sind im Spaßchentreiben wirklich unübertrefflich — erklären da, daß sie sich selber helfen würden, und malträtiren das elende Steckenpferd der Selbsthilfe nun bereits seit zwanzig Jahren in einer Weise, daß man für Roß und Reiter schier Mitleid empfinden muß. Damit aber nicht genug, hat jetzt auch die Gewerbekammer von Leipzig ihre Stimme erhoben, um für die sklavische Abhängigkeit des Arbeiters vom Arbeitgeber zu plaidiren. Sie verlangt u. A.:

1) Jedes Lehrverhältniß ist durch schriftlichen Vertrag zu begründen.

2) Jeder Lehrvertrag ist 8 Wochen nach Abschluß bei der Gemeindebehörde des Lehrherrn oder bei einer von derselben anerkannten Corporation zu beglaubigen.

3) Die Lehrzeit muß mindestens eine Dauer von 3 Jahren haben.

4) Nach Ablauf der Lehrzeit ist dem Lehrling ein Lehrbrief, beglaubigt durch die Gemeindebehörde des Lehrherrn oder durch

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

Endlich kam das Jahr 1877, wo unsre allerhöchsten „Helden" „Heldenthaten" an der Donau, am Balkan und in Armenien verrichteten, die aber das Volk noch tiefer ins Elend stürzten. Das erste halbe Jahr war so schrecklich für das Volk, daß man sich seine Leiden nur vorstellen aber nicht beschreiben kann. Hier wollen wir nur noch einige Striche thun, um das oben angeführte Bild zu vervollständigen.

Fangen wir beim Süden an. Ein Ekaterinoslawer Correspondent schreibt in einer Petersburger Zeitung: „Die Bauernwirthschaften sind in vollem Verfalle begriffen; Vorräthe an Samenkörnern und Brod sind nicht zu haben; die Arbeitslöhne sind gering und es giebt keine Arbeit; sogar der Consum des Branntweins hat sich stark verringert. Die Landcommunen stecken in großen Schulden." Ein Odessaer Correspondent berichtet: „daß in mehreren Bezirken des Cherson'er und Bessarabischen Gouvernements infolge der andauernden Dürre die Ernte ganz gering und zum Theil sogar zu Grunde gerichtet sei, und daß das Volk bittere Thränen vergießen werde, denn diese fünfte Mißernte müsse das Volk ruiniren." Ein Bessarabischer Correspondent schreibt: „Der für das russische Heer ungelegene und den Siegesgang der Soldaten durch Bessarabien hemmende Regen hat die Saaten verdorben, und wenn es keinen Mais giebt, so hungert das Volk." Aus dem Odessaer Bezirk berichtet man, daß die Aussichten auf eine erträgliche Ernte verloren seien, weil der „Kornkäfer", zu dessen Vernichtung 37,000 Rubel seitens des Tirospoler Bezirks erfolglos verausgabt worden seien, viel Schaden anrichte. Ueber die Zustände in der Asow'schen Gegend erfahren wir Folgendes: „Schon seit mehreren Jahren geht es mit der ökonomischen Lage unserer Gegend mit Riesenschritten abwärts. Niemand wird verschont. Die Bauern verarmen, werden ruinirt. Keine Samenkörner, wenig Vieh und dazu noch die großen Schulden, die in der Stärke von 100 bis 500 Rubel auf jedem Bauern lasten, dessen ganzer Reichthum seine nackten Hände oder ein abgemagertes Pferd ist. Diebereien und Betrug sind allgemein an der Tagesordnung." Bei solcher Lage kann dem Bauern eine mäßige Ernte, wie der Correspondent es wünscht, nicht heraushelfen. Solche Ernten verschieben nur den gänzlichen Ruin auf folgende Jahre. Im günstigsten Falle wird auch hier dasselbe wie im Samarer Gouvernement passiren, daß nämlich die Lage der Samarer nach einer „glänzenden" Ernte nicht besser als die der übrigen Gouvernements gestellt ist.*)

Aus einem Bezirk des Woroneścher Gouvernements schreibt ein Correspondent: „Die Bauern leiden Mangel an Geld, an Futter, Brod und Brennmaterial; viele Bauern hungern buchstäblich." Im Tambower Gouvernement, wo die Leiden des vorigen Jahres noch nicht vergessen sind, ist es in diesem Jahre noch schlechter geworden, so daß Diebereien und Verbrechen zunehmen. Im Charkower Gouvernement werden die Bauern wegen Nichtzahlung der Steuern-Rückstände gefoltert. In einem Bezirk des Poltawer Gouvernements hungern die Bauern schon seit langer Zeit. So in den fruchtbaren Gouvernements. In den anderen ist es noch schlimmer. In dem Gouvernement Twer befindet sich jetzt die Bevölkerung in einer „sehr schweren Zeit", was sich in Verminderung der Eheschließungen zeigt (Verminderung der Ehen um 17 Proz.). Aus dem Nowgoroder Gouvernement schreibt man, „der Frühling läßt für die Bauern das allerschlimmste befürchten." Aus Mesen bekommen wir dasselbe zu hören. Im Wilnaer Gouvernement ist die Sommersaat durch die herrschende Dürre, sind die Kartoffel durch Kälte vernichtet. Im Dorpater Bezirk wurde die Saat durch Hagel vernichtet, und der Correspondent ruft die Wohlthätigkeit an, „denn die Bauern sind schon seit zwei Jahren ohne Brod." Aus einem Bezirk des Gouvernements Smolensk wird berichtet, daß „die Lage der Bauern unzweifelhaft sehr schlimm sei." Ein Correspondent schreibt, „daß Anfang Juni fast von Petersburg an längs der Eisenbahnlinie nach Warschau auf der Strecke von drei Werst kein Gras zu sehen war, und daß die Aecker ganz kahl waren."

Lassen wir nun noch den Correspondenten einer Petersburger Zeitung sprechen: „Die große Fastenzeit fing dieses Jahr sehr frühzeitig an, aber bei einem großen Theil unserer Bauern fängt das Fasten noch früher an. Im Januar ist fast bei allen Bauern, sogar in den fruchtbarsten Gouvernements, der größte Theil des Brodes verzehrt. Von diesem Monate an geht es mit dem Bauernhaushalt bergab, und je weiter desto schlimmer wird es. Es folgen die sogenannten „vier Bauernfeiertage": der vom 16. Januar Peter-„Halbkost" und der 24. Januar Aksinija-„Halbbrod" (d. h. das Volk gebraucht von nun an halbe Rationen) — freudlose Feiertage, denen das eigentliche Fasten folgt. Dann folgen der Feiertag am 1. April Maria oder die sogenannte „leere Kohlsuppe", und der am 23. April, der sogenannte Georg „der Hungrige". Im Dorfe ist dann Alles verzehrt." Das sind die Bauernfeiertage! Kann man schamloser das leidende Volk verhöhnen?

Dazu kommen noch die extraordinären Bescheerungen, wie Feuersbrünste*), die den russischen Sommer charakterisiren und das Austreten der Flüsse, wobei ebenfalls viel zu Grunde geht.

VII.

Das eben entrollte Bild der traurigen ökonomischen Lage der russischen „Bauern" könnten wir noch vervollständigen durch Auszüge aus privaten Mittheilungen, in denen Alles beim richtigen Namen genannt wird; denn die russischen Zeitungen können und dürfen sich nicht einer freien Sprache bedienen, wenn es gilt, auf das Elend des Volkes hinzuweisen. Nur einige Thatsachen möge uns noch hier erlaubt sein, anzuführen. So schreibt man über die ökonomische Lage der Bauern in Weiß-Rußland, daß die dortigen Bauern den ganzen Sommer hindurch kein Brod zu sehen bekommen und nur von Pilzen, Beeren und grünen Zwiebeln leben; die besser situirten Bauern gebrauchen ein „originelles Brod", das aus Roggen, gemischt mit Hafer, Gerste und Spreu besteht. Wir können noch auf eine besondere Sorte von Brod, das aus verschiedenen Kräutern besteht, und auf die sehr traurige Thatsache hinweisen, daß die Bauern der Bezirke Mylin und Surasch, um nur nicht vor Hunger zu sterben, die Rinde eines ganzen Birkenwaldes abgeschält haben, wofür sie der „Beschädigung fremden Eigenthums" angeklagt wurden. Ein Podolischer Bauer wurde eines „Verbrechens" seitens seines Gutsbesitzers beschuldigt, das darin bestand, daß der Bauer ein zur Fütterung der Hunde bestimmtes

*) Die Samarer Bauern befinden sich noch bis heute in großen Schulden. Einer Landcommune verbot man die Errichtung einer Schule, weil ... nun weil sie für 10 Jahre Steuer-Rückstände schulde. Die Landesverwaltung denkt, daß Bildung die Armuth vergrößere oder verschlimmere.

*) Im Jahre 1877 kamen in Rußland 25,724 Feuersbrünste vor, die einen Schaden von mehr als 50 Mill. Rubel anrichteten, ungerechnet 2300 Feuerbrände, bei denen der verursachte Schaden nicht festgestellt werden konnte.

ihr von derselben anerkannte Corporation zu ertheilen und zwar nur auf Grund einer vorher abgelegten Prüfung.

5) Die event. zwangsweise Anhaltung der Lehrlinge zur Aushaltung des Lehrvertrages, sowie die Schadenersatzpflicht derjenigen Lehrherren, welche wissentlich einen contraktbrüchigen Lehrling in die Lehre nehmen, ist einzuführen, event. ist für eine verfügte Geldstrafe Haft zu substituiren.

6) Eine Probezeit von 8 Wochen vor dem Contraktabschluß ist dringend wünschenswerth.

7) Die obligatorische Einführung von Fachlehrlingsschulen unter Aufsicht und mit Unterstützung der Commune und der resp. Corporationen ist wünschenswerth.

8) Das contraktliche Arbeitsverhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist durch Einführung einer gesetzlichen Legitimation zu befestigen.

9) In jedem Bezirk, wo keine Innungen bestehen, sind von der Behörde gewerbliche Vereine auf solche Grundlage zu organisiren, daß ihnen Corporationsrechte verliehen werden können. Diesen Vereinen dürfen sich die Gewerbtreibenden der umliegenden Ortschaften anschließen.

10) Fakultative Meisterprüfungen sind einzurichten und dieselben unter Aufsicht eines Staats- oder Gemeinde-Commissars von Prüfungs-Commissionen vorzunehmen, welche aus den corporativen Vereinen gewählt werden.

11) Gewerbliche Schiedsgerichte, bestehend zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unter Vorsitz einer mit richterlicher Qualifikation ausgestatteten Person, sind obligatorisch einzuführen. Diesen Schiedsgerichten ist exekutivische Gewalt beizulegen.

Man sieht, die Herren verlangen zehnmal mehr als sie gewähren wollen; aber dafür ist gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Kapitalismus, duldet keinen Zwang, wie ihn die Zünftler gern wieder einführen möchten, und wer weiß, wie viele von Denjenigen er nicht morgen schon in das Proletariat hinabgeschleudert haben wird, die heute zur Rettung ihrer kleinbürgerlichen Existenz am ärgsten nach rückwärts drängen.

— **Mit geistigen Waffen** bekämpft man überall die Sozialdemokratie. So hat der Vorstand des „Vereins für die Wahrung der bergbaulichen Interessen“ in seiner Generalversammlung am 18. Februar beschlossen, alle Bergarbeiter auf den Vereinszechen, welche der Vereinigung des sozialdemokratischen oder des christlich-sozialen Arbeiterverbandes beiträten oder angehörten, sofort zu entlassen. — Selbst die „Berliner Volkszeitung“ mißbilligt entschieden diesen Schritt und meint, daß ein derartiges Vorgehen am allerwenigsten geeignet sei, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. — Wir aber können dem „Vorstand des Vereins für Wahrung der bergbaulichen Interessen“ die Versicherung geben, daß ihm in nicht zu ferner Zeit, wenn das Angebot der Hände ein schwächeres geworden, mit Zinsen heimgezahlt werden wird.

— Die Abgg. **Liebknecht und Hasenclever** stellen den folgenden Antrag, der von den Sozialdemokraten, dem Dr. Grothe (hannoverscher Partikularist) und den süddeutschen Demokraten (deutsche Volkspartei) unterstützt wird: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler aufzufordern: bei der preußischen Regierung dahin zu wirken, daß der zu Leipzig inhaftirte Reichstagsabgeordnete Bebel während der Dauer der Reichstagssession aus der Haft beurlaubt werde. Ferner wolle der Reichstag beschließen, den ersten Absatz des Artikels 31 der Verfassung des deutschen Reichs wie folgt zu fassen: „Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder in Strafhaft gehalten oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden. Ausgenommen allein ist die Verhaftung eines Mitgliedes, welches bei Ausübung der That ergriffen wird; doch ist in diesem Falle ohne Verzug dem Reichstage Kenntniß zu geben und seine Genehmigung einzuholen.“ Die Artikel 31 der Verfassung in seinem jetzigen Wortlaute bestimmt: „Ohne Genehmigung des ꝛc. . . . wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.“

— **Die trockene Guillotine.** Folgende Notiz des „Journal officiel“, des amtlichen Organs der französischen Regierung, läßt einen verrätherischen Lichtstrahl fallen auf die Zustände in Neucaledonien:

„Eine kürzlich im Senat stattgehabte Debatte hat die Frage der Körperstrafen, denen die Züchtlinge in unseren Colonien Neucaledonien und Guyana unterzogen werden können, aufs Tapet gebracht. Da der Ausdruck „Bastonnade“, der bei dieser Gelegenheit gebraucht worden ist, auf den Geist des Publikums verwirrend wirken könnte, ist es geboten, öffentlich zu bezeugen, daß die Bastonnade schon seit langer Zeit abgeschafft ist. Die gegenwärtig gebräuchlichen Körperstrafen sind nicht mehr der Art, daß die Gesundheit der Verurtheilten darunter leiden könnte. Uebrigens hat die Marineverwaltung in der Absicht, jedem Mißbrauch in der Anwendung dieses strengen Zuchtmittels vorzubeugen, die größte Rücksicht in Betreff der Körperstrafen anempfohlen und verfügt, daß dieselben nur auf ausdrücklichen Befehl des Gouverneurs, der darüber mit einer aus drei Mitgliedern bestehenden Commission vorgängig zu berathen hat, und lediglich auf „Deportirte“, welche zu lebenslänglicher Zuchthausarbei verurtheilt sind, applicirt werden dürfen.“

Aus dieser durchaus nicht „räthselhaften“ Note (wie ein Bourgeoisblatt sie nennt) erhellt mit brutaler Deutlichkeit, daß die deportirten Communards noch immer aufs Scheußlichste mißhandelt werden und der Infamie der Prügelstrafe ausgesetzt sind. Bisher hatte die Regierung dies geleugnet; seit sie aber „republikanisch“ geworden, scheint sie sich nicht mehr zu schämen.

Es liegt uns ein Bericht aus Neucaledonien mit haarsträubenden Details vor, den wir in einer der nächsten Nummern den „Vorwärts“ veröffentlichen werden.

krepirtes Schaf entwendet hatte, um seinen hungernden Kindern einen Leckerbissen zu verschaffen.

Die in ganz Rußland herrschende Hungersnoth ist nicht den zufälligen Ursachen, sondern der immer schlimmer werdenden ökonomischen Lage des russischen Volkes zuzuschreiben. Die Waljew'sche Commission giebt uns darüber einige Aufschlüsse. So sagt uns die Commission, daß der Niedergang der Landwirthschaft in den großen alljährlichen Viehseuchen zu suchen sei. Im Jahre 1851 gab es in Rußland 16,155,000 Pferde, im Jahre 1871 aber nur 15,542,000. Im Jahre 1851 kamen auf 100 Einwohner der Bevölkerung 30,2 Pferde, 20 Jahre später 23,4, was eine Verminderung von 23 Proz. ausmacht. Die Zahl des Rindviehs hat sich auch stark vermindert. Eine Ausnahme bilden die feinwolligen Schafe, die stark zugenommen haben. Und warum? einfach weil sie den großen Grundbesitzern gehören.

Auch in den Ernteerträgnissen der Bauern ist eine Verminderung zu verzeichnen. Der Ernteertrag von 1851 ließ auf jeden Einwohner der Bevölkerung 4,67 Tschetwert (17,8 Scheffel) Korn entfallen; der des Jahres 1871 gab nur 3,93 Tschetwert (15 Scheffel). Erwähnt sei noch, daß die Verringerung des Ernteertrages im umgekehrten Verhältniß zur Getreideausfuhr steht.*) Um sich durch den Export zu bereichern, lassen die räuberischen Kulaki (Kornhändler) das Volk verhungern. Das Brod und alle anderen Lebensmittel werden dadurch theurer und theurer, und der Bauer wird gezwungen, anstatt Brod Unkraut, Eicheln und Rinde zu essen. Selbstverständlich wird dadurch das Wohl des ganzen Volkes arg geschädigt. Wir müssen noch bemerken, daß die jährlichen Viehseuchen den Bauern mehr als 243,000 Stück Vieh rauben; die Feuersbrünste, wie wir gesehen, richten auch sehr großen Schaden an, der sich auf viele Millionen beläuft.

*) Im Decennium (10 Jahren) von 1852—61 belief sich der durchschnittliche jährliche Export auf 7,625,000 Tschetwert (29,119,875 Scheffel) Korn; im folgenden Decennium von 1862—71 war der durchschnittliche jährliche Export 12,900,000 Tschetwert (49,265,100 Scheffel). In den letzten 5 Jahren wurden trotz der herrschenden Hungersnoth in ganz Rußland, jährlich mehr als 20 Millionen Tschetwert (mehr als 76 Mill. Scheffel), und in den letzten drei Jahren durchschnittlich mehr als 24,900,000 Tschetwert (95,093,000 Scheffel) exportirt. (S. „Petersburger Zeitung“ 1877, Nr. 178.)

(Fortsetzung folgt.)

Entgegnung

auf „die Motive des Sozialismus“ von F. R.

(Fortsetzung.)

Doch ich bereue fast, dieses Kapitel begonnen zu haben; denn es wird mir unter den Händen zu lang. Was hilft schließlich auch alles Reden über das, was etwa möglich wäre oder nicht? Wir haben ja die Wirklichkeit vor Augen. Befragen wir die Geschichte und die Erfahrung der Gegenwart! Meinen Sie, daß ihre Entscheidung zu Gunsten der demokratischen Staatsform ausfallen werde? Denken Sie an die Demokratieen des Alterthums! Denken Sie an die Erfahrungen, welche man in Frankreich mit der Demokratie und insbesondere auch mit dem allgemeinen Stimmrecht gemacht hat! Denken Sie an die demokratischen Staaten Amerikas mit ihrer Anarchie und unglaublichen Corruption! Finden Sie da in der That das Ideal eines Staates verwirklicht? Können Sie im Ernste verlangen, daß man sich für ein Staatswesen begeistere, in dem z. B. ein Tammany-Ring lange Zeit möglich gewesen, ja, nach kurzer Unterbrechung von neuem möglich geworden ist?*) Gestehen Sie es nur ehrlich, daß neben solchen Zerrbildern staatlichen Wesens die constitutionelle Monarchie sich schon sehen lassen kann. Ich für meine Person halte die demokratische Staatsform, so lange wir keine ideale Menschheit haben, für eine der schlechteren, und das allgemeine Stimmrecht, wie es gewöhnlich verstanden wird, für ein Hilfsmittel der Corruption, für eine Prämie, welche auf die Trägheit und Unwissenheit gesetzt ist, und deshalb bin ich kein Demokrat.

Wichtiger als Ihr politisches Prinzip, das Sie ja mit den gewöhnlichen Demokraten gemein haben, ist Ihr soziales Prinzip, welches in dem Satze gipfelt: alle Produktionsmittel müßten Collektivbesitz sein, Privateigenthum könne nur bei Genußmitteln gestattet werden. — Ihre Partei erwartet von der Durchführung dieses Grundsatzes den Anbruch der goldenen Zeit, wo das Elend, die Unwissenheit und mit ihnen das Verbrechen aufhören, wo allgemeine Menschenliebe, bisher ungekannte Brüderlichkeit und das höchste irdische Glück herrschen würden. — So schön diese Perspektive auch ist, so reizt sie mich doch sehr wenig; denn es scheint mir außerordentlich zweifelhaft, daß diese Hoffnungen auf dem angegebenen Wege ihre Verwirklichung finden dürften.

Daß die Summe menschlichen Glückes durch diese Verwandlung des Privatbesitzes in Collektivbesitz vermehrt werden dürfte, bezweifle ich schon deshalb, weil ich weiß, daß Glück und Wohlbefinden nicht einzig und allein, ja nicht einmal vorwiegend, von dem größeren oder geringeren Besitz an Genußmitteln abhängen. Ich habe eine höhere Ansicht von der Menschheit und von menschlichem Glück. Ich halte z. B. die Freude, welche ein bescheidener Besitz an Produktionsmitteln, z. B. ein kleiner Garten, gewährt, mit dem man als seinem vererblichen Eigenthum frei**) schalten und walten kann, für viel größere und reinere Freude, als die, welche die Genüsse, wie sie der Collektivbesitz im besten Falle bieten würde, uns bereiten könnten. Fragen Sie den Besitzer eines solchen bescheidenen Gärtchens, ob ihm dasselbe nicht viel mehr Freude bereite, als der prächtige Stadtpark, an dem er ebenfalls — allerdings mit 30,000 Anderen zusammen — Eigenthumsrecht hat, in dem er sich auch frei bewegen, in dem er aber ja kein Blümchen anrühren darf.

Fragen Sie den Taglöhner, welcher nur ein bescheidenes Häuschen mit einem kleinen Garten besitzt, ob ihm der letztere, den er nach Belieben anlegen und bepflanzen darf, nicht mehr Freude gewährt, als die großen Gärten und schönen Felder seines Arbeitgebers, von deren Bebauung er doch seinen Lebensunterhalt gewinnt. — Sie nennen diese Freude am eigenen Besitz vielleicht Egoismus; ich nenne sie nicht so. Allerdings, die geistlose Freude des Habgierigen und Geizigen an seinem Besitze will ich mit dem, was ich gesagt habe, nicht vertheidigen; die meine ich auch nicht, wie Sie sich denken können.

Ich will nur darauf hinweisen, daß die Hauptbedeutung, welche der eigene Besitz an Produktionsmitteln für einen richtig organisirten Menschen hat, weniger in dem materiellen Nutzen besteht, den er aus demselben zieht, als in dem geistigen Genuß, den er darin findet, sein Eigenthum frei gestalten, ihm den Stempel seines Geistes aufdrücken zu können. Beim Collektiveigenthum müßte diese Bedeutung der irdischen Güter für den größten Theil der Menschen verloren gehen.

Woher kommt die Anhänglichkeit, welche so Viele für den ererbten Besitz haben, daß sie ihn nicht mit anderem vertauschen wollen, selbst wenn der Tausch nach gewöhnlichem Urtheil ein vortheilhafter wäre? Diese Liebe zum Familienbesitz*) ist eben darin begründet, daß derselbe nicht blos ein Produktionsmittel, sondern gleichsam ein Stück von der Geschichte der Familie ist, daß ihm etwas von der Eigenart der Familie aufgeprägt ist. Ein solcher Besitz ist selbst ein Genußmittel, nicht blos ein Produktionsmittel. Nur eine craß-materialistische Denkweise kann es verkennen, daß mit der Aufhebung alles Privateigenthums an Produktionsmitteln eine reiche Quelle des reinsten, menschenwürdigsten Genusses versiegen würde. Und nicht blos eine Quelle des Genusses, sondern auch der Intelligenz und der Sittlichkeit.

Woher kommt es, daß das Proletariat der großen Städte intellektuell und sittlich viel tiefer steht**), als die ärmere Landbevölkerung, welche wenigstens ein Häuschen und vielleicht ein kleines Stück Feld ihr eigen nennt? Das Geheimniß liegt eben in diesem kleinen Besitze, welcher seinem Eigenthümer ein vielfältiges Interesse gewährt und die Anwendung seiner Denkkraft nach den verschiedensten Richtungen hin nicht blos gestattet, sondern — was bei der dem Menschen inwohnenden vis inertiae (Macht der Trägheit) sehr bedeutungsvoll ist — ihm dieselbe geradezu aufnöthigt. Ein solcher Besitz weckt und entwickelt manche schlummernde Anlage, er entbindet, um mich dieses Ausdrucks zu bedienen, manche intellektuelle und moralische Kraft, welche ohne denselben vielleicht latent (verborgen, unentwickelt) bliebe.

(Fortsetzung folgt.)

*) Bei uns im „Land der Gottesfurcht und frommen Sitte“ ist man allerdings — moralischer, da werden keine „Tammanyrings“ „enthüllt“. Siehe z. E. die „königliche Untersuchungskommission“ in Sachen der „Gründer“ u. s. w. u. s. w. u. s. w. R. d. V.

**) Wie viele haben ein solches „vererbliches Eigenthum“? Und die Freude entspringt doch nicht der „Vererblichkeit“, sondern dem Besitz? Und schließt diesen etwa der Sozialismus aus? R. d. V.

*) Wie viele — hundert solcher „Familienbesitze“ mag es wohl in dem von 42 Millionen bewohnten deutschen Reich geben? R. d. V.

**) Dickes, großes Fragezeichen. R. d. V.

Correspondenzen.

Hamburg, 26. Febr. Am vorigen Sonnabend fand im Orpheum eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Hörig über „die orientalische Frage“ an Stelle des erkrankten H. Lange einen eingehenden Vortrag hielt. Der Redner sprach in trefflicher Weise und erkannte, daß all jenen Ländern auch im Orient nicht eher Heil wiederfahren werde, bis sie durch den Sozialismus zum Frieden und zur Arbeit geführt würden. Gegen die Angriffe, die Herr von Bismarck bei Gelegenheit der Orientdebatte gegen die Sozialdemokratie gerichtet hat, verwahrte sich der Redner unter der völligen Zustimmung der Versammlung. Ein Hr. Oberwinder, der früher einmal in Sozialdemokratie gemacht hat, suchte die Bismarck'sche Politik zu vertheidigen, wich aber so weit von der Sache ab, daß selbst der „Hamburger Correspondent“ dem Vorsitzenden Recht gab, daß er den Herrn Oberwinder zur Sache gerufen habe. Die Versammlung machte durch fortwährende Schlußrufe ihrem Unwillen gegen den Renegaten Luft. Eine zweite Versammlung über denselben Gegenstand wird noch abgehalten werden.

Cottbus. Am Mittwoch, den 20. Februar, hat Parteigenosse Robert Teuber eine vierwöchentliche Haft angetreten, welche er sich in einer vor der Wahl in Spremberg in Gemeinschaft mit dem Schuhmacher Emil Fähse abgehaltenen Versammlung zugezogen hat. Vor Letzterem werden jedoch die Parteigenossen gewarnt, da er sämmtliche Wahlgelder veruntreut hat.

Linden, 20. Febr. In der Maschinen-Actiengesellschaft zu Linden vor Hannover, vormals G. Egestorff, haben die Herren Oberbefehlshaber die Zeit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, denn Angesichts des schlechten Geschäftsganges, und weil die Arbeiter mit Allem zufrieden sein müssen, was von „Oben“ herab beschlossen wird, fanden mehrfache Lohnreductionen statt. Da man einsieht, daß der Lohn nicht weiter heruntergedrückt werden kann, so hat man die Arbeitszeit verlängert; vorläufig betrifft es nur die Nacht- und Sonntagsarbeit, welche je um zwei Stunden verlängert wurde. Früher wurde von Abends 6 Uhr bis 4 Uhr Morgens gearbeitet, jetzt aber von 6—6 Uhr Tag und Nacht, Sonntag oder Wochentag. Beschwert man sich über diese Handlungsweise, dann bekommt man im günstigsten Falle zur Antwort: „Ich habe auch praktisch gearbeitet und habe auch so lange arbeiten müssen.“ Im andern Falle heißt es auch wohl: „Ihr seid Sozialdemokraten, und die wollen wir hier nicht haben.“ Einsender ist aus ähnlichem Grunde gemaßregelt. Die meisten Arbeiter schweigen natürlich lieber, um ihre wenn auch nur kümmerliche Existenz zu sichern. Das wissen die Arbeitgeber auch sehr wohl, und deshalb geniren sie sich auch gar nicht, alles zu thun, was ihr Interesse erheischt. Aber trotz der schlechten Zeiten könnte man mit den Arbeitern nicht so schonungslos umspringen, wenn dieselben nur gut organisirt wären; darum muß Alles aufgeboten werden, um den Arbeitern die Nützlichkeit der Organisation begreiflich zu machen. E. B.

Osnabrück, 13. Februar. Auch den Arbeitern hierorts war es einmal wieder vergönnt, einen auswärtigen Redner in einer gut besuchten Volksversammlung zu hören und war folgende Tagesordnung aufgestellt: „Die orientalische Frage“. Hr. Oehme aus Leipzig als Referent schilderte in treffender Weise die Eroberungspolitik Rußlands und ihre Folgen für die übrigen Völker Europas unter lauten Beifallsbezeugungen; es wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung protestirt energisch gegen die bisherige russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert dieselbe auf, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, daß baldigst ein die Interessen Aller Nationen garantirender Friede geschlossen werde“. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung „Die Erhöhung der Tabaksteuer“, sprach Herr Oehme ebenfalls in einem einstündigen Vortrag unter großem Beifall. Die Versammlung beschloß, gegen die geplante Steuererhöhung energisch Protest einzulegen. Zum Schluß will ich noch bemerken, daß Herr Oehme auch noch eine gute Anzahl von Arbeitern durch seine Aufforderung dem Arbeiter-Wahlverein zugeführt hat. H. G.

Halle, 26. Febr. Hier war auf gestern Abend eine Versammlung durch große rothe Plakate angezeigt worden, in welcher der Reichstagsabgeordnete Auer über die Stellung der Sozialisten zur deutschen Orientpolitik sprechen sollte. Wir sind von unseren Gegnern an so manche Chikane gewöhnt, bis zu der folgenden Gemeinheit haben sich dieselben aber noch niemals verstiegen. Dieselben hatten rothe Streifen drucken lassen, auf welchen die Versammlung anstatt zum Montag zum Mittwoch angesetzt war, und diese über eine Anzahl gerade an den Hauptstellen angebrachter Versammlungs-Plakate geklebt, um das Publikum irre zu leiten. Das sich selbst verurtheilende Verfahren unserer Gegner hat aber nichts gefruchtet, denn Halle sah wohl noch nie eine so zahlreich besuchte Versammlung, als die erwähnte. Der Vortrag des Referenten wurde mit großem Beifall und Begeisterung aufgenommen und zum Schluß ein Protest gegen die russenfreundliche Politik des deutschen Reiches von den mehr als zwei tausend Anwesenden mit allen gegen sechs Stimmen angenommen.

Chemnitz, 26. Febr. Die Verhaftungen wegen Sittlichkeitsvergehen in unserer Stadt dauern fort. Die Polizei

stellt bei den Eltern reiferer Schulmädchen, namentlich derer, welche im Theater bei den Aufführungen von „Schneewittchen" ꝛc. mitwirkten, Recherchen an, und die Untersuchung hat manche traurige Thatsache ans Licht gebracht. Die Verhafteten sind sämmtlich angesehene Bürger, auch befindet sich Theaterdirector Haberstroh darunter. Das amtliche Organ der Polizei und des Stadtraths, das „Chemn. Tgbl.", verschweigt diese Vorgänge vollständig, wie es seinerzeit die Verhaftung des Schwindlers und Assessors Böhmer verschwieg.

Mittweida. Vergangenen Sonnabend Abend, den 23. Febr., hatten wir hier eine gut besuchte Volksversammlung, in welcher Genosse Vollmar aus Dresden referirte. Die Tagesordnung war: „Der orientalische Krieg und die Politik Bismarck's". Herr Vollmar erledigte seine Aufgabe in allgemein fesselnder Weise so, daß er reichlichen Beifall erntete. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige, in „Stadt Chemnitz" tagende, von über 500 Personen besuchte Versammlung protestirt einstimmig gegen die bisherige, den Frieden und die Interessen des deutschen Volkes aufs Tiefste schädigende russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert letztere auf, den Anmaßungen des kulturfeindlichen Rußland entgegenzutreten."

Großenhain, 25. Febr. Gestern fand hier eine Volksversammlung statt, über deren Tagesordnung: 1) Die politische Lage Europa's, bez. die Orientfrage; 2) die Presse, Genosse Vollmar aus Dresden sprechen sollte. Auf dem Wege zur Versammlung erhielt der Einberufer ein Telegramm, in welchem Vollmar aus Mittweida hierher berichtete, daß er den Zug versäumt habe und sein Kommen nun unmöglich sei. Dasselbe Malheur ist uns früher einmal auch mit Most passirt, der ebenfalls in letzter Minute absagen ließ, und ein gewisser Thatemuth*), der sogar ohne unser Zuthun sich erboten hatte, hier in einer Versammlung zu sprechen, erschien nicht nur nicht in der gut besuchten Versammlung, sondern hielt es zum Ueberfluß auch nicht für nöthig, sich zu entschuldigen. Zu bewundern ist dabei nur, daß unter solchen Umständen unsere Versammlungen noch so gut besucht sind; jedenfalls muß aber und wird hierin eine Aenderung eintreten und hoffen wir, daß die Veröffentlichung dieser Thatsachen ihr Theil mit dazu beiträgt, unsere Redner an mehr Präcision zu gewöhnen. Genosse Geier von hier übernahm für die obengenannte Versammlung, die von ca. 400 Personen besucht war, das Referat. Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde zuerst behandelt, und entledigte sich Geier in dreiviertelstündiger Rede seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Versammlung. Zum Thema: „Die Orientfrage", trug Geier die soeben erst mit der „Berliner Fr. Presse" eingetroffene Reichstagsrede Liebknecht's der Versammlung vor, und erregte dieselbe allgemeine Sensation. Eine Anfrage aus der Versammlung, wie sich die sozialistischen Reichstagsabgeordneten gegenüber der projectirten Tabaksteuer event. einem Monopol verhalten würden, beantwortete Genosse Geier dahin, daß durch die gegenwärtigen Verhältnisse unsere Abgeordneten gezwungen seien, gegen diese Steuerprojecte Stellung zu nehmen. Einerseits, da durch die Tabaksteuer das verwerfliche System der indirecten Steuern an Ausdehnung gewinne und andererseits, da durch Einführung des Monopols das Bewilligungsrecht der gesetzgebenden Körperschaften mehr und mehr illusorisch gemacht würde. Diese Erklärung ist sehr beifällig aufgenommen worden, und ging die Versammlung in noch ganz animirter Stimmung, jedoch nicht frei von Mißmuth wegen Nichterscheinens des angekündigten Referenten auseinander. Zu den oben angeführten Bemerkungen wollen wir noch hinzufügen, daß wir uns stets rechtzeitig an auswärtige Redner wandten.

Die Parteigenossen Großenhains.

Darmstadt, im Februar. „Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt"; diese aus Schiller's „Tell" stammenden Worte mögen wohl dem hochoffiziösen Organ, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in den Sinn gekommen sein, als sie durch die englische Zeitung „Globe" in Erfahrung gebracht, daß die bösen Sozialdemokraten auch die auswärtige Politik in das Bereich ihrer Agitation ziehen; äußerst erbost wendet sie sich dieserhalb insbesondere gegen Herrn Liebknecht, weil er zu Volksversammlungen und Massenprotesten gegen die deutsche Politik in der Orientfrage aufforderte. Das blut- und eisenhaltige Leiborgan des Fürsten Bismarck sieht sich dieserhalb genöthigt, der Reichsregierung in Gestalt eines glänzenden Zeugnisses unter die Arme zu greifen und läßt sich also vernehmen: „Das ganze deutsche Volk (?!?!), Herrn Liebknecht allein ausgenommen, hat wohl noch nie so dankbar als an der letzten Jahres-Wende der deutschen Politik die Anerkennung dafür gezollt, daß deren Weisheit nicht nur das deutsche Reich vor jeder kriegerischen Verwickelung zu bewahren wußte, sondern auch vielleicht am meisten dazu beigetragen hat, den Brand im Südosten Europas auf seine ursprüngliche Stätte zu beschränken." Hätte der Schreiber dieser salomonischen Weisheit Gelegenheit gehabt, der am 14. Januar hierselbst stattgefundenen Volksversammlung beizuwohnen, er würde dann erlebt haben, daß hier nahezu 1000 Personen die Meinung Liebknecht's in Bezug auf die Orientpolitik theilen. Als Referent war Genosse Frohme aus Frankfurt a. M. erschienen. Derselbe verbreitete sich zunächst über die Entstehung des russisch-türkischen Krieges, die Haltung Englands und Deutschlands demselben gegenüber, und kam zu der Schlußfolgerung, daß es in Händen des letzteren Staates gelegen hätte, denselben zu verhindern, wenn es bei Beginn desselben eine andere Stellung seinem „Erbfreunde" gegenüber eingenommen hätte. Es wurde nun einhellig eine Resolution diesbezüglich angenommen.

Reutlingen, 17. Februar. („Auch ein Bekehrter".) Der „Evangelische Botschafter", das Organ der Württembergischen Methodisten, bringt in seiner Nr. 5 folgende Warnung:

„Warnung. Unterzeichneter sieht sich leider genöthigt, unsere Freunde zu warnen, einem gewissen Menschen keinen Aufenthalt zu geben, der hier und an anderen Orten das ihm geschenkte Vertrauen in schnöder Weise mißbrauchte und, nachdem er bedeutende Summen erschwindelt hatte, sich unsichtbar machte. Er versteht es außerordentlich, den frommen Bruder zu spielen, so daß er sogar erfahrene Christen täuschte. Er nennt sich W. Greudert, ist ein geborner Schweizer von mittlerer Größe, trägt einen schwarzen Vollbart und verdeckt seine Blicke hinter einer Brille, seines Zeichens ist er ein Buchbinder. Wer sein Geld nicht verlieren und sich nicht zum Besten halten lassen will mit frommen Redensarten, „der präse die Geister".

Reutlingen, im Januar 1878. J. Kächele."

Ich würde wegen dieses Betrügers den Raum des „Vorwärts" nicht in Anspruch nehmen, wenn er nicht einigen „frommen Brüdern" gegenüber geäußert hätte, daß er früher sozialdemokratischer Agitator und als Sozialdemokrat in Paris und in der Schweiz thätig gewesen wäre. Ob er jetzt vielleicht seine Schritte nach Berlin gelenkt hat, um bei Herrn Hofprediger Stöcker sich als christlich-sozialer Agitator anstellen zu lassen, will ich nicht behaupten. C. S.

*) Vor dem man sich hüten möge! R. d. V.

An die Gold- und Silber-Arbeiter ꝛc. Deutschlands.

Collegen, Berufsgenossen! Oft schon ist der Mahnruf an Euch ergangen, dem vor ca. 9 Jahren zum Schutze der Collegen gegen Uebergriffe der Arbeitgeber und zur Erringung unserer Besserstellung gebildeten Gewerkverein der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen beizutreten; trotz alledem steht aber noch ein großer Theil der Collegen demselben fern, oder hat in Folge des schlechten Geschäftsgangs der Organisation den Rücken gekehrt, ohne daran zu denken, daß nur durch eine Sammlung aller Collegen unter dem Banner der Solidarität, welches der Gewerkverein hochhält, ein Nutzen für die Gesammtheit zu erringen ist.

Um die noch im Unklaren über die Bestrebungen und Ziele unseres Vereins sich befindenden Collegen aufzuklären, erlauben wir uns hier anzuführen, daß derselbe eine über ganz Deutschland ausgedehnte Organisation ist, welche bezweckt, die Ehre, Rechte und Interessen ihrer Mitglieder zu wahren und zu fördern, indem 1) gegen Uebergriffe der Arbeitgeber den Mitgliedern der Rechtsschutz des Vereins zu Gebote steht, 2) eine Invalidenkasse zur Unterstützung alter, bei der Arbeit erkrankter oder durch Unfall arbeitsunfähig gewordener Collegen errichtet wurde; daß 3) durch Schaffung einer nationalen Kranken- und Sterbe-Kasse (eingeschriebene Hilfskasse) den Collegen allerorts die Wohlthaten der Vereinigung zu Theil werden können, wenn dieselben sich unserer Gewerkschaft anschließen, denn nur durch ein Hand-in-Hand-gehen, indem alle Berufsgenossen sich zu einem großen Ganzen vereinigen, können wir uns Schutz und Hilfe verschaffen. Außerdem erscheint monatlich 2mal unser Verbandsorgan, der „Genossenschafter", in welchem die Mitglieder ihre Meinungen austauschen können und Berichte vom Stand der Kassen und Vereine, sowie belehrende und politische Artikel vom sozialdemokratischen Standpunkt aus erhalten, und welcher jedem Mitglied unentgeltlich zugestellt wird.

Unser Gewerkverein erstreckt sich bis jetzt auf die Städte Pforzheim, Stuttgart, Berlin, München, Leipzig, Breslau, Hanau, Bremen und Schwäb.-Gmünd und zählt ca. 800 Mitglieder. Um nun diese wohlthätigen Institutionen allen Collegen zugänglich zu machen, ist es nothwendig, daß die Organisation auf alle größeren Städte ausgedehnt werde, und ergeht zu diesem Zweck die Aufforderung an die Berufsgenossen, mit der Schaffung von Orts-Vereinen vorzugehen, um so ein gemeinsames, alle Collegen umschlingendes Band zu erzielen.

Collegen! Tretet also unserer Gewerkschaft bei! Schließt Euch nicht aus, nehmt vielmehr Theil an dem Bestreben, Eure Lage zu verbessern, gedenket unserer Hilfskassen, welche Euch im Alter und in Krankheit Schutz gewähren! [illegible] Kuntert jeden Collegen auf zum Beitritt, und wenn 8—10 gleichgesinnte Collegen an einem Orte sich gefunden haben, so ist der Unterzeichnete gern bereit, die zur Gründung eines Ortsvereins nothwendigen Verwaltungsregeln und Statuten ꝛc. den darum Nachsuchenden sofort zu übersenden, und thatkräftig an die Hand zu gehen, sowie die lebhafteste Agitation, welche zum weiteren Gedeihen der Organisation nothwendig ist, zu entfalten.

Vereinte Kraft macht stark!

Schwäb.-Gmünd, den 20. Februar 1878.

Mit collegialischem Gruß

J. A. des Gewerkvereins:

Otto Großmann, Generalsecretär.

Wir ersuchen alle Parteigenossen, unter den ihnen bekannten Gold- und Silberarbeitern, Graveurs, Uhrmachern ꝛc. ꝛc. für Verbreitung des Obigen zu sorgen und dieselben zur Gründung von Ortsvereinen und Zahlungsstellen für unsere Kassen aufzufordern, oder uns Adressen von solchen einzusenden. D. O.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. Hrn. E. M. in Braunschweig: Soviel uns bekannt ist, befindet der Genosse Mathies sich im Gefängnisse zu Trier.

der Expedition. K. Schaaf Winningen: Die Schriften sind am 24. Februar an Sie abgegangen. — Genossenschaftsbuchdruckerei Kiel: Ihr Annoncendepot ist um 1,50 Mk. überschritten. — Aug. Mlke Halbau: Auf heftweise Lieferung einer Weltgeschichte können wir uns nicht einlassen. — Gundelach Altona: Das Annoncendepot ist um 8,90 Mk. überstiegen. — Ph. Wilhelm (wo?): Ersuchen um Angabe ihrer Adresse und wofür Sie die 1,60 Mk. sandten. Geldsendungen sind stets an die Expedition zu adressiren.

Den Parteigenossen von Essen zur Nachricht, daß unsere Adressen lauten: D. Laurnschkat in Plagwitz bei Leipzig, Ziegelstraße Nr. 17; C. Kuhr in Alt-Schönefeld, Neuer Anbau, Mariannenstraße Nr. 39.

Quittung. Styhn Oschatz Schr. 6,60. Bst Mainz Ab. 88,03. Brtl Mähr.-Schönberg Ab. 17,05. Rpprcht Schweidnitz Ab. 3,60. Eglr hier Ab. 7,50. Slmn Feureuth Schr. 5,80. Rw Altona Ab. 29,30. Hlngl Nordhausen Ab. 19,62. Slg Essen Ab. 36,00. Schrdr Hannover Ab. 100,00. Hß Sonneberg Ab. 20,90. Drrsln Coblenz Ab. 8,20. Flr Schwäb.-Gmünd Ab. 6,00. Sprngr Oldenburg Ab. 5,70. Rfr Dünnfeld Schr. 2,00. Thrwrth Arnstadt Ab. 0,55. Lchtnbrgr Solingen Schr. 2,40. Js Cöln Schr. 0,70. Wlhm Kirchheimbolanden Ab. 1,60.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterbildungsver. hier ges. beim Stiftungsfest 44,26. Js. Cöln 0,30.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein. Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:

Mitgliederversammlung

wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. [40

Sonnabend, den 2. März, Abends ½9 Uhr: Versammlung in der Thieme'schen Brauerei, Lauchaerstr. 12. Das Erscheinen Aller erwartet. Aufnahme neuer Mitglieder. R. Ludwig. [0,50

Minden i. W. Sozialdemokratischer Wahlverein. Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirth Thiele, Ritterstraße. (m) [0,40

Ein junger Kaufmann, gewandter Correspondent u. Buchhalter und selbständiger Arbeiter, sucht, gestützt auf Prima-Referenzen per 1. April oder 1. Mai einen Comptoir- oder Reiseposten. Auch würde sich derselbe mit etwas Capital an einem Geschäft betheiligen oder die kaufmännische Leitung eines genossenschaftlichen oder sonstigen Unternehmens übernehmen.

Gefl. Offerten werden unter Chiffre W. L. an die Exped. d. Bl. erbeten. [2,40

Central-Wahl-Comité.

Alle Briefe ꝛc. für das Comité sind vom 1. März ab zu richten an

C. Derossi, Holzdamm 42.

Geldsendungen sind wie bisher an A. Geib, Rödingsmarkt 12 zu adressiren.

Hamburg, 23. Februar 1878.

J. A.: C. Derossi.

Central-Wahl-Comité.

Zur Beachtung.

Nach denjenigen Orten, aus denen seit dem 1. Oktober v. J. irgend welche Zahlungen für die soziale Gesammtbewegung eingegangen, sind vergangene Woche die Abrechnungen von obigem Zeitraum bis 31. Januar ds. J. gesandt worden. Etwaige Reclamationen sind an C. Derossi, Holzdamm 42 in Hamburg, zu richten.

Sozialistisches

Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an den Secretär C. Derossi, Holzdamm Nr. 42 in Hamburg. (m.)

Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Bekanntmachung.

Da ich schon fast 13 Jahre in

Cigarrenwickelpenalformen u. Kopfhütchen

arbeite, so mache ich bekannt, daß dieselben bei mir richtig und genau nach jeder Façon angefertigt werden. (F. 33) [4,50

J. G. Trautloff, Drechslermeister,
Welkers-Allee Nr. 17, Altona.

Roh-Tabak.

Domingo 55, 60, 65, 70, 80, 90.
Brasil 50, 65, 70, 80, 100, 120, 140.
Seedlas 40, 50, 60, 70 bis 130.
Java 100, 120, 140, 160, 250, 270.
Carmen 90, 110. (4a)
Palmyra 140, 150, 160, 170. [3,00
lose Domingoblätter 25 und 30 Pfg.

Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha sind erschienen:

Drei Solo-Quartette

von Gustav Scholz.

Kehr wieder! Gedicht von Bruno Geiser.
Die Spinnerin. „ „ Julius Sturm.
Das Blümlein. „ „ A. Geib.

(4b) Preis: Partitur mit Stimmen 2 Mark. [0,90
Gegen Einsendung des Betrags folgt Zusendung franko. (F. 182)

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Heft 9

der

Zukunftsmedicin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

(Vollständig in 10 Heften.)

Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Inhalt: Der Maschinismus unseres Körpers. Die Oekonomie und Verfassung des menschlichen Körpers. Die Allopathen, die Homöopathen und die Hydropathen.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".** Färberstr. 12/II.

Ueber 2200 Textseiten! Neu!

Nacht! 1001 Nacht!

Neue vollständige Ausgabe der berühmten arabischen Erzählungen.

Herausgegeben von

König & Hering.

4 starke Bände Classiker-Format;
Familienausgabe.

Statt 9 Mark für 3 Mark 75 Pfg.

In 2 prachtvollen rothen Feinenbänden mit reichster Goldpressung

statt 13 Mark 50 Pfg. für nur 6 Mark.

Fr. Eugen Köhler's Verlagsbuchhandlung
in Gera — Untermhaus,
sowie durch alle Buch- & Antiquariats-Handlungen.

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Behandlung der Politischen Gefangenen in Bayern.

Prozeß Franz Rohleders.

Zusammengestellt nach stenographischen Berichten von

Sigmund Politzer
Redakteur des „Zeitgeist".

Preis 20 Pfg.

Der Ertrag ist für die Frauen und Kinder Inhaftirter bestimmt.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des **„Vorwärts"** von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neuhaldensleben.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanferma:n, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New 4 Golden Square

Nr. 27. Mittwoch, 6. März. 1878.

Die Achtung des Menschenlebens

ist ein sicherer Gradmesser der Cultur. Dem gebildeten Menschen ist das Menschenleben heilig, während es für den rohen wenig oder gar keinen Werth hat. Die Wilden betrachten den Tod mit vollkommener Gleichgiltigkeit und opfern beim geringfügigsten Anlaß das eigene und fremdes Leben. Der „Rückgang" der Cultur eines Volkes zeigt sich untrüglich in der Zunahme von Verbrechen gegen Leib und Leben — einerlei, ob diese Verbrechen als Einzel-Mord und -Todtschlag von einzelnen Individuen, oder als Massen-Mord und -Todtschlag von dem „Staate" verübt werden. Wir leben jetzt in einer solchen Zeit des Culturrückgangs. Aus einem Krieg werden wir in den andern gestürzt, systematisch wird „die Bestie im Menschen" entfesselt, und die blutige Saat der Schlachtfelder verbreitet sich, fortwuchernd wie giftiges Unkraut über das ganze Land.

„Die Art der Verübung der Verbrechen ist (in neuerer Zeit) viel empörender geworden. Um einiger Thaler Gewinn werden jetzt Mordthaten ohne Bedenken verübt, und der Verbrecher geht, sobald er das Blut sich abgewaschen, in die nächste Schänke und trinkt sein Glas Bier so ruhig wie sein ehrlicher Nachbar. Zwistigkeiten, die sonst zu einer Prügelei führten, wobei es höchstens ein blaues Auge gab, werden jetzt mit den Messern ausgefochten; man sticht blindlings nach den edelsten Organen."

Also jammert Herr v. Kirchmann in der „Nationalzeitung". Sein Raisonnement geht uns nichts an: die Schilderung ist richtig. Nur unvollständig. Herr Kirchmann hätte der „schönen Cavalleriegefechte", der Franctireurs-Erschießungen, der Niedermetzelung des Pariser Proletariats in der „rothen Maiwoche", der Russengreuel und ähnlicher „Heldenthaten" erwähnen müssen, die heutzutage in allen Tonarten gefeiert werden und den Veranstaltern und Aktoren Ruhm und Ehre einbringen.

Wer kann es dem „rohen Volke" verargen, wenn es mitunter das Beispiel nachahmt, das ihm von „seinen Besseren", von den obersten Autoritäten gegeben wird, und wenn es auf eigene Faust thut, was, von ihnen gethan und veranstaltet, Ruhm und Ehre einbringt? Daß es dabei nicht so — im Großen arbeitet, spricht höchstens zu seinen Gunsten. Doch wir wollten ja einen bestimmten Fall mittheilen, der uns zu diesen Betrachtungen geführt hat. In der „Fackel" (zu Leipzig erscheinend) findet sich nachstehende Notiz: „Menschenleben — um fünfzehn Pfennige. Am vergangenen Freitag, den 22. Febr., wurde in Zwenkau der Arbeiter Oscar Voigt von einem zum Forstschutz dorthin commandirten Soldaten vom 2. Jägerbataillon, Namens Albert, mittelst des Mausergewehrs erschossen. Voigt war arbeitslos. Er ging infolge dessen an jedem sogenannten Holztage (Montag und Donnerstag ist das Sammeln von dürrem Holz erlaubt) in den Wald und trug seiner Logiswirthin eine Tracht Holz heim. Am letzten Donnerstag war ihm das Holz zu schwer geworden, er legte deshalb auf dem Heimwege ein Stück in die Feldflur, um es später zu holen. Als er nun am Freitag Vormittag gegen 10 Uhr eben im Begriff ist, das betr. Stück Holz — dessen Werth auf 15 Pfennige taxirt worden ist — nach Hause zu tragen, gewahrt er den in der Nähe lauernden Forstschützen. Voigt wirft infolge dessen das Holz weg und läuft schnell nach der Stadt zu. Der Soldat hinterdrein, jedenfalls dem Davoneilenden Halt zurufend, was dieser aber nicht beachtet. Circa zehn Minuten vom Walde entfernt und unmittelbar in der Nähe der Stadt, am Horn'schen Zimmerplatze, als der Soldat den Flüchtigen bis auf circa 7 Meter Entfernung eingeholt hat, legt der Schütze sein Gewehr an, schießt, und der Arbeiter stürzt wie ein getroffenes Wild zusammen. Die Kugel war ihm von hinten durch die rechte Brust gegangen. Der Unglückliche rafft sich auf, schleppt sich noch eine Strecke fort und stürzt dann abermals nieder. Der Soldat, wohl in der Meinung, eine Heldenthat verrichtet und einen Orden verdient zu haben, schreitet an seinem bewußtlos daliegenden Opfer frech vorüber — unbekümmert darum, was aus dem Getroffenen wird. Zeugen dieser Scene brachten den Bedauernswerthen nach seiner Wohnung; Nachmittags gegen 6 Uhr war er eine Leiche. Der Soldat ist verhaftet worden. — Wollte der Schütze die Person des vermeintlichen Holzdiebes feststellen, so wäre ihm das unmittelbar in der Nähe der Stadt gar nicht schwer geworden. Aber am hellen lichten Tage einen wehrlosen Menschen auf zehn Schritte Entfernung in den Rücken zu schießen, das ist keine „tapfere That", wie es leider Manche noch nennen — das ist ein Mordanfall!"

Das der Bericht, der, wie wir nach sorgfältigen Erkundigungen erklären können, durchaus auf Wahrheit beruht.

Abscheulich! Entsetzlich! werden Tausende ausrufen. Gewiß: abscheulich, entsetzlich, aber sehr, sehr natürlich in dieser Blut- und Eisenära. Vielleicht mag Albert von den prächtigen „Kesseltreiben" bei Sedan u. s. w. gehört haben, die noch heut als der Stolz unserer Nation hingestellt werden, und wobei lustig auf fliehende Menschen geschossen ward wie auf Hasen. Wer weiß, vielleicht schwebte dem Sprößling der Moltke'schen „Schule" gar ein eisernes Kreuz zur Belohnung für seinen Eifer und „militärischen Geist" vor, als er den verhängnißvollen Schuß abgab.

Doch wozu weiter davon reden? Eine lächerliche Bagatelle, verglichen mit jenen „glorreichen" Metzeleien, die seit Jahren — in Zeitungen, Bildern, Broschüren, Büchern (für Erwachsene und Kinder) dargestellt und verherrlicht — die ständige Kost, Tag für Tag die geistige und moralische Nahrung unseres Volkes bilden. Was kommt in dieser Zeit des Mordkultus und der Mordkultur, wo gleich den übrigen Industriezweigen auch das Morden en gros betrieben wird, auf einen lumpigen Mord mehr oder weniger an?

Noch einmal Herr Ernst Eckstein.

Wenn wir noch einmal auf genannten Herrn zurückkommen, so geschieht es wahrhaftig nicht deshalb, weil wir demselben eine besondere Bedeutung beimessen. Wir haben die öffentliche Meinung aufgefordert, sich ein Urtheil über die Verwilderung aller Sittlichkeitsbegriffe zu bilden, die in seinem „Traum" zu Tage trat, das Resultat hat unsern Erwartungen entsprochen und dabei könnten wir es bewenden lassen. Wir hatten Herrn Eckstein lediglich als Repräsentanten einer ganzen zahlreichen Kategorie von „Schriftstellern" herausgegriffen, um ihn zum warnenden Exempel an den Schandpfahl zu binden. Wenn wir ihn trotzdem nochmals zur Exekution heranholen, so ist daran lediglich die Payne'sche Verlagshandlung schuld, die, unter Einsendung des 1. Bandes des bei ihr erschienenen Bilderwerks „Italienische Kunstschätze" (Rom), unsere Vermuthung, als werde der von Herrn Eckstein gelieferte Text die Madonnen und Venusstatuen zum Erröthen bringen, als unzutreffend bezeichnete und einen Widerruf wünschte — nebenbei gesagt ein Beweis dafür, daß unsere Kritik keineswegs wirkungslos verpufft war. Wir ersuchten unsern Referenten über den „Traum", sich einer Durchsicht des betreffenden Bandes zu unterziehen, und erhalten von demselben folgende Zuschrift:

Entschuldigen Sie freundlichst, wenn ich erst heute den gewünschten Sektionsbefund einreiche. Sie wissen, ich habe mehr und Besseres zu thun, als mich mit Leuten von dem Schlage Ernst Eckstein's zu beschäftigen, und ich habe es also auch nicht über mich gewonnen, mich in den „Werken" dieses Vielgeschäftigen nach weiteren Eindeutigkeiten umzusehen, wie das früher meine Absicht war.

Den ersten Band der „Kunstschätze" habe ich dagegen in Berücksichtigung der Umstände mit gewissenhaftester Gründlichkeit geprüft, und wenn ich auch gern zugebe, daß die „keusche Sinnlichkeit" des „Traums" sich hier nur gelegentlich und verhältnißmäßig verstohlen äußert, so ist dies wohl lediglich auf das Conto der Verlagshandlung zu setzen und es bleibt immerhin genug des Bedenklichen übrig, um die Reklamation des Herrn Payne als wenig berechtigt erscheinen zu lassen. Wenn Sie berücksichtigen, daß das Werk nach Herrn Ernst Eckstein's Vorrede „für das Haus und die Familie" bestimmt ist, wird es Ihnen muthmaßlich ziemlich „kühn" (es ist Ihnen gestattet, hierbei an den Herrn Polizeiarzt zu denken) erscheinen, wenn die schlafende Ariadne im Vatikan von Herrn Eckstein folgendermaßen geschildert wird: „Die Statue zeigt uns ein üppiges, voll erblühtes Weib in schöner Gewandung, doch so, daß die herrlichen Formen des Körpers durchaus zur Geltung gelangen. Eine holde Ermattung, ein reicher Genuß der Ruhe und eine süße Befriedigung spricht ihr aus jedem Zuge. Der Heros ist erst vor Kurzem von ihrer Seite gewichen; Stunden der glühendsten Hingebung, des leidenschaftlichsten Begehrens und Nehmens liegen hinter ihr. Dieser ganze Leib ist Liebe gewesen; jeder Nerv dieser prachtvollen Glieder hat in Wonne gebebt; ja man sieht es den geschlossenen Augen noch an,

„daß sie brachen fast vor Lust"

und mit süßem Grauen fürchtet man, die holde Schläferin möge plötzlich erwachen und aufschauen." Ich proponire eine Wette und setze meinen unverdorbenen Menschenverstand gegen Herrn Eckstein's Schriftstellertalent, also eine Nase gegen einen Pflaumenkern, daß von hundert Beschauern der Statue nicht einer mehr in dieser Ariadne sehen wird, als ein sanft schlummerndes Mädchen. Aber wo ein Andrer (zugegeben, die Statue müßte so verstanden werden) leise auf den Zehen vorübergehen würde, da muß Herr Eckstein natürlich schwerfällig tappen, trapsen und scharren — und das nennen diese Leute „pikant und unterhaltend" schreiben! Wenn ich Töchter hätte, so würde ich ihnen die „Kunstschätze" vorsorglich vor der Nase zuklappen, falls sie mir damit nicht zuvorkämen. Ich kenne meinen Eckstein aus seinem „Traum" so genau, daß ich nur die aldobrandinische Hochzeit zu Gesicht zu bekommen brauchte, um zu wissen, daß der Wackre sich anläßlich dieses Wandgemäldes mit behaglichem Schmunzeln eine Güte thun würde. Eine Hochzeit — wie viele kleine Pikanterien lassen sich bei einer solchen Gelegenheit sagen! Und Herr Eckstein thut sich wirklich eine Güte; er braucht fünf große Seiten zur Erläuterung des Bildes.

Zunächst kann er nicht umhin, zu finden, daß „für unser modernes Gefühl die Ueberredung der Braut durch eine vermählte Frau als stehendes Institut etwas äußerst Befremdliches" habe, und er kann sich nicht entbrechen, in usum Delphini hinzuzufügen, daß „wohl auch bei uns die Mutter oder eine ältere Schwester dem schüchternen Bräutchen Muth und stille Ergebung in das Unvermeidliche vorspreche, aber im Wesentlichen überlasse man die Neuvermählten sich selbst."

Nicht eine Nüance des Bildes (wie er es sieht) kann der plötzlich redselig Werdende sich (und uns — leider!) erlassen. Die Gesichtszüge der Salbenspenderin, „die den Inhalt des Fläschchens erst dann in die Schale fließen lassen darf, wenn die Braut rückhaltlos ihre Einwilligung ertheilt hat," verrathen ihm „eine etwas zerstreute Theilnahme an der Scene" — es scheint ihm, „als ob ihr das Sträuben der züchtigen Jungfrau zu lange daure." Er kann sich nicht helfen, er muß nochmals auf den Zug von Indolenz zurückkommen, „wie er einem jungen Mädchen bei einem so erregenden Anlaß nicht eigen sein konnte;" die Salbenspenderin muß verheirathet sein — „sie hat das Alles schon durchgemacht, sie kann der Schüchternen als lebendiges Beispiel dienen, daß die Katastrophe nicht gar so entsetzlich ist."

Herr Eckstein kommt dann zum Bräutigam und rüffelt eine kunstsinnige Touristin, Friederike Brun, die besagten Jüngling „höchst unbedeutend" gefunden hatte, mit der Bemerkung ab, „daß sie sich als deutsche Frau von der Rolle, die ein liebender Bräutigam am Tage der Hochzeit zu spielen hatte, eine etwas allzu idealistische Vorstellung mache." Er belehrt sie, „daß auch bei der Hochzeit bei den Griechen das Diesseits, die Sinnlichkeit überwog, und daß der Künstler nur correkt und naturwahr handelte, wenn er den Bräutigam in dieser „höchst unbedeutenden" Rolle auffaßte."

Aber „Haus und Familie" (in denen ja wohl ein Catull aufzutreiben sein dürfte und hoffentlich auch ein des Latein kundiger Bruder als Uebersetzer) müssen auch noch erfahren, daß „Böttiger jedenfalls Recht hat, wenn er behauptet, der Jüngling befinde sich in jenem Zustande, den Catull in dem Gedichte „Amabo, mea dulcis Ipsithilla" auf sehr unzarte Weise zu schildern wagt", und Herr Eckstein fügt hinzu, „daß der Bräutigam dann eine in seiner Art sehr bedeutende Kunstleistung sein würde, nur freilich nicht eine solche, wie sie von schöngeistigen Damen bewundert zu werden pflegt." Nein, wie „pikant" Sie zu schreiben verstehen, Herr Eckstein!

Aber auch das versteht der „Zweite nach Gottschall" (Pardon! „von Gottschall"), uns Modernen zum Genuß eines antikisirenden Kunstwerks zu verhelfen. Domenichs „Diana" veranlaßt ihn zu folgenden Ausrufen:

„Diese reizvollen Nymphen entstammen unwidersprechlich den Regionen des Dorfes! .... Da steht in der Mitte der Composition ein Prachtmädel, das mit muskelkräftigen Armen die vorwärtsstürmenden Hunde zurückweist. . . . Eine gelehrte Frau ist uns der Regel nach unsympathisch; eine Heroine, eine tollkühne Jägerin, ist für gewisse Individualitäten doppelt reizvoll, denn wir fühlen instinktiv, daß jener kühnen Bethätigung der Kraft eine Stunde der weichsten Hingebung folgen kann, während die nüchterne Entwicklung des Verstandes dem süßen Räthsel der Liebe im Wege steht. . . . Das allerliebste Geschöpfchen, das neugierig neben der „pfeilfrohen" Artemis hervorlugt, hat beinahe einen Zug ländlicher Grisettenhaftigkeit. Kokett, schalkhaft und muthwillig, schaut sie ganz darnach aus, als trage sie das Gebot einer prinzipiellen Männerfeindschaft nur sehr widerstrebend. Ein solches Gesichtchen könnte der modernste Maler in seiner Darstellung eines Mädchenpensionats verwerthen. Die Institutsvorsteherin, eine lange, hagere, in moralisches Schwarz gekleidete Verkörperung der Prüderie, wäre ganz das geeignete Pendant zu diesem kecken, subordinationswidrigen Backfisch, der jeden günstigen Augenblick zu erspähen weiß, um nach den Studenten oder Lieutenants zu gaffen. Man möchte darauf schwören, daß dieses Nymphchen in den Falten seiner Gewandung einen Liebesbrief trägt, den sie nächstens mit entgegenkommender Artigkeit beantworten wird. . . . Auch die blühende Rosenknospe (!), die sich vorn am Rande des Gemäldes behaglich ins Wasser legt, gehört ebensowenig in die Klasse der „himmlischen Gestalten", als ihre übrigen Schwestern. Sie könnte von einem Aktäon des neunzehnten Jahrhunderts am Ufer des ersten besten Parkteiches belauscht werden, ohne daß dem Späher für diese Frevelthat Hörner wüchsen."

Wenn nun die Leser „in Haus und Familie" die Diana nicht verstehen, so weiß ich nicht, was ich von ihnen denken soll. Aber Sie haben genug — nicht wahr? Ich auch.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Reichstagssitzung vom 28. Februar kam außer unbedeutenden Gegenständen nur eine Interpellation von elsässischen Abgeordneten zur Verhandlung, welche sich über die „Unterdrückung" eines politischen Wochenblattes, der „Elsässer", welche vor Erscheinen desselben erfolgt war, beschwerte. Außer den Nationalliberalen waren alle Parteien darüber einig, daß diese Unterdrückung ein schwerer politischer Fehler sei, und daß er das Rechtsbewußtsein der elsaß-lothringischen Bevölkerung erschüttere. Wir sind nun der Meinung, daß das Rechtsbewußtsein des Volkes in ganz Deutschland derartig erschüttert ist, daß es auf etwas Mehr oder Weniger nicht ankommt. Im Uebrigen sind derartige Maßregeln geeignet, die gegenwärtige Reichsregierung in den weitesten Kreisen zu mißcreditiren, worüber wir natürlich nicht traurig sind. — Auf der Tagesordnung stand an demselben Tage noch ein Abänderungsantrag zum Haftpflichtgesetz, zu welchem Parteigenosse Hasenclever das Wort verlangt hatte. In letzter Stunde wurde dieser Antrag jedoch noch auf Vorschlag des nationalliberalen Abg. Rickert von der Tagesordnung entfernt.

— Herr Camphausen soll seine Entlassung (zum wieviel Dutzendsten Male?) eingereicht haben. Vielleicht ist's diesmal wahr, vielleicht auch nicht. Nach gewöhnlichen Begriffen wäre der Mann allerdings unmöglich, aber in gewissen Dingen giebt's bei gewissen Leutenk ein „unmöglich". Wir betrachten diese „Personenfragen" mit Gefühlen vollkommenster „Wurschtigkeit" (Bismarck'sche Sprach-Eleganz), — was verschlägt's, ob der Mann Hans heißt oder Kunz? Durchaus nicht gleichgültig verhalten wir uns aber gegenüber der Thatsache, daß das herrschende Regierungs- und Staatssystem mit einer Rapidität verfault und zerbröckelt, die unsren Herren Reichstreuen den Angstschweiß auf die Stirne treibt. Das Gewinsel der nationalliberalen Blätter ist wahrhaft mitleiderregend. Nun — wir hatten an den destruktiven und desorganisatorischen Talenten des Fürsten Bismarck niemals gezweifelt, sind also durchaus nicht überrascht. Und daß wir die Thatigkeit des Mannes bedauerten, können wir auch nicht sagen.

Jetzt heißt's, er habe die Auflösung des Reichstags beschlossen. Wir glauben's nicht. Man weiß, wir haben von den staatsmännischen Fähigkeiten des Fürsten Bismarck stets eine sehr geringe Meinung gehabt — und sie ist jetzt geringer als je —

aber für schlau mußten wir ihn doch halten, und wenn auch ein intellektueller „Rückgang" unverkennbar, so würde die Auflösung des Reichstags im jetzigen Moment doch eine solche Fülle des Gegentheils von Schlauheit bekunden, daß wir aus psychologischen Gründen das Gerücht für unbegründet und für eine Schreckgeburt nationalliberaler Phantasie halten. Man denke: Fürst Bismarck soll als Vertreter der Tabaksteuer (oder des Tabaksmonopols), überhaupt der indirekten Steuern, das heißt der Vertheuerung aller Nahrungs- und Genußmittel vor das deutsche Volk hintreten. Das wäre ja der politische Selbstmord! Nein, so „kaput" ist der „kaputе Mann" noch nicht. — Sollten wir uns täuschen, je nun, es thät uns leid — um den Fürsten Bismarck.

— Fürst Bismarck scheint sich in die Rolle des Verklagten nicht so leicht hineinfinden zu können, wie in die des Klägers. In dem Injurienprozeß, welchen Dieß-Daber gegen ihn angestrengt hat, war am vorigen Sonnabend Termin vor dem Berliner Stadtgericht; wer aber nicht erschien, das war Fürst Bismarck. Statt seiner kam Justizrath Drewes, welcher im Namen des Reichskanzlers den Competenzeinwand erhob, und zwar, weil der Verklagte als General der Kavallerie — damit das Gericht diese Eigenschaft nicht bezweifle, wurde die Bestallung eingereicht — nicht vor ein Civilgericht gehöre. Ob das Gericht sofort über den Competenzeinwand entschieden hat, wissen wir nicht; aus den uns vorliegenden Berichten erhellt blos, daß ein neuer Termin anberaumt worden ist.

Die Sache kann interessant werden. Gesetzt den Fall, Fürst Bismarck bringe mit seinem Competenzeinwand durch und der Prozeß würde vor ein Militärgericht verwiesen — wer und was könnte den genialen Herrn Reichskanzler verhindern, auch hier den Competenzeinwand zu erheben, und zwar gestützt auf seine Eigenschaft als Civilist, die jedenfalls einer dokumentarischen Feststellung nicht bedarf. Auf diese Weise könnte unser amphibischer Herr Reichskanzler bis an sein seliges Ende zwischen Civil- und Militärgericht hin- und herkugeln. Und „die Consequenzen, die Consequenzen"! Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Und wie viele Personen führen in unserem Kasernenland einne ähnliche doppellebige Existenz?

— „Die freien Kassen und die Kassenfreiheit". Unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrh.", erzählt einen Vorgang, der dieses Thema trefflich illustrirt. Die Mitglieder der („freien") Krankenkasse der Oberschlesischen Eisenbahn (in Breslau) hatten vor Kurzem die alle drei Jahr stattfindende Wahl von Krankenärzten vorzunehmen. Von den drei früheren Aerzten erhielten einer 1770, der andere 1768, der dritte aber blos 43 Stimmen, während von zwei neuen Mitbewerbern der eine 51, der andere, Dr. Kayser, 1704 Stimmen erhielt. Damit hatte der Wille der Arbeiter sich in deutlichster Weise bekundet. Was geschah aber? Die Direktion der Oberschlesischen Bahn bestätigte nur die zwei früheren Kassenärzte, versagte dagegen dem mit 1704 Stimmen gewählten Neubewerber die Bestätigung. Das „Curatorium" (der Kassenvorstand) beantragte nun eine engere Wahl zwischen den beiden Aerzten, die 43 und 51 Stimmen bekommen hatten. Auf dieses sonderbare Ansinnen ging indeß die Direktion nicht ein und ordnete eine zweite Wahl an. Das Resultat der zweiten Wahl war das nämliche wie das der ersten, die Candidaten, welche damals 1770, 1768 und 1704 Stimmen erhalten hatten, wurden mit ebenso überwältigender Majorität, ja nahezu einstimmig wiedergewählt. Und das Direktorium? Es kassirte abermals die Wahl Dr. Kayser's. Und der Grund? „Dr. Kayser sei zu jung". Dieser Grund ist bloßer Vorwand, denn jüngere Aerzte, als Dr. Kayser, sind früher bei der Oberschlesischen Bahn angestellt worden. Aber Dr. Kayser ist Sozialdemokrat; und, obgleich er ein vorzügliches Examen gemacht hat und ein ausgezeichneter Arzt ist, so reicht das hin, um ihn für die „freie" Krankenkasse der Oberschlesischen Bahn unmöglich zu machen. Diese „freie" Krankenkasse gehört zwar nominell den Arbeitern, wird auch nominell, zum Schein, von den Arbeitern verwaltet, allein thatsächlich gehört sie den „Arbeitgebern", d. h. der Eisenbahndirektion, die sich durch eine kleine (den Arbeitern am Lohn zehnfach abgezogene) Beisteuer das Recht gesichert hat, mit der Kasse zu schalten und walten wie sie will. Das nennt man „freie" Kassen.

— Einer nach dem Andern! Jetzt steht in Paris der Gefängnißdirektor Sabiani unter der Anklage der Erpressung und andern Verbrechen vor Gericht — Hr. Sabiani, dem nach Niederwerfung der Commune, die Leitung der militärischen Gefängnisse des Seinedepartements übertragen ward, und der in dieser Eigenschaft eine namenlose Brutalität und Fanatismus für die bestehende Gesellschaftsordnung an den Tag legte. Und nun entlarvt als gemeiner Lump und Betrüger! Die „Gesellschaftsordnung", für die er so begeistert, war die Ausbeutung hilfloser, seiner Obhut überlieferter Gefangenen, die niederträchtigste Spitzbüberei! Ja diese Vertheidiger der „Ordnung"! Sie wissen wohl, warum. Hr. Sabiani findet Gesellschaft im Zuchthaus. Da ist zunächst Hr. Clement Duvernois, Exminister Bonaparte's, Eigenthumsritter comme il faut — natürlich für fremdes Eigenthum schwärmend, jedoch von den Richtern „mißverstanden" und ins Zuchthaus geschickt. Ferner der Biedermann Preux de la Comble, der während des letzten Communekampfes vier Häuser ansteckte, die Brandstiftung auf Rechnung der Communards schrieb (von denen, wer weiß wie viele, deshalb summarisch füsilirt wurden), bis die Sache durch spätere — Unvorsichtigkeiten heraus kam, und, verstärkt durch andere ähnliche Leistungen, ihn in's Zuchthaus führte. Und endlich Hr. Garcin, der unerbittliche Ankläger der Communards vor den Kriegsgerichten, diese „Säule der Gesellschaft", denen Bemühungen es hauptsächlich zu danken, daß Ferré auf Grund eines gefälschten Brandbefehls zum Tod verurtheilt wurde — und der jetzt als Fälscher und Betrüger im Zuchthaus sitzt. Eine nette Gesellschaft diese Gesellschaftsretter! Schade nur, daß es noch so Viele giebt, die nicht entlarvt sind. Nun, die Zeit wird auch kommen, wo die Gesellschaft von allen „Gesellschaftsrettern" gerettet wird — erst dann wird man in Wahrheit sagen können: „Die Gesellschaft ist gerettet"!

— „Eine der Hauptursachen des Anwachsens des Proletariats ist der übermäßige Militäretat" — so steht es geschrieben bei Besprechung einer Schrift in den „Leipziger Nachrichten", Amtsblatt des königlichen Bezirksgerichts, des Rathes und des Polizeiamts der Stadt Leipzig. Und hinzugefügt wird noch, daß eine Verminderung des Militäretats nicht unmöglich ei. Wir freuen uns über solch offenes Einverständniß; Fürst Bismarck aber wird kopfschüttelnd sagen: „Schon wieder einer mehr, der „Allens verrunjeniren" will. Arme „Leipziger Nachrichten"!

— Prompte Justiz. Die „Insterburger Zeitung" (liberal) schreibt aus Königsberg i. Pr.: „Vor etwa zwei Jahren klagte unser Tessendorf, der Staatsanwalt Hecht, den Redakteur der damals hier erscheinenden „Friedens- und Freiheits-Post" wegen Majestäts-Beleidigung an. In zwei Instanzen wurde der Angeklagte freigesprochen. Tessendorf's Beispiel ließ unsern Hecht aber nicht ruhen und so legte er die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Am 23. November 1877 hat das Berliner Obertribunal dieselbe zurückgewiesen und das freisprechende Erkenntniß zweiter Instanz bestätigt. Unter dem 21. Dezember 1877 wurde dem Angeklagten (Herrn John Reitenbach-Plicken) vom hiesigen Stadtgericht das Erkenntniß zugesandt." — Etwas spät, aber doch endlich.

— Aus Belgien wird unterm 23. v. M. berichtet: Nach einer langwierigen Debatte hat endlich die Repräsentantenkammer mit 57 gegen 27 Stimmen den Vleminckx'schen Gesetzentwurf angenommen, wonach Knaben nicht vor dem 12. und Mädchen nicht vor dem 13. Lebensjahre in Kohlengruben verwendet werden können. Ein weiter gehender Vorschlag, der den Frauen im Allgemeinen die Bergwerksarbeit untersagen wollte, fand nur fünf Anhänger. — Also nur fünf waren es, denen das Geldinteresse und die Ausbeutungssucht des Kapitals das Herz nicht ganz versteinert hatte. Ist dies Beispiel nicht ein Beweis für die Unsittlichkeit des Kapitalismus?

— Der hundertmal in nächste Aussicht gestellte Abschluß des russisch-türkischen Präliminarfriedens ist bis heute (2. März) noch nicht erfolgt. Da es den Russen daran gelegen sein muß, ihre Beute möglichst rasch in Sicherheit zu bringen, kann die Verzögerung nur von den Türken herrühren. Die Türken würden sich aber sicherlich nicht auf die Hinterfüße stellen, wenn sie nicht neuerdings einen Rückenhalt gewonnen zu haben glaubten, der natürlich nur in England mit Oesterreich gesucht werden könnte. In wie weit die Regierungen dieser zwei Länder die Hoffnungen der Türken genährt haben, und eventuell zu erfüllen gedenken, bleibt abzuwarten.

— Nach russischen Blättern ist unter der russischen Armee in Bulgarien der Typhus epidemisch ausgebrochen. Die Zahl der Erkrankungen beträgt 19 vom Hundert. Auf der Heimfahrt sterben die Kranken massenweise, und was dann mit ihnen geschieht, das erzählt der (russische) „Golos": „Auf der ganzen Strecke von Simnitza bis Fratesti liegen massenhaft unbeerdigte und verwesende Leichen." Wie Hunde behandelt im Leben, wie Hunde behandelt nach dem Tode — das ist das Loos der armen russischen Soldaten. Das humane „Väterchen", der für Kultur und Freiheit kämpfende Czar!

— Genosse Scheil wurde, nachdem er zur „Verbüßung" einer 3monatlichen Gefängnißstrafe wegen Majestätsbeleidigung sich dem Gerichtsgefängniß zu Bochum am 15. Februar gestellt hatte, wegen Ueberfüllung dieses Gefängnisses mit noch einem anderen „Sträfling" geschlossen, also mit einem höchst wahrscheinlich „gemeine Verbrecher" zusammengekettet, am 23. Februar nach Iserlohn transportirt. Und da faselt man immer noch von der Humanität im Strafvollzug.

— Aus Pinneberg erhalten wir die Nachricht, daß dort unsere Partei am 27. Februar bei der Neuwahl zum Schulcollegium einen glänzenden Sieg erfochten hat. Im Dezember vorigen Jahres hatte ein Sozialdemokrat mit einer Stimme Majorität gesiegt; die Wahl aber wurde für ungiltig erklärt. Diesmal erhielten unsere Parteigenossen Ruß und Sammann 255 resp. 252 Stimmen, die antisozialistischen Gegner, auf die die ganze reaktionäre Masse stimmte, erhielten 187 und 185 Stimmen. — Es ist doch ein schönes Ding mit den Ungiltigkeitserklärungen von Wahlen, wo Sozialisten gesiegt haben!

— Am 1. März wurde der frühere verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Herr Eduard Sack, welcher in erster Instanz freigesprochen war, in zweiter Instanz wegen Beleidigung des Generals Werder zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt. Aehnlichen Verlauf nehmen merkwürdiger Weise fast sämmtliche politischen und Preßprozesse in Frankfurt a. M.

— Das neueste Heft (11) der „Zukunft" vom 1. März enthält Folgendes: Zur Wahlreformfrage. Von Dr. L. Büchner. — Zur Proportional-Vertretung. — Die soziale Lage in Italien. Von Benoit Malon. (Forts.) — Maximilian Robespierre. Von Dr. Karl Brunnemann. (Forts.) — Die Arbeitslöhne in Belgien. Von Louis Bertrand. — Polemik. — Recensionen.

— Berichtigung. In Nr. 24 des „Vorwärts" von Sonntag den 24. Februar befindet sich unter „Politische Uebersicht" eine Notiz, den Londoner Steinhauerstrike betreffend, die nothgedrungen einer Berichtigung bedarf, zumal es das zweite Mal ist, daß der „Vorwärts" dies mittheilt; Ende Dezember p. J. schon ließ er den Strike als verloren betrachten.

1) Ist es eine Unwahrheit, daß der Strike bis jetzt verloren sei, vielmehr sind die Aussichten namentlich der klimatischen Verhältnisse halber die günstigsten. Obwohl der Strike bis jetzt die Summe von 60,000 Pfd. St., gleich 1,200000 Mark verzehrte, sind doch die Mittel noch für längere Zeit zur Disposition gesichert.

2) Ist es unwahr, daß die Plätze hier alle besetzt und die Strikenden entehrlich sind. Es wird dies schlagend bewiesen durch die fieberhafte Thätigkeit der Meisteragenten namentlich in Schottland, dieses Kuckucksei wurde vielmehr von liberalen Reportern aus der englischen in die deutsche Presse verschleppt, und ist sehr zu bedauern, daß sich die Redaktion des „Vorwärts" durch diese Ente täuschen ließ.

3) Ist es eine durch nichts Stichhaltiges gerechtfertigte Ansicht des „Vorwärts", daß eine Niederlage des Strikes die Arbeiter mehr aufklären würde. Wir haben triftigen Grund, das Gegentheil anzunehmen.

Im Interesse der Sache möchten wir doch den „Vorwärts" ersuchen, mit seinem Urtheil einzuhalten, bis er eine offizielle Mittheilung über das Resultat aus competenter Quelle erhält, die ihm sofort zugehen wird. Schon bei der Dezembernotiz kamen Steinhauer vom Rheinland, die uns entgegneten, der

---

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

VIII.

Und so kommen wir, nach Kenntniß der mannigfaltigsten Erscheinungen im ökonomischen Leben der russischen Landbevölkerung, zu folgendem Resultat: In Rußland herrscht die Hungersnoth, eine alle Theile Rußlands, die fruchtbarsten wie die unfruchtbarsten, umfassende Hungersnoth. Diese Hungersnoth, die im Winter von 1877—78 ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist für Rußland geradezu zur Kalamität geworden. Diese Hungersnoth ist nicht plötzlich gekommen — nein, sie kam langsam, nach und nach im Laufe einiger Jahre, und die Samarische Hungersnoth von 1873 machte den Anfang.

Die Hungersnoth ist dem russischen Volk ein gut bekannter Gast, den es nicht selten in seinen elenden und halbzerstörten Hütten empfangen hatte. Mit dem ersten Auftreten der Fürsten in der russischen Geschichte haben wir schon Nachrichten über Hungersnoth.

In früheren Zeiten war solche Hungersnoth heftiger als die jetzigen, aber sie beschränkte sich nur auf einen kleinen Theil des Reichs. In des Fürsten Jaroslaw's Zeiten war die Susdaler Provinz von einer Hungersnoth heimgesucht; das Volk erhob sich gegen den Fürsten, obwohl Letzterer auf diese Plage als auf „Gottes Fügung" hinwies. Die Hungersnoth von 1127 in der Nowgoroder Provinz war äußerst grausig, so daß das Volk „Birkenrinde, Lindenlaub und Pferdefleisch zu essen gezwungen war"; während der Hungersnoth von 1230—31 kam es dazu, daß das hungernde Volk „Menschen schlachtete und aß".

Unsere Geschichtsschreiber wollen die Hungersnoth ausnahmslos den Natur- und Elementarereignissen zuschreiben, aber gewiß ist es, daß sie meistens mit den inneren Zwistigkeiten und blutigen Kriegen zwischen den vielen Nachkommen des Fürsten Wladimir Monomach zusammentrafen.

Mit den Fortschritten des Moskauer Czarenthums wiederholt sich öfter und öfter die Hungersnoth, damit aber auch die Pflicht der Regierung, dem Volke in kritischen Momenten aufzuhelfen. So z. B. befahl der Czar Boris Godunow in den Hungerjahren 1601—2, aus „seinen Kornspeichern" dem Volke Brod zu vertheilen, und kaufte noch aus seinen eigenen Mitteln Brod für die Armee. Im Jahre 1630 verbot die Regierung, Getreide nach England zu exportiren, und die Regierung des Czaren Nikolaus sah sich genöthigt, im Jahre 1833 beinahe 30 Millionen, im Jahre 1839—40 mehr als 25 Mill. Rubel zu verausgaben, so daß auf den Kronbauern pro Kopf 4,92 Rubel und auf den Gutsbesitzer 3,6 Rubel entfielen.*)

Wie schon oben gesagt, trat die Hungersnoth früher mit größerer Heftigkeit auf, aber sie beschränkte sich immer nur auf einen kleinen Theil des Reichs und hatte gewöhnlich ein Ende nach einer guten Ernte. Das ist jetzt anders geworden: der Hunger ist in Permanenz, und nicht nur ein Bruchtheil, sondern das gesammte arbeitende Volk leidet.

Wie erklärt sich diese Erscheinung?

So viel ist erwiesen, daß jetzt ganz andere Ursachen als früher die Hungersnoth veranlassen. Gewiß, Mißernten haben wir auch jetzt, aber wahrscheinlich nicht in demselben Maße als früher, denn der starke Export von Getreide und anderen wirthschaftlichen Produkten weist darauf hin. Also Brod war in Rußland sogar im Ueberfluß vorhanden, aber dieser Ueberfluß kam nicht dahin, wo er am nöthigsten gebraucht wurde, — er kam nicht in die Hände Derer, die ihn durch ihre schwere Arbeit hervorgebracht hatten.

Die russischen Preßkosaken mögen immerhin die Ursachen der Mißernten in dem „Frost oder Hagel, in der Dürre oder Ueberschwemmung" u. s. w. suchen. Mit solchen Ursachen können sich nur oberflächliche Leute begnügen; für uns sind diese nicht hinreichend. Die Ursachen des Volkselends liegen tiefer. Wir suchen diese Ursachen in der intensiveren Ausbeutung der ackerbauenden Bevölkerung. Wir wissen, daß die Ausbeutung in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat; daß sie neue Mittel zur Versklavung der Armen erfunden hatte, und daß diese Mittel erst seit den „großen Reformen" der jetzigen Regierung ins Leben treten und sich entwickeln konnten.

Hier müssen wir die Lage des früheren Bauern mit der des jetzigen vergleichen.

*) Wie es scheint, waren die früheren „Herrscher" bei Volksunfällen freigebiger als die jetzigen „Selbstherrscher", die die Hungernden mit 40½ Kopeken pro Kopf abspeisen.

Bis zur „großen" und „ruhmvollen" Bauernreform vom 19. Februar 1861 bestand das ganze russische Bauernthum aus zwei fast gleichen Kategorien: aus Kron- und gutsherrlichen Bauern.

Die Kronbauern umfaßten 25 Millionen der produzirenden ländlichen Bevölkerung, deren ökonomische Ausbeutung nicht sehr stark war. Sie waren sehr reich bedacht seitens der Regierung; pro Kopf besaßen die Kronbauern 8 Dessjatinen (34,2 Morgen) gut bebauten Landes in den dichtbevölkerten Gouvernements, und 15 Dessjatinen (64,2 Morgen) in den an Ackerland reichen, aber an Bevölkerung armen Gouvernements. Dafür hatten sie jährlich etwa 40 Millionen Rubel an Steuern an die Regierung zu entrichten. Und so war es den Kronbauern möglich, ihre reiche Wirthschaft in gutem Zustande zu erhalten, und nur die niedrige Stufe der Bildung, auf der die Kronbauern standen, sowie der Mangel der gemeinschaftlichen Bearbeitung des Grund und Bodens — nur das war der Hemmschuh zur besseren Entwickelung dieser Wirthschaften.

Selbstverständlich hätten diese Hindernisse allmählich sehr leicht hinweggeräumt werden können, wenn nicht ein noch weit schlimmeres Hinderniß zu beseitigen gewesen wäre. Wir meinen die Mißbräuche der Administration, die autokratisch-absolutistisch mit dem Eigenthum der Bauern umging. Die Verwaltung betrachtete den Bauer als ihren Leibeigenen oder Unterthan und knechtete ihn nicht minder als die grausamsten Gutsbesitzer. Aber diese Ausbeutung wurde trotz ihrer Ungesetzlichkeit nicht systematisch betrieben, sie war nicht organisirt, und darum war sie, mit wenigen Ausnahmen, nicht so verderblich, wie jede systematisch organisirte und nominell gesetzliche Ausbeutung. Die Verwalter nährten sich zwar von den Erträgnissen der produzirenden Bevölkerung, aber das Wirthschaftseigenthum des Bauern tasteten sie nicht an; sie hemmten nur die Entwickelung der Wirthschaft.

Die andere Kategorie der ländlichen produzirenden Bevölkerung bestand aus „Sklaven", genannt Leibeigene.*) Hinsichtlich ihrer Ausbeutung können wir nur dasselbe sagen, was wir oben von den Kronbauern sagten. Die Ausbeutungsformen, obwohl in einzelnen Fällen sehr streng, waren im Allgemeinen milder, als es bei der kapitalistischen Produktion in Form von Lohn-

*) Wir sagen „Sklaven", denn die russischen Leibeigenen waren ihrer ökonomischen und juridischen Lage nach mehr Sklaven als Leibeigene.

„Vorwärts" habe die Beendigung des Strikes berichtet, ebenso auch die „Berliner Freie Presse".

Wir warnen hiermit nochmals nachdrücklich vor Zuzug.

Im Auftrag: J. F. Ehrhart.

London, 27. Februar 1878.

(Wir können nur sagen, daß wir unsere Information über den Strike dem Centralorgan der englischen Gewerkschaften, der „Industrial Review", entnommen haben.

Red. d. „V.")

Die Gewerkschaftskonferenz zu Gotha.

Die Konferenz wurde Sonntag, den 24. Februar durch A. Kapell eröffnet. Anwesend waren 23 Delegirte und zwar: Verband der Buchbinder: Päcke und Pollerich, Leipzig. Verband der Buchdrucker: Härtel, Leipzig. Verein der Böttcher: Fröhner, Leipzig. Glasarbeiterbund: Horn und Völkel, Dresden. Maurer- und Steinhauerbund: Hurlemann, Hamburg. Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft: Söhler, Braunschweig, Brenner, Berlin. Manufaktur- und Hand-Arbeiter: Böttcher, Brehm, Crimmitschau, Fahrenkamm, Erfurt. Allgem. Deutscher Schneiderverein: Klerx, Dresden. Für die Mitglieder der Schneider: Dunker. Schuhmacher-Gewerkschaft: Giesecke und Porschen, Gotha. Stellmacherverein: Schulze, Hamburg. Tischlerbund: Weidemann, Mannheim. Tischler Erfurts: Schüler. Töpferverein: Klaws, Erfurt. Zimmerer-Gewerkschaft: A. Kapell und Pfeiffer, Hamburg. Für die Mitglieder aller Gewerke Heidelbergs: Weber. In das Bureau wurden gewählt: Weidemann und A. Kapell als Vorsitzende, Klerx, Bremer und Horn zu Protokollführern, Weber als Führer der Rednerliste.

Nach Schluß der General-Diskussion werden in der Spezial-Diskussion folgende Punkte angenommen: Punkt 1. Vorschläge zu einem Normal-Statut, betr. Centralisation. Punkt 2. Presse. Von einem Centralorgan wird Abstand genommen, dem gegenüber empfohlen, daß die verwandten Berufsgenossen sich so viel als möglich auf Grund der staatlichen Gewerbestatistik in Gruppen vereinigen. Punkt 3. Betreffs der Agitation wird empfohlen, dieselbe möglichst gemeinsam zu betreiben. Punkt 4. Betreffs der Unterstützung bei Arbeits-Einstellungen und Ausschlüssen wird empfohlen, eine möglichst gleiche Beisteuer sämmtlicher Gewerke zu erheben, um in Fällen der Nothwehr eine Sicherung herbeizuführen. Punkt 5. Betreffs der Reiseunterstützung wird empfohlen, dieselbe bei sämmtlichen Gewerkschaften einzuführen, sowie Errichtung gemeinschaftlicher Arbeits-Nachweis- und Verkehrs-Lokale. Punkt 6. Centralisation der Krankenkassen sei zu empfehlen und solle man sich bemühen, auf diesem Wege baldigst etwas zu schaffen.

Zur Durchführung der Konferenzbeschlüsse soll eine Commission gewählt und auch mit der einheitlichen Leitung betraut werden. Um dieses möglichst bald herbeizuführen, beschloß die Conferenz, zu Pfingsten einen allgemeinen Gewerkschafts-Kongreß abzuhalten, wo, wenn thunlich, die noch in Aussicht stehenden Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften tagen sollen. Als Ort hierzu wurde Magdeburg oder Hamburg in Aussicht genommen.

Zum Schluß wurde noch beschlossen, daß Gewerkschaften, welche sich vorstehenden Bestimmungen anschließen, zu jeder Zeit nach vorhergehender Kündigung sich auch wieder separiren können. Die Einberufung des Gewerkschafts-Kongresses, sowie die nöthigen Vorarbeiten dazu wurden den Hamburger Genossen übertragen.

Auch sprach die Konferenz noch den Wunsch aus, daß sich möglichst sämmtliche Gewerkschaften an dem abzuhaltenden Kongreß betheiligen möchten. — Sodann wird die Konferenz geschlossen.

Correspondenzen.

Chemnitz. Der berüchtigte Emil Kästel, der unter dem Namen „Raphael Schütz" sich eine Zeit lang als Sozialdemokrat aufspielte und in der Partei — freilich ganz fruchtlos — Stänkereien zu machen suchte, dann den Nationalliberalen, nicht ohne Erfolg, seine Dienste anbot, ist dieser Tage in Dresden wegen Unterschlagung und Betrug zu zweijährigem Gefängniß verurtheilt worden. So hätte die Nemesis wieder einen „Sozialistentödter" beim Schopfe gepackt.

Aus Baden. Unsere liberalen „Volksvertreter" in der zweiten Kammer sind, sammt der sehr „liberalen" Regierung, durch die beabsichtigte Tabaksteuer arg in die Klemme gebracht worden. Sie sehen ein, daß sie das Wasser nicht auf beiden Schultern tragen können, d. h. daß sie außer Stande sind, gleichzeitig den Wünschen ihres Herrn und Meisters in Varzin und ihrer Mandatgeber, des badischen Volkes, zu willfahren. Dies zeigte sich so recht deutlich gelegentlich der Anfrage Schneider's in der zweiten Kammer über die Stellung der Großherzoglichen Regierung der beabsichtigten Tabaksteuer gegenüber; sowie in der ersten Kammer, wo Freiherr v. Göler beim Posten „Matrikularbeiträge zum Reich" die Tabaksteuer zur Sprache brachte.

Der Abg. Schneider (bürgerlicher Demokrat) hob in seiner Rede hervor, „daß durch die beabsichtigte Steuer der Tabaksbau in Baden fast aufhören würde, es würde dadurch nicht nur der Consument, sondern auch die Landwirthschaft, Handel und Industrie schwer getroffen. Der Gesetzentwurf sei nicht anders zu betrachten denn als Vorläufer des Monopols, was in den Motiven deutlich hervorgehoben sei. Das Monopol könne aber zu politischen Zwecken mißbraucht werden und bedeute eine Annäherung an die sozialdemokratischen Ideen. Die Genehmigung der Vorlage und ihre Folge (Monopol) würde bei uns den Ruin zahlreicher Existenzen nach sich ziehn, die Steuerkraft vermindern, die Auswanderung vermehren." Der Geh. Rath Ellstätter hob in seiner Beantwortung hervor, „daß die Großh. Regierung in Berlin einen prinzipiellen Widerspruch nicht erhoben habe, weil ein dringendes Bedürfniß zur Erhöhung der unmittelbaren Reichseinnahme auch im Interesse der Einzelstaaten liege. Abhülfe sei durch direkte Reichssteuer nicht möglich und könne nur gesucht werden auf dem Gebiete der indirekten Steuern. Hier biete sich kein Objekt, das zur Besteuerung geeigneter wäre als der Tabak. Diese Thatsache sei nicht zu bestreiten. Man könne beklagen, daß dies Baden am meisten treffe, aber die Sache sei weder zu ändern, noch vom Lande abzuwenden. Die Regierung habe im Bundesrath beantragt, den Centner inländischen Tabak mit 18 Mark zu besteuern, und nachdem dies abgelehnt wurde, gegen das ganze Gesetz gestimmt."

Die Kammer mußte nun wohl oder übel in die Debatte eintreten, um zu sehen, wie sie sich am besten aus dieser unangenehmen Situation befreien kann. O Bismarck, warum hast du uns das gethan! hätte der Abg. Paravicini ausrufen können als er sagte: „Es gebe nicht leicht einen Einzelstaat, der dem Reich so viel leiste wie Baden, was man ihnen aber jetzt zumuthe, gehe zu weit, sie hätten gethan und würden auch ferner thun was sie können." Nun, mehr verlangt Bismarck auch nicht, als schließlich „Ja" zu sagen, und das können die liberalen Volksvertreter doch aus dem ff. Der Abg. Kiefer machte sich die Geschichte schon etwas leichter, „das Gesetz, wie es jetzt vorliege, sei zwar ungerecht, weil es Baden am meisten treffe, aber prinzipiell könne man die Tabaksteuer-Erhöhung nicht von der Hand weisen, die gegenwärtige Zeit, wo eine Kabinetskrisis in Oestreich, oder eine Intrigue in Paris, oder dergleichen den europäischen Frieden bedrohen können und sich zahlreiche, ja sogar deutsche Stimmen für Zertrümmerung des verhaßten deutschen Reiches aussprechen, sei nicht dazu angethan, das Reich finanziell zu schwächen und damit die Wehrkraft desselben zu beeinträchtigen.

Der Abgeordnete Bär, auch Reichstagsabgeordneter, bemüht sich, in echt liberaler Weise dem Volk Sand in die Augen zu streuen, indem er betonte, daß Baden nach dem Entwurf 1/8 der ganzen Steuer bezahlen müsse, obgleich dasselbe nur 1/33 des ganzen Reichs ausmache. Deshalb könne er dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, es werde aber nichts anderes übrig bleiben, als das Monopol einzuführen. Als ob wir uns dann besser stehen würden! Ja, Bismarck würde sich sogar freuen, wenn alle Reichstagsabgeordneten auf dem Standpunkt des Abg. Bär ständen, er brauchte dann das Uebergangsstadium der Steuer nicht und könnte gleich das Monopol einführen. Die Offenburger Wähler können sich zu ihrem Abgeordneten, der bismärckischer als Bismarck ist, gratuliren.

Der Abg. Junghanns (ultramontan) meinte, so lange die Völker ihre Militärausgaben nicht einschränkten, müsse das Volk allerdings bezahlen, und da sei es gleich, ob wir gesotten oder gebraten gegessen werden, d. h. ob Steuererhöhung oder Monopol das Geld einbrächten. Pflicht jedes badischen Abgeordneten und der badischen Regierung sei es, den Gesetzentwurf ohne Phrasen zu Fall zu bringen. Was den Ersatz betreffe, so hätten wir ja Finanzkünstler in Deutschland genug, die Abhülfe anrathen könnten.

Der Abg. v. Feder sprach sich ganz entschieden gegen den Gesetzentwurf aus, weil er eine ungerechte Belastung Süddeutschlands involvire.

Wenn sich nun auch sämmtliche Redner gegen die Steuererhöhung ausgesprochen haben, so konnte man es ihnen doch anmerken, wie schwer es ihnen wurde, und außerdem ist noch zu bedenken, wie billig sie es da haben konnten, da die Entscheidung nicht in der badischen Kammer, sondern im Reichstag liegt. Auch in der ersten Kammer sprach man sich, mit Ausnahme des Herrn Hemmel, dem das „deutsche Interesse" unter allen Umständen über das des engeren Vaterlandes geht, gegen das Gesetz aus.

In Folge der zweideutigen Haltung des Nationalliberalismus, der ja in Baden beinahe ausschließlich dominirt, sind sich auch die Tabaksbauern vielfach im Unklaren über die Tragweite des Gesetzes. Sie sehen zwar ein, daß die beabsichtigte Steuererhöhung schädigend auf den Tabaksbau einwirken muß, glauben aber vielfach, daß es beim Monopol besser wäre, indem dann den vielen Zwischenhändlern das Handwerk gelegt würde, sie sehen aber nicht ein, daß es der Regierung gar nicht darum zu thun ist, sondern nur um möglichst viel Geld dabei herauszuschlagen. Die Regierung würde dann den Preis für den Tabak derart niedrig stellen, daß an einen höheren Ertrag des Tabaksfeldes gegenüber anderen Feldfrüchten, wie es gegenwärtig der Fall ist, gar nicht mehr zu denken ist. Tabak würde dann nicht mehr eintragen als z. B. Kartoffeln, und mit dem so oft gepriesenen „Wohlstand" der Tabaksbauern wär's vorbei. Das „Wochenblatt des landwirthschaftlichen Vereins im Großherzogthum Baden" sprach sich denn auch gegen die Steuerhöhung sowie gegen das Monopol aus.

Wenn also die süddeutschen Abgeordneten den Wünschen ihrer Wähler Rechnung tragen, so ist Aussicht vorhanden, daß das Gesetz im Reichstag abgelehnt wird. Ob sich aber dieselben, sofern sie der nationalliberalen Fraktion angehören, zu einer solchen That ermannen werden, muß ich sehr bezweifeln. — Durch die Zeitungen geht gegenwärtig folgende Notiz:

„Konstanz, 9. Februar. Der Gemeindevoranschlag für 1878 ist noch nicht ganz vollendet, doch wird uns mitgetheilt, daß sich die Einnahmen auf ungefähr 150,000 M., die Ausgaben auf 464,000 M. belaufen werden. Darnach sind ungefähr 314,000 M. durch Umlagen zu decken, was nach Abzug des Ertrags der Kapital- und Klassensteuer etwa 1 M. 20 Pf. auf 100 M. des Grund-, Häuser- und Erwerbsteuerkapitals ergiebt."

In heutiger Schöffengerichtssitzung wurde der frühere Oberbürgermeister Herr Max Strohmeyer wegen Beleidigung der Mitglieder des Schatzungsrathes zu einer Geldstrafe von 50 M., sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurtheilt. Zu bemerken ist hierbei, daß Herr Strohmeyer der Abgott der Liberalen war, der aber die Stadt derart in die Schulden hineingebracht hat, daß selbst die Regierung einen Commissionär nach Constanz schicken mußte, um wieder Ordnung in die Verwaltung zu bringen.

Neuerdings ist die Opposition gegen die liberale Wirthschaft wieder stärker hervorgebrochen, darob großer Jammer in der liberalen Presse, die glaubte, die Sache werde so stillschweigend im Sand verlaufen. Man sieht, der Liberalismus wirthschaftet sich immer mehr ab.

....r.

Frankenhausen i. Th., im Februar. Wenn Sie von hier eine kleine Correspondenz bekommen, so dürfen Sie um keinen Preis denken, „es ist doch nur Einer dort, der mit der Sozialdemokratie sympathisirt", im Gegentheil, die große Masse des Volkes Nordthüringens ist sozialistisch und besonders um hiesigen Ort herum. Wenn auch die Sozialistentödter im verflossenen Jahre jubelten: „Frankenhausen ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden", so war damit doch sicher nicht gesagt: Frankenhausen ist zur Fortschrittspartei übergegangen. Die Verhältnisse waren damals derart, daß es (in kleinen Orten wie dem hiesigen wird sich dieses oft wiederholen) an den nöthigen agitatorischen Kräften fehlte. Man wird in solch kleinen Orten in der Regel nur einen Mann finden, der öffentlich auftreten kann, und das war auch hier der Fall. Hier nur ein ganz kurzer Rückblick. 1868 entwickelte sich hier die Sozialdemokratie, ein einzelner Mann leitete Alles. Daß der Mann als Feind von allen Parteien angesehen wurde, ist selbstverständlich. Die Arbeitsentlassung, Chikane, Prozesse, Geldstrafen 2c. 2c., gerade wie anderswo auch, waren an der Tagesordnung. 1870 auf Hochverrath angeklagt, bei der Verhaftung und folgenden Haft körperlich vollständig ruinirt 1871 in den Schwarzburg-Rudolstädter Landtag gewählt, 1874 wiedergewählt, hielt er es aus bis 1875, da erklärte er gegen Freunde: „es geht nicht mehr!" So viel ich mich entsinne, machte er im Jahre 1876 seine letzte Strafe von drei Wochen ab. — Es würden sich wohl jüngere Kräfte finden, aber der Anstoß fehlt; sollte es möglich sein, daß ein Agitator von außerhalb Gelegenheit hätte, einmal nach hier zu kommen, so würden bald die Sozialistentödter eines andern und bessern belehrt werden.

J. K.

Friedberg (Oberhessen), im Februar. (Agitationsbericht. Im Monat Januar vergangenen Jahres traten wir zum erstenmal öffentlich auf, und zwar gezwungen durch einen Angriff der conservativen Partei bei Gelegenheit der Reichstagswahl. Wir schickten den Candidaten dieser Partei gebührend heim, und scheint ihm seitdem die Lust zu weiteren Kämpfen vergangen zu sein. Die „Lorbeeren", welche sich dieser Herr errungen, ließen, wie es schien, die hiesigen Koryphäen der Nationalliberalen nicht schlafen, und als gar der Artikel eines Herrn L. F. seinerzeit im „Vorwärts" erschien, da war es beschlossene Sache im Lager dieser Herren, dem frechen Eindringling, genannt Sozialismus, einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Verschiedene schlecht geführte Hiebe im „Oberhessischen Anzeiger", Kreisblatt für den Kreis Friedberg, wurden natürlich von uns präcis parirt, und als endlich ein in angeblich 10,000 Exemplaren verbreitetes, durch und durch confuses Flugblatt gegen uns erschien, konnten wir nicht umhin, auf eben diese Weise, d. h. mittelst Flugblatt, zu antworten. Genosse Frohme in Frankfurt hat später in einer Nummer des „Volksfreund" in der richtigen Art dieses Erzeugniß liberalen Verstandes gegeißelt. Während dieser Vorgänge hatten wir in verschiedenen nahegelegenen Ortschaften Versammlungen abgehalten, und alle hatten günstigen Verlauf und Erfolg. Das Landvolk der Wetterau ist, soweit wir es kennen gelernt haben, wenn auch derb, so doch keineswegs unzugänglich. Mittlerweile sagten uns Genosse Pfannkuch aus Kassel und Frohme aus Frankfurt zu, über „die kapitalistische Großproduction", „die Lage des Kleinhandwerker- und Bauernstandes" und „die sozialistischen Productivassoziationen" referiren zu wollen, während Parteigenosse B. von hier schon früher einen Vortrag über „die historische Entstehung des Sozialismus, dessen Bestrebungen und Ziele" gehalten hatte. Am 10. Juni fand der Vortrag Pfannkuch's und Frohme's statt. Das war ein heißer Tag in doppelter Hinsicht. In dem Lokale, einem schönen großen Gartensaal, herrschte eine tropische Temperatur, und bald entwickelte sich ein hitziger Redekampf, an dem sich sämmtliche hervorragende Persönlichkeiten unserer Gegner, welche wir besonders eingeladen hatten, betheiligten. Von 4 bis 7 Uhr Abends wogte der Kampf hin und her, doch können wir mit Bestimmtheit sagen, von gegnerischer Seite mit wenig Geschick und noch weniger Anstand. Ein Herr Schulinspector nannte uns Verführer der Jugend, Umstürzler und Demagogen, unser Herr Landtagsabgeordnete betitelte uns Vaterlandslose, die durch ihre unsinnigen Forderungen die Liberalen in die Arme der Reaction trieben, und ein hiesiger Müller that sogar den classischen Ausspruch, daß Alles, was wir sagten, nicht wahr sei; nicht die großen Grundbesitzer machten die kleinen Bauern, sondern im Gegentheil, die kleinen Bauern die Großgrundbesitzer kaput. Darauf wüthendes Bravobrüllen der anwesenden landwirthschaftlichen Größen, was sich um so komischer anhörte, als unser Müllerlein vorher bemerkt hatte, er gehöre zum Kleinbauernstande, und sei er infolge dessen ein Feind der „Großen". Das thut aber alles nichts, wenn es gegen die Sozialisten geht, ist eben alles, auch das tollste Zeug recht.

Frohme und Pfannkuch standen wie zwei Felsen im Meer, umtost von wüthender Brandung. Ihre Antworten waren schlagend, überzeugend und ruhig; nur wenn die Gegner in zu unartiger Weise sich ergingen, ward ihnen, von Frohme hauptsächlich, die verdiente Züchtigung. Schließlich räumten die Herren das Feld, indem sie erklärten, sich nicht länger mit uns herumbalgen zu wollen. Viele der Anwesenden, wir möchten sagen die Mehrzahl, war auf unserer Seite. Einige Wochen später wollten wir eine Versammlung in Münzenberg, einem schönen großen Nachbarorte, abhalten, in welcher Genosse Ullrich von Offenbach referiren sollte, allein ein Gensdarm vereitelte durch sein Auflösen der Versammlung ohne Grund unsere Absicht. Dem Manne wurde später auf unsere Beschwerde beim hiesigen Kreisgericht ein Verweis, und unsere Versammlung fand vier Wochen später unbeanstandet statt.

Vor Kurzem nun hielt Frohme einen zweiten Vortrag über das „sozialdemokratische Programm". Redner entledigte sich seiner Aufgabe in ausgezeichneter Weise und hat einen sehr guten Eindruck gemacht. Um noch verschiedener Kleinigkeiten zu gedenken, so sei bemerkt, daß wir einen Majestätsbeleidigungsprozeß hatten, der aber den Anstiftern zum Aerger wegen Mangels an Beweisen niedergeschlagen werden mußte. Ferner suchten in mehreren Wirthschaften flegelhafte Burschen Scandale mit Mitgliedern der Partei anzustiften, hie und da aber kamen sie an die Unrechten. Noch sei bemerkt, daß bei letzter stattgehabter Gemeinderaths-Ergänzungswahl Parteigenosse Lorenz Berg 41 Stimmen erhielt, obgleich wir als Partei uns nicht

---

arbeit der Fall ist. Diese produzirt mit der Absicht, den Weltmarkt mit ihren Erzeugnissen zu versehen und Profit zu machen, während jene Wirthschaftsform nur auf Hervorbringung von Naturalien bedacht war, die an Ort und Stelle consumirt wurden. Die Ausbeutung der Leibeigenen war daher auch auf jenen Güterkomplexen am ärgsten, wo das Hütten- und Bergwesen vorherrschte, während auf den übrigen Gütern dies Verhältniß zwischen Gutsbesitzer und Leibeigenen in den meisten Fällen einen patriarchalischen Charakter hatte.

Gewöhnlich bestand die Leistung der Leibeigenen darin, daß sie den Gutsbesitzern Frohngelder zahlten, die aber nur in den gewerbtreibenden Orten hoch waren, oder daß sie wöchentlich eine dreitägige Frohnarbeit auf den gutsherrlichen Aeckern zu leisten hatten, wofür die Leibeigenen ihrerseits vom Gutsbesitzer ein Stück Land zur unentgeltlichen Benutzung erhielten. Außerdem waren die Gutsbesitzer verpflichtet, Steuern für die Leibeigenen zu entrichten und mußten sie dieselben bei Mißernten, Viehseuchen, Feuersbrünsten 2c. unterstützen. Und hier sehen wir abermals dieselbe Erscheinung wie bei den Kronbauern: die Gutsbesitzer waren, wie die Kronbauern-Administratoren, nur ein Hemmschuh für die Entwickelung der Bauernwirthschaft.*)

So stand es im Allgemeinen um die ökonomische Lage der russischen ländlichen Bevölkerung in der Vorreformen-Periode. Da kam die Zeit der „Reformen". Unterlassen wir hier die umständliche Aufzählung der Ursachen, die diese Reformen hervorgerufen haben. Bemerken wollen wir nur, daß wir in dieser Hinsicht mehr Gewicht auf die ökonomischen Ursachen als auf die liberalen, humanitären und politischen Combinationen legen. Der „nationale Reichthum" erwies sich als zu gering, man mußte diesen „Reichthum" vermehren und die Produktion im Innern des Landes fördern, denn durch die Förderung der Produktion, das weiß jeder Kapitalist, wächst der Reichthum, der natürlich nur in die Taschen der Kapitalisten fließen darf.

*) Man darf daraus keineswegs folgern, daß wir die „alte gute Zeit" zu idealisiren gesonnen sind. Wir wollten nur auf den Unterschied zwischen der auf der Leibeigenschaft basirenden Wirthschaft und der kapitalistischen hinweisen.

(Fortsetzung folgt.)

an der Wahl betheiligten und die meisten unserer Genossen aus verschiedenen Gründen nicht wählen konnten. Den Herren Liberalen möge dies zum Beweise dienen, daß der Sozialismus bei uns Boden findet, nur muß dieser Boden tüchtig geackert und besäet werden. Bei den nächsten Reichstagswahlen gedenken wir mit unseren Gegnern ein ernstes Wort zu sprechen, und wenn wir uns auch nicht mit der Hoffnung tragen, dann schon einen Candidaten durchzubringen, so wollen wir bei der sozialistischen Heerschau doch unser Contingent, und wir hoffen ein nicht geringes, stellen. Mögen die Gegner schimpfen, hetzen und verdächtigen; der Sozialismus kommt, langsam, aber unwiderstehlich rückt er heran, und nichts wird ihn aufhalten in seinem Siegesmarsch. Er kämpft für die höchsten Güter der Menschheit, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und darum erzeugt er in allen seinen wirklichen Anhängern jene innere Befriedigung, jene sittliche Kraft und jene hohe Begeisterung, die die Kleinen groß, die Schwachen stark macht. Und das fehlt unseren Gegnern, und das werden sie nie haben, und darum kommen wir trotz unseren geringen materiellen Mitteln vorwärts, immer vorwärts.

Die Parteigenossen aber mögen sich beim Lesen dieser Zeilen ins Gedächtniß rufen, daß wir nicht rasten noch ruhen dürfen, und daß jedes neue Jahr ein neues Kampfes-, aber auch ein neues Siegesjahr sein muß.

Schließlich noch besten Dank den auswärtigen Rednern, welche uns unterstützt haben, und die Wetterauer Gesinnungsgenossen mögen allerorts auf ihrem Posten sein, damit die Agitation mehr und mehr geregelt vor sich gehen kann. Wenn die nächste Reichstagswahl kommt, müssen wir völlig gerüstet dastehen.

Offenbach, 28. Februar. Gestern lieferten die Schuhmacher ihre Lederwaaren, welche sie von den Fabrikanten noch in Besitz hatten, ab. Es herrscht eine Einmüthigkeit unter denselben, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Ein Theil der Strikenden — die ledigen jungen Leute — hat sein Bündel geschnürt und ist bereits abgereist, ein anderer Theil hat bereits Arbeit bei Meistern genommen und nur noch wenige sind zu unterstützen.

Offenbach. Auch hier fand am 13. Februar eine Volksversammlung statt, in welcher die beiden Themata: „Welche Stellung hat das deutsche Volk zur orientalischen Frage einzunehmen" und „Die Tabaksteuer" auf der Tagesordnung standen. Genosse Frohme aus Frankfurt behandelte den ersten Punkt der Tagesordnung in gediegener Weise, worauf die Versammlung folgende Resolution einstimmig annahm: „Gestützt auf die Ueberzeugung, daß einem politisch mündigen, folglich auch als souverän zu erachtenden Volke nicht nur das Recht, sondern im Interesse der Gerechtigkeit, Humanität und allgemeinen Wohlfahrt noch weit mehr die Pflicht zusteht, innigsten Antheil zu nehmen an allen ihm drohenden politischen Verwicklungen, und gegebenen Falles ein entschiedenes Veto einzulegen gegen solche politische Projekte resp. Maßnahmen seiner Regierung, welche die Wahrscheinlichkeit oder auch nur die Möglichkeit der Herbeiführung derartiger Verwicklungen als begründet erscheinen lassen — erklären wir hiermit: daß wir der deutschen Reichsregierung bisherige Orient-Politik mißbilligen und gegen dieselbe Protest erheben." — Hierauf referirte Genosse Ulrich über die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer unter allseitiger Zustimmung und schlug am Schlusse seines Referats folgende Resolution vor, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung protestirt mit aller Entschiedenheit gegen die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer und erachtet es als die heiligste Pflicht der wahren Volksvertreter, gegen dieselbe zu agitiren und zu stimmen. Sie hält die Steuer an sich für eine völlig ungerechte, weil dieselbe, wie alle indirekte Steuern, die herrschende Klasse, welche alle Vortheile des heutigen Systems genießt, von den Lasten des Staates befreit und diese auf die Schultern des arbeitenden Volkes wälzt, wodurch dasselbe, schon als Produzent aller Werthe ausgebeutet, auch als Consument durch den Verbrauch schlechter und vertheuerter Waare geschädigt wird. Aus diesen Gründen erklärt die Versammlung es für einen Verrath am Volke, wenn die Abgeordneten der projektirten Erhöhung zustimmen würden." — Daß das Tabaksteuer-Projekt wirklich alle Klassen und Parteien des Volks in Aufregung bringt, beweist die Thatsache, daß selbst die Liberalen unseres Kreises sowie des Maingaues überhaupt (welche doch an Folgsamkeit den Reichsansprüchen gegenüber seither nichts zu wünschen übrig ließen) eine Petition dagegen an unsern Abgeordneten Dernburg beförderten. Was Der nun thun wird? Nun, wenn's gilt, wird er sich schon zu helfen wissen; wir haben's ja schon gesehen. Uebrigens glauben unsere hiesigen Tabak-Industriellen an einen Erfolg der Petition (die hauptsächlich von ihnen ausging) selber nicht, ja sie wünschen ihn vielleicht nicht einmal, das scheinen ihre riesigen Tabakeinkäufe zu beweisen.

Aufruf!

Wir sind zusammengetreten, um durch Beiträge, einmalige oder jährliche, von Freunden und Gesinnungsgenossen einen **Preßfond** zu stiften, der den Namen Johann Jacoby's führen soll. Der große Volksmann, der jüngst dahingeschieden, hat für das Recht der freien Meinungsäußerung, als die Grundlage aller Freiheit, sein Leben lang tapfer gekämpft und gelitten. Durch das Werk, das wir beginnen, wird sein Andenken am besten geehrt. Der Preßfond soll dazu bestimmt sein, verfolgte Schriftsteller zu unterstützen, ihnen den Rechtsbeistand zu sichern, im Falle ihrer Haft die Angehörigen vor Noth zu schützen, der freisinnigen Presse beizustehen, die Entwicklung von Volksblättern zu fördern. Die Geschäftsführung wird einem Ausschusse anvertraut, der durch die Beitragenden gewählt ist, für das erste Halbjahr werden die mitunterzeichneten Königsberger Genossen die Constituirungsarbeit übernehmen.

Kann die Thätigkeit dieses Fonds in reichlicher, dauernder Weise geübt werden, so wird damit ein gut Stück Arbeit zur Erringung des freien Staates geleistet, und in diesem Streben fühlen wir Alle uns einig, stehen wir Schulter an Schulter.

Beitrittserklärungen und Beiträge sind an Herrn L. Braun, Buchhändler, Königsberg in Pr., Franzosischestr. 22 zu richten.

Sämmtliche freisinnige Zeitungen und Zeitschriften werden um kostenlose Aufnahme dieses Aufrufs ersucht.

Herrmann Arnoldt, Kaufm., Königsberg i. Pr. Reichstagsabgeordneter Bebel, Leipzig. Joh. Phil. Becker Genf. Leopold Braun, Buchhändler, Königsberg i. Pr. Eli Behrend, Kaufmann, Königsberg i. Pr. Borowsky, Gärtner, Königsberg i. Pr. Reichstagsabg. Demmler, Schwerin. Dr. Albert Dulk, Untertürkheim b. Stuttgart. Gutsbesitzer Ebhardt, Komorowen Ostpr. Eichelsdörfer, Redact. d. N. Bad. Ldsztg., Mannheim. Rechtsanwalt Freytag, Leipzig. Buchhändler Geib, Hamburg. Gutsbesitzer Max Herbig, Maraunenhof b. Kgsbg. i. Pr. Carl Holthof, Reichstagsabgeordneter, Frankfurt a. M. Ad. Harig-Bembe, Mainz. Xaver von Hasenkamp, Red. d. Beobachter, Stuttgart. Wilhelm Hasenclever, Reichstagsabgeordneter, Leipzig. Carl Hirsch, Paris. Conditor Kallmann, Königsberg i. Pr. G. Fr. Kolb, München. Ad. Kroeber, Holzhändler, München. Reichsrathsabg. Dr. Ferdinand Kronawetter, Wien. Dr. L. Kugelmann, Hannover. v. d. Leeden, Hauptmann a. D., Herzogswalde bei Böhmischdorf. M. J. Levy, Rentier, Berlin. Liebknecht, Reichstagsabgeordneter, Leipzig. Gutspächter Luce, Junkerken O.-Pr. Justizrath Martini, Danzig. Carl Mayer, Stuttgart. Dr. Meilitz, Berlin. Dr. jur. August Oppenheim, Cöln. Gutsbesitzer Prager, Littauen. Rechtsanwalt Payer II, Reichstagsabgeordneter, Stuttgart. Justizrath Dr. Reinganum, Frankfurt a. M. John Reitenbach-Plicken; Maler Rekitzky, Königsberg i. Pr. Ritzinghausen, Reichstagsabgeordneter, Cöln. Paul Singer, Kaufmann, Berlin. Leopold Sonnemann, Frankfurt a. M. Ludwig Walesrode, Stuttgart. Dr. Guido Weiß, Berlin. Jos. Zervas, Cöln.

Oeffentliche Quittung.

Im Monat Februar habe ich für nachbenannte Fonds vereinnahmt:

a) Agitationsfond:

Von einem Parteigenossen in der Vorderpfalz Mk. 60,00; Uelzen d. R. Schneeweiß 9,00; Königsberg v. Str. u. Fst. 3,00; Minden i. W. d. Domeier (f. Wichler) 0,75.

b) Unterstützungsfond:

Güstrow d. O. Wollschläger 17,26; Klein-Grasbwsk d. W. Reese 14,44; Wolfenbüttel v. einem Genossen d. W. Bracke 6,00; Leipzig d. Hablich von Diversen 119,62; Hamichen d. A. Auerbach 1,65; Hoi v. J. Ratz 19,00; Mannheim, Ueberschuß vom Weihnachtsfest durch W. Brattling 100,00; Halle d. H. Rödiger 11,00; Kiel d. F. Neumann von Hoffmann's Hochzeit 6,00; London v. kommunistischen Arbeiterbildungsverein d. Ehrhardt 17,50; Berlin d. E. Pretzer gesammelt in Praunitz v. Meze's Fabrik 15,00; Gotha d. C. Giesecke 9,00; Blotzho d. S. ges. auf B. Fabrik 6,05; do. d. Peters 1,95; Leipzig durch H. Bennewitz Ueberschuß der Pfennigsamml. 30,00; Kiel d. F. Neumann v. Fest der Segelmacher 6,20; Kesselstadt von Philipp Haberl 10,00; Altona v. W. Borstelmann 10,00; Hannover durch H. Reichenbach bei Vereinigung des „Arb.-Sängerbunds" und „Eintracht" 1,70; Frankfurt a. M. d. W. Knoke ges. am 15. Dezbr. bei Vetter zu Bornheim 2,11; Essen d. A. Lange v. 13 Parteig. am Tage, als sich Bujarski; zum Bajazzo machte 5,00; Steinwärder v. einem Geburtstage 1,33; Harburg v. F. Fischer 4,50; Gnandstein bei Kohren v. d. Cigarrenarbeitern bei W. Dahler 3,00; Altona v. Schulz's Cig.-Fabrik 20,00; Rubla ges. d. Joh. Rucel 3,50; Ludwigshafen von den Parteigenossen d. F. Gramann 3,50; do. v. J. B. 25,00; Gotha d. Bruck 10,00; Breslau d. A. Hödel vom Fest der Eisenbahnarbeiter 15,00; Hamburg von J. Auer 2,40; v. Halberstadt 1,00; v. Frau H. 0,50; v. C. J. H. 2,00; v. W. Lütkens 2,40; v. Grieje's Bau d. Rödher 4,00; v. J. P. Petersen, St. Pauli, Langereihe, 20,00.

c) Wahlfond:

Harburg v. D. Steffens 5,40; Barmen von B. Gräser 10,00; Langenbielau v. K. 0,30; Brandenburg d. Bade ges. in mehreren Cig.-Fabriken 11,35; Meerane d. Rob. Jäcklin 30,00; do. vom Volksverein 15,00; Goslar von J. Kreische 0,50; Frammersbach von Dr. K. M. 6,00; Hamburg v. O. H. 2,00; Lauban v. Ad. Reinhold 2,80; Altona v. Hinz' Cig.-Fabrik 20,00; Berlin v. H. Schrader's Cig.-Fab. 20,00; Ottensen v. Parteigenossen d. Herold 40,00; Reutlingen von A. Kunzelmann 8,00; Dortmund d. C. H. Kalbfleisch erste Rate 53,00; Hostedt d. A. Baumgart v. Cig.-Arbeitern in Hemslingen 13,20; Rheda d. H. Meinders 9,10; Harburg von d. central. Gew. d. H. Holzmann 15,00; Marburg d. M. Müller 23,00; Frankfurt a. M. Liste 10 durch F. Schwindt 23,60; Jüterbog gesammelt d. Andreas 8,80; do. d. A. Geienit 1,10; Neuwaweß Liste 1 v. Genossen d. C. Wille 16,00; Zeitz v. Küchler u. Hoffmann's Fabrik 6,00; do. v. Freitag's Fabrik 3,80; do. v. Nieser's F. 1,90; do. v. Krüger's F. 1,50; do. v. Schneider's F. 1,40; do. v. Köhler's F. 0,80; do. v. Götze's F. 0,80.

Hamburg, 1. März 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Aufruf an die Schuhmacher Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz.

Collegen!

Aus dem „Vorwärts" und dem „Wecker" wird Euch bekannt sein, daß die Schuhwaaren-Fabrikanten in Offenbach a. M. beabsichtigten eine Lohnreduktion eintreten zu lassen.

Die Fabrikanten hielten jetzt die Zeit für günstig, die Absicht auszuführen, die Lohnreduktion wurde eingeführt.

Diese beträgt bei der geringsten Sorte Herrenarbeit 40 Pfg. per Paar; bei Damenarbeit steigt dieselbe bis auf 70 Pfg. per Paar.

Die Fabrikanten wollen diese Maßregel mit dem schlechten Geschäftsgange und dem geringen Absatze begründen, entblödeten sich aber nicht zu verlangen, daß wir länger arbeiten, d. h. mehr erzeugen sollen, wenn wir auf den früheren Lohnsatz kommen wollen. Diese Zumuthung beweist zur Genüge, daß die Fabrikanten die ohnedies traurige Lage der Schuhmacher nur dazu benützen wollen, um aus derselben mehr Profit zu ziehen, sich zu bereichern. Sie wollten uns, indem sie auf die schlechten Zeiten und die viele überzählige Arbeitskraft hinwiesen, den Fuß auf den Nacken setzen und waren der Meinung, daß uns ein kleiner Lohn doch noch lieber sein werde als gar kein „Verdienst".

Da die Löhne, welche die Herren zahlten, ohnedies zum Leben kaum mehr hinreichten, konnten wir eine Reduktion derselben unmöglich ertragen, wollten wir nicht uns und unsere Familien dem langsamen Hungertode preisgeben.

Auf die durch Nichts gerechtfertigte Forderung der Arbeitgeber konnten wir nicht anders als mit einer Arbeitseinstellung antworten.

Collegen! Wir haben diesen Schritt nicht unbesonnen gethan, wir haben Alles wohl erwogen und wissen, daß wir unter den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen einen schweren Stand haben.

Wir konnten nicht anders handeln! Wir waren vor die Alternative gestellt, entweder uns zu fügen und mit unseren Familien einem unsäglichen Elende entgegen zu gehen, oder, auf die Solidarität der Arbeiter vertrauend, die schamlosen Forderungen der Arbeitgeber zurückzuweisen.

Wir wählten das Letztere!

Collegen! an Euch ist es jetzt, in geschlossenen Reihen hinter den Schuhmachern Offenbachs zu stehen und dieselben nach Kräften zu unterstützen. Unsere Sache ist Euere Sache! Siegen wir, so werden es die Fabrikanten anderwärts nicht so leicht wagen, mit einer Lohnreduktion hervorzutreten, fallen wir, so werden die Arbeitgeber anderer Orte ihren Offenbacher Vorbildern nachahmen und allerorts eine Lohnreduktion eintreten lassen.

Vor Allem heißt es, den Zuzug fern zu halten; in zweiter Linie heißt es, dafür zu sorgen, daß Unterstützungsgelder beschafft werden, damit die Strikenden nicht vom Hunger — welcher bekanntlich der beste Helfershelfer der Ausbeuter ist — gezwungen werden, nachzugeben.

Also, Genossen, thut Euere Pflicht!

Alle Briefe sind zu richten an den ersten Vorsitzenden Peter Müßig, Schloßstraße Nr. 28., zu Offenbach am Main.

Gelder sind zu senden an S. Dworzack, Hasenbachstraße Nr. 14.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. H. in Kopenhagen: Ihre Correspondenz wird baldmöglichst Verwendung finden. — B. B. in D.: Das beste ist, Sie fragen bei dem betreffenden Geistlichen an, ob er Ihre Streichung aus dem Dissidentenregister veranlaßt hat. Ist dies nicht geschehen, dann sorgen Sie dafür, daß es geschieht, da Sie ja doch, wie es den Anschein hat, zwar Ihrer Ueberzeugung zuwider, aber Ihrer Frau zu Lieb, katholisch bleiben wollen. Ist unsere letztere Annahme irrig, dann schlagen Sie den entgegengesetzten Weg ein und melden Sie bei dem Geistlichen neuerdings Ihren Austritt aus der katholischen Kirche an. Ist die Sache so in Ordnung gebracht, dann ergiebt sich Ihr Verhalten gegenüber dem bewußten Amt von selbst. Zum Schluß noch das Geständniß, daß Sie in der ganzen Affaire eine sehr fragwürdige Rolle gespielt haben. — E. J. L. in Mittweida: Für den „Vorwärts" dürfte das Gedicht doch wohl kaum passen.

der Expedition. W. Eckert, Kalk: 2 Mk. erhalten. — Ottensen: Die Festannonce kam für die Sonntags-Nummer zu spät. — Staß, Großenhein: ad. 1) Wir erwarten täglich neue Sendung, dann erhalten Sie sofort 12 Stück. ad 2) Wir werden uns bemühen, eine derartige Schrift, wie Sie wünschen, zu erhalten.

Da ich den Aufenthaltsort meines Bruders, Hermann Strobel, Weber aus Pausa (Sachsen) in Deutschland nicht ermitteln kann, so ersuche ich alle Gesinnungsgenossen in der Schweiz und in Frankreich, wo sich derselbe muthmaßlich aufhalten wird, ihn auf diese Notiz aufmerksam zu machen. Dringender Familienverhältnisse halber ist es nöthig, daß er uns seinen jetzigen Aufenthalt bekannt gebe.

Pausa, den 28. Februar 1878. K. Strobel, Weber.

Genosse Max Kayser aus Dresden bitte um Zustellung seiner Adresse, oder, falls mein Brief an ihn gelangt, um gefällige baldige Antwort.

H. Rödiger, Halle a. S., Gr. Wallstr. 24.

Quittung. W. Hffman London Ab. 40,80. Wrgs Wien Schr. 5,12. Jnsn Ottensen Ann. 3,00. Mrtn Schmölln Ab. 5,65. Schrwchtr Barmen Ab. 4,60. Fr. Engl Reudnitz Ab. 21,00. Grn hier Ab. 0,30. Stbrhrn Eßlingen Ab. 13,44, Schr. 2.40. Brgr Seesen Ab. 6,50. Bz Darmstadt Schr. 50,00. A. Sch Edinburgh Ab. 19,70. Mrtn Plauen Schr. 0,60 Kihn Chemnitz Ab. 1,50. Sprngr Aachen Ab. 5,25. Eng Ludwigshafen Schr. 6,00. Khn Langenbielau Schr. 0,95. Mch hier Schr. 3,00.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig. **Donnerstag**, den 7. März, Abends ½9 Uhr im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Lokalpresse. [60
Parteikarten sind vorzuzeigen. **Der Agent.**

Central-Wahl-Comité.

Alle **Briefe** ꝛc. für das Comité sind vom nun an zu richten an

C. Derossi, Holzdamm 42.

Geldsendungen sind wie bisher an **A. Geib**, Rödingsmarkt 12 zu adressiren.

Hamburg, 23. Februar 1878.

J. A.: C. Derossi.

Binnen 14 Tagen 5000 Expl. vergriffen.

Im Commissions-Verlage von **R. E. Höhme** in Leipzig, Elisenstraße 1, ist erschienen und durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Zur orientalischen Frage
oder
Soll Europa kosakisch werden?
Ein Mahnwort an das deutsche Volk
von
Wilhelm Liebknecht.

Zweite, um etwa 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind.
Preis 30 Pfg., bei Bezug von 12 Expl. à St. 25 Pfg. und auf 10 ein Freiexemplar.

Religion und Sozialismus.
Eine nachgelassene Schrift, den deutschen Arbeitern gewidmet von Dr. **C. Bornkau.**
Zweite Auflage. Preis 40 Pfg., in Partien 30 Pfg.

Die Orientdebatte
im deutschen Reichstag
(Sämmtliche Reden vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht)
beleuchtet
von **W. Liebknecht.**
4—5 Bogen 8°. Preis 30 Pfg., bei Entnahme von 12 Exemplaren à Stück 25 Pfg. u. 11.10.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Rundschau.
Organ für sozialistische Propaganda.
Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 15 Pf., auf der Post vierteljährlich 60 Pf. excl. Bringerlohn.
Verlag: Amelungstr. 5, Hamburg.

Berichtigung.
Bei dem Inserate in Nr. 21 „Patentirte neue Erfindung" ist ein Fehler untergelaufen, indem eine Kapital-Einlage nicht von 500 Mk. sondern von 5000 Mk. gesucht wird. Reflektanten wollen sich an Wilh. Eckert in Kalk bei Deutz wenden.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des **„Vorwärts"** von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
der. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., der. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Daß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Cityborne ave.
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hegar, 8 New 4 Golden Square.

Nr. 28. Freitag, 8. März. 1878.

Geschichte und Sozialismus.

Politik, Geschichte und Recht sind unzertrennliche, in enger Wechselbeziehung zu einander stehende Begriffe. In Hinblick auf Amerika sagte Goethe schon, daß dieses es besser habe, als unser Continent, der alte; „dich stört nicht im Innern zu lebendiger Zeit unnützes Erinnern und vergeblicher Streit." Der Streit, von dem der Dichter redet, sind die politischen Kämpfe des alten Europa; die Geschichte ist das unnütze Erinnern. Sie ist die Darstellung, und das Recht ist die Schlichtung der Kämpfe.

Letztere aber wurzeln wesentlich in dem christlichen Zeitalter, in welchem der Geist sich in Gegensatz zu Natur und Menschheit setzt, also in dem Idealismus, dem Dualismus des Christenthums.

Das gesammte Lehns- und Feudalwesen ist ein Ausfluß dieses Dualismus, ebenso wie das Von-Gottes-Gnadenthum oder wie die Doctrin von der Theilung der Gewalten im constitutionellen Staate; überall handelt es sich, wie bei den Kämpfen zwischen Kirche und Staat im Allgemeinen, um Abstractionen, um den Widerstreit geistiger gegen natürliche Mächte. Die so oft gebrauchten Worte „historisch-politisch" haben gerade diesen Dualismus vor Augen, den ruhelosen Zustand, den Kampf, dessen endlicher Ausgang die Aufhebung des Zwiespaltes und die Herstellung der Einheit sein wird.

Das Alterthum mit seiner Unmittelbarkeit befand sich im Zustande dieser Einheit, und seine Geschichtschreiber, an ihrer Spitze Herodot, unterscheiden sich deshalb so wesentlich von denen des christlichen Zeitalters, weil letztere es eben, wie Goethe sich so treffend ausdrückt, mit unnützen Erinnerungen zu thun haben. Diese Art der Geschichtsschreibung wird ein Ende nehmen, sobald der mittelalterliche Dualismus überwunden und die Menschheit zum Bewußtsein der Einheit von Himmel und Erde, von „Gott" und der Menschheit, von Geist und Natur gekommen sein wird.

Dann wird zugleich mit der Herstellung des gesellschaftlichen (des sozialen) Staates die eigentlich positive, reale Geschichtschreibung beginnen, eine Geschichtschreibung, welche nicht in der Luft schwebt und sich nicht mit leeren, hohlen Abstractionen beschäftigt, sondern die zugleich Raum und Zeit umfaßt, welche, von unserem Planeten ihren Ausgang nehmend, die Erdenwelt als im Menschen ihre Spitze und Einheit erreichend, darstellt, die Erde als das für den Menschen vorhandene Wohnhaus betrachtet und sich hauptsächlich mit dem Kampfe beschäftigt, welcher auf Einrichtung dieser Heimath des Menschen, auf die Beherrschung der Natur durch die Arbeit gerichtet ist.

Man kann sich kaum an etwas Anderem den Unterschied des historisch-politischen Staates und des neuen Gesellschaftsstaates klarer machen, als gerade an diesem Gegenstande.

In dem sozialen Staate beginnt der Mensch eine durchaus neue Thätigkeit; der geistige, mittelalterliche Kampf liegt hinter ihm, und es gilt jetzt denjenigen Kampf, welcher ihm die Objekte des Wohlseins und Genusses einbringt. Mit möglichst wenig Kraftaufwand möglichst viele Genußgegenstände zu erzeugen, das wird die Aufgabe der Zukunft sein, und in ihr die Concurrenz und der Wetteifer hauptsächlich darin bestehen, die Geheimnisse der Natur zu belauschen und die Resultate dieses Strebens für die Menschheit fruchtbar zu machen.

Wie unsere jetzigen Historiker vorwiegend auch Politiker sein müssen, so werden die Geschichtsschreiber der Zukunft die Geographen, Geologen, Physiologen, die Naturhistoriker sein, und der Beweis dafür, daß diese Behauptung keine grundlose, liegt schon darin, daß die Geschichtsschreibung sich bereits diesen realen Hintergrund wählt, und schon gegenwärtig die politischen Fragen, bei denen es sich stets um ein und denselben Zirkeltanz handelt, zurücktreten gegen die großen Entdeckungen und Arbeiten auf dem Gebiete der Physik und Naturwissenschaften.

Man fängt nachgerade an, immer mehr einzusehen, wie wenig die politischen und nationalen Kämpfe dem wahren Wohle der Menschheit dienen, wie sehr im Gegentheil die Unterbrechung des friedlichen, auf dem Zusammenwirken der verschiedenen Culturvölker beruhenden Fortschritts durch Männer, welche den sozialen Aufgaben völlig fremd standen, bezüglich der Lösung derselben hemmend und nachtheilig gewirkt hat, und thut in der That bei dem unproduktiven Einerlei der politischen Debatte am Besten daran, diese entweder zu ignoriren, wenn nicht gerade die nächsten Interessen berührt werden, oder auszunützen der ökonomischen und der übrigen Fragen halber, welche die gesellschaftliche Zukunft begründen.

Die Politik mit ihrem abstrakten, mehr in der Begriffswelt als in der realen Welt wurzelnden Geschichts- und ihrem scholastischen Rechtssystem liegt in Wahrheit für den Sozialisten soweit vom Wege ab, daß sie sein Interesse nur im Großen und Ganzen fesseln kann, indem dieses, als auf die Beherrschung und gleichsam auf die Verklärung der Natur, auf die innigste Wechselbeziehung zwischen Erde und Mensch gerichtet, damit den geistigen, übersinnlichen, aus dem christlichen Idealismus entspringenden Fragen immer ferner gerückt wird und für sie allmählig jedes Verständniß verliert.

Die Gewißheit aber haben wir, daß mit dem Durchbruche des gesellschaftlichen Lebens die politischen Fragen, soweit sie dann durch die Bourgeoisie-Gesellschaft noch nicht beseitigt sein werden, von selbst ihre Erledigung finden durch den Aufbau des auf der Arbeit beruhenden gesellschaftlichen Staates, dessen gesundes und kräftiges Wachsthum alle Hindernisse überwinden und mit Leichtigkeit auch den Widerstand brechen wird, welcher sich ihm etwa von dem Standpunkte des alten historisch-politischen Staates noch entgegenstellen würde.

Ein „praktischer Staatsmann".

Cucullus non facit monachum, die Kutte macht keinen Mönch. Denn „Staatsmänner" steigen von den curulischen Sesseln herab, mischen sich unter das Volk und sprechen mit ihm von allerlei gefährlichen Dingen, um — ihm die wahre Menschenliebe des Christenthums und der Regierenden zu zeigen. Der Moloch Religion hat zwar ein gefräßiges Maul und einen guten Magen, aber sein Herz, sein Herz ist himmlisch gut. Dies zu beweisen war jedenfalls die Absicht des Verfassers einer jüngst erschienenen Broschüre, welche den vielversprechenden Titel führt:

„Kritik der „Quintessenz des Sozialismus" von Schäffle.
Von einem praktischen Staatsmann."

Aha, dachten wir, da giebt's etwas zu lernen. In der Theorie wissen wir wohl ein wenig Bescheid, aber die Praxis fehlt uns, und ein „staatsmännischer" Cursus kann nicht schaden. Wie sehr sollten wir getäuscht werden! Es ging uns hier wie schon so oft: je mehr wir erwartet hatten, desto mehr wurden wir enttäuscht.

Kritik, d. h. Besprechung eines bestimmten Gegenstandes auf seinen Inhalt hin, wird uns auf dem Titel versprochen, und wir erhalten nichts als den allbekannten Brei der jetzt in einzelnen Gesellschaftsschichten grassirenden Sozialmuckerei. Der „praktische Staatsmann" kritisirt nicht das, was Schäffle gesagt hat — nein das, was er nicht sagte. Gleich auf Seite 1 wird kritisirt, „daß Herr Schäffle sich fast ausschließlich mit der positiven volkswirthschaftlichen Seite des Sozialismus beschäftigt und die negative, namentlich aber die staatliche und religiöse Seite — wie es scheint — überwiegend als unwesentliches Beiwerk oder gar als „hirnverbrannte Thorheiten" und Excesse einzelner sozialistischer Durchgänger und enfants terribles behandelt."

Dies ist eine Kritik, die sich nur auf Schäffle im Allgemeinen beziehen kann, nicht auf die Sache, auf die es hier ankömmt, nämlich auf ein Kritisiren dessen, was Schäffle gesagt hat. Dieses staatsmännische Elaborat ist daher so weit entfernt von dem, was der Titel verspricht, wie die vielverheißende Anpreisung des Quacksalbers von der Wirkungslosigkeit seines Wunderwassers. So erscheint uns der Staatsmann nicht als medico*), sondern als — medicastro*). Oder soll es vielleicht eine Entschuldigung des Vielversprechens und Wenighaltens sein, wenn er sagt: „daß er weniger mit den Theorien als mit den Thaten der Menschen rechne"? Nun hätten Sie uns doch mit einer „That" aufgewartet, die zu erwarten jeder Käufer Ihrer Broschüre ein Recht hat: mit einer Besprechung des Inhaltes und des Wesens der Schäffle'schen „Quintessenz", statt mit einer Ergänzung, die auf 44 Seiten auch nicht einen neuen oder originellen Gedanken enthält. Als „praktischer" Staatsmann wollen Sie vom positiven Sozialismus nichts wissen und halten sich an den negativen? Aber schon die willkürliche Gliederung des Sozialismus in einen positiven und negativen, die unser medicastro bereits auf Seite 7 vollführt, ist eine so unnöthige, gewaltsame Operation, daß wir nicht umhin können, dieser Denkhypertrophie (Denkkrankheit) einen logischen Verband anzulegen. Bei unserem homme d'état (Staatsmann) ist:

Positiver Sozialismus = volkswirthschaftlichem Sozialismus.
Negativer Sozialismus = staatlicher und religiöser Kritik.

Folgern wir daraus, daß der Sozialismus, nach des Verfassers eigener — mit Schäffle übereinstimmender Ansicht — einen positiven Kern hat (Seite 9), so ist es eine bedenkliche Begriffsverirrung, 8 Zeilen weiter „von dem bedenklichen Schweigen der wissenschaftlichen Bahnbrecher und Wortführer des Sozialismus über ihre positiven Ziele, sowie über die Mittel und Wege, zu diesen zu gelangen", zu reden. Also an Schäffle „wissenschaftlichem Bahnbrecher" setzt unser Staatsmann die volkswirthschaftliche „positive" Auffassung des Sozialismus voraus, die „Bahnbrecher" aber hüllen sich in bedenkliches Schweigen über dieses Positive. Und dazu sagen Sie noch gleich im Vorwort, „daß es ein ziemlich unfruchtbares Geschäft ist, schon heute die Details der vermeintlich positiven Zwecke und Bestrebungen des Sozialismus zu diskutiren."

O praktischer Staatsmann!

Bis zur geometrischen Progression steigt Ihre Begriffsverwirrung, wenn Sie auf Seite 9 wieder von den Wortführern sagen, „daß diese selbst den innigen Zusammenhang und die Wechselwirkung ihrer allseitigen negativen und positiven Thätigkeit besser und tiefer erfaßt haben und erkennen, als dies auf anderen Seiten der Fall ist, und daß sie deshalb wissen, daß die Frage: was, wo und wie sie neu bauen können und sollen, durch die Beantwortung der andern bedingt wird, was und wie viel ihnen gelingt von der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen und zu beseitigen."

Glaubte der „Staatsmann" uns auf Seite 8 damit eine tüchtige Ohrfeige zu versetzen, daß er „die negative, oppositionelle Seite des Sozialismus zur Zeit als die wesentliche und von Seiten seiner Jünger am meisten kultivirte" nennt, so redressirt er, wie wir sahen, auf der nächsten Seite diese Ohrfeige gleich wieder an sich selbst zurück und maulschellt sich wahrhaft asketisch auf Seite 12:

„Für uns zerfällt deshalb auch die soziale Frage von Hause aus in zwei Haupt-Unterabtheilungen, nämlich in die Fragen:

1. Was will der Sozialismus und die Sozialdemokratie von der gegenwärtig bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und zerstören?
2. Was gedenkt und was vermag man an dessen Stelle zu setzen?

„Die Trennung dieser beiden Fragen und die Priorität der ersteren ist so wenig eine willkürliche, daß dieselbe für Jeden, der die Entwicklung der Geschichte und insbesondere den Verlauf revolutionärer Epochen kennt, sich unmittelbar von selbst versteht. Auch in der ersten französischen Revolution war die Frage der Zerstörung und Beseitigung des Bestehenden das erste und diejenige Seite, an welcher sich der Fanatismus und die Energie der Revolution entzündete, und wenn dies sich auch von Hause aus ebenso wie heute beim Sozialismus, auf dem doktrinären Hintergrunde eines noch unklaren staatlichen und gesellschaftlichen Systems vollzog, so ist doch selbst dem oberflächlichen Kenner der Geschichte nicht unbekannt, wie viel von jenem System praktisch zur Realisation gelangte und wie viel davon von dem eisernen Fuße Dessen zertreten wurde, welcher demnächst als der positive Werkmeister der revolutionären Bewegung auf der Bühne erschien.

„Zudem ist es ein alter Satz nicht nur der Natur-, sondern auch der Geschichts-Philosophie: Corpora non agunt nisi fluida, oder mit anderen Worten: Alle Bildung entsteht aus dem Flüssigen. Auf Staat und Gesellschaft angewandt will dies besagen, daß jeder staatlichen und gesellschaftlichen Neubildung ein Flüssigwerden des Alten, also eine Auflösung und Zersetzung des Bestehenden vorangehen muß und daß sich nur das also Flüssiggewordene in eine neue Form gießen läßt oder aus sich selbst heraus etwas Festes, Neues zu krystallisiren vermag."

Spaßiger Staatsmann! Herrn Schäffle werfen Sie es vor, daß er nur die positiven Ziele des Sozialismus klargestellt hat, den Sozialisten werfen Sie vor, daß sie nur negativ zerstörend auftreten, und hier beweisen Sie, daß die Sozialisten ja gar nicht anders handeln können, und bezichtigen sie dann höchst ungerechtfertigt, Staat, Religion, Familie zerstören zu wollen. Wie kann man sich nur selbst solche Fußtritte versetzen?

Merken Sie auf! Negative und positive Seite des Sozialismus sind gleichberechtigt; denn nur indem ich zum verneinenden Bewußtsein eines Dinges gelangt bin, kann ich das Bestreben haben, ein anderes an seine Stelle zu setzen. Die Negation steht daher zur positiven Bejahung einer Veränderung in dem Verhältniß des Primären zum Sekundären.

Wenn Ihnen dies zu theoretisch sein sollte, ein praktisches Beispiel: Den Berlinern sind von ihren früheren schlechten Droschken so lange die Knochen zerbrückt worden, bis sie anfingen, diese schlechten Droschken zu „negiren"; aus dieser „Negation", dieser „zerstörenden" Kritik gingen die besseren Droschken erster Klasse hervor, die von allen denjenigen, welche Droschken benutzen, für eine Verbesserung gehalten werden. Die Droschkenkutscher aber, verehrter Staatsmann, waren sehr ungehalten über diese „Negation", die sie aus ihrem Schlendrian aufrüttelte. Und, sehen Sie, gerade so verhält es sich mit den heutigen „Staatsdroschkenkutschern", die lieber den alten Gaul weiter trotten lassen und die alte Karosse zum Nachtheil Vieler behalten wollen, als sich einer Reform zu unterwerfen. Sollten die Fahrgäste aber einmal die Geduld verlieren, dann wehe den Gäulen, Karossen und Kutschern.

Indem unser Staatsmann schließlich nach der Manier seiner Berliner Sozialmucker, die Religion hineinzieht in den Kampf der alten und neuen Gesellschaft, und natürlich von der Religion allein die Lösung der sozialen Frage erwartet, passirt es ihm, auf dem dornenvollen, steinigen Pfade des sozialen Lebens einigemal recht tüchtig auszurutschen und auf den Rücken zu fallen; unsere „antichristliche" Nächstenliebe gebietet uns, ihm wieder auf die Beine zu helfen.

„Bekanntlich (sagt unser Praktiker) wollen die bewußten Agitatoren von dem gegnerischen Staat überhaupt nichts annehmen." Ei, ei, Herr Pfiffikus, lagen Sie denn im Bett und hatten den Schnupfen, oder waren Sie auf Urlaub, als unsere Abgeordneten das Arbeiterschutzgesetz und andere „praktische positive Vorschläge" im Reichstag erfolglos einbrachten? Und wenn Ihre Praxis über die schwarzweißen Grenzpfähle hinausreichte, so müßten Sie wissen, daß der Abgeordnete Freytag in der sächsischen Kammer sehr „praktische" Vorschläge gemacht hat — aber ebenso erfolglos. Die „Staatsmänner" verhalten sich der negativen wie positiven Seite des Sozialismus gegenüber gleich störrisch.

Was der Verfasser sonst noch „Kritisches" vorträgt, ist in Bezug auf die Bourgeoisie theilweise ganz verständig, aber „Alles schon dagewesen". Die am Schlusse versprochene positive Behandlung des Sozialismus macht uns einigermaßen neugierig; bei dem scheinbaren Mangel jeder theoretischen ökonomischen Kenntniß sind wir auf das „Praktische" gespannt, hoffen auch, daß der Verfasser die Religion inzwischen auch zur „grauen Theorie" geworfen hat. An den Brüsten dieser Amme finden die Männer unserer Zeit keine genügende Nahrung; doch mag sie für Kinder, große und kleine, immer ganz gute Dienste leisten.

—o—

*) Italienisch: medico Arzt, medicastro ärztlicher Pfuscher.

Noch einmal Herr Ernst Eckstein.

(Schluß)

Wenn ich nun auch mit den „Kunstschätzen" fertig bin, so bin ich es des Ersten noch nicht mit Herrn Eckstein. Es hat sich da noch Allerlei aufsummirt, das mit abgemacht werden mag, da ich diese Phylloxera vastatrix des Büchermarktes nun einmal in der Scheere habe.

Sie wissen, ich habe die merkwürdige Passion, die „Dichterhalle" zu lesen, wenn auch nur in unregelmäßigen Zwischenräumen und in Stunden der Abspannung, in denen ich einer Erheiterung bedarf. Man findet zuweilen so niedliche, herzerquickende Sächelchen in dieser „Dichterhalle", die ein satirischer Freund neulich in hellem Unmuth den „Dichterstall" nannte und für die

er als Motto „O wie glücklich sind die Schweine" vorschlug*). Sie glauben mir nicht? Ich werde Ihnen beweisen, daß die „Dichterhalle" niedliche Sächelchen bringt. In Nr. 2 von diesem Jahre „singt" Robert Hamerling:

O glückliche Zeit, da Aeugelein mich
Und Busen und Locken und Wängelein
Und reizende Beine bethörten —
Gleichgiltig, wem sie gehörten!

Jetzt bin ich vernarrt, jetzt bin ich verliebt —
Jetzt tänzeln umsonst mir vor Augen herum
Im Reigen die reizendsten Beine —
Ich seufze nur: Sie oder Keine!

Jetzt bin ich verliebet, jetzt bin ich vernarrt —
Jetzt müssen die Locken, die Aeugelein,
Jetzt müssen die Wänglein, die feinen
Gehören der Einen, der Einen!

Und winken jetzt Aeuglein zu Dutzenden mir
Und Busen und Locken und Wängelein
In fröhlichem, rosigem Scheine:
Zur Seite schleich ich und weine.

Jetzt bin ich vernarret, jetzt bin ich verliebt,
Jetzt bin ich vernarrt in die Eine.

Geht Ihnen nicht das Herz auf, mitten in dem Staub Ihres Redactionszimmers? Doch das nur à propo. In derselben Nummer begann Herr Eckstein mit dem Abdruck eines Aufsatzes aus seinen „satirischen Zeitbildern": „über die Herrschaft der Prüderie". Ein Blinder konnte es mit dem Stocke fühlen, daß das eine „oratio pro domo" war, ein Versuch, den Stoß zu pariren, den die „Vorwärts"-Kritik des „Traums" gegen den Marktwerth der Eckstein'schen Producte geführt hatte. Jeder Mensch hat irgend eine bête noire — die bête noire unseres großen Humoristen ist die „Prüderie". Ich hatte nie so recht herausbekommen können, was er denn eigentlich unter Prüderie versteht, und ich ging mit einer gewissen Spannung an die Untersuchung dieses durch zwei Nummern sich windenden Bandwurms. Aber man mag von Herrn Eckstein in die Hand nehmen, was man will — man ist um seine Zeit betrogen. Ich war nach Durchwühlung dieser Diamantgrube gerade so arm wie vorher; ich hatte allerlei Anekdötchen aufgegabelt, aber es hatte Herrn Eckstein nicht beliebt, mir zu sagen, was eigentlich Prüderie sei, und wie sie sich von den Regungen eines berechtigten ehrenhaften, ja heiligen Schamgefühls unterscheide. Die Prüderie ist unsittlich, die Sittlichkeit aber ist Prüderie — ich mag das Ding drehen und wenden, wie ich will, ich komme immer wieder zu diesem Resultat und bin sehr geneigt, die Wette mit der Nase und dem Pflaumenkern nochmals anzubieten. Ich möchte Den sehen, der aus diesem schielenden, rückgratlosen, molluskenhaften Geschreibsel klug geworden ist. Wenn Herr Eckstein beweisen wollte, daß an seinem „Traum" nur die Prüderie Anstoß nehmen könne, so ist er diesen Beweis schuldig geblieben, und es ist z. B. auch nicht die Prüderie, die ihm unwillig die Feder aus den Fingern schlägt, wenn er behauptet, daß nicht die „Hosen", wohl aber die „Beinkleider" uns „in feister Anschaulichkeit den Schenkel vor's Auge führen". Man braucht kein Sklave der Salondecenz, man braucht kein siebzehnjähriges Mädchen, keine Confirmandin und keine alte Betschwester zu sein, um diese Sprache in die Tempel der unkeuschen Venus zu verweisen. Das ist ja eben das große persönliche Pech des Herrn Eckstein, daß bei ihm Alles ebenso plump als frivol klingt, und es ist fades und faunisches Gewitzel, wenn er die Prüderie damit ad absurdum führen will, daß er erklärt, er könne doch von einer Kleopatra nicht sagen:

„Dem Gatten selbst gestattet sie verschämt
Kaum einen Kuß; in ihren Mußestunden
Liest sie am Herde „Hannchen und die Küchlein".
Ja, mehr noch! Sicher weiß ich und bestimmt:
Zwei Jahre nach dem Jubeltag der Hochzeit
War sie noch Jungfrau —"

obgleich eine derartige Schilderung allerdings für das sittliche Bewußtsein eines christlichen Mädchenherzens ungleich erhebender wäre, als die beglaubigte Tradition." Oder wird man uns widersprechen, wenn wir eine anwidernde Absichtlichkeit darin finden, daß Herr Eckstein, mit dem ersichtlichsten Behagen breittretend, erläutert: Das verwerfliche Moment beim Ehebruch ist ein rein geistiges, kein sinnliches: Der sinnliche Vorgang beim Ehebruch ist genau derselbe wie bei der Ehe"? Oder machen wir uns zu Verfechtern der „Töchterschulen-„Moral", wenn wir Herrn Eckstein bedeuten, es sei unnöthig, die Unterwerfung unter die Urtheilslosigkeit der Kritik als „einen Act geistiger Selbstkastration zu bezeichnen, den ihm Apollo niemals verzeihen werde"? Ich fürchte sehr, Herr Eckstein hat bei Apollo ganz andere Dinge auf dem Kerbholze, um deren Willen er geschunden zu werden verdient wie Marsyas.

Herr Eckstein hat es jedoch bei dieser indirekten Antwort auf meine Kritik des „Traums" nicht bewenden lassen. Der Briefkasten von Nr. 23 vom vorigen Jahre enthält folgende Notiz:

„Leipzig (P. G.) Durchaus nicht. Die fragliche Nummer des sozialdemokratischen Amtsblattes ist vielmehr richtig in unsere Hände gelangt. Wir hätten jedoch viel zu thun, wenn wir auf die Schimpfreden jedes strebsamen Jünglings, der uns wegen Zurückweisung seiner lyrischen Stoßseufzer Rache geschworen, öffentlich reagiren wollten."

Diese Notiz bewies mir, daß man Herrn Eckstein nur eine Dummdreistigkeit zuzutrauen braucht, um Recht zu bekommen. Kurz nach dem Erscheinen meiner „Schimpfreden" fragte mich der Erfinder des geflügelten Wortes vom „Dichterstall", was Eckstein meiner Ansicht nach thun würde. Meine Antwort war kurz: „Wenn er klug ist, löffelt er die Prügelsuppe, die er sich selber eingebrockt hat, stillschweigend aus; wenn ihm der Pelz mehr juckt, antwortet er; wenn er recht plump und recht unverschämt ist, beschuldigt er mich, von ihm durch Ablehnung von Gedichten gereizt worden zu sein."

Sie wissen am besten, wie lächerlich die Behauptung des Herrn Eckstein ist; Sie wissen, daß es — aus zwanzig Gründen — eine Unmöglichkeit ist, daß er je in dem Falle gewesen sein sollte, poetische Einsendungen von mir ausdrücklich oder stillschweigend abzulehnen. Wenn derselbe durch diese Notiz bei seinen Lesern, von denen doch so mancher die Kritik im „Vorwärts" gelesen hat und stutzig oder kopfscheu geworden sein mochte, den Glauben erwecken wollte, als kenne er nicht blos mich, sondern auch meine Motive, so hat er bewußt die Unwahrheit behauptet.

Zu allem Ueberfluß will ich jedoch hier in aller Form erklären, daß ich für Herrn Eckstein's „Dichterhalle" nie eine Zeile geschrieben habe, und daß Herr Eckstein also nie in der Lage gewesen ist, eine Zeile von mir zurückzuweisen. Von Leuten von dem Schlage des Herrn Eckstein erwarte ich natürlich nicht, daß sie von dieser Erklärung irgendwie Akt nehmen; der journalistische und literarische Brauch leidet auf derartige Flibustier wohl überhaupt keine Anwendung.

Ein Wort möchte ich übrigens aus der oben angeführten Briefkastennotiz doch noch herausheben — das einzige Wort „strebsam". Ohne Anspruch auf den „Jüngling" zu haben, acceptire ich das „strebsam" — ich bedaure nur, es nicht zurückgeben zu können, wenigstens nur in dem Sinne des „literarischen Streberthums", das eine große Verwandtschaft mit dem politischen hat. Und das muß Herrn Eckstein der Neid lassen — dieses „Streben" ist bei ihm und seinem Bruder und Verleger Richard Eckstein in überraschender, ja phänomenaler Weise ausgebildet. Ich bin — unsereins hat eben auch allerlei Verbindungen — im Besitz des folgenden Circulars, das wohl allen im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte erscheinenden Amts- und Kreisblättern zugegangen sein wird, und das für sich selber spricht und keines Commentars bedarf:

„Höchst vortheilhafte Offerte
Gratisabdruck einer neuen Novelle von Ernst Eckstein betreffend.
Leipzig, Datum d. Poststempels.

P. P.

Falls Sie sich durch Unterzeichnung angedruckten Reverses verpflichten, daß Sie bei jeder Fortsetzung außer der Bezeichnung „Nachdruck verboten" die Bemerkung beifügen: „Mit Genehmigung der Verlagshandlung aus dem bei Richard Eckstein in Leipzig erschienenen Werke „Sturmnacht", neue Novellen von Ernst Eckstein (2 starke Bände, Preis 9 Mark) entlehnt." Ein Exemplar des Werkes liefere ich Ihnen franco gegen Einsendung des Betrags mit 40 Prozent Rabatt; also zu 5 Mark 40 Pfg. Da ich in jeder Stadt nur eine Zeitung berücksichtigen werde, so bitte ich um möglichst umgehenden Auftrag.

Hochachtungsvoll ergebenst Ernst Eckstein."

Aber die wackeren Amts- und Kreisblatt-Verleger sollen nicht blos für den Spottpreis von 5 Mark und lumpigen 40 Pfennigen in den Besitz des unsterblichen Werkes „Sturmnacht" gelangen, sie sollen nicht blos das Recht haben, ohne weitere Zahlung eine Perle aus diesem Diadem zu brechen und sie ihren glücklichen Abonnenten darzureichen (wann ward je gleicher Edelmuth gesehen?), sie sollen den großen Ernst auch als Sammler von Humoresken kennen lernen, denn eine Beilage zu diesem Circular läßt sich also flötend vernehmen:

„Zweiter Band des ‚Humoristischen Hausschatz'.
Leipzig, Datum des Poststempels.

Löbliche Redaktion! Durch Abdruck angefügter Notiz, welche für die Leser Ihres geschätzten Blattes von Interesse sein dürfte, würden Sie mich zu großem Dank verpflichten. Die Einsendung eines Beleges sehe ich als Aufforderung an, Ihnen ein Gratis-Exemplar des betreffenden Bandes einsenden zu sollen.

Hochachtungsvoll Richard Eckstein."

Folgt eine ordinäre Buchhändler-Reklame von 27 Zeilen, die mit den Worten schließt: „Wir machen unsere Leser auf dieses zeitgemäße Unternehmen wiederholt aufmerksam", und die in der Hauptsache Aeußerungen „des gefeierten Kritikers Rudolph Gottschall" wiedergiebt.

So wird es gemacht. Aber freilich, wer will es diesen kleinen Berühmtheiten, welche die Kameraderie gesäugt und die Clique aufgepäppelt hat, wer will es diesen in den Lob-Affekuranzen auf Gegenseitigkeit Versicherten so gar übel nehmen, wenn sie Hals über Kopf bestrebt sind, ihr Heu bei Zeiten hereinzubekommen? Ueber ihnen hängt schwarzes Gewölk und jede Minute kann es einen tüchtigen Schauer, wo nicht einen gründlichen Platzregen geben. R. L.

*) Eine Kraftphrase aus Hans Herrig's „philosophischem" Epos: „Die Schweine", das die „Dichterhalle" kräftig gelobt hat.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Am 3. d. „spät Abends" ist der Präliminarfriede zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen worden. Die Bedingungen liegen noch nicht vor; es verlautet blos aus anscheinend guter Quelle, daß russischerseits in den letzten Tagen „bedeutende Conzessionen" gemacht worden seien. Namentlich hätten die Russen auf Auslieferung der türkischen Flotte verzichtet, sich in Armenien mit einer vergleichsweise „geringen Gebietsabtretung" begnügt (Erzerum, heißt es, verbleibe bei der Türkei), für das neue Fürstenthum Bulgarien weit engere Grenzen, als ursprünglich geplant war, bewilligt u. s. w. Wahrscheinlich haben die Russen, wie dies in ähnlichen Fällen zu geschehen pflegt, absichtlich übertriebene Forderungen aufgestellt, um das Erstrebte leichter durchsetzen zu können. Natürlich sind die „Conzessionen" zur Beschwichtigung Englands und Oesterreichs gemacht worden, mit denen nun einmal gerechnet werden mußte.

Da die Türkei unzweifelhaft die Unterzeichnung des Friedens verweigert hätte, wenn ihr von England und Oesterreich Hoffnung auf bewaffnete Hülfe gemacht worden wäre, und da die beiden genannten Mächte ebenso unzweifelhaft die Türkei an der Unterzeichnung verhindert hätten, wenn sie zum Losschlagen bereit und entschlossen wären, so können wir aus der Thatsache des Friedensabschlusses mit ziemlicher Gewißheit die vorläufige Sicherung des „europäischen Friedens" folgern. Freilich, was heißt „europäischer Friede"? Waffenstillstand, Rüstung zu einem neuen Krieg. Durch die jüngsten Veränderungen auf der Balkanhalbinsel sind nach allen Richtungen hin unhaltbare und auf die Dauer unerträgliche Zustände geschaffen worden. Die Türkei muß sich wieder aufzurichten suchen; Rußland muß die Dardanellen in seine Gewalt zu bringen suchen, was ihm diesmal noch nicht gelungen; Oesterreich muß das Uebergewicht Rußlands zu brechen suchen, durch das es erdrückt wird; England muß zu verhindern suchen, daß die Dardanellen in russischen Besitz kommen — kurz wir haben, von dem übrigen Europa abgesehen, vier Staaten, welche ein Lebensinteresse daran haben, daß der „Friede von Sankt Stephano" (so ist der Wechselbalg getauft worden) zerrissen wird, entweder um erweitert oder um rückgängig gemacht zu werden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Congreß nun ziemlich bald zusammentreten und eine jämmerliche Flickarbeit ver-

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

Daß das der Zweck der „Reformen" war, leuchtete jedem Denkfähigen ein, und diese Voraussetzung traf auch richtig zu. Man fing also mit der Umgestaltung der Verhältnisse der Leibeigenen an, d. h. man machte die sog. Befreiung „frei", denn die kapitalistische Gesellschaft kann nur entstehen und gedeihen, wenn ein „freies" Proletariat vorhanden ist. Bevor man den „nationalen Reichthum" schaffen kann, muß man dasjenige Element zur Stelle haben, welches diesen Reichthum produzirt. Man müßte die Bauern aus ihrer leibeigenschaftlichen Abhängigkeit befreien und sie aus den früheren Zwangsverhältnissen in solche Verhältnisse versetzen, die es dem Kapital möglich machten, sich ihrer Arbeitskraft ganz beliebig und zu jeder Zeit zu vergewissern. Um aber dies zu können, müßten die Bauern zu Proletariern gemacht werden, d. h. Haus und Hof müßten ihnen genommen werden, damit sie für ein Stückchen Brod bereit wären, zu arbeiten. Aber unsere „Reformatoren" wagten es nicht, soweit zu gehen; sie trachteten durch Compromisse ihren Zweck zu erreichen.

Die Bauernreform war ein Compromiß zwischen der sog. Volkspartei (die entweder im Namen der streng-nationalen Vorurtheile [Slavophilen] oder im Namen der durch die westeuropäische Wissenschaft entstandenen humanitären Ideen [Tschernyschewsky] handelte) und der jungen Bourgeoisie, die bestrebt war, westeuropäische Civilisation auf russischen Boden zu übertragen. Wie man sieht, war der geschickt erdachte Compromiß nichts anders, als ein „allgemeiner Volksbetrug". Der größte Theil der russisch intelligenten Gesellschaft wurde durch diesen Betrug irre geleitet; nur der große Tschernyschewsky und seine Mitstreiter sahen gleich, wo hinaus die Reformen wollten, was sehr deutlich aus seinem „Briefe ohne Adresse" hervorgeht. Und selbst die „beglückten" Bauern begriffen instinktiv die ihnen gewährte „Freiheit". Sie sahen gleich ein, daß man ihnen Steine statt Brod giebt; sie forderten „echte", „wahre" Freiheit und machten ihrem Unwillen in einer ganzen Reihe von Protesten Luft — Proteste, die noch bis jetzt als vereinzelte Bauernaufstände u. s. w. fortdauern.

Endlich ist die Reform durchführt worden. Die unklugen Proteste der Volksfreunde, die den Betrug ihrer Führer einsahen, wurden schnell beseitigt. Die Bauernproteste wurden durch Flinten und Säbel erstickt; das freie Wort in den Kerkern, Kasematten und Sibirien geknebelt. Das ruhmreiche Werk war vollbracht. Der Grundstein des „neuen Rußlands" war gelegt, und auf ihm fingen die „neuen Menschen" — die Conzessionäre und Börsenjobber, die Spekulanten und Gründer — ihr Gebäude nach dem Muster der westeuropäischen Bourgeoisie zu bauen an.

Nach dem oben Gesagten sollte man keineswegs glauben, daß die Reformatoren nach einem wohlbewußten und wohldurchdachten Plan gehandelt haben. Nein, sie haben nolens-volens der Zeitströmung nachgeben müssen, aber dabei verstanden sie es sehr gut, ihre Interessen, ihre räuberischen Instinkte zur Geltung zu bringen. Im Ganzen können wir diese Reformatoren als unbewußtes Werkzeug des weltgeschichtlichen Laufes der Dinge betrachten. Die früheren Mittel zur Vergewaltigung der Bauern erschienen „unzeitgemäß" und darum griff man zu einem ganz neuen — zum Hunger; die Bauern wurden brod- und heimathslos.

Selbst der Kaiser sagte in seiner „berühmten", an den Moskauer Adel gerichteten Rede: „ich, als erster russischer Gutsbesitzer, werde es nie erlauben, die Interessen der Gutsbesitzer zu übervortheilen," d. h. der zahlreichen Klasse der künftigen Kapitalisten. Im Programm, das als Richtschnur zur Befreiung der Bauern diente, sieht man diesen vom Kaiser ausgedrückten Wunsch sehr deutlich, so daß in dem damals in London erscheinenden „Kolokol" (Glocke) geschrieben wurde: „Der russische Bauer bleibt wie früher derselbe Nichtbürger, er erscheint von nun an als umgetaufter Leibeigene seines umgetauften Gutsbesitzers." Der Hauptmacher bei der Reform war ein gewisser Rostowzew, der seine Carriere einer Denunziation gegen die Decabristen (die Verschwörung im Dezember 1825) und durch Verrath aller seiner Freunde zu verdanken hat; derselbe Rostowzew, der während seiner Verwaltung der Militär-Schulen sagte: „Der Mensch braucht sein Gewissen nur im privaten, im häuslichen Leben, aber im öffentlichen, im bürgerlichen Leben ist die höhere Behörde sein Gewissen." Und von einem solchen Manne konnten die „Befreier" wie die „Befreiten" Vieles erwarten. Und wirklich erhielten sie Auskunft in den von Rostowzew redigirten „Reglements für die zur Befreiung kommenden Bauern".

Man muß gestehen, die „Reglements" waren geschickt zusammengestellt. Theoretisch, d. h. auf dem Papier waren die Reformatoren für Befreiung der Bauern mit Grund und Boden, in Wirklichkeit aber waren sie dagegen. Die den Bauern zugesicherten „Antheile an Grund und Boden" wurden überall dort verkleinert, wo die Aecker einen Werth besaßen, und vergrößert — wo sie gar keinen Werth hatten.

Die Durchführung dieser schlauen und niederträchtigen „Reglements" gelang über alle Erwartungen. Die Resultate sind folgende:

1) Mehr als 2 Mill., d. h. mehr als ein Fünftel aller gewesenen Leibeigenen verrichten noch bis jetzt, also 17 Jahre nach der Emanzipation, Frohndienste. Das sind die sog. „Zeitpflichtigen". Die Frohndienste, wie es scheint, müssen für die Gutsbesitzer sehr günstig sein, denn sie verspüren keine Lust, die Bauern gänzlich zu befreien.

2) Ebensoviel Bauern erhielten nach der Emanzipation gar kein Land, wodurch ein ländliches landloses Proletariat geschaffen wurde, von dem man in Rußland früher keine Ahnung hatte. In die Reihen des ländlichen Proletariats wurde auch das „Hausgesinde" der Gutsbesitzer geschleudert; diese moralisch und physisch durch die unmenschliche und corrumpirende Behandlung ihrer Herrschaften heruntergekommenen Leute zählen beinahe 723,000 Mann, mit den Frauen*) gerechnet — 1½ Mill. Noch gehören in diese Kategorie die Leibeigenen der „kleinen Gutsbesitzer", da erstere nach den „Reglements" keinen Anspruch auf „Antheil" haben. Ihrer Zahl nach waren sie mehr denn 350,000 „Seelen". Zum ländlichen Proletariat gehören noch diejenigen Bauern, die ihrem „Antheil" entsagt haben und deren Zahl einige Hunderttausend ausmacht. Wie man sieht, ist die Zahl des ländlichen Proletariats sehr groß. Leider besitzen wir keine Mittel, diese Zahl genau feststellen zu können. Aber die Zahl muß jetzt ungeheuer groß sein, da das Proletariat in Rußland mit jedem Jahre zunimmt, sogar in den großrussischen Gouvernements, trotz des dort existirenden gemeinschaftlichen Bodenbesitzes. Nach einer statistischen Zusammenstellung der „freien ökonomischen Gesellschaft" in Petersburg giebt es zur Zeit in nur drei großrussischen Gouvernements (Tambow, Kursk und Kostroma) fast 300,000 landlose Proletarier, und in mehreren andern Gouvernements machen dieselben 12 Proz. der Landbevölkerung aus.

3) Nach Abzug dieser zwei Kategorien der gewesenen Leibeigenen haben wir noch zwei Drittel oder noch weniger solcher Bauern, welche einen Antheil an Grund und Boden erhalten

*) Bei dem System der Leibeigenschaft wurden die Frauen nicht als Menschen betrachtet. Man rechnete nur nach „Seelen", die nur bei dem Manne als vorhanden gilt. Die Frau zählt nicht mit im christlichen Rußland.

richten, die ein paar Jahre zur Noth vorhalten und unter allgemeinem „Kladderadatsch“ aus den Nähten gehen wird.

— In den Reichstagssitzungen vom 2. und 4. März fand die erste Berathung der Regierungsentwürfe in Bezug auf Abänderung der Gewerbeordnung und die Gewerbegerichte betreffend statt. Der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann empfahl die Vorlagen; den Abg. Ackermann (konserv.), Walter (fortschr.) und Diefenbach (freikons.) sind diese Vorlagen noch nicht reaktionär genug, während sie von den Abg. Gensel, Lasker und Bauer im Großen und Ganzen mit Freuden aufgenommen wurden. Bekämpft wurden sie von dem Fortschrittsabgeordneten Hirsch und von unserem Parteigenossen Auer, der in ruhiger, sachlicher Weise die Ansichten der sozialdemokratischen Partei zu dieser Materie vertrat. Dem Dr. Max Hirsch merkte man an, daß er unter dem treibenden Drucke der Sozialdemokratie sprach; manchmal glaubte man einen „Demagogen“ zu hören; dafür wird ihm von einem Theile der Fortschrittspartei sicherlich kein Dank werden.

Auer ist der Meinung, daß der Regierungsvorlage der Vorwurf der Halbheit nicht erspart werden wird. Von mehreren Seiten seien Ausstellungen an der Vorlage gemacht worden, und auch er sei nicht in der Lage, derselben viel Gutes abzugewinnen, namentlich in derselben Das wiederzufinden, was seine Parteigenossen in der vergangenen Session als durchaus nothwendig bezeichnet hätten. Er bedaure, daß die Vorlage einzelne Grundbedingungen nicht aufgenommen habe, wie z. B. in Betreff der Sonntagsarbeit, das Verbot der Kinderarbeit und das Verbot der Nachtarbeit der Frauen. Er vermisse ferner schmerzlich die Bestimmungen über die Fabrikinspectoren und die Bestimmungen über den Normalarbeitstag. Natürlich werde er und seine Partei versuchen, Dasjenige nachzuholen, was dem Entwurfe gegenwärtig noch fehle. Der Redner wendet sich nunmehr gegen die beabsichtigte Einführung der Arbeitsbücher, indem er ausführt, daß dieselben ihren Zweck nicht erreichen würden, da sich die Arbeiter bei der facultativen Einführung derselben nimmermehr daran gewöhnen würden. Wer selbst Arbeiter gewesen sei zur Zeit, als die Arbeitsbücher galten, der werde wissen, welche großen Uebelstände dieselben mit sich geführt hätten. Das Arbeitsbuch würde sich mehr und mehr zu einem Controlapparat für den Arbeiter herausbilden, und der Arbeitgeber würde bald der Meinung werden, daß das Arbeitsbuch dazu bestimmt sei, seine Meinung über den Arbeiter in dasselbe einzutragen. Wolle man einmal eine Controle einführen, so müsse man auch für den Arbeitgeber ein solches Arbeitsbuch einführen, in welches der Arbeitnehmer berechtigt sei, seine Meinung über den Arbeitgeber einzutragen. Die Arbeitgeber seien durchaus nicht besser als die Arbeitnehmer. Redner erachtet indessen diese Bestimmungen für durchaus schädlich; er glaubt, daß man das Pflichtbewußtsein des Arbeiters durch Einführung von Arbeiterverbindungen stärken müsse und ist der Ansicht, daß die Regierung besser gethan hätte, wenn sie die Arbeiterverbindungen ruhig hätte ihren Weg gehen, als sie durch Prozesse und Verfolgungen zerstören lassen. Dies sei auch der richtige Weg, um in dem Arbeitnehmer das Bewußtsein wachzurufen, daß eingegangene Verträge heilig gehalten werden müßten. Die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, wie es die Vorlage vorschlage, findet im Großen und Ganzen die Zustimmung des Redners. Die zwangsweise Zurückführung eines entlaufenen Lehrlings würde indessen mehr schaden als nützen. Indessen befinde sich der Lehrling dem Lehrherrn gegenüber in einem ganz anderen Verhältnisse, als der erwachsene Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber. Der Lehrling verdiene auch sehr häufig einmal eine Strafe; die Lehrlinge bekämen aber auch ihre wohlgezählte Tracht Prügel, und es sei daher nicht gut, dem Meister noch gesetzlich das Recht zu geben. (Heiterkeit.) Die Schutzbestimmungen für Kinder unter 12 Jahren bezeichnet Redner als vollständig hinfällig und bedauert, daß in dieser Beziehung überhaupt Aenderungen vorgeschlagen seien. Diese Vorschläge enthielten einen schwerwiegenden Eingriff in die Entwickelung des Kindes, und würde durch dieselben die Heranbildung eines tüchtigen, kräftigen, gesunden und sittlichen Arbeiterstandes verhindert. Diese Bestimmungen scheinen nur von denjenigen Großindustriellen ausgegangen zu sein, welche ihre Fabrik ohne Kinderarbeit nicht glauben aufrecht erhalten zu können. Die gegenwärtigen Bestimmungen der Gewerbeordnung enthielten (wenn ausgeführt!) einen Schutz für die Kinder, der beinahe so gut sei, als das Verbot der Kinderarbeit selbst, und es werde in dieser Beziehung in der Vorlage lediglich dem Kapitale auf Kosten der Proletarier eine Concession gemacht.

Das könne er und seine Partei niemals zugeben, und er sei überzeugt, daß auch das Haus darin nicht einverstanden sein werde. Daß Gewerbegerichte eingeführt werden, sei sein innigster Wunsch, aber so wie sie hier geplant würden, fänden sie seine Zustimmung nicht. Zunächst sei es ein schwerer Uebelstand, daß die Einführung nicht obligatorisch sei. Eingeführt könnten die Gewerbegerichte auch heute schon werden; daß dies noch nicht geschehen, daran sei schuld, daß es an den nöthigen Vorbedingungen dazu fehle. Eine Bestimmung, welche geradezu lähmend wirke, sei aber noch die, daß die Kosten der Gerichte den Communen aufgebürdet werden sollten. Es sei allgemein die Klage, daß die Communen bereits überlastet seien und man dürfe daher nicht glauben, daß dieselben freiwillig neue Lasten auf sich nehmen würden. Redner tadelt demnächst auch die Zusammensetzung der Gewerbegerichte, er wünscht, daß die Beisitzer nicht von der Behörde ernannt, sondern durch die Wahl derjenigen bestimmt würden, welche in erster Linie dabei interessirt seien, also die Arbeiter. Wenn die Gerichte segensreich wirken sollten, so müßten sie sich des allgemeinen Vertrauens erfreuen, und das würde nur geschehen, wenn sie aus der Wahl hervorgingen. Auch den Frauen wünscht Redner hierbei ein Stimmrecht, da Tausende von Frauen in den Fabriken arbeiteten. Die Bestimmungen über die Wählbarkeit erscheinen dem Redner zu hart, und ebenso erklärt er sich gegen die Bestimmung, daß das Amt der Beisitzer in den Gewerbegerichten ein Ehrenamt sein solle. Der Arbeiter sei nicht in der Lage, solche Ehrenämter zu übernehmen. Schließlich erklärt sich der Redner auch gegen die Bestimmung, daß es dem Bundesrathe gestattet sein solle, Ausnahmen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung zuzulassen; dadurch erhielte der Bundesrath die Berechtigung, die Gewerbeordnung illusorisch zu machen.

Nach Auer sprach der Abg. Lasker, der mit allen gehörten Ansichten zum Theil einverstanden, zum Theil nicht einverstanden war und wiederum einmal sich zum Obercorrektor des Reichstags aufspielte. Die Vorlage wurde darauf an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Bei der Spezial-Berathung der einzelnen Punkte werden die sozialdemokratischen Abgeordneten Abänderungsanträge einbringen und dieselben begründen.

— **Wozu wir Geld haben!** In der Vorlage, die Ersparnisse an den von Frankreich für die deutschen Occupationstruppen gezahlten Verpflegsgeldern betreffend, sind 2,520,000 M. zur Herrichtung und Ausstattung von Dienstwohnungen für — Generäle und von Speiseanstalten — nicht etwa für's hungernde Volk, sondern für — Offiziere in Aussicht genommen. Nach dem Plane der Militärverwaltung sollen für die Ausstattung der Dienstwohnungen von 14 commandirenden Generälen 210,000 Mark, zu Dienstwohnungen für Divisions-Commandeure und für Offiziers-Speiseanstalten 2,310,000 Mark verausgabt werden. 210,000 Mark sollen zur Beschaffung des Tafelgeräthes bei jedem General-Commando dienen. Für's Militär muß gesorgt werden; den Herren Generälen, welche ohnedem gut dotirt sind, muß man die Dienstwohnungen herrichten und ausstatten lassen; auch für Tafelgeräth muß gesorgt werden, kurz man muß bemüht sein, die „Noth“ dieser Herren so viel als möglich zu lindern. Zur Beseitigung des Volkselendes hat man — Schutzleute, Arreste und Zuchthäuser. Das Volk kann am Hungertyphus sterben, kann arbeits- und brodlos in der Welt herumirren, da fühlt sich Niemand bewogen, helfend einzugreifen. Wer Augen hat zu sehen, der sehe!

— **Aus einer Hauptübersicht** der Unterrichtsanstalten in Sachsen, welche der Unterrichtsminister hat zusammenstellen lassen, ergiebt sich, daß bei 161 Docenten und 3089 Studirenden im Studienjahre 1876/77 der Gesammtaufwand für die Universität Leipzig 1,402,545 Mark betragen hat, von denen 1,047,938 Mark durch Staatszuschüsse zu decken waren. Das gesammte Volksschulwesen mit Einschluß der Fortbildungsschulen kostete bei 5181 Lehrern und 506,087 Schülern resp. Schülerinnen nur etwa 300,000 Mark mehr Staatszuschuß, nämlich 1,353,958 Mark bei einem Gesammtaufwande von 11,636,893 Mark. Sehr erheblich sind die Staatszuschüsse für das höhre Schulwesen gewesen, wie denn bei einem Bestande von 13 Gymnasien 459,472 Mark, von 11 Realschulen 1. Ordnung 171,592 Mark, von 21 Realschulen 2. Ordnung 134 052 Mark Staatszuschuß geleistet werden. Die Gesammtzahl der öffentlichen Bildungsanstalten beträgt 3923, mit 6393 Lehrern und 522,903 Studirenden resp. Schülern, der Gesammtaufwand für dieselben 17,957,535 Mark, der Staatszuschuß 4,955,067 Mark. Der Gesammtbetrag der Professoren- und Lehrergehälter belief sich auf 12,335,331 Mark, wozu noch 892,918 Mark für Pensionen kamen, zu denen der Staat den größern Theil, nämlich 635,180 Mark beitrug.

Wir ersehen aus den obigen Ziffern, daß im Königreich Sachsen 46 höhere Bildungsanstalten (die Universität zu Leipzig mit eingeschlossen) vorhanden sind. Diese 46 höhern Bildungsanstalten werden besucht von 16,816 Studirenden und Schülern und erhalten insgesammt einen Staatszuschuß von 1,813,054 M., was auf den einzelnen Studenten und Schüler über 107 Mark ausmacht. Diesen 16,816 Besuchern der höheren Bildungsanstalten stehen gegenüber 506,087 Schüler und Schülerinnen, die die niederen Bildungsanstalten, also die Volksschulen, deren Gesammtzahl 3881 beträgt, besuchen. Der Zuschuß, den der Staat den Volksschulen gewährt hat, beträgt, wie oben zu ersehen ist, 1,353,958 Mark = 2½ (die Brüche gehen uns hier nichts an), sage und schreibe zwei und eine halbe Mark auf den Schüler. 107 Mark für die Kinder der Bemittelten und Reichen, 2½ Mark für die Kinder der Armen, für die Kinder des arbeitenden Volkes!

— **„Gottestag und Kaisertag“.** Der erste sächsische „Bußtag“ fällt auf den 22. März. Da auf diesen Tag auch der Geburtstag des deutschen Kaisers fällt, beschlossen die Diener „Gottes“ im Einverständniß mit dem sächsischen Cultusministerium, wegen der zu erwartenden Festlichkeiten, die etwa zur Feier des Kaisergeburtstages abgehalten werden könnten und um Störungen vorzubeugen, den „Bußtag“ auf den 5. April zu verlegen. Der „liebe Gott“, der doch nach Versicherung seiner „Diener“ und anderer Leute der „Herr der Heerschaaren“ ist und durch dessen „Gnade“ die Kaiser, Könige und andere Herrscher eingesetzt sein sollen, wurde von diesen seinen „Dienern“ zurückgesetzt. Von den „zu erwartenden Festlichkeiten“ wollen wir nicht reden, es ist ja möglich, daß die sächsischen Preußen den Tag feiern und an demselben fest-essen, fest-trinken und fest-schwatzen werden; — daß das Volk der Arbeit den Tag feiern wird, bezweifeln wir sehr — was aber der Passus: „um Störungen vorzubeugen“ zu bedeuten hat, können wir nicht recht begreifen. Fürchten die „hochwürdigen Herren“, daß sich die nationalliberalen „Größen“ aus lauter Festfreude etwa so betrinken werden, daß sie den Bußtag entheiligen würden, wenn der Gottes- und der Kaisertag zusammenfielen? Die „geistlichen“ Herren haben, vom Patriotismus beseelt, gar nicht bemerkt, welchen Bock sie geschossen haben. Gar mancher „gute Christ“ wird sich fragen, ob denn der „Bußtag“, den man wegen zu „erwartenden Festlichkeiten“ nach Belieben verlegen kann, überhaupt nothwendig sei? Und andere gute Christen werden wiederum fragen, ob denn des Kaisers Geburtstag durch Saufereien und Fressereien und durch allerlei „Störungen“ zu begehen sei?

— **Daß die italienische Regierung** statistische Erhebungen über die Lage der Arbeiter von Italien und speziell über die Frauen- und Kinderarbeit hat anstellen lassen, haben wir bereits in Nr. 22 unter Anführung einzelner Daten gemeldet. Heute liegen uns weitere Resultate dieser Erhebungen vor und zwar aus den Fabriken in der Provinz Turin. Darnach werden in den Baumwollspinnereien und Seidenwebereien dieser Provinz Kinder schon von 7 Jahren an beschäftigt, und ist die Arbeitszeit derselben die gleiche, als bei den Frauen und Erwachsenen, nämlich fast immer über 12 Stunden. Nur in wenigen Fabriken ist für die Kinder ein Unterricht zulässig. In den Baumwollspinnereien arbeiten die Frauen auch Nachts. Im Allgemeinen betragen die Löhne: Für erwachsene Männer Lire (der Lire gleich 80 Pf.): 2—2,50 per Tag, für die Frauen Lire 0,90 bis 1,40 und für die Kinder beiderlei Geschlechts Lire 0,40—0,80. Dies sind aber noch nicht die schlechtesten Löhne. So verdienen bei der Baumwollspinnerei die Frauen nur 70 Cent., die Kinder nur 25 Cent., die erwachsenen Männer Lire 1,85. In den Tuchfabriken verdienen die Männer nur Lire 1,25. Diese Notizen sind von den Fabrikbesitzern selbst und von den Lokalbehörden angegeben worden. Der letztere Umstand läßt die Annahme zu,

---

haben. Ihre ökonomische Lage hat sich aber seit der Emanzipation verschlimmert: bis zur „Reform“ besaßen diese Bauern pro Kopf durchschnittlich 3,6 Deßjatin (15,4 Morgen), während jetzt nur 3,3 Deßjatin (14 Morgen).**) Wenn wir noch bemerken, daß die meisten Bauern dieser Kategorie ihre Antheile als eine Last betrachten, und daß dieselben seit der Reform kein Recht an der Nutznießung der Waldungen und Wiesen (die sie bis zur Reform unentgeltlich und nach Belieben benutzen durften) haben; daß sie ferner in sehr vielen Gouvernements anstatt der früheren guten Aecker jetzt nur die schlechtesten und unbrauchbarsten besitzen; und daß endlich die Bevölkerung seit der 17-jährigen Emanzipation um ein Fünftel bis ein Sechstel zugenommen hat, die Antheile aber dieselben geblieben sind, während vor der Reform bei Zunahme der Bevölkerung die Gutsbesitzer verpflichtet waren, den Zuwachs mit Land zu versorgen, wenn wir alles das zusammenfassen, so ist leicht einzusehen, daß die Versorgung der Bauern mit Land eitel Spiegelfechterei war. Aber das war für unsere „Reformatoren“ noch nicht genug. Sie bürdeten den Bauern alle Lasten auf, indem sie die Abgaben und Steuern, wie wir in den ersten Kapiteln gesehen haben, in's Ungeheure vermehrten. Es genügt uns, auf die Thatsache hinzuweisen, daß diese Abgaben und Steuern, mit sehr wenigen Ausnahmen, nicht nur den Netto-, sondern auch den Bruttoertrag von diesen „Antheilen“ verschlingen. So z. B. waren die Bauern der Gouvernements Poltawa, Kursk, Samara u. s. w. (von den Gouvernements Mittel- und Nordrußlands nicht zu sprechen) froh, ihre Antheile los zu werden. Wirklich verlassen sie haufenweise diese „Aecker“ und wandern aus .... dahin, „wo es besser ist“ — selbstverständlich nach ihrer Meinung. Der Gouverneur Odiazow, der die schreckliche Lage des Volkes in seinem Gouvernement constatirte, sagt: „Die den Bauern zugeschnittenen „Antheile“ haben nicht einmal den halben Werth, den sie bezahlen müssen; für ganz sandigen Boden zahlen sie 9 Rubel (23 Mrk.) für die Deßjatine.“

Nicht besser behandelten unsere „Reformatoren“ die Kronbauern, welche bis zur Reformation nichts als ihren Acker und ihre Hausindustrie (die bei den Kronbauern in Blüthe stand) kannten und die nie zu bewegen waren, in die Arbeit zum „Herrn“ oder Fabrikanten — Kulak zu gehen, obwohl sie dadurch zur Vergrößerung des „nationalen Reichthums“ beitragen konnten. Die Kronbauern wurden, ähnlich den Leibeigenen, seitens der Regierung übervortheilt; ihre Hausindustrie wurde, durch Unterstützung des Fabrikwesens, vernichtet. Nur durch solche Mittel konnte man sie den Kapitalisten ausliefern.

Wir haben auch hinsichtlich der Kronbauern keine Mittel, um die Zahl der Landlosen unter ihnen zu ermitteln. Aber das wissen wir sehr gut, daß auch ihnen gegenüber die Steuern und Abgaben vergrößert wurden. Ueber die Unterdrückung der Hausindustrie werden wir vielleicht weiter unten sprechen. Wir wollen nun sehen, welchen Gebrauch unsere „Reformatoren“ von den durch die Bauernreform erhaltenen Resultaten gemacht haben.*)

(Fortsetzung folgt.)

**) In einzelnen Fällen sind die Verhältnisse noch weit ungünstiger. So z. B. im Gouvernement Twer besitzen jetzt die Gutsbesitzer 235,011 Deßjatin (1,005,612 Morgen) mehr, die Bauern aber 70,474 Deßjatin (301,558 Morgen) weniger Land als bis zur Reform. (Sammler statistischen Materials für Twer, 1877, L. B., pag. 19.)

*) Wir müssen noch bemerken, daß wir, um kurz zu sein, sehr viele interessante Einzelheiten ausgelassen haben.

— In Essen wurde am 25. Februar der Kaufmann Waldthausen vom dortigen Schwurgericht zu einundeinhalb Jahr Gefängniß verurtheilt, und zwar deshalb, weil dieser ordnungsliebende und die Heiligkeit des Eigenthums vertheidigende Mann in 5 Fällen der Urkundenfälschung schuldig befunden wurde. — Zu bemerken ist, daß Waldthausen ein eifriger Gegner der Sozialdemokratie und ein hervorragender Führer der Liberalen war.

— Aus Ludwigsburg wird mitgetheilt, daß am 22. Februar ein wegen Diebstahls verhafteter Mann, Namens Roller, in der Nähe von Eglosheim auf dem Transport erschossen worden ist. Der Gefangene wollte entfliehen; der Landjäger schoß nach ihm — der erste Schuß fehlte, der zweite ging dem Gefangenen durch den Rücken, so daß er sofort todt zu Boden stürzte. Alles das um einen geringen Frevel am Privateigenthum!

— **Schleppenträgerei.** Bei Gelegenheit der Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin brachten die liberalen Blätter folgende Schleppennotiz: „Da ist zunächst die Brautschleppe der Prinzeß Elisabeth in Silberglacé, sechs Ellen lang und vier Bahnen breit, gestickt mit Rosen und Malven in Silber. Rings herum befindet sich ein Atlasvolisé mit Griffen. Die Courschleppe dagegen ist von Purpursammt in Gold und Silber gestickt mit Nelken und Winden. — Die Schleppe der Prinzeß Friedrich Carl ist in Ponceau, die Blumenstickerei besteht in Rosen, die Blätter und Stiele in Silber gehalten. — Die Schleppe der Herzogin von Dessau besteht aus lila Sammet mit Arabesken in Silber gestickt. — Prinzeß Albrecht hat zwei Schleppen. Der Spiegel der einen von Silberglacé mit Rosen und Nelken; die Einfassung desselben besteht aus Bordeaux-Sammet, ebenfalls mit Silber gestickt. Die Courschleppe ist von rosa Sammet, die Blumen sind gemachte Rosen, Stiele und Bandeaus in Silber gestickt. — Die Schleppe der Herzogin Wilhelm ist von blauem Sammet mit Stickereien von Edelweiß, Lilien und Arabesken.“ — Der Preis für eine dieser Schleppen hätte zwanzig hungernde Berliner Familien acht Tage lang aus ihrer Noth reißen können.

— Der verstorbene, von den deutschen Liberalen, welche jetzt die russische Knute verehren, so hochgefeierte Dichter Hoffmann von Fallersleben, dichtete seiner Zeit folgendes Lied, welches wir allen Deutschen und auch allen „Juchtendemokraten“ empfehlen:

„Auch eine schöne Gegend.

Deutsche, Deutsche, denkt an Polen!
Denkt doch, was es war!
Soll auch uns der Teufel holen?
Ja, uns holt der Zar!
Vaterland, reiß Dich los
Aus des Moskowiters Schlingen!
Knut' und Kantschu droht,
Deutschland, Dir den Tod!

Ja, er wird uns bald regieren,
Und wir werden sein
Mit Kosaken und Baschkiren
Seine Söhnelein.
Vaterland, reiß Dich los
Aus des Moskowiters Schlingen!
Knut' und Kantschu droht,
Deutschland, Dir den Tod!

Und wir werden Kumiß trinken
Auf des Zars Gedeihn,
Werden auch nach Juchten stinken,
Werden Russen sein.
Vaterland, reiß Dich los
Aus des Moskowiters Schlingen!
Knut' und Kantschu droht,
Deutschland, Dir den Tod!

Und wir werden mit Entzücken
Uns dem Kantschu nahn
Und auf unsern deutschen Rücken
Rußlands Heil empfahn.
Vaterland, reiß Dich los
Aus des Moskowiters Schlingen,
Knut' und Kantschu droht,
Deutschland, Dir den Tod!“

daß die Angaben der Fabrikbesitzer die volle Wahrheit nicht enthielten; man kann sich also lebhaft vorstellen, wie erbärmlich das italienische Proletariat gestellt ist. Bei alledem ist die Frage nicht ohne Berechtigung, zu welchem Zweck die italienische Regierung diese statistischen Erhebungen vornehmen läßt? Etwa, um auf dem Wege der Gesetzgebung dem darbenden Proletariat beizuspringen? Schwerlich das! Weit zutreffender dürfte die Behauptung sein, daß die italienische Regierung sich nur vergewissern will, ob und inwieweit die Steuerschraube noch schärfer angezogen werden kann. Ein leuchtendes Vorbild in dieser Beziehung ist ja unser Deutschland, wo alle Gewerbezählungen und sonstigen Enqueten von den Regierungen in der Absicht geführt wurden, einen immer härteren sozialen wie finanziellen Druck auf das arbeitende Volk auszuüben, wofür der reaktionäre Entwurf zur Aenderung der Gewerbeordnung und die projektirte Tabaksteuer sprechendes Zeugniß ablegen.

— Ein Akt brutalster Rohheit, verübt von einem Herrn aus der „gebildeten“ und besitzenden Klasse, wird uns aus dem Erzgebirge gemeldet. Unser Parteigenosse Bennewitz aus Oberlungwitz bei Hohenstein begab sich am 23. Februar nach Hohenstein, um Geschäfte zu besorgen, und kehrte dort auf dem Heimweg in einer Restauration ein, wo die „Noblesse“ verkehrte. Bennewitz, Gemeindeältester und sehr bekannt in jener Gegend, wurde von den „Herren“, unter denen sich verschiedene Fabrikanten befanden, an ihren Tisch eingeladen. Man sprach über dies und das, von Seiten der Fabrikanten theilweise in rohem und erregtem Ton gegen die Sozialdemokratie, doch hatte im Ganzen die Conversation einen durchaus friedlichen Charakter, trotz der Schimpfereien eines gewissen Aurig, Fabrikant, der wegen gröblicher Verleumdung Auer's während der letzten Wahlcampagne mit dem Strafgesetz in Conflikt gekommen ist. Dieses Individuum, von Bennewitz wiederholt in ruhiger Weise zu anständigerer Ausdrucksweise ermahnt, brüllte sich in immer größere Wuth, und als Bennewitz sich verabschiedete und nach seinem in der Ecke stehenden Stocke griff, wurde er plötzlich mit solcher Heftigkeit an den Kopf getroffen, daß er bewußtlos zusammensank. Er blieb lange ohnmächtig und kann sich nicht entsinnen, was mit ihm vorgegangen. Wie sich herausstellte, war er von Aurig mit einem Bierseidel in's Gesicht geschlagen oder geworfen, und ihm dadurch der obere Wangenknochen unter dem linken Auge gebrochen und das Auge selbst schwer verletzt worden. Das Benehmen der übrigen „gebildeten“ Gäste bei der skandalösen Affaire war ein sehr der Aufklärung bedürftiges. Bennewitz, der für sein Leben verstümmelt ist, wird die Sache gerichtlich anhängig machen.

Correspondenzen.

London, 2. März. Die Ziehung der Tombola zum Besten der politischen Gefangenen von Neu-Caledonien findet statt am 16. April d. J. um 1 Uhr Nachmittags in Princess's Concert Room, Cooperative Institute 55, Castle Street, Oxford Street W. London.

Die Gewinnliste wird im „Daily Telegraph“ vom 23. April veröffentlicht werden.

Jedes Billet, auf dessen Nummer kein Gewinn fällt, berechtigt den Eigenthümer zu einer Zeichnung („Erinnerung an die Tombola“), welche von einem unserer tüchtigsten Künstler entworfen ist.

Königsberg, 4. März. Uebermorgen, am 6. d. ist es ein Jahr her, daß Johann Jacoby uns durch den Tod entrissen wurde. Die hiesigen Sozialdemokraten und Demokraten werden einen mit rothen und schwarzrothgoldenen Bändern geschmückten Kranz auf seinem Grab niederlegen.

Hamburg, 3. März. Am letzten Donnerstag fand im „Orpheum“ die Fortsetzung der Debatte über die Tagesordnung: „Die orientalische Frage“ statt. Nachdem Genosse Hörig den Russen- und Bismarckcultus des Renegaten Oberwinder energisch zurückgewiesen hatte, erhielt Letzterer das Wort und sprach von Mißverständnissen, die über seiner letzten Rede gewaltet hätten und betonte, daß das Volk zur Führung seiner Interessen noch nicht reif sei. Also doch! Das heißt einfach: Bismarck besorgt schon die Führung der Volksinteressen. Audorf sen. wendet sich gegen die russische Culturmission, die doch allzu bedenklich nach Fusel rieche, da in Rußland jährlich 200,000,000 Rubel Branntweinsteuer aufgebracht würden. Es sprachen noch Auer und Hartmann in dem Sinne, daß die russischen Culturbestrebungen sehr verdächtiger Natur seien, und daß die Stellung der deutschen Reichsregierung zu der orientalischen Frage keineswegs geeignet sei, die Interessen Deutschlands zu wahren. Oberwinder suchte nochmals Rußland und Bismarck zu vertheidigen, immer und immer wiederholend, daß er mißverstanden würde; doch erntete er schließlich nur das einmüthige Gelächter der Versammlung. Das Auftreten Oberwinder's und seiner Bräuer-Richter'schen Genossen in dieser Frage berechtigt mich zu der Annahme, daß diese Gesellschaft, gerade so wie die Herren Küster, Aurin und Zielowsky, demnächst mit den christlich-sozialen Staatssozialisten den Bruderkuß tauschen werden. — Zum Schlusse der Versammlung wurde mit allen gegen ca. 30 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung billigt die Haltung der Sozialdemokraten im Reichstage gegenüber der Politik, welche unter Billigung der Majorität der Volksvertreter Deutschlands von der Reichsregierung in der orientalischen Frage verfolgt wird, und die Deutschland zum politischen Schleppenträger Rußlands macht.“

Berlin, 1. März. Gegen den früheren Redacteur der „Berl. Freien Presse“, Genosse Grottkau, wurde am 21. v. M. vor dem Kammergericht der bekannte Gotteslästerungprozeß verhandelt. Grottkau war in erster Instanz bekanntlich zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt worden, trotzdem Tessendorff in seiner splendiden Liebenswürdigkeit 1 Jahr beantragt hatte. Der Oberstaatsanwalt des Kammergerichts beantragte nur die Hälfte, 6 Monate, der Gerichtshof aber erkannte auf drei Monate Gefängniß. Bemerkenswert ist die Argumentation des Oberstaatsanwalts, daß zu einer Zeit, in welcher der Massenaustritt aus der Landeskirche von den Gesinnungsgenossen des Angeklagten gepredigt worden, der vorliegende Artikel eine ungeheure Aufregung hervorgerufen und ein großes Aergerniß verbreitet hätte, und daß aus diesem Grunde, da zur christlichen Kirche das Dogma der Dreieinigkeit gehöre, die Beschimpfung Christi als eine Gotteslästerung zu betrachten, eine sechsmonatliche Strafe gerechtfertigt sei. Vielleicht kann man erfahren, bei wem der Oberstaatsanwalt Logik studirt hat, daß er das im vorigen Jahre verübte „Verbrechen“ des Angeklagten in Zusammenhang bringen kann mit dem von den Freunden des Angeklagten in diesem Jahre inscenirten Massenaustritt aus der Kirchengemeinschaft. Und wie kann übrigens etwas straferschwerend wirken sollen, das von den Gesetzen ausdrücklich erlaubt ist! Es geht eben nichts über staatsanwaltliche Deductionen.

Essen, 27. Febr. Der Hirsch-Duncker'sche Gimpelfänger Bujarsky, der gegenwärtig in Westfalen und der Rheinprovinz sein Wesen treibt, legte auch bei uns und zwar am 24. Februar seine Leimruthen aus, freilich mit einem Mißerfolg, der ihn veranlassen wird, sich nicht zum zweiten Male hier blicken zu lassen. Zu dem genannten Tage hatte Bujarsky eine Versammlung nach der „Tonhalle“ einberufen, die von ungefähr 180 Mann, die zum größten Theil unserer Partei angehörten, besucht war. Auf unser Verlangen, ein Büreau wählen zu lassen, ging der Herr nicht ein; er sei gekommen, um einen Vortrag zu halten, nicht aber, um eine Versammlung abzuhalten. Wer ihn interpelliren wolle, der könne es nach seinem Vortrage thun, 15 Minuten Redezeit wolle er den Interpellanten gern gewähren. Gegen diese Anmaßung protestirten wir lebhaft und verlangten wiederholt die Wahl eines Büreaus, bis sich denn endlich der Polizeicommissär Dähne des bedrängten Harmonieapostels annahm und mit Auflösung der Versammlung drohte, wenn sie sich dessen Willen nicht fügte. Das war natürlich nicht unsere Absicht, und so ließen wir denn Herrn Bujarsky seinen Weisheitskasten ruhig auskramen, wobei es denn natürlich ob der komischen Sächelchen, die dabei zum Vorschein kamen, nicht an Heiterkeit und schallendem Gelächter fehlte. Das Uebrige besorgte dann noch unser Genosse Seelig, der, so gut es sich in 15 Minuten thun ließ, die Bestrebungen der Sozialdemokratie vertheidigte. Ein weiterer Redner kam nicht mehr zum Wort, da Herr Bujarsky plötzlich die Versammlung schloß. Und wie er kam, so ging er wieder, nur mit dem kleinen Unterschied, daß Herr Hirsch und seine Complicen um eine blamable Niederlage reicher geworden sind.

Weilburg, 20. Februar. Die allgemeine Geschäftsstockung lastet auch auf hiesiger Gegend schwer: der berühmte Eisensteinbergbau des Lahnthals liegt total darnieder und Tausende von Bergleuten wurden entlassen, die Uebrigbleibenden aber im Lohn so reduzirt, daß letzterer zwischen 9 und 15 Thaler monatlich schwankt. Die Bergleute auf den königlichen Gruben verdienen am allerwenigsten, was beweist, daß der heutige Staat dem Arbeiter nicht gerecht werden kann, vielleicht aus dem Grunde mit, weil der Verwaltungsapparat zu groß ist, um mit Erfolg gegen die Privatindustrie conkurriren zu können. Zu Zeiten, als die Löhne hoch standen, war mit den Bergleuten über unsere Prinzipien wenig oder gar nicht zu reden, und jetzt lassen sich die Leute Alles gefallen, um nicht auch noch den wenigen Verdienst zu verlieren, was leicht denkbar, da dieselben alle an die Scholle gebunden sind. Dauert indeß die Geschäftskrisis noch einige Jahre, so werden die kleinen Bauern und die sich aus denselben rekrutirenden Bergleute alle enteignet sein, indem das Wuchererthum, welches hier in voller Blüthe steht, diese Arbeit von selbst besorgt. Die Conkurse mehren sich mit jedem Tage und die Subhastationen sind unzählbar. Wir sind einige wenige Sozialisten in dem kleinen Landstädtchen, doch wirken wir, wo wir nur können. Arbeiter sind hier nur wenige, da die hiesige Steingutfabrik zur Zeit fast stillsteht und die noch beschäftigten Arbeiter ihren Lohn oftmals erst nach Monaten ausbezahlt erhalten. Genannte Fabrik, eine Gründung comme il faut, steht schon seit Jahren so zu sagen still, seit die Gründer mehrere hunderttausend Thaler verpulvert und die kleinen Aktionäre um ihr Kapital gebracht hatten. Die hier beschäftigten Gesellen sind meistens junge Leute von den umliegenden Dörfern, die lieber dem Vergnügen nachgehen, als über ihre Klassenlage nachdenken. — Die hiesige Stadt wollte sich auch um ein Landgericht bewerben und wurde zu diesem Zweck in der Aula der landwirthschaftlichen Mittelschule eine Bürgerversammlung abgehalten, in welcher Genosse Heinz den Ausführungen des liberalen Justizraths Raht scharf entgegentrat und aus der Bürgerschaft vielen Beifall erntete. Raht hatte nämlich behauptet, Weilburg besitze keine Gebäude, um ein solches Gericht unterzubringen, und müsse die Stadt hierzu mindestens 500,000 Mark aufwenden. Heinz wies dagegen nach, daß wir allerdings diese Gebäude besitzen, solche aber von den höheren Beamten, die größtentheils nicht zu Dienstwohnungen berechtigt, gegen eine nicht nennenswerthe Pachtsumme benutzt würden, und daß die hiesige Casinogesellschaft das vormalige Schauspielhaus der Fürsten zu Nassau-Weilburg, welches jetzt von der königlichen Regierung, Abtheilung für Domänen, dem hiesigen Gymnasium ausschließlich zu Schulzwecken überlassen, sich ganz angeeignet, ohne einen Pfennig Pacht dafür zu zahlen, ja man habe schon seit Jahren eine förmliche Wirthschaft darin errichtet und sich auch noch den Pedell des Gymnasiums gegen eine kleine Vergütung als Wirth dienstbar gemacht. — Wie wir jetzt hören, ist der Casinogesellschaft dieser Staatsbau auf den 1. März l. J. gekündigt worden, wahrscheinlich weil man weitere Enthüllungen vermeiden wollte. Dies war wohl auch die Veranlassung, daß ein hiesiger Gymnasiallehrer, der schon für Blätter aller Parteischattirungen literarisch thätig war, dem Festredner auf dem Gesellenball, einem erst kurz vom Lande gekommenen Schreinergesellen, eine Festrede verfaßte, die von Ausfällen gegen die Sozialdemokratie strotzte. Uns berührt dies insofern nicht sonderlich unangenehm, als die jungen Gesellen dadurch wenigstens etwas von der Sozialdemokratie erfahren, wozu wir natürlich berichtigend noch unser Möglichstes beitragen.

Worms, 18. Februar. Heute hielten wir hier eine von über 400 Menschen besuchte Volksversammlung im Saale zum „Schwarzen Adler“ ab, in der die Genossen Drkesbach und Weidemann über: 1) „Die Tabaksteuer“ und 2) „Die orientalische Frage“ referirten. Genosse Dreesbach, als Referent über den ersten Punkt, sprach zur allgemeinen Zufriedenheit und führte aus, daß alle indirekten Steuern ungerecht seien, daß aber dies bei der Tabaksteuer in noch viel höherem Maße der Fall sei, indem dieselbe nicht allein den Arbeiter als Consument treffe, sondern auch weil durch dieselbe Tausende von Arbeitern brodlos werden würden. Der Vortrag wurde wiederholt von stürmischen Bravos unterbrochen. Am Schlusse desselben brachte der Referent folgende Resolution zur Abstimmung: „Die am 18. Februar im Schwarzen Adler dahier tagende Volksversammlung spricht sich gegen die Tabaksteuer, als die Interessen des Volkes gefährdend, sowie gegen jede sonstige das Volk drückende Steuer, insbesondere gegen alle indirekte Steuern aus.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Herr Schön schlug der Versammlung vor, dieselbe möge beschließen, die Tabaksteuer auf die in der Tabakfabrikation vielfach verbrauchten Kartoffel- und Runkelrübenblätter abzuwälzen. Dem hielt aber Dreesbach entgegen, daß diesem Unfug wohl durch das Gesetz gegen Lebensmittelverfälschung gesteuert werden würde. — Darauf sprach Genosse Weidemann über den zweiten Punkt ebenfalls unter allgemeinem Beifall. An den Vortrag Weidemann's knüpfte sich ein kleines Redegefecht, provozirt durch den Redakteur der „Wormser Zeitung“ und den obengenannten Herrn Schön. Beiden wurde gebührend erwidert. Mit dem Resultat der Versammlung können wir zufrieden sein, denn sie zeigte, daß die Sozialdemokratie auch hier mehr und mehr an Anhängern gewinnt.

P. D.

Zur Beachtung.

Alle Gesinnungsgenossen in Amerika werden ersucht, wenn sie über den Aufenthaltsort zweier, aus Heinerd bei Haßfurt gebürtigen Schwestern Namens Böhner, welche vor längeren Jahren nach Amerika auswanderten, irgend welchen Aufschluß geben können, dies gefälligst der Expedition des „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“ mitzutheilen.

Unsere amerikanischen Parteiblätter werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Quittung. Tischlerbund hier Ann. 1,80. Lnsch Altona Ann. 1,00. Ufrt Apolda Schr. 14,00. Genossenschaft Gotha Ab. 50,00. Stwmr Regensburg Ab. 8,24. A. Ang Hamburg Ann. 21,00. Hssr Mainz Ab. 22,00. Lhmnn Pforzheim Schr. 20,90. Kchurtr Hof Ab. 12,15. Gldwtz Mutweida Schr. 3,47. Sbl Teuchern Schr. 9,24. Grllnbrgr Nürnberg durch R. u. Comp. Chemnitz Ab. 35,20. F. A. Rtr Gelenau Schr. 20,00. Ncl Düsseldorf Ab. 10,00. Hrbg Würzburg Ab. 22,00. Knl Frankfurt Ab. 29,40.

Fonds für Gemaßregelte.

Rb Gr.-Zschocher 2,00. Pfeifenclub d. Rothen d. K. hier 1,66.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Altona Sonnabend, den 9. März, Abends halb 9 Uhr, in Koppelmanns Salon: [1,00

Große

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die gegenwärtige Session des Reichstages.
Referent Herr W. Hasenclever aus Leipzig. (F. 33)
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

H. Lensch.

Bielefeld. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 9. März, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal bei Kahl: [90

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht pro 1877. 2) Neuwahl des Vorstandes. 3) Beschlußfassung über die Feier des Stiftungsfestes.

Der Vorstand.

Hamburg. Korbmacher-Bund.
Sonnabend, den 9. März, Abends ½9 Uhr, im Salon „Zum Roland“:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Gefängnißarbeit. Der Vorstand. [60

Aufforderung.

Zur Zahlung Ihrer Schuld für Annoncen werden hiermit aufgefordert:

Emmerich a. Rh.: H. Hartmann, Korbmacher, 0,90 Mk. vom 23. September 1877; Kassel: Pfannkuch 1,20 Mk. vom 28. Oktober; Mühlheim a. Rh.: Wahlverein 0,60 Mk. vom 24. Dez; Zwickau: Arbeiterpartei 0,50 Mk. vom 31. Aug.

Roh-Tabak.

Domingo 55, 60, 65, 70, 80, 90.
Brasil 50, 65, 70, 80, 100, 120, 140.
Seedleaf 40, 50, 60, 70 bis 180.
Java 100, 120, 140, 160, 250, 270.
Carmen 90, 110. (45)
Palmyra 140, 150, 160, 170. [3,00
lose Domingoblätter 25 und 30 Pfg.

Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Die Zukunft

Sozialistische Revue

hat die Aufgabe, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen, und sie wird hierin von den bedeutendsten sozialistischen Schriftstellern des In- und Auslandes unterstützt.

Trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens (sie erscheint erst seit dem 1. Oktober 1877) hat sie sich bereits über 3000 Abonnenten erworben.

„Die Zukunft“ wird halbmonatlich in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikonformat herausgegeben. Das Abonnement beträgt vierteljährlich:

Beim Bezug durch die Post oder den Buchhandel Mk. 1,25; bei direkter Zusendung unter Kreuzband seitens der Expedition für Deutschland und die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,90; bei Zusendung unter geschlossenem Couvert im deutsch-österreichischen Postverein Mk. 2,50; im Welt-postverein Mk. 6,00.

Die Expedition der „Zukunft“.
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin erschien und ist durch alle Buchhandlungen sowie durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Die

Sozialen Bewegungen

im alten Rom

und der

Cäsarismus.

Von

Joh. Most.

7¼ Bog. broch. Preis: 1 Mk.

Expedition des „Vorwärts“.

Central-Wahl-Comité.

Zur Beachtung.

Nach denjenigen Orten, aus denen seit dem 1. Oktober v. J. irgend welche Zahlungen für die soziale Gesammtbewegung eingegangen, sind vergangene Woche die Abrechnungen von obigem Zeitraum bis 31. Januar ds. J. gesandt worden. Etwaige Reclamationen sind an C. Derossi, Holzdamm 42 in Hamburg, zu richten.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1sten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 40 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: F. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanferman, 74 Clybourne ave.
San Francisco: J. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 6 New Compton Golden Square.

Nr. 29. Sonntag, 10. März. 1878.

Langsamer Hungertod.

Als Lassalle vor circa 15 Jahren in seinen Agitationsschriften den Nachweis führte und zwar an der Hand der statistischen Wissenschaft, daß ein großer Theil des arbeitenden Volkes den langsamen Hungertod sterbe, da war ein Geschrei unter den Schriftgelehrten, und Acht und Aberacht verhängte man über den muthigen Volksstreiter.

Jetzt gestehen aber, wenn auch nur in verschämter Weise, die Blätter der Bourgeoisie in unbewußten Augenblicken die Wahrheit der Lassalle'schen Behauptung oft genug ein. So lesen wir im „Hamburger Correspondenten" folgende bezeichnende Sätze:

„Unvollkommene Nahrung kann nur unvollkommene Menschen erzeugen: aus schlecht genährten, schwachen Kindern können nur schlechte und schwache Arbeiter, schlechte, keine Strapazen aushaltende Soldaten und schwache Mütter werden, die wieder nur einem schwachen Geschlechte das Leben geben können. Dies Alles ist aber noch der geringere Uebelstand, wenn man bedenkt, daß solche in der Kindheit schlecht genährte und dadurch in ihrer Constitution geschwächte Menschen, immer am ehesten für ansteckende Krankheiten empfänglich sind und so gleichsam zum Seuchenheerde werden, von wo aus sich die Pest weiter entwickelt . . . . . Es ist ganz unmöglich, die Größe des Elends zu übertreiben, welches durch Menschen fortgepflanzt wird, die eine mehr als gewöhnliche Empfänglichkeit und Neigung zu Krankheiten besitzen. Nur vom wirthschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, müssen wir nicht sagen, daß solche Menschen in der Folge die meisten Kosten und Kapitalverluste verursachen? Ihre Nachkommenschaft ist siech und trägt den Keim frühen Todes und zum mindesten eine Schwäche mit sich, die eine volle Entfaltung der Arbeitsleistung nicht zuläßt. Dem Staate oder sagen wir der Gesammtwirthschaft ist aber nicht von größerem Vortheil, als das Leben derjenigen möglichst lang und frei von Krankheit zu erhalten, welche die Periode des unproduktiven jugendlichen Alters überschritten haben. Der Staat kann kein Kapital besser verwenden, als in der Förderung aller jener Anlagen, welche gegen die Erzeugung und Verbreitung von Krankheiten gerichtet sind".

So der „Hamburger Correspondent". — Daß wir es hier mit einer ausgeprägten Bourgeoisabhandlung zu thun haben, das beweiset wohl in scharfer Weise die Ansicht, daß das geringere Uebel in der Thatsache liege, daß die schlechtgenährten Glieder der menschlichen Gesellschaft zu Grunde gehen, das größere Uebel liege in der Empfänglichkeit dieser schlechtgenährten Menschen, ansteckende Krankheiten in sich aufzunehmen und auf diese Weise die gutgenährte Gesellschaft, die Bourgeoisie, zu bedrohen.

Stellt man diese Anschauung in den Vordergrund, so begreift man wohl, weshalb der „Hamburger Correspondent" die „Gesellschaft zur Verabreichung guter Mittagsmahle" so warm empfiehlt — es prägt sich darin die Angst um den eigenen wohlgenährten Leib aus. — Doch wir wollen nicht boshaft sein, wir wollen diesen wunden Punkt nicht weiter berühren, sondern lediglich unserer Freude Ausdruck verleihen, daß die Blätter der Bourgeoisie endlich einmal anfangen, das Volkselend zu begreifen und den Staat um Hilfe zu rufen.

Der „Hamburger Correspondent" ist so gewiß davon überzeugt, daß eine unzureichende Ernährung im Volke vielfach stattfindet, daß er gar keine Beweise bringt; wir finden das einer anerkannten Thatsache gegenüber im Grunde genommen äußerst löblich, doch wenn wir Sozialdemokraten diese Taktik befolgen wollten, so würde man vielfach wieder von Uebertreibungen reden, von Aufhetzereien durch unbewiesene Angaben, deshalb wollen wir uns an dieser Stelle wenigstens salviren indem wir auf die Berichte der Zittauer Gewerbekammer — also eines gewiß nicht sozialdemokratischen Institutes — hinweisen; wir ersehen aus denselben, daß das Volk wirklich hungert und dadurch nach und nach dahinsiecht.

Wie diese Berichte feststellen, hat der größte Theil der sächsischen Weber auch in normaler Zeit per Jahr nicht volle 300 Mark Einkommen. Dieses Einkommen haben nur solche, die sich der Beihilfe der Frauen oder halberwachsener Kinder erfreuen. Die traurige Lage der sächsischen Weber wurde von unserer Seite oft genug, sowohl in öffentlichen Versammlungen als auch in der Presse, erwähnt und nachgewiesen, von den Gegnern jedoch stets in der unverschämtesten und unverfrorensten Weise für „Lüge" und „Uebertreibung" erklärt. Ein nichts weniger als sozialistisches Blatt, der Frankfurter „Mercur", Organ für die Bourgeoisie, schreibt unter Hinweis auf obige Handelskammerberichte folgendes: „Kann sich bei diesen exorbitanten Verhältnissen wonach eine ganze Weberfamilie nicht mehr als 300 Mark jährlich verdient, noch Jemand wundern, daß Sachsen das fruchtbarste Feld der sozialdemokratischen Agitation und ein offener Heerd für alle auf den Umschwung der heutigen Gesellschaftsverfassung gerichteten Bestrebungen geworden ist? Heißt das eine gesunde soziale oder eine gesunde industrielle Organisation, wenn ein großer Bruchtheil der Bevölkerung auf reine Kartoffelnahrung angewiesen ist, welche den Leib verkümmern läßt, jeden geistigen Aufschwung lähmt und den Fortschritt der allgemeinen Cultur hindert? Diese Zustände sind in der That unhaltbar und es thut noth, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um eine Verbesserung der Lage dieser elenden Weberbevölkerung herbeizuführen. . . . . Die heutige Misère in einem großen Theil unserer Arbeiterbevölkerung, welche um so tiefer empfunden werden wird, je mehr die Ideen der Aufklärung Verbreitung finden, kann nur mit einem Zusammenbruch unserer heutigen Gesellschaftsordnung endigen, wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, um dieses Aeußerste zu verhüten."

Da haben wir dieselben Zugeständnisse und auch jedenfalls dieselben „Maßnahmen", Bettelsuppen, die der „Hamburgische Correspondent" macht und empfiehlt.

Aber nicht nur die Kinder des Volkes leiden an unvollkommener Nahrung, sondern auch die „Kinder des Königs", die Soldaten, und daran hat wohl kaum der „Hamburgische Correspondent" gedacht.

Der gewiß unverfänglichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" entnehmen wir, daß durch wissenschaftliche Untersuchungen festgestellt ist, daß zur Ernährung eines „arbeitenden" Soldaten, wenn er sein „rechts um" und „links um" nicht auf Kosten seiner Gesundheit machen soll, 120 Gr. Eiweiß, 170 Gr. Fett und 350 Gr. Kohlenhydrate täglich gehören. Nachweislich aber enthalten die den deutschen Soldaten im Durchschnitt verabfolgten Nahrungsmittel 143 Gr. Eiweiß — also 23 Gr. mehr, als nöthig, — 515 Gr. Kohlenhydrate — also 165 Gr. zu viel, — aber nur 54 Gr. Fett — also 116 Gr. Fett zu wenig. Die Kohlenhydrate, wenigstens das Mehr derselben, nützen gar nichts. So stehen sich also 23 Gr. Eiweiß mehr, 116 Gr. Fett zu wenig gegenüber. — Jeder Arzt wird sofort erklären müssen, daß bei großen Strapazen gerade die Entziehung der zur Ernährung nothwendigen Fette von ungemein zerstörender Wirkung für den menschlichen Körper ist.

Was ist nun das Resultat dieser sanitären Angaben? Der preußisch-deutsche Soldat erhält „unvollkommene Nahrung".

So sehen wir das vom „Hamburger Correspondenten" schroff angedeutete Uebel in noch größerem Umfange vor uns, in einem Umfange, welcher für Staat und Gesellschaft verhängnißvoll zu werden droht. Und die Ursache, werther „Hamburger Correspondent"? Die Ursache ist, weil in der heutigen Gesellschaft die Arbeit kein Recht hat, weil der Ertrag der gesammten Arbeit ungerecht zu Gunsten einer kleinen Anzahl Menschen vertheilt wird, und weil diese kleine Anzahl den Ueberfluß hat, der hinreichend wäre, die „unvollkommene Nahrung" der großen Masse in eine vollkommene zu verwandeln. Aber gegen ein solches Unrecht helfen keine Suppenanstalten, keine Bettelmahle — dagegen hilft nur das Recht der gesammten Menschheit an den Produkten der Erde und an ihren eigenen Erzeugnissen.

Aus Dänemark.

Kopenhagen, 25. Februar.

Wie aus der Nummer 19 des „Vorwärts" vom 15. Februar ersichtlich, wurde hier am 20. Januar eine Versammlung abgehalten, in welcher über Mittel und Wege berathen wurde, wie der herrschenden Noth und Arbeitslosigkeit in etwas zu steuern sei. Die Versammlung wählte damals bekanntlich einen Ausschuß und ermächtigte denselben, in einer später einzuberufenden Versammlung Vorschläge zu machen, wie man den Arbeitern am besten beistehen könnte. Bereits acht Tage später, also am 28. Januar, war der Ausschuß sich schlüssig geworden und berief eine Versammlung ein, um derselben Vorschläge zu machen. Die Versammlung war aus den verschiedenen Gesellschaftsklassen sehr zahlreich besucht und war u. A. auch der Kabinetssekretär des Königs anwesend. Der Ausschuß beglückte die Versammlung mit einer Vorlage, welche in möglichst wortgetreuer Uebersetzung sich folgendermaßen ausnimmt:

„Der Ausschuß betrachtet es als eine Thatsache, daß große Arbeitslosigkeit und in Folge dessen große Noth unter den Arbeitern herrscht, und daß es deshalb Pflicht Aller sei, nach Möglichkeit Geldbeiträge zu leisten, um dieser Noth abzuhelfen oder sie doch zu lindern.

„Der Ausschuß hat den ihm gewordenen Auftrag dahin aufgefaßt, sich darauf zu beschränken, die Mittel anzudeuten, wie diese Noth in der nächsten Zeit im größtmöglichsten Umfange schleunigst zu lindern sei. Dagegen hat er es als außerhalb seiner Aufgabe liegend betrachtet, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß durch die Gesetzgebung oder sonstige Veranstaltungen in Zukunft ähnlichen Verhältnissen vorzubeugen sei.

„Der Ausschuß hält es für Pflicht, seine Auffassung dahin auszusprechen, daß jede Veranstaltung, welche zur Abhilfe der Noth vorgeschlagen wird, innerhalb der Regeln für eine gesunde ökonomische Entwicklung liegen muß. So muß er ganz bestimmt abrathen, daß künstlich Arbeit geschafft werde, welche ebenfalls zur Vergrößerung der schon bestehenden Ueberproduktion beitragen würde.

„Indem der Ausschuß von diesen Voraussetzungen ausgeht und indem er an das Cirkular erinnert, welches das Ministerium des Innern im vorigen Jahre aus Anlaß der damals herrschenden Noth, die unzweifelhaft nicht so groß war wie jetzt, erließ, erlaubt er sich folgende Vorschläge zu machen:

„1) Die Versammlung wendet sich mit dem Ersuchen an die Volksvertretung, sie wolle das Ihrige thun, die Arbeits- und Nahrungslosigkeit zu erleichtern, indem sie die Bewilligung zur Vornahme von Staatsarbeiten ertheilt, die schon genehmigt sind. Sie fordert demnach die Regierung auf, so bewilligte Arbeiten schnellmöglichst vornehmen zu lassen, besonders die, zu welchen die erforderlichen Gegenstände im Inlande geliefert werden können. Ferner ersucht die Versammlung die Volksvertretung und Regierung, in Erwägung zu ziehen, ob es räthlich sei, in Uebereinstimmung mit dem, was bei der Handelskrisis 1857 geschah, eine oder mehrere Darlehnskassen für Geschäftstreibende zu errichten, selbstverständlich mit Vorstehern, welche vom Staate oder den städtischen Behörden gewählt werden.

„2) In demselben Sinne stellt die Versammlung auch eine Bitte an die Communeverwaltung der Hauptstadt, der sie das Ersuchen hinzufügt, die hochgeehrte Verwaltung möge, sofern die nöthigen Geldmittel nicht vorhanden sind, erwägen, auf welche Weise sie beschafft werden könnten, ohne einen schädlichen Druck zu schaffen.

„Dabei spricht die Versammlung es als ihre Hoffnung aus, daß die hochgeehrte Kommunalverwaltung es sich angelegen sein lasse, in genaue Erwägung zu nehmen, welche andere Schritte sie thun kann, um der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit und Noth entgegen zu arbeiten.

„3) Die Versammlung richtet die inständige Aufforderung an das Publikum — insbesondere aber an den großen Mittelstand und die, welche für sich selbst einen kleinen Beitrag leisten können — daß sie gerade jetzt kräftig und nachdrücklich die Vereine unterstützen, deren Aufgabe es ist, den Nothleidenden zu Hilfe zu kommen.

„4) Die Versammlung beschließt, einen Ausschuß von 7 Mann zu erwählen, der für die nächsten drei Monate in jedem Hause Subscriptionen zu veranstalten hätte, und sollen die Beiträge, deren niedrigster Satz 10 Oere beträgt, allwöchentlich eingeholt werden.

„Das Comité hat den Auftrag, sich mit den schon bestehenden wohlthätigen Vereinen in Verbindung zu setzen, um Gleichartigkeit des Verfahrens und die schnellste und bestangewendete Hilfe zu erzielen."

Dies die Vorschläge des Ausschusses.

Der Berichterstatter bezeichnet hierauf in längerer Rede den vorstehenden Entwurf als gesetzlich statthaft; habe die Regierung 1857 dem Handelsstande geholfen, so könne sie jetzt auch dem Handwerker helfen. Hinsichtlich der 10 Oere- (11½ Pf.) Subscription, von welcher sich Viele große Erwartungen machen, haben indeß einflußreiche Männer abgerathen, denn man könne, hoch gerechnet, in den nächsten 3 Monaten höchstens 65,000 Kronen (72,000 Mark) erwarten.

Die beiden ersten Punkte wurden darauf ohne Diskussion einstimmig angenommen. Zu den zwei letzten Punkten sprach sich ein Redner dahin aus, daß auch die Arbeiterklasse im Comité vertreten sein müsse und daß er folgende Vereine im Auge habe: Handwerkerverein, Industrieverein, Lehrlingsverein, Arbeiterverein von 1863, Waffenbrüderverein, der brüderlichen Arbeiterklasse Hilfsverein, Handwerker-Vormanns- (Altgesellen-) Verein, Kranken- und Begräbnißverein von 1863 und Arbeiterverein von 1867. Wenn diese (natürlich nichtsozialistischen) Vereine mit 22,000 Mitgliedern herangezogen würden, fände sich mehr Interesse für die Sache. Es kam darauf zur Sprache, daß die Vorstandsmitglieder dieser Vereine theilweise auch dieselben Aemter in anderen führten. Der erste Redner hielt seine Ansicht aufrecht: es müsse den Arbeitern gestattet sein, in dieser Angelegenheit ihre Vertreter wählen zu können, worauf ein ungenannter Anwesender erwiderte, daß man damit den Arbeitern einen schlechten Dienst erwiese; auch alle folgenden Redner sprachen sich gegen die Zulassung der Arbeiter zum Comité aus.

Commerzienrath Heymann erwartet nicht so bald etwas von den zwei ersten Punkten; in der Zukunft könnten sie vielleicht etwas Gutes zur Folge haben. In Hinsicht auf die augenblickliche Noth wären die zwei letzten Punkte von besonderer Bedeutung, denen man deshalb die größte Aufmerksamkeit widmen müsse. Die 10 Oere-Subscription würde gewiß nicht zulangen, denn wenn man sich der 4 Schillings-Subscription von 1864 erinnere, so könne man in den 13 Wochen höchstens auf 40,000 Kronen rechnen. Es müsse in dieser Versammlung gesagt werden, daß der Vorwurf, der Arbeiter habe in den guten Jahren zu flott gelebt, unberechtigt sei (Hört!); es war anzunehmen, daß die Arbeiter in der guten Zeit ihre Frauen und Kinder besser leben ließen, als sie sonst im Stande waren; der Kaufmannsstand und die anderen Klassen der Gesellschaft haben ja ein Beispiel in dieser Hinsicht gegeben, so daß sie alles Recht verloren haben, Vorwürfe zu machen. Er schlage vor, einen Extrazuschlag von 10 Oere auf die Theaterbillets zu legen, was in einem Monat 20,000 Kronen eintragen würde.

Was in der Versammlung sonst noch geschwätzt und beschlossen wurde, bleibe unerwähnt — kurz, die Subscriptionslisten wurden ausgetragen, das Resultat derselben ist mir aber noch nicht bekannt geworden. An den drei Sammelstellen sind bis jetzt ungefähr 5000 Kronen eingekommen. In die Hände des Hauptkassirers gelangten etwa 10,000 Kronen, zu denen der König und etliche Bankiers einige tausend Kronen geliefert haben.

Von sozialistischer Seite wurde bald darauf eine Volksversammlung einberufen, die sich gegen die Almosen aussprach und das Recht auf Arbeit im Staate forderte. In dieser Hinsicht hat der gegenwärtige Nothstand doch das Gute, daß er die hiesigen Arbeiter aus ihrem traumhaften Zustande aufrüttelt und ihnen die Lehre beibringt, daß sich der Arbeiterstand nur auf sich selbst zu verlassen hat. Es ist auch erfreulich zu beobachten, wie sich die Anzeichen eines neuen Strebens hier und da kundgeben, wozu auch der Versuch gehört, einen „großen politischen Verein" in's Leben zu rufen, da die jetzige Organisation allgemein als unhaltbar erkannt ist.

Als ein Zeichen der Besserung der Parteiverhältnisse ist es wohl zu betrachten, daß der „Social-Demokrat" jetzt recht oft sozialistische Nachrichten aus Deutschland bringt und vor ein paar Tagen auch Liebknecht's „Soll Europa kosakisch werden?", Hasenclever's „Erlebtes" und Most's „Soziale Bewegungen im alten Rom" empfahl.

Nachdem Vorstehendes zur Absendung bereit lag, erfuhr ich, daß der Central-Vorstand für Sonntag den 24. Februar eine große Volksversammlung unter freiem Himmel angesetzt hatte, und ich unterließ deshalb die Absendung, um einen kurzen Bericht noch beizufügen.

Vom schönsten Frühjahrswetter begünstigt, hatte die Versammlung einen sehr guten Verlauf, trotzdem daß wohl unge-

fähr 10,000 Menschen anwesend waren, nebst der unvermeidlichen Polizei zu Fuß und zu Pferde; die Rednerbühne war wie jedesmal mit den Fahnen der Fachvereine geziert, die weithin im schönsten Roth leuchteten. Die Tagesordnung war die Berichterstattung der in einer früheren geschlossenen Versammlung gewählten Deputation über den Empfang und die Antwort des Ministerpräsidenten. Die Deputation hatte den Auftrag gehabt, die Regierung um Arbeit und Hilfe in der gegenwärtigen arbeitslosen Zeit zu ersuchen, wurde aber mit den gewöhnlichen Vertröstungen und mit mitleidigem Achselzucken abgespeist. Die Arbeiter hätten in den guten Zeiten sparen sollen; im Uebrigen aber solle Alles geschehen, sobald der Reichstag Gelder bewillige für das, was die Regierung für nützlich und vortheilhaft finde. Zum Schlusse habe der Minister noch bemerkt, daß die Regierung das Wohl aller Klassen im ganzen Lande zu fördern habe, die Deputation repräsentire aber nur einen Bruchtheil der hauptstädtischen Arbeiter. — Nach diesen Mittheilungen wurde das offizielle Antwortschreiben der Regierung verlesen und treffend kritisirt; dann wurde ein von dem Comité abgefaßtes Erwiderungsschreiben zur Abstimmung vorgelegt und einstimmig angenommen. Jörgen Gaardmond.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Reichstagssitzung vom 5. März fand die Debatte über das sogenannte Stellvertretungsgesetz statt. Die Minister von Bayern und Württemberg gaben die Erklärung ab, daß die von ihnen vertretenen Staaten niemals in das Institut der verantwortlichen Reichsministerien willigen würden, da dadurch die Selbstständigkeit der Einzelstaaten vollends vernichtet würde; das Zugeständniß, welches sie in der Vorlage gemacht, nach welcher ein Vicekanzler und sonstige Stellvertreter für den Reichskanzler vom Kaiser auf Antrag des Kanzlers ernannt werden könnten, sei schon ein bedeutender Schritt von dem Bundesstaat zu einem Einheitsstaat — weiter dürfe man aber nicht gehen. Windthorst ist natürlich mit diesen Ansichten einverstanden. Der conservative Redner und der fortschrittliche stehen im Wesentlichen auf dem Boden der Vorlage, während der nationalliberale Bennigsen dieselbe erweitert haben will. Fürst Bismarck, der sehr schwach ist und während seiner Rede sich mehrfach niedersetzt und Wein trinkt, ist kaum verständlich; er vertheidigt die Regierungsvorlage. Im Allgemeinen waren selbst die „Reichsfreunde" nicht besonders zufrieden mit der Debatte. Man beschloß, in die zweite Berathung nicht eher einzutreten, bis die stenographischen Berichte vorliegen, da die Reichsboten in ihrer großen Mehrzahl gar nicht verstanden hatten, was Bismarck geredet. — Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß man allgemein im Reichstage der Ansicht ist, daß von Bennigsen und von Forckenbeck bald schon in das preußische Ministerium eintreten.

Genosse Fritzsche ist in die Kommission des Reichstags zur Vorberathung der Gewerbegesetz-Novelle gewählt worden. Vorsitzender dieser Kommission ist der nationalliberale Rickert, Stellvertreter desselben der Fortschrittler Bürgers.

— Die „unerlaubte Auswanderung" hat nach Berichten über das „Heeresergänzungsgeschäft" für das Jahr 1876 ungeheure Dimensionen angenommen. Im Bezirk des ersten Armeecorps (Provinzen Ost- und Westpreußen) wurden von der Landbevölkerung 2339, und von der seemännischen 191 „Patrioten" verurtheilt; 2300 und resp. 19 Mann befinden sich noch in Untersuchung, — also zusammen das hübsche Sümmchen von 4849 Mann in einem einzigen Armeecorps. Im zweiten Armeecorps (Provinz Pommern) waren die entsprechenden Ziffern 1711 und 163, resp. 2061 und 161, — somit im Ganzen des 2. Armeecorps 4096 Mann. Für das neunte Corps (Provinz Schleswig-Holstein und die beiden Mecklenburg) sind die Ziffern 1431 und 326, resp. in Untersuchung 659 und 352, also zusammen 2768 Mann. Im vierten Armeecorps (Provinz Sachsen) sind wegen „unerlaubter Auswanderung" verurtheilt worden: 357 und befanden sich in Untersuchung 244, zusammen 601 Mann. Elsaß-Lothringen liefert nun das stärkste passive Contingent, nämlich: 3923 verurtheilte und 2317 in Untersuchung befindliche, zusammen 6420 Mann. — Also in fünf Armeecorps 18,384 Renitenten. Das deutsche Reich besitzt 15 Armeecorps; ist das Verhältniß in den übrigen dasselbe, so erhalten wir die respektable Summe von 55,000 jungen Männern, die „mit Gott für König und Vaterland" dem „herrlichen Kriegsheer" den Rücken zu wenden.

— Aus der französischen „Republik". In Nr. 24 meldeten wir, daß man in Marseille anstatt des verstorbenen Deputirten Raspail den im Gefängniß zu Clermont schmachtenden alten und edlen Sozialisten Blanqui als Candidaten aufstellen würde. Selbst wir dachten, daß die Ehrwürdigkeit und das lange Leiden dieses Mannes die Bourgeoisrepublikaner bestimmen würde, den Arbeitern und der Sozialdemokratie diese kleine Genugthuung zu gewähren. Doch wir hatten uns bei den Auch-Republikanern verrechnet; Blanqui ist dieser Gesellschaft zu revolutionär. Deshalb haben die „Republikaner" einen Herrn Clovis Hugues, einen unbedeutenden Menschen, aufgestellt. Und die revolutionären Arbeiter von Marseille? Sie werden den edlen Blanqui doch wählen! Vergebene Hoffnung — man hat die französischen Arbeiter, und leider unter der Zustimmung auch verschiedener Sozialisten, mit dem „republikanischen" Zuckerwasser bei den letzten Wahlen derartig aufgepäppelt, daß sie alle Energie verloren zu haben scheinen und auch jetzt mit den Auch-Republikanern stimmen werden. Das hat man nun von dem Bündniß mit der Bourgeoisie, das sind die Früchte der letzten Wahlen. Eine Amnestie ist nicht erfolgt, Blanqui stirbt im Kerker — ist denn nun wirklich der geringste Unterschied vorhanden zwischen dieser Republik der Herren Dufaure und Gambetta und einer rein Mac Mahonnistischen oder dem Regiment des Herrn Lulu? Mac Mahon hat sich unterworfen — ist es dadurch für die Freiheit irgend besser geworden? Gambetta ist allerdings außer Verfolgung gesetzt, aber Blanqui bleibt im Kerker. Und für diese „Republik" hat man die französischen Arbeiter zur Wahlurne gelockt, damit sie ihre eigenen Interessen vergessen sollten! Und zu diesem infamen Spiel der französischen Bourgeoisie haben seiner Zeit selbst Sozialisten Beifall gerufen!

Aus Montceau au les Mines (Saône et Loire) meldet man, daß bei einer Massenkundgebung, als die versammelten Bergleute die Strikenden hochleben ließen, das Militär auf das Volk geschossen und 5 Personen verwundet hat. Wiederum ein Zeichen, wie human die „Republik" gegen die Arbeiter vorgeht. Doch einen Fortschritt können wir verzeichnen — und wir thun es den „Republikanern" zu Liebe sehr gerne. Wie der „Reveil" nämlich mittheilt, erhalten die Deportirten in Neucaledonien keine Stockschläge mehr, sondern nur Peitschenhiebe. — Es lebe die „Republik"!

— General Cluseret, früher französischer Offizier, dann General in amerikanischen Diensten, später einer der Befehlshaber der Commune und zuletzt türkischer Generalstabs-Major, ist nach dem in Marseille erscheinenden „Petit Meridionel" von den Russen gefangen genommen und erschossen worden. — Die übrigen gefangenen türkischen Offiziere werden leidlich in der Gefangenschaft behandelt. Wenn die Nachricht überhaupt wahr ist, so drängt sich die Frage auf, ob die russische Armeeleitung den französischen Bourgeoisrepublikanern durch die Erschießung Cluseret's einen besonderen Gefallen erweisen wollte?

— Das in Mailand erscheinende sozialistische Blatt „Plebe" meldet aus Cairo, daß dort eine sozialistische Partei besteht, die recht regsam agitirt und die Prinzipien des Sozialismus verbreitet.

— „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich" — dies schöne deutsche Sprüchwort findet folgende herrliche Illustration. Seine kaiserliche Majestät der Sultan hat am 3. März folgendes Telegramm an den russischen Kaiser gerichtet: „Bei Gelegenheit der Feier der Thronbesteigung Eurer Majestät bringe ich meine Gratulation mit dem Wunsche dar, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu erneuern." — Seine kaiserliche Majestät der Czar hat folgendermaßen geantwortet: „Ich danke Eurer Majestät für die ausgedrückten Glückwünsche. Ich erhielt dieselben gleichzeitig mit der Nachricht von der Unterzeichnung des Friedens und ersehe in diesem Zusammenfallen ein Vorzeichen dauerhafter guter Beziehungen zwischen uns." — So die kaiserlichen Herren — bluttriefend noch durch die gegenseitige Rauferei bringen sie sich Gratulationen dar!

— Der Uebermuth der Russen kennt keine Grenzen. General Ignatieff soll in San Stephano sich folgendermaßen geäußert haben: „Die Türken werden uns Alles, was wir stipulirt haben, bezahlen müssen. Wir haben mehr Gebiet in Asien, als wir brauchen. Wir wollen eine Flotte und Geld. Die Pforte mag sich arrangiren, so gut sie kann; das ist ihre Sache; aber sie muß sich exekutiren. Vor Oesterreich fürchten wir uns nicht; Kaiser Wilhelm hält seine Pferde gesattelt, um ihm auf den Nacken zu stürzen, wenn es Streit mit uns anfängt; und was England betrifft, je mehr Chikanen es uns bereitet, desto anspruchsvoller werden wir auftreten. Es mag nur kommen, uns von hier zu verjagen." — Ob diese Aeußerungen nun wörtlich wahr sind, oder nicht — sie sind aber ganz in russischem Geiste wiedergegeben. Auch mag die russenfreundliche Rede des Herrn von Bismarck bei der Orientdebatte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, den Russen den Kamm schwellen zu lassen.

— Unser Parteigenosse Bruck in Gotha ist in Untersuchungshaft genommen worden. Als Hauptgrund wird angegeben, daß „er sich nicht mit Andern bereden soll". Doch hat der Staatsanwalt auch als weiteren Grund angegeben, daß die Flucht anderer sozialdemokratischer Redakteure ihm Veranlassung zu dem Haftbefehl gegeben habe.

Wir machen hierauf besonders deshalb aufmerksam, weil verschiedene unserer Parteigenossen die Tragweite derartiger Haftentziehungen durch die Flucht seitens sozialdemokratischer Redakteure gar nicht zu kennen scheinen. — Parteigenosse Kruhl, Redakteur der „Halberstädter Freien Presse", ist am 1. März in zweiter Instanz zu elf Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Der frühere Redakteur Voigt hat vor einigen Tagen die Aufforderung zum Haftantritt (neun Monate Gefängniß) erhalten.

Aus Böhmen.

Haslau, 1. März.

Die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise werden — wie überall — auch in unserer Gegend sehr schmerzlich empfunden. Der Großbetrieb verdrängte die Handweberei und brachte Hunderte von „selbstständigen" Webern entweder an den Bettelstab, oder machte sie — was fast noch schlimmer ist — zu Fabrikssklaven. Da unsere Gegend sehr bevölkert ist, ist auch das Angebot von „Händen" groß und sind die Fabrikanten in die Lage versetzt, die Arbeitskraft recht billig zu kaufen. Nach Einführung der mechanischen Webestühle wurden meist Frauen und Kinder, denen ein wahrer Hungerlohn gezahlt wird, eingestellt. Daß bei einem solchen Vorgehen die Fabrikanten reich, sehr reich wurden, ist selbstverständlich; in dem Maße aber als der Reichthum der „Herren" sich anhäufte, stieg auch die Noth des Volkes. Wie überall, haben auch hier die Ausbeuter nur ihren Geldsack im Auge und drücken die Löhne derart herab, daß sie zur Beschaffung des Allernothwendigsten nicht mehr ausreichen. Wollen sich die Arbeiter eine derartige unmenschliche Ausbeutung nicht mehr gefallen lassen, wollen sie nicht ruhig verhungern, lehnen sie sich gegen ihre Unterdrücker auf, dann hat man ein Universalmittel, welches sich gegen die Unzufriedenen bis dato stets bewährt hat: man hat Soldaten und — Gefängnisse.

Die in unserer Gegend herrschende Noth spottet thatsächlich

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

IX.

Mit Befriedigung konnten die „Reformatoren" auf ihr Werk hinweisen. Ihr sehnsüchtiger Wunsch war erfüllt: Das „freie Proletariat", dieses für den Kapitalismus unentbehrliche Element war geschaffen. Nunmehr konnten sie die „Früchte der Reformen" einheimsen.

Aber gerade das war nicht so leicht, denn die Produktion mit „freier Arbeit" ging nicht so leicht von Statten. Die Fabrikindustrie entwickelte sich aber langsam und die Landwirthschaft machte sogar Rückschritte. Ueberall wurden Klagen über die „Arbeiter" laut: unser „freier Proletarier" gab sich nicht in die Hände der Kapitalisten.

Die „Reformatoren" bemerkten gar nicht, daß ihr geplantes Gebäude nicht im westeuropäischen Styl aufgeführt war, denn der Eckstein, auf dem sie ihr Gebäude aufbauen wollten, war nur ein schlaues und geschickt durchdachtes Kompromiß. Ein Kompromiß aber ist und bleibt immer eine mißliche Sache. Die westeuropäischen Zustände, die sie nachahmen wollten, waren nicht durch Kompromisse geschaffen, sie sind das Produkt der brutalen Gewalt, die sich aber in den heuchlerischen Mantel des „freien Vertrags" zu hüllen verstanden hat. Bei uns erwies sich aber, zum großen Entsetzen der „Reformatoren"; der „freie Vertrag" für den Kapitalisten als ungenügend. Unser Proletarier ist gar nicht der Proletarier, mit welchem es der westeuropäische Kapitalist zu thun hat.

Dank der „Reform" und den „Beglückungen" ist unser Bauer wirklich zum Proletarier gemacht worden, aber er ist Proletarier in seiner eigenen Wirthschaft. Man kann getrost sagen, daß seine Lage schlimmer ist, als die des westeuropäischen Proletariers. Gewiß, dieser weiß nicht, was der morgige Tag ihm bringt, aber der heutige gehört ihm. Er kann sicher sein, daß das, was er heute erarbeitet, verdient hatte, ihm ohne Widerspruch gehört und daß es Niemand wagen würde, ihm seinen Verdienst streitig zu machen. Bei unserm Bauer ist das aber anders, er ist immer der Gefahr ausgesetzt, daß der Stanovoi (Kreisrichter) „wie ein Mörder über ihn herfallen und ihn berauben kann", ihm Alles, was er mit schwerer Arbeit verdient hat, wegnehmen und sogar ihn selbst, zur Deckung der Steuerrückstände, als Knecht verkaufen kann.

Und obwohl die „Reform" ihn enterbt und seine Lage hoffnungsloser und verzweiflungsvoller als die eines echten Proletariers gemacht hat, dennoch hat sie ihn nicht zu dem gemacht, wozu er im Interesse Entwickelung des Kapitalismus hätte gemacht werden sollen. Zu ihrem Gedeihen braucht die Bourgeoisie ein Proletariat mit noch ganz anderen Eigenschaften. Ein solches Proletariat muß wirklich „frei" sein, es muß seine Arbeitskraft nach Belieben hier und dort feilbieten dürfen, je nach den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Mit einem Worte, seine Arbeitskraft muß zur „Waare" werden. Unser Bauer ist doch wenigstens noch im geringen Maße „Herr" seines Stückchen Landes geblieben. Er ist innigst mit seinem Stückchen Land verbunden, sowohl ökonomisch als auch mit seinem ganzen Fühlen und Denken; ver- und gebunden durch ein ganzes System von polizeilichen und fiskalischen Maßregeln. Es hält sehr schwer, ihn durch „freien Vertrag" und andere schönen Phrasen aus seiner Wirthschaft heranzulocken. Stoisch wird er unter der Last des „Gottesfluches" und der Strafe für die Sünden seiner Eltern seufzen; hoffnunglos wird er seinen „Antheil" bebauen, seine Lebensbedürfnisse bis auf ein unglaubliches Minimum reduziren; er wird sogar seine Rückstände, für deren Auftreibung die nichts weniger als humane Landesverwaltung ganze Birkenhaine (als Prügelstoff!) auf Kosten des Bauern vernichten kann, sich anhäufen lassen — aber in die Arbeit zum „Herrn" oder Kulak wird er doch nicht gehen und zum Knecht wird er sich freiwillig nicht hergeben. Um diesen Halsstarrigen in den kapitalistischen Entwickelungsprozeß hineinzuziehen, muß man ganz andere Mittel anwenden — nämlich: Gewalt, Betrug, Prellerei. Wir meinen gar nicht die Gewalt und den Betrug, die in jedem Strafgesetzbuch verpönt sind. In Rußland ist dieses Mittel das St. Kulakenthum (Kulake soviel wie Halsabschneider, Wucherer, Aufkäufer), das eine russische nationale Eigenschaft ist. Unser Kulakenthum — das ist der westeuropäische „freie Vertrag"; in letzter Zeit ist das ganze ökonomische Leben in Rußland tief und breit von diesem Kulakenthum durchdrungen. Diese im russischen Leben alte Plage ist in ihrer erneuten Form eine ganz originelle Erscheinung. Und da diese Plage in Rußland die Form der westeuropäischen kapitalistischen Wirthschaft vorstellt, so wollen wir sie näher beleuchten. Wir werden hier nur vom Kulakenthum in der Landwirthschaft sprechen.

Das Kulakenthum herrscht in Rußland schon lange. Aber zwischen dem alten und modernen Kulakenthum ist eine unüberbrückbare Kluft. Die früheren Kulaki waren sozusagen Freiwillige im Rauben, wirkten vereinzelt, aus eigener Initiative, auf eigenes Risiko, ohne System und Solidarität. Sie rekrutirten sich größtentheils aus reichgewordenen Bauern und kleinen Handelsleuten. Die öffentliche Verachtung verfolgte diese Auswürfe der Gesellschaft. Jetzt wird das Kulakenthum aber nur als eine „Verirrung" betrachtet, das Vorurtheil ist gebrochen. Sobald die ehrenwerthen Landwirthe einsahen, daß es nicht so leicht sei, „freie Arbeit" zu bekommen, machten sie sich an das Kulakenhandwerk. Der „hohe" Adelige, der früher den Kulak nur mit Verachtung ansah, sah sich genöthigt, bei Herannahen der neuen Aera beim „Kulak" in die Schule zu gehen. Das Kulakenthum ist in ein System gebracht worden.

(Fortsetzung folgt.)

— Aus der „Gartenlaube" erfahren wir, daß Fürst Bismarck im Jahre 1873 den früheren Revolutionär Lothar Bucher „eine wahre Perle" genannt habe. Der Artikelschreiber, Moritz Busch, nennt Bucher bei der Gelegenheit den „gesinnungsvollsten" unter den Gehilfen Bismarcks. Wenn also der Renegat Bucher der „gesinnungvollste" wirklich ist, was wir nicht bezweifeln wollen, dann möchten wir aber erst die andern Bismarck'schen Perlen kennen lernen.

— Ein brutaler Religionslehrer. Wie steiermärkische Blätter berichten, fand am 7. Febr. vor dem Bezirksgericht Rann in Untersteier eine Strafverhandlung gegen den Caplan und Katecheten Sdolschek aus Bidim und den Wundarzt Nuncic statt und endete mit einer Verurtheilung beider Angeklagten zu Geldstrafen. Der genannte Religionslehrer hat nämlich einen epileptischen Knaben, weil derselbe die „Eigenschaften Gottes" nicht herzusagen wußte, in der Schule so lange mit dem Stocke über das Rückgrat geschlagen, bis der Stock zerbrach. Wundarzt Nuncic hatte zum Caplan, obwohl er den in Folge der erlittenen Verletzungen erkrankten Schulknaben ärztlich behandelte, geäußert: „Sie haben zu viel geschlagen, wenn Sie die Mutter nur nicht anzeigt." Er selbst hatte jedoch aus Freundschaft für den Caplan nicht nur die ihm obliegende Anzeige an das Gericht zu erstatten unterlassen, sondern sich sogar wiederholt geweigert, ein ärztliches Zeugniß über die Verletzungen des Knaben auszustellen.

— Für Patrioten. Die „Fackel" erhält folgende Zuschrift: Die Zeiten sind schlecht, das weiß wohl Jeder, und wenn man einmal so ein Bourgeois- Leib- und Magenblatt zur Hand nimmt und liest von den „Greuelthaten" der „herumlungernden Strolche" so muß man beinahe glauben, die Welt sei zur reinen Wildniß geworden. Ich selbst habe mich überzeugt, daß es auch wirklich nicht ganz „geheuer" ist, denn gestern sah ich unter den vielen Bettlern und Herbergslosen, die die Polizei tagtäglich nach dem Georgenhause hin- und hertransportirt, einen der durch seine kräftige Gestalt, aber noch mehr durch schlechte Kleidung sich auszeichnete. Ich betrachtete mir den Armen genauer. Aber denken Sie sich mein Erstaunen: es war einer, der von allen Patrioten und Bourgeois gefeierten Ritter des eisernen Kreuzes!

— Ein Wort von Pater Secchi. Wie Christus, als ihm die Versucher das Bild auf der Münze zeigten, sich mit kluger Antwort half: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers und Gott, was Gottes ist", so hat der unlängst verstorbene berühmte Astronom und — Jesuit, Pater Secchi, einmal den Jesuiten geantwortet, als sie ihn, vielleicht um dem Bruder eine Falle zu stellen, fragten, wie er die Wissenschaft und Religion vereinigen könne. Secchi, so erzählt die „Daily News", sagte: „In der Wissenschaft folge ich der Natur, in der Religion dem Papste". Natur und Papst freilich kommen so oft in Conflict wie Gott und Kaiser. Was Darwin wohl antworten würde, wenn man ihm die nämliche Frage vorlegte?

jeder Beschreibung. Die Arbeiter leben nicht, sie sterben, da sie die durch die Arbeit verausgabte Körperkraft nicht durch entsprechende Nahrung ersetzen können, eines langsamen Hungertodes. Bei anstrengender Arbeit verdienen viele Weber wöchentlich nicht mehr als 2 Gulden bis 2 Gulden 50 Kr. (= 4—5 Mark), oft auch noch weniger. Von diesem Hungerlohne wird ihnen unter allerlei Vorwänden noch jede Woche ein Theil als „Strafe" abgezwackt, d. h. gestohlen.

Viele Weber arbeiten freilich „zu Hause", aber nicht für sich, sondern für die Fabrikanten, von welchen sie das Garn beziehen und an welche sie die fertige Waare abzuliefern haben. Selbstverständlich darf der Lohn die Erzeugungskosten in der Fabrik nicht übersteigen. Der Fabrikant erhält die Waare und erspart dabei noch die Herrichtung und Instandhaltung der Arbeitslokale, deren Beheizung und Beleuchtung u. dgl.

Die Noth ist eine wahrhaft grenzenlose; manche Familien bekommen oft die ganze Woche hindurch keinen Bissen Brod zwischen die Zähne. Die Nahrung besteht hauptsächlich — ich möchte sagen fast ausschließlich — aus Kartoffeln und einer Surrogats-Brühe, die Kaffee genannt wird; wenn es gut geht, wird den Kartoffeln ein Häring beigelegt.

Aber nicht blos den Webern geht es so schlecht; auch in der Gegend von Karlsbad, woselbst große Porzellanfabriken sind, ist das Elend unbeschreiblich. Auch hier wissen die Fabrikanten aus der Noth der Arbeiter Nutzen zu ziehen, indem sie die Löhne drücken. Männliche Arbeiter, welche die Geschirre in die Oefen zu setzen resp. auszuheben haben und dabei einer infernalischen Hitze ausgesetzt sind, erhalten für diese aufreibende und der Gesundheit äußerst nachtheilige Arbeit 35 bis 40 Kreuzer (=70—80 Pf.). Arbeiterinnen werden mit 20 bis 25 Kreuzern entlohnt. Ob und wie der Mensch mit einem solchen „Lohne" leben kann, mag sich Jeder selbst beantworten.

Aus dem Gebirge ziehen die Leute schaarenweise bettelnd im Lande umher. Während die Noth solche Dimensionen annimmt und die Arbeiter oft nicht wissen, woher sie bei aller Arbeit das liebe Brod nehmen sollen, sitzen die Herren Reichsrathsabgeordneten in Wien und beglücken das Volk mit — neuen indirekten Steuern.

Die Herren „Volksvertreter", welche doch kaum 10 Prozent der Gesammtbevölkerung vertreten, wissen die Steuerlast recht gut von sich ab und auf die Schultern des Volkes zu wälzen. Indirekte Steuern, von denen der Riesenantheil das arbeitende Volk zu zahlen hat, werden von unseren sogenannten Volksvertretern stets den direkten vorgezogen. So ist es jetzt z. B. mit der Erhöhung des Kaffeezolles. Zwanzig Gulden pro Centner macht 20 Kreuzer pro Pfund, vertheuert daher die Waare um ein Wesentliches. Diese Zollerhöhung ist für die arme Bevölkerung — besonders Böhmens — bei welcher der Kaffee ein Hauptnahrungsmittel bildet, ein sehr empfindlicher Schlag. Im ganzen nördlichen und westlichen Böhmen, besonders in Industriebezirken, ist das Volk so zu sagen auf den Kaffee angewiesen. Kaffee zum Frühstück, Kaffee zum Mittagsmahl — weil sich derselbe am leichtesten in den Blechgefäßen, welche in die Fabriken mitgenommen werden, aufbewahren und aufwärmen läßt — und Kaffee und Kartoffeln zum Abendbrod. Wenn die Quantität, die der einzelne Arbeiter verbraucht, auch klein ist, so wird doch der meiste Kaffee von der ärmeren Bevölkerung konsumirt, weil z. B. tausend Arme, die dreimal täglich je auch nur einige Bohnen verwenden, doch mehr verbrauchen, als ein Reicher, der täglich zwei Tassen Kaffee zu sich nimmt.

Es ist vorauszusehen, daß die Einnahmen, welche durch die Mehrbesteuerung des Kaffees erzielt werden, auch nicht lange nachhalten, daß sie in den unersättlichen Staatsschnappsack eben so spurlos verschwinden werden, wie z. B. die 80,000,000 Gulden, welche das Tabaksmonopol, oder die 9—10 Millionen Gulden, welche die Lotterie jährlich „Profit" abwerfen.

Man wird dann die Steuerschraube etwas fester anziehen und das arme Volk noch mehr auspressen; um Steuerobjekte wird weder die Regierung im Auffinden derselben, noch die „Volksvertretung" im Bewilligen verlegen sein.

Sonst geht es bei uns auch recht heiter zu. Von Seite der Behörden wird das arme Volk auf das fürsorglichste bevormundet und es wird Sorge getragen, daß das „gährende Drachengift" der Aufklärung über soziale und politische Verhältnisse ferngehalten werde.

Die Gründung von Vereinen wird einfach nicht gestattet. Die bestehenden Vereine werden mit Argusaugen bewacht, Versammlungen werden nicht erlaubt u. s. w. Um Gründe, mit welchen die Untersagung der Versammlungen beschönigt werden, sind die Herren nicht verlegen. So wurde z. B. im vorigen Jahre eine Versammlung nicht gestattet, weil der Einberufer ein gerichtsbekannter Sozialdemokrat und deshalb Gefahr vorhanden sei, daß die öffentliche „Ruhe und Ordnung" gestört werden könnte. Es ist dies allerdings eine sonderbare, nur den „k. k." Gerichten verständliche Logik — aber es war ein „Grund", auf den man das Verbot stützen konnte.

Aber trotzdem sich die „Herren" alle mögliche Mühe geben, unsere Arbeiterbevölkerung vor dem vordringenden Sozialismus hermetisch abzusperren, ist doch der „Liebe Müh" vergebens, weil sie unseren besten Bundesgenossen, die Noth, nicht verjagen können. Die Noth ist es, welche so Manchen veranlaßt, sich die „göttliche Weltordnung" etwas näher anzusehen, und da kommt er zu sonderbaren Resultaten.

Wir wollen hoffen, daß es auch bei uns bald besser werden wird.

—o—

Entgegnung

auf „die Motive des Sozialismus" von F. R.

(Fortsetzung.)

Doch vielleicht könnte, was nach dieser Seite verloren geht, auf einer andern um so reichlicher gewonnen werden? Etwa durch reicheren physischen Genuß? Ich bin für meine Person allerdings der Ansicht, daß der von mir angedeutete Verlust durch keinerlei materiellen Gewinn aufgewogen werden kann. Doch sehen wir einmal näher zu, ob die Verwandlung des Privateigenthums in Collektiveigenthum uns auch nur eine Vermehrung des materiellen Genusses, eine Aufhebung des Mangels in sichere Aussicht stellt. Ich glaube nein.

Wir haben schon jetzt Collektiveigenthum, ähnlich dem von Ihrer Partei projektirten, in der Form von Staats- und Gemeindevermögen. Wirft dieser Besitz unter sonst gleichen Verhältnissen höhere Erträge ab, als der Privatbesitz? Jedermann weiß, daß dies nicht, daß vielmehr das Gegentheil der Fall ist. Es wäre höchstens als Ausnahme möglich in einzelnen Zweigen der Industrie, wenn der Staat durch seine großartigen Mittel jede Concurrenz von Privaten (auch von Genossenschaften) unmöglich machte, wenn er die betreffende Industrie thatsächlich monopolisirte. Bei der Landwirthschaft aber — und diese ist doch im Grunde der wichtigste Faktor in der nationalen Produktion — hat sich die Bewirthschaftung durch den Staat oder die Gemeinde bis jetzt niemals derjenigen durch Private ebenbürtig gezeigt. Es fehlt eben dabei das Interesse, welches das Eigenthum den Menschen einflößt. Nennen Sie das, wenn Sie wollen, Egoismus; die Thatsache bleibt dieselbe. Die Selbstsucht würde auch im sozialdemokratischen Staate nicht fehlen; im Gegentheil, sie würde nach meiner festen Ueberzeugung da erst recht zu finden sein. Der Materialismus ist nicht der Boden, auf dem die Selbstlosigkeit wächst; das beweist die Erfahrung. Und doch bedürfte gerade der sozialdemokratische Staat mehr als jeder andre dieser Tugend der Selbstlosigkeit bei seinen Bürgern. Daß man bei Ihnen so ohne weiteres annimmt, die reine Selbstlosigkeit, der rechte Gemeinsinn, die Selbstzucht, die Brüderlichkeit würden sich im sozialdemokratischen Zukunftsstaate im höchsten Grade finden: ist eine der falschen Voraussetzungen, womit sich Ihre Partei selbst täuscht. Wenn diese Voraussetzung aber nicht eintrifft, so ist es für jeden Vernünftigen klar, daß unter dem Regime des sozialdemokratischen Collektivbesitzes weniger Genußmittel produzirt werden würden als jetzt, daß von einer Verbesserung der Lage der Menschen also keine Rede sein könne. Die Rationen würden eben knapper ausfallen für alle.

Die Sozialdemokratie verspricht uns, daß unter ihrer Herrschaft die Bildung größer und allgemeiner sein werde. Auch dies bezweifle ich aus mehreren Gründen. Ein Hauptgrund, den ich zunächst nur hervorheben will, liegt für mich gerade in dem Umstand, daß im sozialdemokratischen Zukunftsstaate alle Gewerke und auch die Landwirthschaft möglichst im Großen und mit größtmöglicher Anwendung von Maschinen betrieben werden sollen. Es ist eine Erfahrungsthatsache, daß bei diesem Betrieb der Grundsatz der Arbeitstheilung auf die Spitze getrieben wird, daß an das Denken der Arbeitenden äußerst geringe Anforderungen gestellt werden. Sie werden thatsächlich das, was der schmähliche englische Ausdruck besagt, hands, Hände, eine Art von lebendigen Maschinen, Stücke von Maschinen, weiter nichts. Sie wissen recht gut, Herr F. R., wie entsetzlich unsre Fabrikbevölkerung unter diesem Zustande leidet. Sie wissen, daß viele unsrer heutigen Fabrikarbeiter — und zwar ohne ihre Schuld, blos in Folge ihrer Beschäftigung — in intellektueller Beziehung tief unter dem Handwerker des 15. Jahrhunderts stehen. Was sollte aber erst werden, wenn sich dieses Verhältniß in dem Maße verallgemeinern würde, wie es in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate der Fall sein müßte? Ein ungeheures Heer von denkträgen und schließlich denkunfähigen Taglöhnern des Staates und ein Mandarinenthum von wenigen Strebern, die sich der leitenden Stellen bemächtigen würden: das wäre das Ende vom Lied und der Anfang vom Ende einer wahren Civilisation. Ob wir dann wohl noch lange Ursache hätten, über das stagnirende China mitleidig die Achseln zu zucken?

Der sozialdemokratische Zukunftsstaat soll aber auch der Staat der größten persönlichen Freiheit sein. So sagen wenigstens seine Parteigänger. Ob sie sich nicht täuschen? Nach der bisherigen Erfahrung hat es als ausgemacht gegolten, daß gerade der Besitz eines Eigenthums an Produktionsmitteln dem Menschen eine relativ unabhängige Stellung gewähre. „Mein Haus ist meine Burg", sagt der Engländer, und das gilt insbesondere von dem eignen Hause und ebenso von dem eignen Acker ꝛc. Die Freiheit, welche ohne allen Besitz an Produktionsmitteln wäre, hat doch etwas von der Freiheit des Vogels an sich, kommt dieser aber nicht einmal gleich, da der Vogel wenigstens sein eignes Nest hat, das ihm von keiner Vogelcommune geliefert wird, sondern das er sich in der Regel baut, wo und wie er will und kann, und das er gegen ungebetene Gäste vertheidigt, so gut er es vermag. Der Bürger im sozialdemokratischen Staate würde sich solcher Freiheit nicht erfreuen. Offen gestanden scheint mir die Freiheit, welche wir im sozialistischen Zukunftsstaate zu hoffen hätten, verzweifelt nach dem Arbeitshause oder der Kaserne zu schmecken, wo auch der einzelne Bewohner als Glied der Gemeinde oder des Staates, ebensogut wie seine Vorgesetzten, Miteigenthümer des Hauses ist und ein homöopathisch kleines Stückchen Recht an dasselbe hat — und doch wie gern kehrt er dieser Freiheit den Rücken!

Der sozialdemokratische Staat müßte die persönliche Freiheit des Einzelnen allgemein in einer Weise beschränken, wie es heutzutage doch nur ausnahmsweise der Fall ist. Ein Beispiel: Der sozialistische Staat regelt die gesammte Produktion und Consumtion durch seine erwählten Beamten. Es wird also produzirt, was die Majorität für das vortheilhafteste und erwünschteste hält. Aber es giebt auch Leute, welche einen andern Geschmack, andre Ansichten und Bedürfnisse haben. Diese werden einfach ignorirt. „Vae victis", d. h. hier: die in der Minorität sind, müssen sich ducken und nehmen, was ihnen von der Majorität zugewiesen wird. Heutzutage baue ich mir entweder selbst, was mir gefällt, in Feld und Garten, mag auch die ganze Bevölkerung der Umgegend über meinen Geschmack die Achseln zucken, oder ich bestimme durch die Aussicht auf Gewinn andere dazu, die Dinge, welche ich wünsche, für mich zu produziren. Das gilt natürlich nicht blos von den Nahrungsmitteln, sondern auch von allen andern Genußmitteln. Und das ist ein Stück Freiheit, die mir höher gilt, als das Bewußtsein, bei einer Präsidentenwahl oder bei der Wahl eines Vorstandes für den engeren Genossenschaftsbezirk, dem ich angehöre, unter Tausenden mitgewählt zu haben und dabei — in der Minorität geblieben zu sein.

Ein anderes Beispiel: Nehmen wir die Berufswahl — wird diese im sozialdemokratischen Staate wirklich frei sein? Ich hege große Zweifel. — Der Staat muß für die festgesetzte Produktion sorgen. Wie nun, wenn sich für einen besondern Betriebszweig nicht genug Arbeiter freiwillig stellen, weil ihnen die Arbeit nicht zusagt, und sie ein Recht auf anderweitige Beschäftigung zu haben glauben? Da bleibt dem Staate nichts anders übrig — denn die Arbeit muß gethan werden — als zum Zwange seine Zuflucht zu nehmen. Zum Zwange im Staat der höchsten Freiheit! Zum Zwange wie im alten Feudalstaat mit seiner Frohnde! Da wäre ja die Leibeigenschaft mit ihrer Frohnarbeit fast ein beneidenswerthes Ding gegen eine solche Freiheit! Der Leibeigene hatte doch wenigstens die Aussicht, sich frei kaufen zu können. Aber in dem sozialdemokratischen Universalstaate wäre zuletzt vielleicht sogar diese Möglichkeit ausgeschlossen. (Es heißt da, wie bei Dante in der Ueberschrift über der Höllenpforte: „Die ihr hier eintretet, lasset alle Hoffnung fahren.")

(Fortsetzung folgt.)

Correspondenzen.

Bromberg, 26. Februar. Endlich bin ich in der Lage, von Bromberg wieder etwas zu berichten. Der Arbeiter-Lesecirkel, welcher seit dem 7. Mai 1877 besteht, jedoch wegen Abreise der meisten seiner Mitglieder aus der Oeffentlichkeit zurücktrat, hat endlich die erste öffentliche Sitzung am 18. Februar — nach zweimaliger polizeilicher Inhibirung — abgehalten, welche von nahezu 130 Personen besucht war. Natürlich hatten wir diesen wirklich ganz unerwartet zahlreichen Besuch zum großen Theil der hochwohllöblichen Polizei zu verdanken, und wir wollen hoffen, daß sie uns auch fernerhin solche Aufmerksamkeiten und Liebesdienste erweisen möge. Auch das Thema: „Was ist Religion", welches Genosse Bogs sich zu seinem Vortrag wählte, hatte seine Wirkung nicht verfehlt, denn es hatten sich eine Menge Baptisten, Mucker und Irwingianer eingefunden. Herr Bogs entledigte sich seiner Aufgabe trefflich und wurde öfter von lebhaften Bravorufen unterbrochen; auch verstand er es sehr gut, in kurzen Zügen des Sozialismus, seiner Forderungen und seiner Bedeutung im Reichstage zu gedenken. Redner ging dann auf die Gewerbeordnung über und theilte mit, daß in nächster Sitzung ein Vortrag über dieselbe gehalten werden würde, und forderte schließlich die Anwesenden auf, dem Arbeiter-Lesecirkel beizutreten, um bei der nächsten Reichstagswahl einen wirklich für die Rechte der Arbeiter eintretenden Candidaten aufstellen zu können. Ein abermaliges lebhaftes Bravo lohnte den Redner. Bei der Diskussion ergriff auch ein Baptist das Wort, um den Vorredner zu widerlegen, aber schallendes Gelächter war die Antwort auf die „Widerlegungen".

In die ausgelegten Mitgliederlisten zeichneten sich 30 Mitglieder ein. Wir sind der Ueberzeugung, bei fortgesetzter Thätigkeit bald größere Erfolge zu erzielen.

Für Montag den 4. März hat Genosse Hahn einen Vortrag über die neue Gewerbeordnung und im Anschluß daran über das sozialistische Programm übernommen. Für die nächstfolgende Sitzung Genosse Seebach über Nationalitätsdünkel. Ueber beide Sitzungen werde ich seiner Zeit berichten. — Die Untersuchung gegen Genossen Seebach wegen Verbreitung des Anti-Syllabus scheint jetzt beendet und Strafantrag gestellt zu sein. — Im Handwerkerverein hielt kürzlich Lehrer Knobloch einen Vortrag über „Verfassung" und kritisirte derselbe die deutsche resp. preußische Verfassung sehr scharf, so daß er am andern Tage die Ehre hatte, die hohe Polizei zu empfangen, welche sich das Manuskript zu diesem Vortrage ausbat; diese mußte aber ohne dasselbe abgehen, da Herr Knobloch erklärte, er habe sein Manuskript im Kopfe, man könne also nur ihn selbst mitnehmen.

Das soziale Elend greift in Bromberg in so erschreckender Weise um sich, daß bereits Fälle von Hungertyphus constatirt sind. So wurde erst vor einigen Tagen eine Familie, aus sieben Personen bestehend, welche am Hungertyphus erkrankt war, nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Weiter: Ein eben erst aus dem Gefängniß entlassener Arbeiter wußte sich auf die Weise ein sicheres Unterkommen und Brod zu verschaffen, daß er am hellen Tage eine große Ladenfensterscheibe einschlug. Zwei andere brodlose Arbeiter gingen vor den Augen der Polizei „fechten", um wenigstens auf einige Tage ein Unterkommen zu finden. Das hiesige Kreisgerichtsgefängniß ist derart überfüllt, daß kürzlich an einem Tage mehrere 100 Personen, welche Strafen absitzen wollten, zurückgewiesen wurden. Raubanfälle auf offener Straße, wobei gleich 3—7 „Strolche" ihre Versuche machen, werden fast täglich von hiesigen Zeitungen registrirt, und Diebstähle werden mit unerhörter Dreistigkeit täglich ausgeführt. Im Monat Dezember 1877 wurden hier 102 Personen zur Haft gebracht. — Ein Commentar hierzu ist jedenfalls überflüssig. So läßt der heutige Staat seine Angehörigen im Elend verkommen, während er für andere Sachen Geld in Hülle und Fülle hat oder doch wenigstens verbraucht. O diese schönste der Welten. Nur im sozialdemokratischen Volksstaat können die Menschen alle glücklich werden, und so wollen auch wir hier in Bromberg mit erneuten Kräften für die Verbreitung unserer Ideen Sorge tragen, damit wir dieses Ziel erreichen.

Kiel, im Februar. Wahrhaftig, es geschehen bei uns hier Zeichen und Wunder! Advokaten und Staatsanwälte sogar fangen an, vernünftigen Ideen Raum zu geben und dieselben öffentlich vor Gericht auszusprechen. Wir trauten unseren Ohren kaum, als uns von einem Augen- und Ohrenzeugen über eine am 19. Februar vor dem Schwurgerichte hierselbst stattgehabte Verhandlung Nachstehendes mitgetheilt wurde:

„Am 11. November v. J. spielten vier Arbeiter in Landkirch (Fehmarn) in der Kröger'schen Wirthschaft Karten. Der wegen Raubes angeklagte Graeper betheiligte sich an diesem Spiel, verlor jedoch und blieb einem der Mitspielenden 30 Pf., einem anderen ebenfalls eine Kleinigkeit schuldig. Als einer der Mitspielenden, Namens Winter, das Lokal verließ, folgte ihm Graeper und stellte das Ersuchen an ihn, ihm etwas Geld zu leihen. Dies wurde ihm wiederholt verweigert. Plötzlich führte Graeper mit einem zugeklappten Taschenmesser zwei Schläge nach dem Kopfe des Winter, daß dieser blutete. W. wollte seinen Gegner durch gutes Zureden besänftigen, als Letzterer jedoch wieder gegen ihn ausholte, lief W. davon, wurde aber von G. eingeholt und auf's Neue geschlagen, worauf er um Hilfe schrie. G. drohte, indem er W. das offene Messer vor den Leib hielt, ihn niederzustechen, wenn er nicht schweige, worauf W. Alles ruhig mit sich geschehen ließ. G. untersuchte die Westentaschen des W. und schnitt, da das Geld zwischen Futter und Oberzeug gerutscht war, das Zeug durch, um das Geld herauszunehmen. Er kehrte darauf in die Wirthschaft zurück und erwiderte auf die Frage, wovon er blutig sei, er habe sich geschnitten. Winter machte am andern Morgen Anzeige bei der Kirchspielvogtei. Dr. Kästner, der die Wunden untersuchte und verband, erklärte dieselben für nicht lebensgefährlich. Am 13. wurde G. verhaftet und in seinem Besitze fand man die von W. bezeichneten Münzen, welche demselben durch G. entwendet worden waren. Der Angeklagte legte sich auf's Leugnen, jedoch gelang es ihm nicht, die Anklage zu entkräften. Die Vertheidigungsrede des Justizraths Renthof enthielt zwei bemerkenswerthe Aussprüche. Der Genannte plaidirte für mildernde Umstände, indem er hervorhob, daß der Angeklagte Soldat gewesen sei und als solcher den Feldzug 1870/71 mitgemacht habe, in Folge dessen zu Rohheiten geneigt sei. Es sei ja bekannt, daß die Rohheiten nach dem Kriege zugenommen hätten. In seiner Replik **gab der Staatsanwalt dies zu**, betonte jedoch, daß der Angeklagte ohne besondere Noth die That verübt habe. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, erklärten jedoch mildernde Umstände für zulässig, worauf Angeklagter zu 3 Jahren Gefängniß und Ehrverlust von gleicher Dauer verurtheilt wurde."

Nun, wir können mit diesem Zugeständniß aus gegnerischem Munde recht zufrieden sein. Auf den Ausspruch des Vertheidigers würden wir weniger Gewicht gelegt haben, wissen wir doch, daß die Advokatur ein Geschäft ist, daß die Herren Advokaten oftmals gegen ihre eigene Ueberzeugung sprechen, um nur das Urtheil der Richter zu Gunsten ihres Klienten zu beeinflussen. Wichtig für uns ist lediglich der Umstand, daß selbst der Staatsanwalt die Behauptung des Vertheidigers zugab, und daß also hier vor dem öffentlichen Gerichte die von uns so oft betonte Thatsache, daß die Kriege, selbst die „heiligsten", wie doch nach Ansicht unserer Herren Nationalliberalen der Krieg von 1870/71 einer war, entsittlichend und verrohend auf die Massen wirken, von der Staatsanwaltschaft wie auch von den Geschworenen, welche ja mildernde Umstände annahmen,

eingeräumt werden mußte. Die Logik der Thatsachen bricht sich eben Bahn und findet ihren Weg selbst in das Gehirn von Staatsanwälten und Geschworenen. Selbstverständlich hindert dies den gedachten Herrn Staatsanwalt keineswegs, bei vorkommender Gelegenheit, der Abwechselung halber, wieder einmal die Sozialdemokratie für die zunehmende Rohheit und Brutalität verantwortlich zu machen, und auch die braven Bürger, welche in dem gedachten Falle das Geschworenengericht bildeten, werden ihm dann selbstverständlich beistimmen; denn der schrecklichste der Schrecken ist und bleibt für sie doch immerhin — ein Sozialdemokrat!

Sch.

Bitterfeld, 24. Febr. Nach mehrjähriger Pause wurde hier am 23. d. M. eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Was wollen die Sozialdemokraten?" abgehalten. Trotz verschiedener gegnerischer Chikanen und Machinationen war der Besuch ein sehr befriedigender. Zur „Ueberwachung" erschienen nicht weniger als sieben Mann, nämlich der Vicebürgermeister, drei Polizeier und drei Gensdarmen. Als Referent war Genosse Wolf aus Leipzig erschienen. Bereits vor Beginn der Versammlung wurde ihm von einem der Polizisten in unfreundlichstem Tone erklärt, daß sich die Arbeiter Bitterfelds nicht „aufhetzen" lassen, daß daselbst „nichts zu holen sei", daß derartige Versammlungen nicht beliebt seien u. dgl. m. Der Referent forderte am Eingang seiner Rede in der energischsten Weise die anwesenden Gegner auf, das bei den Liberalen so gebräuchliche Mittel des Niederschreiens nicht in Anwendung zu bringen und sicherte Jedem die vollste Redefreiheit zu; er ersuchte aber auch die Arbeiter, die Gegner ruhig und ohne Unterbrechung anzuhören, sich überhaupt der Beifalls- oder Mißfallensäußerungen zu enthalten. Der Vortrag wurde von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen, und mußte der Redner wegen öfteren lauten Beifallsbezeugungen längere Pausen machen. Selbst die hohe Polizei lauschte andächtig den Ausführungen. Als der Redner aber von den Chikanen sprach, denen die Männer, die für Recht und Wahrheit einstehen, von Seiten der Behörden ausgesetzt sind, sprang der Commissarius wie von einer Tarantel gestochen auf und erklärte die Versammlung „im Namen des Gesetzes" für geschlossen. Vom Referenten um den Grund dieses Vorgehens befragt, wiederholte er das bekannte „im Namen des Gesetzes" dreimal, ließ sich aber auf eine andere Antwort nicht ein.

Gegen die Auflösung protestirten die Anwesenden auf das Lauteste; in stürmischer Weise wurde die Fortsetzung verlangt. Der Referent wurde, als er die Rednerbühne verlassen wollte, von einem Polizeier gebeten, „oben zu bleiben" und die Leute zu beschwichtigen. Inzwischen versuchte der Herr Schulrector die Ruhe herzustellen, was ihm aber nicht gelingen wollte; er wandte sich dann an den Commissär mit der „unterthänigen" Bitte, die Versammlung doch weiter tagen zu lassen, weil sonst den Gegnern die Möglichkeit benommen würde, ihre Ansichten auszusprechen und den Referenten zu widerlegen. Derselbe habe, so jammerte der Herr Rector, durch seinen zweistündigen Vortrag die Gegner ohnedem sehr benachtheiligt, indem ihnen jetzt die Zeit mangle, sich gründlich auszusprechen. Diese Argumente scheinen dem Beamten stichhaltig gewesen zu sein, denn er gestattete huldreichst, daß die Versammlung — natürlich im Namen des Gesetzes — weiter tagen könne.

Als erster Gegner trat der bereits genannte Herr Rector auf. Nachdem er die preußischen Schulverhältnisse und die preußischen Lehrer gegen die „Angriffe" des Referenten in Schutz genommen hatte, ging er daran, das bezüglich der Lage der Arbeiter Gesagte zu „widerlegen". Die Quintessenz seiner ziemlich langen Rede war: Die Arbeiter sind selbst schuld, wenn ihre Kinder und Frauen in den Fabriken arbeiten und ihnen die Arbeit schmälern; es liege nur an ihnen selbst, der Frauen- und Kinderarbeit ein Ende zu machen; würden sie weder Frauen noch Kinder in die Fabriken gehen lassen, so würden die Fabrikanten gezwungen sein, erwachsene Arbeiter einzustellen. Probatum est! Der Herr behauptete auch, daß es nicht die Noth sei, die die Arbeiter zwinge, ihre Kinder und Frauen dem Moloch Kapital zu opfern, sondern — der Egoismus. Hervorheben muß ich noch, daß alle Gegner sich auf den philisterhaftesten Standpunkt stellten und in ökonomischer Richtung Bitterfeld, in politischer aber Preußen als Maßstab anlegten; außer Bitterfeld resp. Preußen gab's für sie nichts zu besprechen.

Der zweite Gegner war der hiesige Diakonus, ein guter Rhetoriker, welcher eine lange, sehr salbungsvolle Kanzelrede losließ. Die Forderungen, die der Referent als Forderungen der Sozialdemokraten bezeichnet habe, habe der „Herr Jesus von Nazareth" schon vor achtzehnhundert Jahren dem Volke gelehrt; es sei daher nichts Neues, was die Sozialdemokraten wollten. Er erzählte, daß er auch der Sohn eines Arbeiters sei und es doch zu seiner gegenwärtigen Stellung gebracht habe; was ihm möglich gewesen sei, sei auch jedem Andern möglich. Er vergaß freilich, daß, wenn „jeder Andere" auch Pastor werden wollte, diese Herren bald am Hungertuche nagen müßten, weil man für sie keine Verwendung hätte. Auf das sozialdemokratische Programm eingehend, erklärte er sich mit demselben vollkommen einverstanden; er kenne keine Partei, die die Forderungen nicht gut heißen solle; was die Sozialdemokraten wollen, wollen ja alle anderen Parteien. Daß die Kirche die Völker geknechtet habe, sei nicht wahr, denn die Mönche mit „ihrer Kutte, ihrem Strick und dem Crucifix" seien gar nicht im Stande gewesen, den Völkern gefährlich zu werden. Es folgten dann die landläufigen Phrasen von dem Werthe, den die Klöster für die Verbreitung der Wissenschaft hatten u. s. w. Mit der Trennung der Kirche vom Staate und der Erklärung der Religion zur Privatsache war er ganz einverstanden, nur an dem „herrlichen Kriegsheer" wollte er nicht rütteln lassen, dies sei zur Erhaltung der „Ordnung" absolut nothwendig. Selbstverständlich ist es, daß nach der Ansicht des Herrn das wahre Heil einzig und allein im Schooße des Christenthums zu finden ist. Ueber die Einrichtungen des Zukunftsstaates wollte er auf das Genaueste unterrichtet werden; er wollte, daß ihm ein bis in die kleinsten Details fertiges Bild desselben vorgeführt werde. Der Redner war, mit einem Worte gesagt, sehr — pfäffisch. — Der Referent wies den beiden Rednern nach, daß sie ihn keineswegs widerlegt, sondern in vielen Fällen das von ihm Gesagte bestätigt hätten; er erwähnte auch, weshalb sich gewisse Herren bemühen, in „Arbeiterfreundlichkeit" zu machen. Die beiden obengenannten Herren ergriffen darauf nochmals das Wort, brachten jedoch nur confuses Zeug zu Tage.

Der Herr Rector z. B. lieferte unter Anderem folgenden Unsinn: Im sozialen Staate werden z. B. die Maurer zu den Cigarrenarbeitern sagen: Wir haben lange genug gemauert, jetzt wollen wir Cigarren machen, und ihr könnt die schwere Maurerarbeit verrichten; oder die Eskims's würden sagen: Wir haben schon lange genug gefroren, jetzt können die Italiener nach Norden ziehen, wir gehen nach Italien. Solcher Quatsch heißt Bekämpfung mit „geistigen Waffen". Ein Fabrikant, der das Wort ergriff, erklärte: Jeder Arbeitgeber, der seinen Arbeitern den Lohn verkürze und sich durch Lohnreductionen zu bereichern suche, sei ein — Schuft und Schurke, doch — und hier liegt der Hund begraben — müsse der Arbeiter bei schlechtem Geschäftsgange mit kleinem Lohne zufrieden sein und dem Arbeitgeber sein Leid tragen helfen. Das heißt auf deutsch: Der „Unternehmergewinn" darf unter keinen Umständen geschmälert werden, die Folgen des schlechten Geschäftsganges haben einzig und allein die Arbeiter zu tragen.

Nachdem noch ein Mitglied des Kriegervereins ein Loblied auf diesen vom Stapel gelassen und für die hohe Besoldung der höheren Beamten — welche das viele Geld für die Verantwortlichkeit, die auf ihnen lastet, erhalten „müssen" und daher nicht nöthig haben, viel zu arbeiten — eine Lanze eingelegt hatte, wofür er von der Versammlung in stürmischer Weise unterbrochen wurde, ergriff der „überwachende Beamte" das Wort und redete, bedeckten Hauptes, eine gewaltige Rede, in welcher er die Anwesenden über die Machtvollkommenheiten der Polizei belehrte und mit salomonischer Weisheit bemerkte, daß Jeder, der den Anordnungen nicht Folge leiste, bestraft werde, denn: „Strafe muß sind!"

Der Referent wollte wenigstens die gröbsten Irrthümer der fünf Vorredner ins rechte Licht stellen, hatte aber die Rechnung ohne den überwachenden Beamten gemacht; denn kaum hatte er einige Minuten gesprochen, so wurde die Versammlung zum zweitenmale und zwar wieder „im Namen des Gesetzes" aufgelöst.

Die Versammlung hat ihren Zweck erreicht, denn sie hat Stoff zum gegenseitigen Meinungsaustausch gegeben; hat bei den Arbeitern das Klassenbewußtsein geweckt und ihnen gezeigt, auf welche Seite sie sich zu stellen haben. Wir werden bemüht sein, in der nächsten Zeit wieder eine Versammlung einzuberufen und hoffen, unseren Gegnern recht bald den Beweis erbringen zu können, daß die Bitterfelder Arbeiter für die sozialdemokratischen Ideen empfänglicher sind, als Jene meinen. Der arbeiterfreundliche Leim, mit welchem man Gimpel fangen will, wird nach jeder Versammlung an Zugkraft verlieren; sind die Arbeiter einmal zur Erkenntniß ihrer Klassenlage gelangt, werden und müssen sie Sozialdemokraten werden.

-o-

Soeben, Freitag Vormittags, nach Schluß der Redaktion erhalten wir aus Berlin folgende Zuschrift:

Ein schwerer Schlag

hat die sozialdemokratische Partei getroffen. Einer ihrer wackersten Kämpen

August Heinsch

ist am Donnerstag, Vormittags 10 Uhr, einem Blutsturz erlegen.

Wir beklagen in dem Verstorbenen einen ganzen Mann, einen eifrigen Parteigänger und einen vorzüglichen Organisator.

Schon seit vielen Jahren für die sozialistische Sache thätig, hat sich der Hingeschiedene namentlich in der letzteren Zeit durch ganz hervorragende Leistungen ausgezeichnet. In meisterhafter Weise hat er wiederholt das Amt eines Geschäftsführers der hiesigen Parteigenossen versehen; und bei den letzten Wahlkämpfen hat er eine wahrhaft aufreibende Thätigkeit entwickelt.

Er war Vorsitzender des hiesigen Central-Wahlcomités und gleichzeitig Chef der Organisation im 4. Wahlkreis, und als solcher hat er Tag und Nacht gewirkt. Ihm war mithin ein gut Theil des erfochtenen Sieges zuzuschreiben.

Genosse Heinsch hat aber nicht allein gestritten für die Sozialdemokratie, sondern er hat auch für sie gelitten. Wegen Abdrucks eines Arbeiterliedes hatte er drei Monate in der „Bastille am Plötzensee" auszustehen; weitere sechs Wochen Gefängniß, die ihm wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zudiktirt wurden, nimmt er mit in's Grab.

Heinsch starb in den besten Jahren. Am 23. Juli 1847 zu Gumbinnen geboren, war es ihm nur vergönnt, 31 Jahre alt zu werden. In wie weit dieses frühzeitige Ableben der Verstorbene seiner aufreibenden Thätigkeit im öffentlichen Leben zu verdanken hat, ist nicht festzustellen; aber darüber kann Niemand im Zweifel sein, daß dieselbe sein Leben bedeutend gekürzt hat.

Das Leichenbegängniß findet am kommenden Sonntag (10. März), selbstverständlich ohne jedes kirchliche Beiwerk, statt.

Briefkasten

der Redaktion. Th. D. in Biebrich: Sie müssen einen Colportageschein für das deutsche Reich besitzen, dann steht Ihnen nichts entgegen, auch „im Preußischen" die Schriften zu vertreiben. — M. L. in Lichtenstein: Fragen Sie doch einen Rechtsanwalt. — J. E. in Seiferitz: In vielen Orten wird die Steuer nach der Miethe eingeschätzt; Sie können dagegen nichts machen, als in jedem einzelnen Falle zu reklamiren. — A. in Gerresheim: Sie muthen uns doch zu viel zu, wenn Sie verlangen, wir sollten dem Bierbankgeschwätz des Gutsbesitzers K. nebst Genossen im „Vorwärts" die gebührende Abfertigung zu Theil werden lassen. Schwätzer läßt man schwätzen.

der Expedition. H. Nitzsche in Newyork: Der dortige Buchhändler hat deshalb auf dem einzelnen Stücke weniger Spesen, weil er verschiedene Bestellungen zusammen oder gleich in größeren Partien bezieht. Wenn Sie eine größere Bestellung machen, werden wir Ihnen auch die Sendung durch ein Speditionshaus zukommen lassen. Ungefährer Betrag ist aber der Bestellung beizufügen. — Kreische in Goslar: Tabaksmonopol ist das ausschließliche Recht des Tabahandels und der Ausnutzung des Tabakbaues. — Wilh. Quint in Coswig i. A.: Ihre Reklamation haben wir der hiesigen Hauptpost zu Erledigung übergeben.

Quittung. W. Mlr Mannheim Ab. 25,00. Schld Straßbug Ab. 26,52. Sbrt Cassel Ab. 19,26. Sglr hier Ab. 6,65. Allgem. Schneiderverein Hannover Ann. 1,50. Kpprt Konneise Schr. 10,00. Exped. das „Hamburg-Altoner Volksblatts" Hamburg Ab. 600,00. Krankenkasse der Metallarbeiter hier Ann. 2,30. Schfr Gohlis Ab. 7,35. Schrdr Hannover Ab. 100,00. Sphn Ludwigshafen Schr 2,55. Krzbrg Sonneberg Ab. 3,00. Nrchwtz Königsberg Schr. 11,00. Bortschn Schr. 4.40. Schstr Weißbach Schr. 0,50. Rmrs Husum 1,00. Brsch Gohlis Schr. 4,20. Pschn Stockum Schr. 2,40. Kls Schwäb. Gmünd Schr. 5,60. Hsk Traismauer Schr. 3,39. Kndrmnn Siegburg Ab. 1,50.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine erh. W. T. Reudnitz 300,00.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Volksfreund", „Neue Gesellschaft", „Hamburg-Altonaer Volksblatt" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kleine Eschenheimerstraße 34, 2. Etg.

NB. Den geehrten Abonnenten obengenannter Blätter zur Nachricht, daß Montag, den 11. ds. Mts. das Abonnementsgeld erhoben wird.

Halle a. S. Diejenigen Leser des „Vorwärts", welche mit dem Abonnementgeld noch im Rückstande sind, werden ersucht, selbes in Kürze zu berichtigen, widrigenfalls die weitere Zusendung des Blattes eingestellt werden muß. [60

J. A. der Zeitungs-Commission:
Germer.

Hannover. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.** **Montag**, den **11. März**, Abends 8 Uhr, findet im Saale des **„Unionsgarten"** unser diesjähriger **Fastnachts-Ball** statt. Ballkarte 75 Pfg., Entréekarte 25 Pfg. (F. 159) [1,50

Die Collegen u. Freunde werden hiermit freundl. eingeladen. **D. C.**

Leipzig. Die **Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig u. Umgegend** hält **jeden Sonnabend** in der **Thiemeschen Brauerei** (Tauchaerstraße Nr. 12) seine **Versammlung** ab. Daselbst werden neue Mitglieder aufgenommen. [40

Ottensen. Dienstag, den **12. März**, Abends 8½ Uhr, in **Burmeisters Salon**, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung
des Ottenseuer Arbeiter-Vereins.

Tagesordnung: 1) Abrechnung für Februar. 2) Bibliothekangelegenheit. 3) Communalwahlangelegenheit. [90

F. Heerhold.

Rundschau
No. 3

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 2 abgerechnet haben.

☛ Sollten hier und da noch reingehaltene Exemplare der Nummern 1 und 2 übrig sein, so wird um deren Rücksendung gebeten.

Roh-Tabak.

Domingo 55, 60, 65, 70, 80, 90.
Brasil 50, 65, 70, 80, 100, 120, 140.
Seedleaf 40, 50, 60, 70 bis 180.
Java 100, 120, 140, 160, 250, 270.
Carmen 90, 110. (4c)
Palmyra 140, 150, 160, 170. [8,00
lose Domingoblätter 25 und 30 Pfg.

Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Im Selbstverlag des Verfassers in Heidelberg ist soeben erschienen: (2a) [2,10

Der Massenaustritt aus der Kirche.

Von **Carl Scholl.**

Preis für Arbeiter: 10 Pfg. bei Mehrabnahme.

Siebente Auflage!

Soeben erschien bei **C. Grillenberger** in **Nürnberg:**

Jesus von Nazareth.

Historische Studie von **G. Lommel.**

7. Auflage.

Dieses Schriftchen, 1847 bei Robert Blum in erster Auflage erschienen und vielfach confiscirt, ist in jetziger Zeit der pfäffischen Agitation als Gegengift ganz besonders geeignet.

Preis 40 Pfg.

Auswärtige Besteller wollen 50 Pfg. in Briefmarken einsenden. Bei Partien-Abnahme bedeutenden Rabatt.

Soeben ist erschienen:

Geschichte der Commune von 1871.

Von **Lissagaray.**

Preis im Buchhandel 6 Mk. Für Arbeitervereine bei direktem Bezuge 4 Mk., in Partien 3 Mk.

25 Bogen gr. 8.

Das Erscheinen des Werkes ist dadurch verzögert worden, daß die deutsche Uebersetzung nach dem für die noch nicht erschienene zweite französische Auflage vom Verfasser bearbeiteten Original hergestellt ist.

Es wird mit diesem Werke zum ersten Male eine auf die vorhandenen Aktenstücke und auf die sorgfältigsten Untersuchungen des Verfassers begründete authentische Geschichte der Commune von 1871 geboten. Der Verfasser verfährt ohne jede andere Rücksicht als diejenige auf die Wahrheit. Mit derselben Treue und Schärfe, mit der er die großen und heroischen Züge der Communebewegung schildert, entwickelt er die Ursachen der Niederlage. (2a) [1,80

Braunschweig. **W. Bracke jr.**

Durch die Expedition des **„Vorwärts"** ist zu beziehen:

Die Orientdebatte
im deutschen Reichstag

(vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht) kurz beleuchtet von **W. Liebknecht.**

5 Bogen 8°. Preis 30 Pfg.

☛ 5,000 ☚
Exemplare wurden innerhalb 14 Tagen vergriffen.

Zur orientalischen Frage
oder

Soll Europa kosakisch werden?

Ein Mahnwort an das deutsche Volk
von
Wilhelm Liebknecht.

Zweite, um etwa 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind.

4 Bogen 8°. Preis 30 Pfg. [9,00

Im Verlag von **Emil Sauerteig** in **Gotha** sind erschienen:

Drei Solo-Quartette

von **Gustav Scholz.**

Kehr wieder! Gedicht von **Bruno Geiser.**
Die Spinnerin. „ „ **Julius Sturm.**
Das Blümlein. „ „ **A. Geib.**

(4c) **Preis: Partitur mit Stimmen 2 Mark.** [0,90
Gegen Einsendung des Betrags folgt Zusendung franko. (F. 132)

Allen Freunden, Bekannten und Gesinnungsgenossen die traurige Nachricht, dass unser Freund

August Heinsch

am Donnerstag, den 7. ds. Mts., verstorben ist. Die Familie verliert an ihm einen treuen Gatten und liebevollen Vater, die Partei einen ihrer eifrigsten Kämpfer und wir einen treuen Freund.

Ehre seinem Andenken!

Im Auftrag vieler Genossen:
Heinr. Rackow.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: S. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 75 Clybourne ave
San Franzisco: F. Enß, 436 O'Farrell Str
London W.: S. Hongé, 6 New Golden Square

Nr. 30. Mittwoch, 13. März. 1878.

Von der trockenen Guillotine.

Ein französischer Freund übersendet uns einen Ausschnitt des Flüchtlingsorgans „Centralisation" mit nachstehender Correspondenz aus Neucaledonien, der eine redaktionelle Bemerkung vorausgeschickt ist:

„Wir haben vorige Woche von einem Deportirten in Neucaledonien nachfolgenden Brief erhalten. Da dieser Brief an uns privatim gerichtet ist, haben wir es für räthlich gehalten, einzelne Stellen auszulassen, die von Werth für die französischen Behörden wären, ohne den Leser groß zu interessiren. Man wird aus diesen in der einfachsten Sprache gehaltenen Zeilen ersehen, daß die Liebe unserer Freunde für die Sache der Revolution in demselben Maße gewachsen ist, daß ihre Hoffnungen in demselben Maße sich befestigten, in welchem die Verfolgung sich verschärfte. Brissac, Humbert, Roc de Tilleul, Amouroux und so mancher andere Märtyrer der sozialen Sache schmachten noch im Bagno, mitten unter Dieben, unter Mördern, unter jenem ganzen Schwarm von Verbrechern, ohne welchen die schöne Regierungs-Organisation Frankreichs nicht bestehen könnte.

(Anmerkung der Red. der „Centralisation".)

Ile des Pins (Fichteninsel), 4. August 1877.

Meine lieben Genossen!

..... Ich wurde dem Gefangenendepot in Schloß Oleron überwiesen und blieb dort bis zum 5. Oktober; an diesem Tage wurde ich auf dem „Var" eingeschifft, der am 10. die Anker lichtete und nach Neucaledonien abging; wir kamen am 9. Februar 1873 vor Noumea an und wurden am 17. auf der Fichteninsel ausgeschifft, wo ich heute noch bin und darauf harre, heimgeholt zu werden.

Was unsere Lage anlangt, so ist es schwer, dieselbe genau zu schildern; jede politische Veränderung in Frankreich macht sich uns fühlbar. Es war nicht genug an den Leiden, welche wir während der Herrschaft des von Thiers ernannten Gouverneurs Laricherie zu erdulden hatten — der Regierung der „moralischen Ordnung" blieb es vorbehalten, zur Schmach Frankreichs und des ganzen civilisirten Europa die peinliche Frage und die Tortur für die Communards in Neucaledonien wieder einzuführen.

Glauben Sie nicht, daß ich übertreibe; ich erzähle einfach die Großthaten der Reaktion in Frankreich, seitdem Mac Mahon am 24. Mai 1873 Thiers Nachfolger wurde.

Nach der Entweichung unserer sechs Genossen Rochefort, Jourde, Pascal Grousset, Ballière, Olivier Pain und Bastien und später noch Contanly, wurden wir die Opfer eines noch heftigeren Ausbruchs reaktionärer Wuth. Ein gewisser Ribour, Contreadmiral, einer unserer erbittertsten Feinde, wurde nach Caledonien geschickt, mit ausgedehntester Vollmacht, eine Untersuchung über die Entweichung anzustellen.

Nachdem er dahin entschieden hatte, daß wir nach der Fichteninsel geschickt werden sollten, fand er, daß die Behörden sich noch nicht grausam und henkerartig genug gegen uns gezeigt hätten, enthob den Gouverneur Laricherie, den Hafenkapitän, den Listenführer und den Deportations-Direktor Champlou ihrer Funktionen und ließ fünf Kaufleute von Noumea, mehrere Marineärzte und einige Wächter ausweisen. Dann ward der berüchtigte Alleyron, der Verüber der Metzeleien in der Kaserne Lobau und im Luxembourg, durch jenen selben Ribour zum Gouverneur ernannt.

Nun trat uns gegenüber ein System der Unterdrückung und der Rache in Kraft, und der Haß schwitzte gleichsam aus allen Poren der Erlasse, die dieser Rasende bezüglich unserer ersann. Wir durften nicht mehr an's Meer und in den Wald; gleichzeitig wurde es uns verboten, das große Plateau der Insel zu betreten. Der Raum, der uns für die freie Bewegung blieb, schmolz damit auf 12 Kilometer Länge und 1 Kilometer Breite zusammen. Zwei Mal des Tages — zuweilen auch öfter — mußten wir, in zwei Gliedern wie die Soldaten, zum Appell antreten; es gab nie einen Contre-Appell und wenn man fehlte, mußte man es mit Nahrungsentziehung büßen.

Der elende Alleyron wollte uns später wie Sträflinge zu schwerer Arbeit zwingen, aber wir haben uns dessen energisch geweigert, indem wir uns auf das Gesetz beriefen, welches uns von jeder derartigen Verpflichtung befreit. Aus diesem Kampfe gingen wir als Sieger hervor; trotzdem wurden 150 unserer Kameraden, fast ausschließlich solchen, die zuerst mit dem „Danahé" angekommen waren, die Lebensmittel entzogen und wir waren genöthigt, zusammenzuschießen, um sie zu ernähren, oder vielmehr um zu verhindern, daß sie verhungerten.

Der dermalige Gouverneur ist im Monat März 1875 angekommen; man richtete eine Menge Beschwerden an ihn, er aber erließ einen Befehl, nach dem wir gezwungen sein sollten, vom 1. April 1876 ab für alle unsere Bedürfnisse selber zu sorgen, was eine einfache Unmöglichkeit war. Wäre dieses Dekret buchstäblich zur Ausführung gelangt, so hätten wir binnen einer kurzen Frist nothwendig verhungern müssen. Zum Glück fand ein Ministerwechsel statt und Herr Montaignac gab das Ministerium der Marine ab, um Fourichon Platz zu machen.

Seitdem werden wir etwas weniger mißhandelt; Sonntags und Donnerstags dürfen wir ans Meer und in den Wald, der Appell findet nur einmal täglich statt, und die Wächter haben ihr Auftreten zu einem etwas weniger provocatorischen gestaltet; sie sind nicht mehr ganz so brutal wie zu Alleyron's Zeiten. Man hat die Tortur abgeschafft, welche folgendermaßen gehandhabt wurde. Ein Stück Holz, das in zwei Hälften auseinander fiel, war mit Löchern versehen, in welche die Beine gesteckt wurden; die Muskeln wurden nun zusammengepreßt, bis die andere Hälfte des Holzes sich an die erste schloß; man hörte dann das Geschrei und das Wehklagen der unglücklichen Gefolterten. Dieselben blieben in dieser Lage acht und vierzehn Tage, zuweilen sogar drei Wochen und länger am Boden liegen; Einzelne haben drei Monate in dieser Lage zugebracht. Dieses Instrument, welches man „die Barre" nannte, ist verschwunden, ohne daß ich es zu kosten bekommen hätte; ich bin wahrhaftig nicht böse darüber, denn ich wäre sonst jetzt fürs ganze Leben verstümmelt.

Doch genug — Alles läßt sich nicht erzählen; es giebt tausend Kleinigkeiten, die man nicht erzählen kann, und unter denen man doch aufs Empfindlichste leidet. Am Grausamsten ist es für uns (die Verfügung rührt noch von Ribour her), daß wir gezwungen sind, unsere Briefe offen aufzugeben und sie geöffnet zu empfangen; wenn sie Dinge enthalten, die den Herren nicht genehm sind, so werden sie einfach unterschlagen.

Die Nachrichten aus Frankreich erfahren wir durch den „Officiellen Moniteur für Neu-Caledonien", welcher die von dem „Morning Chronicle" in Sidney gebrachten Depeschen abdruckt. Wir kennen den Sturz des Ministeriums J. Simon und die Verhaftung des Präsidenten des Municipalraths von Paris, Bonnet Duverdier. Unbestimmte Gerüchte wollen wissen, daß die Linke der Versailler Kammer sich weigere, das Budget für 1878 zu votiren, wenn Mac Mahon nicht abtrete; über die Details aller dieser Ereignisse wissen wir nichts, denn die Depeschen sind kurz und lakonisch. Der am 5. Juli von Sidney eingetroffene Courier bringt uns ein Telegramm, welches die Auflösung der Kammer meldet. Was wird schließlich das Ende von Alledem sein?

Gestattet mir, lieben Freunde, bevor ich meinen Brief schließe, auch noch ein paar Worte über diejenigen unserer unglücklichen Schicksalsgefährten zu sagen, welche zu Strafarbeit verurtheilt sind.

Ist es nicht schrecklich, Männer im Bagno zu sehen, deren Verbrechen darin besteht, für ihre politische und soziale Befreiung gekämpft zu haben? Glauben Sie ja nicht, daß man ihnen da einen Vorzug einräumt und Rücksichten auf sie nimmt; im Gegentheil — sie sind nicht blos mit den Anderen vermischt, sondern sie werden sogar von der Verwaltung und von den Sträflingen, die auf Grund des gemeinen Rechts verurtheilt sind, mit scheelen Augen angesehen, weil sie ihre Würde sowohl den ersteren als den letzteren gegenüber stets wahren. Wenn man bedenkt, daß Männer wie Marotteau, H. Brissac, Al. Humbert, Roc de Tilleul, der ehemalige Maire von Puteaux und der arme Amouroux, mein alter College in der Commune, und so viele andere brave Bürger, zusammengeworfen werden mit Dieben, Mördern, Bösewichtern von Profession, so erröthet man über Frankreich und über die ganze civilisirte Welt.

Diejenigen, welche frei sind, haben die Pflicht, sich vor Allem mit dieser Kategorie zu beschäftigen, wenn sie wollen, daß wenigstens Einige übrig bleiben sollen, denn die im Bagno durch Elend und Leiden erzeugte Sterblichkeit ist sehr groß.

Wir beweinen unsern armen, lieben Freund G. Marotteau!

Hoffen wir, daß die Republikaner, welche das Land bei den nächsten Wahlen nach Versailles senden wird, nicht die nassen Pulthühnchen sind, wie die heimgeschickten, und daß sie Energie genug haben, ihr Handeln auf die Höhe der Nothwendigkeiten des Moments zu erheben.

..... Wie viele zerstörte Haushaltungen, wie viele Familien in Trauer, wie viele Waisen, wie viele zertrümmerte Lebensstellungen sind die Folge der von den Feinden des Fortschritts getroffenen Maßregeln! Aber wer fragt nach persönlichem und privatem Interesse, wenn nur im Verlauf der Ereignisse die Demokratie triumphirt, wenn nur die echte, die soziale Republik als Siegerin hervorgeht — durch die Thatkraft unserer in Freiheit befindlichen Freunde und durch unsere moralischen und materiellen Leiden!

Möge diese Revolution uns recht bald das Glück verschaffen, unsere Kinder wiederzusehen und uns im Sonnenschein der Freiheit die Hand zu drücken!

Ihr ganz ergebener Freund E....."

Ueber die russischen Henkersthaten,

verübt an den in Rumelien sich befindenden Polen, läßt sich der „Hamburgische Correspondent", der immer eine ziemliche Portion Russenfreundlichkeit zur Schau getragen hat, aus Adrianopel vom 19. Februar Folgendes schreiben:

„Schon seit längerer Zeit waren Gerüchte im Umlauf gewesen, welche davon hatten wissen wollen, daß die Russen seit ihrer zweiten Balkanüberschreitung in allen Städten und Ortschaften, in welche sie einrückten, sämmtliche im Dienste der Pforte stehenden Personen oder selbst harmlose Privatleute festgenommen und nach einem kurzen Prozesse vor improvisirten Kriegsgerichten hingerichtet hätten, falls nachzuweisen war oder auch nur der begründete Verdacht vorlag, daß die Betreffenden polnischer Abkunft seien. Es war bis heute nicht möglich, von dieser traurigen Angelegenheit in bestimmten Ausdrücken zu sprechen, erstens, weil die Gerüchte meist in ganz dunkler, vager Form auftraten, zweitens und hauptsächlich aber, weil die militärischen Ereignisse sich in den letzten Monaten so sehr überstürzten, daß sie allein alle Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen und die Möglichkeit ausschlossen, jene Gerüchte strenger zu controliren, d. h. auf ihren thatsächlichen Gehalt zu prüfen. Heute nun sind diese Hindernisse weggefallen und ich will im Nachfolgenden versuchen, kurz festzustellen, was auf Grundlage verläßlicher Informationen von jenen Gerüchten als wahr bezeichnet werden kann. Es soll hier übrigens sofort constatirt werden, daß die folgende Darstellung auf erschöpfende Vollständigkeit nicht den geringsten Anspruch macht; sie umfaßt eben nur jene Fälle, die zu meiner Kenntniß gelangt sind und deren Genauigkeit mir von vertrauenswerthen Gewährsmännern verbürgt wird. Daß in Wirklichkeit viel mehr Justifikationen vorgekommen sein dürften, als die nachfolgend angeführten, unterliegt gar keinem Zweifel; ich kann aber eben nur über das referiren, was in glaubwürdiger Art zu meiner Kenntniß gelangt ist. Uebrigens genügen auch diese wenigen Fälle schon, um darzuthun: erstens, wie unersättlich der Haß der Russen gegen die Polen ist, zweitens aber, wie leicht und rasch der Russe das stolze Gewand der Humanität abstreift, wenn es sich für ihn darum handelt, seine Leidenschaften zu befriedigen.

„Unter den vorgenommenen Justifikationen*) muß man zwei verschiedene Arten unterscheiden. Zunächst solche, welche an Polen ausgeführt wurden, die entweder wirklich russische Unterthanen sind, oder doch bis zu ihrer Auswanderung in die Türkei russische Unterthanen waren. Solche Polen haben die Russen nur wenige ergriffen, denn obwohl deren ziemlich viele als Aerzte, Eisenbahnbeamte und selbst als Combattanten in türkischen Diensten stehen, wußten dieselben doch zu gut, was ihrer beim Erscheinen der Russen harre, als daß sie an irgend einem Orte so lange hätten zurückbleiben sollen, bis die russischen Colonnen einrückten. Einzelne Fälle kamen allerdings vor, daß auch solche Polen hinter der sich zurückziehenden türkischen Armee zurückblieben und dann von den Russen festgenommen und standrechtlich hingerichtet wurden; es waren das aber doch nur seltene Ausnahmsfälle. Genaueres berichten läßt sich über dieselben um so weniger, als die Russen diese Gattung von „Prozessen" mit einem dichten Schleier umgaben, — wahrscheinlich, um daheim in russisch Polen keine unnöthige Aufregung hervorzurufen.

„Weniger geheimnißvoll wurden die Justifikationen solcher Polen behandelt, die nicht russischer, sondern österreichischer Herkunft waren. Die meisten dieser Leute hing man nämlich nicht auf die bloße Thatsache ihrer polnischen Herkunft auf, sondern man erhob nebstbei formaliter auch die Anklage gegen sie, daß sie den Türken Spionierdienste geleistet hätten und darum allein schon auf die Behandlung als Kriegsgefangene keinen Anspruch erheben könnten. Deshalb nahm man die Justifikationen an solchen Polen ganz ohne Scheu und öffentlich vor. In der Regel wurde das Urtheil auf dem Hauptplatze des Ortes vollzogen, in welchem die Leute festgenommen worden waren, und zwar rückte dazu nicht nur die ganze Militärgarnison aus, sondern man trug auch Sorge dafür, daß die Civilbevölkerung der Gegend ziemlich zahlreich zu dem traurigen Akte zusammenströmte. In einzelnen Fällen ließ sich dieser oder jener Corpscommandant die Brutalität zu Schulden kommen, daß er die Delinquenten mit Begleitung der Militär-Kapellen zum Richtplatze führen und die Exekution unter den Klängen der Musik vornehmen ließ. Das Loos dieser zweiten Serie von Polen muß um so beklagenswerther genannt werden, als die Leute sich ohne Ausnahme im Besitze österreichischer Pässe befanden und als sie alle mit Rücksicht darauf der Ueberzeugung waren, daß sie nichts zu fürchten hätten. Nur deshalb blieben sie — namentlich diejenigen unter ihnen, welche als Aerzte in türkischen Diensten standen — nach dem Abmarsche der türkischen Abtheilungen zurück und erwarteten ruhig das Einrücken der Russen. Hätten sie ahnen können, was ihrer harre, so wären die allermeisten leicht im Stande gewesen, sich noch rechtzeitig zu entfernen. Ihr Vertrauen auf die österreichischen Pässe, welche sie in der Tasche hatten, wurde aber in der entsetzlichsten Weise getäuscht. Kein russischer Commandant legte auf diese Pässe nur den geringsten Werth oder betrachtete die österreichische Unterthanenschaft der festgenommenen Polen als ein Hinderniß, die letzteren hinzurichten. Diese Erscheinung muß um so auffallender und für Oesterreich um so weniger schmeichelhaft genannt werden, als man sich in keinem einzigen Falle dieselbe brutale Rücksichtslosigkeit auch gegen solche Polen erlaubte, welche die Vorsicht gebraucht hatten, sich mit englischen Pässen zu versehen, ehe sie nach der Türkei kamen. Diese verschiedene Behandlung österreichischer und englischer Pässe ist so notorisch, daß man sich wohl überzeugt davon halten muß, die österreichische Regierung werde die Angelegenheit auf der europäischen Conferenz zur Sprache bringen und von Rußland kategorisch Satisfaktion verlangen."

Die einzelnen Fälle, die unter den zahlreichen Hinrichtungen an die Oeffentlichkeit gedrungen sind, haben wir in Nr. 26 des „Vorwärts" mitgetheilt. Die Weltgeschichte ist um ein an den Polen begangenes Verbrechen reicher; diejenigen Deutschen aber, welche die russischen Culturkämpfer direkt oder indirekt unterstützen, verrathen ihr Vaterland und schänden die Civilisation.

*) Eigentlich Rechtfertigungen, Rechtsvollstreckungen — gewöhnlich nennt man so, in Oesterreich namentlich, die militärischen Hinrichtungen.

Aus Amerika.

New-York, 22. Februar.

Die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise machen sich in unserer sogenannten „freien Republik" gerade so bemerklich wie anderwärts; Luxus und Ueberfluß auf der einen, Noth, Hunger und Entbehrung auf der anderen Seite. Tausende und Abertausende von fleißigen Arbeitern sind arbeitslos und brodlos — in Philadelphia sind es über 30,000 —, oder sie verdienen kaum so viel, um die allernothwendigsten Bedürfnisse befriedigen zu können. Um die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben, die Löhne hingegen zu drücken, haben die Minenbesitzer in den Lehigh Kohlenregionen ein Uebereinkommen getroffen, für zwei Monate die Arbeiten in den Gruben einzustellen. In Folge dieses Beschlusses wurde auch der Eisenbahnverkehr in jenen Kohlenrevieren für zwei Monate suspendirt.

Durch diesen unsäglich rohen Willkürakt der Kapitalisten

kamen nicht weniger als 15,000 Gruben- und Eisenbahnarbeiter außer Beschäftigung.

Die Wilkesbarre Coal Compagnie hatte ihre Minen auch eine Zeit lang geschlossen, weil sich die Arbeiter den ihnen zugemutheten 10 Proz. Lohnabzug nicht gefallen lassen wollten. In Folge der oben erwähnten Aussperrung der Arbeiter waren billige Arbeitskräfte zu haben, weshalb die letztgenannten Minen geöffnet und die ausgesperrten Arbeiter eingestellt wurden. Die Minen sind nun wieder im vollen Betriebe und werden in denselben 6000 Arbeiter und über 1000 Kinder beschäftigt. — In den Rensellaer Mills und in den Albany Iron Works in Troy wurden über 1000 Arbeiter entlassen, weil sie sich die schamlose Beschneidung der ohnehin knappen Löhne nicht ruhig gefallen lassen wollten. Die Kapitalisten veranstalten, um die Preise in die Höhe zu treiben und die Arbeiter durch den Hunger zu zwingen, sich die schamlosesten Lohnreduktionen gefallen zu lassen, die Arbeitsaussperrungen, welche leider nicht selten Erfolg haben. So wurden z. B. die Kohlengräber von Belleville, welche gegen eine Lohnreduktion von 25 Proz. im Ausstande waren, durch den Hunger besiegt. In vielen Kohlengruben werden den Bergleuten blos 40 Cents (= 2 Mark) bezahlt. Kurz und gut: Noth und Elend wohin man blickt. Der Markt ist mit Arbeitskräften überfüllt, wenn auch nur für bread and butter (Butterbrod), wie der Irländer sagt, gearbeitet werden muß. Mit welcher Gewissenlosigkeit die Kapitalisten vorgehen, wie wenig sie nach Leben und Gesundheit anderer Menschen fragen, wenn es sich um ihren „Profit" handelt, beweist die Untersuchung, welche in Bezug auf den gescheiterten Dampfer „Metropolis" stattfand. Das genannte Schiff war, als es in See ging, nicht im Stande, eine längere Reise auszuhalten, sein Untergang war vorauszusehen. Wie aus Zeugenaussagen hervorgeht, ertheilte einer der Eigenthümer dem Kapitän vor der Abfahrt die Weisung, er solle, falls ein Unfall passirte, „keine halbe Geschichte" daraus machen; das Schiff sollte vollständig zum Wrack werden. Es war aber auch in einem äußerst miserabeln Zustande und war so verfault, daß man das Holz mit dem Fuße von den Planken abstoßen konnte. Die Menschen waren dem Tode geweiht; doch dies kümmerte die Besitzer nicht, weil sie die Versicherungssumme einstreichen und lieber einige Dutzend Menschenleben als das Geld aufs Spiel setzen wollten.

Bezeichnend für die herrschende Noth ist der Umstand, daß eine Stunde, nachdem die Nachricht von dem Untergange des Schiffes in Philadelphia eingetroffen war, die Office (Bureau, Comptoir) der Besitzer von Hunderten von halbverhungerten, anständigen Leuten umdrängt war, die um die Stellen der muthmaßlich ertrunkenen Arbeiter nachsuchten.

Hier in New-York haben sich bei einer Agentur über 1000 Personen gemeldet, die als Tagelöhner oder Handwerker in einem Klipperschiff, welches nach Sidney abgehen sollte, Aufnahme suchten. Selbstverständlich bilden diese Leute nur einen winzigen Bruchtheil der großen Masse armer beschäftigungsloser Menschen; es sind meistens fleißige, genügsame Männer, der Mehrzahl nach Familienväter, die in Folge unserer „göttlichen Weltordnung" außer Arbeit gekommen sind.

Einen nicht zu unterschätzenden Concurrenten hat die „freie" Arbeit in der Gefängnißarbeit. Im Staatsgefängniß zu Trenton z. B. sind gegenwärtig gegen 600 Gefangene mit Schuhmacherarbeit beschäftigt. Die „Fabrikanten" bestellen die Waare im Gefängnisse — weil sie dieselbe billiger bekommen, als sie von „freien" Arbeitern hergestellt werden kann — versehen sie mit ihrer Firma und bringen sie als „eigenes Fabrikat" auf den Markt. Ein einziger „Schuhwaarenfabrikant" bestellte im genannten Staatsgefängnisse für 80,000 Dollar Beschuhung. Die Gefängnißarbeit wird — weil sie billig ist — protegirt, während außerhalb der Gefängnisse das Geschäft brach liegt und die Arbeiter geradezu für Hungerlöhne arbeiten müssen.

Die große Noth, welche unter den Arbeitern herrscht, und die Furcht, diese könnten am Ende doch nicht ruhig verhungern wollen, veranlaßte die Behörden von San Franzisko, einige Abhülfe zu treffen. Es wurden Erdarbeiten in Angriff genommen. Gleich am ersten Tage fanden sich etwa 1000 Mann ein, von welchen jedoch nur 330 sofort angestellt wurden, die Uebrigen wurden auf einige Tage später bestellt, weil das nöthige Fuhrwerk nicht vorhanden war. Diese Arbeiter erhalten einen Dollar pro Tag — im Verhältniß zu der Theuerung aller Bedürfnisse äußerst wenig —, Knaben erhalten 50 Cents. „Herrliche Weltordnung!" Männer, welche in ihren Berufszweigen tüchtig sind und etwas Ordentliches gelernt haben, müssen es noch als eine Gnade ansehen, wenn sie Erde schaufeln oder Steine klopfen dürfen und dabei knapp so viel verdienen, um den Hunger zu stillen.

Es ist wirklich die höchste Zeit, daß diesem Produktions-System ein Ende gemacht werde. W.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Nach den neuesten Nachrichten ist es wahrscheinlich, daß der Congreß in Berlin zusammentreten wird. Zum Dank für die Rußland geleisteten Dienste würde dann Fürst Bismarck die Ehre haben, präsidiren zu dürfen. Die österreichische Regierung hat sich offenbar ganz resignirt; auf die Interpellation betreffend die Hinrichtung österreichischer Unterthanen (Polen) durch die Russen antworteten die Minister, die Nachricht, daß österreichische Unterthanen hingerichtet worden, habe sich nicht bestätigt. Und doch ist es unzweifelhaft wahr; vermuthlich hatte man ihnen vor der „Verurtheilung" die Legitimationspapiere abgenommen, so daß die Unglücklichen für ihre Henker also keine österreichischen Unterthanen, sondern blos Polen waren. Wer zu feig oder schwach ist, dem Feinde die Stirn zu bieten, ignorirt auch den kräftigsten und unzweideutigsten Fußtritt, den dieser ihm ertheilt. Russischerseits sucht man die Oesterreicher zur Besetzung von Bosnien und der Herzegowina zu verleiten — Andrassy ist kapabel, auf den Leim zu gehen.

— Der deutsche Reichstag hat das Stellvertretungsgesetz, welches nicht gehauen und nicht gestochen ist, unverändert angenommen, nachdem Fürst Bismarck den Nationalliberalen den väterlichen Rath ertheilt hatte, doch ja auf Geltendmachung ihrer „konstitutionellen" Schrullen zu verzichten. So verlief denn auch die Debatte ohne jegliche Erhitzung; langweiliger — das wird von allen Parteien mit rührender Einstimmigkeit zugestanden — war der Reichstag niemals; und das will wahrhaftig viel sagen.

— Die geplante Tabaksteuererhöhung, welche nach der einmüthigen Verurtheilung durch alle Parteien nach der ersten Lesung im Reichstage in einer Commission „begraben" wurde, fängt an, wieder lebendig zu werden. Die Nationalliberalen werden den Wünschen des Fürsten Bismarck nachgeben und die Tabaksteuererhöhung in „irgend einer anderen Form" zur zweiten Lesung und zur Annahme bringen. So steht es geschrieben in den Moniteurs dieser Partei. — Es war uns auch sehr wunderbar, daß die Herren Liberalen dem Fürsten Bismarck auf die Dauer Widerstand leisten wollten — dies wäre das erstemal gewesen. Wahrlich es ist nicht so leicht, seine Natur zu verleugnen, am wenigsten für die — „Hunde sind wir ja doch!"

— Wie traurig es mit dem Schulwesen im Intelligenzstaate Preußen aussieht, davon geben die auf Anregung des Landesvereins stattgefundenen Aufnahmen über die Verhältnisse der Volksschule in der Mark Brandenburg genauen Aufschluß. Dieselben ergeben, daß in 836 Ortschaften unter 1604 Schulstellen 418 ungenügend und 114 gar nicht besetzt sind. Die Schülerzahl vertheilt sich in der Weise, daß 148 Stellen je 80 bis 100, 95 je 100 bis 120, 83 je 120 bis 150, 33 je 150 bis 180, 16 je 180 bis 200 und 14 über 200 Kinder haben. Am ungünstigsten stellt sich das Verhältniß für Ortschaften mit ein-, zwei- und dreiklassigen Schulen. Nachrichten sind aus 787 solcher Ortschaften mit 894 fundirten Stellen vorhanden; von diesen sind ungenügend versehen 342 und unbesetzt 70, so daß bei der Maximalzahl von 80 Schülern noch 368 Klassen neu errichtet werden müßten.

— Der Hungertyphus in Schlesien zieht immer weitere Kreise. In Oberschlesien gradezu seßhaft, ist diese gefährliche Seuche jetzt auch in Mittelschlesien ausgebrochen und hat ganz neuerdings ihren Einzug sogar in Breslau gehalten; wenigstens meldet die „Wahrheit", daß bis zum 1. März in Breslau nicht weniger als 12 Typhuserkrankungen zur ärztlichen Anzeige gebracht worden sind. Und die preußische Regierung, was thut sie, um die furchtbare Seuche zu unterdrücken? — Sie sinnt auf Mittel und Wege, wie von Reichswegen durch neue Steuern die Ebbe in den Staatskassen in Fluth verwandelt werden kann. Es ist das ein sehr probates Mittel, das arbeitende Volk vor Hunger zu bewahren, jedenfalls ebenso probat, als wenn ein Arzt einen Beinbruch dadurch kuriren wollte, daß er den Beinbrüchigen von einem Thurme hinabstürzt.

— Preßdragonaden. Der Nr. 4 des „Arbeiterfreund" in Reichenberg in Bohmen ward die Ehre zu Theil, in zwei Auflagen konfiszirt zu werden; die dritte Auflage endlich fand Gnade vor den Augen der Censoren, aber auch erst, nachdem die beanstandeten Artikel aus den Spalten des Blattes entfernt worden waren. — Dem „Sozialist" in Wien erging es nicht besser, wie aus dessen Nr. 7 zu ersehen ist, in der die Redaktion Folgendes zur Kenntniß der Leser bringt:

„Die erste Auflage unseres Blattes wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft wegen des ersten Artikels „Der Anfang vom Ende", ferner wegen des zweiten Artikels „Der Sozialismus und seine Widersacher" und endlich wegen der „Wochenschau" mit Beschlag belegt und die Satzformen unter Siegel gebracht. — In Folge des massenhaft inkriminirten Stoffes und der von Seite der Regierung verweigerten Entsiegelung der Formen — auch des nicht beanstandeten Theiles — sind wir nicht in der Lage, das Blatt in seinem sonstigen Umfange erscheinen zu lassen; wir werden jedoch bestrebt sein, unsere geehrten Abonnenten durch eine Beilage der nächsterscheinenden Nummern zu entschädigen."

— Der Strike unter den Bergarbeitern von Montceau-les Mines (nicht M. au les M.) dauert fort. Die dorthin beorderten Truppen stehen unter dem Commando des berüchtigten Mordbuben und — Louis' seiner eigenen Frau, des Generals Marquis von Gallifet, der auch den in ihn gesetzten Erwartungen entsprochen und die in voriger Nummer bereits erwähnte Metzelei ins Werk gesetzt hat. Wer Gallifet und seine Auftraggeber kennt, kann nicht den leisesten Zweifel haben, daß es hierauf abgesehen war. So löst die französische Republik neuester Aera die soziale Frage.

— In dem Musterausbeuterstaat Belgien war ein Mitglied des Repräsentantenhauses neuerdings naiv genug, den Antrag zu stellen, daß die Frauenarbeit in den Bergwerken ganz in Wegfall kommen sollte. Dieses Attentat auf die Interessen der Ausbeuter fand natürlich keine Anhänger, jedoch waren die Herren „Repräsentanten des Volkes" gnädig genug, einen Gesetzentwurf anzunehmen, nach welchem untersagt ist, Mädchen unter dem 12. und Knaben unter dem 13. Lebensjahre fernerhin in Kohlengruben zu beschäftigen. Man kann sich denken, welch riesige Dimensionen die Ausbeutung der Kinder in Belgien angenommen haben muß, wenn selbst Kapitalisten sich zu deren Einschränkung bequemen müssen.

— Eine Geschäftsordnung. Das „Journal für Buchdruckerkunst" veröffentlicht eine Geschäftsordnung der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart, die allerdings werth ist, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden. Diese Geschäftsordnung lautet:

Jeder der im Hinterhaus der Buchhandlung Angestellten hat in geschäftlicher Anordnung Herrn Koch unbedingten Gehorsam zu leisten.

Etwaige Reklamationen sind in bescheidenster Weise und, sofern deren Erörterung im Geschäftslokal unzweckmäßig erscheint, beim Herrn Chef bezw. dessen Vertreter vorzutragen.

Jeder Angestellte hat mit dem Glockenschlag 8 und 2 Uhr im Geschäft zu sein und dasselbe pünktlich um 12 und 7 Uhr zu verlassen. Arbeiten nach den Bureaustunden können im Fall eiliger Aufträge angeordnet werden. Während der Bureaustunden ist einzig und fortgesetzt ohne Unterbrechung für die Handlung zu arbeiten und sind a. das Lesen von Zeitungen und Zeitschriften, b. Frühstücken und Vespern, c. Privatunterhaltung, d. Aufenthalt ohne Beschäftigung in den Packlokalen durchaus nicht gestattet.

Sofern einer der Angestellten mit dem ihm übertragenen Pensum nicht alle Geschäftsstunden ausfüllen kann, hat er auch ohne besondere Aufforderung hierzu sich an den Arbeiten seiner Mitangestellten zu betheiligen.

Urlaube, gleichviel ob von noch so kurzer Dauer, sind keineswegs selbstverständlich und nur Herrn Koch zur Kenntnißnahme zu bringen; sie werden vielmehr von den geschäftlichen Verhältnissen abhängig gemacht, sind zu erbitten, und hängt ihre Gewährung bei einem oder mehreren Tagen von der Genehmigung des Herrn Chefs oder der Herren Prokuristen, bei kürzerer Dauer von der des Bureauchefs ab. Letzterem ist auch bei Urlaubsgesuchen von längerer Dauer (zur weiteren Motivirung an betreffender Stelle) vorher geeignete Mittheilung zu machen. Die Angestellten (folgen fünf Namen) arbeiten im Turnus auch Sonntags von 9—10 Uhr zur Erledigung der Briefpost.

Den Packern ist bei Strafe sofortiger Entlassung untersagt, Zeitungen, Bier und Lebensmittel den angestellten Gehilfen zuzutragen.

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

Das System des Kulakenthums besteht im Heranlocken einer möglichst großen Anzahl von Bauern, resp. Arbeitern. Sobald der Bauer in das Netz des Kulak's hineingerathen ist, bleibt dem Letzteren nur die „schwere" Arbeit, den Ersteren soviel wie nur möglich auszubeuten; und auf das Ausbeuten versteht sich der Kulak sehr gut. Kein westeuropäischer Kapitalist würde je im Stande sein, ihn in diesem „edlen" Metier zu übertreffen.

Der Kulak besitzt eine große Masse von Mitteln, durch die er die Bauern zwingt, für ihn zu arbeiten. Das beste Mittel dazu bietet der Staat, der dem Kulak in die Hände arbeitet. Eine Petersburger Zeitung spricht sich darüber folgendermaßen aus: „Es ist Frühlings-Anfang . . . die Zeit, wo der Bauer weder Geld noch Brod hat; eine sehr schwere Zeit. Im März müssen die Steuern für die erste Hälfte des Jahres bezahlt werden, und sehr wenige Gouvernements giebt es, wo die alten Steuerrückstände bezahlt wären. Das Geldleihen behufs Deckung der Steuern ist in den letzten Jahren zur gewöhnlichen und normalen Erscheinung im Leben unserer Bauern geworden. Nicht nur die armen Bauern, sogar die wohlsituirten müssen jetzt zur Anleihe greifen". Die Zeitung spricht hier nur von solchen Anleihen, deren Prozente mit Geld bezahlt werden und führt nur die geringsten Prozente — 20—40 Proz. an. Gewöhnlich sind die jährlichen „nachsichtigen" Prozente 48, die normalen 60 Proz., die etwas höheren 120, und die ganz hohen 240, in einzelnen Fällen sogar 300. Der Schwindel hat hier bei solchen Prozentgeschäften eine sehr hohe Stufe der Vollkommenheit erreicht. So z. B. erzählt ein Correspondent aus dem Gouv. Nischni-Nowgorod: „ein Baschi-Bozuk" aus unserer Gegend kauft alle Lebensmittel auf, um sie nachher den armen Bauern für hohes Geld zurückzuverkaufen. Seine Hauptbeschäftigung ist aber der Wucher. Den Bauern giebt er anstatt Geld Lebensmittel oder andere Waaren. Bei solchen Spekulationen werden nur 60 Proz. genommen. Ganze Dörfer sind in der Gewalt solcher Blutsauger. Alle wissen es, aber es läßt sich nichts dagegen machen". Der Bauer, wenn er sich sogar in der größten Noth befände, würde nie ein Anlehen machen. Erst die Regierung, die Dorfgemeinde und noch mehr die reichen Bauern nöthigen ihn dazu, da die reichen Bauern und die Gemeinde für die Steuern haftbar sind. Mit den armen Bauern verfährt die Gemeinde ganz nach Belieben: sie verkauft den Bauern resp. seine Arbeitskraft an den Meistbietenden, und das so gelöste Geld fällt dem Steueramte zu. Der verkaufte Bauer hat kein Recht, dagegen Einwendungen zu machen. Wenn er halsstarrig wird, so bekommt er Prügel. Den Dorfwucher betreiben die reichen Bauern, die adeligen Gutsbesitzer und sogar der „Batjuschka" (der Dorfgeistliche). „Durch solchen Wucher verarmen ganze Bezirke, ganze Dörfer werden ruinirt", sagt ein Korrespondent. Das sind sozusagen die kleinen Ausbeuter.

Die großen Kulaki haben ganze Gouvernements in ihrer Gewalt. So im Tuler Gouvernement, wo der Gutsbesitzer, Kulak Manin, beinahe 10,000 Bauernfamilien in seiner Gewalt hält.

Der Unterschied zwischen den kleinen und großen Kulaki besteht darin, daß sich erstere die Prozente in Geld, — letztere in Arbeit bezahlen lassen. So z. B. borgt der oben angeführte Tuler „Bankier" Manin den Bauern Geld mit der Bedingung, die Prozente in Arbeit zu bezahlen. Für vorgeschossene 12—15 Rubel auf ein paar Monate fordert Manin folgende Arbeit: Der Bauer verpflichtet sich, eine Desjatina (4,2 Morg.) zu bearbeiten, zu pflügen, die Ernte einzubringen und in die Scheune zu schaffen. Das vorgeschossene Geld muß selbstverständlich zurückgezahlt werden. Und so wie der Kulak Manin, so sind auch alle seine Collegen die Gutsbesitzer. Gewöhnlich für ein Tichetwert (3,8 Scheffel) Korn muß der Bauer 2 Desjatinen (8,4 Morg.) bearbeiten, welche Arbeit nach mäßigen Preisen mit 6—7 Rubel bezahlt wird. Ueber die abhängige Lage der Bauern im Orlower Gouvernement schreibt ein dortiger Korrespondent folgendes: „Im Herbst, sobald der Bauer seine Ernte zusammenbringt, wird sie sogleich zur Deckung der Steuern, der Rückstände und Schulden verwendet, d. h. man beraubt den Bauern und kümmert sich wenig darum, wovon er und seine Familie den Winter hindurch leben werden. Selbstverständlich ist der Bauer nach einer solchen Liquidation seines Eigenthums gezwungen, auf die Gefahr hin, seine Familie verhungern zu lassen, ein Anlehen in Brod zu machen. Sein Wohlthäter, der Nachbar-Kulak, giebt ihm das geforderte Brod mit der Bedingung, ihm (dem Kulak) bei der nächsten Ernte die Prozente durch Arbeit zu vergüten. Mit solchen „glücklichen" Spekulationen, sagt der Correspondent weiter, beschäftigen sich die meisten Gutsbesitzer, Pächter und Verwalter. Jahr- oder Halbjahrarbeiter giebt es hier gar nicht. Die Tagelöhner bekommen keinen Lohn, denn sie verrichten die Arbeit für die den Gutsbesitzern schuldigen Prozente. Der Gutsbesitzer kann den Bauern in jeder Jahreszeit und zu jeder beliebigen Arbeit auffordern; am meisten muß er auf die Arbeit zum Gutsbesitzer, wenn er selbst sein eigen Feld zu bestellen hat, d. h. in der für die Landwirthschaft günstigsten Jahreszeit. Wehe dem Bauer, der dem Gutsbesitzer nicht Folge leistet."

Das ist das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Landwirthschaft eines sehr großen Theiles von Rußland. Aber das in der russischen Landwirthschaft herrschende Kulakenthum ist je nach der Oertlichkeit ungemein mannigfaltig. In einigen Gouvernements, wie Kursk, Orel u. A. nehmen die Bauern Land in Pacht. In solchen Fällen zahlen sie für die Desjatina (4,2 Morgen) 15, 20 und sogar 24 Rubel (37 bis 60 Mark), so daß sie nur für den Gutsbesitzer arbeiten. Der Gutsbesitzer ist sich bewußt, daß es unmöglich ist, 15 oder 20 Rubel für die Desjatina zu zahlen, aber er will nur den Bauern in seinem Netz fangen, und dann gehört ihm der Bauer mit Leib und Seele, da er nie aus den Schulden herauskommt. In einigen Gegenden gerathen auf solche Weise ganze Dörfer in ewige Knechtschaft. Wo aber der Gutsbesitzer durch materielle Mittel den Bauern nicht heranlocken kann, da wird durch den Schulzen (der selbst Kulak ist), den Kreisrichter oder durch die „gebildeten" Landesverwalter auf den Bauern gewirkt. Z. B. in Südrußland, wo es sehr wenige Landarbeiter giebt, werden die Bauern durch die Landesverwaltung oder die Soldaten aus den Garnisonen zu den Sommerarbeiten commandirt. Durch solche Manöver werden die Arbeitslöhne natürlich herabgedrückt, es sind aber noch keineswegs alle die oben angeführten Formen der Ausbeutung des Landarbeiters durch das Kulakenthum erschöpft, denn es giebt noch eine große Masse solcher Kunststücke, die wir aber unerwähnt lassen.

Es kann nicht Wunder nehmen, wenn die russische Land-

Zuwiderhandlungen gegen diese Geschäftsordnung werden unnachsichtlich, auch bei den Gehilfen, mit Entlassung geahndet.

Hierzu machte Herr Koch noch folgenden Zusatz:

Die Anlage lasse ich im Auftrage des Herrn Baron von Cotta circuliren und habe, da im Eigentlichen jeder Paragraph an und für sich selbstverständlich ist, nur noch wenige Worte hinzuzufügen.

Mit dem 1. Dezember wird bei sämmtlichen mir unterstellten Herren unter allen Umständen das Lesen hierorts erscheinender politischer Zeitungen aufhören und sind demgemäß etwaige Abonnements nicht zu erneuern; die Comptoirdiener erhalten von mir stricten Befehl, derartige Zeitungen nicht mehr ins Haus zu bringen, widrigenfalls sie ohne Weiteres aus dem Geschäft entlassen werden. Im Uebrigen gilt die Geschäftsordnung für alle genannten Herren gleich und hat Niemand für sich eine Extrastellung zu vermuthen.

Schließlich betone ich noch, daß die Arbeit sofort mit dem Eintritt ins Comptoir zu beginnen und bis zum Schluß anzudauern hat. Die Sprechstunden im Packlokale sind keineswegs gestattet.

Zum Beweis, daß die Anlage nach dem Befehl des Herrn Baron circulirt, hat jeder der Herren sein Vidi hinter seinen Namen zu setzen.

Stuttgart, 28. Nov. 1877. J. A.: Rudolf Koch.

Mehrere der Beamten haben sofort auf solche Zumuthungen hin gekündigt, einer darunter, der schon 16 Jahre dem Cotta'schen Geschäft angehört. Man sieht aber aus dieser Geschäftsordnung, daß die Handlungs- und Buchhandlungscommis keinerlei Veranlassung haben, auf die Lohnarbeiter verächtlich herabzublicken — sie sind Proletarier wie diese!

— Die Münchener Parteigenossen waren nicht wenig überrascht, als ihnen die dortige Polizeidirektion vor einiger Zeit eine Verfügung zustellte, durch welche Ausländern, zu denen auch die Deutschen, die nicht die Ehre hatten, in Bayern das Licht der Welt erblickt zu haben, gezählt wurden, die Theilnahme an den Versammlungen des Münchener sozialdemokratischen Klubs untersagt wurde. Der Verfügung folgte die Beschwerde natürlich auf dem Fuße, der Bescheid dagegen ließ um so länger auf sich warten. Endlich, nach monatelangem Harren, ward von der Regierung zu Oberbayern folgender weise Spruch gefällt: „Es könne nicht in Abrede gestellt werden, daß nach dem Wortlaute des Gesetzes und dem Commentar Pöhl's die Theilnahme von Nichtbayern an politischen Versammlungen nicht direkt verboten sei, allein es sei anzunehmen, daß im sog. Klub bei den Debatten auch bayrische und deutsche Angelegenheiten berührt werden, mithin die von der Polizeibehörde verfügte Ausweisung von Ausländern aus dem genannten Vereine vollständig gerechtfertigt erscheine." Natürlich werden unsre Münchener Genossen sich bei diesem Bescheide nicht beruhigen und an die höhere Instanz rekurriren, wozu ihnen ja der Artikel 3 der Verfassung des deutschen Reiches die beste Handhabe bietet, nach welchem „der Angehörige (Unterthan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß ꝛc. ꝛc. ist."

— Der Prozeß gegen die „Erfurter Volkszeitung", der wegen Beleidigung des verstorbenen Königs von Italien angestrengt war, ist zurückgezogen worden. Entweder hat die Staatsanwaltschaft eingesehen, daß der brave Viktor ein derartiger sauberer Patron war, wie er geschildert wurde, oder aber der Staatsanwalt hatte in seinem Uebereifer ohne einen Antrag des jetzigen Königs den Prozeß angestrengt.

— Der Redakteur der „Bergischen Volksstimme", Genosse Julius Heiland, wurde am 6. März von der Zuchtpolizeikammer zu Elberfeld wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Bredt zu 3 Monaten und 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Staatsprokurator beantragte für Majestätsbeleidigung 3 Monate, für die Beleidigung des Oberbürgermeisters 6 Wochen, in Summa 4 Monate Gefängniß.

— Der frühere Redakteur der „Thüringer Fr. Presse", Genosse Ulrich, ist wegen „Lehrerbeleidigung" zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Da die „Beleidigung" durch einen Artikel begangen sein soll, der sich mit der Sedanfeier beschäftigte, so wird wohl ein reichspatriotischer Prügelpädagoge es sein, der nur zu dem Zwecke Strafantrag stellte, um sein Müthchen an einem Sozialisten zu kühlen.

— Am 9. d. M. wurde der verantwortliche Redakteur unseres Blattes, Hermann Helßig, in früher Morgenstunde verhaftet und eingesteckt. Weshalb, wissen die Götter.

— Berichtigung. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß in einer früheren Nummer das italienische Blatt „Il Dovere" als sozialistisches Blatt angeführt sei. Die betr. Stelle haben wir nicht finden können. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Druckfehler: Povero, statt Dovere. Il Dovere ist unzweifelhaft ein mazzinistisches, und folglich antisozialistisches Organ.

Entgegnung

auf „die Motive des Sozialismus" von F. R.

(Schluß)

Die Zwangsarbeit stünde also in ziemlich sicherer Aussicht, ich will nicht sagen, als Regel, aber doch wohl als sehr häufige Ausnahme. Ich denke da nicht an eine vorübergehende Zwangsarbeit, sondern ich meine die Arbeit in einem dem Individuum vom Staat aufgezwungenen Lebensberufe. Heutzutage wirken bei der Berufswahl unter Umständen eine ganze Reihe von Faktoren mit: die Neigung und Befähigung des Betreffenden, die Vortheile, welche der in Aussicht genommene Beruf für das Fortkommen im Leben bietet, der Wille oder Rath der Eltern und die Mittel, welche ihnen zur Verfügung stehen.

Wie würde sich nun die Wahl eines Berufes im sozialdemokratischen Staate machen? Da käme zunächst wohl auch die Neigung des Wählenden in Betracht, der gute Rath der Eltern desgleichen. Die Mittel würden keine Sorgen verursachen, denn der sozialdemokratische Staat gewährt allen Unterricht ganz frei. Aber wie, wenn nun der Zudrang zu einzelnen Berufsarten übergroß würde, bei anderen es aber an Candidaten fehlte? Da müßte schließlich der Staat selbst durch seine Organe entscheiden lassen und den Einzelnen ihren Beruf bestimmen. Und zwar würde dies nicht die Ausnahme, sondern höchst wahrscheinlich die Regel sein. Machen wir uns darüber keine Illusion; ähnliche Erscheinungen, wie sie der Andrang nach den Städten seit der Einführung der Freizügigkeit aufweist, würden in noch höherem Grade und in noch viel unvernünftigerer Weise hervortreten, wenn das Erreichen gewisser Lebensstellungen scheinbar Jedem möglich gemacht wäre. Der Staat müßte also unbedingt sein Machtwort sprechen durch seine Beamten; denn er muß für die Arbeit, deren Organisation er an sich genommen hat, die nöthigen Arbeiter haben. Es wird also von der Auffassung dieser Beamten und ihrem guten Willen abhängen, ob der Einzelne diesem oder jenem Berufe zugewiesen wird. Setzen wir den guten Willen voraus — aber Sie wissen, wie gerade in den demokratischen Staaten über Parteilichkeit, Nepotismus, Bestechlichkeit der durch das allgemeine Stimmrecht gewählten Beamten geklagt wird —, setzen wir aber trotzdem den besten Willen voraus, so bleibt doch die Irrthumsfähigkeit der Beamten. Marx sagt einmal mit Recht von gewissen heutigen Gesetzen, „sie beruhten auf der fictio juris (Rechtsfiktion, unbegründeten selbsttrügerischen Annahme), daß jeder Mensch eine encyklopädische Waarenkenntniß besitze." Mit noch größerem Rechte aber könnte man von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate sagen, er beruhe auf der Fiktion, daß Jedem, der in diesem Staate zum Beamten gewählt werde, damit auch der nöthige Verstand zu Theil werden müsse. Diese Beamten müßten aber geradezu Verstand und Wissen in übermenschlichem Maße besitzen, wenn sie Aufgaben, wie die von mir angedeutete, auch nur halbwegs erträglich lösen sollten. Solche Leute giebt es aber nicht; allwissend und infallibel werden auch die Beamten des sozialistischen Staates nicht sein. Sie werden also sehr oft jungen Leuten Berufsarten oktroyiren, welche ihnen gar nicht zusagen, für welche sie nicht geschaffen sind. Und das ist eine Tyrannei, neben welcher die der despotischsten Büreaukratie in einem absoluten Staate eine reine Bagatelle wäre.

Solche Eingriffe in das erste aller Wahlrechte, das Recht der Berufswahl, erscheinen mir wenigstens als die ärgste Tyrannei, die es geben kann. Lieber lebenslang mit Nahrungssorgen kämpfen müssen, als in die Tretmühle eines Berufes gebannt sein, der einem zuwider ist und von dem man sich doch nicht losmachen kann! Denken wir uns einen reichbegabten Menschen gezwungen par ordre du moufti, lebenslang geisttödtende Arbeit in einer Nadelfabrik zu verrichten — das ist ein Jammer, mit dem der Mangel an gewissen materiellen Genüssen gar nicht verglichen werden kann.

Sie werden mir vielleicht erwidern, daß auch unter den jetzigen Verhältnissen Irrthümer bei der Berufswahl vorkommen. Gewiß, aber erstens ist es ein ganz ander Ding, wenn Jemand sich sagen muß, er habe einen Fehlgriff gemacht, oder seine Eltern hätten in bester Meinung für ihn falsch gewählt, als wenn er sieht, daß ein Beamter, der ihn nichts angeht, der vielleicht gegen seine Familie Feindschaft hegt, oder der Andere begünstigen wollte, ihm einen verhaßten Beruf aufgezwungen hat*). Es ist ein ander Ding, wenn Jemand aus Mangel an Geldmitteln oder aus Unkenntniß der einzuschlagenden Wege einen Beruf, für den er eine Vorliebe hat, nicht ergreifen kann, und ein anderes, wenn ihm diese Möglichkeit von den Vertretern der staatlichen Allgewalt benommen wird. Mit der ersteren Unmöglichkeit versöhnt man sich viel leichter, als mit der letzteren.

Heutzutage ist Jedem wenigstens prinzipiell die Möglichkeit gegeben, sich aus den ungünstigsten Verhältnissen herauszuarbeiten und einen andern Beruf zu ergreifen. Unzählige Beispiele beweisen diese Möglichkeit, viele in glänzender Weise, und in dem Bewußtsein dieser Möglichkeit liegt etwas außerordentlich Versöhnendes für diejenigen, welche einen Beruf erwählt haben, der ihnen nicht zusagt. Darin wäre es aber im sozialistischen Staate anders. Bei dem besten Willen könnten seine Leiter den Zwang in dieser Richtung nicht vermeiden und ebenso wenig es verhindern, daß dieser Zwang von untergeordneten Behörden oft in vexatorischer Weise geübt würde**). Es wäre nicht Alles schöner im Staate des allgemeinen Collektivbesitzes, als in unseren jetzigen Staaten, Herr F. R.!

(Auf Wunsch des Verfassers wird hiermit die Entgegnung abgebrochen.)

*) Ueberlegen Sie doch einmal, wie viele Menschen jetzt die freie Wahl ihres Berufs haben. Sie müssen aber die arbeitenden Klassen (Arbeiter, Handwerker, Bauern) kurz neun Zehntel des Volks nicht übersehen. Und dann fragen Sie sich doch, mit welchem Recht Sie annehmen, daß die Pädagogen, denen wir Sozialisten die Erziehung des Volks anvertrauen wollen, die jugendlichen Individualitäten vergewaltigen würden. Wir dächten, die erste Pflicht eines Pädagogen wäre, die Individualität jedes einzelnen Schülers zu studiren, und dementsprechend das Kind zu erziehen, und für einen Beruf vorzubereiten. Glauben Sie, daß die künftige Generation der Pädagogen schlechter sein wird, als die gegenwärtige? Wir dächten: umgekehrt! R. d. B.

**) Sie scheinen zu denken, daß jeder Beamte ein Tyrann und jeder Nicht-Beamte ein Hammel sein müsse, der sich von jedem „Vorgesetzten" knuffen und puffen läßt. Sie stecken zu viel in der heutigen Welt. R. d. B.

Correspondenzen.

London. Da ich wieder zum Agenten des „Vorwärts" vom hiesigen Comm. Arbeiterbildungsverein ernannt wurde, fordere ich, da das Quartal bald zu Ende ist, die Abonnenten des „Vorwärts" und Alle, die auf dieses Blatt abonniren wollen, auf, die betr. Abonnementgelder spätestens bis 25. d. Mts. an mich gelangen zu lassen. Für diejenigen Abonnenten, welche bis zu obigem Tage den „Vorwärts" nicht abbestellen, wird derselbe weiter bezogen. Die Parteigenossen werden aufgefordert, für die weiteste Verbreitung dieses unseres Parteiorgans um so mehr Sorge zu tragen, als wir hier kein Parteiorgan haben und nur durch den „Vorwärts" von den Parteiverhältnissen aller Länder unterrichtet werden. Jeder Parteigenosse soll es sich zur heiligen Pflicht machen, dem Blatte stets neue Leser zu gewinnen. Die Abonnementsbeträge werden von mir in den Versammlungen und in meiner Wohnung entgegengenommen. Die Preise sind für England: wöchentlich 3 mal bezogen 3 Exemplare 7 Sh. 6 P.; 2 Expl. 6 Sh., 1 Expl. 4 Sh. 2 P.; wöchentlich 1 mal bezogen 1 Expl. 3 Sh. Auch besorge ich die „Neue Welt", à Heft 4½ P.; Einbanddecken zu derselben à 1 Sh. 6 P. Die „Neue Welt" wird auf Verlangen auch nachbestellt, sowie alle sozialistischen Schriften durch mich bezogen werden.

W. Hoffmann,
37 A Princess Street, Leicesterss Squ. London W.

Mailand, 6. März. Vor der Arbeiterbewegung, welche sich von Jahr zu Jahr mehr Bahn bricht, stehen unsere „Regierer" — um mich eines trivialen Ausdruckes zu bedienen — wie der Ochs vor dem neuen Thor. Sie sehen wohl die Wirkungen, haben aber, wie dies nicht anders möglich ist, nicht den Muth, den Ursachen nachzuforschen. Es wird daher an der „sozialen Frage" herumexperimentirt. So wurde z. B. vom Ministerium eine Kommission zum Studium der Frage der Arbeitseinstellungen ernannt, welche ihre Arbeiten begonnen hat. Nach dem Berichte derselben fanden in den Jahren 1862—1877 in Italien 400 Arbeitseinstellungen statt; selbstverständlich hat die Kommission ihr „Studium" nicht auf die Ursachen, welche die Arbeits-

---

wirthschaft infolge dieses scheußlichen Systems zu Grunde geht, das bestätigt sogar die Walnew'sche Commission*). Eine gute Regelung der Landwirthschaft ist nur dann möglich, wenn die Bauern von ihren „Antheilen" Landes ganz enterbt und zu Proletariern würden. Die Landarbeiter, sagt man uns, sind faule Leute, sie arbeiten ungern und nachläßig; sie betrachten den Gutsbesitzer als ihren persönlichen aber nicht als Klassenfeind. Wo der Arbeiter, wie im Auslande, seines Lohnes sicher ist, dort wird die Arbeit gut verrichtet. In Rußland aber hat der Arbeiter gar kein Interesse an der Arbeit. Uebrigens sind die Gutsbesitzer an dem Niedergang der Landwirthschaft selbst Schuld. Das westeuropäische „Kapital" braucht zu seinen Funktionen gar nicht der Thätigkeit des Kapitalisten; das „Kapital" häuft sich ohne Hülfe des Kapitalisten an. In Rußland aber muß der Kapitalist selber noch thätig sein und durch seine Thätigkeit dem Kapital helfen. Von seiner persönlichen Energie, von seinen Fähigkeiten, gute und viele Arbeiter heranzulocken, hängt der Erfolg seiner Wirthschaft ab. Bei unseren schönen Rechtszuständen, bei der allen bekannten Unfähigkeit des größten Theiles unserer Gutsbesitzer ist dieser Umstand von großer Bedeutung. Und unsere Gutsbesitzer, anstatt ihre eigene Unwissenheit zu erkennen, schieben die Schuld des Niedergangs der Landwirthschaft den Bauern in die Schuhe, indem man letztere der Faulheit und Trunksucht, Nachläßigkeit u. s. w. beschuldigt. Mit einem Worte, so lange zwei Wirthschaften — eine gutsherrschaftliche und eine Bauernwirthschaft — nebeneinander existiren werden, so lange werden sie einander nur schaden. Die Verfechter der jetzigen Ordnung müssen die Bauernwirthschaft, dieses große aber jetzt verstümmelte Prinzip des gemeinschaftlichen Grund und Bodenbesitzes, zerstören. Und in der That, wir sehen jetzt unsere habsüchtigen Reformatoren an diesem „edlen" Werke arbeiten.

(Schluß folgt.)

*) Bemerkenswerth ist das Geständniß eines Gutsbesitzers, daß er der Walujew'schen Kommission machte. Die schlechte Lage der Landwirthschaft, sagte er, liegt darin, daß die Regierung die Bauern „mit einem Antheil an Grund und Boden" befreiet habe.

— Die Bourgeoisie und die Wissenschaft. Wir erhalten folgende Zuschrift: Von den Vorwürfen, welche die Vertreter des Geldsacks und der heutigen Gesellschaftsordnung den Sozialdemokraten machen, ist der, daß alle Wissenschaft im sozialdemokratischen Staate vernichtet werden und nur der roheste Materialismus herrschen würde, einer der gewöhnlichsten. Daß im Gegentheil im heutigen Staate die Wissenschaft nur die Dienerin des Geldsacks ist, daß es der Bourgeoisie nicht um eine unverfälschte wissenschaftliche Wahrheit zu thun ist, sondern daß nur ihr Interesse der einzige Gesichtspunkt ist, von welchem aus sie die Wissenschaft betrachtet, verschweigt sie selbstverständlich. Wie aber im heutigen Ausbeutungsstaate die Wissenschaft benutzt, ja welche Mittel aufgeboten werden, um dieselbe zum Vortheile des Kapitals verwenden zu können, mag statt weiterer Betrachtungen eine Thatsache zeigen: Im Jahre 1876 erschien bei Otto Spamer in Leipzig ein Buch von dem rühmlich bekannten Gelehrten Dr. Stein in Frankfurt: „Das Licht ꝛc. ꝛc., in welchem die Fortschritte der Photographie und der mit dieser verbundenen Photolithographie besprochen werden. Von allen Instituten in Deutschland, die sich mit Photolithographie beschäftigen, ließ Dr. Stein Proben ihrer Erzeugnisse anfertigen, um sie seinem Werke einzuverleiben. So sandte er dem photolithographischen Institute von H. Graap in Weimar, jetzt in Leipzig, die mikroskopische Vergrößerung eines Insektenflügels, um dieselbe auf photolithographischem Wege zu vervielfältigen. Da jedoch — wie der Vertreter des genannten Instituts, Friedrich Graap, selbst zugesteht — in dem fraglichen Institute keine Photolithographie hergestellt werden konnte, so wurde, um dem Produkte nur einigermaßen den Schein echter Photolithographie zu geben, ein Farbenton über das hervorgebrachte sogenannte photolithographische Produkt gedruckt, und die so veränderten Drucke dem Dr. Stein zugesandt. Damit aber nicht genug, es ward vielmehr der von Dr. Stein verlangten sog. Photolithographie noch eine kleine Gebirgskarte von Oesterreich und Mitteldeutschland beigelegt, die, statt durch Photolithographie, durch Kreidezeichnung hergestellt worden war, die aber dem Dr. Stein, dem Manne der Wissenschaft, als wirkliche Photolithographie übersandt wurde. Dr. Stein fügte beide Produkte seinem Werke bei und belobte das betr. Institut, ja schrieb in der „Frankfurter Zeitung" einen besondern Artikel, in welchem die photolithographischen Erzeugnisse jener Anstalt gebührend herausgestrichen wurden. Der Zweck war erreicht, eine Reklame erzielt — der Wissenschaft war ein Schnippchen geschlagen. Was kümmert auch heutzutage die Wissenschaft den Geldsack, so lange sie nicht in seinem Dienste arbeitet. Doch noch mehr! Dasselbe photolithographische Institut sendet zur Ausstellung nach Philadelphia eine sog. photolithographische Wandkarte von Nordamerika — die wiederum nichts weiter als eine geschickte Nachahmung durch Kreidezeichnung war — und wird für seine „Photolithographie" prämiirt! — Daß im sozialdemokratischen Staate solche gewöhnlichen Täuschungen unmöglich sind, ist natürlich. Trotzdem winselt unsere bezahlte und nicht bezahlte sog. liberale Presse über den Untergang der Kunst und der Wissenschaft im sozialdemokratischen Staate. Pflicht der sozialdemokratischen Presse aber sollte es sein, durch Sammlung von Beispielen dem Geldsack die Larve vom Gesicht zu reißen. R.

— Abwechslung muß sein. Damit nicht lauter Sozialdemokraten wegen „Majestätsbeleidigung" eingesperrt werden, wurde in Bamberg ein — Gensdarm wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der bairische Raupenhelm scheint sich mit der preußischen Pickelhaubenseligkeit nicht sonderlich vertragen zu können.

— Doktor und Gimpel. In Grimma wurde vom dortigen Schulvorstande ein Oberlehrer auf Grund eines „Doktor"-Diploms angestellt, welches sich später als eine gröbliche Fälschung erwies. Obschon das Diplom im haarsträubenden Latein abgefaßt, weder mit einem Universitätssiegel noch mit der Unterschrift auch nur eines Professors versehen war, ließen sich die wohlweisen Schulvorstände dennoch prellen. Der Herr Oberlehrer hatte nichts Eiligeres zu thun, als vor Entdeckung der Fälschung namhafte Summen aufzuborgen und das Weite zu suchen. Die „gebildeten" Schulvorstände, welche den Doktor-Titel zur Befähigung als Lehrer für unumgänglich nothwendig erachteten, wurden übel angeführt, was nicht sehr vortheilhaft für ihre Bildung zeugt.

— Was einer Redaction Alles zugemuthet wird. Wir erhalten folgende Zuschrift auf einer Postkarte:

„Mülheim, den 5. März 1878.

Werthe Parteigenossen! In Ermangelung von Adressen der Vogelhandlungen zu Letpzig erlaube ich mir die Bitte, mir durch eine dortige Vogelhandlung gegen Nachnahme zwei Kanarienvögel (feine Weibchen) zusenden zu lassen. Hoffe mir meinen Wunsch erfüllen zu wollen. In aller Achtung (folgt Name und Adresse)".

einstellungen veranlaßten, ausgedehnt. Es ist ferner aus dem Berichte ersichtlich, daß nur ein Schiedsgericht besteht, welches während eines Strikes in Como gebildet wurde. Der italienische Arbeiter, besonders aber der Landarbeiter, ist anspruchs- und bedürfnißlos; er ist zufrieden, wenn er so viel verdient, um sich nothdürftig kleiden und mit „Polenta“ (ein aus Maismehl und Wasser bestehender brotähnlicher Brei) sättigen zu können. Die meisten dieser armen Leute haben ihr ganzes Hab und Gut auf dem Leibe, nur Wenige haben einen doppelten Anzug, Stiefel mit Ledersohlen sind — namentlich in Oberitalien — ein Luxus. Trotz der weltbekannten Genügsamkeit der italienischen Arbeiter sind die Arbeitgeber doch noch bemüht, den Lohn herabzudrücken. Die Arbeiter werden durch ein derartiges gewissenloses Vorgehen der Ausbeuter zur Arbeitseinstellung gezwungen; sie ziehen es, wenn sie schon hungern sollen, vor, dies außer Arbeit als trotz anstrengender Arbeit zu thun. In der Provinz Verona ist ein Strike der ländlichen Arbeiter, 1800 an der Zahl, welche bei den Flußregulirungen beschäftigt sind, ausgebrochen; sie verlangten, da die Löhne unzureichend waren, Lohnaufbesserung. Da sie den Anforderungen der Arbeitgeber sich nicht gutwillig fügen wollten, wurde Militär requirirt, welches von den Waffen Gebrauch machte und mehrere der „Rebellen“ verhaftete. Es ist im „einigen“ Italien um kein Jota anders als anderwärts; wenn das Volk Brot verlangt, werden ihm „blaue Bohnen“ geboten. Ob die obenerwähnte Kommission diesen Fall „studiren“ wird, ist sehr fraglich. Die Arbeiter ließen sich durch die Soldaten nicht einschüchtern und verharren auf ihren Forderungen; die Noth, wenn sie auf die äußerste Spitze getrieben wird, ist stärker als die Bajonette. — In Krankheitsfällen ist für die Arbeiter auch sehr schlecht gesorgt. Die gegenseitigen Unterstützungskassen erweisen sich als unzulänglich, weil sie die Kranken nur eine kurze Zeit unterstützen, so daß viele derselben ohne Hilfe bleiben müssen. Die Buchdrucker haben die beste Vereinigung, sind daher in der Lage, die Rechte der Arbeiter gegen die maßlosen Anforderungen der Kapitalisten zu vertheidigen.

Wie die „Heiligkeit der Ehe“ in den „höheren“ Kreisen aufgefaßt wird, beweist die Anklage, welche von der Presse gegen den Minister des Innern, Crispi, wegen Bigamie (Doppelehe) erhoben wurde. Dieser Vertreter der „Ordnung“ heirathete am 26. Januar eine Dame von „hoher Geburt“, obschon er vor mehreren Jahren auf Malta von einem katholischen Priester mit einer anderen Dame getraut worden war. (Crispi ist Katholik, nach katholischem Dogma ist aber die Ehe untrennbar, d. h. vor dem Ableben des einen Theiles darf der andere Theil keine Ehe eingehen.) Zu seiner zweiten Heirath ließ sich Crispi vom Justizminister — der von der ersten Ehe wußte, einen Dispens ausstellen, welcher von dem gegenwärtigen General-Prokurator (Oberstaatsanwalt) von Neapel unterzeichnet war. Der Bürgermeister von Neapel, welcher von der Ehe ebenfalls wußte, vollzog in Folge des Dispenses die Civiltrauung, ohne dem zu Trauenden die erforderlichen Dokumente abzuverlangen. Nach dem damaligen neapolitanischen Gesetze war die Ehe, wenn sie nicht in die Civilregister eingetragen war, allerdings nicht giltig; nach kirchlichen Begriffen aber ist die Ehe ein „Sakrament“ und als solches heilig zu halten. Crispi setzte sich aber über die Heiligkeit des „Sakramentes“ und über die moralische Verpflichtung hinweg und heirathete eine Andere. Eine schöne Illustration zu der Heulmeierei der Liberalen von der „Aufhebung der Ehe“. Crispi hat sich, man mag das Ding drehen wie man will, der Bigamie schuldig gemacht und die höchsten Behörden des Landes waren seine Helfershelfer. Seine erste Frau ist bereits klagbar aufgetreten und ist abzuwarten, wie sich dieser Ehrenmann aus der Schlinge ziehen wird. Die Aufregung, welche dieser Fall im Volke hervorrief, veranlaßte Crispi seinen Ministerposten niederzulegen, was von Niemandem bedauert wird.

Braunschweig, 5. März. 442 „Bettler“ sind im Februar in unserer Stadt verhaftet, natürlich lauter „Strolche und Vagabunden“. Rührt sich denn gar nicht das öffentliche Gewissen? Schreit solche That nicht zum Himmel? Unter jenen 442 befindet sich entweder ein großer Theil durch die Noth gedrängter Leute und dann fragen wir: Wo bleibt die Hülfe der Gesellschaft? Gut genug sind die Armen, um für das „Vaterland“ Leben und Gut hinzugeben, Diejenigen zu schützen, welchen es im Vaterlande wohl ergeht (des Armen Eigenthum bedarf nicht so complizirten Schutzes; singt doch bereits Horaz: Nam ridet vacuus coram latrone viator, wer nichts hat, kann vergnügt lachen, selbst wenn er dem Räuber begegnet, ihm kann doch nichts genommen werden). Oder wir nehmen an, die 442 Verhafteten wären wirklich der Auswurf der Gesellschaft, dann — wo bleibt das „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“? Dann müßten wir uns als die „verkommenste Nation“ betrachten. Wir „Vaterlandslosen“ und „Reichsfeinde“ lieben unser Vaterland zu sehr, um dieses anzunehmen; wir wälzen den Vorwurf des Verraths an Volk und Vaterland auf Diejenigen, welche prahlen mit ihrer Nationalitätsliebe und dieselbe als Deckmantel für ihre unlauteren Gelüste benutzen. Ueberall herrscht Noth, und statt daß dieses ein Sporn zum Mitleid sein soll, hilft man sich über solches hinweg, indem man alle Nothleidenden als Strolche und Vagabunden traktirt. Die Nothleidenden haben von Niemandem etwas zu hoffen, als von sich selbst. Mögen das die Arbeiter einsehen lernen; nur in ihrer Vereinigung können sie Hülfe finden. Die herrschenden Klassen bekämpfen die Arbeitervereinigungen, dieses ist genug, um die Arbeiter anzuspornen, in solche einzutreten. Und wenn ein Arbeiter ein ganzes Menschenalter hindurch einer „Wohlthätigkeits-Anstalt“ des Fabrikanten angehört und zu ihr gesteuert hat, sowie er entlassen wird, dann wartet auf ihn das Schicksal, daß er als „Strolch und Vagabund“ behandelt wird. Durch die Vereinigung in Gewerkschaften ist dem Arbeiter wenigstens die Möglichkeit gegeben, dafür zu sorgen, daß er, wenn er eines Stücks Brod bedarf, nicht gleich als Bettler und Vagaband behandelt wird.

Oschatz. Sonnabend den 23. Februar hatten wir in Völkner's Saale eine sehr zahlreich besuchte Volsversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete W. Hasenclever unter allseitigem Beifall über das Thema: „Die diesjährige Session des deutschen Reichstages“ referirte. Redner kritisirte zunächst die Orientpolitik Bismarck's und ging dann auf die dem Reichstage zugegangenen neuen Steuervorlagen ein, wobei er zu dem Resultat gelangt, daß sämmtliche indirekten Steuern zu verwerfen seien, und statt derselben eine progressive Reichs-Einkommensteuer geschaffen werden müsse. Sodann geht Redner zu den mangelhaften Anträgen zur Abänderung der Gewerbeordnung über, welche den Arbeitern sehr wenig Schutz gewähren, und macht schließlich den Anwesenden klar, wie schwer es den Sozialdemokraten wird, ihre Anträge im Reichstage wegen Mangel an Unterschriften einzubringen. Daher müsse Jeder, der das wahre Menschenwohl befördern helfen wolle, bei nächster Wahl für einen Sozialdemokraten eintreten. — Da sich zur Entgegnung kein Gegner meldete, wurde die Versammlung geschlossen. A. St.

Helfingen. In Nr. 22 des „Vorwärts“ wurde ein Ukas des hiesigen Fabrikbesitzers Straub veröffentlicht, in welchem er den Wunsch aussprach, daß „seine“ Arbeiter mit 15 Geschäftsleuten — deren Namen genannt wurden — „nicht mehr geschäftlich verkehren“ möchten, d. h. auf gut Deutsch: den Arbeitern wurde zugemuthet, ihre Bedürfnisse nur bei dem Herrn Fabrikanten genehmen Geschäftsleuten einzukaufen. Der Grund, weshalb die Geschäftsleute von dem allmächtig sein wollenden Fabrikspascha in Acht und Bann erklärt wurden, ist folgender: Mitte Dezember v. J. fand eine Gemeinderathswahl statt, bei welcher die Geächteten den Muth hatten, gegen den Fabrikanten zu stimmen. Dieses „Verbrechen“ mußte bestraft werden und es erschien der bereits erwähnte Ukas. Diese kaum glaubliche Unverschämtheit beweist, daß das Protzenthum überall dominiren will und sowohl die Kleingewerbetreibenden als auch die Arbeiter als seine allerunterthänigsten Bedienten betrachtet, die es nicht wagen dürfen, eine eigene Meinung zu haben. Der Arbeiter soll — nach der Meinung derartiger Sklavenhalter — nicht einmal berechtigt sein, über den bitter verdienten Hungerlohn nach Belieben zu verfügen; er soll auch außerhalb der Fabrik nach der Pfeife seines „Brotgebers“ tanzen, sich dessen Willen unterwerfen. Die grenzenlose Anmaßung des Schlotjunkers hat nicht nur den betreffenden Geschäftsleuten, sondern auch den Arbeitern die Augen geöffnet; sie ist wieder ein Beweis von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“.

Es geht bei uns auch sonst noch sehr „gemüthlich“ zu. Am 23. Febr. sollte hier ein Vortrag über „Lassalle's ehernes Lohngesetz“ gehalten werden. Die Behörde hatte nichts Eiligeres zu thun, als denselben zu untersagen. Warum? wissen die Götter! Vielleicht befürchtete man, daß ein derartiger Vortrag den Staat in Gefahr bringen könnte, oder man wollte es verhindern, daß die Zuhörer zum Nachdenken über unsere so schöne „göttliche Weltordnung“ angeregt werden. Kennzeichnend ist und bleibt es, daß im Schooße des „Denkervolkes“ sich „geistige Größen“ finden, welche den Sozialismus mit solchen Fliegenklappen todtschlagen wollen. Bei Betrachtung derartiger Polizeikunststückchen wird man unwillkürlich an das Sprichwort erinnert: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Nebenher sei noch erwähnt, daß der Herr Oberamtmann, der die Abhaltung des erwähnten Vortrages untersagte, ein intimer Freund des Fabrikbesitzers und Ukasschreibers Straub ist. Sollte vielleicht — —??

Mainz, 28. Febr. Samstag, den 23. Febr. hielten wir eine Volksversammlung im Saale des „Heiligen Geist“ ab, welche sehr zahlreich besucht war. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung „Die orientalische Frage und die deutsche Diplomatie“ referirte Hr. F. Jöst gründlich und in allseitig befriedigender Weise. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Volksversammlung protestirt einmüthig und energisch gegen die die Cultur, die Freiheit und Wohlfahrt der Völker überhaupt und die Interessen des deutschen Volkes insbesondere aufs Schwerste schädigende Politik der deutschen Reichsregierung und fordert von letzterer, daß sie von jetzt ab den culturfeindlichen Anmaßungen der despotischen Czaarenregierung mit allen Mitteln entgegentrete und ihren ganzen Einfluß aufwende, daß zwischen den beiden kriegführenden Mächten baldigst ein die Interessen aller Nationen garantirender Friede geschlossen werde.“ Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung „Die Steuerschraube“ ergriff Hr. Leyendecker das Wort und wies in einer zwar kurzen, aber gediegenen Rede nach, wie man es verstanden habe, durch unser heutiges Besteuerungssystem die Armen zu belasten. Alsdann sprach Hr. Fuchs noch über denselben Gegenstand. Allen Rednern zollte die Versammlung reichen Beifall.

Sonntag, den 24. Febr. hatten wir eine Volksversammlung in Ober-Ingelheim (im Wahlkreis Bambergers), welche gut besucht war. Tagesordnung: 1) Die Orientpolitik. 2) Die Grund- und Bodenfrage. Hr. F. Jöst übernahm das Referat über beide Punkte und entledigte sich seiner Aufgabe vortrefflich, auch hier wurde die obige Resolution einstimmig angenommen. Wir können mit Freuden konstatiren, daß auch hier die sozialistische Idee gut Wurzel faßt.

Das Agitations-Comité.
John Stock, Schriftführer.

Erklärung.

Dresden, 6. März 1878.

In der Großenhainer Correspondenz der Nr. 26 des „Vorwärts“ ist meiner in einer Weise gedacht, die mich vor den Genossen in einem sehr schiefen Licht erscheinen lassen muß und mich deshalb zu einer Richtigstellung des Thatbestandes zwingt. Nach der Schilderung der „Parteigenossen Großenhains“ muß man nämlich annehmen, daß eine Nachlässigkeit meinerseits an meinem Nichterscheinenkönnen in der betr. Versammlung schuld gewesen sei. Die Sache verhält sich jedoch ganz anders. Tags vor der projektirten Großenhainer Versammlung referirte ich in Mittweida, wo ich übernachtete, um nächsten Tags Mittags 1 Uhr 55 Min. abzureisen und so zu rechter Zeit in Großenhain zu sein. Den meisten Genossen ist nun hinreichend bekannt, daß ich infolge einer erhaltenen schweren Verwundung an den Beinen nicht im Stande bin, größere Strecken zu Fuß zurückzulegen. Ich mußte deshalb auch in Mittweida von der Stadt nach dem entferntliegenden Bahnhof fahren, und war die Herbeischaffung eines Wagens selbstverständlich Sache der dortigen Genossen. Durch einen Irrthum der letzteren aber, an dem ich keinen Antheil habe, war zur bestimmten Zeit kein Gefährt zur Stelle, infolge dessen ich denn den Zug versäumte, trotzdem ich im letzten Augenblick noch die Bahn zu Fuß zu erreichen suchte, was aber sowohl der Kürze der Zeit, als besonders meiner Uebermüdung halber nicht möglich war. Der nächste Zug aber ging so spät, daß ich erst nach 10 Uhr Nachts in Großenhain eingetroffen wäre. Ich muß daher auf mein Erscheinen in jener Versammlung — unverschuldet — wohl oder übel verzichten und that das auch den Großenhainer Genossen sofort durch Telegramm zu wissen, in welchem — was der Schreiber der betr. Correspondenz zu erwähnen vergaß — ausdrücklich bemerkt war, daß an meinem Nichtkommen die Mittweidaer Genossen die Schuld tragen. Daran, sowie daß sie nichts, was sie je von mir gehört haben, berechtigt, meine Angabe für unwahr zu halten, hätten die „Parteigenossen Großenhains“ bei Abfassung ihres Berichts denken sollen. Den Zweck, welchen letzterer verfolgt, nämlich die auch nach meiner Erfahrung in dieser Beziehung häufig zu wünschen übrig lassenden Referenten an mehr Präcision, besser gesagt Gewissenhaftigkeit zu gewöhnen, kann ich, wie jeder eifrige Genosse, nur billigen und hoffen, daß er erreicht wird. Unangemessen zum mindesten ist es aber, in löblicher Wahrnehmung seiner eigenen und der ganzen Partei berechtigten Interessen einen Genossen in ungerechtfertigter Weise zu nahe zu treten und ihn in den Augen aller Genossen zu schädigen, wie es mir durch die total unbegründeten Angaben der betr. Correspondenz geschehen ist. Ich bin gewiß der Letzte, der eine berechtigte und wohlwollende Correktur rechthaberisch zurückweise, würde sie vielmehr gerne ad Notam nehmen und ihrem Urheber dankbar sein. Um so weniger aber lasse ich mir ungerechtfertigte Zurechtweisungen gefallen. Seit ich agitire, hat sich noch Niemand über meine Pünktlichkeit und meinen Eifer zu beklagen gehabt. Wenn jeder Referent so handelt, dann werden sich weder die Großenhainer noch andere Parteigenossen darüber zu „wundern“ brauchen, daß „unter solchen Umständen ihre Versammlungen noch so gut besucht sind.“

Georg Vollmar.

Zur Beachtung für Töpfer!

In der Ofen- und Thonwaaren-Fabrik von Spiermann und Wessely stellten die Gesellen die Arbeit am 4. März ein, weil die betreffenden Fabrikanten einen neuen Lohntarif vorlegten, durch welchen der Lohn um nicht weniger als 25 Procent reducirt werden soll, trotzdem die Herren Fabrikanten den 1874 gemeinschaftlich gemachten Tarif bis dato anerkannt haben. Ferner soll die Arbeitszeit um 1 Stunde verlängert werden. Alle Unterhandlungs-Versuche sind an der „Humanität“ der betreffenden Herren Fabrikanten gescheitert. Collegen, da wir die Arbeitseinstellung mit der festen Ueberzeugung aufgenommen haben, daß nicht blos unsere Existenz, sondern die der Töpfer ganz Deutschlands in Gefahr ist, indem wir den Tarif angenommen hätten, es bald die andern Meister ebenso gemacht hätten, so ersuchen wir Euch, uns soviel wie möglich in diesem Kampfe zu unterstützen und durch keinerlei Versprechungen und Machinationen Euch bewegen zu lassen, die Stellen der Ausgeschlossenen zu besetzen und jeden Zuzug fern zu halten.

Ferner mache ich die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Töpfer-Vereins darauf aufmerksam, daß die Arbeitseinstellung in obiger Fabrik von Seiten des Vorstandes als Vereinssache erklärt worden ist.

Hamburg, den 4. März 1878.

Mit collegialischem Gruß
A. Barbi,
Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Töpfervereins.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten. D. O.

Briefkasten

der Redaktion. W. T. in Schwerin: Wenden Sie sich an den Ausschuß der Metallarbeiter-Gewerkschaft in Braunschweig, Adresse Söhler. — H. U. in Mühlheim: Wenden Sie sich an die Redaktion der „Westphälischen Freien Presse“ in Dortmund, der die Sache entnommen ist. — R. K. in Berne: Lassen Sie öfter etwas von sich hören. — E. in Augsburg: Hirsch's Adresse ist: Rue Dunkerque 6, Paris; wegen des Jacobyfonds wenden Sie sich nach Königsberg.

der Expedition. Korbmacherbund Hamburg: Ihr Annoncendepot ist erschöpft. — Heims in Constanz: Ihnen fehlt noch das letzte Heft, in welchem Sie auch das Inhaltsverzeichniß ꝛc. ꝛc. finden. Preis incl. Porto 40 Pfg.

Quittung. Rdgr Halle Ab. u. Schr. 20,40. Schz Großenhain Schr. 38,00. Wßmnn Bockenheim Ab. 5,60. Kndrmnn Siegburg Ab. 13,39. Lnd Hamburg d. Gb Ab. 100,00. Jch St. Johann Schr. 25,00. Bundescomité Bern Ab. 2,50. H. Rtzch N.-York Ab. u. Schr. 207,63. Hck Reudnitz Schr. 3,25. Elnbrg hier Ab. 8,80. Stgmnn Erfurt Schr. 3,00. Wlk Frankenhausen Schr. 5,80. Hms Constanz Schr. 0,95. Hlzschr München Schr. 3,65.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß sich meine Wohnung vom 15. d. M. ab Mittelstraße 11/II. bei H Rudolph befindet und bitte ich, alle Zuschriften betr. Abhaltung von Versammlungen ꝛc. von jetzt an dorthin zu richten.

Hannover, den 8. März 1878. H. Dehme.

Berichtigung.

In Nr. 28 soll es auf Zeile 64 des Artikels „Ein praktischer Staatsmann“ nach „Auffassung des Sozialismus“ statt vorans: ausheißen, was hiermit berichtigt wird.

Leipzig. Central-Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeitergewerkschaft (Eingetr. Hilfskasse).

Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr, bei **Hunse, Roßstraße 4b:** [1,20

Versammlung

und **Aufnahme neuer Mitglieder.**

Zur Beachtung für alle hier zureisende Genossen, daß sie obige Kasse nicht mit der Lokalkasse, welche sich **Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend** nennt, verwechseln, da selbige mit der **Central-Krankenkasse** nicht die geringste Verbindung hat.

Leipzig. Donnerstag, den 15. März, Abends ½9 Uhr im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Lokalpresse. [60
Parteikarten sind vorzuzeigen. Der Agent.

Bei meiner Abreise nach Belgien sage hiermit allen Parteigenossen von Saarbrücken und Umgegend ein herzliches **Lebewohl.** (F. 270) [1,00

Martin Scholtes, Eisendreher.

Im Selbstverlag des Verfassers in Heidelberg ist soeben erschienen: (25) [2,10

Der Massenaustritt aus der Kirche.

Von **Carl Scholl.**

Preis für Arbeiter: 10 Pfg. bei Mehrabnahme.

Rundschau

No. 3

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 2 abgerechnet haben.

☛ Sollten hier und da noch reingehaltene Exemplare der Nummern 1 und 2 übrig sein, so wird um deren Rücksendung gebeten.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „**Vorwärts**“ von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig, im Januar 1878.

Sozialistisches
Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an den Sekretär C. Derossi, Holzdamm Nr. 42 in Hamburg. (w.)

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanserman, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ertz, 428 O'Farrell Str
London W.: C. Heise, 8 New t. Golden Square

Nr. 31. Freitag, 15. März. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Convertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 10 I; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für **Neurendnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubensw, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Ein Carnevalsscherz,

und zwar einer der gelungensten, offenbarte sich uns jüngst bei der Lektüre des kürzlich erschienenen Buches:

Zur Lösung der sozialen Frage durch die Frau
von einer deutschen Frau.

Lösung der sozialen Frage — wie viele Gesellschaftsretter glaubten schon in ihrem Gehirn die Lösung dieses Räthsels gefunden zu haben, und dennoch starrt diese Sphinx wie zuvor die jetzige Gesellschaft mit gleich geheimnißvollen, unerklärbaren Zügen an, — ein mene tekel upharsin allen denen, welchen der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ein „Räthsel" ist. Einer „deutschen Frau" war es vorbehalten, in einfacher und dabei erheiternder Weise den sozialen Knoten zu durchhauen; mit 28 Zeilen ist unser weiblicher Alexander im Stande, die größte Culturfrage der Menschheit bei Seite zu schaffen. Hören wir:

1. in Aenderung und Verbesserung des gesammten Mädchen-Unterrichtswesens und in Einrichtung von Anstalten, die der Frau ermöglichen, sich gemäß des ihr eigenthümlichen Berufs auszubilden;
2. in Anerkennung und Beachtung ihrer Existenz seitens des Staates. Dieser kann sie dadurch gewähren, daß er:
   a) die Erziehung leitet,
   b) die Gründung der Familie stützt und fördert, indem er dem Familienvater bei den Wahlgesetzen gewichtigere Stimme ertheilt als dem ledigen Mann, und durch Einführung einer Junggesellensteuer vom 35. Lebensjahre ab,
   c) die verheirathete Frau von den sie beengenden Gesetzen befreit und vor Mißhandlung ihres Mannes schützt,
   d) die Einführung von Maßregeln begünstigt, welche sie vor zu ungerechtfertigter Herabsetzung des Arbeitslohnes schützen,
   e) größere Strenge in Wahrung der Sittlichkeit auch durch verständige Censur auf Schrift, Bild und Schauspiel ausgedehnt, ausübt,
   f) das übermäßige Ueberhandnehmen der Vergnügungslokale beschränkt,
   g) die bestehenden gesetzlichen Vorschriften für Fabrikarbeit der Frauen und Kinder derart umgestalte, daß dadurch Einrichtungen geschaffen werden, welche mehr als die heutigen den Bedingungen des Frauendaseins angepaßt sind;
3. in Heilighaltung des Sonntags,
4. in Hebung der Achtung der auf Erwerb arbeitenden gebildeten Frau,
5. in unerschütterlichem Festhalten an dem Christenthum seitens der Frau.

Die den Weibern eigenthümliche instinktive Erkenntnißfähigkeit konnte allein zu einer so einfachen „Lösung" nicht gelangen, dazu ist sie zu genial, ja nur das Genie ist solcher einfachen und großen Gedanken fähig, und da wir hier das erste weibliche Genie vor uns haben, so nehmen wir, galant wie immer, den Arm der „deutschen Frau", um sie einzuführen in das Reich des Königs Toms und sie zu schmücken mit der ihr gebührenden Krone, mit der — Narrenkappe. Wir wußten bis jetzt noch nicht, daß die soziale Frag für die Männer gar nicht existirt, daß sie femominis generis (weibl. Geschlechts) sei; ist es nicht spaßhaft, daß in den 12 Thesen, welche die Lösung der sozialen Frage enthalten, von den Männern nur gesprochen wird: daß sie als verheirathete doppeltes Stimmrecht haben sollen, als unverheirathete aber vom 35. Lebensjahre eine Junggesellensteuer bezahlen sollen? Hätte „der deutschen Frau" eine vor 30 Jahren eingeführte Junggesellensteuer vielleicht zu einem gewissen Ziele verholfen? Die Männer müssen heirathen oder — bezahlen. Gesetzt es käme dazu, daß alle Männer in Deutschland sich beweibten, so würden doch immer noch 1 Million alte Jungfern übrig bleiben, und wir sehen gar nicht ein, weshalb diese Million unbemannter Jungfern so billig davon kommen sollen, denn der „liebe Gott", der sie nach seinem Willen auf die Welt setzte, wird schwerlich für sie bezahlen, zumal in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört. Den Hülferuf, der in den Thesen c, e, f ausgestoßen wird, möchten wir dahin ergänzen, daß sich die Censur auch auf humoristische Werke, wie das vorliegende, erstrecken möge; die Ersparniß an Zeit und Geld wäre eine bedeutende und würde nicht wenig zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes beitragen. Sahen wir unsre Junggesellenhasserin in obigen Thesen rein komisch auftreten, so bringt es ihre Kenntniß von der Wirkung des Komischen mit sich, daß sie — um durch den Contrast Effekt zu erzeugen — bisweilen ernst wird, aber der Schelm steht doch immer hervor, „auch in den Maßregeln gegen ungerechtfertigte Herabsetzung des Arbeitslohnes, bestehend aus einem Schiedsgericht, welches durch seine Entscheidung den Arbeiterinnen den Werth ihrer Arbeit bezahlt," erkennen wir nicht die Absicht, die ganze Bourgeoiswirthschaft und deren Existenzbedingung — den Unternehmergewinn — über den Haufen zu werfen, sondern nur den Kunstgriff durch das Zusammenbringen zweier sich ausschließender Begriffe — der reaktionären Anschauung einerseits, der Forderung der Arbeitswerthsbestimmung andrerseits — das Komische hervorzubringen. Böse wird die Madame — Pardon — „deutsche Frau", ganz böse auf die sozialdemokratischen Führer und Führerinnen, welche meinen „es sollte alle Welt nur in Volksküchen und Restaurationen essen", doch halt — wir wollen den Lesern des „Vorwärts" die Freude nicht entgehen lassen aus diesen Quell der Heiterkeit selbst zu schöpfen:

„In großen, reich bevölkerten Städten dagegen sind sicher einige solcher Küchen segensvoll, doch müßte man nur armen und sehr entfernt wohnenden Leuten Essen aus ihnen verabreichen. Für Verhältnisse aber, wie sie mir selbst bekannt sind, daß Bauhandwerker (in Berlin) täglich in einen Restaurationskeller gehen und dort zu Mittag Wild, Geflügel oder dergleichen speisen, dazu reichlich Bier trinken, oder daß Frauen von Fabrikarbeitern das junge Gemüse für ihren eigenen Tisch kaufen, sobald es auf dem Markte erscheint, während es der Frau ihres Brodherrn noch viel zu theuer ist, wenn diese selben Arbeiter zu ihrem zweiten Frühstück Fleisch und Eier verzehren, wenn die Frauen derselben Alles, was sie nur erübrigen, für Putz und Staat ausgeben und Sammetmäntel tragen, mit seidenen Kleidern die Straßen fegen — so ist für solche Leute die Volksküche unnütz und unbrauchbar. Ueberhaupt kann durch die hohen Löhne die ganze schwierige Aufgabe, wie sie seit Jahren gebräuchlich, und durch Armenpflege erst dann wirklicher Erfolg erzielt werden, wenn der Arbeiter so viel Sitte und Moral wieder gewonnen hat, daß er selbst Kraft daran setzt, gediegenen Wohlstand zu erreichen, also sparsamer und wirthschaftlicher geworden ist und sich des heute bei diesen Leuten geltenden Grundsatzes schämt: „Verbrauchen, verschwenden wir Alles, was wir einnehmen, später ist doch die Pflicht des Reichen, uns zu ernähren."

Hier wird jeder denkende Leser sofort herausfinden, daß dieser ganze Sermon nichts ist als eine ausgezeichnete Satire auf den „politischen Altweiberklatsch"; insbesonders ist es der Verfasserin vortrefflich gelungen, das Gerede gewisser Leute über die Eier und Fleisch zum Frühstück. Wild und Geflügel (Abends natürlich Champagner) zu Mittag essenden Arbeiter zu persifliren; auch die Arbeiterfrau, welche ihr „Erübrigtes" (?) für Sammetmäntel und seidene Kleider ausgiebt, ist sehr gut. Nun wissen wir doch, wer die protzenden Weiber sind, die uns auf Schritt und Tritt begegnen — es sind Arbeiterfrauen, deren Männer in den Fabriken und Werkstätten fleißig arbeiten, um ihren Frauen Sammetmäntel und seidene Kleider, mit denen sie die Straßen fegen, kaufen zu können. Zu komisch ist es aber, wenn an die Arbeiter die Mahnung gerichtet wird: „sie sollten durch Sitte und Moral einen gediegenen Wohlstand erreichen," das ist doch zu arg gehänselt. Denn da die Arbeiterinnen ihr Geld für Sammetmäntel und seidene Kleider, die Arbeiter für Wild, Geflügel, Fleisch, Eier und „reichliches Bier" ausgeben, wie sollen sie dann durch bloße Moral und Sitte zu gediegenem Wohlstand gelangen? Hat Ihnen, verehrte Frau, Ihre christliche Moral und Sitte vielleicht zu „gediegenem Wohlstand" verholfen?

Doch wir vergessen ja ganz, daß Ihrem Buche die Titelergänzung hinzuzufügen ist: „oder du sollst und mußt lachen" und daß deshalb Alles nur Spaß ist, daß Sie stets sind und bleiben: la femme qui ùt.

Also ecarpiren wir noch einige Witze.

Wenn den Frauen der kleinen Handwerker Berlins vorgeworfen wird, daß sie im Jahre 5 bis 6 Hüte haben müssen, so ist das eine ebenso feine wie malitiöse Ironie auf den häufigen gänzlichen Mangel einer Kopfbedeckung, und die ärmlichen selbstgemachten Hüte der „kleinen Handwerkerfrauen." —

Wenn über den Mangel an Schneiderinnen, die doch pro Tag 3 Mark und Kost bekommen sollen, geklagt wird, so sehen wir darin eine meisterhafte Carricatur des zehnmal stärkeren Angebotes gegen die Nachfrage; denn man kann wetten, daß sich in Berlin auf eine Annonce gewiß 50 Schneiderinnen melden.

(Schluß folgt.)

Die „Edelsten und Besten".

Newyork, im Februar.

So nannten sich im Frankfurter Parlament, oder ließen sich nennen, die Männer des Centrums und der Rechten, die Professoren und Beamten, welche in vormärzlichem Liberalismus „gemacht" hatten. Erst schlugen sie durch Schönrednerei ohn' Ende und Knechtseligkeit gegenüber den Thronen die freiheitliche Begeisterung des Volkes todt, die das Parlament geschaffen hatte, — wahre Muttermörder — dann erfanden sie die wundervolle Idee des preußischen Kaiserthums, welche Bismarck viel später verwirklicht hat, und in deren Herrlichkeit die Deutschen jetzt schwelgen.

Die „Edelsten und Besten", so nannten sich auch, oder ließen sich nennen, die Männer der republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten, welche den Kampf gegen die Sklaverei und Sezession des Südens aufnahmen und siegreich beendeten, und von denen fast alle, welche nicht zu ihrem großen Glücke früh genug verstorben oder verschollen sind, heute als entlarvte Diebe oder Betrüger, oder als Verräther an der Freiheit der Nation dastehen. Mit diesen Leuten wollen wir uns etwas näher beschäftigen, um zu zeigen, wie sie das werden konnten, was sie jetzt geworden sind, und um geschichtliche Lehren daraus zu ziehen.

Als die Sezession eine vollendete Thatsache war und der Krieg unvermeidlich, entstand im ganzen Norden eine Begeisterung für die Union und die Menschenrechte, welche die bis dahin ohnmächtige republikanische Partei (welche den Kampf gegen die Sklaverei und für Wiederherstellung der Verfassung im Sinne der Väter der Republik auf ihre Fahnen geschrieben hatte) allmächtig machte. Selbst die verbissensten Demokraten und Bundesgenossen des Südens mußten wenigstens zum Schein unthätig bleiben, oder sich am Kriege eifrig betheiligen. Und während der Süden von vornherein mit zwangsweise ausgehobenen Soldaten den Kampf beginnen mußte, eilte im Norden eine halbe Million Freiwilliger zu den Fahnen; während der Süden arm und, wie alle Adelssippschaften, ökonomisch verlottert war, herrschte im Norden ein sehr gleichmäßig verbreiteter Wohlstand, die Nation, die Einzelstaaten und Gemeinden hatten keine oder geringe Schulden und großen Kredit.

Unter diesen Umständen hätte der Kampf mit einem einzigen kurzen Feldzuge beendet werden können und müssen, indem man von vornherein denjenigen Feldzugsplan befolgte, welcher in der That erst am Ende des vierten Kriegsjahres angenommen wurde und welcher auch zum Ziele führte. Wir können hier nicht die Geschichte dieses Krieges schreiben, welche noch auf einen Darsteller wartet; wir können nur die Haupttriebfedern der muthwilligen Verschleppung desselben kurz aufdecken, welche alle in der Unfähigkeit der „Edelsten und Besten" des Congresses wurzelten.

Um den wohlgesinnten, aber schwachen Präsidenten Lincoln und sein Kabinet sammelten sich sofort die Spitzbuben-Talente der Nation und des Auslandes, die Abenteurer und Volksfeinde. Der ganze Bundesdienst war voll Verräther, mit welchen die vorhergegangene Administration, um die Sezession vorzubereiten, ihn angefüllt hatte. Im Kabinette selbst saßen mindestens zwei höchst gefährliche Menschen, der eitle Minister des Aeußern, Seward, welcher eifersüchtig von Lincoln alle ehrlichen und fähigen Charaktere fernzuhalten wußte, und der grundsatzlose Kriegsminister Cameron, der es meisterhaft verstand, „sich Freunde zu machen mit dem ungerechten Mammon". Der Höchstkommandirende, General Scott, ein alter Zopf, der seinen südlichen Freunden nicht weh thun wollte, heckte den lächerlichen „Anaconda"-Plan aus — er wollte den ganzen Süden mit Heeren und Flotten umzingeln und ihm den Athem ausdrücken. Jefferson Davis in Richmond wußte von jeder Bewegung unserer Heere und Flotten eher als die Unionsgenerale, welche sie ausführen sollten. Durch betrügerische Contrakte wurden dem Heere schlechte Waffen, Kleider, Lebensmittel um riesige Preise geliefert. Die Demokraten suchte man mit dem Kriege zu versöhnen, indem man ihnen die wichtigsten Posten im Heere, in der Flotte und im innern Dienst anvertraute und die Befreiung der Sklaven zu vermeiden beschloß.

Alles dieses ließ der Congreß, welcher hätte allmächtig sein können, schwächlich zu, und da schwache Menschen bestechlich sind, so war er von tausend Versuchungen bald ebenso wie das Kabinet umringt, und von der Duldung des Verraths kam er mehr und mehr zur Mitbetheiligung daran. Die Halbheit der Volksvertreter wirkte auf das Volk entsittlichend zurück. Je länger der Krieg dauerte, desto schlechtere Volksvertreter wurden gewählt, desto offener erhob die demokratische Friedenspartei im Norden selbst ihr Haupt, desto weniger gab es Freiwillige, bis zur Zwangsaushebung gegriffen werden mußte, und desto größere Summen Handgeldes mußten für Stellvertreter der Ausgehobenen gezahlt werden. Die Vereinigten-Staaten-Papiergelder und Schuldscheine sanken stark im Werthe, und nur eine Minderheit des nördlichen Volkes noch hielt das Vertrauen zur Rettung der Union aufrecht, und dadurch die Union selber. Das Vertrauen

dieser Minderheit in Lincoln und sein Kabinet war aber so stark erschüttert, daß er bei der Präsidentenwahl von 1864 nicht wieder gewählt worden wäre, hätte nicht die mächtig gewachsene Großkapitalisten-Sippschaft eingesehen, daß nunmehr dem Krieg ein Ende gemacht und Lincoln auf die Verpflichtung dazu wiedergewählt werden müsse. Denn mit der Niederlage der Union wären alle im Kriege ergaunerten Großkapitalien verloren gegangen.

Dieser gedrängten Darstellung der Ursachen der Kriegsverschleppung lassen wir die finanzielle Geschichte während und seit dem Kriege folgen, um zu zeigen, woran die „Edelsten und Besten" scheiterten.

Ein kurzer und militärisch geführter Feldzug hätte vielleicht 500 Millionen Dollars gekostet. Diese hätten im eigenen Volke aufgebracht werden können mittels ebenso viel Unions-Schuldscheinen, welche durch Einziehung und Verkauf oder Verpachtung der Rebellenländereien hätten bezahlt werden können. Bis diese Summe Schuldscheine, welche in kleinen Beträgen hätten ausgegeben werden müssen, um die Arbeitergelder aus den Sparkassen zu locken, untergebracht waren, konnte die Union eine mäßige Summe Papiergeld ausgeben, welches nie entwerthet worden wäre. Eine mäßige Kapitalbesteuerung konnte weitere Sicherheit für die Unionsschuld gewähren.

In solcher Weise hätte der Krieg dem Norden so viel wie nichts gekostet, und die Republik wäre auf unvergänglichen Grundlagen befestigt worden. Durch die kapitalistische Art aber, wie er geführt worden ist, hat er — abgesehen von einer halben Million muthwillig verwüsteter Menschenleben — zwischen vier und fünftausend Millionen Dollars (etwa 20,000 Mill. Mark) gekostet und eine Republik übrig gelassen, welche diesen Namen nicht mehr verdient. Denn eine Republik, bestehend aus ein paar Tausend Millionären, einigen Zehntausenden wohlhabender Leute, einigen Hunderttausenden Mittelstandsleuten, welche dem Versinken in's Proletariat geweiht sind, einer Million Landstreicher und einem halben Dutzend Millionen Arbeiter, welche früher oder später Landstreicher werden müssen, ist nur scheinbar eine Republik.

Ein denkender Beobachter solcher Ereignisse bekommt ein geheimes Grauen vor den „Edelsten und Besten", vor der „natürlichen Aristokratie der Bildung", vor allem Personenkultus und aller „politischen Volksvertretung". Dem Schreiber dieses kann es kaum verubelt werden, wenn er die denkbar niedrigste Vorstellung von allem Parlamentarismus — nicht blos dem mit Gänsefüßchen — hat und behauptet, daß hundert „Edelste und Beste", wenn sie zu einem Parlament zusammentreten, hundertmal dümmer und schlechter sind, als jeder Einzelne unter ihnen für sich allein sein würde — vorausgesetzt, daß sie Gesetze geben und Macht haben sollen über Interessen, anstatt lediglich über allgemeine Menschenrechte.

Man wird dies paradox und übertrieben nennen. Vielleicht giebt man uns später Recht. Die „Edelsten und Besten" bekamen auf einmal ungeheure Interessen zu verwalten, zu deren Verständniß sie nicht vorbereitet, zu deren Verwaltung sie nicht auserlesen waren, deren Verständniß den Auftraggebern meist selbst wildfremd war. Nun ist es allgewöhnlich, daß die arbeitende Klasse gar nicht oder zuletzt an ihre Interessen denkt, welche mit denen der Gesammtheit doch so sehr übereinstimmen. Die kapitalistischen Klassen mit ihren verschiedenen Interessen wissen jedes derselben einzeln, und alle zusammen gegenüber der arbeitenden Klasse, nachdrücklich zu vertreten. Der Congreß war also von einer besoldeten „Lobby" der Kapitalisten belagert, welche nicht blos seine Vorzimmer (Lobby) verstopft, sondern auch die Tribünen umgab, die Gallerien füllte, den Abgeordneten auf Schritt und Tritt folgte, sie mit feinen Diners, Saufgelagen, artigen und liebenswürdigen Damen, Denkschriften, Deputationen u. s. w. bearbeitete.

Da waren die Fabrikanten, welche einen Schutzzoll brauchten, weil bis dahin das Kapital in Land- und Häuserspekulation weit vortheilhafter angelegt werden konnte, als in produktiver Thätigkeit; der letzteren sollte der Schutzzoll große Kapitalien verschaffen. Obendrein brauchte das Government viel Geld, und die hohen Zölle sollten es einbringen helfen. Da waren die Banken, welche sich erboten, große Summen von Unionsschuldscheinen unterzubringen, wenn man ihnen gewisse Vortheile einräumte. Da waren die Spekulanten, welche Lieferungscontrakte für Heer und Flotte und dazu die gewichtige Empfehlung der Repräsentanten beim Government suchten. Da waren Erfinder und Pläneschmiede, Bettler um Offizierstellen und Marketender-Erlaubnißscheine ꝛc. ꝛc., welche durch die Volksvertreter sich beim Kabinet Gehör schaffen wollten. Der „Edelste und Beste" braucht in seinem Wahlbezirke Beliebtheit, um demnächst wiedergewählt zu werden, und die regierende Partei braucht wieder die Vertreter, um bei der nächsten Wahl am Ruder zu bleiben.

Es gehört ein eiserner Charakter dazu, um — auch ohne alle direkte Bestechung, welche anfangs kaum angewendet wurde — diesen Einflüssen ihre berechtigte Seite zuzugestehen, ohne das Gemeinwohl zu schädigen; und es gehört ein fast unmöglicher Grad von Kenntnissen und Weisheit dazu, alle diese verschiedenen Interessen gerecht zu beurtheilen. Der Gesetzgeber jedoch, wie er im Durchschnitt sein kann, ist ein Gewerbspolitiker, welcher nichts ordentlich gelernt hat außer der Kunst, wie eine Hand die andere wäscht.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das Leichenbegängniß des verstorbenen Genossen Heinsch, welches am letzten Sonntage in Berlin stattfand, gestaltete sich zu einer großartigen Volkskundgebung, obschon es das Berliner Polizeipräsidium für nothwendig erachtete, das Vortragen von Fahnen und sonstigen Emblemen zu verbieten. Ueber das Leichenbegängniß selbst schreibt die Berliner „National-Zeitung", also ein gegnerisches Blatt folgendes:

„Schon kurz nach 2 Uhr war der Platz vor der Thomaskirche dicht erfüllt von zahllosen Männergestalten, die fast durchweg die symbolische „rothe Schleife" angethan hatten, und noch immer kamen von allen Enden Vereine und Gewerkschaften herbeigeströmt, um still und ruhig an der ihnen angewiesenen Stelle Aufstellung zu nehmen. Auch bei dem Dirigiren dieser gewaltigen Menschenmassen zeigte sich wieder die bewunderungswürdige Disciplin der Sozialdemokraten. Ohne jede Störung und ohne jeden Lärm ging die Ordnung der Vereine und Gewerkschaften von Statten und die nicht sehr zahlreich erschienenen Polizeimannschaften hatten nichts zu thun, als hier und da eine eingeschmuggelte Fahne zu entfernen. Pünktlich um 3 Uhr setzte sich der imposante Trauerzug, etwa 8—10,000 Köpfe stark in Bewegung. Etwa 3000, in Reihen zu vier und vier angetretene Parteigenossen eröffneten denselben, dann kam ein Musikcorps, welches, die Worte der „Berliner Freien Presse" von den „ungläubigen" Massen seltsam illustrirend, die feierliche Weise des Chorals „Jesus meine Zuversicht" weithin erschallen ließ, unmittelbar hinterher der offene Leichenwagen. Der einfache schwarze Sarg war mit einer mächtigen rothen Schleife geschmückt, welche die Inschrift trug: „Unserem Freunde Heinsch". Unmittelbar hinter dem Leichenwagen folgten die Führer der sozialistischen Partei, darunter die Reichstagsabgeordneten Auer, Fritzsche, Demmler, Most, die Redaktionsmitglieder des Parteiorgans ꝛc. Ihnen schloß sich der sozialdemokratische Frauenverein unter Führung der Frau Stägemann an, alte und junge Frauen, etwa 500 an der Zahl, einzelne von ihnen sogar noch mit einem Tragekind auf dem Arme. Fast jede einzelne der Frauen trug einen Kranz. Dann reihte sich wieder in unendlicher Kette Kopf an Kopf und der Leichenwagen hatte schon längst die Schillingsbrücke passirt, als auf dem Mariannenplatze sich noch immer die einzelnen Glieder des Trauergeleits aneinderschlossen. Der ganze Zug war eine halbe Stunde lang und gebrauchte 1½ Stunden Zeit, ehe er den Kirchhof der freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee, wo die Beisetzung erfolgte, erreichen konnte. Auf der ganzen Strecke war der Zug von vielen Tausenden Neugierigen umgeben, doch kam keinerlei Störung vor."

Obschon uns von mehreren Seiten über dieses Leichenbegängniß Bericht erstattet wurde, zogen wir es vor, den Bericht der „National-Zeitung" zu veröffentlichen, weil durch denselben konstatirt wird, daß die Heulmeiereien von der „Verrohung der Massen", welche von der gegnerischen Presse gelegentlich losgelassen werden, schmähliche Lügen sind. Der Ernst und die Ruhe, welche die Tausende beobachteten, sowie deren „bewunderungswürdige Disziplin" mögen bei manchem Bourgeois ein unangenehmes Gefühl hervorgerufen haben, weil sich ihm die Ueberzeugung aufdrängen mußte, daß Leute, welche so auftreten, unmöglich eine „irregeleitete, unbewußte Masse" sein können. Den Kalauer betreffs des Chorals wollen wir der „National-Zeitung" schenken, weil jeder Unbefangene einsehen wird, daß es nicht Sache der Sozialdemokraten sein kann, den Begräbnißmusikern Trauermärsche einzupauken. Wie wir von glaubwürdiger Seite erfahren, ist die Zahl 10,000 viel zu tief gegriffen. Den geordneten Zug sollen gegen 15,000 Menschen gebildet haben, während die vier bis fünffache Zahl, gleichsam Spalier bildend denselben zu beiden Seiten der Straßen begleitete und andere Tausende denselben an sich vorbeipassiren ließen. Am Grabe sprachen die Reichstagsabgeordneten Fritzsche, Most, Auer und die Frau Staegemann. Die verschiedenen Arbeitergesangvereine sangen am Grabe die Trauerchöre. Die Berliner Arbeiter haben gezeigt, wie das Volk seine Todten ehrt. Leichenbegängnisse „hoher" Herren können wohl infolge des entwickelten Gepränges eine Menge Neugieriger anlocken, Achtung und Liebe zollt das Volk aber nur Denen, die für Recht und Freiheit in die Schranken traten.

— Gegen den Redakteur der „Berliner Freien Presse", Dentler, welcher wegen diverser „Beleidigungen" seiner Freiheit beraubt ist, wurden nachträglich noch drei Prozesse anhängig gemacht, welche ebenfalls wegen „Beleidigungen" angestrengt wurden. Dentler ist bedenklich krank und kann nur mit der größten Anstrengung einige Schritte gehen; seine tägliche Nahrung besteht aus zwei Milchbrödchen. Trotzdem wird er aber in der äußerst ungesunden Stadtvoigtei belassen, statt ins Lazareth überführt zu werden.

Nun, die Franzosen haben Cayenne und Neucaledonien, wir Deutschen haben die verschiedenen Gefängnisse; den Zweck erfüllen diese so gut wie jene.

Am 12. d. Mts. wurde der verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse", Genosse Richard Fischer plötzlich verhaftet ohne daß demselben eine Zustellung oder Vorladung zugekommen wäre. Es sind gegen ihn zwölf Beleidigungsprozesse, darunter drei Majestätsbeleidigungen anhängig gemacht worden. Fischer hat das genannte Blatt seit dem 29. Januar gezeichnet. Die „Berliner Freie Presse" hat jetzt vier ihrer Redakteure hinter Schloß und Riegel sitzen; Dentler, Finke und Fischer sind in der Stadtvoigtei und Dolinski am Plötzensee einquartirt. Dolinski, der sich seit circa einem Jahre am Plötzensee befindet, erhielt wegen 8 Fällen eine Zusatzstrafe von 5 Monaten und 14 Tagen. Ferner hat Most 3 und Lossau 6 Monate Gefängniß abzubüßen. Durch solche Thatsachen wird die deutsche „Preßfreiheit" gar sonderbar illustrirt.

— Wir haben oft genug darauf hingewiesen, wie unsere Gesinnungsgenossen in den Gefängnissen des „einigen" Deutschen Reiches behandelt werden, daß wir zur Abwechslung einmal der Behandlung notorischer Verbrecher, welche natürlich den „besseren Klassen" angehören, erwähnen können. In Dresden wurde der Advokat Norbert Schmidt, welcher sich der Veruntreuung von ihm in amtlicher Stellung übergebenen Depositen, Unterschlagung von Mündelgeldern ꝛc. in beträchtlicher Höhe (es sollen mehrere Hunderttausend Mark sein) schuldig machte, eingesteckt. Dieser große „Eigenthumszerstörer" wird, wie die „Dresdner Volksztg." berichtet, viel zuvorkommender behandelt als Sozialdemokraten, die ein „politisches Verbrechen" begingen. Das genannte Blatt schreibt unter Anderm: „So konnte man den Mann vergangenen Sonnabend erst um 9 Uhr Nachts aus seiner Wohnung heimgehen sehen. Jüngsten Donnerstag aber konnten die von ihm Betrogenen das Vergnügen haben, ihn Mittags zwischen 1 und 2 Uhr in Begleitung seiner Frau und seiner drei Kinder ganz gemüthlich durch die Stadt promeniren zu sehen. Der ihm beigegebene Gefängnißwärter ging, um den „angesehenen" Sünder nicht zu compromittiren, hübsch voraus, als ob er gar nicht zu seinem Schützling gehörte, und hatte zu allem Ueberfluß, damit er wie ein harmloser Flaneur aussehe, einen großen hübschen Hund bei sich. Um 2 Uhr verabschiedete sich dann der Untersuchungsgefangene von seiner Familie. Der Wärter führte

Aus dem „Buch der Richter".

Das Volk betrat der Heiden Bahn
Im üpp'gen Lande Kanaan,
Vergaß des Herren Zebaot
Und opferte dem Astharot.
Sieh, da erschien dem Gideon,
Des Joas erstgebornem Sohn,
Der Engel, sprach: „Der Herr befahl's,
Zerbrich heut Nacht den Altar Baals
Und haue um die Aschera!"*)
Und was der Herr befahl, geschah.
Da nun der frühe Morgen kam,
Und rings das Volk die That vernahm,
Zog's wüthend vor des Joas Haus
Und rief: Gib deinen Sohn heraus,
Gelästert hat er Astharot
Und Baal, man stein'ge ihn zu todt.
Darauf hub Joas also an:
„Hat schlimm mein Sohn an Baal gethan,
So nehm' er, ist er wirklich Gott,
Selbst Rache, eure wäre Spott.
Ein Gott, der eurer Hilf' bedarf,
Ist keiner!" Also schloß er scharf.
So dumm das Volk sonst, dieses Mal
Sprach's: Du hast Recht, selbst helf' sich Baal!
Und ging nach Haus — die heut'gen Richter —
Nur anzudeuten braucht der Dichter.

Kurt Mook.

*) Eine weibliche Gottheit, ein großer Baumstamm.

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts" [Wpered] Bd. V. London.)

(Schluß)

X.

In den vorhergehenden Artikeln haben wir nur die Fortschritte der Ausbeutung des arbeitenden Volkes auf dem Gebiete der russischen Finanzwirthschaft, sowie auf dem Gebiete der Landwirthschaft besprochen, womit wir nur einen Theil unserer großen Aufgabe erfüllt haben. Wir müßten eigentlich noch die Ausbeutung in den Sphären des Fabrikwesens, der Textil- und Hausindustrie, des Handwerks, sowie des Bank-, Eisenbahn- und Unternehmungswesens besprechen. Da aber unsere Artikel ohnedies schon umfangreich sind, so müssen wir diesen Theil später besonders behandeln. Um aber unser Bild zu vervollständigen, wollen wir hier Einiges über diese ökonomischen Erscheinungen sagen.

Auf dem Gebiete der selbstständig produzirenden Arbeiter, d. h. der Handwerker und der in Rußland so stark verbreiteten Textil- und Hausindustrie finden wir dieselben Erscheinungen, die wir oben, bei Besprechung der Lage der Landwirthschaft, gesehen haben. Das Handwerkerthum, obwohl der Kapitalismus auch auf diesem Gebiet sehr schwache Fortschritte macht, befindet sich im Niedergange, die selbstständigen Arbeiter verarmen. So z. B. befindet sich infolge der Einführung von Maschinen ein sehr großer Zweig der Textilindustrie in stetigem Niedergange. Der Arbeitslohn ist in diesem Zweig um 65 Proz. gefallen, aber die Intensität der Arbeit erhöht worden. Und Dank der Reform gehen die selbstständigen Weber vieler Gouvernements (Wadimir, Moseau, Kaluga und andere) zu Grunde. Dasselbe bemerken wir auch in der Schumacherei. In Kimri (Gouvernement Twer), dem Centrum der Schuhwaarenproduktion, sind in den letzten Jahren mehr als 100 Steppmaschinen eingeführt worden, wodurch die selbstständigen Schuhmacher unterdrückt werden.

Aber wir müssen gestehen, daß unsere Kapitalisten, im Kampfe mit dem selbstständigen Arbeiterthum, selten zu einem solchen Mittel — zur Einführung von Maschinen — greifen. Sie ziehen das althergebrachte Kulakenwesen vor. Sie kaufen die Arbeit der Handwerker und Textilarbeiter, wofür sie letztere selten mit Geld, desto häufiger mit Lebensmitteln bezahlen. Die große Macht der Kulaki, dieser Feinde des arbeitenden Volkes, hat den Lohn der Hausarbeiter auf ein Minimum herabgesetzt. In sehr vielen Orten verdient der Hausarbeiter für seine 14-, 16- und sogar 18-stündige anstrengende Arbeit 20—30 Pf. per Tag. Es giebt auch solche, die in einem ganzen Jahre nicht mehr als sieben Rubel — sage 19 Mark — verdienen.*) Der Fürst Mestschersky erzählt in seinem Buch, daß in Kimri und Pawlowo (die zwei größten und bekanntesten Centren der Hausindustrie) die Hälfte der Bevölkerung aus Bettlern besteht, die von Almosen leben.**)

*) Das russ. Sheffield von Bobarykin. (Vaterländische Memoiren 1877.)

**) Material zur Lage der Textil- und Hausindustrie in Rußland, von Fürst Mestschersky in Medsalowsky, pag. 82.

Der Niedergang der Hausarbeit und der Landwirthschaft treibt ganze Massen des Volkes in die großen Städte, in die Fabriken, wo ihr Loos nicht besser, sondern schlechter ist. Herr Bobarykin bemerkt sehr richtig, daß der beste Pawlower Arbeiter, der für seine 16—18-stündige anstrengende Arbeit nur 33 Kop. (80 Pf.) verdient, den Sträfling im Littauischen Schloß*) beneiden könnte, denn letzterer verdient täglich 40 Kopeken (mehr als 1 Mark), arbeitet weniger Stunden, bekommt bessere Nahrung und eine bessere Wohnung, und dazu noch ärztliche Pflege und Schulunterricht.

Auf dem Gebiete der Fabrikindustrie treffen wir wiederum das Kulakenthum. Um viele Arbeiter heranzuziehen, verspricht der Fabrikant gute Löhne, die er nachher durch verschiedene Strafen oder durch zwangsweise Verabreichung von Lebensmitteln an die Arbeiter herabzusetzen sucht. Wenn das Versprechen nicht hilft, so hilft der Dorfschulze, der Stanovoi, die die Steuern restirenden Bauern den Fabrikanten verkaufen. Die Fabrikarbeiter befinden sich in größter Abhängigkeit von ihrem Fabrikherrn, der die grausamsten „Fabrikordnungen"**) vorschreibt. Jeder Protest seitens der Arbeiter wird durch Auslieferung der „Widerspenstigen" an die Behörde (die in solchen Fällen sehr streng ist) bestraft. Collektivproteste werden als „Aufstand" betrachtet und werden natürlich grausam geahndet. Die Herren Kulaki-Fabrikanten befinden sich unter dem Schutze der Polizei, die auf den ersten Ruf der Kulaki erscheint. Und dann wehe den Arbeitern.

Auf dem Gebiete der Unternehmungen und Gründereien, der Bankgeschäfte, Conzessionen und Aktiengesellschaften herrscht der frech-brutalste Betrug, die schamloseste Verletzung der Gesetze unter Schutz desselben Gesetzes, die unverschämteste Spitzbüberei, der colossalste Diebstahl der gesellschaftlichen Güter sind an der Tagesordnung und dazu noch unter den Auspizien der Regierung.***) Nur auf diesem Gebiete bleiben wir hinter dem

*) Ein Mustergefängniß in Petersburg.

**) Der Contreadmiral Tschichatschew (der Chef der „russischen Gesellschaft für Schiffahrt und Handel"), der Odessa gegen die türkischen Baschi-Bozuks vertheidigte, übertrifft letztere in weit höherem Grade durch barbarische Behandlung der ihm untergebenen Arbeiter. Die türkischen Baschi-Bozuks könnten noch bei ihm in die Schule gehen. Einer der größten Aktionäre dieser Gesellschaft ist der Bruder des Kaisers, Constantin, der General-Admiral der russischen Flotte.

***) Wir haben ein geheimes Cirkulair des Justizministers Grafen Palen, der in diesem Cirkulair die Oberstaatsanwälte auffordert, die krachenden Aktiengesellschaften nicht zu verfolgen, wenigstens nichts in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen .... weil die Aktiengesellschaften dem Staate großen Nutzen bringen. Durch Verfolgung könnte man den Staatskredit untergraben.

seinen Hund nach Hause und darnach ging's wieder ins Gefängniß."

Leute, deren ganzes Verbrechen darin besteht, daß sie für ihre Ueberzeugung eintraten, werden mit Argusaugen bewacht und besonders während der Untersuchungshaft hermetisch abgeschlossen; gemeine Betrüger, welche Wittwen und Waisen bestohlen haben, läßt man frei herumlaufen. Ist bei denen vielleicht nicht anzunehmen, daß sie sich mit ihren Freunden verabreden und den Gang der Untersuchung beeinträchtigen können? Kann man das Volk der Unwahrheit zeihen, wenn es angesichts solcher Vorkommnisse von zweierlei Maß spricht? Gewiß nicht!

— Die Redakteure Strumpen in Duisburg und Schuster in Essen wurden wegen Abdruck einer kurzen Notiz, in welcher die Staatsanwälte eine „Majestätsbeleidigung" erblickten, in Untersuchungshaft genommen und später zu je neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Auch ein dritter Redakteur, Genosse Ostermann, wurde, da er die fragliche Notiz ebenfalls veröffentlichte, gleichfalls eingezogen und befindet sich noch in Untersuchungshaft. Die betreffende Notiz wurde auch in der „Bergischen Volksstimme" in Barmen veröffentlicht und auch richtig inkriminirt. Der Redakteur, Heiland, wurde aber während der Untersuchung auf freiem Fuß belassen und bei der Verhandlung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Ein und dasselbe „Verbrechen" wird auf so verschiedene Weise „bestraft". Drei Staatsanwälte finden es für nothwendig, die Untersuchungshaft zu verhängen, während der Generalprokurator eine „Verdunkelung" nicht fürchtet und den Angeklagten ruhig auf freiem Fuße beläßt. In zwei Fällen erkennen die Richter auf neun Monate Gefängniß, während im dritten Falle drei Monate genügen, um den „Frevel" wieder gut zu machen, und doch haben alle diese Beamten nach einem und demselben Gesetze gehandelt. Eine so verschiedene Auslegung des Gesetzes ist, gelinde gesagt, wenigstens sehr merkwürdig. Die Redakteure Strumpen und Schuster haben gegen das Urtheil appellirt, und wollen wir abwarten, wie das zweitinstanzliche Urtheil ausfallen wird.

— Die Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Nathusius Ludom, des früheren Chefredakteurs der „Kreuzzeitung", wurde von der Wahlprüfungs-Commission des Reichstags einstimmig für ungültig erklärt.

— O welche Lust Soldat zu sein! In Schleswig wurde, wie die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung" schreibt, auf Geheiß eines Feldwebels ein Soldat der 10. Compagnie des 84. Infanterie-Regiments derart geprügelt, daß der Arzt das Hemd des Mißhandelten noch am andern Tage in der Wunde festkleben fand. Der empörende Fall wurde zur Anzeige gebracht, der Erfolg ist abzuwarten.

— Bei der am 3. d. M. in Fürth (Bayern) stattgehabten Magistratswahl wurde der Sozialdemokrat Schrank gewählt. Die ganze „liberale" Presse Bayerns ist ob dieser Wahl entsetzt und lästert in allen Tonarten. Die besitzende Klasse, welche bisher derartige Stellen als ihr ausschließliches Monopol betrachtete, sieht mit Grauen, wie die Sozialdemokraten Position auf Position nehmen und sich in den Aemtern bewähren.

— Auf dem Gute Kawenczym bei Schwarzenau fand vor Kurzem eine „Arbeiterrevolte" statt. Ein Gutsbesitzer behandelte einen seiner Einleger in empörendster Weise, was sich derselbe nicht gefallen lassen wollte. Die beiden Söhne des angegriffenen Arbeiters nahmen für ihren Vater Partei, worauf sich andere Arbeiter anschlossen. Da sich die Arbeiter durch die Grobheiten und Anmaßungen verschiedener Herren nicht einschüchtern ließen, wurde ein Militärcommando aus Gnesen herbeigerufen, welches auch die „Ordnung" wieder herstellte. Die „Rebellen" wurden gefesselt und ins Gefängniß geführt; einige Soldaten sollen Verwundungen davon getragen haben, ob auch Arbeiter verwundet wurden, berichten die „liberalen" Blätter nicht. Die „Ordnung" ist wieder hergestellt, die Gutsbesitzer können die Arbeiter flott weiter ausbeuten, diese aber können weiter hungern, wenn sie nicht gefesselt und ins Gefängniß geworfen werden wollen.

— Der Wiener Polizeibehörde wurde vor Kurzem die „intime Anzeige" (Umschreibung für infame Denunciation) gemacht, daß in Wien eine „geheime Gesellschaft" bestehe, welche sich mit nihilistischer Agitation befasse. Der „Führer", angeblich ein Schriftsteller, wurde verhaftet. Bei der Hausdurchsuchung will die Polizei Bücher, Broschüren und Schriften hochverrätherischen Inhalts confiscirt haben ꝛc. ꝛc. Da sich die österreichische Polizei bei den Arrangements von „Hochverrathsprozessen", Verschwörungen und ähnlichen Lappalien stets gründlich blamirt hat, halten wir auch von dieser neuesten Schauergeschichte nicht viel.

— Das schweizerische Fabrikgesetz erfreut sich, wie dies übrigens auch gar nicht anders zu erwarten war, nicht der Sympathieen der Arbeitgeber, und alle möglichen „gesetzlichen" und ungesetzlichen Mittel werden von ihnen angewandt, dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen. Ein solches „gesetzliches" Mittel sind die Fabrikordnungen, jene „freien" Verträge, die in der Regel außer der ökonomischen Sklaverei auch noch die persönliche Abhängigkeit des Arbeiters von seinem Arbeitgeber bezwecken. Bei der Vampyrnatur des Privatkapitals ist es daher nicht zu verwundern, daß auch die schweizerischen Arbeitgeber, und namentlich die größeren Fabrikanten, sich des „freien" Vertrags — der Fabrikordnung — bedienen, um das Fabrikgesetz illusorisch zu machen und die Arbeiter nach wie vor ganz nach Belieben auf dem Wege Rechtens auszubeuten. Und die Herren Arbeitgeber sind gründlich an die Arbeit gegangen, so gründlich, daß sich der Regierungsrath des Cantons Zürich veranlaßt gesehen hat, durch Aufstellung einer ganzen Reihe von Bestimmungen dem Mißbrauche der Fabrikordnungen vorzubeugen. So löblich nun aber auch die Absicht an sich ist, dem Fabrikgesetz Geltung zu verschaffen, so wird dieses Streben doch immer Absicht bleiben, wenn die Arbeiter nicht selber sich vor Uebergriffen der Arbeitgeber zu schützen wissen, wenn nicht jeder Einzelne von ihnen sich gleichsam als den Hüter des Fabrikgesetzes betrachtet. Es wäre auch gar zu traurig und gereichte den schweizerischen Arbeitern wahrlich nicht zur Ehre, wenn das Fabrikgesetz, um deswillen ein Gesetz ohne Wirkung bliebe, weil die Arbeitgeber es zu umgehen verstanden haben. Aber das ist nicht zu befürchten; es beweist im Gegentheil die Wuth, mit welcher sich die Arbeitgeber auf die Verfolgung einzelner Verfechter der Arbeitersache verlegen, daß ihnen scharf auf die Finger gesehen wird. So z. B. wurde unser Genosse Franz in Zürich in einer Versammlung in Altstetten, in der er als Redner auftrat, durch Messerstiche so arg verwundet, daß er schwerkrank darniederliegt; ferner wurde ein Setzer der schweizerischen Vereinsbuchdruckerei von mehreren gedungenen Strolchen mit Knütteln angefallen und seines Lebens bedroht. Man sieht, die Kapitalistenbestie ist entfesselt, aber die schweizerischen Arbeiter werden mit ihr fertig werden.

— Die Pariser Ordnungsbanditen haben ihren unersättlichen Rachedurst gegen die Anhänger der Commune noch immer nicht gestillt, denn sie fahnden noch immer auf Menschen, die sich am Communaufstand betheiligt haben. Am 25. d. M. wird vor dem Kriegsgerichte der Seine wieder ein Prozeß zur Verhandlung kommen, welcher zeigt, daß die Bourgeois unversöhnlich sind. Ein Mann, welcher nach langer Seereise nach Frankreich wiederkehrte, wurde auf Grund einer gemeinen Denunziation verhaftet und beschuldigt, der Erste gewesen zu sein, der die Generale Clement Thomas und Lecomte „ermordet" hat. Der Beschuldigte stellt dies beharrlich in Abrede und soll die Staatsprokuratur einen vollständigen Identitäts- und Schuldbeweis liefern. Wir kennen die Niederträchtigkeit, mit welcher bei der Aburtheilung der Communekämpfer vorgegangen wurde, und geben die Möglichkeit zu, daß der „Schuldbeweis" erbracht und der Betreffende verurtheilt werden wird, wenn er auch an dem ihm zur Schuld gelegten Verbrechen unschuldig ist. Es ist ja bekannt, daß diese Henker, welche Generalsuniformen trugen, von den eigenen Soldaten erschossen wurden; es ist aber auch bekannt, auf welche Weise die „Schuldbeweise" gegen die Communekämpfer erbracht wurden. Das französische Volk wird sich die Schandthaten merken und die Gewaltmenschen seinerzeit zur wohlverdienten Verantwortung ziehen.

— Der „milde" Czar hat, wie russische Blätter melden, dem Thronfolger einen goldenen mit Diamanten geschmückten Degen mit der Inschrift: „Für die ausgezeichnete Befehligung des Rustschuker Detachements" verliehen. Ein in Juchtenleder eingefaßter Rubel mit der Inschrift: „Für eifrig betriebene Bestechungen" würde die russische Tapferkeit trefflicher beleuchten.

Correspondenzen.

London, 3. März. (Zum Steinhauerstrike.) Während in allen Theilen Englands fortwährend Lohnreduktionen stattfinden, halten die Londoner Steinhauer unverbrüchlich an ihren Forderungen fest. Die Arbeitgeber suchen noch fortwährend Leute und zwar hauptsächlich — da der Import der Deutschen sich nicht recht rentiren wollte — aus Schottland heranzuziehen; das Strikecomité ist hingegen bemüht, die Irregeleiteten, welche auf Grund der ihnen gemachten großartigen Versprechungen hierherkamen, aufzuklären und von der Arbeit fern zu halten; dieser Kampf erfordert selbstverständlich auf beiden Seiten sehr namhafte Opfer. Bei einer Urabstimmung aller Steinhauer Englands, welche kürzlich stattfand, wurde mit überwältigender Majorität der Beschluß gefaßt, die strikenden Steinhauer Londons zum Ausharren aufzufordern und sie nach Kräften zu unterstützen. Der Kassirer des Comités war bis jetzt noch immer in der Lage, den circa 600 Strikenden die regelmäßige wöchentliche Unterstützung auszuzahlen. Am 25. Februar wurde vom Central-Strikecomité einen Aufruf an die Arbeiter Englands versendet. In diesem wird auf die Solidarität der Interessen sämmtlicher Arbeiter hingewiesen und zur Unterstützung der Strikenden aufgefordert. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber bemüht sind, stets neue Arbeitskräfte aus der Provinz heranzuziehen, welche aber größtentheils sehr enttäuscht werden und so bald als möglich in ihre Heimath zurückkehren. Dem Publikum werde von den Arbeitgebern in den Bourgeoisblättern vorgelogen, daß Arbeiter genug vorhanden seien, was jedoch keineswegs der Fall sei. Es seien zwar auf manchen Arbeitsplätzen eine namhafte Zahl Arbeiter beschäftigt; dieselben sind jedoch aus allen Steinbruchsdistrikten Englands zusammengerafft, sind Indifferente, welche sich um die Bestrebungen der Arbeiter nicht kümmern und um jeden Preis arbeiten. Das Comité spricht die Hoffnung aus, daß, wenn ihm die genügenden Geldmittel zukommen sollten, es auch diese Arbeiter von den Arbeitsplätzen entfernen und der gerechten Sache zum Siege verhelfen könnte. Der Aufruf warnt vor den lügenhaften Zeitungsnotizen und fordert besonders die Trades-Unionisten auf, für die Unterstützung der Strikenden einzustehen. Der Aufruf zeigt ferner, daß der Strike noch keineswegs beendet ist. Da die Bauherren die bedingungslose Unterwerfung verlangen und es hauptsächlich auf die Zerstörung der Organisation der Steinhauer abgesehen haben, ist vorauszusehen, daß die Arbeiter den äußersten Widerstand leisten und den Strike im Frühjahre — wo die „Hände" nothwendig gebraucht werden — energisch fortsetzen werden. Ein Herr Bradlaugh, Präsident der Säkularisten-Vereine Englands, agitirt eifrig für eine internationale Vereinigung der Arbeiter und muntert die Wortführer der Trades-Unionisten auf, dafür zu wirken, daß sich die Mitglieder auch am politischen Leben betheiligen. Es wäre dies für die englischen Arbeiter von unberechenbarem Nutzen. Bradlaugh räth auch, die Strikes nicht in der bisherigen Weise zu führen. Man solle, statt zu feiern und kolossale Summen zu verbrauchen, die Arbeit selbst übernehmen und die Summen, welche man bisher gegen ganz geringe Zinsen in der Bank deponirt habe, in dieser Weise zu Gunsten der Arbeiter verwenden. Ueber die fernere Agitation Bradlaugh's werde ich nächstens berichten; wir müssen erst erfahren, ob er echtfärbig ist oder nicht.

Wie die Dinge stehen, ist begründete Hoffnung vorhanden, daß der Ausgang des Strikes ein den Arbeitern günstiger sein wird. Was die Geldmittel betrifft, reichen dieselben für längere Zeit aus. In Folge des obenerwähnten Beschlusses sandte eine schottische Societät sofort 200 Pfd. Sterl. und ist begründete Hoffnung vorhanden, daß die Unterstützungsgelder zahlreich einlaufen werden. V.

---

entwickelten westeuropäischen Kapitalismus nicht zurück. Bemerkenswerth aber ist es, daß in denjenigen Staaten, in welchen der Kapitalismus am höchsten entwickelt ist, weniger solcher Mißbräuche vorkommen. Hier findet das „Kapital" in sich selbst genug Lebenskraft zu seiner Funktionirung und zum Kampfe mit den ihm feindlichen ökonomischen Elementen. England ist in dieser Hinsicht, verglichen mit Rußland, ein Paradies. Je weiter nach dem Osten und Westen von England, desto öfter sucht das „Kapital" zu seiner Unterstützung eine außer der kapitalistischen Sphäre liegende Kraft. In Frankreich z. B. mußten die Börsenspekulanten und Bankiers, wie Pereire, Morny, Napoleon III. und andere, in der Staatsgewalt eine Stütze suchen, um ihre Börsengelüste zu befriedigen. In Deutschland ist das Gründerthum und Börsengeschäft in voller Blüthe, besonders aber in Berlin und Wien. Aber der berühmte „Eisenbahnkönig" Dr. Strousberg konnte seine Kräfte nur in Rußland entfalten.*) Nur hier war es ihm möglich, ein unbearbeitetes aber fruchtbares Feld für seine Betrügereien zu finden; nur hier konnte er würdige Alliirte unter den verschiedenen Staats- und anderen Räthen finden. Nirgends in der Welt (außer Nord-Amerika, das in dieser Hinsicht mit Rußland wetteifern kann) hat die Börsenspitzbüberei eine solche hohe Bluthe erreicht wie in Rußland — eine Blüthe, die sich unter Auspizien der höchsten Würdenträger des Staates und der Prinzen aus dem Kaiserlichen Hause befindet.

Gleich nach dem Tode des „unvergeßlichen" Nicolai, also mit dem Erlöschen der Kasernenmonarchie und mit der in's Leben tretenden Monarchie des Betrugs und der Unternehmungen — erwachte in den höheren Ständen das Verlangen nach Profit und Gewinn, und sie forderten für sich Staatshilfe. Noch im Jahre 1858 schrieb ein Petersburger Correspondent in den „Kolokol" (Glocke): „Neulich wurden hier Aktien einer neuen Feuerversicherungs-Gesellschaft vertheilt. Der größte Theil dieser Aktien wurde von dem Gründer dieser Gesellschaft, dem Petersburger General-Gouverneur Ignatieff (vor dem Krieg von 1877 Botschafter in Constantinopel), der Kaiserin, den Prinzen und Großfürsten vertheilt. Bei uns, d. h. nicht bei uns in Rußland, sondern bei Hofe, nennt man das die Volksindustrie unterstützen." Und diese Unterstützung der „nationalen Industrie" seitens der Großfürsten und der Romanows', seitens der hohen und höchsten Würdenträger des Staates dauert bis auf den heutigen Tag fort.

Selbstverständlich können unsere edlen Ritter „von der Börse und Gründerei" nicht so ruhig und sicher schalten und walten wie ihre ausländischen Genossen, denn es fehlt ihnen noch etwas . . . nämlich ein freies Proletariat, und diese Bedingung muß geschaffen werden.

* * *

Und so fehlt allen unsern Unternehmern, von dem kleinen Bauern-Kulak bis zum Fürsten-Börsenspekulant, nur ein freies Proletariat. „Zerstört und vernichtet den Geist der Gemeinschaftlichkeit im Volke, erleichtert den Uebergang des kleinen Besitzthums in die Hände des Großbesitzers — hört man von allen Seiten sagen, dann wird alles nach Wunsch gehen." Und alle Ausbeuter klatschen Beifall.

Auch unsere „Reformatoren" sehen es ein und gehen auf dieses Ziel los. Die jetzige unerträgliche Lage kann nicht lange dauern, und wir befinden uns am Vorabende der Krisis. Das russische Volk und seine Ausbeuter müssen endlich eine endgültige Entscheidung herbeiführen. Die Waluiew'sche Commission hat doch bewiesen, was sie gewünscht, daß nämlich die alten Zustände weggeräumt werden müssen, und daß die Landwirthschaft, anstatt Schritt mit dem Wachsthum der Bevölkerung zu halten, im Rückgange sich befinde. Und dasselbe treffen wir in allen Sphären des ökonomischen Lebens des russischen Volkes. Die Praxis der letzten zwei Decennien hat uns gezeigt, daß mit Palliativmittelchen hier nichts zu machen ist.

Aus der herrschenden schweren ökonomischen Lage herauszukommen giebt es nur zwei Auswege. Unsere „Reformatoren" hoffen, die Herren der Lage zu bleiben; sie warten nur den Moment ab, um das „neue Gebäude" zu krönen. Sie urtheilen sehr schlau, daß das physisch und geistig ausgesogene und ausgebeutete Volk in jede Falle gehen werde. Die Vernichtung seines gemeinschaftlichen Besitzes an Grund und Boden würde der Coup de grace (der Gnadenstoß) sein, womit die vermeintlichen Wohlthäter des Volkes elende Existenz und des selbstständigen Bauern schmerzlichen Todeskampf beseitigen werden. Aber mit diesem Schlag werden sie das ganze Bauernthum vernichten. Der Landarbeiter wird ein neues Leben anfangen, das anfangs ihm vielleicht gefallen wird, da man ihn durch „hohe" Löhne, durch Verminderung der Steuern und Abgaben, durch Gewährung persönlicher Freiheit u. s. w. heranzulocken suchen wird. Aber auch das wird nicht lange dauern und die freien Arbeiter werden sich in ein heimath- und obdachloses Proletariat verwandeln.

Die „Reformen" müssen ganz reformirt werden, wenn Rußland auf dem Wege des westeuropäischen Fortschritts zu schreiten gesonnen ist. Nur nach Vernichtung des Assoziationsgeistes und -Besitzes ist ein Fortschreiten à la Westeuropa möglich. Erst dann wird es möglich sein, viele Fabriken zu errichten, die Felder besser zu bearbeiten, mit einem Worte die echte Industrie einzuführen. Das der erste Ausweg. Aber, wie gesagt, es giebt noch einen zweiten.

In der jetzigen Periode der ökonomischen Entwickelung ist die Großproduktion eine unentbehrliche Existenzbedingung eines jeden Staates, der sich zu den civilisirten zählen will; die Großproduktion ist aber nur nach dem Prinzip des Kapitalismus oder nach dem des Assoziationswesens möglich. Die Liebhaber fremder Arbeit, die „Reformatoren" wollen Rußland auf den Weg des ersteren führen. Aber wenn das russische Volk sich selbst an die Lösung der verhängnißvollen Frage unseres Jahrhunderts machen, wenn es selbst seine Geschicke in die Hand nehmen, wenn es aus sich selbst ein Element des bewußten und solidarischen Kampfes für seine eigenen Interessen herausarbeiten und für ein mächtiges und organisirtes Auftreten gegen seine Ausbeuter sorgen wird, dann, es ist kein Zweifel, dann wird das große welthistorische Dilemma auf eine andere Weise gelöst werden. Dieses Dilemma wird voll und ganz die Liquidation der alten Pflichten herbeiführen, die seit Jahrtausenden auf den Schultern der Arbeitermassen lasten und die durch plumpe und geschickte Sophismen der modernen Pharisäer vertheidigt werden; eine Liquidation aller alten Vorurtheile und Verirrungen des Volkes, das Jahrhunderte hindurch systematisch und durch alte und moderne verkäufliche Schriftsteller verdummt wurde; endlich — eine Liquidation alles Abscheulichen und Niederträchtigen, Dummen und Unlogischen, Ungerechten und Unsittlichen, das im Laufe der Jahrhunderte so sorgfältig genährt, geschützt und unterstützt wurde .... um dann durch eine bessere Organisation der Gesellschaft, getragen durch bessere Prinzipien, ersetzt zu werden — durch Prinzipien der Gerechtigkeit.

Bei der nächsten Zukunft muß das russische Volk eine endgültige Antwort auf die verhängnißvolle Frage geben. Mit jedem Tage nahet die Stunde der Entscheidung.

Wer wird in diesem ungleichen Kampfe Sieger bleiben?

Selbstverständlich derjenige, der den Plan seiner Thätigkeit und seines Handelns am besten durchdacht hat, der sich seiner Aufgabe bewußter ist und sich ihr selbstlos hingiebt.

Aber unsere „Reformatoren" sind auch thätig und rührig. Ihre Ziele sind ihnen bewußt und genau bekannt. Die Mittel sind in ihren Händen; ja sie sind vorbereitet und von der Geschichte ihnen überliefert. Ihre geistige Schwäche und ihr Egoismus werden im kritischen Momente der Energie und Selbstlosigkeit des Volkes weichen müssen, wie uns an mehreren Beispielen die Geschichte zeigt.

*) Auch Wien wollte nicht hinter Berlin zurückbleiben und schickte seinen Gründer-Pionier Ofenheim nach dem Osten, nach Rumänien.

Lübeck, 11. März. Da sich bei unserer Arbeitseinstellung die Arbeiter bis jetzt musterhaft gehalten haben und wir Aussicht haben unsere Forderungen durchzubringen und über die Anmaßung der Arbeitgeber zu siegen, ersuchen wir die Genossen, den Zuzug noch strenge fernzuhalten und uns auch materiell zu unterstützen. Etwaige Sendungen sind zu richten: an B. Sien, Ratzeburger Allee Nr. 36, Lübeck.

Leipzig, 7. März. Das zu Ende verflossenen Jahres aus directen Wahlen hervorgegangene hiesige Gewerbe-Schiedsgericht hat am 1. März seine Thätigkeit begonnen, und merkwürdig, gleich die ersten fünf Klagen, die an diesem Tage zur Verhandlung kamen, gingen von Arbeitnehmern aus und endeten auch zu deren Gunsten. Diese Thatsache dürfte besonders Denjenigen zu denken geben, die ob der „Unbotmäßigkeit" der Arbeiter und deren vermeintlichen Neigung zum Contractbruch die Welt seither mit ihrem Geschrei erfüllten und gesetzliche Schutzmaßregeln gegen die Arbeiter verlangten. Für jeden denkenden Menschen zwar stand und steht es von vornherein fest, daß die Arbeiter das größte Contingent an Klägern stellen werden, sintemalen die Arbeiter es sind, welche als die Ausgebeuteten und Unterdrückten sich der Uebergriffe und Ausschreitungen der Arbeitgeber zu erwehren haben und nicht umgekehrt. Bedürfte es übrigens noch eines weiteren Beweises für diese Thatsache, so brauchte hier nur auf Hamburg verwiesen zu werden, wo das gewerbliche Schiedsgericht im Monat Februar 206 Klagen zur Erledigung brachte. Von diesen 206 Klagen gingen nämlich 194 von Arbeitnehmern und nur 12 von Arbeitgebern aus. Wer also ist es, der des gesetzlichen Schutzes bedarf? Doch sicherlich nicht die Arbeitgeber, die nach ihm wie besessen verlangen. — Gleichzeitig sei hier noch bemerkt, daß sich die hier stark vertretenen Buchbindergehilfen mit einer Petition an den Rath von Leipzig gewandt haben, in welcher sie Beschwerde darüber führen, daß sie in dem Schiedsgerichte unvertreten seien. Die Beschwerde ist an sich begründet, aber der Rath kann in der Zusammensetzung des Schiedsgerichts nicht eigenmächtig handeln. Die nächsten Wahlen allein können diesem Uebelstande abhelfen.

Zwickau. (Zur Lage der Bergarbeiter.) Die Ausbeutung der Arbeitskräfte wird hier in einer Weise betrieben, wie solche wohl schwerlich anderwärts einen Concurrenten finden dürfte und liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß auch hier, wie so vielfältig vorkommt, es die Söhne des Volkes sind, die sich durch günstige Umstände der anstrengenderen Arbeit zu entziehen wußten, da deren Charakter sich eignete, einen Dressurposten zu vertreten, und nun ihren Mitmenschen zur Geisel werden. Da wir nicht glauben, daß in allen Fällen es in dem Willen derer Vorgesetzten liegen kann, eine derartige Ausbeutung zu unterstützen, so übergeben wir Nachfolgendes der Oeffentlichkeit.

Auf dem Zwickauer Brückenbergwerkschacht ist in der Kohlenwäsche im Monat Januar fast täglich von früh 4 und 5 Uhr an ununterbrochen bis Abend 8 Uhr gearbeitet worden, ohne dem Arbeiter die gehörige Zeit zu Frühstücks-, Mittags- und Vesperbrod zu lassen. Kommt ein Arbeiter dagegen zu spät, so verfährt der Aufseher mit unerbittlicher Strenge und werden derartige Versehen mit 1 Mk. bestraft. Die hierbei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind meistentheils im jugendlichen Alter, aber auch Mütter, Wittwen und Greise in sehr hohem Alter sind vertreten. Der betreffende Aufseher geht mit wahrer zuchtmeisterlicher Strenge vor, deshalb sind die Arbeiter in ihrer knechtischen Furcht, die allerdings durch den Mangel an Arbeit und das notorische Elend, in dem sie sich befinden, zu entschuldigen ist, so feige und zurückhaltend, daß sie sich gar nicht getrauen, wegen der Ueberstunden anzufragen, da ihnen nur zu bekannt, daß die einzige Antwort in ihrer Entlassung bestehen würde.

Dagegen muß es ein sehr hübsches Ding sein, für so einen Aufseher mit monatlich 120 Mk. Gehalt, sich durch die Ueberstunden der Arbeiter, da er die Kohlenwäscherei in Akkord hat, vielleicht noch die Hälfte des Betrages desselben aus diesen herauszuschlagen. Und dabei hört man nicht, daß ihm von der Direktion „Theilerei" vorgehalten wird, wie es wohl dann und wann den Arbeitern, in deren Schweiß sich getheilt wurde, von Seiten der Aktionäre passiren kann. Der Zweck dieses ist, die Direktion genannten Werkes zu der Erklärung zu veranlassen, ob sie mit dem Treiben ihres Aufsehers und mit dieser Art Ausbeutung der Arbeitskräfte einverstanden ist. Wenn nicht, diesem Gebahren Einhalt zu thun und den hilflosen Arbeitern Schutz zu verleihen, im entgegengesetzten Falle wir uns veranlaßt fühlen würden, sie im Einverständniß mit ihrem Herrn Aufseher zu halten und die Arbeiterpresse zum Schutze gegen derartige Ausbeutung anrufen würden.

Berne, 6. März. „Unser" Großherzog, der am 3. d. M. das Jubiläum seiner 25jährigen Regierung über Oldenburg feierte, erhielt an diesem Tage von den Amtsräthen von Berne, Elsfleth und Brake ein Geschenk, bestehend in vier braunen Stuten oldenburgischer Race im Werthe von 7920 Mk. Sicherlich wird als Gegendienst ein Orden nun nicht ausbleiben. Aber es entsteht dann doch die Frage, wer denn diese Herren Amtsräthe ermächtigt hat, auf Kosten der Steuerzahler ein so theures Geschenk zu verabreichen, und ob es nicht weit zweckmäßiger gewesen wäre, diese hohe Summe zur Instandsetzung der von hier nach Weserdeich führenden Chaussee zu verwenden, die im Winter für Fuhrwerke nur schwer zu passiren ist? Dem Großherzog fehlt es doch sicherlich an Pferden nicht, und wenn er an diesen nützlichen Thieren Mangel leidet, so ist er immer noch reich genug, sich solche selber zu kaufen.

Offenbach, 8. März. Der Schuhmacherstrike nimmt einen erfreulichen Fortgang, und haben wir die beste Hoffnung auf Erfolg. Die Arbeiter sind einfach nicht im Stande, mit dem Lohne, den die Fabrikanten zahlen wollen, leben zu können. Die meisten Ledigen sind bereits abgereist, selbst mehrere Familienväter haben es vorgezogen, sich anderwärts um Arbeit umzusehen. Die Fabrikanten wenden alle Mittel an, um die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen. So lassen sie die Arbeit auswärts, meist im Odenwalde, anfertigen, obschon sie mehr an Arbeitslohn bezahlen müssen, als die Arbeiter bisher erhielten und obschon die Arbeit schlechter gemacht wird. Die „Herren" können rechnen; sie wollen die Arbeiter zum Nachgeben zwingen, wollen sie aushungern, und deshalb zahlen sie, um sich den spätern Profit zu sichern, den auswärtigen Arbeitern für die Dauer des Strikes einen etwas höheren Lohn. Für die „Arbeitgeber" ist nichts ansteckender als das Bestreben, Lohnreductionen vorzunehmen. — Die Schriftgießer wollen dem Beispiele der Schuhwaarenfabrikanten folgen und eine Lohnreduction von 20–40 Proc. einführen. Selbstverständlich sind die Arbeiter nicht einverstanden und steht — wenn die Arbeitgeber mit der erwähnten Maßregel hervortreten sollten — eine Arbeitseinstellung bevor. — Für die strikenden Schuhmacher ist moralische und pecuniäre Unterstützung erwünscht.

Bolanden, 26. Februar. In unserer sonnigen Rheinpfalz sieht es recht trüb aus. Wenn dies blos auf die natürlichen Verhältnisse anwendbar wäre, so bliebe uns sichere Hoffnung, daß bald die Frühlingssonne die winterlichen Nebel verdrängt; würde nur auch bald die Sonne der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit die vorsündfluthlichen Nebel vertreiben. Unsere Agitation ist rührig, aber der Einfluß der Gegner, die auf jede Weise uns verdächtigen, ist sehr groß. Nicht allein in Bierhäusern, sondern auch in den Gerichtssälen kommt es vor, daß man sich erlaubt, über die Sozialdemokraten herzufallen, wie seiner Zeit über die Ketzer. Kürzlich habe ich gehört, wie ein protestantischer Advokat, der nebenbei noch Synodalmitglied ist, in einem Civilprozeß den Gegner deshalb als weniger glaubhaft hinstellte, weil derselbe in keinen guten Vermögensverhältnissen ist und sich der Sozialdemokratie angeschlossen hat, dieses geschah am 25. Januar im Jahre 1878 in dem Sitzungssaal des Bezirksgerichts Kaiserslautern. Dieser Advokat befindet sich ganz wohl bei der heutigen Gesellschaftseinrichtung, denn er „verdient" jährlich ca. M. 18,000 durch Prozeßführung. Durch ein derartiges Treiben werden aber die Sozialdemokraten nicht ausgerottet, sondern vermehrt und auch den Beschränktesten werden bald die Augen aufgehen, daß die heutige Weltordnung sehr gut ist für die „oberen Zehntausend", daß sie aber durchaus Nichts taugt für das in jeder Beziehung geknechtete Volk. Der jetzigen Gesellschaft können wir getrost zurufen: Nur immer zu gewuchert, betrogen, geschwindelt ꝛc., je ärger ihr's treibt, um so früher kommt das Ende.

Grafenberg, 4. März. Der „Düsseldorfer Volkszeitung" hängt der Himmel voller Geigen. Das gegenwärtig in voller Blüthe stehende Kriegshandwerk nämlich hat zur Folge gehabt, daß dem Kanonenkönig Krupp aus verschiedenen Ländern namhafte Bestellungen auf Mordwaffen aller Art zugegangen sind, und dieser eine Umstand genügt, in der „Düsseldorfer Volkszeitung" die Conjunktur der deutschen Industrie im rosigsten Lichte erscheinen zu lassen. Es ist richtig, daß Krupp Arbeiter massenhaft engagirt, aber Essen ist nicht Deutschland, entzückte Düsseldorfferin. Uebrigens hat es mit diesen Engagements seine eigene Bewandniß. So z. B. werden Arbeiter, die nicht 25 Jahre alt und solche, die über 40 Jahre alt sind, bei Krupp gar nicht angenommen, und die Anzustellenden müssen sich erst einer genauen ärztlichen Untersuchung unterwerfen, und wenn man nur ein einziges körperliches „Gebrechen" an ihnen entdeckt, wird ihnen die Thür vor der Nase zugeschlagen. Mit der „günstigen Conjunktur" wäre es also nichts. Diese wird überhaupt so lange auf sich warten lassen, so lange der Völkerfriede nicht für immer gesichert ist, was natürlich erst dann der Fall sein wird, wenn an Stelle der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft die sozialistische getreten ist. Dann erst wird in Wahrheit von einer „günstigen Conjunktur" der Industrie die Rede sein können, obschon das Waffenhandwerk dann zu den „brodlosen Künsten" herabsinken dürfte.

Hainichen, 10. März. Montag den 4. März fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse M. Kaiser aus Dresden über die Tagesordnung: „Die Reichszustände und Fürst Bismarck" referirte. In fast zweistündigem Vortrage unterwarf Redner die heutigen Zustände des Reichs einer scharfen Kritik, geißelte besonders das Projekt der Tabaksteuererhöhung, und sprach sich überhaupt gegen alle indirekten Steuern aus. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden. Wir werden von Zeit zu Zeit Versammlungen einberufen, werden dem Volke zeigen, wie von den sogenannten „Volksvertretern" die Interessen der Wähler gewahrt werden und sind überzeugt, daß wir bei der nächsten Wahl unsern Wahlkreis für einen sozialdemokratischen Vertreter erobern werden, denn es heißt jetzt schon allgemein: Penzig wird nicht wieder gewählt werden.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Briefkasten

der Expedition. E. D. Berlin: Bestellen Sie in Straßburg bei der Post oder einer Buchhandlung. [illegible]

Quittung. Schlts Saarbrücken Ann. 1,00. Hrmnghs St. Louis Ab. 83,07. Lgs Hannover Ann. 1,10. Kchnrlr Hof Ab. 11,10. Tlt Neidenburg Schr. 10,00. Hch Frankfurt Ab. 8,80. Rtr Darmstadt Ab. 50,00. Mr hier Ab. 0,60. Lppl Kaiserslautern Schr. 8,56. Hllbrnd Teplitz Ab. 3,42. Wlthr Kiel Schr. 27,70. Hbr Meißen Schr. 0,60. Ttlbn Alfeld Schr. 2,20. Brs Boitwarden Schr. 2,00. Engl Reudnitz Ab. 1,00. Bsch hier Schr. 1,60. J. E. Augsburg Schr. 8,00.

Hannover. Freitag, den 15. März, Abends 8 Uhr: **Sitzung der Vorstands- und Festkommissions-Mitglieder** in meiner Wohnung Mittelstr. Nr. 11. H. Rudolph. (40)

Sonnabend, den 16. März, Abends 8½ Uhr im Vereinslokale, Mittelstr. Nr. 11: (F 167)

Oeffentliche Versammlung
des sozialdemokr. Wahlvereins. (70)
Tagesordnung: Vortrag von Herrn Kaiser.
Der Vorstand.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein, (50)
Nächsten Sonntag, Nachmittag 4½ Uhr: Vortrag von Herrn **Dr. A. Specht** aus Gotha im „Eldorado", Pfaffendorferstraße, „Ueber den Ursprung des Menschen" mit bildlichen Erläuterungen. — Entree für Gäste 25 Pf., für Damen und Mitglieder 15 Pf

Leipzig. Sonnabend, den 16. März, Abends 8 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, Gr. Windmühlenstr. 7:
Hauptversammlung
der Abonnenten des „Pionier" und der Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse des Bundes der Tischler und Berufsgenossen.
Tagesordnung: 1) Endgültige Beschlußfassung über die Statistik. 2) Verschienenes. (80)
Das Erscheinen aller Interessenten erwartet **Der Einberufer.**

Leipzig. Die **Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig u. Umgegend** hält **jeden Sonnabend** in der Thiemeschen **Brauerei** (Tauchaerstraße Nr. 12) seine **Versammlung** ab. Daselbst werden neue Mitglieder aufgenommen. [40

Meine eheliche Verbindung mit **Karolina Thielsch** aus Neuhof b. Oels zeige hiermit allen Parteigenossen und Freunden ergebenst an.
Waldenburg i. Schl., 3. März 1878.
1,20] Josef Lustig, Schneider.

Ein Parteigenosse, der schon als Redakteur thätig war, sucht bei einem Parteiblatte in der Redaktion oder Expedition unterzukommen. Offerte unter R. besorgt die Exped. d. Bl.

Von der Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Rede Bebels
über die Anträge betr.
Abänderung der Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetz)
in der Reichstagssitzung vom 18. April 1877.
Preis 10 Pfg. (3a)

Soeben ist erschienen:

Geschichte der Commune von 1871.
Von **Lissagaray.**
Preis im Buchhandel 6 Mk. Für Arbeitervereine bei direktem Bezuge 4 Mk., in Partien 3 Mk.
25 Bogen gr. 8.

Das Erscheinen des Werkes ist dadurch verzögert worden, daß die deutsche Uebersetzung nach dem für die noch nicht erschienene zweite französische Auflage vom Verfasser bearbeiteten Original hergestellt ist.

Es wird mit diesem Werke zum ersten Male eine auf die vorhandenen Aktenstücke und auf die sorgfältigsten Untersuchungen des Verfassers begründete authentische Geschichte der Commune von 1871 geboten. Der Verfasser verfährt ohne jede andere Rücksicht als diejenige auf die Wahrheit. Mit derselben Treue und Schärfe, mit der er die großen und heroischen Züge der Communebewegung schildert, entwickelt er die Ursachen der Niederlage. (2b) [1,50

Braunschweig. **W. Bracke jr.**

Wichtig für jeden Geschäftsmann und Gewerbsgehilfen!

Bei Sturm u. Koppe in Leipzig erschien und ist durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

Rathgeber für Gewerbtreibende. Inh.: 1) **Deutsche Sprachlehre,** zum Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht fest sind. 2) **Briefsteller,** welcher über 400 Briefmuster für die Gewerbtreibenden und außerdem alle nur denkbaren Verträge, Dokumente, Geschäftsaufsätze, Klagschriften ꝛc. enthält, die bei dem Gewerbstande vorkommen. Es ist dadurch Jedem leicht gemacht, seine schriftlichen Arbeiten nach diesen Mustern anzufertig n. 3) **Buchhaltung.** 4) **Fremdwörterbuch.** 5) **Samml. v. Gelegenheitsgedichten.** 6) **Die für Gewerbtreibende wissensnöthigsten Reichsgesetze.** 7) **Notizen über Gold-, Silber- u. Papiergeld,** mit Werthangabe des Geldes aller Staaten. 8) **Das neue Maaß- u. Gewichtssystem** v. Deutschland und allen Staaten der Erde. 9) **Brief-, Packet- u. Depeschen-Portotarif.** 10) **Statist. Uebersicht aller Länder der Erde.** 11) **Ortsbeschreibung** der vorzügl. Städte von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz ꝛc. 12) **Reiserouten** durch Deutschland, Oesterreich, die Schweiz ꝛc. 13) **Der Schnellrechner beim Ein- u. Verkauf.** 14) **Das Reichsstrafgesetzbuch.** 3 verb. Aufl. Pr. broch. 4 M., geb. 4½ M. [600

Siebente Auflage!
Soeben erschien bei **C. Grillenberger** in **Nürnberg:**
Jesus von Nazareth.
Historische Studie von **G. Lommel.**
7. Auflage.
Dieses Schriftchen, 1847 bei Robert Blum in erster Auflage erschienen und vielfach confiscirt, ist in jetziger Zeit der pfäffischen Agitation als Gegengift ganz besonders geeignet.
Preis 40 Pfg.
Auswärtige Besteller wollen 50 Pfg. in Briefmarken einsenden.
Bei Partien-Abnahme bedeutenden Rabatt.

Durch uns ist zu beziehen:
Das lebensgroße Brustbild
Ferdinand Lassalles.
Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen:
Volksstaat-
Fremdwörterbuch.
Enthaltend
mehr als 12,000 Fremdwörter
mit
zutreffender u. verständlicher Erklärung
und genauer Angabe der richtigen Aussprache und Betonung der Wörter.
Geheftet 50 Pf., geb. 65 Pf.
Exp. d. Vorwärts.

Central-Wahl-Comité.
Alle **Briefe** ꝛc. für das Comité sind von nun an zu richten an
C. Derossi, Holzdamm 42.
Geldsendungen sind wie bisher an **A. Geib,** Rödingsmarkt 12 zu adressiren.
Hamburg, 23. Februar 1878.
J. A.: C. Derossi.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des **„Vorwärts"** von uns zu beziehen.
Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.
Leipzig. **Expedition des Vorwärts.**

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Citybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str
London W.: C. Hentze, 8 New Golden Square.

Nr. 32. Sonntag, 17. März. 1878.

Erinnerung an 1848.

Gedenkt des Tags der Freiheitssaat, die 30 Jahr' schon ruht;
Die deutsche Bürger einst gesä't mit hohem Opfermuth.
Es trat der Feinde Fuß darauf mit Uebermuth und Hohn;
Mit Willkür überschwemmte sie die freche Reaktion.
Es kam die Zeit der finstern Schmach. Der Büreaukratentroß
Der stampfte wild das Saatenfeld — er saß auf hohem Roß.
Mit Würde und mit Völkerrecht trieb er ein frevles Spiel;
Die Freiheitskämpfer trieb er fort ins Zuchthaus und Exil.

Es kam die Zeit der Frömmigkeit mit ihrem Nebeldunst,
Die Zeit des Kirchenregiments. Dem Heuchler ward die Gunst.
Wer höhern Orts gefallen wollt' und gelten als Talent,
Erheuchelte die Frömmigkeit, und schwor auf's Sakrament.
In Kinderherzen ward erstickt jed' unbequemer Keim;
Man leuchtete der Wissenschaft mit Kirchenlichtern heim.
Auf allen Schulen lagerte die Geistesfinsterniß.
Die Nation zerklüftete und zeigte manchen Riß.

's Jahr dreiundsechszig kam herbei mit seinem Februar.
In Preußens Landtag war das Recht in ernstlicher Gefahr.
Im Sechsundzwanzigsten da frug man mit Bescheidenheit:
„Wie weit der Herr Minister treib't die Russenfreundlichkeit?
Warum an Ostens Grenze dort ein ganzes Heer mobil?
Warum in deutscher Friedenszeit das theure Waffenspiel?"
Der Herr Minister sprach mit Groll die schroffe Antwort aus;
Es wüte ein Entrüstungssturm gewaltig durch das Haus.

Aus seiner Russenfreundlichkeit gedieh Tyrannensieg.
Für Deutschland folgte bald darauf mit Dänemark ein Krieg:
Dem meerumschlung'nen Holstenland bracht' eine tapfre Schaar
Mit Säbel und mit Kugelrohr — die Bruderliebe dar.
Und während noch in Holsteins Gau'n das Land vom Blute naß,
Da folgt' dem Bruderliebekrieg ein Krieg aus Bruderhaß.
Darauf erscholl ein Friedenslied in zweifelhaftem Ton,
Und man vollzog mit Freundlichkeit die Bruderannexion.

Dem Kriege folgte nochmals Krieg und Milliardenfluth;
Auch Siegesfeste, Dotation und wilde Gründungswuth.
Und endlich folgte Krach auf Krach und arbeitslose Zeit;
Auch Invaliden-Jammer, Noth und Elend weit und breit.
So schritten diese dreißig Jahr im wilden Sturmeslauf,
Das Volk erschöpfend, fort und fort, den Zeitenweg hinauf.
Doch jetzo stehn wir rathlos da, nicht ferne vom Ruin
Und sehen schweres Kriegsgewölk aufs neue näher ziehn.

Den Russen — welcher oft das Volk zur Massenschlachtbank führt
Und Völkerhaß und Kriegesbrand zu hellen Flammen schürt —
Den trifft wohl schließlich selber noch Bedrängniß, Mißgeschick,
Dann wirft er auf das deutsche Land den grausen „Freundes"blick.
Doch braucht er Hülfe und Sukkurs bei seinen Metzelei'n,
Und ladet Dich „Verbündeten" und Nachbar dazu ein,
Dann deutsches Volk von Nord und Süd, von Osten und von West,
Erhebe Dich und schaare Dich zum donnernden Protest.

Nicht Kleinmuth, nicht Bescheidenheit sei Dir ein Willenszwang,
Was je Dein Sinn für Recht erkannt, das bring zu Wort und Klang.
Und wer sich elend, niedrig dünkt, er breche diesen Bann;
Der Schuft nur fühle Niedrigkeit, der Ehrliche sei Mann.
Er sitze nicht am Aschenherd in Lethargie versenkt,
Er sammle sich zu mächt'ger Schaar, die Volksgeschicke lenkt.
Er schaff', daß der Erkenntniß Licht zu jedem Orte dringt,
Und daß der Freiheit helles Lied in jeder Hütte klingt.

Wir leben in der Eisenzeit, dies merkt ein Jeder wohl,
Der Kriegeswaffen ehrner Klang ertönt von Pol zu Pol.
Die Eisenfaust zahlt den Tribut, den man dem Kriegsgott zollt;
Und ehern ist der Würfel auch, der unaufhörlich rollt.
Und ehern ist das Lohngesetz, das unser Wohl entzieht,
Doch ehern auch die Willenskraft, die uns im Herzen glüht.
Halb Säbelsklav', halb Lohnessklav', und dabei Freiheitsschein —
Ha welcher Hohn! — So ist es jetzt, so soll's nicht immer sein.

Seht, vor uns liegt ein Saatenfeld, vor 30 Jahr'n bebaut;
Das haben uns die Kämpfer einst als Erbe anvertraut.
Auf, auf! Wie lange wollet Ihr noch müßig dabei stehn,
Auf, tretet dieses Erbe an, denn Ihr seid majorenn.
Der Freiheit helles Banner winkt, es rauscht: Gerechtigkeit!
Wer Männerstolz und Ehre fühlt, sei seinem Dienst geweiht.
Auf! Haltet und entfaltet es, dies Banner groß und rein,
Und — Nieder mit der Reaktion! — soll unser Wahlspruch sein.

Charlotte Westphal.

Ein Carnevalsscherz.

(Schluß)

Der Urzustand der Menschheit, ein bis jetzt noch nicht ganz genau bekanntes Ding, ist unserer „deutschen Frau" vollständig klar, und wer es noch nicht weiß, der merke es sich: „Fehlt der Frau der Halt der Familie, so geht sie geistig und moralisch unter. Sie sinkt herab in den Urzustand der Menschheit, wie Türkinnen, Serbierinnen und einzelne amerikanische Bewohner das uns beweisen". Wer also jetzt über den Urzustand der Menschheit im Klaren sein will, der nehme sich schleunigst ein Billet nach Belgrad, denn die „einzelnen amerikanischen Bewohner" aufzusuchen wäre doch mit einiger Unbequemlichkeit verknüpft.

Ein ganz ausgezeichneter Witz ist Folgendes:

„In Sachsen war es vor einigen Jahren den Schneidern gelungen, sich Gesetze zu erwirken, welche ihnen allein das Arbeiten der Frauenkleider in ihrem eigenen Hause gestatteten."

Wer sich hier nicht den Bauch hält vor Lachen, den erklären wir für einen unheilbaren Hypochonder.

Als gewissenhafter Kritiker müssen wir auch constatiren, daß nicht alle Witze gelungen sind. Insbesondere dasjenige, was sich auf Geschichte und Philosophie bezieht, wovon die „deutsche Frau" keine Ahnung hat, ist nicht komisch genug. Zudem klingt uns aus so mancher Seite ihres Humor-Compendiums die Sentenz entgegen:

Deutsche Frau = gute Frau,
französische Frau = schlechte Frau.

„In Frankreich stand die Frau mitten in der Familie geachtet und geehrt bis zum Ende des 16. Jahrhunderts; danach trat sie allmählich aus der Familie heraus und sogleich sank das Volk zu immer größerer Demoralisation herab. In den letzten Jahrhunderten, da die Familie dort nur noch dem Scheine nach besteht, in der That aber in ihren Grundlagen zerstört ist, erlebten wir die schrecklichsten Revolutionen und währt eine ununterbrochene Gährung fort. Wollen wir deutschen Frauen wirklich aus diesen Beispielen Nichts lernen? Können wir solchen Thatsachen gegenüber noch das Bestreben haben, mit eigener Hand an der Zerstörung der Familie mitzuhelfen? Je mehr die Frau aufhört, den Menschen als ein edles, verehrungswürdiges Wesen zu gelten, je mehr sie den häuslichen Heerd verläßt, um so mehr verlassen die Völker die geistige Höhe, zu der sie Gott berufen."

Wunderbare Geschichtsauffassung! Kaum war das 16. Jahrhundert zu Ende, so trat die Frau aus der Familie heraus und sogleich sank das Volk in immer größere Demoralisation. Und gar die „schrecklichen Revolutionen", die nur durch das „Heraustreten" der Frau hervorgernfen sind. Armes Frankreich! seit dem 16. Jahrhundert kennst du keine Familie mehr, nur allgemeines Concubinat; und doch steht Ihr Christenthum, verehrte Frau, dort in schönster Blüthe.

Wahrscheinlich haben Sie aus den Leihbibliotheken einige Dumas'sche oder gar Paul de Kock'sche Romane gelesen, welche zum Theil die Pariser Demimonde mit Vorliebe schildern. Aber wenn auch Berlin Preußen und Preußen Deutschland ist, so ist doch die Pariser Demimonde nicht die französische Familie. Sie wissen eben nichts, rein gar nichts!

Wie im Roman des Dumas (Vater) der Polizeisergeant bei jeder Sache fragt: Où est la femme? so fragen Sie bei jedem Ihnen aufstoßenden wissenschaftlichen Hinderniß: „Wo ist die Frau", die mir hinüber hilft?

A propos Philosophie!

In der einen Hand den Strickstrumpf, in der anderen die Kaffeekanne, das Gebetbuch auf den Knieen, belehren Sie uns, was Philosophie ist:

„Philosophie ist eine Wissenschaft, welche alle Dinge zu ergründen, alle Gedanken gleichsam mathematisch zu zerlegen und zu regeln strebt, aber sie ist eben, auf diesen Prinzipien beruhend, eine zersetzende Lehre, deshalb kann sie ebenso wenig wie jedes andere Wissen veredelnd und dem Menschen nützlich werden, wenn sie nicht, auf unabänderlichen Grundsätzen beruhend, von diesen aus entwickelt wird. So ist auch diese Wissenschaft — welche die Vertreter der gedachten Richtung so gern vom Christenthum loslösen möchten — erst durch dasselbe eine wirklich ernste Wissenschaft geworden; verliert sie diesen Ankergrund, so wird sie ihren sittlichen Grund allmählich einbüßen; aus ernster Wissenschaft wird vage Schwärmerei werden. Hätte die griechische Philosophie auf sicherem Ankergrund gestanden, so wäre sie nicht auf solche Abwege wie die des Plato gerathen. — Frühere Jahre führten mich sehr oft mit einem alten Herrn zusammen, der ein Freund des großen Kant gewesen. Derselbe hatte bei seinem außerordentlich klaren, sehr scharfen Verstande eine große Vorliebe für die Lehren dieses Philosophen. Nie aber habe ich von ihm gehört, daß Kant je das Dasein Gottes geleugnet habe, öfter aber, daß er einen wissenschaftlichen Beweis in Form einer Formel aufgestellt habe, wie sich Gottes Dasein philosophisch nachweisen lasse. Dieser alte Mann glaubte nicht unbedingt an die Unsterblichkeit, weil uns — nach seinen philosophischen Ansichten — der Beweis dafür fehle. Aber ihm mangelte das Glück, der Friede, der nur im Herzen des gläubigen Christen seine Wohnung hat."

Da der „alte Herr", von dem Sie Ihre philosophischen Kenntnisse bezogen haben, nicht mehr lebt, so sei Ihnen in Kürze hier gesagt: daß Sie erstens von Plato's Staat gar nichts verstehen, und daß Sie zweitens von dem „alten Herrn" schlecht unterrichtet sind, oder ihn nicht verstanden haben, und in Folge dessen von Kant gar nichts wissen. Darum passen Sie jetzt auf: In der „Kritik der reinen Vernunft" befindet sich bekanntermaßen die berühmte Kritik der drei Beweise für das Dasein Gottes, des physico-theologischen, des kosmologischen und des ontologischen Beweises, und wollen wir Ihnen hier nur eine Stelle citiren, die Sie sofort in Ihr unwissendes Nichts zurückschleudern wird.

Kant sagt (Transcendentale Elementarlehre II. Th. 2. Buch 3. Hauptstück): „Es mag wohl erlaubt sein, das Dasein eines Wesens von der höchsten Zulänglichkeit als Ursache zu allen möglichen Wirkungen anzunehmen, um der Vernunft die Freiheit der Erklärungsgründe, welche sie sucht, zu erleichtern. Allein sich so viel herauszunehmen, daß man sogar sage: ein solches Wesen existirt nothwendig, ist nicht mehr die bescheidene Aeußerung einer erlaubten Hypothese, sondern die dreiste Anmaßung einer apodiktischen Gewißheit; denn was man als schlechthin nothwendig zu erkennen vorgiebt, das muß auch die Erkenntniß absoluter Nothwendigkeit bei sich führen."

Wo sind wir hingerathen! von der heitersten Concertlaune zum großen Kant. Verwundert wird mancher Leser fragen, ob denn sonst nichts von der Lösung der sozialen Frage gesagt wird? Nein. —

Wir haben eben ein Erzeugniß vor uns, wie sie jetzt tagtäglich aus Weiberhänden hervorgehen; nachdem es in Deutschland so weit gekommen ist, daß eine verwässerte Weiberschriftstellerei ohne Mark und Knochen das Feld beherrscht, wird es nur durch eine Herkulesarbeit möglich sein, den zu einem Augiasstall gemachten Tempel der Literatur wieder zu reinigen.

In einer solchen Reinlichkeits-Absicht möge man auch die Ursache dieser Besprechung suchen. —c—

Die „Edelsten und Besten".

Newyork, im Februar.

(Schluß.)

Anstatt mit Auflage einer Kriegssteuer auf das Kapital zu beginnen und mit Ausgabe von Papiergeld sparsam zu sein, machte man das Gegentheil: man borgte bei den Banken, welche alle gleichzeitig die Hartgeldzahlung eingestellt hatten, zu hohen Zinsen Hartgeld und gab bis zu 700 Millionen Dollar Unionspapiergeld aus. Man rechnete darauf, daß das Vertrauen des Volkes zu seiner Union dasselbe vollwerthig erhalten werde; man erregte aber zugleich das Mißtrauen dadurch, daß die Zölle in Gold bezahlt werden mußten, während das Papiergeld Zwangsumlauf erhielt. Das Government erklärte damit sein eignes Papiergeld für weniger werth als das Weltgeld, das Gold. Dadurch schuf man künstlich eine Goldspekulation an der Börse, welche das Papiergeld im Werthe herabdrückte. Erst als dessen Entwerthung gebot, mit weiterer Ausgabe von Papiergeld innezuhalten, dachte man an ein volksthümliches Anlehen, die sogenannten Fünf-Zwanziger Schuldscheine, welche mit 6 Prozent „gesetzlichem Gelde der Vereinigten Staaten" verzinslich und in eben solchem Gelde einlösbar sein sollten, und gab davon binnen etwa zwei Jahren 1500 Millionen aus. Das Unionspapiergeld wurde beim Ankauf dieser Scheine für voll angenommen; die umlaufende Menge desselben aber wurde nicht vermindert, sondern mehrere Jahre lang vom Government wieder ausgegeben, so daß es endlich auf die Hälfte des Goldwerthes sank. Man machte gleichsam einen Versuch, das eigne Volk zu bestechen. Man sagte ihm: seht, wenn ihr Arbeiter, um unsre theure Union zu retten, deren Schuldscheine kauft, so bekommt ihr für die Greenbocks in eurem Beutel, welche jetzt blos zwei Drittel oder eine Hälfte Goldwerth haben, Schuldscheine, welche euch am Ende des Krieges, wo dann dieselben vollen Goldwerth erlangt haben werden, ein Drittel oder eine Hälfte mehr eintragen werden, und inzwischen ebensoviel Zinsen, als euch die Sparkassen geben.

Und als wäre dies des Wahnsinns nicht genug, gründete man die Nationalbanken. Wer 100,000 Doll. in Unionsschuldscheinen an's Government einzahlte, und bei demselben deponirte, durfte eine von der Union garantirte Nationalbank errichten, und das Government gab ihm das Papiergeld dazu, für je 10 Doll. Schuldscheine 9 Doll. Nationalbankpapiergeld, und verzinste ihm außerdem seine Schuldscheine. Die Anzahl der Banken und die höchste Summe dieses neuen Papiergeldes waren allerdings beschränkt, das letztere aber diente dennoch zur Vermehrung des Papiergeldes. Ein leichtes Exempel lehrt, daß eine Bande verbündeter Kapitalisten, welche mit ihren Greenbocks Schuldscheine vom Government kauften und bei diesem deponirten, und das dafür gelieferte Nationalbankpapiergeld theils hoch verzinslich ausliehen, und was sie nicht sehr hoch verzinslich ausleihen konnten sofort wieder in Greenbocks und dann in Unionsschuldscheine verwandelten, und dieses Verfahren fortsetzten (natürlich in immer abnehmendem Maßstabe, weil für 10 Doll. blos 9 zurückkamen), ihr Kapital zu mehr als 100 Prozent anlegen konnten. Diese ungeheuren Zinsen schlugen sie größtentheils aus dem Government heraus; und die Maßregel hatte nur das eine Gute, daß die Nationalbanken, welche nicht brechen konnten und nur eine Art höchst schwer verfälschbaren Papiergeldes ausgaben, die ehemaligen Staatsbanken verdrängten, welche so oft gebrochen waren und wohl Tausend verschiedene und meist verdächtige Sorten Papiergeld im Umlaufe hielten.

Dabei aber blieb es nicht. Zuerst wurde 1863 verordnet, trotz allen Protestes der ehrlichen Congreßleute, daß die Fünfzwanziger in Gold verzinslich sein sollten. Später wurden sie auch in Gold rückzahlbar erklärt. Noch später wurde, als es längst keine „Edelsten und Besten" im Congreß mehr gab, verordnet, die Fünfzwanziger sollten fundirt, d. h. in eine andere auf 30 oder 40 Jahre laufende, aber blos zu 5, oder 4 Proz. Gold verzinsliche und in Gold rückzahlbare Anleihe verwandelt werden — und mit etwa 1000 Millionen wurde dies auch ausgeführt. Dadurch wurde allerdings an Zinsen erspart, aber zugleich der Widerruf der vorherigen betrügerischen Gesetzgebung unmöglich gemacht. Dann wurde die Silberwährung verboten, welche vor dem Kriege allein gesetzlich war, und zwar weil infolge der riesigen Silberausbeute in unsern Nevada-Minen der Werth des Silbers gegen den des Goldes um etwa 8 Prozent sank. Zuletzt wurde verordnet, am 1. Januar 1879 sollten alle Greenbocks in Gold eingelöst und vernichtet werden; das Nationalbankpapiergeld sollte alleiniges Papiergeld bleiben, aber von den Banken auf Verlangen in Gold eingelöst werden.

Die Nationalschuld ist seitdem bis auf 2100 Millionen herabgemindert worden, und zwar durch eine überaus hohe Besteuerung, welche im dritten Kriegsjahre begann. Jahre lang wurden die inneren Steuern auf die jährliche Ertragssumme von 4 bis 500 Millionen hinaufgeschraubt. Allerdings wurde auch eine

Einkommensteuer beliebt, sie war aber sehr unbeliebt und führte zu haarsträubenden Hinterziehungen der Kapitalisten, so daß sie bald wieder aufgegeben werden mußte. Es war fast jede Art der einheimischen Produktion schwer besteuert. Das Volk litt allerdings nicht darunter, wenigstens nicht bis 1873, weil eine beispiellose Consumtion aller möglichen Waaren die lebhafteste Produktion, also auch hohe Löhne unterhielt. Um so fühlbarer wurde nachher der Rückschlag seit dem großen Krach.

Bis heute haben wir auf unsere Nationalschuld 1000 Millionen Dollar zurückbezahlt und an Zinsen mehr als ebensoviel unnöthig entrichtet. Aber das sind nur Kleinigkeiten gegenüber den Verlusten, welche der Nationalwohlstand daneben erlitten hat. Die Schulden, welche der rebellische Süden gemacht hatte, wurden natürlich ausgewischt und dadurch eine gänzliche Verarmung des Südens herbeigeführt. Die Rebellen-Ländereien wurden nicht eingezogen, den befreiten Negern kein Land eigenthümlich oder pachtweise angewiesen, so daß eine neue starke Produktion hätte beginnen können. Es wurde die Einwanderung von Weißen in den Süden zur Ansiedelung nicht ermuthigt. Statt dessen wurde einer von Bundeswegen dahin gesandten Räuberschaar republikanischer Beamten unter dem Schutze von Bundestruppen die Erlaubniß gegeben, mit Hülfe von Negerstimmen die Südstaaten erbarmungslos auszubeuten, indem große Schulden auf Staatskredit gemacht wurden, deren Ertrag gestohlen wurde. Die Ersparnisse, welche die Neger in einer unter Bundesschutz gegründeten Bank niederlegten, wurden gestohlen; der Trieb des Emporstrebens der Weißen und Schwarzen wurde ein ganzes Jahrzehnt entmuthigt, die Entsittlichung auf die Spitze getrieben.

Im Norden wüthete inzwischen der künstlich großgezogene Geist des Kapitalismus unter allen Klassen, am ärgsten unter den Arbeitern. Da wir aber dies bereits in den Spalten des „Vorwärts" geschildert haben, so brechen wir hier ab. Wie furchtbar und allgemein jetzt die Enttäuschung unter diesen Millionen von Arbeitern ist, welche sich kleine Kapitalisten wähnten und jetzt Enterbte geworden sind, geht am Besten aus dem plötzlichen Erfolge hervor, welchen die sich „Arbeiterpartei" oder „nationale Partei" nennende Greenback-Partei entwickelt.

An fast allen Orten des großen Landes, wo Wahlen oder Partei-Conventionen gehalten werden, und in den meisten Legislaturen, ebensowie im Congresse haben die Greenbackler auf einmal eine große Mehrheit der Stimmen. Kein Zweifel, daß mit Ausnahme der Staaten New-York und Massachusetts und weniger andern großkapitalistischen, binnen Kurzem die Gesetzgebung völlig in ihrer Hand sein wird. Es ist eine Revolution, welche sich soeben (am 22. Februar) bei ihrer in Toledo, Ohio, abgehaltenen Nationalconvention ihr Programm und eine Organisation gegeben hat. Noch ist diese Partei ganz im kapitalistischen Geiste befangen und glaubt, ohne Abschaffung des Privatkapitals eine Wiedergeburt der Politik und Oekonomie bewirken zu können. Allein dieser Irrthum kann nicht lange vorhalten. In diesem Zeichen kann sie nicht einmal siegen; das Großkapital kann ihre Gesetze vereiteln. Sie kann höchstens — wenn wir nur unsre agitatorische Schuldigkeit thun, uns in die Hände arbeiten.

Aber mehr darüber in unserm Nächsten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Reichstagssitzung vom 13. d. M. wurde vom Abgeordneten Dr. Rieper im Namen der Commission der Antrag gestellt, die in voriger Session beanstandete Wahl des Abgeordneten Dr. Beseler für gültig zu erklären und die eingegangenen Klagen und Beschwerden über die Unregelmäßigkeit bei der Wahl durch die Rüge, welche dem betreffenden Beamten seitens der Regierung zu Theil wurde, für erledigt zu erklären. Durch diese „Unregelmäßigkeiten" und Wahlmanöver wurde der sozialdemokratische Candidat, Maschinenbauer Stöhr, benachtheiligt. Abg. Hasenclever protestirt gegen diesen Antrag der Commission, weil die Wahl Beselers gegen den Willen der Majorität zu Stande gekommen, daher zu kassiren sei; auch hätte der Landrath, der die Wahl beeinflußte, von Rechts wegen abgesetzt werden müssen.

Der Antrag Hasenclever's wurde, nachdem der Abg. Grumbrecht den Landrath in Schutz genommen hatte, abgelehnt.

Alsdann kam der Antrag der Abgg. Liebknecht und Hasenclever, betreffend die Beurlaubung Bebels aus der Haft während der Dauer der Session und Abänderung des § 31 der Verfassung, zur Debatte. Liebknecht begründete in längerer Rede den Antrag und theilt zunächst die Umstände mit, weshalb der Abgeordnete Bebel verurtheilt wurde. Derselbe habe blos in Vertretung seiner berechtigten Interessen gehandelt, als er eine Vertheidigungsrede auf Angriffe des Fürsten Bismarck, die zu halten ihm durch Schlußantrag unmöglich gemacht wurde, durch den Druck veröffentlichte. Dafür also, daß er von Bismarck so maßlos angegriffen wurde und sein Recht wahren wollte, sitze er im Gefängnisse. Bismarck habe bei Gelegenheit der Berathung der Strafgesetznovelle die Sozialdemokraten auf die maßloseste Weise angegriffen. Nach jener bekannten Rede des Ministers Eulenburg, welche mit den bezeichnenden Worten: „Die Flinte schießt, der Säbel haut!" schloß, habe Bismarck die heftigsten und ungerechtfertigtsten Schmähungen auf die Sozialdemokratie gehäuft, habe ihre Presse geschmäht, sie des Wirkens im Dunkeln beschuldigt und ihre Klagen „dreiste Lügen" genannt. Der Vice-Präsident v. Stauffenberg fühlt sich veranlaßt, den Redner zu unterbrechen, da, seiner Meinung nach, derartige Erörterungen (welche zweischneidige Dolche für nationalliberale Ohren sind) etwas zu weit vom Gegenstand der Verhandlung abweichen. Liebknecht bemerkt, er sei vollständig bei der Sache, weil er für den spreche, der im Gefängniß sitze, weil ihm die Möglichkeit benommen wurde, im Reichstage zu Worte zu kommen. Da er wisse, daß er nur einen hoffnungslosen Kampf gegen die Geschäftsordnung des Hauses kämpfen würde, verlasse er unter Protest diesen Theil seiner Ausführung, er sei jedoch der festen Ueberzeugung, bei der Sache zu sein. Auf diese Worte folgte das bekannte, den Bildungsgrad besonders der „Liberalen" kennzeichnende Geräusch, das in den Berichten als „Widerspruch" figurirt. Vice-Präsident v. Stauffenberg unterbrach den Redner nochmals, indem er bemerkte, daß ein derartiger Protest ihm nicht zulässig erscheine. Liebknecht führte aus, daß der Reichstag das vollkommene Recht habe, die Beurlaubung eines Abgeordneten zu fordern; es würde sich dann zeigen, ob die Reichsregierung dieser Forderung nachkommen würde; doch glaube er nicht, daß die Reichsregierung, wenn es dem Reichstag mit der Forderung Ernst wäre, es auf einen Conflict ankommen ließe. Bescheidenheit solle nicht Sache der Volksvertretungen sein. Man habe gesehen, wie Bismarck am Sonnabend in der Person des Abg. Lasker den Reichstag insultirte. Bei dieser Gelegenheit strengten die Nationalliberalen, deren Hauptphraseur, das Zungen-perpetuum-mobile, Lasker, von Bismarck mit moralischen Fußtritten regalirt worden ist, ihre Kehlen zu den bekannten „Oho"-Rufen an. Echt bedientenhaft! Der Redner wurde hier zum dritten Mal vom Vice-Präsidenten unterbrochen und ersucht „zur Sache" zu sprechen. Liebknecht theilt zunächst die Thatsachen mit, welche sich auf die Entstehung des Art. 31 der Verfassung beziehen und knüpft daran die Warnung und Mahnung an die liberalen Parteien, den Antrag anzunehmen, da sie nicht immer in der Majorität sein dürften. Der Antrag sei im Interesse der Würde des Reichstages, nehme man denselben nicht an, so lasse man eine große Anzahl von Wählern unvertreten. Das sei aber gegen die Verfassung und schon deshalb empfehle er den Antrag zur Annahme.

Der erste Gegner, der auftrat, war der „Fortschrittler" Hoffmann, welcher sich zu der Behauptung verstieg, daß es sich bei Bebel nicht um eine Beleidigung, sondern um eine Verläumdung handle. Der Herr deklamirte noch etwas vom Standpunkte der Fortschrittspartei und erklärte schließlich, daß er gegen den Antrag Liebknechts stimmen werde. Es folgte noch ein Altconservativer und ein Centrumsmitglied, welche sich beide gegen den Antrag erklärten. Liebknecht erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gegen den konservativen Vorredner von Gosler.

Hasenclever, welcher zuerst den obgenannten Altconservativen rektifizirt und dann dem Abgeordneten Hoffmann erwidert, daß die von ihm angenommene „schwere Verläumdung", die Bebel begangen haben soll in einer nicht minder schweren Verleumdung des Fürsten Bismarck ihren Grund habe, wird unterbrochen und zur „Ordnung" gerufen. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt. Diese Debatte charakterisirt die Herren „Volksvertreter". Wenn IHM nur im Mindesten nahegetreten wird, fühlen sie sich veranlaßt, für IHN einzustehen; es regnet Unterbrechungen, „Oho"-Rufe und dergleichen parlamentarische Kleinigkeiten. Bemerkenswerth ist es, daß die „Fortschrittler", welche nicht genug von ihrem „Programm" von „Volksrechten" u. s. w. schwätzen können, die Ersten sind, welche gegen wirklich volksthümliche Anträge auftreten. Die Wähler mögen über diese neueste parlamentarische Großthat „Buch führen" und sich zur Zeit der Wahlen der Reaktionäre, welche einen Volksvertreter — weil sie das freie Wort scheuen — im Gefängniß schmachten ließen, erinnern und ihnen den Laufpaß geben.

— Anläßlich des Begräbnisses unseres Genossen Heinsch fühlte sich die gegnerische Presse veranlaßt, allerhand faule Witze und erbärmliche Bemerkungen zu machen, um die Furcht, welche ihr in Folge dieser großartigen Volkskundgebung in die Glieder gefahren ist, nicht merken zu lassen. So behauptete die „National-Zeitung", die Musiker hätten den Choral „Jesus meine Zuversicht" geblasen. Der Reporter muß aber wenig von Musik verstehen, wenn er den Beethoven-Trauermarsch für obigen Choral hinnahm. Die „Magdeburger Zeitung" befleißigte sich ebenfalls der fadesten und abgestandensten Witze. In einem der vier Artikel, die die „Magdeburger Zeitung" über das Leichenbegängniß brachte, jammert sie folgendermaßen: „Nichts Erschütterndes, nichts Feierliches bezeichnete diesen Leichenzug, nein etwas Fürchterliches, etwas Erschreckliches sprach sich in dieser Leichenparade aus, zu welcher die Heerführer der Sozialdemokratie ihre Mannschaften entboten hatten. . . . . Wer spricht noch von Arbeiterbataillonen Berlins angesichts dieses Leichenaufgebots? Das sind Regimenter, Brigaden, Divisionen; ja mehr, das sind ganze Armeecorps, ja ohne Uebertreibung gesagt, das sind ganze Armeecorps, welche ihrem, sicherlich um die Sache hochverdienten Todten die letzte Ehre erweisen." Dieses Zugeständniß wird aber die ehrenwerthe Magdeburgerin nicht hindern, nächstens zu erklären, die sozialistische Bewegung sei nur von einigen Menschen „gemacht" und habe keinen „tieferen Halt". Am miserabelsten benimmt sich aber die Wiener „N. Fr. Pr." Dieses Polizeiblatt schreibt in Bezug auf das Leichenbegängniß unter Anderm folgende Niederträchtigkeit: „Man könnte derlei Erscheinungen unheimlich finden, wenn der gesunde und nüchterne Sinn der hiesigen Bevölkerung durch solche rohe Mittel mehr zu reizen wäre, als es wirklich der Fall ist." Der „gesunde Sinn" ist also doch schon genügend „aufgeceizt". Es geht doch nichts über einen zeilenhungrigen Reporter. „Der letzte Todesfall," fährt das Blatt fort, „der wirklich ein großes Massenaufgebot der Bevölkerung im Gefolge hatte, war der Waldeck's; die bei den Haaren herbeigezogene Demonstration aber für einen Arbeiter, der sich lediglich durch seine Betheiligung an den Wahl-Agitationen ausgezeichnet, kann keine tiefere Wirkung auf das Volksbewußtsein üben." Uns gereicht es zur Genugthuung, daß die gegnerischen Blätter aller Farben nicht umhin konnten, von dieser Volkskundgebung, wenn auch mit verstecktem Groll, Notiz zu nehmen. Das Volksbewußtsein kam bei dieser Gelegenheit recht zur Geltung und wirkte imponirend, ja verblüffend auf die aus ihrer trägen Ruhe Aufgerüttelten.

— Preßfreiheitliches. In Gotha ist bereits der dritte Redakteur der „Thüringischen Freien Presse", Genosse Bruno Straube, in Untersuchungshaft genommen worden; das Blatt ist deshalb nicht ohne Redakteur geblieben. — Die bekannte Chemnitzer Eselsgeschichte kam neulich zum Abschluß. Der „Nußknacker" brachte seinerzeit das Bild eines Esels. Wegen dieses Bildes klagte der Redakteur des „Chemnitzer Tageblatts" wegen Ehrenbeleidigung, das Justizministerium wegen Richterbeleidigung, und das Polizeiamt von Chemnitz wegen Beleidigung des Polizeiinspektors Carius. Das Gericht erkannte in erster Instanz auf drei Monate. Auf erhobenen Einspruch wurde Redakteur Petzold von der Richterbeleidigung freigesprochen, wegen Beleidigung des Polizeiinspektors jedoch zu zwei Monaten Gefängniß verdonnert.

Der Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung" in Stuttgart, Genosse Lassau, erhielt am 11. d. einen Erscheinungsbefehl vom dortigen Stadtgerichte, woselbst ihm eröffnet wurde, daß er seine in Berlin verwirkte sechswöchentliche Strafe am 12. anzutreten habe. Es geht nichts über die Schnelligkeit. Heute die Vorladung, morgen schon die „geheime Sitzung".

Der Redakteur der „Fackel" wurde wegen diverser Beleidigungen an einem Tage in drei Fällen zu zweihundert und

Zum 18. März.

Ein Menschenalter ist entronnen
Seit unser hohes Spiel begonnen —
Wer hat verspielt? Wer hat gewonnen?
Manche Krone sank in Staub,
Mancher Thron ward Feuers Raub,
Manch' Fürst ist schon,
Manch' Prinz geflohn;
Und dennoch schwankt die große Schicksalswage
Noch stets seit jenem schönsten Frühlingstage.

Des heil'gen Völkerfrühlings Wehen,
Wird's neu durch alle Lande gehen?
Wird unser Auge wieder sehen
Deutschland, Polen, Lombardei,
Frankreich, Schweiz, verbrüdert — frei?
Die Völker all'
Ein eing'ger Wall,
Gesammelt in der hehren Weihestunde
Zu ruhiggleicher Arbeit Friedensbunde?

Wohin die Augen bang jetzt schauen —
Ein hoffnungsleeres düst'res Grauen!
Soll's nie vom Himmel wieder thauen,
Wie im holden Lenz es war?
Segentriefend wunderbar!?
Ihr Zweifler fragt's?
Urplötzlich tagt's!
Zerreißen wird dem neu erkeimten Volke,
Noch eh' Ihr's ahnt, des jetz'gen Dunkels Wolke.

Des Mittelalters letzt Getrümmer
Zerfällt! West-her glänzt heitrer Schimmer,
Glänzt immer heller — näher immer!
Seht Ihr bangen Zweifler nicht
Schon die Siegeszeichen licht
Am Horizont?
Die Freiheit thront
Goldgleich an unsres Erdtheils Abendgrenzen
Als Sonn' — erwacht! — die Morgenstrahlen glänzen.

Das Spiel erneut sich rings auf Erden,
Doch seht: wie überall die — Heerden
Stets mehr der — — Hüter — ledig werden.
Ein Pferch nach dem andern bricht!
Glaubt Ihr solchen Zeichen nicht?
Zwing-Uri sank!!
— Nicht lang — nicht lang —
Sinkt auch die — Hofburg, die Zwing-Uri gründete,
Und sich des Abgrunds Mächten stets verbündete.

Die Haltung unserer serbischen Parteigenossen in der Orientfrage.

Ein Beitrag zur Tagespolitik von C. Stichler.

Den Parteigenossen wird erinnerlich sein, daß in Serbien Jahre hindurch Parteiblätter erschienen, die, mit Geschick und Umsicht redigirt, nicht ohne Einfluß auf die Bevölkerung und deren Gesinnung blieben und dadurch zur Bildung einer Partei in unserem Sinne den Grund legten. Es wird und muß unter diesen Umständen unsere Genossen in hohem Grade interessiren, zu erfahren, welche Richtung unsere serbischen Parteigenossen in der Orientpolitik einschlugen.

Auch Serbien hatte die Pest eines gegen den Fürsten mehr oder weniger servilen Nationalliberalismus aufzuweisen, und mit Hilfe dieser Partei war es der serbischen Regierung ein leichtes, im Volke den Glauben und die Hoffnung zu erwecken und zu verbreiten, daß Serbien berufen sei, die Erlöserrolle für die bosnischen und herzegowinischeu Stammesbrüder zu übernehmen.

Im Jahre 1875 schlug, wie Jedem erinnerlich sein wird, das Volk, das ländliche Proletariat in Bosnien und in der Herzegowina los und wir lassen vollständig dahingestellt, ob russische Hetzer den Aufstand zu Wege gebracht haben. Aber, wiewohl Jeder zugestehen muß, kann ein Aufstand durchaus nicht ausbrechen, wenn es an den nöthigen Ursachen fehlt. Zu derselben Zeit schien die Oppositionspartei in der serbischen Nationalversammlung (Skuptschina) der Regierung über den Kopf zu wachsen, wie man so zu sagen pflegt; kein Wunder also, wenn die Regierung und die ihr ergebene nationalliberale Partei sich anstrengten, durch einen gegen die Türkei gerichteten Krieg alle Gefahr von sich abzuwenden. Die Regierung konnte darauf rechnen, daß, sobald der Krieg möglich wurde, auch das Volk sich an demselben mit wenig Widerwillen betheiligen würde, war doch seit Jahren schon die ganze politische Thätigkeit der serbischen Regierung auf dieses Ziel gerichtet gewesen. Da nach alledem der Krieg für die Regierung eine Lebensfrage geworden war, mußte sie endlich im Jahr 1876 von der Skuptschina die Bewilligung zum Kriege verlangen.

Die Mehrzahl in der Skuptschina bestand aus Nationalliberalen, die sich einer auf Machtpolitik basirenden Nationalpolitik zuneigten; diese Leute rechneten auf Rußland, da sie an die politische Uneigennützigkeit desselben glaubten; sie lebten in der bestimmten Erwartung, der nordische Koloß werde durch seinen Beistand die größten und besten Erfolge ermöglichen. Von diesen Ansichten geleitet, stimmten sie nicht nur blindlings für den Vorschlag der Regierung, sondern suchten auch mit allen Mitteln das Volk für den Krieg zu gewinnen. Noch wollen wir hier bemerken, daß das Volk in jener Partei so zu sagen nicht vertreten war, denn die Nationalliberalen gehörten fast ausschließlich der Bureaukratie an. Unter solchen Umständen betrachteten es unsere Parteigenossen als ihre Hauptaufgabe, die Kriegsfrage einer gründlichen und objectiven Besprechung und Untersuchung zu unterziehen; in der Parteipresse und in der Skuptschina entfalteten sie in dieser Beziehung eine außerordentliche Thätigkeit, deren Endergebniß sie schließlich in eine der kriegslustigen Regierung total entgegengesetzte Stellung bringen mußte. Wohl mußte man sich sagen, daß die Lage der armen Landbevölkerung in Bosnien und Herzegowina eine unerträgliche, eine für die Dauer vollständig unhaltbare geworden sei, und ferner war man sich bewußt, daß Hilfe nothwendig und die Forderungen des dortigen Landproletariats vollständig berechtigt waren. Und doch durfte man sich nicht durch diese Empfindungen und Gefühle hinreißen und derartig beirren lassen, daß man die Pläne der Nationalliberalen und die von selbstsüchtigen Motiven geleitete Handlungsweise der eigenen Regierung unterstützte. Durch gründliche Betrachtung und Behandlung dieser Angelegenheit gelangte man im Kreise unserer Genossen zu dem Resultat, daß Serbien im Innern selbst nicht frei, von der Last der bureaukratischen Mißwirthschaft fast erdrückt, von den Nationalliberalen irre geleitet und von der eigenen Regierung geknebelt und geknechtet, erst an die eigene Befreiung vor allen Dingen denken und demgemäß handeln müßte, ehe es bei den verwandten Volksstämmen, die Erlöserrolle zu spielen berufen sei. Vor allen Dingen sagten sich unsere Genossen in Serbien, daß der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina von vornherein fremden Einflüssen schonungslos preisgegeben war; die Thätigkeit unserer Partei hatte in bis dahin (1875) fast fünfjähriger angestrengter Arbeit sich ausschließlich den inneren, den eigenen Angelegenheiten zugewendet, während in dieser Zeit die Nationalliberalen, bewußt oder unbewußt, den russischen Regierungsagenten in den türkischen Grenzprovinzen, wo durch die offizielle türkische Mißwirthschaft genug Brand- und Zündstoff angehäuft war, in die Hände arbeiteten.

Unsere Parteigenossen ließen nicht außer Acht, daß durch die Beseitigung der türkischen Paschawirthschaft in Serbien Verhältnisse geschaffen worden waren, die schon bei der Gründung unserer Partei den nahen und vollständigen Sieg über die Gegner und die Regierung garantirten. Im Innern Serbiens unter der Landbevölkerung hatte die Partei eine solche Ausdehnung

achtzig Mark Strafe verurtheilt. Mehr als 20 Prozesse sind noch in der Schwebe.

Redakteur Werner in Leipzig wurde wegen Beleidigung eines Siegesdenkmal-Comités in Altenburg, „höchster und hoher Kreise", Appellations-, Commerzien-, Land-, Berg- und anderer Räthe zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der bekannte Dr. Hans Blum, der ehemalige „Student der Menschenrechte", hatte mindestens sechs Monate beantragt. Ferner hat Werner noch acht Wochen wegen Beleidigung des Staatsanwalts von Borna und acht Wochen auf Antrag des Generals Rothmaler auf dem Kerbholz. Außerdem schweben noch elf Prozesse, darunter ein Majestätsbeleidigungsprozeß. Und so geht es fort mit Grazie. Fiat justitia pereat mundus!

— Was man im Jahrhundert der „Aufklärung" alles erleben kann. Unserem Genossen Greifenberg in Berlin ist folgende Verfügung zugegangen: „Sie haben am 28. Februar cr., Abends gegen 11½ Uhr, in einer Versammlung in der Gartenstraße Nr. 13 den Anwesenden am Ausgang des Lokales Formulare zum Austritt aus der Landeskirche angeboten, dadurch aber groben Unfug verübt. Auf Grund des § 360 ad 11 des Str.-G.-B. wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe von 15 Mark, an deren Stelle, wenn sie nicht beizutreiben sind, eine Haft von 3 Tagen tritt, hierdurch festgesetzt." — Der betr. Paragraph, Alinea 11, lautet: „Wer ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt." Selbstverständlich wird Greifenberg Einspruch erheben und sind wir wirklich begierig zu erfahren, ob und wie man in dem Anbieten der betreffenden Formulare den „ruhestörenden Lärm" und den „groben Unfug" finden und beweisen wird.

— Im Monat Februar wurden — soviel uns bekannt ist — über Angehörige der sozialdemokratischen Partei, **fünf Jahr, drei Monat und 14 Tage** Gefängniß verhängt. Außerdem sind noch eine Menge Prozesse in der Schwebe. Wenn man bedenkt, daß die meisten Strafen wegen „Beleidigungen" verhängt wurden, wird man einsehen, daß unsere heutigen Strafgesetze einer gründlichen Aenderung sehr bedürftig sind. Zum großen Aerger der Gegner besitzt die sozialdemokratische Partei Kräfte genug, so daß, wenn die erzürnte „Gerechtigkeit" zehn Opfer fordert, sofort zwanzig Ersatzmänner zur Hand sind, um die Bresche auszufüllen.

— Die Aussperrung der Spengler in Zürich dauert noch immer fort, der Zuzug ist also nach wie vor fernzuhalten. Da die Unterstützungsgelder ziemlich zahlreich einlaufen, so ist an dem endlichen Siege der Ausgesperrten nicht zu zweifeln, natürlich immer unter der Voraussetzung, daß Zuzug fernbleibt.

— Am 19. März feiert der Veteran der Sozialdemokratie, Johann Philipp Becker zu Genf, seinen 70. Geburtstag. Wir entbieten unserem braven Mitkämpfer die besten Grüße und wünschen, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, für das Recht der Arbeit in die Schranken zu treten.

— Der Hungersnoth in Schlesien soll jetzt durch den Klingelbeutel ein Ende gemacht werden. Man möchte lachen über diesen verdammt gescheuten Einfall, wenn die Sache nur nicht so bitter ernst wäre. Was und wer hier allein helfen kann, haben wir schon früher gesagt — es ist der Staat, der nur zu wollen braucht. Aber ist es denn zu verwundern, daß der heutige Staat, dessen Verwaltung sich ausschließlich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, dem Elend theilnahmlos zusieht, anstatt energisch helfend einzuschreiten? Sie, die Besitzenden, hungern und verhungern ja nicht.

— Nach langem Hin- und Herschreiben haben sich die Herren Diplomaten dahin geeinigt, daß der Congreß betreffs Regelung der russisch-türkischen Angelegenheiten in Berlin abgehalten werden soll, und wird demnach Fürst Bismarck — wenn es seine „Nervenschwäche" erlaubt — den Vorsitz führen. Rußland ist mit diesem Arrangement vollkommen einverstanden. Um seinen Forderungen mehr Nachdruck zu geben, will Rußland den Fürsten Gortschakow, der es so gut verstand, die übrigen Cabinette zu dupiren, den General Ignatiew und zwei Staatsräthe zum Congreß entsenden. Oesterreich, England und Frankreich haben die Betheiligung bereits zugesagt. Rußland findet es noch immer nicht der Mühe werth, den anderen Mächten die Friedensbedingungen bekannt zu geben, ist aber, während es die Cabinette mit „Noten" abspeist, eifrig bemüht, seine Truppenmacht zu ergänzen und zu concentriren.

— Die Folgen des mörderischen Krieges treten jetzt auch in Petersburg zu Tage; der Typhus greift immer mehr um sich und hat schon zahlreiche Opfer gefordert. Von sachmännischer Seite wird den „St. Pet. Wed." mitgetheilt, daß die Zahl der in Petersburg am Typhus Erkrankten täglich 300—400 betrage. Die Universitätsstudenten wollen den Rector ersuchen, vom 1. April an die Universität zu schließen, weil schon zahlreiche Erkrankungen vorgekommen sind. Das Volk kann auf den Schlachtfeldern verbluten, kann vor Hunger und Frost umkommen oder nach Beendigung des Krieges vom Typhus hinweggerafft werden, kann verroht und entmenscht werden, das kümmert den milden Czar blutwenig, wenn nur die Ländergier und der Ehrgeiz befriedigt werden.

Lessing's Uebereinstimmung mit sozialdemokratischen Grundgedanken

weist Karl Grün in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" Seite 467 dieses Jahres nach, indem er bei Besprechung der Lessing-Biographie des Engländers Sime folgende Bemerkungen einflicht:

Die drei ersten Gespräche zwischen Ernst und Falk erschienen 1778 .... Im zweiten sagt Falk: „Die Ameisen leben in Gesellschaft wie die Bienen." Ernst: „Und in einer noch wundbareren Gesellschaft; denn sie haben Niemand unter sich, der sie zusammenhält und regiert." Falk: „Ordnung muß also doch ohne Regierung bestehen können." Ernst: „Wenn jedes Einzelne sich selbst zu regieren weiß, warum nicht?" Falk: „Ob es wohl noch einmal mit den Menschen dahin kommen wird?" Ernst: „Wohl schwerlich." Falk: „Schade." — Das ist doch nichts anderes (meint Grün) als die vielbesprochene, vielverspottete und schlecht verstandene Proudhon'sche „Anarchie"?

Wie hoch erhob sich aber Lessing über die Ansicht des früh kritisirten Jean Jacques (Rousseau), der im „Gesellschaftsvertrag" einen Verlust der Einzelfreiheit, eine Verkürzung der primitiven Menschenrechte erblickte! — Falk: „Die Staaten vereinigen die Menschen, damit durch diese und in dieser Vereinigung jeder Einzelne seinen Theil von Glückseligkeit desto sicherer und besser genießen könne. Das Totale der einzelnen Glückseligkeiten aller Glieder ist die Glückseligkeit des Staates. Jede andere Glückseligkeit des Staates, bei welcher auch noch so wenig einzelne Glieder leiden und leiden müssen, ist Bemäntelung der Tyrannei." — Unter den „nachtheiligen Dingen, die auch aus der besten Staatsverfassung nothwendig entspringen müssen", weiß nun Falk „zehn gegen eins" namhaft zu machen: die Spaltung der Menschen in Nationalitäten, von denen jede ihr „eigenes Interesse" habe; die verschiedenen Religionen ꝛc., und endlich „die Verschiedenheit der Stände". Wahrhaft prophetisch lautet es da, Notabene als noch kein Mensch an der Gesetzgebung Antheil hatte:

„Wenn sie auch Alle Antheil an der Gesetzgebung haben, so können sie doch nicht gleichen Antheil haben, wenigstens nicht gleich unmittelbaren Antheil. Es wird also vornehmere und geringere Glieder geben. Wenn anfangs auch alle Besitzungen des Staates unter sie gleich vertheilt werden, so kann diese gleiche Vertheilung doch keine zwei Menschenalter bestehen. Einer wird sein Eigenthum besser zu nutzen wissen als der Andere; Einer wird sein schlechter genutztes Eigenthum gleichwohl unter mehr Nachkommen zu vertheilen haben als der Andere. Es wird also reichere und ärmere Glieder geben. Nun überlege, wie viel Uebel es in der Welt wohl giebt, das in dieser Verschiedenheit der Stände seinen Grnnd nicht hat."

Weiter meint Lessing: Obgleich der Staat nur durch solche Standesunterschiede möglich geworden, seien diese „Trennungen" doch nicht heilig! Es sei nicht verboten, Hand an sie zu legen „in Absicht, sie nicht größer einreißen zu lassen, als die Nothwendigkeit erfordert; in Absicht, ihre Folgen so unschädlich zu machen als möglich." Das vermöge freilich nicht ein bürgerlich Gesetz — dazu sei eine Maßregel der Billigkeit erforderlich: eine freiwillige That der „Weisesten und Besten".

Wie eine Absage an alle Nationalliberalen erklingt das Wort des Lessing'schen Ernst: „Als ob die Natur mehr die Glückseligkeit eines abgezogenen Begriffs, wie Staat, Vaterland und dergleichen sind, als die Glückseligkeit jedes wirklichen einzelnen Wesens zur Absicht gehabt hätte!!"

Dies ist der springende Punkt. Staat und Vaterland! Wie uns die Behörden immer wieder damit kirren, weil sie selbst dadurch kirre geworden sind, die „betrogenen Betrüger" nach „ihrem" Lessing, den sie doch todtschweigen, wenn er ihnen in's Gesicht höhnt: „Patriotismus ist eine heroische Schwachheit!"

„Vaterlandsloser" Lessing! Reihe Dich kaltblütig neben Deinen großen, vielverkannten Goethe, den dieselbe „Augsburger Allgemeine Zeitung" wenige Seiten später — Seite 481 in der Anm. 1 — mit der Pharisäerphrase rechtfertigen zu müssen vermeint: „Wie war es nur möglich, den Schreiber eines solchen (dort abgedruckten) Briefes der ‚Vaterlandslosigkeit' zu zeihen!"

Betrogene Betrüger! Unbewußte Rückwärtsdreher der nationalen Bildung, die wir unseren Klassikern danken, lernt unsere — Eure — deutschen Klassiker auslegen und verstehen, wie es der Engländer Sime bei Lessing thut, über dessen eben citirten Ausspruch (Ernst's) er Folgendes anfügt:

„Von den 300 und mehr Fürsten sammt ihren Ministern, die absolute Herren des Volkes waren, sahen nur sehr wenige ihre Unterthanen für etwas anderes an, als dazu bestimmt, die Bedürfnisse des „Staats" zu beschaffen, d. h. der winzigen Minderheit, welche müßig von der Arbeit der Mehrheit lebte. Für diese war es in der That eine Ueberraschung, zu hören, daß sie die Welt auf den Kopf gestellt hätten (die Pyramide der Gesellschaft auf ihre Spitze anstatt auf ihre natürliche Basis, die „breiteste demokratische Grundlage" Friedrich Wilhelms des IV.!) — daß sie eigentlich um des Volkes willen, nicht das Volk um ihretwillen, vorhanden seien! — Folgt aber aus diesem Grundsatz, daß der Staat einzig die Pflichten der Polizei zu erfüllen hat, indem er jedes Individuum in seinen Rechten schützt und alles Sonstige dem Zufall überläßt? Oder handelt nicht vielmehr der Staat als echtes Mittel zu echtem Zweck, indem er anerkennt, daß die Bedingungen des Daseinskampfes auf einigen Klassen schwer lasten, während sie anderen unmäßig günstig sind? Und wenn das ist, wie weit ist er berechtigt, den Starken zu zwingen, etwas zum Vortheil des Schwachen zu opfern? In welchem Umfange kann er sich bestreben, die Güter gleichmäßiger zu vertheilen, welche das Glück so sorglos unter die Menschen verstreut hat?*) Das sind sehr dringende Fragen für das neunzehnte Jahrhundert; im achtzehnten waren sie noch nicht aufgetaucht." — So weit Sime.

Wir übergehen hier Grün's Schlußbemerkungen und erinnern nur unsere Leser daran, daß auch für Goethe Karl Grün zuerst mit lauter Stimme bei Zergliederung der Wanderjahre diejenige Gesinnung in Anspruch genommen hat, die wir jetzt mit dem feierlich ehrwürdigen Parteinamen „sozialdemokratisch" bezeichnen. Es bleibt uns noch für den entschiedensten Demokraten unter den sechs großen Klassikern, für Herder, in diesem Blatte der Nachweis übrig, den wir uns vorbehalten, daß auch Er — Herder — Sozialdemokrat war. A. Prowe.

Correspondenzen.

Hamburg, 10. März. Am 5. d. M. kamen etliche Männlein zusammen, um eine „christlich soziale Partei" zu gründen. Der Vorstand des „evangelischen Vereinshauses" in Hamburg verschrieb sich aus Berlin einen Stöckerianer, welcher das Programm dieser Partei erläuterte. Dieses Programm sagte aber den guten Leuten nicht zu, weil es — zu radikal sei. Man versprach sich von einem gleichen Vorgehen, „wie dem des Hofpredigers Stöcker keinen nachhaltigen Erfolg". Das Vernünftigste an der ganzen Sache war, daß die Leutchen die Bezeichnung „Arbeiter"-Partei strichen; auch „die moralischen Sätze" des Programms wurden als „wirkungslos" beseitigt. Die „wirthschaftlichen Fragen" sollen bei einer späteren Versammlung behandelt werden. Die Anwesenden, etwa 50 an der Zahl, ver-

*) „So auch das Glück tappt unter die Menge; faßt bald des Knaben lockige Unschuld, bald auch den kahlen schuldigen Scheitel. Nur allein der Mensch vermag das Unmögliche — Er allein darf den Guten belohnen, den Bösen strafen, alles Irrende und Schweifende nützlich verbinden!" Goethe.

---

und Aufnahme gefunden, daß Regierung und Büreaukratie ernstliche und gegründete Befürchtungen für ihre eigene Existenz hegen mußten. Kein Wunder, wenn nun die Regierung und ihr Anhang mittelst angeblich durch den Krieg gerechtfertigte Ausnahmegesetze sich ihre Gegner vom Halse schaffen und die Früchte jahrelanger mühevoller und von Erfolg begleiteter Thätigkeit vernichten wollte; der Krieg war für die Regierung einfach zu einem Kampf um's Dasein geworden. Demnach war es unseren Parteigenossen bald klar, daß der sogenannte Befreiungskampf sich gegen sie richtete, daß die aus dem Krieg und den Ausnahmsgesetzen resultirende Reaktionsorgie im Innern Serbiens auch für die Herzegowiner und Bosniaken bald ein gefährlicheres Uebel sein mußte, als die vielleicht auf die Dauer eines Jahrzehnts hinaus fortdauernde türkische Mißwirthschaft und brutale Pascha-Willkür.

In der Skuptschina bekam die serbische Regierung von Seiten unserer darin befindlichen Genossen bald die Wahrheit zu hören. Fünfzehn unserer Genossen in der Skuptschina, zum größten Theil Bauern, die Serbien noch nicht verlassen, d. h. nicht im Auslande „studirt" hatten, waren es, die der Regierung durch planmäßige und gut vorbereitete Kreuz- und Querfragen bezüglich der Kriegsabsichten eine Niederlage und die größte Blamage bereiteten. Sie führten aus, daß wenn der Aufstand fremder Hilfe bedürfe, dies ein Zeichen sei, daß er nicht in sich selbst stark genug sei, die türkische Paschawirthschaft gründlich zu beseitigen. Weiter fragten sie, wer die nothwendige Beihilfe gewähren würde? — Die serbische, am Marke des eigenen Volks zehrende Büreaukratie und die russische Knute, das war die einfach logische Antwort, die die schlichten Volksmänner sich selbst und der Regierung gaben. Wenn die Regierung, sagten unsere Genossen in der Skuptschina, durchaus in Volksbeglückung und Befreiung thätig sein wolle, so könne sie dies ja erst im eigenen Hause vollauf thun, ja sie müßte das, wenn sie überhaupt Vertrauen beanspruche.

Es wäre besser, wenn die Regierung ein freies Serbien in des Wortes schönster Bedeutung schaffen würde, denn ohne ein solches würden unsere unglücklichen Stammesgenossen keine Stütze für ihre Bestrebungen, keinen Halt für ihre Zukunft finden. Vor allen Dingen, sagte man, sollte die Regierung den Einfluß, den sie sich in jenen Gegenden anmaßte, dahin verwenden, daß die beunruhigten und aufgeregten Herzegowiner und Bosniaken beruhigt und jene Gebiete nicht zum Tummelplatz wüster und der Befreiung selbst ganz widerstrebender Kämpfe im Dienste fremder ruhmgieriger Despoten gemacht würden. Noch fügten die schlichten serbischen Bauern hinzu, daß sie das heutige von der Büreaukratie im Dienste des Fürsten vollständig geknechtete und ausgesogene Serbien als total unfähig zum Befreiungskampfe erachten müßten, und demgemäß erklärten sie sich durch Verweigerung der Mittel gegen den Krieg!

Die Regierung, der ja, wie schon mehrfach erwähnt, der Krieg eine Existenzbedingung geworden war, mußte und wollte den Krieg um jeden Preis; unterstützt von ihren Anhang, der nationalliberalen Partei, war es ihr möglich, unsere Genossen zu überstimmen und den Beschluß für den Krieg in der Skuptschina durchzusetzen.

(Schluß folgt.)

— Für die Türkenfresser. Die rubelisirte borussisch-russische Presse konnte während des orientalischen Krieges nicht genug von den „türkischen Greuelthaten" erzählen. Wir haben zu wiederholtenmalen die Verlogenheit derartiger Preßpiraten, die dem Grundsatze pecunia non olet (das Geld stinkt nicht) huldigen, gebührend gekennzeichnet, ohne uns um das Geheul der Meute, welche die moralischen Peitschenhiebe fühlte, zu kümmern. Daß die Türken keine solche Scheusale sind, wie sie von bezahlten Preßlakaien geschildert wurden, beweisen alle Jene, welche Gelegenheit hatten, die türkischen Verhältnisse kennen zu lernen. Am 6. März hielt Herr Viktor Lorie, der bekannte Kriegskorrespondent der „Frankfurter Zeitung" (er war bei Osman Pascha während der ersten Belagerung von Plewna) in Frankfurt a. M. über seine Erlebnisse in der Türkei einen Vortrag, welcher mit dem Zetergeheul gewisser Blätter, deren „Redakteure" oft im eigenen „Vaterlande" nicht fünf Meilen weit gekommen sind, im grellsten Widerspruche steht. Der Vortragende betonte, daß über Charakter und Sitten der Türken die irrigsten Ansichten herrschen und daß er in einer großen Stadt der Intelligenz (Berlin??) bemerken mußte, daß selbst „gelehrte" Herren und „gebildete" Damen keine Idee von dem Familienleben und dem Charakter der Türken hätten und auf die einseitigste Weise gegen dieselben eingenommen seien, weil sie — Türken sind. Mit Unrecht werde den Türken Fanatismus vorgeworfen; im Orient sei Jeder, heiße er Armenier, Grieche, Christ oder Jude, fanatisch, nur nicht der Muselmann. Der hervorragendste Charakterzug des Muselmanns sei die Toleranz. So bewachten z. B. türkische Soldaten das „heilige Grab" in Jerusalem lediglich zu dem Zwecke, um die Keilereien der verschiedenen „christlichen" Pilger und Pfaffen zu verhindern, nicht aber, um irgend welche Pression auf die Christen auszuüben. Besonders zeichne sich der Türke vor dem Deutschen dadurch aus, daß ihm jeder Nationalfanatismus fehlt; der vielverschrieene Fanatismus der türkischen Soldaten sei eine Lüge, welche von unwissenden oder böswilligen Reptilien in Umlauf gebracht wurde. Redner meint, er habe sich persönlich davon überzeugt, daß seitens der regulären türkischen Truppen keine Grausamkeiten verübt wurden; wenn solche von Seiten der irregulären vorkamen, so waren es nur Repressalien, welche durch die russischen Bestialitäten hervorgerufen wurden. Redner hat es selbst gesehen, daß türkische Soldaten mit den gefangenen Russen ihre sehr knapp zugemessenen Rationen theilten. Nach den Ausführungen des Redners wurden die Deutschen während des Krieges von den Türken keineswegs auf das Liebenswürdigste behandelt, weil diese meinten, daß die Deutschen an dem Kriege schuld seien, indem sie den Russen Vorschub leisteten. Man kann daraus ersehen, daß die Türken nicht so dumm sind, als sie von deutschen Preßmameluken und Bierphilistern gehalten werden. Die Behauptung, Osman Pascha habe Grausamkeiten verüben lassen, sei böswillige Verleumdung. Derselbe sei ihm, dem Redner, persönlich bekannt und sei ein Ehrenmann durch und durch, welcher den russischen Bestechungsversuchen männiglich widerstand, denn auch vor Plewna wurde es mit dem Rubel versucht. Die Bulgaren schildert Redner als ein heimtückisches, durch lange Unterdrückung korrumpirtes Volk, das aber nicht von den Türken, sondern von den bulgarischen Reichen und Notabeln ausgesogen und bedrückt worden sei und jetzt aus dem Regen unter die Traufe komme. Redner beleuchtete nach Verdienst die sogenannte Kulturmission Rußlands.

Wir haben dieses Vortrages erwähnt, weil das Zeugniß eines Mannes, der Land und Leute aus eigener Anschauung kennen lernte, tausendmal schwerer wiegt, als das leichtfertige Geschreibsel unwissender, von konfusen Ideen beherrschter Literaten, der bezahlten Reptile gar nicht zu erwähnen. Ganz ähnlich wie Lorie urtheilt der Engländer Baker, der lange Zeit in der Türkei gelebt und jetzt seine Erlebnisse in einem höchst interessanten Buche veröffentlicht hat.

— Advokatenstrike. In Lyon mußte die zweite Kammer des Appellationsgerichts für vierzehn Tage die Verhandlungen einstellen, weil sämmtliche Advokaten wegen des schroffen Benehmens des Präsidenten des Gerichtshofes sich verabredeten nicht eher vor den Schranken des Gerichts zu erscheinen, bis der Präsident Abbitte geleistet. In Folge dessen mußten sämmtliche Geschäfte vertagt werden.

pflichteten sich durch Namensunterschrift, der Partei beizutreten und gegen das sich stets weiter verbreitende „Gift" der sozialdemokratischen Agitation in die Schranken zu treten. Nun, wir wünschen den Herren viel Glück und erwarten recht bald ein öffentliches Auftreten derselben; wir wären neugierig zu erfahren, ob sie die Sozialdemokratie todtzuschlagen wirklich in der Lage sind. Die Philister, denen selbst ein Stöcker zu „radikal" ist, scheinen aber nicht das Zeug in sich zu haben, die soziale Bewegung aufhalten zu können. Der Fasching neigte sich seinem Ende zu und da veranstalteten die Leute einen Fastnachtsscherz.

Hannover, 1. März. Am heutigen Abend fand hier unter Vorsitz des Hrn. Rudolf eine Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Die projektirte Tabaksteuer" und hatte Hr. Oehme das Referat übernommen. Derselbe bewies durch die Reden, die im Reichstag über diesen Gegenstand gehalten, daß alle Parteien gegen die Erhöhung der Tabaksteuer seien, und infolge dessen man sich auch wohl der Hoffnung hingeben dürfe, daß eine Erhöhung nicht stattfinden würde. Nachdem Hr. Oehme zur Zufriedenheit der Anwesenden seinen Vortrag beendet, sprach noch Hr. Meister in dem Sinne, daß es wohl fehlgegriffen sei, zu denken, daß die Erhöhung der Tabaksteuer vom Reichstag nicht angenommen werde; denn wer in den letzten Jahren der Thätigkeit des Reichstags einige Aufmerksamkeit geschenkt habe, wisse, zu welchen Handlungen die Majorität desselben fähig sei.

J. Kayser.

Frankfurt a. O., 7. März. Am 5. d. wollten die „Christlich-Sozialen" hier Mitglieder werben und beriefen zu diesem Zweck eine Versammlung ein, welche aber nicht den gewünschten Erfolg hatte. Unsere Parteigenossen waren am Platze, um sich den Quatsch anzuhören. Der bekannte Grüneberg, welcher die Versammlung eröffnete, wollte auch den Vorsitz führen und bestimmte seinen Trabanten Küster zum Schriftführer. Die Arbeiter machten aber den beiden Aposteln einen Strich durch die Rechnung, indem sie den Vorsitzenden und Schriftführer wählten. Nun nahm die Stöckerei ihren Anfang. Ueber die beiden Reden will ich kein Wort verlieren; die beiden Herren bemühten sich redlich, eine Menge Unsinn zu schwätzen und sich gründlich lächerlich zu machen. Als die Diskussion über die „Referate" eingeleitet wurde, stellte Grüneberg den Antrag, die Redezeit zu beschränken, welcher Antrag jedoch abgelehnt wurde. Als Schildknappen der Stöckeriade betheiligten sich an der Debatte, außer Grüneberg und Küster, der Prediger Dr. Borgius, Oberlehrer Dr. Vigelius und noch ein Lehrer.

Von unserer Seite fielen im Redekampfe die Hiebe hageldicht und waren die Herren, welche hier Anhänger zu gewinnen hofften, sehr enttäuscht. Als Grüneberg sah, daß die Arbeiter von seinen christlich-frommen Lehren nichts wissen wollen, verstieg er sich zu der Behauptung, daß die Versammlung nicht berechtigt sei, im Namen der Frankfurter Arbeiter zu sprechen oder etwas zu beschließen (es waren über 500 Menschen, meist Arbeiter, versammelt). Der Büreautisch war mit christlich-sozialer Makulatur belegt und es erbot sich ein Genosse, da die Arbeiter sich zur Abnahme derselben nicht verstehen wollten, sie zu kaufen und das Pfund mit 10 Pfennigen zu bezahlen. Da die Herren für ihre Phrasen von der „herrlichen Entfaltung des mächtigen Banners der christlich-sozialen Partei" gründlich ausgelacht wurden, und es auch nicht verhindern konnten, daß eine im sozialdemokratischen Sinne abgefaßte Resolution mit allen gegen 10 Stimmen angenommen wurde, verließen sie unter dem, übrigens sehr überflüssigen, Schutze der Polizei den Versammlungsort. — Für den 11. d. M. haben wir eine Volksversammlung einberufen und können die Stöckerianer nochmals den Versuch machen, ihre faulen Fische an den Mann zu bringen; wir sind überzeugt, daß „der Liebe Müh' vergebens" sein wird. — Herr Dr. Vigelius trat auch für die „Christlich-Sozialen" in die Schranken und bat die Anwesenden, wenn sie schon Alles fallen lassen wollen, doch den — Schiller festzuhalten. Da der Ruf: „Ich habe keinen!" ertönte, erklärte der Redner, Allen, die sich an ihn wenden wollen, Schiller's Werke unentgeltlich zu verschaffen. Allen Parteigenossen, die noch nicht im Besitze der Schiller'schen Werke sind, wird Herr Dr. Vigelius empfohlen. Ein Parteigenosse, der den Herrn auf die Probe stellen wollte, verfügte sich in dessen Wohnung, um sich Schiller's Werke zu holen, traf aber den Herrn nicht zu Hause. Wie staunte er aber, als am folgenden Abend der Herr Doktor in seine (des Arbeiters) Wohnung kam und diesem Schiller's Werke in Prachteinband überreichte!

Die Stöckerianer haben uns durch die aufgeführte Komödie einen recht heiteren Abend bereitet. In der schlechten Zeit ist es immer anerkennenswerth, wenn irgend ein Clown unentgeltliche Vorstellungen giebt. — Ueber den Verlauf der nächsten Versammlung werde ich baldigst berichten.

— o — **Frankfurt a. M.**, 3. März. Da im „Vorwärts" noch mit keinem Worte ein neuerlicher Ukas unseres hiesigen königl. preußischen Herrn Polizei-Präsidenten Hergenhahn erwähnt wurde, der doch — der Ukas nämlich — von allgemeinerem Interesse sein dürfte, so erlaube ich mir auf denselben zurückzukommen. Genannter Herr hat unterm 9. Februar durch die Frankfurter Blätter und durch Anschlag an den Plakatsäulen wörtlich Folgendes kund und zu wissen gethan:

„An die Bürger und Einwohnerschaft Frankfurts.

In der abgelaufenen Woche sind wieder über 150 Bettler und Landstreicher festgenommen und bestraft worden. Mag aber auch noch so energisch von Polizei- und Gerichtswegen gegen das Bettler- und Vagabundenthum eingeschritten werden, — das falsche Mitleid des Publikums macht alle diese Bemühungen zu Schanden und trägt, ohne es zu wollen, die Hauptschuld an dem üppigen Wuchern dieser Landplage. Was hilft alles Einfangen und Bestrafen der Bettler gegenüber den klingenden Erfahrungen, welche sie bei ihren Umgängen machen! So lange ihnen die letzteren noch irgend welchen Gewinn bringen, beginnen sie nach ihrer Entlassung aus der Haft ungesäumt wieder ihre Bettelgänge. Nur wenn ihnen consequent Nichts, gar Nichts gegeben wird, werden die Bettler ihre belästigenden Gänge einstellen und die in Schaaren von Auswärts kommenden Landstreicher künftig unsere Stadt meiden.

Nachdem nunmehr der neu gegründete Armen-Verein seine Wirksamkeit begonnen hat, ist den hiesigen Bürgern und Einwohnern, deren milde Herzen und Hände stets bereit sind, dem Unglück beizustehen, die Möglichkeit gegeben, den Behörden bei der Bekämpfung des Haus- und Straßenbettels erfolgreich dadurch beizustehen, daß den Bettlern unnachsichtlich und ohne Ausnahme an den Thüren und auf den Straßen durchaus Nichts mehr verabreicht wird. Dagegen möge thunlichst eine jede Familie dem Armen-Verein diejenigen Gaben anvertrauen, welche sie für Armen-Unterstützungszwecke aufzuwenden Willens ist. Zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerke ich übrigens, daß die Uebung sonstiger Privat-Wohlthätigkeit durch den Beitritt zum Armen-Verein in keiner Weise beschränkt werden soll. Lediglich das unterschiedslose Geben ohne Prüfung der Würdigkeit und Bedürftigkeit besonders an Personen, welche dem Schenkenden ganz unbekannt sind, wollen Behörde und Armen-Verein bekämpfen.

Auf Grund meiner amtlichen Erfahrungen habe ich mich verpflichtet erachtet, die Bürger- und Einwohnerschaft Frankfurts darauf aufmerksam zu machen, daß es nur auf die angedeutete Weise den Behörden im Zusammenwirken mit dem Publikum gelingen kann, den verderblichen Haus- und Straßen-Bettel zu beseitigen."

Der „Volksfreund" war der festen Ueberzeugung, daß dieser Aufruf des Herrn Polizei-Präsidenten nur Reklame für den unter seiner Aegide neu gegründeten Wohlthätigkeits-Verein sei und dessen Zwecke fördern soll. Nun, da ja diese Art der Beseitigung des Elendes nicht die ureigenste Erfindung des Frankfurter Herrn Polizei-Präsidenten ist — eine „Erfindung", auf die kein vernünftiger Mensch ein Patent verleihen wird —, und der „Vorwärts" schon wiederholt darüber den sozialistischen Standpunkt klar gemacht hat, so dürfte ein weiteres Eingehen auf jene „amtlichen Erfahrungen" überflüssig erscheinen. Nur eine einzige Frage sei mir gestattet. Was würde wohl Herr Hergenhahn anfangen, wenn er anstatt königl. preußischer Polizei-Präsident etwa Schuster oder Schneider wäre (und es muß doch auch solche Leute geben, nicht wahr?) und als solcher, trotzdem er sein liebes theures Vaterland kreuz und quer mit dem Wanderstabe durchmesser, nirgends eine Stelle fände, es ihm auch nicht gelänge, auf andere ehrliche Weise sein bischen Leben zu fristen? Würde er sich da ohne Weiteres aufhängen oder vermöge des jedem Menschen innewohnenden Selbsterhaltungstriebes erst einmal betteln und schließlich — vagabondiren? — — — Daß es übrigens trotz dem überhand nehmenden „Bettler- und Vagabundenthum" noch nicht so schlimm mit dem Elend ist, wie es theilweise scheint, werde ich Ihnen sofort beweisen. Veranstaltete da z. B. der hiesige Liederkranz jüngst einen costümirten Ball, der nach Schätzung von Sachverständigen an Costümen allein einen Umsatz von 325,000 Mark verursachte. Wie in dem „Lokalen" unserer Blätter zu lesen, kostete das Leihen eines einzigen, durch besondere Pracht ausgezeichneten Maskenanzuges 300 Mark! Wie viel Hundert Flaschen Champagner und wie viel Tausend Flaschen Wein durch die Kehlen der verehrten Herrschaften gewandert sind, das kann ich Ihnen nicht mehr angeben; aber so viel weiß ich noch, daß es laut dem „Lokalen" bereits heller Tag war, als man die Schritte heimwärts lenkte. — Vor acht Tagen fand in den Räumen des Bundespalais eine „Ausstellung für Küche und Tafel" statt, die sich einer recht zahlreichen Betheiligung zu erfreuen hatte. Da dürfte wohl hungernden Proletariern eine seltene und bequeme Gelegenheit zu Studien über „Bedürfnißlosigkeit" geboten gewesen sein! Am Montag Mittag, wo das Entree 2 Mark betrug, fand „Promenaden-Concert" statt und wurden „Erfrischungen" unentgeltlich verabreicht. Wie sehr gewisse Leute besorgt waren, auch für ihr Geld nicht zu kurz zu kommen, scheint mir eine Notiz im heutigen Briefkasten der „Frankfurter Laternen" zu beweisen, wo von einer „wüsten Fresserei" im Bundespalais gesprochen wird und es dann noch heißt: „Was wir darüber von allen Seiten gehört haben, giebt uns einen schlechten Begriff von der Bildung und dem Anstandsgefühl eines Theils des dort anwesend gewesenen verehrlichen Publikums."

Noch will ich Ihnen mittheilen, daß irgend ein elender Bube die unsere Promenade zierende herrliche Marmor-Büste Ludwig Börne's mit einer ätzenden schwarzen Flüssigkeit übergossen hat. Nicht genug, daß man die Kämpfer für Freiheit und Menschenrechte zu ihren Lebzeiten mit Koth bewirft, besudelt man auch noch ihre Denkmäler! Aber so gewiß sich die Erde in ihrem Laufe nicht hemmen läßt, so gewiß bohrt sich auch die Wahrheit durch — trotz alledem und alledem. — Vor ein paar Tagen hat ein Orang-Utang seinen „Einzug" in den Zoologischen Garten gehalten, woselbst ihm in der Bel-Etage des Elephantenhauses zwei Zimmer eingerichtet wurden. Meiner Meinung nach hat das Menschengeschlecht auch mit gänzlicher Beiseitelassung der Abstammungslehre nicht allzuviel Grund, auf das Geschlecht der Affen so verächtlich herabzublicken!

Ich will für heute schließen mit der Parole: „Muthig vorwärts!"

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 1. März habe ich erhalten für

a) Unterstützungsfond:

Crimmitschau d. F. Böttger 7,52; Zeulenroda durch Karl Daßler 3,00; Bergedorf durch F. Wiese 1,00; Hamburg v. D. 1,50; do. vom Parteifest d. Nagel 22, 57; do. v. E. W. 0,60; do. v. Geib 2,40; do. v. Förster 2,40; do. vom Ball der Schmiede d. Burmester 12,50; do. v. R. M. 3,00; do. v. Schneiderwerkstatt Gerdts und Schröder durch Peine 3,00; Köpschenbroda auf Liste d. F. Franke 10,00; Friedrichsberg bei Berlin v. d. Parteig. d. J. Wacke 5,00; Mühlitroff v. Ernst Hasse 1,50; Pegau v. Parteigenossen aus Pegau-Groitzsch-Zeitz in G. Weiß' Restauration 4,00; Baden-Baden d. Joh. Kusters 1,00; Jeßnitz ges. d. R. Lauschke in Wolfen 5,00; Leipzig v. Diversen d. Hadlich 179,51; do. v. Diversen d. H. Nebel, Exped. d. „Fackel" 29,07; Malente Liste 1 d. J. H. Wiese 5,35; Sonneberg in einer Parteiversf. d. R. Nenninger 2,00; Ottensen v. Arbeiterfest d. Wegener 19,48; Gotha d. H. Gabler 2,60; Halle a. S. d. H. Rödiger 10,00; do. d. Rödiger v. H. Meyer 2,00; Frankfurt a. M. Halbertrag einer Abendunterhaltung f. Gemaßregelte d. S. Krauß 15,00; Mylau d. F. E. Fischer 1,00; Altona v. A. D. F. 4,00; Mittweida d. Ed. Ems 5,81; Schwerin v. Demmler für 1 Freiexpl. v. Lissagaray Commune 6 00; Berlin von Dschentscher 1,00; do. v. P. S. 250,00; do. v. J. W. 0,50; do. von Steinnußknopffabrik Skalitzerstr. 5,25; do. v. Ungenannt 0,25; do. v. Fische d. Stengert 1,00; do. v. Könicke 1,00; do. v. Zimmerplatz Jung 7,10; do. v. H. F. 6,00; do. v. 4 Beamten d. Maschinenb.-Krankenkasse 2,00; do. v. R. Z. 1,00.

b) Agitationsfond:

Wandsbeck v. Schütt's Cigarrenfabrik 21,00.

c) Wahlfond:

Iserlohn v. L. Copalle 5,50; Hamburg v. D. 1,50; do. v. W. H. 3,00; do. v. Bunsens Bau d. Richter 19,55; Berlin Ueberschuß vom Böttcherball d. G. 15,80; do. gesammelt Nr. 6 Melchiorstr. 6,75; do. d. Wasewitz 2,00; Spandau auf Listen d. P. Grieben 30,10; Wilster auf Listen d. Thun 3,35; Dörnigheim v. W.-V. d. Jakob Ebert 4,50; Kopenhagen d. Beckmann u. Kärsting 4,94; Grafenberg auf Liste d. H. Riedt 6,40; Arnstadt Liste 4694 d. Glaser 4,70; do. Liste Liste 4695 M. 5,30; Wilkau d. Ernst Arzberger 3,00; Stuttgart v. Wilh. Becker 12,50; Wriezen ges. von einigen Sozialdemokraten d. W. Haupt 3,00; Ragnit v. M. Naujock 10,00; Schweidnitz auf 2 Listen d. R. 2,35; Frankfurt a. O. Liste 2953 d. Wachholz 10,00; Brackwede Liste Liste 4772 d. Vormfelde 9,60; Gelsenkirchen Liste 3000 d. Tennhaef 5,00; Osterode a. H. v. Joh. Hasserpflug 4,80; Tübingen v. A. Lutz 4,00; Mylau v. F. E. Fischer 3,00; Ronsdorf Liste 2899 d. E. Wilke 8,00; do. Liste 2900 8,60; Großauheim d. A. Kronenberger 12,00; Reutlingen d. Walz v. A. F. 3,00; Frankfurt a. M. Liste 7 d. F. G. 10,00; Gelenau d. F. A. Reuter 2,64; Herold v. Weber 1,00; Heddernheim v. Wahlverein 4,00; Speyer d. Ernst Michalk 8,45; Stötteritz Liste 3155 d. E. Grude 14,91; do. Liste 3156 d. Emil Kind 4,25; do. Liste 3157 d. O. Richter 17,50.

Hamburg, 13. März 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Warnung!!

Die Schiffsbaumeister zu Geestemünde und Bremerhaven sollen Agenten ausgesandt haben, um Leute anzuwerben, weil die seit dem 1. November vorigen Jahres 500 ausgeschlossenen Schiffszimmerer sich nicht wie Lastthiere von einer Werft zu der anderen von den Meistern ausleihen und ihren Lohn sich nicht um eine Mark pro Tag kürzen lassen wollen. Pflicht aller deutschen Arbeiter ist es daher, wo solche Menschenschacherer auftauchen, ihnen energisch entgegen zu treten.

Alle den Arbeitern freundlich gesinnten Zeitungen werden um sofortigen Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Expedition. G. A. Böhler in Lausanne: „Volksstaat-Erzähler" ist einzeln nicht zu haben, sondern nur mit dem betr. Jahrgang „Volksstaat". — Bog in Bromberg: Eine umfassende Biographie Lassalles existirt bis jetzt noch nicht.

Quittung. Schrdr Hannover Ab. 100,00. Mhrs Hanau Ab. 8,50. Trst Kl.-Zschocher Schr. 1,30. Hhn das. Plakate 1,50. Stmmlr Griesheim Schr. 0,80. Fschr Frankfurt Schr. 0,70. Lgwtt Essen Schr. 5,00. Ems Mittweida Schr. 0,70. Smn Hannover Schr. 3,00. Mßnr hier Meltr. 7,00. Untrfrdt Stockhausen Schr. 1,10. Rtnbrn Dortmund Ab. 1,00. Erbnstn Lindenau Schr. 2,68. Fischr Klein-Zschocher Plakate 0,75.

Hanau. Den Abonnenten des „Vorwärts" sowie der „Neuen Welt" zur gefälligen Beachtung, daß nur für Diejenigen abonnirt werden kann, welche spätestens bis zum 25. ds. Mts. das erste Quartal an den Genossen H. Rieser entrichtet haben. [50

M. Daßbach.

Leipzig. Mittwoch, den 20. März, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle": [0,90

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die geschichtliche Bedeutung des 18. März. Referent W. Liebknecht.

Der Einberufer.

Allg. deutsche Assoc.-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

In Folge der durch den Tod des bisherigen Vorstandsmitgliedes (Disponenten) August Heinsch eingetretenen Vacanz wird hiermit auf Grund des § 25 der Statuten der Genossenschafter Ignaz Auer, wohnhaft in Berlin, zum Vorstandsmitgliede, und zwar zum Disponenten, ernannt.

Hamburg, 12. März 1878.

Der Aufsichtsrath:

August Geib. G. W. Hartmann. H. Köhler. C. Derossi.

Von der Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Rede Bebels

über die Anträge betr.

Abänderung der Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetz)

in der Reichstagssitzung vom 18. April 1877.

Preis 10 Pfg. (8a)

Roh-Tabak.

Domingo 55, 60, 65, 70, 80, 90.
Brasil 50, 65, 70, 80, 100, 120, 140.
Seedleaf 40, 50, 60, 70 bis 180.
Java 100, 120, 140, 160, 250, 270.
Carmen 90, 110. (4b)
Palmyra 140, 150, 160, 170. [3,00
lose Domingoblätter 25 und 30 Pfg.

Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha sind erschienen:

Drei Solo-Quartette

von Gustav Scholz.

Kehr wieder! Gedicht von Bruno Geiser.
Die Spinnerin. „ „ Julius Sturm.
Das Blümlein. „ „ A. Geib.

(4b) Preis: Partitur mit Stimmen 2 Mark. [0,90

Gegen Einsendung des Betrags folgt Zusendung franko. (F. 132)

Die Zukunft

Sozialistische Revue

hat die Aufgabe, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen, und sie wird hierin von den bedeutendsten sozialistischen Schriftstellern des In- und Auslandes unterstützt.

Trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens (sie erscheint erst seit dem 1. Oktober 1877) hat sie sich bereits über 3000 Abonnenten erworben.

„Die Zukunft" wird halbmonatlich in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikonformat herausgegeben. Das Abonnement beträgt vierteljährlich:

Beim Bezug durch die Post oder den Buchhandel **Mk. 1,25**; bei direkter Zusendung unter Kreuzband seitens der Expedition für Deutschland und die Länder des Weltpostvereins **Mk. 1,90**; bei Zusendung unter geschlossenem Couvert im deutsch-österreichischen Postverein **Mk. 2,50**; im Weltpostverein **Mk. 6,00**.

Die Expedition der „Zukunft".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Durch uns ist zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heißig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Ball, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauferman, 74 Sydbourne ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Str.
London W.: E. Hense, 8 New Golden Square.

Nr. 33. Mittwoch, 20. März. 1878.

Zur Controverse über die soziale Werththeorie.

I.

Bitte an die Herren Gelehrten.

H. L. Die Nationalökonomie ist — bis jetzt wenigstens — eine vorzugsweise spekulative Wissenschaft, wie ihre nahe Anverwandte, die sogenannte Philosophie. Ihre Theorien lassen sich nicht so an der greifbaren, sichtbaren Wirklichkeit beweisen, wie man beweisen kann, daß zwei mal zwei vier ist.

Es hat sich denn auch — bis jetzt wenigstens — keiner ihrer Lehrsätze allgemeine, unangefochtene, bleibende Geltung verschaffen können, es giebt wohl keinen, über den, wie man zu sagen pflegt, die Gelehrten einig wären. Was gestern noch als der Superlativ aller volkswirthschaftlichen Weisheit galt, wird heute schon als der größte Blödsinn nachgewiesen. Ja während einer und derselben Epoche begegnen wir den heterogensten, schnurstracks entgegengesetzten Anschauungen. Davon hier nur ein Beispiel.

Bekanntlich gilt Ricardo bei vielen deutschen Nationalökonomen, die in unseren Kreisen, und mit Recht, in Ansehen stehen, als die Krone der sogenannten „bürgerlichen Oekonomie". Viele Nationalökonomen seiner eigenen Heimath, Englands, ferner auch solche Amerikas, Frankreichs aber, die dort wieder die größte Autorität besitzen, beweisen uns in ihren Schriften mit der größten Zuversichtlichkeit, daß die Lehrsätze des Londoner Bankiers der baarste Unsinn, ja oft das genaue Gegentheil davon die Wahrheit ist (siehe seine Bodenrente), wobei sie uns nebenherlaufend ziemlich deutlich zu verstehen geben, man möge sich mit dem Menschen gar nicht erst abgeben, denn es sei bei ihm offenbar nicht recht richtig gewesen.

Man sieht, man kann hier über ein und dieselbe Sache ziemlich verschiedenen Ansichten huldigen.

Es gilt aber auch von dieser neugebackenen Wissenschaft, was der Teufel von der Philosophie sagt:

„Mit Worten läßt sich trefflich streiten,
Mit Worten ein System bereiten,
An Worte läßt sich trefflich glauben,
Von einem Wort läßt sich kein Jota rauben."

An diesem chronischen Leiden ist denn auch die Frau Philosophie zu guter Letzt selig im Herrn entschlafen. Sie haben so lange an ihr herumspintisirt, so lange ihre Haarspaltereien getrieben, ihre dialektischen Bocksprünge exekutirt, Dank welcher man sie nie so recht beim Wort fassen konnte, so lange ihre „Begriffe" in ihren metaphysischen Retorten abdestillirt, bis schließlich das ganze Wunderelixir in blauen Dunst aufging und nichts davon übrig blieb.

Man kann sagen, an jenem Tage, als Herr Hegel auf seinem Sterbebette meinte (so wird ja wohl erzählt): „Nur Einer hat mich verstanden und der — hat mich auch nicht verstanden" — damals hat die „Philosophie" ihren Concurs angemeldet, zum großen Benefizium des gesunden, noch unverrückten Menschenverstandes, der dadurch von einem seiner unversöhnlichsten und zugleich gefährlichsten, weil versteckten Feinde befreit wurde, und auch ohne daß die wirkliche Philosophie, d. h. die praktische, gesunde, daseinsfrohe Lebensweisheit und Naturerkenntniß, bisher irgend welchen sichtbaren Schaden dabei genommen hätte. Im Gegentheil — es ist ihr sogar recht gut bekommen. Zum Kuckuk auch mit einer „Wissenschaft", die von keinem Menschen „verstanden" wird!

Deshalb müssen auch, beiläufig, alle posthumen Wiederbelebungsversuche, besonders wenn sie gar, wie das leider noch geschieht, von sozialdemokratischer Seite ausgehen, als arge Rückfälligkeiten und als wahre Attentate gegen den gesunden Menschenverstand bezeichnet werden. Lasset die Todten ruhen!

Soll es nun unserer heutigen spekulativen Nationalökonomie nicht ebenso ergehen, wie ihrer gottseligen Anverwandten — sagen wir ihrer Tante, denn die Mutter möchte ich sie doch nicht gerne nennen — der Philosophie, soll sie nicht schließlich auch werden zur „Kunst wortreich zu schwatzen", sollen nicht auch auf sie die Verse anwendbar sein, mit welchen einst ein gewisser Schiller die Herren Philosophen und ihre mit der wichtigsten Miene ausgekramten Plattheiten so beißend verspottete:

„Der Schnee macht kalt, das Feuer brennt,
Der Mensch geht auf zwei Füßen,
Die Sonne scheint am Firmament,
Das kann, wer auch nicht Logik kennt,
Durch seine Sinne wissen.
Doch wer Metaphysik studirt,
Der weiß, daß, wer verbrennt, nicht friert,
Weiß, daß das Nasse feuchtet
Und daß das Helle leuchtet —"

kurz, soll die Nationalökonomie nicht einfach an Stelle der dahingegangenen Philosophie treten, dann muß es sich erstere meines Erachtens gar sehr angelegen sein lassen, nicht in die Fehler der letztern zu verfallen. Ich meine damit, sie muß sich nicht auf die schiefe Bahn der spitzfindigen Wortklaubereien und Spiegelfechtereien, der leeren Abstraktionen, der künstlerisch-gekünstelten Sprechweise verleiten lassen, an deren Ende nur die allgemeine Confusion und die Pleite harrt.

Wenn in die äußerst schwierige Materie der volkswirthschaftlichen Gesetze allmälig Klarheit und Ordnung gebracht und über dieselben eine Verständigung herbeigeführt werden soll, dann ist es, meine ich, vor allem nothwendig, daß man ein allgemeines gegenseitiges Verständniß möglich macht, d. h. daß Jeder, der zur Sache etwas zu sagen hat, sich in einfacher, klarer, präciser, dem normalen Durchschnittsverstande faßlicher, von allen dialektischen Kunststücken freier Weise ausdrückt, damit sich nicht über jedes Buch erst wieder ein Dutzend Commentatoren hermachen müssen, von denen jeder eine andere „Exegese" hat, und die sich wegen ihrer verschiedenen Auslegungen in den Haaren liegen. Das ist die Scholastik, das ist der Tod.

Man wende mir nicht ein, diese Materie lasse sich nicht so ohne Weiteres in der Sprache des Alltagslebens behandeln, es bedürfe des gelehrten Rüstzeugs zu derselben. Erstens beweist uns schon die Erfahrung, d. h. die bisherige nationalökonomische Literatur, vielfach das Gegentheil, zweitens aber giebt es absolut keine Disziplin, sei es auch die scheinbar schwerste, die sich nicht gemeinfaßlich vortragen, dem geraden, gesunden Menschenverstand begreiflich machen ließe. Es frägt sich immer nur, ob der Vortragende die Fähigkeit dazu besitzt.

Und gerade von uns Deutschen droht der Nationalökonomie die oben angedeutete Gefahr der „Versumpfung", um mich hier des neuesten geflügelten Wortes zu bedienen, am ehesten. Unsere deutschen Herren Gelehrten zeichnen sich ja bekanntlich vor denen aller anderen Nationen durch die Schwerfälligkeit und Unverdaulichkeit ihrer Ausdrucksweise, durch das „Wolken"-hafte, um Aristophanisch zu sprechen, ihres Thuns und Lassens ganz besonders aus.

Es ist das jene Eigenschaft, die ich mit dem Namen „Hegelhaftigkeit" bezeichnen möchte, und es wird meines Erachtens der größte Triumph der deutschen Wissenschaft sein, wenn es ihr gelungen sein wird, sich von dieser häßlichen Angewohnheit, dieser affektirten Sprechweise zu befreien. Es ist ferner jene selbe Eigenschaft, welche einst einen sehr gescheuten Menschen zu dem Ausspruch veranlaßte: „Bei den Schriften unserer deutschen Gelehrten wäre eigentlich immer erst eine Uebersetzung aus dem Deutschen in's Deutliche nöthig." (Wobei ich nur glaube, daß er unserer Muttersprache Unrecht gethan hat, denn das, was jene Herren schreiben, ist gar kein Deutsch.)

Ich meinerseits muß sagen, daß ich eher zwei oder drei französische oder englische Bücher wissenschaftlichen Inhalts zu Ende lese, bevor ich mich durch ein deutsches Opus hindurchgebohrt habe. Unsere Herren Professoren nennen das „deutsche Gründlichkeit", neuerlich auch „Wissenschaftlichkeit". Ich glaube, man könnte es zutreffender deutsche Abgeschmacktheit benamsen.

Die Frau Philosophie, Gott hab' sie selig, liegt ja bekanntlich auch in Deutschland begraben. Wir haben sie von den Engländern und Franzosen in ganz leiblichem Gesundheitszustand überkommen, haben sie aber dann so „gründlich" behandelt, daß sie, dem Herrn sei's geklagt, dran erstickt ist. Hoffen und wünschen wir Alle, daß der Nationalökonomie, die ja jetzt auch aus englischen und französischen in deutsche Hände überzugehen begonnen hat, bei uns ein glücklicheres Loos beschieden sei.

Recht schwer wird es aber unseren Herren Gelehrten, sich von der ihnen in Fleisch und Blut sitzenden Hegelhaftigkeit loszumachen. So könnte ich z. B. ein neueres nationalökonomisches Buch nennen (ich nenne es aber nicht), in welchem zu Anfang in so zutreffender Weise über den zopfigen, absichtlich orakelhaft-unverständlichen Jargon unseres deutschen Gelehrtenthums der Stab gebrochen wird, daß man sich den süßesten Hoffnungen betreffs der Klarheit und Faßlichkeit der Vortragsweise des Verfassers selbst hingiebt, worin man aber bald auf's Bitterste enttäuscht wird, indem sich dieses Buch in puncto Hegelhaftigkeit dem Großartigsten aller Zeiten kühn an die Seite stellen kann.

Ich selbst habe, von einzelnen lichten Augenblicken, d. h. lichten Stellen abgesehen, jeden Satz so ein halb Dutzend Mal von vorn anfangen müssen, um ihn schließlich — doch nicht zu verstehen. Ich habe seither mit Vergnügen gelesen, daß es anderen und competenteren Leuten nicht viel besser ergangen ist.

Und doch steht es über allen Zweifel fest, daß es dem betreffenden Herrn Verfasser, wie mit seinen Bestrebungen überhaupt, so auch mit seiner Gegnerschaft gegen unser gelehrtes Augurenthum ehrlichster Ernst ist. Aber die Hegelhaftigkeit steckt unseren deutschen Gelehrten eben tief, tief in den Knochen; sie ist ihnen sozusagen angeboren und anerzogen, etwa wie manchem andern Menschen das Stottern (es ist ja auch so eine Art Stottern), und so was wird man bekanntlich so leicht nicht los. Jener Herr Verfasser schimpft (mit Recht) über das Stottern der Anderen, merkt aber nicht, daß er selbst einer der ärgsten Stotterer ist.

Und zudem — um nun die Parallele zwischen der verstorbenen Philosophie und der Nationalökonomie wieder fortzusetzen — jene hatte für das Mystisch-Ueberirdische ihrer Ausdrucksweise, ihrer Form, wenigstens noch die Entschuldigung, daß ja ihr ganzer Inhalt ein nebelhaft-übersinnlicher war, es stimmten hier also wenigstens Form und Inhalt überein.

Wie wenig aber paßt jene mondsüchtig-spinnwebenhafte Form zu einer Materie wie die Nationalökonomie, der Wissenschaft, welche den denkbar materiellsten, greifbarsten, derbsten, nüchternsten aller Stoffe behandelt, die Beschaffung von Essen und Trinken, Kleidern und Wäsche, Dach und Fach nämlich! Es ist das ungefähr, als wollte Einer an die Herstellung unserer modernen eisernen Maschinen-Kolosse mit Nadel und Zwirn herangehen.

Und wie widerspruchsvoll die Anwendung dieses unpraktikablen Handwerkszeugs der reaktionären Gelehrtenzünfte vollends bei denjenigen Herren Nationalökonomen ist, die mit ihren revolutionären Ideen auf Seiten des Volkes stehen, für und an das Volk schreiben, liegt auf der Hand, zumal in einer Zeit, die ja als eine der allerersten und wichtigsten ihrer Aufgaben die Verallgemeinerung, die Demokratisirung der Wissenschaft auf ihre Fahne geschrieben hat, zum großen Aerger der ganzen Meute der Culturfeinde, die, weil sie darin sehr wohl die größte Gefahr für sich wittert, ihr wüthendes Gekläffe: „Haff, haff! Halbbildung, Halbbildung!" dagegen losläßt, das jedoch eben nur beweist — „daß wir reiten!"

Jene Herren revolutionären Nationalökonomen also, die, entgegen den Geboten der Bibel, ihren neuen Wein noch immer in die alten Schläuche füllen, möchte ich (daß der Vergleich sehr treffend ist, habe ich nicht behauptet; es fällt mir aber augenblicklich kein besserer ein) etwa mit einem blaublütigen Aristokraten vergleichen, der einen armen Teufel in dringendster, von diesem selbst unerkannter Lebensgefahr schweben sieht, ihn auch gern davor warnen möchte, sich aber um keinen Preis entschließen kann, anders als in seinem gewohnten näselnden, mit fremden Brocken gespickten Jargon zu sprechen, den unser Plebejer natürlich nicht versteht, demnach auch nicht die drohende Gefahr erkennen und sich retten kann.

Es sei also — und das ist der Zweck der vorstehenden Zeilen — im Namen aller gewöhnlichen, ungelahrten Menschenkinder, und auch, wie ich oben auszuführen versucht, im Interesse der Sache selbst an alle die, welche zu unseren heutigen weltbewegenden sozial-wirthschaftlichen Fragen etwas zu sagen haben, die bescheidene Bitte gerichtet, möglichst — deutsch zu sprechen, d. h. sich schlicht und einfach, unter vornehmer Verschmähung der Praktiken des gelehrten Augurenthums auszudrücken, damit wir, das Volk, das ja, glaubwürdigen Versicherungen zufolge, so zu sagen gewissermaßen auch ein klein wenig bei der Sache mitbetheiligt ist, doch auch erfahren können, was da eigentlich verhandelt wird.

Der einfache gesunde Menschenverstand ist immer geneigt, demjenigen Recht zu geben, den er wenigstens versteht, von dem er sieht: der Mann weiß wenigstens, was er sagen will, während er anderseits (und vielleicht nicht ganz mit Unrecht) hinter allem Mystischen auch immer gleich eine Mystifikation vermuthet. Er hält es eben mit dem guten, alten, ehrlichen: Simplex sigillum veri (das Einfache ist das Siegel des Wahren).

Also bitte, bitte, Ihr Herren Gelehrten, denkt immer ein klein wenig an das

Simplex sigillum veri!

Von den Sandwichsinseln.

Honolulu, 19. Januar.

Gestern war Festtag auf den Sandwichsinseln. In der Hauptstadt Honolulu erinnerten Glockengeläute, Kanonendonner und Abends Musik und Fackelzug daran, daß hundert Jahre verflossen sind, seit der Entdecker der Inseln Cook auf denselben landete, welcher bekanntlich im darauffolgenden Jahre bei einem zweiten Besuche durch die Hand der Eingeborenen, der damaligen „Wilden", seinen Tod fand.

Hundert Jahre! Eine kurze Spanne Zeit im Leben der Völker, und doch, was würde wohl Cook sagen, wenn er heute wiederkommen und die Veränderungen, welche in diesem kurzen Zeitraume auf der von ihm gefundenen kleinen Welt eingetreten, sehen könnte!

Die europäische Civilisation hat auf den Inseln ihren Einzug gehalten.

Statt der „Wilden" im Adamskostüm sehen wir wohlbekleidete Eingeborene, im Lesen und Schreiben bewandert und intelligent in Handel und Wandel; statt der Götzentempel und Götzenbilder sehen wir christliche Kirchen mit Cruzifixen und Heiligenbildern, was allerdings nur einen Scheinfortschritt bedeutet —; die ursprünglichen Grashütten primitivster Art, früher den Eingeborenen zur Wohnung dienend, sehen wir verdrängt durch europäische Gebäude von Holz und Stein; die alten Häuptlinge im Federschmuck haben sich zu den Vätern versammelt; ihre Stelle nimmt einer ihrer Nachkommen, Se. Majestät König Kalakaua ein, welchen wir in eleganter Equipage mit zwei Bedienten in Livree auf dem Bocke und gefolgt von Adjutanten vierspännig nach dem stolzen Regierungspalaste „Iolani" eilen sehen, woselbst sich die aus gleichem und direktem Wahlrecht hervorgegangene gesetzgebende Versammlung des Reiches in Sitzung befindet; und an stillen Abenden gehen wir gewiß nach dem „Emma-Square", einem öffentlichen Platze in Honolulu, um von den 25 braunen Insulanern die Weisen Mozart's und Beethoven's spielen zu hören.

Die christlichen Missionäre weisen mit Stolz auf die civilisirten Sandwichsinseln: „Seht unser Werk!" und preisen dabei das culturverbreitende Prinzip des Christenthums. Jedem das Seine! Nächst der besseren Klasse von Weißen, die sich allmählig hier angesiedelt, gebührt ihnen ein großer Antheil am Civilisationswerke (?) Die Insulaner haben Dank ihrer Thätigkeit die Gelegenheit, sowohl auf katholische als auf protestantische Art selig zu werde.

Doch wir erfahren, daß Cook vor 100 Jahren die Bevölkerung der Inseln auf 400,000 Köpfe schätzte, und wenn auch ohne Zweifel diese Zahl zu hoch gegriffen war, so wies doch die erste offizielle, im Jahre 1302 vorgenommene Volkszählung noch eine Einwohnerzahl von 183,000 auf. Die Bevölkerung nahm jedoch seitdem so rapid ab, daß die letzte amtliche Volkszählung (1872) nur noch 56,000 „Seelen" ergab, einschließlich der mehreren Tausend Fremden (Weißer und Chinesen), und gegenwärtig veranschlagt man die Zahl der braunen Urbewohner auf höchstens 45,000. Diese Zahlen zeigen, daß sich die ursprüngliche Bevölkerung der Inseln, diese von Natur so kräftige und schöne Rasse, gleich den nordamerikanischen Indianerstämmen auf dem Aussterbe-Etat befindet.

Es giebt uns dies Gelegenheit, die „Segnungen europäischer Civilisation von einer andern Seite zu betrachten.

Die muthmaßlichen Ursachen dieser im hohen Grade auffallenden Dezimirung der Bevölkerung hier zu erörtern, würde

zu weit führen. Thatsache ist jedoch, daß in den durch Ausländer eingeschleppten Krankheiten und Lastern eine der Hauptursachen zu suchen ist.

Die Fruchtbarkeit und der Produktenreichthum des Landes veranlaßten im Laufe der Jahre spekulative Ausländer, besonders Amerikaner und Engländer, sich hier niederzulassen, um „Geld zu machen", und leider findet man auch unter ihnen mitunter solche Persönlichkeiten, bei deren Begegnung man an die Worte eines deutschen Dichters erinnert wird:

So endlos ist kein Wasser nicht,
So dicht kein Dorngeflecht,
Man findet d'rin ein Gaunergsicht,
In das man spuken möcht'."

Zucker, Reis und Kaffee sind die wichtigsten Erzeugnisse des Landes. Die besten Plantagenländereien befinden sich bereits in den Händen der Weißen, welche in den Eingeborenen wohlfeile „Hände" finden und nach Bedürfniß noch Chinesen von Hongkong oder San Franzisko importiren. Gegenwärtig ist die Importation der Kuli's sehr im Schwung und sie bilden bereits die Majorität der auf den Inseln lebenden Ausländer. Auch weiße Arbeiter sucht man unter falschen Vorspiegelungen von Californien hierher zu locken.

Gemäß eines vor einigen Jahren zwischen der Regierung der Sandwichsinseln und der der Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrags darf Zucker zollfrei nach Amerika eingeführt werden. Es kommt dieser Vertrag ausschließlich einer Handvoll Kapitalisten zu Gute, welche die in natürlicher Beziehung wirklich paradiesischen Inseln gerne in eine einzige große Zuckerplantage verwandeln möchten, und welche die Civilisation nur in soweit fördern, als sie ihren Sonderinteressen dient.

Voraussichtlich wird in einigen Jahrzehnten die Civilisation mit den braunen Ureinwohnern aufgeräumt haben. F. Rz.

Sozialpolitische Uebersicht.

— An den Reichstag sind bekanntlich zahlreiche Petitionen abgegangen, in welchen die Aufhebung der Concurrenzarbeit der Gefangenen verlangt wird, es ist daher von Interesse, die Resultate einer Statistik kennen zu lernen, die im Jahre 1875 in Preußen über die Gefangenenarbeit angestellt worden ist, und deren ins Einzelne gehenden Daten neuerdings veröffentlicht worden sind. Darnach wurden in Preußen am 1. Dezember 1875 16,592 Strafgefangene — 14,375 männliche und 2217 weibliche — für Rechnung privater Gewerbetreibender beschäftigt, und zwar: mit Cigarrenarbeiten 2317, mit Buchbinderarbeiten und Kleben von Düten 1718, mit Schneiden von Holzleisten und Anfertigung von Holzpantoffeln 1330, mit Schuhmacherarbeiten 1104, mit Nähen und Steppen 705, mit Weben von Leinen und Halbleinen 635, mit Stricken von Netzen 560, mit Baumwollenweberei 525, mit Riemer- und Sattlerarbeiten 513, mit Tapisserie-Arbeiten, Weiß- und Applikationsstickerei 474, mit Fertigung von Bürsten 480, mit Schneiderarbeiten 393, mit Klempnerarbeiten 379, mit Korbmacherarbeiten 376, mit Schlosserarbeiten 362, mit Federreißen 361, mit Horn- und Elfenbein-Drechslerei, Fertigung von Spielwaaren und Kleiderhaltern 328, mit Fertigung von Eisenwaaren und Maschinen 301, mit Seidenweberei 298, mit Holzschnitzarbeiten und Fertigung von Spiegelrahmen 296, mit Posamentierarbeiten 253, mit Teppichweberei 250, mit Handschuhnähen 247, mit Fertigung von Uhren 219, mit Spulen 205, mit Stricken von Strümpfen 184, in Gerbereien 166, in Ziegeleien 120, mit Watten- und Filzfabrikation 117, mit Arbeiten für Kessel- und Nagelschmiede 113, mit Fertigung künstlicher Blumen 109, mit Wergzupfen 100, mit Juteweberei 98, mit Filet- und Wollarbeiten 92, mit lithographischen und Druckerarbeiten 75, mit Anfertigung von Lampen 72, mit Visirfeilen 71, mit Holzzerkleinern 71, mit Spinnen 67, mit Korkschneiden 60, mit Steinarbeiten 58, mit Seilerarbeiten 53, mit Strohflechten 37, mit Tauzupfen 37, mit Sortiren von Pflanzenhaaren 34, mit Fertigung von Wachsstöcken und Nachtlichten 34, von Reißzeugen 34, in Kalkbrennereien 33, mit Haspeln von Wollgarn und Sortiren von Wolle 27, mit landwirthschaftlichen Arbeiten 25, mit Fertigung von Corsets 20, mit Kaffeeauslesen 18, mit Böttcherarbeiten 12, mit Abfuhr von Schutt 12, mit Tuch- und Bukskinweberei 11, mit Plombengießerei 2, mit Silberpoliren 1. — Es ist selbstredend, daß obige Daten erst dann ihren vollen Werth erlangen würden, wenn auch die Lohnsätze zur öffentlichen Kenntniß gelangten, unter denen die Gefangenenarbeit an die Privatgewerbetreibenden abgegeben wird.

— Die preußisch deutsche Regierungskrisis dauert fort; sie ist im Stadium der „Versumpfung" und wird von Tag zu Tag sumpfiger. So lange Fürst Bismarck faktisch oder nominell durch den jetzigen Kaiser am Ruder gehalten wird, sind nur provisorische „Lösungen" möglich. Die neueste Version ist: Camphausen werde nun doch seine Entlassung bekommen und auch Eulenburg, der bis dato blos „auf Urlaub" ist. Diese Personenveränderungen, falls sie erfolgen, haben natürlich nicht die mindeste Bedeutung. Ob der Mann, der dies oder jenes zu thun hat, X heißt oder Y), ist absolut gleichgiltig. — Mit den Ministerportefeuille-Hoffnungen der Nationalliberalen ist's vorläufig wieder einmal gründlich aus, seit Lasker „dem Herrn von Bennigsen in die Suppe gespuckt", wie das letzte geflügelte Wort Bismarck's lautet. Gelegentlich wird man sich indeß wohl wiederfinden. — Der „Berliner Congreß" schwebt noch im Reich der diplomatischen Träume.

— Prügelpädagogen. Auf der am 2. März in Rendsburg abgehaltenen Lehrerversammlung wurden folgende Sätze aufgestellt und von der Versammlung angenommen: „1) Die Schule kann auf das Recht der körperlichen Züchtigung nicht verzichten. Sie hat aber die Anwendung derselben auf diejenigen Fälle zu beschränken, in welchen eine anderweitige Einwirkung nicht ausreicht. 2) Es liegt im Interesse der Erziehung durch die Schule, daß dem Lehrer das Recht zustehe, seine Schüler auch für außerhalb der Schule verübte Vergehen zu bestrafen. — Strafen, welche durch Erkenntniß der Gerichte für Vergehen der Schüler bestimmt werden, sind nicht auf dem Wege der Schuldisziplin zu erledigen."

Die Kanonen sind das letzte Beweismittel der Könige, der Stock soll das letzte Bildungsmittel der Pädagogen sein. Der Zuchtmeister in der Schule soll dem Zuchtmeister im Korporalsrocke den Weg bahnen und die zukünftigen Staatsbürger an die zu erwartenden Püffe und Stöße gewöhnen. Schöne Lehrer, welche das „Volk der Denker" mit dem Haselstocke heranziehen wollen.

— Zum Arbeiterelend. Wenn von unserer Seite über ungenügende Lohnverhältnisse oder über die Noth, die unter der arbeitenden Bevölkerung herrscht, geschrieben oder gesprochen wurde, war die gegnerische Presse stets bemüht, dies als „Uebertreibung", „tendenziöse Verdrehung" 2c. zu bezeichnen. Wir wollen diesmal ein gegnerisches Blatt hören. Der Berliner „Mercur" schreibt in Nr. 10 vom 9. März d. J.:

„Unter den Webern des Eulengebirges ist ein Nothstand ausgebrochen, der sich bereits bis zu Hungertyphuserscheinungen zugespitzt hat und in betrübender Weise an den Nothstand der schlesischen Weber in den vierziger Jahren erinnert. Schon haben in dem einzigen Krankenhause von Waldenburg 40 Typhuskranke Aufnahme gefunden, und die schreckliche Krankheit ist bereits bis Breslau vorgedrungen. Die nächste Ursache der Noth ist entweder der gänzliche Mangel an Gelegenheit zur Beschäftigung oder der unglaublich niedere Arbeitslohn, auf den namentlich die Beschäftigung der Weber herabgesunken ist. Der tägliche Arbeitsverdienst eines Webers im Eulengebirge beträgt 60 Pf.; Erdarbeiten, für welche am Bau der Eisenbahn von Dittersbach nach Glatz einige Gelegenheit vorhanden, werden infolge der übermäßigen Concurrenz im Arbeitsangebot mit 75 Pf. täglich gelohnt; doch sind die Weber dazu in der Regel nicht mehr kräftig genug und vermögen daher im Accord nicht auf einen höheren Lohn zu kommen. Selbst entlassene Bergarbeiter — und erst neuerdings sind wieder Entlassungen vorgekommen — können bei den Bohr- und Sprengarbeiten höchstens auf 2 Mk. pro Tag kommen. Dabei herrscht große Theuerung des hauptsächlichen Lebensmittels, der Kartoffel, deren Preis auf 3—4 Mk. pro Centner gestiegen ist. Das Zusammendrängen der Menschen in engen Wohnungen ist enorm; in Altwasser, einer Stadt von 8000 Einwohnern, sollen bis zu 16 Personen in einer Stube wohnen. Solche Zustände sind in einem civilisirten Lande, in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts möglich! 2c. 2c. — —

Was sagen unsere Gegner, welche von einem Nothstande nichts wissen wollen, zu diesen Ausführungen des „Mercur"?

Uns dient es nur zur Befriedigung, daß Das, was wir schon seit Jahren sagten, jetzt von einzelnen Gegnern eingestanden werden muß. Nur wollen wir die Frage aufwerfen: Kann und wird die heutige Gesellschaft dem Uebel gründlich und für immer abhelfen? Beide Fragen müssen entschieden mit Nein! beantwortet werden. Gründliche und dauernde Abhilfe kann nur geschaffen werden durch Aenderung des Productionssystems, d. h. im sozialdemokratischen Staate. Bis zu solchen Consequenzen versteigen sich die Blätter a la „Mercur" freilich nicht.

— „Wahr ist, daß der politische Verbrecher in Sibirien — einmal an Ort und Stelle gelangt — sich stets ein besseres Loos bereiten kann, als das unserer Gefangenen, ja selbst als das unserer ehrlichen Arbeiter ist, die den Kampf um das Dasein nahezu aussichtslos führen müssen." Also ließ sich Professor Brehm vor Kurzem in dem Gewerbeverein zu Dresden aus; der Mann ist als wahrheitsliebend bekannt, er war selber in Sibirien, und wir haben daher allen Grund, seinen Worten zu glauben. Und die Moral? Daß Sibirien ein Paradies sei, wie gewisse Reptilien, auf diese Autorität gestützt, schon andeuten? Mit Nichten. Sibirien ist und bleibt eine Hölle für die politischen „Sträflinge", ein kaltes Neucaledonien. Aber etwas Anderes erhellt: Der „ehrliche Arbeiter" der europäischen „Culturländer" lebt schlechter als der Sträfling in Sibirien. Und das ist ein prächtiger Pendant zu der „alten Geschichte", daß Hunderttausende unserer ehrlichen Arbeiter die Zuchthäusler zu beneiden haben.

Man nennt das „die beste der Welten".

— Aus Frankreich. Dieser Tage erschien in Paris die Probenummer eines den Namen Felix Pyat's an der Spitze tragenden Blattes: „La Commune affranchie, Journal du travail" (Die befreite Commune, Journal der Arbeit), welches, laut der darin enthaltenen Ankündigung vom 18. März täglich erscheinen soll. An der Spitze des Blattes steht: „Der Titel der „Commune" ist schwarz umrändert und wird es bleiben, so lange die Gemeinde nicht selbstständig und die Arbeit nicht frei ist, so lange Paris mehr gilt als Pontoise, und der Arbeitgeber mehr als der Arbeitnehmer, so lange die Gemeinde unter Vormundschaft und der Arbeiter im Lohn steht, so lange die Märtyrer dieses doppelten Rechts nicht amnestirt sind." Die Communehenker erschraken natürlich ob dieser Schreibweise und ließen das Probeblatt bei allen Zeitungshändlern confisciren. Ebenso natürlich wird das Erscheinen der „Commune" von 18. März an verhindert werden, und es haben die Behörden sogar ein formelles Recht dazu, weil ein bestimmtes Gesetz es ausdrücklich verbietet, daß ein im Ausland lebender Verurtheilter für französische Zeitungen schreibe. Dieser Gesetzesparagraph ist bekanntlich gegen Rochefort angewandt worden. Wir finden es deshalb auch keineswegs klug, daß Herr Felix Pyat in dieser provokatorischen Weise vorgegangen ist. Es wäre viel klüger gewesen, das hier zwecklos verpuloerte Geld für die „Egalits" zu geben.

An den Journalisten Clovis Hugues, der in Marseille als Gegenkandidat gegen Blanqui aufgestellt worden ist, wurde von einer Pariser Volksversammlung das Ansuchen gerichtet, auf seine Candidatur zu Gunsten Blanqui's zu verzichten, wie dies ein anderer Candidat bereits gethan. Dieser „Radicale" lehnte das Ansuchen ab. Die Bourgeois, ob „radical" oder nicht, fürchten den alten energischen Volksvertreter Blanqui und werden nie die Hand dazu bieten, ihn aus dem Kerker zu befreien. Blanqui kann nur durch die Arbeiter befreit werden oder im Kerker sterben.

— Zahlreiche Strikes meldet unser Pariser Parteiorgan, die „Egalité" aus Frankreich. In Havre haben die Schmiedegesellen der „Mittelländischen Werften" am 13. Februar die Arbeit eingestellt. Sie verlangten eine Lohnaufbesserung von 5 Cts. pro Stunde, wonach der höchste Lohn 4 Fr. täglich betragen haben würde. Der Direktor bewilligte Zehn von ihnen 3 Cts., während den übrigen eine Aufbesserung verweigert wurde. Der Strike währt noch immer fort und in den letzten Tagen haben auch die Schmiedearbeiter der „Anonymen Gesellschaft für Schiffsbauten zu Havre" eine gleiche Forderung an ihren Direktor gestellt, wurden aber abgewiesen. — In den Steinkohlen-Bergwerken von Epinac (Saone-et-Loire) hat eine große Anzahl Bergleute die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die akkordirten Löhne ohne jede vorherige Ankündigung gekürzt wurden. Die Behörden von Autun haben sich beeilt, dem inhumanen Direktor Blanchot, der seine Arbeiter als Lastthiere betrachtet, Gensdarmerie zu Hülfe zu senden. — In Angers striken die Schriftsetzer. Die Buchdruckereibesitzer verweigern hartnäckig die Forderungen ihrer Arbeiter, trotzdem sie mit Aufträgen überhäuft sind und schweren Schaden leiden. — In Montières (Somme) befinden sich mehrere Hundert Weber im Ausstande, weil ihnen von ihren Fabrikanten der Lohn von Fr. 4,50 auf Fr. 4 herabgesetzt werden sollte. — Der Strike der Kohlenarbeiter im Creuzot nimmt einen allgemeinern Charakter an; beinaeh

Die Haltung unserer serbischen Parteigenossen in der Orientfrage.

Ein Beitrag zur Tagespolitik von C. Stichler.

(Schluß)

Aus den vorhergehenden, auf Thatsachen und objektiven unbeeinflußten Beobachtungen sich stützenden Ausführungen wird wohl Jeder ersehen, daß die serbischen Genossen ihre Lage begriffen hatten, und daß sie das, was in ihren Kräften stand um dem Uebel zu steuern, vollständig thaten. Waren nun die Verhältnisse mächtiger, als der gute Wille und die aufopfernde Thätigkeit unserer Genossen, so mußte eben, wie leicht erklärlich, die serbische Regierung und die ihr ergebene, politische Handlangerdienste verrichtende nationalliberale Partei aus den herrschenden Mißverhältnissen neue Kräfte schöpfen. Die serbische nationalliberale Partei und die Regierung waren einander vollständig ebenbürtig, die Erstere schwindelte dem Volke vor, daß Serbien vollständig gerüstet, daß die russische Hülfe uneigennützig sei und aus nationaler Sympathie entspringe ohne Hintergedanken u. s. w. Die serbische Regierung ging mit der Realisirung ihrer reaktionären Absichten rasch zu Werke, alle inneren Freiheiten wurden bei Beginn des „Befreiungskampfes" aufgehoben. Gemeinde-Autonomie, Preßfreiheit, Versammlungsrecht und ähnliche Einrichtungen, deren sich Serbien erfreute, wurden beseitigt und der strengste Belagerungszustand proklamirt. Sogenannter Befreiungskampf nach außen, und nach innen Vernichtung aller bürgerlichen Rechte, das war die einzige die Existenz der Regierung ermöglichende Kampfweise.

Der größte Irrthum der serbischen Nationalliberalen und der Regierung bestand darin, daß sie auf die allgemeine Ausbreitung des Aufstandes in Bosnien und der Herzegowina unbedingt und mit der größten Sicherheit spekulirt hatten; als ganz selbstverständlich nahm man an, daß der Aufstand sofort auch in Bulgarien eine weite Verbreitung finden wurde und gab sich den kühnsten Erwartungen betreffs der Erfolge hin.

Jedem mit den Verhältnissen nur irgendwie Vertrauten mußte es einleuchten, daß in den mit der Invasion beglückten Gegenden die unter der Paschawirthschaft genugsam ausgeplünderten Bewohner keine große Lust verspüren würden, den serbischen Herren Bürokraten sympathisch entgegenzukommen. Diese Herren Nacalnik's (Kreis-Vorsteher), begleitet von den Herren Kajisari (wörtlich: ein Subjekt, das sich aus der Haut seiner Nebenmenschen Riemen schneidet) und Zelenasi, folgten den serbischen Truppen im Auftrage der Regierung. Erstere, um administrativ für die Regierung die Provinzen mit Beschlag zu belegen, Letztere, um in ihrem eigenen Interesse die „befreiten" Bewohner der türkischen Grenzgegenden mit ihrer finanziellen „Hals- und Gurgelabschneiderei" zu beglücken. Und wie verhielten sich nun während des Krieges unsere Genossen? Mit dem Volke alle Lasten und Beschwerden des Krieges theilend, mußten sie vor allen Dingen darauf bedacht sein, der Regierung und der mit derselben durch Dick und Dünn marschirenden Partei gegenüber vorsichtig aufzutreten, damit zu gleicher Zeit ging das Bestreben, im Volke den gewonnenen Boden zu behaupten. Während jener Zeit gab sich die Regierung die größte Mühe, den Genossen, die sich an der Bewegung hervorragend betheiligt hatten, in der perfidesten Weise beizukommen. Einige wurden an die exponirtesten Punkte geschickt, den größten Gefahren ausgesetzt; fast Alle aber wurden in der kritischen Zeit streng beobachtet und überwacht. Die zu Anfang des Krieges im Einverständniß mit der Regierung sich breitmachende russische Wirthschaft, sowie der Widerwille des Volkes gegen den von der Regierung angefachten Krieg verschuldeten die Erfolglosigkeit desselben und Niederlage häufte sich auf Niederlage.

Die serbische Regierung wurde zum Frieden unter den ungünstigsten Verhältnissen gezwungen. In der zu diesem Zweck einberufenen großen Skuptschina fühlte sie sich derartig unsicher, daß sie unter Benützung des durch den Belagerungszustand geschaffenen Ausnahmezustandes die gesetzgebende Nationalversammlung noch am Eröffnungstage auflöste, nachdem diese in kurzer Sitzung den Friedensschluß bestätigt hatte. In blinder Wuth kehrte sich nun die Regierung des Fürstenthums Serbien gegen unsere Genossen, ihnen jede öffentliche Thätigkeit vereitelnd, einen Theil derselben trieb sie durch die Wiederaufnahme von Prozessen, die vor Jahren zurückgelegt werden mußten, ins Ausland.

Wir glauben in dem Vorhergehenden genugsam die Richtung, die unsere serbischen Genossen in der Orientpolitik einschlugen und einschlagen mußten, gekennzeichnet zu haben; wir glauben auch deutlich gezeigt zu haben, von welchem Standpunkt aus unsere Genossen allein die „Befreiungspläne" der serbischen Regierung auffassen konnten, und erwarten von jedem unbefangen und objektiv denkenden Menschen, daß er mit uns auch die Auffassung theile, daß die russische Despotie, die nordische Knute, an der sozialen Bewegung auf der Balkan-Halbinsel einen größeren Widerstand finden wird, als an der englischen Krämer-Politik. Auf jeden Fall werden unsere Genossen sich durch die hallunkenmäßige russische „Befreiungspolitik" noch viel weniger, als durch die Dilettanten Versuche ihrer Regierung auf diesem Gebiete verblüffen lassen. Unsere serbischen Genossen haben nicht den Muth und noch viel weniger die Lust zum Kampfe gegen die politische Schufterei ihrer Gegner verloren. Sie rechnen mit Bestimmtheit auf das rasche Aufblühen der Bewegung, sobald die orientalischen Wirren sich klären werden. Sie erwarten und suchen durch schweren Kampf ihre politische Zukunft auf sozialdemokratischer Basis zu errichten, und daß sie nicht müßig sind, das beweisen die Maßregeln der serbischen Regierung, die in heilloser Verblendung mit den perfidesten Justiz- und Polizei-Chikanen (Beweise können erbracht werden) die Bewegung zu unterdrücken und zu vernichten sucht.

Für die Balkanvölker wird nur eine bessere Zeit eintreten, wenn die sozialpolitischen Einrichtungen auf sozialdemokratischem Fundament errichtet und demgemäß ausgebaut werden. Was speziell die serbische Regierung betrifft, so werden unsere dortigen Genossen, sich auf den Unwillen des Volkes stützend, nicht allzulange mit der Abrechnung auf sich warten lassen; für den Verrath an den Interessen der Gesammtbevölkerung, für das politische Hazardspiel unter russischer Assistenz wird die Strafe für die büreaukratischen Gauner nicht ausbleiben.

— Anarchistische Träume. Ein uns spinnefeindes Schweizer Blatt amüsirt sich mit folgender Notiz aus und über Deutschland: Wir erfahren, daß in München die Propaganda der anarchistischen Prinzipien riesende Fortschritte in der Arbeiterbevölkerung macht. Nach einer Versammlung, wo die Anarchisten sich in der Minorität befanden, erhielten sie in einer zweiten Versammlung die Majorität. Auch meldet man, daß Herr Liebknecht sich persönlich nach München begeben wolle, um wo möglich die Angelegenheiten seiner Partei zu ordnen. — Natürlich von A bis Z — geträumt. Unsere Münchener Genossen werden dem anarchistischen Wunder, das über Nacht mit ihnen vorgegangen sein soll, vielleicht weniger Geschmack abgewinnen, als die hiesigen Wunderthäter auf dem Papier. — Daß ihr liebenswürdiges Blatt schreibt: „Es ist die Rede von der demnächstigen Gründung einer Zeitung in Deutschland, welche den anarchistischen Sozialisten deutscher Zunge zum Organ dienen wird. Wir wünschen sehnlichst die baldige Verwirklichung dieses Projekts." Wir auch. —

sämmtliche Arbeiter von Autun und Creuzot haben bis jetzt die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Lohnaufbesserung und Arbeitszeitverkürzung. Eine Verständigung mit dem Direktor ist noch nicht erzielt. — Zweihundert Arbeiter, welche bei den Tunnelarbeiten der Linie zwischen Annecy und Anemasse beschäftigt sind, befinden sich ebenfalls wegen Lohndifferenzen im Ausstande. Fünf derselben wurden als Rädelsführer durch die Gensdarmerie verhaftet, trotzdem die Gesetze gegen die Coalition in Frankreich aufgehoben sind. — Die Arbeitseinstellung in Montceau-les-Mines ist immer noch nicht beendigt. Die Delegirten der Arbeiter verlangten die Entfernung des Oberingenieurs, welcher rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgegangen sei. Der Lohn soll so regulirt werden, daß ein Häuer täglich 6, ein Handlanger 4 und ein Knabe Fr. 1,75 erhalten soll. Den Arbeitern soll die Verwaltung der gegenseitigen Unterstützungskasse überlassen oder ihnen gestattet werden, ihr Geld zurückzuziehen. — Die Bäckergehülfen von Besançon verlangen die Aufhebung der Nachtarbeit, welche sie für das Gewerbe nicht für absolut nothwendig erachten. Sie bauspruchen einen Taglohn von Fr. 5 für den ersten, von Fr. 4,50 für den zweiten Arbeiter und sie wollen von dem Zwange bei ihren Meistern in Kost und Logis zu stehen, befreit sein.

— Preßfreiheit in Belgien. Der Redakteur des sozialistischen Parteiorgans „Worker" („Arbeiter"), Polidore Verhauwen, wurde am 12. d. zu Gent in dem schon früher von uns erwähnten Prozeß wegen „Beleidigung des Königs" durch Schrift und Rede zu achtzehnmonatlicher Gefängnißhaft und 900 Francs Geldstrafe verurtheilt. Der constitutionelle Musterstaat bewährt sich.

— Italien. Ein sozialistisches Journal „Masaniello", welches vor Kurzem in Neapel gegründet ward, hat wieder eingehen müssen. Dafür wird nächstens unter dem Titel „Spartaco" (Spartakus) in Rom ein sozialistisches Organ erscheinen. Das Programm des neuen Blattes trägt die Unterschriften Sensi, Stazi und Lombardi. Die beiden erstgenannten befanden sich unter den „Internationalisten", die im April 1877 zu Pontemolle bei Rom verhaftet wurden; und Lombardi nebst Stazi sind aus dem Prozeß der römischen Internationalisten vom Jahre 1874 bekannt. Auf Wunsch bescheinigen wir mit Vergnügen, daß die voriges Jahr zu Pontemolle Verhafteten — darunter Sensi und Stazi — nicht, wie wir seiner Zeit irrthümlicherweise annahmen, „Briganten", sondern „anarchistische" Internationale waren. Möge der „Spartaco" seinem Name Ehre machen!

— Amerika. Die auf dem jüngsten Congresse in Amerika angeregte festere und umfassendere Organisation der Gewerkschaften macht ganz erfreuliche Fortschritte, wie das neueste sozialistische Centralorgan in Newyork meldet. Im Centralkörper der Gewerkschaften Pittsburghs sind 23 Fachvereine vertreten. Die Organisation wird schon im Laufe dieser Woche sämmtliche Gewerkschaften Pittsburghs umfassen und dadurch zur achtunggebietenden Macht werden. Die Gewerkschaften protestirten gegen einen in der Staatslegislatur eingebrachten Gesetzentwurf wegen Einrichtung von gewerblichen Schiedsgerichten, weil in demselben eine Schädigung der Arbeiterinteressen erblickt wurde. — Auch in Washington macht die Gewerkschafts-Centralisation gute Fortschritte.

Der schon im Februar in Aussicht genommene Gewerkschafts-Congreß zur Gründung einer „Internationalen Arbeiter-Union" wird nunmehr im April stattfinden. Man hofft auf starke Betheiligung und einen durchschlagenden Erfolg.

Der Strike der Schuhmacher in Lynn, bei welchem es seitens der Fabrikanten auf eine Sprengung des „Crispinordens" abgesehen war, ist noch nicht zu Ende. Viele Fabrikanten haben nachgegeben. — Die Dunbar Mountain (Panama) Erzgräber sind gegen eine unverschämte Lohnreduktion im Ausstande. — Der Ausstand in Park's Stahlwerken wie der der Glasbläser in Pittsburgh dauert fort. — In Noblestown (Panama) sind die Kohlengräber seit dem 26. November im Ausstande. — Den Kohlengräbern in Monongahela City (Panama) ist der Lohn auf 2½ Cents per Bushel reduzirt worden.

In Massachusetts wird tüchtig gegen den von den Fabrikanten geplanten Widerruf des Zehnstundengesetzes und für die Coffin'sche Neunstunden-Bill agitirt. Eine riesige Massenversammlung wurde in Fall River abgehalten.

Die „New-Yorker Volkszeitung", welche vor nunmehr vier Wochen zum ersten Mal erschien, hat sich in dieser Zeit von etwa 5500 Abonnenten, womit sie begann, zu über 7000 emporgeschwungen. Mit 9000 Abonnenten und den entsprechenden Inseraten wird das Blatt anfangen Ueberschüsse abzuwerfen. Die Redakteure des Blattes sind: A. Jonas, Dr. A. Douai und Rob. Degen, neben welchen noch Uebersetzer und Hilfsredakteure fungiren. — In Chicago erscheint seit dem 16. Februar dieses Jahres ein neues Parteiorgan (Wochenblatt) in dänischer Sprache: „Den Nye Tid" (Die Neue Zeit). — Die New-Yorker Cigarrenarbeiter sind emsig daran, die Lehren, welche sie in ihrem heldenmüthigen Kampfe empfangen, zu verwerthen und ihre Organisation demgemäß zu vervollständigen.

— Wie sich nachträglich herausstellt, handelt es sich in Sachen unseres verhafteten Redakteurs Helßig um eine Zeugnißzwangsaffaire, die interessante Dimensionen anzunehmen und zu interessanten Consequenzen zu führen verspricht. Man will den Uebersetzer des bekannten Lissagarey'schen Briefes ermitteln.

— In Folge der Ausweisung Looff's wandte sich eine große Anzahl von Chemnitzer Einwohnern mit einer Petition an den Reichstag, damit wenigstens der Abgeordnete für Chemnitz, Genosse Most, Anlaß nehmen könne, diese Angelegenheit von der Parlamentstribüne herab, gebührendermaßen zu beleuchten. Man hatte aber, wie wir nun ersehen, die Rechnung ohne die Petitions-Kommission gemacht. Dieselbe hat nämlich in ihrer Sitzung vom letzten Donnerstag ohne Weiteres betreffs dieser Petition Uebergang zur Tagesordnung beschlossen, weil die sächsischen Verwaltungsbehörden durchaus im Sinne des § 3 des deutschen Freizügigkeits-Gesetzes gehandelt hätten! — — Wenn sich nun nicht 15 Abgeordnete bereit finden lassen, dies ausdrücklich zu verlangen, so kann der unerhörte Fall im Plenum des Reichstages nach der Geschäftsordnung desselben gar nicht besprochen werden, und das deutsche Parlament erklärt sich stillschweigend einverstanden mit jener unerhörten Polizeimaßregel. Wenn dies dem bestehenden Gesetze entspricht, dann ist wahrlich eine Aenderung desselben dringend geboten. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hat auch der Abgeordnete Most bereits einen entsprechenden Antrag ausgearbeitet, doch gelang es ihm bis jetzt nicht, mehr als dreizehn Unterschriften dafür zu bekommen. Außer den elf Abgeordneten, welche sich momentan im Reichstag befinden, unterzeichneten nur der Demokrat Holthof und der Däne Kryger. Die verschiedenen Fraktionen verschanzen sich ohne Ausnahme hinter angeblich gefaßten Beschlüssen, wornach nur solche Anträge unterstützt werden, welche die betreffende Fraktion als solche gutheißt. Hoffentlich finden sich aber noch zwei „Wilde", welche unterzeichnen.

— Der Strike der Former der Schätelick und Nölck'schen Eisengießerei in Lübeck dauert noch immer hartnäckig weiter. Die Arbeiter haben Aussicht zu siegen und ersuchen, jeden Zuzug nach dort fernzuhalten. Eine ähnliche Warnung gilt für Bremerhaven. Die Schiffbaumeister zu Bremerhaven und Geestemünde sollen Agenten ausgeschickt haben, um fremde Arbeitskräfte heranzuziehen; wir machen daher alle Arbeiter Deutschlands darauf aufmerksam, daß die Schiffszimmerer schon seit dem 1. Novbr. vorigen Jahres striken, weil man ihnen nicht allein 1 Mark pro Tag abziehen wollte, sondern sie auch noch wie Lastthiere von einer Werft zu der anderen zu schicken gedachte. Den Agenten muß daher energisch entgegengetreten werden. Einen ausführlichen Aufruf bringen wir in der nächsten Nummer.

Correspondenzen.

Winnipe, (Manitoba, British-North-America*)), 7. Februar. Eine Niederträchtigkeit ohne Gleichen, welche hier vor einigen Tagen von der Regierung, Local Government of Manitoba**), begangen wurde, kann ich nicht umhin, Ihnen mitzutheilen. Es zeigt sich hier recht deutlich, was eine Bourgeois-Regierung, selbst in einem „freien" Lande, mit ihrem Gewissen (Geldbeutel) in Vereinbarung zu bringen weiß. Ja es könnte sogar der preußisch-deutschen Regierung zum Muster dienen. In der vorletzten Sitzung der Legislation of Manitoba***) wurde von der Regierung ein Antrag eingebracht dahingehend: Statt der offenen Wahl das geheime Wahlrecht (Ballotage) einzuführen, und zwar, daß jeder Wähler, nachdem seine Wahlberechtigung festgestellt, von dem die Wahl leitenden Beamten ein gestempeltes Couvert erhalten, seinen Stimmzettel hineinlegen, verschließen und dann in die Wahlurne legen soll; jedoch mit einem Census von 500 Pfd. in den Städten und 500 Pfd. Farmeigenthum auf dem Lande; dasselbe gilt auch bei der offenen Wahl. Dieser Antrag wurde, trotz ziemlich starker Opposition, Gesetz. Es hat nun seit dieser Zeit nur Eine Wahl in einem Kreise stattgefunden, und bei dieser waren von 100 Stimmen 3, sage „Drei", ungiltig, daraus schließt die Regierung, daß das Volk nicht intelligent genug sei, das geheime Wahlrecht zu handhaben; also, das englische Volk sei stolz, seine Meinung unabhängig (independent) kundzugeben ohne Ansehen der Person. Thatsache ist, daß bei dieser Wahl der Regierungs-Candidat geschlagen wurde, trotzdem er nach den Versprechungen der Wähler eine große Majorität hätte erhalten sollen. Er hatte nämlich nach der alten Weise agitirt, d. h. er oder sein Comité waren zu jedem Wähler gegangen und hatten sich von demselben versprechen lassen, für ihn zu stimmen.

In jetziger Sitzung brachte nun dieselbe Regierung einen Antrag ein, welcher das geheime Wahlrecht wieder aufhebt, und dieselbe Körperschaft stimmt demselben bei und wirft die Ballot in die Rumpelkammer. Doch zur Ehre der Opposition, unter Leitung eines Advokaten Bornish, sei es gesagt, sie bot Alles auf, diese Schmach abzuwenden und hob mit Recht hervor, daß gerade der abhängige Farmer und Arbeiter des geheimen Wahlrechts bedürfe, was die letzte Wahl sehr deutlich gezeigt habe; und daß in fast allen civilisirten Ländern der Welt das geheime Wahlrecht existire, und dann setzte er recht charakteristisch für Deutschland hinzu: Even Germany has the Ballot since 1867 and without census too. (Selbst Deutschland hat seit 1876 die geheime Abstimmung und obendrein ohne Census.) Umsonst, die Regierung hatte die Majorität und Manitoba hat das geheime Wahlrecht — gehabt.

Sollten Sie es der Mühe werth halten, dieser Thatsache im „Vorwärts" Erwähnung zu thun, würde es mich freuen. Traurig ist es, daß das Volk nicht das Mindeste gethan hat, um die Opposition zu unterstützen. Der canadische Arbeiter vertraut seiner Queen (Königin), oder ihren Vertretern, und seinem Pfaffen; selbst wenn er Noth leidet, hofft er vom Lord Hilfe. G. H.

Ottensen. Da in hiesiger Stadt die Tabakindustrie ausnahmsweise vorherrschend ist und bei einer etwaigen Annahme der von der Reichs-Regierung projektirten Erhöhung der Tabaksteuer die Existenz der hiesigen Bevölkerung auf das Aergste bedroht werden würde, wurde, um das Interesse der bei der Tabakindustrie Betheiligten zu wahren, am 28. v. M. hierselbst eine Volksversammlung einberufen, in welcher Herr Hermann Lange aus Barmen über „Die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer" zur allseitigen Zufriedenheit sprach. Auch Herr Max Stöhr bezeichnete in scharfer Weise den Abgrund, in welchen die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter gestürzt würden, falls die Regierungsvorlage im Reichstage Annahme fände. Die Versammlung nahm hierauf nachstehende Resolution einstimmig an: „Die heutige Volksversammlung protestirt entschieden gegen jede neue Erhöhung und Einführung indirekter Steuern, umsomehr, da bei der jetzigen großen Arbeitslosigkeit dem Volk es so schon schwer fällt, die auf ihm lastenden Steuern zu entrichten. Die Versammlung fordert daher die sozialistischen Reichstags-Abgeordneten auf, im Reichstage dahin wirken zu wollen, daß jede neue Erhöhung, sowie Einführung indirekter Steuern dann nur Giltigkeit haben soll, wenn dieselbe einer allgemeinen Volksabstimmung unterworfen und von derselben angenommen wird.

Bochum, 1. März. In Nr. 22 des „Vorwärts" erschien ein Referat dem ich zur Klärung der Verhältnisse in Bochum Einiges beifügen will. Jenes Referat zeigte uns die industrielle Stadt in einem traurigen Lichte. In der dortigen Geschäftswelt herrscht große Ruhe, ja selbst die Straßen sind leerer denn je. Und wahrlich kein Wunder, denn nach jeder übermäßigen Anstrengung, nach jeder überspannten Aufregung folgt naturgemäß Erschlaffung. Dieses Naturgesetz hat sich wohl in keiner Gegend fühlbarer gezeigt als in der unsrigen. Versetzen wir uns nur im Geiste zurück in die Zeit der Milliarden-Ueberschwemmung. Welch ein reges Leben herrschte damals in den Straßen und namentlich in den Gasthöfen. Da wurden Aktien gekauft und wieder verkauft, während die Unternehmungen, auf welche dieselben lauteten niemals existirt haben. Der Champagner floß in Strömen. Es wurden Häuser gebaut, denen natürlich jetzt die Bewohner fehlen, Privatschulen auf Aktien gegründet, denen jetzt allmählich der Boden unter der Mauer schwindet. Es dachte von den Gründern aber keiner, daß sich der verlorene Werthmesser einst wiederfinden werde. Daß die Verhältnisse in Bochum und Umgebung die höchste schwindelnde Höhe erreicht hatten, wird Niemand mehr bezweifeln, wenn man erfährt, daß ein höherer Beamter einer dortigen Fabrik in einem Jahre die schöne Summe von 40,000 Thalern erübrigt haben soll.

Die traurigen Folgen jenes Schwindels machen sich jetzt fühlbar, die Zahl der Konkurse hat eine nie geglaubte Höhe erreicht, so daß das Heer von Beamten am Kreisgericht diese Arbeit kaum bewältigen kann. Es folgt jetzt die gerechte Strafe, nur schade, daß mancher Unschuldige mit dem Schuldigen leiden muß. — Wahrscheinlich wundert sich der Verfasser jenes Artikels auch über die politische Ruhe unserer Bevölkerung. Ich kann ihm dann nur rathen, das Verhältniß zwischen den Pfaffen und den Gläubigen zu studiren. In keiner Gegend ist es wohl den starren Vorkämpfern pietistischen Strebens, so leicht geworden das selbstständige Denken des Volkes zurückzuhalten, als hier. In unserer Zeit, wo der menschliche Geist fast täglich neue ungeahnte Bahnen betritt, wo er mitwirkt, schafft und genießt bei dem mächtigen Aufschwunge, den das menschliche Geschlecht nimmt, werden die „Gläubigen" hier in die mittelalterlichen Grenzen, in den Kreis und zugleich in den Ideengang blinden Gehorsams gezwungen. Der Katholik ist hier fromm, mithin besorgt und aufgehoben, und währenddem wächst ihm die Tyrannei über dem Kopfe zusammen. Unter dem Deckmantel der Frömmigkeit schießen alle im menschlichen Charakter schlummernden schlimmen Neigungen auf. Man verdammt in blindem Zelotismus Schönes und Herrliches — Alles im Namen des Herrn und im sogenannten Interesse des Reiches Gottes. Fromme Betschwestern findet man hier als Verwirklichung eines solchen Ideals; sie verabscheuen alles Wissen und Denken, weil es ihnen in „Ausübung ihrer Pflicht" hinderlich sein könnte. Mit großer Selbstbefriedigung bekennt deshalb auch das hier erscheinende klerikale Blättchen, (ein ganz gewöhnliches Käsepapier) daß seine Anhängerr sich nur insoweit mit Politik beschäftigen, als seine eigene Politik reicht. Damit spricht jenes Blatt aber auch genug, und die Redakteure, die selbstverständlich Pfaffen sind, bestätigen meine oben ausgesprochene Behauptung: die „Gläubigen" wollen nicht selbstständig denken, sie wollen nicht mehrere Ansichten neben einander prüfen und ein Besseres für sich behalten. Ist den das Volk beherrschenden Pfaffen jemals eingefallen, daß das Geschöpf, welches lediglich in das Arbeitsjoch eingespannt werden soll, auch Gedanken haben könne? Haben sie nicht von jeher die Seelen tausenfach gemartert, indem sie jede nach außen dringende höhere Neigung, jeden Ausdruck einer sittlichen Selbstständigkeit, jeden Trieb zur eigenen Veredlung wie wilde Sprößlinge erstickten? Daß sie ihre „Gläubigen" zur willenlosen, dienenden Maschine machen und das geistige Element in ihnen völlig vernichten, das wird ihnen nie vergessen werden. Ich sah noch an Weihnachten 1876, daß Leute aus den niederen Klassen der Bevölkerung wohl ihre letzten Pfennige für ein Jesusbildchen oder für sonst dergleichen Kram, der vor der Kirche zum Verkauf ausgestellt war, hergaben, nur um „Gott zu dienen" und die Pfaffen zu pflegen.

Solche Thatsachen in unserm Jahrhundert erwecken das tiefste Mitleid. An keinem Orte wissen wohl die Pfaffen den Umstand, daß die Macht über das Volk in ihren Händen liegt, sobald sie die Frauen auf ihrer Seite haben, so gut auszunützen als hier. Daher denn auch der Jammer vieler jungen Mädchen, sobald ein Pfaffe das Feld räumen mußte, was in Folge des Culturkampfes vorkam. p.

Höchst a. M., 10. März. Gestern Abend tagte im Gasthaus zum „Bayerischen Hof" zu Griesheim a. M. eine zahlreich besuchte Volksversammlung, in der nach Wahl des üblichen Bureaus Herr Reichstagsabgeordneter Wilhelm Blos aus Hamburg über die Tagesordnung: „Die politische und soziale Lage" referirte. In schwungvoller Rede schilderte Referent die orientalische Krisis, ihre Ursachen und Tragweite, den dadurch schwer auf den Verhältnissen lastenden bewaffneten Frieden und die daraus entspringenden Folgen. Die Protestresolutionen des Volkes durch unsere Partei-Agitatnren angeregt, berührend, bemerkte Herr W. Blos, daß die regierungsfreundlichen Parteien, um zu verhindern, daß von Seite unserer Abgeordneten eine Interpellation betreffs der Stellung Deutschlands zur orientalischen Frage eingebracht werde, eine weh- und demüthige Interpellation an die Regierung, resp. an den Reichskanzler gerichtet hätten. Hier wurde er unterbrochen. Ein Herr Jung eine „fortschrittliche Größe", Mitglied des Gemeinderaths und des Volksbildungsvereins, erhob sich, um sich in schroffer Weise gegen das Gesagte zu verwahren, wurde aber durch stürmische Ordnungsrufe der Versammlung, sowie durch das energische Vorgehen des Vorsitzenden unterbrochen. Dadurch gereizt, wollte der Ruhestörer mit Gewalt sprechen und benahm sich so flegelhaft, daß Herr Blos sich zu der Bemerkung veranlaßt sah, er (der Krakehler) leide vielleicht an den Folgen des Carnevals und möge sich der Obhut eines Arztes anvertrauen. Referent sprach weiter, daß man die Sozialdemokraten beschuldige, mit der polnischen Aristokratie in Verbindung zu stehen, geißelte den siebenjährigen Militäretat, schilderte den Reichstag als bloßen demokratischen Zierrath unseres Staatswesens, da derselbe nicht die Autorität habe, die einer Volksvertretung zustehe. Hier wurde der Redner abermals durch den provokationslustigen Herrn Jung unterbrochen, so daß sowohl der Vorsitzende als auch der Bürgermeister den Excedenten auf die energischste Weise zur Ruhe verwiesen. — Referent besprach ferner die Vorlage zur Gewerbe- und Fabrikordnung, wie sie seitens der sozialistischen Abgeordneten eingebracht sei; den Werth der gewerblichen Schiedsgerichte auf Grund des freien Wahlrechts; die Arbeitsbücher; das ungeheure Angebot der Arbeitskräfte, das bessere Zustände noch auf lange Zeit illusorisch mache; die Concurrenz durch Zuchthausarbeit, und schloß nach einstündiger Rede mit der Versicherung: für die Rechte des Volkes, für den Sieg der guten Sache würden die sozialdemokratischen Abgeordneten stets muthig kämpfen. Stürmischer Beifall belohnte den Redner, der als echter Volksvertreter so recht zum Herzen der Zuhörer sprach.

Nun erhielt auch Herr Jung das Wort und polterte unter allgemeinem Gelächter hervor: Herr W. Blos habe hier gut schwatzen, allein man habe noch nicht gelesen, daß er im Reichstage „gepappelt" habe. Für diese „geistreichen" Aeußerungen wurde er vom Referenten gebührend zurechtgewiesen und mußte sich das Gelächter der Versammlung gefallen lassen. — Nachdem Blos das Referat geschlossen, schilderte der zweite Vorsitzende die moralisch bankerotte Fortschrittspartei und die Gemeinheit des Tumultuanten, welche noch von mehreren Rednern gerügt wurde. — Herr Jakob Fey von Goßenheim belobt das Verhalten unserer sozialdemokratischen Volksvertreter und wünscht von Herrn Blos die Stellung des Reichstagsabgeordneten für unseren Wahlkreis, Herrn Brüning, zur Volkssache zu erfahren. Herr Blos gesteht, daß er ungern persönlich werde, aber dazu aufgefordert, müsse er sagen, daß Herr Brüning bei volksthümlichen Anträgen mit Nein, bei gegnerischen Anträgen mit Ja stimme. — Herr Mook betont den Werth der Parteipresse, die Griesheimer Genossen auffordernd, eine Filialexpedition zu errichten zum Vertrieb der Organe und Broschüren.

Nachdem noch Herr Blos seine Zufriedenheit mit dem heute erzielten Resultat ausgesprochen, schloß ungefähr nach 11 Uhr der Vorsitzende die Versammlung.

F. Wilh. Doermer, Schriftführer.

Eisleben. Ich bin heute in der Lage, dem „Vorwärts" einen

---

*) Britisch Nordamerika.
**) Lokalregierung von Manitoba.
***) Gesetzgebung — gesetzgebender Körper — von M.

kleinen Beitrag zur Vervollständigung der Chronik von der Bourgeois-Rohheit liefern zu können. Einige Genossen am hiesigen Orte hatten eine öffentliche Versammlung in der geräumigen Centralhalle einberufen und zur Tagesordnung: „Die Principien der Sozialdemokratie“ gewählt. Der untere Theil des Lokals war schon lange vor Beginn der Versammlung, die im Ganzen an 600 Mann stark sein mochte, dicht von den ob solchem Unterfangen in Eisleben wild gewordenen Bourgeois besetzt, die denn auch gleich bei Eröffnung der Versammlung, getreu ihrer Natur, ihre Anwesenheit durch Toben kund thaten. Nur mit großer Mühe und unter fortwährenden Unterbrechungen gelang es mir, vielleicht 40 Minuten zu sprechen; als ich aber auf die traurige Lage des arbeitenden Volkes in der heutigen Gesellschaft zu sprechen kam, geriethen die „Gebildeten“ von Eisleben so in Aufregung, daß ein Weitertagen unmöglich wurde. Ein feister Zimmermeister, dessen corpulente Erscheinung die Mühen und Entbehrungen seines sorgenvollen Dasein errathen ließ, schrie unaufhörlich: „Das ist nicht wahr, wir sind alle Arbeiter!“ Während des Vortrags tauchte mehrere Male ein Individuum aus der Versammlung auf, stellte sich dicht vor den Bureautisch hin und schimpfte auf uns los. Der Mensch ist in E. als Eckensteher bekannt, erntete aber für sein ehrloses Betragen die höchste Befriedigung seiner Auftraggeber in Gestalt von überlauten Beifallsbezeugungen und wird vermuthlich auch in klingender Beziehung nicht zu schlecht gefahren sein. Schließlich fand sich noch ein Jünger Merkurs am Bureautisch ein, um, ohne erst lange ums Wort gebeten zu haben, meinen Ausführungen entgegenzutreten. Um jedem Leser des „Vorwärts“ aber seinen Beruf dazu unzweifelhaft darzuthun, setze ich die von ihm verübte Rede wörtlich hierher: „Meine Herren! Der Redner spricht gar nicht zur Sache; er erzählt uns hier Dinge, die nicht wahr sind, denn daß unsere Minister den Fabrikanten Lohnreductionen angerathen hätten, soll er uns erst einmal beweisen. Die Arbeiter haben nach dem Jahre 1870 viel mehr verdient wie die Kaufleute, aber sie wollten immer mehr haben und dabei immer weniger arbeiten und faullenzen. Die ganze Rede war nichts wie Aufhetzerei, und die vielen Fremdwörter, die kein Mensch hier verstehen kann, sind blos lauter Schlagwörter.“ Es folgte nun wieder unbeschreibliches Beifallsgeschrei, so daß diese großartige rednerische Leistung leider vorzeitig ihr Ende erreichte. Das kennzeichnet eben diese „Gebildeten“. Anstatt ein solches Bürschchen auf die Schulbank zu verweisen, spenden sie seinem Unsinn lauten Beifall. Einem ältern Herrn hingegen, der in würdiger Weise der Versammlung den Vorschlag machen wollte, mich doch ausreden zu lassen und dann erst an die Widerlegung zu gehen, schenkte man nicht so viel Ruhe und Aufmerksamkeit, daß er gehört werden konnte. Ueberhaupt ließ die Erregtheit dieser Repräsentanten der echten Bourgeoisbildung keinen einzigen Redner, gleichviel ob Gegner oder Anhänger, zu Ende reden, so daß sie ihre Klasse in dieser Versammlung würdig vertreten haben. Leider haben bei dieser Gelegenheit auch wieder einige Arbeiter in heilloser Verblendung ihre Interessen mit Füßen getreten, indem sie mit ihren Herren in dienstbarem Eifer um die Wette gegen uns wütheten.

Zum Schluß darf ich auch die Haltung der Polizei nicht unerwähnt lassen, deren Organe uns auch noch mit wohlgemeinter Fürsorge begegneten. Als der Skandal in der Versammlung den respektabelsten Höhepunkt erreicht hatte, erklärte der überwachende Commissar dieselbe für „geschlossen“, wendete sich zu mir und rief mit lauter Stimme: „So, nun schützen Sie sich selber!“ Wenn ich auch nach polizeilichem Schutz nicht zu verlangen brauchte, weil mir solcher durch 50 Arbeiter zu Theil wurde, so ist diese Sprache eines Beamten, der zur Ueberwachung der Versammlung erschienen ist, charakteristisch genug, um hier erwähnt zu werden.

Nachdem dieser verunglückte Feldzug sein Ende erreicht hatte, gingen wir, etwa 30 Mann, in ein Verkehrslokal und besprachen uns über Das, was nun zunächst zu thun sei, um die Agitation in E. zu fördern. Alle Theilnehmer verurtheilten entschieden das Auftreten der Gegner und verpflichteten sich ohne Ausnahme, die „Rundschau“ zu abonniren, was theilweise auch gleich geschah. Ferner händigten mir die Genossen 5 Mark für die Gemaßregelten ein, die ich bei nächster Gelegenheit ihrem Bestimmungsorte zuführen werde.

Dies war der Anfang in Eisleben. Dreißig entschlossene Genossen stehen zu unserer Fahne trotz der gegnerischen Anstrengungen. Ich mußte ihnen versprechen, bald wieder eine Versammlung abzuhalten, was sicher geschehen wird, denn der Ort bietet ein fruchtbares Feld. Die Genossen fordere ich noch einmal auf, bis zur nächsten Versammlung recht rührig zur Gewinnung noch mehrerer Anhänger zu sein, damit wir schon dann die gegnerische Oppositionslust in die ihr gebührenden Schranken zurückweisen können. Mit sozialdemokratischem Gruß

Hugo Röbiger.

Stuttgart, 9. März. Seit längerer Zeit hat unser württembergisches Parteiorgan, die „Süddeutsche Volkszeitung“, bedenkliche Schwankungen zu überwinden, in denen sie, von Hand in Hand übergehend, nur selten einen länger dauernden Aufschwung nahm. So hatte sie nach mancherlei, der Partei sehr schädlichen inneren Dissonanzen unter der Redaction Holzwarth's aus Wien eine kurze Periode regeren Lebens, die jedoch in Ermattung umschlug und, ehe Abhilfe eintreten konnte, mit der Flucht des Redacteurs vor dem Gefängniß endete, die der Partei die schwerste Schädigung verursacht. Später trat Lehrer Leininger ein, eine strebsame und höher vorgebildete Kraft, zu jung aber für die unentbehrliche Charakterfestigkeit und Umsicht eines sozialistischen Führers. Er büßt jetzt im Staatsgefängniß zu Heilbronn als „Gotteslästerung“ den Beweis der Evidenz nicht weiser Leitung eines sogen. Gottes, und man muß die Meinung des Anwalts theilen, daß er ihn durchgebracht hätte ohne die eigenen, den Kampf aufgebenden Eingeständnisse. Zu diesen immer neuen Opfern kamen fortwährende Polizeichikanen, die nach verrotteten Gesetzesbuchstaben jede geschlossene Parteiversammlung unmöglich machten. Anklagen, die, wie gegen Genossen Dulk, nicht aufrecht erhalten werden konnten, Ausweisungen, dann Gemeinderathswahlen, Preßprocesse, d. i. Verurtheilungen, die nicht blos die Person des Redacteurs trafen und sich, durch unliebsame innere Vorgänge erschwert, zu weiteren Geldschädigungen für die Partei gestalteten. Ein fest bleibender Stamm älterer Genossen, eine ebenso belebte wie einmüthige Stimmung trägt uns zwar unentwegt über alle solche Störungen hinweg, aber es ist uns zu gönnen, wenn wir auch einmal in größerer Ruhe und Sicherheit aufathmen dürfen. Und das Gefühl haben wir jetzt seit des Genossen Lossau Eintritt, da wir eine völlig geschulte Kraft und eine sichere Hand am Steuer der Volkszeitung und der Agitation sehen. Die größte Anerkennung der Partei kommt ihm bereits entgegen. Der Mangel an Agitation tritt vielleicht nirgends in der Partei so schreiend hervor wie in Schwaben, wo zahlreiche sozialistische Genossenschaften, selbst in bedeutenden Orten wie Tübingen, fast ohne alle und jede agitatorische Kraft sind und zugleich eine überraschend große Anzahl von nicht officiell sozialistischen gewerkschaftlichen und privaten Vereinen fortwährend danach verlangen. Ein weiter fruchtbarer Boden muß unbebaut bleiben, und die unermüdlichen neuen Ansätze bleiben zum Verkümmern oder zu schleichender Entwickelung verurtheilt. Außer dem jeweiligen Redacteur, der oft, wie angeführt, weder stetig noch sehr energisch wirkte, hatten wir nur den Genossen Dulk, der in den Wintermonaten wohl fünf- bis neunmal monatlich sprach, ohne das Bedürfniß befriedigen zu können und in den Sommermonaten fast gar nicht zu haben war. Mit welcher Energie Genosse Lossau auch hier ans Werk geht, beweist der Umstand, daß er schon bis fünfmal in einer Woche gesprochen hat, was — neben der Redaction — offenbar Keiner auf die Dauer aushält. Auswärtige Kräfte aber kosten wieder! Recht wohl wäre unserer Partei noch ein frischerer Ton gegenüber der versumpften Volkspartei zu wünschen, die sich mit größter Hohlheit gern als Protectorin der Sozialdemokratie aufspielt, aber in Wahrheit alle Moral derselben verdirbt. „Lichter“ sind Reiter und Mayer! Insbesondere in Eßlingen hat sich die Partei durch Unterschätzung ihrer Kräfte für selbstständige Agitation den hochtrabenden Karl Mayer als Vertreter aufgeladen, der ungenirt die beiden Principien, directe Besteuerung und Consumbesteuerung, je nach Bedürfniß, mit äquilibristischer Virtuosität als Paradepferde vorreitet, und den man in Eßlingen wie in Stuttgart nur mit Handschuhen anfaßt, was ihn keineswegs zur Besinnung zu bringen geeignet ist.

Es geht uns die betrübende Nachricht zu, daß der frühere Redacteur der „Chemnitzer Freien Presse“

Bruno Looff

am 14. d. M., Abends 11½ Uhr, im Hause seiner Eltern zu Langensalza nach schwerem Todeskampfe verschieden ist.

Looff war erst 25 Jahre alt und war kräftig und lebensfroh, als er am 10. Aug. 1876 verhaftet und wegen Preßvergehen in den Kerker geworfen wurde. Krank und gebrochen kehrte er im Januar 1878 zurück. Kaum in der Freiheit, wurde er von Seite der Chemnitzer Behörde mit einem Ausweisungs-Ukas überrascht und mußte sehen, wie ihm der Executor seine Sachen pfändete. Der Ausweisungs-Ukas wurde bestätigt, und der todtkranke Mann mußte Chemnitz verlassen. Hätte man dem Kranken Ruhe gegönnt, so würde er sich vielleicht erholt haben. Die Aufregungen, denen er ausgesetzt war, führten seinen Tod herbei.

Looff fiel als Opfer unserer reactionären Gesetzgebung!

Die Arbeiter werden das Andenken dieses treuen Kämpfers ehren; sie werden sich aber auch der Ursache seines Todes erinnern.

Arbeiter allerorts!

Seit drei Wochen befinden sich die Schuhmacher von Offenbach im Kampfe mit den Fabrikanten. Auf der einen Seite kämpft der Hunger und namenloses Elend, auf der andern der, sich auf den vollen Geldsack stützende Hochmuth, der nur darauf bedacht ist, aus unserer Arbeit den Gewinn aufzuhäufen, unbekümmert darum, ob wir mit dem uns gewährten „Lohne“ das — wenn auch noch so kärgliche — Leben zu fristen im Stande sind oder nicht. Die Fabrikanten haben sich geeinigt und setzen alle Hebel in Bewegung, um uns zum Nachgeben zu zwingen. Vor Ausbruch unseres Strikes waren etwa 25 Schuhwaarenfabrikanten in Frankfurt a. M. beisammen und beschlossen überall die Löhne herabzudrücken; wenn sie dieses Vorhaben noch nicht ins Werk gesetzt haben, so ist dies unserem Strike zuzuschreiben. Sollten wir unterliegen, so würde es den Fabrikanten ein Leichtes sein, die Lohnreduktion allerorts einzuführen. Trotz alledem haben wir die beste Aussicht auf Sieg, wenn uns die Arbeiter, und ganz besonders die Schuhmacher, um deren Interessen es sich ja handelt, hilfreich zur Seite stehen. Die Fabrikanten haben Lieferungen übernommen, welche bereits bis Ende März effektuirt werden sollen; können wir bis zu dieser Zeit ausharren, dann werden sie nachgeben müssen.

Bis jetzt haben wir blos aus wenigen Städten Unterstützung erhalten und würden, wenn nicht die Arbeiter Offenbachs uns kräftig unterstützt hätten, bereits unterlegen sein. Obschon die unverheiratheten, ja selbst viele verheirathete Arbeiter abgereist sind, benöthigen wir täglich circa sechzig Mark um die Strikenden nothdürftig zu unterstützen.

Männer der Arbeit! Wir wenden uns an Euch und ersuchen Euch den Zuzug fern zu halten und uns mit Geldsendungen zu unterstützen. Die Arbeiter Offenbachs haben bei jeder Gelegenheit gezeigt, daß sie, wenn es galt den Kampf der Arbeit gegen das Kapital zu unterstützen, nicht zurückblieben und so hoffen wir, daß auch dieser unser Appell nicht wirkungslos sein wird. Männer der Arbeit! thut Eure Pflicht!

Briefe und Geldsendungen sind zu richten an Josef Dworzack, Hasenbachstraße Nr. 14, Offenbach a. M.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Warnung.

Köln. Zum Schuhmacherstrike in Offenbach. Die Schuhwaarenfabrikanten Offenbachs haben hier ein Werbe-Bureau eröffnet und suchen unter falschen Vorspiegelungen Arbeiter zu ködern. Im Stadtanzeiger der „Kölnischen Zeitung“ vom 11. d. Mts. befindet sich ein Inserat, nach welchem die Reparatur-Werkstätte für Schuhmacherarbeiten in Köln, Follerstraße 50, Gesellen und Meister sucht. Nach sorgfältig eingezogenen Erkundigungen haben wir in Erfahrung gebracht, daß die Arbeiter nicht für die Reparatur-Werkstätte in Köln, sondern für Offenbacher Schuhwaarenfabriken angeworben werden. Wir warnen hiermit alle Schuhmacher vor diesem „Werbe-Bureau“ und ersuchen alle arbeiterfreundlichen Blätter, dies im Interesse der Strikenden ebenfalls zu thun.

Mehrere Schuhmacher.

Druckfehlerberichtigung.

In dem Artikel: „Ein Carnevalsscherz“ haben sich aus Versehen einige Druckfehler eingeschlichen, welche hiermit berichtigt werden:

In Nr. 31 soll es in der 2. Spalte Zeile 1 statt „instinktive“ „intuitive“; auf Zeile 7 statt „König Toms“, „König Jocus“ und auf der vorletzten Zeile statt „ecarpiren“ „excerpiren“; in Nr. 32 in der 3. Spalte Zeile 3 statt „Concertlaune“ „Carnevalslaune“ heißen.

Briefkasten

der Redaktion. Franz Stephan in Werdau: Ein Brief an Sie ging, als unbestellbar, an mich zurück. Ich hatte mich zu einem Vortrag bereit erklärt. Jetzt ist's natürlich für diese Woche zu spät. W. L. — W. R. in Halle: Ihre Correspondenz erhalten, konnten von derselben jedoch keinen Gebrauch machen, weil wir eine Einladung vom Staatsanwalte erhalten hätten, nach welcher wir uns, da wir Konversationen mit diesem Herrn nicht lieben, auch nicht sehnen.

der Expedition. Caspar in Meran: In dem Novellen-Band von O. Walster „Kranke Herzen“ fehlt nichts, sondern es hat nur falsche Seitennummerirung stattgefunden.

Auf die im „Vorwärts“ erlassene Anfrage betreffs des Aufenthaltes des Carl Benkuler finden wir in der „Volksstimme des Westens“ folgende Antwort:

Antwort auf die Anfrage im „Vorwärts“, Leipzig: Wo ist Carl Benkuler? Carl Benkuler steht beim 4th U. St. Cavalry, Troop H., Fort Davis, Texas, Colonel McKinzee, Commander of the Post.“

F. W. Fritzsche, Berlin. Warum auf meinen Brief vom 14. ds. keine Antwort? Fr.-Marke lag bei. Hadlich.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Böttchr. Golzow 0,55, z. Wahlfond v. R. hier ges. in der Druckerei v. P. u. T. 6,10. Gesammelt in der Fabrik von J. u. B. d. Bunwtz 5,00.

Halle a. S. Sonntag, den 24. März, von Abends 8½ Uhr ab in Müller's „Bellevue“: [2,40

Concert und Ball, komische Vorträge 2c.

arrangirt von der Liedertafel „Lassallea“. (F. 166)

Karten und Tanz-Ordnungen, die allein zum Eintritt berechtigen, sind zu haben bei Rödiger sowie bei den Mitgliedern der „Lassallea“.

Um recht rege Betheiligung bittet Hofbeck.

Ottensen. Arbeiter-Verein.

Donnerstag, den 21. März, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag und Fragekasten. [70

F. Heerhold.

Allen Freunden und Bekannten die schmerzliche Mittheilung, daß meine Frau **Clara**, geborene **George**, den 16. März von einem todten Knaben entbunden worden ist. [1,20

Leipzig, den 17. März 1878. **Wilh. Hasenclever.**

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig.

Expedition der „Neuen Welt“.

Färberstraße 12. II.

Durch uns ist zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Zum Lernen und Belehren

für alle Parteigenossen und besonders zur Agitation bestens empfohlen:

Grundzüge der National-Oekonomie

von

C. A. Schramm.

Preis 25 Pfennig baar. — Porto zu Lasten der Empfänger.

Bei Partien entsprechender Rabatt.

Ueber den Inhalt dieses in populärster Sprache und klaren Beispielen gehaltenen Schriftchens, geben die nachfolgenden Kapitelüberschriften Aufschluß: 1. Die Arbeit und ihre Eintheilung. — 2. Der Luxus. 3. Die Vertheilung des Arbeitsertrages. — 4. Der Werth der Waare. — 5. Der Werth der Dienstleistung. — 6. Falsche Werthvorstellungen. — 7. Der Preis. — 8. Das Kapital. — 9. Die Waare-Arbeitskraft. — 10. Die Produktion des Mehrwerthes. — 11. Profitrate und Ausbeutungsrate.

Von demselben Verfasser liefern wir:

„Ein Wort zur Verständigung in der sozialen Frage“.

Preis 20 Pfennig baar. — Porto einzusenden.

Bei Partien entsprechender Rabatt.

Das Schriftchen wurde vom Verfasser speziell an die bürgerlich-demokratischen Kreise gerichtet und ist sein sozial-politischer Inhalt ein historischer Beleg für die leidenschaftslosen Versuche unserer Partei, die Nothwendigkeit und Berechtigung unserer Bestrebungen allerseits begreiflich zu machen.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Von der Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

Rede Bebels

über die Anträge betr.

Abänderung der Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetz)

in der Reichstagssitzung vom 18. April 1877.

Preis 10 Pfg. (35)

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf

Die Fackel.

Volks-Organ für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar v. J. wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in jeder Nummer außer einem Leitartikel eine politische Uebersicht, die wichtigsten Lokalnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Standesamtsnachrichten, den Eisenbahnfahrplan 2c.; ebenso ist im Feuilleton für gute Unterhaltungslektüre gesorgt. — Inserate, welche bei dem großen Lesertreise des Blattes von ausgezeichneter Wirkung sind, werden pro Petitzeile nur mit 10 Pf. berechnet. — Alle Postanstalten nehmen Abonnements auf unser Blatt zum Preise von 1 M. 60 Pf. pro Quartal, 60 Pf. pro Monat, entgegen. — Zu zahlreichem Abonnement, sowie zur Einsendung von Inseraten laden ein

Redaktion und Expedition der „Fackel“,

Leipzig, Kl. Fleischergasse 15.

Durch uns ist zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Rendnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hay, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str
London W.: E. Hoyge, 8 New Golden Square

Nr. 34. Freitag, 22. März. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 101; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

An die Märzgefall'nen!

Im Friedrichshain, da schlummert Ihr
Die einst in blut'gen Märzestagen,
Die Brust voll Freiheits-Kampfbegier,
In heißer Straßenschlacht erschlagen,

Dort senkte Euch das Volk hinab —
Und drei Decennien sind vergangen,
Und dreißigmal an Eurem Grab
Ihr Lenzeslied die Vöglein sangen.

Vom Lenz, der Busch und Wald belaubt,
Wird bald auf's Neu das Lied erklingen —
Der Lenz den Ihr so nah' geglaubt,
Muß noch mit Nacht und Kälte ringen;

Der Völkerlenz, Eu'r Hoffnungsschein,
Eu'r Trost in bitt'rer Todesstunde,
Wann bringt zum stillen Friedrichshain
Von seinem Sieg das Volk Euch Kunde?

Die Freiheit, die Eu'r Schlachtruf war,
Sie ward verschachert und verrathen
Von Denen, die im „tollen Jahr"
Gehetzt zum Bau der Barrikaden,

Von Denen, die im „tollen Jahr"
Gepredigt keck von Menschenrechten;
Sie sind's, die jetzt den Proletar
Im Dienste Mammon's schmählich knechten.

Die einst im hellen Freiheitsglüh'n
Des Censors Stift voll Wuth zerbrochen,
Die von „Gewissenfreiheit" kühn
Und „freiem Manneswort" gesprochen —

Sie sind's, die aus dem Arbeitssaal
Lassalle's Jünger frech verbannen,
Um durch des Hungers harte Qual
Den Mann der Arbeit zu entmannen.

Die „Freiheit" haben sie erreicht,
Die Wucherfreiheit „die sie meinen"; —
Dem Volk, vom „Nothstand" tiefgebeugt,
Wollt ach! kein Freiheitsstrahl noch scheinen.

Das „Bürgerthum", in seiner Hand
Sah't Ihr die Freiheitswaffen blinken,
Es warf sie fort, ließ in den Sand
Der Menschheit Banner schmachvoll sinken.

Doch horch'! ob Eurem Grabe brauf't,
Der Lenzessturm in kahlen Zweigen;
Hoch hält in arbeitsharter Faust,
Der „vierte Stand" der Freiheit Zeichen.

Das flammt wie lichte Morgenpracht,
Wir folgen ihm zum kühnen Kriegen
In manche heiße Geistesschlacht —
Wir kämpfen sie und — werden siegen.

Bald grünt die Saat im Sonnenschein,
Die Euer Herzblut mußte trinken,
Dann wird das Volk im Friedrichshain,
Das Völkerfrühlingslied Euch singen.

L.

Zur Controverse über die soziale Werththeorie.

II.

Die Bedeutung der Werththeorie und Die Advokaten des Diebstahls.

H. L. Und nun zur Sache selbst, d. h. zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

Um uns recht klar zu machen, um was es sich hier eigentlich handelt, wird es angezeigt sein, auf die Veranlassung des ganzen Streites zurückzugehen, nämlich auf die Frage: Warum wird der Werththeorie, d. h. der Erforschung dessen, was die in unserer Gesellschaft entstehenden und umgehenden Werthe eigentlich schafft und hervorbringt, allseitig so großes Gewicht beigelegt?

Die Antwort ist: Weil in dem Ergebniß dieser Untersuchung zugleich die Beantwortung der Frage liegt, wem, welchen Personen, Ständen, Klassen 2c. diese Werthe von Rechts wegen gebühren.

Um nun den Antheil an den Werthen, welchen das Kapital heute de facto (thatsächlich) an sich reißt, auch de jure (rechtlich) zu begründen, erfanden die national-ökonomischen Soldschreiber desselben die mannigfaltigsten sogenannten „Theorien".

Die Einen sagten kurzweg: Das Kapital ist ein unentbehrlicher Faktor bei der Werthbildung; denn wie will der Arbeiter ohne dasselbe, d. h. ohne Arbeits-Lebensmittel 2c. überhaupt arbeiten? Folglich gebührt dem Kapital auch ein Antheil am Erzeugten. (Ein plumpes Taschenspielerstückchen! Daß zur Produktion die Produktionsmittel nöthig sind, das stimmt, Ihr Herren! Die Sache ist eben nur die, daß damit nicht das Mindeste für das Kapital bewiesen ist. Denn Produktionsmittel und Kapital — noch genauer gesprochen: Privatkapital — sind zwei verteufelt verschiedene Dinge, letzteres ist nichts als eine historische Phase der gesellschaftlichen Anwendung der ersteren. Die Produktionsmittel haben schon bestanden ohne Privatkapital und werden es in Zukunft mit „Gottes" Hilfe noch viel mehr. Die Produktionsmittel sind uns ja auch ganz recht und angenehm, sehr angenehm sogar — zum Beweis wollen wir sie ja sogar haben — nur gegen das Kapital haben wir eben einiges zu erinnern!)

Andere gingen schon etwas umständlicher zu Werke. Sie sagten: Was ist das Kapital? Ersparter. Wie spart man? Indem man sich Entsagungen auferlegt. Warum soll nun die Tugend nicht ihren Lohn haben, warum sollen Die, die entbehrten, statt, wie die Andern, alles zu vernaschen und die dadurch, zum Wohle der Menschheit, den Nationalreichthum vermehrten, nicht ihren Entbehrungslohn haben. (Die armen Würmer, die Rothschilds! Wenn man so bedenkt, was die ausgestanden haben müssen, bevor sie sich ihre so und so viel Hundert Millionen zusammen „entbehrt" hatten! Man sieht's ihnen aber auch an; es ist wahrhaft herzbrechend: die Bäuche!)

Wieder andere „Nationalökonomen" meinten: Der Kapitalist entäußert sich seiner Produktionsmittel (Maschinen, Werkzeuge 2c.) für bestimmte Zeit, überläßt sie dem Arbeiter, statt sie selbst zu benutzen. Gebührt ihm nicht für einen so menschenfreundlichen Dienst eine Entschädigung? (Der liebe, gute Krupp, der nicht alle seine Hochöfen, Dampfhämmer, Blasebälge 2c. allein „benutzt", sondern seine 15,000 Arbeiter auch mal an das Vergnügen 'ranläßt. Der süße, süße Engel! Verdient es so viel Herzensgüte nicht wirklich, eins der größten Einkommen im preußischen Staate zu erhalten? Gewiß.)

Wieder Andere: Der Kapitalist geht doch mit der Umsetzung seines Kapitals in der Industrie ein Risiko ein, durch die Möglichkeit der Unverkäuflichkeit der Produkte in Folge von Ueberproduktion, besonders aber durch Kreditgewährung an den Abnehmer 2c. Soll er dafür nicht eine Risikoprämie zu fordern haben? (Weil Ihr Euch unter einander den wüthendsten, wahnsinnigsten Krieg macht, weil Ihr Euch unter einander beschwindelt und bestehlt, sollen wir Euch was schuldig sein? Die Kosten dieses allgemeinen Krieges, gegen den wir ja eben mit aller Macht protestiren, dessen Beendigung ja eben den Zweck unserer Bestrebungen ausmacht, die sollen wir mit unserm Schweiß und Blut gar noch bezahlen? Ah, das geht denn doch über das polizeilich gestattete Maß von Unverschämtheit!)

Noch Andere faßten die Sache bei diesem Zipfel an: Das was den Waaren den Werth giebt, ist die Nachfrage. Denn was nützen z. B. dem Schuster seine 100 Paar Stiefel, wenn keine Nachfrage danach vorhanden ist, wenn er sie nicht verkaufen kann? Und wer kauft? Wer Kapital hat. Ergo ist es klar, daß die Produktion vom Kapital abhängt, und daß also die Produzenten, d. h. die Arbeiter, sich gar nichts Besseres wünschen und erstreben können, als daß sich das Kapital der Herren Kapitalisten recht rasch vermehre. (Es ist aber auch wirklich wahr. Was thäten die Arbeiter mit all den Dingen, den guten Speisen und feinen Weinen, den schönen Kleidern und eleganten Wohnungen 2c., die sie schaffen, wenn Niemand da wäre, der „Nachfrage" danach hält, wenn sich keine Abnehmer fänden? Sie müßten offenbar verhungern, elendiglich zu Grunde gehen! Danken wir also dem Schöpfer, der uns in seiner grenzenlosen Güte und Barmherzigkeit [recht so, Herr Hofprediger?] die Abnehmer bescheert hat, die uns das, was wir hervorbringen, auch immer wieder hübsch „abnehmen".)

Solche und ähnliche gute Gründe sind es, welche die Parteigänger des Kapitals vorbringen, um dem Raube, welchen das Mastbürgerthum am arbeitenden Volke begeht, ein „wissenschaftliches" Mäntelchen umzuhängen.

Diesen Partisanen des Diebstahls traten nun die Partisanen der ehrlichen Arbeit, die sozialistischen Oekonomen, in unserer Zeit namentlich Karl Marx, entgegen, indem sie, auf ihren bürgerlichen Vorgängern (Ricardo 2c.) fußend, die Arbeit als die alleinige Schöpferin alles Reichthums, als den einzigen Faktor aufstellte, durch welchen seitens der menschlichen Gesellschaft den Erzeugnissen der Natur ein „Werth" im gesellschaftlichen Sinne hinzugefügt wird; indem sie ferner ausführten, daß das Kapital, welches sich heute als ein mit der Arbeit gleichberechtigter Faktor, als gleich-, ja mehrberechtigter Theilhaber am gesellschaftlichen Produktionsertrage aufspielt, selbst nichts als gestohlene und aufgespeicherte Arbeit ist. (Ob speziell die Eintheilung des Arbeitstages einerseits in eine vollbezahlte „nothwendige Arbeit" und anderseits in eine gar nichts kostende „Mehrarbeit", wie sie Herr Marx aufstellt, gegen alle Kritik hieb- und stichfest ist, weiß ich nicht, es kann aber hier umsomehr unerörtert bleiben, als es erstens nicht hierhergehört und zweitens auf die Sache selbst ganz einflußlos ist.)

Teufel auch! Nun ward die Position unserer Kapitalfreunde arg bedroht. Denn ist das Kapital selbst nichts als gestohlene Arbeit, auf Grund welchen „Rechtes" will es dann immer wieder neue Antheile am Ertrage derselben für sich in Anspruch nehmen? Das wäre ganz nach Art jenes Taschendiebes, der, nachdem er einem Herrn die goldene Uhrkette abgeknipst hatte, an diesen herantrat, ihn kategorisch auffordernd, er möge ihm (dem Dieb), da er jetzt der Besitzer der Kette sei, nun auch sofort die dazu gehörige Uhr ausliefern. Natürlich frug unser Bestohlener: „Ja hören Sie mal, wie kommen Sie denn überhaupt zu der Kette?" So fragen auch wir heute: „Ja hört mal, wie kommt Ihr denn überhaupt zum Kapital?"

Man concentrirte sich also mehr nach rückwärts. Da man mit jenen Lehren, welche das Kapital als Werthbildner travestirt hatten, besonders seit Lassalle, die Entdecker dieser Weisheiten à la Bastiat und ihre Nachbeter, die Schulze 2c., auf öffentlicher Straße so gründlich verwöbelt hatte, anständiger Weise — in Deutschland wenigstens — nicht mehr unter die Leute gehen konnte, verlegte man sich auf das Bekritteln und Bemörgeln der gegnerischen (sozialistischen) Behauptungen.

„Was sagt Ihr da," hieß es nun, „das Kapital sei nur gestohlenes Gut und der einzige Werthbildner sei die Arbeit? So — ei, ei — und woher soll es dann kommen, daß der Werth der Waaren je nach Angebot und Nachfrage beständig wechselt, daß das, was heute noch um jeden Preis gekauft wurde, morgen schon selbst für die Hälfte kein Mensch haben mag? Und noch schöner: Die Kräfte der Natur, die rechnet Ihr wohl für gar nichts, die sind wohl werthlos? Woher kommt es dann, daß der Werth des Ertrages bei dem einen Stück Boden oft so viel größer ist, als beim daneben liegenden, trotzdem auf beide gleich viel „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" verwandt wurde?"

Dieses — der Einfluß von Angebot und Nachfrage und der der Naturkräfte nämlich — sind bekanntlich die beiden überhaupt halbwegs diskutirbaren Einwände, welche von den Gegnern, inclusive der Herren Viertel-, Halb- und Dreiviertelsozialisten, gegen die sozialistische Werththeorie erhoben werden.

Die Volte, die hier in aller Geschwindigkeit geschlagen wurde, ist leicht erkennbar. Die Frage, um die es sich zwischen der sozialistischen und der Bourgeoisökonomie handelt, ist: Ob das Kapital zur Bildung der Werthe beiträgt, und ihm demnach ein Antheil am gesellschaftlichen Produktionsertrage zusteht. Was haben nun mit dieser Frage jene Einwände, selbst angenommen vorläufig, daß sie zutreffend sind, zu thun? Daß 1) Angebot und Nachfrage, 2) die Naturkräfte werthbildende Faktoren sind, kann doch nicht bewiesen, daß dem Kapital ein Ertragsantheil zustehe!

Wir berufen uns für unsere Behauptung, daß die gesellschaftlichen Erzeugnisse der Arbeit gebühren, eben auf die Arbeit als unentbehrlichen, richtig einzigen Faktor der Werthbildung, nicht aber etwa auf die Dampfkraft oder die Schwere. Ebenso müssen doch auch die Herren Bourgeoiswirthschafter, wenn sie für das Kapital einen Ertragsantheil in Anspruch nehmen wollen, immer hübsch beim Kapital bleiben und nicht bei ganz andern Dingen herumschwärmen. Hic Rhodus, hic salta. Sie müßten uns denn nachweisen können, daß diese andern Dinge einen untrennbaren Zusammenhang mit dem Kapital haben, mit ihm stehen und fallen.

In welchem Causalnexus stehen nun aber jene beiden angeblichen Werthfaktoren mit dem Kapital? Angebot und Nachfrage sind doch wohl kein besonderes Attribut der kapitalistischen Gesellschaft? Sie können und haben schon außer ihr bestanden. Was allerdings ausschließlich der kapitalistischen Gesellschaft eigen

ist, das ist ihre absolute Unfähigkeit, Angebot und Nachfrage im Einklang zu halten, aus welcher Unfähigkeit jene beständigen „Werth"veränderungen der Waaren, durch welche in den Augen der Herren Bourgeoisökonomen Angebot und Nachfrage eben zum vermeintlichen Werthfaktor wurden, erst entspringen. Doch ich will nicht vorgreifen, wie Paula Erbswurst sagt.

Und die Naturkräfte? Was hat denn die Natur mit dem Kapital zu thun? Giebt es doch, wenn ich mir diesen sanften Kalauer gestatten darf, nichts Widernatürlicheres als das Kapital. Riskiren wir etwa, daß mit dem Sturz des Kapitals auch die Natur aus ihren Fugen geht? Unser Mastbürgerthum allerdings stellt uns für diesen Fall so was wie einen Weltuntergang in sichere Aussicht; wir unsererseits aber geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß die Welt ruhig in ihrem alten Geleise weitergehen und die Natur uns Erdenwürmern bei der Mühe um unsere Existenz nach wie vor ihren freundlichen Beistand nicht versagen wird, selbst wenn Einige unter uns, statt sich, wie bisher, von den Andern füttern zu lassen, im Verein mit Allen sich ihr Brod ehrlich erarbeiten. Im Gegentheil: Dann erst recht!

Oder wollen uns die Herren Kapitalgelehrten mit ihrem Hinweis auf die Naturkräfte als Werthbildner etwa zu verstehen geben, daß Denen, die nun einmal im Besitze dieser Naturkräfte, d. h. des Grund und Bodens sind, auch ein Antheil am Ertrage zustehe? Das paßt sicher, wie die Faust auf's Auge. Es handelt sich darum, ob das Kapital als solches, als gesellschaftliche Institution, Werthbildner ist, zum Produktionsertrage beiträgt, indem es Werthe schafft, die ohne es nicht da sein könnten, ob es, mit andern Worten, ein unentbehrliches Organ des Produktionsprozesses bildet, genau so wie das alles mit der Arbeit der Fall.

Das wird doch aber nicht dadurch bewiesen, daß eine Anzahl Leute sich der zur Produktion nothwendigen Naturkräfte bemächtigt haben und darauf hin einen Theil der von Andern geschaffenen Werthe diesen Andern einfach abpressen. Das ist keine wissenschaftliche Rechtfertigung des Kapitalgewinns, das ist einfach eine Apologie des berühmten Moralsatzes: „Macht geht vor Recht". In der Wissenschaft haben wir es jedoch eben nur mit wissenschaftlichen Begründungen zu thun; gegen die Gewalt haben auch wir nur — die Gewalt. Wir kommen dann einfach wieder mit der Frage jenes Bestohlenen: „Ja hören Sie mal, wie kommen Sie denn überhaupt zu der Kette?" Ja hört mal, wie kommt Ihr denn überhaupt dazu, die unentgeltlichen Kräfte der Natur, ihr freiwilliges Geschenk, für Euch allein in Anspruch zu nehmen? Wer hat Euch ein Vorzugsrecht vor allen andern Menschen darauf gegeben? Ihr antwortet: „Die Macht?" Nun, dann kann sie Euch die Macht auch wieder nehmen!

„Aber unser Besitz ist durch das Alter rechtsgültig geworden, geheiligt." Mit Verlaub, Ihr Herren Raubritter, es will uns nicht einleuchten, daß ein Raub aufhört Raub zu sein und Recht wird, wenn man ihn nur recht lange fortsetzt. Im Gegentheil will es uns scheinen, daß, je länger man einen Raub forttreibt, man eben nur um so viel mehr Raubthaten aufhäuft, der betreffende Besitz also nur um so unrechtmäßiger und ein Einschreiten gegen solch räuberisches Treiben nur um so gebotener wird! —

Kurzum — zwischen jenen gegen die sozialistische Werththeorie erhobenen Einwänden und der Frage, um die es sich zwischen Kapital und Arbeit wirklich handelt, läßt sich keinerlei Zusammenhang erkennen. Die Herren Kapitalgelehrten haben mit diesen Einwänden eben nur das alte Sophistenkunststück angewandt, den Streit, weil man in der Sache selbst nichts ausrichten kann, unvermerkt auf andere Dinge hinüberzuziehen, sich an Nebensachen anzuhängen, die selbst im besten Falle für die ursprünglichen Behauptungen gar nichts beweisen. Und je mehr sich die Gegner auf jene Einwände beschränken, desto mehr gestehen sie indirekt zu, daß sie unfähig sind, den ihnen obliegenden Beweis, daß das Kapital Werthebildner, Wertheschöpfer und nicht, wie wir sagen, blos Wertheräuber sei, zu erbringen.

Damit haben wir aber auch schon die wichtigste Position des Feindes genommen: Es ist stillschweigend anerkannt, daß der Riesenantheil am Produktionsertrage, welchen das Kapital heute für sich vorwegnimmt, wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen, zu deutsch: Diebstahl ist!

Das ist immerhin schon etwas — nämlich die Hauptsache!

Sehen wir nun zu, was es mit jenen Bemängelungen der sozialistischen Werththeorie eigentlich auf sich hat.

Aus Berlin.

— — 17. März.

„Aus dem Regen unter die Traufe!" — so möchte man ausrufen, wenn man das vom preußischen Abgeordnetenhause „verbesserte" Forstdiebstahlgesetz, welches am 16. d. M. in dritter Lesung angenommen worden ist, etwas näher betrachtet. Zwar sind die Pilze und Beeren, welche das Herrenhaus als Diebstahlsobjekte in das Gesetz gebracht hatte, aus der Vorderthür wieder hinausgeworfen worden, doch fand sich eine willige Hinterthür, durch welche sie wieder Einlaß gefunden haben. Man hat nämlich an den § 1 des Gesetzes, in welchem alle Diebstahlsobjekte, als Reisig, Streu ꝛc. ꝛc., aufgeführt werden, folgenden Anhang gemacht: „Das unbefugte Sammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen unterliegt forstpolizeilichen Bestimmungen." Wer nun das Walten der Polizei kennt, wer da weiß, daß die Polizeistrafen durchschnittlich schärfer sind, als die richterlichen, der wird das Sprichwort in der Ordnung finden, welches ich an die Spitze dieser Correspondenz gesetzt habe, der wird aber auch ferner sich der hochtrabenden Worte erinnern, welche man in den Fortschrittsblättern seiner Zeit fand und die bestimmt versicherten, daß das Abgeordnetenhaus das Herrenhaus sicherlich corrigiren werde. Eine nette Correctur — anstatt des Richters der Polizist!

Fürst Bismarck zeigt sich immer mehr von seiner ästhetischen Seite. Im Reichstag trinkt derselbe Cognac und wirft sogar ein Glas Cognac mit Wasser um; zu befreundeten Abgeordneten, die ihn fragen, wie weit es mit dem liberalen Ministerium sei, sagt er: „Lasker hat dem Bennigsen in die Suppe gespuckt" — derlei Liebenswürdigkeiten machen nun die Herren Liberalen vielfach erbost. So erinnert die „Magdeburgische Zeitung" an frühere Debatten im Reichstage und ruft fragend aus: „Konnte ein Minister sarkastischer das Parlament behandeln, als dies damals und oft genug vorher und nachher Fürst Bismarck gethan hat?" — Die „Magdeburgische Zeitung" vergißt in ihrer Entrüstung die Wahrheit der Sentenz, daß die Behandlung sich durchweg danach richtet, wie man sich behandeln läßt. Die Hunde erhalten eine tüchtige Tracht Prügel mit der Peitsche und lecken die Hand ihres Züchtigers — das berühmte Wort des liberalen Führers Bamberger: „Hunde sind wir ja doch!" findet somit seine fast wörtliche Bestätigung.

Daß übrigens das Auftreten des Fürsten Bismarck und besonders sein Benehmen gegen den Abg. Lasker die Gemüther im Reichstage sehr verstimmt hat, das zeigte sich noch besonders in der Reichstagssitzung vom 13. März bei Gelegenheit der Berathung des Antrags Liebknecht-Hasenclever. Wenn nämlich irgend ein Redner den Fürsten Bismarck im Reichstage scharf angreift und einen Ordnungsruf vom Präsidenten erhält, so ist es seither üblich gewesen, daß die Bismarckomanen in jubelnde Bravos ausbrachen, um damit zu bekunden, wie recht der Präsident thue, den Angebeteten gegen allerlei schnöde Angriffe zu schützen. Als Hasenclever aber in jener Reichstagssitzung erklärte, daß der Fürst Reichskanzler bei Gelegenheit der Berathung der Strafgesetznovelle gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten schwere Verleumdungen geschleudert habe, und als dem Redner dieserhalb vom Präsidenten mit erhobener Stimme und mit dem Aufwande von großem Pathos ein Ordnungsruf ertheilt wurde — da blieb der ganze Reichstag stumm; es schien Niemand den Herrn von Bismarck weiter in Schutz nehmen zu wollen. Ob die Herren sämmtlich von der Wahrheit der Aeußerungen des Abg. Hasenclever überzeugt waren, oder ob sie keinerlei Sympathien mehr für Bismarck hegen, das kann ich nicht sagen — genug, daß die Thatsache vorliegt.

Wer übrigens aus derselben den Schluß ziehen wollte, daß nunmehr der Bruch zwischen den Liberalen und Bismarck für immer erfolgt sei, der könnte sich doch gründlich irren — ein kleines Verstimmtsein, denn: „Hunde sind wir ja doch!" und Bismarck trinkt lächelnd einen Cognac. Die Sache ist wieder im alten Geleise.

Wenngleich Herr v. Bismarck als Grund angegeben hat, daß Bennigsen deshalb nicht die Ministersuppe ausesse, weil ihm Lasker hineingespuckt habe, so kann ich Ihnen doch noch einen anderen Grund angeben, der in der Abneigung des Kaisers gegen Herrn v. Bennigsen liegt. Wiederholt soll der Kaiser angedeutet haben, daß er, selbst durch die historische Entwicklung gezwungen, den König von Hannover habe vertreiben müssen; er sei das Werkzeug in eines Höheren Hand, der die Weltgeschicke entscheide. Aber wenn ein Unterthan seinen Herrn und König in Stunden der Gefahr verlasse, ja wenn er ihn sogar durch seine Agitation den Feinden ausliefere, so müsse er das größte Bedenken tragen, einen solchen Mann mit einem Ministerposten zu betrauen.

Ob diese Worte nun genau richtig wiedergegeben sind, das ist gleichgiltig, sie kennzeichnen aber die Situation, die Herr v. Bismarck durchaus nicht allein beherrscht, wie seine Verehrer dem Volke gern vorzuschwindeln suchen. Herr v. Forckenbeck dagegen ist persona gratissima bei dem Kaiser; ihm giebt Letzterer sofort ein Ministerportefeuille, wenn es verlangt wird. Der Kaiser erinnert sich nämlich noch sehr gut, daß im Jahre 1863 Forckenbeck im preußischen Landtage, im Gegensatze zu Waldeck, die neue Heeresorganisation, das „ureigenste Werk des Königs", wenn auch zunächst nur verschämt, unterstützte und dadurch verhinderte, daß entweder das Projekt aufgegeben oder die Verfassung direkt gebrochen werden mußte; so splitterte Forckenbeck die Oppositionspartei und verminderte die Schärfe des Conflikts. Daß Herr v. Forckenbeck aber dadurch das Volk, seinen Mandatgeber, verrieth, schlimmer noch als Herr v. Bennigsen seinen König — ja Bauer, das ist etwas anderes. — Herr v. Staufenberg, der vielfach auch als Zukunftsminister genannt wird, ist ein viel zu edler Charakter, als daß man wünschen möchte, daß derselbe auch nur eine Stunde lang Bismarck'scher „Commis" werde.

Noch will ich bemerken, daß mir von unterrichteter Seite mitgetheilt worden ist, daß nach dem Tode des jetzigen Kaisers die zweijährige Dienstzeit eingeführt werde — der Kronprinz sei dafür gewonnen — auf andere Weise lasse sich aber das Reichsdefizit auf die Dauer nicht mehr decken. Ist diese Nachricht wahr, so sieht man daraus, daß die unablässige Agitation der Sozialdemokratie, wenn auch hier nur in kleinem Maße, für das Volk Gutes erwirkt; denn die Sozialdemokratie war es in den letzten Jahren allein, die für Verkürzung der Dienstzeit eingetreten ist.

Der Sozial-Doktor Dr. Max Hirsch hielt am 12. März ein Referat in einem Bezirksverein über die sozialdemokratische Arbeiterpartei; ihm wurde von den gleichfalls eingeladenen Abgeordneten Fritzsche und Bracke erwidert. Der „Gewerkverein" spricht in Bezug auf diese Versammlung von der „scharfen, logischen" Kritik, die der Herr Hirsch ausgeübt habe. Welcher Art diese Kritik war, das will ich Ihnen durch die wörtliche Wiedergabe mehrerer Sätze des geehrten Herrn zeigen. Höre und staune, lieber Leser! Der Sozial-Doktor legte mit gelehrter Miene den Zeigefinger seiner rechten Hand an seine Nase und sprach:

„Die Sozialdemokraten verlangen, daß die Produzenten den Produktionsertrag erhalten; die Produktion aber hängt auch lediglich ab von Sonne und Luft. Und wenn nun die an der Produktion betheiligten Subjekte ihren Ertrag an der Produktion beanspruchen können, so muß auch die Luft ihren Antheil empfangen."

Sollte man nicht glauben, der gelehrte Herr Doktor habe zuerst etliche Gläser voll „Kümmel und Luft" getrunken, und diese hätten aus ihm geredet? und diese Subjekte — „Kümmel und Luft" — beanspruchten ihren Ertrag von der Redeproduktion des Herrn Max Hirsch? — Doch weiter:

„Die indirekte Arbeit ist diejenige, welche das Kapital erzeugt."

(Stürmischer Jubel von Seiten aller „indirekten" Arbeiter.) Was ist indirekte Arbeit? Zuschauen, Nichtsthun! Der Herr Doktor hat offenbar sich nur versprochen, er wollte sagen: „Die indirekte Arbeit ist diejenige, welche das Kapital erhält." — Doch das Beste kommt noch. Der edle Doktor räusperte sich wiederholt und sprach:

„Das Eigenthum ist die körperliche Persönlichkeit des Menschen." (Allgemeiner Jubel.)

Von solcher „scharfen, logischen" Kritik hingerissen, war die Versammlung kaum mehr zu halten. Sämmtliche Anwesenden beglückwünschten den Redner, Grüneberg gab ihm den Bruderkuß und Stöcker seinen Segen. Von Glorie umstrahlt, vom Heiligenschein der unergründlichen Gelehrsamkeit, schaute der edle Max wie ein Triumphator von der Tribüne herab auf das jauchzende Volk — es war ein erhebender Anblick.

Was konnten gegen solche "scharfe und logische" Kritik die Herren Fritzsche und Bracke machen; obwohl selbst einige liberale Zeitungen erklären, daß Fritzsche und Bracke den edlen Max widerlegt hätten und zwar in sehr geschickter Weise, so muß ich Ihnen doch mittheilen, daß das ganz unmöglich war — denn wer kann da widersprechen: „Das Eigenthum ist die körperliche Persönlichkeit des Menschen"! Wer kann da widersprechen, wo selbst die Steine die Wahrheit eines solchen Satzes bekunden!

Als nämlich der edle Max seinen Heimweg antrat, da verbeugten sich zu tiefem Gruße die langen Häuserreihen, diese

Italienisches Elend.

Großes Aufsehen, wie jüngst Professor Villari's Briefe über die Zustände der Armen in Süditalien, macht jetzt ein Buch der bekannten Engländerin Jessie White verehel. Mario, die in allen vaterländischen Kriegen sich durch ihre Krankenpflege auszeichnete. Das Werk heißt „La Miseria in Napoli" und schildert mit ergreifenden Farben die Leiden einer ganzen Klasse der italienischen Bevölkerung.

Die Verfasserin selbst ist in die Höhlen des schauderhaftesten Elends und der abschreckendsten sittlichen Verwilderung hinabgestiegen, um zu erforschen, was an Furchtbarkeit Dante, Sue und V. Hugo übertrifft.

Schon früher hat sie die Bauern geschildert, welche sie im Garibaldi'schen Feldzuge von 1867 zu Marcigliana bei Rom gesehn, die in jämmerlichen Hütten, zusammengedrängt schlimmer als Vieh in Ställen, bei ungenügender schlechter Nahrung leben, und trotz des berühmten Weines der Gegend verdorbenes Wasser zu trinken haben.

Und diese elenden Armen (sagt Frau Mario), leben noch besser als die 13,000 Individuen, die in den Grotten des Agro Romano (römischen Landgebiets) hausen.

Selbst in der reichen fruchtbaren Lombardei fand sie das Elend der Landbewohner herzzerschneidend. Während der Po-Ueberschwemmungen — so erzählt sie — waren die Bauern daselbst durch das Elend so apathisch geworden, daß beinahe mit Gewalt die Carabinieri (Gensdarmen) sie aus ihren von der Wasserfluth bedrohten Hütten fortführen mußten. Und doch waren eben diese armen Leute gutmüthig und aufopfernd genug, ihr Leben zu wagen bei Rettung der Habe und Reichthümer ihrer Herren.

Der Hauptsitz des Elends aber ist vor Allem doch Neapel.

Frau Mario ging dorthin mit Briefen des Ministeriums des Innern an die Behörden, die ihr Eintritt auch in solche Anstalten verschafften, in welche sonst Niemand eingelassen wird. Wir empfehlen allen Denjenigen, die sich ernsthaft mit der Lösung der sozialen Frage beschäftigen, das Kapitel über den Vorstadtbezirk vom Monte Calvario oberhalb der Gärten von Santa Lucia al Monte!

Diese Gegend liegt westlich vom Fort San Elmo bei der berühmten Hundsgrotte di Pozzuoli am Posilipo.

Wer dort hinfährt oder geht, will nur das Naturwunder sehn und denkt nicht an die entsetzliche Menschenverkommenheit, die dicht daneben in diesem „Paradiese" haust. —

Madame Mario fuhr dorthin mit einem Freunde und einem Delegato di Pubblica Sicurezza (Sicherheitsbeamten). Dieser und die Mitglieder des Municipiums (Gemeindebehörden) hatten ihr versichert, die dortigen feuchten Grotten würden nicht mehr zu menschlichen Wohnungen benutzt. Ihre Einwohner von ehemals hätte das Municipium (die Gemeinde) auf seine Kosten in gesündere Quartiere geschafft. Dennoch fanden sich noch einige von den 30 Familien, die sonst hier gehaust, vielleicht der unterste Grad der sozialen Versumpfung von ganz Italien. Ihre Höhlen erinnern an die Katakomben, kalkstauberfüllt und doch feuchttriefend, finster, nur durch Kohlengluth schwach erleuchtet; auf nacktem Erdboden unter dem tropfenden Steingewölbe ruht Familie neben Familie, nur durch Teiche getrennt. . . . .

Diese Armen verfertigen Bindfaden und müssen 18 Stunden arbeiten, um sich 15 Grani*) zu verdienen.

Im Sommer leiden sie noch während der regenlosen Monate alle Qualen des Durstes, da sie für theures Geld in weiter Ferne elendes Wasser sich kaufen müssen.

Aerger — dachte Frau Mario, wie eben gesagt — könne der Mensch nicht finken . . . . . unter dem glänzenden Himmel Neapels, jenem „klaren Blau, das leuchtet über Zauber-Auen". Aber von wie tiefem Mitleid ward sie ergriffen, als sie später wahrnahm, daß das thierische Dasein in den Sektionen von Porto, Pendino und Mercato noch weit das vom Monte Calvario übertrifft. . . . . ! —

Frau Mario kennt natürlich die englischen Zustände auch. „Sie meint, die ärgsten Londoner Greuel überträfe der Jammer in den Kellern und Löchern (Fondaci, Bassi) Neapels. . . !

Sie geht nun zu Gedanken einer Abhilfe über. — —

Zunächst hebt sie Deutschlands Armenverwaltung über die belgisch-französische; besonders lobt sie das System der Elberfelder Centralkommission für alle lokalen Bedürfnisse. Einzeln seien solche Uebel nicht zu heben oder zu heilen, auch empirisch nicht. Man müsse von Seiten jeder Regierung ein Inventarium des Besitzes und der Bedürfnisse ihrer Staatsangehörigen entwerfen. . . .

Dann kommt sie auf Unterricht, Frauenbildung, Hospitäler, Asyle, Gefängnisse u. s. w.

„Ist es nicht zu bedauern", fragt sie, „daß trotz der vielen Frauen, die heutigen Tags nicht wissen, wie sie ihr Brot verdienen sollen, auf denen der Müssiggang schwer lastet, bei denen zuletzt die Langweile zur Krankheit wird, man sich doch jedesmal an die Nonnenklöster wendet und barmherzige Schwestern aus Belgien, Frankreich ꝛc. kommen läßt, sobald man Aufseherinnen für Gefängnisse, Krankenwärterinnen für Hospitäler und Irrenhäuser braucht!?"

Betreffs der Arbeiterfrage spricht sie die Hoffnung aus, daß es mit der Zeit dahin kommen werde:

> Daß die Arbeit dem Kapital die Gesetze vorschreiben werde, statt sie von ihm zu empfangen — und zwar dadurch, daß das Kapital in dieselben Hände gelangen werde, welche der Produktion die Arbeit liefern und für die Vertheilung des Gewinnes sorgen. —

Die Cooperationen in England sind ihr Beleg dafür.

Schließlich empfiehlt sie Verwendung der unnützen Schiffe, die nicht mehr verkaufbar seien, zu Schulen für Schiffsjungen ꝛc.

Der edlen Frau Schwabe gedenkt sie noch nachträglich, über deren treffliches Wirken in pädagogischen Blättern seit Jahren mit Recht viel Rühmens ist. —

Wer müßte nicht bei jeder solchen Schilderung heimischer Zustände gedenken? Wo in der Welt sind denn keine Thierställe zu Menschenwohnungen eingerichtet? Wo in der civisirten Welt giebts keine Erdgrotten, Kellerlöcher, Berghöhlen, darin die verlassene verzweifelnde Hefe der „Ebenbilder Gottes" siecht und brütet? Bei Semlin sah ich als berechtigte Eigenthümlichkeit die vorn mit Balkenvorbauten verkleideten Erdhütten im Berge massenhaft ganze Straßen bildend. Wie sieht Stambul aus? und wie nun gar die Quartiere am goldenen Horn genannt Kassimbasch u. s. f.! Wenn ich die türkische Karte ansehe, denke ich bei den vielen Stadt- und Dorfnamen, die darauf zu lesen stehen: „Das sind Alles schmutzige Buden und Kabachen, Lehm-

*) Diese Münze ist uns unbekannt; jetzt gilt in ganz Italien die Frankenrechnung (Lire und Centesimi). R. d. B.

„körperlichen Persönlichkeiten"; als er in eine Droschke einstieg, da schüttelte nicht nur der Droschkengaul tiefsinnig sein altes Haupt, sondern selbst die Droschke neigte sich und grüßte, sie, die „körperliche Persönlichkeit des Menschen"; und als er siegestrunken seine Wohnung erreicht hatte, da sprang schnell der Hausschlüssel aus seiner Tasche und verbeugte sich mit schelmischem Lächeln, schloß die Thür auf und sprach: „Bemühen Sie sich nicht, geehrter Doktor; das brauchen Sie jetzt nicht mehr selbst zu besorgen, sondern das thut jetzt Ihre „körperliche Persönlichkeit"."

Und der glückliche Erfinder der „körperlichen Persönlichkeit" legte sich in seine „körperliche Persönlichkeit", vulgo Bett, und träumte von „scharfer, logischer" Kritik, die er andern Tages ruhmredig in dem „Gewerkverein", der „Sozialen Frage" und der „Bürgerzeitung" ablagerte.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sind im deutschen Reichstage vier neue Anträge eingebracht worden. Außer von den elf sozialistischen Abgeordneten (der zwölfte, Bebel, hält bekanntlich seine „Session" im Leipziger Gefängniß) wurden diese Anträge noch von den Abgg. Holthoff, Payer, Oechsner (Volkspartei) und Kryger (Däne) unterzeichnet. Sehr bezeichnend ist es, daß die andern „Demokraten", „Fortschreiter", „Liberale", oder wie die hochtönenden Namen auch heißen mögen, nicht zu bewegen sind, einen von sozialistischer Seite kommenden Antrag — wenn derselbe auch noch so volksthümlich und nöthig ist — zu unterschreiben.

Die Abgeordneten Most und Blos beantragen eine Aenderung des Wahlgesetzes und des Wahlreglements für den deutschen Reichtag. Der Artikel I Al. 2 des § 10 des Wahlgesetzes, welcher bestimmt, daß die Stimmzettel von weißem Papier sein müssen und mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein dürfen, soll aufgehoben werden, dafür soll Artikel II § 11 des Wahlgesetzes folgenden Zusatz erhalten:

„Die Stimmzettel müssen bei der Wahlhandlung in einem unbeschriebenen Couvert übergeben werden. Jedem Wähler, der in die Wählerliste aufgenommen ist, muß bei Auflegung derselben ein zur Aufnahme des Stimmzettels bestimmtes Couvert zugetheilt werden. Die Stimmzettel-Converts müssen von starkem undurchsichtigen Papier angefertigt, mit dem Stempel des Wahl-Commissärs versehen und für jeden Wahlkreis völlig gleichartig beschaffen sein. Wähler, welche ein amtliches Stimmzettel-Couvert nicht erhalten haben, sind auf Reklamation durch die zuständige Behörde mit einem solchen zu versehen. Amtlich gestempelte Stimmzettel-Couverts sind am Wahltage innerhalb des Wahllokals in genügender Anzahl für die Wähler vorräthig zu halten. Artikel III Al. 2, 3 und 4 im § 15 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes sind aufgehoben. An ihre Stelle treten folgende Bestimmungen: „Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, das seinen Stimmzettel enthaltende amtliche Couvert zusammengefaltet, aber nicht verschlossen (zugeklebt, versiegelt 2c.) dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, welcher dasselbe uneröffnet in das auf dem Tisch stehende Gefäß legt. Stimmzettel, welche sich nicht in einem amtlichen Couvert befinden, sowie Couverts, die außer dem amtlichen Stempel ein besonderes Kennzeichen tragen oder verschlossen (zugeklebt, zugesiegelt 2c.) sind, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen. Art. IV im § 16 des Wahlgesetzes sind hinter den Worten: „die Kosten" einzuschalten die Worte: „für die Stimmzettel-Couverts". Art. V § 12 des Wahlgesetzes erhält folgenden Zusatz: „Die Wahl findet an einem Sonntag statt." Art. VI § 29 des Wahlreglements ist aufgehoben. An seine Stelle tritt folgende Bestimmung: „Die engere Wahl findet am zweiten Sonntag nach der Ermittelung des Wahlresultats statt."

Der Zweck dieses Antrages ist klar. Die Abstimmung soll nach dem Gesetze geheim sein, das gegenwärtige Verfahren bietet aber für die Wahrung des Geheimnisses keine Garantie, weil die Zettel, trotz der Bestimmung, daß sie von „weißem Papier" sein müssen, doch leicht an der Größe, Farben-Nüance und der Stärke des Papiers erkenntlich sind, woraus den Wählern aus dem Arbeiterstande nicht selten Nachtheile erwachsen. Die Wahl ist eine wirklich geheime, wenn die Stimmzettel jeder Partei nicht offen, sondern von völlig gleichen Couverts umschlossen abgegeben werden. Was den Sonntag als Wahltag betrifft, so ist der Antrag ganz gerechtfertigt, weil der Wahltag ein vollständig freier Tag sein und es den Arbeitern möglich gemacht werden muß, ihr Wahlrecht auszuüben, ohne dadurch pekuniären Nachtheilen ausgesetzt zu sein. Ebenso nothwendig ist es, die Zeit, in welcher die engere Wahl stattfinden muß, festzusetzen, da sonst den Behörden freier Spielraum gegeben ist und es ihnen leicht wird, die engere Wahl entweder auf längere Zeit hinauszuschieben oder die Wähler zu überrumpeln.

Ferner beantragen die Abgeordneten Blos und Most, den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage in der nächsten Session ein Gesetz vorzulegen, welches den Umfang nnd die Zahl der Reichstagswahlkreise nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung regelt. Nach § 5 des Wahlgesetzes soll auf je 100,000 Seelen der Bevölkerung ein Abgeordneter entfallen. Ein Ueberschuß von mehr als 50,000 Seelen wird vollen 100,000 Seelen gleichgerechnet. Es würden nach einer solchen Zählung auf manchen Wahlkreis mehr Abgeordnete kommen, als dies bis jetzt der Fall gewesen ist.

Ferner beantragen die Abgeordneten Blos und Most, betreffs Abänderung des Reichsstrafgesetzbuchs soll hinter § 107 folgender § 107a eingeschaltet werden:

„Wer einem Deutschen Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verspricht oder gewährt oder Nachtheile androht, um ihn bei öffentlichen Angelegenheiten zur Abgabe seiner Wahlstimme in einem besonderen Sinne zu veranlassen, wird mit Gefängniß nicht unter einem Monat bestraft. Ausgenommen sind Hinweisungen auf die aus der Wahl und der Thätigkeit des Gewählten für die öffentlichen Angelegenheiten möglicherweise entspringenden Folgen, auch wenn dieselben die Verhältnisse des Einzelnen berühren. Macht sich ein Beamter oder gegenüber den bei ihm in Arbeit stehenden Personen ein Arbeitgeber oder sein Angestellter der in Absatz 1 bezeichneten Handlung schuldig, so wird er mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft."

Wer sich erinnert, welche skandalösen Auftritte bei den bisherigen Reichstagswahlen stattfanden, wie mit Arbeitsentlassung gedroht wurde, oder welche Rolle das Bier und selbst der Schnaps spielten, wird die Berechtigung dieses Antrags, der derartige Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich machen soll, gewiß zugestehen.

Die Abgeordneten Liebknecht und Bracke beantragen die Annahme des § 46 der Geschäftsordnung für den Reichstag und zwar in folgender Fassung:

„Der Präsident ist berechtigt, die Redner auf den Gegenstand der Verhandlung zu verweisen und zur Ordnung zu rufen (§ 60). Ist das Letztere in der nämlichen Rede zweimal ohne Erfolg geschehen, und fährt der Redner fort, sich von der Ordnung zu entfernen, so kann die Versammlung auf den Antrag des Präsidenten ohne Debatte beschließen, daß ihm das Wort über den vorliegenden Gegenstand genommen werden solle, wenn er zuvor auf diese Folge vom Präsidenten aufmerksam gemacht ist."

Ferner soll die Geschäftsordnungs-Commission beauftragt werden, Bestimmungen in Vorschlag zu bringen, welche den Uebelständen, die bei den beliebten Schlußanträgen zu Tage treten, ein Ende macht. Dieser Theil des Antrages ist ganz besonders gegen den ständigen Schlußantragsteller Valentin, welcher bemüht ist, die sozialdemokratischen Abgeordneten durch seine Schlußanträge am Sprechen zu verhindern, gerichtet. Valentin kommt seiner Aufgabe als „Volksvertreter" bekanntlich dadurch nach, daß er stets bereit ist, einen Schlußantrag zu stellen, wenn ein Sozialdemokrat zum Wort kommen soll. Da wir die Erfahrung gemacht haben, daß alle Anträge, welche von sozialistischer Seite gestellt wurden, auch richtig abgelehnt wurden, geben wir uns betreffs der obigen (die beiläufig schon in der vorigen Session eingebracht waren, aber nicht zur Verhandlung kamen) auch keiner Hoffnung hin. Eines aber wissen wir bestimmt, nämlich, daß wir, wenn dieselben nicht zur Annahme gelangen, dem Volke zeigen werden, wer seine Interessen wirklich vertritt, wer das Vertrauen des Volkes und die Bezeichnung Volksvertreter verdient.

— Schon wiederholt hatten wir der Berliner „Volkszeitung" ihre fabelhafte Geschichts-Unkenntniß vorzuhalten. Jetzt hat sie wieder ein hübsches Pröbchen geleistet. In einem Schimpfartikel (er ist von Bernstein, das Geschimpf also selbstverständlich) betitelt „Die Sozialisten im Reichstag" heißt es u. A., die Behauptung Liebknecht's (in seiner Orientrede), daß Frankreich 1866 Preußens Freund gewesen und ihm den Rücken gedeckt hätte, sei eine „so bodenlos unschuldige Auffassung der Situation von 1866, daß man mit Leuten von solcher Geschichtskenntniß über auswärtige Angelegenheiten nicht wohl debattiren könne", und das Gelächter der Reichstagsmajorität ganz berechtigt gewesen sei. Rabbi Bernstein hat offenbar von der Lamamora-Broschüre, die erwiesenermaßen nur authentisches Material enthält, kein Sterbenswörtchen gehört; er hat geschlafen, als Herr v. Bismarck 1865 in Biarritz bei Bonaparte antichambrirte; er hat geschlafen, als Johann Jacoby am 23. August 1866 den fahnenflüchtigen Fortschrittlern die Röthe der Schaam — nicht in die Wangen trieb durch das prophetische Wort: „eine spätere Zeit erst wird darüber zu entscheiden haben, ob die Tage von Biarritz für Preußen ehrenvoller gewesen, als der Tag von Olmütz"; und er hat endlich seine 5 Sinne nicht beisammen gehabt, als er obigen Satz schrieb, denn sonst hätte auch bei polizeiwidriger Ignoranz der einfachste Menschenverstand ihm gesagt, daß das bismarckische Preußen, wenn es nicht der „moralischen" Unterstützung Frankreichs sicher war, keinen Mann gegen Oesterreich und das übrige Deutschland hätte marschiren lassen können! Und solche Knownothings (Nichtswisser) wollen uns politische Lektionen geben! —

— Nach dem für Januar dieses Jahres im Kriegsministerium zusammengestellten Hauptberichte der Kranken des preußischen Heeres, des sächsischen und württembergischen (12. und 13.) Armeekorps betrug Ende des genannten Monats die Krankenzahl 29,305 Mann oder 8,2 Prozent der Effektivstärke. Unter ärztlicher Behandlung starben 98, außer militärärztlicher Behandlung 22, im Ganzen also 120 Mann. Von diesen 120 waren 17 Selbstmörder. Ein Siebentel der Verstorbenen endete durch Selbstmord! Diese Thatsache, die allerdings nicht neu, dafür aber desto bedeutsamer ist, kennzeichnet die Pickelhaubenseligkeit.

— Gleichheit vor dem Gesetz. Vorige Woche wurden in Berlin „sieben den besseren und besten Ständen angehörige" Personen wegen schwerer Vergehen gegen die Sittlichkeit verhaftet, nach wenigen Tagen aber, als die Thatsachen so weit festgestellt waren, daß Anklage erhoben werden konnte, wieder in Freiheit gesetzt. „Die verhafteten Redakteure der „Berliner Freien Presse", bemerkt die „Berl. Fr. Pr." dazu bitter, „bleiben nach wie vor in Untersuchungshaft." Und doch sprechen in diesem letzteren Fall weit weniger Gründe für die Fortsetzung der Untersuchungshaft. Von unseren Parteigenossen, die ihre „Vergehen" nicht ableugnen, ist weder „Verdunklung des Thatbestandes", noch — da sie keine Mitschuldigen haben — Collusion (Verabredungen, um die Justiz zu täuschen), noch auch ein Fluchtversuch zu erwarten, während bei jenen Sieben all' diese Momente unzweifelhaft vorliegen. Aber — sie gehören der „besseren und besten" Gesellschaft an und haben blos Vergehen gegen die Sittlichkeit verübt, während die sozialdemokratischen Redakteure des todeswürdigen Verbrechens schuldig sind, die Grundlagen dieser „sittlichen" Weltordnung untergraben zu haben.

— Preßfreiheitliches. Von der Criminalabtheilung des Kreisgerichtes zu Duisburg wurde am 13. der ehemalige Redakteur der „Rheinischen freien Zeitung", Genosse C. J. Kuhl, wegen „Beleidigung" mehrerer Polizeibeamten zu 150 Mark Geldstrafe ev. 30 Tagen Haft verurtheilt. Ein mitangeklagter Kleidermacher, welcher den betreffenden Artikel eingesandt hatte, kam mit 30 Mk. Geldbuße ev. 6 Tagen Haft davon. Am selben Tage wurde in Dortmund der Redakteur der „liberalen" „Dortmunder Zeitung", Herr Kutschbach, der bekannte verunglückte Sozialistentödter, wegen Beleidigung eines Oberjägers zu 500 Mark Geldbuße ev. 50 Tagen Arrest verurtheilt. Der Urheber der falschen Angabe, dem Herr Kutschbach „zum Opfer" fiel, erhielt drei Wochen Mittelarrest. „Liberaler"seits wird über diese Verurtheilung ein großes Lamento erhoben. So lange Sozialisten abgeurtheilt werden, ist's den „Liberalen" „ganz kanibalisch wohl", wenn aber einer der Ihrigen einmal „reinfällt", ist des Gezeters kein Ende. Uns fällt nur die verschiedene Umrechnung der Geld- in Gefängnißstrafe auf. Der Sozialist soll für 150 Mark 30 Tage brummen, während der „Liberale" für 500 Mark blos 50 Tage zu büßen hätte. Der Erstere würde daher pro Tag 5 Mark, der Letztere hingegen 10 Mark absitzen. Erkläret mir, Graf Oerindur! 2c.

— Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Parteigenosse Martin Segitz und Gastwirth Fink von Fürth wurden wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, beziehungsweise wegen Mißbrauch der Presse angeklagt und in 1. Instanz Ersterer zu 13 Mark Geldstrafe und 1 Tag Haft, Letzterer zu 5 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Bei der Einspruchsverhandlung wurden dieselben von Schuld und Strafe freigesprochen. So etwas kommt in Deutschland freilich nur alle Jubeljahre vor.

— Wozu die Soldaten zu brauchen sind. Wegen der Arbeitseinstellungen in Decazeville, einem großen Dorfe

---

pfützen-Kathen und Misthaufen". Aber hat irgend ein Dorf, eine Stadt in Europa nicht neben den stattlichen Straßen die finstern luftlosen Hinterhäuser? die zerfallenden Schuttwinkel? die schmutzigen Kanalwohnungen, Keller und Höhlen? Hat Berlin nicht seine Keller und Erdhöhlen, Hamburg seine Twieten, Danzig und Königsberg die grauenhaft ungeziefervollen Schmutzwinkel?

Ja, es gilt nur immer neu zu bohren und den Finger stets wieder auf die offene Wunde zu halten: daß sie überall sichtbar wird und der Ekel erwacht!

Was Frau Mario von Neapel schreibt und von dem Calvarienberg bei den Armidagärten von S. Lucia — ist es denn Aergeres, als was wir im Norden sehen? Und bei uns gesellt sich zu allem Grauenhaften noch der erbarmungslose Frost.

Die Striche als Wohnungsmarken sind allgemein verbreitet. Ich habe sie in den verschiedensten Proletarierhöhlen gesehen. Die Petersburger sind aber noch entsetzlicher als die Neapolitanischen. — — Wie in unseren norddeutschen Tagelöhnerställen die Familien zusammenschlafen — wie sie in den großstädtischen Schlafstuben gepfercht sind: wer das im Geiste zusammenfaßt, der denkt jener furchtbaren Verse im Freiligrath'schen Ça ira:

„Tief unten aber, in der Nacht und in der Arbeit dunklem Schooß,
Tief unten, von der Noth gespornt, da schür' und schmied' ich mir mein Loos,
Nicht meines nur — auch Deines Herr ....
Du bist viel weniger ein Zeus, als ich, o König, ein Titan!
Beherrsch' ich nicht, auf dem Du gehst, den allzeit kochenden Vulkan?
Es liegt an mir — Ein Ruck von mir, Ein Schlag von mir zu dieser Frist —
Und siehe — das Gebäude stürzt, von welchem Du die Spitze bist!"

So mußten wir bei einer anderen der oben citirten Stellen aus dem Buche der Frau Mario, die wir der genauen Zergliederung des ganzen Werkes in der „Augsburger Allg. Ztg.*)" verdanken, eines Gedichtes von Tennyson denken, das auch unser Freiligrath markig übersetzt hat:

„Ahnen! — Clara Vere de Vere, — ?! —
O wie mit Lächeln hoch vom Blau'n
Der Gärtner Adam und sein Weib
Auf all' den Plunder niederschau'n!
Was adlig sein! Der ist's allein,
Der wirklich edel ist und gut —!
Ein Herz wiegt Grafenkronen auf —
Und schlichte Treu' normännisch Blut!

„Ich kenn' Euch, Clara Vere de Vere,
Ich weiß es, wie Ihr lechzt und siecht!
Weiß, wie der Stunden Einerlei
Auf Euren stolzen Wimpern liegt!
Ihr strahlt, Ihr glüht — doch seid Ihr müd!
Doch quält Euch, was Ihr selbst nicht wißt —
So schlecht benutzt Ihr Eure Zeit,
Daß Ihr wohl Ränke schmieden müßt!"

* * *

Wie dies zum italienischen Elend paßt?

Wer je in den stolzen Domen von Genua, Rom oder Mailand, Neapel, Venedig, Palermo die Stuhlreihen geputzter Damen sah, die dem koketten Predigtenduett der künstlerisch nach Alter, Organ und Manier gepaarten Pfäfflein aus Langeweile zuhören und je nach dem Ende der einen Predigt rasch die Stühle geräuschvoll umdrehen, dem anderen neu beginnenden Redner zu — der versteht mich. Das ist das Elend Italiens — die weibliche (und männliche) Drohnenwelt! Aber ist sie bei uns nicht? Was thun unsre Gecken und Koketten Tag aus, Tag ein?

„Ja, soweit ich wandernd kreiste, fand ich Elend überall!

A. Prowe.

*) Der diplomatischen Geheimraths-Zeitung von Deutschland.

— Dem verstorbenen Genossen Bruno Loeff widmet die „Chemnitzer Freie Presse" folgenden Nachruf:

„Früh hast Du ausgestritten,
Erprobter Kampfgenoss',
Und schwer hast Du gelitten,
Bevor Dein Aug' sich schloß.

Der Freiheit Siegespsalmen,
Du hörst, ach, nimmer sie,
Des Todes Friedenspalmen,
Sie winkten Dir zu früh.

Der Jugend schönste Jahre,
Du gabst sie willig hin
Im Kampfe für das Wahre,
Mit festem Mannessinn.

Man riß aus unser'm Kreise
Dich fort zum Tribunal,
Belegt' nach alter Weise
Dich schwer mit Kerkerqual.

Du hast sie muthig erduldet,
Die Kriegsgefangenschaft,
Die Dein frühes Ende verschuldet,
Gebrochen die Jugendkraft.

Du kamst zurück — den Schimmer
Des Todes schon im Gesicht,
Und dennoch ruhte noch immer
Des Feindes Verfolgung nicht.

„Schutzmänner" und Exekutoren
Betraten Dein Krankengemach,
„Fort, fort aus unseren Thoren!"
Ihr strenger Ukas sprach.

Du folgtest diesen Geboten,
Und d'rüber brach Dein Herz —
Auch Du gehörst zu den Todten,
Den glorreichen Todten des März!"

in Aveyron, Arrondissement Villefranche, mit 8600 Einwohnern, hat die französische Bourgeoisregierung militärische Maßregeln ergriffen und hat zwei Bataillone Infanterie dorthin entsendet. In Toulouse, Montauban und Montpellier erhielten die Commandanten Befehl, Truppen bereit zu halten. Der Grund zu dieser Maßregel ist die blosse Furcht vor der Arbeiterbewegung. Die Regierung fürchtet nämlich, daß sich die Bewegung über das ganze Becken von Aveyron, wo sich über 6000 Grubenarbeiter befinden, ausdehnen wird. Zur Unterdrückung und Knechtung der Arbeiter hat diese erbärmliche Regierung sofort Soldaten zur Verfügung; die berechtigten Forderungen der Ersteren sollen mit Bajonetten und Kugeln beantwortet werden; es sind dies die probatesten Mittel zur Beseitigung der Noth. Wie lange sie sich noch bewähren werden, ist freilich eine andere Frage.

— **Arbeiterrisiko.** Bei einer Explosion in der Kohlengrube zu Kearnley in Yorkshire (England) haben 44 Arbeiter den Tod gefunden. Von den in der Grube Beschäftigten konnte nicht einer gerettet werden. — Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am 13. März auf der Werft zu Woolwich. In einem, zur Unterbringung der Heeresverpflegungsvorräthe, welche jetzt mit fieberhafter Eile geliefert werden, bestimmten hölzernen Gebäude waren Handwerker der verschiedenen Branchen mit der Vollendung des Baues beschäftigt, als dieses plötzlich zusammenstürzte und eine große Zahl der Arbeiter verschüttete. Gefährlich verletzt wurden zehn Mann, während mehr als zwanzig geringere Verwundungen erlitten.

— **Aus der „freien" Schweiz.** Dem „Grütlianer" wird aus Sirnach geschrieben, daß mit Ausnahme einer einzigen Firma, sämmtliche Fabrikanten das Fabrikgesetz übertreten. In mehreren Fabriken, welche dem genannten Gesetze unterstehen und in welchen daher nur 11 Stunden gearbeitet werden sollte, wird lustig 14, sage vierzehn Stunden fortgearbeitet. Das genannte Blatt zählt Fabriken auf, in welchen an Sonnabenden elf Stunden gearbeitet wird, obschon das Gesetz vorschreibt, daß an diesen Tagen nur 10 Stunden gearbeitet werden darf. In einer Spinnerei wurde den Arbeitern, welche bei zwölfstündiger Arbeit Fr. 1. 60 (= Mk. 1.30) Lohn erhielten, für die Stunde, welche laut Gesetz in Abfall kommt, 20 Rappen (= 16 Pf.) abgezogen. Trotz dieser eklatanten Gesetzesverletzungen fühlt sich keine Behörde veranlaßt, einzuschreiten und dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Der Bundesrath läßt sich mit der Anstellung von Fabriksinspektoren auch Zeit und ermöglicht den Protzen das Ausbeutungshandwerk. „Ganz wie bei uns". Die Gesetze gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit z. B. sind in Deutschland bekanntlich besser als in vielen anderen Ländern, aber — sie werden nicht gehandhabt, wie die jüngsten Berichte der Fabrikinspektoren anklagend konstatiren.

— **Eine Volks-Versammlung mit dem Thema: „Der 18. März", welche** am 20. d. M. in der Tonhalle zu Leipzig abgehalten werden und in der Liebknecht sprechen sollte, ist in der letzten Stunde von der Polizei verboten worden. Gründe noch unbekannt. Weiteres folgt.

— Die „Rheinische Freie Zeitung" (Duisburg) zeigt in einer, vom 16. d. M. datirten Erklärung an, daß sie ihr Weitererscheinen einzustellen genöthigt ist. Als Gründe werden angegeben: die Verurtheilung Strumpen's, der als Redakteur und Agitator nicht sofort zu ersetzen war, und der schlechte Geschäftsgang. Dafür, daß das Eingehen der „Rheinischen Freien Zeitung" an Ort und Stelle keine nachtheiligen Folgen habe, ist gesorgt.

— Parteigenosse Klute, der eine längere Haft in Zeitz verbüßt, hatte vor mehreren Tagen in Spremberg, wohin er abgeliefert wurde, Termin in einem neuen Prozeß wegen „Beschimpfung der christlichen Kirche und Gotteslästerung". Der Staatsanwalt beantragte die Kleinigkeit von 12 Monaten; der Gerichtshof erkannte wegen „Gotteslästerung" auf 3 Monate Gefängniß und sprach ihn von der anderen Anklage frei.

— Man übersendet uns folgenden

Appell an die Gerechtigkeit und das öffentliche Gewissen.

In dieser Stunde, wo die europäischen Mächte sich mit der Ordnung der orientalischen Frage beschäftigen, nachdem sie die rücksichtslose Verletzung der Verträge des internationalen Rechtes und die Uebergriffe Rußlands geduldet, hat eine Nation, die sich mit weit mehr Wahrheit als die slavischen Völker der Türkei eine unterdrückte nennen kann, das Recht ihre Stimme zu erheben.

Im Namen der bürgerlichen und religiösen Freiheit, der Autonomie und der Unabhängigkeit der slavischen Bevölkerungen hat Rußland mit eigennützigen Zwecken die Türkei bekriegt, deren Untergang es herbeiführen will. Die Welt weiß, wie viel die feierlichen Erklärungen und Versicherungen Rußlands werth sind. Emanzipation will sagen Einverleibung und Russifizirung; Achtung der Freiheit bedeutet gewaltsames Aufdrängen einer Nationalität und einer Religion. Die Hinrichtungen in der Türkei kennzeichnen die sogenannten Befreier hinreichend. Verhielt es sich anders, so würde Rußland, bevor es sich mit der Emanzipation der Slaven auf der Balkan-Halbinsel beschäftigte, daran denken, den Slaven in Polen ein unerträgliches Joch abzunehmen — aber nein — es zerstört prinzipiell die Nationalität, die Institutionen und die Religion von Millionen, richtet das Land zu Grunde und giebt es der Verwaltung von Menschen preis, die es bei sich zu Hause los werden will; ja es scheut sich nicht vor Grausamkeiten, wie die Ermordung der Unirten in Podlachien und die Verbannung von Hunderten nach Sibirien.

Wenn sich die europäischen Regierungen um das Loos von weniger unterdrückten und weniger civilisirten Völkerschaften kümmern, können sie nicht gleichgiltig bleiben gegen die Schicksale einer Nation, die Jahrhunderte hindurch große Dienste leistete, deren Zerstückelung die Ursache vieles Schlimmen war und von der Geschichte verurtheilt wurde. Die Logik der Dinge und die allgemeine Sicherheit fordern, daß hier Recht geschafft werde. Wird es geschafft, so ist damit eine wirksame, die einzig mögliche Schranke gezogen gegen Rußlands Ehrgeiz und Straflosigkeit.

Polen wird seine gute Sache nie aufgeben. Bei jeder Gelegenheit wird es Protest erheben gegen die Ungerechtigkeit, die Unterjochung, die Beraubung, gegen die Gewalt, die das Recht unterdrückt, aber es nicht auf immer wird unterdrücken können.

Heute wie früher appellirt es an die Gerechtigkeit und an das öffentliche Gewissen.

Villa Broelberg bei Zürich, 14. März 1878.

Graf Ladislas Plater.

Correspondenzen.

Berlin. (Zur Versammlungsfreiheit.) Zur Erinnerung an den 18. März sollte am vergangenen Sonntag (17.) in Berlin im großen Gartensaale des Tivoli-Etablissements eine Volksversammlung abgehalten werden. Es hatten sich zu derselben an 5—6000 Menschen eingefunden, was zur Folge hatte, daß der lange Saal sehr gefüllt war und viele der Anwesenden um die Rednertribüne herum Platz nahmen, um besser hören zu können. Als der Einberufer die Versammlung eröffnete, wurde er von dem mit der „Ueberwachung" derselben beauftragten Polizeilieutenant Pfeifer mit der Frage nach der polizeilichen Bescheinigung unterbrochen, welche auch vorgelegt und als richtig befunden wurde. Nach der Eröffnung verlangte derselbe Beamte, daß von dem Eingang nach dem Bureau und ebenso von den Seiten des Saales ein Gang frei gehalten werde. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden aufgefordert, diesem polizeilichen Wunsche nachzukommen. Die der Thüre zunächst Sitzenden begannen auch sofort die Tische hinauszuräumen. Da aber immer mehr Besucher kamen, ging die Räumung langsam vor sich und es war nicht möglich, im Handumdrehen den gewünschten Gang frei zu halten. Es muß hier ausdrücklich erwähnt werden, daß sich die so zahlreich Versammelten ruhig verhielten und, um der Polizei keinen Anlaß zu einer Auflösung zu geben, dem sehr sonderbaren Befehle des Polizeibeamten nachkamen. Trotzdem erklärte dieser inmitten der allgemeinen Thätigkeit, nach Verlauf von nur einigen Minuten, die Versammlung für aufgelöst. Auf die Frage des Vorsitzenden nach dem Grunde dieser unerhörten Maßregel, antwortete der Beamte: Das Polizeipräsidium werde darauf antworten. Es ist leicht begreiflich, daß die Anwesenden über ein derartiges Verfahren erbittert waren und ihren Gefühlen Ausdruck gaben. Hochs auf verschiedene Personen und den Erinnerungstag der Freiheitskämpfe (18. März) wurden ausgebracht und unter den brausenden Klängen der Arbeiter-Marseillaise verließen die Anwesenden den Saal, an dessen Ausgang, wie durch ein Wunder, eine größere Anzahl Schutzleute erschienen war und Spalier machte. Im Saale selbst wurde eine größere Anzahl geheimer Polizisten und sehr bekannter höherer Beamten der Kriminalpolizei bemerkt. In langen Zügen gingen die „Aufgelösten" die Bellealliancestraße hinunter, wurden aber sehr häufig von Schutzmannschaftsabtheilungen belästigt. Fast hatte es den Anschein, als ob der Krähwinkel'sche Staatsrettungsgrundsatz: „Wo Zwoie bei einander steh'n, da muß man auseinandergeh'n", hätte zur Durchführung kommen sollen. Die Schutzmannschaft Berlins schien sich in jenem Stadttheile ein Rendez vous gegeben zu haben, denn wo man hinblickte, sah man die Pickelhauben der „Wächter der öffentlichen Ordnung".

Im Publikum war allgemein die Ansicht verbreitet, daß es sich um eine Provokation gehandelt habe. Gewissen Leuten, denen bei Gelegenheit des Begräbnisses des Genossen Heinsch der Schreck in die Glieder gefahren ist, wäre nichts erwünschter als ein kleiner Krawall, bei welchem man die „schießende Flinte" und den „hauenden Säbel" erproben könnte. Die Sozialisten sind aber zu geschult und wissen ganz gut, daß durch Putsche nichts zu erreichen ist; die stillen Hoffnungen, die etwa gehegt wurden, haben sich nicht erfüllt und ist verschiedenen Leuten das Vergnügen einer regelrechten Sozialistenhatz verdorben worden.

Der Besuch der Gräber im Friedrichshain war ein schwacher, woran das regnerische Wetter einen Theil der Schuld trug. Außerdem haben die Berliner Sozialdemokraten am 10. März und bei der letzten Versammlung gezeigt, wie das Volk seine Todten ehrt.

Breslau. Parteigenossen! Durch den Tod des Reichstags-Abgeordneten für den Kreis Militsch-Trebnitz veranlaßt, wird in diesem Wahlkreis am 8. April c. eine Neuwahl stattfinden. Die Breslauer Parteigenossen haben beschlossen, auch in diesem Wahlkreise für einen Kandidaten unserer Partei Propaganda zu machen, resp. sich an der Wahl zu betheiligen. Die Wahl-Agitation bietet uns am besten Gelegenheit, unsere Prinzipien zu verbreiten, doch hat namentlich in den Kreisen rechts der Oder gelegen bis jetzt für die Verbreitung derselben wenig geschehen können. Die Wahl bietet uns nunmehr Gelegenheit, einen Schritt vorwärts zu thun. Können wir uns auch keine großen Erfolge versprechen, so dürfen wir doch keine Gelegenheit unbenützt vorübergehen lassen, um dem Volke klar zu machen, daß unsere Partei die einzige und wahre Volkspartei ist, daß keine Partei, außer der unsrigen, die Volksrechte vertheidigt und hochhält!

Als Kandidat ist Genosse Julius Kräcker in Breslau aufgestellt. Parteigenossen! Wie Ihr wißt, ist jede Wahlbetheiligung mit großen Geldkosten verknüpft. Es ergeht deshalb an Euch der Ruf, auch für diese Wahl, so weit es Euch möglich ist, dadurch einzutreten, daß Ihr uns durch Geldmittel unterstützt. Versäume Keiner, seine Pflicht zu erfüllen. Alle Gelder für diesen Zweck sind zu senden: An Schriftsetzer Paul Strempel, Breslau, Schuhbrücke 42.

Das Wahl-Komité für den Kreis Militsch-Trebnitz.

Altona, 12. März. „Die gegenwärtige Reichstagssession" lautete das Thema eines Vortrags, welchen der Reichstagsabgeordnete Hasenclever am Sonnabend in Kappelmann's Salon hielt. Der Referent beleuchtete Eingangs seiner Ausführungen den nahen Zusammenhang, welcher zwischen der politischen Weltlage und den gewerblichen Verhältnissen besteht, und ging sodann zu den Hauptmomenten der augenblicklichen Session über. Die Orientdebatte, speziell die russenfreundliche und nicht durch besondere Bedeutung ausgezeichnete Bismarck'sche Rede, erfuhr eine ausführliche Kritik. Eine gleichfalls scharfe Besprechung ließ Genosse Hasenclever dem bei jener Gelegenheit vom Reichskanzler gethanen Ausspruche: „die Sozialisten erstreben nichts Positives" — angedeihen. Dann wandte sich der Vortragende zu unseren augenblicklichen Steuerverhältnissen, den Steuerdebatten im Reichstage, dem Tabaksmonopol, welches uns bereits aus der Ferne winkt, und entwickelte in kurzen Umrissen das System einer vernünftigen und demokratischen Steuerpolitik. Den Debatten über die Gewerbeordnung, der Stellvertretung des Reichskanzlers, den verschiedensten Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion wurde eine kurze, aber präzise und theilweise schneidige Behandlung zu Theil. Der streng logisch gegliederte, sowie allgemein verständliche und fesselnde Vortrag erntete stürmischen Beifall. Nach einer kernigen Aufforderung des Genossen Brückmann an die Anwesenden, sich in den Altonaer Volksverein aufnehmen zu lassen, schloß Genosse H. Lensch die von über 3000 Personen besuchte Versammlung.

Briefkasten

der Redaktion. A. S. in J. b. H.: Substantiiren heißt in obigem Falle: Ihrer Klage eine genaue Rechnung über dasjenige beizulegen, was Ihnen der Betreffende schuldet. — B. B. Kbg. Wird Aufnahme finden. — R. Fr. in Gr.: Brief angekommen. Wir können Ihnen nur den wohlgemeinten Rath ertheilen, Ihre geistige Befähigung auf anderen Gebieten als auf dem der Schauspieldichtung zu erproben. Schon der eine Umstand, daß Sie den handelnden Personen, die doch lauter gute Franzosen darstellen sollen, echt deutsche Namen beilegen, läßt erkennen, daß Sie zum Bühnendichter untauglich sind. — R. F. in Württenberg: Im Prinzip sind wir dafür, daß Jemand, der religionslos ist, dies auch durch den Austritt aus der Kirche, der er angehört, bekunde. Wenn aber der Austritt aus der Landeskirche erfolgt ist, und der Ausgetretene tritt zur „freien Gemeinde" über, so wechselt er nur das Gewand — er bleibt in einer, und oft sehr unduldsamen Religionsgemeinschaft. Fordern aber Sozialdemokraten zum Massenaustritt aus der Kirche auf und wollen mit den Ausgetretenen eine „freie Gemeinde" noch besonders bilden, so verstößt solches Vorgehen nicht allein gegen unser Programm, sondern schädigt auch direkt unsere Sache, da durch derartige freigemeindlerische Nebensächlichkeiten der Blick der Genossen von den eigentlichen Zielen der Sozialdemokratie abgewendet wird, und sie in der Agitation für dieselben erlahmen. Wo immer solche Erscheinungen zu Tage treten sollten, bitten wir unsere Genossen, denselben entgegenzuarbeiten. — C. J. K. in D.: Sie schreiben an uns: „Der unterzeichnete Parteigenosse bittet per Briefkasten des „Vorwärts" um eine Erklärung darüber, ob, abgesehen von allen und jedweden Nebenumständen, es sich mit dem sozialdemokratischen Prinzip verträgt, daß derjenige Sozialist, welcher 1) sich um ein Armenrecht beworben hat (z. B. behufs Führung eines Prozesses) und welcher 2) solches Armenrecht erlangt hat, das Ehrenamt und den Vertrauensposten eines Agenten der sozialistischen Arbeiterpartei bekleiden darf; zweitens, ob es stillschweigend Pflicht der übrigen Parteimitglieder ist 1) einen Agenten, bei dem Obiges der Fall, sofort seines Amtes zu entkleiden, 2) denselben für so lange überhaupt als Parteimitglied auszustoßen, als er, in Folge des genossenen Armenrechts, an der Ausübung der ihm sonst zustehenden staatsbürgerlichen ꝛc. Rechte behindert ist? Mit sozialdemokratischem Gruß — —". Ohne der Entscheidung der betreffenden Mitgliedschaft und der Parteibehörden irgend vorgreifen zu wollen (die näheren Umstände des von Ihnen vorgeführten Falls sind uns nicht bekannt), müssen wir unsere Ansicht dahin aussprechen, daß es gegen die Prinzipien unserer Partei verstoßen würde, ein Mitglied, welches in irgend einer Form Armenunterstützung genossen hat, deshalb von irgend einem Parteiamt oder gar aus der Partei auszuschließen. Haben Sie vergessen, daß die Bestimmung des Reichswahlgesetzes, welche Empfänger von Armenunterstützung des Wahlrechts beraubt, von unserer Partei stets als eine schwere Ungerechtigkeit gerügt und bekämpft wurde?

R. d. B.

der Expedition. Arends Norden: Bestelltes abgef., M. 1,30 in M. einsenden. Der Aufruf verschollener Personen ist mit Kosten verknüpft. — Schnz Bockenheim: Von uns können Sie beziehen: Lohnbeschlagnahme, Freizügigkeits- und Haftpflicht-Gesetz.

Quittung. Nrchnr hier Schr. 4,00. Fnk Sorau Ab. 9,65. Schlz hier Ab. 4,00. Verein Lassallea Halle An 2,40. Elsholz Rüdersdorf An. 0,60. Sbl Dortmund Ab. 29,05. Schmdt Neviges Ab. 15,00. E. Mhrhnn Barmen Ab. 102,50. Schnk Connewitz Schr. 11,35. Fnk Linden Schr. 6,80. Müll Verden Ab. 21,50. Wttngl Rostock Schr. 17,35. Ullrch hier Ab. 35,70. F. Wie Christophsgrund Ab. 30,00. Ullrch Neuselwitz Schr. 15,00. Brng Delitzsch Ab. 3,40. Wlthr Kiel Ab. 80,85, Schr. 17,10. Schrnr Lübeck Ab. 7,50. Zchrds Herrmannstadt Ab. 4,00. Ufrt Apolda Ab. 8,00. Wlz Reutlingen Schr 16,50. Albrtz Esslingen Ab. 15,00. Mrtn Schmölln Schr. 8,30, Druck 21,25. Dr. Eppstn hier Schr. 61,95. Lngr Kesselsdorf Schr. 1,00. Stndrp Königsberg Schr. 0,70. Hhsl Ziegenhals Schr. 1,20. Dr. Brtgm Straßburg Ab. 2,40. Müll Heidenheim Schr. 1,20. Wsf Hagen Schr. 6,00. Gldbrg hier Schr. 4,45. Bttchr Golzow Schr. 2,75. Lw Berlin Schr. 0,80. Rth Heidelberg Schr. 0,50. Kindlr Arnsdorf Schr. 4,00.

Frankfurt a. M. Um mehrfach vorgekommene Mißverständnisse zu beseitigen, erkläre ich, daß die mit — o— gezeichneten Frankfurter Correspondenzen des „Vorwärts" nicht von mir verfaßt sind.

(Wird bestätigt. R. d. B.)

Frankfurt a. M., 18. März. **A. Sabor.**

Hückeswagen. Die hiesigen Parteigenossen werden ersucht, Sonntag, den 24. März, Vormittags ½11 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen. **Aug. Breidenbach.**

Fonds für Gemaßregelte.

E. Rüdersdorf 0,30.

Als Vermählte empfehlen sich:
Maria Leppla geb. Berberich
Wilhelm Leppla, Schneidermeister.
Kaiserslautern im März 1878. [1,20

Hannover. **Sonntag,** den **24. März,** von Abends 8 Uhr an im Vereinslokal, Mittelstraße 11: [1,20
Abendunterhaltung.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **H. Rudolph.**

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:
Waldverwüstung und Ueberschwemmung.
Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.
Von **Georg Vollmar.**
Preis pro Exemplar 5 Pfennig.
Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:
Das lebensgroße Brustbild
Ferdinand Lassalles.
Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:
Die bürgerliche Gesellschaft.
Ein Vortrag
gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen
von
Joseph Dietzgen.
Preis 10 Pf.
Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf
Die Neue Welt
statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.
Leipzig.
Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erg, 428 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New st. Golden Square.

Nr. 35. Sonntag, 24. März. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Convertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 101; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Zur Controverse über die sozialistische*) Werththeorie.

III.

Angebot und Nachfrage.

H. L. Da ist also erstens der Einwand, welcher auf den Einfluß von Angebot und Nachfrage hinweist.

Wenn die Arbeit, heißt es, wirklich der einzige Faktor der Werthbestimmung wäre, dann müßte ja jede Waare, auf welche Arbeit verwendet wurde, diesen selben Werth, aus der in ihr enthaltenen „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit" bestehend, immer behalten; statt dessen sehen wir aber, daß Waaren, je nach dem „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf", d. h. je nach Angebot und Nachfrage, oft völlig werthlos werden, während andere wieder in ihrem Werth beständig steigen und fallen, alles trotzdem die in ihnen enthaltene „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" dieselbe bleibt. Es ist also klar, daß nicht die Arbeit allein, sondern auch der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf" ein werthbestimmender Faktor ist.

Und hier kommen wir zu jener Controverse, auf welche in der Ueberschrift dieser Artikel Bezug genommen wird.

Herr C. A. Schramm ist in mehreren an dieser Stelle (Nr. 61, 62, 128 des „V." v. 1877) veröffentlichten Artikeln dem Herrn Professor Schäffle, welcher in seiner „Quintessenz des Sozialismus" den obigen Einwand wiederholt hatte, entgegengetreten, indem er auszuführen unternahm, daß die „Marx'sche Werthdefinition der durch wechselnden gesellschaftlichen Bedarf eintretenden Werthsteigerung oder Entwerthung der Waare vollständig Rechnung trägt," worin eben die wahre Größe derselben zu erblicken sei.

Unter dem Ausdruck „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" sei nämlich nicht, wie bisher geschah, blos die für eine Waare aufgewandte Durchschnittsarbeitszeit zu verstehen, sondern in diesem Ausdruck stecke zugleich die Bezugnahme auf den jeweiligen gesellschaftlichen Bedarf, indem stets nur derjenige Theil der aufgewandten Durchschnittsarbeitszeit im Tauschwerth berechnet werden dürfe, welcher zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfes wirklich „nothwendig" war. Wir können uns diesen Gedankengang wohl am besten klar machen, indem wir die Herstellung und den gesellschaftlichen Bedarf irgend einer Waarengattung als Ganzes betrachten.

Bedarf z. B. eine gegebene Gesellschaft 1000 Ellen Leinewand und sind zur Herstellung derselben nach den vorhandenen Produktionsbedingungen 2000 Stunden Arbeit erforderlich, so enthält jede Elle 2 Stunden „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit". Sind nun in Folge der gesellschaftlichen Unfähigkeit, Produktion und Bedarf in Einklang zu bringen, statt der benöthigten 1000 Ellen 2000 erzeugt, d. h. also sind statt 2000 Stunden 4000 auf die Deckung des Bedürfnisses Leinewand verwandt worden, so hat man eben 2000 Stunden Arbeitszeit überflüssig verausgabt. Da aber bei der Bestimmung des Tauschwerths immer nur die „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" in Betracht kommt, so fallen die 2000 Stunden überflüssig verwandter Arbeitszeit einfach weg und für jene 2000 Ellen können demnach nur 2000 Stunden „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit" in Rechnung kommen, die sich auf die 2000 Ellen gleichmäßig vertheilen, so daß jetzt auf eine Elle nur eine Stunde „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit", also auch die Hälfte des Tauschwerths entfällt, den die Elle hatte, als nur 1000 davon da waren.

Damit ist das Kunststück, in der sozialistischen Werththeorie den Einfluß des „wechselnden gesellschaftlichen Bedarfs" mit unterzubringen, fertiggebracht. Die „Werthe" der Waaren steigen und fallen nun, trotzdem die für sie aufzuwendende Arbeit dieselbe bleibt, je nach dem augenblicklichen „gesellschaftlichen Bedarf" beständig auf und nieder.

Herr Professor Schäffle und auch die „Zukunft" haben diese Exegese des Ausdrucks „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" zurückgewiesen.

Marx selbst hat sich gerade hier mit anerkennenswerther, kaum mißzuverstehender Deutlichkeit ausgesprochen. Er sagt in seiner eigenen Definition dieses Ausdrucks („Kapital" 1. Aufl. S. 5): „Es könnte scheinen, daß wenn der Werth einer Waare durch das während ihrer Produktion verausgabte Arbeitsquantum bestimmt ist, je fauler oder ungeschickter ein Mann, desto werthvoller seine Waare, weil er desto mehr Arbeitszeit zu ihrer Verfertigung braucht. Aber nur die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit zählt als werthbildend."

Also blos um zu zeigen, daß nicht jede beliebige, sondern nur die Durchschnittsarbeitszeit werthbildend sei, stellt er den Ausdruck „gesellschaftlich nothwendig" auf; von einem Zusammenhang desselben mit dem jeweiligen gesellschaftlichen Bedarf spricht er hier ebenso wenig als sonst wo.

Ferner sagt Herr Marx an derselben Stelle: „Gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt um irgend einen Gebrauchswerth 2c. 2c. herzustellen." Er hat also hier den einzelnen Gebrauchswerth, für sich betrachtet, ohne Zusammenhang mit den andern gleichartigen Gebrauchswerthen, im Auge. Würde er das haben ausdrücken wollen, was Herr Schramm meint, dann würde er wohl gesagt haben: „..... ist Arbeitszeit, erheischt um irgend einen Bedarfsartikel (in seiner Gesammtheit betrachtet) herzustellen," oder sich doch ähnlich ausgedrückt haben. Dies hätte der Sache natürlich ein ganz anderes Gesicht gegeben.

Das gleich darauf von Herrn Marx angeführte Beispiel von der Leinewand macht die Sache noch klarer. Weil in Folge der Erfindung des Dampfwebstuhls die zur Erzeugung einer Elle Leinewand erforderliche Durchschnittsarbeitszeit auf die Hälfte herunterging, hat sich auch der Tauschwerth der Elle Leinewand auf die Hälfte reduzirt, keineswegs ist hierbei aber vom „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf" irgendwie die Rede.

Geradezu zweifellos wird die Sache aber durch eine Stelle S. 67 des „Kapital" (1. Aufl.), dort heißt es: „Gesetzt endlich, das auf dem Markt vorhandene Stück Leinewand enthalte nur gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesammtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten." Aber trotzdem diese Leinewand dem Bedarf gegenüber „überflüssig verausgabte Arbeitszeit" enthält, besteht sie, für sich betrachtet, nur aus lauter „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit". Das ist eben nur deshalb möglich, weil unter „gesellschaftlich nothwendig" nicht die Beziehung zum Bedarf, sondern ausschließlich die allgemeine Durchschnittsarbeitszeit zu verstehen ist.

Mit diesen zwei Sätzen des Herrn Marx ist Herr Schramm mit seiner Definition des Ausdrucks „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" vollständig geschlagen.

Nebstdem aber muß uns ja die eigene Ueberlegung das völlig Unhaltbare dieser Definition darthun.

Bei Ueberangebot läßt sich die Sache noch halbwegs plausibel machen: Man wirft die nicht „gesellschaftlich nothwendig" gewesene Arbeitszeit einfach weg. Wie aber, wenn umgekehrt das Angebot ein zu geringes ist, die angeblich daraus resultirende Steigerung des „Werthes" erklären? Wo will man, wenn die Elle Leinewand, welche zwei Arbeitsstunden thatsächlich enthält, auf den „Werth" von drei Stunden gestiegen ist, diese dritte Stunde hernehmen?

Um sich hier zu helfen, nimmt Herr Schramm zu folgendem Auskunftsmittel seine Zuflucht. Er sagt kurzweg: Die „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" zur Deckung des sich auf 1000 Ellen beziffernden Bedarfes in der Waare Leinewand ist 2000 Stunden. Sind nun blos 1000 Stunden wirklich verwendet, also nur 500 Ellen erzeugt worden, so stecken eben in diesen 500 Ellen die 2000 Stunden, also in jeder Elle vier Stunden „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit", trotzdem nur zwei Stunden pro Elle wirklich verwandt wurden.

Das Willkürliche und Unstichhaltige dieser Erklärung liegt auf der Hand.

Wir würden hier dem Widersinn begegnen, daß, wenn das benöthigte Quantum nur erst wirklich 1000 Ellen ist, es für den Gesammtwerth der Waare Leinewand ganz gleichgültig bliebe, wie viel davon wirklich erzeugt wurde: ob 500 oder 200 oder 50 oder meinetwegen auch 1 Elle. In dieser einen Elle stäken dann eben die ganzen 2000 Stunden „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit". Woraus sich dann des Fernern ergäbe, daß wir gar nichts Klügeres thun können, als möglichst wenig zu produziren und uns möglichst wenig anzustrengen. Ich habe ja, nach Herrn Schramm, wenn ich mich dummerweise mit der Herstellung von 1000 Ellen Leinewand abquälte, schließlich doch nicht mehr „Werthe" erzeugt, als jener Schlaukopf von Produzenten für einen andern Markt, der nur eine Elle produzirte. Meine 1000 und seine einzige Elle enthalten gleich viel, nämlich 2000 Stunden „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit", haben also auch gleich großen „Werth". Aus für die Fabrikanten! Sie zahlen den Arbeitslohn für eine Elle und stecken den Tauschwerth von 1000 ein. Man wird zugeben: Kein schlechtes Geschäft!

Es wäre hier eben, um wieder ernsthaft zu sprechen, nicht mehr die wirklich verwandte Arbeitszeit, sondern die, welche hätte verwendet werden sollen, die den Tauschwerth der Waaren bestimmen würde. Herr Marx aber versichert uns (S. 42 und 43), daß der Tauschwerth nichts als „eine bestimmte gesellschaftliche Manier ist, die auf ein Ding verwandte Arbeit auszudrücken." Nur die wirklich verwandte Arbeit also ist werthbildend, oder, um noch sinnfälliger zu sprechen, die dabei verausgabte „Hirn-, Nerv-, Muskel- 2c." -Substanz, welche wir als in der Waare gewissermaßen „festgeronnen" zu denken haben. Etwas aber, was einem Dinge gar nie zu Theil wurde, kann auch darin nicht „festgeronnen" sein.

Kurzum, es wäre nicht mehr die Arbeitszeit, welche den Tauschwerth, sondern es wäre umgekehrt der Tauschwerth, welcher den jeweiligen Werth der Arbeitszeit bestimmte, also etwas, was es gar nicht giebt, da ja die Arbeit bekanntlich gar keinen „Werth" hat, sondern eben nur in der sich stets gleichbleibenden Verausgabung von „Muskel, Hirn, Nerv 2c." besteht und das feststehende Maß aller Werthe bildet. Nach Herrn Schramm aber wäre immer erst unter Rücksichtnahme auf das augenblicklich „nothwendige" Waarenquantum zu bestimmen, welchen „Werth" die wirklich verwandte Arbeitsstunde haben, ob sie 2 oder 100 oder 1000 Arbeitsstunden „werth" sein soll. Es ist das genau dasselbe, als wenn man, um an verschiedenen Stücken Leinewand immer das gerade gewünschte Maß herauszubekommen, jedesmal erst bestimmen wollte, wie lang die Elle sein soll, also die Elle nach der Leinewand, statt die Leinewand nach der Elle mäße.

Der Tauschwerth selbst aber würde bestimmt werden durch den „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf", so daß es in letzter Instanz dieser, oder, was dasselbe ist, „Angebot und Nachfrage" wären, welche für den Tauschwerth der Waaren ausschlaggebend sind. Und damit hätten die Herren bürgerlichen „Bulgär-Oekonomen", die ja von jeher eben dasselbe versicherten, vollkommen Recht und nicht wir dummen Sozialisten, die immer steif und fest behauptet hatten, die einzige Quelle des Tauschwerths der Waaren sei die Arbeit.

Mit einem Worte, die Definition des Herrn Schramm bedeutet m. E. nichts mehr und nichts weniger als die vollständige Demolirung der sozialistischen Werththeorie. Was sie mit der einen Hand aufbaute: Bestimmung des Werths durch die Arbeitszeit, wirft sie mit der andern Hand: Bestimmung des Werths der Arbeitszeit durch den „gesellschaftlichen Bedarf" wieder vollständig um.

Interessant ist übrigens, zu bemerken, wie Herr Schramm in dem einen der erwähnten Aufsätze (Nr. 62 d. „V." v. 1877) erst das bereits oben erwähnte Beispiel von der Leinewand anführt, zugleich aber bemerkt, daß dasselbe „die Verwechselung von Preis und Werth leicht herbeiführen kann" (scheint mir auch so!), weshalb er „die für Getreide besser zutreffende Erläuterung" beifüge. Bei letzterem Exempel kommt er nämlich unvermerkt auf gute und schlechte Ernten zu sprechen. Bei diesen aber tritt die Werthveränderung nicht in Folge von „wechselndem gesellschaftlichen Bedarf", der hier ruhig derselbe bleiben kann und meist auch thatsächlich bleibt, sondern in Folge der veränderten Durchschnittsarbeitszeit ein, indem ja bei einer „reichlichen" Ernte auf 1 Scheffel Weizen weniger Durchschnittsarbeitszeit entfällt, als bei einer „Mißernte".

Also das Exempel vom Getreide ist nur deshalb „besser zutreffend", weil es sich hier um wirkliche Werthveränderungen in Folge veränderter Durchschnittsarbeitszeit handelt. Mit der Werthveränderung hat Herr Schramm hier demnach vollkommen Recht; nur schade, daß er damit nicht bewiesen hat, was er beweisen wollte: „Werthveränderung in Folge von „wechselndem gesellschaftlichen Bedarf".

In einem Artikel in Nr. 4 der „Zukunft" meint Hr. Schramm im Gegensatz zu seinen obigen Ausführungen wieder, das Getreide (Mais) erhalte durch die schlechte Ernte einen „Seltenheitswerth" als Agio, als ob es solcher Hülfsmittel überhaupt bedürfte. Wir werden später sehen, was es mit dem ganzen Begriff des „Seltenheitswerths" eigentlich auf sich hat.

Dieses Exempel mit den Getreideernten scheint überhaupt ein wahrer Stein des Anstoßes, über den man gar zu leicht stolpert. Denn auch Herr Prof. Schäffle fragt in seiner „Quintessenz", um uns die Unmöglichkeit der sozialistischen Gesellschaft auf der Basis unserer jetzigen wissenschaftlichen Theorien so recht ad oculos zu demonstriren, wie denn das werden solle, „wenn z. B. der Sozialbürger nach schlechter Ernte Brod verlangt." Natürlich ist nur wenig davon da. Trotzdem aber könne ihm doch „der Sozialistenchef"*) nicht irgend einen andern gleichwerthigen

*) Berichtigung. In der Ueberschrift der Art. I. und II ist zu lesen: sozialistische Werththeorie statt: „soziale" Werththeorie.

*) Da Herr Prof. Schäffle hier von „Sozialistenchefs" spricht, so sei bei dieser Gelegenheit ein für allemal derartigen oft gehörten, jedem denkenden Sozialdemokraten als arge Ungereimtheit bekannten, von Seiten derer aber, die sie gebrauchen von einer völligen Unkenntniß der Grundbedingungen und der Verfassung des freien Volksstaats zeu-

Gegenstand, „nicht Steine und nicht Kleider und nicht Vergnügen dafür bieten", sondern der „Sozialbürger" werde auf dem ihm vor Allem nöthigen Brod bestehen. Und da dieses gemäß der sozialistischen Werththeorie, wonach jede Waare nur die in ihr enthaltene Arbeitszeit werth ist, trotz des geringen Vorraths doch wohlfeil sein wird, dem Sozialbürger aber zwischen gleichwerthigen Waaren natürlich die Wahl freistehen muß, so werde man ihm das Brod widerstandslos hingeben müssen. Wo aber, meint Herr Prof. Schäffle, das so rare und der Theorie zu Liebe doch wohlfeile Brod für Alle hernehmen? Die zuerst Gekommenen werden es zu billigem Preis weggerafft haben und die Uebrigen dann dafür Hungers sterben können. Deshalb, meint Herr Prof. Schäffle, werde in solchem Falle „dem, welcher das besonders begehrte Brod verlangt ..... eine Taxe über den Kostenwerth (d. h. über die im Brode enthaltene Arbeit) vorgesetzt werden müssen" (also analog dem Schramm'schen „Seltenheitswerth") „damit das Mangelnde, aber Begehrtere, für Alle wenigstens zur Noth reichen könne."

Herr Prof. Schäffle merkt also gleichfalls nicht, daß ja schon durch die schlechte Ernte selbst der „Kostenwerth" des Brodes entsprechend gestiegen ist, da doch nach einer solchen auf das einzelne Brod mehr Arbeitszeit entfällt, als bei einer ergiebigen, daß es also keineswegs erst einer besonderen „Taxe" bedürfen wird, um den Werth des Brodes den geringen Vorräthen entsprechend festzustellen.

An diesem einen Beispiel mag Herr Prof. Schäffle gefälligst ersehen, daß die heutige „Oekonomie des Sozialismus" doch wohl nicht so vollständig bloße „Utopie" ist, wie sie ihm vorkommt, und daß am Ende weniger wir es sind, die unsern „Fundamentalsatz vom sozialen Arbeitskostenwerth der Güter von Grund aus zu corrigen" haben werden, als vielmehr Herr Prof. Schäffle, der sein Verständniß dieses „Fundamentalsatzes" zu „corrigiren" haben dürfte.

Was nun aber die Auslegung des Ausdrucks „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" durch Herrn Schramm betrifft — um nach dieser Abschweifung auf unsern Gegenstand zurückzukommen — so sind, wie ich oben nachzuweisen versuchte, Herr Professor Schäffle sowie die „Zukunft" vollständig im Rechte, wenn sie dieselbe zurückweisen.

Haben sie damit auch gegen die sozialistische Werththeorie selbst recht?

Das werden wir im nächsten Artikel zu erkennen versuchen.

Moltke glossirt von einem Gemeinen.

Hamburg, 12. März.

Ueber die achtzehnte Sitzung des deutschen Reichstags bringt das „Hamburger Fremdenblatt" einen Bericht, in welchem die Rede des Grafen Moltke wiedergegeben wird. Es würde hier zu viel Raum in Anspruch nehmen, die ganze Rede zu wiederholen, darum begnüge ich mich mit einigen Sätzen derselben. Abg. Moltke sagt nach dem Bericht des „Hamburger Fremdenblattes": „Der General v. Manteuffel ist, wie alle unsere Generale, nicht reicher aus Frankreich zurückgekehrt, als wie er hinmarschirt ist! (Lebhaftes Bravo.) Meine Herren, wenn ein Truppentheil Ersparnisse an seinem Menagefonds macht, so verbleiben diese bestimmungsmäßig zu seiner Verfügung. Hier handelt es sich um eine große Menageersparniß, die ein Theil der Armee gemacht hat, eine schon in ihrem Entstehen durchaus interne Angelegenheit der Truppenverwaltung. Es kann ja nicht in Frage gestellt werden, daß der General v. Manteuffel vollständig befugt war, alle die Summen, die ihm vermöge des getroffenen Abkommens zuflossen, auch vollständig an die Truppen zu verausgaben. Er konnte die Ersparnisse summarisch an die vier Divisionen vertheilen, oder er konnte jedem Mann noch 5 Silbergroschen zulegen; dann war heute von Ersparnissen überhaupt nicht die Rede. Er hat das nicht für zweckmäßig erachtet, nicht für gut, weil dadurch die Aufrechterhaltung einer strengen Disciplin erschwert worden wäre, wie sie selbst von unseren Gegnern, den aufrichtigen wenigstens, anerkannt worden ist, er wollte eben aus dem Aufenthalt in Frankreich nicht eine Art Capua für seine Truppen machen. (Sehr richtig! Bravo!) Er hielt es für richtiger, das, was ein Theil der Armee erspart hatte, zum Nutzen und Frommen der ganzen Armee zurück zu legen. In diesem Sinne sind, so weit ich weiß, schon während der Occupation erhebliche Summen an das preußische und das sächsische Kriegsministerium abgeführt worden. Aber, meine Herren, auch nach Aufhören der Occupation war nach meiner Ansicht die Militär-Verwaltung vollkommen berechtigt, alle diese Gelder, ohne Jemand zu fragen, zum Nutzen der Armee nach ihrem besten Ermessen auszugeben, so lange nämlich, wie das Pauschquantum Geltung hatte. Heute steht unstreitig dem Reichstage das Recht zu, über die Verwendung dieser Gelder mitzubefinden. M. H.! Die Milliarden hat die Armee erobert, die Millionen hier hat sie erspart, und wohl zu merken, erspart nicht an Staats- oder Reichsmitteln, sondern an ihren eigenen Mitteln. Ich glaube, meine Herren, ich darf Ihre Gerechtigkeit, jedenfalls Ihre Billigkeit in Anspruch nehmen, wenn ich Sie bitte, diese Gelder der Armee ganz und ungeschmälert zu belassen, für Zwecke, die Sie als nothwendig und höchst wünschenswerth anerkennen werden und für welche sonst neue Bewilligungen beim Reichstag beantragt werden müssen. (Lebhafter Beifall.)" Soweit der Bericht. Gehen wir nun an die Arbeit. Moltke sagt: „M. H., wenn ein Truppentheil Ersparnisse an seinem Menagefonds macht, so verbleiben diese bestimmungsgemäß zu seiner Verfügung." Ich schicke voraus, daß ich nicht bei der Occupationsarmee in Frankreich war, jedoch den Feldzug mitgemacht und gesehen habe, auf welche Weise einzelne Armeetheile Ersparnisse machen. Ich wurde am 20. Juli 1870 als Reservist zum 60. Infanterie Regiment eingezogen. Wir marschirten am 24. Juli aus der Garnison und fuhren per Eisenbahn bis Coblenz. Von da hatten wir einen beschwerlichen Marsch durch das Eifelgebirge auf Saarbrücken. Schon während dieser Zeit, vom 26. Juli bis 8. August, fehlte es an verschiedenen Tagen an Proviant. Ein Beispiel genügt: am 3. August lag ich mit 90 Mann in Eidenborn bei Lebach bei einem Bauer im Quartier, da waren 2 Laibe Brod die Menage für den ganzen Tag für 90 Mann. Die Märsche wurden bei der Hitze immer beschwerlicher. Ein Armeebefehl des General von Steinmetz ließ uns folgendes wissen: „Niemand darf auf dem Marsch einen Rockknopf aufmachen oder die Halsbinde lösen; Niemand darf Schnaps bei sich führen." Dieser Armeebefehl wurde von unserm Compagnieführer sehr strenge beobachtet; man hatte uns zwar mit Schnapsflaschen versehen, sie mußten aber leer bleiben. Des Morgens mußten die Zugführer die Schnapsflaschen revidiren; der etwa vorgefundene Schnaps wurde ausgegossen. Den 8. August rückten wir auf den Spicherner Berg in's Bivouak, wo sich auch der Marketender der Compagnie mit einem Wagen voll Waaren einfand. Alles war erschöpft, hungrig und durstig und drängte sich um denselben, in der Hoffnung, einige Erfrischungen zu erhalten. Der Marketender hatte zwei große Steinkrüge, mit Rum gefüllt, mitgebracht. Diese wurden jedoch vor den Augen der Soldaten vom Compagnieführer zertrümmert und mithin jenen die so nöthige Labung entzogen.

An den richtigen Empfang der Menage war zu dieser Zeit nicht zu denken, dafür bekamen wir um so mehr Wasser. Auf den Märschen vor Saarbrücken wurde so Mancher bestraft, wenn er sich erdreistete, den hingehaltenen Wasserkrug anzunehmen; auf den Märschen von Saarbrücken bis Metz hingegen machte man des Tages 5 bis 6 Mal Halt, um Wasser holen zu lassen; unter den Klängen der Musik wurde das Wasser herumgereicht, wenn auch Niemand trinken wollte. — Am 10. August bivouakirten wir bei Lauterbach auf einem Kartoffelfelde, doch wurde uns das Verbot eingeschärft, bei so und so viel Strafe uns des Ausgrabens dieser Knollengewächse zu enthalten. Das Verbot half aber nichts, weil der Hunger beim ganzen Regiment stärker war, als die Furcht vor der Strafe; in wenigen Minuten war das Feld umgewühlt, trotzdem der Oberstlieutenant v. Krottlitz zu Pferde hin- und herjagte. Die Kartoffeln waren noch nicht reif und kaum von der Größe einer Nuß, trotzdem wurden sie gierig verzehrt.

Am nächsten Tage kam Brod an. Ich wurde mit commandirt, um für die Compagnie das Brod in Empfang zu nehmen; als wir zu den Wagen kamen, war unsere Freude vorbei, denn erstens reichte das Brod nicht weit, und zweitens war es vom Regen total durchnäßt und aufgeweicht. Bei der Vertheilung erhielt die Compagnie 18 Brode. Wir mußten mit unseren 18 Broden vor dem Zelte des Compagnieführers „antreten"; derselbe nahm sein Taschenmesser, zerschnitt sämmtliche Brode, suchte allenthalben das Trockene aus der Mitte heraus und warf es in sein Zelt; die anderen Brocken wurden dann an die Mannschaften vertheilt. — Den 11. bekam unsere Corporalschaft einen Schiffszwieback, von welchem Jeder einmal abbeißen durfte; wer keine guten Zähne hatte, bekam Nichts. Ich kann wohl sagen, daß diese Zeit betreffs der Verpflegung die schlimmste war. Wenn der Hunger groß war, sagte man uns, wir sollten uns nur zufrieden geben, es ginge nicht anders, nach dem Kriege werde uns alles, was uns an Verpflegung abgegangen sei, in baarem Gelde bezahlt werden; leider haben wir keinen Pfennig bekommen.

Ich will nur noch eines Faktums erwähnen. Soldaten, welche, da die Menage fehlte, einige Kartoffeln ausgruben, wurden empfindlich bestraft; zur Bereitung der Streu für das Pferd des Hauptmanns wurden die noch ungedroschenen Getreidegarben genommen. Commentar unnöthig.

Der Abgeordnete Moltke sagt weiter, General Manteuffel habe es nicht für zweckmäßig, nicht für gut erachtet, die Ersparnisse summarisch zu vertheilen, weil dadurch die Aufrechthaltung einer strengen Disziplin erschwert worden wäre; er wollte aus dem Aufenthalt in Frankreich für die Truppen nicht ein zweites Capua machen. Recht schön! Ueber die Disziplin und deren Handhabung kann ich und die meisten Soldaten ein Liedchen singen. Bei den „gemeinen" Soldaten wurde die Disziplin aufrecht erhalten, die Offiziere machten sich ein „zweites Capua" selbst. Hier ein Beispiel, welches leider verhundertfacht werden könnte. Im Monat Mai 1871 befand ich mich in Bitsch auf Thorwache. Ein Mann, der Fahnenwache hatte, erzählte nach seiner „Ablösung", drei betrunkene Offiziere, deren Namen er nannte, hätten die Jalousien und das Schaufenster einer geschlossenen Wirthschaft, welche dem Hause, in dem der Major wohnte und vor welchem der erwähnte Posten stand, gegenüberlag, zertrümmert und sich nach dieser Heldenthat aus dem Staube gemacht. Der Postenführer erklärte, daß, wenn ihm dieser Fall dienstlich gemeldet würde, er die weitere dienstliche Meldung veranlassen wolle. Der Soldat, der auf Posten stand, wollte aber die dienstliche Meldung nicht machen, weil zwei der Offiziere unserer Compagnie angehörten. Die Folgen der unterlassenen Meldung hatte einige Tage später die Mannschaft zu tragen. Es erschien nämlich ein Garnisonsbefehl, welcher uns kund und zu wissen that: „da sich in den letzten Tagen „Soldaten" im trunkenen Zustande des Abends auf den Straßen herumtreiben und Excesse verüben, wird der Urlaub beschränkt und verschärfter Wachtdienst und mehr Patrouillendienst eingeführt." Die Disciplinslosigkeit, um einen gelinden Ausdruck zu gebrauchen, der Herren Offiziere mußte mit einer Disziplinverschärfung für die Mannschaft wieder gut gemacht werden.

Der Abgeordnete Moltke sagt weiter: „Die Milliarden hat die Armee erobert, die Millionen hat sie erspart." Ja wohl, die Armee hat erobert und erspart, aber die Leute, aus denen der größte Theil der Armee zusammengesetzt war, die Landwehr und Reserve, diese mußten nach Hause gehen und die Schulden abarbeiten, welche während des „heiligen Krieges" von Weib und Kind gemacht werden mußten. Fast hat es den Anschein, als ob nach der Ansicht des Abgeordneten Moltke die Armee erst beim Offizier anfange, und die Unteroffiziere und „Gemeinen" nur so eine kleine Beigabe wären, welche zu sparen und unter Umständen zu darben verpflichtet ist, damit der „Armee" Dienstwohnungen und Tafelporzellan angeschafft werden können.

Die Armee — ich meine hier, im Gegensatz zum Abgeordneten Moltke, die „Gemeinen" und Unteroffiziere — hat im „heiligen Kriege" freilich „gespart", aber sie hat zu Zeiten auch gehungert. Dieses Umstandes mögen sich gewisse Herren erinnern, wenn sie das aus den ersparten Geldern angeschaffte Tafelgeschirr gebrauchen werden. Sie mögen von feinen Tellern speisen, dabei aber nicht vergessen des Sprichworts: Tempora mutantur! (Die Zeiten ändern sich.)

genden Bezeichnungen entgegengetreten. „Chefs", Herr Professor, wird es im Volksstaat nicht geben. Dort wird man nur gleiche und freie Bürger kennen, die sich in ihren autonomen unter einander föderirten Communen auf öffentlicher Versammlung selbst regieren selbst Gesetze geben, selbst Recht sprechen — ein „Selfgovernment" in der verwegensten Bedeutung des Wortes; und Derjenige, der, ein Erbstück der alten Gesellschaft, sich ja etwa erfrechen sollte, irgend etwas mehr sein zu wollen, als wir Alle, oder gar „Chef" spielen zu wollen, dem werden gar bald Mores gelehrt werden, Herr Professor.

Anmerkung des Verfassers.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wirren und kein Ende. Selbst die zahmste nationalliberale Mannesseele, selbst die unterthänigste nationalliberale Zeitung kann sich kaum mehr halten und quitscht ihren Zorn über die Leiter der deutsch-preußischen inneren Politik aus. „Wirrwarr", „Versumpfung", das sind noch die gelindesten Worte,

Die Lage der ländlichen Arbeiter in Posen.

Die Provinz Posen haben sich deutsche und ausländische Potentaten, Magnaten und Geldaristokraten bereits seit Jahrzehnten ausgesucht, um dort ihre „Spargroschen" in Grund und Boden anzulegen. Ein großer Theil der polnischen Grundbesitzer hatte sich theils durch Betheiligung an den polnischen Revolutionen, theils durch andere Umstände zu Grunde gerichtet und war gezwungen, seine Besitzungen loszuschlagen. Vielfach trat der preußische Fiskus als Käufer auf und überließ die erstandenen Güter unter günstigen Zahlungsbedingungen an deutsche Einwanderer; meist aber erwarben die oben erwähnten Geldbesitzer, unterstützt durch kolossale Baarmittel, Flächen von meilenweiter Ausdehnung für einen verhältnißmäßig geringen Preis. Ich nenne nur den König der Niederlande, seinen Bruder Heinrich, den Großherzog von Baden, Herzog von Coburg, den Grafen Stollberg-Wernigerode. Man müßte glauben, wenn man diese Herren und die meisten anderen deutschen Einwanderer in den Zeitungen und Büchern als die Träger der Cultur und Humanität schildern hört, daß sich auch die Lage der ländlichen Arbeiter gegenüber der früheren reinpolnischen Zeit gebessert habe — dies ist aber nur in wenigen Fällen geschehen. Denn die Großgrundbesitzer suchen ihre deutsche Mission mehr in der höchsten Verzinsung ihres Anlagekapitals, als darin, die materielle und geistige Lage des Volks, insbesondere des armen Arbeiters, zu heben. Die Mehrzahl derselben hat nämlich die Gütermassen, die zu einem Preise von 30 bis 100 Mark pro Magdeburger Morgen (= 180 Quadratruthen) oder ¼ Hektare angekauft sind, zu einem Preise von Mark 7,50 bis 15 pro Morgen in Flächen von 1000 bis 3000 Morgen an deutsche Landwirthe verpachtet. Nimmt man das Anlagekapital mit 100 Mark pro Morgen an und den Pachtzins zu 15 Mark, so ist dies gleich einer Rente von 15 Prozent. Außerdem haben die Pächter eine Caution zu stellen und das Pachtgeld in halbjährigen Raten im Voraus zu entrichten. Die Pächter rekrutiren sich aus deutschen Landwirthen, deren Kapital zum Betrieb ihres Gewerbes in den westlichen Provinzen wegen des zu hohen Bodenpreises nicht ausreichte. Im Vertrauen auf ihre Intelligenz, aber ohne Kenntniß der Landessprache und der Lokalverhältnisse, beginnen sie ihre Thätigkeit. Da sie den größten Theil ihres Vermögens auf Stellung der Caution und auf Vorausbezahlung der halbjährigen Pacht verausgabt haben, so treten recht bald mißliche Verhältnisse ein, denn Credit giebt es nicht, oder er ist nur mit Wucherzinsen (bis 150 Prozent) zu haben. Sie können weder leben noch sterben, und nachdem sie einen schönen Theil ihres Lebens sich geplagt haben, verlassen sie die Provinz, in der sich ihre „hohen" Verpächter in ihr Vermögen getheilt haben, verwünscht und verflucht von Dutzenden von Arbeiterfamilien, an denen sie verdienen wollten, was sie Jenen lassen mußten.

An die eben geschilderte Art von Gutsherren schließen sich die deutschen Besitzer an, welche sich mit wenig Mitteln und viel Selbstvertrauen Ländereien gekauft statt gepachtet hatten. Beide suchen durch rücksichtsloseste Ausbeutung der Kräfte ihres Gesindes und ihrer Arbeiter, durch die Kürzung der Löhne und des Verdienstes den wirthschaftlichen Tod von sich fern zu halten.

Nun, die ganze Provinz wimmelt doch nicht von diesen Existenzen? Es giebt gewiß wohlhabende, unabhängige und edeldenkende Besitzer und Pächter, die ihre Arbeiter gut halten und ihnen wenigstens soviel zu verdienen geben, daß sie sich bekleiden und gut ernähren können? — Lieber Leser! diese Herren kannst Du mit der Laterne suchen!

Die also Situirten beschönigen ihren Eigennutz mit der Phrase: „Man kann doch die Preise nicht verderben; man muß die Leute nicht verwöhnen; denn der Kerl gehorcht besser, wenn er gerade sein Leben fristet." „Und für Schulbildung sorgen? **Das wäre ja die größte Thorheit! Man werde doch aus dem Gesindel keine Gelehrten machen, damit schließlich kein Mensch mehr arbeiten wolle.** Man erweise nicht einmal den Menschen eine Wohlthat, wenn man sie zu viel lernen lasse; denn sie lernten Ansprüche machen, die sie nicht befriedigen könnten."

In diesem Bestreben, die Leute in Unkenntniß über ihre eigene Lage zu erhalten, werden die „gnädigen", „vermögenden", „vielvermögenden", „erleuchteten" Herren eifrig von den Dorfgeistlichen und selbst von den Lehrern unterstützt. Da die letzteren sehr schlecht besoldet sind, sind sie froh, wenn sie für den geringen Gehalt nicht viel zu thun brauchen.

Dies sind die Elemente, in deren Händen sich das Wohl des polnischen ländlichen Arbeiters befand und bis auf den Schulmeister, dem jetzt etwas mehr auf die Finger gesehen wird, sich noch befindet.

Die ländlichen Arbeiter der Provinz kann man in drei Klassen eintheilen:

Erstens der sogenannte freie Arbeiter; derselbe ist durch nichts zu Dienstleistungen auf dem Gutshofe verpflichtet, wohnt im Dorfe und kommt in Arbeit, wenn er Zeit oder Lust hat; — daher wird er, falls es an Arbeitern mangelt, durch einen höheren Lohnsatz angelockt, während er in weniger drängender Zeit nach Hause geschickt wird. Der Mann verdient durch das Winterhalbjahr 50—60 Pfennige, das Weib und das Mädchen 25—30 Pf. pro Tag; im Sommer der Mann bis 100 Pf., die Frau aber 35—50 Pf.

Erwähnen will ich gleich hier, daß Akkordarbeiten wenig in Brauch sind, und daß die Arbeiter sehr mißtrauisch gegen das Anerbieten von Akkord- (Contrakt-) Arbeiten sind; und das mit Recht. Denn einerseits sind die Leute außer Stande, sich selbst den Verdienst nachzurechnen, und werden hieran, falls dem Arbeitgeber der Satz nachträglich zu hoch erscheint, ohne Weiteres gekürzt; anderseits passiren noch andere Dinge. — So lockte der Gutspächter K ... zu W. im Kreise Krotoschin, als er wegen Arbeitermangels und schlechter Lohnsätze im Jahre 1874 kaum seine Kartoffelernte bewältigen konnte, eine größere Anzahl Menschen in die Arbeit, versprach den Leuten einen Akkordsatz von 10—15 Pf. pro Scheffel geernteter Kartoffeln, dehnte unter allerlei Vorspiegelungen den Zahlungstag vier Wochen bis zur Beendigung der Ernte aus und zahlte dann den Leuten durchweg einen Lohn von 40 Pfennigen pro Tag aus, obgleich sie 60—180 Pf. verdient hatten; dieser letztere Verdienst wäre auch **noch nicht zu hoch gewesen, da die Arbeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang währt. — Als ein Knecht sich bescheidene** Einwendungen im Interesse seiner Frau und Kinder erlaubte, erhielt er zunächst Prügel und wurde sofort aus seiner Wohnung und seinem Dienst gejagt. Außer diesem Manne hat Keiner sein Recht anderweitig gesucht, weil der gewöhnliche Mann durch hundertjährige Knechtschaft allen Muth verloren hat.

Die zweite Art von Arbeitern bilden die sogenannten Gärtner; sie besitzen im Dorf eine Hütte, einen „Garten" daran von einigen Quadratruthen (daher der Name) und bis 2½ Morgen Acker auf der Dorffeldmark. Hiervon kann eine Familie nicht existiren. Der Mann geht daher mit der Gutsherrschaft folgenden Contrakt ein: Er bekommt einen Morgen als Kartoffelland, vom ausgedroschenen Getreide den 15. — 17. Scheffel als Verdienst, vom Wiesenmähen 50—70 Pf. pro Morgen, vom Mähen des Wintergetreides 1,20 Mark pro Morgen (einschließlich seiner Frau als Abrafferin), des Sommergetreides 80 Pf. bis 1 Mark.

die man zu hören bekommt. Die Minister sind sämmtlich krank, da sie sich nach Bismarck's Worten, wie die Sperlinge über den Hanfsamen, über ihre Arbeit gestürzt hätten; wir glauben an andere Ursachen der „Krankheit". So lange Herr v. Bismarck in Varzin sich befand, waren die Herren Amtscollegen sämmtlich munter und kreuzfidel, und jetzt lassen sie, wie kranke Vöglein, die Köpfe hängen! — Ein schlesischer Freiherr von Lückwitz veröffentlicht in der „Post" eine „offene Bitte an die Vertreter des deutschen Volkes im Reichstag und Abgeordnetenhaus: auf irgend eine Weise dafür erfolgreich zu sorgen, daß von jetzt ab in den Sitzungen der Reichs- und Landtage möglichst jene aufregenden oder in malitiöser Weise sich kundgebenden Nörgeleien vermieden, wenigstens nicht von einer und derselben Person wiederholt werden können, welche voraussichtlich die ohnehin geschwächten Nerven des Reichskanzlers aufreiben müssen." — Wir geben dem Bismarckverehrer den Rath, sich die Wahrheit des altdeutschen Sprüchleins vor Augen zu halten, welches lautet: „Wie man in den Wald schreit, so hallt es aus demselben zurück." Es würde keinem Abgeordneten einfallen, den Herrn von Bismarck in „malitiöser" Weise anzugreifen, wenn, ja wenn — — —. Ob nicht die „geschwächten Nerven des Reichskanzlers" auch hin und wieder Veranlassung zu den „Krankheiten" der Minister geben? — Uebrigens haben die Nationalliberalen selbst den einzigen Minister, der constitutionelle Anwandlungen hatte, den Herrn Camphausen zum Abtritt gezwungen, er will nach Italien reisen, während der hochconservative beurlaubte Minister Eulenburg aus Italien zurückkehrt. Leonhardt, Friedenthal und selbst Falck denken an den Rücktritt, während der conservative frühere Herrenhauspräsident Graf Otto Stollberg zum Vicekanzler designirt ist. Unsere Culturkämpfer sind außer sich, da ferner Kaiser und Pabst sich durch freundliche Briefe nähern — Windthorst (Meppen) sieht schon seine conservativ-clerikale Aera auftauchen, und nicht lange wird es mehr währen, daß Bismarck ihm den Bruderkuß giebt. Windthorst wäre sicher ein fähigerer Cultusminister als Falck. Bei den nächsten Wahlen aber werden die Liberalen von den vereinigten conservativ-clerikalen Anhängern Bismarcks „an die Wand gedrückt, daß sie piepsen." — Wir freuen uns darüber, daß endlich einmal reiner Tisch mit den heuchlerischen Mittelparteien gemacht wird — entweder, oder — das soll einen herrlichen Wahlkampf geben!

— Das Leichenbegängniß unseres Genossen Heinsch ist der „Berliner Volkszeitung" zu Kopfe gestiegen. Bisher fanden wir Gelegenheit, das Blatt hin und wieder als ein relativ anständiges bezeichnen zu können, doch nun ist kein Halten mehr: „Der Massentritt der Arbeiterbataillone" hat bewirkt, daß die Galle wieder einmal der „Volkszeitung" zum Hirne gedrungen ist; daß dadurch Gehirnerweichung gewöhnlich erfolgt, ist bekannt. In einem galligen Artikel: „Die Sozialisten im Reichstage", ist das Blatt ärgerlich über diejenigen nichtsozialistischen Abgeordneten, welche den sozialistischen Anträgen ihre Unterstützungsstimmen verleihen — das Blatt steht also in seiner Agitation gegen die Sozialdemokratie noch unter dem Herrn Valentin. Daß die „Volkszeitung" ihre Geistesheroen, Max Hirsch an der Spitze, über die sozialistischen Abgeordneten setzt, kann Niemand diesem plötzlich gehirnkrank gewordenen Blatte verübeln; nur das Eine zeugt noch von einer gewissen Schlauheit, daß die „Volkszeitung" bedauert, „daß die Sozialisten in neuerer Zeit als einen wesentlichen Theil des politischen Kampfes erachten, das Privatleben ihrer politischen Gegner zu verläumden, wir erinnern an die Abgg. Zimmermann, Ludwig Löwe und von Saucken-Tarputschen". Die Schlauheit liegt darin, daß die „Volkszeitung" den früheren Abg. Duncker und sein Privatleben ignorirt und ferner, daß sie verheimlicht, daß sie und ihre Partei nicht allein neuerdings, sondern immerwährend das Privatleben der Sozialisten verleumdet haben und noch immer verleumden. Wir erinnern nur an die wahrhaft boshaften und niederträchtigen Angriffe der „Volkszeitung", die seiner Zeit diese elende „Wadenkneiferin" auf Lassalle gemacht hat, auf Lassalle, dem gerade von früher her diese ganze fortschrittlich-demokratische Gesellschaft zu Dank verpflichtet war. — Uebrigens ist es sehr fraglich, ob es lediglich zum „Privatleben" gehört, wenn zwei Abgeordnete auf eine höchst eigenthümliche Weise sehr schnell reich werden oder wenn ein anderer Abgeordneter seine Arbeiter mit der Reitpeitsche prügelt.

Von 11 sozialistischen Abgeordneten (Bebel befindet sich im Gefängniß) haben in dieser Session schon 7 geredet — die „Volkszeitung" aber hält sich darüber auf, daß unsere Partei sich an den Debatten selten betheiligte. Wir haben eben keine Schwätzer unter unseren Abgeordneten à la Richter, wir haben keine seichten „Staatsmänner" unter uns à la Hofmann; unsere Abgeordneten können zu jeder Zeit, jeder an seinem Platze, sich sämmtlich an den Reichstagsdebatten betheiligen, während gerade die Fortschrittspartei die „tiefsinnigsten Schweiger" besitzt. —

Das gehirnkranke Blatt schenkt uns in einem Leitartikel „Die Furcht der Gutgesinnten" übrigens reinen Wein ein; auch dieser Artikel bezieht sich auf das Heinsch'e Leichenbegängniß. Nachdem es sich gegen die sogenannten Gutgesinnten, welche die Sozialdemokratie mit Feuer und Schwert vertilgen wollen, gewandt hat, schreibt es wörtlich:

„Man spricht von Gefahren, welche die Sozialdemokratie heraufbeschwört, aber man verkennt sie in ihrem wirklichem Charakter. Die Gefahr liegt nicht darin, daß einmal die Sozialdemokratie ihre Massen aufbieten könnte zu einer siegreichen Revolution, sondern darin, daß sie die wirklichen Schäden aufdeckt, über welche die Volksvertretung mit ohnmächtigem Achselzucken hinweggeht, daß sie Gebrechen vor den Augen des Volkes in greller Weise enthüllt, welche selbst freisinnige Parteien in falschem Patriotismus schweigend dulden".

Ist das nicht ein gradezu köstliches, aber auch zugleich von Gehirnerweichung zeugendes Eingeständniß! Also nicht in einer blutigen, siegreichen Revolution liegt die Gefahr für die Gesellschaft — die Revolution kann ja nachträglich vom Militär niedergeschlagen werden — nein, die Gefahr für die Gesellschaft liegt in der Aufklärung des Volkes, die von der Sozialdemokratie energisch betrieben wird, sie besteht darin, daß die Sozialdemokratie die wirklichen Schäden des Volkes aufdeckt, wozu die anderen, auch die freisinnigen Parteien inclusive der Fortschrittspartei, zu faul, zu feige, zu gewissenlos sind, wozu die anderen Parteien sich auch nicht berufen fühlen, weil dies „Aufdecken" gegen ihre Interessen sich richtet.

Wäre der „Volkszeitung" das Leichenbegängniß unseres Genossen Heinsch nicht zu Kopfe gestiegen, so hätte sie jene Artikel, die ihr bei Freund und Feind nur grenzenlose Blamage einbringen, sicher nicht geschrieben. — Möge der Gesundheitszustand dieser Aermsten sich bald bessern, sonst ist sie rettungslos verloren — wenn sich der Irrsinn mit der Schwindsucht noch verbindet, dann ist die Heilung allerdings sehr schwer.

— Arbeiterrisiko. Daß der Arbeiter ein weit größeres Risiko hat als der „Unternehmer", haben wir schon unzählige Male nachgewiesen; hier aus vielen Fällen wieder einer, welcher beweist, daß der Arbeiter gezwungen ist, entweder Gesundheit und Leben im Interesse des Kapitals zu riskiren, oder aber brodlos zu werden. Auf einem Baue in Montreux (Schweiz) wurde ein Arbeiter angewiesen, auf dem Dache gewisse Arbeiten vorzunehmen. Da kein Gerüst angebracht, die Arbeit daher lebensgefährlich war, weigerte sich der Arbeiter, das Dach zu besteigen, wofür er sofort entlassen wurde. Ein anderer Arbeiter, welcher beauftragt wurde, die Arbeit zu verrichten, fügte sich — um nicht brodlos zu werden — der Anforderung und bestieg das Dach; aber kaum hatte er die Arbeit begonnen, so stürzte er — wegen Mangel eines Gerüstes — vom Dache herab und mußte, schwer verletzt, in das Krankenhaus geschafft werden, wo er schon seit mehreren Wochen liegt und wahrscheinlich für sein Leben lang ein Krüppel bleiben wird. Der Unglückliche ist Vater von vier Kindern. — Dieses eine Beispiel spricht für Hunderte und zeigt, welches Risiko die Arbeiter haben und wie niedrig das Leben derselben angeschlagen wird. Das Gerüst hätte Geld gekostet, das Leben des Arbeiters kostet dem „Unternehmer" nichts.

— „Billigeres Brod!" — Diesen Ruf hört man jetzt besonders oft und laut bei den Arbeitern der Schweiz. Als ein Mittel, billigeres Brod zu erhalten, soll der Staat aufgefordert werden, den Getreidehandel selbst zu übernehmen. Die Arbeitervereine des Kantons Zürich gehen voran und ergreifen, gestützt auf den Artikel 29 der Verfassung, die Volks-Initiative, indem sie vorschlagen, daß dem gesammten Volke die Frage seitens der Regierung vorgelegt werde: „Soll der Staat den Getreidehandel in die Hand nehmen?" Dieser Vorschlag aber muß von 5000 Stimmen unterstützt werden und diese werden gegenwärtig gesammelt. Das „kantonale Comité der Arbeitervereine, Gewerkvereine und Grütlivereine des Kantons Zürich" hat nun dieserhalb einen Aufruf erlassen, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Nur der kleinste Theil des im Kanton Zürich gebrauchten Getreides, des wichtigsten und unentbehrlichsten aller Lebensmittel, wird im Lande selbst hervorgebracht — der bei weitem größte Theil wird vom Auslande eingeführt. Die Beschaffung und Einführung des Getreides liegt in den Händen des Handels und der Spekulation und sie bildet ein stets sehr ertragreiches Gewerbe.

„Händler und Spekulanten kaufen das Getreide in Ungarn, Rußland u. s. w., speichern es auf und suchen es zum höchstmöglichen Preise wieder zu verkaufen. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Getreidehandel ein Großhandel ist und daß es daher nur Wenige sind, die ihn schwunghaft betreiben können. Dies hat weiter zur Folge, daß dabei die Konkurrenz, welche geeignet wäre, das Volk vor künstlich hohen Preisen zu schützen, fast ganz beseitigt wird und daß faktisch die Einfuhr und der Großvertrieb von Getreide ein Monopol weniger großer Handlungshäuser ist, die bei einer Verständigung unter einander ganz leicht die Getreidepreise, trotz guter Ernten und großen Vorräthen, künstlich hoch halten können.

„Es wird also mit dem Getreide, dem täglichen Brode des Volkes, ein unerhörter Wucher getrieben — ein Wucher, bei dem wenige Händler und Spekulanten in kurzer Zeit riesige Vermögen gewinnen, während dem Volke das nothwendigste Nahrungsmittel vertheuert wird. Mögen die Ernten noch so gut sein, mag die Mutter Erde noch so reichlich die goldenen Aehren hervorbringen — der Segen kommt nur den Großhändlern und Spekulanten zu Gute, die es verstehen, den Preis in der Höhe zu erhalten und lieber die köstliche Frucht in den Speichern und Lagerplätzen massenhaft zu Grunde gehen lassen, ehe sie dieselbe billiger abgeben."

Nun werden noch einzelne Beispiele angeführt, daß ganze Getreidelager in jüngster Zeit der Verderbniß preisgegeben, daß eine große Masse verdorbenen Getreides in den Rhein geworfen sei ꝛc. ꝛc. Dann weist der Aufruf darauf hin, daß der Staat schon den Salzhandel betreibe, und schließt mit folgenden Worten:

„Vor zehn Jahren verlangte das Zürcher Volk gebieterisch billigeres Salz und seine Forderung kam zur Geltung. Wenn heute alle die, welche sich um ihr tägliches Brod abmühen und absorgen müssen, mit uns einstimmen in den Ruf: „Billigeres Brod", dann werden die Behörden auch da Rath schaffen müssen und es wird ihnen ganz leicht möglich sein. Es braucht dazu kein eigenes Gesetz, sondern einfach nur eine Vollziehungsverordnung."

— Bildungspröbchen eines Moltke'schen Zöglings. Ein Soldat des 4. Chevauxlegers-Regiments zu München wurde von einem Sergeant Namens v. Guerin derart mißhandelt, daß ihm aus Mund, Nase und Ohr das Blut floß, auch war das Trommelfell des einen Ohres gerissen. Der Schwermißhandelte kam in's Militärlazareth, wo er nach 4 Monaten am — Typhus starb. Und der „Held" des Dramas — der übrigens aus preußischen in bayerische Dienste übergetreten war —? der kam mit ganzen drei Monaten Gefängniß davon.

— Die Pariser Arbeiter erlassen in der „Egalité" folgende Einladung an die Arbeiter aller Länder zum Besuch der Weltausstellung in Paris:

„Die Pariser Arbeiter, welche nicht vergessen haben, welche brüderliche Aufnahme ihre Delegirte auf den früheren Weltausstellungen zu London 1868, zu Wien 1873 und zu Philadelphia 1876 zu Theil geworden ist, sind damit beschäftigt, den Arbeiter-Delegirten Englands, Deutschlands, der Schweiz, Belgiens, Italiens ꝛc., welche die Pariser Weltausstellung besuchen werden, den bestmöglichsten Empfang zu bereiten. Zu diesem Zweck ist eine Initiativ-Commission gebildet worden, bestehend aus der Bürgerin Josephine Andrés und den Bürgern Amand, Corfin, Dupire, Mercier, Oligier, Hermann und Sarnel. Dasselbe wendet sich an alle Gewerkschaften und Arbeitergruppen, je einen Delegirten zu ernennen und zum 1. April nach Paris zu senden, woselbst die Wahl eines Direktions-Comités vorgenommen werden wird. Diesem Comité wird neben der Berathung der Mittel und Wege zur Aufnahme der fremden Delegirten auch die Aufgabe übertragen werden, den auf dem Lyoner Congreß beschlossenen internationalen Arbeiter-Congreß während der Ausstellung zu organisiren."

— Barbarisches Vorgehen der Russen. Selbst die so russenfreundliche „Frankfurter Zeitung" bringt einen Bericht aus Wien, der folgendermaßen lautet:

„Ueber die Schicksale des längere Zeit vermißten Dr. Schücking, des Sohnes des bekannten Schriftstellers Levin Schücking, erfährt die „Medicinische Wochenschrift" die nachstehenden Details, welche neuerdings das barbarische Vorgehen der Russen gegen wehrlose Personen und die Verletzung der Genfer Convention beweisen. Dr. Schücking war in kaiserlich ottomanischen Diensten und dem Truppentheile in Etropol zugetheilt. Eine durch einen Sturz vom Pferde veranlaßte Kniegelenks-Entzündung fesselte ihn an's Bett, als die Türken den Ort verließen, in welchen die Russen einrückten, wobei aus einem Hause geschossen und ein Gendarm getödtet wurde. In Folge der Denunziation durch einen Bulgaren wurde der des Gehens fast ganz unfähige Dr. Schücking aus dem Bette gerissen, seiner sämmtlichen Habseligkeiten beraubt und nach kurzem Verhör vor dem Herzog von Oldenburg namentlich wegen der Auffindung eines sechsläufigen Revolvers in seiner Wohnung standrechtlich zum Tode verurtheilt. Zum Glücke begegnete er auf dem Wege zum Richtplatze (die Exekution sollte sogleich vorgenommen werden) zwei höheren Offizieren, welche Deutsch verstanden und die ihn einstweilen retteten, worauf er, mit Stricken gebunden, in ein Arrestlokal zu allerhand Gesindel geworfen wurde. Erst eine Depesche an seinen Vater und die von diesem eingeleitete Intervention der russischen Kaiserin veranlaßte die endliche Befreiung des durch die Mißhandlungen auf's äußerste erschöpften, ohnehin kranken Mannes, der dann über Sistowa, Zimnica nach Bukarest geleitet wurde. Von dort kam er nach Wien, wo er an einem typhoiden Fieber in einem Separatzimmer der Drasche'schen Abtheilung im allgemeinen Krankenhause liegt."

Wir haben zu diesen Thatsachen nichts hinzuzufügen, als daß ein deutscher Prinz, der Herzog von Oldenburg, den Sohn eines deutschen Schriftstellers, der als Arzt zur Linderung der Schmerzen der Verwundeten thätig gewesen war, ermorden wollte. Und da redet man von den gemeinsamen Banden, die das Vaterland um die Menschen schlingt!

In der „Vossischen Zeitung" lesen wir eine Correspondenz aus Bukarest, wo zahlreiche türkische Gefangene verweilen, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Man wird sich beeilen, der Gäste ledig zu werden. Schon sind türkische Offiziere und Beamte hier eingetroffen, um sich wegen Uebernahme und Transport der türkischen Soldaten mit den rumänischen Behörden in's Einvernehmen zu setzen. Bei ihrem Abzuge von hier werden die Türken das unbestreitbare Renommé hinterlassen, daß sie sich selbst in der Gefangenschaft als gut disziplinirte Soldaten, sonst aber als ruhige, gesetzte und vernünftige Männer durchweg gezeigt haben. Amüsant war es, die strammen Burschen im Museum vor den Bildern stehen zu sehen, auf denen siegreich anstürmende, osmanische Reitergeschwader dargestellt sind. Mit Wohlgefallen betrachteten sie solche Gefechtsbilder und schienen die einzelnen Personen zu kritisiren, — russische Soldaten verliefen sich fast nie in die bescheidene Kunststätte der rumänischen Hauptstadt. — Hört man über das Betragen der Türken, von denen einige als ambulante Zuckerwerkverkäufer sich Zulage verdienen, lediglich nur Lobenswerthes, so geben sich dagegen die russischen „Koschori", Karrenführer, die zu Tausenden sich hier und in der Umgegend angestaut haben, alle erdenkliche Mühe, den Ruf der russischen Armee zu schädigen. Die Trainknechte bilden nun zwar bei keinem Heere gerade die Elite, die russische Gesellschaft ist aber, seitdem die Leute fast ein Jahr unterwegs sind, über die Maßen verwildert. Tagtäglich hört man von groben Excessen, die von der gefährlichen Bande verübt worden, Mord und Todtschlag ist nichts Neues mehr dabei. Von einem Abzuge der Russen ist absolut noch keine Rede."

Da haben wir die „uncivilisirten Türken" im Gegensatze zu den „Trägern der Civilisation" und den „Kämpfern für das Christenthum".

— Die internationale Reaktion hat sich am 18. März wieder in ihrer Glorie gezeigt. In Berlin, in Mannheim, in Chemnitz, in Bern, in Leipzig sind Versammlungen zur Besprechung des 18. März verboten worden. Wir können uns über dieses Eingeständniß der Schwäche seitens unserer Gegner nur freuen.

Was insbesondere Leipzig betrifft, so sind uns die Motive der Polizeidirektion noch nicht bekannt: das Verbot ist ohne Angabe von Gründen erfolgt. Natürlich wird Beschwerde erhoben werden, wenn unsere Genossen sich auch in Betreff des Resultats keinen Illusionen hingeben. Wir haben die Erfahrungen vom vorigen Jahre nicht vergessen. Von der gnädigen Erlaubniß der Polizei, über ein anderes Thema zu reden, konnte um so weniger Gebrauch gemacht werden, als die beiden Leipziger Amtsblätter — das offizielle und offiziöse — bereits am Morgen des Versammlungstags brühheiß die Meldung gebracht hatten, die Versammlung zur Erinnerung an den 18. März sei polizeilich untersagt.

Nach meinen Berechnungen stellt sich der Verdienst eines Gärtners auf noch nicht 1 Mark pro Tag im Jahresdurchschnitt, weil er im Tagelohn im Winter 50—60 Pf., im Sommer 60—75 Pf. pro Tag einnimmt; rechnet man nun 52 Sonntage, wenigstens 10 Feiertage und 70—80 Regentage ab, die nach beendeter Scheunenarbeit eine Beschäftigung im Freien nicht gestatten, so kann sich Jedermann die Richtigkeit meiner Annahme klar machen, wenn er noch als den Ertrag an Kartoffeln von dem erwähnten Morgen auf 75 Scheffel (sehr viel!) zum Werthe von 75 Mark annimmt.

Das Familienhaupt verdient also im Jahre 324—360 Mark. Von den Familiengliedern, im Durchschnitt 4 Personen außer dem Manne, ist noch eins als erwerbsfähig anzunehmen mit 200 Arbeitstagen und einem Durchschnittsverdienst von 30 Pf. pro Tag, macht 60 Mark; der Ertrag von 2¾ Morgen (incl. Garten) eigenen Besitzes kann höchstens mit 30 Mark pro Morgen, gleich 80 Mark, angenommen werden, macht pro Jahr 500 Mark; davon ab Steuern, Gemeindelasten (Pfarrer, Kirche, Schule und Lehrer, Küster, Dorfwächter) und Kreisabgaben 60 Mark, bleiben 440 Mark zur Ernährung und Bekleidung einer Familie von sechs Personen pro Jahr, oder 1 Mark 50 Pf. pro Tag.

Die Kost besteht: früh aus Schur (zur); dies sind zu Brei gekochte Kartoffeln mit Essig vermengt, dem an Festtagen ein Stück Fett oder Speck zugesetzt wird. Zweites Frühstück wird nur während der Ernte zu sich genommen; da aber das Dominium bereits im Mai eine halbe Stunde (von 8 bis 8½ Uhr) Frühstückszeit gewährt, so wird ein Stück Brod oder ein Töpfchen Schur mitgenommen, um diese Zeit auszufüllen.

(Fortsetzung folgt.)

— Die jüngste Nummer des „Kladderadatsch" bringt folgendes Gedicht in Bezug auf das Leichenbegängniß des Genossen Heinsch:

Für die Sozialdemokraten.

Daß neulich Zucht und Ordnung sie gehalten
Bei ihrem Aufzug, laßt es uns gestehn.
Ein gleicher Geist der Ordnung möge walten,
Bei uns, wenn wir in solchen Massen geh'n!
Wir wollen gern den Beifall ihnen zollen,
Der ungerecht scheint nur den Thoren.
Es sind verloren,
Die nicht vom Gegner lernen wollen.

— Nachdem bereits vor längerer Zeit das kgl. sächsische höchste Gericht über den § 193 (in dem bekannten von uns veröffentlichten Erkenntniß in Sachen Motteler's) eine Entscheidung getroffen hatte, welche den Auffassungen namentlich vieler preußischen Richter in diesem Punkt entgegenstand, ist nun auch seitens des preußischen Obertribunals in diesem Falle eine interessante Entscheidung gefällt worden, auf die wir unsere Genossen ganz besonders aufmerksam machen. Die „Magdeburger Zeitung" schrieb kürzlich: „Der § 193 des Straf-Gesetz-Buches, welcher herabwürdigende Aeußerungen gegen einen Anderen „zur Wahrnehmung berechtigter Interessen" nur insofern für strafbar erklärt, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Aeußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht, ist seitens des Obertribunals, wie wir bereits mitgetheilt haben, vor Kurzem dahin interpretirt worden, daß der Richter nicht nur das Vorhandensein einer objectiven Beleidigung, sondern auch der gegenseitigen Behauptung des Thäters gegenüber, die Absicht desselben, zu beleidigen, ausdrücklich festzustellen hat. An diese Auslegung reiht sich nunmehr eine in einem Erkenntniß des Obertribunals vom 6. Februar d. J. erfolgte Auslegung der Worte: „Zur Wahrnehmung berechtigter Interessen", wonach der Richter nur festzustellen hat, daß ein berechtigtes Interesse bei Vornahme der herabwürdigenden Handlung thatsächlich vorhanden war und der Thäter bei seiner That die Absicht hatte, dieses Interesse wahrzunehmen. Dagegen ist hierbei die Frage, ob der Thäter das berechtigte Interesse aus löblichen oder verwerflichen, aus sachlichen oder persönlichen Gründen wahrgenommen hat, ohne Belang. — Mehrere Bürger in einem kleinen Orte in der Nähe von Wiesbaden hatten vor der Bürgermeisterwahl gegen einen Candidaten in einer Eingabe an das Landrathsamt die Behauptung aufgestellt, daß der Candidat wegen Diebstahls in Untersuchung stände und daß demzufolge von der Wahl Abstand genommen werden müsse. Der Candidat fühlte sich dadurch beleidigt und beantragte, die betheiligten Personen wegen Beleidigung zu bestrafen. Die Strafkammer des Kreisgerichts zu Wiesbaden verurtheilte auch die Betheiligten, weil diese nicht nachzuweisen vermochten, daß sie die herabwürdigende Thatsache gegen den Candidaten behauptet haben, einzig und allein, um die Gemeinde vor einem schlechten und untauglichen Bürgermeister zu bewahren. Dagegen komme der § 193 des Straf-Gesetz-Buches dem Angeklagten nicht zu Statten, wenn ihre Eingabe lediglich dem Interesse der Person eines anderen Bürgermeister-Candidaten oder einer Partei habe dienen sollen. Das Obertribunal vernichtete jedoch dieses Urtheil und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung in die zweite Instanz zurück zur Feststellung, ob ein berechtigtes Interesse vorhanden war und ob die Beschuldigten bei ihrer Eingabe dieses wahrnehmen wollten, indem es motivirend ausführte: „Die Unterscheidung, je nachdem die Absicht der Beschuldigten, die Wahl des Privatklägers zu hintertreiben, auf löblichen oder verwerflichen, auf sachlichen oder persönlichen Beweggründen beruhte, ist für die Frage der Existenz eines Rechts oder berechtigten Interesses bei Vornahme der beleidigenden Handlung ohne Belang. Warum Jemand ein Recht oder ein rechtliches Interesse zur Geltung bringt, ist nicht Gegenstand des § 193, sondern nur die Thatsache dieser Geltendmachung, und der Berufsrichter verwechselt das Motiv mit dem Zwecke der Handlung, wenn er dem letzteren keine, dem ersteren aber die ausschließliche Bedeutung beilegt. Welche anderweite Zwecke der Thäter mit der beleidigenden Handlung noch verbunden haben mag, ist für die Strafloſigkeit der Handlung aus § 193 unerheblich, so lange aus diesen Nebenzwecken sich nicht die Absicht, zu beleidigen, entnehmen läßt".

— Genosse Hugo Schmidt aus Forst tritt am 27. d. M. eine dreimonatliche Gefängnißhaft an, welche „Strafe" er sich durch eine zur Zeit der Reichstagswahl in Chemnitz bei Triebel gehaltene Rede zugezogen hat.

— Fromme Dummköpfe. Wenn Pfaffen und Betschwestern gegen die Freiheitsbestrebungen des Volkes zu Felde ziehen, dann werden dieselben gewiß — nicht aus der Welt verschwinden. Im Krankenhause zu Elberfeld liegt ein Genosse, welcher, da er abonnirt ist, seinen „Vorwärts" bezieht. Die „ehrwürdige Schwester", Vorsteherin, welche schauerlich fromm ist, erlaubte sich den Empfänger des „Vorwärts" in erregtem Tone aufzufordern, das Blatt abzubestellen, weil sie ein so „erz-sozialdemokratisches, aufreizendes, gottloses Blatt" nicht in der Anstalt dulden dürfe. Auch würde derselbe selbst einsehen müssen, daß das Aufreizen nichts nütze u. s. w. — Wir haben blos eine einzige Antwort: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

Correspondenzen.

München. Die blinde Göttin der Gerechtigkeit machte wieder einmal einen fetten Fang. Am 16. März gelangte in München der seinerzeit vielbesprochene Sozialistenprozeß vor die Schranken des obersten Gerichtshofes. Da sich der Advokat weigerte, diese „kitzliche Angelegenheit" vor dem obersten Gerichtshofe zu vertreten, waren die Beschwerdeführer ohne „rechts"kundigen Beistand und mußten sich selbst vertheidigen. Schwindlern, Dieben, Gründern und anderen Verbrechern (selbstverständlich wenn sie Geld haben und etwas „verdienen" lassen) bieten sich die Advokaten und „Rechts"gelehrten an und bringen alle Kniffe und Winkelzüge in Anwendung, um die in Schutz genommenen Gauner vor der Strafe zu bewahren. Politische Gegner zu vertheidigen haben diese Männer des „Rechtes" nicht den Muth.

Ueber den Prozeß selbst wollen wir Folgendes erwähnen: Wegen angeblicher Gründung eines geheimen Vereines mußten sich im April vorigen Jahres 43 Sozialisten vor dem Münchner Bezirksgericht verantworten. Sämmtliche Angeklagte wurden freigesprochen, wogegen aber der Staatsanwalt Einsprache erhob. Der zweite Senat des Apellgerichtes betrachtete merkwürdigerweise die öftere Abhaltung von öffentlichen Volksversammlungen als eine Vereinsthätigkeit und verurtheilte 40 der Angeklagten. Gegen das Urtheil wurde von Seite mehrerer derselben Einspruch erhoben. Bei der Einspruchsverhandlung hatten einige Genossen die Absicht, einen Richter des Senats, den Rath Allfeld, abzulehnen, weil derselbe (wie Genosse Ernst in Erfahrung brachte) in einem Café sich ganz laut äußerte: „So lange die Sozialdemokraten und die Ultramontanen nicht ausgemerzt sind, giebt es keine Ruhe." Die Angeklagten glaubten hierin einen hinlänglichen Grund zur Ablehnung zu haben. Der Vertheidiger drang jedoch in den Genossen Ernst, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen, ja er drohte sogar, den Saal verlassen zu wollen, wenn auf der Ablehnung des genannten Richters bestanden würde. Der Richter wurde beibehalten und die Verhandlung lief ganz „glatt" ab, die Angeklagten wurden verurtheilt. Von sämmtlichen Verurtheilten wurde die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben, über welche am 16. in zweistündiger Sitzung verhandelt wurde. Zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung kam es gar nicht; ein vom Genossen Pröbstel eingebrachtes Memorandum kam gar nicht zur Verlesung. Der oberste Gerichtshof fand nach Prüfung der einzelnen Aktenstücke sämmtliche Nichtigkeitsbeschwerden, mit Ausnahme derjenigen des Genossen Münch, welcher sie um einen Tag zu spät eingereicht hatte und welche gänzlich verworfen wurde, zwar als formell für zulässig, jedoch materiell als unbegründet, weil weder eine wesentliche Förmlichkeit verletzt, noch das Gesetz unrichtig angewendet worden sei. Die Nichtigkeitsbeschwerden wurden ohne jede nähere Ausführung einfach verworfen. Die Beschwerdeführer wurden noch obendrein in die Kosten und Genosse Münch noch extra zu einer sogenannten „Frivolitätsstrafe" von 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Sehr bemerkenswerth ist, daß bei der Publikation des Urtheils besonders hervorgehoben wurde, daß es dem obersten Gerichtshof gesetzlich nicht zustehe, an den (entgegen dem vollständig freisprechenden Urtheile der ersten Instanz), in dem Urtheile der zweiten Instanz — dem Appellgericht von Oberbayern — als erwiesen angenommenen „Thatsachen" zu rütteln.

Zur Zeit der Judenhetzen hieß es: „Der Jud muß verbrannt werden!" Heute läßt es sich dahin variiren: „Der Sozialdemokrat muß verdonnert werden, weil — er Sozialdemokrat ist." Basta! Verurtheilt wurden vierzig Personen, davon sieben zu je drei Monaten 15 Tagen, dreiundzwanzig zu je zwei Monaten, drei zu je ein und ein halb Monaten und sieben zu je einen Monat. Unter diesen Verurtheilten sind Neunundzwanzig Familienväter. Das Gesammtstrafmaß beträgt sechs Jahre und zehn Monate.

In diesem Prozesse haben in erster Instanz drei und in zweiter Instanz fünf, insgesammt also acht Richter geurtheilt. Der erstinstanzliche freisprechende Richterspruch wurde, wie von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, einstimmig gefaßt. In der zweiten Instanz wurde der verurtheilende Beschluß mit 3 gegen zwei Stimmen gefaßt. Hiernach hatten fünf Richter auf Freisprechung, drei dagegen auf Verurtheilung erkannt. Der oberste Gerichtshof trat der Ansicht der drei Richter bei und fühlte sich nicht berechtigt an den als „erwiesen angenommenen Thatsachen" zu rütteln. O heiliger Papst Pius! Du hast die Unfehlbarkeit nicht umsonst erfunden! So tiefernst und betrübend dieser Vorfall ist, enthält er doch auch ein Stückchen Komik. Der neue „christlich-soziale" Wander-Apostel, E. Grüneberg, welcher als Stöcker'scher Missionär im Lande herumreist und Anhänger zu kapern bemüht ist, befindet sich unter den Angeklagten. Wie wird sich der Herr Hofprediger Stöcker wundern, wenn er diese alte Sünde seines reuigen Apostaten erfährt!

Wenn die bairischen Richter der Meinung sind, durch obiges Urtheil die sozialdemokratische Idee aus der Welt geschafft zu haben, so sind sie auf dem Holzwege. Durch solche Maßregeln werden, da Druck Gegendruck erzeugt, die Verfechter unserer Sache nur gestählt und gegen die heutigen höchst ungerechten Gesellschaftszustände nur mehr aufgebracht. Die Zukunft gehört uns, trotz Kerker und Verfolgungen!

Deutsche Schiffszimmerer!

Der Strike in Geestemünde und Bremerhaven, der am ersten November vorigen Jahres begonnen, dauert noch immer ernsthaft fort!

Bereits sind ca. 27,000 Mk. an Unterstützung für unsere kämpfenden Kameraden aufgebracht worden, um im Kampfe gegenüber den Ausbeutern, die da heißen C. Tecklenburg, C. Lange, R. C. Rickmers, H. F. Ulrichs und Schau (in Firma Schau u. Oltmann) auszuharren.

Bis auf den heutigen Tag ging die Arbeit nur flau, die wenigen Schiffe, die da in die Docks geholt wurden, hatten keine Zimmereien nöthig, sie wurden nur kalfatert, das heißt, sie wurden anstatt kalfatert größtentheils mit dem Pech- und Kohlentheerquast abgeschmiert. Einige Meisterknechte gaben direkten Befehl, die Schiffe unter'm Boden (wo es also vor den Augen der Rheder und Capitäne verborgen bleibt) nur abzuschmieren.

Wie lange diese Ausbeuter das räuberische Handwerk, die Schiffe anstatt kalfatern nur abzuschmieren, ungehindert fortsetzen können, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich werden sie es so lange betreiben, bis eins dieser aus den Docks kommenden abgeschmierten Schiffe versinken wird, dann erst wird man Seitens der überwachenden Schiffsbesichtiger beginnen, Einspruch gegen solche Kalfaterungen zu erheben.

Mit von der Straße aufgegriffenen Arbeitsleuten, also total fachunkundigen Leuten, und den Lehrlingen werden größtentheils diese Arbeiten, welche, wie das Kalfatern, doch gar nicht gewissenhaft genug gemacht werden können, indem Menschenleben davon abhängen, ausgeführt.

Diese Ausbeuter glauben aber, dadurch unsere kämpfenden Collegen an die Arbeit zu ziehen, indem sie zeigen wollen, daß sie das Kalfatern resp. Abschmieren, (wozu natürlich kein rechtschaffener Schiffszimmerer sich gebrauchen läßt), ohne Schiffszimmerer verfertigen können.

Haben die Schiffszimmerer in Bremerhaven und Geestemünde die Arbeit denn etwa aus Uebermuth eingestellt, oder mußten sie es nicht, weil sie die Unterdrückung, die diese Herren auf sie auszuüben gedachten, nicht mehr aushalten konnten? Eine Mark pro Tag sollten unsere Collegen sich abziehen lassen. und nicht das allein, nein, sie sollten sich auch wie Lastthiere von einer Werfte zu der andern schicken lassen. Menschen wie Lastthiere behandeln zu wollen, Menschen Jahr aus Jahr ein ausleihen zu wollen, ist das nicht unerhört?!

Den alten Lohnsatz haben die Ausbeuter bereits wieder bewilligt, aber sie wollen von ihrem Lieblingsplan, dem Ausleihen, noch keinen Abstand nehmen und deshalb kann die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen werden.

Weshalb aber bestehen diese Ausbeuter absolut darauf, ihre Leute sich gegenseitig leihen zu wollen? Einfach aus dem Grunde, um ihre Ausbeutungsgelüste voll und ganz befriedigen zu können; sie wollen den Neubau aufgeben, sich nur mit den Reparaturen alter Schiffe beschäftigen, weil sie bei dem Neubau mit Kopfrechnen nicht viel verdienen, dagegen bei den Reparaturen alter Schiffe ohne Kopfrechnen sehr viel verdienen!

Der Vorstand in Bremerhaven versuchte trotzdem, eine Einigung mit den Ausbeutern auf gütlichem Wege zu erzielen. Zu diesem Zwecke wurden daher zwei Mann nach jeder Werft gesandt, und jeder einzelne Ausbeuter gefragt, ob er gewillt sei, das Ausleihen fallen zu lassen, dann wollten unsere Collegen die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufnehmen; allein die Herren bestanden darauf, von dem Ausleihen nicht abzuweichen, ja einzelne von ihnen besaßen sogar noch die Frechheit, zu erklären, das Ausleihen sei zum Besten unserer Collegen, sie sollten die Arbeit nur aufnehmen. Ist das nicht unerhört? — Was ist daher zu thun? Wollen wir uns ergeben? Wollen wir die wenige Freiheit, die wir besitzen, das wenige Brot, das uns für unsere schwere Arbeit gereicht wird, welches wir durch schwere Kämpfe errungen, den Ausbeutern wieder überlassen, uns dasselbe noch immer mehr schmälern lassen?

Wollen wir jetzt, wo wir die schlimmste Zeit hinter uns haben, wo der Frühling vor der Thür ist, erlahmen und den Feind den Triumph über uns feiern lassen? — Deutsche Schiffszimmerer, das kann nicht Euer Wille sein!

Bereits winkt uns eine bessere Zukunft, der Raubzug Rußlands, den es unter dem Deckmantel der Humanität, der Befreiung der Christen in der Türkei, unternahm, ist beendet, die Türkei besiegt, der Friede zwischen der Türkei und Rußland hergestellt. — Die Aussicht, daß ein europäischer Krieg entstehen werde, ist vorüber, indem Rußland bei dem Friedensabschluß in Betreff seiner Eroberungsgelüste in Hinsicht auf England bedeutende Rücksicht nahm.

Es ist daher zu hoffen, daß die Conjuncturen sich ändern, die Geschäftslage im Allgemeinen sich heben wird, wodurch wir die Macht in die Hände bekommen, diesen Ausbeutern, die uns seit 4 Jahren ununterbrochen anzugreifen und zu knebeln versuchen, heim zu leuchten!

Darum auf, deutsche Schiffszimmerer! verzaget nicht, organisirt Euch, spornt Alle an zu zahlen, um die ausgeschlossenen Collegen genügend unterstützen zu können; ihr Sieg ist Euer Aller Sieg! Opfert daher ohne Murren für Eure kämpfenden Collegen, für Euer eigenes Interesse, für Euer tägliches Brot! —

An Euch, Ihr deutschen Schiffszimmerer, die Ihr der Organisation der kämpfenden Armee des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerervereins noch fern stehet, geht der Ruf, Euch derselben anzuschließen, um mit zu kämpfen! — Nur durch Kampf werden wir im Stande sein, mit unserer Hände Arbeit so viel zu erringen, daß wir und unsere darbenden Familien sich satt essen können! Tretet daher ein für Eure Rechte, bringt Gelder auf zur Unterstützung Eurer darbenden Collegen und sendet dieselben an W. Sohns, wohnhaft Hamburg, Venusberg 22.

Besten Gruß
H. Groß, Hamburg, St. Pauli, Bergstraße Hof 23.

An die Leser des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" in Danzig.

Parteigenossen!

Pflicht eines jeden Lesers und Parteigenossen ist es, mit aller Kraft für die Verbreitung des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" einzutreten und darauf bedacht zu sein, immer mehr Leser und Abonnenten zu gewinnen. Die älteren Parteigenossen, die in letzter Zeit lässig waren, werden hiermit ebenfalls aufgefordert, das Versäumte nachzuholen. Es ist nicht möglich, sich ein Urtheil über unsere Bewegung zu bilden, wenn man die genannten Blätter nicht liest und sich etwa auf die Lektüre obskurer Winkelblättchen, welche den Arbeiterstand beschimpfen und dessen Bestrebungen mit Koth bewerfen, beschränkt. Jeder, der Wahrheit und Recht liebt und die Befreiung des arbeitenden Standes aus den entwürdigenden Ketten, in welche derselbe durch die heutige Gesellschaftsordnung geschmiedet ist, anstrebt, soll es nicht unterlassen, auf den „Vorwarts", welcher sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Gebiete die weitgehendste Belehrung ertheilt, zu abonniren. Die „Neue Welt" ist auf dem Gebiete der Belehrung und Unterhaltung jedem anderen Blatte vorzuziehen.

Da am 1. April ein neues Abonnement beginnt, fordere ich die Genossen auf, die Gelegenheit zu benützen und auf die genannten Blätter recht zahlreich zu abonniren. Bestellungen nimmt entgegen: E. Dyck, Baumgart'sche Gasse Nr. 34 in Danzig. — Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen werden zu jeder Tageszeit angenommen.

Von Seiten der Redaktion des „La Feuille d'Olivier" („Oelzweig", welches als Organ der „Friedenspartei" in Berlin erschien), wird uns mitgetheilt, daß das Blatt nicht eingegangen, sondern mit der Zeitung „Les Etats Unis d'Europe" („Vereinigte Staaten von Europa") verschmolzen sei. Die Freunde desselben werden in der neuen Ausstattung die alten Interessen vertreten finden und wollen sich die Abonnenten, welche die Zeitung auch in Zukunft zu lesen wünschen, an die Redaktion der „Les Etats Unis d'Europe", Genève, 30 Rue de Contance, wenden. Den Verlag für Deutschland hat Herr Otto Dreyer, Berlin, Unter den Linden übernommen und werden daselbst, wie bisher bei allen Zeitungshändlern, auch einzelne Nummern zu haben sein.

Briefkasten

der Redaktion. Z. K. in Zürich: Es wäre mir lieb, wenn ich das Munscript um Ostern hätte, weil ich dann etwas freie Zeit habe; 6–7 Druckbogen wären jedenfalls nicht zu viel. Für die freundlichen Mittheilungen Dank; es ist dafür gesorgt, daß die Bäume (und auch das Unkraut) nicht in den Himmel wachsen Gruß. W. L. — A. H. in H.: Der in Ihrem Eingesandt enthaltene Vorschlag ist sehr gut gemeint, aber er hat den einen Fehler, daß er nicht mehr neu ist. Schon vielfach ist die Frage erörtert worden, wie das ländliche Proletariat, mehr als es sonst der Fall war, mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie bekannt gemacht werden könne, und manches ist in Vorschlag gebracht und auch beschlossen worden, ohne daß die gehegten Erwartungen erfüllt worden wären. Die Frage ist aber eine solche, die nicht durch den guten Willen Einzelner, sonde n durch die Verhältnisse gelöst werden wird.

der Expedition. J. B. Neu-Isenburg: Der Betrag von 1,50 muß erst eingesendet werden, ehe die Anzeige Aufnahme findet.

Rudolf Schlömp (Tischler) ersucht um seine Adresse J. Leß, Pfefferstadt 43, Eing. Böttch., Danzig.

Quittung. Schndr Herford Schr. 1,20. Mr. Linden Schr. 0,60. Bdstl. Salzungen Schr. 1,30. Schlz hier Schr. 1,65. Grdznsky Königsberg Schr 0,50. Whrl Schiltach Schr. 0,60. Gldbrg hier Schr. 6,10. Lwstn Barmen Schr. 5.20. Dr. Specht Gotha Schr. 1,75. Lgs Hannover An. 1,20. Kh Chemnitz Ab. 3,60. Frnkl Buda-Pest Ab. 27.28. Mckns Düsseldorf Ab. 11,60. Schlbch Liège Ab. 8,07. F. Fllrmnn Bremerhafen Ab. u. Schr. 45,00. Bstr London Ab. 4,60. Grlnbrgr Nürnberg Ab. 12,23. Eglr hier Ab. 13,50.

Fonds für Gemaßregelte.

v. Bstr London 0,40.

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Erscheint monatlich zweimal und zwar vom 1. April d. J. an regelmäßig in Heften von je 2 Bogen. Aus letzterem Grunde tritt eine geringe Preiserhöhung ein.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und Colporteuren:

pro Quartal 1,50 Mark
(statt 1,25 Mark).

Bei Zusendung unter Kreuzband pr. Quartal 2 Mark; bei Zusendung unter Couvert pr. Quartal 2,60 Mark.

Wir bitten die Fortsetzung rechtzeitig zu bestellen.

Heft 13 erscheint am 1. April.

Allgemeine deutsche Associationsbuchdruckerei (E. G.)
zu Berlin.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig. Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12. II.

Durch uns ist zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Insertate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Cityourne Ave.
San Franzisco: F. Enß, 416 O'Farrell Str
London W.: C. Henze, 8 New Str Golden Square.

Nr. 36. Mittwoch, 27. März. 1878.

Der Ehebruch vor dem Richterstuhl des Liberalismus.

„Die Heiligkeit der Ehe", diese bekannte Phrase der Liberalen, muß so oft herhalten, um dem Spießbürger eine Gänsehaut zu verursachen, wenn er der „eheschänderischen" Sozialdemokraten gedenkt. „Der „Heiligkeit der Ehe" setzen diese rothen Demagogen die „freie Liebe" entgegen" — so klingt es in allerlei Tonarten aus dem liberalen Lager.

Wie es aber mit der „Heiligkeit der Ehe" in der heutigen Gesellschaft beschaffen ist, das haben wir oft genug gezeigt; wir waren deshalb geneigt, den ganzen Crispiskandal, den Ehebruch des auch von den Liberalen Deutschlands so hochgefeierten italienischen Ministers, wenigstens redaktionellerseits zu ignoriren. Doch nach dem schamlosen Gebahren des tonangebenden nationalliberalen Blattes in Deutschland, nämlich der „National-Zeitung, sind wir von unserem Vorhaben abgekommen.

Bekannt ist, daß Crispi, der Bigamie beschuldigt, seine Entlassung als Minister des Innern und der Polizei erhalten hat; weniger bekannt ist, daß dieser Mann, intimer Freund von Bennigsen und Genossen, dem man noch im vorigen Herbst in Berlin große Ovationen gebracht hat von Seiten der nationalliberalen und fortschrittlichen Abgeordneten, drei Frauen gehabt hat, ohne eine dieser drei Ehen zu lösen.

Die „National-Zeitung" schreibt nun über diese sauberen Geschichten Folgendes, indem sie den aus ähnlichen Vergehen entsprungenen Fall des thränenreichen Communemörders Jules Favre mit dem vorliegenden vergleicht:

„Es ist aber sehr bemerkenswerth, daß der gefühlvoll menschliche Zug, den die beiden Staatsmänner in ihre Beziehungen brachten, ihnen so schwer gefährlich wurde, während die Welt wahrscheinlich an Verhältnissen, die sie anderweit unterhalten hätten, mit gleichgiltigem Achselzucken vorbeigegangen wäre. Es liegt in der That etwas Tragisches darin. Die Hartherzigkeit, mit welcher die Jugend so oft derartigen Verhältnissen entgegentritt, macht im höheren Alter erfahrungsgemäß einer größeren Weichheit Platz, und Crispi und Favre wären nicht die Ersten, die einer späten Leidenschaft und dem erwachten Familiensinn zum Opfer fielen."

Das ist also „erwachter Familiensinn", wenn man sich zwei oder drei Frauen anschafft! „Erwachter Familiensinn" bei den Nationalliberalen!

Und dieser „erwachte Familiensinn" wird noch ganz besonders in Schutz genommen von der „National-Zeitung" in Hinblick auf die Gleichgiltigkeit, mit welcher die „Welt" — natürlich nur die liberale Welt — an den kleinen „Verirrungen", an den anderweitigen „Verhältnissen" der Ehemänner vorbeizugehen beliebt!

Daß die klerikale „Germania" über die „National-Zeitung" herfällt und uns dabei in Schutz nimmt, indem sie schreibt:

„Und ein Blatt, das ein solches Urtheil über eines der abscheulichsten Verbrechen, die Bigamie, fällt, will die Moral der Sozialdemokraten meistern und beansprucht die Führung der regierungsfreundlichen Presse Deutschlands!"

— dies finden wir allerdings sehr erklärlich, aber wir müssen doch bestreiten, daß ein Blatt, welches das Cölibat vertheidigt, den richtigen Begriff von der Heiligkeit der Ehe, resp. von dem geordneten, vernünftigen Verkehr zwischen den beiden Geschlechtern hat. Eine klerikal-pfäffische Zeitung, die so manche Beichtstuhlgeschichten erzählen könnte, wenn sie nur wollte, ist am wenigsten berufen, in dieser Sache das Wort zu ergreifen.

Die Berliner „Volkszeitung" hat sich wenig um den Fall bekümmert; ihr liegt der Herr Duncker wohl noch allzu schwer im Magen, und auch an den lebendigen, illegitimen Leitartikeln des Herrn Bernstein mag sie wohl noch an Verdauungsbeschwerden leiden. — Wie wir aber hören, will Herr v. Unruh eine Broschüre schreiben mit dem Titel: „Die Bigamie, eine Institution im sozialdemokratischen Staate."

Es wird nämlich noch immer nach der alten israelitischen Praxis verfahren: Man führt einen Bock in die Wüste, bürdet ihm alle eigenen Sünden auf und schlachtet ihn — und so gereinigt, sündigt man weiter — nicht wahr, Herr von Unruh? —

Doch nun genug! Der Crispi'sche Fall ist äußerst unbedeutend, weil ähnliche Fälle täglich, stündlich in der herrschenden Gesellschaft sich ereignen, die nur nicht an die große Glocke gehängt werden. Auch wir freuen uns nicht besonders über die Entlarvung Favre's und Crispi's, weil ihnen lediglich der Zufall so arg mitgespielt hat, während ihre ebenso schuldigen Collegen sich noch auf verschiedenen Ministersesseln und Abgeordnetenstühlen befinden und frech das Volk betrügen und die Sozialdemokraten verleumden.

Nicht einzelne Personen der herrschenden Gesellschaft sind zu verdammen, sondern diese selbst — den Beweis hierfür liefert der „erwachte Familiensinn" des leitenden liberalen Blattes in Deutschland, der „National-Zeitung."

Rückblick auf den 18. März.

Es ist leicht begreiflich, daß sich die Bourgeoisie des „tollen Jahres" 1848, und ganz besonders des 18. März, an welchem Tage das Königthum sich vor dem Willen des Volkes beugen mußte, nicht gern erinnert; sie hat ja ihr Ziel erreicht, ihr Recht errungen — das Recht des Geldbeutels! Diejenigen, welche im „tollen Jahre" am lautesten von Volksrechten sprachen und gegen jede Willkür und Volksbevormundung auftraten, sind die loyalsten „Patrioten" geworden und können, nach Oben hin, nicht laut genug versichern, daß sie glücklich sind, an den Stufen der Throne in Demuth ersterben zu dürfen, was natürlich nicht verhindert, daß sie nach „Unten" auf die willkürlichste Art verfahren. Viele dieser „Freiheitsmänner" sind Hof-, Geheim-, Legations- oder sonstige Räthe, Polizeidirektoren und dergleichen geworden, oder haben von irgend einem Fürsten „in Anerkennung der treuen Dienste" einen „Orden" erhalten. Es ist selbstverständlich, daß solchen Leuten die Erinnerung an ihre „Jugendeseleien", wie sie ihr damaliges Auftreten nennen, unangenehm ist, und daß sie bemüht sind, auch im Volke derartige Erinnerungen zu unterdrücken.

Schrecklicher aber, als die Erinnerung an den 18. März 1848, ist der herrschenden Klasse die Erinnerung an den 18. März 1871, an welchem Tage sich das Volk von Paris gegen die Reaktion erhob; an welchem sich die Commune constituirte. Wahre Volksfreiheit und Gesammtwohlfahrt war das Ziel, welches sich die Männer der Commune gesteckt hatten, und dies genügte, den Haß aller Privilegirten auf sie zu laden. Mit Schrecken und Grauen gedenken die Machthaber dieses Tages, an welchem man Hand an alle Privilegien legte. Das Volk jedoch, das gedrückte und ausgesogene Volk, gedenkt der Tage, an welchen die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, proklamirt wurde. Trotz des Wuthgeschrei's der reaktionären Masse feiert das Volk den 18. März; es feiert die Erinnerung an die aufopferungsfähige Hingabe, an die Idee der Erlösung der Menschheit. Diese Erinnerung kann weder durch behördliche Ukase, noch durch polizeiliche Maßregeln hinwegdekretirt werden.

Im angegebenen Sinne wollten die Arbeiter Deutschlands diesen doppelten Gedenktag feiern, wurden aber in den meisten Fällen von der Polizei daran gehindert. Wie man von polizeiwegen bemüht ist, das verfassungsmäßig garantirte Recht des Volkes, das Versammlungsrecht, illusorisch zu machen, wollen wir hier durch einige Beispiele nachweisen. Wir haben bereits mitgetheilt, auf welche Weise in Berlin die für den 17. März einberufene Versammlung aufgelöst wurde, ohne daß von Seite der Arbeiter zu diesem unerhörten Vorgehen der geringste Anlaß geboten worden wäre. Dieses neueste Polizeikunststück wird sogar von gegnerischen Blättern, welche unserer Sache spinnefeind sind, nicht gebilligt. Die „Vossische Zeitung" bringt einen diesbezüglichen Bericht, welcher des taktlosen und provokatorischen Vorgehens der Polizei erwähnt und aus dem ersichtlich ist, daß es nur dem Ordnungssinne der Arbeiter zu verdanken war, daß die Ruhe nicht gestört wurde. Eine Versammlung, welche für den 18. März im Nordostdistrikt in Berlin einberufen wurde, wurde auf dieselbe Weise wie die obenerwähnte aufgelöst. Der Beamte verlangte ebenfalls die Vorzeigung der Bescheinigung, und als dieselbe für richtig befunden wurde, die Herstellung eines freien Ganges zur Tribüne; auch hierin wurde dem polizeilichen Wunsche nachgegeben. Als aber der Referent, Reichstagsabgeordneter Fritzsche, die Tribüne betrat, wurde die Versammlung, bevor der Redner noch ein Wort gesprochen, ohne Angabe irgend eines Grundes aufgelöst. Man muß sagen, es ist System in der Sache. „Entweder die Arbeiter fügen sich und die Polizei löst nach Belieben die Versammlungen auf, oder sie — was gewissen Leuten am liebsten wäre — treten für ihr Recht ein und setzen sich der Gefahr aus, mit dem „hauenden Säbel" und der „schießenden Flinte" Bekanntschaft zu machen."

An vielen Orten des „starken" deutschen Reiches wurden die Versammlungen oder Feste, welche zur Feier des 18. März abgehalten werden sollten, von der Polizei einfach verboten; man wollte an diesen Tag nicht erinnert werden. An anderen Orten wurden die Versammlungen abgehalten und die Polizei begnügte sich, dieselben genügend zu überwachen. Der Kuriosität wegen erwähnen wir einer Versammlung, welche am 18. März in Rixdorf abgehalten wurde und von circa 250 Personnen besucht war. Zur „Ueberwachung" waren nicht weniger als achtzehn Gensdarmen erschienen. Eine solche Furcht vor der freien Rede wirkt geradezu komisch. In Dresden konnte eine Versammlung, in welcher über den 18. März 1848 und 1871 gesprochen wurde, ruhig tagen, ohne daß die Stadt in die Luft flog. In Leipzig wurde, wie bereits erwähnt, die Versammlung ebenfalls verboten, ohne daß überhaupt ein Grund angegeben worden wäre. Der Herr Polzeidirektor von Leipzig weiß es sehr gut, daß derartige Verbote nichts nützen, denn er sprach ja selbst, selbstverständlich zu einer Zeit als er noch nicht Polizeidirektor, sondern Vorsitzender des „republikanischen Clubs" war, die unumstößliche Wahrheit aus: „Was helfen alle solche Verbote! Die Meinung, die einmal vorhanden ist, rotten sie doch nicht aus!"

Daß man sich berechtigt glaubt, den Sozialdemokraten gegenüber die Gesetze nach Belieben drehen und wenden zu können, hat das Mannheimer Bezirksgericht bewiesen. Voriges Jahr wollten die Mannheimer Sozialdemokraten eine „Märzfeier" veranstalten, wurden aber von der Polizei belehrt, daß sie eine solche nicht abhalten dürfen, daß aber polizeilicherseits nichts eingewendet werden würde, wenn man dieselbe etwa auf den Namen Johann Jacobys', der doch auch — ein ganz ordentlicher Mann gewesen sei — umtaufen würde. Die Feier wurde nun abgehalten. Dieses Jahr wurde abermals und zwar schon etwa am 8. oder 9. März der Behörde angezeigt, daß eine „Märzfeier" veranstaltet werden soll. Von Seiten des Bezirksamtes kam den Meldenden der Bescheid zu: „Den Sozialisten kann eine Märzfeier nicht gestattet werden; wäre es irgend eine andere Partei, dann ja; aber die Sozialisten wollen durch diese Feier die Revolution verherrlichen."

Auf diesen Bescheid wurde beim Ministerium Rekurs eingereicht. Die Antwort ging dahin, daß das Verbot aufrecht erhalten werde, weil durch die Feier die „öffentliche Sicherheit" und die — Sittlichkeit gefährdet werden könnte. Vorsichtshalber wurde, noch bevor die Antwort des Ministeriums „herabgelangte", eine „Frühlingsfeier" angemeldet. Auch diese wurde verboten; in dem Schreiben des Bezirksamtes wurde gesagt, daß auf Grund des ministeriellen Entscheides jede Feier am 18. März untersagt sei.

Daraufhin wurde für den Montag Abend (18.) eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Das badische Vereins- und Versammlungsrecht" einberufen. Diese Versammlung wurde untersagt und dem den Anschlag der Plakate besorgenden Buchdrucker bekannt gegeben, daß diese Plakate „auf polizeilichem Wege" entfernt werden würden, wenn der Anschlag nicht unterbliebe. Der Besitzer des „Badener Hofes", woselbst die Versammlung stattfinden sollte, erhielt vom Polizeikommissär eine Verfügung, in welcher gedroht wurde, daß jede Versammlung „auf dem Wege der Gewalt" aufgelöst werden würde. Die Sozialisten veranstalteten darauf im „Grünen Hause" eine gemüthliche Zusammenkunft mit Vorträgen, Deklamationen und Gesang. Die Polizei war sehr stark vertreten und mußte es hören, wie ein Redner ein „Hoch auf die Mannheimer Polizei, als die würdige Agitatorin für die sozialdemokratische Sache", ausbrachte, in welches die Anwesenden in der heitersten Weise einstimmten.

Auf den 19. März wurde eine Volksversammlung mit der oben angeführten Tagesordnung einberufen. Nicht lange hatte der Referent in durchaus ruhiger Weise gesprochen, als der Commissär die Erklärung abgab, daß eine „Kritik der Maßnahmen der Behörden" nicht statthaft sei. Vom Vorsitzenden über seine „Machtvollkommenheit" belehrt, löste er die Versammlung auf.

Erwähnen wollen wir nur, daß die „Fortschrittler" in mehreren Städten unbehindert ihre „Märzfeier" abhalten und bei derselben fest-essen, fest-trinken und fest-schwätzen konnten, ohne daß sich die hohe Polizei um dieselben auch nur im Geringsten gekümmert hätte. Freilich sind die edlen „Fortschreiter" ein ganz unschuldiges und harmloses Völkchen, welches bei derartigen Festen der Küche und dem Keller die Hauptaufmerksamkeit widmet und jämmerlich viel wässeriges Zeug schwätzt. Was aber dem Einen recht ist, soll dem Andern billig sein. Die Polizei hat kein Recht, die Versammlungen oder Feste zu verbieten; der Vorwand, die Behörde müsse verhindern, daß aufreizende Reden gehalten und die öffentliche Ruhe gestört werde, ist höchst ungerechtfertigt, weil die Polizei den Beweis, daß bei derartigen Gelegenheiten die Ruhe gestört wurde, bis heute noch nicht erbracht hat und denselben nie erbringen wird. Derartige Vorwände sind das Feigenblatt, mit welchem die Polizei die brutale Willkür zu verdecken sucht.

Die „Märzfeier" soll aber nicht nur in Deutschland verpönt werden, auch in der „freien" Schweiz, der Bourgeoisrepublik par excellence, ist man bemüht, öffentliche Kundgebungen des Volkes, welche der Erinnerung an die Märzkämpfe gelten, zu unterdrücken. In Bern wurde von Seite der angsterfüllten Bourgeoisie das Gerücht verbreitet, es würden am 17. März etwa 2000 „Communards" (so werden von dem „gebildeten" Pöbel die Sozialisten im Allgemeinen genannt, da nach den Begriffen dieser Leute die Benennung „Communard" der Inbegriff aller Abscheulichkeit ist), mit einer rothen Fahne in der Stadt herumziehen, auf welcher ein auf dem Rücken liegender gefesselter Bär abgebildet sei (der Bär ist das „Wappen" Berns). Die ganze „gute Gesellschaft" gerieth in Aufregung, welche ihren Höhepunkt erreichte, als ein Wirth die Anzeige machte, er sei von etwa 500 Mann um Ueberlassung seines Saales angegangen worden, habe das Gesuch jedoch abschlägig beschieden.

So plump dieser Bourgeois-Ulk war, die Regierung des Cantons Bern nahm denselben für baare Münze und verbot für den 17. und 18. März jeden Umzug. Mit dieser Blamage noch nicht zufrieden, ermächtigte sie die Militär-Direktion, zur Unterstützung der verfügbaren staatlichen und städtischen Polizeigewalt das nöthige Militär aufzubieten. Es wurden auch zwei Bataillone Landwehr aufgeboten, ein Polizei-Inspektor wurde zum Platzkommandanten ernannt und die umfassendsten Vorkehrungen wurden getroffen. Und dies Alles, weil es einigen Bourgeois gefiel, Gerüchte in Umlauf zu bringen, an denen kein wahres Wort war. Trotzdem die Sozialisten beschlossen hatten, von jeder öffentlichen Demonstration abzusehen und die Feier in einem Lokale abzuhalten, von welchem Beschlusse die Behörden, die doch alles, was auf die Arbeiterbewegung Bezug hat, erfahren, ebenfalls Kenntniß hatten, wurde Militär aufgeboten u. s. w. Die „freien Republikaner" denken auch: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten".

Dieses Vorgehen liefert den besten Beweis, daß die Bourgeoisie überall gleich reaktionär ist, gleichviel ob sie monarchische Gesinnungen zur Schau trägt, oder sich „republikanisch" nennen läßt. Die Freiheitsbestrebungen des Volkes sowie die Feier der Erinnerung an die Freiheitskämpfe sind ihr durchaus verhaßt und sie ist bemüht, beide zu unterdrücken. Freilich agitirt sie durch ein solches Vorgehen, ganz gegen ihren Willen, für die Sache des Volkes, indem sie dazu beiträgt, dieses zum Nachdenken über unsere so herrlichen Gesellschaftseinrichtungen zu bringen. Der Leipziger Polizeidirektor hat seinerzeit, als er noch ein glühender Revolutionsmann war, den Ausspruch gethan: „Die größten Reaktionäre sind immer die größten Revolutionäre!" und er hat vollkommen Recht.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Auflösung des herrschenden Systems geht in wünschenswerthester Weise vor sich. Nachdem es den Nationalliberalen glücklich gelungen, den „einzigen constitutionellen Minister", Camphausen, „herauszubeißen" und ihrem eigenen Bennigsen in die Suppe zu spucken, sucht der schwankende, von Tag zu Tag schlottriger werdende Fürst-Reichskanzler seine Stütze

mehr rechts. Eulenburg junior, der endgiltig das Ministerium des Innern angenommen hat, ist noch prononcirterer Reaktionär als sein längst beurlaubter Vorgänger Eulenburg senior; und Graf Stollberg-Wernigerode, der wahrscheinlich — der Kaiser soll ihn dazu „kommandirt" haben — Vicekanzler werden wird, ist nicht blos politisch reaktionär, sondern auch — o Graus! — ein Gegner des Culturkampfs und der liberalen Wirthschaftspolitik. Kein Wunder, daß die Nationalliberalen wie aus dem Häuschen sind und schon das Schreckgespenst einer ultramontan-schutzzöllnerisch-conservativen Reichsregierung Fleisch und Blut annehmen sehen. Uns ist es natürlich höchst gleichgiltig, ob wir unter nationalliberaler oder anderer Firma unterdrückt werden. Wir freuen uns blos der sich so rapide vollziehenden Zersetzung in den obersten Regionen. Charakteristisch ist, daß die Nationalliberalen sich jetzt über „Hausknechtsbehandlung" beschweren, dabei ganz vergessend, daß man stets nur so behandelt wird, wie man sich behandeln läßt. Graf Stollberg wird wohl dafür zu sorgen wissen, daß Fürst Bismarck ihm gegenüber seine Nerven in der Gewalt hält — nöthigenfalls, meinte ein Freund Stollberg's, „würde er ihm persönlich zu Leibe gehen." Diese preußischen Junker lassen sich nicht en — Lasker traktiren; und Graf Stollberg, der einer der ältesten Adelsfamilien entstammt und kolossal reich ist, sieht auf Bismarck herab — nicht umgekehrt.

Beiläufig erblickt man in Stollberg den „künftigen Reichskanzler". Denn daß es mit der Bismarck'schen Herrlichkeit auf immer zu Ende ist, das haben nachgerade alle Parteien im Reichstag und preußischen Landtag begriffen. Bismarck wird noch im Amt bleiben, bis „ein gewisses Ereigniß" eintritt, von dem man sich in die Ohren raunt, und dann ist's aus. Diese Frist wird er zu verschiedenartigen genialen Experimenten benützen, durch welche die Zersetzung beschleunigt wird. Namentlich auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Politik.

Von einer Auflösung des Reichstags wird wieder gemunkelt. Wir glauben indeß nicht daran. Die Nationalliberalen werden sich wohl hüten, es zum Aeußersten zu treiben; und anderseits hätte Bismarck von einem Appell an das Volk zum Behuf der Steuererhöhung („Ich brauche 300 Millionen Mark mehr." Merke dir's, Volk!) kein günstiges Resultat zu erwarten. Vermuthlich werden die Nationalliberalen in letzter Stunde noch ihre „constitutionellen Garantien" und den übrigen Plunder fahren lassen, und „in den Pott springen" — das heißt ein paar Ministerportefeuilles ohne Bedingungen annehmen. „Hunde sind wir ja doch", und, wenn die Fußtritte nun einmal nicht zu vermeiden sind, dann absolvirt man sie doch lieber hinter dem grünen Tisch und im feinusblirten Ministerhotel, als auf den etwas harten Ledersitzen des Reichstags. — Herr Falk, dem Fürst Bismarck die seidene Schnur in Gestalt einer Zwangs-Krankheit auf Flügeln eines geflügelten Worts zuschickte, soll vor Schreck wirklich krank geworden sein. Der gute Mann mag sich aber trösten. Wird der Culturkampf offiziell eingestellt — und der Brief des Papstes an Kaiser Wilhelm ist die Einleitung dazu — dann ist nicht er der Geschlagene, sondern ein höherer ER.

Nach den letzten Berichten ist nun auch für den unglücklichen Thränen-Camphausen ein Nachfolger gefunden in der Person des Berliner Oberbürgermeisters Hobrecht, eines ehemaligen „Altliberalen", der aber sehr conservativ geworden sein soll.

Die Nationalliberalen haben am Sonnabend bei der ersten Lesung des Nachtragetatgesetzes, welches vor Thorschluß ins Abgeordnetenhaus geworfen wurde, sich gegen die Regierungsvorlage, dieses neueste Kind der Bismarck'schen Nerven, erklärt; es fragt sich nun, ob ihre Entschlossenheit die zweite und namentlich die dritte Lesung überdauern wird. — Das Zustandekommen des Congresses ist fraglicher als je. Die Kluft zwischen Oesterreich und England einer- und Rußland andererseits erweitert sich von Tag zu Tag, so daß sehr bald selbst eine Vertagung des Conflikts kaum mehr möglich sein dürfte.

— „Der Neffe als Onkel". Graf Eulenburg, der Neffe des Grafen Eulenburg, des früheren Ministers des Innern in Preußen, ist zum Minister des Innern ernannt. Daß dieser Neffe die Rolle des Onkels sehr gut spielen wird, dafür bürgt seine hochkonservative Gesinnung. Diese Ernennung ist ein klatschender Schlag in die Gesichter der Nationalliberalen; ob dieselben davon roth werden, möchten wir bezweifeln, da sie allzusehr an Schläge gewöhnt sind.

— In der Reichstagssitzung vom 21. März verhandelten die Abgeordneten über den Feingehalt von Gold- und Silberwaaren. Genosse Most erklärt sich gegen den vorliegenden Gesetzentwurf, da er nicht weit genug gehe. Mit Freuden begrüße er es, daß die Regierung endlich eingesehen habe, daß das Prinzip des laisser aller und laisser faire sich nicht auf die Dauer durchführen läßt und daß es eben nur zu einem Gehen und Machen-Lassen des Schwindels und Betruges führt. Wie man schließlich dahin kommen wird, das Publikum zu schützen, indem man nicht mehr gestattet, daß Milch, Brod, Bier und Fleisch ohne Controle auf den Markt gebracht wird, so müsse man dies um so mehr Waaren gegenüber thun, bei denen der Betrug so leicht sei. Durch die Vorlage aber werde das nicht erreicht; dadurch würde nur dem Betrüge ein gesetzliches Mäntelchen umgehängt. Die Garantie der Privatcontrole genüge nicht; das Publikum sei nicht im Stande, die gesetzlichen Bestimmungen alle zu kennen, zumal da sich die Gesetzmacherei zu einer Großindustrie emporgeschwungen habe. Man habe gewiß Rücksicht genommen auf die Händler, die Geldjuden mosaischer und christlicher Confession, die man als Sachverständige zugezogen habe. Hätte man die Fabrikanten und Arbeiter gefragt, so hätten sich diese nach den Erfahrungen in anderen Ländern entschieden für den Legierungszwang und die Staatscontrole ausgesprochen. Most bittet die Commission, die Vorlage in diesem Sinne gründlich umzuarbeiten. — Es folgen einige unwesentliche Petitionsberathungen. — Der Reichstag wird sich in diesem Monat lediglich mit Etatsberathungen beschäftigen und dann im Monat April die Abänderungsvorlagen der Gewerbeordnung, nebst verschiedenen Anträgen, die aus der Mitte des Hauses eingebracht werden, berathen.

— Die Staatssozialisten gedenken nach Art der sozialistischen Zeitungen in Berlin ein „Arbeiterblatt" in's Leben zu rufen. Der Gimpelfang, der in den Versammlungen so kläglich mißglückte, soll also auf diese Weise noch einmal versucht werden. Wir können selbstredend nichts dagegen haben, wenn den Herren „Aucharbeiterfreunden" nach einem zweiten Mißerfolge gelüstet, den sie auch so sicher einheimsen werden, als es feststeht, daß die denkenden Arbeiter, auf die es ja allein ankommt, schon längst die Sozialdemokratie auf ihren Schild gehoben haben.

— Dem Sozialismus ist neuerdings eine Anerkennung zu Theil geworden, die erwähnt zu werden verdient. Der „Katholsky Posol" (Katholischer Bote), ein wendisches Blatt, hatte nämlich die Behauptung aufgestellt, daß ein Katholik aufhöre katholisch zu sein, wenn er der Sozialdemokratie beitrete. Dem trat ein Anonymus entgegen, indem er erklärte, daß er dem Katholizismus in keiner Weise entsagt hätte, gleichwohl aber mit vielen Fundamentalforderungen des Sozialismus einverstanden sei. Daß der Sozialismus und Katholizismus sich scheiden wie Feuer und Wasser, wagen nur perfide Gegner des ersteren zu bezweifeln, um so bedeutungsvoller ist es daher, wenn ein „guter Katholik" sich genöthigt sieht, den sozialdemokratischen Bestrebungen in der Hauptsache zuzustimmen, weil er sie als solche erkannt hat, was sie sind — als wahr und gerecht.

— Ein französischer Parteigenosse, Fr. St., beklagt sich in einer an uns gerichteten und in unsere Hände gelangten Zuschrift bitter darüber, daß ihm schon seit mehreren Monaten der „Vorwärts" nicht zugegangen sei; er zweifelt überhaupt an der Möglichkeit, sozialistische Zeitungen aus Deutschland zu erhalten, und er habe Grund anzunehmen, daß drei zu Ende des verflossenen Jahres von ihm an die Redaktion des „Vorwärts" gesandte Correspondenzen den Bestimmungsort nicht erreicht hätten. Die letztere Annahme ist richtig. Alles das liefert den den Beweis, daß die Bourgeoisrepublik in allen infamen Praktiken dem so jämmerlich verendeten Kaiserreich in nichts nachsteht.

— Der Inhalt des Friedensvertrages von San Stefano. Die Substanz des publizirten Friedensvertrags von San Stefano läßt sich, wie folgt, rubriziren:

Art. 1. Montenegro erhält Nikšik, Gatzko, Podgoritza und Antivari. Art. 2. Montenegro wird unabhängig. Künftige Streitigkeiten unterliegen der schiedsrichterlichen Entscheidung Oesterreichs und Rußlands. Art. 3. Die neue serbische Grenze erstreckt sich bis Novi Bazar, Klein-Zwornik und Zakas. — Das Inselfort Adakaleh wird geschleift. — Das Fürstenthum Serbien wird für unabhängig erklärt. — Art. 4. Die muselmännischen Landbesitzer in dem cedirten Lande behalten ihren Besitz, welcher durch Andere gepachtet oder verwaltet wird. Art. 5. Rumänien wird unabhängig. Sein Recht zur Kriegsentschädigung wird anerkannt. Art. 6. Bulgarien wird ein autonomes Fürstenthum, mit tributärer christlicher Regierung. Es erhält eine Nationalmiliz. Seine Grenzen sind vor der Evakuation Rumeliens durch eine russisch-türkische Spezialkommission festzustellen. Sie erstrecken sich vom Karadagh zur schwarzen Drina zum See Beschik, zur Mündung des Struma (Kacaffu) an der Seeküste bis zum Burugöl, zum Rhodope-Gebirge und Kara-Balkan, zum Flusse Arda nach Tschirman, nördlich von Adrianopel bis Hakim-Tabiassi, am Schwarzen Meere, von Mangalia südlich des Tultscha-Sandschaks zur Donau oberhalb Rasgrad. Art. 7. Der Fürst von Bulgarien wird vom Volke gewählt, von der Pforte bestätigt und bedarf der Genehmigung der Großmächte. Kein Mitglied der regierenden Dynastien der Großmächte ist wählbar. Eine Notabelnversammlung wird unter Aufsicht russischer und im Beisein türkischer Commissäre eine neue Landesorganisation entwerfen, gemäß der der Donaufürstenthümer. Die Einführung derselben wird während 2 Jahren durch einen russischen Commissär überwacht. Nach dem ersten Jahre können im Falle Uebereinkommens Spezialdelegirte anderer Mächte dem Commissär beigegeben werden. Art. 8. Die türkischen Truppen verlassen Bulgarien. Die dortigen Festungen werden geschleift; das Kriegsmaterial und das Staatseigenthum verbleibt der Türkei. Bis zur Formation einer Nationalmiliz, voraussichtlich während 2 Jahren, verbleiben russische Truppen in Bulgarien. Art. 9. Die Höhe des bulgarischen Tributs ist später durch Uebereinkommen der Mächte festzustellen. Art. 10. Die Türkei ist berechtigt, die Straßen der Bulgarei zu benutzen mit bestimmten Restriktionen. Art. 11. Die Verhältnisse des Landbesitzes der Muselmänner werden analog den hierüber für Serbien getroffenen Bestimmungen geordnet. Art. 12. Die Donaufestungen werden geschleift; die internationale Commission der unteren Donau bleibt intakt. Art. 13. Die Pforte stellt die Schiffbarkeit der Sulina-Mündung her. Art. 14. In Bosnien und der Herzegowina werden Reformen eingeführt in Gemäßheit des Vorschlages der Mächte in der ersten Sitzung des Konstantinopeler Conferenz, jedoch mit solchen Modifikationen, wie dieselben unter Oesterreich, der Türkei und Rußland verabredet werden. Art. 15 betrifft die Besserung der Zustände in Kreta, Epirus und Thessalien. Art. 16 bezieht sich auf die Schutzmaßregeln der Türkei für Armenien gegen die Kurden und Tscherkessen. Art. 17. Für die in den letzten Ereignissen compromittirten türkischen Unterthanen wird volle Amnestie gewährt. Art. 18. Die Türkei regulirt die persisch-türkische Grenze und zieht bezüglich Khotur's die Ansicht der vermittelnden Mächte in Betracht. Art. 19. Die Kriegsentschädigung beträgt 1410 Millionen Rubel. Davon werden für cedirte Territorien 1100 Millionen Rubel angerechnet. Cedirt wird das Sandschak Tultscha, wobei sich Rußland das Recht des Austausches gegen den im Jahre 1856 cedirten Strich Bessarabiens vorbehält. Cedirt werden ferner (in Asien) Ardahan, Kars, Bajazib, Batum und das Land bis zur Kette des Soghanlü-Dagh. Art. 20 betrifft die Abwickelung von streitigen Angelegenheiten russischer Unterthanen. Art. 21 enthält sekundäre Bestimmungen bezüglich der Verhältnisse von Einwohnern in den cedirten Territorien. Art. 22 sichert den Mönchen vom Berge Athos und den russischen Pilgern Schutz zu. Art. 23. Die früheren Verträge bezüglich des Handels u. s. w. werden wieder hergestellt. Art. 24. Der Bosporus und die Dardanellen bleiben in Friedenszeiten den Handelsschiffen offen. Art. 25. Die russischen Truppen räumen die europäische Türkei, Bulgarien ausgenommen, in 3 Monaten, die asiatische Türkei in 6 Monaten nach Herstellung des definitiven Friedens. Art. 26 enthält provisorische Bestimmungen bezüglich der Verwaltung der okkupirten Territorien bis zu deren Räumung. Art. 27. Die Pforte verspricht, türkische Unterthanen wegen etwaiger Beziehungen zur russischen Armee nicht zu verfolgen. Art. 28 enthält Bestimmungen über die Freigabe der Kriegsgefangenen. Art. 29. Die Ratifikationen der Friedenspräliminarien sollen binnen 14 Tagen in Petersburg ausgetauscht werden.

Welche Gesetzesunkenntniß oft selbst höhere Beamte an den Tag legen, das beweist nachstehendes rectificirendes Cirkular der Königl. Regierung zu Schleswig an sämmtliche Landrathsämter und selbstständigen Polizeiverwaltungen der Provinz Schleswig-Holstein. Auf dieses Cirkular hat auch der Abgeordnete Hasenclever Bezug genommen, als er das Auftreten der Polizei bei der Wahl im 6. Schleswig-Holsteinischen (Ottensen-Pinneberg) Wahlkreise am 13. März im Reichstage einer längeren und scharfen Kritik unterzog. Das sehr bezeichnende Cirkular lautet:

„Schleswig, den 26. Januar 1877.

„Auf die berichtliche Anfrage vom 9. d. M., Journ-Nr. 15248, betreffend sozialdemokratische Agitationen, erwidern wir dem Königlichen Landrathsamt, daß die dem vorgelegten Cirkular vom 5. d. M. zum Grunde liegende Auffassung der in Betracht kommenden Bestimmungen des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 und der Gewerbeordnung nicht für richtig erachtet werden kann.

„Nach § 43 der Gewerbeordnung bedarf nur derjenige, welcher gewerbmäßig Druckschriften u. s. w. vertheilen will, dazu einer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde resp. eines über diese Erlaubniß auszustellenden Legitimationsscheins. Da es sich aber im vorliegenden Falle um unentgeltliche Verabfolgung von Druckschriften, also um nicht gewerbmäßige Verbreitung derselben handelt, wie solche eben der § 5 des Preßgesetzes, auf welchen das Cirkular des Königlichen Landrathsamts

---

Die Lage der ländlichen Arbeiter in Posen.

(Fortsetzung.)

Das Brod besteht aus Roggen- und Gerstenschrot, welcher mittelst zweier Schleifsteine in jeder Familie hergestellt wird. Backöfen kennt man selten; gebacken wird das Brod in Kuchenform auf der Kochplatte, und wie unvollkommen dies geschieht, kann man daraus ersehen, daß ein solcher Kuchen in der Dicke und dem Umfang eines tiefen Tellers 1½ bis 2 Pfd. schwer ist, während ein gleiches Stück guten Brodes nur ½ bis ¾ Pfd. wiegt. — Zu Mittag giebt es natürlich wieder Schur oder eine Mehlsuppe mit Kartoffeln, Abends desgleichen. Fleisch kommt nur dann auf den Tisch, wenn der Domänenbesitzer ein krankes Stück Vieh schlachten und das Fleisch per Pfund zu 10—15 Pf. verkaufen läßt.

Die Kleidung entspricht den kläglichen Verhältnissen, in welchen sich die Armen befinden. Eine grobleinene Hose, zwei ditto Hemden, eine Kattun- oder Tuchweste und ein blauer Tuchrock, der nicht selten mehrere Generationen alt ist, bilden den Kleiderreichthum des Mannes. Am Samstag werden die Hemden gewaschen, während welcher Prozedur die Kinder, die in der Regel nur ein Hemd haben, nackt herumlaufen müssen. Der höchste Kleiderluxus beim Manne ist ein blauer Mantel, welchen er, wenn er den Besitz eines solchen im letzten Drittel seines Lebens erreicht hat, mit Stolz am Sonntag in die Kirche oder zum Markt des nächsten Städtchens umhängt. Den Sorgenbrecher in diesem elenden Dasein bildet der Branntwein; Mann und Weib, Kind und Greis ergötzen sich an ihm als dem einzigen Labsal, das ihnen hier auf Erden zugängig ist. Selbst den Säuglingen wird er als etwas besonders Gutes eingeträufelt.

Und doch sind diese Gärtner noch beneidenswerth gegenüber dem Stande von Proletariern, die die dritte Klasse ausmachen, es sind dies die Gesindeleute, Schaffer (Vögte), welche die Aufsicht über die Pferdeknechte, Ochsenknechte oder eine Abtheilung der Arbeiter führen. Sie rekrutiren sich aus den Knechten und Gärtnern; oft hilft ihnen zu dem Posten nicht eine besondere Kenntniß der landwirthschaftlichen Arbeiten, sondern ihre Bereitwilligkeit, ein Mädchen zu heirathen, daß der Brodherr oder sein Beamter vorher betrogen hat.

Ferner sind noch die Schäfer, der Hofwächter, Schaf-, Ochsen-, Pferdeknechte und die Mägde. Grundsätzlich werden nur verheirathete Leute in Dienst genommen; die etwa vorhandenen ledigen Gesindeleute sind ältere Kinder der verheiratheten Domestiken, oder werden diesen in Kost gegeben. Beim Halten von verheiratheten Leuten hat der Brodherr eine größere Garantie für die Seßhaftigkeit derselben und erspart die Auslagen für Küche, Köchin, Kochutensilien, Bettstellen, Betten, Licht, Brennmaterial u. s. w.

Bevor ich zum Aufzählen der Einkünfte eines Knechtes, als der zahlreichst vertretenen Klasse der Domestiken, übergehe, erwähne ich noch, daß die Wohnungen allen Leuten gleich zugetheilt sind; nur der Schäfer, die Vögte, Schaffer erhalten die bequemer gelegenen, meist unter einem Dache mit dem Beamten oder in dessen Nähe, da sie dessen Generalstab bilden. Gemiethet werden alle Domestiken ohne Abschluß eines besonderen Vertrages auf Grund des Gesindegesetzes vom 8. November 1810 durch ein Miethgeld, welches bei den Vögten ꝛc. 6 Mark, bei den Knechten und Mägden 3 Mark beträgt. Dieses Gesetz ist durch die Gewerbeordnung nicht aufgehoben und enthält eigentlich nur Pflichten und Strafandrohungen für das Gesinde, aber keine Rechte. Der § 77 gestattet sogar die Prügelstrafe; diese aber ist doch noch eingeschränkt, wenn auch durch die sehr dehnbare Bemerkung: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn u. s. w."; toller aber ist der § 78. Dieser besagt:

„Auch solche Ausdrücke und Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermuthung, daß sie die Ehre des Gesindes dadurch habe kränken wollen."

Die §§ 77 und 78 allein mußten die braven „Culturkämpfer", wenn sie ein Atom von Wahrhaftigkeit in ihrer Handlungsweise hätten, veranlassen, eine Revision dieses Gesetzes vornehmen zu lassen.

Doch wenden wir uns zu den Einkünften des Knechts; es erhält der

		Ochsenknecht	Schäferknecht	Pferdeknecht
1.	Lohn pro Kalenderjahr Mk.	48,00.	60,00.	60,00.
2.	Miethgeld	3,00.	3,00.	3,00.
3.	freie Wohnung im Werthe von 18 Quadratruthen Gartenland, 90 Quadratruthen Acker,	30,00.	30,00.	30,00.
4.	108 Quadratruthen, die im allergünstigsten Falle 75 Schffl. (Ctr.) Kartoffeln pro 180 Quadr.-R., also 45 Ctr. pro 108 Quadr.-R. bringen; davon ab Saat 5 Ctr., bleiben zum Consum 40 Ctr. à 2 Mk.	80,00.	80,00.	80,00.
5.	14 Schffl. Roggen à Schffl. 6 M.	84,00.	84,00.	84,00.
6.	4 Schffl. Weizen à Schffl. 7½ M.	30,00.	30,00.	30,00.
7.	2 Schffl. Erbsen à Schffl. 6 M.	12,00.	12,00.	12,00.
8.	4 Schffl. Gerste à Schffl. 6 M.	24,00.	24,00.	24,00.
9.	Nutzen von 6 Hühnern = 6 Schock Eiern à M. 1,50	9,00.	9,00.	9,00.
10.	Durch den Verk. von 4 Gänsen à 2 M.	8,00.	8,00.	8,00.
11.	Nutzen von 1 Kuh bei freiem Futter: 365 Liter Milch à 8 Pf.	26,80.	26,80.	26,80.
12.	Heizmaterial in Reißigholz	30,00.	30,00.	30,80.
	Mk.	384,80.	396,80.	396,80.

Vorstehende Posten sind noch hoch gegriffen. Ehe wir uns aber zu der Frage wenden, wie bringt es eine Familie fertig, mit diesen Mitteln zu existiren, wollen wir noch einige erläuternde Bemerkungen an die einzelnen Positionen knüpfen.

Der Gesindelohn wird selbstverständlich postnumerando vierteljährlich ausgezahlt. Mit Hangen und Bangen statt mit Freuden sieht dem Quartalschluß der Mann entgegen; zunächst ist er

hinweist, zum Gegenstand hat, so fehlt es an einem gesetzlichen Grunde, für diesen Betrieb ebenfalls die polizeiliche Genehmigung als erforderlich zu bezeichnen. Es kann in dieser Beziehung um so weniger ein Zweifel obwalten, als die Verhandlungen des Reichstages über das Preßgesetz ersehen lassen, daß der dem Reichstage vorgelegte Entwurf desselben zwar eine Bestimmung enthielt, welche auch für die nicht gewerbliche Verbreitung von Druckschriften die polizeiliche Erlaubnißertheilung zur Bedingung machte, diese Bestimmung jedoch sowohl von der resp. Commission als auch vom Reichstage abgelehnt worden ist.

„Hiermit steht selbstverständlich die im § 5 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 den Polizeibehörden ertheilte Befugniß, die nicht gewerbmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften aus den im § 57 der Gewerbeordnung aufgeführten Gründen zu verbieten, nicht in Widerspruch. Es wird nur festzuhalten sein, daß, abgesehen von diesen Gründen, der übrige Inhalt, sowohl des § 57 wie der Gewerbeordnung überhaupt, für die Behandlung nichtgewerbmäßigen Betriebes gar nicht in Betracht zu ziehen ist.

„Als weitere Folge ergiebt sich hieraus, für das von Seiten der Polizeibehörden den nicht gewerbmäßigen Verbreitern von Drucksachen ꝛc. gegenüber zu beachtende Verfahren, daß die letzteren eines Legitimationsscheins überall nicht bedürfen, ihnen ein solcher also auch nicht abgefordert werden kann, daß dieselben ferner hinsichtlich ihrer persönlichen Legitimation nur den allgemeinen, für Jedermann geltenden, gesetzlichen Bestimmungen unterworfen, endlich, daß nicht sie zu nöthigen sind, den Nachweis des Nichtvorhandenseins der Gründe, welche nach § 5 des Preßgesetzes resp. § 57 der Gewerbeordnung ein Verbot ihres Betriebes rechtfertigen würden, ihrerseits zu erbringen, sondern daß es Sache der Polizeibehörden sein wird, event. Thatsachen zu ermitteln, welche den angeführten Gesetzesstellen zufolge ein Verbot der nicht gewerbmäßigen Verbreitung von Druckschriften ꝛc. rechtfertigen.

„Wir ersuchen das Königliche Landrathsamt, die Wohldemselben nachgeordneten Polizeibehörden unter Berücksichtigung des Vorstehenden mit einer veränderten Instruktion zu versehen.

Königliche Regierung ꝛc.

„An sämmtliche Königliche Landrathsämter, die Königliche Kirchspielvogtei zu Burg a. F. und die Polizeiverwaltungen zu Altona, Kiel, Ottensen und Flensburg."

Ein solch derber Rüffel ist wohl selten ertheilt worden. Wir machen unsere Parteiorgane, das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" und die „Kieler Volkszeitung" auf das Cirkular besonders aufmerksam, da dasselbe die weiteste Verbreitung in Schleswig-Holstein verdient und bei den nächsten Reichstagswahlen uns zu Statten kommen dürfte.

— Die Genossen Dreesbach und Oppenheimer traten am 17. d. M. in Edenkoben (Schweiz) in einer gut besuchten Versammlung auf. Der Erfolg muß ein durchschlagender gewesen sein, da das dortige gegnerische Lokalblättchen, so sich „Gegenwart" benamset, an den beiden Referenten kein gutes Haar läßt. Hoffentlich geht uns über die Versammlung ein Originalbericht zu.

— Nachdem die Voruntersuchung gegen den Genossen Most wegen der von ihm im Saale des Berliner Handwerkervereins gehaltenen Rede, betreffend den Massenaustritt aus der christlichen Kirchengemeinschaft, abgeschlossen worden, hat die Staatsanwaltschaft beim hiesigen Stadtgericht gegen Most die Anklage wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und Beleidigung evangelischer Geistlichen aus §§ 166 und 186 des Reichsstrafgesetzbuchs erhoben.

— Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts", Genosse Helßig, ist Donnerstag den 21. März aus der Untersuchungshaft wieder entlassen worden.

— „Erzgebirgische Freie Zeitung", Volksblatt für die Städte Schneeberg, Neustädtel, Lößnitz, Aue, Eibenstock und Umgegend — so lautet der Titel eines neuen sozialistischen Parteiorgans, von welchem am 17. März die Probenummer ausgegeben worden ist. Für den 19. sächsischen Wahlkreis (Abg. Liebknecht) wird das Erscheinen des Blattes besonders von Wichtigkeit sein.

Correspondenzen.

New-York, den 1. März. Die Noth nimmt hier geradezu schreckenerregende Dimensionen an; Tausende und aber Tausende von Arbeitern sind arbeits- und brotlos und diejenigen, welche sich noch in Arbeit befinden, müssen sich von Woche zu Woche Lohnreduktionen gefallen lassen. Während früher z. B., um der Eisenbranche zu erwähnen, ein gewandter Former oder Eisengießer täglich 2½ bis 3 Dollars und ein Tagarbeiter 1½ bis 2 Dollars verdiente, müssen sie sich jetzt mit 1½ resp. 1 Dollar und darunter begnügen. Trotz alledem kümmern sich die Protzen nicht im mindesten um die Noth des Volkes und sind bemüht, die Arbeit so billig als möglich zu erhalten und so theuer als thunlich zu verkaufen. Diesen Zweck erreichen sie am besten durch die Gefängnißarbeit, mit welcher der „freie" Arbeiter unmöglich konkurriren kann. Die Firma Perry u. Co. in New-York erließ vor Kurzem eine „Bekanntmachung", die ich hiermit unter Hinweglassung der echt amerikanischen Marktschreiereien im Auszuge mittheile:

„Wir, die Unterzeichneten, sind für den Zeitraum von fünf Jahren mit dem Staat New-York für die Beschäftigung von

„Neunhundert Sträflingen

in Contrakt getreten und werden dieselben in allen Zweigen mechanischer Arbeiten, welche zur Fabrikation von Oefen, Ranges, heiße Luft-Oefen, Hohlwaaren, Zinn- und Eisenblechwaaren, platirte Nickelwaaren u. s. w. erforderlich sind, verwenden.

„Mit Hinzurechnung von einhundert bürgerlichen Arbeitern werden ein Tausend Mann an jedem Arbeitstage im Jahre in der besteingerichteten und ausgedehntesten Eisengießerei der Welt beschäftigt werden.

„Die nationale Ofen-Association hat in feierlichem Conclave erklärt, daß ihre Mitglieder mit uns hinsichtlich des Preises nicht konkurriren können, und hat ihr erfahrener Präsident angerathen, daß „solche Fabriken, welche sich den bestehenden Verhältnissen nicht zu fügen im Stande seien", besser thäten, sich vom Geschäfte gänzlich zurückzuziehen. Unsere Konkurrenten sind von einem solch panischen Schrecken übermannt, daß sie mit dem Gedanken umgehen, bei der Legislatur um Passirung eines Special-Gesetzes zu ihren Gunsten einzukommen. Dieser Bewegung müssen ernste Umstände zu Grunde liegen, welche zu untersuchen den Ofenkäufern anheimgestellt wird.

„Seit mehreren Jahren sind wir, in Gemeinschaft mit anderen Fabrikanten der Umgegend, dem empörenden Despotismus der Moulder Union unterworfen gewesen, welche uns bei einer Aussicht, unsere Werke in Folge eines „Strikes" schließen zu müssen, zwangen, bei 25 bis 50 Proz. mehr für unsere Arbeit zu bezahlen, als in andern Theilen des Landes üblich war. Außerdem wurde uns diktatorisch anbefohlen, wen wir beschäftigen, und wen wir nicht beschäftigen dürften: Das Resultat dieses Krieges gegen den „Freihandel" war ein nach Millionen zu berechnender Verlust für die hiesige Geschäftsgegend und nebenbei ein direkter Schaden für das Publikum, welches gezwungen war, „Kriegskosten gleiche Preise" für Oefen zu bezahlen.

„Wir betrachten uns als das Instrument, alle diese Unzuträglichkeiten zu einem Ende zu bringen. Die Kosten der Herstellung von Oefen im Allgemeinen sind auf eine vernünftige Basis zurückgeführt und wir selbst haben uns entschlossen, daß das Publikum den vollen Antheil an diesen verbesserten Zuständen haben soll"

Es folgt nun eine lange Reklame, welche ich hier weglasse. Diese schamlose und in der höhnendsten Weise abgefaßte Proklamation bedarf keines Commentars, weil jeder denkfähige Mensch aus derselben den nackten Egoismus der Kapitalisten herauslesen kann. Eine Frage wird aber an dieser Stelle am Platze sein und zwar: Wer ruinirt die kleinen Geschäftsleute, die den Konkurrenzkampf nicht aushalten können, der „hohe Lohn" der Arbeiter oder der Egoismus der Kapitalisten? Derjenige, der reell arbeiten will, kann mit der Gefängnißarbeit unmöglich konkurriren. Die Staaten werden mit den Produkten von Sing-Sing (Staatsgefängniß im Staate New-York) überfluthet, die Eisen-Industrie wird gehemmt und während 900 Sträflinge im Interesse einer Firma zu Spottpreisen arbeiten, hungern „ebensoviele" freie „Arbeiter". Die gewöhnlichen Oefen erzielten hier den Preis von 15 Dollars per Stück, während die durch die Gefängnißarbeiter erzeugten mit fünf Dollar auf den Markt geworfen werden, für welchen Preis sie außerhalb des Gefängnisses unmöglich hergestellt werden können.

Ferner kann ich Ihnen mittheilen, daß am 1. März in New-York 200 Dockarbeiter, welche bei der „Ancher Line" beschäftigt waren, die Arbeit niederlegten. Sie erhielten seither 30 Cents (= 1 Mk. 20 Pf.) pro Stunde. Der Durchschnitts-Wochenlohn belief sich auf 9 Dollar. Während der letzten Zeit war die Arbeit so unbeständig, daß in manchen Fällen nur 2 bis 3 Dollar per Woche verdient wurden. (Ein Dollar gleich 4 Mark.) Außerdem ist die Arbeit eine äußerst anstrengende; vier Mann hatten z. B. 250 Tonnen Kohlen (= 5000 Ctr.) in 10 Stunden zu schaufeln. Außerdem kam an manchen Tagen nur ein Schiff, an andern zwei bis drei Schiffe an, so daß die Hälfte der Arbeiter beständig ohne Beschäftigung war. Trotz diesen schlimmen Verhältnissen reduzirte die Compagnie die Löhne von 30 auf 20 Cents per Stunde, wodurch der Durchschnitts-Wochenlohn auf 7 Dollar gesunken wäre. Da die Leute mit diesem Lohne nicht leben konnten, legten sie allesammt die Arbeit nieder. Die Compagnie engagirte sofort gegen 300 Arbeiter; diese werden jedoch bald wieder entlassen werden müssen, weil 16 in der Arbeit unerfahrene Männer kaum so viel zu leisten im Stande sind als vier alte geübte Arbeiter. Eine Zeit lang wirds die Compagnie freilich aushalten und lieber ziemliche Geldopfer anwenden als nachgeben. Hoffentlich wird sie aber durch die Entschlossenheit der Arbeiter schließlich doch zum Nachgeben gezwungen werden.

In Folge der Einstellung der Kohlenproduktion seitens der Besitzer fast sämmtlicher Anthracit-Kohlenfelder sind jetzt 40 bis 50,000 Arbeiter brodlos.

Wie überall sind auch die amerikanischen „Arbeitgeber" bemüht, den Arbeitstag zu verlängern. Als Gegengewicht gegen diese ausbeuterischen Bestrebungen wird von den Arbeitern eine von Zehntausenden von Unterschriften bedeckte Eingabe der Legislatur (gesetzgebender Körper) vorgelegt werden, welche die gesetzliche Einführung eines blos neunstündigen Arbeitstages verlangt. Es thut wirklich außerordentlich noth, daß sich das arbeitende Volk vereinige, endlich einmal das Joch mit vereinter Kraft abschüttle und das Parasitenthum, welches sich von seinem Schweiße nährt, unschädlich mache. T.

Stettin, 7. März. Um in die, durch die „Zielowski-Affaire" schon seit längerer Zeit andauernde Zerfahrenheit und Gedrücktheit unserer hiesigen sozialen Bewegung einigermaßen Bresche zu legen, hatten wir zu gestern Abend eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Der Massenaustritt aus der Landeskirche" einberufen, welche sehr gut besucht war. Nachdem Herr Jentzsch, Tischler, das Referat in Anlehnung an die Berliner Vorgänge in einstündiger glänzender Rede zur großen Zufriedenheit der Anwesenden erledigt hatte, versuchte Herr Reiseprediger (für innere Mission) Fürer, welcher den anerkennenswerthen Muth besitzt, bei religiösen Fragen uns stets entgegenzutreten, den Referenten zu widerlegen, sowie einige „Mäßigkeitsvereinler", „Freunde des Reiches Gottes", „Apostolische" oder wie sie sich sonst nennen mögen, mit scheinheiligem Augenverdrehen vor dem „gänzlichen Abfall" zu warnen. — Der Antrag zur Wahl einer Kommission, welche den Austritt aus der Kirche vorbereiten soll, wurde mit großer Majorität angenommen (dagegen natürlich die „Frommen"). Das Schlußtableau bildete das Auftreten Zielowski's, welcher seinen Uebergang zum Renegatenthum (spec. zu den Frommen) öffentlich dokumentirte, indem er ausführte: Ein Wechsel auf den Himmel erschiene ihm sicherer als einer auf Aktien. Daß eigenthümliche Gefühle uns bewegten, als wir den Mann, welcher jahrelang gegen die „Pfaffen" geeifert, nun öffentlich für dieselben Partei nehmen sahen, bedarf wohl keiner Erwähnung; Ausrufe des Erstaunens, des Abscheus, und der Verachtung begleiteten seine Rede. — Trotz dieser öffentlichen Fahnenflucht stehen wir doch jetzt und immerdar treu und fest zur Fahne der Sozialdemokratie! Sie lebe hoch!

Frankfurt a. O., 12. März. In dem vor einigen Tagen dem „Vorwärts" zugegangenen Bericht über die von Grüneberg und Küster einberufene Versammlung zur Gründung einer Mitgliedschaft der christlich-sozialen Partei war angeführt, daß die Parteigenossen eine weitere Versammlung einberufen würden, um genannten Herren die Meinungsäußerung der Frankfurter Arbeiter etwas deutlicher zu beweisen. Diese Versammlung fand Montag den 11. d. Abends 7½ Uhr im Saale des „Volksgartens" statt. Punkt 8 Uhr war der Saal derart gefüllt, daß an Vor- oder Rückwärtsbewegungen nicht mehr gedacht werden konnte. Ueber 1000 Personen hatten sich trotz strömenden Regens eingefunden. Genosse O. Siegerist leitete die Versammlung ein mit dem Hinweis auf den Verlust, den die Partei durch den Tod unseres Genossen Heinsch in Berlin erlitten, und ehrte die Versammlung das Andenken an den Verblichenen durch Erheben von den Sitzen. In 1½stündiger Rede beleuchtete nun Siegerist das Programm unserer Partei und kritisirte dasjenige der „Christlich-Sozialen". Er führte an der Hand der Geschichte unserer Partei den Beweis, daß, da keine Mittel bisher verfangen wollten, den Sozialismus zu tödten, die neue Partei gegründet wurde, um die sozialistische auseinanderzusprengen. Bei Beleuchtung unseres Steuersystems, der Unterrichtsverhältnisse, so wie der Frauen- und Kinderarbeit, wobei sich Redner ganz besonders an die Frauen wandte, welche in hier noch nicht dagewesener Stärke vertreten waren, ist mancher armen Hausfrau ein anderes Licht aufgegangen, als sie bisher hat leuchten sehen. — Die Bourgeoisie war stark vertreten, ebenso hatte sich die Pfaffengarde eingefunden, welche sich aber nur an den Eingängen des Lokals postirte. Die Avantgarde der Schwarzen, nämlich Küster und Grüneberg, ist jedenfalls herbeitelegraphirt worden, und war Küster der Erste in der Debatte. Die Arbeiter Frankfurts mögen aber wohl von seinen Bekehrungsversuchen nicht derart erbaut gewesen sein, wie er erwartete, denn die Entrüstung über das blöde und provozirende Geschwätz machte sich Luft. Unser Polizei-Inspektor vermuthete wahrscheinlich eine ernste Gefahr für unser Staatsschiff, denn er drohte mit Auflösung, wenn die Ruhestörungen fortdauern würden. Genosse Siegerist forderte die Versammlung auf, in ruhiger Weise, wie das bisher immer Sitte gewesen, jeden Gegner anzuhören, was auch geschehen wäre, wenn der Polizei-Inspektor es nicht für gut befunden hätte, „wegen Verhöhnung seiner Person" die Versammlung plötzlich aufzulösen. — Eines weiteren Commentars bedarf dieses Verfahren jedenfalls nicht; der Sozialismus ist nun in Frankfurt mausetodt gemacht — wenn nicht die am Sonnabend den 16. d. stattfindende Volksversammlung das Gegentheil beweisen wird. Nur so fortgefahren, es wirkt nichts agitatorischer für unsere Partei, als gerade diese Mittel.

Forst N.-L. Mittwoch, den 6. März cr., fand hierselbst eine von dem früheren Redakteur des „Neuen Sozialdemokrat", Herrn Küster, und von dem früher in München und Stuttgart gewesenen sozialdemokratischen Agitator, Herrn Grüneberg, einberufene öffentliche Arbeiterversammlung statt, zu welcher „alle diejenigen, welche ein warmes Herz für die Arbeiter haben", eingeladen worden waren. Selbstredend hatten sich die Arbeiter auch massenhaft eingefunden, um die beiden Renegaten persönlich kennen zu lernen und ihnen die gebührende Abfertigung zu Theil werden zu lassen, zu welchem Zweck Genosse Paul aus Berlin erschienen war. Allein die Sache wurde vereitelt, denn die Herren, welche „ein warmes Herz für das Wohl der Arbeiter" zu haben vorgeben, glaubten als Einberufer auch den Vorsitz führen zu müssen. Uns, die wir die überwiegende Majorität hatten, wollte dies aber nicht einleuchten und wir protestirten gegen diesen Terrorismus entschieden. Als sich Herr Paul und Herr Hugo Schmidt aus Forst N.-L. zum Wort gemeldet hatten, schlossen die Herren, welche „für das Wohl der Arbeiter sorgen wollten", die Versammlung schleunigst. Es ist nicht unsere Absicht, Jemandes Fehler aufzudecken, aber wer öffentlich vorgiebt, für das Wohl der Arbeiter sorgen zu wollen, der darf sich privatim nicht Dinge zu schulden kommen lassen, die das Gegentheil von Arbeiterfreundlichkeit beweisen. So soll unter Anderm ein Vorstandsmitglied des hiesigen Lokalvereins der christlich-sozialen Arbeiterpartei ein solch „warmes Herz für die Arbeiter" haben, daß es Dienstmädchen körperlich züchtigt; ja, eine Arbeiterfrau hat das Nämliche von diesem „frommen" Herrn erfahren müssen. Gegenwärtig steht dieser Herr wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung vor dem Staatsanwalt. Ihre Umgebung, Herr Hofprediger Stöcker, wird immer netter! Wir gratuliren!

Die „Sorauer Zeitung" wiegt sich in dem Glauben, endlich das Mittel gefunden zu haben, die Sozialdemokraten zu vertilgen, denn sie schreibt ganz vergnügt: Den Sozialdemokraten sitzt nun das Messer an der Kehle. Um das Gegentheil zu beweisen, hatten wir zu Sonntag, den 17. März cr., eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die christlich-soziale Arbeiterpartei." Genosse Alb. Paul hatte bereitwilligst das Referat übernommen. Diese Versammlung war eine der besten, welche wir hier abgehalten haben, so daß Viele, ohne einen Platz zu erhalten, wieder umkehren mußten. Von den Christlich-Sozialen hatte sich anscheinend Niemand eingefunden, denn eine Widerlegung der Ausführungen des Herrn Paul hat nicht stattgefunden. Wir müssen somit annehmen, daß gerade sie die Oeffentlichkeit scheuen, was sie uns so gern vorwerfen. Nur immer so weiter, Ihr Christlich-Sozialen, das Jahr 1880 wird den Beweis liefern, daß Ihr nur für uns gewirkt habt. — Die Versammlung verlief, wie immer, in der ruhigsten und schönsten Weise, so daß man zu der Annahme berechtigt ist, daß die vorgekommene Störung in der von den Christlich-Sozialen einberufenen Versammlung auf der anderen Seite zu suchen ist.

Dessau. Am 16. März fand hier eine öffentliche Gerichtssitzung gegen die im vorigen Jahre inhaftirten Direktoren der hiesigen „Gewerbebank", Moritz Steindorff und Stadtrath Fiedler, statt. Die Beweisaufnahme ergab, daß dieselben Gelder der Bank in Höhe von 559,355 Mrk. zu spekulativen Zwecken in eigennütziger Weise veruntreut hatten. Durch Vorlegung falscher Bilanzen und Angabe fingirter Conten hatten sie verstanden, das Kuratorium der Bank derartig zu täuschen, daß nicht ein einziges Mitglied desselben bis zum Tage der Katastrophe eine Ahnung vom Stande der Bank hatte. Im Jahre 1872 vertheilten sie auf Grund falscher Bilanz eine Dividende von 12 Proz., obschon eine Unterbilanz von 29,492 Thlrn.

---

nicht sicher, ob er seinen Lohn voll erhält; denn er hat einige Eggezinken, ein Hufeisen von dem ihm übergebenen Inventar verloren, vielleicht hat er sich bei Anlaß eines Marktganges betrunken, oder es sind seine Hühner oder Gänse, sein Schwein oder seine Kuh auf das herrschaftliche Feld übergetreten. Für alle diese Vergehen hat er zwar gleich auf frischer That die maßlosesten Injurien in Worten wie in Schlägen erhalten; doch weiß er nicht, ob der „gnädige Herr" ihm nicht noch eine Geldstrafe auferlegen wird. Dies geschieht in 10 Fällen sicher 9 Mal. 3 bis 6 Mark habe ich den armen Teufeln abziehen sehen; statt 12 Mark erhält er 9 oder 6 Mark. Empört sich sein Herz gegen diese Gewaltthat, wagt er irgend eine Aeußerung des Unwillens, dann bekommt er in Gegenwart seiner Kameraden zunächst einige Hiebe: „denn der Kerl ist noch frech und unverschämt", und wird, falls er muckt, ohne Weiteres aus dem Dienst gejagt und brevi manu mit Weib und Kind, mit Sack und Pack an die Luft gesetzt. Er schweigt also und sucht sich durch Stehlen zu entschädigen. Uebrigens erhält der Knecht obigen Lohnsatz um 12 Mark pro Jahr verkürzt, wenn er keinen Dienstboten hält, den er verpflichtet ist, täglich gegen einen Tagelohn von 5 Pf. weniger, als die freien Arbeiter gleichen Alters bekommen, in die Arbeit zu schicken; der Brodherr hingegen nimmt sich heraus, diese Menschen ohne Beschäftigung zu lassen, wenn er es für gut hält.

Die Wohnung besteht aus einer Stube von 18—20 Fuß Länge, 15—18 Fuß Breite und 7½—10 Fuß Höhe und einer dunklen Kammer, in welcher der Dienstbote des Knechtes schläft und in der die Vorräthe an Deputat, die Handmühle und allerlei Gerumpel aufbewahrt werden. Die Wohnstube bewohnen Vater, Mutter und die Kinder. Nicht selten kommt es trotz polizeilicher Vorschriften vor, daß noch eine zweite Familie in denselben Raum gesteckt wird; gewöhnlich dann, wenn ein Sohn oder eine Tochter, die als Knecht oder Magd dienen, heirathet. Bis zur Ankunft des ersten Kindes werden die Leute bei ihren resp. Eltern untergebracht. (Schluß folgt.)

vorlag; 1873 als die Unterbilanz bereits auf 120,391 Thlr. gestiegen war, 10 Proz. Dividende, 1874 bei einer Unterbilanz von 403,762 Mrk. ebenfalls 10 Proz. Dividende, 1875 bei einer Unterbilanz von 476,958 Mrk. 9 Proz. Dividende, 1876 dagegen, als die Unterbilanz die Höhe von 559,355 Mrk. erreicht hatte, gelangte keine Dividende mehr zur Vertheilung. Fiedler, welcher flüchtig geworden war, stellte sich freiwillig. Steindorff wurde in Bremen, wo derselbe seit einem Jahre etablirt war, verhaftet. Der dritte Direktor der Bank, Eiseck, hat sich der Bestrafung durch die Flucht entzogen. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Gefängnißstrafe von 6 Jahren, wovon ein halbes Jahr der erlittenen Untersuchungshaft in Abrechnung kommen sollte, sowie 2000 Mrk. Geldstrafe für jeden der Angeklagten. Der Gerichtshof erkannte auf je 4 Jahre Gefängniß, 2000 Mrk. Geldstrafe, sowie ein Viertel der entstandenen Kosten und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Die mitangeklagten beiden Buchhalter der Bank wurden freigesprochen.

Dem Recht wäre hiermit zwar Genüge geschehen, den vielen Kleinbürgern freilich, die die Sucht nach mühelosem und reichlichem Erwerb verleitete, den Betrügern ihre kleinen Kapitalien zur Verfügung zu stellen, denen ist damit nicht geholfen.

Striegau, 16. März. In einer, im Laufe des vorigen Monats abgehaltenen Schuhmacherversammlung wollten die „Liberalen", welche die Majorität bildeten, dem Genossen Bruck aus Gotha, welcher das Referat übernommen hatte, blos eine Redezeit von 30 Minuten gewähren. Die Sozialdemokraten verließen in Folge dessen den Saal und die Versammlung mußte aufgelöst werden. Die „Liberalen" waren außer sich vor Freude. Am 10. d. M. wurde wieder eine Volksversammlung einberufen, welche von mehr als 1000 Menschen besucht war und bei welcher die „Liberalen" glänzend abgetrumpft wurden. In der letzten Stunde suchten die Herren den Wirth zu bereden, uns das Lokal zur Abhaltung der Versammlung nicht zu überlassen, weil Alles kleingeschlagen werden könnte. Gegen Erlegung von 150 Mark Caution ließ sich der Wirth bewegen, uns das Lokal zur Verfügung zu stellen. Als Referent war Herr Kapell erschienen, welcher sich seiner Aufgabe auch auf die glänzendste Weise entledigte. Folgende Resolution wurde fast einstimmig angenommen: „Die heute im Feldschlößchen tagende Volksversammlung ist mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Kapell vollständig einverstanden und erklärt, bei der nächsten Reichstagswahl nur einen Arbeiterkandidaten zu wählen." Eine beabsichtigte Tellersammlung wurde von der Polizei verboten. Gegner traten trotz Zusicherung unbeschränkter Redefreiheit leider nicht auf, es wollte sich keiner blamiren.

Großenhain, 13. März. (Zur Klarstellung.) Die „Erklärung" unseres Parteigenossen Vollmar in Nr. 30 des „Vorwärts" zwingt uns zu folgender Klarstellung. Zunächst sei constatirt, daß durch eine redaktionelle Beschneidung resp. Versetzung mehrerer Sätze unserer Correspondenz d. d. 25. Februar, dieselbe eine ihrer ursprünglichen Bestimmung nicht ganz entsprechende Form erhalten hat. (Ohne Absicht der Redaktion; die ursprüngliche „Form" war noch bedeutend schärfer. R. d. „V.") In dieser „corrigirten" Form kehrt sich allerdings die Spitze allen Unwillens gegen Genossen Vollmar, was wir jedoch keinesfalls beabsichtigten, da uns — wie selbst Genossen Vollmar bekannt ist — von der andern Seite weit größerer Schaden zugefügt wurde. Zu weiterer Genugthuung bestätigen wir, daß der Wortlaut des Vollmar'schen Telegramms folgendermaßen lautete: „Durch Schuld hiesiger Genossen Zug versäumt. Kommen unmöglich." Dasselbe ist auch in der betreffenden Versammlung wörtlich bekannt gegeben worden. Bedauerlicherweise hat uns zwar die unvollkommene Wiedergabe des Telegramms den leicht begreiflichen Mißmuth unseres von uns sehr geachteten Genossen Vollmar zugezogen; doch kann daß uns etwas Böses betroffen, erwartet uns im Hintergrunde schon etwas Gutes, um die geschehene Unbill vergessen zu machen. So provozirte der nicht wörtliche Abdruck obigen Telegramms die „Erklärung" Vollmar's, die uns nun am Orte die trefflichsten Dienste leistet. Hiesige Gegner colportirten nämlich in Bezug auf die Zugverspätung nicht ohne Absicht die Bemerkung: „Man werde in Mittweida höchstens gekneipt haben." Durch die Vollmar'sche „Erklärung" ist nun der perfiden Klatscherei jener „Herren" die Spitze abgebrochen und auf diese Weise Genossen Vollmar selbst erst die rechte Genugthuung geworden. Im Auftrage der Großenhainer Parteigenossen: Fr. Geier.

-r. **Hoßkis**, 15. März. Das am vergangenen Sonntag abgehaltene 4. Stiftungsfest des hiesigen Arbeitervereins gestaltete sich zu einem wahren Volksfeste. Der große Saal des neuen Gasthofes war gefüllt von den Festgenossen aus dem hiesigen Orte wie aus Stadt und Umgegend. Bald nach ½4 Uhr begann das Concert; erfreuten sich schon die Musikstücke, welche von der Hiller'schen Kapelle ausgeführt wurden, reichen Beifalls, so war dies noch weit mehr der Fall mit den Gesängen, welche von dem Gesangverein Frohsinn aus Stötteritz vorgetragen wurden, die aber auch den gespendeten Beifall reichlich verdienten. Eine recht günstige Aufnahme fanden auch die beiden Deklamationen: Ein Theil aus „Zriny" und Herwegh's „Bet' und arbeit'". Nachdem das Concert beendet, wurde vom Vorstand ein Brief von Demmler verlesen, in welchem er sein Nichterscheinen entschuldigt und den Festgenossen die besten Grüße übersendet. Dann folgte die Festrede vom Reichstagsabgeordneten Liebknecht. In gewohnter, spannender Weise löste derselbe seine Aufgabe und wurde von den Zuhörern mit rauschendem Beifall belohnt. Wahrhaft ergreifend wirkte die von ihm eingeflochtene Schilderung einer Episode aus der Communezeit, nach der in Frankreich unterdrückten Novelle Cladel's, eines französischen Schriftstellers. Der Titel der Novelle ist: „Revanche" und wollen wir hier in kurzen Zügen den Inhalt wiedergeben. Ein gemaßregelter Ingenieur findet bei einer Eisenbahn eine Stelle als Lokomotivenführer und als solchem gelingt es ihm einst, ein junges Mädchen vom Tode zu erretten und wird dasselbe seine Frau. Nach kurzer glücklicher Ehe kommt der Krieg, und die Zeit der Commune findet ihn als Chef eines Bataillons der Communards. Die letzten Tage der blutigen Maiwoche sind gekommen und er kämpft wacker mit den Seinen für die Freiheit. Zuletzt ist er mit seinem Bataillon auf dem Kirchhof Père la Chaise. Von den 300 Mann seines Bataillons, die hinzogen — der Rest war in den früheren Kämpfen aufgerieben worden — sind noch 90 übrig, die andern liegen todt oder verwundet auf dem Platze; ein Parlamentair der Versailler bringt die Aufforderung zur Uebergabe auf Gnade und Ungnade mit einer halben Stunde Bedenkzeit. Waffen und Munition werden überzählt und der Beschluß gefaßt, zu kämpfen bis auf den letzten Mann. Die halbe Stunde naht ihrem Ende, da stürzt ein junges Weib herbei, einen Säugling auf den Armen: es ist die Frau des Commandanten. Gefangen von den Versaillern, hatte man sie mit andern Männern, Weibern, Greisen, Kindern an die Mauer gestellt, um sie zu erschießen. Die Salve kracht, sie sinkt hin: doch bald fühlt sie, daß sie nicht getroffen worden, sie rafft sich auf, eilt fort zu ihrem Manne, um an seiner Seite für die gute Sache zu sterben. Nun aber soll das dem Tode geweihte Kind, das noch keinen Namen hat, schnell getauft werden. Welchen Namen soll es haben? Wie aus Einem Munde erscholl es von den Neunzig: „Revanche"! — Die halbe Stunde ist um, die Versailler machen sich schußfertig. Da durchblitzt ein Gedanke das junge Weib: „Ihr müßt sterben, ruft sie dem Gatten und seinen Freunden zu, ich aber muß fort, ich muß das Kind retten, das Kind muß leben, leben für die Revanche, für die Rache, die Sühne!" Also, fuhr Redner weiter fort, sei es auch unsrer nachfolgenden Jugend bestimmt, das begonnene Werk zu vollenden und Sühne zu erlangen für die an der Menschheit begangenen Frevel: Sühne durch vollständige Umgestaltung des Staats und der Gesellschaft auf der einzig dauerhaften Grundlage: Gerechtigkeit. Aber an uns ist es, dafür zu sorgen, daß dem kommenden Geschlecht die Bahn geebnet wird. Wir dürfen nicht müssig sein und es nicht diesem nur überlassen, sondern müssen fort und fort wirken für die Aufklärung unter dem Volke; dieses nun sei auch das Streben der Arbeitervereine und deshalb schließe er mit dem Wunsche: Gedeihen dem Arbeiterverein von Gohlis! — Ein muntrer Tanz, der bis 2 Uhr dauerte, machte den Schluß des schönen Festes, das gewiß allen Theilnehmern in langer Erinnerung bleiben wird. (Die Cladel'sche Novelle: „Revanche" wird für die „Neue Welt" übersetzt werden. Die Red.)

Essen. Am 3. d. M. hielten wir hier eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Christenthum und Sozialdemokratie". An der Debatte betheiligten sich auch einige Christlich-Soziale, welche aber ihre Weisheit nicht recht an den Mann bringen konnten, denn sie wurden vom Referenten, Genossen Seelig, gründlich heimgeleuchtet. Da noch verschiedene Redner eingezeichnet und über die eingegangenen Resolutionen noch nicht diskutirt, die Zeit auch schon ziemlich vorgerückt war, so vertagte sich die Versammlung bis zum 10. ds. Mts. — Nachdem Herr Seelig bei dieser zweiten Versammlung wiederum einen längeren Vortrag über obige Tagesordnung gehalten und die Ausführungen einiger Ultramontanen widerlegt hatte, wurde eine Resolution von der Versammlung angenommen, welche dahin ging, daß nur die Sozialdemokratie im Stande sei, die gedrückte Lage des Arbeiterstandes zu verbessern und sich der bekannten Berliner Resolution anschloß. Unwillen erregte es bei einigen Ultramontanen, als Seelig treffend bemerkte: Wir suchen unsere Partei durch Belehrung in den öffentlichen Versammlungen, Schriften ꝛc. zu verstärken, wenden uns mit einem Worte an den gesunden Menschenverstand, was vom heutigen Christenthum nicht gesagt werden könne. Herr Rosenkranz (christlich-sozial) forderte noch schließlich seine Genossen auf, unsere Versammlungen zu meiden, in welchen über Religion gesprochen, bedauerte es, daß trotz unseres Programms, die Religion sei Privatsache, dieselbe in den Versammlungen hineingetragen werde. Kurz und vortrefflich erwiderte Seelig hierauf und erinnerte die Christlich-Sozialen daran, wie sie vor sechs Jahren eine Versammlung der Sozialdemokraten gesprengt und dann die Letzteren mit Bierseideln und Stöcken traktirt hätten.

Die Arbeiter fangen immer mehr an einzusehen, daß sie von den „frommen" Herren, welche in Arbeiterfreundlichkeit machen, nichts zu erwarten haben; sie wenden sich von ihnen mehr und mehr ab und kommen dorthin, wohin sie gehören, zur Fahne der Sozialdemokratie.

Heilbronn, 12. März. (Herrliche Justiz!) Wie man mit Arbeitern, welche ohne ihre Schuld arbeits- und brodlos wurden und gezwungen sind, sich durch das Land zu betteln, verfährt, beweist folgender Vorfall, der verdient, weiter bekannt gemacht zu werden. Ein Handwerksbursche wurde vor einigen Tagen in Frankenbach beim Betteln erwischt und eingesteckt. Der arme Teufel mochte der Meinung sein, er werde, wenn er den Frevel (daß er nicht ruhig verhungerte) mit einigen Tagen Arrest werde abgebüßt haben, wieder entlassen werden. Diese Voraussetzung war jedoch eine irrige, denn der „Bettler" sollte an das königliche Oberamt abgeliefert und dort „bestraft" werden. Da er jedoch in Folge der langen Reise wunde Füße hatte und nicht im Stande war, den Weg zu Fuß zurückzulegen, ein Fuhrwerk jedoch nicht beschafft werden konnte (Weshalb nicht? R. d. B.), fand der Schultheiß einen Ausweg; er ließ den kranken Mann auf einen Schubkarren laden und ihn durch den Nachtwächter an das Oberamt abliefern. Damit Jedermann sehe, daß der Betreffende ein dem Gesetze Verfallener ist, schritt neben dem Schubkarren der Polizeimann. Ist dieser Vorfall nicht die prächtigste Illustration zu den Deklamationen von „Humanität", „deutscher Bildung" ꝛc.? Große Spitzbuben, welche Hunderttausende gestohlen, Wittwen und Waisen um ihre letzte Habe betrogen, Staatskassen ausgeleert haben u. dgl., werden auf das zuvorkommendste behandelt, wie dies z. B. beim gewesenen Kriegsrath Wiegand in Darmstadt der Fall war, den man in der elegantesten Equipage vom Bahnhof abholte und so, vor den Blicken der Neugierigen geschützt, ins Gefängniß brachte. Der Sohn des Volkes, welcher, um seinen Hunger zu stillen, ein Stück Brod bettelt, wird, wenn er erwischt wird, wie ein todtes Kalb auf einen Schubkarren geworfen. Ein solches Vorgehen verdient ein sehr entschiedenes Pfui!

An die Metallarbeiter Deutschlands!

Collegen! In Nr. 23 des „Vorwärts" wurde der Wunsch geäußert, die deutschen Gewerkschaften möchten sich auf der Weltausstellung in Paris vertreten lassen. Am 10. März wurde die Angelegenheit in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Klempner und Berufsgenossen und der Metallarbeiter-Genossenschaft zur Sprache gebracht, und beschlossen, daß es nicht nur nützlich und zweckmäßig, sondern nothwendig sei, daß die deutschen Gewerkschaften sich in Paris vertreten lassen. Den Kostenpunkt anbelangend, waren die Anwesenden darüber einig, daß die auflaufenden Kosten nicht aus der Hauptkasse gedeckt werden dürfen, und es wurde der Vorschlag gemacht, zur Bestreitung der nöthigen Kosten von jedem Mitgliede eine Extrasteuer zu erheben. Es wurde auch eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution eingebracht, einstimmig angenommen, und der Schriftführer beauftragt, dieselbe dem Vorstande vorzulegen.

Collegen! bespreche diese Angelegenheit in Eueren Versammlungen und Sitzungen. Wenn die Kosten von sämmtlichen Mitgliedern der Gewerkschaft mit Einschluß der Klempner und Berufsgenossen getragen werden, entfällt auf den Einzelnen nur ein verschwindend kleiner Betrag, welcher zu den Vortheilen, den eine Beschickung der Weltausstellung für die Metallarbeiter haben würde, in gar keinem Verhältniß stände.

Collegen! zeigt daß Ihr die Wichtigkeit dieses unseres Antrages begriffen habt, indem Ihr für denselben eintretet.

Sache des Vorstandes würde es sein, falls die Collegen allerorts sich einverstanden erklären, die etwaigen Resultate im „Vorwärts" oder im „Pionier" zu veröffentlichen. Ebenso wäre es Sache des Vorstandes mit den Collegen in Paris sich ins Einvernehmen zu setzen. Pariser Metallarbeiter, welche uns in dieser Sache an die Hand zu gehen gesonnen sind, wollen sich an L. Söhler, Weberstraße 24 in Braunschweig wenden.

Cöln, im März 1878.

An die Parteigenossen und Leser des „Vorwärts" zu Osnabrück.

Wiederum nähert sich ein Quartal seinem Ende, Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, deshalb mit aller Kraft für die Verbreitung des „Vorwärts" einzutreten. Es heißt nicht allein wieder abonniren, sondern auch durch neue Abonnenten neue Kämpfer heran zu ziehen. Daß der „Vorwärts", überhaupt die Arbeiterpresse unser bestes Kampfmittel ist und unsere Interessen am entschiedensten vertritt, brauche ich wohl kaum zu erwähnen ebensowenig, daß die gegnerische Presse dieselben bei jeder Gelegenheit bekämpft. Thut also Eure Schuldigkeit und verbreitet den „Vorwärts" nach Kräften. —d.

Briefkasten

der Redaktion: R. J. in Fr.: Wenden Sie sich an W. Bracke jun. in Braunschweig, der über denselben Gegenstand eine Broschüre herauszugeben beabsichtigt. — Gr. in Großenhain: ad 1) Siehe heutige Nummer; ad 2) Können keine bestimmte Auskunft ertheilen.

der Expedition. Aug. Breidenbach in Hückerswagen: Ja! — A. Hohl in Baden: 50 Stück kosten mit Porto 1,80 Mark. — Langendorf in Barmen: Sobald die Bilder Triumph of Order von London wieder eingetroffen, machen wir solches bekannt. — C. Bornhagen in Cöln: Die gewünschten Schriften kosten mit Ausschluß des Pfaffenspiegel, den wir nicht haben, incl. Porto 5,10 Mk. Es erscheint ein Fachblatt für Spengler, Broncearbeiter, Gürtler ꝛc. betitelt „Der Metallarbeiter", herausgegeben von Pataky, Verlag von Lehmann und Wenzel in Wien. Preis vierteljährig 3 Mk. Das Blatt können Sie bei jeder dortigen Buchhandlung bestellen.

Der Schmiedemeister und der Schmiedegeselle Ferdinand und Herrmann Hannemann, geboren in Ostpreußen, werden von ihrem Bruder ersucht, ihren jetzigen Aufenthaltsort anzugeben.

Julius Hannemann, Sattler,
Prinzenstraße 8a, Königsberg i. Pr.

A. Dreesbach! Warum bekomme ich auf meine zwei Briefe immer noch keine Antwort?

J. Witzka, Mülheim a. Rhr., Windmühlenstraße 2 ½.

Quittung. Für Schwäb.-Gmünd Ab. 6,00. H. Schütz Dresden Ab. u. Schr. 167,50. W. Schrdr Hannover Ab. 100,00. Gr Osnabrück Ab. 24,80. Englmann Achim Ab. 7,25. Gew.-Ver. der Holzarbeiter Ab. 3,40. W. Kut Frankfurt Ab. 50,00. Vrgs Wien Schr. 3,40. Redaktion des „Vorwärts" London Ab. 14,00. Hrbg Würzburg 18,90. Rckr Wien Ab. 5,00. Glzl Berlin Schr. 5,00. Wnzr Mellenbach Schr. 0,60. Rchl Wildenau Schr. 12,00.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Schndr Danzig 2,02. Vom Arb.-Verein Gohlis 25,00; do. Wahlfonds 25,00; do. Preßfonds d. „Fackel" 15,00; do. Baufonds d. Arb.-Bild.-Verein hier 10,00.

Jacobyfonds.

Von Stellbrg Bordeaux 4,00.

Leipzig. Donnerstag, den 28. März, Abends ½9 Uhr im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über die Quintessenz des Sozialismus. Referent W. Hasenclever. Der Agent. [60

Unserem Freunde Wagner bei seiner Uebersiedelung von Leopoldshall nach Wörlitz „glückliche Reise". Wir wollen wünschen, daß er unsere Idee auch dort verbreitet, wie er es hier gethan. (F. 280) 1,50]

Mehrere Freunde.
K. P. K. Sch. J. H.

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von W. Liebknecht. 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von W. Liebknecht. Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. Bornstein. Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg. (4a)

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. C. Bornstein. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von Bruno Geiser. Preis 30 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von Bruno Geiser. 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. [5,10

Durch uns ist zu beziehen:

N. Tchernychewsky: L'Économie politique

jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.

492 pages. Prix 1,50 M.

Die Expedition des „Vorwärts".

Soeben erschien im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associationsbuchdruckerei zu Berlin, Eingetragene Genossenschaft, und ist durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Das

Brief-Geheimniß

vor dem

Deutschen Reichstag.

Nach den amtlichen stenographischen Berichten mit einem Nachwort von

W. Liebknecht.

Preis: 40 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin erschien und ist durch alle Buchhandlungen sowie durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Die

Sozialen Bewegungen

im alten Rom

und der

Cäsarismus.

Von

Joh. Most.

7¼ Bog. broch. Preis: 1 Mk.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Bek, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave
San Franzisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str
London W.: C. Lenz, 8 New St Golden Square.

Nr. 37. Freitag, 29. März. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 10 I; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 36a, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Monopol oder nicht?

Die Leute in den verschiedenen Parteien zerbrechen sich die Köpfe darüber, ob denn die Sozialdemokraten für oder gegen das Tabaksmonopol sich endgültig erklären würden. Besonders sind deshalb die „Magdeburger" und die „Weser-Zeitung" in Streit gerathen, von welchen letztere als Abschreckungsmittel eine bekannte Taktik ausübt und erklärt, daß das Monopol schon deshalb nichts tauge, weil die Sozialdemokratie demselben im Prinzip zustimme.

Daß die sozialdemokratischen Abgeordneten dem heutigen Regierungssystem gegenüber nicht für das Monopol stimmen werden, weil dadurch die Arbeiter nur den ausbeutenden Arbeitsherrn wechseln würden, ist selbstverständlich. Aber sie werden auch aus dem Grunde nicht für dasselbe sich erklären können, weil durch das Monopol einer reaktionären Regierung Geldmittel in die Hand gespielt würden, welche dieselbe gegen die Freiheit und das allgemeine Wohl verwenden könnte.

Ganz dasselbe Motiv ist gegen die Uebernahme der Privatbahnen durch das Reich oder durch die Einzelstaaten, gegen die Regelung resp. Uebernahme des Versicherungswesens durch das Reich bei den sozialistischen Abgeordneten maßgebend, obwohl sie im Prinzip für den ausgebreitetsten Staatsbetrieb sind.

Es stünde wahrlich als Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft kein Prinzipienbedenken und auch kein praktisches Bedenken im Wege, wenn ein Staat, der auf demokratischer Grundlage aufgebaut wäre, den größtmöglichsten Staatsbetrieb bei der Produktion und der Distribution einführte.

Wir haben zum Beispiel nichts dagegen, wenn die Arbeiter in der Schweiz von ihren Kantonalregierungen fordern, daß dieselben den Getreidehandel übernehmen, daß sie das Monopol, welches jetzt einzelne Unternehmer besitzen, zum Staatsmonopol machen. Denn die Schweizer-Kantone sind keine reaktionären Militärstaaten, sie sind keine tonangebenden europäischen Großmächte, die mit dem im Handel erworbenen Gelde mörderische Kriege anzetteln. Das Tabaksmonopol, die Uebernahme des Versicherungswesens und der Eisenbahnen würden wir sofort jedem unschuldigen Kleinstaate und noch viel lieber jedem wahrhaft demokratischen Staate zuerkennen.

Wir lassen uns eben nicht durch das Gewinsel der Bremer Handelsherren und der Eisenbahnaktionäre, die ja im Grunde genommen nichts anderes sind, als Monopolbesitzer, beirren, wenn sie sagen, daß durch das Staatsmonopol die langjährige, mit großen Opfern aufgebaute Industrie vernichtet würde. Die Industrie wird durch den Staatsbetrieb durchaus nicht vernichtet, die Arbeiter könnten, wenn der Staat nur wollte, an demselben auch bei den heutigen Verhältnissen einen viel besseren Arbeitgeber erhalten, als sie deren jetzt besitzen. Das Staatsmonopol kann also segnend wirken. Aber wenn der Staat den Betrieb der Tabaksindustrie lediglich als eine Steuerfrage auffaßt, dann liegt es ja auf der Hand, daß derselbe nimmermehr einen Nutzen für die Arbeiter haben kann, daß vielmehr der Staat die Löhne drücken wird, um höhere Steuerbeträge zu erzielen.

Und hier haben wir den entscheidenden Punkt. Wir sind für Staatsbetrieb in allen Industrien, wenn der Staat diesen Betrieb durch eine vernünftige Vertheilung der Produkte der Gesammtheit zu Nutze macht; wir sind gegen den Staatsbetrieb, sobald ersichtlich ist, daß der Staat nur für sich, für seine reaktionären, für seine Kriegs-Zwecke und für seine absonderliche Machtstellung aus dem Staatsbetrieb die Mittel erwerben will.

Dem Monopol an sich stimmen wir unbedenklich zu, da dasselbe in den Händen des Staats für die Gesammtheit besser wirken kann, als jetzt, wo es sich in den Händen einer kleinen Anzahl von Kapitalisten in fast allen Arbeitszweigen befindet; aber dem Monopol stimmen wir nicht zu, welches der Staat erwerben will, um in leichter Weise die Steuerschraube fester anziehen zu können.

Obwohl die Monopolfrage für einen bewußten Sozialisten klar liegen muß, so fühlten wir uns doch, verschiedener Anfragen halber, veranlaßt, die Hauptgesichtspunkte in dieser Angelegenheit, wie es oben geschehen, kurz anzudeuten.

Die Noth im sächsischen Voigtlande,

welche schon vor Jahr und Tag zu lebhaften Vorstellungen Anlaß gab, hat gegenwärtig eine solche Höhe erreicht, daß sich selbst die Nationalliberalen veranlaßt sehen, ihre „milde Hand" aufzuthun. Und das will viel sagen. Vor den Nationalliberalen waren es bekanntlich die Fortschrittler, welche den Klingbeutel im Lande herumgehen ließen, freilich ohne nennenswerthen Erfolg, da der nationalliberale „Bruder" damals von einem Nothstande nichts wissen wollte und lieber weidlich auf die „Landstreicher", „Vagabunden" und „Bettler" schimpfte. Jetzt aber, nachdem die Noth ihr hohläugiges Antlitz auf allen Gassen zeigt, ist ein Vertuschen unmöglich und wohl oder übel muß das häßliche Faktum zugestanden werden.

So schreibt z. B. der „Voigtländische Anzeiger":

„Viele Hunderte, die gern und freudig zur Arbeit sich drängen würden, müssen die Hände müßig ruhen lassen. Hunderte von Familienvätern müssen zerrissenen Herzens den Ihrigen das Brod zur Stillung des nagenden Hungers versagen: der bei weitem zahlreichste Theil der Bevölkerung eines voigtländischen Landstriches ist einer entsetzlichen Noth preisgegeben. Wohl giebt es heutigentags allerwärts im Voigtlande drückenden Mangel zu bekämpfen, aber nach dem, was uns bekannt geworden, hat der Nothstand nirgends in dem Maße um sich gegriffen, wie in den Weberdörfern des Oelsnitzer Bezirks."

Nach demselben Blatte hat sich in Oelsnitz ein Comité gebildet, welches alles Mögliche zu thun verspricht, um den Nothleidenden augenblickliche Hülfe zu Theil werden zu lassen und der Wiederkehr ähnlicher Kalamitäten vorzubeugen. Auf den letzteren Umstand namentlich kommt es auch an. Aber das Versprechen wird ohne Zweifel ewig ein Versprechen bleiben, da die Beseitigung der periodisch wiederkehrenden Nothstände ohne eine radikale Aenderung der sozialpolitischen Verhältnisse ganz undenkbar ist. Und so sehen wir denn auch, daß die Nationalliberalen, wie bei vielen anderen, so auch bei dieser Gelegenheit wieder das Pferd beim Schwanze aufschirren und sich, anstatt an den Staat, der allein helfend eingreifen könnte, an die Herren Industriellen mit der Bitte wenden, „den Leuten Beschäftigung" zu geben. Dieselben Industriellen, die infolge der anarchischen kapitalistischen Produktionsweise gezwungen waren, die Arbeiter durch maßlose Herabsetzung der Löhne auf den Hungeretat zu setzen oder sie ganz aus der Arbeit zu entlassen, dieselben Industriellen, deren ganzes Dichten und Trachten die schonungsloseste Ausbeutung der Arbeitskraft ist und sein muß, so lang sie, die Industriellen selber, die Produktion in Händen haben, so lange es überhaupt Klassengegensätze giebt — diese selbigen Menschen sollen jetzt Denen helfen, die sie, wenn auch wider ihren persönlichen Willen, dem Elend überantwortet haben. Man wäre wirklich versucht, mitleidig zu lächeln über eine solche Bornirtheit, wenn es nicht feststünde, daß das mildthätige Gebahren der Herren Nationalliberalen nichts als pure Heuchelei ist, darauf berechnet, dem arbeitenden Volke über die volksfeindlichen Zwecke des Nationalliberalismus Sand in die Augen zu streuen. Die Herren geben heute mit der einen Hand, um weniger fühlbar zu machen, wenn sie morgen mit der andern Hand doppelt und dreifach das wieder zurücknehmen, was sie heut den Verhungernden gereicht haben.

Etwas weiter als die Nationalliberalen gehen schon die Herren Fortschrittler. Freilich nur ganz nebenher und schüchtern wagt sich dann und wann eine fortschrittliche Stimme vernehmen zu lassen, die auf die Ursachen dieser schrecklichen Erscheinung hinweist und den Staat als den alleinigen Erretter aus den Noth bezeichnet. Eine solche im leisesten Flüstertone gehaltene Stimme tönt uns in der Berliner „Volkszeitung" aus Oederan entgegen und zwar also:

„Das Herz blutet allen Denen, welche Gelegenheit haben, einen Theil unseres Erzgebirges und Voigtlandes heute zu bereisen und dabei Augen zu haben für das unverschuldete Unglück vieler Tausende, welche in Folge der mehr als traurigen Geschäftslage nicht das trockene Brod haben, womit sie den Hunger, welcher deutlich aus den abgespannten, hohläugigen Gesichtern der Armen spricht, stillen können. Die Aussichten auf eine durchgreifende Besserung der Geschäftsverhältnisse sind höchst geringe. Möchte doch die Reichsregierung ein Auge haben für unsere traurige Lage und ihren ganzen Einfluß geltend machen, daß uns nicht alle Wege des Exporthandels durch Staaten wie Rußland u. s. w. abgeschnitten würden. Möchte der Berliner Congreß uns endlich den Frieden, und zwar einen dauernden Frieden bringen; nur ein solcher könnte eine wirkliche Besserung der jetzt fast trostlosen Zustände herbeiführen."

Ja — „möchte doch die Reichsregierung ein Auge haben für unsre traurige Lage." Aber das ist ja grade des Pudels Kern! Hätte die Reichsregierung, hätten überhaupt die Regierungen ein Auge für des Volkes Wohl und Wehe, es wäre absolut unmöglich, daß in immer kürzeren Zwischenräumen das Land von dem Jammer der Darbenden und Nothleidenden wiederhallte. Aber weil dem nicht so ist, darum gilt es zu streben, daß dem so wird.

Uebrigens hat obige Notiz auch in die „Leipziger Volkszeitung" Eingang gefunden und zwar ohne jeden Commentar, was um so verwunderlicher ist, als die Leipziger Fortschrittsleute seinerzeit jede Intervention des Staates zu Gunsten der Calamitosen als verwerflich ablehnten. In den Versammlungen, welche vor Jahresfrist von den Leipziger Fortschrittlern einberufen wurden, um die Aufmerksamkeit auf den Nothstand im Voigtlande zu lenken, erklärten ihre Redner nämlich, daß der Staat, worunter wir immer nur die Gesammtheit des Volkes verstehen, bei der Nothstandsfrage ganz aus dem Spiele zu lassen sei; die Nächstenliebe allein habe sich zu bethätigen, wenn „Brüder aus dem Volke" Noth litten. Nun, die fortschrittliche „Nächstenliebe" hat gründlich Fiasko gemacht, wenigstens sind die Klagen nicht verstummt; und auch die nationalliberalen „Volksfreunde", denen das Herz plötzlich so warm im ausbeutungslustigen Busen schlägt, werden mit ihren zusammengebettelten etlichen Tausend Mark das Gespenst des Hungers von dem so schwer heimgesuchten Voigtlande nicht bannen.

Was dagegen die Sozialdemokratie betrifft, so ist ihr Bestreben nicht auf die Beseitigung dieses oder jenes partiellen Hungernothstandes gerichtet. Sie kennt nur einen Nothstand — den Nothstand der ökonomischen Ausbeutung, dem allein auch die Nothlage im Voigtlande geschuldet ist. Ist es erst gelungen, die ökonomische Gleichheit, gestützt auf die sozialistisch-genossenschaftliche Arbeit, durchzusetzen, dann wird aller Nothstand sein Ende erreicht haben und mit ihm auch die fortschrittlich-nationalliberale „Nächstenliebe".

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Situation. Der Handelsminister Achenbach hat schon sein Bündel geschnürt, um nach Westpreußen als Oberpräsident zu wandern; über seinen Nachfolger verlautet noch nichts. Falk und Leonhardt befinden sich gleichfalls auf dem Sprunge — zum Ministerhotel hinaus. Der schon durch Lassalle bekannte damalige Oberstaatsanwalt Schelling, welcher so ungemein weit vom Stamme gefallen ist, wird den einen dieser Herren ersetzen. Hobrecht, der neue Finanzminister, war schon die achte Persönlichkeit, an welche sich Bismarck zur Uebernahme des Finanzministeriums gewandt hatte; sieben Herren hatten ihm einen freundlichen Korb gegeben. Uebrigens condoliren dem Herrn Hobrecht dessen Freunde in überaus theilnehmender Weise. — Bis jetzt können die Liberalen sich noch nicht beklagen, daß man ihnen keinen reinen Wein eingeschenkt habe, als das geflügelte Wort ausgesprochen wurde, sie sollten an die Wand gedrückt werden. „Gedrückt" sind sie auch schon; man sieht es Bennigsen, Lasker und Genossen an den Gesichtern an, da an ihrer Statt die Herren Stollberg, Eulenburg, Hobrecht und Schelling getreten sind oder treten werden.

Bei der ersten Lesung des Nachtragsetatgesetzes (Errichtung eines Eisenbahnministeriums, Abzweigung der Forsten und Domänen vom Finanzministerium 2c. 2c.) im preußischen Abgeordnetenhause, haben sich die Liberalen bekanntlich auf die „Hinterbeine gestellt"; daß sie wieder auf die Knie fallen werden und zwar bei der dritten Lesung ist höchst wahrscheinlich. Der Abgeordnete Virchow, der seit langer Zeit einmal wieder seinen guten Tag hatte, wandte sich in scharfer Rede gegen die bismarckischen Zustände. Er verlange ein parlamentarisches Ministerium, wie in anderen Ländern, wo die Minister mit ihrer vollen Person für ihre Thätigkeit eintreten und abtreten, wenn sie ihre Forderungen nicht durchsetzen. Er könne einem Ministerium, das nie einig gewesen, solche Zugeständnisse nicht bewilligen; gerade diese Uneinigkeit im Ministerium sei eine der größten Schädigungen unserer Verhältnisse. Diese Zustände könne er nicht anders bezeichnen, als eine Abwirthschaftung der Persönlichkeiten. (Sehr wahr!) Das ganze System kulminire darin, daß man die Persönlichkeiten ruinire. (Sehr wahr!) Einer nach dem Andern werde niedergeworfen, werde nicht blos hinausgebracht, sondern auch noch mit Spott und Hohn überschüttet. (Sehr wahr!) Wer nachher wieder eintreten solle, überlege sich doch zehnmal, ob er unter solchen Umständen eintreten könne. Die Zahl der Persönlichkeiten, welche sich als mögliche Minister darbieten, werde immer kleiner, augenscheinlich ständen wir einem vollständigen Bankerott der Persönlichkeiten im deutschen Reiche gegenüber. (Sehr richtig!) Redner ist der Ueberzeugung, daß das jetzige System nicht blos für die Minister, sondern auch für die Ministerialräthe ein entwürdigendes sei. (Sehr richtig!) Das preußische Staatsministerium sei schon jetzt eine Maschine von so abnormer Construktion, daß wir nichts dazu beitragen können, diese Abnormität noch zu steigern. — Ob den großen Worten auch die entsprechenden Thaten folgen werden?

Der Congreß kommt höchst wahrscheinlich nicht zu Stande. Die russische Regierung hat in ihrem Uebermuth die Forderungen Englands betreffs der Vorlagen, die dem Congreß gemacht wer-

den sollten, abgelehnt. Der Ton, den die offiziösen Blätter Rußlands und Englands anschlagen, läßt kaum mehr einen Zweifel übrig, daß sich bald schon der russische Bär und der englische Leopard das Fell zerzausen werden.

— Wie man Gesetze macht! Prof. John in Göttingen hat in einem Aufsatze in Goltdammer's Archiv, auf welchen auch der Staatsanwalt und Professor Fuchs aufmerksam macht, die nachstehenden seltsamen Inconsequenzen zusammengestellt, welche sich das deutsche Strafgesetzbuch zu Schulden kommen läßt:

I. Wer vorsätzlich einen Menschen wider dessen Willen tödtet, kann, wenn er die Tödtung ohne Ueberlegung ausführte, möglicherweise mit Gefängniß von sechs Monaten bestraft werden. Geschah aber die Tödtung auf das ausdrückliche und ernstliche Verlangen des Getödteten, so beträgt die Strafe mindestens drei Jahre Gefängniß. §§ 213, 217 Str.-Ges.-B.

II. Wer vorsätzlich einen Menschen tödtet, kann mit Gefängnißstrafe von sechs Monaten bestraft werden. Wenn jedoch eine Mutter ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tödtet, so muß dieselbe mindestens mit zwei Jahren Gefängniß bestraft werden. §§ 213, 217 Str.-Ges.-B.

III. Wer einen Anderen vorsätzlich körperlich verletzt und hierbei den Tod des Verletzten beabsichtigt, kann, wenn diese beabsichtigte Folge eingetreten ist, mit Gefängniß von sechs Monaten bestraft werden. Wer jedoch einen Anderen stößt und dabei nur beabsichtigt, daß der Angegriffene das Sehvermögen auf einem Auge verliert, muß, falls nur dieser geringere Erfolg eingetreten ist, mindestens mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft werden. Wenn aber außer diesem Erfolge auch noch der Tod des Verletzten eintritt, dann kann wieder auf Gefängniß von drei Monaten erkannt werden. §§ 213, 225, 226, 228 Str.-Ges.-B.

IV. Falls jedoch ein Beamter vorsätzlich eine solche Körperverletzung begeht, die z. B. den Verlust des Sehvermögens herbeiführt, so kann derselbe, auch wenn er diese Folge beabsichtigt, möglicherweise mit drei Monaten Gefängniß bestraft werden. Hier beim Beamten gestattet das Gesetz mildernde Umstände, dort nicht. § 340 Str.-Ges.-B.

V. Wer einen Anderen in hilfloser Lage verläßt, z. B. eine Mutter ihr einjähriges Kind, wird, wenn der Tod dadurch, wenn auch unabsichtlich, verursacht worden ist, mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; wenn aber diese Mutter das Kind selbst vorsätzlich tödtet, so kann auf Gefängnißstrafe von sechs Monaten erkannt werden. § 221 Absatz 3, § 213 Str.-Ges.-B.

Das „ureigenste Werk" der Herren Lasker und Schwarze scheint danach doch an sehr bedenklichen Mängeln zu leiden; das geht gewöhnlich so, wenn sich einzelne Menschen in der Gesetzesmacherei immer vordrängen, so daß von einer allgemeinen Berathung kaum die Rede sein kann. Und gerade die Juristen besitzen bei solchen Dingen ein großes Maß von — Unverfrorenheit.

— Dem greisen Revolutionär Blanqui, den die „honnetten Republikaner" bei der kürzlich in Marseille erfolgten Wahl zur Deputirtenkammer so schmählich im Stiche ließen, gedachten eben dieselben Subjekte die Schmach einer Begnadigung anzuthun, die sie bei dem Marschall Mac Mahon für ihn auswirken wollten. Diese perfide Aufdringlichkeit weist die Schwester Blanqui's in einer Zuschrift an den „Peuple" von Marseille durch folgende Worte mit Verachtung zurück: „Nicht das hohe Alter, noch die lange Gefangenschaft werden Blanqui bestimmen, seine Freiheit in einem anderen Namen, als in demjenigen der öffentlichen Gerechtigkeit anzunehmen, d. h. mittelst der Amnestie, oder durch seine Wahl zum Parlament. Blanqui wird nie so handeln, daß man einen Zweifel in seine Entschlossenheit und Ueberzeugung setzen könne; als Unterpfand für letztere hat er fünfzig Jahre des Kampfes aufzuweisen, von welchen er vierzig in den Gefängnissen zugebracht hat."

— Die Pariser Schriftsetzer unterhandeln mit den Arbeitgebern wegen einer Lohnerhöhung; 65 der Letzteren haben sich den Forderungen der Arbeiter gefügt, während in mehreren, und zwar den bedeutendsten, Buchdruckereien die Arbeit hat eingestellt werden müssen. Von der Arbeitseinstellung sind nur Werkdruckereien betroffen, da die Zeitungsdruckereien sich über einen erhöhten Lohntarif mit den Arbeitern geeinigt haben. Trotzdem ist aber auch in den größeren und namentlich „republikanischen" Zeitungsdruckereien die Tendenz vorherrschend, möglichst billige Arbeitskräfte, als: Lehrlinge und Mädchen gegen die männliche Arbeitskraft in's Feld zu führen.

— „Befreiung vom türkischen Joch" lautete die russische Lüge, durch welche der Raubzug beschönigt werden sollte. Was diese „Befreiung" werth ist, ersehen wir aus der traurigen Lage, in welcher sich die „erlösten" Länder befinden. Das Bukarester Blatt „Resboiul" bringt folgenden sehr bezeichnenden Schmerzensschrei über die Glückseligkeit, welche Rußland den „befreiten" Slaven brachte: „Unsere Beamten" — so schreibt das Blatt — „sind russische Agenten geworden; unsere Eisenbahnen werden von der russischen Armee in Anspruch genommen; unsere Schulen und Seminare sind in russische Spitäler verwandelt; in unseren Kasernen hausen Russen; in den Wohnungen unserer Bauern Kosaken. Auch wir bilden einen Theil der orientalischen Christenheit und wir bitten den Czar, uns zu befreien — nicht vom türkischen, sondern vom russischen Drucke!" — Der diplomatische Vertreter Rumäniens in Petersburg, General Ghika, welcher beim „milden" Czar Vorstellungen betreffs Bessarabiens wagte, mußte sich die größten Grobheiten gefallen lassen. „Väterchen" polterte über den „Undank" der Rumänen, welche der russischen Gnade gar nicht würdig seien. Der alte Großdieb Gortschakoff bemerkte bei dieser Gelegenheit echt russisch: „Trotz Eures Zeterns und Schreiens ist der Beschluß Rußlands unabänderlich. Wenn Ihr Euch nicht fügt, wird Bessarabien mit Gewalt genommen; versucht Ihr's, uns mit den Waffen entgegenzutreten, dann Gnade Euch Gott!" — Die „Verbündeten", die dem „Väterchen" die Kastanien aus dem Feuer geholt haben, bemerken jetzt mit Entsetzen, daß sie sich ganz gewaltig die Finger verbrannt haben.

— Ueber die Behandlung unsrer Genossen Kaulitz, Hackenberger und Mathies in dem Gefängniß zu Trier sind der „Sozialdemokr. Corresp." etliche Mittheilungen geworden. Darnach ist es Kaulitz nach siebenmonatlichen Bemühungen endlich gelungen, sich eine einigermaßen erträgliche Stellung zu verschaffen, während seinen beiden Mitgefangenen sonderbarerweise fast alle „Vergünstigungen" verweigert werden. Mathies ist sogar in Gefängnißkleidung gesteckt und muß im sogenannten Webesaal arbeiten; Hackenberger dagegen ist isolirt, hat aber die Erlaubniß zum Rauchen erlangt und darf einige Bücher lesen wie Kaulitz, dem auch die Lektüre der liberalen „Trierer Ztg." gestattet ist. Besuche von Parteigenossen sind untersagt, ebenso das Schreiben an dieselben; Briefe von Parteigenossen werden den Gefangenen weder angezeigt noch ausgehändigt. Censur der Briefe und Kirchenzwang ist, analog in anderen Gefängnissen, auch dort eingeführt. Hackenberger sowohl als Kaulitz sind erkrankt und namentlich der Erstere ist so leidend, daß der Arzt nur noch eine Kur in Karlsbad als Rettung bezeichnet. Kaulitz ist in Folge seines Zustandes die Selbstbeköstigung gestattet worden, die aber monatlich 64 Mark kostet und dabei von einem bestimmten Restaurateur genommen werden muß.

— Dürfen Frauen Volksversammlungen besuchen? Diese Frage rief im „Intelligenzstaate" Preußen und ganz besonders in Berlin lange und heiße Kämpfe hervor, ehe sich das Polizeipräsidium veranlaßt fühlte, dieselbe im bejahenden Sinne zu beantworten. Manche Behörden sind aber — da die Gesetze sich auf verschiedene Art deuten und auslegen lassen — der Meinung, daß den Frauen der Zutritt zu den Versammlungen verwehrt werden könne, und handeln auch in diesem Sinne. In Schleswig-Holstein z. B. dürfen die Frauen den Versammlungen heute noch nicht anwohnen, trotzdem durch die Entscheidung des Berliner Polizeipräsidiums zur Evidenz erwiesen ist, daß zu einem derartigen sinnlosen Verbote nicht die geringste gesetzliche Berechtigung vorhanden ist. Die königl. Regierung in Frankfurt a. O. hat sich in dieser Frage vor Kurzem auch im Sinne des Berliner Polizeipräsidiums geäußert. Anlaß hierzu gab eine Eingabe unseres Genossen Wobusa aus Forst, welcher sich über den Wachtmeister Sommer aus Spremberg, der eine dortselbst stattgehabte Versammlung aufzulösen drohte, wenn die Frauen nicht das Lokal verlassen würden, beschwerte. Der Regierungs-Erlaß lautet:

Frankfurt a. O., den 6. März 1878.

Königliche Regierung
zu Frankfurt a. O.

Auf die Beschwerde vom 23. Januar d. J. erwidern wir Ihnen bei Rückgabe der Anlage, daß wir das Verfahren des dortigen Polizei-Wachtmeisters Sommer, welcher in einer am 6. desselben Monats dort abgehaltenen Volksversammlung die Entfernung der anwesenden Frauenspersonen veranlaßt hat, als einer gesetzlichen Begründung entbehrend, nicht billigen können und die städtische Polizei-Verwaltung aufgefordert haben, in Zukunft der Anwesenheit von Frauenspersonen in Volsversammlungen, soweit die letzteren sich nicht als Versammlungen politischer Vereine darstellen, nicht hindernd in den Weg zu treten.

Zu einer Bestrafung des ꝛc. Sommer, wie Sie solche gleichzeitig beantragt haben, liegt dagegen um so weniger Veranlassung vor, als derselbe nu die Instruktion seiner zunächst vorgesetzten Dienstbehörde befolgt hat.

Königliche Regierung.
Abtheilung des Innern.
Stabern.

— Genosse Altenkirch in Brandenburg wurde zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt und hat derselbe die Haft auch bereits angetreten, aus dem Grunde, weil er gelegentlich der Reichstagswahlen einen Aufruf verfaßt hatte, der dem Staatsanwalt zu freisinnig gehalten war.

— Ueber die aufgelöste Tivoli-Versammlung in Berlin. Der Bescheid des Polizei-Präsidiums über die vom Einberufer eingereichte Beschwerde lautet:

Berlin, den 22. März 1878.

Euer Wohlgeboren wird auf die am 20. d. M. hier eingegangene Vorstellung, in welcher Sie über die Auflösung der von Ihnen am 17. d. M. nach Tivoli einberufenen Volksversammlung Beschwerde führen, hiermit eröffnet, daß durch die Ueberfüllung des Versammlungslokals und den trotzdem fortdauernden Andrang neuer Menschenmassen Gefahren für die Sicherheit und Wohlfahrt der Versammelten herbeigeführt wurden, welche bei den obwaltenden Umständen nur durch die Auflösung der Versammlung beseitigt werden konnten. Das Verfahren des Beamten, welcher die Auflösung ausgesprochen hat, kann daher weder für ungesetzlich, noch für unangemessen erachtet werden.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Madai.

Nach solchem Bescheide werden in Berlin wohl sämmtliche Volksversammlungen, die man von sozialdemokratischer Seite einberuft, aufgelöst werden, weil zu denselben das Volk in übergroßen Massen hinströmt. — Uebrigens ein sehr bezeichnendes Eingeständniß!

Correspondenzen.

Berlin, 22. März. Vor Kurzem stand vor dem Berliner Stadtschwurgericht unter der Anklage der Urkundenfälschung ein Eisenbahnsekretär und gleichzeitig Büreauvorsteher. Der Beamte, welcher eine 25jährige Dienstzeit hinter sich hat, hatte die Copialien-Angelegenheit unter sich, er konnte sich Hilfskanzelisten annehmen und mußte die abgelieferte Bogenzahl quittiren. Bei einem Gehalte von 1800 Mark hatte der Beamte eine Frau, fünf Kinder und eine alte Mutter zu versorgen. Da der Gehalt nicht zureichte, arbeitete der Mann nach seinen Amtsstunden und copirte die betreffenden Schriftstücke. In seiner Eigenschaft als „Kanzleivorsteher" mußte er das Decorum wahren und durfte die Arbeiten nicht auf seinen eigenen Namen verrechnen. Er schrieb also die von ihm und seinen Söhnen gelieferten Arbeiten den von andern Kanzelisten aufgeführten Summen zu. Die abgelieferte und verrechnete Bogenzahl stimmte, und doch wurde der Mann wegen Urkundenfälschung angeklagt, weil er die von ihm wirklich gelieferte Arbeit auf die Rechnung der anderen Beamten setzte. Die Geschworenen waren vernünftig genug, die Schuldfrage zu verneinen, und mußte der Mann freigesprochen werden. Der Herr „Büreauvorsteher", welcher sich 25 Jahre müßte, ohne es so weit zu bringen, seine Familie anständig ernähren zu können und der, seinem falschen Schamgefühle nachgebend, die von ihm thatsächlich gelieferte Arbeit auf die Rechnung der Anderen setzte und nur mit knapper Noth dem Zuchthause entrann, wird nun einsehen, daß wir Sozialdemokraten Recht haben, wenn wir behaupten, daß die Mehrzahl der Beamten Proletarier sind, trotz der schönen Titel, die sie führen.

Zur Herstellung von Offiziers-Speiseanstalten, zur Beschaffung von Tafelservices für „hohe Herren" u. s. w. hat man im „glorreichen deutschen Reiche" heidenmäßig viel Geld; für die Männer, die den Keim der Bildung in die Herzen der Jugend legen sollen, hat man, wenn sie in unverschuldete Noth kommen, keinen Pfennig übrig. Durch die Blätter geht eine Notiz, welche beweist, wie erbärmlich die Lage des Lehrerstandes im „In-

---

Die Lage der ländlichen Arbeiter in Posen.

(Schluß.)

Meine Annahme von 6 Personen pro Familie wird derjenige nicht für zu hoch halten, der den Kindersegen dieser Parias kennt. Nach obigen Angaben hat eine Stube 2025 bis 3600 Kubikfuß Inhalt; somit kommt auf eine Person ein Raum von 337,5 bis 600 Kubikfuß, oder bei 8 Personen pro Kopf 270,6 bis 450.

Der Fußboden besteht aus gestampftem Lehm, ebenso die Wände, in welchen man nicht selten Löcher ausgebröckelt sieht, welche mit Stroh u. dgl. nothdürftig verstopft sind. Erwähnen will ich jedoch, daß die neuerbauten, kasernenartigen Gesindehäuser besser ausgestattet sind.

Das Heizmaterial sind meist grüne Aeste, welche schlecht brennen, qualmen und oft Augenentzündungen bei den Kindern verursachen. Gestohlene, oft sehr werthvolle Inventarienstücke completiren das Brennholz und strafen dadurch das unreelle Wirken ihres Besitzers. Ich kenne einen solchen „gnädigen Herrn", der zwar den Rauchfangfeger bezahlte, sich aber niemals darum kümmerte, ob dieser in den Gesindehäusern seine Pflicht erfülle. Als endlich eine Familie an Zeichen des Erstickens durch Rauch erkrankte, bestrafte er sie, „weil sie aus Faulheit sich im Bett einen guten Tag machen wollte".

75 Scheffel resp. Centner Kartoffeln als Ertrag pro Morgen ist sehr hoch angenommen. Der Acker soll zwar nach der Verabredung beim Engagement gedüngt sein; dies geschieht jedoch in höchst homöopathischer Dosis: 3 bis 4 Fuder Dünger sind das gewöhnliche Maß; die Aussaat findet aber erst statt, nachdem die Kartoffeln des Gutsherrn schon lange Wochen in der Erde geborgen sind. Die 4000 Pfd., welche von 108 Quadratruthen geerntet sind, ergeben pro Tag 10,9 Pfd. als Nahrungsbeitrag für 6 Personen.

Das Getreide wird nicht in marktfähiger Beschaffenheit verabfolgt; daher kann der Roggen mit 75 Pfd. pro Scheffel, der Weizen mit 75 Pfd., die Erbsen mit 85 Pfd., die Gerste mit 68 Pfd. pro Scheffel angenommen werden; also:

14	Scheffel Roggen à 75 Pfd.	= 1050 Pfd.	1792 Pfd. oder pro Tag 4,96 Pfd.	
4	„ Weizen à 75 Pfd.	= 300 Pfd.		
2	„ Erbsen à 85 Pfd.	= 170 Pfd.		
4	„ Gerste à 68 Pfd.	= 272 Pfd.		

Was die Positionen „Hühner und Gänse" anlangt, so war ich im Zweifel, ob ich sie überhaupt anführen sollte. Die Frau quält sich doch redlich mit der Aufzucht, und die darauf verwandte Zeit hätte ihr gewiß denselben Gewinn in anderweitiger Beschäftigung gebracht. Selbst die Eier zu essen gönnen sich die Leute gar nicht, ebenso wenig den Verbrauch der Gänse und ihrer Federn. Das Halten der letzteren ist nur geduldet; bevor sie groß geworden sind, schweben sie in fortwährender Gefahr, bei etwaigem Verursachen von Feldschäden vom „gnädigen Herrn" oder dessen Beamten erschlagen zu werden; obendrein aber hat der Brodherr noch das Recht, sich von den großgezogenen Gänsen die „fünfte" als Tribut auszuwählen.

Der oben angezogene „Gnädige" hielt auch einmal solch eine Musterung. Um nicht parteiisch zu sein, ließ er alle Heerden zusammentreiben und entnahm von den 153 Stück 30 Stück, es den neunzehn Parteien überlassend, wie sie unter sich mit der Repartition des erlittenen Verlustes fertig wurden.

Die Kuh soll bei freiem herrschaftlichem Futter gehalten sein; dieses müßte loyaler Weise, wie es in Schlesien der Fall ist, dem gleichen, welches die Thiere des Brodherrn erhalten. Aber mit nichten: im Sommer, sobald das Gras zu sprossen beginnt, werden die Kühe auf sauere, zumeist Waldweide getrieben.

Der Genuß dieser Kräuter verursacht verschiedene Krankheitszufälle (Blutharnen ꝛc.) und fast gänzliches Ausbleiben der Milch, wegen welch letzterer das Thier doch gehalten wird. Im Winter giebt man ihm Strohhäckfel und Ueberkehr (Kaff) ohne jegliches Kraftfutter. Daher kann ich behaupten, daß ich während langjähriger Praxis nur zwei Fälle kennen lernte, in denen die Thiere im Jahresdurchschnitt pro Tag 1 Liter Milch gaben.

Der Gerechtigkeit wegen muß noch eine Grasnutzung angeführt werden, welche jedem Kuhbesitzer in den Feldgräben zugewiesen wird.

Wir kommen nun zu der Frage: „Wie kann eine Familie unter diesen Verhältnissen existiren?" Antwort: Dadurch, daß sie sich wenigstens das, was sie zum Leben unumgänglich braucht, hinzustiehlt. Sie thut einfach nur das, was der Brodherr an ihr systematisch unter den Augen des Gesetzes verübt. Er giebt ihr eine mangelhafte Wohnung, die, ich will von dem Gesetz der Sittlichkeit schweigen, sogar nicht einmal das Polizeigesetz gestattet; er liefert geringes Brennmaterial, umgeht die Düngung des Ackers, mißt geringes Getreide als Deputat, nimmt ihnen die Gänse, umgeht seine Verpflichtung zur Lieferung eines genügenden Futters, hinterzieht ihnen das wohlverdiente Gehalt unter nichtigen Vorwänden eigenmächtig und in gesetzwidriger Weise.

Die Leute dagegen stehen auf einer unglaublich niedrigen Stufe der Bildung; sie sind seit Generationen in dieser Weise behandelt worden und wissen traditionell, daß sie selten oder nie Recht bekommen; daher glauben sie gar nicht, daß es Gesetze giebt, die sie schützen, die ihnen auch gegen die „gnädigen Herren" helfen könnten. — Der Pfarrer hilft ihnen nicht; sie sehen ihn mit dem „gnädigen Herrn" verkehren, mag dieser katholisch, evangelisch oder jüdisch sein. Auf's Himmelreich verweist er sie wohl, im Leben hat er keine Hilfe für sie.

So bildet ein stumpfsinniges Hinbrüten ein Charakteristikum des Posener ländlichen Proletariers, und der Hang zum Stehlen will auch da nicht abnehmen, wo sich in einzelnen Fällen seine materielle Lage gebessert hat; denn durch Generationen hat die herrschende Klasse durch maßlos eigennützigen Druck bei ihnen diesen Trieb als nothwendige Waffe in dem Kampfe um's Dasein ausgebildet. „Dem Herrn (d. h. Guts-) und dem Pfarrer stehlen, ist keine Sünde; denn diese leben ja von uns", lautet ein polnisches Sprichwort, das auch in Oberschlesien bekannt ist.

Den Pfarrer betrachtet der geistesumnachtete ländliche Paria der Provinz Posen als einen großen „Medizinmann", der ihn selig machen oder ewig verdammen kann, und mit dem er es nicht verderben darf, der ihm aber nicht seinen Magen sättigen wird, auch wenn er könnte.

Der Ultramontanismus, welcher in den letzten Jahren seine Heerden zum Kampfe für die „gefährdete Religion" alarmirt hat und diese durch zahllose Blätter, Blättchen und Traktätchen zunächst zu seinem Vortheil präparirt, ebnet auch der Aufklärung die Wege, welche seine Erbschaft antreten wird. Die Geister werden mobil und lernen das Interesse am Lesen, Sichunterrichten; der Boden wird gelockert, und fruchtbar wird der Samen unserer Idee aufgehen, welche alle Menschen einladet, an den Freuden desselben theilzunehmen, mögen diese nun leiblicher oder geistiger Natur sein.

Paulus.

telligenzstaate" Preußen ist. Ein Lehrer, welcher acht Jahre in Wittenberge und Staßfurt im Amte war, wurde geisteskrank und mußte in die Heilanstalt in Halle gebracht werden, woselbst er fünf Monate blieb. Nach seiner Entlassung verwaltete er seinen früheren Posten in Staßfurt noch anderthalb Jahr, worauf er zwei Jahre lang die Lehrerstelle in Alexanderdorf bei Prenzlau inne hatte. Hier wurde er nicht definitiv angestellt und verfiel nach Verlauf von zwei Jahren in seinen früheren Zustand. Der Gutsherr ließ ihn in ein Krankenhaus bringen und räumte der hochschwangeren Frau, welche das Haus verlassen mußte, als Obdach für sie und ihre vier Kinder einen — Stall ein. Die Frau wußte aber diese gutsherrliche — Güte nicht zu würdigen und zog es vor, zu ihren ganz armen Verwandten nach Prenzlau zu gehen und ihre Niederkunft abzuwarten. Kurz nach derselben reiste sie nach Berlin zu ihrem Schwager, einem Schlosser, bei welchem sie, obschon derselbe selbst mit der Noth zu ringen hat, freundlich aufgenommen wurde. Der betreffende Lehrer, dessen Zustand sich mittlerweile gebessert hatte, ersuchte um eine Stelle und erhielt eine solche zu Baruth, die er vom Mai bis November 1877 verwaltete. Nach dieser Zeit trat sein krankhafter Zustand wieder ein und er mußte in eine Irrenanstalt verbracht werden. Die vollständig mittellose Frau befindet sich mit ihren Kindern, von denen zwei von der sogenannten „englischen Krankheit" befallen sind, im größten Elend, da sie vom Pestalozzi-Verein nur eine verschwindend kleine Unterstützung erhielt, ihr Bittgesuch an die Regierung jedoch abschlägig beschieden wurde. Ein Bittgesuch an den Minister Falk blieb ebenfalls erfolglos. Die „liberalen" Blätter klappern mit dem Bettelsack und wollen „milde Gaben" „gefälligst" entgegen nehmen. Ich bin der Meinung, daß hier die Gesammtheit, der Staat, zu helfen verpflichtet ist. Der Mann hat zwölf Jahre als Lehrer gewirkt und trotz seines krankhaften Zustandes sicherlich mehr Nützliches geleistet als mancher Stabsoffizier — und doch werden Letztere, wenn sie dienstunfähig werden oder nicht mehr dienen wollen, mit hohen Pensionen bedacht, während den Angehörigen des Volksbildners ein — Stall zur Wohnung angeboten wird. So etwas heißt: Göttliche Weltordnung! und ist in einem Militärstaate selbstverständlich.

Halle a/S. Am 18. März fand hier in Halle eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Der 18. März" statt. Als Referent war Genosse Alb. Paul aus Berlin erschienen, welcher sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden, die „Liberalen" selbstverständlich abgerechnet, entledigte. Die anwesenden Gegner zogen es vor, angesichts des ihnen vorgehaltenen Sündenregisters sich trotz mehrmaliger Aufforderung, das Wort zu ergreifen, gründlich auszuschweigen. — Der zweite Punkt der Tagesordnung behandelte eine in Eisleben stattgehabte Volksversammlung und die in derselben vorgekommenen Ungehörigkeiten. Genosse Rödiger geißelte in schärfster Weise den unwahren Bericht der „Saale-Zeitung". Ein Mensch, der auch schon manchen „Artikel" für die genannte Zeitung verbrochen, meldete sich zum Wort und erklärte, der Bericht müsse wahr sein, weil er von einem „Specialcorrespondenten" herstamme, und der könne doch — unmöglich lügen. Den Genossen Zwiebler und Paul war es ein Leichtes, den Blödsinn in das richtige Licht zu stellen, und geißelte besonders Letzterer in der satirischsten Weise die Wahrheitsliebe der „liberalen" Presse und ganz besonders des Specialcorrespondenten. Der Vertheidiger der „Saale-Zeitung" hatte nicht mehr den Muth, diese in Schutz zu nehmen. Die Arbeiter von Halle beseelt ein guter Geist, und werden wir, wenn die Agitation rege betrieben wird, dort die besten Erfolge erzielen.

Merseburg. Mit der Tagesordnung: „Was wollen die Sozialdemokraten" wurde am 19. März hier eine Volksversammlung abgehalten. In derselben waren die Gegner so zahlreich erschienen, daß sie bei der Abstimmung über die Wahl des Vorsitzenden die Majorität hatten. Ein Herr Dr. Witte wurde daher als erster, und Genosse Rödiger als zweiter Vorsitzender gewählt. Genosse Paul sprach in sachlicher Weise und deckte die Krebsschäden der heutigen Gesellschaft auf. Als er von den Nachtheilen, die der Militarismus dem Volke bringt, sprach, erhob sich der überwachende Beamte und sagte: „Hier darf über das Militär nicht gesprochen werden, das gehört nicht zur Tagesordnung, sonst löse ich die Versammlung auf!" Genosse Paul fuhr darauf in seinem Vortrage fort und ermahnte zum Schluß die Arbeiter, in die sozialdemokratische Partei einzutreten. Als zweiter Redner trat der Prediger Hildebrandt auf und nörgelte, da er nicht im Stande war, etwas, was Paul sagte, zu widerlegen, an den einzelnen Sätzen auf echt pfäffische Weise herum. Nach den Ausführungen dieses frommen Mannes ist der Arbeiter viel besser daran als der Fabrikant, denn wenn sich der Arbeiter Abends niederlegen kann, fängt erst die Arbeit des Fabrikanten an; der Fabrikant lege sich mit mehr Kopfschmerzen nieder als der Arbeiter u. s. w. Welcher Art die Kopfschmerzen sind und wodurch sie in der Regel entstehen, sagte der Herr Prediger wohlweislich nicht. Genosse Rödiger widerlegte den frommen Herrn gründlich. Als er die Behandlung kennzeichnete, welche dem verstorbenen Genossen Looff durch die Chemnitzer Behörden zu Theil wurde, erhob der Polizeibeamte Einsprache und drohte abermals mit Auflösung der Versammlung, so daß sich die Anwesenden einen sonderbaren Begriff von der deutschen Versammlungsfreiheit machten. Es sprach noch Dr. Witte, welcher aber nichts Neues vorbrachte, sondern den alten vom Prediger bereits aufgewärmten Kohl noch einmal nachwärmte. — Im Allgemeinen hat die Versammlung, obschon viele Gegner anwesend waren, einen guten Eindruck hinterlassen und können wir mit dem Erfolg derselben zufrieden sein.

Stolberg, 16. März. Die vielen beschäftigungslosen Arbeiter des hiesigen Kreises hegten seit Langem die stille Hoffnung, bei dem Eisenbahnbau Beschäftigung zu erhalten; allein die Hoffnung wurde betrogen, denn für's Erste wurden polnische, böhmische und italienische Arbeiter den hiesigen Arbeitern vorgezogen, sodann aber waren auch die Kräfte bei Vielen für die schweren Erdarbeiten unzureichend. Das ist der Fluch der modernen Produktionsweise, daß sie die Menschen siech und elend, unfähig zu einer kräftigen Arbeit macht. Mögen die Arbeiter, die wieder einmal in ihren Hoffnungen betrogen worden sind, sich das merken und Alles aufbieten, um mit Gleichgesinnten an der dauernden Verbesserung ihrer Lage zu arbeiten.

Aus Westphalen, 21. März. Für den 17. März wurde in Heren bei Bochum eine Bergarbeiterversammlung einberufen, konnte aber wegen der vorgekommenen, von den „gebildeten" Beamten provocirten Skandalen und Thätlichkeiten nicht abgehalten werden. Als die Versammlung eröffnet werden sollte, machten die Beamten einen so heillosen Lärm, daß an die Abhaltung nicht gedacht werden konnte. In Anwesenheit des überwachenden Polizeibeamten versetzte ein Zechenbeamter dem Einberufer einen solchen Schlag auf den Kopf, daß dieser sofort zu Boden stürzte. Der überwachende Beamte will nichts von diesem Vorfalle gesehen haben. Die Beamten, welche in großer Anzahl anwesend waren, benahmen sich auf die gemeinste, geradezu bestialische Art und hieben wie wüthend um sich. Die Arbeiter, welche in geringer Anzahl vorhanden waren und sich darauf beschränkten, die rohen Angriffe der wilden Meute abzuwehren, verließen nach und nach das Lokal. Zwei Bergleute mußten vor den Wüthenden die Flucht ergreifen und sich in ein im ersten Stockwerke des Hauses belegenes Zimmer einschließen. Die Beamten verlangten vom Wirthe die Auslieferung der beiden Eingeschlossenen, was dieser jedoch ablehnte. Nachdem diese rohen Buben noch die schwersten Drohungen und gemeinsten Schimpfreden ausgestoßen hatten, begaben sie sich ins Gastzimmer, um ihren „Sieg" beim vollen Glase zu feiern. Die beiden Eingeschlossenen mußten sich unbemerkt aus dem Hause schleichen. Zu bemerken ist, daß sich weder die Ortsbehörde noch sonst Jemand veranlaßt sah, den Brutalitäten dieser Ruhestörer und Raufbolde entgegenzutreten. — Doch sollte es noch besser werden. Für Nachmittag 4 Uhr desselben Tages war eine Versammlung in Eikel einberufen, zu welcher die Beamten stolz auf ihre am Vormittag verrichteten Heldenthaten und ziemlich angetrunken erschienen. Die Versammlung war nicht stark besucht, konnte aber doch, trotz der vielen Unterbrechungen, abgehalten werden. Nach Schluß derselben begaben sich die Arbeiter ins Gastzimmer, wo sie von den Beamten, die ihnen nachkamen, auf die allererdenklichste Art und Weise insultirt wurden. Da die Arbeiter die ihnen von den „Gebildeten" zugefügten Beleidigungen ignorirten, wurden sie von diesen der Feigheit beschuldigt und offen zum Kampfe aufgefordert. Da auch diese provokatorische Aufforderung unberücksichtigt blieb, zogen die „Herren" unter wüstem Geschimpf ab, kamen aber zweimal zurück, um die Arbeiter zu Thätlichkeiten aufzufordern. Nach längerer Zeit, als die Beamten das Feld bereits geräumt hatten und es den Anschein hatte, als ob die Arbeiter unbehelligt bleiben sollten, begaben sich diese auf den Heimweg, wurden aber in der Nähe des Wirthshauses von den gleich Straßenräubern lauernden Beamten mit Revolverschüssen empfangen. Jetzt war die Geduld der Arbeiter allerdings zu Ende, sie beantworteten die Revolverschüsse mit Steinwürfen und zwangen die Beamten, sich zurückzuziehen, was unter fortwährendem Schießen geschah. Auf beiden Seiten gab es mehrere Verwundete. Ein Commentar ist nicht nöthig, könnte auch nur abschwächend wirken. Ob man die Wegelagerer zur Verantwortung ziehen und auf gebührende Weise bestrafen wird, bleibt abzuwarten, bis heute ist von einem behördlichen Einschreiten noch nichts bekannt geworden. Wenn sich Arbeiter in „liberalen" oder pfäffisch geleiteten Versammlungen ähnlich benommen hätten, was würde die Folge gewesen sein? — Ja, Bauer, das ist etwas Anderes! Durch diese bodenlose Rohheit unserer „gebildeten" Beamten wurde der Arbeitersache nicht wenig genützt; die Arbeiter sehen ein, was sie von dieser Gattung Menschen zu erwarten haben — Pulver und Blei! Die Gewerkvereinler und die Arbeiter, die sich auf den „christlich-sozialen" Leim locken ließen, werden durch dieses Vorkommniß am besten einsehen, daß die sogenannte Harmonie zwischen Arbeit und Kapital, resp. den Lakaien des letzteren, welche den Arbeitern gepredigt wird, fauler Schwindel ist. Revolverschüsse für die Arbeiter, die es wagen, ihre Lage verbessern zu wollen. Das Kapital braucht eben nur Sklaven, welche keinen eigenen Willen haben; denkende, selbstbewußte und freisinnige Arbeiter sind dem Kapital und dessen Knechten, den Beamten, ein Greuel. Wir geben uns aber der frohen Hoffnung hin, daß es auch bei uns bald Licht werden wird. -t-

Baden-Baden im März. Daß derjenige der liberalen Herren, welcher seiner Zeit die Sozialisten Baden-Badens in einer liberalen Versammlung todtsagte, Unrecht hatte, beweist ihm wohl zur Genüge die rege Thätigkeit, welche von den hiesigen Parteigenossen in letzter Zeit entfaltet wurde. Nicht nur, daß unsere Parteiversammlungen, welche regelmäßig alle 14 Tage abgehalten werden, immer ziemlich gut besucht sind, sondern auch in jeder andern Hinsicht bricht sich das sozialistische Prinzip immer mehr Bahn. So wurden in diesem Jahre hier schon zwei große Volksversammlungen abgehalten. Die erste fand statt am 7. Januar, in welcher Genosse Lehmann aus Pforzheim über die „Grund- und Bodenfrage" referirte. Die von etwa 200 Personen besuchte Versammlung hörte den 1½ stündigen Vortrag mit lautloser Stille an und der Applaus, der dem Referenten am Schluß seiner Rede zu Theil wurde, bewies, daß die Anwesenden mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Zum Schluß seines Vortrags wies der Redner noch auf die Wichtigkeit der Tagespresse hin und empfahl den Anwesenden aufs Wärmste das Abonnement des „Pfälzisch-badischen Volksblattes", welches das einzige Blatt im badischen Lande sei, das die Interessen des arbeitenden Volkes wirklich vertrete.

Die zweite Versammlung wurde abgehalten am 25. Februar, veranlaßt durch einen Vortrag im nationalliberalen Verein, gehalten von einem Herrn Professor Ziegler über „die Entwicklung der Sozialdemokratie in Deutschland", den jedoch nur die Mitglieder und deren Gesinnungsgenossen mit anhören durften. Natürlich konnte man nicht Jedem die Gesinnung von der Stirn lesen und so kam es, daß auch einige Sozialisten in die Versammlung kamen.

Die Tagesordnung der von uns einberufenen Volksversammlung lautete: „Herr Professor Ziegler und die Entwickelung der Sozialdemokratie in Deutschland". Herr Professor Ziegler wurde persönlich zur Versammlung eingeladen, was durch eine Wochenblatt-Annonce bekannt gemacht wurde. Er war also gezwungen, sich auf diese oder jene Weise zu erklären. Herr Dreesbach aus Mannheim übernahm das Referat. Die Versammlung war so überaus zahlreich besucht, daß Viele vor dem Versammlungslokal noch stehen bleiben mußten und stehen blieben trotz Regen und kaltem Wind. Herr Dreesbach ging mit dem Herrn Professor gehörig ins Zeug und entledigte sich seiner Aufgabe in trefflichster Weise, wofür er reichen Beifall erntete. Nach zweistündiger scharfer Kritik seitens des Herrn Dreesbach versuchte der Herr Professor, sich gegen dieselbe zu vertheidigen, was ihm aber keinesfalls gelang. Als nach den Ausführungen des Herrn Professors Herr Dreesbach noch einmal das Wort zu einer Replik nahm, versuchten die Herren Nationalliberalen, denselben durch Schreien und Rufen daran zu hindern, doch die Stimme des Herrn Dreesbach drang durch und manche derbe Wahrheit mußte der Herr Professor mit anhören. Nach Herrn Dreesbach ergriff noch ein Thierarzt das Wort, ohne jedoch irgend etwas Verständliches hervorzubringen. Daß die liberale Presse und besonders das hiesige „Wochenblatt" dem Professor den Sieg zuschreibt, darf nicht verwundern, betrachtet sich doch der Liberalismus überhaupt als Sieger selbst dann, wenn er die schmählichsten moralischen Niederlagen erleidet. Mag das „Wochenblatt" den Sieg immerhin für die Nationalliberalen beanspruchen; wir sind trotzdem mit dem Erfolg sehr zufrieden und wünschten nur, die Herren Liberalen möchten uns noch recht oft Gelegenheit zu solcher „Niederlage" bieten. Auch die sozialistische Presse findet hier immer mehr Eingang, die Zahl der Abonnenten auf den

Anreizung zum Mord.

Unter der Ueberschrift „Rückhaltlose Residenzbriefe" enthält die Nr. 65 der „Hallischen Ztg." (Verlag G. Schwentschke) folgenden Aufruf zum Mord eines nationalliberalen „Landmanns" — er unterzeichnet sich selbst „Rusticus", dessen Schmähfluth wir durch kein einziges commentirendes Wort abschwächen wollen. Dieser Aufruf lautet:

„Der Eskimo ist gar nicht groß, — zu aller Arbeit träge, — da nannt' ich Einen: einen „Kloß" und kriegte derbe Schläge!" ... Das Lied aus meiner Kinderzeit vom „reisenden Herrn Urian" ... es wird im Augenblick erneut, denn bei Bodinus kamen an sechs Eskimos und tummeln sich auf zoolog'schem Rasen, — sehr amüsant und wunderlich, nur nicht für unsre — Nasen; denn Seehundsdärm' als Fensterglas und Thran statt Fleisch und Butter, — verehrter Fremdling, Prosit! das ist doch ein seltsam Futter! Da ruft er mir aus dem „Kajak": „mein Bester, das ist mein Geschmack und wenn ich mich vertiefe im siebzehnten der Briefe, da find' ich doch, daß liberal in Sachen des Geschmacks zumal Herr Rusticus, ... drum bitt' ich sehr, gieb meinem goût doch auch Gewähr; Euch schmeckt das Faulste, Euch gefällt die schlechteste „Schlampampe" — laßt mir den Seehund, 's kost't kein Geld, — laßt mir die thran'ge „Lampe!" ... D'rauf rudert er im Teich umher, grad' so, als ob's in Grönland wär' — der Nachen ist ein Jammerding, sieht aus wie 'ne Cigarre — nicht Kap'tain Boyton, glaub' ich, ging hinein — er wär' ein Narre! — jedweder andre Mensch ersäuft, der Eskimo dagegen läuft mit ohio und Wassertreten, als wollt' im Teich er „flaten" .... Berliner gucken's staunend an: „Bravo! mein kleiner Urian!" .....

— — Nun schlag' ich vor — und wahrlich es geschieht nicht etwa in der Aschermittwochs-Laune, auch bricht nicht mein stets unpolitisch Lied Gelegenheit vom nächsten, besten Zaune, nein: unsre sozialist'sche Leichenfeier klingt in den Saiten der verstimmten Leier — ich schlage also vor: die Demokraten der rothen sozialistischen Tendenzen verlegen ihrer idealen Staaten höchst nebelhafte, eis'ge Landesgrenzen nach jenem Grönland, wo so seehundsfroh und billig haust der bied're Eskimo! Stirbt Einer dort der unsterblichen Rotte — wie Setzer Heinsch, der jüngst begraben hier, der nichts von „Ewig", nichts von unserm „Gotte" je wissen wollte und der doch Quartier im Gottesacker hier gefunden hat in unsrer guten, rücksichtsvollen Stadt, und eine Feier, ekelhaft und cynisch — und wahrlich weder christlich noch „berlinisch", hier wo für Jeden doch noch eine Thräne und ein: „de mortuis nil nisi bene" .... dann kann man den kaltstellen dort in Eis, damit die künft'ge Gen'ration noch weiß und ob des Geist's des neunzehnten Jahrhundert das Zwanzigste sich schüttelt kalt verwundert: daß in des großen Friedrich Residenz, der Stadt der nüchternen Intelligenz, ein solcher Blödsinn, Wahnsinn ganz und gar, wie diese Leichenfeier möglich war?! Und nicht genug: die Zukunft wisse auch, was bei dem „Fortschritt" war der Preßgebrauch im Jahre Achtzehnhundert acht und siebzig und daß es wahr ist: „was sich neckt, das liebt sich;" wie die, die heut zusammenstimmen, auch morgen höchst demonstrativ zu Bebels Höh' empor schon klimmen, wenn er auch mit den Seinen rief: „daß Eigenthum ein Diebstahl sei." Nur munter, Fortschritt, die Partei, die der Gemeinheit, Disziplin zu loben wagt und hoch zu preisen, — ob in, ob außerhalb Berlin — die ist wie glühendheißes Eisen, — die faßt ein anständiger Mann in Compromissen selbst nicht an — noblesse oblige: „Anstand verpflichtet" und „Ihr, Ihr habt Euch Selbst gerichtet!!" .... Im kleinen Zumpt lernt' ich vor Zeiten, was denn „commune" thät bedeuten? heut' hab' ich besser es erfahren, als Zumpt mich's lehrt vor vierzig Jahren: „Commune" heißt, wenn Fritsch und Most in rothem Ingrimm tief erbost ein Grab und einen Kirchhof schänden und wenn das Volk mit schmutz'gen Händen und rohem gottlosem Geschrei sein wüstes Bravo ruft dabei. „Commune" heißt, wenn Weiber keifen beim Leichenzug, mit rothen Schleifen koquett sich Kleid und Haare zieren und so — den Schmerz prostituiren!! „Commune" heißt — o Publikum! Arbeiter, Hört's! seid nicht so dumm und denkt an das Petroleum — wenn einer statt Arbeit nur will „theilen", dem Schwachen will den Kopf „verkeilen" und direkt in's Verderben eilen!! ....

„Commune" heißt auf deutsch „gemein" ... Ob man gemeiner" noch kann sein, als diese Herr'n der „Disziplin", die unserm träumenden Berlin jetzt eine „Leichen-Fastnacht" machen, ein ekelhaft Experiment, bei dem wir aber nicht erwachen, süß eingelullt, indifferent, bei unsern „Fortschritts-Paragraphen", den unfehlbaren weiter schlafen — das wird uns hier und aller Orten Herr Liebknecht, Bebel und Consorten schon lehren — lehren, wenn's zu spät, daß man der Bande widersteht, die Freiheit, Eigenthum und Sitte jetzt frech verhöhnt und in den Schmutz sie wirft mit dem „communen Tritte" — — o Staat, o Staat, wo bleibt Dein Schutz für die Verirrten und Verführten? wo bleibt Dein heilig Rächeramt? An den Altären, da wir schürten das Feuer, das vom Himmel stammt, steht jetzt Gesindel, wüst und dumm und hält schon das Petroleum verbrecherisch und frech parat .... auf! Preußen! Du, der Ehre Staat — auch ohn' Erbarmen, ohne Schonen — das letzte Wort sind doch Kanonen .... heut fließt nur tropfenweis das Blut — allein es wird zum Strom, zur Fluth, knickst du das Unkraut nicht im Lenz ..... es gilt die eig'ne Existenz, gilt die Familie, gilt Ehre, Eid und Fürst und Thron .... Auf, mein geliebtes Vaterland, auf! lösche Du den heißen Brand, — zertritt den Wahnsinn, den verweg'nen — Deutschland, die Welt wird einst Dich segnen!!

— — — — — — — — — — — — — — — —

Mein Brief ist ernst — mein Thema weit — der leichte Scherz kann's nicht bezwingen — und da wir grade Fastenzeit, so muß ein ernster Ton erklingen. Im „Fasten" giebt's ein wäss'rig Bier — „Entsagung" heißt's bei allen Leuten — was kann denn der Poet dafür — ihm dürft Ihr das nicht übel deuten — delectat variatio — gern sucht' ich mir wohl wärmer'n Fluß — heut kam ich von dem Eskimo in eis'ges Wasser!!

Rusticus.

— **Für gewisse Leute.** Die unbefugte Eröffnung eines Briefes seitens eines Dritten wird nach § 299 des Strafgesetzbuchs auf Antrag mit Geldstrafe oder Gefängniß bestraft. Wer zu der Stellung des Strafantrags berechtigt ist, ob der Absender oder Adressat oder beide zugleich, ist im Gesetz nicht ausgesprochen. Das preußische Obertribunal hat in Beziehung auf diese Frage durch Erkenntniß vom 14. Februar dieses Jahres ausgesprochen, daß in jedem Falle der Absender eines Postbriefes, wenn er vor Zustellung an den Adressaten unbefugt von einem Dritten geöffnet wird, zur Stellung des Strafantrages berechtigt ist und daß er dieses Antragsrecht drei Monate lang nach Kenntniß der unbefugten Eröffnung ausüben kann, auch wenn inzwischen der Brief dem Adressaten eingehändigt worden ist.

„Vorwärts“ und das „Pfälzisch-badische Volksblatt“ steigert sich immer mehr und mehr. Es wurde in letzter Zeit auch ein Arbeitsnachweisebureau für alle Berufsarten gegründet. Der Grundstein ist hier gelegt, bauen wir immer weiter darauf, dann wird auch Baden-Baden bald ein starkes Glied bilden in der starken Kette der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Kaiserslautern, 24. März. Nach langer Pause fand heute endlich wieder eine Volksversammlung hier statt mit der Tagesordnung: 1) Die indirekten Steuern; 2) Verschiedenes. Als Referent war Dreesbach aus Mannheim erschienen, welcher zu Aller Zufriedenheit seine Aufgabe löste. Erwähnen will ich auch, daß Herr Berg aus Kirchheimbolanden (allwo Zick und Bamberger Anno 48 so muthig flohen) sich den Ausführungen Dreesbach's anschloß und den Anwesenden die Bedeutung der Wahlen im Allgemeinen und speciell die Haltung des Vertreters des Wahlkreises Kaiserslautern im Reichstage einer Besprechung unterzog. Der Redner gelangte dabei zu dem Resultat, daß die Wiederwahl des Dr. Zinn, gegenwärtigen Vertreters von Kaiserslautern im Reichstage, nicht zu empfehlen sei.

Potsdam, 24. März. Da mit dem 1. April ein neues Quartal beginnt, so fordern wir alle Parteigenossen auf, für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“, der „Sozialistischen Rundschau“ und der „Neuen Welt“ einzutreten. Die Restanten ersuchen wir, bis spätestens Sonntag den 31. März um Berichtigung ihrer Rückstände, sonst wird nicht weiter geliefert. Was namentlich das Abonnement auf die „Rundschau“ betrifft, so ist es geradezu eine Schande, wie lässig einzelne Genossen darin sind; ja sie halten es nicht der Mühe werth, sich einmal im Monat sehen zu lassen, um dieselbe in Empfang zu nehmen; sie verlangen von dem Filial-Expedienten, daß sie ihnen ins Haus gebracht und der Abonnementsbetrag auch noch ausgelegt werde. Das muß anders werden. Entweder lassen die Lässigen das Abonnement gänzlich fallen, oder aber sie thun in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Verfolgung ihre volle Schuldigkeit, was heiligste Pflicht ist. F. Haburg.

Den Parteigenossen empfehlen wir die nachstehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter zum Abonnement:

„Augsburger Volkswille“, erscheint dreimal wöchentlich in Augsburg. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Berliner Freie Presse“. Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags, Sonntags mit der illustrirten Gratisbeilage die „Neue Welt“, in Berlin. Preis viertelj. 4 M.

„Braunschweiger Volksfreund“, erscheint die Woche 6 Mal. Preis pr. Quartal 2 M.

„Bremer Freie Zeitung“. Erscheint wöchentlich sechsmal. Preis viertelj. 2 M. 50 Pf.

„Bergische Volksstimme“, erscheint wöchentlich sechsmal in Elberfeld. Preis pr. Quartal 2 M. 25 Pf.

„Chemnitzer Freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal, kostet pr. Quartal 1 M. 80 Pf.

„Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Cölner Freie Presse“, erscheint wöchentlich 1mal. Preis pr. Quartal 1 M. 15 Pf.

„Dresdner Volkszeitung“, erscheint wöchentlich dreimal. in Dresden. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Die Wahrheit“. Erscheint täglich in Breslau. Preis pr. Quartal 3 M.

„Die Fackel“, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Die neue Gesellschaft“, monatlich einmal in Zürich; Preis pr. Quartal 3 M.

„Die Neue Welt“. Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf., in Heften (3 Nummern) à 30 Pf.

„Die Rundschau“, Organ für sozialistische Propaganda, erscheint 1mal monatlich in Hamburg. Preis pr. Quartal 60 Pf.

„Die Wage“, Wochenblatt für Politik und Litteratur. Herausgegeben von Dr. Guido Weiß. Erscheint wöchentlich einmal in Berlin. Preis viertelj. 4 M. 50 Pf.

„Die Zukunft“. Sozialistische Revue, erscheint 2mal monatlich in Berlin. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Erfurter Volksblatt“, erscheint dreimal wöchentl. in Erfurt. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Essener Freie Zeitung“, erscheint wöchentlich dreimal in Essen. Preis 1 M. 50 Pf. pr. Quartal.

„Erzgebirg. Freie Presse“, erscheint dreimal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M. 20 Pf.

„Glauchauer Nachrichten“, Volksblatt für Stadt und Land. Erscheint wöchentlich sechsmal in Glauchau. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Groitzsch-Pegauer Volksblatt“, erscheint 2mal wöchentl. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Hamburg-Altonaer Volksblatt“, erscheint 3mal wöchentl. in Hamburg. Preis pr. Quartal 2 M. 40 Pf.

„Halberstädter Freie Presse“, erscheint wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 75 Pf.

„Hessisches Volksblatt“, erscheint 2mal wöchentl. in Cassel Preis pr. Quartal 1 M. 20 Pf.

„Königsberger Freie Presse“, erscheint wöchentlich einmal in Königsberg i. Pr. Preis pr. Quart. 1,50.

„Magdeburger Freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal in Magdeburg. Preis pr. Quartal 2 M. 50 Pf.

„Mecklenburgischer Arbeiterfreund“, erscheint in Rostock wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Muldenthaler Volksfreund“, erscheint 2mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M.

„Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“, erscheint in Nürnberg wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 95 Pf.

„Niederrheinische Volksstimme“, einmal wöchentlich in Crefeld zu 85 Pf. vierteljährlich.

„Neue Offenbacher Zeitung“, erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in Offenbach. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

„Ostthüringisches Volksblatt“, erscheint wöchentlich dreimal in Gera. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.

„Pfälzisch-Badisches Volksblatt“, erscheint wöchentl. 1mal in Mannheim. Preis pr. Quartal 75 Pf.

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, erscheint dreimal wöchentl. in Kiel. Preis pro Quart. 2 M.

„Süddeutsche Volkszeitung“, erscheint wöchentlich zweimal in Stuttgart. Preis pr. Quartal 1 M. 10 Pf.

„Solinger Freie Presse“, erscheint 2mal wöchentl.

„Thüringer Freie Presse“, Organ des arbeitenden Volks in Thüringen. Erscheint dreimal wöchentl. in Gotha. Preis viertelj. 1 M. 50 Pf.

„Volksfreund für den 15. sächs. Wahlkreis, erscheint wöchentlich einmal in Chemnitz. Preis per Quart. 60 Pf.

„Volksfreund“, Organ für das Maingau und die Wetterau, erscheint wöchentlich dreimal in Frankfurt a. M. Preis pr. Quartal 2 M.

„Volksfreund“, erscheint in Callnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Voigtländische Freie Presse“, erscheint wöchentlich 2mal in Reichenbach. Preis pr. Quartal 1 M.

„Volksblatt“ für das Herzogthum Altenburg, erscheint 2mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M.

„Volksblatt“ für Borna, Frohburg, Lausigk und Umgebung, erscheint wöchentlich 2mal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Westfälische Freie Presse“, erscheint wöchentlich 2mal in Dortmund. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.

„Wilhelmshafener Volksblatt“, erscheint wöchentl. 2mal in Wilhelmshafen.

„Würzburger Volksfreund“, erscheint wöchentlich zweimal in Würzburg. Preis viertelj. 1 M.

„Zeitgeist“, erscheint in München wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.

„Zeitzer Volksfreund“, erscheint wöchentlich 2mal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Arbeiterstimme“, Organ und Eigenthum der soz.-demokr. Arbeiterpartei Nordamerikas, erscheint wöchentlich einmal in Newyork. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Arbeiterfreund“, erscheint am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. östr. = 1 M.

„Arbeiter-Wochenchronik“, Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis pr. Quartal 60 kr. östr. = 1 M. 20 Pf.

„Der Arbeiter in Ohio“, erscheint in Cincinnati (Amerika) wöchentlich 1mal.

„Der Socialist“, erscheint täglich in Milwaukee in Amerika. Preis pr. Jahr 5 Doll.

„Die Tagwacht“, Organ des schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Zürich. Preis pr. Quartal 1 M. 40 Pf.

„Der Sozialist“, Central-Organ der sozialdemokr. Arbeiterpartei Oesterreichs. Erscheint wöchentlich einmal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Kr. = 1 M. 60 Pf.

„Sozialpolitische Rundschau“, Monatsschrift der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. Erscheint monatlich 1 Mal in Reichenberg.

„Tägliche Buffalo-Tribüne“, erscheint täglich in Buffalo.

„Volksstimme des Westens“. Erscheint täglich in St. Louis (Amerika). Preis pr. Quart. 2 Doll. 50 Cent.

„Volkszeitung“, erscheint täglich in Chicago (Amerika).

„Vorbote“, Organ der Arbeiterpartei für Stadt und Land, erscheint jeden Sonnabend in Chicago (Nordamerika). Preis pr. Jahr 2 Doll.

„Allgemeine Buchbinderzeitung“, Organ des Verbandes für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M.

„Allgemeine Tapezirerzeitung“, Organ der Tapezirer und Fachgenossen. Erscheint alle 14 Tage in Berlin. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Ambos“, Organ der Schmiede, erscheint wöchentlich 1mal in Berlin.

„Correspondent“, Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M. 25 Pf.

„Der Botschafter“, Organ für die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeitervereins. Erscheint alle 8 Tage in Berlin und kostet viertelj. 50 Pf.

„Der Fortschritt“, Organ des Allgem. deutschen Schneidervereins, erscheint jeden Sonnabend in Leipzig. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Der Genossenschafter“, Organ des Gewerkvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Gewerke, erscheint wöchentlich einmal in Schw.-Gmünd. Preis pr. Quartal 1 M.

„Der Gewerkschafter“, Organ für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter Oesterreichs. Erscheint monatlich zweimal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Der Wecker“, Organ für die Schuhmacher Deutschlands, erscheint jeden Sonnabend in Gotha. Preis viertelj. 50 Pf.

„Das Panier“, Organ der deutschen Metallarbeiter, erscheint wöchentlich einmal in Braunschweig und kostet pr. Quartal 50 Pf.

„Der Correspondent“, Organ der Hutmacher, erscheint in Leipzig dreimal monatlich und kostet pr. Quartal 60 Pf.

„Grundstein“, Organ der deutschen Bauhandwerker, erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis viertelj. 45 Pf.

„Pionier“, Central-Organ der Gewerkschaften Deutschlands und der eingeschriebenen Hülfs-(Kranken- und Sterbe-)Kassen. Erscheint wöchentlich einmal in Hamburg. Preis viertelj. 1 M. 20 Pf.

„Sennefelder Bund“, erscheint einmal wöchentl. in Nürnberg.

Briefkasten

der Redaktion. C. J. Wellinghofhausen: Vorbehalten kann man Ihnen das Geld nicht, aber man kann sie verklagen und exekutorisch anpfänden lassen. Wenden Sie sich an einen dortigen Advokaten, dies wird das Beste sein, was Sie in dieser Angelegenheit thun können.

der Expedition. Ph. Wilhelm in Kirchheimbolanden: Wir erhielten heute die Geldsendung mit dem Vermerk zurück: Adressat in Kirchheimbolanden unbekannt. Schmidt, Postbote. — A. Westhus Brüssel: Das Gewünschte können Sie erhalten. — K. Kup. Lahr: Ja, kostet pr. Stück 40 Pf. Porto 10 Pf.

Um mehrfach vorgekommenen, mir höchst unliebsamen Fragen, ob ich der Einsender der unter C. J. K. in D. in der letzten Freitagsnummer des „Vorwärts“ beantworteten Anfrage bin, für fernerhin vorzubeugen, erkläre ich, daß ich dieselbe nicht gestellt habe.

C. J. Kuhl in Dortmund.

Wird bestätigt und bemerkt daß das D. nicht Dortmund sondern Darmstadt heißen soll. Red d. „Vorwärts“.

Der Schneider Engelhardt Henne, früher in Carlsruhe Mitglied des Allgemeinen deutschen Schneidervereins wird dringend um Angabe seiner Adresse gebeten. Diese Bitte wird auch an Parteigenossen, denen die Adresse des Genannten bekannt sein sollte, gerichtet.

B. Klerx in Gießen.

Quittung. Hrtmnn Leopoldshall Ann. 1,00. St. u. K. hier Ann. 6,00. Fnk Linden Schr. 4,00. Wßmr Anina Ab. 11,90. Rtr Darmstadt Schr. 80,00. Rf Apolda Ab. 1,00. Rckzgl Teplitz Ab. 4,08. Lnschlgr Limbach Schr. 1,00. Mznr Heidelberg Schr. 0,65. Expedition d. „Volksztg.“ Bielefeld Schr. 0,80. Gmbl Heilbronn Schr. 2,25. Bl,nk Meddewade Schr. 0,65. Brnfrd Zeulenroda Schr. 1,10. Gth Haan Schr. 5,00. Smdlr Elstra Schr. 0,60. Frnzl Kratzau Schr. 0,70. Seelig Essen Schr. 0,60.

Fonds für Gemaßregelte.

Von J. P hier 6,00

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Essen. Sonntag, den 31. März, Vormittags 11 Uhr, bei Wilmerath: [0,60

Große Volksversammlung.

Tagesordnung wird in den Lokalzeitungen bekannt gemacht.

Das Comité.

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. [50

Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr: Versammlung und Aufnahme neuer Mitglieder im Lokale des Hrn. Träger, Lauchaerstraße 12. — Den 13. April: Generalversammlung.

Ein Parteigenosse, der bereits ein Blatt redigirte, sucht eine Stelle in der Redaktion oder Expedition eines Parteiblattes per sofort!

Gef. Offerten nimmt der „Vorwärts“ unter Litt. H. K. W. 10 entgegen

---

Zu verkaufen 4 Jahrg. „Volksstaat“ und „Vorwärts“ 74, 75, 76, und 77 à 6 Mark. Adressen nimmt die Exped. d. Bl. entgegen. [90

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von **W. Liebknecht.** 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von **W. Liebknecht.** Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von **Dr. Boruttau.** Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg. (45)

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von **Dr. C. Boruttau.** Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von **Bruno Geiser.** Preis 30 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von **Bruno Geiser.** 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. [5,10

Durch uns ist zu beziehen:

N. Tchernychewsky: L'Économie politique jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.

492 pages. Prix 1,50 M.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Soeben erschien im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associationsbuchdruckerei zu Berlin, Eingetragene Genossenschaft, und ist durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Das Brief-Geheimniß vor dem Deutschen Reichstag.

Nach den amtlichen stenographischen Berichten mit einem Nachwort von

W. Liebknecht.

Preis: 40 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch uns ist zu beziehen:

Der Deutsche Bauernkrieg

von

A. Bebel,

mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters in populärster Weise dargestellt.

Der Verfasser hat in dieser Gefängnißarbeit, besonders für die Arbeiter, welchen Zeit und Mittel fehlen, umfängliche und theure Geschichtswerke zu lesen, den großen Bauernkrieg in seinen gesellschaftlichen Ursachen geschildert. Sein Standpunkt ist der sozialistisch-materialistische, welcher Personen und Zustände, als das natürliche Produkt der vorhandenen materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft ansieht und beurtheilt. Wir glauben mit der weitesten Verbreitung dieses 230 Seiten groß Octav umfassenden Geschichtsbuches, unsrer Sache aufs Beste zu dienen und stellen mit Rücksicht hierauf, den Baarpreis per Einzelexemplar auf M. 2.—, in Partien M. 1.75. — (Porto einsenden.)

Die Expedition des „Vorwärts.“

„Der arme Conrad“.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

ist in noch geringer Anzahl vorräthig.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 **Dutzend aufwärts** berechnen wir

brochirt 25 Pf. pro Stück } **netto gegen baar.**
gebunden 40 „ „ }

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II.

Expedition der „Freien Presse“, Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

Expedition des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“, Hamburg, Amelungstr. 5.

Die Expedition des „Vorwärts“.
Leipzig, Färberstraße 12 II. 2,00]

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sax.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 38. Sonntag, 31. März. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Convertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für Connewitz 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für Kleinzschocher und Umgegend bei F. Trost Hauptstr. 10 I; für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für Neureudnitz bei Zschan, 15 I; für Gohlis 2c. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für Stötteritz bei E. Grube, An der Papiermühle; für Plagwitz-Lindenau bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 8.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 36a, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Der Untergang der alten Parteien.

Wie die ganze politische Entwicklung sammt allen politischen Gestaltungen auf ökonomische Ursachen zurückzuführen ist, so auch die politischen Parteien. Von Haus aus ist jede Partei nur eine Vereinigung von Staatsbürgern zur Vertretung und Geltendmachung gewisser ökonomischer Interessen. Nun liegt es aber in der Natur der Dinge, daß die verschiedenen Parteien ihre Ziele dem Publikum in möglichst anziehender, verlockender Form hinzustellen, und ihre Sonderzwecke als allgemeine Gesellschaftszwecke zu präsentiren bestrebt sind. Zum Theil geschieht dies nicht einmal aus „politischer Heuchelei", sondern es mischt sich auch ein gut Theil Illusion bei. Die französische Bourgeoisie 1789 und die deutsche Bourgeoisie 1848 bildete sich — mit sehr wenigen Ausnahmen — steif und fest ein, sie „kämpfe" für die Befreiung der Menschheit anstatt für die eigene „Befreiung", d. h. für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie, und sie handelte zu Anfang der Bewegung unzweifelhaft im besten Glauben. Im weiteren Verlauf der Bewegung entdeckte die Bourgeoisie allerdings dort wie hier, daß sie sich einer Selbsttäuschung hingegeben, und nun begann die Aera der politischen Heuchelei. Von der Selbsttäuschung kurirt, verlegte man sich planmäßig auf die Täuschung des Volks — man hatte die Nützlichkeit der hübschen Freiheitsphrasen begriffen.

Aehnlich ist es jeder anderen Partei ergangen: die sämmtlichen alten Parteien haben deshalb entweder kein Programm, oder sie haben es überlebt. Sie segeln mehr oder weniger unter falscher Flagge. Der Inhalt deckt sich nicht mehr mit der Form, und die politische Heuchelei bethätigt sich darin, daß man die eigentlichen Zielpunkte der Partei, die Interessen, deren Verfechtung es gilt, geradezu ableugnet, und die „Interessenvertretung" im Prinzip für eine Sünde am heiligen Geist der Politik erklärt.

Die sozialdemokratische Partei hat stets diese Auffassung bekämpft und die ökonomische Grundlage der politischen Parteien betont. Jetzt fängt man auch in weiteren Kreisen an, dies zu begreifen. Anläßlich einer vor Kurzem in Berlin abgehaltenen Volksversammlung, in welcher das fortschrittliche Phrasenthum in der Person des Charlatans Max Hirsch von Professor Wagner unbarmherzig zerfetzt wurde, schreibt die Berliner „Volkszeitung" (Nr. vom 27. März) redaktionell:

„Jedenfalls war die Versammlung eine der interessantesten und belehrendsten, die Berlin in den letzten Jahren gesehen, sowohl durch die ruhige Diskussion verschiedenster Parteistandpunkte wie durch das Herabsteigen eines unserer hervorragendsten wissenschaftlichen Lehrer der Nationalökonomie in die Arena des Parteikampfes. — —

„Aber auch in weiteren Kreisen der liberalen Parteien wird die Rede Wagner's Stoff zu ernsthaftestem Nachdenken geben, sowohl in dem, was in ihr zu bekämpfen, als in dem, was aus ihr für eine praktisch politische Partei zu entnehmen. Eine Revision der Parteiprogramme und Neu- resp. Umbildung der Parteien scheint uns eine zwingende Nothwendigkeit. Mehr und mehr treten die formalpolitischen Fragen in den Hintergrund des Volksinteresses, während die wirthschaftlich-sozialen sich hervordrängen; es wird daher unvermeidlich sein, künftig die Scheidungslinien der Parteien mehr unter Berücksichtigung der letzteren, als lediglich nach der bisherigen politischen Parteischablone zu ziehen!"

So das fortschrittliche Organ, von dessen Eingeständniß wir hiermit Akt nehmen.

Wohl treten die „formalpolitischen Fragen" mehr und mehr in den Hintergrund, und wohl drängen „die wirthschaftlich sozialen Fragen" sich mehr und mehr hervor. Und zwar mit solcher Macht, daß von den „formal-politischen Fragen" sehr bald gar nicht mehr die Rede sein wird.

Die Rapidität, mit der sich seit einiger Zeit die Auflösung der politischen Parteien vollzieht, ist nichts zufälliges. Sie erklärt sich aus der allgemeinen wirthschaftlichen Zersetzung.

Binnen wenigen Jahren sahen wir in Deutschland zwei Parteien zerbröckeln, von denen die eine vor 15, die andere vor 15 Jahren in Deutschland allmächtig war: die conservative Partei und die Fortschrittspartei; in diesem Moment vollzieht sich unter unsern Augen mit reißender Geschwindigkeit die Zerbröckelung der nationalliberalen Partei; und wenn, was nächstens bevorsteht, der „Culturfriede" zum Abschluß kommt, wird auch die Centrumspartei mit wünschenswerther Schnelle den Weg alles Fleisches gehen.

Kurz, es bereitet sich eine ganz neue Parteibildung vor; das alte Parteiwesen, der „politische Formalismus" hat sich überlebt: die ökonomischen Fragen werden bald allein bestimmend und ausschlaggebend sein, und die verschiedenen Interessen zur Fahne werden, um welche sich, als „Interessenvertretung", die verschiedenen Parteien gruppiren. Diese verschiedenen Parteigruppirungen werden aber, insofern sie Sonderinteressen verfolgen, die nur auf dem Boden des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft zu befriedigen sind, trotz des unvermeidlichen kleinen Krieges unter sich, demnach im Grund nur eine große Partei bilden, die „eine reaktionäre Masse", welche den Sieg der Sozialdemokratie: der Partei des Gemeininteresses, mit allen Mitteln und um jeden Preis suchen muß zu verhindern.

Die Physiognomie der heutigen Gesellschaft.

Ein wenig erfreuliches Bild bietet sich dem Beobachter dar, der mit kühnem Griffe den Schleier hinwegzieht von dem Antlitz der jetzigen Gesellschaft; es ist das Haupt der Medusa, das uns grauenerregend anstarrt. Zum Glück wird der Perseus nicht weit sein, der diesem versteinernden Ungeheuer den Garaus macht. Blicken wir zuerst auf die wirthschaftlichen Verhältnisse — die Basis der Gesellschaft — so sehen wir nichts, das die Hoffnung des Besserwerdens erregen könnte; der wirthschaftliche Typus der Gesellschaft ist — die Unterbilanz. Mit ihr sehen wir den Staat, welcher für den scharfen Beobachter nur den comprimirten Gesellschaftszustand darstellt, kämpfen, mit ihr streiten die Tausende von Unternehmer-Existenzen, welche sich durch ein verderbliches Kreditsystem über dem Wasser halten und nicht leben und sterben können, und die Noth des Handwerkers und der Hungerlohn des Arbeiters bedeuten nichts Anderes als die wirthschaftliche Unterbilanz, mit der Alle ringen. Man wende nicht ein: daß doch gar Viele ihr Auskommen haben, Manche sich sogar ganz gut stehen — wir haben nur die Gesammtverhältnisse im Auge, und die Leute, welche gewöhnlich „die Gesellschaft" repräsentiren, vertreten nicht zugleich die Summe des Einzelwohls aller Gesellschafter.

Man könnte auch sagen, wir leben in einer Zeit der wirthschaftlichen Rath- und Thatlosigkeit, welche wieder an der Spitze ihren Sitz hat. Ganz abgesehen davon, daß wir uns faktisch in einer Art Interregnum, einer Regierungslosigkeit sondergleichen, d. h. unter einem höchst nervösen, zerfahrenen Regime befinden, daß die Geschicke Deutschlands abhängig sind von einem Zustande, den wir „Ministermigräne" nennen möchten, leiden wir auch noch in wirthschaftlicher Beziehung darunter, daß unsere „hommeaux d'état" mit den ökonomischen Elementarbegriffen in gespanntester Feindschaft leben. Man denke nur an die jüngsten Tabaksdebatten im Reichstage, an den nervösen Reichskanzler und den in Thränen schwimmenden Camphausen; man denke unter Anderem daran, daß die Reichsregierung nach Abweisung ihre Tabaksvorlage erst daran denkt, eine Enquête zu veranstalten über die Tabaksindustrie in Deutschland und die Einrichtung der Tabaksbesteuerung in anderen Ländern.

Die Politik von „Fall zu Fall", der opportune Liberalismus hat es so weit gebracht, daß man nicht im Stande ist, die einfachsten formellen Fragen in reformatorischer Weise zu lösen; an den Matrikularbeiträgen werden sich unsere „Staatsmänner" noch die Zähne ausknabbern. Was geschehen soll, um das drohende Defizit — den Geist Banco's, der an begangene Sünden mahnt — zu verscheuchen, weiß kein Mensch, trotzdem die Hülfe für unsere Finanzkünstler nahe genug liegt, wenn sie an eine Besteuerung des Börsenwuchers, des Luxus, der mit Bedienten, Equipagen, Klavieren 2c. getrieben wird, wenn sie an eine Verminderung des stehenden Heeres denken möchten. Aber sie wollen nicht daran denken, und aus leicht erklärlichen Gründen. Gehört doch der Wahn, daß durch die entstehende Bedarfseinschränkung in Luxussachen die Industrie leide, mit zur Physiognomie unserer Gesellschaft, deren industrielle und commerzielle Vertreter in direkter Linie von den reichen Merkantilisten abstammen, die da glaubten, Gold und Silber repräsentirten allein den Wohlstand der Nation; gehört doch der straffe Militarismus gleichfalls mit zur Physiognomie der Gesellschaft.

Und gar erst unser politisches und öffentliches Leben. Die biederen Bürgersleute haben sich so täppisch in den Sumpf des „Culturkampfes" locken lassen, daß sie bis über die Ohren darin versunken sind und nichts hören noch sehen; Kläffer, die den Sozialismus anbellen — aber nicht beißen —, sind freilich genug übrig geblieben.

Ein Blick auf unser öffentliches Leben von einem erhabenen Standpunkte aus würde nichts Anderes zeigen, als den Anblick eines dicken Nebels, in dem sich eine Menge Gestalten planlos bewegen, sich anstoßen und dann vereinigen — „von Fall zu Fall" — und nur seitwärts sehen wir eine Schaar kräftiger Gestalten, die mit verschränkten Armen und höhnischem Lächeln auf den Hexensabbath hinschauen, den die herrschenden Klassen aufführen.

Wenden wir unser Auge weg von den Gedankenlosigkeiten der „besseren Klassen" und hin zu dem arbeitenden Volke, so zeigt uns die Lage des Handwerkerstandes nicht minder dessen Rath- und Thatlosigkeit. Ist auch Vieles in Bezug auf die Selbsterkenntniß des Handwerkerthums besser geworden, so muß doch das Meiste noch geschehen. Die Handwerker müssen endlich einsehen, daß sie ihr Geschick den Weg zum Proletariat und nicht zum Kapitalismus fährt; der Handwerker kann bei größtem Fleiße, bei dem Kleinbetriebe ohne Glücksumstände nicht in die Bourgeoisie hinaufdringen, wohl aber kann ihn eine Krise wie die jetzige für immer zum Proletariat hinabstoßen. Die Krisen einerseits, die Entwicklung der Großindustrie andererseits schreiben ihm mit strenger Nothwendigkeit sein Schicksal vor. Erkenne dich selbst, muß die Parole des Handwerkerthums sein, wenn es sich aus dem Marasmus der Bourgeoisie befreien will.

Die freundlichsten Züge der Gesellschaftsphysiognomie zeigen die Lohnarbeiter; sie haben offenbar ihre Lage zum großen Theil erkannt, und diese Volkserkenntniß ist schon die erste Etappe zu ihrer Befreiung. Sie haben sich und die — Anderen erkannt und das ist schon genug.

Sollen wir von den Leistungen der Kunst reden, so sehen wir in der Musik nichts als flaches Epigonenthum — wozu wir auch die Wagnerei rechnen —, nur in der Malerei und den bildenden Künsten leistet unsere Gesellschaft Bedeutendes in Schlachtgemälden und Bismarckbüsten. Die Franzosen, Engländer, Amerikaner verstehen eben nichts von der Kunst, sonst hätten sie diese Leistungen in Philadelphia nicht mitleidig belächeln können.

Es ist charakteristisch genug, daß die Bourgeoisie im Verlauf ihrer Herrschaft nicht ein monumentales Kunstwerk (Kriegerdenkmale ausgenommen) geschaffen hat, welches einen dauernden Werth enthielte; in der Kunst repräsentirt sie die Stillosigkeit, in der Politik die Gesinnungslosigkeit, in der Moral die Unsittlichkeit; mit diesen Attributen lassen sich nicht Ideale schaffen. Die Physiognomie unserer Gesellschaft zeigt uns den fanatischen Trieb nach Ruhe, die von sinnlichen Genüssen erzeugte Geschmacklosigkeit und in der Moral den sittlichen Bankerott des bisherigen Systems, mit einem Wort sittliche, intellektuelle und wirthschaftliche Verkommenheit.

—c—

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Kriegsnoth und Nothstand in Europa, Ministernoth und Nothetat in Preußen-Deutschland.** Mit obigen wenigen Worten kennzeichnet sich die gegenwärtige Situation. Der Congreß kommt wahrscheinlich nicht zu Stande; in Petersburg tauchte sogar das Gerücht auf, daß England den Krieg erklärt habe. Die Noth unter der russischen Landbevölkerung hat eine große Höhe erreicht, so daß sie derjenigen gleicht, welche in Deutschland in den Webergegenden herrscht.

Noch immer laufen in Berlin die Minister schneller zu ihren Hotels hinaus, als man neue einfangen kann. Bismarck behauptete zwar mit der unschuldigsten Miene am Mittwoch den 27. März im preußischen Abgeordnetenhaus, daß er seine Collegen ausgezeichnet behandele, doch scheint ihm Niemand dies so recht zu glauben. — Die Sitzung am 27. war eine äußerst interessante. Bismarck hatte in der vorhergehenden Sitzung erklärt, daß er und seine Collegen gar keine Ahnung davon gehabt hätten, daß der Landtag während der Reichstagssession Sitzungen halten wolle — darob große Unruhe im Hause. Am 27. erklärte nun Minister Friedenthal, daß die Minister wohl davon Kenntniß gehabt, aber dem leitenden Minister keine Mittheilung davon gemacht hätten. Darauf springt Lasker auf und weist darauf hin, daß Bismarck geäußert habe, daß im Ministerrath über die Sache gesprochen, ihm aber keine Kenntniß gegeben sei; unmöglich könne hiernach die Erklärung des Minister Friedenthal's stimmen. Bismarck lobt hierauf den braven Lasker und Lasker giebt sich in einer persönlichen Bemerkung zufrieden. Dann wird in zweiter Lesung des Nachtragsetat das Gehalt für einen Vicepräsidenten des Staatsministeriums bewilligt, die Errichtung des Eisenbahnministeriums hingegen vorläufig abgelehnt.

Hierbei sei zu erwähnen, daß vorläufig an Achenbach's Stelle Herr Maibach, der zukünftige Eisenbahnminister, zum Handelsminister designirt worden ist. Zur Illustration der liebevollen collegialischen Behandlung, die Achenbach seitens Bismarck's erfahren hat, setzen wir einen bezeichnenden Satz der bismarckfreundlichen „Magdeburgischen Zeitung" hier hin: „Mit Keulenschlägen ging der Fürst gegen Achenbach vor, und die Detailausführungen Bismarcks riefen bei jedem aufmerksamen Zuhörer

die Vorstellung wach, als wäre namentlich die Eisenbahnpolitik des Handelsministers theils eine gedankenlose, theils eine direkt reichsfeindliche gewesen."

Daß durch die Confusion, welche im Reiche und in Preußen herrscht, der Etat bis zum gesetzmäßigen Termine, bis zum ersten April, nicht fertig gestellt werden könne, das konnte man längst wissen. Deshalb hat der Reichstag am 28. März auch über einen Nothetat berathen. — Noch sei zu erwähnen, daß verschiedene Blätter melden, das Amt eines Vicekanzlers, welches der Graf Stollberg erhalte, sei nur ein Uebergangsstadium zum Reichskanzler, da Bismarck sich in nicht ferner Zeit in den wohlverdienten Ruhestand begeben werde. — So ist Alles in's Schwanken gerathen im „Reiche der Ordnung und guten Sitte". Und wer ist der „Verrunjenirer"?

— In der Sitzung des Reichstags vom 26. März kam ein Theil des Postetats zur Berathung, bei welcher Gelegenheit der Abg. Rittinghausen an den Generalpostmeister das Gesuch richtet, für Briefe und Kreuzbandsendungen getrennte Einwürfe einzurichten, da es häufig vorkomme, daß Briefe sich in Kreuzbandsendungen einschieben und in Folge dessen nie oder erst nach Monaten ihre Adresse erreichen. — Genosse Demmler bemerkt bei dem Punkte, der sich um Herstellung einiger Post- und Telegraphendienstgebäuser handelt, daß in der Commission kein technischer und künstlerischer Sachverständiger sei; deshalb habe er sich für verpflichtet gehalten, die Pläne und Kostenanschläge der Bauten einer Prüfung zu unterziehen. Dabei habe er gefunden, daß namentlich die Kosten für den Entwurf und die Leitung ganz exorbitant seien. Diese Arbeiten müßten von den etatsmäßig angestellten Postbaubeamten besorgt werden. Man sollte das unnütze Geld, welches man hier an Baumeister zahle, die mit der Post gar nichts zu thun haben, lieber den unteren Postbeamten geben. Die gefertigten Entwürfe seien auch nichts weniger als mustergültig. Auf höhere Anweisung habe man den gothischen Stil gewählt. Derselbe eigne sich jedoch grade für derartige Gebäude, die nur Bureauräume enthielten, noch weniger als für andere Profanbauten. Um einen ästhetischen Effekt zu erzielen, habe man dann z. B. Thürme an die Flügel eines Gebäudes gestellt und 14 Fuß hohe Erker angebracht, die einen praktischen Zweck absolut nicht hätten, so daß das Geld weggeworfen sei. — Der Antrag der Commission auf Genehmigung der betreffenden Gelder zur Aufführung stephanischer Bauten wird natürlich genehmigt.

— Die sozialistischen Abgeordneten haben folgende Gesetzentwürfe eingebracht:

1. Gesetz

über die Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867.

Einziger Artikel.

Das Alinea 1 des § 3 des Gesetzes, betreffend die Freizügigkeit, enthält folgenden Wortlaut:

Insoweit wegen gemeiner entehrender Vergehen oder Verbrechen bestrafte Personen nach den Landesgesetzen Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizeibehörden unterworfen werden können, behält es dabei sein Bewenden.

Berlin, den 26. März 1878.

Joh. Most, als Antragsteller.

Unterstützt durch:

Kapell. Liebknecht. F. W. Fritzsche. Motteler. Hasenclever. J. Auer. G. A. Demmler. Rittinghausen. Bracke. Blos. Heckmann-Stintzy. Grad. Guerber. Stötzl.

(Die gesperrt gedruckten Worte fehlten bisher im Gesetz, weshalb man in manchen Theilen Deutschlands auch politische „Verbrecher" mit Ausweisungen 2c. behelligte.)

2. Gesetz,

betreffend die Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Einziger Artikel.

Alle Einwohner des Deutschen Reichs haben das Recht, ohne polizeiliche Anmeldung oder Genehmigung zu jeder Zeit und an jedem Ort — unter freiem Himmel, wie in geschlossenen Räumen — sich zu versammeln und Vereine zu politischen oder nichtpolitischen Zwecken zu gründen.

Alle Vereins- und Versammlungsgesetze der deutschen Einzelstaaten sind aufgehoben.

Das Gesetz tritt am 1. Juli 1878 in Kraft.

A. Kapell und J. Most als Antragsteller.

Hasenclever. Motteler. W. Liebknecht. Fritzsche. J. Auer. Blos. Bracke. Demmler. Rittinghausen. Heckmann-Stintzy. Grad. Stötzl. Guerber.)

(Max Hirsch, welchem der Antrag gleichfalls zur Unterschrift vorgelegt wurde, verweigerte dieselbe unter den verschiedensten Ausflüchten und charakterisirte sich so als echter „Arbeitervertreter".)

— Das Stärkeverhältniß der Parteien im Reichstage ist nach einer neueren Zusammenstellung genau folgendes: Centrum 97, Deutschconservative Fraktion 40, Freiconservative (Reichspartei) 38, Nationalliberale Fraktion 128, Gruppe Löwe 7, Fortschrittspartei 36, Elsässer Autonomisten 5, Elsässer Protestler 10, Polen 13, Sozialdemokraten 12, Wilde 11. Diese von den einzelnen Parteien errungenen Sitze entsprechen aber nicht überall den Stimmenzahlen, welche die betreffenden Fraktionen auf sich vereinigten. Es bekamen nämlich Stimmen: die Nationalliberalen 27, das Centrum 26, die Deutsch-Conservativen 10, die Sozialdemokraten 9, die Freiconservativen 8 und die Fortschrittler 7½%. Hiernach hätten die Nationalliberalen 108, das Centrum 104, die Deutsch-Conservativen 40, die Sozialdemokraten 36, die Freiconservativen 32, die Fortschrittler 30 Abgeordnete beanspruchen können. Bei dem jetzigen Wahlsystem ist freilich nie daran zu denken, daß die Parteiverhältnisse des Landes im Reichstage zum getreuen Ausdruck gelangen, und speziell die Sozialdemokratie wird nie auch nur annähernd eine ihrer Stimmenzahl entsprechende Anzahl von Vertretern in den Reichstag bringen, da sie als die radikalste oppositionelle Partei alle anderen Parteien gegen sich hat und besonders bei den Stichwahlen niedergestimmt wird. Die Aenderung unsres Wahlkreissystems ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit und, fügen wir hinzu, auch ein Gebot der Klugheit, wenn anders den Machthabern daran gelegen ist, daß sich im Reichstage der Volkswille ungefälscht kundgiebt.

— Die Liberalen sind ganz aus dem Häuschen über die bösen Staatssozialisten; die „Magdeburgische Zeitung" nennt die Herren: „Hofdemagogenpartei", weil sie das Privateigenthum nicht für heilig erklären. Hören wir über diesen Punkt den „Staatssozialist"; er schreibt:

„Nicht die Gleichberechtigung, sondern die gewaltthätige Herrschaft, das Zuvorkommen des Einen vor den Anderen und die schlaue Uebervortheilung des Einen durch den Andern bildeten die Grundlage des römischen Eigenthums- und bezw. Besitzergreifungsrechtes und bilden es in schmachvoller Weise in den sogenannten christlichen Staaten noch bis auf den heutigen Tag. Die äußerliche Vermögens- und Rechtsstellung der Besitzenden zu den Besitzlosen ist eine vollständig willkürliche und im Wesentlichen durch die augenblicklichen äußeren Machtverhältnisse und persönlichen Interessen gegebene. Für den Besitzlosen existirt überhaupt kein gleiches Recht, sondern statt dessen die Gnade der Besitzenden, und wo man versucht hat, wie dies im preußischen Landrecht geschehen, ein solches zu begründen, da wird es einfach nicht befolgt . . . . . Das Traurigste bei den herrschenden Zuständen ist der Umstand, daß die große Masse der Halbgebildeten und auch der größte Theil der nach dem jetzt maßgebenden allgemeinen Urtheile wirklich und „klassisch" Gebildeten . . . sich in dem fatalistischen Wahne befinden, der gegenwärtige Raubstaat sei in der That ein Rechtsstaat."

Nun, wir sind mit diesen Deductionen einverstanden; uns ist überhaupt die Staatssozialistenpartei nicht unangenehm, trotzdem sie unter großem Geschrei vorgiebt, die Sozialdemokratie bekämpfen zu wollen; sie ist uns deshalb nicht unangenehm, weil sie Rekruten für uns wirbt.

— „Gott ist todt, es lebe der Teufel!" Das „Katholische Volksblatt" in Mainz erklärt allen Ernstes, daß diese Devise sich auf dem Banner der Sozialdemokratie befinde. Und um die Wahrheit dieser Behauptung zu bekräftigen, heißt es wörtlich weiter:

„Es ist klar, daß die rothen Sozialisten weniger auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter hinarbeiten, als vielmehr darauf, den Arbeitern die Religion, den Glauben an Gott, an die Ewigkeit, ewige Belohnung und Bestrafung aus dem Herzen zu reißen und sie mit ihrer Lage recht unzufrieden zu machen. Lassalle, der Jude, Gotteslängner, der im Zweikampfe ermordet wurde, der Apostel und „Heiland" der Sozialdemokraten, dessen höchstes Ideal der Besitz irdischer Güter und der Genuß möglichst vieler sinnlicher Freuden war, sprach zu Frankfurt a. M. folgende Worte: „Ihr Arbeiter, Ihr seid merkwürdige Leute; so lange Ihr nur ein Stück Wurst habt und ein Glas Bier, merkt Ihr gar nicht, daß Euch Etwas fehlt! Das kommt aber von Eurer verdammten Bedürfnißlosigkeit" u. s. w. Während die gesunde Vernunft und das Christenthum uns rathen, möglichst wenige Bedürfnisse zu haben, worin gerade ein Theil der Zufriedenheit und des Glückes in der Familie besteht, lehrt Lassalle das Gegentheil. Er sagt gleichsam: Ihr Thoren, Ihr dummen Arbeiter, Ihr begnügt Euch mit Bier und Wurst; Champagner und Rehbraten gebührt Euch, darnach müßt Ihr streben."

Herr Kaplan! Es heißt: „Champagner und Rehbraten gebühren Euch." — Ob es aber noch genug „dumme Teufel" geben mag, die solchem einfältigen Kaplangeschwätz Glauben schenken? Die „gesunde Vernunft" und das „Christenthum" rathen, möglichst wenige Bedürfnisse zu haben! Das Christenthum: Ja! Deshalb sind die christlich-katholisch-frommen Lazzaroni's in Neapel auch so empfehlenswerthe Vorbilder für die Menschheit. Die gesunde Vernunft: Nein! Weil durch möglichst wenige Bedürfnisse die Faulheit cultivirt wird, Herr Kaplan — und „Müßiggang ist aller Laster Anfang". — Wenn es also geschieht, daß das „Katholische Volksblatt" den strengen „Gott der Bedürfnißlosigkeit" leben läßt, so bringen wir demselben freudig ein „pereat" und lassen den milden Culturteufel leben, der die Erde mit ihren Schätzen und Genüssen der gesammten Menschheit preisgeben will.

— Auch Du Brutus! Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird „von zuverlässiger Seite" geschrieben: „Wie ich soeben aus London höre, hat die Regierung des Deutschen Reiches einem der ältesten Vorkämpfer und Dulder für die Freiheit Deutschlands, dem seit den vierziger Jahren in England in der Verbannung lebenden deutschen Philosophen Dr. Arnold Ruge, einen namhaften jährlichen Ehrensold bewilligt und so dem vielgeprüften Manne für den Abend seines Lebens die Sorge für sich und die Seinen in liberalster Weise erleichtert." — Da hätte der Bismarckcultus, welchen Herr Arnold Ruge seit Jahren treibt, seinen verdienten Lohn erhalten. Wir gönnen's dem Mann. Nächstens wird wohl die Reihe an den Erzhumbuger Karl Blind kommen, der's wahrhaftig nicht weniger verdient hat.

— Aus dem Lande des permanenten Klassenkampfes, aus England, kommt die Mittheilung, daß die Weber in Blackburn mit einer Lohnreduktion von 10 Prozent bedacht werden sollen. Wie natürlich, sträuben sich die Arbeiter, auf dieses Ansinnen ohne weiteres einzugehen, da Hunger bekanntlich weh thut. In einem zahlreich besuchten Meeting der Weber wurde denn auch darüber berathen, ob die Lohnreduktion unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu acceptiren oder zu verwerfen sei. Allgemein war man der richtigen Ansicht, daß die Fabrikanten statt der Lohnreduktion eine Arbeitszeitermäßigung votiren sollten, wenn die Webeproduktion aus Mangel an Absatz oder Ueberproduktion stockt. Es wurde beschlossen, in derselben Angelegenheit ein zweites Meeting abzuhalten, inzwischen aber sollen die Arbeiter jeder einzelnen Fabrik eine Deputation an die resp. Fabrikanten senden, um diesen eine Verkürzung der Arbeitszeit statt einer Lohnreduktion anzuempfehlen. Den Arbeitern ist es mithin um eine gütliche Beilegung der Differenz zu thun, ob auch den Fabrikanten, das wird die Zeit lehren.

— Im Leipziger Tageblatt veröffentlichte vor Kurzem irgend ein als „Parteigenosse" unterzeichnender Bummler eine von A bis Z erlogene oder verlogene Notiz gegen die Beamten der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei und sonstige Parteibeamte und behauptete u. A. auch, unser verantwortlicher Redakteur Helßig habe nach Schluß einer der letzten Sozialistenversammlungen einen „Parteigenossen" mißhandelt. Die Beamten der Genossenschafts-Buchdruckerei haben das „Tageblatt" bereits verklagt, um den Namen des anonymen Bummlers zu erfahren und den sauberen Patron an den Schandpfahl zu stellen. Helßig hat in einer der letzten Nummern des „Tageblatts" folgende Erklärung veröffentlicht:

> In Nr. 74 des „Leipziger Tageblattes" wird in einem „Eingesandt" behauptet, ich hätte nach Schluß einer Sozialistenversammlung mich mit einem „Opponenten" in einen Streit eingelassen und denselben auf offener Straße mißhandelt. Diese Behauptung ist vollständig unwahr. Wahr ist, daß ich einen mir unbekannten Menschen, welcher sich schon während der Versammlung auf das Ungebührlichste benahm und nach Schluß derselben, sowohl im Lokale als auch auf der Straße, in nicht wiederzugebender Weise schimpfte und skandalisirte, zur Ruhe verwies. Dies geschah in der maßvollsten Weise. Daß diese Berichtigung erst jetzt erfolgt, hat seinen Grund darin, daß ich mich in Haft befand, als jene Verleumdung in diesem Blatte gegen mich gerichtet wurde. Uebrigens werde ich die Einsender gerichtlich zur Verantwortung ziehen.
>
> Hermann Helßig,
> Redakteur des „Vorwärts".

— Ein Fahnenflüchtiger. In der „Süddeutschen Volkszeitung" lesen wir Folgendes:

„Emil Leininger, früherer Redakteur d. Bl., theilt aus seiner Haft in Heilbronn unserem Genossen Pfund mit, daß man ihn „nicht mehr in politischer Thätigkeit als für die Sache wirkend" zu betrachten habe. In demselben Briefe, der unter-

---

Die Charakterlosigkeit in Deutschland.

„Um die Freiheit ist's nach meiner Ueberzeugung heute in Deutschland schlecht bestellt. Ja, sehr schlecht, trotz des liberalen Anstrichs so mancher Verhältnisse." Mit diesen Worten leitet Dr. Kollmann, Kreisrichter zu Rosenberg in Westpreußen, eine Schrift unter dem Titel: „Die Charakterlosigkeit in Deutschland" ein. In dieser Allgemeinheit wird die Behauptung des Verfassers schwer zu begründen sein. Er hätte sie beschränken sollen auf die Preßfreiheit, mit welcher sich in der That die kleine Schrift fast ausschließlich beschäftigt. Und auch in dieser Beziehung sehen wir das Uebel weniger in unserer Preßgesetzgebung, in welcher erreicht ist, was unter den obwaltenden Umständen zu erreichen war, als in der Handhabung der Gesetze, weniger in unseren Gesetzen, als in unseren Sitten. Die freie Meinungsäußerung ist uns noch nicht in Saft und Blut übergegangen, und so leiden auch unsere Richter noch oft an den veralteten Anschauungen jener Zeit, wo nichts gedruckt werden durfte, als mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß. Die Nationen, bei denen sich eine wirkliche Preßfreiheit eingebürgert hat, sind daher nicht wenig erstaunt über unsere zahllosen Preßprozesse und über so manche ihnen unverständliche richterliche Entscheidungen. So schreibt eins der angesehensten englischen Blätter, der „Manchester Guardian": „Wenn die Freiheit der Presse, wie wir anzunehmen gewohnt sind, einen wesentlichen Bestandtheil der nationalen Freiheit bildet, kann dann Deutschland, daß sich gerade seiner Cultur und nationalen Größe so sehr berühmt, in Wirklichkeit ein freies Land genannt werden? Kaum ein Tag geht vorüber, an welchem die Zeitungen des Geburtslandes von Goethe und Schiller uns nicht neue Illustrationen der Schwierigkeiten und Gefahren bringen, inmitten welcher sie sich zu behaupten suchen müssen. Nachdrückliche und offene Kritik der Minister, der nationalen Institutionen, der Politik und der Absichten, welche in der Regierung herrschen, kann einzig mit großem Risiko geübt werden. Das Gesetz schlägt mit Geldbuße oder Gefängniß einen Jeden, der nach der Meinung deutscher Richter den Einfluß der Träger der Staatsgewalt zu schwächen oder eine Institution, wie etwa die stehende Armee, herabzusetzen sucht. Das Gesetz ermächtigt die Gerichtshöfe, Redakteure von Zeitungen zur Angabe von Namen ihrer anonymen Mitarbeiter zu zwingen und legt ihnen im Weigerungsfalle eine sechsmonatliche Gefängnißhaft auf."

Das Recht, seine Meinung frei zu äußern, ist der Athemzug jeder Männerbrust, und auch in Deutschland ist uns die Preßfreiheit durch die Verfassung verbürgt. Sie besteht aber nicht blos darin, daß wir über Wissenschaft, Kunst, Naturgeschichte und andere harmlose Dinge sagen dürfen, was wir wollen, sondern wir müssen auch über öffentliche Verhältnisse und Personen unsere Meinung ungehindert aussprechen können. Ja, eine strenge Controle der Staatsverwaltung wurde sogar schon von Friedrich Wilhelm III. als eine Aufgabe der Presse bezeichnet. Wir sind aber in Deutschland noch nicht über den unauflöslichen Widerspruch hinausgekommen, daß wir bei dieser scharfen Kritik gleichzeitig verlangen, Niemand, namentlich kein Beamter, dürfe dabei beleidigt werden. Leider hat aber noch kein Jurist den Begriff einer Beleidigung zu bestimmen gewußt, und in der Praxis herrscht darüber die grenzenloseste Verwirrung. Die gewöhnliche Praxis ist die, daß jeder Tadel, namentlich jeder scharfe Tadel, und wenn er noch so gerecht wäre, als eine Beleidigung angesehen und gerichtlich bestraft wird. Hat doch noch dieser Tage die „National-Zeitung" eine Geldbuße entrichten müssen, weil sie von dem Abg. v. Ludwig gesagt hatte, seine heftigen Reden erregten nur pathologisches Interesse. Ein Engländer, welcher gewohnt ist, sein Urtheil über Abgeordnete und Minister in den stärksten und derbsten Worten seiner an Kraftausdrücken reichen Sprache abzugeben, versteht ein solches Urtheil gar nicht. Wir haben leider eine lange Praxis hinter uns, auf welche sich die Richter berufen konnten. Wer von den Zuständen in der Theorie und Praxis der Lehre von der Beleidigung sich eine richtige Vorstellung machen will, der muß einen Einblick in die Literatur und in die Paraphrase zum deutschen Strafgesetzbuche thun, die der frühere Ober-Staatsanwalt beim Ober-Tribunal, Oppenhoff, auf Grund von Präjudicien geschrieben. „Die Aeußerung einer allgemeinen ungünstigen Anschauung über den sittlichen Werth des Andern" ist nach Oppenhoff's Lehre nicht gestattet, namentlich auch nicht „Urtheile über den Charakter eines Mitmenschen weder im Allgemeinen, noch bezüglich einzelner innerer Eigenschaften", sofern die Urtheile für den Betreffenden kränkend seien. Den Begriff einer Beleidigung hat das Ober-Tribunal am 20. November 1874 dahin bestimmt, es sei „nicht erforderlich, daß der gebrauchte Ausdruck eine Eigenschaft bezeichne, deren Mangel an sich eine Verminderung der Ehre enthält; vielmehr genügt es, wenn die Aeußerung oder anderweitige Kundgebung erkennen läßt, daß dem Betroffenen die äußere Anerkennung oder Achtung seiner Persönlichkeit versagt werde . . . daß Jemand mit einer Bezeichnung belegt wird, welche einen körperlichen oder geistigen Mangel andeutet, und zwar ist es für den Charakter der Beleidigung gleichgültig, ob die als fehlend bezeichnete Eigenschaft eine erwerbbare oder nicht, ob der Mangel ein verschuldeter oder ein unverschuldeter ist."

Haben wir zu viel gesagt, als wir vorhin behaupteten, daß jeder Tadel oder doch jeder scharfe Tadel als Beleidigung angesehen werde? Je tadelnswerther vielleicht ein hoher Beamter ist, desto unmöglicher wird es, seine Wirksamkeit mit Freimuth zu besprechen. Als ein Blatt den damaligen Justizminister Grafen zur Lippe als nicht befähigt für sein hohes Amt bezeichnet hatte, wurde es wegen Beleidigung des Ministers bestraft und dabei im Urtheil die Regel aufgestellt, daß jeder Beamte beleidigt werde, wenn ihm die mittlere Befähigung zu seinem Amte abgesprochen werde.

Ist auf diese Weise es möglich, noch von einer freien Meinungsäußerung zu sprechen? Hat der Verfasser der Schrift so Unrecht, wenn er die Verhältnisse der deutschen Presse folgendermaßen schildert: „Allerdings, loben, schmeicheln, speichellecken — giebt es noch mehr Grade der Kriecherei? — darf die Presse, aber wehe ihr, wenn sie mit Tadel, mit sittlicher Entrüstung oder gar dem Zorn gegen Persönlichkeiten herausrückte! Dann ziehen die Herren Staatsanwälte auf Treibjagd und schrecken die arme Presse aus ihren Freiheitsträumen auf." Die deutsche Presse soll beständig den Pelz waschen, aber ihn bei Leibe nicht naß machen. Der Verfasser sieht das Grundübel mit Recht in

zeichnet ist: „Achtungsvoll E. L., Lehrer a. D.", spricht derselbe von „früheren Genossen" und sagt, er werde sich fürder nur mit „rationeller" Pädagogik befassen."

Eine Bemerkung zu diesem Absagebriefe ist überflüssig.

— In dem am Dienstag (26. d.) gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der „Berliner Freien Presse", Genossen Fischer, vor der 7. Deputation des Berliner Kriminalgerichts verhandelten Prozesse, wurden von 12 Anklagen 5 fallen gelassen. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Gesammtstrafe von 18 Monaten; der Gerichtshof erkannte auf 7 Monate Gefängniß.

— Der Redakteur des Augsburger „Volkswille", Genosse Tauscher, wurde wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Augsburg zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt.

Wir erhalten von einem Offizier des stehenden Heeres folgende Zuschrift, der wir die Aufnahme nicht versagen wollen. Auch werden wir keinerlei redaktionelle Bemerkungen an dieselbe knüpfen, eine eventuelle Erwiderung unserem Hamburger Correspondenten überlassend. Der Brief lautet

„Geehrte Redaktion! In Nr. 35 des „Vorwärts" in der mit der Ueberschrift: „Moltke glossirt von einem Gemeinen" versehenen Hamburger Correspondenz befinden sich mehrere unrichtige Schlüsse, hervorgerufen durch unrichtige Auffassung, und glaube ich, daß ich im Sinne der geehrten Redaktion sowie der Leser des „Vorwärts" handle, wenn ich die unrichtigen Auffassungen des Correspondenten berichtige.

Unter den Okkupationstruppen versteht man die nach Abzug der Feldarmee aus Frankreich daselbst zurückgelassenen deutschen Truppen, und war deren Aufgabe, einen Theil des französischen Gebiets (nicht Elsaß-Lothringen, das bereits zu Deutschland gehörte) als Unterpfand für die Ausführung des Friedensvertrags von Seiten der Franzosen besetzt zu halten. Die Verpflegung dieser Truppen fiel dem Friedensvertrag gemäß ganz den Franzosen anheim und entledigten sich dieselben dieser Verpflichtung durch Bezahlung einer Geldsumme, und die Ersparnisse, die an dieser reichlich bemessenen Geldsumme von Seiten der Okkupationstruppen gemacht wurden, sind eben die, deren Verwendung zu militärischen Zwecken Moltke im Reichstage befürwortete.

Die Beispiele nun, die der Correspondent anführt, stehen offenbar in gar keinem Zusammenhang mit den Ersparnissen, die von der Okkupationsarmee, also nach dem Kriege, gemacht wurden. Letztere war nach allen Berichten sehr gut verpflegt, und haben darüber nur Die ein Urtheil, die selbst dabei waren, und daß während eines Kriegs die Verpflegung nicht so regelmäßig wie im Frieden sein kann, weiß Jeder, der sich darüber klar ist, welche Aufgabe es ist, jeden Tag einem Heere (und das deutsche in Frankreich einrückende Heer bestand im Feldzug 1870/71 aus circa 1½ Millionen Menschen) bei dessen fortwährenden Vor-, Rück- und Seitwärtsbewegungen die nöthigen Lebensmittel zuzuführen.

Wenn ich mich aber trotzdem auf die angeführten Beispiele einlasse, so ist es nur, um, wie schon gesagt, die unrichtige Auffassung des Correspondenten richtig zu stellen.

So schreibt der Correspondent: „Ein Armeebefehl ..... Schnaps bei sich führen." Was das Aufmachen der oberen Rockknöpfe, sowie das Lüften der Halsbinde betrifft, so wird dasselbe den Soldaten allgemein bei großer Hitze zur Erleichterung gestattet, ist jedoch nicht Vorschrift, und wird General v. Steinmetz zu dem gegentheiligen Befehl seine Gründe gehabt haben; was dagegen das Verbot des Mitsichführens von Schnaps betrifft, so war dasselbe eine Maßregel zur Erhaltung der Gesundheit, die nur gelobt werden kann, denn anerkanntermaßen gilt der Genuß von Spirituosen bei großer Hitze als sehr schädlich, und wie leicht läßt sich der Soldat verführen, wenn er Schnaps bei sich führt, denselben in Ermangelung eines andern Getränks zur Löschung seines Durstes zu trinken. Die meisten Todesfälle bei großen Märschen und großer Hitze haben hierin ihre Ursache.

Ueberdies heißt die Flasche nicht Schnapsflasche, sondern Trinkflasche, wie der Correspondent als ehemaliger Reservist wissen muß, aber absichtlich verschweigt, um daran die Bemerkung knüpfen zu können: „Man hatte uns zwar mit Schnapsflaschen versehen, sie mußten aber leer bleiben."

Ferner war es eine Folge des Armeebefehls, der Niemand erlaubte, Schnaps mit sich zu führen, worunter doch wohl nur das Verbot des Schnapstrinkens verstanden war, die Rumkrüge des Marketenders zu zerstören, da Letzterer diesem Befehl geradezu Hohn sprach.

Der Correspondent findet es zum mindesten sehr sonderbar, daß sie auf den Märschen bis Saarbrücken kein Wasser trinken durften, während sie nach Saarbrücken fünf- bis sechsmal täglich welches zu trinken bekamen. Die Sache hat einfach darin ihren Grund: Früher waren die Aerzte der Ansicht, daß das Wassertrinken bei Erhitzung auch auf Märschen sehr schädlich sei, und erst im letzten Feldzug ist man von dieser Ansicht abgekommen und zu der entgegengesetzten übergegangen, daß, da während eines Marsches bei großer Hitze der menschliche Körper viel Wasser verbraucht, auch solches wieder in dem Maße des Verlierens bekommen müsse, und zwar je öfter desto besser. Es scheint nun, daß diese Aenderung beim 60. Regiment gerade in Saarbrücken eingeführt wurde. Sicher kennt der Correspondent auch diesen Grund.

Was das Essen von Kartoffeln am 10. August betrifft, so wird wohl jeder Einsichtsvolle einsehen, daß das Verbot, dieselben zu essen, wiederum nur eine Gesundheitsmaßregel war, und nur der Soldat, der hinter allen Anordnungen eines Vorgesetzten eine Maßregel erblickt, ersonnen, ihm das Leben unangenehm zu machen, ist nicht im Stande, dies einzusehen. Am 11. August galt natürlich das Verbot auch noch, da sie inzwischen wohl noch nicht gereift waren; dagegen haben die ungedroschenen Getreidegarben als Streu dem Pferde des Hauptmanns sicherlich nichts geschadet.

Der Correspondent wird wohl nicht ernstlich geglaubt haben, daß ihm am Schluß des Feldzugs die nicht empfangene Verpflegung baar ausbezahlt werden würde.

Was schließlich die beiden letzten Absätze betrifft, so hätte sich dieselben der Correspondent füglich ersparen können, da sie wiederum gar nicht zur Sache gehören. Somit bliebe nur der drittletzte Absatz übrig, der vom Correspondent nach einer Einleitung: „Gehen wir nun an die Arbeit" unter die Aufschrift: „Moltke glossirt von einem Gemeinen" gesetzt werden könnte, alles Uebrige gehört gar nicht hierher und zeugt von einer falschen Auffassung.

Correspondenzen.

Paris, 25. März. Die Bourgeois-Republik ist mehr als je bemüht, die freiheitlichen Regungen im Volke zu unterdrücken, und es werden zu diesem Zwecke die brutalsten Gewaltmaßregeln in Anwendung gebracht. So wurde am 22. der Gerant des Volksblattes „Commune" wegen „Verheimlichung verbrecherischer Handlungen und Aufreizung der Bürger zum gegenseitigen Hasse" zu 5000 Frcs. Geldstrafe, welche sofort erlegt werden muß, und zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Daß dieses „Verbrechen" blos in der Schilderung unserer unhaltbaren politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse und in der Aufforderung, dahin zu wirken, daß gesundere und bessere Zustände geschaffen werden, bestand, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. — In Folge einer Denunziation wurden hier vier Personen verhaftet, welche beschuldigt werden, eine Sektion der „Internationale" gebildet zu haben. Unter den Verhafteten befindet sich ein Redakteur der „Egalité" und eine russische Studentin. Die „Internationale" ist das Schreckgespenst, welches jetzt wieder in den Vordergrund gezogen wird, um die „Linke" geneigter zu machen. Dies ist eigentlich gar nicht nöthig, da die Intransigenten so zahm geworden sind, daß sie Dufaure aus der Hand fressen. Die Polizei sucht mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, nach Mitgliedern der „Internationale" und macht dieselben für alle auf wirthschaftlichem Gebiete vorkommenden Differenzen verantwortlich. (Geradeso wie Bismarck in Deutschland! R. d. V.) So kann die Polizei z. B. nicht begreifen, daß es die durch die wahrhaft erschreckenden Lohnverhältnisse erzeugte Noth war, welche die Bergarbeiter von Decazeville zwang, die Arbeit einzustellen. Sie sucht nach „theoretischen Leitern" und nach „Anstiftern", welche den Strike „gemacht" haben. Dies können nur die Internationalen sein, und da alles Uebel von „Außen" kommt, sind selbstverständlich die „Ausländer" an diesem Strike mit betheiligt. Es ist aber nicht die Polizei allein, die solche hirnverbrannte Behauptungen aufstellt, es ist auch die Presse, welche der Polizei Handlangerdienste leistet und in allen Tonarten gegen die „Anstifter" hetzt. Nach diesen Blättern sollen die Strikes besonders von Deutschland und der Schweiz aus organisirt und geleitet werden. Einige „republikanische" Blätter sind so frech zu behaupten, die Bergarbeiter hätten sich der Lohnreduktion willig gefügt, wenn sie nicht von den „Leitern" bedroht und eingeschüchtert worden wären. Eine solche Behauptung wäre lächerlich, wenn sie nicht niederträchtig wäre. Trotz der Noth, die unter den frikenden Bergleuten herrscht, sind dieselben nicht zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Die Behörden, welche, wie überall so auch hier, den Geldsack in Schutz nehmen, sperren die Arbeiter, welche ihre Collegen zur Ausdauer ermuntern, in die Gefängnisse, bemänteln aber diese rohen Gewaltmaßregeln mit der Ausrede, nur die „Anstifter" beseitigen und so den Strike beendigen zu wollen. Trotz aller behördlichen Chikanen rühren sich die Arbeiter an den verschiedensten Orten. So striken in Besançon die Bäckergehilfen, in Tarare (Rhone) die Appretirer, welche Aussicht auf Erfolg haben. Auch der Strike der Schriftsetzer in Paris wird ernsthaft, da weder Arbeiter noch Prinzipale zum Nachgeben geneigt sind. Als Gegner der Arbeiter sind nun auch die Verleger aufgetreten, indem sie für diejenigen Prinzipale, die den neuen Tarif nicht annahmen, Partei ergriffen und beschlossen, denjenigen Buchdruckern, welche den Forderungen der Arbeiter sich fügten, für die Dauer des Strikes keine Aufträge zukommen zu lassen. Gegen 70 Prinzipale von Paris und der nächsten Umgebung haben den neuen Tarif angenommen und wird in deren Offizinen gearbeitet. — Zum Schluß will ich einer „Heldenthat" erwähnen, die der Präfekt der Aude gelegentlich des Besuchs einer Gensdarmeriekaserne verbrach. Dieser Beamte fand daselbst verschiedene bonapartistische Embleme und mehrere Bildnisse „Napoleon's IV." Sein „republikanisches" Herz schwoll beim Anblick dieser „gesetzwidrigen" Spielereien, und er riß dieselben von den Wänden, stattete auch noch einen hochnothpeinlichen Bericht gegen die „Missethäter „höheren Orts" ab. Gegen Bilder und Embleme können diese „Republikaner" kämpfen, da haben sie Muth; sollte aber Lulu Glück haben und als Napoleon IV., wenn auch nur auf kurze Zeit, den Thron besteigen, dann wären sie die ersten, die sich vor der „neuen Sonne" auf den Bauch werfen und um „Huld und Gnade", um Stellen, Titel und Orden betteln würden. Das ungemein kindische Benehmen des Präfekten wird von den Parteien zu einer Staatsaktion erhoben, und darob liegen sich „Republikaner" und Bonapartisten grimmiger denn je in den Haaren.

Hamburg, 24. März. Gestern beglückte der bekannte Harmoniedoktor Max Hirsch unsere Stadt mit einem Vortrage, den er in einer geschlossenen Versammlung des liberalen Reichstagswahlvereins, vor circa 400 Menschen zum Besten gab. Das Thema war: „Kann die Gemeinwirthschaft die Geschäftskrisen verhüten?" Der Vortrag war ein Conglomerat von Phrasen und abgedroschenen sinnlosen Beschuldigungen der Sozialdemokratie und wirkte auf die Anwesenden im höchsten Maße einschläfernd. Da Herr Hirsch sich unter Seinesgleichen, d. h. unter „Liberalen", befand und recht wohl wußte, daß ein Gegner zum Wort nicht zugelassen wurde, nahm er den Mund voll und spie Gift und Galle auf die Sozialdemokraten. Nachdem er dem Reichstagswahlverein ein Loblied gesungen, von den „Liberalen", nach dem Grundsatze: Wurst wider Wurst, mit einigen „Bravo" belohnt wurde, und auf seine Plagen als „Volksvertreter" hingewiesen hatte, ging er auf die Besprechung des Gegenstandes der Tagesordnung ein und suchte nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie nicht im Stande sein würde, die Krisen zu verhindern. Wenn eine Ueberproduktion nicht stattfinden sollte, müßte jährlich festgestellt werden, wie viel Wispel Weizen, Roggen, wie viel Röcke, Hosen, Hemden u. s. w. gebraucht würden (die Schlafmützen hat der „Doktor" nicht erwähnt), und es würden sich, wenn einmal eine Mißernte vorkäme, Hungersnoth, Krisen und dergleichen erst recht wiederholen; denn wenn Schätze im sozialdemokratischen Staate nicht angesammelt werden dürfen, könnte man auch im Auslande kein Getreide kaufen. Die Sozialdemokratie, so groß ihre Wirkung auf die Arbeiter ist, ist eine Krankheit der Zeit und wird unter gesunden Zuständen, die wieder eintreten müssen, nie zur Herrschaft gelangen. Wie die „gesunden Zustände" eingeführt werden sollen und wer, außer der Sozialdemokratie, dieselben schaffen soll, unterließ der Doktor den Anwesenden zu sagen. Krisen sind nach der Ansicht dieses „Arbeitervertreters" gar nicht vorhanden, wenigstens würde die Existenz derselben zu sehr übertrieben. Die Nothstände in allen Theilen der Welt, die Hunderttausende der arbeitslosen Menschen, der Hungertyphus und das grenzenlose Elend, das unter dem arbeitenden Volke herrscht, sind nach der Ansicht dieses Harmonieapostels „geordnete Zustände", denn der hauptsächlichste wirthschaftliche Regulator ist der „Preis". Je niedriger daher der Preis der Arbeitskraft, desto besser läßt sich der Preis der Waare und der „Profit des Arbeitgebers" „reguliren". Nachdem der „Doktor" noch mehr derartige „geistreiche" Aeußerungen gegen die Sozialdemokraten losgelassen hatte, machte er sich über die „Christlich-Sozialen" her, und ließ an denselben kein gutes Haar. Er verstieg sich sogar so weit, die „Staatssozialisten" für schlimmer und gefährlicher als selbst die Sozialdemokraten hinzustellen, und bewirkte dadurch, daß manchen ehrlichen Spießbürger eine Gänsehaut überlief. Die christlich-soziale Partei ist, nach dem Ausspruche des Herrn „Doktors", der schlimmste Gegner der heutigen Gesellschaft. (Au! was wird wohl Herr Stöcker dazu sagen? R. d. „V.") Zum Schluß bekamen auch die Ortsvereinler eine moralische Maulschelle, worauf der Redner ein Loblied auf den Liberalismus losließ und pathetisch aufforderte, an den wirthschaftlichen Freiheiten der Gewerbeordnung von 1869 festzuhalten, da dieselben durch unsern Kaiser, durch das geeinigte Deutschland und den Liberalismus geschaffen seien,

---

dem auf die Spitze getriebenen Begriffe der Beleidigung. Er will es dadurch heilen, daß er die Ehre, die äußere Werthschätzung eines Menschen, in juristischer Beziehung untersucht und zu dem Ergebnisse kommt, daß sie eben so wenig wie Liebe Dankbarkeit u. s. w. ein juristischer Begriff sei, sondern ein sittlicher. Es sei falsch, sie als ein Recht zu betrachten, das Anspruch habe, vor der leisesten Kränkung geschützt zu sein. Er kann sich dabei darauf berufen, daß nach römischem Rechte die freie Meinungsäußerung, jeder sittliche noch so scharfe Tadel erlaubt war. Wir wollen indessen die rechtliche Erörterung auf sich beruhen lassen, da ein Fortschritt zum Bessern hauptsächlich nur durch Sitte und Gewohnheit gemacht werden kann. In England ist es seit Menschenaltern keinem Minister eingefallen, wegen Beleidigung einen Preßprozeß anzustrengen, und unsere Minister und hohen Beamten würden wohl thun, diesem guten Beispiele zu folgen. Ihre wahre Ehre vor der Welt und Nachwelt gewinnt durch hundert gewonnene Preßprozesse nicht das Geringste, während der Geist der Nation durch diese ewigen kleinlichen Rechtshändel und Beschränkungen empfindlich leidet. Auf die Weise kann eine Nation so wenig zu männlichem Freimuth erstarken, wie Jemand, der sich vor jedem frischen Luftzug fürchtet und durch doppelte Fenster und Thüren davor absperrt, eine kräftige Gesundheit erlangen kann. Es mag hin und wieder nothwendig sein, eine Klage wegen „Verleumdung" anzustrengen, um unsere Unschuld gerichtlich zu beweisen. Durch Klagen wegen „Beleidigung" erreicht man nicht die geringste sittliche Genugthuung; denn der Angeklagte wird verurtheilt, wenn er sich einen scharfen Tadel erlaubt hat, mag dieser auch noch so gerecht gewesen sein, und die Richter haben unter solchen Prozessen selbst nicht wenig zu leiden. Denn bei jedem einzelnen Falle pflegt sich bei der Unmöglichkeit, den Begriff einer „Beleidigung" blos durch Tadel, sofern derselbe frei bleibt von „Beschimpfung", d. h. vom offenbaren animus injuriandi, zu bestimmen, das Gericht in Verlegenheit zu befinden und die Urtheile fallen so sehr verschieden aus. Der Verfasser erzählt, daß bei einer Anklage wegen Beleidigung er selbst für Freisprechung gewesen, einer seiner Collegen für vier Wochen, der andere für vier Monat Gefängniß, und die höhere Instanz habe es bei einer Geldstrafe bewenden lassen. Man könnte bei solcher falschen Ausdehnung des Begriffes der sogenannten „objektiven Beleidigung", bei welchem es auf den animus gar nicht mehr ankommen soll, eben so gut darüber würfeln. — — —

Vorstehender Artikel ist wörtlich der national-liberal-conservativen „Kölnischen Zeitung" entnommen!!!

— Herr Sparig. Der durch die Sozialdemokratie erst bekannt „gemachte" Herr Sparig, einer der glühendsten Bismarckverehrer, hat auch die Maxime seines Vorbildes angenommen, bei den geringsten Beleidigungen seine geheiligte Person durch Strafanträge zu schützen. So hat er auch mehrere Strafanträge gegen den Genossen Künzel, den Redakteur der „Fackel" gestellt. Mit welcher nationalliberalen Größe wir es aber zu thun haben, das geht aus einem Erkenntniß „in Sachen Sparig's gegen Künzel" hervor, in welchem das Leipziger Gerichtsamt ausdrücklich erklärt, „daß Sparig in nicht seltenen Fällen grobe Verstöße gegen den öffentlichen Anstand sich habe zu Schulden kommen lassen." Ob Herr Sparig nun auch wohl gegen das Leipziger Gerichtsamt Strafantrag stellen wird?

— Kampf mit geistigen Waffen. Wenn wir irgend eine besonders hervorstechende Albernheit mittheilen, dürfen unsere Leser versichert sein, daß sie der „Sozialcorrespondenz" des Ignorantentrios: Böhmert, Richter und Birnbaum entnommen ist. Dieser Moniteur des höheren Blödsinns und Knownothingismus (Nichtswisserthums) hat in einer seiner letzten Nummern wieder eine prächtige Perle für unser Feuilleton geliefert. Vor Kurzem hielt Genosse Bollmar in Dresden einen Vortrag über „die Emancipation des weiblichen Geschlechts", über welchen die „Sozialcorrespondenz" in ihrer Weise berichtet. Unter anderm heißt es darin nach einigen verunglückten Anläufen zu Späßen:

„Die zuhörenden Frauen mochten sich über die Ansichten der freien Liebe eben etwas beruhigt haben, als ihnen eine neue Wahrheit gepredigt wurde, die noch weniger als die vorgenannte bei ihnen Anklang zu finden schien. Weil der Arbeiter sich in einer unterdrückten Lage befinde — meinte Redner, weil er tagtäglich geknechtet, gedrückt, geärgert würde, müsse er Jemanden haben, an dem auch er seinen Unmuth, Zorn, Aerger auslassen könne, und dieser Jemand sei — seine Frau!! Als etwas Natürliches, Selbstverständliches wird also die Rohheit gepredigt von der segenbringenden Zukunftspartei!"

„Natürlich" und „selbstverständlich" hat Bollmar gesagt, das Weib sei noch in höherem Maaß als der Mann das Opfer der heutigen Zustände, habe in höherem Maaß unter dem sozialen Elend und dessen nothwendigen Folgen zu leiden. Aus dieser Anklage gegen die das Familienleben zerstörenden, die Roheit systematisch pflegenden Bourgeoisgesellschaft macht der Pfiffikus Böhmert — denn er hat den Artikel geschrieben — eine Befürwortung der Roheit, die von der „Zukunftspartei gepredigt" werde. Mit derselben Logik kann Böhmert uns vorwerfen, wir „predigten" krasse Unwissenheit, weil wir dann und wann Herrn Böhmert und Genossen beim Ohr nehmen. —

— Kuriosum. Der „Gewerkverein", das Organ des Harmonieapostels Hirsch, zählt seit einiger Zeit unter der Rubrik: „Vom sozialen Kriegsschauplatze" die verschiedenen Strikes und Ausschlüsse auf.

— In einer Untersuchung gegen eine Gutsbesitzerin in Holstein wegen Feilhaltens von durch Zusatz von Wasser gefälschter Milch hat das preußische Obertribunal durch Erkenntniß vom 21. Februar ausgesprochen:

1) daß das Feilhalten von verfälschten Lebensmitteln als Uebertretung auf Grund des § 367 Nr. 7 des Strafgesetzbuches zu bestrafen ist, auch wenn die Käufer die Thatsache der Beimischung von Wasser zur Milch gekannt haben;

2) daß die Frage, ob und inwieweit im einzelnen Falle durch die Beimischung von Wasser eine Milchverfälschung stattgefunden hat, lediglich der thatsächlichen Beurtheilung des Richters unterliegt, ohne daß für ihn die etwaigen Gutachten von Sachverständigen bindend sind.

Es ist sonach gleichgültig, ob viel oder wenig Wasser der Milch beigemischt ist, oder ob Sachverständige bekunden, daß ein gewisser Zusatz von Wasser — in dem vorliegenden Falle waren es 6 pCt. — gebräuchlich sei und die Milch nicht verschlechtere; auch ist es unerheblich, ob der Käufer um diese Beimischung der Milch mit Wasser gewußt habe, da schon das Feilhalten gefälschter Nahrungsmittel an sich, auch wenn dieselben gar nicht verkauft werden, strafbar sei. Nur für den Thatbestand des Betruges würde die Kenntniß oder Unkenntniß des Käufers in Betracht kommen

dann würden keine Krisen mehr eintreten. Da der Vorsitzende, ein Dr. Mai, eine Diskussion des „sehr geistreichen" Vortrages nicht zulassen wollte und den Unzufriedenen, die eine solche wünschten, entgegendonnerte, sie hätten den Vortrag nicht verstanden, seien daher zu einer Diskussion nicht fähig, löste sich die Versammlung unter allgemeiner Heiterkeit auf. Die liberalen Blätter machen von der Salbaderei selbstverständlich ein großes Aufsehen und versteigen sich sogar zu der Aeußerung, der Beifall sei ein frenetischer gewesen. Außer einigen Philistern, welche bei allen Gelegenheiten mit ihrem „Bravo" bei der Hand sind, war von einem Beifall keine Spur, vielmehr schienen die Anwesenden, als der Herr „Doktor" mit seinem Vortrage zu Ende war, von einem sie bedrückenden Alp erlöst zu sein.

P . . . t.

Chemnitz, 27. März. Ueber die letzten Tage unsres allzufrüh verstorbenen Genossen Looff gehen dem hiesigen Parteiorgan, der „Fr. Presse" folgende Mittheilungen zu: „Nach seiner Ankunft im elterlichen Hause verschlechterte sich Looff's Zustand in bedenklichster Weise. Die Aufregung, welche ihn die ersten Tage munter erhielt, machte einer völligen Ermattung Platz und er mußte das Bett hüten. Nach Verlauf von 6 Tagen gestaltete sich sein Zustand derart, daß er nur sehr wenig genießen konnte; er wurde vom Fieber mit solcher Heftigkeit erfaßt, daß die Schmerzen ihn fast wahnsinnig machten und er den Tod sehnlichst herbeiwünschte. Der Arzt konstatirte eine Rückenmarksverzehrung im höchsten Grade, welche durch ungenügende Nahrung eingetreten sei. Looff konnte in der letzten Zeit nichts mehr genießen als Zuckerwasser und seine Medikamente. Looff's Angehörige sind über das tragische Schicksal des Verstorbenen sehr trostlos. Sein Vater, Herr Schulrath W. Looff, betrauert den Tod dreier Söhne innerhalb der letzten drei Jahre. Unter solchen Umständen mußten die Leiden des zuletzt Verstorbenen einen um so tiefern Eindruck auf den trauernden Vater machen. Bruno Looff lag 5 Monate in Zwickau, 1 Monat in Chemnitz und 1 Monat in Langensalza krank und litt wie ein Märtyrer der alten Zeit. Sein Begräbniß fand am 18. März früh 8 Uhr statt, also zu einer Zeit, wo den Arbeitern die Theilnahme sehr erschwert war. Die Gothaer Genossen hatten geglaubt, die Beerdigung würde am Sonntag, den 17. März erfolgen; sie waren am Sonntag erschienen, überreichten einen Lorbeerkranz mit rother Schleife und Inschrift, konnten aber dem erst andern Tags stattfindenden Begräbniß nicht beiwohnen. Im Leichenzuge schritten der Vater und Bruder des Verschiedenen und ein Delegirter der Chemnitzer Sozialisten. Der Sarg war mit Blumen überladen. Beim Begräbniß konnte es der dortige Pastor nicht unterlassen, gegen den Willen Looff's eine „Grabrede" zu halten, welche höchst taktlos war. Er forderte u. A. die Anwesenden auf, „mit ihm zu Gott dem Allmächtigen zu beten, daß er dem großen Sünder (!) Gnade und Barmherzigkeit verleihen und ihn in die ewige Seligkeit aufnehmen möge, da er von seinen Irrungen heimgekehrt sei". — Noch ist zu erwähnen, daß auch unser Chemnitzer Abgesandter einen Lorbeerkranz auf den Sarg niederlegte, dessen rothe Schleife die Inschrift trug:

Die Chemnitzer Sozialisten
ihrem treuen Mitkämpfer
Bruno Looff.
Wir trauern an Deinem Grab
Und segnen Deine Ruh',
Und rufen den Schwur hinab:
„Getreu bist zum Tod, wie Du!"

Heilbronn, 24. März. Dr. Robert von Meyer, der sich in der wissenschaftlichen Welt einen unvergänglichen Namen durch die Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung der lebendigen Kräfte erworben hat, ist gestorben. Meyer war am 25. Nov. 1814 zu Heilbronn geboren, studirte in Tübingen Medicin, ging zu weiterer Ausbildung nach München und Paris, dann als Schiffsarzt nach Batavia und ließ sich 1841 als Arzt in seiner Vaterstadt nieder. In seiner Abhandlung: „Bemerkungen über die Kräfte der unbelebten Natur", die in Liebig's „Annalen" veröffentlicht ist, hat er zuerst den Begriff der Aequivalenz von Wärme und Arbeit mit voller Klarheit ausgesprochen und das mechanische Aequivalent der Wärme berechnet; die weitere Entwicklung dieses Begriffs erfolgte in den „Bemerkungen über das mechanische Aequivalent der Wärme". Seine gesammelten Schriften gab er unter dem Titel: „Die Mechanik der Wärme" heraus.

Briefkasten

der Redaktion: C. B. in Cöln: Ihre Correspondenz befindet sich bereits in Nr. 36.

der Expedition. C. Pbst in Saarbrücken: Da in Sachsen andere Formalitäten für den Austritt aus der Landeskirche bestehen als in Preußen, können wir Ihnen mit einem für dort passenden Austrittsformular nicht dienen; wenden Sie sich an die Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, Berlin, von dort werden Sie das Gewünschte und für Preußen Richtige erhalten. — — O. Fritsche in Spremberg: Den Text der französischen Arbeiter-Marseillaise erhalten Sie in der Expedition der „Berliner Freien Presse". — P. Schlbch Liège: Die ersten 22 Nrn. der „Neuen Welt" können Sie erhalten und kosten dieselben 2 70 Mk. mit Porto. Die Ihnen sonst nicht zugekommenen Nummern erhalten Sie. Auf 1. Qu. ist noch Rest 4,96 M. Die überzähligen Exemplare verwenden Sie zur Agitation.

Antwortlich verschiedener an mich ergangener Fragen die Mittheilung, daß die im „Vorwärts" erscheinenden Artikel: „Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie" mich nicht zum Verfasser haben.

Altona, 26. März 1878. Hermann Lange.

Berichtigung. In der Notiz der politischen Uebersicht in Nr. 20: „Die deutsche Wissenschaft geht betteln", ist irrthümlich angegeben, daß die „Westliche Post" in Philadelphia erscheine. Nicht in Philadelphia, sondern in St. Louis wird das genannte Blatt herausgegeben, wie ein amerikanischer Parteigenosse uns mittheilt.

In Nr. 33 unseres Blattes soll es unter Rubrik „Amerika" hinter den Worten „Dumbar Mountain", „Noblestown" und „Monongahela City" statt (Panama) (Pennsylvania) heißen.

Herr Schubert (Tischler), früher in Hannover, jetzt wahrscheinlich in Braunschweig, wird hierdurch aufgefordert seinen Verpflichtungen gegen den sozialdemokratischen Wahlverein bald nachzukommen, widrigenfalls wir nach dem Gesetz gegen ihn verfahren müssen.

Hannover, den 29. März 1878. **H. Rudolph,**
Vorsitzender des sozialdem. Wahlvereins.

Unterzeichneter ersucht seinen Bruder Karl Böhler, Hufschmied aus Idstein (Nassau), wegen Todesfalls dringend um Angabe seines gegenwärtigen Aufenthaltsorts; auch bitte ich jeden Parteigenossen, mir zur Erlangung der Adresse meines Bruders behülflich zu sein. Derselbe wanderte auf dem Dampfer „Frisia" aus und befindet sich jetzt vermuthlich in Newyork.

Kaiserslautern. **Ph. Böhler,**
Alte Friedhofstraße „zu den drei Kronen".

Der Steinmetz **Max Wein** aus Neurode in Preußisch-Schlesien, zuletzt in Virciozova bei Turn-Se verin in Rumänien in Arbeit, möge seinem Vater Wilhelm Wein möglichst bald seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort mittheilen, damit ihm die verlangten nöthigen Papiere zugesandt werden können. Alle Deutschen in Rumänien werden um gefällige Mitwirkung zur Ausfindigmachung des Aufenthaltsorts ersucht. Von dem Erfolg möge man an Unterzeichnete Anzeige erstatten.

Anton Tilch, Lohnweber, und **Wilh. Wein** in **Neurode**,
Kirchstr. 119, Preußisch-Schlesien.

Quittung. B. Ehrt Salonik Ab. 16,00. Krbch Penzing Ab. 4,80. Sthr B.-Aicha Ab. 4,80. Brthl M.-Schönberg Schr. 18,70. Mchl Tangermünde Ab. 1 60. Brn Heidenheim Schr. 6,00. Bnsl Barmen Ab. 10,00. Strßnr Hof Ab. 11,00. Rel Düsseldorf Ab. 9,20. Dblr hier Ab. 2,40. Mt Berlin Ann. 0,80. Lgs Hannover Ann. 3,30. Sbl Teuchern Schr. 5,45. Dßbch Hanau Schr. 5,00. Sprngr Aachen 18,50. Sbrt Cassel Ab. 19,02. Bst Mainz Ab. und Schr. 87,16. Knk Frankfurt Ab. 37,60. Knp Lahr Schr. 0,43. Schmnn Reinbeck Schr. 0,65. Ungr Schwedt Schr. 1,10. Schndnbch Schmn. Reinbeck Schr. 0,65. Ungr. Schwedt. Schr. 1,10. Schndnbch. Brunndöbra Schr. 3,50. Grmm Kellheim Schr. 5,20. Klz Gießen Schr. 1,00. Mrz Frankfurt Schr. 1,60. Sk Cassel Schr. 0,50. Nwk Barchim Schr. 1,20. Hgmr Blaubeuren Schr. 2,10. Hnz Constanz Schr. 0,90.

Fond für Gemaßregelte.

B. S. in A. 10,40. Von S. F. Cosel 5,00.

Erfurt. **An die Leser des „Vorwärts"!**

Unterzeichneter fordert bei Beginn des neuen Quartals zu zahlreichen Abonnements auf, auch werden die Restanten aufgefordert ihren Verpflichtungen baldigst nachzukommen. [50

Expedition der „Volkszeitung".

Hamburg. **Allgemeiner deutscher Töpferverein.**

Dienstag, den **2. April**, Abends 8½ Uhr, bei Herrn **Hübner**, gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Beschlußfassung über den Antrag der Arbeitgeber in Betreff des Lohntarifs. [80

G. Klaws.

Hannover. Den Parteigenossen und Freunden diene zur Nachricht, daß am **ersten Ostertage** in den Sälen des Hrn. **Narten** das diesjährige (F. 157) [2,10

Geburtstagsfest Ferdinand Lassalle's

stattfindet. Karten sind bei **Rudolph**, Mittelstraße Nr. 11 und in den Versammlungen zu haben.

Das Fest-Comité.

Hannover. Den Parteigenossen und Freunden empfehle ich mein reichhaltiges **Stofflager zu Frühjahrs- und Sommer-Anzügen.** Für reelle Bedienung bürgt (F. 167) [1.20

H. Rudolph, Herrenkleidermacher, Mittelstraße 11.

An die Partei- und Gewerkschaftsblätter.

Der Unterzeichnete richtet an die Verwaltungen obiger Blätter die Bitte, dem zu errichtenden **„Arbeiterbildungs-Institut"** in Berlin vom 1. April ab je ein Exemplar ihrer Zeitungen gegen Erstattung der Postbestellgebühren überweisen zu wollen. (F. 40)

Berlin, den 28. März 1878. [80

Fr. Milke.

Abonnements-Einladung.

Mit dem **1. April** beginnt ein neues Abonnement auf

Die Fackel.

Volks-Organ für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar v. J. wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in jeder Nummer außer einem Leitartikel eine politische Uebersicht, die wichtigsten Lokalnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Standesamtsnachrichten, den Eisenbahnfahrplan ꝛc.; ebenso ist im Feuilleton für gute Unterhaltungslektüre gesorgt. — Inserate, welche bei dem großen Leserkreise des Blattes von ausgezeichneter Wirkung sind, werden pro Petitzeile nur mit 10 Pf. berechnet. — Alle Postanstalten nehmen Abonnements auf unser Blatt zum Preise von 1 M. 60 Pf. pro Quartal, 60 Pf. pro Monat, entgegen. — Zu zahlreichem Abonnement, sowie zur Einsendung von Inseraten laden ein

Redaktion und Expedition der „Fackel",
Leipzig, Kl. Fleischergasse 15.

Einladung zum Abonnement

auf das in **Gotha** erscheinende

Menschenthum

Sonntagsblatt für Freidenker

Herausgegeben von Dr. **August Specht.**

Durch tüchtige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Menschenthum" die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit der Vernunft und Wissenschaft im Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des **freien** Menschenthums zu vertreten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit nur durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteter religiöser Satzungen befreit werden kann, wird das „Menschenthum" vornehmlich denjenigen Theil der Wissenschaft cultiviren, der sich mit der **Entstehung der Dinge** beschäftigt und daher Originalartikel über die Beschaffenheit und Entwickelung der Weltkörper, des Thier- und Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Cultur ꝛc. ꝛc. bringen. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorkommnisse auf kirchlichem und freireligiösem Gebiete, Besprechungen freisinniger Bücher ꝛc., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügend orientiren können. [413

Man abonnirt auf das **in Gotha erscheinende** „Menschenthum" bei allen Postanstalten und in allen Buchhandlungen zu dem vierteljährigen Preise von nur 75 Pfennigen.

Gotha. **Stollbergsche Verlagsbuchhandlung.**

Urtheil des Strafgerichts

in Anklagesachen wider **John Herm. Marbs, C. C. A. Dreyer, H. Wencke** und **F. Wencke**, in Firma: **B. Wencke Söhne**, Ankläger wider **J. H. Brandt**, Angeklagten, wegen Injurien.

Hamburg, den 26. Juni 1877.

Das Strafgericht erachtet durch die vor demselben stattgehabte Beweisaufnahme als thatsächlich festgestellt und erwiesen, was folgt:

Der hier ansässige Angeklagte ist der Verfasser des in der am 3. Dezember 1876 ausgegebenen Nr. 28 der zu Leipzig erscheinenden Zeitung „Vorwärts, Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands", enthaltenen Artikels unter der Ueberschrift „Zur Plimsollfrage und unterzeichnet „J. H. Brandt, Schiffszimmerer", und ist dieser Artikel mit Wissen und Willen des Angeklagten veröffentlicht worden.

Der Angeklagte will in diesem Artikel die Nothwendigkeit der Emmirung eines Schiffsbau-Polizeigesetzes nachweisen und äußert, daß bezüglich jedes in See gehenden Schiffes festgestellt werden müsse, daß es seetüchtig sei, sowie, daß in jeder Hinsicht eine Controlle durch Beamte empfehlenswerth erscheine. Der Angeklagte fährt dann fort, daß die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes nicht bestritten werden könne und daß er zu weiterer Begründung seiner Ansicht einige schlagende Beispiele beibringen wolle.

Der Angeklagte erzählt nun, daß ein im Jahre 1876 von dem Mitankläger, dem hiesigen Schiffsbauer Dreyer, neuerbauter Dreimastschooner „Durango" sich, während er leer im hiesigen Hafen lag, derartig begeben habe, daß der Metallbeschlag sich vorn und hinten in Falten geworfen habe und daß dies die Folge zu schwacher Verbindung gewesen sei. Ein erst im Jahre 1873 von dem Mitkläger, dem hiesigen Schiffsbauer Marbs, neuerbautes Vollschiff „Cäsar Godefro" habe an demselben Uebel gelitten und in Folge der außerordentlich starken Bewegung im Schiffe eine Menge des erst vor einem Jahre hergestellten Metallbeschlags verloren. Weiter erzählt der Angeklagte, daß die Mitkläger, die hiesigen Schiffsbauer H. Wencke und F. Wencke, in Firma B. Wencke Söhne, die Bark „Johann Heinrich", welche im vorigen Jahre in deren Trockendock gestanden habe, um nachgesehen zu werden, obschon das Schiff leck war, dasselbe nur sehr oberflächlich hätten kalfatern lassen. Ein anderes Schiff, die alte Hamburger Bark „Helene", die man am richtigsten „Sargschiff" benennen würde, habe etwa um dieselbe Zeit im Wencke'schen Trockendock gestanden, es seien eine Masse metallene Bolzen leck gewesen, es seien auch ziemlich viele derselben herausgenommen, die meisten aber immerhin sitzen geblieben. Das Schiff sei aufgehauen, um die Einhölzer zu sehen; es habe sich nun gezeigt, daß das Schiff vorn verrottet war, doch sei dann das Loch auf Anordnung des Inspektors Möller so schnell wie möglich wieder zugemacht worden.

In den vom Angeklagten mit Bezug auf die von den Mitanklägern Dreyer und Marbs erbauten Schiffe aufgestellten Behauptungen, deren Wahrheit durch die Beweisaufnahme nicht erwiesen worden ist, liegt der Vorwurf, daß die Ankläger bei von ihnen geleiteten Schiffsbauten zu schwache Constructionen gewählt, mithin Regeln der Schiffsbaukunst außer Acht gelassen und dadurch die Seetüchtigkeit der erbauten Schiffe gefährdet hätten. Dieser Vorwurf ist geeignet, die Ankläger, welche Schiffsbauer von Beruf sind, in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen; der Vorwurf erscheint jedoch weder geeignet, die Ankläger verächtlich zu machen, noch deren Credit zu gefährden.

In den von dem Angeklagten mit Bezug auf die Mitankläger H. und F. Wencke behaupteten Thatsachen, deren Wahrheit durch die Beweisaufnahme nicht erwiesen worden ist, liegt der Vorwurf, daß die Ankläger bei zwei Schiffen, deren Reparatur ihnen von den Rhedern der Schiffe übertragen worden war, die Reparaturen ihrer Pflicht zuwider nur ungenügend hätten beschaffen lassen und daß sie damit die Seetüchtigkeit der Schiffe gefährdet hätten. Dieser Vorwurf ist geeignet, die Ankläger, welche Schiffsbauer von Beruf sind, in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und sie verächtlich zu machen; der Vorwurf erscheint jedoch nicht geeignet, den Credit der Ankläger zu gefährden.

Bezüglich aller von dem Angeklagten über die vier Ankläger behaupteten unwahren Thatsachen gilt nicht als erwiesen, daß der Angeklagte dieselben wider besseres Wissen behauptet und verbreitet hat. Es ist endlich noch hervorzuheben, daß durch die Beweisaufnahme festgestellt worden, daß der inzwischen verstorbene „Inspektor Möller", dessen der Angeklagte in dem Artikel erwähnt, nicht — wie dies für jeden in die Verhältnisse nicht Eingeweiheten nach der ganzen Fassung des betreffenden Satzes geschlossen werden muß — eine im Geschäfte der Mitankläger H. und F. Wencke angestellte Person; sondern daß derselbe im Geschäfte der Rhederei des Schiffes „Helene" angestellt, mithin von dem Willen und den Anordnungen von B. Wencke Söhne völlig unabhängig war.

Nach dem festgestellten Thatbestande ist der Angeklagte schuldig, in dem von ihm verfaßten, in der Nr. 28 des vorigjährigen Jahrganges der Zeitung „Vorwärts" mit seiner Zustimmung veröffentlichten, der Anklage zu Grunde gelegten Artikel in Beziehung auf die Ankläger Dreyer, Marbs, H. und F. Wencke nicht erweislich wahre Thatsachen behauptet und verbreitet zu haben, welche geeignet sind, dieselben in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und welche bezüglich der beiden zuletzt genannten Ankläger überdies auch geeignet sind, dieselben verächtlich zu machen. Der Angeklagte ist demnach der nach § 186 des Strafgesetzbuches und zwar nach Maßgabe des Schlußsatzes dieses § der strafbaren Beleidigung der Ankläger schuldig.

Wenn der Angeklagte behauptet und durch seinen Vertheidiger auszuführen versucht hat, daß im Hinblick auf die Bestimmungen des § 193 des Strafgesetzbuches von einer Bestrafung überall keine Rede sein könne, so ist dem nicht beizutreten.

Es bedarf keiner Ausführung, daß der Angeklagte, so löblich vielleicht immerhin sein Streben sein möchte, für die Schöpfung eines Schiffsbaupolizeigesetzes zu agitiren, doch bei seiner bezüglichen journalistischen Thätigkeit die für die Ankläger beleidigenden Aeußerungen nicht zur Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen gemacht hat. Aber auch das Argument, daß es sich in dem incriminirten Zeitungsaufsatz lediglich um tadelnde Urtheile über gewerbliche Leistungen handle und deshalb Straffreiheit eintreten müsse, ist nicht zutreffend. Zunächst würde dieser Gesichtspunkt schon auf die den Mitanklägern H. und F. Wencke gemachten Vorwürfe keine Anwendung finden, da von diesen behauptet wird, daß sie bei ihnen aufgetragenen Reparaturen von Schiffen pflichtwidrig gehandelt hätten. Sodann aber geht das Vorhandensein einer Beleidigung aller 4 Ankläger aus den Umständen hervor, unter welchen dieselbe geschah, namentlich aus dem ganzen Zusammenhange, in welchem der Angeklagte die ehrenkränkenden unwahren Thatsachen vorgebracht und daraus, daß derselbe ohne irgend einen für die von ihm verfochtene Sache relevanten Grund überall die Namen der Ankläger gemacht hat.

Der Vertheidiger des Angeklagten hat bei Beginn der Hauptverhandlung auf Grund des Umstandes, daß der Mitankläger H. Wencke trotz ordnungsmäßiger Vorladung nicht erschienen war, den Antrag gestellt, diesen Ankläger auf Grund § 243 der Strafprozeßordnung mit seiner Klage unter Verurtheilung in die Kosten abzuweisen, welcher Antrag dahin zu verstehen ist, daß der Angeklagte bezüglich der Anklage des Mitanklägers H. Wencke seine kostenlose Freisprechung beantragen wollte. Da aber nach § 243 der Strafprozeßordnung das Gericht befugt ist, rücksichtlich des nicht erschienenen Anklägers eine Vertretung zuzulassen und da der Rechtsbeistand aller 4 Ankläger, der Advokat Dr. Möncdeberg, als Vertreter des nicht erschienenen Anklägers H. Wencke bei der Verhandlung zugegen gewesen ist, auch ein Grund, das persönliche Erscheinen dieses Mitanklägers anzuordnen, nicht vorlag, so wird — wie hiermit geschieht — der Antrag des Angeklagten als unbegründet zurückgewiesen.

In der Sache erkennt das Strafgericht für Recht:

daß der Angeklagte, Schiffszimmerer J. H. Brandt hierselbst, wegen Beleidigung der nkläger Schiffsbauer C. C. A. Dreyer, J. H. Marbs, H. Wencke und F. Wencke, letztere Beiden in Firma B. Wencke Söhne hierselbst, auf Grund der §§ 186 und 194 des Strafgesetzbuches und § 272 der Strafprozeßordnung zu einer Gefängnißstrafe von 3 Wochen und zur Bezahlung der Kosten des Strafverfahrens zu verurtheilen mit Feststellung der Gerichtsgebühren auf 9 M. 60 Pf. Den Anklägern wird auf Grund § 200 des Strafgesetzbuches die Befugniß zugesprochen, die Verurtheilung des Angeklagten durch einmaligen Abdruck dieses Urtheils in der Zeitschrift „Vorwärts" innerhalb der nächsten 4 Wochen nach Rechtskraft dieses Erkenntnisses auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen; auch ist den Anklägern auf Kosten des Angeklagten eine Ausfertigung dieses Urtheils nach Rechtskraft desselben zu ertheilen.

V. R. W.

Für richtige Abschrift:
Dr. Th. Schrader, Aktuar.

An
J. H. Marbs, C. C. A. Dreyer, H. Wencke und
F. Wencke, in Firma B. Wencke Söhne
pr. Adr.: Herrn Dr. R. Möncdeberg.

Ins. den 27. Juni 1877.

Gieseke, Gerichtsbote.

Durch Erkenntniß des Hamburgischen Obergerichts vom 31. August 1877 ist die strafgerichtliche Entscheidung vom 26. Juni 1877 im Uebrigen lediglich bestätigt, die Strafe jedoch auf 14 Tage herabgesetzt worden. (H 03765)

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatanzeigen pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Gas.-bemokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hah, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Cityboume ave
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str
London W.: C. Heye, 8 New Golden Square.

Nr. 39. Mittwoch, 3. April. 1878.

Abfertigung.

Die letzten Nummern des „Vorwärts“ enthalten eine Reihe volkswirthschaftlicher Artikel: „Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie“ — welche geeignet sind, der dem Schreiber eigenen Unklarheit weitere Verbreitung zu verschaffen. Da nun aber Klarheit in volkswirthschaftlichen Dingen vor Allem noththut, will ich mich die Mühe nicht verdrießen lassen und auf den Kernpunkt der von Herrn H. L. aufgestellten Behauptungen eingehen. Alle seine irrthümlichen und unklaren Behauptungen zu widerlegen, habe ich weder Zeit noch Lust.

Herr Professor Schäffle hat s. Z. der Marx'schen Werththeorie den Vorwurf gemacht, daß dem gesellschaftlichen Bedürfniß in ihr nicht Rechnung getragen sei. Wäre dieser Vorwurf berechtigt, dann wäre diese ganze Werththeorie eben keine Werththeorie, sondern eitel Unsinn. Denn das, was wir gemeiniglich den Tauschwerth nennen, was Rodbertus sozialen Gebrauchswerth, Marx gesellschaftlichen Gebrauchswerth genannt hat, das hängt, wie schon dieser zutreffende Ausdruck andeutet, so sehr mit dem zusammen, was die Gesellschaft gebraucht, also mit dem Bedarf der Gesellschaft, daß dieses Moment bei jeder theoretischen Bestimmung und Definirung des Begriffs eine Rolle spielen muß.

Deshalb habe ich Herrn Professor Schäffle gegenüber darauf hingewiesen, daß in dem von Marx so geistvoll gewählten Ausdruck: „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“ der Doppelsinn liege, welcher nicht nur die Arbeit bezeichnet, welche nach dem jeweiligen Stande der Produktionsbedingungen zur Herstellung des Produkts erforderlich ist, sondern zugleich auch die Arbeit umfaßt, welche zur Deckung des gesellschaftlichen Bedürfnisses aufgewendet werden muß.

Ich wußte bei Beantwortung des Schäffle'schen Angriffs, daß Marx die Sache so darstellt, konnte mich aber nicht lange mit dem Suchen nach der Belagstelle aufhalten und dieselbe also auch Herrn Schäffle nicht entgegenhalten. Jetzt macht mir Herr H. L. die Freude, mich auf diese Stelle hinzuweisen — wunderbarer Weise versteht er aber die dort abgedruckten Sätze, wohl weil er sie nicht im Zusammenhange betrachtet, total falsch und will aus dieser Stelle beweisen, Marx nehme gar keine Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf! Dann aber wäre, ich wiederhole es, die ganze Theorie ein leeres Hirngespinnst. Herr H. L. will also nicht mich, sondern Marx selbst aus dem Kapital widerlegen! Sonderbarer Schwärmer!

Der Kernpunkt des Angriffs lautet:

„Geradezu zweifellos wird die Sache aber durch eine Stelle, S. 67 des Kapitals, erste Auflage; dort heißt es: Gesetzt endlich jedes auf dem Markt vorhandene Stück Leinewand enthalte nur gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesammtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten.“ „Aber — fährt Herr H. L. fort — trotzdem diese Leinewand dem Bedarf gegenüber überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthält, besteht sie, für sich betrachtet, nur aus lauter gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit. Das ist eben nur deshalb möglich, weil unter gesellschaftlich nothwendig nicht die Beziehung zum Bedarf, sondern ausschließlich die allgemeine Durchschnittsarbeitszeit zu verstehen ist.

Mit diesen zwei Sätzen des Herrn Marx ist Herr Schramm in seiner Definition des Ausdrucks gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit vollständig geschlagen.“

Ich erwidere: Mit dem Citat dieser zwei Sätze hat Herr H. L. bewiesen, daß klares Denken nicht eben seine Sache ist. Er muß doch bemerken, daß diese beiden Sätze sich total widersprechen. Hätte er nur einige Zeilen weiter gelesen, so würde er gefunden haben, wie sich dieser schreiende Widerspruch auflöst, und zwar grade so, wie ich es gegen Schäffle behauptet habe, grade umgekehrt, wie es Herr H. L. in seinen Artikeln annimmt.

Ich bitte Herrn H. L. und alle Leser, welche das Kapital besitzen, dasselbe zur Hand zu nehmen und von Seite 65 an nachzulesen. Ich rekapitulire für diejenigen, welche das qu. Buch nicht besitzen, hier kurz den Inhalt jener zwei Seiten. Er lautet:

Die Waare kann ihren Tauschwerth nur in Geld, also in den allgemein anerkannten Tauschwerth umsetzen, wenn sie ein Bedürfniß der Gesellschaft befriedigt. Was heute ein solches Bedürfniß befriedigt, ist aber vielleicht schon morgen durch einen anderen Gebrauchswerth vom Markt verdrängt.

„Ist auch die Arbeit, wie die unseres Leinewebers, patentirtes Glied der gesellschaftlichen Arbeitstheilung, so ist damit noch keineswegs der Gebrauchswerth grade seiner 20 Ellen Leinewand garantirt. Wenn das gesellschaftliche Bedürfniß für Leinewand gesättigt ist, so wird das Produkt unseres Freundes überschüssig, überflüssig, und damit nutzlos.“

Marx constatirt hier also einen Fall, in welchem eine bestimmte Quantität Waare werthlos wird, weil das gesellschaftliche Bedürfniß bereits befriedigt ist.

Weiter: Der Markt ist noch nicht gesättigt; der Leineweber kann verkaufen. Er erhält für die Waare — Geld. Aber wie viel? Genau den Preis, den Andere erhalten.

„Er soll auf sein Produkt nur den gesellschaftlich nothwendigen Durchschnitt von Arbeitszeit verausgabt haben. Der Preis der Waare ist also nur Geldname des in ihr vergegenständlichten Quantums gesellschaftlicher Arbeit.“

Aber hinter dem Rücken des Webers haben sich die Produktionsbedingungen geändert; was gestern zweifellos gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit war, ist es heute nicht mehr. Er bekommt nicht seine aufgewendete Arbeit bezahlt, sondern nur so viel, als nach den neuen Produktions-Verhältnissen zur Herstellung der Waare nothwendig war.

Marx zeigt hier also einen zweiten, täglich vorkommenden Fall, wie der Werth fast aller am Markt vorhandenen Waaren durch veränderte Produktions-Bedingungen herabgedrückt wird.

Nun kommt die von H. L. citirte Stelle. Sie lautet wörtlich:

„Gesetzt endlich jedes auf dem Markt vorhandene Stück Leinewand enthalte nur gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesammtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit sein.

Vermag der Marktmagen das Gesammtquantum Leinewand, zum Normalpreis von 2 Schi. pro Elle, nicht zu absorbiren, so beweist das, daß ein zu großer Theil der gesellschaftlichen Gesammtarbeitszeit in der Form der Leineweberei verausgabt wurde. Die Wirkung ist dieselbe, als hätte jeder einzelne Leineweber mehr als die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt verwandt.

Hier heißt's: Mitgefangen, mitgehangen. Alle Leinewand auf dem Markt gilt nur als ein Handelsartikel, jedes Stück nur als ein aliquoter Theil. Und in der That ist der Werth jeder individuellen Elle ja auch nur die Materiatur desselben gesellschaftlich bestimmten Quantums gleichartiger menschlicher Arbeit.“

Wer lesen kann, sieht aus dem Wort „endlich“ schon, daß Marx hier einen letzten Fall anführt, in welchem die auf die Herstellung der Waare verwendete gesellschaftlich nothwendige Arbeit in ihrer werthbildenden Kraft beeinflußt wird.

Im ersten Fall würde ein bestimmtes Quantum Waare werthlos, weil das gesellschaftliche Bedürfniß gesättigt war. Im zweiten Fall verliert der größte Theil der zum Markt gebrachten Waare etwas an seinem Werth, weil sich die Produktionsbedingungen inzwischen geändert haben. Im dritten, hier vorliegenden Fall verliert alle am Markt befindliche Waare an Werth, weil mehr Arbeitszeit zur Herstellung verausgabt wurde, als zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs nothwendig war.

Was der Marktmagen absorbirt, ist der gesellschaftliche Bedarf. Dieser gesellschaftliche Bedarf wirkt hier grade so, wie Marx ausdrücklich hervorhebt, als wenn jeder einzelne Leineweber mehr als die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bei Herstellung seines Produkts verwendet hätte. Der gesellschaftliche Bedarf wirkt also bestimmend auf den Werth ein. Er wirkt aber nicht auf einzelne Ellen, wie im ersten Fall — sondern auf alle vorhandene Leinewand, also auch auf jede einzelne Elle, deren Werth, wie der letzte citirte Satz ausdrücklich betont, nicht nur durch die zur Herstellung, sondern auch durch die zur Deckung des Bedarfs nothwendige Menge (gesellschaftlich bestimmtes Quantum) gleichartiger menschlicher Arbeit constituirt wird.

Im ganzen „Kapital“ findet sich keine Stelle, an welcher der Einfluß des gesellschaftlichen Bedarfs so scharf, klar und unzweideutig anerkannt wird, als grade hier. Und aus dieser gar nicht mißzuverstehenden Stelle liest Herr H. L. das direkteste Gegentheil von dem heraus, was darin ausgesprochen ist!

Es ist wohl nur blinder Autoritätsglauben, der den Herrn veranlaßt hat, eine Lanze für Marx gegen mich einzulegen und mir vorzuwerfen, daß ich mit meiner Definition die vollständige Demolirung der Marx'schen Werththeorie verursache. Da nun aber Marx, wie doch aus den citirten Sätzen unzweifelhaft hervorgeht, die Sache thatsächlich so meint, wie ich sie destinirt habe — und er kann sie vernünftiger Weise gar nicht anders meinen —, so passirt unserm braven und gutwilligen H. L. das Malheur, seine Lanze gegen Marx selbst eingelegt zu haben, den er doch vertheidigen wollte! Er behauptet also, ohne es zu wissen, Marx sei der Demolirer der Marx'schen Werththeorie!

Armer H. L.! Es ist gut für dich, daß Niemand Deinen Namen kennt!

Wie kann denn aber auch nur ein Mensch auf den horrenden Gedanken kommen, daß der menschliche Bedarf bei der Bestimmung des Tauschwerthes gar nicht in Rechnung gezogen zu werden brauche?

Mag Herr H. L. sein ganzes Leben lang mit dem größten Fleiß und unter Anwendung aller technischen Hilfsmittel Papierpfeile machen; wenn die Gesellschaft das Zeug als unsinniges Kinderspiel nicht gebrauchen kann, wird all seine Mühe und Arbeit nutzlos gewesen sein; kein Mensch wird anerkennen, daß er „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“ verrichtet, Werth erzeugt hat, sobald seine Waare nicht Verwendung zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs findet.

Herr H. L., der diesen Zusammenhang nicht verstehen kann, tischtelt sich ein witzig sein sollendes Beispiel von einem Fabrikanten heraus, der statt 1000 Ellen nur eine Elle Leinewand fabrizirt haben soll und fragt dann klug, ob denn nun in dieser einen Elle auch so viel Werth stecke, wie in den 1000 Ellen?

Hätte Herr H. L. Marx oder auch nur Max Wirth verstanden, dann würde er solche kindliche Frage nicht stellen. Unmittelbar vor den von ihm citirten Sätzen sagt Marx: Zu seinem Unglück giebt es viele Weber auf dem Markt. Merkt Herr H. L. denn nicht den Unterschied, den er in seinem Beispiele übersieht, daß in dem von ihm gedachten Fall von dem Inhaber eines Monopols die Rede ist? Bei einem faktischen und rechtlichen Monopol ist von gesellschaftlich nothwendiger Arbeit weder in dem einen, noch in dem andern Sinn die Rede. Ein solcher Monopolist kann mit den veraltetsten Werkzeugen arbeiten, Preise fordern wie er will — an den Verkrüppelungen der Gesellschaft wird kein vernünftiger Mensch den Organismus der Gesellschaft studiren und demonstriren.

Doch genug. Herr H. L. wird hoffentlich nun selbst einsehen, daß er sich gründlich blamirt hat. Ich habe weder Lust noch Zeit, mich mit der Widerlegung der übrigen falschen Vorstellungen zu beschäftigen. Die Genossen mögen an diesem einen Punkt ermessen, was von dem sonstigen Geschreibsel zu halten. Ich meine, die Welt hätte nichts verloren, aber etwas Druckerschwärze gespart, wenn es ungedruckt geblieben wäre.

C. A. S.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die politische Situation hat sich in den letzten Tagen derart verschlimmert, daß ein friedlicher Ausgleich der Differenzen, zunächst zwischen England und Rußland, kaum mehr möglich erscheint und wir jede Minute auf die Kriegserklärung gefaßt sein müssen. Die russische Regierung hat nach längerem Hinziehen das Verlangen Englands, alle Bestimmungen des Präliminarfriedens von San Stefano dem Congreß zu unterbreiten, abschlägig beantwortet. In Folge dessen ist der einzige „Friedensminister“ in England, Lord Derby, aus dem Kabinet ausgeschieden, und hat dieses die sofortige Einberufung der Reserve angeordnet.

Inzwischen ist Ignatieff, der berüchtigte Charlatan-Diplomat und Einfädler des russisch-türkischen Kriegs, in Wien eingetroffen, um die östreichische Regierung von der englischen Allianz abzuhalten und für die Theilung der Türkei zu gewinnen. Rechtfertigt Herr Andrassy das Vertrauen der Russen in seine — Stupidität nicht, d. h. weist er die russischen Danaergeschenke zurück (die den Oestreichern ja doch später wieder abgenommen würden — Siehe das „Testament Peters des Großen“), dann wird Rußland vielleicht schließlich noch klein beigeben und England durch weitgehende Conzessionen beruhigen. Indeß der Verstand des Herrn Andrassy ist kein Faktor, mit dem man rechnen kann, und Oestreich wird sich wohl über den Löffel barbieren lassen, wie immer. In diesem Fall giebt Rußland den Engländern natürlich nicht nach, und der Ausbruch des Krieges ist unvermeidlich.

Und was wären dann die beiderseitigen Chancen? Die russische Militärmacht in der europäischen Türkei — Rumänien nicht eingeschlossen — beträgt höchstens 200,000 Mann, die über ungeheuere Landstrecken zerstreut sind und durch Typhus und andere Epidemien dezimirt werden. In Constantinopel und Gallipoli haben die Türken ziemliche Streitkräfte versammelt, die nach den neuesten Berichten gegen einen russischen Handstreich genügen sollen; außerdem wird in allen nicht von den Russen besetzten Theilen der Türkei eifrig rekrutirt. Die Engländer können sofort, binnen zehn Tagen 70,000 Mann an jeden beliebigen Punkt der türkischen Küste werfen, nach Gallipoli, nach Constantinopel, nach Warna, das, gleich Schumla, noch in den Händen der Türken ist, und von wo aus die russische Armee südlich des Ballan sehr leicht in die gefährlichste Lage gebracht werden könnte. Dazu kommt, daß England bei seinen ungeheueren Ressourcen, und weil es durch seine insulare Lage gegen jeden Angriff geschützt ist, den Krieg Jahrzehnte lang aushalten und mit immer größeren Truppenmassen operiren könnte, während Rußland schon jetzt erschöpft ist. Ja ohne eigentlich Krieg zu führen, kann England das russische Reich lahm legen, indem es ihm alle Küsten und Seeausgänge blokirt und seinen Handel vollständig zerstört.

Man sieht, auch wenn Oestreich neutral bliebe, wäre ein Krieg Rußlands gegen England ein Wagestück, das aller Voraussberechnung nach nicht zum Vortheil Rußlands ausschlagen würde. Freilich die Russen sind durch ihre wohlfeilen, sicherlich nicht ihrem Verdienst zuzuschreibenden „Erfolge“ so aufgeblasen worden, daß sie dies schwerlich begreifen werden. Sie sollten sich an das Telegramm erinnern, daß Großfürst Nikolaus nach der vorletzten Schlacht von Plewna, am 1. August vor. Jahres, an den rumänischen Zwergfürsten richtete:

„Kommen Sie uns zu Hilfe, Hoheit, sobald als möglich; wir gestehen Ihnen alle gewünschten Bedingungen zu; sehen Sie mit Ihrer Armee über die Donau, sonst sind wir Alle verloren und die Sache der Christenheit (das heißt der russischen Räuber und Mordbrenner) vom Untergange bedroht!“

Wer weiß, wie lange es dauert, bis die Russen wieder in der Lage sind, ähnliche Nothschreie auszustoßen. Apropos die Versprechungen dieses Telegramms sind echt zarisch gehalten worden: zum Dank für die Hülfe, welches Rumänien den bedrängten Russen auf deren Flehen gewährte, soll es jetzt von ihnen zerstückt, eines wichtigen Landstrichs beraubt werden!

— Der preußische Landtag ist Sonnabend den 30. März geschlossen worden. Die „Magdeburgische Zeitung“ erklärt, daß die meisten Abgeordneten die Schlußsitzung gar nicht abgewartet, sondern mißmuthig über die resultatlose Session sich zur Eisenbahn begeben hätten. Bei der dritten Lesung hatte der Nachtragsetat dasselbe Schicksal, wie bei der zweiten. Der Vicepräsident wurde angenommen, der Eisenbahnminister abgelehnt. Unter der Führung des Exrevolutionärs Gneist stimmten 75 Mitglieder der nationalliberalen Partei für die Regierung mit den Conservativen, 60 Mitglieder verharrten in der „halben“ Opposition.

— Mit welchen Mitteln auch in Deutschland die „Ordnungspartei“ kämpft, das zeigt uns der Beschluß der Wahlprüfungscommission des Reichstags vom 28. März, der die Beanstandung des antisozialistischen Abg. Karsten (Altona), des Candidaten der vereinigten Fortschrittler, Conservativen und Gensdarmen, ausgesprochen und hinsichtlich des Protestes der sozialdemokratischen Partei, daß Stimmen für Karsten gegen Bestechung von 50 resp. 25 Pfennig erkauft worden, die

Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung beschlossen hat. Daß bei Gelegenheit einer Besprechung der Altonaer Wahl im Reichstage noch ärgere Gesetzesverletzungen als diejenigen bei der Besprechung der Ottensen-Pinneberger Wahl zu Tage treten werden, dies können wir jetzt schon unsern Lesern mittheilen.

— Der dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen enthält in seinem ersten Theil Vorschriften, welche die Controle der Sanitäts-Polizei des Gewerbebetriebes mit jenen Gegenständen erleichtern sollen, und in seinem 2. Theil Strafvorschriften. Durch die letzteren wird nur § 367, Nr. 7 des Strafgesetzbuches aufgehoben, wonach das Feilhalten verfälschter Eßwaaren und Getränke mit Geldstrafe bis 150 M. oder Haft bestraft wird, während § 9 des neuen Entwurfs die vorsätzliche Verfälschung von Nahrungs- oder Genußmitteln zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr und das wissentliche Feilhalten solcher Handelsartikel mit Gefängnißstrafe bis zu 6 Monaten und Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bedroht. Tritt dabei noch eine Vermögensbeschädigung des Käufers hinzu, so findet auch § 263 des Str.-G.-B. Anwendung und der Thäter würde in idealer Concurrenz wegen Nahrungsmittel- 2c. Verfälschung zu bestrafen sein. Eine neue Strafbestimmung enthält der Entwurf im § 11, wonach die Verfälschung von Nahrungsmitteln 2c. und das Feilhalten derselben, wenn sie die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet sind, mit Gefängniß, ev. mit Verlust der bürgerlichen Rechte zu bestrafen ist. Das Strafgesetzbuch kennt nur eine Strafe — und zwar Zuchthaus (§ 324) — wenn der Genuß die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet ist. Diese Bestimmung des Strafgesetzbuches ist in einer allgemeineren Fassung als § 12 in den Entwurf aufgenommen worden.

— Eine Tabaks-Enquete. Dem Bundesrath ist Seitens des Reichskanzleramts ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine statistische Feststellung des Umfangs der Tabaksfabrikation und des Handels mit Tabak für das deutsche Reich bezweckt. Der Gesetzentwurf umfaßt 8 Paragraphen, von denen der § 2 die Arten der Tabaksfabrikation und des Handels mit Tabak aufzählt, die der statistischen Erhebung unterworfen sind, während die übrigen Paragraphen theils die Strafen für ungenügende oder absichtlich falsch gemachte Angaben Seitens der Fabrikanten feststellen, theils die Deckung der Kosten, die durch die Enquete dem Reiche erwachsen, regeln. Die Tendenz des Gesetzentwurfs stellt außer Zweifel, daß die Reichsregierung unter allen Umständen die Tabaksteuer selbst gegen den ausgesprochenen Willen des Volkes und event. auch gegen den Willen seiner jetzigen Vertretung durchzusetzen Willens ist. Da aber der Wille des Volkes heutzutage federleicht wiegt und die Herren Volksvertreter bekanntlich gern mit sich handeln lassen, so können wir schon jetzt in dem Vorgefühl einer neuen und zwar sehr erheblichen Anzapfung des Volkssäckels schwelgen — und das Alles, trotz Arbeitslosigkeit, Nothstand und Hungertyphus.

— Deutsche Justiz. Unsere Leser erinnern sich, daß Fürst Bismarck in seinem famosen Prozeß mit Dieß-Daber als „Cavalleriegeneral" den Competenzeinwand gegen das Civilgericht erhoben hat. Wie wir jetzt hören, hat das Berliner Stadtgericht den Einwand für begründet erachtet und den Kläger (Dieß-Daber) abgewiesen. Wird der Entscheid des Stadtgerichts von den höheren Instanzen bestätigt, so wird Herr Dieß-Daber es mit dem Militärgericht zu versuchen haben. Ob Fürst Bismarck dann sich in seine Civileigenschaft hüllen, und den umgekehrten Competenzeinwand erheben wird? Hindern kann ihn Niemand, und wenn das Militärgericht dem Beispiel des Civilgerichts folgt — wozu es, bei der notorischen Civilstellung des Fürsten Bismarck, hundertmal mehr Berechtigung hat — dann kann Fürst Bismarck und Alle, die in ähnlicher Lage sind, überhaupt nicht verklagt werden. Sehr „nette Zustände" das!

— Aus der Moltke'schen Bildungsschule. Am 23. März, dem Tag nach Kaisers Geburtstag, wurde in Frankfurt a. M. von Soldaten, die den Festtag gefeiert hatten, am hellen Tage und auf offener Straße ein Skandal verübt, wie ihn Kosaken in Feindesland nicht schamloser insceniren könnten. Wie unser Frankfurter Parteiorgan berichtet, spielte sich am genannten Tage, Morgens 7 Uhr, vor den Augen der Bewohner der benachbarten Häuser, der von der Bahn kommenden Reisenden und einer großen Anzahl Schulkinder folgende scheußliche Scene ab: Auf der Schulter eines Kameraden saß ein, eine große Papiertüte auf dem Kopfe tragender Soldat; diesem folgten Tambour und Pfeifer, welche einen Heidenlärm verursachten und auf diese Weise das Publikum anlockten. Dann kam, von Soldaten am Arme geführt, ein Frauenzimmer, welchem die Kleidungsstücke über der Taille zusammengebunden waren, also bis zur Hälfte des Körpers vollständig nackt. Die abscheulichen Handlungen, welche vor den Augen des Publikums begangen wurden, entziehen sich jeder Beschreibung. Der Zug bewegte sich über den Kasernenhof nach der Straße, woselbst man die Mißhandelte ihrem Schicksal überließ. Seltsam ist es, daß sich kein „Vorgesetzter", deren doch so viele in der Kaserne wohnen, veranlaßt fühlte, diesem schändlichen Benehmen Einhalt zu gebieten. Ebenso seltsam ist es auch, daß die Soldaten sich zu diesem Skandal der Trommel und der Pfeife bedienen konnten und daß auch da keine Einsprache erfolgte. Die Kaserne bleibt aber trotz derartiger Vorkommnisse doch noch die beste Bildungsschule. Nicht wahr, Herr Moltke?

— In Frankreich feiert die „blaue Republik" ihre Reaktionsorgien. Während das Kriegsgericht ein neues Opfer, den 73jährigen Kattunzeichner Garcin wegen angeblicher Theilnahme an der Tödtung des Generals Lecomte dem Blei oder ewigem Gefängniß überliefert, läßt die Regierung in Paris eine förmliche Razzia gegen vermeintliche Sozialisten und Internationale unternehmen. Haussuchung folgte in den letzten Tagen auf Haussuchung (auch bei Buffenoir) und eine Anzahl Verdächtiger wurde verhaftet, von denen vier noch immer in Haft sind: zwei Italiener, Zanardelli und Costa, ein Franzose und eine Russin. Unter den Verhafteten, die wieder in Freiheit gesetzt wurden, befindet sich Guesde, Redakteur der „Egalité", gegen den aber ein Prozeß eingeleitet werden soll. Und das ist bekanntlich gleichbedeutend mit Verurtheilen. Die Behörden sind offenbar der verrückten Ansicht, die alte Internationale, welche in Frankreich verboten ist, solle wiederhergestellt werden, oder vielmehr, sie sei wiederhergestellt worden und habe, um sich gleich mit einem Probestück einzuführen, die verschiedenen, sich seit einiger Zeit in Frankreich abspielenden Strikes in Scene gesetzt — ein Blödsinn, der nur in einem vernagelten Bourgeoishirn auftauchen kann.

— Die Weber von Blackburne (England) werden den Strike proklamiren müssen, da die Fabrikanten auf der 10prozentigen Lohnherabsetzung beharren, die Weber dieselbe aber nicht annehmen zu können erklären. — Ein Strike der Kohlengrubenarbeiter von South-Yorkshire und North-Derbyshire, der wegen einer den Arbeitern proponirten Lohnherabsetzung von 7½ Prozent auszubrechen drohte, ist in letzter Stunde dadurch beseitigt worden, daß die Arbeiter sich einen Lohnabzug von 5 Prozent gefallen lassen. So sind es immer und stets die Arbeiter, welchen zugemuthet wird, den ohne ihr Verschulden entstehenden Profitausfall der Kapitalisten durch Abzüge von ihren sauer verdienten Groschen zu decken.

— Den russischen „Culturkampf" in Bulgarien schildert ein russischer Correspondent der russischen „Nationalzeitung" mit Citaten aus russischen Blättern in einem längeren Artikel, dem wir einige der charakteristischsten Stellen entnehmen müssen. Die russischen „Befreier" — und das ist der Kern des Artikels — sahen bald ein, daß es nicht ohne Nagaika, die berühmte Knute, gehe. „Und hier kommt, bemerkt dazu der Correspondent der „Nat.-Ztg.", die gutmüthige, naive, russische Natur wieder zum Vorschein: oft wird den Bulgaren ärger zugesetzt, als den Türken; denn der Türke beträgt sich anständig, der Bulgare stiehlt und verübt allerlei Ungebühr". Der Correspondent der „Nationalzeitung" und mit ihm die „Nationalzeitung" selbst, hätte es offenbar für praktischer gehalten, wenn die „anständigen" Türken geknutet worden wären. — Ein Russe, dem diese Knutenkultur nicht recht gefallen wollte, bemerkte zu einem der russischen Bezirksvorsteher: „Sie vergessen aber, daß wir gekommen sind, sie zu befreien! Und nun kommen sie mit der Nagaika!" „Glauben Sie mir", antwortet der Bezirksvorsteher, „für die Bulgaren besteht die beste Befreiung in der Knute!"

Es ist selbstredend, aber doch höchst belustigend, daß die „befreiten" Bulgaren die Kosten der Organisation mit der Knute selbst bezahlen müssen. „Vor Allem", heißt es in dem Artikel der „Nat.-Ztg.", „wurde von der russischen Regierung festgestellt, daß alle Ausgaben für die Organisirung Bulgariens von den Bulgaren bestritten werden müßten. Darauf wurde ein Etat für die Organisatoren entworfen, welcher bestimmt, daß der russische Gouverneur der Provinz 13 bis 17,000 Rubel jährlich beziehen solle, der Vicegouverneur 4500, der Bezirkschef, der Polizeimeister 4000 2c. Dann wurde der Gouverneur ernannt in der Person des Fürsten Tscherkaßki, mit der völlig unbeschränkten Vollmacht, seine Untergebenen frei zu bestimmen. Dies geschah alsbald (nämlich unmittelbar nach dem Pruth-Uebergange) und von da ab bezogen diese Beamten ihren Gehalt von Bulgarien, welches bekanntlich erst ein halbes Jahr später in Besitz genommen wurde".

Weiterhin heißt es dann:

„Fürst Tscherkaßki war ein Mann von Ueberzeugung, von strenger Moskaischer Ueberzeugung, und liebte daher keinen Widerspruch. In dieser Stimmung wünschte er für die Civilverwaltung seiner Provinz keine Leute, welche etwa eigene Ansichten haben könnten, sondern solche, die unbefangen zur Sache ständen. Er vermied also scharfsichtig die Ernennung irgend eines russischen Beamten, der mit Civilverwaltung schon einmal in Berührung gekommen war, entschied sich vielmehr vollkommen für die Ernennung von jungen Offizieren, von welchen er erwartete, daß sie von Civilverwaltung keine eigene Ahnung haben, dafür aber recht fest in der Disziplin sein würden. Sein Beamtenheer glänzte nun auch von den Uniformen junger Gardeoffiziere aus den Salons von Petersburg. Wer von ihnen sich etwa einfallen ließ, darüber Gedanken zu haben, daß er nichts von der Sache verstehe, dem wurde erklärt, er brauche nichts zu verstehen, da er Alles nach genauen Instructionen auszuführen haben werde. Aber die neuen Beamten saßen Monate lang da, ohne Instruktionen zu bekommen, und als endlich der Eine und Andere etwas zu thun bekam, da klagten die Ernsthafteren bitter, sie seien genöthigt zu handeln, wie Gott es der Seele eingebe, oder wenn einmal eine Instruktion vorliege, so sei sie unausführbar".

Kein Wunder, daß sogar der russische Correspondent der russischen „Nationalzeitung" schließlich seufzend gestehen muß: „In Bulgarien scheint der Versuch russischer Verwaltung recht sehr mißglückt zu sein." Als ob die Russen je anders verwaltet hätten! Uebrigens war Tscherkaßki vom russischen Verwaltungsstandpunkt aus ein wahres Genie. Binnen 10 Monaten gelang es ihm, etliche Millionen Rubel zusammenzustehlen. Freilich der „rothe Fürst", wie sich dieser saubre Patron auf Grund einiger panslavistisch-nihilistischen Kraftphrasen benamsen ließ, war so — unrussisch, das 11. Gebot nicht zu befolgen. Er wurde erwischt und schoß sich am 3. März eine Kugel durch den Kopf — die einzige „befreiende That", welche er gegen die armen Bulgaren und andere „unterdrückte Nationalitäten" jemals verübt hat.

— Das gesammte Druckereipersonal der „Westf. Fr. Presse" war am 21. März vor den Untersuchungsrichter citirt, um darüber Ausschluß zu geben, wer das Manuscript eines am 18. September v. J. in der „Westf. Fr. Pr." veröffentlichten Artikels geschrieben, in Empfang genommen und gesetzt habe. Wie vorauszusehen, war Niemand der Vernommenen im Stande, hierüber bestimmte Aussagen zu machen, und der Untersuchungsrichter selbst dürfte heute schwerlich anders als durch die Akten angeben können, womit er sich am 18. September 1877 beschäftigte.

— Das Organ der Juraſſer (Anarchisten), „Le Bulletin", hat am 25. März sein Erscheinen „suspendirt". „Die Motive dieser Maßregel, heißt es in der letzten Nummer des Blattes, sind: die Verminderung der Abonnentenzahl seit Januar, und die geringe Regelmäßigkeit, mit der die Abonnementsgelder für das vorige Jahr bezahlt wurden."

— „Die Neue Gesellschaft", Monatsschrift für Sozialwissenschaft. Herausgegeben von Dr. F. Wiede. Das vor uns liegende sechste Heft enthält: Die Arbeit ist die Quelle des Nationalreichthums von Joh. Most. — Die Nichtberechtigung der ungleichen Arbeitsentschädigung im Zukunftsstaate von Emil Bruck. — Zum Kapitel der Frauenfrage von Dr. M. Lehn. — Die Theorie der „Anarchie" von Dr. A. Mülberger. Nachwort der Redaktion. — Das Licht der Erkenntniß von J. Dietzgen. I. — Zur Geschichte der ungarländischen Arbeiterbewegung von Sigmund Politzer. I. — Der „Staats-Sozialist" und die freie Wissenschaft von G. Schaumann. — Recensionen von Prof. C. v. Arx, Dr. A. Mülberger und G. Schaumann. — Mittheilungen der Redaktion.

Die Zeitschrift ist durch alle Buchhandlungen quartaliter für 3 Mark = Fr. 3,75 zu beziehen.

Correspondenzen.

Moskau. Bei Beginn des russisch-türkischen Krieges waren wir Sozialisten von vornherein überzeugt, daß dieser Krieg einer von jenen vielen Raubzügen sei, die die russische Regierung gegen fremde Völker von Zeit zu Zeit zu unternehmen pflegt; wir wußten genau, daß die „Befreiung der Christen vom Türkenjoche" nur ein Vorwand war, durch welchen die habsüchtigen Pläne der russischen Machthaber verdeckt werden sollten. Wir sagten uns, daß eine Regierung, die mit dem eigenen Volke ganz nach Belieben verfährt, unmöglich die freiheitlichen Interessen

---

Ein Beitrag zur Brutalität der sogenannten gebildeten Leute.

Man schreibt uns: Ein würdiges Seitenstück zu der aus Pößneck dem „Vorwärts" in Nr. 19 vom 15. Februar d. J. gemeldeten Schandthat sogenannter gebildeter Leute kann ich Ihnen aus Riegel (Großherzogthum Baden) berichten. Hier wie dort handelt es sich um Thaten „gebildeter" Rohheit der brutalsten Art; dort wie hier haben Gericht und Staatsanwaltschaft in seltener Uebereinstimmung mit gleich bewunderungswürdigem Eifer der Sache sich angenommen, in Köstitz wie in Riegel ist es die nämliche flagrante Rechtsverweigerung — und in beiden Fällen ist das Resultat eine getreue Illustration zu dem höchst verdächtig gewordenen Satz:

„Justitia fundamentum regnorum"?!

was, in's richtige Deutsch übersetzt, wohl heißen müßte:

„Der Staat ist in Gefahr!" —

Da lob' ich mir doch noch die Manieren der Kannibalen aller unciviliſirten Länder: wenn die ihre Opfer umgebracht haben, so fressen sie dieselben doch auch noch auf, wodurch den betreffenden Angehörigen wenigstens die Kosten für Arzt, Apotheker und Leichenbegängniß erspart bleiben. Solche Kannibalen handeln in dieser Beziehung noch human im Vergleich zu den unserigen, wie in Köstitz 2c. 2c. . . .

Ich will nun ohne weitere Bemerkungen zu den Thatsachen übergehen.

Die „Breisgauer Zeitung", ein liberaler Amtsverkündiger en gros, berichtet hierüber Folgendes:

„Vom Kaiserstuhl, 3. Februar. Aus Riegel habe ich Ihnen einen Akt rohester Brutalität zu melden. Bei einem am letzten Montag Abend in einer dortigen Wirthschaft entstandenen Wortwechsel wollte ein Riegeler Bürger vermitteln. Zum Dank hiefür wurde der Vermittler bei einem darauf entstandenen Tumult von sechs Burschen auf die unmenschlichste Art mißhandelt. Zu Boden geworfen, schleppten die Barbaren den gänzlich Wehrlosen durch eine Seitenthür in den Hof, wo sie mit Faustschlägen und Fußtritten so lange auf den Unglücklichen einschlugen, bis derselbe besinnungslos liegen blieb. An inneren und äußeren Verletzungen liegt der Bedauernswerthe, welcher einer der achtbarsten Bürger Riegels ist und noch keinem Menschen ein Leid zugefügt hat, jetzt schwer darnieder und haben bereits mehrere Aerzte denselben in Behandlung übernommen. Ohne Zweifel werden die unmenschlichen Missethäter der gerechten Strafe nicht entgehen, da der Vorfall der großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Freiburg bereits angezeigt ist."

Ueber die sechs Burschen will ich nur bemerken, daß drei davon den sogenannten besseren Ständen angehören und ein jeder von ihnen sich einbildet, „gebildet" zu sein: die übrigen drei sind — um einen Vergleich zu gebrauchen — in der menschlichen Gesellschaft das, was in einem Faß zurückbleibt, wenn man neuen Wein zum ersten Mal daraus abzieht — alle sechs aber brauchen bezüglich ihrer Rohheit keine Conkurrenz zu scheuen.

Wenn ich nun erwähne, daß der Verletzte, dessen ganzer Körper Spuren der von den „platonischen Kannibalen" erhaltenen Mißhandlungen nachwies, unter ungeheuren Schmerzen fünf lange Wochen in ärztlicher Behandlung das Bett hüten mußte und wohl ebenso lange Zeit noch arbeitsunfähig bleibt; wenn ich sage, daß der behandelnde Arzt sowie ein Professor der Universität Freiburg nebst Verletzung der Nieren auch noch Rückenmarkserschütterung in Folge der erhaltenen Verletzungen constatirt haben — nach alldem wird man doch wohl zu der Annahme berechtigt sein, daß die Missethäter, welche an der Gesundheit eines Menschen einen frevelhaften Raub verübt haben, gerechte und strenge Strafe getroffen habe . . . eine solche Annahme wäre doch gewiß berechtigt, nicht wahr? Berechtigt schon, wenn Recht — Recht wäre und Frau Justitia nicht mehr mit verbundenen Augen abgebildet würde!

Das Amtsgericht Emmendingen als Untersuchungsgericht aber schickte dem Verletzten ein Schreiben des Inhalts, daß die Untersuchung eingestellt sei, weil keine bestimmte Person als Thäter bezeichnet werden konnte. — Sechs Personen wurden vom Verletzten als Thäter angegeben — und doch schreibt das Amtsgericht Emmendingen: es konnte keine bestimmte Person als Thäter bezeichnet werden! Ich will Ihnen auch sagen warum: weil kein einziger Zeuge vom Untersuchungsrichter verhört worden ist. Ein Gensdarm aus Endingen, Diemer heißt er, hat 10 Tage nach geschehener That bei einigen Zeugen, Lauter vom Hauptbeschuldigten abhängigen Leuten, sogenannte „Erhebungen" gemacht, und darauf hin schrieb und entschied das Amtsgericht Emmendingen: „es konnte keine bestimmte Person als Thäter bezeichnet werden" . . . . Da soll man bei Gericht noch sein Recht suchen, wenn man kann.

So geschehen im Jahre eintausendachthundertachtundsiebenzig im weltbekannten Musterstaat Baden.

Jetzt soll noch einmal Einer sagen:

„Justitia fundamentum regnorum" —

als einzige Antwort rufe ich aus voller Brust:

„Hoch lebe die Sozialdemokratie!"

— Verurtheilungen. Vom Mannheimer Schwurgericht wurde am 27. März gegen den Baron Ernst von Linden und den Buchhändler Schabelitz wegen Hochverraths-, Majestäts- und Bismarckbeleidigung, begangen durch die Herausgabe einer Broschüre in contumaciam verhandelt. Die Kaiserbeleidigung wurde von den Geschworenen verneint, die Frage betreffs Hochverraths und Bismarckbeleidigung wurde bejaht und demgemäß Linden mit zwei Jahren und zwei Monaten Festungshaft und sechs Monaten Gefängniß; Schabelitz mit einem Jahr drei Monaten Festung und drei Monaten Gefängniß bedacht.

— Serbische Cultur. In den serbischen Gefängnissen schmachten gegenwärtig 1100 sogenannte „politische Verbrecher", welche wegen eines, blos in der Phantasie des Ministers Ristics und seiner Polizei-Creaturen bestehenden, „Aufstandsversuches" und wegen eines angeblichen „Attentates" auf das Leben des „Landesvaters" Milan, in Haft genommen wurden. Die den Gefangenen zur Last gelegten Verbrechen

anderer Völker zu wahren im Stande sei; und zum Beweise dessen, wie schwer das russische Volk mißhandelt und gepeinigt wird, sei hier der Auszug aus einem Briefe wiedergegeben, den ein abgesetzter russischer Staatsanwalt an die „Rußkoje Obosßienie" (Russische Rundschau) gerichtet hat. Dieser Brief beweist mehr, als wir, die russischen Sozialisten, zu sagen in der Lage wären. Er lautet folgendermaßen:

„Herr Redakteur! Die im Folgenden angeführten grausigen Thatsachen haben in mir schon öfter den Gedanken wachgerufen, mir ein anderes Vaterland aufzusuchen, um nicht mehr Zeuge zu sein von Greuelscenen, wie ich sie erlebt habe. Ich gab meinen Vorsatz aber stets wieder auf, nur um meinen Posten nicht zu verlassen. Da aber alle meine Bemühungen, den von mir entdeckten Uebelständen abzuhelfen, fruchtlos blieben, so bringe ich sie hiermit an die Oeffentlichkeit, vielleicht daß dann Wandelung eintritt.

„Seit dem Jahre 1871 war ich als Staatsanwalt bei dem Orenburger Gouvernements-Gerichte angestellt. Als solcher mußte ich alle Gesetzesausführungen und -Verletzungen überwachen, was ich auch sehr gewissenhaft that. Meine Strenge im Ueberwachen der Gesetze führte mir viele Feinde unter der ganzen Orenburger „noblen" Gesellschaft zu. Auf Anordnung des Justizministers hatte ich die Revision der Gerichtsinstitutionen des Orenburger Gouvernements vorzunehmen, wozu ich 4 Monate bedurfte; während dieser Zeit war ich überall von Bittenden umlagert. Jetzt erst sah ich das ganze Elend. Ich sah Richter, die Gesetz und Gerechtigkeit verhöhnten, ich sah, wie die Polizei brutale und ungestrafte Gewaltthätigkeit gegen Schwache verübte. Alle Bittenden waren fest überzeugt, daß es in Rußland keine Gerechtigkeit gäbe. Es schmerzte mich sehr, diese Leute vom Gegentheil nicht überzeugen zu können, aber es gelang mir doch, Hunderte von Inhaftirten zu befreien, die jahrelang unschuldig im Kerker geschmachtet hatten.

„Die ganze Orenburger „noble" Clique bestand aus den verwerflichsten Leuten, von welchen man nur mit Ekel sprechen kann. Sie trieben förmlichen Handel mit dem Gesetze, wodurch es ihnen möglich war, große Reichthümer zusammenzubringen. Sie stifteten überall unsägliches Elend, gegen das sie unempfindlich sind, und wehe dem, der ihnen hindernd in den Weg tritt. Da alle diese Niederträchtigen unter sich solidarisch waren, so wurden alle ihre Verbrechen und Vergehen vertuscht. Ich warnte den Orenburger General-Gouverneur vor diesen Leuten, aber der nahm die Sache nicht ernst.

„Um das Loos der Sträflinge einigermaßen zu erleichtern, forderte ich für dieselben mehr Luft und Licht, vergebens. Ich finde keine Worte, um die durch die Strafanstalt empfangenen Eindrücke zu beschreiben. Hunderte von Inhaftirten fanden dort ihren frühen Tod. Schrecklich und schmerzlich war es, die Jammergestalten anzusehen. In Lumpen gehüllt lagen nebeneinander auf dem feuchten Boden Betrunkene und Schwindsüchtige; die Zimmerdecke drohte zusammenzustürzen; die mit Stützpfeilern versehenen Wände waren feucht und mit dem Blut der zerdrückten Wanzen bedeckt. Die Luft war zum Ersticken. Im Gefängniß-Lazareth sind nicht mehr als 5—6 Betten, und die Kranken wälzten sich auf dem schmutzigen Boden, nicht selten neben solchen Leidensgenossen, die bei lebendigem Leibe verwesen.

„Ich gestehe, daß ich hier nur einen verschwindend kleinen Theil von dem erzähle, was ich dem Minister über die vorgefundenen Zustände schrieb. Ich will noch kurz der zwei letzten Ereignisse, infolge deren man mich absetzte, Erwähnung thun. Im Städtchen Ilezky-Gorodok, 50 Werst von Orenburg, befindet sich ein Gefängniß für die Katorga-Deportirten. Gefängnißverwalter ist ein wegen Plusmacherei abgesetzter Kreisrichter, der, wie die Orenburger Behörde meinte, „für Geld zu allem fähig ist". Man kann sich leicht das Loos der ihm anvertrauten Sträflinge vorstellen. Als ich auf meiner Revision dieses Gefängniß besuchte, erfuhr ich, daß man hier die Sträflinge en masse prügele. Man erzälte mir, daß vor zwei Monaten auf dem öffentlichen Platze des Städtchens im Beisein des Gefängnißverwalters und seiner Gehilfen und unter Zusammenlauf einer großen Menge viele von den Inhaftirten so geprügelt worden seien, daß sie das Bewußtsein verloren hätten. Nach dieser Prügelexekution wurden sie mit einem Strick an den Füßen gebunden und nach dem Gefängniß geschleppt. „Für uns — sagte mir einer dieser Unglücklichen — giebt es nur noch einen Trost, das ist die Hoffnung, daß uns Gott unsere auf Erden begangenen Sünden vergeben werde, wenn man uns hier so unmenschlich züchtigt. Für uns ist alles verloren; es giebt für uns keine Rückkehr in das bürgerliche Leben, und darum müssen wir uns gehorsamst fügen und dulden! Wir wissen sehr gut, es wäre Unsinn, uns gegen die Gefängnißbehörde zu wehren, sogar mit einem Worte. Wir sind in der Gewalt von Unmenschen und Ungeheuern, von denen unser Loos abhängt." Und doch konnte ich den Leuten nicht helfen. Ich stand vereinzelt, die ganze Orenburger „noble" Gesellschaft war gegen mich. — Die gewöhnlichen Strafen in diesem Gefängniß sind folgende: Man bindet den ungehorsamen Sträfling an einen Bock und verabreicht ihm mit einer in salzigem Wasser geweichten Dornruthe 35—135 Hiebe. Einer unmenschlichen Züchtigung unterliegen auch alle Diejenigen, die den Gefängnißwärter und seine Gehilfen zufällig einmal mit „Du"*) anstatt mit „Sie" anreden. Ueber das Gefängnißlazareth sprechen sich alle Sträflinge sehr ungünstig aus: „Dort ist, meinen sie, ein Jeder des Todes sicher!" Der Arzt beschuldigt die Kranken der Verstellung, wofür man sie züchtigt und zur Arbeit anhält.

„Selbstverständlich schrieb ich alles das an den Justizminister, und infolge dieses meines Vorgehens wurde ich als Aufwiegler erklärt und im ganzen Gouvernement als Skandalmacher verschrieen. Die ganze Clique verschwor sich jetzt gegen mich, und so wurde eines Nachts bei mir durch einen mir unbekannten Obrist und den Orenburger Polizeidirektor in Begleitung vieler Soldaten strenge Haussuchung gehalten. Nach der erfolglosen Haussuchung, die auf Befehl der III. Abtheilung vorgenommen wurde, erklärte mir der Obrist, daß ich per Telegramm aus Petersburg von meiner Stellung als Staatsanwalt abgesetzt sei. Ich mußte mich fügen. Einige Tage nach diesem Vorfall mußte ich — auch auf Befehl des Obristen — die Stadt verlassen, auch las ich zu meiner großen Verwunderung im „Regierungsboten" meine Amtsentsetzung, die auf mein eigenes Ansuchen erfolgt sein sollte. Um meine Demission habe ich aber niemals nachgesucht. Ich begab mich sogleich (es war im Jahre 1875) nach Petersburg, um mir Aufklärung über diese Vorkommnisse zu verschaffen, aber bis heute ist es mir nicht gelungen, solche zu erlangen.

N. Pawlow-Sylwansky,
gewesener Staatsanwalt im Gouvernement Orenburg."

Aus diesem Brief können wir nur einen Schluß ziehen, nämlich den, daß Rußland für ehrliche, menschlich fühlende Männer keine Stätte ist. —br.

Prag, 25. März. Wiederum ist eine von jenen Sparbanken in die Brüche gegangen, die nach dem Schulze-Delitzsch'schen System zwar wie Pilze aus dem Erdboden geschossen sind, aber in der jetzigen Krachzeit auch wie Pilze unter dem rauhen Tritt der gegenwärtigen ökonomischen Mißverhältnisse wieder verschwinden. Es ist der Bezirks-Spar- und Vorschußverein der Stadt Arnau, der den Weg alles Fleisches gegangen ist. Begreiflicherweise hatte sich der Interessenten, die sich zum größten Theil aus der Landbevölkerung rekrutiren, eine tiefe Erregung bemächtigt, und da in Geldsachen bekanntlich die Gemüthlichkeit aufhört, so ist es auch gar nicht zu verwundern, daß sich eines schönen Morgens eine nahezu aus 800 Menschen bestehende Menge vor dem Geschäftslokale des genannten Spar- und Vorschußvereins ansammelte, um über den Verbleib der Spareinlagen direkte Aufklärung zu verlangen. Was weiter geschah, will ich nach dem „Prager Abendblatt" berichten, dem ich aber die Verantwortung für seine Mittheilungen überlassen muß. „Als Niemand von den Ausschußmitgliedern erschien, steigerte sich der Groll der Leute derart, daß er sich in Thätlichkeiten Luft machte. Namentlich erbittert zeigte sich die Menge, in welcher wild gestikulirende und lärmende Weiber das große Wort führten, gegen jene zwei Männer, welchen sie die Hauptschuld beimaß, daß ihre Ersparnisse als gefährdet zu betrachten seien, nämlich gegen den Bezirksobmann Herrn Steffan und den Vereinskassirer, den gewesenen Bezirksvertretungs-Sekretär Herrn Müller. Nachdem die in die Sparkassenkanzlei eingebrochene Menge daselbst nichts vorgefunden, drang ein starker Haufe in die Wohnung des Herrn Steffan ein, zertrümmerte Thüren, Fenster, Einrichtungsstücke ꝛc. und verlangte unter wildem Geschrei von Herrn Steffan, der im Bette lag, die Zurückzahlung der Spareinlagen. Herr Steffan wurde mit Verwünschungen überhäuft, aus dem Bette gezerrt, angespieen, geohrfeigt, mit Todtschlagen bedroht, die Kleider wurden ihm vom Leibe gerissen und es wäre wohl zu einer noch viel schlimmeren Katastrophe gekommen, wenn nicht rechtzeitig eine Abtheilung Gendarmerie erschienen wäre, welcher es durch gütliches Zureden schließlich gelang, die aufgeregte Menge zu entfernen. Vor der Gendarmerie war auch schon der k. k. Bezirkssekretär Herr Stumpf in Steffan's Wohnung eingetroffen, der mit den Gendarmen die gefährlichsten Angriffe auf die Person Steffan's abwehrte, so daß Letzterer an Körper und Gesundheit keinen Schaden erlitt. Aus Steffan's Wohnung hatten sich die Tumultuanten noch in jene des Vereinskassirers Müller begeben und dort gleichfalls wild gehaust. Fenster und Thüren wurden eingeschlagen, Möbel und Oefen zertrümmert und Müller überall gesucht, zu seinem Glücke aber nicht aufgefunden. Nachdem der aufgeregte Haufe in dieser Weise sein Müthchen gekühlt hatte, trat Beruhigung ein und kam es auch seither nicht zu weiteren Excessen. Mittags traf der k. k. Bezirkshauptmann von Hohenelbe, Statthaltereirath R. v. Brechler, im Orte ein, ertheilte der Volksmenge Aufklärung über die Angelegenheit und beruhigte die Leute namentlich wegen der Spareinlagen."

Das „Prager Abendblatt" theilt dann weiter mit, daß noch am selbigen Abend eine Abtheilung Militär in Arnau eintraf und daß die Ruhe dann nicht weiter gestört worden sei. Unter dem Drucke der Militärgewalt wird die „Beruhigung" der Geprellten wohl eine nachhaltige sein; betreffs der Spareinlagen dagegen wird das alte Sprichwort: „Wo nichts ist, hat selbst der Kaiser sein Recht verloren" um so sicherer zur Geltung gelangen, als der Bezirksobmann Steffan und der Kassirer Müller am 20. März verhaftet worden sind, welcher Umstand darauf schließen läßt, daß die Herren Verwalter mit den Spareinlagen zu ihrem Nutzen nicht sonderlich sparsam umgegangen sein mögen.

Berlin, 28. März. Wegen der Auflösung der am 17. März in den Lokalitäten des „Tivoli" einberufenen Versammlung hatte der Einberufer sich beschwerend an das Polizeipräsidium gewandt, von demselben aber den Bescheid erhalten, der Polizeilieutenant habe nur im Interesse der Versammelten gehandelt, weil, da das Versammlungslokal überfüllt war, leicht ein Unglück hätte geschehen können. Mit diesem Bescheide konnte der Abgewiesene natürlich nicht zufrieden sein, und so hat derselbe sich nunmehr mit einer Beschwerde an den Minister des Innern gewandt. In derselben wird auseinandergesetzt, daß das Verfahren des betreffenden Polizeibeamten und der dieses Verfahren billigende Bescheid des Polizeipräsidiums mit dem Gesetz unvereinbar sind. Es wird ferner angeführt, daß die Versammlung aus erwachsenen und dispositionsfähigen Personen bestanden habe und daß Niemand in dem starken Besuche eine Gefahr für Leben oder Gesundheit erblickte. Wäre dies der Fall gewesen, so wäre von Seite der Versammelten gewiß darauf aufmerksam gemacht worden. Wo also Niemand eine Gefahr erblickt, soll auch der Polizeibeamte nicht das Recht haben zu erklären: „Ihr seid in Gefahr, weil Ihr in zu großer Masse erschienen seid; Eure Versammlung ist aufgelöst!" Der Beschwerdeführer weist darauf hin, daß, wenn sich die Polizei ein solches Vorgehen gegen die Conservativen erlauben würde, dies weder diese noch der Minister gutheißen würden. Wenn der Polizei eine derartige Befugniß eingeräumt würde, könnte in Zukunft z. B. der Beamte erklären: „Die Hitze und der Tabaksqualm hier im Saale wirken auf Eure Lungen zerstörend ein; die hier eingeschlossene Luft ist Stickluft. Ihr könnt ohnmächtig werden, jedenfalls zieht Ihr Euch Affektionen der Athmungsorgane zu. Eure Sicherheit und Wohlfahrt ist demnach gefährdet. Die Versammlung ist deshalb aufgelöst." Der Minister wird ersucht, das Verfahren des Polizeibeamten für ungesetzlich zu erachten und den Bescheid des Polizeipräsidiums zu rektifiziren. Die Beschwerde ist in einem würdigen aber entschiedenen Tone abgefaßt.

Die „Volkszeitung", deren Macher reaktionären Wind wittern, moquirte sich darüber, daß die „Berliner Freie Presse" zu dem Erlasse des Polizeipräsidiums nichts hinzugefügt hat; sie nahm den Mund voll und meinte, daß, wenn unser Organ nichts zu sagen habe, sie (die „Volkszeitung") dies thun würde, und zwar — citirte sie den § 5 des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Selbstverständlich bedürfen wir der Unterstützung der „Volkszeitung" nicht, da unsere Genossen es sehr gut verstehen, ihr Recht zu wahren, wie die Beschwerde an das Ministerium beweist. Es ist vorauszusehen, daß das Ministerium einen abschlägigen Bescheid „erlassen" wird, sowie daß die Angelegenheit selbst vor dem Landtage, wohin sie ohne Zweifel dann kommt, kein Glück haben wird. An diesen Resultaten ist aber die Partei der „Volkszeitung", die „Fortschrittspartei", mitschuldig, weil sie gegen die Einführung des freien Vereins- und Versammlungsrechts war und ist (siehe Unterschriftsverweigerung des Dr. Max Hirsch) und in der Polizei den besten Rückhalt erblickte. Die Fortschrittspartei hat stets mitgestimmt, wenn es galt, die Rechte des Volks zu verkümmern und zu beschneiden, und deshalb haben ihre Organe kein Recht, in heuchlerischer aber dabei sehr zahmer Weise die Polizeimaßregeln zu tadeln. Unsere Abgeordneten werden dafür sorgen, daß das Vorgehen, welches man gegen uns in Anwendung bringt, vor dem Volke in das richtige Licht gestellt wird; sie werden dafür sorgen, daß das gesammte Volk erkennt, auf welcher Seite das Recht, auf welcher die nackte Gewalt ist; sie werden aber auch dafür sorgen, dem Volke Jene zu zeigen, welche der Gewalt Vorschub geleistet, sie großgezogen haben. Unter diesen Letzteren befindet sich auch die Fortschrittspartei.

Glauchau, 21. März. Die hiesige Weberinnung hatte sich der verdienstlichen aber auch mühevollen Aufgabe unterzogen, eine Lohnstatistik für Webearbeiten festzustellen. Zu diesem Behufe wurden Anfangs Oktober v. J. an sämmtliche selbstständige Weber Fragebogen vertheilt. Wenn auch, wie vorauszusehen, ein Theil der Weber nicht in der Lage war, zu jener Zeit über die Einnahmen und Ausgaben eines Jahres Bilanz zu ziehen, so war es andrerseits befremdlich, daß dem Vorhaben von vielen Seiten geradezu antipathisch begegnet wurde. Andere wieder waren zu bequem, dem an sie gerichteten Ersuchen um Ausfüllung des Fragebogens Beachtung zu schenken. Und so kam es, daß bei der Abholung der Fragebogen kaum die Hälfte derselben zur Ablieferung gelangte, unter denen sich aber auch solche befanden, deren Angaben auf Glaubwürdigkeit keinen Anspruch erheben konnten. Obgleich nun die noch verbliebenen, richtig ausgefüllten und auf Glaubwürdigkeit vollkommen Anspruch habenden Listen kaum den dritten Theil der in Glauchau existirenden Stühle und Werkstellen repräsentiren, so ist doch die Arbeit insofern nicht eine vergebliche gewesen, als aus derselben noch ein Anhalt über die Existenz der Weber und den Stand des Webergewerbes zu ziehen ist. Die zu beantwortenden Fragen bezogen sich in erster Linie auf die Zahl der Stühle in den Werkstellen, die Zahl der darauf gefertigten Stücke, den für dieselben vereinnahmten Lohn, die gehabten Ausgaben, die zu zahlenden Steuern, die Zahl der von dem Ertrag lebenden Familienglieder und die Zeit der Beschäftigung. 456 Listen aus der gleichen Zahl Haushaltungen mit 768 Stühlen ergaben folgendes Resultat und zwar:

	200 Listen mit 1 Stuhl. Mark Pfg.	200 Listen mit 2 Stühlen. Mark Pfg.	56 Listen mit 3 Stühlen. Mark Pfg.
höchst. Jahresverdienst	826.—	804.40	955.—
niedrigster „	90.72	174.—	210.—
Durchschnitts- „	321.57	447.25	496.28
Steuer a. d. Werkstelle incl. Schulgeld } höchste	51.91	71.82	79.90
Steuer a. d. Werkstelle incl. Schulgeld } niedrigste	4.40	7.20	6.40
Sa. d. Familienglieder	665.	862.	234.
Gesammtbetrag d. Einnahme	64,314.09	89,450.88	27,797.57
ergiebt pro Kopf p. J.	96.56	103.77	118.89
„ „ p. Woche	1.85 9/13	1.99 6/13	2.28 6/13
Gesammtsumme der Steuern	2717.21	4971.79	1684.13
pro Werkstelle	13.58	24.85	30 07
pro Kopf	4.08	5.76	7.19

Die Stärke der Familien beziffert auf 1—8, 9 und auch 10 Köpfe. Die Arbeitspausen betrugen in der großen Mehrzahl 4—5 Monat pro Jahr. Ungefähr 2 Mark also hat im Durchschnitt der Mann wie das Kind, die Mutter wie der Säugling wöchentlich zu verzehren gehabt. Daß bei einem solchen Stande der Dinge von einer Selbstständigkeit der Webermeister kaum noch die Rede sein kann, ist einleuchtend. Zwar wußten wir längst, daß die Weber im Großen und Ganzen ein elendes Dasein fristen, aber es galt endlich einmal ziffermäßig die Welt der Thatsachen festzustellen, und das ist, so glauben wir, durch obige Zahlen gelungen. Aber nicht allein für uns haben wir die Zahlen ermittelt, auch Jene mögen sie zur Kenntniß nehmen, die die Lage der Weber noch immer als eine erträgliche darzustellen dreist genug sind.

Oederan, 26. März. Am 23. März wurde hier eine von mehr als 400 Personen besuchte Volksversammlung abgehalten, in welcher Genosse Kayser aus Dresden das Referat übernommen und sich dieser Aufgabe in bekannter Weise entledigte. Die politische und wirthschaftliche Lage Deutschlands wurde vom Redner auf das trefflichste beleuchtet und ganz besonders wurden die theoretischen und praktischen Ziele der Nationalliberalen einer satyrischen Besprechung unterzogen. Nachdem Kayser geendet, meldete sich ein Arbeiter, Namens Rudolph, zum Wort und vertrat die Anschauungen der Conservativen. Durch die Einführung der Arbeitsbücher, welche er sehr wünsche, werde der „gute Arbeiter" in seinem Fortkommen unterstützt und gesichert; auch wünsche er unter den Arbeitern „reine Zucht" und „fromme Sitte" und kam zum Schlusse, daß diese schönen Dinge nur im Christenthum und durch das Christenthum zu haben sind. Nur mit Mühe konnte der Vorsitzende die Kundgebungen des Unwillens der Anwesenden hintanhalten. Kayser hatte keine schwere Mühe, den Gegner zu widerlegen, was unter der lebhaftesten Zustimmung von Seiten der Versammlung geschah. Noch einmal kam Rudolph mit seiner „Entgegnung", wurde aber von Kayser gehörig heimgeleuchtet. Zur Charakteristik dieses Men-

---

sind erfunden, um sich der unliebsamen Menschen, welche meist politische Gegner des genannten Ministers sind, zu beseitigen. Dreihundert dieser Opfer der Willkürherrschaft wurden zum Tode verurtheilt, von welchen auf Verwendung der fremden Consuln 72 zu zehnjähriger Gefängnißstrafe „begnadigt" wurden. Die anderen werden im Namen der „Ordnung" und des „Rechts" gemordet werden. Serbien verdient es, in die Reihen der „Culturländer" aufgenommen zu werden.

— Auf Wunsch der Hamburger Liedertafel „Lassallea" hat Genosse Jak. Audorf, der Dichter der „Arbeiter-Marseillaise", zu dem Liede: „Wie sie so sanft ruh'n ꝛc." einen andern Text gedichtet, dessen Mittheilung auch wohl den anderen Liedertafeln erwünscht ist, und den wir deshalb nachstehend zum Abdruck bringen.

Grablied.
Melodie: Wie sie so sanft ruh'n.

Zum Reich der Gräber rief uns die Freundespflicht,
Ein theures Leben zerbrach die Todeshand.
Wie ist der Schmerz so groß,
Wenn in der Erde Schooß
Ein liebes Wesen hinab wir senken!

Die Ihr im tiefsten Weh um die Verstorb'nen weint,
Stillt Eure Thränen, sucht in der Liebe Trost!
Senkt Euer Leid hinab
In dieses stille Grab, —
Wer weiß, wie bald auch schlägt unsre Stunde.

Und die Ihr trauernd nun die Hand voll Erde hebt
Thränenden Aug's hinab in diese Gruft, —
Laßt jede Zwietracht
Sinken in Grabesnacht,
Laßt uns in Liebe der Todten gedenken!

---

*) Hier muß bemerkt werden, daß das russische Volk alle Leute — hoch wie niedrig, sogar den Kaiser — mit „Du" anredet.

chen sei erwähnt, daß er bis 1874 sich als Sozialdemokrat gerirte, dann aber aus der Partei ausgestoßen wurde; 1877 agitirte er gelegentlich der Reichstagswahl für die „Liberalen" und ist jetzt Conservativer geworden. Was die Sozialdemokraten-ausscheiden, ist für die anderen Parteien noch immer gut genug. Wir wünschen den Conservativen viel Glück zu diesem Fang.

Crimmitschau, 26. März. Fast unglaublich aber doch wahr ist es, daß unser Parteiorgan, der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund", am 23. d. Mts. mit zwei freisprechenden Urtheilen beglückt wurde. In beiden Fällen waren es Lehrer, ergo „Volksbildner", die sich an ihrer „Ehre" gekränkt fühlten und Strafantrag stellten. Wegen eines „Eingesandt", in welchem eines Gerüchtes aus Meerane erwähnt wurde, nach welchem ein dortiger Lehrer einen ärgernißerregenden Umgang mit einem Schulmädchen gepflogen haben sollte, fühlte sich die Meeraner Lehrerschaft beleidigt, stellte Strafantrag und verlangte durch ihren Vertreter, den Advokat Geyler, strenge Bestrafung des Redakteurs. Dieses angebliche Gerücht stellte sich jedoch nach der eingeleiteten Untersuchung als Thatsache heraus, die Beleidigung der Lehrerschaft konnte in dem „Eingesandt" nicht entdeckt werden und es erfolgte Freisprechung. Für das Vergnügen, einen Redakteur verklagt zu haben, dürfen die Lehrer die aufgelaufenen Kosten bezahlen. Jedes Vergnügen kostet Geld. Der zweite Fall behandelte eine Correspondenz aus Planitz, in welcher ein Lehrer beschuldigt wurde, das Züchtigungsrecht überschritten und sich gegen die Mutter des gezüchtigten Knaben ungebührlich benommen zu haben. Der Beweis konnte erbracht werden und erfolgte auch hier Freisprechung. Die Meeraner Lehrer sind mit dem ersten freisprechenden Urtheil nicht zufrieden und haben Berufung angemeldet, hoffentlich erfolglos.

Mannheim, 28. März. Dem Wunsche der Redaktion zufolge erstatte ich Bericht über die am 17. d. zu Edenkoben (nebenbei bemerkt nicht in der Schweiz, sondern in der Pfalz gelegen) stattgefundene Versammlung, in welcher Dreesbach den Vorsitz führte und der Unterzeichnete über das Thema: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner" referirte. Ich führte aus, daß wir mehr als jede andere Partei statt durch Gründe durch Verleumdungen und gehässige Verfolgungen bekämpft würden und erklärte unsere Parteistellung gegenüber dem von feindlicher Seite verbreiteten Schlagwort: „Sie wollen theilen" dahin, daß wir eine vernunftgemäße Arbeitsorganisation anstreben, welche jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Thätigkeit sichert. Weiter kam ich noch auf den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zu sprechen, indem ich darauf hinwies, es sei falscher Patriotismus, wenn man nur die Verherrlichung einzelner Persönlichkeiten als Maßstab der Vaterlandsliebe ansehe. Nur der habe ein warmes Herz für sein Land und seine Mitbürger, der Allen die Wohlthaten der gesitteten Gesellschaft zugänglich zu machen suche. — Auf unsere Stellung zur Schulfrage übergehend führte ich aus, daß der heutige Staat für die Schule noch lange nicht das Genügende leiste, daß zwar Geld genug vorhanden sei für Ausgaben zu militärischen Zwecken, nicht aber für Unterrichtsanstalten. Unsere Ansichten bezüglich der Ehe und Familie präzisirte ich dahin, daß die Ehe ein durch Achtung und gegenseitige feste Zuneigung geheiligtes Band sein müsse, nicht aber, wie häufig genug in der heutigen Gesellschaft, nur ein verstecktes Kauf- und Verkaufgeschäft, und brandmarkte ich die Geldheirathen als solche, die in der Folge das Familienleben zerstören; ich wies namentlich auch darauf hin, daß die jetzige Gesellschaft die Verantwortung trage für die furchtbare Pestbeule der Prostitution. Der Redakteur der in Edenkoben erscheinenden „Gegenwart" ließ sich hierauf zu einigen Ausfällen, meist persönlicher Natur, hinreißen, wurde aber von Dreesbach und mir gebührend abgefertigt. Eine weitere Debatte veranlaßte das Eingehen einiger anderer Redner, insbesondere eines Lehrers Rutz, auf die Schulfrage. Ich benutzte diese Gelegenheit, um auszuführen, daß im heutigen Staat zwar die höhern Militärs reichlich besoldet seien, hingegen die Lehrer des Volkes zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben hätten, daß viele fähige Köpfe das Schulfach verließen, und daß schon im Vorhinein die besseren Kräfte sich diesem Fache nur selten widmen. Ich machte namentlich darauf aufmerksam, daß Tausende von Schulstellen wegen Lehrermangel entweder gar nicht oder ungenügend besetzt seien. — Es meldete sich nun ein Herr Ochsner zum Wort und sagte: „Ich bin kein so gewandter Redner, als die Herren Dreesbach und Oppenheimer, und fordere deshalb Alle, welche mit den Herren nicht einverstanden sind, auf, den Saal zu verlassen und die Herren allein zu lassen." Nicht ein Zehntel folgte dieser Aufforderung, obwohl etwa 500 Personen anwesend waren; der geplante Putsch der Liberalen war also vereitelt durch den gesunden Sinn der Zuhörer. Nachdem dann noch die Diskussion eine kurze Zeit fortgesetzt worden, schloß Dreesbach die Versammlung, mit deren Resultat wir sehr zufrieden sein können, zumal sie den Beweis lieferte, daß auch bei indifferenten Massen sich die Wahrheit allmählig Bahn bricht. M. Oppenheimer.

Norden (Ostfriesland). Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, ist den Arbeitern der hiesigen Eisengießerei von Julius Meyer das Lesen von Arbeiterblättern unter Androhung der Entlassung verboten worden. Ob die Arbeiter diesem Ukas keine Folge leisten werden, kann ich mit Bestimmtheit nicht sagen; charakteristisch aber ist es immerhin für das Verhältniß der Arbeiter zu den Arbeitgebern, daß ein solcher Eingriff in die Rechte der Arbeiter überhaupt möglich ist.

Rundschau.

Nr. 2 ging nach folgenden Orten in nebenstehender Anzahl:

Altona 350. Achim 70. Apenrade 30. Aschersleben 21. Alveslohe 12. Aachen 15. Ahrensburg 12. Alfeld 50. Annaberg 40. Augsburg 75. Barmstedt 35. Bielefeld 10. Bockenheim 30. Breslau 30. Burscheid 25. Braunschweig 60. Berlin 50. Bochum 10. Calau 20. Cassel 100. Calbe 40. Coblenz 15. Cöthen 26. Crefeld 15. Chemnitz 200. Connewitz 10. Duisburg 50. Delitzsch 60. Düsseldorf 30. Ernsdorf 55. Elmshorn 60. Erfurt 20. Edderitz 21. Eisbeck 15. Ellrich 10. Erlangen 25. Frankfurt a. M. 200. Flensburg 100. Fulda 17. Freden 25. Forst 316. Finsterwalde 15. Fürth 115. Göttingen 7. Görlitz 50. Gelsenkirchen 80. Goldlauter 22. Göstrow 25. Grafenberg 20. Gablenz 46. Gohlis 18. Gelenau 16. Gautzsch 7. Hannover 100. Hanau 160. Halle 55. Hildesheim 50. Halberstadt 28. Harburg 50. Heide 30. Herford 30. Hof 25. Itzehoe 55. Jüterbogk 7. Kl. Krotzenburg 30. Kiel 260. Kellinghusen 25. Königsberg 30. Kl. Auheim 20. Kaiserslautern 20. Lohstedt 20. Liegnitz 55. Langenbielau 70. Leopoldshall-Staßfurth 50. Lesum 10. Limmer 30. Lenkersdorf 10. Lindenau 22. Lechhausen 70. Leipzig 10. Magdeburg 50. Marburg 7. Mölln 15. Münden 25. Mülheim a. Rh. 20. Mildenau 10. Minden 20. Neumünster 30. Nowaweß 38. Neundorf 8. Nordhausen 20. Neviges 60. Niederrad 30. Naumburg a. S. 25. Neu-Isenburg 55. Nürnberg 450. Ottensen 375. Oldesloe 20. Osnabrück 50. Ober-Peilau 10. Oederan 12. Peterswaldau 45. Potsdam 20. Pinneberg 30. Plauen 30. Peitz 10. Plagwitz 60. Rendsburg 53. Rostock 30. Rixdorf 20. Ronsdorf 50. Rheda 31. Rehme 30. Ronneburg 15. Reichenbach i. S. 20. Soffenheim 35. Sorau 65. Striegau 15. Schleswig 30. Steele 35. Sühlen 10. Spremberg 15. Schweidnitz 15. Seitz 7. Seligenstadt 10. Schloßchemnitz 38. Solingen 100. Schötmar 25. Tönning 15. Uelzen 20. Uetersen 40. Verden 80. Wandsbeck 80. Wüstegiersdorf 110. Wilster 7. Wilhelmshafen 10. Wiesbaden 25. Wald 60. Wurzen 50. Wittgensdorf 16. Wolfenbüttel 25.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 14. März habe ich für nachbenannte Fonds vereinnahmt:

a) Agitationsfond:

Berlin von Heinsch's Begräbniß u. Rixdorf M. 1,85.

b) Unterstützungsfond:

Hamburg Liste 2 d. Pingel 5,70; Liste 6 d. Eskelson 16,70; Liste 10 d. Speck 7,80; v. J. Petersen's Korbmacherwerkstelle d. Hermann 5,40; Liste 15 d. Basedow 2,40; von H. Köhler 2,40; Teuchern v. Gustav Seide 14,10; Winterhude vom Arbeiterfest d. Brüning 15,30; Groß-Steinheim d. W. Blüml 4,66; Gotha d. F. Ziegler v. B. d. T. 9,00; Altona von Delmonte's Cig.-F. 2,00; Ludwigshafen Ueberschuß d. Abendunterhaltung der Arbeitsleute d. Stephany 3,00; Ohrdruff d. Ph. Aschenbach 5,70; Wiesbaden v. Schneider-G. d. M. Born 3,00; Erfurt Liste 2787 d. Wolf 3,00; do. Liste 2788 6,00; do. Liste 2789 3,00; Kiel v. Schneiderwerkstelle Bartsen & Bandlinger 6,00; do. Werkstelle v. Knak 6,00; do. auf Listen d. Gütt 20,00; Saarden d. Haase 2,50; Landau v. Ph. Pfalzgraf 3,00; Berlin v. H. F. 6,00; Gesang-V. Vorwärts 14,50; Ulfert u. Moeves' Werkst. 3,25; Goldleistenf. Prinzenstr. 12 d. Ewald 3,10; durch Malkowitz 2,50; von zwei Ungenannten 4,00; d. Wagner 4,00; v. F. R., L. K. und R. Pape 3,00; v. Mohrenclub 10,00; v. M. Melchiorstr. 1,60; v. Ponath's C.-F. d. Löwindorff 3,55; Abon. Althordtmannsdorf 2,00; Schusterius in Gumbinnen 5,00; Spremberg Liste 1 durch Ginhold 7,10; Bockenheim v. Colleg Bruderkette d. Stail 10,00; Großenhain d. R. Redam 15,71; Kesselstadt b. Hanau d. Ph. Haberl 4,00; Forchheim d. Ruff 9,00; do. 2,00; Steinwärder d. Wittenberg v. Arbeiterfest 13,38; Ottensen vom Quartett Eintracht d. Harold 14,30; Brandenburg v. mehreren Cig.-Fabriken d. A. Bals 8,45; Leukersdorf durch H. F. Weber 2,00; Wolfenbüttel vom Gewerkschaftsfest durch A. Dietrich 5,70; Nieder-Ernsdorf v. Volksvers. d. E. Klingberg 7,50; Cassel d. J. Meise 28,00; Schmölln d. Jul. Martin 3,50; Duisburg d. Buschmann 3,65.

c) Wahlfond:

Hof v. Parteigenossen d. K. u. W. 20,00; Baden Liste 2749 d. K. 7,50; Harburg Liste 2998 d. D. 16,35; do L. 2996: 6,40; do 2997: 14,00; Hamburg v. W. B. 1,00; do v. Justus Cigarrenfabr. 23,80; do v. Maurern in den Colonnaden d. Böhme 26,90; do Liste 1 d. Esch 5,00; do d. Dralle, Versammlung Pöseldorf 7,58; Reichenbach i/V. d. R. Müller Liste 3062—3064: 31,75; Steele auf 2 Listen d. A. Hellbach 6,00; Friedrichstadt Liste 4321, 4808 u. 4809 d. C. J. Hagge 12,10; Cöpenick d. W. Schmidt 6,00; Lauenburg a. E. auf Liste d. J. Butenschön 16,45; Osnabrück auf Listen d. L. Sundorf 50,00; Stuttgart d. W. Rieger 13,85; Ernstthal v. O. B. d. F. M. Clauß 3,00; Weilburg d. C. Mitzlaff 1,50; Berlin Richter's Tischlerw 3,50; d. Göcke 3,05; Liste 16 d. Bäßler 9,90; v. Borsig's Arbeitern 12,40; v. Ponath's Cig.-F. d. Löwindorff 3,50; Schusterius-Gumbinnen 5,00; Bochum Liste 4359 u. 4759 d. Speer 17,60; Duisburg-Hochfeld Liste 3248 v. einem Hüttenwerke d. Ehrhardt 21,60; Königsberg d. C. Just 1. Rate 18,00; Hanau d. Carl Trutz 33,50; Geesthacht Liste 4819 d. Menck 20,10; Gera Liste 2845 d. Böttger 1,50; Verden Liste 2931—2933 d. Freudiger 52,45; Coblenz Liste 4783 d. F. E. Ulrich 10,50; Klein-Steinheim d. M. Braun 6,00; Weimar Liste 3115 d. Max Haupt 6,35; Iserlohn d. W. Jagfeld 3,00; do. d. H. Cieberg 5,55; do. d. denselben 4,64; do. d. H. Korweslühr 0,50; do. v. H. Stelling 1,00; Altona Liste 3797 d. Krohn 12,80; do. Liste 2 d. Colp. Lensch 20,36; Liste 3 d. Brauer 8,80; Liste 4 d. Möller 19,00; Liste 5 d. Gerhard 14,00; Liste 6 d. Schnohr 7,60; Liste 7 d. Meyer 30,30; Liste 8 d. W. Baetcke 12,95; Liste 9 d. Rawe 10,00; Liste 10 d. Frau Haß 3,95; Neviges Liste 2873 d. C. Schmidt 16,25; do. 2871: 3,20; Greiz auf Liste d. Karl Treuter 30,00; Halberstadt auf 2 Listen d. A. Kruhl 8,25.

Hamburg, 31. März 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmererverein.

Der Strike der Schiffszimmerer in Bremerhaven und Geestemünde hat nunmehr nach 21wöchentlichem hartnäckigem Kampfe sein Ende erreicht; die Arbeit wurde, nachdem eine Vereinbarung zwischen den dortigen Schiffszimmerern und Schiffbaumeistern betreffs des Ausleihens, welches nur im höchsten Nothfall gelten soll, zu Stande kam, am 26. März wieder aufgenommen. Eine spezielle Abrechnung über diesen gewaltigen Strike, der die Summe von über 30,000 Mark erforderte, werden wir allen denjenigen Gewerkschaften zusenden, die uns in diesem Kampfe mit zur Seite standen. Die Versicherung, daß die betreffenden Gewerkschaften auf unsere Hilfe rechnen können, falls sie je in eine ähnliche Lage kommen sollten, brauchen wir wohl nicht erst zu geben.

J. A. des Vorstand des Allg. deutschen Schiffszimmerervereins:
H. Groß.

Aufforderung.

Sämmtliche Vorstände der Gewerkschaften, welche in Magdeburg noch nicht vertreten sind, werden aufgefordert, behufs Errichtung einer Filiale hierselbst, die betreffenden Statuten u. s. w. einzusenden.

Die Commission der vereinigten Gewerkschaften in Magdeburg:
J. A.: Gustav Lichtenberg, Peterstraße Nr. 12, Tischler-Verkehr.

Aufforderung.

Alle Genossen werden ersucht, uns über den gegenwärtigen Aufenthaltsort eines gewissen Karl Kuhn, Schreiner, gebürtig aus Naila (Baiern), Auskunft zu geben, falls ihnen derselbe bekannt sein sollte. Kuhn hat unsern Verein um eine bedeutende Summe Geldes betrogen.

Für den Arbeiterbildungsverein St. Gallen:
Peters, Sekretär.

Briefkasten

der Redaktion. Schn. in Kiel: Ihr freundliches Anerbieten dankbarst acceptirt. — M. in H.: Schreiben Sie weniger viel und über mehr allgemein interessirende Dinge, dann sind uns Ihre Correspondenzen erwünscht. Das Manuscript können wir Ihnen nicht zustellen, da Sie uns Ihre Adresse nicht angegeben haben.

Fond für Gemaßregelte.

Von E. Sfrth hier 1,00.

Leipzig. Dienstag, den 2. April, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Windmühlenstraße 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Innere Parteiangelegenheiten. Referenten: A. Geib und A. Braasch aus Hamburg. [80

Parteikarten sind vorzuzeigen. Der Agent.

Leipzig. An unsere Abonnenten.

Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß unsere Colporteure angewiesen sind mit der dritten Nummer des „Vorwärts" und der zweiten Nummer der „Neuen Welt" des zweiten Quartals den Abonnementsbetrag zu kassiren.

Da für Herrn Ullrich vom 1. April ab Herr Bösch die Austragung besorgt, so ersuchen wir, falls der eine oder andere Abonnent durch die Veränderung sein Blatt nicht oder nicht rechtzeitig erhalten sollte uns freundliche Mittheilung zu machen.

Die Expedition des „Vorwärts" und der „Neuen Welt".

Ottensen. Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 4. April, Abends 1/2 9 Uhr, im Burmeisters Salon 1 Treppe: [70

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Communalangelegenheiten und Fragekasten.

F. Heerhold.

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Lieder-Sammlung
des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.

Lieferung III.

Nr. 6. „Roth." Ged. v. Carl Weiser. Comp. v. E. Scholz. Op. 18.
Nr. 7. „Fahnenlied." Ged. v. A. Geib. Comp. v. E. Scholz. Op. 10.
Preis pro Lieferung Partitur mit 4 Stimmen Mark 1,60,
4 Stimmen Mk. 1,20. (2a) [8,90

Soeben erschien in unserem Verlage:

Die Verfassung des Deutschen Reichs,

mit einem Anhang, enthaltend:

Das Deutsche Reichs-Wahlgesetz und Reglement zu demselben.

Separat-Abdruck aus der Gratis-Beilage zur „Berliner Freien Presse".

Preis 30 Pfennige.

Da die einzelnen Paragraphen mit ausgezeichneten Kommentaren versehen sind, so können wir diese Brochüre gleichzeitig besonders zu Agitationszwecken empfehlen.

Allg. deutsche Associations-Buchdruckerei,
Berlin SO. Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Zur Notiz!

Wir bedauern, Bestellungen auf das erste Quartal der „Neuen Gesellschaft" nicht mehr effektuiren zu können, da Heft 2 und 5 trotz der veranstalteten hohen Auflage gänzlich vergriffen sind. Dagegen sind wir noch im Besitz eines kleinen Restes des letzten (zweiten) Quartals, auf welches wir Bestellungen jederzeit entgegennehmen.

Vom neuen (dritten) Quartal ab ist die Auflage wiederum bedeutend erhöht worden, so daß wir den umfangreichsten Aufträgen genügen können.

Zürich. Verlag der „Neuen Gesellschaft".

Die
„Berliner Freie Presse",
Organ der Berliner Sozialdemokraten,
erscheint täglich mit Ausnahme des Montags; Sonntags mit der prachtvoll illustrirten Gratisbeilage:
Die Neue Welt.

Abonnements-Bedingungen: Durch die Post bezogen excl. Bringerlohn, vierteljährlich Mk. 4,00. In Berlin abonnirt man bei allen Zeitungs-Spediteuren unter den bekannten Bedingungen: pro Quartal 4 Mk., pro Monat 1,35, pro Woche 35 Pf. frei ins Haus.

Inserate finden die weiteste Verbreitung und kostet die fünfgespaltene Petitzeile nur 25 Pf., Arbeitsmarkt 10 Pf.

In der Postzeitungs-Preisliste pro 1878 ist unser Blatt unter Nr. 569 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz Nr. 8a.

Armer Conrad.

Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.

Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.

Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf

Die Fackel.

Volks-Organ für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar v. J. wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in jeder Nummer außer einem Leitartikel eine politische Uebersicht, die wichtigsten Lokalnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Standesamtsnachrichten, den Eisenbahnfahrplan rc.; ebenso ist im Feuilleton für gute Unterhaltungslektüre gesorgt. — Inserate, welche bei dem großen Leserkreise des Blattes von ausgezeichneter Wirkung sind, werden pro Petitzeile nur mit 10 Pf. berechnet. — Alle Postanstalten nehmen Abonnements auf unser Blatt zum Preise von 1 M. 60 Pf. pro Quartal, 60 Pf. pro Monat, entgegen. — Zu zahlreichem Abonnement, sowie zur Einsendung von Inseraten laden ein

Redaktion und Expedition der „Fackel",
Leipzig, Kl. Fleischergasse 15.

Durch uns ist zu beziehen:

N. Tchernychewsky: L'Économie politique

jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.
492 pages. Prix 1,50 M.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 428 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 40. Freitag, 5. April. 1878.

Des sächsischen Bußtags wegen, der auf Freitag, den 5. April fällt, muß die Sonntagsnummer (Nr. 41) schon Donnerstag, den 4. April fertiggestellt werden, was etwaige Einsender von Anzeigen beachten mögen.

Die Expedition des „Vorwärts".

Die Interpretation der Marx'schen Werththeorie durch die Herren Professor Dr. A. Schäffle und C. A. Schramm.

Kritik von Oskar Schuster.*)

Bildet für eine in der Cultur vorgeschrittenere Menschheit die Prüfung ihrer ökonomischen Grundlagen, die Erkenntniß ihrer Lebensbedingungen mit eine der wichtigsten Aufgaben und ist wieder der Grundpfeiler dieser Spezial-Wissenschaft das Erkennen und die Feststellung aller der Faktoren, die die Gesellschaftswerthe erzeugen, so ist mit Recht zu betonen, daß diese Fundamentallehre, die sogenannte Werththeorie immer und immer wieder uns beschäftigen muß und jede Meinungsverschiedenheit über solche im Interesse des Ganzen vor das Forum der Kritik zu treten hat.

Nun ist es aber die streng objektive Darstellung der sozialistischen Bestrebungen in der von Herrn Prof. Schäffle herausgegebenen „Quintessenz des Sozialismus", die alle Anhänger der Marx'schen Werththeorie doppelt ermuntert, die von Herrn Schäffle in demselben Werke gebrachten Einwendungen gegen die Marx'sche Werththeorie zu entkräftigen.

Herr Prof. Schäffle stellt in seiner „Q. d. S." der Marx'schen Werththeorie, lautend:

Der Werth einer Waare besteht in der zu ihrer Herstellung aufgewendeten allgemein menschlichen, gesellschaftlich nothwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit, entgegen pag. 47: der Werth der Güter richtet sich ersichtlich nicht blos nach dem Kostenwerthe (wobei er die Worte „allgemein menschliche gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" unter dem Begriff gesellschaftlich durchschnittlichen Kostenwerth vollständig zu fassen vermeint), sondern auch nach dem Gebrauchswerth, d. h. der Dringlichkeit des Bedarfs, wobei Herr Schäffle namentlich die nicht beliebig vermehrbaren Güter, als Getreide ꝛc. im Auge hat.

Außer diesem Haupteinwand führt Herr Schäffle noch an, und zwar einerseits mehr oder weniger in Consequenz des bereits genannten Haupteinwandes und andrerseits in der Voraussetzung, daß die Marx'sche Werththeorie in einem gegebenen Collektivstaat als Vertheilungsmaßstab dienen soll, daß die genannte Werththeorie dem örtlich und zeitlich sinkenden Gebrauchswerth jeder Arbeitsgattung nicht Rechnung trage, wenn damit nicht gleichzeitig eine beliebige Commandirung von Arbeitskräften vorbehalten sei, welcher Vorbehalt aber jeder „individuellen Freiheit der Arbeits-Bethätigung" widerspreche.

Diese von Herrn Schäffle erhobenen Einwendungen hat nun Herr C. A. Schramm in Nr. 61, 62 und 128 des „Vorwärts" von 1877 zu entkräftigen versucht und hierbei sich vor Allem mit Bekämpfung des wichtigsten Einwandes, daß die gedachte Werththeorie nicht den wechselnden Gebrauchswerth berücksichtige, befaßt. Herr Schramm sagte nämlich, und, wie ich constatiren kann, nicht nur im Einverständniß mit Lassalle, sondern auch mit dem wohlbekannten Schüler von Marx, Herrn C. Dietzgen (vergl. dessen Aufsatz über das „Das Kapital" im „Demokratischen Wochenblatt" Nr. 35 pag. 278 v. J. 1868), Marx versteht unter: gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit, nicht nur: Arbeitszeit erheischt, um irgend einen Gebrauchswerth mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrade von Geschick und Intensivität die Arbeit herzustellen, sondern auch: Arbeitszeit, erforderlich um das für die realen Bedürfnisse der Gesellschaft nöthige Quantum Produkte zu liefern, und beruft sich für die Richtigkeit seiner erweiterten Auslegung der Marx'schen Werththeorie auf die von Marx in der „Kritik der politischen Oekonomie" pag. 39 hervorgehobene gleiche Anschauung des Oekonomen Sismondi. — Doch brauchte Herr Schramm gar nicht soweit zurückzugehen, denn schon im „Kapital" 2. Aufl. S. 86 läßt Marx diese erweiterte Auffassung klar durchblicken in den Worten:

„Vermag der Marktmagen das Gesammt-Quantum Leinwand zum Normalpreis von 2 Sh. pro Elle nicht zu absorbiren, so beweist das, daß ein zu großer Theil der gesellschaftlichen Gesammtarbeit in der Form der Leinweberei verausgabt wurde. Die Wirkung ist dieselbe, als hätte jeder einzelne Leinweber mehr als die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt verwandt."

Wenn trotz dieser scharfen Betonung der doppelten Bedeutung der Worte „gesellschaftlich nothwendigen" die 1877er „Zukunft" Nr. 3 immer noch mit aller Bestimmtheit erklärt: die gedachte erweiterte Auslegung sei, soweit solche im „Kapital" entwickelt, eine der Marx'schen Werththeorie fremde, so muß solches auf ein Uebersehen dieser an sich wenig auffallenden Stelle zurückgeführt werden. — Anders aber bei derselben Behauptung des Herrn H. L. in seiner „Controverse über die sozialistische Werththeorie" III. („Vorwärts" Nr. 35 d. J.). Herr H. L. citirt nämlich den Vordersatz der angezogenen Stelle, läßt aber mit genialer Meisterhaftigkeit den Nachsatz, der eben gerade das Gegentheil besagt, indem hervorgehoben, daß für die Werthbestimmung die individuell geleistete gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit nicht maßgebend, daß besagte Leinwand als individuelles Produkt wohl für sich betrachtet gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit darstellt, aber nicht allein für sich zu betrachten ist, da alle Leinwand auf dem Markte nur als ein Handelsartikel, jedes Stück nur als aliquoter Theil gilt („Kapital" 2. Aufl. pag. 86), einfach weg!

Indem nun Herr Schramm mittelst klarer Ausführungen darlegt, daß bei Berücksichtigung der Worte „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" in doppelter Beziehung auch die Marx'sche Werththeorie der Anforderung nach Berücksichtigung des wechselnden Gebrauchswerthes gerecht wird, glaubt Herr Schramm gleichzeitig sagen zu müssen, daß diese Werththeorie keinen Anspruch erhebe als praktischer Anhaltspunkt für Vertheilung der Produkte an die Produzenten zu dienen. — Letzteres wäre auch unmöglich, wenn wir die gegebene erweiterte Auslegung bedingungslos annehmen wollten, und Herr Schramm hat uns in der „Zukunft" mittelst seiner Robinsonade die beste Gelegenheit gegeben, dies zu demonstriren, indem wir uns an Stelle des Robinson eine abgeschlossene Gesellschaft auf fraglicher Insel vorstellen. Nach dem gegebenen Beispiel besitzen nämlich hier die cirkulirenden 120 Arbeitsstunden-Bonds bei einer guten Ernte Kaufkraft für 480 Maß Weizen, während nur 240 Maß Weizen erbaut und 120 M. Weizen benöthet sind, die allein benötheten 120 M. Weizen aber schon für 30 Arbeitsstunden-Bonds zu erlangen sind und sonach übrige 90 Arbeitsstunden-Bonds auf anderen Produkten-Gebieten ihre Kaufkraft bethätigen können. Entgegen dem würden bei schlechter Ernte die cirkulirenden 120 Arbeitsstunden-Bonds nur Kaufkraft für 30 M. Weizen besitzen, während doch 60 M. Weizen erbaut und 120 M. Weizen benöthet sind. Da aber die fernerweit erbauten 30 M. Weizen auf alle Fälle gebraucht werden, so muß die Kaufkraft für solche durch Arbeits-Bonds erfolgen, die nach dem Wirthschaftsplane zum Kauf auf anderen Gebieten bestimmt waren. In beiden Fällen würden Störungen innerhalb der Consumtion eintreten. Der Einwand, daß die Gemein-Verwaltung die ausgegebenen Arbeitsbonds auf Arbeitsbonds gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit reduziren könne ist hinfällig in Berücksichtigung, daß diese Bonds einerseits bereits ausgetauscht sein dürften, bevor der Ertrag der geleisteten Arbeit zu bestimmen war, andrerseits aber dies die größte Ungerechtigkeit gegen die betreffenden einzelnen Produzenten dieser besonderen Produkten-Gattung in sich bergen würde.

So sehr es uns mit Genugthuung erfüllen muß, wenn wir an den von Herrn Schramm demonstrirten Beispielen ersehen, daß die Marx'sche Werththeorie auch dem wechselnden Gebrauchswerth allenthalben Rechnung trägt, so dürfen wir doch nicht das von Herrn Schramm hierfür geforderte Opfer, die Aufgebung derselben Werththeorie als praktische Grundlage für einen Vertheilungsmaßstab, mit gleichem leichtem und frohem Herzen hinnehmen.

Und wenn Herr Schramm noch so betont, daß der Zweck des „Kapitals" einfach die Kritik des Vergangenen und Bestehenden, so wissen wir doch auch, daß es eben die Aufgabe dieser Kritik, die complizirten ökonomischen Erscheinungen auf ihre Grundlagen zurückzuführen, nicht aber blos zurückzuführen, sondern gleichzeitig mit Darlegung der Grundlagen uns das Fundament für ein neues und besseres Gebäude zu geben. — Oder sollte es möglich sein, daß ein Karl Marx, der eben aus derselben Kritik des Vergangenen und Bestehenden pag. 793 seines Werkes, uns mit aller Schärfe die ganze Zukunft vor Augen führt in den Worten: „Die kapitalistische Produktions- und Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigenthum ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigenthums. Die Negation der kapitalistischen Produktion wird durch sie selbst, mit der Nothwendigkeit eines Naturprozesses, produzirt. Es ist Negation der Negation! Diese stellt das individuelle Eigenthum wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera, der Kooperation freier Arbeiter und ihrem Gemeineigenthum an der Erde und den durch die Arbeit selbst produzirten Produktionsmitteln;" — daß derselbe Mann mit Feststellung seiner Werththeorie, des Fundamentes seines Gebäudes, uns habe nur wollen „Negatives" geben?

Nein und abermals nein! Gerade die Stelle des „Kapitals", aus welcher Herr Schramm glaubt positiv herauslesen zu können, daß Marx einen Vertheilungsmaßstab nicht gesucht habe, dieselbe Stelle lautend: pag. 56. „Die Art der Vertheilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwickelungshöhe der Produzenten," — läßt auch dem Gedanken Raum, daß eben die aufgestellte Werththeorie in einer gegebenen gesellschaftlichen Produktionsperiode von entsprechender geschichtlicher Entwickelungshöhe der Produzenten, als praktischer Maßstab zu dienen vermag, aber wohl beachtet nur in einer gegebenen gesellschaftlichen Produktionsperiode, keineswegs aber unter allen Umständen, was nach Herrn Schramm („Vorwärts" Nr. 62) Herr Prof. Schäffle behauptet haben soll.

Prüfen wir aber die beiderseitigen Stellungen der Herren Schäffle und Schramm zur Marx'schen Werththeorie eingehender, so können wir sagen:

Beide im Rechte,
Beide im Irrthum.

(Fortsetzung folgt.)

*) Wir geben nun in der, wie es scheint, für einzelne Parteigenossen „brennenden Frage" einem Dritten das Wort und bemerken im Voraus, daß auch ein Parteigenosse in Amerika schon vor einiger Zeit zu diesem Punkte der „Tagesordnung" das Wort erbeten hat und auch erhalten wird. Wir bitten aber von da ab unsere Freunde, sich der möglichsten Kürze zu befleißigen, da die meisten unserer Leser dieser theoret. sche Kampf nur in zweiter Linie interessirt. Red. d. V.

Brutalität unter den sogenannten gebildeten Leuten.

Bezüglich der unter obiger Aufschrift in Nr. 19 und 22 unseres Blattes enthaltenen Artikel, wird uns Nachfolgendes mitgetheilt:

„In der erwähnten Angelegenheit, betreffend den Tod des Gemeindedieners Ludwig, war es bisher nicht möglich, eine Aenderung des richterlichen Erkenntnisses zu erzielen. Alle Eingaben wurden abschläglich beschieden. Wie ich in meinem ersten Briefe (Nr. 19 d. Vorw.) mittheilte, hat die Wittwe Ludwig den ganzen Hergang der Sache dem Großherzog in einer persönlichen Audienz schriftlich übergeben und mündlich mitgetheilt, worauf sie folgenden Bescheid erhielt:

„Der verwittweten Johanne Karoline Ludwig in Köstitz wird auf die an Seine Königliche Hoheit den Großherzog gerichtete, unterm 24. d. M. zu ressortmäßiger Verfügung anher abgegebene Eingabe, die Untersuchung wegen ihrem Ehemanne dem nunmehr verstorbenen Maurer Karl Ludwig in Köstitz zugefügten Körperverletzung und beziehungsweise wegen Tödtung desselben aus Fahrlässigkeit betreffend, eröffnet, daß die gerichtlichen Erhebungen einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Tode ihres Ehemannes und demjenigen, was diesem am Abend des 27. April v. J. widerfahren, bezüglich von Andern zugefügt worden ist, nicht herausgestellt haben, und daß, nachdem die Staatsanwaltschaft aus diesem Grunde von einer weiteren Verfolgung der Sache Abstand zu nehmen müssen erklärt hat, es hierbei sein Bewenden haben müsse. Weimar, den 29. Januar 1878. Großherzoglich Sächsisches Staats-Ministerium, Departement der Justiz. Stichling".

„Auf diesen Bescheid hin machte die Wittwe in einer Eingabe an das Großherzogl. Staatsministerium auf die Unzulänglichkeit und Einseitigkeit der gerichtlichen Erhebungen, auf welche sich der Bescheid stützte, aufmerksam, und berief sich auf die Aussagen des Dr. Weißer (Nr. 22 des Vorw.), welcher den Kranken behandelte. Auf diese Eingabe erfolgte vom Staatsministerium folgender Bescheid:

„Auf die weitere Eingabe vom 13—16. d. M. in Betreff der von der Staatsanwaltschaft eingestellten Untersuchung wegen Ihrem verstorbenen Ehemann zugefügten Körperverletzungen und beziehungsweise wegen Tödtung desselben aus Fahrlässigkeit wird der verwittweten Frau J. K. Ludwig in Köstitz bei Rückgabe der eingesandten Schriftstücke eröffnet, daß es lediglich bei der, derselben unterm 29. v. M. zugegangenen Entschließung sein Bewenden behalten muß, indem das unterzeichnete Staatsministerium sich außer Stande befindet, in dieser Angelegenheit etwas Weiteres zu verfügen. Weimar ꝛc."

Weshalb das Staatsministerium außer Stande ist, in der Sache etwas zu thun, wird nicht gesagt; leider kann man die Gründe, die vielleicht sehr „tiefgehender Natur" sind, mit dem „beschränkten Unterthanenverstande" nicht ergründen.

Auf eine weitere Eingabe an die Oberstaatsanwaltschaft in Eisenach kam folgender Bescheid:

„Auf Ihre Eingabe vom 22—23. vorigen Monats, den Tod des Gemeindedieners Ludwig in Köstitz betreffend, eröffne ich Ihnen unter Rückschluß der Anlagen, daß die fragliche Angelegenheit schon längst vor dem Eingang Ihrer Zuschrift von mir in das Auge gefaßt worden ist, daß ich mich aber aus den über die Sache stattgefundenen Erhebungen, welche mir von dem Großherzoglichen Staatsanwalte zu Weida seiner Zeit vorgelegt worden waren, überzeugt habe, daß der Beweis, es sei der Tod des p. Ludwig durch eine strafbare Fahrlässigkeit dritter Personen verursacht worden, sich nach Lage des Falles nicht herstellen ließ und daß überhaupt eine von der Staatsanwaltschaft von Amtswegen ohne Strafantrag des Verletzten, zu verfolgende strafbare Handlung nicht vorlag, daß sonach aber auch Ihrem Antrag: es möge die Großherzogliche Oberstaatsanwaltschaft sich der Witwe des p. Ludwig annehmen und derselben zu ihrem Rechte verhelfen, von hier aus eine weitere Folge um so weniger gegeben werden kann, als bekanntlich die Geltendmachung civilrechtlicher Ansprüche außerhalb der Competenz der Staatsanwaltschaft liegt. Eisenach, den 11. Februar 1878 Der Großherzoglich Sächs. Oberstaatsanwalt, Berninger".

Wie aus den Zeugnissen des behandelnden Arztes hervorgeht, war der „Verletzte" nicht mehr im Stande, einen Strafantrag zu stellen. Wenn er aber auch dazu noch fähig gewesen wäre und es, sei es aus Unkenntniß des Gesetzes, sei es aus Nachlässigkeit unterlassen hätte, so soll doch die Staatsanwaltschaft, da die Verletzungen den Tod nach sich zogen, auch ohne den gestellten Strafantrag berechtigt, ja verpflichtet sein, die strafbare Handlung von Amtswegen zu verfolgen. In zwei weiteren Eingaben wurde die Oberstaatsanwaltschaft auf die ungenügenden Erhebungen, welche in dieser Angelegenheit angestellt wurden, aufmerksam gemacht und es wurde unter Hinweis auf die Aussage des behandelnden Arztes eine neue Untersuchung verlangt. Hierauf kam folgender Bescheid:

„Auf Ihre wiederholten Eingaben vom 13. und 17. d. M., den Tod des Gemeindedieners Ludwig in Köstitz betreffend, wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß es bei meiner Verfügung vom 11. d. M. lediglich bewendet. Einestheils ist die in Ihren Eingaben enthaltene Darstellung der Vorgänge am Abend des 27. April vor. Jahres in mehrfacher Beziehung thatsächlich unrichtig, anderntheils steht die Aeußerung, welche Dr. med. Weißer der Wittwe Ludwig gegenüber über das Ableben ihres Ehemannes gethan haben soll, mit seinen bei den Akten befindlichen Auslassungen in Widerspruch und namentlich hat die in legaler Weise vorgenommene

Obduktion und Sektion der Ludwig'schen Leiche keinen Anhalt dafür ergeben, daß die demselben am Abend des 27. April vor. J. zugefügten Mißhandlungen in einem Causalzusammenhange mit dem Tode des Ludwig stehen. Unter diesen Umständen liegt für mich keine Veranlassung vor, weitere Untersuchungsschritte in der Sache anzuordnen. Eisenach 2c."

Da ich den Inhalt der früheren, bei den Akten befindlichen Aussagen des Dr. Weißer nicht kannte, wandte ich mich an denselben, legte ihm den letzterwähnten Bescheid vor und ersuchte um die Abschrift der von ihm ausgestellten ärztlichen Zeugnisse. Herr Dr. Weißer verwahrte sich gegen die Zumuthung, daß sich seine Aussagen mit einander im Widerspruch befänden und erklärte, daß er seine Aeußerungen aufrecht erhalte, dieselben auch nöthigenfalls vor Gericht vertreten werde.

Ich lasse hier die ausgestellten ärztlichen Zeugnisse folgen:

An Frau Wwe. Ludwig zu Köstitz! Auf Ihr wiederholtes Verlangen gebe ich Ihnen hiermit die Abschriften der 2 Zeugnisse, welche ich über den Verlauf der Krankheit Ihres verstorbenen Ehemannes am 6. Mai und 22. Juni vor. Jahres ausgestellt habe. Da ich in meinen Tagebüchern jedes Zeugniß, sowie jedes Rezept nur in ausführlicher Abkürzung, nicht wörtlich eintrage, so enthalten diese Abschriften natürlich nur den wahrheitsgetreuen Sinn, nicht wörtliche Ueberlieferung der beiden zu den Akten gelegten Zeugnisse, mit denen dieselben jedoch, falls dies nöthig werden sollte, zu jeder Zeit verglichen werden können, falls das Gericht veranlaßt wird, dieselben zur Durchsicht vorzulegen. Pößneck, den 8. März 1878. Dr. Weißer.

(1. Zeugniß vom 6. Mai 1877 Abends.) Am Sonntag den 29. April Abends rief mich die Ehefrau des Handarbeiters Karl Ludwig zu Köstitz im Vorüberfahren an, forderte mich auf, ihren angeblich am 27. d. M. gemißhandelten Mann zu besuchen und in ärztliche Behandlung zu nehmen. — Ich entgegnete ihr, daß ich dies ungern thue und lieber ablehne, wenn gerichtliche Weiterungen zu befürchten ständen, um aber etwa nöthige Hilfeleistung nicht zu versäumen, gab ich ihren wiederholten Bitten nach und besuchte den Mann. — Derselbe lag in der Oberstube zu Bett mit bläulich geröthetem Gesicht, Wangen bis zum Nacken gedunsen, an beiden Ohrenmuscheln, besonders den linken, waren Blasen, Schorfe, vertrocknetes Blut. An den Händen und rechtem Unterschenkel fanden sich alte mit Schorfen bedeckte Verletzungen. Dagegen an der linken Hüfte bis zum Oberschenkel herab, der steif und schmerzhaft ausgestreckt lag, eine starke Anschwellung, welche von tiefen Bluterguß in und zwischen den Hüft- und Gesäßmuskeln herrührte, ohne daß die äußere Haut bunte Flecken oder anderweite Verletzungen wahrnehmen ließ. Trotz der Steifigkeit und Schmerzhaftigkeit in Hüfte und Kreuz konnte ich einen Bruch der Beckenknochen nicht nachweisen und hielt denselben für höchst unwahrscheinlich. — Dabei bestand zugleich ein chronischer Bronchialkatarrh (d. h. Luftröhren-Verschleimung) und ein nur mäßiges Fieber.

Ludwig ist mir schon lange als Gewohnheitstrinker bekannt, es ließen sich also Complikationen, d. h. schlimme Nebenerscheinungen, im Verlauf der Krankheit voraussehen.

Am 1. und 3. Mai besuchte ich ihn wieder, fand das Fieber gebessert, aber in der Nacht vom 2. zum 3. waren bereits Delirium tremens (sog. Säuferwahnsinn) eingetreten, welches sich in folgender Nacht zu bedrohlicher Höhe steigerte, durch große Gaben von Chloralhydrat mit Morphium jedoch rasch beseitigt wurde, so daß ich ihn am 4. Mai (Freitag) Nachmittag bereits bei ziemlich klarem Bewußtsein antraf. Mittlerweile war indeß, trotz der kalten Umschläge an der linken Hüfte ein Rothlauf als Vorbote einer in Eiterung übergehenden Entzündung entstanden, welches nach dem Bauch und linken Oberschenkel gleichzeitig sich weiter verbreitete und mit Verstärkung des Fiebers vergesellschaftete. —

Die Brandwunden an den Ohren schickten sich zur Heilung an. —

Heute (am 6. Mai) früh besuchte ich Ludwig wieder, fand das Fieber ermäßigt, den Rothlauf nach dem linken Knie herabgezogen, minder entzündlich, weniger schmerzhaft, dagegen hatte die Steifheit in Kreuz- und Lendengegend erheblich zugenommen, da aber das Bewußtsein wieder klar ist, das Wandern des Rothlaufs vom Rumpf abwärts zieht, so scheint die nächste Gefahr beseitigt. —

Wie lange freilich, wenn Eiterung eintritt, die Genesung sich hinaus ziehen wird, bis zur Arbeitsfähigkeit, läßt sich für jetzt nicht mit irgend welcher Sicherheit bestimmen. —

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein Opfer der Diätenlosigkeit des Reichstags. Der „Hamburgische Correspondent" schreibt: „Gegen einen Reichstagsabgeordneten von Württemberg schwebt eine schwere Anklage. Der Oberamtsrichter von Rottweil, Wirth, Vertreter des Wahlbezirks Rottweil im Reichstag, ist der Fälschung angeklagt und jetzt, nachdem die Voruntersuchung beendigt ist, hat die Anklagekammer den Beschuldigten vor den Gerichtshof von Rottweil zur Aburtheilung verwiesen. Wenn der Abgeordnete Wirth sich von der schweren Anschuldigung nicht wird reinigen können, so muß im Wahlbezirk Rottweil eine Neuwahl stattfinden und ist für diesen Fall wahrscheinlich der ehemalige Gegencandidat, der nationalliberale Rechtsanwalt Dr. Römer aus Stuttgart, der künftige Vertreter dieses Bezirkes."

Aus dieser Notiz scheint hervorzugehen, daß der Abgeordnete Wirth der conservativen, oder der klerikalen oder demokratischen Partei angehöre, da der „Hamburgische Correspondent" von seinem ehemaligen nationalliberalen Gegencandidaten spricht. Herr Wirth steht aber selbst als nationalliberal im Parlamentsalmanach verzeichnet — aus solchem Grunde verschweigt die liberale Presse auch hartnäckig diesen Vorfall. — Der Oberamtsrichter Wirth galt bis dahin immer für einen respektablen Mann, von dem man annahm, daß er in „geordneten Verhältnissen" lebe. Das Gehalt eines solchen Richters ist nicht besonders groß; wenn nun ein derartiger Beamter in Berlin als Reichstagsabgeordneter leben soll, so verzehrt die Familie in der Heimath fast das ganze Gehalt und der Reichsbote, der nicht in Berlin wohnt oder kein großes Vermögen hat, oder dessen Partei demselben keine Unterstützung gewährt, muß entweder hungern oder sein Mandat niederlegen. Wenn nun Ehrgeiz oder sonstige Verpflichtung ihn verhindern, letzteres zu thun, so kann er auf Abwege kommen, er sucht sich Geld zu verschaffen, geht's nicht auf rechtliche Weise, so geht's auf unrechtmäßige Art, aber immer in dem Gedanken, das Geld zur Zeit zurückzuerstatten und so die Aufdeckung des Betrugs zu verhindern. So scheint es auch im vorliegenden Falle gewesen zu sein; wir bedauern deshalb den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten seines jähen Sturzes wegen. Wie aber würden die liberalen Blätter über einen sozialdemokratischen Abgeordneten herfallen, der sich eines ähnlichen Vergehens schuldig machte! Sie würden die ganze sozialdemokratische Partei zu verdächtigen suchen!

— Die Landwirthschaft und die Sozialdemokratie. In der Berliner „Tribüne" verbricht „der große" Volkswirthschaftler, Präsident des „Volkswirthschaftlichen Congresses", Braun, „Unser Braun", unter vorstehender Ueberschrift einen Leitartikel, der zu Anfang die Forderungen der Sozialdemokratie in Bezug auf den Grund und Boden ziemlich sachlich und verständlich feststellt. Herr Braun glaubt aber, daß bei einem allgemeinen Staatsbetrieb die Bewirthschaftung lediglich extensiv und bei Privat- und Detailbetrieb die Bewirthschaftung intensiver und deshalb einträglicher sei. Wir wollen mit Herrn Braun darüber nicht streiten; wir haben die Ueberzeugung und außerdem lehrt es auch die Praxis, daß mit der Extensivität der Bewirthschaftung des Grund und Bodens, wenn die Betriebsmittel nicht fehlen, auch die Intensivität erhöht wird — und der Staat besitzt diese Mittel. Daß wir uns nicht weiter mit Herrn Braun über solche Dinge unterhalten können, das beweist folgender Satz, den Herr Braun schreibt, nachdem er sich in einen gewissen Zorn gegen die Sozialdemokratie hineinversetzt hat. Er glaubt, daß der Staat dem landwirthschaftlichen Privatbetrieb allerdings indirekt unter die Arme greifen könne; das sei besser,

„als das Streben nach einem Utopien, in welchem Grund und Boden dem Zukunftsstaat gehört, rationell vertheilt und dann im besten Falle auch intensiv bewirthschaftet werden kann. Die absolute Möglichkeit einer solchen sozialdemokratischen Organisation soll durchaus nicht geleugnet werden, aber es gehört eben auch hierzu nicht nur der Umsturz aller bestehenden Besitz- und Bewirthschaftungsverhältnisse, sondern auch eine Organisation, die mit einem Schlage durchzuführen so absolut unmöglich ist, daß selbst die Sozialdemokraten ein Uebergangsstadium — wenigstens in ihrer Majorität — verlangen. — Diese Organisation ist gleichfalls nichts Anderes, als eine Träumerei, eine Vorspiegelung, geeignet, die Besitzlosen unzufrieden zu machen und in das Reich der sozialdemokratischen Weltanschauung zu treiben; der communistische Besitz des Bodens und die Ausnutzung dieses Besitzes steht völlig gleich werth, oder vielmehr gleich unwerth neben allen anderen sozialdemokratischen Ideen."

Also erst wird die „absolute Möglichkeit" einer solchen sozialdemokratischen Organisation nicht geleugnet, dann gehört zu dieser Organisation eine Organisation, die absolut unmöglich ist und gleich darauf zu einer „Träumerei", zu einer „Vorspiegelung" wird. Alles das in zwei aufeinanderfolgenden Sätzen! Sollte man da nicht fast an den Dämon, delirium tremens genannt, glauben, der dem Verfasser die Feder geführt habe?

— Unsere Neutralität wird durch einen Bericht der „Nordseezeitung" sonderbar beleuchtet. Aus Geestemünde wird dem Blatte geschrieben: „Pulvertransporte nach Rußland. 1 Feldwebel, 1 Sergeant und 10 Mann des hiesigen Fußartillerie-Bataillons Nr. 9 haben gestern die Reise nach Dömitz in Mecklenburg angetreten, von wo aus dieselben zur Begleitung eines Pulvertransportes von ca. 3000 Ctr. nach Warschau kommen." Einstweilen liefern wir dem „Erbfreunde" Waffen und Pulver, später können wir ja auch Soldaten liefern. Aber neutral sind wir doch.

— Der erste April sonst und heuer. Sonst — frenetischer Jubel der nationalliberalen Lakaien „so weit die deutsche Zunge klingt"; und heuer — kühl und frostig ist der 1. April in's Land gegangen. Wir waren nahe daran, den 1. April — Bismarck's Geburtstag — ex officio zu einem nationalen „Festtag" erhoben zu sehen; woran mag es also nur liegen, daß die Nationalliberalen plötzlich ihrem Halbgott den Rücken kehren und thun, als existirte er für sie nicht mehr? Sollten die Nationalliberalen in sich gegangen und inne geworden sein, daß es einer politischen Partei unwürdig sei, Abgötterei zu treiben? Oder sollten wohl gar die ersehnten Ministersessel, die wie eine fata morgana den geblendeten Augen der regierungssüchtigen Nationalliberalen wieder entschwanden, mit im Spiele sein? Doch dem mag sein wie ihm wolle. Für heut wollten wir nur die Thatsache constatirt haben, daß Bismarck's Geburtstag heuer unbeachtet vorübergegangen ist, unbeachtet von derjenigen Partei, die diesen Tag in früheren Jahren mit einer ekelhaften Ostentation feierte.

— Unseren ungarischen Genossen wurde es bekanntlich verboten, einen Sozialisten-Congreß in Pest einzuberufen. Nachdem alle Versuche, die Erlaubniß für einen solchen nachträglich zu erhalten, gescheitert waren, beschlossen sie, einen Congreß der Nichtwahlberechtigten zu veranstalten, und erstatteten am 14. Februar c. dem Ministerium hiervon Anzeige. Da bis heute kein Bescheid auf diese Mittheilung erfolgt ist und ein Vereinsgesetz nicht existirt, so nehmen sie an, daß diesem Congreß nichts im Wege steht, und berufen denselben auf den 21. und 22. April nach Budapest. Unterzeichnet sind Dr. S. Csillag, J. Ferenczy und J. Kürschner.

— Der Strike der Pariser Schriftsetzer ist zu Gunsten der Strikenden so gut wie entschieden, da sich die Zahl derjenigen Firmen, die unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, in Verbindung mit den für die Setzer günstigen Druckkonjunkturen, kapitulirt hat, ansehnlich gemehrt hat. Außerdem hat der Strike noch zur Folge gehabt, daß sich mehrere Hundert Buchdruckergehilfen der bestehenden Organisation der Setzer angeschlossen haben, ein Umstand, der nicht minder hoch anzuschlagen ist, als der siegreiche Ausgang des Strikes.

— Daß Rußland ein „Culturstaat" ist, haben seit Beginn des russisch-türkischen Krieges die reptilisirten westeuropäischen Preßkosaken nicht nur zum Ueberdruß versichert, auch die politischen Prozesse, welche gegenwärtig in Rußland auf der Tagesordnung stehen und besonders in Odessa floriren, sind eines jener Merkmale, die den nordischen Koloß würdig erscheinen

Fabrikantendespotismus.

Daß viele Fabrikanten der Meinung sind, mit der Arbeitskraft des Arbeiters auch seine Gesinnung, sein ganzes Denken und Trachten gekauft zu haben, daß sie sich das Recht anmaßen, die Arbeiter nach Belieben behandeln zu können, ist nur zu bekannt. Wir wollen hier aus tausend Beispielen von „Fabrikantenhumanität" nur einige wenige herausgreifen, um zu zeigen, wie weit sich die Unverschämtheit gewisser Geldprotzen versteigen kann. — Im Jahre 1876 meldete in Kappel bei Chemnitz ein Arbeiter eine Versammlung an. Der Bürgermeister von Kappel, der die Bescheinigung ausstellen sollte, daß der Einberufer dispositionsfähig 2c. sei, verweigerte dies und mußte deshalb die Versammlung unterbleiben. Der Einberufer, welcher sich sein „gesetzlich garantirtes" Recht nicht verkümmern lassen wollte, klagte, mußte — aber fast zwei Jahre lang warten, ehe die Angelegenheit zur Erledigung kommen sollte. Vor Kurzem sollte in der Angelegenheit verhandelt werden. Der Arbeiter, welcher in der Eisengießerei des Eduard Anke in Kappel arbeitete, erhielt von diesem die Weisung: entweder die Beschwerde gegen den Gemeindevorsteher zurückzunehmen, oder die Arbeit zu verlassen. Da der Kläger auf sein Recht nicht verzichten, es auch nicht glauben wollte, daß der Fabrikant ein Recht habe, ihn in dieser Weise zu beeinflussen, wurde er entlassen. Für die etlichen Pfennige, die der Arbeiter erhält, soll er sich zur willenlosen Maschine erniedrigen und jede Niedertracht über sich ergehen lassen!

Ein anderes Bild! In Ansbach (Bayern) ist ein Fabrikant Namens Koderer, welcher auch ein großer Sozialistenfresser ist. Dieser Mensch ließ eines Tages an das Thor seiner Fabrik folgende „Fabrikordnung" anheften: „Wer heute Morgens um sieben Uhr nicht da ist, kann erst um ein Uhr Mittags zu arbeiten anfangen, und wer da nicht da ist, wird wegen „Blaumachen" angezeigt." In der genannten Fabrik war es aber üblich, daß die Arbeiter an Montagen um 8 oder 8½ Uhr zur Arbeit kamen; sie konnten dies um so leichter thun, da sie fast alle in Akkord arbeiteten. Diese neue „Fabrikordnung" wurde vor ihrer Affichirung den Arbeitern nicht bekannt gegeben, diese wurden auch nicht gefragt, ob sie mit derselben einverstanden seien. An dem betreffenden Montage kamen, dem alten Herkommen gemäß, mehrere Arbeiter um 8 Uhr zur Fabrik und sahen zu ihrem Erstaunen den Ukas. Da ihnen trotz ihrer Bitten der Einlaß verwehrt wurde, entfernten sie sich und blieben auch Nachmittags von der Arbeit aus. Nun sollte man doch meinen, dieser Koderer hätte, eingedenk seiner Drohung, alle „Blaumacher" angezeigt. Dem war aber nicht so, denn nur die Sozialdemokraten wurden zur Anzeige gebracht, den Anderen wurde das „Vergehen" gegen die „Fabrikordnung" gnädigst nachgesehen. Auf die erhaltene Strafverfügung wurde von allen Angeklagten Einsprache erhoben. Mehrere Arbeiter mußten, da sie außer Arbeit gesetzt wurden, abreisen. Vor der Einspruchsverhandlung wurde den noch anwesenden unter Zusicherung der „vollständigsten Verzeihung" (?) angerathen, auszusagen, sie hätten eine Fabrikordnung oder so etwas Aehnliches nicht gesehen. Die ganze Sache sei von den Abgereisten eingefädelt worden u. s. w. Diese wurden nun, da sich die Arbeiter leider bethören ließen, quasi als Rädelsführer hingestellt und ihnen die ganze „Schuld" in die Schuhe geschoben. Urtheil „Von Rechts wegen": Die Bereuenden Geldstrafen, die Abwesenden Haftstrafe. Der Fabrikant, welcher durch sein provokatorisches Auftreten die Veranlassung zum „Blaumachen" gab, ging selbstverständlich straffrei aus. Bemerkt muß noch werden, daß er vor der Verhandlung die „Fabrikordnung" beseitigte, wahrscheinlich um nöthigenfalls deren Existenz in Abrede stellen zu können.

Ein drittes Bild! Die Fabrikanten G... in Reutlingen leisten in „Humanität" das Menschenmöglichste. Im vorigen Sommer wurden den Webern, die bei diesem Herrn arbeiteten, bedeutende Lohnabzüge gemacht, trotzdem das Geschäft gut ging und die Herren ihr Etablissement vergrößerten. Nach Angabe der Arbeiter betragen die Strafen, welche den Arbeitern von 145 Webstühlen in 14 Tagen auferlegt wurden, 40—50 Mark. Vor Kurzem stellte ein Arbeiter, der mit Weib und Kind in der genannten Fabrik arbeitet, während der Mittagsstunde, da er sein karges Mittagsbrod in Ruhe verzehren wollte, einem Mädchen, welches selbst während der Essenszeit arbeitete, die Maschine ein, wurde aber für diesen Frevel sofort entlassen.

Mit der Arbeitszeit der unter 16 Jahre alten Arbeiter verhält es sich in genannter Fabrik folgendermaßen: sie müssen des Morgens um halb 6 Uhr anfangen und Abends bis 7 Uhr arbeiten; diese jungen Leute werden vom Webemeister instruirt, welche Antworten sie geben sollen, falls der Fabrikinspektor kommen und sie über Verschiedenes befragen sollte.

Wir könnten die „Fabrikantenhumanität" noch durch unzählige Beispiele belegen, wollen es jedoch für heute bei diesen wenigen bewenden lassen.

Es lebe der Wohlstand!

Daß solche Leute, die in warmen Zimmern ihren „Pflichten" genügen, — den Leib gegen die Eindrücke der Witterung schützen, — die Füße unter die wohlbesetzte Tafel behaglich strecken, — den Magen mit den besten Lebensmitteln versorgen können, und endlich sich keine Erholung zu versagen brauchen, daß solche Leute entrüstet in die Welt hinauszuposaunen: „Es existirt kein Nothstand" — ist wahrlich nicht zu verwundern.

Nun wohl, wir wollen einmal die Rückseite des obigen Bildes betrachten, um uns zu überzeugen, ob wirklich kein Nothstand existirt, und zu diesem Zweck will ich über meine eigene Lebensfristung Einiges bringen.

Vom 4. Oktober v. J. bis 9. November betrug meine Einnahme 18 Mark 75 Pf., demnach pro Tag 52½ Pf. Vom 9. bis 21. November 8 M. 45 Pf. oder pro Tag netto 65 Pf. Vom 21. November v. J. bis 1. Januar d. J. 43 M. 45 Pf., gab also für den Tag: 1 M. 8⅝ Pf. Vom 1. bis 24. Januar 7 M. 60 Pf. oder pro Tag 31⅔ Pf. — Nun muß ich bemerken, daß ich nicht das glückliche Loos verschiedener Beamten theile, also nicht umsonst wohne, auch die Heizung mir nicht umsonst geliefert wird. Die Wohnung kostet mich täglich 20 Pf., die Heizung (je nachdem die Witterung ist) 15, 20, 25 Pf. Bei der ersten Rechnung bleibt also nach Abzug der Wohnung und niedrigstem Satz der Heizung für Nahrung, Schuhmacher, Wäsche und sonstige nothwendige Artikel die nette Summe von 17½ Pf. übrig.

Das ist aber kein „Nothstand". Ei bei Leibe nicht!

Bei der zweiten Rechnung bleiben 30 Pf. zur Bestreitung obiger Bedürfnisse. Die dritte wirft die horrende Summe von 68⅝ Pf. ab. Die vierte Tagesquote langt aber kaum für Wohnung und Heizung! Woher bezog ich das Uebrige, Nahrung u. s. w.? Antwort: Das schwebte für mich ganz einfach in der Luft!

Apropos, meine Herren „Nur-Wohlstand-Kenner", da wir gerade bei der Luft sind, — wie wäre es denn, wenn die Luft indirekt mit Steuer belegt würde? Man klagt doch schrecklich über „Geldmangel". Wir besitzen zwar „Milliarden", sind aber trotzdem so arm wie eine Kirchenmaus. Mein Vorschlag würde aber einen „Goldregen" herbeiführen. Welch' herrliche Sachen könnte man nicht mittelst dieses „Geldinstitutes" zur Stütze und Sicherheit der heutigen Ordnung anschaffen?

Was sagen Sie? „Es würde zu wenig einbringen?" —

lassen, in Reih' und Glied mit den anderen europäischen „Culturstaaten" gestellt zu werden. Denn ohne Kriege und brutale Unterdrückung der freien Regung der Geister kann die heutige „Cultur, welche übrigens den Höhepunkt ihrer volkswohlfahrtfeindlichen Entwickelung erreicht haben dürfte, nun einmal nicht bestehen. Um auf die vielen politischen Prozesse zu kommen, die gegenwärtig in Rußland theils geführt werden, theils bereits zum Austrag gelangt sind, ist besonders einer erwähnenswerth, der sich zu Ende vergangenen Monats in Odessa abspielte, und in den zehn Unteroffiziere und Soldaten eines in Odessa stationirten Regiments verwickelt waren. Selbstredend handelte es sich auch in diesem Falle um das „Verbrechen" der revolutionären Propaganda, welches gemeinhin in der Verbreitung verbotener Bücher und Schriften besteht. Und da in Rußland alles verboten, was nicht erlaubt ist, so kann selbst der harmloseste Mensch ganz gegen seine Absicht über Nacht zu einem Revolutionär werden. Die Verhandlungen in dem erwähnten Prozeß wurden bei geschlossenen Thüren geführt, und es erschien außer den zehn Soldaten und Unteroffizieren auch ein Student, Namens Famitschewsky, auf der Anklagebank. Nur der Student wurde freigesprochen, weil seine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte, die Unteroffiziere und Soldaten dagegen sämmtlich zur Zwangsarbeit verurtheilt, und zwar zur Zwangsarbeit in der Dauer von 10 bis zu 20 Jahren. Wegen Verbreitung verbotener Schriften 10 bis 20 Jahre Zwangsarbeit! — O, über diese „Cultur"!

— Spanien. Die sozialistische „Revista social" (Soziale Revue, in Barcelona erscheinend) meldet, daß die Geschäftsstockung in Spanien ein schreckenerregendes Elend nach sich zieht. In sämmtlichen Fabriken Cataloniens wurde die Hälfte der Arbeiter entlassen; die Anderen wurden auf den halben Lohn reduzirt, so zwar, daß die besten Arbeiter 12, 10 und 8 Pesetas wöchentlich verdienen. Bei der dumpfen Verzweiflung der hungernden Einwohner entblödeten sich die „liberalen" Cortes nicht, Hunderttausende für König Alfonso's Hochzeit zu votiren. Den Briganten, die um Tafalla im navarresischen Gebiet unter karlistischem Panier „requiriren", drückt nur der Hunger die Flinte in die Hand. Auch die Schifffahrt von Valencia und Cartagena ist halb lahm gelegt. — Ein anderes, nicht sozialistisches spanisches Blatt, „La Salud d'Alicante", berichtet, daß im Januar 31 und im Februar 50 Todesfälle an Hungertyphus in Castilien vorgekommen sind. Auch auf Malorca ist der Hungertyphus ausgebrochen. Von Malaga sind 283 Hafenarbeiter und Lastträger nach Brasilien ausgewandert, um nicht mit ihren Familien zu verhungern.

— Aus der amerikanischen Musterrepublik. Das Cincinnati „Volksblatt", eins unserer amerikanischen Parteiorgane, faßt das Ergebniß einer Untersuchung der Zustände in dem Staatszuchthause von Ohio wie folgt zusammen:

„Es ist von den Beamten des Staatszuchthauses nicht in Abrede gestellt worden, daß folgende Martermethoden in der Anstalt gang und gebe sind:

1. Aushungerung: 1) durch Entziehung des Abendessens, eine sehr harte Strafmethode für Leute, die ohnehin schlecht genährt werden und dabei hart arbeiten müssen. 2) Wird ein Sträfling zur Dunkelzelle verurtheilt, so bekommt er blos zweimal täglich ein kleines Stück Maisbrod, dreiviertel Zoll dick und von der Breite eines Soda-Crackers, und sonst nichts als Wasser, auch wenn diese Strafe tagelang fortdauern sollte. Doch verlangt man von ihm nach überstandener Strafe dasselbe Arbeitsmaß.

2. Der Knebel: Eine Art Gebiß, das aus Draht gemacht und mit Tuch überzogen, dem Gefangenen wie einem Pferde zwischen die Kinnladen in den Mund gethan wird. Dasselbe wird hinten angezogen und festgebunden, so daß die Unglücklichen nicht schreien, oder wenigstens nicht laut schreien können.

3. Der Schwitzkasten: Eine Kiste so groß wie ein Sarg, in welche der Gefangene eingeschlossen wird. Er hat keinen Raum, sich zu bewegen, sondern muß, mit den Armen an den Seiten festgebannt, aufrecht stehen. In dem Deckbrett sind einige wenige Löcher angebracht, gerade hinreichend, um ihn vor dem Ersticken zu bewahren. In kurzer Zeit ist er in Schweiß gebadet, während alle seine Glieder zittern und seine Zunge heiß und trocken wird. Aus diesem Kasten werden die Gefangenen in ein eiskaltes Bad gebracht.

4. Der Bull-Ring. Ein beinahe mannshoch in der Dunkelzelle angebrachter eiserner Ring, an welchen die Hände der „widerspenstigen" Sträflinge gefesselt werden. In dieser Stellung müssen sie dann zwölf bis sechszehn Stunden, gewöhnlich die ganze Nacht, zubringen, ohne auch nur einmal losgelassen zu werden, auch nicht zur Befriedigung der nothwendigsten Leibesbedürfnisse. Natürlich schwellen die Arme und Hände; und das Zittern der Glieder, das dadurch erzeugt wird, dauert oft noch geraume Zeit nachher fort.

5. Die Dunkelzelle, sechs Fuß lang und zwei oder drei Fuß breit, mit steinernen Mauern und ohne andere Einrichtung, als ein „Bucket" und ein Brett statt eines Lagers. Die eiserne Thür derselben schließt so dicht, daß sie weder Luft noch Licht einläßt. In diesem Grabe werden die Leute oft Tage lang gefangen gehalten und häufig auch, nachdem sie bereits andere Martern, wie z. B. den „Bull-Ring", haben aushalten müssen. Wenn sie herauskommen, sehen sie aus, als ob sie von den Todten auferstanden wären. Der „Bull-Ring" ist mitunter auch in der Dunkelzelle angebracht, um beide Methoden zu vereinigen.

6. Der Taucherkiste werden die meisten der Erkältungen und Lungenkrankheiten zugeschrieben, an denen die Sträflinge leiden, sowie auch viele der Wahnsinnsanfälle. Sie ist sechs Fuß lang und drei Fuß weit, und wird drei Fuß hoch mit eisig-m Wasser gefüllt, in welches die Unglücklichen geworfen werden. Ihre Füße werden gefesselt und die Hände auf den Rücken festgebunden. Zuerst läßt man sie sitzen und ihnen das Wasser in's Gesicht strömen, daß sie davon momentan erblinden und den Athem verlieren. Dann wirft man sie nieder und hält ihnen den Kopf unter das Wasser, bis sie beinahe erstickt sind. Diese Operation wird mehrere Male wiederholt, obwohl das Opfer in den Zwischenpausen mit halbem Athem jammervoll und keuchend um Gnade winselt. Natürlich erbrechen sie dabei und verunreinigen sich auf sonstige Weise. Dies hindert jedoch nicht, daß man ihnen den Kopf in dasselbe schmutzige Wasser zurücksteckt. Dutzende von Gefangenen werden oft hintereinander in dasselbe Wasser geworfen und kommen mit blutendem Munde und blutenden Nasen wieder daraus hervor."

Da könnten unsere europäischen Gefängniß- und Zuchthausdirektoren möglicherweise noch etwas lernen.

— Genosse Rohleder, der erst vor wenigen Wochen aus einer längeren Haft entlassen war, hat neuerdings Staatsquartier auf 6 Monate in dem Nürnberger Gefängniß bezogen. Als Redakteur des Münchener „Zeitgeist" hatte sich Rohleder eine „Bismarckbeleidigung", „Gotteslästerung" und das „Vergehen" der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu Schulden kommen lassen und dafür die 6 Monate erhalten.

— Preßfreiheitliches. Der Redakteur der „Halberstädter Freien Presse", Genosse Fr. Voigt, bezog am 4. d. M. auf neun Monate das Halberstädter Gefängniß, weil er einen in ganz Deutschland unbeanstandeten Artikel, „Bismarck's Sturz" betitelt, abdruckte. Es geht doch nichts über die Einheit im deutschen „Reiche".

— Nach einem Gerücht, das gegenwärtig die Runde durch die deutsche Presse macht, soll Parteigenosse Bebel Leipzig verlassen und sich in Paris angesiedelt haben. Säße Bebel gegenwärtig wegen Beleidigung des „ersten deutschen Staatsmannes" nicht im Bezirksgerichts-Gefängniß zu Leipzig, aus dem er erst gegen Ende Mai entlassen wird, so wäre die Albernheit des Gerüchts doch schon dadurch konstatirt, daß der Pariser „Figaro" dessen Vater ist. Also kein Wort weiter hierüber.

Correspondenzen.

Ahrensburg, 22. März. Eine interessante Volksversammlung fand Sonntag den 17. März hierselbst statt. Die Versammlung war seitens des antisozialistischen Vereins einberufen. Bureauwahl fand nicht statt, den Vorsitz führte vielmehr der Präsident des antisozialistischen Vereins, Lehrer Koch. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag über „Das Kapital". Als Referent über dieses Thema war Lehrer Benckendorff aus Ahrensburg annoncirt. In nicht gerade fließender, durch lange Pausen unterbrochener Rede entledigte sich der Redner in der denkbar schlechtesten Weise seiner Aufgabe. Die Quintessenz des meistentheils vor- und abgelesenen Referates bildete der Gedanke: Was jedem zugänglich ist, ist kein Kapital, was nicht jedem zugänglich ist, bildet das Kapital; außerdem ist die Sozialdemokratie die größte Feindin des Kapitals. (??) Selbst der Vorsitzende und Gesinnungsgenosse des Referenten, Lehrer Koch, konnte sich während dieser oratorischen Leistungen des Lachens nicht enthalten. — Endlich war das Auditorium von diesem Redner befreit. Jetzt hat Genosse Hermann Lange, der auf Aufforderung der Ahrensburger Sozialisten in dieser Versammlung erschienen war, um das Wort und erhielt dasselbe auch. In etwa dreiviertelstündiger Rede widerlegte Lange zuerst gründlich die Faseleien des Referenten und gab dann klare und genaue Definitionen über Gebrauchs- und Tauschwerth, erläuterte die Entwickelung und Bedeutung des Kapitals, beleuchtete seine Stellung in der heutigen Produktionsweise und schloß unter lebhaftem Beifall der Anwesenden mit der bündigen Erklärung, was Kapital sei. Der Vorsitzende ergriff nunmehr das Wort, um Herrn Lange „für seine leidenschaftslosen und klaren Ausführungen" zu danken, der ihm „ein anständiger und gebildeter Sozialdemokrat, wie z. B. Fritzsche in Berlin und Geib in Hamburg zu sein scheine" und meinte zum Schluß, Sozialdemokratie und Fortschrittspartei müßten Hand in Hand gehen. (!!) (Bemerkt sei übrigens, daß Lehrer Koch als ein nicht ungeschickter, wenn auch nicht tiefer Redner sich zeigte.) Nach einigen unklaren Bemerkungen des Referenten Benckendorff ergriff wiederum Genosse Lange das Wort und verwahrte sich entschieden gegen den Bruderkuß von Eugen Richter und Consorten, kritisirte scharf und schneidig die parlamentarische Thätigkeit der Fortschrittler und Liberalen und ermahnte die anwesenden Arbeiter und Handwerker, den Conservativen so gut wie den Liberalen den Fehdehandschuh in's Gesicht zu werfen. (Hier entzog der Vorsitzende dem Genossen Lange das Wort, „erlaubte" ihm jedoch gleich darauf, noch fünf Minuten seine „Lästerungen" fortzusetzen.) Nachdem dann Lange seine „Lästerungen" beendet, gab Herr Koch wieder seine pathetischen, oratorischen Ergüsse zum Besten. Da aber die Zeit schon weit vorgeschritten war und das Publikum den Saal verließ, erklärte der Vorsitzende Schluß zu machen und so erfolgte denn auch nach einer persönlichen Bemerkung des Herrn Lange und nach dem Schlußworte des „hochgeehrten Herrn Vortragenden" Schluß der Versammlung.

Magdeburg, 27. März. Montag den 24. d. M. hatten auch wir Gelegenheit, den „großen Agitator" Bujarsky in einer von circa 3000 Personen besuchten Versammlung zu hören. Selbstredend war der Mann in der Absicht hierher gekommen, um der Sozialdemokratie den Garaus zu machen und an deren Stelle die allein selig machende Harmonielehre zur Geltung zu bringen. Aber weder das Eine noch das Andere gelang v. Sendling Märchen's, und wenn Bujarsky anderwärts mit demselben Mißerfolge propagandirte, dann kann man ihn getrost als einen unfreiwilligen Agitator für die Sozialdemokratie bezeichnen, und Herr Hirsch hätte besser gethan, die „Groschen der Arbeiter" für andre Zwecke zu verwenden. Bujarsky sprach über das Thema: „Die Gewerkvereine, der antisozialdemokratische Congreß und die Sozialdemokratie." Was er sprach, verlohnt sich nicht, daß es der Vergessenheit entrissen wird, nur soviel sei erwähnt, und darin werden uns auch die Nichtsozialdemokraten Recht geben müssen, die an jenem Abend Bujarsky gehört haben, daß er nicht zu Jenen gehört, von denen selbst Gegner lernen können. Gewiß nicht! Nur Eines kann nicht stillschweigend übergangen werden. Bujarsky spielte nämlich als Trumpf eine Aeußerung Bracke's aus, die derselbe gelegentlich einer Berliner Disputation mit Max Hirsch gethan haben sollte und die darin gipfelte, daß er sich mit dem im sozialistischen Programm enthaltenen Ausdrucke: „Gegenüber der Arbeiterpartei bilden alle anderen Parteien Eine reaktionäre Masse" nicht einverstanden erklären könne. Wenn Bujarsky durch die Erwähnung dieser vermeintlichen Aeußerung Bracke's etwa den Beweis liefern wollte, daß er für eine freiheitliche Partei wirke, so kann man ihm das kindliche Vergnügen schon gönnen, nur wird dadurch nichts an der Thatsache geändert, daß die Fortschrittspartei gegenüber den ökonomischen Forderungen der Sozialdemokratie in der That zu jener antisozialdemokratischen Masse gehört, die diese Forderungen bekämpft, daß sie also in Wirklichkeit einen Theil der „reaktionären Masse" bildet, von der im sozialistischen Programm die Rede ist. Nein, Herr Bujarsky, die politisch radikale Phrase zieht bei den Arbeitern nicht mehr, sie wollen Thaten sehen. Und eine solche That, nach der alle Interessen der Arbeiter drängen, ist die Etablirung der sozialistisch organisirten Gesellschaft. Das Hoch übrigens, welches die Menge zum Schlusse der Versammlung der Sozialdemokratie ausbrachte, wird Herrn Bujarsky wohl belehrt haben, daß sein Proselytenfang für die Hirsch'sche Harmoniealbernheit ohne jeglichen Erfolg war.

Leipzig. Wie in früheren Jahren, so wurde auch für das Jahr 1877 vom Vorstande des hiesigen Arbeiterbildungsvereins ein Bericht über die Thätigkeit des Vereins herausgegeben. Der Verein besitzt Freunde und Anhänger in fast allen Theilen Deutschlands und darüber hinaus, und es dürfte daher wohl von Interesse sein, eine Uebersicht des von dem Verein Gebotenen zu geben. Es wurden 88 Vorträge gehalten, und zwar alle — einen einzigen ausgenommen — unentgeltlich. Discussionen, in denen theils sozialpolitische, theils naturwissenschaftliche Fragen behandelt wurden, fanden 17 statt. Der Vorstand des Vereins hielt 49 Sitzungen ab. — Neu eingerichtet und eröffnet wurden im verflossenen Jahre Curse in der Literaturgeschichte, Rundschrift, Phonographie, dreifache Buchführung — russisches System — Geschichte und für Fortgeschrittene in der russischen Sprache und Stenographie. Im Ganzen wurde von 14 Lehrern in 26 Cursen, bei 18 verschiedenen Unterrichtsgegenständen, Unterricht ertheilt. Der Unterricht war, wie sich das aus der Statistik der Theilnehmerzahl ergiebt, durchschnittlich gut besucht. — Der deklamatorische Club zählt 16 Mitglieder incl. 4 Damen, der Gesangverein hat 51, die Turnersektion 66 und die stenographische Sektion 16 ordentliche Mitglieder; letztere außerdem 4 correspondirende Mitglieder. — Die Bibliothek des Vereins zählt 2265 Bände; ausgeliehen wurden an 202 Mitglieder 1679 Bände. Vermehrt hat sich die Bibliothek um 134 Bände, die sämmtlich dem Verein geschenkt wurden; außerdem besitzt die stenographische Sektion eine Bibliothek von 75 stenographischen Werken und Broschüren. Das Archiv des Vereins enthält 432 Schriften verschiedenen Inhalts. Im Lesezimmer lagen 64 Zeitungen aus, die dem Verein zum Theil gratis zugehen. Zeichenvorlagen für Freihandzeichnen, gewerblich-technisch-architektonisches und Maschinenzeichnen, sind 1060 vorhanden. — Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 364 per Monat, im vorigen Jahre nur 309; am meisten Mitglieder hatte der Verein im November — 533 —, am wenigsten im Oktober — 293. — Die laufende Nummer war am Schlusse des Jahres 1247, im vorigen Jahre 946. Es sind im Verein 133 verschiedene Berufszweige vertreten, z. B. 86 Schlosser, 86 Tischler, 83 Schriftsetzer, 72 Schneider, 70 Markthelfer, 69 Schuhmacher, 58 Kaufleute, 58 Schreiber ꝛc. Von außerdeutschen Staaten gehören dem Verein an: 19 Oesterreicher, 4 Russen, 3 Schweizer und je 1 Grieche, Däne, Engländer und Schwede. Im Kassenbericht finden wir eine Einnahme von Mk. 6676.25, Ausgabe Mk. 6542.84, also einen Ueberschuß von Mk. 133.41. — Das jetzige Vereinslokal befindet sich Querstraße 24.

Wie wir schon früher in diesem Blatte berichteten, war der Verein genöthigt, das Lokal, welches er 12 Jahre lang innegehabt, zu verlassen. Da es äußerst schwierig war, ein neues, passendes Lokal zu finden, so gewann die Ansicht immer mehr Raum, daß der Verein darauf bedacht sein müsse, sich eine eigene Heimath zu gründen. Es wurde dieserhalb mit der Sammlung eines Baufonds begonnen, der am Schlusse des Jahres 316 Mk. betrug.

Die Freunde des Vereins ersehen aus obiger Zusammenstellung, daß derselbe nach wie vor ein reges Leben entfaltet und immer mehr zu leisten bemüht ist, um für seinen Theil thatkräftig mitzuwirken zur Erreichung des großen Zieles der Arbeiterbewegung: Erlösung der darbenden Menschheit aus den tausendjährigen Banden der geistigen und körperlichen Knechtschaft!

—n.

Düsseldorf, 27. März. Behufs Gründung eines antisozialistischen Vereines wurde hier am 24. März eine von den Vertretern der evangelischen Gemeinde einberufene Versammlung abgehalten. Als Redner fungirten zwei Pastoren, welche sich ihre Aufgabe so leicht als möglich machten. Das erste Pfäfflein beschränkte sich darauf, aus dem Zusammenhange herausgerissene Bruchstücke aus den Gedichten von Most, Hasenclever, Geib und Anderen zu citiren und durch dieselben den „Beweis" zu erbringen, daß die Sozialdemokraten nichts Geringeres im Sinne führen, als den „Herrgott" abzusetzen, und daß es Pflicht eines jeden Christen sei, für diesen in die Schranken zu treten und sich unter der Führung seiner Diener, der Pfaffen, gegen die bösen Sozialdemokraten zu vereinigen. Der zweite Redner ermahnte zum Beitritt zur christlich stöckerischen Reaktionspartei, in welcher man seine „Gewissensruhe" wieder finden könne. Es wurde das alte Lied, daß man als Entschädigung für irdischen Hunger mit „jenseitigen" himmlischen Freuden entschädigt werde, gesungen. Als Beweis der erlangten „Gewissensruhe" führte der fromme Herr die Renegaten Küster und Grüneberg an, verschwieg aber, daß diese Leute sich durch ganz profane „irdische" Vortheile, nicht aber durch die zu erwartenden „himmlischen" Freuden bestimmen ließen, „gute Christen" zu werden. Küster habe beständig die Bibel neben sich liegen, um die „massenhaften" Anfragen der Arbeiter beantworten zu können. Ein Prachtexemplar, dieser Küster! Im salbungsvollsten Kanzeltone versicherte der Pastor, seine Partei wolle ja auch die Beschränkung

---

Warum nicht gar. Ein so ausgiebiges Feld — wenig einbringen. Wie? „Gerade wie die Luxuspferde und Equipagen?" O, das sehe ich nicht ein. Diejenigen, welche Luxuspferde und Equipagen steuerfrei halten dürfen, könnten auch die Luft umsonst einathmen. Sie brauchen sich blos eine — Luftreinigungsmaschine anzuschaffen, die ist auch steuerfrei. Ueberhaupt soll ja mein Plan blos für das arme Volk Geltung haben. Das kann man schon stark pressen. „Zu viele Hindernisse?" Warum nicht gar? Hindernisse existiren beim „indirekten" Verfahren nicht; nur direkt —

Schade, ich wähnte mich schon im Besitz eines Patentes für Erfindung einer „neuen Mutter" für die „Steuerschraube ohne Ende". — Gehen wir also zum Schluß des Bildes über. Die ganze Einnahme beträgt 78 M. 25 Pf. Ausgegeben wurden für Schuhmacher, Wäsche u. s. w. 7 M. 50 Pf., demnach bleiben für Wohnung, Heizung, Nahrung 70 Mark 75 Pf. noch übrig.

Die ganze Zeit beträgt 113 Tage, demnach kommen durchschnittlich auf den Tag 62¼ Pf. (Die Bruchtheile sind nicht aufs Haar berechnet.) Nun ziehen wir für Wohnung und Heizung nur 40 Pf. ab, dann bleiben zur Beschaffung von Nahrungsmitteln ganze 22¼ Pf. übrig!

Das langt für manchen „Nur-Wohlstands-Kenner" nicht für einen halben Tag auf Cigarren! Ist vielleicht ein zweiter „Adam Riese" unter Ihnen, der mir als praktischer Finanz- und Handelsminister sagen könnte, wie man bei den herrschenden Nahrungspreisen es anzufangen hat, damit man für 22¼ Pf. täglich dem Körper die nothwendige und kräftige Kost bieten kann? —

Wie? Es ist kein solcher Praktikus unter Ihnen? Thut mir leid. Ich war schon erfreut, möglicherweise etwas Werthvolles lernen zu können.

Nun kommt die Unterschrift meines Kunstgemäldes: „Wie viel wird für einen Gefangenen pro Tag gerechnet?" Oder: Ist der freie Mensch dazu verurtheilt, an „Entkräftung", auf rein deutsch, den „Hungertod" zu sterben?

Jetzt, meine Herren „Nur-Wohlstands-Kenner", haben Sie gewiß das Resultat gefunden, welches die Vorderseite — den Wohlstand — wie auch die Rückseite — den Nothstand — dargestellt hat. Haben Sie noch den beneidenswerthen Muth, in die Welt hinauszulügen:

„Es existirt kein Nothstand"? —

A. S.

.auenarbeit, Regelung der Kinderarbeit und Schaffung eines normalarbeitstages, nur müssen die Arbeiter zuerst zu „Gott" wieder zurückkehren. Genosse Busse wies in längerer, ausführlicher Rede den Hochwürdlingen das Pharisäerhafte ihres Vorgehens nach und betonte hauptsächlich, daß die Pfaffen durch Jahrhunderte hindurch Gelegenheit gehabt haben, etwas für das Volk zu thun, daß sie es aber nicht nur nicht thaten, sondern stets die willigsten Werkzeuge der Gewalt, und stets bemüht waren, das Volk knechten und ausbeuten zu helfen. Jetzt, da die Arbeiter selbstständig vorgehen und, sich auf die eigene Kraft stützend, sich von dem Einflusse, den die Pfaffschaft seit Zeiten auf das Volk ausübte, befreien wollen, geriren sich die Herren als „Arbeiterfreunde" und sind bemüht, die Arbeiter in der alten Abhängigkeit zu erhalten. Den Ausführungen unseres Genossen entgegenzutreten, hatten die Herren Prediger nicht Lust. Ein anwesender Secretär half ihnen aus der Verlegenheit und beantragte die Vertagung der Verhandlungen, „weil — Sozialdemokraten anwesend seien, welche opponiren würden." Selbstverständlich wurde der Antrag angenommen. Die Eulen scheuen das Tageslicht! Als Curiosum sei noch angeführt, daß der Vorsitzende zum Schluß der Versammlung für ihr Erscheinen den „tiefgefühltesten Dank" aussprach: „den Besitzenden und Reichen, den Vertretern der königl. Regierung, den Männern der Wissenschaft, den „edlen" Frauen und Jungfrauen und den — — Sozialisten." Ob dieses „Dankes" sehr befriedigt gingen die Leute nach Hause und die Comödie war zu Ende.

Bezingen (bei Reutlingen), im März. In unser Städtchen ist nun auch der Sozialismus eingedrungen. Mit der Tagesordnung: „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie" fand am 16. März eine Versammlung statt. Genosse Lossau, Redakteur unseres Parteiorgans „Süddeutsche Volkszeitung", hatte auf Ersuchen bereitwilligst das Referat zugesagt. Am 12. März mußte er eine ihm schon früher zuerkannte Gefängnißstrafe von sechs Wochen antreten. Deshalb übernahmen das Referat Genosse Walz aus Reutlingen und Genosse Lutz aus Tübingen. Die Versammlung war gut besucht und folgte mit sichtlicher Aufmerksamkeit den klaren und eindringlichen Ausführungen der beiden Referenten. Trotz mehrfacher Aufforderung meldete sich kein Gegner zum Wort. Auch der Herr Schultheiß beehrte unsere Versammlung mit seiner Gegenwart, dagegen war Schullehrer Auch, als Sozialistenfresser bekannt und deshalb brieflich eingeladen, nicht erschienen. Die Versammlung verlief ohne jede Störung. Ein ziemliche Anzahl Broschüren wurde abgesetzt. Mit Befriedigung blicken wir auf diese Versammlung zurück und werden in der Agitation nicht erlahmen.

Gießen. Die Parteigenossen erinnern sich vielleicht noch einer Volksversammlung, welche im April vorigen Jahres hier stattfand und in welcher mehrere Professoren sich bemühten, dem Sozialismus den Garaus zu machen. Dieses gelang den Herren nicht, vielmehr trat das Gegentheil ein, die Herren wurden gründlich heimgeschickt. Bei der später erfolgten Wahl zum Stadtverordnetenkollegium kamen die Herren Gegner diesmal noch mit dem Schrecken davon, gegenwärtig aber ist es der Reichskanzler selber, der dieselben in ihrer Ruhe stört, denn wem da bekannt ist, daß der weitaus größte Theil der Bevölkerung Gießens und der Umgegend in der Tabaksindustrie beschäftigt ist, kann sich lebhaft vorstellen, von welcher Bedeutung das neuere Tabaksteuerprojekt für die hiesige Bevölkerung ist. Wir erwarteten daher täglich eine Aufforderung zu einer öffentlichen Versammlung, damit den Interessenten Gelegenheit geboten werde, Maßnahmen gegen die Absichten des Reichskanzlers zu treffen. Allein unser Harren war vergebens, und so mußten wir die Initiative ergreifen. Wir beriefen eine Volksversammlung ein, in welcher Genosse Pfannkuch aus Cassel über die indirekten Steuern, mit besonderer Bezugnahme auf die Tabaksteuererhöhung und das Monopol sprach. Diese Versammlung war fast ausschließlich von Arbeitern besucht und sprachen sich dieselben in einer Resolution gegen die Tabaksteuer und das Monopol aus. Eine weitere Versammlung fand am 24. März statt, in der abermals Genosse Pfannkuch, der schon Tags vorher in Friedberg in einer Volksversammlung gesprochen hatte, über das Thema: „Ist der Sozialismus culturfeindlich?", referirte. Diese Versammlung war gut besucht. Nachdem der Referent in fast zweistündigem Vortrag dasselbe behandelt hatte, traten ein Gymnasiallehrer, Dr. Weisenbach, und ein Inhaber eines Privatinstituts, Dr. Kübel, auf, um gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen; aber die Waffen der Herren waren zu stumpf, als daß auch nur ein Hieb gesessen hätte. Pfannkuch, sowie einige hiesige Genossen entgegnete den Herren in ruhiger, sachlicher Weise, und wir dürfen mit Recht von dieser Versammlung sagen, daß sie uns genützt hat. Auf diese Weise arbeiten wir unentwegt weiter. Mag auch der Boden felsig sein, unser Muth wird uns nicht verlassen.

Friedrichsschwerz, 23. März. Die Arbeitsverhältnisse gestalten sich auch hierorts von Tage zu Tage schlechter, dabei stehen die Arbeitslöhne niedriger als je. So hat, um nur ein Beispiel anzuführen, der Domänenpächter eines benachbarten Ortes einem tüchtigen Arbeiter für dreiwöchentliches Schutfahren ganze 8 Mark 40 Pf., pro Woche also 2 Mark 80 Pf. gezahlt, und der Mann muckte nicht, da er froh sein mußte, überhaupt noch etwas verdient zu haben. Auf derselben Domäne bekommen die an Jahren alten Arbeiter, deren Arbeitskraft im Dienste der „Herren" also bereits draufgegangen ist, 60 Pf. Lohn pro Tag, was obendrein als eine ganz besondere Gnade gilt. Und Angesichts solcher Thatsachen wagen es gewisse Herren noch, die Behauptung aufzustellen, die Arbeiter stünden sich ganz gut. Nach diesen Leuten sind die Arbeiter gut gestellt, so lange sie nicht Hungers sterben; tritt dieser Fall ein, dann öffnen sie den gespickten Geldbeutel und verabreichen den Hungernden eine „milde Gabe" aus purer „Nächstenliebe".

Frankfurt a. M., 30. März. Preßflegeleien. Eines der miserabelsten Reptilienblätter, die „Neue Frankfurter Presse", verübt in ihrer Nr. 89 vom 26. März folgende Gemeinheit: „Der oder die Frevler, welche das nichtswürdige Bubenstück begingen, die zur Erinnerung an das 50jährige Jubiläum der Leipziger Völkerschlacht auf dem Hanauer Schlachtfelde gepflanzte Eiche anzusägen und abzubrechen, sind noch nicht entdeckt. Der Stadtrath hat eine Belohnung von 50 Mark für eine Anzeige festgesetzt, die auf die Spur der Thäter führt. Daß den 17. März die hiesige Sozialdemokratie die Märtyrer der Commune und am 18. März die Berliner Märzgefallenen (natürlich in der von ihr dafür beliebten sozialistischen Beleuchtung!) feierte und in der Nacht vom 18. auf den 19. März die Eiche abgebrochen wurde, dürfte zum Nachdenken auffordern. Sollten die andauernden Aufhetzungen, womit die Agitatoren auch hier gegen die „Mordspatrioten" anstacheln, d. h. gegen alle Diejenigen, welche treu an den großen vaterländischen Erinnerungen festhalten, nicht auch einmal auf so zündenden Boden gefallen sein, daß sich einige Verehrer der Commune zu jener ruhmwürdigen „That" des Vernichtens der Siegeseiche ermannten? Es ist uns zwar diesmal erspart geblieben, die „Revolutionsfeier", welche der „Volksfreund" ankündigte, auch auf rothen Plakaten an den Straßenecken angeschlagen zu sehen. Seitens der Polizeibehörde beginnt man endlich, dem Treiben der Herren Sozialisten etwas mehr auf die Finger zu sehen, nachdem sie gelegentlich der Anklage eines ihrer Führer vor der Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts sogar die Frechheit hatten, den Staatsanwalt Schumann durch Maueranschlag in ihre Versammlung zum Redekampf mit Frohme einzuladen. Da der Staatsanwalt im Verlaufe jener Gerichtsverhandlung ausgeführt hatte, wie sich trotz des Leugnens des Angeklagten allerdings aus verschiedenen Schriften seiner Parteigenossen ergebe, daß die sozialdemokratischen Prinzipien auf die Vernichtung der Ehe und Eigenthum im heutigen Sinne hinausliefen, so stand auf den betreffenden Plakaten als Thema des Frohme'schen Vortrags: „Familie, Ehe, Eigenthum und Staatsanwalt Schumann." Daß Hr. Schumann in dieser Versammlung nicht erschien, brauchen wir wohl nicht hinzuzufügen. Seit dieser unverschämten Provokation scheut sich nun doch die Druckerei, neue derartige Machwerke irgend verfänglicher Art zu acceptiren. Diesem Umstande wird es wohl zu verdanken sein, daß die „Revolutionsfeier" des 17. und 18. März hier nicht so zur allgemeinen Kenntniß gekommen ist, wie es sonst wohl vor einigen Monaten der Fall gewesen wäre." Niederträchtiger kann man kaum mehr sein. Die Vernichtung der „Siegeseiche" bedauern wir schon aus dem Grunde, weil den Spatzen, die doch sehr nützliche Vögel sind, ein schützend Obdach verloren geht. Kennzeichnend ist das sichtliche Behagen, mit welchem das Polizeiblatt die gegen unsere Partei beliebten Maßregeln lobt. Aber nicht blos die Reptilien, sondern auch sogenannte freisinnige und unabhängige Blätter, welche sich „demokratisch" nennen, können es nicht unterlassen, sich bei Gelegenheit an den Sozialdemokraten zu reiben. So schreibt z. B. die „Frankfurter Zeitung": „Ueber Excesse, die am Morgen nach dem Geburtstage des Kaisers vor der hiesigen Karmeliterkaserne seitens mehrerer Soldaten verübt sein sollen, bringt der „Volksfreund" einen Bericht, der haarsträubende Details enthält. Wir versagen uns in der Erwartung, daß eine strenge Untersuchung die Folge dieser Publikation sein wird, die Wiedergabe derselben schon aus Rücksicht auf das öffentliche Schamgefühl." In dieser Notiz wird dem „Volksfreund" vorgeworfen, derselbe hätte das öffentliche Schamgefühl verletzt. Ob eine Untersuchung eingeleitet würde, wenn unser Parteiorgan die schmutzige Angelegenheit nicht besprochen hätte, ist mehr als fraglich. Die „anständige" Presse, die „demokratische" „Frankfurter Zeitung" mit eingerechnet, hätte sich über den Brutalitätsakt pflichtschuldigst ausgeschwiegen. Gerade durch die Mittheilung wurde von unserer Seite für das verletzte öffentliche Schamgefühl Sühne gefordert. Bei der Veröffentlichung der Greuel vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze hat die „Frankfurter Zeitung" auf das „öffentliche Schamgefühl" keine so zarte Rücksicht genommen, da wurden die größten Scheußlichkeiten mit einer Umständlichkeit mitgetheilt, die nichts zu wünschen übrig ließ. Freilich waren es Russen und Türken, die sich derartige Greuel zu Schulden kommen ließen und nicht Angehörige unseres „herrlichen Kriegsheeres". Die „Frankfurter Zeitung" hat diese hochnasige Bemerkung auch nur deshalb gemacht, weil sie es liebt, den Sozialisten gegenüber eine Schulmeistermiene anzunehmen und sich bei der „guten Gesellschaft" als Verfechterin der Sitte und Ordnung zu präsentiren. Die „Frankfurter Zeitung" mit der „Neuen Frankfurter Presse", („Demokrat" und Polizist) Arm in Arm gegen die Sozialdemokraten! Nette Gesellschaft!

Aufruf an die Parteigenossen des Großherzogthum Hessen!

Genossen! In diesem Jahr findet eine Ergänzungswahl zum hessischen Landtag statt. Da es unser Wille und unsere Pflicht ist, für die Verbreitung unserer Prinzipien Sorge zu tragen, so glauben wir, daß die Landtagswahlen hierzu die beste Gelegenheit bieten werden. Darum haben die hiesigen Genossen beschlossen, einen Delegirtentag hier abzuhalten, um über die bevorstehende Wahl zu berathen. Mögen daher die Hessischen Genossen ihre Ansichten in dieser Angelegenheit den Darmstädter Genossen mittheilen und an Unterzeichneten gelangen lassen. Der Tag, an welchem die Delegirten hier zusammentreten sollen, wird im „Vorwärts" bekannt gegeben.

L. Betz, Erbacherstr. Nr. 9.

Ferner machen die hiesigen Parteigenossen darauf aufmerksam, daß Briefe von hier nur dann als im Auftrag der Genossen zu betrachten sind, wenn dieselben mit dem Parteistempel versehen sind. D. O.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die in Nr. 34 Ihres Blattes im Artikel „Italienisches Elend" als unbekannt bezeichnete Münze Grano war die vor der jetzigen Frankenrechnung in Neapel gebräuchliche Münzwährung. 1 Grano = 3,44 Pfennig, also 15 Grana = 51,6 Pfennig der Verdienst für achtzehnstündige Arbeit!!

Briefkasten

der Redaktion. B. M. in Linden vor Hannover: Auch wir sind außer Stande, Ihnen in der Erbschaftsangelegenheit einen Rath zu ertheilen, der Ihnen von Nutzen sein könnte. — Fried. L..z: Können Ihnen nur den Rath ertheilen, der Gewerkschaft der Schuhmacher beizutreten.

Franz Wilhelm Zimmermann aus Reichenberg, früher in Barmen, wird gebeten seine Adresse an E. M. in Barmen gelangen zu lassen.

Quittung. Brgr Seesen Ab. 6,50. Frbr Cosel Ab. 9,00. J. Crottorf Ab. 3,20. Rw Altona Ab. 47,70. Schlds Dor.mund Ab. 16,00. Drbg Gießen Ab. 4,00. Engl Neudnitz Ab. 16,00. Red. d. „Vorwärts" London Ab. 9,60. „Volksztg." Erfurt Ab. 40,00. Wgnr Ullstedt Ab. 1,80. Rrtg Grasleben Ab. 3,00. Arbeiterbild.-Verein Leoben Ab. 8,11. Kndrth Regen Schr. 6,76. Splc Germau Ab. 1,20. Kl. hier Ann. 2,20. Betz Neusatz Ab. 5,10. Br. Groitzsch Ab. 5,40 und 1,75. Bümr Dresden Ann. 4,20.

Fonds für Gemaßregelte.

Von R. M. hier Zinsen 1,50.

Baufonds des Arbeiter-Bildungs-Verein.

Von Hedwig 1,00 Mk.

Essen. Sonntag, den 7. April, Morgens 11 Uhr, bei Wirth Dahles, Grabenstein: [50
Versammlung der Abonnenten des „Vorwärts" und der „Rundschau".
Alle am Platze wegen wichtigen Angelegenheiten. (F. 101)

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 6. April, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 167)

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung und Verschiedenes. [60
Der Vorstand.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:

Mitgliederversammlung

wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. [50
Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr: Versammlung und Aufnahme neuer Mitglieder im Lokale des Hrn. Träger, Tauchaerstraße 12.

Minden i. W. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirth Thiele, Ritterstraße. (m) [0,40

GEORG VOLLMAR
LOUISE VOLLMAR geb. NISSÉL
Vermählte. [2,10
Dresden, 4. April 1878.

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Lieder-Sammlung

des

Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.

Lieferung III.

Nr. 6. „Roth." Ged. v. Carl Weiser. Comp. v. E. Scholz. Op. 18.
Nr. 7. „Fahnenlied." Ged. v. A. Geib. Comp. v. E. Scholz. Op. 10.
Preis pro Lieferung Partitur mit 4 Stimmen Mark 1,60,
4 Stimmen Mk. 1,20. (2b) [3,90

Einladung zum Abonnement

auf das in Gotha erscheinende

Menschenthum

Sonntagsblatt für Freidenker

Herausgegeben von Dr. August Specht.

Durch tüchtige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Menschenthum" die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit der Vernunft und Wissenschaft im Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des freien Menschenthums zu vertreten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit nur durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteter religiöser Satzungen befreit werden kann, wird das „Menschenthum" vornehmlich denjenigen Theil der Wissenschaft cultiviren, der sich mit der Entstehung der Dinge beschäftigt und daher Originalartikel über die Beschaffenheit und Entwickelung der Weltkörper, des Thier- und Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Cultur 2c. 2c. bringen. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorkommnisse auf kirchlichem und freireligiösem Gebiete, Besprechungen freisinniger Bücher 2c., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügend orientiren können. [413

Man abonnirt auf das in Gotha erscheinende „Menschenthum" bei allen Postanstalten und in allen Buchhandlungen zu dem vierteljährigen Preise von nur 75 Pfennigen.

Gotha. **Stollbergsche Verlagsbuchhandlung.**

Durch uns ist zu beziehen:

N. Tchernychewsky: L'Économie politique

jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.
492 pages. Prix 1,50 M.
Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin erschien und ist durch alle Buchhandlungen sowie durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:
Die Expedition des „Vorwärts".

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.
Von Georg Vollmar.
Preis pro Exemplar 15 Pfennig.
Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Die

„Berliner Freie Presse",

Organ der Berliner Sozialdemokraten,

erscheint täglich (mit Ausname des Montags; Sonntags mit der prachtvoll illustrirten Gratisbeilage:

Die Neue Welt.

Abonnements-Bedingungen: Durch die Post bezogen excl. Bringerlohn, vierteljährlich Mk. 4,00. In Berlin abonnirt man bei allen Zeitungs-Spediteuren unter den bekannten Bedingungen: pro Quartal 4 Mk., pro Monat 1,35, pro Woche 35 Pf. frei ins Haus.

Inserate finden die weiteste Verbreitung und kostet die fünfgespaltene Petitzeile nur 25 Pf., Arbeitsmarkt 10 Pf.

In der Postzeitungs-Preisliste pro 1878 ist unser Blatt unter Nr. 569 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz Nr. 8a.

Armer Conrad.

Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.

Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.

Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Rendnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatmitgetheilungen und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: F. Enz, 626 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New Compton Golden Square.

Nr. 41. Sonntag, 7. April. 1878.

Die Interpretation der Marx'schen Werththeorie durch die Herren Professor Dr. A. Schäffle und C. A. Schramm.

Kritik von Oskar Schuster.*)

(Fortsetzung.)

Herr Schäffle ist im Rechte, wenn er die Marx'sche Werththeorie in einem gewissen Stadium als Grundlage für einen Vertheilungsmaßstab betrachtet; im Irrthum, wenn er dieselbe Werththeorie nur in der einen Richtung hin interpretirt.

Herr Schramm ist im Rechte mit der gegebenen erweiterten Auslegung der Marx'schen Werththeorie; im Irrthum mit der vollständigen Negirung dieser Werththeorie als Basis für einen Vertheilungsmaßstab unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Wenn Herr Schramm in seiner Entgegnung auf die „Quintessenz des Sozialismus" den Herrn Prof. Schäffle in erster Linie mit zu überzeugen sucht, daß Marx mit seiner Werththeorie habe vor Allem die kapitalistische Produktionsweise charakterisiren, keineswegs aber hiermit positive Unterlagen für die zukünftige Gemeinproduktion habe geben wollen, und gleichzeitig die Ausführungen des Herrn Schäffle in Bezug auf die Vertheilung der Gemeinprodukte nach der Marx'schen Werththeorie als „zu weit gegangen" bezeichnet, so läßt sich eben wieder von den Ausführungen des Herrn Schramm sagen, daß sie einfach dem entgegengesetzten Fehler des Herrn Schäffle verfallen. Während Herr Schäffle in seinen Ausführungen das Wesen der gedachten Werththeorie in Bezug auf die kapitalistische Produktion vollständig unbeachtet läßt und sich ausschließlich mit demselben innerhalb der Gemeinproduktion befaßt, besteht für Herrn Schramm scheinbar wieder die Marx'sche Werththeorie allein nach ersterer Richtung.

Wollen wir uns aber über die Meinungsverschiedenheiten der Herren Schäffle und Schramm volle Klarheit verschaffen, so ist erforderlich, daß wir die Marx'sche Werththeorie nicht nur innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch innerhalb der Gemeinproduktion prüfen; erst hiernach können wir auf die richtige Prinzipienfrage, ob die genannte Werththeorie in sich die Basis für einen Vertheilungsmaßstab birgt, endgiltige Antwort ertheilen.

Bei Betrachtung der kapitalistischen Produktionsweise finden wir, daß zufolge der hierbei nothwendigerweise bestehenden planlosen Produktion, des hierbei bestehenden Privateigenthums an Produktionsmitteln resp. Naturfaktoren, folgerichtig der Tauschwerth der Waaren nicht nur durch die zu ihrer Herstellung erforderliche gesellschaftliche Durchschnittsarbeit, sondern auch durch das Verhältniß von Nachfrage und Zufuhr bestimmt ist. Diesem Moment der Werthbestimmung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise trägt nun aber die Marx'sche Werththeorie vollständig Rechnung in dem erweiterten Sinne der Worte: „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit".

Aus diesem zweiten Moment der Werthbestimmung ergiebt sich aber auch, wie Herr Schramm in der „Zukunft" Seite 134 sehr richtig hervorhebt:

„daß in allen Fällen, in denen der Bedarf der menschlichen Gesellschaft (also nicht blos die aufgewandte gesellschaftliche Durchschnittsarbeit) bestimmend auf den Werth einwirkt, die Differenz zwischen der zur Deckung dieses gesellschaftlichen Bedarfs nothwendig gewesenen Arbeitszeit — den Mehrwerth darstellt, den die Gesellschaft an die Privateigenthümer der Produktionsmittel resp. Naturfaktoren zu zahlen hat."

Wenn aber, wie wir ersehen, innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise den Privateigenthümern der Produktionsmittel die Möglichkeit gegeben, fremde gesellschaftlich nothwendige Arbeit sich anzueignen, so kann auch innerhalb dieser Produktionsart die Substanz ihrer Werththeorie, die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit (selbst die Möglichkeit zugegeben, daß alle geleistete gesellschaftliche Durchschnittsarbeit auf gesellschaftlich nothwendige Arbeit zu reduziren wäre — was wohl aber mit Recht eine Utopie genannt werden kann) nicht zur Basis eines Vertheilungsmaßstabes genommen werden.

Anders in der Gemeinproduktion. Wenn innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise die Ungleichheit zwischen Produktion und Consumtion zur Naturnothwendigkeit wird, so wird dem entgegen im Gemein- oder Collektiv-Staat das Streben nach Gleichheit, die Bekämpfung aller Ungleichheiten nicht nur auf dem politischen, sondern auch auf den ökonomischen Gebieten vorherrschen.

Die wichtigste Aufgabe eines Collektivstaates wird eben die Gemeinproduktion sein, eine Produktion, die genau den statistisch zu erhebenden Bedürfnissen der gesammten Gesellschaft entspricht. Denken wir uns aber ein Gemeinwesen gegeben, in dem sich Produktion und Consumtion vollständig decken, in welchem sowohl die Produktion aller Güter als auch die Vertheilung derselben ausschließlich Sache des Gemeinstaates, so ergiebt sich, daß die Marx'sche Werththeorie hinlänglich genügt in dem Sinne, wie Herr Schäffle dieselbe aus dem „Kapital" allein herauslesen zu können vermeint, d. h. der Werth der Güter besteht in der zu ihrer Herstellung aufgewendeten allgemein menschlichen, gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit (oder gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitszeit), indem die weitere von Herrn Schramm gegebene Auslegung der Worte: „gesellschaftlich nothwendige" vollständig unwesentlich würde, insofern der Bedarf der Gesellschaft resp. der Werth der Produkte nicht mehr extra mitbestimmend, da ja Bedarf und Vorrath sich decken.

So bedingungslos nun auch die Erreichung eines derartigen Gemeinwesens in Hinsicht der beliebig vermehrbaren Güter (Kleider, Möbel ꝛc.) von den Herren Schäffle und Schramm zugegeben wird, so glaubt doch gerade Herr Schäffle in seiner „Quintessenz des Sozialismus" Kap. 6 besonders hervorheben zu müssen, daß in Beziehung der nicht beliebig vermehrbaren Güter, als Getreide, Obst ꝛc., diese Harmonie zwischen Produktion und Bedarf nicht zu erzielen und somit wieder der zweite Werthfaktor, der gesellschaftliche Bedarf, in Frage komme. Sobald wir aber den gesellschaftlichen Bedarf als besonderen Werthbestimmungsfaktor zulassen, mit derselben Stunde müssen wir auch die Marx'sche Werththeorie als Vertheilungsmaßstab fallen lassen.

Diesem scheinbar richtigen Einwand gegenüber dürfen wir vor Allem nicht vergessen, daß in einem Gemeinwesen wie das gedachte, zahlreiche Produktions- und Naturfaktoren, die in der kapitalistischen Produktionsweise permanent mächtige Ungleichheiten erzeugen, überhaupt als zu berücksichtigende Faktoren wegfallen, worunter in erster Linie der Grundbesitz gehört.

Was aber schließlich die nicht beliebig vermehrbaren Produkte, als da namentlich Getreide ꝛc. anlangt, so wird eben hierin das Grundprinzip des gegebenen Gemeinwesens, das Streben nach möglichster und dauernder Gleichheit zur Anwendung kommen müssen.

Ein vernünftig geleiteter Collektivstaat wird bei einer guten Ernte nicht seine Genossen unter Schädigung ihrer Gesundheit z. B. zwingen, allen erbauten Wein aufzuzehren, sondern derselbe wird den nach statistischen Erhebungen sich ergebenden Durchschnitts-Consum als dauernden Normal-Consum (selbstredend unter Berücksichtigung der steigenden oder fallenden Bevölkerungsziffer) annehmen, das Mehrprodukt einer guten Ernte reserviren zur Deckung des Ausfalls einer schlechten Ernte, hiermit aber einerseits sogenannten Nothjahren vorbeugen und andererseits durch das Gleichgewicht zwischen Consum und Produktion erhalten, hiermit aber schließlich das unnatürliche Eindrängen des wechselnden Gebrauchswerthes verhindern.

(Schluß folgt.)

Brutalität unter den sogenannten gebildeten Leuten.

(Schluß.)

(2. Zeugniß vom 22. Juni 1877 Vormittags.) Die durch das (im ersten Zeugniß erwähnte) Nothlauf bereits angekündigte Eiterung aus den tiefen Hüftmuskeln, kam trotz aller entzündungswidrigen Anordnungen zu Stande, so daß ich am 18. Mai auf dem Kreuzbein und am 23. Mai unterm linken großen Hüftknorren die große Eiterhöhle durch 2 Oeffnungen entleeren mußte, aus welchen der Inhalt Nöselweise herausströmte. — Trotz genügenden Abflusses und fleißiger Ausspritzungen ließ sich jedoch eine Eitervergiftung des Blutes und der gesammten Säftemasse des Körpers (Pyamie) nicht verhüten und es steht zu befürchten, daß Ludwig derselben schon nächste Woche erliegen wird. — Es bildeten sich nämlich auch in den ferner vom Ausgangspunkt der Entzündung (linke Hüfte) gelegenen Körpertheilen am rechten Oberarm, rechter Brustseite, rechter Wade Eiterablagerungen, an letzterer sogar Hautbrand, dort ist auch die Wadenmuskelatur mit in die Zerstörung hineingezogen, der ganze rechte Unterschenkel durch stinkenden Eiter unterminirt. Ueberhaupt ist außer am rechten Arm noch keine Abceßöffnung zugeheilt, auf dem Kreuzbein sogar außer der Operationswunde noch ein Decubitus (d. h. Druckbrand vom Aufliegen) von der Größe eines Markstückes entstanden. — Das heftige Fieber, welches von Mitte bis Ende Mai sich etwas ermäßigt hatte, ist seitdem anhaltend und faktisch geworden und verläuft in Verbindung mit größten Schwächezuständen, Deltrium, äußerster Abmagerung, Soor (d. h. Schwämmchen im Munde), welcher trotz aller Medikamente und Reinigungsmethoden immer wiederkehrt. — Die Pulsfrequenz erreichte gestern eine Höhe von 180 in der Minute, der Herzschlag ist sehr schwach und der ganz enormen Eiterung gegenüber würde selbst die gesteigertste Nahrungszufuhr nicht im Stande sein, den täglich sich vergrößernden Verlust an Körperkräften und Säften zu decken; — kurz Ludwig ist seiner Auflösung sehr nahe.

Dr. Weißer.

Die Wittwe wandte sich nochmals an die Oberstaatsanwaltschaft, fügte die Zeugnisse des Arztes ihrer Eingabe bei und ersuchte nochmals um Einleitung einer neuen Untersuchung. Das Resultat ist abzuwarten.

Jedem vernünftigen Menschen muß das Vorgehen der Oberstaatsanwaltschaft sonderbar vorkommen. Sonderbar ist, daß unsere Angaben ohne Weiteres für „thatsächlich" unrichtig erklärt werden, da man doch nicht den geringsten Versuch gemacht hat, unsere Beweismittel zu untersuchen, während man die Angaben der Betheiligten, welche, wie nachgewiesen werden kann, auf Unwahrheit beruhen, für „wahre Thatsachen" erklärt. Uns stehen zu jeder Angabe Zeugen zur Hand und es ist wieder höchst sonderbar, daß die Oberstaatsanwaltschaft dieselben nicht beachtet und sich damit begnügt, diese unseren Angaben einfach für unrichtig zu erklären. Als z. B. der Kreisphysikus aus Neustadt a. d. Orla den kranken Ludwig in den ersten 14 Tagen seiner Krankheit besuchte, erklärte er, in Gegenwart von drei Zeugen, die Brandwunden für nicht gefährlich. Nach Besichtigung der Hüfte gab er jedoch sein Gutachten dahin ab: „Dies sei allerdings Justizsache, man könne die Folgen der Verwundung nicht ermessen." Ist es nicht sonderbar, daß derselbe Herr bei der „in legaler Weise" vorgenommenen Obduktion durchaus nichts finden konnte, daß die Wunde, welche Dr. Weißer als die Hauptursache des Todes angab, mit dem Tode Ludwigs in Verbindung zu bringen sei? Ist es endlich nicht sehr, sehr sonderbar, daß Dr. Weißer, welcher doch den Kranken wochenlang behandelt, bis heute noch keine Einsicht in die Obduktionsakten erlangen konnte? Obschon die Zeugnisse des Dr. Weißer etwas ausführlicher und bestimmter sein könnten, ist aus denselben doch für Jeden, der begreifen will, ersichtlich, daß der Tod des Ludwig nur eine Folge der unmenschlichen Behandlung, welche er erdulden mußte, war.

(Ludwig wurde nämlich am 27. April 1877 in einem Gasthause von sogenannten „Gebildeten" mit Branntwein traktirt und im trunkenen Zustande mit Petroleum begossen und letzteres angezündet. Der schrecklich Verbrannte wurde dann mit Fußtritten regalirt und in eine Radwelle geworfen. Der so Mißhandelte war nicht blos Maurer, sondern auch Nachtwächter. Aus beiden Beschäftigungen erklärt sich das Gewohnheitstrinken. Fast alle älteren Unteroffiziere, welche viel auf „Wache" waren und sich viel im Freien bewegten, sind Gewohnheitstrinker. Wie man aber einem „Gewohnheitstrinker" den Nachtwächterdienst verleihen konnte ist uns unerklärlich. Als Nachtwächter hatte er ja doch dafür zu sorgen, daß die Ruhe und Ordnung — besonders durch Betrunkene — nicht gestört werde.)

Solchen schreienden Thatsachen gegenüber wäre es Pflicht der Oberstaatsanwaltschaft, schon im Interesse der Justizpflege selbst, schleunigst eine neue Untersuchung einzuleiten. Durch das beharrliche Verweigern einer solchen wird das Ansehen der Behörden nichts weniger als gefördert, kann der letzte Rest des Vertrauens, welcher noch im Volke lebt, vollends ertödtet werden. Das Resultat der letzten Eingabe werde ich seinerzeit bekannt geben.

R. H.

Wie uns mitgetheilt wird, wurde in Folge der letzten Eingabe der Wittwe Ludwig von der Oberstaatsanwaltschaft endlich eine neue Untersuchung der Sache angeordnet und sind bereits mehrere Zeugen vernommen worden. R. d. „V."

Sozialpolitische Uebersicht.

— Noch ist das entscheidende Wort nicht gefallen. Noch ist die Kriegserklärung Englands an Rußland nicht erfolgt; nichts wäre aber falscher, als aus diesem Umstande den Schluß zu ziehen, daß England vor einem Kriege mit Rußland zurückschreckte. Das Gegentheil ist der Fall. Während Rußland durch seinen „fliegenden Diplomaten" Ignatieff um Oesterreichs Beistand bettelt, oder sich doch dessen Neutralität zu versichern sucht, wird die Sprache der englischen Diplomaten von Tag zu Tag kategorischer, werden die englischen Rüstungen zum Kriege mit einer Energie und Offenkundigkeit betrieben, die keinen Zweifel weiter aufkommen lassen, daß England, selbst wenn es völlig isolirt bleiben sollte, entschlossen ist, den russischen Eroberungsgelüsten durch Waffengewalt ein Halt zu gebieten.

In beiden Häusern des englischen Parlaments wurde am Montag den 1. April folgende Botschaft der Königin verlesen: „Da der gegenwärtige Stand der Dinge im Orient und die damit zusammenhängende Nothwendigkeit, Maßregeln zu ergreifen für die Aufrechterhaltung des Friedens und zum Schutze der Interessen des Landes, nach der Ansicht der Königin einen Fall großer Dringlichkeit bilde, so halte es die Königin für geeignet, weitere Mittel für den Militärdienst vorzusehen. Sie habe es daher für Recht erachtet, dem Parlamente mitzutheilen, daß sie im Begriff stehe, die Reserve und Milizreserve, oder einen solchen Theil derselben, den die Königin für nöthig erachten würde, für den permanenten Dienst sofort einzuberufen.

Uebrigens wird uns aus England von zuverlässiger Seite geschrieben:

„Hier wird stark gerüstet. Die Einberufung der Reserven hat den Zweck, das zweite Armeekorps zu sofortiger Einschiffungsbereitschaft mobil und complet zu machen. Das ist der Grund, weshalb Derby abgetreten. Er wollte zugeben, daß das erste Corps (21 Bataillone, 24 Schwadronen und 15 Batterien) nach Malta als Demonstration geschickt werde, aber nicht daß das zweite Corps folge; das sei der Krieg. Disraeli aber setzte auch die Kriegsbereitschaft des zweiten Corps durch, und daß, sobald die Congreß-Unterhandlungen abgebrochen, beide Corps nach dem Orient eingeschifft werden. Salisbury, derselbe, der sich in Konstantinopel durch seine Freundschaft mit Ignatieff so blamirt, der aber jetzt sehr antirussisch auftritt, wäre Derby's Nachfolger geworden, aber die Königin will ihn nicht. Vielleicht nimmt sie ihn doch, falls er Garantien giebt*). Jedenfalls sind jetzt die Gladstone'schen Elemente aus der Regierung so ziemlich beseitigt, und es wird mehr Energie in die Sache kommen. Disraeli und die Königin sind ganz im Klaren über die russischen Manöver. Leider ist Disraeli alt und deswegen nicht ganz der Alte mehr."

Der zweite Akt jenes schauervollen Dramas, welcher sich im verflossenen Jahre vor unsern Augen abgespielt hat, kann also beginnen. Und der dritte Akt, wird er uns den europäischen Krieg bringen? Wir können es nicht wissen. Aber das wissen wir, daß eine Zeit kommen muß, und sie dürfte nicht allzufern sein, wo die europäischen Völker den beständigen Massenschlächtereien, dieser „Schande Europa's" ihr Veto entgegenstellen werden.

— Die orientalische Frage soll im deutschen Reichstage noch einmal zur Sprache kommen, da einige „liberale" Abgeordnete eine Interpellation einzubringen gedenken. Die Herren fangen an zu begreifen, daß etwas „faul ist im Staate Dänemark" und wollen daher beim Kanzler noch einmal unterthänigst anfragen, in wie weit sich die Situation geändert habe. Die Antwort kann schon voraus angegeben werden: ER wird wieder erklären, ER wisse nichts, und die Interpellanten werden, wie es Bedienten geziemt, mit diesem Ausspruche zufrieden sein.

*) Salisbury ist inzwischen an Derby's Stelle getreten. Er hat die Garantien also gegeben. D. R. d. „V."

Wahrscheinlich wird es schon manchem der liberalen Volksvertreter einleuchten, daß ihre „Heiterkeit" während der Rede Liebknecht's, anläßlich der Orientdebatte, gelinde gesagt eine Taktlosigkeit war. Wir bedauern die Herren durchaus nicht und wünschen ihnen, Fürst Bismarck möge die projektirte Interpellation ebenso klar und bündig mit dem bekannten: „Ich weiß nichts" beantworten, wie dies bei der ersten Interpellation der Fall war. Es ist dies ein der „Reichstreue" gebührender Lohn.

— Die jammervolle, die parlamentslose Zeit Mecklenburgs hat die Ungeduld der mecklenburgischen liberalen Reichstagsabgeordneten wachgerufen. Sieben von ihnen, so stark ist ihre Zahl, haben im Reichstag einen Antrag auf Erlaß eines Gesetzes eingebracht, durch welches hinter Artikel 3 der Reichsverfassung als besonderer Artikel folgender Zusatz Aufnahme finden soll:

„In jedem Bundesstaate muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetze und bei der Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist." Außer den sieben Antragstellern haben 136 Mitglieder des Reichstages den Antrag unterzeichnet. Die Mehrzahl dieser unterstützenden Stimmen gehört der nationalliberalen und der Fortschrittspartei an; doch finden sich unter den Unterzeichnern auch einige Mitglieder der deutschen Reichspartei, sowie Elsaß-Lothringer beider Fraktionen.

Echt „liberal", wie die Herren „Liberalen" nun einmal — nach Oben — sind, ist in dem Antrage mit keiner Silbe von dem direkten und allgemeinen Wahlrecht die Rede, ohne welches aber eine wirkliche Volksvertretung rein undenkbar ist. Die Herren „Liberalen" von Mecklenburg wollen also weiter nichts, als über das mecklenburgische Volk mitregieren, welche Absicht sich nach Einführung des mustergültigen Dreiklassenwahlsystems des „Musterstaats" Preußen ganz prächtig erreichen ließe. Uns kann es also zum mindesten gleichgültig sein, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt wird.

— Zur Ministernoth. Wie die „Tribüne" meldet, soll der Wechsel, der im Handelsministerium eingetreten ist, zur Folge gehabt haben, daß der Ministerialdirektor Weißhaupt und der Direktor der Ministerial-Abtheilung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen aus dem Staatsdienste austreten wollen. Traurige Zustände! Kaum hat Bismarck mit Ach und Krach die nothwendigen Minister zusammengebracht, so wollen die leitenden Beamten von denselben nichts wissen und verlassen den Dienst. Angesichts solcher Vorgänge fällt dem ruhigen Beobachter unwillkürlich das Sprichwort von den Ratten und dem sinkenden Schiff ein.

— Lieb Vaterland, magst ruhig sein! Um die Beleidigungen, welche Angehörigen des „mächtigen" deutschen Reichs angethan wurden, zu ahnden, sollte der kleine Freistaat Nicaragua in Centralamerika zur Verantwortung gezogen werden. Zur Wahrung der deutschen Ehre wurde auch eine Flotte nach Nicaragua entsendet. Wie der „Reichs- und Staatsanzeiger" stolz meldet, soll die Regierung des genannten Ländchens, selbstverständlich aus Furcht vor deutscher „Tapferkeit", als sie von den Absichten unserer Regierung Kenntniß erlangte, erklärt haben, die Beleidigungen, welche dem Kaufmann Eisenstuck zugefügt wurden, zu ahnden und der deutschen Flagge, sobald sie in jenen tropischen Gegenden erscheint, die verlangte Begrüßung zu Theil werden lassen. Das genannte Blatt faselt weiter, daß „wir", natürlich die Reichsphilister, sehr befriedigt sein können, daß dem Reiche die unwillkommene Nothwendigkeit erspart wurde, sein gutes Recht durch Anwendung materieller Mittel wahren zu müssen. — Wir bezweifeln sehr, daß die Anwendung der „materiellen Mittel" erfolgreich gewesen wäre und daß die zur Wahrung der deutschen Ehre „Ausgesandten" sich Lorbeeren errungen hätten. Wir können aber auch nicht begreifen, weshalb man, um die „Ehre" zu wahren, so kostspielige Expeditionen nach Amerika unternimmt und den ohnehin sehr in Anspruch genommenen Steuersäckel durch derartige Spazierfahrten noch mehr belastet. Wenn man die „deutsche Ehre" durchaus „retten" will, so kann man dies in der Nähe und viel nachdrücklicher thun; man darf nur Front machen gegen die Brutalitäten, die sich der „Erbfreund" gegen deutsche Staatsangehörige erlaubt, und man wird Arbeit genug bekommen.

— Lehrerelend. Der „Danziger Zeitung" wird aus Mecklenburg über die Noth, welcher die Lehrer ausgesetzt sind, geschrieben: „Wohl nirgends auf dem Erdenrund möchten die Lehrer schlimmer daran sein, als in dem fetten Drittel unseres Landes, welches den Rittern zu eigen gehört und wo diese unabhängig von der Regierung nach Gutdünken schalten und walten können. Sie haben ihr eigenes Seminar, auf dem die Zöglinge absichtlich eine höchst mangelhafte Bildung erhalten, damit sie sich eher in die Schulverhältnisse finden und nicht anderwärts eine Stelle antreten können. Während nun die Herren vom eingeborenen und recipirten Adel Hunderte für Zulukaffern und renitente Hessische Pastoren übrig haben, sind sie bisher noch nicht dazu zu bewegen gewesen, etwas für die Aufbesserung ihrer Lehrerstellen zu thun. Das Lehrerelend muß hier und da wirklich ein grenzenloses sein, wozu folgendes Beispiel dienen mag. Die Wohnung des Lehrers auf dem Gute S. ist nichts weiter als eine alte, dem Einsturz nahe Tagelöhnerkate. Die Decke der Schulstube hat ein großes Loch, durch das Regen und Schnee freien Eingang haben, so daß sich Lehrer und Schüler gar oft in die trockenen Ecken flüchten müssen. Das will aber noch nicht so viel sagen, als die Dotation der Stelle, welche (Wohnung, Kuh, Kartoffelland und Garten mit eingeschlossen) sich nur auf 324 Mark beläuft. Bei Uebernahme dieser Stelle hat sich der Lehrer zu Folgendem verpflichten müssen: 1) während der Ernte vier Wochen hindurch auf dem Gute als Tagelöhner thätig zu sein; 2) auf seine Kosten einen Hofgänger zu halten, dem der Arbeitstag nur mit 25 Pf. angerechnet wird; 3) selbst für Heizung zu sorgen, wenn die ihm gelieferten 2½ Klafter nicht ausreichen, welche Ausgabe sich auf 30 Mark beläuft. Das alles ergiebt für den Lehrer etwa 315 Mark Unkosten, so daß ihm von seinem Einkommen fast gar nichts übrig bleibt. Daher ist er gezwungen, ein Handwerk zu treiben, will er nicht verhungern. So unglaublich dies klingen mag, ebenso wahr ist es." — Die unter solchen Verhältnissen lebenden Lehrer sind aber berufen, das „Volk der Denker" heranzubilden.

— Der französische Senat hat das von der Deputirtenkammer bereits angenommene Amnestiegesetz ebenfalls angenommen. Dieses Gesetz ist sehr mager, denn es werden durch dasselbe nur die vom 16. Mai 1877 bis 1. Januar 1878 begangenen Preßvergehen und Uebertretungen des Vereinsgesetzes amnestirt. Dieser Gnadenbrocken wird blos den „liberalen" Marschallsbeleidigern und politischen Krakehlern, vor allen aber dem französischen Lasker, Gambetta, zu Gute kommen. An Amnestie für die Söhne des Volkes, für die Männer der Freiheit, welche von den blutdürstigen Versailler Henkern verurtheilt wurden, denkt keiner der „Volksvertreter".

— Die Versailler Mordbuben, die sich „Kriegsgericht" schimpfen lassen, haben den Communard Garcin zum Tode verurtheilt. Dieses Erkenntniß wird wohl im „Gnadenwege" in Kerkerstrafe umgewandelt werden und wird Garcin, der 73 Jahre zählt, der gesetzlichen Bestimmung gemäß, nicht deportirt, sondern in irgend eine Landesfestung gebracht werden. Das Benehmen des Präsidenten dieses famosen Gerichtshofes, welcher den Angeklagten in der gemeinsten und erbärmlichsten Weise beschimpfte, zeugt so recht von der Angst, welche die Mörder der Commune und der Tausende von Freiheitsopfern vor dem Wiedererwachen des Volksbewußtseins haben. Und da wundern sich die „gutgesinnten" Blätter, daß das arbeitende Volk von den Segnungen der sogenannten „Republik", welche von blutdürstigen Henkern und phrasendreschenden Feiglingen geleitet wird, nichts wissen wollen?

— Charles Beslay, Mitglied der Pariser Commune von 1871, ist im Alter von 84 Jahren in Neuenburg in der Schweiz, wohin er sich, nachdem das gerichtliche Verfahren gegen ihn eingestellt worden war, freiwillig begeben hatte, gestorben. Von Bourgeoiszeitungen wird an die Todesnachricht die Mittheilung geknüpft, daß es Charles Beslay gewesen sei, dessen Bemühungen „die Rettung der Bank von Frankreich vor den Gelüsten der Aufständischen" zu danken sei. Das ist, gelinde gesagt, eine Impertinenz, denn es steht notorisch fest, daß in keiner siegreichen Aufstandsperiode das Privat- und öffentliche Eigenthum gesicherter war, als während der Communeerhebung.

— Die „Neue Welt" wird bekanntlich der „Berliner Freien Presse" des Sonntags gratis beigelegt. Der frühere Redakteur des genannten Blattes, Genosse Liebknecht, war im Jahre 1876 wegen eines in der „Neuen Welt" befindlichen Gedichtes, in welchem die Leipziger Staatsanwaltschaft nichts Strafbares, die Berliner aber eine Majestätsbeleidigung zu finden glaubte, vor das Berliner Stadtgericht geladen, welches aber den Einwand der örtlichen Incompetenz für begründet erachtete. Diese Entscheidung wurde in zweiter und dritter Instanz bestätigt, und hat namentlich das Obertribunal in seinen Motiven durchleuchten lassen, daß die Frage, ob der Verleger der „Berliner Freien Presse" verpflichtet war, für die Sonntagsbeilage einen Redakteur zu bestellen, in der damaligen Beschwerdesache nicht zur Prüfung zu gelangen brauchte. Diesen Hinweis griff die Berliner Staatsanwaltschaft auf und veranlaßte nunmehr die Beschlagnahme der Exemplare der der „Berliner Freien Presse" beigefügten „Neuen Welt" unter der Behauptung, daß für diesen integrirenden Theil des letzteren Blattes kein Redakteur bestellt und Bruno Geiser, der gegenwärtige Redakteur der „Neuen Welt" wissentlich falsch als solcher genannt sei. Außerdem erstreckte sich die Anklage auch auf die Nichteinreichung eines Pflichtexemplars der „Neuen Welt" bei der Polizeibehörde. Die siebente Criminaldeputation des Berliner Stadtgerichts hatte den Verleger Heinrich Rackow freigesprochen, wogegen seitens des Staatsanwalts die Appellation eingelegt wurde. In Folge derselben stand nun am Dienstag vor der zweiten Criminal-Abtheilung des Kammergerichts Termin an. Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft, Staatsanwalt Groschuff, gab sich nun in sehr langer Rede Mühe, nachzuweisen, daß die „Neue Welt" ein integrirender Theil der „Berliner Freien Presse" sei und daher für diese ein Redakteur bestellt werden müsse. Der Gerichtshof erkannte aber unter der Annahme, daß die „Neue Welt" ein selbständiges Blatt, welches nur beigelegt werde, auf Bestätigung des freisprechenden Urtheils des Stadtgerichts.

Aus Italien.

Neapel, 31. März.

In dem klassischen Lande der Kunst, in Italien, ist, Dank der Finsterniß, die Papstherrschaft und verschiedene Monarchien Jahrhunderte lang in ganz spezieller Weise zu unterhalten wußten, das öffentliche Leben noch nicht in dem Maße in den Vordergrund getreten, wie in den anderen Culturstaaten. Noch immer herrscht eine große Indifferenz, und das Volk, besonders die Landbevölkerung, steht den politischen Bewegungen noch mehr oder weniger fern. Die Vorbedingungen fehlen allerdings hier ebenso wenig wie anderswo; der einzelne Bauer und Arbeiter weiß recht gut, daß und wodurch er leidet. Indessen das Gefühl der Solidarität hat sich noch nicht herausgerungen, der darbende Arbeiter steht noch allein, er hat noch keinen Rückhalt in dem Streben mit seinen gleichgestellten Genossen, die Lage Aller durch gemeinschaftliches Handeln zu verbessern. Aber auch das wird in wohl nicht zu langer Zeit anders werden; die traurige ökonomische Lage, in der sich die italienischen Arbeiter befinden, wird Lehrerin sein, und Lehren, die Noth und Elend dem Menschen einprägen, werden nicht leicht vergessen.

In Oberitalien, wo die Industrie sich bedeutend mehr entwickelt hat wie in den südlichen Provinzen, dringen die gemeinschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter auch mehr durch und sind die Bewohner jener Gegenden für den Sozialismus zugänglicher. Anders in den Provinzen des ehemaligen Königreichs Neapel, dessen Bevölkerungs-Majorität Ackerbauer sind, oder doch sich mit den mit dem Ackerbau zusammenhängenden Gewerben beschäftigen. In Neapel selbst ist die Partei der Anarchisten nicht unbedeutend, aber auch ihr fehlt noch das Bewußtsein eines speziellen Klasseninteresses den reaktionären Parteien gegenüber; sie sind noch keine compakte Masse, deren ganzes Streben in dem einzigen Gedanken aufgeht, die allen gemeinsame schlechte Lage zu bessern. Die Landbevölkerung der süditalienischen Provinzen und Siciliens steht dagegen den politischen Bestrebungen und ebenso den sozialistischen noch fern. Dank der schlechten und durchaus unzureichenden Communikationsmittel leben jene Leute wie abgeschlossen von der ganzen Welt, von der nur hin und wieder ein Echo zu ihnen hinüberdringt. Wenn die Noth den Bauer nicht zur überseeischen Auswanderung zwingt, bleibt er an seiner Scholle kleben, für ihn existirt kaum noch etwas anderes als der Flecken, in dem er wohnt und ebenso wenig, wie er die Grenzen seines Städtchens überschreitet, kommen Fremde zu ihm. Dazu kommt, daß die elementare Bildung bei weitem schlechter ist, wie z. B. in Deutschland, Frankreich oder England ꝛc.; die Zahl der Analphabeten ist eine ganz enorme, in Sicilien z. B. mit Einschluß der ganzen Stadtbevölkerung 87 Proz., so daß auch Zeitungen dem großen Theile des Volkes noch gar nicht zugänglich sind.

So leidet das Individuum und kämpft getrennt gegen die ihm weit überlegenen Verhältnisse an, und sucht seiner Arbeit soviel abzuringen, um das kärgliche Leben fristen zu können.

Auf die Verhältnisse der industriellen Arbeiter komme ich vielleicht später zurück, für heute will ich nur die ländlichen Arbeiter und zwar zunächst in den süditalienischen und sicilianischen Provinzen ins Auge fassen. Aus dem Gebiete der Industrie mögen für jetzt folgende Daten genügen.

Aus der Provinz Bergamo schrieb die Regierungs-Commission im Jahre 1877: „Die in den Fabriken beschäftigten Kinder sind durchschnittlich nicht unter 9—10 Jahr alt, doch wurden auch 7—8jährige angetroffen. Frauen- und Kinderarbeit währt ebenso lange wie die der erwachsenen Männer, nämlich 12¾ Stunden incl. Pause für Mittagessen."

Im Sommer dagegen wird die Arbeitszeit häufig bis auf 15 Stunden ausgedehnt; daß im Winter weniger wie 12½ Std. gearbeitet, oder daß die Mehrarbeit besonders gezahlt würde, darüber berichtet die Commission nicht. Den in den Fabriken beschäftigten Kindern wird nur in einer einzigen Gemeinde eine Stunde Unterbrechung für den Unterricht gestattet; die elementare Bildung geht den in den Fabriken arbeitenden Kindern ganz ab, doch will die Commission nicht zugeben, daß dieser Uebelstand eine Folge von zu früher oder zu ausgedehnter Fabrikbeschäftigung sei. Der Bericht meint nämlich, daß die Kinder, bevor sie in den Fabriken beschäftigt würden, bereits 2 bis 3 Jahre die Schule besuchen könnten und auch neben ihrer Fabrikarbeit noch an dem Unterrichte in den Abend- und Sonntagschulen Theil zu nehmen im Stande seien. Die Herren können

---

Ein interessantes Urtheil.*)

Das Königliche Oberappellationsgericht, welchem unter Gehör des Generalstaatsanwalts über die Beschwerde Vortrag erstattet worden ist, die der Redakteur der Zeitschrift „Vorwärts", Friedrich Hermann Helßig, nach Bl. 14 des anbei zurückfolgenden Aktenfaszikels sub M 52/77 gegen den bezirksgerichtlichen Beschluß Bl. 12 fg. eingewendet hat, hat dieses Rechtsmittel als begründet anzuerkennen gehabt.

Als maßgebende factische Unterlagen hatte man Folgendes anzusehen.

Der in Hamburg ansässige Schiffszimmerer Brandt wurde in Verfolg eines von den dortigen Schiffsbauern Marbs und Genossen eingebrachten Strafantrags von dem Hamburger Strafgerichte wegen gewisser Beleidigungen, die in einigen von Brandt verfaßten, in der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift „Vorwärts" zum Abdruck gebrachten Aufsätzen enthalten waren, zu dreimonatiger Gefängnißstrafe verurtheilt und zwar durch das bezügliche, übrigens durch vorausgeschickte besondere Rectionen motivirte Urtheil gleichzeitig „den Ankläger auf Grund des § 200 des Reichsstrafgesetzbuchs die Befugniß zugesprochen werden, die Verurtheilung des Angeklagten durch einmaligen Abdruck dieses Urtheils in der Zeitschrift „Vorwärts" innerhalb der nächsten vier Wochen nach Rechtskraft des Erkenntnisses auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen".

Bei diesem Erkenntnisse verblieb es auch in der Hauptsache, indem das Obergericht zu Hamburg zwar infolge der eingewendeten Appellation Brandt's die Gefängnißstrafe auf eine vierzehntägige herabsetzte, dagegen das erstinstanzliche Urtheil im Uebrigen unter Verwerfung der gleichzeitig eingewendeten Nichtigkeitsbeschwerde bestätigte. — Nach eingetretener Rechtskraft thaten die Ankläger — und zwar, wie man wenigstens für jetzt annehmen darf, rechtzeitig — Schritte, wegen Veröffentlichung beider Strafurtheile; da ihnen indessen die Expedition dieser Zeitschrift „Vorwärts" die Aufnahme des Inserats unter der Motivirung verweigerte, „daß laut § 200 Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs nur der verfügende Theil des Erkenntnisses und zwar auf Antrag des Beleidigten durch das erkennende Gericht in einem öffentlichen Blatte bekannt zu machen sei" (Bl. 8), riefen sie die Intervention des Hamburger Strafgerichts an, welches denn auch beschloß, „die Veröffentlichung seines Urtheils und des das Verfahren abschließenden Urtheils des Obergerichts als amtliche Bekanntmachung herbeizuführen" und demgemäß an das Bezirksgerichtsamt Leipzig das Ersuchen richtete:

„dem verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift „Vorwärts" die (beigefügte, in einer vidimirten Copie bestehende) Ausfertigung des Urtheils des Strafgerichts und die (ebenfalls beigefügte) beglaubigte Abschrift des verfügenden Theils des Urtheils des Obergerichts auf Grund § 10 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 zum einmaligen Abdrucke in einer der beiden nächsten Nummern des Blattes gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren — (zu deren sofortiger Erstattung sich gleichzeitig das requirirende Gericht erbot) — zustellen, auch falls der Redacteur des „Vorwärts" der ihm obliegenden Pflicht zur Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachung nicht nachkommen sollte, wider denselben die Einleitung eines Strafverfahrens auf Grund § 19 des Preßgesetzes herbeiführen zu wollen."

Diesem Ersuchen wurde insoweit entsprochen, als das Gerichtsamt dem auf Bestellen an Gerichtsstelle erschienenen Redakteur Helßig „den Inhalt dieses Requisitionsschreibens mittheilte und die mit selbigem eingelangten Copieen der Erkenntnisse vorlegte" (Bl. 2). Als jedoch Helßig hierauf zu Protokoll erklärt hatte, „wie er die Aufnahme dieser Erkenntnisse ablehne, theils, weil nach § 200 des Reichsstrafgesetzbuchs nur der verfügende Theil des Urtheils — zu dessen Aufnahme er sich jederzeit bereit erkläre — abzudrucken sei, theils, weil außerdem die Veröffentlichung des ganzen Erkenntnisses zu den öffentlichen Bekanntmachungen im Sinne von § 10 des Reichspreßgesetzes umsoweniger gerechnet werden könne, als das Erkenntniß lediglich in einer Privatanklagesache ergangen sei", faßte das Gerichtsamt einen Beschluß, mittelst dessen es

die Einleitung des Strafverfahrens nach § 19 des Reichspreßgesetzes ablehnte,

indem es dabei gleichzeitig im Wesentlichen die Weigerungsgründe Helßig's als berechtigte anerkannte und nur noch außerdem hinzufügte,

„daß die fraglichen Ausfertigungen der Erkenntnisse ihrer Form nach den Erfordernissen einer öffentlichen Bekanntmachung nicht entsprächen, übrigens aber auch die in § 10 des Reichspreßgesetzes erwähnten Bekanntmachungen öffentlicher Behörden nur auf solche Erlasse öffentlicher Behörden selbst bezogen werden könnten, deren Veröffentlichung im allgemeinen Interesse erforderlich würde."

Gegen diesen Beschluß — mit dem sich übrigens auch der Staatsanwalt einverstanden erklärte — erhob das Strafgericht zu Hamburg auf Grund von § 38 des Gesetzes über die Ge-

*) Die Redaktion des „Vorwärts" hatte sich auf Grund des § 200 des Reichsstrafgesetzes geweigert, das in Nr. 38 abgedruckte Urtheil des Strafgerichts zu Hamburg zu veröffentlichen. Das Hamburger Strafgericht hat demnächst den Instanzenweg beschritten und nachfolgendes Urtheil von dem Oberappellationsgericht zu Dresden erzielt. Wenngleich sich diese endgiltige Entscheidung nur auf das Königreich Sachsen bezieht, so ist doch das Urtheil besonders für alle Drucker, Verleger, Redakteure und Journalisten von besonderem Interesse.

D. Red. d. V.

nicht begreifen, daß ein 8—10jähriges Kind, nachdem es 12 bis 15 Stunden Fabrikarbeit geleistet hat, zum Schulunterricht einfach untauglich ist! Im Allgemeinen gilt der Sonntag als Ruhetag, doch wird in einigen Etablissements der Vormittag zum Reinigen und Repariren der Maschinen benutzt. Die Löhne stellen sich z. B. in den Minen für Männer 2 Lire, für Knaben 1 Lire; in den Papierfabriken für Männer 2 Lire, für Frauen 50 Centesimi, für Knaben 25—50 Cent.; die Spinnereien zahlen den Männern Lire 1,50, den Frauen 1 Lire und den Kindern 40 Cent. (1 Lire = 80 Pf. 10 Cent = 9 Pf.)

In Bologna und Umgegend herrscht Frauen- und Kinderarbeit vor; Länge der Arbeitszeit 10—11 Stunden excl. einer halben Stunde Pause, und zwar gleichmäßig für Kinder und Erwachsene. Nachtarbeit findet in einigen Gemeinden regelmäßig vom 4. Oktober bis 18. März statt, und zwar sowohl Kinder wie Erwachsene nehmen daran Theil. Löhne der Männer betragen Lire 2—2,50, Frauen 70 Cent. bis Lire 1,10, Kinder 30—50 Cent. Die Herren Fabrikanten meinen, die Agglomeration und das Zusammenleben der Arbeiter entwickele deren gute Eigenschaften, die Provinzial-Deputation sagt aus: die Arbeit wirke vortheilhaft auf die Moral der Kinder, nicht so auf die der Frauen, und schließlich steht die Sanitäts-Commission auf diametral entgegengesetztem Standpunkte. Man sieht, ein Jeder bildet sich eine Meinung, die seinem Geldbeutel entspricht. In Neapel werden folgende Löhne gezahlt. Corallen-Arbeiten: Männer 2 Lire, Frauen 1 Lire täglich; Macceroni-Fabriken: Kinder Lire 8,50, Männer Lire 38,50 monatlich. In den Ziegeleien erhalten Frauen und Kinder 60 Cent. bis 1 Lire, Männer Lire 1,25 bis 1,70 täglich.

Speziell über Kinderarbeit schreibt die Commission folgendes: „Prato (Webereien) beschäftigt Kinder von 6—7 Jahren im Sommer 11½ Stunden und zahlt 35 Cent. dem Knaben und 50 Cent. dem Mädchen. In den Steinbrüchen von Fiesole arbeiten Kinder von 8—10 Jahren 10 Stunden im Sommer und erhalten 35 Cent. Lohn. Pistria (Seiden- und Streichholzfabriken) beschäftigt 7—8jährige Kinder vom Aufgang bis Untergang der Sonne (Lohnangabe fehlt). Ebenso S. Miniato (Streichholzfabriken und Gerbereien) 8—10jährige Kinder zehn Stunden lang für 20—70 Cent. Indessen die Krone von allen ist Casciano, wo im Sommer 7—10jährige Kinder 14 Stunden arbeiten und mit 10—15 Cent. abgespeist werden. Auf die in den Schwefelgruben beschäftigten Arbeiter komme ich später noch zurück, zunächst will ich auf die Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung eingehen, und habe ich, wie schon oben gesagt, dabei die Provinzen des alten Königreichs Neapel im Auge.

An Eisenbahnen waren Ende Dezember 1877 in jenen Gegenden in Betrieb 2521 Kilometer von den 7970 Kilometern, die im ganzen Königreich Italien dem Verkehr geöffnet waren. Im Verhältniß zur Ausdehnung des Landes kommen in den neapolitanischen Provinzen auf jeden Quadratkilometer 23 Meter Eisenbahn, während Oberitalien 34 Meter besitzt.

Viel schlechter steht es mit den Straßen; in der Provinz Aquile z. B. kommen auf 127 Gemeinden, d. h. den ganzen Umfang der Provinz, 43 befahrbare Straßen, 68 haben einen Communalweg, 14 haben deren zwei, und nur zwei haben deren mehr. In der Provinz Malise kommen auf 142 Gemeinden 84 befahrbare Straßen. Aehnlich steht es in allen übrigen Provinzen. Dazu kommt noch, daß die wenigen Straßen häufig den Gemeinde-Interessen nur sehr wenig entsprechen, denn vermöge der Omnipotenz der Großgrundbesitzer in der Gemeindeverwaltung lassen es sich diese Herren zunächst angelegen sein, daß bei Anlage neuer Straßen vor allem die eigenen Güter berücksichtigt werden, und zwarhäufig in der Weise, daß darunter das Gemeindeinteresse zu leiden hat. Dieser Mangel an Straßen und Communikationsmitteln ist bestimmt der größte Nachtheil für das ganze Land, und obgleich so ungemein drückend, thut man doch so wenig, ihm abzuhelfen. Die Gemeindeverwaltungen verwenden vielmehr die ganzen disponibeln Gelder zur Verschönerung der Städte, der Residenz der Gemeinderäthe, Theater werden gebaut, ehe Straßen da sind, und schöne Stadthäuser, während drinnen und draußen das Volk hungert.

(Fortsetzung folgt.)

Correspondenzen.

Altona. Die Volksversammlung zur Feier des 18. März, welche am 22. März in Koppelmann's Salon stattfand, erfreute sich eines ungemein starken Besuchs. Als erster Redner wies Parteigenosse Hermann Lange im Allgemeinen auf die Bedeutung geschichtlich denkwürdiger Tage hin und lenkte sodann die Aufmerksamkeit der Versammelten auf den 18. März insbesondere. Nach einer kurzen Kritik der deutschen Verhältnisse zu Beginn dieses Jahrhunderts kam Redner auf die Periode der Demagogenhetze in Deutschland und ging dann über zu der politischen und sozialen Lage in Deutschland während der Dreißiger Jahre. Die Bildung politischer Parteien in Deutschland, das lebhaftere Interesse am öffentlichen Leben und die rege Diskussion der sozialen Frage wurde eingehend beleuchtet. Die deutschen Zustände innerhalb der Jahre 1840—1848, vom Tode Friedrich Wilhelm's III. ab, wurden in Bezug auf Politik und soziales Leben des Weiteren gewürdigt. Erwähnung geschah ferner der freien und deutschkatholischen Gemeinden, der ersten proletarischen Bewegungen am Rhein (Karl Marx, F. Engels, M. Heß), sowie der demokratischen Literatur und Poesie jener Zeit (Kinkel, Freiligrath). Im ferneren Verlaufe seines Vortrages gelangte Genosse Lange zu dem sozialen Nothstande kurz vor 1848. Erwähnt wurden das Weberelend in Schlesien, die Tausende von brodlosen Arbeitern in Prag und Wien Ende 1847. Sodann kam der Referent auf die Februar-Ereignisse in Paris, den 13. März 1848 in Wien, den 18. März in Berlin und die mannigfaltigen Erscheinungen und Bewegungen im Volksleben jener Zeit. Nach kurzer Erwähnung des Frankfurter Parlaments, der wiedererwachenden Reaktion, des September-Aufstandes in Frankfurt a. M. und der reaktionären Orgien in Oesterreich gelangte der Vortragende zu dem Resultate, daß der sicherste Weg zur Freiheit das unermüdliche Streben nach Cultur sei, und zwar mit Vermeidung aller revolutionären Putsche und Revolten. Zwar sei dieser Weg länger, als der Ungeduld recht, er aber führe allein zur sicheren und wahren Freiheit. — Nunmehr ergriff Genosse Geib das Wort. Derselbe führte das 19. Jahrhundert bis zur Jetztzeit in seinen verschiedenen politischen, sozialen und ökonomischen Phasen und Entwickelungen dem Auditorium in klarer Anschaulichkeit vor. Ausgehend von den durch die französische Revolution geschaffenen Zuständen kritisirte der Redner die mannigfaltigen Stadien, welche besonders Frankreich, England und auch Deutschland seit jener Periode in Bezug auf sozialpolitische Veränderungen durchlaufen mußten. Die Ursachen der Julirevolution in Frankreich und der Charakter der Julimonarchie wurden scharf gezeichnet. Zugleich warf der Redner im Anschluß hieran einen Blick auf die kapitalistische Produktion und ihr klassisches Land: Großbritanien. Indem er des Ferneren den Unterschied zwischen dem modernen Sozialismus, der allein auf der Wissenschaft beruht, und jenem älteren französischen (St. Simon, Fourier, Louis Blanc) beleuchtete, entwickelte er Ursachen und Verlauf der Februarrevolution und der Junikämpfe, betonte dabei besonders den Unterschied zwischen diesen Insurrektionen und jener von 1871, in welch letzterer bereits das kleine Bürgerthum zusammen mit dem Proletariat gekämpft habe, während es zu jener Zeit noch mit der Bourgeoisie verbündet gewesen sei, und ging der Redner sodann auf die Neuzeit und die Ereignisse des letzten Jahrzehnts ein. Den Schluß des interessanten sowie lehrreichen Vortrags bildete die Pariser Commune und die Stellung des Proletariats in der heutigen Gesellschaft gegenüber den anderen politischen Parteien. Noch einmal erinnernd an die Kämpfe und Leiden der Communards überhaupt und das selbstständige Ringen der arbeitenden Klassen nach politischer und sozialer Gleichberechtigung, schloß der Vortragende mit den Worten, welche er bereits im Frühjahr 1871 der niedergeworfenen Pariser Commune zugerufen hatte:

Ein anderer Frühling kommt wohl bald,
Um allem Schlaf ein End' zu machen,
Dann wird, ein Phönix an Gestalt,
Aus seinem Traum das Volk erwachen.
Aus seinem Traum;
Giebt weiten Raum
Der Weisheit Rath,
Dem freien Staat,
Dem gleichen Recht für Alle.

Beiden Rednern wurde stürmischer Beifall zu Theil.

Düsseldorf, 26. März. Vergangenen Sonntag hatten wir hier in Düsseldorf das Vergnügen, einer Versammlung der „Staatssozialisten beizuwohnen. Die hiesige evangelische Geistlichkeit wollte nämlich gegen ihren Amtsbruder Stöcker nicht nachstehen, und hatte dieselbe denn obige Versammlung in den Sonntagsblättern annoncirt, und um recht gläubige, empfängliche und begeisterte Zuhörer zu haben, ihr Publikum im Nachmittagsgottesdienste von der Kanzel herab gehörig vorbereitet. Die Tagesordnung lautete: 1) Vortrag des Pastors Schuster aus Duisburg „über die Religion der Sozialdemokratie"; 2) Vortrag des Pastors Stursberg „über die Poesie der Sozialdemokratie" mit besonderer Rücksicht auf „die Weltanschauung derselben"; 3) Reiseprediger Nelle „über die neuesten Bewegungen auf sozialem Gebiete in Berlin". Von unseren Parteigenossen waren nur wenige anwesend, da unglücklicherweise der Gesangverein „Freiheit", bestehend aus Parteigenossen, ein Fest veranstaltet hatte. In der Versammlung waren hauptsächlich vertreten die Mucker (Brüdergemeinde, Jünglingsverein von der Herberge zur Heimath 2c.), sodann die besitzende Klasse, auch mehrere Beamte der kgl. Regierung. Sonst außer uns sehr wenige Arbeiter. Das Büreau hatten die Herren schon vor Beginn der Versammlung gewählt, und als sich mehrere unserer Genossen zum Wort meldeten, wurde denselben bedeutet, sie könnten nach Schluß der Versammlung sprechen, welches Glück aber nur dem Genossen Dreißig zu Theil wurde, indem ein Herr Generalsekretär Buck den Antrag stellte, die Versammlung zu vertagen, da man in Gegenwart der Gegner unmöglich zum Ziele kommen könne. Ueber die Versammlung habe ich wenig zu sagen. Ich möchte nur bemerken, daß ich aus dem Munde des ersten Redners Stursberg Namen und Produkte von sozialistischen Dichtern hörte, die ich selbst noch nicht kannte. Der Redner kritisirte u. A. auch Hasenclever, Geib, Wahlteich, Bracke, den „frivolen" Heine 2c., begnügte sich aber hauptsächlich, die revolutionärsten Stellen, oft nur Schlußworte eines Gedichtes, zu citiren. Der zweite Redner, Nelle, schämte sich nicht, in der gemeinsten Weise die Sozialdemokratie zu schmähen, und namentlich waren es die Berliner Ereignisse und das Leichenbegängniß des Genossen Heinsch, welche herhalten mußten. Wir haben aus der Versammlung nur die eine Lehre gezogen, daß die „Staatssozialisten", wenigstens die hiesigen, sich von dem Gros der Gegner der Sozialdemokratie wenig unterscheiden: auch sie verschmähen es nicht, die Perfidie als Waffe gegen uns zu gebrauchen.

Essen, 1. April. Die Kapitalisten, welche Kohlengruben-Aktien besitzen, geberden sich, als ob sie stündlich in Gefahr wären, verhungern zu müssen. Das Gewinsel dieser Leute hat blos den Zweck, den Arbeitern die ohnedem kargen Löhne noch mehr beschneiden zu können. In den verschiedenen Zeitungen kann man es schwarz auf weiß lesen, daß die „hohen Löhne" es sind, durch welche die Kapitalisten, die doch „ihr eigenes Geld" zusetzen müssen, ruinirt werden. Ich will hier mit Zahlen beweisen, daß es mit den Herren denn doch nicht so schlecht bestellt ist. Ich habe den Geschäftsbericht der Bergwerksgesellschaften „Hibernia" und „Shamrock", zweier einer Aktiengesellschaft gehörigen Zechen zur Hand, welcher gar sonderbare Aufschlüsse giebt. Diese Aktiengesellschaft machte in den „flotten" Jahren ganz schöne Dividenden; für das Jahr 1877 wurden aber nur 2½ Proc. Dividende herausgerechnet. Damit man aber nicht sagen kann, die Kapitalisten „verdienen" an ihrem Gelde nichts, will ich einige Zahlen anführen, welche das Gegentheil beweisen werden. Wie der Geschäftsbericht vom Jahre 1877 ausweist, betrugen die Einnahmen 3,772,928 Mk., die Ausgaben hingegen 3,054,819 Mk., es ergab sich also ein Bruttogewinn von 718,109 Mk. Davon kamen auf den Grubenbetrieb der Zeche „Hibernia" 329,785 Mk., auf den der Zeche „Shamrock" 324,692 Mk., auf die Koakerei 39,273 und auf die Gasanstalt 24,357 Mk.; dazu kommt noch der Ueberschuß vom Jahre 1876 im Betrage von 13,537 Mk., folglich ergiebt sich ein Gesammtgewinn von 731,647 Mk. Da das nominelle Aktienkapital 16,800,000 Mk. beträgt, so ergiebt sich ein Reingewinn von 4¼ Proc.; bei den schlechten Zeiten nicht zu unterschätzen. Der Reingewinn vertheilt sich folgendermaßen: Auf die statutenmäßigen Abschreibungen entfallen 233,317 Mk., auf den Reservefond 48,479 Mk., auf Tantièmen 29.087 Mk., und es verbleibt ein Nettogewinn von 420,762 Mk., von welchen 420,000 Mk. die oben angeführte Dividende bilden. Jedes Kind wird begreifen, daß der Reservefond, die Tantièmen und die auf das Kapital abgeschriebenen Summen Kapitalgewinn sind und auch als solcher in Rechnung kommen müssen. Ganz anders steht es mit den Arbeitern, die haben an „Lohn" entbehren müssen, was die Herren einsackten. Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter verminderte sich gegen 1876 auf „Hibernia" um 13 Proc. und auf „Shamrock" um 8¾ Proc. Im Geschäftsberichte wird der Lohn auf 2 Mk. 95 Pf., resp. 2 Mk. 91 Pf. angegeben. Dieser Lohn erscheint nur deshalb so hoch, weil die Gehalte der Beamten, Steiger 2c. mit zum Lohne geschlagen und dann erst der Durchschnittslohn herausgerechnet wurde. Wenn wir das Resultat in Bezug auf Kapital und Arbeit prüfen, so finden wir, daß die bediensteten 1657 Beamten und Arbeiter im Jahre 1877: 2,053,509 Mk. Tauschwerth erzeugt haben, wovon sie aber blos 1,355,400 Mk. als „Lohn" erhielten, so daß 718,109 Mk., also 35 Proc., als Kapitalgewinn übrig blieben, welche den Grubenbesitzern zufielen. Da jeder Bergmann im Jahre 1877 für 1240 Mk. Tauschwerthe geschaffen hatte, wäre auf den Einzelnen, das Jahr mit 275 Arbeitstagen gerechnet, 4 Mk. 52 Pf. gekommen; in der That mußte er aber 434 Mk. jährlich, oder 1 Mk. 58 Pf. täglich, als Kapitalgewinn an die Grubenbesitzer abgeben. Die Herren haben einfach „getheilt". Wenn wir aber nun berechnen, daß die Gehalte der Beamten zu den Löhnen geschlagen wurden, so kommen wir zu dem Schlusse, daß der Arbeiter eigentlich nur 600—700 Mk. zu seinem Unterhalte „verdient" hat, während die Kapitalmacht noch immer trotz der schlechten Zeit 35 Proc. einsackt. Aus diesen Ausführungen wird man ersehen, daß es den Kapitalisten denn doch nicht so schlecht geht, und daß der Jammer, den die Bourgeoispresse über die Noth dieser Leute anschlägt, eitel Humbug ist. T....g.

Meißen. In der hierorts bestehenden „Deutschen Jute-Spinnerei und Weberei" existirt ein Fabrik-Reglement, welches wegen seiner drakonischen Bestimmungen einer Beleuchtung im „Vorwärts" werth ist. Das Reglement wimmelt von Strafbestimmungen, die es möglich machen, selbst den achtsamsten Arbeiter mit einer Strafe belegen zu können. Da heißt es z. B. im § 10: „Jedem Arbeiter, welcher zu spät zur Arbeit kommt, oder ohne Erlaubniß resp. Anzeige zu Hause bleibt, wird eine Strafe von dem doppelten Werthe der Zeit seines Ausbleibens auferlegt; die geringste Strafe beträgt 2½ Ngr. und kann in wiederholten Fällen auf 10 Ngr. erhöht werden." Es folgt eine Verfügung, daß jeder Arbeiter, welcher die Fabrik

---

währung von Rechtshilfe vom 21. Juni 1869 das Rechtsmittel der Beschwerde, zu dessen Motivirung dasselbe noch besonders hervorhob, wie vorliegenden Falls nicht der Absatz 2 des § 200 des Reichsstrafgesetzbuchs, der allerdings ausschließlich die Veröffentlichung des verfügenden Theils eines Erkenntnisses im Auge habe, sondern der Absatz 1 dieses Paragraphen, nach Anleitung dessen die Art der Veröffentlichung im Urtel zu bestimmen sei, einschläglich werde und wie Bekanntmachungen der hier fraglichen Art auch nach dem Zeugnisse von

Berner, Lehrbuch des deutschen Preßrechts § 82 sub 3 Seite 22 und

Thiele, das Preßgesetz für das deutsche Reich Seit 34 sub 4 unter § 10 des Preßgesetzes fielen.

Das Bezirksgericht zu Leipzig, an welches die Sache Behufs der Entscheidung über diese Beschwerde gelangte, hob hierauf den gerichtsamtlichen Ablehnungsbeschluß auf und ordnete vielmehr Untersuchungseinleitung wider Helßig auf Grund des § 18 sub 3 verbunden mit § 10 des Reichsgesetzes an,

indem es seinen diesbezüglichen Beschluß im Hauptwerk auf folgende Sätze stützte:

Sobald der Privatankläger bei Ausübung des ihm nach § 200 Abs. 1 und 2 des Reichsstrafgesetzbuchs zugesprochenen Befugnisses auf Hindernisse stoße, sei der Richter — wie auch außer Berner a. a. O. noch Schwarze, Reichspreßgesetz zu § 10. Seite 36 annehme — verpflichtet, demselben staatliche Hilfe zur zwangsweisen Durchführung dieses Befugnisses zu leisten und die zu diesem Behufe sodann von dem Strafrichter dem Redakteur einer periodischen Zeitschrift, die Anzeigen aufnehme, zum Zwecke der Aufnahme in eine solche Druckschrift mitgetheilten Schriftstücke würden „durch diese richterliche Intervention des ursprünglichen privaten Charakters entkleidet und zu amtlichen Bekanntmachungen im Sinne von § 10 des Reichspreßgesetzes";

auch bestehe bezüglich derartiger amtlicher Bekanntmachungen nach dem citirten § 10 eine unbedingte Verpflichtung des Redacteurs zur Aufnahme derselben, sodaß im vorliegenden Falle „auf die materiellen Unterlagen" der in Frage befangenen Veröffentlichung gar nicht einzugehen, vielmehr nur zu prüfen gewesen sei, ob die formellen Voraussetzungen des § 10 vorlagen und Letzteres sei zu bejahen, da die fraglichen Schriftstücke nach dem Vorbemerkten als öffentliche Bekanntmachungen zu gelten hätten, da ferner die Zeitschrift „Vorwärts" eine periodische Zeitschrift sei, die Anzeigen aufnehme, und da endlich auch dem Redacteur derselben sowohl die betreffende Bekanntmachung von einer öffentlichen Behörde als auch da Umstand mitgetheilt worden sei, wie die Aufnahme der Inserate nur gegen Bezahlung der Einrückungsgebühren verlangt werde.

Dieser Beschluß des Bezirksgerichts zu Leipzig ist es, gegen welchen die von dem Redacteur Helßig ausgegangene, gegenwärtig dem Oberappellationsgerichte zur Entscheidung vorliegende Beschwerde sich richtet.

Handelte es sich nun zunächst um Beantwortung der Prinzipfrage, ob in Wirklichkeit Umstände eintreten können, unter denen der Strafrichter als berechtigt und verpflichtet angesehen werden muß, zu Gunsten eines Privatanklägers, welchem die ihm auf Grund des § 200 Abs. 1 des Reichsstrafgesetzbuchs zugesprochene Veröffentlichungsbefugniß durch eine Weigerung der Zeitungsredaction, die Veröffentlichung ins Werk zu setzen, verkümmert werden will, zu interveniren, und zwar auf dem Wege des Erlasses einer, solchenfalls nach der Vorschrift des § 10 des Reichspreßgesetzes zu beurtheilenden „amtlichen Bekanntmachung?" so hat man diese Frage zu bejahen gehabt. Auch wird zu Begründung dieser, auch dem bezirksgerichtlichen Beschlusse unterliegenden Auffassung eine Zurückverweisung auf die in letzterem hierfür geltend gemachten, durchgehends richtigen Erwägungen genügen. Nur so viel mag noch hinzugefügt werden, daß man sich in der hier fraglichen Beziehung außer auf Berner, Thilo und Schwarze a. a. O. auch beispielsweise noch auf

Hartmann, das Gesetz über die Presse 131 Note 2 und

Oppenhoff, Commentar des deutschen Reichsstrafgesetzbuchs zu § 200 Anmerkung 10.

beziehen darf, da, wenngleich diese beiden Commentatoren an den allegirten Stellen, resp. wenigstens zunächst nur die Auslegung diesbezüglicher Bestimmungen des preußischen Strafgesetzbuchs vom Jahre 1851 und des preußischen Preßgesetzes von dem nämlichen Jahre ins Auge fassen und dabei namentlich auf eine bereits in das Jahr 1863 zurückfallende Entscheidung des preußischen Obertribunals (vergleiche (Oppenhoff's Rechtsprechung Band 3 Seite 371 und Goltdammer's Archiv Band XI Seite 363) rekurriren, doch gerade in den hier fraglichen Beziehungen einerseits, der § 200 des Reichsstrafgesetzbuchs mit dem § 163 des preußischen Strafgesetzbuchs und andererseits die §§ 10 und 19 des Reichspreßgesetzes mit den §§ 25 und 44 des preußischen Preßgesetzes sich decken.

Ebensowenig hat man bezweifeln können, daß im konkreten Falle ebenso die formellen wie die materiellen Voraussetzungen vorlagen, um gegen den Redacteur Helßig den § 10 des Reichspreßgesetzes in Anwendung bringen zu können.

(Schluß folgt.)

— (Risiko.) In der Kohlengrube Apedale in Nord-Staffordshire (England) hat eine Explosion stattgefunden, durch welche 30 Personen getödtet wurden.

während der Arbeitsstunden verlassen will, sich einen Erlaubnißschein holen muß. Läßt der Portier Jemand ohne Erlaubnißschein hinaus, zahlt er einen Thaler Strafe. Arbeiter, welche Lokale betreten, in denen sie nicht beschäftigt sind, zahlen 5 Ngr. Arbeiter, welche auch nur die geringste Reparatur an der Maschine selbst vornehmen, zahlen 1 Thaler Strafe und sind für den etwaigen Schaden haftbar. Die Verunreinigung der Aborte wird mit 7½ Ngr. geahndet. Wer sich länger, als nöthig ist, auf dem Abtritt aufhält, wird ebenfalls in Strafe genommen. Zerbrochene Fensterscheiben müssen von denen, welche sie zerbrochen haben, bezahlt werden. Wird der Thäter nicht entdeckt, so ist der betreffende Aufseher für den Schaden haftbar. Verlorene Werkzeugstücke müssen von den Arbeitern ersetzt werden. Wer innerhalb des Etablissements betrunken betroffen wird, verliert seinen rückständigen Lohn und wird sofort entlassen, beziehungsweise der Polizei zur Bestrafung übergeben. Also dreifache „Strafe". Arbeiter, welche während der Mittagszeit nicht nach Hause gehen und innerhalb der Fabrik bleiben, ihr Mittagsmahl aber nicht im Eßsaal einnehmen, zahlen 5 Ngr.

Doch das Beste ist Folgendes: „Jeder Ungehorsam seitens der Arbeiter gegen ihre Vorgesetzten oder gegen die von Letzteren dazu verordneten Personen soll nach Verhältniß des Fehlers mit einer Strafe bis zur Höhe von mehreren Tagelöhnen belegt werden, außerdem wird der Fehlende für Alles, was daraus entstehen könnte, verantwortlich gemacht." Ein weiterer Paragraph nimmt sich folgendermaßen aus: „Im Interesse der Fabrik und der ehrlichen Arbeiter liegt es, die sämmtlichen Arbeiter ohne Unterschied bei ihrem Fortgange aus der Fabrik von Zeit zu Zeit revidiren zu lassen, und haben sich dieselben einem solchen Verfahren ohne Widerrede zu unterwerfen. — Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, die bei einem Mitarbeiter entdeckte Untreue sofort bei der Direktion zur Anzeige zu bringen. Bei dieser Gelegenheit wird ausdrücklich bemerkt, daß es untersagt ist, selbst werthlose Abfälle einzustecken, und sollen auch solche Kleinigkeiten als Diebstahl betrachtet und als solcher geahndet werden." Wie man sieht, werden die Arbeiter wie eine Diebesbande behandelt, die man nicht genug „untersuchen" und am Stehlen hindern kann; das Denunziantenthum sucht man unter ihnen einzubürgern und sie zu der verächtlichsten Sorte von Menschen zu machen.

In einem folgenden Paragraph heißt es: „So lange Jemand in der Fabrik angestellt oder beschäftigt ist, wird ihm strengste Verschwiegenheit über dieselbe auferlegt; er darf über die Fabrikation weder mündliche noch schriftliche Mittheilungen machen. Die Nichtbefolgung wird in vorkommenden Fällen wenigstens mit Einhaltung eines Wochenlohnes, nach Befinden der Umstände auch höher bestraft." Weiter kann man die „Liebenswürdigkeit" doch nicht treiben. Die Sklaven in den Südstaaten Amerikas waren wirklich besser daran, als diese „freien" Arbeiter. An Samstagen werden die Maschinen gereinigt; wer dies nicht in der gehörigen Weise besorgt, verfällt für jeden einzelnen Fall in eine Strafe von 5 Gr. und hat die Arbeit zu wiederholen. Immer Strafen, nichts als Strafen! Damit aber nicht blos die „Bösen" bestraft, sondern auch die „Guten" belohnt werden können, ist in dem „Reglement" folgender Paragraph enthalten, den wir, da er ein Meisterwerk von Bourgeois-Impertinenz ist, hier wörtlich folgen lassen: „Den fleißigen Arbeitern wird für ihre größeren Leistungen bei untadelhafter Arbeit eine von der Direktion näher zu bestimmende Jahresprämie zugesichert. Dieselbe wird nach Ablauf eines Jahres ausgezahlt, ist jedoch verwirkt, wenn der betreffende Arbeiter, vom Tage seines Antritts an gerechnet, früher abgeht, oder den vorstehend aufgeführten Verpflichtungen nicht in allen Punkten getreulich nachgekommen sein sollte." Also der „fleißige Arbeiter" wird durch das Versprechen einer Jahresprämie, die aber nicht angegeben ist, sondern von der Direktion nach Belieben bestimmt werden kann, veranlaßt, seine Kräfte noch mehr anzuspannen. Hat er es glücklich dahin gebracht, ein Jahr in der Fabrik auszuhalten, ohne in eine der vielen im „Reglement" enthaltenen Straffußangeln zu gerathen; ist er wirklich ein „guter" und „fleißiger" Arbeiter nach dem Herzen der „Herren" gewesen, so kann ihm die „Prämie" doch noch entgehen, weil die Direktion nur nöthig hat, die Arbeit für nicht „untadelhaft" zu erklären. Bei den vielen Geldstrafen, die den Arbeiter auf Schritt und Tritt bedrohen, wäre man versucht zu glauben, sie verdienten heidenmäßig viel Geld, aber wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, das lehrt das Statut der Krankenkasse, in welchem sich folgender Paragraph vorfindet: „Klasse 2. Sämmtliche Frauen, sowie diejenigen Arbeiter über 16 Jahre, welche unter 5 Thlr. in 12 Arbeitstagen verdienen, zahlen 1 Gr. pro Woche; Klasse 3. Sämmtliche Männer, sowie alle diejenigen Arbeiter über 16 Jahre, welche mehr als 5 Thlr. in 12 Arbeitstagen verdienen, 1½ Gr. pro Woche." Es ist damit constatirt, daß die Frauen und jungen männlichen Arbeiter unter 5 Thaler in 12 Arbeitstagen verdienen. Daß dieser „Verdienst" weit unter 5 Thlr. herabgeht, ist so gut wie gewiß. Wenn wir aber sehen, daß Männer blos 5 Thlr. in 12 Tagen verdienen — denn diejenigen, die mehr als diese Summe „verdienen", scheinen nach den Bestimmungen des Paragraph in der Minderheit zu sein —, so können wir uns vorstellen, wie elend die Löhne der Frauen sind. Und bei solch' miserabeln Löhnen so viele und verhältnißmäßig hohe Strafen! Derartige entwürdigende Zustände sind das Produkt der kapitalistischen Produktionsweise und werden nicht eher fallen, bis das ganze heutige wirthschaftliche System fällt und eine Produktion eingeführt ist, die solche und jede Ausbeutung unmöglich macht.

Zittau in Sachsen, 3. April. Eine am vergangenen Sonntag durch den Vorsitzenden des hiesigen sozialistischen Vereins, Herrn Renke, in dem nahegelegenen Olbersdorf einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Religion und Sozialismus" gab uns nach langer Pause wieder einmal Gelegenheit, Genossen Keller aus Görlitz zu hören. Obschon wir genannten Herrn als wirklich tüchtigen Redner schon länger kennen, so muß doch zugegeben werden, daß der gestrige Vortrag alle vorhergehenden an Gediegenheit übertraf. Dieser Umstand verfehlte denn auch nicht, die zahlreich erschienenen Zuhörer für die ganze Zeit des Vortrages, welcher wohl anderthalb Stunden in Anspruch nahm, zu fesseln und zum Beifall hinzureißen. Die vom Vortragenden behandelte Frage, welche bekanntlich in der Neuzeit die Gemüther allgemein „beunruhigt" und welche durch die sogenannte christlich-soziale Partei dazu benutzt wird, wenn möglich eine Zersplitterung der sozialdemokratischen Partei herbeizuführen; die Behandlung dieser wichtigen Frage bedurfte allerdings eines tüchtigen und gediegenen Redners, welcher auch mit der schwarzen Vorgeschichte der christlich-sozialen Partei vertraut sein mußte, da diese auf die leider noch vorherrschende Leichtgläubigkeit der arbeitenden Klasse spekulirt und unter dem Deckmantel der Liebe und der Scheinheiligkeit die Mehrheit für sich zu gewinnen sucht. Würde aber diese Partei, wie der Redner ganz richtig anführte, auch nur im Entferntesten darauf bedacht sein, neben dem festen Glauben an den todten Buchstaben der „heiligen Schrift" dem arbeitenden Volke Bildung zu verschaffen, wodurch dasselbe alsdann in die Lage kommen könnte, einsehen zu lernen, wie traurig es mit ihm bestellt ist, so hätte sie seit ihrem länger als 1800jährigen Bestehen dazu schon Gelegenheit genug gehabt, jedoch fällt es ihr gar nicht ein, dem Volke Eingang in die Wissenschaft zu verschaffen; sie glaubt vielmehr schon genug gethan zu haben, wenn sie die hungernden Arbeiter durch einige „milde Gaben" abspeist, wohingegen das Volk doch Anspruch auf Beschäftigung und geregelte Verdienste hat, und nicht durch die mit dem Klingebeutel zusammengescharrten Gelder unterstützt sein will. Da den Sozialisten vielfach unrechtmäßiger Weise zum Vorwurf gemacht wird, daß nur sie daran Schuld seien, wenn das Volk unzufrieden und dadurch die Arbeitslust ꝛc. gestört werde, so haben wir wohl hier in dem vom Hungertyphus (in Folge langjähriger Arbeitslosigkeit) heimgesuchten Oberschlesien den besten Beweis, daß auch diese Beschuldigung, wie die vielen anderen, nur ungerechte sind, indem gerade in Oberschlesien die Sozialdemokratie leider wenig oder gar keinen Eingang gefunden. Gerade Oberschlesien wurde bis jetzt von uns vernachlässigt. Auch die Vorgänge des russisch-türkischen Krieges geben uns einen neuen Beweis, wie leicht unter dem Deckmantel der Religiösität alle schlechten Absichten ausgeführt werden können. Diese und viele andere Beispiele führte der Redner an, um zu beweisen, was wir von einer Partei, wie die christlich-soziale, zu erwarten haben. Wir Sozialdemokraten brauchen und wollen keinen Glaubenszwang; wir stellen es Jedem frei, zu glauben oder nicht zu glauben, woran er will; wer das Bedürfniß in sich fühlt, kann bei uns sowohl Protestant als Katholik, wie auch Mohamedaner oder Jude ꝛc. sein, das hat mit der sozialen Frage nichts zu thun, ebenso würde es aber auch nicht störend auf unsere Bestrebungen wirken, wenn der Gottglaube gar nicht existirte. „Frei denken und frei handeln, das ist unser Glaube." Und gestärkt durch diesen Glauben werden wir weiter kämpfen für die gerechte Sache! Unser Prinzip, welches heißt: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! werden wir stets befolgen. Das „rothe Gespenst", die Revolution, welches von unsern Gegnern auch allzuhäufig als Schreckbild benutzt wird, fand seitens des Redners ebenfalls gebührende Würdigung. Nachdem der Vortrag beendet und mit stürmischem Beifall aufgenommen war, forderte der Vorsitzende, Herr Renke, die Versammelten auf, sich unseren Bestrebungen anzuschließen und namentlich die sozialistischen Schriften und Blätter zu lesen, wodurch am ehesten Klarheit in die Köpfe kommen würde. Da sich ein Gegner zum Worte nicht meldete, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, bei einem demnächstigen Vortrage wieder recht zahlreich zu erscheinen.

Limmer, 1. April. Am 13. März verschied zu Ober-Scheede bei Hannov. Münden, während er bei seinen Eltern einen Besuch abstattete, unser Parteigenosse

August Frees,

im Alter von 24 Jahren. Seine aufopfernde Thätigkeit im Interesse unserer gerechten Sache wird den hiesigen Genossen stets im Andenken bleiben. Leider konnten wegen der weiten Entfernung die hiesigen Genossen bei seiner Beerdigung nicht anwesend sein. H. W.

Allgemeiner deutscher Maurer- und Steinhauerbund.

Da seitens der Maurer und Steinhauer unserer Nachbarstadt Altona, auf Beschluß des letzten Congresses der deutschen Maurer und Steinhauer, eine Central-Kranken- und Sterbekasse (eingeschriebene Hülfskasse) für die deutschen Berufsgenossen eingerichtet, und solche vom 1. April d. J. in Kraft getreten ist, fordern wir die Mitglieder des allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes auf, so viel wie in ihren Kräften steht, dafür einzutreten, daß man sich überall der Kasse anschließt, um dieses Institut zu einer segensreichen Einrichtung für die deutschen Maurer und Steinhauer zu machen.

Hamburg, im März 1878. **Der Ausschuß.**

An die Schuhmacher Deutschlands.

Allen Collegen zur Kenntniß, daß der Strike der Schuhmacher in Offenbach noch immer fortdauert. Die Fabrikanten waren zwar so freigebig und bewilligten uns einen Zusatz von 10 Pfg. bei einem Paar Böden, aber wir wiesen das Anerbieten zurück.

Alle ledigen Collegen sowie acht Familienväte sind bereits schon abgereist und hoffen wir, wenn uns die Collegen auch ferner zur Seite stehen, daß wir zum Sieg gelangen, ohne einen Pfennig von unserem alten Tarif abtreten zu müssen, denn unsere Losung ist: lieber Alle abreisen, als den Fabrikanten sich ergeben. Darum Collegen, steht uns kräftig bei, denn es sind immer noch 25 Familienväter, die täglich zu unterstützen sind.

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, fand am 1. April in Frankfurt a. M. eine Conferenz der sämmtlichen Schuhfabrikanten Süddeutschlands statt, wo wahrscheinlich der Offenbacher Strike zur Berathung gekommen ist. Die Zukunft wird ja lehren, was die Herren ausgeheckt haben.

Offenbach, den 3. April 1878.

Das Strike-Comité.

Unterstützungen sind zu senden an J. Dworzak, Hasenbachstraße 14.

Briefkasten

der Redaktion. F. Fischer in Mylau: Ja. — W. R. in Halle: Die bewußte Correspondenz erhalten, da jedoch eine denselben Gegenstand behandelnde Correspondenz bereits gesetzt war, konnte dieselbe nicht berücksichtigt werden; wer dieselbe eingesendet können wir Ihnen nicht bekannt geben, weil wir den Namen nicht notirt, das Manuscript aber makulirt haben.

der Expedition. S. W. Banscheidt Mörs: Die Postanstalt ist in ihrem Rechte.

Quittung. F. Hrmnghs. St. Louis Ab. 41,83. Grlnbrgr Nürnberg Ab. 100,00. Hnngt Barklund Ab. 1,00. Fortin Beauvais Ab. 8,00. Rbl Graz Ab. 4,89. Hnsch Linz Schr. 5,10. Hdr Connewitz Ab. 27,50. Ullrch hier Ab. 72,35. Bsch hier Ab. 15,60. Mhlhrn Crimmitschau Schr. 75,00. Tbrt hier Ab. 1.25. K. Wertheim Ab. 2,30. Frnk Penig Schr. 18,82. Schlnh hier Ab. 6,25. Slg Essen Ab. 48,00. An. 0,50. Lgs Hannover An. 0,60. Ufrt Apolda Ab. 10,00. Schmdt Römerstadt Ab. 28,26. Sbtzk Wien Ab. 3,66. Mr. Paris Ab. 47,10. Endrs Augsburg Ab. 100,00. Hmr Hannover An. 1,60. Stmmr Regensburg Ab. 9,08. Lud Hamburg Ab. 200,00. Exped. d. „Fr. Presse" Bremen Ab. 150,00. Dk. Danzig Ab. 12,00. Wfsch New-York Ab. 104,62. Gb Hamburg Ab. 6,40. Wndt Penzlin Ab. 4,50. Strk Offenbach Ab. 24,60. Rzhrcht Schweidnitz Ab. 4,50.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Dr. S. hier 3,00.

Hannover. **Sonntag**, den 7. April, Nachmittags 4 Uhr, in Winklers Hotel: (F. 162)

Unterhaltung und Kränzchen der vereinigten Gewerkschaften Hannovers.

Alle Mitglieder und Freunde derselben ladet ein [2,40

Das Comité.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein. Sonntag, den 7. April, Vormittags ½11 Uhr, Alte Münze 21:

Mitglieder-Versammlung.

NB. Diese Versammlungen finden von jetzt an regelmäßig alle 14 Tage des Sonntags statt. [70

Die Neue Gesellschaft.

Monatsschrift für Sozialwissenschaft

beginnt mit dem 7. Heft, das in wenigen Tagen die Presse verlassen wird, ihr zweites Semester. Die folgenden Hefte werden sich besonders durch einen polemischen Inhalt auszeichnen. Ausser zahlreichen gediegenen, von den namhaftesten in und ausländischen sozialistischen Schriftstellern und Gelehrten herrührenden Arbeiten aus den Gebieten der Sozialphilosophie, Sozialökonomie, Naturphilosophie, Naturwissenschaft, Culturgeschichte, Sozialpolitik, Arbeiterfrage, Frauenfrage, Statistik, Mathematik und des Versicherungswesens, der Rechtswissenschaft, Hygieine, Pädagogik und Bibliographie werden im neuen Semester auch Aufsätze aus der Sozialästhetik, Kunstgeschichte, Kunstkritik, Literaturgeschichte etc. etc. zur Veröffentlichung gelangen. So publicirt schon das Aprilheft eine kritisch-literarische Skizze, betitelt „Namenloses Russland", über Turgenjews neuesten berühmten Roman und das Maiheft u. A. einen Aufsatz E. Bruck's, „Zur Bühnenfrage".

Der Idee des Sozialismus ein gewaltiges Bollwerk gegenüber der schon im Verwesungsprozess befindlichen Bourgeoisie aufzuthürmen, der Wissenschaft des Sozialismus, der wirklichen und einzigen Wissenschaft, den Triumph über die Afterwissenschaft des gierigen Ausbeuterthums sichern zu helfen; ihr einen Musentempel zu wölben, inmitten der Wüste schöpfungs- und geistesarmer starr-zünftiger Vielschreiberei eine erquickende Oase freier Forschung zu schaffen, der Realisation des Sozialismus die Geburtswehen zu lindern, die hindernden Dämme geistig zu zersprengen — dass ist das Ziel, das die „Neue Gesellschaft" mit Aufbietung all ihrer Kräfte zu erringen strebt. [10,20

Zürich.

Verlag der „Neuen Gesellschaft".

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Erscheint monatlich zweimal und zwar vom 1. April d. J. an regelmäßig in Heften von je 2 Bogen. Aus letzterem Grunde tritt eine geringe Preiserhöhung ein.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und Colporteuren:

pro Quartal 1,50 Mark
(statt 1 25 Mark).

Bei Zusendung unter Kreuzband pr. Quartal 2 Mark; bei Zusendung unter Couvert pr. Quartal 2,60 Mark.

Wir bitten die Fortsetzung rechtzeitig zu bestellen.

Heft 13 erscheint am 1. April.

Allgemeine deutsche Associationsbuchdruckerei (E. G.) zu Berlin.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April begann ein neues Abonnement auf

Die Fackel.

Volks-Organ für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar d. J. wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in jeder Nummer außer einem Leitartikel eine politische Uebersicht, die wichtigsten Lokalnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Standesamtsnachrichten, den Eisenbahnfahrplan ꝛc.; ebenso ist im Feuilleton für gute Unterhaltungslektüre gesorgt. — Inserate, welche bei dem großen Leserkreise des Blattes von ausgezeichneter Wirkung sind, werden pro Petitzeile nur mit 10 Pf. berechnet. — Alle Postanstalten nehmen Abonnements auf unser Blatt zum Preise von 1 M. 60 Pf. pro Quartal, 60 Pf. pro Monat, entgegen. — Zu zahlreichem Abonnement, sowie zur Einsendung von Inseraten laden ein

Redaktion und Expedition der „Fackel",
Leipzig, Kl. Fleischergasse 15.

Die

„Berliner Freie Presse",

Organ der Berliner Sozialdemokraten,

erscheint täglich mit Ausname des Montags; **Sonntags mit der prachtvoll illustrirten Gratisbeilage:**

Die Neue Welt.

Abonnements-Bedingungen: Durch die Post bezogen excl. Bringerlohn, vierteljährlich Mk. 4,00. In Berlin abonnirt man bei allen Zeitungs-Spediteuren unter den bekannten Bedingungen: pro Quartal 4 Mk., pro Monat 1,35, pro Woche 35 Pf. frei ins Haus.

Inserate finden die weiteste Verbreitung und kostet die fünfgespaltene Petitzeile nur 25 Pf., Arbeitsmarkt 10 Pf.

In der Postzeitungs-Preisliste pro 1878 ist unser Blatt unter Nr. 569 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz Nr. 8a.

Durch uns zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin erschien und ist durch alle Buchhandlungen sowie durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig. **Expedition der „Neuen Welt".**
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
betr. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Depeschen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rübsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 42. Mittwoch, 10. April. 1878.

Zum 11. April.

Laßt uns dem Tag die Ehre geben,
Ihn preisen mit des Sanges Schall,
Er rief den Denker in das Leben,
Den Kämpfer Ferdinand Lassall'.
Wir streben frisch ihm nachzuahmen
— Der Tod schon kürzte seinen Lauf —
Und rufen heut' in seinem Namen
Das Volk zum Geisteskampfe auf.

Sein Wunsch, das Volk befreit zu sehen
Vom Sklavenjoch, ist nicht erfüllt.
Stets ist noch Elend ihm nachzuahmen
Und Gram und Kummer ungestillt.
Schon grünt die Saat zu neuen Garben,
Es sproßt die Rebe, keimt die Frucht,
Das Volk wird ernten und wird darben,
Gedrückt von Noth und Arbeitswucht.

Hört Ihr die grausen Jammertöne,
Ihr Staatenlenker, mächtig, reich?
Hört Ihr der Hungernden Gestöhne?
Wird Euch darob das Herz nicht weich?
Hört Ihr es wohl, Ihr Millionäre?
Ihr seid vielleicht auch gern bereit,
„Zu trocknen manche Kummerzähre,
Mit Lieb' und Menschenfreundlichkeit?"

Nicht theilen werdet Ihr die Habe,
Wie's Menschenpflicht und Recht gebeut,
Ihr spendet eine Bettelgabe
Und rühmt Euch deren ungescheut.
Und während Andere hungernd sitzen,
In der Entbehrung Kreis voll Qual;
Laßt Ihr die Diamanten blitzen
Und preist das „Recht" beim Weinpokal.

Das Recht, oft sonderbar gedeutet,
Hängt gern sich an des Mammons Schweif,
Der Arme, hilflos, ausgebeutet,
Ist für das Recht nur selten reif.
Volk, trotze denen, die dich hassen,
Mit Duldermuth ist nichts gethan,
Such' Dir Dein volles Recht zu fassen
Auf des Gesetzes sichrer Bahn.

Versäume nicht, Dir selbst zu nützen,
Am Scheidewege stehst Du schon.
Willst Du der Freiheit Banner schützen?
Willst Du der Knechtschaft sichern Lohn?
Auf, auf! Hier gilt kein Zeitverlieren,
Die Gegner sind zum Kampf bereit,
Hier gilt es Stoß auf Stoß pariren,
Mit Eintracht, Muth und Sicherheit.

Ermanne Dich zur Geistesregung.
Die Gegner, sie vollziehen jetzt
Die klärende Parteibewegung,
Sie, die so lang das Volk verhetzt.
Bald werden alle Masken fallen,
Dann kommt die Wahrheit zu Kredit,
Dann mags im Reiche widerhallen:
„Hie Volksfreund! — Hie Kettenschmied!"

Wohl plötzlich kann die Zeit erscheinen,
Daß sich das Volk zur Urne drängt,
Dann müssen Alle sich vereinen.
Wer träumend sitzt und Grillen fängt,
Den reißt empor aus seinem Brüten
Und wär er der geringste Mann;
Es gilt die Knechtschaft zu verhüten,
Zu brechen gilts des Elends Bann.

Holt sie hervor der Arbeit Söhne,
Von allen Ecken holt sie her;
Damit ein Jeder sich gewöhne,
Den Mann zu stell'n beim Wählerheer.
Dann wird die Mühe sich belohnen,
Es wird der Gegner Macht erschlafft.
Dann rücken unsere Divisionen
Zur Urne mit vereinter Kraft.

Es wächst die kühne Schaar der Streiter,
Mit jedem Tag, mit jeder Stund'.
Der Ruf nach Freiheit hallet weiter,
Er dringt um's ganze Erdenrund.
Bis in die neue Welt hinüber,
Auch unser Freundesgruß erschall.
Als Antwort tönt dann wohl herüber:
„Hoch, hoch, die Freiheit! Hoch Lassall'!"

Charlotte Westphal.

Staatssozialismus.

I.

Wir erwähnten bereits, daß Professor Wagner, der bedeutendste unserer „Kathedersozialisten", gegen Ende des vorigen Monats in öffentlicher Volksversammlung Herrn Max Hirsch gegenübertrat. Einem Manne wie Wagner ist natürlich nicht zuzutrauen, daß er sich durch Motive kleinlicher Eitelkeit zu diesem Schritt habe fortreißen lassen; ebenso wenig können wir annehmen, daß er durch die Persönlichkeit des Herrn Hirsch in die Arena gelockt worden sei. Der unglückliche „Anwalt" der halb nach ihm benannten Gewerkvereine ist nach dem einstimmigen Urtheil von Freund und Feind eine so vollständige Null, daß eine Disputation mit ihm keinen Ruhm bringen, den Ehrgeiz nicht anspornen kann. Herr Hirsch lieferte offenbar nur den Anlaß: Professor Wagner wollte sich als Agitator versuchen, und er benutzte die erste beste Gelegenheit. Warum er die Agitatorenrolle übernommen hat, das werden wir bald sehen. Zum Theil sagt es uns sein Vortrag, der einen programmatischen Charakter hat, und den wir hier nach der Berliner „Volkszeitung" mittheilen wollen:

„Herr Professor Wagner," so lautet der Bericht, „ergreift das Wort, um in aller Ausführlichkeit seine Stellung zu den anderen sozialistischen und politischen Parteien darzulegen; er versichert, daß er weder das Christenthum, noch den Conservativismus vertrete, daß er aber doch die neue christlich-monarchisch-soziale Partei gegen die Angriffe des Herrn Hirsch in Schutz nehmen müsse. Dieselbe sei der erste praktische Versuch, das, was richtig in der Sozialdemokratie ist, mit den Mitteln, die der jetzige Staat zuläßt, zu verwirklichen. Die Fortschrittspartei habe Grund, die Hilfe, welche diese Partei gegen die mächtig werdende Sozialdemokratie darbietet, nicht von der Hand zu weisen. Die christliche Kirche habe die persönliche Unfreiheit bekämpft und durch die großartige Armenpflege, die sie in's Leben gerufen, bewiesen, daß ihr die Menschenliebe nicht fehle. Die Dynastie der Hohenzollern habe in Bezug auf Förderung des Volkswohles und durch Errichtung des modernen deutschen Staates auf den Trümmern des mittelalterlichen Feudalwesens so Großes geleistet, daß man nicht berechtigt sei, zu sagen, daß die Monarchie mit der sozialen Frage nichts zu thun habe. Weiter nimmt Herr Wagner die Bestimmung des christlich-monarchisch-sozialen Programms in Schutz, welcher zufolge eine größere ökonomische Sicherheit der Existenz für die Arbeiter herbeigeführt werden soll. Es sei richtig, daß durch eine solche freie Vereinigung der Arbeitnehmer, wie der Gewerkvereine eine Verbesserung der ökonomischen Lage des Arbeiters herbeigeführt werden könne, aber selbst dem Vorbilde der deutschen Gewerkvereine, den englischen, sei dies im Wesentlichen doch nur möglich zur Zeit der aufsteigenden Conjunctur, fast niemals in Zeiten der herabgehenden. Außerdem aber könnten sie diese ihre wohlthätigen Wirkungen, sowie diejenigen ihres Versicherungswesens doch nur dann vollständig zur Geltung bringen, wenn alle Arbeitnehmer in einer solchen Organisation einbegriffen seien. Warum man denn da vor dem Worte „Zwang" so sehr zurückschrecke? Hätten wir denselben doch auf dem Gebiete der Schule und auf dem des Versicherungswesens wenigstens theilweise. Ein solcher Zwang als Erziehungsmittel des Volkes sei daher nicht zu verwerfen. Ein anderer Punkt des Programms der christlich-sozialen Partei sei der Normalarbeitstag, den die Fortschrittspartei bisher abgelehnt, in England aber habe man denselben bereits wenigstens indirekt durch die diesbezüglichen Bestimmungen über die Kinder- und Frauenarbeit, in der Schweiz aber sogar ganz allgemein auch für die erwachsenen männlichen Arbeiter eingeführt. Auch über den Punkt des neuen Programmes, der von den internationalen Vereinbarungen zum Schutze der Arbeiter handle, sei die Fortschrittspartei bisher hinweggegangen, und dennoch sei er ein sehr beachtenswerther und müsse bei der Feststellung der Tarife scharf ins Auge gefaßt werden, denn nur diejenigen Industrie-Erzeugnisse des Auslandes sollte man billigerweise zur Concurrenz mit den heimischen zulassen, bei denen die Arbeitsbedingungen die gleichen seien; wenn in einem Staate Frauen- und Kinderarbeit rücksichtslos ausgebeutet, in einem andern solche Ausbeutung aber verboten sei, so dürften selbstverständlich die Produkte des erstern nicht in dem zweiten ohne einen entsprechenden höheren Zoll zugelassen werden. Der Redner sprach sich sodann für die Erweiterung solcher staatlicher und kommunaler Unternehmungen, wie Gas- und Wasserzuführung, Pferdebahnen u. dgl., sowie für die Reichseisenbahnen aus, weil fiskalisches Gut Allen zu Gute kommt, und weil Staats- und Communalanlagen auf diesem Gebiete schon um deshalb besser sind, weil man bei ihnen der übeln Folge des Aktienwesens, der Agiotage u. s. w. entgeht. Und wenn behauptet worden, die Arbeiter und kleinen Beamten seien beim Staatsbetriebe nicht besser gestellt als beim Privatbetriebe, so entgegne er: dort hingen sie schließlich immer doch vom Gesetze, hier von der Willkür ab. Redner illustrirte dies noch an dem Beispiele eines der größten Industriellen (Krupp), der denen unter seinen Arbeitern, die sozialdemokratischer Gesinnung seien, mit Entlassung gedroht habe, während in einem der größten Staatsbetriebe, dem der Post, notorisch ein großer Theil der unteren Beamten Sozialdemokraten seien und trotzdem unbehelligt blieben. (Nicht ganz richtig. R. d. V.) Was das Steuerwesen betrifft, so können, so lange der ungeheure Militäretat noch eine Nothwendigkeit sei, die man beklagen, aber nicht abwenden könne, die indirekten Steuern, gegen die er sonst sei, nicht entbehrt werden; da diese aber vorzugsweise die ärmeren Klassen zu stark belasten, so habe die christlich-soziale Partei gewiß Recht, und man solle sich freuen, daß von conservativer Seite solche Forderungen aufgestellt werden, — daß sie die progressive Einkommensteuer, Luxussteuern und die Erbschaftssteuer einführen, resp. weiter entwickeln wolle. Die liberalen Parteien hätten es bisher doch unterlassen in Ansehung der preußischen Klassen- und Einkommensteuer, bei der dies doch sehr gut thunlich, die Forderung der Progression zu stellen. Von Luxussteuern halte er auch nicht viel, sie brächten zu wenig und träfen zu ungleich, dagegen würde eine nach den englischen Prinzipien aufgelegte progressive Erbschaftssteuer vollständig genügen, das Defizit im Deutschen Reiche zu beseitigen, und man werde dann allerdings nicht nöthig haben, „die Pfeife des armen Mannes" zu besteuern."

Dies der Bericht. Vieles, was Herr Professor Wagner hier wie bei anderen Gelegenheiten gesagt hat, können wir Wort für Wort unterschreiben; andres können wir blos deshalb nicht unterschreiben, weil es unvollständig ist und die Forderungen des Sozialismus, ohne sie zu bekämpfen, nicht bis in die äußersten Consequenzen anerkennt.

Prinzipiell finden wir uns Herrn Professor Wagner nur auf politisch-praktischem, nicht auf ökonomischem Gebiet antagonistisch gegenüber.

Herr Professor Wagner — das läßt sich unmöglich mehr in Abrede stellen — stimmt im Großen und Ganzen mit unseren wirthschaftlichen Anschauungen und Strebezielen überein, aber die Art und Weise, wie er dieselben zu verwirklichen wünscht, bringt ihn in feindlichen Gegensatz zu uns.

Die christliche Kirche und der Staat der Hohenzollern sollen die soziale Frage lösen.

Daß dies eine Utopie ist, die nicht allein mit der Vernunft, sondern auch mit der Geschichte in Widerspruch steht, haben wir schon wiederholt hervorgehoben, und wir werden es noch des Weiteren klar machen.

Aber — und das ist heute für uns die Hauptsache — wie kommt diese Utopie in den Kopf des Professor Wagner, der — ein scharfer, präziser Denker — wahrhaftig nicht zu Utopieen hinneigt? Ohne der Unabhängigkeit des Mannes, den wir seiner wissenschaftlichen Tüchtigkeit wegen hoch schätzen, irgend zu nah treten zu wollen, müssen wir hier, auf Grund eigener Wahrnehmungen und uns von glaubwürdiger Seite gewordener Mittheilungen, die Ueberzeugung aussprechen, daß Professor Wagner durch mächtige äußere Einflüsse bestimmt worden ist. Nach der uns vorliegenden Information unterliegt es keinem Zweifel, daß Fürst Bismarck, der sich heute in ähnlicher Lage sieht wie zur Conflictszeit, jetzt auch wieder auf eine ähnliche Taktik verfallen ist, und den „Acheron" des Sozialismus in Bewegung setzen will, um die kopfscheue, bockbeinige Bourgeoisie zur Raison zu bringen, ihr das liberale Teufelchen auszutreiben und nebenbei ein klein Bischen „Nothstand zu beseitigen". In den 60er Jahren hatte Herr Wagener das Stückchen zu inscenirt, dessen übeler Leumund von vornherein schon das Fiasko gewährleistete. Diesmal soll ein Mann von makellosem Ruf und bestem Namen den Geburtshelfer spielen, oder richtiger das anscheinend todt zur Welt gekommene Kind des Herrn Pastor Stöcker durch die Künste der Wissenschaft ins Leben rufen.

Gelingen wird's nicht; gelingen kann's nicht, weil der Zweck mit den Mitteln in Widerspruch steht und die Voraussetzungen der Verwirklichung des Sozialismus die Voraussetzungen des Untergangs der christlichen Kirche und des reaktionären Staats sind. Aber — und vor dieser Thatsache dürfen wir nicht die Augen verschließen — hinter den Kapuzinaden des „Bruders" Mierele-Stöcker erhebt sich, umringt und gestützt von ernsthaften, von mächtigen Persönlichkeiten, die Figur des Staatssozialismus.

Die Interpretation der Marx'schen Werththeorie durch die Herren Professor Dr. A. Schäffle und C. A. Schramm.

Kritik von Oskar Schuster.

(Schluß.)

Hier haben wir nun aber die interessante Thatsache, daß die von Herrn Schramm angeführte weitere Interpretation der Marx'schen Werththeorie nur innerhalb der kapitalistischen Produktion von thatsächlicher Bedeutung ist, innerhalb der Gemeinproduktion aber unter die sogenannten überwundenen „historischen Kategorien" gehören wird.

Dies dürfte auch mit der Grund sein, warum Marx diese erweiterte Auslegung im ersten Bande seines Werkes, wo er es nur mit der einfachen Produktion zu thun hat, nicht weiter demonstrirt, sondern deren Ausführungen für das betreffende spätere Kapitel von der Conkurrenz und Bodenrente einfach aufhebt.

Mit der bei einem unter den vorgeführten Grundsätzen verwalteten Gemeinwesen geschaffenen dauernden Harmonie zwischen Consum und Produktion ist aber auch die Möglichkeit gegeben, die Marx'sche Werththeorie als Vertheilungsmaßstab praktisch zu bethätigen.

Zu dessen Bestätigung haben wir uns vorerst an Stelle der früher demonstrirten guten und schlechten Ernte die vorwiegend eintretende Mittelernte mit dem berechneten und gesellschaftlich nothwendigen Ertrag von 120 Maß Weizen zu denken. Diese erbauten 120 Maß Weizen repräsentiren einerseits den gesellschaftlich nothwendigen Gesammtbedarf von 120 Maß Weizen und andererseits die nach Voraussicht aufzuwenden gewesenen 120 Stunden allgemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, so daß ein Maß Weizen gleich ist einer Arbeitsstunde. Die gegebenen cirkulirenden 120 Arbeitsstunden-Bonds besitzen hier die Kaufkraft für die zur Lebenshaltung erforderlichen 120 Maß Weizen.

Diese dem Bedarf entsprechende Mittelernte wird aber eben in einem Gemeinwesen wie dem gedachten als Grundlage für eine Normalernte angenommen werden und alles Ueberprodukt einer guten Ernte zur Ergänzung des bei einer schlechten Ernte

erforderlichen Mehrprodukts als öffentlicher Vorrath reservirt bleiben.

Daß aber in dem zukünftigen Collektivstaate die Bekämpfung aller Ungleichheiten zwischen Produktion und Consumtion mittelst der Ausgleichungen das Wahrscheinlichere, läßt auch Herr Schäffle gelten, denn bereits Seite 3 seiner „Quintessenz des Sozialismus" sagt er:

„Der gelegentliche Ausfall oder Ueberschuß der wirklichen Erträge gegenüber den betriebsplanmäßigen Bedarfen jeder Periode würde durch Vorräthe — die dann öffentliche, nicht mehr private Handelslager wären — periodisch ausgeglichen werden."

Hocherfreulich ist mir aber noch, constatiren zu können, daß auch Herr Schramm in seiner letzten Arbeit über diese Materie, „Zukunft" Nr. 5 S. 133, erkennt, wo der Schwerpunkt der Marx'schen Werththeorie gelegen, indem er sagt:

„Aus Marx' Antwort auf die gestellte Frage: was ist der Grund, daß der Tauschwerth der Waaren durch das Verhältniß von Nachfrage und Zufuhr und nicht durch die in ihnen enthaltene Arbeitszeit bestimmt wird? scheint mir die Schlußfolgerung zu sein: Schafft das Privateigenthum an den Produktionsinstrumenten ab, produzirt planmäßig dem Bedarf entsprechend, und Werth und Preis werden sich decken, — wenn nicht mit diesem Umschwunge der Begriff der Waare überhaupt in die Brüche ginge."

Nun das, was in der Schlußfolgerung des Herrn Schramm in der Ferne schwebt, das ist eben nichts weniger, als: die Art der Produktion, wo nicht mehr Waaren, sondern Gemeinprodukte produzirt werden, dies aber wiederum nur möglich in einem gegebenen Gemeinwesen wie das vorgeführte.

Was aber schließlich den zweiten Einwand des Herrn Schäffle anbelangt, dahin gehend, daß die Marx'sche Werththeorie dem örtlich und zeitlich sinkenden Gebrauchswerth jeder einzelnen Arbeitsgattung nicht Rechnung trage, so haben wir uns nach dem bisher Gesagten bei Widerlegung dieses Einwandes auf den Boden des bereits vorgeführten Gemeinwesens zu stellen. Wenn aber in diesem Gemeinwesen die Größe der Produktion sich dauernd nach dem normalen Bedarf der Gesellschaft richtet, so dürfte ebenso wenig Ueber- oder Unterproduktion als steigender oder fallender Werth von jeder einzelnen Arbeitsgattung zu finden sein. — Selbst aber außergewöhnliche Ereignisse zugegeben, als da sind Naturereignisse oder auch massenhafte Arbeitsverweigerung für eine bestimmte Arbeitsgattung ꝛc., so können doch dergleichen Unregelmäßigkeiten auf das ganze Gemeinwesen sicher nur einen verschwindenden Einfluß üben, und der Leitung eines solchen Gemeinwesens werden genügende Hilfsmittel zu Händen sein, um erforderlichen Falls für den außergewöhnlichen Bedarf einer besonderen Arbeitsgattung auch besondere Aequivalente zu bieten, ohne die Grundlage der Gemeinproduktion und der Produkten-Vertheilung alteriren zu müssen.

Näher betrachtet entspringt dieser Einwand des Herrn Schäffle auch in erster Linie aus dessen Vorliebe für die „liberale Freizügigkeit" und allein dem Bedenken, daß in dem gegebenen Gemeinwesen zu zahlreiche Arbeiter-Commandirungen, richtiger Arbeiter-Versetzungen Platz greifen könnten: — diesen Bedenken brauchen wir aber einerseits nur die Verhältnisse der bereits heute bestehenden Gemein-Institutionen, als Post, Eisenbahnen ꝛc., entgegenzuhalten und andererseits uns bekennen, daß ein Gemeinwesen mit noch so vielen Arbeiter-Versetzungen eine weit höhere Culturstufe und größere Glückseligkeit repräsentirt, als die ganze moderne Freizügigkeit mit ihren nach Tausenden zählenden, auf permanentem Freizug oder „Schub" befindlichen hungernden Arbeitern, um schließlich mit Recht sagen zu können, daß auch dieser Einwand des Herrn Schäffle nicht dazu angethan, der praktischen Realisirung der Marx'schen Werththeorie Abbruch zu thun.

Ersehen wir aber schon aus dem bisher Angeführten, daß für volles Erkennen der ersten und letzten Aufgabe der Marx'schen Werththeorie erforderlich ist, dieselbe sowohl innerhalb der kapitalistischen als auch der Gemein-Produktion zu prüfen, so finden wir denn auch schließlich die Wesenheit dieser doppelten Prüfung von Marx selbst hervorgehoben in seiner „Kritik der politischen Oekonomie" S. 63, lautend:

„Da die Arbeitszeit das immanente Maß der Werthe ist, warum neben ihr ein anderes äußerliches Maß? Warum entwickelt sich der Tauschwerth zum Preis? Warum schätzen alle Waaren ihren Werth in einer ausschließlichen Waare, die so in das entsprechende Dasein des Tauschwerthes verwandelt wird, in Geld? Dies war das Problem, das Gray zu lösen hatte. Statt es zu lösen, bildete er sich ein, die Waaren könnten sich unmittelbar aufeinander als Produkte der gesellschaftlichen Arbeit beziehen. Sie können sich aber nur auf einander beziehen, als das, was sie sind! Die Waaren sind unmittelbare Produkte vereinzelter unabhängiger Privatarbeiten, die sich durch ihre Entäußerung im Prozeß des Privataustausches als allgemeine gesellschaftliche Arbeit bethätigen müssen, oder die Arbeit auf Grundlage der Waarenproduktion wird erst gesellschaftliche Arbeit durch die allseitige Entäußerung der individuellen Arbeiten. — Unterstellt aber Gray die in den Waaren enthaltene Arbeitszeit als unmittelbar gesellschaftliche, so unterstellt er sie als gemeinschaftliche Arbeitszeit — oder als Arbeitszeit direkt assoziirter Individuen. So könnte in der That eine spezifische Waare, wie Gold und Silber, den Waaren nicht als Inkarnation der allgemeinen Arbeit gegenübertreten, der Tauschwerth würde nicht zum Preis, aber der Gebrauchswerth würde auch nicht zum Tauschwerthe, das Produkt würde nicht zur Waare und so wäre die Grundlage der bürgerlichen Produktion selbst aufgehoben."

Mit welchen Ausführungen Marx klar zeigt, daß eine Vertheilung der Produkte nach Maßgabe der Arbeitszeit innerhalb der kapitalistischen oder Waarenproduktion eine Ungeheuerlichkeit, dagegen aber ausdrücklich diese Grundlage für die Gemeinproduktion zugesteht.

Nach allem Diesem können wir aber constatiren, daß die Marx'sche Werththeorie auch in sich die Gewähr bietet, in einer bestimmten Gemeinproduktion von gegebener entsprechender geschichtlicher Entwickelungshöhe der Produktion als Grundlage für die Vertheilung der Produkte zu dienen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Reichstagsverhandlungen der vorigen Woche nehmen unsere Aufmerksamkeit in einem etwas höheren Maße in Anspruch, als gewöhnlich. Montag, den 1. April fand die Debatte über eine Vorlage betreffs Verfälschung der Nahrungsmittel statt, die im Grunde lediglich durch die Agitation der Sozialdemokratie entstanden war. Sämmtliche Parteien, von der äußersten Linken, selbstverständlich die Sozialdemokraten ausgenommen, traten mehr oder weniger für die Fälscher ein und je mehr nach links, desto entschiedener. Dem Einen waren die Strafen zu groß, welche die armen Betrüger treffen sollen, dem Zweiten gefiel die polizeiliche Ueberwachung nicht, obgleich er die polizeilichen Verfolgungen gegen die Sozialdemokraten gern sieht, und dem Dritten war es nicht recht, daß die armen Fälscher durch derartige Gesetze Credit und guten Ruf verlieren könnten. Valentin schnitt dem Abgeordneten Rittinghausen, der sich für die Regierungsvorlage im Großen und Ganzen erklären wollte, unter großer Heiterkeit das Wort ab, da er seit mehreren Wochen unwohl, zum erstenmale wieder mit gewohnter Geschicklichkeit sein Henkersamt ausübte. Bei der zweiten Lesung aber werden die Sozialdemokraten den Regierungsentwurf befürworten und nur einzelne Abänderungen beantragen, zum Beispiel, daß die Gesundheitspolizei nicht nur bei Verdacht das eine oder das andere Verkaufslokal controlliren darf, sondern daß sie verpflichtet ist, regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen sämmtliche Verkaufsstellen zu controlliren. Dann kann der gute Ruf des einzelnen Gewerbetreibenden nimmermehr geschädigt werden. Man sah übrigens aus der Debatte, daß die Volksgesundheit bei den Reichsboten erst in zweiter Linie Beachtung verdient, in erster Linie aber die Freiheit des Schachers und — des Betrugs.

In der Sitzung am Dienstag, den 2. April, nahm der Abg. Demmler Gelegenheit, beim Etat, Titel Kasernenbauten, zu rügen, daß die Militärverwaltung immer die ersten Bauräthe vom Reichstage fordere, ohne vorher die Baupläne und Anschläge vorzulegen. — Hierauf folgten Wahlprüfungen. Bei der Wahlprüfung des Abg. Karsten (Altona) ergreift Abg. Hasenclever das Wort und spricht für die Beanstandung und schleunige gerichtliche Untersuchung mehrerer Fälle, welche die Wahl in unerhörter Weise beeinflußt haben. Gegen die Fortschrittspartei gewandt, erklärt der Redner, daß die Candidaten derselben, wenn sie gegen einen Sozialdemokraten im Wahlkampfe sich befänden, nichts weiter seien, als die Candidaten der Polizisten und Gensdarmen. — Eugen Richter suchte die Fortschrittspartei zu vertheidigen durch die Behauptung, daß die Sozialdemokraten die Versammlungen anderer Parteien störten und dadurch der Versammlungsfreiheit gefährlicher seien, als die Polizisten und Gensdarmen. Hasenclever wies diese Behauptung als eine Unwahrheit zurück. Wenn einzelne Fälle vorgekommen seien, so liege die Ursache vornehmlich in der Abneigung der Fortschrittler, eine Bureauwahl zur Leitung der Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen vorzunehmen, die fortschrittliche Minorität wolle eben nur die Majorität des Volkes terrorisiren. Dem tapferen Eugen, dieser fortschrittlichen Leuchte, ging mehr und mehr der Muth aus bei diesen Angriffen. Er entgegnete in überaus schwächlicher Weise, worauf Hasenclever zum Schlusse erklärte, daß am wenigsten die Fortschrittspartei das Recht habe, sich als Beschützerin der Versammlungsfreiheit aufzuspielen, sie, auf deren Geheiß im Jahre 1863 Lassalle im „Eldorado" zu Berlin ins Gesicht gespuckt worden sei. Man merkte es fast den sämmtlichen Abgeordneten an, daß sie sich über die derbe Lection, welche dem Herrn Eugen Richter ertheilt wurde, freuten, da jener Herr seines arroganten Auftretens halber in keiner Partei beliebt ist.

Am 3. April feierte der preußische Schnaps seine Orgien im deutschen Reichstage. Ueber drei Stunden stritten sich die Schnapsbrenner und Schnapshändler herum, bis der Abgeordnete Braun (Wiesbaden) in Bezug auf den Schnaps erklärte: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern". — Eine Petition, welche die Eichung der Biergläser von Reichswegen empfiehlt, wurde vom Abg. Rittingshausen vertheidigt und dem Bundesrathe zur Kenntnißnahme und Erwägung überwiesen.

Am 4. April erstattete der Abg. Stauffenberg über die Reichstagsbibliothek Bericht und erklärte, daß dieselbe aus circa 30,000 Bänden schon bestehe und erwähnte unter Anderem, daß der Abg. Liebknecht eine vollständige Sammlung des „Journal officiel" während der Herrschaft der Commune in Paris der Reichstagsbibliothek vermacht habe. Aus dieser Sitzung ist noch zu erwähnen, daß der Fortschrittsabgeordnete Richter vorschlug, um 3 Millionen Mark den Dispositionsfond des Kaisers, aus welchem derselbe Gnadenpensionen aus eigener Initiative und ohne Verantwortung verleihen kann, zu erhöhen. Ein netter Fortschritt!

— Von Seite der sozialdemokratischen Abgeordneten ist im Reichstage folgender Antrag auf Abänderung des Haftpflichtgesetzes eingebracht worden:

Der Reichstag wolle beschließen: Den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage in nächster Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das Gesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz ꝛc., vom 7. Juni 1871, dahin abändert: 1) daß die Verpflichtung zum Schadenersatz auf Holzschneidewerke (Sägemühlen ꝛc.), Bauten und den landwirthschaftlichen Maschinenbetrieb, so wie auf die Arbeiten ausgedehnt werde, welche mit einem in diesem Gesetze aufgeführten Betriebe in unmittelbarer Verbindung stehen; 2) daß in allen durch dieses Gesetz vorgesehenen Fällen der Betriebsunternehmer zum Schadenersatz verpflichtet werde, sofern er nicht nachweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getödteten oder Verletzten verursacht ist; 3) daß die in § 4 enthaltenen Bestimmungen in Wegfall kommen. Berlin, 1. April 1878. Hasenclever. Kapell. Unterstützt durch: Fritzsche, Most, Auer, Motteler, Liebknecht, Rittinghausen, Demmler, Blos, Brake, Guerber, Heckmann-Stintzy, Grad, Holthof.

Der § 4 lautet: „War der Getödtete oder Verletzte unter Mitleistung von Prämien oder Beiträgen durch den Betriebsunternehmer bei einer Versicherungs-Anstalt, Knappschafts-Unterstützungs-Kranken- oder ähnlichen Kasse gegen den Unfall versichert, so ist die Leistung der letzteren an den Ersatzberechtigten auf die Entschädigung einzurechnen, wenn die Mitleistung des Betriebs-Unternehmens nicht unter einem Drittel der Gesammtleistung beträgt". — Dieser von dem Abg. Lasker verbrochene Paragraph macht es den Unternehmern möglich, die in Folge einer Verunglückung oder Tödtung erwachsenen Verpflichtungen zu zwei Dritteln den Arbeitern aufzuhalsen. Für die Arbeiter wäre es daher von großer Wichtigkeit, wenn dieser § aus der Welt geschafft werden würde. Freilich dürfen wir von den, die Interessen des Geldsackes vertretenden Bourgeois nicht erwarten, daß sie zum Wohle des Volkes und zum Nachtheile ihres Geldbeutels dem sozialistischen Antrage beistimmen werden.

Folgende Amendements sind sozialistischer Seits zu dem Commissionsbericht, betreffend die Errichtung von Gewerbegerichten eingebracht worden.

Der Reichstag wolle beschließen:

1) Im § 7 den ersten Absatz wie folgt zu fassen:

Zum Mitgliede des Gewerbegerichts sollen nur solche Deutsche berufen werden, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, für sich eine fortlaufende Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in dem letzten Jahre nicht empfangen haben und in dem Bezirk des Gewerbegerichts seit mindestens einem Jahre wohnen oder beschäftigt sind.

2) Dem letzten Absatz desselben Paragraphen folgende Fassung zu geben:

Die Beisitzer erhalten eine für Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Vergütung der Reisekosten und Zeitversäumniß.

3) An Stelle des zweiten und dritten Absatzes in § 8 zu setzen:

Die Wahl des Vorsitzenden erfolgt durch die Gemeindevertretung, in Communalverbänden durch die Vertretung des Verbands.

Die Beisitzer werden zur Hälfte von den Arbeitgebern, zur Hälfte von den Arbeitern gewählt und zwar die Arbeitgeber von den Arbeitgebern, die Arbeiter von den Arbeitern.

An der Wahl können alle Gewerbetreibende mit gleichem Rechte theilnehmen, welche volljährig und seit mindestens drei Monaten in dem Bezirke des Gewerbegerichts wohnhaft oder beschäftigt sind.

Die Wahl ist unmittelbar, die Abstimmung geheim.

Fritzsche. Hasenclever. Most. Demmler. Rittinghausen. Brake. Blos. Liebknecht. Auer. Kapell. Motteler.

— Ein Theil der Nationalliberalen, der sogenannte linke Flügel, unter Führung der Herren von Stauffenberg und Lasker, hat folgenden Verbesserungsantrag zum Haftpflichtgesetz gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler

Ein interessantes Urtheil.

(Schluß.)

Was insbesondere die materiellen Vorbedingungen betrifft — von deren Prüfung man, im Gegensatze zu der desfallsigen Auffassung des Bezirksgerichts, mindestens insoweit nicht Umgang nehmen durfte, als es sich dabei gleichzeitig um die Frage handelt, ob überhaupt ausreichender Grund zu einer gerichtlichen Intervention vorlag — so läßt sich vor allem kein berechtigtes Bedenken dagegen erheben, daß das Veröffentlichungsbefugniß der Ankläger in dem erstinstanzlichen Erkenntnisse nicht aus Absatz 2, sondern aus Absatz 1 des § 200 des Reichsstrafgesetzbuchs hergeleitet worden ist. Andernfalls würde das Erkenntniß nicht von einer „öffentlichen Bekanntmachung der Verurtheilung", nicht „von einem Abdrucke dieses Urtheils" und nicht von dem „Befugnisse der Privatankläger" zu jener Veröffentlichung — allerseits Ausdrücke des Absatz 1 — sondern nur von einer Bekanntmachung „des verfügenden Theils des Urtheils" — die überhaupt nach Absatz 2 von dem Gerichte, nicht vom Privatankläger ins Werk zu setzen ist — gesprochen haben. Tritt hierzu aber weiter noch, daß auch die bezügliche Ausfertigung des erstinstanzlichen Urtheils in einem einzigen, die Ueberschrift „Urtheil des Strafgerichts zu Hamburg" tragenden Schriftstücke besteht, in welchem sich die vorausgeschickten Rectionen und der verfügende Theil des Urtheils unmittelbar an einander anschließen, sowie, daß auch das Strafgericht zu Hamburg selbst, von welchem jenes Erkenntniß gesprochen worden, nach Obigem jener die Veröffentlichungsbefugniß betreffenden Stelle dieses seines eigenen Erkenntnisses die Auslegung zukommen läßt, daß den Anklägern die Befugniß zur Veröffentlichung jener ganzen Ausfertigung habe zugesprochen werden wollen, so hat man auch unbedenklich von der Annahme ausgehen können, daß die Ankläger berechtigt waren, die ganze, die erstinstanzliche Entscheidung betreffende Ausfertigung zum Abdrucke bringen zu lassen. Ebensowenig aber dürfte ihnen offenbar das Recht verkümmert werden, den Abdruck des verfügenden Theils des zweitinstanzlichen Urtheils zu verlangen, da ohne eine gleichzeitige Veröffentlichung des letzteren das lesende Publikum überhaupt gar nicht von dem wahren Sachverhalte in Kenntniß gesetzt werden würde. Stellten sich nun den Anklägern, als sie wegen des ungekürzten Abdrucks jener beiden Schriftstücke die erforderlichen Schritte thaten, in diesen Beziehungen Hindernisse entgegen und gingen dieselben in Folge dessen das Strafgericht um behufige gerichtliche Intervention an, so lag auch in Wirklichkeit die materielle Vorbedingung der Anwendbarkeit des § 10 des Reichspreßgesetzes vor.

Endlich befindet man sich auch noch mit der Ansicht des Bezirksgerichtes insoweit in Uebereinstimmung, als man gleich diesem die formellen Voraussetzungen des citirten Paragraphen nach der Richtung hin für genugsam constatirt erachtet, daß die in Rede stehende Zeitschrift zu den periodischen Zeitschriften gehört, welche Anzeigen aufnimmt, und daß das Hamburger Gericht es nicht verabsäumt hat, sich zu Erstattung der üblichen Einrückungsgebühren zu erbieten.

Hiermit ist nun zwar ausgesprochen, daß die Lage der Sache überhaupt nach allen Richtungen hin dazu angethan gewesen sein würde, von dem Redakteur Helßig die Aufnahme einer die Veröffentlichung der fraglichen Urtheile bezweckenden „amtlichen Bekanntmachung" zu verlangen, allein keineswegs läßt sich der Auffassung des Bezirksgerichts beipflichten, als ob überhaupt an Helßigen bereits ein derartiges Anverlangen gestellt worden wäre. Es ist zur Zeit etwas Mehreres nicht geschehen, als daß demselben an Gerichtsstelle der Inhalt des Hamburger Requisitionsschreibens mitgetheilt und die mit selbigem eingelangten Copieen vorgelegt worden sind. Hierin konnte streng genommen nach Lage der Sache von Helßigen nicht einmal eine von dem Bezirksgerichtsamte ausgehende direkte Aufforderung zum Abdrucke der Schriftstücke, vielmehr nur eine Aufforderung zur Erklärung darüber erblickt werden, wie er, dafern ihm das Gerichtsamt requisitionsgemäß die Schriftstücke behufs des Abdrucks zustellen würde, einer solchen Maßnahme gegenüber sich zu verhalten gedächte; auch fand sich das Gerichtsamt selbst dann, als Helßig eine dementsprechende Erklärung abgegeben hatte, nicht veranlaßt, die Zustellung der Schriftstücke an ihn thatsächlich zu bewirken. Allein selbst einmal angenommen, der Verlauf jener gerichtlichen Verhandlung lasse die Auslegung zu, daß in ihr eine Aufforderung Helßig's zum Abdrucke der Schriftstücke ein Akt gelegen habe, der der Zustellung der Schriftstücke an ihn zu diesem Behufe gleich zu achten gewesen sei, so würde Helßig doch noch immerhin nicht schon allein dadurch, daß er jener Aufforderung nicht nachgekommen wäre, der den Redakteuren in § 10 des Preßgesetzes auferlegten Verpflichtung entgegengehandelt haben; denn durch eine derartige Aufforderung hätten jene Schriftstücke keineswegs ohne Weiteres den Charakter einer „amtlichen Bekanntmachung" im Sinne des citirten Paragraphen angenommen. In der Annahme des Gegentheils — von der namentlich auch das Bezirksgericht ausgeht, wenn es davon spricht, die fraglichen Schriftstücke seien schon durch die eingetretene gerichtliche Intervention ihres privaten Charakters entkleidet worden und seien schon hierdurch zu amtlichen Bekanntmachungen geworden — liegt ein Rechtsirrthum. Indem das Preßgesetz den Redakteuren die Verpflichtung zu Aufnahme „amtlicher Bekanntmachungen" auferlegte, wurden dabei Erlasse vorausgesetzt, die ihrem Inhalte, ihrem Wortlaute und ihrer Form nach in Wirklichkeit als amtliche Verfügungen und Bekanntmachungen sich kennzeichnen würden. Ein solcher amtlicher Erlaß muß bereits existent und als solcher erkennbar sein, ehe

zu ersuchen: dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher

1. unter Abänderung des § 2 des Gesetzes vom 7. Juni 1871 die Bestimmungen desselben auf andere mit besonderer Gefahr für Leben und Gesundheit verbundene Gewerbebetriebe ausdehnt;
2. in Betreff dieser Gewerbe die Verantwortlichkeit des Unternehmers und die Beweislast in einer der Natur des einzelnen Gewerbebetriebes entsprechenden Weise regelt."

Vorstehender Antrag steht von allen eingebrachten dem sozialistischen Antrage, der vorstehend abgedruckt ist, am nächsten. Der kleine Demagoge Max Hirsch ist sogar von Lasker übertrumpft worden. Ein clerikaler Antrag, sowie ein Antrag der Majorität der Nationalliberalen unter Führung des Obergerichtsanwalts Struckmann, fordert nur die Aufnahme einiger neuer Gewerbebetriebe — sonst Belassen beim Alten. Von links nach rechts aufgezählt formiren sich die Abänderungsanträge in Bezug auf das Haftpflichtgesetz folgendermaßen: 1) Sozialdemokratischer Antrag. 2) Antrag der nationalliberalen Minorität. 3) Antrag der Fortschrittspartei. 4) Antrag der nationalliberalen Majorität. 5) Antrag des Centrum.

— Zum Kapitel der Staatshilfe oder „Wo sind die Milliarden geblieben?" — Der Fonds zur Errichtung eines neuen Reichstagsgebäudes hat die Höhe von 29,066,701 M. 77 Pf. erreicht; die Baarwerthe des Fonds betragen 301 M. 77 Pf. und 29,066,400 M. sind in Eisenbahn-Prioritätsobligationen und in amerikanischen Bonds angelegt. — Der Bestand des Reichs-Festungsbaufonds beträgt im Ganzen 151,858,977 M. 21 Pf.; er setzt sich zusammen aus Eisenbahn-Prioritäten und Schuldverschreibungen deutscher Bundesstaaten, aus ausländischen Staatspapieren (im Werthe von 928,550 Lstrl.) und aus 2,647,500 Dollars. — Der Reichs-Invalidenfonds besteht aus 560,562,924 M. 38 Pf.; der weitaus größte Theil dieser Summe, nahezu 537 Millionen Mark, ist in Schuldverschreibungen und Eisenbahn-Prioritätsobligationen angelegt. Der Reichs-Festungsbaufonds schuldet dem Reichs-Invalidenfonds 519,015 M. 51 Pf. und an Baarwerthen enthält der letztere 4,837,030 M. 8 Pf. — Der Reichs-Kriegsschatz behält seinen Bestand von 120 Millionen Mark, die im Juliusthurm der Citadelle zu Spandau baar verwahrt sind. Er ist der einzige, der, unter Verzicht auf Zuwachs, vor Verlusten gesichert bleibt. Der Festungsbaufonds besitzt z. B. russisch-englische Anleihe aus den Jahren 1862, 1871 und 1872, für welche 908,550 Lstrl. bezahlt wurden; heute würden diese Schuldverschreibungen nur mit großen Verlusten veräußert werden können. Aehnlich ergeht es dem Invalidenfonds und dem Reichstagsfonds mit den Prioritäten ohne Staatsgarantie; ersterer hat Prioritäten für 162,867,000 M. und letzterer solche für 28,487,700 M. Der Coursverlust ist augenblicklich bedeutender, als der Erlös aus den Zinsen. Die Anlegung der Gelder ging vor sich im Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage, so daß beide für die Verwendung gleichmäßig verantwortlich sind. — Die Invaliden erhalten kümmerliche Pensionen, während der Invalidenfonds die Privatunternehmungen zum Schaden des Reichs in großartiger Weise unterstützt hat. Das Volk hungert — die Kriegsmilliarden sind zum Theil den Unternehmern in den Jahren 1871, 72, 73 zugeführt und haben die Ueberproduktion und den heutigen Nothstand herbeiführen helfen. Und da faselt man immer noch von einem neuerstandenen Reiche der Ordnung und der Wohlstandserzeugung!

— Fürst Bismarck's Schwärmerei für Alles, was nach Juchten riecht, ist bekannt und die Dienste, welche er in den bisherigen Phasen des orientalischen Krieges Rußland geleistet hat, gehören der Geschichte an und sichern ihm auf ewige Zeiten die Dankbarkeit jedes Knutenschwingers und -Anbeters. Nicht so bekannt dürfte sein, daß der deutsche Herr Reichskanzler auch privatim als Geschäftsmann Rußland die wesentlichsten Dienste leistet und dabei in puncto der „Neutralität" eben so — tolerante Begriffe entwickelt, wie auf dem Gebiete der „hohen Politik." Hören wir nur, was dem Berliner „Börsencourier" „aus dem Lauenburgischen" geschrieben wird: „Auf dem fürstlich Bismarck'schen Territorium in Lauenburg ist seit dem Herbst eine Pulverfabrik erbaut, welche jetzt im vollen Betriebe steht. In der letzten Woche ging für russische Rechnung eine bedeutende Ladung Pulver dieser Fabrik (die sich „Rottweil-Hamburger Pulverfabrik" nennt) zu Wasser auf der Elbe bei Dömitz ab. Dort wurde der Transport auf einen bereit gestellten Extrazug, der einunddreißig Wagen enthielt, geladen, und unter Begleitung von einem Premier-Lieutenant und zwölf Mann über Berlin nach der russischen Grenze weiter befördert. Noch in dieser Woche wird ein weiterer Transport Seitens der Pulverfabrik nach Rußland verladen werden." Man muß dem Fürsten Bismarck nachsagen, daß er ein vorzüglicher — Geschäftsmann ist.

— Pariser Weltausstellung. Es hat sich in Paris ein Comité gebildet, welches sich zur Aufgabe macht, auswärtige Sozialisten, ohne Unterschied der Nationalität, die die Weltausstellung besuchen, mit Rath und That zu unterstützen.

Der Sitz des Comités ist bei Herrn Gastwirth Braun, Rue de la Bastille 2, Paris. Alle Anfragen und Anmeldungen sind frankirt an Herrn Braun zu adressiren und können sich dabei die Gesinnungsgenossen der verschiedenen Nationalitäten ihrer resp. Muttersprache bedienen.

Mitglieder des Comités werden vom 1. Mai an jeden Abend von 8 Uhr ab im vorerwähnten Lokale anwesend sein und im Laufe des Tages eingetroffenen Parteigenossen Wohnung und Kostgelegenheit nachweisen; ebenso wird das Comité gemeinsame Besuche der Ausstellung organisiren.

Um über Fachfragen spezielle Auskunft ertheilen zu können, sind im Comité zahlreiche Professionen vertreten, u. A.: Tischler, Goldarbeiter, Bildhauer, Lederarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Tapezierer, Maler, Uhrmacher, Mechaniker, Photographen &c.

Auf mehrfache Anfragen theilen wir mit, daß der Preis für bescheidene Logis 1 bis 2 Frcs. täglich beträgt.

Man bittet die Besucher, sich mindestens acht Tage vor ihrer Ankunft anzumelden.

Den Anmeldungen ist eine schriftliche Empfehlung eines der bekannteren Parteigenossen oder eines Arbeiterblattes beizufügen.

Die Parteiorgane aller Sprachen werden um mehrmalige Aufnahme dieser Mittheilung ersucht.

— Agrarisches Verbrechen. Vor einigen Tagen wurde in Irland einer der reichsten Grundbesitzer, Lord Leitrim, auf einer Fahrt über Land nebst seinem Sekretär und Kutscher erschossen. Von den Mördern hat man nicht die leiseste Spur entdeckt. Lord Leitrim war ein sehr strenger Herr, der aus seinen Besitzungen ein möglichst hohes Einkommen herauszuziehen suchte und deshalb sehr unbeliebt war. Kurz vor seinem Tode hatte er eine Wittwe, Mrs. Alger, „evicted", d. h. von Haus und Hof gejagt, um das Grundstück rentabler zu verwenden.

— Noch nicht gehängt. Vor einiger Zeit hieß es, der russische Spion Stempowski, Verräther Netschajeffs, sei in der Türkei gehängt worden. Dies wird widerrufen, und wir erfahren jetzt, daß der saubere Patron in Wien als „Glas- und Porzellanmaler" lebt. Jedenfalls, meint die „Tagwacht", steht diese „Glas- und Porzellanmalerei" in enger Verbindung mit dem Umstande, daß die Wiener Polizei in der Verhaftung „staatsgefährlicher" Personen eine fieberhafte Thätigkeit entwickelt. Vor drei Wochen verhaftete sie bekanntlich erst den Russen Freemann und am 18. März, Abends, wurde die geistvolle junge Russin Dorothea Famillante und ein Russe, Namens Kullikoffski, verhaftet. Bei Famillante hielt man eine zweistündige Hausdurchsuchung und es wurden alle Schriften und Bücher confiszirt. Man glaubt einer großen Verschwörung auf die Spur gekommen zu sein, in welcher sehr viele Personen verwickelt sein sollen. Doch wird die Polizei sich unsterblich blamiren; aber die arme, unschuldige Famillante muß einstweilen dafür büßen, daß sie sich unterstanden hat, anders zu denken, als es der löblichen Polizei gefällt.

— Ueber das Elend der Flüchtlinge in Konstantinopel berichtet ein Correspondent der „Neuen freien Presse" geradezu haarsträubende Dinge. Etwa 300,000 flüchtige Mohamedaner sind in der Hauptstadt zusammengedrängt, welche, obschon die Regierung die Schulen, Kasernen und selbst einige Paläste des Sultans zu ihrer Unterbringung zur Verfügung gestellt hat, auf den Gassen und Plätzen kauern und dem bittersten Elend preisgegeben sind. In Folge der Ansammlung des russischen Heeres sind die Lebensmittel übermäßig im Preise gestiegen, so daß es den türkischen Familien fast unmöglich wird, den eigenen Lebensunterhalt zu erringen. Das Brod hat den fünffachen Preis erreicht und es sind die Mühlen kaum im Stande, das Getreide zu mahlen, welches die russische Armee bedarf. Täglich kommen Tausende von Flüchtlingen an und zwar ohne alle Geldmittel, ja selbst ohne die nöthige Kleidung. Viele von ihnen sterben auf offener Straße vor den Augen ihrer Leidensgenossen — Hungers. Obschon die russische Heeresleitung versprochen hatte, Leben und Eigenthum der muhamedanischen Bevölkerung Bulgariens zu schützen, durchziehen doch geheime russische Agenten die bulgarischen Städte und Dörfer und verbreiten unter der muhamedanischen Bevölkerung Schrecken und Angst. Den Türken wird mit der Rache der Russen gedroht. Die Bulgaren werden gegen dieselben aufgehetzt und die armen geängstigten Opfer derart bewogen, ihre Heimath freiwillig zu verlassen. Durch diese russische Niedertracht soll Europa getäuscht, soll eine Nation ohne Blutvergießen durch den Hunger aufgerieben werden. Dieses Vorgehen kennzeichnet so recht treffend die „Culturmission" der russischen Mörder. Trotz des „Friedens" werden die Rüstungen auf das fieberhafteste von beiden Seiten betrieben, um, wenn es wieder „losgeht", mit erneuter Kraft ans Morden gehen zu können. Angesichts des Massenelendes, das durch den unheilvollen Krieg heraufbeschworen wurde, sagen sich die beiden „Herrscher" die höflichsten Phrasen und behängen sich gegenseitig mit Orden. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!

— Noch keine Entscheidung; von englischer Seite ist aber in dem Cirkularschreiben des neuen Ministers des Auswärtigen, Lord Salisbury, das Programm des jetzt nicht länger an Händen und Füßen gebundenen Disraeli (Lord Beaconsfield) so scharf formulirt worden, daß ein Ausweichen Rußlands nicht mehr möglich ist, nur noch ein Zurückweichen. In diesem Cirkular ist der ganze Vertrag von St. Stefano für unannehmbar erklärt und so deutlich als Worte es vermögen ausgesprochen worden, daß England keinen Machtzuwachs Rußlands dulden und die Vernichtung des türkischen Reichs in Europa um jeden Preis verhindern wird. Das energische Vorgehen Englands hat auch auf Oesterreich gewirkt und das Wunder zuwege gebracht, daß ein österreichischer Staatsmann einmal die Gelegenheit versäumt hat, eine Dummheit zu begehen. Herr Andrassy — man staune — ist von Ignatieff nicht über den Löffel barbiert und dieser „frechste aller Lügner" genöthigt worden, wie ein begossener Pudel nach Petersburg zurückzukehren. Obgleich man in Wien noch keinen bestimmten Plan zu haben scheint, so steht doch so viel fest, daß es mit der Russenfreundschaft gründlich vorbei ist.

Während England den Russen die Pistole auf die Brust gesetzt hat und Oesterreich Miene macht, auf englische Seite zu treten, nehmen die „kleinen Bundesgenossen" Rumänien und Serbien immer feindlichere Stellung gegen die Russen, von denen sie freilich auch etwas zu sehr en canaille behandelt worden sind. Die Rumänen speziell sind höchlich erregt und haben geschworen, eher zu sterben, als „das Stückchen Bessarabien" an Rußland zurückzugeben. Wenn es nun den Rumänen, gestützt auf England und Oesterreich, gelingen sollte, ihren Willen durchzusetzen, so wäre Rußland, selbst wenn ihm ein Krieg erspart bliebe, thatsächlich um sämmtliche Früchte seiner „Siege" betrogen, denn dieses „Stückchen Bessarabien" wäre der Riegel, der ihm die Balkanhalbinsel versperrte.

Uebrigens erkennt man in Petersburg offenbar die Gefährlichkeit der Situation; die ängstliche, bescheidene Sprache, welche die Regierungsblätter jetzt führen, contrastirt in fast lächerlicher Weise mit der bisherigen Großschnauzigkeit. Zum Theil trägt zu dieser Kleinmüthigkeit der Umstand bei, daß man sich auf den „ehrlichen Makler" nicht mehr verlassen kann, der selbst bedenklich ins Schwanken gerathen ist.

— Am 2. April wurden in Köln bei dem Redakteur der „Kölner Freien Presse" und noch 27 anderen Partei- und Gewerksgenossen Haussuchungen gehalten, um festzustellen, ob zwischen der Centralbehörde der für Preußen geschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und den verschiedenen Gewerkschaften Verbindungen bestehen. Bei dem Redakteur der „Kölner Freien Presse" war die Haussuchung resultatlos, bei vielen anderen Gesinnungsgenossen wurden jedoch alle Briefe, die auf Gewerkschaften Bezügliches enthielten, confiszirt. Um der Behörde die „Arbeit" bei künftigen Haussuchungen zu erleichtern, wäre es nothwendig, daß die Partei- und Gewerksgenossen doch einmal der so oft ausgesprochenen Mahnung Folge leisteten, und alle Briefe sowie sonstige unnütze Papiere direkt dem Feuertode überlieferten.

— Verurtheilungen. Die in Hamburg erscheinende „Rundschau", Organ für sozialistische Propaganda, deren Abonnement wir hiermit aufs Wärmste empfehlen, hat ermittelt, daß im Monat März im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" nicht weniger als 53 Monate Gefängniß über sozialistische Redakteure und Redner als „Strafen" verhängt worden sind. Die Hauptattentäter sind die Redakteuere, von denen der der „Berliner Freien Presse" allein 12 Monate eingeheimst hat. — Dem März scheint der April nicht nachstehen zu wollen, und ein „Preßsünder" ist es, der in der Person des Genossen Ostermann, Redakteur der „Westfälischen Freien Presse", den Reigen mit 11 Monaten Gefängniß eröffnet hat, die demselben für eine Majestätsbeleidigung am 2. April von dem Criminalgericht zu Dortmund zuerkannt wurden. Hoffentlich wird die „Rundschau" über die Verurtheilungen im Monat April ebenfalls genau Buch führen und uns seinerzeit einen Buchsauszug vorlegen.

— In Greiz hat am 1. April ein neues Parteiorgan, die „Reußische Freie Presse" das Licht der Welt erblickt. Wir wünschen ihm das beste Gedeihen.

Aus Italien.

(Fortsetzung und Schluß.)

Beim Ackerbau selbst macht sich vor allem der Mangel an Kapitalien fühlbar, ein Umstand, der allerdings bei den traurigen Verbindungsmitteln und somit bei der geringen Hoffnung, die

---

von seiner Aufnahme in eine Zeitung die Rede sein kann. So lag aber der Fall hier nicht. Es wurde Helßigen nicht aufgegeben, einen solchen amtlichen Erlaß abzudrucken, vielmehr sollte er ausschließlich zwei Schriftstücke abdrucken, die mit einer amtlichen Bekanntmachung Etwas nicht gemein hatten; würde er diese Schriftstücke in seiner Zeitung — zumal ohne jedweden Zusatz, zu welchem er nicht verpflichtet war — einfach zum Abdrucke gebracht haben, so würde kein Leser auch nur mit einiger Sicherheit darauf, daß der Abdruck auf einer amtlichen Anordnung beruhe, haben schließen können, noch weniger aber würde Jemand zu behaupten berechtigt gewesen sein, es sei eine „amtliche Bekanntmachung", welche abgedruckt sei. Daran aber, daß jeder Leser hierüber nicht im Unklaren bleibe, hat namentlich auch der Redakteur selbst und zwar schon insofern ein Interesse, als gegentheiligen Falls leicht möglicher Weise der Vorwurf, ja die Anklage wider ihn erhoben werden könnte, er selbst habe die fragliche Publikation in beleidigender Absicht bewirkt. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß hierdurch nicht allzustrenge Anforderungen an die Form gestellt werden sollen, an welche man eine „öffentliche Bekanntmachung" im Sinne von § 10 des Reichspreßgesetzes gebunden sein läßt; vielmehr wird es Beweisfrage bleiben, ob im conkreten Falle diese oder jene Formulirung des amtlichen Erlasses genügt; nur soviel wird jederzeit zu erfordern sein, daß es soeben ein für den Abdruck bestimmter amtlicher Erlaß ist, dessen Aufnahme in Frage kommen soll. So würde es auch beispielsweise kaum einem Bedenken unterlegen haben, als eine „amtliche Bekanntmachung" im Sinne des citirten Paragraphen eine etwaige schriftliche Verfügung des Gerichts anzusehen, durch welche Helßigen, unter kürzlicher Verzeichnung der Veranlassung dazu, aufgegeben worden wäre, die fraglichen Schriftstücke sammt der Verfügung selbst in die Zeitung aufzunehmen.

Hiernach war die Beschwerde Helßig's als begründet anzusehen und demgemäß der bezirksgerichtliche Beschluß, nach welchem Untersuchungseinleitung auf Grund des § 19 verbunden mit § 10 des Reichspreßgesetzes wider jenen angeordnet worden, wieder aufzuheben.

Das Bezirksgericht wolle Helßigen demgemäß bescheiden und das in der Sache sonst Erforderliche verfügen.

Die durch die Beschwerde Helßig's verursachten Kosten sind aus der Staatskasse zu übertragen.

Dresden, am 28. Januar 1873.

Königl. Sächsisches Oberappellationsgericht.
v. Weber.

Theologie und Wissenschaft oder alte und neue Weltanschauung, von Karl August Specht.

„Der religiöse Aberglaube, richtiger der Religionsaberglaube — denn Religion und Aberglaube ist eins, wie Aberglaube und Glaube eins ist — wurzelt in Unkenntniß oder mangelhafter Kenntniß der Natur-Gesetze und -Erscheinungen"; diese Worte, welche wir bei einem früheren Werke desselben Autors aussprachen, können wir bei Besprechung des Vorliegenden getrost wiederholen, da die Absicht desselben dahin geht, die Verderblichkeit des religiösen Wahns aufzudecken und die Kenntnisse der Naturgesetze zu verbreiten. Daß hierzu eine gemeinverständliche klare Sprache von ganz besonderer Bedeutung ist, kann daraus leicht ersehen werden, daß die Forschungen unserer Gelehrten nicht über ein gewisses Publikum hinausdringen, wie könnte denn sonst nach den Arbeiten Kant's und Feuerbach's der Gottesglaube so viele Gläubige finden? Den Werth des vorliegenden Buches finden wir besonders darin, daß es ein wirkliches Volksbuch ist, dessen übersichtliche Gruppirung des wissenschaftlichen Materials wohl geeignet sein könnte, jeden Aberglauben — auch den bis zur Freireligiosität reduzirten — zu vernichten und eine einheitliche, auf Erfahrungsresultaten beruhende Weltanschauung an dessen Stelle zu setzen.

Was wir auszusetzen haben — es ist wenig genug — ist die theilweise polemische Form des Vortrags, die wohl in einem Pamphlet angebracht ist, der objektiven Wissenschaft aber fern bleiben soll, ganz abgesehen davon, daß die Wirkung entschieden beeinträchtigt wird, auch die allzuhäufige poetische Bekräftigung am Schlusse jedes Kapitels hätte wohl besser unterlassen werden können. Das Compilatorische des Werkes halten wir in Anbetracht seines Zweckes — ein Volksbuch zu sein — eher für einen Vorzug als einen Tadel, da der naturwissenschaftlich unkundige Leser durch das Gewicht der angeführten wissenschaftlichen Meinungen leichter überzeugt sein wird. Vortrefflich gelungen ist es Herrn Specht, die Bedeutung und das Wesen des Darwinismus in das richtige Licht zu stellen, so daß die Abschnitte über denselben besonders geeignet sind, klare und gesunde Ideen über Menschen und Dinge zu verbreiten. Wer wird wohl nicht den letzten Rest von „Respekt" vor dem Adel verlieren, wenn er erfährt, daß „alle menschlichen Embryonen, adelige ebenso wie bürgerliche, während der ersten Monate der Entwickelung von den geschwänzten Embryonen des Hundes und anderer Säugethiere kaum zu unterscheiden sind." (Häckel.)

Zieht der Verfasser unerbittlich gegen Alles zu Felde, was sich dem naturwissenschaftlichen Wissen als Glauben, gleichviel in welcher Form, entgegenstemmt, so können wir wohl annehmen, daß die Consequenz dieser Anschauungen nothwendigerweise zum Sozialismus führen muß. Denn wie er selbst sagt: „Wahrheit ist in erster Linie das Ziel der neuen einheitlichen Weltanschauung", und da diese Weltanschauung ein integrirender Bestandtheil des Sozialismus ist, so hoffen wir wohl nur ganz logisch, wenn wir erwarten, daß sich der Theil zum Ganzen finden wird.

-o-

Produkte zum Markte bringen zu können, nicht auffällig sein kann. Der Kapitalist will sein Geld unter solchen Bedingungen nicht zum Ackerbau verwenden. Der Pächter kann zunächst nicht, weil ihm die nöthigen Mittel fehlen, und hat auch ferner kein Interesse daran es zu thun, weil die ländlichen Contrakte in der Regel sich nicht über 6 Jahre erstrecken. Eine solche Zeit aber ist zu kurz, den Pächter zu veranlassen, selbst wenn seine Mittel es gestatteten, Kapitalien zur Bodenverbesserung zu verwenden; nur der Gutsherr würde aus solchen Anlagen Vortheil ziehen. Von der ganzen Bevölkerung des Königreichs Italien beschäftigen sich circa 60 Proz. mit dem Ackerbau; in den süditalienischen Provinzen wird die Quote eine bedeutend höhere sein, weil hier ein viel geringerer Bruchtheil in der Industrie beschäftigt ist, wie in Oberitalien.

Groß- und Kleingrundbesitz finden sich in Süditalien nebeneinander, doch so, daß der Kleingrundbesitzer dem ländlichen Lohnarbeiter viel näher steht, wie seinem mächtigen Rivalen. Das soziale Verhältniß des Pächters zum Grundherren ist nichts mehr und nichts weniger wie das des Herren und Sklaven. Um hier nicht der Uebertreibung beschuldigt zu werden, will ich einem italienischen Schriftsteller, einem Nicht-Sozialisten das Wort geben. Leopoldo Fronchetti schreibt hierüber:

„Dort, wo das einzige Mittel, der Unterdrückung zu entfliehen, die Auswanderung ist, dort ist diese Abhängigkeit gleich der wirklichen und wahren Sklaverei, und ist es auch nicht allein in wirthschaftlicher, sondern auch in persönlicher Beziehung. — Fast überall ist der Bauer gezwungen, neben den im Contrakte festgesetzten Naturalabgaben seine Dienste gratis zur freien Verfügung des Herren zu halten. Alle groben Arbeiten im Hause des Gutsherrn werden von den Bauern besorgt, und zwar abwechselnd in kürzeren oder längeren Zwischenräumen, je nach der Entfernung ihres respektiven Wohnortes; an den Tagen, an welchen der Bauer im Hause des Herrn arbeitet, ißt er dort. — Ganz auffällig ist die Unterthänigkeit jener Bauern den galantuomini gegenüber, mit welchem Ausdrucke sie jeden Menschen bezeichnen, der als Städter gekleidet ist. — Der galantuomo ist für den Bauer allmächtig; wenn er ihn nicht zum Herrn hat, ist er sein Gläubiger."

Die Contrakte zwischen Bauer und Pächter sind zu verschiedenartig, um hier einzeln besprochen werden zu können; dieselben ändern sich von einer Provinz, ja von einer Gemeinde zur anderen. Selten indessen zahlen die Pächter die ganze Pacht in Geld, häufig dagegen ganz in Naturalien, und wechselt die Höhe der Abgaben je nach der Fruchtbarkeit des Bodens und der Art seiner Produkte. In Cosenza, dessen Bauern den Ruf eines ganz ungewöhnlich guten Looses genießen, beträgt der Antheil des Pächters an den Boden-Produkten bis zu drei Viertel der ganzen Produktion, dieses aber nur in den unfruchtbarsten Gegenden, wo dem Boden nur mit der größten Mühe und mit der angestrengtesten Arbeit etwas abzuringen ist. Auf fruchtbaren Ländereien fällt der Antheil des Pächters auf die Hälfte für türkisch Korn und ein Drittel für Weizen. Dabei verbleiben die Früchte der auf den Aeckern stehenden Bäume gewöhnlich dem Eigenthümer, der für Pflege, Ernte und Trockenen dem Bauer einen Theil abgiebt, der je nach der Art der Früchte ein Viertel bis ein Drittel des erzielten Quantums beträgt. Eine besondere Art von Contrakten, die sog. „Verbesserungs-Contrakte", will ich noch speziell erwähnen. Der Eigenthümer übergiebt nämlich dabei dem Pächter ein ganz unangebautes Terrain, empfängt dafür in einigen Gegenden vom ersten Jahre an, in anderen erst vom dritten, eine Pacht, deren Höhe sehr verschieden ist. Solche Contrakte dauern in der Regel 8 Jahre, nach deren Ablauf der Eigenthümer dem Pächter einen Theil der Preisdifferenz zahlt, zwischen dem Werthe des Bodens bei Anfang und Ablauf des Contraktes. Dieser Antheil des Pächters beträgt je nach der Lage und der Fruchtbarkeit des Bodens ein Drittel bis ein Siebentel der ganzen Differenz. Nur die Kosten für Bewässerungs-Anlagen sind zu Lasten des Eigenthümers, der dadurch ein unangebautes Terrain auf billigste Weise zum schönen Ackerlande umgestalten zu lassen Gelegenheit hat. Doch nicht genug damit, sucht der Grundbesitzer auch noch auf anderem Wege sich die Sache zu verwohlfeilen. Der Bauer nämlich, der solche Contrakte mit dem Herrn eingeht, hat gewöhnlich nichts, was er sein Eigen nennen könnte; in den ersten Jahren, in welchen der Boden wenig erzeugt, ist der Pächter gezwungen, um leben zu können, seinen Gutsherrn um Unterstützung anzugehen. Bereitwillig geht Letzterer darauf ein, läßt sich aber für seine Vorschüsse gewöhnlich solche Zinsen zahlen, daß der Bauer am Ende seines Contraktes von seinem Antheile des erhöhten Bodenpreises nichts oder fast nichts mehr bekommt.

Damit berühre ich das Gebiet des Zinses oder vielmehr des Wuchers; denn was man heute unter Zins versteht, ist dem süditalienischen Bauer ganz unbekannt. Darlehne in baarem Gelde finden wenig statt, desto mehr in Ackerbauprodukten. Die zur Zeit der Saat gemachten Vorschüsse werden bei der Ernte zurückerstattet, und betragen die üblichen Zinsen für diesen Zeitraum 20—25 Proz., oft höher, nie unter 12—15 Proz. Dabei lassen sich noch die Herren die Differenz zahlen, die zwischen den Preisen des betreffenden Produktes besteht zur Zeit des gemachten Vorschusses und zur Zeit der Rückerstattung.

Dieser schauderhaften Landplage ist der Bauer mit Leib und Seele verschrieben; welche Anstrengungen er auch immer machen und welche Entbehrungen er sich und seiner Familie auch immer auferlegen möge, dem Arme des Wucherers kann er sich nicht entziehen. Bei mittelmäßigen Ernten genügen seine Vorräthe vielleicht, ihn den Winter hindurch zu erhalten und ihm Saatkorn für das nächste Jahr zu liefern, aber dann ist noch der Sommer da, und von allen Existenzmitteln entblößt, ist der Pächter gezwungen, den alten Weg in des wohlbekannten Wucherers Haus von neuem anzutreten. Ueberschüsse, die der Bauer etwa durch ganz glückliche Ernten zu machen im Stande ist, dienen dazu, die Schulden der schlechten Jahre zu decken. So erneut sich der ewige Kreislauf durch Hunger und Schulden zum Tode.

m. n.

Correspondenzen.

Stettin, 31. März. Die „Sozial-Correspondenz" „unseres" Viktor's, welche gleich nach ihrer Geburt die unverkennbarsten Zeichen eines unheilbaren Gehirnschwundes an den Tag legte, scheint nun auch in hochgradiger Weise an jener Krankheit zu leiden, die für derartige Lebewesen den sicheren Tod zur Folge hat, wenn nicht noch in letzter Stunde ein Wunder die völlige Auflösung verhindert— ich meine die Krankheit der Geldklemme. Die letztere Krankheit muß schon sehr vorgeschritten sein und den Organismus des im Verborgenen blühenden literarischen Pflänzchens in seinen Grundfesten erschüttert haben, wenigstens wird dies durch nachstehendes Circulär erwiesen, das von dem Vorsteher der hiesigen Kaufmannschaft an alle hiesigen Fabrikanten verschickt wurde, und dem ein Prospekt und sechs Nummern der „Sozial-Correspondenz" beilagen. Das Circulär lautet:

„In der Anlage gestatten wir uns, Ihnen einen Prospekt und einige Nummern der „Sozial-Correspondenz" mit der Bitte zu übersenden, diesem Blatte gefälligst Ihr Interesse zuwenden zu wollen. Die „Sozial-Correspondenz" ist das Organ des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, eines Vereins gemeinnütziger Männer, welche verschiedenen politischen Parteien angehören, und erscheint seit April v. J. Sie verfolgt den Zweck, auf dem Gebiete der Volkswirthschaft und des sozialen Lebens gesunde Anschauungen zu verbreiten und besonders auf Beseitigung des gespannten Verhältnisses hinzuarbeiten, welches leider vielfach zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herrscht und von sozialdemokratischer Seite in so verderblicher Weise genährt wird. Die Frage „Freihandel oder Schutzzoll" ist von der Diskussion prinzipiell ausgeschlossen. Indem wir im Uebrigen auf den Inhalt der beigefügten Drucksachen verweisen, ersuchen wir Sie ergebenst, die „Sozial-Correspondenz", welche in der Vertheidigung der bestehenden sozialen Ordnung eine uns allen gemeinsame Sache vertritt, durch Abonnement und in jeder Ihnen sonst angemessen erscheinenden Weise thunlichst fördern zu wollen. Der Vorsteher der Kaufmannschaft".

Armer Victor! Es ist wahrhaftig nicht Bosheit oder der Ausfluß irgend einer anderen sozialistischen „Untugend", wenn ich schon jetzt mein innigstes Beileid zu dem bevorstehenden Hinscheiden der „Sozial Correspondenz" ausdrücke. Nein, es ist nichts als das pure Pflichtgefühl, welches mich drängt, allen Feinden — und so auch Dir, Victorchen —, die sich gegen ihren Willen um den Sozialismus verdient gemacht haben, bei ihrem Ableben in aller Stille eine pietätsvolle Thräne nachzuweinen. Lebe wohl, Victor! Lebe wohl, „Sozial-Correspondenz"!

Berichtigung. In Nr. 39 des „Vorwärts" vom 3. d. M., betr. die öffentliche Quittung über den Wahlfond, muß es in der Rubrik Iserlohn nicht Lieberg, sondern **Sieberg** heißen.

Briefkasten

der Redaktion. J. M. R. in Berlin: Es ist derselbe Theodor Daschner, der im Februar in Crefeld verhaftet wurde; ob D. sich jetzt noch in Haft befindet, ist uns nicht bekannt. Ist Letzteres nicht der Fall, so können Sie D's Adresse am ehesten durch Derossi, Holzdamm 42 Hamburg, erfahren. — B. in Wandsbeck: Bis jetzt weiß ich keinen der betreffenden Herren, der um jene Zeit im Norden weilen wird. Ich selbst kann nicht kommen. H. |

der Expedition. Exped. d. „Braunschw. Volksfreund" Braunschweig: Wir haben Ihre Karte an Sauerteig in Gotha gesandt, der Ihrem Wunsche hoffentlich entsprechen kann. — Blaudow, Frankfurt a. O.: Ihre Reklamation ist dem Hauptpostamt zur Recherche übergeben. — Redakt. der „Hamburger freien Presse": Die Ueberweisung geschah richtig und rechtzeitig. Wird wohl nun in Ordnung sein. — Rud. Sigges Berlin: Wir werden bei C. Seiferth nachfragen lassen.

Quittung. Rzmnn Ernstthal Ab. 30,00 Slg Essen Ab. 48,00. Slbrhrn Eßlingen Ab. u. Schr. 21,25. Ettl Brüsau Ab. 11,06. Zgkl Böhm. Leipa Ab. 3,85. Zrnk Preßburg Ab. 2,49. Hrld Nadworna Ab. 1,66. Hmnn Wien Ab. 4,79. Abr Wien Ab. 16,36. Wßnr Anina Ab. 3,33. Wzk Steyr Ab. 5,00. Hbzl Wien Ab. 6,67. Hrring hier Ab. 0,60. Mhrs Hanau Ab. 0,80. Lng Hamburg Ann. 2,70. Hlzngr Wien Ab. 3,17. Arbeiterb.-Verein Wels Ab. 6,25. Hgr Obergrafendorf bei St. Pölten Ab. 8,33. Sbl Dortmund Ab. 32,30. Bsch hier Ab. 140,00. Grbstn Lindenau Ab. 14,00. Wgnr Wien Ab. 20,00. Kiky Wien Ab. 3,30. J. Mdr Brünn Ab. 4,95. A. Brndt Mittweida Ab. 17,00.

Wahlagitationsfonds.

Ein paar Mitglieder der „den Verführungen der Sozialdemokratie so vielfach zum Opfer fallenden studir. Jugend" in Berlin M. 31,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig. **An unsere Abonnenten.**

Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß unsere Colporteure angewiesen sind mit der dritten Nummer des „Vorwärts" und der zweiten Nummer der „Neuen Welt" des zweiten Quartals den Abonnementsbetrag zu kassiren.

Da für Herrn Ullrich vom 1. April ab Herr Bösch die Austragung besorgt, so ersuchen wir alle diejenigen geehrten Abonnenten des „Vorwärts", der „Neuen Welt", der „Fackel" und der „Zukunft", welche nicht bereits schon von Herrn Bösch die Blätter erhalten, dringendst, behufs Regelung der Colportage uns ihre Adressen zukommen zu lassen.

Die Expedition des „Vorwärts", der „Neuen Welt" 2c.

Leipzig. **Donnerstag, den 11. April, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":**

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die gegenwärtige Session des deutschen Reichstags. Referenten **W. Hasenclever** und **W. Liebknecht**. [90

Zahlreichem Besuch sehen entgegen **Die Einberufer.**

Leipzig. **Central-Kranken und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.** [80

Sonnabend, den 13. April, Abends 1/2 9 Uhr: **Generalversammlung** bei **Hunse**, Roßstr. 4b. — Wer unentschuldigt fehlt wird mit 25 Pf. gestraft. **D. V.**

NB. Diese Kasse ist nicht zu verwechseln mit der hier bestehenden Lokalkasse, welche „Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend" heißt.

Ottensen. **Am Geburtstage Lassalle's, Donnerstag, den 11. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeisters Salon:**

Volksversammlung.

Tagesordnung: Ursachen, Entwicklung und heutiger Stand der Arbeiterbewegung. Referent **A. Geib** aus Hamburg. [1,10

Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Parteigenossen ersucht für diese Versammlung zu agitiren. **F. Heerhold.**

Mein Bruder, der Sattlergehülfe

Leopold Hachenberg aus Homberg

wird hiermit ersucht seinen Aufenthalt behufs

Erbesregulirung

mir sofort mitzutheilen.

Carl Hachenberg, Braunschweig.

Lager roher Tabake
en gros & en detail
3a] **Heymann, Niederstraße 120, Hamburg.** [0,90

Central-Wahl-Comité.

Alle **Briefe** 2c. für das Comité sind von nun an zu richten an

C. Derossi, Holzdamm 42.

Geldsendungen sind wie bisher an **A. Geib**, Rödingsmarkt 12 zu adressiren.

Hamburg, 23. Februar 1878.

J. A.: C. Derossi.

Armer Conrad.

Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.

Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.

Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von **W. Liebknecht.** 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kossakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von **W. Liebknecht.** Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von **Dr. Borkttau.** Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg. (46)

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von **Dr. C. Borkttau.** Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von **Bruno Geiser.** Preis 30 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von **Bruno Geiser.** 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. [5,10

Durch uns ist zu beziehen:

Der Deutsche Bauernkrieg

von

A. Bebel,

mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters in populärster Weise dargestellt.

Der Verf. hat in dieser Gefängnißarbeit, besonders für die Arbeiter, welchen Zeit und Mittel fehlen, umfängliche und theure Geschichtswerke zu lesen, den großen Bauernkrieg in seinen gesellschaftlichen Ursachen geschildert. Sein Standpunkt ist der sozialistisch-materialistische, welcher Personen und Zustände, als das natürliche Produkt der vorhandenen materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft auffaßt und beurtheilt. Wir glauben mit der weitesten Verbreitung dieses 230 Seiten groß Octav umfassenden Geschichtsbuches, unserer Sache aufs Beste zu dienen und stellen mit Rücksicht hierauf, den Baarpreis per Einzelexemplar auf **M. 2.—**, in Partien **M. 1.75.** — (Porto einzusenden.)

Die Expedition des „Vorwärts."

Die neue Gesellschaft.

Monatsschrift für Sozialwissenschaft,

erscheint in einem Umfang von 3—4 Bogen und ist durch die Post und den Buchhandel, in Leipzig durch die Expedition des „Vorwärts", zu beziehen. Reichhaltiger Inhalt und hocheleganter Ausstattung zeichnen die Zeitschrift aus. Abonnementspreis pro Quartal **M.** 3,00; Insertionspreis pro gespaltene Petitzeile **M.** 0,40.

Zürich. **Verlag der „Neuen Gesellschaft".**

Klemich's

Blätter für geistigen Fortschritt

(Zeitschrift für naturphilosophisch-atheistische, sozial-ökonomische und allgemeine Belehrung. Organ der Dissidenten.)

erscheinen im 5. Jahrgange in Dresden im Verlage vom Privat-Schuldirektor Klemich, und vertreten in allgemein verständlicher Form die neue naturwissenschaftliche Weltanschauung und sonach einen sittlich-atheistischen und sozialistischen Standpunkt, schüren in rücksichtsloser Rede einen glühenden Haß gegen alle Institutionen, deren Vertreter, sich in den fadenscheinigen Mantel christlicher Liebe hüllend, aus der Volksverdummung ein einträgliches Gewerbe machen, stellen dem überirdischen Christenthum das irdische freie Menschenthum entgegen, bekämpfen die Staatslüge, den Volksaberglauben und das öffentliche privilegirte Scheinwesen, entblößen schonungslos die Schlupfwinkel der Heuchelei, analysiren den unsittlichen, die klaren Vorstellungen verwirrenden und verdunkelnden Glauben in jeder Gestalt und alles, was sich gegen Vernunft, Erfahrung und Logik aufbäumt.

Als Widersacher aller durch irdische oder himmlische Gensdarmerie geschützten Staatsgötter berichten diese Blätter auch ferner über die Wirksamkeit der modernen Inquisition. Wer uns in diesem redlichen und gefährlichen Kampf unterstützen will; wer mit uns solche Pranger für die Bosheit als unentbehrliches Schutzmittel für die betrogene Menschheit betrachtet: der abonnire auf dieses ebenso nützliche wie billige Organ.

Diese Zeitschrift kostet vierteljährlich 1 Mark a) bei jeder Postanstalt (excl. Postzuschlag) b) in jeder Buchhandlung und c) in der Expedition:

Frau Eugenie Klemich, Dresden, Schloßstr. 23.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des **„Vorwärts"** von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à 1/2 Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig. **Expedition des Vorwärts.**

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
betr. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rippe, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Heß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 43. Freitag, 12. April. 1878.

Staatssozialismus.

II.

Also die christliche Kirche und der heutige Hohenzollernstaat sind zur Lösung der sozialen Frage berufen — meint Herr Professor Wagner. Nun — „viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt", heißt's schon in der Bibel. Gehören die zwei genannten Institute zu den „auserwählten"?

In seiner, von uns (in Nr. 14) abgedruckten, (in Gemeinschaft mit Professor von Scheel erlassenen) Zuschrift an die Redaktion des „Staatssozialist" sagt Herr Professor Wagner — und bezeichnet damit, wenn auch in abgeschwächter Fassung, im Wesentlichen jedoch durchaus richtig, das Strebeziel des Sozialismus —:

„Verallgemeinerung von Eigenthum, d. h. ein immer größerer Theil des Volkes ist, sei es in Form des Privateigenthums, sei es in Form des Staats-, Gemeinde- u. s. w. Eigenthums, am Besitz des Bodens und des beweglichen Produktionskapitals zu betheiligen."

Es ist das die von der Sozialdemokratie in ihrem Programm gestellte Grundforderung:

„Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft."

Nur durch die Verwirklichung dieser Grundforderung kann die „Verallgemeinerung des Eigenthums" zur Wahrheit gemacht werden.

Die „Verallgemeinerung der Freiheit" hätte Herr Wagner sich in seinem Brief an den „Staatssozialist" ersparen können, da sie die nothwendige Folge der „Verallgemeinerung des Eigenthums" ist, ebenso wie wir — aus dem nämlichen Grunde — ihm nicht verargen, daß er die „Verallgemeinerung der Bildung" nicht erwähnt hat. Wenn sämmtliche Menschen ökonomisch unabhängig sind, dann findet sich die „Freiheit" nebst der „Bildung" von selbst. Natürlich geht das Alles nicht im Handumdrehn — aber es geht, mit der Sicherheit eines Naturgesetzes.

Und damit geht auch, gleichfalls mit der Sicherheit eines Naturgesetzes, die ganze Basis der christlichen Kirche und des heutigen Hohenzollernstaates flöten.

Wie Herr Professor Wagner auf die christliche Kirche seine Hoffnung hat setzen können, begreifen wir in der That nicht. Die bloße Thatsache, daß das Christenthum in den fast neunzehn Jahrhunderten seines Bestehens noch nicht fähig gewesen ist, Elend und Ungleichheit aus der Welt zu schaffen, ist schon ein genügender Beweis gegen die Fähigkeit des Christenthums zur Lösung der sozialen Frage. Der von modernen Theologen gemachte Einwand, das Christenthum und die christliche Kirche seien mit der Zeit fortgeschritten, hält absolut nicht Stich, denn das Christenthum mit der christlichen Kirche können sich einfach nicht fortentwickeln, weil sie im Neuen Testament und der Christuslegende den unbeweglichen Fels haben, an den sie mit eisernen Ketten geschmiedet sind. Durchfeilen sie diese Ketten, so sind sie nicht mehr „Christenthum" und „christliche Kirche", sondern moderne Gestaltungen, lügenhafte Scheinwesen, die vom Christenthum nichts an sich haben, als den heuchlerisch an die Stirn geklebten Namen.

Das weiß Herr Professor Wagner, oder sollte es wenigstens wissen.

Und was das wirkliche Christenthum und die wirkliche christliche Kirche nicht vermocht haben, das vermag wahrhaftig auch nicht das elegant frisirte, gebügelte und geschniegelte Afterchristenthum pfäffischer Streber.

Doch das nur nebenbei.

Wie dem Allen sei, glaubt Herr Professor Wagner, daß eine christliche Kirche — wie immer dressirt und uniformirt — überhaupt möglich ist bei allgemeiner Bildung? Wir meinen, wenn die Wissenschaft Gemeingut des Volks geworden ist? Er kann es nicht glauben, denn er muß wissen, daß ein Mensch, der mit den Waffen und Errungenschaften der Wissenschaft ausgerüstet ist, der, um nur ein Beispiel anzuführen, die Entwicklungslehre kennt, eo ipso außerhalb des Christenthums und der christlichen Kirche steht. Oder will Herr Professor Wagner, gleich seinem Collegen, dem im Geschwindschritt rückwärts schreitenden Fortschrittler Virchow, Halt, Umkehr gebieten? Dann freilich hörte die Diskussion auf, und wir hätten nichts mehr mit ihm zu reden.

Nein, so tief ist Herr Professor Wagner nicht gesunken.

Kurz, mit der Kirche ist's nichts.

Kommt der Staat.

Wohlan, der heutige Staat hat das Monopol des Eigenthums, das Monopol des Wissens zur Existenzbedingung; heben wir dieselbe auf, machen wir Wissen und Eigenthum zum Gemeingut, „verallgemeinern" wir sie, um uns der Ausdrucksweise des Herrn Professor Wagner zu bedienen, so wird dem heutigen Staat der Boden unter den Füßen weggerissen — er bricht unrettbar zusammen.

Der heutige Staat ist ein Klassenstaat; das liegt in seiner Natur. Er beruht auf der Ungleichheit der Menschen, auf der Herrschaft einer Klasse über die andere. Es ist wahr, monarchische Schwärmer haben von einem Volkskönigthum geträumt, das über die Zinne des Parteigetriebes und Klassenkampfes emporrage, und gleichmäßig, wie eine gütige Vorsehung, für das Wohl sämmtlicher Unterthanen — Verzeihung! Staatsbürger — sorge; allein dieses Volkskönigthum ist eine Chimäre. Der kräftigste, energischste Vertreter dieser Idee ist in die Regierung gelangt, hat sich nahezu die Omnipotenz errungen und — er ist der Gründer des klassischsten Klassenstaats geworden, den die Gegenwart kennt. Gegen die Logik der Thatsachen ist nicht anzukämpfen.

Genug — das „Volkskönigthum", die hohenzollern'sche Monarchie, welche die soziale Frage löst, ist entweder ein phantastischer Traum, eine Laune des Augenblicks, oder es ist ein erstrebtes, zum Glück nicht mögliches Paraguay im Großen — das Ideal von dem Einen Hirten und der Einen Heerde, die mit Einer volkskönigl ichen Peitsche an die Arbeit, auf die Weide, in den Stall getrieben und mit Einer volkskönigl ichen Scheere geschoren wird.

Dafür bedanken wir uns, und dafür bedankt sich hoffentlich auch Herr Professor Wagner.

Herr Professor Wagner mag sich wenden und drehen, wie er will: seine sozialen und seine politischen Forderungen sind nicht in Einklang zu bringen — erstere stoßen die letzteren um, beide vertragen sich nun einmal nicht mit einander, heben einander auf.

Allerdings kann nur in der vernünftig organisirten Gemeinschaft, die wir Staat nennen, die soziale Frage gelöst, das uns und Herrn Professor Wagner gemeinsame Ziel der „Verallgemeinerung des Eigenthums" erreicht werden; aber dieser Staat ist erst noch zu erkämpfen und kann erst in's Leben treten, nachdem der heutige reaktionäre Staat an seiner Unverträglichkeit mit den ökonomischen und sozialen Bedürfnissen der Menschen zu Grunde gegangen ist.

Die Sozialdemokratie hat dies erfaßt, und indem sie die Beseitigung des Klassenstaats und die Errichtung des freien Volksstaats erstrebt, treibt sie im eminentesten Sinne des Wortes Staatssozialismus.

Darum rufen wir nicht schlechtweg: Nieder mit dem Staatssozialismus!, sondern: Nieder mit dem falschen, utopistisch-reaktionären, pfäffischen Staatssozialismus!

Es lebe der Staatssozialismus der Sozialdemokratie!

Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

IV.

Werth und Preis.

H. L. Haben, fragen wir am Schluß des vorigen Artikels, Herr Professor Schäffle und die „Zukunft" mit ihrem Einwand gegen die sozialistische Werththeorie, daß nicht blos die Arbeit, sondern auch der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf", d. h. Angebot und Nachfrage, ein „werth"-bildender Faktor sei, Recht?

Mit Nichten.

Die Sache ist einfach die (und der aufmerksame Leser wird das, was ich meine, aus einer parenthetischen Bemerkung des vorigen Artikels bereits erkannt haben):

Alle Veränderungen des Austauschverhältnisses einer Waare, soweit sie eben nicht durch eine Veränderung der zu ihrer Herstellung erforderlichen „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit" (im richtigen Marx'schen Sinne dieses Wortes) verursacht sind, haben gar nichts mit ihrem Werth zu thun, sondern berühren ausschließlich den Preis.

So lange die für eine Waare aufzuwendende Arbeit, dieses einzige Agens des Tauschwerths, dieselbe bleibt, so lange bleibt auch ihr Werth immer derselbe, mag nun der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf" groß oder klein, „dringend" oder nicht dringend sein. Dieser kann immer nur den Preis berühren, ihn je nach Laune vergrößern oder verkleinern.

Zwar ist ja an und für sich der Preis nichts als der Ausdruck des Werthes in Geld (Gold, Silber ꝛc.) Nun muß aber — so definirt uns das Herr Marx, sofern ich es richtig interpretire, in seiner „Kritik der Politischen Oekonomie" S. 46 in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sich das Arbeitsprodukt des Einzelnen, der Rock, die Stiefel ꝛc., immer erst in die Waare Gold (oder Silber ꝛc.) verwandeln, um „gesellschaftliche Geltung" d. h. Kauftraft zu haben — (indem z. B. dem Schuster, der zehn Paar Stiefel hergestellt und damit einen bestimmten Werth geschaffen hat, mit dieser Thatsache noch nicht gedient ist, sondern es kommt ihm, da er ja die Stiefel von vornherein nicht für sich hergestellt, nun noch darauf an, ob sie Arbeit für Andere sind, bei denen er das allgemeine Werthzeichen Geld dafür eintauschen, kurz ob er die Stiefel verkaufen kann."

Dadurch nun, daß sich in Folge der plan- und zusammenhanglos betriebenen Produktion immer erst hinterher, wenn die Waaren auf dem Markt zusammenkommen, herausstellt, ob und in welchem Grade dieselben dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen, ob und in welchem Grade also die Gesellschaft geneigt ist, ihr von dem Produzenten erstrebtes und benöthigtes Geld für die Waaren hinzugeben — aus diesem Grunde geht diese kritische und doch unausweichliche Metamorphose der Waare in Gold nicht immer glatt vor sich, sondern die Waare erzielt, je nach den Verhältnissen des Marktes, oft ein kleineres, oft aber auch ein größeres Quantum Gold, d. h. also einen niedrigeren oder höheren Preis, als ihr Werth repräsentirt.

Das ist es auch, was Herr Marx meint, wenn er S. 60 und 61 des „Kapital" (1. Aufl.) sagt:

„Gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit von gleicher Größe stelle sich in 1 Quarter Weizen und in 2 Pfund Sterling dar. Die 2 Pfund Sterling sind Geldausdrücke der Werthgröße des Quarter Weizen, oder sein Preis. Erlauben nun die Umstände, ihn zu 3 Pfd. St., oder zwingen sie, ihn zu 1 Pfd. St. zu notiren, so sind 1 Pfd. St. und 3 Pfd. St. als Ausdrücke der Werthgröße des Weizens zu klein oder zu groß; aber sie sind dennoch Preise desselben, denn erstens sind sie seine Werthform, Geld, und zweitens Exponente seines Austauschverhältnisses mit Geld. Bei gleichbleibenden Produktionsbedingungen oder gleichbleibender Produktivkraft der Arbeit muß nach wie vor zur Reproduktion des Quarter Weizen gleich viel gesellschaftliche Arbeitszeit verausgabt werden. Dieser Umstand hängt weder vom Willen des Weizenproduzenten noch der anderen Waarenbesitzer ab. Die Werthgröße der Waare drückt also ein nothwendiges, ihrem Bildungsprozeß immanentes Verhältniß zur gesellschaftlichen Arbeitszeit aus.

„Mit der Verwandlung der Werthgröße in Preis erscheint dies nothwendige Verhältniß als Austauschverhältniß der Waare mit einer andern außer ihr existirenden Waare. Diese Form kann aber ebensowohl die Werthgröße der Waare, als das zufällige Verhältniß ausdrücken, worin sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist.

Die Möglichkeit quantitativer Incongruenz zwischen Preis und Werthgröße, oder der Abweichung des Preises von der Werthgröße, ist also in der Preisform selbst gegeben."

Oder wenn Herr Marx das auch von Herrn Schramm erwähnte Problem aufstellt:

„Der Marktpreis fällt unter oder steigt über den Tauschwerth mit dem wachsenden Verhältniß von Angebot und Nachfrage. Wie kann auf Grundlage des Tauschwerths ein von ihm verschiedener Marktpreis entstehen?"

Auch Herr Schramm selbst sagt ja übrigens, entgegen der im „Vorwärts" verfochtenen Ansicht, in seiner Broschüre: „Grundzüge der National-Oekonomie" S. 41:

„In den meisten Fällen decken sich jedoch Werth und Preis nicht. Verschiedene (?) Ursachen, z. B. Nachfrage und Angebot, bringen Preisschwankungen hervor, welche bewirken, daß der Preis das eine Mal größer, das andere Mal kleiner ist, als der Werth. Halten wir vorläufig fest, daß der Preis etwas Anderes als der Werth ist."

Wie um des Himmels willen will nun Herr Schramm für diesen quantitativen Unterschied zwischen Preis und Werth noch Raum finden, wenn der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf", d. h. eben „Nachfrage und Angebot", nicht nur, wie er in seiner Broschüre sagt, „Preisschwankungen hervorbringt", sondern auch, wie er in seinem Artikel in Nr. 62 des „Vorwärts" meint, den Werth zum Mitschwanken zwingen soll? Dann kann es ja gar keine Unterschiede zwischen Preis und Werth mehr geben, beide sind dann immer gleich groß!

Die Differenz zwischen der sozialistischen Werththeorie und derjenigen der bürgerlichen Vulgärökonomie besteht in der vorliegenden Frage also schließlich darin, daß letztere unterschiedslos jedes zufällige Austauschverhältniß einer Waare kurzweg den „Werth" derselben nennt und dem entsprechend „Angebot und Nachfrage" als souveränen Gebieter über die „Werthe" verehrt.

Es ist dies, nebenbei gesagt, die rechte „Wissenschaft" für eine Gesellschaft, deren oberste Gottheit der Schacher (eben „Angebot und Nachfrage") ist, die die Produkte nur als Objekte ihres „Rebach"-machens, als „Waaren", kennt, der dieselben daher immer genau so viel „Werth" haben, als sich gerade dafür ergattern läßt, und die demgemäß oft die werthlosesten Dinge, heute eine Tulpenzwiebel, morgen eine Aktie mit Haufen Goldes aufwiegt, anderseits oft die nützlichsten Gebrauchswerthe mit berechnender Niedertracht vernichtet, um für den Rest einen um so höhern Werth herauszupressen; die aber nichts davon weiß, oder vielmehr gar zu gern vergißt, daß ja die Objekte ihres Geschachers, die Waaren, nicht vom Himmel gefallen sind, sondern mit Müh' und Fleiß von Menschen erzeugt wurden, die ihr Fleisch und Blut, eben ihre „Muskel-, Hirn-, Nerven- ꝛc. Substanz", hineinlegten und nun auf den Wiederersatz derselben durch den zu lösenden „Tauschwerth" der Waare warten, zu deutsch: Hunger haben; der vor allem befriedigt sein muß, wenn es nicht gar bald mit dem ganzen „Geschäft" und den Geschäftemachern dazu ein gar kläglich Ende nehmen solle; daß man also der Waare ihren Werth doch nicht so ohne Weiteres auf der Leipziger Messe vordiktiren kann, sondern daß sie ihren eigenen souveränen Willen, ihre bestimmte Mission hat, die sie schließlich auch immer wieder durchsetzt.

Die sozialistische Werththeorie, die Werththeorie der Arbeit hingegen weiß das Alles sehr wohl, sie weiß, daß das einzig Bleibende, der einzig reale „Werth" der Waare nur das ist, was sie selbst hineingelegt hat. Das allein ist ihr der „Tauschwerth", damit schickt sie die Waare in die Welt hinaus. Was der Schacher („Angebot und Nachfrage") dann daraus macht, darauf sieht sie verächtlich herab, das nennt sie geringschätzend: den „Marktpreis".

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Schmähung von Staatseinrichtungen. Bisher wurden von den Nationalliberalen immer die bösen Sozialdemokraten angeschuldigt, daß sie die Staatseinrichtungen schmähten und beim Volke diskreditirten. Jetzt wenden sich die Herren nach einer ganz andern Seite mit ihren Anklagen. Der „Hannoversche Courier", das Organ des Herrn v. Bennigsen, schreibt nämlich:

„Einen Wunsch aber haben wir von vornherein an das dritte Ministerium Bismarck, und gerade bei der Zusammensetzung desselben dürfte es ein doppelt gerechtfertigter sein: daß nun die Diskreditirung mancher Staatseinrichtungen vom Ministertisch aus, welche in den letzten Jahren zu einer seltsamen Mode geworden, aufhören möchte. Seit Jahren sehen wir, wie das Haupt der Regierung gelegentlich sich in einer abfälligen Kritik bestehender Gesetze und Ordnungen ergeht, ohne daß die so proklamirten Mängel abgestellt, zum Theil sogar ohne daß die Möglichkeit und die Mittel ihrer Ab-

stellung angedeutet würden. Das ist eine politische Thätigkeit, welche sonst radikale Oppositionsparteien, aber nicht Regierungen zu üben pflegen."

Bismarck ist also ein „radikaler Oppositionsmann" gegen die bestehenden Gesetze und Ordnungen! Wir werden uns das merken.

— Ein unumwundenes Lob. Die Staatssozialisten wollen die Agitation so gern den Sozialdemokraten nachahmen — ihnen fehlen aber hierzu zwei wesentliche Momente; die eigene Begeisterung und bei ihren sogenannten Anhängern aus dem arbeitenden Volke die Ueberzeugung. In einem Artikel: „Gegen die Zersplitterung" klagt nun auch der Pastor Todt, daß schon allerlei Sonderbestrebungen in der neuen Partei Platz griffen und zeigt mit folgenden Worten auf die Sozialdemokratie hin:

„Die Sozialdemokratie hat diese Sucht nach „Selbstständigkeit" glücklich überwunden; sie hat mit großer Selbstverleugnung die Einigung der selbstständigen, auseinanderstiebenden Geister vollbracht und vollzieht sie fortwährend noch. Sie tritt geschlossen, mit conzentrirter Kraft in den Kampf; sie gehorcht einer selbstgegebenen Disziplin mit bewundernswürdiger Genauigkeit; sie deckt offen ihre Schäden auf und wird dadurch ihr eigener bester Arzt. — Alle diese Momente machen ihre Stärke aus und erklären den Erfolg ihrer Propaganda."

Die Sozialdemokraten können sich über solche Aussprüche nicht beklagen; sie wissen auch, daß dieselben wahr sind und werden sich bestreben, solches Lob durch unablässige erfolgreiche Agitation weiter zu verdienen. — Herr Todt aber möge bedenken, daß alle Angriffe der Christlich-Sozialen auf die durch solche Disziplin, durch solche Kraft befestigten Mauern der Sozialdemokratie vergeblich sein werden und selbst wenn er die Posaunenengel von Jericho zu Hülfe ruft.

— Habeat sibi. Wie von offiziöser Seite jetzt mitgetheilt wird, hat Arnold Ruge den „Ehrensold" von 3000 Mark jährlich auf sein Ansuchen hin erhalten, nachdem er sich bekanntlich an den Reichskanzler gewandt. Dies zur Ergänzung und Richtigstellung unserer neulichen Notiz. Das de mortuis nil nisi bene, das diesem Mann gegenüber Gültigkeit hat, verbietet uns weitere Bemerkungen, die ja auch nur abschwächen, also ihm zu Gunsten sein könnten.

— Der Congreß der Nichtwahlberechtigten Ungarns findet definitiv am 21. und 22. April statt. Die Tagesordnung, mit welcher sich der Congreß beschäftigen wird, umfaßt nur die zwei folgenden Punkte: 1) Das allgemeine Wahlrecht; 2) Wege und Mittel zur Erreichung desselben. Der Congreß hat also gleichsam die Aufgabe, Propaganda für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Ungarn zu machen. Dieser Umstand allein schon sichert dem Congreß die Sympathie aller nicht wahlberechtigten Staatsbürger Ungarns und verbürgt eine zahlreiche Betheiligung.

— Die polnische Frage verursacht unseren Staatsmännern viel Kopfzerbrechens. Man sagt, Fürst Bismarck — der in seiner russischen Rückendeckungspolitik um jeden Preis nachgerade ein Haar gefunden hat — habe die österreichische Regierung bedeuten lassen, sie werde im Fall eines aktiven Vorgehens gegen Rußland von deutscher Seite nicht gestört werden, nur müsse sie sich hüten, die polnische Frage in Angriff zu nehmen; wenn man in Wien die Wiederherstellung Polens aufs Tapet bringe, werde die deutsche Neutralität zu Ende sein. Nun — die polnische Frage wird auf's Tapet kommen, ob die österreichische Regierung sie in Angriff nimmt oder nicht. Die Weltgeschichte wird ihren eigenen Weg gehn, und mag Fürst Bismarck sich auf den Kopf stellen. Uebrigens scheint Herr Stieber die polnische Frage schon — in seiner Weise — in Angriff genommen zu haben. Einem der Redakteure der „Germania" ist, wie dieses Blatt mittheilt, von einem als „Liebermann" zeichnenden Pseudonym (Mensch, der einen falschen Namen giebt) ein Brief zugegangen, in welchem der lebhafte Wunsch, Polen wiederherzustellen und den „milden Czar", alias „verfluchten Glaubensverfolger zu schüssen" in dem bekannten Agent Provokateur-Stil und mit den obligaten orthographischen Schnitzern ausgedrückt wird. Herr „Liebermann" nebst seinem „Freund Kulwinski aus Kowno", der ihm helfen will, fanden jedoch bei dem Adressaten kein günstiges Gehör. „Das Manuskript des Briefs sammt Couvert, schreibt die indiskrete „Germania", liegen auf unserer Redaktion zur Abholung der Polizei bereit." Nun — die Polizei wird wohl nicht allzu eifrig sein; vorläufig ist das Spiel verdorben, aber der Stoff, aus welchem die Westerwelle gemacht sind, ist billig zu haben, und eine polnische Mordverschwörung ist für „Väterchen" und Compagnie einige Millionen Rubel unter Brüdern werth.

— Nach Berichten aus Rußland ist der Krieg der Förderung des Panslavismus keineswegs günstig gewesen. „In Petersburg, schreibt man z. B. der „Schlesischen Presse", fand kürzlich eine Generalversammlung des Slavencomités statt, welcher die fast auffallende Thatsache mitgetheilt wurde, daß im vorigen Jahre die Zahl der Vereinsmitglieder von circa 2000 auf circa 500 heruntergegangen sei und daß viele Mitglieder mit ihren Beiträgen sich im Rückstande befinden."

Natürlich — „der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehn." Der „Panslavismus" war und ist, wie wir wiederholt hervorgehoben haben, eine Erfindung und ein Instrument der russischen Regierung, welche damit seit Jahrzehnten die besonders simpelhaften Nationalitätssimpel in ihr Netz lockt. Um dem jetzigen Krieg — denn er ist noch nicht zu Ende — ein nationales Mäntelchen umzuhängen, ließ man die „Panslavisten" tüchtig ins Horn stoßen. Das ist nun nicht mehr möglich. „Väterchen" war genöthigt, Farbe zu bekennen und die Nationalitätsmaske gleich der Humanitätsmaske fallen zu lassen, und da paßt der Panslavismus nicht mehr in den Regierungskram. Die „nationale Bewegung" ist abcommandirt worden; die „Macher" haben sich natürlich dem Befehl gefügt, und die gelöderten Simpel sind eben — gemacht; nehmen sie die Sache zu ernst und tragisch, so bringt man sie in „Nummer Sicher" zur Ruhe und Raison.

— Zur orientalischen Frage. Die russische Regierungspresse schlägt einen immer kleinlauteren Ton an, es falle Rußland nicht ein, den ganzen Friedensvertrag von St. Stefano Europa aufdrängen zu wollen, ebenso wenig falle es ihm ein, aus der Rückgabe von Bessarabien eine conditio sine qua non (unerläßliche Bedingung) zu machen — Rußland sei schnöde mißverstanden worden u. s. w. Kurz man steckt in der Sackgasse und möchte mit guter Manier wieder heraus. Ob es gelingen wird? Der „ehrliche Makler" und Pulverlieferant für „Väterchen" ist zwar eifrig damit beschäftigt, eine goldene Rückzugsbrücke zu bauen, allein es fragt sich doch sehr, ob dieselbe praktikabel sein wird. Die englische Regierung hat — das erhellt aus den jüngsten, dem Parlament vorgelegten Depeschen — unsere Reichsregierung vollständig links liegen lassen und geht ihre eigenen Wege. Daß sie aber alle Chancen des Gewinns hat, würde sie — falls dies nöthig wäre — gerade aus der Angst der russischen Diplomatie gelernt haben.

Inzwischen bereitet man sich auf beiden Seiten für den äußersten Fall vor; die russischen Truppen in der Türkei werden zusammengezogen, die Festung Rustschuk für eine Belagerung zurecht gemacht und auch sonst Maßregeln getroffen, aus denen die Kriegsbefürchtung der Russen zu folgern ist. Und in England werden die Rüstungen mit wachsender Energie und Eile betrieben.

Als Kuriosum sei erwähnt, daß ein Politikus des „Leipziger Tageblatts" diesem aus Berlin brühheiß die Nachricht überschickt (stolz, der erste zu sein!), daß Fürst Bismarck eine Allianz mit — Frankreich abgeschlossen habe, um den Frieden zu diktiren. Den Ursprung dieser wunderlichen Ente, die von einer lustigen Sozialistengesellschaft gezüchtet und dem unglücklichen Politikus aufgehängt worden ist, erzählen wir vielleicht nächstens im Feuilleton. Wir wollen erst abwarten, wie viele unserer „intelligenten" Zeitungen noch darauf 'reinfallen.

Ein würdiges Seitenstück zu dieser Ente ist die Entdeckung der nationalliberalen Waschzettelfabrikanten, daß, wenn der Friede erhalten bleibe, dies Deutschland zu verdanken sei. Ei! Ei! Wir hatten gedacht, die Sache verhielte sich etwas anders: wenn Rußland den Schweif einziehe, so geschehe es aus Furcht vor englischen Hieben, während es, umgekehrt, niemals den Frieden gefährdet hätte, wenn ihm nicht von der deutschen Reichsregierung Vorschub geleistet worden wäre.

— In der Newyorker „Arbeiterstimme" vom 24. März ist ein Erlaß des National-Exekutiv-Comités enthalten, in welchem zur größeren Unterstützung der „Arbeiterstimme" aufgefordert wird, damit dasselbe in doppelter Stärke erscheinen könne. Ebenso werden die vorbereitenden Schritte angekündigt, um das englische Parteiorgan unter der Leitung des Dr. John Mac Intosh ins Leben rufen zu können. — Man sieht, auch die amerikanischen Parteigenossen lassen sich keine Mühe verdrießen, um dem Sozialismus mehr und mehr Eingang in die Volkskreise zu verschaffen.

Die Lage der Volksschule in Preußen.

Der preußische Geheime Regierungsrath und vortragende Rath im Ministerium des Innern, Herr L. Herfurth, bringt in den „Beiträgen zur Statistik der Gemeindeabgaben in Preußen" beachtenswerthe Aufschlüsse über die Kosten der Volksschule in Preußen und die Art und Weise, wie dieselben aufgebracht werden. Freilich sind diese Angaben nicht vollkommen erschöpfend, weil sie die Stadtkreise und den Kreis Lauenburg, welche eine Bevölkerung von 3,980,044 „Seelen" aufzuweisen haben, nicht mit berühren. In den übrigen Gemeinden, für welche die im Sommer 1875 eingeforderten Berichte erstattet wurden, sind die zur Deckung der Ausgaben nöthigen Summen auf folgende Weise aufgebracht: Das Lehrereinkommen ausschließlich der persönlichen und Alterszulagen wurde gedeckt durch das Schulgeld von 9,619,449 Mk., durch Einkünfte vom Schulvermögen und Stiftungen von 2,036,222 Mk., durch Beiträge von Gemeinden, Gutsherren und Patronen 27,556,054 Mk., durch Staatszuschüsse im Betrage von 5,647,102 Mk. In Summa betrug das Lehrereinkommen 44,858,827 Mk. Zur Deckung sonstiger Schulzwecke ausschließlich der Bauten wurden von den Gemeinden 2c. verausgabt 6,455,238 Mk., für Bauten im dreijährigen Durchschnitt 12,349,011 Mk. Wenn man auch die Alterszulagen für die Lehrer und die Summen, welche für die Beaufsichtigung der Volksschule bezahlt werden, auf Rechnung des Staates setzt, ist die Summe, welche der „Intelligenzstaat" Preußen, der doch für militärische Zwecke so „heidenmäßig viel Geld" hat, für die Volksschule aussetzt, sehr klein zu nennen. Ganz anders verhält es sich mit den Hochschulen, welche doch in der Regel nur von den Angehörigen der besitzenden Klasse besucht werden können; hier zahlt der Staat viel bedeutendere Summen als für das Aschenbrödel, die Volksschule.

Zu den 72 Mill. Mk., welche für die Volksschule verausgabt werden, leistet der Staat einen Beitrag von blos 13 Mill. Mk. Wie hoch sich die Summen für jedes unterrichtete Kind belaufen, ist aus Nachfolgendem ersichtlich: Ende 1871 besuchten in Preußen 3,900,655 Kinder, d. i. 15,85 Proc. der damaligen Bevölkerung, die öffentlichen Elementarschulen auf dem Lande. Man darf nun annehmen, daß unter den 21,762,360 Bewohnern der Landkreise, für welche die Kosten des Volksschulwesens auf 72 Mill. Mk. berechnet wurden, ungefähr 16 Proc. die Volksschule besuchten, daß daher die Summe für den Unterricht von 3,5 Mill. Kindern aufgewendet wurde. Die Erziehungskosten eines einzelnen, die Volksschule besuchenden Kindes belaufen sich jährlich auf 20 Mk. 57 Pf. Wie verschwindend klein diese Summe ist, ersieht man erst recht, wenn man sie mit den Kosten, welche die Hochschulen verschlingen, vergleicht. Nach den Berechnungen von 1876 betrug die Summe für jede einzelne Person, welche zum Besuch der Vorlesungen berechtigt war, 706 Mk., von welchen allein 513 Mk. aus Staatsmitteln gedeckt wurden. Für die „Auserwählten" spendet der Staat mit vollen Händen, für die Kinder des Volkes hingegen ist nur sehr wenig Geld vorhanden. Daß bei der so geringen Dotirung der Volksschule, bei den ungenügenden Besoldungen der Volksschullehrer die Volksschule nicht viel leisten kann, liegt auf der Hand.

In dem „Jahrbuch für die amtliche Statistik des preußischen Staates", herausgegeben vom kgl. statistischen Bureau, 4. Jahrg., befinden sich bezüglich der Schulbildung der über zehn Jahre alten Angehörigen des preußischen Staates interessante Zahlen. Wir theilen hier die Zahlen mit, welche die Schulbildung im Staate und in den einzelnen Provinzen angeben, nebst dem Procentsatz, in welchem die über zehn Jahre alten des Lesens und Schreibens Unkundigen und diejenigen Personen, deren Schreib- und Lesefähigkeit zweifelhaft ist, 1) zur Gesammtzahl der über zehn Jahre alten Personen stehen und 2) zu der Zahl derjenigen Personen, die schreiben und lesen können.

Provinzen	Personen		
	über zehn Jahre alt	können lesen u. schreiben	Schulbildung nicht angegeben
Ostpreußen	1,864,867	978,225	26,762
Westpreußen	958,133	590,564	17,757
Brandenburg	2,215,465	2,063,722	28,576
Pommern	1,062,123	921,260	17,385
Posen	1,146,668	696,725	29,852
Schlesien	2,797,050	2,368,074	30,570
Sachsen	1,593,795	1,514,821	20,714
Schleswig-Holstein	760,899	728,482	6,627
Hannover	1,502,207	1,390,040	22,885
Westfalen	1,226,096	1,238,706	19,618
Hessen-Nassau	1,059,362	1,002,588	16,361
Rheinland	2,701,651	2,464,870	40,040
Sigmaringen	51,263	49,825	415
Truppen im Auslande	88,887	87,795	10
Staat	18,578,466	16,040,648	277,572

Ein russischer „Anti-Lassalleaner".

(Von einem Russen.)

Man sollte fast glauben, die „Dresdener Social-Correspondenz" habe auch in Rußland ihre Agenten, die der Knutenpresse den Professor Böhmert'schen „Geist" verleihen und jene, in der Regel blos Polen und Juden verfolgende, sonst so ziemlich friedliche Zarenkreatur auch zu Sozialistenfressern heranbilden. In dem Feuilleton zu Nr. 52 (vom 5. März 1878) der „St. Peterburgskija Wjedomosti" ist nämlich unter der Ueberschrift: „Der Sozialismus und sein Apostel Lassalle. — Wonach hat der Arbeiter zu streben. — Lassalle als Schriftsteller. —" ungefähr Folgendes zu lesen.

Die Lehre vom Sozialismus, dessen Wiege bekanntlich Frankreich war, hat daselbst in den vierziger und fünfziger Jahren mächtig gewirkt und unter Anderem die politische Wendung des Jahres 1848 zum Vorschein gebracht. — Darauf übersiedelte der Sozialismus nach Deutschland, „schloß dort mit nichts weiter, als der zur Zeit des Polnischen Aufstandes in Rußland, in den sechsziger Jahren stattgehabten Arbeiterbewegung" und schlich sich alsdann in unser Vaterland hinein, wo er „allerdings nur für diejenigen gefährlich war, welche mit ihm in zu nahe Berührung kamen (!). — Während die Lehre vom Sozialismus — fährt der geniale Feuilletonist fort — in Frankreich eine „colossale" Literatur hervorbrachte, die schon lange, lange im Staube der Bibliotheken weilt, nahm dieselbe in Deutschland zu Broschüren, parlamentarischen Debatten und einigen sozialökonomischen Werken (alles Andere geruht der gute Mann nicht zu kennen!), die sich durch „eigenthümliche Ideen", wie par exemple die des Carl Marx auszeichnen, — ihre Zuflucht.

Nach der höchst originellen Bemerkung, daß die „ab und zu erscheinenden Broschüren, die Aeußerungen derjenigen Abgeordneten, welche jener metaphysischen Philosophie zugethan sind", — den deutschen Zeitschriften (à la „St. P. W."!) noch heute viel zu schaffen machen, jammert der große Knutenpatriot, über das schwere Uebel, daß die russische Intelligenz dieser „metaphysischen Philosophie" ein mäßiges, wenn also auch kein leidenschaftliches Benehmen zu Theil werden läßt, und zwar „Dank der seiner Zeit rücksichtsvoll aufgenommenen Theorien des John Stuart Mill, wozu selbstverständlich die Commentarien deren Uebersetzer (Tschernyschewsky) nicht wenig beigetragen haben." (Das stimmt!)

Nun geht er zu seinem Hauptthema über, nämlich zum Blosstellen des Apostels des „metaphysischen" Sozialismus. Mit frischen Kräften und erheiterter Stimme fährt er also fort:

Die Lehren des französischen Sozialismus sind in unserer Zeit außer Wirkung gekommen, und an der Spitze dieser Lehre stand eine Zeit lang der Deutsche „Liberal" (nicht übel!) Lassalle, dessen Wesen bald nach seinem Tode colossale Dimensionen annahm. — Spielhagen idealisirt ihn in seinem Roman: „In Reih' und Glied" nicht weniger als die Kirche Apostel Paulus 2c. 2c. — — — „Nach alledem, jubelt unser Anti-Lassalleaner, haben wir in der That geglaubt, es gäbe auch in unserer Zeit Menschen, die für das Wohl der Menschheit keinerlei Opfer scheuen, auf ihre Lebensweise, resp. -Bequemlichkeit nicht achten u. s. w. — — —; wir stellen ihn — den Vortragenden jener leidenschaftlichen, enthusiastischen Reden vor den Arbeitern — uns genau so vor, als wäre er einer Derer, welche in den ersten drei Jahrhunderten der Aera des Christenthums Millionen von Menschenherzen hingerissen, indem sie vor ihnen „die Liebe zum Nächsten predigten." — — — Aber (ach, welche bittere Enttäuschung!) kaum ging man an seine Biographie, als man die Sache in einem ganz anderen Lichte fand. Es stellte sich heraus, daß der Kämpfer gegen die Kapitalmacht — durchaus kein Ascet — nobel, luxuriös und comfortabel lebte und dies von den Zinsen seiner Erbschaft, „gegen welches Uebel er sein ‚System der erworbenen Rechte' schrieb." Wir brachten in Erfahrung, daß er gar (o himmlischer Vater!) ein Jude war, der indeß nicht Anstand genommen, „eine reiche russische Gräfin" heirathen zu wollen. — — — „Also — ruft er mit Enthusiasmus — steht unser Heros aus!" — — — „Ein schönes Pröbchen der Apostel des 19. Jahrhunderts!" — — — „Wir glauben, daß hiernach (sic!) die Grundlagen des deutschen Sozialismus, sowie dessen Apostel in den Augen unseres Volkes tief gesunken sein müssen." („So bunt — höre ich hier die Berliner „Volkszeitung" unter Kopfschütteln rufen — so bunt haben wir es nicht gemacht!")

Hierauf citirt der große Anti-Lassalleaner die Worte eines „verehrten" Professors Tsitscherin in seinem Artikel: „Die deutschen Sozialisten (Sammler für Staatswissenschaften T V.), welche die Hauptidee der Sozialisten klarlegen. In diesem Citate giebt er nämlich die Gedanken Lassalle's in seinem „Arbeiter-Programm" pag. 33—40 in einigen Zeilen wieder, also äußerst mangelhaft und gedrängt. — Dieses Citat schließt mit folgenden buchstäblich übersetzten Worten: . . . . „Lassalle, sowie die Mehrheit der Sozialisten, halten, gleich Leo in Rom, an (v. Spielhagen) die Durchführung ihrer Theorien vermittelst Verbandes des Arbeiterstandes mit einer absolutistischen Monarchie für möglich. Eins von den Beiden, entweder (im Original Cursivschrift) entweder „reiner" Absolutismus, oder allgemeines Wahlrecht." Unter diesen beiden läßt sich bei Verschiedenheit der Ansichten (— der Sozialdemokrater!?) eine Alternative stellen, was aber dazwischen liegt (der constitutionelle Staat) ist jedenfalls unmöglich, unconsequent und unlogisch."

Dieses Letztere scheint mir eine zweite, nicht ganz stereotype und incorrekte Auflage jener Stelle von Lassalle's „Arbeiter-Programm" zu sein, wo er sagt: „. . . Was also damals in Frankreich wirklich sich nicht halten konnte und gestürzt wurde, das war nicht die Republik, sondern die Bourgeois-Republik, und so bestätigt es sich denn bei der wahrhaften Betrachtung

Provinzen	Personen	Des Lesens u. Schreibens Unkundige u. deren Lese- u. Schreibfähigkeit zweifelhaft		
	des Lesens u. Schreibens Unkundige	Zusammen	% der über 10 Jahre alten Personen	kommen auf 100 mit Schulbildung
Ostpreußen	359,880	386,642	28,32	39,52
Westpreußen	349,812	367,569	37,80	62,24
Brandenburg	123,167	151,743	6,84	7,35
Pommern	123,478	140 863	13,26	15,29
Posen	410,090	449,942	39,24	64,57
Schlesien	398,406	428,976	15,87	18,11
Sachsen	58,260	78,974	4,95	5,21
Schleswig-Holstein	30,790	37,417	4,90	5,17
Hannover	89,282	112,167	7,46	8,06
Westfalen	67,772	87,890	6,59	7,05
Hessen-Nassau	40,468	56,894	5,86	5,60
Rheinland	196,741	236,781	8,76	9,66
Sigmaringen	1,028	1,488	2,80	2,88
Truppen im Auslande	1,082	1,092	2,80	2,88
Staat	2,260,226	2,547,818	13,65	15,82

Wir wollen hier bemerken, daß auch auf der im Jahrbuch enthaltenen Tabelle die des Lesens und Schreibens Unkundigen und Diejenigen, deren Fähigkeit zweifelhaft ist, zusammengezogen worden sind. Nach den obigen Tabellen befanden sich daher am 1. Dezember 1871 im preußischen Staate unter 18,578,466 Personen im Alter über zehn Jahren nicht weniger als 2,260,246 Personen, die gar nicht lesen und schreiben konnten, und 277,572 deren Lese- und Schreibfähigkeit mindestens zweifelhaft war, im Ganzen mithin 2,537,818 Personen ohne Schulbildung, d. h. auf hundert Personen, die schreiben und lesen konnten, kamen im Durchschnitt 15,82 Personen, die nicht lesen und schreiben konnten.

Nach dem Verhältniß der Schulbildung der über zehn Jahre alten Gesammtbevölkerung lassen sich die Provinzen folgendermaßen eintheilen.

Provinzen	Des Lesens u. Schreibens Unkundige	
	% der über 10 Jahre alten Personen	kommen auf 100 mit Schulbildung
1) Posen	39,24	64,57
2) Westpreußen	37,80	62,24
3) Ostpreußen	28,32	39,52
4) Schlesien	15,87	18,11
5) Pommern	13,26	15,29
6) Rheinland	8,76	9,60
7) Hannover	7,46	8,06
8) Brandenburg	6,84	7,35
9) Westfalen	6,59	7,05
10) Hessen-Nassau	5,86	5,66
11) Sachsen	4,95	5,21
12) Schleswig-Holstein	4,90	5,17
13) Sigmaringen	2,80	2,88
im Staate	13,65	15,82

In Posen kommen also auf hundert Leute mit Schulbildung fast 65 ohne Schulbildung, in Westpreußen über 62, in Ostpreußen gegen 40. Trotz derartiger Zustände ist Preußen denn doch ein „Culturstaat", in welchem die höchste „Intelligenz" zu Hause ist und dessen Schullehrer die Schlachten schlagen. — Wenigstens wetteifern Regierung und Nationalliberalismus miteinander, dies dem beschränkten Unterthanenverstande plausibel zu machen.

Correspondenzen.

London, den 28. März. In einfacher erhebender Weise wurde der 18. März auch hier in London gefeiert und zwar durch ein Banquet, arrangirt von den hiesigen Communisten. Ranvier führte den Vorsitz und leitete die sehr interessanten Gedächtnißreden ein. An denselben betheiligten sich Lissagaray, Jourde, Grousset, Regnard, Theisz ꝛc. Es konnte mit Genugthuung konstatirt werden, daß die Verleumdungen der Commune allmählig auf ihre Urheber zurückzufallen beginnen. Hauptsächlich wurde betont, daß die Arbeiter nie und nimmermehr sich als Anhängsel der bürgerlich-republikanischen Partei betrachten dürfen, denn die Geschichte der französischen proletarerischen Bewegung kennzeichne dies als einen Verrath an sich selbst. — Am 20. März fand die Märzfeier des Comm. Arb.-Bild.-Vereins statt. Dieselbe erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuches und fanden die Reden in den verschiedenen Landessprachen der Genossen Mai, Weber, Kaufmann, Kitz, Longuet, Ehrhart und Hoffmann, die den 18. März der Commune sowie auch den von Berlin feierten, ungetheilten Beifall. — Am 26. März fand im Ostende Londons eine zahlreich besuchte Volksversammlung unter dem Vorsitze von Weber statt und referirten die Genossen Zabecky, Ehrhart und Mai. Die Folge war die Gründung einer zweiten Sektion des Comm. Arb.-Bild.-V. für das Ostende, welche aller Wahrscheinlichkeit nach stark zu werden verspricht. Es ist dadurch einem schon längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen und ersuche ich die Genossen und Abonnenten des „Vorwärts" der City u. Eastende nach ihren besten Kräften das junge Unternehmen zu unterstützen. Fahren wir so weiter fort, so haben wir allen Grund, mit unsern Fortschritten zufrieden zu sein. F. J. Ehrhart.

Königsberg i. Pr., 9. April. Laut Ukas des Gewerkvereins-Doktors, Max Hirsch, sollten aus dem hier bestehenden Ortsverein der Metallarbeiter drei Mitglieder, weil sie Sozialdemokraten sind, ausgeschlossen werden. Zu diesem Zwecke wurde für den 30. März eine Versammlung einberufen. Max hatte mit seinem Ukas schrecklich Pech, denn nur eine winzige Minorität der gut besuchten Versammlung stimmte für die Ausschließung, obschon der Vorsitzende zu wiederholten Malen betonte, daß, falls die Ausschließung, die der Herr Doktor wünsche, nicht zu Stande komme, der Verein aufgelöst werden würde. Die Versammlung ließ sich jedoch nicht dupiren und die Ausschließung fand nicht nur nicht statt, es wurde im Gegentheil folgender Antrag eingebracht: „Da der Vorsitzende, sowie der eine Kontroleur durch ihr Vorgehen den Verein schädigen, dürfen dieselben innerhalb dreier Monate weder Versammlungen noch Sitzungen des Vereins besuchen." Diesen Antrag brachte der Vorsitzende nicht zur Verlesung; er schloß die Versammlung und trollte sich mit dem einen Kontroleur von dannen. Der sofort konstituirte neue Vorstand sandte sogleich eine Interpellation an Max Hirsch, in welcher das Vorgehen gegen den hiesigen Verein auf das energischste getadelt wurde. Mäxchen kann sagen: „Fallen seh' ich Zweig auf Zweig!" Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan und kann gehen; die Erbschaft wird die Sozialdemokratie antreten.

Schweidnitz, 1. April. Bekanntlich waren die „Vertreter der Industrie" in Berlin vor kurzer Zeit zu einer Versammlung zusammengetreten, um über Mittel und Wege zu berathen, wie der deutschen Industrie wieder neues Leben eingeflößt werden könne. Auch unser Ort war durch einen „Industrie-Vertreter" vertreten, und wir sollten auch bald erfahren, daß er seiner Aufgabe völlig gewachsen war, denn kaum war der Herr zurück, so bekamen wir zu hören, daß in Berlin ein Stück Leinwand weit billiger hergestellt würde als hier, und daß wir infolge dessen uns eine Lohnherabsetzung gefallen lassen müßten. — Wenn die Herren Industriellen auf ihren Zusammenkünften nichts weiter zur Hebung der Industrie herauszuklügeln wissen als Lohnreduktionen, so sollten sie es doch wenigstens unterlassen, sich stolz die „Vertreter der Industrie" zu nennen, denn die Löhne kürzen, die Arbeiter schinden und ihnen überhaupt auf jede Weise das Leben sauer machen, heißt doch wahrlich nicht die Industrie heben. Das Alles könnte man diesen Menschen aber noch nachsehen, denn wir leben ja in einer profitsüchtigen Zeit; wenn sich dieselben aber noch erdreisten, dem Arbeiter vorzuschreiben, welcher politischen Partei er huldigen solle, und wenn sie den prinzipientreuen Arbeiter erbarmungslos aus der Arbeit entlassen, wie das hier jetzt an der Tagesordnung ist, so haben wir es nicht mehr mit „Industriellen", sondern mit Politikern der schmutzigsten Sorte zu thun, gegen deren Uebergriffe nur eine feste Vereinigung der Arbeiter Schutz gewährt. Also, Arbeiter vereinigt Euch!

Sommerfeld N.-L., 1. April. Das Indenaprilschicken ist doch noch nicht ganz aus der Mode gekommen, denn Küster und Grüneberg hatten sich vorgenommen dieses bei den Sommerfelder Arbeitern zu besorgen. Am 1. April, Abends, sollte auch hierorts die christlich soziale Partei ins Leben gerufen werden und waren die Genossen Körner aus Berlin und Blaudow und Siegrist aus Frankfurt erschienen, um bei dem Tanze mitzuwirken. Obgleich Genosse Siegrist zum Vorsitzenden vorgeschlagen wurde, so wurden durch die bekannten Manöver der beiden Gründer zwei von christlicher Nächstenliebe triefende Bourgeois ins Bureau gewählt. Es wurden zwei an „Wissenschaftlichkeit" alles übertreffende Referate verübt, an deren Schluß der Vorsitzende, ohne im Geringsten hierzu autorisirt zu sein, den beiden Referenten den Dank der Versammlung votirte. Nach vielen Mühen gelangte Genosse Siegrist zum Wort und kennzeichnete derselbe das, was Küster und Grüneberg gegen die Sozialdemokratie vorgebracht hatten, als das, was es in Wirklichkeit war, als hohles Geschwätz. Aber zu Ende kam Siegrist nicht, denn kaum, daß er eine halbe Stunde gesprochen hatte, entzog ihm der Vorsitzende das Wort. Nun, Genosse Siegrist wird nach etlichen Wochen wieder in Sommerfeld erscheinen, dann werden wir ja sehen, ob die christlich-sozialen Apostel der Sozialdemokratie den Todesstoß versetzt haben; dann aber, so hoffen wir, werden auch die Gegner am Platze sein, um uns Rede und Antwort zu stehen. Auf die Schimpfereien, die sonst noch von halbverrückten Individuen gegen unsere Partei und einzelne Parteimitglieder geschleudert wurden, lasse ich mich nicht ein. — Die Sommerfelder Arbeiter nur möchte ich noch auffordern, kräftig zusammenzustehen und den Muckern den Beweis zu liefern, daß sie der Vormundschaft nicht bedürfen und daß sie den Sozialismus begriffen haben. Erwähnen will ich noch, daß außer Siegrist kein weiterer Genosse zum Worte kam, die Redefreiheit ist den „Brüdern in Christo" nun einmal ein verhaßtes Ding.

Triebel N. L. Am 2. April hatte unser Städtchen das Vergnügen, eine kleine Schauspielergesellschaft in seiner Mitte zu sehen. Auf Veranlassung des Herrn Oberpredigers von Tilly waren die ehemaligen rabiaten Sozialdemokraten, jetzt ebenso rabiaten „Brüder in Christo", Grüneberg und Küster, erschienen, um im hiesigen Schießhause ihre Vorstellung zu geben. Aus der Umgegend waren zu diesem Feste die Bourgeois mit ihrem Anhängsel erschienen, auch die Arbeiter aus Triebel und Umgegend waren zur Stelle. Zuerst trat Grüneberg auf die Bretter und bejammerte, mit obligatem Augenverdrehen, in wohl einstündiger Jeremiade den Niedergang des Christenthums und der Kirche, wobei er natürlich nicht unterlassen konnte, unter drohenden Ausfällen auf die gottlose Sozialdemokratie zu schimpfen, dieselbe zu denunziren und auf die allergemeinste Art und Weise den Reichstagsabgeordneten Most zu beleidigen, auch der sozialistischen Partei ein schmähliches Ende zu prophezeien. Als zweiter Schauspieler trat nun der gewaltige Küster auf, um dem getödteten Löwen „Sozialdemokratie" noch einen Eselsfußtritt zu versetzen. Die Freude der Bourgeois ob dieser Heldenthat war groß. Man hatte aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn als harmloser Zuschauer war der Parteigenosse Alb. Paul aus Berlin erschienen, um sich die Komödie in der Nähe zu besehen; derselbe recensirte dann auch unter dem allgemeinen Beifall der Arbeiter und den Mißfallsbezeugungen der Bourgeois die jämmerlich schlechte Kunstleistung der beiden Schauspieler derartig, daß denselben Hören und Sehen verging. Nach einigem Hin- und Herreden, an welchem sich auch die Prediger v. Tilly und Abraham betheiligten und Freund Paul noch einmal die bodenlose Frechheit der beiden Schauspieler aufdeckte, wurde die Vorstellung geschlossen. — Die beiden Komödianten haben trotz aller Anstrengung Dank dem guten Geiste, welcher die Triebeler Arbeiter beseelt, schlechte Geschäfte gemacht, richtiger gar keine.

Dresden. Aus Dresden, der „Bebelstadt", einmal etwas zu erfahren, dürfte vielen Lesern des „Vorwärts" lieb sein, wenngleich die „Dresdener Volkszeitung" erfreulicherweise von Tag zu Tag mehr Abonnenten gewinnt, überall kann sie doch nicht gelesen werden. Deshalb ist es nothwendig, daß dem Centralorgan von Zeit zu Zeit Berichte zugehen, Schilderungen des hiesigen Parteilebens, sowie allgemein Interessantes aus den drei ziemlich nahe zusammenliegenden Reichstagswahlkreisen: Dresden-Altstadt, Dresden-Neustadt mit dazu gehörigen Ortschaften, und Dresden-Land enthaltend. Schon die zahlreichen Parteigenossenschaften, die in den drei Kreisen existiren, und die regelmäßig Partei- sowie Volks- und Gewerkschaftsversammlungen abhalten, lassen auf den ersten Blick erkennen, daß das Parteileben ein ziemlich reges ist. Lebt man erst selbst unter dem Proletariat, der Arbeiter-, Kleinbürger- und Beamtenwelt, dann ist es eine Lust, wahrzunehmen, welche Anhänger der Sozialismus hier hat. Allerdings könnte die Mitgliederzahl der Arbeiterpartei im Verhältniß zur Größe der Stadt und zur Verbreitung unserer Ideen eine bedeutendere sein, oder mit andern Worten, der ausgesprochenen Sozialdemokraten müßten mehre sein, aber der Grund zu dieser auffälligen Erscheinung scheint nur darin zu liegen, daß in keiner Stadt so zahlreiche Vereine bestehen, wie hier, und daß fast jedes Glied der männlichen Bevölkerung schon einem oder mehreren derselben angehört. Die Erwerbsverhältnisse sind wie überall keine glänzenden, und scheut wohl mancher Gesinnungsgenosse die neue Ausgabe, oder möchte nicht gern aus dem alten lieben Vereine treten, um zu uns zu kommen. Ueberhaupt sind diese Vereine, zu welchem Zweck dieselben auch sonst bestehen, mag die Tendenz auch ganz verschieden von der unseren sein, ganz schätzbare Mittel zur Verbreitung der Sozialdemokratie. Die Wahrheit bohrt sich eben durch. Sind einige Mitglieder unserer Partei in einem solchen Vereine, dann finden sich bald mehrere. Die hiesigen gegnerischen Blätter treten in solch plumper Weise uns entgegen, zeigen ihre Geistesarmuth so unverhüllt, daß sie manchem ihrer Leser die Augen öffnen. Die Art und Weise, wie sie die Sozialdemokratie beurtheilen, wäre wohl in dem finstersten hinterpommerschen Dorfe am Platze, aber in Dresden ist sie nur geeignet, das ganze bischen Ansehen, welches diese Blätter bis jetzt genossen, zu beseitigen. Eine Ausnahme bildet das „Dresdener Journal", Regierungsblatt, welches sich anständig verhält, die Reichstagsberichte, wenn auch verkürzt, aber nicht entstellt bringt und überhaupt objektiv urtheilt. Die Behörden verhalten sich uns gegenüber so, daß jede unnöthige Reibung vermieden wird, sie scheinen zu begreifen, daß durch Schikaniren nur die Sozialdemokratie gewinnt. Wir durften ungehindert den 18. März feiern, allerdings im Beisein eines höheren Polizeibeamten nebst Stenographen, aber doch sonst ohne Störung. Genosse Kayser entledigte sich seiner Aufgabe in bester Weise; das ungemein zahlreich versammelte Publikum nahm begeistert seine Worte auf und ein zuversichtlicher Geist beherrschte das Fest. Ich breche für heute ab, um ein andermal über manches, was ich noch auf dem Herzen habe, zu berichten.

Magdeburg, 8. April. In Nr. 40 des „Vorwärts" habe ich über das Fiasko berichtet, welches Herr Bujarsky am 24. v. M. in einer Versammlung am hiesigen Orte erlitten hat; ich hatte auch nicht zu erwähnen vergessen, daß Herr Bujarsky überhaupt die Persönlichkeit nicht sei, die auch nur einige Beachtung verdiente. Da ich aber weiß, daß Herr Bujarsky eitel und „frech wie Oskar" ist, so liegt die Vermuthung nahe, daß er mein über ihn gefälltes Urtheil auf die politische Gegnerschaft zurückführen und als parteiisch und ungerecht betrachten kann. Es freut mich daher, heut einen Zeugen ins Gefecht führen zu können, der, obgleich entschiedener Gegner der Sozialdemokratie, vollinhaltlich das und noch mehr als das bestätigt, was ich über Herrn Bujarsky gesagt habe. Dieser Zeuge ist die „Magdeburger Wochenschau", ein Blatt, das ebenso emsig wie Herr Hirsch und Konsorten nach dem Talisman sucht, der die kapitalistische Welt vor den „Heimsuchungen" des Sozialismus bewahren soll. Dieses Blatt also läßt sich in seiner Nr. 27 (6. April) über das hiesige Auftreten Bujarsky's folgendermaßen aus: „So liegt es auf der Hand, daß man der Bewegung mächtig Vorschub leistet, wenn so gänzlich aller nothwendigen Vorbedingungen baare Persönlichkeiten wie Herr Bujarsky, der hier am 24. v. M. eine Versammlung abhielt, von Berlin aus auf Agitationsreisen geschickt werden. Im kleinen Kreise, unter seinen unmittelbaren Collegen, mag auch Herr Bujarski zu verwenden sein — als Agitator im großen Stile schadet er der Sache, die er vertritt,

---

gerade auch an diesem Beispiel, daß die Geschichtsperiode, in die wir mit dem Februar 1848 eingetreten sind, keinen Staat mehr erträgt, welcher, gleichviel ob in monarchischer oder republikanischer Form, das herrschende politische Gepräge des dritten Standes der Gesellschaft aufdrücken, oder in ihr erhalten will." (Arbeiter-Programm pag. 40.)

An jenes Citat knüpft Professor Tschitscherin (hier haben wir es weiter nicht mit dem Anti-Lassalleaner vom Hörensagen, sondern mit dem gelehrten Sozialistentödter zu thun) folgende erbauliche Bemerkung. Er sagt: „In dieser Weise wird die Geschichte Englands mit einem Federzug für unmöglich erklärt. An diesem Beispiel kann man sehen, bis zu welchem Grade von „Verstandesarmuth" selbst geniale Köpfe herabkommen, sobald sie sich für einseitige, von der Wissenschaft entfernte Ziele hinreißen lassen. Man kann wohl Demokrat sein, der republikanischen Regierung vor der constitutionellen Monarchie den Vorzug geben, aber wer letztere für eine Unmöglichkeit erklärt, der hat entschieden keine Ahnung, sowohl von der Geschichte, als auch von der Politik." —

Nachdem Professor Tschitscherin die Lassalle'sche Aufstellung vom Klassen-Einkommen (Antwortschreiben pag. 24) und dessen Vorschlag auf dem Wege des allgemeinen, direkten Wahlrechts an Stelle des Arbeitslohnes den Arbeitsertrag einzuführen, vorführt — bemerkt er: „Nach alledem ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die von Lassalle verlauteten (!) Unsittlichkeit und Egoismus der höheren Klassen, sowie andererseits — die Sittlichkeit der niedern Stände — eine leere Deklamation (Alles seine Worte!), die keines gelehrten, mehr oder minder Selbstachtung hegenden Mannes würdig ist. — Die Tendenz, worauf er die Arbeiter verweist, besteht (hören Sie nur, hören Sie!) einzig und allein — in der Annexion materieller Güter, welche jetzt Anderen gehören, und dieses Ziel, betheuerte er (Lassalle), sei dermaßen zu erreichen, indem die Arbeiter die Staatsmacht — vermittelst des allgemeinen Wahlrechts — ergreifen." — Das ist 'mal ein professoraler Kopf! Aber das Lustige kommt noch.

Der Herr Professor geruht nun ziemlich correkt das Lassalle'sche „eherne ökonomische Gesetz" mit der ganzen Consequenz desselben vorzuführen und fügt — wie der Feuilletonist seinerseits bemerkt — folgende „bekannte Wahrheiten" hinzu: „— Hiegegen, sollte man glauben, sei ja nur das einzige Mittel: durch die Erhöhung des sittlichen Niveaus der Arbeiterklasse, deren sinnlosem Heirathen und grenzenloser Vermehrung (genau seine Worte!) der Bettler entgegenzuwirken. — Sonst müssen alle Versuche behufs Verbesserung des Standes vergebens bleiben." —

So der Professor. Nun kommt der Feuilletonist. „Aber Lassalle begnügt sich nicht mit der langsamen Erhebung des Niveaus des Arbeiterstandes; er verlangt einen vollkommenen ökonomischen Umsturz, in Folge dessen die Arbeiter alle jene Güter annektirt hätten, welche heute den Höheren gehören." — Dieses schließt man (welch' göttliche Philister!) aus jenem Satze von Lassalle's „Antwortschreiben" (pag. 17), wo er sagt, daß „die menschliche Lage sich nicht durch ihr Verhältniß zu ..... der des Arbeiters vor 80 oder 200 Jahren bemißt, sondern nur durch das Verhältniß zu den Mitmenschen ꝛc."

Lassalle wird also von seinem „Piedestal gestürzt", denn daran ist, wie der Feuilletonist meint, Tschitscherin in seinem Artikel: „Die deutschen Sozialisten" mehr gelegen, als an der „Widerlegung der sozialistischen Theorien"; Tschitscherin „beweist" ferner, daß Lassalle selbst in seinen theoretischen Werken ein „gewissenloser Sophist" gewesen sei ꝛc. ꝛc.

Den armen unterjochten Russen könnte indeß dadurch ein wenig geholfen — sein. Vielleicht greifen die wenigen, durch die Anti-Lassalleaner zum Theil nicht verkrüppelten Lassalle'schen Ideen mehr Platz bei denselben als die dummen Commentarien des Professors und die schlauen Consequenzen des Philisters von Feuilletonisten. —ch—

indem er ihr, gewiß ohne böse Absicht, den Anstrich des Komischen verleiht. Wenn die Gegenagitation gegen die sozialistische Bewegung nicht mit etwas mehr Geschick und Nachdruck inscenirt wird, gleicht sie zu schwachen und fehlerhaften, einer Hochfluth entgegengesetzten Dämmen: sie stauen besten Falls für einen Augenblick die Gewässer, nur damit diese mit um so größerer Gewalt über so geringfügige Hindernisse hinwegfluthen". Herr Bujarsky wird nun hoffentlich einsehen, daß ich ihm kein Unrecht gethan, sondern mit meiner Personalbeschreibung gleichsam den Nagel auf den Kopf getroffen habe. Verrichten Sie also in Zukunft nützliche Bureauarbeit, Herr Bujarsky, und geben Sie den Gedanken auf, die Sozialdemokratie bekämpfen zu können, denn schon ganz andre Leute wie Sie haben nicht nur eingesehen, daß gegen die Logik, welche im Sozialismus liegt, gar nicht anzukämpfen ist, sie sind aus Feinden sogar dessen Freunde geworden.

Naumburg a. S., 6. April. Bekanntlich haben die Christlich-Sozialen den Beschluß gefaßt, mit allen Kräften die Sozialdemokratie zu vernichten und unter der Devise „Bete und arbeite" das Volk „glücklich" zu machen. Da nun dieses Mittel trotz gegentheiliger Versicherung bei den aufgeklärten Berliner Arbeitern nicht recht anschlägt, haben es jene Herren anscheinend auf die Provinz abgesehen und diesem Umstande müssen wir es wohl zuschreiben, daß am 28. März der „Hauptagitator" Stöcker hier anwesend war. Aber nicht öffentlich vor versammeltem Volke gab dieser Herr seine Weisheit zum Besten, — nein, durch den „Gustav-Adolfs-Verein" wurde eine Versammlung anberaumt, in welcher Söcker über die „christlich-soziale Bewegung in Berlin" sprach. Damit nun aber von Seiten der Arbeiter ja nicht opponirt werden konnte, hatte man die Versammlung bereits um 5 Uhr Abends ausgeschrieben und obendrein noch den Eintrittspreis auf 1 Mark festgestellt. Unter diesen Verhältnissen mußten wir auf den Besuch verzichten und beschränken wir uns darauf, einen kleinen Auszug aus dem im hiesigen „Kreisblatte" erschienenen Referate zum Besten zu geben. Danach führte St. unter Anderem an, daß das Christenthum von seinem Anfange an sich mit der sozialen Frage beschäftigt habe (Beweise?) und sie zu lösen bestrebt sei. In unseren Tagen verkörpere sich die soziale Bewegung in der stetig wachsenden Partei der Sozialdemokraten, die durch die Theilnahmlosigkeit der Besitzenden (Oho! siehe Maßregelungen, Strafen, Verbote u. s. w.!) noch gefördert werde. Ja, die Meisten wüßten gar nicht, was die Sozialdemokraten wollen (Sehr richtig!) und trösteten sich damit, das „Theilen" sei ja doch nicht durchführbar. Die Sozialdemokratie wolle aber gar nicht theilen (Sehr richtig!), sondern das gesammte Nationalvermögen in das Eigenthum des Staates (Besser wär's wohl an die Kirche? Nicht wahr Herr St.?) übergehen lassen, der ja schon jetzt Bergwerke, Domänen, Forsten, Gewehr- u. a. Fabriken, Eisenbahnen, Post und Telegraphen in seinem Besitze habe. Außerdem aber hege die Sozialdemokratie einen glühenden Haß gegen die bestehende Ordnung (Soll wohl heißen Unordnung?), gegen die Monarchie und die Kirche. Dies sucht Redner dadurch zu beweisen, daß er aus sozialistischen Liederbüchern und Zeitungen Stellen verliest. Nun sei es ja richtig, daß ein Nothstand vorhanden, denn das Goldfieber der letzten Jahre habe so schlimme wirthschaftliche Verhältnisse erzeugt, daß in Berlin (Warum nicht auch wo anders?) nicht nur Hunderte, sondern Tausende nicht wissen, wovon sie leben sollen. Das verführe das Volk, sich der Sozialdemokratie in die Arme zu werfen, deren letzte Ziele die Meisten selbst nicht kennten. Die Schuld an dieser Verführung trügen vornehmlich jene Professoren, die die unerwiesenen Dogmen von den Affenmenschen in die „Gartenlaube" und andere Blätter gebracht hätten. Der Jammer mit diesen armen verführten Menschen (Wer lacht da?) habe zur Gründung der christlich-sozialen Partei geführt. Er schildert nun die bekannten Vorgänge in den bekannten Berliner Versammlungen und sucht natürlich seine bisherigen „Errungenschaften" in das hellste Licht zu stellen. Das Programm seiner Partei sei in der Weise zu Stande gekommen, daß man von den Forderungen der Arbeiter alles gestrichen habe, was wider das Evangelium und die bestehende Staatsordnung sei; alles andere habe man stehen lassen und vor allen Dingen den Geist des Christenthums, die Liebe zu König und Vaterland betont (Daß so ein „Hof"-Prediger etwas mehr „Patriotismus" als Jeder Andere besitzt, ist wohl leicht begreiflich). — Nach einigen Ermahnungen an die Anwesenden, Jeder möge durch sein Wirken in christlicher Liebe und patriotischer Gesinnung die unheilvolle sozialdemokratische Bewegung mit bekämpfen, schloß der Vortragende. — Uns wundert nur die Dreistigkeit, für derartige abgedroschene Redensarten von jedem Zuhörer 1 Mark zu verlangen, aber freilich die „frommen" Herren vom Gustav-Adolfs-Verein brauchen Geld!

Mannheim, 2. April. Da der Wirth des „Badener Hofes", wo bisher unsere Versammlungen abgehalten wurden, in Folge der letzten Polizeichikanen den Saal nur gegen eine Miethe von 20 Mk. ablassen wollte, wurde die gestrige Versammlung in dem „Gambrinuskeller" abgehalten. Als Tagesordnung wurde abermals: „Das badische Vereins- und Versammlungsrecht" aufgestellt. In scharfer, klarer Weise wurde vom Referenten das Recht des Staatsbürgers, die Maßnahmen der Behörden kritisiren zu dürfen, hervorgehoben und in weit schärferer Weise so ziemlich dasselbe gesagt, was die Auflösung der Versammlung am 20. März zur Folge hatte. Es geschehen aber auch heute noch Zeichen und Wunder! Der Vertreter der Polizeibehörde schien weder für die Beschuldigungen noch für den Tadel, welche den „Hochlöblichen" zu Theil wurden, keine Ohren zu haben und machte nur einmal, gleichsam um die Form zu wahren, den Versuch, den Referenten, Genossen Oppenheim, wegen angeblicher Verhöhnung der Polizeibehörde, zu unterbrechen, mußte sich aber eine gründliche Belehrung Seitens des Referenten gefallen lassen. Durch das durchaus ungerechtfertigte Vorgehen am 20. März hat die Polizei bewirkt, daß ein großer Theil der, keineswegs sozialistenfreundlichen Bürgerschaft zu der Ansicht kam und dieselbe auch öffentlich aussprach, daß sich die Polizei durch die Versammlungsauflösung — nichts weniger als Lorbeeren erworben hat. Dadurch, daß dasselbe, was am 20. März Anlaß zur Auflösung gab, bei der gestrigen Versammlung unbehindert zum Ausdrucke gebracht werden durfte, hat die Polizei stillschweigend zugegeben, daß damals weder der Staat, noch die öffentliche Sicherheit oder die Moral gefährdet war und daß die Auflösung daher eine gesetzlich nicht zu rechtfertigende war; sie hat zugestanden, daß sie in ihrem heiligen Eifer zu weit gegangen, des Guten zu viel gethan habe. Freilich mag unserer „Hochlöblichen" dieses indirekte Zugeständniß schwer genug gefallen sein, sie konnte aber, wie die Sachen standen, um dasselbe nicht herumkommen. Neugierig sind wir auf die Antwort, welche das großh. Ministerium des Innern auf die gegen die Auflösung der oft-erwähnten Versammlung eingereichte Beschwerde ertheilen wird. Wird die Beschwerde als „unbegründet" zurückgewiesen und dadurch die Auflösung jener Versammlung für „begründet" erklärt, so hat sich begreiflicherweise die Polizei durch die Gestattung einer noch schärferen Kritik, als sie damals hätte stattfinden können, einer Gesetzwidrigkeit schuldig gemacht. In einem Falle war die Polizei resp. deren Vertreter, was auf eins hinausläuft, im Unrechte, das steht bombenfest. — Die gestrige Versammlung war sehr gut besucht und folgte mit ungetheilter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten. — Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Tabakfrage behandelt und eine Resolution einstimmig angenommen, welche sich sowohl gegen das Tabakmonopol als auch gegen die Fabriksteuer, sowie gegen jede indirekte Steuer ausspricht und behufs der Verminderung der Steuern eine Einschränkung des Militäretats verlangt. Wir können sowohl mit dem Erfolge der gestrigen, als auch mit der Auflösung am 20. März vollständig zufrieden sein und können constatiren, daß die Polizei in ihrem Uebereifer, selbstverständlich gegen ihren Willen, gerade das Entgegengesetzte von Dem erzielte, was sie erzielen wollte, daß sie durch ihr Vorgehen in einem einzigen Abend für unsere Partei mehr erzielte, als wir durch eine längere Agitation hätten erzielen können. Gewisse Herren sollten sich doch das Sprichwort merken: Blinder Eifer schadet nur!

P....k.

Bonn, den 5. April. (Das Unrecht der Confirmation. Es kann fraglich sein, ob die Eltern das Recht haben, dem noch willen- und bewußtlosen Kinde die Taufe aufzuoktroyiren. Mag man aber immerhin den Eltern das Recht lassen, ihre Kinder den Einflüssen der Geistlichkeit zu übergeben, mag man es nicht verwehren, daß die Kinder mit einem Chaos von Dogmen vollgepfropft werden, die sie glauben sollen — ein selbstständiger Mensch wird sich ja, wenn er in die reiferen Jahre kommt, doch seine eigne Ansicht bilden. Aber es fragt sich: Ist es mit der Confirmation ebenso? Sind Eltern und Kirche berechtigt, Kinder, denen noch jedes selbstständige Urtheil fehlt, durch einen formellen offiziellen Akt zu einem Gelübde zu bringen? Es ist das eine Vergewaltigung und Ueberrumpelung, wie sie stärker gar nicht gedacht werden kann. Denn ein Andres ist die Taufe, ein Andres die Confirmation. Es schadet dem Kinde nichts, wenn es in die Kirche von Andern ohne sein Zuthun aufgenommen ist. Dadurch ist es ja zu nichts verpflichtet. Aber die Confirmation? Nun — ich will nicht mit dem § 166 des Strafgesetzbuchs in Conflikt kommen; deshalb sage ich: die Institution der Confirmation ist unhaltbar; ich glaube sogar völlig im Recht zu sein, wenn ich behaupte: es ist höchste Zeit, daß die Confirmation, sowie sie heutzutage besteht, nicht abgeschafft, sondern verboten werde. Das Warum dürfte nicht schwer zu erbringen sein. Sehen wir uns nur die Kinder an, die zur Confirmation geführt werden! In welchem geistigen Zustande sind sie? Gerade die Zeit der Confirmation ist das Ende der infantia im wahren Sinne des Worts. In diesem Alter hat das Kind noch nichts erlebt, erfahren, erduldet; es hat noch gar kein Urtheil über irgend eine Frage des menschlichen Denkens und Seins. Es ist vollständig von dem abhängig, was Lehrer und Eltern ihm lehren. Nachdem es nun 2 Jahre lang bearbeitet ist, nachdem man es völlig überzeugt oder vielmehr überredet hat, schleppt man es nicht etwa zum Abendmahl — was ja im Grunde nichts schaden würde — sondern man nimmt ihm vor einer großen Volksversammlung das Gelübde ab, lebenslänglich der Kirche und ihren Lehren treu zu bleiben. Nun frage ich: Kennen wir sonst noch einen derartigen Fall, wo einem Kinde ein Eid, ein Gelübde abgenommen wird, einem Kinde, das nicht handlungs- und nicht eidesfähig ist? Ja, das ist eine Verirrung, die man in diesem Jahrhundert für unglaublich halten sollte! Mag auch Religion Privatsache sein. Diese Sache trifft nicht die Religion — sie betrifft das öffentliche, gesellschaftliche Interesse, sie betrifft die Sittlichkeit, die wir ja als die Grundlage des Rechts anzusehen gelernt haben.

Vergegenwärtigen wir uns doch nur die Folgen! Sie sind nicht mehr und nicht weniger als ein allgemeines Verbrechen, das die Noth der Verhältnisse uns aufdringt. Ich werde als Kind mit kindlicher Unerfahrenheit zu dem Gelübde der Confirmation gebracht. Kaum bin ich dem Conf.-Unterricht entwachsen, so höre ich hier und dort einmal jemanden anders reden als den Herrn Pastor. Ich berufe mich auf meine Confirmandenhefte; der „Jemand" beruft sich auf einen aufgeklärten Schriftsteller. Ich will gar nicht den extremsten setzen; etwa den alten Theologen Bauer, den Lehrer Dav. Friedr. Strauß; ich muß nun, wenn ich gewissenhaft bin, den betr. Schriftsteller nachlesen, um der Sache auf den Grund zu gehen und nun gewahre ich, daß dies oder jenes Dogma, etwa der Wunderglaube, unhaltbar sei. Mein Pastor hat mir gesagt: „Kämpfe den guten Kampf des Glaubens", ich versuche es, die Zweifel niederzukämpfen; aber es geht nicht und geht nicht; sie werden immer mächtiger und gestalten sich zur Gewißheit. — Und bin ich der einzige, dem es so geht? Gewiß nicht. Vielen Tausenden, ja bei weitem der größten Mehrzahl von Menschen ist es so ergangen. Und was will das heißen?

Es wird mir schwer, darauf zu antworten; aber ich habe nicht gelernt, die Wahrheit zu verschweigen; es will heißen: Diese Tausende haben im Drange der Nothwendigkeit ihr Gelübde gebrochen. Ja, darin liegt ein Gewissenszwang, wie er entsetzlicher nicht gedacht werden kann. Und die Kirche, deren Aufgabe es ist, die Menschheit zu versittlichen, zwingt uns, allerdings ohne jede mala fides, nur durch die Beibehaltung dieser unmöglich gewordenen Institution, zu einem Bruch des Gelübdes, d. i. zu einer schweren Unsittlichkeit, zu einem Verbrechen. Es ist aber Pflicht Derer, die das Ruder in Händen haben, dieser völlig haltlosen Institution zu steuern, sie geradezu zu verbieten.

Ein Student.

Briefkasten

der Redaktion: W. L. in Gießen: Aus Ihrer „Frage" ist zu ersehen, daß Sie mit dem Schneider S. in rechtsverbindlicher Beziehung stehen, die Sie am liebsten auf dem Wege der Klage lösen möchten. Mit Ihrer „Frage" nach dem Aufenthaltsort des S. müssen Sie sich daher schon an die Polizei oder an sonst Jemand wenden, da im „Vorwärts" nur Diejenigen zur Erfüllung Ihrer Verbindlichkeiten aufgefordert werden, die die Partei oder irgend eine Arbeiterorganisation geschädigt haben. — D. St. in Breslau: Ihr Artikel: „Sozialistische Consumvereine" ist dem Central-Wahlcomité in Hamburg zur Begutachtung übersandt.

der Expedition: W. Tnl. Stolzenau: Wenn Sie nicht beides, soweit es in Ihren Kräften steht, vereinen wollen, halte ich das Letztere für das Einfachere und Bessere. — Frhl Halberstadt: Haben Ihren Brief an den betr. Parteigenossen sofort gesandt. — Wahlverein Harburg: Sie schulden für Annonce in Nr. 2 vom 6. Januar 1878 noch 80 Pfg.

Quittung. Dßbch Hanau Ab. 15,30. Lngr Burghausen Ab. 2,30. Rsfch Freudenthal Ab. 6,62. Stll Schwäb.-Hall 26,44. Prß Meidling Ab. 16,21. Thm hier Ab. 9,10. Mr Kiel Ann. 1,00. Brtl Jankowitz Ab. 6,65. Ggr hier Ab. 6,00, Schr. 0,50. Wfrlng hier Ab. 1,60. Endrs Augsburg Ab. 100,00. Bzn London Ab. 4,08. Rrg Mauche Ab. 3,00. Gnthr London Ab. 10,20. Expedition der „Wahrheit" Breslau Ab. 2113,58. Pfnr hier Ab. 1,80. Hnßnr Mainz Ab. 37,15. Pbst St. Johann Ab. 22,65. Mrtn Schmölln Ab. 6,25. Schrnr Lübeck Ab. 8,30. Fchs Fulda Schr. 6,40. Schwrz Reichenberg Schr. 16,60. Schrdt Arad Ab. 5,81. Lgs Hannover Ann. 0,90, Schr. 2,80. Krbmchrbund Hamburg Ann. 3,00. Brtrm hier Ab. 6,70. Schfr Ab. 3,75. Flr Schwäb.-Gmünd Ab. 6,00. Wf Christophsgrund Ab. 20,00. Wlthr Kiel Ab. u. Schr. 31,16. Schfr Gernrode Ab. 3,00. Albrtz Eßlingen Ab. 14,00. Frnz Jägerndorf Ab. 20,00. Wchtr Bludenz Ab. 4,80. Arb.-Bild.-Verein Neunkirchen Ab. 3,33. Hbl Baden Schr. 1,80. Fnbrg Königsberg Schr. 1,60. Csprs Meiderich Schr. 5,63. Zmmrmnn Hersfeld Schr. 1,00. Ems Mittweida Schr 4,00 Arnds Norden Schr. 1,30. Rth Schiffweiler Schr. 1,15. Arnldt Königsberg Schr. 0,50. Klrz Gießen Schr. 1,70. Fnglr Hettstedt Schr. 2,70. Fnk Linden Schr. 9,00 u. 2,40. Arnld Volkach Schr. 1,90. Pzzlr Frankfurt Schr. 1,20. Logn Compiegne Schr. 6,00. Prll Gera Schr. 2,90. Thrbch hier Schr. 1,25. Dlsch hier Schr. 0,80. Gmbl Heilbronn Schr. 2,75. Grdznsky Königsberg Schr. 6,20. Tnk Stolzenau Schr. 0,80. Arb.-Verein Volkmarsdorf Bild 8,00.

Fonds für Gemaßregelte.

J. M. R. Berlin. 1,50. Arb.-Verein Neudnitz b. D. 8,50. Arb.-Verein Volkmarsdorf 40,00. Wlff hier Vers. in Schneeberg 5,00.

Druckfehler-Berichtigung.

Im „Vorwärts" Nr. 41, erste Seite, erste Spalte, vierter Absatz, sechste Zeile anstatt: richtige Prinzipienfrage, soll es heißen: wichtige Prinzipienfrage; ferner in derselben Nr. erste Spalte und fünfte Zeile von unten, anstatt: resp. der Werth, muß es heißen: auf den Werth ꝛc.

Unterzeichneter ersucht seinen Sohn **W. Ehrenfort**, Tischler aus Ottensen, dringend um Angabe seines gegenwärtigen Aufenthaltsorts.

C. A. Ehrenfort in **Ottensen**, Eulenstraße 34, III.

Essen. **Sonntag**, den **14. April**, Morgens **11 Uhr**, bei Wirth **Dahler**, Grabenstr.: [60

Versammlung

der Abonnenten des „Vorwärts" und der „Rundschau".

Es müssen Alle am Platze sein.

Korbmacher-Bund.

Hamburg. **Sonnabend**, den 13. April, Abends 8½ Uhr im Salon zum Roland: [70

Generalversammlung.

Tagesordnung: **Vorstandswahl. Abrechnung.**

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Hannover. **Sonnabend**, den **13. April**, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag von **Kaiser**.

90] **H. Rudolph.**

NB. Freitag Abend 8 Uhr: Sitzung des Vorstandes und der Festkommission. D. O.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Harburg. **Sonnabend**, den 13. April, Abends 8½ Uhr: **Versammlung.** (F. 146)

50] T.-O.: Wahl eines Agitations-Comités und Gründung eines Lokalblattes. — Das Erscheinen sämmtl. Mitglieder ist nothwendig. D. V.

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von **W. Liebknecht.** 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von **W. Liebknecht.** Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von **Dr. Bornstein.** Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg. (4b)

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von **Dr. C. Bornstein.** Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von **Bruno Geiser.** Preis 25 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von **Bruno Geiser.** 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. [5,10

Durch uns ist zu beziehen:

Zukunftsmedizin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

(Vollständig in 12 Heften (bis jetzt erschienen Heft 1—9). **Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**

Färberstraße 12. II.

Armer Conrad.

Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.

Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt. Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Die Expedition des „Vorwärts."

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Behandlung der Politischen Gefangenen in Bayern.

Prozeß Franz Rohleders.

Zusammengestellt nach stenographischen Berichten von

Sigmund Politzer

Redakteur des „Zeitgeist".

Preis 20 Pfg.

Der Ertrag ist für die Frauen und Kinder Inhaftirter bestimmt.

Durch uns ist zu beziehen:

N. Tchernychewsky: L'Économie politique

jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.

492 pages. Prix 1,50 M.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Hellig in Neudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Insertate
betr. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Fonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Haß, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 915 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 44. Sonntag, 14. April. 1878.

Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

(Fortsetzung.)

Wie wenig es in Wahrheit Angebot und Nachfrage sind, die den Werth der Waaren bestimmen, könnten die Herren Kapitalweisen sehr klar erkennen, wenn sie etwa auf die Idee kämen, eine Coalition aller Käufer zu Stande zu bringen, welche sich vornähme, den Schustern für ihre Stiefel nicht mehr als 1 Thlr. pro Paar zu geben, während der heutige Tauschwerth 5 Thlr. ist und lieber so lange in Schlafschuhen oder barfuß zu gehen. Nach ihrer Theorie müßte nun auch der Werth der Stiefel, da sich über 1 Thlr. keine Nachfrage vorfände, schließlich auf diesen Betrag zurückgehen.

Ich fürchte aber, die Herren Gelehrten würden lange barfuß zu laufen haben und könnten sich bei dem Wetter, Gott behüte, gar noch erkälten, bevor sie ihren Willen durchsetzten. Es würden vielleicht schließlich die bereits vorhandenen Stiefel, um sie nicht gänzlich zu Grunde gehen zu lassen, weit unter ihrem Werth, für den gebotenen 1 Thlr. verschleudert werden, etwa so wie bei Auktionen die Waaren oft weit unter ihrem Werth weggehen; dann wäre der Spaß aber auch zu Ende. Es würden überhaupt gar keine Stiefel mehr verfertigt werden und unsere Herren Nationalökonomen ständen mit ihrer Weisheit da, wie eine gewisse Gattung belebter Wesen auf einer Anhöhe.

Und warum müßte es so kommen? Einfach weil das Material, aus welchem der Tauschwerth der Waaren besteht, die Arbeit ist, und sich mit jenem Quantum Arbeit, welches in 1 Thlr. repräsentirt ist, ein Paar Stiefel nicht herstellen läßt, ebenso wie man ohne Baumaterial kein Haus bauen, ohne Mehl kein Brod backen kann.

Das hier Gesagte drückt Ricardo in seinem Aufsatz: „On the influence of demand anp supply on prices" so aus:

„It is the cost of production which must ultimately regulate the price of commodities and not, as has been often said, the proportion between the supply and demand: the proportion between supply and demand may, indeed, for a time, affect the market value (genauer: market price) of a commodity until it is supplied in greater or less abundance, according as the demand may have increased or diminished; but this effect will be only of temporary duration."

Und diese Betrachtungen bringen uns auf folgendes wichtige Gesetz:

Die Preise weichen wohl, je nach der Lage des Marktes, bald nach oben, bald nach unten, vom Werth der Waaren ab, kehren aber, vermöge des Gesetzes der Concurrenz, immer wieder nach dem Werthe der in der Waare enthaltenen Arbeitszeit zurück, ungefähr so wie die Magnetnadel, wenn in Unruhe versetzt, wohl hin- und herschwankt, schließlich aber doch immer wieder auf ihren normalen Standpunkt, die Richtung des Nordpols, zurückkehrt.

Ist also z. B. mehr Leinwand erzeugt worden, als „der Marktmagen zu absorbiren vermag", um mich eines Ausdrucks des Herrn Marx zu bedienen, so kann der Produzent für seine Leinwand nicht mehr jenes Quantum Gold, d. h. jenen Preis erzielen, welcher dem Werth der Leinwand entspricht, „der Marktpreis fällt unter den Tauschwerth", die Leinwand muß unter ihrem Werthe weggegeben werden.

Die Produzenten erhalten also im Preise nicht mehr die verausgabte „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit", noch genauer die verausgabte „Muskel-, Hirn- und Nerv-Substanz", resp. das zu deren Ersatz nöthige Quantum Lebensmittel, wiedererstattet. Auf diese Weise können sie aber unmöglich auf die Dauer weiterproduziren, wenn sie nicht schließlich all ihre „Muskel-, Hirn- und Nerv-Substanz" zugesetzt haben wollen. Die Produktion wird deshalb, theilweise gezwungen, theilweise, wo man dieses unvermeidliche Ende voraussah, freiwillig eingestellt oder doch reduzirt.

Damit hört aber auch das Ueberangebot von Leinwand allmählig auf und bald steigt der Preis wieder bis zur vollen Höhe des Tauschwerths — die Magnetnadel steht wieder an der rechten Stelle.

Nun ist aber die Einschränkung der Produktion aus Unkenntniß der Vorraths- und Bedarfsverhältnisse zu lange fortgesetzt worden. Aus dem zu viel Leinwand ist allmählig ein zu wenig geworden. Das Austauschverhältniß zwischen Leinwand und Gold verändert sich nun, vermöge der Concurrenz der Leinwandconsumenten unter einander, zu Gunsten der Leinwand; der Produzent erhält für seine Leinwand ein größeres Quantum Gold, als ihr Werth wirklich repräsentirt. Der „Marktpreis steigt über den Tauschwerth".

Die Produzenten erhalten also hier im Preise nicht nur die verausgabte „Muskel-, Hirn- und Nerv-Substanz", resp. das zu deren Ersatz nöthige Quantum Lebensmittel, sondern mehr als das wiedererstattet.

Sowie aber das schlechte Geschäft, das die Produzenten im obigen Falle machten, den Leuten die Produktion verleidete, so zieht das gute Geschäft, das die Leinwandbesitzer jetzt machen, die Produzenten an. Es wird mehr Leinwand erzeugt, damit hört auch der Leinwandmangel allmählig auf und der Preis kehrt wieder zum Tauschwerth, die Magnetnadel zum Nordpol zurück.

Das drückt auch Herr Marx aus, wenn er im Verfolg der bereits oben citirten Stelle S. 61 seines „Kapital" sagt:

„Die Möglichkeit quantitativer Incongruenz zwischen Preis und Werthgröße, oder der Abweichung des Preises von der Werthgröße, ist also in der Preisform selbst gegeben. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann."

Oder wenn er S. 38 meint:

„Was nun ferner die Werthgröße betrifft, so werden die unabhängig von einander betriebenen, aber, weil Glieder der naturwüchsigen Theilung der Arbeit, allseitig von einander abhängigen Produktarbeiten dadurch fortwährend auf ihr gesellschaftlich proportionelles Maß reduzirt, daß sich in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen ihrer Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit als regelndes Naturgesetz gewaltsam durchsetzt, wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt."

Gehen wir nun weiter.

Bisher hatten wir es immer nur mit einer Waare zu thun, die, obwohl zu einem höhern oder niedrigern Preis, doch immer verkäuflich war. Wie aber wenn ein Theil der zu Markt gebrachten Leinwand, sage 100 Ellen, gänzlich unverkäuflich blieb?

Nun, dann haben wir es in diesen 100 Ellen überhaupt mit keinem Tauschwerth zu thun. Denn selbstredend müssen sich die Produkte „als Gebrauchswerthe bewähren, bevor sie sich als Werthe realisiren können" („Kapital", S. 46). Damit etwas Tauschwerth sei, muß es natürlich überhaupt erst austauschbar sein. Erst wenn das Produkt in den Cirkulationsprozeß eingeht, erst dann tritt sein Tauschwerth in die Erscheinung. Jene Leinweber nun, welche die 100 Ellen herstellten, haben, falls dieselben wirklich und für immer unverkäuflich bleiben, nutz- und zwecklose Arbeit verrichtet, also keine Werthe erzeugt, ein Verlust, den eine wohlorganisirte Gesellschaft natürlich möglichst zu vermeiden verstehen muß. Oefter kommt dergleichen bei Erzeugnissen mit naturgemäß kurzlebigem Gebrauchswerth vor, z. B. dem Brod beim Bäcker, das so lange unverkäuflich liegen bleibt, bis es hart und ungenießbar wird, also aufhört Gebrauchswerth zu sein, oder bei unsern Modewaaren, von denen ein Theil, bevor er überhaupt zum „Austausch" gelangt, aus der Mode gekommen ist, also aufgehört hat, Gebrauchswerth zu sein. Es ist dann sachlich dasselbe, als hätten sie von vornherein ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf gearbeitet, als käme etwa ein Schneider auf die verrückte Idee, römische Togas anzufertigen, oder ein Schuster, griechische Sandalen auf Lager zu arbeiten, während wir Röcke, Hosen, Schuhe, Stiefel tragen. Alles keine Gebrauchswerthe und deshalb auch keine Tauschwerthe. Erst wenn es etwa wieder Mode werden sollte, Togas und Sandalen zu tragen, erst dann würden die Produkte unseres Schneiders und unseres Schusters Tauschwerthe werden und dann begänne auch sofort wieder das Spiel des Preises um den Werth herum.

(Schluß folgt.)

Das Erziehungswesen in den Vereinigten Staaten.

I.

Aus New-York.

Auf der bevorstehenden Pariser Weltausstellung werden die Vereinigten Staaten mit ihrem Schulwesen wieder glänzend vertreten sein. Die Modelle ihrer prachtvollen städtischen Schulhäuser, die zweckmäßigen und schönen Schulgeräthe, die zahllosen Arten Schulbücher besten Drucks und anspruchsvollen Inhaltes, die ausgestellten Schülerarbeiten und Schulverordnungen, Geschichten des Schulwesens in einzelnen Staaten ꝛc. werden die Augen der Beschauer blenden. Und wenn man urkundlich nachgewiesen sieht, daß den Bürgern dieses „freien Landes" die Erziehung der Jugend jährlich an 100 Millionen Dollars kostet, so wird der ehrliche Deutsche drüben, dem das Heerwesen noch mehr kostet, etwas neidisch und unzufrieden dreinblicken.

Es ist aber nicht Alles Gold, was glänzt, und da die Schattenseiten unserer Volkserziehung drüben nicht mit ausgestellt werden, so wollen wir den Besuchern und Berichterstattern der Weltausstellung dieselben im Voraus schildern. Wir beginnen mit den argen Hindernissen unseres Schulwesens, damit man uns nicht für unbillig halte.

Ein solches Hinderniß ersten Ranges sind die Nachwirkungen der Negersklaverei. Die ganz verarmten Sklavenstaaten konnten natürlich seit dem Frieden nicht für über 4 Millionen Schwarzer die nöthigen Schulhäuser, Geräthe, Bücher, Lehrhilfsmittel und — Lehrer beschaffen. Sie liefern daher zu den nahezu sechs Millionen über 10 Jahre alter Personen in der Union, welche nicht lesen und schreiben können, mehr als die Hälfte, zumal auch die Schulung der ärmeren Weißen dort stets fast Null war. Ferner sind unter den Einwanderern aus dem französischen Canada, aus Irland, Polen, Italien und selbst England und anderen Ländern zahlreiche Ungeschulte, welche obendrein auf die Schulung ihrer Kinder wenig oder keinen Werth legen und sie frühzeitig zum Arbeitsvieh machen, anstatt sie in die Volksschule zu senden. Endlich fehlt es in allen neuerrichteten Territorien und Staaten hier und da noch lange an jeder Gelegenheit, die Kinder, so lange es rechte Zeit wäre, in die Schule zu schicken. Es bestehen zwar in mehreren Staaten ältere Schulzwang-Gesetze, und in vieren oder fünfen sind erst kürzlich deren schärfere erlassen worden; allein hier zu Lande kann kein Gesetz mehr als ein todter Buchstabe sein, welches nicht die stete Unterstützung der Volksmehrheit für sich hat — und diese fehlt besonders dem gesetzlichen Schulzwange. Der freiwillige Bildungseifer, welcher unserem Volke nachgerühmt wird, beschränkt sich in der That auf eine Minderheit desselben und wird der Mehrheit aufgedrungen, bringt deshalb auch nur oberflächlich auf sie ein, und es bricht deren Widerwille gegen gründliche und öffentlich-allgemeine Erziehung immer wieder hervor. Unter diesen Umständen sind die wirklichen Leistungen der Schule, besonders aber die Anstrengungen der Pädagogen für ihre große Sache noch immer sehr anerkennenswerth.

Wirkliche Erziehung giebt es in Amerika blos ganz ausnahmsweise, und im Vergleich zu den aufgewendeten Mitteln nur in einem traurig geringen Maßstabe. Freilich kommt sie unter dem herrschenden Gesellschaftssystem auch in allen anderen Ländern immer rascher in Verfall; aber in Amerika trägt das abspannende Klima, die Einförmigkeit der Landschaft und in Folge dessen die einseitige geschichtliche Entwickelung mächtig dazu bei, sie zu Grunde zu richten. Der Vater, gewöhnlich den ganzen Tag vom Hause entfernt, hat auf die Erziehung seiner Kinder wenig oder keinen Einfluß, und die Mutter nur in deren jüngeren Jahren, wenn überhaupt. Von kindlicher Hingebung an die Eltern und von freiwilligem, achtungsvollem Gehorsam der Kinder ist um so weniger die Rede, als das Vorurtheil herrscht, dieselben müßten früh schon sich selbst regieren lernen und deshalb so frei als möglich gelassen werden. Man behandelt sie fast durchweg wie Erwachsene und läßt sie bestimmen, was sie lernen und treiben und werden wollen, und was nicht. Die Eltern, welche als Kinder die Selbstbeherrschung nicht erlernt haben, können eine solche ihren Nachkommen so wenig lehren, daß sie froh sind, wenn diese sie der Mühe der Anleitung überheben.

Dieser Mangel an Selbstbeherrschung bei den Angloamerikanern und ihren Nachäffern wird am schlagendsten durch die Temperenzlerei bewiesen. Da sie im Genuß geistiger Getränke (und anderer Genüsse) freiwillig einmal nicht Maß halten können, legen sie in großen Vereinen und feierlichen Versammlungen Gelübde völliger Enthaltsamkeit von geistigen Getränken ab, lassen Gebete erschallen, daß Gott ihnen Kraft dazu gebe, tragen Abzeichen, welche die Wachsamkeit der Leute über ihr Gelübde unterstützen sollen, die sie heimlich gar oft brechen, geben Gesetze, welche den Verkauf geistiger Getränke verbieten oder einschränken sollen, lassen durch ihre Weiber förmlichen Krieg gegen die Schankwirthe führen, oder förmliche Gottesdienste in den Schenken abhalten, u. s. w. u. s. w. — und verbrauchen trotz alledem mehr Schnaps, als jede gleich zahlreiche Nation — die Weine, Biere, Apfelweine und alkoholischen Arzneien ungerechnet. Solche Kinder in Mannsgröße sind zum Erziehen unfähig.

Was kann nun die Schule behufs der Erziehung thun, wenn sie vom Hause gänzlich im Stich gelassen wird? — Nur eines von zwei Dingen. Entweder giebt sie es ganz auf, erziehen zu wollen; sie unterrichtet blos und macht selbst den Unterricht möglichst wenig erziehlich. Oder sie bildet sich ein, erziehen zu müssen und zu können, indem sie die allerschärfste Disziplin (rein militärisch) durchführt und darüber die Geistes- und Willens-Entwickelung unterdrückt. Und letzteres ist das Gewöhnliche, obwohl es nicht selten vorkommt, daß Schüler ihre Lehrer prügeln, oder beschimpfen, oder vor Gericht wegen Mißhandlung verklagen, oder zu Haus verleumden.

Die militärische Zucht in der Schule wird in vielen sogenannten Erziehungsanstalten der Vereinigten Staaten bis in die lächerlichsten Einzelheiten durchgeführt und lediglich durch Lohn und Strafe erzwungen. Für Alles und Jedes werden gute oder schlechte Marken gegeben, so daß die Buchführung darüber dem Lehrer die meiste Unterrichtszeit wegnimmt, und dadurch wird die Heuchelei, welche ein so tiefgehender Zug am Nationalcharakter ist, erst recht befördert. Man muß über die Güte der Menschennatur immer wieder erstaunen, wenn man sieht, daß es trotzdem hin und wieder treffliche Menschen hier giebt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Mit dem Briefgeheimniß hapert es wieder ganz gewaltig, und trotz feierlicher Heiligsprechung durch den Generalpostmeister Stephan wollen die Klagen über dessen Verletzung kein Ende nehmen. Heute ist es unser Parteigenosse Otto Kapell in Hamburg, der als Redakteur des „Pionier", Centralorgan für die Gewerkschaften Deutschlands, als Kläger auftritt und in dem genannten Blatte mit Thatsachen aufwartet, die selbst dem köhlergläubigsten Reichsfreunde starke Bedenken gegen die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses einflößen müssen. Kapell läßt sich also vernehmen: „Die Briefe sind in den Händen der Postbeamten so sicher, wie die Bibel auf dem Altar", so sprach einst der General-Postdirektor Herr Stephan. Unterzeichneter kann dem gegenüber anführen, daß allein im Monat März d. J. beschwerte Briefe aus den Städten Breslau, Lauenburg, Würzburg, einfache Briefe und Correspondenzkarten aus den Städten Kiel, Mannheim, Königsberg i. Pr. und Nürnberg, welche mit der genauen Adresse des Unterzeichneten zur Post gegeben wurden, ihm bis heute nicht eingehändigt wurden. Die beschwerten Briefe enthielten meist Abrechnungen der Krankenkasse der Zimmerer, sowie Kranken- und Aufnahmescheine, und wunderte sich der Unterzeichnete bereits, daß diese Orte, welche per Postanweisung die fälligen Beiträge für Februar eingeschickt hatten, die Einsendung der Abrechnung so lange verzögerten, trotzdem doch Geld und Abrechnung zu gleicher Zeit zur Post gegeben werden soll. Nachträglich hat sich nun herausgestellt, daß die Filialbeamten aus den angeführten Orten Beides zu gleicher Zeit zur Post gegeben haben, das Geld kam an, die Briefe und Correspondenzkarten nicht. Einer der früheren Briefträger ist entlassen; der mir jetzt die Briefe bringende Postbeamte erzählte, daß im ganzen Revier über ausgebliebene Briefe geklagt würde." — Natürlich wird nun wieder Untersuchung

eingeleitet und vielleicht auch ein Strafantrag gegen dieses oder jenes sozialistische Blatt, das seinem Unglauben über die Heiligkeit des Briefgeheimnisses ungeschminkte Worte leiht, gestellt werden — ob's aber anders, ob's besser werden wird, das wissen die Götter nur und —. Stephan.

— Einen recht traurigen Beleg für die fortschreitende sittliche Versumpfung der heutigen Gesellschaft bietet eine Gerichtsverhandlung, die jüngst in Augsburg stattfand und in der ein Ehepaar wegen Kuppelei sich zu verantworten hatte. Beide Angeklagte glaubten sich zur Ausübung des schändlichen Gewerbes berechtigt, da ihnen — und hierin liegt das gravirende Moment — seitens des Bezirksgerichtsarztes Dr. Fikentscher und des Bürgermeisters Fischer erklärt worden sei: „Wenn sich die Mädchen der polizeilichen Controle unterwerfen, so werde ihnen nichts in den Weg gelegt, da man solche Mädchen brauche." Hier wird also ohne Bedenken durch Gegner des Sozialismus zugestanden, daß die heutige Gesellschaft der Prostitution — solcher Mädchen — bedürfe. Und angesichts dieser Thatsache wagt man der Sozialdemokratie noch vorzuwerfen, sie untergrabe die Sittlichkeit und wolle die Ehe aufheben?

— Wahlsiege bei vor etlichen Tagen stattgehabten Stadtverordneten-Ergänzungswahlen sind von unseren Parteigenossen in Netzschkau und Treuen (Sachsen) errungen worden. Die Gegner thun bei solchen Gelegenheiten immer sehr verblüfft; im Grunde genommen sollten sie es aber der Sozialdemokratie Dank wissen, daß dieselbe sich auch an den kleinen Lokalplänkeleien erfolgreich betheiligt, denn sie werden dadurch belehrt, daß es nicht gut ist, die Schlafmütze, ohne welche sie nun einmal nicht existiren können, allzutief über die Ohren zu ziehen.

— An die Arbeiterfrauen und Handarbeiterinnen in Budapest (der Hauptstadt Ungarns) wurde vor Kurzem von einem Frauencomité ein Aufruf gerichtet, in welchem zur Organisation der Ersteren aufgefordert und die Abhaltung einer allgemeinen Berathung empfohlen wird. Aus dem Aufrufe wollen wir folgende Stellen wiedergeben:

„Rütteln wir an unseren Fesseln, erheben wir uns aus dem Staube, in den wir erniedrigt sind! Ermuntern wir unsere Männer und Brüder, daß sie fest einstehen für ihre Rechte! Halten wir sie nicht ab, wenn sie eine Versammlung der Arbeiter besuchen oder ihr Scherflein für den Kampf um ihre Rechte opfern wollen! Ermuntern wir unsere Arbeitsgenossinnen und Schwestern, daß sie fest zusammenstehen für die Bestrebungen der Arbeiterklasse! Fangen auch wir an, die sozial-politischen Blätter der Arbeiterpartei zu lesen; ja, stehen wir den Männern bei im gerechten Kampfe gegen ihre Unterdrücker! Und sollten sie ermüden im Kampfe, so ermuntern wir sie, daß sie den Muth nicht verlieren; ihr Bestreben gilt ja auch für unser Wohl und die bessere Gestaltung unserer Existenz. Es giebt noch viele Arbeiter, und noch mehr Arbeiterinnen, welche den wahren Ernst ihrer Lage noch gar nicht kennen und vielleicht nicht einmal den Muth besitzen, gegen das gemeinsame Elend zu kämpfen — da ist nun die Reihe an Euch, Ihr Frauen, daß Ihr den Männern und den Genossinnen mit gutem Beispiel vorangehet. Und habt Ihr Kinder, so lehret diese schon frühzeitig, ihre Rechte und Pflichten gegenüber der Gesellschaft, d. h. allen Menschen, kennen; lehret sie im Geiste der Freiheit, Gleichheit und Menschenliebe, lehret sie kämpfen gegen Alles, was eines Arbeiters unwürdig ist. Wenn dann das ganze Volk einsieht und erkennen lernt, was ihm fehlt; wenn dann nicht mehr blos Einzelne, sondern Alle die Verbesserung ihrer Lage fordern, so wird und muß es anders und besser werden."

Bei der auf den 11. April anberaumten Berathung sollen folgende Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden: 1) Besprechung über den Frauenarbeitsmarkt und die Nothlage der Arbeiterinnen im Allgemeinen; 2) über die Vertretung der Interessen der Frauen auf dem ungarländischen Arbeitercongreß (21. und 22. April). Wir können dieses Vorgehen der ungarländischen Arbeiterinnen nur loben und wünschen, daß es auch anderwärts Nachahmung finden, daß sich allerorts die Frauen der sozialistischen Bewegung anschließen und entschieden für ihr Recht eintreten möchten.

— Von fünfzehn Nachwahlen zur Deputirtenkammer, die am 7. April in Frankreich stattfanden, sind 14 zu Gunsten der „Republikaner" ausgefallen, während über das 15. Mandat durch eine Stichwahl entschieden werden muß. Blanqui, einer der wenigen wirklichen Republikaner, vor denen selbst der Feind achtungsvoll den Hut zieht, befindet sich nicht unter den Gewählten. Das ist eine Schmach, welche um so schwerer die Herren Republikaner von der Sorte eines Gambetta trifft, als Blanqui durch eine Wahl aus seiner langjährigen Haft befreit worden wäre.

— Die Arbeiter der Schweiz haben an den Bundesrath eine Eingabe gerichtet, in welcher sie, unter Aufzählung einer ganzen Reihe von Verletzungen des Fabrikgesetzes Seitens der Fabrikanten, mehrere Forderungen stellen und deren schleunige Berücksichtigung verlangen, wenn das Fabrikgesetz zur Wahrheit werden soll. Die Arbeiter fordern: 1. Es möchte mit Ernennung der gesetzlich vorgesehenen Fabrikinspektoren nicht länger mehr gewartet werden. 2. Der Bundesrath möchte ein eidgenössisches Regulativ für die Genehmigung von Fabrikordnungen erlassen und darin die Grundsätze festsetzen, nach welchen die Kantonsregierungen bei der Genehmigung der ihnen vorgelegten Fabrikreglemente zu verfahren hätten. 3. Den Fabrikarbeitern soll Gelegenheit gegeben werden, sich über die Fabrikreglements gemeinsam zu berathen.

Die Eingabe ist vom Centralcomité des Grütlivereins und vom Bundescomité des schweizerischen Arbeiterbundes unterzeichnet und werden wir seinerzeit über deren Erfolg berichten.

— Zu Gunsten der Achtstundenarbeit fand Sonntag den 17. März in Chicago eine große Demonstration statt, die sich in einem Umzug, an dem mehr als 3000 Personen theilnahmen, kund gab. An den Umzug reihte sich eine Versammlung, in der unter allgemeiner Begeisterung Beschlüsse für gesetzliche Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages gefaßt wurden. Einer der Beschlüsse verlangt, daß ein Gesetz geschaffen werde, welches es für ein Criminalverbrechen erklärt, wenn ein Arbeitgeber seine Angestellten länger als 8 Stunden des Tages in seinen Diensten arbeiten lasse; Eisenbahngesellschaften sollen verpflichtet werden, zwei Abtheilungen von Angestellten zu halten, die sich in der Arbeit ablösen. Die Versammlung sprach sich ferner gegen den Abschluß von Contrakten aus, die eine längere als achtstündige Arbeitszeit bezwecken. Daß die Arbeitgeber sich für derartige Beschlüsse nicht erwärmen werden, ist klar; aber je weniger dies der Fall ist, je mehr sind solche Beschlüsse geeignet, die Interessen der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen.

— Warnung vor Auswanderung. Ein Dr. E. Petzold, seit 29 Jahren praktischer Arzt in New-York, warnt in den „Bautzener Nachrichten" vor der Betheiligung an sogenannten Auswanderungsprojekten, die in der Regel auf Hinterlistung, wenn nicht gar sträfliche Prellung der Auswandernden hinauslaufen. Nachdem nämlich Herr Petzold in Erfahrung gebracht hatte, daß sich in und um Zittau etwa 400 Familien vorbereiten, dieses Frühjahr nach Manitoba (Britisch-Amerika) auszuwandern, richtete er an das oben genannte Blatt ein Schreiben, in welchem er sich folgendermaßen über das Auswanderungsvorhaben der 400 Familien ausläßt: „Dies würde ein sehr thörichtes Unternehmen sein, und zwar 1) Weil die Reise von irgend einem Landungsplatze nahezu 3000 englische Meilen, à Person etwa einhundert Thaler ohne Zehrung kosten würde. 2) Weil die Bewohner des sehr schwach bevölkerten Landes fast durchgängig Mischlinge oder Indianer sind, die allerdings zur Zeit durch einen außerordentlich befähigten englischen Offizier in Ordnung gehalten werden, aber durchaus keine passenden Nachbarn sind. 3) Die Winter sind außerordentlich kalt und lang, so daß der Bauer viel Winterfutter einlegen muß. 4) Ueber die Beschaffenheit des Bodens bin ich nicht unterrichtet, aber wenn auch genug offenes und bewaldetes Land von bester Beschaffenheit daselbst umsonst zu haben ist, so ist es doch nichts werth, weil die Fracht nach dem nächsten Markte den Werth der Produkte übersteigen würde und die langen, kalten Winter die Viehzucht, welche in vom Verkaufsplatze entfernten Gegenden mit guter Weide das Einträglichste ist, erschweren. 5) Weil die Ansiedler Geld und Arbeit vergeudet haben würden, sobald sie sich vergeblich wegsehnen würden. Ich bedauere als früherer Landsmann Jeden, der nach Manitoba gehen würde." — Die Warnung spricht laut genug für sich, als daß ihr noch ein Wort hinzuzufügen wäre.

— Am 2. April wurde in Chemnitz der dortige Theaterdirektor Haberstroh wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Personen unter 14 Jahren zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Es ist das derselbe Haberstroh, der seinerzeit in einem Prozeß, den die Staatsanwaltschaft von Halle gegen den früheren Redakteur des „Volksstaat", Marbach, angestrengt hatte, insofern die Hauptrolle spielte, als gegen ihn der Vorwurf der Bigamie erhoben worden war. Marbach wurde bekanntlich damals zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt, und eine eigenthümliche Verkettung von Umständen wollte es, daß das harte Urtheil rechtskräftig wurde, bevor die Appellation Marbach's, der sich zu jener Zeit im Bezirksgerichtsgefängniß zu Leipzig befand, an die zuständige Appellinstanz gelangte. In Folge dessen zog Marbach es vor, Leipzig und Deutschland zu verlassen; er war eben nicht willens, ein Urtheil an sich vollstrecken zu lassen, gegen das er, ohne sein Verschulden, nicht alle instanzlichen Rechtsmittel erschöpfen konnte.

— Parteigenosse Franz in Zürich gedenkt im Mai nach Amerika auszuwandern. Durch seine Schrift: „Herr Böhmert und die Fälschung der Wissenschaft" hat sich Franz ein bleibendes Andenken bei den deutschen Arbeitern geschaffen und so ungern wir ihn scheiden sehen, so gern werden ihn die amerikanischen Parteigenossen in ihrer Mitte willkommen heißen.

Wir erhielten folgende Zuschrift:

„An die Redaktion des „Vorwärts", Leipzig.

Geehrte Redaktion!

Der Artikel in Nr. 42 Ihres Blattes veranlaßt mich zu folgender Berichtigung, für deren Aufnahme ich Ihnen dankbar sein würde. Bei manchen Concessionen, die ich meiner Ueberzeugung nach dem wissenschaftlichen Sozialismus machen mußte, haben Sie in mir den Gegner niemals verkannt. Sie haben mich als solchen aber, im Gegensatz zum größten Theil der Berliner liberalen Zeitungen, stets anständig behandelt, was mich eben bestimmt, mich mit diesen Zeilen an Sie zu wenden.

Ich habe in Folge Einladung und Verabredung mit Bekannten vor circa vier Wochen der ersten Versammlung beigewohnt, in der Herr Dr. M. Hirsch die Sozialdemokratie bekämpfte. Dies geschah in einer meines Erachtens mehr philologisch das Gothaer Programm Ihrer Partei zerpflückenden, als die leitenden Grundgedanken des Sozialismus auch nur darlegenden, geschweige widerlegenden Weise. Diese Versammlung war eigentlich die erste derartige, der ich je hier beigewohnt. Es hatte mich interessirt, die sozialen Fragen so diskutiren zu hören. Vierzehn Tage später wurde eine zweite Versammlung anberaumt, in der die das erste Mal wegen Mangels an Zeit nicht mehr zu Stande gekommene Diskussion über das Programm der christlich-sozialen Partei erfolgen sollte. Ich entschied mich, nach einigem Schwanken, in diese Versammlung zu gehen, ohne irgend eine bestimmte Absicht, dort zu sprechen. Ich wollte dagegen sehen, ob Herr Dr. M. Hirsch in derselben Weise das Programm der Christlich-Sozialen verarbeiten werde, als vorher dasjenige Ihrer Partei. Die ökonomischen Punkte des ersteren Programms habe ich, wie Sie wissen, wiederholt vertheidigt. Sie entsprechen den Auffassungen, die ich in meinen neueren Schriften dargelegt habe. Das Politische und Spezifisch-Christliche in dem Programm ist mir dagegen fremd, wie ich ebenfalls wiederholt kundgegeben habe.

Zu meinem Erstaunen erging sich nun Herr Dr. Hirsch in einer Reihe von Insinuationen und Verketzerungen von Personen, die ich, ohne ihr politisches und kirchliches Programm zu dem meinen zu machen, persönlich hochachte, und verfiel außerdem in eine ebenso ungeschichtliche als tendenziöse Beruglimpfung der Kirche und der Monarchie. Erst diese Angriffe bestimmten mich, in Ermangelung eines anderen Vertheidigers der ökonomischen Seite des christlich-sozialen Programms, selbst an der Debatte Theil zu nehmen. Namentlich war ich indignirt über die oberflächliche und unrichtige geschichtliche Beweisführung des Herrn Dr. Hirsch.

Vollständig unvorbereitet aus dem Stegreife sprechend, hielt ich es u. A. für meine Pflicht, zu der mich mein wissenschaftliches Gewissen drängte, den geschichtlichen Thatsachen die Ehre gebend und rein rückblickend Kirche und Monarchie in Schutz zu nehmen, indem ich insbesondere mit den Leistungen der Hohenzollern im Aufbau des preußisch-deutschen Nationalstaats und im Schutz der unteren bürgerlichen und bäuerlichen Klassen gegen den Adel u. s. w. exemplificirte. Herr Dr. Hirsch hatte ebenso unhistorisch alles Verdienst um Hebung der arbeitenden Klassen durch die sogenannte liberale Gesetzgebung (Freizügigkeit u. s. w.) den „liberalen Parteien" vindicirt, was ich gleichfalls rein retrospektiv (rückwärts schauend) widerlegte.

Das Referat, das Sie der „Volkszeitung" entnehmen, ist sonst das beste, das ich gelesen. Indessen versteht sich von selbst, daß ein solches über einen dreiviertelstündigen Vortrag immer Manches enthält, was sich mit dem Vortrag nicht deckt und manches Wesentliche fortläßt.

Hiermit habe ich Ihnen wahr und offen meine Betheiligung an der neulichen Diskussion erklärt. Ich muß daher alle die Hintergedanken, die ich nach Ihrem Artikel gehabt hätte, und die „äußeren Einflüsse", die mich bestimmt haben sollen, auf das Allerentschiedenste abweisen.

Gestatten Sie mir namentlich über die „äußeren Einflüsse" noch ein Wort. Wer einigermaßen die Personen und Verhältnisse kennt, wird, wie ich es selbst thun mußte, über die von Ihnen aufgestellte Vermuthung lächeln müssen. Aber Fernerstehenden gegenüber bemerke ich: ich gehöre keiner politischen oder kirchlichen Partei an, vertrete einzig und allein meine redliche wissenschaftliche Ueberzeugung und lasse mich auf keinerlei Programme einschränken. Vielleicht der Fehler zu großer Subjektivität, der mir aber einmal anhaftet. Durch die offene Aeußerung meiner wissenschaftlichen Ueberzeugung habe ich nur Anfechtung und Verleumdung mir zugezogen, wie noch jüngst eine Polemik kund that. In meinen Gesellschafts- und Bekanntenkreisen wird mir diese Ueberzeugung und vollends ihre öffentliche Kundgebung — in Wort und Schrift — in hohem Maße verdacht. Collegen beginnen à la Dühring deshalb gegen mich zu eifern. Irgend welche Beziehungen zu den leitenden Regierungskreisen fehlten und fehlen mir durchaus; insbesondere die von Ihnen angedeuteten. Es ist von meiner Seite niemals auch nur der Versuch gemacht, sie anzuknüpfen und von der anderen Seite muß ich nach Allem nur die entschiedenste Mißbilligung, günstigsten Falles völlige Ignorirung annehmen. Durch meine Stellungnahme gegen die „Kathedersozialisten" habe ich

---

Sozial-Conservatives.

Mit Gott für König und Vaterland!

Wir sollten eigentlich Conservativ-Soziales sagen, da bei den anzähligen Machwerken, die jetzt das Tageslicht erblicken, um in Sozialismus zu machen, das Conservative stets den Kern der Sache, das Soziale nur Beiwerk, Verzierung, eine Concession an die Mode ist; denn „Sozialist" zu sein gehört jetzt zum guten Ton. Wir halten es nicht für unnöthig, die wunderbare Thatsache zu constatiren, daß es in Deutschland eine Unmasse origineller Käuze giebt, welche glauben, im Sozialismus stecke etwas, worin sie die Ergänzung ihrer eigenen Curiosität wiederfinden. Um nun diesen Käuzen zu zeigen, daß dem nicht so ist, und daß wir auf derartige Franctireurs scharfe Wacht halten, möge es hingehen, daß der Raum dieses Blattes mit der Besprechung an sich werthloser Erzeugnisse angefüllt wird. Wir greifen hinein in den Bücherwust und schon durch den Titel macht sich uns interessant:

„Pro Caesare.

Sozial-conservative Betrachtungen von Freiherrn v. Thielmann."

Schlägt man dieses Buch auf, so muß man unwillkürlich auf den Gedanken kommen, eine Naturgeschichtsfibel in den Händen zu haben, da wir die vollständig neue Thatsache erfahren:

„Die organische Welt unseres Planeten theilt sich in drei Hauptklassen, Pflanze, Thier und Mensch, denen mehrere Unterscheidungsmomente innewohnen. Eins derselben beruht auf der verschiedenen Art, ihre Gattung zu erhalten und fortzupflanzen."

Karlchen Mießnick im freiherrlichen Gewande will aber nicht Naturgeschichte lehren — nein, sein Bestreben geht dahin, in Deutschland den Sozialimperialismus einzuführen, einen deutschen Bonapartismus zu gründen, und obgleich er „den Schmutz desselben mit eigenen Augen gesehen", meint er doch, daß „ähnliche Mittel, wie sie der Bonapartismus anwendet (mutates mutandis) in Deutschland anwendbar und nothwendig sind". Welch affenartiger salto mortale über den bonapartistischen Schmutzhaufen, trotz des Idealismus, dessen Träger ganz besonders der feudale Großgrundbesitzer ist. Ueberhaupt spielt der Idealismus eine sehr bedeutende Rolle; nur schade, wenn man so unklare Begriffe über diesen und den Materialismus hat, schade wenn man Schopenhauer gelesen und nichts verstanden hat als dessen Irrthümer. Denn wenn unser Freiherr diesen Philosophen begriffen hätte, so müßte er vor Allem seinen Gottesglauben bei Seite gelegt haben; so aber harmonisiren die politischen Unkenntnisse Schopenhauer's vortrefflich mit denen des Verfassers, der u. A. den metaphysischen Begriff des Willens durch einen Zweckbegriff verunreinigt. Der bonapartistische Schmutz in's Metaphysische übertragen.

Was soll man zu folgendem Confusionsextract über die constitutionelle Regierungsform sagen: „ihr Wesen beruht in dem Bestreben des einzelnen Staatsbürgers, das Wohl des Ganzen zu sichern."

Gleichniß: Was ist ein Hase? Antwort: das Bestreben des Menschen, ihn gespickt und gebraten zu essen.

Aehnliche Allotria könnten wir zu Hunderten aufzählen, wenn der Raum nicht zu kostbar wäre. Wie sich unser Junker in Jacobsdorf mit seinen „ökonomischen Kenntnissen" die Statistik zurecht legt, ist so reizend naiv und charakteristisch dafür, was man dem Volk der Denker zu bieten wagt, daß wir nicht umhin können, es zu registriren. Bei Anführung der englischen Ein- und Ausfuhrstatistik wird nämlich gesagt:

„Wir sehen aus diesen Zahlen, daß Englands Einfuhr die Ausfuhr durchschnittlich um 60 Millionen Pfd. St. überschreitet, daß daher eine jährliche Vermehrung des Reichthums durch Handels- und Industriegewinnst um 1¾ Milliarde Mark zu präsumiren, und daß ein Theil dieser Vermehrung auf Rechnung der Colonien (Ostindien steuert pro Jahr gegen 6 Millionen Pfd. St.) zu setzen ist."

Die einfache Wahrheit, daß Ein- und Ausfuhrzahlen an sich überhaupt kein Maßstab für eine günstige Bilanz sind, verdreht sich zu der Ansicht: ein Land sei um so reicher, je mehr es einführe, wobei nicht bedacht wird, daß das Eingeführte gleich einer contrahirten Schuld anzusehen ist; bei englischen Verhältnissen liegt die Sache insofern günstig, als England durch seine große Creditwürdigkeit ein immenses Kapital zur Verfügung hat, welches wiederum zur billigen und leistungsfähigen Produktion Anlaß giebt. Wenn Jemand aber sagt, der Reichthum eines Landes vermehrt sich gleich der Differenz der größeren Einfuhr gegen die Ausfuhr, so können wir dazu nichts sagen als: lerne so schnell wie möglich die einfache Buchführung und das ABC der Volkswirthschaft. — Das Kapital — diese schreckliche Plage für seinen Besitzer — ist natürlich auch das Objekt einer scharfsinnigen Untersuchung von Seiten des Freiherrn:

„Was ist Kapital — giebt es Menschen ohne Kapital?"

Antwort: Nein.

„Kapitalinhaber ist jeder Mensch, Kapital und Arbeitskraft bezeichnen daher prinzipiell keine Gegensätze; vielmehr ist letzterer der Zins, den die durch die Eltern in Unterhaltung, Erziehung u. s. w. angehäufte Werthsumme gewährt. Ein Mensch mit Arbeitskraft ist demnach ein wandelndes Kapital."

Die Proletarier sind demnach die wandelnden Kapitale, die Bourgeois und Großgrundbesitzer die stehenden — wollen

mich persönlich auch in den Kreisen meiner Fachgenossen vollends isolirt. Warum wollen Sie mir also nicht wirklich die Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen zutrauen, die ich glaube immer bewährt zu haben und die der Wahrheit gemäß meiner persönlichen und wissenschaftlichen Stellung eigen ist? Ich muß danach, soweit es meine Person betrifft, die „eigenen Wahrnehmungen", von denen Sie reden, und die „Ihnen von glaubwürdiger Seite gewordenen Mittheilungen und Informationen" als völlig irrthümlich bezeichnen. Meinerseits darf ich vielleicht hinzufügen: ich halte es für einen Fehler vieler politischer Parteimänner, daß sie immer überall geheime Intriguen wittern, wunderbare Zusammenhänge vermuthen und „das Gras wachsen hören", — wo oft die Dinge verzweifelt einfach liegen.

Entschuldigen Sie meine Ausführlichkeit. Aber in zwei Worten ließen sich die Andeutungen Ihres Artikels nicht widerlegen.

Berlin, 10. April 1878.

In ausgezeichneter Hochachtung
Prof. Dr. Ad. Wagner.

Correspondenzen.

London, 6. April. Die Steinhauer von London sind nach 32wöchentlichem schwerem Kampfe vollständig besiegt worden — so berichtet freudig die Bourgeoispresse. Leider sind wir diesmal nicht in der Lage, dies zu dementiren. Ja, die Steinhauer sind geschlagen worden, nachdem alle finanziellen Quellen erschöpft waren. Noch vor 5 Wochen waren sie zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, allein der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Es standen noch 700 Mann, größtentheils Familienväter, aus, was eine Unterstützungssumme von 800 Schilling (1600 Mark) nothwendig machte. Durch die verheerende Krise, die im Moment den ganzen Arbeitsmarkt heimsucht, wurde die Steuerkraft der Gewerksgenossen geschwächt. Dazu kommt, daß in allen Bezirken der Bettelsack für näherliegende Dinge die Runde macht. Die Meister haben ihre Bauverträge auf diverse Zeit verlängern lassen, und mit Hilfe der Deutschen — die namentlich in letzter Zeit noch massenhaft auf ihre eigenen Kosten herbeiströmten — und verschiedener Amerikaner und Schotten halfen sich die Meister kümmerlich aus. Endlich zum 13. März waren die Geldmittel erschöpft, die Generalversammlung beschloß deshalb, die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Die Herren Arbeitgeber kamen den Strikenden sogar soweit entgegen, 9½ Pr. pro Stunde zu versprechen. 500 Mann wurden sofort eingestellt. Da, am letzten Samstag, erklärten die Herren Arbeitgeber, von nun ab sollten die Arbeiter pro Tag noch eine halbe Stunde länger arbeiten, selbstverständlich gingen die Arbeiter hierauf nicht so schnell ein, weshalb sie sämmtlich aufs Neue aufs Straßenpflaster geworfen wurden. Es sei hier noch erwähnt, daß 1100 Steinhauer zu den von den Arbeitern geforderten Bedingungen arbeiten, die Niederlage trifft folglich nur einen Bruchtheil. Die arbeitenden Steinhauer bieten alles auf, um ihre ausstehenden Genossen zu unterstützen.

F. J. Ehrhardt.

Kopenhagen, 30. März. Das Comité, welches aus Anlaß der Arbeitslosigkeit in jener schon im „Vorwärts" erwähnten Bürgerversammlung niedergesetzt wurde, um der Noth zu steuern, hat dieser Tage Rechenschaft abgelegt. Darnach hatte der Ausschuß, da vorige Woche die Verabfolgung von Formularen zu Hilfsgesuchen aufhörte, im Ganzen ausliefern lassen ca. 7760 Stück. Davon sind ca. 1800 verschwunden. Ungefähr 1570 wurden zurückgegeben, da sie nicht berücksichtigt werden konnten, ca. 4370 dagegen wurde die erbotene Hilfe gewährt, während bei 30 Gesuchstellern die Entscheidung noch aussteht. Von den ca. 4370 Gesuchen mußten 185 dem Unterstützungsverein zugewiesen werden, weil bei ihnen nicht die Rede von Arbeitslosigkeit war, sondern andere bedrängte Verhältnisse in Betracht kamen; ca. 3400 Bittsteller haben bis zum 18. März Hilfe im Betrage von ungefähr 80,000 Kronen erhalten, und 755 soll noch geholfen werden. Der Vertheilungs-Ausschuß erhielt indessen am 18. März aufs Neue 5000 Kronen, nnd sind damit fernere 231 Gesuche erledigt und 5162 Kronen vertheilt.

Von den obengenannten 3400 unterstützten Familien und Personen gehörten ca. 1660 dem Handwerkerstande an, 905 waren Arbeitsleute, ca. 700 waren Frauen (darunter ca. 480 Wittwen, ca. 220 Näherinnen und andere Arbeiterinnen), während die übrigen 165 verschiedenen anderen Arbeitskategorien angehörten (Handlungsdiener, Seeleute, Dienstboten 2c.). Von den ca. 1660 Handwerkern, darunter ungefähr 60 Kleinmeister, waren: 246 Tischler, 192 Maurer, 185 Schmiede, 171 Schuhmacher, 155 Schneider, 121 Zimmerer, 102 Maler, 53 Sattler und Tapezierer, 52 Cigarrenmacher, 32 Klempner, 27 Drechsler, 23 Bäcker, 21 Weber, 20 Möbelgestellemacher, 18 Buchdrucker, 18 Böttcher, 18 Goldschmiede, 17 Gürtler, 17 Former, 12 Stellmacher, 11 Handschuhmacher, 10 Steindrucker, während die übrigen ca. 140 29 verschiedenen Fächern angehörten.

Die Unterstützungssumme, welche zusammengekommen ist, hat die gehegten Erwartungen übertroffen. Es fragt sich nun, ist damit der Arbeitslosigkeit abgeholfen worden und die Noth zu Ende? Die Geschäfte gehen von Tag zu Tag flauer und die Fabrikanten benutzen die Gelegenheit, die Löhne herabzusetzen, während die Lebensmittelpreise die gleichen bleiben. Die Kleinmeister sowohl wie die Arbeiter klagen über die hohen Miethen, die sie nicht mehr erschwingen können und ziehen deshalb bei Nacht und Nebel aus, und der Hauswirth läßt sie ruhig ziehen, um im günstigen Falle Zahlungsfähige aufnehmen zu können, da von Auspfändungen keine Rede sein kann. Dagegen aber ist amtlich constatirt worden, daß in der westlichen Vorstadt bereits Fälle von Hungertyphus vorgekommen sind, was nicht geringen Schrecken erregt hat. Vom Ministerium sind neuerdings die Quarantoinevorschriften im Hafen streng anbefohlen worden für alle Schiffe, die von Kronstadt und St. Petersburg kommen, um der etwaigen Einschleppung des Typhus vorzubeugen, da die Vorbedingungen zu dieser Krankheit hier vorhanden sind.

Die sozialistische Bewegung macht gegenwärtig keine Fortschritte; ein kleines Häuflein ist's nur, das treu und fest zur Sache steht, während die große Masse gleichgiltig dahinlebt. Und doch ist die Gelegenheit günstig, sie braucht nur benutzt zu werden. Aber es fehlt noch an Allem, um eine planmäßige und nachhaltige Agitation in's Werk zu setzen. Die Neuorganisation, welche unlängst angebahnt wurde, will wider alles Erwarten nicht in Schwung kommen. Die Erwartunzen waren eben zu hoch gespannt und deshalb finden sich so Viele enttäuscht. Selbst unsere Bibliothek, die allen Parteimitgliedern, auch wenn sie dem „Socialdemokratischen Samfund" nicht angehören, zur Benutzung freisteht, erfreut sich keineswegs einer regen Benutzung. — Einem oder dem andern Leser des „Vorwärts", der in früheren Jahren hier gearbeitet hat, ist es vielleicht erfreulich zu hören, daß der deutsche Arbeiter-Bildungsverrin „Concordia" im Oktober d. J. sein 25. Stiftungsfest feiert.

Jörgen Gaardmand.

Hamburg, 8. April. Infolge der Arbeitslosigkeit, auch unter den Seeleuten, wurden die Matrosen heuer von einer Anzahl Rheder monatlich um 6—10 Mark herabgesetzt. Nachdem man unter den Matrosen übereingekommen war, unter diesen Bedingungen keine Schiffsdienste zu leisten, und nachdem es schon zwischen denselben und einigen billiger arbeitenden Seeleuten zu heftigen Scenen auf dem Seemannshause gekommen war, trat ein unerwartetes Ereigniß ein, und gab der ganzen Sache eine andere Wendung. Seitens der englischen Regierung sind nämlich 4 der größten Auswandererschiffe der Hamburg-Amerikanischen-Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft für ein Jahr als Transportschiffe zum Truppentransport gemiethet worden. Zur Bedienung dieser, sowie anderer Transportschiffe sind hier 600 Matrosen angeworben worden. Gestern, Sonntag, Nachmittag 4 Uhr stachen sie in See, voran die „Cimbria", auf welcher sich die angeworbenen Matrosen befanden. Ein vielmaliges brausendes Hurrah ertönte seitens derselben, als sie abfuhren. Dies war die Antwort auf die Lohnreduktion der Hamburger Rheder. Wie wir hören, hat man sich nach Berlin gewandt, um ein Verbot gegen das Eintreten deutscher Matrosen in englische Dienste zu erbitten.

Schleswig, 9. April. Seit längerer Zeit konnte die Agitation hier in Schleswig nicht nach Wunsch betrieben werden, weil wir mit den verschiedensten Hindernissen zu kämpfen hatten. Sollten z. B. Volksversammlungen abgehalten werden, so wurde den Wirthen, die ihre Lokale zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen wollten, von der Polizei abgerathen und ihnen allerhand Unannehmlichkeiten in Aussicht gestellt, was zur Folge hatte, daß wir keine Lokale erhalten konnten. Einige Parteigenossen beschwerten sich wegen dieser Polizei-Scheerereien bei der Regierung zu Schleswig und erhielten den Bescheid, daß der Abhaltung von Versammlungen kein Hinderniß in den Weg gestellt werden dürfe. Ob die Polizei eine „Nase" bekam, wissen wir nicht, ist uns auch gleichgültig. In Folge dieses Bescheides wurden in letzterer Zeit mehrere Versammlungen abgehalten und sowohl auf politischem, als auch auf gewerkschaftlichem Gebiete eine rege Agitation entwickelt. Die erste Versammlung, in welcher Genosse Bérard aus Kiel referirte, wurde hier am 16. März abgehalten und war sehr gut besucht. Die zweite, ebenfalls gut besuchte Versammlung wurde am 24. März abgehalten und hatte Genosse Schneidt aus Kiel das Referat übernommen. Ferner wurde am 31. März eine Versammlung in Berendhaide abgehalten. Das sind die im letzten Monat auf politischem Gebiet gemachten Errungenschaften. Aber auch in gewerkschaftlicher Beziehung haben wir einen Fortschritt zu verzeichnen. Seit etwa sechs Wochen besteht hier eine Mitgliedschaft der Metallarbeitergewerkschaft, welche stets mehr Mitglieder heranzieht und stark zu werden verspricht. Wenn wir unverdrossen weiter arbeiten, wird die künftige Reichstagswahl für unsere Sache viel günstiger ausfallen als die vergangene.

Berlin, 10. April. Die Fortschrittspartei hat es wieder einmal für gut befunden, zu den vielen Blamagen, die sie bereits erlebt, eine neue hinzuzufügen. Mit der hochtrabenden Tagesordnung: „Diskussion über das Wesen und die Ziele der sozialdemokratischen Arbeiterpartei" wurde Montag den 8. d. M. eine Versammlung einberufen, welche einen für die Fortschrittler sehr kläglichen, für uns aber sehr erheiternden Verlauf nahm. Da die Redner die auf der Tagesordnung stehende Sache nicht zu bekämpfen im Stande waren, sprudelten sie Gift und Galle auf die Vertreter derselben. Ein Herr Arons eröffnete den Reigen und schimpfte aus Leibeskräften auf die bösen Sozialdemokraten und ihre Presse; auf ihr verwegenes Vorgegen selbst gegen Männer, wie z. B. Max Hirsch und Schulze-Delitzsch, die doch als Geisteslaternen vom Leuchtthurme der Fortschrittspartei leuchten; auf ihre unpraktischen, unpolitischen, maßlosen und unausführbaren Forderungen u. s. w. Most, der auch eingeladen war, erklärte im Namen unserer Partei, daß, da schon der erste Redner, statt auf die Sache selbst einzugehen, es vorzog, nur auf die Sozialdemokraten zu schimpfen, er und die anwesenden Parteigenossen es unter ihrer Würde halten, sich an der Diskussion zu betheiligen. Der große Fortschrittler Max Hirsch hielt eine Paute, in welcher er dem Vorredner (Arons) einen kleinen Tadel zukommen ließ. Darauf kam ein Herr Strobel, welcher für den Ultramontanismus eine Lanze einlegte und die sonderbare Behauptung aufstellte, das Volk werde durch die Pfaffen glücklich gemacht. Herr Schulze-Delitzsch bekam einen gut gezielten Hieb, da Redner richtig bemerkte, das Volk werde von den Liberalen und ganz besonders von Schulze-Delitzsch ausgebeutet und ins Unglück gestürzt. Ein Herr Michelsohn sprach gelassen das wahre Wort aus, daß selbst „hochangesehene" Liberale die Forderungen der Sozialdemokraten mit bloßen Schlagwörtern, statt mit guten Gründen bekämpfen. Redner meinte auch, Schulze-Delitzsch habe sich um die kleinen Besitzer viele Verdienste erworben; die jedes Besitzes entbehrenden Arbeiter seien aber im Recht, wenn sie behaupten, daß ihnen die Schulze'schen Genossenschaften nicht den geringsten Nutzen gebracht haben. Welcher „Nutzen" den kleinen Besitzern durch die Schulze'schen Wundermittel zu Theil wurde, sagte der gute Mann wohlweislich nicht; die vielen verkrachten Hilfs- und Unterstützungsvereine, die durchgebrannten Kassirer u. dgl. lassen den „Nutzen" in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen. Ein weiteres Zugeständniß des Herrn Michelsohn ging dahin, daß die wirthschaftlichen Prinzipien des Liberalismus nicht im Stande seien, den berechtigten Forderungen des Sozialismus zur Verwirklichung zu verhelfen. Der „Auch-Arbeiter" Bujarsky hielt eine lange Lobesrede zu Gunsten der Fortschrittspartei und schimpfte auf das Flegelhafteste auf die sozialdemokratische Partei, welche dem Arbeiterstande die schlechtesten Dienste leiste. Nach den Ausführungen Bujarsky's, den selbst „liberale" Blätter für „unfähig" erklären, ist einzig und allein die Fortschrittspartei die alleinseligmachende Partei, welche das Wohl des Arbeiters im Auge habe. Der bezahlte Agent scheint die in jüngster Zeit im Reichstage gehaltenen Reden der Herren Fortschreiter gar nicht zu kennen oder absichtlich zu übergehen. Im ersten Falle ist er ein Ignorant, der kein Recht hat, über etwas was er nicht versteht zu reden, im zweiten Falle ist er ein Betrüger, der den Arbeitern absichtlich Sand in die Augen streut. Zum Schlusse veranstalteten noch der Missionsprediger Wangemann und Max Hirsch ein Redeturnier. Ersterer vertheidigte seinen „Heiland", Letzterer die „Humanität" und seinen „sittlich guten Kern". Die Herren „Fortschrittler" haben sich gründlich blamirt, denn mit dem gewohnten Schimpfen auf die Sozialdemokraten lockt man heute keinen Hund hinter dem Ofen hervor; dieses Manöver zieht nicht mehr und die Herren müssen es sich gefallen lassen, daß in ihren eigenen Versammlungen ihre Kirchenlichter, Schulze und Hirsch, von Leuten, die keine Sozialdemokraten sind, angegriffen werden. Die Versammlnng bot ein deutliches Bild der Zerfahrenheit, welche innerhalb der „liberalen" Partei, von welcher die Fortschrittsfraktion den Schwanz bildet, herrscht. Und diese zerfahrene, jedes inneren Haltes entbehrende Partei will dem Fortschreiten der Sozialdemokratie hindernd in den Weg treten!

Breslau, 10. April. In ernster Zeit dann und wann auf einmal den Humor walten zu lassen, ist unstreitig eine physikalische Nothwendigkeit, und so erlaube ich mir, den Lesern des „Vorwärts" auch einmal ein Späßchen aufzutischen. Bei der hiesigen Polizei ging nämlich folgendes Schreiben ein:

„Hochwohllöbliches Polizei-Präsidium
Breslau.

Da die hiesigen Sozialisten großartige Unternehmungen, eine Druckerei 2c. ins Leben gerufen haben, da ferner in letzter Zeit sehr viel falsches Geld in Umlauf gekommen ist, so darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Breslauer Sozialdemokraten sich mit der Anfertigung von falschem Gelde befassen. Ich habe mich noch nie in meinen Ahnungen getäuscht und ersuche deshalb das hochwohllöbliche Polizei-Präsidium, eine strenge Untersuchung gegen die Sozialisten einzuleiten.

Hochachtungsvoll
Z."

Das Polizeipräsidium hatte, wie unser hiesiges Parteiorgan meldet, die Güte, den Leiter unsrer Druckerei, Herrn Zimmer, rufen zu lassen, um demselben Einsicht in den anonymen Brief zu gestatten. Später wurden auch Reinders, Kräcker und Schlesinger gebeten, von dem Schreiben Einsicht zu nehmen, um dem Verfasser desselben auf die Spur zu kommen. Das Polizeipräsidium nahm die Sache von der komischen Seite, da der Verwaltungsrath der Buchdruckerei darauf verzichtete, den spaßhaften Briefschreiber verfolgen zu lassen. Ich weiß nicht, ob das recht gehandelt war, denn wer weiß, ob der „spaßhafte

---

Sie, Herr Freiherr, nicht einmal ein bischen wandelndes Kapital vorstellen und andere Leute in Jacobsdorf ausruhen lassen?

Ein Mensch mit Arbeitskraft ist ein Kapitalist, folglich:

Ein Mensch ohne Arbeitskraft kein Kapitalist, folglich:

Der hungernde Weber des Voigtlandes ein Kapitalist, folglich:

Der schwindsüchtige Rothschild kein Kapitalist. Quod erat demonstrandum (Was zu beweisen).

„Sind nun Arbeitskraft und Kapital keine Gegensätze" (und an sich sind sie es auch nicht, sondern nur in unsern gesellschaftlichen Verhältnissen), „so kann doch die ungleiche Vertheilung des Kapitals, das Zuviel und Zuwenig, sie zu thatsächlichen Gegensätzen heranwachsen lassen."

Aha, also in der ungleichen Vertheilung liegt es, und doch wollen Sie keine gleiche Vertheilung, denn was sollte dann aus der Aristokratie werden, „ohne die kein Reich auf die Dauer bestehen kann"?

Es wird wirklich schwer, ernst zu bleiben, wenn man von einem „Aristokraten" Folgendes hört:

„Nach den Gesetzen der heutigen Wirthschaftslehre müßte Producent, der, falls er genau zu rechnen verstände, seine Producte als unrentabel erkennte, von ihr abstehen, und sich dem rentenfähigen Gewerbe widmen. — Dies ist nicht der Fall; dem stehen ideale Gefühle, als Heimathsliebe, Unabhängigkeitssinn, dem steht die Routine, die Gewohnheit, und auch gerade die Abneigung vor kaufmänischer rückhaltloser Berechnung entgegen."

Also aus den idealen Gefühlen des deutschen Volkes erklären sich die Uebelstände der Bourgeoiswirthschaft, entsteht die durch ungenaues Rechnen erzeugte Thatsache, daß sich nicht Alle dem rentenfähigen Gewerbe widmen, und was sagen Sie ökonomischer Großkophta zu Frankreich, England, Italien, Belgien, Amerika? überall ideale Gefühle? Die Tagelöhner (die nach dem Verfasser in Oberschlesien 5 Sgr. pro Tag verdienen) mögen es sich merken, schleunigst ihre idealen Gefühle ablegen und sich dem rentenfähigen Gewerbe, besonders dem Großgrundbesitz widmen. Schulze's von Delitzsch Sparsystem ist reiner Nonsens gegen diese einfache und doch umwälzende Reformation der sozialen Mängel; was nützen alle Arbeiten und scharfsinnige Untersuchung der Nationalökonomie gegenüber dieser „metaphysischen" Auffassung. Jacobsdorf wird ein zweites Lourdes werden, wo der Herr Freiherr v. Thielmann an der Quelle der Weisheit den Pilgern Wundertränkchen, Pflaster und Amulette behufs Lösung der sozialen Frage gern ablassen wird. Wohlgemerkt, die idealen Menschen sind hier nur die armen aber seßhaften Bürger, denen gegenüber sich die Proletarier in einer bevorzugten Stellung befinden, die sie aufgeben sowie sie sich seßhaft machen; denn nur dadurch „daß sie ihr Kapital an geistiger und körperlicher Arbeitskraft stets mit sich führen, können sie der günstigen Conjunctur nacheilen." Ach könnten doch die Proletarier auch vor der schlechten Conjunctur davoneilen!!

(Schluß folgt.)

— Proletarierende. Zu Bergoldsheim wurde vor einigen Tagen ein Handwerksbursche beerdigt, welchen man todt auf der Landstraße gefunden hatte, welcher wahrscheinlich durch Hunger, Kälte und Nässe umgekommen ist. Der Entseelte war etwa 50 Jahre alt und seine Legitimation bezeichnet ihn als Lohgerbergesellen Ernst Wilhelm Opitz aus Wurzen. — Das Grabgeleite bestand aus Handwerksburschen, die gerade im Ort sich befanden und die dem dahingeschiedenen Bruder die letzte Ehre erwiesen. — Hunger, Kälte und Nässe waren Schuld an dem Tode des Mannes, der durch die heutigen von der Bourgeoiswirthschaft verschuldeten Verhältnisse arbeitslos durch die Welt irren mußte. Das ist so ein Stück von jener „göttlichen Weltordnung" gegen welche anzukämpfen immer noch als Verbrechen betrachtet wird.

— Der Landtagsabgeordnete für Bielefeld, Herr Kreisrichter Windthorst, hat eine große Ovation, Fackelzug, Ständchen 2c. und zugleich das Ehrenbürgerrecht der Stadt erhalten, weil es seinen Bemühungen gelungen ist, das Landgericht nach Bielefeld zu bringen. — Es heißt in der Verfassung: „Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind Vertreter des ganzen Volks." — Der erwähnte Vorgang ist eine treffliche Illustration zu dem Verfassungsparagraphen und zeigt uns Egoismus und Kliquenwesen in seiner traurigen Gestalt.

— Arbeiterrisiko. In der Oehler'schen Fabrik in Offenbach a. M. kam ein Tischler in Ausübung seines Berufes um die linke Hand und war in Folge dieses Unglücks lange Zeit zu jeder Arbeit unfähig. Von Seite der Fabrik wurde dem Armen, der Vater von zwei kleinen Kindern ist, keine Unterstützung gewährt. Jetzt hat man den im Dienste des Kapitals verunglückten Mann einfach entlassen, auf das Straßenpflaster geworfen. Und dann fabeln Narren und Volksbetrüger noch von Harmonie zwischen Kapital und Arbeit! Schöne Harmonie!

— Menschenquälerei. In Frankfurt a. M. kam in einer Sitzung der Stadtverordneten auch die Festsetzung der Amtsstunden für Standesbeamte zur Sprache. Es wurde beantragt, man möge dieselben von 9 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags unausgesetzt dauern lassen. Diese Einrichtung, 7stündige Arbeitszeit, wurde von Hrn. Dr. Marx als Menschenquälerei bezeichnet. Wir haben gegen diese Auffassung nichts einzuwenden, müssen aber bemerken, daß in den Kreisen, welchen Dr. Marx angehört, es als selbstverständlich betrachtet wird, daß Fabrik- und andere Arbeiter 12 bis 14 Stunden täglich anstrengend arbeiten und dabei mit einem wahren Hungerlohne sich begnügen sollen. Gegen solche Menschenquälerei sollten die Herren Front machen.

Briefschreiber" nicht zu jenen Menschen gehört, denen eine Schraube im „Oberstübchen" los ist, der also nahe daran ist, gemeingefährlich zu werden. Heute handelt es sich um falsches Geld, das wir Sozialisten fabriziren sollen, morgen aber vielleicht schon um ein Attentat auf das Leben dieses oder jenes „gekrönten Hauptes". Offen gestanden, wenn ich in die Sache verwickelt gewesen wäre, ich hätte auf der Ermittelung des „spaßhaften Briefschreibers" bestanden, um ihn in einem Irrenhaus von seinen fixen Ideen kuriren zu lassen. Aber da bin ich ja schon wieder ernsthaft geworden. Also Ernst bei Seite; ein andermal, wenn's wieder so kommt, bleibe ich bis zum Schlusse spaßhaft.

Lugau, 3. April. (Ein Wort über die jetzige Lage der Bergarbeiter.) Wie überall, so wirkt auch auf die Bergarbeiterlage der stille Geschäftsgang nicht unerheblich ein. Wenn auch die Löhne schon seit längerer Zeit sehr gedrückte zu nennen waren, so machen sich die daraus entstehenden Folgen immer mehr fühlbar. Von einem Monat zum andern wurden die Gedinge resp. der Verdienst heruntergesetzt. Der Grund war allemal der: „die Kohlen gingen nicht ab und wer solche gebrauche, wolle wenig dafür bezahlen." Aber noch nicht genug. Auf mehreren Steinkohlenwerken im hiesigen Revier, wo Kohlen gestürzt werden müssen, dürfen die Arbeiter blos anstatt eine ganze Schicht pro Tag nur dreiviertel Schicht anfahren und dies kommt in der Woche mehrere Mal vor. Auch kommt es vor, daß gleich ganze Schichten gefeiert werden müssen. Wenn nun schon auf der einen Seite durch den niedrigen Verdienst der Arbeiter gedrückt wird, so wird er es auch noch auf der andern, denn wenn er schon arbeiten will, wird er zum Feiern gezwungen und dadurch sein Verdienst noch geringer. Wohin diese traurige Lage noch führt, läßt sich nicht übersehen, wenn nicht bald bessere Zeiten kommen und die Geschäfte lebendig werden. Betrachtet man aber noch den Lebensunterhalt, so muß man sich sagen, daß derselbe nicht billiger wird; das Brod, an das sich der Bergarbeiter lediglich halten muß, behält denselben Preis, auf die Butter muß er verzichten, da der Verdienst nicht ausreicht. Miethzinsen bleiben sich auch immer gleich, wenigstens niedriger werden dieselben nicht. Rechnet man hierzu noch Steuern und sonstige Abgaben, die auch von einem Jahr zum andern sich steigern, so drängt sich die Frage auf: wie soll da einem Familienvater zu Muthe werden? Dies wäre so im Allgemeinen die jetzige Lage der Bergarbeiter.

Darmstadt. Auch hier sucht man und zwar von Seiten des „deutschen Reformvereins" Propaganda für die Christlich-Sozialen zu machen. So hatte der bekannte Reformer Joh. Ronge in dem Saal „Zur Alten Post" mit dem Thema: „Die christlich-soziale Partei in Berlin" einberufen und fanden sich, da Herr Ronge wenig Anziehungskraft zu besitzen scheint, nur etwa 15—18 Mitglieder des Reformvereins ein. Außer diesen waren nur Sozialisten erschienen. Bei Eröffnung seines Referats führte der Redner aus, es werde ihm von gegnerischer Seite wahrscheinlich die Frage gestellt werden, wie er dazu komme, für die Christlich-Sozialen zu agitiren, aber er arbeite schon lange daran, daß eine Reform, von den gesammten Klassen des Volkes ausgehend, durchgeführt werden müsse, wolle man nicht Katastrophen entgegen gehn. Auch sei ein Schreiben von Seiten der Berliner Christlich-Sozialen Partei an den deutschen Reformverein ergangen, in diesem Sinne zu wirken. Der Redner wurde dann stockerisch. Weiter will ich dem Redner in seinem Referat nicht folgen, es verlohnt sich der Mühe nicht. Nur will ich noch bemerken, daß Herr Ronge sehr gut wußte, daß Sozialisten anwesend waren, denn er trat äußerst behutsam auf. — Die hiesigen Fortschrittler, die lange genug auf ihren Lorbeeren ausgeruht, suchten vor einigen Tagen in unserer Nachbargemeinde Bessungen, die mit Majorität für die Wahl „Most's" eingetreten war, ein wenig zu propagandiren, erlitten aber dabei eine gehörige Schlappe, die sie wohl nicht vergessen werden. Als Resultat der Fortschrittlerthätigkeit können wir das Entstehen einer Mitgliedschaft in Bessungen vermelden, von der wir hoffen, daß sie mannhaft den Gegnern die Stirn bieten wird.

Pforzheim, 8. April. Wie weit unsere „liberale" Presse in der moralischen Verkommenheit vorgeschritten ist, zeigt der hier in drei Ausgaben erscheinende und für das „wohlhabende und intelligente Publikum" bestimmte „General-Anzeiger". In der Nummer 8 z. B. findet man neben der frommen Empfehlung von Gebetbüchern für „denkende Christen" Anpreisungen von „Galanten Abenteuern", Gummiartikeln, „natürlich in jeder beliebigen Form und Größe", „Universalheilmitteln" für verschiedene heilbare und unheilbare menschliche Leiden. Neben „Rom und Berlin, oder Kaplan und Lieutenant" wird empfohlen: „Unentbehrliche Schrift für Frauen zur Belehrung über Kindersegen in beiderlei Beziehungen, und „Winke" für Braut- und Eheleute, oder das Reich der Liebe und Ehe." Der „Vielseitigkeit" Rechnung tragend, empfiehlt dieses saubere Blatt weiter: „Für 10 Mark ein Hilfsmittel für kinderlose Eheleute" und gegen Einsendung von 1 Mark, für Familienväter, franco, verschlossen: „Belehrung über zu raschen Kindersegen." Alles was das Herz begehrt! Mein Liebchen, was willst du noch mehr? — Daß diese höchst unsittlichen Annoncen durch ihre ungeheure Verbreitung (das famose Blatt wird an ungefähr 300,000 Abonnenten von circa 130 Zeitungen in Südwestdeutschland als Beilage versandt) von ganz gefährlicher Wirkung auf unser Volksleben sein müssen, ist klar — unklar aber ist es, daß ein solches Treiben von „gesellschaftsretterischer Seite" aus unbeachtet und ungestört bleibt, daß die „Entheiligung der Ehe", die „Untergrabung der sittlichen Grundlagen" bei der sozialdemokratischen Partei gesucht und diese Vergehen nicht da gefunden werden, wo solche in auffälligster Weise zu Tage treten — bei der herrschenden liberalen Partei.

Reutlingen, 3. April. (Zur Tabaksteuer.) Ein Raucher schlägt vor, man solle betreffs der Tabaksbesteuerung Alles beim Alten lassen und nur eine Besteuerung in der Weise einführen, daß Jeder, der raucht, schnupft und Tabak kaut, sich am Anfang des Jahres dazu für das laufende Jahr eine Art Jagdkarte gegen Erlegung von 3 Mark zu lösen hat. Rechnet man in Deutschland 10 Millionen Raucher, so würden dadurch allein die von der Regierung verlangten 30 Millionen zusammengebracht. Um nicht der Steuerunterschlagung verdächtig zu scheinen, muß der Inhaber der Rauchkarte dieselbe sichtbar am Hut oder auch an einer Schnur um den Hals tragen und alle Cigarren- und Tabakverkäufer werden eidlich verpflichtet, ihre Waare an Niemanden zu verkaufen, der sich nicht durch eine Steuerquittung als rauchberechtigt legitimirt. Damit wäre, nach Meinung des Vorschlagenden, auf einmal das große Problem gelöst.

Wenngleich wir im Prinzip mit der angeregten Tabaksteuer einverstanden sind,*) so liegt doch in der Art der Besteuerung eine krasse Ungerechtigkeit und zwar insofern, daß jeder Raucher, Schnupfer ꝛc. für seine Steuerkarte 3 Mark entrichten soll. Es müßte auf diese Weise derjenige, welcher nur billige Cigarren, Tabake ꝛc. consumirt, unverhältnißmäßig mehr Steuer zahlen, als derjenige, welcher die Mittel besitzt, hochfeine Cigarren und Tabake zu rauchen, und wäre es daher entschieden gerechter, diese Steuer gemäß der Einkommensteuer des Einzelnen zu berechnen, und zwar so, daß die Steuer einen für Alle gleichen Bruchtheil der Einkommensteuer beträgt. Auf diese Weise wäre das Problem gelöst, ohne „das Pfeifchen des armen Mannes" ungebührlich zu besteuern.

*) Wir nicht, weil jede Steuererhöhung nur dem Militärstaat, nicht dem Culturstaat zu Nutze kommt. R. d. V.

Der Rauchclub von Reutlingen.

Mainz, 4. April. Sonntag den 1. April reiste ich auf Wunsch der Schiersteiner Genossen mit Herrn Weidemann aus Mannheim nach Schierstein, um dort eine Volksversammlung abzuhalten. Als der Einberufer, Genosse Speht aus Schierstein, die Versammlung eröffnete und zur Wahl des Büreaus geschritten wurde, kam dasselbe in die Hände der Gegner. Ich erhielt nun als Referent zur Tagesordnung das Wort. Dieselbe lautete: „Die verschiedenen Parteien und ihre Stellungen zur Arbeiterfrage." Als ich zehn Minuten gesprochen hatte und auf die Stellung der Fortschrittspartei zu sprechen kam, wobei ich bemerkte, daß viele Spar- und andere Vereine nicht bestehen könnten und Bankerott machten, da schnellte der Vorsitzende, Fabrikant Bertina, wie von einer Tarantel gestochen in die Höhe und erklärte, das sei eine schwere Beleidigung, worüber er mich zur Ordnung rufen müsse, und daß, wenn ich die Aeußerung nicht zurücknehme, er mir nicht erlaube, weiter zu sprechen. Da ich selbstredend nichts zurücknahm, so durfte ich nicht weiter sprechen. — Nach mir bekam Genosse Weidemann das Wort, der jedoch besser davonkam; denn obgleich er mit der Fortschrittspartei scharf in's Gericht ging und Alles für wahr erklärte, was ich gesagt hatte, so ließ man ihn doch aussprechen. — Nach Weidemann ergriff Herr Bertina das Wort, um gegen die Sozialdemokraten zu wettern und gleichzeitig für seine Person eine Lobrede zu halten. Bei ersterem Bestreben förderte der Herr mit jedem neuen Satze eine neue Unwissenheit zu Tage, und bei seiner Selbstlobrede war nur zu deutlich zu merken, daß auch hier das alte deutsche Sprichwort vom Eigenlob gut angewandt sei. — Nach Herrn Bertina bekam ich das Wort wieder, aber die Gegner sahen bald ein, daß es besser sei, sich durch das bekannte Rezept des Herrn Valentin vor weiteren moralischen Püffen zu schützen. — Daß die Fortschrittler in der „Wiesbadener Zeitung" von einem Siege faseln, den sie errungen hätten, ist eine kindische Unbedachtsamkeit, denn nur zu bald dürfte es sich zeigen, daß die Arbeiter von Schierstein mehr zu uns als zu ihnen hinneigen. Bedauert sei hier nur noch, daß viele Arbeiter auf den Wink ihres Brodherrn sich in Versammlungen zu allerlei Unwürdigkeiten gebrauchen lassen.

F. Jöst.

An die Arbeiter und Gewerbtreibenden, sowie an alle Interessenten für die Abschaffung der Zuchthaus-Arbeit.

Bereits vor einem Jahre wurde in Berlin von einer Volksversammlung eine Commission gewählt, welche organisatorisch thätig sein und in Deutschland Unterschriften für eine an den Reichstag betreffs Beseitigung der durch die Zuchthausarbeit hervorgerufenen und der Industrie so nachtheiligen Concurrenz einzusendende Petition sammeln sollte.

Wir hatten auch in diesem Sinne eine allgemeine Aufforderung zur Agitation an sämmtliche Arbeiter und Gewerkschaften ergehen lassen. Die Betheiligung war eine im Allgemeinen befriedigende zu nennen.

Noch gegen 80 Ortschaften Deutschlands, in welche wir, durch dortige Personen aufgefordert, Petitionslisten, Denkschriften u. dgl. sandten, haben dieselben bis jetzt nicht beantwortet resp. zurückerstattet.

So weit wir diese Listen zurück erhalten haben, sind dieselben geordnet und das Weitere veranlaßt worden. Wir machen hier noch einmal bekannt, daß alle noch außenstehenden Listen, wenn wir dieselben nicht binnen 14 Tagen haben, zwecklos geworden sind.

Der Unterzeichnete ist beauftragt, seine Adresse anzugeben und sämmtliche in dieser Angelegenheit einlaufenden Briefe anzunehmen.

Im Auftrage für die Commission zur Abschaffung der industriellen Zuchthausarbeit:

B. Breul, Berlin, Koppenstraße 35, Hof, 2 Tr.

Briefkasten

der Redaktion. Chr. W . . z in Reutlingen. Wir verweisen Sie und alle Genossen, denen die in „liberalen" Blättern breitgetretene Geschichte, die Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei betreffend, noch zu Gesicht kommen sollte, auf die in Nr. 38 des „Vorwärts" (Rubrik: Sozialpolitische Uebersicht) enthaltene Notiz. Es ist unter unserer Würde, uns mit den verschiedenen Kläffern und Wadenbeißern „liberaler" Sorte abzugeben. Daß Ihr Kreisblatt erst gegen Mitte April diese „Neuigkeit" seinen Lesern aufzutischen wagt, beweist, daß derartige Papiere nur von den zusammengeklaubten Abfällen ihr kümmerliches und elendes Dasein fristen.

Der Expedition. Euler, Temeswar: Sie haben auf Abonnement 34 Pfg. gut, für welchen Betrag wir Ihnen 1 Broschüre beilegen. — K. Söhnle, Brüssel: Ihr Gesuch ist für laufendes Quartal genehmigt, das Porto beträgt 2 M. — Weber, Berlin: Fehlen noch 2 Lieferungen, die Sie à 20 Pfg. durch uns erhalten können. — J. Oesterreich, Lugau: Die Adresse M. Kayser's ist Redaktion Volkszeitung, Dresden, Zahngasse 15 II. Jhrgang 1876 der Neuen Welt ist zu haben und kostet brochirt 4,80 M., gebd. 7,50 M.

Ein bewährter Parteigenosse aus Nordhausen (Preußisch-Sachsen) wird von einem Liegnitzer Parteigenossen ersucht, seine Adresse an die Redaktion des „Vorwärts" gelangen zu lassen behufs Regelung einer Privatangelegenheit.

Quittung. Wahlverein Harburg An. 0,50. Rdgr. Halle Ab. u. Schr. 27,60. Bsch. hier Ab. 60,00. Schlz. Hamburg d. G. 10,00. Srbrn. Liège Ab. 4,04. Mlr. Verden Ab. 10,10. Zrgbl, Crimmitschau Ab. 63,35. Grd. Stötteritz Ab. 8,80. Ntr. Darmstadt Ab. 25,00. Sfrt. Elsterberg Ab. 4,00. Hrtmnn. Mainz Ab. 6,50. Lhmnn. hier Ab. 15,90. Wahlverein Limmer An. 1,00. Rll. Kl. Grädtz Ab. 3,90. Schrdr. Hannover Ab. 236,10. Rchlt. Mylau Schr. 6,25. Mlsch. Zella Ab. 2.00. Elr. Temeswar Ab. 3,34.

Forst i. L. Den Parteigenossen zur gütigen Beachtung das ich meine Wohnung von der Sprembergerstraße nach dem Lindenplatz 53 verlegt habe, und bitte das mir bisher geschenkte Vertrauen auch fernerhin zukommen zu lassen. [1,50
(F. 122) Gustav Zesch, Schneidermeister.

Hannover. Am 1. Osterfeiertage findet in den Nartenschen Sälen die (F. 167) [2,40
Geburtstagsfeier Ferd. Lassalle's
statt. Karten zum ganzen Fest à 1 Mk., zum Concert à 30 Pfg. sind in den Versammlungen und bei Rudolph zu haben.
Die Festcommission.

Hannover. Den Parteigenossen und Freunden empfehle ich mein reichhaltiges Stofflager zu Frühjahrs- u. Sommer-Anzügen. Für reelle Bedienung bürgt (F. 167) [1,20
H. Rudolph, Herrenkleidermacher, Mittelstraße 11.

Leipzig. Donnerstag, den 18. April, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Windmühlenstraße 7:
Versammlung
der Sozialisten des 12. und 13. sächsischen Wahlkreises.
Tagesordnung: Neuwahl der „Fackel"-Preßcommission.
Karten sind vorzuzeigen. [0,90

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.
Sonnabend Abend: Generalversammlung, Tauchaerstr. 12 bei Hrn. Träger. — Karten sind vorzuzeigen. Nichtanwesende zahlen 25 Pf. Strafe. [50

Limmer. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Den 1. Ostertag, Nachm. 6 Uhr, bei Oppenborn:
Stiftungsfest.
1,20] Das Comité.

Generalversammlung
des Verbandes sächs. Berg- u. Hüttenarbeiter
(Eingetragene Genossenschaft)
Sonntag, den 2. Juni 1878, Nachmittags 2 Uhr, im Saale des Gasthofes zum Jägerhaus in Lugau.
Schluß des Saales Punkt 3 Uhr.

Tagesordnung: 1. Bericht über den allgemeinen Stand des Verbandes. 2. Prüfung des Rechenschaftsberichtes und Entlastung des Vorstandes für abgelegte Rechnung. 3. Abänderung der Statuten. 4. Wahl und Entlastung des Vorstandes und des Controlcommissionsortes. 5. Berathung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge.

Anträge, welche auf die Tagesordnung gebracht werden sollen, müssen nach § 21 der Statuten bis spätestens den 12. Mai bei den Unterzeichneten eingereicht werden. Mitglieder, welche nicht zur Generalversammlung kommen, können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen und abstimmen. Die Quittungsbücher gelten als Legitimation.

Für den Vorstand: Ebert, d. Z. Vorsitzender. [2,10
Die Controlcommission: Friedrich Schramm, Geschäftsführer (Oberwürschnitz bei Stollberg).

Sozialistisches
Central-Wahl-Comité.
Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an den Sekretär C. Derossi, Holzdamm Nr. 42 in Hamburg. (M.)
Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Prachtvoll und solid gearbeitete
Einbanddecken
(Goldpressung) für die
„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77
sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.
NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12.

Lager roher Tabake
en gros & en detail
35] Heymann, Niederstraße 120, Hamburg. [0,90

L'Egalité.
Journal républicain socialiste.
(Organe du parti socialiste en France.)
Paraissant tous les dimanches à Lagny (près Paris)
2, rue du Chariot d'Or.
Abonnement: 3 mois: 3 Mark; — 6 mois: 5 Mark; — un an: 10 Mark. — On s'abonne, soit à la poste, soit en envoyant le montant au journal à Lagny.

Durch uns ist zu beziehen:
N. Tchernychewsky: L'Économie politique
jugée par la science,
critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.
492 pages. Prix 1,50 M.
Die Expedition des „Vorwärts".

Armer Conrad.
Preisherabsetzung.
Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.
Die Expedition des „Vorwärts."

Durch uns ist zu beziehen:
Der
Deutsche Bauernkrieg
von
A. Bebel,
mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters in populärster Weise dargestellt.
Der Verfasser hat in dieser Gefängnißarbeit, besonders für die Arbeiter, welchen Zeit und Mittel fehlen, umfängliche und theure Geschichtswerke zu lesen, den großen Bauernkrieg in seinen gesellschaftlichen Ursachen geschildert. Sein Standpunkt ist der sozialistisch-materialistische, welcher Personen und Zustände, als das natürliche Produkt der vorhandenen materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft ansieht und beurtheilt. Wir glauben mit der weitesten Verbreitung dieses 280 Seiten groß Octav umfassenden Geschichtsbuches, unsrer Sache aufs Beste zu dienen und stellen mit Rücksicht hierauf, den Baarpreis per Einzelexemplar auf M. 2.—, in Partien M. 1,75. — (Porto einzusenden.)
Leipzig. Expedition des „Vorwärts".
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
betr. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Holl, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Laufermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 45. Mittwoch, 17. April. 1878.

Aufklärung.

Aufklärung und Ueberzeugung sollen in die Volksmassen getragen werden, damit dieselben befähigt und bewogen werden, die Leitung ihrer Geschicke in die eigene Hand zu nehmen — so lautet die vornehmlichste Parole der Sozialdemokratie. — Deshalb unterstützen wir auch in der heutigen Gesellschaft schon alle ernsthaften Bildungsbestrebungen, wir sind erfreut über die Fortschritte der Wissenschaften, wir loben jedes Gemeinwesen, welches für die Erziehungsanstalten der Jugend Hervorragendes leistet, wir tadeln die modernen Culturstaaten, daß sie den rohen Militarismus als ein Bildungsinstitut anpreisen und die Volksschulen wie ein Aschenbrödel behandeln — wir nennen uns deshalb auch mit einem gewissen Stolze die Partei der Aufklärung, der lichtvollen Zukunft.

Politische Freiheit und soziale Gleichheit wollen wir erringen und unsere Hauptkämpfer sind eben die Bildung und die Aufklärung des Volkes.

Daß wir diese Bildung und Aufklärung nimmermehr voll und ganz erreichen können während unseres Kampfes, ist uns wohl bewußt, da zu derselben auch ein gewisser materieller Wohlstand des ganzen Volkes gehört — deshalb behandeln wir auch die politische Freiheit, die soziale Gleichheit und die allgemeine Bildung als etwas Einheitliches, welches zusammen angestrebt werden muß und deren einzelne Theile sich gegenseitig stützen und fördern.

Daß die reaktionären Gewalten in unserem Bestreben nur den Umsturz und in richtigem Instinkte in dem Niederhalten der allgemeinen Bildung die einzige Schutzmaßregel gegen den fortschreitenden Geist der Zeit erblicken, ist uns sehr erklärlich. Wir begreifen deshalb, daß der Militarismus, das heißt die rohe Macht gehegt und gepflegt wird, wir begreifen, daß die Volksschule so traurige Erscheinungen, Lehrermangel, schlechte Besoldung der Lehrer, äußerst primitive Lehrmittel ꝛc. ꝛc. zeigt, wir wundern uns deshalb auch nicht und halten alle diejenigen Menschen entweder für Dummköpfe oder Betrüger, welche dem Volke gegenüber erklären, daß es Aufklärung und Freiheit von den auf alte Traditionen und neue und einseitige Machtverhältnisse aufgebauten Regierungssystemen zu erhoffen habe.

Bei uns hat deshalb — und wir verweisen hierbei auf den Artikel: „Die Lage der Volksschule in Preußen“ in Nr. 43 des „Vorwärts“ — auch nachstehende Notiz, welche durch mehrere pädagogische Blätter läuft und auf die Schulverhältnisse der Provinz Sachsen, die doch mit die Besten im Königreiche Preußen sind, ein eigenthümliches Licht wirft, kein besonderes Erstaunen erregt.

„Das Dorf W., Kreis Nordhausen, hat binnen 17 Jahren 14 Lehrer gehabt. Die Stelle hat mit der Staatszulage ein Einkommen von etwa 700 Mark neben Wohnung und Feuerung, so daß ein verheiratheter Lehrer es immer nur kurze Zeit aushielt. Meist amtiren Präparanden oder „frühzeitig reif gewordene Seminaristen“ in W. Der letzte Lehrer ist nur vier Wochen in W. gewesen. Jetzt ist man gewillt, seinen Vorgänger, der sein erstes Examen noch nicht bestanden hat, zurückzurufen.“

Der Aufklärung des Volkes, welche die Sozialdemokratie erstrebt, wird somit das ernste Bestreben entgegengesetzt, das Volk in der Bildung nicht vorwärts kommen zu lassen, jedenfalls damit „die Aufklärungsbäume nicht in den Himmel wachsen“. —

Aber die Liberalen! Sie wollen doch auch Aufklärung, wird man rufen, sie erklären doch immer, daß die Schulbildung erhöht werden, ja sie sagen, daß durch die Aufklärung des Volkes die Sozialdemokratie bekämpft werden müsse.

Nichts als leere Phrasen, nichts als ein Köder, der dem Volke hingeworfen wird. Leere Phrasen deshalb, weil ein Staat, dem gerade die Liberalen fast zwei Drittel aller Steuergroschen für den Militarismus bewilligen, kein Geld übrig hat für das Erziehungswesen; ein Köder deshalb, weil die Herren Liberalen ebenso gut, wie die Regierung, aus Erfahrung wissen, daß die Sozialdemokratie am Leichtesten und am Tiefsten Wurzel schlägt, wo die Schulbildung und die allgemeine Bildung am Höchsten ist, daß es also geradezu ein lächerliches Beginnen wäre, die Aufklärung mit der Aufklärung todtschlagen zu wollen.

Was aber die Liberalen und Fortschrittler mit ihrer Aufklärung bezwecken, ist Folgendes: Sie wissen, daß wenn die Bildung und die Wissenschaften in einer oder einigen Klassen der Bevölkerung besonders cultivirt werden, und wenn auch nur in oberflächlicher Weise, daß diese Klassen dann die anderen leicht beherrschen und auch der Regierung einen gewissen Damm entgegensetzen können. Deshalb werden auch alle diejenigen Anstalten besonders berücksichtigt, in welchen die Jugend der besitzenden Klassen unterrichtet wird.

So ist thatsächlich die Beförderung der Bildung und Aufklärung, wie sie die Liberalen und Fortschrittler wünschen, nichts anderes als ein Attentat auf die Freiheit und die Aufklärung. Beiden Feinden gegenüber haben wir Stellung zu nehmen und dürfen solche Position auch nimmermehr preisgeben. Den offenen Verdummungsversuchen und den heuchlerischen Phrasen gegenüber müssen wir immer das Banner hochhalten, auf welchem die leuchtenden Worte stehen:

„Freiheit und Aufklärung des ganzen Volkes.“

Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

(Schluß.)

Nur „nützliche, zweckmäßig verausgabte“ Arbeit, so versichert uns Herr Marx wiederholt, ist werthbildend; die ziel- und zwecklos, ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Gebrauchswerth verwandte Arbeit kann bei einer ernsthaften Betrachtung über die Entstehung der Werthe ebenso wenig berücksichtigt werden, wie etwa die „Arbeit“ des Kindes, das mit seinen Bausteinen ein Haus aufbaut, um es im nächsten Moment wieder zusammenzuwerfen, oder auch die „Arbeit“ der Herren Böhmert, Richter und Compagnie, den Sozialismus mit „geistigen Waffen“ zu vernichten. Alles kindliches Spiel, aber keine „nützliche, zweckmäßig verausgabte“ Arbeit und darum auch nichts werth! Während z. B., wenn die genannten Herren statt dessen lieber die Straßen kehren oder alte Schuhe flicken wollten, ihre Arbeit, weil „nützliche, zweckmäßig verausgabte“ Arbeit, sofort Werth bekäme!

Das in diesen letzten zwei Absätzen Ausgeführte diene zugleich als Antwort für jene ganz besonderen Klugsch—wätzer, welche einwenden: Wenn es wirklich die Arbeit wäre, welche den Dingen Werth verleiht, dann müßte ja auch Alles, worauf einmal Arbeit verwandt wurde, Werth haben!

Ich bin mit meinen Darlegungen über diesen controversen Punkt der sozialistischen Werththeorie zu Ende und hoffe, den Einen oder den Anderen überredet zu haben, daß dieselbe den „wechselnden Gebrauchswerth“ der Güter doch nicht so ganz unberücksichtigt läßt, wie es Herr Prof. Schäffle und seine Meinungsgenossen annehmen.

Resumiren wir nun zum Schlusse unsere Betrachtungen:

Auf den gegnerischen Einwand, daß nicht nur die Arbeit, sondern auch das Verhältniß von Angebot und Nachfrage den Werth der Waaren bestimme, haben wir zu erwidern: Es ist nicht wahr, daß Angebot und Nachfrage auf den Werth irgendwelchen Einfluß haben, — den Werth repräsentirt immer und ewig nur die „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit“. Sie berühren vielmehr ausschließlich den Preis, den sie durch ihr heute beständig schwankendes Verhältniß in's Mitschwanken versetzen, ohne aber seinen Schwerpunkt, den Werth, nach dem er immer wieder zurückfällt, jemals verrücken zu können.

Daß sich das Grundgesetz der sozialistischen Werththeorie — Bestimmung des Werthes durch die „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit“ — in der heutigen verrückten Produktionsweise nur unter beständigen Hin- und Herzuckungen, das Rechtmäßige, Vernünftige sich nur unter beständigem Kampfe mit dem Zufälligen, Unsinnigen, „nur als blindwirkendes Gesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann“, das spricht wohl gegen diese verrückte Produktionsweise, keineswegs aber gegen jenes Gesetz!

Was also vermeintlich ein Mangel der wirthschaftlichen Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft sein sollte, daß sie angeblich den „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“ nicht berücksichtigen, erweist sich schließlich als ein glänzender Vorzug der letzteren, die vermöge einer guten Produktions-Organisation Bedarf und Produktion stets in Uebereinstimmung halten und so die Abirrungen des Preises vom Werthe und die damit zusammenhängenden Ungerechtigkeiten und Schädigungen beseitigen wird; und umgekehrt als ein arges Gebrechen der bestehenden Gesellschaft, bei welcher, eben weil sie den „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“ nicht berücksichtigt, diese krampfartigen Zuckungen gar kein Ende nehmen und — siehe unsere formidablen Produktionskrisen — ihren Organismus immer mehr zerrütten.

Weil sie lahm und krank sind, können sie nicht begreifen, wie wir ohne Krücken (ohne besondere „Taxen“ für den „wechselnden Gebrauchswerth“) gehen wollen!

Abfertigung.

Geehrter Herr Redakteur!

Die Einsendung des Herrn Schramm unter obigem Titel „fertige“ ich meinerseits mit dem Hinweis auf meinen inzwischen wohl veröffentlichten Artikel IV „ab“. Der Leser wird darin finden, was von der prätentiösen Redensart des Herrn Schramm, daß, wenn man seine Exegese verwerfe, die sozialistische Werththeorie sofort „eitel Unsinn“ werde, zu halten ist.

Das ist ja das Malheur bei all diesen Herren, daß sie Einen nicht ausreden lassen! Sowie all die Balgereien über die Marx'schen Ausführungen nur daher kommen, daß man nicht, so wie es sich schickt, abwartete, bis Herr Marx sein ganzes Werk veröffentlicht hat; ebenso würde auch Herr Schramm, wenn er meinen nächsten Artikel abgewartet hätte, gefunden haben, daß seine „Abfertigung“, worin er mir vorwirft, den „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“ gar nicht berücksichtigt zu haben, nichts ist als — „überflüssig verausgabte Arbeitszeit“.

Ich kenne ein Sprichwort, das auf all diese Herren paßt, als ob es eigens auf sie erfunden wäre. Es kommt darin etwas von einem ungebauten Haus vor.

Da ich nicht vorlaut bin und ich nicht gerne leeres Stroh dresche, so gestatte ich mir, über die Ausführungen des Herrn Schramm vorläufig zur Tagesordnung überzugehen. Erst wenn er mich hübsch zu Ende (d. h. auch Artikel IV) gehört hat und dann noch immer findet, daß nur seine Definition die einzig wahre, nur durch diese eine Hineinpassung des „wechselnden gesellschaftlichen Bedarfs“ in die sozialistische Werththeorie möglich sei, erst dann werde ich seine „Abfertigung“ in die Arbeit nehmen.

Ich werde ihm dann insbesondere zeigen, wie überaus naiv seine Annahme war; ich habe gar nicht bemerkt, wie jenes Citat S. 67, auf welches ich ihn brachte und nach dem er so heißhungrig greift, im fernern Wortlaut scheinbar zu seinen Gunsten spricht. Könnte ich ihm mein Concept zeigen, dann würde er sehen, daß ich darin besonders hervorhob, wie es offenbar diese Stelle gewesen sei — es ist nämlich die einzige im ganzen „Kapital“ — die Herrn Schramm bei seiner wunderbaren Definition der „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit“ vorschwebte (ich hatte es errathen!) und wo meines Erachtens sein Irrthum betreffs dieser Stelle stecke.

Um nicht gar zu weitläufig zu werden, habe ich den für Alle, außer Herrn Schramm, schließlich gleichgiltigen Passus dann wieder gestrichen.

Diesen und noch manchen andern neuen Schnitzer werde ich ihm dann nachweisen.

Für heute aber die Bitte: daß Herr Schramm, wenn er mir nicht von vornherein allen Muth nehmen will, mit ihm zu disputiren, seine Unfehlbarkeit bei Muttern zu Hause lasse, die Unfehlbarkeit, mit der er mich so gewaltig zu Boden schmettert, wenn er z. B. ausruft: „Da nun aber Marx, wie aus den citirten Sätzen unzweifelhaft hervorgeht, die Sache thatsächlich so meint, wie ich sie definirt habe — und er kann sie vernünftiger Weise gar nicht anders meinen (!!) — ꝛc. ꝛc. (Leider Gottes will das Herrn Schramm nur Niemand glauben! Es glaubt ihm's Herr Prof. Schäffle nicht, es glaubt ihm's die „Zukunft“ nicht ꝛc. ꝛc.)

Man sage mir das Mittel, gegen die Unfehlbarkeit anzukämpfen! Ich, Herr Schramm, bin nicht unfehlbar! Ich sehe die Sache so an, daß all diese Dinge eine mehrseitige Beleuchtung sehr wohl brauchen können, daß sie noch viel zu neu und zu wenig fundamentirt sind, als daß sich nicht Alle zusammen da und dort arg täuschen könnten, wie sich denn auch wirklich noch ganz andere Leute, als es Herr Schramm und „Herr H. L.“ sind, hier schon arg blamirt haben.

Ich meinerseits bin denn auch, wie ich es gleich anfangs in einem Brief an Sie, geehrter Herr Redakteur, hervorhob, gerne bereit, dort, wo ich eines Bessern belehrt wurde, es frank und frei einzugestehen. Allerdings muß man sich diese Belehrung nicht gar so leicht machen, wie Herr Schramm in seiner „Abfertigung“, die aus nichts besteht, als aus dem von mir gelieferten, von Herrn Schramm mißverstandenen Marx'schen Citat, garnirt mit einer Unmasse überflüssiger Redensarten.

Und das bringt mich auf die zweite Bitte. Ich unterscheide in der politischen Polemik streng zwischen Gegnern bonae und malae fidei. Bei Letzteren ist m. E. keinerlei Rücksicht am Platze, der gröbste Ton der beste. Bei Ersteren aber vermag ich für das Verlassen gewisser Anstands- und Höflichkeitsformen kein stichhaltiges Motiv abzusehen. Da ich nun Herrn Schramm für einen solchen Gegner bonae fidei ansehe und Herr Schramm mir wohl gestatten wird, von mir selbst das Gleiche zu denken, und da es sich ferner zwischen uns um rein sachliche Streitfragen handelt, wir persönlich gar nichts gegen einander haben, schon weil wir uns im Leben gar nie gesehen, — so schlage ich Herrn Schramm vor, daß — immer vorausgesetzt, daß er überhaupt noch was gegen mich zu sagen hat — wir die Grenzen jener Formen doch lieber hübsch einhalten. Das schließt ein kräftiges Wort da und dort nicht aus. Bischen grob — ja, aber nur nicht zu grob! An dieses „zu“ hat Herr Schramm aber recht oft und hart angestreift. Wird er ja schließlich gar so zutraulich, daß er mich zu duzen anfängt, was ich meinerseits denn doch dankend ablehnen muß.

Und damit empfehle ich mich dem Herrn C. A. Schramm.

Genehmigen Sie, Herr Redakteur, die Versicherung der größten Achtung, mit welcher sich zeichnet

Ihr ergebenster H. L.

Das Erziehungswesen in den Vereinigten Staaten.

II.

Es ist eine Thatsache, daß Menschen in demselben Grade oberflächlich und leichtsinnig werden, in welchem das Glück sie begünstigt. Dies gilt von Völkern natürlich ebensosehr als von Einzelnen, und vom angloamerikanischen zumeist, dessen Geschichte eine so glückliche ist, wie sie in solchem Maße nicht verdient war. Dieses Volk ist durch seine günstigen Schicksale verzärtelt und aristokratisch worden; es lernte für sein eignes Verdienst halten, was überwiegend Werk der Umstände war, und wurde eine Nation von Adligen, wenn auch ohne den Schliff eines alten Adels. Man sieht es schon von Weitem am Angloamerikaner, daß er etwas „Besseres“ sein will als andere Menschen, man sieht es am leichten, elastischen Schritt, der stolzen Haltung, der modischen Kleidung; man sieht es auch an der Pflege der Körperschönheit, an der Toilettenkunst, und an den wirklich feinen Zügen der Meisten. Die Folge ist der Abscheu vor aller andauernden oder schweren Arbeit, welche denn auch leicht auf Maschinen, Neger und Eingewanderte abgewälzt werden konnte; der Widerwille gegen einen Lebensberuf, da es ja der Zweck des Lebens ist „Geld zu machen“, und da man zu diesem Zwecke seine Beschäftigung wechseln mag, bis er endlich erreicht ist; die Abneigung gegen alle Gründlichkeit, da mit ihr schlechterdings kein großes Vermögen erspielt werden kann — die gründlichen Sachkenner miethet man sich lieber. Es giebt natürlich auch gründlich durchgebildete Handwerker, Gelehrte, Künstler und Handelsleute; allein sehr selten, und sie haben wenig Einfluß auf das Erziehungswesen.

Der Schein, die glänzende, lockende Außenseite, der sofortige greifbare Nutzen einer Schule, einer Lehre, einer Bildungsweise, das für den Augenblick Bestechende der Leistungen und die Krafterspariß bei denselben, mögen sie sich auch auf die Dauer noch so wenig bewähren, das sind die Kennzeichen angloamerikanischer Erziehung. Es giebt über alle Großstädte hin sogenannte Geschäfts-Hochschulen, wo man in einem halben Jahre Buchführung und alle kaufmännischen Kenntnisse erlernen kann, und in diesen Anstalten sind zusammengenommen mehr Schüler als in allen andern höheren Schulen. Die Folge ist, daß es der Buchhalter,

der im Handel Beschäftigten — und der Schwindler weit, weit mehr giebt, als unterkommen können, und daß Buchhalter durchschnittlich billiger zu haben sind als gute Handwerker; daß weit mehr Kaufläden auf eine gleich große Volkszahl kommen, als irgendwo anders und durch den Zwischenhandel alle Lebensbedürfnisse vertheuern; endlich daß Bankrotte so häufig sind — meist betrügerische — wie nirgends — wohl neun Zehntel aller kaufmännischen Geschäfte endigen in dieser Weise. Dagegen giebt es kaum noch eine Gelegenheit, ein Handwerk oder ein produktives Geschäft gründlich zu lernen. Wer als Privatlehrer sein Glück machen will, muß versprechen und glauben machen, daß er eine fremde Sprache, ein musikalisches Instrument, eine freie Kunst, eine Fachwissenschaft in wenigen Stunden lehren kann; solcher Schwindel hat einen fast unglaublichen Erfolg und lohnt mit raschem Reichwerden.

Daneben besteht noch immer in weiter Ausdehnung der Aberglaube, daß ohne Latein und Griechisch keine gelehrte Bildung möglich sei, ganz wie in Europa. Es könnte wunderbar erscheinen, daß hierzulande über dreihundert Hochschulen bestehen, welche vorgeben zu leisten, was auf deutschen Universitäten geleistet wird, mit zusammen ebensoviel Studenten als auf diesen. Aber beiweitem die meisten bestehen blos zu dem Zwecke, um Zeugnisse und Titel ausstellen zu können, mit welchen die Söhne und Töchter der Bourgeoisie sich spreizen können. Auf sehr wenigen dieser Anstalten ist eine Fachausbildung zu erlangen, wie sie in Deutschland gefunden wird, und fast Alle, welche eine solche gründlich erlangen wollen, setzen ihre Studien in Deutschland fort. Der Lehrgang auf diesen Anstalten muß kurz und oberflächlich sein, wenn sie Zulauf haben wollen. Es kommt hinzu, daß sie — mit ganz wenigen Ausnahmen — nicht öffentliche Anstalten sind, sondern von religiösen Sekten zum Zweck der Propaganda ihrer Kirchen gegründet. Die Lehrer der Wissenschaften müssen also Mucker und Heuchler sein, wenn sie Anstellung finden und behalten wollen, und die Vorsteher sind Geistliche oder deren Werkzeuge. Keine einzige dieser „Universitäten" und Colleges kann über die Mittel gebieten, welche zur erforderlichen Ausstattung mit Lehrhülfsmitteln gehören (Sternwarten, anatomische Museen, Kliniken, Laboratorien, Bibliotheken, naturgeschichtliche Sammlungen ꝛc.). Die besseren Lehrhülfsmittel dieser Art sind weit über das Land verstreut, anstatt an wenigen Mittelpunkten vereinigt zu sein.

Die Seminarien (hier Normalschulen genannt), welche Lehrer für die eigentliche Volksschule bilden, nehmen rasch an Zahl zu, es giebt deren jetzt nahe an 150, und einige von diesen sind in guter Leitung, weil es ein Häuflein wahrer Pädagogen giebt, welche deutsche Muster kennen gelernt haben und nachzuahmen suchen. Der Uebelstand ist hier wieder, daß die Aufnahme Suchenden in großer Mehrzahl eine ganz ungenügende Vorbildung mitbringen und erst in einer oder zwei Vorbereitungsklassen besser lesen, schreiben und rechnen lernen müssen, ehe sie die pädagogische Fachbildung erlangen können. Und bei der Ungeduld der Angloamerikaner dauert diesen Schülern die Sache viel zu lange. Wenigstens zwei Drittel von den Schülern gehen lange vor Beendigung des Lehrgangs ab und finden leicht eine Lehrerstelle irgendwo, weil jährlich über 30,000 neue Lehrer gebraucht, und von den Seminarien zusammen höchstens 3000 als reife Schulamtsbewerber entlassen werden können. Da nämlich die Lehrer, mit Ausnahme der obersten, verhältnißmäßig fast ebenso schlecht als die deutschen besoldet sind, so widmen sich dem Lehrberuf vorzugsweise junge Mädchen (bis zu drei Viertel), weil Lehrerinnen sehr als Gattinnen gesucht werden, und gehn der Schule durchschnittlich nach drei Jahren wieder verloren, gerade wenn sie einige Erfahrung und Uebung erlangt haben und mehr Nutzen stiften können. Außerdem werden Leute jedes möglichen Bildungsganges vorübergehend Lehramtsbewerber, wenn sie eben kein anderes Brod finden können, und man kann diese Zugvögel nicht entbehren. Es giebt also keinen Lehrerstand; es giebt — mit verschwindenden Ausnahmen — keine langjährigen, für den Beruf ausgebildeten, mit ihm verwachsenen, auf Fortbildung des Erziehungsplanes bedachten, für die Ehre und den Vortheil des Berufs wirkenden Lehrer. Die weitere Folge ist, daß es keine sachverständigen Schulvorstände geben kann, sondern fast nur Laien, und zwar aus politischen Rücksichten gewählte Oberleiter des Volksschulwesens.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Im deutschen Reichstage fand am vergangenen Dienstag die Debatte über die Abänderungsvorschläge in Bezug auf das Haftpflichtgesetz statt (die Anträge haben wir ihrem Wortlaute nach schon gebracht). Dr. Max Hirsch langweilte den Reichstag durch allerlei confus-zusammengestelltes Material eine Stunde lang; der Centrumsmann v. Hertling stand sichtlich unter dem Drucke der neuen Wendung der Dinge, er vergaß seine Oppositionsstellung und seine Arbeiterfreundlichkeit und zeigte ein reaktionäres Gesicht. Der „Schlotjunker" und Abgeordnete Stumm wäre besser stumm geblieben, seine Rede war alter aufgewärmter Kohl und ein Loblied auf die aufopferungsfähigen Fabrikanten, die sich um das Vaterland verdient machten, weil sie in jetziger schlechten Zeit überhaupt noch Arbeiter beschäftigten. Ein frischer Hauch ging durch das Haus, als Genosse Kapell den Antrag Hasenclever-Kapell in trefflicher Rede vertheidigte. Gegen den Abgeordneten Hirsch gewandt, erklärte er, daß, wenn Letzterer behaupte, daß die Sozialdemokraten durch den Abschnitt 2 ihrer Vorlage weit über das Ziel hinausgingen, so habe er diese Ansicht nicht motivirt. „Der § 2 des Haftpflichtgesetzes ist nur ein todter Buchstabe für den Arbeiter. Der Arbeiter soll selbst den Nachweis führen, daß seitens des Arbeitgebers Vorsichtsmaßregeln versäumt sind. Ja, wenn er todt ist! Für die Hinterbliebenen aber ist es meistens unmöglich, die Thatbestände zu ergründen, ebenso für den Arbeiter, der besinnungslos von der Unglücksstelle geschafft wird. Die Beweisführung muß also verschoben werden. Der Abg. Hirsch behauptet ferner, unser Antrag sei falsch und einseitig. Ich gebe dieselbe Beschuldigung zurück. Selbst mit der Laterne findet man aus dem Antrag Hirsch nichts heraus. Es soll Alles dem Reichskanzler überlassen bleiben. Der Mann hat mehr zu thun. Wir haben in unserer Vorlage spezialisirt, was der Abg. Hirsch nur unklar angedeutet hat." — Abg. Lasker „vermittelte" wie gewöhnlich. — In der Sitzung am Mittwoch, in welcher die Fortsetzung der Berathung stattfand, sprachen noch der conservative Abg. Heinrich (Borna), der „Allen zu lieb" sein wollte, und der Antragsteller Hirsch. Genosse Hasenclever, der sich zum Worte gemeldet hatte, wurde durch Schluß der Debatte verhindert, den sozialistischen Antrag weiter zu motiviren.

Es folgte nun der Antrag Blos-Most auf Abänderung des Wahlgesetzes, den wir gleichfalls schon mitgetheilt haben. Abg. Blos empfiehlt den Antrag mit Hinweis auf die bei der Wahl des Abg. v. Grävenitz eben zur Sprache gebrachten Uebelstände. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Beschaffenheit der Stimmzettel seien zu vage, als daß durch sie das Wahlgeheimniß in Wirklichkeit gewährleistet werde. Er halte für am besten, die Stimmzettel in unbeschriebenen Couverts abzugeben. Um aber im Uebrigen den Willen der Wähler bei den Wahlen richtiger und voller zum Ausdruck zu bringen, sei nöthig, die Wahlen am Sonntag stattfinden zu lassen, wo Jeder eher Zeit habe, sein Wahlrecht auszuüben. In den letzten Jahren seien die Wahlen mehrfach auf einen Sonnabend angesetzt worden, als einem Tage, der den Arbeitern am ungelegensten sei. Namentlich auf dem Lande, wo die Wahlkreise oft mehrere Meilen umfassen, sei es dem Arbeiter fast gar nicht möglich, zur Wahl zu gehen, besonders wenn der Wahltag ein Sonnabend sei. — Der Abg. Frankenburger (Fortschritt) empfiehlt den Antrag der Wahlprüfungskommission zu überweisen. Der „schwarz-rothe Schlangentödter" Dernburg begreift gar nicht einmal den Sinn des so einfachen Antrages und ist schon deshalb gegen denselben, während der Abg. Völk ihn theilweise empfiehlt. — Abg. Most bemerkt als Mitantragsteller, daß fast alle Parteien schon über die Nothwendigkeit eines solchen Antrages einig seien. Eine Commission, wenn sie sonst den guten Willen dazu habe, könne sehr bald konkrete Vorschläge machen. Mache sie wirkliche Verbesserungen, so seien die Sozialdemokraten die Letzten, die dagegen stimmen werden. Redner bestreitet die Ausübung eines Terrorismus, wie der Abg. Frankenburger seiner Partei vorgeworfen. Aber die besitzende Klasse übe einen Terrorismus gegen die von ihnen abhängigen niederen Stände bei den Wahlen aus. Redner weist auf einige Vorkommnisse derart hin, wo die Arbeitgeber aufgepaßt haben, ob die Arbeiter auch die ihnen eingehändigten Zettel an der Urne abgaben. An den Wahltischen säßen die Oberbeamten der Fabriken und die Buchhalter, und übten eine scharfe Controle über die Arbeiter ihrer Fabrik bei der Wahl aus. Viele seien schon wegen bloßen Verbreitens sozialdemokratischer Flugblätter aus ihrer Arbeit entlassen worden. Daß die Couverts wieder mehr Ausgaben verursachten, sei ja selbstredend; aber in einem Staate, wo der Moloch „Militarismus" so viele Millionen verschlingt, könne es auf eine Kleinigkeit für Couverts nicht ankommen. — An dem Sonntage habe allerdings die sozialdemokratische Partei das höchste Interesse, denn in der Woche komme es dem Arbeiter, selbst in Berlin, sehr schwer an, zur Wahlurne zu gehen. Wie könne z. B. ein Arbeiter, im 6. Wahlkreise Berlins wohnend, wenn er am Kreuzberge arbeite, den Bau verlassen und zur Wahl gehen! Im ultramontan-durchseuchten Frankreich habe man die Wahl am Sonntage; und wenn man am Sonntage Tanzmusiken gestatte, werde eine Wahl dem Seelenheil der Wähler auch nicht schaden. In Frankreich sei es den Geistlichen sogar lieb, daß am Sonntage gewählt werde; denn sie benutzten die Gelegenheit gleich zu einer großen Wahlpredigt. Er empfehle auch den Liberalen, durch Annahme seines Antrages sich einen Schutz für die Zukunft zu verschaffen, denn es könne doch vorkommen, daß die liberale Partei nach und nach ganz an die Wand gedrückt werden solle. — Der Antrag wird hierauf der Wahlprüfungscommission überwiesen.

Hierauf folgt der Antrag Bracke und Genossen: Folgendem Gesetze die Zustimmung zu ertheilen: „Einziger Artikel: Die durch die Verordnung vom 22. Dezember 1868 für bestimmte Militärpersonen eingeführte Befreiung von Kommunalabgaben wird aufgehoben; diese Personen sind fortan in derselben Weise wie andere Gemeindeangehörige zu den Kommunallasten heranzuziehen".

Bracke findet die gegenwärtigen Bestimmungen auf diesem Gebiete ganz unhaltbar. Sie involvirten ein Privilegium für einzelne Klassen oder führten ein solches ein, wo es noch nicht bestanden habe, während es doch jetzt mehr denn je geboten erscheine, volle Gleichheit vor dem Gesetze zu schaffen und Standesprivilegien zu beseitigen. Es sei zu verwundern, daß heute noch solche Privilegien existirten, nachdem schon durch Edikt vom 28. April 1773 die Rechtsgleichheit für Alle, welche des Staates gleichen Schutz genießen, ausgesprochen sei. Eine Befreiung bestehender Stände von der Steuer reize mehr auf als alle sozialdemokratischen Agitationen, denn die darin liegende Ungerechtigkeit sei so in die Augen springend, daß auch der blödeste Verstand es sofort erkennen müsse. Wenn Graf Moltke neulich gesagt habe, man könne doch von dem geringbesoldeten Lieutenant nicht noch Kommunalsteuer verlangen, so sei es doch einfach gerecht, dem armen Lieutenant von Staats wegen mehr Sold zu geben. Die Kommunen würden sich ganz bedeutend besser stehen und Berlin z. B. wahrscheinlich eine halbe Million Mark an Kommunalsteuern mehr einnehmen, wenn alle hier restirenden hohen Chargen Steuer zahlten. Petitionen in dieser Richtung seien schon mehrfach an die legislativen Körperschaften gerichtet. Redner verliest hier Theile einer Petition aus Oldenburg, die am 28. Mai 1869 im Preuß. Abgeordnetenhause zur Verhandlung kam und die Bekämpfung des Kriegsministers v. Roon und des Abg. Moltke aus ganz unhaltbaren Gründen erfahren habe. Die Ungerechtigkeit und Ungleichheit bestehe für alle Ortschaften des Reiches, weshalb er um Annahme des Antrages bitte. Wenn man etwa einwende, daß ja das Militär auch kein Wahlrecht habe, so sei dem gegenüberzuhalten, daß ja in jeder Commune sehr viele Einwohner kein Wahlrecht hätten und doch Steuern bezahlen müßten. Wenn man sage, das Militär habe ja auch auf dem Schlachtfelde geblutet und bringe sein Leben dar, so sei er der Letzte, der das nicht anerkenne, aber auch von den anderen Staatsangehörigen bringen viele den Verhältnissen ihr Leben zum Opfer, jetzt z. B. raffe in vielen Gegenden der Hungertyphus Hunderte von Arbeitern hinweg, und ihnen werde nicht der Ruhm für die Nachwelt zu Theil, dem man dem gefallenen Militär angedeihen lasse. Auch werde der Nutzen kommunaler Einrichtungen gerade dem Militär in bevorzugtem Maße zu Theil.

Abgeordneter Richter, den es ärgerte, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter einen Antrag eingebracht und überzeugend begründet hatte, den die Fortschrittspartei eigentlich längst hätte einbringen müssen, machte, da er Bracke's Ausführungen nicht widerlegen konnte, seinem Aerger dadurch Luft, daß er Bracke zum Schein lobte, und dann als Plagiator der Fortschrittspartei hinstellte, der er den Antrag gestohlen habe. Schade nur, daß Bracke den Antrag so schlecht formulirt; übrigens sei der gemäßigte Ton, in dem er gesprochen, anzuerkennen; die Sozialdemokratie scheine also doch zu begreifen, daß der heutige Staat nicht so schlecht sei, als sie früher gemeint. Und nun fing Herr Richter aus der bekannten Liebknecht'schen Rede „über die politische Stellung der Sozialdemokratie" (1869 in Berlin gehalten) an, einige Stellen vorzulesen, die beweisen sollten, daß die Sozialdemokratie im Allgemeinen und Liebknecht im Besonderen ihren „politischen Standpunkt" gewechselt hatten. Dieser freche Angriff, den das Präsidium, obgleich die Richter'-

Sozial-Conservatives.

(Schluß.)

Die Proletarier, weil sie der günstigen Conjunktur nacheilen können — ein reizendes Bild — sind am besten daran und dennoch wird S. 52 wörtlich gesagt:

„Unser deutscher Arbeiter endlich, abgelöst von allen sozialen Banden, die ihn an die höheren Klassen vor Zeiten fesselten, bietet das am wenigsten erfreuliche Bild, das ich bei Besprechung der Sozialdemokratie näher beleuchten werde."

Kommt endlich die böse Sozialdemokratie an die Reihe, indem ihr gleich zum Empfang das Prädikat „antihumanistisch" ertheilt wird, wie unserm Gelehrten überhaupt Alles, was nicht feudal ist, gegen die Humanität geht. Es kommt eben darauf an, was man unter Humanität versteht. Sie, werther Freiherr, meinen den idealen Großjunker, der wie „ein Väterchen" für seine Knechte sorgt — das ist Ihr und der Aristokratie Idealismus und Humanität. Wir verstehen darunter die Idee der Menschlichkeit und das Streben, diese Welt für alle Menschen zur möglichst besten der Welten zu machen.

Den Liberalen gleich thuts der Sozial-conservative im Verdächtigen der Sozialisten; der Sozialismus befindet sich nämlich zum Liberalismus in keinem prinzipiellen Gegensatze, weil die Commune Richter, Geistliche und Gensdarmen erschießen ließ vor den Thüren der Bank von Frankreich aber Halt machte. Wüßten Sie, Edler von la Mancha, etwas über die Commune, so könnten Sie nicht sagen, diese ließ die Geißeln erschießen, und würden nicht bemerken: „ein tüchtiges Schröpfen (der Bank) war nicht ausgeschlossen." Es war vielleicht der größte Fehler der Commune, daß sie diese Bank sammt ihren 3 Milliarden — nach historischen Beispielen — nicht einfach annektirte und dadurch die Lebensader der Bourgeoisie durchschnitt, sondern mit ihr contrahirte, als wenn es solchen Feinden gegenüber ein Vertrauen gäbe. Ja die Bücherfabrikation wird jetzt in Deutschland mit einer fundamentalen Unwissenheit betrieben und der Clown sitzt über den ernsten Mann der Wissenschaft zu Gericht. So wird z. B. das eherne Lohngesetz, wie es Lassalle formulirt hat, folgendermaßen korrumpirt — nein harlekinisirt: „Die jeweilige Volksmenge ist das Resultat des dem Volke innewohnenden Idealismus und seiner Produktionskraft." Ja wohl Produktionskraft; und ist die Zahl der Ochsen — um bei den Säugethieren zu bleiben — nicht auch das Produkt des den Ochsen innewohnenden Idealismus? Wo wir hinsehen oder hinfassen, was wir greifen und fühlen, Alles ist bei Ihnen ideal, d. h. Idee — Dunst — Gehirnnebel. Noch ein Beispiel, wie Sie die Werththeorie über den Haufen, oder richtiger in den Haufen werfen! „Der Werth des Produkts besteht a) aus dem Lebensbedürfniß jener bei Erzeugung der Produkte nöthigen Arbeiter; b) dem Unternehmergewinn."

Diese Theorie gefiel mir so gut, daß ich sie gleich ins Praktische übertragen wollte; ich brauchte gerade einen neuen Rock, ging zu einem Schneider und, nachdem ich ausgeforscht, wie viel Lebensbedürfnisse ich ihm für einen Rock zu vergüten habe, entrichtete ich dieselben, schlug den Unternehmergewinn dazu, den ich natürlich in meine eigene Tasche steckte, und — warte heute noch auf meinen Rock, trotzdem ich genau nach Ihrer Anweisung gehandelt hatte. Ja es ist schlimm, sehr schlimm, wenn man gar nichts von Oekonomie weiß und dennoch „Ideen" hat. Schlagen wir das erste beste gebräuchliche bourgeoiswirthschaftliche Handbuch auf, z. B. J. St. Mill (Prinzipien der politischen Oekonomie, Kap. VI).

„Wir sehen, daß dieselben (die Erfordernisse der Produktion) sich auf drei zurückführen lassen: Arbeit, Kapital, Stoffe und die bewegende Kraft, welche die Natur hergiebt,"

oder W. Roscher („System der Volkswirthschaft", § 46):

„Zu einer wirthschaftlichen Produktion wird in der Regel das Zusammenwirken aller drei Faktoren: Natur, Arbeit und Kapital erfordert u. A. m."

Sie sehen, Herr Professor, daß Sie schon über die liberalen Oekonomen stolpern, wie wird es Ihnen gehen, wenn wir mit den sozialistischen auf Sie losrücken, da werden Sie mit Ihrem zweibeinigen Werthsystem nicht weit laufen. — Der sozialistische Reaktionär wird noch „kühner" und unwahrer in einer anscheinend harmlosen Stelle, wo er über den sozialistischen Zwang (vergl. damit feudale Freiheit!) faselt:

„Alle Hülfe, welche die Sozialisten den Arbeitern vielleicht geben könnten, hätte daher als letzte und nothwendige Consequenz den Zwang zur Folge, der eine Weltlage benöthigte, wie sie jedenfalls mit Freiheit und Gleichheit nicht denkbar ist, und darum sind die Sozialisten schließlich die Feinde der Humanitätsbewegung des 18. Jahrhunderts." — —

„Und dieser Zwang wird, wenn auch noch nicht in der sozialistischen Theorie, so doch in der Praxis schon überall geübt; er wendet sich gegen die Kapitalisten, Arbeitsgeber einerseits, und auch folgerichtig gegen die Bedürfnißlosigkeit andererseits, steinigt die Chinesen, weil sie sich von schlechtem Fleische nähren, greift mit Messern die Meister an, die mehr als zwei Gesellen halten, vertreibt mit Schaufeln die Polen von den Bauplätzen, weil sie mit Schnaps und Kartoffeln zufrieden sind, zündet Fabriken, Bahnhöfe an ꝛc."

Der metaphysische Bonapartist nimmt in Folge seiner Idealität die Ausschreitungen Einzelner für eine Bethätigung des Prinzips. Wenn wir nun sagen würden: weil ein Theil des Adels dem Strauchritterthum entsproßt, ist das Prinzip des Adels, die Idee des Strauchritterthums? Die Jammerbilder von Unwissenheit und Verlogenheit, die jetzt den Büchermarkt unsicher machen, werden den Arbeitern deutlich zeigen, was sie von den „Gebildeten", von den liberalen und conservativen Sozialisten zu erwarten haben. Und eine Buchhandlung für „Rechts- und Staatswissenschaft" verlegt noch solchen Schund, der kaum für die „Münchener Bilderbogen" zu gebrauchen wäre. Denn ist es nicht zum Lachen, wenn man diesen „rechts- und staatswissenschaftlichen" Knalleffekt liest:

Die Sozialisten können auf dem eingeschlagenen Wege nicht vorwärts kommen, denn wollen sie eine Quote am Unternehmergewinn, so wird das Kapital des Unternehmers kleiner, respektive dessen Verzinsung wird niedriger, und den Kapitalisten kann man unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nicht verbieten, sich seinen Zinsfuß zu wählen; aber „wenn wir Sozialisten mit oder ohne Zwang das Kapital nähmen, so hätten wir es doch gewiß." — „Wäre dies wirklich so gewiß? Ist dem Kapital nicht blos die Idee an die Fortdauer der heutigen wirthschaftlichen Zustände?" Das Kapital eine „Idee", ho, ho, ho, und erst war doch die Arbeitskraft ein Kapital, und nun ist es eine Idee, also ist die Arbeitskraft auch eine? Und wenn sich, Herr Freiherr, Ihre Gutleute schinden und placken für wenige Groschen, sind deren Arbeitsprodukte für Sie auch eine Idee? und ist Ihre Latifundie auch eine? und wie leicht ließe sich diese Idee zum Allgemeingut machen! Ja, das wäre eine Idee.

Kapital, Arbeitskraft, Regierungsform, die Hose, das Tuch zum Rock, Alles ist eine Idee.

schen Expektorationen absolut nicht zur Sache gehörten, verdiente um so mehr eine Züchtigung, als er in der unmotivirtesten Weise vom Zaun gebrochen war. — Und Liebknecht, der so an den Haaren in die Debatte hineingerissen ward, machte von seinem Züchtigungsrecht unbarmherzigen Gebrauch; er erklärte Herrn Richter, daß sein Tadel ihm zur Ehre gereiche, während er sich das Lob eines Richter schönstens verbitten müsse. Seinen Standpunkt habe er (Liebknecht) nie gewechselt. Der cäsaristische Scheinparlamentarismus, den er in jener Rede bekämpft, werde auch heute von ihm bekämpft und sein Antrag (auf Abänderung der Geschäftsordnung und gegen die Valentiniirerei), der am selben Tag auf der Tagesordnung war (jedoch nicht mehr zur Verhandlung kam) sei genau von dem nämlichen Geist eingegeben, wie jene Rede. Liebknecht sprach sich dann über unsere Stellung zum Parlamentarismus aus. Wie könne übrigens Herr Richter sich zum politischen Schulmeister und Anstandslehrer aufwerfen? Und nun hielt Liebknecht in kurzen, scharfen Worten der Fortschrittspartei ihr Sündenregister vor, brandmarkte sie als die Partei der politischen Heuchelei par excellence und warf ihr schließlich den Herrn Franz Duncker, der noch Mitglied der Fortschrittspartei ist, an den Kopf. Darob verschiedene Ordnungsrufe und obligates Pfui! (beim Duncker) verschiedner Mit-Duncker. Die Hiebe hatten gesessen, und nur ein übertriebenes, auf Schwäche hinauslaufendes „Anstandsgefühl" kann die Dosis zu reich finden. Es giebt Situationen, in denen man physisch oder moralisch ohrfeigen muß. Und das war eine solche Situation. Daß Liebknecht sich nicht darauf beschränkt, Herrn Richter abzustrafen, sondern sich gegen die ganze Fortschrittspartei gewandt, kann ihm Niemand verargen. Herr Richter treibt seit voriger Session die Insultirung der Sozialdemokratie systematisch und geschäftsmäßig, innerhalb und außerhalb des Reichstags, und er treibt dieses traurige Handwerk im Auftrag und Namen seiner Partei. Ergo: mußte die Tracht Prügel verallgemeinert werden. Herr Richter, der wie ein begossener Pudel dastand, bald weiß, bald roth, hütete sich wohl, einen Reinwaschungsversuch zu machen; Alles wozu er sich aufschwingen konnte, waren ein paar neue, beiläufig sehr beherzigenswerthe Citate aus der Liebknecht'schen Rede, für die Herr Richter jedenfalls eine sehr wirksame Reklame gemacht hat. Ein mitleidiges Achselzucken war die einzige Antwort Liebknecht's auf die Verlegenheitsphrasen des offenbar ängstlich gewordenen Richter, der bekanntlich kein Held ist — oder blos Held Numero 2. —

Nachdem sich Bracke, der als Antragsteller das Schlußwort hatte, noch das Lob des Herrn Richter verbeten, wurde die Verweisung des Antrags an eine Commission abgelehnt. Derselbe muß nun nochmals in zweiter Lesung an das Plenum kommen. Der Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung konnte nicht mehr erledigt werden, weil die Zeit inzwischen zu weit vorgerückt war. Er wird nach den Ferien zur Verhandlung gelangen.

In den Sitzungen am Donnerstag und Freitag bewilligte die Reichstagsmajorität endgiltig die Einnahmen und Ausgaben des Reichs und konnte somit mit gutem Gewissen, da sie ihre Schuldigkeit gethan hatte, in die Osterferien gehen, die bis zum 30. April dauern. Dann wird der Reichstag wahrscheinlich noch einen vollen Monat tagen.

— Wie sehr die Majoritäten ihren geheiligten Reichstag achten, geht aus folgender Notiz der „Magdeburgischen Zeitung" hervor:

„Im Reichstage fängt man bereits an, Wahlreden zu halten; wenigstens sind die Ergüsse Lasker's, der Die, welche andere Ansichten über die Steuerreform haben als er, unedle Seelen nennt, dafür natürlich bald darauf aber wieder Abbitte leisten muß, so wie die heftigen Anklagen eines Schorlemer-Alst und die Darlegungen eines Eugen Richter nebst den abwehrenden Reden der von diesem angegriffenen frei-conservativen und conservativen Abgeordneten so wenig sachlich gehalten, daß man wohl annehmen darf, es sei den Rednern dabei nicht sowohl darauf angekommen, verständige Männer zu überzeugen, als vielmehr Stichworte für die Masse auszugeben."

Das „Demogogenthum" der anderen Parteien tritt also immer mehr zu Tage, während es sich zeigt, daß die Sozialisten die einzigen wohlanständigen Demokraten sind.

— Die „verkommenen Franzosen" können in vielen Dingen doch wohl den „aufgeklärten, sittlichen und glorreichen Deutschen" zum Muster dienen. Während der glorreiche deutsche, nationalliberale Federfuchser in Bezug auf die Beschickung der Pariser Weltausstellung davon faselt, daß die „verkommenen Franzosen" die deutschen Besucher mit Brutalitäten regaliren würden, haben die Geheimräthe Wehrenpfennig und Lüders, wie die „Kölnische Zeitung" erzählt, die nach Frankreich gereist sind, um die dortigen technischen Unterrichtsanstalten zu besichtigen, sich in Paris überall der freundlichsten und zuvorkommendsten Aufnahme zu erfreuen gehabt und sind nach Lyon gereist, wo schon mehr als eine Einladung ihrer wartet. Die dummen Befürchtungen der deutschen Chauvinisten treffen also nicht ein. Denn wenn ein Wehrenpfennig, dieser allbekannte Franzosenfresser, von den Franzosen zuvorkommend und freundlich aufgenommen wird, dann wird es auch jeder andere Deutsche. Der angegebene Hauptgrund der Nichtbeschickung der Pariser Weltausstellung durch das Deutsche Reich fällt also fort, es bleibt nur noch der zweite eigentliche Grund übrig, das Gefühl der industriellen Impotenz.

— Unsere Pariser Brüder fangen an, wieder aufzuathmen. Die schwächliche Haltung der Auch-Republikaner treibt die Arbeiter wieder in Masse der Sozialdemokratie zu. Deshalb ertönt auch die Sprache der sozialistischen Blätter wieder scharf wie Schwertesblitzen. Nach einem verlornen Strike schreibt zum Beispiel die „Commune Affranchie":

„Sollen wir darum verzweifeln und die Büchse ins Korn werfen! Nein, nein, tausendmal nein! Erinnern wir uns, daß im April 1792 Marat aus Muthlosigkeit nahe daran war, die Partie verloren zu geben, und daß ihn schon vier Monate später die Ereignisse eines Anderen belehrten. Dieses Beispiel mag uns stärken und verhindern, Marat in seinem flüchtigen Irrthum nachzuahmen. Der Kelch der Enttäuschungen des Volkes, der schon so oft voll war, droht aufs Neue überzulaufen. Die zahlreichen Arbeitseinstellungen, die aller Orten ausbrechen, die dumpfen Zuckungen, von welchen die Pfeiler der Gesellschaft ergriffen sind, die verzweifelten und längst gebrandmarkten Mittel, zu denen sich die conservativen Ultras verurtheilt sehen, sind eben so viele Anzeichen und Ultimaten. Sie mögen sich nur in Acht nehmen, unsere „leitenden Klassen". Sie mögen sich in Acht nehmen, daß die nach so vielen unfruchtbaren Rückforderungen, so viel umsonst verspritztem Blute aufs Aeußerste getriebenen Proletarier sich nicht am Ende gegen sie aufbäumen! Sie mögen sich in Acht nehmen, daß die Enterbten, für welche nach den Malthusianern kein Platz am Gastmahl des Lebens ist, nicht schließlich gebieterisch fordern, was man ihnen verweigert!"

Der dicke Gambetta soll, als er vorstehendes gelesen hat, in Ohnmacht gefallen sein.

— An dem Börsenhimmel hängen wieder die Friedensbaßgeigen. Rußland hat offenbar Angst und sucht einen Ausweg aus der Sackgasse. Daran kein Zweifel. Ob es gelingen wird, ist freilich die Frage. Die englische Regierung hat Alles „klar zum Gefecht": Volk und Parlament für sich, die Opposition platt an die Wand gedrückt; sie wird die Chancen nicht aus der Hand geben. Daß die russische Regierung das Ungünstige ihrer Position begreift, erhellt aus der plötzlichen Milde gegen die russischen Sozialisten und den gesteigerten Unterdrückungsmaßregeln gegen die Polen. In dem neuesten Sozialistenprozeß sind fast alle Angeklagten freigesprochen worden; u. A. auch Fräulein Vera Sassulitsch (das ist der richtige Name) — die junge Russin, welche vor Kurzem auf den Polizeigeneral Trepoff geschossen. Desto ärger wird in Polen gehaust. Die Verhaftungen mehren sich dort. In Warschau provozirte die Polizei dieser Tage einen Krawall mit Studenten, an dem das Volk sich betheiligte und der ziemlich ernsthafte Dimensionen annahm. Man will augenscheinlich einen Aufstand provoziren, um — deutsche Schutztruppen an die Grenze, vielleicht als Sicherheitspolizei in's Land zu bekommen. Charakteristisch ist, daß bei diesen Warschauer Vorgängen der Panslavismus als Regierungshebel herhalten mußte. Wir werden Näheres darüber bringen.

— Zu unserer Notiz in voriger Nummer d. Bl. über die Verurtheilung Marbach's zu einem Jahre Gefängniß Seitens des Halleschen Gerichts wollen wir heute noch nachtragen, daß Schritte gethan worden sind, die die Rückgängigmachung des Urtheils und eine Wiederaufnahme des Prozeßverfahrens bezwecken.

— Pariser Weltausstellung. Es hat sich in Paris ein Comité gebildet, welches sich zur Aufgabe macht, auswärtige Sozialisten, ohne Unterschied der Nationalität, die die Weltausstellung besuchen, mit Rath und That zu unterstützen.

Der Sitz des Comités ist bei Herrn Gastwirth Braun, Rue de la Bastille 2, Paris. Alle Anfragen und Anmeldungen sind frankirt an Herrn Braun zu adressiren und können sich dabei die Gesinnungsgenossen der verschiedenen Nationalitäten ihrer resp. Muttersprache bedienen.

Mitglieder des Comités werden vom 1. Mai an jeden Abend von 8 Uhr ab im vorerwähnten Lokale anwesend sein und im Laufe des Tages eingetroffenen Parteigenossen Wohnung und Kostgelegenheit nachweisen; ebenso wird das Comité gemeinsame Besuche der Ausstellung organisiren.

Um über Fachfragen spezielle Auskunft ertheilen zu können, sind im Comité zahlreiche Professionen vertreten, u. A.: Tischler, Goldarbeiter, Bildhauer, Lederarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Tapezierer, Maler, Uhrmacher, Mechaniker, Photographen 2c.

Auf mehrfache Anfragen theilen wir mit, daß der Preis für bescheidene Logis 1 bis 2 Frcs. täglich beträgt.

Man bittet die Besucher, sich mindestens acht Tage vor ihrer Ankunft anzumelden.

Den Anmeldungen ist eine schriftliche Empfehlung eines der bekannteren Parteigenossen oder eines Arbeiterblattes beizufügen.

Und wir, die wir verdammt waren, es zu lesen, werfen es dohin, wo es hingehört — auf den bonapartistischen Schmutzhaufen. -c-

---

— Leipzig wird Weltstadt! So etwa mochte der Oberbürgermeister von Leipzig, Herr Dr. Georgi, gedacht haben, als er am 1. April ein vom königlich preußischen Gesandten zu Dresden, Grafen Solms, unterzeichnetes Telegramm folgenden Inhalts erhielt: „Europäischer Congreß gesichert. Leipzig als Congreßort bestimmt. Sofortige Besprechung mit Ihnen bezüglich Lokalfragen und Unterbringung der Botschafter nothwendig. Womöglich schleunigst hieherkommen." Da jeder gute nationalliberale Leipziger ein klein wenig vom Größenwahn angekränkelt ist und Leipzig zur Weltstadt erhoben sehen möchte, ist es sehr erklärlich, daß auch unser „allverehrter" Herr Oberbürgermeister nichts Eiligeres zu thun hatte, als schleunigst nach Dresden zu dampfen und sich dem Grafen Solms vorstellen zu lassen. Diesem gegenüber erklärte er nun, daß die Gemeinde Leipzig es sich zur Ehre rechnen werde, die Vertreter der Mächte beherbergen zu dürfen, daß sie Alles aufbieten werde, um dieselben würdig zu empfangen u. s. w. u. s. w. Groß war das Erstaunen des Grafen, als er den Herrn Oberbürgermeister von ihm ganz unbekannten Dingen reden hörte, noch größer war aber die Verdutztheit des Letzteren, als er erfuhr, daß der Graf weder von einem Telegramm, noch von einem Congresse, der in Leipzig tagen sollte, etwas wisse. Beide Herren machten unbeschreiblich perplexe Gesichter, bis sich das Räthsel löste und man darauf kam, daß der — erste April und der Herr Oberbürgermeister einem Spaßvogel auf den Leim gegangen sei. Herr Dr. Georgi soll, wie wir aus sicherer Quelle wissen, sehr mißmuthig und verdrießlich nach Hause gekommen sein. Der schöne Traum von „Leipzig als Weltstadt" war schmählich zerronnen. Ob der Bürgermeister von Buxtehude, Schöppenstädt, Schilda, Krähwinkel, Trippstrill oder einem ähnlichen Neste wohl nach Dresden gedampft wäre, wenn ihm ein Spaßvogel die Abhaltung des Congresses in seiner resp. Vaterstadt in Aussicht gestellt hätte? Wir zweifeln daran. Was in Schöppenstädt und Schilda nicht möglich wäre, ist in Leipzig passirt; das macht der Weltstadtwahn! Bismarck's Geburtstag wird unserem Herrn Oberbürgermeister gewiß in Erinnerung bleiben. Von Seite der Behörden soll man bemüht sein, dem Urheber des Schabernacks auf die „Spur" zu kommen, was wohl vergebliche Liebesmüh' sein wird.

unbehindert halten konnte, ohne von der Polizei belästigt zu werden. Der Berliner Staatsanwalt Tessendorf, welcher für den „lieben Gott" gewiß Partei nimmt, wo er dessen Sache gefährdet wähnt, wie der Pfaffenbeleidigungs- und Gotteslästerungsprozeß, welcher gegen den Reichstagsabgeordneten Most angestrengt ist, zur Genüge beweist, konnte an den in Berlin gehaltenen Vorträgen des Dr. Dulk selbst durch die schärfste Polizeibrille nichts Gefährliches, „Gotteslästerliches" oder gar „Staatsgefährliches" erblicken. Anders dachte der ehemalige Demokrat und Freigeist, jetziger wohlbestallter Leipziger Polizeidirektor Dr. Rüder. Von Polizeiwegen ließ er die Abhaltung der Vorträge einfach verbieten. Dr. Dulk begab sich zum Polizeidirektor, um Auskunft über die Veranlassung dieser unbegreiflichen Polizeimaßregeln zu verlangen, wurde aber, da Herr Rüder erklärte, sich auf eine Diskussion nicht einlassen zu wollen, an den Kreishauptmann verwiesen. Dr. Dulk verfügte sich zu diesem Herrn, von welchem er belehrt wurde, daß die Aufforderung zum Austritt aus der Kirche ungesetzlich sei. Auch der Herr Kreishauptmann wollte sich auf eine Diskussion nicht einlassen und Dr. Dulk wurde wieder an den Polizeidirektor verwiesen. Dieser Herr, der seinerzeit, was nicht oft genug wiederholt werden kann, für „Freiheit" und „Recht" eintrat, ließ den sein Recht suchenden Dr. Dulk durch den Kanzleidiener aus der Kanzlei hinausspediren!! Der Beschwerdeweg wurde betreten und ist der Erfolg abzuwarten. Es giebt doch nichts Herrlicheres, als die „Einheit des deutschen Reiches"! Was in einem Theile dieses „Einheitsstaates" erlaubt ist, kann in einem andern Winkel von einem kirchenfreundlichen, fromm gewordenen Polizeidirektor ohne Weiteres und ohne jede gesetzliche Begründung verboten werden. Ein derartiges Vorgehen ist unzweifelhaft ein unbegreifliches. Der Austritt aus der Kirche ist gesetzlich gestattet, es besteht ein eigenes Dissidentengesetz, welches die Rechte der „Gottlosen" wahren soll, und trotzdem und alledem soll die Aufforderung zum Austritt aus der Kirche verboten sein! Dies begreife wer kann! In Rußland oder allenfalls auch in Mecklenburg, den Eldorados des Absolutismus, könnte man es begreiflich finden, wenn ein sein Recht Suchender per Amtsdiener zur Thüre hinausbefördert werden würde. In einem „constitutionellen" Staate, wo es keine „Unterthanen", sondern „Staatsbürger" geben und der Beamte der Diener des Staates, ergo der Gesammtheit sein soll, ist ein solches Polizeivorgehen der richtige Gradmesser zur Beurtheilung der so sehr gerühmten Freiheit. Dr. Rüder kann stolz auf diese seine That herabblicken, er hat durch dieselbe den Unglauben mit Stumpf und Stiel ausgerottet und seinen Freunden, den Priestern, unzählige „Seelen" gerettet. Wäre er römisch-katholisch, so würde er unfehlbar unter die Heiligen versetzt. F—l.

Leipzig, 12. April. In dem bis auf den letzten Winkel besetzten Saale der „Tonhalle" referirte in der gestrigen Volksversammlung der Reichstagsabgeordnete Hasenclever über die gegenwärtige Session des Reichstags. Redner unterzog das Rückenkrümmen und die geradezu unmoralische Nachgiebigkeit der Mehrzahl der Reichsboten einer vernichtenden Kritik. Der Begriff der Großartigkeit, der im deutschen Volke bezüglich der Volksvertretung herrsche, sei völlig falsch. Zwar sollte der Reichstag, als die Vertretung des gesammten Volkes, geachtet dastehen, er würde und müßte auch geachtet werden, wenn derselbe aus Männern bestände, die sich Achtung zu verschaffen wüßten. Dies sei aber nicht der Fall, und der Reichstag trage selbst die Schuld, wenn er im Volke kein Vertrauen erwecken, sich nach „Oben" keine Achtung erwerben könne. Während seiner zwölfjährigen Thätigkeit sei der Reichstag nur der Regierung zu Willen gewesen, habe zu Allem, was diese wolle, seine Zustimmung gegeben. Ihre Ohnmacht habe die Reichsvertretung auf das Eklatanteste bei der Diätenfrage bewiesen. Sieben- bis achtmal sei von derselben der Beschluß gefaßt worden, die Diäten einzuführen, und ebenso oft sei dieser Beschluß vom Bundesrathe abgewiesen worden. Nicht eine einzige energische That habe hiergegen das Parlament gethan; der Gegendruck hätte so leicht durch die Verweigerung des Budgets geleistet werden können. Ein Theil der Schuld, daß die Volksvertretung eine so traurige Rolle spielen könne, falle aber auch auf das Volk. Ein Volk verdiene nicht besser regiert zu werden, als es regiert sein wolle. Wenn nicht lauter Jasager gewählt, wenn Männer mit steifem Nacken und unbeugsamem Muthe in die Volksvertretung geschickt würden, so würde auch letztere sich Achtung zu verschaffen wissen. Redner schildert hierauf das Vorgehen und Benehmen der Reichsboten unliebsamen Rednern gegenüber und führt einige Beispiele an, wie Oppositionsmänner ausgelacht und niedergebrüllt (Ewald und Teutsch) worden seien. Des permanenten Schlußantragfabrikanten, „Volksvertreter" Valentin, welcher während seiner mehrjährigen Wirksamkeit als Reichsbote außer den verhängnißvollen Worten: „Ich beantrage Schluß der Debatte", noch kein Wort gesprochen, wurde auch, wenn auch nicht rühmend, erwähnt. Redner erwähnt ferner, daß sogar am Bundesrathstische, an welchem die Vertreter der Regierungen zu sitzen pflegen, seit längerer Zeit nur mehr ganz untergeordnete Personen wahrzunehmen seien, welche beauftragt sind, etwelche Fragen der Volksvertretung zu beantworten. Bismarck selbst scheine eine Abneigung gegen diese Gesellschaft zu haben und komme nur, wenn er seinen Willen durchsetzen, wenn er etwas durchdrücken wolle. Mit der Krankheit des Reichskanzlers, welche zum Vorwand für sein Ausbleiben dient, scheine es doch nicht so weit her zu sein, denn an den parlamentarischen Bierabenden, an welchen die Herren Volksvertreter bei „Reichskanzlers" eingeladen sind, sei derselbe ein sehr fideler Wirth. Redner bespricht die Orientdebatte und weist nach, daß trotz des Gelächters, welches die „Liberalen" während der Rede Liebknecht's verübten, dieser doch Recht gehabt habe, und daß die seitherigen Ereignisse lehrten, daß er die Lage der Dinge besser zu beurtheilen wußte, als selbst der Kanzler des deutschen Reiches, welcher bis längstens 15. März den Congreß in sichere Aussicht stellte, während jetzt, Mitte April, vom Congreß keine Rede mehr sei, wohl aber der Krieg vor der Thüre stehe. Auf die Steuervorlagen übergehend, erklärt sich Redner gegen jede neue und ganz besonders gegen jede indirekte Steuer. Die „Liberalen" sehen wohl ein, daß „gespart" werden müsse, sie wollen aber nicht sparen, wo gespart werden könne, beim Militäretat, sondern machen da und dort unbedeutende, kleinliche Abstriche im Etat. In den Reihen der „Liberalen" erhoffe man Alles vom Kronprinzen. Derselbe werde, nach Ansicht der „Liberalen", die zweijährige Dienstzeit einführen und verschiedene andere Freiheiten gewähren. Redner weist aus der Geschichte nach, daß derartige Hoffnungen auf „liberale Kronprinzen" oft gehegt, aber immer „zu Schanden geworden seien". Wenn in den Parlamenten Männer wären, die unerschrocken für die Freiheit einstehen und immer drängen und fordern würden, so würden schließlich auch die herrschenden Gewalten nachgeben und dem Volke die verlangten Freiheiten gewähren müssen. Scharf und gerecht geht Redner mit den Fortschrittlern ins Gericht und hält ihnen, von öfteren Bravorufen der Anwesenden unterbrochen, ihre politischen Sünden und ihre Erbärmlichkeit, die mitunter in Gemeinheit ausartete, vor. Ganz

Correspondenzen.

Leipzig, 11. April. Mit der Freiheit der Wissenschaft ist es im „einigen deutschen Vaterlande" nirgends so traurig bestellt, als in dem „aufgeklärten" Sachsen, in welchem sich die schwärzeste pfäffischste Reaktion breit macht. Leipzig, die „Universitätsstadt", der „Mittelpunkt des geistigen Lebens", hat sich den traurigen Ruhm errungen, unter allen sächsischen Städten die reaktionärsten Maßregeln gegen Vertreter der Wissenschaft in Anwendung gebracht zu haben. Dr. Dulk aus Stuttgart wollte im Laufe der vorigen Woche einige Vorträge über die „Ungöttlichkeit Jesu", über die Nothwendigkeit des Austritts aus der Kirche und dergl. halten. Es ist zu erwähnen, daß Dr. Dulk derartige Vorträge in Württemberg, Preußen*) und anderen deutschen „Vaterländern"

*) Hierzu ist zu erwähnen, daß Dr. Dulk von der Berliner Polizei wegen „groben Unfugs", begangen durch die Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche, zu 15 Mark Geldstrafe verurtheilt worden ist. Red. d. „V."

besonders schlecht kommt dabei der hochnäsige, großmäulige „Volksvertreter“ Eugen Richter weg. Redner bespricht und erörtert die Anträge, welche behufs Gesetzesänderungen von sozialdemokratischer Seite gestellt wurden. Er unterzieht besonders das Wahl- und das Haftpflichtgesetz einer längern und eingehenden Kritik und weist nach, daß die Anträge der Sozialdemokraten gerecht und billig seien. Redner fordert die Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß sich die Partei des Rechtes, die wahre Volkspartei, die sozialdemokratische Partei, welche die Forderung der politischen Freiheit und sozialen Gleichheit auf ihre Fahne geschrieben hat, stets mehr und mehr stärke und kräftige. Ohne die soziale Gleichheit sei die politische Freiheit eine Lüge. Wer sich Demokrat nennt, zwar politische Freiheit, aber nicht soziale Gleichheit wolle, der wolle an Stelle der Krone den Geldsack setzen, unter dem Scheine der Freiheit ein Privilegium zur Volksausbeutung haben. Zum Schlusse fordert Redner auf, fest und unentwegt für die Prinzipien der sozialdemokratischen Partei zu wirken und einzustehen. — Es ist dies selbstverständlich, in Anbetracht des beschränkten Raumes, nur ein kurzer und magerer Auszug aus dem fast zweistündigen, sehr gediegenen Referate, welches mehrmals von donnerndem Applaus unterbrochen wurde.

Der Vorsitzende, **Hadlich**, gab bekannt, daß Liebknecht, der ebenfalls als Referent angezeigt war, abgehalten sei, das versprochene Referat zu halten. Er erwähnte der Polizeiliebenswürdigkeiten, welchen die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei in Sachsen und ganz besonders in Leipzig ausgesetzt sind. Aber auch wissenschaftliche Vorträge, welche in Berlin gehalten werden durften, ohne daß die Stadt in die Luft geflogen sei, wurden in Leipzig von dem Polizeidirektor, der früher selbst ein „großer Demokrat“ gewesen sei, verboten.

Buchhändler **Findel** (Fortschrittler) erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten im Wesentlichen einverstanden, obschon er die der Fortschrittspartei gemachten Vorwürfe für ungerechtfertigt hält. Wegen der neuesten Polizeimaßregel verurtheilt Redner entschieden das Vorgehen des Polizeidirektors. — Dr. **Dulk** erklärt, er habe eine Jagd mit den Polizeibehörden zu bestehen gehabt. Der von ihm beabsichtigte wissenschaftliche Vortrag sei vom Polizeidirektor einfach verboten, er selbst aber von Pontius zu Pilatus geschickt worden, ohne mehr als abschlägige Antworten zu erhalten; schließlich habe ihn der Polizeidirektor durch den Amtsdiener aus der Kanzlei hinausbefördern lassen. Diese Mittheilung wurde von der Versammlung mit dem Ausdruck der größten Mißbilligung aufgenommen. —

Redakteur Ludwig **Werner** kritisirte das Vorgehen des Polizeidirektors gegen Dr. Dulk. Herr Dr. Rüder sei auch einmal ein glühender Revolutionär gewesen, habe auch ein Blatt herausgegeben, in welchem er die freiesten Ansichten vertheidigt habe. Das sei anno dazumal gewesen. Jetzt sei Dr. Rüder Polizeidirektor mit 9000 Mark Jahresgehalt und Hausbesitzer, habe auch seine „Jugendeseleien“ vergessen und wolle Ruhe haben und nicht an sein ehemaliges Thun und Treiben erinnert werden. Im Jahre 1848 sei von den damaligen Parteigenossen des Dr. Rüder ein Antrag auf Abschaffung aller derartiger Beschränkungsgesetze eingebracht worden, für welchen auch Dr. Rüder sich begeistert habe. Freilich sei ein großer Unterschied zwischen einem Revolutionär von 1848 und einem königl. sächsischen Polizeidirektor von heute.

Nachdem noch mehrere Redner sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt hatten, wurde die Versammlung unter Hinweis auf den 11. April, den Geburtstag **Lassalles**, geschlossen. Auf Aufforderung des Vorsitzenden wurde nach Schluß der Versammlung die Arbeiter-Marseillaise von den Versammelten angestimmt. W—f.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 1. d. M. habe ich für nachbenannte Fonds vereinnahmt:

a) Agitationsfond:

Schleswig gesammelt von den Metallarbeitern Mrk. 6,95; do. durch H. Schlichting 5,45; Ulm ersparte Geburtstagsgelder einer geheimen Sozialistin 40,00, desgl. 13,00; Würzburg durch A. Lampert 21,10; Gotha d. Giesecke 0,80; Augsburg Liste 1 d. Endres 10,70, desgl. Liste 2 5,40; Zwickau von Netzold d. Seifert 0,50.

b) Unterstützungsfond:

Braunschweig d. Louis Bosse 5,00; Barmstedt d. H. Pflughaupt 4,00; Langendiebach d. W. Kreß 6,00; Grafenberg (Düsseldorf) d. H. Riese 7,95; Hamburg diverse d. E. Neumann 13,45; do. vom Ball des Schneider-V. 8,71; do. v. Tischlerball durch Rücknagel 13,01; do. v. Lütkens 2,40; do. v. d. Liedertafel der Former 3,60; do. v. Praast 3,00; do. v. Lassalle's Geburtstag 54,00; Leipzig von diversen d. Hadlich 95,93; do. d. H. Nebel 19,54; Naumburg a. S. d. C. Rosemann 5,70; Hirschberg i. Schl. Tellersammlung 2,50; do. Privatsammlung 1,50; do. Ueberschuß eines Arbeitervergnügens d. A. Aschenborn 3,30; Salzungen auf Listen d. M. Bodechtel 6,71; Treuen d. Auer von einem Parteigenossen 3,00; Wittgensdorf auf Liste d. Alban Spindler 7,00; Erlangen Liste 2793 u. 2795 d. H. Kunstmann 13,70; do. ges. beim Tanzkränzchen des Bürgerbundes 5,80; Ottensen d. Jacobs 1,60; Coburg Ueberschuß des gemeinschaftl. Gewerkschaftsfestes d. Seiler 7,20; Sorau durch R. Jank 10,00; Hannover durch H. Rudolph 60,00; Plagwitz d. C. Schröder 50,50; Kaiserslautern d. A. Blümm v. mehreren Genossen 2,09.

c) Wahlfond:

Barmstedt Liste 3204 bis 3206 M. 5,80; Eppendorf Liste 3217 d. Bremen 31,00; Hamburg auf Listen d. E. Neumann 17,10; do. d. Nichts 4,00; Kaufbeuern Liste 2823 d. E. Neuhauser 3,15; Lindenau Liste 3189 u. 3190 d. J. Bachmann 10,15, u. zwar v. Cigorius' Cig.-F. 4,55 u. d. Fiedler in Sellerhausen 5,70; Mühlheim a/Rhein Liste 2862 d. F. Wehmann 8,00; do. Liste 2863 22,00; Ludwigshafen Liste 2974 d. F. Gramann 11,70; Görlitz Liste 2989 d. J. Ullrich 4,80; Hildesheim Liste 2999 d. Hilber 6,30; Gelsenkirchen Liste 3010 d. Terhaef 6,00; Lechhausen Liste 3191 d. Lichtensteiger 4,00; Bockenheim Liste 3032 d. Goll 2,90; Liegnitz Liste 3028 d. Prasser 5,30; Berlin Cig.-F. Praunitz & Metze d. Pretzer 15,00; Plauen i. V. Liste 3050 d. J. Bauer 1,10; do. Liste 3051 3,34; do. Liste 3052 11,59; do. Liste 3174 2,40; Wüstegiersdorf Liste 2937 d. Carl Hilbert 7,45; do. Liste 2938 17,90; do. Liste 2939 13,65; Neu-Isenburg Liste 2866 d. H. Anthöfer 5,00; Einsiedel Liste 4634 d. F. A. Müller 5,00; Groitzsch auf zwei Listen d. G. Reichelt 18,78; Elmshorn Liste 3215 d. C. H. Hamer 4,40; do. Liste 3213: 7,75; Sorau d. R. Jank 10,00; Iserlohn ges. v. C. Mayer II., Graveur, 2,50; do. v. Augustin u. C. Mayer I. 8,25; do. v. Fritz Beck 1,00; (in der Quittung vom 31. März muß es unter Iserlohn statt Cieberg: Sieberg heißen); Schwäb.-Hall Liste 3081 d. F. Elser 3,15; do. Liste 3082: 8,35; Liste 3083: 15,80; Niederrath Liste 2874 d. A. Söhngen 7,70; do. Liste 2875: 1,30; do. Liste 2876: 5,00.

Alle diejenigen Genossen, welche noch Listen für den Wahlfond in Händen haben, werden ersucht, dieselben nebst den gezeichneten Beträgen binnen acht Tagen einzusenden.

Hamburg, 13. April 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen des Reichstags-Wahlkreises Minden-Lübbecke.

Da die Wahl des Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Minden-Lübbecke, Herrn von Nathusius-Ludom, vom Reichstag für ungiltig erklärt worden ist, und in Folge dessen in nächster Zeit eine Neuwahl in unserem Wahlkreis stattfinden wird, so ersuchen wir alle Partei- und Gesinnungsgenossen, welche sich für die Wahl eines Arbeiter-Candidaten interessiren, zu der am zweiten Ostertage in Lübbecke, Vormittags 10 Uhr, stattfindenden Konferenz einen oder mehrere Delegirte zu entsenden.

Die die Konferenz besuchenden Genossen haben sich durch ein von mehreren Genossen unterzeichnetes Mandat, oder durch die letzten drei Nummern des „Vorwärts“ oder der „Rundschau“ zu legitimiren.

Sorge ein Jeder für zahlreichen Besuch der Konferenz, dann werden wir im Stande sein, planmäßig agitiren zu können und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Mit soz.-dem. Gruß

Für den Vorstand des soz.-dem. Wahlvereins in Minden:
Gottfried Siepert.

NB. Das Lokal wird in nächster Nummer bekannt gemacht werden.
D. O.

An die Parteigenossen in den Wahlkreisen Hanau-Gelnhausen-Ob, Offenbach-Dieburg und Höchst-Usingen!

Den Genossen zur Nachricht, daß Parteigenosse Hermann Lange aus Altona längere Zeit in oben benannten Kreisen agitatorisch thätig sein wird und sind daher etwaige Wünsche behufs Abhaltung von Versammlungen an den Unterzeichneten zu richten.

Hanau, 10. April

Matthias Daßbach, Schloßgasse 5.

An die Parteigenossen im Großherzogthum Hessen!

Da die Genossen aus verschiedenen Orten des Großherzogthums Hessen zu dem in Nr. 40 des „Vorwärts“ angeregten Delegirtentag ihre Zustimmung gegeben und es den hiesigen Genossen überlassen haben, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, so werden die betreffenden Delegirten ersucht, sich Sonntag, den 5. Mai, hier einzufinden. Der Delegirtentag findet in der Restauration des Herrn Osterath, Ecke der Mühl- und Rundethurmstraße statt und wird Vormittags 10 Uhr eröffnet.

J. A.: L. Betz.

NB. Die Parteigenossen allerorts werden dringend ersucht, den Delegirtentag zu beschicken.

Höchst a. M., 11. April. **Montag**, den 22. April, Vormittags 10 Uhr, findet hier eine Delegirten-Conferenz für den 1. nassauischen Wahlkreis Höchst-Usingen im Gasthaus „zum Frankfurter Hof“ zu Höchst a. M. statt. Tagesordnung: 1) Die Agitation für die nächste Reichstagswahl. 2) Bildung volksthümlicher Wahlvereine. 3) Verbreitung der Parteipresse und der sozialistischen Broschüren. 4) Besprechung weiterer Anträge. — Die Parteigenossen unseres Wahlkreises ersuchen wir dringend, recht zahlreich auf der Conferenz zu erscheinen. Auch bitten wir zugleich höflich, die Parteigenossen des 2. nassauischen Wahlkreises, sowie Frankfurts und Bockenheims, uns durch ihre Betheiligung an der Delegirten-Conferenz nach Kräften zu unterstützen.

J. A.: Der Einberufer.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Den Gesangvereinen diene zur Nachricht, daß unser Genosse G. Scholz zu dem von J. Audorf gedichteten Grablied eine schöne Melodie componirt hat, die möglichst in der vierten Lieferung der Liedersammlung erscheinen soll; daher die Vereine das alte Lied: „Wie sie so sanft rud'n ꝛc.“ sich nicht anzuschaffen brauchen.

Welche treffliche Compositionen Herr G. Scholz den Arbeiter-Gesang-Vereinen schon geschrieben hat, können die Vereine beurtheilen, welche die drei erschienenen Lieferungen der Liedersammlung sowie die Solo-Quartette, von denen besonders „Kehr wieder“ hervorzuheben ist, gesungen haben; sie dürfen daher überzeugt sein, daß auch obiges Grablied ansprechen wird.

Gotha. Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion. A. H. in Königsberg: Wir haben keinen Grund, die Aechtheit des in der Stettiner Correspondenz mitgetheilten Cirkulars anzuzweifeln. Ob der „Obervorsteher“ oder der „Vorsteher“ der Stettiner Kaufmannschaft das Cirkular erlassen hat, scheint uns völlig nebensächlich. — A. H. in Halberstadt: Nur Geduld, lieber H., Geduld! Wir haben mehrere Artikel zu prüfen. — H. P. in Liegnitz: Sollten denn in Liegnitz „optische Gläser“ und „Wasserwaagen“ nicht zu haben sein, daß Sie im „Vorwärts“ nach Verkäufern dieser Artikel suchen müssen? — H. in Görlitz: Der eine Staatsanwalt findet das Gedicht strafbar, der andere nicht. Berufen Sie sich darauf, daß das Gedicht in ganz Deutschland unbeanstandet verkauft wird. — G. S . . . . . t Minden. Selbstverständlich können in Versammlungen Vorlesungen aus der „Zukunft“ oder sonstigen Schriften gehalten werden.

der Expedition. Wahlverein Osnabrück. Sie schulden für Annonce 1,60 M.

Quittung. Lgs Hannover An. 3,60. Engl Neudnitz Ab. 40,00. Richl hier Ab. 24,00. Grbnstn Lindenau Schr. 6,73. Ufrt Apolda Ab. 15,00. Zswk Forste An. 1,50. Exld Gößnitz Ab. 4,05. E. Wnhld Adelaide Ab. 40,80. Wßmnn Bockenheim Ab. 5,60. Brnkmnn Hemme Ab. 7,50. Neu Frankfurt a. M. Schr. 55,00. Mhlhrn Plauen Schr. 6,75. Lhmnn hier Ab. 4,00. Prbst München Ab. 22,50. Irms Philadelphia Schr. 20,00. Hch Frankfurt Ab. u. Schr. 11,80. Dyk Danzig Ab. 12,00. Tzk Wien Ab. 13,83. Dqn Freinstein Ab. 3,17. Fr. Presse Magdeburg Ab. 219,00. Mtg Altona Ab. 80,00. W. Rgrs New-York Ab 74.50. Schmpf Connewitz Plakate 1,25. App. Quackenbrück Schr. 3,10. Elschr. Lemberg Schr. 0,85. Ems Mittweida Schr. 1,00. Bhnk. Mederade Schr. 0,70. Lng. Brandenburg Schr. 2,80. Brkhrdt. hier Schr. 3,95. Filnbch. Düsseldorf Schr. 2,50. Gldwtz. Mittweida Schr. 3,00. Sdl. Teuchern Schr. 7,30.

Leipzig. **Donnerstag**, den **18. April**, Abends halb 9 Uhr, bei **Michael**, Windmühlenstraße 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Wahl der Preßcommission. Fragekastendebatte.
Karten sind vorzuzeigen.

Der Agent.

Leipzig. **Mittwoch**, den **17. April**, Abends 8½ Uhr, im „Trianon“ des Hrn. Restaurateur **Richter**, Roßplatz 9:

Versammlung

der Dissidenten von Leipzig und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Statutenberathung. 2. Vortrag.
Recht zahlreiches Erscheinen erwartet Das Comité.

Elisabeth Eskelson
Carl Derossi
Verlobte. [1,80

Hamburg, 14. April 1878.

Lager roher Tabake
en gros & en detail
3c] **Heymann, Niederstraße 120, Hamburg.** [0.90

In der am Dienstag, den 19. Februar stattgehabten **Versammlung der Interessenten des „Volksfreund“** wurden folgende Antheilscheine ausgeloost: (3a)

Nr. 194, 6, 123, 299, 72, 24, 39, 125, 209, 183, 134, 173, 68, 163, 115, 87, 86, 120, 4, 29.

Die Zeit der Auszahlungen vom 1. April bis 1. Juli. Nach diesen Tagen finden Auszahlungen auf vorgenannten Nummern nicht mehr statt. Die Inhaber der betr. Antheilscheine gehen dann vielmehr ihres Anspruches verlustig.

Geschenkt wurden dem Fonds des **„Volksfreund“** bis jetzt 30 Antheilscheine.

Gegen Zurückgabe des Antheilscheins können die gezogenen Nummern zu jeder Tageszeit bei H. Prinz, Heiligkreuzgasse 10, eingelöst werden. [1,60

Frankfurt a. M., im April 1878.

Die Zeitungskommission.

Wir empfehlen;

W. Liebknecht
Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie
insbesondere mit Bezug auf den Reichstag.

Preis per Exemplar 10 Pfg.

Es ist dies die Broschüre, welche zu dem in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ erwähnten Rencontre zwischen dem Abgeordneten Richter und Liebknecht in der Sitzung des Reichstags vom 10. ds. Anlaß gegeben hat.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts“.**
Färberstraße 12. II.

Im Verlage von **Wilhelm Röhl** in **Leipzig** ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Erlebtes.
Skizzen und Novellen
von
Wilhelm Hasenclever.
Mitglied des deutschen Reichstags.

16 Bog. eleg. broch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsendung von M. 1,20 direkt per Post franco.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Armer Conrad.
Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.

Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.

Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Die Expedition des „Vorwärts.“

Wir empfehlen:

Volksstaat-

Fremdwörterbuch.

Enthaltend
mehr als 12,000 Fremdwörter
mit
zutreffender u. verständlicher Erklärung
und genauer Angabe der richtigen
Aussprache und Betonung der Wörter.

Geheftet 50 Pf., geb. 65 Pf.

Exp. d. Vorwärts.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

Die Behandlung
der
Politischen Gefangenen in Bayern.
Prozeß Franz Rohleders.
Zusammengestellt nach stenographischen Berichten
von
Sigmund Politzer
Redakteur des „Zeitgeist“
Preis 20 Pfg.

Der Ertrag ist für die Frauen und Kinder Inhaftirter bestimmt.

Durch uns ist zu beziehen:

N. Tchernychewsky: L'Économie politique
jugée par la science,
critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.
492 pages. Prix 1,50 M.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des **„Vorwärts“** von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig. Expedition des Vorwärts.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen.

Inserate
betr. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 343 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. cor Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Senge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 46. Freitag, 19. April. 1878.

Die Renegaten an der Arbeit.

Ludwig Bamberger, liberaler Reichstagsabgeordneter, Exdemagoge, Pardon: erst recht jetzt Demagoge, und Ausreißer bei Kirchheim-Bolanden, — hat eine Schrift herausgegeben: „Deutschland und der Sozialismus", in welcher er sagt:

„Versuche gewaltsamer Gedankenvertilgung werden regelmäßig den Kürzeren ziehen. Nur in furchtbaren Momenten, in welchen die Verbreiter neuer Ideen selbst zum Kampf mit barbarischen Werkzeugen greifen, setzt auch die heutige Civilisation ihre Empfindsamkeit so weit beiseite, daß sie nicht vor barbarischen Mitteln im Dienste ihrer Selbsterhaltung zurückschreckt."

Diese Anschauung wäre ja an sich nicht zu bemängeln; auch wir halten das schwächliche christliche Rezept von der rechten und linken Backe für höchst einfältig, während wir uns, wie hier Herr Bamberger, dem jüdischen kräftigen: Auge um Auge, Zahn um Zahn, zuneigen — aber der Ausspruch Bamberger's beruht auf historischer Unwahrheit, die zu Gunsten der Herrschenden ausposaunt wird. Wann haben denn die Verbreiter neuer, und, da Bamberger vom Sozialismus spricht, idealer Anschauungen jemals selbst zum Kampf mit barbarischen Werkzeugen gegriffen, ohne von der herrschenden Gesellschaft provozirt zu werden? Niemals! Deshalb fälscht Bamberger die historische Entwicklung der „neuen Ideen" zu Gunsten der herrschenden Gesellschaft — eine eines Renegaten allerdings vollständig würdige „Arbeit". —

„Vom 1. Oktober d. J. ab soll in Berlin eine die „Sozial-Correspondenz" ergänzende Wochenschrift erscheinen, deren hauptsächlichste Aufgabe es sein soll, in populär-wissenschaftlicher Form die großen sozial-politischen Probleme der Gegenwart dem Interesse und Verständnisse der gebildeten Schichten der Nation nahe zu bringen. Es wird sich vorzugsweise darum handeln, genau und systematisch nach allen Seiten hin die Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie Schritt für Schritt zu verfolgen, in historisch-kritischen Aufsätzen die Gedanken und Gestalten des wissenschaftlichen Sozialismus im neunzehnten Jahrhundert, die modernen Arbeiterbewegungen (Chartismus, Juni-Aufstände, Commune 2c.) zu schildern, endlich die Ziele einer sozialen Reformpolitik zu erforschen und zu begründen, welche den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird. Selbstverständlich wird das Organ sich mit politischen Tagesfragen nur insofern befassen, als dieselben einen sozialen Inhalt haben und dieser Inhalt an der Hand wissenschaftlicher Forschung auf seine Bedeutung hin zu prüfen ist. Vom Boden der liberalen Weltanschauung aus soll in den gebildeten Klassen des Volkes eine sachliche, unbefangene wissenschaftliche Auffassung dieser gewaltigen Probleme vermittelt werden, deren brennende Wichtigkeit sich in ganz rapider Weise steigert, ohne daß die rechtzeitige Erkenntniß der berufenen Wächter moderner Cultur mit dieser Entwickelung gleichen Schritt hält. Es soll zugleich dem hofdemagogischen Treiben des „Staatssozialist", wie den Schlagworten der den Liberalismus einigermaßen compromittirenden „Sozialen Frage" von Max Hirsch ein Gegengewicht geboten werden, während ein ergänzendes und freundschaftliches Hand-in-Handgehen mit der in ihren kleinen und lehrreichen Artikeln das sozial-politische Verständniß der großen Masse so heilsam fördernden „Sozial-Correspondenz" in Aussicht genommen ist. Eine angesehene Verlagsfirma, sowie namhafte Männer der Wissenschaft wenden dem Unternehmen das lebhafteste Interesse zu; als Redakteur ist Franz Mehring in Aussicht genommen, dessen Buch über die deutsche Sozialdemokratie ja seiner Zeit allgemeine Anerkennung gefunden hat."

So lesen wir in der „Sozial-Correspondenz" des Herrn Viktor Böhmert, den wir schon fast vergessen hatten wegen seiner geradezu bodenlosen Unbedeutendheit. Wir haben es augenscheinlich mit einem Ableger, mit einer sogenannten Wochenausgabe der „Sozial-Correspondenz" zu thun. Böhmert il Böhmert und Mehring sein Prophet; Mehring, der Excommunist und jetzige Polizeidemagoge, soll den Hofdemagogen des „Staatssozialist" und dem „Demagöglein" Max Hirsch, den wir uns kaum anders denken können, als sitzend auf einem Nachtstühlein, die „Soziale Frage" (redigirt von Dr. Max Hirsch) lösend — also der Polizeidemagoge soll den anderen Demagogen den Garaus machen — vor Gaudium klatschen wir, die Demokraten, ob dieses Demagogentreibens in die Hände, wir sehen ja mit Genugthuung, wie einer dieser Helden den andern abthut.

Merkwürdig! Stöcker, Hirsch und Mehring, alle drei, doch der Letztere ist der größte unter ihnen — weil er ein offenkundiger Renegat ist und die Polizei am besten kennt, er wird dem Polterer und dem Dummkopf schon den Rang ablaufen. — Alle anständigen Leute aber, denen es Ernst ist um des Volkes Wohl und um eine vernünftige Lösung der sozialen Frage, werden sich fern halten, sowohl von Ludwig Bamberger, als auch von dem letztgenannten Kleeblatt; sie werden sich der Sozialdemokratie, als der einzigen redlichen Partei, zuwenden.

Das Erziehungswesen in den Vereinigten Staaten.

III.

Nicht selten stehen also an der Spitze des Volksschulwesens Schnapswirthe, Bordellhalter, politische Bummler, Sachwalter und Aerzte ohne Kunden, und — aristokratische Geldmenschen, welche die Schule absichtlich verschlechtern, welche sich am Schulfond betrügerisch bereichern, oder die Lehrerstellen verkaufen oder mit ihren Maitressen und Günstlingen besetzen wollen. Aber selbst wo dies nicht der Fall ist, wirkt unter solcher unpädagogischen Oberleitung das amerikanische Scheinwesen zum Nachtheile der Schule. Es werden für dieselbe ungeheure Summen bewilligt, aber das Meiste davon geht darauf, um Prachtpaläste von Schulhäusern zu bauen, welche gewöhnlich unzweckmäßig eingerichtet sind, um ein unnützes Verwaltungs-Personal zu besolden, eine Masse auswendig zu lernender Schulbücher den Schülern zu schenken und die Oberlehrer reich zu bedenken anstatt der Lehrer für die Anfänger, welche die schwerste Arbeit verrichten. Diese Letzteren, meist selbst erst der Schule entlaufen, haben überfüllte Klassen von Kindern ohne häusliche Erziehung, müssen gewöhnlich nach Methoden unterrichten, welche das Brett bohren, wo es am Dicksten ist, haben große Noth mit dem unregelmäßigen Schulbesuche, sind überbürdet mit tabellarischer Berichterstattung über alle Vorkommnisse in den Klassen, haben selbst nie denken gelernt und können also nicht denken lehren, werden gehofmeistert von Schulvorständen, Oberlehrern und Eltern, welche ihnen die eignen Fehler und die des Systems aufbürden, müssen ihre beste Unterrichtszeit mit religiösen Uebungen, strengster mechanischer Zucht und Ordnungsregeln verschwenden und die Kinder dumm langweilen und können also nur einen kleinen Bruchtheil ihrer Schüler für die Mittel-, einen ganz kleinen für die Oberklassen reifen, wo die Jugend mit massenhaftem Auswendiglernen der Textbücher vollends geistig verkrüppelt wird. Drei Viertel aller aufgenommenen Schüler gehen ab, ehe sie die Mittelklassen, vom letzten Viertel eine Hälfte, ehe sie die Oberklassen erreichen, und vom letzten Achtel kommen je zwei vom Hundert bis zum Ziel der Volksschule. Von dieser Regel findet man nur in wenigen Großstädten Ausnahmen, wo deutscher Einfluß nachhaltig gewirkt hat. Wenn trotzdem viel natürlicher Verstand unter den Eingebornen zu finden ist, so verdankt man das weit mehr der Schule des aufregenden Lebens als der eigentlichen Schule, sowie der natürlichen Begabung und der weitverbreiteten Einsicht, daß das Lernen Geld einbringt.

Und als wenn dies nicht schlimm genug wäre, so locken die katholischen Pfaffen immer mehr Kinder in ihre Kirchenschulen und agitiren unter ihren Schafen für Theilung des Volksschul-Fonds unter die Sekten nach der Kopfzahl; aber auch einzelne protestantische Sekten unterhalten große und kleine Schulen. In diesen Kirchenschulen steht es begreiflicherweise noch schlimmer um die wahre Erziehung.]

Der Kampf der wahren Pädagogen um Verbesserung der Volksschule und Erziehung ist also ein ziemlich hoffnungsloser, wenigstens vorläufig. Diese große Sache geht vielmehr zurück; das Einzige, was man wollen kann, ist den Rückgang zu verlangsamen. Der Kapitalismus trägt daran die Hauptschuld. In allen Staaten, wo er uneingeschränkt herrscht, wie in Neu-England, New-York, New-Jersey, Pennsylvanien, werden die Schulen des Volkes planmäßig verkümmert, und nur die für die herrschende Klasse gehätschelt — man will ein Volk von Chinesen erziehen. In den Fabrik- und Minen-Bezirken geht die Volksschule aus Mangel an Mitteln und an Schulbesuch reißend schnell rückwärts; in den Großstädten weiß man es so anzustellen, daß die Kinder der Armen nicht in denselben Schulhäusern mit denen der Wohlhabenden zusammentreffen können. In fast allen Staaten aber sind, seit die Sparsamkeitswuth eingerissen ist, die Lehrergehälter beschnitten, und ist der Bau neuer Schulhäuser unterlassen worden, obwohl die schulfähige Jugend rasch an Zahl zunimmt. Ja, im Staate New-York wird stark dafür agitirt, die Oberklassen der Volksschule eingehn zu lassen, angeblich weil sie blos der Jugend der Wohlhabenden zugute kämen; und auch anderwärts erschallt ein solches Verlangen. Daß in den ehemaligen Sklavenstaaten, auch wo die Mittel dazu vorhanden sind, für die Volksschulen blutwenig geschieht, und daß dort für Neger besondere Klassen und Häuser bestehen (kommt auch in den nördlichen Staaten vielfach vor), in welchen schlechter für die Erziehung gesorgt ist als in denen für die weiße Jugend, nimmt kaum Wunder. Man sollte meinen, daß die brotlose Zeit Tausende von arbeitlosen Menschen von Fähigkeit dem Lehrberufe zutriebe, so daß eine größere Zahl dazu Geeigneter zu finden sein müßte. Allein es findet eher das Gegentheil statt; bei jeder ausgeschriebenen Vacanz melden sich Massen von Bewerbern; darunter sind aber weniger Befähigte als je vorher — so abschreckend ist für einen Menschen von Talent, Kenntnissen und Charakter hierzulande der Volksschuldienst.

Es mag in Europa in dieser Hinsicht nicht besser stehen, wenigstens nach allen gedruckten und mündlichen Berichten; allein es kann kaum schlechter stehen. Es ist deshalb höchster Anerkennung werth, daß der deutsche Lehrerbund in der Union und eine Anzahl deutscher Freunde wahrer Volkserziehung damit beschäftigt sind, im September d. J. ein Muster-Seminar zu begründen, in welchem Lehrer, beider Sprachen gleich mächtig und der hiesigen Bedürfnisse kundig, so ausgebildet werden sollen, daß sie wahrhaft freie Menschen erziehen können. Bis jetzt sind zu diesem Zwecke 50,000 Dollar etwa gesammelt, und mehr wird beigetrieben.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein Zeichen der Zeit, und zwar ein sehr bedeutsames, ist der Umstand, daß das Streben nach geistigem Fortschritt bei den herrschenden Klassen mehr und mehr erlahmt, wohingegen die Sucht nach Erlangung materieller Güter fast ausschlich deren Sinnen und Trachten in Anspruch nimmt. Einmal auf diesen Standpunkt gelangt, ist der Zerfall, der Untergang dieser Gesellschaftsklassen nur noch eine Frage der Zeit. Zwar erheben sich dann und wann Stimmen aus diesen Klassen, die mahnend an die Lehren der Geschichte erinnern, und es werden auch wohl mitunter Mittel und Wege in Vorschlag gebracht, wie dem Verderbniß Einhalt geboten werden könne — aber die Stimmen verhallen ungehört, und alle Versuche, das Unheil abzuwenden, scheitern an der moralischen Erschlaffung. Zu den vielen Beweisen über den geistigen Rückgang der dominirenden Klassen, die wir schon erbracht haben, wollen wir heute einen weitern hinzugesellen. Dieser Beweis wird uns geliefert in dem diesjährigen Programm, welches das Direktorium des Gymnasiums zu Liegnitz herausgegeben hat, und in welchem es folgendermaßen heißt:

„Zu Ostern vor. J. vollendeten von zehn Abiturienten des Gymnasiums zwei die Prüfung überhaupt nicht, vier bestanden sie nicht, und nur vier wurden für reif erklärt. Aus anderen Städten der Provinz wurden ähnliche Prüfungsergebnisse gemeldet; aus einer Stadt wurde sogar berichtet, daß von 21 Oberprimanern nur sieben das Zeugniß der Reife erlangt hätten. Auch aus anderen Provinzen des Staats gingen ähnliche Nachrichten ein, so daß die öffentliche Meinung anfing, sich zu beunruhigen und die Tagespresse die Ursachen dieser betrübenden Erscheinungen diskutirte. Es lohnt sich auch wohl der Mühe, diese Ursachen aufzusuchen. Der Schulmann weiß recht gut, wo sie liegen. In vereinzelten Fällen mag Mangel an Befähigung und an Beruf für eine gelehrte Laufbahn die Ursache des Mißlingens der Prüfung sein; im Allgemeinen ist es die ins Unglaubliche gesteigerte Genußsucht und die daraus herstammende Arbeitsscheu unserer Jugend. Es ist umsonst, daß die Schule durch Lehre und Beispiel zu ernster Arbeit anhält; außerhalb der Schule, nicht blos in Haus und Familie, sondern leider überall weht ein ganz anderer Wind. Wenn die Genußsucht unserer Jugend vom Hause auch nicht immer direkt gefördert wird, so wird sie doch oft aus Schwäche geduldet. Es ist aber angesichts ihrer traurigen Folgen hohe Zeit, daß das Haus der Schule die Hand reiche zu kräftiger Bekämpfung dieses gefährlichen Feindes unserer Jugend und Zukunft, damit nicht ein Geschlecht heranwachse, das, der Arbeit entfremdet und dem Genusse lebend, unfähig ist zur Erfüllung der täglich wachsenden Aufgaben im Staat, in der Gemeinde und in der Kirche. Ihre meisten Opfer fordert die Genußsucht allerdings erst nach der Schulzeit; wir, die wir mit Theilnahme die weiteren Wege unserer früheren Schüler verfolgen, wissen davon zu erzählen. Allein es ist doch wahr, daß der Grund zu allem spätern Unheil früher gelegt wird. Möchten darum Alle, die es angeht, vor Allem die Eltern unserer Schüler, uns die Hand reichen zum Kampfe gegen die epidemisch gewordene Genußsucht und Arbeitsscheu der Jugend. Es handelt sich um die Zukunft nicht blos unserer Söhne, sondern des Vaterlandes, das Bürger nöthig hat, die arbeiten wollen und können."

Ja, ja — das „Vaterland" braucht „Bürger", die arbeiten wollen und können. Aber diese „Bürger" in den Reihen der Reichen zu suchen oder aus denselben herauszuerziehen, ist verlorne Mühe. Nein, die „Bürger", die das „Vaterland" braucht, sind ganz anderswo zu suchen; ja, sie sind zum Glück schon da und wirken unabläßig darauf hin, daß alle „Bürger" arbeiten müssen.

— „Bettler und Vagabunden". Die Aufwiegler aus den sogenannten besseren Ständen, die in jedem wandernden Handwerker einen Bettler und Vagabunden erblicken, und auch der „berühmte" Landrath Stieglow von Oschersleben mögen sich nachstehende Notiz zu Gemüthe führen, die, aus Naumburg datirt, merkwürdigerweise in der „Magdeburgischen Zeitung" zu lesen ist: „Als ein Beweis für die herrschende Arbeitslosigkeit kann u. a. die Thatsache angesehen werden, daß im Monat März nicht weniger als 574 Personen in unserer streng geleiteten Herberge übernachtet haben. Es waren dies durchweg ordentliche Handwerksgehilfen." — Wo bleiben da die „Bettler und Vagabunden" auch der „Magdeburgischen Zeitung"? Antwort: Sie sind zu suchen in der Lügenhaftigkeit und der Arbeiterfeindlichkeit!

— Humanität. Der Fabrikanten-Verein zu Forst (N.-L.) hat beschlossen, sogenannte jugendliche Arbeiter in den Fabriken nicht mehr zu beschäftigen. — Wie human das klingt! Aber Kinder werden und sollen weiter beschäftigt und die „sogenannten jugendlichen Arbeiter" als „Kinder" für geringeren Lohn angestellt werden. Welche Fabrikantenhumanität!

— Bei der im Reichstagswahlkreise Militsch-Trebnitz (Schlesien) stattgehabten Neuwahl wurde der conservative Fürst von Hatzfeld mit 8989 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Candidat, Sattlermeister J. Kräcker aus Breslau, erhielt 2080 Stimmen. Mit dem Anfang in jenem Kreise können wir also zufrieden sein; daß bei der nächsten Wahl auf unsern Candidaten mehr Stimmen kommen, dafür soll gesorgt werden.

— Gegen den Spruch des Mannheimer Schwurgerichts, welches den schweizer Bürger Buchhändler Schabelitz in Zürich wegen Hochverraths am deutschen Reiche zu längerer Freiheitsstrafe verurtheilte, hat sich in der schweizer Presse ein Sturm der Entrüstung erhoben. „Ist die Schweiz schon preußische Provinz?" ruft unser schweizerisches Parteiorgan, die „Tagwacht", aus; und der Winterthuer „Landbote" verlangt, daß der schweizerische Bundesrath sofort und mit Bestimmtheit einschreite, und von Deutschland die Aufhebung eines Urtheils verlange, das sich über die Schweiz die Jurisdiktion anmaße. Ohne uns des Mannheimer Schwurgerichts annehmen zu wollen, das freilich besser gethan, wenn es Schabelitz freigesprochen hätte, müssen

wir doch hervorheben, daß das deutsche Strafgesetzbuch die Verfolgung eines jeden Ausländers wegen Hochverraths am deutschen Reiche gestattet. Die Jurisdiktion der deutschen Gerichte erstreckt sich daher nicht nur auf die Schweiz, auch alle andern Staaten, die ganze Welt ist durch das deutsche Strafgesetzbuch gleichsam juridisch annektirt. Im Grunde genommen liegt die Sache für Schabelitz aber nicht so schlimm, denn wie weiland die Nürnberger, so hängen hoffentlich auch die Mannheimer Keinen, sie hätten ihn denn zuvor.

— Der internationale Arbeiter-Congreß, der während der Pariser Weltausstellung auf Beschluß des Lyoner Arbeitercongresses in Paris tagen sollte, ist von der französischen Regierung verboten worden. Das Verbot war vorauszusehen. Denn wie sollte auch eine „Republik", die sich sogar der Protektion eines Bismarck erfreut, die Volksrechte achten, und namentlich wenn es Arbeiter sind, die sie auszuüben gedenken.

— Die Fenier rühren sich wieder in Irland. So wird aus London gemeldet: Ein Peer des Reiches, Besitzer von 95,022 Acres in Irland, der 72jährige Earl of Leitrim, wurde gestern Morgen nahe bei seiner Besitzung in der Grafschaft Derry ermordet gefunden, mit ihm sein Schreiber und sein Kutscher. Die Brust des Grafen war von einer Kugel durchbohrt, sein Kopf zerschmettert, der linke Arm gebrochen, der rechte völlig zerschlagen. Der Leichnam lag in einem Sumpfe. Von den Thätern weiß man noch nichts; jedoch bringt man den Mord damit in Verbindung, daß der Getödtete kürzlich eine Wittwe aus ihrem Hause ausweisen ließ, in dessen Nähe der Angriff stattgefunden haben soll. — Soweit der Bericht aus London. Wir wenden uns natürlich gegen jede Gewaltthat; aber sollten die Besitzenden nicht einsehen wollen, daß ihre oft so grausame Handlungsweise die Armen und Enterbten zur Verzweiflung treibt? Was ist denn eigentlich unmenschlicher, eine Wittwe aus dem Hause zu treiben oder einen Grafen zu erschießen?

— „Noch ist Polen nicht verloren!" — Die Ruhe eines Kirchhofs herrschte seit dem Jahre 1864 in dem Königreich Polen; man wagte kaum zu athmen, denn das Athmen wurde mit der Knute und mit dem Blei bestraft, der russische Henker wachte, sein böses Gewissen ließ ihm nicht Rast noch Ruhe. Der orientalische Krieg hat etwas Luft gebracht, der gefesselte Pole darf wieder athmen; der Riese selbst wurde an den Füßen gefesselt und wenn auch fliegreich, doch in Fesseln; und zu seinen Häupten droht das Gespenst nicht der polnischen, sondern der russischen Revolution. Die letztere muß gebannt werden, deshalb sucht man die erstere zu entzünden; der Panslavismus muß ein Opfer haben. Aber daß man dem Panslavismus Polen zum Opfer vorwerfen will, beweist, daß letzteres noch lebt, daß es noch seine nationale Stelle behauptet, daß es noch immer sein stolzes Haupt erhebt, zur Schande aller Derer, welche das Nationalitätsprinzip als den leitenden Gedanken des 19. Jahrhunderts proklamiren und das nationale Polen preisgeben.

Die „Wiener Deutsche Zeitung" läßt sich aus Warschau schreiben:

„In Folge eines kleinlichen Anlasses fing es unter den Studenten zu gähren an. Die Regierung intervenirte mit Gensdarmen, sie nahm Haussuchungen vor und schritt unbedacht zu Verhaftungen. Darob ist Warschau in Aufregung versetzt worden, in eine Aufregung, deren Folgen sich jetzt schwer berechnen lassen. Den mittelbaren Grund zu den Verhaftungen gab eine Vorlesung des Professors Spasowicz über den Dichter Vincenz Pol. Spasowicz, ein Pole, jedoch Panslavist, kam aus Petersburg hierher, um einen Dichter, welcher die polnischen historischen Traditionen hochgehalten hat, des ihn umgebenden Nimbus zu entkleiden und seinen altpolnischen Patriotismus als Chinesenthum hinzustellen. Die Vorlesung war stark besucht, und es befand sich im Vorlesungssaale auch ein Häuflein polnischer Studenten, welche in den russischen Schulen sich bereits zum Panslavismus bekehrt haben. Dieses Häuflein applaudirte demonstrativ jede Stelle der Vorlesung, welche ihre Spitze gegen die polnischen Traditionen kehrte. Die Presse hat sich einstimmig sogar mit Entrüstung sehr abfällig über die Vorlesung ausgesprochen, und der beliebte Feuilletonist des „Kurjer Warszawski" der Schriftsteller Boleslaw Prus, zog sehr heftig gegen die panslavistischen Demonstranten ins Feld. Diese überfielen ihn in der Nacht als er nach Hause ging und vergriffen sich thatsächlich an seiner Person. Die Polizei kam dem Ueberfallenen zu Hilfe und es wurden einige von den Excedenten in Haft genommen. Als dieser Vorfall in der Stadt bekannt wurde, war die Entrüstung über die raufluftigen Panslavisten eine allgemeine. Die Blätter forderten trotz Censur die übrige Jugend auf, sich jeder Solidarität mit den „Vagabunden" zu enthalten, was zur Folge hatte, daß die polnisch gesinnte Jugend die Panslavisten aus den Hörsälen hinauswarf. Wieder schritt die Polizei ein und diesmal verhaftete sie zwanzig Studenten, welche in Ketten geschlagen, unter Gendarmerie-Escorte durch die belebtesten Gassen der Stadt ins Gefängniß auf die Citadelle geführt wurden. Der Anblick dieser „Opfer" steigerte die allgemeine Erbitterung derart, daß es in der Swistokrzyska Ulica zwischen dem Volke und den Gensdarmen zum Handgemenge gekommen wäre, wenn sich nicht die angesehensten Bürger die größte Mühe gegeben hätten, auf das Volk besänftigend einzuwirken und den ganzen Vorfall als ein Mißverständniß, welches bald aufgeklärt sein werde, hinzustellen. Gleichzeitig wurden in den Wohnungen der Verhafteten Hausdurchsungen vorgenommen, welche später zu weiteren Verhaftungen einiger Advokaten und Bürger führten. Es sollen bei einem der Inhaftirten Proklamationen eines polnischen Revolutions-Comités vorgefunden worden sei. Die Polizei fahndet nun Tag und Nacht nach Theilnehmern an der angeblichen Verschwörung, nimmt Hausdurchsuchungen bei den ruhigsten Personen vor, steigert dadurch die Erregung der revolutionären Emigrantenpartei und arbeitet so den Nihilisten in die Hände. In manchen Kreisen herrscht hier die feste Ueberzeugung, daß es im Plane der russischen Regierung liege, irgendwelche Bewegungen in Polen zu provoziren, um den grellen Widerspruch welcher darin liegt, daß sie die Slaven auf der Balkanhalbinsel „befreit" und im Innern die Polen unterdrückt, wenigstens anscheinend rechtfertigen zu können. Auch soll eine zu provozirende polnische Bewegung den Grund geben, größere Truppenansammlungen in Congreßpolen zu rechtfertigen. Diese Vermuthung hat sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich, wenn man sich das in der letzten Zeit offenbar herausfordernde Benehmen der Regierungsorgane gegenüber der Bevölkerung vor Augen hält."

Soweit der Bericht der „Deutschen Zeitung". Daß das „Väterchen" an der Newa in großer Verlegenheit sich befindet, um seine Siegesthaten gehörig auszunützen, das weiß man; daß er sich lange gesträubt hat, dem Panslavismus Concessionen zu machen ist ebenso bekannt, da aber nunmehr der „thönerne Riese" selbst nach den Siegen so recht in seiner Schwäche sich zeigt, wenn er nicht ein Volkselement für sich zu entzünden vermag, deshalb greift „Väterchen" zu dem verzweifelten Mittel, den Panslavismus auf die Bühne zu rufen, der die völlige Unterwerfung aller slavischen Nationalitäten unter das Russenthum verlangt und dem nunmehr auch der letzte Rest der polnischen Nationalität zum Opfer fallen soll. Gelingt es dem Panslavismus, seine „Mission" durchzuführen, dann ist ganz Europa von der asiatischen Unkultur auf das Ernstlichste bedroht — die russische Regierung, selbst wenn sie wollte, kann kein „Halt" mehr gebieten: „Die sie rief, die Geister, wird sie nicht mehr los". Und Deutschland? Und Europa? Gäbe es ein Deutschland, gäbe es ein Europa, dann brauchte man sich nicht zu sorgen, dann würde mit der nationalen Wiederherstellung Polens der Damm aufgeführt gegen die zärtlichen Umarmungen, welche der russische Bär der Jungfrau Europa zudenkt, dann würde die orientalische Frage gelöst unter dem brausenden Gesange: „Noch ist Polen nicht verloren!"

— Die orientalische Frage befindet sich noch immer im Stadium der diplomatischen Erörterungen: England will nach wie vor von dem zwischen Rußland und der Türkei geschlossenen Friedensvertrage nichts wissen, und Rußland läßt scheinbar einen Punkt nach dem andern dieses Vertrags fallen. Wir sagen ausdrücklich: scheinbar, denn in Wirklichkeit wird Rußland nicht ein Theilchen des Raubes, den es an der Türkei begangen hat, gutwillig herausgeben. Der „gordische Knoten" der orientalischen Frage wird durchhauen und dem russischen Nimmersatt eine derbe Lektion ertheilt werden müssen, wenn anders Europa sich für die nächsten Dezennien einer friedlichen Entwickelung erfreuen soll. Inzwischen richten sich die Russen in Bulgarien „häuslich" ein, und allem Anschein nach steht diesem Lande dasselbe Schicksal bevor, das Elsaß-Lothringen ereilt hat — es wird „Reichsland" werden und nur zum Schein eine Selbstverwaltung erhalten.

Auch Rumänien wird zum Dank für seine Dienste, die es Rußland geleistet, wie eine russische Provinz behandelt. So lesen wir: „Die Okkupation und Einverleibung Rumäniens hat ihren Anfang genommen. Die russischen Offiziere bemächtigen sich auch überall der Verwaltung, als ob es gar keine Convention vom 16. April 1877 gäbe. Wie Zimmermann's Corps aus der Dobrudscha in die Moldau, so rückten drei weitere Armeecorps aus Bulgarien über Rustschuk in die Walachei vor. Sie sollen zunächst Ploieschti und Piteschti besetzen, die beiden großen Eisenbahnstationen im Nordosten und Nordwesten Bukarests, das sie von da aus unbedingt beherrschen und jeden Moment besetzen können. Rußland kann sich in der That nur Glück wünschen, daß man ihm nach der türkischen auch noch die rumänische Armee zu vernichten gestatten wird, ehe man in Wien und London schlüssig darüber wird, was dem Frieden von San Stefano gegenüber geschehen wird." — Der Fürst Karl von Rumänien nimmt solchem Vorgehen gegenüber eine mannhafte Stellung ein; er sagte, man könne wohl die rumänische Armee vernichten, aber nimmermehr entwaffnen. Aber was hilft das Alles: Rußland wird nur dem Willen Europas gehorchen, und Europa ist zum Mindesten in sehr trauriger Verfassung. Die Balkanvölker aber sind wenigstens zu der Erkenntniß gekommen, daß der russische „Befreier" ein Mörder und ein Räuber, und daß der türkische „Despot" ein anständiger Mensch ist.

— Der bisherige „Präsident" des aus etwa 160 zahlenden Mitgliedern, welche über ganz Deutschland zerstreut sind, bestehenden Vereinchens, welches sich unbegreiflicherweise „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein" nennt, Herr Julius Röthing in Leipzig, wurde seines hohen Postens enthoben. Herr Röthing wurde durch Streber, welche nach dem Präsidentensessel strebten, verdrängt. Sein Nachfolger in der „Regierung" ist ein Herr Franz Geweke in Bremen. Diese wichtige Neuigkeit bringt der mit liberalem Gelde oder Wasser gehaltene Moniteur der 160, die „Deutsche Volkszeitung", in einer sehr schwülstig gehaltenen „Bekanntmachung", welche jedem Polizeiblatte zur Ehre gereichen würde. — Gewisse an Größenwahn krankende Personen fühlen sich sehr glücklich, wenn sie ein wenig „Präsident" spielen können. Wir gönnen ihnen das Vergnügen, so lange der Schwindel dauert, — lange wird's auf keinen Fall mehr währen.

— Von der „Zukunft", sozialistische Revue, ist soeben das 14. Heft erschienen. Inhaltsverzeichniß: 1) Die Vermehrung der Produkte durch sozialistisch organisirten Betrieb. 2) Untersuchungen über die Grundprinzipien der Sozial-Oekonomie. Von De Paepe. (Forts.) 3) Ein Brief von Rodbertus-Jagetzow. 4) Zur wirthschaftlichen Krisis II. 5) Rezensionen.

Polizei, Sozialdemokratie und Versammlungsrecht.

Da den Nationalliberalen die Ministersessel entrückt wurden, und da sie nicht die geringste Aussicht haben, je zum „Regieren" zu kommen, wird ihnen vor der Zukunft bange. Sie erinnern sich jetzt plötzlich, daß es Rechte giebt, welche von der Polizei nicht angetastet, deren freie Ausübung den Staatsbürgern, gleichviel welcher politischen Richtung, nicht geschmälert werden dürfe. Die Leute, welche bis vor Kurzem jeder Maßregel, die gegen die Sozialdemokraten beliebt wurde, zustimmten, die es mit verschuldeten, daß unsere durchaus mangelhaften Gesetze, welche der Polizei überall Hinterthürchen offen lassen, zu Stande kamen; Leute, die bei jeder Gelegenheit die Polizei gegen die Sozialdemokraten zu Hülfe riefen und denen es, wenn ihre Parteimitglieder würdig und fähig befunden worden wären, Ministerposten zu bekleiden, nie eingefallen wäre, an der bisherigen „Ordnung" zu rütteln, diese Leute werden jetzt auf einmal „freisinnig" und nehmen sich der gefährdeten Volksrechte

---

Zwei Geschichtsabschnitte.

Schon oft ist, um unsere heutige Gesellschaftslage zu kennzeichnen und den weiter und weiter um sich greifenden Zersetzungsprozeß vor Augen zu führen, auf die letzten Jahrhunderte der römischen Geschichte verwiesen worden, also auf eine Zeit, die mit der unsrigen gerade in dieser Beziehung überraschende Aehnlichkeiten aufweist. Sehen wir ein wenig näher zu; vergleichen wir die römische Welt, wie sie sich uns von Christi Geburt bis zum Untergange des weströmischen Reiches vorstellt, mit unseren heutigen Zuständen, und ziehen wir unsere Schlüsse daraus.

Die Weltanschauung einer Gesellschaft, eines Volkes, die den Boden der Existenz beider bildet, und ohne welche eine Geschichtsperiode gar nicht denkbar wäre, drückt sich in der Religion am Markten aus und durchzieht von diesem Centralpunkte aus den ganzen Gesellschaftsorganismus, so daß auch in seinen unscheinbarsten Verzweigungen diese Weltanschauung sich wiederspiegelt.

Fragen wir nun, welche Weltanschauung es gewesen ist, die zu Cäsar's und seiner Nachfolger Zeiten die römische Welt beherrschte, so müssen wir constatiren, daß der damaligen Gesellschaft eine solche überhaupt abhanden gekommen war. Der Glaube an die alten Gottheiten, an den Olymp und den Tartarus war verschwunden, die Götter, die der ehemalige Römer mit heiliger Andacht verehrte und denen er stets sein Bestes zum Opfer gebracht hatte, waren längst vergessen, statt ihrer ließen sich die Kaiser vergöttern. Mit dem alten Glauben hatte man definitiv gebrochen, er hatte aufgehört das Lebensprinzip jener Zeit zu sein; das um dieselbe Epoche entstehende Christenthum dagegen war noch ohne allen und jeden Einfluß. Die ersten Anzeichen, die um diese Zeit bis nach Rom drangen, waren schon darum ohne Bedeutung, weil sie sich fast ausschließlich in den zur römischen Welt gar nicht zählenden Elementen der Sklaven und des untersten Volkes ansetzten.

Auf der einen Seite den zusammengebrochenen Götterglauben, auf der anderen das wachsende Christenthum, schwebte die römische Welt gleichsam in der Mitte ohne jeden sittlichen Halt, den Glauben der Väter als einen überwundenen Standpunkt betrachtend, aber nicht vermögend, irgend etwas Besseres an dessen Stelle zu setzen oder gar die Idee des Christenthums zu erfassen und sich zu eigen zu machen. So hin und her gezogen von dem ewigen Schwanken zwischen Materialismus und Idealismus und nicht die Kraft in sich fühlend, für den Einen oder den Anderen Partei zu ergreifen, verzweifelnd an sich selbst, suchte die römische Welt ihre Existenz zu vergessen durch Berauschung der Sinne.

Die römische Welt bestand zu Cäsar's Zeiten aus wenigen tausend Familien, fast alle übrigen Bewohner der dem römischen Reiche unterworfenen Länder waren Sklaven und hatten als solche durchaus keine Berechtigung. Diesen wenigen tausend Familien standen alle Reichthümer der damals bekannten Welt zur Verfügung. Unermeßliche Schätze wurden nach Rom geschleppt und ebenso unermeßliche Summen, die dem Schweiße von Hunderttausenden von Menschen ausgepreßt waren, für nichtssagende Dinge und Vergnügungen verausgabt, einzig und allein, um einige wenige Menschen zu zerstreuen und sie für einige Stunden ihres haltlosen Daseins vergessen zu machen. Und nicht bei den Produkten seines Schweißes blieb es, mit dem das Volk, d. h. die ganze Staatsbevölkerung mit Ausnahme jener wenigen Tausenden, diese Aristokratie zu unterhalten gezwungen war, jene Herrschenden verlangten mehr; der tollste Sinnentaumel, das ausschweifendste Leben stumpfte die Sinne ab und hatte bald keinen Reiz mehr für jene blasirten Römer; tollere Vergnügungen mußten erfunden werden, an Geld und Gut war dem Volke nichts mehr auszupressen, und so mußte es sein Blut hingeben; die Gladiatoren-Kämpfe, der größte Schandfleck der römischen Geschichte, wurden eingeführt. Nie und nimmer sind Mensch und Menschenrechte so offen, so bewußter und so gesetzlicher Weise mit Füßen getreten worden, wie durch die Gladiatoren-Kämpfe. Tausende hierzu besonders ausgebildete Menschen werden aufeinandergehetzt, um einige sich Menschen und Herren nennende Ungeheuer mehrere Stunden zu zerstreuen; je toller der Kampf, je mehr Blut vergossen wird, desto interessanter das Schauspiel. Die ganze Scheußlichkeit zeigt sich in der Behandlung der Besiegten. Nicht unparteiischen Richtern, denn solche waren zu jener Zeit fast unmöglich, nicht einmal dem Sieger wurde das Loos des Besiegten zu bestimmen anheim gestellt, sondern die sinnentrunkenen und die absolut urtheilsunfähigen Zuschauer hatten sich dieses Recht angemaßt. Diese waren es, die dem Besiegten erlauben konnten, in der Weise wie bis dahin weiter zu vegetiren oder getödtet zu werden.

Alle Versuche, die von einigen ehrlichen Männern gemacht wurden, die alte Einfachheit der Sitten und den alten Götterglauben zurückzuführen, waren vergebens. Die alte Weltanschauung hatte sich als unhaltbar erwiesen und konnte nicht mehr genügen, ein neues Prinzip an Stelle des abgelebten zu setzen. Dazu war die römische Welt zu ohnmächtig. Die herrlichen, mit den Schätzen aller Länder geschmückten neuen Tempel konnten die alten einfachen nicht ersetzen, seitdem der Götter herrlichster Tempel, das Menschenherz, ihnen abtrünnig geworden war, seitdem Spott und Hohn innige Verehrung, seitdem Freudenrausch und Sinnenluft republikanische Tugend und Sittenreinfachheit verdrängt hatten. Was nützen den Göttern herrliche Behäuser, wenn Niemand mehr betet? Nicht durch äußere Pracht herrschen Götter, sondern durch den im Menschen lebenden Glauben!

Daß in einem Staate, ein Ausdruck, der einer Gesellschaft wie der römischen jener Zeit, und ebenso jeder anderen, die nicht ein sittliches Prinzip als Basis hat, eigentlich gar nicht zukommt, das politische Leben dem gesellschaftlichen analog ist, ist zweifellos. Und so finden wir die gleiche Verkommenheit, die wir im sozialen Leben jener Römer antrafen, im politischen wieder. Der Senat, die Tribunen und alle öffentlichen Autoritäten hatten längst ihre alte Würde und Unabhängigkeit vergessen und sich zu Werkzeugen und Handlangern der Mächtigen erniedrigt. Sie eiferten mit diesen in der Unterdrückung des Volkes. Nicht mehr die alleinige Würde war es, die den Römer zu jenen Ehrenplätzen hinzog, er wünschte sich nur ein Staatsamt, um die ihm untergebenen Provinzen nach Möglichkeit auszusaugen und mit den so gewonnenen Reichthümern die quälenden Sinne betäuben zu können. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen alle Rechtsbegriffe im Volke und all' und jedes Ideal derer, die in der allgemeinen Corruption noch nicht ganz und gar untergegangen waren, verschwanden. Wenn als höchste Macht in einer Gesellschaft die brutale und rohe Gewalt herrscht und ungestraft ihr Wesen treibt, was soll da denn noch Gutes aufkommen? Und so, nachdem die Gewalt Alles aufgeboten hatte, sich Sinnenrausch zu verschaffen, nachdem sie alle möglichen Mittel erschöpft hatte, im Taumel vergessen zu finden und das Bewußtsein zu ersticken, blieb für den trotz alledem immer wiederauflebenden Menschengeist nichts übrig, wie der Tod. Und so sehen wir den vornehmen Römer, nachdem er Alles, was er hat erpressen können, verpraßt hat, durch Selbstmord, die Römerin im Bordell endigen. Geistiger und physischer Tod, dahin hat das herrschende Römerthum gearbeitet, das waren seine Ideale!

Unter solchen Bedingungen konnte eine Gesellschaft unmöglich bestehen. Der europäischen Welt blieb eben kein anderer Weg als das Christenthum, das nunmehr an Stelle des alten Materialismus das Szepter der Weltherrschaft übernahm und de facto bis auf unsere Zeit behauptete; de jure allerdings wurden seine Grundlagen schon seit drei Jahrhunderten nach und nach unterminirt, bis es erst eigentlich der neuesten Zeit gelang, dessen ganze Inhaltslosigkeit aufzudecken.

(Schluß folgt.)

an. Sie befürchten nämlich, daß eine conservative Regierung die „Liberalen" mit denselben Polizeiliebenswürdigkeiten beglücken könnte, denen bis jetzt blos die „Reichsfeinde" ausgesetzt waren, daß man das Vereins- und Versammlungsrecht nicht nur diesen, sondern auch ihnen beschneiden könnte, und erinnern sich deshalb der so oft und so schnöde verleugneten Rechte des Volkes.

Alle diese Erwägungen mögen die Redaktion der „Magdeburgischen Zeitung" bestimmt haben, unter obiger Ueberschrift einen Artikel zu veröffentlichen, den wir unter Hinweglassung einiger nebensächlicher Stellen hier wiedergeben.

Nachdem der vor Kurzem in Berlin aufgelösten Arbeiterversammlungen Erwähnung gethan und von einem Versuche, eine politische Partei mundtodt zu machen, gewarnt worden, schreibt das Blatt:

„Der Erfahrungssatz, meinen wir, stände heute fest: Die Polizei wird die Sozialdemokratie nicht aus der Welt schaffen; der Schutzmann „ist der Mann noch nicht, den Teufel fest zu halten." Dieser Erfahrungssatz scheint aber noch nicht lange „festzustehen", weil die „liberale" Partei bisher alle gegen uns gerichteten Polizeimaßregeln gutgeheißen hat.

„Die Geschichte der andern Staaten," fährt die „Magdeburg. Zeitung" fort, „weist Beispiele genug auf, daß schließlich weder die Regierung, noch die besitzenden Klassen es der Polizei gedankt haben, wenn sie in erster Linie sich berufen glaubt, um den Staat und seine Institutionen, um alle diese letzteren betreffenden Handlungen, durch die eine Schädigung des Staates befürchtet wird, präventiv besorgt zu sein. Ueberall, wo man das Volk durch Plackereien und Hemmungen in der freien Handhabung seiner Rechte, ganz gleichgültig, ob es sich um das Verbot von Versammlungen, um das Vereinsrecht, Maßregelungen der Presse, Conzessionsentziehungen, Ausweisungen ꝛc. handelte, beeinträchtigt hat, da hat die Erfahrung bewiesen, daß dieser Eingriff der Polizei, weit entfernt seinen Zweck zu erreichen, die Gegner der bestehenden Ordnung nur vermehrt.

„Eine Regierung — so lehrt die Volkswirthschaft —, welche dem Publikum durch die Polizei den Mund stopfen zu müssen glaubt, fügt sich zweierlei Nachtheil zu: sie entzieht sich das wirksamste Mittel, um Gebrechen, deren Heilung zum Besten des Staates nothwendig sind, zu erfahren, und verdammt ihre eigenen Anhänger zum Stillschweigen, weil Niemand deren Worten mehr Gewicht beilegt, wenn der Opposition der Mund gestopft ist, oder weil Viele derselben es schon aus Generosität verschmähen, mit dem gefesselten Gegner zu kämpfen. Die Wissenschaft warnt davor, daß dem Individuum oder dem Publikum von vornherein der Gebrauch seiner Freiheit untersagt werde, ehe man sich durch den Augenschein, durch getroffene Vorbereitungen überzeugt hat, daß aus jenem Gebrauch der Freiheit ganz bestimmt eine Verletzung des Rechtes, des Eigenthums, der Person, der Moral, der Gesundheit u. s. w. hervorgehen werde. Alles das sind politische Lehren, die nicht für die Sozialdemokratie, sondern für alle politischen Parteien, für das Bürgerthum geschrieben sind. Was nun die Sozialdemokratie im Allgemeinen anbetrifft, so hat die staatsfreundliche Publizistik schon vielfach darauf hingewiesen, daß weder die äußerste Strenge der Gerichte, noch die schärfsten Maßregeln der Polizeibehörden, am allerwenigsten vexatorische, im Stande sind, die Sozialdemokratie zu unterdrücken. Daß bisher die Staatsbehörde, insbesondere die Berliner Staatsanwaltschaft, den Ausschreitungen und Gesetzwidrigkeiten der Sozialdemokraten mit aller Energie entgegengetreten ist, verdient in hohem Grade Anerkennung, allein die Sozialdemokratie zu verhindern, von allen den Mitteln Gebrauch zu machen, wozu sie Recht und Gesetz ermächtigen, wäre die größte politische Thorheit. Haben die Sozialdemokraten den Stein der Weisen gefunden und besitzen sie das Arcanum, die Welt glücklich und selig zu machen, so lasse man sie innerhalb gesetzlicher Bahnen frei sich bewegen. Gerade dadurch wird ihrer Ausbreitung der beste Damm gezogen und zuerst vom Volk erkannt werden, daß die Theorie vom Zukunftsstaat und der allgemeinen Gleichheit und Glückseligkeit blauer Dunst ist."

Zum Schlusse des Artikels heißt es dann: „Die Sozialdemokratie wird erst im Wachsthum aufgehalten werden, wenn Alle an der Besserung der Zustände der unteren Volksklassen, und zwar je größer ihre geistige und materielle Kraft ist, in um so höherem Grade mitwirken werden."

Dies der Artikel der „Magdeburgischen Zeitung". Wir wollen nur erwähnen, daß die „Liberalen" am wenigsten berechtigt sind, sich als die Verfechter der Freiheit aufzuspielen, weil sie stets bereit waren, die Rechte des Volkes zu verkümmern, weil sie jeder Gewaltmaßregel zustimmten und sich als die gefügigsten Handlanger der Polizei- und Gewaltherrschaft erwiesen haben. Ganz besonders aber können die Sozialdemokraten auf die Freundschaft der sogenannten „Liberalen" verzichten, weil sie, wie sie es bisher gethan, auch künftighin für ihr Recht selbst einzustehen im Stande sind. Nicht das Recht des Volkes ist es, was die „Liberalen" zur Opposition gegen die Polizeimaßregeln antreibt, sondern die Furcht vor etwaigen Maßregeln, die gegen ihre eigene Partei angewendet werden könnten. Die Anerkennung, welche den Behörden und Staatsanwaltschaften für ihr Vorgehen gegen die Sozialdemokratie und für die Energie, mit welcher sie zu Werke gehen, gezollt wird, ist der schlagendste Beweis dafür, wie wenig ernst es den Liberalen mit ihren Deklamationen ist.

Correspondenzen.

sda. Wien. Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen zur Abwechselung wieder einmal einige Polizeistückchen aus unserem in dieser Hinsicht wohl bereits rühmlichst bekannten „Großstaate" Oesterreich melde. Die Polizeistückchen sind zwar, im Grunde genommen, gegenüber den schon öfters in Szene gesetzten „Staatsrettungen" en gros ziemlich harmloser Natur, dennoch aber charakteristisch für den stetigen Fortschritt, welchen unsere mit der Ueberwachung der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Freiheiten beauftragten Behörden in der Einschränkung dieser Rechte machen.

Beginnen wir zuerst mit dem Vereins- und Versammlungsrecht. Wie es mit diesem bei uns aussieht, habe ich schon öfters Gelegenheit gehabt, zu berichten. Vor langer, langer Zeit hat Dr. Kronawetter einen Antrag auf Revision desselben im Abgeordnetenhause eingebracht, dieser Antrag wurde einem Ausschusse überwiesen — und war damit die Sache anscheinend erledigt, denn dieser Ausschuß hat trotz wiederholter Interpellationen noch immer nicht Bericht erstattet, ja sogar, wie ich bestimmt weiß, seit Jahr und Tag keine Sitzung abgehalten. Wie immer, zeigen sich auch hier wieder unsere Liberalen, wo es gilt, rare Volksrechte zu schützen, in ihrer ganzen reaktionären Gestalt und müssen sich sogar von den Nationalklerikalen beschämen lassen. Diese, welche unter dem gegenwärtigen „freiheitlichen" Regime auch nicht wenig zu leiden haben, brachten einen Antrag ein, behufs Untersuchung der Handhabung des Vereins-, Versammlungs- und Preßgesetzes durch das Ministerium Lasser, genannt Auersperg, einen Ausschuß einzusetzen, wurden aber hierin nur von den Polen und von der äußersten Linken (den 5 Wiener Demokraten und dem Abgeordneten Schönerer) unterstützt. Die Liberalen in allen ihren Fraktionen stimmten den Antrag nieder und einer dieser respektablen Herren, der Abgeordnete Nitsche, verstieg sich sogar zu der colossal dummen Behauptung, daß durch einen solchen Ausschuß ein Convent (!) im Hause geschaffen würde. Wenn man sich vor Augen hält, daß es fast durchgehends Ultramontane und Feudale waren, welche den Antrag unterstützten, wird man die ganze Lächerlichkeit dieses geflügelten Wortes erst einsehen. — Mit 125 gegen 63 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt; dieses Votum fällt umsomehr in's Gewicht, als Minister Lasser das Haus förmlich herausforderte und erklärte, er werde sich nicht von seinem Wege abbringen lassen, er sei unverbesserlich, das Volk, das besitzende Volk und (setzte er nach einer Pause, gleichsam sich besinnend und corrigirend, bei) das erwerbende, das arbeitende Volk wolle Ruhe haben. Baron Lasser kennt jedenfalls seine Leute und weiß, was er ihnen bieten kann. Jedes Parlament der Welt, das einigermaßen auf seine Würde hält, hätte gerade in Folge dieser Herausforderung, wenn es auch sonst nicht mit dem Antrag einverstanden gewesen wäre, denselben annehmen müssen; unsere Liberalen aber, die, mit den Worten des Abgeordneten Schönerer zu reden, „kein Vereins- und Versammlungsrecht brauchen, weil sie Alles thun, was die Regierung wünscht," — diese beschließen: das Volk will Ruhe haben — Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Kann es nach einem solchen Vorgange Wunder nehmen, wenn die Polizeiorgane in der Beschneidung unserer wenigen kümmerlichen Rechte täglich ungenirter vorgehen? So sehen wir auch die Vereinsauflösungen in schönster Blüthe: nach der Schuhmacher-Gewerkschaft kam der politische „allgemeine österreichische Arbeiterverein" an die Reihe. Um Motive zu solchen Gewaltstreichen ist man nicht verlegen — es genügt, daß der Verein sozialdemokratische Gesinnungen zum Ausdruck bringt, damit hat er „die Bedingungen seines rechtlichen Bestandes überschritten" (die löblichen Behörden scheinen nicht zu ahnen, daß sie mit dieser Phrase ausdrücklich aussprechen, daß die Sozialdemokratie rechtlos ist — armes Staatsgrundgesetz, wie springt man mit dir um!) — der Rest ist § 6. — —

Alle Bemühungen, seither wieder einen politischen Verein ins Leben zu rufen, blieben resultatlos. Zwar hat einmal das Reichsgericht den Ausspruch gethan, daß die „Staatsgefährlichkeit" eines Vereines erst aus dessen Handlungen und Beschlüssen gefolgert werden könne — aber was kümmert sich bei uns Regierung und Polizei um Gerichtsbeschlüsse — sie verbietet unsere Vereine a priori als „staatsgefährlich" und damit basta!

Ebenso geht's mit den Volksversammlungen: sie werden verboten oder erlaubt, aufgelöst oder nicht aufgelöst, je nachdem es in dem hochweisen Belieben der für die Sicherheit des Staates so sehr besorgten Behörde steht. Selbst freie Schuster-, freie Maurer-Versammlungen können mitunter dem Staate gefährlich werden und deshalb thut man sehr klug daran, sie bei Zeiten zu verbieten, wenn man eine derartige Gefahr wittert. — Trotzdem nun nach dem Vorhergesagten das Versammlungsrecht vollständiger Willkür preisgegeben ist, verlieren unsere Genossen doch nicht die Geduld, und obwohl jedes derartige Verbot die gemachten Auslagen für Stempel, Anzeigen u. s. w. als hinausgeworfen erscheinen läßt, wird doch eine Versammlung nach der andern einberufen — dann und wann glückt deren Abhaltung doch, und wenn nicht, so können auch die Verbote recht aufklärend wirken auf so manche naive Gemüther, die da wähnen, in einem „Rechtsstaate" zu leben.

Neulich (23. März) fand endlich nach langer Pause wieder eine Volksversammlung mit der übrigens bereits mehrmals untersagten Tagesordnung: „Der Entwurf einer neuen Gewerbeordnung" statt. Dieselbe lief so ziemlich glatt ab; als jedoch ein Redner meinte, die Arbeiter mögen lieber statt Arbeiterkammern das allgemeine Wahlrecht verlangen, wurde ihm vom überwachenden Polizeikommissär das Wort entzogen.

Vierzehn Tage später hatten wir das allgemeine Wahlrecht auf der Tagesordnung einer Volksversammlung. Ein Redner citirte den Abgeordneten Schönerer, welcher das allgemeine Wahlrecht als eine Lebensfrage für den Bestand des Staates bezeichnet hatte, und knüpfte an diesen Ausspruch die Schlußfolgerung: Diejenigen also, die das allgemeine Wahlrecht verlangen, wollen den Staat erhalten, und Die, welche es verweigern, werden ihn zerstören, — Facit: Auflösung der Versammlung wegen „aufreizender Reden".

Die gleiche Wirthschaft herrscht auch in den Vereinen, natürlich den Arbeitervereinen, denn die Vereine der liberalen Bourgeoisie werden ungeschoren gelassen. Jeder wissenschaftliche Vortrag muß bei der Polizei angezeigt werden und wird auch mit der Anwesenheit eines k. k. Polizeikommissärs beehrt, und da diese Herren bekanntlich die Wissenschaft mit dem großen Löffel zu sich genommen haben, so verstehen sie Alles besser als der Vortragende, und lassen es an Unterbrechungen nicht fehlen. Ein Prachtexemplar dieser Sorte ist z. B. der Commissär des 6. Bezirks, ein gewisser Reif (wir halten den Herrn reif für eine andere staatliche Versorgungsanstalt), der in dem löblichen Bemühen, aus seiner gewohnten Lebensweise nicht heraus- und noch vor der Thorsperre nach Hause zu kommen, die Vorträge nach Möglichkeit abzukürzen sucht. Einmal gehört das philosophische System Rousseau's nicht in die Culturgeschichte — ein andermal die Frauen- und Kinderarbeit nicht in die Nationalökonomie u. s. w., damit wird manches Viertelstündchen gewonnen. Zu seiner Entschuldigung wollen wir gestehen, daß er uns wirklich ein Bedürfniß nach Ruhe zu haben schien, denn nach Beendigung des letzterwähnten Vortrags blieb er noch fünf Minuten schlafend beim Tische sitzen.

Als Curiosum mag erwähnt werden, daß nicht nur die Vereine, sondern auch die Polizeibehörden selbst überwacht werden. So kamen unlängst in das Lokal des Arbeiterbildungsvereins zu Atzgersdorf zwei Gendarmen, um nachzusehen, ob Jemand von der Gemeinde die stattfindende Monatsversammlung überwache! Es fehlt jetzt blos noch, daß man auch zur Ueberwachung der Gendarmen Jemand bestimme.

Die „Preßfreiheit" blüht nach wie vor; nach wie vor bringt fast jede Nummer der amtlichen „Wiener Zeitung" ein langes Verzeichniß der nach dem beliebten „objektiven Verfahren" gemaßregelten Zeitungen. Unser junges Parteiblatt, die „Sozialpolitische Rundschau" ist seit ihrem viermonatlichen Bestande noch nicht einmal in erster Auflage erschienen; jedesmal wurde sie confiszirt, Nr. 2 sogar dreimal, so daß eine vierte Auflage veranstaltet werden mußte! Auch der „Sozialist" kann sich über Vernachlässigung von Seite des Staatsanwalts nicht beklagen — fast jede zweite, dritte Nummer verfällt seinen staatsretterischen Händen und da man hofft, daß die Wiener Bourgeois-Geschworenen sich eher zu einer Verurtheilung herbeilassen werden, als die bäuerlichen Geschworenen von Wiener-Neustadt, so versucht man es zur Abwechslung auch einmal mit subjektiven Anklagen, von denen die „Gleichheit" durch die ganze lange Zeit ihres Bestehens verschont geblieben war. Der verantwortliche Redakteur des „Sozialist", Johann Schwarzinger, hat bereits zwei Anklagen wegen diverser durch die Presse begangener „Verbrechen" und „Vergehen" und dürfte im Laufe des Monats Mai vor die Geschworenen kommen. Augenscheinlich ist es aber dem hochgebornen Herrn Staatsanwalt weniger um die Person Schwarzingers, sondern vielmehr um die Caution des Blattes zu thun. Bei einer eventuellen Verurtheilung könnte nämlich auch ein Cautionsverlust ausgesprochen werden, der binnen acht Tagen ersetzt werden müßte, widrigenfalls das Blatt als Wochenblatt aufhören und höchstens monatlich zweimal erscheinen könnte; und da unsere Partei eben, wie allbekannt, eine arme Partei ist, hofft Graf Lamezan durch solche Manipulation am ehesten das verhaßte Sozialistenblatt unterdrücken zu können.

Noch einen andern Kniff versuchen jetzt die Herren von der Staatsanwaltschaft; etwas mißmuthig darüber, daß sich die sozialdemokratischen Blätter durch die fortwährenden „objektiven" Confiscationen nicht mürbe machen lassen, sondern stets unter Hinweglassung des beanstandeten Aufsatzes eine zweite Auflage veranstalten, wodurch die Parteigenossen, wenn auch spät, aber doch zu ihrem Blatt kommen — beginnt man jetzt damit, bei einer Confiscation auch die Druckformen zu versiegeln und so die Veranstaltung einer zweiten Auflage zu verhindern. Das ist zwar im Gesetze nirgends begründet, aber die Polizei thut es und was die thut, das ist recht. Daß durch öftere Wiederholung einer derartigen Praxis auch die besteingerichtete Druckerei bald an Schriftmangel leiden muß, da diese Versiegelung oft Wochen und Monate lang dauert, ist begreiflich.

Daß damit die Reihe der Liebenswürdigkeit gegen unsere „freie" Presse noch nicht erschöpft ist, wird nach dem vorangegangenen Wunder nehmen. So legt man z. B. jetzt ein Hauptgewicht darauf, daß jedes Blatt genau am programmäßigen Tage erscheint, verzögert sich das Erscheinen wegen unvorhergesehener Umstände um ein oder zwei Tage, so ist entweder ein gestempeltes und vom Herausgeber, Redakteur und Drucker unterzeichnetes Gesuch an Staatsanwaltschaft und Polizeidirektion zu richten oder — Strafe! Sie sehen, daß unsere Preßzustände den vielberühmten russischen wenig nachstehen. Für heute will ich jedoch die Leser des „Vorwärts" mit weiteren Belegen über die „Freiheit wie in Oesterreich" verschonen.

Berlin, 15. April. Die „Brüder in Christo", welche von der profanen Welt „Christlich-Soziale" benamset werden, sind sich gegenseitig in die Haare gerathen. Die Herren Hofprediger finden es, veranlaßt durch irgend einen uns unbekannten Umstand, für gut, sich gegenseitig zu bekämpfen. Der Oberhofprediger Kögel macht den „verehrten Bruder in Christo", den Hofprediger Stöcker, dafür verantwortlich, daß die Arbeiter dem so dick aufgestrichenen christlich-sozialen Leim aus dem Wege gehen und nicht geneigt sind, sich über Hals und Kopf in die Arme der „liebevollen Mutter Kirche" zu stürzen, sich vielmehr, durch die „hochwürdige" Agitation veranlaßt, von der Kirche immer mehr entfernen. Die Geistlichen, zumal in Berlin, haben nach der Ansicht des Oberhofpredigers mehr und Wichtigeres zu thun, als sich mit den bösen, für kirchliche Lehren total unempfänglichen Sozialdemokraten herumzubalgen. Dieses Herumbalgen ist allerdings für Jene sehr gefährlich, die stets Federn lassen müssen und so oft sie auf den Kampfplatz treten, jämmerlich zerzaust werden. Nach der Meinung des Herrn Oberhofpredigers dürfe der Politiker nur dann mit den Sozialdemokraten sich einlassen, wenn er das Zeug dazu habe und denselben erfolgreich führen könne. In einer der letzten Versammlungen der Christlich-Sozialen wurde diese bittere Kritik einer Besprechung unterzogen. Zwei Prediger ergingen sich in Lobpreisungen der Bestrebungen der christlich-sozialen Partei, welche endlich doch über alle Hindernisse den Sieg davontragen müsse. Der bekannte Missionsdirektor Wangemann erklärte sich als „von Gott berufen", die geschmähte Kirche zu vertheidigen. Ihn treffe keine Schuld, wenn er sich im Kampfe als „zu dumm" herausgestellt habe. Logischerweise würde für die „Dummheit" des Herrn Missionsdirektors „Gott", der ihn „berufen" hat, verantwortlich sein; eine billige Manier, sich eigener — Ungeschicklichkeit zu entledigen. Herr Hofprediger Stöcker suchte die Berechtigung seiner Mission durch Citate aus dem alten und neuen „Testamente" zu beweisen. Denkende Menschen können freilich keinen Zusammenhang zwischen den 2000 Jahre alten Judengeschichten und der heutigen Stöckerei finden, die „Frommen" beweisen aus der „heiligen" Schrift Alles, was sie eben beweisen wollen. Schließlich sehnten sich die „ehrwürdigen" Herren wieder aus, um, wie betont wurde, der bösen Welt kein Aergerniß zu geben. Es wird also mit vereinten Kräften fortgestöckert, so lange — als sich noch Dumme finden, die geneigt sind, sich den salbungsvollen Quatsch anzuhören. Daß die Stöckerei sogar gewissen, jeden Ulk mitmachenden Berlinern „zu dumm" wird, beweist der schwache Besuch der Betstunden — Pardon! Versammlungen, zu welcher sich in der Regel nur noch jene „Damen" einfinden, welche, da sie auf die „Freuden der Welt" nothgedrungen verzichten müssen, sich nun dem „himmlischen Bräutigam" zuwenden.

Berlin, 13. April. Am 11. April wurde von den Sozialdemokraten im großen Saale des Handwerkervereins der Geburtstag Lassalle's gefeiert. Der Saal wurde von sozialdemokratischen Frauen und Mädchen, unter der Leitung der Frau Stägemann, festlich und geschmackvoll dekorirt. Ueber der mit Kränzen geschmückten Rednertribüne befand sich, umgeben von Palmzweigen und Topfgewächsen, die Büste Lassalle's. Der Saal war mit Guirlanden, Fahnen, Transparenten u. s. w. geschmückt. Anwesend waren gegen 1200 Personen beiderlei Geschlechts. Parteigenosse Finn gab bekannt, daß die Polizei das Halten der Festrede verboten habe. Zu Beginn des Festes wurde von einem kleinen Mädchen ein Gedicht vorgetragen. Gesangsvorträge der hiesigen sozialdemokratischen Gesangvereine, Deklamationen und Musik-Piecen füllten den Abend aus. Dem bewährten Agitator für unsere Sache, dem Staatsanwalt Tessendorf, wurde ein stürmisches „Hoch" dargebracht. Das Fest verlief trotz des polizeilichen Verbotes der Festrede in der würdigsten und ruhigsten Weise.

Bromberg, 10. April. (Agitationsbericht.) Wie überall, benimmt sich auch hier die Fortschrittspartei den Sozialdemokraten gegenüber auf die denkbar perfideste Weise. In einer öffentlichen Versammlung des hiesigen Arbeiter-Lesezirkels, in welcher Genosse Hahn über das sozialdemokratische Programm sprach, meldete sich der Fortschreiter Isak zum Wort und verunglimpfte die Arbeiter auf das gemeinste. Dieser würdige Fortschrittsmann schimpfte und lästerte wie ein Marktweib und spie Gift und Galle auf Lassalle; der Esel in der Fabel regalirte den todten Löwen ja auch mit Fußtritten. Nach Ansicht dieses Isak's hat einzig und allein die Fortschrittspartei Großes geleistet, während die Sozialdemokraten rein Nichts gethan haben. Schulze-Delitzsch, der große Fortschrittsmann hat mit seinen Spar-Consum-Wirthschafts- und sonstigen Vereinen den Leuten viel Erleichterung verschafft, denn sie wurden durch diese Vereine

ihr Geld los. Die Fortschrittler brüllten und kämpften wie gewisse Vierfüßler und nur mit Mühe konnte der Vorsitzende die Versammlung zu Ende führen. Am 18. und 25. März, ferner am 1. und 8. April wurden gut besuchte Versammlungen abgehalten. In der Versammlung am 25. März wurden die Fortschrittler, welche ihren faulen Kohl aufwärmen wollten, gehörig abgetrumpft und mußten unter dem Spotte der Anwesenden abziehen. Die Versammlung am 1. April wurde polizeilich aufgelöst, ehe der Redner auf das eigentliche Thema: „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit", eingehen konnte. Gewisse Leute müssen zum ersten April ihr Späßchen machen können. In der Versammlung am 8. April endlich schlief der anwesende Regierungsvertreter den Schlaf der Gerechten und schnarchte in tiefen Baßtönen. In dieser Versammlung hätte die Commune proklamirt und die Revolution gepredigt werden können, ohne daß die schlafende Gerechtigkeit das Mindeste wahrgenommen hätte. Trotz dieser so ungemein günstigen Gelegenheit kam nicht eine einzige Petroleumflasche zum Vorschein; Bromberg blieb ruhig! So viel über unsere Agitationsthätigkeit. — Wie in den meisten Garnisonen des „einigen" deutschen Reiches, können auch die Soldaten hiesiger Garnison viel von den Herrlichkeiten des Soldatenlebens erzählen. Vor Kurzem war ein Unteroffizier bemüht, drei jungen „Helden" die Weisheit der Moltke'schen Schule beizubringen. Da diese Rekruten die verschiedenen Kunstgriffe sich nicht sofort aneignen konnten, wurden sie nicht wenig chikanirt. Ein Unteroffizier soll dem betreffenden Exerziermeister den Rath ertheilt haben, die L . . . . eine Stunde „Laufschritt" machen zu lassen. Von dem Schreien und Schimpfen müde, entfernte sich der Unteroffizier, um sich durch einen Schnaps zu stärken. Diesen Augenblick benutzte einer der drei Soldaten, lud sein Gewehr, und drückte mit dem Fuße ab, ohne sich jedoch zu verletzen, weil ihn ein Kamerad noch rechtzeitig an dem Vorhaben, sich das Leben zu nehmen, hinderte. Der Soldat wird strenge bewacht, der Unteroffizier, der durch sein Benehmen die Veranlassung zu diesem Selbstmordversuche gegeben hatte, geht frei herum. — Die Noth macht nicht nur erfinderisch, sondern stumpft auch ab. Ein armer Arbeiter, der in Folge längerer Arbeitslosigkeit nichts zu beißen hatte, ging neulich direkt zum Polizei-Inspektor, um ihn um eine Gabe anzusprechen. Er wurde selbstverständlich eingesteckt und zu einigen Tagen Arrest verurtheilt. So etwas heißt selbstverständlich: „Göttliche Weltordnung!"

Greifswalde. (Arbeiterrisiko.) Vor einigen Wochen richteten fünfzig Bürger des Städtchens Zanow (Regierungsbezirk Köslin in Pommern) an die königlich preußische Regierung eine Petition, aus welcher ersichtlich ist, daß in manchen Industriezweigen geradezu haarsträubende Zustände herrschen, denen der Arbeiter zum Opfer fällt. Im genannten Städtchen besteht seit 33 Jahren die Phosphor-Zündhölzchenfabrik der Firma Aug. Kolbe u. Comp., in welcher während der Zeit ihres Bestandes, wie nachgewiesen werden kann, jährlich vier Prozent der bei den gesundheitschädlichen Arbeiten Beschäftigten nach langer Krankheit den Tod fanden. Die meisten der Unglücklichen hinterließen Wittwen und Waisen, deren Unterstützung der Stadt zufiel. Die Unglücklichen erliegen der Phosphor-Nekrose, einer so entsetzlichen Krankheit, daß viele der Erkrankten den Selbstmord den jahrelangen Qualen vorziehen. Am 1. Januar d. J. starb ein Arbeiter nach vierjährigem Krankenlager an der genannten Krankheit und hinterließ eine Frau und vier kleine Kinder im größten Elende. Am 12. Januar starb nach langem Krankenlager eine früher in der Kolbeschen Fabrik beschäftigt gewesene Arbeiterin, welche fünf Kinder im Alter von 2 bis 10 Jahren hinterließ. Am selben Tage durchschnitt sich ein an der Phosphor-Nekrose leidender Mensch, welcher ebenfalls früher in der genannten Fabrik arbeitete, da er die Schmerzen nicht mehr zu ertragen vermochte, den Hals; er hinterläßt eine hochschwangere Frau und drei unmündige Kinder. Ein ganz junger Arbeiter liegt krank darnieder und siecht langsam dahin. Da die Fabrikanten für die Unterstützung der Hinterbliebenen der im Dienste des Kapitals ums Leben gekommenen Arbeiter nichts thun und die Aermsten der Gemeinde zur Unterstützung zufallen, wendeten sich die Aeltesten an die Regierung mit der Bitte, dieselbe möge die Fabrikbesitzer Kolbe u. Comp. verpflichten, die unterstützungsbedürftigen Angehörigen der armen Opfer, welche der Phosphor-Nekrose erlegen sind, selber zu unterstützen und dieselben nicht der städtischen Armenkasse aufzubürden. Es sind dies schreckliche Zustände und zeigen ganz deutlich, daß das Leben der Arbeiter durchaus nicht in Betracht kommt, wenn es sich darum handelt, recht viel „Profit" zu erzielen. Charakteristisch ist es, daß die Fabrikanten die Hinterbliebenen der Opfer, welche in Folge der erwiesenermaßen höchst gesundheitsgefährlichen Arbeit sterben, einfach auf das Straßenpflaster werfen, sie ihrem Schicksal preisgeben. Es wird jedem Denkenden einleuchten, daß die Fabrikanten die Verpflichtung haben sollten, für diese Hinterbliebenen, deren Ernährer von dem Moloch Kapital in den Tod getrieben wurden, zu sorgen. Das Papier für Jedermann, die Berliner „Volkszeitung", veröffentlicht in dieser Angelegenheit den Brief eines Arztes, durch welchen der Versuch gemacht wird, die Fabrikanten weiß zu waschen und die Schuld auf die Arbeiter, welche den väterlichen Anordnungen der liebevollen Arbeitgeber nicht folgen, zu schieben. Der „fortschrittliche" Herr Doktor behauptet, daß in den 22 Jahren, seit welchen die Fabrik besteht, blos fünfzehn Arbeiter an der Phosphor-Nekrose starben und daß dies in andern Faariken ebenfalls der Fall ist. Von den drei im Monate Januar Gestorbenen sind nur zwei der Phosphornekrose erlegen; der dritte litt wohl auch an derselben Krankheit, starb aber infolge eines Selbstmordversuches, den er unternahm, weil er an unheilbaren Geschwüren an den Unterschenkeln erkrankt war. Weshalb die Geschwüre unheilbar waren, verschweigt dieser Herr Doktor wohlweislich. Die im Monat Januar vorgekommenen drei Todesfälle beleuchten die Behauptung des Doktors, daß in 22 Jahren blos 15 Arbeiter an der genannten Krankheit starben, gar seltsam. Es werden dann vom Herrn Doktor die Vorkehrungen gelobt, welche in der betreffenden Fabrik eingeführt sind und die Erkrankungen darauf zurückgeführt, weil die Arbeiter es unterlassen, sich eines vorgeschriebenen Mundwassers zu bedienen. Der gelehrte Herr Doktor scheint nicht zu wissen, daß das Einathmen des Phosphors die Schuld trägt, daß der Körper ruinirt, die Gesundheit untergraben wird; das Mundwasser allein thut's nicht.

Was der gelehrte Mann mit folgenden Sätzen sagen will, begreife wer — kann. Er schreibt: „Die Ueberwachung sämmtlicher zum Schutze der Arbeiter getroffenen Anordnungen liegt zuvörderst der hiesigen Behörde ob, sodann sachverständigen Mitgliedern der königl. Regierung in Köslin und findet zu diesem Behufe von Zeit zu Zeit eine Untersuchung statt". Was nützt die behördliche Ueberwachung, was helfen die sachverständigen Regierungsmänner, wenn derartige entsetzliche Vorkommnisse wie die oben geschilderten stattfinden können? Hier hilft nur ein Mittel und dies wäre: Die vollständige Einstellung dieser so gesundheitsschädlichen Arbeit.

Die Mohrenwäsche ist dem Doktor herzlich schlecht gelungen, es beweist das aber, daß, wenn es gilt, das Ausbeutungsmonopol aufrecht zu erhalten, die „Männer der Wissenschaft" es nicht unter ihrer Würde halten, ihren guten Freunden, den Männern des Geldsacks einen Gefallen zu thun und sie in Schutz zu nehmen. Die „anständige" Presse öffnet dann bereitwillig ihre Spalten und hilft den Arbeitern alle Schuld auf. Nette Gesellschaft!

Forst i/L., 12. April. Von allen hier abgehaltenen Versammlungen war die am 4. April von den Stöckerianern Grüneberg und Küster in Scene gesetzte die „lustigste", denn es gab viel zu lachen. Der christlich-soziale Küster und sein Küster beabsichtigten nichts weniger, als die Forster Arbeiter mit dem christlich-sozialen Leime zu fangen und Firma Stöcker u. Co. ins Garn zu führen. Dieses „edle" Bestreben fand auch bei gewissen „Frommen" Unterstützung. Als das Lokal bestellt wurde, wurde dem Wirthe die Weisung ertheilt, Niemanden den Zutritt in den Saal zu gestatten, bevor nicht die Christlich-Sozialen da sind; die vorderen Plätze sollten für die Anhänger der Stöckerei reservirt bleiben. Obschon der Ukas von einem gar mächtigen Herrn ertheilt wurde, wurde er doch von den Forster Arbeitern nichts weniger als respektirt, denn lange vor Beginn der Komödie war das Lokal überfüllt und die Plätze von den Arbeitern mit Beschlag belegt. Den Muckern, welche den Terberusdienst übernommen hatten und die Plätze hüteten, wurde einfach bedeutet, daß, wer eher komme auch eher mahle. Gegen acht Uhr kam Grüneberg, von seinem Adjutanten Küster und einigen „Größen" von hier und der Umgegend begleitet. Grüneberg eröffnete als Einberufer, wohlverstanden als Einberufer, trotzdem er in Berlin und nicht in Forst wohnt, die Versammlung. Selbstverständlich kam das Bureau in unsere Hände. Ueber die von den beiden Aposteln verbrochenen Reden will ich den Mantel der „christlichen Liebe" breiten, sie waren in der bekannten Manier gehalten und triefen von Frömmigkeit und Christenthum. Gegen die Sozialdemokraten in gewohnter Weise loszupoltern, fanden die Herren nicht räthlich und unterließen wohlweislich das Geschimpfe. Genosse Paul aus Berlin wies den Herren ihren Jesuitismus nach und widerlegte den von ihnen zum Besten gegebenen Unsinn. Mit weinerlicher Stimme leierte Pastor Schulz eine Predigt herunter, in welcher er nicht nur die Stöckerianer, sondern auch den „Herrn und Heiland" in Schutz nahm. Pastor Abrahm, der zweite Prediger, machte das betrübende Zugeständniß, daß die beiden Referenten, wenn sie auch in den Versammlungen sich keinen Anhang zu verschaffen im Stande seien, doch zu Hause, bei Einzelnen guten Boden für ihre Lehren fänden. Grüneberg versuchte die Ausführungen Paul's zu widerlegen, was ihm jedoch selbstverständlich nicht gelingen wollte, polterte gegen den Liberalismus und die Sozialdemokratie, welche er in einen Topf warf, und forderte zum Schlusse unter schallendem Gelächter der Versammlung zum Eintritt in die christlich-soziale Partei auf. Wer Mitglied dieser segenbringenden Partei werden wollte, sollte sich Tags darauf in der christlichen Herberge einfinden und sich bei den Mitgliedern des Jünglingsvereins melden. Zum Schlusse wurden die christlich-sozialen Bauernfänger noch von den Genossen Keller aus Görlitz und Senftleben von hier, unter dem Beifall der Versammlung gehörig heimgeleuchtet. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Arbeiterbewegung aller Länder wurde die Versammlung gegen Mitternacht geschlossen. Die Arrangeure schlichen sich, wie begossene Pudel von dannen, wohl einsehend, daß Forst für die Bestrebungen der Christlich-Sozialen kein Feld ist.

Z . . . . . y.

Schedewitz b. Zwickau, 11. April 1878. Damit die auswärtigen Genossen wenigstens sehen, daß wir hierorts noch am Leben und rüstig an der Arbeit sind, wollen wir, so weit es uns heute möglich, Bericht erstatten. Die Zahl der wirklichen Parteigenossen ist zwar klein, etwa 30, doch sind wir auf dem Platze. Auch besteht hier ein Arbeiterbildungsverein, welcher über 40 Mitglieder zählt und ziemliche Fortschritte macht. Vor einigen Monaten wurde ein deklamatorischer Club gebildet, welchem zur Zeit bereits die Hälfte der Mitglieder angehört, und vor Allem wird der Gesang aufs Sorgfältigste gepflegt; die Gesangspiecen werden jetzt vielfach vom „Deutschen Sängerbund" angeschafft. Obgleich der Arbeiterbildungsverein auf Grund der Statuten von der Partei getrennt ist, so sind doch fast alle Mitglieder entschiedene Sozialisten. Und warum sollten sie auch nicht? Sind etwa unsere Zustände so herrliche, daß ein Eingreifen in das rollende Rad der Zeit nicht nöthig erscheint? Ganz gewiß nicht. Betrachten wir uns das Getriebe im Geschäftsleben: wie ein Alp lastet der Druck der Krise auf dem Gewerbe- und Arbeiterstand. Die Arbeiter werden fast allmonatlich mit Lohnreduktionen beglückt. Zudem kommen noch Arbeitsentlassungen en masse vor. So erhielten erst in diesem Monat auf einem Kohlenwerk 34, auf einem anderen 36 Mann die Abkehr; dazu kommt, daß viele der Entlassenen, die 15 bis 20 Jahre, ja noch länger, in die Knappschaftskasse steuerten, falls sie keine Bergarbeit wieder erhalten, ihre eingesteuerten Capitalien und ihre Anrechte zur Knappschaft verlieren. Der Lohn ist in der Regel täglich 20 bis 25 Groschen für Häuer. Die Förderlente erhalten noch weniger und zu allem Ueberfluß müssen die Bergarbeiter auch noch vielfach feiern, so daß monatlich 40—48 Mk. verdient werden, ja bei Manchem beträgt es oft noch weniger. Der Handwerker ist der nächste, welcher darunter zu leiden hat. Ueberall also Noth und Klage und dabei heimsen die Kohlenbarone mindestens ebenso viel — wenn nicht noch mehr — ein, als in den Jahren, wo die Milliarden die Ueberproduktion förderten und die sogen. Schwindelperiode zur Welt brachten. Die Steuern, welche nie weniger, eher von Jahr zu Jahr mehr werden, sind als ein Agitationsmittel der Sozialdemokratie zu betrachten, denn dadurch wird selbst der mit dem „Zopfe" geschmückte Spießbürger aufgerüttelt. Wir sind auch bemüht, in die Gemeindeverwaltungen Einige von uns hineinzubringen; wir gehen aber als eigene Partei vor und werden selbst dem fortschrittlich-liberalen Ortsverein gegenübertreten. Unsere Aussichten in dieser Beziehung sind auch nicht ganz ungünstige. In dem benachbarten Willau ist es den dortigen liberalen Größen freilich gelungen, der Masse Sand in die Augen zu streuen und nun, da dieselben in Amt und Würden sitzen, haben sie auch das Gemeinderuder ziemlich in der Hand. — Sollte der Bergbau nicht bald einer Besserung entgegensehen, stehen noch schlimmere Zeiten als jetzt zu erwarten, wofür Diejenigen verantwortlich gemacht werden müssen, die solche Zustände aufkommen ließen, ja heute sogar noch zu ihrer Förderung beitragen.

Aufruf an unsere Parteigenossen im ersten nassauischen Wahlkreis Höchst-Usingen!

Ueberall erwacht der Drang in den Kreisen des gedrückten, arbeitenden Volkes den heutigen Zuständen ein Ende zu machen. Auch in unserem Wahlkreise werden Wunsch und Bedürfniß immer dringender für unsere politischen und wirthschaftlichen Rechte einzutreten und durch regere Agitation der Aufklärung mehr Eingang zu verschaffen. Männer der Arbeit! Als Ihr im vorigen Jahre an der Wahlurne standet, um einen Vertreter Eurer gerechten Ansprüche in den gesetzgebenden Körper zu wählen, habt Ihrs im Bewußtsein einer hehren Pflichterfüllung gethan. Der großen Anzahl unserer Gegner ist unser Wahlcandidat erlegen, und, obgleich wir dies im Voraus wußten, haben wir den Kampf nicht vermieden, wir mußten kämpfen, um die Saat säen zu können, die, schon jetzt gedeihend, immer herrlichere Früchte tragen wird. Was den aus dieser Wahl hervorgegangenen Reichstagsabgeordneten anbelangt, sind wir Arbeiter und Freunde wahren Volkswohles schon dahin einig, daß derselbe unsere Rechte nicht vertritt. Wer vom Schweiße des Arbeiters lebt, wird meistens jede freiheitliche Regung desselben unterdrücken und darum soll und muß auch in unserem Wahlkreise nur ein solcher Vertreter aus der Wahl hervorgehen, der unsere Bedürfnisse kennt und für die Gewährung derselben einzutreten sich verpflichtet fühlt. Möge darum Jeder diese Lehre beherzigen und zu seinem und seiner Mitleidenden Wohl dementsprechend handeln. Nicht mehr ganz zwei Jahre und wieder müßt Ihr dann wählen und darum müssen wir jetzt schon unsere Kräfte stählen, müssen uns brüderlich die Hände reichen, um in unserem Wahlkreise den Kampf wagen zu können, der uns zum Siege führen soll.

Nach gepflogenen Verhandlungen mit den Parteigenossen verschiedener Orte der Umgegend wurde bestimmt, daß in Höchst ein Delegirten-Congreß tagen solle, der die bei der nächsten Reichstagswahl zu nehmenden Maßregeln beschließt, die Gründung lokaler Wahlkassen und Wahlvereine anregt und unterstützt und die Anträge der Delegirten annimmt und vollführt.

Dieser Aufruf erscheint sowohl im „Vorwärts" wie im „Volksfreund", und bitten wir deshalb alle Parteigenossen, die diesbezüglichen Exemplare auch da zu verbreiten, wo sie nicht gehalten werden.

Zeit und Lokal, in denen die Delegirten-Conferenz abgehalten werden soll, haben wir in voriger Nummer bekannt gegeben. Alle Anträge und Anfragen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Im Auftrage der Höchster Genossen:
Höchst a. M. Fr. Wilh. Dörmer,
Kleine Taunusstraße Nr. 7.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen des Reichstags-Wahlkreises Minden-Lübbecke.

Zu der in voriger Nummer angezeigten Conferenz der Partei- und Gesinnungsgenossen im Minden-Lübbecker Reichstagswahlkreise ist noch das Lokal anzugeben, wo dieselbe stattfinden soll. Dasselbe befindet sich bei Herrn Arnold Strothenke in Lübbecke am Bergerthore. Der Beginn der Conferenz kann Umstände halber nicht um 10 Uhr, wie angezeigt worden, stattfinden, sondern erst Mittags 1 Uhr. Bitte die Genossen dies beachten zu wollen und zahlreich auf der Conferenz zu erscheinen.

Minden i. W.
Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A.: C. Sipert.

Briefkasten

der Redaktion. Nr. Berlin: In Ihrer Sache gegen die „L. Bztg." resp. den Herausgeber P. können wir Ihnen nur rathen, sich an den Herrn Rechtsanwalt Otto Freytag in Leipzig, Nikolaistraße, Amtmannshof, zu wenden. Auf diese Weise könnten Sie hoffen zu Ihrem Gelde zu kommen.

der Expedition. C. Strs Bautzen: Wir haben Ihren Brief mit Annonce dem Central-Wahlkomité zur Begutachtung eingesandt. — Fremdling Wilhelmshaven: Die jetzige Adresse des Dr. M. Lehn ist uns unbekannt.

Quittung. Rhk hier Ab. 1,80. Erßr Wien Ab. 4,95. Drsß Hamburg Ann. 1,80. Kubich Eutritzsch Ab. 7,20. Krmr Forbach Ab. 2,30. Nwe Smedevevo Ab. 14,85. Jnschr Newyork Ab. 83,58. Grllnbrgr Nürnberg Ab. 150,00. Mck Ingolstadt Ab. 3,00. Frnkl Buda-Pest Ab. 26,76. Bch hier Ab. 50,00. Stkjn Wien Ab. 25,50. Rudrth Regen Ab. 1,67. Kal Frankfurt Ab. 64,00. Engl Neudnitz Ab. 22,00. Eons Dresden Ann. 1,20. Hnsch Linz Schr. 1,65. Schlr Frohnau Ab. 15,00. Rtr Darmstadt Ab. 25,00. Ubrt hier Ab. 1,25. Bhlmnn Aachen Schr. 40,00. Rcl Düsseldorf Schr. 12,10. Rrt Cassel Ab. 29,79. Bckr Cöln Schr. 5,00. Stzng Bonn Schr. 4,09. Kpp Riesen Ab. 1,70. Pfznr hier Schr. 3,00. Arnldt Königsberg Schr. 0,50. Nbr Wien Schr. 1,50.

Dresden Restaurant & Billard, C. J. Evans, Wettinerstr. 19 k, empfiehlt sich allen Parteigenossen.

Osnabrück. Am ersten Ostertag, Morgens 10½ Uhr in Hillebrand's Lokal:
Oeffentliche Wählerversammlung.
Tagesordnung: Vortrag. — Verschiedenes. [60
H. Goldbeck.

Ottensen. Sonntag, den 21. April, als am ersten Ostertage, in Burmeister's Salon:
Grosses Vokal- und Instrumental-Concert
mit Vorträgen etc.
unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln.
Festrede hält Herr Hartmann aus Hamburg.
Karte für 1 Herrn nebst Dame im Voraus 40 Pf. Damenkarten 15 Pf., an der Kasse 50 und 20 Pf.
Saalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Karten hierzu sind an den bekannten Stellen und bei den Colporteuren zu haben. [3,90] Das Comité.

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:
Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von W. Liebknecht. 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.
Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kossakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von W. Liebknecht. Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.
Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. Borrttau. Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg. (m)
Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. C. Borrttau. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von Bruno Geiser. Preis 25 Pfg.
Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von Bruno Geiser. 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. [5,10

Armer Conrad.
Preisherabsetzung.
Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.
Die Expedition des „Vorwärts."

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Hall, 509 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisko: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 47. Sonntag, 21. April. 1878.

Der Osterfeiertage wegen fällt die nächste (Mittwochs-)Nummer aus.

Ostern.

Der Frühlingssonne milder Strahl
Verjüngt die weite, weite Erde;
Es sprach Natur ihr mächtig: „Werde," —
Und sieh', — rings grünet Berg und Thal.
Die lieben Vöglein kehren wieder
Zum alten Heim in Wald und Flur,
In jedem ihrer hellen Lieder
Tönt Freiheitsluft und Freude nur.

Das ist ein schönes Auferstehn! —
O, daß ich's fröhlich theilen könnte,
Daß mir ein guter Geist vergönnte,
Mit heilem Aug' den Lenz zu seh'n. —
Doch ach! — schwer liegt mir auf der Seele
Des armen Volkes Schmach und Leid; —
Ich seh' die große Schuld und Fehle
Der Zeit, — ja, unsrer argen Zeit.

Viel Millionen schrei'n nach Brod,
Um das die Selbstsucht sie betrogen,
Allüberall kommt es gezogen
Das grinsende Gespenst: die Noth.
Den heut' man will in Tempeln ehren
Als „Gottes auferstand'nen Sohn," —
Wo blieben seine Liebeslehren?
Die „Christen" sprechen ihnen Hohn.

Das: „Kreuzigt ihn!" — noch immer tönt
Dem Freund des Guten es entgegen,
Noch immer wird, frech und verwegen
Das heil'ge Menschenrecht verpönt!
Die Göttin Wahrheit liegt in Ketten,
Sie wankte längst am Bettelstab, —
Man möcht' sie morden, möcht' sie betten
Für alle Zeiten in das Grab.

Gelingen aber wird das nicht! —
Du ew'ge Wahrheit kannst nicht sterben;
Dich kann die Lüge nicht verderben,
Du siegst, und hälst dein Weltgericht!
Schon höre ich die frohen Psalmen,
Die dir der Mund der Menschheit singt,
Ich seh, wie sie mit grünen Palmen,
Dich, hehre Dulderin umringt.

Ja, einmal, einmal kommt es doch
Mit Lüg' und Tyrannei zu Ende;
Es naht die große Sonnenwende,
Die bricht der Selbstsucht eisig Joch.
Bald jubelt es in allen Landen:
Hallelujah, Hallelujah!
Die Wahrheit sprengte ihre Banden,
Der Freiheit Ostertag ist da!

Karl Frohme.

Eine Osterbetrachtung.

Die Menschen sind „Gesellschaftsthiere". — Gegen diesen Ausdruck läßt sich von naturphilosophischem Standpunkte gewiß nicht viel einwenden, wenngleich die Prediger am heutigen Ostertage auf der Kanzel dagegen auf das Heftigste durch ihre auswendig gelernten Phrasen „im Interesse der Menschheit protestiren" würden.

Doch lassen wir diese Herren, lassen wir den Aberglauben den Abergläubigen und wenden wir uns an dem heutigen Ostertage zu der neu erwachenden Natur. Dort können wir lernen; wir können uns erwärmen an ihrem liebevollen Busen.

Die Menschen sind „Gesellschaftsthiere". Jeder einzelne Mensch, auf sich allein angewiesen, kann kaum kümmerlich sein Leben fristen, geschweige denn irgend welche höheren Bedürfnisse befriedigen. Nur in der Gemeinsamkeit kann das Leben der Individuen zu einem schönen, idealen sich gestalten.

Setze man einen Menschen auf eine Insel aus, wo „Milch und Honig fließt", wo die herrlichsten Blumen blühen und köstliche Früchte reifen; wo derselbe mit Leichtigkeit, in Faullenzerei sich gut ernähren kann; gebe man ihm dort die schönsten Kleider und eine endlose Fülle von Geld und Gold, von Perlen und Demanten — bei all' diesem Glanze wird sich der normale tüchtige Mensch zurücksehnen nach Arbeit, nach der Gesellschaft, selbst wenn ihm diese nicht einmal Arbeit gewährleistet, selbst wenn er in ihr bei den wirthschaftlichen Schwankungen sich oftmals der ärgsten Noth ausgesetzt sieht.

Der Naturtrieb und die natürlichste Bestimmung des Menschen wirken allzumächtig auf den Einzelnen ein, so daß freiwillige Einsiedler, so daß ein Diogenes zu den geringen Ausnahmen gehören, die man füglich nur als Bestätigung der Regel ansehen kann.

Aus dem Triebe zur Gemeinsamkeit leitet sich auch das Grauen der meisten Verbrecher vor Einzelhaft her, und es wird als feststehend angenommen, daß solche Einzelhaft höchst zerstörend auf den Körper und besonders auf das Gehirn wirkt.

Aus dem Angeführten geht nun mit Bestimmtheit hervor, daß die Menschen zur Gemeinsamkeit, zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Genusse geschaffen sind, wenn nicht schon für diese Behauptung der Umstand allein und überzeugend spräche, daß jeder Schritt zur höheren Culturstufe nur in der Gemeinsamkeit gethan werden kann, daß überhaupt nur durch gemeinsames Streben die Cultur bedingt wird.

Was thut nun aber die heutige Gesellschaft? Sie wendet sich gegen die Natur, gegen die Bestimmung der Menschheit.

Anstatt die Gemeinsamkeit zu pflegen, wird der Egoismus groß gezogen; anstatt die Gesellschaft immer mehr mit dem Bande der Bruderliebe zu umschlingen, wird versucht, dieselbe in einzelne Individuen aufzulösen. Man baut vor jedem einzelnen Menschen, vor jeder einzelnen Familie materielle oder geistige Schranken auf, so hoch es eben geht. Selbst die Absonderung in einzelne Klassen genügt nicht mehr; der Egoismus wirkt so verderblich, daß selbst innerhalb der einzelnen Klassen — und je exclusiver die Klasse selbst, desto exclusiver auch innerhalb derselben die einzelnen Personen — diese Absonderung geschieht.

Dadurch aber geht das gemeinsame Band immer mehr verloren; dadurch muß schließlich auch die Culturentwicklung leiden.

Ja, durch die Absonderung werden alle schlechten Eigenschaften geweckt: Habgier, Stolz, Neid und Haß werden fast allein die Triebfedern, welche die Menschen zusammenführen und dadurch unendliches Elend erzeugen. Mißtrauen wird zur Gewohnheit und fast zu einer Tugend, die man mit dem Namen Vorsicht belegt.

Alles Natürliche verschwindet; das herzliche Lachen wird selbst aus der Kinderstube als unschicklich verbannt und so hat man eine in Klassen gespaltene, sich gegenseitig befehdende, mißtrauische, bocksnüchterne Gesellschaft vor Augen, die hin und wieder nur in schlechten Leidenschaften sich berauscht, und sich immer weiter von ihrer natürlichen Bestimmung entfernt.

Was wollen nun wir Sozialdemokraten? Wir wollen die Menschheit zu ihrer natürlichen Bestimmung hinführen.

Wir wollen die gemeinsame Arbeit organisiren, wir wollen den gemeinsamen Genuß cultiviren, wir wollen die einzelnen Individuen in den Schooß der Gemeinsamkeit bringen. Indem die Menschheit ihrer wahren Bestimmung zugeführt wird, wird dieselbe zu gleicher Zeit auf den richtigen Pfad der Culturentwickelung gebracht.

Durch das gemeinsame Streben werden Neid und Haß verbannt; die blutigen Kriege schwinden unter den Nationen, sowie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhört; die Kunst, die Wissenschaft, welche bis jetzt fast nur Wenigen zugänglich sind, werden Gemeingut, und anstatt einzelner nach Höherem ringenden Menschen wird es eine nach dem Höchsten ringende Menschheit geben.

Dann feiert die Menschheit ihren Auferstehungstag.

Die internationale Arbeiter-Ausstellung in Paris.

C. Wir sind von mehreren Seiten gefragt worden, was es mit der „Exposition ouvrière internationale" (Internationalen Arbeiter-Ausstellung), die in Paris vorbereitet wird, für eine Bewandniß habe, und wie sich die deutsche Sozialdemokratie, angesichts der an die Arbeiter aller Lander ergangenen Einladung zur Theilnahme an dieser Ausstellung, zu verhalten gedenke.

Wir wollen auf beide Fragen antworten. Zu dieser Ausstellung hat eine Gruppe von Pariser Arbeitern die Initiative ergriffen, die theilweise Productivgenossenschaften angehören; ihre Absicht ist, den direkten Erzeugern, d. h. den Arbeitern selbst, unter Ausschließung kapitalistischer Zwischenmänner, die Ausstellung ihrer Produkte zu ermöglichen. Vom wissenschaftlichen Standpunkte aus mag es höchst fraglich sein, ob dieses Ziel erreichbar ist und ob die arbeitende Klasse durch dieses Mittel ihre ökonomische Lage auch nur im geringsten bessern kann; die ausgesprochene Absicht aber ist immerhin lobenswerth und bekundet, wie die an „die Arbeiter aller Länder" ohne Unterschied der Nationalität gerichtete Einladung, sozialistische Gesinnung.

Dieses Unternehmen ist ein rein privates und steht außerhalb der offiziellen Weltausstellung, da die Begründer desselben den ihnen für ihren Zweck innerhalb des Ausstellungspallastes angebotenen Raum zurückgewiesen haben und vorzogen, sich ein eigenes Gebäude unweit der Weltausstellung zu errichten. Der Bau ist von den Produktivgenossenschaften der Pariser Bauhandwerker hergestellt. Die Ausstellung soll am 15. Mai eröffnet werden. Wie man hört, sind bereits über 600 Anmeldungen eingegangen, und zwar nicht blos aus Paris und dem übrigen Frankreich, sondern auch aus verschiedenen anderen Ländern z. B. aus England, Belgien, der Schweiz, nur aus Deutschland nicht. Die Ursache hiervon liegt offenbar darin, daß die deutschen Arbeiter einerseits von ihrer Bourgeoisie durch den Großbetrieb so intensiv ausgebeutet werden, daß ihnen fast alle Arbeitsmittel und Vorbedingungen einer selbstständigen Produktion fehlen, und anderseits in dem Umstande, daß die Arbeiter in Deutschland so ziemlich aufgehört haben, mit Produktivgenossenschaften zu experimentiren, und ihr Heil nur in der Umgestaltung der Gesammtproduktion erblicken.

Nichtsdestoweniger wäre es zu bedauern, wenn die deutschen Arbeiter dieser „Internationalen Arbeiter-Ausstellung", zu der auch sie ebenso eingeladen sind wie alle Andern, völlig fernbleiben würden. Man könnte, sei es mißverständlich, sei es böswillig, ihre Enthaltung mit dem Nichtbetheiligungsbeschluß der deutschen Reichsregierung in einen Zusammenhang bringen. Man könnte glauben oder insinuiren, die deutschen Arbeiter seien in die Fußtapfen der deutschen Bourgeoisie und ihrer offiziellen Agenten getreten. Die französische Kapitalpresse könnte den französischen Arbeitern höhnisch sagen: „Da seht Ihr Eure Brüder. Fürst Bismarck wollte nicht, daß sie kommen und sie sind nicht gekommen."

Es gilt durch eine Thatsache gegen derartige Unterstellungen zu protestiren. Man hat uns eingeladen, wir kommen. Die deutschen Arbeiter werden wenigstens eine Leistung auszustellen vermögen, die ihr eigenstes Werk, ihr Fleisch und Blut ist und auf die sie mit Recht stolz sein können: ihre Presse, und zwar sowohl ihre politischen Parteiorgane, als ihre unterhaltenden, illustrirten und gewerkschaftlichen Blätter. Jede Zeile dieser Presse bekundet den unabhängigen, freiheitlichen, wissenschaftlichen Sinn des deutschen Proletariats und scheidet dasselbe von der immer platter und borniter werdenden Bürgerklasse. Mit dieser Ausstellung geben die deutschen Arbeiter ihren Mitkämpfern aller Länder Rechenschaft über das, was sie während des letzten Jahrzehents für die Emancipation des Proletariats geleistet haben. Es ist dazu nicht nöthig, ganze Jahrgänge unserer Blätter nach Paris zu schicken; zwei oder drei der neuesten Nummern jedes Blattes genügen, um einen Begriff von dem Geiste und der Haltung desselben zu geben. Wir sind überzeugt, daß sich keines unserer Organe von dieser Kundgebung ausschließen wird, durch die wir in die uns dargebotene Bruderhand einschlagen. Auf der vorigen Pariser Weltausstellung, im Jahre 1867, war die deutsche Industrie in erster Reihe durch Gußstahlkanonen und andere Mordinstrumente vertreten. Das war brutal, aber deutlich. Heute, da unsere Bourgeois ganz wegbleiben, ist es an uns, unsere Waffen zu zeigen, und diese Waffen werden nicht, wie die Krupp'schen Geschütze, Haß und Ekel erwecken, sondern uns die Achtung und die Zuneigung aller edeldenkenden Menschen erobern!

Die Zeitungsexemplare sind bis zum 26. d. M. an Parteigenossen A. Geib in Hamburg (Rödingsmarkt 12) zu schicken, der die Sammlung nach Paris übersenden wird.

Aus Amerika.

Baltimore, 27. März.

Im Staate Louisiana sind vor einiger Zeit vier Mitglieder des „Returning Boards" wegen Fälschung verschiedener Wahlberichte zu Gunsten der Präsidentschaft Hayes in Anklagezustand versetzt worden. Der Hauptschwindler Anderson wurde von den Geschwornen schuldig befunden und erhielt 2 Jahre Zuchthaus zudiktirt. Darüber allgemeines Erstaunen. Man freute sich schon auf das Schauspiel, daß während Hayes ruhig im „weißen Hause" sitzt und die Früchte des größten Betrugs, der je vorgekommen ist, genießt, seine Helfershelfer in die Strafanstalt wandern müssen. Es kam anders. Das Obergericht wurde Retter in der Noth. Dieses fand heraus, daß nicht, wie in der Anklage behauptet, der Originalwahlbericht eines Countys (Ortes) gefälscht, sondern dem Original ein anderer (gefälschter) Bericht substituirt worden sei. Wegen dieses Formfehlers wurde die Anklage verworfen und die sofortige Entlassung des Anderson angeordnet. Es ist immer gut für Hayes, daß er ein so „gelehrtes" Obergericht hat.

In den Vereinigten Staaten existiren gegenwärtig 2 Millionen Arbeitslose. Eine Million bildet, um mit den kapitalistischen Blättern zu reden, die große „Landstreicher"-Familie (tramps), d. h. sie sind ohne festen Wohnsitz, ziehen von einem Orte zum andern und ernähren sich durch „Bettelei". Nachdem schon in mehreren Staaten die „weisesten Männer" vergeblich auf Mittel gesonnen, sich die Arbeitslosen vom Halse zu schaffen, fand Ende vorigen Jahres in Baltimore der „Staatsconvent zur Erörterung der Trampfrage" statt. Diese Convention wurde heimgesucht mit Vorschlägen von den „berühmtesten" Männern des Staates Maryland. Worte wie: „Die Tramps sind Räuber"; „die Landstreicher müssen vom Erdboden vertilgt werden" fielen massenhaft. Ein Antrag, die Legislatur zu ersuchen, eine Insel anzukaufen, alle Arbeitslosen dahin zu bringen und zur Arbeit zu zwingen, wurde abgelehnt, dagegen schließlich beschlossen, die Gesetzgebung zu ersuchen, in allen Theilen des Staates Arbeitshäuser zu errichten und die Tramps hineinzusperren. — Der hiesige „Deutsche Correspondent", der anerkennt, daß die Landstreicher- und die soziale Frage identisch sind, war mit dem Resultat der Tramp-Convention nicht zufrieden und meinte, die soziale Frage wird gelöst durch Rückkehr zur Hartgeldzahlung! Außerdem verhöhnte dieses Blatt auch noch die Unglücklichen, die gezwungen sind, ohne Subsistenzmittel arbeitsuchend im Lande herumzuziehen. Der „Deutsche Correspondent" schrieb, wenn man die „Tramps" richtig beurtheilen wolle, müsse man eine tramp show (Landstreicherausstellung) ähnlich der baby show (Ausstellung kleiner Kinder. Eine solche fand im Oktober vor. Js. hier statt und endete damit, daß die Unternehmer, ohne die Prämien zu bezahlen, die das schönste, häßlichste u. s. w. baby erhalten sollte, verschwanden) — abhalten. Dabei könnte man erkennen, welcher Landstreicher der gefräßigste, dümmste, gemeinste, mordlustigste, habsüchtigste u. s. w. (hier waren mindestens 31 Eigenschaften, eine niedriger als die andere, angegeben) sei. Gegen diese Verhöhnung der beschäftigungslosen Arbeiter habe ich in einer Massenversammlung protestirt, dem „Correspondent" die Wahrheit gesagt und schließlich die Hoffnung ausgesprochen, daß bald der Zeitpunkt kommt, wo Arbeiter derartige Zeitungen nicht mehr unterstützen; und wenn dann in späteren Jahren einmal eine „Ausstellung" der wirklich nichtsnutzigen Mitglieder der menschlichen Gesellschaft stattfindet, würde man wahrscheinlich das Vergnügen haben, die Redakteure des „Deutschen Correspondent" ausgestellt zu finden. Wie durchschlagend diese Bemerk-

war, zeigte der giftige Bericht in der nächsten Nummer des „Correspondent".

Es kommt häufig vor, daß Arbeitslose einen kleinen Diebstahl begehen, nur um Quartier und Nahrung — im Gefängniß zu erhalten. Dadurch entstehen den Countys eine Menge Kosten und man wird deshalb die Agitation in verschiedenen Staaten, als Lohn für kleine Diebstähle die — Prügelstrafe wiedereinzuführen, begreiflich finden. Die kleinen Diebe, die aus oben angegebenem Grunde stehlen, haut man aus, die großen läßt man laufen — alles zur Ersparung von Kosten. O glorreiche, o herrliche Republik! Als hauptsächlich gegen die Arbeitslosen gerichtet, muß man auch das der Legislatur von Süd-Carolina vorgelegte Gesetz, Nothzucht und Einbruch mit dem Tode zu bestrafen, ansehen.

Trotz der entgegenstehenden colossalen Schwierigkeiten macht die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten" gute Fortschritte. In vielen Städten werden jetzt von den Genossen „Lehr- und Wehrvereine" organisirt, um die Arbeiter im Exerziren und in der Handhabung der Waffen zu unterrichten. Die Organe der Kapitalisten sind wüthend darüber.

Der „Vorwärts" in Newark, die „Neue Zeit" in Louisville i. Ky., u. s. w. sind eingegangen. Von der „Neuen Zeit", in deren Verwaltung sich volksfeindliche Elemente eingeschlichen hatten, hatten sich die Louisviller Genossen schon lange vor dem Zusammenbruche zurückgezogen. Nach meiner Ansicht sind leider noch mehrere tägliche Parteiorgane in großer Gefahr. In der Regel ist bei der Gründung dieser in riesenhaftem Formate erscheinenden Zeitungen nicht mit der gehörigen Vorsicht verfahren worden. — Der Jahrestag der Commune ist von fast allen Sektionen festlich begangen worden und sind mitunter großartige Erfolge erzielt worden.

Schließlich bemerke ich noch, daß die Zeitungen jeden Tag über mehrere Hinrichtungen zu berichten Gelegenheit haben, u. A. sind vorgestern auch wieder drei „Molly Maguires" in Pennsylvanien „gehängt" worden. Die Begnadigungsbehörde hat die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe abgelehnt. Natürlich! Waren es doch „geistig ganz tief stehende Arbeiter", die, um sich von der beispiellosen Bedrückung zu befreien, in ihrer Beschränktheit kein anderes Mittel fanden, als sich an den Peinigern zu vergreifen. Das muß gerächt werden. Abgesehen aber von der schon vorhandenen ungeheuren Ueberfüllung der Gefängnisse würde es ja dem Staate Kosten verursachen, wenn man die Kerle lebenslänglich gefangen hielte, viel besser und billiger ist's für die Herren Bourgeois, man — hängt sie auf!

Emil Kläßig.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Auflösung des Reichstags. Obgleich Fürst Bismarck an einem seiner Bierabende erklärt hat, daß es ihm nicht einfalle, den Reichstag jetzt aufzulösen, mehren sich doch die Stimmen, welche die Vermuthung aussprechen, daß der jetzige Reichstag im nächsten Herbste das Zeitliche segnen werde. Auch die sonst sehr vorsichtige „Weserzeitung" giebt diesem Gedanken in Folgendem Ausdruck:

„Hat Bismarck die freihändlerischen Elemente aus der Regierung ziemlich gewaltsam entfernt, so wird er nicht bei dem vorherzusehenden Widerstande des Reichstages die Hand sinken lassen. Will er schutzzöllnerisch regieren, will er die bekannten finanziellen Pferdekuren durchführen, will er mit einem Ministerium regieren, das wenig oder keine Fühlung zur nationalliberalen Partei hat, so bedarf er einer anderen Reichstagsmajorität, und auch der Wunsch, den Reichstag nicht aufzulösen, wird stärkeren Wünschen das Feld räumen müssen. Es giebt ferner Gründe, die auf eine baldige Verwirklichung der Auflösung hindrängen. Je gefahrvoller die auswärtige Situation ist, desto stärker wird beim deutschen Volke der Wunsch sein, das Steuer des Staates in Bismarck's starker Faust zu sehen; sein angegriffener Gesundheitszustand treibt den Kanzler überdies zur Eile. Die Situation trägt daher trotz wiederholter Dementis den Charakter der Spannung."

Die „Weserzeitung" spielt hier auf die Weigerung der Reichstagsmajorität an, Herrn von Bismarck das Tabaksmonopol zuzugestehen. — Wir stehen anderen angeregten Differenzen — Freihandeln und Schutzzoll — nicht so sehr nahe und können deshalb mit der größten Gemüthsruhe der eventuellen Auflösung entgegensehen. Die Sozialdemokratie ist diejenige Partei, welche eben aus jeder Neuwahl agitatorischen Nutzen zieht.

— Eine traurige Erscheinung tritt in dem kürzlich aus dem preußischen Kriegsministerium hervorgegangenen statistischen Sanitätsbericht für das Rapportjahr vom 1. April 1873 bis zum 31. März 1874 über die Ursachen der Dienstuntauglichkeit der im ersten Dienstjahre stehenden Rekruten uns entgegen. Es sind nämlich wieder entlassen worden: wegen Gesichtsschwäche 231, Blindheit 121, hochgradiger Kurzsichtigkeit 135, wegen Kropfes 46, Abnormität des Rückgrats oder des Brustkastens 59, wegen Unterleibsbruches 334, Wasserbruches 17, Krampfaderbruches 66, wegen Abnormität der Gliedmaßen 150, wegen Steifheit des Daumens 55, Steifheit eines Fingers 184, wegen Plattfuß 111, Krampfader 93, wegen hervorragender Fußballen 15, wegen schwacher Brust 176 — in Summa 1773. — Bei der Aushebung scheinen die Herren Aerzte es nicht ernst genug, oder sagen wir allzuernst zu nehmen, so daß sie eine große Anzahl Dienstuntauglicher mit einstellen. Welche große Verantwortlichkeit sie dadurch für die Gesundheit und selbst für das Leben der so Eingestellten übernehmen, dürfte Jedem klar sein, der da weiß, mit welcher Eigenthümlichkeit diejenigen Kranken, deren Krankheit nicht sofort zu erkennen ist, als Simulanten bei dem Militär behandelt werden. — 1773 junge Männer, die im Civilleben wohl meist ihre Heilung gefunden hätten, sind in einem Jahre, zum großen Theil durch unüberlegte Einstellung in die Soldateska, zu langwierigem oder gar unheilbarem Elend verdammt! Das ist auch eine solche Blüthe am Baume unseres heutigen Militarismus.

— Von der „Nemesis" ereilt. Wir berichteten schon mehrfach von dem vermeintlichen Attentäter Schreiber Lugowski und den „Eindruck", welchen der angebliche Mordplan desselben in den betr. „Kreisen" hervorgebracht hatte. Jetzt erzählen die Zeitungen:

„Der bekannte, hier seiner Zeit in einem Hotel der Roßstraße abgestiegene Pole, Secretär Lugowski, welcher sich durch ein angebliches „Attentat auf den Kaiser und Fürsten Bismarck" eine traurige Berühmtheit verschaffte, sollte bereits am 24. d. M. vor den Geschworenen erscheinen, bat jedoch, die Verhandlung zu vertagen, da sein Gesundheitszustand ein sehr zerrütteter ist. Diesem Wunsche wurde seitens des Gerichtes gewillfahrt, da in der That der Gesundheitszustand des Lugowski ein sehr bedenklicher ist und dessen Tod (an Schwindsucht) wohl bald zu erwarten ist."

Wir haben es hier wieder mit einer jener wunderbaren Fügungen zu thun, welche sich seit Bestehen des neuen Reiches der Gottesfurcht so oft wiederholen und welche klar beweisen, daß der Himmel selbst entschieden reichsfreundlich ist. Dieser Lugowski hatte einmal in den betreffenden „Kreisen" unangenehme „Eindrücke" hervorgerufen — ob mit oder ohne Grund, ob er was dafür konnte oder nicht, ist ja schließlich ganz gleich — und siehe da — die Vorsehung findet alsbald ein ebenso einfaches wie durchschlagendes Mittel, allen fernern Besorgnissen betreffs dieses Menschen ein Ende zu machen. Welches immer auch die Absichten dieses neuen Möros gewesen sein mögen — eines steht fest: Lugowski wird nicht mehr attentaten. Es ist wahr — der Unglückliche ist darüber im Kerker gestorben; aber wer kann dafür, daß Kriminaluntersuchungen so lange dauern müssen und daß gerade sein Fall so ganz besonders verwickelt ist, daß sich die Untersuchung noch länger als gewöhnlich hinzog? Es erweckt ein eigenthümliches Gefühl, zu sehen, wie in unserer „civilisirten" Zeit mit Menschenleben — wißt Ihr, was das heißt: Menschenleben? — umgegangen wird, wie spielend die Menschen — und heißen sie auch nur Lugowski — so ohne Weiteres aus der bürgerlichen Gemeinschaft weggerissen werden können, um in die Kerkerzelle geworfen zu werden, allen Qualen eines solchen Ortes preisgegeben, von der Welt abgeschnitten, außer Stande, sich ihr vernehmbar zu machen, zu ihr zu sprechen, sich wirksam zu vertheidigen, zu rechtfertigen, und das alles, ohne irgend welcher Schuld schon überführt, vielleicht gar keiner sich bewußt zu sein — und so hinzustechen, so lange, bis ihnen die Lust zu aller Vertheidigung und aller Rechtfertigung vergeht und sie, still und stumm, den Mund über all die erduldeten Leiden für ewig geschlossen, in die Grube hinabfahren; aber wer kann dafür, daß dieser Mensch gar so zimperlich war und wegen so was auch gleich gestorben ist — an der Schwindsucht! A propos — man erinnert sich all der Räubergeschichten, die seiner Zeit über Lugowski colportirt wurden und die ihn zu einem Schinderhannes zu machen sich die redlichste Mühe gaben. Zur Ergänzung derselben dient eine Correspondenz aus seinem Wohnort Schönlanke, welche damals die (doch wohl nicht reichsfeindliche?) „National-Zeitung" brachte und in welcher es u. A. hieß:

„Im Uebrigen ist der Lugowski ein eingeschüchterter Blondin, der an Mord wohl nie gedacht hat; sein Aeußeres ist sonst einnehmend. Es hat im hiesigen Städtchen allgemeines Aufsehen erregt, daß dieser junge Mann ein so raffinirter Schwindler ist."

Sapienti sat, d. h. auf Reichsdeutsch: „Pst! Stille!"

— Die Berliner Polizei und die Sozialdemokratie. Die „Magdeb. Ztg.", welche sicherlich nicht im Verdachte der Sozialistenfreundlichkeit steht, verurtheilt in einem längeren mit: „Grober Unfug" überschriebenen Artikel den groben Unfug, welcher in neuerer Zeit von der Berliner Polizei mit dem strafrechtlichen Begriff: „Grober Unfug" getrieben wird. Das Blatt meint, daß unter den Worten „grober Unfug" vom Strafgesetze nur Ruhestörungen und Ungebührlichkeiten, welche zu einer Belästigung von Staatsangehörigen führen, verstanden werden. Würde man dem hier einschlägigen § 360 Nr. 11 des R.-Str.-G.-B. „eine andere Auslegung geben, so würde er zu einem höchst gefährlichen Werkzeuge des subjektiven Belieben, zu einem „Kautschukparagraphen" ersten Ranges werden, und daran hat der Gesetzgeber sicherlich nicht gedacht". Ganz gut, wenn der Gesetzgeber nicht daran gedacht hat. Aber daran hätte er denken sollen, daß die Polizei in unserm heutigen Staate nahezu allmächtig ist; daß sie so ziemlich alles thun und lassen kann, was ihr beliebt. Hätte der „Gesetzgeber" daran gedacht und hätte er dem „subjektiven Belieben" ein für allemal ein energisches und unzweideutiges strafgesetzliches Halt entgegengerufen, die Berliner Polizei hätte nicht gewagt, Sozialisten, die zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert haben, wegen „groben Unfugs" zur Rechenschaft zu ziehen.

— Die Stöckerianer haben den kühnen Entschluß gefaßt, bei den kommenden Reichstagswahlen in Berlin ihr Glück zu versuchen. Stöcker wird als derjenige bezeichnet, der im 6. Berliner Wahlkreise gegen unsern Genossen Hasenclever zu kandidiren gedenkt. Gegen Fritzsche wollen die Leutchen Grüneberg oder Küster loslassen. Das wird einen Hauptspaß abgeben. Ach wäre die Zeit der Wahl nur erst herangerückt!

— Aus einer Hauptübersicht, die der sächsische Unterrichtsminister über die sächsischen Unterrichtsanstalten hatte zusammenstellen lassen, hatten wir bekanntlich (s. die sozialpolitische Uebersicht der Nr. 28 des „Vorwärts") das unsre heutigen Zustände grell beleuchtende Ergebniß erhalten, daß in Sachsen auf den einzelnen Studenten und Schüler der höheren Unterrichtsanstalten ein Staatszuschuß von 107 Mark geleistet würde, während auf den einzelnen Schüler der niederen Unterrichtsanstalten nur ein solcher von 2½ Mark entfalle. Diese häßliche Thatsache abzuschwächen, fühlte sich ein Herr R. in Chemnitz berufen, und da die „Chemn. Fr. Pr." unsre Daten benutzt hatte, so richtete er seine Polemik unter Benutzung der „Chemn. Ztg." gegen unser dortiges Parteiorgan. Aber wie polemisirt der edle Herr: Er nimmt die direkte Einkommensteuer zu Hilfe und sucht aus dem Umstande, daß die vermögenderen Klassen den größeren Theil derselben aufzubringen hätten, den Nachweis zu liefern, daß in dem Unterstützungsmodus der sächsischen Unterrichtsanstalten Seitens des Staates eine Ungerechtigkeit, ein Mißverhältniß gar nicht existire. Wir halten es für überflüssig, von den Ziffern, mit denen Herr R. aufwartet, auch nur eine anzuführen, da sie zur Sache nichts beweisen. Thatsache aber ist, daß die direkten Staatssteuern in dem Budget eines jeden Staates eine sehr nebensächliche Rolle spielen und daß der bei weitem größte Theil der Staatsausgaben durch Einnahmen aus der indirekten Steuer, die, wie der Chemnitzer Schlaumeier sehr gut wissen wird, lediglich von den ärmeren Volksklassen aufgebracht wird, bestritten wird. Aber selbst die direkte Steuer kommt in ihrer Wirkung der indirekten Steuer gleich. Der Rentier, Bankier, kurz der moderne Geschäftsmann überhaupt, versteht sich auf die Profitmacherei wie der Fuchs aufs Rauben; und derjenige Geschäftsmann wäre ein Dummkopf, wie er im Buche steht, der es nicht verstünde, jede Steuer, trete sie auf in welcher Gestalt immer, durch sein „Geschäft" wieder herauszuschlagen. Es ist also zum mindesten sehr dreist, für die höheren Bildungsanstalten das Recht einer ausgiebigeren Staatsunterstützung zu beanspruchen, weil die vermögenden Klassen angeblich den größten Theil der direkten Steuer aufbringen.

— Der französische Marineminister hat an die Gouverneure der Strafkolonien von Neu-Caledonien und Cayenne eine Verfügung erlassen, nach der die Prügelstrafe fortan nur in ganz bestimmten Fällen zur Anwendung kommen soll. Danach darf nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Gouverneurs „gepräglt" werden, nachdem der Gouvernenr einen Bericht des Direktors der Strafoerwaltung und das Gutachten einer besondern Commission eingeholt hat. Die Verfügung schreibt außerdem vor, daß die Leibesstrafen nur bei den schon in die Correktions-Abtheilungen gestellten und auf Lebenszeit verurtheilten Sträflingen und dann nur in solchen Fällen in Anwendung kommen dürfen, wo die Thatsachen nicht vor das Kriegsgericht verwiesen werden können und der disziplinarischen Bestrafung verfallen. — Wir hätten die Verfügung des französischen Marineministers

Zwei Geschichtsabschnitte.

(Schluß.)

Das Christenthum also, das unseren Vätern als Ausdruck ihrer Weltanschauung diente, hat aufgehört, für uns dasselbe zu sein, und — darin gleicht gerade unsere heutige Periode jener Zeit der heutigen Geschichte — unsere heut herrschende Gesellschaft, die es gerade war, die die Nichtigkeit der idealistischen Anschauung aufdeckte, war und ist nicht im Stande, ein neues und besseres Prinzip an Stelle des abgelebten zu setzen. Und so schwebt denn auch sie in der Mitte zwischen Himmel und Erde, zwischen Idealismus, auf den ersten als unerreichbar Verzicht leistend, und zu ohnmächtig, den letzteren zu erfassen und sich ganz zu eigen zu machen.

In ähnlicher Lage wie jene Römer sich befindend, muß nothwendig die Gesellschaftsphysiognomie eine gleiche sein. Da fällt unser Auge zunächst auf die krassen Klassenunterschiede. Eine winzige Anzahl Menschen drängt sich in den Vordergrund, kennt nur sich, lebt nur seinen Vergnügungen und hat kein Herz für die dahinter sich drängende unabsehbare Masse des Volkes, das trotz seiner sklavischen Arbeit nicht mehr erreicht, als sein und seiner Nachkommen elendes Leben zu fristen. Und das kaum. Das „goldene Kalb" hat abermals Fleisch und Blut angenommen, es hat sich abermals auf den alles beherrschenden Sitz geschwungen, es ist abermals das Ideal der Gesellschaft geworden, wonach Alles strebt und um welches im widerlichen Reigen sich Alles dreht.

Auf den ersten Blick ist es auffällig, daß ein Prinzip, das in Wahrheit längst überwunden ist, in der Wirklichkeit noch zu herrschen im Stande ist. Dieser Umstand erklärt sich aber theils aus der zweitausendjährigen Gewohnheit; der blinde Glaube wird dem Kinde eingeimpft und macht es zur Karrikatur. Das Geschöpf nennt sich Christ, hat aber von dem Geiste des Christenthums keine Spur an sich. Nicht mehr im Glauben und dem Herzen der Menschheit herrscht das Christenthum, sondern einzig und allein als Mittel zum Zwecke.

Eine andere mächtige Stütze findet die idealistische Weltanschauung in den Interessen der herrschenden Klassen. Diese Herren, selbst kalt und gleichgiltig dem Christenthum gegenüber, sind dagegen ängstlich besorgt, daß das Volk nicht aus dem geträumten Himmel herabfalle und durch den Fall etwa erwache. Erst die Zahlung von so und so viel Steuern berechtigt zur Gleichgiltigkeit. Hätte doch der Arme gar keinen Halt, wenn nicht die Hoffnung auf ein zukünftiges Besserwerden vorhanden wäre; der Bourgeois dagegen hat schon in dieser Welt etwas Materielles, Greifbares, woran er sich hält, was er den Armen gegenüber sanktionirt und als die Basis des ganzen Gesellschaftslebens hinzustellen versucht. Vermöge seiner Macht und seines Einflusses auf Staatseinrichtungen jeder Art, Volkserziehung, Presse ꝛc. ist er im Stande, noch ein Prinzip als Mittel zu gebrauchen und das somit schon durch diesen Gebrauch seinen Charakter verliert.

Noch immer zwar theilen sich unsere Himmelsgläubigen in zwei Lager: das katholische und das protestantische, aber weder die Einen noch die Anderen meinen es ernst mit ihrem Thun. In beiden Lagern sind wahrhaft Gläubige, d. h. Solche, die blindlings ihrer Lehre anhängen und glauben, dieselbe sei noch im Stande, die Welt zu beglücken, gleich selten; ein bedeutendes Contingent zu diesen Anhängern des Christenthums stellen die, die sich aus Interesse irgend einer Art um jene wurmstichige Fahne sammeln; die dritte Abtheilung, die die bei weitem größte Zahl von Anhängern hat und sich zumeist aus den sich „gebildet" nennenden Klassen zusammensetzt, sind jene Gleichgiltigen, die eine Ehre darein setzen, gar nichts zu sein, jedes Prinzip nach dem Monde verbannt zu haben und verächtlich auf alle die herabblicken, die sich nicht zu ihrer farblosen Fahne und zu ihrer, d. h. der öffentlichen Meinung bekennen. Kein Zweifel, dieses ist die erbärmlichste Sorte, denn nur ein Mensch ohne all' und jeden Charakter und der in Folge dessen seine Situation gar nicht begreift, kann in dieser Lage leben. Komisch ist dabei, daß man gerade von Seiten dieser Leute häufig klagen hört über die Armuth unserer Zeit an großen Männern. Wo sollen denn aber in dieser Gesellschaft bedeutende Geister aufkommen, wo sollen sie Fuß fassen können, welches Prinzip soll sie tragen, wenn die Gesellschaft es sich zum Prinzipe macht, kein Prinzip und keinen Boden zu haben? Wie sollen Charaktere aus einem Guß aufkommen, wenn die Gesellschaft bald nach rechts, bald nach links gezogen wird; wie soll eine Gesellschaft Bedeutendes leisten können, wenn sie selbst nicht weiß, was sie will?

Der Mangel dieses sittlichen Haltes offenbart sich in gleicher Weise bei uns, wie wir das in der römischen Welt, zu Cäsar's Zeiten und später, sehen. Sowohl im politischen wie im sozialen Leben tritt dieser Mangel unzweideutig hervor, und seine herrlichste Frucht auf politischem Gebiete ist der Nationalliberalismus, zusammengesetzt aus Anhängern jener dritten Abtheilung von „Gottesfürchtigen".

Der nun überlebte Culturkampf zeigt uns so recht deutlich das Schwanken dieser Halbmenschen zwischen der alten und neuen Welt, den gänzlichen Mangel eines jeden sittlichen Haltes. Leute, die sich berufen glauben, für die Freiheit des Menschengeistes zu kämpfen, können sich noch nicht zur confessionslosen Schule erheben, können sich noch nicht einer Hülle entledigen, deren Inhalt längst verflogen ist; sie nennen sich katholisch oder protestantisch, tragen aber weder von der einen noch von der andern Religion eine Spur im Herzen. Nicht die Kraft haben sie, sich äußerlich von dem loszusagen, mit dem sie innerlich längst gebrochen. Sie nennen sich die Beschützer der von der Religion befreiten Wissenschaft, sagen stolz, die Wissenschaft müsse mit dem Staate gehen, können sich aber mit den Resultaten ihres Pflegekindes nicht vertragen, und bekämpfen sie auf alle mögliche Weise. Sie haben versucht, die Wissenschaft, Volkserziehung, Presse ꝛc. von der Religion zu lösen, aber nicht um diese wichtigen Faktoren der Civilisation sich selbstständig entfalten zu lassen, sondern sie haben diese Culturpflanzen nur aus dem Felde der Kirche in das eigene umzupflanzen gesucht.

Wie bei den Römern, so auch bei uns sind alle Rechtsbegriffe und Ideale in der allgemeinen Versumpfung erstickt; alle seine Kräfte, all' sein Streben richtet der Mensch nach dem Gelde; die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sind durch den Erfolg im Voraus geheiligt; „Agiotage und Liberalismus sind so recht die

unerwähnt gelassen, wenn sie nicht die von den Gegnern der Pariser Commune angezweifelte Thatsache bestätigte, daß bis noch vor ganz kurzer Zeit die Prügelstrafe rein in das Belieben der jeweiligen Gouverneure der oben genannten Strafkolonien gestellt gewesen war. Man kann sich also lebhaft vorstellen, wie es den Pariser Communarden auf Neu-Caledonien ergangen sein muß und sehr wahrscheinlich noch ergeht, da zu den Gouverneurposten meistens notorisch verthierte Subjekte ausersehen werden, für die man im Heimathlande keine Verwendung hat.

— Die Baumwollspinnerei-Fabrikanten von Blackburn (England) haben das Anerbieten einer fünfprozentigen Lohnreduktion, welches ihnen die Arbeiter machten, rundweg abgewiesen; sie beharren darauf, daß die Arbeiter zehn Prozent des Lohnes hergeben, damit, wie sie heuchlerisch vorgeben, „die Industrie nicht leide". Wenn der Geldsack der Fabrikanten nicht in den gewünschten Mengen den goldigen Zufluß erhält, dann leidet ja stets die Industrie; sie blüht dagegen, wenn die Arbeiter schanzen müssen, daß ihnen die Finger bluten, dabei aber kaum satt zu essen haben. Natürlich wollen die Baumwoll-Spinnarbeiter den zehnprozentigen Lohnabzug nicht gutwillig hinnehmen und drohen mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung. Und so werden wir denn wieder einmal das Schauspiel erleben, daß nahezu 30,000 werkthätige Menschen vielleicht auf Wochen und Monate hinaus zum Nichtsthun verurtheilt sind, weil ihnen die „Arbeitgeber" den wohlverdienten Lohn nicht zahlen wollen.

— Der verantwortliche Redakteur der hier erscheinenden „Fackel", Künzel, hat am 16. d. M. eine Haft von vorläufig einem Monat angetreten. Eine ziemlich anständige Anzahl weiterer Klagen, unter denen sich auch eine fünffache des der Leipziger Jugend wohlbekannten Kaufmanns Sparig befindet und die noch der Erledigung harren, dürfte die „Sommerreise" Künzel's noch um etliche Monate verlängern.

Pariser Weltausstellung.

Auf zahlreiche Anfragen, die dem Pariser Empfangs-Comité aus mehreren Ländern zugegangen sind, diene Folgendes als Antwort:

Das Comité betrachtet als seine Aufgabe lediglich den Nachweis billiger Logis und billiger Kosthäuser, sowie die Veranstaltung gemeinsamer Besuche der Weltausstellung an den Sonntagen und die Ertheilung von Rath und Auskunft an die Parteigenossen, hingegen nicht den Arbeitsnachweis und noch weniger die pekuniäre Unterstützung von nach Paris zugereisten Parteigenossen. Das Comité setzt vielmehr voraus, daß jeder Parteigenosse, der die Ausstellung zu besuchen gedenkt und sich an dasselbe wendet, mit den Mitteln zur Hin- und Rückreise, sowie zum Aufenthalt in Paris genügend versehen ist, und muß für alle Fälle, in denen diese Voraussetzung nicht zutrifft, von vornherein jede Verpflichtung seinerseits ablehnen.

Was die Unterbringung ausländischer Arbeiter in Paris und Frankreich überhaupt betrifft, so dürfte aus den zahlreichen in letzter Zeit dort stattgehabten Strikes hinlänglich klar sein, daß die Verhältnisse dort nicht besser sind als anderwärts.

Ferner sei noch bemerkt, daß manche Ausstellungsgegenstände erst im Laufe des Monats Mai ausgepackt werden; es ist also rathsam, nicht vor Ende Mai zu kommen.

Die Arbeiterblätter werden um Aufnahme dieser Mittheilungen gebeten.

Die Moralität in der heutigen Gesellschaft.

Die Kassendiebstähle mehren sich auf eine geradezu haarsträubende Weise. Leider sind es in der Regel die sogenannten „kleinen Leute", die Handwerker, Landleute, mitunter besser situirte Arbeiter und Dienstboten, welche um ihre Ersparnisse bestohlen werden und das leere Nachsehen haben. So wurde z. B. die Stadtkasse in Zwickau von einem bereits 20 Jahre im Dienste der Stadtgemeinde stehenden Beamten um 6000 Mark erleichtert. In Wurzen wurden aus der dort bestehenden Servisskasse von einem bereits seit 13 Jahren bediensteten Beamten ebenfalls 6000 Mark veruntreut. In Roßwein wurde der Direktor des dortigen Vorschußvereins, Stadtrath Brückner, wegen erheblicher Kassendefekte verhaftet. Aus letzterem Orte kommen Berichte, welche wir nicht übersehen wollen. Vor dem Hause des verhafteten Direktors des Vorschußvereins sammelte sich eine Menge Menschen an, was sehr begreiflich ist, wenn man in Erwägung zieht, daß für Manchen die Frucht jahrelanger Arbeit und „Sparsamkeit" auf dem Spiele stand. Da sich die Leute ruhig verhielten, hatten weder die Polizei noch die Militärpatrouillen Gelegenheit zum „Eingreifen". Da das Volk keinen Anlaß zu „Heldenthaten" gab, mußte dieser Anlaß von der Polizei herbeigeführt werden. Der Polizeiwachtmeister nahm ohne jede Ursache eine Arretur vor. Durch diese provokatorische Handlungsweise wurde das Rechtsgefühl des Volkes verletzt; die Menge nahm Partei für den Inhaftirten, begleitete denselben zur Wachtstube und verlangte dessen Freilassung, zugleich erklärend, den Platz nicht eher räumen zu wollen, bis das von der Polizei begangene Unrecht wieder gut gemacht und der Inhaftirte entlassen werde. Dem Willen des Volkes nachgebend, erschien der Bürgermeister in Begleitung des Polizeiwachtmeisters und eines Gensdarmen und verfügte, nachdem er die Klagen der Anwesenden vernommen, die sofortige Freilassung des Inhaftirten. Die Volksmenge, die durch den Kassenschwindel erregt war und durch die Polizeiwillkür erbittert wurde, wandte sich nach dem angeblichen Aufenthalte des Stadtraths und Tuchfabrikanten Kirchbach (welcher erst vor Kurzem versuchte, die Löhne „seiner" Arbeiter zu reduziren) und bombardirte die Fenster mit Steinen. Obschon wir ein derartiges Vorgehen durchaus nicht billigen, finden wir es doch begreiflich. Die Früchte jahrelanger Arbeit, unsäglicher Mühen und der so oft gepriesenen „Sparsamkeit" wurden auf einmal von noblen Bummlern gestohlen, waren unrettbar verloren. Es ist daher den Geprellten nicht zu verdenken, wenn sie in Aufregung geriethen. Diese Aufregung zu beschwichtigen mußte ein Theil unseres „herrlichen Kriegsheeres", mußten unsere „tapferen Heldensöhne" mit blanker Waffe einschreiten. Lanzen und Säbel wurden gegen das wehrlose Volk in Anwendung gebracht und Letzteres mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Wahrlich eine sehr — billige „Heldenthat"! — Ein anderes Bild! Ein Mitglied des Richtercollegiums am Grüneberger Kreisgericht (Schlesien), welches sowohl definitiv als stellvertretend in richterlichen Stellungen thätig gewesen, welches auch periodisch die Geschäfte der Staatsanwaltschaft geleitet, ganz besonders aber im Gerichtsbezirk Kontopp als Gerichtscommissär funktionirte, ist spurlos verschwunden, mit ihm aber auch 22,000 Mark ämtlicher Gelder. (Aus dem Steuersäckel des Volkes, welches auch den „Verlust" wird decken müssen.) Es wird vermuthet, daß außer den 22,000 Mark noch mehrere und vielleicht größere Summen fehlen werden. Der Erwähnte verließ seine Familie, ohne derselben die geringsten Andeutungen über das Ziel seiner Reise zu machen. Wie gefallen unseren „Liberalen" und sonstigen Gegnern diese „Stützen der Gesellschaft", die gegen die bösen Sozialdemokraten als „Vernichter des Eigenthums" und Feinde der „Heiligkeit der Ehe" gewiß oft genug loswetterten? — Rasch und mühelos reich zu werden ist die Parole der „liberalen" Partei und da die meisten der, neuerer Zeit nach Dutzenden zählenden, en gros-Diebe „liberal" sind, handeln sie blos nach der von ihrer Partei ausgegebenen Parole. Die „liberale" Partei hat daher die Mehrzahl dieser Sünden gegen das Eigenthum auf dem Gewissen, sie ist die eigentliche Zerstörerin des Eigenthums der Gesammtheit, zu Gunsten einzelner, mehr oder weniger gesetzlich zu belangender Gauner, oder auch zu Gunsten gewisser „Ehrenmänner".

Correspondenzen.

Hamburg, 13. April. Im großen Saale des Convent-Gartens stotterte ein Herr Heinrich Oberwinder, der bei den österreichischen Arbeitern im theueren Andenken steht, eine Rede über „Die gegenwärtige Situation und die soziale Bewegung in Deutschland." Ueber den „Vortrag", den dieser Bismarck- und Reichsfreund gehalten, kann ich nur sagen, daß der erste Theil schrecklich lebern war und der zweite aus Citaten aus Lassalle'schen Schriften bestand. Was ich erwähnen will, ist der sehr entwickelte Geschäftssinn, den Herr Oberwinder besitzt. Sein Vortrag sollte nicht nur „belehrend" wirken, er sollte auch materielle Vortheile in Gestalt von Reichs-Nickeln einbringen, und so wurde der bereits gedruckte Vortrag den Fortgehenden zum Kaufe angeboten. Der Verkäufer machte aber schlechte Geschäfte, weil das wäss'rige Produkt keine Abnehmer fand. Herrn Oberwinder darf man es aber auch nicht übel nehmen, wenn er auf die Taschen der Versammlungsbesucher spekulirt, denn er hat viele und kostspielige Bedürfnisse, zu deren Befriedigung er allerdings Geld, viel Geld nöthig hat. Uebrigens ist er ein unbezahlbarer Mensch und dürfte den Bismarcksozialisten bald auch sehr theuer werden.

Königsberg i. Pr., 10. April. Am 8. d. M., Vormittags, stand der hiesige sozialdemokratische Wahlverein, vertreten durch seinen Vorsteher, Hermann Arnoldt, vor den Schranken des Ostpreußischen Tribunals, dessen Vorsitzender diesmal Tribunalsrath A. Ploch war, der erst seit Kurzem hierher versetzt ist. Die Staatsanwaltschaft wurde durch Oberstaatsanwalt Stellmacher repräsentirt. Die von dem hiesigen Staatsanwalt Gustav Hecht verfaßte Anklage war von dem Gerichtshofe erster Instanz als unbegründet zurückgewiesen worden. Hecht appellirte und das Ostpreußische Tribunal hielt die Anklage aufrecht. Das hiesige Stadtgericht sprach in erster Instanz den Verein wie dessen Vorsteher vollständig frei; die Staatsanwaltschaft appellirte wiederum, und das Ostpreußische Tribunal verurtheilte vorgestern den sozialdemokratischen Wahlverein zur „Schließung" und den Vorsteher desselben, Hermann Arnoldt, zu 30 Mark Strafe. Die Verurtheilung erfolgte auf Grund des § 8b des preußischen Vereinsgesetzes, da der Gerichtshof, obgleich in dieser Beziehung nichts erwiesen worden, „nach der ganzen Lage der Sache zu der Ueberzeugung gelangt sei", daß Arnoldt als Vorsteher des qu. Vereins mit dem in Hamburg befindlichen Vorstande der als politischer Verein geschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei in ungesetzlicher Verbindung gestanden habe. — Ist diese Begründung des Urtheils schon bemerkenswerth, so wird letzteres noch auffallender, wenn man berücksichtigt, daß vier unbescholtene Männer in Hamburg eidlich erhärtet haben, Arnoldt hätte die ihm angetragene Agentur der sozialistischen Arbeiterpartei mit Rücksicht auf seine Stellung als Vorsteher des sozialdemokratischen Wahlvereins abgelehnt und habe die nach Hamburg abgesandten Geldbeträge, seiner ausdrücklichen Erklärung nach, seiner Privatkasse entnommen. Nur eine Geldsendung von 7 Mk. 40 Pf. sei zur Unterstützung der Wittwe York bestimmt und zum größern Theile das Resultat einer Wette gewesen. Diese Aussagen befinden sich in genauer Uebereinstimmung mit den Aussagen Arnoldt's. Ferner haben die vom Angeklagten vorgeschlagenen Zeugen, wohlrenommirte Bürger Königsbergs, im Termine erster Instanz beschworen, daß Arnoldt grade an sie Mitgliedskarten und Beitragsmarken auszutheilen Veranlassung gehabt hätte, da sie Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und überdies mit Arnoldt befreundet seien. Dagegen habe dieser auch ihnen mitgetheilt, daß er die Agentur abgelehnt und das ihm vom Vorstande in Hamburg eingesandte Material diesem zur Disposition gestellt habe. Er wolle dieses in seinem Comptoir aufbewahren, bis der Vorstand darüber disponire. Auch waren bei den zahlreichen Haussuchungen, die seinerzeit hier bei bekannten Sozialdemokraten vorgenommen, wie überhaupt nirgends ausgetheilte Mitgliedskarten oder Beitragsmarken vorgefunden worden. Ferner hatte die Anklage zur Unterstützung der Behauptung, daß Arnoldt mit Hamburg in einer straffälligen Verbindung gestanden, den Besuch eines Herrn Grün angeführt, der in einer Versammlung des Vereins gesprochen habe. Geth aus Hamburg habe nicht hierher kommen können, um einen Vortrag zu halten, folglich hätte Arnoldt — so combinirte Oberstaatsanwalt Stellmacher — durch den Vorstand in Hamburg den Grün als Agitator nach Königsberg kommen lassen. Der Angeklagte hatte vor dem Untersuchungsrichter wie in dem mit seiner Freisprechung endigenden Gerichtsverfahren erster Instanz erklärt: Grün sei als ein ihm vollständig unbekannter Mann und infolge der betreffenden Annonce in der hier erscheinenden „Hartung'schen Zeitung" in eine Versammlung des Wahlvereins gekommen und habe, nachdem er sich ihm als Parteigenosse vorgestellt, an der Diskussion theilgenommen. Später habe er (Arnoldt) erfahren, daß Grün als Geschäftsreisender hier gewesen sei und als solcher Königsberg in regelmäßigen Zwischenräumen besuche. — In den acht Monaten, die zwischen der Freisprechung in erster Instanz und dem vorgestrigen Termin lagen, war es A. endlich gelungen, die Adresse jenes Herrn Grün in Berlin zu ermitteln. Arnoldt hatte nun bei dem Ostpr. Tribunal die zeugeneidliche Vernehmung des Grün beantragt, um jene Beschuldigung der Anklage zu widerlegen. Das Ostpr. Tribunal hatte dieselbe nicht für nöthig erachtet, verurtheilte aber trotzdem den Angeklagten und den Verein auf Grund derjenigen Beschuldigung der Anklage, welche, wie erwähnt, durch jene Vernehmung des Herrn Grün in Berlin entkräftet worden wäre. — Die Behauptung der Anklage, daß der „sozialdemokratische Wahlverein" eine „Fortsetzung" der früher auch hier als Verein gerichtlich geschlossenen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sei, wurde vom Gerichtshofe als unrichtig verworfen. — Der Angeklagte, der sich selbst vertheidigte, schloß mit den Worten: „Durch die ganze Anklage zieht sich wie ein rother Faden das Bemühen, gegen mich einzunehmen, weil ich Sozialdemokrat bin. Es wird hierdurch bestätigt, was ich wiederholt behauptet, daß auch dieser Prozeß ein politischer Tendenzprozeß ist. Eine Verurtheilung würde diese Annahme erhärten; schon deshalb bin ich von der Freisprechung des Vereins wie meiner Person überzeugt." — Herr Arnoldt dürfte seine Ansichten über den ostpreußischen Richterstand mit der Zeit doch vielleicht ändern.

Mainz, 30. März. „Der Fuchs verliert die Haare, aber seine Nauben nicht." Ein altes Sprüchwort das, nicht wahr? Macht einen Advokaten zum Papst oder Kaiser, er wird seine Advokatennatur nie verleugnen, im Gegentheil, sie wird ihm erst recht zu statten kommen. So geht es uns Mainzern mit unserm neuen Bürgermeister. Daß der alte Bürgermeister Wallau noch zu rechter Zeit zu seinen Vätern ging, habe ich Ihnen berichtet, doch noch nichts von unserm neuen Bürgermeister. Derselbe heißt Alexis Du Mont, ist von Mutter Natur körperlich etwas vernachlässigt und geistig nicht besonders bevorzugt. Mainz gratulirte sich bei seiner Wahl und wir hatten nichts dagegen. Vor dem verstorbenen Bürgermeister hat er bis jetzt weiter nichts voraus, als daß er Dr. der Rechte und Landtagsabgeordneter ist. In den Gemeinderathssitzungen spielt er den Unfehlbaren und behandelt die Gemeinderäthe als wären es seine Zöglinge. Geschieht ihnen auch ganz recht. Ein Jeder wird behandelt, wie er sich behandeln läßt. Auf seine Ordre wurde der Modus der Gemeinderathswahl geändert, wobei er die Bemerkung machte, „es könnten sonst unliebsame Persönlichkeiten in den Gemeinderath kommen." Wäre nicht nothwendig gewesen, Herr Doktor, ob wir neben Ihnen sitzen oder nicht, wir können Ihnen doch die Wahrheit sagen, denn sie meinten mit den „unliebsamen Persönlichkeiten" ja doch nur die Sozialdemokraten. Wie sehr der Herr Doktor die Wahrheit liebt als Advokat, Bürgermeister und Landtagsabgeordneter, davon ein Pröbchen in Folgendem:

„Darmstadt, 12. Febr. In den „Neuen Hessischen Volksblättern" finden wir folgende „Erwiderung": „Nach der „Darmstädter Zeitung" Nr. 30 (zweites Blatt) vom 30. Januar l. J. hat sich der Abgeordnete und Bürgermeister der Provinzial-Hauptstadt Mainz, Herr Dr. Du Mont, in der zweiten Kammer der Stände gelegentlich der Berathung über die Vorlage des Gr. Ministeriums des Innern, die Errichtung eines dritten Schullehrerseminars Alzey betreffend, unter Anderem in folgender Weise ausgesprochen: „Er habe es sich als Vorsitzender des Ortsschulvorstandes zur Aufgabe gemacht, die Volksschulen zu besuchen, dem Unterrichte beizuwohnen und die Kinder zu examiniren und habe gefunden, daß ein großer Theil der Lehrer in Mainz nicht geeignet sei." Darauf entgegnen die sämmtlichen unterzeichneten Lehrer der Volksschule zu Mainz, daß der Bürgermeister und Vorsitzende des Schulvorstandes, Herr Dr. Du Mont, in keiner Klasse der hiesigen Volksschule dem Unterrichte eines Lehrers beiwohnte und die Kinder examinirt hat, demgemäß nicht gefunden haben kann, daß ein großer Theil der Lehrer in Mainz nicht geeignet sei. Mainz, den 2. Februar 1878. Ahl, Andres, Bausemer, Gehry, Görtz J., Görtz Ph., Göth, Grimmel, Heiß, Heil, Kaufmann, Keil, Keßler, Kiesser, Kübel, Küßner, Lannert, Luft, Machenheimer, Martel, Müller, Munk A., Munk J., Rohaschek, Reißig, Schader, Schäfer, Schorn, Schneider, Siegrist, Staab, Stamm, Stenner, Winkler, Zimmermann." Die „N. H. B." bemerken hierzu: „Nachdem die „Darmstädter Zeitung", wie uns die geehrten Herren Einsender versicherten, „weil gegen ihr eigenes Referat polemisirend", obiger Erwiderung den Abdruck verweigert hat, so schenken wir derselben auf Wunsch hiermit unverkürzte Aufnahme, eingedenk unseres Wahlspruchs: „Gleiches Recht für Alle". Selbstredend würden wir darnach Solches in völlig gleicher Weise auch dem Herrn Dr. Du Mont gestatten, indem sich unserer Ueberzeugung nach alsdann sicherlich ein lediglich hier vorliegendes unliebsames Mißverständniß auf der einen oder anderen Seite herausstellen dürfte." Auch wir stellen selbstverständlich den Raum unseres Blattes Herrn Dr. Dumont zu seiner Erklärung gern zur Verfügung."

Solches war zu lesen am 14. Februar 1878 im „Neuen Mainzer Anzeiger". Heut haben wir den 30. März, von Herrn Du Mont ist aber noch keine Erklärung oder Widerruf erfolgt. Es würde ihm auch wenig nützen, denn 35 Lehrer erklären, daß Herr Dr. Du Mont die Unwahrheit gesagt hat. Anstatt seine Stellung dazu zu benützen, dem Lehrerstand eine würdige Stellung unter dem Volke einzuräumen und verschaffen zu helfen, beleidigt er ihn und schädigt dessen Ansehen. Ohne nur in eine Schule gerochen zu haben, erklärt Herr Du Mont, er habe unsere Volksschüler examinirt und ihre Lehrer nicht geeignet gefunden. Hat Herr Du-Mont überhaupt etwas zu examiniren in der Schule? Wir sagen nein! Und wenn? Ist Herr Du Mont „geeignet" zum Examiniren? Wir sagen noch entschiedener nein! Und wenn wir Herrn Dumont examiniren wollten, wir würden ihn zu noch Vielem mehr nicht geeignet finden, ohne die Unwahrheit zu sagen.

Heilbronn. Zur Zeit, als das Christenthum auftam, suchten die damaligen Machthaber die neue Lehre dadurch in Verruf zu

---

eigensten Kinder des Liberalismus" und zeigen in drastischen Formen, wie es um Recht und Freiheit bei uns steht.

Daß in sittlicher Beziehung unsere heute herrschenden Klassen denen zu Cäsar's Zeiten nicht voranstehen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Der „Vorwärts" selbst hat in letzter Zeit mehrfache Notizen gebracht, die nach dieser Seite eigenthümliche Streiflichter auf unsere Gesellschaftsretter werfen, und halten wir es nicht für nöthig, auf diesen Punkt des Weiteren einzugehen.

Auch die Kunst, diese schöne Blüthe des blühenden Menschengeistes, hat sich zum größten Theil längst hineinzerren lassen in den Reigen um das „goldene Kalb" und bricht ihre schönsten Knospen für den häßlichen Mammon.

Der Staat hat sein Gesicht verändert; er ist nicht der positiv schaffende Geist, nicht der Boden des Völkerlebens, auf den sich Alle stützen, aus dem Alle Kraft und Stärke saugen für die gemeinsame Arbeit; der Staat hat einen rein negativen Charakter angenommen, er beschränkt sich darauf, das nach seinem Begriffe Erlaubte abzugrenzen, und wehe Dem, der andere Ansichten über die Thätigkeit und Wirksamkeit des Staates selbst und über Freiheit und Recht zu haben sich herausnimmt.

Wie der römischen Welt nur das Christenthum als einziger Ausweg aus dem allgemeinen Verderben blieb, so muß jenes das Scepter der Weltherrschaft unzweifelhaft dem Sozialismus übergeben. In den zwei Jahrtausenden seiner Herrschaft hat das Christenthum nicht vermocht, die Menschen zu beglücken, der verheißene Himmel war nicht im Stande, den Hunger des Volkes zu stillen; kein einziges seiner Versprechen hat das Christenthum gehalten.

Wir ziehen es vor, den Himmel auf die Erde herabzuziehen und es uns hier möglichst gut einzurichten, unbekümmert um das, was mal nach dem Tode geschehen soll — Ereignisse, von denen kein Mensch zu erzählen weiß. Die schöne Aufgabe des Sozialismus ist es ja eben, die Welt sittlich zu erneuern, der Gesellschaft ein hohes sittliches Prinzip zu geben, das ihr abhanden gekommen ist. Dieser hohe Zweck rechtfertigt die Bestrebungen des Sozialismus und garantirt gleichzeitig den Erfolg dieser Bestrebungen.

bringen, daß sie alle Verbrechen, die begangen wurden, den Christen in die Schuhe schoben. Im Mittelalter mußten die Juden herhalten, und im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts hat man die Sozialdemokraten als Sündenböcke für alle Schlechtigkeiten ausersehen. — In dem nahen Weinsberg von der Weibertreu brennt vor einigen Tagen ein Schuhmacher mit 2 Paar Damenstiefeln und mit Leder zu 12 Paaren durch. Sofort wird ein Steckbrief gegen ihn erlassen und darin heißt es von dem Dieb: „soll Sozialdemokrat sein". — Den regelmäßigen Lesern dieses Blattes braucht nicht versichert zu werden, daß der Dieb kein Sozialdemokrat ist; die Leser des „Vorwärts" wissen, daß, wer die hohe und reine Lehre des Sozialismus begriffen hat, nicht nur eines Diebstahls, sondern überhaupt jeder moralisch verdammenswerthen Handlung unfähig ist. Aber dem Herrn Justiz-Assessor Kern gegenüber, der den fraglichen Steckbrief verübt hat, sei hiermit constatirt, daß die sozialistische Arbeiterpartei, so lange sie besteht, niemals Mitglieder in Weinsberg gehabt hat. Und für den Fall, der Herr Kern setzte in diese Versicherung Zweifel, so kann er bei dem Agenten der sozialistischen Arbeiterpartei in Heilbronn, Schreiner Kittler, Frauenweg Nr. 4, die gedruckten Abrechnungen unserer Partei einsehen und sich daraus überzeugen, daß er leichtsinnig und grundlos eine große Volkspartei beleidigt hat. Steht eine derartige Handlungsweise schon dem einfältigsten Spießbürger schlecht an — um wie viel mehr compromittirt sich durch sie erst ein Beamter, ein Diener des Volks.

Ein Heilbronner Sozialist.

Von der Wupper. Der Reichstag hat Ferien, die Boten eilen heim, um auszuruhen von ihrer Thätigkeit und auf den Lorbeeren ihrer Erfolge die Ostereier genießen zu können. Und mit ihnen kehrt der verdienstvolle (???) Abgeordnete des Wupperthales „Prell", weiland Mischmasch-Candidat der Fortschrittler, Durchschnittsliberalen, Pietisten und Ultramontanen des Thales, zurück, auf dessen rednerische Thätigkeit sich auch vergebens die stenographischen Berichte zu besinnen hätten. Aber was thuts? Immer noch muthet uns der Mann (trotz seiner Kautschuknatur, die es zuläßt, dieses Sammelsurium von Parteien zu vertreten) mit seinem Schweigen mehr an, als das aufgeblähte Wesen der Schwätzer und Stänker des Reichstages a la Lasker und Richter. Sieht man Leute solchen Schlages ihre übelriechenden Sophismen und Arroganzen aufs Neue wiederkäuen, dann findet man, daß die Würde eines Wupperthaler Muckers noch nicht die jämmerlichste von allen ist. Und dann versteht man die Fülle der Wahrheit des Goethe'schen Wortes:

„— denn Alles, was entsteht,
Ist werth, daß es zu Grunde geht,"

so recht zu würdigen.

Beim Styx! Abstrahirt man das kleine Häuflein Sozialisten und Demokraten von dem großköpfigen Ungeheuer Reichstag, so sieht man außer obigen beiden „Würdenträgern" verworrene Infallibilisten, verquickte Pietisten, alberne Witzbolde a la Braun, adlige Commisköpfe und Krautjunker, für die die Sonne der Aufklärung vergebens geschienen, und vor allen Dingen ein ganzes Rudel schmarotzender Interessenmenschen. Wahrhaftig, schöne Volksvertretung das! — Nun, wie kann's aber anders sein? Wie der Herr, so der Knecht. Erblicken wir nicht, daß ein sogenannter genialer Staatsmann es verstanden, die Verhältnisse für sich weitgehendst auszubeuten? Dieser Geniale soll zur Zeit, etwa vor 15 Jahren, noch ein Nichtreicher, Manche sagen geradezu, armer Teufel gewesen sein, heute aber ist er stein — stein — steinreich. Er bezieht außer seinem riesigen Gehalt und Einkünften der Dotationen große Einnahmen aus seinen manichfaltigen Fabrikanlagen. Wir waren immer bisher mit unserem beschränkten Unterthanenverstand der Ansicht, es wäre unstatthaft und verträge sich nicht mit den Prinzipien der Ehre und Sittlichkeit, daß ein Beamter auch noch sonstige gewerbliche Erwerbsquellen haben dürfte; jetzt sind wir aber eines Anderen belehrt. Würde aber ein Bürgermeister ein Baugeschäft oder eine Restauration anlegen, das freilich wäre unsittlich und da dürfte man erst recht die Worte anwenden;

„Wem man ein Amt gegeben hat,
Der dienet sich und auch vielleicht der Stadt."

Neuerdings soll der „Geniale" auch noch, wie verlautet, eine Pulverfabrik errichtet haben, und das Pulver zu unserer und der gesinnungstüchtigen (?) liberalen Blätter Freude soll so vorzüglicher Natur sein, daß die russische Regierung große Lieferungen davon bestellt. Schwarzseher und Uebeldeuter meinen nun: wie aber, wenn die Interessen des Staates und des Pulverfabrikanten, der die großen Aufträge empfangen, nicht gemeinsame, sondern geradezu entgegengesetzte sind? Nun dann macht der „Geniale" — ei was zum Teufel, russische und preußische Herrscherinteressen sind wie alle monarchische Interessen gemeinsame. — Und warum sollten die Herren Machthaber nicht längst herausgefunden haben, daß Rußland der wahre Hort der Monarchien ist, weil dort die Völker am wenigsten von der Cultur beleckt sind, und daß diese unaufgeklärten Völker sich eventuell am besten gegen europäische Freisinnigkeit verwenden ließen?

Schneeberg, 9. April. Obschon aus unserer Gegend lange kein Bericht einlief, sind wir doch nicht müßig gewesen, sondern haben fleißig im Interesse unserer Sache gewirkt. Unser junges Unternehmen, die „Erzgebirgische Freie Zeitung", macht die besten Fortschritte und haben wir bereits an 1000 Abonnenten aufzuweisen, was bei der Noth, die unter der Arbeiterbevölkerung herrscht, viel ist. Wir hoffen aber, daß mit der Zeit die Zahl der Abonnenten sich verdoppeln wird, zum größten Verdruß aller Sozialistentödter. Die Löhne sind hier, besonders in den Bergwerken, sehr miserabel und variiren zwischen 1 Mark 20 und 1 Mark 60 Pf. pro Tag für den erwachsenen Arbeiter. Wer nur einen winzigen Begriff von der anstrengenden und aufreibenden Arbeit der Bergleute hat, wird einsehen, daß ein derartiger Lohn mit der Arbeit in keinem Verhältnisse steht. Da wir schon seit längerer Zeit keine Versammlung abgehalten hatten, war es uns angenehm, daß uns unlängst Herr W. aus Leipzig besuchte und einige Versammlungen abhielt. Die erste fand in Schneeberg selbst am 6. d. M. statt und war von 7—800 Menschen besucht. Herr W. sprach 1) „über den Nothstand" und 2) „über die Presse". Obschon die Gegner sowohl vom Vorsitzenden als auch vom Redner selbst aufgefordert wurden, sich zum Wort zu melden und ihre gewöhnlich hinter dem Bierglase vorgebrachten Beschuldigungen gegen die Sozialdemokraten vorgebrachten Beschuldigungen zu beweisen resp. zu vertreten, getraute sich keiner aus der Saalecke, in welche sie sich zurückgezogen hatten, hervor und ließen den Vorwurf der Feigheit, der ihnen vom Redner in's Gesicht geschleudert wurde, ruhig auf sich sitzen. — Am 7. d., Nachmittags, sprach Herr W. in Bockau und am Abend desselben Tages in Zschorlau. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht. Besonders in letzterer waren, was hiermit lobend anerkannt sein soll, über hundert Frauen und Mädchen anwesend. Redner erntete in allen Versammlungen reichlichen Beifall, ein Beweis, daß die Wahrheit überall offene Ohren findet. Daß wir von Seite der Behörden nicht vergessen wurden, ist selbstverständlich. In Bockau z. B. waren blos vier Mann zur „Ueberwachung" erschienen, darunter der Obergendarm von Schwarzenberg und der Gendarm von Aue. Der Herr Obergendarm, welcher auch in Zschorlau war, erlebte dort ein kleines Fiasko. Die Anwesenheit der vielen Frauen und Mädchen mochte nicht nach seinem Geschmacke sein und veranlaßte ihn, den Redner während des Vortrags zu unterbrechen und, zur Versammlung gewendet, folgende Weisheit auszubringen: Hier ist eine Volksversammlung von Männern. Ich sehe aber viele Frauen und Mädchen anwesend und verlange im Namen des Gesetzes, daß dieselben den Saal verlassen, widrigenfalls ich die Versammlung auflösen werde. Herr W. protestirte auf das Entschiedenste gegen eine solche Maßregel und belehrte den Mann des Gesetzes eines Anderen. Kleinlaut gab dieser schließlich zu, daß die Frauen und Mädchen bleiben können, daß aber die Fortbildungsschüler den Saal verlassen müssen; das Dekorum mußte doch gewahrt werden. Unser „liberales" Emballagepapier, der „Erzgebirgische Volksfreund", welches doch über jede Kleinigkeit berichtet, nahm von den Versammlungen keine Notiz. Bei dem Redakteur müssen die Hiebe, welche die Scheerenredakteure erhielten, gesessen sein.

D.....ch.

An die Schuhmacher Deutschlands!

Collegen! Sieben Wochen sind verflossen seit der uns aufgezwungenen Arbeitseinstellung; mehrere brave Familienväter sahen sich veranlaßt, Frau und Kinder zurückzulassen und abzureisen, da sie die Gnade der Herren Fabrikanten verschmähten! Obwohl die Fabrikanten Alles aufbieten, die Strikenden zu veruneinigen, so fordern wir die Schuhmacher allerorts auf, uns in unserem Kampfe fort und fort thatkräftig zu unterstützen, denn wenn wir gezwungen werden, uns zu ergeben und wenn die Fabrikanten sehen, daß Offenbach, eine der größten Gewerkschaftsmitgliedschaften Deutschlands, den Kampf nicht bestehen konnte, dann wahrlich darf es die Collegen nicht überraschen, wenn ihnen ein Gleiches widerfährt und sie sich größere Lohnreduktionen gefallen lassen müssen. Und daß die Fabrikanten etwas derartiges planen, dafür kürgen uns deren öftere Conferenzen in Frankfurt a. M. Wir sind der besten Hoffnung, daß wir zum Siege gelangen, denn es ist viele Arbeit in den hiesigen Fabriken vorhanden und es herrscht die größte Einmüthigkeit unter uns, und obwohl 25 Familienväter unter uns sind, so hat doch noch keiner die Arbeit aufgenommen. Hilfe thut aber Noth.

J. Dworzak, Offenbach, Krimmersgäßchen Nr. 4.

Berichtigung.

In der in vorletzter Nummer des „Vorwärts" gebrachten Correspondenz aus Pforzheim ist irrthümlicher Weise als Erscheinungsort des „General-Anzeigers" statt Augsburg Pforzheim angegeben, was hiermit berichtigt wird.

Pforzheim, 15. April 1878. B.

Briefkasten

der Redaktion. Z. in P.: L. ist gegenwärtig verreist und kehrt erst in etlichen Tagen zurück. Dies zur Notiz auch Denjenigen, die Briefe direkt an L. gerichtet haben und etwa auf umgehende Antwort warten. — A. G. in Heilbronn: Ohne Entgelt können Sie die 200 verlangten Exemplare der betr. Nummer des „Vorwärts" nicht erhalten, da auch wir „kein Geld haben", um sie gratis liefern zu können. Den Schlußpassus Ihrer Correspondenz haben wir fortgelassen, weil dessen Abdruck ohne Zweifel uns und unter Umständen auch Sie in einen Prozeß verwickelt hätte. — Ch. W. in Berlin: Das Ostergedicht, welches Sie in der heutigen Nummer finden, war bereits zur Aufnahme bestimmt und auch gesetzt; das ist der Grund, weßhalb wir Ihr Gedicht nicht zum Abdruck bringen konnten.

Ein Parteigenosse wird freundlichst ersucht, im Briefkasten des „Vorwärts" eine Adresse anzugeben resp. Fabrik wo man Wasserwaagen-Libellen beziehen kann.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Sozialistisches
Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an den Sekretär C. Derossi, Holzdamm Nr. 42 in Hamburg. (w.)

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Zum Lernen und Belehren

für alle Parteigenossen und besonders zur Agitation bestens empfohlen:

Grundzüge der National-Oekonomie

von

C. A. Schramm.

Preis 25 Pfennig baar. — Porto zu Lasten der Empfänger.
Bei Partien entsprechender Rabatt.

Ueber den Inhalt dieses in populärster Sprache und klaren Beispielen gehaltenen Schriftchens, geben die nachfolgenden Kapitelüberschriften Aufschluß: 1. **Die Arbeit und ihre Eintheilung.** — 2. **Der Luxus.** 3. **Die Vertheilung des Arbeitsertrages.** — 4. **Der Werth der Waare.** — 5. **Der Werth der Dienstleistung.** — 6. **Falsche Werthvorstellungen.** — 7. **Der Preis.** — 8. **Das Kapital.** — 9. **Die Waare-Arbeitskraft.** — 10. **Die Produktion des Mehrwerthes.** — 11. **Profitrate und Ausbeutungsrate.**

Von demselben Verfasser liefern wir:

„Ein Wort zur Verständigung in der sozialen Frage".

Preis 20 Pfennig baar. — Porto einzusenden.
Bei Partien entsprechender Rabatt.

Das Schriftchen wurde vom Verfasser speziell an die bürgerlich-demokratischen Kreise gerichtet und ist sein sozial-politischer Inhalt ein historischer Beleg für die leidenschaftslosen Versuche unserer Partei, die Nothwendigkeit und Berechtigung unserer Bestrebungen allerseits begreiflich zu machen.

Die Expedition des „Vorwärts".

L'Egalité.

Journal républicain socialiste.

(Organe du parti socialiste en France.)

Paraissant tous les dimanches à Lagny (près Paris)
2, rue du Chariot d'Or.

Abonnement: 3 mois: 3 Mark; — 6 mois: 5 Mark; — un an: 10 Mark. — On s'abonne, soit à la poste, soit en envoyant le montant au journal à Lagny.

Wir empfehlen:

W. Liebknecht

Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie

insbesondere mit Bezug auf den Reichstag.

Preis per Exemplar 10 Pfg.

Es ist dies die Broschüre, welche zu dem in der Nummer 45 des „Vorwärts" erwähnten Rencontre zwischen dem Abgeordneten Richter und Liebknecht in der Sitzung des Reichstags vom 10. ds. Anlaß gegeben hat.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

Soeben erschien im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associationsbuchdruckerei zu Berlin, Eingetragene Genossenschaft, und ist durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Das

Brief-Geheimniß

vor dem

Deutschen Reichstag.

Nach den amtlichen stenographischen Berichten mit einem Nachwort von

W. Liebknecht.

Preis: 40 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Der

Deutsche Bauernkrieg

von

A. Bebel,

mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters in populärster Weise dargestellt.

Der Verfasser hat in dieser Gefängnißarbeit, besonders für die Arbeiter, welchen Zeit und Mittel fehlen, umfängliche und theure Geschichtswerke zu lesen, den großen Bauernkrieg in seinen gesellschaftlichen Ursachen geschildert. Sein Standpunkt ist der sozialistisch-materialistische, welcher Personen und Zustände, als das natürliche Produkt der vorhandenen materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft ansieht und beurtheilt. Wir glauben mit der weitesten Verbreitung dieses 280 Seiten groß Octav umfassenden Geschichtsbuches, unserer Sache aufs Beste zu dienen und stellen mit Rücksicht hierauf, den Baarpreis per Einzelexemplar auf M. 2.—, in Partien M. 1,75. — (Porto einzusenden.)

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstr. 12/II.

Im Verlage von **Wilhelm Röhl** in Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Erlebtes.

Skizzen und Novellen

von

Wilhelm Hasenclever.

Mitglied des deutschen Reichstags.

16 Bog. eleg. brosch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsendung von M. 1,20 direkt per Post franco.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Behandlung

der

Politischen Gefangenen in Bayern.

Prozeß Franz Rohleders.

Zusammengestellt nach stenographischen Berichten

von

Sigmund Politzer

Redakteur des „Zeitgeist".

Preis 20 Pfg.

Der Ertrag ist für die Frauen und Kinder Inhaftirter bestimmt.

Durch uns ist zu beziehen:

N. Tchernychewsky: L'Économie politique

jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.

492 pages. Prix 1,50 M.

Zur **Agitation** wie zur **Gewinnung** von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stck. 10 Pf., zu 30 Stck. 20 Pf., zu 60 Stck. 30 Pf., über 60 bis 300 Stck. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des **„Vorwärts"** von uns zu beziehen.

Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à ½ Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.

Leipzig. Expedition des Vorwärts.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
betr. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Hetz, 606 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.-Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Eng. 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Sqn.

Nr. 48. Freitag, 26. April. 1878.

Eine Lektion für die Sozialistenhetzer.

In Nr. 46 des „Vorwärts" haben wir in dem Leitartikel: „Die Renegaten an der Arbeit" einen geschichtsfälschenden Ausspruch des Demagogen Bamberger angeführt, der die barbarischen Mittel, welche die herrschende Gesellschaft eventuellen Falles gegen die sozialistische Propaganda anwenden wird, schon im Voraus vertheidigt. Wir hatten nur wenige Bemerkungen an diese Bambergerei geknüpft. Heute wollen wir etwas näher auf solche Anschauungen eingehen.

Während die sozialistische Partei sich schon seit mehreren Jahren mit Besonnenheit und Geschick an der Gesetzgebung betheiligt, während sie mit aller Kraft dahin strebt, bei den Reichstagswahlen immer größeren Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen, und somit zeigt, daß ihr an einer friedlichen Lösung der brennenden sozialen Frage der Gegenwart Alles liegt, hält man in den anderen politischen und Gesellschaftskreisen noch immer einen jeden Sozialdemokraten für einen Verbrecher, den man mit eisernen Ruthen zu züchtigen befugt sei.

Die soziale Frage, welche gelöst wurde innerhalb der Grenzen der Herrschaft des Grundbesitzes und des mobilen Kapitals, hat allerdings erst blutiger Stempel bedurft, ehe das mobile Kapital die Herrschaft erlangte, und dadurch — das Böse, welches diese Herrschaft mit sich brachte — auch die Leibeigenschaft aufhörte.

Jene blutigen Revolutionen hatten zweierlei Ursprung. Zunächst war die sogenannte geistige Revolution, das heißt die Erkenntniß, daß bei der Entwicklung der Gesellschaft das mobile Kapital, resp. die Bourgeoisie zur Herrschaft gelangen mußte, nicht genugsam durch Wort und Schrift gelehrt und verbreitet worden, und somit noch nicht allgemein in die Gesellschaft, nicht einmal völlig in denjenigen Theil, den es hauptsächlich anging, gedrungen; deshalb entstand der Widerstreit der Meinungen, deshalb das „Setzen auf eine Karte", auf die blutige Revolution. — Dann aber auch wurden zu Anfang diese Revolutionen selbst begünstigt durch den Adel und die hohe Geistlichkeit, als die Träger der Idee der Herrschaft des Grundbesitzes, weil man glaubte, vereint mit der Krone durch das ergebene Militär im Kampfe „die bürgerliche Kanaille", welche das goldene Kalb an Stelle der alten Geburtsrechte und Privilegien setzen wollte, niederzukartätschen und mit ihr die Idee der Herrschaft des mobilen Kapitals.

Daß man eine berechtigte Idee — und das war die Herrschaft des egoistischen Kapitalismus als Uebergangsperiode — nicht mit Waffengewalt vernichten kann, daran haben die Kapuzenträger und Krautjunker des vorigen Jahrhunderts nicht gedacht. Unsere jetzigen Adeligen sind klüger, sie benutzen die zum Siege gelangte Idee für sich und sind selbst glühende Anbeter des goldenen Kalbes geworden.

Die neue Idee, die Herrschaft der Arbeit — nicht der jetzigen Arbeiterklasse — braucht durch eine blutige Revolution nicht erst den Stempel zu erhalten, da durch ruhige gesetzliche Agitation die Erkenntniß, daß die Zerstörung des egoistischen Kapitalismus und die Herrschaft der Arbeit eine nothwendige Folge der Entwicklung der Gesellschaft geworden ist, unter den Massen eine derartige Ausbreitung gefunden hat, daß die neue Idee ohne Blut und Gewalt zur vollen Geltung gelangen kann. Ja, wir glauben sogar, auch gelangen wird.

Ohne Blut und Gewalt gelangen wird!? Ja, wenn der Fall nicht eintritt, daß die gegenwärtig herrschende Klasse, ähnlich wie vormals Adel und Geistlichkeit, in der Verzweiflung über ihre Ablösung in der Herrschaft blutige Umwälzungen selbst heraufbeschwört. In Frankreich hat die herrschende Gesellschaft allerdings 1848 und 1871 es an solchen Provokationen nicht fehlen lassen, doch haben jene Stürme keinen entscheidenden Einfluß auf die Feststellung der neuen Idee ausgeübt, da vielfach auch noch andere Beweggründe bei denselben und während derselben in den Vordergrund traten.

Wenn aber fernerhin die herrschende Gesellschaft, gewitzigt durch die Geschichte, erkennt, daß eine berechtigte Idee nicht durch Ermordung der Träger derselben erstickt, nicht durch den Donner der Kanonen zerstört werden kann, dann wird die Idee des vierten Standes, die Idee der Herrschaft der Arbeit, ohne weiteres Blutvergießen siegreich sein. Wir beneiden nämlich den dritten Stand, die Bourgeoisie, dann nicht um ihre blutigen Revolutionen.

Worin aber der Ursprung zu suchen ist, welcher zu blutigen Revolutionen treibt, darüber mögen alle diejenigen, auch Herr Ludwig Bamberger, ernstlich nachdenken, welche fortwährend gegen die Sozialdemokraten, gegen die Träger der Idee der Herrschaft der Arbeit, in frevelhafter Weise hetzen.

Zur sozialistischen Werththeorie.

Von Geo. C. Stiebeling.

Wenn ein Dritter sich in einen Streit einmischt, den Zweie mit einander führen, so geschieht es oftmals deshalb, weil er Keinem von Beiden ganz Recht geben kann, und weil er eine eigene Meinung über die Sache hat, von welcher er die Gegner überzeugen will. Auf diesen Grund hin greife ich in die zwischen dem Parteigenossen C. A. Schramm und Herrn Professor Dr. Schäffle obschwebende Controverse ein. Ich behaupte dabei einerseits, daß die Bedeutung, welche Schramm dem Wort „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" zuschreibt, nicht dem Sinn entspricht, in welchem es von Karl Marx gebraucht wird, andererseits, daß der gesellschaftliche Bedarf nicht, wie Schäffle glaubt, zur Bestimmung des Tauschwerthes dient.

Was den ersten Differenzpunkt betrifft, so sagt Schramm in Nr. 62 des „Vorwärts" vom 30. Mai 1877: „Die älteren englischen Oekonomen sehen den Werth einer Waare in der zu ihrer Herstellung aufgewendeten Arbeit. Die plötzliche Entwerthung einer Menge bisher mit der Hand hergestellten Waaren durch Einführung einer Maschine läßt diese Erklärung des Werthes als durchaus unzutreffend erscheinen; deshalb war es ein bedeutender Fortschritt, als der Amerikaner Carey den Werth dahin definirte, daß nicht die wirkliche, zur Herstellung der Waare aufgewendete Arbeit, sondern die zur Wiederherstellung aufzuwendende Arbeit die eigentliche Werthsubstanz bilde. Erst die Marx'sche Werthdefinition trägt der durch wechselnden gesellschaftlichen Bedarf eintretenden Werthsteigerung oder Entwerthung der Waare vollständig Rechnung, denn nicht die gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit, sondern die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bildet hiernach den Tauschwerth."

Soweit Schramm. Vergleichen wir damit, wie sich Marx selbst über den Begriff der „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit ausspricht: „Es könnte scheinen, daß, wenn der Werth einer Waare durch das während ihrer Produktion verausgabte Arbeitsquantum bestimmt ist, je fauler oder ungeschickter ein Mann, desto werthvoller seine Waare, weil er desto mehr Zeit zu ihrer Verfertigung braucht. Die Arbeit jedoch, welche die Substanz der Werthe bildet, ist gleiche menschliche Arbeit, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Die gesammte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werthen der Waarenwelt darstellt, gilt hier als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. Jede dieser individuellen Arbeitskräfte ist dieselbe menschliche Arbeitskraft wie die andere, soweit sie den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnitts-Arbeitskraft besitzt und als solche gesellschaftliche Durchschnitts-Arbeitskraft wirkt, also in der Produktion einer Waare, auch nur die im Durchschnitt nothwendige oder gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit braucht. Gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgend einen Gebrauchswerth mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensivität der Arbeit darzustellen. Nach der Einführung des Dampfwebstuhls in England z. B. genügte vielleicht halb so viel Arbeit als vorher, um ein gegebenes Quantum Garn in Gewebe zu verwandeln. Der englische Handweber brauchte zu dieser Verwandlung in der That nach wie vor dieselbe Arbeitszeit, aber das Produkt seiner individuellen Arbeitsstunde stellte jetzt nur noch eine halbe gesellschaftliche Arbeitsstunde dar und fiel daher auf die Hälfte seines früheren Werths. Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerths gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, welche seine Werthgröße bestimmt." (Siehe „Das Kapital", 2. Aufl., Seite 13 u. 14.)

Während also Schramm die Ansicht vertheidigt, daß unter dem Wort „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" nicht die gesellschaftliche Durchschnitts-Arbeitszeit zu verstehen sei, sagt Marx selbst ausdrücklich, daß gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit die im Durchschnitt oder gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bezeichnet, welche erforderlich ist, um mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensivität der Arbeit irgend einen Gebrauchswerth darzustellen. Demnach ist offenbar die Auffassung Schramm's eine irrige.

In Bezug auf den zweiten Differenzpunkt sagt Schäffle in seiner „Quintessenz des Sozialismus", 2. Auflage, Seite 32:

„Ganz besonders ist die sozialistische Werththeorie, welche bei der sozialen Bestimmung des Güterwerthes nur die sozialen Kosten — gar nicht den örtlich, zeitlich und sachlich wechselnden Nutzwerth — berücksichtigen will, total unfähig, das vom Sozialismus aufgestellte Problem der collektiv-kapitalistischen Produktion in irgend einer volkswirthschaftlichen Weise zu lösen." — Weiterhin auf Seite 47 steht zu lesen: „Es fragt sich nur: 1) theoretisch, ob der Vordersatz richtig ist, wonach gesellschaftliche Arbeitszeit das Werthmaß der Güter ist, — 2) praktisch, ob der geschlossene Sozialistenstaat die enorme Sozialbuchhaltung zu bewältigen, und ungleiche Arbeit auch richtig nach sozialen Arbeits-Einheiten abzuschätzen vermöchte. — Die erstere Frage muß vorläufig jedenfalls verneint werden; denn der Werth der Güter richtet sich ersichtlich nicht blos nach den Kosten, sondern auch nach dem Gebrauchswerth, d. h. nach der Dringlichkeit des Bedarfs. Ohne Berücksichtigung des wechselnden Gebrauchswerths verschiedenartiger Arbeiten und verschiedenartiger Produkte ist eine soziale Werthtaxe, welche an Stelle der Marktpreisbestimmung der Gegenwart auf volkswirthschaftliche Weise gesetzt werden könnte, schlechterdings undenkbar. Wie schon bemerkt, muß der Sozialismus seinen Fundamentalsatz vom sozialen Arbeitskostenwerth der Güter von Grund aus zu corrigiren verstehen. Das ist, dünkt uns, nicht unmöglich; wir lassen es dahingestellt. Aber der bloße Arbeitskostenwerth, wie er jetzt formulirt ist, macht die ganze Oekonomie des Sozialismus vorläufig zur Utopie. Wenn z. B. der Sozialbürger nach schlechter Ernte Brod verlangt, kann ihm der Sozialistenchef nicht Steine und nicht Kleider und nicht Vergnügen dafür bieten. Aber dem, welcher das besonders begehrte Brod verlangt, muß eine Taxe über dem Kostenwerth angesetzt werden, bei der er sich nach der Decke streckt, damit das Mangelnde, aber Begehrtere, für Alle wenigstens zur Noth reichen könne. Also der Sozialwerth („Tauschwerth") muß nicht blos als Kosten-, sondern zugleich als wechselnder Gebrauchswerth bestimmt sein; Sozialbedarf und Sozialproduktion gerathen sonst in eine heillose quantitative und qualitative Disharmonie, die Niemand bewältigen könnte."

Darauf habe ich in der Newyorker „Arbeiterstimme" (Nr. 38 und 39 vom 16. und 28. September 1877) folgende Entgegnung geschrieben (die nächste Nummer des „Vorwärts" bringt dieselbe. R. d. „V.").

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Unter den vielen Vorlagen, die der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt (30. April) zu erledigen haben wird, befinden sich auch mehrere von den sozialistischen Abgeordneten eingebrachte: so das von den Abgg. Blos und Most vorgelegte Gesetz betr. die Abänderung des Reichsstrafgesetzbuchs; das von Kapell und Most eingereichte Gesetz betr. die Vereins- und Versammlungsfreiheit; das von Most vorgelegte Gesetz betr. die Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes. Alle diese Gesetzes-Anträge gelangen zur ersten Berathung. Zur zweiten Berathung kommen: der von Liebknecht und Hasenclever vorgelegte Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des ersten Absatzes des Artikels 31 der Verfassung; das von Blos und Most entworfene Gesetz betr. die Abänderung des Wahlgesetzes und des Wahlreglements für den Reichstag; das von Bracke eingereichte Gesetz betr. die Heranziehung der Militärpersonen zu Communalabgaben. Ferner haben Blos und Most noch den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes gestellt, welches den Umfang und die Zahl der Reichstagswahlkreise nach den Ergebnissen der letzten amtlichen Volkszählung regelt; und Liebknecht und Bracke beantragen die Abänderung des § 46 der Geschäftsordnung. Wie die Reichstagsmajorität sich zu diesen Gesetzentwürfen und Anträgen der sozialistischen Abgeordneten stellen wird, ist unschwer vorauszusehen — sie wird dieselben, unbekümmert darum, daß sie nur Ersprießliches und Gutes zu schaffen bestimmt sind, verwerfen, verwerfen weil sie von Sozialisten eingebracht sind.

— Die Prügelpädagogen haben es trotz der glänzenden Abfertigung, die ihnen durch Sack zu Theil wurde, abermals gewagt, mit ihren Knutenthesen hervorzutreten. Es haben nämlich die geschäftsführenden Ausschüsse des deutschen Lehrervereins und des zweiten deutschen Lehrertages zur Vorberathung für die diesjährigen Verhandlungen auf dem deutschen Lehrertag zu Magdeburg (11. bis 13. Juni) den Lehrervereinen des deutschen Reichs folgende Thesen zum Antrag auf Abänderung der §§ 223, 230 und 232 des Reichsstrafgesetzbuches unterbreitet:

„1) Es ist ein hervorragendes Interesse des Staats, daß der Lehrer als Miterzieher für jede, mit Kindern gesegnete Familie aus Furcht vor strenger Anwendung der zur Zeit bestehenden Strafbestimmungen auf die Ausübung des Züchtigungsrechts derselben gegen Gewissen und beschworene Pflicht da die körperliche Züchtigung nicht unterlasse, wo sie nach sorgsamer Erwägung und pädagogischer Erfahrung angezeigt ist. Dieselbe ist aber auch eine Consequenz des allgemeinen Schul- und Lernzwangs, welch ersterer den Ausschluß bösartig angelegter Naturen unmöglich macht und welch letzterer gesteigerte Leistungen vorschreibt, ferner vielfach ungünstiger äußerer Schulverhältnisse und des Mangels an entsprechender häuslicher Unterstützung des Schulzwecks. 2) Die körperliche Züchtigung sei als Ausfluß wahrer, erziehlicher Liebe gerecht und der Individualität, wie den Verhältnissen angemessen und finde ihre Grenzen an dem Maße einer vernünftigen elterlichen Bestrafung. 3) Der qu. Antrag hat weder die Tendenz, der körperlichen Züchtigung Vorschub zu leisten oder dieselbe zu verallgemeinern, noch eine thatsächliche Ueberschreitung derselben in Schutz zu nehmen. Die körperliche Bestrafung soll nur in gesetzlichen Schutz genommen werden, wo sie zur Bekämpfung tiefgewurzelter Charakterfehler, zur Abdämmung von Verstocktheit, Bosheit, Vergehungen gegen sittliche und staatliche Gesetze nach Erschöpfung aller anderen Besserungsmittel als unausweichlich erkannt werden muß. 5) Eine „vorsätzliche Körperverletzung" von Seiten eines Lehrers als richterlichen Entscheidungsgrund zur Geltung zu bringen, ist eine tiefe moralische Schädigung des Lehrerstandes, welche je mehr und mehr die Aufrechterhaltung entsprechender Zucht in den Jahren erziehlicher Gewöhnung unmöglich macht. 6) Wo eine „fahrlässige Körperverletzung" zur Einschreitung vorliegt, oder vorzuliegen scheint, da verlange das Gesetz als Grundlage für richterliche Beurtheilung nicht nur ärztliche, sondern auch pädagogische Begutachtung, letztere seitens der zuständigen Schulbehörden, damit eifrige und gewissenhafte Lehrer nicht durch frivole Anklagen um die ihnen zu segensreichem Wirken nothwendige Achtung in der Oeffentlichkeit gebracht werden können."

Um die Redensarten von „pädagogischer Erfahrung", „erziehlicher Liebe", „moralischer Schädigung des Lehrerstandes" ganz würdigen zu können, muß immer daran festgehalten werden, daß die oben angeführten Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs mit dem Züchtigungsrecht der Lehrer insofern nichts zu schaffen haben, als sie nur den Mißbrauch dieses Rechts, die Körperverletzung, verfolgen. Diese Paragraphen aufheben wollen, heißt nichts weiter, als den leider häufig genug anzutreffenden brutalen Elementen in der Lehrerschaft die Zügel schießen lassen. Und wie kommen gerade die Lehrer dazu, den Mißbrauch eines Rechts für sich außer Verfolgung setzen zu wollen, während das Gesetz doch selbst die den Kindern aus tausendfältigen Banden der Natur weit näher stehenden Eltern wegen eines solchen Vergehens belangt? Mögen die Götter und der Reichstag uns gnädigst vor dem „pädagogischen" Knüppelregiment bewahren, wie es sich in obigen „Thesen" breit macht.

— Wie der Staat der „Intelligenz" mit politisch Gefangenen umspringt, darüber ein weiteres Pröbchen zu den vielen, die wir schon gebracht haben. Die „Berliner Freie Presse"

schreibt: „Nach einjähriger Gefängnißhaft sollte unser Genosse Julius Dolinski am 20. April das idyllische Plötzensee vorläufig verlassen, weil die gegen ihn nachträglich erkannten Strafen noch nicht rechtskräftig sind. Er und wir hofften dies um so mehr, als Dolinski während seiner langen Haft ganz bedenklich an seiner Gesundheit gelitten hat und er gegenwärtig im Lazarethe liegt. Thörichter Wahn; heute früh erfuhren wir, daß er aus der Haft nicht entlassen wird, sondern im Gegentheil wieder nach der Stadtvoigtei in Untersuchungshaft gebracht werden soll! Eine persönliche Vorstellung bei dem Stadtgerichtsdirektor Herrn Reich ergab blos, man möge vorläufig, auf ein ärztliches Attest gestützt, die Freilassung gegen 3000 M. Kaution einmal beantragen, andererseits würde Dolinski, wenn seine Krankheit ärztlich nachgewiesen, in die Krankenanstalt überführt werden. — Gewundert haben wir uns über diese neueste Erfahrung im Gebiete des Strafverfahrens gegen Sozialdemokraten nicht, uns ist heute eben Alles begreiflich; die Wogen der reaktionären Strömung haben längst den letzten Damm vergangener freiheitlicher Regung hinweggeschwemmt. Wenn unser Genosse Dentler auf Lebensgefahr in der Gefängnißzelle behalten und dann als Gefangener todtkrank nach der Charité gebracht wird, trotzdem 11 Tage zuvor ein Medizinalrath im Anschluß an frühere Atteste bekundet, die Gefängnißhaft müsse dem Kranken den Tod bringen; wenn unser Genosse Finke fünf Monate in Untersuchungshaft sitzt und ihm in der Appellinstanz, trotzdem das erstinstanzliche Urtheil auf Grund des Gesetzes geändert wurde, diese Untersuchungshaft nicht angerechnet wird, ist es denn da nicht natürlich, daß Dolinski vom Plötzensee nach dem Molkenmarkt geschafft wird, um dort abzuwarten, bis seine Strafe „rechtskräftig“ wird? Und wenn sein kranker Körper dadurch, daß er aus der Zelle am Plötzensee in die dumpfe, miasmenschwangere Zelle am Molkenmarkt geworfen wird, auch noch so sehr leidet, die Reaktion hat höhere Ziele, als sich darum zu kümmern.“

Und wohlgemerkt, noch ist die Reaktion nicht am Ziele; ihre Wünsche steigern sich und unverhohlener als je zuvor läßt sie die Absicht durchblicken, nach Möglichkeit die absolute Herrschaft einzuführen und dem Volke neben Aufbürdung aller erdenklichen finanziellen Lasten ein Recht nach dem andern zu schmälern oder wohl gar ganz zu rauben. Aber daß die reaktionären Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür bürgt das wachsende Verlangen des arbeitenden Volkes nach politischer Freiheit und ökonomischer Gleichheit. Und je stärker der Druck von Oben, je mächtiger bekanntlich der Gegendruck von Unten.

— Nach Berichten aus Christiania (Norwegen) sollen dort Arbeiterunruhen stattgefunden haben. Ursache — Lohnreduktionen, mit denen mehrere Fabrikanten den Arbeitern wahrscheinlich eine Osterfreude bereiten wollten. 5—6000 Menschen sollen sich in der Absicht zusammengerottet haben, die Fabriken der betreffenden Fabrikanten zu demoliren. Das Alles ist zu lesen in Bourgeoisblättern; da dieselben aber in der Regel das Blaue vom Himmel herunterlügen, wenn es gilt, gegen die Arbeiter zu Felde zu ziehen, so wird wohl ein Genosse in Norwegen die Freundlichkeit haben, uns Genaueres über die „Unruhen“ mitzutheilen.

— In den englischen Baumwollendistrikten sind 45,000 Arbeiter mit ihren Familien, zusammen 120,000 Personen, von den Fabrikanten zum Strike gezwungen worden. Die Fabrikanten, in deren Interesse es ist, daß die aufgespeicherten und entwertheten Vorräthe gelichtet werden, provoziren die Arbeitseinstellung durch die Forderung einer Lohnreduktion von 10 Prozent. Die Arbeiter wären in Anbetracht der schlechten Zeiten vermuthlich darauf eingegangen, wenn sie eine Garantie gehabt hätten, daß nicht sofort eine weitere Reduktion folgen würde. Da diese Garantie nicht gegeben, im Gegentheil sehr bezeichnend von der Unmöglichkeit eines dauernden Abkommens gesprochen ward, so entschlossen sich die Arbeiter zum Aeußersten und legten die Arbeit nieder. Und die Bourgeoisblätter gestehen jetzt cynisch ein, daß den Fabrikanten mit diesem Strike ein Gefallen geschehen sei.

Daß ein Strike provozirt ward, anstatt die Arbeitszeit abzukürzen — wodurch in Bezug auf die Beschränkung der Produktion das Nämliche erreicht worden wäre — ist dem Einfluß der Großfabrikanten zu verdanken, die genau wissen, daß ein längerer Strike die kleineren Fabrikanten zu Grunde richtet, während bei short time (kurzer Arbeitszeit) die Großen mindestens ebenso leiden, wie die Kleinen. Die Herren Großfabrikanten machen mit diesem Strike also ein doppeltes Geschäft. Das unsägliche Elend, das über Hunderttausende von Arbeitern gebracht wird — denn die Zahl der Strikenden wird sich unzweifelhaft noch vermehren — stört natürlich nicht den Schlummer und die Freude der Herren Bourgeois. Wir fragen aber: kann man sich widersinnigere, gemeinschädlichere, demoralisirendere Zustände denken? — In nächster Nummer bringen wir einen ausführlichen Bericht.

— Die bodenlose Niedertracht der russischen Gewaltherrschaft wurde durch die jüngste Gerichtsverhandlung gegen die muthige Russin Vjera Sassulitsch, die bekanntlich freigesprochen wurde, in ihrer ganzen Größe aufgedeckt. Man schreibt uns: „Die „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit) läßt sich folgendermaßen aus: Nicht die Nihilistin Vjera Sassulitsch, sondern die geknebelte öffentliche Meinung ist frei geworden, und fügt hinzu: „Nur die sinnlose Grausamkeit, mit welcher man 10 Jahre lang eine Unschuldige gemartert, konnte dieses schmächtige 27jährige Mädchen zu einem Mordversuch auf den allmächtigen Liebling des Czaren, den Polizeichef Treppoff bestimmen. Als Freundin der Schwester des politischen „Verbrechers“ Netschajeff wurde sie in Moskau von der Schulbank in ein Petersburger Gefängniß geworfen, worin sie ohne Verhör in zweijähriger Einzelnhaft schmachtete. Wegen Mangel an Beweis entlassen, hat man sie in einigen Tagen ohne allen Grund in der Wohnung ihrer Mutter, einer Kapitänswittwe, wieder arretirt, um sie in Folge der sogenannten administrativen Verbannung acht Jahre lang von Ort zu Ort zu schleppen. Kaum hat sie in einer Stadt eine jämmerliche Lebensstellung errungen, so wurde sie polizeilich nach einer andern dirigirt. So gelangte sie per Schub nach achtjähriger Trennung zu ihrer Mutter nach Petersburg zurück und die unwürdige Behandlung des eingekerkerten, ihr persönlich gar nicht bekannten Nihilisten Bogoljubow, die sie in der Zeitung las, reifte den längst gehegten Vorsatz zur That, den verhaßten Treppoff zu tödten. Unter dem Vorwande einer Bitte um ein Sittenzeugniß behufs ihrer Anstellung als Hebeamme, erlangte sie eine Audienz bei ihm und jagte ihm in nächster Nähe eine Kugel aus einem sechsläufigen Revolver in den Unterleib. Der Polizeichef, von seiner Wunde genesen, erschien nicht bei der Gerichtsverhandlung, reiste aber, seines Amtes enthoben, zur völligen Herstellung seiner Gesundheit nach Odessa. Als das Schöffengericht die Angeklagte Vjera Sassulitsch trotz aller gravirenden Indicien freisprach, erscholl ein minutenlanger Jubelruf. Das Volk hob sie in einen Wagen und lawinenartig wuchs ihre Begleitung. So wurde es der Polizei ein Leichtes, eine turbulente Straßenscene herbeizuführen, wobei ein Student erschossen wurde und Vjera Sassulitsch, wahrscheinlich hinter den Mauern eines Gefängnisses, verschwand.“

So nimmt sich das Rußland aus, welches gegenwärtig im Orient in „Civilisation“ macht.

Weiter: In der Universitätsstadt Kiew war gegen einen Staatsanwaltsgehülfen ein Mordversuch gemacht worden. Die Polizei fand bei einem Studenten einen Revolver, ergo mußte der Student der Attentäter sein — er wurde verhaftet. Nach dem einstimmigen Urtheil der Kameraden des Verhafteten, die ihn als einen ruhigen und fleißigen Menschen schilderten, war der Verhaftete unschuldig, sie versuchten daher, ihn durch eine Petition zu befreien. Für diese in Rußland unerhörte Kühnheit wurde eine größere Anzahl der Petenten — es heißt 140 — relegirt und, wie es ferner heißt, sogar gefangen nach Moskau gebracht. Offenbar mit dieser Verhaftung in Zusammenhang steht die folgende Depesche, welche aus Petersburg kommt und vom 17. April datirt:

„Aus Moskau eingetroffene Privatnachrichten melden: Bei dem am 15. April von 3000 Studenten und Arbeitern gemachten Versuche, die aus Kiew eingetroffenen gefangenen Studenten zu befreien, wurden 12 Studenten getödtet, 25 verwundet und über 100 verhaftet.“

Auf alle diese brutalen Gewaltakte haben wir als Antwort nur einen Wunsch: ein Plewna dem infamen russischen Regime.

— In das Waffengetöse, welches die englischen und russischen Zurüstungen zu dem fast unvermeidlichen Kriege zwischen den beiden Mächten verursachen, tönen noch immer die offiziellen Friedensschalmeien hinein, und Jeder mag, je nachdem er optimistisch oder pessimistisch beanlagt ist, daraus den Schluß auf eine friedliche oder gewaltsame Lösung der sogenannten Orientwirren ziehen. Für uns, die wir uns in dieser Frage mehr dem Pessimismus zuneigen, ist soviel klar, daß es zum Kriege kommen wird, wenn Rußland nicht nach den Wünschen Englands in eine Aenderung der Friedensstipulationen von San Stefano einwilligt. Interessen stehn eben gegen Interessen. Der „ehrliche Makler“ von Varzin sucht zwar nach Kräften abzuwiegeln, und er weiß auch warum. Denn wenn nicht alle Anzeichen trügen, so steht Frankreich auf dem Sprunge, seiner bislang beobachteten Reserve zu entsagen und gemeinsame Sache mit England zu machen, was unzweifelhaft den Anschluß Italiens und Oestreichs an die englisch-französische Allianz, also eine europäische Coalition zur Folge hätte. Eingekeilt zwischen diese verbündeten Mächte und Rußland wird der „größte Staatsmann“ Europas sich zu entscheiden haben — das deutsche Volk darf ja, oder besser: will ja nicht mitreden — ob er das Heil Deutschlands für den russischen „Erbfreund“ in die Schanze schlagen will. Das ist vielleicht sehr schwarz gesehn, aber die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit einer derartigen Zuspitzung der politischen Situation Europas ist kaum anzuzweifeln.

— Zu Ostern ist der Partei ein neues Organ erstanden: der „Coburger Volksfreund“, dessen Probenummer in gefälliger Ausstattung und mit ansprechendem Inhalt uns vorliegt. Wir heißen den neuen Kämpfer in unseren Reihen willkommen.

— Der Redakteur der „Bergischen Volksstimme“, Genosse Heiland, hat am 16. April eine Haft von 3½ Monaten angetreten, die er wegen Majestäts- und Bürgermeisterbeleidigung zuerkannt erhalten hat.

Fortschrittliche Taktik.

Die „Leipziger Volkszeitung“, Organ für Schwindsüchtige und alte Weiber, gerieth über die moralischen Peitschenhiebe, die Genosse Liebknecht dem fortschrittlichen Phrasendrescher Eugen Richter im Reichstage verabfolgte, ganz aus dem Häuschen. In ihrer Berserkerwuth brachte sie eine auf die erwähnte Reichstagssitzung bezügliche Notiz, in welcher sie von einem „widrigen Zwischenfalle“, den Liebknecht herbeigeführt haben soll, spricht. Die Redaktion dieses saubern Blattes, welche sich seinerzeit bei der Redaktion der „Fackel“ in einem vier Seiten langen Briefe über die „persönlichen Angriffe“ bitterlich beschwerte und in widerlich winselnder Weise um Unterlassung derselben bettelte, erwähnte des provokatorischen Auftreten Richter's mit keiner Silbe, erging sich dagegen in der gemeinsten Weise gegen Liebknecht, der es wagte, gegen die fortschreiterischen Heiligen Richter, Duncker und Compagnie, energisch vorzugehen. Die Gelehrten der „Volkszeitung“ nehmen den Mund voll „sittlicher Entrüstung“ und schreiben, nachdem sie dem großen Duncker eine Mitleidsthräne geweint, in der unverfrorensten Weise folgenden Satz: „Ob parlamentarisch oder nicht — Pfui!“ Wir müssen gestehen, daß das „Pfui“ der „Volkszeitung“ für Liebknecht das ehrendste Zeugniß ist, weil durch dasselbe bewiesen wird, daß er den richtigen Punkt getroffen und die, die Interessen des Volkes schnöde verrathenden Fortschreiter ganz aus der Fassung gebracht hat. Daß es der edlen „Volkszeitung“ auf eine Lüge mehr oder weniger nicht ankommt, beweist der Schluß der erwähnten Notiz, welcher besagt, daß der „durchaus unmotivirte und zur Sache durchaus nicht gehörige“ persönliche Ausfall Liebknecht's gegen Franz Duncker, in der Reichstagssitzung am Mittwoch, nicht allein in allen liberalen und conservativen Parteien des Reichstags Entrüstung hervorgerufen hat, sondern daß auch die eigenen Parteigenossen Liebknecht's, namentlich Auer und Motteler, ihre entschiedene Mißbilligung und Indignation zu erkennen gaben. — Daß diese Behauptung eine schamlose Lüge ist, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Genosse Motteler sandte der „Volkszeitung“ zur Berichtigung obiger Unwahrheit folgende Zuschrift ein: „Die Nr. 85 Ihres Blattes bringt eine Notiz über einen „widrigen Zwischenfall“ in der letzten Donnerstagsitzung des Reichstags, zu deren Schluß der Abgeordnete Liebknecht wegen Erwähnung des Namens „Duncker“, als eines Charakteristikon des Fortschritts und seiner politischen Heuchelei, vom Präsidenten zur Ordnung gerufen und von mir mit entschiedener Mißbilligung und Indignation bedacht worden sein soll. Ich kann Ihnen nun aber erklären, daß Ihr Herr Correspondent vollständig falsch unter-

---

Die russischen Siege.

Von A. Bl.

Der größte Theil unserer „liberalen“ Presse wimmelt gegenwärtig von „sittlicher Entrüstung“ gegen England, das die „humanitären“ „Cultur“-Erfolge der russischen Siege — wie z. B. die Annexion Bessarabiens und Armeniens, die colossale Kriegsentschädigung, welche der schon ohnehin zerrütteten Türkei den Todesstoß versetzen muß ꝛc. — nicht absolut und im ganzen Umfange zugeben will. Rußland habe der „Befreiung“ der Balkanslaven Opfer gebracht und verdiene es daher „gerechterweise“ eine Entschädigung — durch Vergrößerung der eigenen Macht. Die Herren „Liberalen“ können in ihrer berufsmäßigen Kurzsichtigkeit resp. wollen in ihrer ebenfalls berufsmäßigen Böswilligkeit gar nicht einsehen, daß erstens die türkischen Slaven durch die russische „Befreiung“ nicht mehr und nicht weniger als aus dem Regen in die Traufe gerathen, und zweitens, daß die Vergrößerung der politischen Macht Rußlands nicht nur keine Belohnung für die ungeheuren Opfer des russischen Volkes, sondern vielmehr eine furchtbare Strafe in sich enthält und zwar nicht nur für das russische Volk allein, sondern auch für alle Culturvölker mit.

Was die „Befreiung“ der Slaven anbetrifft, so ist sie nichts als eine schnöde Lüge, welche nur dazu dienen sollte, die Verwirklichung resp. Stärkung der selbstsüchtigsten, despotischen Interessen des Czars — Eroberungen und innere Knechtschaft — zu fördern. Um die „unglücklichen slavischen Brüder“ kümmert sich die russische Regierung blutwenig; sie kümmert sich ja nicht einmal um das Wohl der „eigenen slavischen Kinder“. Und in der That, die türkischen Slaven wurden durch ihre „Befreiung“ nur aus dem „fremden“ türkischen Joch befreit um unter das „brüderlich“ russische zu kommen.

Was dagegen die „gerechte Belohnung des russischen Volkes für die dargebrachten Opfer“ anbelangt, so ist sie einzig und allein direkt dem russischen und indirekt den übrigen Machthabern Europas zu Gute kommen, sie ist also ein Unheil für das russische und für alle anderen Völker.

Das politische Leben aller Culturvölker bildet eine einzige Kette, in welcher die einzelnen historischen Erscheinungen die Ringe darstellen. Jeder Ring, den ein Schlag trifft, pflanzt den empfangenen Eindruck auf die anderen Ringe fort, jede historische Erscheinung im Leben eines Volkes übt ebenso einen gewissen Einfluß auf die Nachbarvölker. Diesen Umstand lassen die Herren „Liberalen“ überall da außer Acht, wo ihre Interessen nicht unmittelbar berührt werden. Daß eine — wie sich Guido Weiß einmal trefflich ausdrückte — bonapartistische „Kaiserei“ in Frankreich einen baldigen Krieg mit Deutschland unvermeidlich machen muß, dies leuchtet diesen Herren ein. Daß aber der Despotismus in einem großen Staate die freiheitliche Entwicklung der Nachbarvölker hemmt, so daß z. B. die Balkanländer sich keine Verfassung à la Schweiz geben können; daß der politische Despotismus in Rußland den reaktionären Rückgang im politischen Leben Deutschlands und Oesterreichs fördert, und daß im Gegentheil mit dem Zusammenbruch der Gewaltherrschaft in Rußland die letzte große Stütze der deutschen und österreichischen Reaktionäre verloren geht — dies können resp. wollen die „Liberalen“ trotz der Erfahrung vom Jahre 1848 nicht begreifen . . . Ja, das reaktionäre Rußland bildet die größte Stütze der Reaktion seiner Nachbarländer, und dieses reaktionäre Rußland erstarkte durch die Siege der russischen Armee besonders nach dem Eintreffen der russischen Garde auf dem Kriegsschauplatz ungemein.

Sehr Wenige erkannten die Bedeutung der Mobilisirung der russischen Garde. Die russenfreundliche Presse gab die diesbezügliche Nachricht fast ohne Nebenbemerkungen wieder, die russenfeindliche dagegen spottete, der „nordische Coloß auf thönernen Füßen“ zöge schon den „letzten Mann“ heran. Man bedachte nicht, welch eine Unkenntniß der russischen Verhältnisse in dem Satze liegt: „Rußland — das strengstaatlich organisirte Land von 90 Millionen Einwohnern, worunter 60 Millionen slavische Russen zu zählen sind — zieht mit dem dritten Hunderttausend seinen letzten Mann ein!“ Nein, der Grund der Garde-Mobilisirung liegt viel tiefer.

Die Hauptstadt eines jeden Landes bildet gegenwärtig zugleich das Bildungscentrum desselben, und je größer und politisch centralisirter der Staat, desto bedeutender der intellektuelle und in Folge dessen auch der politische Schwerpunkt, der in der hauptstädtischen Bevölkerung liegt. Die übrigen Städte eines centralisirten Landes verlieren mit der größeren Entfernung von der Hauptstadt auch an wissenschaftlicher und politischer Bedeutung. Nur wenige bedeutende industrielle und Handelspunkte, wie z. B. Marseille, Lyon ꝛc. leiden nicht vollständig unter dem Einfluß der Entfernung von der Hauptstadt, stehen aber jedenfalls hinter dieser zurück.

Und in der That, Petersburg ist nicht nur der Sitz des Verwaltungshauptes, sondern auch zugleich das Centrum der russischen Civilisation. In dieser Beziehung kann nicht einmal die alte Landeshauptstadt Moskau mit ihm concurriren. Die Repräsentation der wissenschaftlichen Bildung in Moskau ist im Allgemeinen byzantinisch-slavischer Natur und darum geistig schwächer als die Petersburgs, welche im Großen und Ganzen von universell-freiheitlichem Geiste durchdrungen ist. Das beweist einerseits der beschränkte politische Sinn der Moskauer „Intelligenz“ und andrerseits die sogenannten „nihilistischen Umtriebe“, die hauptsächlich in Petersburg ihren Stützpunkt haben.

Das ist der Umstand, welcher die russische Regierung gezwungen hatte, bei der Constituirung der „Aktionsarmee“ die kaiserliche Garde außer Acht zu lassen. Diese mußte die „Ordnung“ im Reiche überwachen; der Garde, welche sich natürlich der größeren Gunst des Herrschers erfreut, konnte man diese „heilige Mission“ eher anvertrauen, als den sogenannten Linientruppen.

(Schluß folgt.)

— Ein enfant terrible. Der von uns schon unzählige Male nach Gebühr behandelte Phrasendrescher Eugen Richter, welcher unlängst im Reichstage von Liebknecht auf so treffende Weise abgefertigt wurde, wird von der „Deutschen Union“ mit folgenden wohlverdienten Jagdhieben traktirt:

„Das enfant terrible der Fortschrittspartei, Herr Richter, fährt fort, den Reichstag mit seinen Schulmeisterreden zu terrorisiren. Es bedarf nicht von unserer Seite der Abwehr des Gedankens, als wenn wir nur eine Spur von Sympathie für die Sozialdemokratie hätten, das hindert uns aber nicht, sie gegen solche großm..... Bekämpfer wie Herr Richter in Schutz zu nehmen. Wir bitten unsere Leser, uns solchen unparlamentarischen Ausdruck zu verzeihen, ist er doch gegen den unparlamentarischsten aller Reichsparlamentarier gerichtet: Wenn Herr Liebknecht sagt: „sein Tadel würde uns zur Ehre gereichen, sein Lob würden wir uns verbitten“, so stehen mit dieser Beurtheilung die Sozialdemokraten schon lange nicht allein. Es ist keine Partei mehr, die nicht ähnlich denkt, wenn sie auch nicht den Muth hat, wie Herr Liebknecht, es öffentlich auszusprechen. Es wird sich auch bald die Regierung selber für berechtigt halten, einen Ruhm darin zu sehen, von Herrn Richter getadelt zu werden. Die parlamentarische Redefreiheit ist längst in Gefahr, durch denselben Herrn compromittirt zu werden. Die Nation wendet sich mit Unwillen von dem Mißbrauch solcher

richtet worden ist, denn ich habe Liebknechts Vorgehen, nach den wiederholt anmaßenden und provokatorischen Angriffen des Herrn Richter, die mit der Tagesordnung in keinem Zusammenhange standen, nicht nur nicht mißbilligt, sondern sofort meine rückhaltslose Zustimmung zu dieser Abfertigung der fortgesetzten händelsüchtigen Richter'schen Schulmeistereien ausgedrückt." — Um diese gewiß verständliche Erklärung windet sich die „Volkszeitung" folgendermaßen herum: In acht Zeilen wickelt sie die, für sie freilich sehr unliebsame Geschichte ab, wobei sie noch immer frech genug ist, die Schuld, diesen widrigen Zwischenfall heraufbeschworen zu haben, nicht etwa dem Provokateur Richter, sondern Liebknecht aufzuhalsen. Die Motteler'sche Berichtigung wird folgendermaßen verstümmelt: „Wie uns nun der Reichstagsabgeordnete Herr Motteler schreibt, ist diese Mittheilung, was ihn betrifft, unrichtig. Er habe sofort seine Zustimmung, nicht aber seine Mißbilligung ausgedrückt." Das ist fortschreiterische Taktik und Ehrlichkeit! Dem Volke Sand in die Augen zu streuen, die politischen Gegner für das provokatorische Benehmen der eigenen Größen verantwortlich machen, die Provokateure als Märtyrer hinstellen ist das Bestreben dieser traurigen Gesellschaft, welche unverfroren genug ist, die Behauptung aufzustellen, sie stehe für das Volksrecht ein. Und derartige Leute verlangen eine anständige Behandlung, sprechen (Brief an die „Fackel") von „journalistischem Anstand!" Für solche Gegner, die in der unverschämtesten Weise die Wahrheit verdrehen und freche Lügen in die Welt schleudern, gehören moralische Ohrfeigen; die haben keinen Anspruch auf anständige Behandlung. Ekelerregende Reptile greift man nicht mit den Händen an, man stößt sie einfach mit dem Stocke oder dem Fuße bei Seite.

Correspondenzen.

Dresden. (Agitationsbericht.) Die erwachende Natur ruft in jedem Sozialisten die Erinnerung hervor an jene Erscheinungen im Völkerleben, die einem Erwachen des Menschengeistes gleichkommen. Man feiert die „Märztage", man gedenkt der Helden, deren Blut in den Straßen der Großstädte floß für das Gemeinwohl, für die Erlösung der geknechteten und darbenden Menschheit — und unwillkürlich wird man dabei erinnert, daß die lang ersehnte Erlösung auch durch das der Form nach noch herrschende Christenthum durch den blutigen Tod eines sogenannten Erlösers eigentlich schon herbeigeführt worden sein soll vor nun bald neunzehn Jahrhunderten. Man zieht eine Parallele zwischen Christenthum und Sozialismus. Ersteres behauptet die Menschheit — erlöst zu haben und feiert zur selben Zeit sein Ostern, wo die Sozialisten die Gedenktage der Auferstehungsakte des Volkes feiern, es feiert die vollzogene Erlösung, obschon es noch immer beten läßt: „Erlöse uns von dem Uebel". Man findet in der Idee des Christenthums wohl etwas Verwandtes mit dem Sozialismus, und doch schließen sich beide auch anderseits aus. Man findet endlich, daß die Gemeinsamkeit der Idee sich lediglich bis auf den Begriff „Erlösung" erstreckt, denn abgesehen noch davon, daß der Sozialismus die ganze Menschheit glücklich machen will, das Christenthum aber nur seine Bekenner, so unterscheiden sich beide auch insofern fundamental, als das Christenthum das Errettungswerk durch die Heteronomie (durch von außen zu erwartende, zu erflehende Hilfe und durch Entsagung, Entbehrung für das Leben), der Sozialismus aber durch die Autonomie (durch die Hilfe von Innen heraus, durch die Menschen selbst) herbeizuführen gedenkt. Jenes lehrt, die Ordnung der Dinge sei eine „göttliche", und was an dieser Ordnung etwa mangelhaft sei, könne auch nur durch Götter, Messiasse, Heilande korrigirt werden; dieser lehrt, daß die Ordnung, eigentlich Unordnung, eine „menschliche" sei, daß daher Menschen allein korrigiren müssen und können, was Menschen errichtet oder verschuldet haben. — Diesem Kapitel: „Heteronomie oder Autonomie?" sind offenbar interessante Seiten abzugewinnen, schon weil die Erfahrung lehrt, daß alle Religionsformen den heteronomen Weg bisher (vergeblich) eingeschlagen haben, daß sich alle bisher unfähig erwiesen haben, das Erlösungswerk auch nur halbwegs zu vollbringen; dann aber auch ferner deshalb, weil man seitens der Hofpredigerpartei neuerdings wieder den Sozialismus zu verpfuschen sucht durch Ablenkung seiner Anhänger vom autonomen auf den heteronomen Weg. Endlich ist es grade mir zum Bedürfniß geworden, auf diesem Gebiete Aufklärung zu verbreiten, als mich die besonders jetzt in Sachsen zur Blüthe gelangten Ketzerprozesse empören. Kein Staatsanwalt, keine Kerkerhaft wird jemals die Wahrheit einer Lehre erweisen, die mit den Ergebnissen der Forschung und klaren Denkens unbestritten in Widerspruch steht, und es ist ein Uebel, wenn in unserer Zeit wegen Verletzung solcher Lehren, wegen Kränkung unerwiesener Gottesexistenzen ꝛc. Menschen auf Monate und Jahre im Kerker büßen müßten. Ich bin der Meinung, daß man sehr gut am Programm der Sozialdemokratie festhalten und die Religion zur Privatsache erklären und trotzdem Licht darüber verbreiten könne; ja, ich bin der Meinung, daß offizielle Ketzerhetzer einer Antwort bedürfen, die in Abwendung der Massen von einer Lehre besteht, die nur durch den Schutz der Polizei aufrecht zu erhalten ist; ich kann mich nun einmal der Ansicht nicht verschließen, daß auch die Fehler von Oben bestraft werden müssen, und wenn in jedem Orte, in welchem eine Anklage auf Grund des famosen § 166 oder richtiger auf Grund der noch viel famoseren Interpretationen zu diesem Scheiterhaufenparagraphen durch die Obergerichte und Staatsanwälte erfolgt, sofort eine große Zahl von Formchristen aus der Kirche ausscheidet, dann werden auch die Herren Justizminister einsehen lernen, daß es im Interesse ihres Staates nicht gut gethan ist, die Justiz zum Gensdarmen der haß- und verfolgungssüchtigen Liebesprediger zu machen. In diesem Sinne sprach ich denn auch mit erwartetem, oft sogar großem Erfolge an vielen Orten, zunächst in Großenhain und Meißen, alsdann am 3. Februar in Blasewitz. Wie nun das Publikum, wenn im Theater ein neues Stück zur Aufführung gelangt, erst die Recensionen abwartet, bevor es dasselbe selbst besucht, so mögen auch an manchen Orten die Parteigenossen die Gewohnheit haben, einen Redner einzuladen, wenn sie in einem Parteiblatte einen Bericht fanden über einen Vortrag nach ihrem Geschmack. Kurz, da regnets denn förmlich Einladungen. — Am 17. Febr. sprach ich in Leisnig, später in Roßwein und noch einigen Orten, wo die Bevölkerung anfangs eine solche Angst vor dem „rothen Gespenst" hatte, daß man zunächst weder im Vortrage selbst noch gar im Thema das Wort „sozial" irgendwie verwenden durfte. In Leisnig arbeitet uns noch besonders der Superintendent Anacker in die Hände durch sein intolerantes sozialistenfresserisches Gebahren, und so läßt sich begreifen, daß meine Worte bei dem massenhaft herzuströmenden Publikum auf fruchtbaren Boden fielen. — Am 23. Februar sprach ich in Meerane mit gleichem Erfolg, und ich mußte die Zusage geben, in Kurzem nochmals dort zu referiren. Tags darauf war Crimmitschau das Ziel meiner Reise. Hier wie überall gab's viele Gegner im Saale, aber nicht einen, der den Muth gehabt hätte, mir entgegenzutreten. — Am 10. März befand ich mich in dem überfüllten Saale „zur Linde" in Chemnitz, woselbst ich einen rhetorischen Seiltanz glücklich zu Stande brachte ohne alle Beihilfe (eigentlich Nachhilfe) der Polizei und des Staatsanwalts, was ja für Chemnitz viel sagen will. — Desselben Tags Nachmittags redete ich zu den Wittgensdorfern, und wenn ich nach den elenden Angriffen, Verdächtigungen und Denunziationen der gegnerischen Presse urtheilen soll, so muß die Wirkung ganz besonders hier keine geringe gewesen sein. — Am 17. März ging's wieder nach Roßwein, wo der Bürgermeister Alles aufgeboten hatte, die Versammlung unmöglich zu machen, jedoch ohne Erfolg, am 23. März nach Waldenburg bei Glauchau, woselbst mir ganz eigen zu Muthe wurde, als ich unter den armen, ausgehungerten Webergruppen auch nicht ein einziges blühendes, gesundes Gesicht entdeckte. Wer noch nicht Sozialdemokrat, aber sonst nicht ein ganz roh-egoistischer Mensch ist, den führe man hierher, und — er wird betrauern die Zeit, in welcher er aus Unwissenheit im Stande war, den sozialdemokratischen Bestrebungen feindselig gegenüber zu treten oder auch nur gleichgiltig sich ihnen gegenüber zu verhalten. — Am Sonntag, den 24. März, ging's von da ab nach Gera, woselbst man, weil ganz besonders auch die Frauen eingeladen waren, eine Volksversammlung nach reußischen Gesetzen nicht, wohl aber einen öffentlichen Vortrag annonciren durfte. Die nationalliberale „Geraer Zeitung" rief die Polizei ganz direkt zu Hilfe, und selbst die königl. „Leipziger Zeitung" und nach ihr die meisten Amtsblätter verlegten sich aufs Fälschen und Denunziren. Trotzdem mußten sie alle zugestehen, daß die große Versammlung ihr Einverständniß mit meinen Ausführungen kundgethan hatte. — Am 30. März war ich abermals in Meerane, wo ich unter enormem Zudrang des Publikums fast 2½ Stunden lang referirte. Trotz der gesteigerten Temperatur im Saale hielt man unter gespanntester Aufmerksamkeit aus, und es wäre die Diskussion auch noch länger ausgedehnt worden, wenn die Lösliche es länger erlaubt hätte. — Am 2. April war ich in Löbau, am 6. April in Annaberg und am 7. in Mittweida. Giebt es irgendwo eine Gegnerschaft, die unsere ganze Verachtung herausfordert, so ist die Annaberger eine solche. Bis heutigen Tags noch steht unseren Genossen dort ein größerer Saal nicht zur Verfügung, weil die Gastwirthe seitens der Bourgeoisie mit Entziehung der Kundschaft bedroht werden, wenn sie den Saal hergeben für Volksversammlungen. Es war daher auch für diesen Vortrag der Schützenhaussaal im angrenzenden Buchholz gemiethet worden, dessen Besitzer sich nicht einschüchtern läßt. Die Versammlung war riesig besucht, wozu besonders die vorher im Amtsblatt erschienenen Lügenberichte über mich und meine Referate, die aus anderen liberalen Blättern herausgeschnitten worden waren, viel beigetragen haben mögen. Welche Intoleranz vorherrscht, dafür nur ein Beispiel. Einer unserer Genossen hatte eine neuermiethete Wohnung bezogen. Kaum war dies geschehen, als auch schon die Besitzerin kam und sagte, er möge alsbald wieder ausziehen, denn er habe, wie sie gehört, sein Kind nicht taufen lassen. Nur wenn er die Taufe schleunigst nachhole, könne er wohnen bleiben. Christliche Liebe nennt man dies hier zu Lande. — In Mittweida steht's in dieser Hinsicht etwas besser. Der Eifer für den christlichen Glauben verzehrt jedoch auch dort manche Christenseele. Zu einem unserer Genossen kam da jüngst so ein Frommer, der aber im Uebrigen ein ganz braver Mann ist, und erbot sich, dem Knaben des Genossen einen ganzen neuen Anzug zu schenken und verlangte als Gegenleistung, daß der Knabe „konfirmirt" werde. Doch unser Genosse ließ sich nicht in Versuchung führen, er schlug das Geschenk aus und handelte als rechtschaffener Mann seiner Gesinnung nach. Derlei niedliche Episoden könnte ich noch so manche erzählen, will aber für heute schließen.

Klemich.

Königsberg i. Pr., 16. April. Die heute erschienene Nr. 90 des hiesigen „Communalblattes" bringt ein Referat, nach welchem der bisherige Prorektor der hiesigen „Albertina", Professor Felix Dahn (bekannt geworden durch verschiedene Dichtungen, die mehr Nationalitätsduselei als Poesie verrathen), am 14. d. M. einen Redeakt verübt hat, in welchem er das moderne deutsche Reich dem altgermanischen „Rechtsstaate" gegenüberstellte. In diesem Vortrage soll Herr Felix Dahn den Versuch gemacht haben, daß „die Idee (?) des heutigen deutschen Reiches auf den Grundlagen jener ersten (!) deutschen Staatseinrichtungen beruhe und auf ihnen fortbaue". Als Beweis hierfür soll Herr Felix Dahn folgenden historischen Unsinn angeführt haben: „Schon im altgermanischen Völkerbunde hatte der Fürst (nicht zu vergessen: der vom Volke gewählte) auch den Heerbann zu entbieten und die Marken zu schützen. Die Ausübung der Rechtsgewalt lag in seiner Hand und wir (d. h. Herr Felix Dahn) erblicken schon deutlich die Spuren der Polizeigewalt (!), wenn — die einzelnen Bürger angehalten wurden, den Beschlüssen der Volksversammlung Folge zu leisten." Nach diesem Referat des „Communalblattes" kennt entweder Herr Felix Dahn jene „ersten Staatseinrichtungen" des alten Germaniens nicht, oder sein Nationalliberalismus ist mit seiner wissenschaftlichen Kenntniß vollständig durchgegangen. — Zur Ehre der Königsberger Albertus-Universität nehmen wir an, daß jenes Referat über den betreffenden Vortrag eines ihrer „ordentlichen" Professoren unrichtig ist. Der Herr Referent verdiente dann aber mindestens eine sehr strenge Zurechtweisung.

Kassel, 20. April. Am Mittwoch den 17. d. M., Abends 6 Uhr, befreite der Tod unseren Genossen, den Schlosser Julius Henneberg von seinem Leiden. Henneberg — auch in weiteren Parteikreisen, speziell den Bremer und Hanauer Genossen näher bekannt — erlag nach dreimonatlicher Krankheit dem Würgengel des Proletariats — der Schwindsucht. H. war ein aufgeklärter Parteigenosse, ein tüchtiger und gesuchter Arbeiter. Die Partei am Orte vermißt seine bisherige Thätigkeit schmerzlich. Ehre seinem Andenken.

W. Pf.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Sozialist" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Arbeitermarseillaise		—. 05.
Auerbach, Tagebuch aus Wien		—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Aus den Ruinen von Rinnrut und Olympia		—. 10.
Auszug aus den gesetzl. Bestimmungen über die Landtagswahl		—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden		1. 60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage		—. 25.
— — Bauernkrieg		2. —.
— — Rede über die Anträge betr. Abänderung der Gewerbeordnung		—. 10.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.		—. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25.
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — C. Fourier		—. 20.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.		3. —.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph., Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge 1866—71)		5. —.
— — Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit		2. —.
— — Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877)		—. 80.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 10.
Blos, W., Unsere Preßzustände		—. 10.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866		—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris		—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793		—. 60.
Borutten, Religion und Sozialismus		—. 40.
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk		—. 25.
Brake, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten		—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager		—. 15.
Braunmann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte		1. —.
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 15.
Civilehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		—. 10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht		—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Stewert gegen Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 20 Pf. geb.		—. 40.
— — für 1878. broch. 20 Pf. geb.		—. 40.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871		1. 25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878		—. 40.
Die Märtyrer der Commune		—. 30.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74		—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage		—. 15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft		—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage		—. 15.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit		1. 50.

Freiheit, von dem auf ein äußeres Recht sich stützenden Mangel an gutem, anständigem Tone, dessen Verletzung sich nicht immer bis zu Verstößen gegen den Buchstaben der Geschäftsordnung und bis zur Begründung eines Ordnungsrufes versteigen mag, sicherlich aber für einen einigermaßen in guter Gesellschaft sich bewegenden Mann auch ohne Disziplinirung selbstverständlich ein Ding der Unmöglichkeit sein sollte. Herr Richter bestreitet den Sozialdemokraten das Recht, in gesetzgebenden Körperschaften sich zu bewegen. Er selber hat dieses Recht durch seinen ungehobelten Ton, in dem er sich nach allen Seiten hin ergeht, längst verwirkt. Wenn die Sozialdemokraten nach seiner Ansicht immer dieselbe Rede halten, so leidet Herr Richter an Eintönigkeit und Mißbrauch der Geduld seiner Hörer. Wenn er über einen Minister, der noch nicht parlamentarisch sein Amt angetreten, witzelt und nach dem Sprüchwort meint, daß mit dem Amte der Verstand kommen könnte, so wird dieser Minister vermuthlich wie Liebknecht denken, der sich jedes Lob aus Richter's Munde verbittet. Daß bei Herrn Richter der Verstand mit dem parlamentarischen Amte gekommen sei, soll er erst noch beweisen. Kenntnisse sind noch lange kein sens commun und noch weniger Bürgschaft für ein verständiges, passendes Benehmen, zumal Leuten gegenüber, die außerhalb des Parlaments stehen und sich nicht ebendaselbst vertheidigen können. Dieses dreisten Mannes päpstliches Unfehlbarkeitsbewußtsein hat schon Blamagen genug erfahren. Die Tage des Herrn Richter sind gezählt. Darauf kann er rechnen."

Derartige Abfertigungen werden den Maulhelden nicht verhindern, sich noch weiter als Vertreter der — natürlich fortschrittlichen — „Freiheit" aufzuspielen und den Reichsboten bei der nächsten Gelegenheit Löcher in den Bauch zu reden. Die Naturgeschichte lehrt, daß Wanzen und anderes Ungeziefer schwer zu vertilgen sind.

Lied der Petrolöre.

Melodie aus „Mamsell Angot".

Wir sind die Petrolöre,
Das weiß ja Jedermann;
Drum thun wir alle Ehre
Dem Petroleum an.
Und weil's so schön zum Brennen ist
Und uns viel Licht verschafft,
Gel auch Petrol zu dieser Frist
Aus dieser Gerstensaft!

:,: Hier Petroleum, da Petroleum,
Petroleum um und um!
Laßt die Humpen frisch voll pumpen:
Dreimal Hoch — Petroleum! :,:

Philister rümpft die Nase
Und meint es riecht nicht gut,
Schimpft hinter seinem Glase
Uns „Sozialistenbrut".
Er liest im Geldsackblatt sich dumm,
Glaubt, was er liest, sei wahr, —
Brenn' heller, lieb Petroleum,
Mach' ihm den Standpunkt klar!
:,: Hier Petroleum, da u. s. w.

Schon brennt es in den Städten
So licht und frank und frei;
Man spürt, daß es von Nöthen
Auch auf den Dörfern sei;
Selbst im Berborg'nen leuchtet schon,
Man ist vor Staunen stumm,
Trotz Sub- und Ordination
Still das Petroleum!
:,: Hier Petroleum, da u. s. w.

Und ob auch trüb' die Zeiten,
Wir wollen treu vereint
Stets muthig vorwärts schreiten,
Ist mächtig auch der Feind.
Und sperrt der Bruder Staatsanwalt
Auch einmal Einen ein,
Kriegt's Petroleum mehr Gehalt
Und brennt noch mal so rein!
:,: Hier Petroleum, da u. s. w.

Petroleum-Genossen,
Ihr Brüder, wanket nicht!
Thu' jeder unverdrossen
Die Petrolören-Pflicht!
Wir kümmern uns den Kukuk um
Die Liberalerei,
Das Wahlrecht und Petroleum
Ist unser Feldgeschrei!
:,: Hier Petroleum, da Petroleum,
Petroleum um und um!
Laßt die Humpen frisch voll pumpen:
Dreimal Hoch — Petroleum! :,:

Jacob Audorf.

Diffidentengesetz		—. 20.
Douai, Dr. A., Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten		—. 25.
Dulk, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Ercarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 15.
Einkommensteuergesetz		1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 30.
— — Der deutsche Bauernkrieg		—. 50.
— — Soziales aus Rußland		—. 15.
— — Bakunisten an der Arbeit		—. 10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. I. Theil. Philosophie		—. 50.
Erinnerung an Herwegh		—. 10.
Erinnerung an Börne		—. 20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft		—. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Geib, A., Gedichte		—. 50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50.
— — Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung		—. 60.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73		2. —.
— — Nachtrag von 1873—76		1. 20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50.
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Grenlich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten		—. 25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40.
— — Erlebtes (Skizzen und Novellen)		1. 20.
Heyner, Ad., Meine 5½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistenfresser und die Endziele des Liberalismus		—. 20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Assoziation 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke		—. 10.
— — Die Organisation der Massen		—. 20.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.		—. 45.
Hirsch, die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation		—. 10.
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à		1. —.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Jegel, M., Freie Lieder (Gedichte)		—. 50.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky		1. —.
König, Schwarze Kabinette		—. 75.
König Mammon und die Freiheit. Ein neues Bilderbuch		1 20.
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05.
— — Osterum census (Gedicht)		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15.
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?		—. 35
— — An die Arbeiter Berlins		—. 10.
— — Arbeiterlesebuch		—. 30.
— — Offenes Antwortschreiben		—. 08.
— — Arbeiterprogramm		—. 10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter		—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz		—. 30.
— — Die Feste, die Presse 2c.		—. 15.
— — Bastiat Schulze		—. 50.
— — Indirekte Steuern		—. 40.
— — Düsseldorfer Assisenrede		—. 30.
— — Fichte's Philosophie		—. 25.
— — Fichte's politisches Vermächtniß		—. 25.
— — Julian Schmidt		1. —.
— — Gotth. Ephraim Lessing		—. 20.
Leben und Thaten des Generals Jaroslaw Dombrowski		—. 75.
Lehn, Juristisches Taschenlexikon		1. —.
Leipziger Hochverrathsprozeß		8. —.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie		—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.		—. 20.
— — Reichstagsrede 1874		—. 10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.		—. 75.
— — Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden		—. 30
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage		—. 30.
— — Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstag		—. 40.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75.
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 40.
— Johannes Huß		—. 30.
Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871		4. —.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25.
— — Das Kapital. 2. Aufl.		9. —.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte		1. 50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest		—. 20.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie		—. 30.
Most, Liederbuch, gebd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten		—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz		—. 15.
— — Kapital und Arbeit		—. 50.
— — Bastille am Plötzensee		—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie		—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage		—. 40.
— — Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus		1. —.
Morelli, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen		—. 10.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?		—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen		—. 30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman		3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle		—. 75.
— — Kranke Herzen		1. —.
— — Braunschweiger Tage		2. 50.
— — Schutz in den Gewerkschaften		—. 10.
— — Ein verunglückter Agitator (Lustspiel)		—. 60.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, York, Blanqui, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Raoul-Rigault, Rossel 2c.; in Visitenkartenformat à		—. 25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à		—. 25.
— — in Kabinetformat à		—. 60.
— — in Groß-Folio		3. —.
— — Triumph of Order, darstellend die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris		
28 Ctm. breit 20 Ctm. hoch pr. Stck		5. —.
20 „ „ 14 „ „		2. 50.
Politzer, H., Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern		—. 20
Ssan, L., Das Preußische Regiment vor Gericht		—. 30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 5.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Congresses 1870		—. 15.
— — des Dresdener Congresses 1871		—. 20.
— — des Coburger Congresses 1874		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.		—. 30.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873		—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur		—. 50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes		—. 30.
Prowse, John Oswatomie Brown, der Negerheiland		1. —.
Rathgeber für Gewerbetreibende		3. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 90.
„ Städteordnung		1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen. 5 Hefte		1. 90.
Rollebet, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 30.
Rüdel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1. —.
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 60.
— — Gegen die Prügelpädagogen		—. 80.
Sauerteig, Für Männerchöre 9 Arbeiterlieder, gebd. 4stimmig mit Partitur		3. 50.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus		1. 20.
Schiefinger, M., Eine Reise nach Utopien		—. 10.
Schell, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie		—. 25.
— — Der Massenaustritt aus der Kirche		—. 15.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage		—. 20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder — geh. broch.		—. 50. —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 20.
Sozialistische Theaterstücke.		
Nr. 1: Ein Schlingel		—. 35.
(Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)		
Nr. 2: Preßprozesse		—. 25.
(Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)		
Nr. 3: Ein Opfer		—. 40.
(Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)		
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation		—. 10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich — broch. eleg. gbd.		—. 60. 1. 50.
— — Brutus! schläfst Du? — broch. eleg. gbd.		—. 60 1. 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen		—. 75.
Tschernyschewsky, N. G., Que faire? Roman		3. —.
— — L'économie politique		1. 50.
Tuhlreich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3, 4 à		—. 15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen		—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
— — Verfälschung der Lebensmittel		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		—. 20.
— — für 1875		—. 20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch — broch. gebd.		—. 50. —. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Volkmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung		—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften		2. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.		1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie		— 25.
Zukunftsmedizin oder Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten. (Vollständig in 12 Heften.) Heft 1—10 à		—. 75.

Briefkasten

der Redaktion. Holzammer in Darmstadt: Wir ersuchen Sie um Angabe Ihrer genauen Adresse.

der Expedition: J. D. Paris: Die Office der Arbeiterstimme ist 10 North William Street, Newyork. — F. Mann Dahme: Die verspätete Zustellung der Freitags-Nr. liegt nicht an uns, sondern an der Post. — Strk. Offenbach: Die Schuld des unregelmäßigen Erhaltens unseres Bl. liegt an der Post, nicht an uns, reklamiren Sie dort.

Warnung.

Wir bitten den Zuzug nach Mainz, betreffend die Wolf'sche Schuh-Fabrik, fernzuhalten. Weiterer Bericht folgt.

Die Arbeiterblätter werden gebeten, diese Notiz aufzunehmen.

Sämmtliche Arbeiter der Wendmaschinen.

In Nr. 44 des „Vorwärts" sucht im Briefkasten ein Gesinnungsgenosse aus Liegnitz eine Adresse allhier, sollte noch Niemand eine solche eingesandt haben, so steht auf Anrathen mehrerer Freunde die meinige zur Verfügung.

Nordhausen. A. Hollnagel, Rosengasse 18.

Auf die Anfrage in Nr. 47 des „Vorwärts" diene als Antwort, daß Wasserwaagen-Libellen von Gebr. Mittelstraß in Magdeburg, Breite Weg 38 zu beziehen sind.

Sehr gut gearbeitete Wasserwaagen bei Leistner, Zollstockfabrik, Leipzig, Zeitzerstraße.

Parteigenosse Weß (Goldarbeiter) in Italien, wird um seine Adresse gebeten. Saper, Paris, 4. Rue Menilmontante.

Der Gesangverein „Liberté" in **Luckenwalde** beabsichtigt **Sonntag**, den **23. Juni** ein **Arbeitersängerfest** daselbst zu veranstalten und ladet hiermit alle Arbeitergesangvereine der Mark Brandenburg, sowie auch der angrenzenden Provinzen ein, an diesem Volksfeste theilzunehmen. Der Berliner Arbeiter-Sängerbund hat seine Betheiligung bereits zugesagt. Fernere Meldungen nimmt entgegen Herr F. Haase, Vorsitzender des Gesangvereins Liberté in Luckenwalde, Neue Friedrichsstraße 23 u. 24 und der Vorsitzende des Berliner Arb.-Sängerbundes Herr Otto Schneider in Berlin, Schönleinstr. 28, 1 Tr.

Quittung. Dnkr Paris Ab. 4,00. Lnk Pirschen Ab. 10,00. Ufrt Apolda Ab. 15,00. Mckmf Düsseldorf Ab. 5,10. Rchtr Wistritz Ab. 5,01. Schfr Gohlis Ab. 10,80. Genossenschaftsbuchdruckerei Glauchau Ab. 110,00. Wßnr Anina Ab. 5,01. Plck Weißkirchen 11,61. Hß Sonneberg Ab. 10,00. Expedition des „Hamburg-Altonaer Volksblatt" Hamburg Ab. und Schr. 1421,83. Brn Graz Ab. 20,02. Buscht Triest Ab. 3,34. Hrbg Würzburg Ab. 42,00. Kolb München Ab. 15,00. Orbg Gießen Ab. 4,00. Wintr Wien Ab. 20,00. Frnz Jägerndorf Ab. 5,00. Uhlmnn Kainsdorf Ab. 18,70. Kls Magdeburg Ab. 6,50. Rchtr Haindorf Ab. 20,00. Pfch Zweibrücken Schr. 1,90. Hffl hier Ab. 2,50. Krs Brnn Schr. 3,80. Bldw. Frankfurt Schr. 2,00. Bhmr Dresden Schr. 0,50. Dr. Brnzn. Erolsheim Schr. 0,90. Pcht Bleicherode Schr. 1,00. Elf Pirna Schr. 1,00. Ebr Troppau Schr. 9,01. Grtz Weimar Schr. 10,85. Hrfrth Seringswalde Schr. 3,50.

Jacobyfonds.

Von Fr. W. München 20,00.

Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an den Sekretär C. Derossi, Holzdamm Nr. 42 in Hamburg. (w.)

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig. Diffidentenbund für Leipzig und Umgegend. Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8½ Uhr, bei Richter, Roßplatz 9, im „Trianon":

Generalversammlung.

Tagesordnung: Wahl des Vorstandes. Aufnahme neuer Mitglieder. [60

Ottensen. Sonntag, den 27. April, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Die Steuerprojecte im Reichstage. 2. Die liberale Gesetzgebung Deutschlands. Referent Herr Reichstagsabgeordneter F. W. Fritzsche aus Berlin. [80

F. Heerhold.

Ein bewährter Parteigenosse, Familienvater u. in sehr bedrängter Lage sucht irgend eine passende Verwendung. Derselbe ist der doppelten Buchführung mächtig, besitzt theoretische Kenntnisse der französischen wie der englischen Sprache und hat auch bereits, ohne eigentlicher Redner zu sein, mit Erfolg agitatorisch gewirkt. Außer der Expedition d. Bl. ertheilt bereitwilligst nähere Auskunft: Herr Max Kegel, Redakteur der „Chemnitzer freien Presse". [80

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von W. Liebknecht. 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von W. Liebknecht. Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. Bruttan. Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg.

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. C. Bruttan. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von Bruno Geiser. Preis 25 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von Bruno Geiser. 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. (w) [5,10

Soeben ist neu erschienen:

Triumph of Order

gemalt von E. Fichte.

Darstellend: **Die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.**

Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig in London am Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist gelungen, Original-Photographien zu folgenden Preisen anfertigen zu lassen: Größere (die Photographie ohne Carton 28 Ctm. breit, 20 Ctm. hoch) im Dutzend das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (20 Ctm. breit, 14 Ctm. hoch) im Dtzd. das Stück 1,80, einzeln 2,50.

Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß.

Die Expedition des „Vorwärts".

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Heft 10

der

Zukunftsmedizin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

(Vollständig in 12 Heften.)

Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Inhalt: Die mittelsüchtigen Aerzte und die Nihilisten. Die Verdienste und die Mängel der heutigen Heilsysteme. Die größten Aerzte der Vergangenheit und Gegenwart. Das Wasser als Heilmittel.

Leipzig. Expedition des „Vorwärts". Färberstr. 12/II.

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Ein Bilderbuch

für

kleine und große Kinder.

12 Tafeln

in Farbendruck.

Entworfen und gezeichnet von

L. Berg.

25

Seiten Text.

Zusammengestellt

von

E. Roßbach.

Quart-Format. **Preis 1 Mark 20 Pf. pro Stück.**

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. Expedition des „Vorwärts" Färberstraße 12.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kürzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rippe, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 49. Sonntag, 28. April. 1878.

Parteigenossen!

Schon wieder sind wir gezwungen, an Euch eine besondere Aufforderung zu richten.

Unsere Partei, die eine Partei des Kampfes ist, des Kampfes für politische und soziale Aufklärung und für eine gerechte Gesellschaftsordnung, bedarf nicht nur einer stets gefüllten Kriegskasse, sondern muß auch einen ausreichenden Invalidenfond haben. Neben den Geldern zur Agitation darf es an Geldern im Unterstützungsfond, an Geldern für die von der politisch-sozialen Reaktion gemaßregelten Genossen nicht fehlen.

Augenblicklich aber fehlt es daran und warum? Blickt hin auf die vielen Verurtheilungen unserer Parteigenossen und Ihr habt die Antwort. Geld- und Gefängnißstrafen regnen auf die Partei herab, in München allein haben jetzt etwa vierzig Genossen mit dem Gefängniß Bekanntschaft zu machen. Das darf uns nicht gleichgültig lassen. Solchen Thatsachen gegenüber hat ein Jeder unter uns seine Versicherungsprämie — hier ein Scherflein zum Unterstützungsfond — zu zahlen.

Um Euch allen diese Zahlung zu erleichtern, haben wir in diesen Tagen Sammellisten für den Unterstützungsfond an alle bekannten Adressen verschickt, hoffend, daß die erste Rate der gezeichneten Beträge baldigst eingehen werde.

Alle Gelder sind an den mitunterzeichneten A. Geib, der darüber im „Vorwärts" quittiren wird, zu senden.

Hamburg, 24. April 1878.

Das sozialistische Central-Wahl-Comité Deutschlands.
J. A.:
C. Derossi, Holzdamm 42.
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Staatsprämien auf Thierquälerei.

Der Bildungs- und Culturgrad eines Volkes wird nicht mit Unrecht vielfach nach der Behandlungsweise, die dasselbe im Allgemeinen den Thieren angedeihen läßt, abgeschätzt. Verständige Eltern und Erzieher haben ein wachsames Auge auf ihre Kinder, wenn dieselben mit kleinen Thieren in Berührung kommen. Thierschutzvereine wachsen wie Pilze aus der Erde. Die Stiergefechte in Spanien und die Hahnenkämpfe in England gelten als eine widerliche Belustigung des geistig-verkommenen Pöbels. Das „Taubenschießen" (Schießen auf zuvor geblendete Tauben), welches vor mehreren Jahren noch in Deutschland vorkam, hat die Polizei untersagt, und ein Droschkenkutscher, der seinen Gaul übermäßig quält, verfällt dem § 360 des Strafgesetzbuchs, in welchem es heißt: „wer öffentlich oder in Aergerniß erregender Weise Thiere boshaft quält oder roh mißhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft".

Nach diesen Vorbemerkungen wollen wir uns einmal das Hauptvergnügen der deutschen Aristokratie, das Wettrennen betrachten. Wir nehmen die „Laute Voß" zur Hand und lesen:

„Berliner Rennbahn zu Hoppegarten. Frühlingsmeeting. Erster Tag. Montag, den 22. April. Der erste Tag des Frühjahrs-Meetings sah die Tribünen überfüllt, namentlich von einem reichen Damenflor in glänzenden Toiletten, bei welchen allerdings noch die letzte Wintermode mit der neuen des Frühjahrs im Streite lag. Der Verlauf der Rennen war ein recht interessanter. Die einzelnen Concurrenzen waren gut besetzt und wurden scharf bis zu Ende ausgekämpft. Die Pferde waren ziemlich „fit" aus dem Stall gekommen und befanden sich in Condition. Auch der Zustand der Bahn war gut und die Arrangements griffen prompt ineinander. General-Secretär Frhr. v. Thielmann hatte das Amt des Richters übernommen. Herr Wacherow leitete den Ablauf und Graf Sierstorpff beaufsichtigte die Waage. Die Pause zwischen den einzelnen Rennen füllten Musikstücke aus, welche das Musikcorps des Eisenbahn-Regiments zur Aufführung brachte. Um 3 Uhr begannen die Rennen mit: 1) Eröffnungsrennen. Staatspreis 1500 Mark für 3jährige ältere incl. Hengste und Stuten, 60 Mk. Einsatz, halb Reugeld ꝛc. ꝛc."

Einen Staatspreis von 1500 Mark erhält derjenige Besitzer, dessen Pferd am schnellsten die Reitbahn durchläuft, während das deutsche Reich Deficit auf Deficit thürmt; das preußische Abgeordnetenhaus hat natürlich zu dieser Ausgabe seine Genehmigung ertheilt, während im Lande sich täglich die Noth und das Elend vergrößert. — Bei dem zweiten Rennen ist wieder ein Staatspreis von 1500 Mk. ausgesetzt, ebenso bei dem dritten; bei dem vierten finden wir einen Preis des Graditzer Gestüts (Staatseinrichtung) von gleicher Höhe.

„Den Schluß des Tages bildete um 5 Uhr Effenberg-Steeple-Chase. Staatspreis 1200 Mark. Herren-Reiten u. s. w.", so erzählt die „Vossische Zeitung" weiter. Dann aber finden wir bei der Beschreibung dieses „Herren-Reitens" wörtlich folgenden Absatz:

„Die Bahn, welche zu durchlaufen, war die gewöhnliche Steeple-Chase-Bahn, auf der die Pferde die Tribüne zweimal zu passiren haben und erst beim dritten Male durchs Ziel gelangen. „Gastgeber" war der Favorit, auch „Ingeborg" glaubte man große Leistungen zutrauen zu dürfen. Allein es schien, als ob der Hengst nicht genug in Condition war, da ihm nur der 5. Platz verblieb und die Stute war zu solchen Leistungen unfähig, denn nachdem sie ihren Reiter bis über das letzte Hinderniß geschleppt hatte, brach sie mit letzterem zusammen. Auch „Streitaxt" stürzte schon beim Fließ und gab das Rennen auf. Dagegen zeigte sich „Asta" als ein durchaus brauchbares Springpferd: sie lag fast immer an der Spitze und kam noch frisch mit 8 Längen Vorsprung durchs Ziel. „Nemesis", die recht brav geritten wurde, kam nach einem vergeblichen Versuch den Sieg zu erringen, als zweite ins Ziel. „Comtes Bibi" ging 25 Längen dahinter als dritte ein".

Haben wir hier nicht die vollendete öffentliche Thierquälerei vor uns, werden solche edlen Thiere nicht in der rohesten Weise mißhandelt, erregen solche Vorfälle vielleicht kein Aergerniß?

Auf diese Fragen giebt es nur eine Antwort: Ja!

Wenngleich ein Aergerniß bei den „feinen", „vornehmen" und „gebildeten" Leuten durch derartige Thierquälerei nicht erregt wird, so sind doch beispielsweise sämmtliche Sozialdemokraten so anständig und feinfühlend, daß sie solche Brutalitäten verabscheuen und verdammen.

Wo bleibt aber dabei der Herr Tessendorff? Kennt er das Strafgesetzbuch nicht bei solchen Fällen? Oder fehlt ihm der Muth, auch einmal nach oben zuzugreifen, ihm, dem es eine Wonne zu sein scheint, Arbeiter und Arbeitervertreter fassen zu können?

Doch das Schlimmste ist der von dem preußischen Abgeordnetenhause bewilligte Staatspreis für solche öffentliche rohe und grausame Thierquälerei.

Zur sozialistischen Werththeorie.

Von Geo. C. Stiebeling.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Indem Professor Schäffle die Ansicht verficht, daß der Werth der Güter nicht allein durch die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, sondern auch durch die Dringlichkeit des Bedarfes, d. h. durch Angebot und Nachfrage bedingt sei, bekämpft er die Basis des wissenschaftlichen Sozialismus in ganz ähnlicher Weise, wie alle übrigen modernen Gegner desselben, nur mit etwas andern Worten. Er verwechselt dabei, wie diese, den Begriff des Preises mit dem des Werthes, und zwar in doppelter Beziehung, nämlich mit dem des Tauschwerthes und mit dem des Gebrauchswerthes. Außerdem wendet er letzteres Wort (Gebrauchswerth) in einer ganz unzulässigen Bedeutung an. Um jedoch die Leser der „Arbeiter-Stimme" in den Stand zu setzen, das Irrige seines Urtheils leichter zu erkennen, will ich ihnen kurz erklären, was unter Werth, Tauschwerth, Gebrauchswerth und Preis zu verstehen ist.

Werth im volkswirthschaftlichen Sinne nennt man jedes nützliche Ding. Alle nützlichen Dinge müssen unterschieden werden in solche, welche durch die bloße Arbeit der Natur geschaffen sind, wie jungfräulicher Boden, Mineralschätze in der Erde u. s. w. und in solche, welche mit Hülfe menschlicher Arbeit entstehen; erstere sind natürliche, letztere künstliche Werthe. Man kann nun die Nützlichkeit eines Dinges entweder nach seiner Qualität (Beschaffenheit) oder nach ihrer Quantität (Größe) betrachten, also untersuchen, wozu es nützt oder wie viel es nützt verglichen mit andern ihm gegenüberstehenden nützlichen Dingen. In jenem Fall ist es für uns ein Gebrauchswerth, in diesem ein Tauschwerth. Der Betrag des Nutzens, den ein Ding gewährt, hängt aber unter allen Umständen von seiner Menge ab, und diese Menge hinwieder wird, wenn es ein natürlicher Werth ist, durch die Masse der in ihm verkörperten Arbeit der Natur, und wenn ein künstlicher, durch die Masse der in ihm verkörperten menschlichen Arbeit unmittelbar bedingt.

Bei der jetzt existirenden Gesellschaftsordnung werden alle künstlichen Werthe als Waaren auf dem Markte gegeneinander ausgetauscht, doch nicht direkt, sondern durch einen Vermittler. Es hat nämlich im Laufe der Zeit eine bestimmte Waare vermöge ihrer nützlichen Eigenschaften es dahin gebracht, für alle andern Waaren die Rolle des allgemeinen Aequivalents (Gleichwerths) zu spielen, also zur Geldwaare zu werden. Diesen bevorzugten Platz unter den Waaren hat das Edelmetall, insbesondere das Gold erobert. Der Werthausdruck einer Waare in Gold heißt ihre Geldform oder ihr Preis. Damit ist aber nicht gesagt, daß Tauschwerth und Preis einer Waare eins und dasselbe sind.

Wie wir oben gesehen haben, ist der Betrag des Nutzens, der jedem künstlichen Werth innewohnt, unmittelbar bedingt durch die in ihm verkörperte menschliche Arbeit, oder schärfer ausgedrückt, durch die in ihm verkörperte gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. Der Tauschwerth einer auf dem Markt zum Verkauf ausgestellten Waare hängt aber unmittelbar von dem Betrag des Nutzens ab, den sie gewährt; folglich beruht auch der Tauschwerth auf der in der Waare verkörperten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit. Dabei kommt es nicht darauf an, ob viel oder wenig von dieser Waare auf dem Markte vorhanden ist, ob sie von vielen oder wenigen Käufern verlangt wird. Ihr Tauschwerth ist unabänderlich bestimmt durch die in ihr verkörperte gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, und also durchaus unabhängig von Angebot und Nachfrage oder Dringlichkeit des Bedarfes. Anders dagegen der Preis. Derselbe unterliegt stets den Schwankungen des Marktes; wenn er gestern dem Tauschwerth der Waare gleich kam, so steht er heute vielleicht unter und morgen möglicherweise über ihm. Angebot und Nachfrage oder Dringlichkeit des Bedarfes haben also gar nichts mit dem Tauschwerthe, aber sehr viel mit dem Preise der Waaren zu thun.

Das Gleiche gilt von dem Gebrauchswerthe. Setzen wir den Fall, daß Jemand ein Paar neue Stiefeln nöthig hat und mit 6 Dollars Gold in der Tasche sich auf den Weg begiebt, um solche zu kaufen. Wenn Alles richtig zuginge, so müßte ihm für seine 6 Dollars Gold der Kleinhändler ein Paar neue Stiefeln verabfolgen, in welchen ebenso viel gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit verkörpert ist, wie in dem Gelde, d. h. Tauschwerth und Preis sollten sich decken. Nun ist aber Tags zuvor Regenwetter eingetreten und die Aussicht ist, daß es längere Zeit anhält. In Folge dessen hat sich der Begehr des Publikums nach Stiefeln vermehrt, und die Kleinhändler sahen sich dadurch veranlaßt, ihre Preise alsbald zu erhöhen. So geschieht es denn, daß unser Jemand heute 6 Dollars Gold für ein Paar Stiefeln bezahlen muß, die er gestern für 5 Dollars hätte bekommen können. Was hat sich nun von gestern auf heute geändert? Das Angebot von Stiefeln ist sich gleich geblieben, denn es hat keine Ueberproduktion und kein Spekulationsankauf von Belang stattgefunden; der Tauschwerth aller vorhandenen fertigen Stiefeln ist sich ebenfalls gleich geblieben, denn die in ihnen verkörperte gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit ist nicht länger und nicht kürzer geworden; und endlich ist auch ihr Gebrauchs- oder Nutzwerth sich gleich geblieben, denn ihre Güte und Haltbarkeit hat weder ab- noch zugenommen. Es hat sich mithin nichts geändert, als der Begehr des Publikums und der Preis der Stiefeln. Der Gebrauchswerth ist demnach ganz unabhängig von der Dringlichkeit des Bedarfes.

Sehen wir uns jetzt nach dieser Erörterung und Feststellung der hier in Frage kommenden Begriffe die oben angeführten Aussprüche des Herrn Professors noch einmal etwas genauer an. Er behauptet also, daß der Werth der Güter sich ersichtlich nicht blos nach den Kosten, d. h. nach der darin verkörperten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit, sondern auch nach dem Gebrauchswerth, d. h. nach der Dringlichkeit des Bedarfs richte. Diese, wie wir gezeigt haben, „ersichtlich" falsche Auffassung begründet er durch folgendes Beispiel: „Wenn der Sozialbürger nach schlechter Ernte Brot verlangt, kann ihm der Sozialistenchef nicht Steine und nicht Kleider und nicht Vergnügen dafür bieten. Aber dem, welcher das besonders begehrte Brot verlangt, muß eine Taxe über dem Kostenwerth angesetzt werden, bei der er sich nach der Decke streckt, damit das Mangelnde, aber Begehrtere, für Alle wenigstens zur Noth reichen könne. Also der Sozialwerth („Tauschwerth") muß nicht blos als Kosten-, sondern zugleich als wechselnder Gebrauchswerth bestimmt sein; Sozialbedarf und Sozialproduktion gerathen sonst in eine heillose quantitative und qualitative Disharmonie, die Niemand bewältigen könnte."

Da muß nun vorerst bemerkt werden, daß das Wort Gebrauchswerth hier in einem ganz unzulässigen Sinne angewendet wird. Gebrauchswerth hat dieselbe Bedeutung wie Nutzwerth (vergl. Seite 32 der Broschüre), und bezeichnet eigentlich nur die Qualität (Art) des Gebrauchs oder Nutzens, den ein Ding gewährt im Unterschied von andern Dingen. Der besondere Gebrauchs- oder Nutzwerth z. B. der Wolle besteht darin, daß sie dem Menschen zur Bekleidung dient, und nicht, wie das Brot, zur Nahrung. Aber selbst wenn man annimmt, daß jener Begriff nicht nur die Art, sondern auch die Quantität (Größe) des Nutzens oder Gebrauchs in sich schließt, kann er doch nicht den Sinn haben, welcher ihm von dem Herrn Professor beigelegt wird; denn die Größe des Nutzens oder Gebrauchs ist unabänderlich bestimmt durch die Menge des Dinges, und diese hinwieder hängt, wie wir oben gezeigt haben, unmittelbar von dem Maß der darin verkörperten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit ab. Es besitzen z. B. 5 Pfund Fleisch die nämliche Sättigungskraft, ob sich 100 Kauflustige dafür finden oder gar keine. Deshalb ist es unrichtig, von einem wechselnden Gebrauchs- oder Nutzwerthe zu sprechen.

Was sodann den als Beweis angeführten Fall betrifft, so zeigt er recht deutlich das Irrige der hier vorgetragenen ökonomischen Lehre. Der „Sozialistenchef", eine übrigens, nebenbei sei es bemerkt, in dem Sozialistenstaat unmögliche Persönlichkeit, wird dem, welcher das besonders begehrte Brot verlangt, nicht eine Taxe über dem, sondern zu dem Kostenwerth ansetzen, d. h. das Brot wird nach der darin verkörperten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit berechnet werden. Nehmen wir beispielsweise an, daß in dem Lande X. erfahrungsgemäß bei einer Durchschnittsernte 5 Tage gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit zur Erzeugung eines Hektoliters Weizen erforderlich sind, so ist also der durchschnittliche Kostenwerth eines Hektoliters Weizen gleich 5 Tagen gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit. Nehmen wir nun ferner an, daß dieses Land für seine dermalige Bevölkerung jährlich 1 Million Hektoliter Weizen braucht und zu ihrer Produktion mithin 5 Millionen Tage gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit aufwenden muß, so wird, wenn eine gute Ernte 1,250,000 Hektoliter Weizen liefert, der Kostenwerth eines Hektoliters zu $\frac{5,000,000}{1,250,000} = 4$ Tagen gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit berechnet werden, und wenn eine schlechte Ernte nur 750,000 Hektoliter bringt, zu $\frac{5,000,000}{750,000} = 6\frac{2}{3}$ Tagen. Es wird demnach je nach der Produktivität (Erzeugungskraft) der Arbeit der Kosten- oder Tauschwerth sich ändern.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die „deutsche Vermittlung", von der sich die Bismarckanbeter goldene Berge versprachen, hat bis dato zu absolut keinem Resultat geführt; und diese Resultatlosigkeit ist wahrscheinlich gleichbedeutend mit Fiasko. Der „ehrliche Makler" duftete zu sehr nach Juchten, als daß seine Vorschläge in England nicht dem tiefsten Mißtrauen hätten begegnen müssen. Disraeli ist kein Andrassy — er kennt seine Pappenheimer, die Petersburger und die Berliner, und besteht shylokartig „auf seinem Schein", das heißt dem Pariser Vertrag, der nur durch die Gesammtheit der betheiligten Mächte abgeschafft werden könne, und will von keinem Congreß etwas wissen, dem nicht der ganze Vertrag von Sankt Stefano zur Berathung und Annahme oder Verwerfung vorgelegt werde. Das ist der Angelpunkt der Krise. Willigt Rußland in das Verlangen Englands, so hat es den Vertrag von St. Stefano geopfert, denn England wird denselben nie anerkennen. Willigt es nicht ein, dann ist der Krieg mit England unvermeidlich. Unter solchen Umständen ist den Verhandlungen über Zurückziehung der englischen Flotte einerseits und der russischen Truppen anderseits absolut kein Werth beizumessen, da, ohne vorheriges Nachgeben Rußlands, der Congreß doch nicht zu Stande kommt. — Inzwischen haben die letzten Tage den Russen, zu anderen unangenehmen Ueberraschungen, eine neue, recht fatale gebracht, nämlich einen Aufstand der türkischen Bevölkerung in Bulgarien, der große Dimensionen angenommen hat und die Schwierigkeiten, mit welchen die Russen auf der Balkaninsel zu kämpfen haben, wesentlich vermehrt. Natürlich fällt es den Türken nicht ein, Varna und Schumla zu räumen, was die Russen täglich dringender fordern; auch Batum halten sie hartnäckig, so daß, falls der Krieg ausbricht, die Engländer sofort in Asien wie in Europa eine vortreffliche militärische Basis haben.

Wahrhaft kläglich ist die Rolle, welche Herrr Andrassy spielt. Heut englisch, morgen russisch — schwankt er rath-, hülf- und kopflos hin und her und macht Oesterreich, das bei einiger Kühnheit, gepaart mit Verstand, eine unvergleichlich günstige Position hätte, zum kläglichen Spielzeug der Bismarck-Gortschakoff'schen Politik. Apropos, die beiden genannten Staatsmänner sind, Dank einer neckischen Laune des Schicksals, gleichzeitig ziemlich ernsthaft erkrankt: Fürst Bismarck, der seit acht Tagen in Lauenburg ist (wo er die Pulverfabriken für russische Rechnung überwachen wollte), an der „Gürtelrose" und Herr Gortschakoff an einem rheumatischen Fieber — man sieht, die Russen haben Pech.

— Alfred Groote, früher Landesgerichtsrath in Düsseldorf und preußischer Abgeordneter in der Conflictszeit, ist am 15. April im Alter von 63 Jahren gestorben. Er war es, der im Jahre 1863 dem Herrn v. Bismarck von der Tribüne des Abgeordnetenhauses das Wort entgegenrief: „Nieder mit diesem Ministerium!" Natürlich blieb er nicht mehr lange Landesgerichtsrath. 1866 stimmte er gegen die Annexionen; 1867 im norddeutschen Reichstage gegen die Bundesverfassung. Seit jener Zeit betheiligte Groote sich nicht mehr am öffentlichen Leben. — Die Fortschrittspartei, der Groote wenigstens formell angehörte, begräbt seit Waldeck's Tode endlich einmal wieder einen Ehrenmann. Groote wurde übrigens von seinen fortschrittlichen Parteigenossen, auch von Eugen Richter, ein Sonderling genannt. Wir glauben es gern, daß dieser politische Ehrenmann für die Duncker'sche Gesellschaft ein Sonderling war.

— Der Congreß der Nichtwahlberechtigten Ungarns hat am 21. und 22. April in Pest stattgefunden. Anwesend waren 106 Delegirte aus den verschiedensten Städten. Das Bureau bestand aus den Herren Dr. Czillag, Frankl, Ihrlinger und Szabo. Die Verhandlungen wurden in deutscher und ungarischer Sprache geführt. Der Congreß beschloß den Erlaß eines Manifestes an die ungarische Nation. Der Congreß beschloß ferner die Bildung einer Partei der nichtwahlberechtigten ungarischen Staatsbürger; die Entsendung einer Massendeputation an den Reichstag mußte dagegen unterbleiben, weil die Polizei die Wahl des Exekutivcomités untersagte. Ueber dieses Verbot soll der Ministerpräsident Tisza interpellirt werden, da es einen Eingriff in die Staatsbürgerrechte involvirt. Ein Agitationsfond soll gebildet werden. Abgesehen von einzelnen polizeilichen Uebergriffen ist der Congreß also glücklich zu Ende geführt. Es muß sich nun zeigen, ob die ungarische Regierung dem Verlangen der Nichtwahlberechtigten Ungarns nachgeben und das allgemeine Wahlrecht einführen wird.

— Aus der französischen „Republik". Dem liberalen Oekonomen Bastiat ist in seiner Vaterstadt Mugron ein Denkmal gesetzt worden. Der „republikanische" Finanzminister Léon Say hielt die Rede bei der Enthüllungsfeier, lobte ihn, daß er gegen Proudhon und die Sozialisten gekämpft habe mit den scharfen Waffen des Geistes, verglich ihn mit Thiers — Beide seien echte „Republikaner" und zugleich Sozialistenhasser gewesen, und nannte schließlich Bastiat einen glorreichen Vertheidiger des Eigenthums. Bekannt ist Bastiat in Deutschland geworden, als Schulze-Delitzsch ihn in seinen Kinderfibeln — Pardon: Arbeiterfibeln verballhornt hatte, noch bekannter wurde er, als Lassalle das Original sowohl, als den Abklatsch desselben in seinem „Bastiat-Schulze" an den Pranger stellte. — Und diesen oberflächlichsten aller Nationalökonomen feiert der Finanzminister der französischen Republik als ein Phänomen auf dem Gebiete der Sozial-Wissenschaften. Armes Frankreich, das du dir, während man deine besten Söhne hetzt und verfolgt, so etwas bieten lassen mußt! Arme Republik, welche von Reaktionären regiert wird!

— „Honnette Republikaner". In Lyon sprach neulich der „republikanische" Deputirte Durand über die Amnestiefrage und sagte u. A.: „Ich wünsche die Amnestie; ich habe immer für sie gestimmt; ich bebe jedoch vor Besorgniß, diese Frage wieder vor der Kammer angeregt zu sehen. Voriges Jahr haben 52 Deputirte für die Amnestie gestimmt; vielleicht würden dieses Jahr zehn mehr dafür stimmen; aber dies würde immer noch zu keinem praktischen Resultate führen. Uebrigens ist nur noch eine geringe Anzahl von politischen Deportirten in Neukaledonien. Es ist hauptsächlich unsere Pflicht, uns um Jene zu bekümmern, die aus Furcht vor Verfolgungen nicht wagen, nach Frankreich zurückzukehren; für sie ist die Amnestie vor Allem nothwendig .... Im Ganzen, wäre es der Mühe werth, um zehn Stimmen für die Amnestie zu gewinnen, die Frage in der Kammer wieder auf's Tapet zu bringen und vielleicht die Gefahr laufen, die Zahl der Begnadigungen zu vermindern?" — Es ist unmöglich, die Jämmerlichkeit dieser „Republikaner" drastischer zu kennzeichnen, als durch obige Worte. Der platonische Amnestie-Liebhaber, welcher die Amnestie „wünscht", aber „vor Besorgniß bebt", die Amnestiefrage in der Kammer angeregt zu sehen, ist ein klassischer Typus des Bourgeois-republikanerthums. Der Sophismus, hinter den er sich flüchtet, durch einen Amnestieantrag werde die Zahl der „Begnadigungen" vermindert, ist ebenso plump als die Lüge, es sei nur noch eine geringe Anzahl von politischen Deportirten in Neukaledonien. Die „geringe Anzahl" beläuft sich, wie wir aus sicherster Quelle wissen, auf 3400 — 3500! Freilich, die „Anzahl" wird täglich „geringer", und wenn die Herren honnetten Republikaner noch ein paar Jährchen zuwarten, wird sie allerdings so „gering" sein, daß ein Amnestieantrag in der That, weil gegenstandslos geworden, sich nicht mehr verlohnt. Pfui!

— Der große Strike in Lancashire dauert fort. Auf einem Massenmeeting zu Blackburn, dem Hauptsitze des Strikes, wurde von den Arbeitern beschlossen, bei voller Wochenarbeit den vollen Lohn zu beanspruchen; dagegen bei nur viertägiger Arbeit in eine Lohnreduktion von 10 Proz., bei fünftiger Arbeit in eine Reduktion von 5 Proz. zu willigen. Da die Großfabrikanten einen Strike wollen, um ihre Vorräthe loszuwerden, die kleinen Fabrikanten bankrout zu machen und die Arbeiter zu Paaren zu treiben, so ist vorläufig an ein Ende dieses, die bürgerliche Gesellschaftsordnung so grell beleuchtenden Conflikts nicht zu denken.

— Unserem Genossen Bebel war von Seiten der Liberalen der Vorwurf gemacht worden, daß er sich im Jahre 1869 bei den Berathungen der Gewerbeordnungs-Commission, deren Mitglied er war, nicht betheiligt habe. Kürzlich war anläßlich der Reichstagsbebatte über das Haftpflichtgesetz dieser Vorwurf von dem „Berliner Tageblatt" erneut erhoben und von der „Berliner Freien Presse" zurückgewiesen worden. Letztere erhielt nun nachstehendes Schreiben von Bebel zur Veröffentlichung: „Allerdings bin ich damals in die Gewerbeordnungs-Commission gewählt worden, habe auch an einer, möglich auch an zwei Sitzungen theilgenommen, war aber alsdann genöthigt, dringender Geschäfte halber nach Hause zu reisen, und als ich zurückkam, waren die Berathungen der Commission so weit vorgeschritten, daß ich es für zwecklos hielt, mich weiter zu betheiligen. Ich muß hierbei ausdrücklich bemerken, daß die Commission nur einzelne Abschnitte, und zwar nicht die wichtigsten, zur Vorberathung überwiesen bekommen hatte, der Haupttheil wurde durch Berathung im Hause erledigt. An den Verhandlungen des Plenums nun habe ich, wie Bracke ganz richtig im Reichstag hervorgehoben hat, sowohl an der General- wie an der Spezialdebatte mich lebhaft betheiligt — wenn ich nicht irre, ergriff ich in jener Session 17 Mal das Wort, die stenographischen Berichte stehen mir augenblicklich nicht zur Verfügung — und stellte auch eine Reihe von Anträgen, und zwar insofern nicht ohne Erfolg, als mein Antrag, die Arbeitsbücher zu beseitigen, Annahme fand, also eine Materie durch meine Veranlassung beseitigt wurde, die man gegenwärtig von gewisser Seite gern wieder in die Gewerbeordnung hineinbringen möchte. — Dies der Sachverhalt.

Leipzig, Bezirksgerichts-Gefängniß, 17. April 1878.

Mit Gruß A. Bebel."

— Der Redakteur des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat", Genosse Weber, wurde von dem Schwurgericht von Mittelfranken wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Nürnberg, der sich bekanntlich Stromer benamset, zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Gegen dieses Urtheil hatte Weber Berufung an den obersten bayerischen Gerichtshof angemeldet, dieser aber verwarf nicht nur die Berufung, sondern verurtheilte Weber außerdem noch zu einer sogenannten „Frivolitätsstrafe" von 15 Tagen Gefängniß. Weber hätte sich also nach dem obersten bayerischen Gerichtshof mit den 6 Monaten für eine einfache Beleidigung zufrieden geben sollen. Wozu ein solcher Gerichtshof dann aber überhaupt noch existirt, wenn es frivol ist, dessen Spruch anzurufen, das ist für den gesunden Menschenverstand unerfindlich.

— Praktisch. Die „Berliner Freie Presse" ersucht die Parteigenossen, nur bei denjenigen Gastwirthen zu verkehren, welche den Sozialisten ihre Lokale zu Versammlungen und Besprechungen zur Verfügung stellen. Nur dadurch wird es möglich werden, die Beeinflussungen, denen die Lokalinhaber von gewisser Seite her ausgesetzt sind, zu paralelisiren. Wir entschädigen durch eine solche Taktik diejenigen, welche uns, ohne Parteigenossen zu sein, ihre Lokale zu den erwähnten Zwecken überlassen, während wir andererseits diejenigen Wirthe, welche jenen Beeinflussungen willig Gehör schenken, ganz empfindlich bestrafen.

Lassalle's Briefe an Rodbertus.

Von C. A. Sch.

Den älteren Parteigenossen ist der Name Rodbertus wohlbekannt. Das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses in Leipzig hatte sich zu Anfang des Jahres 1863 an Lassalle und später auch an Rodbertus gewandt, um von diesen beiden hervorragenden Gelehrten Rath und Auskunft über die vorzunehmenden Schritte zu erhalten. Lassalle gab als Antwort sein „Offenes Antwortschreiben", Rodbertus erwiderte in einem seiner Zeit auch veröffentlichten Briefe, in welchem er besonders die Richtigkeit des Lohngesetzes anerkannte.

Jetzt haben die Erben von Rodbertus beschlossen, den literarischen Nachlaß desselben zu veröffentlichen; Professor Adolph Wagner hier in Berlin und der Mecklenburgische Domänen-Pächter Schumacher in Zarchlin sind mit der Ordnung und Herausgabe dieses Nachlasses betraut worden.

Das erste, in diesen Tagen erschienene Heft enthält 19 Briefe Lassalle's an Rodbertus, mit einer Einleitung zu denselben, die Herr Professor Wagner geschrieben hat und in welche verschiedene von Rodbertus dazu gemachte Bemerkungen eingeflochten sind.

Die Ansichten und Meinungen so hervorragender Männer sind von hohem Interesse für die gesammte Wissenschaft. Längst liegt ja schon die Zeit hinter uns, in welcher der vom wirthschaftlichen Liberalismus zum „König im sozialen Reiche" erklärte Herr Schulze aus Delitzsch Lassalle einen Halbwisser nennen durfte; wer sich heute unterfangen wollte, einen gleichen Ausspruch zu thun, würde unter dem Hohngelächter des deutschen Volkes für unzurechnungsfähig erklärt werden. Wohl erkennt man jetzt die Bedeutung Lassalle's überall an, aber man möchte dem verhaßten Agitator, der die Arbeiter über ihre Interessen aufzuklären unternommen hat, doch gar zu gern noch irgend etwas am Zeuge flicken; dazu bietet den wahrheitsliebenden liberalen Zeitungsschreibern nun eine Notiz von Rodbertus über Lassalle eine erwünschte Gelegenheit.

Die russischen Siege.

Von A. Bl.

(Schluß.)

Die russische Regierung dachte bekanntlich, gestützt auf die Berichte ihres Botschafters in Constantinopel, an ein „ruhmvolles" russisches 1866. Und in dieser Eventualität würde der „Ruhm", der sich über alle Söhne Rußlands, besonders aber über die in „Kaisers Rock" mit leuchtendem Abglanz verbreitet hätte, dem Siegesneid nicht erlaubt haben, die allerunterthänigsten Gardistenherzen zu demagogisiren. Nun aber erwies sich plötzlich der „kranke Mann" nicht kränker als der „nordische Koloß"; der türkische „Räuber" zeigte, daß er nicht geneigt war, seinem moskowitischen Nebenbuhler die Beute leichten Kaufes aus der Hand zu geben. Der kaiserlich-russische Mordsnymbus wurde hüben und drüben von seiner ephemeren Höhe rasch herunter gerissen. In Rußland begann es in Folge dessen stark zu gähren, und natürlicherweise blieb auch die Garde, welche mit den jämmerlichen Niederlagen ihrer aktiven Kameraden auch die eigene Ruhmessonne sinken sah, nicht ganz verschont davon. Und nun wußte die Regierung nichts Eiligeres zu thun, als ihr auserlesenes Kanonenfutter zur Aktion zu berufen und die Ueberwachung der „Ordnung" den „gewöhnlichen" Truppen anzuvertrauen. Mit welcher Bangigkeit aber dieser Schritt gethan wurde, beweist das bei dieser Gelegenheit verbreitete Gerücht, daß die Kaiserin deshalb den Winter nicht in (dem revolutionären) Petersburg, sondern in (dem allerunterthänigst frommen) Kijew zubringen würde.

Und in der That, das „Kriegsglück" hat sich seit dem Eintreffen der kaiserlichen Garde auf dem Kriegsmordplatz zu Gunsten der Russen gewendet. Allein man würde sich sehr irren, wenn man glauben wollte, daß es die Garde als solche, d. h. als „beste Truppe" Rußlands war, die diese „Glückswendung" herbeiführte. Nein! Jeder, der die Entwickelung des Krieges verfolgt hat, weiß, daß die ersten, so überraschend leicht erfochtenen russischen Siege, wie z. B. der Donau-Uebergang, einzig und allein der äußerst nachlässigen Haltung der türkischen Commandanten zuzuschreiben sind. Von einem gründlich durchdachten und ernst ausgearbeiteten strategischen Operationsplane der Russen war dabei nichts zu merken. Ja, überall hat sich sogar das Gegentheil gezeigt. Statt conzentrisch auf die Hauptangriffspunkte vorzugehen, verzettelten die Russen ihre Kräfte und führten den Krieg mit Kosackensotnien „politisch". Trotzdem aber waren sie fast überall in der Mehrheit oder überraschten den nachlässigen Gegner, so daß die ebenfalls zerstreuten türkischen Abtheilungen immer tiefer ins Innere retirirten. Indeß dieses Retiriren des Gegners wurde für die Russen verderblich. Die einzelnen Abtheilungen der türkischen Armee conzentrirten sich rückwärts und als das Obercommando in die Hände energischer Heerführer gelegt wurde, ergriffen die nunmehr conzentrirten türkischen Armeen die Offensive — und brachten dem, wenngleich numerisch überlegenen, aber verzettelten und darum schwächeren Gegner in Europa wie in Asien die jämmerlichsten Niederlagen bei.

Die Folge dieser Niederlagen der russischen Aktionsarmee war eine zweifache. Erstens wurde dadurch dem eitlen, keinen Widerspruch ertragenden Hochmuth der commandirenden Großfürsten ein Dämpfer aufgesetzt, so daß nunmehr die faktischen Führer — die Generale — die Leitung in die Hände bekamen, und damit kam nun die taktische Kriegsführung an Stelle der früheren „großfürstlich-politischen" an die Tagesordnung. Zweitens bewirkte das Retiriren der russischen Armeetheile unwillkürlich eine Conzentration derselben. Beide Gegner erwiesen sich in Folge dessen als gleich starke Ringer; keiner vermochte eine volle Entscheidung herbeizuführen — die Gegner hielten sich lange Zeit gegenseitig in Schach.

Diese Zeit benutzte die russische Regierung dazu, Verstärkungen heranzuziehen, welche ihr das Uebergewicht sichern könnten, und berief sie dazu aus oben angeführtem Grunde hauptsächlich die Garde. Und in der That, die Heranziehung der 70—80,000 Mann starken Garde bewirkte das Uebergewicht der russischen Armee, welche nunmehr, conzentrirt und unter fachkundiger Leitung eines Loris-Melikow, Gurko, Jemeritinski Skobelew, dem Gegner bedeutende Niederlagen beibrachte.

Schon merkt man in Rußland die traurigen Folgen des Siegesrausches. Die „liberalen" Zeitungen, wie z. B. der „Golos", die Petersburger „Wjedomosti", die „Nowoje Wremja" ꝛc. ꝛc. vergessen wegen der „russischen Festung Kars" die furchtbaren Wunden, an denen der russische Staats- und Volksorganismus blutet und welche durch neue Eroberungen nicht nur nicht gelindert, sondern sogar noch mehr verschlimmert worden. Die Organe des „Liberalismus" wimmeln von allerunterthänigsten, allerunwürdigsten Speichelleckereien für den „großen weisen Czaren und Befreier" und seine „ruhmreichen Helden". Die Regierung, welche erst vor einigen Monaten revolutionäre Erhebungen fürchtete und welche, von tödtlicher Angst wegen der Plewna-Niederlagen erfüllt, sogar schon von „Constitution" sprach — dieselbe Regierung scheut sich jetzt nicht, das Gesetz, nach welchem alle Gerichtsverhandlungen öffentlich sein müssen, zu verletzen, wie sie es in dem letzten großen politischen Prozeß gethan.

Wohl werden die Siege der kaiserlichen Armee nicht im Stande sein, die natürliche, historische Entwickelung des russischen Volkes zu ersticken; die Entwickelung derselben ist schon zu weit vorgeschritten, als daß sie von der Soldatengewalt vollends niedergehalten werden könnte. Aber eins wird der „siegreichen" russischen Reaktion gelingen können, und das ist — die Verfälschung der freiheitlichen Entwickelung. Mögen die Siege der kaiserlichen Armee noch so „ruhmreich" sein, die Einführung eines constitutionellen Zustandes in Rußland ist früher oder später unvermeidlich. Aber in was für Gestalt? Das können wir aus der früheren „Kulturthätigkeit" derselben russischen Regierung ersehen. Trotz der „ruhmreichen" Siege der kaiserlichen Armee von 1863 war die Regierung außer Stande, die freiheitliche Bewegung des russischen Volkes zu ersticken. Die Reaktion mußte dieser letztern nachgeben. Finnland erhielt eine „Constitution", das russische Volk im Ganzen bekam mehrere „constitutionelle Conzessionen" — die theilweise Aufhebung der Censur, das reorganisirte Gerichtswesen mit — „Oeffentlichkeit", eine „freiheitliche" Städteordnung ꝛc. Aber was für jämmerliche Karrikaturbilder sind das! Nun, von der finnländischen „Constitution" kann sich Jedermann ein Bild machen, wenn er bedenkt, daß sie — noch keine Veranlassung zum Einschreiten gegeben hat. Die russische „Preßfreiheit" wird genügend durch die massenhaften „Preßverbrechen" charakterisirt. Die „demagogischen" Prozesse geben ein klares Bild von der „Unabhängigkeit" der Richter und der „Oeffentlichkeit" der Gerichtsverhandlungen, zu welchen nicht einmal die Zeitungsreporter Zutritt haben. Und was endlich die „freiheitliche" Städte„ordnung" betrifft, so braucht man sich blos an die Affaire Brodski zu erinnern, um diese „Freiheit" als Lüge zu erkennen.

Rodbertus spricht von „einem esoterischen und einem exoterischen Lassalle," also von einem Lassalle, wie er sich den Eingeweihten und von einem Lassalle, wie er sich den Nichteingeweihten gezeigt habe. Flugs ist nun der Liberalismus bei der Hand mit der hämischen Bemerkung, selbst Rodbertus gebe zu, daß Lassalle nicht wahr gegen die Arbeiter, daß er ein zweideutiger Charakter gewesen sei u. dgl.

Dieser Fälschung gegenüber seien hier die Worte abgedruckt, welche Rodbertus niedergeschrieben hat:

„Es gab — ohne daß dadurch der geringste Makel auf Lassalle's Charakter geworfen werden soll — einen esoterischen und einen exoterischen Lassalle. Auch müssen, behaupte ich, praktische Weltfragen, wie die sozialen, immer zugleich esoterisch und exoterisch behandelt werden. Nur das dürftige Licht, das der Liberalismus auf Staatsmaximen dieser Art ausgestrahlt hat, hat diesen Satz anzufechten vermocht."

Hier erkennt also Rodbertus unbedingt an, daß es bei der damaligen Sachlage, wie wohl bei allen großen Bewegungen, geboten war, die innerste, wissenschaftliche Begründung der vorliegenden Frage von der äußeren Agitation zu trennen. Für Rodbertus, dem jede nach Außen gerichtete Agitation unbequem war, lag es nahe, die rein wissenschaftliche Seite der sozialen Frage in den Vordergrund zu drängen und die einmal ohne sein Zuthun in Fluß kommende Bewegung von der Politik fern zu halten. Ihm gegenüber hat Lassalle zwar das wissenschaftliche Moment auch ganz besonders hervorgehoben, aber ausdrücklich und nachdrücklich die Ansicht verfochten, daß die Bewegung eine politische sei und sein müsse.

„Ohne das allgemeine Wahlrecht, also ohne praktische Handhabe, unsere Forderungen zu verwirklichen — schreibt er am 30. April 1863 — können wir sein eine philosophische Schule oder auch eine religiöse Sekte, aber niemals eine politische Partei. Darum scheint mir, daß das allgemeine Wahlrecht so zu unseren Forderungen gehört, wie der Stiel zu der Axt."

Man hat, wie gesagt, schon den Vorwurf erhoben, aus diesen Briefen gehe deutlich hervor, daß Lassalle seine eigentlichen Ziele und Zwecke vor den Arbeitern geheim gehalten habe. Der Vorwurf ist um so lächerlicher, als er gerade von der Seite kommt, welche heutzutage laut darüber jammert, daß die Arbeiter nicht mehr an den ursprünglichen einfachen Forderungen Lassalle's festhalten. Die Bewegung ist ja, was anerkannt werden muß, längst über diese Forderungen hinausgegangen; sie ist bis zu der Erkenntniß gediehen, daß nur im Communismus Heil und Rettung für die arbeitenden Klassen und gerade deshalb auch für die ganze Gesellschaft zu finden sei. Aber damit hat die soziale Partei durchaus nicht etwa den von Lassalle eingeschlagenen Weg verlassen, sie ist ihn nur ruhig weitergegangen. Wohin dieser Weg führte, daß er zum Communismus führen mußte, mußte Lassalle klar und hat es auch seiner Zeit mehrfach angedeutet.

Wer Lassalle's großes Werk: „System der erworbenen Rechte", kennt, hat darin die Grundanschauungen des Communismus wissenschaftlich begründet gefunden. Und daß Lassalle diese Anschauung mit Rodbertus theilte, geht aus den Schriften des Letzteren zur Evidenz hervor, wird aber auch durch folgende Stelle aus dem Nachlaß besonders bewiesen:

„Unsere rechts- und geschichtsphilosophische Auffassung stimmte namentlich darin überein, daß wir die Reihe der in der Geschichte aufeinander folgenden Staatenordnung oder derjenigen Staatenart dieser Ordnung, die man den constitutionellen oder Repräsentativstaat nennt, für abgeschlossen hielten. Wir waren beide davon überzeugt, daß vor einer idealeren und schärferen Rechtsphilosophie, als heute die Tagesmeinungen beherrscht, dem Grund- und Kapitaleigenthum wesentliche Mängel anklebten, daß es ein gereinigteres Eigenthum gäbe, bei welchem die einem Jeden zufallende Eigenthumsportion in gerechterem Verhältniß zu dem persönlichen Verdienste des Individuums um die Gesellschaft stehe; daß eine solche Art Eigenthumsinstitution nur zu realisiren sei, wenn es nur ein Einkommenseigenthum gäbe."

Es ist jedem Kenner der Lassalle'schen Schriften klar, daß dies das Ziel war, auf welches die Bewegung naturgemäß hinauslaufen mußte. Lassalle schreibt darüber am 28. April 1863:

„Daß Grund- und Kapitaleigenthum abzulösen sind, das ist eben, seitdem ich ökonomisch denke, der innerste Kern meiner Ansicht! Sie haben sie ja auch schon am Ende Ihres dritten sozialen Briefes ausgesprochen. Und gerade deshalb war ich seit je Ihnen so warm ergeben. Freilich darf man das dem Mob heute noch nicht sagen, und deshalb habe ich das in meiner Brochüre sehr vermieden. Ich glaube aber, daß wenn wir den Staatscredit für die Association haben, dies eben der kleine Finger ist, der, mit der Consequenz des sich selbst entwickelnden Lebens, allmälig, freilich erst in hundert bis zweihundert Jahren, dazu führen muß."

Daß darf man jetzt dem Mob noch nicht sagen. Ja wohl; hätte Lassalle das damals dem Mob gesagt, sie hätten ihn vergiftet oder in Stücke gerissen. — Wer die damaligen Auftritte mit durchlebt hat, wer sich erinnert, welche namenlose Wuth damals in den fortschrittlichen Kreisen gegen Lassalle herrschte, — und die weitaus überwiegende Majorität der Arbeiter folgte ja damals noch blind dem Banner der Fortschrittspartei — der wird den hell- und weitsehenden Geist Lassalle's bewundern, der zur Erreichung des in weiter Ferne schwebenden Zieles den Arbeitern eine Etappe als Ziel hinstellte, welche zu erreichen nach dem damaligen Verständniß möglich und begehrenswerth erschien

(Schluß folgt.)

Aus Italien.

(Fortsetzung aus Nr. 42.)

Neapel, 19. April.

Die Wohnungsverhältnisse der süditalienischen Bauern betrachtend, fällt zunächst eine stark ausgeprägte Concentration der Bevölkerung auf. Der Census von 1871 schätzt die Stadtbevölkerung Italiens auf 31,30 und die Landbevölkerung auf 68,70 Prozent, und zwar werden hierbei alle Bewohner von Ortschaften bis 6000 Seelen als Landbevölkerung gerechnet. Fast nie wohnen die kleinen Bauern und Tagelöhner auf dem Lande, sondern immer zusammen in kleineren oder größeren Flecken und Städten. Dieser Umstand ist äußerst hemmend und hinderlich, denn beide, Pächter sowohl wie Landarbeiter, verlieren viel Zeit durch das sich regelmäßig wiederholende Gehen und Kommen von und nach Hause. Diesem Zeitverluste vorzubeugen, entschließen sich die Landarbeiter häufig, des Montags auszugehen, um erst am Samstag Abend zurückzukehren. Während der Abwesenheit von der Familie leben sie entweder unter freiem Himmel, oder allenfalls in nothdürftigen Hütten; doch wie sie auch immer die Wochentage zubringen, Eines ist gewiß und unausbleiblich: der Mann wird seiner Familie nach und nach ganz entfremdet und seine Lebensweise muß einen ganz und gar demoralisirenden Einfluß auf ihn ausüben.

Doch nicht allein der Ausfall an Arbeitszeit und in Folge dessen an Lohn ist es, was die Concentration der Landbevölkerung an materiellen Nachtheilen mit sich bringt. So z. B. wäre es dem auf dem Lande wohnenden Bauer leichter, ein oder einige Stück Vieh zu halten und daraus sich und seiner Familie einen Erwerbszweig zu schaffen. Dem in einer Stadt oder einem Städtchen lebenden Landarbeiter ist das fast unmöglich; Mangel an Raum, Futter ꝛc. halten ihn davon ab.

Wo Hausthiere gehalten werden, da ist ein Schwein in den meisten Fällen der ganze Viehstand, und theilen Schwein und Menschen gewöhnlich eine und dieselbe Behausung. Die meisten Häuser, wenn dieses Wort hier zu gebrauchen erlaubt ist, haben als einzige Oeffnung nur die Thür, selten noch ein als Fenster dienendes Loch in der Mauer.

Glücklich ist der Pächter, der im Besitz eines Pfluges und der nöthigen Zugthiere ist! Nur wenige sind in solcher Lage, die meisten sind gezwungen, um ihr Ackerland bestellen zu können, Pflug und Thiere bei den Grundbesitzern zu leihen; der hierfür gewöhnlich gezahlte Preis ist je nach den Zeitumständen Lire 4,50—8,50 pro Tag. An Steuern zahlt der Bauer in sehr vielen Gegenden bis 8 Lire für ein Maulthier und 5 Lire für einen Esel, während der Großgrundbesitzer für Hunderte von Kühen und Ochsen nichts oder fast nichts an Abgaben zahlt. Und das Alles ist die Folge der Gerechtigkeit, welche die Herren als Leiter der Commune auszuüben sich bestreben!

Die Abgaben für Zugvieh, an dessen Bestand die materiell gedrückte Bevölkerung am meisten partizipirt, betrugen im Jahre 1874 in Sicilien 589,557 Lire, während die für das übrige Vieh, als Kühe, Ochsen, Schafe ꝛc., nur 146,493 Lire betrugen.

Eine Eigenthümlichkeit Süditaliens sind die „monti frumentari". Es sind dies unter der Verwaltung der Communen stehende Getreidevorräthe, dazu bestimmt, dem armen und ärmeren Bauer Produktenvorschüsse, besonders zur Saatzeit, zu machen. Doch weit entfernt, diesem Zwecke zu genügen, sind sie nichts mehr und nichts weniger als ein Mittel in der Hand der Verwalter selbst, auf die einfachste Weise viel Geld zu „verdienen". Der Weg zu diesem Ziel ist ebenso einfach wie betrügerisch. Die Herren Verwalter nämlich sind so schlau, sich selbst die — existirenden Getreidevorräthe zu leihen, und sie demnächst als Privatvorschuß dem Bauer gegen landesübliche Zinsen von 25 Prozent für einige Monate vorzustrecken. Es ist das eine allgemein bekannte Thatsache, von der jeder Bauer zu erzählen weiß; er weiß es und schweigt, weil er weiß, daß er den Galantuomini gegenüber ohnmächtig ist. Eine schöne Illustration zur Heiligkeit des Eigenthums im kapitalistischen Staate!

Unter den Pächtern stehen die Lohnarbeiter, deren Zahl sich nach dem Census von 1871 auf 3,280,391 beläuft, von den 12,496,706 der Gesammtzahl der beim Ackerbau, Industrie und Handel beschäftigten Personen, d. h. mehr als ein Viertel dieser Zahl sind Landtaglöhner.

Die Zahl der Kinder beiderlei Geschlechts, die beim Ackerbau beschäftigt waren, belief sich (immer im Jahre 1871) auf 1,308,832, d. h. 15 Prozent, die der Frauen auf 2,528,553, d. h. auf 29 Prozent, die der Männer auf 4,863,002, d. h. auf 56 Prozent von den 8,700,387, die sich direkt mit dem Ackerbau beschäftigten. In den mit dem Ackerbau zusammenhängenden Gewerben arbeiteten weitere 5,708,508 Personen, von diesen waren 2,334,449 Frauen.

Speziell in den neapolitanischen und sizilianischen Provinzen beschäftigten sich mit dem Ackerbau im Jahre 1871 2,831,001 Personen. Hierzu stellten die Frauen in den neapolitanischen Provinzen ein Contingent von 52,9 Prozent, in Sizilien dagegen von nur 19 Prozent. Dieser auffallende Unterschied erklärt sich aus der sozialen Stellung der sizilianischen Frau einerseits und anderseits aus der hier mehr als irgendwo stark ausgeprägten Concentration der Landbevölkerung, die schon allein eine regelmäßige Frauenarbeit unmöglich macht, denn Mann und Frau können Haus und Kinder und das allenfalls noch vorhandene Vieh nicht die ganze Woche verlassen.

Von obigen 2,831,001 im Ackerbau Süditaliens und Siziliens beschäftigten Personen sind 1,503,995 Tagelöhner, d. h. mehr als die Hälfte. Der Lohn dieser Letzteren wechselt nach den verschiedenen Jahreszeiten und auch, aber weniger, nach den verschiedenen Gegenden. Es ist klar, daß zur Erntezeit, wenn es sich darum handelt, in wenigen Tagen die Feldfrüchte unter Dach zu bringen, sich die Nachfrage nach Arbeitern bedeutend steigert und so auch die Löhne sich vortheilhafter stellen. Doch selbst in solchen Augenblicken überschreiten die Tagelöhne selten 2,50—3,50 Lire. Der allgemein in normalen Zeiten übliche Lohn beträgt dagegen von 85 Centimen bis 1,70, von dem noch häufig ein Theil, oft sogar der größte Theil in Naturalien ausgezahlt wird.

Dazu rechne man, daß der Lohnarbeiter 100—120 Tage des Jahres, der Sonn- und Feiertage und ungünstiger Witterung halber, ohne Arbeit ist, und man mache sich ein Bild von solchem Dasein. Man nehme nur an, der Mann verdiene 1,50 Lire pro Tag, macht für höchstens 260 Arbeitstage 390 Lire. Auch die Frau soll 100 Lire verdienen, was besonders in Sizilien gar durchaus nicht der Fall ist, macht für eine Familie von 4 Personen 490 Lire. Der Landarbeiter zahlt für Hausmiethe durchschnittlich 30 Lire — bleiben 460 Lire für alle übrigen Lebensbedürfnisse, macht à Person 115 Lire pro Jahr oder 32 Centimes pro Tag. Wie man damit auch nur den einfachsten Lebensbedürfnissen entsprechend existiren kann, das sollten die Herren Großgrundbesitzer den Landarbeitern einmal vormachen.

(Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Petersburg, 21. April. Wenn man glaubt, in Rußland sei nur die Regierung auf dem Gebiete des Sandindieaugenstreuens tüchtig, so ist man nicht nur über die hiesigen Zustände schlecht unterrichtet, sondern man thut auch dadurch den Institutionen der russischen Bourgeois-Wirthschaft schweres Unrecht. Aus Folgendem sollen alle Unkundigen eines Bessern belehrt werden. In Folge des „heiligen" Krieges zur „Befreiung" ... (was ist das für ein ironisches Hohnlächeln? ... Nun ja, zur Befreiung) der Slaven auf der Balkan-Halbinsel werden bekanntlich die Waggons der russischen Eisenbahnen nicht mehr zur Beförderung von Getreide ꝛc. verwendet, sondern zu einem viel höhern Zwecke, nämlich zur Ausfuhr mordsunfähiger Krüppel jeglicher Art und Einfuhr neuer Krüppelkandidaten resp. Mörder und zukünftiger Leichen. Demzufolge fault seit 6—8 Monaten auf den Eisenbahnen: Libau-Romny, Orel-Witebsk, Kursk-Charkow-Azow, Charkow-Nikolajew, Fastow, Kiew-Brest ꝛc. ꝛc. so viel Getreide, wie vielleicht ganz Holland in einem Jahre nicht consumirt. Auf den Stationen: Romny, Spola, Bobrinskaja, Bjelaja-Zerkow, Kasatin, Berdyczew, Popeluja — auf diesen Stationen allein lagern mindestens je 1000 bis 2000 und noch mehr Waggons (à 200 Ctr.) und das größtentheils unter'm freien Himmel, der Willkür der rücksichtslosen Natur preisgegeben. Nun sind aus verschiedenen Gegenden Rußlands in die betreffenden Stellen seitens der Kaufleute — welche, nebenbei bemerkt, auf ihren Vortheil mehr bedacht sind, als die hungernden Bauern auf ihren Magen — über diese haarsträubenden Zustände bittere Klagen eingelaufen. Diese wurden bei einer neulich in Petersburg abgehaltenen Eisenbahn-Conferenz zur Sprache gebracht und von Seiten der Eisenbahn-Vorsteher — nun, was meinen Sie? — einfach hinweggeleugnet! In einem am 26. März a. c. vom Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft erlassenen Circular heißt es nämlich:

„Es ist in letzter Zeit vielfach Klage geführt worden, daß große Quantitäten für Deutschland und namentlich für Königsberg bestimmter Güter in Rußland auf den Eisenbahnstationen liegen geblieben sind, zum Theil noch dort liegen und dem Verderben ausgesetzt werden. Auf einer neuerdings in Petersburg stattgehabten Eisenbahn-Conferenz ist dies aber seitens der russischen Bahnverwaltungen durchaus bestritten ꝛc." —

wovon sich Ungläubige auf dem genannten Vorsteheramt überzeugen können. So streut man den Unzufriedenen Sand in die Augen; so regiert der Geldsack die Welt; so wirthschaften Bourgeois und Selbstherrscher! Die Einen hungern, weil die Anderen ermordet werden müssen, und selbst die Stimmen der Ausbeuter bleiben wegen der größeren Ausbeuter unbeachtet. Das Uebel aber wird, nach dem System der preußisch-deutschen Rückschrittler — todtgeleugnet. Und die Sozialisten sind „unsinnige Schwärmer". Ein russischer „treuer" Unterthan.

Bremen, den 15. April. Von hier aus werden, so schreibt die „Bremer Freie Presse", vielfach Mädchen durch einen hiesigen Stellenvermittler nach England gesandt, denen dort angeblich Stellen besorgt sind. Einer unserer Mitbürger, dessen Tochter jüngst ebenfalls ein Engagement in England angenommen hat, erhielt kürzlich von derselben einen Brief, in welchem über die Art und Weise dieser Stellenvermittelung Behauptungen gemacht werden, welche, wenn sie sich als wahr bestätigen, ein entschiedenes Einschreiten der Polizei gegen den betreffenden Gewerbetreibenden dringend herausforbern. Nach jenen Schilderungen sind die verführten Mädchen die Opfer einer unerhörten Prellerei, und fallen schließlich in Folge derselben häufig genug einer Erwerbsart anheim, vor welcher die Eltern und die Mädchen selbst zu schaudern allen Grund haben. Der betreffende Brief behauptet, daß in allen oder doch in vielen Fällen die versprochene Stellung nicht beschafft ist, und daß die Mädchen, wenn sie in England anlangen, einem anderen Stellenvermittler überantwortet sind, der sich von ihnen im Voraus noch einmal eine Gebühr von 15 Mk. auszahlen läßt, wofür er sich vorgeblich um Beschaffung eines Engagements bemüht. Unterdeß werden die hilf- und rathlosen Mädchen in Kosthäuser gewiesen, in denen ihnen möglichst rasch alle Habe für Kostgeld abgenommen wird, und dann, wenn eine Stellung sich nicht gefunden, und wenn daheim nicht Eltern leben, welche in der letzten Noth zu helfen im Stande sind, dann — — — Die Listen der Londoner Prostituirten weisen viele deutschen Namen auf.

Aus Mecklenburg, 23. April. Es geht nichts über unser schönes Mecklenburg, in welchem der Haselstock noch hoch in Ehren steht, wo es noch Fangprämien für Bettler und Handwerksburschen giebt und wo die Diener der Gerechtigkeit den Säbel so zu führen wissen, wie es eben Schülern aus Moltke's Pensionat für höhere Bildung zukommt. So hat vor nicht zu langer Zeit ein Kröpeliner Gendarm mit einem Säbelhieb einem Handwerksburschen das Gehirn bloßgelegt; ein anderer hat in Dargun zwei betrunkene Handwerksburschen so traktirt, daß sie im Gefängniß ärztlich behandelt werden mußten. Der Eine von diesen Beiden, der betrunken am Boden lag und sich nicht vertheidigen konnte, hatte einen Stich durch die eine Armmuskel. Arbeiter, durch die Noth gezwungen, Sonntags ihr Bischen Feld zu bestellen, werden bestraft, während Fusel- und Bierbrauereien ungestört die „Sabbathfeier" stören dürfen. Polnische Arbeiter und Zuchthausinsassen werden mit Arbeit versorgt, die mecklenburgischen Arbeiter aber können hungern und darben, eventuell auswandern. Ein schönes Bild aus dem gesegneten Mecklenburg! — Daß bei solchen Zuständen die sozialdemokratische Partei nicht noch größere Fortschritte macht, als es der Fall ist, liegt daran, daß uns die Agitation in den kleinen Städten und auf dem Lande ungemein erschwert ist. In den kleinen Städten ist es in vielen Fällen unmöglich, ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen; das „liberale" Geschmeiß predigt eben Gewalt gegen unsere Idee und droht den Wirthen mit Entziehung der Kundschaft. Die liberalen Zeitungen heißen ganz offen die Maßregelungen der Sozialdemokraten gut, stellen sie

---

Ebenso würde es mit der russischen „Verfassung" aussehen, mit welcher die „liberale" Regierung das Volk „freiwillig" beglücken wird. Dafür sprechen auch schon die wahrscheinlich offiziell inspirirten diesbezüglichen Gerüchte, wie überhaupt die Handlungsweise der „liberalen" Regierung. Diese „Verfassung", mit deren Ausarbeitung die Herren Gortschakow und Jomini sich gegenwärtig beschäftigen sollen, werde das aristokratische Element zur Basis haben.

Die russische Regierung sieht schon ein, daß das gegenwärtige System unhaltbar geworden, ist aber, wie alle Regierungen, natürlicherweise nicht geneigt, dem „Volke" Conzessionen zu machen. Sie ist daher bestrebt, ein offizielles Pfaffenthum und Krautjunkerthum zu schaffen, welche Klassen ihre Stütze bilden sollen. Die gegenwärtige russische Regierung sieht die beiden „politischen Fehler" Fedor's II. und Peter's I. ein, und ist nun bestrebt, dieselben wieder gut zu machen. Fedor III. vernichtete bekanntlich den Adel — das Bojarenthum — als Klasse, indem er die Geschlechtsregister desselben verbrennen ließ. Peter der Große vernichtete die Geistlichkeit, die bis dahin als unabhängige Macht aufgetreten war, indem er die Patriarchenwürde aufhob und die sogenannte „Heilige Synode" gründete, der die Hauptverwaltung der kirchlichen Angelegenheiten des Staates obliegt und die unter der unmittelbaren absolut-souveränen Aufsicht des Kaisers steht. Die gegenwärtige „liberale" Regierung will nun, wie gesagt, diese beiden „politischen Fehler" — natürlich nur zum Theil — wieder gut machen, um die beiden Stände für sich zu gewinnen. Dafür nur zwei Beispiele. Erstes: der Oberprokureur der „heiligen Synode", Graf Tolstoi, ist mit dem Unterrichtsministerium betraut. Zweites: in einem Ukas vom Jahre 1872, die Schulreform betreffend, berief der Kaiser seinen „treuen Adel" collektiv zur Ueberwachung der Volksschulen, damit nicht das „Gift der Demagogie" auch dahin Eingang finde ....

Wir sehn also, weß Geistes Kinder die Herren von der russischen Regierung sind. Und dieser gekennzeichnete reaktionäre Charakter wird durch die Siege der kaiserlichen Armee, in welcher schon der erste Offizierrang den Adel mit sich bringt, ungemein gestärkt, da das „Vaterland" — wie es heißen würde — durch den „Segen" der Geistlichkeit und durch das „Genie" des Adels gerettet worden sei.

Und dem jauchzt das „liberale" Preßkosakenthum zu!

sogar als eine Pflicht hin. Ein obskures Blatt, das „Mecklenburgische Tagesblatt“, geht darin mit gutem Beispiel voran. Trotzdem es nämlich das Civilstandsgesetz höchlichst preist und den Arbeitern weißmachen will, durch dasselbe sei volle Religionsfreiheit gewährleistet, maßregelte es doch selbst einen Arbeiter, der sein Kind nicht taufen lassen wollte. Das ist echt „liberal“. Nun, dieses Blatt wird von allen Denkenden, welcher politischen Richtung sie auch angehören mögen, als enfant terrible betrachtet und demgemäß behandelt. Der Redakteur, ein kleines, dickes Kerlchen, wurde bei den letzten Reichstagswahlen, wo er den Reiseapostel spielte, überall ausgelacht. — Der „Mecklenburgische Arbeiterfreund“ findet jetzt nicht nur in Mecklenburg, sondern auch in Pommern Verbreitung. Die Stettiner Parteigenossen haben ihn als ihr Organ anerkannt und agitiren eifrig für ihn, was um so erfreulicher ist, als dadurch endlich die unliebsamen Zwistigkeiten einen Abschluß finden. Die Zeit scheint nicht mehr ferne, in welcher die Partei in Pommern ebenso stark wieder ersteht, wie früher. Die Genossen Mecklenburgs und Pommerns fordere ich auf, thatkräftig für die weiteste Verbreitung des „Arbeiterfreundes“ einzustehen; keine Gelegenheit darf vorübergehen, bei welcher nicht neue Abonnenten gewonnen werden; man suche besonders Leser unter den Gegnern zu gewinnen! Diese Art Agitation kann Jeder betreiben, dazu hat Jeder Talent, und Jeder kann dadurch der Partei, der Arbeitersache die wichtigsten Dienste leisten! Rüsten wir uns bereits jetzt zu den nächsten Reichstagswahlen. Und gerüstet sind wir nur, wenn unsere Presse in die Arbeiterkreise voll und ganz gedrungen ist. Besonders die Parteigenossen Mecklenburgs mögen sich das angelegen sein lassen, mögen sie bedenken, daß es lächerlich wäre, wenn unsere Candidaten nicht mehr Stimmen auf sich vereinigten, als bei der letzten Wahl. Die Parteigenossen können den Arbeitern, den noch nicht Ueberzeugten, beweisen, daß die Zustände in Mecklenburg ebenso nichtswürdig und verdammenswerth sind, wie in anderen Theilen Deutschlands, wo die Sozialdemokratie ganz andere Erfolge aufzuweisen hat, als bei uns. Genossen, das ist Eure Pflicht, wenn Ihr wirklich Genossen sein wollt. Wer nicht für uns, so viel er kann, wirkt, der ist gegen uns, der ist kein Genosse! Der wahre Sozialdemokrat muß die deutsche Schlafmütze gründlich verachten.

W.....l.

Leipzig, 19. April. Die „Leipziger Volkszeitung“, welche in der denkbar perfidesten Weise den Genossen Liebknecht verunglimpfte, weil er die unverschämte Provokation des Abgeordneten Richter im deutschen Reichstag gebührend und manneswürdig beantwortete, benützt jetzt, dem genannten fortschreiterischen Vorbilde folgend, jede Gelegenheit, um sich an den Sozialdemokraten zu reiben. Zwerchfellerschütternd ist es, wenn man sieht, wie sich die „Volkszeitung“ in die Toga der „sittlichen Entrüstung“ hüllt und mit einer wahren Beserkerwuth über die Sozialdemokraten herfällt. Der im „Vorwärts“ enthaltene Bericht über die letzte, in der „Tonhalle“ abgehaltene Volksversammlung brachte die edlen Volkszeitungsritter ganz aus dem Häuschen. Unverfroren, wie die Herren sind, behaupten sie, der Bericht wäre gefälscht und Hasenclever hätte nicht von der Erbärmlichkeit der Fortschrittspartei gesprochen.*) Nun: „Man kennt das Lied, man kennt den Text, man kennt auch den Herrn Verfasser“ und es ist begreiflich, daß derselbe etwas, was er nicht hören wollte, nicht hörte. Doch dies ist Nebensache und kann man es getrost den Gelehrten der „Volkzeitung“ überlassen, sich darüber nach Belieben zu Tode zu ärgern. Wir Sozialdemokraten wissen recht gut, daß gerade die Fortschrittspartei die verachtungswürdigste Partei, und, weil sie unter dem Scheine der Freisinnigkeit volksfeindlich handelt, eine reaktionäre Partei ist. Die Nationalliberalen, Conservativen und Schwarzen geben sich offen als Volksfeinde zu erkennen, die Fortschrittspartei und ihre Leithammel hängen das freiheitlich schillernde Mäntelchen um, halten wässrige mit vielen freiheitlich angehauchten Schlagworten gespickte Reden, sind bemüht das Volk an der Nase herumzuführen und stehen, wenn es gilt, ein Volksrecht gegen die Regierung zu vertheidigen, auf Seiten der Letzteren. Die Fortschrittler sind einfach Pharisäer und als solche verachtungswerther als selbst die enragirtesten Nationalliberalen oder Schwarzen. Die erwähnte Notiz der „Volkszeitung“ wirkt aber auch erheiternd, weil der Schreiber derselben den Redakteur Ludwig Werner als Anarchisten bezeichnet und ihm eine Rede in den Mund legt, die derselbe nicht gehalten hat. Am allerspaßigsten aber ist es, daß dieses edle Blatt, welches kein Wort des Tadels — doch das wäre zu viel verlangt — überhaupt kein wahres Wort über die perfide Provokation, die sich Richter im Reichstag erlaubte, brachte, dem „Vorwärts“ vorwirft, daß er vertusche und die Opposition todtschweige. Allerdings trat in der erwähnten Versammlung ein „Anarchist“ Werner auf, welcher das unverständlichste und verrückteste Zeug schwätzte und von der Versammlung gebührend ausgelacht wurde. Daß in dem Berichte des „Vorwärts“ von dieser „Opposition“ keine Erwähnung gethan wurde, hat seinen Grund darin, weil der Raum dieses Blattes zu kostbar ist, um mit solchem Quatsch vollgefüllt zu werden. Der Berichterstatter fühlte aber auch ein menschlich Rühren und nahm an, daß die so grimmige „Oppositionsrede“ nur einer vollständigen Anarchie, die im Denkapparate des betreffenden Opponenten herrschen muß, ihr Entstehen verdanken könne; er hielt es einfach für unmöglich, daß ein mit einem normalen Denkvermögen ausgestatteter Mensch einen so heillosen Gallimathias von sich geben könne. Wenn die „Volkszeitung“ auf die absichtlich und aus oben angeführten Gründen unterlassene Erwähnung des Oppositionsgefasels einen so großen Werth legt, so beweist sie dadurch, daß sie keine Ahnung von der Bedeutungslosigkeit der sogenannten Anarchisten hat.

W—f.

Kappel-Chemnitz. Ein würdiges Osterfest feierten die Sozialisten von hier und der Umgegend von 5—6 Stunden am 1. Osterfeiertag. Trotz allem „Kreuzige ihn!“ der Sozialistentödter à la Böhmert war dies Fest ein sozialistisches Osterfest im wahrsten Sinne des Wortes. In dem festlich decorirten Saale des hiesigen Gasthauses bewegte sich eine Menschenmasse von circa 800 Personen beiderlei Geschlechts und mußten hunderte wegen Mangel an Platz wieder umkehren. Die Würze des Festes war die gut vorgetragene Festrede der Genossin Frau Eugenie Klemich aus Dresden, welche von den Anwesenden mit größtem Beifall aufgenommen wurde. Es war dies das erste Mal, daß in hiesiger Gegend eine Dame die Festrede hielt. Diesen schlossen sich die Musik- und Gesangs-Pieçen würdig an. Die Gesangsaufführungen erfolgten unter gütiger Mitwirkung des hiesigen Männergesangvereins. Kapelle wie Sänger erledigten sich ihrer gestellten Aufgabe unter allgemeinem Beifall, ebenso fanden die Declamationen überall Anklang. Nachdem vom Leiter des Festes der Dank für das zahlreiche Erscheinen ausgesprochen war, brachte derselbe ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus, in welches die Anwesenden stürmisch einstimmten.

Sch.

Höchst a. M., 22. April. Die heutige Delegirten Conferenz des 1. nassauischen Reichstagswahlkreises Höchst-Usingen eröffnete Herr Chr. Dreifürst von Höchst um 11½ Uhr Vormittags mit einigen einleitenden Worten. Sodann wurde das Bureau, mit Hern. Chr. Dreifürst als Vorsitzenden, gewählt, und die Zahl der Delegirten und der Orte, die sie vertreten, festgestellt. In Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung wurde ein Centralwahlcomité errichtet, Vorort und Vorsitz wurde nach Griesheim, vertreten durch die Herren Langkamm, Busch und Port, verlegt. Jeder Ort, der diesem Beschluß beitritt, entsendet weitere Comitémitglieder zu den stattfindenden Comitéberathungen. Ferner wurde bestimmt, daß dieses Centralwahlcomité innerhalb 14 Tagen, womöglich in Rödelheim zusammentreten solle zur Berathung weiterer zu ergreifenden Maßregeln. Zu Punkt 2: „Gründung volksthümlicher Wahlvereine“ wurde dem Comité überlassen, im Einverständniß mit den Genossen der verschiedenen Orte zu wirken, da dieselben den lokalen Verhältnissen Rechnung tragen müßten zur Beschaffung der zur Agitation nöthigen Geldmittel. Punkt 3: „Verbreitung der Parteipresse und der sozialistischen Broschüren“ wurde allen Parteigenossen, besonders dem Centralwahlcomité als Pflicht auferlegt, der mündlichen Agitation in Volksversammlungen alle Aufmerksamkeit zuzuwenden, da an vielen Orten unseres Wahlkreises noch große Hindernisse im Wege ständen. Ferner stellten die Wiesbadener Genossen Wieger und Kaiser den Antrag, der auch freudig angenommen wurde, daß bei allen wichtigen Besprechungen der 1. und 2. nassauische Reichstagswahlkreis Hand in Hand gehen möchte. Wir freuen uns innig der heute erzielten Resultate, die für unser nunmehriges Vorgehen in unserm Wahlkreise von weittragender Bedeutung sind. Für die rege Betheiligung aller anwesenden Genossen, für den guten Geist, der Alle beseelte, für die thatkräftige Unterstützung seitens der Wiesbadener und der Bockenheimer Genossen dankt auf Wunsch der Einberufer dieser Conferenz

F. W. Doermer, Schriftführer.

Elberfeld, 20. April. Wie man hier allgemein hört, wird bei der Bergisch-Märkischen Bahn demnächst eine wesentliche Veränderung bezüglich des Bahnwärterpersonals eintreten. Auf der Strecke Viersen-Venlo ist den Bahnwärter-Ablösern zum 1. k. M. gekündigt worden, und soll von da ab die Ablösung der Bahnwärter durch deren Frauen besorgt werden. Zum 15. d. M. war bereits Termin zur Vereidigung dieser Frauen anberaumt. Eine solche Ablöserin soll auf einer eingeleisigen Strecke 12 Mark und auf einer zweigeleisigen 18 Mark Remuneration monatlich beziehen, so daß gegenüber den männlichen Ablösern eine erhebliche Ersparniß erzielt wird. Wie verlautet, soll die Einrichtung auch auf der Gladbach-Crefelder Strecke demnächst bevorstehen. Von einem Familienleben solcher Bahnbediensteten kann unter diesen Umständen doch gar keine Rede mehr sein. — Die Gefahr für das Publikum aber wird erheblich erhöht.

Briefkasten

der Redaktion: Wer ist infam? Mit dem Poststempel Berlin 15. 4. 78 versehen, erhielten wir eine Postkarte folgenden Inhalts:

„Der fortschrittliche Red. Perls läßt sich, trotz v. Mahnungen nicht herbei, meine in der L. V. veröffentl. Beiträge zu honoriren, u. hat mich (nebst v. andern liberalen Freibeutern) dadurch in tödtliche Verlegenheit gesetzt. Sollte in Lpz. nicht irgend ein zuverlässiger Volksanwalt oder sonst Jemand zu gewinnen sein, der gegen gute Tantième es versuchte jene Schuld (ca. 90 Rm.) schnell und energisch für mich einzutreiben? Bitte dringend um sofortige gefällige Antwort! — Hochachtungsvoll“ — folgt Unterschrift und Adresse.

Diese Frage beantworteten wir im Briefkasten der Nr. 46 folgendermaßen:

„Nr. Berlin: In Ihrer Sache gegen die „L. Bztg.“ resp. den Herausgeber P. können wir Ihnen nur rathen, sich an den Rechtsanwalt Herrn Otto Freytag in Leipzig, Nikolaistraße, Amtmannshof, zu wenden. Auf diese Weise könnten Sie hoffen zu Ihrem Gelde zu kommen.“

Jeder denkfähige Mensch wird zugeben, daß wir einzig und allein die an uns gestellte Frage beantworteten, daß wir dem Fragesteller gerecht wurden. Auf diese unsere Briefkastennotiz kam uns bereits am 18. April folgende Stylübung zu:

„Leipziger Volkszeitung. An die Redaktion des „Vorwärts“ hier. In Ihrem „Briefkasten“ der Nr. 46 befindet sich folgende Notiz: „Nr. Berlin: In Ihrer Sache gegen die „L. Bztg.“ resp. den Herausgeber P. können wir Ihnen nur rathen, sich an den Rechtsanwalt Herrn Otto Freytag in Leipzig, Nikolaistraße, Amtmannshof, zu wenden. Auf diese Weise können Sie hoffen zu Ihrem Gelde zu kommen.“

Ich gestatte mir dem gegenüber Ihnen zu erklären, daß diese Notiz, bez. die darin erwähnte Sache, erfunden ist, um mir, Ihrem Gegner vor der Oeffentlichkeit einen Schlag zu versetzen. Ich stehe nicht an, die Art wie Sie, um mich an meiner Ehre zu kränken, Verleumdungen begehen oder zur Weiterverbreitung von Verleumdungen in böswilliger Absicht beitragen, als eine pöbelhafte und infame zu bezeichnen. Der gewöhnlichste Anstand hätte Ihnen, falls wirklich eine Anfrage wie die erwähnte, bei Ihnen eingegangen ist, gebieten müssen, mich privatim davon in Kenntniß zu setzen, womit Sie ja auch dem „Anfragenden“ ohne Zweifel am Besten gedient hätten. Wollten Sie dies nicht, so konnten Sie Ihre Antwort ertheilen, ohne meinen und meiner Zeitung Namen vor die Oeffentlichkeit zu zerren; der mythische Herr Nr. hätte Sie schon auch so verstanden.

Ich bin weder einem Herrn Nr. in Berlin, noch sonst wo einen Pfennig schuldig, — weder als Privatmann, noch als Herausgeber der „Leipziger Volkszeitung“. Diese meine Erklärung ist aber wohl auch überflüssig, da ich eben Sie als Erfinderin der Verleumdung betrachte. Sie werden mich von dieser Ueberzeugung nur dann abbringen können, wenn Sie mir den Namen des Anfragenden nennen.

Arnold Perls, Herausgeber der Leipziger Volkszeitung.“

Nach Empfang dieses Schreibebriefes wandten wir uns an den Anfragenden mit der Frage, ob er damit einverstanden sei, daß der Inhalt der oben angeführten Postkarte veröffentlicht werde, worauf wir umgehend eine Postkarte folgenden Inhalts erhielten:

„Die Nummern der Lpz V., welche meine Feuill.-Beiträge enthalten, kann ich — soweit sie durch die Post an mich gelangt sind, als Beweis vorlegen. Bereits vielmal habe ich P. durch Postkarte vergeblich erinnert und ihm außer einem Prozesse eine sehr deutliche Veröffentlichung in Aussicht gestellt. Auch um gef. Zurückstellung von 12 meiner bei ihm noch befindlichen Manuscripte habe ich vergeblich gebeten. Perls gehört offenbar zu den f.... und sch....n P... des liberalen Freibeutergeschlechts. (Ehrliche Ausnahmen finden sich auch!) Bitte auf Grund dieses Materials die Sache energisch zu behandeln. Mein für Sie und Andere gebräuchlicher Autorname ist R...r, mein wahrer ist — hochachtungsvoll .....r.“

Die „Volkszeitung“, resp. Herr Perls, beschuldigt uns der Fälschung und muthet uns in der unverschämtesten und niederträchtigsten Weise böswillige Absicht zu, obschon wir, wie wir oben zeigten, blos unserer Pflicht genügt haben. Ob wir dem Anfrager durch eine Rücksprache mit Herrn P. „am besten gedient“ hätten, ist nach dem Inhalte der zweiten Postkarte zu schließen, sehr fraglich. Was von dem prahlerischen: „Ich bin weder Hrn. Nr., noch sonst wo einen Pfennig schuldig“ zu halten ist, möge sich Jeder selbst beantworten.

Unser Hinweis auf obige Schriftstücke, welche zur Einsicht des Hrn. Perls in unserer Redaktion bereit liegen, werfen wir blos die Frage auf: Wer hat sich pöbelhaft benommen? Wer ist gemein und ein Verleumder? Wer ist infam?

*) Das Mitglied der Fortschrittspartei, Herr Findel, der sich im Allgemeinen mit der Rede Hasenclevers einverstanden erklärte, hob ja ausdrücklich hervor, daß sehr scharfe Angriffe von Seiten des Redners auf die Fortschrittspartei gefallen seien.

Bezüglich der Aufforderung eines Parteigenossen im Briefkasten des „Vorwärts“ Nr. 47 wegen Bezug von Wasserwaagen-Libellen ist noch folgende Adresse eingesandt: C. H. Stuhl, Stützerbach b. Ilmenau (Thüringen).

Albrecht Wahl, Schneider, wird dringend ersucht mir, Erbschaftsangelegenheit wegen, seine Adresse oder Vollmacht schleunigst zukommen zu lassen.

Duisburg, Poststraße 118. Franz Wahl.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Stickbrg Bordeaux 5,00.

Altona. Montag, den 29. April, Abends halb 9 Uhr, im Convent-Saal, gr. Bergstraße 27: [1,00

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Steuerprojecte im Reichstage. Referent Herr Reichstagsabgeordneter F. W. Fritzsche aus Berlin. (F. 88)

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

H. Lensch.

Halle a. S. Sozialdemokrat. Arbeiterverein. Dienstag, den 30. April, Abends 8 Uhr, bei J. Rödiger, Fleischergasse Nr. 13: (F. 166)

Generalversammlung.

T.-O.: Neuwahl des Ausschusses und der Revisoren. 2. Rechnungs-Abschluß. 3. Die Bibliothekfrage. [70

Alle Mitglieder müssen am Platze sein. J. A.: J. Beyer, Vors.

Halle a. S. Unliebsam verspätet.

Hiermit sage allen Gesinnungsgenossen für die mir zu Theil gewordene Unterstützung meinen wärmsten Dank. [40

Julius Beyer.

Mainz. Die Leser des „Vorwärts werden dringend ersucht Samstag, den 4. Mai, Abends 8½ Uhr im „Kleeblatt, große Bleiche“ zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen. 40] (2a) Der Agent.

Die am Abend des 22. ds. Mts. stattgehabte glückliche, wenn auch vorzeitige Entbindung seiner lieben Frau Alice, geb. Liebknecht, von einem Knaben zeigt hocherfreut an [1,20

Leipzig, den 23. April 1878. Bruno Geiser.

Wieder vollständig, zum Theil in dritter Auflage zu haben (auch in den Expeditionen dieses Blattes, der „Berliner Freien Presse“ und des „Hamburg-Altonaer Volksblattes“):

Sozialdemokrat. Abhandlungen.

Von

M. Rittinghausen.

I.—V. Heft. Preis Mark 1,80.

Die fünf Hefte bilden zusammen ein Buch über die direkte Gesetzgebung durch das Volk, die erste in deutscher Sprache erschienene Schrift über diesen hochwichtigen Gegenstand.

Gegen Franco-Einsendung von M. 1,90 an den Verfasser erhält der Besteller die Hefte portofrei unter Kreuzband. (8a) [8,80

Adresse: Rittinghausen in Köln, Gereonstraße 86.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Ein armer Wandersmann.

Lied für eine Baritonstimme mit Pianobegleitung.

Comp. von G. Scholz. Op. 16.

Preis 50 Pfg. (4a)

Gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken erfolgt Zusendung franco. [90

Durch uns ist zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbett'schen Büste „Liberté“.

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Elfenbeinton 2,50 Mark.

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Armer Conrad.

Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.

Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.

Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Die Expedition des „Vorwärts.“

Wir empfehlen:

W. Liebknecht

Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie

insbesondere mit Bezug auf den Reichstag.

Preis per Exemplar 10 Pfg.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
betr. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Fonfcher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Nitzsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 50. Mittwoch, 1. Mai. 1878.

Der Todtenwurm an der Arbeit.

„Während gesunder Menschenverstand, Recht, Humanität beschimpft, die Saaten zerstampft, die Künste des Friedens geopfert werden — plätschern am Bosporus, langsam anschwellend, die Wogen der Revolution, und an der Newa und Wolga bohrt leise, unaufhaltsam, „der Wurm des Sozialismus" — „der Todtenwurm der heutigen Gesellschaft."

So schrieben wir vor nahezu einem Jahr, unmittelbar noch vor Beginn des russisch-türkischen Krieges.

Der Todtenwurm an der Newa und Wolga hat im Verlauf dieses Jahrs tüchtig gearbeitet — die jüngsten Vorgänge in Rußland liefern den Beweis. Der Prozeß Wjera Sassulitsch's hat, sozusagen, das Dach von dem russischen Staatsgebäude abgehoben und der zuschauenden Welt einen vollen Einblick in das bisher sorgsam Verborgene gewährt.

Wjera Sassulitsch feuerte bekanntlich vor wenigen Wochen auf den Petersburger Stadthauptmann Trepow, dem obersten und schuftigsten Polizeibeamten Rußlands und Günstling des Czaren, und verwundete ihn schwer. Als Motiv der That gab sie die auf Befehl dieses Elenden vorgenommene Auspeitschung eines politischen Gefangenen, Bogoljubow's, an. Und so war es in Wirklichkeit. Der Pistolenschuß Wjera Sassulitsch's war ein Protest gegen die herrschende Bestialität, gegen die Knute, gegen die politischen Verfolgungen, gegen die Polizeiwillkür. Das junge — 26 Jahr alte — Mädchen wurde gefangen und vor Gericht gestellt. Ob die Regierung den Kopf verloren hatte, oder sich in einem unbegreiflichen Gefühl der Sicherheit wiegte — genug, sie ließ für diesen Prozeß das, für politische Prozesse thatsachlich beseitigte Schwurgericht, mit öffentlicher Verhandlung, in Funktion treten.

Der Verlauf des Prozesses ist in frischem Gedächtniß. Nicht Wjera Sassulitsch saß auf der Bank der Angeklagten, sondern das offizielle Rußland. Im Angesichte Europas wurde ihm die Maske der Humanität und Freisinnigkeit abgerissen, und ein Gemälde entrollt, das jeden unverdorbenen Menschen mit glühender Verachtung und flammendem Zorn erfüllen muß. Die Angeklagte ward zur Anklägerin: ihr ganzes Leben, in schlichten Worten uns vorgeführt, gestaltete sich zu einer lebendigen, erdrückenden, niederschmetternden Anklage.

Als 17jähriges Mädchen, so sagt der uns vorliegende aus russischen Blättern übersetzte Bericht, hatte Wjera Sassulitsch ihre Bildung in einer Pensions-Anstalt zu Moskau beendet und kehrte nach Absolvirung des Gouvernantenexamens mit Auszeichnung in das Haus ihrer Mutter zurück. Kurze Zeit darauf wollte der Zufall es, daß sie mit Netschajew und dessen Schwester bekannt wurde. Sie machte diese Bekanntschaft eben ganz zufällig, als sie die Schule besuchte, um Stunden in der Lautirmethode zu nehmen. Wer dieser Netschajew war, das wußte sie nicht, damals kannte ja noch Niemand denselben. Netschajew war ein Student, der unter den Studenten Bewegungen hervorrief, dieselben waren jedoch nicht von ernstem Charakter. Netschajew traf in der Schule mit Wjera Sassulitsch zusammen; er wandte sich an dieselbe mit der Bitte, ihm einen Dienst zu erweisen und auf ihren Namen Briefe für ihn in Empfang zu nehmen und ihm dann zu übermitteln. Als es sich in der Folge erwies, daß Netschajew ein „Staatsverbrecher" sei, wurde die 17jährige Sassulitsch, als der Theilnahme an dem Staatsverbrechen Netschajew's verdächtig, in Untersuchungshaft gezogen. Zweijährige Gefängnißhaft hat ihr dieser Verdacht gekostet. Ein Jahr verbringt sie im Litowskij-Gefängniß, sodann ein Jahr in der Peter Pauls-Festung.

Nach zwei Jahren entließ man sie aus der Haft, da man keinen Grund fand, sie dem Gericht zu übergeben. Man sagte ihr sogar nicht bei ihrer Entlassung: „Geh' und laß' Dir nichts wieder zu Schulden kommen!" — weil man ihr eben kein Vergehen nachweisen konnte, da sie nichts begangen hatte. Im Verlauf von zwei Jahren wurde sie nur zwei Mal einem Verhör unterworfen, so daß sie bereits glaubte, man habe sie vollständig vergessen. Man sagte ihr: „Gehen Sie!" — sagte aber nicht, wohin sie gehen solle. Ihre Mutter nahm sie mit Freuden auf; Fräulein Sassulitsch war erst 20 Jahre alt — also noch jung. Die Mutter tröstete ihre Tochter: „Zwei Jahre schweren Unglücks sind, Gott sei Dank! vorüber. Wir ziehen auf's Land — dort wirst Du Dich erholen." Es vergehen zehn Tage in Träumen und Sinnen. Da erscheint plötzlich ein Polizeioffizier: „Ich habe den Befehl", sagt er, „Sie zu verhaften und in das interimistische Gefängniß zu führen!" — „Ich bin an keinem Prozeß betheiligt. Die Untersuchung gegen mich ist eingestellt." — „Das kann ich nicht wissen." — Es vergehen fünf Tage. Die Sassulitsch befindet sich im interimistischen Gefängniß. Ihre Mutter und Schwester können sich die Möglichkeit gar nicht denken, daß man einen Menschen, gegen den der Prozeß niedergeschlagen ist, welcher sich zwei Jahre in schwerer Haft befunden, ausweisen könnte. Man schaffte ihr in's Gefängniß Speisen und Lektüre, denn Niemand konnte eine Ausweisung voraussetzen. Eines Tags theilt man ihr mit: „Man wird Sie gleich fortführen!" „Was, mich fortführen! Warten Sie ein wenig! Ich habe nichts bei mir! Lassen Sie mich meine Verwandten benachrichtigen. Die Sache beruht auf einem Mißverständniß. Lassen Sie mich wenigstens einen Tag noch hier bleiben." — „Es ist unmöglich! Das Gesetz befiehlt es so!" — Die Sassulitsch mußte, gemäß dem Gesetze, mit Einem Kleide bekleidet, abreisen. So lange man zur Reise die Eisenbahn benutzte, war es erträglich. Als sie aber im Postwagen in Begleitung von zwei Gendarmen weiter befördert wurde, spürte sie die Kälte empfindlich. Sie wäre vor Kälte umgekommen, ohne die Menschlichkeit des einen der Gendarmen; derselbe zog seinen Pelz aus und bedeckte seine Gefangene mit demselben. Sie wurde in's Nowgorod'sche Gouvernement, in's Städtchen Krestzy, gebracht und dem dortigen Landpolizeimeister übergeben. Dieser sagt ihr: „Gehen Sie! Sie sind nicht gefangen, sondern frei! Führen Sie sich gut auf und melden Sie sich jeden Sonntag auf der Polizeibehörde." — Doch wohin sollte die Sassulitsch?! Sie hatte an baarem Gelde nur einen Rubel und außerdem vom Gefängniß her noch ein Kästchen mit Chokoladenplätzchen und ein französisches Buch bei sich. Das waren die Mittel, auf welche sie sich angewiesen sah. Es fand sich ein guter Mensch, welcher sie zu sich in seine Familie nahm. Es war ihr unmöglich, in Krestzy sich irgendwelche Beschäftigung zu suchen. Sie konnte nicht verheimlichen, daß sie verwiesen sei. — Aus Krestzy führte man sie nach Twer, von dort nach Ssaligatitsch und darauf nach Charkow. Auf diese Weise begann ihr Nomadenleben. Sie wurde Durchsuchungen unterworfen. Man setzte sie in's Gefängniß. Schließlich gerieth sie in Vergessenheit. — Da wurde es ihr möglich, sich nach St. Petersburg einzuschmuggeln und dann nach Pensa zu gehen. In Pensa fand sie in der Zeitung „Nowoje Wremja" die Nachricht von der Mißhandlung Bogoljubow's. — —

Und der Gedanke zur That, welche sie vor die Geschworenen führte, entstand in Wjera Sassulitsch. War je ein „Verbrechen" gerechtfertigter, mehr in den Verhältnissen begründet, menschlicher?

Das Publikum, welches sich zu den Prozeßverhandlungen gedrängt hatte, fühlte es; die Geschworenen fühlten es: sie sprachen Wjera Sassulitsch frei, und das Publikum begrüßte den Wahrspruch mit Freudenthränen, mit donnerndem Jubelruf.

Wjera Sassulitsch war freigesprochen, das offizielle Rußland verurtheilt — verurtheilt von russischen Geschworenen, in der Haupt- und Residenzstadt Rußlands, wenige Schritte vom Pallast des „siegreichen Czaren", dessen Hände noch rauchten von dem blutigen „Ruhm", den er als „Vorkämpfer der Humanität", als „Befreier der Unterdrückten" sich im Krieg gegen die „barbarischen" Türken erworben.

Und wer waren die Geschworenen? Wer das Publikum? Unter den 12 Geschworenen befanden sich 9 kaiserliche Beamte, das Publikum setzte sich fast ausschließlich aus Personen der sogenannten „gebildeten" Stände, zumeist der hohen und höchsten Gesellschaftsklassen, zusammen.

Das gibt dem Wahrspruch der Petersburger Geschwornen, und der Billigung, die er beim Publikum gefunden, noch eine ganz besondere Bedeutung.

Daß das Publikum, welches den Prozeßverhandlungen beiwohnte, die öffentliche Meinung, so weit von einer solchen in Rußland die Rede sein kann, getreu widerspiegelt, erhellt aus der Einmüthigkeit, mit der im ersten Moment nicht blos die Petersburger, sondern auch die Moskauer Zeitungen das Urtheil der Geschwornen billigten.

Kein Wunder, daß die Regierung erschrak, und der Czar in seinem Pallast erzitterte. Die Angst machte sich Luft in brutalen Gewaltakten: der Vertheidiger Wjera Sessulitsch's ist verhaftet, das Urtheil der Geschwornen kassirt, und ein neues Prozeßverfahren angeordnet worden. Allein mit dem neuen Prozeßverfahren wird's wohl keine Eile haben, denn Wjera Sessulitsch, die von der Polizei sofort nach Verlassen des Gerichtssaals „gesucht" wurde, hat sich den Spähern und Häschern zu entziehen gewußt, und befindet sich jetzt, wie uns mitgetheilt wird, in Sicherheit.

Doch die Regierung hielt noch einen andern Coup für nothwendig. In Kiew gab die Freisprechung Wjera Sessulitsch's zu einer großartigen Studentendemonstration Anlaß. Die Polizei schritt ein und verhaftete mehrere Studenten, die nach Moskau gebracht wurden. Die dortigen Studenten empfingen am Bahnhof ihre gefangenen Kameraden und wollten sie in feierlichem Zug nach dem Gefängniß geleiten. Sie verhielten sich durchaus ruhig. Allein plötzlich wurden sie von Pöbelhaufen überfallen, es kam zu einer furchtbaren Schlägerei, der die Polizei mit verschränkten Armen zusah; die unbewaffneten Studenten wurden von den größtentheils mit Messern und sonstigen Mordwaffen versehenen Angreifern trotz tapfersten Widerstands überwältigt und furchtbar zugerichtet: zwölf Todte werden eingestanden und mehrere Dutzend Schwerverwundete. Die Zahl ist aber jedenfalls weit höher. Wie dem nun sei, es kann nicht dem leisesten Zweifel unterliegen, daß diese Metzelei von den Behörden, von der Regierung veranstaltet war. Die Regierung organisirt den „weißen Schrecken", um sich des „rothen Schreckens" zu erwehren; sie appellirt an die Rohheit, um die Intelligenz zu Boden zu schlagen.

Denn die Intelligenz Rußlands ist in offner Rebellion gegen das offizielle Rußland — diese Thatsache ergiebt sich zur Evidenz aus den jüngsten Vorgängen.

Das offizielle Rußland ist so brutal, so korrupt, so infam, daß Alles, was denken kann und Ehrgefühl hat, von Rußland sich mit Ekel und Ingrimm abwendet. Die Beamten, die Offiziere, die Bourgeoisie, der Adel bis in die obersten Spitzen — überall stoßen wir auf diesen Ekel, diesen Ingrimm. Es hat nie eine Regierung gegeben, die von ihren eigenen Agenten und Stützen so gehaßt und verachtet worden wäre. Daß eine solche Regierung, daß das System, welches sie vertritt, keine innere Festigkeit hat, bedarf keiner Auseinandersetzung.

Freilich, die unzufriedenen Adligen, Bourgeois, Beamten und Offiziere sind nicht „Revolutionäre", im westeuropäischen Sinn, allein das verhindert nicht, daß ein Staat, dessen Träger in diesem Maße „staatsfeindlich" geworden sind, seinem Untergange mit Riesenschritten entgegeneilt.

Das sozialdemokratische Element in Rußland wird wesentlich durch die Studenten, und überhaupt die Zöglinge der höheren Schulen geliefert. Die gebildete Jugend Rußlands ist vorwiegend sozialistisch, und wenn wir einerseits die Unzufriedenheit in den herrschenden Kreisen, andererseits die von Tag zu Tag unträglicher werdende ökonomische Lage der russischen Bauern, d. h. von 90 Proz. der Bevölkerung, in Betracht ziehen, dann können wir, ohne uns dem Vorwurf des Optimismus auszusetzen, der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß in Rußland die Sozialdemokratie berufen ist, schon in naher Zukunft eine bedeutungsvolle Rolle zu spielen.

Zur sozialistischen Werththeorie.

Von Geo. C. Stiebeling.

(Schluß.)

Daß aber dabei Sozialbedarf und Sozialproduktion nicht in eine heillose Verwirrung gerathen werden, das sollte der Herr Professor doch wissen. Denn er sagt ja selbst Seite 24 seiner „Quintessenz": „Die centralisirte, einheitlich geschlossene Collektivproduktion könnte unzweifelhaft mindestens ebenso gut eine vollkommene tägliche, wöchentliche, monatliche, semestrale, jährliche Statistik der freien Individual- und Familienbedarfe aufnehmen, als solche jetzt auf dem Markt mit seiner Nachfrage sich von selbst vollzieht, und hiernach könnte die Nationalproduktion quantitativ und qualitativ nach dem freien Bedarf sich gliedern. Außerordentliche Bedarfsschwankungen hätte man, — da das Volk fast nur gleichmäßig verzehrender Mittelstand wäre, Proletariat und Plutokratie fehlen würden — sogar weniger zu erwarten, als solche jetzt tagtäglich vorkommen. Lagervorräthe würden allerdings zur Ausgleichung da sein müssen; allein die sind jetzt auch da, in Gestalt der spekulativen Handelslager." — Und ferner Seite 40 und 41: „Die Absatzämter erheben den Bedarf, vertheilen hiernach die Nationalarbeit auf die verschiedenen Geschäftsgattungen, auf die Produktions-, Transport- und Lager-Corporationen und deren Aemter und setzen den Werth der Produkte nach Maßgabe der darauf zu verwendenden durchschnittlichen „gesellschaftlichen Arbeitszeit" (Karl Marx) fest. Nach dem so regulirten Werth kämen die Produkte zur Vertheilung durch Liquidation gegen die Arbeitsguthaben der sämmtlichen Produzenten."

Der Herr Professor Schäffle vergißt auch ganz und gar, daß eines der Hauptübel, welche der Sozialismus abschaffen will, gerade jene „heillose quantitative und qualitative Disharmonie" zwischen Sozialbedarf und Sozialproduktion ist, die unter dem Einfluß des Lohnsystems mit seiner Conkurrenz zu einer so bedauerlichen Höhe sich entwickelt hat, und in immer häufigeren und schwereren Arbeits- und Handelsstockungen zu Tage tritt. — Doch wir wollen ihm an einem Beispiel zeigen, wie viel besser die Sache in dem Sozialistenstaat sich gestalten wird, und zwar an einem Beispiel aus dem schon oben berührten Gebiete des Ackerbaus, auf welchem die Sozialproduktion den meisten und bedeutendsten Schwankungen ausgesetzt ist, weil sie nicht vom Willen des Menschen allein abhängt, sondern großentheils vom Einfluß der Natur, d. h. der Witterung.

Nehmen wir wieder an, daß das Land X im Jahre 1900 1 Million Hektoliter Weizen erzeugt, und dafür 5 Millionen Tage gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit aufgewendet hat. Der durchschnittliche Kostenwerth eines Hektoliters ist also gleich 5 Tagen gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit. Von der einen Million Hektoliter braucht es 800,000 für den Verzehr und für die nächste Aussaat, und 200,000 als Lagervorrath. — Im Jahre 1901 bringt eine gute Ernte 1 Million und 250 Tausend Hektoliter, wofür 5 Millionen und 100 Tausend Tage gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit aufgewendet wurden. Der durchschnittliche Kostenwerth eines Hektoliters beläuft sich daher auf $\frac{5,100,000}{1,250,000} = 4{,}08$ Tage. Nun sind aber vom Jahre 1900 200,000 Hektoliter von 5 Tagen durchschnittlichem Kostenwerth noch übrig, welche mit in die Rechnung gezogen werden müssen. 1,250,000 Hektoliter zu 4,08 Tagen macht 5,100,000 Tage, und 200,000 Hektoliter zu 5 Tagen macht 1,000,000 Tage, zusammen 1,450,000 Hektoliter zu 6,100,000 Tagen oder 1 Hektoliter zu 4,21 Tagen, d. h. der durchschnittliche Kostenwerth eines Hektoliters Weizen im Jahre 1901 ist gleich 4,21 Tagen gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit. Von diesen 1,450,000 Hektolitern werden 900,000 für den Verzehr und die nächste Aussaat bestimmt, und 550,000 als Lagervorrath. — Das Jahr 1902 fällt schlecht aus. Obschon wegen vermehrter Bevölkerung eine größere Bodenfläche bebaut worden ist, kommt der Ertrag nur auf 800,000 Hektoliter, die 5,200,000 Tage gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit erfordert haben. Die 550,000 Hektoliter vom vorigen Jahre zu 4,21 Tagen per Hektoliter mit den diesjährigen 800,000 Hektolitern zu 5,200,000 Tagen zusammengerechnet, giebt 1,350,000 Hektoliter zu 7,515,500 Tagen, oder 1 Hektoliter zu 5,57. Der durchschnittliche Kostenwerth eines Hektoliters Weizen im Jahre 1902 ist also gleich 5,57 Tagen gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit. Von diesen 1,350,000 Hektolitern dient 1,000,000 zur Consumtion und zur Aussaat, und der Rest von 350,000 als Lagervorrath. — Das Jahr 1903 liefert wieder eine Mittelernte von 1,100,000 Hektolitern, die 5,300,000 Tage beansprucht haben. Die 350,000 Hektoliter vom vorigen Jahre zu 5,57 Tagen per Hektoliter mit den diesjährigen 1,100,000 Hektolitern zu 5,300,000 Tagen zusammengerechnet, giebt 1,450,000 Hektoliter zu 7,249,500 Tagen oder 1 Hektoliter zu 5 Tagen. Der durchschnittliche Kostenwerth eines Hektoliters Weizen im Jahre 1903 ist also gleich 5 Tagen gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit, wie bei der mittleren Ernte des Jahres 1900.

In den 4 Jahren 1900 — 1903 bei guten, mittleren und schlechten Ernten schwankt demnach der durchschnittliche Kostenwerth eines Hektoliters Weizen von 4,21 bis 5,57, d. h. etwa

um 20—25 Prozent. Wenn der Herr Professor sich daran erinnert, daß heutzutage der Unterschied im Marktpreise des Weizens nach einer guten und nach einer schlechten Ernte oft über 100 Prozent beträgt, so muß er zugeben, daß die Leute im Sozialistenstaate sich viel leichter „nach der Decke strecken" können, als unter der jetzigen Gesellschaftsordnung. Bringt er aber außerdem in Anschlag, daß die schlechte Ernte immer nur einen Theil der Erde betrifft, während der andere sich einer guten erfreut und den Mangel ersetzen kann, und daß alle Länder ihre Produktion auf internationaler Grundlage einrichten werden, so muß er es sehr wahrscheinlich finden, daß die Schwankungen im durchschnittlichen Kostenwerthe des Getreides noch beträchtlich geringer ausfallen werden, als nach obiger Berechnung. Und bedenkt er endlich, daß alle anderen Gebiete des gesellschaftlich-stofflichen Lebens eine mehr oder weniger genaue Voraussetzung sowohl der Größe des Bedarfs, wie der zu seiner Deckung erforderlichen Produktenmasse gestatten, so muß er auch zu der Ueberzeugung kommen, daß der Sozialistenstaat mit Hilfe einer streng durchgeführten und die kleinsten Einzelnheiten umfassenden Statistik viel besser im Stande sein wird, das vollkommenste Gleichgewicht zwischen Sozialbedarf und Sozialproduktion herzustellen und zu erhalten, als es die Bourgeoismonarchie oder die Bourgeoisrepublik mit ihrer dem willkürlichen Belieben der Spekulanten und Zufälligkeiten aller Art unterworfenen Marktpreisbestimmung je zu thun vermögen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Aussichten auf Erhaltung des Friedens, d. h. auf Vertagung des Kriegs sind nach den letzten Nachrichten fast gänzlich geschwunden. Jedenfalls ist die Bismarck'sche „Mediation" (Makkerei) total verunglückt — das wird jetzt selbst von der russischen Presse eingestanden. Lord Beaconsfield ist ein geriebener Diplomat, der den Werth von Worten und Versprechungen kennt. Und — einen günstigeren Moment zur Abrechnung mit Rußland findet er nicht. Die Volkserhebung in Südbulgarien hat England eine unverhoffte Hilfsarmee gegeben, welche beim Ausbruch des Kriegs unschätzbare Dienste leisten wird. Die Zahl der wohlbewaffneten, sogar mit Kanonen versehenen Insurgenten wird auf 30,000 Mann veranschlagt; es sind meist alte Soldaten und sie haben den Russen bereits tüchtige Schlappen, ja Niederlagen zugefügt. Die Zahl ist in täglichem Steigen. Natürlich argwöhnen die Russen, daß der Aufstand von der türkischen Regierung genährt werde — womit sie vermuthlich Recht haben. Daß das Nationalitätsprinzip, dessen Spitze die Russen gegen die Türkei gewandt, sich nun mit einemmal gegen Rußland gewandt hat, ist die Nemesis, wie sie im Buch steht.

— Die Fortschrittspartei rüstet. Nachstehenden Aufruf erläßt der Ausschuß der deutschen Fortschrittspartei, in welchem sich natürlich auch der moderne Thersites Herr Eugen Richter befindet.

„Die nächsten Wahlen — mögen dieselben nun bald oder erst nach Ablauf der Legislaturperiode erfolgen — werden mehr als sonst die Anstrengungen aller freisinnigen Wähler erheischen. Es gilt, den Volkshaushalt gegen neue Steuerbelastungen, große Erwerbszweige gegen Beunruhigungen durch bedenkliche Projekte, wie Tabaksmonopol, Reichseisenbahnen, drückende Verbrauchssteuern sicherzustellen. Die Sozialdemokratie bleibt zu bekämpfen; neuen Gefahren und Bündnissen der Reaktion mit Vertretern von Sonderinteressen ist entgegenzutreten. Einer Politik, welche im letzten Ziele darauf hinauskommt, durch Monopol, Steigerung der Verbrauchssteuern, Auflegung neuer Zölle, Erhöhung der Eisenbahnfracht dem Volke den Lebensbedarf zu vertheuern und der Volkswirthschaft eine falsche Richtung aufzuzwingen, gilt es eine entschlossene Mehrheit entgegenzustellen, kräftig genug, um auch positiv die freiheitliche Entwickelung der Nation auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete zu fördern.

Die Thätigkeit, welche seiner Zeit unmittelbar vor den Wahlen in den einzelnen Kreisen zu entfalten ist, wird in hohem Maße erleichtert, wenn planmäßig die Vorbereitungen getroffen sind, um die einzelnen Wahlkreise im gegebenen Augenblick durch literarische Hilfsmittel, rednerische Kräfte (Schimpfrichter!), sowie auch durch Baarsummen unterstützen zu können. Hierzu müssen Geldmittel in erheblichem Betrage schon vorhanden sein, ehe die Wahlthätigkeit beginnt."

Wir theilen unsern Lesern diesen Aufruf lediglich mit, daß sie gleichfalls sich zum energischen Wahlkampfe vorbereiten und überall, wo es geht, dem heuchlerischen Fortschritt energisch entgegentreten. Die Fortschrittspartei ist die widerlichste aller unserer Gegenparteien, weil sie ein freisinniges Mäntelchen sich umhängt, um das Volk zu betrügen; doch durch die vielen Löcher dieses Mäntelchens kann jeder aufmerksame Politiker die nackte Reaktion erblicken. Also nieder mit diesen politischen Heuchlern und Betrügern!

— Je wohlfeiler die Arbeitskraft, je höher der Profit — auf diesen Satz schwört der Bourgeois, wie der gläubige Christ aufs Evangelium; was Wunder also, wenn er sein Augenmerk namentlich auf die Kinder lenkt und diese für ein wahres Spottgeld in seinen Dienst zu pressen sucht. Gesetze, welche dem Bourgeois bei diesem edlen Metier etwa hindernd im Wege stehen, weiß er geschickt zu umgehen, oder er beachtet sie, da er sich mit den „Gesetzeswächtern" in der Regel auf guten Fuß zu stellen weiß, gar nicht, weil er weiß, daß diese ihm kein Haar krümmen. Es ist daher nicht befremdlich, wenn die Kinderarbeit wie überall, so auch bei uns in Deutschland in hohem Maße florirt. Wie eine Bosheit erscheint es uns aber, wenn die Reichsregierung über die Kinderarbeit in Deutschland eine Enquête anstellen läßt und deren ziffernmäßiges Ergebniß bekanntgiebt, weil sie damit ihren lieben Freund und allerunterthänigsten Diener, den Bourgeois, an den Pranger der Unmenschlichkeit stellt. Doch das mögen die beiden Freunde unter sich ausmachen, wir halten uns an die Enquête. Darnach wurden beschäftigt Kinder im Alter von 12—14 Jahren in: Eisen-Erzbergwerken und Kohlengräbereien 1327; Eisen-, Zink-, Blei- und Arsenikhütten 300; Ziegeleien 1028; Glas-, Porzellan-, Thon- und irdene Waaren 966; Zündwaaren 393; Kurz-, Knopf- und Spielwaaren 1057; Seiden-, Flachs-, Kamm- und Baumwollengarn-Spinnerei 4672; Seiden-, Sammet-, Zeug- und Tuchfabrikation 2361; Bleicherei und Färberei 462; Watte- und Kunstwollfabrikation 33; Tüll- und Spitzen-Fabrikation, Strick- und Posamentirwaaren 815; Papier- und Cartonnage-Fabrikation 800; Strohhut- und Strohwaaren-Fabrikation 119; Tabakindustrie 6696; Chokoladen- und Cichorien-Fabrikation 97; Rübenzucker-Fabrikation 60. Im Ganzen 21,585.

Also 21,587 Kinder in dem hoffnungsreichen Alter von 12 bis 14 Jahren sind in das Geist und Körper erdrückende Joch des Kapitalismus gespannt. Daß diese Ziffer aber bei Weitem nicht die volle und nackte Wirklichkeit aufdeckt, erhellt schon aus dem Umstande, daß die Enquête sich nur auf die Fabriken beschränkte und von der Hausindustrie, die dem Ausbeuterthum noch ein viel größeres Contingent an Kindern zur Verfügung stellt, ganz absah. Wenn irgend etwas, so ist gerade die Heranziehung der Kinder zur regelmäßigen industriellen Arbeit eine der finstersten Schattenseiten der kapitalistischen Produktionsweise, und alle staatsrechtlichen Gesetze werden den Hang des Privatkapitals nach Consum der Kinderarbeit nicht beseitigen, es sei denn — der Sozialismus selber wird Gesetz.

— Die Berliner Polizei hat mit ihrer eines Laien würdigen Interpretation des § 360 des Reichsstrafgesetzbuchs, welcher bekanntlich den „groben Unfug" verfolgt, ein gründliches und wohlverdientes Fiasko erlitten. Nach den Begriffen der Berliner Polizei nämlich ist es, wie unsere Leser wissen, „grober Unfug", wenn Jemand in öffentlicher Versammlung zum Austritt aus der Landeskirche auffordert und zu diesem Zwecke Austrittsformulare vertheilt. Wegen dieses „Vergehens" gegen den § 360 des R.-Str.-G.-B. hatte denn auch die Berliner „Löbliche" einen Colporteur in Strafe genommen; auf den Rekurs des Verurtheilten erfolgte jedoch dessen Freisprechung Seitens des Einzelrichters, der selbstredend in der Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche groben Unfug nicht entdecken konnte. Die Berliner Polizei möge sich das zu Herzen nehmen und ein andermal etwas gründlicher die Gesetzesparagraphen studiren, bevor sie „Strafen" verhängt.

— Dem Privatbriefe eines österreichischen Eisenbahnbeamten entnehmen wir folgende für die Situation in Oesterreich-Ungarn bezeichnende Stellen: „Hier nichts von Belang, als daß wir Eisenbahner, d. h. solche die wehrpflichtig, den Auftrag erhalten haben, uns zur Einrückung parat zu halten. Von Seite der Bahnen wird bereits allseitig Vorsorge getroffen und wird die Mobilisirungsordre täglich erwartet. Militär-, Pferde- und Munitionstransporte in Separatzügen sehe ich täglich; durch Ungarn gehen von Arsenal Wien nach Siebenbürgen täglich schwere Separatzüge unter der Deklaration: Aerar'sches Gut, Maschinenbestandtheile ab. Man kennt solche Maschinenbestandtheile. Pferde sind bereits vom Lande einberufen, und es werden auf mehreren Eisenbahnstationen, so auch hier, Militärproviantmagazine neu errichtet. — Man sieht, daß die von unseren Russenfreunden fortwährend ausposaunte russisch-österreichische Freundschaft immerhin nur auf den Bajonetten sitzt. Dieser kitzliche Platz kann ihr aber wohl bald unangenehm werden, so daß sie sich in den Schmollwinkel zurückzieht und ihrer Halbschwester, der Feindschaft, Platz macht.

— Voltairefeier. In Paris hat sich — schon vor längerer Zeit — ein Comité gebildet, welches am 30. Mai ds. Jahres, als dem hundertsten Todesjahr des bekanntlich am 30. Mai 1778 verstorbenen Voltaire, eine Voltairefeier zu veranstalten beabsichtigt. Das Comité hat soeben in deutscher Sprache nachstehenden Aufruf veröffentlicht:

Den 30. Mai dieses Jahres, einen Monat nach Eröffnung der Weltausstellung, wird sich in Paris der hundertste Todestag Voltaire's zu einer erhebenden, demonstrativen Feier gestalten.

Wenngleich der Geistesrichtung nach Franzose und Pariser, hat Voltaire seiner Zeit eine kosmopolitische Mission erfüllt. Er hat sein ganzes Leben einem allgemein-menschlichen Culturzweck, einem großen Emanzipationswerk gewidmet. Er verdient demnach, als ein Vorkämpfer der Humanität, einen europäischen Dank, hat ein Anrecht auf die Pietät aller Derer, die seinen Abscheu gegen staatliche, wie religiöse Intoleranz theilen. Auf diesem Grab sollten sich die Gleichgesinnten aller Nationen die Hände reichen, und deshalb wendet sich das Centralcomité vertrauensvoll an Diejenigen alle, die in Voltaire den schlagfertigen, unermüdlichen Streiter für Aufklärung und thatkräftigen Rechtsinn ehren.

Das ganze jesuitenfeindliche Frankreich wird sich dieser großartigen Kundgebung anschließen, und das Centralcomité hat die Beweise in Händen, daß die Feier eine durchschlagende Wirkung erzielen wird. Aber Frankreich will sich in dieser Feier eines Mannes, der für die Güter der gesammten Menschheit eingetreten ist, nicht isoliren: für die freie Forschung und für die Menschenliebe giebt es keine Grenzpfähle. Wir appelliren darum über die nationalen Schranken hinaus an Alle, denen die freie Forschung und die Menschenliebe theuer ist. Sie alle sollen bei diesem Fest des Geistes vertreten sein, und deshalb fordern wir Sie auf, sich mit uns ins Einvernehmen zu setzen. Das Pariser Centralcomité wird sich ein Vergnügen daraus machen, Ihnen jede nähere Auskunft zu ertheilen; es bittet sie, es durch alle Mittel der Publizität zu unterstützen und Subskriptionslisten zur werkthätigen Theilnahme an der Feier zu eröffnen, damit sich auf allen Universitäten und in allen großen Städten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Lokalcomités zur Beschickung des Voltaire-Jubiläums bilden mögen. Wir bitten Sie, uns eine schleunige Mitwirkung zuzuwenden, damit die kurze Frist bis zum 30. Mai möglichst ausgebeutet werde und hoffen, auf ein freundliches Entgegenkommen Ihrerseits rechnen zu dürfen.

Gefällige Mittheilungen nimmt das „Comité Central du Centenaire de Voltaire", 5, Rue Croix-de-Petits-Champs, entgegen.

— Daß die Arbeiterbewegung in Nordamerika erfreuliche Fortschritte macht, davon legten die zu Anfang April in verschiedenen Städten stattgehabten Stadtwahlen Zeugniß ab. In Chicago z. B. hatte es die sozialistische Arbeiterpartei auf 8000 Stimmen gebracht und es gelang ihr, einen Councilman (Bezirksvorsteher) in die Stadtvertretung zu bringen. In Milwaukee, Cincinnati und St. Louis brachten es die Arbeiter ebenfalls zu recht ansehnlichen Minoritäten. Bei der noch sehr jungen Organisation der sozialistischen Arbeiterpartei Nordamerika's sind diese Resultate als guter Anfang mit Freuden zu begrüßen.

— Ein allgemeiner Gewerkschafts-Congreß wird zu den Pfingstfeiertagen in Magdeburg eröffnet werden. Die sehr reichhaltige Tagesordnung, mit welcher sich der Congreß zu beschäftigen haben wird, zerfällt in zwei Abtheilungen, von denen namentlich die zweite das ganze Interesse des Congresses in Anspruch zu nehmen geeignet ist. Wir begnügen uns für jetzt mit diesen kurzen Andeutungen, wollen aber noch den Wunsch aussprechen, daß der Congreß möglichst zahlreich und allseitig von den Gewerkschaften beschickt werden möge.

— Man schreibt uns aus Erfurt: „Der unermüdlichen Thätigkeit des hiesigen Staatsanwalt Jesse ist es wiederum gelungen, einen unserer braven Genossen 8 Monate hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wiesinger war angeklagt, in einer Rede, gehalten im Wahlverein, gegen die §§ 166 und 360 Alinea 11 verstoßen zu haben. Die Verhandlungen, welche kürzlich hier stattfanden, erfolgten mit Ausschluß der Oeffentlichkeit, weil

Aus Brasilien.

Sanct Bento, im März 1878.

Nachstehenden Brief erhielt die Redaktion des „Reichenberger Arbeiterfreund", dessen weitere Verbreitung im Interesse der deutschen Arbeiter liegt:

Durch die schlechte, arbeitslose Zeit waren wir gezwungen auszuwandern, um jenseits des Oceans, in den deutschen Colonien Brasiliens, eine neue Heimath, ein neues Vaterland zu suchen; es ist dies kein leichter Versuch, arm, ohne alle Mittel, mit Weib und Kindern eine derartige Wanderung zu unternehmen. Viele deutsche Arbeiter werden uns beneidet haben, als wir jene Reise in das gepriesene Land der Botokuden antraten, jedoch unsere heutige Lage ist alles andere, nur nicht beneidenswerth. Wir haben den verlockenden Briefen der Agenten Vertrauen geschenkt, und sitzen nun hier und leiden Noth; wir glaubten ein Land der Freiheit zu finden und sind wieder die Knechte Anderer geworden, wie wir in dem verlassenen Heimathslande waren; die Herrschaft der Besitzenden bedingt überall dieselben Ursachen und hat überall dieselben Folgen.

Wo die Armen mangeln, dort fehlen auch die Reichen, und wo Reiche sind, müssen Arme sein, weil sich der Reichthum nur durch die Verwendung der Armuth zu produktiven Zwecken ergiebt. Sie sehen also, der große Ocean hat die sozialistische Färbung nicht ganz verwaschen können; wenn man sich einmal mit einer großen Idee bekannt gemacht hat, so bleibt etwas hängen, man mag hinkommen, wohin man will, bis zum letzten Augenblicke. Es vergißt sich nicht, was man mit den Genossen gesprochen hat über die Befreiung der Bevölkerung aus den ökonomischen und politischen Fesseln, auch wenn Meere dazwischen liegen. Nun zur eigentlichen Sache. Die Colonie Donna Franzieka wurde im Jahre 1849 von dem „Hamburger Colonisations-Vereine" gegründet; die Colonie Sanct Bento gründete der nämliche Verein im Jahre 1873. Beide Colonien versprächen allerdings eine blühende Zukunft, wenn dieser Colonisationsverein seine Versprechungen hielte, bis dato haben sich aber dieselben als Lug und Trug erwiesen.

In den von diesem Vereine versendeten Prospekten heißt es unter anderem auch: „Ein Jahr hat jeder Colonist ärztliche Hilfe frei." Dieselbe haben wir wohl, aber was für eine. Ein gröberer und pflichtvergessenerer Arzt kann wohl kaum noch aufgefunden und von der Sonne beschienen werden, wie es dieser Dr. Wolf ist; derselbe zahlt nicht selten noch etwas heraus, daß er nur den Kranken nicht zu besuchen braucht. Unter freier ärztlicher Behandlung verstanden wir auch den unentgeltlichen Medikamentenbezug, dieses ist jedoch nicht der Fall. Bei jeder Zahlung, die alle zwei bis drei Monate einmal vorkommt, sitzt dieser Herr Doktor in der Direktion und verlangt sein Geld für die Medikamente, das heißt es wird dieser Betrag den Colonisten vom Direktor Brustlein vom Lohne abgezogen und dem Doktor zugestellt.

Und was das für Medikamente sind (ähnlich wie sie die böhmischen Kartenaufschlägerinnen mitunter verabfolgen) und zu welchen Preisen sie den Colonisten angerechnet werden! — Es ist eine Schande für den Colonisationsverein, daß sein Direktor diesem Wolf zur Plünderung der Schafe Handlangerdienste leistet. Die einzige Arbeit, welche den eingewanderten Colonisten zugewiesen wird, ist Straßenbau. Auch freie Wohnung verspricht in seinem Prospekte der Colonisationsverein. Die haben wir auch in Gestalt eines 50 Meter langen und ungefähr 10 Meter breiten Schuppens. Die Herstellung einer solchen „Wohnung" geschieht auf folgende Art: es werden einige Baumstämme in die Erde gerammt, mit einigen Brettern beschlagen und die Wohnung ist fertig.

Wie diese „Wohnungen" aussehen, kann sich jeder leicht vorstellen; als Fußboden dient die Mutter Erde, als Schornstein eine Oeffnung, welche nebstdem noch Thüre geheißen wird. Hier lebt nun alles unter einander: Männer, Weiber, Greis, Jungfrauen, Jünglinge und Kinder; hier lebt, hier ißt und schläft man; Kinder werden geboren und sterben; von Schamgefühl kann unter solchen Verhältnissen keine Rede mehr sein; die Menschen verthieren. Sehr viele Colonisten sind schon durch den „Hamburger Colonisationsverein" bei Zeiten „selig" gemacht worden, dieses Verdienst muß ihm gelassen werden. Unsere Nahrungsmittel sind Maismehl, schwarze Bohnen und getrocknetes Fleisch; Krankheiten sind für Einwanderer aus der mittleren Zone im Anfange die Regel, nicht die Ausnahme. Welche Pflege hat nun eine solche, plötzlich krank gewordene Familie in einem derartigen Empfangshause, wo Wind und Regen überall hindurch können? Gar keine. Da gilt ganz einfach der Spruch: Was zäh ist, hält, und was morsch ist, bricht. Wenn sich auch die Colonisten nicht wohl befinden, desto besser befindet sich der „Hamburger Colonisationsverein"; er füllt sich unter solchen Umständen die Taschen.

Er schafft Menschen in unbebaute Gegenden und läßt sie dort langsam zu Grunde gehen, und das ist in gewisser Beziehung auch Menschenmord.

Weiter heißt es in dem Prospekt: „Der Hamburger Colonisationsverein geht von dem Prinzip aus, der Einwanderer muß vollständig Herr seiner Zeit und seines Willens sein." Alles schön und gut zu — lesen. Die Thatsachen aber sind ganz anders. — Die Einwanderer kommen meistens ohne Mittel in Donna Franziska an, hier sollen sie nun durch sechs Wochen (laut Prospekt) mit Lebensmitteln versehen werden; wir erhielten durch zwei Tage Lebensmittel, dann mußten wir uns selbst beköstigen, von was, das war unsere Sache. Wir waren Herren über unsere „freie Zeit" und verkauften ganz aus „freiem Willen" was wir hatten, Betten, Kleider, Wäsche u. s. w. In Donna Franziska verblieben wir vierzehn Tage, dann hatte die Direktion die Güte und schaffte uns auf Leiterwagen bis an ein hohes Gebirge, welches wir zu übersteigen hatten. Hier hatten wir wieder viel „freie" Zeit und „freien" Willen.

Achtzehn Tage mußten wir hier warten, bevor der gewünschte Trupp Maulesel ankam, um uns weiter zu bringen. Während dem gab jeder, was er hatte, damit nur Niemand der Noth erliegen sollte.

Unsere Habseligkeiten wurden dann gepackt, die Männer führten die Maulesel, die Weiber ritten auf denselben und die Kinder hingen in Körben an den Seiten der Thiere. Durch drei Tage ging es durch den dichten Urwald, der Weg war so schlecht, daß sich kein Europäer einen Begriff davon machen kann.

Heruntergerissen und schmutzig kamen wir endlich in dem gelobten Lande Sanct Bento an.

Bisher war es uns schlecht gegangen, nun ging es uns sehr schlecht. Wer leben will, geht hin und baut Straßen und erhält in zwei bis drei Monaten schon seinen Lohn; wer Geld hat

Wiesinger Redewendungen gebraucht habe, die gegen die „guten Sitten“ verstoßen. Staatsanwalt Jesse beantragte 1 Jahr Gefängniß, der Gerichtshof erkannte auf 8 Monate. Auf Antrag des Staatsanwalts erfolgte die sofortige Verhaftung Wiesinger's.

Von demselben Gericht wurden — seit des kurzen Bestehens unseres Thüringer Parteiorgans — folgende Genossen verurtheilt: Götz, 1 Monat Gefängniß; Bruck 6 Monate; Genosse Schulze befindet sich schon 10 Wochen in Untersuchungshaft und soll 14 Anklagen haben; ferner schweben noch Untersuchungen gegen Wiesinger, Bruck, Werner. Die Bestrafungen und Untersuchungen, welche vor dem Kreisgericht in Gotha schweben, sind nicht mitgezählt. — Daß ist die deutsche „Freiheit“, der Staat der „Gerechtigkeit“. Die hiesigen Genossen werden trotzdem muthig weiter kämpfen, ob ihnen auch fernerhin das stille Asyl des Gefängnisses winkt.“

Unser wackere Genosse, der frühere Redakteur der „Berliner Freien Presse“,

Paul Dentler,

ist den 24. April als Gefangener in der Charité gestorben. Dentler befand sich, wie unser Berliner Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse“, schreibt, seit dem 18. Januar dieses Jahres in Untersuchungshaft; er wurde verhaftet, trotzdem mehrere renommirte Aerzte erklärt hatten, daß er die Haft unmöglich überstehen könne. Als sich sein Zustand in der Stadtvoigtei mehr und mehr verschlimmerte, wurde er nach der Charité überführet. Man ließ ihn nicht frei —, obwohl das gegen ihn erlassene Urtheil noch keineswegs rechtskräftig geworden, man ließ ihn nicht frei, obwohl man sich darüber klar sein konnte, daß man es mit einem Todtkranken, mit einem Sterbenden zu thun hatte. — Was sollen wir Angesichts des Todten zu diesen Vorgängen sagen? Sollen wir anklagen, Diejenigen anklagen, welche ihn in den Kerker warfen? Sie sind durch gesetzliche Bestimmungen gegen solche Angriffe geschützt, und die steinernen Gesetze zu brandmarken, das erscheint uns heute müßig. Wir wollen nur dem Todten noch einmal das Wort lassen über die Thatsachen, die seinem Tode vorausgegangen, die sein Sterben zum Mindesten beschleunigt haben. Sie klagen mehr an, als das unsere, vom gerechten Zorn diktirten Worte zu thun vermöchten. — Dentler schrieb uns vor seiner Ueberführung nach der Charité:

„Ich glaube, ich stehe vor dem letzten Akt — so oder so — und daher ist es gut, einmal die Vorgänge, die sich seit meiner Verhaftung abgespielt haben, zu rekapituliren: Am Tage meiner Verhaftung wird von den Freunden unter Einreichung eines Attestes meine Entlassung aus Gesundheitsrücksichten beantragt. Der Anstaltsarzt, königl. Sanitätsrath, Stadtphysikus ꝛc., kann mit mir nicht ins Klare kommen und behält sich sein Urtheil vor, um mich „einige Tage“ zu beobachten. Die „Beobachtung“ bestand darin, daß Herr ꝛc. Dr. Lewin in der folgenden Woche zweimal in meine Zelle kam, mich fragte, wie mir's ginge, und verschwand. Aus den „einigen Tagen“ sind sieben Wochen geworden, Herr Lewin hat noch immer kein Urtheil über mich. Nur hatte er, als ich ihm mittheilte, daß ich appellirt hätte, den sanften Vorwurf für mich: „Warum thun Sie das? es hilft Ihnen ja doch nichts!“ — Da ich mittlerweile einsah, daß auch Herr Lewin mir nicht helfen würde, so stellte ich bei Gericht den Antrag, mich gegen Hinterlegung einer Caution, deren Höhebemessung ganz und gar dem Gericht anheimgestellt sei, zu entlassen, — der Antrag wird ohne Angabe irgend eines Grundes abgelehnt. Endlich erfahre ich, daß mir ein Rekurs an den Gerichtsphysikus zusteht. Am Freitag, den 15. Februar, erbitte ich unter Ueberreichung schriftlicher Anträge in mündlicher Unterredung von Herrn Direktor Reich Beschleunigung der Sache, die mir zugesagt wird. — Mein Zustand verschlimmert sich mit jedem Tage, nach Verlauf einer Woche erinnere ich — vergebens. Eine zweite Woche bricht an, geht zu Ende, und am letzten Tage derselben — vierzehn Tage nach meinem Antrage — erscheint Herr Medizinalrath Wolff. Herr Wolff hat die gerichtliche Benachrichtigung Tags zuvor erhalten. — — Nach einer sehr sorgfältigen Untersuchung geht Herr Wolff, nachdem er sich sehr bedenklich über meinen Zustand ausgesprochen hat. — Seit jener Untersuchung sind wiederum volle acht Tage verflossen, ich bin nach wie vor im Unklaren über mein Schicksal, die siebente Deputation hat seitdem drei Sitzungen gehabt, und ich — nun ich habe heute Nachmittag in der Spazierstunde Blut gespieen, nach meinen seitherigen Erfahrungen ein Vorbote starker, in kurzer Zeit darauf folgender Lungenblutungen. Daß ich jetzt eine Lungenblutung vom Schlage der beiden erlebten überstehen würde, halte ich einfach für unmöglich.“

Dentler hatte Recht, er verblutete, er verblutete im Kerker!

Die „Berliner Volkszeitung“ bemerkt zu dem Todesfall unseres Genossen, daß es häufig vorkomme, daß notorische Betrüger wegen Krankheit aus dem Gefängniß beurlaubt würden; um so mehr sei das Verfahren gegen Dentler unbegreiflich, besonders da sich das Gericht doch selbst hätte sagen müssen, daß man dadurch der Sozialdemokratie, die man bekämpfen wolle, nur Vorschub leiste. — Daß unsere Gegner immer für uns agitiren, ist bekannt, aber auch unsere Parteigenossen kämpfen selbst im Todesringen noch mit für die große Sache der Befreiung der Menschheit.

Ehre sei ihrem Andenken!

Lassalle's Briefe an Rodbertus.

Von C. A. Sch.

(Schluß.)

Die Consequenz des sich selbst entwickelnden Lebens hat Lassalle's kühnste Erwartungen übertroffen. Die von ihm gegründete Arbeiterpartei ist ihm ewig zu Dank verpflichtet für seine Agitation, welche es erst möglich gemacht hat, das ferne, aber endgültige Ziel schon jetzt in's Auge zu fassen, jenes Ziel, welches uns Lassalle damals noch nicht nennen durfte, weil wir Alle noch in dem blinden Aberglauben von der „Heiligkeit“ der bestehenden Eigenthumsordnung steckten.

Lassalle bot verständiger Weise in der Formel der Produktiv-Assoziationen den kleinen Finger seiner großen Idee. — Die Consequenz des sich selbst entwickelnden Lebens hat die Arbeiter schnell genug dahin gebracht, die ganze Idee in ihrer Totalität zu verstehen und mit eiserner Energie zu erfassen.

Wohl giebt es noch eine ganze Anzahl von Arbeitern, die an dem Wort des Meisters hängen und es beinahe wie einen Abfall von seinen Lehren betrachten, wenn die Majorität jetzt den geraden Weg auf das endgültige Ziel der Einführung eines nur auf Arbeit basirenden Einkommen-Eigenthums lossteuert und den damals für nothwendig erachteten Umweg über die Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit verschmäht, — das sollte aber doch unter denkenden und vernünftigen Arbeitern kein Grund zur Spaltung sein. Auch diese Lassalleaner von der strikten Observanz werden „mit der Consequenz des sich selbst entwickelnden Lebens“ noch dahin kommen, wohin sie Lassalle zu führen gedachte.

Lassalle hat noch unmittelbar vor seiner Abreise nach Frankfurt a. M., woselbst er seine große, im Arbeiterlesebuch abgedruckte Rede hielt, an Rodbertus geschrieben:

„Ich werde das Mittel der Assoziation zwar plaidiren, aber ausdrücklich als offene Frage, das Prinzip lediglich in die Staatsintervention setzend, wie ich auch schon in meiner Erklärung für die Coburger Arbeiterzeitung gethan.“ Was er hier versprochen, das hat er in Frankfurt gehalten und dort — man lese die Stelle nach — gesagt:

„Nur um das Prinzip handelt es sich heute: durch die Gesetzgebung, durch die Intervention des Staates die Verbesserung Unserer sozialen Lage herbeizuführen. Welches die geeigneten Mittel hierzu wären — diese Diskussion ist eigentlich hier noch ganz verfrüht. Diese Diskussion gehört erst in die gesetzgebenden Körper. Es sind manche und sehr verschiedene Mittel hierbei denkbar und im Laufe der Zeit nothwendig.“

Rodbertus war ein entschiedener Gegner der von Lassalle geplanten Produktiv-Assoziationen; die Auseinandersetzung der Gründe, weshalb Lassalle an diesem Gedanken festhielt, füllt einen Theil der Briefe aus. Es fallen in ihnen aber auch hochinteressante Streiflichter auf den politischen Standpunkt Lassalle's, den die heutigen Bismarckanbeter, Allen voran der vielgewandte Herr Mehring, gern zu einem beschränkt nationalen ausbeuteln möchten, wozu ihnen die falsche Auslegung einzelner Stellen aus Lassalle's Schrift von 1859: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“ die willkommene Gelegenheit bietet.

Diesem Treiben macht der jetzt veröffentlichte Briefwechsel ein jähes Ende. Denn das „Deutschland ohne Oesterreich“, das wir jetzt haben, dieses Kleindeutschland hat der Republikaner Lassalle nie gewollt. Er schreibt:

„Wenn ich etwas in meinem Leben gehaßt habe, ist es die kleindeutsche Partei. Alles Kleindeutsche ist Gothaerei und reine Feigheit. Vor 1½ Jahren hielt ich hier einmal bei mir eine Versammlung meiner Freunde ab, worin ich die Sache so formulirte: Wir müssen alle wollen Großdeutschland moins les dynasties! (ohne die fürstlichen Familien).“

Der Mann sollte ein Verehrer der Bismarck'schen Politik sein! Hören wir nur, was er schon 1859 schrieb:

„Das gute Einvernehmen zwischen den beiden großen Culturvölkern, Deutschen und Franzosen, das ist der Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller civilisatorische Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Culturentwicklung überhaupt unwiderruflich abhängt.

„Der endlich gebändigte blutdürstige Tiger des Nationalhasses zwischen diesen beiden Völkern wieder aus seiner Höhle geweckt — und auf vielleicht drei Decennien (30 Jahre) hinaus ist jeder Culturschritt geknickt, jede politische Fortbildung gehemmt, jede Verwirrung der Geister ermöglicht, jeder finstern und machiavellistischen Cabinetspolitik wieder Thür und Thor geöffnet und die Barbarei gegenseitiger Eroberungs- und Vernichtungswuth an Stelle der inneren Entwicklung auf die Fahne der Völker geschrieben!

„Es wäre der weitaus ungeheuerste und unübersehbarste Sieg des reaktionären Prinzips, den dasselbe seit dem März 1848 erfochten.“

Die heutigen Thatsachen bezeugen, wie sehr Lassalle Recht gehabt hat; der Mann wäre auch in Ketten nach Lötzen gebracht worden, denn er hätte nach Sedan auch gegen die Annexion gesprochen, der wir die heutige Reaktion verdanken! —

Lassalle's Briefe an Rodbertus sind leider zu theuer für die Arbeiter — Rmk. 2,40 — aber in keiner den Arbeitern zugänglichen Bibliothek, in keinem Lesecabinet sollten sie fehlen. Setzt auch ihr volles Verständniß eine genaue Kenntniß der Lassalle'schen und Rodbertus'schen größeren Werke, sowie die des Ricardo'schen Systems voraus, so ist doch auch noch so vieles Andere darin von Interesse, daß sie den lernbegierigen Arbeitern in den Bibliotheken zur Disposition gestellt werden müssen.

Schwerlich wird Jemand diese Briefe unbefriedigt aus der Hand legen; sie sind ein Zeugniß von dem durchdringenden Geiste eines der größten Männer unseres Jahrhunderts, dessen Name noch genannt werden wird, wenn Niemand mehr an Bismarck, Königgrätz und Sedan denkt.

Aus Italien.

(Fortsetzung aus Nr. 42.)

Neapel, 19. April.

(Schluß.)

Das einzige Mittel, das dem Landarbeiter allenfalls zu Gebote steht, sich dieser „Sklaverei in materieller und persönlicher Hinsicht“ zu entziehen, wäre die Auswanderung, die, wenn einmal unternommen, meistens nach Südamerika stattfindet. Es ist ja wohl unmöglich, daß ein so nüchterner und gewiß fleißiger Arbeiter, wie der italienische, in Amerika z. B. noch schlechter fahren sollte, wie in der „lieben Heimath“. Weniger wie 85 Centimes bis Lire 1,70 wird wohl nirgends sein Tagelohn betragen, und mithin hat er eine Verschlechterung seiner Verhältnisse durch die Auswanderung wohl nicht zu befürchten. Je ärmer die Provinzen und je größer das Elend ihrer Bewohner, desto stärker der Drang zur Auswanderung. Aus der Provinz Basilicata wanderten im Jahre 1872 5545 Personen aus, wovon 5150 nach Amerika. Von diesen 5150 waren 1579 Handwerker und 3685 Landarbeiter. Im folgenden Jahre (1873) wanderten aus derselben Provinz aus 3891 Personen, hiervon 3691 nach Amerika. Der Beschäftigung nach waren von jenen 3891 Ausgewanderten 815 Handwerker und 2561 Landarbeiter. Den Auswanderern, denen in den meisten Fällen das Geld zur Deckung der Reisekosten fehlt, schießen die Wucherer das Nöthige vor gegen die üblichen Zinsen von 20—25 Prozent. Weitere Sicherheiten, als Pfänder ꝛc., giebt der Borger nicht; mit einer ganz besonderen Gewissenhaftigkeit sendet der Bauer, kaum an seinem Bestimmungsorte angekommen, von seinen ersten Verdiensten dem Wucherer den Vorschuß ganz oder nach und nach zurück.

Ist es da zu verwundern, wenn der kleine Pächter und Arbeiter, in solcher Lage und ohne Aussicht, dieselbe bessern zu können durch Arbeiten, sich dem Brigantenthum in die Arme wirft, zumal wenn dieses durch seine Fortexistenz aus der grauen Feudalzeit in moralischer Hinsicht nichts Schreckenerregendes für den Bauer hat? Unzweifelhaft bessert der Bauer, wenn er statt des Spatens die Flinte als Handwerkszeug benutzt, seine Lage; seiner und seiner Leidensgenossen Ansicht nach sind die Briganten die wahren Herren des Landes, die beste Polizei des Ortes, und warum sollte nicht auch er unter sie gehen?

Materielle Noth und Mangel an sittlichem Halt führen ihm das Brigantenthum als etwas Wünschenswerthes vor Augen. Und wer trägt die Schuld daran?

Diese Frage hat sich die italienische Regierung nie vorgelegt, darum soll das Brigantenwesen durch eine absolutistische Polizei ausgerottet werden, während doch das Unwesen so mit den ökonomischen und sozialen Verhältnissen jener Länder verwachsen ist, daß nur durch eine Aenderung dieser Verhältnisse ein Umschwung zu erzielen ist. Man bringe das ganz und gar verwirrte Rechtsbewußtsein im Volke in richtige Bahnen, man bessere die materielle Lage der großen Masse des Volkes, und dieser Räuberunfug wird ohne Hilfe der Polizei verschwinden. Aber das zu thun ist die Regierung nicht willens und wohl auch nicht im Stande.

Nun noch ein Wort über die Schwefelgruben-Arbeiter. Die Ausbeutung der Minen geht auf folgende Weise vor sich: Der Besitzer der Mine macht mit einem oder mehreren sogenannten picconieri Contrakte zur Ausbeutung eines Schwefellagers und verpflichten sich Letztere, die Mineralien aus der Erde bis auf den Lagerplatz zu schaffen. Jeder picconiere arbeitet mit 2—4 Jungen von 7 Jahren aufwärts, doch werden auch schon 5- bis 6jährige Kinder angetroffen. Diese Knaben, den Schwefel in Körben auf den Schultern tragend, durchlaufen die Stollen, die gewöhnlich 1,30—1,80 Meter hoch und 1—1,20 Meter, häufig auch nur 80 Centimeter breit sind, während 8—10 Stunden pro Tag und bei einer Hitze von durchschnittlich 38° Reaumur. Die jüngsten Kinder tragen auf ihren Schultern 25—30 Kilo. Die Anzahl der heraufzuschaffenden Ladungen wechselt nach der Tiefe der Stollen und der Entfernung vom Lagerplatze. Bei einer Entfernung von 100 Meter unter der Erde und 50 Meter über der Erde machen die Kinder gewöhnlich 29 Hin- und Rückwege.

Die Arbeitszeit der über der Erde beschäftigten Arbeiter beträgt 10—12 Stunden. Der Lohn der 8jährigen Knaben ist 50 Centimes, der der jüngeren 35 Cent.; 16—18jährige verdienen Lire 1,50, hin und wieder auch Lire 2—2,50. Fast alle Kinder befinden sich in den denkbar schlechtesten sanitären (gesundheitlichen) Verhältnissen; das ewige Tragen schwerer Lasten auf den Schultern und das Gehen und Kriechen in den engen Stollen hat fast allen das Rückgrat gekrümmt. Hören wir, was hierüber die Regierungs-Commission 1877 schreibt:

„Die Arbeit der Kinder und Erwachsenen dauert gleich lange, ohne den Kindern Zeit zum Unterrichte zu lassen. An der Nachtarbeit, die indessen nicht Regel ist, müssen sich Kinder und Erwachsene gleichmäßig betheiligen. Die Löhne betragen für Frauen von 18—40 Jahren 1 Kilo Brod und 50 Centimes, für

---

oder noch etwas verkaufen kann, geht und bebaut sein Land; denn jeder erhält ungefähr 100 Morgen, dieses ist das Einzige genau nach dem Programm. Wer nichts hat, kann nichts bebauen; der Colonisationsverein hilft nur, wenn es nichts kostet, hier also nicht. Man könnte Sanct Bento das Pumpland heißen; denn in Folge der schlechten Auszahlung muß Jeder von einem Zahltage zum andern borgen, was er braucht.

Die Krämer nehmen, weil sie borgen müssen, so hohe Prozente als möglich, demzufolge lebt man in jeder europäischen Hauptstadt beinahe so billig, wie in den brasilianischen Urwäldern.

Ein Kilo Weizenmehl kostet ½ Milreis (eine Milreis gleich 60 fr. ö. W.). Von Schule ist fast gar keine Rede, obgleich ein Schulhaus in dem Stile des Empfangsgebäudes vorhanden ist, welches sich die Colonisten und nicht der Colonisationsverein erbaut haben. Der Lehrer der „Stadt“ Sanct Bento ist auch zugleich der Schuster der „Stadt“ Sanct Bento, und das ist sein Glück; denn sonst würde er bald aufhören Lehrer zu sein. Die Direktion besoldet ihren Lehrer mit 16 Milreis des Monats, müßte da bei ihm nicht Schmalhans Küchenmeister sein und Leichenwäscher werden, wenn er sich nicht als Schuster sein Stück Geld verdiente?

Freilich soll auch jeder Colonist für ein Kind pro Monat ½ Milreis zahlen, aber wer soll sie denn schicken, da Niemand bezahlen kann? Vieles wäre noch zu berichten, doch für dieses-mal mag es genug sein; denn wer weiß ob dieser Brief auch an seine Adresse gelangt, und wenn er anlangt und veröffentlicht wird, so wird das Mitgetheilte vollkommen genügen, um Auswanderer vor den Agenten des Hamburger Colonisationsvereines und vor den beiden Mustercolonien Sanct Bento und Donna Franzisca zu warnen. Zum Schlusse noch Eines, was die Zustände hier ganz eigenthümlich charakterisirt.

Der deutsche Consul Dr. Dörfel ist zugleich Kassirer bei der Direktion. Wer sich also über den Direktor beschweren wollte, müßte dies bei dem Kassirer der Direktion thun, und der Erfolg einer derartigen Beschwerde ist vornweg einzusehen, deshalb thut's Niemand. Man lebt eben hier so schlecht, als man muß, weiter, und hofft, die Menschen sind schon einmal von der Hoffnung nicht loszureißen, „auf eine bessere Zukunft, obgleich es bei genauer Beurtheilung der Sachlage sehr wenig zu hoffen giebt.“

Nicht in den Urwäldern Brasiliens, am Cap der guten Hoffnung und in Port Adelaide in Australien sollen die Arbeiter Böhmens fernerhin ihr Glück suchen, sondern hier bleiben sollen sie und mitwirken zur Lösung des großen sozialen Problems; denn zum Glücklichwerden hat unser Heimathland Böhmen von Mutter Natur genug bekommen. Wir brauchen nicht des Sattwerdens wegen in einen andern Welttheil auszuwandern, wenn wir unsere Kraft daransetzen, bessere Zustände zu schaffen.

Bemerken müssen wir noch, daß dieser Brief an 20 Unterschriften enthält, meist Leute aus unserer Gegend.

— **Viel auf dem Kerbholz.** Folgende Verfügung der Direktion der hannöverschen Staatsbahn ist jüngst allen Beamten und Arbeitern der Bahn zugegangen:

„Mit der durch § 2 der gemeinsamen Bestimmungen für alle Beamte im Staatseisenbahndienste vorgeschriebenen Pflicht gewissenhafter Bewahrung der Amtsverschwiegenheit, ist nicht nur jede unbefugte Mittheilung über dienstliche Vorgänge und Anordnungen, sondern auch deren Kritisirung in öffentlichen Lokalen unvereinbar, da auf diesem Wege unrichtige Auffassungen über Maßnahmen der Verwaltung in das Publikum gelangen und das Ansehen der Verwaltung geschädigt wird. Wir untersagen daher die Besprechung von dienstlichen Angelegenheiten in öffentlichen Lokalen und werden Zuwiderhandelnde zur Bestrafung ziehen. Den unterstellten Beamten ist hiervon Eröffnung zu machen.“

Personen und Direktionen, die „viel auf dem Kerbholz“ haben, sie wünschen niemals eine Beleuchtung ihrer Handlungen. Wo sollen denn die Beamten über ihre Verhältnisse sich mit einander unterhalten, als in einem öffentlichen Lokale? Etwa auf der Straße? Dann käme ein neuer Ukas. Oder der Beamte ladet seine Collegen und Freunde aus dem Bürgerstande in seine Wohnung — dann wird auch diese als ein öffentliches Lokal angesehen. Pariren und Maulhalten, so lautet die Parole, wenn nicht, so erhaltet Ihr das Hungertuch. Daß es aber sehr schlecht um die Verwaltung der Hannoverschen Staatsbahn bestellt sein muß, das beweiset die Angst vor einer öffentlichen Besprechung. Vielleicht theilt ein oder der andere Beamte uns irgend eine Heldenthat der ängstlichen Direktion mit, damit wir dieselbe einer gewissenhaften Besprechung zu Nutz und Frommen aller Betheiligten unterziehen können. Das letztere gilt unsern hannöverschen Parteigenossen zur gef. Veranlassung.

Kinder 1 Kilo Brod und 20 Centimes, für Männer 1 Liter Wein, 2 Kilo Brod und 1 Lire."

Alle erhaltenen Angaben stimmen in dem Punkte überein, daß es den Kindern unmöglich sei, die Schule zu besuchen; nur die Gemeinden Caltanisetta, Villarosa und Bolgnarera glauben, daß die Theilnahme an den Abendschulen wohl zu bewerkstelligen sei. Ebenso lauten fast alle Angaben über den Gesundheitszustand der Kinder und der erwachsenen Arbeiter schlecht, nur in Tortogiovanni, Lundi und Villarosa ist derselbe „sehr gut". Auch darin stimmen die Angaben fast aus allen Orten überein, daß die Arbeit in keinem Verhältnisse zur Kraft der Kinder stehe, nur Caltanisetta und Villarosa, die überhaupt bei diesen Ausführungen durch eine beneidenswerthe Kühnheit sich hervorthun, behaupten das Gegentheil.

Bei 8—12stündiger Arbeit, die zum großen Theil unter der Erde geschieht, bei einer Hitze von 38° Reaumur, und bei den meistens bedeutenden Entfernungen der Minen von den Ortschaften behaupten jene beiden Gemeinden doch, den Kindern sei es wohl möglich, an dem Unterrichte in den Abendschulen theilzunehmen; während alle anderen Angaben dahin lauten, daß die Kinder mit Arbeit überbürdet sind, behaupten diese beiden Mustergemeinden das Gegentheil und wagen es sogar, die Gesundheitsverhältnisse als sehr gute hinzustellen, während die Commission die Verhältnisse nirgends so schlecht und so ungesund fand, als gerade in Caltanisetta, Villarosa und einigen anderen Gemeinden.

Und wie verhält sich nun der Staat zu all' dem — von den Gemeindeverwaltungen gar nicht zu reden? Ein Blick auf das Budget giebt uns den besten Aufschluß und zeigt uns, wo die Erträge der indirekten Steuern, denen Italien sich ganz und gar verschrieben hat, bleiben. Von den Steuern will ich nur das Salzmonopol anführen, das dem italienischen Staate im Jahre 1876 das hübsche Sümmchen von 79,860,703 Lire einbrachte?

Die Ausgaben des Ministeriums für öffentlichen Unterricht beliefen sich dagegen im Jahre 1875 auf 23,124,050 Lire, davon entfallen auf die sogenannten höheren Lehranstalten, wissenschaftliche und literarische Institute ꝛc. 9,896,302 Lire, auf Lehrinstitute zweiter Ordnung 5,281,717 und auf die Elementarschulen 3,290,051 Lire.

Dem gegenüber steht die Gefängnißverwaltung, deren Ausgaben im selben Jahre 33,280,518 Lire betrugen. Also circa ein Drittheil mehr wird für die Gefängnisse bewilligt, wie für den öffentlichen Unterricht.

Wo mag man da wohl besser aufgehoben sein in materieller Hinsicht — im Gefängniß oder in der Volksschule? Den Löwenantheil des Budgets bekommt natürlich wie überall das Militär, das über 250 Millionen Lire für sich beansprucht; für Veteranen und Invaliden aber belaufen sich die Ausgaben auf ganze 968,100 Lire.

In allen diesen Punkten — und das mag sein Trost sein — steht Italien nicht allein. Im Gegentheil, es giebt Länder, die es noch schlimmer machen. Das Volk aber hat weder hier noch anderswo eine Aenderung dieser schrecklichen Zustände zu erwarten, es sei denn, daß es seine Geschicke selbst in die Hand nimmt.

Correspondenzen.

Aus Frankreich. B....., 23. April. Meine theuren und werthgeschätzten Parteigenossen! Ich sage Ihnen meinen herzlichsten Dank für die drei Vorwärts-Nummern, die ich Anfangs April erhielt, und schicke Ihnen hiermit 5 Mark mit der Bitte, das Geld zur Unterstützung gemaßregelter Parteigenossen zu verwenden. Ich las neulich die „Kölnische Zeitung" und möchte gerne wissen, wie der Mensch heißt, der dieses Saubirtenblatt redigirt.*) Der Mann plaidirte neulich aufs Schamloseste für die Prügelstrafe und bedauert fast, daß Wjera Sassulitsch nicht gestäubt worden ist. Edles Herz, gutmüthiger Nationalliberaler! Uebrigens beurtheilt Jeder die Anderen nach sich selbst, und ich will gerne zugeben, daß der Nationalliberalismus noch auf einer „Culturstufe" steht, mit der die Prügelstrafe wohl verträglich ist. Trotz aller Humanität und Menschenliebe würde ich wohl schwerlich für einen gründlich durchgeprügelten Nationalliberalen Mitleid empfinden. Diese Sorte Bourgeois stehen noch unter dem Vieh! Wir Europäer, Deutsche, Franzosen ꝛc., entsetzen uns allzu sehr über die grauenhafte Behandlung unserer russischen Parteigenossen. Sind die Verhältnisse in Deutschland und namentlich in Frankreich etwa besser? In Frankreich?! In Frankreich existirt ja allerdings de jure die Prügelstrafe schon längst nicht mehr, — de facto wird aber noch nach Leibeskräften gepeitscht! Sind denn etwa Humbert, Lullier, Brissac, Marateau und wie sie noch heißen, nicht geprügelt worden? Täglich sehe ich aus meinem Fenster Leute in Ketten von Gensdarmen ins Gefängniß geführt. Was haben die Unglücklichen verbrochen, welchem Grundsatze des „heiligen Bourgeoisstaats" haben sie zuwider gehandelt? Neunmal auf zehn sind es arme Teufel, die Brot oder sonstige Nahrungsmittel aus einem Laden gestohlen haben! Brot, das Wort bedarf keines Commentars! Ein Bourgeois sagte mir neulich: „Ja, wenn die Arbeiter von Decazeville vernünftig gewesen sein würden, so säßen heute nicht viele von ihnen im Gefängniß." — Vernünftig, ist gemüthlich! Vernünftig? Ja, wären die Arbeiter alle „vernünftig", so hätten wir ja keine vernünftigen Bourgeois mehr, und die Sklavenhändler von Decazeville und anderen Orten würden ja dann wohl schon längst gelyncht worden sein — und das zwar von Rechtswegen! Frankreich! Mit dem großen Frankreich von 1793 ist es heute so weit gekommen, daß jedes junge Weib, das nicht Renten besitzt, eo ipso, weil es arm ist, unter der Aufsicht der Sittenpolizei steht! Die Sittenpolizei, Sie wissen ja wohl, was das für eine Mördergrube ist! Die „Sittenpolizei" der „sittlichen Bourgeoisgesellschaft"! — Je mehr in Frankreich die Bourgeoisrepublik Wurzeln faßt — sie sind glücklicherweise nicht allzu solide, — desto mehr werden wir sozialistische Republikaner gepeinigt, gemartert und wie das wilde Vieh gehetzt! Es ist bereits mit der Bourgeoisrepublik so weit gekommen, daß ein wirklicher Republikaner ohne Uebertreibung sagen darf, daß verglichen mit dem, was täglich sich im heutigen Frankreich ereignet, — selbst das verruchte Kaiserreich ein mildes Regiment war! Unterdessen geht die sozialistische Propaganda munter vorwärts, und die Stunde ist vielleicht nicht allzu entfernt, wo die Bourgeoisie von heute demüthig flehend zu den Füßen des siegreichen Proletariats liegen wird. — Verzeihung wäre dann Verrath! Mit freundschaftlichem Gruß stets der Ihrige in der gerechten Sache F. St.

P. S. Dem Preßpiraten der „Kölnischen Zeitung" zur Antwort, daß es mir herzlich leid thut, daß die brave Wjera Sassulitsch die wilde Bestie Trepow nicht erlegt hat.

*) Es sind an dem Blatte sehr viele Redakteure und Correspondenten beschäftigt. Der verantwortliche Redakteur heißt: August Schmits.

Bielefeld, 18. April. „Christenthum und Sozialismus" war das Thema, über welches Genosse Oehme aus Hannover am 16. d. M. in dem neuen Saale unseres Wirths, Herrn Kahl, in zahlreich besuchter Volksversammlung referirte. Der Bielefelder Bürgerverein, durch das hiesige conservative Organ „Neue Westfälische Volkszeitung" rechtzeitig avertirt und trotz der stillen Woche zur Theilnahme eindringlich ermahnt, war als getreuer Schildknappe unserer antisozialistischen ecclesia militans pünktlich angetreten. Parteigenosse Zwiener führte den Vorsitz. Oehme's Referat schilderte die antisozialistischen Bestrebungen der conservativen Kreise, wie sie in Gründung des „Christlich-sozialen Vereins" unter Hofprediger Stöcker's Aegide zu Tage getreten seien, als den mißglückten Versuch, mittelst des christlich-sozialen Elementes in die immer mächtiger sich entwickelnde sozialdemokratische Arbeiterpartei den trennenden Keil zu treiben. Diesen Versuch gerade in der Reichshauptstadt Berlin, dem Sitze einer sehr zahlreichen und bewußten sozialistischen Arbeiterpartei zu machen, sei um so einfältiger gewesen, als die Aufforderung zum Massenaustritt aus der Landeskirche, welcher ja durch die neuere Landesgesetzgebung legalisirt sei, vorauszusehen gewesen war. — Dann ging Herr Oehme zur Geschichte des Christenthums und seiner Entwicklung über, und charakterisirte die eigentliche Grundlage des Christenthums — die Bibel — als bloßes Menschenwerk, über dessen Aechtheit bezüglich der einzelnen Bücher und Evangelien außerordentlich viel hin- und hergestritten sei und noch werde. Ebensowenig stichhaltig sei nun auch die besonders von der Geistlichkeit colportirte Legende von der außerordentlichen Culturmission des Christenthums. Im Ganzen sei das Christenthum zu allen Zeiten freiheitsfriedlich gewesen; denn indem es den Christen die Geduld predige und die Hoffnung auf ein unerwiesenes Jenseits pflege als den Ersatz für ein mühseliges und mißrathenes Diesseits, mache es den Menschen zum willenlosen Unterthanen, gefügig zum Ertragen der Knechtschaft in jeder Form. Dabei sei die Geschichte des Christenthums — welche als Religion der Liebe gepriesen werde — eine unaufhörliche Kette der blutigsten, gegenseitigen Verfolgungen und der scheußlichsten Kriege bis in die neueste Zeit. Ja, der russisch-türkische Krieg mit allen seinen Greueln sei unter gleißnerischer Anrufung des Christengottes und unter dem Panier des Kreuzes von einer Barbarenmacht lediglich vom Zaune gebrochen. Inquisition, Hexenglaube mit Scheiterhaufen, eine in Ueppigkeit und Lastern verkommene Geistlichkeit, alleinseligmachende Glaubens-Arroganz — das Alles sei Jahrhunderte hindurch, und zwar zur Zeit seiner Vollblüthe, die wirkliche Signatur des Christenthums gewesen; und bis in unsere Tage hinein sei unter den Fittigen des Christenthums überall bei den Culturvölkern der liebloseste Klassenstaat großgezogen worden. In dieser Erkenntniß der Thatsachen hätte nun der Sozialismus als solcher die vielgepriesene Culturmission des Christenthums nicht anerkennen können, und das Versagen jeder spezifisch-kirchlichen Theilnahme, sowie der effektuirte Austritt aus den Landeskirchen, wie sie die sozialistische Partei weit und breit freimüthig geübt, das sei nur die Folge solcher Erkenntniß. Schließlich kritisirte nun noch Referent in scharfer Weise im Ganzen und Einzelnen das Programm der christlich-sozialen Partei, welches überall nur ein verhunzter Abklatsch des Programmes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sei. Wäre es übrigens den Christlich-Sozialen mit der Durchführung ihres Programmes wirklich ernst, so möchten sie doch nur solche Forderungen stellen, welche der Noth des Volkes und des Arbeiterstandes allenfalls gründliche Abhülfe bringen könnten, z. B. die Ausdehnung des allgemeinen Wahl- und Stimmrechts für die Staats- und Gemeindewahlen, Gewährung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten, Beschneidung des ungeheueren Militäretats, vor Allem Vermehrung der Bildung des Volks durch Einrichtung eines tüchtigen, wissenschaftlichen und aufklärenden Unterrichtsystems, Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts. Von Allem diesem wäre indeß selbstredend gar nicht die Rede, und so muß und müßte die christlich-soziale Bewegung scheitern.

Herr Pastor Dietz, Redakteur der „Neuen Westfälischen Volkszeitung", unternahm es nun, die Ausführungen des Herrn Oehme zu widerlegen. Im Allgemeinen machte er demselben den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit und suchte auch diesen Vorwurf durch Bibelstellen und Aussprüche von Kirchenvätern zu begründen. Auch rügte Herr Dietz, daß Referent gegen parlamentarischen Brauch längere Citate aus Bebel's und Ed. Sack's Schriften gegeben habe. Dann glaubte aber Herr Dietz die geleugnete Culturmission des Christenthums besonders durch folgende Punkte nachweisen zu können: 1) Beseitigung der Sklaverei; 2) würdigere Stellung der Frau in der Ehe; 3) Proklamirung der Gleichstellung aller Menschen; 4) Gebot der Barmherzigkeit; 5) Anerkennung der bürgerlichen Ehre für die Arbeit u. s. w. Die Sozialdemokratie habe Aehnliches gar nicht aufzuweisen und könne auch überhaupt durchaus nichts Besseres dem Volke bieten, als das Christenthum demselben schon längst gewährt habe. Ueberhaupt seien ja die Sozialdemokraten doch nur Aufwiegler und Schreier, die nichts Positives schaffen könnten und nur zerstören und desorganisiren wollten. Als Autoritäten zu Gunsten der behaupteten Culturmission des Christenthums citirte Herr Dietz — vielfach unter Anführung bestimmter Aussprüche — u. A. den Prinzen Friedrich Carl, den Feldmarschall Moltke, den deutschen Kaiser, ferner die Gelehrten Copernicus, Kepler, Newton, den Geograph Ritter, Geschichtsforscher Ranke, den Naturforscher Virchow, endlich auch die Dichter und Denker Schiller, Göthe und sogar Kant, welche Alle keine Sozialdemokraten gewesen und für das Christenthum gezeugt hätten. Erheiternd wirkte gegen den Schluß der längeren Auseinandersetzung die „scharfsinnige" Argumentation des Herrn Dietz gegen den spezifischen Unglauben der Sozialdemokraten, die angeblich immer nur wissen, aber nichts glauben wollten. Wäre es ihnen wirklich mit dem Wissen so ernst, wie sie thun, so dürfe z. B. doch Niemand, welcher nicht persönlich auf der Insel Island gewesen, glauben, daß dieselbe sammt dem Vulkan Hecla und dem heißen Sprudel Geiser existire; und ebenso dürfe dann auch nicht an geschichtliche Thatsachen — etwa an Friedrich den Großen und seine Thaten — geglaubt werden, denn eigentlich wissen könne man doch darüber nichts, müsse vielmehr Alles auf Treu und Glauben nehmen und für wahr halten. Wie geistreich! —

Der Komiker des Abends war diesmal Herr Gymnasiallehrer Kemper, welcher seinen hierorts schon genügend bekannten, volksrednerischen Fiaskos ein neues, unsterbliches hinzufügte. Derselbe führte nach einer schwächlich-gemeinen Ironisirung des Referenten das städtische Krankenhaus und die von frommen Christen ins Leben gerufene hiesige epileptische Heilanstalt als vollgültige und klassische Zeugen echt christlicher Culturmission in Bielefeld vor. Als ob derartiges ausschließliche Culturblüthe des Christenthums und nicht vielmehr nothwendiges Produkt der civilisirten Gesellschaft, als solcher, wäre!

Alles Uebrige, was noch hin und her gewechselt wurde, war unbedeutend und scheint der Erwähnung nicht werth. Auf die Aufforderung des Herrn Pastor Dietz verließen die Christlich-Sozialen in corpore — scheinbar ziemlich verstimmt — die Versammlung und werden sie hoffentlich als wahrhafte Christen zu Hause im stillen Kämmerlein recht inbrünstig gebetet haben, daß der Herr doch recht bald diese armen ungläubigen Sozialdemokraten erleuchten möge mit seinem heiligen Geiste und vor Allem, daß er ihnen vergebe, denn sie wissen doch offenbar nicht, was sie thun.

Briefkasten

der Redaktion: K . . . r: Fernere Zusendungen erwünscht. Betreffs der Klagsache möchten wir Ihnen doch rathen, sich an die Red. der „Berliner Fr. Presse", Kaiser Franz-Grenadierplatz 8, zu wenden.

der Expedition: Lippold Mainz: Betr. der Adressen wenden Sie sich an C. Derossi, Holzdamm 42, Hamburg.

E. in **Hanau.** Ersuche um gef. Angabe Ihrer Adresse, indem derartige Angelegenheiten nicht in der gewünschten Weise besprochen werden können. D.

Die Parteigenossen in nachfolgenden Orten werden gebeten, bis zum 3. Mai eine zuverlässige Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen: Clausthal, Wildemann, Lautenthal, Goslar, Harzsburg, Zellerfeld, Langelsheim und Neustadt. Es handelt sich um die Agitationsreise eines Parteigenossen.

Freiheit bei Osterode i. H.

Joh. Hassenpflug, Cigarrenarbeiter.

Quittung. Stigl Teplitz Ab. 1,67. K. u. G. hier Ab. 8,00 Lnch Altona An. 1,00. Lhmnn Pforzheim Schr. 12,50. Arbeiterverein Halle An. 1,10. Wnk Riemes Ab. 11,59. Schröder Hannover Ab. 200,00. Engl Neudnitz Ab. 21,00. Mr hier Ab. 0,60. Präst München Ab. 22,50. Kls Magdeburg Ab. 146,00. Brn Saarbrücken Schr. 0,76. Wgnr Wohlau Schr. 5,18. Whl Duisburg An. 1,25. Rb Cottbus Schr. 6,70. Bs Grabow Schr. 1,10. Lwcz Lemberg Ab. 1,49. Schmdt Wien Schr. 1,65.

Für die Gemaßregelten in München.

Ges. von den Mitgliedern des Stellmachervereins in Leipzig durch Käppel Mk. 2,46.

Leipzig. Diffidentenbund für Leipzig und Umgegend. **Mittwoch**, den 1. **Mai**, Abends 8½ Uhr, bei Richter, Roßplatz 9, im „Triaun": [60.

Generalversammlung.

Tagesordnung: **Wahl des Vorstandes.** Aufnahme neuer Mitglieder.

Mainz. Die Leser des „Vorwärts werden dringend ersucht **Samstag**, den 4. **Mai**, Abends 8½ Uhr im „Kleeblatt, große Bleiche" zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen.
40] (2b) Der Agent.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, Abends 11½ Uhr, verstarb unser seit mehr denn drei Monaten in Untersuchungshaft gehaltener Genosse

Paul Dentler

aus Danzig

im jugendlichen Alter von 25 Jahren nach langer und schmerzensvoller Krankheit in der hiesigen Charité.

Möge ihm die Erde leicht werden.

Berlin, 25. April 1878.

Redaktion und Expedition der „Berliner Freien Presse".

Durch uns ist zu beziehen:

Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".** Färberstraße 12. II.

Soeben ist neu erschienen:

Triumph of Order

gemalt von E. Pichio.

Darstellend: **Die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen** (Mai 1871) **im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.**

Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig in London am Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist gelungen, Original-Photographien zu folgenden Preisen anfertigen zu lassen: Größere (die Photographie ohne Carton 28 Ctm. breit, 20 Ctm. hoch) im Dutzend das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (20 Ctm. breit, 14 Ctm. hoch) im Dtzd. das Stück 1,80, einzeln 2,50.

Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 68 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin erschien und ist durch alle Buchhandlungen sowie durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteuren und Parteigenossen als **Material** zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig. **Expedition der „Neuen Welt".** Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen.

Inserate
kost. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jansicher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: V. Heß, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str. Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Eng, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 51. Freitag, 3. Mai. 1878.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands!

Parteigenossen!

Wie seit mehreren Jahren regelmäßig, so wird auch in diesem Jahre ein Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands zu **Gotha**, und zwar vom **15. bis 18. Juni**, stattfinden.

Die Erfahrungen, welche die Gesammtpartei im Laufe der letzten zwölf Monate gemacht hat, die Wünsche, Hoffnungen und Pläne, welche sich an den heutigen Stand der Partei knüpfen — sie alle zusammen müssen vor dem Forum der Gesammtpartei zur Erörterung gelangen, müssen geprüft werden, um zu ermitteln, in wie weit dieselben auf die Fortentwickelung der Partei im kommenden Jahre bestimmend einwirken sollen. Wir erwarten deshalb, daß Ihr den Congreß, der das erwähnte Forum ist, zahlreich beschickt, vor allem aber, daß Ihr über ihn in Eueren Versammlungen diskutirt, seine Tagesordnung einer eingehenden Besprechung unterzieht und die Ergebnisse Eurer Berathungen in Congreß-Anträgen zusammenfaßt.

Zutritt zu dem Congreß haben solche Parteigenossen, welche von einer Arbeiter- oder Volksversammlung zu Delegirten gewählt wurden.

Um die Vertretung nach einheitlichem System zu ermöglichen, wird bestimmt, daß nur die in einer und derselben Versammlung eines Ortes gewählten Delegirten auf dem Congreß Zutritt haben. Die Delegirten haben sich durch ein Mandat, welches von den Vorsitzenden und Schriftführern der Wahlversammlung unterzeichnet sein muß, zu legitimiren; außerdem ist es nöthig, daß der Vorsitzende der Wahlversammlung dem mitunterzeichneten C. Derossi, Hamburg, Holzdamm 42, von der Wahl und dem Namen des Delegirten brieflich Kenntniß giebt.

Die vorläufige Tagesordnung des Congresses lautet:

1) Bericht des sozialistischen Centralwahlcomités Deutschlands über die Parteiagitation in den letzten zwölf Monaten;
2) Bericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten über ihre Reichstagsthätigkeit;
3) Berathung über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staats- und Gemeindebetrieb;
4) die sozialistischen Organisationen und die Agitation;
5) die Parteipresse.

Anträge zum Congreß sind spätestens bis zum 3. Juni an Derossi zu senden, falls sie auf die definitive Tagesordnung des Congresses gesetzt werden sollen.

Der Congreß beginnt am Sonnabend, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, um seine Constituirung noch am selben Abend vorzunehmen. Das Congreßlokal wird nächstens bekannt gemacht. Die Versendung der Mandatsformulare erfolgt binnen 14 Tagen.

Hamburg, 30. April 1878.

Das sozialistische Centralwahlcomité Deutschlands.

E. W. Hartmann. H. Brasch. A. Geib. C. Derossi.

Nach Paris! Nach Paris! —

so erklang 1871 der deutsche Kriegsruf und man ruhte und rastete nicht, bis die deutschen Krieger in der stolzen Seinestadt ihren Einzug gehalten hatten. Nach Paris, nach Paris! so rufen einladend jetzt die Franzosen, doch verhüllt steht die deutsche Industrie, die deutsche Erwerbsthätigkeit trauernd da, weil man ihr verboten hat, der Einladung nachzukommen. Das Schwert herrscht im deutschen Reiche, nicht Meißel und Pflugschaar. —

Als Fürst Bismarck im deutschen Reichstage vom Bundesrathstische aus im Februar 1876 den Sozialdemokraten zurief, daß sie hauptsächlich die Schuld hätten an dem Niedergange der deutschen Industrie, da ahnte er wohl nicht, daß er, den Herr Valentin vor einer direkten Antwort im Reichstage schützte, schon bald eine thatsächliche Antwort durch die Weltausstellung von Philadelphia erhalten würde.

Mit Schärfe und Logik bewies jener große friedliche Wettkampf der Nationen, daß der Schwindel und die Unreellität der deutschen Unternehmer die deutsche Industrie an den Rand des Abgrunds gestürzt habe.

Die sozialdemokratische Presse hat seiner Zeit die Weltausstellung zu Philadelphia und die Erscheinungen, welche auf derselben zu Tage traten, eingehend besprochen; sie hat es nicht an scharfen Ausfällen gegen die Schädiger der deutschen Interessen fehlen lassen, sie hat energische Warnungen und Rathschläge ertheilt — doch ungehört verhallten dieselben.

Und als im Herbste desselben Jahres Frankreich seinen Willen kund that, dahin, daß im Jahre 1878 in Paris eine Weltausstellung stattfinden solle, da waren wir es besonders, welche diesen Vorschlag mit Freuden begrüßten, weil wir glaubten, es würde sich keine schönere Gelegenheit finden, um unsern „Erbfeind" zum wirklichen „Erbfreund" zu machen, als ein friedlicher Massenbesuch an den gastlichen Gestaden der Seine. Wir waren sogar vertrauensvoll genug, um Berlin als nächsten Ort für eine Weltausstellung vorzuschlagen.

Doch wir hatten die Rechnung ohne die wohlweise deutsche Reichsregierung gemacht, welche den „genialen" Beschluß faßte, die Weltausstellung zu Paris durch das „deutsche Reich" nicht zu beschicken.

Und welche Gründe gab man für diesen Beschluß an? Der Nationalhaß mußte herhalten, welcher es leicht in Paris zu unliebsamen Reibereien bringen könnte; gerade als ob man den liebenswürdigen Charakter und vor allen Dingen den Nationalstolz der Franzosen, die eine Verunglimpfung ihrer Gäste nimmermehr zugelassen haben würden, nicht gekannt hätte?! Dann auch meinte man, daß die deutsche Industrie sich erst wieder von der Niederlage zu Philadelphia erholen müsse, ehe sie einen neuen Kampf annehmen könne. Gerade als ob bei solchen Gelegenheiten der Verzicht auf den Kampf nicht noch schmählicher wäre, als eine Niederlage!? Der herrschende Militarismus aber hält es unter seiner Würde, an den friedlichen Großthaten der Nationen theilzunehmen — Weltausstellungen überläßt man deshalb den „Krämervölkern".

Doch geben wir den eigentlichen Grund an, welcher die deutsche Reichsregierung leitete, den unseligen Beschluß der Nichtbetheiligung zu fassen. Man sah, daß in Frankreich das wirthschaftliche Leben bedeutend blühender war, als in dem siegreichen, milliardenverfluchten Deutschland; die geplante Weltausstellung sollte dieses Leben noch mehr emporbringen. Dies gefiel dem Sieger auf dem Schlachtfelde nicht. Anstatt durch rastlose industrielle Thätigkeit, durch Herabminderung des Militarismus, durch freie Entwicklung des Volkslebens dem reicheren Frankreich gegenüber um die bessere Siegespalme zu ringen, glaubte die deutsche Reichsregierung, ihr Beschluß genüge, die Weltausstellung überhaupt unmöglich zu machen. Die orientalische Frage drohte; die Betheiligung der Türkei war in Frage gestellt; dem gegenwärtigen sauberen „Erbfreund" würde ein Wink genügen; Italien war unentschlossen, ebenso Schweden und Dänemark.

Man glaubte also einen Triumph zu feiern. Doch man traue den „Erbfreunden" nicht. Das industrielle Weltleben beherrschen außer Frankreich vorzugsweise England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Beide Staaten aber gaben sofort ihre Einwilligung zu erkennen, die Pariser Weltausstellung zu beschicken. Damit war die Sache entschieden.

Das mußte die deutsche Reichsregierung wissen. Hier half kein Eigensinn. Italien, Schweden, Dänemark gaben auch binnen kurzer Zeit zustimmende Erklärungen ab. Spanien, Portugal, Holland und Belgien waren schon vorangegangen, und selbst unser „Erbfreund" reichte grinsend unserem „Erbfeind" die schmutzige, jetzt von Blut besudelte „Bruderhand". Alle außereuropäischen Völker rüsteten sich gleichfalls, das große internationale Friedensfest zu besuchen.

Nur die Türkei ist behindert worden, nur das „deutsche Reich" hat sich selbst behindert. Der tödtlich Besiegte und der glanzvolle Sieger sie befinden sich in derselben Lage. Beneidenswerthes Deutschland! —

Und wie stürmisch wieherten die nationalliberalen und conservativen Zeitungen dem Beschlusse der Reichsregierung ihre Zustimmung zu; wie priesen sie diesen Beschluß als weise und vom nationalen Geiste getragen! Auch sie glaubten, das verhaßte Frankreich noch weiter zu demüthigen dadurch, daß die Weltausstellung überhaupt nach solchem Beschlusse ins Wasser fallen würde. Fast allein war es die sozialdemokratische Presse, welche weiter blickte — sie sah in dem Beschlusse der deutschen Reichsregierung einen industriellen Selbstmord, einen Mord begangen an dem Wiederaufblühen unseres Wohlstandes, einen Mord an der Entwicklung unserer Cultur.

Mit Hohn behandelte man uns damals, die Regierung und ihr Preßanhang waren sich ihres Erfolges sicher; man spottete, so wie über uns, über die Warner, so auch über die verfehlte Weltausstellung selbst.

Je näher aber der Eröffnungstag, der 1. Mai 1878, heranrückte, desto länger wurden die Gesichter der leitenden und durch den Erfolg geleiteten Persönlichkeiten in Deutschland. Ein Bedauern über den unseligen Beschluß der deutschen Reichsregierung geht jetzt selbst durch diejenigen Zeitungen, welche damals den eben gefaßten Beschluß für das non plus ultra genialer Staatsweisheit priesen.

Aus der „verfehlten" Weltausstellung entpuppt sich nämlich das glanzvollste, großartigste Völker-Rendezvous, welches die Welt jemals gesehen hat. Und zum Aerger unserer deutschen Staatsweisen gestaltet sich auch die Betheiligung der offiziellen Vertreter der Nationen zu einer außerordentlich glänzenden. Der Kronprinz des mächtigsten Reichs der Welt, der königliche und kaiserliche Prinz von Großbritannien und Indien, der in Zukunft über ein Reich herrschen wird, in welchem die Sonne nie untergeht, dann sechs Könige und ein Dutzend königliche und kaiserliche Prinzen, ein ganzes Schock Fürsten und Herzoge, eine große Anzahl außerordentlicher Staatsbevollmächtigter, sie erscheinen in dem geschmückten Paris, in der „leuchtenden Hauptstadt der Welt" — und nur die deutsche Reichsvertretung bleibt im Schmollwinkel sitzen, nicht genannt in dem hundertköpfigen Sprachengewirr, bald schon vergessen, gleichwie die deutsche Industrie, das Aschenbrödel unseres Vaterlandes, während die wohlgeputzte Diplomatie und der rohe, aufgeblasene Militarismus ihre Orgien feiern dürfen.

Daß in letzter Stunde noch die „deutsche Kunst" nach Paris geschickt worden ist, das macht die Sache noch schlimmer, da das Arrangement immerhin in rasender Eile geschehen mußte, und deshalb der erwünschte Erfolg nicht erzielt werden kann.

Jetzt möchten die liberalen Zeitungen alle Schuld auf die Reichsregierung schieben, jetzt reden sie, wie zum Beispiel der „Hannoversche Courier", von einer „vorübergehenden Verstimmung", von der damals die Reichsregierung befallen gewesen sei; jetzt sagen sie, daß ein solcher Entschluß nur möglich gewesen sei, weil sich damals, wie bei manchen anderen Gelegenheiten, eine bedauerliche Unselbstständigkeit der öffentlichen Meinung geltend gemacht habe. — Rührende Selbsterkenntniß! Wer hat denn diese Unselbstständigkeit großgezogen? Hauptsächlich die liberale Presse, welche immerwährend in allen Tonarten sang: „Was Bismarck thut, ist wohlgethan!" Und wenn darüber die Welt zu Grunde zu gehen drohte, die liberale Presse hätte bauchrutschend in eitler Selbstverblendung weiter gesungen.

Nun beklagt, da der Erfolg auf der andern Seite eklatant und weithin sichtbar ist, diese selbe Presse aber den bismarckischen Entschluß, die Pariser Weltausstellung nicht zu beschicken, daß es nicht wohlgethan sei, und macht die deutschen, von ihr zur Unselbstständigkeit erzogenen Philister für diese Unselbstständigkeit verantwortlich! —

Wir wollen ob solchen jämmerlichen Schauspiels nicht triumphiren und höhnen — unser tiefstes Bedauern über den Schlag, der der deutschen Industrie und den deutschen Arbeitern versetzt wird, sprechen wir aus — es übersteigt alle anderen Empfindungen.

Und nur den einen Trost haben wir: Deutsche Arbeiter reisen nach Paris, sie werden empfangen von französischen Arbeitern. Sie werden sich erzählen von dem Bruderband, welches die Völker der Erde umschlingen muß, wenn das Glück und der Friede einziehen soll bei den Menschen; sie werden sich erzählen, wie die Arbeiter hüben und drüben des Rheins an diesem Bruderband mit Emsigkeit weben und schon ein großes Stück fertig gebracht haben. Sie werden sich scheidend die Hände reichen und Treue geloben, sie werden versprechen, die Idee der Völkerverbrüderung, die Idee der Menschenliebe, des Friedens und der Freiheit und Gleichheit hinzutragen in alle Kreise und Schichten der Bevölkerung.

Trotz Reaktion und Nationalhaß, den man künstlich zu Nutz und Frommen der herrschenden Klassen schürt, wird also aufgepflanzt die rothe Fahne der Brüderlichkeit.

Herrn von Bismarck aber sind wir trotz seines scharfen Angriffs auf uns im Februar 1876 dankbar dafür, daß er nachträglich der Frage: „Wer hat Schuld an dem Niedergang der deutschen Industrie?" eine so deutliche Illustration gegeben hat.

Zum Vorschlag der Gründung einer Partei-Bibliothek.

H. L. Der in der Ueberschrift genannte Vorschlag in Nr. 21 des „Vorwärts" a. c., der an sich schon die allseitigste Beachtung und möglichst rasche Durchführung verdient, giebt mir die Anregung, über eine demselben eng verwandte Sache, die mir schon lang im Sinne liegt, hier einige unmaßgebliche Worte zu sprechen.

Jener so überaus vernünftige Vorschlag hat nämlich meines Erachtens nur den einen Fehler, daß er viel zu bescheiden auftritt und lange nicht weit genug geht. Ich meine, es müßte, unbeschadet einer großen Centralbibliothek, an jedem Orte, wo die Partei zahlreich genug ist, eine solche Bibliothek zur allgemeinen Benutzung angelegt werden.

Ich habe den gänzlichen Mangel derartiger Einrichtungen an den meisten Orten schon lange sehr bedauert. Erst vor Kurzem erfuhr ich zu meiner Ueberraschung, daß selbst in Berlin mit seinen Myriaden Sozialisten noch nichts derartiges existirt.

Auch dort, wo, meist in Verbindung mit Arbeiterbildungsvereinen, solche Bibliotheken bereits bestehen, wird ihnen viel zu wenig Bedeutung beigelegt, sind sie auf viel zu kleinem Maßstab eingerichtet, sind sie viel zu schwer zugänglich, ist der Kreis derer, die sie benutzen, viel zu klein.

Die große Nützlichkeit derartiger Institute aber liegt auf der Hand. Heute ist Jeder, der sich über unsere Prinzipien gründlicher unterrichten will, ausschließlich darauf angewiesen, sich die gesammte einschlägige Literatur anzuschaffen. Wie viele können das aber? Die dicken Portemonnaie's sind nun einmal etwas spärlich unter uns. Die Folge ist: Es bleibt zum großen Theil bei oberflächlichen, mehr auf Hörensagen als auf eigenem Studium gegründeten Kenntnissen des Sozialismus.

Und doch ist möglichst gründliches Bekanntwerden des Volkes mit allen politischen und sozialen Wissenschaften, d. h. möglichst hohe politische Bildung des Volkes die unerläßlichste Vorbedingung unserer Erfolge. Was uns vor Allem, Allem noththut, ist Wissen, Wissen, Wissen!

Jenem oben erwähnten Mangel wäre mit der Errichtung möglichst reichhaltiger Parteibibliotheken abgeholfen. Mit diesen Bibliotheken müßten Lesezimmer verbunden sein, in welchen nicht nur alle Parteiblätter und -Zeitschriften, sondern auch die hauptsächlichsten Organe der andern Parteien auflägen.

Es ist von großem Werth, daß wir, die Masse der Partei, nicht ewig blos die Parteiblätter zu Gesicht bekommen, sondern auch andere Stimmen hören, damit wir so statt zu bloßem Nachbeten immer mehr zu selbstständigem politischen Urtheil befähigt werden. Nur so können wir uns allmählig zu wahren Bürgern eines freien Volksstaats heranbilden. So lange wir nicht selbst denken, selbst urtheilen lernen, bleiben wir doch nur die große Schafheerde, welche Farbe immer auch die Leithämmel haben mögen, denen wir folgen.

Würden an diese Lesezimmer, wie das ja so nahe liegt, Restaurationen angereiht, so könnte allein schon aus der Pacht, die ein Unternehmer für solch ein gewiß gut frequentirtes Lokal zahlen würde, die Anschaffung der Bücher ꝛc. bestritten werden, so daß die Bibliotheken uns gar nichts kosten würden, sondern nur aus dem Profit hergestellt werden könnten, den wir heute den verschiedenen „Kneipiers" zutragen.

Dabei könnten, besonders wenn sich die Sache erst eingebürgert, die Clublokalitäten gewiß bedeutend schöner und eleganter, Essen und Trinken daselbst viel besser und wohlfeiler sein, als dies in den gewöhnlichen Kneipen, in denen wir uns heute herumdrücken, der Fall ist.

All diese Vortheile entsprängen der Macht der Assoziation. Was jeder Einzelne für sich nicht kann, das können alle vereinigt. Es ist doch seltsam, daß wir, die wir das große Prinzip der Assoziation zur Weltherrschaft führen wollen, es selbst noch so wenig angewandt haben. Fangen wir mit dem So-

zialismus doch bei uns selber an! Und jene Institute wären ein Stück echtesten Sozialismus.

Die große geistige Anregung und gewissermaßen praktische Bildung und Erziehung, den der fleißige persönliche Verkehr der Parteigenossen an solchen Sammelpunkten mit sich brächte, braucht nur angedeutet zu werden. Ebenso wie sich Unterrichtsstunden aller Art in diesen Vereinsräumen abhalten ließen.

Auch wie dem „Lokalmangel" für Versammlungen, Vereinsfeste ꝛc., an welchem jetzt so viele Orte in Folge des Polizeifiebers der Wirthe leiden, durch die Schaffung solcher eigenen Parteilokale gründlichst abgeholfen würde, liegt auf der Hand.

Ich zweifle nicht, daß sich die letztern eines fleißigen, stetig wachsenden Zuspruchs der Genossen erfreuen würden. Ich kenne z. B. gleich Einen, der, wenn in dem Städtchen, wo er lebt, ein solches Institut errichtet würde, sofort Stammgast des Lesezimmers werden, auch sich verpflichten wollte, behufs Erzielung einer möglichst hohen Pacht, recht viel Bier zu trinken. Er würde sich sagen: du trinkst ja nur für das Wohl der Menschheit!

Man wird einwenden, die Sache sei viel zu vernünftig und anständig, als daß die Chikanen von der gewissen Seite ausbleiben könnten. Nun, um so besser. Die neuen Institute würden damit ihren Zweck nur um so ausgiebiger erfüllen: Zur Verbreitung unserer Prinzipien beizutragen.

Ich schließe. Von heute auf morgen kann so etwas ja nicht durchgeführt werden. Aber ich meine, daß allerorts mit Ernst und Eifer an die Sache herangetreten werden sollte. Dieselbe kann meines Erachtens in ihrem Werth gar nicht überschätzt werden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Noch immer ist der Faden der Diplomatie nicht abgerissen; das heißt, eigentliche Unterhandlungen finden nicht mehr statt, nachdem der „ehrliche Makler" mit seinem Projekt der beiderseitiger Zurückziehung der Streitkräfte so klägliches Fiasko gemacht — aber der Form nach wird von den Herren Diplomaten noch immer hin- und hergeschrieben. England besteht auf seiner, vor vier Wochen scharf und deutlich formulirten Forderung der Vorlage des ganzen Vertrags von S. Stefano und rüstet mit Macht, um, falls Rußland nicht vollständig nachgiebt, zu geeigneter Zeit und an den geeigneten Punkten mit Wucht losschlagen zu können. Entweder vollständiges Nachgeben Rußlands oder Krieg — das ist und bleibt das Dilemma. Daß eine so furchtbar gespannte Situation nicht lange andauern kann, liegt auf der Hand. Rußland verliert bei einem solchen Frieden so viel Menschen und Geld wie im Krieg, während England, das allerdings besser zuwarten kann, ein Lebensinteresse daran hat, die Entscheidung zu treffen, ehe der Türken-Aufstand südlich des Balkan gedämpft und die türkischen Festungen in Europa und Asien den Russen überliefert sind.

Die Nachricht, daß General Todtleben zum Oberbefehlshaber der russischen Balkan-Armee ernannt worden — an Stelle des jammervollen Pfuschers Großfürst Nikolaus — scheint auf kriegerische Entschlüsse zu deuten. Indeß, die Chancen Rußlands sind England gegenüber so ungünstig, daß wir, ehe die Kanonen im Ernst zu donnern begonnen haben, an der Möglichkeit festhalten, das siegreiche Rußland werde doch noch unter dem Caudinischen Joch der englischen Bedingungen hindurchmarschiren. — Inzwischen ist der muselmännische Aufstand in rapidem Wachsen begriffen. Nach den letzten Berichten ist es den Insurgenten sogar gelungen, ein russisches Lager bei Philippopel zu überrumpeln und den Russen 4 Kanonen und 1000 Gefangene abzunehmen. Man sieht beiläufig an der Kraft, welche das türkische Element hier entwickelt, über welche Hülfsquellen die Pforte verfügt — befreundete Hilfsquellen, von denen Gebrauch zu machen die europäische Diplomatie ihr nicht erlaubte.

— Wie in allen Zeiten der politisch-sozialen Zersetzung und Fäulniß macht jetzt das Denunziantenthum sich überall breit; das Gefühl der Ehre und Scham geht verloren und Menschen, die unter normalen Verhältnissen vor einem Angeber ausspucken würden, treiben selber das schmutzige Handwerk. Die Zahl der Privatdenunziationen wächst in erschreckender Weise; kein Tag vergeht, an dem uns nicht ein derartiger Fall genannt würde. Einen recht häßlichen finden wir in den Berliner Blättern vom vorigen Sonntage. Wir lesen da: „Eine im halben Rausche gethane Aeußerung brachte dem Kaufmann T. gestern vor der siebenten Deputation des Kriminalgerichts eine empfindliche Strafe ein. T. saß mit mehreren Bekannten am 19. Juli v. J. im Rathskeller und nach reichlicher Libation äußerte er im Laufe des Gesprächs mit lauter Stimme, er habe auch schon öfter Einladungen vom Hofmarschallamt erhalten, denselben aber nie Folge gegeben, weil er es nicht für eine besondere Ehre halte, mit einem Potentaten an einem Tische zu speisen. Ein am Nebentische sitzender Herr erklärte sofort, wegen dieser Bemerkung den Strafantrag stellen zu wollen, und auf seine Anzeige war T. gestern unter der Anklage der Majestätsbeleidigung vorgeladen. Die bestimmten Aussagen zweier Zeugen brachten den Angeklagten dermaßen in Aufregung, daß er dem Denunzianten nach der Vertheidigung zurief, er sei ein Meineidiger und ein Lügner, was ihm einen neuen Prozeß einbringen wird. Das Urtheil des Gerichtshofs gegen T. lautete auf zwei Monate Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung." Warum nannten die Blätter nicht den Namen des dunkeln Ehrenmannes, damit man, bei etwaigem Zusammentreffen mit ihm, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln treffen kann.

— Das Angebot von Unteroffizieren wächst in Deutschland täglich, weil die Arbeitsnoth sich noch im Steigen befindet. Ein trauriges Zeichen, welches den Nothstand recht scharf darstellt. Die produktive Arbeit giebt ihre besten Kräfte an die unproduktive Arbeit ab, da das Soldatenhandwerk gegenwärtig lohnender ist, als diejenige Arbeit, welche der Menschheit Nahrung, Kleidung und Genuß schafft.

— Der nationalliberale würtembergische Reichstagsabgeordnete Wirth ist vor einigen Tagen wegen falscher Beurkundung zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Entgegen unserer früheren Mittheilung, daß die Diätenlosigkeit den Mann zu solcher Handlung getrieben, wird mitgetheilt, daß Herr Wirth sich in sehr guten pekuniären Verhältnissen befinde. Desto schlimmer!

— Der Strike in Lancashire dehnt sich immer mehr aus; die Zahl der Ausstehenden übersteigt jetzt 50,000. In vielen Fabriken wird entweder noch unterhandelt, oder sind die Kündigungsfristen noch nicht abgelaufen. Wenn der Strike in dem ganzen Bezirk, über welchen er sich erstreckt, allgemein wird, was zu erwarten, dann sind 120,000 Arbeiter mit ihren Familien — zusammen wenigstens 300,000 Menschen — erwerbslos. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, den „Streit" von einem Schiedsgericht entscheiden zu lassen, die Fabrikanten haben jedoch das Anerbieten, das ihnen nicht in den Kram paßt, abgelehnt. Der Strike ist, wie wir früher schon ausgeführt, für sie ein Geschäft; was liegt ihnen daran, daß Hunderttausende von Menschen dadurch in's Elend gerathen? Die hungernden Arbeiter mögen sich trösten mit der „Harmonie der Interessen". Ob sie von derselben satt werden?

— Der furchtbaren Hungersnoth in Nordchina gegenüber sind alle Mittel unzureichend und es ist eine nach Millionen zählende Bevölkerung rettungslos dem Untergange geweiht. „An diesem Nationalunglück, bemerkt nicht etwa ein sozialistisches Blatt, sondern die „Zürch. Freitagsztg.", ist blos das Umhauen der Wälder schuld, wodurch gänzlicher Wassermangel erzeugt wurde." Die Wälder sind nur des „Geschäfts" wegen umgehauen worden. — Die sozialistische Forderung, daß Grund und Boden, besonders auch die Wälder Gemeineigenthum werden sollen, damit nicht durch den Privateigennutz das Volk zu Grunde gehe, findet durch solche Vorkommnisse eine beredte, wenn auch traurige Unterstützung.

— Im Gefängniß gestorben. Die „fortschrittliche Berliner Correspondenz" schreibt über den Tod unseres Genossen Dentler: „In ihrer unerschöpflichen Fürsorge für das Wohl aller Klassen der Bevölkerung ist die preußische Staatsregierung eifrig darauf bedacht, auch den Sozialdemokraten immer neues, wirksames Agitationsmaterial an die Hand zu geben. Da werden Versammlungen aufgelöst, weil dem überwachenden Commissar das Arrangement der Tische und Stühle nicht gefällt, da sieht man Alles, was man unter keinen besonderen Strafgesetzparagraphen bringen kann, als einen „groben Unfug" an, und so sind die Behörden unermüdlich und unerschöpflich im Erfinden von kleinen Hilfsmittelchen zur Hebung und Stärkung der sozialdemokratischen Propaganda. Aber mit den kleinen Mittelchen allein ist es nichts gethan. Von Zeit zu Zeit sind kräftigere Mittel nöthig, und auch für diese wird gesorgt. Ein Redakteur der sozialdemokratischen „Berliner Freien Presse" ist, wie wir bereits gemeldet haben, am Mittwoch Abend als Untersuchungsgefangener in der Charité zu Berlin gestorben. Es war ein Mann in der Blüthe seiner Jahre, ein Jüngling fast, es war der fünfundzwanzigjährige Paul Dentler. Zu einundzwanzig Monaten Gefängniß war er verurtheilt, das Urtheil war noch nicht rechtskräftig geworden, denn noch steht die Entscheidung der Appellations-Instanz aus, aber Dentler wurde in „Untersuchungshaft" oder eigentlich in Präventivhaft gehalten. Es half ihm nichts, daß er unter Berufung auf seine Krankheit seine vorläufige Entlassung verlangte, es durfte nicht die leiseste Möglichkeit gestattet werden, daß der Sünder der Strafe für sein Verbrechen entgehe, welches hieß: Majestätsbeleidigung. Freilich entzog er sich tückisch durch den Tod der wohlverdienten Bestrafung, aber dagegen ist leider noch kein Strafgesetzparagraph gewachsen; man müßte das Verbrechen höchstens unter die weiten Fittiche des § 360 nehmen und als groben Unfug mit 15 Mk. Strafe belegen. Durch das Land aber werden die sozialdemokratischen Antonius-Reden noch lange donnern und der todte Dentler wird für die Sozialdemokratie weit mehr Anhänger werben, als es der lebende jemals gekonnt hätte. Vergebens werden liberale Blätter daran erinnern, daß die Krankenbehandlung in der Charité eine sorgfältige ist, eine bessere vielleicht, als sie Redacteure eines sozialdemokratischen Blattes, die doch gegen eine ärmliche Entschädigung der Partei ihre Kraft widmen, sich zu verschaffen vermögen, daß Dentler den Keim der Krankheit ins Gefängniß mitgebracht, daß sein Uebel auch sonst vielleicht unheilbar war. Das mag Alles richtig sein. An der Thatsache aber, daß ein Mann im jugendlichen Alter von fünfundzwanzig Jahren gestorben ist als „Untersuchungsgefangener" in der Präventivhaft für ein „politisches Vergehen", an dieser Thatsache ist nichts zu ändern, und sie ist erfüllt von einer so unwiderstehlichen, so ergreifenden Stimmung, daß mit allen Commentaren nicht leicht dagegen anzukämpfen ist. Fruchtbarer als der glänzendste Wahlsieg ist für die Sozialdemokratie der Tod Dentler's, und sie wird es unseren Richtern nach Jahren noch danken, daß sie ihm verholfen haben, zu sterben im Gefängniß!"

Wir freuen uns über diese Notiz der fortschrittlichen Presse, die ja im Allgemeinen recht verständig ist, aus welcher aber der Neid unverholen hervorblickt.

Letztes Wort

an Herrn Pfarrer Hager über die Motive des Sozialismus. Von F. R.*)

Es ist nicht gerade leicht, einem Einwurf ernsthaft entgegenzutreten, wenn die Natur des uns Eingeworfenen zeigt, daß der Gegner sich mit allem Möglichen befaßt hat, nur nicht mit einer Widerlegung unserer Aufstellungen. Und doch muß man dies zuweilen versuchen, um beim schwachen Gegner nicht den gerade von ihm leicht gehegten Verdacht aufkommen zu lassen, man unterlasse eine Widerlegung nur deshalb, weil man nicht entgegnen könne, und um ihm nicht die Möglichkeit zu lassen, mit diesem Verdacht bei Anderen gegen uns Kapital zu schlagen.

Will man Antworten auf seine Fragen haben, Herr Pfarrer, so ist doch vor allem nöthig, sich zu fragen, ob denn diese Fragen vernünftig sind, ob sie von richtigen Gesichtspunkten ausgehen und überhaupt die Möglichkeit einer Antwort zulassen, ob sie richtig angeordnet sind, so daß die eine natürlich aus der vorhergegangenen folgt. Jeder Angriff ist aber eine Frage an den Gegner, auf die derselbe entweder durch Zurücknahme oder durch Abwehr antworten soll. Der Angriff in Ihren Thesen beschuldigte uns, wie ich ihn auffassen mußte, wir stellten unsere Forderungen unter Berufung auf eine utopische Gleichheit der Menschen, wir bauten auf intellektuellen und sittlichen Irrthümern der Masse unsere Erfolge auf ꝛc.

Ich suchte Ihnen zu zeigen, daß wir nich von dem Begriff der Gleichheit, sondern dem der Rechtsgleichheit ausgehen; und daß von der Anwendung dieses Begriffs auf die faktischen Ver-

*) Mit Veröffentlichung dieses „letzten Wortes" erklären wir die Diskussion für geschlossen. R. d. „V."

Wochenschau.

Von Dr. Max Trausil.

Die beiden Prinzipale des europäischen Theaters, die Herren Bismarck und Gortschakoff, sind erkrankt. Schicksal, nicht Weisheit ist das Thun der Sterblichen, sagt Plutarch, und so geht denn auch die Weltuhr ohne die „Weisheit" dieser beiden Sterblichen ruhig weiter. Vor einigen Tagen telegraphirte der russische Botschafter Schuwalow von London nach Petersburg: „La guerre probable, la paix possible" (Der Krieg wahrscheinlich, der Friede möglich). Dieses haarspaltende Orakel ist die Signatur der Woche. Die englischen Waffenfabriken arbeiten sogar am Sonntag (bisher unerhört im frommen Albion), und Rußlands Schwierigkeiten mehren sich. Zum stillen Leisetreter am Krankenpfühl, dem Typhus, gesellt sich die Insurrektion in Rumelien. Die neue Landesadministration nach Tscherkasky's Schablone drückt den Moslems und Pomaks (zum Islam bekehrte Bulgaren) die Flinte in die Hand, und so haben sie sich, durch drei versprengte Bataillone Suleiman Pascha's auf 25,000 Mann angewachsen, am Fuße des Rhodope-Gebirges 30,000 Russen gestellt, eine sehr fatale Diversion im Rücken der Russen. Die Türken befestigen die Linie Bujukdere-Tschortu sowie Gallipoli trotz der Einsprache der Russen, und nach den Proviant-Rationen, die täglich von Konstantinopel abgehen, aber wahrscheinlich von England beschafft werden, zu urtheilen, verfügen sie über 135,000 Mann. Wenn sie, auf die englische Flotte gestützt, losschlagen, ist der Rückzug der Russen auf Adrianopel unvermeidlich. Vergebens bemüht sich der deutsche Vermittler, einen Schlagbaum zwischen den Eisbären und den Walfisch einzuschieben. England will den Krieg, denn ganze Regimenter indischer Spahis melden sich zur freiwilligen Mitwirkung am Kriege, und Rußlands Flotte ist zu unbedeutend, um den Suezkanal zu sperren, namentlich wenn Frankreich nichts dagegen hat. Und daheim im „heiligen" Rußland frißt die nihilistische Flamme trotz der neu errichteten Gerichtshöfe für „politische Verbrechen" oder vielleicht eben deshalb, lustig weiter fort. Das geknutete Czarenreich liefert den klarsten Beweis, daß kein Staat trotz Zollschranken und Sibirien sich absperren kann gegen die Ideen, welche seit 1789 die Welt bewegen. Gute Gedanken sind eben, wenn nun einmal geboren, dann auch unsterblich. Die russische Niedertracht glaubte ungestraft den Grundsatz „Macht geht vor Recht" als oberste Staatsreligion in die Gemüther einprägen zu dürfen und hat sich selbst den Rächer erzogen. Wjera Sassulitsch ist zwar wieder hinter Schloß und Riegel gebracht worden, angeblich um wegen eines Formfehlers vor eine andere Jury gestellt zu werden und der Peitschengeneral Trepow ist nach einem rührenden Abschied vom Czar nach Odessa abgereist, aber — Exempla trahunt. Eine blutigere Satyre ist den Russenfreunden diesseits der Weichsel noch niemals in ihr elastisches Gewissen gravirt worden. Der Nihilismus dürfte nicht bei den zahmen Reformen des schwindsüchtigen Liberalismus stehen bleiben, deshalb rüstet sich auch schon „Väterchen" zur Abreise ins Ausland — für die Dauer des Sommers? Während er sich zu Concessionen an England zu entschließen scheint, läßt er seine Schnapshelden auf Bukarest los und stellt seinem Freund und Bundesgenossen Carlchen das Ultimatum: „Entweder Schutz- und Trutzbündniß oder Entwaffnung der rumänischen Armee", denn die Verfassung der Donaufürstenthümer reizt ihn zur Wuth wie einen Stier ein rother Lappen. Daß man die russische „Ehrlichkeit" in Bukarest zu würdigen weiß, geht daraus hervor, daß der Credit foncier seine Kassenbestände von Bukarest nach Krajowa überführt und die Ministerialarchive über die österreichische Grenze in Sicherheit gebracht werden.

Soeben bringt die Wiener „Neue freie Presse" ein „authentisches" Telegramm von London folgenden überraschenden Inhalts: „Graf Münster machte Namens des deutschen Reichskanzlers den Vorschlag eines förmlichen Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Deutschland und England zur dauernden Sicherung des Weltfriedens. England verhielt sich dem Bismarck'schen Vorschlag gegenüber ziemlich ablehnend. Marquis of Salisbury setzte dem Grafen Münster auseinander, daß schon die Rücksicht auf Frankreich der englischen Regierung die größte Vorsicht zur Pflicht mache. Frankreich stimme gegenwärtig vollständig der Politik Englands bei, und ein englisch-deutsches Bündniß könnte nur das größte Mißtrauen Frankreichs erwecken." Wenn diese „authentische" Nachricht nicht eine Ente ist, die im Geflügelhof an der schönen blauen Donau ausgebrütet wurde, dann sind wir auf die Gliederverrenkungen der Berliner Dementis neugierig. John Bull lacht sich ins Fäustchen und schreit höhnisch über den Kanal herüber: „Abgeblitzt, ehrlicher Makler!" So weit haben es die „Mächte" gebracht, daß sie sich rathen, aber nicht helfen dürfen.

Wann findet die alte Jungfer Europa einen Arzt, der es versteht, „ihr ewig Weh und Ach aus einem Punkte zu curiren?"

Handel und Wandel ist durch die Unsicherheit der politischen Lage gelähmt, und das Volk seufzt unter dem Joch des bewaffneten Friedens.

Schlimme Krankheit.

Demokratisch ist das Schicksal,
Denn es packt Gewalt'ge, Große;
Gortschakoff liegt schwer im Fieber,
Bismarck leidet an der „Rose".

Und Andrassy, der Berühmte,
Wird vom Schwindel oft befallen,
Disraeli, gleichfalls leidend,
Ist der Stärkste noch von Allen.

Seltsam — diese kranken Männer
Wollen heilen die Nationen,
Woll'n zur Ader ihnen lassen,
Mit Granaten und Kanonen!

Wollen die Gesunden opfern
Auf des Schlachtfelds blut'gem Plane —
Solche Kranke sind befallen
Von dem Kriegs-Entzündungs-Wahne.

Dieser Wahn, die schlimmste Krankheit,
Er befiel die Diplomaten
Neuerdings und ach, die Völker
Sind darum sehr schlimm berathen.

Doch sie mögen sich ermannen, —
Eh' sie selbst in Lazarethen
Liegen, mögen sie die Kranken
Sorgsam lieber dahin betten.

Mögen sie mit Suppen nähren,
Und gar strenge stets bewachen,
Daß es ihnen nicht gelinge,
Weltenbrände zu entfachen.

— Ein saubrer Patron. Dem bankrotten Harmoniedoktor Hirsch konnte es selbstverständlich nicht angenehm sein, daß ihm nebst seinen fortschrittlichen Collegen im Reichstag der Cadaver seines famosen Zwillingsbruders Franz Duncker unter die Nase gehalten wurde. Selbstverständlich schimpft Max in seinem „Gewerkverein" nach Herzenslust über Liebknecht, der ihm diese Unannehmlichkeit bereitet. Und

hältnisse des heutigen Lebens einerseits, auf die Grundlagen des Sozialismus andererseits, die ganze Frage nach unserm Recht oder Unrecht abhängt. Die Idee der Rechtsgleichheit der Menschen ist bei der Mehrzahl der Menschen in Fleisch und Blut übergegangen. Sie selber, unser Gegner, erkennen sie mit Emphase an. Hierin stehen wir also auf gleichem Boden.

Halten wir diese Forderung der Rechtsgleichheit miteinander fest, so haben wir zunächst zu fragen: Ist diese Forderung denn auch thatsächlich erfüllt? Auch hier erkennen Sie mit uns thatsächlich an, daß dies nicht der Fall ist. Die Forderung ist ja aber ein Ideal, das sich nie ganz erfüllen lassen mag? Ich will einen solchen Einwand gelten lassen. Aber ich muß, Herr Pfarrer, ich muß, wenn es mir mit jener Forderung ernst ist doch fragen: Ist wenigstens der Boden, die Vorbedingung vorhanden, die Verwirklichung der Forderung prinzipiell möglich zu machen? Diese Frage müssen Sie sich stellen, wie ich, und von der Beantwortung derselben hängt alles ab.

Antworten Sie: „Ja"! so zeigen Sie, daß die jetzige Gesellschaftsordnung prinzipiell auf Gerechtigkeit ruht, und daß nur Bosheit und Schlechtigkeit von Einzelnen die Mangelhaftigkeit von Einzeleinrichtungen ihrer vollkommenen Wirksamkeit hindernd im Wege steht. — Dann reichen wir uns die Hand zur Reform.

Wenn Sie aber „Nein"! antworten, dann ist eine neue, Gerechtigkeit wenigstens ermöglichende Gesellschaftsorganisation nothwendig, oder wir müssen jenes von uns aufgestellte Prinzip der Rechtsgleichheit und damit der Gerechtigkeit aufgeben.

Um diese einfachen Consequenzen dürften Sie nicht herumkommen. Ein Nichtbeachten derselben würde aber naturgemäß auf einen Boden führen, auf dem Sie wie ich behaupten und widerlegen könnten, was wir wollten, ohne daß wir unserm Ziel um einen Schritt näher kämen. Sind Sie aber, wie ich, von der Nothwendigkeit überzeugt, daß wir in unserm Denken nicht von willkürlichen, sondern von thatsächlichen, in der Natur der Sache liegenden Grundlagen auszugehen haben; halten Sie wie ich nur ein solches Denken für recht und ehrlich — so, Herr Pfarrer, gehen Sie noch einmal auf diese Grundlagen ein, wenn dieselben gleich „nicht neu" sind.

Sie wissen, daß die Forderung der Rechtsgleichheit eine nicht mehr zu zerstörende Grundlage unseres öffentlichen Bewußtseins bildet. Die vergangene Periode und die Mehrzahl der heutigen Gesellschaft aber glaubt, daß durch die formale Gleichstellung vor dem Gesetz dieser Gedanke der Rechtsgleichheit prinzipiell verwirklicht sei. Ist er das, Herr Pfarrer, dann haben Sie Recht, dann befinden wir uns in einem „intellektuellen Irrthum", um auf Ihre Terminologie einzugehen, und damit werden sich nothwendig auch moralische Irrthümer vereinigen. Wollen Sie uns also diese nachweisen, so müssen Sie vor allen Dingen die prinzipielle Verwirklichung jener Rechtsidee in unserer heutigen Gesellschaft beweisen.

Dazu haben Sie aber nicht einmal einen Versuch gemacht.

Wir aber glauben, und das bildet somit den logischen Ausgangspunkt für unsere Bestrebungen, daß diese Rechtsidee weder thatsächlich noch prinzipiell verwirklicht ist, ja daß nicht einmal die blasse Möglichkeit vorliegt, sie ohne eine fundamentale Aenderung unserer Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Dies zu zeigen, führte ich einige prägnante schablonenhafte Beispiele an, an denen sich die prinzipielle Ungerechtigkeit unserer Gesellschaftsordnung in einfachen Grundzügen klarlegt. Ich füge denselben noch ein neues hinzu, welches Ihnen dasselbe Prinzip der Rechtlosigkeit des Nichtbesitzenden gegenüber dem Besitzenden von einer andern Seite zeigt.

Denken Sie sich zur Veranschaulichung nur eine kleine Zahl von Menschen, etwa 10,000, unter denen das Prinzip des Privateigenthums und der freien Concurrenz bei formeller Freiheit und Rechtsgleichheit Aller gilt. Das sämmtliche Eigenthum an Grund und Boden, wie an Produktionsmitteln sei in der Hand von 1000 Personen, die übrigen 9000 können aber begreiflicher Weise nichts produziren, also nicht leben ohne Produktionsmittel. Andererseits ist es aber ganz in das Belieben der Besitzenden gestellt, ob sie Jenen die Benutzung der Produktionsmittel gestatten wollen. Wollen sie nicht, so bleibt den 9000 oder einem Theile derselben nichts übrig als: Betteln, Stehlen, Verhungern. — Sollte das nicht höchst klar sein? Sollte bei einer solchen Einrichtung von Gerechtigkeit prinzipiell auch nur die Rede sein können? Gerechtigkeit ist hier zum Ausnahmsfall geworden, sie hängt vom guten Willen des Einzelnen ab, kann aber durchaus nicht von ihm erfordert werden. Nun nehmen Sie statt 10,000 Menschen Millionen an — wird, kann sich etwas am prinzipiellen Verhältniß ändern? Versuchen Sie doch, diese einfachen Schlußfolgerungen zu entkräften.

Sind sie aber, wie wir glauben, vollkommen unwiderleglich, ebenso unwiderleglich wie: zweimal zwei ist vier, so haben Sie die Wahl: Entweder Sie widerrufen Ihre Behauptung, daß Gerechtigkeit Ihr Prinzip sei, dann kämpfen wir mit offenem Visir; oder Sie suchen mit uns eine Organisation der Gesellschaft anzustreben, welche wenigstens auf der Basis des Gerechtigkeitsprinzips ruht.

Ein solches Gerechtigkeitsprinzip kann aber nur dann eingeführt werden, wenn — das ergiebt sich aus Obigem — Jedem die prinzipielle Möglichkeit gegeben ist, die vorhandenen Produktionsmittel so zu benutzen, daß er ohne Benachtheiligung seines Nebenmenschen das für sein Leben Nothwendige erarbeiten kann. Dies ist nun, äußerlich betrachtet, auf zweierlei Weise zu bewerkstelligen. Erstlich durch gleiche Vertheilung aller Produktionsmittel, zweitens durch Gemeinsamkeit aller Produktionsmittel und Vertheilung der Produkte, soweit dieselben Genußmittel sind. Ein Drittes giebt es nicht. Die erste Möglichkeit dürfte nicht mehr zu diskutiren sein, da der Erfolg eines solch sinnlosen Unternehmens, wenn es überhaupt durchgeführt werden könnte, nur der sein müßte, in Kurzem wieder zu unserm jetzigen Zustand zurückzutreiben.

Wie steht es aber mit der Gemeinsamkeit der Produktionsmittel? Gesetzt, dieselbe bestände bereits, welche Consequenzen würden sich aus ihr ergeben müssen? Betrachten Sie der leichteren Uebersichtlichkeit halber einmal jene Gemeinschaft von 10,000 Menschen. Alle hätten darin Theil an sämmtlichen Produktionsmitteln. Sie würden sich organisiren, dieselben zum Vortheil Aller auszubeuten.

Hier kämen nun zwei Momente in Betracht. Jeder hätte ein dringendes Bedürfniß, gerade so verwendet zu werden, wie es seinen Fähigkeiten angemessen ist; seine Mitmenschen ebenso verwendet zu sehen, solche Leute zur Leitung, zur Berechnung des Bedarfs, zur Organisation der Arbeiten verwendet zu sehen, deren Charakter und Kenntnisse den meisten Vortheil für's Ganze versprächen. Andererseits hätte Jeder, um seinen Fähigkeiten gemäß verwendet zu werden, das äußerste Interesse daran, dieselben möglichst auszubilden, nie in der Vervollkommnung seiner selbst zu rasten, sein Verhalten so einzurichten, daß es alles Vertrauen erweckte, mit einem Wort möglichst tüchtig und vielseitig zu sein.

Warum wohl? Denken Sie, am Ende einer gewissen Zeitperiode werde ein reichlich veranschlagtes Arbeitsbudget für die folgende Periode festgestellt, und es ergebe sich, daß a) Arbeitszeit für Verwaltung, b) für Verwaltung, c) für Fabrikarbeit, d) für Landbau ꝛc. nothwendig sei, so werden Alle das Bestreben haben, vorzugsweise mit dem beschäftigt zu werden, wozu sie die meiste Neigung in sich verspüren, und werden sich zu dieser Beschäftigung melden. Die Wahl der Gesammtheit oder einer Arbeitsgruppe entscheidet über die Verwendung. So ist Jeder, das sage ich hier schon auf Ihre späteren Einwände, auf's energischste gespornt, nach dem Höchsten zu streben; er ist niemals ohne Aussicht, sein Ziel, wenn nicht das eine, so doch das andere Mal zu erreichen.

(Fortsetzung folgt.)

---

selbstverständlich entstellt er die Thatsachen in der verlogensten Weise. Zum Beispiel erwähnt er gar nicht, daß Liebknecht bloß auf einen durchaus unprovozirten Angriff replizirte, bloß das Recht der Nothwehr und der erlaubten Züchtigung ausübte. Kein Wort von den Ungezogenheiten des „Collegen" Richter. Das charakterisirt unser Märchen. Wäre es eine ernsthafte Person, so würden wir ihm ein „Pfui" zurufen.

— Colossale Aufschneiderei. In Nr. 18 des „Staatssozialist" veröffentlicht der bekannte Hofprediger Stöcker eine Rede, in welcher er folgendes behauptet: „In Berlin verlangte ein Schleifer für das Schleifen von zwei Küchenmessern $2\frac{1}{2}$ Thaler." — Wer solche Aufschneiderei glaubt, giebt einen Thaler. Priester aber und „Männer der Wahrheit", wie Stöcker sich und seine Freunde nennt, sollten doch eigentlich glaubwürdiger lügen können. Was aber sagt Professor Adolf Wagner zu einem solchen Collegen?

— Der bekannte Commerzienrath Borsig in Berlin ist vor einigen Wochen gestorben. Derselbe hinterläßt ein colossales Vermögen, trotzdem sein Vater noch vor 40 Jahren Zimmergesell war. Man berechnet, daß Borsig 4000 Locomotiven gebaut und an jeder in der guten Zeit 5000, später 3000 Thaler verdient. Wenn man den Durchschnittsverdienst mit 2500 Thaler annimmt, so gibt dies ein Vermögen von 10 Millionen Thaler oder 30 Millionen Mark. Das Vermögen, das in Werken, Effekten und Landgütern steckt, wird auf 50 bis 60 Millionen Mark veranschlagt. — Uebrigens war Herr Borsig das Delbrück'sche „Geheimniß unserer Zeit" wohl bekannt. Nach einer Mittheilung der „Berliner Börsen-Zeitung" war er einer der bedeutendsten Diskonteure am Berliner Platze, also nicht weniger Banquier, wie Industrieller. Er wird es wohl vorzugsweise dieser Eigenschaft zu danken gehabt haben, daß er als einziger Industrieller dem engern Ausschuß der sogenannten Reichsbank angehörte.

— Scrophulöses Gesindel. Vor einigen Tagen starb zu Halle der berüchtigte Christlich-Germanische „Löwe von Halle": Geschichtsprofessor Heinrich Leo, der Urheber des famosen geflügelten Wortes: „Ein frischer, fröhlicher Krieg ist von Zeit zu Zeit nöthig, damit das scrophulöse Gesindel abnimmt." Herr Leo bewies beiläufig durch diesen klassischen Ausspruch die vollständige Unfähigkeit, die Thatsachen richtig aufzufassen, richtig zu denken, und richtige Schlüsse zu ziehen. Das scrophulöse Gesindel, das durch unsere Aftercultur erzeugt wird, läßt sich bekanntlich nicht als „Kanonenfutter" gebrauchen. Es wird bei den „Stellungen" sorgfältig ausrangirt, und bleibt in Kriegszeiten „weit vom Schuß", während die Nichtscrophulösen frisch und fröhlich todt oder zu Krüppeln geschossen werden. Nach den Napoleonischen Kriegen, welche die Blüthe des Volkes verschlungen hatten, bevölkerte in Frankreich das „scrophulöse Gesindel", und wenn in Deutschland die Blut- und Eisenperiode noch lange dauert und uns noch mit ein paar „frischen, fröhlichen" Kriegen beschenkt, wird schließlich unsere ganze Bevölkerung aus „scrophulösem Gesindel" bestehen.

„Was den Sozialismus von der Volkswirthschaft gründlich unterscheidet, das ist die Verschiedenheit ihrer Methoden. Der Sozialismus, wie die Astrologie und die Alchemie, entwickelt seine Lehren nach Einbildung (imagination), während die Volkswirthschaft, gleich wie die Astronomie und die Chemie, nach Beobachtungen deduzirt."

Allerdings weiß Bastiat nicht, was überhaupt der Sozialismus ist, und er verwechselt ihn mit den Grübeleien eines Owen, Fourier und anderer Phantasie-Menschen. Dagegen bastren sich die Sozialisten — wenigstens sollten sie es — stets auf Beobachtungen von Thatsachen, aus denen sie Schlüsse ziehen.

Aber Schlüsse ziehen aus Ereignissen, die allenfalls mal eintreten könnten, oder sogar aus solchen, welche überhaupt gar nicht eintreten können, das ist kein wissenschaftliches Verfahren, und das oben angeführte Beispiel beweist nichts, weder für noch gegen die sozialistische Werththeorie. E. D.

Berlin, 30. April. Vorgestern hat unsere Stadt wieder einen Tag erlebt, wie er der wahren Demokratie würdig ist. Zwar hat dieser Tag uns, der Sozialdemokratie, auch ein herbes Opfer gekostet, aber ohne Opfer geht es nun einmal in dem Kampfe gegen die Reaktion nicht ab, und wohl der Partei, die noch Opfer zu bringen versteht — wären es auch Opfer an Menschenleben. Und ein solches Opfer hat unsere Partei der heut am Ruder stehenden Gewalt gebracht in dem dahingeschiedenen und am 28. April zur letzten Ruhe geleiteten Parteigenossen und Redakteur der „Berliner Freien Presse" — in Dentler. Die Leidensgeschichte dieses Märtyrers ist unseren Lesern bekannt, es fällt uns daher nur noch die Aufgabe zu, von der herzerhebenden Beerdigungsfeierlichkeit zu reden; und zwar wollen wir dies durch die Worte unserer Gegner thun, die — wenigstens zum Theil — von Bewunderung vor einem Heroismus hingerissen, wie ihn Dentler bewiesen, den Hut vor dem Verstorbenen ziehen. Hören wir also, wie sich z. B. die „Magdeburgische Zeitung" über das Leichenbegängniß ausläßt:

„Sonntag (28. April) Nachmittags gegen 2 Uhr füllte den Platz vor dem Neuen Thore und die angrenzenden Straßen bereits eine unendliche Menschenmenge. Zahlreiche sozialdemokratische Frauen und Mädchen versammelten sich unter Leitung der Frau Hahn am Platze vor dem Neuen Thore, andere wieder an der Unterbaumsbrücke unter Leitung einer Frau Kothe. Sämmtliche sozialdemokratische Gewerkschaften, die Parteigenossen des Nordost-Distrikts, des vierten Berliner Reichstagswahlkreises, die Parteigenossen von Friedrichsberg und Umgegend und endlich die Charlottenburger Parteigenossen erschienen sämmtlich in geordneten Zügen. In der sehr geräumigen Leichenhalle der Charité (Louisenstraße) waren die irdischen Ueberreste Dentler's aufgebahrt. Verhältnißmäßig nur wenige Personen, darunter die Braut, die Mutter und Schwester des Verstorbenen, umstanden den Sarg, den zwei große Kränze mit rothseidenen Schleifen, gesandt von der Redaktion und Expedition der „Berliner Freien Presse" und den Dresdener Sozialdemokraten, zierten. Pünktlich gegen 3 Uhr Nachmittags wurde der Sarg auf den Leichenwagen gehoben. Still und lautlos setzte sich der unabsehbare Zug, der seinen Weg über die Invalidenstraße nach dem in der Pappel-Allee belegenen, der hiesigen freireligiösen Gemeinde gehörenden Friedhofe nahm, in Bewegung. Die Ordnung war eine geradezu musterhafte. Ungefähr 10,000 Personen nahmen am Zuge Theil. Zwei reitende Schutzleute eröffneten denselben. Alsdann folgten die Mitglieder des „Vereins der werkthätigen Bevölkerung Berlins", sodann der Leichenwagen. Hinter demselben gingen das Redaktions-, Expeditions- und Druckereipersonal der „Berliner Freien Presse" und die Abgeordneten Auer und Most. Alsdann kamen die Frauen und endlich die verschiedenen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Vereine. Rothbeschleifte Knopflöcher und auch Kränze waren, im Gegensatz zu der Heinsch'schen Beerdigung, nur selten zu bemerken. Als der Leichenwagen in das Portal des Kirchhofes einfuhr, intonirten die verschiedenen sozialdemokratischen Gesangvereine. Am Grabe sprachen die Herren Rackow und Most. Herr Auer legte im Namen und Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, der gegenwärtige verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse", Herr Leopold Schapira, im Namen der Redaktion und Expedition dieser Zeitung, und endlich Frau Hahn, „im Namen der sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Berlins", einen Kranz auf das Grab Dentler's nieder. Mit einem nochmaligen Gesange endete die Leichenfeier gegen 7 Uhr Abends."

So die „Magdeburger Zeitung". Wieder also wäre einer der Guten und Edlen dahin, denen nachzustreben unser aller Aufgabe sein muß. Ja, in demselben Maße, in dem wir wie die so früh verschiedenen Genossen Heinsch und Dentler für die Idee des Sozialismus zu kämpfen und auch zu leiden verstehn, in demselben Maße ehren wir auch das Andenken dieser beiden Märtyrer des Sozialismus. Also kämpfen wir wie Heinsch und Dentler und wir haben ihnen ein Denkmal für ewige Zeiten gesetzt.

Stettin, 19. April. Gründlicher sind die beiden Söldlinge der „Christlich-sozialen Partei", Grüneberg und Küster, wohl nirgends heimgeschickt worden, als hier in Stettin in Pommern. Ja, in Pommern, mögen die beiden Renegaten gedacht haben, da werden wir wohl günstigere Resultate erzielen, da werden wir uns wohl schadlos halten können für all' die anderwärts erlittenen Niederlagen. Aber die beiden Stöckerianer hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Den Blödsinn, welcher von diesen beiden neuen Propheten in der am 11. ds. Mts. von dem Renegaten Zilowski einberufenen öffentlichen Versammlung, welche wir übrigens durch Besetzung des Bureaus, sowie in ihrem ganzen Verlaufe vollständig in den Händen hatten, vorgebracht wurde, in dem „Vorwärts" gedruckt zu sehen, wäre zu viel verlangt. — Der Blödsinn gipfelt in dem Satz: Der Zukunftsstaat der Sozialdemokratie ist nicht durchführbar — nur der Glaube könne helfen. An der Debatte betheiligte sich von „christlicher" Seite noch Herr Zielowski und Pastor Fürer, und wollte Ersterer seine Ausstoßung aus der sozialdemokratischen Partei als unmotivirt hinstellen, indem er erzählte, er wäre wegen einer „demokratischen Handlung" ausgestoßen worden und weil er unsere frühere „Stettiner Freie Zeitung" in Rostock habe drucken lassen. Darauf wurde ihm vom Genossen Hotschick erwidert, daß er nicht deshalb ausgestoßen sei, sondern weil er habe Parteigenossen dem Staatsanwalt denuncirt. Der hier zufällig anwesende Genosse Grün aus Berlin trat der „Stöckerei" und speziell den ihm näher bekannten Grüneberg und Küster zu wiederholten Malen energisch entgegen. — Der Antrag: „Beantrage, in der heute von der „christlich-sozialen" Partei einberufenen öffentlichen Versammlung eine Tellersammlung zum Besten der Gemaßregelten der Sozialdemokratie;" ferner die Resolution: „Die heutige Versammlung erklärt, daß die Stettiner Arbeiter das Treiben der sich „christlich-sozial" nennenden Partei verabscheuen, indem dieselbe die Arbeiter von ihren wahren Zielen ableiten wolle; nur die Sozialdemokratie ist die wahre Arbeiterpartei" — wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Unter begeisterten Hochs auf die Sozialdemokratie

Correspondenzen.

Brüssel, 24. April. (Zur sozialistischen Werththeorie.) Ich erlaube mir die geehrte Redaktion des „Vorwärts", bezüglich des letzthin veröffentlichten längeren Aufsatzes: „Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie" um Aufnahme folgender Bemerkungen zu bitten.

Zu meinem nicht geringen Erstaunen drückt sich der Verfasser jenes Aufsatzes, um darzuthun, daß sich der Werth einer Waare nicht nach deren Angebot oder Nachfrage richte, in folgendem sonderbaren Raisonnement aus:

„Wie wenig es in Wahrheit Angebot und Nachfrage sind, die den Werth der Waaren bestimmen, könnten die Herren Kapitalweisen sehr klar erkennen, wenn sie etwa auf die Idee kämen, eine Coalition aller Käufer zu Stande zu bringen, welche sich vornähme, den Schustern für ihre Stiefel nicht mehr als 1 Thlr. pro Paar zu geben, während der heutige Tauschwerth 5 Thlr. ist und lieber so lange in Schlafschuhen oder barfuß zu gehen. Nach ihrer Theorie müßte nun auch der Werth der Stiefel, da sich über 1 Thlr. keine Nachfrage vorfände, schließlich auf diesen Betrag zurückgehen.

Ich fürchte aber, die Herren Gelehrten würden lange barfuß zu laufen haben und könnten sich bei dem Wetter, Gott behüte, gar noch erkälten, bevor sie ihren Willen durchsetzten. Es würden vielleicht schließlich die bereits vorhandenen Stiefel, um sie nicht gänzlich zu Grunde gehen zu lassen, weit unter ihrem Werth, für den gebotenen 1 Thlr. verschleudert werden, etwa so wie bei Auktionen die Waaren oft weit unter ihrem Werth weggehen; dann wäre der Spaß aber auch zu Ende. Es würden überhaupt gar keine Stiefel mehr verfertigt werden und unsere Herren Nationalökonomen ständen mit ihrer Weisheit da, wie eine gewisse Gattung belebter Wesen auf einer Anhöhe."

Ohne hier näher auf den Grund — über den ich übrigens mit dem Herrn Verfasser vollständig einig bin — der Sache eingehen zu wollen, möchte ich mir doch die Frage gestatten, ob dergleichen wenig ernstliche Deduktionen in einem wissenschaftlich gehalten sein sollenden Artikel am Platze sind?

Es ist leider ein in den deutschen Köpfen verbreiteter Fehler, um die Wahrheit oder Unwahrheit einer Behauptung klar zu legen, zu einer schwülstigen, ungeschickten Beweisführung und zu einer verworrenen Sophistik und Dialektik à la Hegel zu greifen, welche wirklich für den gesunden Menschenverstand nicht geeignet sind.

Der Verfasser des oben citirten Aufsatzes hält die Herren Kapitalweisen und Nationalökonomen denn doch für größere Esel, als sie in Wirklichkeit sind, wenn er denselben zumuthet, sie sollten, um klar zu erkennen, wie wenig Angebot und Nachfrage den Werth der Waaren bestimmen, auf die verrückte Idee kommen: alle Käufer von Schuhen zu coalisiren.

Zu einer so einfältigen und absolut unausführbaren Idee wird selbst der enragirteste Sozialistenfresser seine Zuflucht nicht nehmen und es wäre um die sozialistische Werththeorie schlecht bestellt, wenn alle Beweise desselben auf so utopischen Beispielen basirt wären, wie dasjenige, welches der obenerwähnte Verfasser herausgetiftelt hat.

Welchen Nutzen hat es überhaupt herumzugrübeln, was wohl eintreten würde, wenn diese oder jene komische Idee im Kopfe [illegible] den Köpfen einer Gesellschaft auftauchen würde?

Wenn Sozialisten Vorliebe zu derartigen Raisonnements zeigen, so könnte man leicht geneigt sein, Bastiat Recht zu geben, welcher sagt:

ward dann die Versammlung geschlossen. Wenn die Leiter der „christlich-sozialen Partei" keine anderen Kämpfer für ihre Sache ins Feld zu führen haben, als die beiden traurigen Ritter Grüneberg und Küster, so ist es wirklich jämmerlich um sie bestellt.

Hößnitz, 26. April. (Der „Segen" des Haftpflichtgesetzes.) Vor längerer Zeit verunglückte in hiesiger Cementfabrik ein daselbst beschäftigter Arbeiter dadurch, daß ihm beim Fortschaffen eines schweren eisernen Gegenstandes derselbe auf den Fuß fiel und die große Zehe entzwei schlug. Der Arbeiter brachte über ein Vierteljahr zu, ehe er wieder arbeitsfähig wurde. Während dieser Zeit erhielt er aus der Fabriks-Krankenkasse wöchentlich 6 Mark und als Abfindungssumme für erlittenen Verlust und ausgestandene Schmerzen 30 Mark. Dies bewies doch zur Genüge, daß die Direktion die Schuld des Unglücks nicht auf den Arbeiter wälzen konnte, weil es in solchen Fällen derartigen Leuten selten einfällt, den Beutel zu ziehen. Der Arbeiter war mit der geringen Summe nicht zufrieden und betrat den Prozeßweg. Herr Direktor Bettzig äußerte, als der Arbeiter um eine höhere Entschädigung anhielt, daß, da er mit der Unterstützung nicht zufrieden sei, er auch nichts mehr bekomme; lieber solle es das Gericht nehmen, es könne da kosten was es wolle. — Der Arbeiter wandte sich an einen Advokaten in Altenburg, der die Sache übernahm und die besten Erfolge in Aussicht stellte. Nun wird wohl auch ein Jeder der Ansicht sein, daß die Fabrik für den Schaden aufzukommen habe; dem ist aber nicht so. Herr Bechstein aus Altenburg, als Sachverständiger, hatte ausgesagt, ein solcher Gegenstand lasse sich ohne Gefahr durch vier Mann transportiren. Dadurch war die Fabrik außer aller Verantwortlichkeit und Schuld gestellt und der Arbeiter hatte die Kosten, ca. 25 Mark, zu bezahlen. Da er dies nicht konnte, so wurde er ganz einfach ausgepfändet. Jetzt kommt nun auch der Herr Advokat und läßt ihn durchs Gericht auf den Betrag seiner Mühwaltung, in der Höhe von 26 Mark, mahnen. Der Arbeiter hätte in den 14 Wochen à 12 Mark, 168 Mark verdient; rechnen wir die erhaltene Kranken-Unterstützung 14 mal 6 Mark = 84 Mark, mit den allergnädigst überreichten 30 Mark zusammen, so sind dies 114 Mark. Hiervon kommen die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten in Höhe von 51 Mark in Abzug, und verbleiben demnach 63 Mark Einkommen; mithin erlitt dieser arme Mann außer seinen großen Schmerzen und dem Aerger noch einen Gesammtverlust von 105 Mark, und die Direktion der Cementfabrik ist — schuldlos! — Das ist der „Segen" des Haftpflichtgesetzes für einen Arbeiter.

Ansbach, 20. April. Ueber den Fortgang der sozialdemokratischen Bewegung auf hiesigem Boden und der Umgebung kann ich Ihnen nur Günstiges vermelden. Insbesondere ist es das Landvolk, welches anfängt, seiner geistigen Reife entgegenzugehen, das Joch, welches ihm von unseren „durch und durch deutschen Mäunern" aufgebunden wurde, abzuschütteln und selbstbestimmend für sein leibliches und geistiges Wohl einzutreten. Die Sendungen des „Vorwärts" und des „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat" brauchten wir nicht zu colportiren, sie wurden bei uns abgeholt; man bot uns sogar Geld dafür an, doch wir schlugen es aus. Nachdem die Agitation auf diese Weise betrieben worden war, zogen wir verflossenen Sonntag mit neuem Proviant für helle Köpfe auf Inspicirung nach allen Richtungen der Windrose aus und heute folgt der Rapport. Wenn auch bei Einzelnen noch Zweifel zu heben sind, so werden dieselben doch durch eifriges Agitiren baldigst beseitigt werden. Wir haben es uns zum Prinzip gemacht, Niemanden durch maskirte Redensarten — wie sie uns so gerne imputirt werden — zu bestechen zu suchen, sondern denselben das Martyrium vor Augen zu führen, das sie erwartet, sobald sie zu unserer Fahne schwören. Genossen trotzdem erworben, ist ein Sieg und solche Siege können wir jetzt ziemlich viele verzeichnen. Wenn fleißig weiter agitirt wird, können wir unseren Gegnern in einigen Jahren auch hier ein Paroli biegen. Unsere Gegner stopfen sich die Ohren zu und dennoch müssen sie das Herwegh'sche „Raum Ihr Herren dem Flügelschlage einer freien Seele!" sich in die Ohren gellen lassen; nicht Teutoburg's Wald wird diesmal der Schauplatz eines Riesenkampfes sein, nein, die halbe Welt wird mit Euch Römlingen und Fürstenknechten kämpfen und der Ruf: „Varus gib mir meine Legionen wieder" mag Euer Schwanengesang, Euer Todesurtheil sein.

Freihan, Kreis Militsch (Schlesien), 24. April. Ich halte es für meine Pflicht, einen Bericht über die Verhältnisse hiesiger Gegend dem „Vorwärts" einzusenden. Wie bekannt ist, fand im Militsch-Trebnitzer Wahlkreise eine Neuwahl statt, wo an Stelle des verstorbenen Grafen Maltzan, der conservative Fürst Hatzfeld gewählt wurde. Der Arbeitercandidat Jul. Kräcker aus Breslau erhielt trotz der denkbar größten Hindernisse, die uns in den Weg gestellt wurden über 2000 Stimmen. Es ist dieses ein sehr erfreuliches Resultat, denn am 10. Januar 1877 ist nicht eine Stimme für einen sozialistischen Candidaten abgegeben worden. Wenn auch nun allerdings nicht behauptet werden kann, daß alle die Wähler, welche den sozialistischen Candidaten gewählt haben, Sozialdemokraten sind, so haben sie doch durch ihre Wahl öffentlich bewiesen, daß sie mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zufrieden sind, nicht zufrieden sein können und daß, wenn es besser werden soll, eine radikale Aenderung der Dinge angebahnt werden muß. Wie nothwendig diese Radikalkur ist, das mag Folgendes beweisen: Es erhalten zum Beispiel die im gutherrschaftlichen Lohn stehenden Landarbeiter bei angestrengter Arbeit vom Morgengrauen bis zur Abenddämmerung 50 bis 60 Pfennig pro Tag. Es liegt auf der Hand, daß man mit 50 Pfennig nicht im Stande ist, sich und seine Familie zu ernähren (zumal da diese Leute im Winter höchstens 18—20 Pfg. pro Tag verdienen); die natürliche Folge davon ist, daß diese Leute, trotzdem sie von früh bis spät angestrengt arbeiten und ihre Nahrung fast nur aus Kartoffeln besteht, bei alledem noch Stehlen gehen müssen, um sich wenigstens nothdürftig zwischen Leben und Tod erhalten zu können. Und das trotz Arbeit und Entbehrung! O göttliche Weltordnung! Den kleinen Landwirthen, dem sogenannten „Mittelstand" hier ergeht es nicht besser, ja es muß sogar ausdrücklich constatirt werden, daß das Verhältniß sich theilweise noch weit schlechter gestaltet als bei den vorhin bezeichneten Lohnarbeitern. Der kleine Landwirth hat, selbst wenn er keine Hypothekenschulden hat, vollauf zu thun, um seine Abgaben zahlen zu können. Hauptsächlich ist es der aus dem Mittelalter stammende Grundzins, Rente genannt, und die ungeheuren Communalabgaben, die den Arbeiter und Kleinbauern drücken. O über eine solche Weltordnung, die sich noch hüllt in den Mantel der christlichen Liebe!

Lörrach, 18. April. Parteigenosse und Reichstagsabgeordneter W. Blos aus Hamburg hielt hier am 16. d. M. einen Vortrag über: „Die Thätigkeit des Reichstags" vor einer von circa 400 Personen besuchten Versammlung. Wie vorauszusehen, sprach der Vortrag allenthalben an, so daß selbst der hier erscheinende „Oberländer Bote" nicht umhin konnte, im Großen und Ganzen sich mit Blos einverstanden zu erklären. Der Schluß des Berichts im „Oberländer Boten", welcher sich folgendermaßen ausnimmt: „Eines vermißten wir in der Rede des Herrn Blos, die Ermahnung zu der Tugend der Enthaltsamkeit und Sparsamkeit und die Verpönung des Lasters der Genußsucht, der Verschwendung und Arbeitsscheu, Schäden, die in der heutigen Zeit immer mehr Boden gewinnen. Wenn er dieses Thema seinem Programm einverleibt und auf diesem Felde Erfolge erzielt, so wird ihm dafür der Dank der Menschheit nicht ausbleiben und ein wesentlicher Theil der sozialen Frage gelöst sein" — scheint mir einer näheren Erwähnung werth. Für's Erste gehörte das, was der Oberländer Bote" über „Tugend der Enthaltsamkeit und Sparsamkeit", die „Verpönung des Lasters der Genußsucht, der Verschwendung und Arbeitsscheu" sagt, gar nicht zur Sache. Wenn Herr Blos sich auf die Behandlung dieser Materie aber dennoch eingelassen hätte, so kann der „Oberländer Bote" versichert sein, der Redner hätte sich gehütet, den ohnehin schon darbenden Arbeitern noch die „Tugend der Enthaltsamkeit" zu predigen. Auch hatte er gar nicht nöthig, sich vor Arbeitern zum Sittenprediger aufzuwerfen und das „Laster der Genußsucht, der Verschwendung und Arbeitsscheu" zu verpönen, sintemalen die Genußsucht, Verschwendung und Arbeitsscheu Laster sind, die nun weniger haben, sondern vielmehr im jenseitigen Lager, unter den Bourgeois antrifft.

Schalksmühle, 27. April. Das amtliche „Fuldaer Kreisblatt" debütirt in Nr. 34 mit folgender Leistung eines Marburger Correspondenten: „Marburg. Angeblich von Gewissensbissen getrieben, hat vor einigen Tagen ein hier beschäftigter Schreinergeselle aus Schlesien bei hiesiger Polizeiverwaltung sich als Verüber mehrerer Diebstähle und einer Brandstiftung angeklagt. Seiner Erklärung zufolge lasten auf dem Selbstankläger nicht allein Kameradendiebstähle an Uhren und Geld und die einem Meister zugefügte Entwendung von 100 Mark, sondern auch das Verbrechen in Göttingen — wo er in Arbeit stand und sein Meister ihm die verlangte Lohnerhöhung verweigerte — ein dem Staate gehöriges Heu- und Strohmagazin in Brand gesteckt zu haben, damit das neben diesem gelegene Haus seines Meisters, wie es auch wirklich geschehen ist, mitabbrennen sollte. Der Selbstankläger erklärte seine verbrecherischen Handlungen als Folgen der sozialdemokratischen Agitationen, denen er seiner Zeit mit Fanatismus dienstbar gewesen sei." — Ein Blatt, das, um den Philistern bange zu machen, sich nicht scheut, gegen unsere Partei eine solche Insinuation zu verüben, verdient nichts anderes, als schweigende Verachtung. Wir erwähnen den Fall nur, um unseren Lesern zu zeigen, welch' böswillige Geisteskrüppel unsere Gegner in's Feld stellen.

An die Schuhmacher Deutschlands!

Neun Wochen schon liegen wir im Streit und nochmals müssen wir an Eure Opferwilligkeit appelliren, da in den letzten 14 Tagen auch nicht ein Pfennig Unterstützungsgelder von unseren Collegen eingegangen ist. Es liegt vielleicht an den schlechten Zeiten, daß es unsern Collegen nicht möglich ist, uns weiter zu unterstützen. Wir sind überzeugt, daß die Mitgliedschaften wieder einiges Geld vorräthig haben, wir können daher nicht begreifen, warum die Collegen mit dem Gelde so zurückhaltend sind. Wir waren in den letzten Tagen in Verlegenheit und sind es noch, und müssen immer den Verwaltungsrath um Hülfe angehen, was doch eine mißliche Sache ist. Also Collegen thut Eure Schuldigkeit, damit wir nicht andere Arbeiter in Anspruch nehmen müssen. Aber schnelle Hülfe thut Noth und wir werden siegen, wenn uns die Collegen nicht im Stiche lassen.

Offenbach. Im Auftrage des Strikkomité's:
Peter Müssig, Vorsitzender.

An die Schneider Deutschlands!

Zwei Krankenkassen existiren hier, eine Zunftkasse und eine freie Kasse, die letztere seit 1875. Die Zunftkasse, selbstverständlich unter der Verwaltung der Zunftmeister stehend, hatte vor 2 Jahren ein Defizit von nahe 600 Mk und ist heute vermuthlich in ähnlichen Verhältnissen. Die freie Kasse verwalten die Mitglieder selbst und besitzt dieselbe ein Vermögen von 500 M. Die Zunftmeister verschiedener Geschäfte wollen nun keinen Arbeiter einstellen, bevor er nicht Mitglied der Zunftkasse wird. Wir ersuchen deshalb die Collegen Hannover soviel wie möglich zu meiden; unter allen Umständen aber nur nach dem Verkehrslokale, Schmedestraße 53 bei Herrn Steingaube einzukehren, wo sie das Nähere erfahren.

Alle Arbeiterblätter werden um schleunigen Abdruck der obigen Zeilen gebeten.

Hannover, 29. April.

An die Parteigenossen im Großherzogthum Hessen!

Bezugnehmend auf die in den Nrn. 40 und 45 d. Bl. enthaltenen Aufrufe an die hessischen Mitgliedschaften unserer Partei geben wir denselben hiermit die Tagesordnung zu dem am **Sonntag**, den 5. Mai d. J. hier stattfindenden Delegirtentage bekannt. Sie besteht in folgenden 3 Punkten: 1) Das Wahlgesetz zur hessischen Ständekammer und dessen Zusammensetzung. 2) Wie wollen wir uns den bevorstehenden Landtagswahlen gegenüber verhalten? 3) Wie ist eventuell die Agitation am besten zu betreiben?

Indem wir nochmals zu recht zahlreicher Beschickung auffordern, machen wir die Delegirten darauf aufmerksam, daß mehrere mit rothen Schleifen versehene Genossen sie am Bahnhof empfangen werden.

Darmstadt, 28. April 1878. J. A.: Max Förster.

Gewerkschaftliches.

Kassel, 23. April. Heute fand hier unter zahlreicher Betheiligung eine gemischte Versammlung der hier bestehenden Gewerkschaften statt. Tagesordnung: 1) Die Pariser Weltausstellung. 2) Der Vereinigungs-Congreß. Nachdem Pfannkuch und Markus gesprochen hatten, gelangten folgende Anträge zur Abstimmung und einstimmigen Annahme. 1) Die bestehenden Gewerkschaften zu Kassel beantragen, die Verwaltungen der Gewerkschaften zu beauftragen, dahin zu wirken, daß Mittel und Wege angebahnt werden um die Weltausstellung zu Paris durch einen oder zwei Delegirte zu beschicken. 2) Die hier am Orte bestehenden Gewerkschaften, als: Schuhmacher, Schneider, Schreiner, Cigarren- und Metallarbeiter, erklären, sich gemeinschaftlich durch einen Delegirten auf dem Vereinigungs-Congreß vertreten zu lassen.

Auch wurde ein Agitations-Comité gewählt. Alle Briefe in Betreff der Agitation sind von jetzt ab an J. Meise, Marktgasse 27 zu adressiren.

Es werden sämmtliche Gewerkschaftsblätter ersucht Obiges zum Abdruck zu bringen. J. A.: F. Mäser.

Alle Briefe und Anmeldungen von Delegirten zur bevorstehenden Generalversammlung resp. zum Allgemeinen Gewerkschafts-Congreß sind zu richten an Hrn. A. Ebert, Jakobsstraße 11 und 12, 2 Tr. in Magdeburg.

Die Commission.

Alle Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck obiger Zeilen gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. A. S. in Leipzig: Da Herr Perls selbst zugesteht, daß er in seinem Briefe an die Redaktion des „Vorwärts" gelogen hat, als er uns der verläumderischen Erfindung bezichtigte, so sehen wir nicht ein, weshalb wir uns länger mit diesem Knäblein beschäftigen sollen. Herr Schäffer wird übrigens den Rechtsweg beschreiten müssen, wie wir von vornherein bemerken, um zu seinem Guthaben zu gelangen. Ueber den Vorwurf der systematischen Ehrabschneiderei gehen wir lächelnd hinweg; er trifft uns nicht, und in diesem besonderen Falle erst recht nicht, da man doch dort nicht Etwas abschneiden kann, wo Nichts vorhanden ist. — Kr. in Berlin: Sie fragen, welche Schreibweise die richtige sei: mix pickles oder Mixpickles. Keine von beiden. Das Wort ist englisch, heißt vermischte eingemachte Vegetabilien (Bohnen, Blumenkohl, Gurken u. s. w.) und wird geschrieben: Mixed pickles. — H. R. in L. b. Z.: Das hiesige Gericht hat in verschiedenen uns bekannt gewordenen Fällen für die Eintragung ins Dissidentenregister 1 Mark erhoben. — H. in Frankfurt a. O.: Linke befindet sich im Gefängniß zu Zeitz.

Fonds für die Gemaßregelten.

Von Pfr Wiesbaden 0,75.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Volksfreund", „Neue Gesellschaft", „Hamburg-Altonaer Volksblatt" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.
W. Knoke, Kleine Eschenheimerstraße 34, 2. Etg.

NB. Den geehrten Abonnenten obengenannter Blätter zur Nachricht, daß Sonntag, den 5. ds. Mts. das Abonnementsgeld erhoben wird. Diejenigen, die noch für 3. und 4. Quartal 1877 und 1. Quartal 1878 mit Abonnements-Zahlung im Rückstande, können vor Berichtigung derselben kein Blatt mehr erhalten.

Hamburg. Korbmacher-Bund.
Am Sonnabend, den 4. Mai, Abends 8½ Uhr im Salon zum Roland:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Besprechung der Lustour. 2. Der Gewerkschaftscongreß.
Der Vorstand. [70

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 4. Mai, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11:
Geschlossene Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Abrechnungen und Verschiedenes. [70
(F. 167) Der Vorstand.

Hannover. Ich empfehle den Parteigenossen mein auf dem Viehmarkte während des Jahrmarktes am 6., 7. und 8. Mai errichtetes Restaurations-Zelt. (F. 167) [1,20
Für gutes Getränk werde ich Sorge tragen. C. Fink.

Harburg. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 4 Mai, Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Hrn. Beecken, Rathhausstraße Nr. 13: [1,20
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag eines Parteigenossen über „Macht und Recht".

Sonnabend, den 18. Mai:
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung: Einführung neuer Statuten und Gründung eines Lokalblattes. Der Vorstand.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:
Mitgliederversammlung
wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Unterstützungsverein der Metallarbeiter
für Leipzig und Umgegend.
Sonnabend, den 4. Mai, Abends ½9 Uhr, im Lokal des Herrn Träger, Tauchaerstraße Nr. 12:
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Wahl des Gesammtvorstandes. 3) Anträge. Nichtanwesende zahlen nach § 28 25 Pf. Ordnungsstrafe. Die neuen Statuten kommen zur Ausgabe.
NB. Diese Versammlungen finden von obigem Tage an jeden Sonnabend Abend statt, woselbst immer neue Mitglieder aufgenommen werden. [1,90

Krankenkasse der Metallarbeiter
für Leipzig und Umgegend.
Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr: Versammlung und Aufnahme neuer Mitglieder im Lokal des Hrn. Träger, Tauchaerstraße Nr. 12.

Minden i. W. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirth Thiele, Ritterstraße. (m) [0,40

Hrn. Heinrich Klüver zu seinem 56jährigen Geburtstage die besten Glückwünsche. (F. 300) [60

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:
Die Freiheit.
Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbett'schen Büste „Liberté".
Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Eisenbeinton 2,50 Mark.
Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.
Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.
Die Expedition des „Vorwärts".

Armer Conrad.
Preisherabsetzung.
Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.
Die Expedition des „Vorwärts."

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
Werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., Kür. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jentscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Heil, 809 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. X. Gerst, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 52. Sonntag, 5. Mai. 1878.

Fälscher und Verfälscher.

Das Fälschen und Verfälschen ist an der Tagesordnung. Unsere Zeitungen sind gefüllt mit Berichten über die mehr und mehr um sich greifende Lebensmittelverfälschung. Groß ist die Entrüstung des Publikums, und dem Reichstag liegt ein Gesetzesentwurf vor, welcher dem Uebel zu steuern bezweckt. Kein Zweifel — man kann diese Fälscher und Verfälscher nicht zu streng bestrafen. Aber wir dächten, wer, statt gewöhnlicher Nahrungsmittel, die geistigen Nahrungsmittel verfälscht, das Volk durch Lügen und Entstellungen betrügt, vergiftet, verdiene zum mindesten ebenso strenge Bestrafung.

Da geht jetzt das Resumé eines Vortrags durch die Presse, den der nationalliberale preußische Landtagsabgeordnete Lammers vor Kurzem in Bremen über die englischen Gewerkvereine gehalten hat, und der die Thatsachen in der unverantwortlichsten Weise fälscht und verfälscht. Das fragliche Resumé lautet:

„Die englischen Gewerkvereine schließen die großartigste Selbsthilfe des Arbeiterstandes, welche die Welt jemals gesehen, in sich. Was die deutschen Sozialdemokraten, die französischen Communisten und ähnliche Parteien in anderen Ländern bisher nur geträumt, nämlich den Arbeiterstand auf eine Stufe der Gleichberechtigung mit anderen Ständen, der relativen Zufriedenheit mit seiner Lage zu heben, das haben die englischen Gewerkvereine erreicht, wenigstens in so weit, als das Streben des Einzelnen oder Vieler in dieser unvollkommenen Welt auf Erfolg und Gelingen Anspruch machen kann. Zwar sind nicht alle Wünsche des englischen Arbeiters erfüllt; aber er hat durch die Gewerkvereine eine Stellung erlangt, in der die Befriedigung der meisten Anliegen erfolgt ist oder doch bevorsteht. Allerdings ist dieser Erfolg nur nach langen Kämpfen erlangt, Kämpfe, die aber nicht die Ueberwältigung anderer Stände und die Gründung der Herrschaft des Arbeiterstandes auf den Trümmern der Interessen anderer Stände zum Ziele hatten, sondern die sich auf dem Boden der gegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung bewegten. Wie die Erfolge der englischen Trades-Unions in Zahlen sich darstellen, zeigt das Beispiel, daß ein englischer Schriftsteller, welcher eine fleißige Arbeit über den Gegenstand vor einiger Zeit veröffentlicht hat, die Summe, welche den englischen Arbeitern in Folge der Wirksamkeit der Gewerkvereine an Löhnen mehr ausbezahlt sei, als sie sonst bekommen haben würden, auf 100 Millionen Mark (bis zum Erscheinen seines Buches gerechnet) schätzte. In Deutschland hat sich Professor Brentano sehr eingehend mit den englischen Gewerkvereinen beschäftigt; derselbe ist nach sehr abweichenden Auffassungen in früheren Schriften in seiner neuesten Arbeit: „Der Arbeitsvertrag nach dem heutigen Rechte", auf Grund der von ihm zum Theil durch Erhebungen an Ort und Stelle, erlangten Einsicht und Kenntniß beiden Theilen, dem Arbeitgeber wie dem Arbeiter, gerecht geworden und hält im Wesentlichen sein erstes günstiges Urtheil über die englischen Gewerkvereine aufrecht. Der Redner gab nun einen historischen Ueberblick über die Entwickelung dieser Vereine in ihren Hauptzügen, da sie nur erst als geheime Gesellschaften bestanden, weil die Zunftprivilegien zwar, aber nicht das Coalitionsverbot aufgehoben war, die folgende Periode, in welcher das Parlament dem Arbeiter die Freiheit gab, seine Interessen gemeinsam mit den Genossen dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen, endlich den dritten Abschnitt, als in lebhaften politischen Kämpfen die Chartistenbewegung sie von dem rein wirthschaftlichen Boden, auf welchem sie sich bisher bewegt hatte, abzudrängen drohte. Glücklicherweise für die gesunde Entwickelung der Gewerkvereine erwies sich der Sinn für Gesetz und Ordnung im englischen Volke so mächtig, daß die Chartistenbewegung, als sie zum Aufruhr überzugehen versuchte, kläglich zu Boden fiel. Seitdem haben die englischen Gewerkvereine eine beispiellose Entwickelung genommen. Ihre großartige Organisation erstreckt sich zum Theil bis in die Colonien. Im Verlaufe ihrer Wirksamkeit ist eine Läuterung, Kräftigung, Verbesserung unverkennbar. Auch in Beziehung auf ein vorsichtiges Verhalten gegenüber Strikes haben die mit schweren Opfern erkauften Erfahrungen sich fruchtbar erwiesen. Das Streben der Gewerkvereine geht nicht so sehr auf die Erzielung hoher, als auf die Sicherung möglichst gleichmäßiger Löhne aus, und der Redner führte mehrere Beispiele an, wo dieses Streben Erfolg hatte. Die Regelung der Freizügigkeit ist ein weiteres Verdienst der Gewerkvereine. Allmählich hat sich auch der Gegensatz der Trades-Unions zu den Unternehmern gemildert und hat das Parlament Ersteren das Recht gegeben, ihre Sache vor Gericht zu vertreten. Vor Allem haben sie im Arbeiter das Bewußtsein nicht nur seines Rechts, sondern auch seiner Pflicht geweckt. Schließlich erörtert der Redner die Frage, was wir in Deutschland von den englischen Gewerkvereinen lernen können und ob dieselben auf deutsche Verhältnisse übertragbar seien. Bei Besprechung der in dieser Beziehung mit nur kleinem Erfolg gemachten Versuche scheinen dem Redner der große deutsche Buchdruckerverband und der Allgemeine Cigarrenarbeiterverein ihrer Organisation und ihrem Charakter nach mit den englischen Gewerkvereinen zusammenzufallen. Er wies auf die Verschiedenheit der englischen Verhältnisse, mit der auch in den unteren Volksklassen noch hochgeachteten Aristokratie, mit der seit Jahrhunderten sich stetig in der gesetzlichen Bahn bewegenden Entwickelung, hin. Hoffentlich werden aber auch in Deutschland, wenn die sozialdemokratische Hochfluth sich verlaufen habe, die Gewerkvereine sich ausbreiten, in dem Maße, als sich die Ueberzeugung mehr und mehr Bahn breche, daß es verkehrt sei, die Verbesserung der Lage des Arbeiters auf dem Wege der Gewalt, des Umsturzes der gesellschaftlichen Ordnung zu suchen, daß man vielmehr gut thue, das englische Beispiel zu befolgen und beständig und zwar da, wo es am meisten noth thue, zu bessern. Auch andere Stände werden bei dieser Aufgabe helfen, deren Verfolgung ja im Interesse Aller liegt."

Wie aus diesem Berichte erhellt, kennt Herr Lammers die englischen Gewerkvereine hinlänglich, um dem Vorwurf, aus Unwissenheit gesündigt zu haben, zu entgehen. Er hat absichtlich und überlegt gefälscht.

Nehmen wir die Hauptpunkte.

1) Es ist eine Fälschung, zu behaupten, die englischen Tradesunions hätten den Arbeiterstand auf eine Stufe der Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen, der relativen Zufriedenheit mit seiner Lage gehoben.

Beweis der Fälschung: Die massenhaften Strikes der letzten Jahre; die systematische Unterdrückung der Arbeiter durch das Kapital; die skandalsfeste Klassenjustiz gegen die Arbeiter.

2) Es ist eine Fälschung, zu behaupten, die Chartistenbewegung sei an dem Gesetzes- und Ordnungssinn des englischen Volks gescheitert und „kläglich zu Boden gefallen, als sie zum Aufruhr überzugehn drohte."

Beweis der Fälschung: Die erste beste Geschichte des Chartismus. Daraus ist zu ersehn, daß die chartistische Bewegung nicht an dem Gesetzes- und Ordnungssinn des englischen Volks, nicht an seiner Abneigung vor „Aufruhr" gescheitert ist, sondern an der Abwesenheit eines festen Ziels, eines klaren Plans, einer Organisation und — der Thatkraft. Das englische Volk, wir meinen natürlich das arbeitende Volk, wandte sich von dem Chartismus ab, als es einsah, daß er ihm nicht den richtigen Weg zur Befreiung vorzeichnete.

Nach dem „Aufruhr" von Frost und Genossen blühte der Chartismus noch Jahre lang; und hätten die ausschlaggebenden chartistischen Führer 1848 Muth gehabt — wie der brave Ernest Jones ihn hatte — das englische Volk wäre unter der Fahne des Chartismus ins Parlament eingedrungen. Nun — was damals versäumt ward, wird „in anderer Form" bei anderer Gelegenheit nachgeholt werden.

3) Es ist eine Fälschung, zu behaupten, daß bei den Tradesunions „im Verlauf ihrer Wirksamkeit eine Läuterung, Kräftigung und Verbesserung erkennbar sei."

Beweis der Fälschung: Die Spalten des Centralorgans der englischen Gewerkvereine, der „Industrial Review", die offen eingesteht, daß die Tradesunions durch die zahlreichen und schweren Niederlagen, die sie in den letzten Jahren erlitten, arg erschüttert und geschwächt worden sind, und daß nur eine internationale Organisation den Sieg im Kampfe mit dem Kapital sichern kann. Auf Verlangen stellen wir Herrn Lammers die betreffenden Nummern der „Industrial Review" zu. — Was speziell die „Läuterung" anbelangt, so ist es notorisch, daß ein namhafter Theil der Gewerkschaftsführer im Solde der liberalen Bourgeoisie ist, und dieser dafür nicht blos auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet (z. B. gegenwärtig in der Bourgeoisagitation gegen die Orientpolitik Disraeli's) Hand- und Spanndienste leistet.

4) Es ist eine Fälschung, zu behaupten, „allmählig habe sich der Gegensatz der Tradesunions zu den Unternehmern gemildert."

Beweis der Fälschung. Jede Nummer und jede Spalte — fast möchten wir sagen jede Zeile des schon genannten englischen Centralgewerkschaftsorgans! Spezielle Beweise: Die Riesenstrikes der letzten Jahre: Südwales (Kohlenarbeiter), Am Clyde (Schiffsbauer), der Londoner Steinhauerstrike, der jetzt tobende „große Strike in Lancashire". Solche gewaltige, dem Blödesten in die Augen fallende facts (Thatsachen) kann Herr Lammers nicht übersehen haben — er kennt sie so gut wie wir sie kennen, und — fälscht in majorem dei gloriam, zum größeren Ruhme des Gottes Mammon, welcher da angebetet wird von der zahlungsfähigen, ihre Leibjournalisten gut honorirenden Bourgeoisie. Bei kleineren Entstellungen und Fälschungen halten wir uns nicht auf.

Was Herr Lammers am Schluß noch von dem „Wege der Gewalt und des Umsturzes" faselt, richtet sich offenbar gegen die Sozialdemokratie und beweist, daß Herr Lammers sich auf noch etwas anderes versteht als auf's Fälschen und Verfälschen: nämlich auf's Denunziren.

Congreß der Nichtwahlberechtigten in Ungarn.

Budapest, 25. April.

Jetzt, nachdem der Congreß, dessen Sie ja schon in Kürze Erwähnung gethan, vorüber, lassen Sie mich noch in etlichen Zeilen auf seine Vorgeschichte und auf seinen ferneren Verlauf zurückkommen. Dem Ministerium des Innern war Seitens der hiesigen Genossen schon Anfang Februar die Mittheilung zugegangen, daß sie einen Congreß der Nichtwahlberechtigten Ungarns abzuhalten gedächten. Der Gewohnheit getreu, alles möglichst schnell zu erledigen, erhielten die Einberufer des Congresses in der That schon am 16. April die Antwort, daß der Congreß nicht stattfinden dürfte. Der zu Händen des Dr. Czillag gelangte Entscheid lautet folgendermaßen:

„Auf Grund der Verordnung des Ministers des Innern vom 8. April l. J. kann der am 14. Februar l. J. an das Minister-Präsidium gerichteten Zuschrift wegen Abhaltung eines am 21. und 22. April stattzufindenden Congresses der Nichtwahlberechtigten nicht Folge gegeben werden, da der abzuhaltende Congreß eigentlich eine Volksversammlung ist, und da laut der Verordnung des Ministers des Innern vom 6. April bestimmt wird:

1. daß die Volksversammlungen durch 6—10 bekannte hier domicilirende ehrenhafte Bürger, von deren Vertrauenswürdigkeit die Behörde überzeugt ist, einberufen werden muß, so daß die Behörde sodann die Versammlung auf eigene Verantwortung abhalten lassen kann.
2. Wenn die Einberufer sich schriftlich verpflichten, nicht nur für die Volksversammlung selbst, sondern auch für durch dieselbe zu entstehenden Ausschreitungen und nachträgliche Schäden die volle Verantwortlichkeit zu übernehmen.

Da diese Erfordernisse nicht eingehalten wurden, wird hiermit die Abhaltung des Congresses resp. der Volksversammlung verboten.

Die Gesuchsteller werden hiervon schriftlich noch mit dem Bemerken verständigt, daß auch die von Dr. Czillag gemachte Anzeige bezüglich des Lokals zur Abhaltung des in Aussicht gehabten Congresses hiermit erledigt ist.

Theiß, Oberstadthauptmann."

Ich will das Vorgehen des „weisen" Oberstadthauptmanns nicht weiter kritisiren und nur bemerken, daß dem „Wunsche" entsprochen wurde und 10 Bürger ihre Unterschriften hergaben, worauf der Congreß denn auch von Seite des Ministers des Innern bewilligt wurde.

Um das „Grand Hotel Hungaria", wo der Congreß abgehalten wurde, wogte schon am frühen Morgen des ersten Osterfeiertags eine große Menschenmenge, die Betheiligung an dem Congresse selber war eine rege. Da wegen „Gottesdienst" der Congreß Vormittags nicht tagen durfte, wurde derselbe Nachmittags um ½2 Uhr durch den Einberufer Dr. Czillag mit einer Ansprache eröffnet. Sodann erfolgte die Abgabe der Mandate und die Wahl des Büreaus. In dasselbe wurden gewählt: Dr. Czillag, Frankl, Ihrlinger (Budapester Delegirte) und Szabo (Erlau) als Vorsitzende; Karzander, Kürschner (Budapest), Czorda (Komorn) ungarische, Szimendl, Korn, Krizsala (Budapest) deutsche Schriftführer. In die Mandatsprüfungscommission wurden gewählt: Eszl, Farkas, Schnetzler (Budapest), Riß (Komorn), Helm (Hermannstadt), Baß (Kaschau).

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungscommission waren 106 Delegirte mit 144 Mandaten angemeldet. Entschuldigt waren 5 Delegirte.

Bei Eröffnung der Verhandlungen stellt der Stadthauptmann-Laikay das Verlangen, daß die Redner sich streng an die Tagesordnung halten sollten, die folgendermaßen lautete: 1) Das allgemeine Wahlrecht. 2) Wege und Mittel zur Erreichung desselben. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprachen Kürschner (ungarisch), Leo Frankl (deutsch). Die Vorträge beider Redner wurden mit lebhaftem und lang andauerndem Beifall begrüßt. Sodann folgte als Redner Dr. Czillag, dessen Ausführungen sich ebenfalls des ungetheiltesten Beifalls erfreuten. Nachdem sodann noch verschiedene Zustimmungstelegramme verlesen worden waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Am zweiten Osterfeiertage wurde die Sitzung um 9 Uhr Vormittags eröffnet. Ueber die Verhandlungen selber will ich, um den Raum Ihres Blattes nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, Ihnen nichts Spezielles berichten; dagegen drucken Sie wohl das nachstehende Manifest, welches an diesem Tage zum Vortrag und zur Annahme gelangte, in seinem ganzen Umfange ab. Das Manifest, welches die Gründe auseinandersetzt, warum den Ungarn das allgemeine Wahlrecht vorenthalten wird, und das in beredter Sprache die ungarische Nation auffordert, sich dem Streben nach Erlangung desselben anzuschließen, lautet folgendermaßen:

„Noch ist die Stunde nicht abgelaufen, mit der die gegenwärtigen Reichstagsabgeordneten ihre Thätigkeit einzustellen haben und schon hören wir das Brausen einer neuen Wahlcampagne an unser Ohr schlagen. Alle Parteien rüsten sich bereits zum neuen Kampfe, in welchem es entschieden werden soll, welchen Händen das Wohl und Wehe des Landes für die nächsten drei Jahre anvertraut werden soll.

In diesem Kampfe, in welchem sich alle Parteien auf's Heftigste befehden, wird es keine einzige Partei geben, die einzig und allein von dem Wunsche beseelt wird, allen Gliedern des Gesammtstaates die größtmöglichste Summe von Freiheit, geistigem und culturellen Wohlstand zu sichern; denn das eigentliche, Alles erzeugende, werkthätige Volk — es ist nicht wahlberechtigt.

Das erste und heiligste Bürgerrecht: das Wahlrecht, das selbst dem im Reichthum geborenen Taugenichts, jedem im Ueberfluß schwimmenden Prasser, dem mit materiellen Gütern gesegneten Einfaltspinsel gewährt wird, das Recht, das selbst dem aus dem Zuchthause entlassenen, aber in wohlhabenden Verhältnissen lebenden, ja jedem auf die unsittlichste Weise, selbst durch die Prostitution zu Besitz gelangtem Individuum nicht entzogen wird: dieses Recht, das wenn es schon ein Vorrecht bilden sollte, denjenigen Staatsangehörigen zufallen müßte, die sich durch Ehrlichkeit, Fleiß und Intelligenz, durch Tugend und Talente auszeichnen, dieses Recht wird dem ehrlichsten, fleißigsten und intelligentesten Manne entzogen, wenn er arm ist, arm, ohne sein Verschulden, arm durch die sozialen Verhältnisse, die er nicht geschaffen, die er vorgefunden, und die abzuändern sich die besitzende Klasse allein angemaßt hat.

Die Reichen werden stets ihre Macht benützen, um ihre wirthschaftlichen Privilegien, die Mächtigen ihren Reichthum, um ihre politischen Privilegien aufrecht zu erhalten und so die arme rechtlose Masse des Volkes in steter politischer und wirthschaftlicher Abhängigkeit erhalten.

Ist es da ein Wunder, daß sie das genossenschaftliche Arbeitssystem für Agricultur, Industrie und Verkehr, das allen Produzenten, allen daran Betheiligten den ihnen rechtlich gebührenden Antheil am Arbeitsertrag sichert, bekämpfen und für die Beibehaltung des Lohnsystems plädiren, welches der großen Masse der Produzenten nur einen kümmerlichen Lebensunterhalt gewährt? daß sie keine Gesetze schaffen, welche die Arbeitgeber

haftbar machen für alle Unglücksfälle, welche den Arbeiter durch die Nachlässigkeit seines Arbeitgebers treffen? daß sie anstatt einer einzigen progressiven Einkommensteuer, die das arme Volk am meisten belastenden Verzehrungssteuern aufrecht erhalten? daß sie in dem, einen ansehnlichen Theil der Steuern verschlingenden stehenden Heer einen nothwendigen Bestandtheil ihrer Macht erblicken und sich gegen die Einführung der Volkswehr sträuben? daß sie die Religion, die Allen lehrt, in Demuth jedes ihnen zugefügte Unrecht zu ertragen, zu einer Staatsaffaire machen und Jeden zwingen, sich zu einer vom Staate anerkannten Religion zu bekennen? daß sie nicht gewillt sind, der gesammten Jugend einen auf wissenschaftlicher Basis beruhenden Unterricht zu sichern und den unentgeltlichen Besuch aller Bildungsanstalten zum Gesetze zu erheben?

Ist es da endlich ein Wunder, daß sie den Wahlcensus nicht aufheben und so der von allem materiellen Besitz enterbten Masse des Volkes das Recht rauben, durch Männer, die aus ihrer Mitte hervorgegangen sind, auf die Verfassung sowohl, wie auf die Gesetzgebung, sowie auf die Verwaltung in Staat und Gemeinde Einfluß zu nehmen? . . .

Was sind die Folgen einer solchen, nur einseitige Interessen vertretenden Herrschaft, was die Folgen der zu Gunsten der Machthaber geschaffenen staatlichen und communalen Einrichtungen? In einem von Natur aus reichen Lande lebend, ist dem überwiegend großen Theil der Bevölkerung nichts als anstrengende Arbeit, oder gänzliche Arbeitslosigkeit mit ihrem traurigen Gefolge beschieden.

Und doch ist es die werkthätige, vom Wahlrechte ausgeschlossene Bevölkerung, die die Stütze des Staates bildet. Ohne sie gäbe es keine Agricultur und keine Industrie, keinen Handel und keinen Verkehr, sie ist der schaffende Theil im Staate, während die herrschende Klasse nur zumeist aus Consumenten besteht, die von der Thätigkeit Anderer lebt.

Diese Klasse, sie mag sich nun oft gegenseitig unter sich bekämpfen, wo es aber gilt, ihre politischen und wirthschaftlichen Privilegien zu befestigen, da wird sie stets bereit sein, jeden Parteihader fahren zu lassen, um das gegen die Burgen der Privilegien anstürmende rechtlose Volk zurückzustoßen und niederzuschmettern.

Nun fragt es sich aber, ob das ungarische Volk, das immer bereit war, sein Gut, sein Blut, sein Alles in die Schanze zu schlagen, wenn es galt, das Land von der Despotie eines Einzelnen zu befreien, ob es Willens ist, sich dem Despotismus einer Klasse zu fügen, oder ob es sich endlich aufraffen wird, um gleiches Recht für Alle zu fordern und für sein freies Selbstbestimmungsrecht einzutreten?

O, schlafender Riese, du Volk, wache auf und erkenne deine Macht! Erkenne, daß du es bist, der die Aecker bebaut, die Felder, Wiesen und Weingärten bestellt, daß du es bist, der da hämmert und hobelt, mäht und spinnt, daß du es bist, der ihnen ein schirmendes Dach errichtet, erkenne es, daß deine Thätigkeit es ist, die den Staat erhält, der zusammenbricht, wenn du einmal satt wirst, den blos Pflichten tragenden Theil desselben zu bilden.

Erkenne deine Macht und fordere dein Recht! Dein Recht der Theilnahme an der Herrschaft im Staat und in der Gemeinde — das allgemeine Wahlrecht.

Diese Forderung, die selbst dem Geiste unserer Verfassung entspricht, welche alle Mitglieder des ungarischen Staates für gleichberechtigt erklärt, sie ist keine Rechtsfrage mehr, sie ist nur eine Frage der Macht!

Wir haben das Recht, trachten wir nun auch, die Macht zu erlangen, die unsere Forderung zum Siege führt. Auf denn zum Kampfe, zum Kampfe um die Gleichberechtigung, zum Kampfe um die Menschwerdung.

Es lebe das allgemeine Wahlrecht!"

Die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht wäre also in Fluß gebracht. Wir sind überzeugt, daß diese Bewegung mehr und mehr anschwellen und schließlich die ungarische Regierung zwingen wird, den Wünschen des Volkes gerecht zu werden. Zwar wissen auch wir, daß das allgemeine Wahlrecht außer Stande ist, die berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes voll und ganz zur Geltung zu bringen; aber immerhin ist es ein probates Mittel zum Zweck. Und darum wird die ungarländische Arbeiterbewegung für die nächste Zukunft ihre ganze Kraft auf die Erlangung des allgemeinen Wahlrechts zu verlegen haben. Nochmals also: „Es lebe das allgemeine Wahlrecht!"

Sozialpolitische Uebersicht.

— Während von der diplomatischen Aktion in der Orientfrage kaum mehr etwas verlautet, tritt die militärische Aktion immer mehr in den Vordergrund. Der Aufstand in Rumelien hat Dimensionen angenommen, daß die russische Armee südlich des Balkan ernstlich bedroht ist; die Zahl der Aufständischen wird auf 60,000 angegeben, und es hat etwas ungemein Komisches, daß das russische Militärcommando Tag für Tag aufs Dringendste von der türkischen Regierung verlangt, sie solle die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen veranlassen und — Varna, Schumla und Batum sofort ausliefern. Natürlich wird die Türkei sich beeilen.

— Der Weg zum Weltbankerott. Unter vorstehender Ueberschrift bringt der demokratische „Nürnberger Anzeiger" einen Artikel, dem wir nachfolgenden Absatz entnehmen:

„Nun tritt aber mit furchtbarer Deutlichkeit zu Tage, daß alle diese Riesensummen als nutzlose Verschwendung zu betrachten sind. Der Militarismus ruinirt die Welt, er vermag sie nicht zu schützen; in ruhigen Zeiten erdrückt er die Völker, und im Augenblicke des Sturmes vermehrt er nur die allgemeine Gefahr. Man studire das trostlose Schauspiel, das sich jetzt vor unseren Augen entfaltet: Millionen Menschen schwanken zwischen Angst und Hoffnung, sie werden jede Stunde von einer anderen Nachricht gefoltert, und die große Frage, ob Krieg, ob Frieden, nagt wie ein zehrendes Fieber an dem öffentlichen Organismus. Dieser unerträgliche Zustand aber lastet bereits seit Jahren auf dem Zeitgeschlechte. Alle Arbeit ist gehemmt, alle Unternehmungen, die auf Ruhe und Prosperität basiren, sind zum Stocken verurtheilt, und der Wohlstand der meisten Länder vermindert sich in furchtbarer Progression. Längst hätte Europa spielend die Folgen der wirthschaftlichen Krise überwunden, wenn die politische Krise diese Krankheit nicht in der unheilvollsten Weise complizirt hätte, und der hungrige Arbeiter kann heute seine Noth nicht mehr den Sünden des „Börsenschwindels" zuschreiben, er kann nur die Diplomatie dafür verantwortlich machen. Wahrlich, die schärfsten Ausdrücke sind nicht stark genug, um deren Treiben nach Gebühr zu würdigen. Gewisse Geschäfts-Compagnien in den Abruzzen behandeln sich wenigstens untereinander nach den Geboten der Ehrlichkeit, die Lenker der europäischen Geschicke aber sind weit entfernt, sich gegenseitig mit demselben Vertrauen zu beehren, und sie wissen ganz wohl warum: die Herren kennen sich!"

Wir sind ja im Allgemeinen mit den Ausführungen des demokratischen Blattes einverstanden; doch zeigt sich bei demselben, neben politischem Verständniß, eine völlige Unkenntniß der ökonomischen Verhältnisse. Als ob die Arbeiter jemals ihre Noth lediglich den Sünden des „Börsenschwindels" zugeschrieben hätten, als ob die Diplomatie dieser Noth jemals ein Ende machen könnte? Wunderbare Naivetät! Soll man es immer und immer wiederholen, selbst Blättern, die uns politisch nahe stehen, daß die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital die Noth unter der großen Majorität des Volks, unter der Arbeiterklasse, erzeugt und zu einer dauernden macht, und daß lediglich die Verwandlung des Privatkapitals in Gemeingut dieser Noth ein Ende machen kann. — Militarismus, eine traurige, volksfeindliche Diplomatie schädigen ja nebenbei auch die allgemeine Volkswohlfahrt, aber der größte Sünder ist und bleibt die egoistische Privatproduktion, die ja, irren wir nicht, auch der „Nürnberger Anzeiger" unter seinen ganz besondern Schutz nimmt.

— Die Zeitungen berichteten:

„Der sozialistische „Vorwärts" hatte in einer Notiz vom 3. Februar behauptet, daß von Preußen, trotz des großen Nothstandes 700,000 Mausergewehre im Werthe von 20 Millionen Mark in England bestellt seien. Um diese Nachricht auf ihren Werth zu prüfen, wandte sich ein Casseler an das preußische Kriegsministerium und erhielt laut Mittheilung der „Dresdener Zeitung" folgende Antwort:

„Berlin, 5. April 1878. Auf das an des Herrn Kriegsministers Excellenz gerichtete Schreiben vom 27. März d. J. erwidert die unterzeichnete Abtheilung, daß die in Nr. 14 des „Vorwärts" aufgestellte Behauptung, es sei im Abgeordnetenhause constatirt worden, daß seitens der Militärverwaltung 700,000 Gewehre in England bestellt worden seien, nicht zutrifft. Zwar sind in den Jahren 1873—1875 Gewehre aus England bezogen worden, jedoch nur 88,000 Stück, also etwa der achte Theil der im „Vorwärts" angegebenen Zahl, und geschah der Bezug nur, weil die inländischen Fabriken, einschließlich derjenigen zu Suhl, zu jener Zeit mit Aufträgen überhäuft und daher nicht im Stande waren, die bestellten Waffen rechtzeitig zu liefern. Seit Ende 1876 haben alle Gewehrlieferungen durch Privatfabriken, auch im Inlande, aufgehört und wird der Bedarf ausschließlich durch die Staatsfabriken gedeckt. Kriegsministerium, Allgemeines Kriegsdepartement."

Darauf haben wir zu erklären, daß das Kriegsministerium es bequemer gehabt hätte, den Irrthum längst zu berichtigen und zwar im — preußischen Abgeordnetenhaus, wo es der Abg. Berger war, der die obigen Thatsachen veröffentlichte. Im Uebrigen hätte unseres Erachtens das Kriegsministerium auch die 88,000 Gewehre noch in Deutschland anfertigen lassen können, da deren Beschaffung schwerlich so sehr pressirte.

— Staatsanwalt Tessendorf zu Berlin. Zu den vielen Ruhmeskränzen, die sich dieser merkwürdige Vertreter der modernen Staatsgewalt selbst geflochten hat, schließt sich ein neuer, ganz absonderlicher um die Denkerstirn des Herrn Tessendorf. In der am 30. April stattgehabten Criminalverhandlung wider unseren Genossen Most vor der 6. Deputation des Berliner Stadtgerichts (s. Bericht unter „Correspondenzen") wegen Religionsschmähung hielt Herr Tessendorf nämlich eine Rede, deren Anfang nach der „Magdeburgischen Zeitung" wörtlich folgendermaßen lautete:

„Meinem Plaidoyer habe ich einige einleitende Bemerkungen vorauszuschicken. Dieser Prozeß hat, wie nicht anders zu erwarten war, die sozialistische Presse vielfach beschäftigt. In der „Berliner Freien Presse" vom 10. April c. war eine anscheinend vom Angeklagten herrührende Notiz enthalten, nach der nur deshalb von einem Antrag auf Sistirung des Verfahrens gegen den Angeklagten im Reichstage Abstand genommen worden ist, weil mit Sicherheit auf Freisprechung zu rechnen sei. Dieser löblichen Absicht, eine schnelle Justiz zu schaffen, lag aber sicher nicht die Hoffnung auf Freisprechung, sondern die Befürchtung als Motiv unter, daß ein Sistirungsantrag im Reichstage unliebsame Debatten für die sozialdemokratische Partei hervorgerufen haben würde, denn die Rede des Angeklagten habe in allen Kreisen die allgemeinste Entrüstung hervorgerufen, welcher die Abgeordneten alsdann Ausdruck gegeben haben würden. Dann habe man in der sozialen Presse der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß dieser Prozeß nicht vor der 7., sondern vor der 6. Deputation verhandelt werde. Damit habe man die Behörde verdächtigen resp. constatiren wollen, daß ein Spezialgerichtshof geschaffen sei. Vergehen gegen die Religion gehören aber ressortmäßig vor die sechste Deputation, nur wenn sie durch die Presse begangen sind, gehören sie vor die siebente. Ich könnte auch über den Fall Dentler sprechen, der vielfach ausgebeutet wird, ich will aber lieber schweigen. Dann beschäftigt sich diese Presse vielfach mit meiner Person und der des Direktors Reich, und es scheine angebeutet zu werden, als ob gegen uns einmal ein Attentat verübt werden könne. Ich bin auch schon vielfach mit Trepow identifizirt worden, vielleicht übernimmt die Präsidentin Stägemann oder Hahn die Rolle der Wjera Sassulitsch!"

Daß Tessendorf nicht weiß, daß Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Reichstagsabgeordnete im deutschen Reichstag immer ohne Debatte angenommen werden, ist natürlich seine Sache; doch sollte er als ernsthafte Person — so will er doch genommen sein — wissen, daß der sozialdemokratischen Partei derartige Debatten im Reichstage nur erwünscht, den anderen Parteien aber höchst fatal sein würden. — „Ich könnte auch über den Fall Dentler sprechen, ich will aber lieber schweigen" — wie rührend-naiv das klingt und wie selbstanklägerisch. — Wenn sich nun noch Herr Tessendorf nicht scheut, selbst auszusprechen, daß er mit Herrn Trepow, diesem Muster der Unmoralität und Schlechtigkeit, „identifizirt" werde, so ist das wieder seine Sache; doch nur die Herzensangst, erschossen zu werden, verkriecht sich wohl hinter derartigen ungeschickten Aeußerungen, gerade so, wie die Kinder im Dunkeln am lautesten singen, wenn sie sich am meisten fürchten. Ob aber die Frauen Stägemann und Hahn, die sich durch den Vergleich mit der tapfern und braven Wjera Sassulitsch im Grunde genommen geschmeichelt fühlen können, diese indirekte Aufforderung des Herrn Staatsanwalts Tessendorf, ihn zu erschießen, nicht ernst nehmen werden, das können wir natürlich nicht wissen. Auch dies ist wiederum lediglich Sache des Herrn Tessendorf, der schließlich noch der Verleitung zum Morde von einem seiner Collegen nebenbei angeklagt werden kann.

Wir sind im Allgemeinen recht muthige Leute, doch offen sei es gesagt: „In der Haut des Herrn Tessendorf möchten wir nicht stecken, und ganz besonders geben wir für seinen „Kopf" keinen Deut!"

— Parteigenosse Brätter (Abgeordneter zum Geraer Landtage) hat an das fürstlich geraer Ministerium eine Interpellation gerichtet über die Behandlung der politischen Gefangenen in der Strafanstalt Ichtershausen. Die Gründe, welche Brätter zu der Interpellation veranlaßten, sind kurz folgende: Dem

Das Testament Raspail's.

Der vor einigen Monaten verstorbene Volksmann hat folgenden „letzten Willen" erlassen:

Am 24. Februar 1867 habe ich mein 73. Lebensjahr vollendet. Nach dem weisen Solon hätte ich mich schon vor drei Jahren anschicken sollen, zu thun, was ich jetzt thue, und wenn ich an alle Wechselfälle denke, die seit 1815 mein armes Dasein heimgesucht haben, so hätte ich mich schon vor langer Zeit daran machen sollen. Heute, den 1. Juni 1867, sehe ich mehr als je die Dringlichkeit eines solchen Entschlusses ein; mein armes Vaterland läßt einen allzuweiten Spielraum jenen Leuten, denen ich hienieden im Wege und deren Plänen ich durch meine freidenkerische Lehre hinderlich bin. Ich entwerfe meinen letzten Willen im Vollbesitz meiner physischen und geistigen Kräfte, ohne Haß, ohne Reue und lediglich zu dem Zwecke, über das Grab hinaus einen Akt der Gerechtigkeit zu vollbringen. Mein Leben ist durch Andere vielfach gequält worden; was mich betrifft, so glaube ich es gut ausgefüllt zu haben; ich erinnere mich weniger Tage, die ich aus meinem Gedächtniß auslöschen möchte. Außer einigen leichten und kurzen Kindereien meiner Jugendzeit habe ich wenige Handlungen zu bereuen. Ich habe Niemand Schaden zugefügt und viele Undankbare sind durch mich reich geworden. Arglistige Menschen haben mich oft um mein Eigenthum gebracht, sie waren vielleicht nicht so strafbar, wie Jene, von denen sie sich in Bewegung setzen und belohnen ließen. Was haben sie dadurch gewonnen, daß sie mir Leiden und Entbehrungen auferlegten, während sie auf meine Kosten in Ueberfluß schwammen? Die Meisten sind vor mir und im Unglück tiefer gefallen, als ich. Die Meinungen, zu denen ich mich heute bekenne, rühren aus der Zeit her, da ich mit meiner ersten Erziehung brach und mir vornahm, nichts blindlings auf das Wort Anderer für wahr zu halten und nichts als Glauben zur Schau zu tragen, was ich nicht zu beweisen im Stande wäre. Seit jener mit meinem Austritt aus der Schule zusammenfallenden Zeit haben meine Handlungen niemals meinen Ueberzeugungen widersprochen und keine der bestehenden Religionen hat von mir das geringste Zeichen der Zustimmung erlangt. Meine Familie ist in meinen Grundsätzen erzogen worden und Gott weiß, was sie darum zu erdulden hatte; ich hoffe, daß sie Allen gegenüber und wider Alle standhaft bleibt und daß in ihrem Schooße kein anderer Wahlspruch aufkommen wird, als: „Gott und die Menschheit." Wenn das Unglück wollte, daß ich in meiner Todesstunde einsam und verlassen daläge und die Augenzeugen meiner letzten Leiden mir die leiseste Aeußerung zuschrieben, welche wie ein Widerruf meiner früheren, der Ueberzeugungen eines langen Lebens klänge, so bitte ich Euch, solche Angaben als Mißverständnisse, als ein Qui-pro-quo des Todeskampfes, den lapsus einer sterbenden Zunge oder als boshafte und teuflische Unterstellungen zurückzuweisen. Ich habe nichts dergleichen zu befürchten, wenn ich in den Armen meiner Kinder sterbe. So viel zur Beruhigung meines Gewissens; jetzt gehe ich zu meinen letztwilligen Verfügungen über:

Ich wünsche und empfehle ausdrücklich die größte Einfachheit bei meinem Leichenbegängniß; mein Platz ist bereit in der Familiengruft, wo die Mutter meiner Kinder ruht. Jede gottesdienstliche Handlung soll von meiner Bestattung und dem Grabgeleite ausgeschlossen sein. Meine Religion ist nicht eine geschlossene Gesellschaft, sie ist weit wie das Weltall; ihr Tempel ist ohne Schranken, ihr Gesetz das Gewissen; das Leben ist eine ihrer zahllosen Kundgebungen, der Tod eine ihrer Verwandlungen. Ich empfehle meinen Kindern die Resignation und die Eintracht, die Würde im Betragen, die Treue gegen die Grundsätze, in denen sie auferzogen worden sind. Mögen sie fest zusammenhalten und im Unglück einander beistehen! Ich vertraue meiner Tochter Marie Apolline Raspail die Verwahrung meiner Papiere an, sowie die oberste Aufsicht über die Verwendung meiner Manuscripte und die Veröffentlichung meiner Werke, über welche sie jedoch nur im Einvernehmen mit ihren Brüdern, gestützt auf Stimmenmehrheit, verfügen wird. Meine Tochter Marie Apolline Raspail hat sich seit ihrer Kindheit ihrem Vater mit einer so selbstlosen und herrlichen Hingebung angeschlossen, wie unsere Geschichte schwerlich ein ähnliches Beispiel aufzuweisen hat. Während ihrer Schulzeit hat sie lieber gelitten, als die Ueberzeugungen ihres Vaters verleugnet. Seit dem Tode ihrer Mutter ist sie mir überall gefolgt, wohin der Wind der Verfolgung mich verschlug, in's Gefängniß, in die Verbannung, in meine Einsamkeit, und in diesen verschiedensten Lagen ist sie mein süßester und reinster Trost gewesen, immer nur für die Interessen ihrer Brüder und nie für ihre eigenen besorgt. Sie hätte mit allen ihren Talenten glänzen können und hat der kindlichen Liebe Alles geopfert.*) Mögen meine Kinder sich nicht zum Luxus verleiten und mit Vermeidung jeder Coterie und Intrigue in keine andere Partei, als die des friedlichen und allgemeinen Fortschritts hineinziehen lassen; mögen sie Alles von der Arbeit und nichts von irgendwelcher Gunst erwarten; mögen sie glücklicher, aber ebenso redlich sein, wie ich gewesen bin! Jetzt mag der Tod nach den Gesetzen der Natur an mich herantreten; ich erwarte ihn ohne Sehnsucht und ohne Furcht. Nur wolle mich der Himmel vor dem Gift meiner Feinde bewahren; das Gift raubt dem Tode die Würde des letzten Abschieds.

Ich schließe diese letztwillige Verfügung den ersten Juni eintausendachthundertsiebenundsechszig in meiner Wohnung zu Cachau-Arcueil, Rue des Deux-Paris 4, und unterzeichne sie

F. V. Raspail.

*) Marie Apolline Raspail starb vor ihrem Vater, im Jahre 1876, an den Folgen einer Brustkrankheit, welche sie sich im Gefängniß zugezogen, das sie mit dem einundachtzigjährigen Greis zu theilen die Erlaubniß erhalten hatte.

Die Bankrotte in England und Amerika.

Im Vereinigten Königreiche von Großbrittanien waren die Bankrotte im letztverflossenen Jahre zahlreicher als in irgend einem der gegenwärtigen Geschäftsperiode, denn ihre Zahl stieg auf:

	2170	im	Jahre	1877
gegen	2065	„	„	1876,
„	1736	„	„	1875,
„	1751	„	„	1874,
und	1745	„	„	1873.

Das stärkste Contingent stellte (mit 280 Fällen) die Eisen- und Maschinenbranche. Auffallend gestiegen ist übrigens die

früheren verantwortlichen Redakteur der „Thüringer Freien Presse", Leuschke, wurden in der gedachten Strafanstalt bei Antritt einer längeren Haft Haare und Bart geschoren, wie das bei den Verbrechern üblich ist, auch wurde derselbe in Sträflingskleider gesteckt, und selbst beliebige Lektüre wurde ihm verweigert; ferner war Leuschke untersagt, von ihn besuchenden Freunden mitgebrachte Speisen anzunehmen. Gegenüber einer solchen jeder Menschenwürde Hohn sprechenden Behandlung Leuschke's will Brätter von dem Geraer Ministerium wissen, ob ein solches Verfahren die Hausordnung von Ichtershausen vorschreibt, oder ob dasselbe in das Belieben des Direktors gestellt sei. Wir sind begierig, wie das fürstlich geraer Ministerium die Interpellation beantwortet und werden nicht unterlassen, seiner Zeit über die ministeriellen Auslassungen Mittheilung zu machen.

— Ekelhafte Bauchrutscherei. Jedenfalls um den Besitzern und Beamten des Borsig'schen Etablissements in Berlin zu schmeicheln und um Abonnenten, die der „Berliner Volkszeitung" so noth thun, als das liebe Brod, zu erwerben, verübt das genannte Blatt eine geradezu scandalöse Notiz, die wir hier wörtlich zum Abdruck bringen:

„Aus dem Leben des jüngst verstorbenen Geheimen Commerzienrath Borsig wird uns von ihm nahestehender Seite folgender Zug seiner wahren Herzensgüte mitgetheilt, die so recht beweist, wie schwer ihm ein fortgesetztes Zürnen gegen seine Arbeiter wurde, auch wenn er den gerechtesten Grund dazu hatte. Eines Vormittags war Herr Borsig, zurückgekehrt von seinem täglichen Spazierritte, wie gewöhnlich durch das „Werk" — die an seine Wohnung in Moabit angrenzende Maschinenbauanstalt — gegangen und hatte hier auf dem Hofe einen seiner ihm den Aeußeren nach bekannten Arbeitskutscher bemerkt, der sich schleunigst im total betrunkenen Zustande nach einem Stalle rückwärts concentrirte, weil ihm die Anwesenheit des Geheimen Raths zu Ohren gekommen war. Ergrimmt folgte ihm Borsig sofort, hörte aber, als er im Stalle nach dem Betrunkenen fragte, von fünf anwesenden Kutschern: „Hier ist Keiner betrunken." — „Der Kerl ist aber hier hineingegangen, wo hat er sich verkrochen?" — Man lächelte und schwieg, bis auf nochmaliges energisches Fragen der völlig betrunkene Kutscher F. hervortrat und schwankend und torkelnd auf den Geh. Rath zusteuerte. „Wer ist denn Ihr Kerrel? Ich bin doch nicht besoffen! Sie sind wohl . . ." „Er scheert sich sofort aus meinem Dienste und vom Hofe, ich will bei meinen Pferden keinen Trunkenbold", herrschte ihn B. an und wandte sich zum Gehen. F. aber gerieth in zügellose Wuth und vergriff sich thätlich an seinem Herrn, so daß es diesem — die andern Kutscher sahen ruhig und harmlos lächelnd zu, als ob sie die ganze Sache Nichts anginge — schwer wurde, den Trunkenen abzuschütteln, worauf er nach dem Comptoir ging, um dort die sofortige Entlassung sämmtlicher zugegen gewesenen Kutscher anzuordnen. F. aber folgte unter lautem Schimpfen und Toben, — es war jetzt gerade zwölf Uhr, die Arbeiter verließen zum Theil ihre Werkstätten, und viele Frauen brachten ihren Männern das Mittagessen — in das Comptoir und mußte endlich, da mehrmalige Aufforderungen, den Hof zu verlassen, nichts halfen, mit Gewalt entfernt werden. Die Kutscher wurden demnächst insgesammt entlassen und Borsig's Privatsekretär mußte einem Staatsanwalt Anzeige machen und die Anklage wegen schwerer Beleidigung und Hausfriedensbruchs wurde gegen F. erhoben. Nach wenigen Tagen aber schon hatten die Frauen jener Kutscher durch ihr Bitten die Wiedereinstellung ihrer Männer durchgesetzt, und ohne besondere Veranlassung beauftragte B. seinen Sekretär, die Anklage gegen F. zurückzunehmen. „Der verfl . . . . Kerl hat jetzt Angst genug ausgestanden, mag er laufen. Aber hier kriegt er keine Arbeit mehr, er mag sich „in der Stadt melden."

„Herr schütze mich vor meinen Freunden", würde der verstorbene Borsig ausrufen, wenn er diese Notiz lesen könnte. Borsig wird ja in derselben als ein auffällig roher Patron geschildert und es sollte uns nicht wundern, wenn seine Anverwandten gegen die „Volkszeitung" Strafantrag auf Beleidigung eines Todten stellten. Der „ergrimmte" Borsig „herrschte ihn an", redete vom „verfluchten Kerl" — schöner Anstand und schöne Herzensgüte das. Wir wollen den betrunkenen Kutscher nicht in Schutz nehmen, daß er betrunken war, aber die grobe Ansprache Borsig's: „Der Kerl ꝛc. ꝛc." verdiente eine Züchtigung. Die fünf Kutscher hatten völlig recht, wenn sie schweigsam zuschauten, der „Kerl" mußte auch sie verletzen. Wo lag denn nur die „wahre Herzensgüte"? Daß Borsig fünf unschuldige Arbeiter fortjagte, und die Unschuldigen auf Bitten ihrer Frauen wieder annahm? Daß er einen trunkenen Arbeiter „Kerl" schimpfte, ihn sofort wie einen Hund wegjagte und als dieser Hrn. Borsig auf den „Kerl" ganz in der Ordnung bediente, den Staatsanwalt anrief und die Klage zurücknahm als er merkte, daß der „verfluchte Kerl" doch genugsam schon durch die Entlassung bestraft worden sei? „Volkszeitung!" Pfui, schäme dich deines Namens, du „Bedientenzeitung!"

— Ueber die Noth, die unter der Weberbevölkerung des Voigtlandes herrscht, sowie über die Gewissenlosigkeit der Arbeitgeber, die diese Noth zu ihrem Vortheile auszubeuten wissen, als auch über die Art, wie die im Lande zusammengebettelten „Liebesgaben" vertheilt werden, entnehmen wir einem Privatbriefe folgende Stellen:

„Es giebt Familien, welche wochenlang ohne Arbeit und Verdienst sind, auch erhalten die Gardinenweber einen sehr geringen Lohn, obschon sie immer Arbeit im Ueberfluß haben. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als viel zu arbeiten; der Mensch muß zur Maschine werden. Du wirst Dich wundern, wenn Du erfährst, daß ein Weber wöchentlich 3—4 Stück Dreher 10/4 verfertigen muß und per Stück nur 2 Mrk. 50 Pf. erhält. Für die Kanten, die Du gemacht hast, wird jetzt ein Lohn von nur 1 Mrk. 75 Pf. bezahlt, obschon nicht genug Waare erzeugt werden kann. Hier wurden zwar die eingelaufenen Unterstützungen vertheilt; aber es wäre besser gewesen, wenn die Leute sich die Mühe des Almosensammelns erspart hätten und wenn gar Nichts gekommen wäre, weil Diejenigen, welche wirklich unterstützungsbedürftig sind, entweder gar nichts oder nur sehr wenig bekommen, so daß die Unterstützung oft kaum der Annahme werth ist. Die eingelaufenen Gelder werden eben nach Gunst vertheilt, und erhalten Diejenigen, die nicht bedürftig sind, den größten Theil. So erhielt z. B. der Schulrath K..., der ein eigenes Haus und obendrein Geld in der Sparkasse hat, mehr als die armen Weber, die zur Miethe wohnen und in Folge von Arbeitslosigkeit nichts zu beißen haben. Desgleichen wurden in W..... 150 Mrk. zur Herstellung des Weges bestimmt; der Weg wurde jedoch von den Bauern gemacht, welche das Geld einsteckten, wohingegen die arbeitslosen Weber, die sich meldeten, als „zu schwach" abgewiesen wurden. Drei Weber, die sich ob dieser Paschawirthschaft beschwerten, wurden je mit einem Laib Brod abgespeist. So geht es überall bezüglich der Vertheilung der „milden Gaben", und es wäre daher besser, wenn es keine gäbe, wenigstens bekämen die Gemeindeverwaltungen auch nichts, und die Welt würde nicht zum Besten gehalten."

Da haben wir wieder ein Beispiel von der „Fabrikantenhumanität"! Arbeit genug, nur müssen Diejenigen, die Arbeit bekommen, um einen Hungerlohn Tag und Nacht arbeiten. Durch die herrschende Noth war es den Arbeitgebern ein Leichtes, die Löhne herabzudrücken und durch diese Manipulation sich die Taschen zu füllen. Was kümmert es die „Herren", wenn sich die Arbeiter halb zu Tode schinden und bei aller Arbeit halb zu Tode hungern; Profit ist die Losung, und der Profit läßt sich aus der Noth herausschlagen. Der halbverhungerte Weber ist gezwungen, um jeden Preis und für jeden Lohn zu arbeiten, und dies nützt das Geldsack-Protzenthum aus. Aber auch die Bettelei, die im großartigen Style betrieben wird, und für welche sich „liberale" Blätter sehr ins Zeug werfen, nützt den Armen wenig, weil sich Die zuerst segnen, die beim Kreuze sitzen, d. h. weil die Herren Vertheiler zuerst an sich und ihre Sippschaft denken und den wirklich Bedürftigen mit kaum nennenswerthen Almosen abfertigen. Wir bemerkten zu wiederholten Malen, daß derartige Liebesgaben-Betteleien der Noth nicht abhelfen können; angesichts derartiger Vorkommnisse taugen sie aber erst recht nichts und dienen nur dazu, Einzelnen, die bei Gevatter Kunz oder Vetter Hinz gut angeschrieben sind und selbstverständlich zu keiner Oppositionspartei gehören, sondern de- und wehmüthig in der Tretmühle der heutigen „Gesellschaftsordnung" mittrotten, unter die Arme zu greifen, unbekümmert darum, daß die wahrhaft Bedürftigen durch ein solches Vorgehen schändlich bestohlen werden. Soll der Noth ein Ende gemacht werden, so muß die heutige Gesellschaftsform umgeändert, muß die genossenschaftliche Produktionsweise, welche der Sozialismus fordert, eingeführt werden. Alles Andere ist Pfuschwerk.

— Die Pariser Weltausstellung ist am 1. Mai mit großem Pomp und unter zahlreicher Betheiligung eröffnet worden. Der Fremdenandrang war so enorm, daß die 3500 Pariser Gasthöfe mit ihren 130,000 Zimmern bereits vor dem 1. Mai völlig besetzt waren. Die Bourgeoisie kann demnach mit dem Beginn des Rendezvous zufrieden sein, das sie sich in Paris giebt. Von einer offiziellen Betheiligung der Arbeiter an den Eröffnungsfeierlichkeiten verlautet bis jetzt nichts; und von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß die Arbeiter besseres zu thun haben, als die Schleppenträger der Bourgeoisie und ihrer fürstlichen Verbündeten abzugeben, kann eine solche auch gar nicht stattgefunden haben. Kein Zweifel also, die Pariser Arbeiter haben den rauschenden Festlichkeiten mit verschränkten Armen zugesehen, dagegen werden sie um fleißiger die ausgestellten Erzeugnisse der Industrie und des Gewerbefleißes studiren. Damit aber auch den gesinnungsverwandten ausländischen Arbeitern der Besuch der Weltausstellung erleichtert wird, hat sich in Paris ein Comité gebildet, welches sich zur Aufgabe macht, auswärtigen Sozialisten, ohne Unterschied der Nationalität, mit Rath und That beizustehen. Der Sitz des Comités ist bei Hrn. Gastwirth Braun, Rue de la Bastille 2, Paris. Alle Anfragen und Anmeldungen sind frankirt an Hrn. Braun zu adressiren und können sich dabei die Gesinnungsgenossen der verschiedenen Nationalitäten ihrer resp. Muttersprache bedienen. Mitglieder des Comités werden vom 1. Mai an jeden Abend von 8 Uhr ab im vorerwähnten Lokale anwesend sein und den im Laufe des Tages eingetroffenen Parteigenossen Wohnung und Kostgelegenheit nachweisen; ebenso wird das Comité gemeinsame Besuche der Ausstellung organisiren. Um über Fachfragen spezielle Auskunft ertheilen zu können, sind im Comité zahlreiche Professionen vertreten u. A.: Tischler, Goldarbeiter, Bildhauer, Lederarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Tapezierer, Maler, Uhrmacher, Mechaniker, Photographen ꝛc. Auf mehrfache Anfragen theilen wir mit, daß der Preis für bescheidenes Logis 1 bis 2 Francs täglich beträgt. Man bittet die Besucher, sich mindestens acht Tage vor ihrer Ankunft anzumelden. Den Anmeldungen ist eine schriftliche Empfehlung eines bekannteren Parteigenossen oder eines Arbeiterblattes beizufügen.

Zur ferneren Information der die Weltausstellung etwa besuchenden Genossen wollen wir noch bekanntgeben, daß der von der französischen Deputirtenkammer gewählte Ausschuß für den Antrag, den Eintritt in die Weltausstellung an Sonntagen frei zu geben, sich im Einvernehmen mit dem Handelsminister für folgende Bestimmungen entschieden hat: Bis zum 30. Juni soll der Eintrittspreis an Sonntagen derselbe sein wie an Wochentagen, nämlich 1 Fr.; für die Monate Juli und August soll er auf 50 Cent. herabgesetzt und vom 1. September bis zum Ende der Weltausstellung unentgeltlich sein.

— Der Redakteur des „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund", Genosse Penkert, hat am 1. Mai eine Haft von 14 Tagen angetreten. Es soll durch diese „Strafe" die angetastete Ehre des nationalliberalen Agitators Birnbaum, der nebenbei noch Professor an der Leipziger Universität ist, und die des Schneidermeisters Zumpe in Zwickau, die sich Beide durch Notizen des „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" beleidigt fühlten, wiederhergestellt werden. Aber Birnbaum bleibt trotzdem Birnbaum; und Zumpe? — der wird der wohlverdienten Vergessenheit nicht entgehen.

— Das Heft 15 der „Zukunft" ist erschienen. Inhaltsverzeichniß: Die Vermehrung der Produkte durch sozialistisch organisirten Betrieb (Fortsetzung und Schluß). Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth. Von Maximilian Schiesinger. Nur im Communismus ist größtmöglichste Freiheit. Von Dr. A. Douai. IV. V. Recensionen. (Von Lissagaray: Geschichte der Commune von 1871. — Briefe von Ferdinand Lassalle an C. Rodbertus-Jagetzow. — Jul. Guesde: Essai de Catéchisme socialiste. — John B. Jervis: The Question of Labour and Capital.)

Letztes Wort

an Herrn Pfarrer Hager über die Motive des Sozialismus. Von F. R.

(Fortsetzung.)

Nachfrage und Angebot tritt also auch hier in freierer Form als spornend und bestimmend auf, und ein Zwang wird weit mehr durch das Gefüge des gesellschaftlichen Organismus selbst, als durch Gesetze und Anordnungen ausgeübt, eine manigfaltigere Ausbildung des Einzelnen, ein engeres Anschließen und Kennenlernen der Menschen untereinander, eine größere Selbstlosigkeit und sittliche Freiheit des Einzelnen erzeugt.

Wie dann diese 10,000, die ich der leichteren Uebersicht halber hergesetzt habe, sich nach Berufszweigen gliedern, ohne daß der Einzelne jemals fest in den seinen für sein Leben gebannt sein kann, so wird in dem größeren Ganzen des sozialistischen Staats die kleinere Gemeinschaft ein Individuum bilden müssen, welches seine Arbeitsprodukte mit denen der anderen nach dem strengen Maß der auf sie verwandten gesellschaftlichen Arbeit, nicht nach einem veränderlichen Marktpreis austauscht.

So aus sich selbst heraus muß der communistische Staat entwickelt und verstanden werden; nicht aus den Zuständen unseres jetzigen Staates heraus, die ja einem ganz andren Prinzip entwachsen sind. Wenn Sie es aber sich vermögen, diese Consequenzen in Ihrem Geiste zu ziehen, so wird Ihnen klar werden, daß der Gemeinbesitz der Produktionsmittel die einzige Grundlage ist, auf der die Idee der Gerechtigkeit sich wenigstens prinzipiell verwirklichen läßt.

Das ist unausführbar!

Erlauben Sie, daß ich in Bezug auf diesen Einwand, den auch Sie implicite erheben, nicht selbst antworte, sondern einen Besseren antworten lasse. J. Kant sagt: (Kritik der reinen Vernunft S. 373.) „Eine Verfassnng von der größten menschlichen Freiheit nach Gesetzen, welche machen, daß Jedes Freiheit mit der Andern ihrer zusammenbestehen kann (nicht von der größesten Glückseligkeit, denn diese wird schon von selbst folgen), ist doch wenigstens eine nothwendige Idee, die man nicht blos im ersten Entwurfe einer Staatsverfassung, sondern auch bei allen Gesetzen zu Grunde legen muß, und wobei man anfänglich von den gegenwärtigen Hindernissen abstrahiren muß, die vielleicht nicht sowohl aus der menschlichen Natur unvermeidlich entspringen mögen, als vielmehr aus der Vernachlässigung der echten Ideen bei der Gesetzgebung. Denn nichts kann Schädlicheres und eines Philosophen Unwürdigeres gefunden werden, als die pöbelhafte Berufung auf vergeblich widerstreitende Erfahrung, die (merken Sie das, Herr Pfarrer!) doch gar nicht existiren würde, wenn jene Anstalten zu rechter Zeit nach den Ideen getroffen würden und an deren statt nicht rohe Begriffe . . . alle gute Absicht vereitelt hätten."

„Ob nun," fährt Kant später fort, „es auch nie möglich sein mag, eine absolute Vollkommenheit zu erreichen, so ist die Idee doch richtig, welche dieses Maximum als Urbild aufstellt, um nach demselben die gesetzliche Verfassung der Menschen der möglichsten Vollkommenheit immer näher zu bringen."

Ist eine Freiheit, die mit derjenigen Andrer nach Gesetzen zusammenbestehen kann, nur unter der Voraussetzung des Ge-

---

Zahl der Bankrotte von Bauunternehmern (Contractors) — 73 gegen 44 im Jahre 1876, und von Oel- und Farbwaarenhändlern — 92 gegen 44.

Jenseits des Oceans betrug die Zahl der Bankrotte:

	in den Vereinigten Staaten:	in Canada:
im Jahre 1877:	8872	1892
„ 1876:	9092	1728
„ 1875:	7449	1968
„ 1874:	5696	966

Die Schulden der bankrotten Geschäfte wurden angegeben:

	in den Verein. Staaten:	in Canada:
i. J. 1877 auf	38,1	5,1 Millionen Pfd. St.
„ 1876 „	38,1	5,2 „ „ „
„ 1875 „	39,0	5,8 „ „ „
„ 1874 „	30,3	1,5 „ „ „

Im Vergleich mit der Zahl der bestehenden Geschäfte (die übrigens in den Vereinigten Staaten von 577,506 auf 652,006 gestiegen war) hätten sonach fallirt

	1877:	1876
in den Vereinigten Staaten je Eins auf	73	63
in Canada „ „ „	30	31

mit einer durchschnittlichen Schuldenlast von

	1877:	1876:
in den Vereinigten Staaten	4300	4000 Pfd. St.*)

Die Bankrotte hatten also in den Vereinigten Staaten im vorigen Jahre der Zahl nach zwar etwas abgenommen, waren aber in Bezug auf ihre Verbindlichkeiten nur um so belangreicher geworden.

Auf dem europäischen Continent haben wir leider noch nicht eine solche schnelle Bankrottstatistik, die schon das vorige Jahr (1877) in sich begreift. Nach eingehenden Taxirungen sollen die Bankrotte in Deutschland im Jahre 1877 an Zahl die in England übersteigen, während die Verbindlichkeiten etwas geringer sind. Auch Oesterreich rangirt noch vor England, während Frankreich eine noch größere Zahl aufweist. Ob diese Schätzungen richtig sind, können wir allerdings nicht mit Genauigkeit beurtheilen. Die Wahrscheinlichkeit haben sie wenigstens für sich.

*) 1 Pfd. St. = 20 Mark.

Vacanz.

(Aus der Berliner „Tribüne".)

Trepow paßt, da er angeschossen,
Nicht mehr zum Liebling und Genossen
Des Czaren. Er wird nicht verbannt,
Jedoch — der Posten ist vacant.

Willst Du, mein Sohn, den Posten haben,
So prüfe Deines Herzens Gaben,
Und nenn' mir alle, die Du hast,
Da Jeder nicht dem Czaren paßt.

Kannst Du zum Beispiel nicht die guten
Und bösen Menschen selber knuten,
So mag das löblich sein, allein
Du kannst nicht Czarenliebling sein.

Kannst Du nicht schreiben, wenn im Zimmer
Geknutet wird, stört das Gewimmer
Des Sträflings Dich? Ganz schön, allein
Du kannst nicht Czarenliebling sein.

Kannst Du mit Mädchen und mit Frauen
Verkehren, daß sie ohne Grauen
Dir nahen? Es ist gut, allein
Du kannst nicht Czarenliebling sein.

Doch bist Du so, daß, die Dich kennen,
Dich mit geheimem Schauder nennen,
Dann melde Dich, Du sollst allein
Der Liebling Alexanders sein.

— Auch eine Majestätsbeleidigung. Mehrere preußische Unteroffiziere des bairischen Infanterie-Leibregiments, welches bei einem Bankett an Kaisers Geburtstag sich mit dem Bemerken: „Das geht uns nichts an", weigerten, in das auf den König von Baiern ausgebrachte Hoch einzustimmen, sind wegen Majestätsbeleidigung vor das Militärbezirksgericht verwiesen.

sammteigenthums an Produktionsmitteln möglich, so wird auch die Revolution, an der die Mehrzahl der Menschen ein materielles Interesse hat, alle aber ein sittliches Interesse haben sollten, möglich, sobald einmal bei der Mehrzahl die von Kant sogenannte „pöbelhafte Berufung auf angeblich widerstreitende Erfahrung" als Vorurtheil erkannt worden ist. Und wir haben die beste Aussicht, daß darüber nicht mehr allzu viele Jahrzehnte verfließen. Damit wird auch eine Annäherung an das Ideal der Vollkommenheit erst möglich, wenn es auch wahrscheinlich nie ganz erreicht wird.

Wie aber soll unsere jetzige Handlungsweise sich zu der Verwirklichung jener Idee verhalten. Wir müssen alles, was uns in der Richtung auf jenes Ziel vorwärts bringt, unterstützen; alles was uns davon zu entfernen sucht bekämpfen. Da nun unsre jetzige Gesellschaft größtentheils unfähig ist, zu begreifen, daß wir unter der Herrschaft eines falschen Prinzips auf schiefer Ebene abwärts gleiten müssen, darum kämpfen wir gegen diese Gesellschaft, darum gegen eine Regierung, die meist genau das Gegentheil von dem thut, was uns aus der Misere herausbringen könnte, gegen eine Kirche, die das Bestehende mit salbungsvollen Worten zu sanktioniren strebt.

Damit könnte ich mit Ihnen abschließen. Weil Sie das Prinzip, aus dem der Sozialismus quillt, so gar nicht betrachten, müssen ja nothwendig schiefe Auffassungen desselben herauskommen. Wenn Sie den Sozialismus, wie er eben ist, sowie den Zukunftsstaat, den er anstrebt, unter „Berufung auf angeblich widerstreitende Erfahrung", die auf dem Boden eines ganz andren Prinzips geworden ist, mit Gründen, die aus diesem hergeholt sind, bestreiten, so stellen Sie sich buchstäblich auf dieselbe Stufe der Intelligenz mit jenem Bäuerlein, das behauptete, die Eisenbahn könne keine sechs Meilen in der Stunde machen, da die Pferde so schnell nicht liefen.

So rufen Sie denn Wehe über den Klassenhaß. — Ja wohl! sollen wir die Klasse nicht hassen als Klasse, als Institution, die den Arbeiter zu verthieren strebt? Nicht die Personen, Herr Pfarrer! sonst müßte mancher von uns sich selber hassen. Sollen wir uns nicht freuen über die geistige Kraft, die unserm Arbeiter noch innewohnt, daß er nicht ganz zum gefügigen Paria heruntergesunken ist, sondern in der Brust noch ein feuriges Streben und männlichen Trotz wahrt gegen feindliche Gewalten. Mag's manchmal roh, ja brutal sein, besser das als die gefügige Demuth, die hündisch die Sohlen leckt, die sie getreten haben.

Und die Begehrlichkeit klagen Sie an. Wie, wenn aber der Arbeiter nichts begehrt als sein Menschenrecht? Dürfen Sie das Begehrlichkeit nennen? Soll er denn nicht seiner Arbeit Frucht genießen? Sie Christ, mit der Gerechtigkeit im Munde!

Was soll ich dazu sagen, daß Sie, der Sie theoretisch auch lehren, daß wer nicht arbeite, nicht essen solle, sich darüber ereifern, wenn der „Volksstaat" dies den Leuten damit mundgerecht macht, daß er schreibt: Clavier, Kinderwagen und all die schönen Dinge gehörten dem arbeitenden Volk, und den Nichtsthuern das Zusehn? Ihrem Bibelspruch entspräche es doch, dem beizustimmen.

Sie reden ferner von der Sparsamkeit, deren sich der Arbeiter befleißigen müßte. Wenn Sie etwas von Sozialökonomie verständen, müßten Sie wissen, daß unter dem materiellen Concurrenzkampf der Jetztzeit größere Sparsamkeit wohl Einzelnen, die sparsamer als ihre Genossen mit gleichem Einkommen sind, helfen kann, daß aber dieselbe Sparsamkeit, wenn sie alle übten, nur dazu dienen würde, die Gesammtlage Aller zu verschlechtern. Warum wohl? Denken Sie einmal ein wenig über das Gesetz von Nachfrage und Angebot nach.

Und über die Genußsucht! Ja, da müßten Sie sich doch an eine andre Adresse wenden, als die der Arbeiter. Freilich, wenn einige Burschen aus dem Volke, die ein paar Thaler mehr verdient haben als gewöhnlich, einmal übermüthig sind, wenn eine Arbeiterfrau auch einmal bei besserem Verdienst sich erlaubt, ein Huhn oder einen Fisch zum Sonntag zu kaufen, wenn sie vielleicht auch ein wenig übertriebenen Werth auf ein besseres Kleid legt — das schreit zum Himmel. Ich billige die Ausschreitungen des arbeitenden Volks nicht, so wenig wie Sie. Aber wenn dasselbe Volk seine Steuer zahlen muß, damit bei den Hochzeiten seiner Vornehmsten für Spitzen und Schmucke so viel darauf geht, daß man ganze Dörfer Hungernder mit dem Werth derselben hätte sättigen können, wenn für Repräsentationsgelder der höheren Beamten enorme Summen verausgabt werden, um dem hohen Adel und der haut finance Bälle und Gastmähler zu geben, während der Hungertyphus im schlesischen Gebirge die Reihen derer lichtet, denen vor wenigen Wochen vielleicht der Exekutor grade die Groschen erpressen mußte, die jetzt mit andrem als brillante Schleppe der Gnädigen im Ballsaal zertreten werden; und wenn ein Staatsmann, ohne unter allgemeiner Entrüstung zusammenzubrechen, auf öffentlicher Tribüne die Mehrforderung für einen Botschafter damit begründen darf, daß ein Banquier in London mehrere Tausend Mark blos an Conditoreiwaaren für seinen Ball zu verausgaben pflege, dann, meine ich, müßte ein glühender, heißer, ehrlicher Zorn das Herz eines Jeden erfüllen, der noch einen Funken Herz und Verständniß für sein Volk hat; ein Zorn, wie ihn Christus empfunden haben mag, als er im Hause seines Herrn die Wucherer fand. Dann, meine ich, müßte der Mund verstummen, wenn einmal ein Arbeiter seine selbsterarbeiteten Pfennige leichtsinnig verjubelt. Denn wer hat ihm die Bildung gegeben, das Maß zu finden, nach dem er handeln sollte? Pflanze man ihm, statt Vorwürfe darüber zu machen, lieber die belebende Idee seiner Menschenwürde ein, mache man ihn dürsten nach dem Ideal von Freiheit und Recht; mit dem Leichtsinn wird's dann auch besser werden. Ich habe mir sagen lassen, daß da, wo die Idee des Sozialismus die Massen schon längere Zeit ergriffen habe, auch das Gefühl für Recht, Sitte und Anstand gewachsen sei. Sie freilich behaupten, daß grade da, wo Unmäßigkeit und Genußsucht eingerissen sei, unser Weizen blühe. Wenn Sie sagen wollten, daß da, wo die Krankheit schwer sei, oft auch der Arzt sich zeige, so möchten Sie recht haben. Das haben Sie aber nicht sagen wollen. Vorher stellen Sie freilich die richtige Behauptung hin, daß das böse Beispiel des Gründer- und Geldprotzenthums auch nach unten entsittlichend gewirkt habe. Wo liegt demnach die Ursache der Entsittlichung? Wenn Sie also den Hebel zur Besserung ansetzen wollen, dann müssen Sie Einrichtungen anstreben, die das Gründer- und Geldprotzenthum unmöglich machen. Haben Sie übrigens schon statistische Tabellen aufgestellt, die nachweisen, daß die Genußsucht in den niederen Ständen, daß sie vornehmlich in den Kreisen der Sozialdemokratie größer sei, als anderswo? Wenn nicht, dann habe ich keinen parlamentarischen Ausdruck, der Ihre obige Invektive treffend zu charakterisiren im Stande wäre. Ich kann aber positiv sagen: Sie ist nicht wahr! Sie wissen doch, daß die Genußsucht nur an den Augenblick denkt, nicht an ein dauerndes Ziel. Wie reimen sie denn mit Ihrem Vorwurf, die Genußsucht bilde vielen Sozialdemokraten das Motiv zum Sozialismus, die Thatsache zusammen, daß grade bei den Sozialisten die Opferwilligkeit für das gemeinsame Ziel größer ist, als bei irgend einer andern Partei. Und die Sozialisten wissen, daß vielleicht erst Kinder und Kindeskinder die Verwirklichung jenes Ideals schauen und seine Frucht genießen werden. Trotzdem aber zeigen sie eine Opferfreudigkeit, die sich das nicht zum Genuß — nein oft zum Leben nothwendige abspart, der Idee zu dienen.

Correspondenzen.

Berlin, 30. April. Parteigenosse Most stand gestern vor der 6. Criminaldeputation des hiesigen Stadtgerichts, angeklagt, in einer am 22. Januar im Handwerkervereinssaale gehaltenen Rede die Religion geschmäht und die evangelische Geistlichkeit beleidigt zu haben. Incriminirt waren in der Rede folgende Stellen: „Wer die Religionssysteme mit dem Maßstabe der Vernunft des gesunden Menschenverstandes mißt, den müssen sie anwidern." — „Die biblische Erzählung von der Schöpfung und die ganze Theologie mit ihrem Himmel und ihrer Hölle seien Unsinn und Blödsinn." — „Im Falle eines Krieges werde von beiden kriegführenden christlichen Parteien um den Sieg gefleht, und von solcher Religion soll ein vernünftiger Mann sich nicht kopfschüttelnd, ja ekelhaft abwenden?" — Ferner soll Most nach einem Bericht des „Reichsboten" bei Gelegenheit der Besprechung der Kirchensteuern, welche auch der Ungläubige würde bezahlen müssen, gesagt haben, die belachten die Religion. Der Angeklagte bestreitet, die ihm in den Mund gelegten Worte gebraucht zu haben; er behauptet vielmehr, daß er anstatt „anwidern" „zur Skepsis anregen", anstatt „belachen" „nicht beachten" gesagt und den Ausdruck „ekelhaft" um so weniger gebraucht haben könne, als derselbe auf Denjenigen selbst zurückfalle, der ihn angewendet habe. Es wird hierauf zur Beweisaufnahme geschritten. Der überwachende Polizeilieutenant Nestler bekundet, daß er die incriminirten Ausdrücke, obgleich er seinen Platz auf der Tribüne dicht neben dem Redner gehabt, nicht gehört habe. Er meint, daß, wenn sie vorgekommen wären, er diese Worte auch aufnotirt haben würde. Der Berichterstatter des „Reichsboten", Literat Kaule, kann über die einzelnen Ausdrücke nichts mehr bekunden; die in der Versammlung niedergeschriebenen Notizen habe er bei Anfertigung seines Berichts benutzt, er habe dieselben aber nicht mehr auffinden können. Das Wort „ekelhaft" hat in seinen Notizen nicht gestanden, den Ausdruck „beachten" könne er sehr wohl als „belachen" mißverstanden haben. — Kaufmann Dannenberg ist der Meinung, daß der Angeklagte dem Sinne nach die Religionssysteme als „anwidernd" bezeichnet habe. Ueber die gebrauchten Worte vermöge er nichts Bestimmtes zu bekunden. — Missionsdirektor Dr. Wangemann: Der Angeklagte habe in erregter Weise die Kirche und ihre Organe angegriffen, um seine Aufforderung zum Massenaustritt aus der Landeskirche zu motiviren, ich glaube aber nicht, daß er die Kirche und Gott hat lästern wollen. Ob ich die incriminirten Ausdrücke gehört habe, vermag ich nicht zu bekunden. — Trotz dieser den Angeklagten mehr entlastenden als belastenden Aussagen wagte es „unser" Tessendorf, der als Staatsanwalt fungirte, die Anklage zu begründen. Mochte Herr Tessendorf nun gestern seinen schlechten Tag gehabt haben, oder mochte er im Vornherein von der Mißlichkeit seiner Sache überzeugt gewesen sein — kurz sein Plaidoyer war das denkbar schlechteste. „Unser bester Agitator" sprach zur Sache sehr wenig, dagegen über Alles und Jedes um so mehr. Er hielt trotz der entlastenden Zeugenaussagen für erwiesen, daß der Angeklagte den Ausdruck „anwidern" gebraucht habe und beantragte deshalb wegen Beschimpfung der christlichen Religion und wegen Beleidigung der evangelischen Geistlichkeit das Schuldig. Bei der Strafabmessung wollte er berücksicht wissen, daß durch die incriminirte Rede das religiöse Gefühl vieler Hörer schwer verletzt worden sei. Er bringe daher für das Religionsvergehen sechs, für die Beleidigung drei Monate und eine Gesammtstrafe von acht Monaten Gefängniß in Vorschlag. Most, der nach der mißlungenen rednerischen Leistung Tessendorff's zur Vertheidigung das Wort ergriff, entkräftete in glänzender Rede die Anklage und beantragte seine völlige Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte nach ca. einstündiger Berathung wegen des Religionsvergehens auf Freisprechung, weil er den Ausdruck „anwidern" nicht für erwiesen erachten könne, wegen der allgemein gehaltenen Beleidigung dagegen auf zwei Monate Gefängniß. — Most wird, weil er von der höheren Instanz zuversichtlich seine völlige Freisprechung erwartet, die Appellation anmelden.

-s **Altona**, 28. April. Die gestrige Versammlung des hiesigen Vereins der „Ordnungspartei", in welcher der Reichstagsabgeordnete für den 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreis, Herr Professor Karsten aus Kiel, über die Thätigkeit des Reichstags während dieser Session Bericht erstattete, war nicht zahlreich besucht. Etwa 250 Personen hatten sich eingefunden. Redner verbreitete sich, nachdem er einleitend einen kurzen Ueberblick über den äußeren Verlauf der Reichstagsverhandlungen gegeben hatte, über die bisher zur Erörterung bezw. Beschlußfassung gelangten Gesetzvorlagen und knüpfte daran eine kurze Darlegung seiner Ansichten über die demnächst zur Verhandlung stehenden Gesetzentwürfe. Auch die vom Bürgermeister Gumbrecht zur Sprache gebrachte Erhöhung des Zollaversums und die Freihafenstellung der Städte Hamburg, Bremen und Altona, sowie das Gesetz, betreffend Verfälschung von Nahrungsmitteln, wurden kurz beleuchtet. Redner schloß, indem er sich bereit erklärte, Fragen aus der Versammlung heraus gern beantworten zu wollen. Professor Karsten zeigte in der Behandlung seines Stoffes eine außerordentliche Verschwommenheit. Er skizzirte ein confuses Bild von dem Reichstage, und als er geendet, wurde ihm lebhaftes Schweigen zu Theil. Niemand richtete eine Frage an Karsten und mißmuthig trollten sich die „Ordnungsmänner" nach Hause. „Da verstand es unser früherer Abgeordneter Hasenclever doch viel besser, eine Rede vor dem Volke zu halten" — so konnte man desselbigen Abends noch von vielen Spießbürgern im Wirthshausgespräch vernehmen. Unter den 250 Anwesenden befanden sich auch noch 30—40 „neugierige" Sozialdemokraten. Es lebe die „Ordnungspartei"!

Mannheim. Am 28. April tagte hier eine öffentliche und von ungefähr 152 Delegirten aus Baden und der Pfalz, welche zusammen circa 4000 Tabakarbeiter vertraten, besuchte Tabakarbeiterversammlung, welche nach eingehender Verhandlung folgende Resolution annahm: „Die heutige, von etwa 150 Delegirten der Tabakarbeiter von Baden und der Pfalz besuchte Versammlung spricht sich, indem sie sich überhaupt als Gegnerin der indirekten Steuern erklärt, auf's entschiedenste gegen das Tabaksmonopol, gegen die Fabriksteuer nach amerikanischem System, sowie überhaupt gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer aus, indem das Eine wie das Andere eine mehr oder minder schwere Schädigung der Tabakindustrie und damit die Gefährdung wenn nicht die Vernichtung der Existenz einer großen Anzahl von Tabakarbeitern zur Folge haben müßte. Die Versammlung fordert, es solle für den Fall, daß gleichwohl das Monopol oder eine erhöhte Besteuerung des Tabaks eingeführt und damit die erwähnte Folge eintreten würde, von Staatswegen den geschädigten oder außer Thätigkeit gesetzten Tabakarbeitern eine Entschädigung oder eine anderweitige Möglichkeit der Existenz geboten werden. Schließlich fordert die Versammlung das von ihr gewählte Comité auf, diese Resolution zur Kenntniß des Reichstags zu bringen und die geeigneten Schritte zu thun, damit die gesammten Tabakarbeiter Deutschlands diese Resolution zu der ihrigen zu machen."

Allen Genossen hiermit zur Nachricht, daß sich die hiesigen Gewerbschaften centralisirt haben. Auch haben wir einen allgemeinen Fremdenverkehr mit unentgeltlichem Arbeitsnachweis im Gasthaus „Zum Mainzer Hof", große Ochsengasse Nr. 15, gegründet. Wir ersuchen deshalb alle durchreisenden Genossen, nur im „Mainzer Hof" zu verkehren, da für gute und billige Speisen und Getränke, sowie reinliche Betten bestens gesorgt ist. Auch liegen sämmtliche Gewerkschaftsorgane daselbst auf.

Darmstadt, im April 1878. **Die Commission.**

NB. Alle Arbeiterblätter werden gefälligst um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Expedition. Anfrage: Wer geht von Gesinnungsgenossen nach Paris zur Weltausstellung? Gesinnungsgenossen, welche dahin gehen, wird es gewiß angenehm sein, wenn ein Arrangement getroffen wird, das ein gruppenweises Reisen ermöglicht. — Wie wäre es, wenn die Expedition d. Bl. die Hand dazu böte und veröffentlichen würde, daß diejenigen Gesinnungsgenossen, welche die Weltausstellung besuchen und gemeinschaftlich reisen wollen, eingeladen sind, ihre Mittheilungen bei der Expedit on d. Bl. zu machen. Diese Mittheilungen hätten anzugeben etwa: Zeit der Abreise; Namen, Stand und Wohnung; Reiseroute und Wagenklasse ꝛc., und dann können Besprechungen wegen dem Näheren erfolgen. Z. Z. Die Expedition des „Vorwärts" erklärt sich gerne bereit.

Parteigenosse **Hermann Lange**, früher in Barmen, wird ersucht, dem Unterzeichneten behufs Regelung der Bibliothek brieflich mitzutheilen, welche Bücher aus der Bibliothek voriges Jahr im Gefängniß benutzt wurden und wo dieselben nachher hingekommen sind, besonders handelt es sich um die Werke von Marx und Dühring.

Der Vorsitzende des Arbeiter-Wahlvereins:
Barmen. **Adolf Gießler,**
Gewerbeschulstraße 130.

K. P. Reinders, Breslau. Weshalb erhalte ich keine Antwort auf meinen Brief vom Januar d. J. **Carl Klein,**
Elberfeld. Bürger-Krankenhaus.

Quittung. Flrmnn Bremerhafen Ab. 45,00. Rw Altona Ab. 34,70. Enz San Francisco Ab. 84,00. Wff. Christophsgrund Abon. 15,00. Volksbuchh. Zürich Ab. 100,00. Krbs hier Ab. 12,35. Opfer hier Ab. 10,05. Lpplt Mainz An. 0,80. Schrnr Lübeck Abon. 6,50. Sbl Dortmund 22,60. R. Frankfurt Schr. 22,06. Lgs Hannover An. 1,90, Schr. 1,75. Grll-bgr Nürnberg Ab. 100,00. Exped. d. „Volkszeitung" Dresden Ab. 200,00. Grnwld Altenburg Schr 30,62. Albrt Eßlingen Ab. 15,00. Jrd. Saarbrücken Ab. 9,00. Klh Chemnitz Ab. 6,00. Mrtn Schmölln Ab. 5,95. Ptmnn Duisburg Ab. 10,00. Brmr Uetersen Ab. 0,60. Mk Frmersbach Schr. 0,40. Blg Freinsheim Schr. 0,85. Prß Wiesbaden Schr. 2,75. Schlz hier Ab 8,00. Arnldt Königsberg Schr. 8,50. Grbnstn hier Schr. 2,55. G. Sbl Teuchern Schr. 7,74. Mths hier Ab. 1,25. Nrt hier Ab. 3,00. Sffrt Elsterberg Ab. 4,25. Rzzrcht Schweidnitz Ab. 4,80. Stmmr Regensburg Ab. 6,30. Wlz hier Ab. 6,45. Gr. Osnabrück Ab. 30,45. Schspr Reichenberg Ab. 1,25. Hnnghn Bookland Ab. 1,00. Wtgrf Hannover An. 1,80. Brgr Seesen Ab. 19,00. Grmr Halle Ab. 117,35. Rbutsch Tannenberg Schr. 0,60. Klngr Rumburg Schr. 0,50.

Fonds für die Gemaßregelten.

Von Angrmnn hier 0,60.

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß ich auf dem diesjährigen Maimarkt mit einem

Schenk-Zelt

ausstehe. Für gute Speisen und Getränke werde ich bestens Sorge tragen und bitte um geneigten Zuspruch. (F. 159) [1,80

Achtungsvoll **Ferd. Wietzrese,** Vereinswirth.

Wir empfehlen:

Bergmanns Fluch	M. 0,10
Blos: Unsere Preßzustände	„ 0,10
Bürgerkrieg in Frankreich	„ 0,15
Kulturkampf und Volksschule in Preußen	„ 0,10
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags 1871—1874	„ 0,10
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in Preußen	„ 0,10
Dietzgen: National-Oekonomisches	„ 0,15
— — **Bürgerliche Gesellschaft**	„ 0,10
Donai: Kindergarten und Volksschule	„ 0,25
Eccarius: Kampf des großen und kleinen Kapitals	„ 0,15
Für die französischen Brüder	„ 0,15
Herr v. Treitschke, der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	„ 0,20

Die Expedition des „Vorwärts".

Wieder vollständig, zum Theil in dritter Auflage zu haben (auch in den Expeditionen dieses Blattes, der „Berliner Freien Presse" und des „Hamburg-Altonaer Volksblattes"):

Sozialdemokrat. Abhandlungen.

Von

M. Rittinghausen.

I.—V. Heft. **Preis Mark 1,80.**

Die fünf Hefte bilden zusammen ein Buch über die **direkte Gesetzgebung durch das Volk**, die erste in deutscher Sprache erschienene Schrift über diesen hochwichtigen Gegenstand.

Gegen Franco-Einsendung von M. 1,90 an den Verfasser erhält der Besteller die Hefte portofrei unter Kreuzband. (35) [3,80

Adresse: **Rittinghausen in Köln,** Gereonstraße 86.

Im Verlag von **Emil Sauerteig** in Gotha ist erschienen:

Ein armer Wandersmann.

Lied für eine Baritonstimme mit Pianobegleitung.

Comp. von **G. Scholz.** Op. 16.

Preis 50 Pfg. (45)

Gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken erfolgt Zusendung franco. [90

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von **W. Liebknecht.** 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kossakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von **W. Liebknecht.** Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von **Dr. Boruttau.** Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg.

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von **Dr. C. Boruttau.** Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von **Bruno Geiser.** Preis 25 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von **Bruno Geiser.** 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. (w) [5,10

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Beilage des „Vorwärts“.

Sonntag, 5. Mai 1878.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung des Sozialismus.

Von Friedrich Engels.

I.

Wir sahen in der Einleitung *), wie die französischen Philosophen des achtzehnten Jahrhunderts, die Vorbereiter der Revolution, an die Vernunft appellirten als einzige Richterin über Alles was bestand. Ein vernünftiger Staat, eine vernünftige Gesellschaft sollten hergestellt, alles was der ewigen Vernunft widersprach, sollte ohne Barmherzigkeit beseitigt werden. Wir sahen ebenfalls, daß diese ewige Vernunft in Wirklichkeit nichts andres war als der idealisirte Verstand des eben damals zum Bourgeois sich fortentwickelnden Mittelbürgers. Als nun die französische Revolution diese Vernunftgesellschaft und diesen Vernunftstaat verwirklicht hatte, stellten sich daher die neuen Einrichtungen, so rationell sie auch waren gegenüber den früheren Zuständen, keineswegs als absolut vernünftige heraus. Der Vernunftstaat war vollständig in die Brüche gegangen. Der Rousseausche Gesellschaftsvertrag hatte seine Verwirklichung gefunden in der Schreckenszeit, aus der das an seiner eignen politischen Befähigung irre gewordene Bürgerthum sich geflüchtet hatte zuerst in die Korruption des Direktoriums und schließlich unter den Schutz des napoleonischen Despotismus. Der verheißene ewige Friede war umgeschlagen in einen endlosen Eroberungskrieg. Die Vernunftgesellschaft war nicht besser gefahren. Der Gegensatz von Reich und Arm, statt sich aufzulösen im allgemeinen Wohlergehn, war verschärft worden durch die Beseitigung der ihn überbrückenden zünftigen und andern Privilegien und der ihn mildernden kirchlichen Wohlthätigkeitsanstalten; der Aufschwung der Industrie auf kapitalistischer Grundlage erhob Armuth und Elend der arbeitenden Massen zu einer Lebensbedingung der Gesellschaft. Die Zahl der Verbrechen nahm zu von Jahr zu Jahr. Waren die früher am hellen Tage sich ungescheut ergehenden feudalen Laster zwar nicht vernichtet, so doch vorläufig in den Hintergrund gedrängt, so schossen dafür die, bisher nur in der Stille gehegten, bürgerlichen Laster um so üppiger in die Blüte. Der Handel entwickelte sich mehr und mehr zur Prellerei. Die „Brüderlichkeit“ der revolutionären Devise verwirklichte sich in den Chikanen und dem Neid des Konkurrenzkampfs. An die Stelle der gewaltsamen Unterdrückung trat die Korruption, an die Stelle des Degens als des ersten gesellschaftlichen Machthebels, das Geld. Das Recht der ersten Nacht ging über von den Feudalherren auf die bürgerlichen Fabrikanten. Die Prostitution breitete sich aus in bisher unerhörtem Maß. Die Ehe selbst blieb, nach wie vor, gesetzlich anerkannte Form, offizieller Deckmantel der Prostitution, und ergänzte sich zudem durch reichlichen Ehebruch. Kurzum, verglichen mit den prunkhaften Verheißungen der Aufklärer, erwiesen sich die durch den „Sieg der Vernunft“ hergestellten gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen als bitter enttäuschende Zerrbilder. Es fehlten nur noch die Leute, die diese Enttäuschung konstatirten, und diese kamen mit der Wende des Jahrhunderts. 1802 erschienen Saint-Simon's Genfer Briefe; 1808 erschien Fouriers erstes Werk, obwohl die Grundlage seiner Theorie schon von 1799 datirte; am 1. Januar 1800 übernahm Robert Owen die Leitung von New Lanark.

Um diese Zeit aber war die kapitalistische Produktionsweise und mit ihr der Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat noch sehr unentwickelt. Die große Industrie, in England eben erst entstanden, war in Frankreich noch unbekannt. Aber erst die große Industrie entwickelt einerseits die Konflikte, die eine Umwälzung der Produktionsweise zur zwingenden Nothwendigkeit erheben — Konflikte nicht nur der von ihr erzeugten Klassen, sondern auch der von ihr geschaffenen Produktivkräfte und Austauschformen selbst —; und sie entwickelt andrerseits in eben diesen riesigen Produktivkräften auch die Mittel, diese Konflikte zu lösen. Waren also um 1800 die der neuen Gesellschaftsordnung entspringenden Konflikte erst im Werden begriffen, so gilt dies noch weit mehr von den Mitteln ihrer Lösung. Hatten die besitzlosen Massen von Paris während der Schreckenszeit einen Augenblick die Herrschaft erobern können, so hatten sie damit nur bewiesen, wie unmöglich diese Herrschaft unter den damaligen Verhältnissen war. Das sich aus diesen besitzlosen Massen eben erst als Stamm einer neuen Klasse absondernde Proletariat, noch ganz unfähig zu selbständiger politischer Aktion, stellte sich dar als unterdrückter, leidender Stand, dem in seiner Unfähigkeit, sich selbst zu helfen, höchstens von Außen her, von Oben herab Hülfe zu bringen war.

Diese geschichtliche Lage beherrschte auch die Stifter des Sozialismus. Dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion, der unreifen Klassenlage, entsprachen unreife Theorien. Die Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben, die in den unentwickelten ökonomischen Verhältnissen noch verborgen lag, sollte aus dem Kopfe erzeugt werden. Die Gesellschaft bot nur Mißstände; sie zu beseitigen war Aufgabe der denkenden Vernunft. Es handelte sich darum, ein neues, vollkommneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von Außen her, durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Muster-Experimenten aufzuoktroyiren. Diese neuen sozialen Systeme waren von vorn herein zur Utopie verdammt; je weiter sie in ihren Einzelnheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr mußten sie in reine Phantasterei verlaufen.

Dies einmal festgestellt, halten wir uns bei dieser, jetzt ganz der Vergangenheit angehörigen Seite keinen Augenblick länger auf. Wir können es literarischen Kleinkrämern à la Dühring überlassen, an diesen, heute nur noch erheiternden Phantastereien feierlich herumzuklauben und die Ueberlegenheit ihrer eignen nüchternen Denkungsart geltend zu machen gegenüber solchem „Wahnwitz.“ Wir freuen uns lieber der genialen Gedankenkeime und Gedanken, die unter der phantastischen Hülle überall hervorbrechen, und für die jene Philister blind sind.

Saint Simon stellt bereits in seinen Genfer Briefen den Satz auf, daß „alle Menschen arbeiten sollen.“ In derselben Schrift weiß er schon, daß die Schreckensherrschaft die Herrschaft der besitzlosen Massen war. „Seht an, ruft er ihnen zu, was sich in Frankreich ereignet hat zu der Zeit als Eure Kameraden dort geherrscht; sie haben die Hungersnoth erzeugt.“ Die französische Revolution aber als einen Klassenkampf zwischen Adel, Bürgerthum und Besitzlosen aufzufassen, war im Jahr 1802 eine höchst geniale Entdeckung. 1816 erklärt er die Politik für die Wissenschaft von der Produktion, und sagt voraus das gänzliche Aufgehn der Politik in der Oekonomie. Wenn hierin die Erkenntniß, daß die ökonomische Lage die Basis der politischen Einrichtungen ist, nur erst im Keime sich zeigt, so ist doch die Ueberführung der politischen Regierung über Menschen in eine Verwaltung von Dingen und eine Leitung von Produktionsprozessen, also die neuerdings mit so viel Lärm breitgetretene Abschaffung des Staats hier schon klar ausgesprochen. Mit gleicher Ueberlegenheit über seine Zeitgenossen proklamirt er 1814, unmittelbar nach dem Einzug der Verbündeten in Paris, und noch 1815, während des Kriegs der hundert Tage, die Allianz Frankreichs mit England und in zweiter Linie beider Länder mit Deutschland als einzige Gewähr für die gedeihliche Entwicklung und den Frieden Europas. Allianz den Franzosen von 1815 predigen mit den Siegern von Waterloo, dazu gehörte allerdings etwas mehr Muth, als den deutschen Professoren einen Klatschkrieg zu erklären.

Wenn wir bei Saint Simon eine geniale Weite des Blicks entdecken, vermöge deren fast alle nicht streng ökonomische Gedanken der späteren Sozialisten bei ihm im Keim enthalten sind, so finden wir bei Fourier eine ächt französisch-geistreiche, aber darum nicht minder tief eindringende Kritik der bestehenden Gesellschaftszustände. Fourier nimmt die Bourgeoisie, ihre begeisterten Propheten von vor, und ihre interessirten Lobhudler von nach der Revolution beim Worte. Er deckt die materielle und moralische Misère der bürgerlichen Welt unbarmherzig auf, er hält daneben sowohl die gleißenden Versprechungen der Aufklärer von der Gesellschaft, in der nur die Vernunft herrschen werde, von der Alles beglückenden Civilisation, von der gränzenlosen menschlichen Vervollkommnungsfähigkeit, wie auch die schönfärbenden Redensarten der gleichzeitigen Bourgeois-Ideologen; er weist nach, wie der hochtönendsten Phrase überall die erbärmlichste Wirklichkeit entspricht, und überschüttet dies rettungslose Fiasko der Phrase mit beißendem Spott. Fourier ist nicht nur Kritiker, seine ewig heitre Natur macht ihn zum Satiriker und zwar zu einem der größten Satiriker aller Zeiten. Die mit dem Niedergang der Revolution emporblühende Schwindel-Spekulation ebenso wie die allgemeine Krämerhaftigkeit des damaligen französischen Handels schildert er ebenso meisterhaft wie ergötzlich. Noch meisterhafter ist seine Kritik der bürgerlichen Gestaltung der Geschlechtsverhältnisse und der Stellung des Weibes in der bürgerlichen Gesellschaft. Er spricht es zuerst aus, daß in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emancipation das natürliche Maß der allgemeinen Emancipation ist. Am großartigsten aber erscheint Fourier in seiner Auffassung der Geschichte der Gesellschaft. Er theilt ihren ganzen bisherigen Verlauf in vier Entwicklungsstufen: Wildheit, Barbarei, Patriarchat, Civilisation, welche letztere mit der jetzt sogenannten bürgerlichen Gesellschaft zusammenfällt, und weist nach, „daß die civilisirte Ordnung jedes Laster, welches die Barbarei auf eine einfache Weise ausübt, zu einer zusammengesetzten, doppelsinnigen, zweideutigen, heuchlerischen Daseinsweise erhebt,“ daß die Civilisation sich in einem „fehlerhaften Kreislauf“ bewegt, in Widersprüchen die sie stets neu erzeugt, ohne sie überwinden zu können, so daß sie stets das Gegentheil erreicht von dem was sie erlangen will oder erlangen zu wollen vorgibt. Sodaß z. B. „in der Civilisation die Armuth aus dem Ueberfluß selbst entspringt.“ Fourier, wie man sieht, handhabt die Dialektik mit derselben Meisterschaft wie sein Zeitgenosse Hegel. Mit gleicher Dialektik hebt er hervor, gegenüber dem Gerede von der unbegränzten menschlichen Vervollkommnungsfähigkeit, daß jede geschichtliche Phase ihren aufsteigenden, aber auch ihren absteigenden Ast hat, und wendet diese Anschauungsweise auch auf die Zukunft der gesammten Menschheit an. Wie Kant den künftigen Untergang der Erde in die Naturwissenschaft, führte Fourier den künftigen Untergang der Menschheit in die Geschichtsbetrachtung ein. —

Während in Frankreich der Orkan der Revolution das Land ausfegte, ging in England eine stillere, aber darum nicht minder gewaltige Umwälzung vor sich. Der Dampf und die neue Werkzeugmaschinerie verwandelten die Manufactur in die moderne große Industrie, und revolutionirten damit die ganze Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Der schläfrige Entwicklungsgang der Manufakturzeit verwandelte sich in eine wahre Sturm- und Drangperiode der Produktion. Mit stets wachsender Schnelligkeit vollzog sich die Scheidung der Gesellschaft in große Kapitalisten und besitzlose Proletarier, zwischen denen, statt des früheren stabilen Mittelstandes, jetzt eine unstäte Masse von Handwerkern und Kleinhändern eine schwankende Existenz führte, der fluktuirendste Theil der Bevölkerung. Noch war die neue Produktionsweise erst im Anfang ihres aufsteigenden Asts; noch war sie die normale, die unter den Umständen einzig mögliche Produktionsweise. Aber schon damals erzeugte sie schreiende soziale Mißstände: Zusammendrängung einer heimathlosen Bevölkerung in den schlechtesten Wohnstätten großer Städte — Lösung aller hergebrachten Bande des Herkommens, der patriarchalischen Unterordnung, der Familie — Ueberarbeit besonders der Weiber und Kinder in schreckenerregendem Maß — massenhafte Demoralisation der plötzlich in ganz neue Verhältnisse geworfenen arbeitenden Klasse. Da trat ein neunundzwanzigjähriger Fabrikant als Reformator auf, ein Mann von bis zur Erhabenheit kindlicher Einfachheit des Charakters, und zugleich ein geborner Lenker von Menschen wie Wenige. Robert Owen hatte sich die Lehre der materialistischen Aufklärer angeeignet, daß der Charakter des Menschen das Produkt sei einerseits der angebornen Organisation und andrerseits der den Menschen während seiner Lebenszeit, besonders aber während der Entwicklungsperiode umgebenden Umstände. In der industriellen Revolution sahen die meisten seiner Standesgenossen nur Verwirrung und Chaos, gut um im Trüben zu fischen und sich rasch zu bereichern. Er sah in ihr die Gelegenheit, seinen Lieblingssatz zur Anwendung, und damit Ordnung in das Chaos zu bringen. Er hatte es schon in Manchester als Dirigent über fünfhundert Arbeiter einer Fabrik erfolgreich versucht; von 1800—1829 leitete er die große Baumwollspinnerei von New Lanark in Schottland als dirigirender Associé in demselben Sinn, nur mit größerer Freiheit des Handelns, und mit einem Erfolg, der ihm europäischen Ruf eintrug. Eine allmählig auf 2500 Köpfe anwachsende, ursprünglich aus den gemischtesten und größtentheils stark demoralisirten Elementen sich zusammensetzende Bevölkerung wandelte er um in eine vollständige Musterkolonie, in der Trunkenheit, Polizei, Strafrichter, Prozesse, Armenpflege, Wohlthätigkeitsbedürfniß unbekannte Dinge waren. Und zwar einfach dadurch, daß er die Leute in menschenwürdigere Umstände versetzte und namentlich die heranwachsende Generation sorgfältig erziehen ließ. Er war der Erfinder der Kleinkinderschulen und führte sie hier zuerst ein. Vom zweiten Lebensjahre an kamen die Kinder in die Schule, wo sie sich so gut unterhielten, daß sie kaum wieder heimzubringen waren. Während seine Konkurrenten 13—14 Stunden täglich arbeiteten, wurde in New Lanark nur 10½ Stunde gearbeitet. Als eine Baumwollenkrisis zu viermonatlichem Stillstand zwang, wurde den feiernden Arbeitern der volle Lohn fortbezahlt. Und dabei hatte das Etablissement seinen Werth mehr als verdoppelt und bis zuletzt den Eigenthümern reichlichen Gewinn abgeworfen.

Mit alledem war Owen nicht zufrieden. Die Existenz, die er seinen Arbeitern geschaffen, war in seinen Augen noch lange keine menschenwürdige; „die Leute waren meine Sklaven“; die relativ günstigen Umstände, in die er sie versetzt, waren noch weit entfernt davon, eine allseitige und rationelle Entwicklung des Charakters und des Verstandes, geschweige eine freie Lebensthätigkeit zu gestatten. „Und doch produzirte der arbeitende Theil dieser 2500 Menschen ebensoviel wirklichen Reichthum für die Gesellschaft, wie kaum ein halbes Jahrhundert vorher eine Bevölkerung von 600,000 erzeugen konnte. Ich frug mich: was wird aus der Differenz zwischen dem von 2500 Personen verzehrten Reichthum und demjenigen, den die 600,000 hätten verzehren müssen?“ Die Antwort war klar. Er war verwandt worden, um den Besitzern des Etablissements 5% Zinsen vom Anlagekapital und außerdem noch mehr als 300,000 Pfd. Sterling (6,000,000 M.) Gewinn abzuwerfen. Und was von New Lanark, galt in noch höherem Maß von allen Fabriken Englands. „Ohne diesen neuen, durch die Maschinen geschaffenen Reichthum hätten die Kriege zum Sturz Napoleons und zur Aufrechthaltung der aristokratischen Gesellschaftsprinzipien nicht durchgeführt werden können. Und doch war diese neue Macht die Schöpfung der arbeitenden Klasse.“ Ihr gehörten daher auch die Früchte. Die neuen, gewaltigen Produktivkräfte, bisher nur der Bereicherung Einzelner und der Knechtung der Massen dienend, boten für Owen die Grundlage zu einer gesellschaftlichen Neubildung, und waren dazu bestimmt, als gemeinsames Eigenthum Aller nur für die gemeinsame Wohlfahrt Aller zu arbeiten.

Auf solche rein geschäftsmäßige Weise, als Frucht sozusagen der kaufmännischen Berechnung, entstand der Owensche Kommunismus. Denselben auf das Praktische gerichteten Charakter behält er durchweg. So schlug Owen 1823 Hebung des irischen Elends durch kommunistische Kolonien vor, und legte vollständige Berechnungen über Anlagekosten, jährliche Auslagen und voraussichtliche Erträge bei. So ist in seinem definitiven Zukunftsplan die technische Ausarbeitung der Einzelnheiten mit solcher Sachkenntniß durchgeführt daß, die Owensche Methode der Gesellschaftsreform einmal zugegeben, sich gegen die Detaileinrichtung selbst vom fachmännischen Standpunkt nur wenig sagen läßt.

Der Fortschritt zum Kommunismus war der Wendepunkt in Owen's Leben. So lange er als bloßer Philantrop aufgetreten, hatte er nichts geärntet als Reichthum, Beifall, Ehre und Ruhm. Er war der populärste Mann in Europa. Nicht nur seine Standesgenossen, auch Staatsmänner und Fürsten hörten ihm beifällig zu. Als er aber mit seinen kommunistischen Theorien hervortrat, wendete sich das Blatt. Drei große Hindernisse waren es, die ihm vor Allem den Weg zur gesellschaftlichen Reform zu versperren schienen: das Privateigenthum, die Religion, und die gegenwärtige Form der Ehe. Er wußte was ihm bevorstand, wenn er sie angriff: die allgemeine Aechtung durch die offizielle Gesellschaft, der Verlust seiner ganzen sozialen Stellung. Aber er ließ sich nicht abhalten, sie rücksichtslos anzugreifen, und es geschah wie er vorhergesehn. Verbannt aus der offiziellen Gesellschaft, todtgeschwiegen von der Presse, verarmt durch fehlgeschlagne kommunistische Versuche in Amerika, in denen er sein ganzes Vermögen geopfert, wandte er sich direkt an die Arbeiterklasse und blieb in ihrer Mitte noch dreißig Jahre thätig. Alle gesellschaftlichen Bewegungen, alle wirklichen Fortschritte, die in England im Interesse der Arbeiter zu Stande gekommen, knüpfen sich an den Namen Owen. So setzte er 1819 nach fünfjähriger Anstrengung das erste Gesetz zur Beschränkung der Weiber- und Kinderarbeit in den Fabriken durch. So präsidirte er dem ersten Kongreß, auf dem die Trades' Unions von ganz England sich in eine einzige große Gewerksgenossenschaft vereinigten. So führte er als Uebergangsmaßregeln zur vollständig kommunistischen Einrichtung der Gesellschaft einerseits die Kooperativgesellschaften ein (Konsum- und Produktivgenossenschaften), die seitdem wenigstens den praktischen Beweis geliefert haben, daß sowohl der Kaufmann wie der Fabrikant sehr entbehrliche Personen sind; andrerseits die Arbeitsbazars, Anstalten zum Austausch von Arbeitsprodukten vermittelst eines Arbeitspapiergelds, dessen Einheit die Arbeitsstunde bildete; Anstalten, die nothwendig scheitern mußten, die aber die weit spätere Proudhonsche Tauschbank vollständig anticipirten und sich nur dadurch von ihr unterschieden, daß sie nicht das Universalheilmittel aller gesellschaftlichen Uebel, sondern nur einen ersten Schritt zu einer weit radikaleren Umgestaltung der Gesellschaft darstellten.

Das sind die Männer auf die der souveraine Herr Dühring von der Höhe seiner „endgültigen Wahrheit letzter Instanz“ mit der Verachtung herabsieht, von der wir in der Einleitung einige Beispiele gegeben haben. Und diese Verachtung ist nach Einer Seite hin nicht ohne ihren zureichenden Grund: sie beruht nämlich wesentlich auf einer wahrhaft erschreckenden Unwissenheit in Beziehung auf die Schriften der drei Utopisten. So heißt es von Saint Simon, daß „sein Grundgedanke im Wesentlichen zutreffend gewesen ist, und von einigen Einseitigkeiten abgesehn, noch heute den leitenden Antrieb zu wirklichen Gestaltungen liefert.“ Trotzdem aber Herr Dühring in der That einige der Saint Simonschen Werke in der Hand gehabt zu haben scheint, sehen wir uns auf den betreffenden 27 Druckseiten ebenso vergeblich nach dem „Grundgedanken“ Saint Simons um, wie früher nach dem, was Quesnays ökonomisches Tableau „bei Quesnay selbst zu bedeuten hat,“ und müssen uns schließlich abspeisen lassen mit der Phrase, „daß die Imagination und der philantropische Affekt . . . . mit der ihm zugehörigen Ueberspannung der Phantasie den gesammten Ideenkreis Saint Simons beherrschte!“ Von Fourier kennt und beachtet er nur die in romanhaftes Detail ausgemalten Zukunftsphantasien, was allerdings zur Feststellung der unendlichen Ueber-

*) Vgl. „Philosophie“ I.

legenheit des Herrn Dühring über Fourier „weit wichtiger ist“ als zu untersuchen, wie dieser „die wirklichen Zustände gelegentlich zu kritisiren versucht.“ Gelegentlich! Nämlich fast auf jeder Seite seiner Werke sprühen die Funken der Satire und der Kritik über die Misären der vielgepriesenen Civilisation. Es ist als wollte man sagen, Herr Dühring erkläre nur „gelegentlich“ den Herrn Dühring für den größten Denker aller Zeiten. Was aber gar die zwölf, Robert Owen gewidmeten Seiten angeht, so hat Herr Dühring dafür absolut keine andre Quelle als die miserable Biographie des Philisters Sargant, der die wichtigsten Schriften Owens — über die Ehe und die kommunistische Einrichtung — ebenfalls nicht kannte. Herr Dühring kann sich daher kühnlich zu der Behauptung versteigen, man dürfe bei Owen „keinen entschiedenen Kommunismus voraussetzen.“ Allerdings, hätte Herr Dühring Owens „Book of the New Moral World“ auch nur in der Hand gehabt, so hätte er darin nicht nur den allerentschiedensten Kommunismus, mit gleicher Arbeitspflicht und gleichem Anrecht am Produkt — gleich je nach dem Alter, wie Owen stets ergänzt — ausgesprochen gefunden, sondern auch die vollständige Ausarbeitung des Gebäudes für die kommunistische Gemeinde der Zukunft, mit Grundriß, Aufriß und Ansicht aus der Vogelperspektive. Wenn man aber das „unmittelbare Studium der eignen Schriften der Vertreter der sozialistischen Ideenkreise“ auf die Kenntniß des Titels und höchstens noch — des Mottos einiger weniger dieser Schriften beschränkt, wie Herr Dühring hier, so bleibt allerdings nichts übrig, als solche alberne und direkt erfundene Behauptung. Nicht nur gepredigt hat Owen den „entschiedenen Kommunismus,“ er hat ihn auch während fünf Jahren (Ende der Dreißiger und Anfangs der Vierziger) praktizirt in der Kolonie von Harmony Hall in Hampshire, deren Kommunismus an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig ließ. Ich habe selbst mehrere ehemalige Mitglieder dieses kommunistischen Muster-Experiments gekannt. Aber von alledem wie überhaupt von Owens Thätigkeit zwischen 1836 und 1850 weiß Sargant absolut Nichts, und daher verbleibt auch „die tiefere Geschichtschreibung“ des Herrn Dühring in pechdunkler Ignoranz. Herr Dühring nennt Owen „in jeder Hinsicht ein wahres Monstrum von philantropischer Aufdringlichkeit.“ Wenn aber derselbe Herr Dühring uns über den Inhalt von Büchern unterrichtet, von denen er kaum Titel und Motto kennt, so dürfen wir beileibe nicht sagen er sei „in jeder Hinsicht ein wahres Monstrum von unwissender Aufdringlichkeit,“ denn das wäre in unserm Munde ja „geschimpft.“ —

Die Utopisten, sahen wir, waren Utopisten, weil sie nichts andres sein konnten zu einer Zeit, wo die kapitalistische Produktion noch so wenig entwickelt war. Sie waren genöthigt, sich die Elemente einer neuen Gesellschaft aus dem Kopfe zu konstruiren, weil diese Elemente in der alten Gesellschaft selbst noch nicht allgemein sichtbar hervortraten; sie waren beschränkt für die Grundzüge ihres Neubaues auf den Appel an die Vernunft, weil sie eben noch nicht an die gleichzeitige Geschichte appelliren konnten. Wenn aber jetzt, fast achtzig Jahre nach ihrem Auftreten, Herr Dühring auf die Bühne tritt mit dem Anspruch, ein „maßgebendes“ System einer neuen Gesellschaftsordnung nicht aus dem vorliegenden geschichtlich entwickelten Material als dessen nothwendiges Ergebniß zu entwickeln, nein, es aus seinem souverainen Kopf, aus seiner mit endgültigen Wahrheiten schwangern Vernunft zu konstruiren, so ist er, der überall Epigonen riecht, selbst nur der Epigone der Utopisten, der neueste Utopist. Er nennt die großen Utopisten „soziale Alchmyisten.“ Mag sein. Die Alchymie war ihrer Zeit nothwendig. Aber seit jener Zeit hat die große Industrie die Widersprüche, die in der kapitalistischen Produktionsweise schlummerten, zu so schreienden Gegensätzen entwickelt, daß der herannahende Zusammenbruch dieser Produktionsweise sozusagen mit Händen zu greifen ist; daß die neuen Produktionskräfte selbst nur erhalten und weiter ausgebildet werden können durch Einführung einer neuen, ihrem gegenwärtigen Entwicklungsgrad entsprechenden Produktionsweise; daß der Kampf der beiden, durch die bisherige Produktionsweise erzeugten und stets in verschärftem Gegensatz reproducirten Klassen alle civilisirten Länder ergriffen hat und täglich heftiger wird, und daß die Einsicht in diesen geschichtlichen Zusammenhang, in die Bedingungen der durch ihn nothwendig gemachten sozialen Umgestaltung, und in die ebenfalls durch ihn bedingten Grundzüge dieser Umgestaltung auch bereits gewonnen ist. Und wenn jetzt Herr Dühring, statt aus dem vorliegenden ökonomischen Material, aus seinem allerhöchsten Hirnschädel heraus eine neue utopistische Gesellschaftsordnung fabrizirt, so treibt er nicht nur einfache „soziale Alchymie.“ Er benimmt sich vielmehr wie Jemand, der nach der Entdeckung und Feststellung der Gesetze der modernen Chemie die alte Alchymie wieder herstellen, und die Atomgewichte, die Molekularformeln, die Quantivalenz der Atome, die Krystallographie und die Spektralanalyse benutzen wollte einzig zur Entdeckung — des Steins der Weisen.

Unsere Professoren auf den Grenzen der Erkenntniß.

Von J. Dietzgen.

I.

In der 50. „Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte“ in München, September 1877 hat Herr Professor C. v. Nägeli aus München einen bekannten früheren Vortrag seines Collegen Du Boi Reymond aus Berlin wieder aufgenommen und über „die Schranken der naturwissenschaftlichen Erkenntniß“ eine bemerkenswerthe Rede gehalten. Man muß dem Herrn Professor aus München zugestehen, er hat in der Wahrheit und Klarheit seinen Vorgänger aus Berlin weit übertroffen; aber auf die Höhe seiner Zeit hat er sich nicht zu heben vermocht.

Er hat die Sache beinah klar gelegt; aber das kleine Schlußpünktchen, was er verfehlte, ist der Kernpunkt, er betrifft die große Kluft, welche die Physik von der Metaphysik, die nüchterne Wissenschaft vom romantischen Glauben trennt. Ein solcher Vortrag also, der scharf bis an diesen Punkt heranreicht, soll uns eine willkommene Gelegenheit sein, um die Ueberlegenheit der sozialdemokratischen Weltanschauung von neuem zu erhärten.

Professor v. Nägeli zeichnet sein Thema folgendermaßen:

„Viele methodische Naturforscher, welche auf exaktem Wege den Stock der feststehenden Thatsachen vermehren, geben auf die Frage nach den Grenzen der Naturerkenntniß, indem sie eine grundsätzliche Lösung für unzulässig halten, bloß die thatsächliche Antwort: „der Glaube beginnt immer da, wo das Wissen aufhört.“ Der Satz, daß unser Glaube da beginne, wo das Wissen aufhört — sagt der Vortrag weiter — ist eine thatsächliche Lösung für bestimmte Zwecke. Damit ist unser Interesse nicht befriedigt. Mit besonderer Theilnahme wenden wir uns der theoretischen Seite des Problems zu. Wir wünschen zu wissen, ob die Grenzen, wo das menschliche Wissen Halt machen muß, überhaupt bestimmbar seien oder nicht, — wenn ja, wie weit die Erkenntniß überhaupt in die Natur einzudringen vermöge, wie viel die Menschheit von der Natur wissenschaftlich zu begreifen vermöchte, wenn sie eine ungemessene Zeit, sagen wir geradezu eine Ewigkeit sich mit Naturwissenschaften beschäftigte und ihr dazu alle denkbaren Hilfsmittel zu Gebote ständen — welches die grundsätzliche Grenze zwischen dem Gebiete des Wissens und dem Gebiete des Glaubens sei.“

Du Bois Reymond, der Vorgänger, hat bekanntlich nachweisen wollen, daß eine solche unüberschreitbare Grenze wirklich vorhanden, daß also dem Glauben unter allen Umständen ein eigenes Gebiet übrig bleiben müsse. Die scheinbare Bedeutung, die Verbreitung, welche sein Vortrag errungen, ist nur diesem Rettungsplätzchen für religiöse Romantik geschuldet. Seitdem singen die Klopffechter des Unbegreiflichen ihr Hosianna. Wohl ist Professor von Nägeli wenig von diesem Gesang erbaut, aber seine herrschaftliche Professoral-Stellung läßt ihm zum Kampfe nur die Halbheit. Nachdem er seinem Vargänger weit und breit und hell und klar nachgewiesen, daß derselbe das naturwissenschaftliche Erkennen verkannt hat, schließt er folgendermaßen:

„Wenn Du Bois Reymond seinen Vortrag mit den niederschmetternden Worten: Ignoramus und Ignorabimus geschlossen, so möchte ich den meinigen mit dem bedingten aber tröstlichen Ausspruche schließen, daß die Früchte unseres Forschens nicht blos Kenntnisse, sondern wirkliche Erkenntnisse sind, welche den Keim eines fast (!) unendlichen Wachsthums in sich tragen, ohne deshalb der Allwissenheit um den kleinsten Schritt sich zu nähern. Wenn wir eine vernünftige Entsagung üben, wenn wir als endliche und vergängliche Menschen, die wir sind, uns mit menschlicher Einsicht bescheiden, statt göttliches Erkennen in Anspruch zu nehmen, so dürfen wir mit voller Zuversicht sagen: Wir wissen und wir werden wissen.“

In diesem Schlußwort ist der Kern der Frage enthalten; und ist sowohl das glaubenssüchtige unterthänige Bewußtsein des Berliner Professors, wie die zahme leisetretende Inconsequenz des Münchener unverkennbar ausgeprägt. Die religiöse Romantik Du Bois Reymonds nennt alle Früchte der wissenschaftlichen Forschung „bloß Kenntnisse“, aber nicht „wirkliche Erkenntnisse“. Zu solchen kann es der arme Menschenverstand nicht bringen. Wörtlich sagt der Professor: daß „unser ganzes Naturerkennen in Wahrheit kein Erkennen ist, daß es nur das Surrogat einer Erklärung giebt.“

Unsere Wissenschaft soll nur Cichorien reichen ‚statt Kaffee. Demnach kann sich die wissenschaftliche Erklärung begraben lassen, um vielleicht am jüngsten Tage als Verklärung wieder aufzustehen. — Und solche reaktionäre Silbenstecherei will sich auf den Lehrstühlen der Wissenschaft breit machen!

Darauf kommt der Andere, der Nägeli, dem die Sache zu bunt wird. Den feinen Unterschied zwischen Kenntnissen und Erkenntnissen will er sich nicht gefallen lassen. Er ist überzeugt: „wir wissen und wir werden wissen“. Aber wie er diese Ueberzeugung so sachte an den Mann bringt, „ohne deshalb der Allwissenheit um den kleinsten Schritt sich zu nähern.“ Auch er spricht demüthig vom „menschlichen“ Erkennen, gegenüber der höheren Unmenschlichkeit. „Vernünftige Entsagung“ müssen wir üben und auf „göttliches Erkennen“ keinen Anspruch machen. — Ist es auch möglich, daß ein so gelehrter Professor dem göttlichen Erkennen mönchisch „entsagen“, und gar solche Entsagung vernünftig nennen kann?! Alles Erkennen ist göttlich, d. h. herrlich und wundervoll. Wenn aber der Herr Professor der menschlichen eine göttliche Erkenntniß gegenüberstellt, dann geht es über die Naturgrenzen hinaus, und fällt in die Metaphysik und bleibt in derselben Romantik stecken, in welcher der Vorgänger stecken geblieben ist.

II.

Es hat der Herr Professor aus München dem vorgegangenen Collegen aus Berlin klar nachgewiesen, daß dieser, dem unser Naturerkennen kein rechtes wahres Erkennen ist, „nicht die Grenzen, sondern die Nichtigkeit oder Unmsglichkeit ganz und gar der naturwissenschaftlichen Erkenntniß demonstrirte, daß er also nicht über die Negation herausgekommen ist. Nach den Worten Nägeli's lehrt Du Bois Reymond wie folgt:

1) Naturerkennen ist Zurückführen eines Naturvorganges auf die Mechanik der einfachen und untheilbaren Atome.

2) Atome in diesem Sinne giebt es nicht und daher auch überhaupt kein wirkliches Erkennen.

3) Wenn aber auch die Welt aus der Mechanik der Atome erkannt werden könnte, so vermöchten wir doch Empfindung und Bewußtsein nicht aus derselben zu begreifen.

Dazu sagt Nägeli treffend: „Da der Redner nicht über die Negation herausgeht, so kann die erkennende Naturwissenschaft, wenn ihr das Reich, über das sie gebietet, mangelt, auch die Grenzen desselben nicht abstecken — und wenn ihr sogar die Einsicht in die materiellen Vorgänge für immer abgeht, so verschlägt es wenig, ob sie auch Ansprüche auf das geistige Gebiet erheben könnte.“ Das heißt mit anderen Worten: Wenn unsere Erkenntniß statt Kaffee doch nur Cichorien reicht, dann haben wir ja nur ein einziges schlechtes Gebräu, und bleibt weiter nichts Gutes, was der Mühe lohnt zu untersuchen, zu erfassen oder in seinen Grenzen abzustecken.

Nachdem in solcher Weise der erste Professor vom zweiten abgethan ist, bleibt uns die angenehme Aufgabe, nachzuweisen, was sich bereits erwiesen hat, daß auch der zweite auf derselben Stelle stecken bleibt, wo der erste feststitzt.

Herr Nägeli unterscheidet sich von Herrn Du Bois, indem er sich soweit losgezappelt, daß sich bei ihm schwer erkennen läßt, ob nur seine Kraft erlahmte, oder ob er von Standeswegen am „verborgenen Gebiet der Ahnung“, an „göttlicher Erkenntniß und Allwissenheit“ und an solchen Dingen festhalten muß, welche „unser Vermögen übersteigen“.

„Was die Befähigung des Ich betrifft, die natürlichen Dinge zu erkennen, so ist dafür die unzweifelhafte Thatsache entscheidend, daß, mag unser Denkvermögen wie immer beschaffen sein, uns nur die sinnliche Wahrnehmung Kunde von der Natur giebt. Wenn wir nichts sehen und hören, nichts riechen, schmecken und betasten könnten, so wüßten wir überhaupt nicht, daß etwas außer uns ist, noch überhaupt, daß wir selber körperlich sind.“

Das ist ein resolutes Wort. Halten wir daran fest und sehen wir zu, ob auch der Herr Professor festhält.

Unsere sinnliche Wahrnehmung, heißt es, ist auf die Gegenwart beschränkt. „Wir können unmittelbar nichts von dem bemerken, was in der Vergangenheit war und was in der Zukunft sein wird, nichts von dem, was im Raume zu entfernt ist und was eine zu große oder zu kleine Ausdehnung hat.“

Das ist richtig. Aber was der Eine gestern nicht sah, sieht der Andere morgen. Wo die Entfernung zu groß und das Ding zu klein ist, hilft Teleskop und Mikroskop. „Dem menschlichen Organismus steht also theoretisch die Möglichkeit offen, von allen Erscheinungen in der Natur körperliche Wahrnehmungen zu empfangen. Wie gestaltet sich aber die Sache in der Wirklichkeit? welche Eindrücke sind so mächtig, daß sie für uns bemerkbar werden, und welche gehen als zu ger . igig für uns verloren?“

Wir wollen dem Redner nicht in seiner ganzen Breite folgen, sondern gern zugestehen, was immer zugestanden ist: „Unser Vermögen, die Natur unmittelbar durch unsere Sinne wahrzunehmen, ist somit in zwei Beziehungen beschränkt. Es mangelt uns wahrscheinlich (!) die Empfindung für ganze Gebiete des Naturlebens (für Heinzelmännchen, Klopfgeister und dergleichen?) und soweit wir sie wirklich haben, trifft sie in Zeit und Raum nur ein verschwindend kleiner Theil des Ganzen.“

Ja wohl, die Natur ist dem menschlichen Geiste überlegen, sie ist sein unerschöpfliches Objekt. „Ueber die Beschaffenheit, die Zusammensetzung, die Geschichte eines Fixsterns letzter Größe, über das organische Leben auf seinen dunkeln Trabanten, über die stofflichen und geistigen Bewegungen in diesen Organismen werden wir nie etwas wissen.“

Da geht der Professor wieder zu weit: Unser Forschungsvermögen ist nur insoweit beschränkt, als sein Objekt, die Natur, unbeschränkt ist. Wir können an kein Ende kommen, weil kein Ende vorhanden. Wo aber ein Ende ist, da kommen wir möglicherweise hin. Kein Professor kann wissen, wie Vieles von den Fixsternen und ihren Trabanten wir und unsere Nachkommen noch ausforschen, wie unendlich tief wir in die Vergangenheit, in die Zukunft und in die kleinsten Theilchen hineindringen, weil, wie Nägeli sagt, uns „theoretisch“ alle Möglichkeit offen steht. Wir wissen, daß kein Entdecker zwei Berge ohne Thal findet und kein Fabrikant Messer ohne Stiel und Klinge machen wird, weil das theoretische Unmöglichkeiten sind. Aber wie weit es die Praxis in der Möglichkeit bringt, das bestimmen zu wollen, ist, nach der Spektralanalyse und nach der Erfindung des Telephons, eine Vermessenheit.

Vermischtes.

— Ueber den Verlust an Land und Leuten, welcher der Türkei durch den Vertrag von San Stefano auferlegt werden soll, bringen die „Geographischen Mittheilungen“ von Petermann eine übersichtliche Zusammenstellung, welche auf annähernde Genauigkeit Anspruch machen kann. Folgende Tabelle veranschaulicht dieselbe:

	Deutsche geograph. □Meilen	Bewohner
Europaische Türkei (ohne Kreta) bisher	9467	15,540,000
Unmittelbare Besitzungen	9483	9,100,000
Tributär-Staat Rumänien	2201	5,073,000
Tributär-Staat Serbien	783	1,366,923
Europäische Türkei (ohne Kreta) künftig	5918	8,563,900
Unmittelbare Besitzungen	2827	4,445,000
davon westlicher Theil einschl. Halbinsel von Salonichi	2263	2,911,800
östlicher Theil (Konstantinopel-Adrianopel)	564	1,103,200
Armee, Polizei und Fremde	—	430,000
Tributär-Staat Bulgarien	3091	4,118,000
Serbien 1876	783	1,366,923
Zuwachs durch den Vertrag von San Stefano	154	226,000
daher künftig	937	1,593,000
Montenegro bisher	78	170,000
Zuwachs durch den Vertrag von San Stefano	170	143,000
daher künftig	248	313,000
Rumänien bisher	2201	5,073,000
davon ab Bessarabien mit	154	136,600
dazu Dobrudscha mit	240	174,900
daher künftig	2287	5,111,300

Das in Armenien von der Türkei an Rußland abgetretene Gebiet umfaßt nach der Ausmessung auf General Stebnitzki's Karte 710 deutsche geogr. □Meilen. Die Angaben über seine Bevölkerung sind äußerst schwankend. Nach offizieller türkischer Angabe von 1877 sollen die Sandjaks Kars 120,000, Tschildir (Tschaldyr) 52,897, Bajaset 387,457, Batum 71,681, zusammen 612,034 männliche Bewohner oder etwa 1,224,000 Seelen haben, wogegen eine russische Commission in Tiflis, welcher die Organisation der eroberten Theile von Armenien übertragen worden war, 1877 für das Sandjak Kars 35,885, Tschildir 43,587 und Bajaset 37,968 männliche Bewohner annahm, was mit den 71,681 im Sandjak Batum eine Summe von 189,121 männlichen Bewohnern oder 378,242 Seelen ergeben würde. Der Türkei verbleiben in Asien etwa 34,260 deutsche geogr. □Meilen mit 16,656,000 Einwohnern.

— Statistisches über Paris. Nach einer von der Pariser Gemeinde-Verwaltung ausgegebenen Statistik betrug im Jahre 1877 die Zahl der Geburten in Paris 54,858, wovon 27,720 männlichen und 27,738 weiblichen Geschlechts, die Zahl der Heirathen 18,109 und die der Todesfälle 47,343, wovon 24,508 männlichen und 22,835 weiblichen Geschlechts. An der Schwindsucht sind in diesem Jahre 8583 Personen gestorben, wovon 4778 männliche und 3815 weibliche. Auf die öffentliche Wohlthätigkeit waren angewiesen 113,117 Individuen, nämlich 23,036 Männer, 38,477 Frauen, 25,607 Knaben und 26,207 Mädchen unter 14 Jahren. 5,32 pCt. von diesen Hilfsbedürftigen entfielen auf Ausländer.

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Erscheint monatlich zweimal und zwar vom 1. April d. J. an regelmäßig in Heften von je 2 Bogen. Aus letzterem Grunde tritt eine geringe Preiserhöhung ein.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und Colporteuren: pro Quartal 1,50 Mark (statt 1,25 Mark).

Bei Zusendung unter Kreuzband pr. Quartal 2 Mark; bei Zusendung unter Couvert pr. Quartal 2,60 Mark.

Wir bitten die Fortsetzung rechtzeitig zu bestellen.

Heft 15 erschien am 1. Mai.

Allgemeine deutsche Associationsbuchdruckerei (E. G.) zu Berlin.

Durch uns ist zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elvn Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 346 West — 87 Str.
Philadelphia: B. Haß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 53. Mittwoch, 8. Mai. 1878.

Ein sonderbares Strafverfahren

haben nicht etwa die Chinesen oder Japanesen, über welche so mancher bezopfte Hof-, Geheim-, Legations-, Kreis-, Gerichts-, Stadt- oder sonstiger Rath die weingeschwollene Nase rümpft, sondern das starke, einige „Deutsche Reich".

Auf die §§ 361 und 362 des Strafgesetzbuches gründet sich z. B. das Strafverfahren gegen die Bettler und Landstreicher. Mit Haft wird laut § 361 bestraft:

3) wer als Landstreicher umherzieht;
4) wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt, oder Personen, welche seiner Gewalt und Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, vom Betteln abzuhalten unterläßt.

Der § 362 besagt:

„Die nach Vorschrift des § 361 Nr. 3 bis 8 Verurtheilten können zu Arbeiten, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, innerhalb und, so fern sie von andern freien Arbeitern getrennt gehalten werden, auch außerhalb der Strafanstalt angehalten werden. Bei der Verurtheilung zur Haft kann zugleich erkannt werden, daß die verurtheilte Person nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde (Regierung) zu überweisen sei. Die Landespolizeibehörde erhält dadurch die Befugniß, die verurtheilte Person entweder bis zu 2 Jahren in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden. Im Falle des § 361 Nr. 4 ist dieses jedoch nur dann zulässig, wenn der Verurtheilte in den letzten drei Jahren wegen dieser Uebertretung mehrmals rechtskräftig verurtheilt worden ist oder wenn derselbe unter Drohungen oder mit Waffen gebettelt hat. Ist gegen einen Ausländer auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, so kann an Stelle der Unterbringung in ein Arbeitshaus Verweisung aus dem Bundesgebiet eintreten."

Bei der großen Zahl von Arbeitslosen, welche als „Bettler" oder „Landstreicher" arretirt und zu kürzerer oder längerer Freiheitsstrafe verurtheilt, oder der Correktionshaft zugewiesen werden, dürfte es nicht uninteressant sein, das formelle Verfahren, wie es in vielen Theilen des „deutschen Reiches" im Gebrauche ist, kennen zu lernen. Wir geben hier einem „liberalen" Blatte, den „Itzehoer Nachrichten", über diesen Gegenstand das Wort. Das genannte Blatt schreibt:

„Bei der großen Zahl von Bettlern und Landstreichern, welche zu kürzerer oder längerer Haftstrafe verurtheilt, bezw. an die Landespolizeibehörde zur Festsetzung der Correktionsnachhaft in der Provinzialcorrigendenanstalt zu Glückstadt überwiesen werden, wird es nicht ohne Interesse sein, auch das formelle Verfahren kennen zu lernen, das nicht so einfach ist, wie Mancher denken mag.

Es wird also ein Bettler oder Landstreicher von dem Gensdarmen oder Polizeisergeanten angehalten. Dieser führt den Angehaltenen der Polizeibehörde zu, welche über die geschehene Anhaltung ein Protokoll aufnimmt und die Personalien und den Thatbestand vorläufig feststellt. Von der Polizeibehörde wird der Angehaltene an die Königl. Polizeianwaltschaft zur weiteren Veranlassung abgeliefert, was in den meisten Fällen einen längeren Transport bedingt, der erst am nächsten Tage ausgeführt werden kann, so daß der Angehaltene inzwischen im polizeilichen Verwahrsam bleiben muß. Ist die Ablieferung an den Polizeianwalt erfolgt, so hat dieser Letztere zuerst für den Transporteur eine Ablieferungsbescheinigung auszustellen, dann eine Arresteinlieferungsbescheinigung dem gerichtlichen Gefangenwärter zuzufertigen.

Nunmehr sendet der Polizeianwalt die Akten an das zuständige Königl. Amtsgericht mit dem Ersuchen um gerichtliche Vernehmung des Angehaltenen und Beschließung der gerichtlichen Haft. Sobald die Akten mit dem Verhaftsbefehl an den Polizeianwalt zurückgekommen sind, schreibt dieser wegen der etwaigen Vorbestrafungen des Verhafteten an die Polizeibehörde des Wohnorts desselben, bezw. an das beikommende Gericht. Gehört der Verhaftete zu der Gattung der militärpflichtigen Personen, so ist überdies der Militärcontrolbehörde von der Verhaftung Kenntniß zu geben. Wenn die Nachrichten wegen der Vorbestrafungen eingegangen sind, wird eine schriftliche Anklage bei dem Amtsgericht eingereicht und um Anberaumung eines Audienztermins gebeten, zu dem zwei Schöffen hinzugezogen werden. In dem Termin erscheint nun der Polizeianwalt, um die Anklage mündlich vorzutragen und nach wiederholter eingehender Vernehmung des Verhafteten, seinen Strafantrag zu stellen. Sobald die erkannte Strafe verbüßt ist, hat der Polizeianwalt schriftlich einen Haftentlassungsantrag zu stellen, bezw. ein Strafvollstreckungsattest zu den Akten zu bringen. Zehn Tage nach Abgebung des Erkenntnisses erhält der Polizeianwalt einen Urtelsauszug mit bescheinigter Rechtskraft zur Vervollständigung der verschiedenen Register, die selbstredend nebenbei zu führen sind, und nun gehen wieder Mittheilungen über die geschehene Bestrafung an dieselben Behörden, von denen Mittheilungen über die Vorbestrafungen eingegangen sind. In den Fällen, wo auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt ist, kommt ein Bericht des Polizeianwalts an das Landrathsamt unter Anlegung einer Charakteristik über das gesammte Vorleben des Verurtheilten hinzu."

Ein solches Vorgehen ist gewiß gründlich, wenn es auch mit der Gerechtigkeit sich nicht vereinbaren läßt. Es ist selbstverständlich, daß der „Bettler" oder „Landstreicher" so lange in Haft behalten wird, bis an Pontius und Pilatus geschrieben und die Briefe und Erkundigungen beantwortet wurden. Ob aber eine Haft, welche im günstigsten Falle einige Tage, im weniger günstigen Falle aber auch einige Wochen dauern kann, mit dem „Vergehen" im Verhältniß steht, ob es gerecht ist, gerecht vom Standpunkte der heutigen Gesetzgebung, einen Menschen, dessen Vergehen mit 24 oder 48 Stunden Haft „bestraft" werden kann, auf diese Strafe tage-, ja wochenlang warten zu lassen, möge sich Jeder selbst beantworten. Wir verneinen dies auf das Entschiedenste.

Diese ganze complizirte und langweilige Prozedur müssen aber in den meisten Fällen Leute sich gefallen lassen, welche in Folge unserer heutigen ziel- und planlosen, auf Unersättlichkeit und Raubgier begründeten privatkapitalistischen Produktionsweise arbeitslos geworden und gezwungen sind, zweck- und ziellos durch die Welt streifend sich ihr Brod zu erbetteln. Ein Stück Brod, welches der Arme zur Stillung seines nagenden Hungers erbettelte, ist es oft, welches den ganzen schwerfälligen Gerichts- und Strafvollstreckungsapparat, vom Gensdarmen oder Polizisten bis hinauf zum Landrathsamt resp. zum Amtsgericht, in Bewegung bringt. Wird der Arme zwei oder dreimal wegen „Betteln" bestraft, so wird er als „Landstreicher" betrachtet und in eine Correktionsanstalt gesteckt. Darin gipfelt die ganze Weisheit unserer so sehr gelahrten, in Aktenstaub und Tinte eingetrockneten Bureaumenschen. Daß es dem oft hungrig aus der Haft entlassenen Arbeitslosen nicht möglich ist, sofort Arbeit und Beschäftigung zu finden, daß er, wenn er, was ja stets der Fall, kein Geld hat, keinen andern Ausweg findet als neuerdings zu betteln, können die für ihre oft sehr problematische Thätigkeit aus dem Volkssäckel sehr gut bezahlten Aktenmenschen nicht begreifen; der Buchstabe des Gesetzes, die alten, zopfartigen, steifen Formen müssen beobachtet und die „Bettler" und „Landstreicher" müssen unschädlich gemacht werden.

Selbstverständlich kosten derartige Prozeduren Geld, viel Geld, trotzdem die Sache, um welche es sich handelt, das „erbettelte" Stück Brod oft nicht den zehnten Theil des Papiers, welches ruinirt wird, werth ist. Nun, dieses Geld haben die Steuerzahler zu bezahlen! Auf einige Millionen Mark für derartige hochwichtige Verwaltungsgeschäfte darf es dem deutschen Volke aber auch nicht ankommen, es muß nur denken, daß für manche andere unnütze Dinge ebenfalls viel, sehr viel Geld gebraucht wird. Die Herrlichkeit des deutschen Reiches ist es aber auch werth, daß man den Beutel ordentlich aufthut.

Daß der „liberale" Federfuchser der „Itzehoer Nachrichten" seinen Bericht nicht ohne einen Seitenhieb auf die Arbeitslosen schließen konnte, liegt in der Natur der Sache.

Der Skribifax verrichtet seine geistige Nothdurft folgendermaßen:

„Wenn man bedenkt, daß das Geschäft eines Polizeianwalts von den Bürgermeistern als Nebenamt zu besorgen ist, so wird man nach dem Vorstehenden wenigstens in dieser Zeit mit den Herren Bürgermeistern ein ebenso großes Mitleid haben müssen, wie mit den Herren Bettlern und Landstreichern, *für welche Letztere die Verhaftung öfter eine Wohlthat*, als eine Strafe ist. Nur vor der Ueberweisung an die Landespolizeibehörde haben sie einen höllischen Respekt, und für das Land ist die Corrigendenanstalt in Glückstadt daher ein wahrer Segen."

Es ist ein sehr trauriges Zeichen unserer Zeit, daß für viele Menschen, die gerne arbeiten möchten, aber keine Arbeit finden, die Verhaftung öfter eine Wohlthat ist. Daß der Preßlakai die Corrigendenanstalt für einen wahren Segen für das Land hält, zeugt entweder für seine bodenlose Unkenntniß in Bezug auf wirthschaftliche Fragen, speziell die Ursachen und Wirkungen des gegenwärtigen Nothstandes, oder aber für eine grenzenlose Niederträchtigkeit. Für die hungernden und darbenden Arbeiter das Gefängniß, ein endloses Strafverfahren und das Correktionshaus; für die „Gründer" und sonstigen „Millionendiebe", die es nur der heutigen Gesellschaftsordnung danken können, daß sie das Zuchthaus blos mit dem Aermel streiften, anstatt, wie sie es verdient hätten, hineinzukommen, Titel, Ehre und Orden. Das heißt: „Göttliche Weltordnung!"

Sozialistische Consumvereine.

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn ich den Parteigenossen erst weitläufig auseinandersetzen wollte, daß fast alle schönen Vorschläge zur Agitation unter der Landbevölkerung und in den kleinen Landstädtchen daran scheitern, daß unsere Partei an einem lästigen Uebel leidet: der chronischen Geldbeutelschwindsucht Wenn diese Krankheit auch einmal auf einige Wochen vor den Reichstagswahlen infolge der vorübergehenden Wahlbegeisterung und der daraus folgenden Opferwilligkeit der Genossen sich weniger fühlbar macht, so hindert sie doch während der ganzen Zeit zwischen den Wahlen die Partei an jener großartigen Entwickelung, die sie unzweifelhaft nehmen müßte, wenn ihr genügende Geldmittel zur Verfügung ständen. Denn an den Personen, an Rednern und Agenten fehlt es in wenigen Fällen.

Es ist wunderbar, wie die Partei, angewiesen auf die winzigen Erträge der Tellersammlungen, Feste und einiger Blätter so große agitatorische Erfolge erzielt hat, aber viel merkwürdiger ist es, daß sie nicht schon längst Anstalten getroffen hat, sich eigene Einnahmequellen zu verschaffen, welche, wie indirekte Steuern, unabhängig von dem guten Willen und der Wahlbegeisterung der Genossen fließen. Sehen wir doch einmal zu, wie es unser „großer Meister" Bismarck macht oder machen will, um dem Militärstaat Großpreußen Einnahmen zu verschaffen, die unabhängig sind von der Laune seiner Volksvertreter und mit der Zunahme der Bevölkeruug immer reichlicher werden. Das alte Mittel zu diesem Zweck sind die indirekten Steuern, das neue das Monopol. Bei dem ersten System werden die Consumenten übervortheilt, indem sie die Waare über ihrem Werthe bezahlen müssen, bei dem zweiten die Produzenten, indem zwar die Waare zu ihrem Werthe verkauft wird, ihre Erzeuger aber nur mit einem Theile ihres Werthes abgespeist werden. Eine Uebervortheilung der Consumenten kann zwar auch mit dem Monopol verbunden sein, liegt jedoch nicht in seinem Wesen, welches vielmehr darin besteht, daß der Staat als Unternehmer den von den Arbeitern eines Produktionszweiges erzeugten Mehrwerth direkt einstreicht. Da wir die Parteigenossen als Consumenten nicht übervortheilen können, aus dem einfachen Grunde, weil sie es nicht zugeben, so versuchen wir einmal, wie wir sie oder andere Arbeiter als Produzenten „ausbeuten" können, was sie als Lohnarbeiter sich eher gefallen lassen werden, weil sie es gewohnt sind. Um dies zu erreichen, müßte die Partei als Unternehmerin in irgend einem Arbeitszweige auftreten, Parteigenossen als Lohnarbeiter anstellen und die Produkte verkaufen. Abgesehen von dem Rifiko eines solchen Unternehmens, so gehören dazu auch bedeutende Mittel. Weniger ist dies der Fall bei dem System, sich einen Theil des nationalen Mehrwerths auf indirektem Wege anzueignen, beim Waarenhandel. Da hierzu viel weniger Geld gehört und wir uns mit Leichtigkeit durch Agitation einen großen, sicheren Kundenkreis erwerben könnten, so bleibt nur noch die Frage offen, woher wir die Mittel zur Etablirung dieses Handelsgeschäfts oder Consumvereins nehmen. Zur Beantwortung dieser Frage will ich mit einigen Worten auseinandersetzen, wie ich mir die einfachste Errichtung und Erweiterung dieses Consumvereins vorstelle.

In irgend einer Großstadt des Reichs mit vielen Parteigenossen und verhältnißmäßig hohen Löhnen, z. B. Hamburg, macht die dortige Parteidruckerei bekannt, daß sie ihren Geschäftsbetrieb durch Errichtung eines Consumvereins erweitern will, von dessen Reingewinn die Hälfte zur Vertheilung an die Genossen nach Maßgabe ihrer Einkäufe, ein Drittel zur Agitation und ein Sechstel zur Akkumulation, d. h. zur Erweiterung des Geschäftsbetriebes verwendet werden soll. Zu diesem ausgesprochen politischen Zwecke müßte die Genossenschafts-Druckerei natürlich ihr Prädikat „Eingetragene Genossenschaft" im Firmenregister abmelden. Sie macht ferner bekannt, daß Jedermann gegen eine Einzahlung von mindestens einer Mark Mitglied des Consumvereins werden kann, und daß sie Darlehne mit 5 Proz. verzinst. Zu gleicher Zeit werden in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen, in welchen die Vortheile dieses Consumvereins für jeden Genossen und für die Partei diskutirt werden. Es kann nicht ausbleiben, daß eine große Anzahl von Parteigenossen sich als Mitglieder einzeichnen lassen und ihre Ersparnisse der Genossenschaft zur Verzinsung übergeben wird. Mit den Beiträgen. Darlehnen und eigenen früheren Ueberschüssen würde die Genossenschaft in der Lage sein, eine Anzahl von Verkaufslagern in allen Stadttheilen zu eröffnen und wie ich an dem Beispiele des Breslauer Consumvereins zeigen will, großartige Gewinne zu erzielen.

Der Breslauer Consumverein besitzt bei 14,000 Mitgliedern 300,000 Mark eingezahlte Geschäftsantheile der Mitglieder, von denen jedoch 219,500 Mark in Grundstücken und 43,300 in Zinspapieren angelegt sind. Man sieht, wie wenig Kapital ein sozialistischer Consumverein zum Beginne nöthig hätte. Mit oben erwähnten geringen Mitteln hat der Breslauer Consumverein im Jahre 1877 für 2,702,000 Mark Waaren verkauft und vertheilte pro 1877 nach Bestreitung aller Unkosten an seine Mitglieder 8½ Prozent ihrer Einkäufe in Gesammthöhe von 225,000 Mark als Dividende. Der geringe Umsatz, etwa 200 M. pro Mitglied, kommt daher, daß der Consumverein sich nur mit dem Vertrieb von Nahrungsmitteln, außer Fleisch, Semmeln, Milch, Käse u. s. w. befaßt, so daß die Mitglieder diese letzteren Waaren, so wie alle zur Bekleidung und Bequemlichkeit nöthigen Gegenstände anderswo kaufen müssen. Von den in seinen Lagern verkäuflichen Waaren produzirt der Consumverein selbst nur Brot, Mostrich und Liqueure. Und dennoch sind bei ihm außer dem Hilfspersonal der 29 Lagerhalter gegen 100 Personen beschäftigt. Allerdings hat der Breslauer Consumverein 12 Jahre gebraucht, um sich zu seiner heutigen Höhe zu entwickeln, aber ich bin überzeugt, daß wir Sozialisten, Kapitalkerle wie wir sind, es in zwei Jahren ebenso weit bringen können. Sobald von einer gewissen Waare ein so großes Quantum verkauft wird, daß sich die Herstellung in eigenem Betriebe lohnt, müßte dieser Betrieb, z. B. Bäckerei, Fleischerei u. s. w. eingerichtet werden. Dies, sowie die Erweiterung des Verkaufsgeschäfts, gäbe der Partei günstige Gelegenheit, eine Anzahl tüchtiger Redner und Organisatoren anzustellen und unabhängig zu machen und so eine ansehnliche Agitationsarmee mobil zu machen.

Es gilt zum Schluß den Vorwurf des Schulze-Schwindels zurückzuweisen, der bei dem Worte Consumverein sehr nahe liegt, aber kurz und leicht zu widerlegen ist. — Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe, sagt ein lateinisches Sprüchwort. Wenn Schulze Consumvereine gründet, so hofft er oder redet wenigstens den Leuten ein, damit die soziale Frage zu lösen; wenn wir solche Vereine errichten, so thun wir es mit der ausgesprochenen Absicht, Mittel und Kräfte zur sozialistischen Propaganda zu gewinnen.

Es wäre mir lieb, wenn diese Zeilen eine lebhafte Diskussion dieses Gegenstandes hervorriefen, noch lieber aber, wenn möglichst bald zur That geschritten würde. D. St.

(Wir nahmen obigen Artikel auf, um den Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich über die Nützlichkeit und Ausführbarkeit des von dem Artikelschreiber gemachten Vorschlags auszulassen. Die sozialistische Arbeiterpartei, die in beständigem Kampfe mit den Gegnern liegt, kann Geld schon brauchen, und wem es gelingen sollte, eine reinliche und reichliche Geldquelle der Partei zu erschließen, der hätte sich jedenfalls ein Verdienst um die sozialistische Sache erworben. Red. d. „V.")

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Reichstag beschäftigte sich am 2. Mai (3. Sitzung nach den Ferien) u. A. auch mit dem Gesetzentwurf betr. die Gewerbegerichte, welcher zur zweiten Berathung vorlag. Anwesend waren bei Beginn der Sitzung 232 Abgeordnete; das Haus war also beschlußfähig. § 1 des Gesetzentwurfs, der von der Errichtung der Gewerbegerichte handelt, wird nach Verwerfung verschiedener Abänderungsanträge nach den Commissionsvorschlägen angenommen; desgleichen § 2, der den Gewerbegerichten das rechtliche Gebiet ihrer Thätigkeit zuweist; §§ 3, 4 und 5, welche die Zuständigkeit der Gewerbegerichte und die Kostendeckung regeln, werden nach der Regierungsvorlage angenommen; § 6, der die Einrichtung der Gewerbegerichte vorschreibt, findet Annahme nach den Commissionsvorschlägen.

Zu § 7, welcher nach den Commissionsbeschlüssen lautet:

„Zum Mitgliede des Gewerbegerichts sollen nur solche Deutsche berufen werden, welche das dreißigste Lebensjahr vollendet haben, für sich oder ihre Familien Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln in den letzten drei Jahren nicht empfangen haben und in dem Bezirk des Gerichts seit mindestens zwei Jahren wohnen oder beschäftigt sind.

Unfähig zu dem Amt sind alle Personen, welche sich in einem der durch § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgesehenen Fälle befinden.

Das Amt der Beisitzer ist ein Ehrenamt. Die Uebernahme desselben kann nur aus den Gründen abgelehnt werden, welche zur Ablehnung eines unbesoldeten Gemeindeamts berechtigen.

Die Beisitzer erhalten Vergütung der Reisekosten. Außerdem kann ihnen eine für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleiche Vergütung für Zeitversäumniß zugebilligt werden,"

beantragen Dr. Franz und Genossen:

in § 7 im Absatz 1 Zeile 2 und 3 die Worte: „oder ihre Familien" zu streichen;

Zeile 3 statt: „den letzten drei Jahren" zu setzen: „den letzten zwei Jahren".

Dagegen beantragen Fritzsche und Genossen:

1) Den ersten Absatz wie folgt zu fassen:

„Zum Mitgliede des Gewerbegerichts sollen nur solche Deutsche berufen werden, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, für sich eine fortlaufende Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in dem letzten Jahre nicht empfangen haben und in dem Bezirk des Gewerbegerichts seit mindestens einem Jahre wohnen oder beschäftigt sind."

2) Dem letzten Absatz desselben Paragraphen folgende Fassung zu geben:

Die Beisitzer erhalten eine für Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Vergütung der Reisekosten und Zeitversäumniß.

Abg. Helldorf bekämpft die Anträge von Fritzsche u. Gen. Abg. Hasenclever, der dieselben vertheidigt, weist darauf hin, daß ja auch die besitzenden Klassen ununterbrochen öffentliche Unterstützungen dadurch erhalten, daß der Staat ihnen höhere Lehranstalten aus den Mitteln der gesammten Steuerzahler für die Ausbildung ihrer Kinder zu Gebote stelle. Er constatire dies, da bei der ärmeren Klasse schon oft die Wählbarkeit angefochten worden sei, weil die Eltern Schulmaterial für ihre Kinder aus öffentlichen Mitteln erhalten hätten. Oft liege es, wie z. B. bei Aufnahme in Krankenheilanstalten, ganz außer der Schuld des Arbeiters, der öffentlichen Unterstützung zu verfallen; es sei oft nicht Zeit, erst den Instanzenweg bei den Kassen, denen er angehöre, abzulaufen, und hinterher forderten die Armenbehörden ja die Unterstützung von diesen zurück. Nur wo eine „fortlaufende" Unterstützung eintrete, sei von der Wählbarkeit abzusehen. Ein Alter von 25 Jahren sei im Uebrigen genügend.

Abg. Dr. Hirsch (Max) erklärt, nachdem er, durch die Rede Hasenclever's veranlaßt, noch flugs den Antrag: „Die Gewährung von freiem Schulunterricht gilt nicht als Armenunterstützung" gestellt hatte, daß er und die Fortschrittspartei für den Antrag von Dr. Franz u. Gen. stimmen würden.

Nach einer längeren Debatte wird schließlich der Antrag von Fritzsche und Gen. gegen die Stimmen der Antragsteller verworfen. Demnächst wird der erste Antrag Dr. Franz, die Worte „oder ihre Familie" zu streichen, abgelehnt. Bei dem zweiten Antrage Franz, statt 3 Jahre nur 2 Jahre zu setzen, muß „Hammelsprung" eintreten, da die Abstimmung durch Aufstehen zweifelhaft bleibt. Es stellt sich dabei heraus, daß der Reichstag beschlußunfähig ist, da nur 104 Abgeordnete anwesend sind. Die Sitzung mußte deshalb resultatlos geschlossen werden. Und wohlgemerkt, es war die dritte Sitzung, die der Reichstag nach Wiederaufnahme seiner Arbeiten abhielt — und dreimal war er beschlußunfähig. Wenn die Reichsboten selber auf sich und ihre Arbeiten so wenig Werth legen, daß sie bei einem so wichtigen Berathungsgegenstande, wie es der Gesetzentwurf über die Gewerbegerichte ist, nicht einmal in beschlußfähiger Anzahl am Platze sind — von allem anderen ganz abgesehen —, dann dürfen sie sich aber auch nicht wundern, wenn das Volk über die reichstägliche Gesetzesmacherei die Achseln zuckt und sich nach anderen, das Volkswohl voll und ganz verbürgenden gesetzgeberischen Maximen umsieht.

— 3. Mai. Die gestern durch die Beschlußunfähigkeit des Hauses unterbrochene zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Gewerbegerichte, wurde heute wieder aufgenommen und führte zur weiteren Abstimmung über die gestern zu § 7 gestellten Anträge. Auch der zweite Theil des Antrags von Dr. Franz und Genossen zu § 7 wird abgelehnt, dagegen wird ein Amendement Lasker's und das von Fritzsche und Genossen angenommen, so daß § 7 nunmehr lautet:

„Zum Mitgliede des Gewerbegerichts sollen nur solche Deutsche berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, für sich oder ihre Familien Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln in den letzten drei Jahren nicht empfangen oder die innerhalb dieses Zeitraums empfangene Unterstützung erstattet haben und in dem Bezirk des Gerichts seit mindestens zwei Jahren nacheinander beschäftigt sind. Unfähig zu dem Amte sind alle Personen, welche sich in einem der durch § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgesehenen Fälle befinden. Das Amt der Beisitzer ist ein Ehrenamt. Die Uebernahme desselben kann nur aus den Gründen abgelehnt werden, welche zur Ablehnung eines unbesoldeten Gemeindeamts berechtigen. Die Beisitzer erhalten eine für Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Vergütung der Reisekosten und Zeitversäumniß."

§ 8 lautet nach der Commissionsvorlage folgendermaßen: „Die Berufung der Mitglieder erfolgt auf mindestens ein Jahr und auf höchstens drei Jahre. Eine wiederholte Ernennung ist nicht ausgeschlossen.

Die Berufung erfolgt durch Wahl des Magistrats, wo ein solcher nicht vorhanden ist oder wo das Statut oder die Anordnung der Landes-Centralbehörde dies bestimmt, durch Wahl der Gemeindevertretung, in Communalverbänden durch Wahl der Vertretung des Verbandes. Die Wahl kann in allen Fällen der Vertretung eines Communalverbandes übertragen werden.

Die Wahl der Beisitzer kann den Arbeitgebern und Arbeitern zu gleichen Theilen unter möglicher Berücksichtigung der hauptsächlichen Gewerbzweige und Fabrikbetriebe übertragen werden. Die zur Wahl berufenen Arbeitgeber und Arbeiter müssen volljährig und seit mindestens einem Jahre in dem Bezirke des Gewerbegerichts wohnhaft oder beschäftigt sein.

Die Wahlen unterliegen der Prüfung durch die höhere Verwaltungsbehörde. Dieselbe hat Wahlen, welche gegen das Gesetz oder gegen die auf Grund des Gesetzes erlassenen Wahlvorschriften verstoßen, für ungültig zu erklären.

Sind Wahlen überhaupt nicht zu Stande gekommen oder wiederholt für ungültig erklärt, so ist, soweit Arbeitgeber und Arbeiter wahlberechtigt sind, zunächst die Gemeindevertretung befugt, die Wahl vorzunehmen. Im Uebrigen werden in den bezeichneten Fällen die durch die Wahlen zu berufenden Mitglieder von der höheren Verwaltungsbehörde ernannt."

Zu diesem § hatten die Abgg. Fritzsche und Genossen folgenden Abänderungsantrag eingebracht:

1) An Stelle des zweiten und dritten Absatzes in § 8 zu setzen:

„Die Wahl des Vorsitzenden erfolgt durch die Gemeindevertretung, in Communalverbänden durch die Vertretung des Verbandes.

Die Beisitzer werden zur Hälfte von den Arbeitgebern, zur Hälfte von den Arbeitern gewählt und zwar die Arbeitgeber von den Arbeitgebern, die Arbeiter von den Arbeitern.

An der Wahl können alle Gewerbtreibende mit gleichem Rechte theilnehmen, welche volljährig und seit mindestens drei Monaten in dem Bezirke des Gewerbegerichts wohnhaft oder beschäftigt sind.

Die Wahl ist unmittelbar, die Abstimmung geheim."

2) Dem vierten Absatz dieses Paragraphen anzufügen: „und unverzüglich Neuwahlen anzuordnen."

3) Den fünften Absatz desselben Paragraphen zu streichen.

Der Antrag wurde, wie das übrigens vorauszusehen war, verworfen. Dasselbe Schicksal hatten auch etliche andere von verschiedenen Fraktionen gestellte Anträge und wurde schließlich der § 8 nach der Commissionsvorlage, jedoch mit der Aenderung angenommen, daß die zur Wahl berufenen Arbeiter seit mindestens zwei Jahren im Bezirke des Gewerbegerichts wohnhaft oder beschäftigt sein müssen.

Die §§ 9—12 werden nach den Commissionsvorschlägen angenommen, nachdem etliche Amendements der sozialistischen Abgeordneten verworfen worden waren. Desgleichen werden die §§ 13—18 nach etlichen beantragten Aenderungen im Wortlaut der Commissionsvorlage genehmigt.

Mit § 19 beginnen die „Schlußbestimmungen". Derselbe lautet:

„Wo Gewerbegerichte nach Maßgabe dieses Gesetzes nicht bestehen, kann in Streitigkeiten der in § 2 unter 1 bezeichneten Art Klage vor dem Gemeindevorsteher erhoben werden. Die Gegenpartei hat sich auf die Klage einzulassen.

Zuständig ist der Vorsteher der Gemeinde, in deren Bezirk die streitige Verpflichtung aus dem Arbeitsverhältniß zu erfüllen ist.

Der Gemeindevorsteher hat das Verfahren nach den in gleichen Rechtsstreiten für den Vorsitzenden des Gewerbegerichts maßgebenden Bestimmungen zu leiten. Seine Entscheidung geht in Rechtskraft über, wenn nicht von einer der Parteien binnen drei Tagen nach der Zustellung oder der in Gegenwart der Parteien erfolgten Verkündung Klage bei dem zuständigen Gericht erhoben ist. Die Entscheidung ist nach Maßgabe des § 16 vollstreckbar.

Der Gemeindevorsteher kann die Wahrnehmung der ihm hiernach obliegenden Geschäfte mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde einem Stellvertreter übertragen. Derselbe muß aus der Mitte der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung und auf mindestens ein Jahr berufen werden. Die Berufung ist bekannt zu machen.

v. Cuny beantragt, im Absatz 1 die Worte „nach Maßgabe dieses Gesetzes" zu streichen;

im Absatz 3 statt „binnen drei Tagen" zu setzen: „binnen zehn Tagen".

Diese Amendements werden angenommen, und ein Antrag Bürgers, den ganzen § 19 zu streichen, damit abgelehnt.

§ 20 lautet: „Bis zum Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes finden gegen die Entscheidungen der Gewerbegerichte die in den geringfügigsten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zulässigen Rechtsmittel bei den für solche zuständigen Gerichten statt; für die Zwangsvollstreckung sind die Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung in den geringfügigsten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten maßgebend." Derselbe wird unverändert genehmigt.

§ 21 lautet nach der Regierungsvorlage: „Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung:

1) auf Streitigkeiten der Kaufleute und Apotheker mit ihren Arbeitern;
2) auf Streitigkeiten der Vorstände der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in der letzteren beschäftigten Arbeitern.

Die Commission schlägt dagegen vor, im § 21 nur zu sagen: Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf Streitigkeiten der Kaufleute und Apotheker mit ihren Gehilfen und Lehrlingen.

Das Haus genehmigt den § 21 nach dem Commissionsvorschlag, desgleichen die übrigen §§ des Gesetzes, welches im Ganzen 24 Paragraphen enthält.

— In der Sitzung vom 4. Mai, auf deren Tagesordnung als einziger Gegenstand die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, stand, war von sozialistischer Seite (Most und Genossen) u. A. auch folgender Antrag gestellt worden: Den § 105a mit § 105b zu bezeichnen und vor demselben folgenden Paragraph einzuschalten:

„§ 105a. Gewerbliche Arbeiter dürfen täglich nicht länger als zehn Stunden, an den Tagen vor Sonn- und Festtagen nicht länger als neun Stunden, ausschließlich der Pausen, beschäftigt werden. Kürzere Arbeitsschichten sind der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen. Während der Arbeitsschicht müssen drei Pausen von zusammen mindestens zwei Stunden stattfinden. Die Hauptpause muß in die Mitte der Arbeitsschicht fallen und mindestens eine Stunde dauern. Die Arbeitsstunden sind nach der öffentlichen Uhr zu richten und dem Gewerbegericht anzuzeigen. Die Arbeitsschicht darf nicht vor 6 Uhr Morgens beginnen und muß spätestens Abends 8 Uhr beendet sein."

Wie vorauszusehen war, wurde der Antrag, der in der Hauptsache die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages bezweckte, nach eingehender Begründung durch den Abg. Most, verworfen. Es kann also in der althergebrachten gewohnten Weise ins Maßlose hinein weiter ausgebeutet und geschunden werden. Ausführlicher Bericht über die Debatten und Beschlüsse bei Berathung des Gewerbegerichts und der Gewerbeordnung folgt.

— Auf die Interpellation des Abgeordneten zum Geraer Landtage, Parteigenossen Brätter, über die Behandlung des früheren verantwortlichen Redakteurs der „Thüringer Freien Presse", Leuschke, in der Strafanstalt Ichtershausen ist seitens des fürstlichen Ministeriums die gewünschte Antwort ertheilt worden. Hiernach hätte der sich zur Verbüßung von 5 Monaten Gefängniß wegen Beleidigung und Verleumdung verurtheilte Schuhmacher und Colporteur Leuschke freiwillig gemeldet; bei seiner Aufnahme habe derselbe erklärt, sich der Hausordnung fügen zu wollen. Da die Tragung eigener Kleider noch nicht ausgewirkt war und es ihm an ausreichender Wäsche fehlte, habe man ihn mit Hauskleidern versehen. Die Haare wurden ihm, da er hiergegen nicht protestirt, geschnitten. Einen Bart habe derselbe gar nicht gehabt. Er sei zuerst isolirt und dann im Schuhmachersaale beschäftigt worden. Nach einiger Zeit sei derselbe von H. Kettel (welcher gegenwärtig ebenfalls dort inhaftirt) besucht worden und seien von demselben dann jene Behauptungen in der „Thüringer Freien Presse" veröffentlicht worden, welche das fürstliche Staatsministerium veranlaßt haben, Erörterungen hierüber zu pflegen. Leuschke habe später seine eigenen Kleider tragen können, auch sei ihm der Bezug von anderer Kost gestattet worden. Zeitschriften habe er lesen können, nur nicht die „Thüringer Freie Presse" in Gotha. Er selbst, sowie auch die jetzt dort zur Verbüßung ihrer Strafzeit befindlichen Redakteure Bruck und Kettel haben sich über ihre Behandlung nicht beschwert. Das Bartscheeren sei seit dem 1. April d. J. abgeschafft worden. — Abg. Brätter erkennt an, daß hierin nunmehr Wandel geschaffen ist und daß nicht Alles, was in seiner Interpellation angedeutet, zutreffe. Das Wesentlichste derselben sei aber auch durch das Schreiben der Direktion nicht entkräftet. Er könne sich nicht denken, daß ein Besuchender so etwas erfindet und weiter verbreitet; Kettel müsse doch Leuschke in diesem Zustande dort getroffen und das Uebrige von demselben mitgetheilt erhalten haben. — Daß die Interpellation noch diesen Erfolg gehabt hat, ist rein zufällig. Wäre Brätter nicht Parteigenosse und zugleich Geraer Landtagsabgeordneter — Leuschke und seine übrigen politischen Mitgefangenen würden, der „Gerechtigkeit" gemäß, vielleicht noch heute wie die gewöhnlichen Verbrecher behandelt werden.

— Glücklich vertuscht. Der Redakteur eines Berliner Blattes („Neue Zeit") ward kürzlich von dem Aufsichtsrathe der Gesellschaft „Flora" verklagten Angedenkens mit einer Verleumdungsklage bedacht wegen eines Artikels, in welchem behauptet worden, daß ein Mitglied des Aufsichtsrathes genannter Gesellschaft die Summe von 5837 Mark „zur Bestechung von Berliner Zeitungen" gebucht, aber nicht ausgezahlt. Das betr. Blatt beschwerte sich also nicht über die Absicht der Bestechung, sondern bloß darüber, daß diese Absicht nicht verwirklicht worden! Vor einigen Tagen kam es in Charlottenburg zur öffentlichen Verhandlung des Prozesses. Der als Zeuge vernommene Bankier Lewenstein gab ungenirt zu, daß er eine Geldsumme für die Berliner Presse, „um diese günstig zu stimmen", ausgesetzt habe, und — zog dann im Namen des Aufsichtsraths die Klage zurück. Die Schmerzen des Redakteurs der „Neuen Zeit" werden wohl nachträglich gestillt worden sein. Jedenfalls hat die Diskretion des Bankiers Lewenstein verschiedenen Berliner Redaktionen etliche „unangenehme Viertelstunden" erspart. Wie dem aber sei: die Thatsache ist constatirt, daß Berliner Aktiengesellschaften es im Interesse des Geschäftes für etwas ganz Selbstverständliches halten, „Berliner Zeitungen" zu bestechen. Daß Aktiengesellschaften dies nicht für etwas Selbstverständliches halten könnten, wenn nicht „Berliner Blätter" der gleichen Anschauung huldigten, liegt auf der Hand. —

— Herr von Diest-Daber hat, nachdem die Civilgerichte sich inkompetent erklärt, den „General" Bismarck jetzt bei dem Militärgericht verklagt. Wir sind sehr begierig auf das Resultat. Erklärt auch das Militärgericht sich inkompetent, weil Bismarck — was ja unleugbar — eine Civilperson sei, so wäre ein prachtvolles Mittelchen gefunden, der Justiz ein Schnippchen zu schlagen, und die — „ehrlichen Leute" könnten triumphiren.

— Olivier Pain, ein Mitglied der Pariser Commune und Freund Rochefort's, mit dem er aus Neukaledonien entwich, war im Sommer vorigen Jahres von Genf aus als Kriegscorrespondent eines französischen Blattes auf den türkischen Kriegsschauplatz gegangen. Bei Plewna fiel er den Russen in die Hände, die ihn erst erschießen, dann nach Sibirien schicken und schließlich nach Frankreich ausliefern wollten. Neuerdings ist es den schweizerischen Behörden gelungen, die Freilassung Pain's zu erwirken.

— Der schweizerische Arbeiterbund und der Grütliverein halten am Pfingstsonntag den 9. Juni in Luzern einen Delegirtentag ab. Zur Berathung sollen folgende Punkte gelangen: Organisation und Programm der sozialdemokratischen Partei; Reorganisation der Institute des Arbeiterbundes. Von der Abhaltung eines Congresses wurde auf Wunsch vieler Sektionen und aus finanziellen Rücksichten abgesehn.

— Aus der Schweiz schreibt Freund Joh. Philipp Becker: „Wie man hört, soll hier England, wie zur Zeit des Krimkrieges, Mannschaften anwerben, 2500 Francs pro Mann und eine bedeutend höhere Summe für Offiziere zahlen. Das Unternehmen soll nicht ohne Erfolg bleiben, was bei der großen Arbeitslosigkeit nicht zu verwundern ist. Doch läßt sich nicht leicht etwas Bestimmtes darüber in Erfahrung bringen, da die Werberei durch die ganze Schweiz strengstens verboten ist. Nun, dieser Menschen- und Kanonenfutterhandel wird trotz Verbots nur mit der Klassenherrschaft, dieser Ursache des politischen, nationalen, des ökonomischen und sozialen Krieges aufhören".

— Ein Bauernaufstand. In Galizien (Oesterreich) ist es auf zwei großen Gütern in Folge der unerträglichen Bedrückung der Gutsbauern durch die der Leibeigenschaft nahekommenden Hof- und Spanndienste und in Folge der unerhört harten Behandlung der Landarbeiter seitens der „Herren" vor einigen Tagen zu einem ernstlichen Bauernaufstand gekommen. Einem polnischen Blatt, das unterm 29. April darüber schreibt, entnehmen wir folgende Einzelheiten: „Eine Anzahl von Bauern erschien in Begleitung ihrer Frauen und Kinder und widersetzte sich der amtlichen Commission. Es wurden neun Gensdarmen und einige Militärs zu Hilfe gerufen. Auf die Aufforderung der Gensdarmen, die Bauern möchten sich von dem besetzten Grund zurückziehen, achteten diese nicht, sondern schlossen die Gensdarmen ein. In erster Linie gingen die Weiber und Kinder, hinter ihnen die Männer mit Gabeln bewaffnet. Ermahnungen und Drohungen halfen nicht und bald kam es zu Thätlichkeiten: die Bauern stürzten sich auf die Gensdarmen und

warfen einen derselben zu Boden. Jetzt nahm das Parlamentiren ein Ende und es entspann sich ein blutiger Kampf. Bajonette und Geschosse lichteten die Reihen und schon nach den ersten Schüssen lagen zwei der Bauern todt und viele verwundet auf der Erde. Nur dem Umstande, daß die Mehrzahl der Geschosse über die Köpfe abgefeuert wurde, ist es zu danken, daß es nicht mehr Todte gab. Trotz alledem lagern jedoch die Bauern schon drei Tage auf dem Felde, bekommen neue Anhänger und wollen sich den Aufforderungen, die von den Behörden an sie ergehen, nicht fügen. Neuerdings wurden Infanterie und Ulanen zur Einschließung dieses Bauernlagers und von der Statthalterei eine Commission zur Untersuchung der Uebelstände abgeschickt." Nach späteren Berichten ist es nicht mehr zu Blutvergießen gekommen und haben die Bauern sich „beruhigt". Was die „Commission zur Untersuchung der Uebelstände" ausrichten wird, wollen wir abwarten.

— In Bezug auf den Stand der orientalischen Krise ist auch nicht das mindeste neue Faktum zu melden. England giebt nicht nach und Rußland giebt noch nicht nach. „Kapitulation oder Krieg" heißt jetzt das Programm John Bull's. Russischer Seits scheint man sich an die Hoffnung zu klammern, die Herren Gladstone und Bright könnten die Toryregierung schließlich doch lahmlegen — eine Illusion, welche beweist, daß die russischen Diplomaten und Agenten nichts gelernt und viel vergessen haben. — Fürst Bismarck hat die Ausfuhr derjenigen Pferde erlaubt, die auf dem diesjährigen Königsberger Pferdemarkt nach dem Ausland verkauft worden sind. Das „Ausland" ist in diesem Falle natürlich Rußland. Gestern Pulver, heute Pferde — mein Väterchen, was willst Du mehr? — Schade nur, daß nicht per Luftballon ein paar deutsche Armeekorps incognito über den Balkan geschafft werden können, um den immer gefährlicher werdenden „offiziösen Krieg" auszustampfen und dem geliebten „Erbfreund" aus der Sackgasse und Tinte zu helfen. —

— In Dresden hat Genosse Kayser am 2. d. Mts. seine 6monatliche Haft angetreten. In einem weiteren Prozeß wegen Beleidigung eines Wohlfahrtspolizeibeamten ist Kayser freigesprochen worden, hingegen schwebt noch ein Prozeß wegen Beleidigung des Bürgermeisters Krause in Lößnitz i. Erzgebirge, außerdem noch der Siebdrahtprozeß. Es erscheint demnach zweifelhaft, ob Kayser nach diesen 6 Monaten die Freiheit genießen werde.

Letztes Wort

an Herrn Pfarrer Hager über die Motive des Sozialismus. Von F. R.

(Schluß.)

Jener rechtmäßige Genuß aber, den wir für die Zukunft für Jeden erstreben, der ist nicht Lebenszweck allein, Herr Pfarrer, das ist erst wahres Leben. Was Sie für jeden Baum in Ihrem Felde verlangen, daß er gehörige harmonische Pflege habe, um zu gedeihen und Frucht zu tragen, das ist, seinen Lebenszweck zu erfüllen, das schelten Sie, wenn es für die Gesammtheit der Menschen verlangt wird: Anreizung zur Genußsucht, Anfachung wilden Feuers der Begehrlichkeit. Wahrlich! Genosse K. aus Coburg, wenn er sich in Nr. 25 des „Vorwärts" zornig über Ihre derartigen Behauptungen ausließ, war sachlich vollkommen im Recht, wenn auch die Form, in der er's that, zu mißbilligen ist.

Ja, aber das ist Ihresgleichen Unglück: die formelle Rohheit und Ungefügigkeit im Ausdruck können Sie nicht von der Sache, dem Kern, scheiden. Was dagegen in der Form gewählt ist, ist gut, sei es sachlich auch noch so schlecht. Wenn Sie die aufreizende Sprache der Tagesblätter tadeln, so mag ja wohl manchmal der Tadel gerechtfertigt sein (S. Dulk: Neue Gesellsch. III, Seite 124), im Großen und Ganzen ist's jedoch der gerade, ehrliche Inhalt, der Anstoß bei den Gegnern erregt, nicht die Form.

Aber auch wenn die Idee von dem Unverstand Einzelner falsch gefaßt wird, wenn einmal Einer vom Halsabschneiden spricht — gesetzt, der Mann, den Sie anführen, hätte überhaupt zur sozialistischen Partei gehört — dürfen Sie den Sozialismus dafür verantwortlich machen? War's die Idee der Reformation, die im Bauernkriege den Helfensteiner in die Speere jagte? Wenn Sie aber bloße Worte wägen und messen wollen, dann erinnere ich Sie an Lasker's Knüppel und Eulenburg's Flinte. Oder horchen Sie um sich herum, wie oft Sie von einem „Gebildeten" Aeußerungen über uns hören können wie: die Bande müsse man wie wilde Thiere zusammenschießen" u. dgl. Haben Sie zweierlei Maß, eins für die Aeußerungen von „Gebildeten" über Sozialisten und ein anderes für die Aeußerungen von Sozialisten über „Gebildete"?

So aber machen's die besitzenden Klassen und ihre Vertheidiger. „An alle hervortretenden Schwächen und Auswüchse, sowohl der sozialistischen Bewegung wie der arbeitenden Klasse überhaupt knüpfen sie an, um Bewegung und Tendenz zu brandmarken. Sie wollen den Splitter aus dem Auge der Arbeit ziehen und den Balken lassen im Auge des Besitzes. Während sie im Wohlstand geebnete Bahnen wandeln, verdammen sie scharf den Fuß, der in Fels und Dornen fehlgeht. Keine Schuld wollen die Reichen tragen am Nothstand der Armen, an der verkümmerten Ernährung, an der versagten Bildung, aber was diese erzeugen von der fiebernden That bis zum gellenden Nothschrei, wird dem Armen als Schuld gerechnet. (Dr. Dulk a. a. O.)

So ist's in der That, Herr Pfarrer, und dieser Vorwurf trifft auch Sie.

Was soll ich ferner darauf erwidern, daß Sie Lassalle's Definition des Wortes „Revolution" ein Sophisma nennen? Eine Definition, was man unter einer Zusammensetzung von zehn Buchstaben verstanden haben wolle, soll ein Sophisma sein? Ich glaubte in meiner Thorheit, ein Sophisma pflege nur fehlerhafte Verwendung von Definitionen oder gewisse Fehler in der Schlußfolgerung zu bezeichnen.

Was soll ich ferner auf Ihre emphatische Verwerfung des demokratischen Prinzips erwidern? Daß eines armen Köhlers Stimme und die eines Kant im Gemeinwesen dasselbe gelte, soll unsittlich sein. Ich bedaure, Sie darauf erst hinweisen zu müssen, daß ein Kant freilich in der Philosophie ganz von selbst mehr gilt, als jener Köhler, daß aber in einem Gemeinwesen, worin der Köhler seine eigene Interessensphäre gegenüber der eines Kant zu vertheidigen hat, und worin „Jedes Freiheit mit der des Andern nach Gesetzen zusammenstimmt", nicht einzusehen ist, warum der arme Köhler seine Interessen als Mensch so viel geringer soll vertreten können, als ein Kant die seinen. Nach welchem Maß soll eigentlich die Vertretung stattfinden? Haben Sie vielleicht den Intelligenzmesser, den man in die Seelen einsenken und an dem man die Stärkegrade der Intelligenz ablesen könnte, nach denen das Stimmenverhältniß zu regeln wäre?

Sodann Ihre Anschauungen über den Zukunftsstaat. Geradezu klassisch ist es, wenn Sie z. B. über die Berufswahl sagen: „Denken wir uns einen reichbegabten Menschen, gezwungen, par ordre du moufti lebenslang geistestödtende Arbeit in einer Nadelfabrik zu verrichten, — das ist ein Jammer, mit dem der Mangel an gewissen materiellen Genüssen gar nicht verglichen werden kann." Wenn ich den Satz bei einem sozialistischen Schriftsteller unter den stärksten Beweismomenten gegen unser jetziges Produktionssystem und für die soziale Gesellschaft gefunden hätte, so hätte es mich nicht gewundert, aber bei einem Gegner!!! Und wenn Sie, ohne den Collektivbesitz als solchen als Unmöglichkeit nach strengem Denken erwiesen zu haben, doch, um den Arbeiter, den Kleinbauern gegen uns einzunehmen, ihn auf die Freude an seinem Gärtchen, auf die Freiheit, mit ihm anzufangen, was er will, hinweisen; sagen Sie, wer von uns hat dann das Recht, zu sagen, daß der Andere durch Anknüpfen an Vorurtheile, kleinliche Liebhabereien und Leidenschaften das Volk seinem wahren Vortheil zu entfremden suche?

Noch ein letztes Beispiel Ihrer Bekämpfungsweise. Ich war Ihnen in meinen „Motiven" am härtesten deshalb zu Leibe gegangen, weil Sie gesagt hatten, der Sozialismus ruhe auf unlauteren Beweggründen und sei deshalb eine sittliche Verirrung. Nun sagen Sie, Sie hätten aussprechen wollen, daß der Sozialismus bei Vielen eine sittliche Verirrung sei. Diese Argumentation ist so vorzüglich, daß ich sie mir merken will. Wenn ich einmal in die Lage komme, Thesen gegen das Christenthum aufzustellen, so werde ich bei meinen Gesinnungsgenossen sicherlich den größten Beifall ernten, wenn ich sage: Das Christenthum findet bei Vielen aus unlauteren Beweggründen Beifall und ist deshalb bei diesen eine sittliche Verirrung. Ja, Herr Pfarrer, Sie haben ganz Recht gehabt, als Sie mich einmal belehrten: „Wenn man die Worte Genus und Species kennt, ist man noch lange kein Logiker."

Doch schon zu lange habe ich mich mit der Erwiderung Ihrer Entgegnung aufgehalten, und doch nur einzelne Punkte herauszugreifen vermocht. Aber es wird genügen, um die tiefen Mängel Ihres Gedankenganges in's Licht zu stellen. Mancher einfache Arbeiter, der Ihre „Entgegnung" las, mag sich verwundert gefragt haben, wie es möglich ist, daß ein Mann, der Lehrer des Volks sein will, derartige Dinge ausspricht. Wenn meine Controverse mit Ihnen dann dazu gedient hat, auch nur bei Einem und dem Andern die Ueberzeugung zu wecken oder zu stärken, daß nur in dem allerentschiedensten Kampf gegen die Gedanken, die Sie vertreten, die sittliche und geistige Befreiung der Menschheit errungen werden kann, so war Zeit und Mühe nicht umsonst.

Sie aber, Herr Pfarrer, werden hoffentlich doch noch inne werden, daß der Kampf, den wir gegen Ihre Partei zu führen gezwungen sind, aus dem Bewußtsein der Wahrheit unserer Ueberzeugungen, der Reinheit unserer Absichten entspringt. Aus diesem Bewußtsein stammt unsere Ueberzeugung, daß der heutige Staat auf egoistischen Grundlagen erbaut, daß die Kirche, welche statt selbstlosen Strebens nach Wahrheit ein Dogma, statt des eifrigen Willens zum Guten eine Anweisung auf ein zukünftiges Leben giebt, sinken muß, und wer weiß, ob nicht, so unbegreiflich es Ihnen jetzt scheinen mag, dereinst noch eine Zeit kommt, wo auch Sie im Hinblick auf die siegreich und belebend emporsteigende Idee des atheistischen Sozialismus sagen müssen:

Ja, darum bedarf es unserer nicht mehr! Es lebt nach uns — durch andere Kräfte will das Herrliche der Menschheit sich erhalten.

Correspondenzen.

Güstrow in Mecklenburg, 29. April. Das von den hiesigen Arbeitern arrangirte Arbeiterfest war ein gut besuchtes und verlief wie immer, d. h. würdig. Durch Theater, Gesang und musikalische Vorträge und besonders durch die Rede des Reichstagsabgeordneten A. Kapell wurde den Anwesenden ein wirklicher Genuß geboten. Genosse Kapell sprach darüber, daß die Arbeiterfeste den Theilnehmenden des Lebens Hunger und Kummer auf kurze Frist vergessen machen sollten; sei ja das Leben der Arbeiter doch nichts weiter als ein Leiden von der Wiege bis zum Grabe, und dieses Elend finde auch nicht eher ein Ende, als bis die heutige Produktionsweise geändert sei. Die Letztere wirke besonders auf die Familie in erschreckender Weise, denn durch den ungenügenden Verdienst würde Streit und Zank in der Familie hervorgerufen; und man könne Keinem einen Vorwurf machen; der Mann kann nicht mehr verdienen und der Frau ist es unmöglich, mit dem Geringen etwas ordentliches zu bieten und den Gatten zu stärken zu neuer Arbeit. Die Frauen sollten daher selbst mitwirken, damit sich die gegenwärtigen Verhältnisse einmal änderten, sie sollten die Männer antreiben, an dem Bau der Menschenliebe, Gerechtigkeit und Freiheit mitzuwirken. Nach dieser sehr beifällig aufgenommenen Rede wurde folgendes Telegramm verlesen:

„Hoch allen auf dem Arbeiterfest in der Tonhalle versammelten lieben Parteigenossen und meinem Reichstagscollegen Kapell, auch das anwesende schöne Geschlecht einbegriffen.

Demmler."

Dieses Telegramm wurde mit Jubel aufgenommen und sprechen die Güstrower Genossen hierdurch ihren Dank aus. Nach der Pause fand Ball statt, auf dem sich die Festtheilnehmer bis gegen 4 Uhr vergnügten.

Riesa, 28. April. Auch in unserm Städtchen suchen die Staatssozialisten Anhänger zu gewinnen. Zu diesem Zwecke war nämlich der Reiseredner Löffel aus Berlin erschienen. Er hielt sich einige Tage in der Residenz des Sozialistentödters Calberla auf, und warf in Versammlungen, die am 24. und 25. April abgehalten wurden, seine Netze aus, um Gimpel zu fangen, jedoch ohne Erfolg. Deshalb großes Lamento seitens des Herrn Löffel. Der Redner forderte in den Versammlungen alle Anwesenden recht dringend auf, unter seine Fahne zu treten, um seine Bataillone, wie er sagte, zu verstärken, doch schien den Zuhörern die Sache zu kostspielig zu sein, denn 10 Pf. Eintrittsgeld, die Herr Löffel für seinen Vortrag erhob, und mindestens 3 Mrk. Steuern und 12 Mrk. Abonnementsgelder jährlich, das ist zuviel des Guten. Ueberdies waren die beiden Vorträge wirklich keinen Pfennig werth, und deshalb kann man wohl behaupten, die christlich-soziale Partei hat am hiesigen Orte ein todtgebornes Kind zur Welt gebracht.

Oschatz, 1. Mai. Rrrrrr! Nur immer hereinspaziert, meine Herrschaften, hier ist zu sehen, was Sie noch nie gesehen haben, die ganze Welt und noch drei Dörfer! Nur hereinspaziert! So lauten die Ausrufe, mittelst welcher Gaukler und Marktschreier auf Jahrmärkten und bei ähnlichen Gelegenheiten das Publikum zum Besuch ihrer Schaubuden veranlassen wollen. Diesen in der Regel armen Leuten kann man es nicht übel nehmen, wenn sie durch Lärm zu ersetzen suchen, was die Qualität ihrer „Kunstwerke" zu wünschen übrig läßt, sie wollen eben auch leben. Faul, sehr faul muß es aber um die Sache gewisser politischer Harlekins stehen, wenn sie, um ihren abgestandenen und zum so und so vielten male aufgewärmten Kohl an den Mann zu bringen, zur Hanswurstiade greifen und in der marktschreierischsten Weise zusammentrommeln müssen. In dem Oschatzer Käsepapier stand vor Kurzem folgende Annonce, welche den bekannten Jahrmarktsannoncen ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern:

„Zwei öffentliche Vorträge über die soziale Frage wird der Reiseredner des Central-Vereins für Sozial-Reform auf religiöser und constitutionell-monarchischer Grundlage Herr Löffel im Rathhaus-Saale hierselbst halten und zwar: Freitag. den 3. Mai, über: „Die soziale Frage und den Central-Verein für Sozial-Reformen" und Sonnabend, den 4. Mai, über: „Die Noth des Handwerker- und des Mittelstandes und seine Errettung durch obligatorische Fachgenossenschaften (Rechtsgewerke). Anfang der Vorträge um 7½ Uhr Abends. Zum freundlichen Besuch der Vorträge werden eingeladen die hohen königlichen städtischen Behörden, die Geistlichkeit, Beamte und Lehrer, die Mitglieder des Gewerbe- und Städtischen Vereins, sowie sämmtliche Bürger der Stadt. Auch von auswärts wird die recht rege Betheiligung eines hohen Adels, der Herren Ritterguts- und Gutsbesitzer, sowie der zum Verbande gehörigen Mitglieder der Gewerbe-Vereine zu Dahlen, Strehla, Mügeln, Wurzen gütigst erbeten. Hochachtungsvoll ergebenst Löffel, Schriftsteller und Reise-Redner."

Also, Rrrrrr! nur hereinspaziert, meine Herrschaften „hoch" und sonstwie „würdige" Herren, Ihr Männer der „Gerechtigkeit" und Du, ehrsamer Spieß. Daß die dreimal verfluchten Sozialdemokraten die Ruhe und die „Gemüthlichkeit" nicht stören, dafür hat der Reiseapostel und Schriftstehler Löffel, der sich in seiner Bescheidenheit selbst als „Herr" Löffel ankündigt, schon gesorgt. Wie gesagt, faul, oberfaul muß es mit dem „Central-Verein für Sozial-Reform" bestellt sein, wenn er gezwungen ist, zu solchen Mitteln zu greifen. Ob und welches „Eintrittsgeld" „Herr" Löffel für seine Harlekinade erhob, ist nicht gesagt, aber es ist, nach den Erfahrungen, die wir bereits gemacht haben, anzunehmen, daß dies der Fall war, weil die Herren, die von ihren Auserwählten gehaltenen Kapuzinaden nicht unentgeltlich zum Besten geben. Hat doch Stöcker, der „fromme" Mann, dem das Wohl der arbeitenden Volkes so am Herzen liegt, daß er, um dasselbe aus den Klauen der Sozialdemokraten, dieser leibhaftigen Teufel, zu retten, selbst die bodenlosesten Lügen und niederträchtigsten Verläumdungen nicht scheut, als er vor Kurzem in Naumburg gastirte, pro Person eine Mark Entrée erhoben, natürlich ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen. Für dieses Geld hat der Diener der „Religion der Wahrheit" den anwesenden gelehrten und ungelehrten Eseln moralische Steine in den weit aufgesperrten Mund geworfen indem er log, die Sozialdemokraten beabsichtigen nichts anderes als Mord und Brandstiftung; sie wollen ihr Prinzip durch Hängen und Ersäufen der ordentlichen Leute verwirklichen. Gäbe es einen „gerechten" und „rächenden" Gott, dessen Vorhandensein Stöcker predigt, so hätte dieser „geweihte" Lügner und Verläumder an der haushohen Lüge ersticken müssen. So aber — weiß der Pfaffe, daß er von dieser Seite nichts zu fürchten hat und ungestraft lügen kann. Eine nette Gesellschaft der Ordnung, die solche Don Quixotes zur Bekämpfung des Sozialismus aussendet. Um den Kampf leichter führen zu können und das Geschäft einträglicher zu machen, sollten sich die beiden edlen Seelen, Löffer und Stöcker, resp. die von diesen vertretenen Parteien, finden und ein Compagniegeschäft errichten. Löffer als Tamtamschläger und Stöcker als ausübender Künstler, es müßte ein Schauspiel für Götter sein. Vielleicht beherzigen die guten Leute diesen unsern gut und ernstgemeinten Rath.

Göppingen, 25. April. (Situationsbericht.) Kurz nach unseren Gemeinderaths- und Bürgerausschußwahlen, bei welchen die hiesigen Sozialisten diesmal selbstständig vorgingen, hat sich die mit so vielem Pomp in's Leben gerufene „Fortschrittspartei" nach nur 13monatlichem Bestehen aufgelöst. Dieselbe hatte in § 4 ihrer Statuten ganz stramm die Bekämpfung der Sozialdemokraten aufgenommen. Die „Bekämpfung" ist ihr schlecht bekommen. — Die „Volkspartei" verdankt ihre Existenz wesentlich ihrem Lokalorgan, dem „Hohenstaufen". Wäre dieser nicht, so würden sich nur wenige Ueberreste von der Volkspartei vorfinden. Innerhalb 8 Wochen hat dieselbe zwei Versammlungen abgehalten. In der ersten hatte sie das Steuergesetz auf der Tagesordnung. In der zweiten Versammlung war keine Tagesordnung aufgestellt. Beide Male stellten sich auch die Sozialdemokraten 6—9 Mann stark ein. Das erste Mal hatten wir Gelegenheit zu hören, wie hervorragende Mitglieder genannter Partei ihr Programm verleugneten, wofür ihnen gehörige Zurechtweisung von unserer Seite insofern zu Theil wurde, als denselben aus dem Programm der Volkspartei der Passus vorgelesen wurde: Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer.

Das Thun und Treiben der hiesigen Fabrikanten, besonders einiger nationalliberalen, ist ganz dazu geeignet, den noch im Indifferentismus steckenden Arbeitern die Augen zu öffnen. In den Webereien wird das eine Mal der Lohn gekürzt, das andere Mal die Kette verlängert. Dieser Umstand hat dazu beigetragen, daß die Manufakturarbeiter-Gewerkschaft nun 40 Mitglieder zählt, während ihr früher nur 25 angehörten. Unter 650 Webern und Weberinnen ist dies allerdings noch wenig, aber es zeigt doch einen Fortschritt in der Arbeiterbewegung. Dagegen ist seit einiger Zeit ein anderer „Fortschritt" weniger erfreulich, nämlich die wachsende Zahl der Ganten (Concurse). Auch die Unglücksfälle an den laufenden Werken mehren sich. Im Monat März verunglückte eine Frau in der hiesigen Leimsiederei auf eine ganz schauderhafte Weise. Dieselbe fiel nach mehrmaligen Umdrehungen um die Transmission auf den Boden. Der rechte Arm war buchstäblich derart losgerissen, daß man ihr in das Innere der Brust sehen konnte. Außerdem hatte dieselbe am andern Arm, an den Füßen, auf dem Rücken und am Kopfe Beschädigungen. Auch gebar sie noch im Laufe desselben Tages, starb aber etwa 20 Stunden nach dem Unglücksfalle bei völligem Bewußtsein, welches sie trotz der Schmerzen nicht verlassen hatte. In unserm Stuttgarter Parteiorgan „Süddeutsche Volkszeitung" wurde dieser Vorfall dahin kritisirt, daß wohl nicht der nöthige Schutz vorhanden gewesen sein werde. Auch der „Hohenstaufen" druckte den Artikel aus unserm Parteiorgan ab. Der Besitzer genannter Leimsiederei geberdete sich darüber, wie wenn ihn eine Tarantel gestochen hätte, war aber doch so klug, am darauffolgenden Sonntag durch einen Schreiner einen Schutzmantel um den Königsstock machen zu lassen. Es wurde also durch die Kritik in diesem Falle doch etwas erreicht. So werden doch unsere Gegner hin und wieder gezwungen, von uns Notiz zu nehmen. Selbst der hiesige Dekan, früher Garnisonsprediger, schenkt den Sozialdemokraten Aufmerksamkeit und zwar in einer Weise, daß schon zu wiederholten Malen selbst

ganz unparteiische Leute das häufige „Räsonniren auf der Kanzel“ getadelt haben. Die Herren Geistlichen haben so häufig Gelegenheit, in den ärmlichen Hütten der Enterbten Umschau zu halten, befürworten auch hin und wieder die Wohlthätigkeit, und doch bringen sie es über sich, das herrschende System als Gottes Ordnung und den Krieg als nothwendiges Strafgericht zu bezeichnen. Wie aber die Frauenvereine in der Hand der Geistlichkeit ihre Wohlthaten spenden, zeigt sich an einigen dem Einsender wohlbekannten Fällen. Wenn nämlich Jemand, der krank oder arbeitslos ist, sich als unterstützungsbedürftig meldet, so wird nicht allein darüber berathschlagt, ob die Unterstützung wohl angebracht, sondern es wird auch nachgefragt, ob derselbe auch pietistisch genug gesinnt ist und häufig zum sogenannten „Nachtmahl“ geht. Dem entsprechend wird mancher Kopfhänger ausgiebig unterstützt, sehr arme Leute aber, welche entweder selbst krank sind, oder seit einem halben Jahre, einzelne seit mehreren Jahren kranke Kinder haben, erhalten nichts. Und warum? weil sie die Kirche nicht besuchen. Hier liegt der Hase im Pfeffer. — Die Landesversammlung der Sozialisten in Württemberg findet hier am 5. Mai im Gasthof „Zu den Aposteln“ statt; einen Bericht darüber werde ich einsenden.

Minden i. W. Die in Nr. 45 des „Vorwärts“ angezeigte Conferenz der Gesinnungsgenossen des Minden-Lübbecker Reichstagswahlkreises in Lübbecke erfreute sich einer sehr regen Betheiligung. Vertreten waren 8 Orte mit 17 Delegirten. Außerdem waren die Genossen aus Lübbecke und Umgegend zahlreich erschienen, so daß das Lokal (zwei geräumige Zimmer) vollständig überfüllt war. Trotzdem aber folgten alle Anwesenden den Verhandlungen mit der größten Aufmerksamkeit. Da Umstände halber nicht vor 3 Uhr begonnen werden konnte, so hatten die Delegirten, welche meist alle gegen Mittag eintrafen, sich vorher über die Lage an den verschiedenen Orten unterhalten und konnten in Folge dessen die Beschlüsse in kurzer Zeit gefaßt werden. Alle Delegirten erklärten, daß an den resp. Orten wohl was auszurichten wäre, wenn nur einige Agitation entfaltet würde. Zu diesem Zweck wurde ein Wahlcomité gebildet, in welches sämmtliche Delegirten aufgenommen wurden. Als Centralpunkt wurde Minden bestimmt. Behufs Aufbringung der Gelder wurden an die Delegirten Sammelbogen ausgegeben, und versprachen die Delegirten, aus vollen Kräften für Aufbringung der Wahlgelder einzutreten. Parteigenosse Frick in Bremen wurde als Candidat für die stattfindende Neuwahl einstimmig aufgestellt. — Indem wir nun die Genossen, ganz besonders die bei der Conferenz anwesend gewesenen, noch dringend ersuchen, nicht zu erlahmen, sondern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die gerechte Sache einzutreten, damit wir die bei voriger Wahl auf unseren Candidaten zusammengebrachte Stimmenzahl verdreifachen oder gar vervierfachen, ersuchen wir noch alle diejenigen Genossen, welche vielleicht noch verhindert waren, auf der Conferenz zu erscheinen, uns irgend eine zuverlässige Adresse einzusenden, damit wir mit allen Orten unseres Wahlkreises in Verbindung treten können. Wenn wir so planmäßig vorgehen, so werden wir unsere Arbeit reichlich belohnt sehen. Ueber die eingegangenen Gelder wird seiner Zeit im „Vorwärts“ genaue Quittung gegeben werden. Alle Briefe und sonstigen Sendungen sind bis auf Weiteres an meine Adresse zu senden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: Gottf. Siepert, Alte Kirchstr. 465.

Unterkürkheim (b. Stuttgart), 30. April. Erst bei meiner Rückkehr jetzt bemerke ich eine Correspodenz in Nr. 45 d. Bl. über das polizeiliche Einschreiten gegen mich, welche zu berichtigen und zu ergänzen ist. Sie lassen mich sogar in einer Note um 15 Mark wegen des bekannten „groben Unfugs“ in Berlin gestraft worden sein; obwohl unser Berliner Organ, welches besser unterrichtet sein mußte als der „Börsen-Courier“, der den Schwindel brachte, nichts davon weiß. Sämmtliche über Ausweisung und polizeiliche Verfolgung in Preußen von liberalen und conservativen Blättern gebrachte Nachrichten sind Phantasien und fromme Wünsche geblieben. Obwohl ich in Berlin 4 Mal über das „Leben Jesu“, je 1 Mal über die „Ungöttlichkeit Jesu“, „die Nothwendigkeit des Austritts aus der Kirche“ und „die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule“ gesprochen, war meines Wissens nur in der letzteren, vom „Verein für Schulreform“ berufenen Versammlung Polizei gegenwärtig. Von drei, ausschließlich für Sozialisten beabsichtigten Vorträgen endlich über das „Leben Jesu“ wurde nur der letzte, ohne nachweisbares Eingreifen der Polizei, durch die plötzliche Verweigerung des Lokals seitens des Wirthes verhindert. In Leipzig dagegen diente der Umstand, daß ich die öffentlich angezeigten Vorträge — so wenig wie ich es in Preußen und seit drei Jahren in Würtemberg gethan, da wissenschaftliche Vorträge dieser Verpflichtung nicht unterliegen — nicht bei der Lokalpolizei angemeldet hatte, dem Herrn Polizeipräsidenten Rüder zum Anlaß, dieselben „bei Haftstrafe“ zu verbieten, und dies Verbot auch gegen meine persönliche Einsprache festzuhalten. Die Ausweisung aus seinem Amtslokal durch einen Diener geschah bei diesem ersten, nicht bei dem zweiten Besuche und war die Antwort auf meine Behauptung, daß ich ein Recht habe, schriftliche Motivirung und Bescheinigung des Verbots zu erhalten, um auf Grund derselben mein Recht durch einen Anwalt verfolgen zu lassen. Auch die der Polizeidirektion vorgesetzte Behörde (Kreishauptmannschaft) willfahrte meinem Gesuch um eine solche Bescheinigung nicht, sondern verwies mich auf eine direkt bei der Polizeidirektion aufzusetzende Beschwerde gegen dieselbe. Der den Protest aufnehmende Beamte alsdann wies meinen Wunsch, die Beschwerde selbst auszuführen, mit den Worten ab: „Diktiren lasse ich mir nicht“, und überließ mir, ein von ihm aufgesetztes Protokoll zu unterschreiben. — Aehnlich wurden mir zwei bereits angezeigte Vorträge in Dresden verboten, und wurde hier auf meine persönliche Einsprache die Genehmigung derselben von der „Prüfung“ meines Manuscripts abhängig gemacht. Als ich jedoch dieser auffallenden Zumuthung durch Einreichung der vorhandenen Vortrags-Noten nachgegeben, wurden mit anerkennenswerther Schnelligkeit — zwischen 7 Uhr Abends und dem nächsten Mittag — die Vorträge freigegeben und auch noch in der Charwoche gehalten. — Recht abstechend gegen diesen Erlaß der auch sonst höflich und gebildet auftretenden Dresdener Polizei erscheint die Behandlung der Wissenschaft, wie sie der nachstehende, mir hierorts nun zugefertigte Erlaß giebt:

„Die Königl. Kreishauptmannschaft, collegial zusammengesetzt, hat das von Dr. phil. Albert Benno Dulk nach Blt. 6 des beiliegenden Aktenheftes eingewendete, gegen die Entschließung des Polizeiamtes Blt. 3 gerichtete, Rechtsmittel als unbeachtlich zu verwerfen beschlossen.

Inhalts öffentlicher Ankündigungen hatte der Rekurrent für den 12. und 13. dieses Monats zwei öffentliche Vorträge über die Themata: „Die Ungöttlichkeit Jesu aus der Schrift erwiesen“ und „Die Nothwendigkeit des Austritts aus der Kirche“ zu halten beabsichtigt. Daß das Polizeiamt die Abhaltung dieser Vorträge dem Rekurrenten bei Strafe verboten hat, hat die Königl. Kreishauptmannschaft nur billigen können. Denn abgesehen davon, daß die Erörterung des ersten Themas als der Versuch einer Erschütterung eines der Grundpfeiler des christlichen Glaubensbekenntnisses offenbar ein öffentliches Aergerniß geben müßte, würde das Beginnen geradezu gegen eine positive gesetzliche Vorschrift verstoßen, öffentlich zum Austritte aus der Landeskirche durch Herabwürdigung bestehender Confessionen zu verleiten — in welcher Beziehung auf die Bestimmung in § 9 des Mandats vom 20. Februar 1827 hingewiesen werden mag. — Daß der Rekurrent bei Ausführung und Erörterung des Themas: „Die Nothwendigkeit des Austritts aus der Kirche“ einer solchen Zuwiderhandlung sich schuldig machen werde, mußte schon mit Rücksicht auf das Thema des an erster Stelle angekündigten Vortrags angenommen werden. Nun hat zwar der Rekurrent die erhobene Beschwerde damit zu rechtfertigen versucht, daß seine Vorträge durchaus wissenschaftlich gehalten seien. Dem ist aber entgegen zu halten, daß nach § 17 in Verbindung mit § 5 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend vom 22. November 1850 das Verbot von Versammlungen, deren Zweck es ist, Gesetzübertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch geneigt zu machen, auf Versammlungen aller Art und mithin auch auf solche Anwendung erleidet, welche zu Zwecken der Beförderung der Künste und Wissenschaft stattfindet.

Das Polizeiamt, welchem bezüglich der Statthaftigkeit des Vorhabens des Rekurrenten, öffentliche Vorträge über die Blt. 3 b angegebenen Themata zu halten, instanzgemäße Entschließung zu fassen überlassen bleibt, wolle den Rekurrenten dem Vorstehenden gemäß mit Bescheidung versehen.

Leipzig, am 18. April 1878.

Königl. Kreishauptmannschaft.
Graf zu Münster.“

„Das Polizeiamt der Stadt Leipzig an das
Königl. Würtembergische Oberamt zu Cannstatt.

Das Königl. geehrte Oberamt ersuchen wir ergebenst, dem in Unterkürkheim wohnhaften Dr. phil. Albert Benno Dulk die in Abschrift beiliegende Verordnung der Königl. Kreishauptmannschaft hier bekannt zu machen und ihn derselben gemäß zu bescheiden. Auch wolle demselben eröffnet werden, daß ihm das Halten eines Vortrags über das Thema „Das Leben Jesu“ hier ebenfalls nicht gestattet wird. Ueber die erfolgte Bescheidung des Dr. Dulk erbitten wir uns eine kurze Notiz.

Leipzig, am 23. April 1878. E. Rüder.“

Möchte man nicht die Hände über den Kopf schlagen, daß deutsche Verwaltungsbehörden bei einer die Wissenschaft und ihre Lehre frei erklärenden Verfassung mit so bodenloser Verkennung des Sinnes dieser Bestimmung zu Werke gehen können? Die „Erörterung des Austritts aus der Kirche“ darf verboten werden als eine „Erschütterung des christlichen Glaubensbekenntnisses“, als „öffentliches Aergerniß“!! Ja, wird denn unser Staat von Gesetzen regiert, oder von Dogmen? Was anderes haben wir hier als den unfehlbaren Papst, der Kepler maßregelt, Galilei peinigt, weil ihre Erörterung der Erdbewegung ein Aergerniß für den Glauben ist! — Haben denn Leute, die so denken, so vorzügliche Beamte sie sein mögen, nur einen Begriff davon, daß die „Wissenschaft“, welche die Verfassung frei erklärt, stets die mächtigste, unaufhaltsame, ewige Revolutionärin war und ist, welche von jeher das Wähnen und Glauben — die erste und niedere Stufe unserer Welterkenntniß — angriff, theils vernichtete, theils in Wissen überführte, und deren ganzer Beruf eben dieser Kampf ist, die „Erschütterung der Grundpfeiler“ und sonstigen Pfeiler eines unwissenschaftlichen, vernunftfeindlichen Glaubens, wie es nach eigenem Bekenntniß und Rühmen die christliche Religion ist? Oder haben sie die wünschenswerthe Achtung vor der „Wahrheit“, die, nach Luther's Ausspruch, „allzeit rumort“, wenn sie wissenschaftliche Lehre und Ueberzeugung, nicht einmal auf irgendwelche wissenschaftliche Autorität hin, sondern weil sie rumort, verbieten? Wer soll denn, wenn die Wissenschaft aufhört, friedlich, segensreich den verlebten Aberglauben in neue Erkenntniß umwandeln, die dem Lebensgang des Geistes innewohnende permanente Revolution vollbringen? Der Säbel? die Flinte? Dahin drängt man, wenn man wissenschaftliche Ueberzeugungen polizeilich verbietet — und dadurch zum Eifer entflammt; wenn man sittlichen Widerstand gegen vorhandene Verderbniß mit Leibesstrafe und Drohung verfolgt — und dadurch Gewaltwiderstand — wie ihn ja auch „Friedrich der Weise“ für den „Junker Georg“ auf der Wartburg eintreten ließ — zum Schutze, zur Pflege der Moral und der Ueberzeugung wachruft. Freilich kann man nicht mehr daran denken, allgemein einen solchen Kampf durchzuführen — aber ausnahmsweise versucht man ihn doch. Und zu solchem Versuche, einen Schriftsteller, dessen wissenschaftlicher Charakter mit Hilfe des Conversationslexikons aus einem Dutzend selbstständiger, in den berufensten und gelesensten Organen kritisirter Publikationen festzustellen ist, als Petroleur zu behandeln, genügt es, daß er die Ehre habe, Sozialdemokrat zu sein. Gegenüber der Freiheit religiöser Dissidenz die „Erörterung des Austritts aus der Kirche“ für eine „Herabwürdigung bestehender Confessionen“ ausgeben, und sie vornweg als „schuldige Zuwiderhandlung“ brandmarken, das sind Dinge, deren Handhaben in der Gesetzgebung auffindbar sein mögen, deren Ausführung aber auf die öffentliche Vernunft nicht beruhigend, sondern aufreizend wirken muß. Daß Herr Direktor Rüder so sehr diesen Weg zu wandeln sich berufen fühlt, um, statt eventueller Bestrafung begangenen Unrechts, vornweg auch den dritten, versuchsweise von mir aufgestellten Vortragsgegenstand, das „Leben Jesu“, zu verbieten, dies bringt ihn in die nächste Beziehung zu den exaltirten Frommen des Landes, welche auch meinen, in den ordentlichen Gerichten keine Waffe gegen die wissenschaftliche Haltung meiner Vorträge finden zu können, die sie so gut wie die Stuttgarter und die Dresdener Polizei stenographirt haben. Und doch findet sich für Herrn Direktor Rüder hierbei eine vielleicht bemerkenswerthe Nüance. Das Canstatter Muckerblatt eines Hauptführers, Oberhelfers Kapff, erklärte ausdrücklich: man habe versucht, vermittelst Stenographirens mir beizukommen, allein eingesehen, daß dies nicht zum Ziele führe, und daß es nur einen Weg für das bedrohte Christenthum gebe — noch frömmer zu werden.

A. Dulk.

An die Metallarbeiter Deutschlands!

Kollegen! Durch die Verhältnisse gezwungen haben wir heut den äußersten Schritt gethan und die Arbeit eingestellt. Es wurden uns nämlich im Laufe dieses Winters dermaßen Abzüge gemacht, daß unser jetziger täglicher Verdienst für einen Arbeiter sich ungefähr durchschnittlich auf 1,90 Mk. beläuft. Von diesem kärglichen Lohne soll uns abermals ein Abzug von 10 Pf. gemacht werden und zugleich eine Vermehrung der Arbeitszeit von einer Stunde. Daß wir auf diese Bedingung nicht eingehen konnten, leuchtet gewiß jedem denkenden Arbeiter ein, zumal am hiesigen Orte die Lebensmittelpreise in stetem Steigen begriffen sind. Wir ersuchen unsere Kollegen, den Zuzug fern zu halten und ersuchen alle arbeiterfreundlichen Blätter, obige Notiz in ihren Spalten aufnehmen zu wollen. Briefliche Angelegenheiten ersuchen wir zu senden an R. Kahl, Hepperstraße, Bielefeld.

Bielefeld. Die Arbeiter der Nähmaschinenfabrik von Carl Schmidt.

Briefkasten

der Redaktion: G. S. in Minden: Ja. — C. Sch. in Coblenz: Schuhmacher W. Bock wird Ihnen die gewünschte Adresse mittheilen können. Wenden Sie sich an diesen. — G. M. in K.: Unser Urtheil in der betreffenden Angelegenheit ist von geringem Werth, da es auf die Entschließungen des Gerichts keinen Einfluß hat. — A. H. in Halberstadt: Sie haben richtig gerathen, den Artikel hat der „Orkus verschlungen“. Wie können Sie aber auch für die „freien Gemeinden“, in denen zum Theil noch der Gottesglaube kultivirt wird, eine Lanze brechen wollen. — A. in Leipzig: Sie meinen, wir hätten die hiesige „Volkszeitung“ etwas zu unsanft angepackt, dieselbe sei doch „ein anständiges Blatt“. Lesen Sie nur den „Briefkasten“ der Nummer vom vorigen Mittwoch, — da heißt es wörtlich: „G. G. Sie sehen also, daß dem „B.“ alle Mittel recht sind, die dazu dienen könnten, politische Gegner herabzuwürdigen. Einfache Beleidigung, Lüge, Verdrehung, Verleumdung, selbst die Mitwirkung bei Erpressungsversuchen, nichts ist so schlecht, daß es nicht von dieser Sorte von Journalisten begierig aufgegriffen, nichts so schmutzig, daß sie nicht darin behaglich herumwühlen sollten. Es ist diesen Leuten, sollte man glauben, das traurige Schicksal der Gefährten des Odysseus beschieden worden. (Dieselben wurden bekanntlich in Vierfüßler der bekannten fetten Art verwandelt, deren Gebeine in den Anzeigen unserer Annoncenblätter eine so große Rolle spielen). Wir bedauern wahrlich die besseren Elemente in der Partei, die sich ein derartiges „Centralorgan“ gefallen lassen müssen; ein „Revolver-Journal“ jemals als ihre publicistische Anwaltschaft zu bekommen, das hat ihnen gewiß nie geträumt, das Geschick haben sie auch wirklich nicht verdient.“ Wie gefällt Ihnen diese „Anständigkeit“? Beiläufig wundert es uns, daß der hoffnungsvolle Jüngling, der als Redakteur des Leipziger Fortschrittsorgans fungirt, das „Revolverjournal“ nicht verklagt, sintemalen „Erpressungsversuche“ kriminell strafbar sind. Oder sollte das dem betreffenden Jüngling unbekannt sein? Dann sei es ihm hiermit gesagt. — H. P. in Hannover: Geben Sie uns Ihre Adresse. — Wenden Sie sich doch an Johann Philipp Becker, Pré l'Eveque 85 Genf.

der Expedition. H. Lge Hanau: Sie können den „Vorwärts“ von März und April nachbekommen. Preis per Kreuzband franco zugesandt 1,20 M.

Quittung. W. Ufrt Weimar Ab. 6,40. Exp. d. „Hamb.-Alt. Volksbl.“ Hamburg Ab. 300,00 und 117,81. Hffnr Mainz Ab. 20,75. Strk Offenbach Ab. 28,76. Kl hier An. 1,00. Schrdr Hannover Ab. 100,00. Slbrhrn Eßlingen Ab. 13,02, Schr. 2,70. Sprngr Aachen Schr. 4,00. Kln Elberfeld Schr. 0,45. Mlr Schallsmühle Schr. 4,15. Dr. Edr Troppau 4.86. Brgmnn Barmen Schr. ?,00.

Fonds für die Gemaßregelten.

Von L. hier 4 Mk., Ueberschuß einer Reise.

Leipzig. Allgemeine Gewerkschaftsversammlung Mittwoch, den 8. Mai, Abends 8 Uhr, im Saale des Hrn. Jacobi, Rosenthalgasse. T.-O.: Die Vorlagen zum Congreß in Magdeburg und Anträge zu derselben. [50

Die Einberufer.

Wir empfehlen:

Donat: Antwort an die Bekenner des Theismus	Mk.	—.10
Hillmann: Organisation der Massen	„	—.20
Erinnerung an Herwegh	„	—.10
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag	„	—.12
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	„	—.05
Schramm: Grundzüge der Nationalökonomie	„	—.25
Yorck. Die industrielle Arbeiterfrage	„	—.10

Die Expedition des „Vorwärts“.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbett'schen Büste „Liberté“.

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Eisenbeinton 2,50 Mark.

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Soeben ist erschienen und durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen:

Drei Jahre aus meinem Leben

oder

Mein Prozeß

wegen

Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit, meine Suspension und Wiedereinführung ins Lehramt.

1845—1847.

Von

K. F. W. Wander.

Preis Mark 1,50.

Es ist ein alter Veteran der Volkssache, aber einer von den wenigen, die ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind, der in der vorliegenden Schrift zu uns spricht. Die Periode vor dem Jahre 1848 ist der jetzigen Generation völlig unbekannt; um so wichtiger, wenn Erinnerungen wie die vorliegenden zu ihrer Kenntniß gelangen, um ihr zu zeigen, welche Fortschritte wir trotzalledem in 30 Jahren gemacht haben. Wie wird es nach weiteren 30 Jahren aussehen? Diese Frage drängt sich jedem Leser auf. — Die Schrift führt unter anderem das Bild eines Menschen vor, der heute noch eine Rolle spielt: der jetzigen kgl. preußischen Geheimraths und Verschwörungsfabrikanten Stieber; außerdem einige hochinteressante Vertheidigungsschriften des Justizraths Rode, Vertheidiger Wanders. Letztere sind Muster logisch-juristischer Dialektik und philosophischer Gründlichkeit.

Soeben ist neu erschienen:

Die Entwicklung Frankreichs

vom

16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts.

Eine kulturgeschichtliche Skizze

von

A. Bebel.

Preis 25 Pf.

Plötzensee ist die Geburtsstätte der kleinen Schrift, die dem Leser einen interessanten Einblick in die Entwicklung Frankreichs während des erwähnten Zeitraums bietet. „Die Geschichte ist die beste Lehrmeisterin“; dieser Satz bewährt sich auch, wenn man die Schilderung der Zustände und Kämpfe in Frankreich durchgeht, die namentlich im vorigen Jahrhundert der großen Revolution vorausgingen. Jene Zeit hat mit der unseren viele Parallelen, und die Quintessenz der Darstellung ist, daß gegen in den Zeitverhältnissen liegende Ideen und Umgestaltungsnothwendigkeiten schließlich keine Macht der Erde siegreich ankämpfen kann.

Die Expedition des „Vorwärts.“

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kunzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.

werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 54. Freitag, 10. Mai. 1878.

Folgen der Nachtarbeit.

Es mag für die Menschen sehr angenehm sein, des Morgens früh zum Kaffee ihre frische Semmel zu haben; doch nur selten fällt es Jemanden ein, beim Genusse derselben darüber nachzudenken, daß die Nachtarbeit, der er die Semmel verdankt, ungemein demoralisirend auf eine große Zahl von Nebenmenschen einwirkt.

Unendlich klar und allseitig erwiesen ist es, daß gerade die Bäckerlehrlinge, trotzdem sie im Allgemeinen gut genährt werden, verhältnißmäßig viel dahinkränkeln, und daß sie von einer fortwährenden Müdigkeit derart befangen sind, daß ihnen in ihren Tagesfreistunden jede Lust vergeht, ein ernstes Buch zu lesen, überhaupt sich weiter auszubilden. Die Freistunden werden benutzt, um zu schlafen und wo mehrere Knaben zusammen sind, allerlei Allotria zu treiben. Doch nicht allein das. Die eigenthümliche Abgespanntheit des Körpers, durch die Nachtarbeit hervorgerufen, bringt eine träumerische Stimmung bei diesen jungen Menschen hervor, welche dann wiederum das unglückselige Knabenlaster der Selbstbefleckung erzeugt

Schon bald wird diesen geschwächten jungen Menschen die schwere Arbeit zuwider, sie gehen auf Wanderschaft, sie suchen die großen Städte auf und in kurzer Zeit schon kann man sie in einer anderen Lebensstellung, als Zuhalter, Louis oder als Bauernfänger finden.

Wer da glaubt, daß wir übertreiben, der lasse sich das vom Berliner Polizeipräsidium angefertigte „Verbrecheralbum" vorlegen, in welchem auf den ersten Blättern 63 wohlgelungene Portraits von Bauernfängern prangen. Der größere Theil dieser Bauernfänger entspringt aus den Kreisen der Bäcker, dann erst stellen die Söhne Merkurs, des Gottes der Kaufleute und Spitzbuben, ein geringeres Contingent, obwohl der Stand der Kaufleute doch an Zahl die löbliche Bäckerzunft bei Weitem überragt und ihr „Geschäft" im Allgemeinen doch mehr zum Bauernfang hinneigt.

Doch nicht allein die oben angeführten Gründe führen die Bäckergesellen zur Unmoralität, zur Faulheit und zu schlechten Erwerbsquellen.

Wir müssen fast annehmen, daß eine ebenso große Anzahl durch die unnatürliche Verlegung der Arbeitszeit überhaupt der Prostitution und der Bauernfängerei, nicht als ausgebeutete, sondern als ausbeutende Mitglieder in die Arme fällt. Die Bäckergesellen haben ihre freie Zeit, während alle anderen Berufsklassen arbeiten müssen; besuchen sie in einer großen Stadt die Wirthshäuser, so treffen sie dort selten anständige Gäste, da das arbeitende Element nicht vertreten ist, sondern nur reiche Personen, die sich amüsiren wollen, oder notorische Bummler. Böses Beispiel verdirbt gute Sitten — als arme Burschen, wie die Bäckergesellen doch meist sind, können sie die Orgien nicht mitmachen, deshalb suchen sie zu denselben auf andere Weise zu gelangen, indem sie mit „Damen" erscheinen und so den Louis machen.

Im günstigeren Falle, wenn die Bäckergesellen in einsamen, abgelegeneren Wirthshäusern sich treffen, verführt die Langeweile zum Kartenspiele und es entstehen aus diesen ärmsten und ausgebeutetsten aller Proletarier — die vielberufenen Bauernfänger.

Und angesichts solcher Thatsachen wagt man noch immer die Sozialdemokratie, welche gerade die Aufhebung der Sonntagsarbeit und der Nachtarbeit fordert, der Unmoralität zu zeihen — und dies thut nicht allein die demoralisirte liberale und Fortschrittspartei, sondern auch die Vertretung der Regierungsbehörden, welcher doch wahrlich das Wohl der Gesammtbevölkerung, und besonders der nothleidenden Klassen, und nicht allein das Wohl der wohlhabenden Klassen am Herzen liegen sollte.

Und angesichts solcher Thatsachen wagt die Fortschrittspartei, und die liberale Partei überhaupt, die heutigen wirthschaftlichen Zustände, die ihren ganz besonderen Ausdruck in der Begünstigung des Louisthums und des Bauernfangs findet, zu entschuldigen und zu vertheidigen, ja, diese Zustände als solche der Ordnung und der Freiheit dem Volke anzupreisen!?

Ist das nicht selbst politischer Bauernfang, ist das nicht selbst die Prostitution der Freiheit?

Immer und immer müssen wir wiederholen, daß die heutige ökonomische sogenannte Freiheit, die in der „freien Concurrenz" ihren Gipfelpunkt findet, nichts ist als die moderne Sklaverei; daß der Zwang, den die Gemeinsamkeit in ökonomischen Dingen auf die einzelnen Menschen ausüben muß, schließlich zur wahren Freiheit führt. Deshalb tritt auch die sozialdemokratische Partei jetzt schon, selbst unter dem reaktionären Polizeistaat, für staatliche Bestimmung der Arbeitszeit, für Aufhebung der Kinder-, Frauen-, Sonntags- und Nachtarbeit ein, weil sie weiß, daß die ökonomischen Verhältnisse endgültig die politischen bestimmen, und daß ein ökonomisch gutgestellter und seiner Ziele bewußter Arbeiterstand, wenn die Partei, welche diese Ziele hinstellt, ihre politischen Ziele gleichfalls fest und unentwegt im Auge behält, dieselben — die politischen und ökonomischen Ziele sicher erreichen wird, während ein von der Kapitalmacht ausgesogener, von der Fortschritts- und liberalen Partei demoralisirter Arbeiterstand ökonomisch und politisch versumpft und sich und das gesammte Volk an den Rand des Verderbens bringt.

So sind wir uns bewußt, daß, wenn wir die ökonomischen Schäden der heutigen Welt aufdecken, wir den Anfang machen zur Heilung derselben und zugleich dadurch bewirken, daß das Volk insgesammt nach und nach aufgeklärt wird und erstarkt, allen reaktionären Bestrebungen, mögen dieselben von der Regierung, von der Fortschrittspartei oder von den Deutsch-Conservativen ausgehen, einen wirksamen Damm entgegensetzen und zur vollständigen Freiheit gelangen wird.

Die drei Arbeiterparteien der Union.

New-York, 16. April.

Nach Allem, was ich über das Schalten und Walten der „Edelsten und Besten" in den Vereinigten Staaten mitgetheilt habe, wird es begreiflich werden, wie die Arbeiter hier zu Lande in drei gesonderten Heersäulen unabhängig von einander gegen den Kapitalismus zu Felde ziehen müssen und so lange werden Niederlagen zu erleiden haben, bis sie als eine Partei nach einem Plane vorgehen.

Die „Edelsten und Besten" waren, als republikanische Partei organisirt, zu einer Diebesbande ausgeartet. Unter einer Fahne, auf welche „Durchführung der Menschenrechte, Vernichtung aller Sklaverei, allgemeine Volksbildung, Kampf gegen alle Rohheit und Barbarei" geschrieben stand, wurden sie das Werkzeug der Kapitalistenklasse und zogen ihre Prozente von jeder Art Ausbeutung, besonders der, welche mittels der Banken und großen Geldinstitute, der Schutzzölle und Besteuerung, der Grundeigenthum-, Eisenbahn- und Minenspekulation betrieben wurde. Unter ihrer allmächtigen Herrschaft von sechzehn Jahren Dauer predigte eine mit dem Strome schwimmende Tagespresse dem arbeitenden Volke die Manchester-Lehre, welche sogar in den oberen Schulklassen förmlich auswendig gelernt wurde, mit um so größerem Erfolge, als es Millionen gelang, von Lohnarbeitern zu Grundbesitzern und Kleinkapitalisten, und Tausenden, zu Großkapitalisten emporzusteigen. Man sollte also aufhören, sich darüber zu wundern, daß unter diesen fünf Millionen Kleinkapitalisten und einer Million Kleingeschäftsleuten eine grundsätzliche Feindschaft gegen das Wesen des Kapitalismus nur in dem Maße einreißen kann, als sie in's Proletariat zurückgeschleudert werden. Bei diesen Leuten, besonders den Bauern, welche noch immer ihre Lebensmittel selbst erzielen, geht die Bekehrung langsam vor sich. Alle ihre Erfahrung von Jugend auf spricht schnurstracks gegen die Wahrheit unserer volkswirthschaftlichen Erkenntnisse. Sie hoffen noch immer im Stillen auf Wiederkehr der guten alten Zeit, da man durch Fleiß und Sparsamkeit Kapitalist werden, ja reich werden konnte, und Mammon ist ihr Gott.

Es ist deshalb alles Mögliche, wenn wir trotzdem erleben, daß die Greenbäckerei sich so rasch ausbreitet, daß sie recht wohl bis zur nächsten Präsidentenwahl eine Mehrheit aller Wahlstimmen auf ihr Programm vereinigen könnte. Bezeichnend ist, daß diese Partei bisher fast nur aus Englischen und Eingeborenen besteht, während die beiden Bruchtheile der industriellen Lohnarbeiterpartei sich ebenso überwiegend aus Eingewanderten neueren Datums, und die politische Fraktion aus Deutschen, Franzosen, Skandinaviern und (vielleicht) Czechen zusammensetzt, die vereinigte Gewerkschafts-Fraktion aber aus Engländern und Irländern. Das ist so natürlich, daß man es gar nicht anders erwarten sollte. Und so traurig das ist, weil diese drei Feinde des Kapitalismus sich unter einander fast noch mißtrauischer behandeln, als den gemeinsamen allgewaltigen Gegner, so wird man aus dem Folgenden ersehen, daß es vorläufig kaum anders sein kann.

Die Eingeborenen können, wie wir schon erkannt haben, durch ihre ganze Erziehung und Vergangenheit keinen grundsätzlichen Haß gegen den Kapitalismus erwerben, bevor sie durch eine tief schmerzliche Erfahrung die Verfehltheit ihres ganzen Lebens einsehen lernen. Ihnen kommt, soweit sie diese Einsicht durch Verarmung erlangt haben, die oberflächliche Heilmethode als die einzig mögliche vor, welche die Symptome anstatt der eigentlichen Krankheit bekämpft. Das herrschende Finanzsystem hat hier und da die Nation verelendigt; gegen dieses Finanzsystem wendet sich die Greenbäckerei, welche die Nationalschuld mit lauter Papiergeld bezahlen, d. h. durch ein entwerthetes Papiergeld zum blos kleineren Theile bezahlen und dadurch die Großkapitalisten ruiniren will. Da nun alle Geldanstalten, die Nationalbanken, die Sparkassen, die Lebens- und Feuerversicherungsgesellschaften ꝛc. einen überwiegenden Theil der Nationalschuldscheine als Unterpfand in ihren Gewölben aufbewahren, so wäre mit dieser Entwerthung der Unterpfänder die große Mehrzahl dieser Geldanstalten bankbrüchig — und darauf ist es abgesehen.

In dieser Hinsicht ist also das Greenback-Programm wirklich revolutionär. Die Schlaumeier unter seinen Verfechtern haben vorausbedacht, daß die Kleinbauern und die Schuldnerklasse nichts dabei einbüßen können, wenn die Gläubiger zu Grunde gehen, ja, daß sie nur Gleiches mit Gleichem vergelten. Die Nation hat ja für jeden Dollar Schuldscheine, die sie ausgegeben hat, durchschnittlich blos eine Hälfte bis ein Viertel an Goldwerth erhalten; wenn sie in entwerthetem Papiergelde dieselben einlöst, so zahlt sie in der That nach dem Wortlaute des ursprünglichen Vertrags Dollar für Dollar zurück. Und so mit den meisten Privatschulden. Sie wollen das ganze Kreditwesen zerstören; wenn die Schulden auf angegebene Art billig abgelöst sind, sollen nie mehr öffentliche Schulden gemacht werden, selbst Privatschulden nie mehr eingeklagt werden können. Eine progressive Einkommensteuer soll alle öffentlichen Ausgaben decken, die Kapitalisten vollends ruiniren, Sparsamkeit im öffentlichen und Privathaushalt erzwingen und blos eine kleine Grundeigenthümerklasse übrig lassen.

Man sieht, der Plan ist nicht blos revolutionär — er ist auch reaktionär. Der industrielle Lohnarbeiter ist nicht mit bedacht; denn mit der Vernichtung der Kapitalistenklasse wird auch die Industrie vernichtet; mit dem Kredit- und Spekulationswesen verschwindet die Akkumulation, die Kapitalbildung im Großen. Was thut's? Der städtische Lohnarbeiter mag Kleinbauer werden und wie Cincinnatus seine Rüben auf einer Pflugschar als Tisch genießen. Die Industriewaaren, welche dem Landmanne unentbehrlich sind, liefert der Freihandel aus anderen Ländern. Wollen uns diese dabei übertheuern? — ei, man hat ja Stapelwaaren, welche wir Europa zu unseren Preisen liefern können: Baumwolle, Heu, Getreide, Schlachtvieh u. s. w. Ohnehin haben wir das größte Produktionsland für Gold, Silber, Quecksilber, Kupfer, Zink und wer weiß was Alles noch. — So spiegelt sich die Volkswirthschaft im kleinbäuerlichen amerikanisch verschlaumeierten Gehirn.

Es ist unvermeidlich — diese Partei kann nur durch Schaden klug werden, nur durch Niederlagen lernen. Nun, die erste Niederlage hat sie schon erlitten. Beim Beginne des jetzigen Congresses verband sie sich mit den Vertretern der ehemaligen Sklavenstaaten und mit den Verfechtern des Silbergeldes. So war über Nacht eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern entstanden, welche das Veto des Präsidenten überstimmen, also die Unionsverwaltung zwingen konnte, ihre Gesetze auszuführen. Die Silber-Advokaten, welche die großen Silbergruben-Kapitalisten vertreten, hatten sich ausbedingen, daß sie zuerst befriedigt werden sollten, d. h. daß die Union künftig neben dem Goldgeld auch wieder Silbergeld prägen und auch auf Wiedereinführung der Silberwährung in Europa hinwirken sollte, damit das im Werthe sinkende Silber wieder durch vermehrte Nachfrage stiege. Dies wurde Gesetz, und der Finanzminister Sherman versprach, dasselbe ehrlich ausführen zu wollen.

Damit war das Mittel gefunden, um die neue Parteibildung im Keime zu ertödten. Die Silberschwindler fielen von derselben ab, oder zeigten sich lau — es gab keine verläßliche Zweidrittelmehrheit mehr — man mußte mit der elenden Regierung, welche gar keine Partei mehr im Volke hat und jeden Augenblick durch die Anklage gestürzt werden kann, daß sie durch erwiesenen Betrug in's Amt gekommen ist, sich vertragen; denn sie hat 90,000 Bundesämter und fette Contrakte zu vergeben. Die Sklavenbarone des Südens, welche allein schon ein reichliches Drittel der Stimmen im Hause und zwei Fünftel der Senatoren beherrschen, und welche die neue Partei gestiftet hatten, wurden um so mehr wankend, als sie sahen, daß die Greenbackler auf ihrer Convention in Toledo (am 22. Februar) sich den Sozialdemokraten dadurch annäherten, daß sie einzelne wichtige Forderungen des Programms von Letzteren angenommen hatten. Die Folge ist, daß überhaupt kein einziges Gesetz von denen, welche die Greenbackler beabsichtigen, in diesem Congresse unverfälscht, oder anders als zum Scheine durchgedrückt werden kann, und daß bis zu den Herbstwahlen, vielleicht während der ganzen Dauer der Betrugs-Administration, die alten Parteien das Heft in der Hand behalten.

Ein finanzielles Compromiß gewährt einstweilen jedem der Bestandtheile der neuen Partei ein Pflaster auf ihre Wunden, entwaffnet die Feindschaft der Großkapitalisten und macht die Administration allmächtig. Die Greenbackler sehen jetzt mehr und mehr ein, wie sehr wir mit der Vorhersagung Recht hatten, daß der Kapitalismus Mittel genug besäße, um die Durchführung ihres Programms zu vereiteln. Sie werden dadurch allmählich zu uns herüber gedrängt werden — aber naturgemäß nur in dem Maße, wie die Bauern verarmen.

Sie müssen den Gedanken aufgeben, mit Hilfe der südlichen Großgrundbesitzer die Macht im Lande vereinigen zu wollen. Feuer und Wasser könnten sich eher verschmelzen, als unsere Kleinbauern und Sklavenjunker. Das Einzige, was sie gemein haben, ist ihr berechtigter Haß gegen die Finanzbarone. In allem Uebrigen sind sie durch unterschiedene Interessen getrennt. Die Junker sind auch Kapitalisten, sie hassen die Arbeit und die Arbeiter, sie hassen den Norden, der sie gedemüthigt hat, und wollen, wie sie's vor dem Kriege gewohnt waren, in der Union herrschen. Die Ausbeutung der Negerlohnarbeiter, wie früher der Negersklaven, ist der Schemel ihrer Macht; sie müssen sich ihr schwarzes „Stimmvieh" politisch dienstwillig erhalten. Und sie können es, so lange sie wie bisher zusammenhalten, dem nördlichen Arbeitervolke sehr erschweren, Propaganda unter den Negern zu machen, schon weil diese so bedürfnißlos sind und so geneigt, ihrer Umgebung nachzuäffen.

Es bleibt noch übrig zu zeigen, weshalb die sozialdemokratischen Bestrebungen hier weniger als in Europa ihren Weg auf das flache Land finden, wo die Mehrzahl der Stimmgeber wohnt, und wie eben dieser Umstand unsere Partei in zwei Theile gespalten erhält. Es ist hier nicht wie in Europa, wo der ländliche Großgrundbesitz eine Lohnsklaverei der ländlichen Arbeiter bedingt, sondern wie in Deutschland und Frankreich, wo der Parzellenbauer noch Grundbesitzer und eben deswegen reaktionär ist. Die politisch vorgehende Fraktion unserer Partei will auch auf's Landvolk einwirken, während die gewerkschaftliche nach alter englischer Gewohnheit sich an das Nächstliegende, die industriellen Arbeiter, hält. Die Nationalitäten haben viel mit dieser Vorliebe zu thun, und die Religion nicht viel minder. Diese beiden Bestrebungen könnten sich also heilsam ergänzen, wenn sie sich vertrügen. Weil aber die Bewegung zunächst von den Städten und Industriearbeitern ausgeht und hier erst feste Wurzel schlagen muß, so kommen sie einander in's Gehäge. In allen Grundsätzen streng einverstanden und nur in Bezug auf die Zweckmäßigkeitsfrage getrennt, wie bald die politische Wirksamkeit beginnen soll, hat jede von beiden viele und gute Gründe für ihre Bevorzugung einer sofortigen, oder aber einer zu verschiebenden politischen Thätigkeit.

Der Mensch ist eben nicht allwissend, und sein Blick in die Zukunft ist beschränkt. Es ist gewiß höchst wünschenswerth, daß wir nicht von den kommenden Ereignissen überrascht werden; blutige Arbeiteraufstände sind hier zu Lande, wo die Gegensätze des Kapitalismus und der Lohnarbeit unvermittelt aufeinanderplatzen können, jeden Augenblick möglich und können bei dem jetzigen Mangel an Aufklärung unter den Arbeitern und an

großartiger Organisation nur verderblich für unsere Sache ausfallen. Eine möglichst rasche Propaganda und Organisation also — wie unsere Fraktion sie wünscht — ist geboten. Andererseits aber ist die Gefahr, daß eine vorwiegend politische Thätigkeit bei dem Mangel unserer Propaganda-Mittel in die verpfuschenden Hände der überaus zahlreichen und schlauen Gewerbspolitiker falle, nicht zu unterschätzen — und darin haben die gewerkschaftlichen Sozialisten Recht.

So haben wir also drei Arbeiterparteien, d. h. drei Parteien, welche weit überwiegend aus unzufriedenen und zur Macht strebenden Arbeitern bestehen und für die Rechte der Arbeit kämpfen wollen. Unsere kapitalistische Presse findet ihren Vortheil darin, sie alle drei in einen Topf zu werfen und als „Communisten" zu verschreien; und der unterseeische Draht meldet Alles, was er drüben von unserer Arbeiterbewegung meldet, lediglich in diesem Sinne. Das müssen die Leser beherzigen.

Während wir also bereits eine größere ländliche Arbeiterbewegung haben, als irgendwo in Europa vorhanden ist, und obgleich unsere Farmer durchschnittlich aufgeklärter und selbstständiger denken als die europäischen, sind wir doch andererseits hinter der europäischen Sozialdemokratie weit zurück, weil wir eine Nation in buntester Mischung und durch unsere vermeintliche Selbstregierung in vielfacher Weise zersplittert und entmuthigt sind. Man erwarte von uns nicht zuviel; wir werden in allen Fortschrittsbewegungen immer nur Nachtreter Europas bleiben. Desto weniger aber wird es Zeit kosten, daß wir Europa nacheilen, wenn dieses uns ein erhebendes Beispiel giebt.

Die Bewegung wird sich beschleunigen, wenn demnächst (1. Oktober) die Baarzahlungen wieder aufgenommen werden. Da die Arbeiterverhältnisse dadurch gar nicht, die Geschäftslage kaum merklich, beeinflußt werden können, so fällt die letzte Prophezeihung unserer kapitalistischen Presse und Politiker, daß nämlich mit der Baarzahlung bessere Zeiten kommen müßten, zu Boden. Es wäre zu wünschen, daß bald hinterher die Greenbackler in die Macht kämen, um uns mit Papiergeld zu überschwemmen und durch schlimme Erfahrungen zu beweisen, daß auch dieses Heilmittel der schlechten Zeiten nicht anschlagen kann. Vor 1880 ist dies nicht zu erwarten, und bis dahin müssen wir unsere Erwartung auf rasche Ausbreitung unserer Propaganda vertagen. In Berücksichtigung der ihr entgegenstehenden Hindernisse müssen wir mit unseren bisherigen Erfolgen zufrieden sein.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die orientalische Krisis ist insofern in ein neues Stadium getreten als Rußland klein beigegeben und sich entschlossen hat, der Forderung Englands gemäß, den ganzen Vertrag von San Stefano dem Congreß vorzulegen. Nur will die russische Regierung, um „die Dehors" (den äußeren Schein) zu wahren, dies nicht selber thun, sondern es durch den „ehrlichen Makler" thun lassen, der auf diese Weise seinem selbstgewählten Titel weit mehr entsprechen würde, als er sich wahrscheilich eingebildet hat — ein „Makler" ist bekanntlich bloß der „Agent" eines Anderen, in dessen Auftrag und Interesse er zu handeln hat — gegen eine „Provision". Die „Ehrlichkeit" ist natürlich seine Sache. Auf welche „Provision" Fürst Bismarck rechnet, das können wir nicht wissen. Vorläufig hat er mit seiner „Gürtelrose" zu thun, die etwas bösartiger ist, als man erwartet hatte. Wie lange die orientalische Frage ihr „friedliches Gesicht" behalten wird, das können wir freilich nicht sagen. — Der deutsche Kaiser soll sich die Schwulitäten seines Petersburger Neffen sehr zu Herzen nehmen, es heißt, er habe neulich geäußert, daß Preußen seinen „traditionellen Bundesgenossen" und „Erbfreund" nicht im Stich lassen kann. Das ist indeß offenbar russische Tendenzlüge, denn ein preußischer König und deutscher Kaiser muß wissen, wie infam der sogenannte „Erbfreund" uns Deutschen und speziell Preußen mitgespielt hat. Wir erinnern nur an den beispiellos schuftigen Verrath nach der Schlacht von Jena und den Tilsiter Frieden. Der deutsche Kaiser ist also durch die, sich als Patrioten aufspielenden Verbreiter dieses Geschichtchens schrecklich verläumdet, und beleidigt worden. — Sehr übel ist von den deutschen und nichtdeutschen Russen die Demonstration vermerkt worden, welche gelegentlich eines, dem englischen Thronfolger (Prinzen von Wales) zu Paris gegebenen Zweckessens vom Stapel gelassen ward. Die vornehmsten Vertreter der französischen Republik wetteiferten mit dem künftigen König von England in Betheuerungen der Freundschaft, so daß das Fest zu einer offiziellen Kundgebung im Sinne einer französisch-englischen Allianz wurde — für die Herren Russen und deren Anhängsel allerdings im jetzigen Moment kein sonderlich angenehmes Thema.

— Majestätsbeleidigung aus übergroßer Majestätsverehrung war das sonderbare Verbrechen, wegen dessen am 3. d. drei in bayrischen Diensten befindliche preußische Unteroffiziere sich vor das Militärbezirksgericht zu München verantworten mußten. Die Betreffenden — der Fall ist unseren Lesern sicher noch im Gedächtniß — tranken bei der letzten Feier von „Kaisers Geburtstag" sehr eifrig Kaisers Gesundheit, hatten dann aber keine Lust, hernach noch Königs Gesundheit zu trinken, nämlich die des bayrischen Königs, ihres neuen Souverains. Sie huldigten offenbar dem Grundsatz: Du sollst keine anderen Götter haben neben mir, und erkannten, entgegen dem Spruch: „Weß Brod ich eß, deß Lied ich sing" den Bayernkönig nicht als vollmächtigen Gott an. Diese monotheistisch-exklusive Kaiserverehrung empörte die loyalen Bayern-Gemüther: ein Prozeß auf Beleidigung der bayerischen Majestät wurde eingeleitet und kam am 3. d. zur Erledigung. Einer der Angeklagten, der seine Harmlosigkeit nachwies, wurde freigesprochen, die beiden anderen zu einmonatlichem Gefängniß und Kassirung verurtheilt. Der Staatsanwalt, der von sittlicher Entrüstung und Loyalität triefte, hatte 6 Monate Gefängniß beantragt.

— Ein Soldatenbrief. Von einem Parteigenossen ist der „Neuen Offenbacher Zeitung" folgender Brief eines zur Uebung eingezogenen Landwehrmannes zur Benützung mitgetheilt worden:

Mainz, den 31. April.

Liebe Frau und Kinder!

Ich will Euch einige Zeilen schreiben über mein Soldatenleben, welches sehr traurig ist! Wir exerzieren schon zwei Tage, haben aber weder Geld noch Kost erhalten; doch hat uns der Hauptmann heute gesagt, wir würden morgen, den 1. Mai, für Kost und Löhnung pro Tag 50 Pf. erhalten; für dieses Geld müssen wir uns verköstigen. Wir sind dreiviertel Stunden von Mainz in Baracken untergebracht — da ist es sehr schlecht.

Die Uebungen dauern von Morgens ½7 bis Mittags 11 Uhr, von Nachmittags 2 bis ½6 Uhr, und dabei bin ich unter lauter Preußen, weshalb Ihr begreifen werdet, daß ich froh bin, wenn die 12 Tage vorüber sind.

Schreibe mir gleich wieder ob Du etwas erhalten hast aus der Kreiskasse. Wenn ich komme, kann ich Euch mehr erzählen über das — — Leben.

Ich grüße Euch Alle herzlich.

(Folgt Unterschrift.)

Der Brief, welcher in seiner schlichten Sprache „Bände redet", bedarf keines Commentars.

— Zum Verhungern zu viel, zum Leben zu wenig. Der Fabrikinspektor für die Provinz Schlesien hat berechnet, daß eine Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern, das folgende Einkommen bedarf, um nur nothdürftig existiren zu können: für Brod 141 M., das sind jährlich ungefähr 400 Kilo oder monatlich 33,3 Kilo, Kartoffeln 162 M., jährlich ungefähr 4050 oder monatlich 337,5 Kilo, Gemüse 72 M., jährlich ungefähr 360 oder monatlich 30 Kilo, Fleisch und Fett 252 M., jährlich ungefähr 252 oder monatlich 21 Kilo, Kaffee und Zucker 108 M., Genußmittel 72 M., zusammen Essen und Trinken 807 M. Hierzu Kleidung: des Mannes 55 M., der Frau 35 M., der Kinder 44 M., zusammen 134 M. Stiefel und Schuhe 70 M., Hausgeräth 2c. 60 M., Steuern 12 M., Knappschaftsbeitrag 28 M., Wohnung 80 M., Heizung und Beleuchtung 21,6 M., macht zusammen 1192,6 Mark zur Bestrittung des Hausstandes. — In runder Summe also würde eine schlesische Arbeiterfamilie, bestehend aus 5 Köpfen, 1200 Mark bedürfen, um vor nagendem Hunger einigermaßen geschützt zu sein. Wie gestaltet sich aber die Sachlage in Wirklichkeit? Derselbe Fabrikinspektor hat ermittelt, daß beispielsweise die im Regierungsbezirk Oppeln in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeiter mit einem Wochenlohn von 6, 7—8 Mark, die Tagearbeiter mit 8 M., die Weber mit 9 M. aufgeführt sind. Im Regierungsbezirk Breslau erhielten die Tagearbeiter im Jahre 1876 wöchentlich 6 M., in den Spinnereien 7—9 M. Die im Kreise Hirschberg in den Papierfabriken beschäftigten Arbeiter hatten eine Wocheneinnahme von 7—9 M., die Cigarrenmacher im Kreise Brieg eine solche von 10—12 M. Hierbei sei noch bemerkt, daß hier nicht die niedrigsten der zur Zeit gezahlten Löhne herausgegriffen sind; die Mehrzahl der Arbeiter hatte eine Einnahme von nicht über 6—16 M. pro Woche, und die Löhne haben inzwischen keineswegs eine Steigerung erfahren. Nach obiger Berechnung sind aber wöchentlich 23 Mark zur Bestreitung der Haushaltungskosten einer Familie mit 3 Kindern erforderlich, während in den meisten Fällen nicht die Hälfte dieser Summe verdient wird. Man wird uns nicht den Vorwurf machen können, daß unsere Darstellung „tendenziös" gehalten sei; hier sprechen nackte Zahlen, die mehr als ganze Bände beweisen, daß die Mehrzahl der Arbeiter zum Verhungern zu viel, zum Leben zu wenig verdient.

— Daß das Vereins- und Versammlungsrecht Arbeitern gegenüber nur von Polizeignaden existirt, beweist auch der nachstehend erwähnte Vorfall, der sich in Augsburg zutrug und über den der Augsburger „Volkswille" Folgendes berichtet: „In der am vergangenen Montag bei Holzheu stattgehabten Versammlung von Mitgliedern des allgemeinen deutschen Schneidervereins stellte der Polizeibeamte Offiziant Ernst, nachdem die Versammlung bereits zu Ende war, an den Vorsitzenden, Herrn Hahn, das Verlangen, ihm von jedem Redner, der in der Versammlung gesprochen, Vor- und Zunamen, sowie Wohnung und Heimath des Betreffenden anzugeben. Als der Vorsitzende erklärte, daß er dies nicht Alles wissen könne, überreichte ihm der Beamte ein Stück Papier, auf welchem die Namen der Redner verzeichnet waren, und verlangte jetzt, der Vorsitzende solle jede dieser bezeichneten Person nach Vornamen, Wohnung und Heimath fragen, diese zu Papier bringen und dann ihm (dem Polizeibeamten) übergeben. Als der Vorsitzende sich weigerte, dieses Alles aufzuschreiben, löste der Polizeibeamte die Versammlung auf! — Daß derartige Willkürakte unmöglich wären, wenn Gesetzesverletzungen, die sich die Polizei zu Schulden kommen läßt, streng bestraft würden, leuchtet ein. Wenn aber statt Strafen für Gesetzesverletzungen, in der Regel Belobigungen für „regen Diensteifer", wie man die willkürlichen Handlungen der Polizeibeamten den Arbeitern gegenüber zumeist benennt, erfolgen, dann ist es auch nicht zu verwundern, wenn die niederen Polizeiorgane sich wenig um solche Gesetze kümmern, die die Rechte des Volkes garantiren.

— Während das offizielle Paris: das Paris der besitzenden Klassen und der Ordnungsparteien anläßlich der Weltausstellung in einem Meer von Wonne schwimmt und einen wahren Wolkenbruch von Friedens-, Freiheits- und Brüderlichkeitsphrasen über uns losläßt, vollzieht sich in demselben Paris ein Prozeß, der all diese Phrasen zu elenden Lügen stempelt. Wir meinen den Prozeß gegen die angeblichen „Internationalen", die neulich verhaftet wurden. Am 4. d. standen zwei der fünf Verhafteten vor dem Zuchtpolizeigericht: der Italiener Costa und der Franzose Pedoussant. Ersterer wurde zu 2 Jahren, letzterer zu 13 Monaten Gefängniß, beide zu je 500 Frcs. Geldbuße verurtheilt. Die Details der Prozeßverhandlungen liegen uns noch nicht vor; aber so viel wissen wir, daß die ganze Anklage schon aus dem einfachen Grunde vollkommen hinfällig ist, weil die Internationale, für welche die Verurtheilten Propaganda gemacht haben sollen, gar nicht mehr existirt.

— Eine Schmach! „Am Plattenberg", in einem Staatsschieferbruch des Schweizer Kantons Glarus, verunglückten den

Der Osten röthet sich.

Im Osten, wo noch nie ein Strahl
Der Völkerfreiheit sich gezeigt;
Wo freventlich zur Menschenqual
Selbst das Gesetz die Hände reicht;
Wo's Menschenantlitz trägt den Zug,
Den finstern Zug vom Schmerz geprägt;
Wo auf den Lippen liegt der Fluch,
Der sich für Unterdrücker regt;
Wo, von der feigen Macht bezahlt,
Der schuftige Verräther schleicht;
Wo man mit Henkerthaten prahlt,
Der Muthigste am Galgen bleicht. —
Im Osten, wo man fast verzagt,
In Geistesnacht und Geistesnoth;
Wo's nie geleuchtet, nie getagt,
Da schimmert jetzt das Morgenroth.

Im Osten, wo man frech verhöhnt,
Das Völkerrecht und Völkerwohl,
Wo sterbend der Gefang'ne stöhnt,
In Kerkerhöhlen, dumpf und hohl.
Von jeder Menschenhilfe weit!
Und fern vom treuen Mutterherz;
Die grause letzte Lebenszeit,
Beschwert noch, von der Kette zog: —
Wo die Leibeignen man befreit,
Zu schwächen nur den Adelstand —
Und dann dem Hunger sie geweiht,
Verstoßen, ohne Haus und Land;
Wo man sich rühmt noch solcher That,
Betitelnd sie — „Humanität" —
In Wahrheit heißt sie Volksverrath
Und Drachensaat, die man gesät.

Im Osten, wo so oft noch schlägt,
Ein Tigerherz in Menschenbrust;
Wo man des Krieges Fackel trägt,
Ins Nachbarland, aus Beutelust.
Wo man ein Bollwerk hergestellt,
Für grimmige Despotenmacht;
Wo um den Herrscherthron gesellt
Sich, Habsucht, Bosheit, Niedertracht:
Dort ist der Vorkampf nun entbrannt
Und fordert unsern Beifallsgruß,
Dort an der Newa eis'gem Strand,
Da fiel bereits der erste Schuß.
In Petersburg, da eilt' herbei,
Die Rächerin mit festem Muth
Und badete das harte Blei
In fließendem Tyrannenblut.

Bald kommt die Zeit, wo sich erhebt,
Die Slavenjugend heldenhaft;
Das Auge klar, den Geist belebt,
Die Hand gestählt mit Eisenkraft.
Jetzt gähret noch der dumpfe Groll,
Doch bald wird er zum rothen Grimm,
Dann heischt Gerechtigkeit den Zoll,
Dann geht es den Bedrückern schlimm.
(Weh' jedem Reich, wo man brutal,
Das Recht zum wirren Knoten schürzt
Und Landesbürger unter Qual,
In tödtliches Verderben stürzt.)
Nimm unsern Gruß und unsern Dank,
Du Slavenjugend tapfer, kühn,
Mög' Jeder, der noch feigheitskrank,
Genesen und für Freiheit glüh'n!

Charlotte Westphal.

„Sich amüsiren."

Unter vorstehender Ueberschrift bringt der „Staats-Socialist" ein Feuilleton von P. Gisbert, welches nicht gerade vom christlich-sozialen Standpunkte aus geschrieben ist. Dem anregenden Artikel entnehmen wir den letzten Theil:

„Verfolgen wir einmal, so hebt der Artikel an, den Verlauf des Amüsements eines Menschen, der in Berlin „durchgehen" will. —

Mit dieser geschmackvollen Bezeichnung belegt man in Berlin das zweifelhafte Vergnügen, in gemeiner Umgebung die Nacht todtzuschlagen.

Zuerst sucht er irgend eine Kneipe mit „weiblicher Bedienung" auf, die in den Blättern unter den verlockend sein sollenden Titeln „Bedienung von zarter Hand", — „in- und ausländische Bedienung" 2c. — „recht aufmerksame und zuvorkommende Bedienung" angekündigt wird. Dort genießt er nun das hohe Glück, daß ihm das schlechteste Bier von der unorthographischsten Jungfrau präsentirt wird, die vielleicht vor Wochen noch den Kehrbesen geschwungen hat und jetzt von einer rohen ausgelassenen Männerwelt dazu dressirt wird, auf die schlüpfrigsten Witzchen einzugehen.

Man kann nämlich bei solchen und ähnlichen Gelegenheiten die Bemerkung machen, daß der Mann viel roher als die Frau ist und wenn eine Frau gesunken, läßt sich in 999 von 1000 Fällen das Dumas'sche Wort in „cherchez l'homme" übertragen.

Eine merkwürdige Erscheinung in solchen mit weiblicher Bedienung gesegneten Kneipen ist auch, daß die „Stammgäste", die sich einer freundlicheren Zusprache der nicht ganz olympfähigen Hebe erfreuen, meistens aus unreifen, bartlosen Bürschchen und aus sehr, sehr bemoosten Ehemännern bestehen; aus den Leuten also, die des Lebens Kelch erst an die Lippen führen und die „echte Bier-Hebe" noch einer platonischen Zuneigung für fähig halten und denjenigen, die das seltsame Bestreben haben, die thatsächlich längst entflohene Jugend jener unorthographischen Jungfrau gegenüber geltend zu machen und sich so unverheirathet wie möglich zu geberden.

Die gereiftere Jugend ist hier seltener zu sehen und wenn sie da ist, dann tritt sie den nimmersatten Trinkgeld-Hyänen, die durchaus immer noch „eine Erlanger" oder (wenn es eine Weinkneipe ist) „ein Fläschchen Rothspon" bringen wollen und immer zu Gunsten des Wirthes einen gottgesegneten Appetit haben (weiß der Himmel, wieso sie den bekommen!) als das abwehrende Prinzip der gesunden Vernunft entgegen.

Der unreife Jüngling „genirt sich," diesen „Emmy's" und „Hulda's" etwas abzuschlagen und der als unverheirathet geltende untreue Ehemann prahlt damit, ihre Trinkwünsche zu erfüllen, für die sie vom Wirthe ihre Procente erhalten. —

Begleiten wir den „Durchgehenden" zu seinem nächsten Vergnügungsziele, in eines der berüchtigten Berliner Tingel-Tangel. —

In den Hafenstädten entstanden, wo wüste Matrosen nach langer gefahrvoller Meerfahrt die sogenannten Lebensfreuden bis zur Neige leeren, wo sie von Grog und Gier berauscht, die Stimmen von Frauenzimmern hören und selbst mitbrüllen wollen, sind diese Tingel-Tangels auch in das Binnenland vorgedrungen und haben besonders in der „Metropole der Intelligenz" eine Pflege gefunden, die einer besseren Sache würdig wäre.

Mancher Matrose würde wohl mit Recht sagen dürfen, daß ihm die Landratten in der Goutirung und in dem innigen Verständniß dieser Pflanzstätten der Gesangkunst „über" sind. —

Der Durchschnitts-Apparat dieser Kunst-Akademien ist: ein Podium, auf dem ein halb Dutzend mehr oder minder dekolletirter geschminkter Damen sitzt, ein Klavier, daß ein verfehlter Liszt bearbeitet und ein „animirtes" Publikum, das die Refrains der sinnlosen in- und ausländischen Gesänge mitjohlt.

Um das Publikum, das sich (leider!) aus jungen Offizieren

17. Juli vorigen Jahres mehrere Arbeiter, zum Theil tödtlich. Für diese Verunglückten und deren Familien bittet nun Pfarrer Ritter von Elm das Publikum um „milde Gaben“. Unser Schweizer Parteiorgan nennt das mit Recht „eine Smach“ und meint: „Alte Pfarrer pensionirt der Staat, die Kinder verunglückter Arbeiter müssen das öffentliche Mitleid anrufen!“ — Wie lange wird's dauern, bis die „Gesellschaft“ einmal einsieht, daß sie sehr wohl ohne Pfarrer (alte und junge), nicht aber ohne Arbeiter bestehen kann?

— Wie das Schweizer Fabrikgesetz ausgeführt wird. In der „Tagwacht“ lesen wir: „Die Herren Seidenfabrikanten Zinggeler in Wädensweil lassen nicht nur 11¼ Stunden per Tag arbeiten, sondern die Arbeiter müssen an einem 14tägigen Zahltag auch mit einem Löhnlein von 6—15 Franken vorlieb nehmen. Allerdings giebt es oft noch „Zulage“, nur werden zur „Auszahlung“ derselben die Ohrfeigen als „gesetzliche Münzsorten“ betrachtet. Wenn sich die Arbeiter beklagen, daß sie bei diesem Lohn nicht existiren können, dann heißt es: „Wenn es Euch nicht gefällt, so könnt Ihr gehen.“ Diese Antwort ist in der jetzigen Zeit sehr wohlfeil, zeigt aber auf's Deutlichste, wie „gut“ es die Fabrikanten mit den Arbeitern meinen. — Es ist dies ein neuer Beweis dafür, daß bei den Gesetzen zum Schutze der Unterdrückten und Ausgebeuteten es nicht blos auf den Wortlaut, sondern namentlich auch auf die Garantien der Ausführung ankommt. Für diese Garantien muß gesorgt werden, denn ohne sie sind die schönsten Gesetze nur „todte Buchstaben“.

— Eine „Amnestie“ in Gänsfüßchen wurde von König Umberto, des „König-Biedermann's“ Sohn, bei seiner Thronbesteigung erlassen. Von dieser Amnestie wurden aber, wie man nachträglich erfährt, die 12 Theilnehmer des (bekannten) Beneventer Putsches ausgenommen. Jetzt wird aus Mailand gemeldet, daß die Gefangenen vor einigen Tagen aus dem Gefängniß zu Capua, wo sie seit einem Jahr inhaftirt waren, nach dem Beneventer Gefängniß transportirt wurden. Anscheinend sollen sie dort den Richterspruch erfahren; sie warten ja erst 13 Monate! Der Transport der Sozialisten hat zu stürmischen Demonstrationen Anlaß gegeben. Die humane italienische Regierung ließ die Gefangenen zu Fuß marschiren, paarweise aneinander gefesselt, wie Verbrecher der schlimmsten Sorte. Aber die sympathischen Begrüßungen der Menge, die sich um sie sammelte, rächte sie für die polizeilichen Brutalitäten.

— Der Strike oder richtiger Lockout in Lancashire dehnt sich fortwährend aus. Trotz der Entbehrungen, welche die Arbeiter sich aufzuerlegen haben, denken sie nicht ans Nachgeben, und die von ihrem Fett zehrenden Fabrikanten erst recht nicht. Einen zweiten Versuch, den Streit schiedsrichterlich beizulegen, haben sie zum Scheitern gebracht. Den Harmoniebuslern wird jetzt jedenfalls eine eindringliche Lektion gegeben. —

— Die Hungersnoth ist, wie russische Zeitungen selber eingestehen, in den Gouvernements Kasan, Wjatka, Nischnei-Nowgorod, Perm und Simbirsk ausgebrochen. Der Petersburger „Herold“, der über die Nothlage in den genannten Gouvernements eine ausführliche Schilderung gebracht hat, fordert die Regierung auf, der bedrängten Bevölkerung zu helfen. Wie naiv! Die Regierung, die in Folge der beständigen Eroberungskriege das Volk bis auf's Blut aussaugte und aussaugen mußte, nur um das nöthige Geld zum Kriegführen zu erhalten, die Regierung, die jetzt selber an dem Rande des allgemeinen Bankerotts angelangt ist — diese selbe Regierung soll dem hungernden Volke helfen? Und dann — wenn das „milde Väterchen“ Hunderttausende auf den Schlachtfeldern opfert, was verschlägt es, wenn abermals Hunderttausende in der Heimath verhungern? Wenn sich das russische Volk nicht selbst hilft, von der Seite wird ihm nie Hilfe zu Theil. Wie könnte auch der Räuber dem Beraubten helfen!

— Eine noch billigere Arbeitskraft als die chinesische, schreibt man aus Amerika, wußte sich die Buchbinderfirma H. Randell u. Co. an der Beekmanstreet in Newyork zu verschaffen. Die ehrenwerthe Firma zeigte in den Tagesblättern Beschäftigung für Knaben, Mädchen 2c. an und traf mit den sich Meldenden die Uebereinkunft, nur monatlich zu zahlen. Jedoch, ehe der Monat um war, entließ man die Beschäftigten wieder unter irgend einem Vorwande und suchte wieder Andere. Als nun endlich eine Anzahl derartig geprellter Leute Anklage auf Schwindel erhob, stellte es sich heraus, daß neben diesem auch noch andere Geschäfte ein derartig erbärmliches Spiel trieben. — Aehnliches kommt beiläufig auch in Europa vor.

— Parteigenosse J. Scheil, welcher seit dem 15. Februar d. J. im Kreisgerichtsgefängniß in Iserlohn, wohin er wegen Ueberfüllung des Gefängnisses in Bochum transportirt worden war, wegen Majestätsbeleidigung eine dreimonatliche Gefängnißhaft zu verbüßen hat, war am 1. Mai durch einen Gensdarmen nach Dortmund transportirt worden, um sich gegen die Anklage der Schmähung von Staatseinrichtungen, welches „Vergehen“ Scheil sich in einer Dortmunder Rede sollte haben zu Schulden kommen lassen, zu vertheidigen. Scheil wurde kostenlos freigesprochen. Als Zeugen — und auf diesen Umstand legen wir bei dieser Notiz das Hauptgewicht — gegen Scheil traten u. A. auf die Redakteure Koch und — Kutschbach, der Intimus des Sozialistentödters Max Hirsch. Also soweit sind diese „edlen Seelen“ bereits gesunken, daß sie zur „geistigen Bekämpfung“ der Sozialdemokratie zur Denunziation ihre Zuflucht nehmen müssen! Im Grunde genommen wundert uns dieser sittliche Rückgang der Herren nicht, denn wer im Stande ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, die doch nur das Gute will, der kann selber nicht gut sein, der ist zu — Allem fähig.

— Am 3. Mai wurde der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse“, Genosse Franz Petzoldt, in der Expedition des genannten Blattes durch einen Gerichtsdiener unvermuthet verhaftet. Gründe unbekannt. — Am 1. Mai trat der gewesene verantwortliche Redakteur des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“, Genosse Weber, eine Gefängnißhaft von 8½ Monaten an.

— Anfrage. Ist Jemand in der Lage, uns mitzutheilen, wie es den angeblich im Gefängniß zu Trier inhaftirten Genossen Hackenberger und Kaulitz ergeht? Wir befürchten das Schlimmste, da Beide wie vom Erdboden verschwunden zu sein scheinen.

Berlin, den 6. Mai.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen über die Gewerbegerichte und die Gewerbeordnung, die in zweiter Lesung morgen oder spätestens übermorgen geschlossen werden, werde ich Ihnen laut Absprache ausführlich berichten und damit in nächster Nummer den Anfang machen. Ich kann aber nicht umhin, Ihnen schon jetzt über die heutige Sitzung des Reichstags einige interessante Mittheilungen zu machen.

Die Regierungsvorlage und auch der Commissionsbericht beantragten nämlich bei der Abänderung der Gewerbeordnung, daß die jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren ein Arbeitsbuch führen müssen. Man kann eine solche Bestimmung immerhin unrichtig und der Gewerbefreiheit zuwiderlaufend finden, doch motivirt sich dieselbe wenigstens in etwas dadurch, daß bei den jugendlichen Arbeitern, ja selbst zum Schutze derselben, eine strenge Controle ausgeübt werden muß.

Der Abgeordnete und Commerzienrath Stumm aber, dem diese Beschränkung nicht genügte, und dessen innigster Wunsch, die Arbeitsbücher überhaupt bei allen Arbeitern eingeführt zu sehen, auf allzu großen Widerspruch stieß, beantragte, das Arbeitsbuch auf diejenigen Arbeiter, welche das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, auszudehnen.

Bei der Abstimmung erhielt dieses arbeiterfeindliche Amendement des rheinischen „Schlotjunkers“ die Majorität. Und als nun der ganze Paragraph mit diesem Amendement zur Schlußabstimmung gebracht wurde, da erhob sich, außer den Sozialdemokraten und einzelnen Wilden, ferner außer einigen Fortschrittsleuten, für denselben fast der ganze Reichstag, und unter diesen absolut arbeiterfeindlichen Elementen befand sich mit dem größeren Theile des Fortschritts auch der große Gewerkvereinsanwalt Dr. Max Hirsch.

Dr. Max Hirsch hat also für das Interesse der Großfabrikanten, gegen das Interesse der Arbeiter gestimmt!

Wir kennen natürlich diesen edlen „Arbeiterfreund“, der die Arbeiter immer mehr gefesselt dem Kapital auf die Schlachtbank zu liefern versucht; doch giebt es noch einzelne Arbeiter, welche den heuchlerischen Phrasen des Dr. Max Hirsch und seiner politischen Freunde Glauben schenken.

Sollte diesen Verblendeten nun nicht die oben angeführte nackte Thatsache die Augen öffnen!? —

Die Sozialdemokraten hatten den Antrag gestellt, daß die Eintragungen seitens der Arbeitgeber in die Arbeitsbücher nur mit schwarzer Dinte geschehen sollen, damit man in den Corporationen der Arbeitgeber nicht durch verschiedenartige Farbe der Dinte den Arbeit suchenden jungen Menschen „anschwärzen“, „anröthein“ oder auch „anbläuen“ könne. Beispielsweise könne man sich ohne den Zusatz: „schwarzer“ verabreden, daß die rothe Dinte Sozialdemokrat, die blaue Fortschrittler, die schwarze Clerikaler und die grüne Conservativer bedeute; das mit rother Dinte beschriebene Arbeitsbuch würde dann wohl mit sammt seinem Inhaber niemals im deutschen Reiche Gnade vor den Augen der Arbeitgeber finden.

Selbst der Berichterstatter Abg. Gensel war mit der Tendenz des sozialdemokratischen Antrags einverstanden, doch glaubte er, daß derselbe auch nicht genügenden Schutz verleihe; man müsse diesen Schutz den Behörden überlassen. Selbst wenn lediglich nur schwarze Dinte gebraucht werden dürfe, so könnten die Arbeitgebercorporationen sich auf eine andere Weise helfen. So sei ihm der Fall bekannt, daß den beliebten Arbeitern in ihren Entlassungsscheinen an einer bestimmten Stelle ein Komma, den nichtbeliebten Arbeitern ein Semikolon gesetzt worden sei.

Schade, daß der Berichterstatter es unterließ, diese saubere Gesellschaft näher zu bezeichnen, damit die Arbeiter Repressalien ausüben könnten.

Doch nur Geduld — die Reichstagsmajorität verschlechtert die Gewerbeordnung ungemein und hat die Gewerbegerichte zur Annahme für die Sozialdemokraten schon unmöglich gemacht, so daß bei geeigneter Zeit die Repressalien der Arbeiter für all' die Unbill, die ihnen nach den neuen Gesetzen von den Arbeitgebern zugefügt werden kann, in großem Maße nicht ausbleiben werden. Je arbeiterfeindlicher man die Gesetze macht, desto schärfer die Klassengegensätze und der soziale Kampf; desto mächtiger werden die Arbeitervereinigungen werden und die Strikes werden bei einer besseren Geschäftslage wie die Pilze aus der Erde schießen. —

Nach Schluß der heutigen Sitzung erlebte man noch eine höchst tragi-komische Scene. Von der Zuhörertribüne herunter erklang, als die Abgeordneten sich anschickten, den Sitzungssaal zu verlassen, eine grelle Stimme, die sich das Wort erbat, und nun in längerer lauter Rede auseinandersetzte, wie schmachvoll das Volk belogen und betrogen werde. Der Redner, eine verkrüppelte Person in den 30er Jahren, ersuchte darauf die noch anwesenden Reichsboten, zu einer geheimen Sitzung in seiner Wohnung, die er auch genau angab, zusammenzutreten, um ihnen wichtige Entdeckungen zu machen. Nun aber ereilte das Geschick den Redner in der Person des robusten Hausmeisters, der den Redner aus dem Hause auf die Straße dirigirte. Hier fand man denselben bald darauf ruhig vor dem Hauptportal stehen und bemerkte, daß er die heraustretenden Abgeordneten scharf fixirte.

Plötzlich trat er, als die Sozialisten aus der Thür traten, auf den Abg. Hasenclever zu, den er eindringlich bat, doch seine Sache in die Hand zu nehmen und den Reichstag zu veranlassen, zu einer geheimen Sitzung in der Wohnung des Bittstellers zusammenzutreten. Der höchst wahrscheinlich etwas irrsinnige Mann kannte Hasenclever nicht persönlich — er redete ihn nur immer mit: Herr Abgeordneter an — weshalb es der Umgebung sehr verwunderlich erschien, daß sich der Petent gerade

---

in Civil, aus Handlungsdienern und neugierigen Fremden rekrutirt, von Zeit zu Zeit noch mehr zu „animiren“, gerade wie man einem Roß die Sporen giebt, schreitet in den Zwischenpausen eine jener „Sängerinnen“ vom Podium herab und geht, mit einem Teller bewaffnet, durch die Reihen der Kunstmäcene, um den Lohn der Welt zu empfangen.

Für den hat sie ein freundliches Wort, für Jenen ein Lächeln, den Dritten weist sie in die Grenzen des Zuhörers zurück, wenn er etwa durch die Opulenz eines „Groschens mehr,“ Anspruch auf erhöhte Nachsicht zu haben glaubt, dem Vierten beantwortet sie einen faulen Witz mit einem noch fauleren, so sammelt sie den schnöden Mammon und da diese Prozedur sich alle 5 Minuten wiederholt, so bezahlen die Zuhörer das entreelose Vergnügen mit einem sehr hohen Entree.

Und wofür? Dafür, daß eine Schwedin, die im Heimathslande des „utan svawel och fosvor“ vielleicht Wäscherin war und sich von dem Vorurtheil, daß man als Sängerin auch singen können müsse, schon längst erholt hat, eine Melodie quiekt die „der Publikus“ begleitet. — Das tausendköpfige Ungethüm heißt in der Tingel-Tangel-Sprache „Publikus.“ —

Und wie wirkt er mit!

Mit Händen und Füßen! Was da in der Hervorbringung von Spektakel Alles möglich, davon kann ein Gemüth, das sein Leben lang in einem ästhetischen Theezirkel gewirkt, keinen Begriff haben und was in den Varianten des Refrains Alles gelernt wird, das läßt sich nicht in Druckerschwärze übertragen.

Ich müßte fürchten, daß sie sich in Roth verwandelt.

Mit dem Worte „Es muß auch solche Käuze geben“ kann man in diesem Falle nicht mehr auskommen; es überzeugt uns nur davon, daß wenn die Gemüthsausbildung mit der schablonenhaften Schulbildung nicht Schritt hält, die letztere vor den Gefahren, die der Moral drohen, gar nicht schützt, eine Erfahrung, die man sich bei dem phrasenhaften Geschrei nach „Bildung — Bildung“, dem Universalheilmittel für alle Gesellschaftskrankheiten sehr wohl merken kann. —

Jene Tingel-Tangel-Kunstmäcene sind zum allergrößten Theile nicht etwa ungebildete Proletarier, sondern Leute, die mit ihrer Bildung ungeheuer wichtig thun — und womöglich über Philosopheme streiten, wie es ja auch eine betrübende Erscheinung ist, daß unsere akademische Jugend die Meinung zu hegen scheint, ein Seidel Bier sei weniger vergiftet, wenn es von sogenannter „schöner Hand“ kredenzt würde.

Die weibliche Bedienung in unseren Studenten-Kneipen ist ein doppelter Schaden, einerseits für die Bedienung und anderseits für die Bedienten.

Man kann nicht annehmen, daß selbst das verdorbenste Frauenzimmer als raffinirte weibliche Bedienung zur Welt kommt, vielmehr, daß irgend welche Nothlagen des Lebens junge Mädchen zwingen können, sich als „Bierheben“ ihr Brod und mehr zu verdienen. —

Da giebt es Putzmacherinnen, Schneiderinnen und Verkäuferinnen aller Art, die durch eine schlechte „Geschäfts-Conjunktur“ außer Stellung gebracht werden und eine Beschäftigung, die sie noch nicht ganz und gar dem Laster preisgiebt, mit Freuden begrüßen. —

„Noch nicht ganz und gar,“ denn am Ende ist es doch meistens eine Etappe auf dem Wege nach abwärts, ein Aufenthaltsort an der Grenze zweier Welten, der, die noch für voll gilt, und der, die man die „halbe“ nennt. —

Und an der Stufe der anständigen Welt sitzen „frische fröhliche“ Studenten, die trunken geworden, das „Mädel“ um die Taille fassen, verfängliche Lieder singen, allerhand Späße treiben und so allgemach das Mädel, wenn es noch nicht ganz verdorben ist, in den Koth zerren, in welchem es dann stecken bleibt, bis es der Venus vulgivaga in die Arme fällt. —

Steht die „Bedienung“ wiederum auf der Höhe ihrer Aufgabe, d. h. ist sie auf den zotigen Ton, der bei ihr zum savoir vivre unentbehrlich wird, durch jahrelange Uebung dressirt, dann tritt in der Vergiftung der Moral das umgekehrte Verhältniß ein; dann ist es die Eva, welche das von der Schlange vermittelte Seelengift dem Adam überbringt.

Und mancher „Bursche“, mancher „Fuchs“, in dessen Vorstellung noch das Bild einer hehren Mutter und einer reinen Schwester lebt, lernt so „im Kreise fröhlicher Zecher“ mit der edlen Weiblichkeit in einer Weise umgehen, die auf seine späteren Umgangsformen mit Frauen und seine Anschauung diesen gegenüber ihren nachtheiligen verhängnißvollen Einfluß ausübt.

Wie ganz anders steht da die viel verlästerte französische Roccoco-Zeit zu uns, jene Zeitepoche, wo die Mütter aus der Provinz ihre Söhne nach Paris in jene von geistreichen Frauen geleiteten „Salons“ sandten, damit sie dort im Verkehr mit edlen, gebildeten Damen gute Sitte und Lebensart lernen sollten.

Unsere „teutonische Tugend“ erscheint uns in sehr bedenklichem Lichte und wir gewahren gar sehr den Balken in unserem Auge, das immer den Splitter in dem der Nachbarn sieht, wenn wir bedenken, wo unsere gebildete Jugend die Abend- und Nachtstunden verbringt.

In der Kneipe mit „weiblicher Bedienung“, wo der Witz immer betrunken in der Gosse liegt, — im Tingel-Tangel, dem gegenüber, wie mir ein befreundeter Pariser versicherte, die — Café chantants von Paris, wo sich auch Künstlerinnen hören lassen, wie Dianentempel dastehen — in der „Tanzstunde“, hinter deren harmlos klingenden Namen sich ein Institut verbirgt, in welchem tanzlustige Nähtermädchen und „Ladenmamsells“ aller Art von einem routinirten Herren-Publikum systematisch dazu gezüchtet werden, den Nachwuchs, die Rekruten zu jenem, leider großen Heere der Demimonde zu bilden — in jenen großen spätnächtlichen Ball-Lokalen, die allein geeignet wären, einer Stadt den Namen „Babel“ zu verschaffen und in denen das Laster wie eine Herrscherin einherstolzirt und ihrer Gemeinheit, Frechheit und Dummheit von Leuten huldigen läßt, welche am Tage es vermeiden würden, auch nur ihr Gewand zu berühren — zum Schluß in den Wiener Cafés, die sich selbst so prostituirt haben, daß sie in den Nachtstunden von 1 bis 4 Uhr die Erbschaft jener von früher berüchtigten „Berliner Nachtconditoreien“ übernommen haben, in welchen über jeder Tasse Kaffee das Messer des Berliner Louis schwebte.

Wer aus diesem Sumpf mit gesunder Seele herauskommt, kann von Glück sagen; wie viele aber in ihm stecken bleiben, und in diesem schmutzigen Kampfe mit den Harpyen unserer deutschen Weltstadt untergehen, davon hat man gemeinsam keine Ahnung und man würde schaudern, wenn man manchmal die Spur eines Lebensschicksals verfolgen könnte. Die Bauernfänger, von denen Manche durch ihre hohe Bildung überraschen, wachsen nicht aus der Erde, sie rekrutiren sich aus den Reihen der Gesellschaft, gegen die sie dann den Krieg eröffnen.

Unsere Militärbehörden wachen seit einiger Zeit mit mehr Sorgfalt wie früher darüber, daß die „Lieutenants in Civil“ nicht mehr jene geschilderten Vergnügungen als die Erholung von ihren Exercitien betrachten; es wäre kein übermäßiges Verlangen, wenn auch die akademischen an das Ehrgefühl der Studenten appellirten und ihnen das Unwürdige jener Amüsements vor Augen hielten.

Würde dann auch von anderer Seite, ebenso wie man schon angefangen hat, den Wiener Café's die Nachtexistenz etwas zu schmälern, damit vorgegangen werden, zur Ehre des ohnedies schon auf dem Gefrierpunkt angelangten Rufes unserer Weltstadt, etwas mehr die „weibliche Bedienung“, die „Tanzstunde“ u. s. w. in's Auge zu fassen, — würde man andererseits mehr darauf achten, daß beschäftigungslose Arbeiterinnen nicht gleich dem Laster in die Arme zu sinken brauchten, dann könnte wohl der Sumpf, dem die Pflanze der Gemüthsroheit entsprießt, etwas ausgetrocknet werden.

---

an einen Sozialisten wandte. Gerade als wenn jetzt die unglücklichsten Menschen instinktiv fühlten, daß allein von den Bestrebungen der Sozialisten Heil zu erwarten sei. Hasenclever versprach natürlich, dem geäußerten Wunsche nachzukommen, worauf der Unglückliche mit höflicher Verbeugung ruhig und still sich entfernte.

Correspondenzen.

London, 28. April. Der Communistische Arbeiter-Bildungsverein hat in seiner am Samstag den 27. April stattgehabten Versammlung folgende Resolution angenommen, die er die Redaktion des „Vorwärts" ersucht, in eine der nächsten Nummern aufzunehmen.

„Resolution.

In Erwägung, daß die Redaktion des „Vorwärts" — von allem Früheren abgesehen — namentlich den letzten, den Steinhauerstrike betreffenden Vereinsbericht in einer Weise entstellte, daß er seinen Zweck, den Parteigenossen ein ungeschminktes Bild über die Niederlage des Strikes und deren Ursache zu geben, in keiner Weise entsprach;

In fernerer Erwägung, daß die Redaktion des „Vorwärts" augenscheinlich bestrebt ist, alles Licht über die hiesigen Parteiverhältnisse sorgfältig aus den Berichten zu entfernen, was nimmermehr auf das Conto des Raummangels gesetzt werden kann,

beschließt die heutige Versammlung des obigen Vereins, gegen ein derartig ungerechtes Vorgehen der Leitung unseres Central-Parteiorgans seine entschiedene Mißbilligung auszusprechen, mit dem Vorbehalte, bei geeigneter Gelegenheit nochmals auf diese Angelegenheit zurückzukommen."

Im Auftrage:
F. J. Ehrhart, correspondirender Sekretair.

(Zu obiger Resolution haben wir zu bemerken, daß es uns nicht nur nicht in den Sinn gekommen ist, „alles Licht über die hiesigen (englischen) Parteiverhältnisse sorgfältig aus den Berichten zu entfernen," sondern daß es vielmehr unser Bestreben war und noch ist, möglichst viel Licht über die englischen Partei- und Arbeiterverhältnisse zu verbreiten. Was unser „ungerechtes Vorgehen" betrifft, so gestehen wir allerdings ein, daß wir aus den Berichten des Herrn Ehrhart stets diejenigen Stellen gestrichen oder geändert haben, die uns zu allem anderen, nur nicht dazu geeignet schienen, die Leser des „Vorwärts" „über die hiesigen Parteiverhältnisse" aufzuklären. Als Leitung des Central-Parteiorgans waren wir zu einem solchen „ungerechten Vorgehen" aber nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet. Red. des „Vorwärts".)

Worms, 26. April. In einer gestern Abend hier im „Schwarzen Adler" stattgefundenen, von etwa 250 Personen besuchten Volksversammlung, bei welcher Dreesbach aus Mannheim als erster, Günther aus Worms als zweiter Vorsitzender, Schreiber aus Mannheim als Schriftführer fungirte, berichtete der Reichstagsabgeordnete Genosse Blos aus Hamburg über die Thätigkeit des Reichstags. Nachdem Redner auf die Nothwendigkeit hingewiesen hatte, daß die Reichsboten ihre Wähler durch sogenannte Berichte über ihre Thätigkeit im Reichstage auf dem Laufenden erhielten, kam derselbe auf die Thätigkeit des Reichstags selber zu sprechen und kritisirte in scharfer Weise diese Thätigkeit nach der ökonomischen und politischen Seite hin, welch' letztere namentlich sehr vernachlässigt worden sei. So sei die Orientfrage, die die Interessen der Völker im innersten Wesen berühre, namentlich von der Sozialdemokratie auf's Tapet gebracht worden, während die übrigen Parteien sich mit den Erklärungen, welche vom Ministertische aus abgegeben wurden, begnügt hätten. Redner erörtert dann die wirthschaftliche Krise, die eine nothwendige und naturgemäße Consequenz der heutigen privatkapitalistischen Verhältnisse sei und weist den Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokratie die Schuld an derselben trage. Dagegen beweise der Reichshaushaltsetat so recht, wie wenig haushälterisch mit den Staatseinkünften gewirthschaftet werde. Für unproduktive Zwecke würde das Geld in freigebigster Weise verwendet, während für produktive Zwecke die Hand auf der Tasche gehalten würde. So habe die Mehrheit des Reichstags dem Londoner Botschafter Deutschlands 30,000 Mk. Zulage bewilligt, während dagegen die Angestellten der ertragsreichen Reichsbahnen noch schlechter gestellt seien als diejenigen der Privatbahnen. So hätten z. B. die Bahnwärterinnen einen Lohn von 40 Pfg. täglich!! Es werde der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, sie wolle Deutschland wehrlos machen. Unter den heutigen Verhältnissen ein Volk wehrlos machen wollen, sei ein Unsinn, aber es gebe eben ein anderes System als das heutige der stehenden Heere, welches gleichfalls das Volk wehrhaft mache. Die Sozialdemokratie verweigere also den gegenwärtigen Etat consequent im Gegensatz zu jenen Leuten, die (à la Eugen Richter) hier und da ein paar tausend Mark der Regierung abhandelten, schließlich aber das Ganze annehmen. Redner kommt hierauf auf die Gewerbe-Ordnungsnovelle zu sprechen, der die Sozialdemokratie nicht in allen Theilen die Zustimmung versagen könne, die aber gleichwohl einem großen Theile des Volkes spanische Stiefel anlege. Die wirthschaftlichen Reformen des Fürsten Bismarck besprechend, bemerkt Redner, daß es sich dabei nur darum handle, dem Budgetrecht des Reichstags einen Stoß zu geben. Bei der ersten Berathung der Tabaksteuervorlage seien allerdings sehr schöne Rede gehalten worden, indessen habe sich durch den Fortgang der sogenannten „innern Krisis" der Wind gedreht und der Tag sei auch hier nicht vor der dritten Lesung zu loben. Bei einem Tabaksmonopol in den Händen des heutigen Staats sei durchaus nichts Sozialistisches zu finden, der Staat stehe als Monopolist uns eben als ausbeutender Kapitalist gegenüber und er nehme eben seine Mittel daher und auf dem Wege, auf welchem er sie bekomme. Die Steuer-„Reformen" seien keine Reformen sondern Fortschritte nach rückwärts, die zu einem gedeihlichen Ende nicht führen könnten. Redner berührt sodann die Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten zum Haftpflichtgesetz, welche wiederum an eine Commission verwiesen worden, über deren Entschließungen noch Nichts zu bestimmen sei. Wie sich die sozialdemokratischen Abgeordneten zu etwa von der Regierung vorzulegenden Zoll-„Reformen" verhalten würden, sei noch nicht abzusehen; sie würden immer das Gesammt-Interesse als maßgebend betrachten. Es scheine, daß die Regierung aus den Restbeständen der in Auflösung begriffenen alten Parteien eine neue Partei zusammenleimen wolle, was ihr nicht schwer fallen würde, namentlich wenn die Einstellung des Culturkampfes eintrete. Die Sache könnte schließlich so auslaufen, daß man doch noch „nach Canossa ginge" und die Maigesetze „revidire". Der Sozialdemokratie könne das schließlich gleichgültig sein; ob die „Liberalen" oder die „Ultramontanen" länger dauerten, es würden schließlich doch die Sympathien des Volkes sich der Sozialdemokratie zuwenden. Redner wendet sich schließlich noch gegen die Verleumdungen, welchen die Sozialdemokratie sich ausgesetzt sieht, kennzeichnet den berannten Vorwurf, daß die Sozialdemokratie kein „bestimmtes detaillirtes Programm" habe, als das, was er ist, als lächerlich und weist zuletzt die Unterstellung zurück, als ob die Sozialdemokratie auf dem Wege der Gewalt ihre Ziele zu erreichen strebe. Lebhafter Beifall folgte der 1½stündigen Rede. Auf die nunmehr an die Versammlung gerichtete Anfrage, ob Herr Reichstagsabgeordneter Heyl, der schriftlich eingeladen worden, anwesend sei, folgt kein „Ja" des Hrn. Heyl, der übrigens in der Versammlung anwesend gewesen sein soll, sondern lediglich ein sehr bezeichnendes Gelächter der Versammlung. Der Vorsitzende kennzeichnet dies Verhalten des Herrn Heyl in gebührender Weise unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung und giebt auf eine Anfrage aus der Versammlung Herr Blos noch eine kurze Erläuterung der Parteien des Reichstags und ihrer politischen Stellung, worauf, da Niemand sich mehr zum Wort meldet, die Versammlung durch den Vorsitzenden mit der Aufforderung zum Beitritt zur sozialdemokratischen Partei geschlossen wird. Wie durchschlagend übrigens der Erfolg ist, den unsere Partei in der Versammlung durch den Genossen Blos errungen hat, beweist der Umstand, daß keines der hiesigen gegnerischen Blätter, selbst die „Neue" nicht, auch nur ein Sterbenswörtchen über die Versammlung hat verlautbaren lassen.

Netzschkau, 30. April. Vor einiger Zeit brachten die gegnerischen Blätter eine Mahnung an die Fabrikbesitzer, in welcher in und mit aller Demuth und Höflichkeit die Herren Fabrikanten um eine „kleine Verlängerung" der Mittagspause in den Fabriken „unterthänigst" gebeten wurden, da es sowohl im Interesse des Fabrikanten liege, als auch andererseits dem Arbeiter angenehm und zu gönnen sei. Mit diesem letzten Gedanken wollten sich diese Blätter in den Geruch der Arbeiterfreundlichkeit setzen, wie sie das so oft versuchen, aber nebenbei wollten sie auch, durch die Art und Weise, wie sie ihr Verlangen vorbrachten, bei den „Herren" nicht in Ungnade fallen. Nur immer nach Reptilienart kriechen und alles auf den guten Willen der Herren Arbeitgeber ankommen lassen, das wollen unsere Gegner von der Presse; aber ja nicht die schon bestehenden gesetzlichen Bestimmungen mit durchführen helfen oder gar den Schutz der Arbeiter mehr gesetzlich ausgedehnt und geregelt wissen wollen! Nicht nur, daß in hiesigen Fabriken immer noch Arbeiter unter 16 Jahren zahlreich beschäftigt werden, wurde in letzter Zeit auch die 13stündige Arbeitszeit noch um eine Stunde verlängert. Auch ist in der Sonntag u. Löscher'schen Fabrik die Frühstückspause abgeschafft worden und können die Arbeiter ihren Kaffee nicht mehr wärmen. Es herrscht unter diesen über diese Beschränkung allgemeine Entrüstung.

Greiz, 25. April. Von hier berichtet man den Blättern, daß sich das Wollwaarengeschäft während des Darniederliegens der Industrie fortwährend günstig weiter entwickelt und neuerdings wieder einen besonderen Aufschwung genommen habe, so daß einzelne Firmen ihre Reisenden heimkehren ließen, weil sie mit Aufträgen ganz voll beschäftigt sind. Greiz arbeitet viel für deutschen Bedarf, daneben auch erheblich für den Export. Eine der zahlreichen Wollenwaarenfirmen z. B. hatte nach dem „Gr. Tgbl." vor ganz Kurzem aus Japan einen Auftrag auf 12,000 Stück Wollenstoff, dem jetzt ein solcher von 18,000 Stück folgte. — Ja, für die einzelnen Fabrikanten mag sich das Geschäft wohl recht günstig weiter entwickelt haben, aber wir Arbeiter fühlen das Darniederliegen der Industrie bitter genug, da die „Herren", welche mit Aufträgen ganz voll beschäftigt sind, nur noch Hungerlöhne zahlen. Das Angebot der Hände ist so groß, daß man glaubt, dem Arbeiter auch das sonst Unmögliche bieten zu können. Wir Arbeiter spüren also nichts von der günstigen Weiterentwickelung der Wollwaaren-Industrie!

Göppingen. Lohnabzüge und kein Ende! Periodisch grassiren in den hiesigen Fabriken die Lohnabzüge. „Theilen" kann man das nennen in des Wortes verwegenster Bedeutung; schinden kann man es weiter nennen, weil mit den Aermsten „getheilt" wird, mit den Arbeitern in den Webereien und den Corsettfabriken. So ein Weber verdient, „wenn's gut geht", bei 11½stündiger Arbeitszeit per 14 Tage noch 18 Mark im Durchschnitt, und doch hört man nichts davon, daß die Waaren billiger geworden sind in Folge der billigeren Produktion. Die Frauen und Mädchen verdienen, wenn sie ins Geschäft gehen, nicht über 80 Pf. im Durchschnitt (pro Tag). Die Hausarbeit ist noch schlechter daran, da zieht man immer ab, bis es zuletzt nicht mehr möglich ist, nur noch 4 Mark per 14 Tage zu verdienen. Und die Behandlung erst — da können die Weber und Arbeiterinnen in diesen „Knochenmühlen" ein Liedchen singen. — Die hiesigen Arbeiter sind, das kann man ohne Uebertreibung sagen, so pessimistisch, daß sie alle Hoffnung auf ein Besserwerden längst aufgegeben haben. Um ihre Lage bekümmern sich leider die wenigsten. Und Diejenigen, die noch etwas erreichen könnten, die pekuniär noch etwas leisten könnten, sind ebenso pessimistisch. „Nach uns die Sündfluth." Da existiren eine Menge Vereine, die keinen anderen Werth haben, als etwa alle 14 Tage einige Lieder zusammen zu singen; da giebt es eine Germania, Harmonia, Cäcilia, Belkania, Lyra u. s. w. Was könnten sie nicht Alle erreichen? Sind es doch lauter Arbeiter, die etwas zu erreichen sehr nöthig hätten. Hier fehlt vor Allem Organisation und eine tüchtige agitatorische Kraft. Das Vorurtheil, daß man es nicht anders machen kann, was ist es anders, als der Unverstand der Massen? Daß eine große Zahl zum Hunger verdammt ist, nur um eine Minderheit schwelgen lassen zu können — das sollte immer so bleiben müssen? Welche Aussichten! Nur wollen, und die Frage ist halb gelöst.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen im Wahlkreise Karlsruhe-Bruchsal.

Wie den Lesern dieses Blattes bekannt, wird demnächst im Wahlkreise Karlsruhe-Bruchsal eine Neuwahl zum Reichstage stattfinden.

Die hiesigen Parteigenossen haben sich die Aufgabe gestellt, im 10. bad. Wahlkreis soviel Stimmen als möglich für unseren Candidaten zu werben. Zu diesem Behufe soll der Wahlkreis einer rührigen Agitation unterzogen werden. An einer solchen hat es bei der vorigen Wahl gemangelt; es fanden nur in 5 bis 6 Orten Versammlungen statt. Die Schuld hieran trug nicht etwa eine Trägheit unserer Partei, sondern der Mangel an geeigneten Agitationskräften. Dem ist indeß jetzt abgeholfen und wir wären somit in der Lage, in dem gedachten Kreise energisch für unsere Sache zu wirken, wenn uns die zu einem solchen Feldzuge erforderlichen Geldmittel in reichlicherem Maße zur Verfügung ständen, als es in der That der Fall ist. Unsere Gegner sind vollauf gerüstet; ihnen fehlt es an Mitteln nicht. Sollen wir auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg in den Kampf treten, so müssen auch wir über Geldmittel verfügen. Wir richten daher an unsere Parteigenossen die dringendste Bitte, uns mit Beiträgen unterstützen zu wollen. Es handelt sich um eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit und so ist denn wohl die Hoffnung nicht unberechtigt, daß dieser Appell an die Opferfreudigkeit unserer Gesinnungsgenossen nicht ungehört verhalle.

Helft uns zum Siege, Genossen! Unser Sieg ist Euer Sieg, ist der Sieg des gesammten Arbeitervolkes!

Beiträge sind zu senden an G. Nesselbosch, Langestraße 83, Karlsruhe.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Karlsruhe. Das Wahlcomité.

Aufruf an alle hiesigen Parteifreunde und Gewerksgenossen, die sich an dem Pariser Weltausstellungsbesuche zu betheiligen gedenken!

In einer seiner letzten Versammlungen hat der hiesige kommunistische Arbeiter-Bildungsverein beschlossen, sich an dem Besuche der Weltausstellung zu betheiligen und hat auch gleichzeitig zu diesem Zwecke ein Comité niedergesetzt um alles Weitere zu veranlassen. — Um nun einerseits einer Anzahl Fragestellern gerecht zu werden, und um andrerseits das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, schlagen wir den resp. Theilnehmern am Besuche der Weltausstellung vor, sich über den Tag des gemeinschaftlichen Eintreffens mit uns in Verbindung zu setzen, um den Besuch zu einem möglichst gleichmäßigen und planmäßigen zu machen.

London, den 2. Mai 1878.

Das Comité.
J. A.: F. J. Ehrhart, Secretair,
4. Francis St. Tottenham Court Road, wohin man alle diesbezüglichen Briefe richten möge.

NB. Wir ersuchen alle Partei- und Gewerkschaftsorgane freundlichst von vorstehendem Aufrufe Notiz zu nehmen.

Briefkasten

der Expedition. Frdr. Kühr Kassel: Wir haben keinen Brief erhalten. A. Klmt Wiesbaden: Das preußische Vereins- und Versammlungsgesetz erhalten Sie bei der Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz 8a. — A. Dckr Bochum: Die Annonce kostet 1,80 M. — Ad. Mür in Verden: Die Brochure „Christenthum und Sozialismus" ist vergriffen, wird aber in neuer Auflage demnächst erscheinen.

Quittung. Rß Halberstadt Schr. 50,00. Flschr Wurzen Schr. 48,13. Rch Münster An. 1,50. A. Wrnr Stuttgart Ab. 77,00. Bsch hier Ab. 40,00. Rnk Frankfurt Ab. 30,00. Grbnstn Lindenau Ab. u. Schr. 41,95. Rir Gc enau Schr. 22,26. Stckr hier An. 0,00. Grd Stötteritz An. 9,35. Strs Bautzen An. 0,80. Mür Mannheim Abon. 80,00. Lgs Hannover An. 0,60. Hß Sonneberg Ab 10,00. Slg Essen Ab. 40,50. Hbr Obermeiße Schr. 0,30. Mg Besigheim Schr. 2,90. Stnwg Stettin Schr. 8,40. Zßwl Forste Schr. 0,70. Bnndrf L sum Schr. 1,60. Brs Boitwarden Schr. 3,85.

Fonds für die Gemaßregelten.

Von Hbr Obermeiße 2,00. Stnwg Stettin 3,00. Willecke hier von Pionierabon. 1. Rate 3,45.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Essen. Diejenigen, welche noch Abonnementsgelder für „Vorwärts" und „Neue Welt", Monat April, restiren, werden daran erinnert, daß die Reste im Laufe der nächsten Woche einkassirt werden und weiterer Kredit nicht gegeben wird. [40

Essen. Die Parteigenossen werden ersucht sich zur **gemüthlichen Unterhaltung** jeden Sonntag, Morgens um 11 Uhr und jeden Sonntag Abend um 6 Uhr bei Wirth Friedrich Dahler, Grabenstr. 39, einzufinden, wenn nicht andere Bestimmungen vorliegen. 50] **Mehrere Parteigenossen.**

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen **„Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Volksfreund", „Neue Gesellschaft", „Hamburg-Altonaer Volksblatt"** u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kleine Eschenheimerstraße 34, 2. Etg.

NB. Den geehrten Abonnenten obengenannter Blätter zur Nachricht, daß Sonntag, den 12. ds. Mts. das Abonnementsgeld erhoben wird. Diejenigen, die noch für 3. und 4. Quartal 1877 und 1. Quartal 1878 mit Abonnements-Zahlung im Rückstande, können vor Berichtigung derselben kein Blatt mehr erhalten.

Sonntag, den 30. Juni d. J.:

Großes Volksfest

verbunden mit Fahnenweihe in Gera.

Wir machen unsere Par ei- und Gesi nungsgenossen hierauf aufmerksam. **Programm später.** (F. 135.) [3,00

Hannover. **Sozialdemokratischer Wahlverein.** **Sonnabend, den 11. Mai,** Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vorlesung der Brochüre von Dr. Schäfer. [70 (F. 167) **Der Vorstand.**

Leipzig. **Unterstützungsverein und Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.** [40

Jeden Sonnabend Abend ½9 Uhr **Versammlung** und Aufnahme neuer Mitglieder, Thiemesche Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12. **D. V.**

Ottensen. **Sonnabend, den 11. Mai,** Abends 8½ Uhr in **Burmeister's Salon,** 1 Treppe:

Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tages-Ordnung:

Der Sozialisten-Congreß in Gotha.

Die Pflicht gebietet zu erscheinen. [80] **Gustav Petzold.**

Bei unserer Abreise von Nordhausen sagen wir unseren Gesinnungsgenossen **F. A. L. Sch.** ein herzliches Lebewohl. (F. 159) [90

H. Stöcker, H. Hübner, Leipzig. **L. Reinbote,** Hamburg.

Meinen Freunden und Parteigenossen zur Nachricht, daß meine liebe Frau **Minna,** geb. Lippmann aus Alfeld am 30. April Mittags 12 Uhr nach 1½jährigen Leiden an der **Auszehrung** durch den Tod erlöst worden ist.

Bochum, 2. Mai 1878. **Aug. Decker,**
[1,80] Schuhmachermeister.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Exped. von Farberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rückle, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Hall, 606 North 3rd Street.
J. Bell, N. E. cor Charlotte & George Sts.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bastermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Eng, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 55. Sonntag, 12. Mai. 1878.

Renegaten.

Man hat den Ausdruck Renegat zuerst vielfach angewandt, als sich während und nach den Kreuzzügen viele Abendländer, denen das Leben in den weichen Armen der Morgenländerinnen zu gut gefiel, zum Mohamedanismus „bekehrten".

Späterhin erhielt das Wort eine allgemeinere Bedeutung; man bezeichnete damit einen Abtrünnigen von einer guten Sache. Und besonders brauchte man es, wenn ein Mann, der einer oppositionellen politischen oder sozialen Partei angehörte, diese verließ, um sich in den „weichen Armen" der Regierungspartei oder der herrschenden sozialen Partei von den Strapazen der Opposition auszuruhen.

Dieser Renegaten gibt es nun eine ungemein große Zahl auch in unserem lieben Deutschland. Das „tolle" Jahr 1848 hatte in politischen und sozialen Dingen eine entschiedene Oppositionslust gezeitigt. Politische Freiheit, soziale Gleichheit! — so klang der Ruf durch die deutschen Lande.

Doch bald schon wurden diese „Rufer im Streit" durch die eintretende Reaktion zum Schweigen und ins Gefängniß gebracht. Anstatt nun diese reaktionäre Unbill mit Stolz zu ertragen, wie ein Theil der Flüchtlinge in London, sind die meisten derselben zu Kreuze gekrochen und nähren sich jetzt an den fetten Brüsten der politischen und sozialen Reaktion.

Wir wollen einige Namen nennen. Lothar Bucher, gegenwärtig die rechte Hand und der eigentliche Kopf Bismarcks, war im Jahre 1848 ein Revolutionär; ebenso August Braß, der die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in das Bismarckische Lager führte, der aber 1848 noch das „Färberlied" sang, in welchem es heißt: „Wir färben ächt, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut." — Merkwürdigerweise belegen auch die heutigen Fortschrittler und Liberalen diese Leute mit dem Titel: Renegaten, ohne zu bedenken, daß in ihren Reihen sich eine viel größere Zahl solchen Ungeziefers aufhält.

Auch hier wollen wir Namen nennen. Miquel, einer der gescheidtesten Männer unter den Liberalen, war 1848 Communist; er hat sich während der Gründerzeit eine Million „erworben" und ist jetzt Oberbürgermeister von Osnabrück; der zu Gefängniß verurtheilte frühere Communist Dr. Hermann Heinrich Becker, der Rothe genannt, ist gegenwärtig der von der reaktionären Regierung gern und freudig bestätigte Oberbürgermeister von Cöln; der verstorbene Freiligrath, der das begeisterte Lied sang: „Von Unten auf", in welchem die Strophe vorkommt:

„Wir hämmern fest, wir hämmern jung
Das morsche alte Ding den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind
Das Proletariat — —"

auch er wurde Renegat und marschirte in die alleinseligmachenden Arme des Geldsacks, die sich ihm mit circa 60,000 Thalern Dotation öffneten. Bamberger, den großen Bamberger, den Helden von Kirchheim-Bollanden nicht zu vergessen, der jetzt Nickelgrubenbesitzer ist und zu seinem persönlichen Nutzen die Nickelmünze für das deutsche Reich erfunden hat.

Noch wollen wir uns beschäftigen mit einem etwas unbedeutenden Manne, der 1848 als Communist gerungen und gelitten, mit dem Schriftsteller Bürgers, der sich seit 1863 um ein Landtags- oder Reichstagsmandat vergeblich beworben hat bei den kapitalistischen Parteien, die er früher so heiß bekämpft. Der Kapitalismus ließ ihn, selbstverständlich mit vollem Rechte, lange Zeit umsonst flehen. Endlich, nachdem Herr Bürgers knierutschend dem Kapital Abbitte für seine communistischen „Jugendsünden" geleistet hatte, fand sich die Kapitalisten- und Regierungspartei der Stadt Breslau bewogen, den Renegaten Bürgers gegen einen Sozialdemokraten, den die Arbeiter aufgestellt hatten, in den Reichstag zu wählen.

Und dort gebehrdet sich der Renegat auch selbstverständlich nach Renegatenmanier.

Er greift die Sozialdemokraten, die Communisten, in der albernsten und verbissensten Weise an und wundert sich dann noch, wenn ihm eine derbe Lektion ertheilt wird.

Diese Lektion wurde ihm am 7. Mai bei Berathung der Gewerbeordnung zu Theil. Wir wollen hier den Vorfall einfach nach dem Organ der Fortschrittspartei, der Herr Bürgers angehört, nach der „Vossischen Zeitung" mittheilen:

„§ 123 zählt die Fälle auf, in denen die Arbeiter vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung die Arbeit verlassen dürfen.

„Abg. Hasenclever will dies auch dann gestatten, wenn der Arbeitgeber oder sein Vertreter eines Diebstahls, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig machen. Er motivirt diesen Antrag damit, daß eine gleiche Bestimmung in § 122 aufgenommen ist, welche den Arbeitgeber zur sofortigen Entlassung des Arbeiters aus diesen Gründen ermächtigt. Die Arbeitgeber aber machen sich öfter einer so ehrlosen Handlung schuldig wie der Arbeiter; es sei also in Betreff der Arbeitgeber diese gesetzliche Bestimmung mindestens eben so nothwendig, wie in Betreff des Arbeiters. Bei Ablehnung dieses Amendements wird der Satz bestätigt werden, daß die jetzige Gesetzgebung eine Klassengesetzgebung ist, und der Abg. Bürgers brauchte sich vor einigen Tagen nicht so sehr wegen dieser sozialdemokratischen Behauptung zu echauffiren. Allerdings war derselbe früher Communist und greift jetzt die Sozialdemokraten mit dem Eifer des Renegaten an.

„Der Präsident ruft den Redner wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung.

„Nachdem Abg. Bürgers persönlich bemerkt hat, daß er nie zur Partei der Sozialdemokraten gehört habe, ward der Antrag Hasenclever abgelehnt und § 123 nach den Commissionsbeschlüssen angenommen."

Hinter einer Wortklauberei alle sucht sich der Herr Bürgers, der nach der Rede Hasenclever's wie ein abgestrafter Schulbube, den Kopf gesenkt, vor sich niederblickte, zu verschanzen. Communist war er doch, er hat sich ja an dem Communistenbunde betheiligt und ist deshalb bestraft worden; wir Sozialdemokraten sind doch auch Communisten, vielleicht etwas aufgeklärtere und deshalb nicht zum Renegatenthum geneigt. Sage man doch offen, daß man eine „Sünde" begangen habe, wenn man in Wirklichkeit anderer Meinung geworden ist, schimpfe man aber nicht auf diejenigen, welche die frühere Meinung noch ihr eigen nennen, um durch solches Geschimpfe das Wohlwollen des Kapitals und der Regierung zu erlangen. Das ist eben die traurige Manier des Renegatenthums. Verstehen Sie das, Herr Bürgers?

Uns fällt es nicht ein mit besonderer Schärfe zum Beispiel den Excommunisten Oberbürgermeister Dr. Becker zu Köln anzugreifen, der sich dadurch von Herrn Bürgers unterscheidet, daß er sich vor der Renegatenmanier, seine früheren Gesinnungsgenossen in heftiger Weise zu befehden, wohl hütet. Bürgers hingegen erinnert uns lebhaft an die Herren Küster, Grüneberg und Zielowsky, die von der sozialdemokratischen Partei zur christlich-sozialen renegirt sind — deshalb muß er genau so wie diese sauberen Patrone behandelt werden.

Daß das Wort: Renegatenthum im deutschen Reichstage kein großes Wohlgefallen erregte, ist leicht zu begreifen, da in jener Körperschaft sich mindestens hundert Mitglieder, von dem klugen Präsidenten Forckenbeck an, der früher Demokrat war, bis zu dem halben Mikrocephalen Valentin hinunter, der gleichfalls sich einst als Volksmann geberdete, befinden, welche höchst bedenkliche Schwenkungen von links nach rechts gemacht haben. Löwe-Calbe, Bennigsen, Lasker und wer kennt und nennt noch die anderen Namen alle!? —

Die „Vossische Zeitung" wundert sich, daß die Sozialdemokraten — und in diesem Falle der Abg. Hasenclever — immer die Fortschrittspartei zum Zielpunkte ihrer persönlichen Angriffe macht. Wir verstehen diese Verwunderung nicht. Ganz abgesehen davon, daß die Partei des „Fortschritts", welche heuchlerisch vor dem Volke allerlei Freiheitsphrasen drischt und durch ihre Thaten die Banden, in welchen das Volk liegt, fester schmiedet, der Freiheit und dem Volke mehr Unheil bringt, als selbst die reaktionäre deutsch conservative Partei; ganz abgesehen davon, befinden sich in der Fortschrittspartei die ungezogensten Elemente, z. B. der Abg. Richter, der moderne Thersites, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, seinen angesammelten Unrath gegen die Sozialdemokratie zu schleudern. Und dieser Schimpf-Richter ist der hervorragendste Führer der Fortschrittspartei und handelt bei solchen Gelegenheiten immer im Namen und im Auftrage der Fortschrittspartei.

Wie kann sich da die „Vossische Zeitung" noch wundern, daß wir solche Leute auch persönlich angreifen; wie kann sie sich wundern, daß wir gerade bei dieser heuchlerischen Partei nachweisen, welche unsauberen Elemente sie beherbergt?

Wir werden sicherlich dann nicht mehr solchen persönlichen Ton gegen die Fortschrittspartei anschlagen, wenn zum Beispiel Herr Eugen Richter zur Seite des früheren Fortschrittsabgeordneten, des jetzigen Herrn Geheimen Raths und Ministerial-Direktors Michaelis, sitzen, wenn er das Ziel seines Strebens erreicht haben wird. Richter's Auftreten soll ihm die Renegaten-Brücke schlagen zum Bundesrath.

Säubere sich die Fortschrittspartei erst, so wird sie nicht mehr den bösen Einflüssen früherer und künftiger Renegaten erliegen, und unsere Angriffe werden dann lediglich prinzipieller Natur sein.

Die Reichstagsverhandlungen über die Gewerbegerichte.

Berlin, den 8. Mai.

Ueber den Werth der Gewerbegerichte überhaupt schon läßt sich streiten; und auch in der sozialdemokratischen Partei sind die Ansichten in dieser Hinsicht sehr verschieden.

Auch ich bin kein übermäßiger Verehrer dieser Institution, weil ich innerhalb der heutigen Gesellschaft, welche die absolute Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital auf ihre Fahne geschrieben hat, in derselben kein besonderes Schutzmittel für das ewige Unrecht, das in der Produktion und Distribution der Gebrauchswerthe geschieht, erblicken kann. Ich denke mir immer, daß die dumm-schlauen Vertreter des Kapitals, Schulze-Delitzsch und Dr. Max Hirsch, diese Institution nicht so warm empfehlen würden, wenn sie nicht einen Vortheil für die Arbeitgeber in derselben erblickten.

Und die Sache verhält sich auch so. Der trockene, bureaukratische Jurist, dem schiedsgerichtliche Sachen vorgetragen werden, entscheidet durchweg viel gerechter, als ein gewerbliches Schiedsgericht, in welchem der Vorsitzende, allerdings auch ein Jurist, doch dem Einflusse der als Beisitzer in diesem Gericht befindlichen Arbeitgeber sehr leicht erliegt, während es den als Beisitzer dort fungirenden Arbeitern nicht allein sehr schwer wird, bei dem Vorsitzenden Einfluß zu erlangen, sondern ihnen auch noch die Eventualität droht, daß ihr Urtheil durch allerlei Beeinflussungen des juristisch gebildeten Vorsitzenden und der im Allgemeinen doch mehr gebildeten Arbeitgeber-Beisitzenden getrübt wird.

Bestreite dies, wer es kann.

Also — ich bin schon kein Verehrer solcher Gewerbegerichte, denen ein juristisch gebildeter Vorsitzender durch die Behörden aufoktroyirt wird und die dann aus Beisitzern, zu gleichen Theilen gewählt von den Arbeitgebern und Arbeitern, bestehen.

Zunächst würde ich es für angemessen finden, daß das Gewerbegericht durch das gewerbetreibende Volk in gemeinschaftlicher allgemeiner Wahl gewählt würde, selbstverständlich auch der Vorsitzende. Nur so könnte dasselbe auch auf das Vertrauen der überaus großen Majorität der Betheiligten Anspruch erheben. Wenn dann einzelne Arbeitgeber, sich benachtheiligt glaubend, in den Schmollwinkel sich stellten, so wäre das ihre Sache, die aber nicht Sache der Allgemeinheit ist.

Daß nun eine solche Zusammensetzung der Gewerbegerichte bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstags nicht erzielt werden kann, ist ja wohl selbstverständlich, deshalb beschränkten sich auch die Sozialisten bei der zweiten (der eingehenden) Berathung nur auf einige Abänderungen der Commissionsvorschläge, welche letzteren sich gerade nicht erheblich weit von der Regierungsvorlage entfernten.

So verlangten sie (Amendement Fritzsche und Genossen), daß die Commissionsvorlage, welche in § 7 bestimmte, daß Jemand, der innerhalb 3 Jahre auch nur eine einmalige Armenunterstützung empfangen habe, nicht zum Beisitzer des Gewerbegerichtes wählbar sei, dahin abzuändern, daß nur derjenige nicht wählbar sei, der während der Dauer von einem Jahre und zwar eine fortlaufende Unterstützung erhalten habe. Ferner beantragten sie zu demselben Paragraphen, daß den Mitgliedern der Gewerbegerichte Reisekosten und Diäten bewilligt werden müssen und daß das Lebensalter, welches erforderlich sein soll, von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt werde.

Parteigenosse Hasenclever vertheidigte diesen Antrag, der in seinem ersten Theile abgelehnt, in seinem letzten Theile, der die Diäten betrifft, hingegen angenommen wurde. Der Abg. Lasker nahm aus der Rede Hasenclever's Veranlassung, ein Amendement vorzuschlagen, nach welchem die Wählbarkeit wieder hergestellt werden solle, wenn der Betreffende die Unterstützung zurückgezahlt habe. Diese immerhin für Corporationen nicht unwichtige Verbesserung erhielt gleichfalls die knappe Majorität im Reichstage.

Der § 8 handelt von der Berufung des Gewerbegerichts und legt dieselbe in die Hände der Magistrats- oder Gemeindeverwaltung, welche die Beisitzer ernennt oder, wenn es ihr beliebt, auch wählen lassen kann. Hierzu hatten die Sozialisten den Antrag gestellt, daß die Beisitzer und zwar die Arbeiter von den Arbeitern, die Arbeitgeber von den Arbeitgebern in gleicher Anzahl gewählt werden müssen. Genosse Fritzsche vertheidigte dieses Amendement, doch fand dieser so einfache, so überaus mäßige Vorschlag nicht einmal die genügende Unterstützung des gegenwärtigen reaktionären Reichstags.

Daß nach Ablehnung dieses Antrags die Sozialisten jedes Interesse verloren, sich noch weiter an den Verhandlungen über die Gewerbegerichte zu betheiligen, ist selbstverständlich. Wenn die Zusammensetzung dieser Gerichte den Behörden auf Gnade und Ungnade überliefert werden soll, so ist der heutige, etwas „wilde" und unregelmäßige Zustand doch viel besser.

Die Sozialisten werden nunmehr in der dritten (entscheidenden) Lesung gegen den Gesetzentwurf im Ganzen stimmen, es dem Herrn Dr. Max Hirsch und den Abgg. Lasker und Gensel überlassend, diesen zwitterhaften Wechselbalg weiter aufzupäppeln. Ein ungerathener Bengel wird er nach einer solchen Geburt und bei solchen Ammen und Wartefrauen ganz sicherlich werden.

Ich habe Ihre Leser nicht langweilen wollen mit den übrigen recht trockenen Verhandlungen, welche über die Gewerbegerichte im Reichstage gepflogen worden sind. Meine nächsten Briefe werden die Berathungen über die gleichfalls äußerst verfehlte Aenderung der Gewerbeordnung etwas ausführlicher besprechen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Der Starke weicht muthig zurück!" — so denkt auch der russische Bär und zieht sich vor dem englischen Haifisch zurück. Eine große Anzahl der russischen Munitionsdepots und Proviantvorräthe ist nämlich vor St. Stefano, wo sich das Hauptquartier befindet, nach Tschataldja, welches auf der Rückzugslinie von Adrianopel liegt, überführt worden. Die neuen, von Seiten der Russen abgeschlossenen Lieferungsverträge bestimmen die Lieferungen nach Adrianopel anstatt nach Stefano. — Die „Kölnische Zeitung" bespricht die gegenwärtige Lage in Europa und ruft triumphirend aus: „Es scheint so, als wenn es Rußland gegenüber wieder ein Europa gäbe!" Dann fügt das Blatt hinzu: „Vorläufig gibt es freilich erst eine Macht, welche im Namen Europas aufzutreten gewagt hat. Europa besteht vorläufig nur aus England, denn bis jetzt hat diese Macht keine einzige Forderung gestellt, von der man behaupten könnte, sie läge nur im englischen Interesse. England besteht ja bis jetzt im Grunde nur auf einer einzigen Forderung, nämlich, daß die Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 nicht willkürlich von einer einzigen Macht abgeändert werden können, sondern nur durch das Einverständniß aller Mächte, die den Pariser Vertrag unterzeichnet haben. Alle Mächte, auch Rußland selbst, haben im Jahre 1871 diesen Grundsatz feierlich bekräftigt, und so ist es schwer verständlich, wie Rußland sich, wenigstens mittelbar, weigern kann, ihn anzuerkennen. Es ist keine leere Redensart, wenn die englische Regierung erklärt, sie vertheidige in dieser Angelegenheit die Unabhängigkeit Europas. Für Jeden, der unbefangen urtheilt, war es schon ein drückendes Gefühl, daß Rußland seit dem Anfange dieser Verwicklungen die Verträge und das Völkerrecht, welches die gebildeten Nationen Europas im Laufe von Jahrhunderten mühsam geschaffen haben, ungestraft mit Füßen treten durfte. Wenn die öffentliche Meinung ihren Unwillen nicht einmüthig kund gab, so lag das daran, daß Viele die heuchlerischen Vorwände, womit Rußland jeden seiner Eroberungskriege zu eröffnen pflegt, mehr

forderte die Gegner, die während der Ausführungen des Redners stets „falsch", „erlogen" oder „das ist nicht wahr" gerufen, auf, diesen zu widerlegen und nachzuweisen, daß und inwiefern er die Unwahrheit gesprochen habe. Dieser Aufforderung kam aber Niemand nach; die „Herren" hatten zwar den traurigen Muth, die Versammlung in der rohesten und gemeinsten Weise zu stören, sie hatten den traurigen Muth, getreu nach dem Beispiele ihrer „liberalen" „Volksvertreter" im Reichstage, den Redner in der pöbelhaftesten Weise niederzubrüllen, aber sie waren zu feige oder zu dumm, um sich in eine Diskussion einzulassen. Besonders impertinent benahm sich ein, dem Redner vis-à-vis sitzender, bebrillter „Herr", welcher — vielleicht gegen bessere Ueberzeugung — wacker mit skandalisirte.

Diese Sorte Menschen war aber nicht nur feig und roh, sie war auch niederträchtig, war infam. Die Taktik, welche bei der letzten Versammlung befolgt wurde, kam auch diesmal in Anwendung. Ein Mensch, welcher das edle Geschäft des Hunde-Einfangens betreibt, also ein Abdecker, pflanzte sich in unmittelbarer Nähe des Bureautisches auf und verlangte, so oft der Redner durch das Pferdegewieher veranlaßt wurde, eine Pause zu machen, das Wort und war redlich bemüht, durch Bajazzosprünge, die er zum Besten gab, die Versammlung zu stören und den Redner aus seiner Ruhe zu bringen. Als er dann nachträglich zum Worte kam, stotterte er unter dem Gegröhle der „Gebildeten" hervor, daß ihn die Arbeiter für 7 oder 8 Seidel Bier gedungen hätten, er solle den Mann, der die letzte Versammlung störte, der aber bei dieser Versammlung wohlweislich nicht anwesend war, „hinausschmeißen". Diese blöde, jedem Denkenden auffallende Lüge wurde von dem gebildeten Pöbel mit stürmischem Händeklatschen beantwortet.

Daß die Gegner so niederträchtig, so bodenlos gemein waren und dieses Subjekt, welches stark benebelt war, zu diesem Kunststück dressirten, wird jedem Unparteiischen, der die Haltung der „ungebildeten" Arbeiter und die der „hochgebildeten Herren" beobachtete, einleuchten. Aber noch eines Herrn mag gedacht werden. Ein Menschenverschacherer vulgo Dienstbotenvermittler, welcher sich nebenher mit verschiedenen Agenturen abgiebt, trat auch während des Vortrags an den Redner heran und äußerte: „Hören Sie auf mit Ihrer Rede, Sie langweilen uns." Daß sich solche Leute „langweilen", wenn von der Ausbeutung des Volkes die Rede ist, liegt auf der Hand.

Obschon laut § 4 des preußischen Vereins- und Versammlungsgesetzes das Recht hat, einen oder zwei Polizeibeamte zu entsenden, war doch zu dieser Versammlung die ganze Polizeimacht aufgeboten worden; es waren sechs oder sieben Polizisten, die Gendarmerie nicht mitgerechnet, anwesend. Wirklich staunenswerth war die wahrhaft olympische Ruhe, welche der Polizeikommissär während des hottentottenhaften Skandals bewahrte. Der Wächter des Gesetzes, der darauf achten sollte, daß die Versammlungen ruhig und anständig verlaufen, zuckte keine Wimper. Hätte nicht ein feines Lächeln dann und wann seine Lippen gekräuselt, man hätte ihn für eine aus Erz gehauene Statue halten können. Als der Vorsitzende ihn aufforderte, den rumorenden Hundefänger zur Ruhe zu verweisen, öffnete er den Mund und sprach: „Schaffen Sie sich selbst Ruhe, ich bin nicht dazu da, um Ihnen Ruhe zu schaffen." Der Herr hat leider Recht; die Polizei ist nicht da, um die Sozialdemokraten zu schützen, sondern um aufzupassen, was diese Racker dem Volke erzählen; sie ist dazu da, um sie einzustecken, falls sie bei dem Eiertanze zwischen den Gesetzesparagraphen auf eines dieser heiklen Dinger treten.

Derselbe Herr Commissär äußerte auch dem Vorsitzenden gegenüber: „Warum kommen Sie denn her, wir haben Sie ja nicht eingeladen!" Der Herr Commissär hat mit dem „wir" nicht die Behörde meinen können, denn die soll über den Parteien stehen, er wird auch nicht die Arbeiter gemeint haben, denn diesen gegenüber kann er, wie weiter unten nachgewiesen werden soll, seine Autorität geltend machen; bleibt also noch die lärmende, johlende und gröhlende Bourgeoisie; ob diese der Herr mit dem „wir" gemeint hat? Es wäre dies sehr bedenklich und es ließen sich verschiedene Schlüsse ziehen. Der Wahrheit gemäß müssen wir constatiren, daß sich die anwesenden Lehrer ruhig und anständig betragen und sich an den Rohheiten nicht betheiligt haben. Auch Kleingewerbetreibende sprachen, sowohl gleich nach der Versammlung als auch später, ihre Entrüstung über das bübische Treiben der „Spitzen der Gesellschaft" aus. Die Skandalmacher waren „Honoratioren", Berg- und sonstige Beamte, die ersten Bedienten des Geldsacks, welche, da sie ihre Arbeitskraft ebenfalls an irgend einen Prozentmenschen verkaufen müssen, wahrhaftig keinen Grund haben, gegen die Bestrebungen der Sozialdemokraten zu poltern — und mehr oder minder ausgewachsene Buben, natürlich Buben der Besitzenden. Das „Eislebener Tageblatt", welches über den Verlauf der Versammlung in ziemlich objektiver Weise berichtet, schreibt: „Wir bekennen reumüthig, daß wir neulich zu viel versprachen, als wir den Herren für künftige Besuche eine streng parlamentarische Haltung des Auditoriums in Aussicht stellten. — — Nur noch selten kam der Redner zum Wort, und dann nur Wenigen verständlich. Unter fortwährendem Läuten der Präsidentenglocke und vergeblichem Bemühen des Vorsitzenden, dem Agitator Gehör zu verschaffen, herrschte eine halbe Stunde lang ein wahrer Höllenlärm." — Das „Eisl. Tageblatt" hat seine Pappenheimer nicht recht gekannt, als es die erwähnte Zusage machte. Botokuden, Australneger oder Zulukaffern hätten sich nicht so gemein, nicht so roh benehmen können, wie die gebildeten Bourgeois von Eisleben. Die Arbeiter mußten sich mehr oder weniger passiv verhalten, denn es waren ja sämmtliche Arbeitgeber und sämmtliche Bergbeamten vertreten und der Arbeiter, welcher sich unterstanden hätte, offen gegen das flegelhafte Vorgehen dieser gebildet sein wollenden Horde aufzutreten, wäre aus der Arbeit entlassen worden. Unsere Arbeiter begreifen aber, daß die „Herren" den Skandal auf Verabredung inscenirten, daß sie nicht wollten, daß die Arbeiter den Vortrag hören und sich über ihre Klassenlage klar werden sollten. Der Arbeiter soll sich seiner abhängigen Stellung nicht bewußt werden, er soll nicht dazu verleitet werden, sich mit seinen Unglücksgenossen zu vereinigen, um eine Verbesserung seiner traurigen Lage anzubahnen. Da nun die Arbeitgeber, sowie die sonst so wichtigthuenden und aufgeblasenen Beamten zu dumm und zu feige, überhaupt nicht im Stande waren, das vom Redner Gesagte zu widerlegen, verlegten sie sich auf das rohe Auskunftsmittel des Schreiens und Lärmens. Merkt Euch das Vorgehen Euerer „Arbeitgeber" Ihr Arbeiter Eislebens! Trotzdem aber wird sich die Behauptung des Referenten, daß in Eisleben trotzdem und alledem die Sozialdemokratie Boden fassen wird, bewahrheiten. Wir geben den Gegnern ihr uns bei dieser Gelegenheit entgegengebrülltes „Abwarten!" hiermit zurück. — Nach geschlossener Versammlung begaben sich mehrere Arbeiter, welche den Referenten, um ihn gegen etwaige Mißhandlungen — die nicht außer dem Bereich der Möglichkeit lagen — von Seite der „Gebildeten" zu schützen, in die Gaststube, woselbst sie ein Glas Bier trinken wollten. Der Herr Polizeicommissär, der während der Skandale eine eiserne Ruhe bewahrte, erschien in Begleitung seines ganzen Polizeiapparates und verbot, indem er seine Autorität herausstreckte, alle „weiteren Verhandlungen". Um der lieben Polizei keine Mühe zu machen und derselben keinen Grund „zum Einschreiten" zu geben, entfernten sich die Genossen, etwa 25 an der Zahl, und gingen in einen Gasthausgarten. Unterwegs machten sie die sehr erfreuliche Bemerkung, daß ihnen ein Polizeimann folge. Dieser kam auch richtig in den Garten, hielt sich einen Augenblick auf und ging, worauf nach Verlauf von etwa einer halben Stunde wieder die Polizeimacht anrückte und sich in nächster Nähe der Genossen niederließ. Diese fühlten sich durch so viel Aufmerksamkeit aber wenig geehrt, verließen in corpore den Garten und begaben sich in ein anderes Gasthaus, von wo sie, kaum daß sie sich niedergelassen hatten, einen Polizeier in Sturmschritt vorbeisegeln sahen. Aber auch da sollten sie nicht ungestört bleiben, denn es dauerte nicht lange, so wurden sie durch die Ankunft eines Polizeimannes hocherfreut. Nun freilich begann es bei so Manchem zu tagen und er begriff, wozu eigentlich die Polizei da ist.

Trotz des gemeinen, aller Beschreibung spottenden Benehmens der Eislebner Baschi-Bozuks werden wir aber nicht erlahmen und werden bemüht sein, die Arbeiter auf ihre Klassenlage aufmerksam zu machen. Durch ihr pöbelhaftes Benehmen haben uns die „Gebildeten" nur genützt; noch zwei solche Versammlungen und die „Herren" sollen sich über die Resultate ihrer unfreiwilligen Agitation wundern. Also nochmals: Abwarten!

Dresden, 30. April. Hier wurde vor Kurzem in den Kasernen eine strenge Suche nach der „Dresdener Volkszeitung" gehalten, weil dieselbe die Soldaten aufgefordert hatte, ihr Mittheilungen über schlechte Behandlung, der sie ausgesetzt sind, zu machen. Das Resultat der Durchsuchung war, daß die Soldaten durch dieselbe erst recht auf das Blatt aufmerksam gemacht wurden und die nächste Gelegenheit benutzten, in eine Restauration zu gehen, um das Blatt zu lesen. Die „Dresdener Volkszeitung" stattet für dieses Vorgehen den Militärbehörden den besten Dank ab. — Uebrigens habe ich auch in Erfahrung gebracht, daß während der Osterfeiertage den auf Urlaub gehenden Soldaten von ihren Vorgesetzten eingeschärft worden sei, keine sozialdemokratischen Versammlungen zu besuchen und überhaupt jeden Verkehr mit Sozialdemokraten zu meiden. Diesen Befehl auszuführen, wird den Soldaten, unter denen sich selber genug Sozialdemokraten befinden, äußerst schwer geworden sein, denn bekanntlich sind diejenigen sächsischen Volkskreise, auf deren Umgang die Soldaten angewiesen sind, stark von dem sozialistischen „Gifte" inficirt.

Darmstadt, 5. Mai. Unser „Tageblatt", alleiniges Organ für amtliche Bekanntmachungen des Kreises und der Stadt Darmstadt, hat sich außer seiner gewöhnlichen Thätigkeit auch der Sozialistenfresserei gewidmet. Dieses „hochangesehene" Blatt brachte in letzterer Zeit mit der Ueberschrift: „Soziale Reformen und der Sozialismus" mehrere ellenlange Artikel, aus denen ich nur eine der albernsten Stellen citiren will. Es heißt da nämlich: „Die heutigen staatlichen Einrichtungen wie z. B. Staatsbahnen, Telegraph und Postwesen u. s. w. sind die bestorganisirtesten sozialistischen Associationen, die der tüchtigste Sozialist nicht besser einzurichten wüßte . . . und somit habe der Sozialismus in einigen Jahren nicht mehr nothwendig zu kämpfen." Dieser Satz beweist schon hinreichend, daß der Verfasser derselben nicht einmal das sozialistische ABC kennt und thäte er klüger, wenn er erst zu einem tüchtigen Sozialist in die Schule ginge; daß wir Einrichtungen, wie die obengenannten anstreben, ist richtig, d. h. mit Wegfall des reaktionären und ungerechten Charkters, der ihnen anhaftet. So z. B. dürften aus einem Institut, wie die Post eines ist, in einem Jahre nicht 10 Millionen Mark herausgezogen werden, und der Arbeitslohn dürfte auch nicht so ungleich vertheilt sein, daß auf den Generalpostdirektor 30,000 Mark kommen und auf die geringsten Beamten kaum 600 Mark jährlich — also ein vollständiger Hungerlohn. Hätten wir nur die Mittel, unser langerwünschtes Parteiorgan hier ins Leben zu rufen, wir wollten jenen Phrasenmeister des „Tageblattes" bald eines Anderen belehrt haben. Doch das „Tageblatt" möge nur so fortfahren, für uns zu agitiren, es bekommen dann wenigstens diejenigen Arbeiter, die das Wort Sozialismus noch nicht gehört haben, einen Wink und sie werden dann die sozialistischen Kämpfer nicht in der Redaktion des „Tageblatts", sondern in der sozialistischen Arbeiterpartei suchen.

Königswalde bei Annaberg. Am 2. Osterfeiertage wurde hier der weit und breit als ein Mann von echtem Schrot und Korn bekannte Auszügler Bergelt beerdigt. Bergelt stand seit 1848 stets auf Seiten der Demokratie und verfocht deren Sache nach Kräften. Trotz des ausdrücklichen Wunsches des Verstorbenen und gegen den Willen der Hinterbliebenen hatte sich zu dem Begräbniß der Geistliche eingefunden und vollzog das übliche kirchliche Ceremoniell. Ob gegen dieses Vorgehen des Herrn „Seelsorgers" Beschwerde bei dessen vorgesetzter Behörde erhoben worden ist, kann ich nicht sagen; am Platze wäre sie aber jedenfalls.

Salzwedel i. Altmark. Vor einiger Zeit hat der Wind auch hier ein Samenkorn der Sozialdemokratie hergeweht, und ist derselbe im Mai, wo Alles keimt und wächst, aufgegangen. Leider ist der Boden hier hart und schwer, und nicht so leicht zu bearbeiten, doch hat sich schon ein kleines Häuflein zusammengefunden, welches sich die Aufgabe stellen will, den Boden zu bearbeiten. Es sind bereits 10 Mann, und scheint es, als würden in nächster Zeit sich noch mehr anschließen. Sympathien scheinen wir auch unter dem kleinen Handwerkerstand zu haben, und wird das die nächste Reichstagswahl bekunden, wo wir vereint mit den Gardelegern Genossen einen Candidaten unserer Partei aufstellen werden. Dies vorläufig zur Nachricht, ein anderes Mal mehr. O. Sch . . . . . g.

Allgemeiner deutscher Töpferverein und Genossen!

Kollegen! Nach Beschluß des Vorstandes findet die diesjährige **Generalversammlung** den **16., 17. und 18. Juni** in **Hamburg** statt, um gemeinsam über Mittel und Wege zu berathen, welche zur Besserung und Förderung unserer Lage, sowie zum weiteren Ausbau unserer Vereinigung beitrage. Als Hauptpunkt ist wohl die zu gründende Central-Krankenkasse anzusehen. Betrachten wir die in unserem Gewerbe bestehenden Krankenkassen, so muß man gewiß zugeben, daß Vieles zu wünschen übrig bleibt. Es kommt häufig vor, daß man Jahre hindurch zu einer Kasse gesteuert hat und dennoch auf alle Rechte verzichten muß, wenn man durch die Verhältnisse gezwungen wird, den Ort zu verlassen. Ganz anders aber steht es mit der zu gründenden Central-Krankenkasse; wer dieser Kasse angehört und seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommt, hat immer Anspruch an die Kasse, mag er nun arbeiten und wohnen wo er will. Dies ist gewiß ein bedeutender Vortheil, insbesondere für reisende Kollegen, welche in andern Kassen oft nach langer Zahlung von Beiträgen dennoch ohne jede Unterstützung in Krankheitsfällen blieben. Weiter wäre auch unser Reiseunterstützungswesen noch anzuführen.

Aus den oben angeführten Punkten kann man wohl ersehen, wie der Verein bemüht ist nach allen Richtungen die Interessen der Kollegen zu wahren und zu fördern.

Daß alle Uebelstände unseres Gewerks sofort beseitigt werden könnten, wird wohl Niemand erwarten, nur durch stetes Streben können wir Schritt für Schritt etwas erreichen. Darum rufen wir Euch, die Ihr dem Verein noch fern steht zu, tretet demselben bei, helfet uns mitwirken in unseren Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, unsere Existenz und unser Gewerbe zu heben. Jede weitere Auskunft ist Unterzeichneter gern bereit zu ertheilen.

Mit kollegialischem Gruß

Hamburg. A. Barbi,
St. Pauli, Marktstr. Nr. 5, Haus 2, p. l.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Briefkasten

Herrn Joseph Urban (Schmied) in Köln a. Rh. ersucht um seine Adresse H. Engelmann (Schlosser), Wannegasse 8, Mülhausen i. E.

Quittung. Brunnr Göppingen Ab. 25,00. Hbr Elsbagen Ab. 2,40. Bsch hier Ab. 80,00. Hrmnghs St. Louis Ab. 84,21. Mcroc Neusatz Schr. 3,80. Franz Troppau Schr. 5,00. Mlr Reichenbach Ab. 30,00. Hlzngr Wien Ab. 7,94. Rthml Berka Schr. 0,46. Bsch hier Schr. 0,75. Kng Koblenz Schr. 1,45 Wrnr Mühlheim Schr. 6,00. Smnn Pyrmont Schr. 2,70. Sbrt Schmiedeberg Schr. 30,00.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Rschnbch Penig 2,00; v. Engim Mülhausen 1,00.

Grafenberg. **Sonntag**, den **12. Mai**, Nachmittags 4 Uhr, in der „Centralhalle" am Wehrhahn (Rollschuhbahn): [2,70

Frühlingsfest

bestehend in **Concert, Festrede**, gehalten von Herrn **Karl Schneidt** aus **Barmen** und **Ball**, arrangirt vom Arbeiter-Wahl-Verein zu Grafenberg. Karten für Herren à 50 Pfg., Damen frei.

Gesinnungsgenossen ladet ergebenst ein **Das Comité.**

Hannover. **Montag**, den **13. Mai**, Abends 8 Uhr, im großen Saale des „Ballhofs":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft und die Auffassung der Sozialdemokraten über die Ehe.

NB. Besonders sind die Frauen zu dieser Versammlung eingeladen. 80] J. A.: **H. Rudolph.**

Hamburg. **Allgemeiner deutscher Töpferverein.** **Dienstag**, den **14. Mai**, Abends 8½ Uhr, bei Hrn. **Hübner**, gr. Rosenstraße 37: [70

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Anträge zur Generalversammlung.

G. Klaws.

Lübeck. **Montag**, den **13. Mai**, Abends 8 Uhr, in **Belle-Alliance**, Mühlenbrücke:

Versammlung

sämmtlicher Abonnenten des „Vorwärts".

Tagesordnung: Wichtige Angelegenheiten. (F. 210) [80

Der Sache wegen bitte Alle zu erscheinen.

F. Steffen, kleine Petersgrube 402.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbett'schen Büste „Liberté".

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Eisenbeinton 2,50 Mark.

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.

Die Expedition des „Vorwärts".

Im Verlag von **Emil Sauerteig** in **Gotha** ist erschienen:

Ein armer Wandersmann.

Lied für eine Baritonstimme mit Pianobegleitung.

Comp. von **G. Scholz.** Op. 16.

Preis 50 Pfg. (4e)

Gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken erfolgt Zusendung franco. [90

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von **W. Liebknecht.** 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von **W. Liebknecht.** Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von **Dr. Bruno Bauer.** Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg.

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von **Dr. C. Bernstein.** Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von **Bruno Geiser.** Preis 25 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von **Bruno Geiser.** 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. (w) [5,10

Wieder vollständig, zum Theil in dritter Auflage zu haben (auch in den Expeditionen dieses Blattes, der „Berliner Freien Presse" und des „Hamburg-Altonaer Volksblattes"):

Sozialdemokrat. Abhandlungen.

Von

M. Rittinghausen.

I.—V. Heft. Preis Mark 1,80.

Die fünf Hefte bilden zusammen ein Buch über die **direkte Gesetzgebung durch das Volk**, die erste in deutscher Sprache erschienene Schrift über diesen hochwichtigen Gegenstand.

Gegen Franco-Einsendung von M. 1,90 an den Verfasser erhält der Besteller die Hefte portofrei unter Kreuzband. (8o) [8,80

Adresse: **Rittinghausen** in **Köln**, Gereonstraße 36.

Prachtvoll und **solid** gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück **M. 1,20**, in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt"**, Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Känzel** in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

In dem Artikel heißt es:

„Die Männer aber, welche als berufene Vertreter der **Monarchie** gelten sollen, verfolgen eine uns ebenso unbegreifliche Praxis. Beweis, die vielen Majestätsbeleidigungsprozesse! Die kennt man in England nicht, und die dortigen Republikaner huldigen der Republik nur aus politischen Gründen nicht aus persönlicher Abneigung gegen die **Monarchie**."

Das Erkenntniß führt aus:

„Wenn von England mit einem bestimmten Nachdruck behauptet wird, die dortigen Republikaner huldigen der Republik nicht aus persönlicher Abneigung gegen den **Monarchen**, sondern nur aus politischen prinzipiellen Gründen, so soll unzweifelhaft durch diese Antithese angedeutet werden, daß die hiesigen Anhänger der Republik aus persönlicher Abneigung gegen den **Monarchen** der republikanischen Staatsform huldigen. Wenn auch die persönliche Abneigung an und für sich nichts Beleidigendes enthält, so ist doch hier nach dem ganzen Zusammenhang und der elastisch raffinirten und daher wirkungsvollen Gegenüberstellung ein Zurschaustellen der persönlichen Abneigung gegen den **Monarchen** bezweckt und damit eine Beleidigung der Person des **Monarchen** verübt."

Diese Auszüge begleitet die „Berliner Freie Presse" mit folgenden Worten:

„Wir haben dem nichts hinzuzufügen, als nur zu wiederholen, daß das Wort Monarch im ganzen Artikel auch nicht ein einziges Mal vorkommt."

Und das nennt sich „geistiger Kampf" gegen die Sozialdemokratie?

Aber nicht genug damit, erhielt der Verleger der „Berliner Freien Presse" obendrein noch eine Vorladung, die denselben anläßlich der in der „Berliner Freien Presse" in Sachen der Dentleraffaire erschienenen Artikel zur Untersuchung citirt. „Es gibt also", meint unser Berliner Parteiorgan, „wahrscheinlich neue Prozesse, und sind wir darnach auf dem besten Wege, dem „gekränkten öffentlichen Rechtsbewußtsein" Sühne zu verschaffen. Was man von unserem Verleger will, ist uns unerfindlich; soll dies etwa die Einleitung zu einer erneuten Auflage des Zeugnißzwanges sein?" Die Antwort auf diese Frage wird nicht lange auf sich warten lassen, haben doch in Preußen die reaktionären Heißsporne auch in der Justiz gegenwärtig das Heft in den Händen. Einen Erfolg, aber keinen den Herr Tessendorf u. Comp. erwünschten, — haben die Verfolgungen, mit denen die Sozialdemokratie in Berlin und speziell unser dortiges Parteiorgan beehrt worden, doch schon aufzuweisen — die „Berliner Freie Presse" hat in den letzten zwei Monaten 4000 Abonnenten gewonnen. Im Ganzen sind seit dem etwas über zweijährigen Bestehen unseres Berliner Parteiorgans 115 Prozesse gegen dasselbe anhängig gemacht worden, wovon 20 Prozent mit Freisprechung endigten, während die Andern 80 Prozent den Redakteuren 77½ Monate Plötzensee eintrugen.

Der frühere verantwortliche Redakteur der „Dresdner Volks-Zeitung", Genosse Zaumsegel, ist dieser Tage wegen mehrerer „Preßvergehen" zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

General Trepow.

Ueber diesen vielberüchtigten Petersburger Polizeimeister, mit welchem der Herr Staatsanwalt Tessendorff sich identifiziren läßt, bringt die „Kölnische Zeitung" eine höchst interessante Correspondenz, der wir, um die colossale Betrügerei und die Unmoralität der höheren Kreise nochmals zu kennzeichnen, Nachstehendes entnehmen:

„Sie wissen bereits durch die Zeitungen, daß der Stadthauptmann und Generallieutenant Trepow am kaiserlichen Geburtstag gleich vielen Andern eine Gnadenbezeigung erhalten hat, indem er General der Cavallerie geworden ist. Man wird vielleicht in Europa den Kopf darüber schütteln, nachdem man erfahren hat, daß der Stadthauptmann in Ungnade bei seinem Herrn gefallen war und in gleicher Ungnade beim gesammten Publikum stand. Ich kann Ihnen nun einige interessante Einzelheiten zu der Sache Trepow-Sassulitsch mittheilen. Mehrfach habe ich Ihnen berichtet, daß General Trepow hier im Ganzen für einen „mäßig anständigen" Mann gehalten, d. h. zu den mäßig reinen Händen und den thätigen Beamten gerechnet wurde. Er galt für nicht reich, da er von Haus aus als Findling nichts mit in die Welt gebracht hatte. Als nun der verhängnißvolle Schuß g fallen und er aufs Krankenlager geworfen war, empfing er wiederholte Besuche des Großfürsten, auch des Kaisers. Trepow's Zustand ließ annehmen, daß er einer längern Heilung in europäischen Bädern bedürfen werde. Eines Tages ist die gewöhnliche Kartenpartie im Winterpalast versammelt und das Gespräch kommt auf die Krankheit Trepow's. Der Zar äußert sein Bedauern und den Wunsch, dem erprobten Polizeimann eine Unterstützung zukommen zu lassen, damit er, da er doch selbst wenig Mittel habe, ins Ausland gehen könne an eine Heilquelle. Einer der ständigen Whistfreunde, der alte Fürst Suworow, erklärt darauf, da der Kaiser fragt, wie viel er für Trepow's Reise wohl bestimmen solle, er käme eben von dem armen Kranken. Derselbe habe sein Testament für alle Fälle gemacht und ihn, Suworow, zur Unterschrift desselben erbeten. Aus diesem Testament habe er ersehen, daß Trepow über 3 Mill. Rubel darin verfügt habe, weshalb eine Unterstützung wohl kaum erforderlich wäre. Der Kaiser fährt hierauf bei dieser Mittheilung in höchster Erregung auf: „Also auch der ein Schurke!" Der „selbstlose", langjährige Beschützer der Person des Zaren und ausgezeichnete Organisator der Petersburger Polizei plötzlich angesichts des Todes entlarvt als ein „Wsätotschnik" (Erkäuflicher), das war ein harter Schlag. Bestechlich wie die Andern und in höherm Maße als die Meisten darin von Erfolg begleitet, dieser kaiserliche Vertraute! das mochte den Monarchen empören. Die Kartenpartie war gestört und — Trepow in Ungnade. Naturgemäß folgte die Ungnade ganz Petersburgs dieser Geschichte auf dem Fuß. Trepow war plötzlich so macht- und wehrlos wie ein neugeborenes Kind, es war ganz aus mit ihm. Nun kam der Prozeß. Graf Pahlen hatte persönlich beim Kaiser sich dafür verwandt, daß dieser politische Prozeß ausnahmsweise nicht von einem Ausnahmegericht, von der Delegation des Senats für politische Verbrechen, abgeurtheilt werde, sondern vor die Geschworenen komme. Er, der Justizminister, hatte sich gewissermaßen dafür verbürgt, daß die Geschworenen ihre Schuldigkeit thun, sich nicht von politischen Sympathien würden leiten lassen, und der Kaiser hatte darauf hin der Bitte Pahlen's nachgegeben. Nun aber war inzwischen der große Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten; Trepow war für alle Welt nur noch ein Schurke, und sehr verständlicher Weise erblaßte dem entsprechend das Roth an den Händen der Angeklagten, stieg Wera Sassulitsch in der Meinung auch solcher Leute, welche nicht mit ihr politisch sympathisirten. So kam es, daß am Tage der Verhandlung, den 12. April, das elegante Publikum Petersburgs in einer Stimmung auf der Tribüne erschien, welche vor Allem zur Grundlage hatte die Ungnade des Kaisers gegen Trepow, während die Schuld der Angeklagten in den Hintergrund trat. Gerade in diesem eleganten Publikum der Hofgesellschaft hatte sich natürlich die Geschichte von der Kartenpartie zuerst verbreitet, hier war de Umschlag der Meinung zuerst aufgetreten. Man würde aber irren, wenn man annehmen wollte, daß dieses Publikum mit seiner Parteinahme gegen Trepow in vollem Bewußtsein und durchgängig eine Freisprechung der Angeklagten herbeizuführen beabsichtigte. Dieses Ziel verfolgte der andere Theil des Publikums, dessen Meinung in der Residenzpresse recht deutlich sich kundthat und über welche ich Ihnen bereits berichtete. Diese russischen Liberalen aller Schattirungen benutzen geschickt die Wendung in dem öffentlichen Urtheil über Trepow, um eine politische Stimmung unmittelbar zu Gunsten der Sassulitsch und ihrer That herauszuschlagen. Die Geschworenen konnten sich all diesen Kundgebungen und Stürmen nicht entziehen und fällten das bekannte Urtheil. Kaum war es geschehen, so eilte Graf Pahlen in höchster Verwirrung zum Kaiser und brachte ihm — man sagt mit sehr verstörter, blasser Miene — die Unglücksbotschaft von dem freisprechenden Erkenntniß. Der Kaiser begriff sofort die üble Wendung, welche die Sache in Folge seines Zornes gegen Trepow genommen und befahl dem Justizminister, die Freigesprochene sofort verhaften zu lassen. Kaum aber war der Justizminister zur Thür hinaus, so trat der stellvertretende Oberpolizeimeister General Koslow ein und meldete, daß Wera Sassulitsch verschwunden sei. Die sofort angeordneten Nachforschungen blieben erfolglos, man sagt, Wera Sassulitsch sei in Sicherheit gebracht, nach Paris entkommen. Die weitere Folge war aber nun die, daß der Kaiser gegen die Freisprechung demonstrirte durch Gnadenbeweise gegen Trepow. Absetzung, Verbannung nach Odessa und dergleichen, wovon vordem die Rede ging, wurde vergessen, und wann der Kaiser die Erfahrung, die er gemacht an seinem früheren Vertrauten, auch nicht vergessen hat, so bemüht er sich doch, dem Publikum klar zu machen, daß die zarische Ungnade gegen einen Würdenträger diesem Publikum nicht das Recht gebe, mit dem Revolver gegen zarische Würdenträger zu verfahren. Trepow ist General geworden. Indessen bleibt es unwahrscheinlich, daß ihm mehr als diese äußerste Rehabilitirung werde zu Theil werden. In die alte Gunst bei seinem Herrn wird er schwerlich wieder zurückkehren. Wo die drei Millionen herstammen, die er besitzt, ist natürlich schwer festzustellen. Man meint, der Grund seines Vermögens sei gelegt worden, als er nach dem polnischen Aufstande in Warschau ein paar Millionen Staatsgelder zur Verwaltung bekam, die er einem bekannten Warschauer Banquier in die Hände spielte und die damals zwischen den beiden Reibsteinen sich verflüchtigt haben sollen. Das Weitere hat er dann wohl in seiner langjährigen polizeilichen Thätigkeit in Petersburg zu „erwerben" verstanden, wobei er klug und vorsichtig genug war, seine Schätze mehr, als man es sonst an seines Gleichen hier gewohnt ist, zu verbergen, so daß er lange seinen verhältnißmäßig guten Ruf erhalten konnte. Nun ist auch dieser große Dieb entlarvt, aber er hat zu viele Genossen um gehängt zu werden."

So der Bericht der „Kölnischen Zeitung". — Der große Dieb wird nicht gehängt, er wird begnadigt, er wird sogar befördert! Der „gerechte" Zar, das „milde" Väterchen beschützt somit den Betrug, belohnt die Unterschlagung, macht sich somit zum Mitschuldigen eines Betrügers. Und dieser kaiserliche Mitverbrecher ist unser „Erbfreund"!

Correspondenzen.

Eisleben. Sonntag den 5. d. M. sollte hier eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner" abgehalten werden. Da Genosse Zwiebler aus Halle nicht kommen konnte, kam an dessen Statt Genosse W. aus Leipzig. Die Versammlung war gut besucht, denn sowohl der geräumige Saal als auch die Gallerien waren gedrängt voll. Gegen drei Uhr kamen die Bourgeois, Beamten, Lehrer u. s. w. angerückt und faßten größtentheils in der Nähe des Bureautisches Posto. Wir waren zwar auf Opposition gefaßt, weil bereits Sonnabend Abends das Gerücht verbreitet wurde, man sei gesonnen, die Sozialdemokraten gründlich zu widerlegen; doch waren wir der Meinung, daß diese Opposition eine parlamentarische sein werde, daß man mit Gründen die „unhaltbaren Lehren" der Sozialdemokraten widerlegen werde. Wir hatten uns getäuscht. Der Redner forderte, ehe er auf die Tagesordnung einging, die Anwesenden auf, sich ruhig zu verhalten, den Vortrag anzuhören und dann in parlamentarischer Weise zu widerlegen, wenn man etwas für nicht wahr oder für übertrieben halte. Die Antwort auf diese Aufforderung war ein wieherndes Gelächter, welches die „Gebildeten" ausstießen. Auf die Tagesordnung übergehend, erwähnte der Redner, daß, wenn über die Sozialdemokratie und deren Gegner gesprochen werden solle, es nothwendig sei, zu erörtern, welche Ursachen die sozialdemokratische Bewegung hervorgerufen haben und was die Sozialdemokraten, denen man alles Mögliche in die Schuhe schiebt, eigentlich wollen. Als Redner auf unsere wirthschaftlichen Zustände zu sprechen kam und ausführte, daß die kapitalistische Produktionsweise, welche die Ausbeutung einer großen Mehrzahl des Volkes durch eine winzige Minderzahl ermöglicht, schuld sei an dem Elend und der Noth, die im Volke herrscht, erhoben die „Gebildeten" ein fürchterliches Geschrei. Die Rufe „Raus!" und „Haut ihn!" wurden laut, und einige der Herren machten Miene, diesen Rufen auch die That folgen zu lassen. Der Redner wurde einige Male durch einen wahren Höllenlärm unterbrochen und mußte, um sich verständlich zu machen, seine Lunge gehörig anstrengen.

Wahrhaft betäubend war der Lärm, als Redner ausführte, daß das Kapital, um mehr Profit aus der Arbeitskraft des Volkes zu schlagen, die Frauen und Kinder zur Fabrikarbeit herangezogen habe. Die gebildet sein wollenden Leute tobten in einer Weise, daß der Redner nicht mehr zum Worte kommen konnte. Mit Mühe verschaffte sich der Vorsitzende Gehör und

---

Hoch über Menschenwitz
Im deutschen Land!

Schamlos und ungestraft
Gleißet die Leidenschaft
Wie Höhenrauch.
Ungewiß schwankt Dein Recht,
Selbst Dein getreuer Knecht
Mangelt der Zuversicht
Und Seelenruh.

Hochmuth und Sicherheit
Schmähn Deinen heil'gen Eid,
Der Wahrheit Schutz.
Dein Nam' ist unser Hort,
Donn're ihn fort und fort,
Poch' an des Herzens Pfort'
Und brich den Trotz. —

Unter des Mammons Wucht
Und der Vergnügungssucht
Stickendem Dunst
Athmet die Seele schwer.[1])
Schirm' Deinen Tag, o Herr,
Träufle Dein Lob und Ehr'
Wie Thau ins Herz.

Schwärmend Parteigezücht[2])
Trübet das Himmelslicht
Der Majestät.
Zücke Dein Flammenschwert,
Daß Dein Volk ungestört
Dich und den König ehrt[3])
In einem Gruß.

Wohlfeil ist Menschenblut,
Hundstolle Mörderwuth[4])
Schändet Dein Bild.
Ende o Gott die Qual,
Send' einen Zornesstrahl,
Schmiede von ächtem Stahl
Ein Richterschwert!

Kein frischer Geisteshauch
Theilet den wilden Rauch
Der Sinnlichkeit.
Dein heil'ger Geist allein
Fege die Schwelle rein,
Weihe die Pforte ein
Zu Eh' und Herd.

Hoch fliegt ein feiner Staub,
Schwindel verhüllt den Raub,
Die Treu erstickt.
Oeffne o Herr den Mund,
Thu' deine Rechte kund,
Schüttle den Herzensgrund
Rein'ge die Luft!

Geifernbes Schlangengift
Lästert in Wort und Schrift
Die Christenheit.
Lösche o Gott die Gluth
Blinder Parteienwuth,
Wecke den Zeugenmuth
Mit Donnerstimm'!

Dürr ist das Land und springt
Und aus den Spalten dringt
Der glüh'nde Neid.
Pechschwarzer Höllendampf
Kündet den letzten Kampf —
Ums Eigenthum.[5])

Herr Gott, nimm an die Schlacht,[6])
Zeige die Uebermacht
Der Himmelskraft.
Schenk' uns den Geist der Zucht
Dann fülle ungesucht
Liebe voll edler Frucht
Des Neides Platz!

Illgner.[7])

---

1) Welche Seele? Die Seele des christlich-sozialen „Dichters" selbst, oder die Seelen der christlich-sozialen Agitatoren?

2) Sehr gut! Es sind doch mit dem „schwärmend Parteigezücht" selbstverständlich nur die Herren Grüneberg, Küster, Zielowsky und Genossen zu verstehen.

3) Dem christlich-sozialen „Dichter" rufen wir das 1. Gebot zu: „Du sollst keine andern Götter haben neben mir!"

4) Beziehen sich diese Worte vielleicht auf den Krieg im Orient, in welchem der „milde" Czar, der von Königen, Fürsten und Christlich-Sozialen so sehr geliebte, im Namen des christlichen Gottes und des Christenthums „hundstolle Mörderwuth" gezeigt hat?

5 u. 6) Ums Eigenthum? Als ob dieser Kampf nicht immer tose? Als ob gerade der jetzige von den Christlich-Sozialen so beklagte Zustand nicht lediglich auf dem mörderischen Kampfe ums Eigenthum beruhte? Der „letzte Kampf ums Eigenthum", das ist die sozialistische Umwälzung des Privatkapitals in Gemeinkapital, soll dem immerwährenden Kampf ein Ende machen und da fordert der christlich-soziale Dichter den „Herr Gott" auf, in den Kampf der Parteien und, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht, zu Gunsten des Privateigenthums, also zu Gunsten des dauernden Raub- und Mordsystems einzutreten?! Da muß man ja ausrufen: „Schwärmend Parteigezücht" — „Geifernbes Schlangengift"!

7) Zuletzt drängt sich uns die Frage auf: „Was sagt Professor Adolf Wagner zu solchen Leistungen seiner christlich-sozialen Freunde?"

— **Die Angst vor den Sozialdemokraten** wird nachgerade komisch. Beweis folgender Fall. Laut Annonce in Nr. 99 der „Berliner Freien Presse" sollte bei dem, von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Schneider-Vereins arrangirten, in den Reichshallen stattfindenden Vergnügen das Musikcorps des Garde-Pionierbataillons concertiren. Alles war in Ordnung, als mit einem Male der Musikmeister der Kapelle den Arrangeuren des Festes mittheilte, daß in Folge Befehls des Bataillons-Commandeurs das Musikcorps nicht spielen dürfe. Auf die Frage, warum? theilte der Musikmeister mit, daß dem Herrn Major ein altes zerrissenes Exemplar der „Berliner Freien Presse" zugesandt worden, in welchem sich die Annonce des Festes und eine kurze Empfehlung desselben im redaktionellen Theile befand, welche beide Theile mit Rothstift angestrichen waren. Diese alberne Denunciation genügte, um in dem Herrn Major die Ueberzeugung zu begründen, daß es sich hier um ein sozialdemokratisches Fest handle, und um seine Musiker vor sozialistischem Gifte zu bewahren, dürfen dieselben heute nicht spielen. Glücklicherweise ist es den Arrangeuren gelungen, in der Kapelle des Hrn. Musik-Direktor Rachfall Ersatz zu finden und so konnte das Fest also doch, trotz der militärischen Intervention stattfinden und ist auch vortrefflich gelungen.

oder weniger ernst nahmen und sich einbildeten, Rußland sei es bei diesem Kriege nur um die Verbesserung des Los s der Bulgaren zu thun." — Die „öffentliche Meinung", nicht allein in England, ist übrigens in ein anderes Fahrwasser gerathen. Rußland kann auf keiner Seite Hülfe erwarten und deshalb fügt es sich, wie der Kettenhund, dem die Peitsch droht. Wir werden wahrscheinlich ohne einen neuen Krieg schon bald ein gedemüthigtes Rußland haben.

— „Noble Passionen". In verschiedenen Zeitungen ist zu lesen, und auch der neueste „Staatssozialist" bemerkt es ausdrücklich, daß aus Noth sich fortwährend Arbeitslose am lichten Tage Vermögens-Beschädiguugen schuldig machten, um Nahrung und Obdach im Gefängnisse zu erhalten. Weshalb nun andere Mitmenschen an ihrem Eigenthum schädigen? — fragen wir bösen „Eigenthums-Verächter". Die armen Leute könnten es billiger und besser haben, wenn sie sich zu einem regelmäßigen Duell auf Pistolen forderten oder auch das Duell vor sich gehen ließen. Zu treffen braucht doch Keiner, und so ein paar alte Kuchenreuter sind auch wohl überall aufzutreiben. Festungshaft in Gesellschaft von Offizieren und Adligen, womöglich an ein und derselben Mittagstafel, ist doch für so einen armen Teufel viel angenehmer, als die einförmige Gefängnißkost, die vielfach rauhe Behandlung und das Wergzupfen und Federreißen. Auch brauchte ja kein Nebenmensch durch derartige Forderungen und Duelle geschädigt werden, und dennoch hätten die Nothleidenden ihren Zweck erreicht. Die Gefängnißstrafe, wenn auch nur wegen Vermögensbeschädigung, macht den Mittellosen sofort wieder zu einem „Vagabunden"; jeder Gensdarm und Polizist sieht den Entlassenen wenigstens dafür an. Aus der Festung entlassen als Duellant — Donnerwetter, das ist ganz etwas Anderes! Und dann niemals wied r „vagabundirt", niemals gebettelt, niemals wieder eine ruchlose Vermögensbeschädigung — immer wieder nobel duellirt! Ein College findet sich ja wohl sofort, und sind keine Waffen da, so genügt ja schon nach dem Strafgesetze die einfache Forderung, um wieder in das Festungs-Asyl zurückzugelangen. Schlimmstenfalls aber würden sich Waffenverleiher gegen eine sehr mäßige Vergütigung, wenn die Nachfrage recht stark wäre, bald in jedem Dorfe finden, jedenfalls auch arme Teufel, die dann gleichfalls wegen Beihilfe bei einem Duell die süße Festungshaft für kurze Zeit zu kosten bekommen. — — —

Doch genug! Würden die Nothleidenden in eine derartige Praxis eintreten, dann wäre es mit dem Duell überhaupt bald vorbei. Dem Fluche der allgemeinen Lächerlichkeit würde dasselbe durch eine solche praktische Perfiflage verfallen, einem Fluche, den noch Niemand und auch noch ni mals eine Institution vertragen konnte. Bramarbasirende Offiziere und renommistische Studenten würden dann sehr bald schon zu den Seltenheiten gehören, und erlöst wäre das neunzehnte Jahrhundert von einer seltsamen Tradition aus der raufluftigen Zeit des Mittelalters. Duellanten halten wir überhaupt nicht für zurechnungsfähig — und wenn sich sonst tüchtige und geniale Männer schon duellirt haben, so beweist das gar nichts: sie waren eben in der betreffenden Zeit nicht zurechnungsfähig. Wenn nun die Gesetzgebung es nicht vermag, durch strenge Gesetze, so z. B. durch Einsp rrung ins Irrenhaus für kürzere oder längere Zeit den Duellscandal aus der Welt zu schaffen, so könnten es arme, hungernde „Vagabunden" auf oben angedeutete Weise. Dieselben würden dabei selbst nicht schlecht fahren und die M nschheit von einer Passion befreien, die zwar die herrschenden Klassen zu den „noblen" zählen, die aber im Grunde genommen recht roh sind und auch herzlich wenig Courrage erfordern, sintemalen die wüthendsten Duellanten in der Regel auch die erbärmlichsten Feiglinge sind.

— Ein Urtheil über unsere Partei. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: „Die heutige Sozialdemokratie, sofern sie sich als Arbeiterpartei darstellt, ist nicht die Vertreterin der reinen sozialen Idee. Der wahre Sozialismus kennt keine Partei, und mit gleicher Berechtigung wie eine Arbeiterpartei könnte eine Unternehmerpartei, eine Kapitalistenpartei oder eine Nichtarbeiterpartei auftreten. Aber die Sozialdemokratie hat durch ihre Agitation dazu beigetragen, die Wissenschaft sowohl, wie die praktische Politik auf die sozialen Fragen hinzudrängen. Sie stand darin im Bunde mit dem großartigen Aufschwung des Verkehrslebens, mit der ungeahnten Wirksamkeit des Maschinenbetriebs, mit der Erweiterung der politischen Rechte der Staatsbürger. Wenn sie dabei zu einer gewissen Einseitigkeit kam, indem sie die Klassen-Interessen der Arbeiter stärker hervorhob, als der Gesammtheit zuträglich war, und indem sie alle anderen Parteien, auch wenn diese die soziale Idee gebührend berücksichtigten, als eine einzige reaktionäre Masse hinstellte, so darf man nicht vergessen, daß diese Einseitigkeit ihren Grund in der Reaktion gegen eine andere Einseitigkeit, daß sie also nur theilweise die Schuld der Arbeiterpartei ist. In der That waren es zunächst vorzugsweise die Arbeiter, die unter der herrschenden Wirthschaftspolitik oder vielmehr unter dem gänzlichen Mangel einer solchen zu leiden hatten, und daher waren auch gerade sie es, die zuerst zum Widerstand sich organisirten. Die wirthschaftliche Freiheit, von der man sprach, war nur eine Freiheit der Starken; die Schwachen, deren kein Staat sich annahm, wurden ausgebeutet und zerdrückt. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer; die zunehmende soziale Kluft drohte die Grundfesten der Gesellschaft zu spalten. Es war hohe Zeit, daß der Staat sich seiner sozialen Aufgaben wieder erinnerte."

Wir sind mit der „Frankfurter Zeitung" hier im Allgemeinen einverstanden, insbesondere da sie im Verlaufe desselben Artikels noch folgenden Satz aufstellt: „Die sozialen Angelegenheiten können nur im Staat und durch den Staat geregelt werden" — aber die Behauptung, die heutige Sozialdemokratie, sofern sie sich Arbeiterpartei nenne, sei nicht die Vertreterin der reinen sozialen Idee, diese Behauptung ist uns nicht einleuchtend, sie ist nicht richtig. Worauf beruhen Staat und Gesellschaft? Auf der Arbeit, auf der Arbeit der 90 Prozent der Bevölkerung, ohne welche es überhaupt keine soziale Frage oder Idee giebt. Wir sind ja weit entfernt, unter Arbeiter lediglich die Lohnarbeiter zu verstehen, jedoch regelt sich die Produktion und die Vertheilung der Gebrauchswerthe und somit das ganze soziale Leben einer Nation hauptsächlich nach der Stellung, welche dem Lohnarbeiter in der Gesellschaft angewiesen wird. Deshalb ist die soziale Frage im ausgedehntesten Sinn eine Arbeiterfrage.

— Folgen der Gründerzeit. In einer an den deutschen Reichstag gerichteten Petition hat der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller eine Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse von 125 Aktiengesellschaften der Eisen- nnd Stahlindustrie nach den Ergebnissen des Jahres 1877 beigelegt. Nach dieser Zusammenstellung haben im Jahre 1877, bez. im Geschäftsjahr 1876/77, 58 Hütten- und Walzwerke mit einem Aktienkapital von 327,005,860 Mark zusammen eine Unterbilanz 25,399,267 Mark, daher einen Verlust von 7,77 pCt. erzielt; in 51 Werken sind, im Vergleich mit dem Jahre 1873, 20,805 Arbeiter (29,4 pCt.) weniger beschäftigt und pro Monat 2,307,016 Mark (42,5 pCt.) an Arbeitslöhnen weniger gezahlt worden. Der durchschnittliche Arbeitslohn pro Monat betrug 1875 76,5 Mk., in 1877 nur 62,2 Mark. — Man sieht, daß die Arbeiter immer am Schlechtesten fortkommen. Die Aktionäre haben gegen 8 Prozent an ihrem Kapital, die Arbeiter aber 42 Prozent an ihrer Arbeitskraft verloren. Nun möge man doch sich endgültig mit der „Risikoprämie", welche nur dem Arbeitgeber und Kapitalisten gebühre, begraben lassen. — „Fauler Zauber" — nennt der Berliner Arbeiter dieselbe schon längst und den Herr Schulze-Delitzsch, der dieselbe vor den Arbeitern in Deutschland vertheidigt hat, einen „faulen Zauberer."

— Im Königreich Sachsen giebt es einen „Verein zur Gewährung von Beihilfen an emeritirte Lehrer". Im letzten Geschäftsjahre stellten sich die Einnahmen auf 30,023 Mark, die Ausgaben auf 20,297 Mark; die gespendete Beihilfe betrug 24,840 Mark. Für das laufende Jahr werden an 321 emeritirte Lehrer 16,094 Mark zur Vertheilung kommen. — So bereitwillig wir die gute Tendenz und auch die Thätigkeit eines solchen Vereins anerkennen, so müssen wir dabei doch erklären, daß das Bestehen solcher Vereine, oder gar die Nothwendigkeit derselben eine furchtbare Anklage gegen das moderne Staatswesen enthält.

— Zur Internationalität des Arbeiterelendes. Interessante Enthüllungen über die Lage eines großen Theiles der Arbeiter von Mailand hat kürzlich der dortige Polizeirath Locatelli in einer von ihm veröffentlichten Schrift gemacht. Mit Ausnahme Londons, schreibt derselbe, giebt es vielleicht keine Stadt der Welt, wo das Elend eine so hohe Stufe erreicht, als in Mailand. Von den ungefähr 250 000 Einwohnern, welche die Stadt seit der Incorporirung einiger Außengemeinden zählt, sind nicht weniger als 8000 gänzlich obdachlos. Wo und von was sich diese Leute nähren, ist selbst dem routinirten Polizisten bis jetzt ein Geheimniß geblieben. Diese traurigen Verhältnisse brachten es mit sich, daß in der letzten Zeit, ähnlich wie in London, sogenannte „Schlaflokale" entstanden, über deren Beschaffenheit uns Locatelli haarsträubende Dinge erzählt. In feuchten und finsteren Parterre- und Kellerräumen von 30 bis 40 Quadratmetern finden zwei bis drei Dutzend Menschen ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts ihr Nachtquartier für 30 Centesimi. Das geradezu mit Riesenschritten fortschreitende Wachsthum des Proletariats vermehrte rasch die Anzahl dieser gemeinsamen Nachtquartiere, deren Ueberwachung daher für die Polizei sich immer schwieriger gestaltete. Da aber die letztere ihre Ohnmacht dem furchtbaren Elende gegenüber einsah, so kümmerte sie sich bis jetzt auch sehr wenig um diese „Schlaflokale" und ließ deren Insassen möglichst unbehelligt. So müssen die berufensten Stützen der heutigen „göttlichen Weltordnung" selbst die Beweise für die Unhaltbarkeit derselben erbringen. Wo nur wenige Tausende genießen und Millionen mehr oder weniger am Hungertuche nagen, da hilft alles Sträuben nichts — eine Radikalkur muß über kurz oder lang solchen unmenschlichen Zuständen eine Ende machen.

— Aus Amerika wird der „Süddeutschen Volkszeitung" geschrieben: „Seit dem letzten großen Strike im Juni vergangenen Jahres haben sich die Arbeiter der Vereinigten Staaten größtentheils aus ihrer Lethargie aufgerafft und kümmern sich jetzt mehr als früher um ihre politische und soziale Lage. Allerorts stellen sie bei Wahlen eigene Candidaten auf, welche vielfach siegreich aus der Urne hervorgehen. So wurden auch hier in Albany, Newyork, bei den am 4. April stattgehabten Wahlen 10 Arbeiter mit großer Majorität in die Communalvertretung gewählt. Unser Bürgermeister-Candidat erhielt gegen 6000 Stimmen, sein Gegencandidat, ein „Demokrat", 9680. Wenn nicht bei der Wahlstimmen-Zählung so großer Schwindel getrieben würde, so wäre auch dieser unser Candidat gewählt worden; aber man weiß ja hier nur zu gut, daß sich, wie auch im Reich der „Gottesfurcht und frommen Sitte", um Geld Vieles machen läßt. — Im Staate Newyork hat die Arbeiterpartei jetzt in 68 Gemeinden Vertreter, außerdem wurden 5 unserer Candidaten als Bürgermeister gewählt. Was speziell unsere hiesige Mitgliedschaft betrifft, so besteht dieselbe meistens aus Württembergern und haben wir hier, gerade wie in unserer Heimath, am meisten gegen die Verdummung der Pfaffen zu kämpfen. — Die soziale Lage der Arbeiter wird immer trostloser, und wenn es so fortgeht, wie im letzten Jahr, so stehen wir vor einem baldigen — erbitterten Bürgerkrieg."

— Der verstorbene Dentler würde bekanntlich eine längere Gefängnißhaft zu verbüßen gehabt haben, wenn ihn der Tod nicht den „zärtlichen" Umarmungen der „Göttin Justitia" jäh entrückt hätte. In einem Falle allein hätte Dentler wegen „Majestätsbeleidigung" 8 Monate zu verbüßen gehabt. Wir setzen das Wort „Majestätsbeleidigung" mit Absicht in Anführungsstriche, da nach der Darstellung der „Berliner Freien Presse" eine Majestätsbeleidigung gar nicht vorlag und auch nicht vorliegen konnte. Unter der verantwortlichen Redaktion Dentler's hatte nämlich die „Berliner Fr. Presse" einen Artikel gebracht, überschrieben: „Der Verfall der Monarchie", in dem die fragliche Beleidigung enthalten gewesen sein sollte. Nun war aber in dem Artikel nirgends von den Monarchen sondern nur von der Monarchie die Rede. Aber sowohl der Staatsanwalt Tessendorff in seinem Plaidoyer als auch die VII. Deputation, vor der der Prozeß verhandelt wurde, hatten die beiden Begriffe merkwürderweise verwechselt und so war das Urtheil zu Stande gekommen. Die „Berliner Freie Presse" bringt den betreffenden Passus des Artikels: „Der Verfall der Monarchie" sowie den bezüglichen Theil des Erkenntnisses zum Abdruck und bemerkt zugleich, daß Dentler schon während der Verhandlung gegen diese Verwechslung seitens des Staatsanwalts protestirt hat.

Ein Mahnwort.*)

Die Wirksamkeit der meisten Vereine gegen Verfälschung von Lebensmitteln ꝛc. erstreckte sich bisher hauptsächlich nach zwei Richtungen hin. Die erste Aufgabe mußte für sie sein, dem frevelhaften Treiben jener Krämer entgegenzutreten, welche gewissenlos genug für echte Waare Surrogate in den Handel einführten, denen sie durch Beimischung direkt gesundheitsschädlicher Ingredienzien sowohl im Aussehen wie im Geschmack möglichst das Gepräge der Echtheit zu geben suchten. Sodann aber glaubten sie auch, das Publikum vor jenem an sich harmloseren, aber viel verbreiteteren Schwindel schützen zu müssen, welcher den Unkundigen — wie es wohl die meisten Käufer sind — allerhand Schund oder Schmutz (es ist dies leider der einzig zutreffende Ausdruck) anstatt reeller, hoch im Preise stehender und auch so beim Einkauf angerechneter Waare in die Hände spielt.

Die Vereine gegen Verfälschung der Lebensmittel dürfen wohl nicht zum geringen Theil es ihrer Wirksamkeit zuschreiben, daß eine Reichsbehörde geschaffen worden — das Reichsgesundheitsamt —, welche in dem zuerst angeführten Punkte mit der Zeit die berührten Uebelstände auf's Gründlichste abzustellen berufen und geeignet ist. Aber auch hier bleibt ihnen — wenigstens für's Erste — eine auf längerer Erfahrung beruhende gewichtige Stimme vorbehalten, welche nicht ungehört verhallen wird.

Gleichwohl wird, nach Abnahme der ersten Sorge durch eine competente Behörde, die Thätigkeit der Vereine gegen Verfälschung der Lebensmittel ꝛc. durch den zweiten oben angedeuteten Wirkungskreis noch vollauf in Anspruch genommen, um so mehr, als es nicht ersichtlich ist, wie Gesetze dem meistens gegen die arme Bevölkerung gerichteten Betrug wirksam steuern könnten, wenn nicht irgend ein Organ existirt, welches für ihre Anwendung und Ausführung thätig ist, weil der Einzelne sich dieser Mühe, die für ihn doch wenig ersprießlich ist, nur in den seltensten Fällen unterziehen wird. Es ist Thatsache, daß der Arme für schlechte und verfälschte Waare mehr bezahlt, als der Reiche für gute und echte. Wer beispielsweise in der Lage ist, theure Gewürze pfundweise einzukaufen, kommt selbstverständlich sowohl in qualitativer wie quantitativer Hinsicht viel besser fort, als eine arme Waschfrau, welche für fünf Pfennig — oder, wenn es angeht, noch weniger — Pfeffer kauft.

Das Unglück ist nun freilich, daß diese „kleinen" Leute für ihr weniges Geld auch möglichst viel Waare haben wollen, und daß die Concurrenz ihnen dann auch sehr zuvorkommend Sand in die Augen und in — die Waare streut. Dazu kommt dann noch die hausbackene Weisheit — Urväter Hausrath — superkluger Hausfrauen, welche allen Mahnungen selbstbewußt entgegnen: es hat mir bisher nicht geschadet und es wird auch wohl noch weiter so gehen. Und so geht es weiter, bis dann einmal ein Herzenskind erkrankt und hinsiecht, ohne daß Jemand weiß oder wissen will, was die eigentliche Ursache des Leidens war. Und dabei streuen sie den anderen Lieblingen vom Cigarrenkisten-Zimmet eine dicke Schicht auf den Milchreisbrei, während ein paar Körnchen von echtem Zimmet billiger, schmackhafter und vor allen Dingen gesünder wären.

Einer solchen Unklugheit gegenüber hört allerdings alle Fürsorge von Gesetzgebung und Vereinen auf. Soviel aber ist zu erreichen, daß diejenigen, welche eine Waare unter dem üblichen Namen verlangen, auch solche und kein Surrogat bekommen. Kommt man zum Kaufmann und fragt nach dem Preise von einem Pfund Chokoladenpulver, so muß man, wenn er die Preise von 120, 100, 80, 60, 50 Pfennig angiebt, sich darauf verlassen können, daß die Waare zu 50 Pfennig ebenso Chokoladenpulver ist, wie jene zu 120 und daß der Unterschied nur in der Qualität liegt, mag derselbe auch so groß sein, wie zwischen Uckermärker und Havanna-Tabak.

Will nun Jemand durchaus, ohne Rücksicht auf Echtheit, billige Waare kaufen, so mag er die entsprechenden Surrogate gerade so fordern, wie er Cichorien anstatt Kaffee einkauft. Bei einem solchen Handel ist kein Betrug möglich. Es bleibt dann Jedem überlossen, sich ein mit Schwerspath-Zucker versüßtes Ocker-Chokoladensüppchen zu bereiten, sein Hottehüh-Rindfleisch mit Staub und Erde-Pfeffer nebst Lehm-Mostrich zu verzehren und sich schließlich bei einer echten Kartoffelkraut-Bevey am Cichorien-Kaffee zu delektiren. Sagte mir doch einmal ein reicher Filz, er könne nichts Köstlicheres, als eine Tasse Mock-Bouillon, deren wesentliche Ingredienzien Zwiebeln und eine alte Brodkrume wären. Ich ließ meine Frau den Versuch machen, und in der That fand ich den Unterschied zwischen solcher Mock-Bouillon und echter, wenn nämlich letzterer eine „gehörige" Quantität Zwiebeln hinzugefügt waren, nicht zu groß; doch ziehe ich nach wie vor eine einfache Rindfleischbrühe mit Verzicht auf den Zusatz von Zwiebeln vor.

Es mag dies indessen als Beweis gelten, daß die Phantasie auch auf dem Gebiete der realistischesten Lebensbedingungen einen weiten Spielraum zu gewinnen vermag, wie ja auch schon Wilhelm Hauff so ergötzlich den Hochgenuß des unter den lieblichen Bratendüften sein trockenes Brod verzehrenden Wanderers zu schildern wußte. Anderen jedoch solche Phantasie zuzumuthen oder oktroyiren zu wollen, ist von Uebel und kann zum strafbaren Vergehen führen.

So lange man lediglich für sich selbst und seine Familie zu sorgen hat und verantwortlich ist, mag man seinen Haushalt nach „bestem Gewissen" einrichten, und wer es nicht nach bestem Gewissen thut — nun, über den ist eine gesetzliche Controle eben geradezu unmöglich.

Anders dagegen verhält es sich mit einer großen Anzahl Restaurationen und Speisewirthschaften, deren Eigenthümer gewissenlos genug sind, mit einem Menu (Speisekarte) nach oben specificirtem Genre ihren Gästen aufzuwarten, — denen bei Beschaffung der Lebensmittel die möglichste Billigkeit die einzig maßgebende Richtschnur ist. Hier hat nun freilich der „Verein der deutschen Gastwirthe" durch seinen Einfluß schon manches gebessert; aber dieser Einfluß erstreckt sich so gut wie gar nicht auf jene Speisewirthschaften, Budiken, Destillationen, auf welche der Arbeiter angewiesen ist, der hier neben dem elenden Fusel und zusammengedokterten Bier häufig auch noch andere unzuträgliche Dinge als vermeintliche Nahrungsmittel seinem Magen zuführt und damit seine Gesundheit untergräbt. In diesen Wirthschaften ist eine diskrete Controle in Bezug auf die Beschaffenheit der Nahrungsmittel ebenso nothwendig, wie sie in Bezug auf das Gewicht bei allen Material- und Fleischwaarenhändlern schon längst existirt, und wir meinen, daß hier die Frage nach der Qualität die nach der Quantität ganz bedeutend überwiegt.

Diese wenigen Andeutungen mögen den Beweis liefern, daß noch ein großes Feld der privaten Pflege überlassen bleibt, um vor allen Dingen das überhandnehmende Unkraut auszurotten. Ist diese Arbeit vollbracht, so werden sich neue Aufgaben daran knüpfen, welche auf eine angemessene Bestellung des Ackers abzielen.

*) Der „Zeitschrift gegen Verfälschung der Lebensmittel" entnommen.

— Dem Stöcker'schen „Staatssozialist" entnehmen wir nachstehendes herrliches Gedicht mit der Ueberschrift:

„Der Dekalog".

Heiliger Herr und Gott
Führe dein Zehngebot
Zur Nacht empor!
Sinais Wahrheitsblitz
Flamme zum Wolkensitz

Massenvertheilung des Prospektus der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Staatssozialist“ in Conflikt mit einem Theile der Anwesenden kam und beinahe übel gefahren wäre. Gegenüber Liebknecht, der ihn zur Rede stellte, gestand „Lehmann“, er (Lehmann) habe sich an die Redaktion des „Staatssozialist“ um Prospekte und Probenummern gewandt, und habe seitens der Redaktion einen sehr entgegenkommenden Brief erhalten, in welchem ihm u. A. auch angeboten worden sei, für die christlich-soziale Partei als Agent zu fungiren.

Nachträglich erfahren wir, „es sei ermittelt worden, daß „Lehmann“ in sozialistischen Volksversammlungen zu Schkeuditz aufgetreten sei. Die angeblich „sozialistischen“ Volksversammlungen (so viel wir wissen, fand nur eine statt), von denen hier die Rede ist, sind nicht von der sozialdemokratischen Partei ausgegangen, die überhaupt, unseres Wissens, in Schkeuditz nie eine Versammlung abgehalten hat. Ferner theilt man uns mit, daß „Lehmann“ schon vor seinem Ausschluß aus unserer Partei aus dem Redeübungsclub des Leipziger Arbeiterbildungsvereins und aus dem Arbeiterbildungsverein selbst ausgewiesen worden ist. Leipziger Blätter veröffentlichten einen von ihm verfaßten, für die gegnerischen Blätter bestimmten Absagebrief an unsere Partei, der ganz im Küster'schen Stile gehalten ist. Uebrigens wird uns von einem früheren Bekannten Lehmann's versichert, derselbe sei in letzter Zeit „vollkommen verlumpt und für Geld zu allem zu gebrauchen gewesen“. Merkwürdigerweise ist an dem Orte der That bis jetzt keine Kugel gefunden worden. —

— Das seit Jahren in Aussicht gestellte Strafvollzugsgesetz scheint sonderbarer Weise der Reichsregierung einige Gewissensbisse zu verursachen. Nach einer offiziösen Notiz wird die Ausarbeitung dieses Gesetzes mit solchem Eifer betrieben, daß der Entwurf dem Bundesrath rechtzeitig wird vorgelegt werden, um — nächstes Jahr vor dem Reichstag zu kommen. Vielleicht. Vielleicht auch nicht. Wenn das Gesetz vor den Reichstag kommt, werden unsere Abgeordneten jedenfalls mit mancher interessanten Enthüllung aufwarten können.

— Ein Seitenstück zu dem Prozeß Diest contra Bismarck. In Baden wurde vor einigen Monaten ein General außer Diensten über unzüchtigen Handlungen mit Kindern ertwischt und sollte deshalb vor Gericht gestellt werden. Der saubere General verschanzte sich aber hinter seine Generalscharge und erklärte das Civilgericht für incompetent. Natürlich wollte man ihn nun vor das Militärgericht verweisen, allein da tauchte plötzlich vor dem erstaunten Staatsanwalt eine Bestimmung auf, dahin gehend, daß kein General der deutschen Armee ohne besondere Erlaubniß des Kaisers vor Gericht gestellt werden darf. Vor zwei Monaten wurde die Erlaubniß des Kaisers zur gerichtlichen Verfolgung des kinderschändenden Generals erbeten, ist aber bis heute noch nicht eingelaufen. — Fürst Bismarck kann also auch die neueste Phase des Diest-Daber'schen Prozesses in aller Gemüthsruhe abwarten. (Bekanntlich hat Diest-Daber jetzt vor dem Militärgericht geklagt.)

— Von dem Risiko der Arbeit konnte sich neulich zu Berlin ein Arbeitgeber in sehr unangenehmer Weise überzeugen.

„Ein schweres Unglück, so melden Berliner Blätter, hat einen unserer Mitbürger durch eigenes unvorsichtiges Handeln heimgesucht. Der Hof-Conditor B. in der Anhaltstraße war durch plötzliche Entlassung eines Gehilfen gezwungen, bis zur Einstellung eines neuen, selbst mit Hand anzulegen. Während der Arbeit nun begann die Maschine zu stocken, und B. um die Ursache der Stockung zu finden, steckte die rechte Hand in das Räderwerk. Plötzlich fängt die Maschine wieder an zu arbeiten, und ehe B. seine Hand zurückgezogen hat, wurden ihm die drei ersten Finger der rechten Hand zermalmt. Er wurde nach der Charité geschafft, woselbst ihm die Finger abgenommen werden mußten.“

Noch lehrreicher würde diese Verunglückung sein, wenn sich herausstellen sollte, daß der „plötzlich entlassene“ Gehilfe deshalb entlassen worden ist, weil er in Anbetracht der schweren und gefährlichen Arbeit einen höheren Lohn gefordert, als der Herr Hofconditor bezahlen wollte, oder gar weil er gegen die Gefährlichkeit der Arbeit protestirte. Jedenfalls würden die Arbeitgeber besser auf die Sicherheit der Arbeiter bedacht sein, wenn sie gezwungen wären, mitunter selbst an den gefährlichen Posten zu stehn, statt sich gemüthlich die Sache aus der Entfernung anzusehn und weitab von der Gefahr, gleißnerische Betrachtungen über das „Risiko des Kapitals“ anzustellen.

— Billig und schlecht. Diesem Grundsatz huldigen nicht bloß die deutschen Fabrikanten, sondern auch deutsche Behörden — und zwar ist es Professor Reuleaux, der auch diesen gegenüber das Anklägeramt übernommen hat. Durch die Bourgeoispresse geht folgende Notiz:

„Herr Professor Reuleaux führte vor Kurzem in einem im kaufmännischen Verein in Leipzig gehaltenen Vortrage die Papierlieferung für die Standesämter als schlagendes Beispiel dafür an, daß die Vergebung an den Mindestfordernden von recht nachtheiligem Einfluß sein kann. Das jetzt gelieferte Papier bestehe beinahe ausschließlich aus Holzstoff und man würde es in 10 bis 15 Jahren erleben, daß die für unsere Familien höchst wichtigen Akten der Standesämter dem natürlichen Zerstörungsprozeß verfallen. Wir könnten einen so folgenschweren Mißgriff Seitens unserer Verwaltung nicht für möglich halten, wenn er nicht von so zuverlässiger Seite mitgetheilt wäre. So lange die Regierung mit derartigen Beispiel vorangeht, so lange sie nur „billigst“ und folglich auch „schlecht“ kauft, ist eine Besserung unserer Zustände nicht zu erwarten.“ Und zu obiger Notiz fügte die „Barmer Zeitung“ noch bestätigend und ergänzend hinzu: „Uns ist vor Kurzem aus dem Munde eines Standesbeamten eine Mittheilung geworden, welche mit dem Urtheil des Professor Reuleaux übereinstimmt. Auch die Einbände der Standesbücher seien schlecht und lüderlich. Unsere Nachkommen werden die üblen Folgen dieser „Sparsamkeit“ zu tragen haben.“

Allerdings! Und wer die Bedeutung der Standesbücher kennt, kann sich eine Vorstellung machen, wie sehr ernster Natur diese Folgen sein können. Uebrigens darf man da nicht von „Sparsamkeit“ reden. Es ist einfach für nützliche Dinge kein Geld da, weil der Militärismus mit Allem was drum und dran hängt, die Steuern des Volks verschlingt und seine Steuerfähigkeit allmälig zerstört. Woher nehmen und — nicht stehlen? Ja mehr noch: woher stehlen? Wo nichts ist, hat sprüchwörtlich der Kaiser sein Recht verloren. Für das deutsche Reich, das schon jetzt eher ein deutsches Arm ist, wird dieser Satz bald buchstäblich gelten.

— Aus der besten der Welten. In Crimmitschau, so schreibt unser dortiges Parteiorgan unterm 8. ds., scheint eine förmliche Selbstmordepidemie zu herrschen. Am Sonntag Nachmittag wurde im Sahnparke der Maurer Wolf aus Frankenhausen erhängt aufgefunden und polizeilich aufgehoben. Lebensüberdruß, der hinlänglich bekannten Ursachen wegen, soll das Motiv gewesen sein, das den Unglücklichen in den Tod getrieben. Das sind nun bereits fünf Selbstmorde in diesem Jahre.“ Crimmitschau hat ungefähr 20,000 Einwohner. Und es ist dies keine Ausnahme. Dank unsern erbärmlichen wirthschaftlichen Zuständen grassirt jetzt nicht bloß in Deutschland, sondern auch in den übrigen Culturländern eine stets verheerender auftretende Selbstmordepidemie.

— Auf welche kindische Weise man die eigenen Sünden, resp. die Sünden der Gesellschaft auf die Schultern anderer zu wälzen versucht, davon giebt nachstehende Correspondenz, die sich die „Hamburger Nachrichten“ aus Kopenhagen vom 2. Mai schreiben lassen, ein beredtes Zeugniß:

„Die Blätter enthalten heute einige spezielle Nachrichten über einen Verwandtenmord, dessen tragische Geschichte sich in der Gegend von Lyngby, 1½ Meilen nördlich von hier, abgespielt hat. Ein Arbeiter auf der Papierfabrik Oerholm, Namens Carl Winther, feuerte zwei Schüsse mit einem Revolver auf seine Gattin ab, ohne sie zu tödten, indem jedoch ihr Zustand in Folge der erhaltenen schweren Verwundungen sehr gefährlich ist. Auch ihr Kind erschoß er, nachdem er es zuvor den Armen der Mutter entrissen und heftig auf den Boden geschleudert hatte. Der Mörder ist noch nicht ergriffen und man vermuthet, daß er sich in den großen Wäldern der dortigen Gegend versteckt hält. Die ganze Geschichte mit den sie begleitenden Umständen der Brutalität und Rohheit macht einen höchst deprimirenden Eindruck. Man muß auf nähere Aufklärungen über die Vorgeschichte dieses Familiendramas gespannt sein, und namentlich auch darauf, ob es bestätigt, daß der Mörder unter dem Einfluß sozialdemokratischer Ideen gestanden hat, die leider so sehr geeignet sind, bei leidenschaftlichen Individuen von schwachem Verstande, das natürliche Pflichtgefühl zu trüben und zu ersticken.“

Ja wohl! Die sozialdemokratischen Ideen trüben das natürliche Pflichtgefühl. Und doch ist erwiesen durch die Statistik, daß nirgends das natürliche Pflichtgefühl in so hohem Maße vorhanden ist, als in den Gegenden, in welchen die sozialdemokratischen Idee schon Wurzel geschlagen haben. Und umgekehrt herrschen Rohheit, Trunksucht, und alle anderen Verbrechen dort am unbeschränktesten, wo auch der Kapitalismus oder die Reaktion am unbeschränktesten gebietet. Das wissen die „Hamburger Nachrichten“; sie lassen es sich aber nach liberaler Manier nicht nehmen, uns zu verläumden.

— Die neuesten Nachrichten laufen alle darauf hinaus daß Rußland sich zu dem Marsch durch das kaudinische Joch der Forderungen Englands anschickt. Die Vermittlung des „ehrlichen Maklers“ hat in London absolut nichts zu Wege gebracht: Die englische Regierung hat von ihren Bedingungen auch nicht ein Jota abgelassen. Entweder der ganze Vertrag von San Stefano dem Congreß zur Annahme oder Nichtannahme vorgelegt, das heißt, da England ihn nicht annehmen wird, sämmtliche Errungenschaften des Kriegs geopfert oder — Krieg mit England. Daß Rußland nicht im Stande ist, diesen mit Aussicht auf Erfolg zu führen, haben selbst die Berliner Russen begriffen, die bekanntlich russischer sind als die russischen Russen, und demgemäß zur Nachgiebigkeit gerathen. Jetzt herrscht in Petersburg unzweifelhaft eine zerknirschte Friedensstimmung. Indeß kann jeden Moment noch ein Umschwung stattfinden, — die Blamage des Rückzugs ohne Kampf ist fast zu groß, um möglich zu erscheinen.

— Seit dem 1. Mai erscheint in Coburg der „Coburger Volksfreund“ vorläufig wöchentlich einmal. Unser Willkommen haben wir dem neuen Kämpfer schon in Nr. 48 beim Erscheinen der Probenummer zugerufen.

— In der Klagesache des Prof. Birnbaum gegen Bebel, der in einem Wahlflugblatte, worin Letzterer den Herrn Professor wegen seiner Gründerthätigkeit bei der Bischweiler Tuchfabriken und der „Spenerschen Zeitung“ angegriffen, ist Bebel in erster Instanz wegen mehrfacher Beleidigung Birnbaum's zu 500 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Da nun aber alle Angaben Bebel's durch die Zeugenaussagen bewiesen worden sind, sogar Dinge durch dieselben zum Vorschein kamen, die man früher gar nicht kannte, ferner das Erkenntniß von ganz anderen, in der Darlegung Bebel's nicht begründeten Ansichten ausgeht, hat Bebel die Appellation angemeldet und kommt die Angelegenheit zur öffentlichen Verhandlung.

— Confiskation. Die Nr. 55 der „Thüringischen Volkszeitung“ ist von der Gothaer Polizei mit Beschlag belegt worden. Die Beschlagnahme erfolgte wegen Schmähung von Staatseinrichtungen, die in dem Artikel: „Der militärische Geist und der Geist des Menschenthums“, der übrigens unbe...merkt durch einen großen Theil der sozialistischen Presse die Runde gemacht hat, verübt sein soll. Die Polizei confiscirte die betreffende Nummer in allen Wirthschaften und soll sogar in Privatwohnungen den Versuch von Beschlagnahmen gemacht haben, was geradezu ungesetzlich ist. Die Lobgesänge auf die Freiheit, welche in den Thüringer Landen eine Stätte gefunden haben soll, werden angesichts solcher reaktionären Maßnahmen, die nachgerade anfangen mit dem ultrareaktionären Berlin in Concurrenz zu treten, hoffentlich verstummen.

Correspondenzen.

Aus Schleswig-Holstein. Behufs Austritts aus der Landeskirche fand am 1. Mai d. J. im Lokale des Herrn Behn in in Ost-Steinbeck eine Versammlung statt, zu welcher der Geistliche des Kirchspiels erschienen war, um vor dem „gewagten Schritt“ zu warnen und denen, welche sich zum Austritt gemeldet hatten, zu rathen, wieder zur Kirche zurückzukehren. Herr Seegert erwiderte in entsprechender und treffender Weise. Jedoch, als er aus einer Broschüre vorzulesen begann, welche den Titel „Christenthum und Sozialismus“ trägt, stand der überwachende Beamte, Kirchspielvogt Herr v. Bennigsen, auf und confiszirte dem Redner, welcher ruhig weiter sprach, die Broschüre. Da hier eine den §§ 85, 95, 111, 130 oder 184 des deutschen Strafgesetzbuchs zuwiderlaufende Handlung nicht vorliegt und die Beschlagnahme in diesem Falle ferner nur durch richterliche Anordnung erfolgen kann, wäre eine Beschwerde gegen den betreffenden Beamten ganz am Platze. — Uebrigens hatte derselbe Herr v. Bennigsen schon im vorigen Jahre durch Auflösung einer in Sande abgehaltenen Versammlung, in der Wißmann referirte, sich bemerkbar gemacht. Der Einberufer wandte sich in Folge dessen beschwerdeführend an das Landrathsamt in Wandsbeck. Dieses fand das Vorgehen des Kirchspielvogts natürlich gerechtfertigt; es solle jedoch Wißmann unbelassen bleiben, ferner öffentliche Versammlungen in Sande abzuhalten. Mit diesem Bescheide nicht zufrieden, wandte sich Wißmann in mehreren Schreiben an die königliche Regierung in Schleswig, hervorhebend, daß wenn er sich eine Gesetzesverletzung habe zu Schulden kommen lassen, er wegen derselben auch zur Verantwortung gezogen werden müsse, wenn nicht, dann sei die Versammlung jedenfalls ohne triftigen Grund vom Kirchspielvogt aufgelöst worden. Seitens der königl. Regierung von Schleswig ist nun endlich ein vom 25. April datirtes Antwortschreiben eingelaufen, welches wie folgt lautet:

Der in dem Erkenntnisse angezogene § 107 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 lautet wörtlich:

„Jeder Gewerbeunternehmer ist verbunden, auf seine Kosten alle diejenigen Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten, welche mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebes und der Betriebsstätte zu thunlichster Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit nothwendig sind.“

Wir fordern die Arbeiter auf, sich nicht nur selbst die Entscheidung des Reichs-Oberhandelsgerichts und den vorstehenden § 107 der Gewerbeordnung genau zu merken, sondern auch dahin zu wirken, daß dieselben unter den Arbeitern weit und breit genau bekannt werden. Diese Kenntniß wird ihnen in vorkommenden Fällen nützlicher sein als das „Vater unser“. —

Noch müssen wir wiederholt darauf aufmerksam machen, daß alle Ansprüche auf Schadenersatz nach § 8 des Haftpflichtgesetzes in zwei Jahren vom Tage des Unfalls an verjähren, und daß es die Werkbesitzer meistens versuchen, die Entschädigungsberechtigten durch spärliche Unterstützungen und gleißnerische Vertröstungen so lange hinzuhalten, bis die zwei Jahre verstrichen sind.

— Der Grundbesitz in England. Seit zwölf Jahren besteht in Großbritannien ein Streit zwischen der Landaristokratie und dem Volkszählungsamt, weil das letztere aus den Zählungslisten vom Jahre 1860 ausgerechnet hatte, daß die Zahl der selbständigen Grundeigenthümer, welche aus dem Ertrag ihres Bodens ihren Lebensunterhalt gewinnen, sich seit Wilhelm dem Eroberer um die Hälfte verringert habe und nur noch ungefähr 30,000 Personen für England und Wales umfasse. Bei der Zählung von 1870 war diese Zahl sogar bis auf 22,000 herabgesunken. Die Landaristokratie hatte dieses Resultat unter großer Entrüstung für falsch erklärt und in Abwehr gegen die Angriffe der Freihandelspartei einen Beschluß des Parlaments durchgesetzt, welcher die Regierung einlud, eine statistische Spezialaufnahme der Grundeigenthümer zu veranstalten. Das Resultat dieser Untersuchung ist vor ca. einem Jahre in vier Foliobänden dem Parlament gedruckt überreicht worden. Dasselbe weicht allerdings einigermaßen von dem Ergebniß der amtlichen Volkszählung ab. Die Ursache dieser Differenzen ist aber darin zu suchen, daß bei der letztgenannten Spezialaufnahme nicht bloß alle Grundeigenthümer gezählt wurden, welche hauptsächlich von dem Ertrag ihres Bodens leben, sondern auch alle Diejenigen, welche einen andern Hauptberuf und nur nebenbei auch noch ein Grundstück zu eigen haben, z. B. ein Advokat, der einen Garten besitzt, ein Kaufmann, der ein Landhaus hat, ein Fabrikant, der seine Anstalt auf eigenem Grund und Boden errichtet. So wurden statt 22,000 sogar 972,000 Grundbesitzer in England und Wales vorgefunden, allein darunter sind 703,289, welche weniger als einen englischen Morgen besitzen, und 122,000 die nur 1—9 Morgen innehaben. Diese 825,000 Personen besitzen zusammen aber nur 629,852 Morgen, während die andern 133,000 Grundeigenthümer die übrigen 32,400,000 Morgen des Königreichs zu eigen haben und davon drei Grundherren zwischen 50,000 und 100,000 Morgen, und einer, wahrscheinlich der Herzog von Northumberland, über 100,000 Morgen besitzen. Sogar nach dieser von den Aristokraten veranlaßten Spezialuntersuchung gehören zwei Drittel des Grund und Bodens von England nur 10,207, zwei Drittel von Irland 1942 und zwei Drittel von ganz Schottland nur 330 Grundeigenthümern. Der größte Grundherr von Großbritannien ist in Schottland (wahrscheinlich der Herzog von Argyll), der dort 1,326,453 Morgen besitzt, wozu noch 32,095 in England kommen, also im Ganzen 1,358,548. Dieser alleinige Grundeigenthümer besitzt mehr als zwölf der größten Grundeigenthümer in England, deren Eigenthum nur 1,058,883 Morgen, oder mehr als die zehn größten in Irland, welche zusammen 1,297,888 Morgen zu eigen haben.

— Auch ein Seelenhirte. Ein russischer Feldgeistlicher schilderte vor dem Abmarsche seines Regiments nach dem Kriegsschauplatze die Qualen der Hölle, welche den Feigling erwarteten mit den Worten: „Da werdet ihr bis zum Halse in Branntwein stehen, ohne nur einen Tropfen davon genießen zu dürfen.“ Die „tapferen“ Russen haben sich die pfäffische Prophezeihung in der That auch sehr zu Herzen genommen, denn die russischen Blätter prüfen, daß während des russisch-türkischen Krieges 8 Städte und mehr als 300 Dörfer eingeäschert worden seien und daß 300,000 Menschen in den verschiedenen Theilen Bulgariens das Leben eingebüßt hätten. Und dies Alles geschah im Namen der „Humanität“!

— Stroußberg soll noch kürzlich eine seiner Töchter an einen Grafen von Kleist verheirathet haben. Beruht die Nachricht auf Wahrheit, so hat Stroußberg mehr Geld aus seinem Bankerott gerettet, als man gewöhnlich sagt. Denn ohne Geld keinen Stammbaum für ein Judentöchterchen.

— Militärischer Scharfblick. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche in Nr. 106 einen Leitartikel darüber schreibt, daß sie immer so gut bedient würde und unterrichtet sei, läßt sich von ihrem Petersburger Militärberichterstatter einen Situationsbericht schreiben, in welchem es heißt: „Wer hätte z. B. beim Beginn des Krieges daran gedacht, daß General v. Totleben der Nachfolger des Großfürstin Nikolaus im Oberkommando der vor Konstantinopel stehenden Truppen werden würde? — wer, daß General Tschernajeff nach seinem Auftreten in Serbien jetzt eine so sehr bescheidene Stellung einnehmen würde? Jeder Krieg hat das Eigenthümliche, frühere Berühmtheiten rasch zu verbrauchen und dagegen Namen hervortreten zu lassen, die bis dahin nicht über den Exercierplatz und das Manöverterrain hinaus erklungen sind, dann aber plötzlich in jeder Zeitung, von Lissabon bis Petropawlowsk in Kamschatka, auf jeder Seite einigemale vorkommen.“ — So! Da haben wir allerdings etwas ganz Neues erfahren: Großfürst Nikolaus ist eine militärische Berühmtheit, die von dem General v. Totleben abgelöst worden ist, von einem Menschen, dessen Namen bisher nicht über den Exercierplatz und das Manöver-Terrain hinaus genannt worden ist.

Schaffung der Tauschwerthe besteht ja eben darin, daß wir die vorhandenen Naturerzeugnisse durch unsere Arbeit den „gesellschaftlichen Bedürfnissen anpassen", und wir selbst und unsere Arbeitskraft sind ja nichts anderes als Naturerzeugnisse. Wären diese also nicht vorhanden, dann könnten wir sie allerdings auch nicht „den gesellschaftlichen Bedürfnissen anpassen", es könnte dann überhaupt gar keine Tauschwerthe geben.

Die Natur ist hier demnach nicht ein Bestandtheil, ein Faktor, sondern eine selbstverständliche und deshalb stillschweigende Voraussetzung des Tauschwerths, und behaupten, der Tauschwerth bestehe aus den Produkten der Natur, ist um nichts geistvoller, als wenn man etwa sagen wollte: „Woraus besteht ein kunstgerechtes Drama?" „Aus Worten." Womit wir offenbar noch nicht viel klüger geworden sind.

Also nochmals: Ueber diese passiv-weibliche Rolle der Natur bei der Entstehung der Werthe kann unter Leuten mit normalen fünf Sinnen kein Streit sein.

Aber eben weil die Natur die Mutter der Werthe ist, ist sie bei der Erzeugung derselben doch nicht so ganz einflußlos. Kann sie auch nicht selbstständig Werthe schaffen — ebenso wenig wie Mütter selbstständig zeugen können — so hängt doch von ihr, ihrer Constitution, ihrer Zeugungskraft, die Art und die Zahl — Qualität und Quantität — des Zeugungsprodukts ab — alles genau wie bei den Müttern.

Diese Verschiedenartigkeit des Produktionsertrages ist es nun, welche unseren Kapitalgelehrten im Kopfe herumgeht und die sie, soweit sie eben nicht überhaupt unter aller Diskussion stehen, auch meinen, wenn sie uns erzählen, wie keineswegs blos die Arbeit, sondern auch die Natur Werthe schafft.

Wir werden uns die Sache am besten durch ein Beispiel klar machen, welches uns zugleich in medias res (mitten hinein) führt.

Zwei nachbarliche Bauern haben auf ihre gleich großen Aecker das Jahr über gleich viel „gesellschaftlich nothwendige" Arbeitszeit verwandt. Trotzdem erntet im Herbst der eine einen Wispel, der andere aber zwei Wispel Weizen, nur weil der Boden dieses zweiten Bauern um so viel ertragsfähiger ist.

Sollen nun die zwei Wispel, weil in ihnen nicht mehr „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" enthalten ist, auch nicht mehr werth sein, als der eine Wispel? Wenn sie auf den Markt kommen, ist ein Wispel dem andern gleich und man kann ihnen nicht ansehen und dem Käufer ist es auch höchst gleichgültig, wie viel Arbeitszeit auf jeden entfällt.

Hier scheint die sozialistische Werththeorie ein Loch zu haben. Es scheint aber auch nur so.

Die Sache verhält sich folgendermaßen:

Der Tauschwerth besteht unserer Theorie zufolge aus der in der Waare enthaltenen „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit", d. i. „Arbeitszeit, erheischt, um irgend einen Gebrauchswerth mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen ꝛc. ꝛc. herzustellen."

Bei der Verarbeitung der Rohstoffe nun, d. h. in der Fabrikation, sind diese „gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen„ ein genau bestimmter Faktor — es sind stets diejenigen Produktionsmittel (Werkzeuge ꝛc.), mit welchen sich die betreffende Waare am leichtesten und zweckmäßigsten herstellen läßt.

Nach Erfindung der Spinnmaschine z. B. war die Handspindel völlig überflüssig geworden; es konnte ja das bessere Produktionsinstrument in jeder beliebigen Anzahl hergestellt werden. Es mußte dies deshalb auch Jeder thun, der überhaupt konkurriren wollte. So sind denn hier die „Produktionsbedingungen" überall die gleichen; wir beherrschen hier eben den ganzen Produktionsprozeß, auch die Produktionsmittel sind unser Werk, von uns gleichartig hergestellt.

Anders jedoch bei der ersten Gewinnung der Rohstoffe aus der Hand der Natur, also bei Landwirthschaft, Bergbau ꝛc. Hier beherrschen wir den Produktionsprozeß nicht, wir können uns die hauptsächlichsten Produktionsinstrumente, Boden, Klima ꝛc. nicht nach Wunsch herstellen, sondern müssen sie nehmen, wie und wo wir sie finden, d. h. mit sehr ungleichartiger Produktivkraft. Wir müssen also neben dem bessern Boden auch den schlechtern mitbenutzen. Während demnach in der Spinnerei die gleiche Arbeit auch stets den gleichen Ertrag liefert, z. B. also 1 Centner Garn überall gleichmäßig in einem Tage hergestellt wird, entfallen im Ackerbau je nach der Beschaffenheit des Produktionsmittels, d. i. des Bodens, auf den Scheffel Weizen beim ersten Bauern ein Arbeitstag, beim zweiten 1½, beim dritten 2 Arbeitstage ꝛc. ꝛc.

Es entsteht nun die Frage: Nach welcher dieser verschiedenen „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeiten" bestimmt sich der „Tauschwerth" des Scheffels Weizen? Unschwer dürfte zu begreifen sein, daß er immer durch diejenige Arbeitszeit bestimmt wird, welche auf dem schlechtesten Acker nothwendig war, dessen die Gesellschaft zur Deckung ihres Getreidebedarfes benöthigt, sagen wir also z. B. zwei Arbeitstage. Denn würde der Bebauer dieses schlechtesten Ackers nicht die von ihm aufgewandte Arbeitszeit, d. i. seine verausgabte „Muskel-, Hirn-, Nerv-Substanz", beim Verkauf seines Produkts wiedervergütet erhalten, dann könnte er ja auf die Dauer nicht weiter produziren, also der gesellschaftliche Bedarf auch nicht gedeckt werden.

Nun kann ja allerdings der Bauer, dessen Produktionskosten für den Scheffel Weizen so viel geringer sind, um den Concurrenten zu verdrängen, um so viel billiger losschlagen. Das kann jedoch immer nur von ganz vorübergehender Wirkung sein. Schließlich müssen die Käufer doch immer wieder auf jene Arbeitszeit als Tauschwerth des Scheffels Weizen zurückgehen, welche der Bebauer des schlechtesten Bodens aufwenden mußte, denn sie bedürfen ja seiner Arbeit.

Und die Bearbeiter des bessern Bodens, welche in den zwei Tagen, welche den Tauschwerth des Scheffels Weizen bilden, 1½ oder 2 Scheffel produzirt haben? Nun, sie erzielen neben dem Ersatz ihrer wirklich aufgewandten Arbeitszeit noch einen Extragewinn, der eben in dem mehr erzeugten halben resp. 1 Scheffel bezüglich deren Tauschwert besteht. Und dieser Extragewinn ist — die Bodenrente.

Nun bin ich allerdings der Ansicht, daß diese Bezeichnung, welche der landwirthschaftlichen Hierarchie Englands (Arbeiter, Pächter, Grundherr) angepaßt ist, keine sehr glücklich gewählte genannt werden kann, weil sie zu den lächerlichsten Confusionen Anlaß gab und giebt. Das eine Mal wird angenommen, der gesammte Mehrwerth, den der kapitalistische Unternehmer aus der Bearbeitung des Bodens zieht (also auch der gewöhnliche Kapitalprofit) gehöre zur Bodenrente — was gar zu plump ist; das andere Mal wieder, der oben definirte Extragewinn, d. h. die wirkliche Bodenrente, sei völlig identisch mit jener Werthsumme, welche der Pächter an den Grundherrn herauszahlt, d. h. mit der Pacht.

Wie wenig dies aber der Fall, geht schon daraus hervor, daß jener Extragewinn sehr oft, ja wohl in der Mehrzahl der Fälle, dort vorhanden ist, wo es gar keine Pacht giebt, wie umgekehrt letztere recht wohl denkbar wäre, auch wenn alles Land gleich reichen Ertrag brächte, es also gar keine Bodenrente gäbe. Aber auch da, wo sie sich beide vorfinden, sind sie wohl fast nie gleich groß, denn Pacht wird auch für Dinge mitbezahlt, die mit der Bodenrente nichts zu thun haben.

Am allerdeutlichsten wird jedoch der Unterschied zwischen Bodenrente und Pacht, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß erstere unter jeder Produktionsform bestehen bleibt, denn stets wird besserer Boden mehr Ertrag liefern als schlechterer, während die Pacht nur eine Institution der bestehenden Gesellschaft ist, mit dieser steht und fällt.

Ich würde es deshalb zur Vermeidung derartiger durch den Sprachgebrauch im Grunde so naheliegender Verwechselungen für besser und verständlicher halten, wenn man jenen Extragewinn, den der Bebauer des bessern Bodens außer dem Ersatz seiner aufgewandten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit erzielt, nicht Bodenrente, sondern anders, etwa Ertragsüberschuß nennen würde.

Daß Bodenrente nichts anderes als ein solcher Ertragsüberschuß ist, meint auch Ricardo, wenn er in seinem Aufsatz: „On Rent" sagt:

„Rent is always the difference between the produce obtained by the employment of two equal quantities of capital and labour" (richtig: of labour, denn „capital" ist ja selbst nichts als „labour").

Das heißt auf Deutsch:

„Bodenrente ist stets der Unterschied zwischen dem Ertrage zweier gleichen Quantitäten Arbeit."

Muß nun, sei es in Folge größern Consums ꝛc., eine noch ertragsärmere Bodengattung zur Bebauung herangezogen werden, wird also der Tauschwerth eines Scheffels Weizen größer, sage statt 2 nun 2½ Tage Arbeitszeit, so steigt natürlich die Bodenrente auf allen bereits bebauten Aeckern, und zwar um so viel als der Tauschwerth des Weizens eben gewachsen ist, d. i. also hier um ¼ des Ertrags eines guten Ackers, indem ja z. B. jener Bauer, der nach wie vor täglich einen Scheffel erzeugt, in solchen 2½ Tagen bereits 2½ Scheffel produzirt, also 1¼ (statt früher 1) Scheffel Ertragsüberschuß erzielt hat.

Das Umgekehrte geschieht im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn eine bisher bebaute Bodengattung (in Folge geringeren Bedarfs oder anderweitiger Deckung) aufgegeben wird.

Hier haben wir also, nebenbei gesagt, einen Fall, wo der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf" wirklich auf den Tauschwerth der Waaren von Einfluß sein kann; aber eben nur dadurch, daß er die zu ihrer Herstellung „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit" beeinflußt!

Das Beispiel vom Weizen läßt sich nun auch auf jedes beliebige andere anwenden. Sprechen wir z. B., um uns an die in Nr. 61 des „Vorwärts" vom vor. J. aufgeführten Exempel zu halten, von den verschiedenen Weinsorten.

Die Herstellung der Flasche Grüneberger kostet ebenso viel, ja mehr „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit", wie die einer Flasche Johannisberger. Ist deshalb der Grüneberger auch mehr „werth", als der Johannisberger? Ich zweifle, ob Jemand auf so einen Tausch eingehen würde, und sei es auch ein „geborner Schlesier", der bekanntlich allein den Grüneberger vertragen kann.

Was dem Johannisberger den höhern Werth giebt, ist eben die Bodenrente. Fürst Metternich erzielt auf seinen so glücklich gelegenen Weinbergen mit demselben Arbeitsaufwand einen weit höhern Ertrag als die Grüneberger Winzer, d. h. also Ertragsüberschuß = Bodenrente.

Zwar nicht, wie bei jenen Weizenbauern, eine größere Quantität, dafür aber eine höhere Qualität des Produkts, was sachlich auf Eins hinausläuft. In der Flasche Johannisberger ist jener Genuß, den viele Menschen sonderbarerweise im Wein suchen (Alkohol, „Blume" ꝛc.), gewissermaßen concentrirt, verdichtet in solcher Quantität enthalten, wie er sich erst, sage in 10 Flaschen Grüneberger findet. Das Uebrige bei diesen ist Wasser, das man ja, wenn man durchaus will, dem Johannisberger-Kabinet auch zugießen kann.

Daher also die ungeheure Bodenrente einzelner Weinberge.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Reichstagssitzung vom 10. Mai kam der Gesetzentwurf „betreffend statistische Erhebungen über die Tabaksfabrikation und den Tabakshandel" zur Berathung. Wenn hinter dieser unscheinbaren Form nicht das Tabaksmonopol oder die Erhöhung der Tabakssteuer lauerte, so dürfte wohl Niemand gegen derartige statistische Erhebungen etwas einzuwenden haben. So aber gestaltete sich die Berathung zu einer Steuerreformdebatte, an welcher auch der neuernannte Finanzminister für Preußen, Herr Hobrecht, theilnahm. Er befriedigte übrigens nur die Conservativen durch seine allgemein gehaltenen, unverständlichen Erklärungen. Eugen Richter konnte natürlich wieder einmal nicht unterlassen, den Mann, noch ehe derselbe gesprochen, persönlich anzugreifen. Vom Centrum sprachen zwei Redner und gleichfalls von den Nationalliberalen. Reichensperger neigte sich zum Monopol, Schorlemer sprach scharf gegen die Regierungsvorlage; dieselbe Zweiseelentheorie zeigte sich auch bei den Liberalen. Bennigsen neigte sich zur Regierung — ihn hat wohl immer noch nicht die Sehnsucht nach einem Ministersessel verlassen — Stauffenberg werdete sich in scharfer Weise gegen die Regierung. Ein Sozialdemokrat, obwohl sich Abg. Fritzsche gemeldet hatte, kam, wie gewöhnlich bei Haupt- und Staatsactionen, nicht zum Wort. Der Gesetzentwurf wird höchst wahrscheinlich mit einigen geringfügigen Amendements vor Reichstagsschluß, der den 25. Mai erfolgen soll, angenommen werden.

— Ein Verrückter. Am Sonnabend Nachmittags halb 4 Uhr wurde unter den Linden in Berlin auf den König von Preußen geschossen, der jedoch unverletzt blieb. Der Thäter, ein gewisser Lehmann oder Höbel (die Zeitungen schreiben Häbel und Hebel) aus Leipzig, wurde sofort verhaftet. Wir haben es offenbar mit der That eines Wahnsinnigen zu thun; da aber zu erwarten ist, daß der Versuch gemacht werden wird, dieselbe zu politischen Reaktionszwecken zu verwerthen, so sei Folgendes hier bemerkt: Lehmann oder Höbel (Höbel, Hebel), auch Traber genannt, war eine Zeitlang Mitglied der sozialistischen Partei, wurde aber in Folge seines die Partei schädigenden Benehmens und speziell wegen Urheberschaft des berüchtigten, die Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei schändlich verleumdenden „Eingesandt" im „Leipziger Tageblatt" (über „Paschawirthschaft" u. s. w.) auf vor circa vier Wochen erfolgten Antrag der Leipziger Mitglieder aus der Partei ausgestoßen. Die betreffende Bekanntmachung, welche in der letzten Nummer (57) der „Fackel"*) abgedruckt ist, lautet wie folgt:

„Bekanntmachung. Ein Herr J. Höbel in Leipzig, der sich abwechselnd auch Traber und Lehmann nennt, hat die Partei und insbesondere das in Leipzig erscheinende Blatt „Fackel" so geschädigt, daß wir uns auf Antrag der Sozialisten von Leipzig und Umgegend veranlaßt sehen, den pp. Höbel aus der Partei auszustoßen.

Hamburg, 9. Mai.

Das sozialistische Central-Wahlcomité.

Aug. Geib, G. W. Hartmann, C. Derossi, H. Brasch."

Erwähnt sei noch, daß „Lehmann", der von den Parteigenossen stets wegen seines wirren, excentrischen Wesens mit Mißtrauen betrachtet ward, auf einer Volksversammlung in Stötteritz (vor etwa 5 Wochen), in welcher Liebknecht referirte, durch

*) Diese Nummer trägt zwar das Datum „Sonntag, den 12. Mai", war aber, wie leicht nachzuweisen, bereits Sonnabend, den 11. d. um ½12 Uhr Vormittags, also fünf Stunden vor Verübung des Attentats, in der Druckmaschine.

Eine wichtige Entscheidung.

Die „Westphälische Freie Presse", die gegenwärtig unter der Redaktion unseres bewährten Parteigenossen Tölcke steht, bringt folgenden, für die Arbeiter sehr beherzigenswerthen Artikel:

Von allen Prozessen, welche Arbeiter oder deren Angehörige auf Grund des Haftpflichtgesetzes vom 7. Mai 1871 gegen die Besitzer von Bergwerken, Fabriken u. s. w. anstrengen, wenn ein Arbeiter beim Betriebe der Letzteren getödtet oder verletzt worden ist, werden erfahrungsmäßig die allermeisten, wir dürfen wohl behaupten, unter zehn Prozessen durchschnittlich acht, zu Ungunsten der Kläger entschieden, weil dieselben nicht im Stande waren, den ihnen zufolge § 2 des Haftpflichtgesetzes obliegenden Beweis zu führen,

„daß ein Bevollmächtigter oder ein Repräsentant oder eine zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder der Arbeiter angenommene Person durch ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen den Tod oder die Körperverletzung eines Menschen herbeigeführt hat."

Einzelne Gerichte gehen in ihrem Anklammern an den nackten Buchstaben des Gesetzes sogar soweit — Fälle dieser Art sind uns bekannt —, die Klage selbst dann abzuweisen, wenn klägerischerseits nachgewiesen worden ist, daß die mangelhaften Einrichtungen der Betriebsstätte, oder auch Anordnungen des Betriebsunternehmers selbst die Ursache der Verletzung des betr. Arbeiters gewesen sind.

Bekanntlich haben die sozialistischen Reichstagsabgeordneten im Reichstage den Antrag gestellt, das Haftpflichtgesetz nicht nur auf sämmtliche mit Gefahren verbundene Gewerbe, z. B. das Baugewerbe, auszudehnen, sondern das Gesetz auch dahin abzuändern, daß bei Verletzungen von Arbeitern nicht mehr diesen oder ihren Angehörigen die Beweislast obliegen soll, daß das Verschulden von Seiten des Unternehmers oder seiner Bevollmächtigten die Verletzung herbeigeführt habe, — daß vielmehr der Unternehmer beweisen soll — wie bei den Eisenbahnen —, daß eine Verletzung durch eigenes Verschulden des betreffenden Arbeiters verursacht ist. Dieser Antrag ist nebst einigen anderen Abänderungsanträgen vorläufig in einer Commission „begraben" worden.

Bis zur erwünschten und absolut nothwendigen Abänderung des Haftpflichtgesetzes in der durch den erwähnten Antrag bezeichneten Weise, müssen die Arbeiter darauf bedacht sein, bei vorkommenden Fällen ihre gerechten Ansprüche trotz der jetzigen Mangelhaftigkeit des Haftpflichtgesetzes möglichst zur Geltung zu bringen. Dazu dient auch eine Entscheidung des II. Senats des Reichs-Oberhandelsgerichts zu Leipzig vom 30. Januar 1878.

Manche Gerichte weisen die Klagen auf Entschädigung auch in dem Falle zurück, wenn in Folge mangelhafter Schutzvorrichtungen allerdings eine große Gefährlichkeit vorhanden, diese aber dem Arbeiter bekannt war und das „Unglück" von ihm durch größere Aufmerksamkeit hätte vermieden werden können. — Gerade dieser Punkt, an welchem viele Klagen scheitern, ist es, der durch das bezeichnete Erkenntniß des Reichs-Oberhandelsgerichts zu Gunsten der Arbeiter entschieden worden ist. Der Sachverhalt ist folgender: Der Fabrikarbeiter S., welcher in einer Berliner Maschinenfabrik beschäftigt war, wurde im Jahre 1875 bei Gelegenheit des ihm übertragenen Einölens des Exzenters von den dicht dabei befindlichen Kammrädern am Aermel erfaßt und derartig am rechten Arme verletzt, daß er nach 14 Tagen verstarb. Der Verunglückte hinterließ eine Wittwe und zwei Kinder, welche von dem Fabrikbesitzer (einer Aktiengesellschaft) auf Grund des Reichs-Haftpflichtgesetzes eine fortlaufende Unterstützung beanspruchten, da durch die Schuld des Betriebsleiters, welcher die gefährliche Arbeit in der von S. ausgeführten Weise stets unbeanstandet hatte ausführen lassen, der Tod ihres Ernährers erfolgt war. Die Aktiengesellschaft verneinte die Leistung einer Entschädigung, da S., obwohl ihm die Gefährlichkeit der Verrichtung in der von ihm vorgenommenen Weise bekannt war, dennoch diesen Weg eingeschlagen hatte. Die Wittwe erhob Klage und es wurde in den ersten Instanzen nach dem Gutachten der Sachverständigen festgestellt, daß das Einölen des fraglichen Exzenters auf zwei Wegen bewirkt werden konnte, nämlich vom Eingange in den Maschinenraum rechts und links um die Maschine herum. Das Einölen auf ersterm Wege war durchaus ungefährlich für den Arbeiter, indeß wegen einiger dazwischen liegender Maschinentheile unbequemer und deshalb auch nach der Aussage des mit der Beaufsichtigung jener Abtheilung der Fabrik betrauten Drehermeister S. nicht üblich. Dagegen wurde das Einölen von den Arbeitern stets auf dem andern Wege links um die Maschine herum bewirkt, obschon es nach der übereinstimmenden Aussage der Sachverständigen in hohem Grade gefährlich war, und hat auch S. unzweifelhaft das Einölen auf diesem Wege vorgenommen. Auf Grund dieser Feststellung verurtheilte das Kammergericht die verklagte Aktiengesellschaft, und die dagegen eingelegte Revisionsbeschwerde wurde vom Reichs-Oberhandelsgericht II. Senat durch Erkenntniß vom 30. Januar 1878 zurückgewiesen, indem es motivirend ausführte: „Konnte nun auch dem S. die große Gefährlichkeit, welcher er sich bei der qu. Verrichtung aussetzte, unmöglich unbekannt sein, so kann ihm doch daraus, daß er sich dieser Gefahr trotzdem aussetzte, ein Vorwurf nicht gemacht werden, weil er die Arbeit in der dort üblichen, von dem vorgesetzten Aufsichtsbeamten S. wahrgenommenen und genehmigten Art und Weise ausgeführt. Es gereicht vielmehr der Klägerin zum Vorwurf, daß sie nicht Veranstaltungen getroffen hat, durch welche jede Gefahr einer Beschädigung der mit jener Arbeit beauftragten Arbeiter beseitigt wurde, wie § 107 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 einem jeden Gewerbeunternehmer zur Pflicht macht, — sei es nun, daß dem mit dem fraglichen Einölen des Exzenters beauftragten Fabrikarbeiter der gefährliche Weg links um die Maschine gänzlich verboten und der andere ungefährliche rechts angeboten wurde, sei es, daß Schutzvorrichtungen vor den Kammrädern angebracht wurden, wie sie seitdem angebracht sind, durch welche nach dem Gutachten der Sachverständigen jede Gefahr einer Beschädigung beseitigt wäre."

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
kost. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Heil, 500 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. cor Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 56. Mittwoch, 15. Mai. 1878.

Die Gewerbegesetznovelle im Reichstage.

I.

Berlin, den 10. Mai.

Der Reichstag beschäftigte sich vom 4. bis incl. den 9. Mai in äußerst langen — und wären die Sozialdemokraten nicht gewesen — in äußerst trockenen Sitzungen mit der trockenen Materie der Gewerbegesetzgebung, die trotz ihrer Trockenheit doch besonders für die Arbeiter von wesentlichem Interesse ist.

Die Bestimmungen der Gewerbegesetznovelle treten an Stelle des Titels VII der Gewerbeordnung; derselbe handelt von den gewerblichen Arbeitern (Gesellen, Gehülfen, Lehrlingen, Fabrikarbeitern), der erste Abschnitt bezieht sich auf die allgemeinen Verhältnisse und beginnt mit § 105.

Dieser Paragraph handelt von dem Verbot der Sonntagsarbeit; derselbe bestimmt, daß die Arbeiter zur Sonntagsarbeit nicht verpflichtet sind; in Fabriken und bei Bauten dürfen sie nicht beschäftigt werden. Die Sozialdemokraten beantragten, um den schädlichen Wirkungen der Hausindustrie entgegenzutreten, daß das Verbot der Sonntagsarbeit auch auf Werkstätten ausgedehnt werde. Dieser Antrag, von Kapell in der Sitzung am 4. Mai vertheidigt, blieb natürlich in der Minderheit, doch gelang es den Sozialisten, einen Antrag des „Schlotjunkers" Stumm, den er in der Commission pro domo gestellt und auch in die Commissionsvorschläge hineingebracht hatte, welcher das Verbot der Sonntagsarbeit bei Fabriken, die regelmäßigen Nachtbetrieb haben, nur von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends gelten lassen wollte, dadurch zu Falle zu bringen, daß sie getrennte Abstimmung verlangten und so die Aufmerksamkeit des Hauses auf diesen Satz lenkten, der nun auch in der Minderheit blieb.

Das war die erste Revanche für die Verfolgungen der Sozialisten zu Saarbrücken, denen Herr Stumm nicht fern steht. Andere Revanchen folgen nach, sobald der Geschäftsbetrieb wieder ein regerer geworden ist.

Zu demselben Paragraphen hatten die Sozialisten einen Antrag auf Einführung eines 10stündigen Normalarbeitstags gestellt, den Most in längerer und gewandter Rede vertheidigte. Aus der Rede des Abg. Most heben wir Folgendes hervor:

Alles, was gegen die Sonntagsarbeit geäußert worden, spreche auch dafür, die Arbeitszeit in der Woche vernünftig einzuschränken. Es könne nur noch als eine Frage der Zeit angesehen werden, daß hierin im Interesse der Wohlfahrt, Bildung und Gesundheit des gesammten Volkes Gesetzesvorschriften von Staatswegen gegeben werden müßten. Das Reichsgesundheitsamt habe ja auch schon seinen Blick nach dieser Richtung, besonders in Bezug auf die Kindersterblichkeit der arbeitenden Klassen, gerichtet, und in England sei der verderbliche Einfluß der zu langen Arbeitszeit auf die unteren Klassen statistisch nachgewiesen. Viele Humanisten und solide Arbeitgeber hätten außerdem dem demoralisirenden und entnervenden Einfluß der langen Wochen- und Sonntagsarbeit constatirt. Der zu lang angespannte Arbeiter greife zur Schnapsflasche, um sich durch spirituöse Anregung aufrecht zu erhalten. Der technologische Entwickelungsprozeß, der in der ununterbrochenen Erfindung neuer menschenersparender Maschinen zu Tage trete, drücke die Löhne so herunter, daß der Arbeiter genöthigt sei, durch Ueberstundenarbeit den Unterhalt für seine Familie zu erschwingen. Das ruinire die große Volksmasse im innersten Kerne und es sei daher Sache des Staates, einen Normalarbeitstag festzusetzen, unbeirrt durch das Zetergeschrei der ausbeutungssüchtigen Kapitalisten. Die Industrie werde dadurch nicht ruinirt, wie man gern von interessirter Seite behaupte; im Gegentheil habe sich herausgestellt, daß bei kürzerer Arbeitszeit die Arbeiter viel leistungsfähiger waren, als sonst. Man brauche ja nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten und die Polizei so mit Befugnissen zu versehen, daß sie überall schädigend und gehässig eingreifen könne. Aber wie der Staat die geistigen Fähigkeiten des Volkes bis zu einer gewissen Höhe durch obligatorischen Schulunterricht fördere, müsse er auch seine leibliche Gesundheit im Auge behalten. Der Arbeiter allein könne „freies Abkommen" gar nicht treffen, da er die persönliche Freiheit so gut wie gar nicht habe, denn er sei in jeder Beziehung von dem Willen seines Arbeitgebers abhängig. Er besitze ja nichts, als seine Arbeitskraft, die er zu Markte bringen und verwerthen müsse zu jedem Preise, der ihm geboten würde; er müsse sich daher auch in jede Bedingung fügen, die der Arbeitgeber ihm stelle. Man nenne das Volk oft sehr verächtlich „Lumpenproletariat", wenn aber die heutige Gesellschaft nicht mehr wolle, daß ein solches Proletariat existire, so müsse sie auch für Besserstellung des Arbeiters sorgen. Man verweise vielleicht auf die Koalitionsfreiheit des Arbeiters, um einen Normalarbeitstag ohne Gesetzgebung zu schaffen, aber von einer solchen könne ja in Deutschland gar nicht die Rede sein, denn in jede Vereinigung von Arbeitern, die ihre Interessen berathen wolle, mische sich sofort die Polizei ein und verbiete die Zusammenkunft. In Berlin z. B. sei über die Bauhandwerker schon seit Jahren geradezu der Belagerungszustand verhängt, denn die Polizei verbiete jede Bauarbeiterversammlung unter dem Vorgeben, daß sie dieselbe als Fortsetzung eines vor Jahren geschlossenen Vereins ansehe, und vom Ministerium in Preußen werde ein solches Vorgehen gut geheißen. (Redner kommt hier auf Madai's und Tessendorff's Maßnahmen zur Unterdrückung solcher Versammlungen zu sprechen und wird vom Präsidenten zur „Sache" verwiesen.) Er bitte, schon im Hinblick auf die alljährlich so zahlreich einlaufenden Petitionen um Einführung des Normalarbeitstages, seinem Antrage zuzustimmen. Die ganze deutsche Arbeiterwelt blicke bei der heutigen Vorlage auf den Reichstag. Es gäbe hier nur zwei Wege, den der Reform und den der Revolution. Die Sozialdemokraten seien es allein, die sich der Arbeiter hierin annehmen; aber sie hätten den dringenden Wunsch, daß hierin der Weg der Reform, nicht der der Revolution beschritten werde.

Abgeordneter Dr. Max Hirsch, der Vertreter des ausbeutenden Kapitals, trat mit ebensoviel Unwissenheit, als Frechheit dieser Rede entgegen und bewährte somit seinen alten Ruf als glühender Gegner der Arbeiterinteressen.

Der von den Sozialdemokraten beantragte Paragraph lautet: „Gewerbliche Arbeiter dürfen täglich nicht länger als 10 Stunden, an den Tagen vor Sonn- und Festtagen nicht länger als 9 Stunden, ausschließlich der Pausen, beschäftigt werden. — Kürzere Arbeitsschichten sind der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen. Während der Arbeitsschicht müssen drei Pausen von zusammen mindestens zwei Stunden stattfinden. Die Hauptpause muß in die Mitte der Arbeitsschicht fallen und mindestens eine Stunde dauern. — Die Arbeitsstunden sind nach der öffentlichen Uhr zu richten und dem Gewerbegericht anzuzeigen. — Die Arbeitsschicht darf nicht vor 6 Uhr Morgens beginnen und muß spätestens Abends 8 Uhr beendet sein."

Daß dieser Antrag vom Reichstage verworfen wurde, ist selbstverständlich — und zwar einmüthig wurde er gegen die Stimmen der Sozialisten abgelehnt. Nur zwei Abgeordnete, die Herren Holthof und Rohland erklärten, daß sie im Prinzip für den Antrag seien, daß die Form ihnen nur nicht convenire.

Montag den 6. Mai boten die Verhandlungen ein geringeres Interesse; es wurde über die Paragraphen von 106 bis 119 verhandelt, die sämmtlich nach den Commissionsvorschlägen mit einigen wenigen Abänderungen angenommen wurden. In Nr. 54 des „Vorwärts" habe ich schon kurz in meiner Berliner Correspondenz über die Sitzung berichtet. Das wichtigste Moment war jedenfalls die Ausdehnung der Führung der Arbeitsbücher bis auf das 21. Lebensjahr; der Commissionsvorschlag lautete auf die Führung eines Arbeitsbuches bis zum 18. Lebensjahre. Der „Hamburgische Correspondent" macht es den Sozialdemokraten zum Vorwurf und ruft auch die Arbeiter auf, sich diesem Vorwurfe anzuschließen, daß Niemand aus der sozialistischen Fraktion bei dieser Gelegenheit das Wort ergriffen habe. Wir entgegnen hierauf, daß der Abgeordnete Fritzsche bei dem betreffenden Paragraphen sich zum Worte gemeldet hat, daß derselbe aber dem bei der Berathung der Gewerbeordnungsnovelle üblichen Brauche, auch die Sozialdemokraten zu Worte kommen zu lassen, entgegen, durch Schluß der Debatte verhindert war, die Ansichten der sozialdemokratischen Fraktion zur Geltung zu bringen.

Der „Hamburgische Correspondent", von dessen Ehrenhaftigkeit wir überzeugt sind, wird nicht säumen, eine diesbezügliche Berichtigung zu bringen.

§ 112 handelt von der Form, in der die Eintragung in die Arbeitsbücher zu geschehen hat.

Abg. Kapell beantragte, der Bestimmung, daß die Eintragungen mit „Dinte" zu bewirken seien, hinzuzufügen, daß dies „schwarze" sein müsse, damit den Arbeitgebern nicht die Möglichkeit gegeben sei, durch verschiedenfarbige Dinte eine geheime Angabe des Charakters oder der Antecedentien eines Arbeiters einzuführen. Heutzutage geschehe dies durch verschiedenfarbige Arbeitsscheine, ein derartiges Aechtungssystem dürfe nicht protegirt werden.

Der Antrag Kapell wird abgelehnt, trotzdem man zugab, daß derselbe an und für sich gut sei.

§ 114 bestimmt: „Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter baar in Reichswährung auszuzahlen. — Sie dürfen denselben keine Waaren kreditiren. Die Verabfolgung von Lebensmitteln an die Arbeiter fällt, sofern sie zu einem die Anschaffungskosten nicht übersteigenden Preise erfolgt, unter die vorstehende Bestimmung nicht, auch können den Arbeitern Wohnung, Feuerung, Landnutzung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgt werden."

Hierzu beantragt Kapell, hinter dem ersten Alinea hinzuzufügen: „Das Innebehalten verdienter Arbeitslöhne ist verboten. — Bei Akkordarbeit, welche nicht allwöchentlich zum Abschluß gebracht werden kann, werden die Zahlungsverhältnisse zwischen den Betheiligten bis zur Vollendung des Akkordes ihrer gegenseitigen Vereinbarung überlassen." 2) In Absatz 2 hinter dem Worte „sie" einzuschalten: „nachweislich" und 3) dem Paragraphen folgenden Zusatz zu geben: „Derartige Anrechnungen bei der Lohnzahlung können nur mit Zustimmung der Arbeiter erfolgen."

Nachdem außer zahllosen anderen Rednern noch Kapell und Fritzsche diesen Antrag vertheidigt und erklärt haben, eventuell für die Regierungsvorlage zu stimmen, in welcher die gesperrt gedruckten Sätze der Commissionsvorlage nicht enthalten sind, wird die Commissionsvorlage angenommen.

Die Sitzung am 7. Mai war wieder interessanter. Die Sozialisten hatten eine Fabrik-, Werkstatt- oder Werkplatz-Ordnung zum Schutze der Arbeiter beantragt. Abg. Fritzsche, der den Antrag unterstützte, las einzelne Paragraphen aus jetzt bestehenden Fabrikordnungen vor, aus welchen sich die Nothwendigkeit der Abänderung und Revision von behördlicher Seite ergiebt. Man müsse sich bei der Einsicht in solche Fabrikordnungen die Frage vorlegen, ob es nicht an der Zeit sei, statt Thierschutzvereine Menschenschutzvereine zu gründen. Während z. B. für jede Minute Verspätung Abzüge am Wochenlohn gemacht würden, müsse der Arbeiter bei dringenden Arbeiten über die angesetzte Arbeitszeit ohne Extravergütung arbeiten. In einem anderen Paragraphen sei gesagt, der Arbeiter müsse allen Befehlen des Vorgesetzten unbedingt gehorchen. Das erinnert an das Militärstrafgesetzbuch. Für jeden fehlenden Fabrikgegenstand seien die Arbeiter haftbar, ob nun derselbe mit oder ohne ihr Verschulden abhanden gekommen sei. Dasselbe gelte von jedem Schaden, für den Alle haftbar seien, falls der Thäter nicht ermittelt werden könne. Die Arbeiter dürften während der Arbeit nicht miteinander sprechen, als ob die Fabrik ein Zuchthaus wäre. Es existirten Paragraphen, welche im Stande wären, zu Gunsten des Arbeitgebers den Arbeiter mit seiner Familie vollständig zu ruiniren. Dies sei besonders bei den Paragraphen über die Entlassung der Fall. Deshalb sei es nothwendig, die Revision solcher Fabrikordnungen den Behörden zu übergeben.

Die Abgg. Lasker und Dr. Franz (Centrum) erkannten an, daß solche Fabrikordnungen, wie sie Fritzsche angeführt, geradezu ein „Unfug" seien, gegen den sich jeder ehrliche Mensch wenden müsse, — trotzdem aber stimmten diese Herren gegen den sozialistischen Antrag, den der Abg. Richter in seiner bekannten Unverschämtheit lediglich eine „Vermehrung der Polizeikontrole" nannte.

Abg. Rittinghausen wendet sich gegen die Behauptung, daß die Sozialdemokraten eine Vorliebe zur Polizeigewalt hätten und die Wiedereinführung des alten Rüstzeuges der Reaktion wünschten. In den Bestrebungen der Sozialdemokraten seien zwei Grundzüge zu unterscheiden. Im Prinzip gehe die Tendenz der Sozialdemokratie dahin, die unhaltbare und ungerechte Organisation der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung durch eine bessere zu ersetzen. Dies suchten sie durch Aufklärung der zunächst betheiligten Kreise in legaler Weise zu erreichen. Daneben aber sei es ihr Bestreben, den Unterdrückten mit allen Mitteln, also auch denjenigen des jetzigen Staates, Hilfe zu schaffen.

Der sozialistische Antrag lautet:

„Wer mit Beihilfe gewerblicher Lohnarbeiter ein stehendes Gewerbe betreibt und eine Fabrik-, Werkstatt- oder Werkplatzordnung erlassen will, hat dieselbe von der Gemeindebehörde genehmigen zu lassen. Von der Gemeindebehörde nicht genehmigte Fabrik-, Werkstatt- oder Werkplatzordnungen haben für die Arbeiter keine verbindliche Kraft. Stellen sich bei Anwendung derselben Uebelstände heraus, so sind sie von der Gemeindebehörde zu prüfen und abzuändern. Die Fabrik-, Werkstatt- bezw. Werkplatzordnungen sind den betreffenden Arbeitern zur Kenntnißnahme und Unterzeichnung vorzulegen. Für den Arbeiter, der nicht unterzeichnet hat, ist die Fabrik-, Werkstatt- bezw. Werkplatzordnung nicht verbindlich. Die Fabrik-, Werkstatt- bezw. Werkplatzordnungen müssen enthalten: 1) diejenigen Bestimmungen, welche auf Grund dieses Gesetzes in den Gewerbebetrieb, für welchen die Fabrik-, Werkstatt- bezw. Werkplatzordnung gelten soll, durch die zuständige Behörde vorgeschrieben sind; 2) Anfang und Ende a. der Arbeitsschichten, b. der Pausen; 3) Zeit und Art der Lohnzahlung; 4) Dauer der gegenseitigen Kündigungsfristen und Art der Kündigung. — Körperliche und Freiheitsstrafen, Geldbußen, sowie alle das Ehrgefühl oder die guten Sitten verletzenden Ahndungen in die Fabrik-, Werkstatt- bezw. Werkplatzordnungen aufzunehmen, ist verboten. Ein Exemplar der behördlich genehmigten Fabrik-, Werkstatt- bezw. Werkplatzordnung ist in jedem Arbeitsraume an einer Stelle aufzuhängen, wo es jedem Betheiligten zugänglich ist."

Dieser Antrag wurde natürlich wieder gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Holthof's, der für die meisten Anträge der Sozialisten sich erhob, abgelehnt; ein Theil der Herren, wie der Centrumsmann Dr. Franz, verkroch sich wie gewöhnlich hinter der nichtssagenden Phrase, daß die Form des Antrags nicht genüge. Mögen doch diese diftelnden und kniftelnden Herren eine andere Form schaffen; die Sozialisten werden dann für eine andere Form stimmen — es kommt ihnen lediglich auf den Inhalt an.

Mit § 120 beginnen die Bestimmungen über die Verhältnisse der Gesellen und Gehilfen; mit § 125 die Lehrlingsverhältnisse und mit § 132 die Verhältnisse der Fabrikarbeiter.

Ueber die darüber gepflogenen Verhandlungen in meinem nächsten Briefe.

Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

V.

Von der Bodenrente.

H. L. Gehen wir nun weiter.

Wir kommen jetzt zum zweiten Einwand gegen die Giltigkeit der sozialistischen Werththeorie, dem, welcher auf den Einfluß der Naturkräfte hinweist.

Wir betreten damit so zu sagen terra incognita (unbekannten Boden), denn dieser sehr wichtige Theil der Werththeorie ist, so viel ich für den Augenblick wenigstens weiß, von unserer Seite noch nicht ausführlicher behandelt worden — auch Herr Marx wird erst im weitern Verfolg seines „Kapital" darauf zu sprechen kommen; es ist also doppelt und dreifach verzeihlich, wenn wir uns in diesen unbekannten Gefilden zuweilen — verirren.

Wenn von dem Einfluß der Naturkräfte auf den Tauschwerth der Produkte gesprochen wird, so kann vernünftigerweise nicht von jener Rolle der Natur die Rede sein, in welcher sie uns den rohen Stoff, das Material liefert, dessen wir zur Schaffung von Werthen bedürfen und welche — um ein Citat des Herrn Marx zu wiederholen — Petty sehr treffend bezeichnet, wenn er sagt, die Arbeit sei der Vater, die Erde die Mutter des Reichthums.

Diese passiv-weibliche Rolle der Natur bei der Entstehung der Werthe ist so klarliegend, daß es nichts als eine abgeschmackte Trivialität wäre, sich darüber in Erwägungen zu ergehen. Die

„Schleswig, den 25. April 1878.

Nachdem in Anlaß Ihrer Eingaben vom 6. vorigen und vom 10. d. Mts., betreffend die polizeiliche Auflösung der von Ihnen am 24. Oktober pr. zu Sande veranstalteten öffentlichen Versammlung, eine nähere Prüfung des Sachverhalts stattgefunden, hat sich ergeben, daß die Auflösung der letzteren aus dem Grunde erfolgt ist, weil der Königliche Kirchspielvogt zu Reinbeck in Ihren Aeußerungen eine Aufreizung zu strafbaren Handlungen erblickt hat. Den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gemäß ist sodann die Angelegenheit der zuständigen Staatsanwaltschaft überwiesen, von dieser jedoch der Thatbestand nicht für ausreichend zur Erhebung einer Anklage erachtet worden. Ein ungesetzliches Verfahren liegt sonach nicht vor und haben wir daher zu weiteren Verfügungen in dieser Sache keine Veranlassung finden können, nachdem, wie Ihnen bereits von dem Königlichen Landrathsamt eröffnet worden, Fürsorge getroffen ist, daß Ihnen künftig bei Abhaltung von Versammlungen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, sofern Sie nicht hierzu begründeten Anlaß bieten sollten.

Königliche Regierung.
Abtheilung des Innern."

Daraus ist ersichtlich, daß der Herr Kirchspielvogt sein „Gesetzesauge" etwas zu eifrig hat walten lassen, und dürfte derselbe gut thun, wenn er in Zukunft nicht in kritischen Aeußerungen „Aufreizung zu strafbaren Handlungen" erblickt.

Magdeburg, den 3. Mai. In unserer Nachbarstadt Burg ist am 24. v. Mts. die Kreissynode zusammengetreten und hat jetzt ihre Beschlüsse veröffentlicht. Aus denselben heben wir hervor, daß das Consistorium die Frage gestellt hat, „ob und in wie weit in dem Synodalkreise sich sozialdemokratische Bestrebungen geltend gemacht haben und was in diesem Falle kirchlicherseits dagegen geschehen sei oder zu geschehen habe?" Nach den Vorschlägen des Referenten, Prediger Bauermeister aus Burg, wurden folgende Thesen angenommen: „Sozialdemokratische Bestrebungen sind bisher in unserem Synodalkreise noch nicht zur eigentlichen Geltung gekommen. Keime derselben und Zündstoff dazu sind aber sowohl in unserer ländlichen, als insbesondere in unserer städtischen Bevölkerung leider in reichem Maße vorhanden. Die Kirche, also auch deren Vertreter und Organe, achtet sich nicht nur für befugt, sondern auch verpflichtet, in den Kampf wider sozialdemokratische Bestrebungen bezw. wider die Regungen dazu rechtzeitig mit einzutreten. Die Macht des Wortes und die Werke der Liebe, wie sie sich hauptsächlich in den mannichfaltigen Veranstaltungen der sogenannten inneren Mission offenbaren, sind für uns die einzig würdigen und erfolgreichen Waffen, welche im Kampfe gegen sozialdemokratische Bestrebungen anzuwenden sind." — Diese Thesen sind vom priesterlichen Standpunkte aus betrachtet allerdings milde und vernünftig, aber was nützen Thesen, wenn sie nicht gehalten werden. Ich hege nämlich die feste Ueberzeugung, daß, wenn die Sozialdemokratie erst in dem Kreise Burg festeren Boden gefaßt hat, die Herren Priester nach dem Staatsanwalt, dem Polizisten und Gensdarmen, als den „einzig würdigen und erfolgreichen Waffen" gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen schreien werden. So sind sie nämlich alle vom Fortschritt bis zum Muckerthum — zuerst ein groß Geschrei von geistigen und moralischen Waffen, und dann, wenn man merkt, daß dieselben bedenklich stumpf sind, ein noch größeres Geschrei nach der Polizeigewalt. Es ist nur gut, daß Beide uns nur wenig anhaben können.

Greiz. Die vorige Nummer des „Vorwärts" enthält eine Correspondenz von hier, in der die Behauptung aufgestellt wird, die Arbeit in den hiesigen Webereien ginge flott. Ich muß dieser Behauptung ganz entschieden widersprechen. Richtig ist nur, daß hier eine mechanische Webefabrik mit 300 Stühlen neuerdings eröffnet wurde, das ist aber noch lange kein Grund, die Arbeitsverhältnisse in rosigem Lichte erscheinen zu lassen. Brachliegende Arbeitskräfte giebt es hier noch in großen Massen, und daß die Noth unter den Arbeitslosen eine große ist, beweist allein schon die folgende Notiz der „Greizer Zeitung", der man wahrlich nicht nachsagen kann, daß sie ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Die Notiz lautet: „Wie uns von Seiten des Zehnerklub mitgetheilt wird, hat die von diesem Vereine zu einem wohlthätigen Zweck veranstaltete Abendunterhaltung, deren intellektuellen Erfolg wir kürzlich Gelegenheit hatten, rühmend zu erwähnen, einen materiellen Gewinn von 205 Mark abgeworfen. Die ganze Summe soll den nothleidenden Webern von Reuß ä. L. zu Gute kommen." — Aus diesen Zeilen ist wohl zur Genüge zu ersehen, daß die Arbeitslosigkeit hier grade so groß ist wie überall, Möge sich also Niemand und namentlich kein Weber durch den Umstand, daß hier eine neue Weberei in Gang gesetzt ist, verleiten lassen, hierher zu kommen; Arbeit dürfte er schwerlich erhalten, da auf jeden Arbeitenden gut und gern 3—4 Arbeitslose kommen. Ein Zuzug von Arbeitern nach hier könnte nur ein Heruntergehen der ohnedies auf dem Gefrierpunkt des Hungerlohnes stehenden Arbeitslöhne zur Folge haben, was den Fabrikanten freilich nur angenehm wäre, den Arbeitern das Leben aber noch mehr verbittern würde.

München, den 6. Mai. Schon wieder ein Opfer der Sozialistenhetze! Kaum hat sich das Grab über Dentler's Leiche in Berlin geschlossen, so kommt auch aus Süddeutschland die Botschaft von einem Todesfall, den die Sozialistenverfolgung verschuldet hat. Der „Zeitgeist" schreibt hierüber: „Das erste Opfer der Reaktion ist auch in München gefallen. Unter den Verurtheilten des letzten Sozialistenprozesses befand sich auch der Schreinermeister Georg Schmitt in Rosenheim, der nach Beendigung des Prozesses — eines Tags plötzlich in Haft gehen mußte. Auf die hochschwangere Frau des Verurtheilten übte der Vorfall der plötzlichen Inhaftirung ihres Gatten einen solch' irritirenden Einfluß, daß sie plötzlich gefährlich erkrankte. Eine Frühgeburt und der Tod der armen Frau waren die Folge. Der später beurlaubte Genosse Georg Schmitt richtete ans Rosenheim folgende zwei Briefe an uns, die wir hier dem Wortlaute nach veröffentlichen:

„Meine Frau schwebt seit ihrer Entbindung in steter Lebensgefahr, so daß ich ihrer Auflösung jede Stunde jetzt gewärtigen muß, denn nur ihrer kräftigen Körperconstitution ist die lange Ausdauer anheim zu schreiben. Trotzdem entwickelt das Kind jetzt eine Lebensfähigkeit, die ihm vorher der Arzt abgesprochen hatte; die Pflicht erfordert daher, daß ich Alles aufbiete, sein Leben zu erhalten. Mir war es seit meiner Entlassung nicht möglich, etwas zu verdienen, denn zur Krankenpflege meiner Frau konnte ich auch Niemand trotz Bezahlung gewinnen. Alle verfügbaren Mittel sind jetzt aufgezehrt; pure Noth starrt mich von jedem Winkel an. Für drei hilflose Wesen sollte ich Hilfe bringen. Meine erzwungene Abwesenheit ist die größte Ursache an dem Tode meiner lieben Gattin.

Georg Schmitt."

Ein zweiter Brief sagt uns:

„Der traurige Moment bei meiner lieben Frau ist leider heute Morgen 9 Uhr eingetreten. Sie verschied sanft, aber gefaßt. Sie stand bei jeder ihr gebotenen Gelegenheit treu und fest für die Rechte der Menschenwürde und Freiheit ein. Wer die Verblichene kannte, kann nur meinen tiefen Schmerz würdigen. Ich bitte Sie deshalb freundlichst um eine nur recht einfache Todesanzeige, weil es der Verblichenen Wunsch war. Der „Zeitgeist" war ihr Lebensbedürfniß."

Münchener Arbeiter! Entblößt das Haupt vor der Bahre des ersten Opfers, das im Kampfe für die Befreiung der unterdrückten Klassen gefallen. Und wenn Ihr der Hülle der entschlafenen Genossin gedenkt, sprecht ein „Vater unser" — aber nicht dasjenige, das man Euch gelehrt, nein, jenes Vater unser, das da lautet: „Durch Kampf zum Sieg!"

Friedberg (i. d. Wetterau), 1. Mai. Den 24. März hielten wir hier eine öffentliche Versammlung ab, in der Unterzeichneter den Vorsitz führte. Vor Schluß der Versammlung ging der Antrag ein, zur Deckung der Kosten eine Tellersammlung zu veranstalten. Der Antrag wurde vorgelesen und die Versammlung gefragt, ob Jemand gegen den Antrag etwas einzuwenden habe; als sich Niemand meldete, auch nicht der anwesende Polizeidiener, forderte ich die Antragsteller auf, die Tellersammlung vorzunehmen. Vor ein paar Tagen nun bekomme ich eine Vorladung zu einem Termin am 7. Mai, da ich nach Anzeige des Polizeidieners Fourier bei der am 24. März abgehaltenen öffentlichen sozialistischen Versammlung unerlaubt habe collektiren lassen, und zwar auch bei „Nichtmitgliedern des Sozialistenvereins". — Ist es nicht merkwürdig, erst läßt der überwachende Polizeibeamte ruhig die Tellersammlung zu und dann werde ich nach Wochen wegen einer „ungesetzlichen Handlung" belangt. Nun, wir werden ja sehen, wie die Sache endet, aber bezeichnend für unsere Rechtszustände bleibt ein solches Verfahren immer. G.

Elberfeld. Wie sehr in unserem Culturstaat Preußen die Schulbildung cultivirt ist, wird durch folgendes Pröbchen recht treffend illustrirt. Auf dem hiesigen Standesamte sollte ein Bräutigam nach den vorhergegangenen Formalitäten zur Beglaubigung seinen Namen unter das beglückende Aktenstück setzen. Hierzu aufgefordert, erwiderte der Bräutigam in aller Seelenruhe: „Das kann ich nicht aus dem Kopfe!" Wirklich mußte dem Bräutigam erst sein eigener Name mit großen und deutlichen Buchstaben auf ein Stück Papier vorgeschrieben werden, nach welchem er dann copirte, aber so, daß Niemand den Namen lesen konnte. Von den Tausenden derartiger Fälle gelangen nur wenig zur öffentlichen Kenntniß, da sie gestissentlich unterdrückt werden, weil ja sonst der künstliche Nimbus von Bildung, Cultur und Civilisation fallen und sich das schöne Bild: „Kaserne, Zuchthaus und Hungertyphus, Blut und Eisen, Schnaps und Pulver" dem erstaunten Michel zeigen würde.

Darmstadt, 6. Mai. In der gestern hier stattgehabten Delegirtenversammlung unserer Parteigenossen im Großherzogthum Hessen, bei welcher Delegirte von Bessungen, Worms, Mainz, Friedberg-Gießen, sowie für den Wahlkreis Offenbach (Land)-Dieburg anwesend waren, wurde beschlossen, daß man sich überall durch Aufstellung eigener Candidaten an der Wahl betheilige, die Hauptkraft aber auf diejenigen Wahlkreise werfe, in welchen Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Es wurde dann schließlich der Wahlkreis Offenbach (Land)-Dieburg als offizieller Wahlkreis der Partei im Großherzogthum Hessen angenommen.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 14. April d. J. sind für nachbenannte Fonds bei dem Unterzeichneten eingegangen:

a) Agitationsfond:

Berlin durch R. Tietz M. 100,00; Halle a. S. von der Halle'schen Maschinenfabrik d. Schmidt 1,80; do. von einigen Landwehrleuten d. Krüger 4,00; Forst d. K. (für Wähler) 9,00; Eimsbüttel d. Weinert u. Göbel (statist. Tafel) 3,00.

b) Unterstützungsfond:

Hamburg Liste 17 d. Hoenicke 11,20; Liste 9 d. Semlow 4,80; v. Sch. R. 30,00; d. H. Gadow 2,40; Hochzeit von Tailfeld d. Frau S. 3,30; v. C. H. Kimm 6,00; v. D. 3,00; v. H. 1,00; v. Bunsen's Bau 6,35; v. Labage & Oelcke's Werkstelle 50,00; v. Sylvanus 10,00; zwei Ungenannte 2,00; von R. Praast 2,40; v. Ohl's Bau, Colonnaden, 7,75; v. Frau R. 1,00; d. E. Neumann 13,50; d. Isaaks von der Unterstützungskasse d. Zimmerer 300,00; v. d. sozialdemokrat. Bande in Mottenburg 10,10; Halle a. S. Tellersamml. am 18. März 6,00; Neumünster d. K. Schneidt in Kiel 16,35; Meerane v. B.-B. d. R. Jäcklin 40,00; Lübeck gesammelt am 18. März 18,66; do. ges. auf dem Osterfest 9,51; do. v. Cigarrenarbeitern 12,00; do. v. Stiftungsfest der Schneider 12,20; Achim d. C. Engelmann 5,40; Erfurt Liste 2787 d. W. 5,75; Cassel v. Spaziergang nach Wolfsanger d. Meise 5,72; Golbap v. M. K. 1,50; Ronsdorf vom Stiftungsfest d. Ernst in Barmen 10,00; Kiel v. Schwand & Holstein Werft. 4,00; do. auf Listen d. Gütt 10,50; Goslar v. Kreische 0,50; Berlin v. J. Oertel 3,00; do. v. P. S. 300,00; do. v. Cig.-Fabrik Martiensen d. Seifel 2,50; do. v. Cig.-Fabrik J. Schrader d. H. Schröder 20,00; Ballenstedt v. C. Strube 4,00; Altona v. W. B. 10,00; Ottensen v. Osterfest d. H. Molkenbuhr 16,00; do. d. Herold 30,60; Crimmitschau d. F. Böttger 15,70; Forst d. C. P. 25,00; Wolfenbüttel v. gemeinschaftl. Vergnügen der 4 Gewerkschaften 4,60; Essen v. 17 Parteig. d. Aug. Lange 7,40; Straßburg v. F. R. 5,00; do. von B. 5,00; do. von F. 5,00; do. von W. 5,00; Wandsbeck von Lassalle's Geburtstagsfeier 12,72; do. durch H. Schütt 36,00; Frankfurt a. M. von E. Lehm 3,00; Mannheim auf Listen d. Koch 22,07; Lugau auf Listen durch F. Oesterreich 7,50; Wilster Liste 5578 d. N. Thun 2,20; Elbing Liste 4998 d. O. Jochem 6,50; Groß-Steinheim d. M. Blümlein 3,50; Hürben von S. Fischer 3,00; Maraunenhof d. Max Herbig v. St. 15,00; Eilenburg d. R. Sperling 6,05; Flensburg v. Arb.-Sängerbund Maskerade 4,38; do. auf Listen d. Leiding 11,40; do. v. B.-V. f. Arb. 1,35; Augsburg d. M. Stetter v. Scheiders Schneiderwerkstatt 15,00; Dessau d. Rob. Sandmann 7,30; Neheim v. Wagen-Laternfabrik d. Schmidt 4,00; Aachen Liste 5574 d. Sprenger 2,50; Leipzig d. Hablich von diversen 117,81; Naumburg a. S. 1 Sammelliste Dr. R. 5,50; Halle a. S. d. Reinthal u. Schmidt Volksversammlung in Eisleben 6,50; Cottbus gesammelt d. Philipp, G. Hammel und Teichert 4,00; Eimsbüttel „Durch's freie Leben" 3,30; Bielefeld Liste 5274 d. Kuhlmann 19,25; Königsberg d. Streckert u. Faust 6,00; Groß-Auheim d. A. Kronenberger 12,00; Schwabach v. d. Parteigenossen d. G. Baum 10,00; Wittgensdorf auf Liste d. A. Spindler 1,75; Hammerbrück d. Friedrich Unger 3,00; West-Meriden (Nordamerika) d. B. Kröber u. folgende Genossen in Rockville: v. Schortmann 2,00; v. E. Schümmler 1,00; Niederwerfer 1,20; v. Hoppe 2,00; v. Burkhardt 1,00; v. E. Wißner 2,00; v. G. Wißner 2,00; v. Mann 1,00; v. Riebel 2,00; v. Obelt 1,00; v. Heidrich 1,40; ferner von den Genossen in Lisbon-Plains: Stötzner 2,00; König 2,00; Drechsler 4,00; endlich von den Genossen in West-Meriden 36,10, darunter 4,00 für die Gemaßregelten in Neuselwitz.

c) Wahlfond:

Würzburg d. Lampert 12,00; Frankfurt a. O. Liste 2952 d. E. Müller 12,00; Kalk d. W. Eckert 2,00; Delitzsch d. Twoote 6,45; Düsseldorf-Grafenberg Liste 3202 d. Nieve 9,35; do. Liste 5 d. W. Tietge 13,20; Berlin v. d. Martien'schen Fabrik d. C. S. 3,15; Ursprung d. M. Andig 4,00; Gera Liste 2845 d. Haburg 13,30; Bielefeld Liste 3039 d. J. Kränke 10,70; do. d. Kuhlmann Liste 3040: 55,00; Rendsburg Liste 2901, 2902 und 2903 d. Loßmann 11,80; Hagen i. W. v. Reitze 5,00; Lübeck v. Cigarrenarb. d. Heyer 12,00; do. Ueberschuß v. d. Märzfeier 50,50; Treuen Ueberschuß v. Volksfest d. F. Glaß 6,00; Klein-Krotzenburg d. Th. J. Köhler 2,00; Wiesbaden Liste 2646 d. Th. M. Wieger 6,25; Gießen auf Listen d. F. Petermann 11,20; Erfurt Liste 2787 d. W. 0,75; Gohlis auf Liste durch E. Rast 6,00; Chemnitz v. Familienabend d. S.-A. W.-V. d. Liebsch 15,66; Ronsdorf Liste 2899 d. E. Wille 2,50; do. Liste 2900 1,25; Plauen Liste 3178 d. W. 5,49; Königsberg Liste 3015 d. A. 14,00; do. Liste 3016 d. Joost 11,80; do. Liste 3014 v. d. Werkstatt Kowski 2,00; Baden-Baden Liste 2750 d. Langer 7,50; Crimmitschau Liste 2778 d. F. Böttger 15,80; do Liste 2779 2,05; Forst Liste 2740 d. B. 3,85; Triebel auf Liste 1,20; Friedberg Liste 4814 6,56; Wiesbaden Liste 2947 d. W. Palm 3,00; do. Liste 2948 2,75; Kirchberg Liste 2826 2,00; Gartenfeld Liste 1 d. C. Becker 3,72; do. Liste 2 6,53; Bockenheim Liste 3033 d. D. Goll 9,50; Eimsbüttel Liste 3220 d. Sobersky 18,10; Meerane Liste 2979 d. R. Jäcklin 9,70; do. Liste 2980 5,15; do. L. 2981 8,40; Zenkau Liste 3148 1,80; Gelsenkirchen Liste 3010 d. Tenhaef 4,00; Langenbielau Liste 2758, 2748 u. 2765 d. A. Kühn 19,90; Heidelberg Liste 2841 d. Nething 7,00; do. Liste 2842 6,10; do. Liste 2843 10,00; Lechhausen Liste 3193 d. Lichtensteiger 8,70; Spremberg Liste 2 d. Zimmermann 7,30; Osnabrück auf Listen v. Schuhmachern d. Lundorf 5,35; Darmstadt Liste 2781 d. L. Betz 3,50; do. Liste 2782 13,65; do. Liste 2783 6,50; Hainichen Liste 2835 d. Auerbach 3,20; do. Liste 2836 3,05; do. Liste 2837 2,50; Calau Liste 4780 4,95; Großbruch-Neuenhaus Liste 3197 d. Gries 12,00; Heilbronn d. G. Kittler 19,70; Sonneberg Liste 3103 d. Jul. Dressel 3,80; Sossenheim-Sindlingen Liste 2907 d. P. Mook 6,45; Oberhöchstadt Liste 2908 4,46; Hamburg d. E. Neumann 4,20; do. d. Lehmann 14,65.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Abrechnung des sozialistischen Central-Wahlcomités Ende Mai abgeschlossen und in dieser Gestalt dem Parteicongreß vorgelegt wird. Alle Parteiorte müssen, mit Rücksicht auf ihre Vertretung auf dem Congreß, ein Interesse daran haben, in dieser Abrechnung nicht als Restanten zu figuriren. Ich ersuche daher dringend, zunächst alle noch ausstehenden Listen für den Wahlfond an mich einzusenden.

Hamburg, 10. Mai 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Die erste **Generalversammlung** findet **Sonnabend**, den 5. Juli 1878 in **Darmstadt** statt.

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Prüfung der Jahresrechnung. 3) Berathung der eingegangenen Anträge. 4) Wahl des Bundesvorsitzenden. 5) Wahl des Ortes zur Prüfung der für den Bund zu dichtenden Gesänge.

Der Ausschuß ladet zu dieser Generalversammlung unter Hinweis auf § 11 des Statuts ein, wonach Anträge für dieselbe spätestens vierzehn Tage vorher an denselben einzusenden sind und spricht die Erwartung aus, daß jeder Verein einen Delegirten sendet. Es werden zu diesem Behufe an die Vereine des Bundes demnächst Mandatsformulare gesandt. Sollten aber Vereine die Mittel für einen Delegirten nicht aufwenden können, so werden dieselben ersucht, ihre Mandate mit Unterschrift einzusenden, damit für Vertretung gesorgt werden kann. Zeit und Versammlungslokal werden demnächst noch bekannt gemacht. Gleichzeitig werden die Vereine des Bundes ersucht, die am 31. März d. J. fälligen Beiträge nunmehr einzusenden, da in der Generalversammlung die Jahresrechnung vorgelegt werden muß.

Gotha, 6. Mai 1878.

Der Ausschuß.
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Expedition: C. Möbus Jsny: Bezüglich Ihrer Anfrage können genauere Auskunft durch die Expedition der „Süddeutschen Volkszeitung" in Stuttgart, Hermannstr. 1, erhalten.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. Den 16., 17. und 18. Juni bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37: [70

Generalversammlung.

☛ Alle Anträge zur Generalversammlung sind bis den 10. Juni bei dem Unterzeichneten einzusenden, sowie die Anmeldungen der Delegirten.

Der Vorstand.
A. Barbi, St. Pauli, Marktstr. Nr. 5, Haus 2.

In der am Dienstag, den 19. Februar stattgehabten Versammlung der Interessenten des „Volksfreund" wurden folgende Antheilscheine ausgelooft:

Nr. 194, 6, 123, 299, 72, 24, 89, 125, 209, 183, 184, 178, 63, 163, 115, 87, 86, 120, 4, 29.

Die Zeit der Auszahlungen vom 1. April bis 1. Juli. Nach diesen Tagen finden Auszahlungen auf vorgenannte Nummern nicht mehr statt. Die Inhaber der betr. Antheilscheine gehen dann vielmehr ihres Anspruches verlustig.

Geschenkt wurden dem Fonds des „Volksfreund" bis jetzt 80 Antheilscheine. (3a)

Gegen Zurückgabe des Antheilscheins können die gezogenen Nummern zu jeder Tageszeit bei H. Prinz, Heiligkreuzgasse 10 eingelöst werden. [4,80

Frankfurt a. M. im April 1878.

Die Zeitungscommission.

Leipzig. Donnerstag, den 16. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Windmühlenstraße 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Fragekastendebatte. [60

Der Agent.

Ottensen. Donnerstag, den 16. Mai, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1 Treppe: [80

Volksversammlung.

Tagesordnung: Der Congreß in Gotha u. s. w.

F. Heerhold.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Förderstraße 13. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 247 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Nitzsche, 345 West — 27 Str.
Philadelphia: P. Heil, 509 North 3rd Street.
S. Hall, N. E. cor Charlotte & Goodge Str.
Hoboken N. J.: H. A. Gerge, 218 Washington Str.
Chicago: A. Bastermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 57. Freitag, 17. Mai. 1878.

Die Gewerbegesetznovelle im Reichstage.

II.

Berlin, den 12. Mai.

Mit § 120 beginnen die Bestimmungen über die Verhältnisse der Gesellen und Gehülfen.

Die §§ 120, 121, 122 werden ohne Diskussion nach der Commissionsvorlage angenommen.

Zu § 123, betreffend die einzelnen Fälle, in welchen die Gehülfen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung die Arbeit verlassen können, beantragen die Abgg. Hasenclever und Motteler folgende Bestimmung als Nr. 1a. einzuschalten: wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter eines Diebstahls, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig machen.

Abg. Hasenclever: Die Bestimmungen, die gegen die Arbeiter in § 122 getroffen seien, müßten auch in § 123 gegen die Arbeitgeber treffen. Redner führt dann einige Beispiele aus der Textil- und Tabakindustrie an, wonach es oft vorgekommen ist, daß den Arbeitern ein geringeres Gewicht an Rohmaterial, als ausgemacht gewesen, gegeben worden sei. Wenn nun die Arbeiter, welche gehalten wären, das gleiche Gewicht Gespinnst oder die bestimmte Anzahl fertiger Cigarren abzuliefern, zur Ermöglichung der Vorschrift verschiedene unredliche Manipulationen in der Arbeit vorgenommen hätten, so wären sie dann in die Hände des Arbeitgebers auf Gnade und Ungnade gegeben. Der liederliche Lebenswandel, der gegen den Arbeiter sofortige Entlassung zuziehe, finde sich ebenso bei Fabrikherren und speziell bei den Meistern, welche vielfach durch ihr Geschäft dazu gezwungen den ganzen Tag auf der Straße liegen müßten. Da sei es doch nur eine logische Consequenz, auch dem Arbeiter die sofortige Aufkündigung zu gestatten. Andernfalls habe man das directeste Beispiel einer Klassengesetzgebung vor Augen und so sei der Reichstag vor die Alternative gestellt, die Behauptung der Sozialdemokratie, die heutige Gesetzgebung sei eine Klassengesetzgebung, wenigstens in diesem einen Punkte zu entkräften, oder sie aber ganz besonders noch, wenn der Antrag abgelehnt werde, zu erhärten.

Die Abgg. Hammacher und Helldorf sprachen gegen, der Abg. Eugen Richter, der ausnahmsweise einmal ein Körnchen Verständniß für Recht und Unrecht an den Tag legte, für den Antrag. Zweimal wandte sich der Bundescommissarius Geh. Rath Rieberding gegen Hasenclever und hob hervor, daß der Diebstahl, die Unterschlagung, welche die Meister an den Gesellen verüben könnten, sehr selten wären und auch schon anderweitig im § 123 berührt seien, wohingegen Hasenclever dem Bundescommissarius ganz richtig nachwies, daß nach dem Wortlaut des correspondirenden Absatzes in § 122 nicht lediglich von einem Diebstahl, von einer Unterschlagung des Arbeiters dem Arbeitgeber gegenüber, sondern von Diebstahl, Unterschlagung im Allgemeinen die Rede sei. Dies solle auch natürlich der von ihm gestellte Antrag zum § 123 im umgekehrten Verhältniß bedeuten. — Komisch war in den Ausführungen des Herrn von Helldorf, daß es dem Arbeiter ganz gleichgültig sein könne, ob sein Arbeitgeber liederlich sei. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittspartei.

§ 124 lautet nach der Commissionsvorlage: Ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehülfen verleitet, vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, ist dem früheren Arbeitgeber für den dadurch entstehenden Schaden als Selbstschuldner mitverhaftet. In gleicher Weise haftet ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehülfen annimmt oder behält, von dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist.

Hierzu hat der Abg. Dr. Wolffson den Antrag gestellt, anzufügen: Die für unbefugte Entlassung des Arbeiters, so wie für unbefugtes Verlassen der Arbeit zu leistende Entschädigung ist mindestens auf den Betrag des Lohnes festzusetzen, welchen der Geselle oder Gehülfe innerhalb der auf den Tag des Vertragsbruches folgenden vierzehn Tage, oder, wenn das Arbeitsverhältniß früher als nach vierzehn Tagen gelöst werden kann, von dem auf den Tag des Vertragsbruches folgenden Tage an bis zur rechtmäßigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Grund desselben verdient hätte.

Abg. Most beantragt, den § 124 zu streichen. Redner vertheidigt seinen Antrag dahin, daß durch obigen Paragraphen der Arbeiter empfindlich getroffen würde. Auf hinterlistige Weise schädige man den Arbeiter und vergesse, daß der Arbeitgeber viel öfter contraktbrüchig sei als Ersterer.

Das Amendement Wolffson und der Antrag Most wurden abgelehnt und der § 124 in der Commissionsverfassung angenommen.

Die Commission hat folgenden § 127a eingefügt: „Bei Beendigung des Lehrverhältnisses hat der Lehrherr dem Lehrling unter Angabe des Gewerbes, in welchem der Lehrling unterwiesen worden ist, über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten, so wie über sein Betragen ein Zeugniß auszustellen, welches von der Gemeindebehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist. An Stelle dieser Zeugnisse können, wo Innungen oder andere Vertretungen der Gewerbetreibenden bestehen, die von diesen ausgestellten Lehrbriefe treten."

Abg. Demmler empfiehlt den ersten Satz des Paragraphen, beantragt jedoch, den zweiten Satz zu streichen, weil ein von der Innung ausgestelltes Zeugniß gegen den Lehrling bei einem der Innung nicht angehörenden Meister ein Vorurtheil hervorrufen kann und umgekehrt.

Der Antrag der Commission wird darauf unverändert angenommen.

Der § 129 handelt von der Auflösung des Lehrverhältnisses. Bei der Debatte über denselben warfen sich die Clerikalen und Conservativen allerlei Schmeicheleien an den Kopf. Der conservative Herr von Helldorf, der sonst gerade nicht das Pulver erfunden hat, war schlau genug, zu merken, daß die Clerikalen nur bei Gelegenheit sich ein Freiheitsmäntelchen umhingen, um das Volk zu kirren. Darüber war der Centrumsmann Lieber sehr erbost, sprach von seiner Würde, von der Würde des Reichstags und erklärte zuletzt, daß ihm der Abg. Most noch lieber sei als der Abg. Helldorf. Wahrhaftig keine Schmeichelei für unseren Genossen, der sich natürlich auch lebhaft für ein derartig's clerikales Compliment bedankt.

Die sämmtlichen Paragraphen bis 133 wurden darauf nach der Commissionsvorlage genehmigt. § 133 handelt von der Kinderarbeit; zu demselben waren verschiedene Amendements gestellt, unter denselben ein sozialistisches, welches Motteler in längerer Rede vertheidigte. In einem Schlußartikel berichte ich darüber Näheres.

Das Attentat.

Berlin, den 13. Mai.

H. L. Holla! Das ist doch einmal ein gefundenes Fressen! Irgend ein von Hunger und Elend windelweich geprügelter armer Teufel feuert vor dem deutschen Kaiser aus einem 8 Mark-Revolver (brauchbare kosten 40) einige Schüsse in die Luft — man weiß noch nicht und der „Attentäter" wußte es in jenem Moment wohl selbst nicht recht, ob um sich selbst in Gegenwart des Kaisers, oder um diesen, oder um — Niemanden zu treffen — welch eine köstliche Gelegenheit, die gewohnte Begeiferung einer ganzen großen politischen Partei mit verzehnfachter Pferdekraft fortzusetzen!

Was soll man zu all den Infamien sagen, die wir da jetzt zu hören bekommen? Wir, die wir bei jeder Gelegenheit darauf hinwiesen, wie nur in stetiger, mühsamer, ausdauernder Aufklärungsarbeit des Volkes unser großes Ziel zu erreichen sei und wie durch Putschversuche, Verschwörereien, Attentate und ähnliche Narrenspossen nur unseren Feinden in die Hände gearbeitet werde (erst bei der neulichen lächerlichen Lugowski-Affaire nahmen wir wieder Anlaß dazu), wir sollen die „Urheber" dieser Ausgeburt eines kranken Hirns sein, sollen solidarisch dafür verantwortlich gemacht werden!

Und gerade hier! Welches irgendwie absehbare Interesse sollen wir, in's Teufels Namen, am Tode Kaiser Wilhelm's haben? Die sozialistische Bewegung hat unter seiner Regierung so großartige Fortschritte gemacht, daß wir ein Ende derselben in der That nichts weniger als herbeizuwünschen Ursache haben; wer weiß, wann wir es so gut wiederfinden! Niemand hätte denn auch einen unglücklichen Ausgang des Attentats tiefer betrauert, als wir.

Wahrhaftig — wenn dieser soi-disant „Sozialdemokrat" sich an uns rächen und der Polizei einen unbezahlbaren Dienst hätte leisten wollen, er würde es um kein Haar anders haben machen können, als er es eben machte.

Man brauchte nur an jenem Nachmittag Unter den Linden in Berlin zu sein und die Ausbrüche von Patriotismus und Unterthanentreue zu hören, zu sehen, wie da die Fahnen gleich über den Häusern hingen, wie das Spießervolk in Schaaren sein „Heil dir im Siegerkranz", seine „Wacht am Rhein" hinplärrte, — nur das brauchte man mit angesehen zu haben, um zu erkennen, was für eine Sorte von „Sozialdemokrat" jener Mensch sein muß (auch seine confusen Redensarten von „Nihilist", „Anarchist", „christlich-sozial" 2c. beweisen es zur Genüge), wie genau er begriffen hatte, was unserer Partei noth thut und — was für kolossale Dummköpfe wir sein müßten, wollten wir uns jemals auf irgend einen Streich einlassen!

Kein probateres Mittel, dem herrschenden System auf wohlfeile Art zur Popularität, zu Glorienschein und Märtyrerkrone zu verhelfen und uns selbst als das personifizirte böse Prinzip, als Rotte Korah hinzustellen.

Und nun die moralischen Entrüstungseruptionen des Spießerthums über die Sozialdemokraten, die wir in den nächsten Wochen auszustehen haben werden und aus denen jedesmal gar salbungsvoll das „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie Jene!" herauszuhören sein wird.

Und das endlose Geschnatter des gesammten Federviehs, das diese gute Gelegenheit, seine „Gesinnungstüchtigkeit" in's rechte Licht zu stellen, natürlich gehörig ausbeuten wird. Das erstirbt gewiß alles vor Loyalität und sittlicher Entrüstung. Wer nicht ganz besonders starke Nerven hat, dem empfehlen wir dringend, in den nächsten Wochen kein reichstreues Blatt in die Hände zu nehmen.

Und endlich — last not least — der kostbare Vorwand für unsere guten Freunde, die Tessendorffe, uns noch mehr zu verfolgen, einzukerkern, zu malträtiren, als bisher! Kein vergnügterer Mensch heute unter der Sonne, als Herr Tessendorff in Berlin. Sein Weizen blüht jetzt!

Das also sind die Vortheile, die uns aus der That jenes Gehirnkranken erwachsen. Und nun ermesse man die bodenlose Frechheit und Gemeinheit, die darin liegt, uns gar noch die „Anstiftung", die „Urheberschaft", die „Mitschuld" 2c. 2c. an dieser irrsinnigen Handlung in die Schuhe zu schieben! — Warum nicht gleich sagen, wir „stiften" die Tessendorffe dazu „an", uns ja noch mehr zu malträtiren, einzukerkern? Beides läuft in der Wirkung genau auf Eins und Dasselbe hinaus.

Das ist richtig: Wer unsere gute, reine und gerechte Sache recht, recht sehr schädigen will, der weiß jetzt, wie er es anzustellen hat — er macht es wie jener Geisteskranke: er steckt etliche sozialistische Zeitungen, Broschüren, Photographien 2c. zu sich und — geht schießen.

Keiner aber, der es mit unserer Sache ehrlich meint und dabei im Besitz seiner normalen Geistesfunktionen ist, kann und wird jemals irgend einer derartigen Tollheit fähig werden. Nur Hirnkranke oder — Polizeiwerkzeuge können es.

Das wissen alle Die, die unsere Prinzipien nur halbwegs begriffen haben. Wir werden aber nebstdem aus dem höchst dummen und fatalen Vorfall Anlaß nehmen, noch häufiger als bisher in Versammlungen und Presse darauf hinzuweisen und vor allen dergleichen Tollheiten auf's dringendste zu warnen, um ihnen, so viel an uns liegt, für die Zukunft vorzubeugen.

So viel an uns liegt! Denn die Geschichte hat noch eine andere Seite. Jene krankhafte Sucht nach Zerstörung von Menschenleben — fremden wie dem eigenen — ohne irgendwelches verständliche Motiv, wie sie sich in jener That kundgiebt, ist gerade in der letzten Zeit durchaus nichts Neues! Wir begegnen ihr — um in der jüngsten Vergangenheit und in Berlin zu bleiben — in der Bluthat jenes Paul Heyse, der seinen Schlafgenossen abschlachtete, ohne zu wissen warum, in den zahlreichen Fällen, wo Familienväter ihre ganze Familie umbrachten 2c. 2c.

Die Ursache ist hier überall die gleiche. Es ist die Entbehrung, der Hunger in letzter Linie ein rein pathologischer Vorgang: der fortdauernde Nahrungsmangel erzeugt krankhafte, congestive Zustände des Gehirns, die die Phantasie überhitzen und zu solchen Thaten des Wahnsinns disponiren, antreiben — wie das in allen neuen Handbüchern der Pathologie und Psychiatrie sehr ausführlich zu lesen steht.

Der Eine geht in solchem Zustande über den Schlafkameraden, der andere über die eigenen Kinder, der dritte über — den Kaiser. Die Ursache ist überall dieselbe!

Jener Mensch hatte, als er den wahnwitzigen Streich beging, keinen Heller Geld in der Tasche! Das sagt mehr, als all die Berge bedruckten Papiers enthalten können, die man wegen der Geschichte vergeuden wird.

Und wahrhaftig — sieht man all das thurmhohe Elend, wie es in unsern Städten jetzt aufgehäuft ist, sieht man da die zahllosen ausgehungerten, ausgemergelten Gestalten nach Art des „Attentäters", von denen keiner weiß, ob er morgen noch eine Brodkrume vorfindet oder schon vor dem großen unbekannten Nichts steht — dann wundert man sich, daß noch so erstaunlich wenig derartige Thaten des Irrsinns geschehen!

Wunderbarer Beweis von der Gutartigkeit und — Schafsgeduld der Menschennatur! Alle diese Myriaden Menschen schleichen sich hinweg vom „Gastmahl des Lebens", an welchem der herrschenden Lehre zufolge, „kein Platz" für sie ist, — still und schweigsam, damit den Genießenden, den Praffenden, bei denen wohl just „großes Diner" „angesagt" ist, der Appetit nicht gestört werde. So sterben sie auf der „Penne", bei „Mutter Grün", auf der Straße, im Spittel.

Was thun sie auch hier! Es sind überflüssige „Hände", für die der „Arbeitsmarkt" keine Verwendung hat, also weg damit!

Aber es giebt einzelne energischere, leidenschaftlichere Naturen darunter. „Wenn ich denn schon hinweg muß", sagen die sich, „dann soll es wenigstens unter Protest geschehen, dann will ich dich, du grausame, herzlose, gleichgültige Gesellschaft, zwingen, einen Augenblick stillzustehen und zu sehen, welch bitteres Unrecht du an mir begangen hast."

So sprach beim Verhör jener Mörder seines Schlafgenossen, so sprachen jene Familienväter, so sprach dieser Attentäter, so sprechen sie alle, alle!

Ihr von der satten Moral, die ihr so pharisäisch heute über den „Mörder" aburtheilt, habt ihr erst nichts zu beißen, laßt ihr euch erst vom Elend so mürbe treten und kneten, erfahrt ihr erst all die moralischen Demüthigungen, welche die Armuth mit sich bringt und die so vieles zur Erhöhung jener Verzweiflungsstimmung beitragen — und dann kommt hübsch wieder, dann wollen wir weiter reden!

„Verbrechen ist im gesellschaftlichen Leben, was Krankheit im physischen ist." Ein Symptom der Störung, der Unordnung im Organismus. Wie von jedem Verbrechen, so gilt das auch von diesem hier.

Wer also ist schließlich Schuld an der That, die ihr uns zuzuschreiben euch erfrecht?

Nicht wir, die wir diese Unordnung des gesellschaftlichen Organismus, diese wahnsinnigen und Wahnsinn erzeugenden Zustände bekämpfen, auch nicht jener unglückliche Hirnkranke, der nur das nothwendige Produkt dieser wahnsinnigen Zustände ist, sondern ihr, ihr, ihr allein, die Vertheidiger, die Schöpfer dieser wahnsinnigen Zustände!

Auf die Anklagebank mit euch!!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Aus dem Reichstage. Die Sitzung am 13. Mai eröffnete der Präsident v. Forckenbeck mit folgenden Worten:

„Meine Herren! Gleich nach der Bestätigung der Nachricht von der entsetzlichen That eines Attentats auf Se. Majestät den Kaiser hat das Präsidium des Reichstags eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser nachgesucht. Se. Majestät haben allergnädigst geruht, mir gestern Nachmittag diese nachgesuchte Audienz huldvollst zu gewähren. Namens des Reichstags habe ich mir in derselben auszusprechen erlaubt, daß die am Schlusse der vorgestrigen Sitzung des Reichstags erst in unbestimmten Gerüchten verlautende Nachricht der ruchlosen That alle Gemüther im Reichstage auf's Tiefste erschüttert

habe, um so tiefer, um so schmerzlicher und furchtbarer, als wir, die Vertreter des deutschen Volkes, wissen, mit welchem tiefen Dankgefühl, mit welcher innigen Liebe und Verehrung das deutsche Volk Sr. Majestät dem Kaiser ergeben ist, daß gleichzeitig aber unserer Aller Herzen von dem innigsten Dankgefühl gegen den allmächtigen Gott, der Se. Majestät den Kaiser wieder so sichtbar beschützt habe, erfüllt seien. Ich habe sodann Sr. Majestät Namens des Reichstags im Einklange mit dem ganzen deutschen Volke die ehrfurchtsvollsten und herzlichsten Glückwünsche zu der glücklichen Errettung aus Lebensgefahr ausgesprochen. Se. Majestät der Kaiser haben dieselben huldvollst entgegenzunehmen geruht und mich ausdrücklich beauftragt, Seinen herzlichsten Dank für diese Kundgebung dem Reichstage auszusprechen. Meine Herren! Ueberzeugt davon, daß ich im vollen Einklange mit dem Reichstage in dessen Vertretung gehandelt habe, ersuche ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben und einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser lebe hoch!"

Alle Parteien, die Auch-Demokraten und Auch-Republikaner vulgo Fortschrittler an der Spitze, erhoben sich und stimmten begeistert in das Hoch ein. Die „Magdeburgische Zeitung" bemerkt nun noch Folgendes:

„Die beiden im Hause anwesenden Sozialdemokraten Fritzsche und Rittinghausen, welche bei der Aufforderung des Präsidenten, sich von den Plätzen zu erheben, bereits zwischen den Bänken im Gange standen, stimmen (allerdings ihrem bei ähnlichen Gelegenheiten stets festgehaltenen Grundsatze entsprechend) in den Hochruf nicht ein."

Wir finden dies Verhalten ganz selbstverständlich. Geradezu der Anstand und die politische Ehre erforderten es, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten, deren Partei man, auch von Seiten der „Magdeburgischen Zeitung", das Attentat in die Schuhe zu schieben versucht, in diesem besonderen Falle nicht in das Hoch einstimmten, ganz abgesehen davon, daß auch bei Eröffnung und bei Schluß des Reichstags die sozialdemokratischen Abgeordneten dem Hoch auf den Kaiser, welches ja immer doch nur eine herkömmliche Formalität ist und mit den Verhandlungen des Reichstags nichts zu thun hat, niemals zugestimmt haben.

Die zweite Berathung der Rechtsanwaltsordnung, die nunmehr folgte, war derart langweilig, daß eine große Anzahl von Mitgliedern, besonders diejenigen, welche sich bei dem Hoch auf den Kaiser etwas überangestrengt hatten, schon bald in Morpheus' Armen lagen. — So ein kleines Schläfchen im Reichstage passirt eben vielen Abgeordneten, und wir verübeln es am wenigsten dann, wenn die Juristen, wie bei vorliegendem Gesetze, sich gegenseitig mit ihren kniftelichen, unverständlichen Deduktionen auf den Leib rücken.

— Ueber den Attentäter Hödel-Lehmann-Traber*) schreibt die Leipziger „Fackel" unterm 14. ds.:

„Hödel kam vor etwa Jahresfrist in die Expedition unseres Blattes, erklärte, er sei arbeitslos und wolle sich durch Abonnentensammeln seinen Lebensunterhalt erwerben. Unser damaliger Expedient, Oehme, hat ihm auf sein Bitten denn auch die Erlaubniß gegeben, Abonnements entgegen zu nehmen. Nach einiger Zeit war Hödel jedoch plötzlich verschwunden und er gab an, als er gegen Ende vorigen Jahres abermals in die Expedition unsres Blattes kam, um wieder Abonnenten zu sammeln und Zeitungen auszutragen, er sei in der Zwischenzeit in Oesterreich gewesen.

Hödel, der von uns wegen seines überspannten Wesens von jeher mit Mißtrauen betrachtet ward, ließ sich nun aber verschiedene Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen, und wir hatten ihn auch in Verdacht, daß er aus der Expedition Zeitschriften und Broschüren entwendet habe. Deshalb und wegen seiner Dreistigkeit und Zudringlichkeit, wegen seines oft geradezu flegelhaften Auftretens wurde er bereits vor mehreren Monaten (nachdem er früher schon einmal aus dem Redaktionslokal hinausgewiesen worden) aus unserem Expeditionslokal ausgewiesen. Da enthielt das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" vom 12. März folgende Briefkastennotiz:

„O. L. und Genossen. Ihren Bericht über gewisse Zustände innerhalb der hiesigen sozialdemokratischen Parteiversammlung können wir in der Form, welche Sie ihm gegeben haben, nicht aufnehmen, obwohl der Inhalt eine recht heitere Lektüre für das Publikum bieten würde."

Wir nahmen sofort an, es könne Niemand anders als „Lehmann" — so nannte sich Hödel damals — mit der Notiz gemeint sein, und auf Vorhalten von Seiten eines unserer Genossen gab Hödel auch zu, daß er an das „Tageblatt" einen Brief geschrieben habe und setzte hinzu, er wolle dem „Tageblatt" noch mehr Material gegen die sozialistische Partei zur Verfügung stellen. Es erschien denn auch schon am 15. März im „Leipziger Tageblatt" ein längeres, unsere Partei verunglimpfendes Eingesandt, das sofort in der Mehrzahl der gegnerischen Blätter Deutschlands willkommene Aufnahme fand. Dieses „Eingesandt" ist von dem Attentäter Hödel entworfen, von Sparig aber, dem Vorstandsmitglied des nationalliberalen Reichsvereins für das Königreich Sachsen, in Gemeinschaft mit Ersterem bearbeitet und druckfertig gemacht worden! Hödel hatte sich also mit der Redaktion des nationalliberalen „Leipziger Tageblatts" und mit hervorragenden Führern der nationalliberalen Partei verbindet, **um die Sozialdemokratie zu bekämpfen;** es ist daher geradezu lächerlich, wenn gegnerische Blätter und selbst das „Leipziger Tageblatt" jetzt behaupten, Hödel sei enragirter Anhänger der Sozialdemokratie gewesen. Nach einer neuerlichen Mittheilung hat Hödel angegeben: er gehöre der christlich-sozialen Partei an, sei aber Anarchist vom reinsten Wasser.

Hödel hatte sich vor einiger Zeit eine Mitgliedskarte der sozialistischen Partei aushändigen lassen — eine solche Karte erhält aber bekanntlich Jeder, der 15 Pfennig Monatsbeitrag bezahlt — als aber bekannt wurde, daß er gegen die Sozialdemokratie agitirte, wurde er am Donnerstag, den 14. März (also noch **bevor** das von ihm ausgehende verleumderische Eingesandt im „Leipziger Tageblatt" erschien), in öffentlicher Sozialistenversammlung aus der Partei ausgeschlossen. Zwei Tage vorher war Hödel auch aus dem Arbeiterbildungsverein, welchem er circa vier Monate lang angehört hatte, durch den Vorsitzenden ausgewiesen worden. In der am 3. April stattgefundenen Monatsversammlung wurde diese Ausschließung von den Vereinsmitgliedern einstimmig genehmigt.

Hödel hatte ferner in einigen Fällen Abonnementsgelder unseres Blattes unterschlagen, sodaß wir genöthigt waren, am 5. April Folgendes zu veröffentlichen:

„An unsere Abonnenten!

Der Klempnergeselle Max Lehmann (derselbe nennt sich zeitweilig auch Hödel oder Traber), der in der letzten Zeit mit Abonnentensammeln und Zeitungsaustragen sich beschäftigt hat, hat, ohne von uns dazu beauftragt zu sein, Quittungen für Exemplare der „Fackel" auf das II. Quartal 1878 ausgestellt und Gelder einkassirt. Wir bemerken daher, daß der Genannte von der unterzeichneten Expedition kein Exemplar der „Fackel" mehr ausgehändigt erhält und bitten diejenigen Abonnenten unseres Blattes, welche im Besitz einer derartigen Quittung sein sollten, dieselbe gegen Umtausch eines giltigen Exemplars uns zuzustellen, damit wir den Mann zur Verantwortung ziehen können.

Leipzig. Die Expedition der „Fackel".

Endlich, unterm 9. Mai, ist Hödel von Seiten des sozialistischen Centralwahlcomités definitiv aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen worden!

Vor etwa 4 Wochen hat Hödel, ohne selbst seinen hier wohnenden Pflegeeltern davon Mittheilung zu machen, Leipzig wieder verlassen. Vorher aber ist von ihm folgender Absagebrief geschrieben worden, der in der gestrigen Nummer der „Leipziger Nachrichten" abgedruckt ist und den wir, da er höchstwahrscheinlich echt ist, wenn er auch von Herrn Sparig corrigirt sein mag, auch hier wiedergeben wollen. Er lautet:

„Als ziemlich zweijähriger Parteigenosse und durch mein Geschäft mit den Hauptführern und sonstigen Beamten persönlich bekannt, sehe ich mich durch die unverschämte Maßregelung, die mir Seitens der Beamten in der gestrigen sozialdemokratischen Versammlung zu Theil geworden, ohne mich auch nur im Entferntesten einer thatsächlichen Fehlung des sozialdemokratischen Partei-Programms schuldig gemacht zu haben, nur durch eine Muthmaßung, die sich verschiedene Beamte in ihrem Oberstübchen geräumt haben, gezwungen, der Parteileitung in Hamburg zuvorzukommen und hierdurch öffentlich zu erklären: Unterzeichneter hält es als aufrichtiger Sozialist unter seiner Würde, mit einer Partei zu kokettiren, die den heutigen Gesellschaftszustand benutzt, um auf Kosten der steuerzahlenden Mitglieder ihren Koryphäen und sonstigen „Beamten" Gehalte und Sporteln zu verschaffen, wodurch es diesen möglich ist, so angenehm zu leben, daß z. B. ein solcher „Herr" in drei Tagen 50 Mark zum Congreß verbrauchen kann. Außerdem bildet sich eine Aristokratie heraus, die unter den Bourgois ihres Gleichen sucht und das enterbte Volk nie zur Ruhe kommen läßt. Dieses darf ein wirklicher Sozialist nicht dulden und wenn seine Opposition mit Maßregelungen beantwortet wird, dann wird er gezwungen, seine ehrliche Ansicht in gegnerischen Blättern zur Kenntniß zu bringen, wie ich es hiermit thue, um dem Publikum klar zu machen, wie groß die Corruption in der Partei waltet, damit nicht allen halbwegs gebildeten Arbeitern durch ihre Förderung mittelst Presse und schöner Phrasen die Luft zur Arbeit verbittert wird und sie so zum Lumpenproletariat herabsinken. Eine solche Partei ist factisch nicht mehr werth, als die reaktionärste Heuchlerpartei in Permanenz!

Max Lehmann, Colporteur."

So die „Fackel", durch deren authentische Mittheilungen unsere Notizen in letzter Nummer theilweise ergänzt und richtig gestellt werden. — Gegenüber der Behauptung eines Leipziger Correspondenten der „Kölnischen Zeitung" haben wir zu constatiren, daß Lehmann ꝛc. niemals in oder von der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei beschäftigt worden ist.

Lehmann ꝛc. scheint Mitte des vorigen Monats nach Berlin gegangen zu sein, wo er die Christlich-Sozialen heimsuchte und vermittelst einer Spieldose die verlornen Schäfchen in den Stöcker'schen Himmel zu locken bemüht war. Unser Berliner Parteiorgan schreibt in einem Extrablatt vom vorigen Sonntag über Lehmann ꝛc.:

„Soweit unsere Informationen reichen, wurden bei dem Verbrecher folgende für uns in Betracht kommende Gegenstände vorgefunden:

Drei Mitgliedskarten des Vereins zur Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins, eine Karte des Vereins Nord-Ost-Distrikt, außerdem Photographien von Bebel, Liebknecht und Most, ein Heft „Die Zukunft", eine Abonnements-Quittung der Expedition des „Vorwärts" und einige andere ältere sozialdemokratische Blätter. Nachdem wir durch diese, dem Attentäter bei der Visitation abgenommenen Utensilien aufmerksam gemacht worden sind, haben wir Näheres über denselben zu ermitteln gesucht. Unsere Recherchen waren insofern von Erfolg gekrönt, als wir nun zu constatiren vermögen, daß Lehmann mit unserer Partei und ihren Bestrebungen Nichts zu thun hat. Doch lassen wir die Thatsachen sprechen. Am 3. d. M. erschien in unserm Blatte eine Notiz des Inhalts, daß die christlich-soziale Partei sich ganz eigenartiger Mittel bediene, um Mitglieder zu entern. Es wurde erzählt, wie ein Agitator dieser Partei die von unseren Parteigenossen frequentirten Lokale aufsuche, dort durch die Klänge einer Spieldose die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf sich lenke, und dann nach einigen einleitenden Worten Propaganda für die christlich-soziale Partei zu machen suche. In Folge dieser Notiz nun erschien vor einigen Tagen in unserer Redaktion ein junger, ziemlich hochgewachsener Mann und gab vor, Derjenige zu sein, auf den sich die veröffentlichten Thatsachen bezögen. Diese über ihn gemachten Veröffentlichungen seien unwahr, er sympathisire wohl mit den Christlich-Sozialen, sei aber Anarchist, und nachdem wir eine diesbezügliche, uns Tags zuvor übermittelte, ziemlich verwirrt und mysteriös geschriebene Berichtigung nicht in unser Blatt aufgenommen hätten, so käme er nun, um uns persönlich zur Aufnahme einer Berichtigung zu veranlassen. Die Reden dieses Menschen waren, trotz ihres scheinbar sachlichen Inhalts, so verwirrt und exaltirt, daß wir jede weitere Diskussion ablehnten, die Aufnahme jeder

*) Wie uns mitgetheilt wird, war Hödel der Mädchenname der Mutter, die nach seiner Geburt zweimal heirathete. Außer dem eignen, nahm H. abwechselnd die Namen seiner Stiefväter Lehmann und Traber an.

Wochenschau.

Von M. T.

Die große Schaubude auf dem Trocadero in Paris ist mit dem üblichen Brimborium unter Assistenz verschiedener Individuen „von Gottes Gnaden" am 1. Mai eröffnet worden. Daß Frankreich sich von seinem schweren Unglück so schnell erholt hat und jetzt schon an Werke des Friedens denkt, daß wurmt unsere liberalen Großauguren des Barziner Orakels am meisten. Nichtsdestoweniger erschallt immer lauter der Waffenruf von den Hebriden bis Candia, und seitdem der „britische Löwe" seinen wahren Beruf wiedergefunden, d. h. nicht mehr brüllt, sondern sich zum Beißen anschickt, umzieht sich der politische Horizont mehr und mehr mit verderbenschwangerem Sturmgewölk. Canada schickt 25,000 seiner wetterharten Hinterwäldler, im Mutterlande haben sich zur „Britischen Legion für aktiven Dienst" 8000 Freiwillige, darunter viele ausgediente Offiziere, gemeldet, die zum ersten nun völlig ausgerüsteten Armeecorps stoßen; Indien, ja selbst das ferne Australien hat seinen Succurs bereits eingeschifft, kurz ein unvermutheter Elan treibt John Bull vom Wollsack auf den Exerzierplatz. Nur der Kaffernkrieg in Afrika verhindert England, die dortigen Garnisonen auf dem orientalischen Kriegsschauplatze zu verwenden. Demnach sind die Kaffern gegenwärtig die einzigen offenen Verbündeten der Russen, denn ihre geheimen Freunde, Deutschland und Oesterreich, wirken für „Batuschka" (die russische Peitsche) nur hinter dem Ofenschirm der Neutralität, ersteres durch die skandinavische Geschäftsreise des diplomatischen Commis voyageurs und Erschweigers Moltke, und letzteres durch das Ausfuhrverbot der Fiumemer Torpedos, dessen Spitze nur gegen England gerichtet ist, weil sich Rußland bei Zeiten mit Torpedos von Fiume versehen hat. Ueberhaupt scheint der ritterliche Diplomat Ardrassy sehr schwache Brillen für die Neutralitätsgesetze zu haben, sonst müßte er sehen, daß die galizische Carl-Ludwigsbahn nach dem Muster der ostpreußischen Südbahn nur für die russischen Munitions- und Proviantransporte zu existiren scheint. Mr. Layard's Einfluß auf die Serailscoterien, welche den Sultan beherrschen, scheint zu wachsen, denn die Pforte weigert sich plötzlich, die Festungen Schumla, Varna und Batum zu räumen. In letzterer Stadt drohen 10,000 Lhazen (mohamedanische Mingrelier), sich mit bewaffneter Hand dem Einmarsch der Russen zu widersetzen und übergaben einen darauf bezüglichen Protest dem dortigen englischen Consul, der von Rechtswegen besagtes Dokument in den Papierkorb werfen müßte, es aber von Linkswegen wahrscheinlich seinem Herrn und Meister Layard nach Constantinopel übermittelt haben wird. Uebrigens scheint Albions goldenes Kalb auch schon in Asien Anbeter gefunden zu haben, denn General Loris Melikoff mußte das in Tiflis stationirte Kosakenregiment auflösen, weil es revoltirt hat, und die Besatzung von Orenburg marschirt nach Taschkend gegen die aufrührerischen Tekke-Turkmanen. Die Insurrektion in Rumelien nimmt ungeahnte Dimensionen an und die Arnauten fangen an, in der Umgebung von Nisch „Serbenfleisch auszuschroten". Der Kulturmissionsweizen blüht in den von den Russen okkupirten türkischen Provinzen; die russischen Offiziere, bekanntlich sehr oberflächlich culturübertünchte Barbaren, verlegen sich in ihren müßigen Stunden, deren sie des Tags 24 haben, auf Mädchenraub, und der Heldenfürst von Montenegro, der sogar Verse macht wenn er gereizt wird, hat, eingedenk des Sprüchleins: „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft", dem Pfarrer von Antivari Don Paolo Sciantoja fünfundzwanzig Stockstreiche auf die geweihte Rückseite seines Körpers appliziren lassen. Der Großfürst Nikolaus, welcher den privilegirten Massenmord als Sport betrieben hat, wurde durch General Totleben abgelöst, der die Menschenvernichtung auf wissenschaftlicher Basis betreibt. Der Repräsentant des Gamaschenknopfes, Nepokoitschitzky, der bei Plewna beinahe gesiegt hätte, ist auch „in Gnaden" gegangen worden. Wir sind neugierig, ob die „Wissenschaft" des Generals Totleben, der ein Ultimatum in den Falten seiner Toga mitgebracht haben soll, mit dem Typhus, der bereits 40,000 Russen kampfunfähig gemacht hat, und mit dem weltbekannten Unterschleif der Armeelieferanten fertig wird.

Ueber das so mysteriös im Hafen von Southwest-Harbour im Staate Maine (Nordamerika) eingelaufene „Passagier"-Dampfboot „Cimbria" schreibt man der Wiener „Neuen Freien Presse" aus London: „Am 6. April erhielt der vor Kurzem von New-York in Hamburg angekommene, der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrtgesellschaft gehörende, 3000 Tonnen große Dampfer „Cimbria" plötzlich den Befehl, sich sofort seefertig zu machen. Der Befehl mußte umsomehr auffallen, als der Dampfer für die New-Yorker Fahrt zunächst nicht gebraucht wurde. Noch mehr aber fiel es auf, daß Matratzen und Decken für 600 Personen an Bord geschafft wurden, und daß für die gleiche Anzahl von Passagieren auf drei Monate Proviant an Bord kam. Außerdem erhielt die „Cimbria" in der Person des bisherigen Befehlshabers eines Dampfers der westindischen Linie, Capitän Badenhausen, einen neuen Commandanten, der noch an demselben Abend mit dem Schiff elbabwärts ging. Offiziere und Mannschaft waren in Unkenntniß über den Bestimmungsort des Schiffes gelassen; die Charterung war „nach einem amerikanischen Hafen und weiter" erfolgt und man erfuhr nur, daß der Capitän versiegelte Befehle erhalten habe, die erst in offener See geöffnet werden sollten. Die ganze Sache verlief so rasch, daß erst, nachdem die „Cimbria" am Morgen des 8. April von Cuxhafen in See gegangen war, in kaufmännischen Kreisen der Vorgang rnchbar wurde und auch dem englischen Consul zu Ohren kam. Aus dem Curs, den das Schiff einschlug, konnte man entnehmen, daß es nach der Ostsee bestimmt sei, und diese Ansicht wurde durch die Meldung bestätigt, daß vor Reval am 13. April ein großer deutscher Dampfer erschienen und nach Einnahme großer Quantitäten von Marinevorräthen, darunter einer Anzahl sehr schwerer Colli (Geschütze?), sowie 40 Offiziere und etwa 500 Mann Marinemannschaft, am 19. April wieder in See gegangen sei. Was das endliche Reiseziel anbetrifft, so ist man hier nicht im Zweifel darüber, daß dasselbe den russischen Besitzungen im Stillen Ocean gilt und zwar zur Verstärkung der Besatzung und Armirung der dortigen Befestigungen. Die „Cimbria" ist als einer der schnellsten Dampfer bekannt (sie hat einmal die Reise von New-York nach Southhampton in 8 Tagen und 22 Stunden zurückgelegt) und es dürfte nur wenige Schiffe in der englischen Kriegsmarine geben, welche sie einzuholen vermöchten. Gerade diese Eigenschaft des Schiffes hat aber hier den Verdacht wachgerufen, daß es wohl nicht lediglich zu Transportzwecken bestimmt sei, sondern, falls es glücklich Novo-Archangelsk oder die Amurmündung erreicht, durch einige der am Bord befindlichen Geschütze und einen Theil seiner „Passagiere" im Handumdrehen sich in einen Kreuzer verwandeln ließe, welcher der englischen Handelsflagge mindestens ebenso gefährlich werden könnte wie weiland die „Alabama" der nordamerikanischen. Natürlich müßte vorher die deutsche Besatzung von Bord gehen, aber diese würde leicht über China den Heimweg finden, ohne daß man ihr das Mindeste anhaben könnte. Daß russischerseits irgend etwas derartiges geplant wird, davon ist man hier umsomehr überzeugt, als man hier aus Bremen die Nachricht erhalten hat, daß die russische Regierung auch bei dem Norddeutschen Lloyd eine Anfrage wegen Befrachtung oder Kaufes mehrerer seiner schnellsten Dampfer gestellt habe." — Nach dem gestern gegebenen Telegramm aus New-York hat die „Cimbria" 60 russische Seeoffiziere und 600 Matrosen an Bord, führt aber keine Geschütze mit sich. Die Mannschaften dürften wohl zur Bemannung von Kreuzerschiffen dienen, wenn für solche wirklich, wie es trotz aller Dementis seit einigen Wochen beharrlich geheißen hat, Rußland in Nordamerika Vorsorge getroffen hat. Der alten Freundin Rußlands, der „Wiener Abendpost" wird unterm 3. Mai von New-York telegraphirt, daß Rußland in Amerika drei Schnellsegler zu Kreuzerdiensten angekauft und außerdem einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem binnen Monatsfrist zehn solcher Schiffe bereit sein müssen. Laut Telegramm vom 4. hat die Hafenpolizei von Southwest-Harbour die Papiere der „Cimbria" in Ordnung befunden und ist ein Theil der Offiziere unbeanstandet ins Innere des Landes gereist,

Berichtigung nochmals verweigerten und ihm in unzweideutiger Weise die Thüre wiesen. Dieser Mensch war, wie wir nun durch Augenschein agnoscirt haben, der verhaftete Höbel, genannt Lehmann.

Schon bei dieser Gelegenheit konnten wir bemerken, daß derselbe die Seitentasche seines Ueberrockes — wahrscheinlich um sich vor uns leichter als Parteigenosse geriren zu können — so voll sozialistischer Broschüren und Zeitungen gestopft hatte, daß er ganz schief und buckelig aussah, und dürften dies auch die bei ihm noch vorgefundenen Druckschriften sein.

Außerdem wollen wir noch anführen, daß Lehmann bereits vor ungefähr 14 Tagen wegen seines unverständlichen Benehmens aus dem Verein Nord-Ost-Distrikt, in welchen er sich hatte aufnehmen lassen, ausgeschlossen werden sollte, und kam dies auch in einer öffentlichen Versammlung des Vereins zur Sprache. —

Dies ist, was wir bisher über den Abenteurer zu ermitteln vermochten. Wenn wir unserer persönlichen Meinung noch Ausdruck verleihen sollen, so scheint es uns, als ob man es hier in der That mit einem nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen zu thun habe, und dürfte dies auch der weitere Verlauf der Untersuchung lehren."

Wir dächten, die bloße Thatsache, daß Lehmann ꝛc. sich als „begeisterter Christlich-Sozialer" (Stöckerianer) und zu gleicher Zeit „als Anarchist (Bakunist) vom reinsten Wasser" bekannt hat, reichte hin, die Unzurechnungsfähigkeit und vollständige geistige Anarchie des unglücklichen Revolverhelden zur Evidenz zu beweisen. Wie man weiß, stellen die Bakunisten einen souveränen Haß gegen das Christenthum zur Schau und an die Spitze ihres Programms — soweit bei „Anarchisten" von einem solchen die Rede sein kann.

Eine „halbstündige" Untersuchung durch den Gerichtsarzt hat allerdings „keine Anhaltspunkte für die Annahme von Geistesgestörtheit" ergeben, aber was will eine halbstündige Untersuchung besagen. Da gilt es, genaue und über eine längere Zeit sich erstreckende Beobachtungen.

Unmittelbar nach dem Attentat schien es, als ob sich die deutsche Presse einmal anständig und verständig benehmen und die dumme Gemeinheit, die Handlung eines Einzelnen zur That einer Partei zu stempeln, ablegen würde. Der Schein trügt aber bekanntlich und hat auch hier getrogen. Erst schüchtern, dann dreister, und jetzt mit schamloser Frechheit sucht die Denunziationswuth den sinnlosen Streich eines Verrückten, zum Mindesten eines Geistesschwachen politisch auszubeuten. Und zwar ist es die nationalliberale Partei, welche es in dieser Beziehung am ärgsten treibt, während die ehrlich reaktionäre Presse sich einer lobenswerthen Reserve befleißigt, wobei sie wohl durch die Aeußerung des Kaisers, daß das Attentat nur die That eines Einzelnen sein könne, mitbestimmt wird. Voran auf dem Pfade der Infamie wandelt natürlich die „Magdeburger Zeitung", das Organ der Möhring, Unruh und Consorten; in ihrem Abendblatt vom 13. Mai suchte sie Lehmann den Christlich-Sozialen „an die Rockschöße zu hängen"; und in ihrem Morgenblatt vom 14. d. M. genügte das dem sauberen Blatt schon nicht mehr, es wollte 2 Fliegen mit einer Klappe schlagen, und machte die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten für die Lehmaniade solidarisch haftbar.

Nun, wir können den Beweis aktenmäßig und gerichtlich liefern, daß Lehmann, der sich an uns heranbrängte, als unwürdig aus unserer Mitte gestoßen ward und unser Feind war. Kann die Partei der „Magdeburger Zeitung" den Beweis liefern, daß Lehmann ihr fern stand? Nein! Wohl aber können wir den Beweis liefern, daß Lehmann, so lange er in Leipzig war, mit Führern der nationalliberalen Partei verkehrte, daß er Mitarbeiter des Hauptorgans der Nationalliberalen in Sachsen war, und daß er Hand in Hand mit dem berühmten Sparig an der Ausrottung der verruchten Sozialdemokratie arbeitete. (S. die oben abgedruckten Notizen der „Fackel", welche wir vollinhaltlich bestätigen können.) Wenn denn einmal Lehmann mit politischen Parteien identifizirt werden soll, gut, dann kann man ihn doch blos mit Parteien identifiziren, denen er vor seiner That angehörte oder nahe stand — nicht mit einer Partei, die ihn mit Verachtung von sich gestoßen — dann hängt er mit der einen Hand an den Rockschößen der Christlich-Sozialen (Stöcker und Genossen) und mit der andern an den Rockschößen der Nationalliberalen (Sparig, Hüttner und Genossen). Ja der Nationalliberalen! Die „Magdeburgerin" mag sich wenden und drehen wie sie will, der Lehmann hängt ihr hinten!

Wo der Nationalliberalismus denunzirt, kann selbstverständlich der „Fortschritt" nicht zurückbleiben. Die „Berl. Volkszeitung" bringt einen, die Partei der politischen Heuchelei so recht kennzeichnenden Artikel, welcher auf zwei Spalten gegen das Bestreben eifert, die That Lehmann's irgend einer politischen Partei in die Schuhe zu schieben, und mit der giftigen Denunziation schließt: „Es liegt uns demnach fern, der sozialdemokratischen Partei eine Verantwortung für diese That beizumessen, jedoch erachten wir es als unsere Pflicht, sie an die Gefahr zu mahnen, welche sie durch ihre Aufreizungen heraufbeschwört".

Die Sozialdemokraten tragen keine Verantwortung, bezeugt pathetisch der demokratische Pharisäer, allein — sie beschwören die Gefahr — d. h. Attentate, wie das Lehmannische — durch ihre „Aufreizungen" hervor! Kann man biederer und perfider denunziren?

In verschiedenen Blättern wird die Freude, welche die sozialdemokratische Presse Deutschlands über die Freisprechung Wjera Sassulitsch's ausgedrückt, jesuitisch mit dem Attentat in Verbindung gebracht. Wir möchten fragen, wer es denn war, der Wjera Sassulitsch freigesprochen. Sozialdemokraten? Mit Nichten. Es waren Bourgeois und Beamte. Also auch auf diese indirekte Denunziation erwiedern wir den Gegnern: Sucht vor der eignen Thür.

In den Verhören, die der arme — höchst überflüssiger Weise an Händen und Füßen schwergefesselte — Lehmann zu bestehen hat, leugnet er hartnäckig, auf den Kaiser geschossen zu haben. Er habe einen Selbstmord beabsichtigt und diesen nur deshalb im Angesicht des Monarchen vornehmen wollen, damit demselben das Elend des Volks ad oculos demonstrirt werde. Da Lehmann nicht in einer Lage war, die ihn zu einem solch verzweifelten Schritt hätte treiben können — der Hofprediger des Kaisers ist ja nicht mittellos — so ist das jedenfalls eine unwahre Behauptung. Eins aber beweisen diese Ausflüchte Lehmann's: daß überhaupt von keiner politischen That die Rede sein kann. In der Natur einer solchen liegt es, daß der Thäter sich zu ihr bekennt.

— Ueber das „Attentat" bringen wir noch einen recht humoristischen Herzens- und Schmerzenserguß der Christlich-Sozialen, von denen der pp Lehmann eine Spieldose erhalten hatte und unter den Klängen des „Heil Dir im Siegerkranz" Mitglieder für die christlich-soziale Partei in allen Kneipen Berlins warb. Dieser Stöcker'sche Herzenserguß lautet:

„Der Frevler, welcher den Mordversuch auf unsern geliebten Kaiser verübte, hatte neben einigen Mitgliedskarten sozialdemokratischer Vereine auch eine Mitgliedskarte der christlich-sozialen Arbeiterpartei. In der That hat sich derselbe seit dem 29. April dieser Partei angeschlossen, die Versammlungen derselben besucht und angeblich aus freiem Antriebe, ohne irgend eine Bezahlung, unsere Flugblätter verbreitet, darunter auch Nr. 6 „Ueber die Liebe zu König und Vaterland". Da er in dem Verhör sich als einen Anarchisten,*) also für einen radikalen Sozialisten erklärte, in Leipzig, was uns unbekannt war, als sozialdemokratischer Agitator wirkte, so müssen wir vermuthen, daß er entweder aus Unkenntniß oder in böswilliger Absicht sich der christlich-sozialen Arbeiterpartei genähert hat. Kein verständiger Beurtheiler wird die Tendenzen dieser Partei mit der verruchten That irgendwie in Verbindung bringen, da der Geist friedlicher Gemeinschaft und innigster Liebe zum Könige alle unsere Versammlungen beseelt hat. Der erste Satz unsers Programms lautet: „Wir stehen auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland."

Berlin, 13. Mai 1878.

Der Vorstand der christlich-sozialen Arbeiterpartei.
Hofprediger Stöcker."

*) Todfeinde der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" und des „Vorwärts". Das weiß Herr Stöcker; verschweigt dasselbe aber natürlich aus christlicher Wahrheitsliebe. Red. d. V.

— Daß die Behandlung der politischen Gefangenen speziell in Preußen noch sehr Vieles zu wünschen übrig läßt, beweist wieder einmal der nachfolgende Thatbestand. Kürzlich wurde ein Redacteur der „N. Steeler Ztg.", Fr. Goitsch, aus dem Centralgefängnisse in Hamm (Westfalen) nach dreivierteljähriger Gefangenschaft, bei gewöhnlicher Gefangenkost, in nicht unbedeutend angegriffenem Zustande entlassen. Derselbe war nach zweimonatlicher Gefangenschaft in Hagen, wo er in einem Arbeitsraume zwischen anderen Gefangenen die Kurbel einer Knopfmaschine drehen mußte, nach Hamm verlegt worden. Hier steckte man ihn in gewöhnliche Gefangenenkleider, schnitt ihm die Haare kurz, sperrte ihn in eine Isolirzelle und hielt ihn zum Korbflechten an. Man verlangte von ihm nach 6—8 Wochen unter Androhung von Strafen die Fertigstellung einer bestimmten Zahl von Stuhlsitzen, die er jeden Tag abzuliefern hatte. Und sein Verbrechen? Goitsch hatte in dem oben genannten Blatte etliche Artikel veröffentlicht, die sich über einige Gegenstände in kritischer Weise ergingen. Und das nennt sich „Staat der Intelligenz!"

— Ein Nichtswisser. In seiner „Widerlegung" der Most'schen Ausführungen zu Gunsten des Normalarbeitstags spielte Herr Marx Hirsch als einen Haupttrumpf die Behauptung aus, in England, auf das man sich in Betreff der Fabrikgesetzgebung sozialistischerseits zu stützen pflege, existire gar kein Normalarbeitstag. Herr Max Hirsch hat durch diese erstaunliche Behauptung eine so vollständige Unkenntniß der Fabrikverhältnisse im Allgemeinen und der modernen englischen Geschichte im Besonderen an den Tag gelegt, daß wir ihn mit gutem Gewissen dem Hrn. Böhmert als Mitarbeiter empfehlen können. In England kein Normalarbeitstag! Hat denn der Mensch sein ganzes Leben lang geschlafen? Hat er nicht im Brockhaus'schen Conversationslexikon — daß er seine Nase in ein wissenschaftliches Werk, wie das „Kapital" von Marx stecke, ist einem Dr. Hirsch natürlich nicht zuzumuthen — den Artikel über Zehnstundenbill u. s. w. gelesen? Freilich — und dadurch ist der unglückliche Harmoniedoktor irre geleitet und zu dieser Schaustellung seiner klassischen Ignoranz verlockt worden — freilich das Wort „Normalarbeitstag" wird in England nicht gebraucht und in den betreffenden Fabrikgesetzen wird überhaupt nicht eine allgemeine Norm der täglichen Arbeitszeit aufgestellt, aber, wenn auch das Wort in England nicht existirt, so existirt doch das Ding, und zwar gründlicher, durch langjährige, welthistorische Kämpfe (ja welthistorisch, Herr Doctor ignorantiae!) fester gewurzelt als in irgend einem andern Land; ist auch der englische Normalarbeitstag nicht ausdrücklich für sämmtliche Arbeiter dekretirt, so besteht er doch thatsächlich für sämmtliche Arbeiter derjenigen Arbeits- und Fabrikationszweige, auf welche die Fabrikgesetze sich erstrecken. Die Wahrheit ist: die berühmte Zehnstundenbill, die am 8. Juni 1847 durchging und am 1. Mai 1848 definitiv in Kraft trat, ist nominell, gleich den früheren englischen Fabrikgesetzen (factory-acts), nur für „junge Personen" (Arbeiter von 13 bis 18 Jahren) und für Arbeiterinnen jedes Alters bestimmt, aber die Arbeit der Arbeiterinnen und „jungen Personen" ist mit der allgemeinen Arbeit in Fabriken und Werkstätten so innig verflochten, daß sie davon nicht losgetrennt werden kann und deshalb, wenn sie aufhört, auch die allgemeine Arbeit aufhören muß. Herr Dr. Max Hirsch wird das vermuthlich nicht begreifen, allein da wir nicht Zeit haben, ihm eine Lektion in dieser, jedem Arbeiter-Kind geläufigen Materie zu geben, so weisen wir den gelehrten Herrn Doktor hiermit an den ersten besten Setzerlehrling in der Druckerei des „Gewerkvereins".

— Der Gesundheitszustand der russischen Truppen auf der Balkanhalbinsel ist bekanntlich ein äußerst ungünstiger: Seuchen jeder Art räumen furchtbar auf unter den unglücklichen Schlachtopfern des „milden Väterchens", die wie die Mücken wegsterben. Noch viel schlimmer scheint es aber mit den russischen Truppen in Asien zu stehen. Das russische Blatt „Golos", eine gewiß unverdächtige Quelle, bringt wahrhaft grauenhafte Details. Es berichtet aus Erzerum: „Von der 39. Infanterie-Division ist mehr als die Hälfte (fast die ganze, setzt die Redaktion des „Golos" in Klammer zu) 8351 Mann krank. Ein großer Theil derselben liegt auf einer weiten Strecke zerstreut, ohne Aerzte und sogar ohne Feldscherer krank darnieder. Es sind nur 14 Offiziere nachgeblieben, Bataillone werden von Subalternoffizieren commandirt. Die Lazarethe leiden an Allem Mangel, angefangen von Wäsche bis hinauf zu den Aerzten und Sanitären." Dazu bemerkt der „Golos": „Ohne Zweifel ist die Lage anderer Truppentheile, welche noch nicht aus Kleinasien herausgeführt werden konnten, nicht viel anders. Eine Zeitungscorrespondenz entwarf z. B. aus Kars entsetzliche Bilder der Hilflosigkeit unserer dortigen Truppen in Bezug auf das Sanitätswesen."

Der Verlust der Russen durch Krankheiten soll ihren Verlust auf dem Schlachtfelde um das Vierfache übertreffen. Das würde einen Gesammtverlust von einer halben Million Menschen ergeben, die dem Ehrgeiz eines landhungrigen Despoten zum Opfer gefallen sind. Nehmen wir dazu die Verluste der Türken (die Bulgaren mit eingerechnet) auf dem Schlachtfeld und in dem Bürgerkrieg, so dürfte wohl eine Million herauskommen. Und was ist erreicht worden? Blühende Landstriche sind verwüstet, ganze Provinzen entvölkert, der Wohlstand der „zu befreienden Nationalitäten" auf Jahrzehnte zerstört, und — Rußland um die Früchte seiner „Siege" geprellt. Letzteres ist eigentlich das einzig Gute. Aber welch erbärmlicher Trost ist das gegenüber der unermeßlichen Summe von Elend, die sich in dem einfachen Satz ausdrückt: eine Million menschlicher Existenzen vernichtet.

— Der Aufstand in Rumelien ist fortwährend im Wachsen, und die Russen haben bisher absolut nichts gegen denselben ausgerichtet, wohl aber bedeutende Schlappen erlitten. Ein sehr bedenkliches Moment ist die Theilnahme der griechischen Bevölkerung. Die Türken haben da mit einem Mal Bundesgenossen gefunden, an welche die Russen nicht gedacht hatten, und deren Zusammenwirken mit den Türken die heuchlerische Verlogenheit der russischen Befreiungsphrasen in grelles Licht stellt. — In Bezug auf die Mission Schuwaloff's, des russischen Gesandten in London, der die Bedingungen Englands nach Petersburg gebracht hat, verlautet noch nichts. Alles, was über die Räumung Batum's, Varna's und Schumla's Seitens der Türken, und über den Rückzug der Russen nach Adrianopel in den Zeitungen gesagt wird, ist eitel Kannegießerei. Die türkisch-russischen Verhandlungen sind den englisch-russischen vollständig untergeordnet, und werden in allen Punkten von deren Ausgang bedingt.

— Genosse Otto Siegerist in Frankfurt a. O. wurde in der zweiten Instanz wegen „Staatsanwalts-Beleidigung" am

---

wahrscheinlich um die Söhne des grünen Erin, die überall zu haben sind wo es guten Whisky giebt, für das gefährliche Flibustierhandwerk zu engagiren. Schade, daß es das zweibeinige Grobheitslexikon, der Streithahn Professor Leo von Halle nicht erlebt hat. Er würde in seinem monumentalen Lapidarstyl ausgerufen haben: „Jetzt kann die Canaille des materiellen Interesses den frischen fröhlichen Krieg, der das skrophulöse Gesindel hinwegraffen soll, aufs Neue beginnen."

— Bismarck hilf! Die „Deutsche Landeszeitung" bringt folgende vom „Deutschen Reformverein" an den Fürsten Bismarck gerichtete Petition:

„Durchlauchtigster Fürst!
Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Der in Berlin seit länger denn Jahresfrist bestehende Deutsche Reformverein giebt sich die Ehre, Ew. Durchlaucht zu beglückwünschen zu den auf sozialpolitischem und wirthschaftlichem Gebiete in Aussicht genommenen Maßnahmen. Der Verein giebt sich der Hoffnung hin, daß Ew. Durchlaucht gelingen werde, wie einst das politische Elend in Deutschen Landen, so auch den gegenwärtigen wirthschaftlichem Nothstand des deutschen werkthätigen Volkes aus der Welt zu schaffen und einer Entwicklung Halt! zu gebieten, welche unter dem gleißnerischen Namen der „freiheitlichen" in wenig Jahren den wirthschaftlichen Ruin des deutschen Vaterlandes zuwege gebracht hat.

Ew. Durchlaucht wagt der Verein zu bitten, in Rücksicht auf die verzweifelte Lage des Gewerbe- und Handelsstandes und auf die mißlichen Finanzverhältnisse in Staat und Commune, neben gleichzeitiger Einschränkung der direkten Steuern, mit

Wiedereinführung indirekter Steuern (Mahl- und Schlachtsteuer ꝛc.);

Aufrichtung von Zollwehren gegen die, unsere heimische Produktion bedrängende Concurrenz des Auslandes;

Ueberleitung des Eisenbahnbetriebs ausschließlich auf die Staatsgewalt;

Einführung des Tabaksmonopols

unverzüglich vorzugehen.

Ew. Durchlaucht werden der Zustimmung und des Dankes aller wahrhaft patriotischen Bürger sicher sein. Denn es beginnen dem deutschen Volke endlich die Augen aufzugehen über die Gefahren, welche der unselige Einfluß eines fremden Volkes und Geistes — der in Börse und Großfinanz, Presse und öffentlicher Meinungsmacherei schier allmächtig geworden — für dasselbe heraufbeschworen, und welcher durch eine unpraktische, falschverstandene Toleranz leider zu viel Nachgiebigkeit und Unterstützung bei Regierenden und Regierten gefunden hat.

Wir bitten Ew. Durchlaucht tief ergebenst, Sich nicht beirren lassen zu wollen durch die Opposition und den Lärm einer Zeitungs-Coterie, welche bisher bemüht gewesen ist — und bedauerlicher Weise nicht ohne Erfolg bei der gedankenlosen Menge — unter der Flagge „national" und „liberal" lediglich die Interessen der Börse und des Geldsacks zu vertreten. Diese Presse ist keine nationale, sie folgt internationalen Zwecken .... sie ist in allen Ländern demselben Einfluß unterthan. Ihr Ziel ist nicht die Organisation; ihre destructiven Tendenzen führen überall zur Zerbröckelung und Auflösung!

Durchlaucht! Wir haben jetzt alle die Freiheiten in politischer und wirthschaftlicher Beziehung, die ein Volk groß und glücklich zu machen geeignet sein sollen, wie man uns seit einem Jahrzehnt vorerzählt; wir haben Gewerbe-, Wucher-, Wechsel-, Preß-, Theater-, Vereinsfreiheit, Freizügigkeit, Selbstverwaltung und Wahlfreiheit, Freihandel und wie sonst die Freiheiten alle heißen; — den versprochenen Segen davon verspüren wir jedoch nicht. Wir fühlen vielmehr, wie das Großkapital in der ungezügelten Concurrenz auf allen Erwerbsgebieten uns mehr und mehr in Fesseln schlägt, und werden gewahr, daß der Mittelstand verarmt, Landbau und Gewerbe nicht mehr lohnend erscheinen und nur das Spekulanten-, Fälscher-, Schacher- und Wucherthum florirt. Während sonst jede erwerbende Thätigkeit, jede Besitzveränderung an Immobilien und Mobilien einer und zwar der Höhe des Werthes entsprechenden Steuer- und Stempelgebühr unterworfen ist, geht die auf dem Tummelplatz der Jobberei geübte Verschiebung, Erlistung und Erraffung ungeheuer großer Werthe gänzlich steuerfrei aus. Wir meinen, daß hier mit der procentischen Börsen- (Schlußschein-) Besteuerung zugleich eine für das deutsche Volk sehr heilsame Eindämmung, ja Unterdrückung der Auswüchse des Börsentreibens erzielt werden könnte.

Durchlaucht! Es möchte die höchste Zeit sein, daß in allen diesen Dingen Wandlung geschaffen wird. Wir sind der Ueberzeugung, daß solches allein durch die Energie und Machtfülle des Kanzlers geschehen kann. Und darum haben wir es gewagt, Ew. Durchlaucht auf diesem Wege zugleich von dem Wirken eines Vereins Kenntniß zu geben, dessen Mitglieder alle Schichten der redlich schaffenden Bevölkerung Berlins vertreten."

Wir dagegen sind überzeugt, daß große soziale Aenderungen nicht durch die „Energie und Machtfülle des Kanzlers", von der man in letzter Zeit überhaupt nicht mehr viel verspürt, geschaffen werden können, sondern lediglich durch die Energie und Machtfülle des arbeitenden Volkes.

8. ds. Mts. zu 50 Mark Geldstrafe und im Unvermögensfalle zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilt.

— Die Parteigenossen Petzold und Klemich wurden am 10. ds. Mts. in Chemnitz wegen „Religionsschmähung" jeder zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Der frühere verantwortliche Redacteur der „Wahrheit" in Breslau wurde am 12. d. M. wegen „Majestätsbeleidigung" zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate beantragt.

Correspondenzen.

Altona. In unserer Provinz nimmt die Bewegung zum Massenaustritt aus der Kirche immer größere Dimensionen an. Nicht lediglich Sozialisten sind es, welche austreten, auch die Bürger und Bauern anderer politischen Glaubensbekenntnisse. Der Hauptgrund ist die Erhöhung der Communalsteuern, um den Ausfall der Stolgebühren bei den Geistlichen zu decken. Hierüber ist sogar der etwas fromme und cheistlich-sozial angehauchte „Hamburgische Correspondent" erbost, der es als Thatsache erklärt, daß seit Einführung solcher neuen persönlichen Kirchensteuer vielfach die Frage des Austritts aus der Kirche, selbst in Kreisen, wo man solches kaum erwarten sollte, ventilirt ist. Das Blatt nennt es „wohl keine unbegründete Warnung an die Geistlichen und Kirchenvorstände, nicht allzurasch auf dem betretenen Wege fortzuschreiten, um einer Verödung der Kirchen vorzubeugen. — Wir bösen Sozialdemokraten freuen uns natürlich über die Verödung der Kirchen, welche schließlich noch dahin führen wird, daß uns diese großen steinernen Häuser zu Versammlungslokalen zur Verfügung gestellt werden. — Am 1. d. M. Abends ist die Pulverfabrik bei Schulau in der Nähe von Blankenese in die Luft geflogen. Es sind durch die Explosion fast sämmtliche zu dem Etablissement gehörige Gebäude mit Ausnahme der Magazine zerstört worden. Bis gestern Nachmittag wurden neun Todte, darunter der Direktor, und fünf Schwerverwundete aufgefunden. Fast sämmtliche Häuser in dem benachbarten Wedel wurden beschädigt.

Dresden. In der hiesigen Entbindungsanstalt herrscht der sehr eigenthümliche Brauch, daß diejenigen Wöchnerinnen, welche gewillt sind, als Ammen Dienst zu nehmen, eine bessere Kost bekommen als die anderen. Der Zweck dieses Verfahrens liegt auf der Hand. Ammen werden nur gebraucht von Leuten, die Besitz haben, die bezahlen können, mit einem Wort: von den Reichen. Der Arme ist nicht in der Lage, sich Ammen halten zu können. Die Ammen werden also deshalb in der Entbindungsanstalt besser gespeist wie die übrigen Wöchnerinnen, damit die Kinder der Reichen bessere Milch bekommen. Bei den Kindern der Armen kommt's ja nicht darauf an! — Ein weiterer Beweis dafür, daß der Gegensatz zwischen Arm und Reich zu tief immoralischen Zuständen führt, ja selbst immoralisch ist, ist durch folgenden Vorfall geliefert: „Ein in einer hiesigen Maschinenfabrik angestellter Maschinist lebte mit seiner Frau in sehr glücklichen Verhältnissen. Vor Kurzem trübten sich aber dieselben, da er erfuhr, daß sein Chef, der Vertreter einer der berühmten englischen Maschinenfabriken, seiner Frau Besuche abstatte, während er im Schweiße seines Angesichts sein Brod verdiente. Vor einigen Tagen kam er in demselben Momente nach Hause, als sein Chef aus demselben trat. Er machte nun seiner Frau die heftigsten Vorwürfe über ihre Untreue und wurde schließlich so aufgeregt, daß er einen Stuhl ergriff und mit demselben auf seine Frau losschlug. Der Prinzipal hörte von der Straße aus den Streit und das Hilfegeschrei der Frau, rief einen Constabler herbei, eilte mit demselben in die Wohnung und ließ den armen Mann noch in polizeilichen Gewahrsam bringen, von wo er jedoch bald entlassen wurde. Die erste Handlung des Betrogenen war, daß er seine Gattin davonjagte, was sein „sittenreiner" und „ehrenhafter" Chef damit beantwortete, daß er ihn aus der Arbeit entließ." — So nehmen sich die Leute aus, welche der Sozialdemokratie vorwerfen, sie wolle die Ehe aufheben und die Weibergemeinschaft einführen. Bekämpft die Sozialdemokratie das Privatkapital, so heißt es, sie trachte darnach, das Eigenthum aufzuheben; und bekämpft sie die heutige Ehe, die der Prostitution ähnlich sieht wie ein Ei dem andern, so heißt es, sie wolle die sittlichen Grundlagen der heutigen Weltordnung zerstören. Und doch sind es grade diese Verächter der Sozialdemokratie, welche in dem alltäglichen Concurrenzkampfe sich an das Mein und Dein am wenigsten kehren und welche durch ihre Maitressenwirthschaft die Ehe thatsächlich aufheben. Es bleibt also schon dabei — nur Ignoranz oder Bosheit lassen sich herbei, die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Hainichen, 8. Mai. Am 28. April tagte hier wiederum eine den Verhältnissen angemessen gut besuchte Volksversammlung, in welcher Genosse Kayser aus Dresden über das Thema „Die Noth der Zeit, woher sie gekommen und wie sie zu beseitigen" ist mit vielem Beifall referirte. Auf den Vortrag speziell einzugehen würde den Raum des „Vorwärts" zu sehr in Anspruch nehmen, es sei deshalb nur hervorgehoben, daß Referent mit scharfer Kritik die heutigen Zustände, besonders die Ursachen der Noth geißelte, und daß nur in einem Zukunftsstaate, wie ihn die Sozialdemokraten anstreben, diese Noth dauernd beseitigt werden kann. Anhaltender Beifall lohnte den Redner am Schlusse seines Vortrags. Charakteristisch ist es, daß in unsern Versammlungen die Herren Gegner nie den Muth haben, ihre Ansichten laut werden zu lassen, trotzdem sie verschiedene Mittelchen anwenden, „die Noth zu beseitigen" und die Sozialdemokratie mit Schmutz zu bewerfen. — Vor der Hand werden wir hier mit Abhalten von Volksversammlungen eine kleine Pause machen, aber umsomehr wollen wir unser Augenmerk auf die Landbevölkerung richten, und wo es die Verhältnisse gestatten, daselbst Genossen werben und nöthigenfalls Versammlungen abhalten, damit bei einer kommenden Wahl der Boden geebnet ist. Zu diesem Zweck soll im Einverständniß mit den Oederaner Genossen für den 9. Wahlkreis ein Central-Wahlcomité gebildet werden, welches vorläufig seinen Sitz hier in Hainichen haben soll, und welchem besonders die Aufgabe gestellt ist, eine geregelte Organisation der Genossen des 9. Kreises zu schaffen. Besonders die Freiberger Gegend muß hier ins Auge gefaßt werden. Die Oederaner Genossen werden ersucht, die Wahl der dortigen Comitémitglieder baldigst vorzunehmen und deren Adressen uns gefälligst mittheilen zu wollen. Sobald sich das ins Auge gefaßte Central-Wahlcomité constituirt haben wird, werden wir es im „Vorwärts" bekannt geben. Das Agitationscomité.
J. Auftr.: Rich. Hennig.

Kassel, 4. Mai. Heute Morgen gegen 6 Uhr verschied unser brave Gesinnungsgenosse Friedrich Buhle nach 2½jährigem schweren Krankenlager. Buhle unter den härtesten Entbehrungen aufgewachsen, ein echter Sohn des Proletariats, war 1866 einer der Ersten hier am Ort, der für die Gründung einer Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins thätig war. Buhle bethätigte jederzeit selbst unter den drückendsten Familienverhältnissen einen Opfermuth für die gerechte Sache der Arbeit, an welcher er mit jeder Fiber seines Lebens hing, die seines Gleichen sucht. Buhle hatte für jeden Bedrängten mehr als einen guten Rath übrig; wo es irgend seine Mittel zuließen, ging bei ihm Niemand mit der Bitte um Beihilfe fehl. Wir betrauern in ihm mehr als den geschiedenen Parteigenossen, wir haben in ihm einen Freund, einen Bruder verloren. Ehre seinem Andenken.

Stuttgart, 10. Mai. Die „Deutsche Reichspost" enthielt am 28. April eine Stuttgarter Correspondenz, in welcher es unter Anderm heißt: „In Tübingen wurde seither dreimal vergebens die Gründung eines sozialdemokratischen Vereins versucht; jetzt endlich ist es leider der rührigen feindlichen Agitation gelungen, einen Posten in der alten Universitätsstadt zu gewinnen, bald werden sich auch dort verkommene Studenten dazu gesellen und eine sogenannte „wissenschaftliche" Pflanzstätte des Sozialismus ist geschaffen." — Wir begreifen den Aerger der „Deutschen Reichspost" über den Erfolg unserer Partei in Tübingen sehr wohl, und was an uns liegt, soll geschehen, um den Aerger zu hellem Zorn anzufachen, denn nie fühlen wir uns behaglicher, als wenn wir sehen, wie die Gegner Gift und Galle gegen uns speien. Was übrigens die „verkommenen Studenten" betrifft, die sich der Sozialdemokratie zugesellen werden, so kann die „Deutsche Reichspost" versichert sein, daß dieselben wohl an der Gründung „wissenschaftlicher Pflanzstätten" sich sehr rege betheiligen, dagegen aber umsomehr von den wüsten Zechgelagen und edlen Paukereien, die den Herren von der „Reichspost" wahrscheinlich mehr zusagen, sich fernhalten werden.

Allgemeiner Gewerkschafts-Congreß in Magdeburg.

Derselbe beginnt am zweiten Pfingstfeiertage, Nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Herrn Geßner, gr. Storchstraße 7.

Tages-Ordnung:

1) Wahl des Bureaus und Feststellung der Präsenzliste der anwesenden Delegirten; Festsetzung der Geschäftsordnung;
2) Generaldebatte über Zweck und Nutzen der Centralisation;
3) Spezialdebatte und endgiltige Beschlußfassung über die von der Gothaer Conferenz und dem Hamburger Comité festgestellten Organisationspunkte, sowie über weitere eingegangene Anträge;
4) Wahl der Cartellcommission und Beschlußfassung über den Ort, wo dieselbe ihren Sitz haben soll.

Anderweitige Anträge können durch einfachen Majoritätsbeschluß zur Debatte kommen.

Jeder Delegirte muß sich durch ein Mandat seiner Wähler legitimiren können. Dasselbe muß die Unterschrift zweier Bureaumitglieder der Wahlversammlung, event. zweier Mitglieder von Gewerkschafts-Vorständen, nebst der Bezeichnung des Ortes und die Zahl der Wähler enthalten. Die in Magdeburg tagenden Delegirten von Gewerkschafts-Generalversammlungen können durch ihre Bureaus delegirt werden.

Delegirte können gewählt werden von centralisirten Gewerkschaften, gemischten Gewerkschafts-Versammlungen einzelner Orte, von Fachvereinen, Ortsvereinen und einzelnen Mitgliedschaften, sowie auch von gemeinschaftlichen Versammlungen keiner Organisation angehöriger Arbeiter.

Die eintreffenden Delegirten werden auf dem Bahnhofe von Mitgliedern der Lokalcommission — an weißen Schleifen erkenntlich — empfangen werden.

Behufs Beschaffung von Quartieren wolle man sich an den Vorsitzenden der Lokalcommission, Herrn Schuhmacher Ebert, Jacobsstraße Nr. 11 u. 12 in Magdeburg, wenden.

Wir hoffen, daß die Nothwendigkeit dieses Congresses allen für die Entwickelung der Gewerkschaften sich interessirenden Genossen klar ist, und daß demzufolge allerorts die möglichsten Anstrengungen gemacht werden, um einen zahlreichen Besuch des Congresses zu veranlassen. Mögen daher die Genossen, welche in der Centralisation der Gewerkschaften einen Fortschritt erblicken, kräftig für die Beschickung desselben eintreten.

Hamburg, den 7. Mai 1878.

Für die Hamburger Commission:
August Kapell, Kraienkamp 22.

Schuhmachergewerkschaft.

München. Die hiesigen Schuhmachergehilfen stehen mit ihren Meistern in Conflict, veranlaßt durch die Einführung einer Werkstattordnung und ersuchen deshalb, den Zuzug nach München fernzuhalten.

Das Arbeitsvermittlungs-Comité.

NB. Die süddeutschen Arbeiterzeitungen werden ersucht, Obiges abzudrucken.

Aufruf an die Schneider von Grünberg, Küstrin u. Umgeb.

Da ich gewillt bin die Agitation für obengenannte Orte und in der Umgegend für die Schneider-Gewerkschaft zu übernehmen, so ersuche die Collegen und Parteigenossen der genannten Orte mir Adressen zukommen zu lassen.

Frankfurt a. O. H. Hochheim,
Richtstraße Nr. 77 bei Hrn. Blandow.

Briefkasten

der Redaktion: C. B. in Triest: Ihre Abhandlung paßt nicht für den „Vorwärts"; die „Zukunft" oder die „Neue Gesellschaft" dürfte eher geeignet und geneigt sein, über den Vegetarianismus eine Disputation zu eröffnen. — L. M. in F.: Wir erwarten die Abfertigung. — B. Kl. in G.: Ueber den Congreß der Reichswahlberechtigten Ungarns haben wir schon möglichst ausführlich berichtet.

Quittung. Stff Lübeck An. 0,80. Fr. L. K. Straßburg Ab. 6,00. Wßmnn Bockenheim Ab. 5,20. Rzgl Teplitz Ab. 4,95. Drng Delitzsch Ab. 6,80. Brg Zeitz Schr. und Ab. 75,00. Lugdorf Barmen Schr 22 35. Strbl Zwickau Ab. 139,60. Mkr Mannheim Ab. 20,80. Mcnsly Düsseldorf Abon. 5,10. Bgs Hannover An. 3,80. Dr. Stwk Görbersdorf Schr. 0,30. Gls Berlin Schr. 0,25. Kzyl Brsn Schr. 7,00. Rzz Apenzell Schr. 0,20. Lng Hanau Schr. 1,20. Lsf Hannover Schr. 0,60. Schwb Wien Schr. 2,50. Pitz Mühlhausen Schr. 0,60. Sggs Berlin Schr. 3,65.

Fonds für Gemaßregelte.

Von F. W. in der Erbrichtschen Offizin 5,34. — Brendel's Werkstatt hier gesammelt 6,50.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. **Sonnabend,** den 18. Mai, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11:

Oeffentliche Versammlung.

T.-O.: Die heutige Volksschule, wie sie ist u. wie sie sein sollte. Ref. Oehme.

(F. 167) [70] Der Vorstand.

Generalversammlung
des
Verbandes sächs. Berg- und Hüttenarbeiter
(Eingetragene Genossenschaft)

Sonntag, den 2. Juni 1878, Nachmittag 2 Uhr, im Saale des Gasthofes „zum Jägerhaus" in

Lugau.

Schluß des Saales Punkt 3 Uhr.

Tagesordnung:

1) Bericht über den Stand der Genossenschaft.
2) Prüfung des Rechenschaftsberichtes und Entlastung des Vorstandes für abgelegte Rechnung.
3) Abänderung der Statuten.
4) Entlastung und Wahl des Vorstandes und des Controllcommissionsortes.
5) Berathung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge.

Anträge haben gestellt und wolle die Generalversammlung beschließen:

1) Ludwig in Neudörfel und Lindauer in Niederplanitz: a) Das Alter beim Eintritt in die Verbandskasse auf 50 Jahre festzusetzen; b) Bei der Krankenkasse die Steuern, Eintrittsgelder und Aufsteuer zu erhöhen.
2) Reichelt in Zwickau: a) Bei der Krankenkasse nur eine Klasse einzurichten; b) bei vorsätzlicher Selbstentleibung kein Beerdigungsgeld zu gewähren; c) den Gehalt der Hauptverwaltung nach Prozenten zu berechnen.
3) Deukert in Neustädtel nebst Genossen daselbst und in Schneeberg: Die Verbandssteuer auf 10 Pfg. pro Monat zu reduciren.
4) Lindauer in Niederplanitz: Die Mitglieder bei einer Unfallversicherung zu versichern.
5) Hunger in Schedewitz: Arbeitsunfähig — invalid gewordene — Verbandsgenossen zu einer ihrer Körperconstitution annehmbaren Arbeit unterzubringen.
6) Grünert in Brand und Roßner in Marienthal: Den Vorsitzenden und Kassirer fest zu besolden.
7) Frescher — Zwickau und Roßner — Marienthal: Allmonatlich erscheint ein Circular, wo über eingegangene Steuern quittirt und überhaupt das Interesse des Verbandes gewahrt wird.
8) Müller, Perschke und Mehlhorn — Müllen: Vorstand und Controllcommission können je bis zu drei Verbandsorgane auf Kosten der Kasse halten.
9) Michael — Pöhlau: Den Vorstand zu ermächtigen, bei den Staatsbehörden dahin zu wirken, daß arbeitsunfähige — invalide — Verbandsgenossen von Staats- und Gemeindesteuern befreit werden.
10) Arzberger — Bielau: Den Vorstand zu ermächtigen, bei einer von der Staatsregierung einzubringenden Reform der Berggesetzgebung der hohen Behörde Vorstellung über verschiedene Mängel und Uebelstände im Bergwesen zu machen und auf Abstellung derselben anzutragen.
11) Ebert — Schedewitz. a) Alle Steuern sind praenumerando zu zahlen; b) den Kassirer dahingehend zu honoriren, daß derselbe die Obleute für Einsammlung der Steuern genügend entschädigen kann; c) in welcher Weise Kassenführung resp. Kassenabschluß zu erfolgen hat.
12) Schade — Druckwa: Eine Eingabe an den hohen Reichstag zu richten, in welcher auf die Art der Unfälle beim Berg-, wie Hüttenwesen mit der Nothwendigkeit einer dahingehenden Aenderung des Haftpflichtgesetzes hingewiesen wird.
13) Leistner, Färber und Genossen in Lugau: a) Die Invalidenkasse ist aufzuheben; b) die Krankenkasse ist zu erweitern. [6,50

Osnabrück. **Sonntag,** den 19. Mai, Morgens 10½ Uhr, bei Hillebrands, Altemünze 21:

Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: Die Beschickung des diesjährigen Sozialisten-Congresses.

H. Goldbeck. [60

Stötteritz. **Sonnabend,** den 18. Mai, Abends 9 Uhr, im Gasthof „Zur Weintraube": [60

Geschl. Sozialistenversammlung.

Die Agenten.

Durch die Expedition der „Fackel" in Leipzig, Kleine Fleischergasse 15, ist in dritter neu erschienener Auflage zu beziehen:

Herr Julian Schmidt
der Literarhistoriker
mit Setzer-Scholien herausgegeben
von
Ferdinand Lassalle.
à Exemplar 1 Mk. franco. [3,00

Diese bedeutende Schrift wird hiermit den Parteifreunden, sowie dem gesammten Publikum bestens empfohlen. (3a)

Durch uns ist zu beziehen:

Drei Jahre aus meinem Leben
oder
Mein Prozeß
wegen
Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit, meine Suspension und Wiedereinführung ins Lehramt.
1845—1847.
Von
K. F. W. Wander.
Preis Mark 1,50.

Es ist ein alter Veteran der Volkssache, aber einer von den wenigen, die ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind, der in der vorliegenden Schrift zu uns spricht. Die Periode vor dem Jahre 1848 ist der jetzigen Generation völlig unbekannt; um so wichtiger, wenn Erinnerungen wie die vorliegenden zu ihrer Kenntniß gelangen, um ihr zu zeigen, welche Fortschritte wir trotzalledem in 30 Jahren gemacht haben. Wie wird es nach weiteren 30 Jahren aussehen? Diese Frage drängt sich jedem Leser auf. — Die Schrift führt unter anderem das Bild eines Menschen vor, der heute noch eine Rolle spielt: de jetzigen kgl. preußischen Geheimraths und Verschwörungsfabrikanten Stieber; außerdem einige hochinteressante Vertheidigungsschriften des Justizrath Robe, Vertheidiger Wanders. Letztere sind Muster logisch-juristischer Dialektik und philosophischer Gründlichkeit.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
kost. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., kom. Privatanzeigen und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jeuscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Heß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 58. Sonntag, 19. Mai. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, in der Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6 IV., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsgasse 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Die Gewerbegesetznovelle im Reichstage.

III.

(Schluß.)

Berlin, 14. Mai.

§ 133 lautet nach den Commissionsbeschlüssen wie folgt: Kinder unter zwölf Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Vor vollendetem vierzehnten Lebensjahre dürfen Kinder in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich genießen. Die Beschäftigung darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. — Hierzu beantragen: Abg. Penzig: 1) in Absatz 3 statt „zehn Stunden" zu setzen „elf Stunden"; im Falle der Ablehnung dieses Antrags: 2) in Absatz 3 hinter den Worten „zehn Stunden" einzufügen: „in Spinnereien nicht länger als elf Stunden". — Abgg. Wölfel, Dr. Buhl: Den § 133 in folgender Fassung anzunehmen: Kinder unter zwölf Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. Schulpflichtige Kinder unter vierzehn Jahren dürfen in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich genießen. — Abg. Penzig stellt zu diesem Antrag den Unterantrag, die Worte „zehn Stunden" in „elf Stunden" zu verwandeln. — Abgg. Dr. Freiherr v. Hertling, Dr. Franz und Stötzel: § 133 folgendermaßen zu fassen: „Kinder dürfen vor ihrer Entlassung aus der Schule nicht in Fabriken beschäftigt werden. Diese Bestimmung tritt am 1. Januar 1882 in Kraft. Ausnahmen von dem Verbote, welche zu Gunsten einzelner Industriezweige die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder nach vollendetem zwölften Jahre in Fabriken zulassen, bestimmt der Bundesrath. Die Beschäftigung ist nur zulässig, wenn die Kinder in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich genießen. Die Beschäftigung darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute unter sechszehn Jahren, sowie Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden." — Zu diesem Antrag liegt ein Unterantrag Penzig vor: „In Absatz 4 anstatt „zehn Stunden" zu setzen „elf Stunden". — Abg. Motteler und Genossen: Dem § 133 folgende Fassung zu geben: „Für Kinder unter vierzehn Jahren ist jede Beschäftigung in Fabriken verboten. Vor vollendetem sechzehnten Lebensjahre dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Fabriken nicht länger als sechs Stunden täglich — ausschließlich der Pausen (§ 134) — beschäftigt werden. Junge Leute zwischen 16 und 18 Jahren, sowie Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, dürfen in Fabriken nicht länger als acht Stunden täglich — ausschließlich der Pausen (§ 134) — beschäftigt werden. An den Tagen vor Sonn- und Festtagen sind die vorbenannten Arbeitszeiten um je eine Stunde abzukürzen."

Nachdem der Referent Dr. Genfel die Commissionsvorschläge vertheidigt, reden die Herren Wiggers (Fortschritt) gegen Stötzel (Centrum) in scharfer Weise für den Schutz der Kinder in den Fabriken.

Darauf erhält Motteler das Wort. Derselbe wandte sich zunächst gegen den Fortschrittler Wiggers, um ihm Einiges über die Gesetze von Angebot und Nachfrage beizubringen, welche bei Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit unzweifelhaft zu Gunsten aller Arbeitergruppen am Arbeitsmarkte einwirken müßten. Auch über das Sinken aller Geldwerthe, Steigen der Lebensmittel 2c. bei abnormer Mehrung des Kapitals mußte der alte Herr von M. noch belehrt werden, da er behauptet hatte: je mehr Kapital, desto höher die Arbeitslöhne. Der Polizei-Wau-Wau der Herren Richter und Genossen fand durch den Redner gebührende Kennzeichnung als ein bequemes Ausweichen, wenn es gelte, gesetzlich für die Arbeiter einzustehen, statt mit Redensarten, und schließlich erinnerte derselbe auch noch an den Unterschied zwischen Polizei und Gesetz. Mit der ersteren haben wir nichts zu thun, sagte M., wir verlangen dagegen Schutzgesetze, die eine präzise Behörde auszuführen haben soll. Der fortschrittliche Antrag gleiche dem Beschluß, für die verschiedenen Patienten erst dann eine Arznei zu verschreiben, wenn sie kränker geworden seien. — Im zweiten Theile seiner eingehenden Rede erbrachte Motteler mit Zahlen und Daten die Nachweise, daß durch die Frauen- und Kinderarbeit mehr und mehr männliche erwachsene Arbeitskräfte erwerbslos gemacht, die Löhne herabgedrückt, die Arbeiterschaft in gesundheitlicher und moralischer Hinsicht zerrüttet werde. Mit der Ausbreitung der Fabrikindustrie und Vervollkommnung der Maschinen werde der Kampf zwischen Mensch und Maschine immer vernichtender. Bei Zunahme der Fabriken in der Textilindustrie um 723 in 25 Jahren (1850—1875) sei die Spindelzahl um über 70 Prozent, die der mechanischen Stühle über 86 Prozent, die der Arbeitskinder um über 346 Prozent gestiegen! Während das Arbeiterkontingent im Alter von 15 bis 18 Jahren nur um wenige Prozente zugenommen habe, sei zur gleichen Zeit das Contingent der 18—25jährigen Arbeiter und darüber um 6 Prozent bis über 20 Prozent gefallen! Unsere Anträge beabsichtigen diesen Mißstand abzumildern und dem fortgesetzten Experimentiren des Kapitals auf Kosten der Arbeitskraft Zügel anzulegen. Der achtstündige Normalarbeitstag für Frauen und Unterzehnjährige sei eine Forderung im Interesse der Industrie wie der Arbeiter; es sei der ersteren durchaus nicht das Recht zuzusprechen, ihre Existenz — gleichbedeutend mit ihrem Profit — sich aus der Ueberarbeitung der Arbeiter herauszupressen. Daß durch die heilsame Verschiebung der Arbeitszeit der vom sozialistischen Antrage betroffenen Arbeitergruppen die Löhne steigen müssen, solle gar nicht verheimlicht werden, die Phrase der Fabrikanten aber, daß bei kürzer Arbeitszeit auch die Löhne sinken müssen, zeige am deutlichsten, wie man mit der Arbeit und in erster Linie mit ihr seine Profite zu machen gewohnt sei.

Redner geißelt trotz wiederholter Schlußrufe die Resolutionen und Petitionen der Fabrikanten mit ihren eigenen Zahlen und giebt statistische Nachweise über die naturgemäße Entwicklung der Arbeitskraft, gegen die das heutige Produktionssystem fortgesetzt sündige, obschon in einem Memorandum der Fabrikanten von der Ethik die Rede sei, die zwischen der deutschen Industrie und ihren Arbeitern walten solle! Dies zu dokumentiren, sei durch Annahme unserer Anträge die beste Gelegenheit.

Die Commissionsvorschläge werden natürlich angenommen.

§ 134 lautet nach den Commissionsbeschlüssen: Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter (§ 133) dürfen nicht vor 5½ Uhr Morgens beginnen und nicht über 8½ Uhr Abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Die Pausen müssen für Kinder eine halbe Stunde, für junge Leute zwischen vierzehn und sechszehn Jahren Mittags eine Stunde, sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbe Stunde mindestens betragen. Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebes, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden. Während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Confirmanden-, Beicht- und Communionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden. Wöchnerinnen dürfen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden. — Die Abgg. Motteler und Genossen beantragen, den § 134 abzuändern, wie folgt: „Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen (§ 133) dürfen nicht vor 6 Uhr Morgens beginnen und nicht über 8 Uhr Abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Dieselben müssen Mittags eine Stunde, sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbe Stunde mindestens betragen. Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern und den Arbeiterinnen eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebes, in welchen sie beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden. Wöchnerinnen dürfen während sechs Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden. Eine Kündigung oder Entlassung solcher Arbeiterinnen darf während dieser Zeit nicht stattfinden." — Abgg. Dr. Blum, Dr. Klügemann: Den letzten Absatz der Regierungsvorlage: „An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Confirmandenunterricht bestimmten Stunden, dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden" wiederherzustellen. — Abgg. Dr. Freiherr v. Hertling, Dr. Franz, Stötzel: In Absatz 1 nach „Arbeiter (§ 133)" zu setzen: „und der Arbeiterinnen"; in Absatz 1 statt: „junge Leute zwischen vierzehn und sechszehn Jahren" zu setzen: „die übrigen jugendlichen Arbeiter"; in Absatz 4 statt: „drei" zu setzen „sechs". — Abg. v. Reden: 1) Unter Streichung des letzten Satzes des § 134 der Commissionsbeschlüsse als § 137a einzusetzen: „Wöchnerinnen dürfen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft in Fabriken nicht beschäftigt werden." 2) (für den Fall der Annahme des vorstehenden Antrages): in Artikel 2, § 146 Nr. 2 hinter: „§ 137" einzusetzen: „§ 137a" und hinter: „jugendlichen Arbeitern" einzusetzen: „oder Arbeiterinnen".

Abg. Motteler: Gegen die Nachtarbeit der Frauen und jugendlichen Arbeiter Schutz zu fordern, sei eine einfache Consequenz unsrer Forderungen zu § 133. Viele Fabriken schlagen ihren Profit ausschließlich aus der Nachtarbeit der Frauen heraus. Die Arbeiterschaft nenne diese Etablissements „schmutzige Todtenbuden" und aus diesen stelle er dem gesunden „Dragoner" aus der Weißblechfabrik, den Herr Stumm citirt habe, um zu beweisen, daß Nachtarbeit für Arbeiterinnen nicht schade, unsre „lebendigen Leichen" aus der Textilindustrie entgegen. Der weitere Zusatzantrag zu diesem Paragraphen spreche für sich selbst, die Erfahrung lehre, daß die Herren Fabrikanten, um nicht fortgesetzten Personalwechsel zu haben, Arbeiterinnen lieber entlassen, wenn sie nach der Entbindung länger außer Arbeit bleiben. Man möge bei diesen Anträgen nicht die Partei, sondern die Menschlichkeit sprechen lassen.

Natürlich wird, nachdem das bekannte Sozial-Märchen einmal wieder gegen die Sozialdemokratie gebelfert hatte, der Commissionsantrag angenommen.

Der § 139 lautet:

„§ 139. Die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 135 bis 138, sowie des § 119 Absatz 3 in seiner Anwendung auf Fabriken ist ausschließlich oder neben den ordentlichen Polizeibehörden besonderen von den Landesregierungen zu ernennenden Beamten zu übertragen. Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision der Fabriken zu. Sie sind vorbehaltlich der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntniß gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Revision unterliegenden Fabriken zu verpflichten. Die Regelung der Zuständigkeitsverhältnisse zwischen diesen Beamten und den ordentlichen Polizeibehörden bleibt den Landesregierungen vorbehalten. Die erwähnten Beamten haben Jahresberichte über ihre amtliche Thätigkeit zu erstatten. Diese Jahresberichte oder Auszüge aus denselben sind dem Reichstage vorzulegen. Auf Antrag der Landesregierungen kann für solche Bezirke, in welchen Fabrikbetriebe gar nicht oder nur in geringem Umfange vorhanden sind, durch Beschluß des Bundesrathes von der Anstellung der besonderen Beamten abgesehen werden. Die auf Grund der Bestimmungen der §§ 133 bis 138, sowie § 119 Absatz 3 in seiner Anwendung auf Fabriken auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während die Fabriken im Betriebe, gestatten."

Nach langer Debatte wird dieser Antrag der Commission mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen.

An Stelle des § 154 der Gewerbeordnung soll folgender Paragraph treten:

Die Bestimmungen der §§ 105 bis 131 finden auf Gehülfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften keine Anwendung. — Die Bestimmungen des § 105a, sowie der §§ 133 bis 139 finden auf Arbeitgeber und Arbeiter in Werkstätten, in deren Betrieb eine regelmäßige Benutzung von Dampfkraft stattfindet, sowie in Hüttenwerken, in Bauhöfen und Werften entsprechende Anwendung. — In gleicher Weise finden Anwendung die Bestimmungen des § 105a, sowie der §§ 114 bis 118 und 133 bis 139 auf die Besitzer und Arbeiter von Bergwerken, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben. Arbeiterinnen dürfen in Anlagen dieser Art nicht unter Tage beschäftigt werden. — Zuwiderhandlungen gegen letztere Bestimmung unterliegen der Strafbestimmung des § 146.

Abg. Stumm schlägt vor, im dritten Absatz hinter dem Wort: „Bergwerken" einzuschalten: „Salinen".

Abg. Dr. Hammacher beantragt, vom zweiten Absatz an den Paragraphen wie folgt zu fassen: Die Bestimmungen des § 105a, sowie der §§ 114 bis 118, 124 und 133 bis 139 finden entsprechende Anwendung auf die Besitzer und Arbeiter von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen und Gruben, jedoch mit der Maßgabe, daß es bezüglich der Aufsicht über die Ausführung der §§ 119 Absatz 3 und 133 bis 138 bei den bestehenden berggesetzlichen Einrichtungen verbleibt, und daß Arbeiter von 14 bis 16 Jahren bei dem unterirdischen Betriebe von Bergwerken und Gruben auf Grund besonderer Erlaubniß der Bergpolizeibehörde beschäftigt werden können, ohne daß während der zu gewährenden Pausen der Betrieb, bei welchem sie beschäftigt sind, eingestellt zu werden braucht. Arbeiterinnen dürfen in Anlagen dieser Art nicht unter Tage beschäftigt werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung unterliegen der Strafbestimmung des § 146.

Abg. Motteler schlägt vor, Absatz 3 hinter dem Worte: „Arbeiterinnen" einzuschalten: „und jugendliche Arbeiter unter sechzehn Jahren"; sodann als Absatz 4 folgen zu lassen: „Ebenso dürfen in diesen Anlagen Arbeiterinnen überhaupt und jugendliche Arbeiter unter achtzehn Jahren zum Bedienen von Maschinen oder sonstigen mechanischen Vorrichtungen zum Aus- und Einfahren nicht verwendet werden."

Derselbe begründet sein Amendement folgendermaßen: Nirgends klarer als bei der Bergarbeit dokumentirt sich die Nothwendigkeit, die Kinder- und Frauenarbeit zu beschränken und Arbeiterinnen, sowie besonders unter 16jährige Arbeiter „unter Tag" gänzlich auszuschließen. Ersatz an Erwachsenen gebe es in Fülle. Er erinnere an die vielen Arbeitslosen, Bettler, „Vagabonden". Die jugendlichen Arbeiter fänden „über Tag" sofort wieder Verwendung. Von einer Lehre im Sinne des Handwerks könne beim Bergarbeiter nicht die Rede sein, also

sei auch die Behauptung hinfällig, es handle sich bei Beschäftigung der kleinen Bergleute „unter Tag“ in erster Linie um Heranziehung eines tüchtigen Arbeiterstandes.

Redner kennzeichnet die verschiedenen Arbeiten der Knaben im Bergwerk als gesundheitsschädlich, gefahrvoll und verantwortungsreich, weil noch andere Menschenleben davon abhängen, wie z. B. beim Bremsen und Pferdeleiten ꝛc. Das Contingent der 12—14jährigen sei so verschwindend klein, daß es in ganz Deutschland kaum 1000 Köpfe betrage, und da wolle man behaupten, die Concurrenzfähigkeit der Branche würde unter Beschränkungen, wie die vorgeschlagenen, leiden! Ebenso sei das Contingent der 14—16jährigen ein verhältnißmäßig so geringes, daß deren anderweitige Verwendung ohne Schwierigkeiten zu bewirken sei. Die Industrie frage nie darnach, was aus den Arbeitern werde, wenn neue Maschinen die menschliche Hand überflüssig machen, und beim Bergbau wirke die frühzeitige Arbeit „unter Tag“ so verderblich, daß z. B. von einer Belegschaft von 16,000 Mann in einem Jahre nicht weniger als 12,000 Mann in ärztlicher Behandlung standen. Mit 30 Jahren werde gewöhnlich der Bergmann „bergfertig“, d. h. ausgenützt und unbrauchbar, gewiß beredte Zahlen, die für unsren Antrag sprechen. Der Antrag, daß unter 18jährige nicht zum Warten von Maschinen ꝛc. genommen werden sollen, sei dem englischen Berggesetze entnommen und auch bei uns in Deutschland Bedürfniß geworden. In bergmännischen Kreisen heiße es, daß zu dieser Funktion Männer von Kraft und geistiger Reife gehören und nicht die Jugend. Sorge man, daß der Bergmann zur Arbeit nicht zu früh zur Grube fährt, dann wird er, wenn er dem Ende näher kommt, auch nicht allzufrüh zur Grube fahren müssen!

Der Commissionsantrag wird mit dem Amendement Stumm angenommen.

Der letzte Artikel: „Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1879 in Kraft“ wird ohne Debatte genehmigt.

Die in Bezug auf dieses Gesetz eingegangenen Petitionen, soweit sie dasselbe, beziehungsweise die darin behandelten Gegenstände betreffen, werden hierauf durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Das Haus genehmigt sodann folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, daß er über die Beschäftigung von Kindern und von jungen Leuten zwischen 14 und 16 Jahren in der sogenannten Hausindustrie, sowie über die geeigneten Mittel, den dabei vorkommenden Unzuträglichkeiten abzuhelfen, Erörterungen anstellen und dem Reichstage eine Vorlage darüber zugehen lasse.“

Es folgt noch die Berathung einer vom Abg. Stumm beantragten Resolution; dieselbe lautet: „Den Reichskanzler zu ersuchen, eine auf die Einführung des Titels 7 der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen gerichtete Vorlage dem Reichstage baldthunlichst zugehen zu lassen.“

Damit ist die zweite, die eingehende Berathung der Gewerbegesetznovelle zu Ende.

Förderliches für das arbeitende Volk ist nicht zu Stande gekommen. Die sozialdemokratischen Anträge wurden natürlich abgelehnt!

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Reichstagssitzung vom 14. Mai hatte der Abg. Windthorst zwei Interpellationen gestellt, von denen die erste, das Pferdeausfuhrverbot, nur deshalb Interesse erregte, weil der Kriegsminister von Preußen erklärte, daß das Verbot nothwendig sei, um eventuellen Falles den Militärbedarf zu decken. Also doch! — Die zweite Interpellation bezog sich auf die Frage, wann der Strafvollzug im deutschen Reiche seine einheitliche Regelung endlich erhalten solle. Der Bundescommissar Herr Friedberg erklärte, daß man an die gesetzgeberische Erledigung des Materials herangetreten sei, um einer der nächsten Sessionen des Reichstags eine diesbezügliche Vorlage zu machen.

Es folgte die Berathung des Antrags der Sozialdemokraten, betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens gegen Most. Fritzsche empfiehlt den Antrag lediglich mit Hinweis auf den bisherigen Usus des Hauses. Der unter liberaler Flagge segelnde ultra-reactionäre Abgeordnete des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, Dr. Beseler, bittet unter verschämtem Hinweis auf die agitatorische Thätigkeit des Abg. Most und auf das Kaiserattentat den Fritzsche'schen Antrag abzulehnen. (Bravo rechts.) Lasker nennt es einen verhängnißvollen Fehler, wenn der Reichstag sich durch eine augenblickliche Stimmung verleiten lassen würde, von dem früheren Gebrauche abzugehen; er stimme für den Antrag. Windthorst spricht mit einigen Seitenhieben auf Most und einem frommen, heuchlerischen Augenaufschlag auch für den Antrag, desgleichen Eugen Richter, der aber als „lebhafter“ Gegner der Sozialdemokratie „lebhaft“ bedauert, daß überhaupt Sozialdemokraten im Reichstage sind. (Glauben wir recht herzlich, weil dieser moderne Therfites seine wohlverdienten Züchtigungen gerade in dieser Session von den Sozialdemokraten erhalten hat.) Er (Richter) werde dafür sorgen, daß bei der nächsten Wahl, besonders in Berlin, den Sozialdemokraten energisch entgegengetreten werde. (Freut uns. Bei der letzten Nachwahl im 6. Berliner Wahlkreise ist es hauptsächlich den Schmäh- und Schimpfreden des Herrn Richter zu verdanken, daß Hasenclever eine so große Majorität erhielt.) Selbst der Deutschkonservative Abg. Helldorf sprach sich darauf noch für den Antrag Fritzsche aus.

Rittinghausen erwiderte auf den Angriff Beseler's, daß die eigentliche Ursache der Rede des Abg. Beseler das verabscheuungswürdige Attentat sei, das vor einigen Tagen gegen den Kaiser begangen worden ist. Redner fährt dann folgendermaßen fort: Ich protestire aus allen Kräften dagegen, daß man versucht, dieses Attentat im Allergeringsten mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen. (Oho! rechts.) Wenn man das versucht, meine Herren, so geschieht es hauptsächlich deshalb, weil die alten Parteien sich nicht ablösen können von der Idee, daß dergleichen Attentate für die Parteien — und es war dies richtig für die alten Parteien — irgend ein günstiges Resultat hervorbringen können. Man begreift, daß bei den alten Parteien, bei denen es sich blos darum handelte, immer eine Person zu ersetzen durch eine andere; man begreift, daß bei solchen Parteien man in die Verirrung hineinfallen konnte, nach dem Leben des einen oder andern Mächtigen zu trachten, um diese Persönlichkeit durch eine andere zu ersetzen. Aber, meine Herren, bedenken Sie doch, daß wir Sozialdemokraten von den Persönlichkeiten gar nichts erwarten. Die Verbesserungen, welche wir anstreben, hängen nicht von den Persönlichkeiten ab; sie können auch nicht abhängen von irgend einer Versammlung, sie hängen ab von der Aufklärung, die wir in die Massen zu tragen haben, und dabei kann es nicht helfen, ob man hier oder da etwas ändert bei den Trägern der Gewalt. Vor allen Dingen wird es darauf ankommen, daß die Ueberzeugungen in die Massen eindringen. (Rufe: Zur Sache. — Der Präsident meint, daß der Redner sich von der Sache entferne.) Meine Herren, ich habe geglaubt, es sei sehr wichtig, daß ein Mitglied der Sozialdemokratie sich frei über diesen Gegenstand aussprechen könne. Da ich aber unterbrochen werde, so will ich mich einfach darauf beschränken, zu erklären, daß ich es der liberalen Partei überlasse, die Würde des Parlaments in Bezug auf den vorliegenden Fall, nach ihrer Art, zu wahren.

Zum Schluß der Diskussion erklärt der Abg. Fritzsche, daß ihm die ganze Berathung zu hoher Befriedigung gereicht habe. Vielleicht wären wir mit dem Antrage nicht vor das Haus getreten, wenn nicht außerhalb des Hauses seitens eines Staatsbeamten (Tessendorff!) darauf provocirt worden wäre, um das Votum des Reichstags als Material zur Anklage zu benutzen. Ich hatte die gute Meinung vom Hause, daß es derartigen Erwartungen nicht entsprechen würde. Ich habe mich darin nicht getäuscht. Ich habe mir noch das Wort erbeten, um dem Hause meinen Dank dafür auszusprechen.

Der Antrag wurde nunmehr mit allen gegen die Stimmen einzelner ultra-reaktionärer Herren (Beseler, Moltke, von Schöning ꝛc. ꝛc.) angenommen.

— Verrückte Menschen. Verrückte Zustände. „Die so eben erschienene Registrande des großen Generalstabs reproduzirt eine über die Kosten der Kriege angestellte Berechnung des Londoner „Economist“. Danach kosteten die zwölf Kriege seit dem Krimfeldzuge — wobei der jüngste russisch-türkische nicht mitgerechnet ist — durch Tod vor dem Feinde oder in Folge der Erkrankungen 1,948,000 Menschenleben. An Geld erforderten sie einen Aufwand von 48 Milliarden und 260 Millionen Mark, eine Summe, die dem acht- bis zehnfachen Betrag der Jahreseinkünfte der sämmtlichen europäischen Staaten so wie Nordamerikas gleichkommt.“

So lautet eine kleine Notiz in der letzten Nummer (134 vom 15. Mai) der „Kölnischen Zeitung“. In runder Summe zwei Millionen Menschenleben dem Moloch des Militarismus und dynastischen Ehrgeizes geopfert, zu welch kolossaler Zahl noch die halbe Million (mit den Kranken eine ganze Million) des russisch-türkischen Kriegs kommt. Und das Alles im Zeitraum von 2 Jahrzehnten.

Wie gesagt: es war eine ganz kleine Notiz, nicht volle acht Zeilen, und in Petitdruck. Bloß zwei Millionen getödteter, gemordeter Menschen. Mehr Raum ließ sich nicht für sie beschaffen, denn das Berliner „Attentat“, der angebliche Mordversuch auf einen einzelnen Mann, dem dabei auch kein Härchen gekrümmt worden ist, verschlingt jetzt allen Raum unserer Zeitungen. Hier um einen Menschen, der nicht ermordet wurde, dieser außerordentliche Lärm, dieser verschwenderische Aufwand von pathetischer Entrüstung; dort um zwei Millionen Menschen, die nur zu erfolgreich gemordet wurden, nicht ein Wort des Bedauerns, der Entrüstung. Läßt sich die Verlogenheit, die Heuchelei, die Corruption unseres politisch-sozialen Lebens schlagender kennzeichnen, als durch diesen Contrast?

Der Attentatslärm hat übrigens seine guten praktischen Gründe. Das immer verdächtiger und mythischer werdende Attentat auf den Kaiser soll zu einem höchst realen Attentat auf die Sozialdemokratie und die letzten Rudera unserer Freiheiten ausgenützt werden. Die Auslassungen der gesammten Regierungspresse, die plötzlich, offenbar auf Befehl von oben, die anfängliche reservirte Haltung aufgegeben hat, läßt in Bezug hierauf keinen Zweifel zu. Hätte noch einer bestehen können, so wäre er durch die Ansprache zerstört worden, welche der Kaiser, laut der „Provinzialcorrespondenz“, am Sonntag, beim Empfang des Staatsministeriums an dasselbe richtete, und worin er, nach einem Hinweis auf seine vor48er Thätigkeit gegen „staatsfeindliche Richtungen“, die Ueberzeugung und Mahnung aussprach: „Jetzt wiederum und in erhöhtem Maße sei es Aufgabe der Regierung, dahin zu wirken, daß revolutionäre Elemente nicht die Oberhand gewinnen. Jeder Minister müsse dazu das Seinige thun. Insbesondere komme es darauf an, daß dem Volke die Religion nicht verloren gehe. Dies zu verhüten, sei die hauptsächlichste Aufgabe.“

Wir müssen uns also, falls nicht „an maßgebender Stelle“ nach Verwindung des ersten Schrecks ruhigere Erwägungen noch Platz greifen, auf einige neue Reaktionsmaßregeln gefaßt sein. Und wir sind darauf gefaßt. Wenn die Gegner unsere Parteimit Gewalt in die Höhe bringen, den natürlichen Entwicklungsprozeß durchaus künstlich beschleunigen wollen, so können wir sie selbstverständlich nicht daran hindern.

Nun — wenn die reaktionäre Presse das Attentat für Reaktionszwecke auszubeuten sucht, so hat sie von ihrem Partei-Standpunkt aus damit Recht. Wenn aber die liberale Presse in das nämliche Horn bläst, die Sozialdemokratie für den Lehmannschen Blödsinn verantwortlich macht und Unterdrückungsmaßregeln fordert, so ist das eine Erbärmlichkeit ohne Grenzen, die uns freilich von diesen politischen Heuchlern nicht wundern kann, und zu gleicher Zeit eine kolossale Dummheit, denn die geforderten Unterdrückungsmaßregeln werden auch die liberale Partei treffen. In der „Crefelder Zeitung“ finden wir einen Artikel, welcher die „liberalen“ Anschauungen klassischer ausdrückt, als es in irgend einem uns bekannten Blatte bisher geschehen ist, und den wir deshalb hier im Auszuge mittheilen:

„Von einer Partei, auch wenn sie sich in der schärfsten Opposition befand mit dem herrschenden System, von einer achtenswerthen Partei konnte weder direkt noch indirekt die Veranlassung zu diesem wahnsinnigen Unterfangen ausgehen.

„Nur einer einzigen Partei, der sozialdemokratischen, wird eine Zusammengehörigkeit mit dem Mörder zugemuthet werden, derselben, die für die Gräuelthaten der Pariser Communisten sich begeistert und den Mordversuch der Wjera Sassulitsch in ihrem Hauptorgan, dem „Vorwärts“, verherrlicht.

„Was hat die letzte Zeit, was allein das verflossene Jahr im Schooße dieser Partei, die sich als die Trägerin der Zukunft hinzustellen beliebt, für Früchte gezeitigt! Durfte nicht ein an Größenwahn leidender

Religion.

Von A. Dulk.

In Nr. 34 des „Vorwärts“*) befindet sich folgende nach Württemberg gerichtete Briefkastennote:

Fordern Sozialdemokraten zum Massenaustritt aus der Kirche auf, und wollen mit den Ausgetretenen eine „freie Gemeinde“ noch besonders bilden, so verstößt solches Vorgehen nicht allein gegen unser Programm, sondern schädigt auch direkt unsere Sache, da durch derartige freigemeindlerische Nebensächlichkeiten der Blick der Genossen von den eigentlichen Zielen der Sozialdemokratie abgewendet wird, und sie in der Agitation für dieselbe erlahmen. Wo immer solche Erscheinungen zu Tage treten sollten, bitten wir unsere Genossen, denselben entgegenzuarbeiten.

Ueber dieses Votum der Redaktion habe ich mich auszusprechen, da ich direkt zum Massenaustritt und zur Bildung einer confessionslosen („sozialen“) Gemeinde aufgefordert habe.

Die Insinuation, daß solches Vorgehen gegen unser Programm verstoße, weise ich hiermit zurück; die daran geknüpfte Bitte, dem entgegenzuarbeiten, halte ich für einen schweren Irrthum des Schreibers.

I.

Unser Programm fordert: Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung beschränken, unbeschränktes Coalitionsrecht.

Die Erklärung der Religion zur Privatsache ist, wie Jedermann weiß, ein Protest gegen Zwang in (religiösen) Meinungssachen; sie bedeutet die Negation jeder staatlichen Verpflichtung zu irgend welcher Religion. — Sollte es jedoch Leute geben, welche diese Befreiung zu irgend einem Verbot jeder Religion aufbauschen möchten, so würden sie damit unmöglich durchdringen, weil sie die individuelle Freiheit, die das Programm retten will, in neue Fesseln schlagen, und die heutige Reaktion, den Gewissensterrorismus, nur in anderer Weise wieder einzuführen vorhätten. Selbstverständlich muß jede private Meinungsäußerung und jede Coalition privater Meinungen zu einer öffentlichen gestattet und geschützt bleiben von Staatswegen innerhalb der bestehenden Gesetze. Es giebt keine Privatsache, die ich nicht, so lange die Gesetze sie nicht unsittlich, gemeinschädlich und strafbar erklären, zu einer öffentlichen zu machen befugt wäre, sofern ich Theilnehmer und Genossen zum Vereine finde; und es ist dabei ganz gleichgültig, ob ich eine Association für Schuhsohlen oder für Herunterholung von Medien aus dem mittleren Aether gründe. Mit dem „Verstoß gegen das Programm“ ist es also nichts. Dagegen bleibt noch auf die „Schädigung unserer Sache durch Nebensächlichkeiten“, auf „Abwendung von den eigentlichen Zielen der Sozialdemokratie zu antworten; und das thue ich um so lieber, als erst dieser Vorwurf den Kern des Pudels, eine für echte Sozialdemokratie ausgegebene Parole in sich schließt, die doch, wie ich zeigen werde, nur Unverständniß oder das Geständniß eventueller Impotenz ist.

II.

Die gedachte Parole glaubt nämlich genug und sogar das Höchste, Beste zu thun, wenn sie alles was Religion heißt, fortwirft, mißachtet, jede Beschäftigung damit als Abwendung vom Sozialismus darstellt, die Ausbildung des Sozialismus dagegen in die Ausbildung volkswirthschaftlicher Theorien und in den politischen Kampf setzt. Nun ist aber jeder politische Kampf ein Kampf sittlicher Kräfte; diese sind es stets in letzter Instanz, welche die Staatsideen wie die Staatsbajonette lenken; und die langsamere oder schnellere Fortbildung des sittlichen Ideenkreises (der Rechtsbegriffe, der Auktoritäten u. s. f.) ist es, die entweder stetige Fortentwickelung der politischen Freiheit oder die Gewaltakte der Revolutionen erzeugt.

Sittlichkeit ist, nach dem Sozialismus, die Herrschaft der Naturgesetze der Gesellschaft über das natürliche Triebwerk des Einzelnen, den Egoismus.

Nach der Religion ist aber Sittlichkeit: die Befolgung der überirdisch offenbarten, von der Kirche gedeuteten, verwalteten und gehandhabten Gebote eines nur dem Glauben zugänglichen persönlichen Kirchengottes der Willkür und der Wunder! — In diesen heute herrschenden Begriffen liegt ein Abgrund von Unsinn, Aberglaube und Unheil für die Gesellschaft. — Je weniger ferner die Sittlichkeit entwickelt ist, um so mehr ist sie selbst bloßer Gottesdienst in der Gesellschaft; so mehr gilt Religion und Sittlichkeit für gleichbedeutend.

Es bedarf nun wohl keiner Ausführung, daß, wie alle politische Entwickelung, auch Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung, Sittenbildung, mit einem Wort das ganze soziale Leben einer Volksgemeinschaft auf den in ihr herrschenden Begriffen von Sittlichkeit basirt, daß insbesondere, um gleich zum Thema zu kommen, unser Staat, der Klassenstaat, tief mit all seinen Wurzeln noch in der Religion steckt, vom Herrscher von Gottes Gnaden bis zur Civilehe mit Pastoren; daß Kirche und Staat trotz alles häuslichen Haders unzertrennlich sind, und, obwohl sie einander nach dem Grillparzer'schen Wort*) nicht aus dem Sumpfe ziehen, doch festest sich auf einander stützen. Die Religion ist daher der mächtigste Feind des Sozialismus, wie denn auch bei dem allergrößesten Bruchtheile der Staatsbürger, der ländlichen Bevölkerung, unsere Agitation noch an der religiösen Erziehung derselben fast völlig sich bricht. Diese Religion mit einem Worte ist die Hauptfestung des Antisozialismus, der Reaktion, das Brutnest aller sozialen Uebel. Wer somit diesen Kampf für nebensächlich hält und gar vor ihm warnt, der hat keinen Begriff von dem wahren Kampffelde des Sozialismus. Eben dieser Kampf ist nothwendiger und entscheidender als der politische, denn aus dem religiös-ethischen Boden wachsen erst die (neuen) Gesellschaftsverfassungen hervor; und er ist der eigentlichste Kampf des Sozialismus, dessen großartiges Culturmoment eben dies ist: eine neue Weltanschauung und neue Sittlichkeit in Fleisch und Blut der Gesellschaft einzubilden. Er fordert ja nicht die politische, sondern die soziale Revolution; er muß und will zur Gründung des Volksstaats nicht nur das Sittengebäude der christlichen Kirche zertrümmern, sondern ein anderes, das der Naturgesetze der menschlichen Gesellschaft, der Solidarität an dessen Stelle setzen. Der politische Kampf, die volkswirthschaftlichen Theorien, die Gesetzgebung, die Organisation selbst der arbeitenden Klasse sind nur ausführende Einzelrichtungen, Zweige des ethischen Kerns, der ihnen allen das Leben giebt. Der Sozialismus ist eine neue Ethik. Unvermeidlich, wie scheu und zage man ihn auch hinausschieben mag, ist der Kampf der Sozialdemokratie gegen die religiös-sittlichen Prinzipien der heutigen Gesellschaft. Und in ihm liegt die nothwendige Entscheidung, das vermag nur dem oberflächlichen Blicke zu entgehen. Ist Ethik erhaben über das Christenthum des Klassenstaates, so wird der Sozialismus unwiderstehlich. Und diesen Kampf auf dem ethischen Volksgebiete, das zur Zeit die christliche Religion ist, will man ihm verbieten? will man für eine „direkte Schädigung des Sozialismus“ erklären?!

III.

Die Scheu vor diesem Kampfe geht nur hervor aus unzureichenden Mitteln für denselben, und da wo sie mit Fanatismus

*) Eine längere Abwesenheit von Hause gestattet mir erst jetzt die durch diese öffentliche Warnung mir auferlegte Abwehr.

*) Der Staat stützt sich auf Adel und Kirche,
Die beide sich wieder nur stützen auf ihn;
Das gleicht dem Versuch des Baron Münchhausen,
Am eigenen Zopf aus dem Sumpf sich zu ziehn.

Buchbindergesell es wagen, in Rede und Schrift Unzufriedenen und Ungebildeten mit der Beseitigung der Religion die der Moral, mit dem Kampf wider den Staat denjenigen gegen die Gesellschaft zu predigen; hat nicht die sozialdemokratische Presse in der schamlosesten Weise den Kirchenraub verherrlicht und ihre petroleumduftenden Umsturzideen in die empfänglichen Gemüther ihrer zum größten Theil gesetzlich wie geistig unmündigen Leser gepflanzt? Und hat man gehört, daß Eines der hervorragenderen Mitglieder, angeekelt von dem wüsten Treiben, aus der Partei ausgetreten, oder auch nur eine Stimme aus dem Kreise derjenigen laut geworden wäre, die vermöge ihrer Bildung die abschüssige Bahn erkennen mußten, auf der man sich bewegte? Nein, leider nein! Keiner dieser Männer scheint sich der großen Verantwortlichkeit bewußt gewesen zu sein, die er durch seine moralische und pekuniäre Unterstützung einer von gewissenlosen Agitatoren geleiteten Bewegung lieh, einer Bewegung, die durch systematische Erregung von Unzufriedenheit und Fanatismus naturgemäß dahin führen mußte, wo sie jetzt angelangt ist, zum Königsmord.

„In welch direkter Beziehung die sozialdemokratische Partei zu der unseligen That des Leipziger Klempnergesellen steht, das wird hoffentlich die Untersuchung klar stellen, wie weit sie indirekt das Verbrechen verschuldet, ist schon jetzt außer allem Zweifel. Man sehe nur irgend eins ihrer Preßorgane an, wie aus jeder Zeile die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden hervorbricht, wie gewaltsam jedes Vorkommniß, ja das selbstverschuldete Elend und die von grenzenlosem Leichtsinn herbeigeführten Unglücksfälle Unbemittelter der Ausbeutung seitens der besitzenden Klassen in die Schuhe geschoben werden. Und gerade der Umstand, daß diese gefährliche Mixtur den körperlich und geistig Unreifen gegeben wird, das ist das Traurige, das ist der Geist der Zersetzung, der einem 21jährigen Schlingel die Mordwaffe in die Hand drückt."

Und in diesem Stil geht's weiter bis zur obligaten Phrase über die nun zu erwartende Beschränkung der Preß- und Redefreiheit, des Versammlungsrechts u. s. w. — Maßregeln, welche „die Gutgesinnten im Lande, wenn sie auch selbst darunter leiden, doch billigen müssen."

Greifen wir aus dem Phrasenbrei einige Bröckchen heraus. Die „Greuelthaten der Pariser Communisten" schenken wir der Ignoranz des liberalen Leitartiklers; wegen der Wjera Sassulitsch haben wir aber ein Wörtchen mit ihm zu sprechen. Er insinuirt: indem wir — der „Vorwärts" — den Schuß auf Trepow „verherrlicht", hätten wir den Schuß auf den Kaiser Wilhelm gebilligt, wo nicht provozirt. Begreift der unglückliche Zeitungsschreiber nicht, daß diese denunziatorische Schlußfolgerung eine Majestätsbeleidigung enthält, wie sie krasser nicht gedacht werden kann? Oder ist es nicht eine Beleidigung des deutschen Kaisers, ihn mit Trepow auf eine Stufe zu stellen? Mit Trepow, der brutalen Bestie, die hilflose, seinem Schutz anvertraute Gefangene auf's Blut peitschen ließ, mit Trepow, dem bestechlichen Spitzbuben, der die Gerechtigkeit verkaufte, drei Millionen in wenig Jahren zusammenstahl und sein Amt zu allen möglichen Infamien mißbrauchte? Daß dieser Schandbube ein Opfer der Privatjustiz wurde, das haben wir natürlich gefunden und die That der Wjera Sassulitsch für menschlich durchaus berechtigt erklärt. Und wir haben damit nur dem Gedanken Ausdruck gegeben, der jeden anständigen Menschen bei der Nachricht von der diesem Elenden gewordenen Züchtigung erfüllte, und der schließlich den Geschworenen — auserlesenen Großbürgern und Beamten — das freisprechende Verdikt eingab. Das Verdikt ist von der civilisirten Welt mit Jubel begrüßt worden, und hat das Gedicht im „Vorwärts", welches den denunziatorischen Eifer des Crefelder Zeitungsschreibers und unzähliger Genossen desselben erregt hat, veranlaßt.

Kein Zweifel, mit Volks- und Privatjustiz ist es ein bedenkliches Ding. Aber welche andere Justiz giebt es einem Schurken gegenüber, der über der gewöhnlichen Justiz steht? Ein Trepow spottet entweder der Justiz, oder er muß seine Wjera Sassulitsch finden. Aber was hat Lehmann mit Wjera Sassulitsch, was Kaiser Wilhelm mit Trepow gemein? Welchen Anlaß hat Kaiser Wilhelm der Privat- oder Volksjustiz, der Privatrache oder der politischen Rache gegeben? Merkt die „Crefelder Zeitung", welchen horrenden Bock sie geschossen?

Weiter. — Die sozialdemokratische Presse hat „schamlos den Kirchenraub verherrlicht". Die „Crefelderin" zupfe sich an der eigenen Nase. Die sozialdemokratische Presse kümmert sich verteufelt wenig um Kirchen und „Kirchenraub" — wenn aber das Crefelder Blatt sich die Mühe nehmen will, unsere liberale kulturkämpferische Presse und ihre eigenen Spalten zu durchblättern, so wird sie Centner und Tonnen von „Verherrlichungen des Kirchenraubs" entdecken. Urkomisch ist die Wuth, daß keines „der hervorragenderen Mitglieder" unserer Partei derselben, angeekelt „von dem wüsten Treiben", den Rücken gewandt — mit anderen Worten zum Renegaten geworden sei. Wir quittiren dankend das Compliment, und verabschieden uns hiermit von der „Crefelder Zeitung". —

Ueber die Person und Vergangenheit Lehmann's haben wir noch Verschiedenes nachzutragen. Unser Berliner Parteiorgan bringt (in seiner Dienstagsnummer) nachstehende Zuschrift:

Berlin, 12. Mai 1878.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen, soviel ich von meinem Freund, dem „Attentäter" Lehmann weiß, wahrheitsgetreu mitzutheilen. Ich lernte denselben im Arbeiterbildungsverein Leipzig kennen, wir nahmen beide deutschen Sprachunterricht; sein Geschäft betrieb er nicht, er colportirte sozialdemokratische Schriften, die Behauptungen des „Tageblattes", er habe dort Versammlungen einberufen oder abgehalten, ist unwahr. Am letzten Neujahr erzählte er mir im „Thüringer Hof" in Leipzig, er habe an Hrn. Stöcker nach Berlin geschrieben, um Probenummern des „Staatssozialist"; darauf erhielt er zehn Stück, welche er in der Sozialisten-Versammlung bei Michael, Windmühlenstraße, unentgeltlich vertheilte. Darauf schrieb er um mehr und erhielt zweihundert Stück Probenummern nebst einem sehr schmeichelhaften Brief, den er mir zu lesen gab, und in welchem der Schreiber die Bitte aussprach, den pp. Lehmann persönlich kennen zu lernen. Am 20. Januar d. J. bin ich von dort wieder hierher übergesiedelt, und traf meinen Freund wieder, als ich mich beim Leichenbegängniß unseres Dentlers betheiligte. Er schritt ungefähr 50 Mann hinter mir. Noch ehe sich der Leichenzug in Bewegung setzte, kam er zu mir und stellte mich mit heftigen Worten zur Rede, warum ich den „Vorwärts" nicht mehr hielte, die Abonnenten wären jetzt auf 9000 gesunken; ich sagte ihm, daß ich die „Berliner Freie Presse" hielt, worauf er erwiderte, letztgenannte Zeitung sei ein reines Bourgeoisieblatt, gab mir jedoch seine Absicht kund, Abonnenten für die „Berliner Freie Presse" zu sammeln. Bei dieser Gelegenheit hatte er eine Nummer vom „Vorwärts" und eine Nummer vom „Staatssozialist" in der Tasche. Ich schließe hiermit und bleibe ganz der Ihre. Carl Simpich.

Mit Bezug auf diesen Brief schreibt die Berliner „Volkszeitung", die sich offenbar ihrer denunziatorischen Heulmeierei zu schämen beginnt:

„Ein „Anarchist", der zugleich Staatssozialist ist, der die „Berliner Freie Presse" für ein Bourgeoisblatt hält — die Richtigkeit vorstehender Mittheilungen vorausgesetzt — ist jedenfalls ein wüster Kopf; ein Bursche, der bereits wegen Majestätsbeleidigung und Urkundenfälschung verfolgt wird, abwechselnd verschiedene Namen führt, mit einer ansteckenden Krankheit behaftet ist und endlich gar zum Attentäter wird, das Alles im Alter von 21 Jahren — ist ein Mensch, der die Schule des Lasters von Jugend auf und von Grund aus durchgemacht haben muß. Mit einem solchen verworfenen Subjekt wird Niemand eine politische Partei identifiziren wollen; auch zum politischen Fanatiker auf eigene Faust scheint uns der Kerl zu schlecht. Die weiteren Recherchen dürften daher wohl ergeben, daß Hödel ein verkommener, unklarer Mensch ohne allen und jeden sittlichen Halt ist, der lediglich aus Freude am Verbrechen sogar vor einem Mordversuche gegen das Staatsoberhaupt nicht zurückgeschreckt ist, weil er die Größe dieses Verbrechens zu würdigen nicht vermocht hat."

So die „Volkszeitung", der übrigens bemerkt sei, daß alle Thatsachen, auf welche sie ihre neue, vernünftige Auffassung gründet, im Wesentlichen schon bekannt waren, als sie in den Chorus der reaktionären Biedermänner einstimmte, denen das Attentat Wasser auf die Mühle ist.

Einem Zeitzer Blatt, der „Sächsischen Provinzialzeitung" entnehmen wir folgende authentische Notizen:

„Der Klempnergeselle Max Hödel ist ein geborner Preuße. Seine Mutter verheirathete sich später an einen Schuhmacher Traber in Leipzig und brachte den Jungen mit in diese Ehe ein. Wegen einiger damals wohl schon verdienten Züchtigungen von seinem Stiefvater, entfloh dieser hoffnungsvolle Sprößling und trieb sich vagabondirend umher. Von der Behörde ergriffen, wurde er als geborner Preuße der Erziehungsanstalt in Zeitz übergeben. Zu Ostern 1872 confirmirt, übergab diese Anstalt den Hödel dem Klempnermeister Robert Härtling in Zeitz in die Lehre. Vom Anfang an war derselbe dort ein aufmerksamer Lehrling, welcher seine Sache auch leicht begriff. Durch Verschiedenes gezwungen, mit anderen, auch älteren Lehrlingen aus der Correktions- und Erziehungsanstalt zu verkehren, lernte er sehr leicht von denselben sich das Schlechtere aneignen. Nachdem er bei dem Meister zwei Jahre gelernt hatte, sah sich dieser gezwungen, den Lehrling der Anstalt wegen zu großartiger Renitenz wieder zurück zu übergeben. (Zuletzt schlug er mit einem Umschlageisen — ein ca. 5 Pfund schweres beilartiges Stück Werkzeug — auf einen Gesellen ein und wurde dieser Hieb von einem anderen Gesellen parirt, so daß er nicht den Kopf, sondern nur den Rücken des Betreffenden traf.) Daselbst mußte er eine Arreststrafe bestehen, dann wurde er vorläufig bei dem Gärtner Baum untergebracht. Vierzehn Tage weiterer Lehrzeit absolvirte er bei dem Klempner Stengel, zwei Jahr in Kayna und 6—8 Wochen bei dem Klempner Nagel hier. Verwahrloste Erziehung seiner Jugend und excentrisch angelegter Charakter mag hier wohl die Ursache seiner letzten Schandthat gewesen sein."

Demselben Blatt wird „von anderer hochachtbarer Seite" geschrieben:

„Hödel ist nur durch Abstammung von Seiten seiner Mutter als preußischer Unterthan zu betrachten. Derselbe wurde erst als 13jähriger Schulknabe wegen Verwahrlosung (namentlich Bettelns, Vagabondirens und Stehlens) auf den Antrag des königl. Landrathsamtes zu Merseburg in der hiesigen Lehr- und Erziehungsanstalt am 21. Juni 1870 durch die Anstaltsverwaltung des St. Georgenhauses zu Leipzig eingebracht. Nach seiner Ostern 1872 erfolgten Confirmation wurde er am 3. April 1872 bei dem Klempnermeister Härtling in Zeitz in die Lehre gebracht. Hödel hat in der Lehre nichts Gutes gethan, ist wegen malitiösen Ungehorsams und Aufreizung seiner Mitlehrlinge des öfteren bestraft. Nachdem er von Härtling deshalb entlassen, ist es seitens der Anstaltsverwaltung am 21. März 1874 bei dem Klempnermeister Stengel zu Zeitz und am 13. April 1874 anderweit bei dem Gärtner Baum ebendaselbst untergebracht worden. Da derselbe jedoch auch bei diesen Meistern zu vielen Klagen Veranlassung gegeben, so wurde er (als letzter Versuch) am 1. Juli 1874 bei dem Klempnermeister Bayer in Kayna untergebracht, von dem er nach Verlauf von zwei Jahren das Gesellenzeugniß ausgestellt erhielt. Derselbe ist evangelischer Religion, außerehelicher Sohn der später verehel. Schuhmacher Charlotte Emilie Traber geb. Hödel in Leipzig. Das Schulzeugniß von Leipzig lautet unter Rubrik Betragen: schlecht, er stahl systematisch".

Mit dem bereits früher von uns Veröffentlichten genügt dies zur Kennzeichnung des Menschen, aus dem eine gewissenslose Reaktion jetzt den fanatischen Helden eines großen politischen Verbrechens machen will, und die in Wirklichkeit nichts anders ist, als das natürliche Produkt unserer heutigen Staats- und Gesellschaftszustände.*) „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen."

Mit dem Helden ists nichts, und mit dem „großen politischen Verbrechen" —?

Noch sind die Kugeln nicht gefunden.

Und nun eine andere Frage. Daß uns die Lehmann'sche Mordgeschichte nichts nützt, im Gegentheil daß sie uns „sehr unwillkommen" sein muß, wird übereinstimmend von den Gegnern zugestanden. Giebt es aber nicht Parteien, welchen sie nützt und sehr gelegen kommt? Und Lehmann, wie wir neulich gesagt, „war für Geld zu Allem zu gebrauchen".

— An den Rockschößen eines Verrückten baumeln immer mehrere andere Verrückte. Ein solcher Verrückter schlägt in der „Berliner Tribüne" vor, wie weiland bei den Jesuiten, ein Sozialisten-Ausweisungsgesetz zu produziren. Circa 5 Millionen Seelen und darunter die fleißigsten und intelligentesten Arbeiter sollen ausgewiesen werden. Ein netter Reichsfeind das, dieser Verrückte in der „Berliner Tribüne". — Ein andrer Verrückter leistet in den Berliner Blättern das Ammenmärchen, daß eine Anhängerin der Frauen Stägemann und Hahn, ein „gefallenes Mädchen", sich Aeußerungen über das Attentat erlaubt habe, welche die Verhaftung des Mädchens nach sich gezogen hätte. — Ein „gefallenes Mädchen", Anhängerin der Sozialdemokratie. Diese Mädchen sind durchweg glühende Anhängerin des Geldbeutels und den finden sie viel voller und auch viel bereiter bei den Junkern und bei den liberalen Bourgeois. Wenn also ein solches Mädchen im Zorne beleidigende Aeußerungen ausstieß, so kam es gewiß, betrunken gemacht, von einem Herrn der feinen Gesellschaft, der ihr vielleicht nicht genug gezahlt hatte. Deshalb der Zorn. Ein notorisch Verrückter nur, deren wir ja genug unter den liberalen Preßschlingeln besitzen, konnte die „Gefallene" an die Kleider der Frauen Hahn und Stägemann anbinden wollen. Am letzten Montag Nachmittag wollte, so erzählen Berliner Blätter, ein 19jähriger junger Mensch absolut vor den Kaiser gelassen werden, um demselben „gute Rathschläge" zu ertheilen — der junge übergeschnappte Nichtattentäter ist einer Heilanstalt übergeben worden. — In der Nacht vom Montag zum Dienstag meldete sich beim Criminalcommissariat am Molkenmarkt ein ebenfalls irrer Schullehrer aus Sachsen, der den Kaiser sofort sprechen wollte; der arme Irre wurde seiner Familie zugeführt. — Der reine Hexen-

*) Herr Biedermann in seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 114) findet, der „Vorwärts" hätte in der letzten Nummer das „Attentat" „in einem Tone der Erregung" besprochen, „welcher für die Wahrheit dessen, was das sozialistische Blatt behauptet, schlechtes Zeugniß ablegt, und mit einem Mangel an Logik, der sonst gerade diesem Blatte nicht eigen ist, der aber am besten beweist, in welcher Verlegenheit sich die Herren befinden — —". Die „Erregung" besteht darin, daß wir den Versuch, das Stöcker-Sparig'sche Schmerzenskind an unsere Rockschöße zu heften, uns nicht lammesfromm haben gefallen lassen. Und „der Mangel an Logik" darin, daß die Redaktion der falschen Annahme ihres Berliner Correspondenten, Lehmann habe aus Hunger gehandelt, entgegentritt, — und ferner in einigen — Lesefehlern des Hrn. Biedermann. So sollen wir z. B. behauptet haben, Lehmann sei „vor einigen Tagen" („also unmittelbar vor dem Attentat", wie Herr Biedermann in einer an Tessendorff's Adresse gerichteten Klammernotiz bemerkt) „bei der Redaktion des „Vorwärts" erschienen". Wenn es Hrn. Biedermann gelingt, seinen denunziatorischen Uebereifer zu mäßigen und richtig zu lesen, wird er entdecken, daß er die Redaktion des „Vorwärts" mit der Redaktion der „Berliner Freien Presse" verwechselt hat. Wünscht er weiteren Leseunterricht, so kann ihm gedient werden. Vorerst aber möge er dafür sorgen, daß seine Parteigenossen Sparig und Hüttner den Lehmann abstreifen — was freilich nicht leicht sein wird.

Redaktion d. „Vorwärts".

---

gegen alles was Religion heißt verbunden ist, aus einer falschen, blos historischen Anschauung von dem Wesen der Religion.

Religion ist und war unter allen Umständen die Empfindung des Weltganzen in irgend einem Erkenntnißbilde; und zwar die Zusammenfassung der ganzen, dem Volke und dem Menschen gegebenen Welterkenntniß im Selbstgefühl. In allen jeweiligen Bildungsstufen hat sie aber die beiden Beziehungen des Menschen, zur Welt (Natur, All) und zum Menschen, oder Erkenntnißglauben und Sittlichkeit umfaßt, wenn auch letztere anfänglich, und ersterer letztlich beinahe verschwindet. Ich sage Erkenntnißglauben, denn aller Glaube ist Frucht von Erkenntniß, sei er noch so dumm oder kindisch; und jede Religion hat ihn aus ihrer Naturerkenntniß. — Ist es nun zu verwundern, wenn alle Weltanschauungen (Religionen) der Kindheit — wo die Naturerkenntniß nur zusammenhangloses Wähnen bleibt — voll dicken Aberglaubens sind? Schein und Gespenster sind die Erkenntnißart des Kindes! Aber deshalb die Religionen verwerfen, hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Welterfassung reinigt sich von Jahrtausend zu Jahrtausend. Die Kindheit geht und die Mannheit ist nahe gekommen. Seit einigen Jahrhunderten haben sich in der That nicht nur die Fundamente des Wissens, auf denen noch sämmtliche Religionen aufgebaut sind, völlig erneuert durch jene Naturerkenntniß, welche Columbus und Copernikus einleiteten: sondern es hat sich nunmehr auch die Wissenschaft als solche zu der einzigen höchsten Auktorität aller Erkenntniß — auch des Glaubens und Wähnens — aufgeschwungen. So daß fortan nur der von der Wissenschaft angezeigte und freigegebene Glaube den Inhalt der Religionserkenntniß bilden kann, und jeder andere ohne Wissenschaft und gegen die Vernunft in Zukunft von selbst aus aller Prätension durch die vernünftige und wissenschaftliche Volksbildung verschwindet. Religion besteht also nicht, wie die hier getadelte Ansicht will, im Aberglauben, sondern im Aufnehmen des Weltbildes in die Selbstempfindung des Menschen. Die Welterkenntniß wird in der Religion lebendiges und einigendes Bewußtsein. Gottanbetung und Cultus sind nur vergängliche (Kindheits-) Momente der Religion, welche nur anfangs dem ganzen bewußten Inhalte der Religion Ausdruck geben, mit der wachsenden Selbstständigkeit aber sich mindern und verschwinden; und schon den Buddhismus hat man nicht mit Unrecht eine Religion ohne (persönlichen) Gott und ohne Cultus genannt. Das Wesentliche der Religion ist vielmehr die Verlebendigung und Einigung der Erkenntniß im Gemüth. Das Gemüth als Herd unserer Selbstempfindung, unserer Leidenschaften und Triebe, muß nicht nur von der Erkenntniß und Begehrung des Einzelnen (in den Trieben) ergriffen werden, sondern auch von der des Weltganzen, des höchsten Lebens oder höchsten Einklangs des Lebens. Ideen, welche die jeweilige Erkenntniß als weltregierend darstellt — und solche waren auch der Klotz, der Fluß u. s. w. —, werden dadurch zu Mächten über die Empfindung und über das Wollen (Handeln). Das ganze Selbstbewußtsein wird in ihnen einig, ruht in ihnen, handelt aus ihnen.

(Schluß folgt.)

— Wir erhalten von einem Studiosus nachstehende Zuschrift:

Vielleicht haben Sie die Güte, Folgendes in die Spalten des „Vorwärts" aufzunehmen.

„Im vorigen Winter hörte ich in Breslau eine Vorlesung bei dem Prof. G. über Glaubenslehre. Wörtlich äußerte er darin: Vor Kurzem hat ein hiesiger Geistlicher behauptet, es sei Thorheit, an den Satan zu glauben. Man braucht allerdings nicht an den Satan glauben, wie ihn sich das Volk denkt, d. h. an ein Mittelding zwischen Mensch und Thier, obwohl die Offenbarung St. Johannis von einem solchen redet. Das Letztere ist ganz entschieden bildlich zu nehmen. Wohl aber müssen wir an den biblischen Satan glauben. Von ihm sagt Paulus, er wirke besonders unter den Heiden, zugleich aber auch unter den Christen. Wie läßt sich das vereinigen? Manche haben vorgeschlagen, es sei der Satan allgegenwärtig, doch stimmt dies nicht zur Glaubenslehre. Vielmehr müssen wir sagen: Es giebt viele Teufel, aber der Eine, mit dem wir uns hier beschäftigen, ist der Ober- oder Hauptteufel. In Betreff seiner Eigenschaften sagt Paulus, er übt die Herrschaft in der Welt aus. Danach muß er colossalen Verstand besitzen. Da er aber Jahrhunderte lang vergeblich gegen Gottes Weltregierung kämpft und nicht einsieht, daß er den Sieg nicht erringen kann, muß er von riesiger Thorheit beseelt sein. Wie läßt sich dies vereinigen: Der Satan hat von Natur riesigen Verstand, leidet aber an einer fixen Idee."

— „Leider nicht getroffen." Nach der neuesten Berliner Lehmaniade wurde ein Arbeiter verhaftet, der gesagt haben soll, es sei schade, daß der Attentäter fehl geschossen. Vielleicht erinnern unsere liberalen Herren Bourgeois sich daran, daß nach dem Tschech'schen Attentat (im Jahr 1844) Schnupftabaksdosen, Tabakspfeifen u. s. w. mit dem Bildniß Friedrich Wilhelm's IV. mit der Unterschrift „Leider nicht getroffen" in den Handel kamen, und zu Hunderttausenden von den liberalen Bürgern gekauft wurden. —

tanz scheint somit in Berlin gegenwärtig stattzufinden. Daß der pp. Lehmann nicht zurechnungsfähig ist, liegt für uns und für diejenigen jetzt jedenfalls wohl klar zu Tage, welche das Attentat nicht zu einer politischen Frage emporbauschen und Sozialistenhetzen veranstalten wollen. — Das Auftreten des Attentäters selbst, der sich schon als moderner Herostratus in den Büchern der Weltgeschichte eingeschrieben erblickt; ferner, daß derselbe die Taschen voll Patronen aber keine im Laufe, aus dem er geschossen, hatte — bis jetzt ist nämlich noch keine Kugel gefunden und auch nirgends eine Spur, wo eine Kugel angeprallt wäre — alles das weist darauf hin, daß wir es mit einem hirnverbrannten Menschen zu thun haben, der nebenbei ja auch, wie seine Personalien ergeben, noch ein vollkommener Lump ist. — Selbst auf verschiedene Zeugen muß das Attentat eine momentane hirnerschütternde Wirkung ausgeübt haben. Es geben nämlich verschiedene Zeugen an, sie hätten genau gesehen, daß der Attentäter auf das Haupt des Kaisers gezielt habe. — Befanden sich diese Zeugen aber nicht unter dem Eindruck einer Sinnestäuschung, so mußten sie ja dem Attentäten so nahe und so günstig hinter ihm stehen, daß es unverantwortlich genug ist, daß dieselben dem Menschen den Revolver nicht aus der Hand schlugen. Standen diese Zeugen aber ferner, so konnten sie wohl sehen, daß der Attentäter den Revolver in der Richtung nach dem Kaiser anlegte, aber doch nicht genau, wohin er zielte. Weshalb haben sie denn nicht gesehen, daß der pp. Lehmann auf die Stirn, auf das rechte oder das linke Auge gezielt hat? Deshalb müssen wir die Angabe betreffender Zeugen als eine durch die momentane Erregung entstandene Sinnestäuschung ansehen, daß der Attentäter auf das Haupt des Kaisers gezielt habe, umsomehr, da andere Personen angeben, daß die Kugel hinten unter dem Wagen in den Sand gefahren sei. — — —

Die Hitze in Berlin ist sehr groß — möge die Natur uns bald einen frischen Mairegen bringen.

— Ein sehr günstiges Urtheil über die Sozialdemokratie. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", welche von dem Hödel-Verführer August Braß („Wir färben echt, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut"!) gegründet und in das jetzige offiziöse Fahrwasser übergeführt worden ist, sucht uns allerdings den Hödel an die Rockschöße zu hängen, schreibt aber sonst auch manchmal recht vernünftig. So constatirt sie bei Besprechung des Leichenbegängnisses von Dentler „eine rapide Zunahme der Thätigkeit und des Einflusses der Frauen in unserer Bewegung" in folgenden Worten:

„Im Königreich Sachsen gehören Vorträge von Damen über die Heilslehren der Sozialdemokratie vor versammelten Arbeiterbataillonen oder Lobreden auf Ferdinand Lassalle, diesen bekannten Verehrer des weiblichen Geschlechts, schon zu den Alltäglichkeiten: in der Volubilität der Zunge ringen schon mehrere, ja einige sogar schon in dem Pathos und in dem Feuer der Beredsamkeit mit den gefeiertsten Namen der heutigen Sozialdemokratie nicht ohne Aussicht auf Erfolg um die Ruhmespalme. Unseres Erachtens ist es ganz ungerechtfertigt, dieses Hervortreten des weiblichen Elementes in der sozialdemokratischen Agitation zu unterschätzen; die Geschichte verkündet mit lauter Stimme, welchen wilden, unheilschwangeren Charakter noch jede politische oder religiöse Bewegung sofort erhalten hat, in der Frauen eine maßgebende Rolle spielen."

Schließlich hebt das genannte Blatt den Gehorsam und die Zahlungsbereitwilligkeit unserer Partei hervor:

„In Bezug auf diese letztere, jeder politischen oder religiösen Partei ganz unerläßliche Eigenschaft haben die Sozialdemokraten und Ultramontanen vor den anderen Parteien, der liberalen und der conservativen, ohne Ausnahme irgend einer ihrer Fraktionen, einen geradezu fabelhaften Vorsprung. Am tiefsten in der Skala stehen ohne Widerrede die Conservativen, die ihrem sonst so löblichen Prinzip des Erhaltens des Bestehenden auch in Bezug auf die Erhaltung des persönlichen Besitzes, insbesondere wenn es sich um Parteizwecke handelt, eine wahrhaft skrupulöse Rechnung zu tragen pflegen. Aber auch wenn man die Rechnungslegungen der nationalliberalen und fortschrittlichen Wahlcomités, also der Parteien, die das constitutionell Prinzip als Devise auf ihre Fahne geschrieben haben, den öffentlichen Quittungen der sozialdemokratischen Wahlcomités gegenüberstellt, kann man sich des lächelnden Staunens nicht erwehren. Könnte Herr A. Geib in Hamburg, der Kassirer der Sozialdemokratie Deutschlands, nicht wöchentlich mindestens über den Empfang des Doppelten von dem, was Nationalliberale und Fortschrittler das Jahr über zusammen aufbringen, öffentlich quittiren, so würde er ohne Widerrede seine Bücher sehr bald zumachen. Die besitzenden Klassen Englands wissen, daß das Tonangeben im Staatsleben, mit einem Worte, daß die constitutionelle Staatsform ihren Regulatoren Geld kostet. Die Deutschen denken anders, sie dringen lieber auf „constitutionelle Garantien", chikaniren die Regierung auf Stegen und Wegen und renommiren von Zeit zu Zeit mit der Bedeutsamkeit des freisinnigen Bürgerthums, um dann endlich, da jede Bedeutsamkeit im Momente der Krisis nach ideeller und materieller Wage geprüft werden muß, von Tag zu Tag Boden an die Sozialdemokraten zu verlieren."

Verzeihen wir dem Blatte solcher Anerkennung halber die vielen Denunziationen gegen uns; besonders da in Bezug auf den Hödel jeder anständige Mensch weiß, daß derselbe nur ein Produkt der traurigen zerfahrenen und leider herrschenden Zustände ist, welche die Sozialdemokratie nicht geschaffen hat, sondern aufheben will.

— Der Strike oder Lockout in Lancashire dauert fort. Nach einem Telegramm vom 15. d. ist es am 14. Abends in Blackburn zu heftigen Tumulten gekommen. Das Telegramm lautet: „Eine große Masse von Strikenden durchzog die Straßen, warf die Fenster in den Hauptmühlen (soll heißen: Hauptfabriken, — Fabrik heißt auf englisch mill, Mühle) ein und zerstörte die vordere Seite des Hauses des Arbeitgebers Hornby. Letzterer wurde durch Steinwürfe verwundet. Das Haus des Obersten Jackson, des Vorsitzenden der Arbeitgeber-Assoziation, wurde in Brand gesteckt und gänzlich zerstört. Starke Abtheilungen von Infanterie und Cavallerie sind angekommen. Der Tumult dauert fort." Nähere Berichte bleiben abzuwarten. — Daß die Arbeiter, die in so frivoler Weise dem Eigennutz der Fabrikanten geopfert werden, sehr erregt sind, läßt sich denken. Die beiden in dem Telegramm genannten Personen haben sich besonders gehässig gegen die Arbeiter benommen.

Nachschrift. Neueren Nachrichten zufolge dauern die Unruhen fort, und haben am 15. d. Collisionen zwischen Arbeitern und Soldaten stattgehabt. Ob Blut geflossen ist, wird nicht gesagt. Das Schweigen des Telegramms über diesen Punkt ist jedenfalls verdächtig.

— Die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der orientalischen Krisis sind durch die neuesten Nachrichten wieder sehr erschüttert worden. Thatsache ist: nicht blos in Rußland und England wird mit aller Macht gerüstet, auch Oesterreich beginnt nun mit ernsthaften militärischen Maßregeln, die geradezu sinnlos wären, wenn man in Wien an ein glückliches Resultat der Mission Schuwaloff's glaubte.

— Auf unsere kürzlich im „Vorwärts" gestellte Frage über das Befinden der im Gefängniß zu Trier inhaftirten Genossen Kaulitz und Hackenberger ertheilt der „Braunschw. Volksfreund" folgende Antwort: „Die Behandlung der Gefangenen hat sich etwas gebessert. Kaulitz, der betreffs seiner Gesundheit viel zu leiden gehabt hat, fühlt sich jetzt wieder wohler. Sozialdemokratische Zeitungen zu lesen oder gar mit sozialdemokratischen Redakteuren oder sonstigen Sozialdemokraten auch über die unschuldigsten Sachen der Welt zu correspondiren, ist „selbstverständlich" verpönt." — Da diese Angaben des „Braunschw. Volksfreund" in einem Schreiben, welches uns aus Cochem zugegangen ist, im Wesentlichen bestätigt werden, so halten wir die Angelegenheit vorläufig insofern für erledigt, als wir zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die Behandlung der beiden Genossen, trotzdem sie „sich etwas gebessert hat", nichts weniger als gut genannt werden kann. Ein anderes Resultat hatten wir übrigens bei dem tragi-komischen Haß, der gerade in den Rheinlanden die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie erfüllt, auch gar nicht erwartet.

— Montag, den 13. Mai, wurde der Redakteur der „Dresdner Volkszeitung", Genosse Georg Vollmar, in geheimer Verhandlung des Dresdner Schöffengerichts wegen zwei Majestätsbeleidigungen und einer Kirchenschmähung zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt. Freigesprochen wurde er von der Anklage wegen einer Majestätsbeleidigung, einer Preßcontravention, sowie einer Richterbeleidigung, wegen welch letzterer auch die mitangeklagte Genossin Eugenie Klemich freigesprochen wurde. Als Vertheidiger der Angeklagten fungirte Herr Rechtsanwalt Freytag I. aus Leipzig. — Selbstverständlich wird diese „Strafe" den „Verbrecher" nur bestärken, fester denn je zur Fahne des Sozialismus zu halten; wenn auch eine längere Zeit der Partei entzogen, wird er im Kerker frische Kräfte zu neuem Kampfe sammeln, um dann trotz aller Verfolgungen, trotz aller Einkerkerungen den Kampf auf's Neue gegen die Feinde der Sozialdemokratie aufzunehmen.

— Aus Belgien gehen uns die ersten Nummern eines neuen sozialistischen Blattes in französischer Sprache zu: der „Voix de l'ouvrier" (Arbeiterstimme), zu Brüssel wöchentlich ein Mal erscheinend, unter der Redaktion unseres bewährten Genossen Louis Bertrand. — Auch in Italien ist ein neues sozialistisches Blatt gegründet worden: „Avvenire" (Zukunft). Es erscheint in Modena und steht auf sozialdemokratischem, nicht anarchistischem Boden.

Correspondenzen.

Iserlohn, 15. Mai. Für Frau Heinrich Winner, welche sich in drückendster Lage befindet, sind bis zum heutigen Tage Mark 9,80 eingegangen, was ich hiermit dankend bekannt gebe. Winner befindet sich im Gefängniß. Ein schon längere Zeit krankes Kind ist gestorben. Die Verpflegungs- und Beerdigungskosten sind bedeutend genug. Frau W. aber, mit der Pflege ihres Kindes beschäftigt, konnte nicht arbeiten, so daß die Noth noch keineswegs gehoben ist. Ich bitte deshalb die hiesigen (aber auch andre) Parteigenossen, hier noch zu helfen, da Hülfe dringend nöthig ist. Heinrich Pilster.

Gotha. „Der Wecker", Organ für die Schuhmacher Deutschlands, bringt folgenden Nachruf: „Am 5. Mai starb nach kurzen, aber schweren Leiden unser braves, treues Mitglied August Köllein in Gotha in der Blüthe seiner Jahre. Derselbe gehörte der Gewerkschaft seit deren Gründung an, war fünf Jahre Mitglied der Verwaltung und bekleidete drei Jahre das Amt eines Hauptkassirers. Von seinem Eintritt in die Gewerkschaft bis zu seinem tödtlichen Krankenlager verfocht er die Interessen der Gewerkschaft, galt sein Wirken nur unseren Bestrebungen. Wir verloren in ihm einen braven Kämpfer für unsere Sache. Ehre seinem Andenken!

Saarbrücken, 29. April. Betreffend die Tödtung der Frau Brück von Alsweiler durch Marpinger Reservisten liest man in der hiesigen Presse folgende haarsträubende Einzelheiten. Die Reservisten sind ohne besondere Veranlassung in das Haus des Brück, der Wirth und Bäcker ist, eingedrungen, als die ganze Familie des Mittags am Kaffeetische saß. Durch die vorher consumirten Getränke stark angeheitert, setzten sie sich ohne alle Einladung an den Kaffeetisch und griffen zu. Da sie in ihrem Uebermuth sogar mit den Fingern in die auf dem Tische stehende sog. Schmiere tasteten und die Frau mit ihrem Tadel darüber nicht zurückhielt, wurden sie grob und zertrümmerten schließlich, nach heftigem Wortwechsel, mit wahrer Berserkerwuth Fenster und Küchengeräth, und fielen gleichzeitig über die Frau und die beiden Kinder, die ihrer Mutter zu Hülfe kommen wollten, in der rohesten Weise her. Die Frau verendete, von einem Scheit Holz, wie es die Bäcker zu gebrauchen pflegen, schwer getroffen, in einer Mistpfütze vor ihrem Hause, da sie, von den wuthschnaubenden Gesellen verfolgt, nach der Thür geeilt war, um Hülfe zu rufen. Als sie sogar noch auf die bereits entseelte Frau losschlugen, machte der inzwischen herbeigekommene Mann die Unmenschen schmerzerfüllt darauf aufmerksam, daß seine Frau bereits den Geist aufgegeben habe. Dem Sohn des Hauses ist der Arm entzwei geschlagen worden, außerdem hat er verschiedene Wunden am Kopfe. Die Tochter des Hauses hat nur unbedeutende Verletzungen davongetragen. Die Inkulpaten, 12 an der Zahl, wurden unter Begleitung von 6 Gensdarmen in das St. Wendeler Kantonsgefangniß eingebracht, nachdem sie die Nacht vorher in einem Lokale zu Marpingen, von Polizei und Bürgern bewacht zugebracht hatten. Der Hauptschuldige ist sofort flüchtig geworden, soll jedoch bereits in Saarbrücken ergriffen worden sein. Auf den Gesichtern der Arrestanten zeigte sich auch nicht die geringste Spur von Reue und Niedergeschlagenheit, nichts von dem Bewußtsein, in frevelhafter Weise an einem Morde sich betheiligt und eine Familie ins Unglück gestürzt zu haben. Ja, die zweite Gruppe — sie wurden nämlich zu je 6 Mann ins Gefängniß nach Saarbrücken abgeführt — hat zum Entsetzen der Nachbarschaft des Kantonsgefängnisses zu St. Wendel grade vor der Ueberführung so laut gesungen und gejubelt, daß man es weithin vernehmen konnte. Die sämmtlichen Beschuldigten gehören den besser situirten Familien Marpingens an. — Wie die „Saarbr. Ztg." vernimmt, ist nunmehr auch der schwer mißhandelte Sohn der Frau Brück an den erlittenen Verletzungen verstorben. Eine Tochter, welcher der Arm entzwei geschlagen ist, befindet sich in ärztlicher Behandlung. Die Unholde haben außerdem sämmtliches Mobiliar in der Wirthschaft demolirt. Der Leichnam der ermordeten Wirthsfrau trägt außer den Verletzungen am Kopfe noch 15 bis 20 andere Verletzungen.

An die Partei- und Gewerksgenossen!

Mainz. Wegen der großen Geschäftslosigkeit, welche auch hier wie überall seit mehreren Jahren herrscht, hat die Partei das Lokal „Union" aufgegeben und werden infolgedessen die Partei- und Gesinnungsgenossen ersucht, sämmtliche Briefe in Parteiangelegenheiten an **Julius Lippold**, Ambach Nr. 6, 3. Stg., **Mainz**, zu richten.

NB. Das Verkehrslokal der Partei befindet sich im „Kleeblatt, große Bleiche", und das Verkehrslokal für die zureisenden Gewerksgenossen, welche den vereinigten Gewerkschaften (Schuhmacher, Schneider, Schreiner, Metallarbeiter und Zimmerer) angehören, bei dem „Restaurateur Heckmann", mittlere Bleiche, woselbst auch übernachtet werden kann.

Briefkasten

der Redaktion: Th. H. in W.: Geben Sie uns Ihre genaue Adresse an, damit wir Ihnen das Attest zustellen können. — C. Klein in Elberfeld: Lehmann war, unseres Wissens, nie in Stuttgart; jedenfalls ist er kein Jude. Lehmann ist daher nicht der Berliner Revolverheld; es giebt ja der Lehmanne so viele und so verschiedenartige in allen, niedersten wie höchsten Rangstufen.

der Expedition: W. Schlts in Eickel: Die Annonce kam für die Freitags-Nummer zu spät.

Quittung. Jwkwc Wien Ab. 4,59. Brnng Delitzsch An. 2,10. Ostrmnn M'artilly Ab 4,00. Bsch hier Ab. 20,00. Fr. Enal Reudnitz Ab. 30,00. Brchwtz Connewitz Ab. 2,10. Frhlch Wien Abon. 1,59. Lppl Kaiserslautern Schr. 9,90. Brsch Altona An 1,00. Rpprcht Bukarest Ab. 10,00. Lthr hier Ab. 1,80. Flr Schwäb. Gmünd Ab. 6,00. Bchtlr Stuttgart Schr. 0,50. Dr. Rpp Rottweil Schr. 10,75. Brthld Oberstaufchau Schr. 0,50. R. Kbtzsch Roda Ab. u. Schr. 12,00.

Genosse **Petersohn**, Korkschneider aus Hamburg, zuletzt in Braunschweig, wird von einem Freund ersucht seine Adresse an **J. Lippold**, Ambach Nr. 6, 3. Stg. in **Mainz** einzusenden.

Fonds für Gemaßregelte.

Von S. in Lützen 1,00. Von Maurer H. hier 1,50.

Altona. Dienstag, den 21. Mai, Abends 8½ Uhr, im Convent-Saal, gr. Bergstr. 27:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1) Der Sozialisten-Congreß in Gotha. 2) Delegirten-Wahl. (F. 36) [80

NB. Etwaige Anträge wolle man schriftlich bei dem Unterzeichneten oder in der Versammlung einreichen. H. Brasch.

Eickel u. Umgegend. Sonntag, den 19. d. M., Nachmittags 5 Uhr im Saale des Gastwirths Hrn. Gohsmann: [1,00

Große Volksversammlung.

Tages-Ordnung: Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. 2) Der Sozialismus und das Christenthum. 3) Verschiedenes.

Referenten: Die Herren C. Kuhl aus Dortmund und C. Seelig aus Essen. Der Einberufer: W. Sch.

Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pf. Entree erhoben.

Leipzig. Den Mitgliedern der Genossenschaftsbuchdruckerei zur Nachricht, daß gedruckte Rechenschaftsberichte für das Geschäftsjahr vom 1. April 1877 bis 31. März 1878 zu jeder Tageszeit in unserem Geschäftslokal, Färberstr. 12II. zu haben sind. Auswärtigen Genossen wird, soweit uns deren Adressen bekannt, der Bericht unter Streifband zugehen. [70

Der Vorstand der Genossenschaftsbuchdruckerei.

Durch die Expedition der „Fackel" in **Leipzig**, Kleine Fleischergasse 15, ist in dritter neu erschienener Auflage zu beziehen:

Herr Julian Schmidt

der Literarhistoriker

mit Setzer-Scholien herausgegeben

von [8,00

Ferdinand Lassalle.

à Exemplar **1 Mk. franco.**

Diese bedeutende Schrift wird hiermit den Parteifreunden, sowie dem gesammten Publikum bestens empfohlen. (35)

Durch uns ist zu zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbett'schen Büste „Liberté".

Preis pro Stück in Weiß **2 Mark**, in Eisenbeinton **2,50 Mark.**

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.

Die Expedition des „Vorwärts".

Im Verlag von **Emil Sauerteig** in **Gotha** ist erschienen:

Ein armer Wandersmann.

Lied für eine Baritonstimme mit Pianobegleitung.

Comp. von **G. Scholz.** Op. 16.

Preis 50 Pfg. (40

Gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken erfolgt Zusendung franco. [99

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von W. Liebknecht. 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kossakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von **W. Liebknecht.** Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von **Dr. Borkheim.** Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg.

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. C. Borkheim. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von **Bruno Geiser.** Preis 25 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von **Bruno Geiser.** 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. (w) [5,10

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück **M. 1,20**, in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen**, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
nehmen bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Petitzeile 10 Pf., für Vereinsangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Fischer, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rüsche, 346 West — 27 Str.
Philadelphia: P. Hah, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. cor Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: H. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: H. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 59. Mittwoch, 22. Mai. 1878.

Partei-Congreß.

Die Mandatsformulare sind an alle Orte versandt worden, von denen Adressen vorhanden waren.

Reklamationen sind zu richten an C. Derossi in Hamburg, Holzdamm 42.

(Auf den Formularen ist irrthümlich Steindamm angegeben.)

Die rothe Reaktion

hat wieder einmal einen bedeutenden Erfolg zu verzeichnen; Ursache desselben ist die verrückte, kindische That des Klempnergesellen Lehmann.

Dieser kindisch-irrsinnige Mensch ist erkoren, zu Gunsten der Reaktion einen bedeutenden Einfluß auf die deutsche Gesetzgebung auszuüben. Wunderbar genug!

Die Reichsregierung nämlich hat dem Bundesrath schon, und zwar mit Hinweis auf das Attentat gegen den Kaiser, einen Gesetzentwurf (s. „Uebersicht") vorgelegt „zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschweifungen." Der Gesetzentwurf, über den der Reichstag wahrscheinlich Mittwoch, den 22 Mai, verhandeln wird, soll den Bundesrath ermächtigen, Druckschriften, Vereine und Versammlungen, welche sozialdemokratische Ziele verfolgen, zu verbieten. Ferner soll noch der bekannte: „Die Flinte schießt, der Säbel haut"-Paragraph aus der Strafgesetznovelle von 1875 wieder von den Todten auferweckt und wiederum von einem Eulenburg, dem Vetter des verflossenen Ministers, vertheidigt werden.

Die Reichsregierung stützt sich bei Einbringung dieses Gesetzentwurfs auf die erregte Volksstimmung, welche in Folge des Attentats gegen die Sozialdemokratie in Deutschland herrschen soll.

Darin aber täuscht sich die Reichsregierung geradezu in colossaler Weise; wir kennen die Volksstimmung besser, als die Herren von Bismarck und Eulenburg, welche die eigentlichen Urheber dieses neuen Versuchs der Sozialistentödterei sein sollen. Diese Herren lassen sich durch das Zeitungsgewinsel, durch das tobende Geschrei der Zeitungsreporter verleiten und scheinen zu glauben, als ob die liberalen und conservativen Zeitungen die Volksmeinung verträten. Früher dachte Herr von Bismarck bekanntlich anders.

So ist neben dem Herrn Lehmann das Zeitungsgeschrei, auch im liberalen Lager, Schuld, daß die Reaktion ihre Orgien feiern darf.

Ja, man ist seitens der liberalen Zeitungen soweit gegangen — und voraus die „National-Zeitung" — daß man sich nicht entblödete, uns, den Angegriffenen, die Vertheidigung verbieten zu wollen; und da dies nicht in der Macht der Blätter lag, fälschte man unsere Vertheidigung, indem man aus einigen Artikeln die Schlußsätze brachte, ohne die vorhergehenden Begründungen abzudrucken.

Die Reichsregierung ist also geradezu von der liberalen Presse dem Glauben zugeführt, daß das Volk Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokraten wünsche.

Wir sagten schon oben, daß dies ein sehr verfänglicher und vielleicht auch verhängnißvoller Irrthum sei. Ueberall da, wo man die Sozialdemokratie kennt, ist die Stimmung durchweg derselben günstig; man ist empört darüber, daß derselben das Attentat in die Schuhe geschoben werden soll, und noch empörter ist man darüber, daß gegen die Sozialdemokratie Ausnahmegesetze erlassen werden sollen. Das Gefühl, daß einer großen Partei das schmählichste Unrecht zugefügt wird, giebt sich in den weitesten Kreisen kund und vor allen in der Hauptstadt des deutschen Reiches, in Berlin. Wir rathen allen Denen, welche für das Zustandekommen des Sozialistenverfolgungsgesetzes eintreten und dann auch dafür verantwortlich sein werden, sich zunächst genau von der Simmung des Volkes zu überzeugen. Zeitungsberichte und Fackelzüge, hinter welchen dieselben Berliner in ebenso großer Zahl herlaufen, wenn sie z. B. dem Schah von Persien gebracht würden, sind keine zuverlässigen Gradmesser der Volksstimmung, — die Literaten machen gern großen Skandal in der Presse, und die Leute, welche hinter den Fackelzügen herwandern, sie repräsentiren nur in geringem Maße das Volk; Fremde, Bummler, Bauernfänger, Prostituirte ꝛc. stellen das größere Contingent. —

Und wenn man nur etwas erzielen würde durch solche Sozialistenverfolgungen! Dann hätte die Sache wenigstens vom Standpunkte eines ängstlichen Spießbürgers oder eines rothen Reaktionärs einigen Sinn. Aber man erzielt eben nichts. Sollen durch derartige Sozialistenverfolgungen Attentate verhindert werden? Als in Deutschland noch keine sozialdemokratische Bewegung war, folgten die Attentate auf gekrönte Häupter in viel kürzerer Reihenfolge als jetzt. Die Sozialdemokratie trägt eben zur politischen Aufklärung im Volke in großartiger Weise bei; ihre Lehren beweisen die Nutzlosigkeit und die Unwürdigkeit aller Putsche und Attentate, deshalb braucht sich ein Monarch auf dem Throne in dieser Hinsicht wahrlich nicht vor derselben zu fürchten.

Wir befürchten aber, daß, wenn die Sozialdemokratie durch äußere Machtmittel direkt unterdrückt wird, sodaß sie in der Oeffentlichkeit ihre Lehren nicht mehr vortragen darf, daß dann in manchen unklaren Köpfen, und zwar nicht aus den sozialdemokratischen Kreisen, eben weil ihnen die Vernunftlehren der Sozialdemokratie fern bleiben, viel öfter an die Gewalt appellirt wird, wie es bei einer gesunden normalen Volksentwickelung geschieht. —

Aber man wird auch nichts durch Zeitungsverbote, durch Versammlungs- und Vereinsverbote gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie bewirken können. Die sozialistischen Lehren sind allzutief eingedrungen in die Herzen des Volkes. Als Antwort auf Ausnahmegesetze wird der tausendfache Donnerruf des deutschen Volkes in höchster Begeisterung erklingen:

Es lebe die sozialdemokratische Agitation!

Und von Werkstatt zu Werkstatt, von Wohnstube zu Wohnstube, von Wirthshaus zu Wirthshaus, in den Eisenbahncoupees und auf der Landstraße — überall, überall wird sich der begeisterte Ruf fortpflanzen, und freiwillige Agitatoren werden erstehen, Tausende und Abertausende, jeder Arbeiter, jeder Handwerksgeselle, jeder Sozialdemokrat wird dann ein Agitator werden!

Man wähne doch nicht, mit Gewalt eine Idee vernichten zu können. Oder glaubt man dadurch, daß man die Geldquelle für die sozialistische Agitation für kurze Dauer verstopft, diese lahmlegen zu können? Wir haben schon oben gezeigt, wie es dann gemacht wird. Aber die Sozialdemokratie in Deutschland zählt auch in ihren Reihen schon eine große Zahl von begüterten Männern, die dann erst recht und in erhöhtem Maße ihre Schuldigkeit thun werden. — — —

Und all' die Anstrengungen, welche die Reaktion macht, wem werden sie zu Gute kommen? Lediglich dem Herrn Lehmann, der ja, ein moderner Herostrat, um jeden Preis „berühmt" werden will. Später wird man oft genug spöttisch ausrufen: „Und Alles das um einen Lehmann!" —

Doch wahrlich die (noch nicht aufgefundene) Kugel des Lehmann ist es ja nicht, die man fürchtet; man fürchtet die Idee der Gleichheit und Brüderlichkeit, welche das Volk zum Siege führt und glücklich macht. Die deutsche Reichsregierung mit ihren 400,000 Soldaten, die sich schnell auf 1,500,000 vermehren lassen, sie fürchtet die „25 bleiernen Soldaten" der Sozialdemokratie, die das Wort der Wahrheit verkünden durch die deutschen Lande. Doch diese 25 bleiernen Soldaten sind nicht todt zu machen, sie werden immer und immer reden trotz aller Verbote, ja sie werden dann sogar eine eindringlichere Sprache reden von Freiheit und Knechtschaft, von Recht und Unrecht.

Die Sozialdemokratie sieht deshalb im Bewußtsein, daß sie stets für das Volk, für das Recht und die Freiheit gestritten, mit einem gewissen Stolze jenen Ausnahmegesetzen entgegen. Aber diejenigen, welche jene Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie planen, und besonders die Herren im Reichstage mögen es sich ruhig überlegen, ehe sie denselben zustimmen. Ein freies Volk, welches seiner Meinung öffentlichen Ausdruck geben kann, ist niemals zu Gewaltthätigkeiten geneigt, ein Volk aber, dem man die Freiheit seiner Meinungs- und Willensäußerung beschränkt oder gar vollständig raubt, ist zu vergleichen mit einer Dampfmaschine, die mit geschlossenen Ventilen arbeitet.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das preußische Staatsministerium hat sich aus Anlaß des Lehmann'schen „Attentats" in mehrtägigen Berathungen darüber schlüssig zu machen gesucht, welche Maßregeln zu ergreifen seien, um die „revolutionären Elemente", vulgo Sozialdemokratie, darniederzuhalten; und der Umstand, daß der Minister des Innern, Graf Eulenburg, sich nach Friedrichsruh zu Bismarck begeben hat, läßt darauf schließen, daß der „Stein der Weisen" gefunden ist. Die „Volkszeitung" will wissen, daß es sich in erster Linie um Repressivmaßregeln gegen die sozialistische Presse handelt, und daß noch in dieser nur noch wenige Tage andauernden Session dem Reichstag eine diesbezügliche Novelle zum Strafgesetzbuch vorgelegt werden soll, die derselbe zum „Heil von Staat und Gesellschaft" Hals über Kopf zu genehmigen haben würde. „Von Abgeordneten", meint die „Volkszeitung" zwar weiter, „welche mit Regierungskreisen einige Fühlung haben, wird eine solche Initiative der Regierung in Abrede gestellt und hervorgehoben, daß vorläufig durch verschärfte polizeiliche Maßregeln und ein noch entschiedeneres Einschreiten der Staatsanwälte gegen die oppositionelle Presse, vornehmlich gegen die sozialdemokratischen Blätter, den nach Ansicht der Regierung herrschenden großen Uebelständen und Gefahren vorgebeugt werden solle. Es soll den polizeilichen Organen aufgetragen werden, jede Ausschreitung in einer öffentlichen Versammlung sofort zur Anzeige zu bringen und die betreffende Versammlung sofort zu schließen. Dies ist die in unterrichteten Reichstagskreisen herrschende Ansicht über die Maßnahmen der Regierung." — Daß diese „Maßnahmen der Regierung" einem Theil der gegnerischen Presse — voran das geradezu toll gewordene „liberale" „Leipziger Tageblatt" — nicht genügen, sei hiermit constatirt. Erbärmliche Sippschaft! Die feige „That" eines notorischen Lumpen, der vom Sozialismus gerade so viel versteht, wie der Esel vom Lautenschlagen, reicht vollkommen hin, um für die Preisgabe der ohnedies knapp zugemessenen Rechte der Presse und der „Vereins- und Versammlungsfreiheit" zu plädiren. Erbärmliche Sippschaft!

— Die Reaktion im Anzuge. Im „Gothaischen Tageblatt" vom 16. Mai ist zu lesen: „Wie wir bestimmt hörten, sollen seitens der Berliner Behörde beim hiesigen Staatsministerium Anträge dahin gestellt worden sein resp. werden, daß die Abhaltung des auf die Tage vom 15. bis 18. Juni angesetzten Congresses der Sozialisten Deutschlands verboten werde. Der Grund dieser Maßregel ist das Attentat auf den Kaiser." An der Möglichkeit des Verbots des Congresses in Gotha zweifeln wir keinen Augenblick; ja wir sind auf noch ganz andere Dinge, so sich „Präventivmaßregeln" benamsen, gefaßt. Wer aber angesichts der reaktionären Möglichkeiten noch von einem wenn auch nur intellektuellen Zusammenhange der Sozialdemokratie mit dem verrückten „Attentate" faseln kann, der ist entweder selbst verrückt oder ein Reaktionär vom reinsten Wasser, sintemalen die Sozialdemokratie zur Ausbreitung ihrer Prinzipien des weiten und sonnenhellen Bodens der schriftlichen und mündlichen Propaganda bedarf — eines Bodens, den sie noch nie verlassen hat; und verließe sie ihn, so würde sie sich selbst, wie die Dinge nun einmal liegen, an das Messer der Reaktion liefern, was ihr wohl Niemand zutrauen wird. In seinen Wirkungen kommt das „Attentat" unzweifelhaft der Reaktion zu gute und daher auch sehr gelegen. Wie nun, wenn dieselbe Reaktion auch bei dessen Anstiftung die Hand im Spiele gehabt hätte? Die Geschichte liefert Beispiele genug, daß die Reaktion vor keinem, selbst dem infamsten Mittel nicht zurückschreckt, wenn es gilt, den vorwärtsstrebenden Elementen die Ketten der Gewaltherrschaft anzulegen. Sollte es da so unmöglich sein, daß auch in diesem Falle die alte Feindin aller Freiheit in ihrer Rathlosigkeit zu dem so oft bewährten Mittel eines gemachten „Attentats" gegriffen hat, um vollends oben aufzukommen? Wir zweifeln um so weniger an dieser Möglichkeit, als der „Attentäter" selbst ein moralisch verkommener Mensch und zu allen Schandthaten fähig ist.

Und eine Kugel ist noch immer nicht gefunden!

— Lehmann hat seine Dienste gethan. Die Bismarck'sche Knebelakte lautet im Entwurf: § 1. Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, können von dem Bundesrath verboten werden. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen und dem Reichstag sofort, oder wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Der Reichstag kann die Aufhebung des Verbotes beschließen. § 2. Die Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und auf öffentlichen Plätzen kann von der Ortspolizeibehörde vorläufig verboten werden, wenn die Druckschriften Ziele der in § 1 bezeichneten Art verfolgen. Das Verbot erlischt, wenn nicht innerhalb vier Wochen die Druckschrift von dem Bundesrath auf Grund des § 1 verboten wird. § 3. Eine Versammlung kann von der Ortspolizeibehörde verboten oder nach ihrem Beginn von dem Vertreter der Ortspolizeibehörde aufgelöst werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung Zielen der im § 1 bezeichneten Art dient. § 4. Wer einem nach § 1 oder § 2 erlassenen Verbote zuwider eine Druckschrift verbreitet, wird mit Gefängniß bestraft. Die Beschlagnahme der Druckschrift kann ohne richterliche Anordnung erfolgen (§ 23 ff. des Gesetzes über die Presse, vom 7. Mai 1874). § 5. Die Betheiligung an einem nach § 1 verbotenen Vereine oder an einer nach § 3 verbotenen Versammlung wird mit Gefängniß bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher sich nicht sofort entfernt, sobald die Auflösung einer Versammlung auf Grund des § 3 erfolgt ist. Gegen die Vorsteher des Vereins, sowie gegen die Unternehmer und Leiter der Versammlung und gegen Denjenigen, welcher zu einer verbotenen Versammlung das Lokal hergiebt, ist auf Gefängniß nicht unter drei Monaten zu erkennen. § 6. Wer öffentlich durch Rede oder Schrift es unternimmt, in Verfolgung der im § 1 bezeichneten Ziele die bestehende sittliche oder rechtliche Ordnung zu untergraben, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft. § 7. Dieses Gesetz gilt nur für den Zeitraum von drei Jahren. Die §§ 1 bis 5 treten sofort in Kraft.

Motive sind dem Entwurfe nicht beigegeben.

Wir begreifen nicht, warum man nicht einfach gesagt hat: Die Sozialisten und der Sozialismus sind vogelfrei! Es wäre wenigstens offen gewesen und hätte gerade so viel genützt — oder gerade so wenig.

Um dem Entwurf, der jetzt vor dem Bundesrath ist und von diesem natürlich angenommen wird, auch im Reichstag die Majorität zu verschaffen, hat man dem Centrum den „Edelfalken" geopfert. Ob es sich für einen so niedrigen Preis hingeben wird, ist allerdings zu bezweifeln. Indeß, auch wenn dies geschähe, würde die Gesetzesvorlage wohl kaum durchgehen, da die Nationalliberalen durch Falk's Entlassung doch belehrt worden sind, daß es auch ihnen an den Kragen geht. Für den Ablehnungsfall wird mit Auflösung des Reichstag gedroht, ein Schritt, in dem Fürst Bismarck denn doch ein Haar finden dürfte.

— Ueber Lehmann schreibt in der fortschrittlichen, also uns feindlichen Berliner „Bürgerzeitung" ein Mann, der den verunglückten „Attentäter" nach dem „Attentat" zu beobachten Gelegenheit hatte und zur Fällung eines competenten Urtheils befähigt ist wie kaum ein Zweiter:

„Es muß die objektive Erwägung Platz greifen, ob es sich um die That eines zurechnungsfähigen Menschen oder um eine hirnverbrannte Sinnlosigkeit handelt, für welche es eine Erklärung nicht giebt und welche wohl die Psychiatrie ernstlich beschäftigen kann, für die Ausbeutung vom politischen Standpunkte aus jedoch kein Material bietet.

„Indeß ein Attentat auf den Kaiser ist ein zu bedeutsames Ereigniß, um die Person des Attentäters kurzer Hand zu den Verrückten werfen zu können. Und wenn das selbst der Fall sein müßte, so würde doch noch zu inquiriren sein, in wie weit etwa in dem Wahnsinn Methode und ob im Hintergrunde desselben Fanatismus irgend welcher Art zu suchen sei, der als das Merkmal kranker Zustände eine politische Verwerthung nöthig machen könnte.

„Wir betonen die Nothwendigkeit, solche Fragen aufzuwerfen, um zu zeigen, daß wir dieselben uns vorgelegt haben, ehe wir über das Attentat Hödel ein Urtheil fällen. Wir müssen nun aber nach dieser Richtung hin thatsächlich constatiren, daß nach den uns zugegangenen aus direktester Quelle geschöpften Informationen selbst der Untersuchungsrichter — von seinem

Berufsstandpunkte aus vielleicht nicht ohne Bedauern — aus der Vernehmung des Attentäters die Ueberzeugung gewonnen hat, es mit einem geistig verwahrlosten und durch verlotterten Lebenswandel physisch heruntergekommenen Menschen zu thun zu haben, der überhaupt jeder Gesinnung bar, auch ein festes politisches Glaubensbekenntniß nicht haben könnte, selbst wenn seine geistige Qualifikation ihm die Unterscheidung politischer Systeme und Prinzipien möglich machte. Wenn andererseits erwiesen ist, daß sich der Attentäter um politische Strömungen kümmerte und auch Vereinen mit politischem Zweck nahe getreten ist, so ist doch nach dem übereinstimmenden Eindruck derjenigen, welche vorher mit dem Attentäter zu thun hatten, wie auch derer, welche jetzt amtlich sich mit der Person und dem Vorleben desselben befassen müssen, ziemlich zweifellos, daß bei der moralischen und geistigen Verkommenheit des Hödel sein Herandrängen an wirthschaftspolitische Parteien nur den Zweck hatte, sich ohne arbeiten zu müssen durchs Leben schlagen zu können. Es ist doch ganz charakteristisch, daß ebenso, wie bei dem Hödel Beziehungen zur radikalsten sozialdemokratischen Richtung mit Sicherheit festgestellt worden sind, man auch Schriftstücke bei ihm fand, aus welchen hervorging, daß er sich auch mit der sogenannten christlich-sozialen Richtung befaßt habe, welche bekanntlich das monarchische Prinzip mit ganz besonderer Vorliebe pflegt.

„Daß es sich um ein politisches Attentat bei dem Hödel'schen Schusse nicht gehandelt hat, geht auch daraus hervor, daß der Attentäter anstatt sich mit seiner That zu brüsten, bezw. das Fehlschlagen derselben zu bedauern, allerlei Verlogenheiten an den Mann bringt, aus deren Sichtung, soweit dieselbe bis jetzt möglich ist, hervorzugehen scheint, daß der Attentäter die Person des Kaisers nicht eigentlich direkt zum Zielpunkt seines Revolvers gemacht hat, sondern wohl nur zeitlich das Vorbeifahren des kaiserlichen Wagens abgewartet und dann ohne Plan und Ziel einige Schüsse abgab, um Desparado, wie er ist, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und dem Staate die Obsorge für seine Existenz zu überlassen, die selbst zu zerstören er nicht den Muth gehabt zu haben scheint. Die Untersuchung wird in der dafür üblichen Technik ihren Gang gehen, es heißt aber derselben durchaus nicht vorgreifen, wenn man auf Grund der Persönlichkeit des Attentäters die Behauptung aufstellt, daß es sich lediglich um ein an Wahnwitz streifendes Verbrechen eines wirren Kopfes handelt, der selbst, wenn er Complicen hätte, weder im Dienste einer politischen Partei stand, noch den Typus einer solchen bildet."

So der Mitarbeiter der Berliner „Bürgerzeitung", dessen Ausführungen jeder vernünftige und anständige Mensch nur durchaus zutreffend finden kann.

Wir verabschieden uns nun von Lehmann mit einigen abschließenden Bemerkungen. Wer die Lebensgeschichte des traurigen Revolverhelden gelesen hat, muß, wenn er anders denkfähig ist, zu der Ueberzeugung gelangen, daß Lehmann, das uneheliche Kind einer Proletariermutter, in einer „Besserungsanstalt" erzogen, von frühester Jugend an das Objekt staatlicher und bürgerlicher Philanthropie, zu gleicher Zeit das Produkt und das Opfer unserer heutigen politisch-sozialen Zustände ist, verdorben bis in den innersten Kern, ehe er von den sozialistischen Bestrebungen eine Ahnung hatte.

Was unsere Partei angeht, so würde sie, auch wenn Lehmann bei Abfeuerung der Schüsse Unter den Linden eine vollgültige Mitgliedskarte in der Tasche gehabt hätte, nicht nöthig haben, sich gegen die Insinuation der Mitschuld an einem Mordattentat zu vertheidigen. Und zwar aus zwei Gründen. Erstens weil die Sozialdemokratie das Menschenleben für heilig hält, und die Ermordung eines Individuums, das eine Kaiserkrone trägt, als einen ebenso großen Frevel betrachtet, wie die Ermordung jedes anderen Individuums, einerlei ob diese Ermordung privatim oder öffentlich, im Einzelnen oder en masse, auf der Landstraße oder auf den Schlachtfeldern des Kriegs und der Industrie erfolgt.

Und zweitens weil die Sozialdemokratie die Mißwirthschaft in Staat und Gesellschaft nicht auf einzelne Individuen zurückführt, und daher einzelne Individuen nicht verantwortlich für sie macht. Alle anderen Parteien ohne Ausnahme erkennen mehr oder weniger das „persönliche Regiment" an, und treten für es ein. Wer aber glaubt, daß die Persönlichkeit eines bestimmten Individuums politisch wie sozial maßgebend sein kann, muß auch die Folgerung zulassen, daß die Beseitigung einer solchen Persönlichkeit von Einfluß auf den Gang der Entwicklung sein müsse. Auf dieser Auffassung und Schlußfolgerung beruht der Tyrannenmord, den deshalb auch alle alten Parteien ohne Ausnahme verherrlicht haben, und zwar in Versen und in Prosa. Die Sozialdemokratie dagegen weiß, daß das „persönliche Regiment" eine lächerliche Illusion ist, daß die höchstgestellten Individuen bloß der Ausdruck der Verhältnisse sind, und daß demgemäß die Beseitigung eines Individuums auf den Gang der politisch-sozialen Entwicklung keinen Einfluß haben kann.

Diese Anschauung ist von uns tausendmal in Schrift und mündlichem Wort ausgesprochen worden — sie schließt die Möglichkeit eines sozialdemokratischen Tyrannenmordes aus. Daß speziell die Ermordung des Kaisers Wilhelm aus politischen Gründen von jedem Gesichtspunkt aus absolut sinnlos wäre, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. In ganz Deutschland gibt es wohl keinen Menschen, und sicher giebt's keinen Sozialdemokraten, der den 82jährigen Monarchen für die gegenwärtige Blut- und Eisenpolitik verantwortlich macht. Hätte irgend ein beschränkter Fanatiker die Absicht, durch einen Pistolenschuß gegen die Blut- und Eisenpolitik zu protestiren, so würde er sich unzweifelhaft an eine andere Adresse wenden.

Während die Reaktion das „Attentat" mit fieberhafter Hast auszubeuten sucht, zerfließt es wie ein Nebelbild ihr zwischen den Fingern. Eine Kugel ist noch nicht gefunden, und wird — unserer festen Ueberzeugung nach — auch niemals gefunden werden.

— Die „Lehmanniade" fängt in ihren Wirkungen auf die Gemüther der Reichstreuen an unheimlich zu werden. Man lese nur den nachfolgenden Aufruf, der uns unterm Poststempel Düsseldorf zugegangen ist:

„Aufruf zu einer allgemeinen Landesfeier, um der Freude des deutschen Volkes über die Errettung seines Kaisers einen einhelligen Ausdruck zu geben. Tief erschüttert ist das deutsche Volk durch die Schreckenskunde, daß Mörderhand sich dem theuren Haupte seines geliebten Kaisers genaht hat. Zorn und Erbitterung durchbebt jedes Deutschen Herz bei dem Gedanken, daß die schmachvolle That hätte gelingen können. Unbeschreiblich ist die Freude, daß Gott seine Hand schirmend über unser Oberhaupt hielt. Millionen und aber Millionen möchten sich zum Throne drängen, um dankend und jubelnd ihre Huldigung zu bringen. Gewiß handeln wir im Sinne aller echten Deutschen, wenn wir den Anstoß zu einer allgemeinen großartigen Landesfeier geben, die zweifellos auf dem ganzen Erdenrund, wo deutsche Zunge klingt, begangen werden wird. Die Organisation einer solchen Feier bedarf der Zeit und dürfte deshalb der 28. d. M. der geeignetste Tag sein, da er den Namen „Wilhelm" trägt. — D'rum! Auf Ihr Deutschen! Frisch an's Werk! Greift die Idee begeistert auf, tretet sofort in Stadt und Land zu Comités zusammen und zeigt der Welt, wie unzertrennlich Volk und Kaiser sind! Vertrauensvoll wenden wir uns an Euch, deutsche Bürger aller Gauen: Laßt bei diesem Feste die Unterschiede der Parteien und des Standes schwinden, damit es sich zu einem einheitlichen Freuden-Ausdrucke der gesammten deutschen Nation gestalte! Das vorläufige Comité für Düsseldorf: (Folgen die Namen einer Anzahl ordenshungriger Reichstreuer.) — Vorschlag zum Programm der am 28. dieses Monates, dem „Wilhelmstage" stattfindenden Nationalfeier. Am Vorabend: Einleitung durch Zapfenstreich durch die festlich geschmückte Stadt. Am 28., 7 Uhr Morgens: Kanonendonner und Festgeläute. Choräle von den Kirchen; später Gottesdienst in allen Kirchen und Synagogen. 12 Uhr: Spiel der Militär- oder sonstigen Kapellen auf den öffentlichen Plätzen. Mittag: Festessen. Nachmittag: Ausflug der Kinder unter Leitung der Geistlichkeit, Lehrer, Eltern und Freunde. Bei Eintritt der Dunkelheit: Illumination und Freudenfeuer auf den Bergen. 9 Uhr: Solenner Fackelzug. 10 Uhr: Kanonendonner und Zusammenwurf der brennenden Fackeln unter Absingung der Volkshymne."

Was uns bei dem allen wundert, ist, daß in dem Vorschlag zum Programm nicht auch der Vorschlag enthalten ist, zu einer bestimmten Stunde und auf ein gegebenes Signal die sämmtlichen Sozialdemokraten im zehnmeiligen Umkreise von Düsseldorf, oder unsertwegen auch in ganz Deutschland, abzuschlachten. Auf eine „patriotische" Extravaganz mehr oder weniger kommt es doch nicht an. Wenn schon, denn schon.

— Die Attentaterei wird epidemisch (was wohl mit dem Umstand zusammenhängt, daß die Hundstage dieses Jahr um ein paar Monate zu früh gekommen sind); auch in Friedrichsruhe ist „ein junger Mann verhaftet worden, der auf den kranken Reichskanzler böse Absichten zu haben schien". Der junge Mann heißt wohl auch Lehmann?

— Der „Erbfreund" verspürt urplötzlich das Bedürfniß, in dem Grenzverkehr zwischen den preußischen Ostprovinzen und Rußland einige Erleichtungen eintreten zu lassen. Wenigstens meldet die „Ostpreußische Zeitung", daß in Königsberg ein russischer Staatsbeamter eingetroffen sei, der sich der Regierung als Bevollmächtigter vorstellte zu Unterhandlungen mit den Behörden wegen Erleichterung des Grenzverkehrs mit Rußland, namentlich wegen der möglichsten Beschleunigung des Güterverkehrs auf den Eisenbahngrenzstationen. Darnach hat es den Anschein, als ob der „Erbfreund" nicht sonderlich zufrieden wäre mit dem Tempo bei der Zusendung von Pulver und sonstigen massenmörderischen Utensilien; denn daß die russischerseits gewünschte „Beschleunigung des Güterverkehrs" keinen andern Zweck hat als den der Förderung der russischen Rüstungen zu dem bevorstehenden englisch-russischen Kriege, braucht kaum erwähnt zu werden. Uebrigens erleichtern sich die Herren „Erbfreunde" den „Grenzverkehr" in Gestalt von Grenzverletzungen nach Möglichkeit ganz von selbst, ohne je verwarnt zu werden. So weiß die „Thorner Ostdeutsche Zeitung" z. B. über folgenden Vorfall zu berichten:

„Vor etwa 14 Tagen Abends hörte der in Kutta etwa 30 Schritte von der Grenze, gegenüber dem russischen Cordon, wohnende preußische Grenzbeamte Wolf beim Heraustreten aus seiner Wohnung Lärm in seinem Garten, bemerkte daselbst russische Soldaten und hörte sogar einen Schuß fallen. Er verwies den Russen ihr Eindringen, ging aber dann in der Meinung, die Soldaten hätten sich auf russisches Gebiet zurückgezogen, auf Patrouille. Er hatte den Russen indessen zu viel Achtung vor dem preußischen Gebiet zugetraut; denn noch nach einigen Stunden hatten die Russen das Haus, in welchem sie augenscheinlich Schmuggler vermutheten, umstellt und unterworfen dasselbe einer förmlichen Belagerung." In einem andern Falle schoß ein russischer Grenzsoldat bei hellem, lichtem Tage auf eine auf preußisches Gebiet geflüchtete Frau, und einen zweiten Schuß gab er obendrein noch auf einen harmlosen Spaziergänger auf preußischer Seite ab. Und alle diese „erbfreundlichen Liebenswürdigkeiten" läßt sich Preußen-Deutschland ruhig gefallen, ja muß sich dieselben aus gewissen zwingenden Gründen gefallen lassen.

— Die Unruhen in den englischen Baumwolldistrikten sind lediglich auf Rechnung der Fabrikanten zu setzen. Nach den letzten Berichten hatten Delegirte der von der Arbeitssperre in Lancashire betroffenen Baumwollenarbeiter am Dienstag mit dem Fabrikanten-Comité conferirt und demselben mehrere Vorschläge gemacht, um dem Zustande der Dinge ein Ende zu bereiten. Sie erklärten sich bereit, die Lohnfrage entweder einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, oder sich eine 5prozentige Lohnherabsetzung gefallen zu lassen, oder die 10prozentige Reduktion bei halber Arbeitszeit anzunehmen. Es wurde mitgetheilt, daß Lord Derby sich bereit erklärt habe, das Schiedsrichteramt zu übernehmen, wenn er von beiden Seiten dazu aufgefordert würde. Die Fabrikanten lehnten alle diese Vorschläge entschieden ab und erklärten, ihre Fabriken nicht eher wiedereröffnen zu wollen, bis die Arbeiter die Lohnherabsetzung von 10 Proz. bedingungslos angenommen hätten. Dieser Entschluß rief große Erbitterung unter den Baumwollspinnern hervor, welche sich in Preston, Burnley, Accrington und Blackburn in vielen Gewaltthätigkeiten Luft machte. Am Schlimmsten scheint es in Blackburn zugegangen zu sein. Tausende von Arbeitern beiderlei Geschlechts rotteten sich vor den bedeutendsten Fabrikgebäuden zusammen und schlugen die Fenster ein. Das Haus des Obersten Jackson (Vorsitzenden des Fabrikanten-Verbandes) wurde bis auf den Grund niedergebrannt. Der Oberst selber hatte das Haus mit seiner Familie kurz vorher durch eine Hinterthür verlassen. Die Arbeiter verbrannten sein Bildniß. Ein Versuch, auch seine Fabrik niederzubrennen, wurde von der Polizei verhindert. Die Wohnhäuser mehrerer anderer angesehener Fabrikbesitzer wurden demolirt und in den verschiedenen Fabriken des Ortes ist keine Fensterscheibe ganz geblieben. Die Fabrik des Stadtrathes Taylor wurde theilweise niedergerissen. Gegen Mitternacht nahmen die Gewaltthätigkeiten solche Dimensionen an, daß die Aufruhr-Akte verlesen und Militär aus Preston requirirt werden mußte. Am Mittwoch Vormittag kam es zu neuen Ruhestörungen. An zahlreichen Häusern wurden die Fenster eingeworfen. Die Truppen zerstreuten die Tumultuanten. Seitdem sind aus Blackburn neue Unruhen nicht gemeldet worden. Die Menge hält die Straßen besetzt, beobachtet aber angesichts der aufgebotenen Militärmacht eine ruhige Haltung. Mehrere Verhaftungen haben stattgefunden. In Durnley wurde am Mittwoch Abend ein großes Arbeitermeeting abgehalten, welches zwar einen ruhigen

---

Religion.

Von A. Dulk.

(Schluß.)

Solche Einigung der Wissenschaft, welche freilich schließlich alles geistige Leben in Besitz nimmt oder beeinflußt, übertragen wollen, wäre heute ein Unding. Ihre zumeist den Verstand beschäftigende analytische, schematische, abstraktive Erkenntnißart ist wenig geeignet zur Sammlung und Einbildung in Herz und Sinn, welche ergriffen und gelenkt werden sollen. Und nicht der Verstand, nicht das Wissen kann den Drang nach vollkommener Erkenntniß des einigen ganzen Lebens oder des Lebensräthsels befriedigen, sondern die von Ideen geleitete, empfindende und bauende Phantasie thut es. Eher als die Wissenschaft ersetzt die einbildende Kunst das Amt der Religion: Weltanschauungen empfunden und wirksam zu machen.

Es ist also ein bloßes Vorurtheil, Religion als nothwendigen Aberglauben zu hassen. Das Weltbild spiegelt sich in jedem selbstbewußten Kopfe, unvermeidlich, je nach der Stufe seiner Erkenntniß; und das Bedürfniß, Selbstempfindung und Handeln von ihm durchdringen zu lassen, dadurch den ganzen Menschen harmonisch, gleichmäßig und folgerichtig zu machen, geht auf die höchste Würde und Kraft des Menschen, und kann weder verachtet noch verboten werden. Auch der Sozialismus lehrt, daß erst aus der Einheit immer, aus dem Ganzen das rechte Gesetz für alles Theilleben sich ergebe. Aber daß solches Weltbild keinen Afterglauben wider Vernunft und Wissenschaft und keine entwürdigenden Auktoritäts- und Moralprinzipien enthalte — dafür kann und soll gesorgt werden mit aller Kraft! Und daß im sozialistischen Staate einst schon die Erziehung und Jugendbildung dies Amt übernehmen könne, geht uns heute nichts an, da Erziehungs- wie Staatswesen noch ganz von der vernunftwidrigen Welterkenntniß und der falschen Moral des Christenthums durchdrungen sind.

In der theoretischen Wissenschaft und in der praktischen Gesetzgebung, wie in der erregenden Massenagitation hat der Sozialismus für die Einführung seiner Weltanschauung an Stelle der absterbenden christlichen zu sorgen und zu kämpfen! Er hat aber auch die vollkommenen Waffen hiezu — in der wissenschaftlichen Vernunft gegen den christlichen Glauben, in der sozialistischen Ethik gegen die christliche Moral. Weder der persönliche Gott noch die biblischen Moralgesetze können ihm widerstehen!

IV.

Die Religion ist Privatsache. Warum? Weil Jedermann die Welterkenntniß, welche die Zeitbildung ihm liefert, in sein persönliches Empfinden und Handeln mit Innigkeit aufnehmen und einbilden muß — dies macht ihn religiös. Da „Gott" (für jeden Menschen) das empfundene Weltbild der Erkenntniß ist, so war Gott von jeher genau so vielfach und mannigfaltig wie die Empfindungsverständnisse der Menschen.

Dennoch ist das, was Gott oder Religion in allen Menschen gemeinsam hat, so viel — sofern man es auf seinen einfachen Quell zurückführt oder von abergläubischen Entstellungen reinigt —, daß es beinahe das Ganze ist: nämlich das Objekt selbst; und zwar in der äußeren wie in der inneren Sphäre der Religion, in der Glaubens- wie in der Sittlichkeitssphäre. — Ruft doch auch dieselbe Kartoffel, die Jeder persönlich schmecken und verdauen muß, bei solcher Privataneignung doch nur wenige und nebensächliche Differenzen in den Menschen hervor!

Das gleiche Objekt der Religion aber für alle Menschen ist dasselbe Weltall für den Erkenntnißglauben, dieselbe Menschheit für die Sittlichkeit.

In der Welterkennungssphäre (dem sogenannten Religionsglauben) war so lange nicht Rath zu schaffen, als der Geist (das Gesammtleben der Menschen) nicht selbstbewußt geworden, nicht in der Wissenschaft allumfassend, und als solche die einzige höchste Auktorität für alle Individuen war. Ist das Weltbild, das wir im menschlichen Gehirn — dem Concentrationsorgane aller Erkenntnißsinne — auffassen, ein Spiegelbild des Alllebens, so wird die Art des Spiegels, welcher es reflektirt, die ungeheuersten Verschiedenheiten hervorrufen können. Werden jedoch die Spiegel möglichst gleichmäßig geschliffen, so wird die Verschiedenheit einer überwältigenden Gleichheit Platz machen und, so weit sie bleibt, unwesentlich werden. Die zügellose Herrschaft der Individualität machte entweder das Spiegelschleifen unmöglich, oder führte (zumal in den „offenbarten" Religionen) zu ungeheuerlichen und gegensätzlichen nationalen Verzerrungen des Spiegelbildes.

Die Wissenschaft dagegen, das Produkt des Sammellebens der Menschen oder des „Geistes", hat es fertig gebracht, in jedem Gehirn einen gleichgeschliffenen Spiegel herzustellen, indem sie die Erkenntnißverschiedenheiten der einzelnen Persönlichkeiten ablöst und nur das Bleibende, gemeinsam Erkannte oder Erkennbare giebt. Sie faßt die Dinge mit dem Sinn aller Menschen, der Menschheit, auf und giebt sie wie sie für das Geschlecht, nicht für die Personen sind. Darum sagen wir, daß sie die Dinge „objektiv (nicht mehr subjektiv) erkennt, und darum einigt sie die Menschen.

Macht also Jeder das Weltbild der Wissenschaft zu seiner persönlichen oder „Privatsache", so bleibt dem Empfindungsverständnisse zwar die Mannigfaltigkeit in der Einheit, aber nicht prinzipieller Erkenntnißwiderspruch in der Reflektion. Der Fanatismus grundverschiedener Weltanschauungen, welchen Götter und Götzen erzeugten, verschwindet. Die Wissenschaft hat für Alle die gleiche Gesetzerkenntniß in stetem Wachsthum als Erfüllung des Welträthsels oder der „Gottheit". Da sie die Natur selbstlebendig und ausnahmslos gesetzlich zeigt, so löst sie zwar die letzten Fragen des Menschen noch ebenso wenig, wie dies irgend eine Religion gethan (die alle nur ein X für das U des Räthsels machten), wirft aber das Phantom eines persönlichen Gottes rettungslos zu Boden und beseitigt damit jeden „Gottesdienst" — dessen Zweck ja ist, solche Willkürgewalten sich günstig zu stimmen. Die Anbetung macht dem Heimathsbewußtsein, dem Einheitsgefühle mit dem Ganzen (der Liebe) Platz; die Sklaverei wie die kindliche Angst und Rathlosigkeit macht der Selbstständigkeit Platz, welche sich durch die Kenntniß der Gesetze und Beherrschung der Natur selber zu schützen, und was daran fehlt, würdig zu tragen weiß. — Daß aber der entmannende Dusel abergläubischen Bettelns bei selbstgemachten Götzen aus dem Thatfelde der Gesellschaft verschwinde, daran hat der Sozialismus das mächtigste Interesse, denn nur mit dem Material der Selbstständigkeit und des Wissens, nicht des Wähnens, können wir bauen!

Das Objekt für die Sittlichkeit aller Menschen ist dieselbe Menschheit. Die Gegenseitigkeit und Gemeinsamkeit der Menschenleben hat in allen Religionen aller Zeiten die Gebote der

Verlauf nahm, doch machte die Menge später einen Angriff auf das Haus eines Mitgliedes der Gemeindebehörde, warf die Fenster ein und legte Feuer an eine Mühle, von der ein Theil zerstört wurde. Der Gemeindevorsteher sah sich in Folge dessen zur Verlesung der Aufruhrakte gezwungen, wodurch die Ansammlungen auf den Straßen verboten sind. Aus Manchester sind Truppen berufen. — Alle diese Mittheilungen, die aus Bourgeoisblättern stammen, sind mit der größten Vorsicht aufzunehmen, obgleich die hartnäckige Weigerung der Fabrikanten, auf die Zugeständnisse der Arbeiter einzugehen, die Erbitterung der Strikenden sehr erklärlich erscheinen lassen. Hätten sich die Fabrikanten geneigt gezeigt, auch nur ein Prozentchen ihres „Unternehmerprofites" zu opfern, während die Arbeiter 5 und 10 Prozent ihres Lohnes hergeben wollten — es wäre zu den Ausschreitungen sicherlich nicht gekommen. So aber hat die Impertinenz der Fabrikanten die Langmuth der Arbeiter erschöpft.

Nachschrift. Jetzt, nachdem die Fabrikanten durch ihr schroffes Abweisen jedes Vermittlungsvorschlags Tumulte herbeigeführt, erklären sie sich bereit zu unterhandeln. Ob dies blos ein Manöver ist, um der öffentlichen Meinung eine Concession zu machen, bleibt abzuwarten. Bemerkenswerth ist das Geständniß der „Vossischen Zeitung", eines „Vollblut-Bourgeoisorgans: „Es gewinnt den Anschein, daß bei nur einiger und selbst nur scheinbarer (!) Nachgiebigkeit seitens der Arbeitgeber die beklagenswerthen Exzesse hätten vermieden werden können."

— Die Nachrichten aus Constantinopel, Petersburg und London lauten sehr kriegerisch. Die Türken haben sich geweigert, die Festungen Varna, Schumla und Batum zu räumen, und die, durch den bulgarischen Aufstand schwer bedrohten Russen, scheinen sich durch einen Vorstoß auf Constantinopel Luft machen zu wollen. Daß dies der Krieg mit England wäre, versteht sich von selbst.

— Der Aufstand in Bulgarien wird den Russen immer gefährlicher. Die Insurgenten selbst haben an den englischen Botschafter in Konstantinopel eine Denkschrift gerichtet, welche die russische „Humanität" charakterisirt. Die Unterzeichner (das Aktenstück trägt das Datum des 28. März und wurde den 23. April in Konstantinopel abgegeben) beschweren sich nicht nur über arge Hintergehungen, sondern auch überdies über die grausamste Mißhandlung, von welcher namentlich ihre Weiber und Töchter schwer zu leiden gehabt haben. Nach Abschluß des Vertrags von San Stefano wurde den Muselmännern erst von der türkischen, später von der russischen Behörde gesagt, daß der Krieg zu Ende sei und daß sie daher ohne Besorgniß in ihren Dörfern verbleiben könnten. Sie thaten dies. Allein schon fünf Tage darauf kehrten dieselben russischen Reiter, welche ihnen erst diese beruhigenden Versicherungen gegeben hatten, in jene Gegend zurück und begannen alsbald die Bewohner zu berauben und zu mißhandeln. Dabei vergriffen sie sich in empörender Weise an den Frauen. Acht Tage lang dauerte dieses Unwesen in Akyer Alby, Durkhenlar, Yeghmaly und Ayryoly-Naber. Darauf theilte sich die russische Reiterei in zwei Abtheilungen. Die eine begab sich nach Kalisakar, die andere nach Kara Jeilar, und hier wiederholten sich vier Tage lang dieselben empörenden Auftritte. Sodann verzogen sie sich nach Khorman. Ihnen folgte russische Infanterie in Begleitung von Bulgaren aus Corvanlyk. Diese gaben wieder beruhigende Versicherungen und erklärten, auf Befehl des Oberbefehlshabers sei alles Plündern und Mißhandeln eingestellt, die Leute sollten ruhig im Orte bleiben und ihre Waffen abgeben. Die Leute beruhigten sich demzufolge, zumal die Russen Pässe austheilten. Flüchtlinge kehrten in die Heimath zurück. Kaum war dies geschehen, so besetzten die Russen den Ort Tatar Ryo, verhafteten die männliche Bevölkerung, banden ihr die Hände auf den Rücken und schlachteten sie ab. Die Weiber und Mädchen wurden in einen dunkeln Stall getrieben und hier eine Woche lang mißhandelt. Der Tochter des Imam gelang es, mit drei anderen Mädchen zu entkommen, und sie brachte nach langem mühevollen Marsche die Kunde der eigenen Schande den Männern in Kara Guilar. Diese brachen alsbald zur Erlösung der armen Frauen auf. Die Beschwerdeführer geben an, daß sie mit eigenen Augen die Leichen ihrer Freunde und Verwandten mit noch auf den Rücken gebundenen Händen angetroffen haben. Dieselben Russen begaben sich nun von Tatar-Ryo nach Chakirla, wo sie in ähnlicher Weise verfuhren. Dann nach Echiklar. Aus diesem Ort entfloh ein Einwohner, Kar-Bekr, in der Hoffnung, sie vor drohender Schande zu retten. Er wurde aufgegriffen, mißhandelt und seine Tochter wurde in grausamer Weise entehrt. Zum Spott brüsteten sich die Russen überdies noch damit, daß sie die Aussteuer des Mädchens, ihren Brautschatz, nach Petersburg gesandt haben! Das soll nicht der einzige Fall dieser Art gewesen sein. Die Russen sollen sich mit Vorliebe nach solchen Ausstattungen umgesehen und sie heimgesandt haben. In ähnlicher Weise geht der traurige Bericht fort. Randikja und noch zwölf Dörfer wurden in Asche gelegt. In Verzweiflung über die gräßliche Verfolgung entschloß sich die Bevölkerung, in die Berge zu flüchten und zu den Waffen zu greifen. Im Vertrauen auf Gott und ihre gute Sache setzten sie sich hier zur Wehr, und ihr Gesuch geht nun dahin, der Botschafter möge bei der Königin, welche als Kaiserin von Indien über viele Millionen Mohamedaner herrscht, befürworten, daß sie als Kriegführende anerkannt werden.

— Das „freie" Belgien! Unser zu 18 Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte Freund und Genosse Verbauwen in Gent wird gerade so wie ein gemeiner Verbrecher behandelt. Nur seine Familie wird zum Besuch zugelassen und alle von ihm gewünschte Lektüre wird ihm verweigert. Ja, wäre Verbauwen ein Gründer oder Schwindler, dann säße er jetzt nicht im Gefängniß, sondern in der Deputirtenkammer.

— Tessendorff auf der Anklagebank! Wie die „Berliner Freie Presse" meldet, haben die beiden Genossinnen, die Frauen Hahn und Stägemann aus Anlaß der Injurien (s. „Sozialpolitische Uebersicht" der Nr. 52 des „Vorwärts"), welche Tessendorff bei Gelegenheit der Verhandlungen in dem Prozesse wider Most dreist genug war gegen dieselben auszustoßen, Strafantrag wegen Beleidigung gegen Tessendorff gestellt.

— Endlich auch einmal eine Freisprechung. Gegen Genossen Bebel war bekanntlich wegen seiner im vorigen Jahre bei dem Stötteritzer Arbeiterfest gehaltenen Rede seitens der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Verletzung des § 131 (wissentliche Verbreitung falscher Thatsachen zur Herabwürdigung von Staatseinrichtungen) erhoben worden. Heute wurde Bebel das Erkenntniß der ersten Instanz publizirt und er klag- und kostenfrei gesprochen. Die Untersuchung hat ergeben, daß er ihm seitens der Polizei in den Mund gelegte Wort nicht gesprochen.

— „Die Neue Gesellschaft", Monatsschrift für Sozialwissenschaft. (Zürich, Verlag der „Neuen Gesellschaft".) Das vor uns liegende achte Heft enthält: Ueber die Arbeitsentschädigung im „Zukunftsstaate" von Max Neißer. I. — Rechtsbegriff und Recht. — Zoll- und Steuercredite von R. — Vom kaufmännischen Gewinn von Dr. K. Schalk. — Namenloses Rußland. Eine literarische Studie auf sozial-politischem Hintergrund von Friedr. v. Bärenbach. (Schluß.) — Zur „Bühnenfrage" von Emil Bruck. — Friedrich II. und die Volkserziehung von C. Lübeck. — Babeuf und die Verschwörung der Gleichen von Prof. James Guillaume. Aus dem Französischen übersetzt von Dr. A. Mülberger. III. IV. Die Zeitschrift ist durch alle Buchhandlungen quartaliter für 3 Mk. zu beziehen.

Correspondenzen.

F. Thorn, 7. Mai. Die hiesige Lokalpresse, bestehend aus mehreren polnischen und zwei deutschen (täglich erscheinenden) Blättern schweigt mit seltener Einmüthigkeit über den Vortrag eines Genossen im hiesigen Handwerkerverein über die „Geschichte der letzten 30 Jahre". Der Vortragende stieß allerdings nach allen Seiten an. Den Deutschen gab er die verdrießliche Wahrheit zu hören, daß der Demokratie Urgrundgesetz dieses sei: „Kein Mündiger darf bevormundet werden — jede Gemeinde muß ihre Spezialinteressen selbstständig verwalten — jedes Volk soll sich nach eigenem Ermessen constituiren und regieren — alle Sonderinteressen regelt der Völkercongreß." Demnach, so meinte er, „verzagten nur Schwachköpfe an der Wiederherstellung Polens!" Freilich verdroß wohl andererseits wieder polnische Patrioten der grenzenlose Hohn, den der Vortragende über die Pfaffen- und Adelswirthschaft der ganzen „Nation und Emigration" der Vaterlandsberaubten ausgoß, während er seine lebhaften Sympathien für das endlich erwachende Streben auf sozialistischem Gebiet aussprach, das er in den Vereinen der polnischen Centralplätze wie auf der Universität Krakau seit einigen Jahren wahrgenommen. — Als Probe für die Richtigkeit seiner und der demokratischen Zukunftsgestaltungen überhaupt gab der Vortragende an: daß die sogenannte orientalische Krisis von ihm in gedruckten Aufsätzen, die er vorlegte, schon vor drei Jahren vorausverkündigt und im Jahre 1876 als ihr Resultat angegeben sei: Beschränkung der Sultansherrschaft auf einen sogenannten Kirchenstaat des Papst-Khalifen mit Konstantinopel als Hauptstadt und Rumelien als Patrimonium Muhammed's. Von hier aus könne der Sultan ungestört seinen asiatischen Gläubigen nach wie vor imponiren. So werde das türkische Nationalgefühl nicht unheilbar verletzt und doch den Südslaven, Rumänen, Griechen und Albanesen gewillfahrt. — Schließlich wagte der Vortragende einen Rundblick auf die seit vielen Jahren in gedruckten Aufsätzen gepredigte russisch-englische Doppel-Weltherrschaft, deren unausbleiblicher Conflikt nun zu Tage trete. „Wenn Oesterreich leben bleiben, England nicht sterben — und Italien wie Deutschland wirklich zu vollem Dasein sich aufschwingen wollten, müßten sie alle auf Seiten Englands gegen Rußland stehen. Jede Schwenkung sei nur Schein! Das in macedonischer Art Westeuropa erdrückende Rußland werde und müsse dem angelsächsischen Freiheitshauche erliegen."

Forst i. L. Am 10. Mai fand hier eine gut besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung statt: „Der Kampf ums Dasein". Das Referat hatte Parteigenosse Alb. Paul aus Berlin übernommen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen; Gegner meldeten sich nicht trotz mehrmaliger Aufforderung. — Als zweiter Gegenstand wurde der Bericht der „Sorauer Zeitung" Nr. 43 und 44 über die Küster-Grüneberg'sche Versammlung vorgenommen. Der Referent widerlegte die (über seine gemachten Ausführungen) enthaltenen Irrthümer und groben Lügen in der „S. Ztg." unter dem Beifall der Versammlung. Auch hier meldete sich Niemand, trotzdem der Berichterstatter der „Sorauer Zeitung", wie Referenten versichert worden ist, anwesend gewesen sein soll. — Sonntag, den 12. Mai, fand ein allgemeiner Ausflug der Parteigenossen in die Umgegend von Forst statt, woran sich auch der Forster Arbeiter-Sängerbund betheiligte. Parteigenosse Alb. Paul hielt in einem dichtbelaubten Hain eine kurze, kernige Ansprache, in der er der im Gefängniß sitzenden Freunde Klute und Hugo Schmidt gedachte. Diese kleine Festlichkeit endigte abwechselnd mit Gesang und deklamatorischen Vorträgen in der schönsten Weise. Es wäre erwünscht, daß in allen Ortschaften der Lausitz ein derartiges Zusammenhalten wie in Forst hergestellt würde. Mögen die Parteigenossen diesen kurzen Mahnruf beherzigen. In Spremberg, Finsterwalde, Cottbus konnten wegen „Lokalmangel" die Versammlungen nicht abgehalten werden, im letzteren Orte wurde uns der Saal zum „Feldschlößchen" sogar erst vor Thoresschluß verweigert, wahrscheinlich hatte der Wirth Angst bekommen, es könne in Cottbus ebenfalls ein Attentat verübt werden, — an wem? — das mögen die Götter wissen.

Göppingen, 9. Mai. Letzten Sonntag fand hier im neuen Apostelsaale die Landesversammlung der Sozialdemokraten statt, bei welcher durch 17 Delegirte 461 Mitglieder vertreten waren. Erster Vorsitzender war Sievers aus Stuttgart, zweiter Vorsitzender G. Frauenmayer von hier; Schriftführer waren Walz aus Reutlingen und Mangold aus Eßlingen. Vertreten waren Stuttgart, Eßlingen, Göppingen, Ulm, Reutlingen, Hall, Gmünd, Canstatt, Tübingen und Söflingen. Gaisburg sandte einen telegraphischen Gruß. Berathen wurde über organisatorische, finanzielle und agitatorische Angelegenheiten und wurden auch dementsprechende Beschlüsse gefaßt. — An die Landesversammlung reihte sich eine Volksversammlung, die geradezu massenhaft besucht war und unsere kühnsten Erwartungen übertraf. Genosse Dr. Dulk referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Christenthum und Sozialismus", und trotzdem alle Parteischattirungen und Confessionen vertreten waren, erntete er reichliche Bravos. Gegner wollten absolut nicht auftreten, trotzdem von uns höflich und wiederholt zur Gegenrede aufgefordert wurde. — Genosse Lossau, Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung", behandelte den zweiten Punkt: „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen" mit soviel Geschick, daß selbst die extremsten Gegner ab und zu Beifall zollten. — Den Parteigenossen hier empfehlen wir etwas mehr Eifer und Ausdauer, und der schönste Lohn, die Ueberzeugung, für eine edle Sache zu kämpfen, kann nicht ausbleiben. Sch.

Fulda, den 17. Mai. Gegen die hiesige Correspondenz in Nr. 51 des „Vorwärts" hat sich das Fuldaer Kreisblatt in Positur gestellt, doch ist seine Stellungnahme eine so komische, daß wir uns kaum eines Lächelns erwehren können. Auf die „hinlänglich bekannte urkräftige Schimpfweise" der Sozialisten will es kein Wort erwidern, und doch wird ihm sein Schweigen so sauer, daß es sich 35 Druckzeilen kosten läßt. An Ihrem Correspondenten rügt es „unbändige Wuth", „bubenhaftes Schmähen" und verwahrt sich gegen die „offenkundig böswillige Unterstellung" in jener Nachricht, eine Original-Correspondenz gebracht zu haben. Wir müssen das verehrte Blatt um Entschuldigung bitten, daß unsere Meinung von ihm ursprünglich noch eine bessere war, als es beanspruchen konnte. Da jener Nachricht eine Quellengabe fehlte, der Ortsname Marburg aber vorgesetzt war, hatten wir nur zu wählen zwischen Originalcorrespondenz oder literarischer Schmarotzerei. Wir thaten das Erstere. Dafür bezichtigt uns das „Kreisblatt" einer „offenkundig böswilligen Unterstellung"! Du ohrfeigst dich selbst, verehrte Redaktion, damit du das Erröthen nicht verlernst!

Wenn jene Nachricht in fast sämmtlichen Provinzialblättern die Runde gemacht hat, so muß man fragen, was war denn an ihr so Pikantes, das ihr diese Verbreitung verschaffen konnte? Durch die Stellung eines preußischen Kreisblattes wird freilich die betonte unerschütterliche Glaubwürdigkeit gerechtfertigt. Man verschmäht nicht, das sittliche Streben einer großen Partei herabzuwürdigen, indem man sich dazu der Worte eines Verbrechers bedient. Es ist System in solch unqualifizirbaren Beschuldigungen. Der Marburger Fall (die Richtigkeit vorausgesetzt) ist nichts anderes als das Vorspiel zum Berliner Attentate Hödel's. Der „Vorwärts" hat in einem Leitartikel seiner jüngsten Nummer dieses schmachwürdige Bestreben nach Gebühr abgethan, so daß mir die weitere Arbeit erspart ist.

Roda (Herzogth. S.-Altenburg). Es ist wohl das erste Mal, daß im „Vorwärts" eine Correspondenz aus unserm kleinen Städtchen erscheint, und deshalb möge es mir gestattet sein, die hiesigen Verhältnisse mehr im Allgemeinen zu besprechen. Der ganze Wahlkreis unseres Herzogthums ist ein Boden, auf welchem unsere Partei bis jetzt noch keine großen Erfolge zu verzeichnen hat. Dies hat seinen Grund darin, daß die Bevölkerung schon mehr als Landbevölkerung anzusehen ist; denn wenn auch, besonders in den vier kleinen Städtchen, ein Gewerbestand vorhanden ist; so befaßt sich dieser doch auch — zum weitaus größten Theile wenigstens — nebenbei mit Feldbau. Daher kommt es, daß in hiesiger Gegend die drückende Schwere der jetzigen Krise nicht so stark empfunden wird, als in Industriestädten. Selbstverständlich soll aber damit nicht gesagt sein, daß die hiesige Bevölkerung in der vielgelobten „guten Zeit" lebe — im Gegentheil! Die Klagen über schlechte Zeiten, außerordentlich flauen Geschäftsgang und über die immer höher werdenden Steuern

---

Sittlichkeit geschaffen. Daß sie, anfangs nur auf die kleinen Kreise (Familie, Namen, Stand u. s. w.) ausgedehnt, die übrigen Menschen davon ausschlossen, und nicht bewußt erkannt, sondern instinktiv empfunden wurden, das hat ihre gradweise Unvollkommenheit gemacht. Der Sozialismus, dem die Solidarität, dieses innere (ethische) Naturgesetz der Gesellschaft, unbeschränkt gilt und organisch zu Fleisch und Blut der Gesellschaft werden soll, hat in ihr die vollkommen siegreiche Waffe gegen alle Auswüchse und Verirrungen der in Wahrheit dasselbe Prinzip (Matth. 7, 12) bekennenden, aber habsüchtigen, egoistischen und phantastischen christlichen Sittenlehre, an denen die Gesellschaft tief krankt. Der Kampf gegen die Religion ist hier purer Sozialismus selber, und ist zugleich von der höchsten praktischen Wichtigkeit.

Habsüchtige, neidische, gewaltthätige Menschen werden niemals einen sozialistischen Staat gründen, weil ihnen die Ausbeutung des Schwächeren lockender bleibt als die Gleichheit, und Jeder hat Aermere, Schwächere neben sich. Nicht die Richtung auf das Theilen aller Rechte mit dem Mächtigeren, sondern mit dem Schwächeren bildet die wahre Kraft des Sozialismus, so mächtig auch das Bewußtsein, übervortheilt zu sein, erst zur Weckung und zum Begreifen des Sozialismus wirkt und wirken muß. Aber in der sozialistischen Spontaneität der Unterordnung des Individuums unter das Wohl der Gesellschaft ist schließlich der ganze Sieg und die Zukunft des Sozialismus — und sie ist der Todesstoß gegen das christliche Sittenprinzip göttlicher Auktorität, welches die heutige Unterdrückung und Ausbeutung heiligt.

Diese Waffen anwenden und nicht ruhen lassen, mit diesem Kampfe eine neue Gesinnung schaffen und durch die Gesellschaft verbreiten, welche nicht nur den gerühmten und ersehnten Widerstand des hauenden Säbels unmöglich macht, sondern auch für die Erbauung des Volksstaats absolut nöthig, unumgänglich wird — das ist heute noch wichtiger, als der Kampf der Werttheorien, welcher die Spalten unserer Blätter, und als der blos politische Kampf, welcher unsere Volksversammlungen füllt. Es ist die Arbeit der Concentration, und nicht der „Zerstreuung und Zerstückelung" des Sozialismus.

Wir brauchen keine „religiösen" Gemeinden zu bilden, oder irgend Gefühlsdusel zu treiben, wie er noch den „freien Gemeinden" öfters anhängt: aber Gemeinden, soziale Gemeinden brauchen wir, um der Kirche ihre ungeheure Macht über das Volksleben zu entziehen, um den weiten Volksboden von dem Unkraut zu säubern, dem heute noch die allermeisten Sozialisten selbst zum Opfer fallen, indem sie, trotz gesetzlicher Freiheit zum Austritt entweder für sich oder doch für Weib und Kind in der Religion gefangen bleiben, und damit die Kirche und den durch sie geheiligten Klassenstaat stärken, nähren, erhalten. Welche Masse vergeblicher Arbeit, welche Summe von erfolglosen oder fast fruchtlosen Opfern verschlingt nicht dieser Widerspruch! Er sollte Jedem zum Bewußtsein bringen, wie schwer wir ohne diesen Kampf gegen die Religion vorwärts kommen, wie unpraktisch und inconsequent die Abmahnung von einem Kampfe ist, zu dem man im Gegentheil allen Muth wachrufen und die Ueberzeugung entflammen müßte!

Es können aber, bei der vorhandenen Reife der christlichen Selbstzersetzung, solche Gemeindebildungen schnell und mächtig wachsen, welche nicht nur den Einzelnen gegen die aus dem aufrichtigen Bekenntniß entstehende Mißgunst der Machthabenden wirksamer als die zerstreuten Sozialisten zu schützen vermögen, sondern welche auch, was die Hauptsache ist, die Saat und Hoffnung der Zukunft, die Erziehung der Weiber und Kinder, dem fressenden Schaden des Aberglaubens und der Macht der Reaktion entreißen!

Ob der einzelne Sozialdemokrat seine Kräfte zersplittert, wenn er, außer an seiner Partei, noch an einer „Gewerkschaft", einem „Liederkranz" oder einer „sozialen Gemeinde" theilnimmt, darüber soll man das Urtheil ihm selbst überlassen, aber nicht Gesinnungstreue, die ihn treibt, bedrohen oder entmuthigen.

Ich protestire daher gegen die, mit der Auktorität des „Vorwärts" (ohne Unterzeichnung eines Namens) ausgesprochene Mahnung zur Behinderung einer Thätigkeit, wie ich sie in Stuttgart entfaltet habe, als unberechtigt und ungehörig. Ihr „Verstoß gegen das Programm" ist eine Fiktion; ihre „Schädlichkeit" eine Privatansicht, deren Schädlichkeit ich hiermit dargelegt zu haben glaube. In keinem Falle werde ich durch mangelndes Verständniß des Ethischen meine völlig sozialistische Thätigkeit vergewaltigen lassen.

---

sind hier mindestens ebenso häufig und gerechtfertigt, als anderswo. Und es giebt thatsächlich viele Familien, die in wirklicher Noth leben. Die Lage des arbeitenden Volkes ist hier wie allerwärts eine gedrückte. Daß unsere Partei im hiesigen Kreise fast noch gar nicht Eingang gefunden, liegt daran, daß die Bevölkerung im Allgemeinen außerordentlich indifferent, gleichgiltig ist in allen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens sowohl, als auch gegenüber den großen Fragen der Zeit und der sozialen Frage. Der „deutsche Michel" ist auf diesem Stück Erde eigentlich so recht zu Hause; außerordentlich genügsam, verbringt er fast stets zwei Drittel des Tages mit angestrengter Arbeit, bis dann die Natur auch ihr Recht geltend macht. Höhere Bedürfnisse, das Streben nach Erweiterung der Kenntnisse und vielseitiger Ausbildung trifft man verhältnißmäßig selten an.

Indeß wie überall die Bestrebungen der Sozialdemokratie sich mehr und mehr Eingang verschaffen, so beginnt auch hier das Licht des Sozialismus zu dämmern. Seit April d. J. hat auch in unserem Orte das „Volksblatt für das Herzogthum Altenburg" Eingang gefunden und sich Freunde erworben. Ist auch die Zahl der Abonnenten eine verhältnißmäßig noch geringe, so dürfen wir doch hoffen, daß sie immer mehr zunehmen werde. Es hält hier allerdings sehr schwer, Leute unserer Partei zuzuführen, weil der einsichtsvollere Theil der Bevölkerung sich in einer zu sehr abhängigen Lage befindet, was ihn verhindert, seine Ueberzeugung offen zu bekennen. Aus diesem Grunde dürfen wir uns auch keinen Illusionen hingeben, in Bezug auf die für unsere Partei zu erzielenden Resultate; aber es ist doch nun wenigstens, da sich das „Volksblatt f. d. H. Altenburg" Eingang verschafft, der Anfang gemacht, und wenn es auch nur langsam vorwärts geht, so geschieht dies jedenfalls um so sicherer. Möge die Zeit nicht mehr fern sein, daß sich auch hier das arbeitende Volk um das Banner der Sozialdemokratie schaart!

Schließlich will ich noch bemerken, daß die Aufregung unter der hiesigen Bürgerschaft, welche dadurch hervorgerufen wurde, daß der gewesene Kämmerer und Buchhalter bei der Sparkasse, O. Streit, Anfang März d. J. durch Erhängen seinem Leben freiwillig ein Ende machte, noch nicht völlig erloschen ist. Es zirkuliren hier noch verschiedene Gerüchte, auf die ich jedoch, angesichts des Umstandes, daß das Damoklesschwert eifrigster Verfolgung fortwährend über der sozialistischen Presse schwebt, nicht eingehen will. Bezeichnend aber dürfte es sein, was s. Z. das hiesige Blatt, das zugleich Organ des Stadtraths ist, anläßlich dieses Falles schrieb: „— Seit etwa 3/4 Jahren körperlich und geistig offenbar zurückgehend, machte sich dies auch naturgemäß in seinen Aemtern bemerklich und hinderte die zu wünschende Förderung. — Gemüthlich leicht erregt, könnten zu berichtigende Unregelmäßigkeiten ihn alterirt haben. — Als sicher ist anzunehmen, daß keine Kasse aus der Zeit seiner Verwaltung mit Verlust irgendwie bedroht ist."

Nürnberg. (Parteibibliothek.) Vor einiger Zeit brachte der „Vorwärts" einen Artikel von A. B., in dem derselbe den Vorschlag zur Gründung einer Parteibibliothek machte. Unzweifelhaft hat dieser Vorschlag bei vielen Parteigenossen Anerkennung gefunden, obwohl es längere Zeit anstand, bis er von anderer Seite besprochen wurde. Jedoch daß der Zweite, Herr H. L., das angeregte Thema so weit ausmalt, wie es sich jetzt noch nicht realisiren läßt, veranlaßt auch mich, meine Meinung zu äußern. Die Parteibibliothek ist ein Bedürfniß und sie sollte möglichst rasch ins Leben gerufen werden, damit das Projekt nicht nach einigem Hin- und Herdebattiren schließlich auf die Seite gelegt wird. Vor allem möchte ich Herrn A. B. ersuchen, bei dem diesjährigen Parteicongresse einen dahinzielenden Antrag einzubringen. Daß eine Parteibibliothek in Leipzig nicht für die vielen Genossen in Deutschland genügen kann, da das Porto hindernd im Wege steht, ist leicht einzusehen, jedoch giebt es Mittel, um den Uebrigen gerecht zu werden. Ich will mich hier nicht auf Detailmalerei einlassen, doch möchte ich darauf hinweisen, daß in jedem Orte, wo unsere Bewegung einigermaßen stark ist, eine Buchhandlung mit Parteischriften existirt. Sehr häufig kommt es vor, daß hier Broschüren nicht abgesetzt werden, sie liegen ohne Verwendung da. Gut, diese Buchhandlungen können dieselben nach Bedarf austauschen und sie dann für ein mäßiges Entgelt ausleihen. Aeltere Genossen würden wohl auch ihre Broschüren und Werke dem guten Zwecke opfern, da sie ja doch nichts damit anfangen können. A. B. führt aus, wie schwierig es wäre, sich manche ältere, für uns wichtige Werke zu verschaffen. Ich frage hier auch, wem von den jüngeren Parteigenossen ist es möglich, sich alle die alten wichtigen Broschüren, namentlich von Lassalle, zu verschaffen? Wir in Nürnberg haben den „Vorwärts", die „Zukunft", die „Neue Welt", die „Rundschau" und unser Lokalblatt. Die neuesten Broschüren möchte man sich aber doch auch gerne anschaffen, wo sollen aber die Mittel herkommen, um Stöße von älteren Schriften zu kaufen? Darum Parteigenossen allerorts, besprecht Euch mit Euren Delegirten, welche Ihr zum nächsten Congreß senden wollt, über dieses wichtige Thema. Lasset uns vor Schwierigkeiten nicht zurückschrecken, einiger guter Wille und Eifer wird uns doch zum Ziele führen. J. M.

Dortmund, 10. Mai. Gestern tagte hier eine Versammlung, in welcher ein gewisser **Ipscher** für den „Verein für Sozial-Reform" Propaganda zu machen versuchte durch einen Vortrag „über die Ziele, Zwecke und Bestrebungen des Vereins." Ueber den Verlauf der Versammlung will ich die „Westfälische Zeitung" reden lassen. Dieselbe läßt sich folgendermaßen aus:

„Der Saal war nur mäßig und vorwiegend mit Sozialdemokraten besetzt, die auf das Commandowort der Führer erschienen waren. Das Büreau, welches zunächst gewählt wurde, bestand denn auch ausschließlich aus Sozialdemokraten, aus den Herren **Tölcke, Kuhl** und **Heimann**. Der Vortrag, den darauf Herr Ipscher hielt, hatte zwei Cardinalfehler: er war monoton und stellenweise ungeschickt. Anstatt zunächst in möglich rosigen Farben die Zwecke und Bestrebungen des Vereins zu schildern und dadurch die Arbeiter für sich zu gewinnen, erging sich der Redner in geschmacklosen militärischen Bildern und erntete Hohn und Spott. Es sei nicht genug, meinte er, daß der Sozialreform-Verein einen Generalstab, Trommler und Pfeifer habe, er müsse auch eine Armee und — eine Kriegskasse (Rufe: Aha!), einen Juliusthurm (Ironisches Bravo!) besitzen. Zum Zeugniß dessen, daß die Bestrebungen des Herrn Stöcker von allen Patrioten unterstützt werden müßten, wurde eine Masse von Citaten aus den Werken von Schmoller und Schaeffle, aus der „Post" und der „Deutschen Volkswirthsch. Corr." (Rufe: „Zeitung weg!") angeführt, ferner einige Aussprüche katholischer Autoritäten (große Heiterkeit! Ruf: das sind die Richtigen!), darunter Moufang und die „Germania" (stürmische Heiterkeit). Mitten in diese Verlesung warf der Vortragende den mit Bravo und Gelächter aufgenommenen Satz: „Meine Herren, von der Frömmigkeit kann man nicht satt werden!" Auch protestantische Autoritäten wurden citirt. Dann ging Herr Ipscher dazu über, die gegen die Partei herrschenden „Vorurtheile" zu zerstreuen. Sie sei nicht reaktionär. Beweis: die „Kreuzzeitung" sehe sie mit scheelen Blicken an. Sie sei überhaupt nicht eine politische Partei. Beweis: Jeder, der nicht Atheist, nicht Republikaner, nicht Materialist sei, wäre ihnen willkommen. Dann zog Herr Ipscher gegen die Besitzenden los, welche nicht mehr Menschen, sondern nur Güter kennen, nicht Liebe, sondern nur Egoismus. So sei überhaupt die moderne Civilisation beschaffen. Herr v. Kirchmann, der Fortschrittsmann, habe selbst anerkannt, daß die heutigen sozialen Zustände unhaltbar seien. Der Redner schließt unter großer Unruhe ungefähr so: „Treten Sie zahlreich dem Verein bei. Dann wird die Gesellschaft gerettet sein nicht blos vor Sozialismus, sondern auch vor Materialismus und Bestialität!" — Es war dem folgenden Redner, Herrn Kuhl, sehr leicht gemacht, zu antworten, zumal Herr Ipscher erklärte, daß ihm von seinen Vorgesetzten verboten sei, sich auf eine Debatte einzulassen! Herr Kuhl, der eben erst aus dem Gefängniß entlassen war, überschüttete den Gegner mit Sarkasmen und hatte die Lacher auf seiner Seite. Er meinte u. A.: „Ich bin überzeugt, daß die Armee, welche die „christlich-sozialen" Herren etwa zusammenbringen, bald fahnenflüchtig werden würde. Wir allein werden die Früchte einheimsen von der agitatorischen Thätigkeit jener Herren!" Nach ihm ging Herr Kutschbach noch näher auf das von Herrn Ipscher verlesene Programm der christlich-sozialen Partei ein und wies nach, daß es ein Ragout aus den Abfällen der verschiedensten Parteiprogramme sei. Zum Schluß wurden folgende Resolutionen angenommen: 1) Die heutige Versammlung erklärt, daß sie mit den Sozialreformen nichts gemein haben will und über die Ausführungen des Herrn Ipscher zur Tagesordnung übergeht. 2) Herr Ipscher möge nach Abzug der Tageskosten den Ueberschuß aus den Eintrittsgeldern der hiesigen Armenkasse überweisen. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Ipscher erklärt, daß der Erlös nicht ihm, sondern dem Vereine gehöre und er deshalb über denselben nicht verfügen könne. So endete die erste Versammlung. Unseres Wissens ist gestern Niemand dem Verein beigetreten."

Dies der Bericht der „Westf. Ztg." Hinzuzufügen habe ich demselben nichts, da er ziemlich getreu den Charakter der Versammlung kennzeichnet. Soviel steht aber fest, daß wir wohl schwerlich wieder einmal „auf das Commandowort der Führer" in einer Versammlung werden zu erscheinen haben, in der der Verein für Sozialreform uns die Stirn bietet. Er wird an dem einen Fiasko genug haben.

Friedrichsschwerz, 8. Mai. Daß unsere Gegner trotz alles Leugnens im Kampfe gegen die Sozialdemokratie der jesuitischen Devise huldigen, „der Zweck heiligt das Mittel", dazu kann ich heut einen Beitrag liefern. Am 5. Mai hielten wir hier in Ermangelung eines Lokals eine Volksversammlung im Garten eines hiesigen Genossen ab; es war dies die zweite Versammlung überhaupt. Der Wirth des hiesigen Tanzsaals war nicht zu bewegen, uns diesmal sein Lokal zur Verfügung zu stellen, weil ihn der Amtsvorsteher Wenzel das erste mal bedeutet hatte „diesmal will ich es ihrer Dummheit zurechnen, daß Sie Ihr Lokal den Leuten zur Verfügung gestellt haben, aber — vor dem zweiten Mal hüten Sie sich." Schon in der ersten Versammlung suchte ein gedungenes und auch wohl gut honorirtes Individuum die Versammlung zu stören, wurde jedoch mit Hilfe des überwachenden Gensdarmen entfernt. Diesmal suchte derselbe Mensch das damals Versäumte nachzuholen und es gelang ihm auch so ziemlich. Schon vor Beginn der Versammlung verursachte er einen Lärm, der seine Absicht deutlich verrieth. Der Flegel, welcher Feldhüter ist, und sich einen gleichgesinnten Complicen gesucht hatte, trat mit einem Hunde und einem zum Todtschlagen geeigneten Knüppel sowie mit einer wohlgefüllten Schnapsflasche in den Garten und als ihm von dem Eigenthümer bedeutet wurde, seinen ohne Maulkorb versehenen Hund zu entfernen, gerirte er sich als Beamter, welcher in die Versammlung geschickt sei, seinen Hund entferne er nicht, daß sei sein „Diensthund" und sein Knüppel sei sein „Seitengewehr". Bei Eröffnung der Versammlung machte er einen solchen Lärm, daß sich der Besitzer des Gartens veranlaßt sah, ihn aus demselben zu verweisen. Hierauf stürmte er in den angrenzenden Garten, wo er mit seinem Complicen das Lied: „So leben wir u. s. w." anstimmte. Es war deshalb Hrn. Zwiebler, welcher als Referent erschienen war, unmöglich, sich verständlich zu machen und begaben wir uns nach der andern Seite des Gartens. Als der Herr Feldhüter sah, daß er uns aus dem angrenzenden Garten nicht mehr stören konnte, kletterte er auf die Umfassungsmauer des Gartens und spielte mit der bereits geleerten Schnapsflasche Fangeball. Als er aber schließlich sah, daß alles von uns ignorirt wurde, und der Vortragende, wenn auch mit vielen Unterbrechungen weiter sprach, stürzte er gleich einem tollen Stier unter die Anwesenden und zankte und skandalirte fort; den überwachenden Gensdarmen verhöhnte er, wenn dieser ihm Ruhe gebot und richtig brachte er es schließlich soweit, daß die polizeiliche Auflösung der Versammlung erfolgte. Kaum war dieses geschehen, als er kerzengerade in die Luft sprang und rief: „Dies habe ich blos gewollt! Hurrah! Hurrah!" Nach Schluß der Versammlung begab sich die Menge in das Wirthshaus wo dem „Dienthundbesitzer" ein so übler Empfang zu Theil ward, daß er sich bei Tage nicht nach Hause wagte. Recht bezeichnend war die Aeußerung des überwachenden Beamten, mit welcher er die Versammlungsauflösung motivirte, daß er nämlich nicht wisse, was er mit dem Menschen machen solle, er habe alles aufgeboten, jedoch wie wir gesehen hätten, ohne Erfolg. (Mit einem Sozialisten weiß man allerdings besser was man machen soll.) Das einzige, was der Gensdarm that, war, daß er dem „Herrchen" die Haft ankündigte, und zur Vollstreckung dieser seiner Drohung den Ortsschulzen holen ließ, welcher bei seinem Erscheinen von dem „Herrn" befragt wurde, ob er einen großen Stall habe, worin er und sein Complice auch Raum habe; nichtsdestoweniger unterblieb die Verhaftung. Wo nach solchem Hohn auf die Behörde Achtung bei der großen Masse gegen dieselbe herkommen soll, ist mir unerfindlich. Noch sei erwähnt, daß das Orakel unseres Ortes und der Umgegend, unser Schulmeister, welcher nach der ersten Versammlung ein „Eingesandt" in der „Halle'schen Zeitung" losließ, in welchem er die Behauptung aufstellte, daß die Sozialisten unsern Ort gewiß nicht wieder betreten würden, bedauerte, daß die Versammlung geschlossen sei, er würde sich nachher zum Wort gemeldet haben. In der That aber war der Herr Schulmeister sehr vergnügt, daß der „Herr diesen Kelch an ihm vorüber gehen ließ". Das also sind die „geistigen Waffen" unserer Gegner, mit welchen man den Sozialismus aus der Welt schaffen will; gedungene und verkommene Menschen, welchen jeder Vernünftige ausweicht, treten als Verfechter der heutigen „Ordnung" auf. Daß eine solche Kampfesweise nur das Gegentheil von dem erreicht, was sie bezweckt, sehen unsere Gegner in ihrer Beschränktheit nicht ein. Sie ahnen nicht, daß die Götter zuvor denjenigen mit Blindheit schlagen, welchen sie verderben wollen.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter Deutschlands (Sitz Crimmitschau).

Unsere Genossen, die Marmorbeiter, sowie auch die Drechsler in Waltershausen (Thüringen) werden von ihren Arbeitgebern ungeheuer bedrückt. Nicht genug damit, daß denselben von ihrem kargen Lohn schon 20 pCt. abgezogen wurden, es versuchen sogar die noblen Herren den Hungerlohn noch mehr zu schmälern. Es werden deshalb alle Genossen dringend ersucht, darauf zu achten, daß der Zuzug nach dort abgehalten wird. Am schlimmsten ist der dortige Vertrauensmann dran. Es ist derselbe auf das Pflaster geworfen worden, und die Herren hoffen die Gewerkschaft zu unterdrücken, wenn sie den Vertrauensmann, der immer vorangegangen ist, maßregeln. Es bekommt derselbe wohl die statutarische Unterstützung, doch da derselbe zahlreiche Familie hat, so ist es nothwendig, daß unsere Genossen versuchen, wie nur irgend möglich, den Gemaßregelten noch weiter zu unterstützen, damit derselbe nicht die Fahne fallen läßt. Fällt dieser, so ist wohl kein rechter Halt mehr unter den den dortigen Genossen.

Etwaige Unterstützung wolle man senden an **Ferd. Böttcher,** Peterstr. 557. B. B. Quittung wird dann erfolgen.

Mit Gruß an alle Genossen

Crimmitschau. **Ferd. Böttcher.**

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Quittung: Gotha A. L. T. 3,75. Hannover S. Ch. d. W. B. 9,50. Mylau L. 1,30. München A. G.-B. 13,00. Hannover S. Ch. d. W. B. 6,00. Cassel B. 3,75. Stollberg A. L. 2,25. Teuchern M. G. B. 2,00. Mannheim L. 3,90. Kalk B. 1,35. Harburg L. 5,40. Stuttgart L. 7,50. Halle a. S. 3,00. Hannover S. Ch. d. W. B. 15,65. Mainz A. G. B. 2,00. Halle a. S. 7,15. Schwerin A. L. 9 75. Minden A. S. B. 1,00. Osnabrück A. S. B. 2,00. Darmstadt F. 1,00. Kiel A. S. B. 3,00. Speyer A. S. H. 3,00. Teuchern M. G. B. 3,75. Leipzig A.-B.-B. 15,00. Flensburg A. S. B. 4,05. Harburg L. 4,80. Halle a. S. L. 1,95. Schw. Hall, L. 3,75. Carlsruhe Union 2,00. Hildesheim L. 2,40. London A.-B.-B. 21,50. Itzehoe A. S. B. 6,00. Meerane E. 1,20.

Gotha, den 4. Mai 1878.

Mit Gruß **Emil Rüger,** Kassirer, Heinoldsgasse 26.

Briefkasten

der Expedition. Fr. Sichtnth Hedemünden: Wir haben keine Postkarte erhalten. Wir haben nur ein Buch „Rathgeber für Gewerbtreibende". Von der „Zukunft-Medizin" sind jetzt 10 Hefte erschienen, mit 12 Heften ist das Werk vollständig und kostet jede Lieferung 75 Pfg. oder im Ganzen 9 M.

Quittung. Rdgr Halle Ab. u. Schr. 24,00. Frnkl Pest Ab. 50,04. Grßr Bern Ab. 1,78. Dßch Hanau Ab. 3,40. Schnll Bremerhafen Ab. 7,10. Metallarb.-Gew. hier An. 2,00. Hnngfn Bockum Ab. 1,00. Lchtnbrg Solingen Ab. 3,65. Exped. d. Tagwacht Zürich Ab. 100,00. Rtr Darmstadt Ab 30,00. Zhtnr Darmstadt Schr. 0,35. Dr. Ed Troppau Ab. 4,81. Mndt Meiderich Schr. 7,75. Art hier Schr. 1,45.

Fonds für Gemaßregelte.

Von B. Gohlis 2,25.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

10. sächsischer Wahlkreis.

Döbeln, Roßwein, Leisnig, Waldheim, Rossen, Geringswalde, Siebenlehn, Hartha ꝛc. ꝛc.

Conferenz

Sonntag, den **26. Mai,** Nachmittags 3 Uhr, auf der **„Mulden-Terasse"** in **Döbeln.** [90

Tagesordnung: Besprechung über Agitation und Organisation.

Die Parteigenossen allerorts werden hierdurch aufgefordert, geeignete Delegirte zu senden, resp. zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Hannover. Zur Anfertigung aller Arten von **Tapeziererarbeiten** [1,80

empfiehlt sich den Parteigenossen und Freunden unter Zusicherung reellster und promptester Bedienung (F. 159) (2a)

Louis Flügge, Tapezierer, Welfenstraße 18.

Leipzig. **Donnerstag,** den **23. Mai,** Abends halb 9 Uhr, bei **Michael,** Windmühlenstraße 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Der Sozialistencongreß in **Gotha. Delegirtenwahl.** Parteikarten sind vorzuzeigen. [70

Der Agent.

Leipzig. **Sonnabend,** den **25. Mai,** Abends 1/2 9 Uhr bei **Michael,** Windmühlenstr. 7:

Außerordentliche Haupt(General)-Versammlung

der Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse des Bundes der Tischler und verwandter Berufsgenossen.

Tagesordnung 1) Delegirtenwahl zur General-Versammlung und Congreß in Magdeburg. 2) Berathung von Anträgen.

Zahlreiches Erscheinen, unter Hinweis auf die Lokal-Verordnung, erwartet [1,00] **D. V.**

Ottensen. **Donnerstag,** den **23. Mai,** Abends 8 1/2 Uhr, in **Burmeisters Salon,** 1 Treppe: [90

Oeffentliche

Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: Der Congreß in Gotha.

F. Heerhold.

2 tüchtige Korbmachergehülfen auf Gestell und geschlagene Arbeit finden sofort dauernde Beschäftigung bei **H. Marx in Saarbrücken.** [90

Bekanntmachung.

Der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift **„Vorwärts"** Herr **Wilhelm Hasenclever** in Leipzig ist wegen der in Nr. 2 des „Vorwärts" vom 4. Oktober 1876 unter der Rubrik „Correspondenzen" und der Ueberschrift **„Geyer, 26. September (Gebildeter Pöbel)"** enthaltenen Beleidigung der Herren Carl Ferdinand Grunert und Friedrich Wilhelm Sacher in **Geyer auf Grund** §§ 185 des Reichsstrafgesetzbuchs und 20 des Reichspreßgesetzes zu einer Geldstrafe von

fünfzig Mark

und Tragung eines Kostentheils rechtskräftig verurtheilt worden, was auf Antrag der Beleidigten gemäß § 200, Abs. 2 des gedachten Gesetzbuchs hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 15. Mai 1878.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht, Abtheilung II B.

Bieler. Dr. Kaeubler.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., für Vereinsangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 346 West — 27 Str.
Philadelphia: P. Heft, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. cor Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: C. Bansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: J. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princes Str. Leicester Squ.

Nr. 60. Freitag, 24. Mai. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, in der Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6 IV., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsgasse 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstraße 6 IV, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Zum „Attentat".

Berlin, 20. Mai.

H. L. Die Verdrehungen, welche die „National-Zeitung" an unserm neulichen Artikel vornimmt, übersteigen selbst das bei der liberalen Presse gewohnte Maß.

Jeder Unbefangene konnte in dem Artikel nur die schärfste Verurtheilung aller Wahnsinnsakte nach Art des Lehmann schon erkennen, einfach weil das 20mal wörtlich d'rin stand.

Die „National-Zeitung" aber sieht, unter sorgsamer Verschweigung der ihr nicht passenden Stellen, darin, daß wir der Ursache des „Verbrechens" nachgehen und sie, wie die aller Verbrechen, in den gesellschaftlichen Mißständen finden, eine Vertheidigung des „Verbrechens"!

Also: Weil wir sagen, die Ursache, daß der Gründungsschwindel s. Z. so colossale Dimensionen annehmen konnte, liegt zum großen Theil darin, daß die liberale Presse die Helfershelferin desselben abgegeben, deshalb vertheidigen wir die Gründerei! Das ist eine Logik zum Radschlagen.

Aus unserem Schlußwort: „Auf die Anklagebank mit euch," das doch nur bildlich die moralische Verantwortlichkeit der Gesellschaft ausdrücken sollte, liest die „National-Zeitung" in ihrer überhitzten Phantasie bereits die Bildung eines Revolutionstribunals heraus und meint „das Verweisen auf die Anklagebank" sei in der Revolutionsgeschichte nur der erste Schritt auf dem Wege zur Exekution. (Guillotine? Huhu!)

Daß diese überhitzte Phantasie der „National-Zeitung" nicht, wie bei den in unserm vorigen Artikel geschilderten Individuen, vom Hunger herrühre; glauben wir getrost annehmen zu können; aber auch die Angst erzeugt sie, haben wir uns sagen lassen. Ebenso gibt es interessirte — Simulanten.

Was aber unsere Behauptung, daß der „Attentäter" an den „Rockschößen" der bestehenden Gesellschaft hänge, betrifft, so müssen wir, so leid uns das Mißfallen der „National-Zeitung" auch thut, dabei schon bleiben.

Haben wir auch in jenem Artikel, der unmittelbar nach der „That", also noch ohne nähere Kenntniß der wirklichen, von den damals verbreiteten so verschiedenen Umstände, der Persönlichkeit, der Vergangenheit ꝛc. des „Verbrechers" geschrieben wurde, vielleicht zu viel der augenblicklichen materiellen Noth, dem Hunger, zu wenig der geistigen und physischen Verwahrlosung des „Attentäters" von Kindheit auf zugerechnet — das Facit bleibt dasselbe, nein, es wird dadurch nur noch größer: die Schuld trägt die Gesellschaft, deren Produkt das Individuum ist.

Man braucht nur die einzelnen Theile der Lebensgeschichte Lehmann's zusammenzustellen: Unehelich geboren, wird er, nach einer Kindheit, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht immer streng den neuesten Grundsätzen der Pädagogik gemäß geleitet worden, zu 13 Jahren als Landstreicher auf der Heerstraße aufgegriffen und — zur Vollendung seiner Erziehung — in eine Correctionsanstalt gesteckt, — das sind die reinen Brütanstalten für Verbrechen; so mit allen Erfordernissen zu einem tüchtigen Mitglied der Gesellschaft ausgerüstet, wird er dann in die Lehre gethan zu jener Sorte von „Meistern", mit welchen diese Anstalten in Verbindung zu stehen pflegen und bei denen er den letzten Schliff erhält — man braucht, sagen wir, nur diese einzelnen Theile der Vergangenheit Lehmann's zusammenzufügen und man hat den Lehmann von heute fertig, wie er leibt und lebt. —

Die moderne Gesellschaft züchtet das menschliche Unkraut systematisch und wenn dasselbe nachher, wie das so Art beim Unkraut, zuweilen — sticht, dann weiß sie nichts, als mit Ketten und Henkerbeil darüber herzufallen und über die zu wüthen, die sich zu bemerken erlauben, wie die Richterin hier vielleicht zugleich ein klein wenig — mitschuldig sei.

Daß Lehmann, herangewachsen, alsbald Sozialdemokrat wurde? Sehr natürlich! Sehr natürlich, daß Jemand, der von der bestehenden Gesellschaft nichts als Böses erfahren hat, sich leidenschaftlich denen anschließt, die eben dieser Gesellschaft, die gemeinsame Feindin, bekämpfen und sie durch eine ersetzen wollen, in welcher das Glück des Lebens auch für die Lehmänner da sein soll. Ist ja unsere Partei die „Partei der Enterbten" und kann schon keine politische Partei nach Art eines Jockeyclubs über jedes aufzunehmende Mitglied etwa erst sorgfältig balloti[r]en, so kann es unsere noch tausendmal weniger — uns sind alle willkommen, müssen unsern eigensten Grundsätzen gemäß alle willkommen sein.

Und die wohlsituirten Bankierssöhne werden nun einmal nicht Sozialdemokraten. Wir wissen nicht, woran das liegen mag; aber es ist doch einmal so, trotz der „Frankfurter Zeitung", welche erst neulich wieder fand, wir trieben viel zu viel Klassenpolitik.

Lasen wir übrigens ja erst jüngsthin, welchen starken Anhang die „communistischen Lehren" unter der Gefängnißbevölkerung" zählen. Haben wir uns dessen etwa zu schämen? Wahrhaftig nicht! Uns ist auch der „Verbrecher" sozusagen ein Mensch und alle, „die mühselig und beladen" sind, um in dem jetzt so beliebten christlich-sozialen Jargon zu sprechen, gehören naturgemäß zu uns.

Der Anschluß Lehmann's an die Sozialdemokratie und der Eifer, mit dem er sich der Sache hingab, war also gerade der letzte Rest von sittlichem Kern, den ihm die Gesellschaft gelassen und gleichsam die heilsame Reaktion gegen die eigene Verkommenheit, das einzige Erbtheil, das ihm die Gesellschaft mit auf den Weg gegeben.

Den Sozialdemokraten Lehmann können wir uns darnach in Gottes Namen ruhig gefallen lassen — wären nur erst alle Lehmänner Sozialdemokraten! Dann sollte es bald keine Lehmänner mehr geben!

Aber Lehmann, der Bastard, Lehmann, der 13jährige Vagabund, Lehmann, der Zögling der Correctionsanstalt, Lehmann, der Dieb, Lehmann der Ausgepeitschte (er bekam im Leipziger Gefängniß Ruthenhiebe), Lehmann, der Syphilitische, Lehmann, der rohe Gewaltsmensch, Lehmann, der leidenschaftlich Verbitterte und Exaltirte, Lehmann, der 21jährige Lebensüberdrüssige, Lehmann, der „Attentäter", Lehmann, der frech-trotzige Untersuchungs-Gefangene — das ist euer Kunstprodukt, ihr Herren, der hängt an euren Rockschößen — und dabei bleibt es!

Daß schließlich der Sozialdemokrat Lehmann mit dem verkommenen Subjekte Lehmann in Conflict gerieth und letzteres die Oberhand behielt, daß sich die edlen und großen Lehren des Sozialismus in diesem Hirn zu solcher Carrikatur verzerren konnten, das beweist wohl, wie dauerhaft und unverlöschbar die Gesellschaft ihren Produkten ihren Fabrik-Stempel aufzudrücken versteht, beweist aber gar nichts gegen jene edlen und großen Lehren.

Dieselbe goldene Saat, die auf fruchtbaren Boden ausgestreut, die nährende Brodfrucht erzeugt, muß, in den Sumpf geworfen, in Fäulniß übergehen. Hört sie deshalb etwa auf, die goldene Saat zu sein? Nein. Die Schuld liegt an denen, die den Sumpf bestehen ließen, wo fruchtbarer Boden sein sollte.

Oder sprechen wir mit unserem Herwegh:

„Meint ihr, es solle der Mann das Licht aus Aerger verbannen,
Weil sich den Fittig eine schwärmende Mücke versengt?"

Doch genug davon. Das gestehen wir gerne, daß wir in jenem Artikel die Sache noch viel zu tragisch behandelten. Aber was will man — man hatte uns in jenen ersten Tagen förmlich verwirrt gemacht und unter der Wirkung jener aufgeregten Stimmung war er geschrieben.

Mit jedem Tage schlägt jetzt aber die Sache mehr zur Posse über. Besonders klar und — heiter zeigt sich das Einfältige und Sinnlose des ganzen Dummenjungenstreichs an dem gewählten Werkzeug, dem „Revolver", der sich offenbar weit mehr zur Applicirung eines Klystiers, als zum Todtschießen eignete.

Und daß der Mock-Attentäter trotz viermaligen Schießens aus nächster Nähe keine Seele verwundete? Und daß von den Kugeln keine Spur da ist? (Denn was von der neuerlichen Zeitungsnachricht, „man" habe jetzt eine Kugel im Sande aufgefunden, zu halten ist, wissen wir ja.)

Vielleicht giebt uns die nachfolgende drollige Geschichte einige Aufklärung über das Harmlose der Schießerei. Ein Zeilenreißer des „Berliner Tageblatts" berichtet, er habe jene Trödlerin, bei welcher Lehmann seinen „Revolver" kaufte, „interviewt". Diese erzählte ihm, es sei bei ihr Geschäftsusus, verdächtigen Personen (Spitzbuben, Selbstmördern ꝛc.) „taube" Patronen mitzugeben. Ferner berichtete sie speziell betreffs Lehmann's, dieser habe den Preis von 8 Mark zu hoch gefunden (auch noch?!) und erst als sie ihm die Gratiszugabe von 25 Patronen bewilligt, sei er auf den Handel eingegangen. Sollte nun Frau Mehlis, tüchtige Geschäftsfrau wie sie ist, die 25 Patronen, die sie „für naß" hingeben mußte, nicht gleichfalls unter den gewiß billigeren „tauben" hervorgeholt haben, um so mehr, als ihr unser Geselle auch nicht besonders „kauscher" vorgekommen sein mag?

Na, na — wer weiß! Wir glauben, die gute Frau Mehlis könnte uns hier über Gottes wunderbare Fügung Einiges erzählen.

So schrumpft der Elephant, den man uns vorführen wollte, immer mehr zu dem zusammen, was er in Wahrheit ist — zur Mücke.

Man hätte den verlotterten Burschen einfach in eine Correktionsanstalt sperren sollen, aber in eine bessere als die, welche ihn zu Dem „corrigirt" hat, was er ist.

Aber — die Mücke soll eben durchaus ein Elephant sein! Solch kostbare Gelegenheit, die Ausnahmsgesetze, mit denen man ja schon bei der ersten Gelegenheit „wiederzukommen" versprach, aus dem Pult hervorzuholen und so auch das letzte Freiheitsfalschlichtchen, das im lieben Deutschland noch fortqualmt, auszulöschen, findet sich nicht alle Tage.

Dieser Mortimer schoß euch sehr gelegen!

Mit den bisherigen Erfolgen auf dem Gebiete der sozialistischen Propaganda noch nicht zufrieden, sinnt man voll edlen Eifers für die Sache auf neue Mittel zur noch raschern Förderung derselben. Und wie kann man das besser erreichen, als durch noch ärgere Verfolgungen wie bisher?

Wenn wir nur wüßten, wodurch wir gar so viel herzliche Theilnahme, Liebe und Freundschaft verdient haben, und wie wir das alles jemals zu vergelten hoffen können? Man setzt uns wirklich in Verlegenheit! Nein, was zu viel ist, ist zu viel!

Im Ernst gesprochen: Unser armes Deutschland geht mit dem Schreckensregiment, das man da jetzt inauguriren will, trüben, trüben Zeiten entgegen! Möchte man das bedenken, bevor man diesen Rubikon überschreitet, hinter dem vielleicht, gerade wie bei jenem ersten Cäsar, der Bürgerkrieg lauert.

Wir wollen nichts weiter und unsere Blätter, unsere Verhandlungen zeigen es zur Genüge, wie unser Sinnen und Trachten nur darauf geht, für unsere Anschauungen über eine neue Organisirung der menschlichen Gesellschaft friedliche Propaganda zu machen.

Lasse man uns doch ruhig diesen unsern ruhigen Weg gehen. Sind unsere Ideen wirklich so „hirnverbrannt", nun, dann muß und wird sie das deutsche Volk schließlich zurückweisen, wenn man nicht etwa annehmen will, dasselbe bestehe aus lauter „Hirnverbrannten" und die einzigen vernünftigen Leute seien die Geheimen Räthe in der Wilhelmstraße in Berlin.

Lassen wir also die Thatsachen sprechen, denen gegenüber aller Wortschwall ja nur eitel Dunst ist. Und — kämpfen wir mit gleichen Waffen! Wenn aber der Eine mit Rede und Feder, der Andere mit — Säbel und Flinte auf dem Plan erscheint, dann muß ja auch jener erste schließlich seine Waffen wechseln, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Vor Allem hat das Bürgerthum, das jetzt das Zünglein der Wage bildet, auf dessen Zustimmung es ankommt, hier eine schöne, welthistorische Gelegenheit, zu zeigen, ob es der besseren Grundsätze der Väter noch ein wenig eingedenk ist, oder ob ihm die Angst um den Geldsack bereits alle Grundsätze und alle Besinnung geraubt hat. Principiis obsta! heißt es heute.

Um in der Geschichte zu finden, wohin eine Gewaltherrschaft nach Art der drohenden führt, dazu braucht unser Bürgerthum nicht weit zu gehen. Es braucht sich nur der eigenen Jugend zu erinnern. Kann, wird es dieselbe so ganz verleugnen?

Man sieht, wir sind noch immer naiv genug, zu — glauben. Und das trotzdem z. B. die „National-Zeitung" heute bereits mit allerlei „Wenn" und „unter Umständen" kommt und gerade an unsern neulichen Artikel verschiedene Betrachtungen knüpfte, die von der Regierungspresse mit Wohlgefallen abgedruckt wurden, und trotz der — dritten Lesungen.

Möge unser guter Glaube nicht getäuscht werden, im Interesse, zum Wohl eben jenes Deutschlands, dessen Kinder wir ja schließlich doch Alle sind!

Das Attentat und die Sozialdemokratie.*)

Es ist nun mehr als eine Woche vergangen, seit der kaum zurechnungsfähige Klempnergeselle Hödel die Mordwaffe — glücklicherweise ohne Erfolg — auf den Kaiser abgeschossen hatte, und noch sind alle Blätter mit Attentatsartikeln gefüllt. Uebereinstimmend preist man das Geschick, das die Person des Monarchen vor dem Bubenstück eines Elenden schützte; man ist einig in der Verurtheilung der That, allein in den Conjekturen über die Motive zu derselben zeigt sich die größte Verschiedenheit. Christlich-Soziale und vor allen Sozialdemokraten werden von den Preßjüngern der Offiziösen und Nationalliberalen hauptsächlich als Sündenbock für die schmutzige That eines Einzelnen benutzt. In leichtfertigster Weise scheuen sich sonst geachtete Blätter nicht, ganzen Parteien die moralische Mitschuld an dem Verbrechen aufzubürden und beantworten die psychologisch noch nicht gelöste Frage nach den Motiven der Handlung mit einer ungerechtfertigten Schmähung des Sozialismus resp. der Christlich-Sozialen. Es soll hier nicht in Abrede gestellt werden, daß einzelne Führer der Sozialdemokraten den Kampf der Ideen auf das persönliche Gebiet übertragen; daß die Massen unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda eine wesentlich veränderte Ansicht von der Monarchie und ihrem Träger gewinnen, daß zuweilen der Grundsatz des alleinigen Widerstandes auf legalem Wege, obwohl oft genug ausgesprochen, umgangen wird; daß die Verherrlichung der Pariser Commune zum mindesten eine sehr bedenkliche Concession an den Gedanken einer gewaltsamen Errichtung eines Zukunftsstaates ist; aber hieraus zu folgern, daß der Sozialismus an sich der moralische Urheber des Hödel'schen Attentates sei, ist zum mindesten sehr gewagt.

Vor allen Dingen ist es festzuhalten, daß es zu allen Zeiten Attentäter gegeben hat; ehe man an den modernen Sozialismus dachte, haben die Möros, die Brutus und Cassius, die Ravaillac die Mordwaffe gegen den Herrscher erhoben. Und keineswegs

*) Wir bringen diesen lesenswerthen Artikel, welcher der fortschrittlich-gegnerischen „Leipziger Volkszeitung" von einem bekannten achtbaren Manne zugegangen ist, um den Lesern zu zeigen, daß sich auch unter den Nichtsozialdemokraten Solche befinden, die vernünftig genug sind, nur irgendwelchen Zusammenhang des Lehmann'schen „Attentats" mit der Sozialdemokratie für absurd zu erklären. Sonst aber brauchen wir wohl kaum erst hervorzuheben, daß verschiedene Ausführungen des Verfassers in Bezug auf die politische Stellung des Sozialismus von mangelndem Verständniß zeugen. R. d. „V."

waren es Vertreter der demokratischen Ideen, welche durch ein Verbrechen den Staat zu „retten“ gedachten; die römische Aristokratie stand hinter Brutus und Cassius, die Priester hinter Ravaillac. Sind diese Parteien deshalb mit den Verbrechern zu identifiziren? Die Tyrannen der griechischen, italischen und sizilischen Städte waren meistentheils in ihrem Kampfe gegen die Adelsgeschlechter auf das niedere Volk angewiesen und begünstigten dasselbe darum in gewisser Weise, ähnlich wie das zweite französische Kaiserreich mit demokratischen Formen buhlte, um der Menge Sand in die Augen zu streuen. So war es erklärlich, daß die meisten Tyrannenmorde nicht vom Volke im engeren Sinne des Wortes, sondern vielmehr von den „besser situirten Klassen“ ausgingen. Das dürfte zur Genüge beweisen, daß die That des Hödel nicht als eine nothwendige Folge der sozialistischen Anschauungen (wenn, was noch zu beweisen, von solchen die Rede sein kann) zu betrachten ist.

Ueberhaupt könnte, wenn wir rein politische Motive bei dem Attentäter voraussetzen, nur ein enragirter Republikaner à tout prix den Mordversuch begangen haben. Haben wir es mit einem solchen zu thun? Ist in demselben Hödel, welcher die Schriften und Traktätlein der Christlich-Sozialen, einer streng monarchischen Partei, colportirte, ist in ihm der republikanische Gedanke in der That dergestalt zur fixen Idee geworden, daß er zum Verbrechen seine Zuflucht nehmen mußte? Man wird uns antworten, der Thäter sei doch jedenfalls durch das Lesen der sozialdemokratischen Schriften, durch das Hören ihrer Agitatoren und eigenes Wirken in der Partei, wenn nicht geradezu bewogen, doch angeregt. Wir wollen auch darauf antworten.

Der deutsche Sozialismus ist, soviel wir wissen, niemals mit dem republikanischen Programm hervorgetreten. Die Errungenschaften, welche seine Führer, wenigstens zunächst, anstreben, sind fast lediglich volkswirthschaftlicher Natur, sie haben mit der Form des Staatswesens, in soweit politische Momente in Betracht kommen, wenig oder gar nichts zu thun. Ja, wir gehen noch weiter zu behaupten, daß der Sozialismus (selbst angenommen, seine Vertreter erstrebten die streng soziale Republik) mit der Monarchie sich ganz wohl vertragen könne. Beweis dafür die noch nicht lange aufgetauchte christlich-soziale Partei, die und vielleicht gerade in ihren namhaftesten Vertretern eine eigenthümliche Mischung von Communismus nnd Absolutismus repräsentirt; Beweis dafür die der Anarchie anhängenden Communisten, welche den hauptsächlich in Deutschland vorherrschenden Marxisten den Mangel an republikanischer Gesinnung vorwerfen und sich selbst als die Vertreter der wahren Freiheit geriren. Man erinnere sich hierbei eines literarischen Streites zwischen der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Vorwärts“ gelegentlich der letzten Deputirtenwahlen in Frankreich. Die „Frankfurter Zeitung“ sprach ihre Freude darüber aus, daß auch die Sozialisten mit den Republikanern gemeinschaftlich Front machten gegen die Reaktion der Macmahonisten. Der „Vorwärts“ belächelte die „Schwärmerin für die Republik um jeden Preis“, wie er die „Frankfurter Zeitung“ benannte, warf die „elende Bourgeois-Republik“ in einen reaktionären Topf mit dem bonapartistischen Kaiserreich und verhöhnte die französischen Radikalen, weil sie Hand in Hand mit den Republikanern anderer Schattirungen gingen. Wir glauben nun, der Umstand, daß der „Vorwärts“, das leitende Organ der Partei, eine so geringe Meinung von dem Werthe der republikanischen Staatsform an und für sich hegt, spricht mehr für die Schuldlosigkeit der Sozialdemokratie an dem Verbrechen, als die derzeitigen Vertheidigungstiraden des Blattes, die mit kläglicher Sophisterei und gänzlichem Mangel an Logik (!!), nun gar den unglücklichen Nationalliberalen den Attentäter an die Rockschöße zu heften trachten.

Man müßte die derzeitigen Führer der Sozialdemokratie zugleich für Dummköpfe und für Verbrecher halten, strebten sie überhaupt danach, auf eine solche Weise den Willen des „Volkes“ oder der „Proletarier“ zu verwirklichen. Wer in den letzten Jahren nicht politisch geschlafen hat, muß zugeben, daß eine systematischere und regelrechtere Erbauung einer Partei nicht leicht beobachtet worden ist. Können wir nun ihr, der vollkommen bewußt Geleiteten, ohne uns lächerlich zu machen, den Vorwurf in's Gesicht schleudern, sie habe ihre Zeit, ihr Geld, ihre ungeheuren Anstrengungen und schließlich sich selbst durch ein Verbrechen aufs Spiel setzen wollen? Können wir ihr den geradezu stumpfsinnigen Plan andichten, sie habe heute eine soziale (und politische) Umwälzung beabsichtigt, während der „Vorwärts“ voran und die kleinen Lokalnachbeter in der Provinz hinterher hundertmal und mehr gepredigt haben, die goldene Zeit des Zukunftsstaates sei noch nicht gekommen, nur durch jahrelange Arbeit und Kämpfe sei das Ideal zu erlangen? Müssen wir nicht vielmehr — und das mögen sich alle Die merken, die jetzt mit Augenverdrehen den Sozialismus als eine Verbrecherschule hinstellen — müssen wir nicht vielmehr geradezu anerkennen, daß keiner Partei ein schwererer Schlag zugefügt werden konnte, denn der sozialistischen, als der greise Kaiser von Mörderhand bedroht wurde? Daß gerade die Sozialdemokratie bei ihrem radikalen Programm wie keine zweite es nöthig hat, eine gewisse Reinheit und Moralität ihrer Absichten zu betonen? Und wenn wir dies zugeben, müssen wir dann nicht logischer Weise ferner zugestehen, daß die Führer der Partei (abgesehen vom moralischen Standpunkt) aus bloßen Klugheitsrücksichten den Mordversuch Hödel's verurtheilen und verdammen, ihn auch verhindert haben würden, wenn es in ihrer Macht gestanden hätte?

Die Aufregung über die That hat sich nach und nach gelegt. Ihr war es zuzuschreiben und ihretwegen war es zu verzeihen, wenn ein großer Theil der nichtsozialistischen Presse sofort den politischen Meuchelmord als eine Folge der sozialistischen Anschauungen hinstellte. Aber jetzt, wo sich die hochgehenden Wogen der Entrüstung legen, ist es auch an der Zeit, daß die wunderlichen Blasen verschwinden, die in der Tagesliteratur aufsteigen. Die Gerechtigkeit erfordert, daß wir eine Partei, der unbestreitbar ehrenwerthe Männer angehören, nicht mit einem Verbrecher identifiziren, etwa weil derselbe ihr angehört habe. Thatsache ist, daß Hödel nicht nur sozialistische, sondern auch christlich-soziale Schriften verbreitet hat; Thatsache ist ferner, daß er in Leipzig gegen die Sozialdemokratie conspirirt und mit Nationalliberalen in Verbindung gestanden hat; (Also bestätigt! Red. d. „B.“) endlich, daß ihn die sozialistische Partei förmlich ausgestoßen hat. Nachdem sie aber dies gethan hat, kann sie mit vollem Rechte sagen: „Wir haben mit Dir nichts zu thun, weder mit den Narrenstreichen, die Du begangen hast, noch mit den Schurkenstreichen, die Du begehen wirst.“

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Sitzung des deutschen Reichstags vom 18. Mai fand die dritte, also die entscheidende Berathung der Gewerbeordnungsnovelle statt. Unter das Banner der Regierung schaarte sich bei der Abstimmung über das Verbot der Sonntagsarbeit der gesammte Liberalismus. Während nämlich die Conservativen, das Centrum, Polen und Sozialdemokraten vereint für das Verbot der Sonntagsarbeit, wenigstens in Fabriken und auf Bauten, eintraten, stimmten die Nationalliberalen und Fortschrittler gegen das Verbot, es der freien Vereinbarung der Arbeitgeber und Arbeiter überlassend, an Sonntagen zu arbeiten oder nicht. Die Liberalen trugen mit einer Stimme Majorität (132 gegen 131) den Sieg davon. Der klassische Ausdruck in der Regierungsvorlage, die also wieder hergestellt worden ist, lautet: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten.“ — Die Gewerbetreibenden können überhaupt die Arbeiter niemals zum Arbeiten verpflichten; dies thut eine andere Macht: der Hunger, welcher in das ganze System der freien Vereinbarung mit grausamer Hand einen klaffenden Riß macht. Und so geschieht es auch bei vorliegendem Falle. Wenn ein Arbeiter keine Lust hat, an einem Sonntage zu arbeiten, an dem der Gewerbetreibende den Wunsch äußert, zu arbeiten, so kann der letztere den ersteren allerdings nicht zwingen, aber er kann dem Arbeiter am andern Tage, ohne einen Grund anzugeben, die Kündigung zugehen lassen; der Gewerbetreibende kann sogar sogleich bei der Einstellung des Arbeit suchenden Arbeiters erklären, daß die Einstellung nur unter der Bedingung erfolgen könne, daß auch Sonntags gearbeitet werden müsse. Endgültig also zwingt der Hunger den Arbeiter also trotz seiner Freiheit zur Sonntagsarbeit. — Gegen diesen Tyrannen, den zwingenden Hunger, haben die Sozialdemokraten Front gemacht, als sie das gesetzliche Verbot der Sonntagsarbeit befürworteten; die Liberalen aber haben im Namen der Freiheit die Arbeiter dem grausigen Tyrannen auch des Sonntags zum Opfer gebracht, — ihnen war es nicht genug, daß die Arbeitskraft sechs Tage in der Woche ausgebeutet werde, sondern auch am siebenten Tage, am Sonntage, mußte das Menschenfleisch auf dem Altare des Mammons geopfert werden. Und diese Leute reden gar noch davon, daß die Sozialdemokraten Religion und gute Sitte bekämpften!?

Nach § 119 beantragen die Sozialdemokraten folgenden neuen Paragraphen einzuschalten:

„Gewerbeunternehmer, welche für eigene Rechnung oder durch dritte Personen (Webfaktore, Ausgeber, Commissionäre u. dgl.) Webwaaren, Phantasieartikel aus Wolle, Seide, Baumwolle, Pflanzenfasern, Haaren, Glashaaren ꝛc., sowie aus derartigen Stoffen bereitete Garne (Gespinnste) in und außer dem Hause bei Gewerbetreibenden, Arbeitern oder Arbeiterinnen verarbeiten lassen, sind verpflichtet, jedem Beschäftigten bei Uebergabe der Materialien einen schriftlichen Arbeitsvertrag („Schluß- oder Musterzettel“) einzuhändigen. Der Vertrag (Schlußzettel ꝛc.) muß enthalten: 1) den Namen des Arbeitgebers; 2) Ort und Zeit der Materialübergabe, sowie den Namen des etwaigen Vermittlers (Faktors, Ausgebers, Commissionärs ꝛc.); 3) alle zur richtigen Fertigung der Waare nöthigen Ausführungsvorschriften in unzweideutiger, klarer und verständlicher Sprache; 4) die Lohnangabe für ein bestimmtes Quantum Waare; 5) Bestimmungen über die etwaigen Vermittlungsgebühren der Faktore, Ausgeber, Commissionäre ꝛc.; 6) Angabe der Stranzahl und des Gewichts der zu verarbeitenden Garne und Stoffe. Nicht nach Vorschrift gelieferte Waaren hat der Gewerbeunternehmer oder sein Vertreter (Faktor, Commissionär) im Streitfalle unverzüglich dem Gewerbegerichte oder der nach § 19 sonst zuständigen Behörde vorzulegen, welche innerhalb acht Tagen den Streitfall zu erledigen hat. Nur die Gewerbegerichte (beziehentlich Behörden nach § 19) sind befugt, Lohnabzüge für schlecht gearbeitete Waare zu verfügen; diese Abzüge dürfen den dritten Theil des Arbeitslohnes für die streitige Waare nicht übersteigen. Zuwiderhandlungen werden nach § 150 Ziffer 3 bestraft.“

Der Abg. Blos, der diesen Antrag vertheidigt, bemerkt: Es handelt sich hier um einen Uebelstand von ziemlich allgemeiner Natur, der häufig zu einem wahren Ausnutzungssystem ausgebildet worden ist. In gewissen Weberdistrikten steht zwischen dem Arbeiter und Arbeitgeber noch eine Zwischenperson, ein Commissionär, der die Verträge mit den Arbeitern schließt, die gelieferten Arbeiten prüft und bei Fehlerhaftigkeit derselben Abzüge macht, die sich oft auf einen ganz beträchtlichen Theil des Arbeitslohnes belaufen. Durch unsern Antrag soll für dieses Verhältniß eine Rechtsbasis geschaffen werden, damit den Willkürlichkeiten möglichst gesteuert werde.

Nachdem der sozialdemokratische Antrag natürlich abgelehnt worden war, werden die weiteren Paragraphen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert angenommen. Das Gesetz ist also in der dritten Lesung noch verschlechtert worden und zwar durch den Liberalismus, nachdem wir schon glaubten, daß es schlecht genug für die Arbeiter sei.

— Der Bundesrath nahm in seiner Sitzung vom 20. d. Mts. mit allen Stimmen gegen die Hessens, Bremens und Hamburgs den Entwurf des Gesetzes gegen Ausschreitungen der Sozialdemokratie an, jedoch unter Ablehnung des § 6, der, wie bekannt, dem Kautschukparagraphen (130) der vom Reichstag früher abgelehnten Strafnovelle sehr ähnlich sieht. Nach § 6 wird nämlich Derjenige, der öffentlich durch Rede oder Schrift es unternimmt, in Verfolgung der in § 1 bezeichneten sozialdemokratischen Ziele die bestehende rechtliche oder sittliche Ordnung zu untergraben, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft. Im § 1 sind die „sozialdemokratischen Ziele„ näher präcisirt worden und zwar unter Heranziehung der im § 6 enthaltenen Bestimmung „Untergrabung der rechtlichen oder sittlichen Ordnung“. Solche Druckschriften und Vereine können vom Bundesrathe verboten werden. Die Vorlage gelangte in dieser Gestalt gegen 4 Uhr zunächst ohne Motive an den Reichstag. Die Motive werden im Laufe des Abends erwartet. — Die Berathungen werden am Mittwoch oder Donnerstag ihren Anfang nehmen.

— Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstags (Berichterstatter Abg. v. Puttkammer-Sorau) hat über die Wahl im schleswig-holsteinischen Wahlkreise (Altona) Bericht erstattet. Es handelt sich um die Wahl des Professors Karsten in Kiel, dessen Gegencandidat unser Parteigenosse G. W. Hartmann in Hamburg war. Ersterer erhielt bei der engeren Wahl 14,125, Letzterer 12,815 Stimmen. Gegen dieses Ergebniß sind eine

Der Professor Biedermann und der Redakteur Biedermann.

Von allen Zeitungen im ganzen deutschen Reiche giebt sich die in Leipzig unter der Redaktion des Herrn Biedermann stehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die größte Mühe, den Attentäter Lehmann der Sozialdemokratie anzuhängen. Wenngleich dies nun in jenem Blatte nicht durch Originalarbeit geschieht — Originalarbeit existirt in dieser Zeitung eben nicht — so arbeitet doch die Scheere mit großem Geschick und trägt in Bezug auf das kindisch-freche Attentat aus allen, selbst den albernsten und schmutzigsten Berliner Lokalblättern diejenigen Nachrichten sorgfältig zusammen, welche geeignet sind, die gesammte Sozialdemokratie zu verdächtigen und für das Verbrechen eines Einzelnen und gar noch eines Verrückten verantwortlich zu machen. Schmunzelnd freut sich der Redakteur Biedermann solcher freiheitsmörderischen Arbeit, welche mit dazu beigetragen hat, die rothe Reaktion heraufzubeschwören.

Da plötzlich tritt der Professor Biedermann zu dem Redakteur Biedermann und sagt: „Du bist ein Taugenichts, du hast nichts gelernt, steck' einmal deine Nase in ein vernünftiges Geschichtswerk oder noch besser, hör' einmal ein Colleg bei mir, dann wirst du einsehen, was du für dummes Zeug für dein Blatt zusammenscheerst.“

Der Redakteur Biedermann nimmt sich diese Lektion zwar nicht zu Herzen, doch denkt er bei sich: „Du willst doch einmal in das Colleg des Professors hineingehen und hören, was denn der Mensch vom Katheder herunterschwatzt.“

Gedacht — gethan. Mittwoch den 15. Mai besuchte also der Redakteur Biedermann das Colleg des Professor Biedermann, welcher gerade Geschichte las. Da hörte er:

„Es ist ein großes Unrecht, welches die Parteileidenschaft begeht, wenn man eine ganze Partei verantwortlich macht für die That eines Einzelnen; so war es bei der Ermordung des Herzogs von Berry, die man den Bonapartisten ungerechterweise in die Schuhe schob, so war es bei der Ermordung Kotzebue's, für welche man die deutsche freiheitsdürstende, studirende Jugend verantwortlich machte und eine infame Verfolgung gegen dieselbe in Scene setzte. Hinter Kerkergittern fand man diejenigen jungen Leute wieder, welche für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes in hoher Begeisterung entbrannt waren. Infam nenne ich nochmals alle Diejenigen, welche solche Hetze dadurch möglich machten, daß sie die an und für sich fluchwürdige That eines Einzelnen einer Partei oder einer ganzen Bevölkerungsklasse aufbürdeten.“ (Einige unterdrückte Rufe bei den Studenten: Lehmann! Hödel!)

So ungefähr sprach der Professor Biedermann zu Leipzig im Colleg am 15. d. M.

Der Redakteur Biedermann schüttelte beim Nachhausegehen den Kopf und murmelte: „Der alte Herr ist ja völlig unzurechnungsfähig geworden; er vertheidigt vor der studirenden Jugend, die so schon den verderblichen Irrlehren der Sozialdemokratie vielfach verfallen ist, geradezu die Sozialdemokratie, er schützt letztere vor dem Verdachte, daß sie die Urheberin jenes scheußlichen Attentats auf unsern vielgeliebten Kaiser sei. Schrecklich, was so ein Professor schwatzt.“ — „Doch her jetzt, geliebte Scheere, du edle Trösterin des Redakteurs,“ so sprach der Redakteur Biedermann, als er zu Hause angekommen war weiter, „her jetzt, um den Unsinn des Professors zu nichte zu machen. Da ist ja gerade die „Berliner Tribüne“, allerdings ein Blatt, welches ein anständiger Mensch nicht in die Finger nimmt, aber es versteht zu schimpfen, zu verleumden und zwar aus dem ff — her also damit.“

Die Scheere arbeitete gewaltig; der Setzerlehrling schmunzelte, als er nur „gedrucktes Manuskript“, welches sich bekanntlich besser lesen läßt, erhielt; der Redakteur Biedermann aber lehnte sich ermüdet von dieser harten Arbeit in sein Fauteuil zurück und murmelte: „Nun ist die Sozialdemokratie trotz dieses Demagogen, dieses dummen Professor Biedermann, völlig vernichtet.“ —

Doch jetzt wollen auch wir schließen in der Hoffnung, unsere Leser durch diese Biedermännerei nicht gelangweilt zu haben.

— Wo sind die Königs- und Meuchelmörder zu suchen? Landauf und landab heult die ganze reaktionäre Meute jetzt von dem beliebten Thema, daß bei den Sozialisten die Königsmörder großgezogen würden, und man mag das noch so bündig widerlegen — die heuchlerische Rotte nimmt eben keine Notiz davon. Darum wollen wir den frommen Kumpanen der „Post“, „Norddeutschen Allg. Ztg.“ und „Kreuzzeitung“ einmal ein Gericht aus ihrem Eigenen auftischen, das den Herren wohl nicht sonderlich behagen wird.

Machen wir die Sache kurz: während auf gegnerischer Seite behauptet wird, der Mangel an Religion trage Schuld an dem Attentat, an der Sittenverwilderung, glauben wir den Nachweis führen zu können, daß gerade in der Bibel, und an mehr als einer Stelle, der Meuchelmord und der Königsmord als hochverdienstliche Thaten gepriesen werden.

Schlagen wir auf Buch der Richter, Cap. 3, Vers 12—23, so finden wir eine Erzählung, wie Ehud den König Eglon von Moab während einer ihm gewährten freundschaftlichen Unterredung unter vier Augen meuchlings ersticht und ob dieser That im Vers 15 als von Gott gesendeter Retter gepriesen wird.

Im Buche Richter, Cap. 4, V. 17—21 wird erzählt, wie der flüchtige Feldherr Sisra bei der Frau Jael Schutz sucht, diesen zugesagt erhält und dann im Schlafe von den Händen dieser Frau meuchlings seinen Tod findet. Das Mordweib, welches in solcher Weise das Gastrecht entehrt, wird dann in Cap. 5, V. 24—27 im Siegesgesang der Deborah noch in begeisterten Tönen besungen und hochgelobt.

Im 2. Buch der Könige, Cap. 9, V. 6—10 wird ein Unterfeldherr des Königs Achab von einem Prophetenjünger insgeheim zum Gegenkönig gesalbt und mit dürren Worten aufgefordert, das ganze Haus seines Herrn zu erschlagen, welchem Befehle der Verschwörer auch bei der ersten passenden Gelegenheit getreulich nachkommt.

Doch genug der bluttriefenden Beispiele! Wir fragen nur: Hat man angesichts dieser Stellen noch die Keckheit, bei uns Königsmörder zu suchen und zu behaupten, in unseren Reihen werden solche wahnsinnige Ideen ausgebrütet? Waren die Ravaillac, die Jaques, Clement etwa Sozialdemokraten, war es vielleicht der heuchlerische Oliver Cromwell? Wir sind in der That begierig, die Antwort der Frommen zu vernehmen.

— Eine Reminiscenz. Simson contra Bismarck. Der Präsident des ersten deutschen Reichstages, Herr Simson, der doch gewiß nicht im Geruche grundloser Opposition oder Regierungsfeindlichkeit steht, äußerte sich gelegentlich der Twesten-Affaire im preußischen Abgeordnetenhause über die Regierungskunst des Ministeriums Bismarck mit folgenden Worten:

„Mit dieser Art der Regierung (auf wie persönlich edlen und patriotischen Motiven ihre Methode beruhen mag, was ich nicht weiß) ist schlechterdings unverträglich, was der Freiheit auch nur entfernt ähnlich sieht. Die Herren können nicht regieren, so gern sie es auch wollen möchten, mit einer freien Presse; sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Zusammensetzung der Gerichte und sollte dadurch das Ansehen der

Reihe von Protesten eingelaufen wegen zu spät bekannt gemachter Verlegung der Wahllokale u. dgl. m. Die Commission beantragt, der Reichstag wolle beschließen, 1) die Wahl des Professors Karsten für gültig zu erklären, 2) den Herren Reichskanzler zu ersuchen: dafür Sorge zu tragen, daß dem Magistrate von Altona wegen seines (im Berichte gekennzeichneten Verfahrens die geeignete Weisung ertheilt werde. — Im Plenum des Reichstags wird die Wahlprüfung in dieser Sessiou schwerlich mehr vorkommen.

— **Halbe Erkenntniß.** Die „National-Zeitung", welche in Bezug auf das „Attentat" eine geradezu niederträchtige Haltung gegen die Sozialdemokratie angenommen hat, ist durch die Vorlage der Ausnahmegesetze doch etwas verschnupft geworden. Sie schreibt:

„Niemand bestreitet die Gefährlichkeit der sozialistischen Doctrin, aber jeder, der ihre Entwickelung beobachtet, wird lieber offen, unter freiem Himmel mit ihr kämpfen, als sie zu der Minirarbeit zwingen wollen, die unvergleichlich sicherer und unmerklicher uns den Boden unter unsern Füßen untergräbt. Verdrängt man den Sozialismus vom Tageslicht, so würde heimlich wie ehemals der Bundschuh von Dorf zu Dorf und die Losung von Werkstatt zu Werkstatt, von Fabrik zu Fabrik gehen, die dadurch, daß ihre Verkündigung mit Gefahr verbunden wäre, vollends den Schimmer eines neuen Evangeliums gewänne."

Die Partei der „National-Zeitung" hat es ja in der Hand, uns nicht zur Minirarbeit zu zwingen. — Zwingt man übrigens Jemanden zu einer Handlungsweise, so trägt man natürlich auch die volle Verantwortlichkeit dafür.

— Die „Berliner Freie Presse" schreibt:

„Es ist noch immer unaufgeklärt, von welcher Seite Hödel-Lehmann die hundert Mark erhalten, über die er nachweislich zu verfügen gehabt hat. — Die Kugeln sind gleichfalls noch nicht gefunden. — Jedenfalls aber steht es nicht im Zusammenhang mit diesen noch unaufgeklärten Thatsachen, wenn jetzt von Seite der Reaktion Maßregeln gegen die sozialdemokratische Partei verlangt und angewendet werden."

Was das Reisegeld Lehmann's betrifft, so erfahren wir aus einer absolut zuverlässigen Quelle, daß dasselbe von dem bekannten Hrn. Sparig in Leipzig geliefert worden ist.

— **Zwei Tage nach dem Attentat einen Wahlsieg errungen** — das ist ein Ereigniß, welches Denjenigen zu denken geben sollte, die wie verzweifelt in das Horn der Reaktion stoßen und das deutsche Volk zur Heerfolge in dem Feldzug gegen die Sozialdemokratie auffordern. In Pforzheim war es, wo am 14. d. M. die Sozialdemokratie bei der Neuwahl der ausscheidenden Stadtverordneten 3. Klasse den Sieg davontrug. Die „Hamburger Nachrichten", denen über den Ausfall der Wahl aus Karlsruhe Mittheilung gemacht wird, nennen den Sieg unsrer Partei „ein wenig erfreuliches und grade in diesem Augenblick auffallendes Resultat". „Es stimmten," berichtet das genannte Blatt, „von 2100 Wahlberechtigten 435 ab und brachte die gegnerische Partei der städtischen Verwaltung alle ihre 21 Bewerber durch, die zum großen Theil der sozialdemokratischen Partei und den Demokraten angehören. Von dieser Seite war auch eine Vorversammlung abgehalten worden, in welcher u. A. ein aus gewissen finanziellen Gründen nicht wahlberechtigter Sozialdemokrat und Agitator Lehmann der städtischen Verwaltung den dreisten Vorwurf machen durfte, sie verstünde nicht zu wirthschaften. Der ausgehängte Köder war, daß man die Kunst verstehe, die Gemeindeauslagen auf ein Kleinstes herabzubringen. Von der andern Seite war gar nichts geschehen und erst in letzter Stunde wurde, ohne daß man recht wußte von wem, ein Wahlvorschlag mit sehr ungeschickter und unpopulärer Auswahl aufgestellt. Alles in Allem haben bei dieser Wahl die Pforzheimer Sozialdemokraten einen Sieg erfochten, und das zwei Tage nach einem erschütternden Ereigniß, welches deutlich erwiesen, zu welchen Abscheulichkeiten ihre Lehren führen!"

Wir finden an dem Resultat der Wahl, so erfreulich es ist, durchaus nichts Auffälliges. Der Sozialismus hat nun einmal das Zeug, in Kopf und Herz des Volkes feste Wurzeln fassen zu können, und alle „Attentäterei", das wird die Zukunft lehren, ist unvermögend, ihn aus dieser Stätte zu verdrängen.

— **Ueberall Reaktion.** Das Ministerium des Innern des Königreichs Sachsen hat folgende merkwürdige (die „Vossische Zeitung" sagt: „komische") Verordnung erlassen:

„Es sind in jüngster Zeit an mehreren Orten in öffentlichen Versammlungen Vorträge gehalten worden, in welchen grobe Schmähungen gegen die christliche Kirche, ihre Einrichtungen und Gebräuche und die Gegenstände der religiösen Verehrung ausgesprochen worden sind, ohne daß deshalb der § 166 des Reichsstrafgesetzbuchs zur Anwendung kommen konnte. Ebenso ist auch in manchen jener Vorträge unter Schmähung und Herabwürdigung der christlichen Kirche zum Austritte aus letzterer aufgefordert worden. Dieses Gebahren kann fernerhin nicht geduldet werden. Denn abgesehen davon, ob und inwieweit dem letztgedachten Vorgehen die Strafbestimmung in § 9 des Mandats vom 20. Februar 1827 (Gesetzsammlung Seite 31) entgegensteht, wird durch derartige Vorträge, welche, eben weil sie in öffentlicher Versammlung gehalten werden, unter einen wesentlich anderen Gesichtspunkt fallen, als etwaige kritische Erzeugnisse der wissenschaftlichen Literatur, das sittliche und religiöse Gefühl weiter Kreise der Bevölkerung aufs Tiefste verletzt. Es ist deshalb in diesem Gebahren eine **unsittliche Handlung** im Sinne von § 5 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 zu erblicken. Nach diesem Gesetzesparagraphen sind aber alle solche Versammlungen verboten, deren Zweck es ist, unsittliche Handlungen oder etwaige Gesetzesübertretungen zu begehen, dazu aufzufordern, oder dazu geneigt zu machen. Das Ministerium des Innern befindet daher, daß die Polizeibehörden anzuweisen sind, dergleichen öffentliche Versammlungen entweder im Voraus zu verbieten, wenn aus deren Ankündigung oder aus der Anzeige bei der Behörde zu ersehen ist, daß sie jenen Zweck verfolgen, oder, falls bei einer nicht beanstandeten Versammlung ein Redner sich in Aeußerungen der obgedachten Art ergehen sollte, den Vorschriften in §§ 8 flg. des Vereinsgesetzes gemäß zu verfahren."

Der Austritt aus der Landeskirche ist gesetzlich erlaubt. Die Aufforderung zu einer gesetzlich erlaubten Handlung kann weder bestraft noch verboten werden. Die preußische Polizei erblickte in solcher Aufforderung merkwürdigerweise „groben Unfug" — die preußischen Richter entschieden selbstverständlich gegen diese polizeiliche Auffassung Das sächsische Ministerium erblickt nun in der Aufforderung zu einer gesetzlich erlaubten Handlung sogar eine Unsittlichkeit. „Mit den sittlichen Begriffen muß es in Dresden eine eigenthümliche Bewandtniß haben" — so folgert hieraus die „Vossische Zeitung" — wir bemerken noch dazu, daß es mit den Rechtsbegriffen dort, wie überall in Deutschland, eine noch eigenthümlichere Bewandtniß hat.

— **Ein Opfer des Kriegs.** Am 13. ds. Mts. stürzte sich in Leipzig ein Student der Medizin aus einem Fenster des dritten Stockwerks auf das Straßenpflaster und blieb sofort todt. Die angestellte Untersuchung erhob es über jeden Zweifel, daß ein Selbstmord, kein Unglücksfall vorlag. Das „Leipziger Tageblatt" veröffentlichte unterm 14. ds. Mts. nachstehende Einzelheiten:

„Der Unglückliche hieß Paul Kretschmar und war der Sohn eines sehr geachteten Schuldirektors in Dresden. Ende der sechziger Jahre studirte er zuerst hier Jurisprudenz, diente als Einjährig-Freiwilliger und wurde bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges unter die Fahne berufen, welcher er mit patriotischer Freudigkeit folgte. Kretschmar erhielt in der Schlacht bei Brie am 2. Dezember 1870 eine schwere Verwundung im Bein, von welcher er sich niemals recht erholt hat. Nach dem Kriege wendete er sich der literarischen Laufbahn zu und übernahm die Stellung des Redakteurs der „Karlsruher Zeitung", welche er mehrere Jahre lang mit voller Hingebung an die Sache bekleidete. Leider hatten ihm die Strapazen des Feldzuges noch ein anderes bedenkliches Leiden, eine Beeinträchtigung der Arm- und Handmuskeln, zugefügt, in dessen Folge sich ein ausgeprägter Schreibekrampf der rechten Hand entwickelte, welcher aller dagegen angewendeter Maßregeln spottete. Um das Maß des körperlichen Leidens voll zu machen, gesellte sich zu jenen Krankheiten noch ein sehr empfindliches Magenleiden. Kretschmar schied aus seiner Stellung in Karlsruhe und übernahm das Amt eines Sekretairs bei dem Reichsverein für Sachsen in Leipzig. Leider mußte er nur zu bald fühlen, daß seine körperliche Constitution ihm auch die Erfüllung der Obliegenheiten dieses Amtes in dem Maße erschwerte, daß er dasselbe nieverlegte und zwar dem lebhaften Bedauern aller Derjenigen, welche ihm das Amt übertragen hatten. Kretschmar verzagte noch nicht ganz und beschloß, obgleich er bereits über die eigentlichen Studienjahre hinaus gerückt, noch Medicin zu studiren. Er gab sich mit dem größten Eifer diesem Studium hin und hatte, wie wir erfahren, bereits recht schöne Erfolge zu verzeichnen. Ein grausames Schicksal aber legte sich aufs Neue mit seiner zerstörenden Macht dazwischen; die im Jahre 1870 erhaltene Schußwunde machte sich mit einem Male wieder durch große Schmerzen bemerklich, auch das Magenleiden trat abermals in heftiger Weise auf und es übermannte nunmehr den Unglücklichen die Verzweiflung. Er faßte den Entschluß, diesen Leiden ein gewaltsames Ende zu machen, und führte denn auch gestern Nachmittag seinen schrecklichen Entschluß aus. Ein an die hiesige Burschenschaft der Germanen, mit welcher er noch bis zur letzten Zeit in Verbindung stand, gerichteter Abschiedsbrief fand sich in seinem Zimmer vor, und er hat darin erklärt, er sehe nunmehr entschieden ein, daß er für alle Zeit ein elender Mensch sein werde, der seinen Platz in der Menschheit nicht ausfüllen könne und er ziehe den Tod einem derartigen Schicksal vor. Kretschmar war ein durchaus braver, redlich strebender Mensch, und Alle, die ihn gekannt, werden ihm ein freundliches Andenken bewahren."

Wir haben zu dieser Geschichte nichts weiter zu bemerken, als daß der unglückliche Kretschmar sich, verglichen mit vielen Tausenden, noch in relativ günstiger Lage befunden hat! Welche Summe von Elend doch die Kriege über die Menschen verhängen, — natürlich nicht über die Empfänger von Dotationen und andere bevorzugte Individuen. —

— **Das Manifest der Nichtwahlberechtigten Ungarns,** welches durch einen Theil der ungarischen Presse unbeanstandet die Runde gemacht hatte, ist plötzlich im Auftrage des Ministers des Innern confiszirt und der Satz, von welchem Extraabzüge gemacht wurden, versiegelt worden. Diese Maßregel, die völlig ungesetzlich ist, weil in Ungarn nur nach erhobener Anklage und auf Anordnung des Untersuchungsrichters eine Druckschrift confiszirt werden kann, wurde von dem Ministerpräsident Tisza, an den eine Beschwerde gerichtet worden war, damit motivirt, daß der Inhalt des fraglichen Manifestes zum Klassenhasse aufreize und auffordere. Welch perfides Motiv! Die ungarischen Arbeiter verlangen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und suchen das nichtwahlberechtigte Volk für dieses Verlangen zu gewinnen — und das soll zum Klassenhaß aufgereizt und aufgefordert sein? Aber freilich, wo eine Klassenherrschaft am Ruder ist, da heißt es Klassenhaß erregen, wenn gleiche Rechte und Pflichten für jeden Staatsbürger verlangt werden.

Nicht minder gewaltthätig verfahren die Behörden in Oesterreich mit den Arbeitern. So wurden die eingereichten Statuten zur Gründung eines politischen Arbeitervereins in Wien von der niederösterreichischen Statthalterei zurückgewiesen, „da nach den gemachten Wahrnehmungen derselbe sozialdemokratische Tendenzen verfolgen dürfte." So wird allüberall selbst von den Vertretern des Gesetzes den Arbeitern der gesetzliche Boden streitig gemacht. Aber wie noch jede Gewaltherrschaft, so wird auch die jetzige einmal ihr Ende nehmen.

— **Ueber den Stand der orientalischen Krise** lauten die Nachrichten so widersprechend, daß absolut kein Urtheil zu gewinnen ist. In den nächsten Tagen kehrt Schuwaloff nach London zurück, und dann muß endlich einige Klarheit in die Situation kommen.

— **Die Unruhen in Lancashire** waren ernsthafter als es nach den ersten telegraphischen Berichten den Anschein hatte. Nicht blos in Blackburn, auch in verschiedenen anderen Orten: Burnley, Acrington und einigen kleineren Plätzen fanden heftige Tumulte statt und wurden mehrere Fabriken demolirt. Zu einem Conflikt mit der bewaffneten Macht kam es nirgends — das Volk fraternisirte mit den Soldaten, die, wo sie sich zeigten, jubelnd begrüßt wurden. Es giebt natürlich Leute, denen dies sehr unangenehm ist und die es lieber gesehen hätten, wenn ein paar Dutzend oder Hundert Arbeiter nach allen Regeln der Kunst militärisch erschossen worden wären. Blut wurde nur an einem Punkte vergossen: in Oswaldtwistle, durch einen Fabrikanten, der auf eigene Faust auf die andringenden Arbeiter schießen ließ; wie viele bei dieser Gelegenheit verwundet und getödtet wurden, ist noch unbekannt. Die Berichte gehn auseinander; nach den einen wäre blos etwa ein Dutzend Arbeiter verwundet und keiner getödtet, nach anderen wären auch mehrere getödtet worden. Alle diese Vorgänge liefern den schlagendsten Beweis, daß es nicht immer gut gethan ist, die Arbeitskraft des Arbeiters, von der die Person nun einmal unzertrennlich ist, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu unterwerfen. Der Hunger mahnt den Arbeiter, daß er nicht Waare, sondern Mensch ist, und jeder Versuch, ihn à tout prix zu einer solchen zu degradiren, muß zu gewaltsamen Ausbrüchen des Unwillens führen. Von diesem rein menschlichen Standpunkte sind die Maßnahmen der Arbeiter in Blackburn und den angrenzenden Städten zu beurtheilen und zu erklären. Es ist daher um so gleißnerischer, wenn im englischen Oberhause Stimmen laut wurden, die den Arbeitern zumuthen, sich dem „Publikum" gegenüber durch ihr ferneres wohlanständiges Verhalten zu rehabilitiren, und die „die Unruhen lediglich dem Auswurf des Arbeiterstandes" zur Last legen. „Auswurf des Arbeiterstandes." Welch' perfide Verwechselung der Begriffe! Der Auswurf des Fabrikantenthums war es, der durch sein schroff abweisendes Verhalten den nachgiebigen Anerbietungen der Arbeiter gegenüber den Geduldsfaden der Letzteren zum Zerreißen brachte. Die Fabrikanten also und nicht die Arbeiter haben sich vor dem „Publikum", dessen Urtheil übrigens keinen Pfifferling werth ist, zu rehabilitiren.

— **Die nordamerikanische Bourgeoisie** schwitzt Angst aus allen Poren. Sie wähnt angesichts der Wahlsiege der Arbeiterpartei das Ende ihrer Tage gekommen, und doch sind diese Wahlsiege noch gar sehr bescheidene zu nennen. Aber die Thatsache, daß überhaupt eine Partei existirt, die an einer Aenderung der bestehenden „Ordnung" ein Interesse hat, und daß diese Partei festen Halt in der großen Masse des ausgebeuteten arbeitenden Volkes hat — diese Thatsachen sind hinreichend, die blasse Angst auf das sonst so dreist dreinschauende Antlitz der Bourgeois zu zaubern. Man lese nur, was der „Köln. Ztg." aus Amerika geschrieben wird:

„In ihrem Treiben, begünstigt durch die Nothlage, welche die seit Jahren andauernde Geschäftskrisis zur Folge gehabt, haben die Communisten in den Vereinigten Staaten eine so rege Thätigkeit entfaltet, daß sich der ordnungsliebenden Bevölkerung die Sorge bemächtigt hat, der kommende Sommer möchte sich reich an Unruhen, ja an Aufständen und Kämpfen erweisen. So wird der „Times" aus Philadelphia gemeldet: Von frechen Demagogen werden die großen Massen

---

Justiz in diesem Lande untergraben werden — sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Wahlen zum Landtag — und sollte dadurch ein scheinbares Resultat gewonnen werden, wodurch das Gegentheil von dem ausgesprochen wird, was wirklich in dem Herzen der Nation lebt; sie können nicht regieren mit einer freien Communal-Verwaltung; sie können auch schließlich nicht regieren mit einem Hause, in welchem die durch Art. 84 vorgesehene unbedingte Redefreiheit waltet!"

So sprach Simson. Er hatte Recht. Sie können nicht mehr regieren mit dem Bischen Freiheit, das uns selbst ein Manteuffel noch gelassen hat! Beweis: die neuesten Lehmann-Gesetze.

— **Noch eine Reminiscenz.** Der erste Napoleon, gewiß eine Autorität bei allen Staatsmännern, hat in Bezug auf das Attentat, welches Charlotte Corday gegen den großen Staatsmann Marat verübte, erklärt, die ganze Autorität der Bibel sei dazu erforderlich, daß nicht auch das Attentat der Judith auf den König Holofernes als ein fluchwürdiges Verbrechen allüberall anerkannt werde. Dieses Attentat der heuchlerischen Buhlerin wird doch bekanntlich selbst von Religionslehrern als ein gottgefälliges hingestellt, ebenso wie die Mörderin Charlotte Corday von den Conservativen als eine Heldin und Märtyrerin gefeiert wird.

— **Auch eine Berichtigung.** Die „Magdeburger Zeitung" schreibt: „Im dritten Absatz der ersten Spalte des gestrigen Abendblattes ist in der vierzehnten Zeile von unten zu lesen: Der Hödel, statt Herr Hödel.

— **Zur Moralität der „besseren" Gesellschaft.** Vor Kurzem kam vor dem Glogauer Schwurgericht eine Anklage zur Verhandlung gegen den königl. Bau-Inspektor Friedrich Bruno Rickert aus Glogau wegen Vornahme von unsittlichen Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren. Die Verhandlung, welche 6 Stunden dauerte, fand bei verschlossenen Thüren statt. Der Angeklagte wurde verurtheilt zu 1 Jahr 3 Monat Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre. Auch beschloß der Gerichtshof seine sofortige Verhaftung. — Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Kindern! — Wer ist verruchter, der „Attentäter" Hödel, oder der Königl. Bau-Inspektor Rickert? Antwort: Sie sind Beide nicht verrucht, sondern verrückt!

— **In Anbetracht des drohenden Verbots aller sozial-demokratischen Versammlungen** dürfte der Hinweis auf nachstehendes Inserat, welches wir unserem Kieler Parteiorgan entnehmen, nicht ohne Nutzen sein:

„Die Bienen
schwärmen nach dem Viehburger Holze!!!
Sonntag, den 19. d. M., Morgens 6 Uhr.
Sammelplatz am Bahnhof. Alle echten
Arbeitsbienen ladet freundlichst ein
Der Bienenvater."

— **Zum jüngsten Fackelzug unter den Linden.** Die „Berliner Volkszeitung" schreibt: „Bei Gelegenheit des Fackelzuges sperrten die Schutzleute — jedenfalls auf höheren Befehl — die über die Linden führenden Straßen lange vor Erscheinen des Zuges nicht nur den Fuhrwerken, sondern auch den Passanten zu Fuß, wodurch viele derselben, z. B. Militärs, Hebeammen, Reisende u. A. in Verlegenheit geriethen. Es gab dies zu mancherlei Klagen Anlaß und hoffentlich wird bei einer nächsten derartigen Gelegenheit eine mildere Praxis eintreten, denn die Rigorosität macht den Eindruck, als sollte Jedex mit oder ohne Willen gezwungen werden, der Feierlichkeit beizuwohnen." — Und nach solchen „Feierlichkeiten" bemessen manche hochgestellte Leute die Stimmung im Volke!

— **Ein Angstmeier** heult in nationalliberalen Blättern: „Die blutdürstige Charlotte Corday des Leipziger sozialdemokratischen „Vorwärts" besingt den Mordversuch der Wjera Sassulitsch. Wir können leider nicht das ganze, ungemein lehrreiche Gedicht abdrucken, sondern müssen uns auf die gelungensten Strophen beschränken. Es heißt darin:

Dort ist der Vorkampf nun entbrannt
Und fordert unsern Beifallsgruß.

Dort an der Newa eis'gem Strand,
Da fiel bereits der erste Schuß.
In Petersburg, da eilt herbei,
Die Rächerin mit festem Muth
Und badete das harte Blei
In fließendem Tyrannenblut.

Bald kommt die Zeit, wo sich erhebt,
Die Slavenjugend heldenhaft;
Das Auge klar, den Geist belebt,
Die Hand gestählt wie Eisenkraft.

Die Frucht dieses in den sozialdemokratischen Zeitungen fast täglich zu lesenden Anpreisens von „Tyrannenmord" ist das jüngste Attentat in Berlin!" Au! Au! Dem jammernden Angstmeier sei aber für künftige Fälle die wohlgemeinte Belehrung ertheilt, daß die böse Charlotte Corday, die weiland einen Sozialdemokraten ermordet, für diese That von den Royalisten und Bourgeois in den Heiligenstand erhoben und hundertfach poetisch verherrlicht worden ist.

mäßiger und verarmter Leute im ganzen Lande aufgereizt, sich für die von Seiten des Kapitals ihnen angeblich zugefügte Unbill Recht zu verschaffen. In häufigen und zahlreichen Versammlungen werden communistische Brandreden gehalten und finden eifrige Zustimmung. Ihre Hauptlager haben die Communisten in San Francisco, St. Louis, Cincinnati, Chicago, New-York und der pennsylvanischen Kohlengegend. Die Polizei hält in den großen Städten überall die Augen offen. Die Besorgniß ist so stark, daß Bischof Stevens am 7. d. in Philadelphia bei Eröffnung der jährlichen Zusammenkunft der bischöflichen Kirche von Pennsylvanien von der Bewegung sprach als einer Wolke, die nicht größer sei als eine Mannsfaust, aber in ein Unwetter ausbrechen könnte, ehe man ihrer Annäherung gewiß wäre. Wiewohl man nun Aufstände befürchtet, so ist doch Sicheres darüber nicht bekannt. Den Ausbruch der Erhebung glaubt man allgemein in San Francisco erwarten zu müssen, wo die Communisten am besten organisirt, am stärksten vertreten und am kecksten in ihrem Gebahren sind. Brechen Unruhen aus, so wird die Regierung ohne Zweifel ihre ganze Macht aufbieten, um sie zu dämpfen."

Daß die „republikanische" Regierung „ihre ganze Macht aufbieten" wird, um etwaige Unruhen zu dämpfen, daran zweifeln auch wir keinen Augenblick; ist sie doch, trotzdem sie sich republikanisch nennt, die Regierung derjenigen „ordnungsliebenden Bevölkerung", die die ökonomische Unterjochung der Massen als ein Privileg betrachtet. Aber da liegt ja eben der Hase im Pfeffer — was diese „ordnungsliebende Bevölkerung", die nur einen winzigen Bruchtheil der Gesammtbevölkerung umfaßt, „Ordnung" nennt, das nennt die große Masse des Volkes „Unordnung", und alles „Dämpfen" wird auf die Länge der Zeit nicht verhindern, daß endlich solche Zustände Platz greifen, die von der Gesammtheit als Ordnung anerkannt werden.

— **Angst- und Heulmeier.** Die Gothaer Stadtverordneten haben mit allen gegen 1 Stimme eine Resolution gefaßt, in welcher sie ihre Feindschaft „gegen die auf Umsturz gerichteten Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie" betheuern, und dann schließlich der reichstreuen Welt ankündigen, daß sie es im Interesse des guten Rufs ihrer guten Vaterstadt Gotha für dringend nöthig halten, den für die Tage vom 15.—18. Juni „vorgesehenen" Congreß der Sozialdemokraten „nicht in Gotha geschehen zu lassen". Sela!

— **„Die Zukunft", Sozialistische Revue.** Das vor uns liegende 16. Heft enthält: Der Gewerbebetrieb durch den Staat und die Commune. — Der Einfluß des Privateigenthums auf den Werth und die Vertheilung der Produkte. Morelly, ein sozialistischer Schriftsteller des 18. Jahrhunderts. Von Dr. B. Limanowski. — Rezensionen.

— **Genosse Verbauwen in Belgien,** der wegen Majestätsbeleidigung zu 18 monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt ward, klagt sehr über seine Behandlung im Gefängniß, namentlich darüber, daß ihm — dem Redakteur des „Werker" — die Beschäftigung mit literarischen Arbeiten untersagt ist. In dieser durchaus ungerechtfertigten Maßregel liegt eine raffinirte Grausamkeit, die Brandmarkung verdient. Da Verbauwen's Familie durch die Haft des Ernährers alle Subsistenzmittel entzogen sind, haben die braven flämischen Genossen eine Subskription eröffnet, die wohl der Anfang zur Bildung eines festen Fonds sein dürfte. Mit dem Wachsen der sozialdemokratischen Bewegung werden auch dort die Verfolgungen wachsen. So will es nun einmal „die Logik der Thatsachen". —

— **Es lehmannt schon.** In der letzten Sonntagsnummer unseres Berliner Parteiorgans lesen wir:

„Der erste Sturmvogel der neu verauflagten und verstärkten Reaktion ist da! Ohne Reichstagsbeschluß, ohne Genehmigung des Bundesrathes macht die Polizei das unverblümt, was die Regierung „gesetzlich" erst auf Umwegen erreichen will: die Aufhebung des Versammlungs„rechtes". Die auf heute einberufene Volksversammlung ist verboten; nicht etwa auf Grund einer neuen Gesetzesdefinition, sondern nach der altbewährten, unverfänglichen Schablone. Madai's Stellvertreter erließ an den Reichstagsabgeordneten Fritzsche gestern Abend folgende Verfügung:

„Auf die Anzeige vom 18. d. M. wird Ew. Wohlgeboren hierdurch eröffnet, daß die Ertheilung der Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der „Volksversammlung" am 19. d. M., in welcher nach den Beschlüssen der von Ihnen ebenfalls einberufenen Volksversammlung am 12. d. M. und nach einer von Ihnen unterzeichneten Annonce in der „Berliner Freien Presse" die Wahl von Vertretern zu dem Sozialisten-Congreß in Gotha stattfinden soll, versagt werden muß, weil das Polizei-Präsidium im Einverständnisse mit der Königlichen Staatsanwaltschaft am Stadtgericht hier für erwiesen annimmt, daß diese Versammlung lediglich eine Fortsetzung der Thätigkeit der für Preußen geschlossenen „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" bezweckt.

Königliches Polizei-Präsidium.
J. V.:
v. Hertzberg."

Correspondenzen.

Bremen, 17. Mai. „Das Attentat auf den Kaiser" war die Tagesordnung einer am 16. Mai hierselbst abgehaltenen Volksversammlung, einberufen von den Sozialisten. Referent war F. W. Frick. Derselbe wies in einer sachlich gehaltenen Rede nach, daß alle die Verdächtigungen, welche jetzt auf die Sozialdemokratie gehäuft werden, nicht stichhaltig seien, und betonte namentlich, indem derselbe die Bestrebungen der Sozialdemokratie erörterte, daß keine Partei ihre Ziele und Bestrebungen so offen und frei aller Welt vor die Augen führt, und daß sie namentlich es sich zur Aufgabe macht, durch Wort und Schrift das Volk zur Bildung, zum klaren Denken heranzuziehen. Schon hierdurch allein sei bewiesen, daß die Sozialdemokratie weder direkt noch indirekt Schuld haben könnte an irgend einem „Attentat", und sei deshalb ein solches Attentat auf die Sozialdemokratie energisch zurückzuweisen. Von Herrn Max Neißer ward alsdann folgende Resolution eingebracht:

„Die am 16. Mai in der Tonhalle in Bremen abgehaltene, von etwa 2000 Männern der verschiedensten Parteien besuchte Volksversammlung erklärt, daß sie das am 11. d. M. in Berlin verübte Attentat auf den deutschen Kaiser, welches auch die Ursachen desselben gewesen sein mögen, als ein gemeines Verbrechen auf das Entschiedenste verabscheut und erfreut ist, daß eine Verletzung irgend einer Person nicht stattgefunden hat.

„Die Versammlung hält jeden Mord für eine Verletzung des ersten menschlichen Rechtes, des Rechtes auf die Existenz und jeden Mörder, ob er aus politischen oder persönlichen Motiven das Leben eines Menschen vernichtet, ob er einen oder durch leichtsinniges oder herrschsüchtiges Heraufbeschwören von Kriegen viele Menschen getödtet, für einen Verbrecher an den höchsten und ersten Gesetzen der Gesellschaft.

„Politische Verbrecher dürfen nicht durch die gewaltsame Anmaßung des Richteramtes durch Einzelne gerächt werden, sie unterliegen der Bestrafung durch die gesetzlichen Richter eventuell das richtende Volk. Die Versammlung weiß, daß diese Anschauungen auch die der sozialdemokratischen Partei sind, und sie spricht darum entschieden aus, daß die traurige That nicht dem direkten Einflusse jener zuzuschreiben ist.

„Aber auch indirekt kann sie nicht von jener verschuldet, nicht eine Folge der sozialistischen Agitationen sein, weil es die Grundlehre des Sozialismus ist, daß die gesellschaftlichen Zustände nicht das Produkt eines einzelnen, wenn auch noch so mächtigen persönlichen Willens sind, sondern erstehen aus den in natürlicher Entwickelung gewordenen Wirthschaftsformen und der Geistes- und Sittenbeschaffenheit der Völker und weil die Grundmoral des Sozialismus den Mord verabscheut. Wenn im Volke eine unzufriedene Erregung herrscht, so ist sie allein verschuldet durch die zerrütteten Erwerbsverhältnisse und durch die alle Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaftsform in grellem Lichte zeigenden Besitz- und Machtcontraste. Indem die Sozialdemokratie das Volk über den innigen Zusammenhang der beklagten Mißstände mit den allgemeinen gesellschaftlichen Grundlagen aufklärt und als das Ziel des Kampfes für die wirthschaftliche und politische Befreiung die Umformung dieser, den Uebergang der Privatproduktion in die gesellschaftliche, genossenschaftliche klar und bestimmt bezeichnet, lenkt sie den durch die Contraste erzeugten und genährten Haß der Armen ab von der Richtung auf einzelne Personen oder Personenkategorien.

„Die Versammlung erblickt nur zwei Möglichkeiten der Erklärung des Attentates: entweder ist sie die Verzweiflungsthat eines sittlich verkommenen und erwerblich unfähigen Menschen, oder aber eine niederträchtige Farce, bestimmt, Kaiser und Regierung in reaktionäre Bahnen zu drängen, zu Gewaltmaßregeln gegen die Sozialdemokraten geneigt zu machen und das Volk zu bewegen, dies zu dulden und zu billigen.

„Die Versammlung protestirt darum entschieden gegen alle Gesetzes- oder Polizeimaßregeln gegen irgend eine Partei aus Anlaß des Attentates."

Zuerst erbat sich ein Herr Schröder das Wort, welcher zwar constatirt, mit dem Referenten einverstanden zu sein, jedoch nicht begreifen kann, wie derselbe dazu kommt, das Prinzip der Sozialdemokratie zu erörtern; er habe geglaubt, die Versammlung sei nur deshalb einberufen, um auf „unsern guten Kaiser" ein Hoch auszubringen. Den Worten folgt die That, und mit ihm stimmten ungefähr 30 Personen in das Hoch ein. — Der Referent, welcher dann das Wort nahm, machte dem Herrn Schröder die Nothwendigkeit, die sozialistischen Prinzipien zu erörtern, nochmals begreiflich und bemerkte auf den Vorwurf, kein Hoch ausgebracht zu haben, daß man von ihm als Republikaner so etwas nicht verlangen könnte, daß jedoch, einen Nothfall angenommen, der Kaiser vielleicht in dem Hause eines Sozialisten sicherer wäre, als in dem Hause eines Börsenjobbers. — Die Annahme der Resolution ward alsdann von Neißer auf's wärmste befürwortet und erfolgte solche auch einstimmig. Alsdann ward die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Volk geschlossen. E.

Königsberg i. Pr., 17. Mai. Montag den 13. d. M. fand im großen Saale des Kneiphöf'schen Gemeindegartens eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Herm. Arnoldt über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage referirte. Nach Schluß der Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heut im großen Saal des Kneiphöf'schen Gemeindegartens tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage vollständig einverstanden und spricht denselben hierdurch ihr größtes Vertrauen aus." — Zum 27. d. M. ist wieder eine Volksversammlung angekündigt, in welcher ein Deputirter zum diesjährigen sozialistischen Congreß gewählt und außer Anderem ein hier bereits angemeldeter Congreß-Antrag: „Ueber das Verhältniß der Sozialdemokratie zur Religion" besprochen werden soll. —

Schleswig, 14. Mai. Sonnabend, den 10. d. M., hielten wir hier eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung ab, in welcher Herr Walther aus Kiel über „die politische Lage Europas" sprach. Der Beifall, der dem Redner am Schluß seines Vortrags gezollt wurde, ist der beste Beweis, daß dessen Ausführungen von der Versammlung gutgeheißen wurden. — Ferner habe ich noch mitzutheilen, daß sich hier in Schleswig ein „Verband der Erd-, Bau- und Fabrikarbeiter" konstituirt hat, und begrüßen wir dieses Unternehmen mit Freuden. Wir haben uns gelobt, in dem Kampfe um unsere Menschenrechte mit aller Energie fortzufahren, damit auch wir bei der kommenden Reichstagswahl einen Sieg verzeichnen können.

Hannover, 16. Mai. Die Knüppelpädagogik hat herrliche Früchte zu verzeichnen, nicht allein unter der Schuljugend, sondern auch in dem herrlichen Kriegsheer. Ein Soldat, der in einem hier garnisonirenden Regimente dient, ward von seinem Unteroffizier mißhandelt. Der Erfolg der Mißhandlung war, daß vermittelst eines Peitschenstieles oder eines andern ähnlichen Werkzeuges dem armen Sünder der eine Schulterknochen abgeprügelt wurde. Der Arzt, welcher den Verletzten behandelte, hielt es für seine Pflicht, den liebenswürdigen Unteroffizier zur Bestrafung anzuzeigen. Da erschien der Hauptmann bei dem betreffenden Militärarzt und ersuchte ihn, die Anzeige rückgängig zu machen, welchem Ansinnen der Arzt so vernünftig war, nicht zu willfahren. Die Untersuchung wird also gegen den Prügelhelden eingeleitet werden. Sehen wir, was dieselbe bringen wird.

Frankfurt a. M., 13. Mai. Heute befand sich der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksfreund", Genosse Schäfer, vor den Schranken der Strafkammer. Er war angeklagt, das Militärbezirksgericht zu Würzburg und den Vicefeldwebel Steinmetz beleidigt zu haben. Die Anklage basirte auf dem famosen § 131 des Reichs-Straf-Gesetzbuches: „Wer wissentlich entstellte und erdichtete Thatsachen behauptet u. s. w." Der Staatsanwalt beantragte, da Schäfer noch mehrfache Gefängnißstrafen zu verbüßen hat, eine Zusatzstrafe von 4 Monaten. Der Gerichtshof entschied jedoch, daß Schäfer zwar der Beleidigung als schuldig erachtet werden müsse, da er jedoch sich auf vorhandene Thatsachen stützt, komme der § 131 nicht in Betracht und sei der Angeklagte deshalb nur wegen einfacher Beleidigung zu 3 Wochen Gefängniß zu verurtheilen.

Friedrichsgrün bei Wildenfels, 9. Mai. Die Lage der hiesigen zahlreichen Weberbevölkerung ist ebenso traurig, wie die der arbeitenden Bevölkerung der ganzen Umgegend. Die Familien müssen sich so kümmerlich behelfen, daß sie nicht einmal den nöthigen Lebensunterhalt auftreiben können. Die hiesigen Weber, welche ihre Arbeit durch Faktore erhalten, die dieselbe aus der großen „berühmten" Fabrikantenstadt Meerane holen, in der ebenfalls der Geschäftsgang ein miserabler ist, haben fast gar keine Arbeit mehr. In Werkstätten, wo sonst 3—4 Stühle im Gange waren, ist jetzt nur noch einer und auch dieser nicht voll beschäftigt. Und wenn man sich nach dem Verdienst erkundigt, so hört man, daß ein Familienvater, der das Glück hat, Arbeit zu haben, 6 Mark wöchentlich „verdient", wovon oft eine Familie von fünf und noch mehr Personen leben soll. Da heißt es gar oft darben oder richtiger gesagt hungern! Und solchen Leuten will noch hier und da so ein Hanswurst vordeklamiren, sie möchten nur sparen. Man hat das berüchtigte Rezept, die Löhne zu reduziren, mit einem geradezu schreckenerregenden Erfolge angewandt. Noth und Elend ist das Resultat! Allgemeine Volksverarmung ist die Folge, wo die Kapitalmacht die Arbeitskraft derartig ausbeutet. Soll der Noth und dem Elend ein Ende gemacht werden, dann muß die Macht des Kapitalismus gebrochen werden. Berufen, uns vom Elend zu erlösen, ist kein Geringerer als der Sozialismus. Auf ihn haben wir unser ganzes Hoffen gesetzt. Möchte die Stunde der Befreiung bald schlagen!

Aus Vorarlberg, 4. Mai. Die Philanthropie betrachtet den in der heutigen Gesellschaft grell und schreiend zur Erscheinung kommenden Klassen-Contrast wehmutherfüllt. Hier strotzender Reichthum, sich brüstende Intelligenz, feine Bildung, Noblesse, Mode und Parfüm — dort drückendste Armuth, Unwissenheit, Geistesnacht, Rohheit, Hadernhülle und Gestank; — Zustände — deren Wendung zum Besseren auf gesetzlicher Bahn in der Aufgabe der Sozialdemokratie aller Länder liegt. Die Lehrerschaft — ganz vorzugsweise bestimmt zur Aufbesserung der sozialen Verhältnisse durch volle Entwicklung des Verstandes, Förderung der Wissenschaft und Aufklärung der Jugend — hat vollauf zu thun, den in so vielen Familien heute noch so häufig zu Tage tretenden krassen Aberglauben im kindlichen Gemüthe mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wie er zur Stunde noch in üppigster Blüthe steht — dafür ein Beispiel: Jemand kaufte kürzlich für seine Haushaltung zur Auffütterung und Mast ein junges Schwein, das zur Beängstigung der Hausfrau bedenklich erkrankte. Es stieg in ihr sofort der Gedanke auf, der Neid, die Böswilligkeit, die „Unvergunst" der Leute sind Ursache der Erkrankung. Sie eilte, sich nahezu überstürzend, vom Stalle ins Haus, um so schnell als möglich wieder mit einer geweihten Palme in Verbindung mit drei Haselruthen und Tannenreisern, in eine Räucherpfanne gelegt, zurückzueilen. Sie zündete die Palme an, und im Nu war der ganze Stall so durchräuchert, daß der Qualm durch alle offenen Fugen und Spalten zum Dache hinaus wirbelte. So viel Capacität besaß die Frau, anzunehmen, daß Verstopfung oder Harnzwang die Ursache der Krankheit sein mochte, weshalb sie wieder in aller Eilfertigkeit in die Küche rannte, um eine Mehlsuppe mit Schmalz und Ricinusöl zu bereiten, sie in den höchsten drei Namen mit Dreikönigssalz zu bestreuen und mit Weihwasser zu begießen. Damit fertig, ging sie rasch dem Stalle zu, schüttete dem Schwein das Medikament ein und das Thier war gerettet. Aehnlichen Fällen vorzubeugen, begab sie sich mit einem ähnlichen Medikament zu den nahe gelegenen P. P. Kapuzinern zum Zwecke priesterlicher Weihung, damit dasselbe künftig im Stalle als bleibendes Zaubermittel diene.

Briefkasten

der Redaktion: H. F. in B.: In der 10. Strophe fehlt eine Versreihe. — K. in B.: Da der Irrthum weiter keine üblen Folgen gehabt, so lassen wir die Angelegenheit wohl auf sich beruhen. — Fr. A. in Siegburg: Das deutsche Strafgesetzbuch enthält unseres Wissens keinen Paragraphen, der auf den betr. Fall anwendbar wäre, es müßte denn staatsanwaltliche Finesse auf den § 85 hin eine Anklage construiren. — J. J. in H.: Ei lassen Sie doch das Pfäfflein schwätzen. Wer wird denn diese Leutchen, die sehr gut wissen, daß sie in einer sozialistischen Gesellschaft statt der „geistlichen" nützliche Arbeit werden verrichten müssen, gleich so tragisch nehmen, wenn sie die Sozialdemokratie begeifern. Uebrigens galt der Kanzelsermon ja mehr uns als Ihnen. — St. in Forst: Ihr Schreiben der Expedition übergeben, die allein den Vertrieb des „Vorwärts" und der Schriften zu besorgen hat. — J. in St. J.: Ist eingetroffen.

der Expedition: Frz Kng Reichenberg: Das Abonnement auf die „Arbeiterstimme" durch die Post ist theurer, als wenn Sie durch uns oder direkt von Newyork beziehen. Die Adresse lautet: Office „Arbeiter-Stimme" 10 North William Street Newyork U. S. Von uns bezogen kostet pro Quart. 3 Mk.

Zur Beachtung.

Den Parteigenossen in der Provinz Hannover und Umgegend zur Nachricht, daß ich durch Verbüßung der mir im letzten Münchener Sozialistenprozeß zuerkannten 1½ monatlichen Gefängnißstrafe gegenwärtig verhindert bin, in der Agitation thätig zu sein. Etwaige Zuschriften während dieser Zeit bitte ich an H. Rudolph, Mittelstr. 11/II zu richten.

Hannover, 20. Mai 1878. H. Oehme.

Halle a. S. Alle hiesigen Sozialisten (F 166) werden hiermit eingeladen, am **Sonnabend,** den **25. Mai, Abends,** zu einer **Besprechung** bei **Rödiger,** Fleischergasse 13, zu erscheinen. [50

Die Sache ist dringend wichtig. R.

In 2. Auflage ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Die parlamentarische Thätigkeit
des deutschen Reichstags und der Landtage
von 1874—1876.
Von
A. Bebel.
Preis pro Exemplar 30 Pfg.
Buchhandlung des „Vorwärts".

Durch die Expedition der „Fackel" in Leipzig, Kleine Fleischergasse 15, ist in dritter neu erschienener Auflage zu beziehen:

Herr Julian Schmidt
der Literarhistoriker
mit Setzer-Scholien herausgegeben
von [3,00
Ferdinand Lassalle.
à Exemplar **1 Mk. franco.**

Diese bedeutende Schrift wird hiermit den Parteifreunden, sowie dem gesammten Publikum bestens empfohlen. (3b)

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
nehmen bei allen deutschen Postanstalten auf den 1. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Vereinsangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Wm. Franz Jenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Wm. Henr. Rüsché, 345 West — 37 Str.
Philadelphia: H. Heß, 603 North 3rd Street.
J. Bell, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. X. Gerge, 216 Washington Str.
Chicago: A. Auffermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 61. Sonntag, 26. Mai. 1878.

Darwinismus und Sozialismus.

„Virchow hat mich als Sozialdemokraten denunzirt und verschiedene Blätter haben ihm nachgebetet, erstens, daß der Darwinismus eine sozialdemokratische Lehre ist und zweitens, daß ich als Vertreter derselben staatsgefährlich bin. Beide Behauptungen sind mir unendlich komisch vorgekommen, wie es denn für Jeden auf der Hand liegt, daß der Darwinismus, wenn er überhaupt eine politische Seite hat, im besten Sinne eine aristokratische Lehre ist. Ich bin in meiner Jugend ein begeisterter Demokrat gewesen, aber die Naturgeschichte lehrt uns, daß das treibende Prinzip das aristokratische ist."

Also sprach der verdienstvolle Führer des Darwinismus in Deutschland, Ernst Häckel, bei einem Bankett, das ihm zu Ehren in Wien veranstaltet wurde, wo er auf Einladung mehrerer wissenschaftlicher Vereine vor Kurzem einige Vorträge gehalten hatte. Gut ist, daß Häckel, zu dessen aufrichtigsten Verehrern wir — beiläufig gesagt — zählen, in derselben Rede sagte, er sei kein Politiker, sonst hätte er allerdings nicht sagen können, der Darwinismus sei eine aristokratische Lehre; derselbe ist in Wahrheit — so lieb es uns wäre, das Gegentheil behaupten zu können — so wenig eine aristokratische als eine demokratische Lehre; nichts ist überhaupt verkehrter und ungerechtfertigter, so unlieb es Manchem zu hören sein wird, als eine direkte Uebertragung naturwissenschaftlicher Sätze aus der Descendenztheorie auf die sozialpolitischen Kämpfe der Gegenwart. Aber wie zur Zeit der Reformation verschiedene Ereignisse und Gedankenströmungen, wie: die Entdeckung Amerikas, das Kopernikanische Weltsystem, das Wiedererwachen der Naturwissenschaft — unabhängig von einander entstanden und lange Zeit vollständig getrennt neben einander herliefen, wie sie aber dennoch einander in die Hände arbeiteten und sich nur zuletzt heute als ein logisch verbundenes, einheitliches Ganzes darstellen, so wird es auch späteren Zeiten möglich sein, die beiden unabhängig von einander entsprungenen Gedankenströmungen des Darwinismus und Sozialismus von ihrem weit auseinanderliegenden Ursprunge an zu verfolgen und zu sehen, wie sie in ihrem Laufe allmälig sich nähern und sich schließlich vereinigen zu einem gewaltigen und majestätischen Kulturstrom, der die Menschheit ungeahnten Bildungsstufen zuführen wird.

Wenn Häckel sagt, er sei in seiner Jugend begeisterter Demokrat gewesen, so würde er damit nur beweisen, daß ein anderer Darwinianer, Fr. v. Hellwald, leider nur zu Recht hat, wenn er in seiner „Kulturgeschichte" sagt: „Im Allgemeinen ist der Deutsche in seiner Jugend Demokrat, allmälig überzeugt er sich aber von der Thorheit und Unausführbarkeit seiner Jugendideale und wird hübsch ordentlich conservativ und ein ruhiger Staatsbürger." Daß dies die Regel ist, beweisen die 48er Freiheitshelden, von denen die meisten heute die ärgsten Speichellecker und Anbeter Bismarck's sind, und wenn man allerdings sieht, wie alle Aufstände und Revolutionen des Volkes seine Ketten nur straffer gezogen und den Despotismus nur ärger gemacht haben, so kann dies wenig befremden; um so größer und erhabener stehen die leuchtenden Beispiele der wenigen wahren Männer da, welche den „thörichten Idealen" ihrer Jugend auch im Alter treu geblieben sind, und wenn nicht Alles trügt, so stehen wir der Verwirklichung wenigstens einiger dieser „Ideale" näher, als Manche glauben.

Der Ausspruch: „Das treibende Prinzip sei das aristokratische" ist entschieden unrichtig; im Gegentheil lehrt uns die Kulturgeschichte, daß das treibende Prinzip das demokratische ist, wie Buckle in seiner „Geschichte der Civilisation" bis zur Klarheit nachgewiesen hat.

Jede neue Kulturepoche ging von unten, nicht von oben aus, auch heute ist es wieder das Volk, welches in seinem Drängen und Treiben nach oben die Menschheit fortreißen wird und zwar nicht zum wenigsten mit Hilfe der modernen Naturwissenschaft. Häckel belobt die anerkennende Haltung, welche die österreichische Presse gegenüber seinen eigenen und überhaupt naturwissenschaftlichen Werken und Lehren einnimmt, und beklagt sich in dieser Beziehung über die deutsche; wir wissen nicht, ob die österreichische Presse — der herrschenden Klassen natürlich! — dieses Lob verdient, wir bezweifeln es fast, denn der Indifferentismus der Bourgeoisie gegen Alles, was Wissenschaft heißt und nicht nach Geld und Verdienst aussieht, ist international; das aber wissen wir, daß Häckel die sozialistische Presse nicht kennt, sonst müßte er wissen, daß dieselbe, vom Centralorgan bis herab zum kleinsten Lokalblatte, sich viel und ausführlich mit den Lehren des Darwinismus beschäftigt; denn „die Halle der Wissenschaft ist der Tempel der Demokratie", wie Buckle sagt, und nur der Denkende ist frei.

Ob der Darwinismus eine aristokratische oder demokratische Lehre sei, ist vorläufig eine müßige Frage, um so mehr ist es zu bedauern, wenn Männer wie Häckel irgend einer Partei Veranlassung geben, mit dem Glanze seines Namens zu prahlen und Propaganda zu machen. Häckel selbst wandte sich in seiner Rede mit Recht gegen Virchow, in welchem er „nicht mehr den strengen unparteiischen Naturforscher von früher, sondern nur noch den einseitigen Politiker, den Führer der Fortschrittspartei erblickte."

So schade es ist, daß der radikale Naturforscher Virchow zum „Geheimenrath" herabgesunken ist, so schade wäre es, wenn der geniale und muthige Bahnbrecher des Darwinismus zum „deutschen Universitätsprofessor" herabsinken würde, dessen Hauptbestreben dahin geht, die Wissenschaft zum Gebrauch für die herrschenden Klassen zurecht zu machen, der aber theilnahmlos an dem Elend des Volkes vorübergeht und die Armen und Gedrückten vergebens nach einem Worte der Erlösung seufzen läßt.

Vorläufig dürfen wir uns an den aristokratischen Schrullen dieses Mannes nicht allzusehr stoßen, wir sind ihm im Gegentheil Dank schuldig für sein mannhaftes Eintreten für Einführung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in die Volksschulen. Ist einmal diese Forderung verwirklicht, lernen alle Menschen ihren wahren Ursprung und ihre wahre Stellung in der Natur erkennen, so wird sich bald zeigen, ob der Darwinismus dem aristokratischen oder dem demokratischen Prinzip Vorschub leistet. Wissen einmal alle oder wenigstens die meisten Menschen, — Blödsinnige und Unzurechnungsfähige wird es wohl immer geben, — daß es für sie „kein Jenseits giebt, kein Wiedersehn", daß sie blos dieses Leben zu erwarten haben und kein anderes, welches ihnen Belohnung und Ersatz gewährt für ihre hienieden ausgestandenen Leiden und Entbehrungen, so werden sie es wohl bald müde sein, den gaukelnden Phantasiebildern ihrer Priester Glauben zu schenken und von ehrgeizigen Despoten und Diplomaten wie Schafherden sich gängeln und ausbeuten zu lassen.

Zum Schlusse können wir uns nicht versagen, den von uns hochverehrten Jenenser Zoologen auf Worte aufmerksam zu machen, welche sein berühmter Freund und College, Huxley*) in London, in einer Abhandlung über den „wissenschaftlichen Gehalt des Positivismus" aussprach. Nachdem er den ungünstigen Eindruck schildert, den das Studium der Comte'schen Philosophie in ihm zurückgelassen hatte, sagt dieser ausgezeichnete Forscher: „Dies war der Eindruck, den das Studium Comte's in mir zurückließ, verbunden mit der Ueberzeugung, für deren Begründung in mir ich ihm ewig dankbar sein werde, daß die Organisation der Gesellschaft auf einer neuen und rein wissenschaftlichen Grundlage nicht nur praktisch ausführbar, sondern auch der einzige politische Gegenstand ist, für den es sich verlohnt, in die Schranken zu treten."

C. F.

Ueber die Stimmung im Volke

erhält die „Berliner Volkszeitung" eine Anzahl von Zuschriften, die sich sämmtlich gegen die beabsichtigten Maßregeln wider die Sozialdemokratie aussprechen. Eine Stimme erscheint uns so beachtenswerth, daß wir sie hier an hervorragender Stelle wiedergeben, um so mehr, da dieselbe in einem Blatte ertönt, welches immer stark gegen die Sozialdemokratie geeifert hat. Die Zuschrift an das fortschrittliche Blatt lautet:

„Gestatten Sie einem schlichten Bürger in einem Augenblick der Gefährdung unseres nationalen Lebens durch die Columnen Ihres geschätzten Blattes ein schlichtes Wort an die berufenen Wächter unserer Institutionen, an die Vertreter der Nation im Reichstage. Es ist die Stimme eines Mannes, der keiner der bestehenden Parteien angehört, den sein Beruf eines Arztes fern hält von aller politischen Thätigkeit, dem aber Eins am Herzen liegt — die Ehre seines Volkes. Ein von der ganzen Nation einstimmig verurtheiltes wahnwitziges Bubenstück, das Attentat auf den Kaiser, soll schleunigst benutzt werden zu einem wohl überlegten, längst geplanten Angriff auf die Ehre dieser Nation. Die allgemeine Entrüstung über die That eines Verworfenen wird als eine günstige Stimmung betrachtet, die man benutzen muß, die Volksvertretung zum Aufgeben von Fundamentalrechten des Volkes zu bewegen, die in langen und schweren Kämpfen errungen wurden, — die Preßfreiheit und das allgemeine Stimmrecht. Und man will das Eisen schmieden, weil es noch warm ist. Ich rede nicht von unserer „Freiheit" und unseren „Rechten" als solchen. Wer unsere Preßfreiheit und unsere parlamentarischen Rechte kennt, der weiß, in wie bescheidene Grenzen sie im Vergleich mit den entsprechenden Institutionen anderer civilisirter Völker eingepfercht sind. Aber es ist von Interesse, den Standpunkt Derer zu kennzeichnen, die uns jetzt diese Rechte verkümmern wollen, und ihre Achtung vor der Nation, die in solchem Gebahren sich ausspricht. Sind denn diese Fundamentalrechte, ohne welche ein nationales Leben unmöglich ist, ein Geschenk der Regierung an unmündige Kinder, welches wieder zurückgenommen wird, weil ein verkommenes Individuum ein außer allem Zusammenhang mit der Ausübung dieser nationalen Rechte stehendes Verbrechen verübt? Es gab eine Zeit, wo man politische Rechte als Gnadengeschenke der Regierungen ansah und sie dem Volke, welches in hochherzigem Kampfe für die Wiederaufrichtung der durch fremde Gewalt zertrümmerten Throne seine Mündigkeit dokumentirte, als Preis für seinen Opfermuth verhieß. Wurden irgendwo in ganz Deutschland, mit Ausnahme zweier Kleinstaaten, die feierlichen Verheißungen gehalten? wurde der Tugendlohn ausgezahlt? Das ist eine alte, längst vergessene Geschichte, aber es scheint „opportun", daran zu erinnern, wenn es sich darum handeln soll, dieselbe Nation zu strafen für ein Verbrechen, an welchem sie keinen Theil hat. Nicht unser Opfermuth, noch unsere Treue und unser Gehorsam hat uns von der Schmach der Censur und des Absolutismus befreit, und wir wurden sie trotz unserer Siege von 1866 und 1870 noch heute tragen müssen, wenn nicht die Kämpfe des „tollen Jahres" die ehrwidrigen Schranken unserer staatlichen Entwickelung für immer beseitigt hätten. Für immer? Die Schmach der Censur soll auf's Neue den deutschen Namen beflecken, denn die Presse unter polizeilicher Willkür ist gleichbedeutend mit Censur. Und weshalb diese neue Schmach? Weil ein Theil der Presse, die sozialdemokratische, verantwortlich gemacht wird für das von einem Einzelnen, ihrer Partei nicht Angehörigen, verübte Verbrechen. Ich habe die Blätter dieser Partei nicht gelesen, aber so weit ich die Geschichte kenne, weiß ich, daß nie und nirgends eine politische Partei den Meuchelmord auf ihr Banner geschrieben hatte, daß aber dennoch bei allen Völkern, zu allen Zeiten, unter allen Verfassungen Meuchelmorde an Staatsoberhäuptern verübt und versucht worden sind von Angehörigen der verschiedensten Parteien, und auch in Zukunft sich wiederholen werden, weil weder durch Gesetze noch durch Verfassungen das Entstehen geistiger Mißgeburten verhütet werden kann. Es ist daher auch kein Gewicht darauf zu legen, daß die sozialdemokratische Partei jetzt mit Recht von sich behaupten konnte, sie habe noch keinen Meuchelmörder in ihren Reihen erzeugt, während alle übrigen Parteien, bis zu den conservativsten, derart berüchtigte Namen zu den ihrigen zählten.

Aber an das würdevolle Verhalten einer in politischen Dingen weit fortgeschrittenen und hochcivilisirten Nation bei ähnlichem Anlaß soll hier erinnert werden. Als Lincoln von der Kugel des Meuchelmörders Booth tödtlich getroffen wurde, da deutete alle Welt mit scheinbar weit größerem Rechte auf eine große, fast die Hälfte der Nation umfassende politische Partei, die mit den Waffen in der Hand gegen die nationale Regierung stand und in dem „Abolitionisten" Lincoln ihren persönlichen Todfeind erblickte. Das ganze Land erbebte unter der Schandthat, denn Lincoln war „der Vater seines Vaterlandes", aber selbst den mit den Waffen Besiegten legte man nicht die Schmach auf, sie ihrer Rechte als freie Bürger eines freien Staates zu berauben — und hier soll ein ganzes, gebildetes Volk freiwillig den Nacken beugen?

Ich sage freiwillig, denn noch kann nichts geschehen ohne Eure Zustimmung, Vertreter der Nation. Was heute durchgeführt werden soll, wurde schon vor Jahren geplant und durch Euren Widerstand vereitelt. Zeigt, daß Ihr dieselben seid, wie damals, als man durch den „Haß- und Verachtungsparagraphen" die „deutsche Preßfreiheit" zum Kindergespött machen wollte, — die Hüter der Ehre der Nation! Denn weniger um den Besitz einer mäßigen Freiheit handelt es sich, als um die Unehre des Aufgebens derselben. Das Recht, welches vernichtet werden soll, ist nicht ein Recht der sozialdemokratischen Partei, sondern ein Grundrecht des ganzen Volkes. Wird es einer Partei entrissen, so ist es für alle anderen vernichtet. Nicht unsere Kleinstaaterei, unsere Zerrissenheit und staatliche Ohnmacht haben uns früher in erster Reihe dem Mitleid und der Verachtung anderer gebildeter Nationen preisgegeben, sondern weit mehr unsere politische Unmündigkeit, unsere Unfreiheit, unser unmännliches Ueberunsergehenlassen alles dessen, was von „oben" über uns beschlossen wurde. Wachet, daß der Mordversuch am Kaiser nicht einen Selbstmord an der Ehre der Nation gebäre."

So lautet eine „Stimme aus dem Volke", und zwar eine unparteiische Stimme, die sich mit aller Kraft gegen den „groben Unfug" wendet, welcher mit der Nation getrieben werden soll.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Dem vom Bundesrath angenommenen Gesetzentwurf der preußischen Regierung „gegen Ausschreitungen der Sozialdemokratie" sind die Motive auf dem Fuße gefolgt. Sie nehmen sich folgendermaßen aus:

„Die Ausbreitung der Sozialdemokratie hat in Deutschland im Lauf der letzten Jahre immer größere Dimensionen angenommen. Die sozialdemokratischen Lehren und Tendenzen sind in Kreise gedrungen, welche denselben früher unzugänglich waren. Die sozialdemokratische Agitation, planmäßig und durch geschulte Agitatoren betrieben, übt mehr und mehr ihren verderblichen, die Gemüther verwirrenden Einfluß auf die Klassen der Bevölkerung aus. Um den Umsturz der bestehenden Verhältnisse und die Bildung des sozialistischen Staates herbeizuführen, ist die Sozialdemokratie unablässig bemüht, Unzufriedenheit in den besitzlosen Klassen zu verbreiten, dieselben gegen die besitzenden Klassen aufzureizen, die überlieferten sittlichen und religiösen Anschauungen, die Vaterlandsliebe, die Pietät und die Achtung vor dem Gesetze, überhaupt alle diejenigen Grundlagen zu untergraben, auf welchen der Staat und die Sicherheit der Gesellschaft beruhen. Die Sozialdemokratie droht, das Gemeinwohl auf das empfindlichste zu schädigen, indem die durch Agitation hervorgerufene Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens nicht ohne Rückwirkung auf die Entwicklung der wirthschaftlichen Verhältnisse bleiben können. Wiederholt sind die verbündeten Regierungen an den Reichstag mit Vorschlägen herangetreten, um den Gefahren der Sozialdemokratie durch schärfere Strafbestimmungen entgegenzuwirken. Es geschah dies bei Gelegenheit der Vorlage des Gesetzes über die Presse und in der Session 1875—1876 durch die Abänderungsvorschläge zum Strafgesetzbuche. Diese Vorschläge haben die Zustimmung des Reichstags nicht gefunden. Die Frage aber, ob es nicht besonderer Maßnahmen bedürfe, um den Ausschreitungen und der weiteren Verbreitung der Sozialdemokratie entgegenzutreten, ist damit nicht erledigt worden. Dieselbe ist vielmehr fortdauernd eingehend erwogen und nunmehr aus Anlaß des vor Kurzem gegen das Leben Seiner Majestät des Kaisers verübten Attentats wiederum in den Vordergrund getreten. Die verbündeten Regierungen glauben diese Frage bejahen zu müssen. Die in Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften auf den Gebieten der Presse und des Vereinswesens, auf welchen sich die sozialdemokratischen Agitationen vorzugsweise bewegen, reichen, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht aus, um diesen Agitationen mit Erfolg zu begegnen. Es bedarf kräftiger und schneller eingreifender Mittel, um den Gefahren vorzubeugen, welche aus der Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren dem Gemein-

*) Huxley ist durchaus kein Anhänger Comte's, im Gegentheil schildert er die Bestürzung und Enttäuschung als ungeheuer, als er das Verfahren dieses „mächtigen Erdensohnes", zu dessen Studium er durch die Hindeutungen in John Stuart Mill's Logik veranlaßt wurde, in seinem Wiederaufbauungswerk verfolgte.

wesen drohen. So fern die Absicht liegt, das Vereins- und Versammlungsrecht so wie das Recht der freien Meinungsäußerung allgemeinen und dauernden Beschränkungen zu unterwerfen, so erscheint es doch im öffentlichen Interesse geboten, dem Mißbrauche, welchen die Anhänger der Sozialdemokratie mit diesen Freiheiten fortgesetzt treiben, Schranken zu setzen und auf diese Weise den Bestrebungen Raum zu gewähren, welche darauf gerichtet sind, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte wie durch wirthschaftliche Verbesserungen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen. Solche Schranken können aber nur durch die Gesetzgebung aufgerichtet werden, und diese muß, da es sich um eine alle Bundesstaaten gleichmäßig bedrohende Gefahr handelt, von dem Reiche ausgehen, dessen Competenz dazu nach Art. 4, Ziffer 16 der Reichsverfassung keinem Zweifel unterligt. Auf diesen Gesichtspunkten beruhen die Bestimmungen des vorgelegten Gesetzentwurfs. Nach § 1 soll der Bundesrath die Ermächtigung erhalten, Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, zu verbieten. Die auf Grund dieser Ermächtigung erlassenen Verbote sollen der Controle des Reichstages unterliegen, welcher befugt sein soll, die Außerkraftsetzung derselben herbeizuführen. In der Presse und in dem Vereinswesen liegt der Schwerpunkt der sozialistischen Agitation. Eine große Menge vielgelesener Blätter verbreitet die sozialdemokratischen Lehren täglich in allen Theilen Deutschlands und in allen Schichten der Bevölkerung. Hand in Hand mit der Presse wirken zahlreiche Versammlungen für die Zwecke der Sozialdemokratie, und in weitverzweigten Vereinen besitzt dieselbe in Deutschland in höherem Maße eine einheitliche und geschlossene Organisation, als in irgend einem anderen Lande. Das Verbot des Bundesrathes würde, so weit es sich auf nichtperiodische Druckschriften erstreckt, häufig erst eintreten können, wenn die Verbreitung der Druckschrift vollendet ist. Dies gilt insbesondere von Flugschriften und Broschüren, welche auf Straßen und an öffentlichen Orten verbreitet werden. Deshalb schlägt der § 2 des Entwurfes vor, die Polizeibehörde für befugt zu erklären, die Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten vorläufig zu verbieten. Ein solches Verbot soll jedoch erlöschen, wenn es nicht innerhalb vier Wochen von dem Bundesrathe auf Grund des § 1 bestätigt wird. Auch die nach dem § 1 dem Bundesrath zu gewährende Befugniß zum Verbote von Vereinen würde in vielen Fällen von geringer Wirkung sein, wenn nicht gleichzeitig den Organen der Staatsgewalt eine entsprechende Befugniß in Bezug auf die Versammlungen beigelegt würde. Denn, wenn auch Versammlungen, welche von einem Vereine veranstaltet werden, von dem Verbote des Vereins mitgetroffen werden würden, so wird doch die Agitation nicht blos in solchen Versammlungen betrieben, und die Erfahrung lehrt, daß, sobald ein sozialdemokratischer Verein geschlossen wird, die von demselben bisher betriebene Agitation in Versammlungen fortgesetzt wird, welche sich nicht immer als Vereinsversammlungen qualifiziren lassen. Es bedarf daher der im § 3 des Entwurfs vorgeschlagenen Bestimmung, wonach die Polizeibehörde befugt sein soll, Versammlungen im Voraus zu verbieten oder nach dem Beginn durch den von ihr entsandten Vertreter aufzulösen, sobald Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung die Ziele der Sozialdemokratie verfolge. Die in den §§ 4 und 5 vorgeschlagenen Strafbestimmungen sollen die Durchführung der nach den §§ 1—3 zu erlassenden Verbote sicherstellen. Wenn endlich im § 6 die Beschränkung der Gültigkeit des Gesetzes auf einen Zeitraum von drei Jahren vorgesehen ist, so beruht dies auf der Absicht, die Freiheit der Presse und des Vereinswesens auch der Sozialdemokratie gegenüber nicht länger zu beschränken, als zur Sicherung des Staates und des öffentlichen Friedens unumgänglich nothwendig ist, und auf der Hoffnung, daß es nach Ablauf von drei Jahren eines solchen Schutzes nicht mehr bedürfen werde."

Ein würdigeres Accompagnement als durch diese Motive konnte der reaktionärste aller reaktionären Gesetzentwürfe nicht erfahren. Es fragt sich nun, ob der Reichstag die Motive gelten lassen und den Gesetzentwurf gutheißen wird. Thut er das, so hat er die herrschenden Klassen, so hat er „Staat und Gesellschaft" zwar der Mühe überhoben, sich mit der Sozialdemokratie auf dem Gebiete des „geistigen Kampfes" auseinanderzusetzen, aber — und das sei besonders betont — ein Schutzwehr gegen die „Lehren und Tendenzen" der Sozialdemokratie hat er nicht errichtet. Die rohe Gewalt ist kein Präservativ gegen Ideen. Will man — wie der Gesetzentwurf es plant — nach allgemeiner Anerkennung strebende Ideen aus der Welt schaffen, so kann man dies nur wiederum vermittelst Ideen. Und weil der Gesetzentwurf dieser durch die Geschichte gleichsam geheiligten Tendenz des menschheitlichen Entwicklungsstrebens schnöde in's Gesicht schlägt, darum wird er wirkungslos bleiben, und sollte er, statt auf drei, auf tausend Jahre „Rechtskraft" erhalten.

— **Ein glänzender Sieg der Sozialdemokratie.** Durch ein Ausnahmegesetz wollte man die Sozialdemokratie tödten. „Es gingen drei Jäger wohl auf die Pirsch" — Bismarck, Eulenburg und Hoffmann; der erstere allerdings erkrankte schon sofort, die beiden anderen suchten nach Mitjägern und Treibjungen, die der deutsche Reichstag ihnen liefern sollte. Und etliche fanden sich auch: der Graf Bethusi-Huc, der in ein gänzlich mißtönendes Horn stieß, so daß alle Menschheit lachte und höhnte, und der Herr v. Helldorf, der dem Minister Eulenburg einfach nachplapperte, dann das Gros der deutschconservativen und freiconservativen Partei. Das aber wurde eine traurige Jagd, die Jäger schossen sich selbst an und die Treiberjungen fielen über ihre eigenen Beine.

So ungefähr war das Bild, welches sich Donnerstag, den 23. Mai im Reichstage zeigte.

Staatsminister Hofmann eröffnete die Jagd mit einem höchst unglücklichen Ritt ins alte romantische Land und pries schließlich neben den geforderten Ausnahmegesetzen die Kirche als die beste Helferin gegen die Sozialdemokratie an. (Bravo rechts, Murren bei den Liberalen und der Ruf: Stöcker! bei den Sozialdemokraten waren seine ganze Jagdbeute.)

Namens der sozialdemokratischen Abgeordneten gab nunmehr der Abgeordnete Liebknecht folgende Erklärung ab:

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Der Versuch, die That eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lang vorbereiteten Reaktionsstreichs zu benutzen und die „moralische Urheberschaft" des noch unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirthschaftliche und politische Entwickelung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffaßt, richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen, daß wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Diskussion des dem Reichstage heut vorliegenden Ausnahmegesetzes theilzunehmen, und werden uns durch keinerlei Provokationen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, in diesem Beschluß erschüttern lassen.

Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen, weil wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit das Unserige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Wagschale werfen.

Falle die Entscheidung des Reichstages aus wie sie wolle — die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht.

Berlin, 23. Mai 1878.

Auer. Blos. Bracke. Demmler. Fritzsche. Hasenclever. Kapell. Liebknecht. Most. Motteler. Rittinghausen.

Nun sprach der klerikale Abg. Jörg gegen die Regierungsvorlage. Ihm folgte der Abg. Bethusi-Huc, der den Strom der Zeit wiederum einmal an der Stirnlocke ergriff. Er versicherte pathetisch, daß er die Sozialdemokraten nicht tödten wolle; er versicherte ferner, daß er und seine Gesinnungsgenossen das Attentat nicht gemacht, auch nicht den Zeitpunkt des Attentats gewählt hätten und erklärte dann noch, daß die Christlich-Sozialen viel gefährlicher seien, als die Sozialdemokraten vom reinsten Wasser. (Ein schnurrig-bissiger Blick des bartlosen Herrn v. Moltke, der Vorsitzender der Christlich-Sozialen ist, und kein einziges Bravo war des edlen Grafen ganze Jagdbeute, wenn man das anhaltende Hohngelächter, welches die Rede zu Grabe geleitete, noch abzieht.)

Der Abg. Bennigsen hielt eine staatsmännische Rede, in Form und Inhalt bedeutend, gegen die Vorlage.

Darauf sprach der neue Minister von Eulenburg mit vielem Pathos und wenig Logik. (Einzige Jagdbeute: Lebhaftes Bravo rechts.) Der Abg. von Helldorf sprach darauf die ganze Rede des Ministers noch einmal wörtlich nach und erhielt dafür gleichfalls dieselbe Portion von den Bravos, welche die Conservativen zu vergeben haben.

Nachdem nun der Abg. Eugen Richter, der sich allerdings im Auftrage seiner Partei gegen die Vorlage wenden mußte, wieder einmal recht unanständig und ungezogen im Reichstage sich aufgeführt hatte, für welches Betragen er von einzelnen Fortschrittlern bebravot wurde, vertagte man die Sitzung.

Die Jagd war sehr kläglich ausgefallen.

Oder brauchen wir ein anderes Bild:

Ohne Kampf hatte die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg erfochten.

— **Zeitungsurtheile.** Der „Hannoversche Courier", das anerkannte Organ des Herrn von Bennigsen und des rechten Flügels der Nationalliberalen, schreibt, indem es die Entlassung des Ministers Falk bespricht:

„Gegen keine Unterdrückung ist das deutsche Volk so empfindlich, wie gegen die mit kirchlichen Waffen geübte, und so dürfen wir hoffen, daß Alles, was freisinnig ist in der Nation, sich alsbald zum Widerstande zusammenschaaren wird, nicht gespalten durch den Versuch, die Aufmerksamkeit auf die sozialdemokratische Gefahr abzulenken, die gewiß eine ernste und große ist, aber durch die Unthat eines von Kindesbeinen an verkommenen Burschen nicht binnen einer Woche sich so erhöht hat, daß Abwehrmaßregeln gegen sie das einzige politische Interesse der Nation wären. Die eine Thatsache, daß mit Falk's Rücktritt das seit Jahren vorbereitete Unterrichtsgesetz eine Beute der Herren Stöcker, Kögel und Genossen wird, ist in unseren Augen wichtiger als die Entscheidung, ob sofort oder erst in ein paar Monaten beim Wiederzusammentritt des Reichstages das Strafgesetzbuch darauf hin geprüft werden soll, ob es den Ausschreitungen der Sozialdemokratie gegenüber die erforderlichen Waffen enthält. Doch nicht um das Unterrichtsgesetz, das wir als ein Beispiel hervorgehoben, handelt es sich — es handelt sich um die drohende Ausbreitung einer neuen Reaktion über unser gesammtes öffentliches Leben."

Die „Volkszeitung" bespricht das geplante Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten und kommt zu folgendem Resultat:

„Genau das Gegentheil würde und muß die Wirkung der Vorlage sein. An die Stelle des frischen und lebhaften Kampfes in der Presse und den Vereinen, der sich gerade in der letzten Zeit bei uns entwickelte, in der stets wachsenden Erkenntniß, daß man die Irrlehren der Sozialdemokratie nur durch geistige Waffen: einerseits durch eigene Vertiefung in das Wesen des Staates und der Gesellschaft, andererseits durch das Hinaustragen der so gewonnenen Erkenntniß in die Massen des Volkes, dem Heben und Läutern der sittlichen Elemente des Volksgeistes, in dem Ersetzen der morsch gewordenen Glaubenslehren durch die lebendige Erkenntniß, wie das geordnete Zusammenleben der Menschen dem Einzelnen hohe Pflichten auferlegt, in deren Erfüllung er einzig und allein sein eigenes Wohl und das der Gesammtheit fördern kann. Kurz an die Stelle eines freien Ringens aller besten Kräfte der Nation würden durch die Maßregelungen der Polizei gerade die wesentlichsten Elemente zur wirklichen Ueberwindung der innerlichen Gefahren der Sozialdemokratie lahm gelegt werden. — Jeder ehrliche, überzeugungstreue Mann würde sich mit Ekel von einem Kampfe abwenden, den er mit einem an Händen und Füßen gefesselten Gegner führen soll; der Philister aber würde sich ruhig schlafen legen, denn die Polizei wäre ja da, die für ihn wacht und sorgt, und für die Stärkung des Sinnes für Recht und Ordnung, ja um durch wirthschaftliche Verbesserungen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen, würde er sicherlich keinen Finger mehr rühren."

Das Hohelied des Bürgerthums.

In Schiller's „Lied von der Glocke" und Bruch's Composition desselben für Gesang und Musik feiert eine Gesellschaftsklasse den Höhepunkt ihres geistigen, sittlichen und künstlerischen Strebens, die eigentlich nur noch in Ueberresten besteht. Wir meinen das „Bürgerthum".

Die erste Gesammt-Aufführung des Liedes in der Composition von Bruch am 12. Mai d. J. im Gürzenichsaale zu Cöln — der bald eine Wiederholung in Leipzig folgen soll — giebt uns Veranlassung zur Darlegung einiger Gedanken über dieses Doppelwerk.

Die beginnende Bourgeoisie hat — theils aus naiver Unkenntniß, theils, und namentlich im Fortgange ihrer Bestrebungen, zur Verschleierung ihrer Ziele und Zwecke — den Versuch gemacht, sich mit dem volksthümlicheren Namen „Bürgerthum" zu umkleiden, obgleich damit geschichtlich zunächst die Bürger im Gegensatz zu den nicht unter dem Schutze von Wall und Mauer lebenden Bauern, später die kleineren Erwerbsleute überhaupt, der sogenannte Mittelstand, im Gegensatz zu den Reichen und Armen bezeichnet wurden. Zuletzt — beim Beginn der Bourgeoisie — abstrahirte man dann bald von den früheren Kriterien des Schutzes und des Erwerbes und nannte — zur Verwischung aller früheren und der noch bestehenden Stände — jeden Angehörigen der Gemeinde und des Staates „Bürger": Staats- und Gemeinde-Bürger.

Das Bürgerthum begleitet nun — bis es vollständiger in die eigentliche und bewußte Bourgeoisie umschlägt — seine Herrschaftsperiode, die es für das höchste Ziel der Menschheit hält, regelmäßig eine schwungvolle Pflege der Poesie, schönen Literatur und Kunst. Namentlich Poesie, Gesang und Musik sind die Lieblinge des Bürgerthums.

Den besten Ausdruck findet eine geschichtliche Epoche doch häufig erst bei ihrem Niedergange. So auch das Bürgerthum. Aus solcher Zeit des Verfalls stammt nun auch — kurz nach der ersten französischen Revolution, im Jahre 1799, gedichtet — Schiller's „Lied von der Glocke", das als das Hohelied des Bürgerthums zu bezeichnen wir uns erlauben.

Seine schönste Begleitung in Gesang und Musik hat das Lied jedoch erst jetzt — fast zu spät, um noch in die Reste des Bürgerthums Eingang finden zu können — durch Max Bruch gefunden, der seiner Vaterstadt Cöln den Vorzug der ersten Gesammtaufführung angedeihen ließ.

Zu spät, sagten wir. Denn wie viele ehrsame Handwerksmeister und sogenannte kleine Bürgersleute können 4 oder 5 Mark opfern, um sich der Aufführung des Werkes zu erfreuen? Das Gros der Zuhörer bildet jetzt die Bourgeoisie nebst denjenigen abstrakten Staatsbürgern, die — obgleich sie auch von dem erforderlichen Vermögen abstrahirt sind — noch immer wähnen, einmal in die eigentliche Bourgeoisie hinaufsteigen zu können.

Den echten Typus des geschichtlichen Bürgerthums bildet aber der Handwerksmeister, — der dann natürlich auch in der späteren Zeit des Verfalles, des Ueberganges zur geschichtlichen Bourgeoisie, für Phantasiegebilde noch beibehalten wurde, da sich in ihm allenfalls noch die Arbeit verherrlichen ließ, während die Arbeit der Bourgeoisie so wenig wie die Arbeit der verhungernden Fabrikarbeiter und ländlichen Tagelöhner ꝛc. den Dichtern und Componisten geeignete Stoffe für Jubelfeste darbieten. Auch sind die Zeiten vorüber, wo der robuste Handwerksmeister im Fest-Schurzfell die allgemeinen Feste wesentlich mitverherrlichte. Die entschleierte Bourgeoisie feiert mit den Meistern keine Feste. Indessen im „Liede" nimmt sich „der Meister" noch ganz hübsch aus.

Werfen wir kurz einige Blicke auf Inhalt und Charakter zunächst der Dichtung.

Das Lied zerfällt in zwei, ihrem Charakter nach wesentlich verschiedene, jedoch in kunstvoller Abwechselung mit einander verschlungene Theile: in die Werk-Strophen des Meisters (Glockengießers) an seine Gesellen bei den verschiedenen Hantirungen des Gusses vom Beginne bis zum Schlusse der Arbeit, und in die Sinn-Strophen, die als gute Reden die Arbeit begleiten und mit Bezug auf die Bestimmung der Glocke bei den wechselnden Schicksalen des Menschen sinnvoll deuten. Daß letztere Strophen, ebenfalls vom Meister gesprochen oder gesungen werden, braucht man nicht nothwendig anzunehmen. Sie bilden gleichsam den Chor der Alten, und können daher im Gesange ganz passend als Soli, Terzett, Quartett oder Chor von den Werkstrophen unterschieden werden.

Schiller — obgleich selbst Atheist oder Pantheist und heimisch in den Lebensanschauungen der antiken Bourgeoisie — mußte sich doch dem damals herrschenden Charakter der öffentlichen Meinung anschließen. Es war dies das verblassende Christenthum, jedoch mit dem Glauben an Gott und die Unsterblichkeit; es war ferner die Ergiebigkeit der von alten Fesseln sich befreienden Arbeit und Industrie; es war dies das gänzliche Ignoriren der Noth der Massen; es war die Zeit der Befreiung von den alten Ständen und von der absoluten Herrschaft der Fürsten, die man vorzugsweise als kraftlose Inhaber einer „Würde" ehrte; es war die Zeit des beginnenden Uebermuthes des bürgerlichen Reichthums, noch gefesselt von den früheren besseren Anschauungen.

Die Sinnstrophen zerfallen wieder in zwei Gruppen, wovon die eine das Privatleben des Menschen von der Geburt bis zum Tode, die andere das gemeinsame und öffentliche Leben behandelt, — Alles im Anschluß einestheils an die einzelnen Abtheilungen des Glockengusses und anderntheils an die Sitte des Glockenläutens bei den Ereignissen des privaten oder des öffentlichen Lebens.

Doch ist es nicht unsere Absicht, das herrliche Gedicht im Einzelnen durchzugehen. Ueberfliegen wir daher nur rasch im Großen und Ganzen den Inhalt, etwa unter Anschluß einzelner Bemerkungen.

Nachdem der Geburtstagsfeier des Kindes gedacht, reißt sich vom Mädchen stolz der „Knabe". Ein bedenklicher Umstand für einen „Knaben". Wäre er eines Meisters Sohn, so müßte er wohl tüchtig die Ruthe des Meisters kosten, um ein ordentlicher Bursche oder Geselle zu werden. Aber es scheint ein Bourgeois-Kind zu sein; da mag dies eher vorkommen. Freilich stimmt dazu nicht recht, daß er am Wanderstabe die Welt durchmißt. Was er in der Welt gethan, erfahren wir nicht. Er kommt heim, liebt, heirathet, erwirbt sich ansehnlichen Besitz — er scheint ein reicher Gutsbesitzer geworden zu sein —, wird übermüthig, verliert sein Vermögen durch Blitzes-Feuersbrunst — die Bourgeoisie ist klüger: sie versichert ihre Habe und macht in den Aktien-Dividenden der Versicherungsanstalten noch ein glänzendes Geschäft —, wandert mit seiner Familie, von der kein theures Haupt ihm fehlt, nochmals aus — nur begreifen wir nicht, wie er nach dem letzten Blicke auf das Grab seiner Gabe „fröhlich" zum Wanderstabe greifen kann —, und scheint es dann wieder zu etwas zu bringen; dann stirbt ihm die Gattin.

Hiermit endet die Schilderung des Privatlebens, und es kommen zwei oder drei Bilder des mehr öffentlichen Lebens.

Zunächst die Feier des Spießbürgers, wenn er am siebenten Tage von der Arbeit ausruht. Aber er kann es nur unter dem Schutze der polizeilichen Ordnung: das Stadtthor schließt sich knarrend. Bei dieser Ordnung muß aber im Laufe der Jahre Manches faul geworden sein im Staate: der Feuerzunder hat sich still gehäuft; die Unzufriedenheit wächst: der Aufruhr bricht los und verwüstet Alles.

Die Glocke aber soll der Eintracht, der Freude, dem Frieden gewidmet sein. Das ist der Schlußwunsch.

Knüpfen wir hieran einige Glossen.

Wie ist der verherrlichte Bürger zu seinem Reichthum gekommen?

Der Mann muß hinaus
In's „feindliche" Leben.

Allerdings. Unter der Herrschaft schon der beginnenden Bourgeoisie bricht für jeden erwachsenen Mann — später sogar

Man sieht, daß die Presse jetzt anfängt, vernünftiger zu werden — sie merkt eben, daß es ihr endgültig ebenso wie den Sozialdemokraten an den Kragen gehen soll.

— Der Herd der Reaktion ist gegenwärtig Berlin. Dort werden die Fäden zu dem Stricke gesponnen, mit welchem die gefesselte Freiheit und in erster Linie die Sozialdemokratie erdrosselt werden soll. Nicht genug mit dem Ausnahmegesetz, sind von Berlin aus noch Schritte gethan worden, um eine internationale „Sauhatz" gegen die Sozialdemokratie in Scene zu setzen. Rußland soll sich sofort bereit erklärt haben, diesbezügliche Abmachungen zu acceptiren, und auch die Beihilfe Oesterreichs wird sicher erwartet. Wie man sieht, steht der Weizen der Reaktion in schönster Blüthe, ob aber die Ernte gut ausfallen wird? Diese Frage können wir zuversichtlich schon heut mit Nein beantworten. Denn wie zur ersten Zeit des Christenthums alle Verfolgungen und Hinrichtungen den endlichen Sieg der neuen Lehre nicht verhindern konnten, so ist auch der Sozialismus bereits zu einer Macht herangewachsen, gegen die auf die Dauer nichts, am allerwenigsten brutale Gewalt aufkommen wird.

— Verbrecherische Verlogenheit. In unserm hiesigen Parteiorgan „Fackel" lesen wir Folgendes:

„Das gestrige „Leipziger Tageblatt" enthält folgende Notiz: „Der bisher noch immer dunkle Punkt, woher Hödel die größere Geldsumme, in deren Besitz er sich noch in letzter Zeit befunden, gehabt habe, hat seine Lösung erfahren. Man schreibt darüber der „Kölnischen Zeitung" aus Leipzig: Der wackere Sohn hat seine Eltern bestohlen. Dieselben verwahrten in einer Lade ihren Sparpfennig, eine Summe von 168 Mark; jetzt mußten sie die Entdeckung machen, daß dieselbe auf Nimmerwiedersehen verschwunden sei. Mit dieser Thatsache fällt nun auch die große Deklamation des sozialistischen Amtsblattes „Vorwärts" in sich zusammen, daß Noth und Elend den Geist Hödel's umnachtet und zu der That getrieben haben. Hödel wußte sich, wie man sieht, gegen Noth und Elend zu helfen, und so wird es denn trotz alles Windens und Drehens der Sozialdemokratie dabei sein Bewenden haben, daß Hödel der Ihre bleibt, daß sie es gewesen, welche mit ihren Lehren den Sinn dieses Menschen verwirrt und auf die Bahn der Verworfenheit und des Verbrechens gebracht hat."

„Da uns die Verlogenheit nationalliberaler Blätter bekannt ist, so sandten wir sofort einen Mitarbeiter unseres Blattes zu den Eltern des „Attentäters", um über den „dunklen Punkt" Erkundigung einziehen zu lassen. Wir erhalten daraufhin folgenden Bericht: „Die Eltern Hödel's wohnen in einer jener Miethscasernen, deren 4. Stockwerk die Hälfte der Zinsen allein trägt. Die Mutter, eine leidend aussehende Frau, öffnete mir die Thür und ich betrat die Proletarierwohnung, denn eine solche war es im wahren Sinne des Wortes. Trotz der herrschenden Sauberkeit blickte die hohläugige Noth aus allen Ecken. Nachdem ich den Leuten (auch der Pflegevater war anwesend) den Zweck meines Kommens auseinandergesetzt, waren die Armen (die Frau unterstützt durch Hausiren mit Waschhauben den kärglichen Verdienst ihres sich als Flickschuster ernährenden Mannes) über die dreiste Lüge, ihr Sohn habe ihnen Geld gestohlen, auf's Höchste erstaunt und empört: Am 13. März, so versicherte mir der Pflegevater, ging Hödel-Lehmann, wie er vorgab, nach Frankreich, kehrte aber, entblößt von Allem, am Charfreitage zurück. Am 24. April reiste er angeblich nach Dresden um von dort nach Böhmen zu gehen, wo er Arbeit zu finden hoffte. — Wie er von Frankreich (?) gekommen, ohne etwas Anderes, als was er auf dem Leibe trug und nur im Besitze von 2 Thlr., die ihm seine Mutter gegeben, verließ er Leipzig. Von dem Sonntagsanzuge, für dessen Erlös er angeblich den verhängnißvollen Revolver gekauft, wissen die Eltern nichts; sie hörten auch nicht eher wieder etwas von ihrem Sohne, als bis er die (in unserem Blatte schon erwähnte) kostbare Spieluhr von Berlin aus hierher sandte." — —

Sollen wir diesen einfachen nackten Thatsachen noch ein Wort hinzufügen? — Wir glauben es nicht nöthig zu haben. Wenn aber die Nationalliberalen nöthig haben, derartige handgreifliche Unwahrheiten zu colportiren — so spricht das deutlich genug! Der „dunkle Punkt" hat noch keine „Lösung erfahren"!! Oder doch???"

— Das Centralwahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei wurde vor etlichen Tagen von der Hamburger Polizeibehörde auf Antrag des Berliner Polizeipräsidiums darüber vernommen, aus welchen Gründen der Attentäter Lehmann aus der sozialistischen Arbeiterpartei ausgeschlossen sei. — Wenn die Berliner Polizei einen Blick in die Nummer 58 des „Vorwärts" geworfen hätte, so hätte sie sich die Vernehmung ersparen können.

— Eine Erinnerung. Im Jahre 1849 wurde bekanntlich auf den damaligen Kronprinz, jetzigen König von Preußen in der Nähe von Mainz zu der Zeit geschossen, wo er an der Spitze einer Armee von ca. 12,000 Mann gegen die Freischärler in Kirchheim-Bolanden zog. Der des Attentats Angeklagte, ein Freischärler Namens Schneider, wurde, obschon vom Standpunkt des Staatsanwalts aus an seiner Schuld kaum ein Zweifel war, von der liberalen Jury freigesprochen. Dies war der letzte oder vorletzte politische Prozeß vor den Geschworenen jener Zeit. Die Reaktion legte den Liberalismus auch auf diesem Gebiet lahm. Kurz vorher waren die 40 Freischärler-(anno 1849) Führer, die im Mai 1850 auf der Assisenbank in Mainz saßen, mit 90 „Nein, nicht schuldig" auf 90 Fragen der Anklage freigesprochen worden.

Die ultramontanen Blätter rufen dem anläßlich der Lehmaniade loyalitätstoll gewordenen Liberalismus diese Vorgänge ins Gedächtniß zurück. Das „Mainzer Journal", Organ des Herrn Moufang, hält z. B. der liberalen „Mainzer Zeitung" im Besonderen und der liberalen Presse im Allgemeinen folgende Strafpredigt:

„Beim Empfange des Staatsministeriums äußerte der Kaiser, es sei jetzt drei Mal auf ihn geschossen worden. Ist es nur Zufall, daß die liberalen Blätter sich nur noch des in Baden-Baden verübten Attentats, aber nicht mehr des ersten Attentats erinnern, das im Sommer 1849 bei Nieder-Ingelheim stattfand? Wir wollen der „Mainzer Zeitung" ins Gedächtniß zurückrufen, daß damals liberale Broschüren in nackten Worten den Fürstenmord predigten, daß die liberalen Blätter, voran die „Mainzer Zeitung", die politischen Leidenschaften bis zum Wahnsinn aufstachelten, und daß es ein Mitglied dieser liberalen Partei, ein gewisser Schneider aus Nieder-Ingelheim war, der Kirchheimbolanden, wohin er unter Führung von Bamberger und Zitz als Freischärler gezogen war, verließ, sich nach Nieder-Ingelheim zurückbegab und hier auf den damaligen Prinzen von Preußen, den jetzigen Kaiser, der nach Kreuznach reiste, um von hier aus die preußischen Truppen gegen die Freischaaren in das bayerische Gebiet zu führen, einen Schuß abfeuerte, durch den der Postillon schwer verwundet wurde. (Also kein Schuß à la Lehmann.) Ist es der „Mainzer Zeitung" nicht mehr erinnerlich, daß, als die Anschuldigung des Mordversuchs gegen diesen Schneider zum ersten Male vor dem Schwurgerichte dahier zur Verhandlung kam, die Sache vertagt wurde, weil einer der damaligen liberalen Geschworenen auf dem Wege zum Schwurgerichtslokale sich dahin äußerte: „Den wollen wir verurtheilen, weil er ihn nicht getroffen hat!" Hat die „Mainzer Zeitung" den Jubel der liberalen Presse vergessen, mit dem sie bei der zweiten Verhandlung die Freisprechung des Schneider aufnahm? Hat sie vergessen, wie der freigesprochene Schneider von dem anwesenden liberalen Publikum unter stürmischen Ovationen aus dem Schwurgerichtssaale getragen, und daß er, seines Berufes nur ein Taglöhner, nach wenigen Tagen von dem liberalen Theile der Bewohner von Nieder-Ingelheim allda zur Belohnung seiner That zum Gemeinderathsmitglied gewählt wurde!" Hat die „Mainzer Zeitung" die unmenschlichen Niedermetzelungen preußischer Soldaten in den unvergeßlichen Maitagen 1848 vergessen, wenigstens zum Theil hervorgerufen durch die Aufstachelungen in den liberalen Clubs und in den liberalen Blättern, an deren Spitze die „Mainzer Zeitung"? Und was hat damals die katholische Presse, was haben die Katholiken gethan? Im Verein mit den conservativen Elementen haben sie mit Muth und Energie dieselbe Sache vertheidigt, für die der Prinz von Preußen, der jetzige Kaiser, in's Feld zog, sie haben treu und muthig zu den Thronen gestanden, welche die liberale Springfluth wegzuspülen drohte! Tempora mutantur! Die Elemente, die noch heute, wie damals, die wahren und zuverlässigen Stützen der Thronen sind, sie sind heute geächtet und verfolgt! Und gerade hierin liegt die Erklärung der jetzigen trostlosen und zerfahrenen Zustände. Es war ein richtiges Wort, was der Kaiser sprach: Das Volk darf der Religion nicht entfremdet werden! Gebe man den Kirchen, die in Wahrheit noch Religion lehren, den ihnen gebührenden freien Raum, und sie, aber auch nur sie allein werden im Stande sein, der täglich in Folge s. g. liberaler Gesetze immer grauenhafter auftretenden Rohheit und Verwilderung Zügel anzulegen und statt Bestien Menschen heranzuziehen! Wir wissen wohl, solche Gedanken sind geradezu ein Verbrechen gegen die neue liberale Aera, und am Allerwenigsten nach dem geistlichen Geschmacke der „Mainzer Zeitung", deren hauptsächlicher Beruf es ist, confessionellen Haß zu schüren und jeden positiven Glauben im Volke zu ertödten!"

Man muß sagen, daß der Spieß sehr wirksam umgedreht ist. Speziell Herr Bamberger wird über die 1849er Reminiscenz nicht sonderlich erbaut sein. Die Aeußerungen des „Mainzer Journals" über die Haltung der Katholiken im Jahre 1849 ist ein nicht mißzuverstehender Wink mit dem Zaunpfahl, der durch die Entlassung des unglücklichen Falck eine für die Herren Liberalen sehr bedenkliche Aktualität (praktische Bedeutung) erlangt hat.

— Der Vortritt in der Gesinnungslumperei gebührt unstreitig dem „Leipziger Tageblatt"! Oder ist es keine Gesinnungslumperei, wenn es das von mannhafter Ueberzeugungstreue zeugende Votum des Gothaer Stadtverordneten Krause über den Antrag auf Untersagung des Sozialisten-Congresses in Gotha folgendermaßen ironisirt?

„Nur immer gesinnungstüchtig! Das einzige Mitglied der Stadtverordnetenversammlung zu Gotha, welches sich gegen den bereits mitgetheilten Antrag auf Verbietung (Verbietung! Prächtiges Deutsch! Red. d. „V.") des Sozialisten-Congresses erklärt, heißt Wilhelm Krause. Nachträglich vertheidigt dieser Herr seine Abstimmung folgendermaßen:

„Gotha hat zeither auswärts mit Recht im Rufe der Freisinnigkeit gestanden. Wir hatten dies unsern in politischer Hinsicht von Vorurtheilen nicht befangenen Fürsten zu verdanken. Dem Annacker'schen Antrage beizustimmen, hielt ich nicht für angemessen, weil derselbe, wenn man ihm höheren Orts Folge giebt, Gotha unter die reaktionären Staaten versetzen würde was voraussichtlich nach und nach zur Erstickung jeder freiheitlichen Regung führen dürfte."

Die Gesinnungstüchtigkeit ist freilich ein Artikel, den das „Leipziger Tageblatt", seitdem es das Geldmachen zu seinem einzigen Beruf gewählt, schon längst nicht mehr auf Lager hat.

— Die Reaktion an der Arbeit. Der Münchener „Zeitgeist" schreibt unterm 22. d. M.: „Die gestern Abend in das Vereinslokal einberufene und bei der Polizei ordnungsgemäß angezeigte Mitglieder-Versammlung der Gewerkschaft der Schuhmacher wurde nach Eröffnung derselben durch den Eintritt von 2 Polizeicommissarien und 2 bewaffneten Gensdarmen gestört. Von den beiden Commissären wurden die Namen der Anwesenden (circa 80 Mann) aufgeschrieben, sämmtliche Bücher confiszirt und die Versammlung auf Grund des Artikel 24 des Vereinsgesetzes aufgelöst. Ein älterer College fragte seinen neben ihm sitzenden Kameraden, ob denn in München der Belagerungszustand proklamirt sei, wegen dieser Aeußerung wurde derselbe sofort mit der Gensdarmerie abgeführt. Zu bemerken ist noch, daß das Versammlungslokal von einer großen Zahl Gensdarmen, theils mit aufgepflanztem Bajonett, umstellt war." — Wenn solche Dinge schon bei den gewöhnlichen Gesetzen möglich sind, wie wird man mit den Arbeitern erst umspringen, wenn das projektirte Ausnahmegesetz „Rechtskraft" erlangt hat?

— Zum „geistigen Kampfe" wider die Sozialdemokratie liefert die folgende im „Eisleber Tageblatt" publizirte „Bekanntmachung" eine treffliche Illustration:

„Die Mansfelder Berg- und Hüttenwerke sind bisher von den traurigen Folgen sozialdemokratischer Umtriebe verschont geblieben. In neuerer Zeit werden jedoch wiederholt Versuche gemacht, durch fremde noch dazu mit den hiesigen Verhältnissen völlig unbekannte Agitatoren auch die Mansfelder Berg- und Hüttenleute ohne alle Veranlassung aufzuwiegeln und zu betören.

---

auch für Frauen und Kinder — der Kampf Aller gegen Alle an. Es fehlt die Solidarität der Genossen, die diesen Kampf bis auf ein Geringes beseitigt.

Wie kämpft aber unser „Bürger" diesen Kampf des Erwerbes? Kommt er blos durch tüchtige, ehrliche Arbeit zum Wohlstand? O nein: er muß auch

Erlisten, erraffen,
Muß wetten und wagen,
Das Glück zu erjagen.

Das scheint nun aber doch heute sogar noch von Manchen, die nicht Sozialdemokraten sind, nicht gebilligt zu werden, wie z. B. auch aus der Petition des Deutschen Reform-Vereins an den Fürsten Bismarck (siehe Feuilleton in Nr. 57 des „Vorwärts") hervorgeht, welche „die Erlistung und Erraffung ungeheuer großer Werthe" mit gar nicht günstigen Augen ansieht.

Der Noth — die der dichterischen Schilderung ebenso fähig ist, wie der Tod —, des sozialen Zusammenhanges und der darin zur Geltung kommenden Hilfe für den Einzelnen, der Nächstenliebe und deren thätiger Werke wird in dem ganzen Gedichte nicht gedacht, — da die „liebende Gemeine" doch kaum hierher zu ziehen sein wird.

Nur dürftig kommt auch der Staat zur Geltung; es wird seiner nur als eines Polizeistaates — zur Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung — gedacht. Der Dichter scheint nur den Nachtwächter-Staat Lassalle's vor Augen gehabt zu haben. Auch der König geht ziemlich leer aus. Er wird blos von seiner Würde aus betrachtet, ohne daß dieser Würde ein gedanklicher, machtvoller Inhalt beigelegt wird. Da macht es die jetzige Bourgeoisie vernünftiger: sie will einen waffengewaltigen Cäsar — auf den Namen kommt es nicht an, er darf auch Präsident einer Republik heißen —, der freilich das Schwert nur nach ihrem Belieben, zur Aufrechthaltung ihrer Herrschaft, ziehen soll, — worin sie sich denn oftmals vorthut.

Dem Bürgerthum und der beginnenden Bourgeoisie war freilich die Nothwendigkeit der Militärgewalt zur Aufrechthaltung der Plutokratie noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Sie betrachtete den König mehr als ein durch seine „Würde" zur Zierde dienendes Ornament. Selbst in England scheint man aber jetzt allmälig zu der Anschauung zu gelangen, daß der König nicht so gänzlich machtlos blos nach dem Willen der Mehrheit der sogenannten Repräsentanten oder der sogenannten öffentlichen Meinung regieren dürfe; die schlimmen Strikes sind doch am besten mit den Waffen niederzuhalten. Doch kehren wir zu Schiller zurück.

Der Dichter des Bürgerthums hatte Anfangs der französischen Revolution gehuldigt und konnte deren Prinzipien auch dann noch nicht ganz los werden, als er sich später mit heftiger Feindschaft gegen die Auswüchse derselben durch die damaligen Gewalthaber erklärte.

So erklärt sich denn auch ein anscheinender Widerspruch in dem Liede von der Glocke. Einmal — wenngleich etwas versteckt — wird die Freiheit und Gleichheit gepriesen:

Heil'ge Ordnung, segenreiche
Himmelstochter, die das Gleiche
Frei und leicht und freudig bindet.

In dem leichten und freudigen Bunde mag dann der Bruderbund, die Brüderlichkeit, enthalten sein.

Mit Betonung wird dagegen der Ruf nach Freiheit und Gleichheit bloßgestellt beim „Aufruhr":

Wenn sich die Völker selbst befrei'n,
Da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn.

Schiller war ein schlechter Geschichtskenner; sonst müßte er gewußt haben, daß die Völker meist sich selbst befreiten, und daß darauf noch fast immer die Wohlfahrt gediehen und gewachsen ist. Ein wüster Aufruhr wird freilich die Befreiung nicht bewirken; und in Verbindung mit einem solchen Ereigniß brauchte der Dichter die edlen Worte „Freiheit und Gleichheit" nicht in Verruf zu bringen.

Doch nun genug vom Dichter, wir kämen sonst nicht zu Ende und wollen doch der Composition noch kurz gedenken.

Bruch's Composition ist prächtig und macht dem schönen Gedichte alle Ehre, nicht minder aber auch dem Componisten selbst. Auch die Ausführung war eine durchaus tüchtige.

Die Werkstrophen werden in passender Weise einem den „Meister" (den Glockengießer) repräsentirenden Bassisten vorbehalten. Die Einfachheit des Vortrages dieser Strophen ist überall durchgeführt, was nicht nur durch deren Inhalt und Gesammtcharakter geboten ist, sondern auch zur glänzenderen Abhebung der übrigen Theile des Liedes: der Chöre, Quartette ꝛc. und der zarteren übrigen Soli, dient. Weiter auf die Composition und die Ausführung im Allgemeinen einzugehen, unterlassen wir hier, indem wir uns nur ein paar kleine Bemerkungen gestatten.

Der den Meister vorführende Baßbariton gab die langen Vocale häufig mit einem affectirt vibrirenden Tone, der dem ernsten Meister wenig ansteht und uns wenigstens fast immer widerwärtig vorkommt. Ging hierdurch die schöne Einfachheit und Glätte des Tones in etwas verloren, so lag eine Uebertreibung in dem Vortrage der Sätze: „Stoßt den Zapfen aus! Gott bewahr das Haus!" Dieselben wurden, wir möchten sagen, schreiend hinausgestoßen. Ob der Componist — der selbst dirigirte — dies so vorgeschrieben hat, wissen wir nicht. Auch die Composition des Satzes: „Gott bewahr das Haus!" scheint uns der Seelenstimmung nicht entsprechend. Während der erste Satz den wichtigsten Befehl an die Gesellen bringt, liegt in dem zweiten Satze ein bangendes Gebet für Abwendung der Gefahr, und diesen Unterschied mußten auch Composition und Vortrag bestimmt hervortreten lassen.

Das ganze Werk wurde im Allgemeinen mit großem Beifall, an manchen Stellen sogar mit Jubel aufgenommen. Den höchsten Grad jubelnden Beifalls erntete jedoch — soviel wir bemerkten — die Stelle „Arbeit ist des Bürgers Zierde ꝛc." Hier ist auch die Musik eine glänzende, wenngleich unseres Erachtens etwas gehaltlos. Es war, als wenn hier der Brennpunkt des Ganzen gelegen hätte. Uns war das unverständlich. Es waren doch keine oder nur wenige Handwerksmeister oder gar Arbeiter zugegen. Oder verwechselte man die Arbeit im engeren Sinne mit dem Erlisten, Erraffen? Freilich blieben auch Manche bei dieser Stelle gänzlich stumm — und wir desgleichen, wenngleich wohl aus entgegengesetztem Grunde. Wir dachten dabei an den dürftigen Segen der Arbeit der Hände; wir dachten dabei, wie gering die Ehre des „Arbeiters" sei, dem der „Bürger" nicht einmal eine Stimme bei den eigenen öffentlichen Angelegenheiten gönnt.

Zum Schluß dann noch als Curiosum eine Stelle des Kritikers der „Kölnischen Zeitung", die mir gerade in die Augen springt. „Köstlich" nennt er den Orchestersatz in der großen Scene Nr. 24 (es ist die Scene des „Aufruhrs"); er schildere „die Revolution, Petroleum, Straßenkampf und alles Mögliche und zwischen Allem hindurch glaubt man noch Freiheitslieder brüllen zu hören." Ein Freiheitslied, zwischen den vier Wänden notenmäßig gesungen, mag allerdings hübscher sein und stößt man dann nicht leicht nach Oben an; ein Freiheitslied gehört aber — wenngleich nicht zum Aufruhr — so doch dahin, wo es sich um die Freiheit handelt, und dann werden ebenfalls etwas kräftigere Stimmen am Platze sein. Doch hier mag der Kritiker durch den ebenfalls nicht klaren, schillernden Dichter gedeckt sein. Drollig aber ist die Verwechselung von „Revolution" und „Aufruhr". Sollte das lediglich Einfalt sein? Die Erwähnung des „Petroleums" läßt die Frage nicht bejahen. Das aber hat der Componist mit seiner herrlichen Schöpfung doch nicht verdient, daß man von ihr am Ende noch sagen könnte, sie rieche nach Petroleum! Aber es brennt wohl in dem Gehirne des Kritikers statt des reinen Spiritus eine trübe Petroleumflamme.

„Da nun diese Umtriebe im höchsten Grade gemeingefährlich sind und lediglich in selbstsüchtigem Interesse sozialdemokratischer Wühler — zum größten Nachtheile der zu bethörenden Leute — in letzter Consequenz die Aufhebung des Privateigenthums, den Umsturz der gonzen bürgerlichen Ordnung und eine vollständige Religionslosigkeit bewirken, so muß solchen Bestrebungen ebenso wohl im Interesse des Bergbaues und der Industrie überhaupt, als auch im ganz besonderen Interesse der Arbeiter, welchen bei uns jede Veranlassung zu begründeten Klagen fehlt, auf das Allerentschiedenste entgegengetreten werden.

„Es wird deshalb hierdurch zur Warnung bekannt gemacht, daß die sämmtlichen Revier-Obersteiger und die Ober-Voigte auf den Hütten Anweisung erhalten haben, jedem gewerkschaftlichen Arbeiter, welcher sich als Mitglied der sozialdemokratischen Partei einschreiben läßt oder sonst zu erkennen giebt, daß er dieser Partei angehört, ohne Weiteres die Arbeit zu kündigen, denselben unter Umständen auch sofort zu entlassen. Eisleben, den 18. Mai 1878. Die Ober-Berg- und Hütten-Direktion: Leuschner."

Und die Arbeiter der „Mansfelder Berg- und Hüttenwerke" werden trotz aller „Ober-Berg und Hütten-Direktions-Bekanntmachungen" doch unser. Wir werden nicht ruhn noch rasten, bis wir die „Leute" soweit „bethört" haben, daß „Bekanntmachungen" wie die obige zu den „Unmöglichkeiten" gehören, weil sie völlig wirkungslos bleiben.

— Diplomatischer Wirrwarr — in diese Phase ist zur Abwechselung wieder einmal die Orientkrise getreten. Wollte man dagegen den offiziösen Preßpapageien der Diplomatie Glauben schenken, so wäre Europa jetzt endlich auf dem Wege, definitiv in den langersehnten Hafen des Friedens einzulaufen. England will etliche Forderungen fallen lassen, und auch Rußland erklärt, daß es ein Knopfloch zurückzustecken bereit sei. Der „ehrliche Maller" ist also an der Arbeit. Mag den Flunkereien der Diplomaten, denen die Sprache nur gegeben ist, um sich nach Kräften gegenseitig anzulügen, aber trauen wer will — wir halten uns an die realen Thatsachen, und die allerdings belehren uns, daß der Krieg nahe ist. Beiderseits werden die Rüstungen in kolossalen Dimensionen fortgesetzt. Ein kleiner unvorhergesehener Zufall nur, und die „Rauferei" beginnt. Wenn die Dinge aber erst so weit gediehen sind, daß ein Zufall über Krieg und Frieden entscheiden kann, dann ist der Krieg gleichsam zur Nothwendigkeit geworden.

— Genosse Bock in Gotha, der erst seit drei Wochen die Redaktion der „Thüringer Volkszeitung" führt, ist bereits mit drei Anklagen beehrt worden. Die Nr. 55 der „Thüringer Volks-Zeitung", in welcher unter „Lokales und Provinzielles" folgende Bemerkung zu lesen war: „In demselben Augenblick, wo unser Landesherr dem größten Atheisten unserer Zeit, dem Dr. Ludwig Büchner, den Professorentitel verleiht, blüht in Gotha ein Ketzerprozeß schöner als der andere," trug Bock die dritte Anklage ein. Die Staatsanwaltschaft hatte an dem Wort „Ketzerprozeß" Anstoß genommen und ließ dieselbe die betr. Nummer beschlagnahmen; selbst aus hunderten von Privatwohnungen wurde das verpönte Blatt abgeholt. Also allüberall Reaktion und Sozialistenverfolgung.

— Der frühere Redakteur der „Berliner Freien Presse", Paul Grottkau, wurde wegen verschiedener Beleidigungen am 21. d. M. von der bekannten VII. Criminaldeputation des Berliner Stadtgerichts zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt. Da sich Grottkau gegenwärtig in Amerika aufhält und vorläufig wohl auch keine Lust verspüren dürfte, den „gastlichen" Boden des „freien und einigen" Deutschlands zu betreten, so wird die Sozialistencolonie am Plötzensee auf dessen Anwesenheit bis auf weiteres verzichten müssen.

Correspondenzen.

Bitterfeld. Am 12. Mai fand im hiesigen Bürgergarten eine Volksversammlung statt, die von etwa 5—600 Menschen besucht war. Hasenclever referirte über das Thema: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner", und erledigte seine Aufgabe in einstündigem Vortrag mit soviel Geschick, daß die Versammlung, welche anfänglich der Mehrzahl nach aus Gegnern unsrer Sache bestand, ihre Zustimmung durch lebhaftem Zuruf bekundete. Als Gegner waren die Gewerkvereinler H. Polke und Kamin aus Berlin anwesend, und ist diesen das Zeugniß nicht zu versagen, daß sie ihre Sache sehr gut gemacht haben — bessere Gegner kann sich die Sozialdemokratie nicht wünschen. Die Herrchen verstanden es aus dem ff, ihren an sich faulen Kram den Anwesenden vollständig zu verleiden. Daß sie sich hierbei des erbärmlichsten Mittels, der Denunziation, bedienten, ist bei dem Charakter jener Helden selbstverständlich und männiglich bekannt; doch erscheint es nicht überflüssig, bei jedem besonderen Anlaß hiervon Notiz zu nehmen. Ramm und Rödiger besorgten die Abfertigung der beiden Gewerkvereinler, was freilich nicht schwer, in Anbetracht des Umstandes aber, daß die Eisenbahn-Fahrkosten für unsre Genossen ca. 3 Mark betrugen, eine recht undankbare Aufgabe war. — Polke und Kamin und der Bitterfelder Schuldirektor sprachen am Schluß der Versammlung die Hoffnung aus, daß die Bevölkerung von Bitterfeld und Umgebung sich nicht durch die „Irrlehren der Sozialdemokratie" werde bethören lassen und nach wie vor mit dem Bürgerthum für eine Besserung dessen, was besserungsbedürftig, kämpfen werde. Wir konnten der Versammlung gegenüber die Gewißheit aussprechen, daß nunmehr auch in diesem Kreise der Boden für die Sozialdemokratie geebnet und ihr Sieg gesichert sei. Köstlich sind übrigens die nachfolgenden „Worte zur Ermahnung" zu lesen, die ein Bitterfelder „Cives" im „Bitterfelder Kreisblatt" losgelassen hat. Der „Cives" lamentirt:

„Worte zur Ermahnung. Bei der von dem sozialdemokratischen Einberufer, einem blutjungen, hier in Arbeit stehenden Handwerksgesellen, am vorigen Sonntag wiederum veranlaßten Versammlung mußte leider die Wahrnehmung gemacht werden, daß eine große Anzahl, kaum der Schule entwachsener junger Leute dieser Versammlung beiwohnte und von denselben fast ausschließlich — natürlich nur des Amüsements halber — die Beifallsbezeugungen zu Gunsten der sozialdemokratischen Redner in Scene gesetzt wurden.

„Bedauerlicher Weise giebt das Gesetz den polizeilichen Organen kein Mittel an die Hand, derartige junge Leute von dem Besuche solcher, für ihre gedeibliche Entwickelung so überaus nachtheiligen Versammlungen abzuhalten resp. zurückzuweisen, und wenden wir uns deshalb vertrauensvoll an unsere Mitbürger, soweit dieselben Lehrherren, Arbeitgeber, Pfleger oder Erzieher sind, jene jungen Leute allen Ernstes von gedachten Versammlungen fern zu halten, wobei wir die Hoffnung auszudrücken nicht unterlassen wollen, daß sich solche Versammlungen in unserem friedlichen Bitterfeld überhaupt nicht wiederholen mögen, da ja glücklicherweise der vorige Sonntag wiederum den Beweis geliefert hat, daß hier Gott Lob kein Boden für die uns in ihrem wahren Lichte vorgeführten abscheulichen Zwecke der Sozialdemokratie vorhanden ist.

„Da die Agitatoren der letzteren indeß bei ihren bekannten Eigenschaften nicht müde werden, zu wühlen — um mit den eigenen Worten eines ihrer Redner zu sprechen —, so wird es jedenfalls das beste Mittel sein, daß Alle, die sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen, einfach die Versammlungen dieser Partei nicht besuchen, denn dann werden die Herren Redner hier gewiß vor sehr wenig besetzten Plätzen ihre Nichts sagenden Phrasen kundgeben und unseren schon aus Anlaß der vorletzten Versammlung geäußerten Wunsch erfüllen müssen, lieber zu bleiben, wo der Pfeffer wächst.

„Und in der That — welchem gesetzliche Ruhe und Ordnung liebenden Bürger wären nicht die stets ein und dasselbe wiederholenden Ausführungen der sozialdemokratischen Agitatoren in den nun stattgehabten beiden Versammlungen ein wahres Aergerniß geworden? Cives."

Ohne Zweifel wird der „Cives" beim Anblick des Bismarck'schen Sozialistenvernichtungsgesetzes vor Freude einen Purzelbaum nach dem andern geschlagen haben, ist doch ganz unerwartet sein sehnlichster Wunsch, den Sozialisten die Propaganda für ihre Prinzipien unmöglich zu machen, erfüllt. Aber gemach Herr „Cives", die Sozialdemokratie wird leben trotzdem und alledem.

R. **Dresden**, 19. Mai. Der deutsche Michel muß periodisch seine Kullmaniade haben! Den besten Beweis für die Wahrheit dieses Satzes bietet die Wuth, mit welcher die reichstreuen Preß-Turkos über die Attentat-Telegramme herfallen, um die Details ein Langes und Breites zu verarbeiten. — Nun, das Bemühen der Liberalen dürfte insofern nicht ohne Erfolg bleiben, als künftig die Sozialdemokraten noch mehr gemaßregelt, geknebelt und unterdrückt werden, der fromme Wunsch aber, durch eine Lehmanniade „der rothen Sippe" den Garaus zu machen, bleibt eben ein frommer Wunsch!

Dies „welterschütternde" Ereigniß wurde denn gestern Abend hier in einer im Saale der „Centralhalle" tagenden, nach Tausenden zählenden Volksversammlung eingehend beleuchtet. Genosse Vollmar referirte in fast zweistündiger Rede über „Das Berliner Attentat und die Sozialdemokratie". Der höchst maßvolle, gutdurchdachte Vortrag führte zunächst den bekannten Thatbestand vor, wonach noch zu beweisen sei, ob Lehmann Kaiser- oder Selbstmörder werden wollte. Das bekannte Verfahren der preußischen Regierung, der jeweiligen Oppositionspartei den Attentäter aufzuhalsen, werde hier nur auf's Neue inscenirt. Wie Seseloge der damaligen Fortschrittspartei, Becker dem Nationalverein und Kullmann dem Centrum, so solle jetzt Lehmann der Sozialdemokratie aufgebürdet werden. Das perfide denunciatorische Verfahren der gegnerischen Blätter kennzeichnete Referent, indem er eine Reihe Attentat-Artikel citirte. In Dresden leiste die nationalliberale „Dresdner Zeitung" das Größtmöglichste in schamlosen Ergüssen gegen die sozialistische Partei und wirklich genügten einige Citate, die Versammlung zu einem lauten „Pfui" über solche Schamlosigkeit zu veranlassen. Die Krone gebühre, wie in allen solchen Fällen, aber „dem Hauptorgan des Reichsvereins für Sachsen", dem „Leipziger Tageblatt", welches an Gehässigkeit und Gemeinheit alle anderen Blätter des Sachsenlandes überflügele. Daß die größten liberalen Blätter dem keineswegs nachblieben, zeigte Redner an Stellen aus der „Magdeburger Zeitung", „Post", „Tribüne" 2c. und resumirte sodann, daß, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt, Bismarcks frühere Worte an die Nationalliberalen: „Sie werden mich später bitten, Ihnen diesen (reaktionären) Gesetzentwurf vorzulegen", nur zu bald verwirklicht werden dürften. Was — schloß Referent — haben wir Sozialdemokraten jetzt zu erwarten? Wenn nicht reaktionäre Gesetze, so andres Auslegen der jetzigen! Wir sind gefaßt auf Reaktion, wir wissen, daß uns Reaktion nichts schaden kann! Dann wird die Gegnerschaft finden, daß die Sozialdemokraten „geistig" gewappnet sind! — Stürmischer Beifall lohnte den Redner. — Die hierauf folgende Debatte lehrte, daß Dresden „gut sozialistisch" ist. Herr Klemich wies in kurzen, treffenden Worten nach, daß Lehmann ebensowohl von unsern Gegnern gedungen sein könne und die Versammlung bekundete ihre gleiche Meinung durch lautes Bravorufen. — Ein hier als confuser Schwätzer nur zu sehr bekannter Herr Cohn versuchte hierauf seine gegentheilige Meinung an den Mann zu bringen, fand aber keine liebenden Herzen; in nicht gerade herkömmlicher Weise wurde dieser „Held der Liberalen" durch Pfeifen 2c. unterbrochen. Eine Resolution, das Einverständniß mit dem Referenten erklärend und gegen die Beschuldigung der Blätter, die Sozialdemokratie sei für das Attentat verantwortlich, entschieden protestirend, wurde einstimmig angenommen!

Augsburg, 17. Mai. Heute hatte Genosse Endres eine einstündige und Tauscher eine dreistündige Vernehmung vor dem königlichen Untersuchungsrichter zu bestehen. Bei Ersterem handelte es sich um nichts weniger als eine „Gotteslästerung", bei Letzterem, wie schon berichtet, um Vergehen gegen § 130 und 131, vier Fischer- und eine Lehmann- (natürlich nicht Hödel-Lehmann, sondern Polizeioffiziant Lehmann, der neulich einmal in einer Sozialistenversammlung durchaus sich an der Debatte betheiligen wollte) Beleidigung. Eine Uebertretung des Vereinsgesetzes wurde, nachdem Lehmann nochmals zu einem Bericht aufgefordert wurde, der sonderbarer Weise wesentlich anders als der erste lautete, fallen gelassen. Dasselbe wird auch noch mit mehreren Punkten der Anklage der Fall sein, die wirklich auf schwachen Füßen stehen. Recht amüsant für Tauscher war die Angabe Lehmann's, daß Tauscher ihn „angebrüllt" habe, als er zu ihm sagte: „Herr Commissär, machen Sie, daß Sie nach Hause kommen, Sie sind Polizeicommissär und nicht Polizeidiener. Sie haben hier Ihre Pflicht schon erfüllt, sagen Sie nun Herrn Bürgermeister Fischer, was ich Ihnen gesagt habe." — Da Fischer wegen Berufsbeleidigung klagte, so wird das nächste Schwurgericht wieder einen Sozialisten vor seinem Forum sehen.

Stuttgart. De mortuis nil nisi bene, heißt zu deutsch: Man soll den Todten nur Gutes nachreden. Der Tod schafft Frieden und am Grabe wohnt Versöhnung. So denken Viele zu ihrer Ehre, aber nicht Alle; unter Anderem denkt so auch nicht der Diakon H. Schm., welcher am 4. d. Karl Herwegh, den Bruder unseres berühmten Dichters, zum Grabe geleitete und an demselben sprach. Herwegh litt seit längerer Zeit an Schwindsucht, und da seine materiellen Verhältnisse sehr traurig waren, fand er in einem Spitale Aufnahme. Dort muß er mehrfach von einem Geistlichen, wohl dem „christlich" milden Diakon selbst, besucht worden sein, um den „kirchlichen Gnadenmitteln" zugänglich gemacht zu werden; doch trug der Todtkranke darnach nicht das mindeste Verlangen, was er sehr deutlich dadurch zu verstehen gab, daß er dem betreffenden „Seelsorger" den Rücken zukehrte. Das sollte ihm aber in der Leichenrede angerechnet werden, und wenn diese auch ihn nicht im Mindesten mehr berührt haben wird, so doch den ungefähr sechszehnjährigen Sohn, der mit am Grabe stand. In dessen Gegenwart schämte der fromme Herr sich nicht, — den Vater im Grabe zu beschimpfen und von ihm u. A. zu sagen: Es sei kein harter Verlust für die Familie u. s. w. Wäre selbst ein solches Urtheil in irgend einer Weise verdient, ist es nicht gleichwohl allem Gefühle hohnsprechend, davon am offenen Grabe des Vaters dem weinenden Sohne gegenüber zu sprechen? Ist das die christliche Liebe, Duldung und Verzeihung? — Ja, freilich ist sie es, wie wir sie seit vielen Jahrhunderten kennen und wie sie sich noch ganz anders, viel empörender, entsetzlicher, unmenschlicher gezeigt hat. — Diese geistlichen Expektorationen waren denn auch mehreren anwesenden Leidtragenden zu stark und unerträglich, und es entspann sich während derselben unter ihnen ungefähr folgendes Gespräch: „Hast Du schon solch eine Leichenrede gehört? — Nein, so was habe ich noch nicht gehört, solch Geschimpfe! — „Komm, dann gehen wir." — Und vier Männer, die mehr Gefühl im Herzen und mehr Ehrfurcht vor einem offenen Grabe hatten, als der Herr Geistliche, entfernten sich voll Zorn und Ingrimm. Der Diakon aber soll ruhig weiter ge—redet haben. So wird Mancher von der „christlichen Liebe" bis ins Grab hinein begleitet. (Südd. Volksztg.)

Gewerkschaftliches.

Hamburg. Sämmtliche Tischler Deutschlands werden ersucht, nach Hamburg den Zuzug abzuwenden, da dort ein Strike ausgebrochen ist. Das Comité.

An die Parteigenossen des Nieder-Barnimer Kreises.

Unter dem Vorsitz des Genossen Friedrich Arndt tagte am Sonntag, den 5. Mai eine Konferenz in Bernau, zu welcher gegen zwanzig Personen aus den verschiedenen Orten des Kreises Nieder-Barnim erschienen waren. Die gegenwärtig herrschende Noth hatte manchen braven Parteigenossen fern gehalten, was mehrere eingegangene Briefe bekundeten. Nachdem die Abrechnung über die freiwilligen Beiträge zum Wahlfond verlesen, geprüft und für richtig befunden worden war, wurde dem Verwalter desselben einstimmig Decharge ertheilt. Alsdann kam der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Gründung eines Wahlvereins für den Kreis Nieder-Barnim resp. die Abfassung des Statuts zur Berathung und wurde nach mehrstündiger angestrengter Thatigkeit dieser Punkt durch Annahme des Statuts erledigt. Der Verein hat den Zweck, dahin zu wirken, daß zu allen gesetzgebenden und berathenden Körperschaften Vertreter der Arbeiterklasse gewählt werden. Der Sitz des Vereins ist Friedrichsberg. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf. Die erste Generalversammlung, welche den Vorstand zu wählen haben wird, findet im Monat Juni statt. Bis dahin werden die Geschäfte provisorisch von einer Kommission geleitet und sind sämmtliche Anfragen in Betreff des Vereins sowie die Verzeichnisse der neu hinzugetretenen Mitglieder an die Adresse: Friedrich Arndt, Bernau, Berlinerstr. 148 zu richten. Wir fordern nun alle Partei- und Gesinnungsgenossen des Kreises Nieder-Barnim auf, sich dem Verein recht zahlreich anzuschließen, damit die Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften eine dem Arbeiterstande würdige werde, damit unser Kreis nicht wieder einen Mann in den Reichstag schickt, der sich als Anwalt der Lebensmittelverfälscher aufspielt. Alle Theilnehmer der Konferenz geben sich der Hoffnung hin, daß durch Begründung dieses Vereins die Agitation eine lebhaftere und geregeltere werde. Möge nun jeder Einzelne dafür sorgen, daß diese Hoffnung nicht zu schanden wird.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Die erste **Generalversammlung** findet **Sonnabend**, den 6. Juli 1878 in **Darmstadt** statt.

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Prüfung der Jahresrechnung. 3) Berathung der eingegangenen Anträge. 4) Wahl des Bundesvorsitzenden. 5) Wahl des Ortes zur Prüfung der für den Bund zu druckenden Gesänge.

Der Ausschuß ladet zu dieser Generalversammlung unter Hinweis auf § 11 des Statuts ein, wonach Anträge für dieselbe spätestens vierzehn Tage vorher an denselben einzusenden sind und spricht die Erwartung aus, daß jeder Verein einen Delegirten sendet. Es werden zu diesem Behufe an die Vereine des Bundes demnächst Mandatsformulare gesandt. Sollten aber Vereine die Mittel für einen Delegirten nicht aufwenden können, so werden dieselben ersucht, ihre Mandate mit Unterschrift einzusenden, damit für Vertretung gesorgt werden kann. Da schon aus der Mitte des Ausschusses verschiedene wichtige Anträge vorliegen, so wird die General-Versammlung Montag, den 7. Juli fortgesetzt, weil Sonntag, den 6. Juli der Arbeiter-Sängerbund des Maingaues sein zweites Sängerfest in Darmstadt abhält. Zu diesem Sängerfest werden auch andere Vereine eingeladen, welche sich mit Angabe der Theilnehmerzahl bei dem Unterzeichneten möglichst bald anzumelden haben, worauf ihnen die Gesänge bezeichnet werden, welche im ganzen Chor aus der Liedersammlung des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes bei diesem Fest gesungen werden. Zeit und Versammlungslokal werden demnächst noch bekannt gemacht. Gleichzeitig werden die Vereine des Bundes ersucht, die am 31. März d. J. fälligen Beiträge nunmehr einzusenden, da in der Generalversammlung die Jahresrechnung vorgelegt werden muß.

Gotha, 6. Mai 1878.

Der Ausschuß.
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

Quittung. Wf Christophsgruna Ab. 15,00. Sbl Dortmund Ab. 25,80. Ncl Düsseldorf Ab. 31,75. Schmdt Neviges Ab. 19,52. Strhnr Hof Ab. 30,00. Mlr Verden Ab. 23,24. Schrdr Plagwitz Ab. 3,00. Albrtz Eßlingen Ab. 12,00. Lmr Ried Ab. 13,40. Rdgr Halle An. 0,50. Vrk Erfurt Ab. 40,00. Schrnr Lübeck Ab. 6,30. Sprngr Aachen Ab. 5,30. Altnbrnd Osnabrück An. 2,90. Lgs Hannover An. 0,90. Wrgs Wien Schr. 5,00. Sichtnth Hedemünde Schr. 17,20. Genossenschaftsbuchdr. Gotha Ab. 22,50. Brnkmnn Hemme Schr. 2,00. Debme Hannover Schr. 3,60. Ttt Magdeburg Schr. 0,60. Ml Essen Schr. 1,40. Klmmr Eisleben Schr. 0,40. Rchsstn Würgsdorf Schr. 2,10. Krsch Lausigk Schr. 1,60. Lfr Saarau Schr. 1,30. Bnndrf Bremen Schr. 1,70. Brn Lechhausen Schr. 11,70. Wpplr Wermsdorf Schr. 6,00. Fnk Hannover Schr. 4,00. Brslr Falkenberg Schr. 3,00. Hngr Schedewitz Schr. 10,00 Zmstg Meersburg Schr. 2,00. Brnschwg Waldenburg Schr. und An. 6,00. Mr Oldenburg Schr. 0,19. Jock Niederwiesa Schr. 5 80.

Agitationsfonds.

W. R. Brüssel 1,25.

Hamburg. **Allgemeiner deutscher Töpferverein.** Dienstag, den 28. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37: [70

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Wahl der Delegirten zur Generalversammlung.

G. Klaws.

Hannover. Ich empfehle den Freunden und Parteigenossen mein Photographisches Atlier zur gef. Benutzung. 90] (F. 167) **H. Schrader, Photograph, Burgstr. 40.**

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Sonntag, 26. Mai 1878.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung des Sozialismus.

Von Friedrich Engels.

II.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Produktion, und nächst der Produktion, der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Vertheilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produzirt und wie das Produzirte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer größeren Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Oekonomie der betreffenden Epoche. Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohlthat Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in aller Stille Veränderungen in den Produktionsmethoden und Austauschformen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in den veränderten Produktionsbedingungen selbst — mehr oder weniger entwickelt — vorhanden sein müssen. Diese Mittel sind also nicht etwa aus dem Kopf zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfs in den vorliegenden materiellen Thatsachen der Produktion zu entdecken.

Wie steht es nun hiernach mit dem modernen Sozialismus?

Die bestehende Gesellschaftsordnung — das ist nun außerhalb des Geltungsbereichs des deutschen Idealismus so ziemlich allgemein zugegeben — ist geschaffen worden von der jetzt herrschenden Klasse, der Bourgeoisie. Die der Bourgeoisie eigenthümliche Produktionsweise, seit Marx mit dem Namen kapitalistische Produktionsweise bezeichnet, war unverträglich mit den lokalen und ständischen Privilegien wie mit den gegenseitigen persönlichen Banden der feudalen Ordnung; die Bourgeoisie zerschlug die feudale Ordnung und stellte auf ihren Trümmern die bürgerliche Gesellschaftsverfassung her, das Reich der freien Konkurrenz, der Freizügigkeit, der Gleichberechtigung der Waarenbesitzer und wie die bürgerlichen Herrlichkeiten alle heißen. Die kapitalistische Produktionsweise konnte sich jetzt frei entfalten. Die unter der Leitung der Bourgeoisie herausgearbeiteten Produktionskräfte entwickelten sich, seit der Dampf und die neue Werkzeugsmaschinerie die alte Manufaktur in die große Industrie umgewandelt, mit bisher unerhörter Schnelligkeit, und in bisher unerhörtem Maßstab. Aber wie die Manufaktur und mit ihr auch das unter ihrer Einwirkung weiter entwickelte Handwerk mit den feudalen Fesseln der Zünfte in Konflikt kam, so kommt die große Industrie in ihrer volleren Ausbildung in Konflikt mit der kapitalistischen Produktionsweise. Die neuen Produktionskräfte sind der bürgerlichen Form ihrer Ausbeutung bereits über den Kopf gewachsen; und dieser Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsweise ist nicht ein in den Köpfen der Menschen entstandener Konflikt, wie etwa der der menschlichen Erbsünde mit der göttlichen Gerechtigkeit, sondern er besteht in den Thatsachen, objektiv, unabhängig vom Wollen oder Laufen selbst derjenigen Menschen, die ihn herbeigeführt. Der moderne Sozialismus ist aber weiter nichts als der Gedankenreflex dieses thatsächlichen Konflikts, seine ideale Rückspiegelung in den Köpfen zunächst der Klasse, die direkt unter ihm leidet, der Arbeiterklasse.

Worin besteht nun dieser Konflikt?

Vor der kapitalistischen Produktion bestand allgemeiner Kleinbetrieb, auf Grundlage des Privateigenthums der Arbeiter an ihren Produktionsmitteln: der Ackerbau der kleinen, freien oder hörigen Bauern, das Handwerk der Städte. Die Arbeitsmittel — Land, Ackergeräth, Werkstatt, Handwerkszeug — waren Arbeitsmittel des Einzelnen, nur für den Einzelgebrauch berechnet, also nothwendig kleinlich, zwerghaft, beschränkt. Aber sie gehörten eben deßhalb auch in der Regel dem Produzenten selbst. Diese zersplitterten, engen Produktionsmittel zu konzentriren, auszuweiten, sie in die mächtig wirkenden Produktionshebel der Gegenwart umzuwandeln, war grade die historische Rolle der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Trägerin, der Bourgeoisie. Wie sie dies auf den drei Stufen der einfachen Kooperation, der Manufaktur und der großen Industrie geschichtlich durchgeführt, hat Marx im vierten Abschnitt des „Kapital“ ausführlich geschildert. Aber die Bourgeoisie, wie dort ebenfalls nachgewiesen, konnte jene beschränkten Produktionsmittel nicht in gewaltige Produktivkräfte verwandeln, ohne sie aus ihrer Zersplitterung und Zerstreuung herauszureißen, ohne sie zu konzentriren, ohne sie aus Produktionsmitteln des Einzelnen in gesellschaftliche, nur von einer Gesammtheit von Menschen anwendbare Produktionsmittel zu verwandeln. An die Stelle des Spinnrads, des alten Webstuhls, des Schmiedehammers trat die Spinnmaschine, der mechanische Webstuhl, der Dampfhammer; an die Stelle der Einzelwerkstatt die das Zusammenwirken von Hunderten und Tausenden gebietende Fabrik. Und wie die Produktionsmittel, verwandelte sich die Produktion selbst aus einer Reihe von Einzelhandlungen in eine Reihe gesellschaftlicher Akte, und die Produkte aus Produkten Einzelner in gesellschaftliche Produkte.

Diese Umwälzung der Produktionsweise vollzog sich in einem sozialen Medium, das auf der Theilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft beruhte. Die Theilung der Arbeit in der Gesellschaft verwandelt die Produkte der einzelnen Produzenten in Waaren, deren Kauf und Verkauf den gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen diesen Produzenten herstellt. In diese Gesellschaft von Einzelproduzenten, Waarenproduzenten, schob sich die neue Produktionsweise ein. Ihr revolutionärer Charakter wurde so wenig erkannt, daß sie im Gegentheil eingeführt wurde als Mittel zur Hebung und Förderung der Waarenproduktion. Sie entstand in direkter Anknüpfung an bestimmte bereits vorgefundene Hebel der Waarenproduktion und des Waarenaustausches: Kaufmannskapital, Handwerk, Lohnarbeit. Indem sie selbst auftrat als eine neue Form der Waarenproduktion, blieben die Aneignungsformen der Waarenproduktion auch für sie in voller Geltung. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel und Produkte wurden behandelt als wären sie nach wie vor die Produktionsmittel und Produkte Einzelner. Sie wurden angeeignet, nicht von denen, die die Produktionsmittel wirklich in Bewegung gesetzt und die Produkte wirklich erzeugt hatten, sondern vom Kapitalisten. Produktionsmittel und Produktion sind wesentlich gesellschaftlich geworden. Aber sie werden unterworfen einer Aneignungsweise, die die Privatproduktion Einzelner zur Voraussetzung hat, wobei also Jeder sein eignes Produkt besitzt und zu Markte bringt. Die Produktionsweise wird dieser Aneignungsweise unterworfen, obwohl sie ihre Voraussetzung aufhebt. In diesem Widerspruch, der der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim. Je mehr die neue Produktionsweise auf allen entscheidenden Produktionsfeldern und in allen ökonomisch entscheidenden Ländern zur Herrschaft kam, und damit die Einzelproduktion bis auf unbedeutende Reste verdrängte, desto greller mußte auch an den Tag treten die Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung.

Die ersten Kapitalisten fanden, wie gesagt, die Form der Lohnarbeit bereits vor. Aber Lohnarbeit als Ausnahme, als Nebenbeschäftigung, als Aushülfe, als Durchgangspunkt. Der Landarbeiter, der zeitweise tagelöhnern ging, hatte seine paar Morgen eignes Land, von denen allein er zur Noth leben konnte. Die Zunftordnungen sorgten dafür, daß der Geselle von heute in den Meister von morgen überging. Sobald aber die Produktionsmittel in gesellschaftliche verwandelt und in den Händen von Kapitalisten konzentrirt wurden, änderte sich dies. Die Lohnarbeit, früher Ausnahme und Aushülfe, wurde Regel und Grundform der ganzen Produktion; früher Nebenbeschäftigung, wurde sie jetzt ausschließliche Thätigkeit des Arbeiters. Der zeitweilige Lohnarbeiter verwandelte sich in den lebenslänglichen. Die Scheidung war vollzogen zwischen den in den Händen des Kapitalisten konzentrirten Produktionsmitteln hier, und den auf den Besitz von Nichts als ihrer Arbeitskraft reduzirten Produzenten dort. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung tritt an den Tag als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.

Wir sahen, daß die kapitalistische Produktionsweise sich einschob in eine Gesellschaft von Waarenproduzenten, Einzelproduzenten, deren gesellschaftlicher Zusammenhang vermittelt wurde durch den Austausch ihrer Produkte. Aber jede auf Waarenproduktion beruhende Gesellschaft hat das Eigenthümliche, daß in ihr die Produzenten die Herrschaft über ihre eignen gesellschaftlichen Beziehungen verloren haben. Jeder produzirt für sich mit seinen zufälligen Produktionsmitteln und für sein individuelles Austauschbedürfniß. Es herrscht Anarchie der gesellschaftlichen Produktion. Aber die Waarenproduktion, wie jede andere Produktionsform, hat ihre eigenthümlichen, inhärenten, von ihr untrennbaren Gesetze, und diese Gesetze setzen sich durch trotz der Anarchie, in ihr; durch sie. Sie kommen zum Vorschein in der einzigen fortbestehenden Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs, im Austausch, und machen sich geltend gegenüber den einzelnen Produzenten als Zwangsgesetze der Konkurrenz. Sie sind diesen Produzenten also anfangs selbst unbekannt und müssen erst durch lange Erfahrung nach und nach von ihnen entdeckt werden. Sie setzen sich also durch ohne die Produzenten und gegen die Produzenten, als blindwirkende Naturgesetze ihrer Produktionsform. Das Produkt beherrscht die Produzenten. In der mittelalterlichen Gesellschaft war die Produktion wesentlich auf den Selbstgebrauch gerichtet, Waarenproduktion war erst im Entstehn. Daher beschränkter Austausch, beschränkter Markt, stabile Produktionsweise, lokaler Abschluß nach Außen, lokale Vereinigung nach Innen: die Mark auf dem Lande, die Zunft in der Stadt. Mit der Erweiterung der Waarenproduktion aber, und namentlich mit dem Auftreten der kapitalistischen Produktionsweise, traten auch die bisher latenten Gesetze der Waarenproduktion offener und mächtiger in Wirksamkeit. Die alten Verbände wurden gelockert, die alten Abschließungsschranken durchbrochen, die Produzenten mehr und mehr in unabhängige, vereinzelte Waarenproduzenten verwandelt. Die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion trat an den Tag und wurde mehr und mehr auf die Spitze getrieben. Das Hauptwerkzeug aber, womit die kapitalistische Produktionsweise diese Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion steigerte, war das grade Gegentheil der Anarchie, die steigende Organisation der Produktion als gesellschaftlicher in jedem einzelnen Produktionsetablissement. Mit diesem Hebel machte sie der alten friedlichen Stabilität ein Ende. Wo sie in einem Industriezweig eingeführt wurde, litt sie keine ältere Methode des Betriebs neben sich. Wo sie sich des Handwerks bemächtigte, vernichtete sie das alte Handwerk. Das Arbeitsfeld wurde ein Kampfplatz. Die großen geographischen Entdeckungen und die ihnen folgenden Kolonisirungen vervielfältigten das Absatzgebiet und verwandelten das Handwerk in die Manufaktur. Nicht nur brach der Kampf aus zwischen den einzelnen Lokalproduzenten; die lokalen Kämpfe wuchsen ihrerseits an zu nationalen, den Handelskriegen des 17. und 18. Jahrhunderts. Die große Industrie endlich und die Herstellung des Weltmarkts haben den Kampf universell gemacht und gleichzeitig ihm eine unerhörte Heftigkeit gegeben. Zwischen einzelnen Kapitalisten wie zwischen ganzen Industrien und ganzen Ländern entscheidet die Gunst der natürlichen oder geschaffenen Produktionsbedingungen über die Existenz. Der Unterliegende wird schonungslos beseitigt. Es ist der Darwinsche Kampf ums Dasein, aus der Natur mit potenzirter Wuth übertragen in die Gesellschaft. Der Naturstandpunkt des Thiers erscheint als Gipfelpunkt der menschlichen Entwicklung. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung reproduzirt sich als Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft.

In diesen beiden Erscheinungsformen des ihr durch ihren Ursprung immanenten Widerspruchs bewegt sich die kapitalistische Produktionsweise, beschreibt sie auswegslos jenen „fehlerhaften Kreislauf“, den schon Fourier an ihr entdeckte. Was Fourier allerdings zu seiner Zeit noch nicht sehen konnte, ist, daß sich dieser Kreislauf allmählig verengert, daß die Bewegung vielmehr eine Spirale darstellt und ihr Ende erreichen muß, wie die der Planeten, durch Kollision mit dem Centrum. Es ist die treibende Kraft der gesellschaftlichen Anarchie der Produktion, die die große Mehrzahl der Menschen mehr und mehr in Proletarier verwandelt, und es sind wieder die Proletariermassen, die schließlich der Produktionsanarchie ein Ende machen werden. Es ist die treibende Kraft der sozialen Produktionsanarchie, die die unendliche Perfektibilität der Maschinen der großen Industrie in ein Zwangsgebot für jeden einzelnen industriellen Kapitalisten verwandelt, seine Maschinerie mehr und mehr zu vervollkommnen, bei Strafe des Untergangs. Aber Vervollkommnung der Maschinerie, das heißt Ueberflüssigmachung von Menschenarbeit. Wenn die Einführung und Vermehrung der Maschinerie Verdrängung von Millionen von Handarbeitern durch wenige Maschinenarbeiter bedeutete, so bedeutet Verbesserung der Maschinerie Verdrängung von mehr und mehr Maschinenarbeitern selbst, und in letzter Instanz Erzeugung einer das durchschnittliche Beschäftigungsbedürfniß des Kapitals überschreitenden Anzahl disponibler Lohnarbeiter, einer vollständigen industriellen Reservearmee, wie ich sie schon 1845 nannte *), disponibel für die Zeiten, wo die Industrie mit Hochdruck arbeitet, aufs Pflaster geworfen durch den nothwendig folgenden Krach, zu allen Zeiten ein Bleigewicht an den Füßen der Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampf mit dem Kapital, ein Regulator zur Niederhaltung des Arbeitslohns auf dem, dem kapitalistischen Bedürfniß angemessenen niedrigen Niveau. So geht es zu, daß die Maschinerie, um mit Marx zu reden, das machtvollste Kriegsmittel des Kapitals gegen die Arbeiterklasse wird, daß das Arbeitsmittel dem Arbeiter fortwährend das Lebensmittel aus der Hand schlägt, daß das eigne Produkt des Arbeiters sich verwandelt in ein Werkzeug zur Knechtung des Arbeiters. So kommt es, daß die Oekonomisirung der Arbeitsmittel von vorn herein zugleich rücksichtsloseste Verschwendung der Arbeitskraft und Raub an den normalen Voraussetzungen der Arbeitsfunktion wird; daß die Maschinerie, das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit, umschlägt in das unfehlbarste Mittel, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwerthung des Kapitals zu verwandeln; so kommt es, daß die Ueberarbeitung der Einen die Voraussetzung wird für die Beschäftigungslosigkeit der Andern, und daß die große Industrie, die den ganzen Erdkreis nach neuen Konsumenten abjagt, zu Hause die Konsumtion der Massen auf ein Hungerminimum beschränkt und sich damit den eignen innern Markt untergräbt. „Das Gesetz, welches die relative Surpluspopulation oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Kapital-Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichthum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Bestialisirung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produzirt“ (Marx, Kapital S. 671). Und von der kapitalistischen Produktionsweise eine andre Vertheilung der Produkte erwarten, hieße verlangen, die Elektroden einer Batterie sollten das Wasser unzersetzt lassen, so lange sie mit der Batterie in Verbindung stehn, und nicht am positiven Pol Sauerstoff entwickeln und am negativen Wasserstoff.

Wir sahen, wie die aufs Höchste gesteigerte Verbesserungsfähigkeit der moderuen Maschinerie, vermittelst der Anarchie der Produktion in der Gesellschaft, sich verwandelt in ein Zwangsgebot für den einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie stets zu verbessern, ihre Produktionskraft stets zu erhöhen. In ein eben solches Zwangsgebot verwandelt sich für ihn die bloße faktische Möglichkeit, seinen Produktionsbereich zu erweitern. Die enorme Expansionskraft der großen Industrie, gegen die diejenige der Gase ein wahres Kinderspiel ist, tritt uns jetzt vor die Augen als ein qualitatives und quantitatives Expansionsbedürfniß, das jedes Gegendrucks spottet. Der Gegendruck wird gebildet durch die Konsumtion, den Absatz, die Märkte für die Produkte der großen Industrie. Aber die Ausdehnungsfähigkeit der Märkte, extensive wie intensive, wird beherrscht zunächst durch ganz andre, weit weniger energisch wirkende Gesetze. Die Ausdehnung der Märkte kann nicht Schritt halten mit der Ausdehnung der Produktion. Die Kollision wird unvermeidlich, und da sie keine Lösung erzeugen kann, solange sie nicht die kapitalistische Produktionsweise selbst sprengt, wird sie periodisch. Die kapitalistische Produktion erzeugt einen neuen „fehlerhaften Kreislauf“. Seit 1825, wo die erste allgemeine Krisis ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämmtlicher civilisirten Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischen Anhängsel, so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das baare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zu viel Lebensmittel produzirt haben, Bankerott folgt auf Bankerott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung, Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die aufgehäuften Waarenmassen unter größerer oder geringerer Entwerthung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zur zügellosen Karrière einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeple-chase, um endlich nach den halsbrechendsten Sprüngen wieder anzulangen — im Graben des Krachs. Und so immer von Neuem. Das haben wir nun seit 1825 volle fünf Mal erlebt und erleben es in diesem Augenblick zum sechsten Mal. Und der Charakter dieser Krisen ist so scharf ausgeprägt, daß Fourier sie alle traf, als er die erste bezeichnete als: crise pléthorique, Krisis aus Ueberfluß.

In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch. Der Waarenumlauf ist momentan vernichtet; das Cirkulationsmittel, das Geld, wird Cirkulationshinderniß; alle Gesetze der Waarenproduktion und Waarencirkulation werden auf den Kopf gestellt. Die ökonomische Kollision hat ihren Höhepunkt erreicht: die Produktionsweise rebellirt gegen die Austauschweise.

Die Thatsache, daß die gesellschaftliche Organisation der Produktion innerhalb der Fabrik sich zu dem Punkt entwickelt hat, wo sie unverträglich geworden ist mit der neben und über ihr bestehenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft — diese Thatsache wird den Kapitalisten selbst handgreiflich gemacht durch die gewaltsame Konzentration der Kapitalien, die sich während

*) Lage der arbeitenden Klasse in England S. 109.

der Krisen vollzieht vermittelst des Ruins vieler großen und noch mehr kleiner Kapitalisten. Der gesammte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und ebendeßhalb muß auch die industrielle Reservearmee brach liegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichthums sind im Ueberfluß vorhanden. Aber der Ueberfluß wird Quelle der Noth und des Mangels, weil er es grade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert. Wie ein Gespenst steht die Nothwendigkeit der Kapitaleigenschaft der Produktions- und Lebensmittel zwischen ihnen und den Arbeitern. Sie allein verhindert das Zusammentreten der sachlichen und der persönlichen Hebel der Produktion; sie allein verbietet den Produktionsmitteln zu fungiren, den Arbeitern zu arbeiten und zu leben. Einestheils also wird die kapitalistische Produktionsweise ihrer eignen Unfähigkeit zur ferneren Verwaltung dieser Produktivkräfte überführt. Andrerseits drängen diese Produktivkräfte selbst mit steigender Macht nach Aufhebung des Widerspruchs, nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital, nach thatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte.

Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produktivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nöthigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie die Krise selbst durch den Zusammenbruch großer kapitalistischen Etablissements, treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung größerer Massen von Produktionsmitteln, die uns in den verschiedenen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, daß sie, wie die Eisenbahnen, jede andre Form kapitalistischer Ausbeutung ausschließen. Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr: der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muß ihre Leitung übernehmen. Diese Nothwendigkeit der Verwandlung in Staatseigenthum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen.

Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdecken, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften und Staatseigenthum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für jenen Zweck. Alle gesellschaftlichen Funktionen des Kapitalisten werden jetzt von besoldeten Angestellten versehn. Der Kapitalist hat keine gesellschaftliche Thätigkeit mehr, außer Revenüen-Einstreichen, Couponsabschneiden und Spielen an der Börse, wo die verschiedenen Kapitalisten untereinander sich ihr Kapital abnehmen. Hat die kapitalistische Produktionsweise zuerst Arbeiter verdrängt, so verdrängt sie jetzt die Kapitalisten, und verweist sie, ganz wie die Arbeiter, in die überflüssige Bevölkerung, wenn auch zunächst noch nicht in die industrielle Reservearmee.

Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften, noch die in Staatseigenthum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, die sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrecht zu erhalten gegen Uebergriffe sowohl der Arbeiter, wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist also eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesammtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigenthum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesammtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältniß wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigenthum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.

Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte thatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehn, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den, jeder andern Leitung außer der ihrigen, entwachsenen Produktivkräften. Damit wird der gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte, der sich heute gegen die Produzenten selbst kehrt, der die Produktions- und Austauschweise periodisch durchbricht und sich nur als blindwirkendes Naturgesetz gewaltthätig und zerstörend durchsetzt, von den Produzenten mit vollem Bewußtsein zur Geltung gebracht, und verwandelt sich aus einer Ursache der Störung und des periodischen Zusammenbruchs in den mächtigsten Hebel der Produktion selbst. Damit tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesammtheit wie jedes Einzelnen; damit wird die kapitalistische Aneignungsweise, in der das Produkt zuerst den Produzenten, dann aber auch den Aneigner knechtet, ersetzt durch die in der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Aneignungsweise der Produkte: einerseits direkt gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweitrung der Produktion, andrerseits direkt individuelle Aneignung als Lebensmittel.

Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung, bei Strafe des Untergangs, zu vollziehen genöthigt ist. Indem sie mehr und mehr auf Verwandlung der großen, vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigenthum drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung dieser Umwälzung. Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigenthum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nöthig, d. h. eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung. Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, die selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat. Indem er endlich thatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Dasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exceße beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimiren, das eine besondre Repressionsgewalt, einen Staat, nöthig machte. Der erste Akt worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter Akt als Staat. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Die freie Gesellschaft kann keinen „Staat" zwischen sich und ihren Mitgliedern brauchen oder dulden. Hieran ist die Phrase vom „freien Volksstaat" zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung, wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit.

Die Besitzergreifung der sämmtlichen Produktionsmittel durch die Gesellschaft hat, seit dem geschichtlichen Auftreten der kapitalistischen Produktionsweise, Einzelnen wie ganzen Sekten öfters mehr oder weniger unklar als Zukunftsideal vorgeschwebt. Aber sie konnte erst möglich, erst geschichtliche Nothwendigkeit werden, als die materiellen Bedingungen ihrer Durchführung vorhanden waren. Die Abschaffung der gesellschaftlichen Klassen hat zur Voraussetzung einen geschichtlichen Entwicklungsgrad, auf dem das Bestehen nicht bloß dieser oder jener bestimmten herrschenden Klasse, sondern einer herrschenden Klasse überhaupt, also des Klassenunterschieds selbst, ein Anachronismus geworden. Sie hat also zur Voraussetzung einen Höhegrad der Entwicklung der Produktion, auf dem Aneignung der Produktionsmittel und Produkte, damit der politischen Herrschaft, des intellektuellen Monopols und der geistigen Leitung durch eine besondre Gesellschaftsklasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hinderniß der Entwicklung geworden ist. Dieser Punkt ist jetzt erreicht. Ist der politische und intellektuelle Bankerott der Bourgeoisie ihr selbst kaum noch ein Geheimniß, so wiederholt sich ihr ökonomischer Bankerott regelmäßig alle zehn Jahre. In jeder Krise erstickt die Gesellschaft unter der Wucht ihrer eignen, für sie unverwendbaren Produktivkräfte und Produkte und steht hülflos vor dem absurden Widerspruch, daß die Produzenten nichts zu konsumiren haben, weil es an Konsumenten fehlt. Die Expansionskraft der Produktionsmittel sprengt die Bande, die ihr die kapitalistische Produktionsweise angelegt. Ihre Befreiung aus diesen Banden ist einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigrung der Produktion selbst. Damit nicht genug. Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel beseitigt nicht nur die jetzt bestehende künstliche Hemmung der Produktion, sondern auch die positive Vergeudung und Verheerung von Produktivkräften und Produkten, die gegenwärtig die unvermeidliche Begleiterin der Produktion ist und ihren Höhepunkt in den Krisen erreicht. Sie setzt ferner eine Masse von Produktionsmitteln und Produkten für die Gesammtheit frei durch Beseitigung der blödsinnigen Luxusverschwendung der jetzt herrschenden Klassen und ihrer politischen Repräsentanten. Die Möglichkeit, vermittelst der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Bethätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantirt, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Mal da, aber sie ist da*).

Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Waarenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige, bewußte Organisation. Der Kampf ums Dasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Thierreich, tritt aus thierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der bis jetzt die Menschen beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrole der Menschen, die nun zum ersten Mal bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Thuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüber standen, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntniß angewandt und damit beherrscht. Die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyirt gegenüber stand, wird jetzt ihre eigne freie That. Die objektiven Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrole der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maß auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Nothwendigkeit in das Reich der Freiheit.

Diese weltbefreiende That durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen und damit ihre Natur selbst zu ergründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eignen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.

Unsere Professoren auf den Grenzen der Erkenntniß.

Von J. Dietzgen.

III.

Das Forschen kommt an kein Ende, weder objektiv noch subjektiv, d. h. die Unendlichkeit der Welt läßt es nicht zu und die Unendlichkeit des Intellekts nicht. Daß aber doch wieder der Intellekt nur ein beschränkter Theil der Welt ist, wird der sozialdemokratische Materialist nie leugnen. Im Gegentheil ist er es gerade, welcher das Denkvermögen als ein Werkzeug, als Eigenschaft, Produkt oder Theil der Natur wissenschaftlich erfaßt hat. Wir sind nicht so übermüthig vom Geiste beseelt, ihm alles Können und Vermögen zuzusprechen. Nur wollen wir — was auch der Professor wollte, aber nicht konnte — wir wollen aus dem Dualismus heraus. Nur eine, nur eine einzige Welt erkennen wir an, „wovon uns die sinnlichen Wahrnehmungen Kunde geben". Wir halten Nägeli beim Wort: daß, wo wir nichts sehen und hören, nichts fühlen, schmecken und riechen, da auch nichts wissen können.

Ich will hier nochmals positiv auf die Beschränktheit der menschlichen Erkenntniß zurückkommen. Wir können mit diesem Vermögen nur erkennen; singen und springen und hundert andere Dinge können wir damit nicht; insofern ist die Vernunft beschränkt. In ihrem Element aber, im Erkennen ist sie unbeschränkt, und so unbeschränkt, daß sie mit ihrer Arbeit nie an's Ende kommt.

Immer weiter. Alles Erkennbare steht ihr offen. Das Unerkennbare, das den Sinnen absolut Unerreichbare ist für uns nicht vorhanden, und ist auch insofern „an sich" nicht vorhanden, als wir ohne Phantasterei nicht einmal davon reden können.

„Unsere Sinne sind eben nur für die Bedürfnisse der bürgerlichen Existenz, nicht aber dafür organisirt, daß sie unser geistiges Bedürfniß befriedigen, daß sie uns Kenntniß von allen Erscheinungen der Natur verschaffen ..... Wie wir von den elektrischen Vorgängen, die in jedem Stofftheilchen ihren Sitz haben, gleichsam nur durch Zufall etwas erfahren haben, so ist es leicht möglich, daß es auch noch andere Naturkräfte, noch andere molekuläre Bewegungsformen giebt, von denen wir keine sinnlichen Eindrucke bekommen, weil sie sich nie zu einer bemerkbaren Summe vereinigen und die uns deshalb verborgen bleiben."

Wer das „geistige Bedürfniß" hat, etwas von Erscheinungen zu erfahren, „die uns verborgen bleiben", uns unserer Natur nach verborgen bleiben müssen, der hat kein geistiges, sondern ein mystisches Bedürfniß. Die elektrischen Erscheinungen sind nicht zufälliger gefunden worden, wie der Tabak. Und es ist starker Tabak für einen Naturforscher, von Erscheinungen zu sprechen, die Niemand wahrgenommen hat und Niemand wahrnehmen wird. Es ist möglich, daß Mephisto in Gestalt einer unsichtbaren Fledermaus mich umschwirrt; was ich aber nicht weiß, macht mich nicht heiß, und sollte auch die Naturforscher nicht heiß machen.

„Der Naturforscher muß sich wohl bewußt werden, daß seine Forschung nach allen Beziehungen innerhalb endlicher Grenzen gebannt ist, daß von allen Seiten das unerkennbare Ewige ihm ein kategorisches Halt gebietet. Daß dies nicht immer klar eingesehen, daß namentlich das unendlich Große und das unendlich Kleine mit dem Endlosen und dem Nichts verwechselt werden, hat zu mehrfachen irrigen Vorstellungen geführt. Zu denselben gehören die irrigen Theorien über die physischen Atome im Kleinen, über Anfang und Ende der Welt im Großen."

Das Bewußtsein von den endlichen Grenzen der Forschung mag dem Forscher nützlich sein. Doch sollte auch der Herr Professor die rationelle Lehre nicht schon in demselben Athem vergessen, wo er sie ausspricht. Und das thut er doch, wenn es heißt, „daß von allen Seiten das unerkennbare Ewige einen kategorischen Halt gebietet". Wie kann man von diesem Halt etwas wissen, wenn es „unerkennbar" ist? Oder macht es Nägeli vielleicht wie Du Bois, kommt er nicht über die Negation hinaus? weiß auch er vom großen Haltepunkt, vom „Ewigen" nur zu sagen, daß sich nichts davon wissen läßt?

„Damit soll nicht gesagt sein, daß der Naturforscher nicht philosophiren, daß er sich nicht auch auf idealen und transcendenten Gebieten bewegen dürfe. Aber er hört auf Naturforscher zu sein, und was ihm dabei etwa aus seinem Berufe zu gute kommt, ist nur das, daß er die beiden Gebiete streng auseinanderhält, daß er das eine als das reine Gebiet des Forschens und Erkennens, das Andere aber, indem er es von allem Endlichen befreit, als das verborgene Gebiet der Ahnung zu behandeln weiß."

Nun kennt der werthe Herr die Philosophen doch schlecht, wenn er glaubt, sie würden mit dem „verborgenen Gebiet der Ahnung" sich zufrieden geben. Nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch viele zünftige Philosophen erheben den Anspruch, daß wenn auch ihr Gebiet dem Münchener Professor verborgen ist, es deshalb doch der „menschlichen Einsicht" offen liegt, und davon alles „göttliche Erkennen" durchaus auszuschließen ist. Das „verborgene Gebiet" oder die jenseitige metaphysische Welt liegt der Philosophie nicht näher, wie den andern Herrschaften, die männiglich bemüht sind, ein sicheres Plätzchen für ihre Heiligthümer zu finden. Mit der Wissenschaft hat diese conservative Bemühung nichts zu schaffen, sie gehört der Praxis. Dagegen aber zählt zur exakten Wissenschaft mehr, als die Herren zulassen wollen. Sie nehmen den Begriff der Natur gar vage. Wenn sich nicht bestreiten läßt, daß Geschichte, Oekonomie, Politik u. s. w. sich zu exakten Wissenschaften ausbilden sollen, ja, schon unterwegs sind es zu thun, und bereits gethan haben, so kann die Sozialdemokratie auch noch beweisen, daß die Kluft zwischen Philosophie und Naturwissenschaft bereits überbrückt ist, ohne daß die Capacitäten der Bourgeoisie Kenntniß davon haben.

Der Professor und Sprachforscher Steinthal ist in diesen Dingen weitergekommen, wie seine Collegen von der Naturforschung. Er sagt in der dritten Auflage seines Werks „Der Ursprung der Sprache": „Sprechen ist nicht Denken, sondern Mittel, Organ des Denkens," und „Kein Geist ohne Sprache, Sprache aber gehört selbst schon in den geistigen Kreis". Darauf hin argumentiren wir weiter: Die Sprache gibt unsern Begriffen ihre wahrhaftige Benennung. Was die Sprache Natur, Wahrheit, Erkenntniß und Blech nennt, das ist auch wahrhaftig Blech, Erkenntniß, Wahrheit und Natur. Steinthal belehrt uns darüber folgendermaßen: „A ist nur = A und niemals = B, wenn nicht etwa = nur bedeuten soll gleich groß, wie in der Mathematik. Soll sich aber die Gleichheit auf das Wesen beziehen, so müßte, wenn A = B ware, B geradezu A sein und wir hätten kein Recht es verschieden von A zu benennen." Steinthal nennt dies „die Prinzipien aller Forschung und Erkenntniß". Mit andern Worten: Einheit, Einheit für Begriff und Name ist die erste Bedingung aller Wissenschaft. Jeder Dualismus ist unstatthaft. Wenn göttliches Erkennen = A, und menschliches Erkennen = B ist, d. h. wenn die beiden wesentlich verschieden sind, dann treiben wir mit dem Namen der Erkenntniß zwieschlächtigen Unfug. So nothwendig wie die Menschheit trotz verschiedener Rassen nur eine Gattung ausmacht, so wie es nur eine Menschheit, so giebt es trotz vieler Arten, doch nur eine Erkenntniß, nur eine Wahrheit, nur eine Natur, d. i. die wahre Natur und die natürliche Wahrheit. Und alles, was wir im Himmel auf Erden und an anderen Orten erfahren, gehört in diese Kategorie. Und was wir nicht erfahren und wovon uns nur der Herr Pastor oder der Herr Professor erzählt, das sind Flausen, die aber auch zur natürlichen Wahrheit gehören, also wahrhaftige Flausen.

---

*) Ein paar Zahlen mögen eine annähernde Vorstellung geben von der enormen Expansionskraft der modernen Produktionsmittel, selbst unter dem kapitalistischen Druck. Nach der neuesten Berechnung von Giffen betrug der Gesammtreichthum von Großbritannien und Irland in runder Zahl

1814	— 2200	Millionen	Pfd. St.	(44	Milliarden Mark)
1865	— 6100	„	„ „	122	„ „
1875	— 8500	„	„ „	170	„ „

Was die Verheerung von Produktionsmitteln und Produkten in den Krisen betrifft, so wurde auf dem 2. Kongreß deutscher Industrieller, Berlin 21. Februar d. J., der Gesammtverlust allein der deutschen Eisenindustrie im letzten Krach auf 455 Millionen Mark berechnet.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements à 54 Pf.
nehmen bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen.

Inserate
Vers. Versammlungen pro Petitzeile 20 Pf., Vers. Vereinsangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Fenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rüsche, 348 West — 27 Str.
Philadelphia: W. Heil, 506 North 3rd Street.
J. Bell, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. W. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: W. Lauffermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 618 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hasmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 62. Mittwoch, 29. Mai. 1878.

Eine verunglückte „Sauhatz".

Dem „kranken" Bismarck sagte man nach, daß sein Nervensystem sofort gesunde, wenn er sich an einer großen erfolgreichen politischen „Sauhatz" betheiligen könne. Das graziöse Wort „Sauhatz" und der graziöse Vergleich dieses Jagdvergnügens mit einem politischen Kampfe werden dem Kanzler selbst in den Mund gelegt.

Damals war nicht von der Sozialdemokratie die Rede; desto leichteren Herzens können wir jetzt das graziöse Bismarck'sche Wort auf die jüngste Sozialistenhetze anwenden; besonders da Bismarck noch ausdrücklich erklärt haben soll, die Wildschweine seien Edelwild. —

Also auf zur Jagd! Auf zur „Sauhatz"!

Lange noch vor Eröffnung derselben lärmte und tos'te in der offiziellen, in der offiziösen und in der freiwillig offiziösen Presse die „Preßmeute" in der tollsten und skandalösesten Weise; — dessen freute sich daß der große Jäger in Friedrichsruhe.

Plötzlich erklang in dem wirren Geschrei ein Signalschuß; man wußte kaum, von wannen er kam und wohin er ging.

Das Geschrei, das Hurrahrufen verzehnfachte sich: Auf zur Sauhatz! In hellen Haufen eilten auf das Geschrei die Treiberjungen und die Jäger herbei. Aber immer noch waren die Nerven des großen Jägers in Friedrichsruhe nicht gesundet; die Jagd mußte ohne ihn abgehalten werden. Vielleicht aber merkte der jagdlustige Herr auch noch rechtzeitig, daß die „Sauhatz" verunglücken könnte.

Genug — er jandte die große Schaar von Jägern mit allerlei Treiberjungen und einer bissigen Meute allein auf die Jagd.

Unter großem Lärm versuchte man das Wild einzuschließen; es sollte ein regelrechtes Kesseltreiben werden. Immer enger wurde der Ring, immer näher rückten sich die Jäger auf den Leib.

Da fiel der erste Schuß; mit einem Aufschrei sank ein Jäger zu Boden. Der erste Oberjägermeister hatte anstatt des Wildes einen treuen Jäger verwundet. Nun fing das Knallen an; das Klappern der Treiberjungen; das Heulen der Meute.

Das Wild aber war längst ausgebrochen — doch da es schon dämmerte, und auch im Uebereifer der Jagd hielten die Jäger sich gegenseitig für Säue oder auch ihre Treiberjungen und ihre Rüden. Das war ein toller Wirrwarr. Schuß fiel auf Schuß und Jäger auf Jäger. Edle Grafen und Minister, Bürgerliche und jagdlustige Priester, Treiberjungen und Sauhunde — Alles das kugelte bunt und wirr durcheinander.

Und der Lärm wurde immer größer und der Wirrwarr immer toller. Gelockt durch den Tumult schlich sich auch ein großer bissiger Dorfköter heran und, den günstigen Augenblick benutzend, fuhr er knurrend zwischen die Jagdgesellschaft, links und rechts Jeden in die Waden kneifend.

Und dieser bissige, feige Dorfköter hatte eine frappante Aehnlichkeit mit dem Fortschrittsabgeordneten Eugen Richter.

Wir sind ja nicht im Reichstage, wir sind ja auf der Jagd, auf der „Sauhatz", wird man rufen. Ganz recht — kehren wir also zu dieser zurück.

Wir kommen aber zu spät; der feige Dorfköter hatte sich schon um die Ecke gedrückt, da er hörte, daß abgeblasen wurde; der Knäuel entwirrte sich, die Verwundeten wurden verbunden, die Treiberjungen suchten ihre Knüppel wieder zusammen, mit denen sie sich gegenseitig die Köpfe zerschlagen hatten, und die Preßmeute, Pardon, die Jagdmeute ließ sich knurrend, die Zungen lang aus dem Halse hängend, wieder zusammenkoppeln, mit richtigem Instinct voraussetzend, daß sie bald wieder auf das Wild losgelassen werden würde.

Die Oberjägermeister und die vornehmsten Herren aber waren am schlimmsten blessirt, und einem edlen Grafen mußte man sogar die „Stirnlocke am Strome der Zeit" abschneiden, um seinem fiebernden Hirn mit kalten Umschlägen zu Hilfe zu eilen.

Der Jagdherr aber zu Friedrichsruh runzelte die Stirn, als er die Kunde von der verunglückten „Sauhatz" vernahm. „Ungeschickte Jäger, ungeschickte Treiberjungen — müssen neu ernannt und neu ausgewählt werden — und am ungeschicktesten diese verdammte Preßmeute — (Pardon, soll heißen Jagdmeute oder Sauhunde); eine tüchtige Tracht Jagdhiebe müssen die Letzteren haben". So oder ähnlich sollen des Jagdherrn erste Worte gelautet haben.

Das edle Wild aber war in den Wald zurückgekehrt und setzte sein altes gewohntes Treiben in aller Natürlichkeit und Urwüchsigkeit fort.

Die Jäger werden zwar immer noch versuchen, ihm beizukommen; doch täglich vermehren sich die Wildschaaren und gewitzigt, wissen sie den blutdürstigen Jägern und vor allen den Sauhunden leicht zu entrinnen. — — — — —

Spätere Geschlechter aber werden sich noch erzählen von der verunglückten „Sauhatz", welche am 23. und 24. Mai 1878 stattfand.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Sitzung des deutschen Reichstags vom 24. d. wurde das „Lehmann-Gesetz", vulgo Sozialistentod, weiter berathen. Die Professoren Gneist und Beseler hatten einige unwesentliche Abänderungen beantragt, die sich von der Regierungsvorlage ungefähr so weit unterschieden, wie der Tod durch das Hängen von dem Tode durch das Köpfen. Der Abg. Gneist meinte, daß wir (die Sozialisten) den bestehenden Gesellschaftsvertrag brächen und uns deshalb auch Ausnahmegesetze gefallen lassen müßten. Worin aber der „bestehende Gesellschaftsvertrag" besteht, das hat dieser gelehrte Renegat uns nicht gesagt. Der Mann, welcher noch im Jahre 1863 von der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses ausrief: „Der wahre Volksvertreter muß mit einem Beine auf der Tribüne, mit dem andern auf der Barrikade stehen" — dieser Mann empfiehlt jetzt Knebelung aller bürgerlichen Freiheiten! — Der Abg. Windthorst hatte offenbar seinen schlechten Tag; seine ganze lange Rede bestand darin, daß er die Kirche und die christlich-soziale Partei verherrlichte und zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie als allein fähig erklärte. Er machte nicht einen Witz, nicht einmal einen Kalauer; alles nur altes, mit hohlem Pathos vorgetragenes Zeug.

Der Minister Hofmann erklärte, daß der Kulturkampf, wie er in der ultramontanen Presse geführt werde, zur Erschütterung der Staatsautorität mehr beigetragen habe, als die Sozialdemokratie. Er erklärte den Staat für ohnmächtig, in dieser Hinsicht zu helfen, und bat die klerikale Partei, auf die ultramontane Presse einen mildernden Einfluß auszuüben. Ein seltsames Eingeständniß und ein seltsames Verfahren!

„Schuster, bleib bei deinem Leisten!" mußte man unwillkürlich ausrufen, als der Abg. Moltke eine Rede für Annahme des „Sozialistentod" hielt, in welcher er — horribile dictu — einige Exkursionen auf das sozial-ökonomische Feld machte. Als er aber mit erhobener Stimme sagte, daß der Arbeiterklasse nicht durch Gewalt, sondern auf dem friedlichen Wege der Gesetzgebung geholfen werden müßte, da waren es gerade die Sozialisten, welche äußerst lebhaft: „Sehr richtig! Sehr richtig!" riefen.

Der Abg. Lasker, der nun das Wort erhielt, meinte, daß das ganze Land die goldenen Worte des allverehrten Collegen Moltke beherzigen würde, aber — aber — es sei doch eigentlich nur glänzendes Blech gewesen, denn kein einziger Punkt der empfohlenen Vorlage sei derart, daß ein vernünftiger Mensch ihn annehmen könne. Der Bundesrath bekam eine sehr eindringliche Lektion über seine Unfähigkeit; die Bestrebungen der Sozialdemokratie aber in vieler Hinsicht ein besonderes Lob.

Die Generaldebatte, auf welche wir noch näher eingehen werden, wurde nunmehr geschlossen.

Bei der zweiten Berathung zu Paragraph 1 sprach der Abg. Lucius, der Busenfreund Bismarck's, für das Gesetz und hackte in echt junkerlicher Weise auf die Fortschrittspartei los.

Als nun gar der Abg. Beseler sein Amendement empfahl, leerte sich der Sitzungssaal in geradezu demonstrativer Weise. Von 300 anwesenden Mitgliedern blieben nur etwa 50 im Saal. Dieser traurige Schwätzer ließ sich aber deßungeachtet nicht abhalten, eine halbe Stunde lang allerlei leeres Stroh zu dreschen.

Der Minister Hofmann erklärte nun noch, indem er die Amendements Gneist-Beseler empfahl, daß er die juristischen Kenntnisse der genannten Herren höher schätze, als diejenigen des Abg. Lasker. Ein dröhnendes Gelächter belohnte den Redner für solche Argumente für die Annahme des Gesetzes.

Bei der Abstimmung über das Amendement Beseler wird dasselbe mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt (es stimmen geschlossen dagegen die Fortschrittspartei, das Centrum, die National-Liberalen (mit Ausnahme der Abgg. Dr. Gneist, Moeller und Dr. v. Treitschke), die Polen und die Sozialdemokraten; dafür die deutsch-conservative und die Deutsche Reichspartei (mit Ausnahme der Abgg. Diesenbach und Schlomka); der Abstimmung enthalten sich die sechs nationalliberalen Abgg. Dr. Bähr-Kassel, v. Cuny, v. Huber, Struckmann, Dr. Wagner und Witte.

Ueber den § 1 der Vorlage wird nunmehr ebenfalls, auf Antrag des Abg. Allnoch, namentlich abgestimmt. Es betheiligen sich wiederum 309 Mitglieder an der Abstimmung; 251 stimmen mit „Nein", 57 mit „Ja", ein Mitglied enthält sich der Abstimmung. § 1 ist also ebenfalls abgelehnt. (Von der Deutschen Reichspartei stimmen jetzt die Abgg. Diesenbach und Graf Luxburg mit „Nein".)

Der Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann erklärt, daß die verbündeten Regierungen nach dieser Ablehnung auf die Abstimmung über die ferneren Paragraphen keinen Werth mehr legen.

Die Sozialdemokratie hat also einen großen Sieg errungen — die Bundesregierungen aber eine eklatante Niederlage erlitten; das ist das einzige Resultat, welches aus den zweitägigen Debatten hervorgegangen ist.

— Die sächsische Regierung war nach übereinstimmenden Zeitungsberichten die erste deutsche Regierung, welche auf telegraphischem Wege ihre Zustimmung zum Sozialistenausnahmegesetz ertheilte. Es kann selbstredend Niemand gehindert werden, eine Unklugheit zu begehen; und unklug war es zum mindesten von der sächsischen Regierung, einen Gesetzentwurf gutzuheißen, der gut und gern zwei Dritttheile des sächsischen Volkes „gesetzlich" für vogelfrei erklärt. Der Sozialdemokratie wirft man vor, sie habe es mit ihren „Irrlehren" auf Erregung des Klassenhasses abgesehen; heißt es aber nicht im eminentesten Sinne des Wortes den Klassenhaß herausfordern, wenn dem sächsischen arbeitenden Volke, das in seiner Majorität der Sozialdemokratie angehört, der Genuß gesetzlich garantirter Rechte verkümmert wird?

— Der wunde Fleck des Lehmann'schen „Attentats" ist die Kugelfrage. Trotz eifriger Suche von Jung und Alt, Groß und Klein und trotz gegentheiliger Mittheilungen verschiedener Zeitungen scheint bis jetzt noch nicht eine der „Attentats"-kugeln (Hödelbeeren hat der sächsische Volkswitz sie getauft) gefunden zu sein. Doch hören wir, was die Zeitungen über dieses wichtige Thema zu erzählen wissen:

„Dem Untersuchungsrichter ist von der von anderen Seiten gemeldeten Auffindung weiterer Kugeln, welche aus dem Attentate herrühren, noch nichts bekannt, weil er auf dem geschäftsmäßigen Gange, den alle Mittheilungen zu durchlaufen haben, erst morgen davon in Kenntniß gesetzt werden kann. Der Criminalpolizei ist allerdings noch eine Kugel (nicht zwei, wie von einigen Blättern gemeldet wurde) übergeben worden, die ebenfalls auf dem Mittelwege Unter den Linden in der Nähe des russischen Gesandtschaftshotels gefunden sein soll. Dieselbe scheint jedoch nicht von dem Kaliber des Revolvers zu sein, dessen sich Lehmann bei seinem meuchlerischen Attentat bedient hat. Und wenn man bedenkt, daß Lehmann die zweite und dritte Kugel auf seine Verfolger abfeuerte, nachdem er den Fahrdamm der Linden gekreuzt hatte, daß er also den Lauf des Revolvers in der Richtung nach der Häuserseite hielt, so erscheint es in der That problematisch, ob die beiden letzten Kugeln überhaupt auf dem Mittelwege zu suchen seien. Der Finder der zweiten Kugel, ein achtzehnjähriger schon bestrafter Bursche, hat auf diesen Einwand seine erste Angabe dahin modificirt, daß er die Kugel, welche, wie gesagt, von größerem Kaliber als 7 mm. ist, auf dem Trottoir gefunden habe. Indessen klingt die ganze Angabe unglaubwürdig, da das Trottoir alle Tage gereinigt wird und bei dem regen Verkehr an jener Stelle die Kugel viel früher hätte gefunden werden müssen, wenn sie dort vorhanden gewesen wäre."

Daß durch die obigen Mittheilungen Licht in das Dunkel der heiklen Kugelfrage gebracht worden wäre, wird Niemand zu behaupten wagen. Der wunde Fleck ist und bleibt also nach wie die Kugelfrage. Und — „Schafft nur erst die Kugeln!"

— Noch eine Stimme aus der Presse. Ueber das „Attentat" und den „Attentäter" läßt sich die von Guido Weiß in Berlin redigirte „Wage" also vernehmen:

„Im Ernste lohnt es sich kaum, die Beschuldigung, als habe der Sozialismus mit der That vom 11. Mai auch nur in entferntester Ausstrahlung etwas zu thun, zu widerlegen. Will man ihn freilich verantwortlich machen für allen Unfug und Unsinn, den ein mißverstandenes Wort seiner Lehren in einem wirren, denkungeübten Gehirn anstiftet, so beginne man nur damit, die Bibel zu verbrennen, an der zu Hunderten die „Armen im Geist" zu Schwärmern, zu Narren, zu Verbrechern geworden sind. Wem sollte es lieber sein, als dem Sozialisten selber, wenn seine Lehre sich bereits jetzt so klar, sicher und einfach darstellen ließe, daß es all des so langsam wirkenden Predigens und Agitirens nicht mehr bedürfte, daß Mißverständniß und Sektirerei nicht mehr entstehen, Fanatismus sich daran nicht mehr entzünden könnte! Aber man schuldige darum nicht ihn, sondern den Schutt an, den die jetzige Gesellschaftsordnung seit Jahrhunderten um ihre Wurzel angehäuft hat — und an diese Wurzel allerdings muß man kommen.

„Keinem ja, als dem Sozialisten, kann es ferner liegen, auf einzelne Personen Glück oder Unglück seines Strebens stellen zu wollen. Die Zustände und Einrichtungen, die er angreift und reformiren will, haben nicht von gestern auf heute sich gebildet, sie können nicht von heute zu morgen sich umbilden, das ist eine Aufgabe des Werdens, nicht des Vernichtens. Noch die letzte große politische Revolution konnte glauben und versuchen, durch die Hekatomben von Köpfen, die sie opferte, ihre Ziele zu fördern: das Werk der sozialen Wiedergeburt bedarf vielmehr der Köpfe, gesunder, klardenkender und thatlustiger Männer, um der Welt den Kopf zurechtzusetzen. Das Philosophenwort von der Gleichheit dessen, was Menschenantlitz trägt, ist nicht blos das Wort der Erhebung für die Armen und Elenden im Volke, es spricht zugleich Unantastbarkeit und Heiligkeit des Daseins Aller, vom Niedrigsten bis zum Höchsten, aus.

„Könnte irgend etwas Vernünftiges, Sachgemäßes dabei herauskommen, den Einfall eines denkunfähigen Menschen auf Grund und Anlaß hin zu zergliedern, so läge es weit näher, die Pfeile auf ihre Schützen zurückprallen zu sehen. Eine ganz persönliche Sache meinte der Mörder mit seinem Fürsten zu haben; er lebte durchaus noch in jener stark nach Osten hin zurückgewichenen Auffassung, die in Rußland den Selbstherrscher als „Väterchen" begrüßt. Dort, in dieser patriarchalischen, stockkonservativen Anschauung stecken die Wurzeln der That, wie einst bei Tschech, bei Seseloge. Aber wir verzichten großmüthig darauf, diese fruchtbare Betrachtung weiter zu spinnen, um schließlich bei der Forderung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes anzukommen: vielleicht ist sie ein gefunden Korn für irgend ein nationalliberales Blatt, das doch nach gewohnter Weise wünschen muß, daß „etwas dabei herauskomme".

„Heuchlerisch, wie in der Anschuldigung, sind diese Blätter nun auch in den Mahnungen und Warnungen, die sie in der Besprechung anfügen. Wir wollen keine Verschärfungen, sagen sie, der Preß- und Vereinsgesetze; das sittliche Gebrechen muß seine sittlichen Heilmittel finden. Die „Gesellschaft" selber muß sich aufraffen und sich zusammenthun zur Abwehr der sie bedrohenden Schäden. „Mit großen Geldmitteln" — wird recht bezeichnender Weise hinzugefügt. Für dieses Geld würden sich dann ja Zungen und Federn finden, welche das Werk der Reinigung und Züchtigung übernehmen. Denn so weit kennen diese Blätter ihre Patrone zu gut, als daß sie ihnen zumuthen sollten, für diese nöthige ideale Arbeit selber Hand oder Fuß, Herz oder Kopf in Bewegung zu setzen: das besorgen die zwei Zählfinger ja Alles weit bequemer. Und sieht man nach einiger Zeit, daß diese Taglöhnerarbeit, wie ganz natürlich, nichts hilft, so folgt unausbleiblich dann doch das Geschrei nach mehr Polizei, nach schärferen Gesetzen und Interpretationen.

„Herr Bamberger ist vor einigen Monaten schon so ehrlich gewesen, auf die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechtes als das zunächst Nothwendige hinzuweisen, und holt Fürst Bismarck dann aus der Schublade — denn in den Papierkorb pflegt er seine Projekte nicht wandern zu lassen — seinen alten Gesetzentwurf auf Beschränkung auch der theoretischen Erörterungen hervor; bringt das Reichsgesundheitsamt seine hygienischen Vor-

schläge gegen die gesundheitsschädliche Anhäufung großer Volksmassen in geschlossenen Räumen neben den straßenpolizeilichen Anordnungen zur Geltung, welche ja neulich schon wiederholt mit Glück gegen Berliner Volksversammlungen in Scene gesetzt wurden: o, dann wird sich auch die sittliche Abneigung gegen solche mechanische Kur bei der liberalen Presse gelegt haben, die inzwischen die ihr wahrlich nicht unerwartete Erfahrung gemacht haben wird, daß idealen Schwung für materielle Interessen zu verlangen, sich zwar recht hübsch ausnimmt, aber für die Wirklichkeit ebenso sinnlos ist, wie der auf ein Rad gepfropfte Adlerflügel unserer Eisenbahnuniform.

„Man braucht nicht zu alt zu sein, um sich des Attentates Sefeloge zu erinnern und der schroffen Reaktion, die darauf folgte. Das acute Attentat gegen einen Fürsten ward zum chronischen Attentat gegen ein entwickelungsbedürftiges Volk. Ein paar Jahre hat das vorgehalten, dann stieg der Fürst, als Mensch liebenswerth und tief bemitleidenswerth in seinen letzten Geschicken, vom Thron, und das Volk, mitsammt der „geretteten Gesellschaft", begrüßte mit frohem Aufathmen die neue Aera. Unter solchem Auspizium hat Kaiser Wilhelm's Regiment begonnen."

— Die Presse verbreitete jüngst die Nachricht, daß der Attentäter Lehmann syphilitisch sei. Das Erkennen dieses Leidens, das oft seine Schwierigkeiten hat, war in dem gegebenen Falle auffallender Weise leichter, wie das Auffinden der Revolverkugeln. Für uns ist die Diagnose auf Syphilis von besonderem Interesse. Der größte deutsche Irrenarzt, Griesinger, sagt in seinem unübertroffenen Werke „Pathologie und Therapie der psychischen Krankheiten" S. 197: Die constitutionelle Syphilis wird nicht leicht anders als durch palpable Ernährungskrankheiten des Schädels, des Gehirns und seiner Häute zu Irresein führen, ist aber in dieser Beziehung auf's ernstlichste zu berücksichtigen" u. s. w. Und Niemeyer sagt in seinem brillanten Werke „Lehrbuch der speziellen Pathologie und Therapie" 7. Auflage, S. 788: „Die häufigste Form der syphilitischen Hauterkrankung ist ein makulöses Exanthem, die Roseola syphilitica. Dem Ausbruch der kleinen, unregelmäßig runden, nicht selten stellenweise confluirenden Roseolaflecke geht häufig ein fieberhaftes Allgemeinleiden vorher." Also, ihr Herren gelehrten Medizinalräthe, woran litt Lehmann im Momente der That? An „Ernährungsstörungen der Hirnhäute" in Folge von Syphilis, oder befand er sich im Stadium „eines fieberhaften Allgemeinleidens" ebenfalls in Folge von Syphilis??!!

— Zur schärferen Bewachung der Grenzen gegen Rußland und Oesterreich hat der Reichskanzler beim Bundesrath die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel beantragt. „Es sind, wie die Berliner „Tribüne" wissen will, erforderlich nach den Ergebnissen der eingehenden Ermittelungen 143 Fußgendarmen, 30 berittene Gendarmen und 7 berittene Oberwachtmeister. Der entstehende Aufwand ist veranschlagt worden: an einmaligen Ausgaben für die erste Ausstattung und Ausrüstung auf 43,425 Mark, an dauernden Unterhaltungskosten auf jährlich 345,380 M. Dazu kommen noch die Commandozulagen, welche den an die Landesgrenze zu commandirenden Gendarmen vorschriftsmäßig gezahlt werden müssen, bis dieselben auf den preußischen Etat übernommen werden können, eventuell also bis 1. April 1879. Diese Commandozulage beträgt für den Gendarmen 60 M. und für den berittenen Oberwachtmeister 75 M. monatlich. Die preußische Regierung hat sich bereit erklärt, die zur Durchführung der Maßregel erforderlichen Anordnungen zu treffen und zu diesem Zwecke die Vermehrung der Gendarmerie um 143 Fußgendarmen, 30 berittene Gendarmen und 7 berittene Oberwachtmeister durch den Landeshaushaltsetat für 1879/80 herbeizuführen, falls ihr eine Zusicherung dahin ertheilt wird, daß die Reichskasse die Erstattung der für die erforderlich werdenden Gendarmeriepersonen nach den in dem jederzeitigen preußischen Etat normalmäßig zu berechnenden Selbstkosten auf so lange übernimmt, als die gegenwärtig in Aussicht genommene Einrichtung dauern wird, und daß, wenn diese Einrichtung ganz oder theilweise wieder aufgehoben wird, die Kosten der disponibel werdenden Gendarmen noch bis dahin erstattet werden, wo diese Gendarmen in die zunächst vacant werdenden anderen etatsmäßigen preußischen Stellen versetzt werden können. Der Reichskanzler hat demgemäß beim Bundesrathe in Antrag gebracht, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Reich die in der geforderten Zusicherung bezeichneten Leistungen übernehme." — Dunkel ist der Rede Sinn. Wozu so plötzlich eine schärfere Bewachung der Grenzen gegen Rußland und Oesterreich? Sollen etwa Vorkehrungen getroffen werden gegen die Einschleppung der Rinderpest, oder lauert im Hintergrunde dieser Maßnahmen ein gegen die Polen gerichtetes politisches Motiv? Die letztere Annahme wird wohl die zutreffende sein.

— Eine Bekanntmachung, so originell (das „Leipziger Tageblatt" nennt sie eine „höchst nachahmenswerthe"), wie uns selten eine zu Gesicht gekommen ist, brachte kürzlich die „Hallesche Zeitung":

„Bekanntmachung. Der Arbeiter Ferdinand Franke von hier insultirte zwei Damen auf offener Straße und trat einer derselben das Kleid absichtlich ab. Hierfür ist er am heutigen Tage vom hiesigen Königlichen Kreisgerichte meinem Antrage entsprechend zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die Einwohnerschaft Halle's möge hieraus entnehmen, daß das Königl. Kreisgericht — wie es auch ausdrücklich ausgesprochen — nach wie vor gewillt ist, dem Strolchthum mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Sie selbst hat aber ihrerseits alle derartige Brutalitäten mir zur Anzeige zu bringen, um der sich immer breiter machenden Rohheit Einhalt thun zu können.

Halle, den 17. Mai 1878. Der Königl. Staatsanwalt."

Wenn die Staatsanwaltschaft in Halle „dem Strolchthum mit Entschiedenheit" zu Leibe gehen will, so ist dieser Vorsatz an sich ja ein ganz löblicher zu nennen; schwer zu begreifen ist nur, warum sie dies mit so vieler Emphase aller Welt kund und zu wissen thut. Aber fast scheint es, als ob die Staatsanwaltschaft von Halle dem „Strolchthum" durch die „Bekanntmachung" anrathen wollte, sich künftig anständig zu verhalten. Wenn das mit der „Bekanntmachung" beabsichtigt war — à la bonne heure, dann hat sie unsere Zustimmung, denn dann wird sie hoffentlich auch dasjenige „Strolchthum", welches es unter seiner Würde hält, sich Arbeiter zu nennen, in der Insultirung der Damen aber das Menschenmöglichste zu leisten versteht, auf den Weg der Besserung bringen. Und von diesem Gesichtspunkt halten auch wir die Bekanntmachung für „höchst nachahmenswerth". Aber nur von diesem — verstanden, „Tageblatt"?

— Die strikenden Baumwollenspinner in Blackburn und den übrigen vom Strike betroffenen Ortschaften stimmten am 23. Mai darüber ab, ob die Arbeit zu den von den Fabrikanten proponirten Bedingungen wieder aufgenommen werden solle oder nicht, mit anderen Worten: ob die Arbeiter sich auf Gnade und Ungnade den Profitmachern überliefern sollten. Die überwältigende Majorität entschied sich für Fortsetzung des Strikes. Der Strike dauert also auf unbestimmte Zeit fort.

— Wie in Berlin, so ist auch in Konstantinopel geattentätert worden. Nur waltet zwischen den beiden Attentaten der himmelweite Unterschied ob, daß in Konstantinopel bei der ganzen Sache blutiger Ernst im Spiele war, während es sich in Berlin um die „That" eines verrückten Menschen handelt. Das Konstantinopolitaner Attentat bezweckte die Absetzung des gegenwärtigen Sultans Hamid und die Inthronisation des Ex-Sultans Murad. Der Versuch wurde blutig zurückgewiesen, die Verschwörer wie Soldaten ließen Todte und Verwundete auf dem Platze.

— Der frühere verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse", A. Finke, wurde am 14. d. M. aus der Stadtvoigtei, wo er seit dem 13. November in Untersuchungshaft lag, nach Plötzensee überführt, um dort vor der Hand auf ein Jahr Studien über Preß„freiheit" anzustellen. In nächster Zeit werden ihm Dolinski, Fischer und Most folgen.

— Der frühere verantwortliche Redakteur des „Vorwärts", Genosse Helßig, ist vom Halle'schen Gericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden wegen „Beleidigung" eines Comités, welches sich in Halle zur Errichtung eines Siegesdenkmals gebildet und zur Sammlung von freiwilligen Beiträgen aufgefordert hatte. Die Beleidigung soll enthalten sein in einer Halle'schen Correspondenz, die der „Vorwärts" vor längerer Zeit gebracht hatte. Appellation und Nichtigkeitsbeschwerde sind gleichzeitig angemeldet. — Zu weiteren drei Monaten wurde Helßig vom Leipziger Gericht wegen Beleidigung des bekannten Polizeikommissärs Wirtz in Saarbrücken verurtheilt.

— Genosse Klute, der wegen Gotteslästerung, begangen in einer in Spremberg gehaltenen Rede, in erster Instanz zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, erhielt am 21. d. M. von der Appellinstanz in Frankfurt a. O. eine Zusatzstrafe von 12 Wochen zuerkannt.

— Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hatten, nachdem sie sich für Abgabe der bekannten Erklärung und Nicht-Theilnahme an den Debatten über das Lehmann-Gesetz entschieden hatten, den Beschluß gefaßt, nach Beendigung der Debatten ein Manifest an ihre Wähler und das deutsche Volk überhaupt zu erlassen. Angesichts des Verlaufs der Debatten, in denen die uns feindlichen Parteien sich aufs Ergötzlichste unter einander zerfleischt haben, und daß von keiner Seite auch nur der leiseste Versuch gemacht worden ist, die dreiste Verläumdung: der Lehmann'sche Revolverstreich sei irgendwie auf die sozialdemokratischen Lehren und Bestrebungen zurückzuführen — Angesichts dieser Thatsache sind die sozialdemokratischen Abgeordneten von dem Gedanken der Veröffentlichung eines Manifestes abgestanden.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß uns von allen Seiten Erklärungen zugehen, welche die vollste Billigung der von den sozialdemokratischen Abgeordneten in Sachen des Lehmann-Gesetzes beobachteten Taktik, ausdrücken.

— Heft 17 der „Zukunft" ist erschienen. Inhaltsverzeichniß: Die Vertheilung des Arbeits-Ertrages. Von C. A. S. — Zur Wahlreform-Frage. Von A. B. — Kritische Bemerkungen über die „Gerechtigkeit" als Grundprinzip der Sozialdemokratie. — Ueber die Betheiligung des Staats an neuen Entdeckungen und Erfindungen. — Rezensionen. (Friedrich von Baerenbach: Das Problem einer Naturgeschichte des Weibes. — Arnold Lindwurm: Das Eigenthum und die Menschheits-Idee im Staate. — Zur Lösung der sozialen Frage durch die Frau. Von einer deutschen Frau. — Le péril social dévoilé. Par l'auteur de „Grandeur ou décadence de la Nation française." — Eine Liebesepisode aus dem Leben Ferd. Lassalle's. Tagebuch; Briefwechsel; Bekenntnisse. — Reinhold Menz: Der Transport-Luxus.)

— Der in nachstehender Erklärung unseres Genossen Hasenclever angezogene Artikel des „Leipziger Tageblatts" macht die Runde fast durch die ganze Presse Deutschlands, deshalb halten wir es für geboten, diese Erklärung aus der „Fackel" zum Abdruck zu bringen, um derselben gleichfalls weitere Verbreitung zu geben:

Erklärung.

In der fünften Beilage zum „Leipziger Tageblatt" Nr. 139 befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift: „Wie die Sozialdemokratie ihre Parteihäupter und Agitatoren bezahlt" — in welchem selbstverständlich auch meiner gedacht wird und zwar in einer Weise, die mich zu einer Berichtigung in dem gedachten Blatte veranlassen würde, wenn ich es nicht unter meiner Würde erachtete, einer Zeitung, welche die Verleumdung und Verdächtigung der Sozialdemokratie systematisch und handwerksmäßig betreibt, überhaupt eine Zeile zur Aufnahme zuzusenden.

Das „Leipziger Tageblatt" erzählt seinen Lesern nämlich, daß ich von der Berliner Associationsbuchdruckerei im Laufe eines Jahres die Summe von 8766 Mark erhalten habe und glaubt auch hieraus den Beweis geführt zu haben, „daß die Thätigkeit der sozialistischen Parteileiter und Agitatoren ein für ihre Privatinteressen einträgliches Geschäft" sei.

Der Thatbestand, auf den sich die Behauptungen des „Tageblatts" gründen, ist nun folgender: Ich war seiner Zeit Besitzer des „Neuen Sozial-Demokrat", welches Blatt erhebliche Ueberschüsse machte, die ich regelmäßig und zwar unter Parteicontrolle der Partei zugeführt habe. Als die Associationsbuchdruckerei in Berlin gegründet wurde, übertrug ich das Eigenthumsrecht des „Neuen Sozial-Demokrat" auf die Druckerei und erhielt von derselben die bis dahin restirenden Außenstände des „Neuen Sozial-Demokrat" in der Höhe von 8766 Mark nach und nach im Laufe eines Jahres ausgezahlt. Diese Summe habe ich laut Quittung an den Agitationsfond der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu Händen des Herrn Geib in Hamburg seiner Zeit abgeliefert, und es ist jene Summe auch in verschiedenen Posten, und zwar immer genau in derselben Höhe, wie ich sie von der Associationsbuchdruckerei in Berlin erhielt, in den Abrechnungen der sozialistischen Arbeiterpartei zu finden.

Das „Tageblatt" hat, wie ersichtlich, als Grundlage für seinen Artikel jene Parteiabrechnungen benutzt, und mußte deshalb auch die Ueberführung jener 8766 Mark gefunden haben; ferner ist

---

Eine zeitgemäße Erinnerung.

(Aus „Liebe, Leben und Kampf" von W. Hasenclever.)

I.

(Vor fünfundsechszig Jahren.)

Das Vaterland ist in Gefahr!
Der Ruf erklang so laut und rein,
Es eilt' herbei wohl Schaar an Schaar —
Ein Jeder wollt' der Erste sein.

Voll Freiheitslust und Todesmuth
Zusammen Jüngling, Mann und Greis,
Sie kämpften treu, sie kämpften gut,
Des Landes Freiheit war der Preis.

Des Korsen Uebermuth und Macht
Zerschmettert' kühn der deutsche Arm
In mancher heißen, blut'gen Schlacht —
Den Dank erhielt der Russenschwarm.

Leer ging der Deutsche wieder aus,
Wie leider er's so oft gethan;
Zurückgekehrt in's Vaterhaus
Verschwand der süße, schöne Wahn.

Es schwand dahin der Freiheit Bild,
Das seine Hoffnung ihm gezeigt;
Er ballte zwar die Fäuste wild —
Die Kette wurde ihm gereicht.

II.

(Vor acht Jahren.)

Das Vaterland ist in Gefahr!
Und wieder tönt' der laute Schrei;
Doch schon nach wen'gen Wochen war
Die große Kriegsgefahr vorbei.

Der deutsche Michel aber schlug
Den Nachbarsjungen blau und braun,
Und immer war's noch nicht genug —
Es tos'te fort des Krieges Grau'n.

Elsaß und Lotharingen gar
Und fünf Milliarden sind der Lohn —
Der Staatsmann und der General
Erhielten reiche Dotation.

Der Invalide aber hat,
Trotz großem Invalidenfond,
Bekommen nur in Land und Stadt
Die kümmerlichste Pension.

Und Deutschlands Volk? Erhielt es auch
Des Segens reiche, volle Fluth?
Jawohl! Wie's immer war der Brauch,
Es gab das Volk sein Gut und Blut;

Die Gründer aber stürzten sich,
Dem Tigerthier, dem Panther gleich,
Auf die Milliardenströme hin,
Die sich ergossen in das Reich.

Das Volk hingegen elend, arm,
Es nagt an dem Hungerluch —
Der Segen der Milliarden ward
Für's Volk ein Milliardenfluch.

III.

(Im Jahre 1876.)

„Das Vaterland ist in Gefahr!"
So rief der Herr von Eulenburg,
Der Reichsregierung Kommissar —
„Der Drache droht, der Feuerlurch."

„Des Sozialismus Hyder speit
„Den giftgetränkten Speichel aus;
„Das Volk in Deutschland, weit und breit,
„Es lädt den Drachen wohl in's Haus;"

„Und schlürfet gar das süße Gift,
„Das Gift der Bruderliebe ein;
„Der Todesstrahl die Knechtschaft trifft —
„Und unsre Herrschaft ist nur Schein."

„Drum eilt herbei voll Kampfeslust
„Und schwinget des Gesetzes Schwert,
„Daß mitten in des Drachen Brust
„Die „Strafgesetznovelle" fährt."

Das Vaterland ist in Gefahr!
So hört man immer lauter schrei'n —
Doch rührt sich nicht des Reichstags Schaar,
Denn Keiner will der Erste sein.

* * *

Der „Drache" aber wohlgemuth
Erhebt sein Haupt zum hellen Licht —
Wohl Mord und Brand und Wuth und Blut
Aus seinen wilden Augen bricht?

O nein! Es ist des Segens Strahl,
Es ist der Freiheit hehres Licht —
Dem Nachtgevögel allzumal,
Ihm leuchtet ja die Sonne nicht.

Ihm leuchtet nicht der Glorienschein,
Der um des „Drachen" Haupt erglänzt —
Die Liebe ist's, der wir uns weih'n,
Die Menschenliebe, unbegränzt.

— Noch eine zeitgemäße Erinnerung. Die fortschrittliche „Berliner Volkszeitung" schreibt: „Der erhebendste Moment des von den Studenten mit Bezug auf das Attentat arrangirten Fackelzuges war vielleicht der, als nachdem derselbe, der vor dem Palast des Kaisers Aufstellung genommen, Tausende von kräftigen Jünglingsstimmen das Lied von Hoffmann v. Fallersleben anstimmten: „Deutschland, Deutschland über Alles, über Alles in der Welt". Mächtig brauste der letzte Vers über den weiten schönen Platz:

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland
Danach lasst uns Alle streben,
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand —
Blüh im Glanze dieses Glückes,
Blühe deutsches Vaterland!

gerade in Bezug auf diesen Posten eine Richtigstellung schon durch die Parteipresse und auch durch verschiedene liberale holsteinische Zeitungen erfolgt, die seiner Zeit auch jene Summe als ein Angriffsobjekt auf meine Person benutzt hatten.

Richtig also ist, daß ich laut Abrechung die Summe von 8766 Mark von der Berliner Associationsbuchdruckerei als ein Geschäftsguthaben seiner Zeit erhielt; aber ebenso richtig ist, daß ich wiederum laut Abrechnung genau dieselbe Summe der sozialistischen Arbeiterpartei zur Agitation überwiesen habe.

Und dies nennt das „Leipziger Tageblatt" ein für meine Privatinteressen recht einträgliches Geschäft!

Leipzig, den 21. Mai 1878. Wilh. Hasenclever.

Alle anständigen Blätter, welche den betreffenden Artikel dem „Leipziger Tageblatt" entnommen haben, werden ersucht, auch von vorstehender Berichtigung Notiz zu nehmen.

Correspondenzen.

Wien, 19. Mai. Das Attentat ist natürlich auch hier der Centralpunkt des Tagesgesprächs, durch welchen sogar die orientalische Frage in den Hintergrund gedrängt wird. Es ist dasjenige der vielen Attentate der letzten Zeit, welches das größte Aufsehen erregt und dasselbe am wenigsten verdient hat. Der agrarische Mord in Irland und die That der Wjera Sassulitsch fanden bei dem Volk allgemeine Billigung, denn sie waren der Ausdruck der Verzweiflung einer ganzen Nation, welche nur auf diese Weise sich Gehör verschaffen kann. Das Attentat auf den deutschen Kaiser hingegen war ebenso die That eines Einzelnen, wie der vor wenigen Wochen in Wien gemachte Versuch, den Fürsten Thurn und Taxis zu erschießen. Ja selbst dieser verdiente eigentlich mehr Berücksichtigung, als Lehmann's „That", da er einem weit um sich fressenden sozialen Krebsschaden entsprang. Als Fürst Thurn und Taxis, vom Wettrennen kommend, seinen prächtigen Vierzug unter dem Eisenbahn-Viadukt hindurchlenkte, der den Ausgang aus dem Prater bildet, schoß ein junger Mann zwei Schüsse aus einem Revolver auf ihn ab, ohne ihn zu treffen. Sogleich ergriffen, gab er an, die That aus Rache verübt zu haben. Der „edle" Fürst war Präsident einer Aktiengesellschaft gewesen, welche das Schicksal so vieler anderer ihrer Schwestern theilte und flöten ging. Der Attentäter hat nach seiner Aussage sein ganzes Vermögen in dieser Aktiengesellschaft angelegt und auf diese Weise verloren. Im höchsten Elende wandte er sich an den Fürsten, als moralischen Mitschuldigen seiner traurigen Lage, um eine Unterstützung, und als diese ihm verweigert wurde, erwachte in ihm der Gedanke der Rache. Er zog den Tod durch den Henker dem langsamen Hungertod vor.

Was thun die österreichischen Behörden in diesem Falle! Anstatt das Strafverfahren gegen ihn einzuleiten, bei welchem jedenfalls dem Fürsten sehr unangenehme Dinge ans Tageslicht gekommen wären, greift man zu dem in Oesterreich sehr beliebten Mittel der Vertuschung. Der Attentäter wird für unzurechnungsfähig erklärt und verschwindet.

In Rußland spricht man die Attentäter frei, in Irland hilft man ihnen, zu entkommen, in Oesterreich werden sie in Vergessenheit gebracht — und in Deutschland gebraucht man sie als einen Vorwand zur Verfolgung einer großen politischen Partei. Ein Attentäter, der keine „hohe" Persönlichkeit compromittirt, wäre freilich auch in Oesterreich für manche Leute willkommen, aber zum Unglück für unsere Regierung will er sich nicht finden. Auch hier sieht man in der Reaktion den letzten Ausweg aus der Sackgasse, in die man sich verrannt hat. Es sind dies die letzten krampfhaften Zuckungen eines verendenden Systems.

Für uns Sozialisten in Oesterreich kann die Reaktion in unserm lieben Vaterland höchst gleichgültig sein, uns kann sie nicht treffen, weil es für uns noch keine Freiheit gegeben hat. Uns kann man nicht schädigen durch Verkümmerung der Preßfreiheit, da wir schon längst wieder unter Censur stehen. Und das Vereins- und Versammlungsgerecht? „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren", sagt ein Sprichwort. Er kann uns nicht etwas entziehen, was wir nicht haben. Am bezeichnendsten wird das Versammlungsrecht Oesterreichs illustrirt durch die Thatsache, daß eine Volksversammlung unlängst nach § 6 verboten wurde, weil auf ihrer Tagesordnung die Frage stand: „Was ist staatsgefährlich". Da der § 6 des Versammlungsgesetzes lautet: Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, sind von der Behörde zu untersagen; so gefährdet es das „öffentliche Wohl", wenn man erfährt, was in Oesterreich alles staatsgefährlich ist!

Die deutschen Parteigenossen dürften nach dem neuen Gesetzentwurf zu urtheilen bald ähnliche Zustände zu kosten kriegen, wie wir sie hier schon gewöhnt sind. Der Erfolg wird jedenfalls ein anderer sein, als der „eiserne" Reichskanzler und seine Trabanten träumen. Hat es die schamloseste Verfolgung in dem in der Cultur und industriellen Entwicklung so weit zurückgebliebenen Oesterreich nicht vermocht, den Sozialismus auszurotten, wie viel weniger in Deutschland!

Nicht Prinzipien, sondern die Leidenschaft des Kampfes ruft Gewaltthätigkeiten hervor. Niemand wird behaupten, daß der Royalismus oder die Bourgeoisie im Volke blutdürstige Ideen nähren, und dennoch haben auch sie in Perioden, in denen sie um die Herrschaft rangen, Attentäter geliefert.

Am 20. Januar 1793 ermordete ein alter Garde-du-Corps Namens Paris, den Deputirten Lepelletier de Saint-Fargeau. weil dieser für den Tod des Königs im Convent gestimmt hatte Bekannt ist das Attentat der Charlotte Corday, welche die die Bourgeoisie vertretende Gironde an dem Anwalt des Proletariats, Marat, rächte. In der Nacht vom 3. auf den 4. Prairial (22.—23. März) 1794 wurde ein Mordversuch auf Collot d'Herbois von einem gewissen l'Admiral verübt, nachdem dieser den ganzen Tag über vergebens nach einer Gelegenheit gespäht hatte, Robespierre zu tödten. Am folgenden Tage machte sich eine junge Royalistin, Cecilie Reinaud, welche mit zwei Messern bewaffnet, bei Robespierre eindrang, ihn jedoch nicht zu Hause fand, verdächtig, ein Attentat gegen ihn im Schilde geführt zu haben. Am 3. Nivose 1800 mißlang ein von den Royalisten gegen den ersten Consul Bonaparte gerichtetes Complot, indem die Höllenmaschine, welche bestimmt war ihn zu tödten, zu spät explodirte.

Alle diese Attentate wurden nicht von verkommenen Subjekten ausgeführt, welche sich zu Allem gebrauchen ließen, sie waren nicht von der Partei, zu der sie sich bekannten, ausgeschlossen, und dennoch ist es Niemandem eingefallen, den Royalismus zu beschuldigen, er befördere die Mordlust, obgleich er in dem kurzen Zeitraum, während dessen er zur Abwechselung einmal der unterliegende Theil war, eine hübsche Menge Mörder geliefert hat.

Halle. Am 11. Mai tagte hierselbst in Müller's Bellevue eine öffentliche Versammlung, welche von den Gewerkschaften arrangirt und von 1500 Personen besucht war. Das Bureau bestand aus Rödiger, Biehl und Reinthal; Referent war Herr Reichstagsabgeordneter Aug. Kapell. Derselbe sprach in klarer und verständlicher Weise über die Ziele der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wies die Nothwendigkeit derselben nach und betonte zum Schluß die Wichtigkeit der möglichsten Centralisation aller bestehenden Gewerkschaften. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und beschlossen, sofort eine längere Pause eintreten zu lassen, um neue Mitglieder in die Gewerkschaften aufzunehmen. Der Aufforderung zum Beitritt kamen viele der Anwesenden sogleich nach. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die in Halle von Fabrikanten und Meistern über alle Gebühr verübten Lohnabzüge. Dem Referat des Genossen Rödiger folgte die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die Versammlung erklärt, daß die seit längerer Zeit in Halle von Fabrikanten und Meistern vorgenommenen und in regelmäßiger Fortsetzung wiederkehrenden Lohnabzüge den Volkswohlstand nur zu untergraben geeignet sind, indem die Consumtionsfähigkeit des größten Theiles der arbeitenden Bevölkerung dadurch in erheblichem Grade herabgesetzt wird und mithin die Lahmlegung der ohnehin in gegenwärtiger Zeit nicht prosperirenden deutschen Geschäftsverhältnisse nothwendig folgen muß.

„Die Versammlung erklärt ferner, daß diese Erscheinung ihren Grund größtentheils nicht in dem Bestreben der Fabrikanten und Meister, ihre Produkte dadurch konkurrenzfähiger zu machen, hat, sondern lediglich zur Erzielung größerer Profitraten dienen soll. Dieses egoistische Bestreben der deutschen Fabrikantenwelt ist aber entschieden zu verurtheilen, besonders mit Rücksicht auf die elende Lage des arbeitenden Volkes.

„Weiter erklärt die Versammlung, da die Arbeiter keine Aussicht haben, auf dem Wege des Petitionirens an die Fabrikanten diese von dem einmal betretenen, für die Arbeiter so schädigenden Wege abzubringen, ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, seiner resp. Gewerkschaftsverbindung beizutreten, um durch Organisirung aller Arbeiter schon unter den heutigen Verhältnissen eine denselben entsprechende Verbesserung ihrer Lage zu erringen."

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Schädlichkeit der Zuchthausarbeit", sprach Genosse Zwiebler treffend und unter fortwährendem Beifall, da er besonders einige hiesige Fabrikanten scharf ins Gebet nahm, die aus purer Gewinnsucht alte und tüchtige Arbeiter, die ihnen zum Theil lange Jahre treu gedient hatten, aus der Arbeit stießen, um sie durch Sträflinge zu ersetzen. Der Referent bewies an der Hand von Zahlen, wie ungeheuer der verderbliche Einfluß der Zuchthausarbeit die freien Arbeiter benachtheiligt. Herr Knoblauch empfiehlt die Annahme folgender Resolution, was einstimmig geschah.

„In Erwägung, daß die Zuchthausarbeit der freien Arbeit gegenüber eine lästige Conkurrenz ist, und da es rechtlich und sittlich unzulässig ist, freie Arbeiter durch Sträflinge zu ersetzen, erklärt die Versammlung, daß die Sträflinge nur mit solchen Arbeiten zu beschäftigen sind, die eine Conkurrenz mit der freien Arbeit ausschließen."

Dies war die dritte große Versammlung in wenigen Wochen in Halle, deren erste von 3500, die zweite von 2000 und die dritte von 1500 Personen besucht war. Gewiß ein Beweis, daß alle gegnerischen Machinationen, Lokalsperre u. dgl., gar nichts gefruchtet, oder besser, den Sozialisten viel genützt haben.

Am 24. April hielten die hiesigen Genossen im geräumigen „Bellevue" ein Fest ab, welches an 2500 Theilnehmer aufzuweisen hatte und glänzend verlief. Besonders waren es die vortrefflichen Leistungen der Liedertafel „Lassallea", der Herren Kanzelberg und Stüler sowie der Geschwister Schreck, die den Abend zu einem genußreichen machten. Dieses Fest hat der Polizeiverwaltung wieder einmal Gelegenheit gegeben, gegen den Vorsitzenden der „Lassalea", Genossen Hofbeck, ein Strafmandat von 15 Mark zu erlassen, und zwar wegen „unerlaubten Abhaltens öffentlicher Tanzmusik". Beiläufig ist so etwas in Halle nichts Neues, jedoch denken wir in dem dieserhalb bevorstehenden Termin am Kreisgericht den Herren zu beweisen, daß sie, wie schon oft, wieder im Irrthum gewesen sind. So dürfen jetzt auch Frauen den Volksversammlungen hier beiwohnen, ein Recht, das diesen niemals hätte bestritten werden dürfen. Leider duldeten bisher die überwachenden Beamten nie eine Frau in der Versammlung, trotzdem ihnen bedeutet wurde, daß deren Anwesenheit gesetzlich nicht verboten ist. Noch in der Versammlung am 18. März erklärte der Polizeikommissarius Sparig, daß er das Tagen der Versammlung von der Entfernung der anwesenden Damen abhängig mache. Diese „verdienstvolle" That hatte aber zur Folge, daß auf eine Beschwerde an die königl. Regierung dem Herrn Commissarius seine Gesetzesunkenntniß klar gemacht wurde, denn schon in der darauf folgenden Versammlung wurden die Frauen geduldet. Da kurz vorher von der Regierung der Bescheid eingegangen war, „daß die Halle'sche Polizeiverwaltung mit der erforderlichen Anweisung versehen worden sei".

Die hiesigen Preßlakaien, die sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit ein großes Gezeter über die Rohheit der Arbeiter anzustimmen pflegen, versuchen wieder einmal, die sittenlosen Handlungen eines verworfenen Menschen zu beschönigen. Natürlich, es war ja einer von „unsere Leut". Gelegentlich der Verurtheilung der früheren hiesigen Theaterdirektors Haberstroh, dessen Schändlichkeiten sich in der ganzen deutschen Presse wiederspiegelten, bringt die „Halle'sche Zeitung", die erst kürzlich wegen ihrer „Anreizung zum Mord" gegen die Sozialisten vom „Vorwärts" an den Pranger genagelt wurde, folgende Tugendschwärmerei:

„Die Untersuchung, die gegen den Direktor Haberstroh geführt wurde, dauerte sechs Wochen, und sind dieselben bei der Verurtheilung, die bekanntlich auf fünf Jahre Zuchthaus und fünfjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Tragung der Prozeßkosten lautet, mit in Anrechnung gebracht worden. Vier Mädchen unter vierzehn Jahren werden in die Besserungsanstalt geschickt. Haberstroh, im blühenden Mannesalter von 45 Jahren stehend, ist über Nacht ein Greis geworden; zweimal versuchte er, im Gefängniß sich zu tödten, aber er wurde zu sorgfältig überwacht. Als das Urtheil gesprochen war, sank der Unglückliche ohnmächtig zusammen. Man hatte wohl die Absicht, ihn leichter zu bestrafen, aber die Einzelnheiten der Verirrung, welcher Haberstroh zum Opfer fiel, sind so gravirend, daß auf Milderung nicht weiter Rücksicht genommen werden konnte. Am 12. April tritt der Verurtheilte seine Strafe im Zuchthause zu Waldheim an. Die arme, makellose Frau ist am meisten zu beklagen; das Sommertheater, welches sie selbstständig weiter zu führen gedachte, ist ihrer Direktion entzogen worden — und kurz vor der Verhaftung ihres Ehegatten hatte sie nur erst ein Wochenbett zu bestehen. Dennoch läßt sie den Muth nicht sinken und benimmt sich in wahrhaft edler Weise."

Der arme „Unglückliche" ist über Nacht ein Greis geworden. Ja, man hätte selbst diese „Verirrung" gerne leichter bestraft. Warum auch nicht? Die unschuldigen Kinder kommen in eine Besserungsanstalt, und damit sind die Spuren der ekelhaften Geschichte beseitigt. Großartig ist die Frechheit, mit der man Verbrecher zu verirrten Tugendengeln umlügt, während man für die Sozialdemokratie ein Sartory fordert.

Löbau i. S., 24. Mai. Um am hiesigen Ort einen Ortsverein zu gründen, hatten wir Sonnabend, den 19. Mai, eine in Vogt's Garten wider alles Erwarten gutbesuchte Arbeiterversammlung, in der Genosse Hugo Keller aus Görlitz zu Aller Zufriedenheit über die Tagesordnung: „Wirthschaftliche und politische Lage" referirte. Zur Interpellation meldete sich ein gewisser Kloß aus Görlitz, als Vertreter der Gewerkschaftsvereinler. Genannter Herr war nicht im Stande, Herrn Keller zu widerlegen, dagegen verlegte er sich um so mehr auf's Schimpfen, welcher Umstand zu unserem Erfolge wesentlich mit beitrug. Hoffentlich werden die hiesigen Gewerkvereinler nun einsehen, daß sie gegen die Sozialdemokratie nicht aufkommen.

Chemnitz, 23. Mai. Wozu wir des Ausnahmegesetzes bedürfen, ist nicht recht ersichtlich; die Polizei, wenigstens die hiesige, thut ja doch was sie will, wenn es sich um Sozialisten handelt. Zum Exempel: „Dem Einberufer der Volksversammlung, schreibt die hiesige „Freie Presse", welche nächsten Sonntag mit der Tagesordnung: „Das Attentat und die Sozialistenverfolgung" hier stattfinden sollte, wurde heute mitgetheilt, daß diese Versammlung verboten werde, weil in Anbetracht der Tagesordnung und des Referenten, des „Agitators" Most, eine dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit durch die Versammlung bereitet würde. Der Bescheid enthält mannigfache Ausfälle gegen Most, gegen die Vorstandsmitglieder des Wahlvereins und gegen die sozialistische Agitation, durch welche die übrigen Parteien verhaßt gemacht würden. Wir theilen der Chemnitzer Polizei mit, daß seit dem Bestehen der Sozialistischen Arbeiterpartei noch nie durch eine Volksversammlung in Chemnitz die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört wurde, ferner, daß Most nicht „Agitator", sondern Redakteur und Reichstagsabgeordneter für Chemnitz ist. So gut, wie wir sagen, „Polizeidirektor Siebdrat" und nicht „Polizist Siebdrat", verlangen wir für unseren Vertreter die gleiche schuldige Höflichkeit. Was das Verbot selbst betrifft, so constatiren wir einfach die Thatsache: Nachdem alle reaktionären Parteien und Blätter anläßlich des Attentats wie ein Rudel Wölfe über uns hergefallen sind, um uns in der schamlosesten Weise für jenes Verbrechen verantwortlich zu machen, wird es

---

Roth vom Flammenschein war der prächtige Giebel des Opernhauses, der kaiserliche Palast und gegenüber der mächtige Sitz der Wissenschaft, die Universität, angehaucht, da tauchte vor unserer Erinnerung unwillkürlich ein anderes Bild auf, das wohl über ein Menschenalter hinaus in ihr geschlummert: Fackeln erhellten auch da die Nacht, diesmal aber umrahmt von dem dunkeln Grün der Bäume des Thiergartens, auf dem Balkon des Hauses Lenneestraße 8 standen die ehrwürdigen Gestalten der Brüder Grimm, die kürzlich, nachdem sie wegen ihres Festhaltens am Verfassungseide von dem Könige von Hannover Ernst August von Göttingen mit fünf anderen Professoren entlassen waren, durch Friedrich Wilhelm IV. nach Berlin berufen worden. Ihnen galt die Ovation der Berliner Studentenschaft. Aber hinter ihnen tauchte die kräftige Gestalt eines jüngeren Mannes mit wallendem Haar und vollem Bart und gerötheten Wangen auf; der Scharfblick der Jugend erkannte den Dichter des „Liedes der Deutschen" und den der „unpolitischen Lieder" wegen deren er seine Professorstelle in Breslau von eben demselben Könige „wegen anstößiger Grundsätze und Tendenzen" entsetzt worden war, der die Grimm's nach Berlin berufen. Unendlicher Jubel und brausende Hochs schollen auch Hoffmann v. Fallersleben entgegen, die begeisterte Jugend zog dann zum damals sanderfüllten Exerzierplatz (jetzt Königsplatz), warf die Fackeln zusammen und brachte erneute Hochs auf Hoffmann, auf die Göttinger Sieben aus, bis die bis dahin den Zug führenden Gensdarmen nun dieselbe Jugend, der sie eine Gasse hatte frei machen sollen, auseinandersprengten. Und dabei blieb es nicht. Hoffmann ward aus Berlin ausgewiesen und gegen das frische Leben, das damals die Studentenschaft Berlins durchwogte, mußten Rektor und Senat einschreiten. Der Universitätsrichter Lehnerdt bekam viel zu thun mit Inquiriren über diese und andere Vorgänge. Als bald darauf dem Professor Boeckh aus Anlaß seines Geburtsfestes ebenfalls ein Fackelzug gebracht werden sollte, ertheilte der Polizeipräsident die Erlaubniß nur unter der Bedingung, wenn die „Exzedenten" von dem Grimm'schen Fackelzuge von der Betheiligung durch die Studenten selbst ausgeschlossen würden. Als die Studentenschaft mit Entrüstung diese entwürdigende Bedingung zurückwies und lieber ganz auf den Fackelzug verzichtete — gab es neue Untersuchungen, und als schließlich fünf der Studenten in einer Denkschrift an den Senat für die Rechte der Studentenschaft eintraten, ward auf sie, unglaublich aber wahr, der Landrechtsparagraph angewendet: „Studirende, wenn sie etwas bei ihrer Obrigkeit nachsuchen, sollen dies nicht haufenweise thun." Sie mußten das sogenannte Consilium abeundi unterschreiben, d. h. die Universität Berlin verlassen. Sehen wir zu, daß wir nicht ähnlichen Zuständen wieder entgegentaumeln! Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!"

— Auf den humoristischen Feuilleton-Artikel in Nr. 60 des „Vorwärts" erhalten wir folgende ernsthafte Zuschrift:

„An die Redaktion des „Vorwärts".

Auf Grund von Artikel 11 des Reichspreßgesetzes werden Sie hierdurch aufgefordert, gegen den in Nr. 60 Ihres Blattes enthaltenen Artikel: „Der Professor Biedermann und der Redakteur Biedermann" nachstehende „Berichtigung" aufzunehmen:

„„Ich habe in meinem Geschichtscolleg weder ein Wort davon gesagt, daß man „die Ermordung des Herzogs von Berry den Bonapartisten ungerechterweise in die Schuhe geschoben", noch davon, daß man „für die Ermordung Kotzebues die deutsche studirende Jugend verantwortlich gemacht habe". Ich habe in Bezug auf jene zwei Vorgänge gesagt, was geschichtlich notorisch ist: daß die Reaktion sie benutzt habe, um ihren Bestrebungen den Anschein von Recht zu geben, und habe dann diese Bestrebungen näher bezeichnet, ohne jedoch mich solcher Ausdrücke, wie dort angegeben, zu bedienen, was meine Art nicht ist.""

Leipzig, den 23. Mai 1878.

Prof. Carl Biedermann."

Wir freuen uns über diese „Berichtigung", die Alles das zugesteht, was wir nur in anderen, im humoristischen Plauderton gehaltenen Worten, unseren Lesern mitgetheilt haben. Wir bleiben also dabei, daß der Professor Carl Biedermann dem Scheerenredakteur Biedermann, welcher redlich dazu beigetragen hat, daß die Reaktion das Attentat (Lehmann) benutzt hat, „um ihren Bestrebungen gegen die Sozialdemokratie den Anschein von Recht zu geben", in seinem Geschichtscolleg derb den Text gelesen hat; daß aber der Redakteur Biedermann dadurch weiter nicht gebessert worden ist.

uns verboten, vor das Volk hinzutreten und diese Angriffe durch den berufenen Vertreter der Arbeiter von Chemnitz zurückweisen zu lassen. Uns, uns allein, wird verboten, öffentlich über das Attentat zu sprechen, während alle Welt darüber täglich sprechen und schreiben darf, was sie will. — Als uns das Verbot bekannt wurde, begab sich Wiemer sofort nach dem Polizeiamt und meldete eine zweite Volksversammlung an, mit der Tagesordnung: „Berichterstattung des Reichstagsabgeordneten Most über die Thätigkeit des deutschen Reichstags". Diese Versammlung wurde unter Anführung derselben oben erwähnten Motive ebenfalls verboten! — Nun meldete Wiemer eine dritte Volksversammlung an mit der Tagesordnung: „Das Reichsgesundheitsamt und sein Programm". Auf die Frage nach dem Referenten gab er keine Auskunft, weil dies nach dem sächsischen Vereinsgesetz nicht nöthig ist. Diese Versammlung endlich ist gestattet worden. Gegen die Verbote der zwei anderen werden wir auf Grund des Vereinsgesetzes Rekurs erheben, denn nach diesem Gesetz ist zu Versammlungen in geschlossenen Räumen nur polizeiliche Anmeldung, nicht polizeiliche Erlaubniß nöthig."

Oschatz. Vor dem hiesigen Bezirksgericht fand dieser Tage die Hauptverhandlung in der bekannten Wurzener Fleischvergiftungs-Affaire statt. Angeklagt waren der Rittergutspächter Möller aus Obernitzschka und die beiden Fleischer Richter und Künzel aus Wurzen wegen Tödtung, bez. Körperverletzung durch Fahrlässigkeit, sowie wegen Steuervergehens. Aus der Anklage und den Vernehmungen heben wir Folgendes hervor: Im Juli vorigen Jahres hatte Möller eine Kuh, von welcher er dem Ausspruche eines Thierarztes zufolge wußte, daß sie krank war, an den Viehhändler Schubert für den Preis von 75 M. verkauft. Die Kuh wurde von dem Stiefbruder Schubert's, dem Fleischer Richter, abgeholt. Das Thier war schon so schwach, daß es aus dem Stalle geschleift und auf den Wagen gewunden werden mußte. Richter schlachtete die Kuh in Gemeinschaft mit dem ebenfalls auf der Anklagebank befindlichen Fleischer Künzel, dem er auch Theile davon abließ. Sowohl er als auch seine Frau und sein dreijähriges Kind erkrankten daran. Ob Richter das Fleisch auch für unschädlich hielt, ist nicht anzunehmen, bei der Durchsuchung von Richter's Behausung fand man unter Klee versteckt das eingepökelte Fleisch und auf dem Oberboden eine Anzahl Knackwürstchen. Der Fleischer Schubert, Sohn des Viehhändlers Schubert, kam zum Schlachten der Kuh und kaufte die Zunge derselben, die er aber nicht verwendet haben will. Gleichwohl erkrankten 50 Personen in Folge Genusses von bei Schubert entnommenen Fleischwaaren; 2 Personen starben hiervon. Das Fleisch der Richter'schen Kuh hatte einen halben Tag mit dem Fleisch von durch Schubert geschlachtetem Vieh in Schubert's Schlachthaus zusammengehangen. Die Aussage des Thierarztes lautete dahin, daß die Kuh am 30. Juni an Pfalterverstopfung litt und daß vier Tage darauf Enterentzündung und dann Kreuzlähme eingetreten sei. Im Ganzen sind durch den verbrecherischen Eigennutz der Beklagten nicht weniger als 206 Personen erkrankt, nämlich: 94 Personen durch Genuß rohen Fleisches, und zwar 38 sehr schwer, 27 schwer und 29 leicht, vier sind davon todt; durch gekochtes Fleisch 50 Personen, hiervon 1 sehr schwer, 4 schwer, 45 leicht; durch Blut- und Leberwurst 30, darunter 4 sehr schwer, 3 schwer, 23 leicht, 2 sind davon gestorben; durch gebratenes Fleisch 27, davon 8 schwer, 19 leicht; durch Knackwurst 3, 2 schwer, 1 leicht; durch gekochtes Pökelfleisch 2 Personen leicht. Die Krankheit äußerte sich bei einigen leicht Erkrankten in Kopfschmerzen, Uebelkeit, Mattigkeit in den Gliedern und Diarrhöe; in schwereren Fällen jedoch in heftigem Erbrechen, starker Diarrhöe, äußerst schmerzhaftem Leibschneiden und Besinnungslosigkeit. Die Genesenen haben 2—3 Wochen zugebracht, ehe sie ihre Kräfte wieder erlangten. — Das Urtheil lautete bei dem Rittergutspächter Möller — (ein bekannter Sozialistenhasser), welcher wußte, daß die Kuh krank war, sie aber trotzdem verkauft hatte, auf 3 Jahre Gefängniß; bei dem Fleischer Richter, welcher das Thier geschlachtet und davon Fleisch verkaufte, ebenfalls auf 3 Jahre Gefängniß. Künzel wurde freigesprochen.

Gotha, 21. Mai. Unsere Bevölkerung hat geantwortet! Die zu gestern Abend einberufene Volksversammlung war massenhaft besucht. Viele mußten wieder umkehren, da das Lokal bis auf den letzten Mann besetzt war. Und welche Ehre, unter starker polizeilicher Aufsicht tagen zu dürfen, was früher nie Mode war — auch ein Fortschritt! — Unter größter Ruhe der Anwesenden sprach Herr Bock zunächst über das Berliner Attentat im Zusammenhang mit dem Sozialismus. Er führte aus, wie seit alter Zeit Meuchelmorde an Fürsten verübt worden seien, bei denen Eifersucht, Herrschsucht, Haß, Glaubenshaß ꝛc. das Motiv gewesen und welche fast ausnahmslos nicht vom Volke verübt wurden, sondern von Nebenbuhlern oder anderen aristokratischen Umtrieben. Nichtswürdig sei es, die That eines verrückten oder gekauften Klempnergesellen gegen uns auszubeuten. So wenig wie ein vernünftiger Mensch den Kullmann den Ultramontanen, die Tschech, Becker, Cohn-Blind ꝛc. den Liberalen und Fortschrittlern anhängen könne, ebenso wenig kann man uns, den Sozialdemokraten, einen Hödel-Lehmann anhängen. Eine solche That sei der Ausfluß persönlicher Schlechtigkeit, und an solchen Individuen sei die heutige Gesellschaft schuld, welche die große Masse des Volkes nicht genügend ausbilde. Aber auch die ungenügenden Existenzbedingungen seien ein gut Theil schuld an der Verkommenheit von Leuten wie Hödel; auch dieser sei von Kind an verstoßen gewesen und habe sich selbst durch's Leben schlagen müssen und so sei er auch mit der Welt zerfallen gewesen und habe keinen sittlichen Halt besessen. Selbst alle einigermaßen liberale Zeitungen sprechen sich dahin aus, eine solche That sei nicht auf Kosten einer bestimmten Partei zu setzen. Uns könne man den Vorwurf der Mitschuld erst recht nicht machen, da wir, wie Jedermann wisse, nicht die blutige Revolution, sondern die friedliche Reformation wollen. Wir bekämpfen nicht Personen, sondern Systeme, und durch den Tod von Personen trete noch lange keine Aenderung des ganzen politischen und wirthschaftlichen Systems ein. Aber auch jeden Mord verurtheilen wir, er sei eine Verletzung der Menschenwürde; auch habe der Einzelne kein Recht, über Tod und Leben zu richten, sondern nur die Gesammtheit des Volkes. So verdammen wir auch den Hödel'schen Mordversuch und freuen uns, daß er verunglückt ist, müssen aber dagegen protestiren, uns den Streich in die Schuhe zu schieben. — Großer Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. — Nach einer kurzen Pause fuhr Genosse Bock fort, über die neuesten Bravourthaten der hiesigen Stadtverordneten zu sprechen. Er unterzog deren Handlungsweise einer scharfen Kritik und geißelte hierbei auch das „Gothaer Tageblatt", das in der ganzen Attentatsgeschichte eine recht traurige Rolle gespielt habe, indem es nur den conservativ-liberalen Standpunkt vertrete. Auch hier gab die Versammlung oft und reichlich ihr Einverständniß mit dem Referenten kund. Zum Schluß gelangte folgende von Herrn Bock eingebrachte Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Volksversammlung protestirt entschieden gegen den reaktionären Beschluß des Stadtverordneten-Collegiums, indem sie denselben nicht im Einklang mit den Forderungen der Gerechtigkeit und den Gesetzen findet, und spricht dem Stadtverordneten Herrn Krause seine Anerkennung aus über sein unparteiisches und mannhaftes Auftreten." — Gegner meldeten sich, trotzdem mehrere anwesend waren, wie gewöhnlich nicht zum Wort. Der Schlußaufforderung, so viel als möglich der Partei beizutreten, wurde ganz befriedigend entsprochen. Auch an dieser Stelle wollen wir nicht unterlassen, die Arbeiter Gotha's aufzufordern, sich mehr und mehr der Partei anzuschließen. Der Beitritt kann in jeder Versammlung, die regelmäßig Sonnabends in Hartmann's Restauration, am Dammweg, stattfinden, bewirkt werden. — Also, muthig vorwärts! (Thüring. Volks.-Z.)

Essen. Als im vorigen Jahre Arbeiter auf der Krupp'schen Fabrik massenhaft entlassen wurden und vorzugsweise Sozialdemokraten, wurden zu gleicher Zeit in auswärtigen Blättern Schlosser und Dreher für dieses Etablissement gesucht und bald darauf auch eingestellt. Augenblicklich soll wiederum circa 400 Arbeitern gekündigt worden sein, z. B. bei Meister Bonnenberg ca. 50, Boudell ca. 30, Bohne ca. 20 und die Werkstatt von Meister Multhoff soll ganz eingehen, und wenn dieser Artikel zum Abdruck gebracht ist, werden die gekündigten Arbeiter die Fabrik verlassen haben. Vorstehendes hat nun für ein Etablissement von 8—9000 Arbeitern und in der jetzigen geschäftslosen Zeit keine besondere Bedeutung, da bei Krupp in der flotten Zeit das nämliche Verfahren zu beobachten war, denn die Kanonen- und sonstigen Mordwerkzeug-Bestellungen müssen fast durchweg schnell geliefert werden und hiernach richtete sich die Arbeiterannahme und -Entlassung. Komisch an der Sache ist nur, wenn sich die „liberale" „Essener Zeitung" aus Altendorf Folgendes schreiben läßt:

„Der im Monat April und Mai übliche Wohnungswechsel hat unserer Bürgermeisterei resp. den Colonien Kronenberg und Scheberhof einen nicht unerheblichen Zuwachs zugeführt; der Zugang beträgt nämlich seit dem 1. April 530, der Abgang 320 Seelen, so daß allein durch Wohnungswechsel ein Mehr von 210 Köpfen zu verzeichnen ist. Manche von den leerstehenden Wohnungen in der Colonie Kronenberg sind jetzt wieder bis auf die der Reparatur bedürftigen besetzt. Wenn auch die Miethe dieser Wohnungen eine geringere als in der Stadt ist, so dürfte doch der Hauptgrund des Zuzugs darin zu suchen sein, daß auf der Krupp'schen Fabrik fortwährend Arbeiter angenommen werden und dort gegenwärtig eine solch angestrengte Thätigkeit entfaltet wird, wie selten in frühern Jahren."

Wenn der Artikelschreiber weiß, daß eine rege Thätigkeit auf der Krupp'schen Fabrik herrscht, so kann ihm doch auch die Arbeiterkündigung nicht unbekannt geblieben sein. Aber Arbeiterentlassungen werden meistens todtgeschwiegen, und durch Vorstehendes soll gewiß der Zuzug bezweckt und die ohnehin schon schmalen Löhne noch mehr heruntergedrückt werden.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 10. Mai habe ich für nachgenannte Fonds erhalten:

a) Unterstützungsfond:

Reutlingen bei der Märzfeier M. 1,66; do. v. G. Hebsacker 0,40; do. v. K. K. 3,00, v. C. F. 5,00 und v. C. Zirbs 1,00; Schloßchemnitz d. K. F. Neumann 3,00; Stuttgart v. E. Krug 5,00; Steinwärder v. Nagel's Korbmacherwerkstelle 14,55; do. Liste 5652 d. Lütgens 7,46; do. v. Arbeiterfrauen- u. Mädchenverein d. Frau Wittenberg 10,66; Harzburg Liste 5553 d. H. Breustedt 5.40; St. Johann Liste 5217 d. M. 20,00; Stuttgart d. W. Rieger 5,50; Stollberg v. Arb.-Liederkranz d. Frenzel 1,60; Subenburg d. C. Winter 6,00; Wurzen auf Liste d. Aug. Fleischer 15,40; Baden-Baden Liste 5202 d. Langer 5,30; Frankfurt a. M. Liste 1 d. Kahler u. Raatz 12,00; Cöln a. Rh. d. Zimmer ges. bei Breuer 14,00; do. v. A. Blankenhagen 5,00; Dresden d. Hermann Müller 20,95; do. Liste 5117 v. A.-B.-B. 24,50; Duisburg-Hochfeld Liste 5253 d. Fennemann 13,20; Halberstadt Liste 5312: 2,95; do. Liste 5311: 5,80; Worms Liste 5499 d. H. Günther 7,52; Kiel auf Listen d. Gütt 24,00; do. Schneiderw. Kaack 6,00; do. Schneiderw. Thöl 6,00; do. Bartsch u. Bartling 6,00; do. Schneiderw. Jungjohann 6,00; do. Schneiderw. Schrand u. Holstein 7,00; do. Schneiderwerkst. Lantzius Nachfolger 5,00; Neuruppin Liste 5565 d. Ehrenpreis 6,80; Ulm d. L. Reisbach 5,00; do. v. G. Ulrich 10,00; Ottweiler Liste 5568 d. N. Kohl 4,15; Forst Lusttour u. Scheune 11,50; do. Liste 5051: 11,10; do. Liste 5050: 11,00; Bremerhaven d. R. Richtarsky 8,00; do. Liste 5283 d. Henrichs 9,75; do. Liste 5284: 1,60; do. Liste 5285: 7,65; Stötteritz Liste 5633 durch Grube 14,05; Mildenau d. Ernst Haustein 5,50; Aschersleben d. Ch. Heide 1,00; do. Liste 5523 d. D. Funke 8,30; Augsburg Liste 2 d. Endres 4,20 u. Liste 3: 4,60; Schönebeck v. B. G. 3,00, v. W. E. 3,00, v. Hancke 2,00, v. Wilh. M. 1,00, gesammelt 1,00; Burgdorf Liste 5534 d. C. Gundlach 3,70; Bremen d. W. Frick 60,00; Kalk Liste 5558 d. Eckert 3,15; Oberwürschnitz d. Aug. Arnold 7,80; Ottensen v. Lange's Cig.-Fabrik d. F. Hausherr ?; Dortmund auf 6 Listen d. Kalbfleisch 100,00; Furth d. Zick 15,00; München Liste 5157: 6,40; Rochlitz d. Oskar Schir 8,20; Regensburg d. G. Danzer 11,40; Sonneberg d. Th. Karch 22,50; Leipzig von der Exped. der „Fackel" von Diversen 24,61; Arnstadt auf 4 Listen durch J. Rob. Gläser 16,65; Breslau Liste 5265 d. Reinders 12,62; Bornheim Liste 5042 d. A. Weber 10,30; Forst Liste 5050: 11,00; Goldlauter Liste 5579 d. Chr. Weiß 3,70; Hastadt d. A. Baumgart 8,00; Lübeck Sängerfest d. „Eintracht" d. W. Puls 8,95; Heide Liste 5318 d. W. Off 4,00; do. Liste 5316: 8,70; Gotha d. C. Giesecke 17,30; Hamburg Liste 5 d. K. Seyffarth 8,40; von Hänsgen's Werkst. 6,00; d. Richter 3,00; d. Stäven v. 2 Formerverf. 8,40; v. A. Kapell 2,00; Liste 5649 von den Gehilfen der Genossenschaftsbuchdruckerei 37,50; von Kronenwerth's Werkst. d. Seckel 12,00; d. J. H. vom Bau Hansaplatz 1,80; v. Otto Kapell 2,40; v. A. Geib 2,40; v. C. E. 1,00; v. 1 Hochzeit d. Petersen 2,00; Liste 5656 d. Dau 6,00; Liste 5653 d. R. M. 11,05; Hanau, Ueberschuß vom Maifest d. Craß 30,00; Kesselstadt von den Parteigenossen 4.30; Göppingen aus dem Ertrag einer Volksversammlung d. G. Mön 10,00; Gießen Liste 5547 d. Petermann 2,75; Meerane Liste 5469 d. R. Jäcklin 12,49; do. Liste 5470: 10,67; do. Liste 5471 von der gemeinnützigen Gesellschaft 12,80 und von Mitgliedern des V. f. Naturheilkunde 2,20; Groitzsch auf 3 Listen d. G. Reichelt 13,55; Linden L. 5057 d. H. Loges 11,57; do. Liste 5058: 5,85; do. Liste 5059: 2,20; do. von Gummi 4,60; do. v. J. F. u. B. H. 1,50; do. aus der Büchse im Sozialistenkeller 13.00; Barmen d. Ernst Liste 5002 v. Wrth. i. E. 24,60: Brunndöbra Liste 4691 d. L. Schneidenbach 6,30; Elmshorn d. D. Popp 10,00; Schneeberg Liste 5640 d. A. Schlesinger 5,00; Strießen auf Liste 7,00 u. d. Lehmann 2,50; Solingen v. F. D. in Flachsberg d. Luchtenberg 3,00; Zittau d. F. Renke 7,60; Naumburg v. Lotterieclub „Hoffnung" 1,50; do. von F. K. 2,00 und von A. H. 2,00; do. a. d. Tischlerwerkstelle Ahrens u. Depper 4,55.

b) Wahlfond:

Sonneberg v. N. N. 2,80; Stuttgart d. W. Rieger 3,10; Hamburg Liste 3022 d. Husen 7,00; Hamm-Horn Liste 3021 d. Westphal 3,80; Crefeld Liste 4776 d. Naumann 11,60; Zschopau Liste 3140 d. K. am Ende 10,00; Guben Liste 4875 d. Hilbert 3,00; Bayreuth Liste 7883 d. Schweizer 1,40 und Liste 7884: 6,40; Worms Liste 3112 d. Günther 6,60; Bautzen d. A. Kluge 6,40; Ronneburg Liste 3078, 3079 und 3080 d. E. Frenckel 14,00; Essen d. A. Kremer 12,70; Reutlingen Liste 3067 d. Stark 2,20; Forst Liste 2741 und 4736: 6,10; Hastadt d. A. Baumgart 8,00; Karlsruhe Liste 2809: 7,50 und Liste 2810 d. Hasenauer 5,30; Pegau Liste 1269, 5630, 1268, 3180 und 3181 d. Weiß 4,68; Constanz auf 3 Listen d. J. Belli 3,50; Gießen Liste 2990 und 2991 Saldo 6,00; Hildesheim Liste 3001: 0,80; Barmen d. Ernst v. Httbgr. u. E. 1,75; do. v. Wmrs. in E. 6,75; do. v. Fll. in E. 3,30; Schneeberg L. 3100 d. A. Schlesinger 2,15.

Hamburg, 25. Mai 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Die vierte Lieferung der Liedersammlung kommt in ca. 8 Tagen zur Versendung und enthält Nr. 8: Grablied. Gedicht von J. Audorf, komponirt von G. Scholz. Nr. 9: Arbeiter-Marseillaise. Gedicht von J. Audorf. Nr. 10: 71er Maigesang. Gedicht von A. Geib, komp. von W. Hiller.

Das Grablied ist in Leipzig als sehr empfehlenswerth hinsichtlich der Komposition beurtheilt worden. Die Arbeiter-Marseillaise ist auf vielfache Nachfragen in die Liedersammlung aufgenommen; sie ist nach der Originalmelodie kraftig und schwungvoll bearbeitet.

Gotha, 23. Mai 1878.

Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion: K. in W.: Weitere Correspondenzen sehr erwünscht.

der Expedition: N. Srbrn Liege: Die Adresse von C. Slg. Essen ist: Kibbelstraße Nr. 30. — H. Gnthr Delmenhorst: Ob es heißt: Armen- und Heimathsgesetzgebung oder Armen- und Heimathrecht ist gleich, es gibt nur ein diesbezügl. Gesetz.

Quittung. Krs Frankfurt Schr. 35,00. Knl Frankfurt Abon. 46,00. Pschk Sorau Ab. 1,40. Dßbch Hanau Ab. 4,20. Jnk Sorau Ab. 13,20. Sfrt Elsterberg Abon. 4 61. Grd Stötteritz Abon. 20,25. Dckr London Schr. 26,52. Arbeiterbild.-Verein Kindberg Ab. 4,85.

Fonds für Gemaßregelte.

Von H. Bnnwitz 1,50. — Von M. S. hier 2,05.

Leipzig. Freitag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Windmühlenstraße 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Der Sozialistencongreß in Gotha. Delegirtenwahl.

70] Der Agent.

Badehosen für Erwachsene per Paar 40 Pfg., ferner Unterhosen in schöner, gut genähter Waare für Herren und Frauen in voller Größe per Paar 80 Pfg., versendet bei Abnahme von mindestens 1/2 Dutzend franco [1,50

Balthas. Rösle jr. in Giengen a. d. Brenz (Württemberg)

Steinnussknopffabrikation.

Ein durchaus tüchtiger und erfahrener Färber für Steinnußknöpfe wird zu sofortigem Eintritt bei hohem Salair für eine deutsche Knopffabrik in Paris gesucht. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit sind an A. W. Paris 42 Rue aux Ours zu adressiren. Reisegeld wird im Voraus geschickt. (3a) [3,30

Filialen u. Colporteure,

welche Nr. 1 der „Neuen Welt" vom Jahrgang 1878 ohne Verwendung liegen haben, werden gebeten, dieselben sofort der unterzeichneten Expedition zuzusenden.

Leipzig. Expedition der „Neuen Welt", Färberstr. 12 II.

Wir sind in den Besitz einer Anzahl von **Drei Situationskarten** über die Truppen-Stellungen zu **Ph. Becker's „Süddeutsche Mairevolution"** gehörig, gelangt und offeriren den Besitzern des Werkes diese Tafeln per Exemplar gegen baar mit **10 Pfg.** Für Frankatur sind weitere 10 Pfg. einzusenden.

Die Buchhandlung des „Vorwärts".

In unserem Verlage ist soeben erschienen und durch uns, wie durch die Buchhandlung des „Vorwärts" in Leipzig zu beziehen:

Leitfaden

für zu errichtende

Krankenkassen nach dem Hülfskassen-Gesetz

vom 7. April 1876

enthaltend

vier wichtige Gesetze.

1) Abänderung des Titel 8 der Gewerbe-Ordnung. 2) Das Hülfskassengesetz. 3) Das Ortsstatut für gewerbliche Hülfskassen der Stadt Breslau. (Dasselbe wird an anderen Orten unwesentliche Abänderungen erleiden.) 4) Das Haftpflichtgesetz, sowie ein vom preußischen Handelsministerium ausgearbeitetes

Normal-Statut

für eingeschriebene Hülfskassen.

Preis 30 Pf.

Mit oben bezeichneter Schrift hoffen wir namentlich den geehrten Herren Vorständen von Krankenkassen eine bedeutende Erleichterung bei Abfassung von Statuten, um dieselben mit dem Hülfskassengesetz in Einklang zu bringen, zu verschaffen, indem aus derselben klar zu erkennen ist, welche Bestimmungen das Gesetz verlangt oder verwirft, und in Folge dessen viel Zeit und Unannehmlichkeiten erspart werden. — Auch sollte diese Brochüre sich jedes Mitglied anschaffen, um hierdurch Gelegenheit zu finden, sich mit dem Krankenkassenwesen näher bekannt zu machen, um bei Berathung von Statuten rathend zur Hand gehen zu können.

Schlesische Volksbuchhandlung
H. Zimmer & Co.
Breslau, Schuhbrücke 42.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rissche, 548 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Hak. 508 North 3rd Street.
J. Boll, N.E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Confermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 63. Freitag, 31. Mai. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, in der Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6 IV., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsgasse 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV, Leipzig, **Neureudnitz** bei Bschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands!

Parteigenossen!

Wie seit mehreren Jahren regelmäßig, so wird auch in diesem Jahre ein Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands zu **Gotha**, und zwar vom 15. **bis** 18. **Juni**, stattfinden.

Zutritt zu dem Congreß haben solche Parteigenossen, welche von einer Arbeiter- oder Volksversammlung zu Delegirten gewählt wurden.

Um die Vertretung nach einheitlichem System zu ermöglichen, wird bestimmt, daß nur die in einer und derselben Versammlung eines Ortes gewählten Delegirten auf dem Congreß Zutritt haben. Die Delegirten haben sich durch ein Mandat, welches von den Vorsitzenden und Schriftführern der Wahlversammlung unterzeichnet sein muß, zu legitimiren; außerdem ist es nöthig, daß der Vorsitzende der Wahlversammlung dem mitunterzeichneten C. Derossi, Hamburg, Holzdamm 42, von der Wahl und dem Namen des Delegirten brieflich Kenntniß giebt. Delegirte, welche ohne vorgeschriebenes Mandat erscheinen, haben nur auf ausdrücklichen Beschluß des Congresses Zutritt.

Die Tagesordnung des Congresses lautet:

1) Bericht des sozialistischen Centralwahlcomités Deutschlands über die Parteiagitation in den letzten zwölf Monaten; Referent Hartmann;
2) Bericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten über ihre Reichstagsthätigkeit, Referenten Fritzsche und Hasenclever;
3) Berathung über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staats- und Gemeindebetrieb; Referenten Bebel und Rittinghausen;
4) Die Sozialdemokratie in ihrer Stellung zu Schutzzoll und Freihandel; Referenten Bracke und Oldenburg;
5) die sozialistische Agitation;
6) die Parteipresse.

Anträge zum Congreß sind spätestens bis zum 3. Juni an Derossi zu senden, falls sie auf die definitive Tagesordnung des Congresses gesetzt und in die gedruckte Congreßvorlage aufgenommen werden sollen.

Der Congreß beginnt am Sonnabend, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, um seine Constituirung noch am selben Abend im Kaltwasser'schen Lokale vorzunehmen.

Hamburg, 27. Mai 1878.

Das sozialistische Centralwahlcomité Deutschlands.
G. W. Hartmann. H. Brasch. A. Geib. C. Derossi.

Ein beispielloses Attentat

nannten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in ihrer bekannten Erklärung den „langvorbereiteten Reaktionsstreich", zu welchem die Lehmann'sche Revolver-Affaire den Vorwand abgegeben. Ein beispielloses Attentat. Ist der Ausdruck nicht unpassend? Sind ähnliche Attentate nicht schon wiederholt vorgekommen? Letzteres ist allerdings der Fall. Und dennoch paßt die Bezeichnung „beispiellos" vollständig.

Wie gesagt, daß Mordversuche auf gekrönte und ungekrönte Häupter von der jeweilig herrschenden Partei politisch ausgebeutet und zur Erlassung von Ausnahmegesetzen gegen andere, unbequem gewordene Parteien benutzt worden, ist eine alte Geschichte, und das 19. Jahrhundert allein bietet etliche Dutzende von Exempeln dar.

Aber — und hier stoßen wir auf den ersten wesentlichen Unterschied — in all diesen Fällen lag ein wirkliches Mordattentat vor — ob echt oder unecht, Originalwaare oder Polizeifabrikat, aber immerhin wirklich. Die beiden Attentate, mit welchen der Vergleich am nächsten liegt, und auf die auch wiederholt in den letzten Reichstagsdebatten, wie früher schon in den Debatten über die Strafgesetznovelle, Bezug genommen ward: das Attentat Fieschi's vom 28. Juli 1835 und das Orsini's vom 14. Januar 1858, waren echte und sehr wirkliche Attentate. Fieschi tödtete mit seiner famosen Höllenmaschine verschiedene Personen, darunter einen Marschall (Mortier), in der unmittelbarsten Nähe des Bürgerkönigs Louis Philippe, dem der Schuß galt.

Und nicht weniger ernsthaft als die Höllenmaschine Fieschi's waren die „Orsinibomben", die den französischen Staatsstreichkaiser für seinen Verrath an Italien bestrafen sollten.

Und nun das Lehmann'sche „Attentat"! Der Revolver, mit welchem geschossen wurde, ist notorisch so schlecht gearbeitet, daß er höchstens dem Schützen gefährlich werden kann, und auch diesem kaum lebensgefährlich.

Ferner ist bis zum heutigen Tage noch gar nicht festgestellt, ob mit diesem jämmerlichsten aller Mordinstrumente scharf geschossen, und wenn, ob auf den Kaiser geschossen worden ist.

Der Umstand, daß durch die vier Lehmann'schen Schüsse, von denen zwei in dichtes Menschengewühl gingen, Niemand verletzt, und nachher, trotz eifrigsten Suchens, weder eine Kugel noch eine Kugelspur gefunden worden ist, läßt es höchst unwahrscheinlich erscheinen, daß Lehmann überhaupt scharf geschossen hat. Lehmann selbst erklärt hartnäckig, er habe einen Selbstmord beabsichtigt und den vorüberfahrenden Kaiser gar nicht bemerkt.

Kurz, es fehlen alle Beweise dafür, daß die Lehmann'sche Revolver-Affaire ein wirkliches Attentat auf den deutschen Kaiser war.

Fieschi's Höllenmaschine und Orsini's Bomben sind welthistorische Thatsachen; Lehmann's Revolver paßt nicht einmal für eine Vorstadtsposse, und das ganze Lehmann's-„Attentat" ist sogar für einen Stieber zu schlecht.

Die Attentate Fieschi's und Orsini's waren aber nicht blos wirklich, es waren auch unleugbar politische Attentate, und das ist der zweite Punkt, wo ein wesentlicher Unterschied zu Tage tritt. Fieschi, der beiläufig ganz auf eigene Faust handelte, keine Mitschuldigen hatte und keiner Partei angehörte, gestand, daß er den Bürgerkönig aus politischen Gründen, um Frankreich von dem Juliregiment zu befreien, habe aus der Welt schaffen wollen.

Noch mehr drängt sich bei dem Orsini'schen Attentat der politische Charakter hervor: es war ein Pronunziamento der italienischen Nationalitäts- und Einheitsidee, und ist als solches von Bonaparte aufgefaßt worden, der im folgenden Jahr — 1859 — das „Testament Orsini's" — natürlich in seiner Weise — zu verwirklichen suchte.

Bei der Lehmann'schen Revolveraffaire fehlt der politische Charakter gänzlich. Lehmann erklärt, daß er nicht daran gedacht habe, den Kaiser zu erschießen, daß er nicht einmal gewußt habe, daß derselbe im Augenblick, wo er (Lehmann) sich habe umbringen wollen, vorübergefahren sei. Diese Behauptung mag unrichtig sein, wie es unrichtig sein mag, daß Lehmann einen Selbstmord beabsichtigt habe — allein das Eine steht fest: wenn Lehmann das wäre, wozu die Autoren des Lehmanngesetzes ihn machen wollen, zur Motivirung ihres Vorgehens ihn machen müssen, das hetzt zum sozialdemokratischen Fanatiker, dann würde er, falls wirklich ein Attentat auf den Kaiser vorliegt, sich nicht nur zu der That bekannt, sondern auch deren politischen Charakter und Zweck mit herausforderndem Stolz betont haben.

Doch wir haben nicht blos diesen negativen, indirekten Beweis. Wir haben den positiven, direkten Beweis, daß Lehmann weder Sozialdemokrat, noch Fanatiker ist. Ein bemitleidenswerthes Produkt und Opfer der heutigen Gesellschaft, schon vor der Geburt ein „Ausgestoßener", nach der Geburt als „überflüssiger Gast am Tische des Lebens" herumgepufft und geknufft, ohne „Heim", ohne Familie, systematisch zum Bummler, Vagabunden und Verbrecher „gezüchtet", sittlich, geistig, körperlich verkrüppelt, mit noch nicht 20 Jahren ein „menschliches Wrack": von einer ekelhaften Krankheit (sekundärer Syphilis — ohne sein Verschulden) durchseucht, ohne Muskelentwickelung, zahnlos, eingedrückte Brust, schlottriger Gang, idiotisches Lächeln abwechselnd mit stierem, stechendem Blick und plötzlichen Wuthanfällen — das ist das unglückliche Wesen, an dessen schmutzige, zerrissene, zerlumpte Rockschöße die bankroute Staatskunst des herrschenden Systems sich krampfhaft anklammert, um die Deklaration des Bankrouts noch auf einige Zeit hinausschieben zu können.

Fassen wir zusammen:

Ein Attentat, dessen Existenz noch nicht bewiesen ist.

Ein Attentäter, von dem noch nicht bewiesen ist, ob er ein Attentäter.

Ein Attentat, dessen nichtpolitischer Charakter bewiesen wäre, falls festgestellt würde, daß ein Attentat vorliegt.

Ein Attentäter, dessen nichtpolitischer Charakter bewiesen wäre, falls festgestellt würde, daß er ein Attentäter ist.

Und auf diese Grundlage hin, ohne das Resultat der Untersuchung abzuwarten, ohne den Untersuchungsrichter zu befragen, der sich, obgleich die Untersuchung noch nicht geschlossen, doch bereits vollständig davon überzeugt hat, daß die Lehmann'sche Revolver-Affaire kein politisches Verbrechen und Lehmann kein politischer Verbrecher ist — und auf diese Grundlage hin, so ohne alle und jegliche greifbare Handhabe, das monströse Ausnahmegesetz, welches unter dem Namen „Lehmanngesetz" ein unvergängliches Denkmal des — Ruhms seiner Urheber bilden wird!

Das ist beispiellos.

Und als es galt, das monströse Gesetz im Reichstag zu vertheidigen, hatte der Präsident des Reichskanzleramts Herr Hofmann und der neue Minister des Innern, der „junge Eulenburg", nicht den leisesten Anhalt für die Annahme, geschweige denn den Beweis des Zusammenhangs zwischen den Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie und der Lehmann'schen Revolver-Affaire.

Und doch hing die Berechtigung des Gesetzes — die Möglichkeit der Berechtigung zugegeben — von dem Nachweis dieses Zusammenhanges ab. Ja, die Vertreter der Regierung machten nicht einmal den Versuch, diesen Zusammenhang zu beweisen.

In der That unsere Abgeordneten hatten recht: es war ein beispielloses Attentat.

Aus Rußland.

Petersburg, 20. Mai.

Um Euch, werthe Parteigenossen, über die letzten Vorgänge in Rußland betreffs der Wjera Sassulitsch und der Moskauer Metzelei zu unterrichten, will ich hier einige Auszüge aus dem in Rußland seit mehreren Wochen geheim erscheinenden Parteiorgan „Natschalo"*) („Der Anfang") geben. Eigentlich will ich nur über das Nachspiel, das gleich nach der Freisprechung folgte, sprechen.

Die Ohrfeige, welche die russische Regierung durch diese Freisprechung erhielt, war für uns von großer Bedeutung. Die ganze Gesellschaft klatschte diesem freisprechenden Urtheil Beifall. Als die Sassulitsch aus dem Gerichtssaale heraustrat, wurde sie mit großem Jubel empfangen, die Menge trug sie auf den Händen, setzte sie in eine Kutsche und führte sie durch die Stadt. Alles war voll Freude und Niemand hatte die leiseste Ahnung von einer bevorstehenden Katastrophe. Als die Kutsche mit der sie begleitenden Menge die immer menschenleere Vorstadtstraße erreichte, wurde sie von reitenden und Fußgendarmen überfallen und von diesen die scheußlichsten Brutalitäten verübt. Ein junger Mann Namens Sydoratzky, der schon in mehrere politische Prozesse verwickelt war und der die Sassulitsch gegen die Gendarmen vertheidigte, wurde von einem Gendarmen, wie mehrere Augenzeugen erzählen, erschossen. Um den Verdacht von der Polizei abzulenken, wurde dem Erschossenen ein Revolver untergeschoben, so daß man den Sydoratzky als Selbstmörder hinstellen konnte! Die Begleiter der Kutsche, sagen die Zeitungen, wurden „wie tolle Hunde behandelt". Mit einem Worte, es war ein Raubanfall von echt russischen Baschi-Bozuks, die den türkischen Baschi-Bozuks wahrhaftig nichts nachgeben. Viele von der Menge wurden arretirt oder besser auf die Polizeiwache geschleppt und dort mißhandelt. Das war die erste Antwort der russischen Regierung auf die Freisprechung der Sassulitsch.**) Nun kommt noch eine zweite Antwort — ein zweiter brutaler Akt gegen die russische Jugend, der sich in Moskau abspielte.

Um sich für die freigesprochene und entwichene Sassulitsch zu rächen, lockte die russische Regierung die Moskauer Studenten in eine Falle. Da das Prestige (Ansehen) unserer Regierung in den Augen des russischen Volkes und des Auslandes allmählich abnimmt, so greift sie zu ganz barbarischen Maßregeln. Damit will die Regierung dem Westen die Unerschütterlichkeit der Grundvesten des russischen Reiches zeigen und auch das russische Volk in den Schooß Trepow's, Mesenzew's (Chef der geheimen Polizei), Timascheff's und Compagnie zurückführen. Zu diesem Zwecke schickte die Regierung einen ihrer treuen Diener nach Moskau — und wozu? — das werdet Ihr gleich sehen.

Wie Euch bekannt sein wird, wurden in Kiew im März d. J. 16 Studenten verhaftet und nach Moskau transportirt. Hier wurden sie den 3. April von ungefähr 200 jungen Leuten, Studenten verschiedener Moskauer höherer Lehranstalten, erwartet. Die Studenten versammelten sich auf dem Bahnhofe zwei Stunden vor der Ankunft des Zuges, und Niemand schien sie daran verhindern zu wollen. Die angekommenen 16 Studenten wurden lebhaft empfangen und mit Kleidern und Geld (die Arretirten waren nur nothdürftig angekleidet) versorgt und mit entblößtem Haupte und freudigen Zurufen durch die Stadt geleitet. Die Moskauer Studenten und die sie begleitende große Menschenmenge waren höchst verwundert, als sie sahen, daß die Polizei sich ruhig gegen diese Demonstration verhielt — dieselbe Polizei, die, um Demonstrationen bei Leichenbegängnissen politischer Gefangenen zu verhindern, sogar deren Leichen stiehlt. Kurz — Alles ist ruhig und je weiter der Zug in das Innere der Stadt vordringt, desto größer wird die Menge der Begleiter. Die Arretirten saßen in Wagen und waren nur von einigen Polizisten zu Fuß begleitet, was die Studenten auf dem Bahnhof noch dem Umstande zuschrieben, daß die Arretirten wahrscheinlich in dem nicht weit vom Bahnhofe sich befindenden Gefängnisse untergebracht werden sollten. Selbstverständlich waren die Moskauer Studenten froh, daß man ihnen Gelegenheit gab, der angesammelten Menge ihre Bestrebungen und den Grund der Arretirung klarzulegen.

Endlich kam der Zug auf den Ochotny Rjäd (Marktplatz), wo mit einem Male Alles sich änderte.

Vor Erscheinen des Zuges auf diesem Platze kam ein Revierlieutenant und bat die dortigen Fleischer, der Polizei bei Bändigung der Studenten behilflich zu sein, denn „die Studenten

*) Hiermit bringe ich die Existenz dieses ersten in Rußland erscheinenden sozialdemokratischen Blattes zur Kenntniß aller unserer ausländischen Genossen, sowie der im Auslande lebenden russischen Sozialisten. Noch will ich bemerken, daß die Redaktion des „Natschalo" Flugschriften und Flugblätter in Masse unter das Volk verbreitet.

**) Am selben Abend, als die Sassulitsch so klug war zu verschwinden, erließ der stellvertretende Stadthauptmann General Kozlow folgenden an die Bezirkslieutenants gerichteten geheimen Steckbrief: „Ich befehle allen Bezirkslieutenants der Stadt Petersburg, streng und energisch nach der Hauptmannstochter Wjera Sassulitsch, die von dem Schwurgericht wegen des Attentats auf den General Trepow freigesprochen wurde, zu fahnden, und dieselbe nach Auffindung in das Voruntersuchungsgefängniß abzuliefern und mich davon zu benachrichtigen.
(Gez.:) Gen.-Major Kozlow."

rebelliren gegen unseren guten Kaiser und wollen die Polen aus den sibirischen Bergwerken befreien". Und dieser Bitte willfahrten die sogenannten „Kulaki" und erklärten sich bereit, die „Studenten" oder, wie die „Kulaki" sie nennen, die „herrschaftlichen Jungen" (vornehmen Bürschchen) tüchtig durchzuprügeln; denn die „Herrschaften" sind den „Kulaki" verhaßt. Diese „Kulaki", die noch die Spuren ihrer Herkunft aus dem Volke an sich tragen, haben die bei uns neuen Bourgeoisideen noch nicht in sich aufgenommen. Sie sind Feinde des Volkes, aber noch nicht Freunde der höheren oder „gebildeten" Volksfeinde. Sie sind treue Vertheidiger der jetzigen Ordnung, der Volksausbeutung, und als Unwissende verabscheuen sie jede lebendige, menschliche Regung und Bestrebung. Und nun giebt ihnen die heilige Hermandad die günstige Gelegenheit, straflos die ihnen verhaßten „Studenten" durchzuprügeln.

In solcher Stimmung befanden sich die „Kulaki" des Ochotny Rjäd, als der Zug mit den verhafteten Studenten und der sie begleitenden Menge daselbst anlangte. Mit den Worten: „Haut die Feinde des weißen Czaren nieder, haut die „herrschaftlichen Jungen" nieder!" warfen sich die Kulaki auf die Studenten und die Menge. Man schlug und prügelte Alles, was einen „deutschen" (europäischen) Anzug trug; man schonte weder Alter noch Geschlecht. Auf den Straßen lagen verwundete Männer und Frauen. Und diese Metzelei währte volle drei Stunden, ohne daß die Polizei sich einmischte. Das Militär, das wenige Schritte vom Kampfplatze versammelt war, rührte sich nicht. Die Polizei und die Soldaten sahen ruhig zu, wie die Fleischer, mit Messern bewaffnet, in die Magazine und Läden, in welche sich viele der Gemißhandelten flüchteten, einbrachen und Alles dort zertrümmerten und die Geflüchteten wie die Besitzer der Läden fürchterlich mißhandelten. Zu guter Letzt wurde das Universitätsgebäude von den Moskauer Patrioten besetzt und bombardirt, worüber sich die „Moskauer Zeitung" sehr freut und mit Pathos ausruft: „Das ist die beste Antwort auf die Freisprechung der Sassulitsch durch die höhere Gesellschaft."

Man sieht, diese Metzelei war von der russischen Regierung vorbereitet, um dem europäischen Westen die Treue und Loyalität der russischen Unterthanen, d. h. der „Kulaki", zu demonstriren. Mehr als 600 Moskauer Studenten haben gegen diese barbarische Behandlung Beschwerde eingereicht.

Und mit solchen brutalen Mitteln will die russische Regierung die weltbewegenden Ideen des Sozialismus ausrotten und dem Auslande die Treue und Liebe des russischen Volkes zum „Väterchen" beweisen? Das wird uns Sozialisten aber nicht abhalten, für unsere Ideen Propaganda zu machen und jenes politische Ungeheuer: die russische Regierung und Alles, was drum und dran hängt, zu bekämpfen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Reichstägliches. Wir haben noch nachzutragen, daß der Reichstag bei der dritten Lesung den Gesetzentwurf, die Gewerbegerichte betreffend, abgelehnt hat. Einigen war derselbe zu freisinnig, anderen, besonders den Sozialisten, zu reaktionär — „Friede seiner Asche"! — Es bleibt also vorläufig beim Alten. Ferner sei noch erwähnt, daß der Reichstag nach dreimonatlicher, unfruchtbarer Thätigkeit ohne Sang und Klang am 24. Mai geschlossen worden ist.

— Der Fortschrittspartei wird bezüglich der Schmähredе des Herrn Eugen Richter, die er am 23. Mai im Reichstage hielt, von der „Post" folgender Spiegel vorgehalten:

„Gegenüber den Argumentationen des Herrn Richter, daß der Sozialdemokratie gegenüber die selbstständige Thätigkeit der Liberalen, d. h. in seinem Munde natürlich der fortschrittlichen Partei, mehr in Bewegung gesetzt werden müsse, braucht nur daran erinnert zu werden, daß die fortschrittliche Partei vor einem Jahrzehnt Berlin vollkommen beherrscht hat, daß sie sich fortdauernd der allergrößten Freiheit in Wort und Schrift erfreut hat und daß die Sozialdemokratie sich ihr auf Schritt und Tritt materiell wie geistig überlegen gezeigt hat. Es ist der Gipfelpunkt des Lächerlichen, wenn die Fortschrittspartei sich heute dessen rühmt, daß die Sozialdemokratie sie am meisten hasse. Die Sache liegt vielmehr ganz einfach so, daß die Sozialdemokratie sich fortdauernd lediglich aus den Anhängern der Fortschrittspartei rekrutirt und daß sie deshalb ihre Angriffe gegen diese richtet. Die Stärke der Fortschrittspartei anderen Parteien gegenüber beruht ja keineswegs in den Gebildeten, die ihr angehörten und noch angehören, sondern darin, daß sie die Massen commandirte und die Herrschaft über diese hat sie in Folge der um sich greifenden Macht der Sozialdemokratie vollständig verloren."

Wir sind wahrlich keine Freunde der freiconservativen „Post", die im Schimpfen auf uns neben der „Berliner Tribüne" das Meiste leistet — aber in obigen Sätzen hat sie eben recht.

— Die Abstimmung über das Sozialistengesetz. Zuvörderst wurde über das Amendement der Abgeordneten Beseler und Gneist zum § 1 abgestimmt, statt „welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen" zu setzen „welche den auf Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie dienen". Dieses Amendement wurde mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt, sechs Mitglieder enthielten sich der Abstimmung und zwar die nationalliberalen Abgeordneten Baehr (Kassel), v. Cuny, v. Huber, Struckmann, Dr. Wagner und Witte; für das Amendement stimmten die Deutsch-Conservativen, die Minister Falk und Friedenthal, die deutsche Reichspartei bis auf die Abgeordneten Schlomka und Dieffenbach, von den Nationalliberalen nur Gneist, Moeller (Schwerin) und v. Treitschke, ferner Beseler. Hierauf wurde der § 1 der Bundesraths-Vorlage mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt, der Abstimmung enthielt sich Abgeordneter Dr. Gneist, dafür stimmten die Deutsch-Conservativen, die deutsche Reichspartei bis auf die Abgeordneten Graf Luxburg, Schlomka und Dieffenbach, von den Nationalliberalen allein v. Treitschke, sowie der „wilde" Beseler. Für den Paragraph 1 der Vorlage stimmten überhaupt: Ackermann, Graf Arnim, v. Bärensprung, v. Batocki, v. Behr, Dr. Beseler, v. Bethmann-Hollweg, Graf Bethusy, v. Busse, Fürst zu Carolath, Clauswitz, v. Colmar, Dietze, Graf Dohna, Freiherr v. Ende, Graf zu Eulenburg, Dr. Falk, Flügge, Graf Frankenburg, Dr. Friedenthal, v. Gerlach, v. Gordon, v. Graevenitz, Fürst Hatzfeld, Heinrich, v. Helldorff, Graf Holstein, v. Jagow, v. Kardorff, Katz, Kette, Graf Kleist, v. Knapp, v. Levetzow, Dr. Lucius, v. Lüderitz, Freiherr v. Manteuffel, Marcard, Graf Moltke, Fürst Pleß, v. Puttkamer (Lübben), Herzog v. Ratibor, v. Ravenstein, Reich, v. Schmid (Württemberg), v. Schwarze, Staelin, Staudy, Graf Udo Stollberg, Stumm, v. Treitschke, Thilo, Uhden, Freiherr v. Unruhe-Bomst, Freiherr v. Varnbüler, v. Waldaw, v. Wedell und Wichmann. Von diesen sind 48 gewählt in Preußen, je 4 in Sachsen und Württemberg und 1 in Baden. — Es ist immer gut, wenn man sich die obigen Namen der braven Gesetzgeber und „Volksvertreter" merkt, welche ein Attentat auf die Freiheit verübten.

— Die preußische Regierung wird nicht, wie man zuerst allgemein glaubte, nach Ablehnung des „Lehmanngesetzes" von dem Octroyirungsparagraphen der preußischen Verfassung in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht Gebrauch machen. Das ist doch wahrlich auch nicht nöthig; die Versammlungs- und Vereinsfreiheit für die Sozialdemokratie ist ja schon längst nicht mehr in Preußen vorhanden und Herr v. Bennigsen schoß weit über das Ziel hinaus, wenn er den Bundesregierungen empfahl, die bestehenden gesetzlichen Vorschriften bis zur äußersten Grenze anzuwenden. Das geht gar nicht mehr! Dieselben sind schon bis zur äußersten Grenze, ja oft genug weit darüber hinaus angewandt worden. Dies gestand ja auch der preußische Minister des Innern, Graf Eulenburg, offen ein und verwahrte die Regierung vor dem Vorwurf, die Gesetze allzu lax gehandhabt zu haben. Nachher allerdings besann sich der Minister, als er merkte, daß er unklug gehandelt hatte, und versprach dem Wunsche des Herrn v. Bennigsen nachzukommen. Damit war aber lediglich nur gemeint, daß die Grenze nunmehr überall überschritten werden dürfe. Jetzt will man ja auch schon wissen, daß der Justizminister und der Minister des Innern, unter Bezugnahme auf die in diesen beiden Tagen im Reichstage stattgehabten Verhandlungen, durch Generalverfügung die Staatsanwälte, die Verwaltungsbehörden und die Organe der Polizei anweisen werden, mit äußerster Strenge gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokraten, sei es auf dem Gebiete der Presse oder des Vereins- und Versammlungsrechts ungesäumt und energisch einzuschreiten. Ferner wird im preußischen Ministerium des Innern unverzüglich, der Aufforderung des Abgeordneten v. Bennigsen gemäß, an die Ausarbeitung eines Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes gegangen werden. Wie man hört, hat der Minister des Innern, Graf Eulenburg, privatim sich dahin geäußert, daß er in seinem Ressort hierzu sofort die Vorarbeiten werde beginnen lassen. Daß bei der ganzen Sachlage das neue Vereins- und Versammlungsgesetz in manchen Punkten noch viel weniger liberal als das gegenwärtig in Kraft befindliche preußische Gesetz, ein Kind der Reaktionszeit, ausfallen wird, liegt wohl auf der Hand.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bemerkt noch in Bezug auf die Rede Bennigsens: „Minister Graf Eulenburg wird sicherlich nichts verabsäumen, um den von dem Abgeordneten v. Bennigsen gemachten Vorwurf einer nicht ausreichenden Handhabung der bestehenden Gesetze zu entkräften. Da zugleich mit diesem Vorwurf ein Wechsel auf die Zukunft ausgestellt wurde, hat die nationalliberale Partei ein Engagement vollzogen, dessen bindenden Verpflichtungen sie sich nicht mehr wird entziehen können, ohne sich vor dem Lande für vollkommen bankerott zu erklären." — Daß wir den Nationalliberalen zu keinerlei Dank wegen der Ablehnung des „Lehmannsgesetzes" verbunden sind, geht schon zur Genüge aus obigen Mittheilungen hervor. Die Redner dieser Partei, aber auch die Redner des Centrums haben die Regierungen geradezu zur Sozialistenhetze aufgestachelt.

— Am Sonnabend wurden die Reichstagsabgeordneten Auer und Liebknecht vor dem Berliner Stadtgericht in Sachen Lehmann's vernommen, und jeder von beiden am Schluß des Verhörs, in welchem es sich um die Feststellung gewisser vom „Vorwärts" bereits veröffentlichter Punkte handelte, mit Lehmann confrontirt. Derselbe verharrt dabei, einen Selbstmord-Versuch gemacht und gar nicht gewußt zu haben, daß der Kaiser vorbeifuhr. Allen Einreden setzt er ein blödes Lächeln entgegen. Blos einmal während seiner — längeren — Unterredung mit Liebknecht*) gerieth er — und zwar ohne jeden vernünftigen Grund — in heftige Wuth, ein Umstand, welcher den Eindruck nur erhöhen kann, daß man es hier mit einem unzurechnungsfähigen Menschen zu thun hat, der eher in eine Anstalt für Geistesschwache, als in ein Gefängniß gehört. Der Körperzustand Lehmann's, der (wahrscheinlich ohne sein Verschulden) von sekundärer Syphilis seit Jahren durchseucht ist, — seine unvortheilhafte Schädelbildung — das Alles spricht für die Annahme der Unzurechnungsfähigkeit, und es wäre gut, wenn sich ein tüchtiger Irrenarzt gründlich mit der Frage beschäftigte.

Lehmann wird nicht mehr gefesselt, sein Untersuchungsrichter, Stadtgerichtsrath Johl, behandelt ihn sehr freundlich und auch sonst scheint die Behandlung im Gefängniß human zu sein.

— In welcher Weise man den deutschen Kaiser seitens seiner Umgebung gegen die Sozialdemokratie einzunehmen und ihm ihre Ziele als hirnverbrannte darzustellen versucht, darüber schreibt uns ein Freund unseres Blattes Folgendes:

„Als ich vor einem Jahre vorübergehend in Berlin war, erzählte mir ein Bekannter, er habe vor wenig Tagen sich das kaiserliche Schloß im Innern zeigen lassen und sei bei dieser Gelegenheit auch in das Arbeitszimmer des Kaisers geführt worden. Zu seiner großen Ueberraschung habe er auf dem Arbeitstische des Kaisers ein ganz ordinäres, gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Pamphlet aufgeschlagen liegen sehen, in dem die stärksten Stellen gegen die Sozialdemokratie mit Blaustift angezeichnet gewesen seien."

Wir glauben diese Mittheilung sehr gern und zweifeln nicht, daß man seitens des Hofes systematisch dem Kaiser die Sozialdemokratie in den schwärzesten Farben dargestellt hat, um ihn zu jeder Ausnahmemaßregel geneigt zu machen. Das Lehmann'sche Attentat lieferte allen Reaktionären im deutschen Reich den längst gewünschten Vorwand und der Kaiser, wie zu erwarten war, widerstand nicht.

In seinem Werke: „Der Emanzipationskampf des vierten Standes", 2. Band, erschienen 1875, macht der conservative

*) Die „Magdeburger Zeitung" giebt in einer Berliner Correspondenz unrichtige Details über diese Confrontation, die in Gegenwart des Untersuchungsrichter Johl erfolgte; u. A. hat Liebknecht nie von der „Beredsamkeit" Lehmann's gesprochen, und was das „persönlich bekannt" sein angeht, so war L. mit Lehmann höchstens in ähnlichem Grade bekannt, wie der Herr Hofprediger Stöcker und lange nicht so, wie der Leipziger Nationalliberalenführer Sparig.
R. d. „V."

Wie man an deutschen Hochschulen mit der Wissenschaft umgeht!

Die folgenden Aussprüche sind einem Collegienheft entnommen, welches nach den mündlichen Vorträgen des „berühmten" Nationalökonomen Professor Dr. Knies in Heidelberg stenographisch niedergeschrieben wurden. Wir übersenden Ihnen dieselben, damit die Leser des „Vorwärts" sich überzeugen, mit welcher Oberflächlichkeit der so wichtige Lehrzweig der Nationalökonomie an den deutschen Universitäten behandelt wird.

Communismus.

„In diesem Wort liegt der Sinn, daß die wirthschaftlichen Güter allen Menschen gemeinsam sein sollen. Es handelt sich hauptsächlich hierbei um die vorhandenen Güter, während dagegen der Sozialismus sich mehr mit der Hervorbringung derselben beschäftigt. Wenn wir auch einsehen, daß ein dauernder communistischer Zustand vollkommen unhaltbar ist, so müssen wir doch zugestehen, daß es wohl möglich ist, alle vorhandenen Güter zur Vertheilung zu bringen."

„Im Alterthum stützte sich der Communismus hauptsächlich auf politische Motive, man glaubte nämlich, der Staat sei der stärkste, dessen Bürger in Beziehung auf das Vermögen möglichst wenig unterschieden seien. Der bedeutendste Vertreter dieser Theorie war Plato.

„In späterer Zeit waren es Motive religiöser Art, welche zum Communismus führten. Solche Lehren traten besonders bei kleineren kirchlichen Gemeinschaften hervor.

Im Gegensatz hierzu schätzt der neuere Communismus die wirthschaftlichen Güter sehr hoch."

Literaturangabe.

„Nach dem Vorgange des englischen Kanzlers Thomas Morus erschien eine Menge von Romanen, die glückliche communistische Zustände auf Inseln oder Utopien darstellten. Doch sind diese Romane ganz unschuldiger Natur, obwohl sie schon ein Element enthalten, daß auch für den jetzigen Sozialismus Werth haben kann; sie erwecken nämlich ein kritisches Gefühl. (!!)

„Heute sind Schriften communistischen Inhalts in großer Masse in der Welt verbreitet.

„In der ersten französischen Revolution finden wir einen revolutionären Communismus, vertreten durch Baboeuf und Buonarotti. Später wurde der Communismus wieder schwärmerischer aufgefaßt z. B. von dem Engländer Owen, von Weitling u. A. — —"

Sozialismus.

„Beim Communismus finden wir einen Gegensatz zum Sondereigenthum; hier (beim Sozialismus) dagegen wird auf das Gemeinsame das Hauptgewicht gelegt und das Individuelle zu beseitigen gesucht.

„Nach Adam Smith sind die Einzelnen berufen, für sich thätig zu sein, und der Staat soll nur den gewaltsamen Friedensbruch verhindern; von hier aus wird das Gemeinwohl am besten befördert.

„Aber auch nach Bastiat und Carey steigt durch diese Einrichtung das allgemeine Wohlsein.

„Die Sozialisten bilden zu dieser Ansicht den Gegensatz. Nach ihrer Ansicht wird durch das freie willkürliche Handeln der Einzelnen das größte Unheil herbeigeführt; es muß an dessen Stelle ein Handeln nach obrigkeitlicher Weisung treten, und diese dirigirende Gewalt muß dann auch das Erworbene zur Vertheilung bringen.

„Das Wesentliche in ihrer Lehre ist die vollständige Aufhebung der individuellen Freiheit der Einzelnen auf wirthschaftlichem Gebiet. Dies ist jedoch nicht möglich und daher sind bis jetzt auch alle Versuche, diese Idee durchzuführen, gescheitert.

„Es handelt sich hier nicht um ein Maß der Beschränkung; im Lauf der Geschichte kann Nichts bestehen, was nicht wahr ist; was aber wahr ist, das kann kein Mensch aufhalten. Ein großes Verdienst hat die sozialistische Literatur dadurch, daß sie eine gewisse kritische Richtung hervorgebracht hat. Sie erklärt: In den Zuständen der freien Concurrenz werden die Schwachen unterdrückt! Dies veranlaßt uns (Herrn Knies und sein Collegium) zu prüfen, inwieweit dieser Ausspruch begründet ist.

„Eine größere Gruppe von Anhängern vereinigte sich unter der Fahne St. Simon's; dieser verlangt hauptsächlich Aufhebung des Erbrechts.

„Auch macht er Vorschläge über die Bildung der obersten Gewalt, welche allein das Gute angibt. Die Einen schlagen hierbei eine religiöse Autorität vor, die Anderen einen Ausschuß. Saint Simon war für seine Sache begeistert und opferte ihr sein Vermögen.

„Fourier ist der Verfasser über die Idee der Phalansterien; seine Vorschläge sind reine Träumerei.

„Louis Blanc macht Vorschläge über die Nationalwerkstätten.

„Proudhon, ein persönlich sehr achtenswerther Mann, beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Creditwesen. Er verlangte eine Volksbank, die zinsenfreien Credit gewähren solle. Er ist der Urheber des Wortes: Eigenthum ist Diebstahl.

„Der pseudonyme Schriftsteller Karl Marlo schrieb ein Buch über Weltökonomie aber ohne Verbreitung.

„Aus den sozialistischen Schriften ging eine Parteibildung hervor, die namentlich auch eine politische Partei geworden ist und auf gewaltsame Veränderung der jetzigen Verhältnisse sinnt.

„Hierher gehört Becker, Marx, Lassalle.

„Die Fragen, welche diese Schriftsteller behandeln, beziehen sich theils auf die Produktion, theils auf die Verbreitung der Güter. Bei allen diesen sogenannten Sozialdemokraten herrscht namentlich ein kosmopolitischer, atheistischer und nur auf die Genußmittel gerichteter Zug vor. — — —"

Dies der zusammenhängende Gedankengang, dies in continuo die Expektorationen des Herrn Professor Dr. Knies über die größte Frage des Jahrhunderts. Daß der Herr Professor die anderen Materien der Volkswirthschaftslehre in ähnlicher Weise mißhandelt, können wir allerdings nicht behaupten. Nehmen wir zu seinen Gunsten an, daß die stete Anwesenheit Sr. königl. Hoheit des Erbgroßherzogs von Baden ihn bei der Darlegung der Lehren des Communismus und Sozialismus etwas befangen gemacht hat.

Wenn aber ein solcher Mann, der vermöge seiner Stellung berufen wäre, seinen Einfluß auf die akademische Jugend zur Hebung von bestehenden Vorurtheilen zu verwerthen, ein solches Zerrbild von den sozialistischen Bestrebungen gibt, — was Wunders wenn eben diese Jugend vielfach falsche oder verschrobene Ansichten in ihre zukünftige Laufbahn als Staatsanwälte und Richter mit hinüber nimmt? — —

— Des „Professor Biedermann's" „Berichtigung" haben wir in der vorigen Nummer des „Vorwärts" gebracht; hören wir nun auch die Auslassung des „Redakteur Biedermann" in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Dieser Redakteur Biedermann schreibt einmal ausnahmsweise und zwar Nachstehendes:

„Der soeben erschienene „Vorwärts" (Nr. 60) versucht es, das Verhalten des „Redakteurs Biedermann" in der Attentatsache mit gewissen Aeußerungen des „Professors Biedermann" (in seinem Geschichtscolleg) über die Ermordung des Herzogs von Berri und Kotzebue's in einen innern Widerstreit zu versetzen. Wegen unrichtiger Wiedergabe dieser Aeußerungen wird dem „Vorwärts" eine Berichtigung auf Grund von Art. 11 des Reichs-Pre[ß-]

Rudolph Meyer folgende Aeußerung: „Die deutschen Fürsten müssen selbst den Sozialismus studiren, sie müssen Stein's „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich", Rodbertus' „Soziale Briefe", Marx' „Kapital", Lassalle's „Bastiat-Schulze" lesen — dann, aber auch nur dann, wird in Deutschland das Königthum der sozialen Reform dem der sozialen Reaktion Platz machen."

Wir wünschten, die deutschen Fürsten befolgten diesen Rath, obgleich wir weit entfernt sind, die Schlußfolgerungen des Herrn Meyer zu theilen. Aber ein solches Studium würde wenigstens das Gute haben, daß sie die Bewegung richtig auffaßten und Ministern, die ihnen mit Ausnahmegesetzen kämen, wie die zuletzt im Reichstag vorgeschlagenen, einfach den Stuhl vor die Thüre setzten.

Derselbe Verfasser sagt an einer anderen Stelle des angezogenen Werks:

„So denken einige unserer Staatsmänner daran, die selbstgeschaffenen Organisationen des vierten Standes, seine Vereine, ihm zu nehmen und auch das Recht, was sie ihm doch selbst gaben, das Wahlrecht. Sie sind genau so klug wie die Höflinge von Marie Antoinette."

Ganz einverstanden. Wir machen Staatsmännern und Liberalen den Vorschlag, sich wieder auf die Hosen zu setzen und die Geschichte Frankreichs im vorigen Jahrhundert zu studiren, sie dürften recht lehrreiche Parallelen finden zwischen damals und heute und vielleicht daraus lernen, was sie nicht thun dürfen.

— Der Londoner Gewerkschaftsrath (London Trades' Council), in welchem sämmtliche Gewerkschaften Londons vertreten sind, hat in seiner Sitzung vom 9. ds. Mts. folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Gewerkschaftsrath ernennt eine Deputation, welche zusammen mit Deputationen der übrigen Gewerkschaftskörper Englands während der Dauer der Weltausstellung Paris besucht, zu dem Zweck, unter den Arbeitern Frankreich's und anderer Länder die Grundsätze des Gewerkschaftswesens zu verbreiten und freundschaftliche Beziehungen mit ihnen anzuknüpfen."

Der Vorstand des Londoner Gewerkschaftsraths hat sich in einem Brief, den wir in nächster Nummer veröffentlichen werden, an einen der Redakteure des „Vorwärts" gewandt, mit der Bitte, nach Kräften dafür zu wirken, daß auch die deutschen Gewerkschaften, und zwar womöglich gegen Ende September, — an der Zeit werde man aber nicht festhalten, falls Einwendungen erhoben würden — Vertreter nach Paris schicken. Da selbst Herr Tessendorff bei den englischen Trades-Unions keine umstürzlerischen Bestrebungen wittern kann, so dürfte sich hier die Gelegenheit zu einem internationalen Rendezvous bieten, das der Arbeitersache im Allgemeinen und der Gewerkschaftssache im Besonderen unzweifelhaft sehr förderlich wäre und zugleich keinen Anhalt für gesellschaftsretterische, Schnüffeleien und Chikanerien böte.

— Nach Telegrammen aus London und Paris hätte die russische Regierung in den sauren Apfel gebissen und zugestanden, daß der Vertrag von San Stefano ohne die Genehmigung der europäischen Großmächte null und nichtig sei. Bestätigt sich diese Nachricht, so wäre damit gesagt, daß der Vertrag von San Stefano, dem England ja ausdrücklich seine Anerkennung versagt hat, ein zerrissenes Stück Papier ist und daß jetzt auf einem Congreß die „Lösung der orientalischen Frage" versucht werden soll. Ehe wir Schlußfolgerungen ziehen, wollen wir der Thatsachen gewiß sein, und das sind wir heute noch nicht. Kommt der Congreß wirklich zu Stande, so kann er günstigsten Falles zu einer Vertagung des europäischen Krieges oder wenigstens der Auseinandersetzung zwischen Rußland und England führen, die früher oder später unvermeidlich ist, falls nicht das ganze, heute herrschende politische System vorher zusammenbricht. In Constantinopel, wo wieder eine verunglückte Palastrevolution statthatte, gährt es fortwährend und der Aufstand im Balkan und Rhodopegebirge nimmt Tag für Tag zu. Auch hat Oesterreich einen kühnen Griff gemacht und eine, früher den Türken gehörige, von ihr aber an die Russen abgetretene Donauinsel weggeschnappt. — Dies mit verschiedenem Anderm klingt nicht gerade sehr friedlich.

— Parteigenosse Most wurde am 26. d. M. in Chemnitz verhaftet. Most war nach Chemnitz gekommen, um seinen Wählern Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage zu geben; die Polizei war aber dreist genug, dem Reichstagsabgeordneten diese erste aller Pflichten den Wählern gegenüber durch Verbot unmöglich zu machen, und erst als Most sich bereit erklärte, ein anderes Thema: „Das Reichsgesundheitsamt und sein Programm" zu behandeln, war die Chemnitzer Polizeibehörde so „gnädig", dem Reichstagsabgeordneten für Chemnitz das Wort zu gestatten. Aber das „Auge des Gesetzes" wachte in Gestalt des Polizeiinspektors Carius. Most, der sich streng sachlich hielt, kam ganz nebenher durch folgende Worte auch auf das Lehmann'sche „Attentat" zu sprechen: „Die Gefahr bestehe aber immer noch, daß, wenn gelegentlich wieder ein Idiot als Attentäter auftauche und vor Ausübung seines Streiches eine Reichsgesundheitsamts-Denkschrift in die Tasche stecke, man diesen Idioten den Vertretern des Reichsgesundheitsamts an die Rockschöße hängen werde." Diese ganz treffende Bemerkung fand zwar den lebhaftesten Beifall der Versammlung, nicht aber auch den des Polizeimannes Carius, der, weil Most über ein ihm verbotenes Thema gesprochen habe, die Versammlung auflöste. Der Vorsitzende, Genosse Wiemer, theilte dies der Versammlung mit und ersuchte die Anwesenden, das Lokal zu verlassen. Most rief den der Tribüne zunächst Stehenden zu, er habe sein Referat ohnedies nahezu beendet und somit Alles gesagt, was er sagen wollte, und sie möchten mit ihm einstimmen in ein Hoch auf die Sozialdemokratie. Ein donnernder, tausendstimmiger Hochruf durchbrauste den Saal, gleichzeitig aber trat Herr Carius an Most heran und erklärte ihn für verhaftet. Also ein Hoch auf die Sozialdemokratie, ausgebracht von dem von den Sozialdemokraten in Chemnitz gewählten Volksvertreter im Reichstage, reicht hin, denselben hinter Schloß und Riegel zu bringen. Schwerlich hätte dieses bescheidene Maß von „Redefreiheit" durch das Ausnahmegesetz noch verringert werden können. — Und Most befindet sich noch immer in Haft.

— Zur Agitation. Unser Parteiorgan, die „Rundschau, Organ für sozialistische Propaganda," in Hamburg, schreibt: „Wie wichtig es für die Entwicklung unserer Partei ist, das überall dort, wo sich Parteigenossen befinden, dieselben sich organisiren und mit der Gesammtpartei in regelmäßiger Fühlung stehen, bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen. In dieser Beziehung wird aber viel zu wenig Eifer entfaltet; es gibt größere Städte, in deren Umgebung eine ganze Reihe kleinerer Orte liegt, aus denen Adressen vorhanden sind — es wird aber nicht dafür gesorgt, diese Orte der Gesammtbewegung zuzuführen! Der Grund ist vielfach der, daß in diesen Orten das betreffende Lokal-Parteiblatt vertrieben wird, und man befürchtet, die Abonnenten durch Belastung mit ferneren Ausgaben theilweise zu verlieren. Dies ist aber eine durchaus falsche und kurzsichtige Anschauung, die schließlich zum Gegentheil führt. Wenn den Leuten kein größerer Gesichtskreis eröffnet, sie nicht mit den Bestrebungen der Gesammtheit bekannt gemacht und derselben zugeführt werden, so verlieren sie nach und nach den Eifer, in ihrem engen Zirkel zu wirken; lernen sie aber die große Gesammtbewegung kennen, so wird ihr Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Durchführbarkeit unserer Bestrebungen sich befestigen und mit Ausdauer werden sie für dieselben eintreten.

Dasselbe gilt für die Gewerkschaften; es gibt eine ganze Reihe Orte, wo sich Mitglieder solcher Gewerkschaften befinden, die mit der sozialistischen Sache sympathisiren, allein selten fällt es einem derselben, resp. den Agitatoren der Gewerkschaften ein, an diesen Orten die Bildung politischer Organisationen anzuregen, trotzdem anzunehmen ist, daß bei den meisten Mitgliedern die Ueberzeugung herrscht, mit der gewerkschaftlichen Organisation allein den Arbeiterstand nicht auf die Höhe bringen zu können, wohin er gehört! Parteigenossen! Sorgt deshalb dafür, daß an allen Orten politische Organisationen geschaffen, sowie Verbindungen mit der Gesammtpartei hergestellt werden; und wenn auch nur wenige Genossen an jedem kleinen Orte sich betheiligen — es wird seine Früchte tragen! Mittheilungen in dieser Sache sind an das Sekretariat des sozialistischen Central-Wahl-Comités, C. Derossi in Hamburg, Holzdamm 42, zu richten."

Correspondenzen.

Berlin, 28. Mai. „Saubere Quellen, saubere Redaktionsarbeit." Das „Leipziger Tageblatt" erzählt in seiner letzten Dienstagsnummer, es habe hier im großen Busse'schen Bierlokale am Moritzplatze am letzten Sonnabend Vormittag unser Parteigenosse Motteler ungefähr um dieselbe Zeit eine Volksversammlung abgehalten, als die Glocken zur Kirche riefen. Am Sonnabend (so melden Berliner Blätter), als die Glocken zur Kirche riefen, und so meldet es Rabbi Bodeck in Leipzig mit der Scheere nach, denn der Sonnabend ist der Sonntag des Rabbi, und es scheint ihm nicht aufzufallen, daß die Christen am Sonnabend selten Sonntag haben. — Daß der vertrauende Rabbi aber an eine Quelle gerathen ist, die an Verlogenheit und Sinnlosigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, ist das Verhängniß blinden Eifers, dessen Gründe nicht näher bezeichnet zu werden brauchen. Und daß das dortige „Tageblatt" keine Zeit hat, seine Quellen zu controliren, liegt gewiß an den zahlreichen Bestellungen gegen die Sozialdemokratie, die jetzt nicht unlohnend sein dürften.

Ungeheuer heiter klingt vor Allem der Bericht da, wo er statt sich mit Ernsterem zu befassen, von dem „kleinen, sehr geckenhaft gekleideten Mann" spricht, der „ein hübsch buntgemustertes Hemd und goldene Schnallen auf den Schuhen trägt". Warum hat er denn den defekten Rockknopf so ganz unbeachtet gelassen? — Ob der Bruder Berliner, der diesen „Bären servirte", beim hellichten Sonnenschein Schwarz für Gold gehalten hat, weil ihm im Geiste schon das auf seinen Bericht zu erhoffende „eitle Gold" neben dem goldfunkelnden „Schoppen" vorschwebte!? Diese Frage lassen wir dahingestellt, aber zur Kennzeichnung der Quellen und Vorarbeiterschaft des dortigen Tageblattes wollen wir nur noch erwähnen, daß der Berichtfabrikant direkt gefälscht, gelogen oder aber unter der Hitze geistig gelitten hat.

Hier die Beweise, welche von Hunderten kontrolirt sind, die dem Redner zunächst gestanden haben, wie wir selbst: — Motteler — so behauptet der Bericht — soll gerufen haben: „Die Sozialdemokratie findet sich nicht wohl am murmelnden Bächlein, am sanft dahingleitenden Fluß; sie sieht viel lieber die tosende und brüllende Sturzwelle herankommen." Der Redner sagte aber, als er von den Gegnern unserer Partei und ihrem Verhalten sprach, wörtlich: „Der gegnerische Ansturm kommt gegen uns nicht wie ein murmelndes Bächlein oder ein glatt dahingleitender Strom, sondern wie eine sturmgepeitschte Sturzwelle, auf deren Höhe wir uns jetzt gleich dem kühnen und geübten Schwimmer zu halten und mit ihr fortzuschwimmen suchen werden." — Man sieht hieraus, wie die Fälschung im Berichte den Stempel der Denunziation an der Stirn trägt. Wahrscheinlich bestellte Arbeit, die glänzend bezahlt wurde! —

Weiter soll Motteler gesagt haben: „Die Sozialdemokratie kann muthvoll hinunterblicken in die vor ihr geöffneten gähnenden Abgründe und ihren Engeln vertrauen ꝛc. — — diese werden darüber wachen, daß sie ihren Fuß an keinen Stein stößet" ꝛc. ꝛc.

Motteler sagte wörtlich: „Mag die Gegnerschaft mit ihren Vorlagen und ihrer Agitation noch so verführerisch an uns herantreten, uns an den gähnenden Abgrund zu drängen suchen, mag die Gewalt uns ungeduldig zurufen: „Stürze dich hinab, ich werde meine Engel senden" ꝛc. —, die Sozialdemokratie wird sich nicht abdrängen lassen von dem Boden der gesetzlich belassenen Rahmen, so schmal er auch noch ist; vergebens wird man uns die Waffe der rohen Gewalt in die Hand zu drücken suchen." — —

Schon der Blödsinn — von „unseren Engeln", die der Berichterstatter citirt, — beweist, daß wir es hier mit wissentlich oder absichtlich schwerhörigen Reporterohren zu thun haben.

Und endlich hat Motteler nicht erklärt, es sei im Ministerium des Innern eine Liste derjenigen sozialistischen Blätter angefertigt worden, „welche jetzt unterdrückt werden sollten", der Redner sagte vielmehr ausdrücklich, daß diese Liste — für den Fall, daß das Gesetz angenommen worden wäre — bereit gehalten worden sei.

Dies zur Kennzeichnung der neuesten „Rezepte gegen die Sozialdemokratie" und der Quacksalber, denen wir ihr eigenes Schlußwort getrost und berichtigt zurückgeben: „Wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Gebild gestalten." — Daß man sich aber bemüht, den Eindruck der hiesigen Sonntagsversammlung bei Busse durch solche Berichte abzuschwächen, spricht noch beredter für ihren ausgezeichneten Verlauf und den Verdruß der Gegner darüber, als alles Weitere. -l-

Berlin. Eine liebenswürdige Einladung erhielt nach einer Mittheilung der „Berliner Freien Presse" deren Mitarbeiter Eduard Bertz seitens der bekannten 7. Deputation nun zum zweiten Male in Gestalt folgenden Steckbriefes: Auf die Anklage der dieseitigen königlichen Staatsanwaltschaft vom 18. April 1878 ist durch Beschluß des unterzeichneten Gerichts vom heutigen Tage gegen den zuletzt in Potsdam bei seinem Stiefvater, dem Optikus Winkler, Brandenburger- und Nauener-Straßen-Ecke, jetzt angeblich zu Paris wohnhaften am 3. März 1853 zu Potsdam geb. Schriftsteller Eduard Bertz auf Grund §§ 185, 196, 200, 47, 74 des Reichsstrafgesetzbuchs und § 20 des Reichspreßgesetzes vom 7. März 1874 wegen wiederholter Beleidigung mittelst der Presse die Untersuchung eingeleitet, weil er zu Berlin am 8. Dezember 1877 und am 31. Januar 1878 durch zwei selbständige Handlungen mittelst der Presse Mitglieder der bewaffneten Macht in Beziehung auf ihren Beruf beleidigt hat. Der Aufenthalt des ꝛc. Bertz ist nicht ermittelt und wird derselbe daher hierdurch aufgefordert, in dem von uns auf den 20. Juli ds. J., Nachmittags 12¾ Uhr, anberaumten Termine zur mündlichen Verhandlung in unserm Dienstgebäude, Molkenmarkt Nr. 3, 1 Treppe hoch, Sitzungssaal I., persönlich zur festgesetzten Stunde zu erscheinen, auch die zu seiner Vertheidigung dienenden Beweismittel mit zur Stelle zu bringen oder solche so zeitig dem unterzeichneten Gericht anzuzeigen, daß sie noch zum Termine herbeigeschafft werden können. Im Falle seines Ausbleibens wird mit der Verhandlung und Entscheidung der Sache in contumaciam verfahren werden. —

Wandsbeck, 24. Mai. Hier wurde am Sonntage von ungefähr 30 Brauerknechten der Marienthaler Brauerei (es handelte sich um den Streit wegen eines Mädchens) eine förmliche Schlacht geliefert, so daß Militär erfordert werden mußte, und wurden 10 Knechte gebunden verhaftet. Es sind viele Verwundungen vorgekommen. — Ich würde Ihnen diese an und für sich gleichgiltige Thatsache nicht berichten, wenn nicht die Antisozialisten immer versuchten, die Sozialdemokratie als Förderin der Rohheit hinzustellen. Wandsbeck hat bei allen Reichstagswahlen die überwiegende Stimmenzahl für die Sozialdemokraten abgegeben; in Wandsbeck selbst gehören sogenannte Rohheiten in den Arbeiterklassen zu den äußersten Seltenheiten. Die Marienthaler Brauerei aber mit einigen Gehöften bildet einen eigenen Wahlbezirk — und in diesem Wahlbezirk ist jedesmal durchweg antisozialistisch gestimmt worden; nur sehr wenige Stimmen erhielt der sozialdemokratische Candidat. Die von ihrem antisozialistischen „Brodherrn" hermetisch abgeschlossenen Brauergesellen haben natürlich auch antisozialistisch gestimmt — sie gehören also zu den Bekämpfern der Rohheit, welche die Sozialdemokratie erzeugt. Nette Kämpfer das! — Hier haben wir einmal eine greifbare Thatsache, daß unter den Gegnern des Sozialismus die Rohheitsblume wuchert; bei näherer Untersuchung würden wir solcher Thatsachen noch viele auffinden können.

Aus Mecklenburg, 12. Mai. Meine letzte Correspondenz im „Vorwärts" ist Einem arg zu Kopfe gestiegen, — nämlich dem „Mecklenb. Tagesblatt". Besonders das Wort „obscur" rief dessen ganze Wuth wach, die denn auch in einer Beilage dieses Blattes sich Luft machte (so viel ich mich darauf verstehe, haben an diesem Kunstwerk drei Mann gearbeitet.) Dem Schreiber dieses verursachte das Kleeblatt einen vergnügten Sonntagvormittag. Da mir die Bedeutung des Wortes „obscur" von dem „Mecklenb. Tagesblatt" erklärt wurde (ich hätte lieber „unbekanntes" schreiben sollen), so muß ich den Herren wohl sagen, daß obscur nicht blos unbekannt, unbedeutend, sondern auch dunkel bedeutet. Das genannte Blatt sucht die Döberaner Säbelaffaire als unbedeutend hinzustellen, — mag sein, daß für liberale Redakteure einige Säbelhiebe über den Kopf nicht allzugefährlich wären. Ebenso findet das, was ich über die Arbeitsverhältnisse in Mecklenburg geschrieben, keine Gnade vor den Augen des Blattes. Ich meine aber, daß dasselbe sich zu sehr gewagten Aeußerungen versteigt, wenn es gilt, gegen Conservative zu polemisiren, was ihm freilich meistens schlecht bekommt. Was nun den Taufzwang betrifft, so sucht das edle Artikelschreiber-Kleeblatt sich mit einigen ebenso dummen als gemeinen Verleumdungen über den Kernpunkt hinwegzusetzen. Nach dieser Lesart hätte der Arbeiter ein Mädchen erst in Schande gebracht und dann nothgedrungen geheirathet. Na, die drei Schreiber werden das genauer wissen, als die Betheiligten. Aber der Taufzwang kann nicht gut abgeleugnet werden; er wurde übrigens in echt frivoler Weise in Scene gesetzt: „Lassen Sie doch das bischen Wasser über'n Kopf gießen", und: „es ist ja doch nur eine Ceremonie", dergleichen Redensarten sollten den Arbeiter beruhigen, und als das nicht half: Kündigung! Das ist doch liberal! Dem „Mecklenb. Tagesblatt" wünsche ich eine gute Verdauung dieser Zeilen; hoffentlich erfreut es den „Vorwärts" wieder mit einer köstlichen Entgegnung, die freilich der Ehre einer Erwiderung nicht mehr theilhaftig werden dürfte.

W.....l.

Weimar, 27. Mai. In unserem Ländchen hat man nun auch begonnen, den Sozialisten „das Leben sauer zu machen".

---

gesetzes zugehen; in dem Verfahren gegen seine Partei, die Sozialdemokratie, wird aber ebenso wenig etwas geändert werden, auch wenn er Horcher in die Collegien des Professors Biedermann schickt, als dies damals geschehen ist, wo letzterm mit der Veröffentlichung angeblich für ihn compromittirender Briefe gedroht ward, die dann freilich unterblieb, weil es solche Briefe eben nicht gab." —

Was den letzteren Passus angeht, so haben wir zu dessen Erklärung Folgendes zu bemerken: Ende 1870 oder Anfang 1871, kurz nachdem Liebknecht und Bebel auf die Anklage des Hochverraths hin verhaftet worden waren, veröffentlichte Herr Redakteur Biedermann in seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" eine denunziatorische Notiz gegen die beiden Gefangenen, durch welche Notiz Liebknecht's Frau, eine Tochter des bekannten Vice-Präsidenten des Frankfurter Parlaments Reh, veranlaßt ward, in einer Zuschrift an Herrn Redakteur Biedermann, diesen daran zu erinnern, daß er vor dem 1866er Krieg an ihren Vater, seinen ehemaligen Freund, Parteigenossen und Mit-Kaisermacher einen Brief gerichtet, in welchem er denselben aufforderte, im Großherzogthum Hessen für die preußische Annexions-Politik thätig zu sein; und daß sein Ansinnen von ihrem Vater, der inzwischen die rein dynastisch-reaktionäre Natur des Großpreußenthums und der „preußischen Spitze" begriffen hatte, mit Entrüstung als hoch- und landesverrätherisch zurückgewiesen worden war. Den Brief Reh's hat Herr Biedermann aller Wahrscheinlichkeit nach noch in seinem Besitz — er möge ihn produziren. Die Urschrift desselben, sowie das Original des Biedermann'schen Briefs an Biedermann's ehemaligen Collegen Reh hat Schreiber dieses selbst gelesen, und kann die Existenz dieses Briefes, der auf einen gewissen Prozeß des Herrn Professors und Redakteurs Biedermann ein gar sonderbares Licht werfen würde, gerichtlich festgestellt werden.

Die scharfsinnige Bemerkung des Herrn Redakteurs Biedermann, daß wir in die Collegien des Herrn Professors Biedermann „Horcher" senden, läßt auf eine, bei diesem Herrn von uns nicht erwartete, Bescheidenheit schließen; er taxirt also seine rhetorische Anziehungskraft so niedrig, daß er von seinen Zuhörern annimmt, sie „horchten" nicht auf das was er ihnen vortrage. Und daß unter den Leipziger Studenten, speziell auch unter den Zuhörern des Herrn Professors Biedermann Sozialisten sind, das weiß doch Professor Biedermann und wird von diesem doch dem Redakteur Biedermann gelegentlich mitgetheilt worden sein.

Zu Sonntag den 26. d. M. hatten wir nämlich eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Das Berliner Attentat und die Sozialdemokratie.“ Referent war oder sollte sein Genosse Ufert aus Apolda, denn noch in letzter Stunde wurde die Versammlung verboten. Ein gleiches Verbot traf zwei andere Versammlungen, von denen die eine in Schöndorf, die andere in Tennstedt abgehalten werden sollte und in denen Ufert sich als Reichstagscandidat vorstellen und über das Programm der Sozialdemokratie sprechen wollte. Den Lokalbesitzern soll eine Geldstrafe von 150 Mark event. 6 Wochen Haft angedroht worden sein, wenn sie ihre Lokale den Sozialisten zu Versammlungen hergeben würden. Wir werden beim Landtage Beschwerde führen, denn noch sind wir nicht so weit, daß man uns ein gesetzliches Recht so mir nichts dir nichts nehmen könnte.

Der allgemeine Gewerkschafts-Congreß

kann nicht in **Magdeburg** stattfinden, da die dortige Polizeibehörde auf die erfolgte Anmeldung erklärte, eine Bescheinigung für den 2. Pfingsttag sowie die darauf folgenden Tage nicht ertheilen zu können. — Der Congreß findet in Folge dessen in

Hamburg

statt, und erwarten wir, daß diese plötzliche Ortsveränderung in der Beschickung des Congresses keinerlei Störungen verursachen wird.

Der Congreß wird am 2. Feiertag, Nachmittags 4 Uhr, beginnen; das Local wird in der nächsten Nummer des „Pionier“ bekannt gemacht werden.

Die ankommenden Delegirten werden auf den Bahnhöfen von Comitémitgliedern — an weißrothen Schleifen kenntlich — empfangen werden.

Alle Delegirten mögen sich sofort zum Sammellocal, zur „Stadt Breslau“, Schweinemarkt 18, begeben.

Behufs Beschaffung von Quartieren wende man sich schleunigst an die Adresse des Unterzeichneten; auch ersuchen wir alle Delegirten sich daselbst anzumelden.

Mit brüderlichem Gruße

Im Auftrage der Hamburger Commission:

C. Deisinger,

Caffamacherreihe 35, Hof I, 3. Etage.

NB. Wir ersuchen die Redaktionen sämmtlicher Partei- und Gewerkschaftsblätter um schleunige Aufnahme dieser Bekanntmachung.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse“ in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Arbeitermarseillaise		—. 05.
Auerbach, Tagebuch aus Wien		—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrut und Olympia		—. 10.
Auszug aus den gesetzl. Bestimmungen über die Landtagswahl		—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden		1. 60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage		—. 25.
— — **Bauernkrieg**		2. —.
— — **Rede über die Anträge betr. Abänderung der Gewerbeordnung**		—. 10.
— — **Die Entwickelung Frankreichs vom sechszehnten bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts**		—. 25.
— — **Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1874—76**		—. 30.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60.
— — **Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.**		2. 75.
— — **Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848**		2. 25
— — **Mißbrauch der Nationalitätenlehre**		1. —.
— — **K. Fourier**		—. 80.
— — **Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.**		3. —.
— — **Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94**		2. —.
Becker, J. Ph., Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit		2. —.
— — **Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (1877)**		3. 50.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 10.
Bios, W., Unsere Preßzustände		—. 10.
— — **Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866**		—. 50.
— — **Zur Geschichte der Commune von Paris**		—. 40.
— — **Die Revolution zu Mainz 1792—1793**		—. 60.
Bornitan, Religion und Sozialismus		—. 40.
— — **Die religiöse Frage und das arbeitende Volk**		—. 25.
Brake, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — **Nieder mit den Sozialdemokraten**		—. 15.
— — **Verzweiflung im liberalen Lager**		—. 15.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte		1. —.
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 15.
Civilehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		—. 10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht		—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Stevers gegen Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 20 Pf. gebd.		—. 40.
— — **für 1878. broch. 20 Pf. geb.**		—. 40.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871		1. 25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878		—. 40.
Die Märtyrer der Commune		—. 30.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74		—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage		—. 15.
— — **Die bürgerliche Gesellschaft**		—. 10.
— — **Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage**		—. 15.
— — **Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit**		1. 50.
Dissidentengesetz		—. 20.
Douai, Dr. A., Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — **Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten**		—. 25.
Fulk, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Ercarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 15.
Einkommensteuergesetz		1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 30.
— — **Der deutsche Bauernkrieg**		—. 50.
— — **Soziales aus Rußland**		—. 15.
— — **Bakunisten an der Arbeit**		—. 10.
— — **Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. 1. Theil. Philosophie**		—. 50.
Erinnerung an Herwegh		—. 10.
Erinnerung an Löwe		—. 20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft		—. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Geib, A., Gedichte		—. 50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50.
— — **Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung**		—. 60.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73		2. —.
— — **Nachtrag von 1873—76**		1. 20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50.
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Greulich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten		—. 25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40.
— — **Erlebtes (Skizzen und Novellen)**		1. 20.
Heyner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus		—. 20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Association 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — **Praktische Emanzipationswinke**		—. 10.
— — **Die Organisation der Massen**		—. 20.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.		—. 45.
Hirsch, die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation		—. 10
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50.
— — **Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à**		1. —.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Kegel, M., Freie Lieder (Gedichte)		—. 50.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky		1. —.
König, Schwarze Kabinette		—. 75.
König Mammon und die Freiheit Ein neues Bilderbuch		1 20.
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05.
— — **Ceterum censeo (Gedicht)**		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15.
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — **Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?**		—. 85.
— — **An die Arbeiter Berlins**		—. 10
— — **Arbeiterlesebuch**		—. 30.
— — **Offenes Antwortschreiben**		—. 08.
— — **Arbeiterprogramm**		—. 10
— — **Die Wissenschaft und die Arbeiter**		—. 15.
— — **Criminalprozeß, III. Instanz**		—. 80.
— — **Die Feste, die Presse 2c.**		—. 15
— — **Bastiat Schulze**		—. 50.
— — **Indirekte Steuern**		—. 40
— — **Düsseldorfer Assisenrede**		—. 30
— — **Fichte's Philosophie**		—. 25
— — **Fichte's politisches Vermächtniß**		—. 25.
— — **Julian Schmidt**		1. —.
— — **Gotth. Ephraim Lessing**		—. 20.
Leben und Thaten des Generals Jaroslas Dombrowski		—. 75.
Lehn, Juristisches Taschenlexikon		1. —
Leipziger Hochverrathsprozeß.		8. —.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20
— — **Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie**		—. 10.
— — **Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.**		—. 20
— — **Reichstagsrede 1874**		—. 10.
— — **Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.**		—. 75.
— — **Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden**		—. 30.
— — **Die Orientdebatte im deutschen Reichstage**		—. 30.
— — **Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstag**		—. 4.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75.
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 40.
— **Johannes Huß**		—. 30.
Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871		4. —.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25.
— — **Das Kapital. 2. Aufl.**		9. —.
— — **Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte**		1. 50.
— — **und Engels, Kommunistisches Manifest**		—. 20.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie		—. 30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — **Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten**		—. 60.
— — **Sammlung von Reichs-Gesetzen:**		
1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz		—. 15.
— — **Kapital und Arbeit**		—. 50.
— — **Bastille am Plötzensee**		—. 60
— — **Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.**		—. 50.
— — **Die Lösung der sozialen Frage**		—. 40.
— — **Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus**		1. —.
Moralt, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen		—. 10.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?		—. 80.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — **Rienzi. Drama in 5 Aufzügen**		—. 30
— — **Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman**		3. —.
— — **Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle**		—. 75.
— — **Kranke Herzen**		1. —.
— — **Braunschweiger Tage**		2. 50.
— — **Schutz in den Gewerkschaften**		—. 10.
— — **Ein verunglückter Agitator (Lustspiel)**		—. 60.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, York, Blanqui, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Raoul-Rigault, Rossel 2c.; in Visitenkartenformat à		—. 25.
— — **Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté“ (Freiheit) à**		—. 25.
Photographien: in Kabinetformat à		—. 60.
— — **in Groß-Folio**		3. —.
— — **Triumph of Order, darstellend die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris 28 Ctm. breit 20 Ctm. hoch pr. Stck**		5. —.
20 „ 14 „ „		2. 50.
Pollitzer, S., Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern		—. 20.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht		—. 30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 05.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Congresses 1870		—. 15.
— — **des Dresdener Congresses 1871**		—. 20.
— — **des Coburger Congresses 1874**		—. 30.
— — **des Gothaer Congresses 1875**		—. 30.
— — **des Gothaer Congresses 1876.**		—. 30
— — **Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873**		—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 25
— — **des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur**		—. 50.
— — **des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes**		—. 30.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland		1. —.
Rathgeber für Gewerbetreibende.		8. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 90.
„ **Städteordnung**		1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen. 5 Hefte		1. 90.
Rothlieder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 30.
Röckel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1. —.
Roller, der bekehrte Nagelschmied		—. 05.
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 60.
— — **Gegen die Prügelpädagogen**		—. 80.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus		1. 20.
Schlesinger, M., Eine Reise nach Utopien		—. 10.
Scholl, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie		—. 25.
— — **Der Massenaustritt aus der Kirche**		—. 15.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — **Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage**		—. 20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder geb.		—. 50.
broch.		—. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 20.
Sozialistische Theaterstücke.		
Nr. 1: Ein Schlingel (Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)		—. 85.
Nr. 2: Preßprozesse (Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)		—. 25.
Nr. 3: Ein Opfer (Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)		—. 40.
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Association		—. 10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich broch.		—. 60.
eleg. gbd.		1. 50.
— — **Brutus! schläfst Du?** broch.		—. 60.
eleg. gbd.		1. 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Ehlingen		—. 75.
Tschernyschewsky, N. G., Que faire? Roman		3. —.
— — **L'économie politique**		1. 50.
Tahlteich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3, 4 à		—. 15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen		—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
— — **Verfälschung der Lebensmittel**		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		—. 20.
— — **für 1875**		—. 20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch.		—. 50.
gebd.		—. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Vollmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung		—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50.
Wander, K., Drei Jahre aus meinem Leben oder: Mein Prozeß wegen Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit 2c.		1. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften		2. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.		1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie		—. 25.
Zukunftsmedizin oder Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten. (Vollständig in 12 Heften.) Heft 1—10 à		—. 75.

Briefkasten

der Redaktion: Abonnent A. Z. in Straßburg: Artikel eingetroffen. Weiteres erwünscht, besonders Correspondenzen. — W. in Darmstadt: Das betreffende Regimentskommando würde unzweifelhaft klagen. — O. M. in Rüdersdorf: Die Arbeitgeber können von der Ortsbehörde verpflichtet werden, die Steuer in Abzug zu bringen. Der Invalide kann sich nur auf dem Wege der Reklamation Steuerermäßigung oder gänzliche Steuerfreiheit erwirken. Zur Zahlung von direkten Pfarr- und Kirchenbaukosten können Sie als Dissident nicht angehalten werden. — Wer in der Lage ist über die folgende Frage, die ein Herr R. R. in Straßburg an uns richtete, Auskunft geben zu können, den ersuchen wir darum: „Sind an den sogenannten Schleppdampfern, wie sie z. B. von Außig nach Magdeburg auf der Elbe gehen, die Treibräder unter dem Wasser angebracht oder ziehen sie sich durch eine Einrichtung an der Kette fort; so viel ich gesehen habe ist hinten ein Rad angebracht.“ — A. U. in Gera: Sagen Sie den betreffenden Parteigenossen, sie möchten die letzten 20 oder 30 Nummern des „Vorwärts“ durchblättern. Dieselben werden dort genügendes Material gesammelt finden, welches über den Charakter der belgischen Regierung irgend welche Zweifel absolut nicht aufkommen läßt. Um es aber dennoch kurz zu sagen: die belgische Regierung ist ebensowenig und ebensosehr „liberal“, wie jede andere Regierung, d. h. sie wendet die Gesetze mit derselben Schärfe wie jede andere Regierung gegen alle Diejenigen an, welche Forderungen an Staat und Gesellschaft stellen, die über das von der Bourgeoisie gewährte und mit deren Interessen verträgliche Maß von „Freiheit“ hinausgehen. Mit einem Wort: Die belgische Regierung ist eine Bourgeoisregierung vom reinsten Wasser, und das, dächten wir, sagt genug.

Quittung. G. Lnk Pieschen Ab. 37,00. Rschl hier Ab. 9,45. Wrnr Stuttgart Ab. 65,00. Sdl Teuchern Schr. 6,60. Grm Hannover Schr. 4,70. Nok Luze Abon. 4,95. Angrmnn hier Abon. 1,20. Mtz Saarbrücken An. 1,80. Brgr Seeßen Ab. 8,90. Schn Göppingen Schr 27,00. Lgs Hannover An. 0,60, Schr. 1.50. Schz Großenhain Ab. 40,93. Mtz Möckmühl Ab. 0,54.

Fonds für die Gemaßregelten.

Von Wilhelm in Ilbesheim b. Kirchheimbolanden 1,10.

Korbmacher-Bund.

Hamburg. **Am Sonnabend,** den **1. Juni,** Abends 8½ Uhr im **Salon zum Roland:**

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Lusttour. 2. Die Fahne. 3. Der Gewerkschaftscongreß.

Der Vorstand. [70

Hannover. **Sozialdemokratischer Wahlverein.** **Sonnabend,** den **1. Juni,** Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11:

Geschlossene Versammlung.

Abrechnung und Verschiedenes. (F. 167) **Der Vorstand.**

2 tüchtige Korbmachergehülfen auf Gestell und geschlagene Arbeit finden sofort dauernde Beschäftigung bei (25) **H. Marx** in **Saarbrücken.** [90

Steinnussknopffabrikation.

Ein durchaus tüchtiger und erfahrener Färber für Steinnußknöpfe wird zu sofortigem Eintritt bei hohem Salair für eine deutsche Knopffabrik in Paris gesucht. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit sind an A. W. Paris 42 Rue aux Ours zu adressiren. Reisegeld wird im Voraus geschickt. (3b) [3,30

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth **M. 1,50 gegen** baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig,** Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt“,** Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II im Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.

werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Vers. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., Vereins- Verbetangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenicher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsch, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Hall, 906 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. cor Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bassermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 64. Sonntag, 2. Juni. 1878.

Zur Beachtung.

Die nächsten Mittwoch erscheinende Nr. 65 soll auch als Agitationsnummer weiteste Verbreitung finden, worauf wir die Parteigenossen allerorts aufmerksam machen.

Wir liefern von dieser Agitations-Nummer 100 Exemplare zu 1,50 Mark, jede weiteren 100 Exemplare zu 1 Mark unfrankirt. Der Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

Die Redaktion u. Expedition des „Vorwärts".

Ein beherzigenswerther Vorschlag.

In unserer vorigen Nummer erwähnten wir, daß der Londoner Gewerkschaftsrath — eine der einflußreichsten Arbeiterorganisationen Englands — den Beschluß gefaßt hat, dahin zu wirken, daß in Paris eine Zusammenkunft von Vertretern des Gewerkschaftswesens aller Länder, anläßlich des Besuches der Weltausstellung, veranstaltet wird. In Anbetracht seiner Wichtigkeit bringen wir den Beschluß hier nochmals in seinem vollen Wortlaut zum Abdruck:

„Der Gewerkschaftsrath ernennt eine Deputation, welche zusammen mit Deputationen der übrigen Gewerkschaftskörper Englands während der Dauer der Weltausstellung Paris besucht, zu dem Zweck, unter den Arbeitern Frankreichs und anderer Länder die Grundsätze des Gewerkschaftswesens zu verbreiten und freundschaftliche Beziehungen mit ihnen anzuknüpfen."

Einem der Redakteure des „Vorwärts" ist in dieser Sache nachstehender Brief zugegangen:

London Trades' Council
(Londoner Gewerkschafts-Rath)
13 Beaufort Buildings, Strand W. C.
25. Mai 1878.

Hrn. W. Liebknecht.

Werther Herr!

Wir erlauben uns, Ihnen ein Cirkular zu überschicken, welches unser Gewerkschaftsrath an die Gewerkschafts-Organisationen Englands gerichtet hat. Sie werden aus demselben ersehen, daß wir eine Zusammenkunft von Arbeitern, welche ähnliche Gewerkschafts-Organisationen in den verschiedenen Ländern vertreten, anläßlich der Weltausstellung in Paris herbeizuführen beabsichtigen.

Es wäre uns lieb, wenn Sie uns durch Veröffentlichung dieser Zuschrift oder auf sonstige Weise in unserem Vorhaben unterstützen und das Resultat uns mittheilen wollten.

Da viele Arbeiter während der Ausstellung Paris besuchen werden, so glauben wir, daß dies die beste Gelegenheit sein wird, einen persönlichen Meinungsaustausch herbeizuführen und den Grund zu einem künftigen Verkehr zwischen sämmtlichen Arbeiterorganisationen zu legen, was unserer festen Ueberzeugung nach der industriellen Bevölkerung der Welt von Vortheil wäre (lay the basis of future intercommunication with all labour organisations, which we trust might prove beneficial to the industrial populations of the world).

Unserer Ansicht nach wäre Ende September die geeignetste Zeit für die Reise nach Paris, aber wir würden Ihnen für jeden anderen Vorschlag, den Sie uns in Bezug hierauf wie auf den ganzen Plan machen zu wollen die Güte hätten, sehr dankbar sein.

Im Namen und Auftrag des Londoner Gewerkschaftsraths treu der Ihre

George Shipton
Sekretär.*)

Der Brief bedarf keines Commentars, ebenso wenig wie der Vorschlag des Londoner Gewerkschaftsraths.

Wir selbst können in der Angelegenheit nichts weiter thun. Daß jeder Schritt, welcher das arbeitende Volk der Welt dem Ziel der Verbrüderung näher führt, unsere vollste Sympathie hat, das wissen die Leser des „Vorwärts". Möge der schöne Gedanke, welchen der Londoner Gewerkschaftsrath den deutschen Arbeitern unterbreitet, seine Verwirklichung finden!

Mit diesem Wunsch legen wir die Sache in die Hand der deutschen Gewerkschaften.

Ueber das Vagabundenthum

läßt sich die „Schlesische Zeitung" aus Camenz vom 3. Mai einen Artikel schreiben, der werth ist, um die niedere Gesinnung zu kennzeichnen, die in Bourgeoiskreisen herrscht, vollständig hier abgedruckt zu werden. Dieser Artikel lautet:

„Es ist bereits manches Wort über das erschreckende Zunehmen des Vagabundenthums in gegenwärtiger Zeit geschrieben worden; aber die Bemühungen seitens der Behörden, demselben entgegenzuwirken, scheinen bis jetzt fast resultatlos zu sein; denn noch immer mehren sich die Schaaren der Bettler und Landstreicher in enormer Weise und brandschatzen förmlich das Land. Es sind dies zum größten Theile junge, kräftige Leute, denen man es ansieht, daß ihnen dieses Leben keineswegs zur Last fällt, sondern die es jedem anderen vorziehen. Bei ihren Streifzügen entwerfen sie förmliche Operationspläne, wie Schneider dieser Zeilen zu beobachten wiederholt Gelegenheit hatte. Kommen sie an einem Orte an, so vertheilen sie Häuser und Gehöfte zum Absuchen unter sich und beginnen dann gleichzeitig ihre Arbeit, um nach derselben sich im Wirthshause zu treffen und dort in liederlichster Weise die Beute zu verjubeln. In Städten mit einer wohlorganisirten Polizei ist diese Landplage weniger bemerkbar, aber die kleinen Städte und besonders die Dörfer leiden furchtbar darunter. Nicht allein, daß die Gaben, die täglich auf diese Weise erhoben, oft sogar auf unverschämte Art gefordert werden, sich nach und nach summiren und eine nicht unbedeutende Abgabe bilden, so muß jeder Besitzende auf seiner Hut sein, von diesen „Reisenden" nicht bestohlen zu werden, wozu sie jederzeit den besten Willen bezeigen. Betreten sie ein Haus und finden augenblicklich Niemand vor, so werden zunächst alle Thüren untersucht, ob sie zu öffnen sind, und dann ohne anzuklopfen eingetreten und nach schnell zu erfassenden und leicht zu verbergenden Gegenständen umgesehen. Ein Glück, wenn sie bei diesen Untersuchungen noch rechtzeitig abgefaßt werden, wo sie dann natürlich nicht verfehlen, in kläglichem Tone die Entschuldigung vorzubringen, ihr Klopfen sei von Niemand gehört worden ꝛc. In neuerer Zeit scheinen diese Industrieritter ihr Augenmerk auf die größeren Bahnhöfe geworfen zu haben, wenigstens auf solche, wo eine polizeiliche Ueberwachung bei Ankunft und Abgang der Züge nicht stattfindet. Auf einem Ausfluge in den letzten Tagen bemerkte ich fünf bis sechs zerlumpte kräftige Gestalten im Alter von circa 20—40 Jahren auf einem solchen, die das Publikum mit einer Zudringlichkeit anbettelten, daß Viele schon deswegen gaben, um diese Quälgeister wieder loszuwerden. Unter diesen befand sich auch ein „nettes Pärchen", welches gemeinschaftlich agirte, jedenfalls in der Hoffnung, auf diese Weise leichter etwas stehlen zu können. Wenn man solches Treiben mit ansieht, fragt man sich unwillkürlich, ob man sich wirklich im lieben Deutschland befindet, da es einem fast scheinen möchte, als wäre man plötzlich in's Morgenland gerathen. Diesem leidigen Uebelstande gegenüber wäre es gewiß angezeigt, wenn das Polizeigesetz, nach welchem Bettler und Landstreicher aufgegriffen und nach ihrem Angehörigkeitsorte dirigirt werden sollen, aufs Strengste gehandhabt würde. Dies geschieht aber leider nur äußerst selten, und darum wächst das Uebel von Tag zu Tag, da den meisten Herumtreibern das Betteln und Stehlen bequemer und einträglicher erscheint als das Arbeiten. Aber nicht allein die Sicherheit des Eigenthums erleidet durch diese Klasse der Gesellschaft eine oft empfindliche Einbuße, sondern auch die Gesundheit wird in hohem Grade gefährdet; da gerade durch solche herumziehende Strolche Epidemien am häufigsten verschleppt werden, wie es z. B. beim Flecktyphus zur Genüge beobachtet worden ist. Armen und Hülfsbedürftigen nach Kräften ein Scherflein zu reichen, ist jedes guten Menschen Pflicht; Vagabunden aber durch Verabreichung von Gaben an Geld oder Kleidungsstücken ihr nichtsnutziges Faullenzerleben zu ermöglichen, heißt ein großes Uebel nur noch verschlimmern und alle Maßregeln dagegen erschweren, so daß die möglichen Folgen kaum abzusehen sind. Die Behörden allein vermögen hier kaum radikale Hilfe zu schaffen, wenn sie von den Bewohnern von Stadt und Land nicht dadurch unterstützt werden, daß solchem herumstreifenden, arbeitsscheuen Gesindel entschieden nichts verabreicht wird. Würde dies Verfahren durchweg beobachtet, so dürfte diesen Bummlern bald genug die Ueberzeugung kommen, daß reelle Arbeit, an der es jetzt besonders auf dem Lande nicht fehlt, ihren Mann, wenn auch nicht leichter, so doch sicherer ernährt, und wir dürfen hoffen, nach und nach von dieser höchst unangenehmen Landplage befreit zu werden. L. S."

So der Vagabundenartikel der „Schlesischen Zeitung", der die Wahl wahrlich nicht zweifelhaft läßt, wenn man vor die Alternative gestellt würde, in die Haut eines „Vagabunden" oder in die Haut des Artikelschreibers gesteckt zu werden.

Wir wollen nur eine Bemerkung uns hier erlauben. Nach des Artikelschreibers Meinung leben die „Vagabunden" herrlich und in Freuden, sie haben zu essen und zu trinken vollauf, und dennoch schleppen sie den Flecktyphus, das ist: den Hungertyphus, ein!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Unverschämte Lügner und Schmeichler. Es wird jetzt in mehreren Blättern der Versuch gemacht, Fürst Bismarck als Friedensengel hinzustellen, dessen übermenschlichen Anstrengungen es gelungen sei, Europa in der gegenwärtigen Krise den Frieden zu erhalten. Nun — ob der Friede erhalten ist, und wenn, auf wie lange, davon wollen wir hier nicht reden. Welch' bodenlose Frechheit gehört aber dazu, dem Mann, welcher Rußland den Angriff auf die Türkei erst ermöglichte und durch seine russenfreundliche Politik die europäische Krise herbeiführte, es als ein Verdienst anzurechnen, daß die europäische Krise uns doch nicht in einen europäischen Krieg gestürzt hat. Daß die russische Regierung ihre Langfinger eingezogen und einen bescheideneren Ton angeschlagen hat, ist einzig und allein der festen Haltung des englischen Kabinets zu verdanken, das den deutschen Reichskanzler vollkommen links liegen ließ. Daß der deutsche Reichskanzler die Russen nicht direkt zum Krieg aufgehetzt hat, ist doch wahrhaftig kein Verdienst. Ohne militärische Hilfe Deutschlands hätte Rußland unmöglich es wagen können, England die Spitze zu bieten, und Deutschlands Heer den Russen zur Verfügung zu stellen, ist jetzt nicht mehr in Fürst Bismarck's Macht — also auch dieses sehr bescheidene Verdienst können wir ihm nicht zugestehen. Die Haltung Bismarck's in der orientalischen Frage ist einer der dunkelsten Punkte in seiner politischen Laufbahn und wird es bleiben, — der Reptiltgaler kann zwar Wunder thun, aber es sind doch blos jämmerliche Eintags-Wunder, die das Geld, welches sie kosten, nicht werth sind.

Das böse Gewissen erzeugt „Bassermann'sche Gestalten (oder Bassermann'sche Erscheinungen", wie der wieder einmal nicht geschwiegen habende „große Schweiger" den Originalausdruck in der famosen „Sozialistenhatz"-Debatte verbesserte) und alle möglichen Gespenster. Die paar Luftschüsse des Lehmann'schen Sackpuffers haben die herrschenden Personen und Klassen in allen Ländern und Welttheilen aus Rand und Band gebracht und wahrhaft unerhörte Angstgeburten zu Tage gefördert. In Friedrichsruhe geht ein Fremdling spazieren, der einen Lehmanns-Hut aufhat — Attentat auf Bismarck. In London werden ein paar patriotische Jünglinge, die sich für Arbeiter ausgeben und dem preußischen Kronprinzen im Namen der deutschen Arbeiter ihre Loyalität betheuern wollen, von einigen nicht mit Gänsefüßchen wandelnden Arbeitern ausgelacht — Attentat auf den preußischen Kronprinz. In den vereinigten Staaten gründen an verschiedenen Orten deutsche Arbeiter „Lehr- und Wehrvereine", das heißt Bildungsvereine mit (in Amerika allgemein üblichen) Schießclubs (Schützengesellschaften) — kommunistische Verschwörung, hunderttausend Kommunisten marschiren auf St. Louis, auf St. Franzisko und wie der Blödsinn sonst lautet, den die amerikanische Presse uns seit vierzehn Tagen auftischt, und an dem gerade so wenig ein wahres Wort ist, wie an dem Attentat auf Bismarck und dem Attentat auf den preußischen Kronprinzen!

— Eine Reminiscenz. Während der Debatten über das Lehmann-Gesetz wurde die Annahme desselben nicht unpassend als gleichbedeutend mit der Proklamirung des Belagerungszustandes bezeichnet. Das erinnert uns an einen Ausspruch des italienischen Blut- und Eisenmanns Cavour, der beiläufig die große Kunst, rechtzeitig zu sterben, verstanden hat und deshalb nicht schon bei Lebzeiten zum „lapidaren Mann" wurde. Bei irgend einer Gelegenheit sagte Cavour: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder dumme Junge regieren." Wir empfehlen dieses „geflügelte Wort" Denen, die es trifft.

— Eugen Richter. Bekanntlich sucht dies große Licht der Fortschrittspartei die Sozialdemokraten immer zu verdächtigen, daß sie oftmals die Parteiversammlungen anderer Parteien gesprengt hätten. Dies ist nun eine schamlose Lüge. Die bekannte Versammlung im Concerthause war eine öffentliche Volksversammlung; die Fortschrittsleute störten den von der Mehrheit gewählten Vorsitzenden, Herrn Tölcke, fortwährend durch wüstes Lärmen und Geschrei in der Ausübung seines Amtes, bis den Arbeitern der Geduldsfaden riß, und die Ruhestörer mit einer gutgezählten, aber wohlverdienten Tracht Prügel an die freie Luft gesetzt wurden, sodaß nunmehr die Versammlung ruhig und würdevoll weiter tagen konnte. So oder ähnlich verhielt es sich bei allen anderen Versammlungen, in denen Ruhestörungen vorkamen.

Wohl ist es wahr, daß in Berlin die Fortschrittspartei auch Parteiversammlungen einberief, aber damals immer mit dem Zusatz: Jedermann hat freien Zutritt. Die also Eingeladenen hatten somit das gleiche Recht, wie Diejenigen, welche schon zur Partei gehörten. Sie forderten deshalb auch eine freie Bureauwahl, die ihnen von der Minderheit nicht gewährt wurde — dies ließen sich die Eingelabenen nicht gefallen und der Einberufer schloß dann bald nach der Eröffnung die Versammlung. Später wurden von den Fortschrittlern die „Kartenversammlungen" erfunden, und die Polizei fungirte bei diesen Versammlungen, gewärtig eines Winkes des betreffenden Vertrauensmannes der Fortschrittspartei, der an der Thüre die Karten controllirte, um jeden Eindringling zurückzuweisen. Die Berliner Fortschrittspartei hat sich in den letzten drei Jahren besonders in Berlin einer rührenden Freundschaft der Polizeibehörden zu erfreuen gehabt. In solchen Kartenversammlungen nun schimpfte Herr Eugen Richter in geradezu pöbelhafter Weise auf die Sozialdemokratie und ihre „Führer"; zu verschiedenen öffentlichen Volksversammlungen wurde der edle Eugen darauf eingeladen unter Versicherung voller Redefreiheit; wer nicht kam war der „muthige" Eugen — das nennt Richter Versammlungsfreiheit: hinter verschlossenen Thüren auf die Gegner zu schimpfen und denselben im öffentlichen Kampfe auszuweichen. —

Wie aber hat es die Fortschrittspartei, als sie noch mächtig war, gemacht? Sie ist in die Versammlungen der Conservativen und Künstler eingedrungen und hat diese gesprengt, so z. B. eine Versammlung im „Englischen Hause" zu Berlin, die vom Zunftmeister der Goldschmiede-Innung, Herrn Luft, einberufen war. — Sie hat die Versammlungen der Sozialisten gesprengt, als diese noch gering an Zahl waren, so z. B. im „Eldorado", wo Lassalle sprach, sie hat der Polizei zugejubelt, als dieselbe dort Lassalle verhaftete, und noch mehr gejubelt, als einer ihrer Anhänger den verhafteten Lassalle anspie. Und diese jämmerliche Partei will sich jetzt ein tugendhaftes Moralmäntelchen umhängen, welches ja doch nur ihre Sehnsucht nach Polizeihülfe durchblicken läßt!?

Und Herr Eugen Richter? Von einem früheren Düsseldorfer Parteigenossen erhalten wir die Nachricht, daß in die erste sozialdemokratische Versammlung, welche in Düsseldorf stattfand, hochbegeisterte Mitglieder eines Carnevalsvereins eindrangen, unter diesen auch Herr Eugen Richter, welche die Sprengung der Versammlung durch Tumult und Harlekinsspäße versuchten; die Arbeiter aber, nicht faul, warfen die sauberen Eindringlinge zum Tempel hinaus. Hiervon soll auch eine kleine Narbe herrühren, welche Eugen noch im Gesicht trägt. Nach einer anderen Version war Herr Richter der Anführer der

*) Bei den englischen Gewerkschaften wird die geschäftliche Leitung durch den Sekretär, nicht, wie meist bei den deutschen, durch den Präsidenten oder Vorsitzenden besorgt. R. d. V.

Sprengungsgesellschaft; dies glauben wir aber nicht, dazu war Richter immer allzu feige. — Auf Richter's Stirn steht gar zu deutlich: „Frech in gedeckter Stellung, feige im offenen Kampfe"! —

Noch sei zu bemerken, daß selbst ein Blatt der Fortschrittspartei, die „Zittauer Morgenzeitung", die jüngste Schimpfrede Richters im Reichstage in scharfer Weise tadelt, indem sie sagt: „Letzterer (Richter) kam leider über abgetakelte Phrasen nicht hinaus, was wir im Interesse der Partei bedauern."

Solange sich die Fortschrittspartei mit diesem Menschen identificirt, solange wird sie auch eine anständige Behandlung seitens der Gegner vielfach vermissen müssen.

— Wo bleibt da der Ehrenpräsident Moltke? Durch die ganze liberale und Fortschrittspresse läuft folgende Notiz:

„Es ist geradezu charakteristisch, daß aus dem Reichstage es dem Führer des Centrums, dem Abg. Windthorst, allein vorbehalten war, eine Lanze für die Berliner Hofprediger-partei, Herrn Stöcker an der Spitze, zu brechen. Treffender kann allerdings die Situation nicht illustrirt werden, Herrn Windthorst Arm in Arm mit den protestantischen Hofpredigern zu sehen; dies Schauspiel würde allein genügen, um das vom Cultusminister Dr. Falk eingereichte Entlassungsgesuch ganz zu verstehen und zu würdigen. Dabei tritt aber die Frage in den Vordergrund, warum in dem vom Bundesrath vorgelegten Gesetzentwurfe nur sozialdemokratische Druckschriften und Vereine verboten werden sollten, und von christlich-sozialen gar nicht die Rede war. Es ist gut, daß man an leitender Stelle die verderblichen Folgen der christlich-sozialen Bewegung so rasch erkennt, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß Herr Stöcker mit gleichem Maße gemessen werden wird, wie Herr Most und Genossen."

Die Rede Moltke's bei Berathung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialisten ist bekanntlich von der gesammten antisozialistischen Presse gelobhudelt worden, obwohl das Interessante in derselben sehr alt, das Uebrige aber sehr uninteressant war. Namentlich läßt es sich schwer begreifen, weshalb Herr Moltke, der doch Ehrenpräsident oder mindestens Ehrenmitglied der christlich-sozialen Partei ist, die doch noch schlimmer sein soll, als die reine Sozialdemokratie, sich nicht bewogen gefühlt hat, auf derlei auch gegen ihn gerichteten Angriffe seitens Derer, die doch mit ihm zusammen stimmten, zu antworten. Moltke, ein schlimmerer Umstürzler der bestehenden Verhältnisse, als die Sozialdemokratie — das ist ja herzzerreißend!

— Die Sozialdemokratie unter der studirenden Jugend. Ein Berliner Correspondent des „Düsseldorfer Anzeigers" schreibt:

„Uns ist bekannt, daß unter der Berliner akademischen Jugend jetzt ein sozialdemokratischer Verein besteht, der in einem im Mittelpunkt der Stadt belegenen Lokal seine regelmäßigen Versammlungen abhält und auf den größten Theil der in Deutschland erscheinenden sozialdemokratischen Blätter, sonst aber auf keine andere Zeitung abonnirt. Ungefähr drei Viertel der Gesammtzahl der Mitglieder dieses Vereins besteht, wie wir weiter hören, aus Studenten, welche bei der hiesigen juristischen Fakultät immatriculirt sind."

Der Redakteur Biedermann macht in Nr. 125 der „Deutsch. Allgemeinen Zeitung" hierzu folgende Bemerkung:

„Daß auch auf der Leipziger Universität es eine Anzahl sozialistisch denkender und dies auch unumwunden zur Schau tragender Elemente giebt, wird uns mehrseitig und von solchen, die es wissen können, versichert."

Man sieht, daß der Herr Professor Biedermann den Herrn Redakteur Biedermann inzwischen belehrt hat, daß der „Vorwärts" keine „Horcher" in die Collegien des Herrn Professors zu senden braucht.

— Ein weißer Rabe. Herr J. G. Findel, ein hervorragendes Mitglied der deutschen Fortschrittspartei in Leipzig, giebt in der „Leipziger Volkszeitung" folgende Erklärung ab:

„Da ich, wenn auch ungenannt und unbekannt, von der nationalliberalen Presse meine Worte nicht mißbraucht wissen will zu einer meinen Ansichten entgegenlaufenden Agitation wider die Sozialdemokratie, verwahre ich mich gegen die unfreiwillige Mitarbeiterschaft am hiesigen „Tageblatt" und in andern Blättern gleicher Sorte, zumal jetzt, nachdem die nationalliberale Partei vermittelst der „staatsmännischen" Idee Bennigsen's ein reaktionäres Ministerium zur drakonischen Ausnützung der bestehenden Gesetze gegen die Sozialdemokratie geschürt.

„Die im heutigen „Tageblatt" (vom 28. Mai) aus der S.-C. („Sozial-Corresp.") abgedruckte (erste) Briefstelle hat mich zum Verfasser und ist als Antwort auf eine Aufforderung zur Empfehlung der S.-C. geschrieben, worin ich diese zugesagt, obwohl ich mit der Haltung derselben nicht überall einverstanden war. Trotz ihrer Schwächen und Fehler hielt ich die S.-C. doch für ein verdienstliches Unternehmen, weil sie in den Kreisen des Bürgerthums immerhin Sinn und Verständniß der sozialen Bewegung fördern konnte. Jetzt steht die Sache anders! Jetzt, wo Gendarmen und Staatsanwälte in die Hand der Reaktion und unter Billigung der nationalliberalen Partei gegen eine, wenn auch an Uebertreibungen und Ausschreitungen (?) leidende, so doch existenzberechtigte Partei gehetzt werden, jetzt kann ein ehrlicher, freisinniger Mann nicht mehr gegen die Sozialdemokratie kämpfen. Lese man jetzt meine Schrift: „Der Kampf wider die Sozialdemokratie und die deutsche Fortschrittspartei" (Leipzig 1877, 50 Pf.), namentlich die letzten fünf Zeilen!"

Was wird der „ehrliche, freisinnige Mann", der bekannte Eugen Richter, der moderne Thersites, zu obiger Erklärung sagen?

— Zur Vervollständigung der Biographie Lehmann's schreibt Genosse Hermann Lange aus Frankfurt a. M. der „Berliner Freien Presse": „Auch die alte Reichsstadt Frankfurt a. M. ist letzten Winter vom „Attentäter" mit einem Besuche „beehrt" worden. Hödel traf hier am 21. März Morgens ein und verweilte denselben Abend mehrere Stunden lang im Pfuhl'schen Lokale, wo er sich den dort anwesenden Sozialisten in aufdringlicher Weise näherte, sich für einen eben so leidenschaftlichen Anarchisten als heftigen Gegner der deutschen Sozialdemokratie erklärte und dabei weidlich auf die „Führer" Liebknecht und Bebel schimpfte. „Was ich von diesen Männern (Liebknecht und Bebel) halte, könnt Ihr hieraus ersehen" — rief Hödel höhnisch aus, indem er die Photographien von L. und B. aus der Brusttasche zog und in nicht näher zu beschreibender Weise besudelte. Selbstredend drehten nach einem solchen Gebahren ihm sofort die betreffenden Sozialisten den Rücken. Zur etwaigen Notiz für Herrn Tessendorff die Mittheilung, daß Hödel die Nacht Grabengasse 5 logirte."

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch mittheilen, daß die „Fackel" erklärt, daß bei Gelegenheit der am 23. Januar in Stötteritz bei Leipzig abgehaltenen Volksversammlung, in welcher Liebknecht über die deutsche Orientpolitik referirte, Hödel-Lehmann Probenummern des „Staatssozialist" vertheilt, zum Abonnement auf das Blatt aufgefordert und überhaupt für die christlich-soziale Partei Propaganda zu machen gesucht habe. Wie nun ein Genosse berichtet, hat der Attentäter damals unter Anderem auch erzählt, daß er von dem Berliner Hofprediger Stöcker, dem Redakteur des „Staatssozialist", empfohlen und an den Professor Kuntze in Leipzig gewiesen worden sei. Er, Lehmann, habe daraufhin Herrn Professor Kuntze aufgesucht und sei von demselben sehr freundlich empfangen worden. Professor Kuntze — Vorsitzender des Vereins für innere Mission in Leipzig — habe ihn, Lehmann, zu überreden gesucht bez. mit ihm vereinbart, daß er, wenn möglich noch vor Ostern in Leipzig, in der „Tonhalle", eine größere Versammlung einberufe, damit den Sozialdemokraten energisch entgegengetreten und dieselben womöglich todtgemacht würden.

— Ein rührendes Eingeständniß. Ein liberaler Agitator (anscheinend der Professor Birnbaum zu Leipzig) schreibt der Böhmertschen „Sozial-Correspondenz" nachstehenden Brief, den abzudrucken das genannte Blatt auch die rührende Dummheit besitzt. Der Brief lautet: „Ich habe bereits vor 14 Jahren auf die Nothwendigkeit des Baues von Arbeiterwohnungen hingewiesen unter genauer Vorführung der Mühlhausener Arbeiterstadt; ich habe das Studium der Soziallehre warm empfohlen. Ich habe aber bei meiner literarischen Thätigkeit dieselbe Erfahrung gemacht wie bei der praktischen politischen Agitation: — unser Bürgerthum ist im Großen und Ganzen zu indifferent, zu blasirt, zu taub, zu egoistisch, so daß man geneigt ist, allen Muth zu verlieren und die soziale Revolution wie ein reinigendes Gewitter als unvermeidlich hinzunehmen. Die theoretische Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Presse, so nützlich und nothwendig sie auch ist, halte ich für nicht ausreichend, unter Umständen sogar sehr schädlich, so lange das liberale Bürgerthum die Agitation und Organisation den Sozialisten allein überläßt, während es selbst dazu weder Leute stellt, noch Geld, noch Zeit hat. Die Sozialisten sind stets und überall auf dem Platze, das Bürgerthum (vereinzelte, schwache Versuche abgerechnet) nie und nirgends. Ich schöpfe meine Ansichten aus der unmittelbaren Erfahrung; ich habe seit 2 Jahren in etwa 25 größeren Versammlungen gesprochen und bei dieser Gelegenheit mindestens 18 Mal einen Sozialisten zum Gegner gehabt. Ein großer Theil der Bauern und Kleinbürger weiß von den parlamentarischen Formen noch gar keinen Gebrauch zu machen und in einer Versammlung, in der die Mehrheit auf meiner Seite war, wurde das Bureau von Sozialisten gebildet, weil bei der Gegenprobe 150 Leute gegen 20 Sozialdemokraten nicht stimmten. Bei der Abstimmung über meine Resolution nahmen die Leute Reißaus, statt den Gegner niederzustimmen. Bei Wahlen ist fast keine Unterschrift für einen Aufruf mehr zu haben; allenthalben vermeidet man in Comités einzutreten; Presse und Flugschriften finden keine Unterstützung." — Woher kommt diese laxe Haltung des „liberalen" Bürgerthums, Herr Birnbaum? Daher, weil dasselbe derart erzogen ist, daß es keine andern Ideale hat, als den Geldsack. Soweit habt Ihr, die Ihr Euch die berufenen Volkslehrer nennt, das Bürgerthum gebracht. Das arbeitende Volk aber besitzt noch Ideale, die Ihr demselben nicht rauben sollt — deshalb die Begeisterung bei der sozialistischen Agitation.

— In der „Germania" vollzieht sich gegenwärtig ein Systemwechsel. Der heißblütige Kaplan, Herr Majunke, hat seine streitbare Feder mit dem Schluß der Reichstagssession bei Seite gelegt und schüttelt den Berliner Staub von den Füßen, während der Reichstags-Abgeordnete Dr. Franz die Chefredaktion der „Germania" mit dem 1. Oktober an Majunke's Stelle übernimmt. Dr. Franz war früher bei der Redaktion der „Schles. Volksztg." und des bischöflichen „Schlesischen Volksblattes" beschäftigt und ist der bekannte äußerst zahme Centrumsredner bei der Gewerbeordnungsdebatte gewesen.

— Bestrafter Menschenhandel. Bekanntlich existirt der Menschenhandel noch in der ganzen civilisirten Welt. Der landwirthschaftliche Verein auf der holsteinischen Insel Fehmarn wollte dies Geschäft auch ausüben. Darüber schreiben die „Schleswig'schen Nachrichten":

„Vor einem Jahr erließ der landwirthschaftliche Verein auf Fehmarn eine Aufforderung an die hiesigen Landleute, sich zu melden, falls sie ostpreußische Dienstboten zu haben wünschten. Der Verein hatte nämlich beschlossen, solche kommen zu lassen. Im Ganzen meldeten sich ca. 30 Landleute, die einen Knecht oder ein Mädchen wünschten. Schließlich kamen aber keine Dienstboten, und es stellte sich heraus, daß der Verein sich hatte beschwindeln lassen. Nach vielem Hin- und Herschreiben verlangte der Commissionär nämlich einen Vorschuß von 600 Mk. Diese Summe wurde von Seiten des Vereins, ohne die dabei Interessirten, die Besteller der Dienstboten, zu fragen, an denselben abeschickt. Jetzt kommt der hinkende Bote hinterher. Der Verein verlangt die 600 Mark, um die er sich hat beschwindeln lassen, von den Leuten, die damals Dienstboten bestellt, aber keine bekommen haben, wieder ersetzt; diese weigern sich, soweit sie nicht gleich bei der Bestellung das Reisegeld bezahlten, und sind sie jetzt vom Verein wegen Erstattung dieser Ausgaben verklagt. Allgemein wird hier die Forderung des Vereins für durchaus ungerechtfertigt gehalten, und ist man auf den schließlichen Ausfall der Sache recht gespannt."

Schade, daß der Verein nicht eine härtere Strafe erlitten hat, schade, daß der Commissionär nicht einen Vorschuß von 6000 Mark gefordert! Lediglich um die geringen Löhne der heimischen Arbeiter noch mehr herniederzudrücken, betrieb der Verein den Handel mit Menschenfleisch. Möge jeder solchen That die gerechte Strafe auf dem Fuße folgen. Aber fragen wir, weshalb macht man keine Strafgesetze gegen solche Menschenhändler?

— Die Abwesenheit mehrerer sozialistischen Reichstagsabgeordneten bei der endgültigen Abstimmung über die Sonntagsarbeit hat der gegnerischen Presse Anlaß gegeben, unsere Vertreter der Pflichtvergessenheit anzuklagen. Es fällt uns nicht ein, diesen ebenso unbegründeten als unehrlichen Vorwurf widerlegen zu wollen. Bedauerlich ist es unzweifelhaft, daß Most

---

Unser Ziel.

Von keinem Gotte fordern wir gläubig Menschenrecht,
Wir wollen unermüdlich versäumen kein Gefecht;
Für alle Menschengüter beginnen wir den Krieg,
Von allgemeiner Bildung erwarten wir den Sieg.

Von keinem Blutvergießen verlangen wir die Macht,
In reifer Ueberzeugung erstarken wir zur Schlacht;
Wofür gesundes Wissen die Waffen uns verleiht,
Wo reine Bruderliebe die starken Helden weiht.

Im großen Kampfe fallen die Lügen überall,
Die junge Wahrheitsliebe zerschmettert jeden Wall,
Noch scheinbar unbezwinglich der schnöden Eigensucht;
Wir treiben alle Feinde zur schmählich-wilden Flucht.

Nach ruhmgeschmückten Thaten beginnt für uns die Zeit,
Für manche Neugestaltung, vom Elend bald befreit;
Für manche schöne Schöpfung, woran die Weisheit baut;
Gesetze bald für Alle, mit reiner Lust beschaut.

Wo wir dem Allgemeinen die Kräfte freudig weihn,
Bei gern gewählter Arbeit, im Jugendmuth gedeihn;
Wenn uns das Glück des Volkes die Mitempfindung nährt,
Gerechter Eigenliebe gewiß Genuß gewährt.

Für Kopf und Herz empfangen, wir einst Naturgenuß,
Befreit von bösen Sorgen, gesunden Ueberfluß;
Das ganze Reich der Dichtung, das Reich der schönen Kunst,
Begrüßen wir mit Liebe, mit ungetrübter Gunst.

Gustav Adolf Köttgen.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Erlauben Sie mir Ihre Aufmerksamkeit auf eine Thatsache zu lenken, die von Wichtigkeit ist für das Prinzip der Gleichstellung. Es giebt nämlich keine geborene Autorität, aber man anerkennt gerne durch Erfahrung und Arbeit acquirirte Autorität. Die sogenannte Vererbung geistiger Suprematie ist so wie Vieles eine irrige Auffassung. Bei gewöhnlicher natürlicher Befähigung bringt man es zu bedeutender Fertigkeit, auf jedem Gebiete, vorausgesetzt, daß Fleiß angewendet wird, „denn nur den Schweiß lohnen die Götter" mit Fertigkeiten. Ein „müheloses Schaffen wie im göttlichen Wahnsinn" ist eine hohle Phrase, eine Unwahrheit. Was die Veredlung anbelangt, hat die Erfahrung gelehrt, daß man das wird, wobei man ist, und dafür Sinn und Vorliebe hat. Wenn behauptet wird, es giebt ein Talent der Erfindung, so ist der Zufall dieses Talent, denn ihm haben wir alle epochalen Erfindungen zu verdanken. Wenn Jemand was gefunden hat, wußte er nicht, was er finden werde, und es vergeht zuweilen lange Zeit, bis derartige entdeckte Erscheinungen erklärt werden. Und doch kommt fast alles Unglück der Menschen daher, daß sie irrthümlicher Weise auf Grund der geborenen Autorität gewisser Menschenklassen und auf Rassen, als von der Natur prädestinirt, sich blindlings unterworfen haben. Was auch leider noch täglich geschieht. — Die Privilegirten und Besitzenden führen ihre Rechte auf die subjektive Suprematie zurück. Diese irrigen Hypothesen bilden die zu überwindenden Schranken. Auch ist hier die Basis des grassirenden nationalen Größenwahns. Zu beweisen, daß es keine geborene prädestinirte Autorität giebt, ist nicht schwer, seitdem mehrfache naturwissenschaftliche Beobachtungen zu diesem unwiderleglichen Resultate führten. Und derartige Beobachtungen haben zur Aufklärung des subjektiven Ichs mehr Werth als zehn Bände, ja als die ganze Literatur über Metaphysik. Zum Schlusse werden Sie meine Meinung billigen, wenn ich behaupte: Wer nicht sozialdemokratische Gesinnung hat, heuchelt den Liberalismus, weiß nicht, was Humanität ist, und ist ihm die Volkswirthschaft unbekannt.

Wien, im Mai 1878. Dr. L. K.

— Nochmals Herr Biedermann. In Nr. 124 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" schreibt Herr Redacteur Biedermann wörtlich und buchstäblich:

> Leipzig, 28. Mai. Der „Vorwärts" hat die ihm vom Redacteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zugesandte „Berichtigung" (Nr. 120) zwar gebracht, aber sie mit Bemerkungen begleitet, welche eine abermalige „Berichtigung" heischen, die denn auch sofort abgegangen ist. Es wird damit fortgefahren werden, bis der „Vorwärts" der Wahrheit die Ehre giebt, daß er schwarz nicht weiß und weiß nicht schwarz nennt."

Uns ist nun auch wirklich eine abermalige „Berichtigung" zugegangen und zwar von dem Redacteur und dem Professor Biedermann, die wörtlich und buchstäblich folgendermaßen lautet:

„Sie haben zwar meine „Berichtigung" abgedruckt, allein dieselbe sofort wieder zu entkräften gesucht, indem Sie neuerdings behaupten, ich hätte „redlich dazu beigetragen, daß die Reaction das Attentat (Lehmann) benutzt hat, um ihren Bestrebungen gegen die Sozialdemokratie den Anschein von Recht zu geben". Auch das ist unrichtig, wie einfach daraus hervorgeht, daß ich das sog. „Attentat-, oder wie der „Vorwärts" sagt, „Lehmann-Gesetz" in meiner Zeitung bekämpft habe.

L. d. 28. Mai 1878. Prof. Biedermann,
Red. der Deutsch. Allg. Z.

An die Redaction des „Vorwärts".

Sie werden hiermit auf Grund von Art. 11 des Reichspreßgesetzes aufgefordert, die obige „Berichtigung" aufzunehmen.

Leipzig, 28. Mai 1878. Professor Biedermann."

Zunächst constatirt Herr Biedermann, daß der Professor und Redacteur ein und dieselbe Person ist; dann setzt er seine Berichtigung selbst in richtiger Würdigung zwischen Gänsefüßchen, um dadurch zu beweisen, daß es eigentlich keine Berichtigung sei. Dies sahen wir sofort auch ohne dies Avisn. Uebrigens braucht sich Professor Biedermann bei seinen „Berichtigungen" gar nicht auf das Reichspreßgesetz zu berufen — wir nehmen dieselben unbesehen auf, da uns der biedere Alte als Mitarbeiter stets willkommen sein soll. In so ernster Zeit ist unsern Lesern jedenfalls ein launiges Späßlein hochwillkommen.

Doch im Ernste sei eins bemerkt. Wenn der Redacteur Biedermann leugnet, daß er der Reaction Veranlassung gegeben habe, das Attentat Lehmann's zu benutzen, um ihren Bestrebungen (Einbringung des „Lehmann-Gesetzes") den Schein von Recht zu geben, dann lese er gefälligst seine eigene Zeitung nach, die sich redlich bemüht hat, die Sozialdemokratie für das Attentat verantwortlich zu machen und somit im Verein mit anderen liberalen Blättern den Bundesrath allerdings veranlaßt hat, unter dem Scheine des Rechts sein Attentat auf die Freiheit in Form eines Gesetzes vom Stapel zu lassen. Daß dies Ding so formlos war, daß es auch zweischneidig war, daß es gar nutzlos war, um die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen, dies hat gewiß am meisten Herr Redacteur Biedermann bedauert — andernfalls wäre er der Erste gewesen, jauchzend demselben seine Zustimmung zu ertheilen.

Biedermann hat also geholfen, daß die Reaction „unter dem Schein von Recht" ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie eingebracht hat; Biedermann hat sich aber gegen das

und Auer, denn um diese handelt es sich, bei jener Abstimmung nicht zugegen waren, und gewiß, Niemand bedauert es mehr, oder auch nur so sehr wie Most und Auer. Aber sie tragen keine Schuld. Die Zeit der Abstimmung war nicht bekannt; und Most und Auer, die in der Redaktion der „Berliner Freien Presse" sind und in dieser Stellung bis zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte zu arbeiten haben, konnten sich, sollte das Blatt nicht schwer benachtheiligt werden, unmöglich aufs Unbestimmte in den Reichstag begeben. Als nun die Abstimmung kam, war es nicht mehr Zeit, sie aus dem mindestens eine Stunde entfernten Redaktionslokale in den Reichstag zu holen. Unsere Abgeordneten sind eben nicht in der Lage, aus ihrer parlamentarischen Thätigkeit ein Geschäft machen zu können, wie z. B. Eugen Richter, der das Signal zu den Angriffen auf Most und Auer gegeben hat: sie müssen für ihr Brod und im Dienste der Partei arbeiten, und können ihre Berufsarbeiten auch während der Reichstagssession nicht aufheben, dazu sind sie, und dazu ist die Partei zu arm.

— Resolution. In der am vorigen Sonntag in Berlin stattgehabten, von 4—5000 Menschen besuchten Volksversammlung, in welcher Genosse Motteler einen Vortrag hielt, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute bei Busse versammelten Bürger Berlins erklären sich mit dem Vortrage des Abgeordneten Motteler einverstanden, und drücken sämmtlichen sozialistischen Reichstagsabgeordneten für ihr Verhalten Dank aus, indem sie geloben, immer kräftiger für die Verbreitung sozialistischer Lehren Sorge zu tragen, damit in den Reichstag die doppelte Zahl von Sozialdemokraten gewählt werde."

— Schwere Verurtheilung. Genosse Baumann, Redakteur des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat" wurde am 24. d. M. von dem Schwurgerichtshofe zu Nürnberg wegen Majestätsbeleidigung in eine 9monatliche Gefängnißstrafe verurtheilt. Und da sage man noch, man gehe nicht streng genug mit den Sozialdemokraten um. — Die Behörden und die Gerichte mögen übrigens das ächte deutsche Sprichwort bedenken: „Allzuscharf macht schartig!"

— In Cincinnati (Ohio), Nordamerika, erscheint seit dem 4. Mai ein neues sozialistisches Organ in englischer Sprache: „The National Socialist" — der „Nationale Sozialist" — eine Wortzusammenstellung, an welche wir in Deutschland nicht gewohnt sind. Das Blatt ist „Organ und Eigenthum der sozialistischen Arbeiterpartei."

— In Wiesbaden wurde der „Sozialdemokratische Wahlverein" mittelst Erlaß der dortigen Polizeidirektion aufgelöst.

— Wie nachträglich mitgetheilt wird, soll Most in Chemnitz in Haft behalten und auf Grund der Ausführungs-Verordnung zu § 8 des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes angeklagt werden. — Außerdem hat Most eine Anklage wegen der am Grabe Dentler's gehaltenen Rede erhalten.

Correspondenzen.

Berlin, 28. November. (Drei Majestätsbeleidigungen.) Zwei derselben wurden am vergangenen Sonnabend vor der siebenten Criminal-Deputation des Stadtgerichts verhandelt. Die erste war gegen den der Trunkenheit ergebenen Färber Foest, der auch bereits am delirium tremens gelitten hat, gerichtet. Derselbe befand sich am Abend des 15. Februar cr. in der Destillation des Destillateurs Kleindienst, als ein Colporteur eine Festzeitung zur Doppelhochzeit der beiden preußischen Prinzessinnen zum Kauf anbot. Der Angeklagte machte nun mit Bezug auf die Prinzessinnen einige derbe Redensarten und dehnte dieselben, darüber zur Rede gestellt, auch auf den Kaiser aus. Auf die von Kleindienst erstattete Anzeige wurde Foest eingezogen und nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. — Die zweite gegen den Arbeiter Händchen gerichtete Anklage mußte wegen Fehlens des Denunzianten, dessen Sistirung beschlossen wurde, vertagt werden. — Am Dienstag fand die Aburtheilung einer dritten Majestätsbeleidigung statt. Als am Nachmittag des 11. Mai Lehmann seinen Revolver auf den Kaiser abgeschossen, hörten verschiedene Leute, wie ein Mädchen, das auf einer Bank Unter den Linden saß, ihrem Unmuth über das mißlungene Attentat in Worten Luft machte. Dieselben machten einen in der Nähe befindlichen Schutzmann hierauf aufmerksam, und auch diesem gegenüber machte das Mädchen schmähende Redensarten über den Kaiser. Die Excedentin wurde zur Haft gebracht. Nachdem die Anklage verlesen und die Angeklagte gefragt worden, was sie darauf anzuführen habe, entgegnete sie: „Was, Anklage, ich weiß von keiner Anklage!" Präs.: Nun sie ist Ihnen ja eben vorgelesen worden! Angekl.: Darauf habe ich nicht geachtet. Im weiteren Verlauf der Verhandlung beschimpfte die Angeklagte den einen Zeugen in heftigster Weise, so daß derselbe sich veranlaßt sah, einen Strafantrag gegen sie zu stellen. Mit Rücksicht auf dies Betragen verurtheilte der Gerichtshof die Angeklagte zu neun Monaten Gefängniß. — Der erste Fall ist jedenfalls der interessanteste, da er beweist, daß ein ganz verkommenes, am Säuferwahnsinn leidendes Subjekt einen Kaiser beleidigen kann.

Herzberg a. d. Elster, 24. Mai. Ihr Blatt hat sich u. A. die Aufgabe gestellt, die jammervollen Zustände der jetzigen menschlichen Gesellschaft schonungslos zu geißeln. Nachfolgend eine kleine Episode aus der „herrlichsten der Welten"; ich schreibe dieselbe ab aus einem Blättchen, welches sich auch die Bekämpfung der Sozialdemokratie manchmal angelegen sein läßt, aber doch von so untergeordneter Bedeutung ist, daß es keiner Würdigung resp. Entgegnung werth ist: „Von der Geisel, 19. Mai. Noch sind alle Gemüther erschüttert von einem schrecklichen Verbrechen, welches gestern Nachmittag 3—4 Uhr zwischen Frankleben und Reipisch begangen worden ist. Eine junge Frau von 29 Jahren hat ihre drei Kinder in der Geisel ertränkt. Der ganze Vorgang war ein Akt der Verzweiflung. Auguste geb. Meisch verehel. Müller war mit dem Kutscher Johannes Müller aus der Zuckerfabrik Körbisdorf längere Zeit glücklich verheirathet. Die Frau zeichnete sich durch Sauberkeit und knappe Haltung aus, soll aber einen Hang nach fremdem Eigenthum gehabt haben. Wegen Wäsche- und Gänsediebstahl zu neunmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, mußte die Verbüßung der Strafe bis nach ihrer Niederkunft und Stillzeit verschoben werden. Mittlerweile hat sich der Mann von seiner Frau abgewendet und die Scheidung beantragt, durch mehrwöchentliches Fernbleiben auch gezeigt, daß er für die Kinder nicht mehr sorgen wolle. Da erscheint der Gerichtsbote, die Mutter zum Gefängniß abzuholen. Sie stellt sich dem Gericht in Merseburg — im Gefolge ihrer drei Kinder, wird aber zurückgewiesen: sie soll andern Tags ohne die Kinder wiederkommen. Nunmehr, da ihr Mann thatsächlich die Kinder nicht mehr versorgt, sie selbst aber 9 Monate lang dazu außer Stande, faßt sie den verzweifelten Entschluß, sich und die Kinder zu tödten. Die beiden kleinsten Kinder, 3/4 Jahr und 3 Jahre alt, packt die Mutter in einen Kinderwagen, den das sechsjährige Mädchen von Beundorf bis Frankleben zieht, und kippt dort den Wagen an dem Zusammenfluß der Leiha in die Geisel in's Wasser. Auf das Jammergeschrei kommt Hilfe, doch zu spät, nur die Mutter wird dem nassen Grabe lebend entrissen und heute nach Merseburg zum ersten Verhör transportirt." — Es ist hier wenig hinzuzufügen und doch wird jeder fühlende Mensch eigenthümliche Gedanken beim Lesen eines solchen erschütternden Vorfalls haben. Wo blieb hier der Ortsvorstand, wo der Geistliche? Konnten dieselben nicht der bedrängten Mutter die Sorge für die Kinder abnehmen? Gerade die Geistlichen wären berufen, die Lehren des „Weisen von Nazareth" zu bethätigen, statt dessen aber kümmern sich dieselben großentheil um recht weltliche Dinge und die Pflege ihres eigenen Ich.

Chemnitz, 29. Mai. Unser hiesiges Parteiorgan bringt folgenden auch für weitere Kreise interessanten Bericht: Anonyme Briefe haben in der Regel keinen Werth und wir erhielten schon oft Drohbriefe, ohne uns zu fürchten, denn vor anonymen Briefschreibern ist man persönlich am allersichersten, da sie die größten Feiglinge sind. — Ein anonymer Brief indeß, welcher dieser Tage geschrieben wurde, scheint bestimmt zu sein, viel von sich reden zu lassen. Herr Siebdrat macht im hiesigen Polizeiblatte bekannt:

Heute ist durch die Post ein Brief dem Herrn Polizei-Inspektor Carius zugegangen, durch welchen dieser eben so wie Herr Staatsanwalt Schwerdfeger und der unterzeichnete Polizeidirektor aus Anlaß der Vorgänge in der gestrigen Volksversammlung mit Mord bedroht werden.

Behufs der Ermittelung des Verfassers liegt dieser Brief in der Hauptpolizeiwache zur Einsicht aus und hat der Rath der Stadt Chemnitz eine Belohnung von

Einhundert Mark

für Denjenigen ausgesetzt, welcher das nächste Anhalten zur Ermittelung des Verfassers an die Hand giebt.

Chemnitz, am 27. Mai 1878.

Das Polizeiamt.
Siebdrat.

Zwei Sozialisten begaben sich heute Vormittag nach der Polizeiwache und ließen sich den Brief vorlegen. Sie fanden eine unorthographische und stylose Schmähschrift, welche zwar direkt auf die Vorgänge in der Volksversammlung vom Sonntag Bezug nimmt, sich aber auch in heftigster Weise gegen den Staatsanwalt Schwerdfeger wendet, der mit diesen Vorgängen und bis jetzt auch mit den hiesigen politischen Verfolgungen im Allgemeinen, unseres Wissens nach nichts zu thun hatte. Außerdem ist in dem Briefe die Hsbelei erwähnt und den oben erwähnten Personen mit Erschießen gedroht. Der Briefschreiber erklärt, „wir gehören zu keiner Partei", will aber das Versammlungsrecht aufrecht erhalten sehen, und lobt den früheren Polizeidirektor Urban als einen „ganz andern Mann". Der Mangel an Orthographie geht in dem betreffenden Briefe so weit, daß z. B. in der Drohung anstatt „sterben" geschrieben ist „Streben". Als der Autorschaft dieses Wisches verdächtig hat man auch bereits Einen „erwischt". Gestern Abend wurde ein Herr Bruno Wendler hier verhaftet, weil die Handschrift des Briefes auffallende Aehnlichkeit zeigt mit der Schrift einer Eingabe, die Wendler im Jahre 1867 an die Polizei eingereicht hat. Obgleich wir mit Bruno Wendler keine Gemeinschaft haben, so suchten wir der Sache doch näher auf den Grund zu kommen, und fanden einige neuere Handschriften von Wendler in unseren Akten, welche wesentlich verschieden sind von der Handschrift des anonymen Briefes, mit welcher sie wohl schwerlich identifizirt werden können. — Wir haben diese Schriften eingereicht und hoffen, daß sie zur Klärung der Sache beitragen. — Als charakteristisch für die Kampfesweise unserer Gegner fügen wir diesen Mittheilungen hinzu, daß im „Chemn. Tagebl." mit Hinweis auf den Brief gesagt wird: „Die (sozialistische?) Saat beginnt ihre Früchte zu tragen." Demnach scheint man den Belagerungszustand, welcher gegenwärtig über unsere Partei in Chemnitz verhängt ist, mit der müssigen Handlung eines anonymen Briefschreibers rechtfertigen zu wollen!

Von der Wupper, 18. Mai.

Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das wenige genommen.
Wenn du aber gar nichts hast,
Ach so lasse dich begraben —
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur die etwas haben.

Heine.

Nach moderner Weltanschauung ist es selbstverständlich, daß der arme, nichtbesitzende Mensch den Unterwürfigen in der menschlichen Gesellschaft spielt und leider ist die darbende Menschheit, durch Noth entmuthigt, meistens allzu geneigt, dieses Kreuz auch freiwillig auf sich zu nehmen. Sollte jedoch 'mal ein armer Teufel, eingedenk Carl Moor's: „die Qual erlahme an meinem Stolz", diese Schranke mißachtend, sich als gleichberechtigt mit gut situirten Menschen fühlen, der würde alsbald zu obiger Heine'scher Satire treffliche Illustration finden. Und diese Illustration, wie wirkt sie erdrückend auf jedes Rechtsbewußtsein, besonders in Anbetracht, daß sie nicht allein einzelner, subjektiver Arroganz zu danken ist, sondern den ganzen gesellschaftlichen Ton veranschaulicht und sogar in den verschiedenen Gesetzesparagraphen ihre weitgehendste Sanktion findet. Wahrhaftig die Herren Gesetzgeber verstehen es, für ihre besonderen Standesinteressen zu sorgen! Daher ist es um so mehr anzuerkennen, daß die paar Sozialdemokraten im Reichstage sich unablässig bemühen, den glatten Majoritätsrednern ihre heuchlerischen Larven abzureißen, um dem Lande den hohlen Gallimathias zu zeigen. Und dieses Bemühen der Sozialisten im Reichstage ist kein vergebliches gewesen, denn trotz der Verstümmelung sozialistischer Reichstagsreden durch die gegnerische Presse ist so viel in die Masse gedrungen, daß mancher ursprüngliche Gegner ihnen seine Anerkennung nicht versagen konnte und sich jetzt abwendet von dem kraftlosen Verhalten der Reichstagsmajorität gegenüber dem Eigenwillen eines „genialen" Staatsmannes. Die treffende Bemerkung Liebknecht's in der 20. Sitzung des diesjährigen Parlaments: „Es sei an der Zeit, die Würde des Reichstags zu wahren, die in der Person des Abgeordneten Lasker durch den Kanzler insultirt worden sei," hat auch unserer, der sozialdemokratischen Partei, Anerkennung gefunden. Wie deprimirend diese Erkenntniß auf die liberalen Blätter wirkte, zeigte alsbald das wüthende Gekläff der „Elberfelder Zeitung". Dieses Gekläff der „Elberfelder Zeitung" hätte nun wenig zu bedeuten (besonders in Anbetracht ihrer so sehr abgenommenen Abonnentenzahl der letzten Jahre), wenn man nicht gewußt, daß das Gewinsel eines Pinschers alsbald das heisere Gebelfer aller Hofhunde zu wecken im Stande sei. Die Elberfelderin, gefüttert (oder redigirt) von dem Gegenwartsdichter Scherenberg, hatte die Gewogenheit, die Sprache der Sozialisten in der 20. Sitzung (Liebknecht's und Hasenclever's) eine ungenießbare zu nennen. Nun die Geschmäcke sind verschieden, wußten wir ja doch im voraus, daß die derbe Sprache der Wahrheit für die Schweifwedler nicht schmackhaft ist. Ja die Geschmäcke sind verschieden, Charakterstärke und Schweifwedelei passen einmal nicht zusammen; leidet die erstere auch häufig Noth und muß barfuß durch's Leben gehen, während die letztere Ehren- und Würdenposten bekleidet, so ist erstere ein aufgeschlagenes, fleckenloses Buch und findet ihre Würde in sich selbst, während letztere trotz allem äußeren Schein ihre innere Haltlosigkeit und Erbärmlichkeit häufig empfinden muß, und auf manchen modernen Literaten und Soldschreiber paßt.

Wiesloch, 20. Mai. Daß auch in Süddeutschland die Sozialdemokratie immer festeren Fuß faßt, dafür diene Folgendes zum Beweis. Im Anfange dieses Jahres bildete sich hier in Wiesloch durch Aufmunterung der Mannheimer Genossen eine Parteimitgliedschaft, welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, auch in hiesigem Bezirke, wo man den Sozialismus nur aus den Zeitungen kannte, durch Volksversammlungen, Zeitungen und Schriften für Aufklärung des Volkes zu wirken, sowie die sozialistischen Ideen in die Landbevölkerung zu bringen. Zu diesem Zwecke hielten wir am 26. Februar eine Volksversammlung ab, in welcher Genosse Dreesbach aus Mannheim über die „Tabaksteuer" referirte. Daß dieser erste Versuch kein mißlungener war, zeigte am besten die „Wieslocher Zeitung", welche haarsträubenden Unsinn über die Versammlung berichtete und natürlich über die Sozialdemokraten in der schamlosesten Weise sich äußerte. Glaubte aber genanntes Blatt, den Sozialismus mit hämischen Auslassungen todt gemacht zu haben, so sollte dasselbe schon am 5. Mai eines Andern belehrt werden. War schon die erste Versammlung gut besucht, so war es die zweite, welche am

---

eingebrachte Gesetz gewandt, weil es untauglich war — das ist der ganze Sinn der Biedermann'schen „Berichtigung".

Nochmals aber erklären wir, daß wir jede Berichtigung, mit oder ohne Gänsefüßchen, die uns der biedere, alte Herr einsendet, mit Freuden aufnehmen werden, und zwar so lange, bis derselbe schwarz von weiß zu unterscheiden gelernt haben wird.

— Wie redigirt wird! Die „Leipziger Volkszeitung" brachte in ihrer Nr. 120 folgende Notiz:

„Ein Leipziger Blatt brachte kürzlich eine Abrechnung über die von der sozialdemokratischen Partei an ihre Führer, sowie die Redakteure ihrer Organe gezahlten Gehälter. Gegenüber der darin enthaltenen Behauptung, daß Herr Wilhelm Hasenclever von der Berliner Associationsbuchdruckerei im Laufe eines Jahres die Summe von 8766 M. erhalten habe, erläßt der Genannte in der „Fackel" nun folgende Erklärung: (Folgt die bekannte Erklärung unseres Genossen Hasenclever ihrem wesentlichen Inhalte nach.)"

Wir dachten bei uns, daß die „Leipziger Volkszeitung" doch ein anständiges Blatt sei, weil es ohne äußere Veranlassung gegen die verleumderische Notiz des „Leipziger Tageblattes" zu Felde zog.

Wir trauten aber unseren Augen kaum, als wir die Nr. 122 der „Leipziger Volkszeitung" zu Gesicht bekamen, in welcher fast der ganze Verleumdungsartikel des „Leipziger Tageblattes", der auf dem Umwege über Berlin als Eugen Richtersche Correspondenz eingesandt worden war, geneigte Aufnahme gefunden hat. Der Schlußsatz dieses Artikels der „Leipziger Volkszeitung" lautet:

„Nehmen wir den Geschäftsbericht der Berliner Associationsbuchdruckerei zur Hand, in welcher hauptsächlich die dort erscheinenden sozialistischen Blätter gedruckt werden, so ist der Thatbestand folgender: An Herrn Hasenclever wurden in der Zeit eines Jahres gezahlt 8766 M., an die Redakteure Hasselmann 2340 M., Lange 1650 M. und Küster (derselbe hat sich nach Verbüßung einer mehrmonatlichen Haft in Plötzensee zu den „Christlich-Sozialen" geschlagen) 1290 M. Der Vorsteher der Expedition des „Neuen Sozial-Demokrat", Rackow, erhielt für die Zeit vom 1. April bis November 1560 M."

Kein erläuterndes Wort ist dieser Verleumdung hinzugesetzt. Wir fragen nun die „Leipziger Volkszeitung": Hält sie ihre sämmtlichen Leser für unzurechnungsfähig, oder aber ist ihre Redaktion fortwährend dermaßen geistig angeregt, daß dieselbe nicht mehr weiß, was sie Tags zuvor geschrieben oder ausgeheckt hat?

— Zur Sittengeschichte der Gegenwart bringt das „Hannoversche Tageblatt" folgende hübsche Zusammenstellung: „Von dem Schwurgerichte Hildburghausen ist der Kreisgerichts-Director Schlothauer zu Salzungen wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Gegen einen General a. D. in Baden-Baden schwebt in gleicher Sache die Untersuchung. Von dem Würzburger Schwurgerichte wurde der 54 Jahre alte verheirathete Landgerichts-Assessor Hennoch von Rothenfels wegen Nothzucht zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Der Leipziger Polizeiarzt Dr. Kühn gab einen Band unzüchtiger Gedichte heraus, welche seiner Zeit vom sozialistischen „Vorwärts" die verdiente Abfertigung erfuhren. Die Gedichte enthielten auch cynische Angriffe auf die christlichen Kirchen. Sie wurden daher confiscirt und der Dichter zu einem Monat Gefängniß verurtheilt."

— Existirt im christlichen Europa noch die Sklaverei? Wir meinen darunter nicht die Lohnsklaverei, denn daß diese in Europa existirt, wissen wir, aber wir fragen, ob die Sklaverei in dem Sinne, daß Menschen als Sachen verkauft und verschenkt werden können, bei uns noch zu Recht bestehe; wir wissen zwar ganz gut, daß durch unsere Gesetze die Sklaverei verboten ist, doch lasen wir kürzlich in vielen Zeitungen, daß die Lady Dadley in England der Kaiserin von Oesterreich einen Mohren „geschenkt" und daß Letztere ihn wieder ihrer Tochter, der Prinzessin Marie Valerie, „geschenkt" hat, welche den Menschen jetzt „unterrichten" läßt.

— Die „Leipziger Volkszeitung", das Organ der sächsischen Fortschrittler, erzählte ein Geschichtchen von „einem entlarvten Sozialistenführer", welcher kürzlich in Rüdersdorf eine Versammlung berufen, eine Tellersammlung veranstaltet, dann aber, als ein anwesender Beamter vor der Tellersammlung gewarnt habe, weil der Sozialistenführer das Geld nur mit seinen beiden von Berlin mitgebrachten „Dirnen" verjubeln würde, verduftet sei. — Hierzu bemerkt die „Berliner Freie Presse": „Namen nennt das edle Organ der Fortschrittspartei, das uns für gewöhnlich unehrliche Kampfesmittel vorwirft, nicht und das hat auch seine guten Gründe, denn das ganze Histörchen ist von A bis Z erfunden, natürlich blos um uns Sozialisten eins auszuwischen. In Rüdersdorf haben in letzter Zeit überhaupt keine von uns veranstalteten Versammlungen stattgefunden."

genannten Tage abgehalten wurde, nicht minder. Genosse Dreesbach aus Mannheim war es wieder, der über die Bestrebungen der Sozialdemokratie in einem 1½stündigen Vortrage referirte. Unsere Gegner schienen sich von dem Schrecken, welchen unsere erste Versammlung in ihnen hervorgerufen hatte, in etwas erholt zu haben, und hatten sie sich deshalb nicht nur sehr zahlreich eingefunden, sondern auch einen Helfer in der Noth mitgebracht, der in der Gestalt des Herrn Stadtpfarrers Kölle dem Referenten entgegen trat und denselben zu widerlegen suchte. Es wäre Raumverschwendung, auf die Entgegnungen des Pfarrers näher einzugehen, nur das eine sei mitgetheilt, daß Stadtpfarrer Kölle ersichtlich darauf ausging, Genosse Dreesbach auf das Feld der Majestätsbeleidigungen zu locken, um mit Hülfe der Polizei die Saat, welche schon reichlich aufgegangen, in ihrer Entwickelung zu ersticken. Allein genannter Herr hatte die Rechnung ohne den Wirth, d. h. Genosse Dreesbach gemacht, welcher dem frommen Herrn so trefflich heimleuchtete, daß derselbe das Wiederkommen wahrscheinlich vergessen wird. Desto wüthender aber geberdete sich die „Wieslocher Zeitung", welche anderen Tages einen Artikel über die Versammlung brachte, in welchem ein solcher Ton und Anstand zu Tage trat, daß selbst einem Gassenjungen die Schamröthe in's Gesicht gestiegen wäre, wenn er diesen Artikel gelesen hätte. Alles in Allem sind unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt und dürfen wir uns der zuversichtlichen Hoffnung hingeben, unter der hiesigen Landbevölkerung Anhänger gefunden zu haben. Allen Gesinnungsgenossen rufen wir aber ein frisches „Vorwärts" zu und der Sieg wird nicht ausbleiben trotz „Attentat" und Reaktion.

Wiesloch, 27. Mai. (Etwas für Herrn Eugen Richter.) Der „Frankfurter Zeitung" wird geschrieben: „Gestern haben hier die „Gebildeten" den Staat auf eine Art und Weise gerettet, die ihrer „Bildung" alle Ehre macht, und die wir Herrn Eugen Richter zu gefälliger Kenntnißnahme eindringlichst empfehlen möchten. Hauptsächlich um den maßlosen Ausfällen der „Wieslocher Zeitung, Amtsverkündiger für den Kreis Wiesloch", entgegenzutreten, sollte daselbst ein Mannheimer Redner über „das Attentat und das Hödelgesetz" sprechen. Als derselbe kaum das Versammlungslokal, in welches die „Reichsfreunde" ihre Mannschaften zusammengetrommelt hatten, betreten hatte, sprang, ehe es zur Bildung eines Bureau's gekommen, ein Herr Dr. med. Fischler auf seinen Stuhl, redete fünf Minuten lang von Attentat, französischer Revolution und Commune und machte dann einem Herrn Notar Baier Platz, der ebenfalls einen Häringssalat aus Robespierre, Commune und „Se wolle dheile" anrichtete und erst auf die Frage: Wo das geschrieben stehe, wieder in der Menge verschwand. Ihm folgte, ohne daß einer der Einberufer zum Worte hätte kommen können, ein Herr Stadtpfarrer Hügel, der sich wie Nummer 2 expektorirte und die Anwesenden aufforderte, das „Heil Dir im Siegerkranz" zu singen. Als nunmehr von sozialdemokratischer Seite nochmals die Vornahme der Bureauwahl verlangt wurde, erhob sich von Seiten der Herren „Reichsfreunde" ein Brüllen, welches den Lungen derselben erheblich mehr Ehre machte, als ihrer Bildung, und das den anwesenden Polizeidiener veranlaßte, die noch nicht eröffnete Versammlung „wegen Unordnung" aufzulösen. Die dem Herrn entgegengehaltene Bemerkung, daß es in diesem Falle gewiß nicht die Sozialdemokratie gewesen, welche die Unordnung verursacht, wurde mit der klassischen Antwort: „Nix da, nix da, nix wie 'naus" abgefertigt, worauf ein Gensdarm den Mannheimer „Wühler" beim Arm nahm und ihn vor die Thür geleitete. Von hier bis bis zum Bahnhofe entwickelte sich nun eine „Sauhatz", bei welcher der Redakteur der „Wieslocher Zeitung", ein Herr Zillig, die hervorragendste, die hoffnungsvolle Schuljugend des Ortes eine sehr wesentliche Rolle spielte. Nicht nur insultirte man den Mannheimer auf dem ganzen langen Wege bis zum Bahnhofe, sondern sogar im Wartesaale noch benahm sich gerade der genannte Redakteur wie ein Tollsüchtiger und meinte z. B. sehr „gebildet": „Aufgehängt gehören sie all', die hergelaufenen Kerle" u. dergl. mehr. Der Skandal dauerte fort bis zur Abfahrt des Zuges, ohne daß die Polizei ernstlich eingeschritten wäre. Das Ganze gewährte einen Anblick, der jedem anständigen Manne die Röthe der Scham ins Antlitz treiben mußte." — So die „Frankf. Zeitg."! Wir aber freuen uns über solche Thaten der Antisozialisten, weil dadurch die Rohheit derselben und die Richter'sche Verlogenheit recht an den Tag treten.

Friedberg. Der Vorstand des hiesigen nationalliberalen Wahlvereins hat sich das Vergnügen gemacht, die Nummer 51 des „Vorwärts" mit dem Berliner Attentats-Artikel in einem offenen Schaufenster auszuhängen. Eine solche Propaganda für unsere Sache ist gewiß originell zu nennen. Möchte der betr. Artikel nur recht ordentlich gelesen werden, denn er ist wohl geeignet, manches unklare Hirn wieder in Ordnung zu bringen. Dem verehrlichen Vorstande genannten Vereins dürfen wir deshalb wohl unsern besten Dank abstatten! Uebrigens hat Genosse Flohr, der dortige Colporteur unserer Parteiblätter und Broschüren, um der Bequemlichkeit des Publikums Rechnung zu tragen, 50 Exemplare der betreffenden Nummer des „Vorwärts" bestellt, welche er gratis vertheilen wird, um die Neugierigen der Mühe des Stehens vor dem Schaufenster zu überheben.

Frankfurt a. M., 22. Mai. (Zum Attentate.) Es kann mir nicht in den Sinn kommen, mich in die Behandlung dieses für eine gewisse Sorte Menschen so ungeheuer gelegen gekommenen Themas viel einzulassen. Hat sich der „Vorwärts" doch schon genügend damit beschäftigt. Nur noch ein paar „Kleinigkeiten" seien mir anzuführen gestattet. Wie ja allerwärts „im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte", so haben sich auch hier die Vertreter und Verfechter der Reaktion, die „Gutgesinnten", wie besessen benommen. Zur Kennzeichnung unserer hiesigen Streiterin für den Liberalismus, der „Neuen Frankfurter Presse", mag die eine Thatsache genügen, daß dieses Blatt am Tage des Attentates, am 11. Mai, Abends um 7 Uhr, eine Extra-Beilage verausgabte, worin außer einer Depesche des Wagner'schen telegraphischen Correspondenz-Bureaus noch ein Privat-Telegramm von Nachmittags 6 Uhr enthalten war, das also berichtet: „... Der Attentäter, der sozialdemokratischen Partei angehörend, wurde mit Complicen verhaftet." Ein solches Manöver ist, abgesehen von seiner beispiellosen Frechheit, auch noch so abscheulich dumm, daß ein Blinder mit einem Stocke fühlen kann, was es bedeuten soll. O ihr Ritter von der allertraurigsten Gestalt, zwei Stunden nach dem Attentate werft ihr den Menschen, der nur euch und eurer Unfähigkeit zu einem ehrlichen Kampfe zu Hülfe gekommen, einfach unter die Sozialdemokraten! — Ein anderes Stückchen von „öffentlicher Meinung". Die conservative „Deutsche Reichs-Post" hatte sich, wie sich das von selbst versteht, die günstige Gelegenheit auch nicht entgehen lassen. Heute noch bringt sie, die frommen Neugiergen gen Berlin und gen Himmel gerichtet, einen Leitartikel, der also anhebt: „Das ruchlose Attentat vom 11. Mai wird also jetzt wenigstens die gute Folge haben, daß Maßregeln beabsichtigt werden, die man zum Schutze der menschlichen Gesellschaft schon längst hätte ergreifen sollen." Wenn die Noth am größten, ist die Hülfe am nächsten, syrupsüßes Blättchen! Nachdem noch den Liberalen, speziell der „Allgemeinen Zeitung" der Text gelesen und die sittliche-religiöse Verwilderung als der Boden solcher Thaten bezeichnet wird, kommt noch ein Gedanke zum Vorschein, der in Hinsicht auf Erhabenheit dem eben angeführten gleichzustellen ist: „Jene heroische Periode, in welcher Herr Lasker versprach, uns nöthigenfalls mit dem Knüttel gegen die Sozialdemokraten beschützen zu wollen, scheint hiernach viel friedsameren Stimmungen gewichen zu sein." Liebet eure Feinde, segnet die euch fluchen und — schlagt die Sozialdemokraten mit dem Knüttel todt, so lautet also die neueste Parole, mit deren Ausgabe hoffentlich die sittlich-religiöse „Verwilderung" gründlichst beseitigt wird! Muß es sich doch auch ein seines Weges Gehender, und sei er der anständigste Mensch von der Welt, gefallen lassen, daß ihn ein roher Schlingel nicht nur mit Schneeballen, sondern auch mit Koth bewirft oder ihn, bei verschlossener Thüre, vom Fenster aus beschimpft. — — — Wie in vielen anderen Städten, so besteht auch hier ein Verein zum Schutze der Thiere, was jedoch ebensowenig wie in diesen anderen Städten die Thierquälerei verhindert — Nota bene wenn sie en gros betrieben wird. So finden hier alljährlich zwei Pferderennen statt, wogegen selbstverständlich Niemand, die Sozialdemokraten abgerechnet, etwas einzuwenden hat. „Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes!"

—o—

Carlsruhe, 24. Mai. Die Herren Redakteure des „Organs für technische Hochschulen" hatten Mitte dieses Monats an sämmtliche Studirende deutscher Hochschulen eine Aufforderung ergehen lassen, am 28. Mai die Errettung des Kaisers von mörderischer Hand zu feiern. Hierauf bezugnehmend berief der an der hiesigen polytechnischen Hochschule bestehende „Polytechnische Verein" (der Verein hat etwa vier Fünftel der Studirenden zu Mitgliedern) eine Generalversammlung mit der Tagesordnung: „Antrag des Ausschusses, am 28. Mai einen Commers abzuhalten." Bei Beginn der Versammlung legte der Vorsitzende des Vereins den Antrag vor und fragte um die Ansichten der Mitglieder. Nun begann die Debatte. — Ein Herr äußerte sich, so froh er auch sei, daß der greise Monarch gerettet ward, so sei er doch entschieden gegen Abhaltung eines Fest-Commerses, denn er hielte es für nützlicher, das Geld, welches hierfür verausgabt wurde, zur Unterstützung des seit einigen Jahren sehr verarmten Theils der Bevölkerung zu verwenden. Als nun hierauf ein Anderer sagte, Studenten sollten nicht nur auf das Materielle achten, sondern auch der Begeisterung Raum geben, erhob sich ein Anderer, welcher, begleitet von vielseitigen Beifallsrufen, etwa Folgendes sprach: Meine Herren! Ich denke, daß sich hier unter uns viele demokratisch oder sozialdemokratisch Gesinnte befinden, welche mit mir die Ansicht theilen werden, daß man Angesichts von Gesetzen, wie sie heute vom Bundesrathe beschlossen worden sind, keinen Fest-Commers halten darf. Meine Herren! Es bedrohen uns Gesetze, bei welchen jede Begeisterung aufhört. Nach vielem Hin- und Her-Debattiren wurde abgestimmt, und es ergab sich eine Stimmenmehrheit gegen Begehen eines Commerses. Ein hierauf gestellter Antrag, dem Kaiser eine Ovationsadresse zu widmen, wurde auch mit großer Stimmenüberlegenheit abgelehnt. A. S.

London, 24. Mai 1878. Die zweite Sektion des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins beschloß in der letzten Parteiversammlung den Schuhmacher **H. Müller**, featherstone Street 23 wohnhaft, wegen verschiedener Vergehen, die er sich sowohl gegen den Verein selbst, sowie gegen verschiedene Mitglieder zu Schulden kommen ließ, als der Partei unwürdig auszustoßen und um Veröffentlichung im „Vorwärts" nachzusuchen. Genannter Müller konnte die in jener Versammlung vorgebrachten Beschuldigungen nicht entkräften. Es wurde ihm nachgewiesen: gegen den kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein, II. Sektion, agitirt und zur Gründung eines antisozialdemokratischen Arbeiter-Vereins die nöthigen Schritte gethan zu haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Für den Vorstand des komm. Arb.-Bild.-Vereins,
II. Sektion:
Charles A. Zadeck, korresp. Sekretär.

Achtung für Stellmacher!

Da wir unser Verkehrslokal und Arbeitsnachweis nach Herrn von Salzen, Kaffamacherreihe „Stadt Kiel", verlegt haben, so ersuchen wir alle nach Hamburg zureisende Collegen nur daselbst einzukehren.

Die Stellmacher Hamburgs.

Alle Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. H. P. Liegnitz: Zu welchem Zweck möchten Sie die Adresse des Sch. wissen? —

der Expedition. A. Gsck Jüterbogk: Die Brochüren „Christenthum und Sozialismus" und Sack, „Unsere Schulen", sind augenblicklich vergriffen. Ihre Bestellung beträgt sohm nur 1,90 M. — N. in Qu.: Der Lehrer hat das Züchtigungsrecht, doch dürfen sich bei dem Gezüchtigten nicht Spuren der Züchtigung zeigen, da er sonst auf Grund des Strafgesetzes wegen Körperverletzung oder Mißhandlung belangt werden kann.

Der Schuhmachermeister Johann **Siems**, aus Massow gebürtig, zuletzt in Berlin wohnhaft, dann nach Amerika ausgewandert, wird von seiner Tochter Juliane ersucht, ihr seine Adresse einzusenden. Dieselbe wohnt Apfelallee Nr. 10 bei **C. Tolzmann** in Stettin.

Parteigenosse Ernst Glaßner, Töpfer, wird ersucht, mir seine jetzige Adresse zukommen zu lassen.

Hildesheim. Josef Heinze.

Der Cigarrenarbeiter **Alfred Schmiel** wird aufgefordert seinem Bruder seinen jetzigen Aufenthalt bekannt zu geben. Der Bruder wohnt bei dem Cigarrenarbeiter **Franz Hödel** in **Eilenburg**.

J. Sperling.

Hannover. Montag, den 3. Juni, Abends 8 Uhr, im Ballhof-Saal:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Das Attentat und das Sozialisten-Ausnahme-Gesetz.
Referent Hr. Meister. **H. Rudolph.** [60

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Am ersten Pfingstfeiertag findet in den Marten'schen Sälen, Hildesheimerstraße [2,40

Grosses Familien-Fest

bestehend in **Concert** und **Ball** statt.

Karten sind bei Rudolph und Loges und in den Versammlungen zu haben. Die Commission.

Den zweiten Pfingstfeiertag bei schönem Wetter:

Morgen-Ausflug ins Holz.

Zusammenkunft bei Marten.

1,50] (3a) H. Rudolph.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:

Mitgliederversammlung

wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Leipzig u. Umg. Dissidentenbund.
Mittwoch, den 5. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Trianon" des Hrn. Richter, Roßplatz 9: [0,90

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über die religiöse Erziehung der Kinder. 2. Bundesangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nothwendig. Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Minden i. W. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirth Thiele, Ritterstraße. (m) [0,40

Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig.

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet am

Donnerstag den 20. Juni, Abends 8 Uhr, in Leipzig statt.

Die Tagesordnung lautet:

1) Geschäftsbericht des Vorstandes. 2) Revisionsbericht des Aufsichtsrathes. 3) Richtigsprechung der Jahresrechnung. 4) Feststellung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn. 5) Feststellung des Etats für das neue Geschäftsjahr. 6) Wahl des Vorstandes. 7) Bestimmung über den Sitz des Aufsichtsraths. 8) Antrag, Aenderung des § 27 des Statuts betreffend.

Laut § 18 des Statuts steht es den Mitgliedern, welche nicht am Orte der Generalversammlung wohnen, frei, sich auf Grund einer eigenhändig unterzeichneten Vollmacht vertreten zu lassen. Die betr. Vollmachtsformulare, welche den Stempel der Genossenschaft tragen müssen, werden von dem mitunterzeichneten A. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12, auf Verlangen den Genossenschaftsmitgliedern zugeschickt.

Hamburg, den 30. Mai 1878.

Der Aufsichtsrath.

L. A.: J. W. Hartmann. H. Brasch. A. Geib. C. Derossi.

NB. Das Lokal wird später bekannt gegeben. [2,50

Hannover. Zur Anfertigung aller Arten von **Tapeziererarbeiten** [2,10

empfiehlt sich den Parteigenossen und Freunden unter Zusicherung reellster und promptester Bedienung (F. 159) (2b)

Louis Flügge, Tapezierer, Welfenstraße 18.

NB. Bestellungen für Obigen nimmt auch entgegen H. Rudolph, Mittelstr. 11 II.

Roh-Tabak:

Domingo 35. 40. 45. 50. 65. 70. 80. 90. 120 Pf.
Brasil 50. 55. 65. 70. 80. 100. 120. 140 Pf.
Seedleaf 40. 50. 60. 70 bis 180 Pf.
Java 90. 100. 120. 140. 160. 250. 270 Pf.
Carmen 80. 90. 120 Pf.
Palmyra 135. 145. 165. 170 Pf.
Lose **Domingoblätter** 25 und 30 Pf. (6a) [1,00

Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Einige tüchtige Colporteure.

Für unsere sozialdemokratische „Halberstädter Freie Presse" (Wochenblatt, Preis: 75 Pf. pr. Quartal) werden gegen festen Gehalt und hohe Provision gesucht. Fahrgeld nach hier wird vergütet.

Die sich Meldenden müssen sich über Fähigkeit und Zuverlässigkeit durch Zeugniß eines Parteiorgans ausweisen können.

Meldungen sind zu richten an die Expedition der „Halberstädter Freien Presse".

Fr. Rathmann, Halberstadt, Bakenstraße 63. [110

Steinnussknopffabrikation.

Ein durchaus tüchtiger und erfahrener Färber für Steinnußknöpfe wird zu sofortigem Eintritt bei hohem Salair für eine deutsche Knopffabrik in Paris gesucht. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit sind an A. W. Paris 42 Rue aux Ours zu adressiren. Reisegeld wird im Voraus geschickt. (8c) [8,30

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von **W. Liebknecht.** 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kossakisch werden! Ein Mahnwort an das deutsche Volk von **W. Liebknecht.** Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. **Bornstein.** Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg.

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. C. Bornstein. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von **Bruno Geiser.** Preis 25 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von **Bruno Geiser.** 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. (w) [5,10

Le Père Duchêne

Journal républicain-socialiste-revolutionaire
parait à **Sèvres** (Seine-et-Oise), près **Paris** (France),
18, rue des Fontaines.
Un numéro chaque Dimanche.
Rédacteur en chef: Le citoyen **Hippolyte Buffenoir.**
Abonnements pour l'Allemagne et les autres pays étrangers:
Un an 11 Frcs., Six mois 5,50 Frcs., Trois mois 2,75 Frcs.

L'Egalité.

Journal républicain socialiste.
(Organe du parti socialiste en France.)
Paraissant tous les dimanches à Lagny (près Paris)
2, rue du Chariot d'Or.
Abonnement: 3 mois: 3 Mark; — 6 mois: 5 Mark; — un an: 10 Mark. — On s'abonne, soit à la poste, soit en envoyant le montant au journal à Lagny.

Filialen u. Colporteure,

welche Nr. 1 der **„Neuen Welt"** vom Jahrgang 1878 ohne Verwendung liegen haben, werden gebeten, dieselben sofort der unterzeichneten Expedition zuzusenden

Leipzig. **Expedition der „Neuen Welt"**, Färberstr. 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Sonntag, 2. Juni 1878.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung des Sozialismus.

Von Friedrich Engels.

III.

Nach allem Vorangegangenen wird es den Leser nicht wundern, zu erfahren, daß die im letzten Abschnitt gegebene Entwicklung der Grundzüge des Sozialismus keineswegs nach dem Sinn des Herrn Dühring ist. Im Gegentheil. Er muß sie schleudern in den Abgrund alles Verworfenen, zu den übrigen „Bastarden historischer und logischer Phantastik“, den „wüsten Konzeptionen“, den „konfusen Nebelvorstellungen“ u. s. w. Für ihn ist der Sozialismus ja keineswegs ein nothwendiges Erzeugniß der geschichtlichen Entwicklung, und noch viel weniger der grob-materiellen, auf bloße „Futterzwecke“ gerichteten ökonomischen Bedingungen der Gegenwart. Er hat es viel besser. Sein Sozialismus ist eine endgültige Wahrheit letzter Instanz; er ist „das natürliche System der Gesellschaft“, er findet seine Wurzel in einem „universellen Prinzip der Gerechtigkeit“, und wenn er nicht umhin kann, von dem bestehenden, durch die bisherige sündhafte Geschichte geschaffenen Zustand Notiz zu nehmen, um ihn zu verbessern, so ist das eher als ein Unglück für das reine Prinzip der Gerechtigkeit zu betrachten. Herr Dühring schafft seinen Sozialismus, wie alles Andere, vermittelst seiner famosen beiden Männer. Statt daß diese beiden Marionetten, wie bisher, Herr und Knecht spielen, führen sie zur Abwechslung einmal das Stück von der Gleichberechtigung auf — und der Dühringsche Sozialismus ist in seiner Grundlage fertig.

Demnach ist es selbstredend, daß bei Herrn Dühring die periodischen industriellen Krisen keineswegs die geschichtliche Bedeutung haben, die wir ihnen zuschreiben mußten. Die Krisen sind bei ihm nur gelegentliche Abweichungen von der „Normalität“ und geben höchstens Anlaß zur „Entfaltung einer geregelteren Ordnung“. Die „gewöhnliche Weise“, die Krisen aus der Ueberproduktion zu erklären, genügt seiner „exakteren Auffassung“ keineswegs. Allerdings sei eine solche für „Spezialkrisen in besondern Gebieten“ wohl zulässig. So z. B. „eine Ueberfüllung des Büchermarktes mit Ausgaben von Werken, die plötzlich für den Nachdruck freigegeben werden und sich für den Massenabsatz eignen.“ Herr Dühring kann sich allerdings mit dem wohlthuenden Bewußtsein zu Bette legen, daß seine unsterblichen Werke ein solches Weltunglück nie anrichten werden. Für die großen Krisen sei es aber nicht die Ueberproduktion, sondern vielmehr „das Zurückbleiben der Volkskonsumtion . . . die künstlich erzeugte Unterkonsumtion . . . die Hinderung des Volksbedarfs (!) an seinem natürlichen Wachsthum, was die Kluft zwischen Vorrath und Abnahme schließlich so kritisch weit macht.“ Und für diese seine Krisentheorie hat er denn auch glücklich einen Jünger gefunden.

Nun ist aber leider die Unterkonsumtion der Massen, die Beschränkung der Massenkonsumtion auf das zum Unterhalt und zur Fortpflanzung Nothwendige nicht erst eine neue Erscheinung. Sie hat bestanden, so lange es ausbeutende und ausgebeutete Klassen gegeben hat. Selbst in den Geschichtsabschnitten, wo die Lage der Massen besonders günstig war, also z. B. in England im 15. Jahrhundert, unterkonsumirten sie. Sie waren weit davon entfernt, ihr eignes jährliches Gesammtprodukt zur Verzehrung verfügbar zu haben. Wenn nun also die Unterkonsumtion eine stehende geschichtliche Erscheinung seit Jahrtausenden, die in den Krisen ausbrechende allgemeine Absatzstockung in Folge von Produktionsüberschuß aber erst seit fünfzig Jahren sichtbar geworden ist, so gehört die ganze vulgärökonomische Flachheit des Herrn Dühring dazu, die neue Kollision zu erklären, nicht aus der neuen Erscheinung der Ueberproduktion, sondern aus der Jahrtausende alten der Unterkonsumtion. Es ist als wollte man in der Mathematik die Veränderung des Verhältnisses zweier Größen, einer konstanten und einer veränderlichen, erklären, nicht daraus, daß die veränderliche sich verändert hat, sondern daraus, daß die konstante dieselbe geblieben ist. Die Unterkonsumtion der Massen ist eine nothwendige Bedingung aller auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsformen, also auch der kapitalistischen; aber erst die kapitalistische Form der Produktion bringt es zu Krisen. Die Unterkonsumtion der Massen ist also auch eine Vorbedingung der Krisen und spielt in ihnen eine längst anerkannte Rolle; aber sie sagt uns ebensowenig über die Ursachen des heutigen Daseins der Krisen, wie über die ihrer früheren Abwesenheit.

Herr Dühring hat überhaupt merkwürdige Vorstellungen vom Weltmarkt. Wir sahen, wie er sich wirkliche industrielle Spezialkrisen als ächter deutscher Literatus an eingebildeten Krisen auf dem Leipziger Büchermarkt klar zu machen sucht, den Sturm auf der See am Sturm im Glase Wasser. Er bildet sich ferner ein, die heutige Unternehmerproduktion müsse „sich mit ihrem Absatz vornehmlich im Kreise der besitzenden Klassen selbst drehn,“ was ihn nicht verhindert, nur sechszehn Seiten weiter als die entscheidenden modernen Industrien in bekannter Weise die Eisen- und Baumwoll-Industrie hinzustellen, also grade die beiden Produktionszweige, deren Erzeugnisse nur zu einem verschwindend kleinen Theil im Kreise der besitzenden Klassen konsumirt werden und vor allen Andern auf den Massenverbrauch angewiesen sind. Wohin wir uns bei ihm wenden, nichts als leeres, widerspruchsvolles Hin- und Her-Geschwätz. Aber nehmen wir ein Beispiel aus der Baumwoll-Industrie. Wenn in der einzigen, verhältnißmäßig kleinen Stadt Oldham — einer aus dem Dutzend Städte von 50—100,000 Einwohnern um Manchester, die die Baumwollindustrie betreiben — wenn in dieser einzigen Stadt in vier Jahren 1872—75 die Zahl der Spindeln, die nur die einzige Nummer 32 spinnen, sich von 2½ auf 5 Millionen vermehrte, sodaß in einer einzigen Mittelstadt Englands ebensoviel Spindeln eine einzige Nummer spinnen, wie die Baumwoll-Industrie von ganz Deutschland mitsammt dem Elsaß überhaupt besitzt, und wenn die Ausdehnung in den übrigen Zweigen und Lokalitäten der Baumwollindustrie Englands und Schottlands in annähernd demselben Verhältniß stattgefunden hat, so gehört eine starke Dosis wurzelhafter Unverfrorenheit dazu, die jetzige totale Absatzstockung der Baumwollgarne und Gewebe zu erklären aus der Unterkonsumtion der englischen Massen und nicht aus der Ueberproduktion der englischen Baumwollfabrikanten.*)

*) Die Erklärung der Krisen aus Unterkonsumtion rührt her von Sismondi und hat bei ihm noch einen gewissen Sinn. Von Sismondi hat Rodbertus sie entlehnt, und von Rodbertus hat wieder Herr Dühring sie in seiner gewohnten verflachenden Weise abgeschrieben.

Genug. Man streitet nicht mit Leuten, die in der Oekonomie unwissend genug sind, den Leipziger Büchermarkt überhaupt für einen Markt im Sinne der modernen Industrie anzusehn. Konstatiren wir daher blos, daß uns Herr Dühring des Ferneren über die Krisen nur mitzutheilen weiß, daß es sich bei ihnen um nichts handelt, „als um ein gewöhnliches Spiel zwischen Ueberspannung und Erschlaffung“, daß die Ueberspekulation „nicht allein von der planlosen Häufung der Privatunternehmungen herrührt“, sondern daß „auch die Voreiligkeit der einzelnen Unternehmer und der Mangel an Privatumsicht zu den Entstehungsursachen des Ueberangebots zu rechnen“ sind. Und was ist wiederum die „Entstehungsursache“ der Voreiligkeit und des Mangels an Privatumsicht? Eben dieselbe Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion, die in der planlosen Häufung der Privatunternehmungen sich zeigt. Die Uebersetzung einer ökonomischen Thatsache in einen moralischen Vorwurf für die Entdeckung einer neuen Ursache zu versehn, ist eben auch eine starke „Voreiligkeit“.

Verlassen wir hiermit die Krisen. Nachdem wir im vorigen Abschnitt ihre nothwendige Erzeugung aus der kapitalistischen Produktionsweise und ihre Bedeutung als Krisen dieser Produktionsweise selbst, als Zwangsmittel der gesellschaftlichen Umwälzung nachgewiesen, brauchen wir den Seichtigkeiten des Herrn Dühring über diesen Gegenstand kein Wort weiter entgegen zu setzen. Gehen wir über zu seinen positiven Schöpfungen, zum „natürlichen System der Gesellschaft“.

Dies auf einem „universellen Prinzip der Gerechtigkeit“, also frei von aller Rücksichtnahme auf lästige materielle Thatsachen aufgebaute System besteht aus einer Föderation von Wirthschaftskommünen, zwischen denen „Freizügigkeit und Nothwendigkeit der Aufnahme neuer Mitglieder nach bestimmten Gesetzen und Verwaltungsnormen“ besteht. Die Wirthschaftskommüne selbst ist vor Allem „ein umfassender Schematismus von menschheitsgeschichtlicher Tragweite“ und weit hinaus über die „abirrenden Halbheiten“ z. B. eines gewissen Marx. Sie bedeutet „eine Gemeinschaft von Personen, die durch ihr öffentliches Recht der Verfügung über einen Bezirk von Grund und Boden und über eine Gruppe von Produktionsetablissements zu gemeinsamer Thätigkeit und gemeinsamer Theilnahme am Ertrage verbunden sind.“ Das öffentliche Recht ist „ein Recht an der Sache . . . im Sinne eines rein publizistischen Verhältnisses zur Natur und zu den Produktionseinrichtungen.“ Was das heißen soll, darüber mögen sich die Zukunftsjuristen der Wirthschaftskommüne die Köpfe zerbrechen, wir geben jeden Versuch auf. Nur soviel erfahren wir, daß es keineswegs einerlei ist mit dem „körperschaftlichen Eigenthum von Arbeitergesellschaften“, die gegenseitige Konkurrenz und selbst Lohnausbeutung nicht ausschließen würden. Wobei dann fallen gelassen wird, die Vorstellung eines „Gesammteigenthums“, wie sie sich auch bei Marx finde, sei „mindestens unklar und bedenklich, da diese Zukunftsvorstellung immer den Anschein gewinnt, als wenn sie nichts als ein körperschaftliches Eigenthum der Arbeitergruppen zu bedeuten hätte.“ Es ist dies wieder eins der vielen bei Herrn Dühring üblichen „schnöden Manierchen“ der Unterschiebung, „für deren vulgäre Eigenschaft (wie er selbst sagt) nur das vulgäre Wort schnoddrig ganz passend sein würde;“ es ist eine ebenso aus der Luft gegriffene Unwahrheit, wie die andere Erfindung des Herrn Dühring, das Gesammteigenthum bei Marx sei ein „zugleich individuelles und gesellschaftliches Eigenthum.“

Jedenfalls scheint so viel klar: das publizistische Recht einer Wirthschaftskommüne an ihren Arbeitsmitteln ist ein ausschließliches Eigenthumsrecht wenigstens gegenüber jeder andern Wirthschaftskommüne und auch gegenüber der Gesellschaft und dem Staat. Es soll aber nicht die Macht haben, „nach Außen . . . abschließend zu verfahren, denn zwischen den verschiedenen Wirthschaftskommünen besteht Freizügigkeit und Nothwendigkeit der Aufnahme neuer Mitglieder nach bestimmten Gesetzen und Verwaltungsnormen . . . ähnlich . . . wie heute die Angehörigkeit zu einem politischen Gebilde und wie die Theilnahme an den wirthschaftlichen Gemeindezuständigkeiten.“ Es wird also reiche und arme Wirthschaftskommünen geben, und die Ausgleichung findet statt durch den Andrang der Bevölkerung zu den reichen und den Wegzug von den armen Kommünen. Wenn also Herr Dühring die Konkurrenz in Produkten zwischen den einzelnen Kommünen durch nationale Organisation des Handels beseitigen will, so läßt er die Konkurrenz in Produzenten ruhig fortbestehn. Die Dinge werden der Konkurrenz entzogen, die Menschen bleiben ihr unterworfen.

Indeß sind wir damit noch lange nicht im Klaren über das „publizistische Recht“. Zwei Seiten weiter erklärt uns Herr Dühring: Die Handelskommüne reiche „zunächst so weit, als dasjenige politisch-gesellschaftliche Gebiet, dessen Angehörige zu einem einheitlichen Rechtssubjekt zusammengefaßt sind und in dieser Eigenschaft die Verfügung über den gesammten Boden, die Wohnstätten und die Produktionseinrichtungen haben.“ Es ist also doch nicht die einzelne Kommüne, die die Verfügung hat, sondern die ganze Nation. Das „öffentliche Recht“, das „Recht an der Sache“, das „publizistische Verhältniß zur Natur“ u. s. w. ist also nicht blos „mindestens unklar und bedenklich“, es ist in direktem Widerspruch mit sich selbst. Es ist in der That, wenigstens soweit jede einzelne Wirthschaftskommune ebenfalls ein Rechtssubjekt, „ein zugleich individuelles und gesellschaftliches Eigenthum“, und diese letztere „nebelhafte Zwittergestalt“ daher wieder nur bei Herrn Dühring selbst anzutreffen.

Jedenfalls verfügt die Wirthschaftskommüne über ihre Arbeitsmittel zum Zweck der Produktion. Wie geht diese Produktion vor sich? Nach Allem, was wir bei Herrn Dühring erfahren, ganz im alten Stil, nur daß an die Stelle des Kapitalisten die Kommüne tritt. Höchstens erfahren wir, daß die Berufswahl jetzt erst für jeden Einzelnen frei wird, und daß gleiche Verpflichtung zur Arbeit besteht.

Die Grundform aller bisherigen Produktion ist die Theilung der Arbeit, einerseits innerhalb der Gesellschaft, andererseits innerhalb jeder einzelnen Produktionsanstalt. Wie verhält sich die Dühringsche „Sozialität“ zu ihr?

Die erste große gesellschaftliche Arbeitstheilung ist die Scheidung von Stadt und Land. Dieser Antagonismus ist nach Herrn Dühring „der Natur der Sache nach unvermeidlich.“ Aber „es ist überhaupt bedenklich, sich die Kluft zwischen Landwirthschaft und Industrie . . . als unausfüllbar zu denken. In der That besteht bereits ein gewisses Maß von Stetigkeit der Ueberleitung, welches für die Zukunft noch erheblich zuzunehmen verspricht.“ Schon jetzt hätten sich zwei Industrien in den Ackerbau und ländlichen Betrieb eingeschoben: „in erster Linie die Brennerei und in zweiter die Bereitung von Rübenzucker . . . die Spiritus-erzeugung ist von einer solchen Bedeutung, daß man sie eher unterschätzen, als überschätzen wird.“ Und „wäre es möglich, daß sich ein größerer Kreis von Industrien in Folge von irgend welcher Entdeckungen derartig bildete, daß hierbei eine Nöthigung obwaltete, den Betrieb ländlich zu lokalisiren und unmittelbar an die Produktion der Rohstoffe anzulehnen“, so würde dadurch der Gegensatz von Stadt und Land geschwächt und „die allerausgedehnteste Grundlage der Civilisationsentfaltung gewonnen werden.“ Indeß „könnte etwas Aehnliches doch auch noch auf einem andern Wege in Frage stehn. Außer den technischen Nöthigungen kommen mehr und mehr die sozialen Bedürfnisse in Frage, und wenn diese letzteren für die Gruppirungen der menschlichen Thätigkeiten maßgebend werden, wird es nicht mehr möglich sein, diejenigen Vortheile zu vernachlässigen, die sich aus einer systematisch nahen Verbindung der Beschäftigungen des platten Landes mit den Verrichtungen der technischen Umwandlungsarbeit ergeben.“

Nun kommen in der Wirthschaftskommüne ja gerade die sozialen Bedürfnisse in Frage, und so wird sie sich wohl beeilen, die oben erwähnten Vortheile der Vereinigung von Ackerbau und Industrie sich in vollstem Maße anzueignen? Herr Dühring wird nicht verfehlen, uns über die Stellung der Wirthschaftskommüne zu dieser Frage seine „exakteren Auffassungen“ in beliebter Breite mitzutheilen? Geprellt wäre der Leser, der das glaubte. Die obigen magern, verlegenen, wiederum in dem schnapsbrennenden und rübenzuckernden Geltungsbereich des preußischen Landrechts sich im Kreise herumdrehenden Gemeinplätze sind Alles, was uns Herr Dühring über den Gegensatz von Stadt und Land in Gegenwart und Zukunft zu sagen hat.

Gehn wir über zur Arbeitstheilung im Einzelnen. Hier ist Herr Dühring schon etwas „exakter“. Er spricht von „einer Person, die sich mit einer Gattung von Thätigkeit ausschließlich abgeben soll.“ Handelt es sich um die Einführung eines neuen Produktionszweigs, so „besteht die Frage einfach darin, ob man eine gewisse Zahl von Existenzen, die sich der Erzeugung eines Artikels widmen sollen, mit der für sie erforderlichen Konsumtion (!) gleichsam schaffen könne.“ Ein beliebiger Produktionszweig wird in der Sozialität „nicht viel Bevölkerung in Anspruch nehmen.“ Und auch in der Sozialität giebt es „sich nach der Lebensweise sondernde ökonomische Spielarten“ von Menschen. Hiernach bleibt innerhalb der Sphäre der Produktion so ziemlich Alles beim Alten. Allerdings herrscht in der bisherigen Gesellschaft eine „falsche Arbeitstheilung“; worin aber diese besteht und wodurch sie in der Wirthschaftskommüne ersetzt werden soll, darüber erfahren wir nur dies: „Was die Rücksichten der Arbeitstheilung selbst anbetrifft, so haben wir schon oben gesagt, daß sie als erledigt gelten können, sobald den Thatsachen der verschiedenen Naturgelegenheiten und den persönlichen Fähigkeiten Rechnung getragen ist.“ Neben den Fähigkeiten kommt noch die persönliche Neigung zur Geltung: „Der Reiz des Aufsteigens zu Thätigkeiten, die mehr Fähigkeiten und Vorbildung ins Spiel setzen, würde ausschließlich auf der Neigung zu der betreffenden Beschäftigung und auf der Freude an der Ausübung grade dieser und keiner andern Sache (Ausübung einer Sache!) beruhen.“ Hiermit aber wird in der Sozialität der Wetteifer angeregt und „die Produktion selbst ein Interesse erhalten, und der stumpfe Betrieb, der sie nur als Mittel zum Gewinnzweck würdigt, wird nicht mehr das herrschende Gepräge der Zustände sein.“

In jeder Gesellschaft mit naturwüchsiger Produktionsentwicklung — und die heutige gehört dazu — beherrschen nicht die Produzenten die Produktionsmittel, sondern die Produktionsmittel beherrschen die Produzenten. In einer solchen Gesellschaft schlägt jeder neue Hebel der Produktion nothwendig um in ein neues Mittel der Knechtung der Produzenten unter die Produktionsmittel. Dies gilt vor Allem von demjenigen Hebel der Produktion, der bis zur Einführung der großen Industrie weitaus der mächtigste war — von der Theilung der Arbeit. Gleich die erste große Arbeitstheilung, die Scheidung von Stadt und Land, verurtheilte die Landbevölkerung zu Jahrtausende langer Verdummung, und die Städter zur Knechtung eines Jeden unter sein Einzelhandwerk. Sie vernichtete die Grundlage der geistigen Entwicklung der Einen und der körperlichen der Andern. Wenn sich der Bauer den Boden, der Städter sein Handwerk aneiguet, so eignet sich ebensosehr der Boden den Bauer, das Handwerk den Handwerker an. Indem die Arbeit getheilt wird, wird auch der Mensch getheilt. Der Ausbildung einer einzigen Thätigkeit werden alle übrigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten zum Opfer gebracht. Diese Verkümmerung des Menschen wächst im selben Maße wie die Arbeitstheilung, die ihre höchste Entwicklung in der Manufaktur erreicht. Die Manufaktur zerlegt das Handwerk in seine einzelnen Theiloperationen, weist jede derselben einem einzelnen Arbeiter als Lebensberuf zu, und kettet ihn so lebenslänglich an eine bestimmte Theilfunktion und ein bestimmtes Werkzeug. „Sie verkrüppelt den Arbeiter in eine Abnormität, indem sie sein Detailgeschick treibhausmäßig fördert durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen . . . Das Individuum selbst wird getheilt, in das automatische Triebwerk einer Theilarbeit verwandelt“ (Marx) — ein Triebwerk, das in vielen Fällen seine Vollkommenheit erst durch buchstäbliche, leibliche und geistige Verkrüppelung des Arbeiters erlangt. Die Maschinerie der großen Industrie degradirt den Arbeiter aus einer Maschine zum bloßen Zubehör einer Maschine. „Aus der lebenslangen Spezialität, ein Theilwerkzeug zu führen, wird die lebenslange Spezialität, einer Theilmaschine zu dienen. Die Maschinerie wird mißbraucht, um den Arbeiter selbst von Kindesbeinen an in den Theil einer Theilmaschine zu verwandeln“ (Marx). Und nicht nur die Arbeiter, auch die die Arbeiter direkt oder indirekt ausbeutenden Klassen werden vermittelst der Theilung der Arbeit geknechtet unter das Werkzeug ihrer Thätigkeit; der geistesöde Bourgeois unter sein eignes Kapital und seine eigne Profitwuth, der Jurist unter seine verknöcherten Rechtsvorstellungen, die ihn als eine selbständige Macht beherrschen; die „gebildeten Stände“ überhaupt unter die mannichfachsten Lokalbornirtheiten und Einseitigkeiten, unter ihre eigene körperliche und geistige Kurzsichtigkeit, unter ihre Verkrüppelung durch die auf eine Spezialität zugeschnittene Erziehung und durch die lebenslange Fesselung an diese Spezialität selbst — auch dann, wenn diese Spezialität das reine Nichtsthun ist.

Die Utopisten waren bereits vollständig im Reinen über die

Wirkungen der Theilung der Arbeit, über die Verkümmerung einerseits des Arbeiters, andererseits der Arbeitsthätigkeit selbst, die auf lebenslängliche, einförmige, mechanische Wiederholung eines und desselben Aktes beschränkt wird. Die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land wird von Fourier wie von Owen als erste Grundbedingung der Aufhebung der alten Arbeitstheilung überhaupt gefordert. Bei Beiden soll die Bevölkerung sich in Gruppen von 1600—3000 über das Land vertheilen; jede Gruppe bewohnt im Centrum ihres Bodenbezirks einen Riesenpalast mit gemeinsamem Haushalt. Fourier spricht zwar hier und da von Städten, diese aber bestehn selbst wieder nur aus 4—5 solcher näher zusammenliegenden Paläste. Bei Beiden betheiligt sich jedes Gesellschaftsglied sowohl am Ackerbau wie an der Industrie; bei Fourier spielen in dieser letzteren Handwerk und Manufaktur, bei Owen dagegen schon die große Industrie die Hauptrolle und wird von ihm bereits Einführung der Dampfkraft und Maschinerie in die Haushaltungsarbeit verlangt. Aber auch innerhalb des Ackerbaues wie der Industrie fordern Beide die möglichst große Abwechslung der Beschäftigung für jeden Einzelnen und dem entsprechend die Ausbildung der Jugend für möglichst allseitige technische Thätigkeit. Bei Beiden soll der Mensch sich universell entwickeln durch universelle praktische Bethätigung, und soll die Arbeit den ihr durch die Theilung abhanden gekommenen Reiz der Anziehung wieder erhalten, zunächst durch diese Abwechselung und die ihr entsprechende kurze Dauer der jeder einzelnen Arbeit gewidmeten „Sitzung", um Fouriers Ausdruck zu gebrauchen. Beide sind weit hinaus über die dem Herrn Dühring überkommene Denkweise der ausbeutenden Klassen, die den Gegensatz von Stadt und Land für der Natur der Sache nach unvermeidlich hält, die in der Bornirtheit befangen ist, als müßte eine Anzahl von „Existenzen" unter allen Umständen zur Erzeugung eines Artikels verdammt sein, und die die, sich nach der Lebensweise sondernden „ökonomischen Spielarten" von Menschen verewigen will, die Leute, die Freude an der Ausübung grade dieser und keiner andern Sache haben, die also so weit heruntergekommen sind, daß sie sich über ihre eigne Knechtung und Vereinseitigung freuen. Gegenüber den Grundgedanken selbst der tollkühnsten Phantasien des „Idioten" Fourier, gegenüber selbst den dürftigsten Ideen des „rohen, matten und dürftigen" Owen steht der selbst noch ganz unter die Theilung der Arbeit geknechtete Herr Dühring da wie ein vorlauter Zwerg.

Indem sich die Gesellschaft zur Herrin der sämmtlichen Produktionsmittel macht, um sie gesellschaftlich planmäßig zu verwenden, vernichtet sie die bisherige Knechtung der Menschen unter ihre eignen Produktionsmittel. Die Gesammtheit kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder Einzelne befreit wird. Die alte Produktionsweise muß also von Grund aus umgewälzt werden und namentlich muß die alte Theilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der einerseits kein Einzelner seinen Antheil an der produktiven Arbeit, dieser Naturbedingung der menschlichen Existenz, auf Andre abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit, statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem Einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämmtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu bethätigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird.

Dies ist heute keine Phantasie, kein frommer Wunsch mehr. Bei der gegenwärtigen Entwicklung der produktiven Kräfte genügt schon diejenige Steigerung der Produktion, die mit der Thatsache der Vergesellschaftung der Produktivkräfte selbst gegeben ist, die Beseitigung der aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Hemmungen und Störungen, der Vergeudung von Produkten und Produktionsmitteln, um bei allgemeiner Theilnahme an der Arbeit die Arbeitszeit auf ein nach jetzigen Vorstellungen geringes Maß zu reduziren.

Ebensowenig ist die Aufhebung der alten Theilung der Arbeit eine Forderung, die nur auf Kosten der Produktivität der Arbeit durchzuführen wäre. Im Gegentheil. Sie ist eine Bedingung der Produktion selbst geworden durch die große Industrie. „Der Maschinenbetrieb hebt die Nothwendigkeit auf, die Vertheilung der Arbeitergruppen an die verschiedenen Maschinen manufakturmäßig zu befestigen durch fortwährende Aneignung derselben Arbeiter an dieselbe Funktion. Da die Gesammtbewegung der Fabrik nicht vom Arbeiter ausgeht, sondern von der Maschine, kann fortwährender Personenwechsel stattfinden ohne Unterbrechung des Arbeitsprozesses . . . Die Geschwindigkeit endlich, womit die Arbeit an der Maschine im jugendlichen Alter erlernt wird, beseitigt ebenso die Nothwendigkeit, eine besondere Klasse Arbeiter ausschließlich zu Maschinenarbeitern zu erziehen." Während aber die kapitalistische Anwendungsweise der Maschinerie die alte Theilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten weiter fortführen muß, trotzdem diese technisch überflüssig geworden, rebellirt die Maschinerie selbst gegen diesen Anachronismus. Die technische Basis der großen Industrie ist revolutionär. „Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andere Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutionirt damit ebenso beständig die Theilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters . . . Man hat gesehn wie dieser absolute Widerspruch . . . im ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse, in maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt. Dies ist die negative Seite. Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung des Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit des Arbeiters als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfniß des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Theilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Bethätigungsweisen sind." (Marx, Kapital.)

Indem die große Industrie uns gelehrt hat, die mehr oder weniger überall herstellbare Molekularbewegung in Massenbewegung zu technischen Zwecken zu verwandeln, hat sie die industrielle Produktion in bedeutendem Maße von lokalen Schranken befreit. Die Wasserkraft war lokal, die Dampfkraft ist frei. Wenn die Wasserkraft nothwendig ländlich ist, so ist die Dampfkraft keineswegs nothwendig städtisch. Es ist ihre kapitalistische Anwendung, die sie vorwiegend in den Städten concentrirt und Fabrikdörfer in Fabrikstädte umschafft. Damit aber untergräbt sie gleichzeitig die Bedingungen ihres eigenen Betriebs. Erstes Erforderniß der Dampfmaschine und Haupterforderniß fast aller Betriebszweige der großen Industrie ist verhältnißmäßig reines Wasser. Die Fabrikstadt aber verwandelt alles Wasser in stinkende Jauche. So sehr also die städtische Konzentrirung Grundbedingung der kapitalistischen Produktion ist, so sehr strebt jeder einzelne industrielle Kapitalist stets von den durch sie nothwendig erzeugten großen Städten weg und dem ländlichen Betrieb zu. Dieser Prozeß kann in den Bezirken der Textilindustrie von Lancashire und Yorkshire im Einzelnen studirt werden; die kapitalistische Großindustrie erzeugt dort stets neue Großstädte dadurch, daß sie fortwährend von der Stadt aufs Land flieht. Aehnlich in den Bezirken der Metallindustrie, wo theilweise andre Ursachen dieselben Wirkungen erzeugen.

Diesen neuen fehlerhaften Kreislauf, diesen sich stets neu erzeugenden Widerspruch der modernen Industrie aufzuheben, vermag wiederum nur die Aufhebung ihres kapitalistischen Charakters. Nur eine Gesellschaft, die ihre Produktivkräfte nach einem einzigen großen Plan harmonisch ineinander greifen läßt, kann der Industrie erlauben, sich in derjenigen Zerstreuung über das ganze Land anzusiedeln, die ihrer eignen Entwicklung und der Erhaltung resp. Entwicklung der übrigen Elemente der Produktion am angemessensten ist.

Die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land ist hiernach nicht nur möglich. Sie ist eine direkte Nothwendigkeit der industriellen Produktion selbst geworden, wie sie ebenfalls eine Nothwendigkeit der Agrikulturproduktion und obendrein der öffentlichen Gesundheitspflege geworden ist. Nur durch Verschmelzung von Stadt und Land kann die heutige Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung beseitigt, nur durch sie die jetzt in den Städten hinsiechenden Massen dahin gebracht werden, daß ihr Dünger zur Erzeugung von Pflanzen verwandt wird, statt zur Erzeugung von Krankheiten.

Die kapitalistische Industrie hat sich bereits relativ unabhängig gemacht von den lokalen Schranken der Produktionsstätten ihrer Rohstoffe. Die Textilindustrie verarbeitet der großen Masse nach importirte Rohstoffe. Spanische Eisenerze werden in England und Deutschland, spanische und südamerikanische Kupfererze werden in England verarbeitet. Jedes Kohlenfeld versieht weit über seine Grenzen hinaus einen jährlich wachsenden industriellen Umkreis mit Brennstoff. An der ganzen europäischen Küste werden Dampfmaschinen mit englischer, stellenweise deutscher und belgischer Kohle getrieben. Die von den Schranken der kapitalistischen Produktion befreite Gesellschaft kann noch viel weiter gehn. Indem sie ein Geschlecht von allseitig ausgebildeten Produzenten erzeugt, die die wissenschaftlichen Grundlagen der gesammten industriellen Produktion verstehen und von denen Jeder eine ganze Reihe von Produktionszweigen von Anfang bis zu Ende praktisch durchgemacht, schafft sie eine neue Produktionskraft, die die Transportarbeit der aus größerer Entfernung bezogenen Roh- oder Brennstoffe überreichlich aufwiegt.

Die Aufhebung der Scheidung von Stadt und Land ist also keine Utopie, auch nach der Seite hin, nach der sie die möglichst gleichmäßige Vertheilung der großen Industrie über das ganze Land zur Bedingung hat. Die Civilisation hat uns freilich in den großen Städten eine Erbschaft hinterlassen, die zu beseitigen viel Zeit und Mühe kosten wird. Aber sie müssen und werden beseitigt werden, mag es auch ein langwieriger Prozeß sein. Welche Geschicke auch dem deutschen Reich preußischer Nation vorbehalten sein mögen, Bismarck kann mit dem stolzen Bewußtsein in die Grube fahren, daß sein Lieblingswunsch sicher erfüllt wird: der Untergang der großen Städte.

Und nun besehe man sich die kindliche Vorstellung des Herrn Dühring, als könne die Gesellschaft Besitz ergreifen von der Gesammtheit der Produktionsmittel, ohne die alte Art des Produzirens von Grund aus umzuwälzen und vor allem die alte Theilung der Arbeit abzuschaffen; als sei alles abgemacht, sobald nur „den Naturgelegenheiten und den persönlichen Fähigkeiten Rechnung getragen" — wobei dann nach wie vor ganze Massen von Existenzen unter die Erzeugung eines Artikels geknechtet, ganze „Bevölkerungen" von einem einzelnen Produktionszweig in Anspruch genommen werden, und die Menschheit sich nach wie vor in eine Anzahl verschieden verkrüppelter „ökonomischer Spielarten" theilt, als da sind „Karrenschieber" und „Architekten". Die Gesellschaft soll Herrin der Produktionsmittel im Ganzen werden, damit jeder Einzelne Sklave seines Produktionsmittels bleibt, und nur die Wahl hat, welches Produktionsmittels. Und ebenso besehe man sich die Art, wie Herr Dühring die Scheidung von Stadt und Land für „der Natur der Sache nach unvermeidlich" hält, und nur ein kleines Palliativmittelchen entdecken kann in den, in ihrer Verbindung spezifisch preußischen Zweigen der Schnapsbrennerei und Rübenzuckerbereitung; der die Zerstreuung der Industrie über das Land abhängig macht von irgend welchen künftigen Entdeckungen und von der Nöthigung, den Betrieb unmittelbar an die Gewinnung der Rohstoffe anzulehnen — der Rohstoffe, die schon jetzt in immer wachsender Entfernung von ihrem Ursprungsort verbraucht werden! — und der sich schließlich den Rücken zu decken sucht mit der Versicherung, die sozialen Bedürfnisse würden schließlich die Verbindung von Ackerbau und Industrie doch wohl auch gegen die ökonomischen Rücksichten durchsetzen, als ob damit ein ökonomisches Opfer gebracht würde!

Freilich, um zu sehn, daß die revolutionären Elemente, die die alte Theilung der Arbeit mit sammt der Scheidung von Stadt und Land beseitigen und die ganze Produktion umwälzen werden, daß diese Elemente bereits in den Produktionsbedingungen der modernen großen Industrie im Keim enthalten sind, und durch die heutige kapitalistische Produktionsweise an ihrer Entfaltung gehindert werden, dazu muß man einen etwas weiteren Horizont haben als den Geltungsbereich des preußischen Landrechts, das Land, wo Schnaps und Rübenzucker die entscheidenden Industrieprodukte sind, und wo man die Handelskrisen auf dem Büchermarkt studiren kann. Dazu muß man die wirkliche große Industrie in ihrer Geschichte und in ihrer gegenwärtigen Wirklichkeit kennen, namentlich in dem einen Lande, wo sie ihre Heimath und wo allein sie ihre klassische Ausbildung erreicht hat; und dann wird man auch nicht daran denken, den modernen wissenschaftlichen Sozialismus verseichtigen und herunterbringen zu wollen auf den spezifisch preußischen Sozialismus des Herrn Dühring.

Unsere Professoren auf den Grenzen der Erkenntniß.

Von J. Dietzgen.

IV.

Mit diesen Deduktionen soll weiter nichts gesagt sein, als: die Welt ist eine Einheit, d. h. es gibt nur eine Welt. Und wer in eine andere Welt will, aus der Erfahrung in die Welt der Ahnung oder Göttlichkeit, ja wer nur davon spricht, ist entweder ein Querkopf oder Schelm und Volksberücker. Um den Gegnern von diesen bösen Namen mit Fug und Recht einen anzuheften, ist der Nachweis genügend, daß er den „Einheitsbestrebungen der Vernunft" widerspricht.

Wenn v. Nägeli seinen Collegen auf der Naturforscher-Versammlung weiß macht, unser Intellekt habe oder habe vielleicht außer den Schranken seiner eigenen Natur noch andere, über- oder unnatürliche Grenzen, so ist das ein schimpfliches Werk, und um so schimpflicher, je weiter er in der Einsicht fortgeschritten, daß die Natur eine generelle Einheit darstellt, wo nirgends eine Kluft zu finden ist.

„Unser Naturerkennen ist also immer ein mathematisches und beruht entweder auf einfachem Messen, wie in den morphologischen und beschreibenden Naturwissenschaften oder auf einem ursächlichen Messen, wie in den physikalischen und physiologischen Wissenschaften. Mit Hilfe der Mathematik, mit Maß, Gewicht, Zahl können aber nur relative oder quantitative Unterschiede begriffen werden . . . Wirklich qualitative Unterschiede vermögen wir nicht zu erfassen, weil die Qualitäten nicht verglichen werden können. Es ist dies eine wichtige Thatsache für die Erkenntniß der Natur. Es folgt daraus, daß wenn es innerhalb der Natur qualitativ oder absolut verschiedene Gebiete giebt, ein wissenschaftliches Erkennen nur gesondert innerhalb jedes einzelnen möglich ist, und das keine vermittelnde Brücke aus einem Gebiet in das andere hinüberführt. Es folgt daraus aber auch ferner, daß soweit wir die Natur zusammenhängend erforschen können, soweit unser messendes Erkennen lückenlos fortschreitet, soweit wir namentlich eine Erscheinung aus einer andern begreifen . . . absolute Unterschiede, unausfüllbare Klüfte in der Natur überhaupt nicht bestehen."

Aus diesem Citat geht hervor, wie der Münchener Professor so nahe daran ist, das Erkennen vollständig begriffen zu haben. Es fehlt nur das Tüpfelchen auf dem i. Diese Kleinigkeit ist jedoch unendlich wichtig, weil man ohne sie immer in den unausstehlichen Fehler zurückfinkt, absolute oder qualitative Unterschiede festsetzen, das Endliche und Unendliche, oder menschliches und göttliches Erkennen durch eine unausfüllbare Kluft trennen, zwei Gebiete ohne vermittelnde Brücke darstellen zu wollen.

Diesem dualistischen Skandal ist ein für allemal das Lebenslicht auszublasen, indem wir ein Schrittchen weiter gehen, wie der Herr Professor Nägeli. Es gilt das Erkenntnißvermögen als das Vermögen zu erkennen, welches alle, alle Unterschiede, alle Qualitäten als Einheit, als eine einzige Quantität erfaßt. Es ist vernünftig, d. h. die Vernunft macht aus allem Dasein eine Gattung. Die Erscheinungen der Welt als verschiedene Arten in diese Gattung einreihen, heißt Naturerkennen. Weil das der Intellekt vermag, weil er alles in Gattungen und Arten in Subjekte und Prädikate eintheilt, so daß zuletzt nur eine Gattung, nur ein Subjekt verbleibt, das Sein oder Gegebene, wovon Geist und Körper, Vernunft, Phantasie, Stoff, Kraft ꝛc. Prädikate oder Spezialitäten sind, darum kann in der Welt unmöglich eine unvermittelte Kluft verbleiben. Alles muß sich auflösen in eine theoretische Harmonie, in ein System.

Sobald man dies Täpfelchen auf das i gesetzt hat, ist es nicht möglich, ferner noch breit beschwatzen zu wollen, daß zwischen dem Anorganischen und Organischen, zwischen Pflanze, Thier, Mensch, Affe, Kopf- und Handarbeit irgend ein absoluter Unterschied oder unvermittelte Kluft bestehen könne. Man muß wissen, daß zwei Tröpfchen Wasser ebenso unendlich verschieden sind, wie Thier und Mensch, wie Leib und Seele; daß das Trennen und Unterscheiden sowenig seine Grenze hat, wie die „Einheitsbestrebung".

Ich möchte hier dem Leser begreiflich machen, was die Professoren, soweit ich sie kenne, noch nicht begriffen haben, daß unser Intellekt ein dialektisches Instrument ist, ein Instrument, welches alle Gegensätze vermittelt. Der Intellekt schafft die Einheit mittels der Mannigfaltigkeit und begreift den Unterschied in der Gleichheit. Hegel hat doch längst klar gemacht, daß in der Wissenschaft es nicht heißt entweder — oder, sondern sowohl — als. Sowohl das Erkenntnißvermögen des Affen, des Bauern, des Naturforschers, als des Philosophen, und auch die allergöttlichste Erkenntniß, gehören in dieselbe Kategorie, sind Formen einer Art, Arten einer Gattung, Prädikate eines Subjekts. Gewiß ist es statthaft, den menschlichen Intellekt vom thierischen zu unterscheiden, und den ersteren himmelhoch zu halten und ihm einen besondern Namen zu geben. Nur darf zwischen Vernunft und Instinkt keine unvermittelte Kluft gegraben werden. Sofern wir nüchtern denken und uns keine überschwenglichen Exclamationen erlauben wollen, müssen wir wissen, daß das Unterscheidungsvermögen wohl trennt bis in die Puppen, aber auch verbindet bis ins Unendliche.

Nägeli sagt: „Es ist für den Naturforscher eine logische Nothwendigkeit, in der endlichen Natur nur grabweise Unterschiede gelten zu lassen". Darauf antworten wir: es ist eine nothwendige Logik, auch die unendliche Natur mit der endlichen in denselben Bündel zu binden, d. h. die Natur als Einheit zu erkennen, die sowohl unendlich als endlich ist.

„Aber was ist diese Welt, die der menschliche Geist beherrscht? Nicht einmal ein Sandkörnchen in der Raumewigkeit, nicht eine Sekunde in der Zeitewigkeit und nur ein Außenwerk an dem wahren Wesen des Alls". Genau so spricht auch der Pastor. Und sehr wahr das, wenn es nur ein emphatischer Gefühlsausdruck sein soll für die Größe des Daseins; aber auch sehr gedankenlos, wenn der Herr Professor damit sagen will, daß unser Raum und unsere Zeit keine Theile der Unendlichkeit und Ewigkeit seien, sehr gedankenlos, wenn damit gesagt sein soll, daß „das wahre Wesen des Alls" außerhalb der Erscheinung, in der unergründlichen Religion oder Metaphysik verborgen sei. Das All steckt in seinen Momenten, und es anderswo zu suchen, wollen die Sozialdemokraten ganz und gar den Herrschaften überlassen.

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Die Entwicklung Frankreichs

vom

16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts.

Eine kulturgeschichtliche Skizze

von

A. Bebel.

Preis 25 Pf.

Plötzensee ist die Geburtsstätte der kleinen Schrift, die dem Leser einen interessanten Einblick in die Entwicklung Frankreichs während des erwähnten Zeitraums bietet. „Die Geschichte ist die beste Lehrmeisterin"; dieser Satz bewährt sich auch, wenn man die Schilderung der Zustände und Kämpfe in Frankreich durchgeht, die namentlich im vorigen Jahrhundert der großen Revolution vorausgingen. Jene Zeit hat mit der unseren viele Parallelen, und die Quintessenz der Darstellung ist, daß gegen in den Zeitverhältnissen liegende Ideen und Umgestaltungsnothwendigkeiten schließlich keine Macht der Erde siegreich ankämpfen kann.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.

Gehen bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenicher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: H. Hak, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 65. Mittwoch, 5. Juni. 1878.

☞ Für die heute fällige Nr. erhalten unsere Abonnenten vorl. **Agitationsnummer.** — Exemplare derselben sind gegen Einsendung des Betrags, à 100 Expl. M. 1,50, jedes weitere Hundert 1 Mk., von der Exp. zu beziehen.

Aufforderung!

Wenngleich das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie Deutschlands die Zustimmung des Reichstags nicht erlangt hat, so sehen wir doch Verfolgungen in noch größerem Umfange als bisher entgegen. Zahlreiche brave Parteigenossen befinden sich schon im Kerker, hunderte von Anklagen sind in jüngster Zeit erhoben worden, Vereine werden polizeilich geschlossen, Versammlungen aufgelöst aus gänzlich unerfindlichen Gründen, Arbeiterfeste werden ohne weiteres verboten. Die Staatsregierung und die liberale Bourgeoisie haben sich die Hände gereicht im Kampfe gegen uns, gegen das arbeitende Volk. Gegen ein solches Bündniß müssen die Arbeiter, müssen alle Freunde der Sozialdemokratie, der Freiheit und des Rechts vereint zusammenstehen.

Opfer, große Opfer kostet unserer Partei die Vertheidigung gegen die andrängende Reaktion; Opfer kostet der Kampf, der Angriffskampf gegen dieselbe — deshalb muß jeder Parteigenosse, der irgendwie noch dazu die Mittel besitzt, für den Agitationsfond, für den Wahlfond und vorzugsweise für den Unterstützungsfond, durch welchen das Loos unserer Freunde, die im Kerker sich befinden und das Loos der Familien derselben gelindert werden soll, sein Scherflein beitragen.

Die Pflicht ruft, der ehrliche Mann muß diesem Rufe folgen.

Beiträge sind zu senden an August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Ein Kapitel über Agitation.

Nichts ist so sehr dem Wandel unterworfen wie die Agitation. Sie, die der Festigkeit der überkommenen Dinge auf den Zahn zu fühlen hat, darf nie in Verlegenheit sein, wenn es gilt, die schartig gewordenen Waffen wieder zu wetzen oder durch neue, von den alten verschiedene zu ersetzen. Würde die Agitation nach anderen Grundsätzen geleitet werden, so hieße das jenem Arzte gleichen wollen, der für jede Krankheit, sie mochte heißen wie sie wollte, stets nur dasselbe Rezept hatte.

Und nun erst die sozialistische Agitation — sie hat sich mit all' jenen Fragen zu befassen, welche auf die brennendste der Tagesfragen, die soziale Frage, Bezug haben, folglich muß sie anknüpfen an eine Menge von Erscheinungen und Thatsachen, die keineswegs eines Charakters, trotzdem aber sämmtlich Mittel zur Hemmung oder Förderung des Sozialismus sind. Das Gebiet dieser Agitation ist ungeheuer groß. Staat und Gemeinde, Produktion und Consumtion, Familienglück und Gesellschaftswohl, sie alle gehören dazu. Kein Wunder daher, daß diese Agitation in den letzten zehn Jahren riesige Ausdehnung gewonnen hat — der ganze Mensch, in seiner bisherigen Gleichgültigkeit eine Stütze der vorhandenen Uebel, wurde von ihr in Anspruch genommen, sein materielles und geistiges Leben in neue Bahnen gelenkt. Aus dem Dulder wurde ein Reformator, aus dem Gleichgültigen ein Kämpfer wider das Vorrecht, ein Agitator für soziale und politische Gleichberechtigung.

Selbstverständlich ruft eine jede Agitation die Gegenbewegung hervor, und gerade hierdurch wird ihr nicht selten ein unerwarteter Stempel aufgedrückt. Bekannt ist, daß bis auf diesen Tag, ja heute mehr als sonst, die staatlichen Organe der sozialistischen Agitation gegenüber die „Abwehr" übernommen haben. Arbeitervereine wurden und werden aufgelöst, desgleichen Versammlungen, neue Vereine werden als Fortsetzung der aufgelösten verboten, Redner und Einberufer werden gezwickt und gezwackt, Strafen aller Art ihnen zuerkannt, was alles um so leichter ist, als meistens weniger in Ansehung des „Verbrechens" denn des „Verbrechers" geurtheilt wird. „Der Jude wird verbrannt" — der Sozialdemokrat wird verknurrt, das ist der Ruf, welcher uns aus allen Winkeln Deutschlands entgegenschallt.

Darf uns dieser Ruf in unserem Gleichmuth und Eifer beirren? Nimmermehr! Kaltes Blut, das ist das vornehmste Gut in der Agitation.

Schon vor zwei Jahren wurde die eigentliche Parteiorganisation in Preußen aufgelöst — allerdings ist dieser Akt staatsanwaltlichen Eifers nach Jahresfrist von dem Gericht zweiter und dritter Instanz nicht gutgeheißen worden. Auch in Baiern wurde der Parteiorganisation der Prozeß gemacht. Was war die Antwort der Sozialdemokratie, die Antwort, bevor noch die höchsten Gerichte geurtheilt hatten? Laßt immerhin auf: die Partei, in Fleisch und Blut des arbeitenden Volkes übergegangen, bedarf der auf das Vereinsgesetz gestützten centralistischen Organisation nicht mehr, sie hat in der Agitation etwas gelernt, sie hat den Gedanken des Centralismus in neue Formen gegossen, nicht weil die Noth erfinderisch macht, sondern weil sie in den neuen Formen selbst einen Fortschritt sieht.

Und worin besteht dieser Fortschritt? Blickt hin auf die literarischen Erzeugnisse der Partei, dort wird Euch Antwort. Nicht nur ein stattliches Centralorgan hat die Partei, sondern auch eine Menge Lokalblätter, theilweise mit sehr großen Auflagen, ferner ein weitverbreitetes Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt" und endlich eine wissenschaftliche Revue „Die Zukunft", welche alle den Idealen und Rechten des arbeitenden Volkes tapfere Vorkämpfer sind. Unter diesen Zeitungen und Zeitschriften hat die Partei eine Brochüren-Literatur, welche bei andern Parteien ihres Gleichen sucht. Die sozialistische Agitation spiegelt sich hier in allen Einzelheiten ab: politische, wirthschaftliche, philosophische, religiöse und geschichtliche Erörterungen streiten mit einander um den Vorrang, sind alle angestellt, um der Sache des Volkes durch die Aufklärung des Volkes zu dienen.

Die Agitation durch die Schrift hat jene durch das Wort bedeutend gefördert. Je tiefer die Arbeiterbewegung in die Volksmassen eindrang, desto mehr Ansprüche stellte sie an den mündlichen Agitator. Er mußte sein Wissen erweitern und nicht nur er allein, sondern alle die in der Familie oder in der Werkstatt Genossen werben wollten. Unsere Literatur war hier der beste Helfer, und kein Zweifel, sie kann noch viel mehr leisten, sobald sie allerorts auf den Schild erhoben wird, sobald jeder Parteigenosse es sich zur Pflicht macht, mindestens eine Parteizeitung zu lesen, insbesondere aber — wenn auch nur mit zwei, drei Genossen zusammen — das Centralorgan der Partei, den „Vorwärts" zu halten. Kein wichtiger Vorgang bezüglich der Partei wird ihm dann fremd bleiben, keine neue Schrift ihm entgehen können, er wird sich mehr als einfach zur Partei gehörig, weil mitten in ihr lebend und wirkend, fühlen.

Das alles ist nothwendig in diesen Tagen, damit es nicht ganz finster werde. Ohnehin droht uns politische Nacht. Die Reaktion hängt sich dem Attentat eines Blödsinnigen an die Rockschöße, um desto lauter gegen die Sozialdemokratie rufen zu können: „Schafft mir diese Partei aus den Augen!" Weil der Kaiser-Attentäter Lehmann früher in sozialistischen Versammlungen war, deswegen soll es unserer Partei, die jeden Mord prinzipiell verabscheut, an den Kragen gehen, einer Partei, welche den Lehmann längst vor dem Attentat wegen Unredlichkeit und wegen gemeiner Verleumdung, letztere von Lehmann im Bunde mit nationalliberalen Führern zu Leipzig begangen, öffentlich gebrandmarkt und ausgeschlossen hatte! Doch gerade auf Grund unserer Agitation wissen wir, daß System in der Reaktion ist. Der Schlüssel zu der modernen Hetzjagd auf die Sozialdemokratie liegt zum Theil in der Vergangenheit unserer Gegner, zum Theil in deren Furcht vor dem eigenen Bankerott. Jede Errungenschaft der Sozialdemokratie steigerte diese Furcht und so kam es, daß nach dem 11. Mai eine allgemeine Heulmeierei gegen den Sozialismus tobte. Aber auch diese Denunziationswuth mußte bankerott machen. Die Verhandlungen des Reichstags sind Beweise dafür. Eine Regierungsvorlage, die das Unerhörte geleistet, eine ganze Partei, deren Anhängerschaar in Deutschland mindestens eine Million stark ist, unter ein Ausnahmegesetz zu stellen, wurde mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Damit war die Achtserklärung, welche vom Ministertisch gegen uns ausging, zerrissen.

In England wäre das Ministerium nach solcher Niederlage gegangen, in Deutschland bleibt es. Natürlich wirkt dies auf unsere Agitation gewaltig ein, denn nun soll bis zur „Grenze des Möglichen", weil das „Unmögliche" nicht erreicht wurde, gegen uns vorgegangen werden. Und wo liegt die „Grenze des Möglichen"? Da, wo jedes Vereinsleben erdrückt ist, wo die Versammlungen aus „triftigen" und noch schlechteren Gründen verboten werden. Das ist viel, aber noch nicht Alles. Zur „Grenze des Möglichen" gehört auch die Einschränkung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes, wozu die liberalen Bourgeois schon im voraus Beifall klatschen.

Wenn wir zu allem schwiegen, zu letzterem dürfen wir es niemals. Ein solches Attentat auf den Zipfel der politischen Gleichberechtigung hieße das Tischtuch zwischen Besitzenden und Besitzlosen völlig zerschneiden, hieße eine Revolution selbst gegen die Verfassung des Reichs. Wer hier den Anfang macht, der möge auch die Folgen verantworten! Doch wir wollen uns nicht erhitzen — kaltes Blut, das ist die Losung. Frisch an's Werk der Wahlkreisorganisation gehend, agitiren wir heute schon für zukünftige Wahlsiege!

Aber auch hiermit ist unsere Agitation noch nicht erschöpft. Wir gründen Kassen, wo es nöthig und förderlich ist, für Kranken- und Sterbefälle, beseelt von dem Gedanken, daß jede neue Form der Organisation neue Lebenslust in die Agitation bringen muß. Sollte das Hilfskassengesetz nicht auch für uns da sein? Unnütze Frage, ist es doch vielleicht in nicht ferner Zeit die Brücke zu einer Centralisation, welche an Bedeutung manche vorhandene bald überholen dürfte.

Ja, nichts ist so sehr dem Wandel unterworfen wie die Agitation. Doch der Born derselben ist unerschöpflich, somit kann jeder Wandel ohne Gefahr der Selbsttödtung erfolgen. Er muß sogar erfolgen, wenn die Agitation nicht erstarren oder von außen getödtet werden soll. Daher, Parteigenossen, was auch kommen und was sich auch fürder gegen uns verschwören möge, bleibt unerschrocken, bleibt ruhig und kaltblütig. Eine allezeit würdige und ruhige Haltung der Partei schließt eine feurige und nachhaltige Agitation nicht aus. Die Gluth der Begeisterung ist da am stärksten, wo die wenigsten Flammen flackern, die Hingabe für die Prinzipien der Sozialdemokratie ist da die opferfreudigste, wo die schwersten Schläge parirt werden müssen! A. G.

Unsere Prinzipien.

Der Haß ist blind, sagt das Sprüchwort. Er sieht nicht die Thatsachen, nicht die Personen, sondern macht sich eine willkürliche Vorstellung von ihnen, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmt, häufig im direktesten Gegensatz zu ihr steht. Wie hat nicht der Haß die Bilder weltgeschichtlicher Persönlichkeiten, den Charakter weltgeschichtlicher Handlungen entstellt — aus den edelsten Menschen Scheusale, aus den edelsten Handlungen und Thaten monströse Verbrechen gemacht? Die beste Sache wird verleumdet, das Erhabenste in den Staub gezogen. Der Vater des Hasses ist in den meisten Fällen das Interesse, welches sich bedroht fühlt oder wenigstens bedroht glaubt. Darum sind es zu allen Zeiten die „Neuerer", die Männer der neuen Ideen gewesen, welche der blinde Haß verfolgte, steinigte, verbrannte, kreuzigte, unter Bergen von Verleumdungen begrub.

Die sozialdemokratische Bewegung konnte diesem Geschick nicht entgehen. Sie verletzt zu viele Interessen, um nicht der Gegenstand glühenden, blinden Hasses sein zu müssen. Die Interessen, welche sie verletzt, sind freilich nicht die Interessen der Gesammtheit, sondern nur die einer winzigen Minderheit, allein diese Minderheit hat alle Machtmittel in Händen und übt dadurch nicht blos materiell, sondern auch moralisch einen Einfluß aus, der ihr, so lange er dauert, die Herrschaft in Staat und Gesellschaft sichert. Dank ihrer wohlorganisirten Presse, Dank der von ihr eingerichteten Schule und Kirche, Dank der in ihre Dienste gepreßten Kunst und Wissenschaft — hält sie die Massen des Volkes in geistiger Knechtschaft; und so ist es ihr denn möglich, eine Partei, die sie fürchtet und haßt, für die Massen des Volkes zu einem Schreckgespenst zu machen, und Furcht und Haß da zu erwecken, wo bei richtiger Beurtheilung Liebe und Sympathie zur Geltung gelangen müßten.

Wir Sozialdemokraten erfahren dies im vollsten Maße. Das falsche, abschreckend häßliche Bild, welches der Haß unserer eigentlichen Feinde, das heißt Derjenigen, welche ein wirkliches oder vermeintliches Interesse haben, uns zu bekämpfen, von der Sozialdemokratie entworfen hat, wird leider von Millionen für richtig betrachtet, die, kennten sie uns, auf unserer Seite stehen würden.

Aus dieser einfachen Thatsache ersieht man, von welch hoher Wichtigkeit es für uns ist, daß Wahrheit über uns, unsere Prinzipien und Bestrebungen verbreitet werde. Das ist die Aufgabe der Propaganda, von deren Erfolg der Erfolg unserer Partei abhängt. Der Tag ist der Tag unseres Sieges, an welchem die Mehrheit des Volkes weiß, was Sozialdemokratie ist.

Und was ist Sozialdemokratie?

Wer nicht in blindem Hasse befangen ist und die Augen nicht gegen die Wahrheit verschließt, hat keine Schwierigkeit, Antwort auf die Frage zu bekommen. Die Sozialdemokratie ficht mit offenem Visir, sie giebt sich so wie sie ist, sagt frank und frei, was sie will.

Man lese nur unser Programm, lese es mit Aufmerksamkeit und Verstand, — und man hat die Antwort.

Doch, da hören wir Gegner rufen:

„Glaubt diesen „rothen Jesuiten" nicht, ihr Programm ist blos ein Aushängeschild, alle diese schönen Redensarten von hochmenschlichen Zielen der Sozialdemokratie, von Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Humanität sind blos Lockspeisen, um die Menge zu ködern; sind blos der Sirenengesang, durch welchen man die Leichtgläubigen verführen will, um sie dann grausam zu mißbrauchen und zu opfern. Das Scheinziel der Sozialdemokraten ist unleugbar recht anziehend, aber das wirkliche Ziel, das Geheimziel, mit welchem sie hinter dem Berg halten, ist das denkbar Gräßlichste: ist allgemeine Theilerei, allgemeiner Umsturz, Mord, Todtschlag, Revolution."

Nun, die greulichen Absichten, die man uns da unterschiebt, sind zu unsinnig für eine ernsthafte Widerlegung. Das Geringste, was die Sozialdemokraten von ihren Gegnern verlangen können, ist: daß man sie für Menschen hält, und welcher Mensch mit seinen 5 Sinnen kann so aberwitzige, unmenschliche, widernatürliche Ziele verfolgen? Es hat zu allen Zeiten Verbrecher gegeben, allein noch niemals hat es eine Partei von Verbrechern gegeben. Und das wären wir, wenn wir dem Portrait glichen, das unsere Gegner von uns gezeichnet. Das und noch etwas mehr: eine Partei von Idioten!

Doch sehen wir ab von solch tollen Beschuldigungen und betrachten wir den Kern des Einwands: „Wir haben ein anderes Ziel als das, welches wir dem Publikum zeigen. Zeigten wir jenes andere, unser eigentliches Ziel, so würden wir die Massen zurückstoßen, welche wir jetzt durch lügenhafte Vorspiegelungen an uns ziehen."

Merken unsere Gegner denn nicht, daß sie eine — ungeheure Dummheit sagen? Also: wir rücken mit unserem wahren Programm nicht hervor, weil es das Volk abstoßen würde.

Wie zum Kukuk kommen wir aber zu einem so abstoßenden Programm? Was kann es uns nützen? Was können wir von ihm erwarten? Wird es seine abstoßende Kraft verlieren?

Man glaubt, so scheint es, wir hätten den teuflischen Plan, durch unser lügenhaftes, verführerisches Scheinprogramm Millionen an uns zu fesseln, sie, ohne daß sie es merken, perfid „an den Fuß der Barrikaden" zu locken, und dann, wenn das Häuflein der Eingeweihten Alles vorbereitet hat, plötzlich das Geheimprogramm aus der Tasche zu nehmen, und zu dessen Verwirklichung zu schreiten.

Ganz gut — blos Eines haben die pfiffigen Gegner dabei nicht berechnet: die abstoßende Kraft des Geheimprogramms. — Finden die durch unser Scheinprogramm Verführten, daß wir nur ein elendes Spiel mit ihnen getrieben, sie infam beschwindelt und mißbraucht haben, so würden sie, sobald sie durch Produzirung des famosen Geheimprogramms über unsere wahre Natur aufgeklärt sind, uns „am Fuße der Barrikaden" unzweifelhaft

den Rücken wenden, und zwar voraussichtlich nach höchst energischen Aeußerungen des Mißfallens.

Und das von Rechtswegen.

Genug von diesen Albernheiten. Wer unsere Prinzipien und Bestrebungen kennen lernen will, der unterrichte sich nicht bei unseren Gegnern, der befrage die Sozialdemokratie selbst in ihren Reden und Handlungen, in ihren Schriften, in ihren Zeitungen, in ihrem Programm. Vor Allem in unserem Programm, das, von den Vertretern der Gesammtpartei ausgearbeitet, trotz mancher Mängel, die jedem Versuch der Feststellung von Prinzipien ankleben, doch in engem Rahmen vollständigen Aufschluß über unsere Prinzipien und Bestrebungen giebt.

Wer dieses Programm mit vorurtheilslosen Blicken liest, es mit Aufmerksamkeit und Verstand liest, weiß was wir wollen, und wird nicht verdammen können, was wir wollen.

Nehmen wir zuerst den ersten, allgemeinen Theil des Programms:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

In vorstehenden Sätzen werden nicht vage Behauptungen ausgesprochen, sondern Wahrheiten, welche durch die Wissenschaft festgesetzt sind.

Daß „die Arbeit die Quelle alles Reichthums" ist, hat schon vor 100 Jahren Adam Smith in seinem bahnbrechenden klassischen Werk: „Ueber den Reichthum der Nationen" nachgewiesen; und daß von der „Kultur", das heißt von der Summe aller der Vortheile, welche das Menschengeschlecht in hunderttausendjährigem Ringen sich gesichert hat und welche uns bei stetigem Fortringen ein immer menschenwürdigeres Dasein ermöglichen, das Gleiche gilt, wie von dem Reichthum, der genau genommen nur ein Theil der „Kultur" ist, — das bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Und ist die Arbeit etwa außerhalb der Gesellschaft denkbar? Kann man sich Arbeit denken, die nicht gesellschaftlich verrichtet wird? Ist nicht jeder Arbeiter, auch der, welcher die einfachste Arbeit verrichtet, auf die Arbeit anderer Arbeiter angewiesen? Sind die Werkzeuge, mit welchen gearbeitet wird, und wären es die einfachsten, primitivsten Werkzeuge, denkbar ohne die „Kultur", innerhalb deren wir stehen, ohne die Arbeit unserer Mitmenschen, ohne die Arbeit, die Erfahrungen der früheren Generationen? Man stelle sich einen physisch normal entwickelten Menschen vor — vorausgesetzt, daß ohne „Kultur" ein solcher denkbar wäre —: einen Menschen, der keine Werkzeuge, keine Unterstützung, keine erworbenen Kenntnisse hat — würde dieser Mensch arbeiten können? Nein. Ohne Gesellschaft keine Arbeit, außerhalb der Gesellschaft keine Arbeit.

Während nun auf der einen Seite wissenschaftlich der Beweis erbracht ist, daß die Arbeit „die Quelle alles Reichthums", ist auf der anderen Seite die Thatsache statistisch festgestellt und wissenschaftlich anerkannt worden — u. A. von dem berühmten Bourgeosökonomen John Stuart Mill —, daß die Arbeit, welche allen Reichthum schafft, den Reichthum nicht genießt, nicht Eigenthümerin des von ihr geschaffenen Reichthums ist, der, zum größten Theil, in die Taschen nicht arbeitender, oder doch nicht nützlich arbeitender Individuen fließt.

Aus diesen Prämissen (Vordersätzen) ergiebt sich der Rest von selbst. Die Sozialdemokratie will der Ungerechtigkeit in der Vertheilung des Reichthums (der durch die Arbeit erzeugten Güter) steuern, eine gerechte Vertheilung der Güter, beruhend auf vernünftiger Organisation der Arbeit, herbeiführen, und der Arbeit zu ihrem Recht, dem Arbeiter zu seinem Eigenthum verhelfen.

Das Programm fährt fort:

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Controle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1) Allgemeines gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder ein Feiertag sein.
2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1) Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt der bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3) Unbeschränktes Coalitionsrecht.
4) Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5) Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7) Regelung der Gefängnißarbeit.
8) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Dies ist das Programm der vielgeschmähten, vielverläumdeten Sozialdemokratie.

Klar, logisch, ist es ebenso radikal und umfassend als praktisch und gemäßigt in seinen Forderungen. Ja: praktisch und gemäßigt. Kann der Vorwurf, wir planten den „allgemeinen gewaltsamen Umsturz, schlagender widerlegt werden als durch unser Programm? Ist eine Revolution, wir meinen eine gewaltsame, blutige Umwälzung möglich in einem Staat, welcher ein gutes Volkserziehungssystem hat, durch Befriedigung der gerechten Bedürfnisse des Volks der Unzufriedenheit vorbeugt, und durch freiheitliche Einrichtungen jeder Meinung die Möglichkeit des Ausdrucks, jedem Streben die Möglichkeit der Verwirklichung gewährleistet? Gibt es überhaupt eine andere Versicherung gegen die von unseren Gegnern gefürchtete und mit Recht gefürchtete gewaltsame Revolution, eine andere Bürgschaft für die von unseren Gegnern so heiß ersehnte, mit Recht heiß ersehnte friedliche Reform? Sind nicht die meisten Forderungen, die oben aufgezählt werden, und durch ihre Verständlichkeit, wo nicht Selbstverständlichkeit eine eingehende Erläuterung überflüssig machen, bereits in fortgeschritteneren Ländern verwirklicht, und zum übrigen Theil von aufgeklärten Politikern und Menschenfreunden längst befürwortet worden? Sind die meisten Punkte nicht, sozusagen, geistiges Gemeingut Aller Derer, die das Wohl ihrer Mitmenschen erstreben?

Die Sozialdemokratie hat kein Programm erfunden, ebensowenig, wie sie sich anmaßt, eine Wissenschaft erfunden zu haben. Sie hat nur gewisse unumstößliche Sätze, die von der Wissenschaft festgestellt worden sind, zur Grundlage eines sozialpolitischen Programms zusammengefügt und demselben alle diejenigen, von ehrlichen Vorkämpfern des Volks aufgestellten Forderungen einverleibt, deren Verwirklichung uns dem Ziele zuführt:

einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhindert und, bei freier genossenschaftlicher Arbeit und vernünftiger und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrags, jedem einzelnen Menschen das höchstmögliche Maß von Bildung und Glück gewährleistet.

Wer, der es gut meint mit seinen Mitmenschen und mit sich selbst, kann dieses Ziel tadelnswerth finden? Muß er nicht vielmehr uns recht geben?

Wohlan, er schließe sich uns an.

Wer aber uns andere Bestrebungen zuschreibt, der kennt uns nicht oder ist ein Verleumder.

Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie.

Das neue deutsche Reich kann keine ehrliche, offene Kritik vertragen, weil es auf allzuschwachen Füßen steht, weil seine Entstehung höchst eigenthümlicher Art gewesen ist und besonders aber, weil es seinen Reichsbürgern ungemein große Pflichten in jeder Beziehung auflegt und ihnen nur äußerst geringe Rechte einräumt; es kann ferner keine Kritik vertragen, weil die erfiegten Milliarden verschwunden sind, weil die Steuern alljährlich steigen, die Volkswohlfahrt aber in demselben Verhältniß schwindet.

Um nun die unliebsame ehrliche Kritik aus der Welt zu schaffen, sollen Mund- und Preßknebel von der bedenklichsten Stärke eingeführt werden. Darüber brütet die Reichsregierung schon seit mehreren Jahren.

Im Jahre 1876 glaubte sie den richtigen Gedanken gefunden zu haben: das Reichsstrafgesetzbuch sollte verschärft werden und zwar die Paragraphen 130 und 131 derart, daß Niemand mehr von den bestehenden Gesellschafts- und Staatseinrichtungen reden durfte, ohne einer schweren Gefängnißstrafe zu verfallen. Die Verschärfung des Paragraphen 130 galt lediglich den Sozialisten, also denen, welche mit den heutigen Gesellschaftseinrichtungen nicht zufrieden sind und sie deshalb bekämpfen. Die Verschärfung des Paragraphen 131 aber traf mehr oder weniger alle Parteien, selbst diejenigen, welche mit einer oder der anderen Staatseinrichtung nicht zufrieden sind und an derselben eine, wenn auch noch so zahme Kritik ausüben.

Daß unter solchen Umständen die geplante Verschärfung des Strafgesetzes in diesen Punkten eine allseitige Ablehnung fand, war vorauszusehen, galt es doch besonders seitens der liberalen Parteien sich ihrer eigenen Haut zu wehren. Fürst Bismarck, der selbst energisch für die Annahme der Paragraphen gestritten und die Sozialdemokratie dabei in geradezu unerhörter Weise angegriffen hatte, zog sich mißmuthig in sein geliebtes Pommerland zurück. —

Doch wurde ihm die Kritik, die an seiner „Schöpfung", an dem neuen deutschen Reiche geübt wurde, immer unerträglicher; dabei stand düster im Hintergrunde das Reichsdeficit trotz des Milliardensegens.

Neue Steuern — Steuerreform! — lautete nun die ministerielle Parole. Bei der täglich wachsenden Verarmung des deutschen Volkes war eine solche Parole durchaus nicht unverfänglich, und auch sie mußte die herbste Kritik erfahren, nicht nur durch die Sozialdemokraten, sondern auch durch die Liberalen, welche hinter der geplanten Steuerreform den Schutzzoll und das Monopol lauern sahen.

Wiederum war das System Bismarck rathlos. Da kam demselben ein neuer, genialer Gedanke: „Die Kritiker müssen deine Mitschuldigen werden — die Liberalen müssen mit in dein Ministerium!" Der Gedanke war gut, doch die Ausführung war schwer — und man schreibt das Scheitern dieses Planes mehr den persönlichen Eigenthümlichkeiten Bismarck's zu, denen seine Untergebenen ausgesetzt sind, als der Prinzipientreue der Nationalliberalen, die ja im Allgemeinen bis jetzt nur eine äußerst geringe Höhe jemals erreicht hat.

Also wieder einmal rathlos. Die Erhöhung der Tabaksteuer wurde im Reichstage abgelehnt, gleichfalls die Tabaksenquete, soweit sie einem künftigen Monopol die Wege zu ebnen bestimmt war. Also nochmals rathlos.

Da paffte Unter den Linden in Berlin das rettende Schüßchen — denn einen Schuß kann ein ehrlicher Mann doch kaum das ganze Experiment nennen, da selbst der Kaiser und die Großherzogin von Baden nach Aussage der Letzteren den Knall kaum gehört haben. Also das rettende Schüßchen hatte gepafft — die scharfen Ohren des Herrn von Bismarck aber hatten es in Friedrichsruh vernommen. Sofort ein Telegramm nach Berlin: „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie!"

Das war ein genialer Gedanke. Jetzt werden die Liberalen vor die Alternative gestellt, entweder sich freiheitsfeindlich zu zeigen (dann verlieren sie im Volke das Ansehen), oder sich reichsfeindlich, königsfeindlich zu zeigen, dann erhält man durch allerlei Maßregeln eine conservative Majorität im Reichstage und im preußischen Landtage und aus dieser die Steuerreform, das Monopol, die Reichseisenbahnen, die Knebelung der gesammten öffentlichen Meinung — das neue deutsche Reich hat dann Geld und Ruhe.

Daß das Volk aber noch mehr leiden, daß die Ruhe die des Kirchhofs sein würde, daran hat der Reichskanzler keinesfalls gedacht.

Das Telegramm aus Friedrichsruh fand guten Boden; der neue Minister des Innern, Graf Bodo Eulenburg, der Sohn des Reichstagsabgeordneten Eulenburg, der im Jahre 1876 einzig und allein für die Verschärfung der §§ 130 und 131 im Reichstage gestimmt hatte, knetete aus dem kurzen Telegramm eine monströse Vorlage, die an den Bundesrath gelangte und in welcher auch die 1876 abgelehnte Verschärfung der §§ 130 und 131 im Paragraphen 6 einen entsprechenden Ausdruck fand.

Diese geniale Leistung der Herren Bismarck, Eulenburg und Friedberg (Unterstaatssekretär im Justizministerium) lautet wie folgt:

„§ 1. Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, können von dem Bundesrath verboten werden. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen und dem Reichstag sofort, oder wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Der Reichstag kann die Aufhebung des Verbotes beschließen. § 2. Die Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und auf öffentlichen Plätzen kann von der Ortspolizeibehörde vorläufig verboten werden, wenn die Druckschriften Ziele der in § 1 bezeichneten Art verfolgen. Das Verbot erlischt, wenn nicht innerhalb vier Wochen die Druckschrift vom Bundesrath auf Grund des § 1 verboten wird. § 3. Eine Versammlung kann von der Ortspolizeibehörde verboten oder nach ihrem Beginn von dem Vertreter der Ortspolizeibehörde aufgelöst werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung Zielen der im § 1 bezeichneten Art dient. § 4. Wer einem nach § 1 oder § 2 erlassenen Verbote zuwider eine Druckschrift verbreitet wird mit Gefängniß bestraft. Die Beschlagnahme der Druckschrift kann ohne richterliche Anordnung erfolgen (§ 23 ff. des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874). § 5. Die Betheiligung an einem nach § 1 verbotenen Vereine oder an einer nach § 3 verbotenen Versammlung wird mit Gefängniß bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher sich nicht sofort entfernt, sobald die Auflösung einer Versammlung auf Grund des § 3 erfolgt ist. Gegen die Vorsteher des Vereins, sowie gegen die Unternehmer und Leiter der Versammlung und gegen Denjenigen, welcher zu einer verbotenen Versammlung das Lokal hergibt, ist auf Gefängniß nicht unter drei Monaten zu erkennen. § 6. Wer öffentlich durch Rede oder Schrift es unternimmt, in Verfolgung der im § 1 bezeichneten Ziele die bestehende sittliche oder rechtliche Ordnung zu untergraben, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft. § 7. Dieses Gesetz gilt nur für den Zeitraum von drei Jahren. Die §§ 1 bis 5 treten sofort in Kraft."

Diese Vorlage war selbst dem Bundesrath zu scharf; nach zweitägiger langer Berathung beschloß man, das Gesetz ohne den Paragraphen 6 dem Reichstag zu unterbreiten. Gegen die ganze Vorlage stimmten das Großherzogthum Hessen und die freien Städte Bremen und Hamburg.

Mit der Ueberschrift: Gesetzentwurf gegen Ausschreitungen der Sozialdemokratie, gelangte die ungeheuerliche Vorlage den 20. Mai an den Reichstag; die Mitglieder desselben erhielten sie Dienstag, den 21. Mai.

Allgemein war man auf die Reden gespannt, die bei Berathung dieses Entwurfs im Reichstage das Licht der Welt erblicken würden. Man glaubte, daß besonders die sozialdemokratischen Abgeordneten einige fulminante Reden halten wollten. So nahte der 23. Mai, der Tag der Entscheidung, heran; die Reichstagssitze waren kaum jemals so zahlreich besetzt, die Tribünen überfüllt. Man erwartete nun zuerst die Antrittsrede des neuen preußischen Ministers, Grafen Eulenburg, des Vetters des früheren Ministers Eulenburg, dem man eine bedeutende Rednergabe zugesprochen und der auch einen großen Antheil an der Vaterschaft des Attentatsgesetzentwurfs hatte.

Doch sollte eine große Enttäuschung folgen. Anstatt des Herrn von Eulenburg trat zuerst der allbekannte Präsident des Reichskanzleramtes Minister Hofmann für den Gesetzentwurf in die Schranken. Der Redner sprach von den maßlosen Ausschreitungen der Sozialdemokratie, von dem Attentat, welches die Sozialdemokratie wohl eigentlich nicht verschuldet habe, das aber eine sehr günstige Gelegenheit biete, mit reaktionären Vorschlägen an die gesetzgebenden Versammlungen heranzutreten; dann betonte er, daß das Gesetz allein allerdings nicht die Ausschreitungen der Sozialdemokratie zu verhindern vermöge, daß vielmehr die bürgerlichen Parteien und vor allen Dingen die Kirche berufen seien, mitzuhelfen. Ein reaktionäres Ausnahmegesetz, ein geschlossenes Auftreten des liberalen Bürgerthums und die Kirche — ein nettes Trifolium!

Als der Reichstagspräsident dem Abgeordneten Liebknecht das Wort gab, trat allgemeine Spannung im Hause und auf den Tribünen ein — man erwartete vielfach eine sogenannte große Rede. Darin täuschte man sich allerdings; aber eine noch so bedeutende Rede würde nicht die Wirkung gehabt haben, als nachstehende Erklärung, die Liebknecht Namens der sozialdemokratischen Abgeordneten abgab:

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Der Versuch, die That eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lang vorbereiteten Reaktionsstreiches zu benutzen und die „moralische Urheberschaft" des noch unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirthschaftliche und politische Entwickelung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffaßt, richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen, daß wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Discussion des dem Reichstage heut vorliegenden Ausnahmegesetzes theilzunehmen, und werden uns durch keinerlei Provocationen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, in diesem Beschluß erschüttern lassen.

Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen, da wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit das Unserige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Wagschale werfen.

Falle die Entscheidung des Reichstages aus wie sie wolle — die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht.

Berlin, 23. Mai 1878.

Auer. Blos. Bracke. Demmler. Fritzsche. Hasenclever. Kapell. Liebknecht. Most. Motteler. Rittinghausen.

Diese Erklärung wirkte geradezu verblüffend auf die Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags.

Allseitig hatte man sich vorgenommen, über die Sozialdemokratie in der persönlichsten und schärfsten Weise herzufallen; durch die würdige Erklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten aber war solchem Vorhaben von vornherein die Spitze abgebrochen worden — und nur Einer im deutschen Reichstage, der Fortschrittsabgeordnete Herr Eugen Richter, ließ seiner angeborenen Schmähluft die Zügel schießen!

Die conservativen Redner, die Bundesrathsmitglieder und einige reaktionär-„liberale" Professoren, welche für die Vorlage eintraten, waren um Gründe nicht verlegen. Die Sozialdemokratie bedroht die bestehende Ordnung, deshalb muß sie vernichtet werden; das Mittel, welches wir vorschlagen, ist allerdings kein allzu lauteres, auch kein glücklich gewähltes, auch vielleicht nicht einmal ein wirksames, aber wir haben kein anderes, deshalb muß es gebraucht werden. Das war thatsächlich Alles, was von den Anhängern der Vorlage vorgebracht worden ist.

Die Gegner der Vorlage, die Liberalen und das Centrum, ließen es sich auch nicht nehmen, auf die Gefahren, welche die Sozialdemokratie bringe, hinzuweisen; — sie betonten, daß man letzterer mit allen Mitteln entschieden entgegentreten müsse, aber die Vorlage sei unannehmbar, weil sie ungeschickt und vorzüglich deshalb, weil sie, zum Gesetz erhoben, wirkungslos sei. Ja, man behauptete sogar — und wir glauben nicht mit Unrecht — daß nach der Annahme der Vorlage die Sozialdemokratie noch mehr wachsen und gedeihen werde und daß die Gefahren, vor denen man jetzt schon bebe, in anderer und furchtbarerer Gestalt nahe treten würden. Die von den gesetzlichen Bahnen durch eine Ausnahmegesetzgebung abgedrängte sozialdemokratische Bewegung werde auf den Weg der geheimen Conspiration und somit auf den Weg der Gewalt hingeführt. Attentate, Putsche, Rebellionen würden dann eine stehende Rubrik in den Tagesereignissen finden.

Neben solchen Betrachtungen aber wurde besonders von Seiten der nationalliberalen Redner der Regierung empfohlen, die bestehenden Gesetzesvorschriften bis an die äußerste Grenze der Zulässigkeit anzuwenden. Als wenn dies nicht schon längst geschehen wäre? Als wenn nicht schon längst die Polizeiagitation der Sozialdemokratie gegenüber die äußerste Grenze der Zulässigkeit überschritten hätte?

In richtiger Würdigung dieses Vorwurfs, den deutschen Regierungen gemacht, trat der preußische Polizeiminister Eulenburg demselben entschieden entgegen, indem er betheuerte, daß die Regierungen von den bestehenden Gesetzen den denkbar ausgiebigsten Gebrauch gegen die Sozialdemokratie bisher gemacht hätten, daß dies aber nicht gefruchtet habe, deshalb sei ja gerade dies neue, schärfere Gesetz vorgelegt worden. Wenn man aber das Gesetz ablehne und dennoch schärfere Polizeizügel haben wolle, so könne er auch damit dienen; er wolle dann schon dahin wirken, daß die vorhandenen Mittel bis an die äußersten Grenzen der Möglichkeit in Anwendung gebracht würden. An den Widerspruch, der in solchen Aeußerungen liegt, stößt sich ein reaktionärer Minister ebenso wenig, wie ein liberaler Abgeordneter sich an den inneren Widerspruch stößt, der darin liegt, wenn man ein Ausnahmegesetz gegen eine politische Partei ablehnt, diese selbe Partei aber unter ganz besondere Polizeiaufsicht gestellt sehen will.

Merkwürdig war, daß sich für den von den Juristen der liberalen Parteien seiner Form halber so hart mitgenommenen Gesetzentwurf kein einziger Jurist des Bundesraths erhob, obwohl Herr Friedberg, der Mitvater desselben, während der ganzen langen Debatten sich im Reichstage befand.

Die Verhandlungen wurden am 23. Mai nicht zu Ende geführt. Donnerstag den 24. Mai wurden sie wieder eröffnet und zum Schlusse gebracht. An diesem letzteren Tage hatten noch einige „liberale" Professoren einen Abänderungsvorschlag vorgelegt, der dem Regierungsvorschlag wie ein Ei dem andern ähnlich sah.

Bei der Abstimmung wurde dieser Professoren-Entwurf, welcher in § 1 statt „welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen" zu setzen vorschlägt, „welche den auf Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie dienen", mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt; sechs Mitglieder enthielten sich der Abstimmung und zwar die nationalliberalen Abgeordneten Baehr (Kassel), v. Cuny, v. Huber, Struckmann, Dr. Wagner und Witte; für das Amendement stimmten die Deutschconservativen, die Minister Falk und Friedenthal, die deutsche Reichspartei bis auf die Abgeordneten Schlomka und Dieffenbach, von den Nationalliberalen nur Gneist, Moeller (Schwerin) und v. Treitschke, ferner Beseler.

Hierauf wurde der § 1 der Bundesraths-Vorlage mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt; der Abstimmung enthielt sich der Abg. Dr. Gneist, dafür stimmten die Deutschconservativen, die deutsche Reichspartei bis auf die Abgg. Graf Luxburg, Schlomka, und Dieffenbach, von den Nationalliberalen allein v. Treitschkee sowie der „wilde" Beseler. Für den Paragraph 1 der Vorlage stimmten überhaupt: Ackermann, Graf Arnim, v. Bärensprung, v. Batocki, v. Behr, Dr. Beseler, v. Bethmann-Hollweg, Graf Bethusy, v. Bussе, Fürst zu Carolath, Clauswitz, v. Colmar, Dietze, Graf Dohna, Freiherr v. Ende, Graf zu Eulenburg, Dr. Falk, Flügge, Graf Falkenburg, Dr. Friedenthal, v. Gerlach, v. Gordon, v. Graevenitz, Fürst Hatzfeld, Heinrich, v. Helldorf, Graf Holstein, v. Jagow, v. Kardorff, Katz, Klette, Graf Kleist, v. Knapp, v. Levetzow, Dr. Lucius, v. Lüderitz, Freih. v. Manteuffel, Marcard, Graf Moltke, Fürst Pleß, v. Puttkammer (Lübben), Herzog v. Ratibor, v. Ravenstein, Reich, v. Schmid (Württemberg), v. Schwarze, Staehlin, Staudy, Graf Udo Stollberg, Stamm, v. Treitschke, Thilo, Uhden, Freiherr von Unruhe-Bomst, Freiherr v. Varnbüler, v. Waldaw, v. Wedell und Wichmann. Von diesen sind 48 gewählt in Preußen, je 4 in Sachsen und Württemberg und 1 in Baden.

Die Namen der Herren, welche für das Ausnahmegesetz gestimmt haben, seien dem Volke hiermit zu ganz besonderer Beachtung empfohlen.

Der Reichskanzleramts-Präsident erklärte nun, daß die verbündeten Regierungen keinerlei Gewicht mehr auf die Abstimmungen über die anderen Paragraphen des Gesetzes legten, und es wurde deshalb die Berathung eingestellt. Das Ausnahmegesetz war somit vorläufig beseitigt.

Daß die Reichsregierung eine Blamage erlitten, wer möchte es bestreiten; aber auch den sämmtlichen Parteien, außer der sozialdemokratischen, ist die Blamage nicht erspart worden, da dieselben aus Anlaß eines Attentats, verübt von einem verlotterten, halbwahnsinnigen Burschen, zu den heftigsten, unmotivirtesten Angriffen auf die Sozialdemokratie sich verleiten ließen, da sie den Schutz der Polizei für sich anriefen, diese Polizei aber auf die Sozialisten zu hetzen versuchten, ja, dieselbe Polizei, welche in der Sozialistenhetze schon so Außerordentliches geleistet hat.

Aber damit noch nicht genug! Für die nächste Zukunft ist die Einbringung eines allgemeinen deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzes der Regierung empfohlen worden, welches bei der reaktionären Stimmung, die gegenwärtig vom Conservatismus bis zum Fortschritt in allen Parteien herrscht, gewiß ultrareaktionär ausfallen wird — möge es so ausfallen, wenn seine Bestimmungen nur klar sind, so daß die Polizeiwillkür bei seiner Auslegung, wie jetzt so oftmals, nicht mehr den Ausschlag geben kann. — — —

Die Sozialdemokratie aber ist aus dem großen Kampfe als Siegerin hervorgegangen und sie wird Siegerin bleiben — „an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt sie weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht."

Die Gewerkschaften.

Von Freunden der Gewerkschaftssache ist wiederholt der Vorwurf ausgesprochen worden, die deutschen Sozialdemokraten verstünden zum großen Theil nicht die Gewerkschaftsbewegung und würdigten sie deshalb nicht genügend. Wir müssen gestehen, daß der Vorwurf nicht ganz unbegründet ist. Nur zu oft begegnen wir der Ansicht, daß die Gewerkschaften, wenn überhaupt nöthig, eigentlich nur nothwendige Uebel, und blos als Anhängsel der politischen Partei, als Rekrutirungsfeld der Sozialdemokratie zu dulden seien.

Nichts kann verkehrter sein als diese Anschauung. Es ist wahr, die Arbeiter bedürfen der politischen Organisation, wenn sie den ihnen gebührenden Einfluß im Staat erringen und die zur Befreiung der Arbeit und Arbeiter erforderlichen Reformen durchsetzen wollen. Allein ebenso wahr ist, daß eine politische Organisation nicht leicht darauf rechnen kann, das Gros des arbeitenden Volkes in sich zu vereinigen, dauernd zu vereinigen, während dies, wie das Beispiel Englands gezeigt hat, bei einer gewerkschaftlichen Organisation sehr wohl möglich ist. Wenn man den raschen Zerfall der eine Zeitlang scheinbar so mächtigen, weil Millionen umfassenden Chartistenbewegung, mit der bewundernswürdigen Zähigkeit vergleicht, welche die englischen Trades' Unions im Kampf gegen das Kapital seit vollen zwei, wo nicht mehr Menschenaltern entwickeln, springt diese Thatsache hell in die Augen. Sie bietet nichts Erstaunliches. Das Interesse ist die — mehr oder weniger verborgene oder sich verbergende — Triebfeder, wenn auch nicht aller menschlichen, doch aller politischen und gesellschaftlichen Handlungen, und daß der Masse der Arbeiter das Interesse, welches sie an einer gewerkschaftlichen Organisation haben, weit leichter klar zu machen ist, als ihr Interesse an einer politischen Organisation, das liegt auf der Hand.

Bei jener handelt es sich um, zum Theil ziemlich entfernte, dem Ungebildeten, Denkungeübten schwer verständliche Ziele, welche das Interesse des Einzelnen nicht direkt berühren; bei dieser um nächste, Jedem verständliche Ziele, und die direktesten, dem Blödesten erkennbaren, weil sich fühlbar machenden Interessen.

Die Zahl der Arbeiter, die von Staat und Gesellschaft klare Begriffe haben, ist relativ gering; wohingegen es nur äußerst wenig Arbeiter giebt, die von ihrem Gewerke und ihrer Stellung zu demselben und in demselben nicht klare Begriffe hätten. Wir glauben nicht zu übertreiben: auf je einen Arbeiter, der über das Wesen des Staats und der Gesellschaft correct urtheilen und sprechen kann, kommen zum Mindesten zehn, die über ihr besonderes Gewerke correct urtheilen und sprechen können. Daraus folgt, daß es zehnmal so leicht ist, die Arbeiter für eine Gewerkschaftsorganisation als für eine politische Organisation zu gewinnen. Wende man uns nicht ein, wie man das mitunter hört: durch die Betheiligung an einer Gewerkschaft würden die Arbeiter von den höheren Zielen der politischen Bewegung, also von der Sozialdemokratie abgelenkt. Das ist durchaus nicht richtig. Geleugnet soll nicht werden, daß die Gewerkschaftsbewegung in guten und ruhigen Geschäftszeiten leicht einen philisterhaften Charakter annimmt, allein unsere herrliche bürgerliche Gesellschaft hat dafür gesorgt, daß diese guten und ruhigen Geschäftszeiten nur Oasen sind in der Wüste der Krisen und der Geschäftslosigkeit; und einmal aus diesen Oasen heraus befinden sich die Gewerkschaften im Kampf, im Klassenkampf. Tausendmal haben die englischen Trades' Unions die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit proklamirt, und tausendmal ist ihnen von dem Kapital der Klassenkampf aufgezwungen worden. Dies wird genau so lang dauern, bis jeder englische Trades Unionist eingesehen hat, daß in der heutigen Gesellschaft die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ein Nonsens, ein Unsinn ist, daß ein klaffender Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, und daß dieser Gegensatz blos gehoben werden kann, indem die Arbeit in den Besitz der Arbeitsmittel gesetzt und genossenschaftlich organisirt wird. Das läßt sich aber ohne politische Aktion der Arbeiterklasse nicht erreichen. In demselben Moment, wo die englischen Trades' Unionisten durch die Bank eingesehen haben, daß das Bourgeois-Kapital auf dem Boden der Bourgeois-Gesellschaft und des Bourgeois-Staats unbesieglich ist, in demselben Moment tritt das englische Proletariat in die politische Aktion ein.

Und wie tritt es in sie ein?

Eine festgegliederte, in hundert „Arbeitsschlachten" erprobte, wohldisziplinirte Armee von fast anderthalb Millionen Streitern. Das heißt eine Macht, der, wenn sie sich mit voller Wucht auf den entscheidenden Punkt wirft, keine Regierung, kein Klassenregiment erfolgreichen Widerstand leisten kann. Mit anderen Worten: die Bürgschaft des Siegs.

Aber noch mehr.

Gesiegt haben die Arbeiter schon oft, aber den Sieg nicht ausgenützt, und deshalb umsonst gesiegt. Warum? Weil die Mehrzahl des Volks, des arbeitenden Volks sich von der politischen Bewegung fern gehalten, ja, sich ihr gegenüber feindlich verhalten hatte und im kritischen Augenblick fehlte oder gar in den Reihen der Feinde focht.

In einem Lande, welches eine Gewerkschaftsbewegung hat wie die englische, ist Aehnliches nicht zu befürchten, denn die Mehrzahl der Arbeiter ist organisirt, der Rest unter dem Einflusse der Organisation.

Und dies bringt uns zu einem andern Punkt, der bisher leider fast gänzlich übersehen worden ist. Die Gewerkschaften sind die Krystallisationsfäden der künftigen Arbeitsordnung, die in Gewerkschaften organisirten Arbeiter die Pioniere der neuen Gesellschaft. Unsere modernen Staaten, ganz unter der Herrschaft der Bourgeoisie oder doch der Bourgeoisideen stehend, haben nirgend einen ernstlichen Versuch gemacht, das, nach Zerbrechung der Zünfte und Gilden durch die „freie Conkurrenz" geschaffene Chaos zu beendigen, dem Krieg Aller gegen Alle ein Ziel zu setzen und an Stelle der anarchischen Produktion und ungerechten Gütervertheilung eine planmäßige Produktion und gerechte Gütervertheilung einzuführen. Was die Regierungen hätten thun sollen, das haben die Arbeiter gethan, aus eigener Initiative gethan. Die Gewerkschaftsbewegung ist der erste Versuch, die chaotischen Produktionsverhältnisse zu regeln und ein „Arbeitsrecht" zu schaffen; sie bahnt den Weg aus der Mißwirthschaft der Bourgeoisie und legt die Fundamente einer vernünftigen Gesellschaftsorganisation.

Setzen wir den Fall: die englische Arbeiterklasse wäre — was für die Arbeiter aller Länder blos eine Frage der Zeit ist — regierungsfähig geworden. Wohlan, es bedürfte eines Dekrets von 5 Zeilen, welches die englischen Gewerkschaften beauftragte, sämmtliche Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen, Domänen, Fideikommisse in Verwaltung zu nehmen, — und der Uebergang aus der Bourgeoisiewirthschaft in die sozialistische Wirthschaft würde sich ohne alle und jegliche Störung vollziehen — zum Heil der Arbeiter, zum Heil der Gesammtheit, und namentlich zum Heil der besitzenden Klassen.

In keinem anderen Lande der Welt sind die Bedingungen so günstig — und das ausschließlich Dank der vortrefflichen, großartigen, sich über alle Arbeitszweige erstreckenden Organisation der Trades' Unions.

Also nicht länger von oben herab auf die Gewerkschaften gesehen! Nicht länger sie stiefmütterlich behandelt!

Zu einer gesunden, die Bürgschaft des Erfolgs in sich tragenden Arbeiterbewegung gehört eine, das gesammte Arbeitsgebiet in allen seinen Zweigen umfassende Gewerkschaftsbewegung: Ohne sie ist kein Sieg möglich, mit ihr der Sieg gewiß.

Zweck der Gewerkschaftsorganisation ist der, die zerstreuten Glieder einzelner Gewerbszweige, z. B. Schuhmacher, Schneider, Buchdrucker, Tischler, Maurer u. s. w., zu vereinigen, gemeinsam nach Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse zu streben, die verschiedensten Lohnverhältnisse zu regeln, d. h. Normen (Tarife) festzustellen, nach denen sich der Preis der Arbeit besser bestimmen läßt, um dadurch der Willkür in der Bezahlung der betreffenden Leistungen ein Ende zu machen, mit aller Kraft einzutreten für Aufrechthaltung dieser selbstgeschaffenen Gesetze und die in solchem Kampfe gemaßregelten Genossen zu unterstützen. Ein weiterer Zweck ist, durch die Gesetzgebung dahin zu wirken, daß eine bestimmte Arbeitszeit, ein Normalarbeitstag, und zwar vorläufig der zehnstündige eingeführt, alle regelmäßige Sonn- und Feiertagsarbeit verboten werden, sowie gänzliches Verbot der Kinderarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit auf das derselben von der Natur angewiesene Gebiet eintrete. Auch haben es die Gewerkschaften unternommen, gegen die die freien Arbeiter schädigende Zuchthausarbeit Front zu machen und an die gesetzgebenden Faktoren dieserhalb zu petitioniren. Wenn auch bis jetzt nur geringe Erfolge zu verzeichnen sind, so ist doch mit Befriedigung zu konstatiren, daß die Arbeiter immer klarer erkennen, wo Abhilfe geschaffen werden muß — durch die Gesetzgebung. In consequenter Folge dieser Bestrebungen haben die Mitglieder der Gewerkschaften nur solchen Reichstagsabgeordneten ihre Stimmen bei der Wahl zu geben, welche für die Interessen der Arbeiter mit aller Entschiedenheit eintreten.

Einer der Hauptzwecke des gewerkschaftlichen Lebens aber ist unstreitig das Unterstützungswesen. Es sind schon vorhanden verschiedene Kranken- und Sterbekassen, Wittwen-, Waisen-, Invaliden- und Wanderunterstützungskassen. In neuerer Zeit hat man auch die Arbeitslosen in einigen Gewerkschaften unterstützt. Die Kassen, welche solchen Zwecken dienen, sind die Fundamente der Bewegung und es basiren alle Erfolge auf der zweckmäßigen und billigen Einrichtung derselben. Um die leider vielfach zerstreuten kleineren Orts- und anderen Kassen leistungsfähiger zu machen, geht man damit um, die Centralisation derselben herzustellen. Der am Pfingstfeste in Hamburg stattfindende Gewerkschafts-Congreß wird in dieser Beziehung hoffentlich eine allgemeine Organisation derjenigen Zweige der Gewerkschaftsbewegung in's Leben rufen, die allen Gewerkschaften gemeinsam sind — und das sind eben die Unterstützungskassen. Löst die Polizei auch die Gewerkschaften aus irgend welchen Gründen auf, so dürfte sie doch über solche Kassen, die auf Grund des Hülfskassengesetzes organisirt sind, nicht den Stab brechen können. Es muß Jedem klar sein, daß, wenn Tausende der verschiedensten Gewerbszweige in eine Kasse zahlen, für den Einzelnen der Beitrag gering und die Leistung der Kasse eine ungleich höhere sein wird, als wenn nur einige Hunderte denselben Zweck in zehn verschiedenen Vereinen befolgen.

Auch dem Genossenschaftswesen hat man seine Aufmerksamkeit zu schenken. Es sind zwar vielfach schon Genossenschaften ins Leben gerufen worden; jedoch die Erfahrung hat gelehrt, daß mit privaten Mitteln die Arbeiter mit der Kapitalmacht auf solchem Wege im Großen und Ganzen nicht konkurriren können, sondern daß endgültig der Staat die Organisation der Arbeit, die Regelung der Produktion in die Hand nehmen muß; und zwar der Staat aufgebaut auf den Prinzipien der allgemeinen, wahren Freiheit und des Rechts der Arbeit.

Der Nutzen all' dieser Bestrebungen speziell für die Arbeiter und die wohlthätigen Folgen derselben auch für die Gesammtheit leuchten jedem Vernünftigen ein.

Bezeichnend für den heutigen Staat aber bleibt es, daß sogar die Gewerkschaften demselben ein Dorn im Auge sind.

Trotz alledem bricht sich die Erkenntniß der Wahrheit unserer Prinzipien allüberall Bahn und so beginnt auch die Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr in den Vordergrund zu treten. Die deutschen Arbeiter fangen an zu begreifen, daß sie vereinzelt Nichts, vereinigt alles Erstrebenswerthe erreichen können! Mögen deshalb die Genossen sich den Gewerkschaften anschließen und dort dazu beitragen, daß die Vorbedingungen zur genossenschaftlichen Produktion, das Verständniß dafür jedem Menschen klar werden. Also, auf zur Organisation, auf zur Agitation!

Die Presse.

Die Presse besitzt eine gewaltige Macht, da sie die „öffentliche Meinung“ anfertigt; sie legt der weitaus größten Zahl der Staatsbürger die Gedanken fix und fertig zubereitet vor, so daß dieselben nur verschluckt zu werden brauchen und zwar in vollständiger Gedankenlosigkeit. Die Presse hat es also sehr leicht, die „öffentliche Meinung“ zu fabriziren. Sie könnnte demnach ungemein viel Gutes wirken, wenn sie das Recht auf ihren Schild erhöbe, wenn sie das Unrecht verdammte, wenn sie die Freiheitsliebe den Lesern einimpfte, und wenn sie „die Gleichheit alles Dessen, was Menschenantlitz trägt“, proklamirte — sie würde dann das allgemeine Volkswohl in großartiger Weise fördern.

Handelt sie aber so im Interesse der Gesammtheit? Nein! Nehmt die Zeitungen zur Hand, — fortschrittliche, liberale konservative, klerikale — was findet Ihr darin? Der Staat wird verherrlicht, auch wenn er im Jahrwasser der Reaktion schwimmt, auch wenn er die Freiheit in Ketten schmiedet; die Gesellschaft wird als eine segenspendende gepriesen, auch wenn sie neun Zehntel ihrer Mitglieder das Anrecht auf irgend welchen nennbaren Besitz verweigert, auch wenn sie die Hälfte ihrer Mitglieder dem Elende und dem Hunger preis giebt; der Kirche aber wird Weihrauch gestreut, auch wenn sie den Fortschritt der Wissenschaften hemmt und die Bildung des Volkes unterdrückt. In dieser Richtung macht die herrschende Presse „öffentliche Meinung“; sie entsittlicht und verdummt somit das Volk, sie vergiftet den Volksgeist.

Solchem Einfluß muß das Volk allmälig sich entziehen. Die jetzt herrschende Presse muß durch eine wahre Volkspresse ersetzt werden.

Den Anfang hierzu hat die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands schon gemacht. In dem Centralorgan der Partei, dem „Vorwärts“, besitzen die Arbeiter einen treuen Freund und Berather, der sie auf den Weg des Rechts und der Wahrheit leitet; die „Neue Welt“ führt sie durch die Gefilde der allgemeinen Wissenschaften an leichtem blumendurchwirkten Bande; die „Zukunft“ läutert ihren Blick in die Zukunft; die „Rundschau“ versetzt sie in die praktische Agitation der sozialistischen Arbeiterpartei. Außerdem hat fast jede größere Stadt Deutschlands ein ein sozialistisches Lokalblatt, so Berlin, die „Berliner Freie Presse“, Hamburg-Altona, das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, Breslau, „Die Wahrheit“. Neben den Lokalblättern, welche die Zahl von 50 übersteigen, besitzen wir in Deutschland auch eine zahlreiche Gewerkschaftspresse; fast jede Corporation hat gegenwärtig ein eigenes Organ. Die Gesammtzahl dieser Blätter beläuft sich auf 15.

So stattlich die Zahl der sozialistischen Blätter in Deutschland auch schon ist, so gut auch der Geist, der sie durchwacht — immerhin haben wir nur Anfänge vor uns, kleine Anfänge, aus denen sich erst die Volkspresse entwickeln muß.

Und diese herzustellen, Eure Presse an die Stelle der Presse der herrschenden Gesellschaft, die Euch in geistiger und leiblicher Knechtschaft hält, zu setzen, dazu allein „Arbeiter“ habt Ihr die Macht. Euch gebietet dies Euer Interesse, da mit der Presse der Gegner auch die Macht derselben zusammenfällt. Doch Ihr erkennt in Eurer großen Mehrzahl weder Eure Macht, noch Euer Interesse, sonst würdet Ihr nicht so oft kleinlich verzagen, sonst würdet Ihr nicht gar die herrschende Presse durch Eure Abonnements noch unterstützen.

Der Arbeiter aber, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrath an seinem eigenen Interesse und an seiner Klasse.

Deshalb ermannt Euch Arbeiter, lernt denken und kämpfen! Weg also mit der herrschenden Presse, mit der Junker-, Bourgeois- und Pfaffenpresse, hoch aber die Presse des arbeitenden Volks, hoch die wahre Volkspresse!

— Ein neues Attentat ist Sonntag, den 2. Juni, auf den deutschen Kaiser verübt worden. Zwei Schüsse fielen aus einem Hotel Unter den Linden auf den dahinrollenden Wagen. Der Kaiser ist am Arme und am Kopfe durch Rehposten und Schrotkörner nicht unerheblich verwundet. Der Attentäter machte einen Selbstmordversuch; schwerverwundet wurde er aus dem Hotel in ein Krankenhaus geschafft. Derselbe heißt Dr. Nobiling und soll ein Beamter in dem landwirthschaftlichen Ministerium gewesen sein. Wir sind sehr gespannt darauf, welcher Partei nunmehr die moralische Mitschuld an diesem versuchten Meuchelmord aufgehalst werden wird*).

— Die deutsche Panzerfregatte „Großer Kurfürst“, circa 500 Mann Besatzung, ist von der Panzerfregatte „Kaiser Wilhelm“ am 31. Mai Vormittags 9¾ Uhr bei hellem Wetter und völliger Windstille in Grund und Boden gebohrt worden. Der „Große Kurfürst“ sank binnen wenigen Minuten. Ueber dreihundert Matrosen und Seesoldaten fanden ihren Tod, gegen 200 wurden gerettet, darunter 22 Offiziere, eine verhältnißmäßig große Zahl, deren Namen man auch schon kennt, während die Namen der geretteten Mannschaften bis jetzt noch nicht veröffentlicht sind, trotzdem verschiedene Anfragen an das Commando gerichtet wurden. Das Leben der Offiziere scheint somit viel werthvoller zu sein, als das der Mannschaften. Wen aber trifft die Schuld an dem grauenvollen Unglück?

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse“ in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Arbeitermarseillaise		—. 05.
Auerbach, Tagebuch aus Wien		—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrut und Olympia		—. 10.
Auszug aus den gesetzl. Bestimmungen über die Landtagswahl		—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden		1. 60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage		—. 25.
— — Bauernkrieg		2. —.
— — Rede über die Anträge betr. Abänderung der Gewerbeordnung		—. 10.
— — Die Entwickelung Frankreichs vom sechszehnten bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts		—. 25.
— — Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1874—76		—. 30.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.		3. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — C. Fourier		—. 30.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.		3. —.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph., Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit		2. —.
— — Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (1877)		3. 50.

*) Wie wir nachträglich hören, soll der „Herr Doctor“ der Sozialdemokratie wieder angehängt werden. Natürlich!

Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—.	10.
Bios, W., Unsere Preßzustände	—.	10.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866	—.	50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris	—.	40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793	—.	60.
Bornkau, Religion und Sozialismus	—.	40.
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk	—.	25.
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag	—.	50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten	—.	15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager	—.	15.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte	1.	—.
Bürgerkrieg in Frankreich	—.	15.
Civilehegesetz	1.	—.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—.	10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht	—.	50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Stevers gegen Vogel v. Falkenstein	1.	—.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 20 Pf. gebd.	—.	40.
— — für 1878. broch. 20 Pf. geb.	—.	40.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Löbau und vor Gericht 1871	1.	25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878	—.	40.
Die Märtyrer der Commune	—.	30.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74	—.	10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—.	10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage	—.	15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft	—.	10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage	—.	15.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	1.	50.
Diffidentengesetz	—.	20.
Donat, Dr. A., Antwort an den Bekenner des Theismus	—.	10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten	—.	25.
Duik, A., Nieder mit den Atheisten	—.	25.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals	—.	15.
Einkommensteuergesetz	1.	—.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—.	30.
— — Der deutsche Bauernkrieg	—.	50.
— — Soziales aus Rußland	—.	15.
— — Bakunisten an der Arbeit	—.	10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. I. Theil. Philosophie	—.	50.
Erinnerung an Herwegh	—.	10.
Erinnerung an Börne	—.	20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft	—.	80.
Für die französischen Brüder	—.	15.
Geib, A., Gedichte	—.	50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft	—.	50.
— — Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung	—.	60.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73	2.	—.
— — Nachtrag von 1873—76	1.	20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)	1.	40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich	1.	50.
Gesindeordnung	1.	50.
Ofenspruch am Kachelofen	—.	50.
Greulich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Erne Auseinandersetzung mit den Anarchisten	—.	25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)	—.	40.
— — Erlebtes (Skizzen und Novellen)	1.	20.
Heyner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne	—.	60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—.	20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Assoziation 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit	—.	15.
— — Praktische Emanzipationswinke	—.	10.
— — Die Organisation der Massen	—.	20.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.	—.	45.
Hirsch, die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation	—.	10.
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)	—.	50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à	1.	—.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung	—.	20.
Jegel, M., Freie Lieder (Gedichte)	—.	50.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag	—.	10.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky	1.	—.
König, Schwarze Kabinette	—.	75.
König Mammon und die Freiheit Ein neues Bilderbuch	1	20
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)	—.	05
— — Ceterum censeo (Gedicht)	—.	05.
Kunst und Sozialismus	—.	15.
Lange, Arbeiterfrage	4.	—.
Lassalle, F., Arbeiterfrage	—.	15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?	—.	35.
— — An die Arbeiter Berlins	—.	10.
— — Arbeiterlesebuch	—.	30.
— — Offenes Antwortschreiben	—.	08.
— — Arbeiterprogramm	—.	10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter	—.	15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz	—.	80.
— — Die Feste, die Presse 2c.	—.	15.
— — Bastiat Schulze	—.	50.
— — Indirekte Steuern	—.	40.
— — Düsseldorfer Arbeiterrede	—.	30
— — Fichte's Philosophie	—.	25
— — Fichte's politisches Vermächtniß	—.	25.
— — Julian Schmidt	1.	—.
— — Gotth. Ephraim Lessing	—.	20.
Leben und Thaten des Generals Jaroslas Dombrowski	—.	75.
Lehn, Juristisches Taschenlexikon	1.	—.
Leipziger Hochverrathsprozeß	3.	—.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz	—.	20
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—.	10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.	—.	20
— — Reichstagsrede 1874	—.	10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.	—.	75.
— — Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden	—.	30.
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage	—.	30.
— — Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstag	—.	40.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)	—.	75.
Lommel, Jesus von Nazareth	—.	40.
— Johannes Huß	—.	30.
Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871	4.	—.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.	—.	25.
— — Das Kapital. 2. Aufl.	9.	—.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte	1.	50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest	—.	20.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.	1.	80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie	—.	30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.	—.	30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten	—.	60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung	—.	25
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz	—.	15
— — Kapital und Arbeit	—.	50.
— — Bastille am Plötzensee	—.	60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie	—.	50.
— — Die Lösung der sozialen Frage	—.	40.
— — Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus	1.	—.
Moralt, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen	—.	10.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?	—.	30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte	—.	40.
— — Renzi. Drama in 5 Aufzügen	—.	30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman	8.	—.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle	—.	75.
— — Kranke Herzen	1.	—.
— — Braunschweiger Tage	2.	50.
— — Schutz in den Gewerkschaften	—.	10.
— — Ein verunglückter Agitator (Lustspiel)	—.	60.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, York, Blanqui, Crémieux, Deleseluze, Tomkowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Raoul-Rigault, Reffel 2c.; in Visitenkartenformat à	—.	25.
— — Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté“ (Freiheit) à	—.	25.
Photographien: in Kabinetformat à	—.	60.
— — in Groß-Folio	8.	—.
— — Triumph of Order, darstellend die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris 28 Ctm. breit 20 Ctm. hoch pr. Stck	5.	—.
20 „ „ 14 „ „ „	2.	50.
Pollitzer, S., Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern	—.	20.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht	—.	30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—.	05.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874	—.	25.
Protokoll des Stuttgarter Congresses 1870	—.	15.
— — des Dresdener Congresses 1871	—.	20.
— — des Coburger Congresses 1874	—.	30.
— — des Gothaer Congresses 1875	—.	30.
— — des Gothaer Congresses 1876.	—.	30.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873	—.	20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten	—.	25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur	—.	50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes	—.	30.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland	1.	—.
Rathgeber für Gewerbetreibende	3.	50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen	—.	90.
„ Städteordnung	1.	40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen. 5 Hefte	1.	90.
Rohleder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles	—.	80.
Röckel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim	1.	—.
Roller, der bekehrte Nagelschmied	—.	05.
Rud, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit	—.	60.
— — Gegen die Prügelpädagogen	—.	80.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus	1.	80.
Schlesinger, M., Eine Reise nach Utopien	—.	10.
Scholl, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie	—.	25.
— — Der Massenaustritt aus der Kirche	—.	15.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.	—.	25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage	—.	20.
Schulze, C., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder geb. / broch.	—.	50. / —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten	—.	20.
Sozialistische Theaterstücke.		
Nr. 1: Ein Schlingel	—.	35.
(Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)		
Nr. 2: Preßprozesse	—.	25.
(Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)		
Nr. 3: Ein Opfer	—.	40.
(Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)		
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls	2.	50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation	—.	10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich	1.	—.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich broch. / eleg. gbd.	—. / 1.	60. / 50.
— — Brutus! schläfst Du? broch. / eleg. gbd.	—. / 1.	60. / 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie	—.	40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen	—.	75.
Tschernyschewsky, N. G., Que faire? Roman	8.	—.
— — L'économie politique	1.	50.
Fahlteich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3, 4 à	—.	15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen	—.	10.
Verfassung des deutschen Reiches	—.	75.
Vogel, Apotheken-Monopol	—.	60.
— — Verfälschung der Lebensmittel	—.	60.
Volksstaat-Kalender für 1874	—.	20.
— — für 1875	—.	20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch. / gebd.	—. / —.	50. / 65.
Volksschulgesetz für Sachsen	1.	—.
Volkmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung	—.	15.
Wahre Gestalt des Christenthums	—.	50.
Wander, K., Drei Jahre aus meinem Leben oder: Mein Prozeß wegen Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit 2c.	1.	50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze	—.	10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften	2.	—.
York, Die industrielle Arbeiterfrage	—.	10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.	1.	60.
Zeitgeist, Eine Studie	—	25.
Zukunftsmedizin oder Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten. (Vollständig in 12 Heften.) Heft 1-10 à	—.	75.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet am

Donnerstag, den 20. Juni, Abends 8 Uhr, in **Leipzig** im **Restaurant der Wölbling'schen Brauerei,** Windmühlenstr. 15 statt.

Die Tagesordnung lautet:

1) Geschäftsbericht des Vorstandes. 2) Revisionsbericht des Aufsichtsrathes. 3) Richtigsprechung der Jahresrechnung. 4) Feststellung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn. 5) Feststellung des Etats für das neue Geschäftsjahr. 6) Wahl des Vorstandes. 7) Bestimmung über den Sitz des Aufsichtsraths. 8) Antrag, Aenderung des § 27 des Statuts betreffend.

Laut § 18 des Statuts steht es den Mitgliedern, welche nicht am Orte der Generalversammlung wohnen, frei, sich auf Grund einer eigenhändig unterzeichneten Vollmacht vertreten zu lassen. Die betr. Vollmachtsformulare, welche den Stempel der Genossenschaft tragen müssen, werden von dem mitunterzeichneten A. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12, auf Verlangen den Genossenschaftsmitgliedern zugeschickt. [2,60

Hamburg, den 30. Mai 1878.

Der Aufsichtsrath.

I. A.: J. W. Hartmann. H. Brasch. A. Geib. C. Derossi

Soeben, Montag Mittag, erhalten wir von unseren Parteigenossen in Dresden folgende Depesche:

Nobiling ist Nationalliberaler, war Mitarbeiter der Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz“ und trat uns in den Versammlungen entgegen.

Schlüter.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Verbindungsgelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rösche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: W. Hah, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. cor Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 66. Freitag, 7. Juni. 1878.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands!

Parteigenossen!

Wie seit mehreren Jahren regelmäßig, so wird auch in diesem Jahre ein Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands zu Gotha, und zwar vom 15. bis 18. Juni, stattfinden.

Zutritt zu dem Congreß haben solche Parteigenossen, welche von einer Arbeiter- oder Volksversammlung zu Delegirten gewählt werden.

Um die Vertretung nach einheitlichem System zu ermöglichen, wird bestimmt, daß nur die in einer und derselben Versammlung eines Ortes gewählten Delegirten auf dem Congreß Zutritt haben. Die Delegirten haben sich durch ein Mandat, welches von den Vorsitzenden und Schriftführern der Wahlversammlung unterzeichnet sein muß, zu legitimiren; außerdem ist es nothwendig, daß der Vorsitzende der Wahlversammlung dem mitunterzeichneten C. Deroffi, Hamburg, Holzdamm 42, von der Wahl und dem Namen des Delegirten brieflich Kenntniß giebt. Delegirte, welche ohne vorgeschriebenes Mandat erscheinen, haben nur auf ausdrücklichen Beschluß des Congresses Zutritt.

Der Congreß beginnt am Sonnabend, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, um seine Constituirung noch am selben Abend im Kaltwasser'schen Lokale vorzunehmen.

Alle Zuschriften, betreffend Quartiere 2c. 2c., sind an Bruno Straube, Genossenschaftsbuchdruckerei in Gotha, zu richten.

Hamburg, 27. Mai 1878.

Das sozialistische Centralwahlcomité Deutschlands.
G. W. Hartmann. H. Brasch. A. Geib. C. Deroffi.

Angebot und Nachfrage.

I.

Es scheint der Mühe werth und bedarf wohl keiner Entschuldigung, wenn die beiden obigen Begriffe einmal einer besonderen sichtenden Behandlung unterworfen werden.

Wie wenig Lebenserfahrung gehört doch dazu, um zu wissen, daß der Preis einer Waare (oder eines Dienstes) steigt, wenn davon mehr verlangt als angeboten wird, und sinkt, wenn der umgekehrte Fall eintritt. Allein gerade von den bekanntesten Erscheinungen gilt, daß ihr Wesen am längsten unbekannt bleiben kann. Daß diese Bemerkung ganz besonders auf die Begriffe des Angebots und der Nachfrage anwendbar ist, hat sich erst jüngst wieder herausgestellt, bei der Besprechung nämlich der Marx'schen Werththeorie und der Schäffle'schen Ausstellung daran. Die letztere tadelt ja eben an der ersteren, daß sie den Tauschwerth ohne Rücksicht auf Angebot und Nachfrage, lediglich durch die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bestimmt werden lasse. Die drei Einsender von Besprechungen dieser Streitfrage kommen zu drei verschiedenen Ergebnissen, drei verschiedenen Auslegungen des Marx'schen Werthbegriffs. Versuchen wir nun der Sache näher zu treten, ohne zunächst von dem letzteren auszugehen, indem wir Beispiele vorausschicken.

Der Gebrauchswerth der aus Handgespinnst gefertigten Leinwand ist größer als derjenige der aus Maschinengespinnst gewebten. Sie befriedigt mehr menschliche Bedürfnisse als diese, weil sie beiweitem länger hält und durch den Gebrauch längere Zeit hindurch nur besser wird, die menschliche Haut wohlthuender berührt und weniger der Fälschung unterworfen ist. Trotzdem ist ihr Tauschwerth nicht größer, sondern wohl geringer als der von Leinwand aus Maschinengespinnst, welche schöner aussieht, aber die Flachsfaser in verschlechtertem Zustande verarbeitet enthält. Da nun aber der Geschmack der Käufer und andere Umstände die Hausleinwand (die aus Handgespinnst gemachte) fast ganz aus dem Markte verdrängt hat, so wird sie von Kennern mitunter viel theurer bezahlt als die andere; ihr Preis wird durch ein Mehr von Nachfrage und ein Weniger von Angebot gesteigert. Aus diesem Beispiele ergibt sich, daß Gebrauchswerth, Tauschwerth und Preis — Begriffe, welche die alte Nationalökonomie stets und mitunter absichtlich verwechselt, scharf unterschieden werden müssen.

Das Gemälde eines Meisters befriedigt wenige menschliche Bedürfnisse, in der That nur ein einziges, das des Schönheitssinnes, und auch dieses nur bei verhältnißmäßig wenigen Menschen; für die meisten anderen hat es vielleicht weniger Gebrauchswerth als die ungefärbte Leinwand. Der Tauschwerth ist aber sehr hoch in einer Culturnation, welche daran die Seltenheit würdigt, die Arbeitszeit mitbezahlt, welche der Meister zur Erlernung seiner Kunst und zur Herstellung des Kunstwerks nöthig gehabt hat, und sich mit dem Alleinbesitz desselben spreizen will. Der Preis aber wird innerhalb derselben Nation im Laufe der Zeit ganz bedeutend wechseln können, je nachdem mehr oder weniger Liebhaber des Kunstwerks vorhanden oder bemittelt und eitel auf den Besitz sind, je nachdem der eben herrschende Kunstgeschmack wechselt, zumal wenn das Bild außerhalb der Culturkreise verkauft werden muß. Aus diesem Beispiele ergibt sich wieder die große Verschiedenheit der Begriffe Gebrauchswerth, Tauschwerth und Preis; zugleich aber zeigt sich schon hier, daß der erstere ein sinnliches Ding, der zweite blos in den Vorstellungen der Austauschenden vorhanden und kein äußerliches Ding, der dritte aber beides zugleich ist oder sein kann, nämlich entweder eine vorgestellte Summe Geldes, oder dieselbe Summe greifbares Geld.

Ein Schuldschein über eine Million Geldes hat gar keinen Gebrauchswerth, weil er gar keine menschlichen Bedürfnisse befriedigt bis dahin, daß er gegen Gebrauchswerthe umgetauscht werden kann, also ein Tauschwerth geworden ist. Dann aber ist sein Tauschwerth und sein Preis genau eines und dasselbe, kann sehr bedeutend wechseln, wie man es häufig an der Börse sehen kann, ja ganz verloren gehn und erweist sich in diesem Falle als ein Scheinwerth je nachdem Angebot und Nachfrage gegen einander die Rollen wechseln. Dennoch verlangt er, so lange er seinen Tauschwerth behält, mit gleichviel Gebrauchswerthen bezahlt und obendrein regelmäßig verzinst zu werden. Dieses Beispiel lehrt genau dasselbe, was die beiden ersten Beispiele lehrten, aber zugleich noch etwas Neues: Gebrauchswerth, Tauschwerth und Preis können in einander übergehen und sich decken, obwohl sie weit verschieden sind.

Wie verhalten sich nun Angebot und Nachfrage zu Gebrauchs- und Tauschwerth und Preis? — Nun, ein Gebrauchswerth als ein wirkliches Ding, eine Waare oder fertige Arbeit, verhält sich gleichgültig gegen Angebot und Nachfrage, und umgekehrt. Das Pfund Fleisch, Brod oder wollene Strümpfe wird nicht im Mindesten nutzloser, wenn die Nachfrage im Verhältniß zum Angebot abnimmt. Noch tritt der umgekehrte Fall ein; wenn das Angebot gegenüber der Nachfrage wächst, oder wenn es abnimmt — immer bleibt die nützliche Waare gleich nützlich, und man kann damit nur immer dasselbe Maß menschlicher Bedürfnisse befriedigen. So einfach und selbstverständlich dies ist, so nothwendig ist es, darauf eine besondere Aufmerksamkeit zu lenken, wie wir noch sehen werden.

Ganz anders mit dem Tauschwerth. Da dieser blos in den Köpfen, in den Werthvorstellungen und in den Vereinbarungen der Menschen besteht, so werden Angebot und Nachfrage fort und fort verändernd darauf einwirken. Wie die Menschenwelt bisher ist und gewesen ist, wird für ein Pfund Fleisch, Brod oder wollene Strümpfe mehr andere Arbeitsfrucht angeboten werden, wenn viele Kauflustige da sind, von denen jeder damit seine Bedürfnisse befriedigen will, als wenn deren wenige da sind. Und wenn es weniger Pfunde Fleisch, Brod oder wollene Strümpfe im Markte gibt, während die Zahl der Kaufbegierigen dieselbe bleibt gegen vorher, so wird derselbe Fall eintreten, es wird mehr Arbeitsfrucht als vorher dafür angeboten werden. Und ganz derselbe Vorgang wird platzgreifen, wenn wir das Verhältniß unter dem Gesichtspunkte der Nachfrage betrachten. Mit andern Worten: die Menge der Käufer und die Menge der Waare im Markte stehn im umgekehrten Verhältnisse. Und dieses Verhältniß wird unter Umständen aus einem umgekehrten arithmetischen ein umgekehrtes geometrisches werden. Weil z. B. die Menge der großen und fehlerfreien Diamanten im Markte weit geringer ist gegenüber der Menge der Kauflustigen, so wird für einen doppelt so großen Diamanten ein vierfach so großes Maß von Waare, für einen dreifach so großen ein neunfach so großes, für einen vierfach größeren ein sechzehnfach größeres angeboten werden.

Und wieder anders wirken Angebot und Nachfrage auf den Preis ein. Denn dieser hängt nicht blos von der Werthvorstellung der Menschen, sondern zugleich von der Menge des vorhandenen allgemeinen Tauschmittels, des Geldes, ab. Weil die Menschen sich gewöhnt haben, nicht mehr Waaren gegen Waaren, sondern Waaren gegen Geld, und dann Geld gegen andere Waaren auszutauschen, weil sie also für ihre eigene Waare erst Geld bekommen müssen, ehe sie dafür fremde Waare erlangen können, und weil das Geld nicht blos Werthmesser und Stellvertreter von Werth, sondern daneben auch selbst Waare oder Tauschwerth ist, so ändert sich bei jeder Preisbestimmung, welche in Gelde erfolgt, der Tauschwerth zweimal. Zuerst wird in der Werthvorstellung der Austauschenden die eine Waare gegen den Geldwerth abgeschätzt, und dann der Geldwerth gegen die andere Waare. Der Preis wird also durch eine zweifache Waarenabschätzung bestimmt, bei welcher Angebot und Nachfrage einwirken, bei welcher die Menge der Käufer und die Menge der Waaren im Markte in's umgekehrte Verhältniß eintreten. Und so wenig dieser Vorgang im gewöhnlichen Leben vieles und tiefes Nachdenken erfordert, so verwickelt wird er nun für die wissenschaftliche Untersuchung.

Wir werden uns die letztere erleichtern, wenn wir uns vorher ein wenig unter dem Gewühl der Waaren umsehen. Da finden wir deren eine Anzahl von Arten, welche als Waaren gelten, während sie doch das wesentlichste Merkmal der Waare nicht an sich tragen — sie können nicht die Hände wechseln, nicht abgeliefert werden, nicht ohne Weiteres menschliche Bedürfnisse befriedigen, bevor die Menschengesellschaft sie dazu hergibt und verordnet. Dahin gehören der Boden und seine Schätze, die Luft, das Licht, die Sonnenwärme und — der Mensch. Diese alle werden nur infolge von Menschengesetzen zur Waare und dem Angebot und der Nachfrage unterworfen. Bleiben wir beim Menschen stehen. Er kann also unter menschlichen Gesetzen zugleich Käufer und Waare sein, Waare, wenn er in Innerafrika geschlachtet, verkauft und gefressen wird; Waare, wenn er als Sklave verhandelt, mißhandelt oder zur Arbeit gepeitscht wird, Waare, wenn er als Lohnarbeiter sich täglich selbst, d. h. seine Arbeitskraft verkaufen muß, oder gar seine Frau und Kinder. Als Lohnarbeiter ist er zugleich Waare und Käufer des eigenen Lebensunterhalts und Verkäufer seiner selbst. Als solcher ist er dem Angebot und der Nachfrage unterworfen, ganz wie jede Waare, bestimmt aber zugleich als Käufer und Verkäufer den Tauschwerth und die Preise aller Waaren mit. Durch seine Bedürfnisse, welche befriedigt werden müssen, wird er zur Nachfrage nach solchen Waaren gezwungen, ohne welche er nicht bestehen, geschweige denn seine Arbeitskraft verkaufen könnte, und durch den Verkauf seiner Arbeitskraft vermehrt (oder unter Umständen vermindert) er alle Waaren und die Menge der Arbeitskräfte im Markte.

Daß dies unnatürlich ist, unvernünftig, selbstwidersprechend, so daß die wissenschaftliche Untersuchung der Gesetze von Angebot und Nachfrage nicht rein für sich vorgenommen werden kann, leuchtet ein. Wir müssen, um ihre Wirkungen unbeeinflußt von Störungen, betrachten zu können, einen Zustand voraussetzen, in welchem der Mensch in keiner Weise Waare, sondern lediglich Käufer und Verkäufer von Waare ist. Wir müssen aber zugleich voraussetzen, daß die heutige durch Wissenschaften und Künste ungemein gesteigerte und steigerbare Produktivkraft der menschlichen Arbeit in diesem Zustande fortdauere. Wie wirken dann Angebot und Nachfrage? — Nun, das Gemälde wird vollständig anders.

(Schluß folgt.)

Aus Oesterreich.

Wien, 31. Mai.

Für Oesterreich hat sich ein Lehmann noch immer nicht gefunden, der eine bequeme Handhabe zu Maßregelungen der Sozialdemokraten bieten würde. Man setzt dieselben daher ohne Lehmann in Scene. Es war wohl nicht nothwendig, daß der geniale Reichskanzler, der Alles so schön erfüllt, wofür man im Jahre 1848 gestritten hat, unsere Regierung aufforderte, Hand in Hand mit der deutschen und russischen einen Feldzug gegen die Sozialdemokratie zu eröffnen, oder vielmehr denselben rücksichtsloser als bisher fortzusetzen, denn in diesem Punkte hat es unser Ministerium stets sehr gut verstanden, die Initiative zu ergreifen.

Um so sonderbarer klingt es, wenn die liberalen Blätter über dies Ansinnen Bismarck's außer sich gerathen. Man weiß nicht, soll man lachen oder sich ärgern über die Frechheit, mit der sie Oesterreich als einen freien Staat hinstellen. Die „Neue Freie Presse", welche, von Beaconsfield besoldet, schon längst von ihrer Verehrung für den russischen Reichskanzler abgekommen ist, macht sich in folgender Weise Luft: „Um wie viel entrüsteter muß das Volk in Oesterreich, in Frankreich, in Italien die Zumuthung von sich weisen, mit dem Leipziger Klempnergesellen identifizirt zu werden! Heißt es denn nicht das Vorhandensein von Königsmördern in Rom, Wien, Paris als feststehende Prämisse statuiren, wenn man den dortigen Kabinetten ansinnt, aus Veranlassung des Schusses, der unter den Linden in Berlin abgefeuert wurde, im eigenen Hause Razzias und Polizeihetzen zu veranstalten? .... Der sozialen Uebel giebt es leider überall genug, und zwar bestehen sie nicht erst seit gestern; aber durch den Polizisten sie zu beseitigen, ist russische Therapie; wo Verfassungen und Gesetze in Kraft (?) und Volksvertretungen (??) in Funktion sind, ist man an andere Heilmethoden gewöhnt (???)."

So der Schnack, der in demselben Blatte die Anzeige von dem Verbot einer Volksversammlung hätte lesen können — wenn er gewollt hätte. Die Gesetze sind bei uns nicht in Kraft, das Volk nicht vertreten und wir daher an andere Heilmethoden als Trepow'sche nicht gewöhnt. Dennoch waren selbst wir überrascht, als die österreichische Regierung die Schamlosigkeit so weit trieb, und nicht nur faktisch, sondern sogar formell mittelst eines Erlasses das Versammlungsrecht suspendirte! An sämmtliche Landeschefs ist nämlich die Weisung ergangen, gar keine Volksversammlungen, und möge die Tagesordnung welche immer sein, zu gestatten. So erfolgt Verbot auf Verbot — jedes natürlich auf Grund des famosen Paragraph 6 des Versammlungsgesetzes. Für den 26. Mai ist eine Volksversammlung in Wien angezeigt mit der Tagesordnung: „Die Wiener Zeitungen" — staatsgefährlich! für den 27. Mai eine in Graz, Tagesordnung: „Die Grazer Zeitungen" — staatsgefährlich! für den 2. Juni eine tschechische in Wien — staatsgefährlich! für dasselbe Datum eine in Florisdorf, Tagesordnung: 1) „Das allgemeine direkte Wahlrecht", 2) „Wie kann den Arbeitern geholfen werden" — staatsgefährlich!

Der Suspendirung des Versammlungsrechts reiht sich würdig an die Beseitigung der Freiheit und Unabhängigkeit des Richterstandes. In Oesterreich existiren bekanntlich Geschworenengerichte, der Reichsrichter hat blos das Strafmaß zu bestimmen. Obgleich in der Bestimmung desselben Niemand bisher etwas von einer außerordentlichen Gutmüthigkeit unserer Richter verspürte, hält man es doch für gerathen, den Richter ganz zum Werkzeug der Regierung zu machen und ihm mit Maßregelung zu drohen, wenn er sich nicht gefügig zeigt, wie aus folgendem Erlaß des Brünner Oberlandesgerichts hervorgeht:

„In Ansehung des exorbitanten Umfanges, in welchem von dem außerordentlichen Milderungsrechte Gebrauch gemacht wird, theile ich vollkommen das tiefe Bedauern, welchem der Herr Ober-Staatsanwalt über diesen durch beredte Ziffern constatirten wahrhaften Abusus (Mißbrauch) Ausdruck giebt. Gegenüber der Freiheit des richterlichen Urtheils kann allerdings eine Abhilfe, soweit es die Spruchpraxis der Berufungsgerichte anbelangt, gar nicht, und bei den Urtheilen der Gerichtshöfe erster Instanz nur mittelst des im § 283 Strafprozeßordnung gewahrten Berufungsrechtes der Staatsanwaltschaften getroffen werden.

„Ich nehme aber keinen Anstand, hiemit unumwunden zu erklären, daß derjenige Richter, welcher, unbekümmert um die immer greller hervortretenden Consequenzen einer kurzsichtigerweise geübten Milde, die Ausnahme zur Regel zu erheben und so das Strafgesetz zu korrigiren sich anmaßt, seinem Beruf nicht entspricht, und daß ich dieses Urtheil über einen solchen Richter bei passender Gelegenheit praktisch zur Geltung zu bringen nicht unterlassen werde."

Die kurzsichtige liberale Partei läßt solche Dinge ruhig vor sich gehen, ohne zu bedenken, daß der Spieß auch einmal gegen sie umgedreht werden kann. Allem Anschein nach wird man auf diesen Augenblick nicht allzulange warten müssen.

Immer jämmerlicher und offenkundiger wird die Halbheit des Liberalismus immer zuversichtlicher die Haltung der „staatsrechtlichen" Opposition. Graf Hohenwart, ihr Führer, der nicht

gewohnt ist, mit Phrasen um sich zu werfen, und nicht etwas spricht, was er nicht verantworten kann, meinte unlängst bei der Ausgleichsdebatte im Abgeordnetenhause, er wolle das Ministerium nicht allzusehr angreifen, denn gegen Sterbende müsse man nächsichtig sein.

So weit hat es der Liberalismus in Oesterreich gebracht, daß ein reaktionäres Ministerium, weil es gegen die Liberalen reagirt, die Volksfreiheit fördern muß. Ein ultramontan-feudalföderalistisches Ministerium müßte, um sich eine breitere Basis geben und die Herrschaft der Bourgeoisie, welche ihm feindlich ist. zu untergraben, das Wahlrecht erweitern, vielleicht sogar das allgemeine Wahlrecht gewähren. Es gewänne dadurch das Landvolk, wir aber würden einige Sitze in den Industriebezirken Wien, Reichenberg und Graz gewinnen. Die Liberalen würden auf die wenigen Territorien beschränkt, in denen das Kleingewerbe das dominirende Element ist.

Die staatsrechtliche Opposition weiß es, daß die Sozialisten die einzigen dunklen Flecken sind, welche den Himmel des allgemeinen Wahlrechtes für sie trüben konnten. Während die Liberalen den Sozialismus geringschätzig über die Achseln ansehen, ist die Partei des „Vaterland" — unserer Kreuzzeitung — eifrig bemüht, eine antisozialistische Agitation in's Leben zu rufen. Daher wurde der bekannte Sozial-Conservative Rudolf Meyer in die Redaktion des „Vaterland" berufen, welches seitdem den Sozialismus eifrig und im Gegensatze zu den liberalen Journalisten, welche die Sozialdemokratie nur aus dem Conversationslexikon kennen — wenn sie dieselbe überhaupt kennen — gründlich untersucht.

Nachdem schon wiederholt im „Vaterland" auf die Nothwendigkeit eines christlich-sozialen Arbeiterblattes hingewiesen worden, ist endlich vor wenigen Wochen durch ein Cirkular, welches in den Reihen des Adels und der kirchlichen Würdenträger verbreitet wurde, der Anstoß zur Grüdung einer christlich-sozialen Partei gegeben worden, welche beiläufig allerdings nur durch die Presse sich bemerkbar machen will, unmöglich aber, für den Fall, daß sie Erfolg haben will, auf dies Gebiet allein sich beschränken kann. Uns kann ein Kampf nur erwünscht sein. Er erweckt die Indifferenten aus ihrer Lethargie, er zwingt das Volk zum Nachdenken — und wenn das Volk nur einmal selbstständig zu denken anfängt, dann haben wir gewonnenes Spiel.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zum neuen Attentat. Für Leipzig und Umgegend brachte der „Vorwärts" Montag den 3. Juni folgendes Extrablatt:

Der Urheber des letzten Attentats auf den deutschen Kaiser, Dr. Nobiling, war im amtlichen statistischen Bureau des Dr. Engel zu Berlin beschäftigt — getäuschter Ehrgeiz (er hatte sich vergeblich um eine Stelle im landwirthschaftlichen Ministerium beworben) scheint das Motiv der That gewesen zu sein. In dem Zimmer, aus welchem Nobiling geschossen, fand man Exemplare der „Germania" und der „Leipziger Zeitung". Nach einem Berliner Telegramm hätte Nobiling bekannt, daß er „sozialdemokratische Versammlungen besucht habe". Diese Notiz, deren denunziatorischer Zweck in die Augen springt, ist dahin zu berichtigen, daß Nobiling, wie uns telegraphirt wird, sozialdemokratische Versammlungen in Dresden zu besuchen pflegte, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Dr. Nobiling, der in Halle und Leipzig Landwirthschaft und Volkswirthschaft studirte, zeichnete sich in Leipzig durch pronoucirt nationalliberale Parteianschauungen aus und war einer der eifrigsten Sozialistengegner in dem bekannten Debattirklub des Professors Birnbaum; er verließ Leipzig vor zwei Jahren und begab sich mit Empfehlungen Prof. Roscher's nach Dresden, wo er im statistischen Bureau arbeitete, und dann nach Berlin, wo er, wie schon bemerkt, ebenfalls eine Zeit lang im statistischen Bureau beschäftigt war und bis jetzt mit geringen Unterbrechungen gelebt haben soll. Er war Mitarbeiter der Böhmert'schen antisozialistischen „Sozial-Correspondenz".

Wir veröffentlichen diese Thatsachen ausschließlich im Interesse der Wahrheit und zur Abwehr infamer Insinuationen, und nicht in der Absicht, Dr. Nobiling „an die Rockschöße" der nationalliberalen Partei zu hängen. Jeder anständige Mensch weiß, daß der Versuch, politische Parteien für die Privathandlungen und Privatverbrechen einzelner ihrer Mitglieder oder Anhänger verantwortlich machen zu wollen, eine Niederträchtigkeit, ein moralischer Meuchelmord ist.

Dr. Nobiling machte, als er nach heftigem Widerstand ergriffen ward, einen Selbstmordversuch und verwundete sich so schwer am Kopf, daß er gestern Abend für „vernehmungsunfähig" erklärt ward. Trotzdem wird gemeldet, er sei in der Nacht verhört worden — ein Widerspruch, welcher der Aufklärung bedarf. Die Mittheilung eines hiesigen nationalliberalen Blattes, „Nobiling habe bei der gerichtlichen Vernehmung bekannt, daß er sozialdemokratischen Tendenzen huldige und wiederholt hier (in Berlin) sozialdemokratischen Versammlungen beigewohnt habe", wird durch das Vorstehende auf ihren wahren Werth reduzirt. Was es mit dem Besuch sozialdemokratischer Versammlungen auf sich hatte, ist bereits gesagt worden, und statt zu „sozialdemokratischen" Tendenzen wird der Mitarbeiter des Sozialistentödters Böhmert, der Schützling des nationalliberalen Volkswirthschafters Roscher und der Unterbeamte des preußischen Regierungsraths Engel sich wohl zu „sozialpolitischen", aber antisozialdemokratischen Tendenzen bekannt haben. Ob und welche Bedeutung übrigens den Aeußerungen eines „vernehmungsunfähigen", am Kopfe schwerverwundeten Menschen beizulegen ist, das wollen wir nicht beurtheilen.

Folgendes Extrablatt hat der „Vorwärts" für Leipzig am 4. Juni Abends herausgegeben:

Wenn man bedenkt, mit welchem Eifer sich die Reaktion auf das Lehmann'sche Attentat warf, kann man sich nicht darüber wundern, daß sie jetzt ihr Aeußerstes aufbietet, um das neue Attentat, welches alle Volksschichten in Aufregung versetzt hat, politisch auszubeuten. Welch' bessere Gelegenheit als inmitten der allgemeinen Entrüstung, der hochwogenden Leidenschaften, um die am Schluß der letzten Reichstagssession erlittene Niederlage wieder gut zu machen und die Zustimmung der Volksvertretung zu Maßregeln zu erlangen, denen sie in normalen Zeiten nimmermehr ihre Sanktion ertheilen würde?

Nur Eins steht hier im Wege: die Person und Lebensgeschichte des Meuchelmörders. Lehmann, den verkommenen Lumpenproletarier, der in Leipzig eine Zeitlang der sozialistischen Partei angehörte und sozialistische Zeitschriften kolportirte, ließ sich im ersten Lärm unschwer der Sozialdemokratie „an die Rockschöße hängen". Der kleine Umstand, daß die Sozialdemokratie selbst ihn längst abgeschüttelt hatte, und daß er dann von ihren erbittertsten Feinden, den Nationalliberalen und Christlich-Sozialen, an's Herz geschlossen worden war, brauchte nicht an die große Glocke gehängt zu werden: und es kam ja blos darauf an, daß die fromme Lüge Cours behielt, bis das famose Lehmann-Gesetz vom Reichstag angenommen war — eine Berechnung, die freilich nicht zutraf.

Aber wie den Sohn des preußischen Domänenpächters, den streberischen Beamten des sächsischen und preußischen Büreaus, den Mitarbeiter Böhmert's — wie ihn zum Opfer sozialdemokratischer Verführung, zum Werkzeug sozialdemokratischer Mordpläne machen? Die Aufgabe ist keine leichte; aber man muß den Biedermännern, die sie sich gestellt, nachsagen, daß sie sehr fleißig sind und keine Mühe scheuen. Da es nicht mit ehrlichen Mitteln geht, müssen unehrliche Mittel herhalten — der Zweck heiligt das Mittel. Calumniare audacter — nur frech gelogen und verleumdet, etwas bleibt doch hängen, denken die sauberen Biedermänner.

Daß Dr. Nobiling ein Nationalliberaler vom reinsten Wasser war, ein Ehrgeiziger, der zum Unzufriedenen wurde, weil er sich zurückgesetzt sah — das wird wohlweislich verschwiegen. Wohl aber wird in die Welt hinausposaunt, er habe sich bei seiner Vernehmung nach der That zu sozialdemokratischen Tendenzen bekannt, und gestanden, daß er sozialdemokratische Versammlungen besucht, und daß sein „jüngerer Bruder" einige sogar einberufen habe; daß er Mitschuldige habe und „vom Loos getroffen" worden sei. Diese und ähnliche Behauptungen und Insinuationen werden mit jesuitischer Raffinirtheit in das Volksgemüth geträufelt, um es voreinzunehmen und ruhiger Erwägung unzugänglich zu machen. Wohlan, an all diesen Behauptungen ist kein wahres Wort. Die Natur der Wunden, die Nobiling theils von eigener, theils von fremder Hand empfangen, ist derart, daß er keinen Augenblick bei vollem Bewußtsein sein konnte (durch die tödtlichen Wunden quillt das Gehirn hervor!). Wäre Nobiling in diesem Zustand wirklich einem regelmäßigen Verhör anterzogen worden, so würde dies eine ganz überflüssige Grausamkeit gewesen sein, denn die Aussagen eines Sterbenden, der zwei Kugeln im Kopfe hat, sind juristisch absolut werthlos — ebenso werthlos, wie weiland die Aussagen der „Hexen", die unter dem Einfluß der Folter, mit verrenkten und zermalmten Gliedern, im Delirium Alles, was man von ihnen wünschte, über den Teufel, über dessen Aussehen bis in alle Details aussagten.

Uebrigens wird nun auch nachträglich „von kompetenter Seite" — so schreibt die nationalliberale „Magdeburger Zeitung" (Nr. 255) — bestritten, daß Nobiling von Mitschuldigen gesprochen und obige Geständnisse gemacht habe. Mit den angeblich auf einen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie hindeutenden Aeußerungen wird es die nämliche Bewandtniß haben. Jedenfalls wären sie vollkommen werthlos.

In Leipzig kennt keiner unserer Parteigenossen den Dr. Nobiling. Niemand aus unserer Mitte hat mit ihm verkehrt; Niemand ihn je in einer Versammlung gesehen. Ein Correspondent des „Leipz. Tagebl." (Nr. 155) schreibt freilich: „Er (Nobiling) besuchte gern die Versammlungen der Sozialdemokraten". Der Correspondent des „Leipziger Tageblatt" hat ihn wohl in diese Versammlungen begleitet? Ist also auch Sozialdemokrat und —? Derselbe „Tageblatt"-Correspondent schließt seine Notizen charakteristisch wie folgt: „Der Attentäter besitzt eine außerordentliche geistige Begabung und großen Fleiß, dabei war sein Leben äußerst solid, nie sah man ihn trunken. Sein im höchsten Grade exaltirtes Wesen läßt die Annahme, daß er die ruchlose That in Geistesverwirrung begangen, nicht unwahrscheinlich erscheinen; wer aber die Schuld an dieser Geistesverwirrung trägt, läßt durchaus keinen Zweifel zu, es sind die sozialdemokratischen Hetzereien."

Also: der Mann ist „im höchsten Grade exaltirt", hat „die ruchlose That nicht unwahrscheinlich in Geistesverwirrung begangen", ist folglich unzurechnungsfähig und für seine Person nicht strafbar; aber „Strafe muß sein", und so wird denn die Sozialdemokratie an den Haaren herbeigerissen: sie trägt die Schuld an der Geistesverwirrung Nobiling's, und ergo auch an der in der Geistesverwirrung verübten That. Und die Moral der Geschichte: „der Jude wird verbrannt."

Warum macht der „Tageblatt"-Correspondent — wenn er denn durchaus einen Verantwortlichen haben will, nicht Herrn Roscher und dessen famose Vorträge über Volkswirthschaft verantwortlich, die schon Hunderte von jungen Leuten in Bezug auf nationalökonomische Dinge in bedenkliche „Geistesverwirrung" gestürzt haben sollen? Oder die kaum weniger geistreichen Vorträge des Professor Birnbaum? Und die ditto geistreichen Kneipabende in der (ultranationalliberalen) Burschenschaft „Germania", zu deren eifrigsten Mitgliedern Nobiling gehörte.*) Wir dächten, an Ursachen zur „Geistesverwirrung" hätte der Lieblingsschüler Roscher's und Birnbaum's keinen Mangel gehabt.

Inzwischen ist der „Tageblatt"-Correspondent vielleicht durch das „Tageblatt" selbst von seiner „Geistesverwirrung" geheilt worden; es bringt nämlich, und zwar auf dem gleichen Blatt, genau auf der Rückseite, ein sehr vernünftiges „Eingesandt", das den Gedanken ausspricht, den Hunderttausende von vernünftigen Leuten in den letzten Stunden ausgesprochen haben:

> **daß die Art und Weise, wie die Presse den Lehmann'schen Bubenstreich behandelt hat, sehr leicht den Anlaß zu dem Verbrechen Nobiling's gegeben haben könnte.**

Es ist eine, allen Criminalisten und Statistikern bekannte, psychologisch auch leicht zu erklärende Thatsache, daß Verbrechen ansteckend sind, und daß jeder cause célèbre, jedem außerordentlichen, über das Niveau des Gewöhnlichen hinausragenden oder künstlich hinausgehobenen Verbrechen eine Reihe ähnlicher Verbrechen zu folgen pflegt. Der Lafarge-Prozeß gab das Original für Dutzende von Giftmorden in ähn-

*) Die im gestrigen Extrablatt von uns gebrachte Notiz, Nobiling sei Mitglied des Birnbaum'schen Debattir-Clubs gewesen, wird von einem unserer Correspondenten in Zweifel gezogen. Wir erwarten positive Mittheilungen.

Ein Schritt zum Sozialismus.

Unter der Ueberschrift: „Eine Revolution auf dem Gebiete des Heizungswesens" veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung" eine Correspondenz aus London, welche die Richtigkeit unserer Behauptung, daß die bürgerliche Gesellschaft allmählich in den Sozialismus hineinwächst, recht schlagend demonstrirt. Die Correspondenz lautet:

London, im Mai. In der hiesigen „Times" wurde in der jüngsten Zeit mehrfach auf die Versuche hingewiesen, die in Newyork mit einem Centralheizungssysteme für ganze Stadttheile angestellt worden sind. Die Versuche gingen von einer Gesellschaft, der Holly steam Combination Company, aus und sind, nachdem sie den ganzen Winter über angedauert, als durchaus erfolgreich zu betrachten. Erstreckten sie sich bisher auch nur über einen Complex von nur etwa 210 Häusern, so kann es doch keinem Zweifel mehr unterliegen, daß das System sich auch in größerem Umfange für ganze Stadttheile, ja für ganze Städte bewähren wird. Dasselbe ist ein Central-Dampfheizungssystem und beruht darauf, daß von dem Dampfkessel einer Centralstelle aus der Dampf auf beträchtliche Strecken hin durch Straßenröhre weiter geleitet und in die Hauseinrichtungen eingeführt wird. Die Einrichtungen unterscheiden sich im Ganzen wenig von den analogen der Gas- und Wasserleitungen, auch die Manipulationen sind ähnlich wie bei dieser, sie sind gefahrlos und lassen sich leicht bemerkstelligen. Abgesehen von allen anderen Vortheilen zeichnet die städtische Centralheizung sich durch Bequemlichkeit und Billigkeit aus und dürfte deshalb allein schon einer großen Zukunft entgegengehen.

Mit den Versuchswerken in Lockport wurde im vorigen Jahre begonnen und während des letzten Winters wurden bereits gegen 200 Häuser aus ihnen gespeist. Die Centralstelle enthielt zwei Dampfkessel von 16 zu 5 und 8 zu 8 Fuß; die nach allen Richtungen sich verzweigenden Leitungsrohre betrugen drei laufende (englische) Meilen. Während des Winters wurden die beiden Kessel bis zu einem Drucke von 35 Pfund per Zoll geheizt mit einem Kohlenverbrauche von 4 Tonnen Anthracit binnen 24 Stunden und einem Kostenaufwande von 4 Dollars pr. Tonne. Während des Sommers wird nur ein Kessel geheizt, der anderthalb Tonnen binnen 24 Stunden konsumirte und auf einen Druck von 25 Pfund pr. Zoll gebracht wurde.

Der Druck von 35 Pfund im Winter und 25 Pfund im Sommer ist auf der ganzen Leitungsstrecke von drei Meilen bis zur Konsumtionsstelle ein gleichmäßiger, an letzterer wieder durch eine Abstellung von den Konsumenten nach Belieben moderirt. Die ersten 600 Fuß der Straßenleitung von dem Kesselhafen an hat vierzöllige Röhren, daran schließt sich eine Strecke von 1400 Fuß mit dreizölligen und an diese eine solche mit zweieinhalbzölligen Röhren. Die von der Straßenleitung nach dem Innern der Häuser sich abzweigenden Zuleitungen haben einen Durchmesser von $1^1/_2$ und die Hausleitungen einen solchen von $^3/_4$ Zoll. Außer der unter Kontrole des Konsumenten stehenden Abstellung ist für jede Hausstelle ein bis zu einem Drucke von 5 Pfund regulirtes unter der Kontrole der Gesellschaft stehendes Druckventil vorhanden; ein sehr sinnreich konstruirter Dampfmesser zeigt nicht nur den Gesammtverbrauch des ganzen Hauses, sondern auch den Einzelverbrauch für jede Räumlichkeit in Kubikfuß an. In den Straßenleitungen ist auf eine Entfernung von je hundert Fuß in Gestalt eines gewöhnlichen Hahnverschlusses ein Expensionsventil angebracht, der auf jeder dieser Strecken eine Expension von $1^3/_4$ Zoll bei einem Drucke von 35 Pfund gestattet. Eine Kondensation findet in den Straßenleitungen nicht statt. Die Röhren sind zunächst mit einer dünnen Lage Asbestpapier bedeckt, dann kommt eine Umhüllung aus russischem Filz und schließlich eine solche von Manillapapier, so daß das Ganze aussieht, als sei es mit dünnem hellbraunem Papier umwickelt. Die so eingehüllten Eisenröhren liegen in einer Holzumkleidung, die etwa $^3/_4$ Zoll weiter gebohrt ist, als das Eisenrohr mit seiner Filzbekleidung; sie werden genau wie Gas- und Wasserleitungsröhren gelegt.

Die Vertheilung der Hitze in den einzelnen Räumlichkeiten der Häuser wird durch Ausstrahler vermittelt, die in einzölligen vertical entweder im Kreise oder in einer Doppelreihe gelegter Röhren bestehen und ein Abflußrohr für den kondensirten Dampf enthalten. Das abfließende Wasser hat eine Temperatur von etwas unter Siedehitze und ist zu allen Haushaltungszwecken verwendbar; es eignet sich sogar noch ganz gut zu Nebenheizungen, z. B. für Treibhäuser und andere derartige Anlagen. Auf eine Entfernung von mehr als einer halben (englischen) Meile hat der Dampf sich noch vollständig als Triebkraft bewährt; es sind auf diese Distanz hin Dampfmaschinen von 10 und 14 Pferdekraft in Bewegung gesetzt worden, ohne daß die Feuerung erheblich hätte vermehrt werden müssen. Der fortgeleitete Dampf ist auch zu Küchenzwecken, zum Kochen sowohl wie zum Backen, zu verwenden. Ein Eimer kalten Wassers wurde beispielsweise nach der Aussage eines verläßlichen Gewährsmannes binnen 3 Minuten durch das Einlassen eines Mundstückes der Leitung zum Kochen gebracht. Wie bei Gas- und Wasserleitungs-Anlagen legt die Gesellschaft die Röhren bis zu den Häusern, die Hauseinrichtungen, Innenleitungen, Apparate ꝛc. sind von dem Hausinhaber zu gestellen. In einem auf etwa acht Zimmer berechneten Hause von mäßigem Umfange betragen die Einrichtungskosten etwa 150 Dollars oder etwas über 600 Mark, in größeren Häusern, die komplizirtere Einrichtungen erfordern, bis zu 500 Dollars oder etwa 2130 bis 2140 Mark.

Die Thätigkeit der Gesellschaft hat bisher einen experimentellen Charakter getragen. Von den 200 Häusern, die an das System angeschlossen worden sind, hat man als Kostenbeitrag den Betrag erhoben, den etwa die Kohlenheizung erfordert haben würde; dabei ist man weit über die Betriebskosten gekommen, trotzdem daß nur ein kleiner Theil des Bezirkes, auf den die ganze Anlage berechnet ist, zum Anschluß gekommen ist. Die Betriebskosten bestehen in wenig mehr als den Anlagen für die Kohle und dem Salair für zwei Heizer, die Anlage selbst erscheint im Verhältniß zu den erzielten Resultaten, sowohl was die Gebäulichkeiten wie was den Kohlenvorrath betrifft, unbedeutend. Das Gesellschaftsvermögen beträgt 50,000 Dollars, in 500 Aktien zu 100 Dollars; hieraus sind die Kosten für die Centralanlagen und die 300 Meilen Leitungsstrecke bestritten worden. Allseitig ist das Unternehmen bis jetzt als ein aussichtsvolles angesehen worden und wenn man dem Zeugnisse der Hauseigenthümer, die ihre Häuser der Leitung haben anschließen lassen, vertrauen darf, wird die städtische Centralheizung im gesammten Kulturleben bald eine große Rolle spielen. —

So weit der Bericht der „Frankfurter Zeitung".

Durch die gemeinsame Heizung der Wohnungen wird dem „Individualismus" wieder ein tüchtig Stück Land, auf dem er sich unbesiegbar sicher glaubte, entrissen, und weitere Gebietstheile von dem andrängenden „Communismus" bedroht. Der gemeinsamen Heizung, welche eine ganz außerordentliche Arbeitsersparniß mit sich bringt, wird auf dem Fuß das gemeinsame Kochen folgen, und so geht es weiter und weiter, Schritt um Schritt, vorwärts in den Sozialismus!

— Voltaire, geboren am 21. November 1694 zu Paris, gestorben ebenda am 30. Mai 1778. „Dieser, Geschichtsschreiber und Philosoph, erweiterte er den menschlichen Geist und lehrte ihm, daß er frei sein solle; er vertheidigte Calas, Sirven, de la Barre, Montbailly; er bekämpfte die Atheisten und Fanatiker, er begeisterte für die Toleranz und reklamirte die Menschenrechte gegen die Knechtschaft der Feudalität." Mit dieser Grabschrift auf Voltaire ist alles bündig und treffend gesagt,

lichem Stil ab. Der erste Schuß eines Verrückten auf die Königin Viktoria von England erzeugte unter den friedlichen John Bulls eine förmliche Attentatsepidemie. Dutzende von Verrückten, die unter anderen Umständen ihre Verrücktheit in harmloserer Manier bethätigt hätten, richteten nun ihre Augen auf die junge, allgemein beliebte Königin und wollten berühmt werden wie der Narr Oxford, den sein verrückter Schuß zu einem — „großen Mann“ gemacht hatte. Und warum nicht so berühmt wie der „große Mann“ — Lehmann, „Attentäter Seiner Majestät des deutschen Kaisers“, den unsere Presse, in ihrem tollen Haß gegen die Sozialdemokratie, aus den unehrenhaftesten Motiven, zu dem berühmtesten Mann des Tages gemacht hat? Dr. Nobiling wird von Allen, die ihn kennen, als höchst ehrgeizig geschildert — aus dem einen oder anderen Grunde war ihm das Leben zur Last geworden, er fühlte sich zurückgesetzt, gekränkt — was natürlicher, als daß er, statt allein zu sterben, „noch Jemand mitnehmen“, und sich die Unsterblichkeit Lehmann's erringen wollte? Ein Lehmann in verbesserter Auflage?

Die Zeitungen, welche jetzt gegen Schaam und gesunde Vernunft der Sozialdemokratie ein Verbrechen in die Schuhe zu schieben suchen, dem keine Partei so fern steht als gerade die Sozialdemokratie, sie mögen zerknirscht an die eigene Brust schlagen; denn aller Wahrscheinlichkeit nach tragen sie, durch ihre unverantwortliche Behandlung des Lehmann'schen Bubenstreichs, einen wesentlichen Theil **der moralischen Urheberschaft des Nobiling'schen Attentats.**

Keine Partei, sagten wir eben, steht dem Verbrechen so fern als die unsrige. Das ist keine Uebertreibung, keine „politische Heuchelei“. Welche andere Partei hätte je prinzipiell gegen den Mord in jeder Form protestirt? Welche andere Partei faßt den geschichtlichen Entwickelungsgang so auf, daß er gänzlich unabhängig von einem einzelnen Individuum erscheint, nenne es sich Kaiser, Kanzler oder Straßenkehrer? Das Leben eines jeden Menschen ist uns heilig, ist uns sakrosankt — das Leben des Höchsten wie des Niedersten. Die Schüsse, welche, wie vom „Anstand“ aus auf ein Stück Wild, aus feigem Hinterhalt auf den greisen 81jährigen Kaiser, der den politischen Haß längst überlebt hat, abgefeuert worden sind und das Opfer grausam verletzt haben, empören unser Gefühl so gut, wie sie das Gefühl jedes anderen Menschen, der menschlich fühlt, empören müssen. Aber ist das ein Grund, dieses Verbrechen eines Individuums nun zum Verbrechen einer Partei stempeln zu wollen? Wären wir nicht ebenso ruchlose Meuchelmörder wie Nobiling, wenn wir die Professoren Roscher, Birnbaum, Böhmert und die nationalliberale Partei als moralische Urheber des Nobiling'schen Attentats denunzirten? Und hätten wir dazu nicht eine hundertmal größere scheinbare Berechtigung, als die infamen Ehrabschneider, welche die Sozialdemokratie der moralischen Urheberschaft des Attentats, mehr oder weniger verschleiert, anzuklagen die Stirn haben? Man hüte sich vor diesen **Attentätern!**

Und haben wir Sozialdemokraten etwa ein Interesse an dem Tod des Kaisers? Mit nichten! Im Gegentheil, sein Tod kann uns nur schaden. Und gewiß ist, daß das Attentat unserer Partei Schwierigkeiten bereiten wird. Unsere Partei ist unzweifelhaft diejenige, welche durch solche Handlungen, wie die Lehmann's und Nobiling's am meisten benachtheiligt wird. Es giebt aber Parteien, deren Interesse in entgegengesetzter Richtung liegt. Und das sind die Parteien, welche jetzt aus Leibeskräften daran arbeiten, die beiden Attentate zu Reaktionszwecken auszubeuten.

„Ja“, gesteht man uns wohl zu, ihr Sozialdemokraten habt die Attentate nicht direkt gewollt; sie sind euch sogar unbequem, aber es ist doch die Frucht der von euch gesäeten Saat.“ Albernes Gerede! Die Lehren der Sozialdemokratie reizen nicht auf, stacheln nicht zu Gewaltthat, sondern bändigen die Leidenschaften und leiten sie in das Bette organisirten, ruhigen, planmäßigen Handelns. Will man Beweise? In Sachsen ist das gesammte arbeitende Volk sozialdemokratisch — hat je, trotz der furchtbarsten Noth im Erzgebirge zum Beispiel, trotz frechster Provokationen Seitens unserer Gegner auch nur die geringste Ruhestörung, irgend ein nennenswerther Exzeß stattgefunden? Nein! Aber in Ostpreußen, in Königshütte ꝛc., wo die Sozialdemokratie noch keine Wurzel gefaßt hat, ist es wiederholt zu Exzessen, blutigen Krawallen, ja einmal zu einem „kleinen Bauernkrieg“ gekommen.

Wir leugnen nicht, daß Verbrechen gegen die Person, und überhaupt Gewaltthätigkeiten seit einiger Zeit in erschreckender Progression sich mehren — die amtliche Statistik hat diese traurige Thatsache festgestellt. Wir bedauern dies, und suchen dem Uebel nach Kräften abzuhelfen — nicht ohne Erfolg, wie die Verbrecherstatistik der Theile Deutschlands, in denen die Sozialdemokratie Einfluß hat, beweist.

Wer sich über die zunehmenden Gewaltthätigkeiten entrüstet, der reiche uns die Hand, statt uns entgegenzutreten, und bekämpfe mit uns den Cultus der Rohheit, der jetzt in der Mode ist, der bekämpfe mit uns den Massenmord, die Blut- und Eisenpolitik!

Fort mit der politischen Heuchelei! Nieder mit den Attentaten! Nieder mit den Attentätern!

Anständige Stimmen aus der gegnerischen Presse:

Die „Berliner Volkszeitung“ vom 4. Juni schreibt:

„Die Motive der That. Noch liegt keinerlei irgend glaubhafte Version über die Motive der That vor. Die Aussage Nobiling's, daß er es für das Staatswohl ersprießlich gehalten habe, das Staatsoberhaupt zu beseitigen, entbehrt jeder Wahrscheinlichkeit. Bei dem Bildungsgrade des Verbrechers ist nicht anzunehmen, daß er geglaubt haben sollte, durch seine That eine derartige Wirkung zu erzielen; andererseits bietet sein Vorleben, welches doch bereits in vielen Details bekannt ist, keinerlei Anhalt für die Annahme, daß der Mörder ein politischer Fanatiker gewesen sei oder sich überhaupt für das Staatswohl interessirt habe. Der Umstand, daß er sich zu sozialdemokratischen Tendenzen bekannt hat, scheint von keinem Belange; nach den Folgen und Wirkungen des Hödel'schen Attentats wird Niemand glauben, mit einem neuen Mordversuche der Sozialdemokratie einen Dienst zu erweisen. Es werden daher zunächst die Erhebungen über die unmittelbare Vergangenheit des Verbrechers, sowie über seine körperliche und geistige Verfassung abzuwarten sein, ehe es statthaft erscheint, sich in dieser Richtung ein Urtheil zu bilden. Einstweilen erscheint das Verbrechen völlig unerklärlich.“

Die „Kölnische Zeitung“ vom 3. Juni läßt sich aus Berlin schreiben:

„Im Umgang machte der Dr. Nobiling den Eindruck eines mäßig begabten und nicht allzu schnell begreifenden Menschen, der in bescheidenen Formen eine ziemlich hohe eigene Werthschätzung verbarg. Was ihn zu der ruchlosen That getrieben haben mag, läßt sich noch nicht übersehen; es ist aber nicht anzunehmen, daß er zu irgend einer der radikalen politischen, sozialen oder religiösen Parteien in näherer Verbindung gestanden hat; eher erscheint es glaublich, daß allgemeine Unzufriedenheit mit seiner Lage und gänzliche moralische Verwilderung, wenn man nicht, was vielleicht eben so glaublich, gänzlichen Wahnsinn annehmen will, ihn zu dieser schändlichen That getrieben hat. Wer die kleine unbedeutende Persönlichkeit des Attentäters früher gesehen, wird bei ihm an Alles Andere eher als an einen Königsmörder gedacht haben, und so dürfen wir zur Ehre des deutschen Namens wohl glauben, daß wir es hier mit einem durch das neuliche Attentat auf diese Bahn gelenkten Irrsinnigen (man erinnere sich nur, wie häufig bestimmte Verbrechen zur Nachahmung reizen), und nicht mit einer in logischer Consequenz entwickelten Frucht bestimmter verabscheuungswürdiger Tendenzen zu thun haben.“

Die „Dresdner Nachrichten“ vom 4. Juni schreiben:

„Der verruchte Attentäter Nobiling wurde im Herbste 1877 von dem Direktor Geh. Reg.-Rath Victor Böhmert auf Grund einer warmen Empfehlung des Herrn Geh. Rath Professor Dr. Roscher in Leipzig am königl. sächsischen statistischen Bureau des Ministeriums des Innern als Diätar angestellt. Er wünschte eine Stellung als wissenschaftlicher landwirthschaftlicher Hilfsarbeiter; da sich dieser Wunsch indeß nicht realisiren ließ, so verzichtete er am 2. Juni vorigen Jahres auf die Diäten und arbeitete als freiwilliger Hilfsarbeiter bis Anfang Oktober weiter, zu welcher Zeit er freiwillig aus dem Bureau austrat und nach Berlin übersiedelte. Nobiling galt hier allgemein als einfacher harmloser Mensch. Er bezeigte fast gar keine Bedürfnisse, trug sich einfach, fast altfränkisch, und arbeitete mit Eifer. Gegen seine Collegen war er freundlich, mied aber den großen Verkehr und lebte am liebsten zurückgezogen. Dagegen hielt er in gewissen auf Facharbeiten bezüglichen Dingen zäh an seiner vorgefaßten Meinung. Es ist bekannt, daß er hier sozialdemokratische Versammlungen oft besuchte und sozialdemokratische Blätter nicht nur las, sondern auch hielt: dagegen äußerte er im Verkehr keinerlei sozialdemokratische Anschauungen, wie er denn überhaupt in diesem Punkte wie auch sonst im Umgange sehr zurückhaltend war. Die Dresdner Sozialdemokraten protestiren entrüstet in einem Extrablatte dagegen, daß Nobiling als Anhänger ihrer Partei angehört habe, sie behaupten, daß derselbe den Ausspruch gethan habe, „daß er formell eigentlich keiner Partei angehöre, aber dem Nationalliberalismus am nächsten stehe.“ Auch soll Nobiling in Bezug auf Nationalökonomie gemäßigten Anschauungen gehuldigt haben und ein eifriger Mitarbeiter an der von Professor Böhmert zur besonderen Bekämpfung der Sozialdemokratie herausgegebenen nationalliberalen „Sozial-Correspondenz“ gewesen sein. Ferner erzählt das Extrablatt des hiesigen sozialdemokratischen Organes, dem dafür alle Verantwortlichkeit überlassen bleibt, Folgendes: „Nobiling erschien Jedem, der ihn kennen lernte, auf den ersten Blick, besonders auch nach längerem Umgang, als ein studirter aber überaus confuser Kopf. Er hatte auch spiritistische Anwandlungen und sich ein eigenes Weltsystem zurechtgezimmert, von dem er selbst sagte, daß es Niemand begreife, als er selbst. Zu Ostern dieses Jahres besuchte ihn ein Sozialist, der ihn von hier kannte, in Berlin in seiner Wohnung Unter den Linden und traf ihn mit dem Putzen einer Schrot-Doppelflinte (in deren Gebrauch er sich schon seit vorigem Sommer geübt, und mit welcher er auch das Attentat verübte) beschäftigt. Auf die Frage, wie weit das Gewehr schieße, meinte Nobiling: es reiche zwar nicht bis zu der gegenüberstehenden Häuserreihe, aber einen auf dem Straßendamm Befindlichen könne man schon damit erschießen. Als aber das Gespräch auf die vielen Selbstmordfälle kam, meinte Nobiling: **es sei dumm von den Selbstmördern, daß sie nicht, ehe sie selbst von der Welt gingen, noch einen Großen mitnähmen,** wozu man blos ein Messer brauche, das für wenige Groschen zu haben sei. Dann würde es schon besser werden. **Stellung konnte er keine bekommen, seine Mutter aber, von der er Vermögen zu erwarten hatte, verheirathete sich vor Kurzem mit einem verschuldeten Offizier, so daß jede Hoffnung für ihn, sein gewohntes Leben fortsetzen zu können, verloren schien: dazu der Pessimismus, die Wankelmüthigkeit und Schrullenhaftigkeit Nobiling's — so entstand das Attentat.“**

Die „Magdeburgische Zeitung“ (Abendblatt vom 3. Juni) läßt sich aus Berlin Nachstehendes schreiben:

„Unter den Linden wogen unabsehbare Menschenmassen. Das Haus Nr. 18 ist belagert und von der Polizei gesperrt. Ich interviewte soeben die Wirthin des Dr. Nobiling, welche erklärte: „Nobiling wohnt bei mir seit Neujahr, er ist stets nüchtern, ordentlich und pünktlich gewesen; er hoffte auf eine Anstellung im landwirthschaftlichen Ministerium; er muß wahnsinnig geworden sein.“ — Nobiling soll erklärt haben, keinen politischen Grund für seine Handlungsweise zu haben, seine Parteistellung ist unbekannt.“

Einem Extrablatte der „Vossischen Zeitung“ entnehmen wir Folgendes: „Carl Nobiling ist 1848 am 10. April auf der königlichen Domaine Kollno bei Birnbaum, Provinz Posen, geboren. Sein Vater hatte diese Domaine in Pacht. Er studirte in Halle und Leipzig, nicht Jena, wie vorerst mitgetheilt wurde. Seine Vorbildung genoß er auf dem Pädagogium zu Züllichau. Seit zwei Jahren lebte er in Berlin, arbeitete kurze Zeit im statistischen Bureau beim Geheimrath Engel, feste Stellung konnte er aber trotz aller Mühen nicht erhalten.

Dr. Nobiling bezog das Zimmer Unter den Linden, aus welchem er geschossen, am 1. Januar 1878 und war seinen Wirthsleuten ein sehr lieber und ruhiger Miether. Er schien ihnen sehr ruhigen Charakters zu sein, doch wissen dieselben über sein Privatleben um deshalb keine weiteren Mittheilungen zu machen, da er am Tage fast niemals zu Hause war und mit seinen Wirthsleuten fast gar nicht in weitere Berührung kam. Er erhielt allabendlich die „Germania“ und alle Morgen die in Leipzig erscheinende „Deutsche Allgemeine Zeitung“, und auf Herrn Levy machte es auch den Eindruck, als ob er für eines dieser beiden Blätter correspondirte. Er stand mit mehreren Räthen des landwirthschaftlichen Ministeriums in Verbindung, jedoch nur in rein literarischer, als gelegentlicher Mitarbeiter der von diesen Räthen herausgegebenen landwirthschaftlichen Jahrbücher. In seinem Zimmer befanden sich ein Stoß von Exemplaren der „Germania“ und das erste Heft des Jahrgangs 1877 der „Landwirthschaftlichen Jahrbücher“ von Nathusius und Thiel, in dem sich ein Artikel: „Beiträge zur Geschichte der Landwirthschaft des Saalkreises der Provinz Sachsen von Carl Ed. Nobiling“ befindet.“

Die „National-Zeitung berichtet, daß
der Attentäter ein fleißiger Bibelleser gewesen sei.

Folgende uns noch bekannt gewordene Nachrichten zu dem Attentat tragen wir hiermit nach:

In unserm Extrablatt vom 4. Juni hatten wir gemeldet, daß Dr. Nobiling gestorben sei. Diese Nachricht hat sich als unrichtig herausgestellt; derselbe liegt in völlig bewußtlosem Zustande.

Die „Berliner Volkszeitung“, welche überhaupt eine anständige Haltung in Bezug auf das neueste Attentat gegen uns bewahrt hat, läßt sich aus Dresden schreiben, daß Dr. Nobiling in Dresden sozialdemokratische Versammlungen besucht habe, ohne sich indeß zur Sozialdemokratie zu bekennen. Hier wird also unser Dresdener Telegramm in der vorigen Nummer lediglich bestätigt. Ferner schreibt das genannte Blatt:

„Frivol erscheint uns der abermals auftauchende Versuch, einzelne Parteien für das Bubenstück haftbar zu machen. Nobiling war ein Protestant und doch sieht sich die „Germania“ bereits genöthigt, dagegen zu protestiren, daß man ihr Beziehungen zu Nobiling andichtet. Der Umstand, daß Nobiling zu den Abonnenten der „Germania“ gehört, genügt zu einer solchen Anklage, hinter der die ungeheuerliche Verdächtigung der intellektuellen Urheberschaft lauert. Der Ernst des Augenblicks sollte wenigstens insoweit veredelnd wirken, daß man von dem Bestreben abläßt, seine Loyalität durch widerliche Denunciationen zu bekunden.

Versucht man es nicht überall, die Sozialdemokratie der intellektuellen Urheberschaft auch dieses Meuchelmords zu verdächtigen? Da man aber bei dem Mörder keine sozialdemokratischen Schriften und Portraits gefunden hat, so muß die ultramontane Partei herhalten. Andere Parteien werden auch noch an die Reihe kommen.

Unserem Berliner Parteiorgan, der „Berliner Freien Presse“ entnehmen wir folgende Nachrichten: „Auf ein sozialistisches Blatt war Nobiling nicht abonnirt, in seiner Bibliothek fand sich auch keine sozialistische Broschüre oder ein ähnliches Buch, thut aber nichts: Nobiling huldigte trotzdem sozialdemokratischen

---

was über ihn zu bemerken ist. Er war ein Mensch — nehmt Alles nur in Allem — und Mensch sein heißt ein Kämpfer sein. Und gekämpft hat er mit Aufbietung aller seiner Kräfte gegen Lug und Trug, gegen Falschheit und Heuchelei, gegen Unwissenheit und Aberglaube! Aber auch er war menschlich fehlbar, er war als Philosoph Schüler der englischen Deisten, welche eine natürliche Religion zur Norm und Regel aller positiven Religion erhoben, welche an das Dasein und an die Weltregierung eines Gottes, der zugleich Urgrund aller Dinge sein sollte, glaubten. Auch sein Charakter ist nicht ganz rein und frei von jedem Makel. Seine sarkastische Natur bestimmte ihn öfter zu größeren und kleineren Bosheiten, die seinem Bilde einige störende Schatten aufsetzen: aber wo viel Licht ist, da ist viel Schatten. Stets und allzeit aber war er ein begeisterter Prediger der Menschenrechte, er emanzipirte die leibeigenen Bauern, welche den 20 Mönchen eines Klosters Südfrankreichs gehörten, er kämpfte eifrig für ein vernünftiges Besteuerungssystem, für Verbesserung der Rechtspflege, welche er in Frankreich, wenn auch nicht überall direkt, hervorgerufen hat, deren intellektueller Urheber er jedoch genannt werden darf und muß. Er forderte Rechtsgleichheit, wenn er auch, im Grunde eine mehr aristokratisch veranlagte Natur, durchaus nicht für Durchführung gänzlicher politischer Gleichheit zu gewinnen war. Er unterschätzte das Volk zuweilen, er sah seine materielle und geistige Verkümmerung, aber er that auch viel, um hier Wandel zu schaffen. Er plaidirte für gründliche Verbesserungen im Schulwesen; er verwandelte endlich auch den 50 Einwohner zählenden Weiler Ferney im Departement Ain an der Schweizer Grenze in eine industriefleißige Stadt von 1200 Einwohnern. Wie sehr dies sein Werk war, zeigt der sofort nach seinem Tode eintretende Verfall. Er besaß als Schriftsteller wie Keiner vor ihm oder nach ihm die Kunst des Popularisirens; er war Meister in der von den Encyklopädisten angefangenen und geübten Kunst, die Ergebnisse der Philosophie und alle Wissenschaft zum Gemeingut Vieler, möglichst Aller zu machen. Er konnte mit Recht von sich sagen, daß er für seine Zeit mehr gethan habe, als Luther und Calvin für die ihre. — Wissenschaftlich stand er auf der Höhe seiner Zeit, auch die Naturwissenschaft kannte er in ihrer hohen Wichtigkeit für die Philosophie, sowie für das ganze Menschenwesen: der neu auftauchenden Probleme bemächtigte er sich mit scharfem Geiste und trug sie mit hinreißender Beredsamkeit nicht nur seiner Nation, sondern fast der ganzen Welt vor. Er schrieb über Messungen der Kräfte, über die Reflexe des Lichtes im luftleeren Raume, über die Natur des Feuers und andere Dinge mehr. Ferner besaß er ein hervorragendes Erzählertalent und wußte geschichtliche Gegenstände zu beleben und fruchtbar zu machen. Wenn man die Namen der Schöpfer einer kulturgeschichtlichen Betrachtung der Menschheitsgeschicke nennt, so muß auch der seine genannt werden. Voltaire war Franzose, war ganz Das, was diese Nation Höchstes und Bestes in jener Zeit zeitigen konnte; über ihn sagt Goethe am 13. Februar 1829 in den Gesprächen, die uns Eckermann gesammelt: „So bringt ein Volk seine Helden hervor, die gleich Halbgöttern zu Schutz und Heil an ihrer Spitze stehen, und so vereinigten sich die poetischen (und philosophischen, R. d. B.) Kräfte Frankreichs in Voltaire.“ — Diese wenigen Zeilen widmen wir dem großen Todten zu seinem hundertjährigen Todestage.

— Wir erhalten wiederum von Herrn Professor Biedermann eine „Berichtigung“:

Ich muß Sie, noch ehe Sie meine zweite, unterm 29. Mai Ihnen zugesandte „Berichtigung“ abgedruckt haben, schon wieder zu einer solchen, auf Grund von Artikel 11 des Reichspreßgesetzes auffordern.

In Nr. 63 im Feuilleton wiederholen Sie die schon früher einmal gegen mich erhobene, aber auf mein Verlangen der Erhärtung unerwiesen gelassene Behauptung, ich hätte an meinen frühern Parlamentscollegen Reh in Darmstadt „vor dem 1866r Krieg“ einen Brief geschrieben, „in welchem ich denselben aufgefordert, im Großherzogthum Hessen für die preußische Annexionspolitik thätig zu sein“. Ich habe einen Brief solchen Inhalts niemals und an Niemand, folglich auch nicht an Hrn. Reh geschrieben. Da „der Schreiber“ Ihres Feuilletonartikels diesen meinen Brief „gelesen“ haben will und „die Existenz dieses Briefs sogar „gerichtlich feststellen“ kann, so braucht er ihn ja nur zu veröffentlichen, natürlich unter gleichzeitiger Vorlegung des Originals, um „festzustellen“, daß es kein von ihm oder Anderen gemachter ist. Ich fordere ihn dazu auf und behalte mir übrigens wegen der in jener Behauptung liegenden Verleumdung alle weiteren Schritte vor.

Leipzig, 31. Mai 1878.

Prof. Dr. Karl Biedermann.

Wir können Herrn Professor Dr. Carl Biedermann nur bitten, unserer, doch ziemlich deutlichen, Einladung Folge zu leisten und die Existenz der betreffenden Briefe „gerichtlich feststellen“ zu lassen. Statt sich die „weiteren Schritte vorzubehalten“, möge er sie keck und kühn thun — sie werden zu der „gerichtlichen Feststellung“ führen, auf welche es ankommt. Also —.

Tendenzen lügt „Post“ und „Tribüne“ und das Wolff'sche Bureau telegraphirt die Lüge munter in die Welt hinaus. — Der Freund Nobilings, mit dem er correspondirt und der sich gegenwärtig in Paris aufhält, soll Hansen heißen und sich eingehend mit auf die Arbeiterwohnungen, Hausindustrie u. s. w. bezüglichen Fragen beschäftigt haben. Es scheint dies also einer der Mitarbeiter an der „Sozial-Correspondenz“ zu sein und auf alle Fälle ein Freund der liberalen Sache, denn daß wir Sozialisten uns nicht mit der Frage der Beschaffung von Arbeiterwohnungen befassen, dürfte der „Nordd. Allgem. Zeitung“ wohl bekannt sein.“

Ferner berichtet die „Berliner Freie Presse“, daß kein einziger Sozialist in Berlin, soweit sie unterrichtet sei, den Attentäter auch nur den Namen nach kenne; dasselbe erklärt auch hiermit die Redaktion des „Vorwärts“.

Den 3. Juni, Abends 6 Uhr, haben 14 Criminalbeamte in der Redaktion und dem Geschäftslokal der „Berliner Freien Presse“ Haussuchung gehalten, doch ohne jeglichen Erfolg; ferner ist Haussuchung gehalten worden in den Privatwohnungen unserer Berliner Parteigenossen Fritzsche, Most, Auer, Schapira und Rackow. Hierzu bemerkt unser Berliner Parteiorgan:

„Daß die ganze Razzia erfolglos gewesen und daß man bei uns keine von Dr. Nobiling herrührenden Papiere gefunden hat, brauchen wir wohl nicht erst zu betonen. Auf unserer Redaktion sowohl, wie bei den sämmtlichen Parteigenossen, welche wir bisher zu befragen Gelegenheit hatten, ist Nobiling eine unbekannte Persönlichkeit. Der Königsmörder hat mit uns in keinerlei Verbindung gestanden.“

Noch wollen wir bemerken, daß sich als die gemeinsten Denunciantenblätter gegen uns die „Berliner Tribüne“, die „Post“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu Leipzig zeigen!

— Zum Kampf mit geistigen Waffen. In der Correspondenz unserer heutigen Nummer aus Königsberg befindet sich eine Bekanntmachung der Firma Stantien u. Becker (Bernsteingräberei), welche in der geistigen Bekämpfung der Sozialdemokratie ungemein Großes leistet. Dieser Nachricht reiht sich folgende würdig an, welche die Runde durch die ganze liberale Presse macht:

„Zwei Cigarrenfabrikanten in Werther, Regierungsbezirk Minden, haben kurz nach der Kunde von dem Hödel'schen Mordversuche ihren Arbeitern erklärt, daß sie kein Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins mehr beschäftigen würden. Eine dieser Firmen hat schon 40 Arbeitern gekündigt, die nach Ablauf einer gestellten dreitägigen Frist die verlangte Entscheidung nicht abgegeben hatten. Aehnliches ist schon von anderen Fabriken gemeldet worden. Der große Industrielle Krupp hat von jeher eine solche strenge Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter geübt.“

In solchem Kampfe müssen die Arbeiter einig zusammenstehen, sie müssen erklären, daß sie sämmtlich Sozialdemokraten seien, dann wird man keinen Arbeiter mehr entlassen. — In Leipzig besprachen sich zwei Fabrikanten auch über derartige Maßregeln, der eine stimmte ihnen zu, der andere aber sagte: „Ich gehe nicht darauf ein, die Kerle sind ja sämmtlich Sozialdemokraten, wirft man einen aus der Fabrik, erhält man 10 Sozialdemokraten wieder!“

— Einen wohlweisen Bürgermeister und einen ebenso weisen Stadtrath besitzt das Städtchen Frankenberg im Königreich Sachsen. Ein von dem Bürgermeister veröffentlichter Beschluß des Stadtraths lautet wörtlich:

„Der von dem Weber Ferdinand Rösch hier angemeldete Verein hat nach § 1 der eingereichten Statuten den Zweck, bei Wahlen dahin zu wirken, daß in alle Vertretungskörper Sozialdemokraten gewählt werden und veranstaltet nach § 2 zur Erreichung dieses Zweckes Versammlungen, in welchen Vorträge über die Bestrebungen der Sozialdemokratie gehalten werden und Diskussionen hierüber stattfinden sollen. Wenn nun durch zahllose Artikel der sozialdemokratischen Parteipresse als hinlänglich erwiesen und als allgemein bekannt anzusehen ist, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie unter anderen darauf hinauslaufen, zur Ausführung hochverrätherischer Handlungen, zu Majestätsbeleidigungen, zu Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung und die Religion, mithin zu Gesetzesübertretungen und unsittlichen Handlungen geneigt zu machen, so ist der sozialdemokratische Wahlverein zu Frankenberg, welcher diese Bestrebungen zu befördern bezweckt, auf Grund § 20 des Gesetzes vom 25. Novbr. 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betr., zu verbieten und ist der Einreicher dieser Statuten durch reinschriftliche Zufertigung dieses Beschlusses dessen zu bescheiden, ihm auch ein Duplikat der Statuten zurückzugeben. Kuhn, Bürgermeister.“

„Der Jude muß verbrannt werden“ — so lautete früher der Ruf des fanatischen Pöbels! Wenn solche Verordnungen Mode werden, wenn solche von gebildeten Rathsherren und Bürgermeistern gepredigt wird, wie die vorstehende, dann wird die Zeit kommen, wo auch ein fanatisirter Pöbel, der sich nicht gerade aus den sogenannten unteren Volksklassen zu rekrutiren braucht, den Ruf anstimmt: „Der Sozialdemokrat muß verbrannt werden!“

Die Sozialdemokraten werden vielfach als die Hetzer und Volksaufwiegler hingestellt; soweit haben sie es aber noch lange nicht im Hetzen gebracht als die „verehrten“ Herren Gegner jeder Richtung.

— Antisozialisten Congreß. Kaum hat die Reaktion sich auf die Sozialistenhetze begeben, da kommt auch das kleine brave Märchen in Berlin aus seinem Schlupfwinkel wieder hervor und schließt sich dieser Hetze an. Sein Schreiber, der Wanderlehrer Keller, erläßt jetzt folgendes Schreiben an die Bürger und Antisozialisten in und um Berlin:

Ständiger Ausschuß des deutschen Arbeiter-Congresses.

Berlin S., den 28. Mai 1878,
Ritterstraße 3.

Sehr geehrter Herr!

Die tief greifende sozialdemokratische Bewegung mit ihren Folgen fordert das entschieden freisinnige Bürgerthum zu energischer Thätigkeit auf, um die große Masse des Volkes den Händen derjenigen Führer zu entziehen, welche in der Zerrüttung und Unordnung ihr Heil suchen. Das Aufraffen der ordnungsliebenden liberalen Partei ist gerade jetzt am dringendsten geboten, als von derselben die geplanten polizeilichen Maßnahmen (Ausnahmegesetz) der Regierung zurückgewiesen worden sind, und der Beweis geliefert werden muß, daß die Rettung der Gesellschaft ganz wo anders liegt.

Aus diesem Grunde legen wir Ihnen unsere „Aufforderung ꝛc.“ bei, mit dem Ersuchen, sich dem Arbeitercongreß als persönliches Mitglied anzuschließen und denselben auch sonst noch unterstützen zu wollen.

Geht uns Ihre gefällige Entschließung innerhalb 8 Tagen nicht zu, so werden wir uns die Ehre geben, dieselbe persönlich einzuholen. Hochachtungsvoll

Für den Ausschuß des Deutschen Arbeiter-Congresses.
Der Generalsekretär
Julius Keller.

Daß die Rettung der Gesellschaft ganz wo anders liegt, als in polizeilichen Maßnahmen und im Antisozialistencongresse à la Hirsch-Kutschbach-Keller-Bujarsky, das war uns längst bekannt.

Der „Gewerkverein“ bringt folgende Jammernotiz:

„Reaktion oder Unkenntniß? Der wohllöbliche Stadtrath zu Döbeln im Königreich Sachsen hat unter Berufung auf das sächsische Vereinsgesetz unseren dortigen Vereinen der Maschinenbauer und Stuhlarbeiter eine Verfügung des ungefähren Inhalts zugehen lassen, daß ihre Existenz nicht länger gestattet werden könne:!! Merkwürdig: sollte etwa der wohllöbliche Stadtrath jetzt, nachdem die Ortsvereine bereits mehrere Jahre existiren, herausbekommen haben, daß dieselben „sozialdemokratische Ziele“ verfolgen oder befindet er sich in so grenzenloser Unkenntniß über die Bestrebungen der Gewerkvereine und der Sozialdemokratie, daß er zwischen beiden Organisationen keinen Unterschied zu machen versteht?! Natürlich ist gegen dieses Vorgehen bei der höheren Behörde Protest erhoben worden.“

Wir sagen es war Unkenntniß von dem Stadtrath zu Döbeln, daß er die Hirsch-Duncker'schen Ortsvereine aufgelöst hat. Wer so polizeibrav ist, wie Max Hirsch und Hugo Polke, der darf doch wahrlich nicht von der Polizei verfolgt werden.

— Der Oberamtsrichter und Reichstagsabgeordnete Wirth, welcher der nationalliberalen Partei angehört, ist bekanntlich kürzlich wegen Urkundenfälschung zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Wir hatten über den Vorfall schon früher einen Bericht gebracht, in welchem wir den Herrn Oberamtsrichter entschuldigten, und zwar auf eine Nachricht hin, die uns aus Württemberg zugegangen war, daß die Diätenlosigkeit als Reichstagsabgeordneter wohl die Schuld an jener Fälschung gewesen sein möge. — Darauf hin hat der edle Herr uns wegen Beleidigung verklagt; er verlangt sogar eine Entschädigungssumme von 2000 Mark, weil wir seinen Credit geschädigt hätten. Ein Mann, der wegen Urkundenfälschung verurtheilt ist, will noch von einer Creditschädigung sprechen! — So eben aber erfahren wir noch aus dem „Schwäbischen Merkur“, daß Herr Reichstagsabgeordneter und Oberamtsrichter Wirth am Sonnabend in seiner Heimath Rottweil verhaftet worden ist. Derselbe muß also noch mehr auf dem Kerbholz haben, als die vier Wochen Gefängniß, die noch nicht einmal rechtskräftig sind.

— Unser Genosse Helßig, der frühere Redakteur des „Vorwärts“, ist am 1. Juni wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß, und am 4. Juni wegen Beleidigung des Kriegsministerium zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Sieben Prozesse schweben noch gegen Helßig. — Dies zur Beruhigung des Herrn Lasker, der im Reichstage ausposaunte, daß die sächsischen Gerichte gegen die Sozialdemokratie nicht eifrig genug vorgehen.

— Genosse Most ist in Chemnitz wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden; eine Woche Untersuchungshaft ist angerechnet worden. — Parteigenosse Klemich ist in Dresden am 3. Juni verhaftet worden; es soll sich um eine Untersuchung wegen Gotteslästerung handeln.

Correspondenzen.

Königsberg i. Pr., 1. Juni 1878. Vorgestern Abends von 8½ bis gegen 11 Uhr fand hier im großen Saale des Kneiphöf'schen Gemeindegartens eine zahlreich besuchte sozialdemokratische Volksversammlung statt, in welcher unter dem Vorsitz von Max Herbig das gegen die sozialdemokratische Partei vorgeschlagene Ausnahmegesetz und die dieses betreffende letzte Verhandlung im Reichstage eifrig und eingehend diskutirt wurde. — Gegen Schluß der Versammlung wurde ein Ukas vorgelesen, den die bekannte „Bernsteinfirma“ Stantien & Becker an ihre nach Tausenden zählenden Arbeiter in Ostpreußen vor wenigen Tagen erlassen hat. Derselbe lautet wörtlich:

„Wir bringen hierdurch zur Kenntniß, daß von heute ab jeder auf unseren Etablissements beschäftigte Beamte oder Arbeiter, welcher einem sozialdemokratischen Vereine angehört, Versammlungen desselben veranstaltet, solchen beiwohnt, oder sich irgendwie an sozialdemokratischen Agitationen betheiligt, sofort ohne jede Kündigung entlassen wird. Diejenigen Beamten und Arbeiter, welche sich diesen Bestimmungen nicht „unterwerfen“ wollen, können unser Geschäft innerhalb 14 Tagen verlassen.

Schwarzert, 18. Mai 1878. Stantien & Becker.“

Man meint hier ziemlich allgemein, daß Staatsanwalt Hecht, der sozialdemokratischen Angelegenheiten ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen pflegt, event. Oberstaatsanwalt Stellmacher, im Hinblick auf § 6 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 (Rechte und Pflichten der Staatsanwaltschaft) und auf Grund der §§ 107 und 240 des deutschen Strafgesetzbuches gegen den Inhaber der Firma Stantien und Becker, der auch hier in Königsberg, Klapperwiese 9a ein großes Comptoir etablirt hat, einen Strafantrag stellen wird. Denn es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß in jener Verfügung Staatsbürger in der Ausübung des durch Verfassung und Gesetz garantirten Vereins- und Versammlungsrechts, wie in der Ausübung ihres Wahlrechts, also „durch Androhung mit einer strafbaren Handlung verhindert worden, in Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen“ und ferner „durch Bedrohung mit einem — — Vergehen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung genöthigt“ werden. — In dem einen wie in dem anderen Falle ist schon „der Versuch strafbar“. —

Berlin, 1. Juni. Vor Kurzem starb der aus der Gründerzeit hier wohlbekannte Dr. Mattner, in der Strafanstalt zu Plötzensee am — Typhus. Wie die hiesige „Volkszeitung“ schreibt, hat sich Dr. Mattner die Krankheit durch die schlechte Qualität des Wassers zugezogen. Die nachgesuchte Beurlaubung wurde zwar gewährt, kam aber zu spät, da der Erkrankte mittlerweile starb. Wie das genannte Blatt berichtet, macht die hinterbliebene Familie des verstorbenen Ex-Gründers es dem Gefängnißarzte zum Vorwurf, daß er nicht früher eine Beurlaubung des Gefangenen bewirkt hat. Dieser Todesfall ist in mancher Beziehung lehrreich. Erstens ist in einem Gefängnisse, in welchem Hunderte von Menschen bei kaum genügender und undefinirbarer Ernährung eingesperrt sind, das Wasser so schlecht, daß es Krankheiten erzeugt, welche den Tod herbeiführen. Wer weiß, wie viele Menschen schon in Folge des Genusses des schlechten Wassers gestorben sind, ohne daß ein Hahn darnach gekräht hätte, und es wäre vielleicht noch lange nichts in die Oeffentlichkeit gelangt, wenn nicht ein Ex-Gründer, also eine „angesehene“ und „geachtete“ Persönlichkeit, hier das Opfer wäre. Da der Mensch — selbst wenn er der größte Verbrecher ist — welcher eine Gefängnißstrafe zu erdulden hat, durch dieselbe nicht zum Tode oder dazu verurtheilt ist, an seiner Gesundheit Schaden zu leiden, sollte dafür bald gesorgt werden, daß der Uebelstand beseitigt werde. Sollte gesorgt werden — wenn man im „lieben deutschen Vaterlande“ für solche Angelegenheiten das nöthige Verständniß und — Geld hätte?! Letzteres braucht man bekanntlich für wichtigere Dinge: für den hauenden Säbel und die schießende Flinte. Zweitens ersieht man aus diesem Vorfalle, daß ein erkrankter Gründer sofort beurlaubt wird, wenn um seine Beurlaubung nachgesucht wird. Wir erinnern uns, daß Deutler, der doch ebenfalls schwerkrank war, nicht einmal gegen eine hohe Caution beurlaubt wurde, obschon er blos in Verwahrungshaft gehalten wurde, weil die zu erwartende Strafe noch nicht rechtskräftig war. Deutler war aber auch kein Gründer, sondern sozialdemokratischer Redakteur; er hat das Volk nicht um Tausende bestohlen, sondern war so frei, eine eigene Meinung zu haben und derselben Ausdruck zu geben.

Der Allgemeine Gewerkschafts-Congreß,

welcher in Hamburg in den Pfingstfeiertagen stattfinden sollte, ist nun auch in letzter Stunde von der Hamburger Behörde untersagt worden. —

Demzufolge müssen wir die Abhaltung dieses Congresses bis auf eine günstigere Zeit vertagen. Aug. Kapell.

Briefkasten

der Redaktion: J. D. in Apolda: Ihr Vorschlag würde — und mit Recht — zu den weitläufigsten Disputationen führen. Ihre Voraussetzung, daß ein Mitglied (ein Arbeiter) des fraglichen Consumvereins für 200 Thlr. jährlich einkaufen würde und konnte, ist ja den Thatsachen so wenig entsprechend, daß alle Ihre Schlußfolgerungen gleichfalls völlig in der Luft schweben. — S. Labiau: Der I. Berliner Wahlkreis ist damals allerdings auf die Leitartikel der „Volkszeitung“ „hereingefallen“ — er hat Dr. Max Hirsch gewählt. Dann müssen Sie ins Auge fassen, daß wir ausdrücklich schon mehreremal hervorgehoben haben, daß wir die Fortschrittspartei nur solange noch persönlich angreifen werden, solange sie sich selbst mit Schimpfrichter identificirt.

der Expedition: Jos. Mz. Möckmühl 54 Pf. kostet das Monats-Abonnement bei der Post. Bei direktem Bezug per Kreuzband erhöht sich das Abonnement selbstverständlich um das Postporto für das Kreuzband. — H. Krp Lübeck: Die Annonce des Gesangvereins Eintracht kostet 50 Pf. mehr als Sie gesandt.

Quittung. Br Groitzsch Abon. 8,80. Thme hier Abon. 23,50. Ldng Flensburg Ab. 25,70. A. Chrstn St. Imier Ab. 10,31. Sbrt Kassel Ab. 18,00. Hrmnghs St. Louis Ab. 42,04. Bhlmnn Aachen Schr. 5,00. Wntr Wien Ab. 5,00. Hsmnn Tysmienitz Ab. 1,70. Rw Altona Ab. 24,50. Schld Straßburg Ab. 50,89. Schltr Dresden Ab. 100,00. Sffrt hier An. 0,60. Mckusy Düsseldorf Ab. 5,00. Strk Offenbach Ab. 23,14. Tr hier Ab. 4,00. Ezld Gößnitz Ab. 3,85. Mr hier Ab. 0,60. Expedition des „Hamb. Alt. Volksblatt“ Hamburg Ab. 200,00 u. 48,34. Fihr Friedberg Ab. 30,00. L. Krljw Pancsowa Schr. 8,30. J. Gldbrg Königsberg Schr. 10,70. Brung Delitzsch Ab. 6,40. Krbs hier Abon. 8,65. Brtgm Mühlhausen Ab. 2,50. Rpprcht Schweidnitz Ab. 5,00. Hüngl Nordhausen Ab. 13,93. Krz Lübeck An. 1,00. Rriff Wulfersteett Schr. 1,00. Fzk Ebreichsdorf Schr. 0,67. Bckr Lippspring Schr. 5,00. Ernbsch Barmen Schr. 0,40. Wß Neu-Ulm Schr. 0,39. Ifsten Oberthormühle Schr. 0,66. Lngr Baden-Baden Schr. 5,20. Mnn Leisnig Schr. 0,80. Hffstr Mannheim Schr. 0,40. Rschmlr Schwerin Schr. 0,71. Hndrchs Merscheid Schr. 4,00. Rthml Berka Schr. 0,60. Rangstr Magdeburg Schr. 0,65. Gesrch Jüterbogk Schr. 1,90. Alnd Minden Schr. 1,85. Ttlbn Alfeld Schr. 1,90. Krsch Laufigk Schr. 1,60. Sthr Herzberg Schr. 1,00. Khn Kaltwasser Schr. 1,50. Pimbck Neumünster Schr. 1,75.

Den mit mir korrespondirenden Parteigenossen zur Nachricht, daß ich von Bitterfeld abgereist bin; Briefe in Parteiangelegenheiten sind an: Tümmler in Bitterfeld, Rathswall Nr. 18 zu richten. Wache.

Meinen Freunden und Genossen zur Anzeige, daß ich in meinem neuen Wirkungskreise eingetroffen bin und meine Adresse nun lautet: J. Franz, „Philadelphia Tagblatt“ 50, North 7 street, Philadelphia Pa., Nordamerika.

Fonds für die Gemaßregelten.

Von E. St. in Lunzenau M. 2,50, gesammelt bei einem gemüthlichen Zusammensein beim Schmidt in Corbe.

Forst i. L. Am 1. Pfingstfeiertag im Barth'schen Lokale: **Grosses Pfingstfest** bestehend in Gesang, Declamation und Theater arrangirt vom Gesangverein „Sängerbund“. Entrée à Person 20 Pfg. Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. (F. 122) Der Vorstand. [150

Hannover. Den zweiten Pfingstfeiertag bei schönem Wetter: **Morgen-Ausflug ins Holz.** Zusammenkunft bei Narten.
1,80] (35) H. Rudolph.

Leipzig. Donnerstag, den 6. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Windmühlenstraße 7: **Oeffentliche Sozialistenversammlung.** Tagesordnung: Die Bedeutung der Weltausstellungen. Referent: W. Hasenclever. [60] Der Agent.

Lübeck. (Gesangverein „Eintracht“. (F 210) [1,50 Am 2. Pfingsttage, Morgens 6 Uhr, Lusttour nach dem Israelsdorfer Holz, unter Begleitung eines Musikchors von 10 Mann, wozu alle Freunde und Gönner ergebenst eingeladen sind. NB. Versammlung vorm Burgthor am Rundtheil. Das Comité.

Mainz-Gartenfeld. Am 2. Pfingsttag im „Langen Sumpf“ in der Nähe von Gonsenheim und arrangirt von der sozial. Partei Mainz-Gartenfeld: [3,00 **Großes Waldfest.** Programm: Festrede, Musik und Volksspiele. Wozu wir alle Freunde und Parteigenossen der Umgegend freundlichst einladen. Die Vergnügungs Commission.

Bei meiner Abreise und Uebersiedelung nach Gotha den Parteigenossen von Leipzig und Umgegend ein herzliches Lebewohl! [90
Leipzig, 31. Mai 1878. Rudolph Seiffert.

Berichtigung.

„Die Notiz des „Vorwärts“, Nobiling sei Mitarbeiter der Böhmert'schen antisozialistischen „Sozial Correspondenz“ gewesen“ ist vollständig aus der Luft gegriffen. Nobiling hat niemals eine Zeile für die „Sozial-Correspondenz“ geschrieben.
Dresden, den 4. Juni 1878. Dr. Böhmert.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition: Färberstraße 12, II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Wm. Franz Jordtzer, 177 Elm Str. corner Broome. — Wm. Herm. Rippche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Ste.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 67. Sonntag, 9. Juni. 1878.

— Aus Gotha erhalten wir die telegraphische Nachricht, daß der Congreß der Sozialisten Deutschlands verboten ist. Das Centralwahlcomité hat von Berufung nach einem anderen Orte abgesehen und die Vertagnng des Congresses bis Herbst beschlossen.

Hartmann. Geib. Derossi.

Angebot und Nachfrage.

I.

(Schluß.)

Die menschlichen Bedürfnisse sind dann das allein Werthbestimmende. Die Seltenheit oder Häufigkeit der Waaren richtet sich fast ausschließlich nach diesen Bedürfnissen. Diejenigen Waaren, welche sich innerhalb gewisser Grenzen beliebig vermehren oder vermindern lassen, werden durch die wissenschaftliche Vorausberechnung mit der dazu erforderlichen Produktivkraft, also unter großer Ersparniß, soweit vermehrt oder vermindert werden, daß die Bedürfnisse Aller eben befriedigt werden. Diejenigen Waaren aber, welche der menschlichen Produktiv- und Consumtivkraft zur Zeit noch trotzen, welche nicht jedem Nachfrager nach Bedürfniß angeboten werden können, müssen durch Stellvertreter ersetzt, und es können die wirklich danach Bedürftigsten allein befriedigt werden.

Die Menschen strecken sich gern nach der Decke, um nur von anderen Menschen möglichst unabhängig zu sein, um nicht gezwungen zu werden, aus ihrer Person und Arbeitskraft eine Waare zu machen. Die größten Diamanten, die meisterhaftesten Gemälde und alle sehr seltenen Dinge kommen in die Museen, wo Alle sie anschauen und studiren, die Forscher sie untersuchen können. Am Nothwendigen wird kein Mangel sein.

Die Waare hört also auf, den Menschen zu tyrannisiren und ihn selbst zur Waare herabzuwürdigen, sobald der Mensch in seiner Gesammtheit nicht mehr von ihr geknechtet sein will. Nachfrage und Angebot bequemen sich der wissenschaftlichen Vorausberechnung an. Es wird nun vollkommen klar, daß zwar beide, weil sie in den menschlichen Bedürfnissen wurzeln, Naturgesetzwirkungen sind, daß aber das Naturgesetz in ihnen heutzutage durch menschliche Willkürgesetze abgeändert und verfälscht erscheint. Das Naturgesetz vollzieht die menschlichen Willkürgesetze bis zu einem gewissen Grade, aber der Gesellschafts-Organismus geht dabei zu Grunde ohne Noth, gerade wie der Einzelmensch auch ungesunde Nahrung und Gifte sich anähnlichen kann, aber vor seiner natürlichen Zeit der Rache der Naturgesetze verfällt. Man erkennt also hier, daß Angebot und Nachfrage unter den bestehenden Zuständen Krankheitserscheinungen des gesellschaftlichen Körpers und durch die unnatürliche Menschengesetzgebung verursacht sind, welche die Vielen zwingen, sich selbst aus Menschen zu Waaren zu machen.

Und gleichwie es von der Krankheitslehre zuviel verlangen hieße, alle erscheinenden Krankheitsfälle zu beschreiben, im Einzelnen nach Entstehung und Verlauf zu erklären, und wie es vielmehr genügt, die ersten Krankheitsursachen und die Hauptbilder der Krankheitsarten festzustellen, so hat man auch genug gethan, wenn man der verwickelten Wirkungsweise von krankhaftem Angebot und Nachfrage nur soweit nachspürt, daß ihre Haupterscheinungen begreiflich werden.

Die eine Hauptkrankheit des gesellschaftlichen Organismus ist also diese, daß es eine Menge Tauschwerthe giebt, welche gar keine Gebrauchswerthe sind, sondern nur dergleichen vertreten, trotzdem aber ebenso viel gesunde Säfte des Körpers verzehren, als wären sie Gebrauchswerthe. Wir haben in früheren Nummern des „Vorwärts“ diese Scheinwerthe einer besondern Untersuchung preisgegeben und brauchen hier nur zu wiederholen, daß dazu der übertriebene Bodenwerth in Gestalt von Grundbesitztiteln, die zinstragenden, Kapital darstellenden Papiere und selbst das Hartgeld ohne Ausnahme gehören.

Es ist dies die Gruppe der gesellschaftlichen Auszehrungskrankheiten. Sie haben die unselige Eigenschaft, daß sie die Nachfrage nach Tauschwerthen auf das Doppelte, ja Vierfache der vorhandenen Gebrauchswerthe steigern, so daß für eine Hälfte oder mehr dieser papierenen Tauschwerthe gar kein deckender Gebrauchswerth vorhanden ist. Da nun lediglich die Gebrauchswerthe durch Arbeit geschaffen werden, so muß doppelte oder mehrfache Arbeitskraft verwüstet werden, um diese papierenen Tauschwerthe zu decken, wenigstens so lange, als in den menschlichen Vorstellungen diese Nichtse überhaupt Tauschwerth behalten. Glücklicherweise lassen sie sich durch einen Federstrich abschaffen, sobald ihre Verderblichkeit von der Mehrzahl der Arbeiter begriffen ist.

Eine zweite Gruppe gesellschaftlicher Krankheiten sind die ansteckenden. Die Mode, die Gewohnheit, der Aberglaube und Vorurtheile aller Art erzeugen Nachfrage oder Ueberschuß des Angebots über dieselbe, welche Tauschwerthe und Preise steigern oder senken zum Verderben vieler Arbeiter und zur unverdienten Begünstigung der Nichtarbeiter. Wir brauchen nur anzudeuten, daß wir unter diese ansteckenden Krankheiten die Religionen, den Nationalitätsdusel und die Vergötterung der verschiedenen Staatsformen, der abstrakten Begriffe überhaupt, und alle Mode in der Lebensweise, Kunst und Wissenschaft mitrechnen. Sie steigern die Nachfrage nach an sich werthlosen oder wertharmen Dingen weit über den Gebrauchswerth hinaus, und den Preis oft weit über den Tauschwerth, welcher die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit verkörpert. Gegen diese an Wahnsinn grenzende Krankheit hilft nur, hilft aber sicher Belehrung. An dieser Gruppe erkennt man auf's deutlichste, daß der Tauschwerth keine sachliche, sinnliche Existenz hat, sondern nur in den Werthvorstellungen der Leute besteht. Für einen Fürsten z. B., der heutzutage oft mehrere Millionen kostet, wird unter veränderten Umständen kein Pfennig bezahlt, wenn nämlich die Nachfrage aufhört.

Eine dritte Gruppe gesellschaftlicher Krankheiten möchten wir die Vergiftungskrankheiten nennen. Diese sind zwar zum Theil auch ansteckend, aber sie kommen nur durch individuelle Aufnahme in den Geist zum Ausbruch. Kürzer nennen wir sie Kapitalismus, und ihre Entstehung in dem Gifte des Kapitalzinses begründet. Die allgemeinste Form derselben wurzelt im Hartgelde, in der künstlichen Steigerung des Tauschwerthes der edlen Metalle weit über den Gebrauchswerth hinaus durch eine ungeheure Nachfrage danach behufs des Geldprägens, während das Angebot damit nicht Schritt halten kann. Man hilft sich zwar gegen die Seltenheit dieses Tauschmittels durch papierene Stellvertreter; aber eben indem man sie blos als Stellvertreter und untauschbar gegen das Hartgeld hinstellt, nimmt man der Gesammtheit der Arbeiter die Möglichkeit, den Austausch ihrer Gebrauchswerthe nach Bedürfniß zu bewerkstelligen, und vergiftet ihren Geist durch eine falsche Werthvorstellung.

Was nöthigt den Arbeiter, sich um Lohn zu verkaufen und Profit und Zins in den Händen von Nichtarbeitern zu lassen? — Nun, eine Gesetzgebung, welche Privatkapital erlaubt. — Was hält die Gesetzgebung in ihrem verhängnißvollen Irrthum fest? — Nun, weniger das Aussaugungsgelüste der oberen Schichten, als der Volksaberglaube an den Zins, das verführerische Beispiel der Mittelklasse, welche durch Ersparnisse Kapital, durch Kapitalzins Unabhängigkeit erworben hat. Also die Nachfrage nach Privatkapital, welche durch riesiges Angebot sich wechselseitig unterbietender Arbeitskraft aufgewogen werden muß.

Der Arbeiter liefert freiwillig Mehrarbeit und drückt durch Angebot von Arbeitskraft den Werth derselben, steigert den Tauschwerth aller ersten Lebensbedürfnisse und des Privatkapitals. Und als ob das nicht Knechtschaft genug wäre, giebt er dem Kapital die Preise zur Spekulation damit preis. Der wirkliche Tauschwerth aller dem Arbeiter unentbehrlichen Gebrauchswerthe, Wohnung, Nahrung, Kleidung u. s. w., in welchem die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit vergegenständlicht ist, steigt weil über oder sinkt weit unter den Werth im Preise, je nachdem die Spekulation mit dem Geld es im eigenen Vortheile findet, welche mit allem Werthe spielt, mit dem der Arbeitskraft voran.

Wie verhalten sich nun unsere Ergebnisse zum Marx'schen Werthbegriffe? — Im Wesentlichen übereinstimmend. Marx hat eine Kritik der landläufigen Nationalökonomie schreiben wollen, in welcher fälschlich Nachfrage und Angebot als ein Zwillingspaar unumstößlicher Naturgesetze, alle Werthe bestimmend, gerechtfertigt werden. Er hat davon erst einen Band vollendet, in welchem er, ganz ohne die Begriffe Angebot und Nachfrage zu analysiren, ja nur zu erwähnen, beweist, wie aller Tauschwerth entsteht, nämlich durch gegenseitige Abschätzung der Waare seitens der Tauschenden auf Grund gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit. Dieser Begriff paßt auf alle denkbaren Tauschwerthe, welche alle eine Abschätzung von Gebrauchswerthen sind, die für den Austauschenden keinen, wohl aber für den Eintauschenden einen Gebrauchswerth bilden.

Im ersten Bande des „Kapital“ wird noch nicht untersucht, ob Gebrauchs- und Tauschwerth einander decken, oder decken sollten; es wird nur ein Austausch von Gebrauchswerthen vorausgesetzt; es können also auch die Scheinwerthe und die Seltenheitswerthe nicht besprochen werden. Ebenso wird der Preis, die wechselnde Geldform des Werthes, scharf und allgemein gültig bestimmt, ohne noch die sich selbst vernichtenden Widersprüche in der Erscheinung der Preise aufzulösen, in welchem Angebot und Nachfrage die Hauptrolle spielen.

Mit anderen Worten: Diese beiden Begriffe können auf ihre wahre Geltung erst zurückgeführt werden, wenn alle Entwickelungen des Kapitalismus kritisch begriffen sind. Nur gelegentlich erwähnt Marx, daß Nachfrage und Angebot in der Abschätzung der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit einen wichtigen Bestandtheil bilden; aber welchen? das zu entwickeln ist erst auf späteren Stufen der Untersuchung möglich.

Im Obigen haben wir derselben ein wenig vorgreifen wollen.

Die Formen der Diskussion.

D. Der große Lasker, der bekanntlich s. Z. den „Ausschreitungen“ der Sozialdemokratie an der Spitze aller gesinnungstüchtigen Bürger mit dem Knüppel in der Faust begegnen zu wollen erklärte, hat auch bei der letzten Debatte über das Sozialisten-Vogelfreierklärungsgesetz eine „große“ Rede gegen dasselbe vom Stapel gelassen.

Wie immer, so ist auch diesmal wieder seine Rede voll der blühendsten Phrasen in echt sophistische Wendungen gekleidet. Es fällt uns nicht im Entferntesten ein, eine Kritik dieser seiner neuesten Tirade üben zu wollen, da sie eine solche wohl kaum aushalten würde und jeder unserer Gesinnungsgenossen ja doch das jämmerliche Waiwai-Geschrei nach der Polizei aus den Zeilen herauslieft, so sehr es auch dieser Ritter vom Knüppel zwischen hochtönenden Phrasen zu verbergen sucht. Was uns veranlaßt, die Feder gegen die „edle Mannesseele“ zu ergreifen, ist die Zurückweisung eines Vorwurfes dieses Herrchens gegen die Taktik unserer Agitation in Versammlungen und Presse, welcher auch von unserer Partei Nahestehenden, ja selbst von Gesinnungsgenossen wiederholt unseren Rednern und Redakteuren gemacht worden ist und noch gemacht wird, wobei sich jetzt mancher sogar auf die von Herrn Lasker gemachten diesbezüglichen Aeußerungen bezieht.

Im vorhinein bemerken wir, daß wir diese Ansicht nicht theilen und nicht theilen können, sondern im Großen und Ganzen die „Formen der Diskussion“ — wie Herr Lasker sich ausdrückte — mit unseren Gegnern vollständig billigen, wie sie gegenwärtig im Allgemeinen von unseren Agitatoren beliebt werden, und so lange auch aufrecht erhalten wünschten, als wir nicht die „Majorität“ im Volke — denn dann brauchen wir unsere Gegner nicht mehr zu fürchten —, oder unsere Gegner nicht ihre „Formen der Diskussion“ uns gegenüber geändert haben.

Wir wollen durchaus nicht in Abrede stellen, daß unsere Redner wie Redakteure hie und da bei Diskussionen mit Gegnern einmal über die Hutschnur schlagen, und sagen dann auch wir: „was zu arg ist, ist zu arg“, aber jene sittliche Entrüstung, welche Alles, was irgendwie gegen die „Wohlanständigkeit“ verstößt, mit Aengstlichkeit vermeidet, grenzt oft an Lächerlichkeit.

Man betrachte doch nur einmal die „Formen der Diskussion“ unserer Gegner recht genau: Bände könnten wir füllen mit all' den Schimpfworten, Unterstellungen gemeinster Art u. s. w., wie sie täglich hageldicht auf uns herniederfallen. Unbescholtene sozialdemokratische Frauen beispielsweise werden mit Meuchelmördern auf gleiche Stufe gestellt, und was man uns sozialistischen Männern erst Alles anhängt, darüber könnten uns selbst oft die Haare zu Berge stehen und es könnte uns vor uns selbst gruselig werden. „Volksverführer, Bummler, faules, arbeitsscheues Gesindel, Mordbrenner“, das sind so die landläufigsten Schimpfworte; was darin jedoch unsere Gegner überhaupt zu leisten im Stande sind, das haben wir ja nach der letzten Attentäterei am deutlichsten zu beobachten Gelegenheit gehabt.

Und diesen wandelnden Schimpflexikons gegenüber sollen wir zarte Rücksicht üben?

Wir kennen unseren Werth, wir wissen, daß wir sittlich weit über diesem literarische Troßbubenthum der Reaktion stehen, sollen wir aber darum diese Leute mit Sammetpfötchen anfassen, damit sie uns mit ihren Bärentatzen niederschlagen?

Nein, „man muß diesem Gesindel die Finger klopfen, daß Furcht darein fährt“, sonst werden sie immer unverschämter.

Warum regaliren unsere Gegner uns bei jeder Gelegenheit mit ihren Gemeinheiten? Thuen sie es etwa, weil sie es nicht besser verstehen? O gewiß nicht. Sie verstehen sehr wohl, wenn sie unter einander zanken, anständig zu sein, „gilt es aber — wie schon treffend Börne, dessen Worte wir hier citiren wollen, im Jahre 1832 gegen die reaktionäre Preßmeute schrieb — die Freiheit nieder zu reden, da, wo die öffentliche Meinung der Menge entscheidet, sind sie grob und plump, um auf die grobe, plumpe und gedankenlose Menge zu wirken, die in allen Ständen, vom Hofmann bis zum Bauer, die Mehrzahl bildet. Was sie gegen uns, sollten wir gegen sie thuen. . . . . Keine Schonung mehr, nicht im Handeln, nicht im Reden. . . . . Darum siegt die Bosheit überall, darum wissen Dummheit und Gemeinheit immer den Vorsprung zu gewinnen, weil sie den kürzesten Weg zum Ziele nehmen, unbekümmert, ob er rein sei oder schmutzig. Sie hält die Reinlichkeit nicht ab, sie gebrauchen selbst edle Mittel, wenn etwas Schlechtes dadurch zu erreichen, und wir sollten den Koth meiden, auch wenn er zum Guten führt? Wir suchen reinliche Umwege, verlieren die Zeit und Alles; denn wo wir auch den Feind einholen, wo und wann wir auch zu ihm stoßen, wir finden ihn immer im Schlamme, den wir früher oder später durchwaten müssen, wollen wir siegen für das Recht. Was Andere thuen für die Tyrannei, warum sollen wir es nicht für die Freiheit thun? Schwert gegen Schwert, List gegen List, Koth gegen Koth, Hundegebell gegen Hundegebell . . . . Lernen wir begreifen, daß die Tyrannen nur solche Waffen fürchten, die sie selbst gebrauchen, denn nur diese kennen sie. Darum der List ja keine Offenheit, dem Laster keine Tugend, der Frechheit keine Milde, der Plumpheit keinen Anstand gegenüber.“

Diese goldenen Worte Börne's können sich alle Diejenigen hinter die Ohren schreiben, welche sich über unsere „Formen der Diskussion“ moquiren. Wir aber fügen dem hinzu, daß es unseren Rednern und Redakteuren noch gar nicht eingefallen ist, die Diskussion in denselben Formen zu führen, wie dies seitens unserer Gegner geschieht und Jeder, der die gegnerischen Formen der Diskussion kennt, wird dies zugeben müssen; und nun gar zu verlangen, daß der Niedertracht und Gemeinheit gegenüber Gleichgültigkeit beobachtet werden solle, das hieße geradezu eine große Dummheit begehen und sich selbst der Lächerlichkeit preisgeben.

Die sozialdemokratische Presse sowohl, als die sozialdemokratischen Redner haben noch nie ihre Gegner wissentlich durch Gemeinheiten zu verletzen gesucht und werden dies auch fernerhin nicht thun, sie haben vielmehr da, wo anständige Gegner sich ihnen entgegengestellten, die Formen des Anstandes in der Diskussion mit der größten Gewissenhaftigkeit beobachtet und werden dies selbstredend auch in Zukunft thuen, und dies kann jeder Sozialdemokrat fordern: mehr aber verlangen, verlangen, daß der Gemeinheit Anstand und der Grobheit Höflichkeit entgegengestellt werde, heißt Eseln Reden halten, während doch nur Stockprügel helfen können.

Wir wiederholen: so lange unsere Gegner sich nicht einer anständigeren Sprache der Sozialdemokratie gegenüber befleißigen, so lange darf man es unseren Rednern und Redakteuren nicht verübeln, wenn sie die Unflätigkeiten unserer Gegner in gleicher Münze heimzahlen, mit denselben Waffen kämpfen, mit welchen dieselben gegen uns kämpfen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein wahrhaft unerhörtes Bubenstück, dessen sich ein Theil der sozialistenfeindlichen Presse schuldig gemacht, haben wir heute zu brandmarken: Sämmtliche Nachrichten über angebliche Geständnisse Nobiling's, aus welchen ein

Zusammenhang des Attentats und des Attentäters mit der Sozialdemokratie erhellen sollte, sind erfunden. Eine regelmäßige Vernehmung Nobiling's konnte überhaupt nicht vorgenommen werden; und was seine, meist sinnlosen und im Delirium gethanen, also juristisch, wie schon betont ward, völlig werthlosen Aeußerungen anbelangt, so ist darüber seitens der Behörde nicht ein Wort veröffentlicht worden, und hätte, ohne schwere Pflichtvergessenheit, nicht veröffentlicht werden dürfen. All' die aufreizenden Details, welche in Extrablättern dem Publikum brühheiß aufgetischt wurden und die Leidenschaften auf's Heftigste entflammten, sind von A bis Z erlogen. Die „sozialistischen Tendenzen", die „Mitschuldigen", das „Loos, welches ihn getroffen", die sensationelle Unterredung mit den Eltern — Alles erlogen, erlogen! Und die Triebfedern dieser Infamie? Bei den Einen politischer Haß, bei den Anderen niedere Habsucht, bei Manchen Beides zusammen.

Natürlich hat der Telegraph bei dem Bubenstück nach Kräften mitgewirkt, und sogar offiziöse Telegraphenbüreaux haben sich zu der sauberen Arbeit hergegeben. Das Bismarck'sche Wort: Lügen wie telegraphirt, hat dadurch kräftigste Bestätigung gewonnen.

Die Folgen der planmäßigen Hetzerei sind auch nicht ausgeblieben: man meldet nämlich aus Berlin, daß dort verschiedene Personen, die von dem „gebildeten Pöbel" für Sozialdemokraten oder Ultramontane gehalten wurden, schwere Insulten, ja thätliche Angriffe zu erleiden hatten. Das ist nur der Anfang. Wird in der bisherigen Weise fortgefahren, so wird es unzweifelhaft zu zahlreichen Collisionen kommen, die nicht immer zum Vortheil der Urheber ausfallen dürften.

Mitschuldige bei diesem ehrlosen Treiben, ja die Hauptschuldigen sind Diejenigen, welche zu reaktionären Zwecken das Verbrechen eines Wahnwitzigen auf die Schultern ganzer Parteien abladen wollen.

Bedenkt man, was es heißt, die Sozialdemokratie für die Schüsse Nobiling's solidarisch verantwortlich machen?

Das heißt: die sechsmalhunderttausend Wähler, die am 10. Januar 1877 für sozialdemokratische Candidaten stimmten, sind die Complizen eines Meuchelmörders, sind Meuchelmörder. Und die Hunderttausende, die das Stimmrecht noch nicht hatten, aber unsere Prinzipien theilen, auch sie sind Complizen von Meuchelmördern und selbst Meuchelmörder; und die Millionen, die mit diesen Meuchelmördern sympathisiren, freundschaftlich mit ihnen verkehren, sie sind Freunde von Meuchelmördern.

Begreift man die Ungeheuerlichkeit des Frevels: eine Million von Staatsbürgern — achtbaren, arbeitsamen, intelligenten Staatsbürgern, blos weil sie einer, den herrschenden Klassen unbequemen Partei angehören, zu Verbrechern zu stempeln und als Verbrecher zu behandeln?

Begreift man nicht, daß dies den Bürgerkrieg, den versteckten oder offenen Bürgerkrieg — jener vielleicht noch schlimmer als dieser — proklamiren hieße?

Und hat man sich die Consequenzen eines solchen „Kriegszustandes" zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen und Parteien vergegenwärtigt?

Sie würden fürchterlich sein — Deutschland würde in der That zu der „Mördergrube" werden, von der elende Verleumder unseres Volkes jetzt faseln, und die Zucht der Nobilings würde nicht ausgehen.

Von dem epidemischen Charakter der Verbrechen haben wir schon gesprochen. Ihm steht zur Seite der propagandistische Charakter der Strafen, wir meinen: unverhältnißmäßig harter, grausamer Strafen. Haben unsere Gegner, die auf drakonische Strafbestimmungen und unbarmherzige Strafvollziehung ihre Hoffnung setzen, zum Beispiel die Thatsache vergessen, daß das Verbrechen der Fälschung in England nie so häufig war, als zur Zeit, wo die geringfügigste Fälschung mit dem Tode bestraft wurde?

Das Hep-Hep-Geschrei gegen unsere Partei ist um so unverantwortlicher, als es nach den jetzt vorliegenden Nachrichten keinem Zweifel mehr unterliegen kann, daß Nobiling gestörten Geistes war. Das verschlossene, exzentrische Wesen, der krankhafte Ehrgeiz des Mannes sind hinlänglich festgestellt und zahlreiche Einzelheiten, die seine Studien- und Hausgenossen erzählen, zeigen zur Genüge, daß Nobiling's Hirn nicht richtig fungirte. Und zum Ueberfluß kommt nun an den Tag, daß in seiner Familie der Wahnsinn erblich ist. Sein Vater, „ein sehr exzentrischer Mann", erschoß sich „ohne jede ermittelte Veranlassung"; auch eine der Schwestern soll geisteskrank gewesen sein; eine andere war von dem Vater wegen eines Liebesverhältnisses in eine Kapelle eingesperrt worden, die er eigens zu diesem Zweck hatte erbauen lassen — kurz „eine Familie von Verrückten".

Die vorhandenen Anhaltspunkte genügen bereits vollständig zur Feststellung der Thatsache, daß Nobiling ein anormaler Kopf war und Anlage zum Wahnsinn hatte, der durch die Lehmann'sche Revolveraffaire und den dadurch hervorgerufenen Zeitungsskandal zur vollen Entwickelung gebracht worden ist.

In der „Vossischen Zeitung" wird dies in einem trefflichen Artikel: „Die Wiederholung des Attentats vom psychologischen Gesichtspunkte betrachtet", ausgeführt; und in ähnlicher Weise spricht sich die Berliner „Volkszeitung" aus. Auch nationalliberale Blätter, z. B. die „Nationalzeitung", bringen Zuschriften von Criminalisten und Irrenärzten, in denen auf die ansteckende Kraft des Verbrechens hingewiesen und der widerwärtige, mit einem „L—jungen" (wie ein hoher Beamter den „Attentäter Seiner Majestät" genannt hat) getriebene Cultus für das Nobiling'sche Attentat wesentlich verantwortlich gemacht wird.

Die reaktionäre Presse hütet sich natürlich, vernünftigem Urtheil ihre Spalten zu öffnen; sie hetzt mit ungeschwächten Kräften fort, in der löblichen Absicht, die Volksmassen so zu ängstigen, daß die Ausführung des langgeplanten Reaktionsstreichs ermöglicht wird.

Fürst Bismarck ist seit Montag in Berlin, und daß er nicht unthätig ist, verkündet uns der reaktionäre Wind, der durch die ministeriellen Blättern weht.

Will man auf Grund des Artikel 68 der Reichsverfassung den Kriegszustand in Berlin, Sachsen und sonst überall, wo die sozialdemokratische Bewegung Wurzel gefaßt hat, proklamiren, wozu es der Zustimmung des Reichstags nicht bedarf?

Oder will man den Reichstag nach Pfingsten berufen und ihm das Ausnahmegesetz von Neuem vorlegen, und zwar in verbesserter Auflage?

Wir wissen es nicht.

Das aber wissen wir, daß Kriegszustand oder Ausnahmegesetz die schlimmsten Folgen für unsere politische Entwickelung nach sich ziehen und uns „in der Achtung des Auslandes", auf welche sich unsere „Patrioten" so viel einbilden, mehr schaden würde, als ein Dutzend verlorener Schlachten. Wir erwähnen des Auslandes, weil nächste Woche in Berlin der europäische Congreß zusammentreten soll. Die Beaconsfield u. s. w. würden von der Staatsmannschaft Bismarck's eine noch geringere Meinung bekommen, als sie heute schon haben.

Und wird der Kronprinz, der mit dem 5. d. M. die Stellvertretung des Kaisers übernommen hat, seine Regierung unter den Auspizien des Belagerungszustandes und der Ausnahmegesetze beginnen wollen?

Vielleicht nicht. Vielleicht doch.

Das ist seine Sache; und die unsrige ist, was auch geschehen möge, festzustehen zur Fahne der Sozialdemokratie, und das reaktionäre Spiel unserer Verleumder durch Festigkeit und Besonnenheit zu vereiteln. Mögen die Feinde die Maske abwerfen und sich in ihrer wahren Gestalt zeigen, — desto besser für uns, desto schlimmer für sie. Die durch Lügen bethörte, fanatisirte Menge wird ihre Besinnung bald wiedererlangen und der Bankerott des herrschenden Systems dann nur um so rascher und gründlicher sich vollziehen.

— Ein wesentliches Moment ist noch nicht genügend berücksichtigt worden. Dr. Nobiling war ein eifriger Schriftsteller, ein thätiger Mensch. Wenn derselbe wirklich sozialdemokratische Anschauungen gehabt hätte, so würde er unzweifelhaft versucht haben, für die hervorragenderen Organe der Sozialdemokratie zu schreiben. Er hat dies nicht gethan; er hat sich weder an den „Vorwärts", noch an die „Berliner Freie Presse" gewandt, auch nicht an die „Zukunft" oder die „Neue Welt", obwohl die beiden letzteren Blätter ein anständiges Honorar zahlen. Das beweist mehr, als alles Andere, daß der Mann keinerlei sozialdemokratische Anwandlungen hatte. Doch noch eins. Während der letzten Session des Reichstags ist Dr. Nobiling fast fortwährend, wie die Nachrichten melden, in Berlin gewesen; er hat sich nicht veranlaßt gefühlt, irgend einem der sozialdemokratischen Abgeordneten sich vorzustellen, was gewissermaßen selbstverständlich war, wenn er Sozialdemokrat gewesen wäre. Statt dessen ist er zu den Räthen des landwirthschaftlichen Ministeriums und zu anderen hochgestellten Leuten gegangen und hat um Stellung nachgesucht und seine literarischen Arbeiten angeboten.

— Die Nationalliberalen geben sich alle erdenkliche Mühe, Nobiling von ihren Rockschößen abzustreifen. Professor Biedermann protestirte am Montag dagegen, daß der Attentäter Correspondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gewesen; Herr Böhmert hat dasselbe mit Bezug auf die „Sozial-Correspondenz" gethan (S. seine Erklärung in letzter Nr. des „Vorwärts"); von Seiten der Burschenschaft „Germania" geht uns nachfolgende „Berichtigung" zu:

„Berichtigung.

„In einem Extrablatt des „Vorwärts", „Leipzig, den 4. Juni, 1878, Nachmittags 7 Uhr", wird auf S. 1 behauptet: Nobiling habe zu den „eifrigsten Mitgliedern" der Leipziger Burschenschaft „Germania" gehört.

„Das ist unwahr. Nobiling gehörte der Leipziger Burschenschaft „Germania" nie an.

Leipzig, den 5. Juni 1878.

Die Leipziger Burschenschaft „Germania".

J. A.: P. Langlotz, stud. jur. M. Bär, cand. hist.*)

Und endlich hat Herr Birnbaum im „Leipziger Tageblatt" vom 5. ds. eine den Mann charakterisirende Erklärung losgelassen, die also lautet:

„In einem dieser Tage ausgegebenen Extrablatt, erschienen mit der Ueberschrift „Vorwärts", wird behauptet, daß Dr. Nobiling in den von mir geleiteten Disputationen über volkswirthschaftliche Tagesfragen eine hervorragende Rolle in „pronocirten nationalliberalen und antisozialistischen Anschauungen" gespielt habe.

„Es ist mir heute schon durch den Schriftwart des „Akademischen Volkswirthschaftlichen Vereins", welchen ich ins Leben gerufen habe und in welchem ich während der wissenschaftlichen Verhandlungen den Vorsitz führe, mitgetheilt worden, daß Dr. Nobiling niemals Mitglied dieses Vereins gewesen ist und keiner der Herren sich seiner als Theilnehmer an unseren Debatten erinnern kann. Aus den Verzeichnissen der Studirenden ersehe ich, daß C. E. Nobiling aus Kollno im Sommer 1875 im Winter 1875/76 und im Sommer 1876 hier studirt hat. Die Verzeichnisse über die Zuhörer in meinen Vorlesungen ergeben, daß Nobiling erst im Sommer 1876 an diesen sich betheiligt hat und zwar nur an denen über rein landwirthschaftliche Disciplinen: Bodenkunde und Thierzucht. Im Verzeichniß der Vorlesung über „wichtige (volkswirthschaftliche) Tagesfragen" ist Nobiling nicht aufgeführt. Zu den an diese Vorlesungen sich anschließenden Debatten haben andere Studirende als Gäste, eingeführt durch Mitglieder, zwar Zutritt, aber doch nicht zum regelmäßigen Besuche. Ich kann nicht wissen, ob Nobiling als Gast unter uns gewesen ist, eine irgendwie bemerkenswerthe Rolle aber kann er als solcher unmöglich gespielt haben (?). Daß ein Landwirth, welcher ein ganzes Jahr lang hier anwesend ist, ohne sich an meinen Vorlesungen zu betheiligen, nicht zu Denen gezählt werden kann, welche mir persönlich näher treten, wird Jedermann einleuchtend sein. Zu dem „Akademisch-Landwirthschaftlichen Verein", welchem Nobiling angehört haben soll, habe ich gar keine Beziehungen.

„Eine Berichtigung im „Vorwärts" zu verlangen, wozu ich aufgefordert wurde, muß ich ablehnen. Ich halte dieses, wie die übrigen in Sachsen erscheinenden Blätter der sozialdemokratischen Partei, nicht für solche, in welchen ich aus eigener Veranlassung sei es auch nur zur Abwehr, genannt sein möchte und kann diesen Organen gegenüber nur mich darauf beschränken, erforderlichen Falls die gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dazu bietet die erwähnte Notiz mir keinen Anlaß, wohl aber richte ich an die geehrten Redaktionen anderer Blätter die Bitte, wenn sie etwa von dem Extrablatte Notiz genommen haben, auch dieser Berichtigung gedenken zu wollen.

Leipzig, 3. Juni 1878. Prof. Dr. Birnbaum."

Dem verunglückten Gründer, Sozialistentödter, Reichstagscandidat und Professor Dr. Birnbaum sei hiermit bemerkt: schon ehe seine Berichtigung erschien, hatten wir in einem zweiten Extrablatt gesagt, daß unsere — aus sehr guter Quelle stammenden Angaben betreffs des Antheils, den Nobiling am Birnbaum'schen Debattirklub genommen, von einem unserer Correspondenten bestritten worden seien, und daß wir „positive Mittheilungen erwarteten". Diese „positiven Mittheilungen" erwarten wir auch heute noch. Angesichts der Thatsache, daß in dem soeben erstinstanzlich entschiedenen Prozeß Birnbaum contra Bebel die Richtigkeit der von uns wiederholt gegen Hrn. Birnbaum in Bezug auf seine — geschäftliche Thätigkeit erhobenen schweren Anklagen in allen wesentlichen Punkten erwiesen worden sind (sobald der Prozeß beendigt, werden wir die gerichtlichen Erkenntnisse

*) Den Mitgliedern der Burschenschaft „Germania" geben wir hiermit den freundlichen Rath, wenn sie etwa nochmals in Correspondenz mit uns zu treten gewillt sein sollten, sich doch nicht der Vermittelung des Hrn. Hans Blum zu bedienen, da sonst die Aufnahme verweigert werden könnte. R. d. V.

Elsässische Zustände.

Straßburg i. E., Ende Mai.

Es ist eine heikle Aufgabe, aus der Hauptstadt des Elsasses eine Correspondenz in ein sozialdemokratisches Organ Deutschlands gelangen zu lassen. Denn dieselbe hat die Pflicht, schonungslos hinwegzuheben den Schleier christlicher Milde, mit dem die für die deutschen Blätter reichsfreundlicher Richtung correspondirenden deutschen Beamten ihr eigenes Thun und Treiben zuzudecken und zu verhüllen suchen. Daher wird das Bild der elsässer Zustände, wie wir es im Folgenden vorführen werden, ein anderes sein, als es sich die meisten deutschen Zeitungsleser gemacht haben; es wird ein wahres und unparteiisches sein; wenn es loyalen Unterthanen wenig gefallen wird, so ist dies nicht unsere Schuld. —

Das öffentliche Leben im Elsaß seit der Annexion ist ein stets ruhigeres geworden, allerdings nur soweit es sich um die eigenen lokalen und politischen Angelegenheiten dreht. Die Dinge jenseits der Vogesen halten das elsässische Publikum stets in Athem; sie verursachen eine weit größere An- und Aufregung, als die, so jenseits des Rheins arriviren.

Französische Zeitungen werden mit fanatischem Eifer gelesen, von deutschen ist außer der „Frankfurter Zeitung" kein Organ der Tagespresse in einer einheimischen Familie zu finden. Und was die eigene Presse anbetrifft — daß Gott erbarm! Sie führt, Dank der famosen Diktatur, eine zu triste Existenz, als daß sie irgendwie von Einfluß auf die politische Ueberzeugung ihrer Leser sein könnte. Auch entscheidet ja, bei allen Fragen von lokalem Interesse, nicht die Ansicht der Straßburger Bürger, sondern die des aufoktroyirten Herrn Bürgermeisterei-Verwalters, bei allen politischen Fragen nicht die Ansicht des elsässischen Volkes, sondern die der Herren Herzog und Genossen in Berlin oder des Oberpräsidiums in Metz. Dieser Diktatur gegenüber ist natürlich die Presse völlig ohnmächtig. Oppositionsblätter werden grundsätzlich nicht geduldet; das einzige völlig unabhängige Blatt, der in Mülhausen erscheinende „Industriel Alsacien", ist unterdrückt und hat in dem in beiden Sprachen erscheinenden „Expreß" keinen würdigen Nachfolger erhalten. Ja, selbst gegen deutsche Zeitungen, denen selbst der Staatsanwalt das Zeugniß der Königstreue ausstellen muß, gegen die Berliner „Germania", hat die Verwaltung die Grenze gesperrt. Die beiden einzigen größeren Organe des Elsasses, außer dem oben angeführten „Expreß", sind die „Straßburger Zeitung" und das ebenfalls hier erscheinende „Elsässer Journal". Jenes, der offizielle Moniteur des Elsasses, singt fortwährend in Leitartikeln ihres Brodherrn Lob; dieses, Organ der „Autonomisten" (zu deutsch: elsässer Nationalliberalen), arbeitet in Bezug auf deutsche Verhältnisse blos mit der Scheere und begnügt sich mit den Abfällen der Berliner liberalen Correspondenzen. Seine Nachrichten aus Frankreich sind dagegen fast ganz Original; denn sein Leserkreis, ein vorwiegend elsässischer, beschent sich in dem in beiden Sprachen erscheinenden Blatte blos den französisch geschriebenen Theil; er will blos stets über die Ereignisse am Seinestrande unterrichtet sein; die Berichte über deutsche Verhältnisse sind ihm uninteressant und in manchen Fragen unverständlich. So hat z. B. das Lehmann-Attentat mit seinen Folgen hier das Publikum nicht im Geringsten aufzuregen vermocht, obwohl unsere Presse im Hep-Heprufen gegen die bösen Sozialdemokraten mit den in diesem Artikel leistungsfähigsten Berliner Blättern concurrirte. Zum Belege hierfür diene noch die Thatsache, daß die Extrablätter der edlen „Straßburger Zeitung", trotz der furchtbarsten Anstrengungen der sie vertreibenden Dienstmänner, in kaum geminderter Zahl an die Stätte der Geburt zurückkehrten. In den besuchtesten öffentlichen Lokalen herrschte in jenen Tagen eine an Apathie grenzende Stimmungslühle; Niemand fühlte sich, obwohl das Faktum an sich allgemein verurtheilt wurde, berufen, Toaste zu improvisiren, wie dies allenthalben „draußen im Reich" geschah. In dem Attentäter erblickt man blos ein verkommenes, für Geld zu Allem zu habendes Individuum; der alte Straßburger denkt nicht daran, für den wahnwitzigen Streich eines derartigen Subjekts eine politische Partei verantwortlich machen zu wollen. Nach all' dem Angeführten wird es füglich Niemand Wunder nehmen, daß der projektirte allgemeine Dank-Gottesdienst am Wilhelmstage wahrscheinlich in Folge Mangels an Personenüberfluß unterblieb. Allzu kraß wollen wir jedoch nicht malen; dem Reichsfreund zum Troste sei es verkündet, daß auch aus unserer Stadt von diversen „eingewanderten" Turnvereinlern, ferner vom Studentenausschuß ergebenste Glückwunsch- und Loyalitätstelegramme abgesandt wurden. —

Wie läßt sich aber mit unseren Schilderungen die Thatsache vereinen, daß die Stadt Straßburg durch einen sogenannten Autonomisten im Reichstag vertreten wird? Obwohl wir uns vorbehalten, über die elsässische Volksvertretung im deutschen Parlament in einem späteren Artikel uns des Näheren zu verbreiten, sei hier nur kurz bemerkt, daß die Stimmen der in corpore wählenden Beamten, die goldenen Verheißungen der Autonomisten (deren Realisirung noch immer auf sich warten läßt), die persönliche Achtbarkeit und Beliebtheit des Herrn Candidaten, besonders aber das saubere Wahlmanöver wenige Stunden vor der Wahl, leichtes Spiel hatten gegenüber dem dürren Negationsprogramm des Herrn Lauth, seiner unpolitischen, mit den Clericalen liebäugelnden Haltung, und dem völlig apathischen Verhalten eines großen Theils der Wahlberechtigten, die für Wahlen in eine deutsche Volksvertretung absolut kein Verständniß und Interesse hatten. Ebenso wenig ist von den Prahlereien zu halten (und auch hierauf werden wir später noch zurückkommen), mit denen correspondirende Beamte sich bei Gelegenheit von Bezirkstags- und Landesausschuß-Wahlen in „gutgesinnten" deutschen Blättern breit machen. Diese Herren vergessen — natürlich ganz unabsichtlich! — zu bemerken, wie diese Wahlen zu Stande kommen. Sie erzählen nichts davon, daß jedem Bezirkstags-Mitglied der Eid auf den Kaiser abverlangt wird; daß in Folge dessen blos ein geringer Bruchtheil der Bevölkerung sich dazu hergiebt, derartige Vertreter zu wählen; daß erst diese Bezirkstage dann wieder aus ihrer Mitte den sogenannten Landesausschuß wählen — daß also diese Versammlung keine aus direkten Wahlen hervorgegangene Vertretung des elsässischen Volkes ist, sondern blos die einer Minorität, der stets „Ja" zu sagen erlaubt ist, der es aber versagt ist, Wünsche, denen die Sanktion der Regierung fehlt, geltend zu machen. —

Ueber die wirklich Regierenden: die preußischen Beamten, über die Regierten, mögen sie sich Autonomisten oder Protestler nennen, über die Forderungen des politisch- und sozial-radikal gesinnten Theils des elsässischen Volkes werden wir den Lesern des „Vorwärts" später berichten.

Für heute schließen wir mit dem Wunsche und der frohen

veröffentlichen) — Angesichts dieser Thatsache wird selbst Herr Professor Birnbaum uns das Recht zugestehen müssen, die Zeugenaussage des Herrn Professor Birnbaum nicht als für uns maßgebend zu betrachten.

Seine Scheu vor dem „Vorwärts“ und anderen sozialistischen Blättern, welche den Gründern so böse zu Leib gegangen sind, erscheint uns ebenso natürlich als seine Vorliebe für das „Tageblatt“, Organ der Herren (Cadeaux-) Hüttner und (Ex-Post-) Leonhardt.

Ob die Angabe, daß Nobiling dem Birnbaum'schen Debattirclub angehört, richtig war oder auf einer Verwechselung mit dem hiesigen „Akademisch-Landwirthschaftlichen Verein“ gleicher Tendenz, dem Nobiling unzweifelhaft angehört hat, beruht, das muß sich erst herausstellen.

Zu der „Berichtigung“ der Burschenschaft „Germania“ nur so viel: die Mittheilung, Nobiling sei Mitglied der „Germania“ gewesen, rührt von einem Gewährsmann her, dem wir unbedingtes Vertrauen zu schenken berechtigt waren, und dessen Irrthum sich voraussichtlich auf ein Mißverständniß zurückführen wird.

Was schließlich die Erklärung des Hrn. Böhmert anbelangt, so überlassen wir es unseren Dresdener Genossen, welche uns Nobiling als Mitarbeiter der „Sozial-Correspondenz“ bezeichnet, den Sachverhalt richtig zu stellen. Daß Nobiling mit Professor Böhmert in Beziehungen gestanden, steht fest, und zwar nicht bloß im statistischen Büreau zu Dresden, wo er unter Professor Böhmert arbeitete, sondern auch außerhalb desselben. Nicht minder fest steht, daß er in Dresdener Versammlungen als Gegner der Sozialdemokratie aufgetreten ist.

Und nun noch ein Wörtchen mit dem Professor Biedermann, der es offenbar darauf angelegt hat, das Unpassende des Spitznamens „Anstandsdame“, der ihm weiland im Frankfurter Parlament ertheilt ward, ad oculos zu demonstriren. Herr Biedermann sagt in Nr. 130 seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ auf S. 3 (1035): „Der „Vorwärts“ hat mit gewohnter Frechheit die Behauptung hinausgeworfen, daß Nobiling Mitarbeiter der „Sozial-Correspondenz“ gewesen sei“; und auf S. 5 (1037): „Von dieser Seite (Seiten des „Vorwärts“) muß man ja immer auf Lügen gefaßt sein, und je grundlosere, desto keckere.“

Wir haben heute, wie zu jeder Zeit, unwahre Angaben, die wir wider besseres Wissen gemacht, loyal berichtigt und Niemand, auch nicht unseren erbittertsten Gegner, zu diesem Zweck je das Wort verweigert oder den Raum beschränkt.

Den Herrn Prof. Biedermann aber fragen wir, ob alle unwahren Angaben, die wir und die ganze übrige sozialistische Presse jemals irrthümlicherweise gemacht, zusammengenommen in Bezug auf beleidigenden Charakter und schädigende Wirkung auch nur annähernd der einen monströsen Lüge und Verläumdung gleichwichtig zu rechnen sind, welche die sozialistenfeindliche Presse und voran die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Professor Biedermann seit einigen Tagen gegen die sozialdemokratische Partei verbreitet, indem sie uns die moralische Urheberschaft der That Nobilings, wo nicht gar einen direkten Antheil („Complot“) an dem Attentat zuschiebt.

Und hat etwa Herr Professor Biedermann diese infame Lüge und Verläumdung widerrufen? Obgleich er weiß und wissen muß, daß wir an dem Attentat mindestens ebenso unschuldig sind wie er selbst?

Ist dem Hrn. Prof. Biedermann nicht eingefallen.

„Von dieser Seite muß man ja immer auf Lügen gefaßt sein, und je grundlosere desto keckere.“

Sehr wahr, Herr Professor!

Nachträglich geht uns noch folgende Zuschrift zu:

„Leipzig, den 5. Juni.

„Im Auftrag des akademisch-volkswirthschaftlichen Vereins ersuche ich Sie folgende Berichtigung in Ihrem Blatte aufzunehmen.

„Das am 3. Juni erschienene Extrablatt des „Vorwärts“ brachte die Nachricht, daß Nobiling dem Debattirclub des Herrn Prof. Dr. Birnbaum angehört habe. Ist hierunter unser Verein gemeint, so ist jene Notiz vollkommen unrichtig; denn Nobiling war gar nicht mehr Student, als der Verein gegründet wurde. — Auch an den früheren, von Hrn. Prof. Birnbaum im Anschluß an sein Colleg „Ueber wichtige Tagesfragen“ veranstalteten Besprechungen war Nobiling als Mitglied nicht betheiligt. Ob er als Gast je den Sitzungen beigewohnt hat, läßt sich nicht feststellen; jedenfalls ist niemanden bekannt, daß er dort im antisozialistischen Sinne gesprochen hat.

Siegfried Zuckermann,
Schriftführer des akademisch-volkswirthschaftlichen Vereins.“

Dagegen schreibt „ein ehemaliger Studiengenosse Nobiling's“ der Redaktion der „Leipziger Nachrichten“:

„Im academisch-landwirthschaftlichen Verein, im statistischen Seminar, in den vom Professor Birnbaum veranstalteten studentischen Versammlungen, wo über wichtige Tagesfragen debattirt wurde, also überall, wo sich Nobiling mit seiner Geschwätzigkeit hervorthun, wo er mit seinem Wissen flunkern konnte, trat er für die Interessen der Sozialdemokratie ein.“

Dies stimmt mit unserer ursprünglichen Mittheilung; nur daß es falsch ist, wenn von Nobiling gesagt wird, er sei in jenen „Versammlungen“ für die Interessen der Sozialdemokratie eingetreten, während es doch durch Dutzende von Zeugnissen, die in gegnerischen Blättern („Magdeburger Zeitung“ 2c.) abgedruckt sind, über jeglichen Zweifel hinaus festgestellt ist, daß Nobiling damals (wie ein Gewährsmann aus dem Berliner statistischen Büreau es sagt) „keine revolutionären — sozialdemokratischen — Bestrebungen, geschweige denn Attentatsgedanken gehabt hat.“

Der mysteriöse „Dr. H.“, mit dem Nobiling das „Complott“ ausgeheckt haben sollte, hat sich als eins der harmlosesten und sozialistentödterischsten Individuen in Deutschland entpuppt, nämlich als jener Herr P. Christian Hansen, dem Prof. Böhmert in der Vorrede zu seinem Sudelwerk: „Die Gewinnbetheiligung“ für seine Mitwirkung gedankt, und mit einer lobenden Censur bedacht hat. Armer Böhmert!

Uebrigens wird uns, seit Obiges geschrieben worden, von Dresden gemeldet: „Nobiling hielt zum Oefteren Vorträge in dem mit Böhmert's statistischem Bureau verbundenen Verein (dessen offizieller Titel uns nicht bekannt ist) und gab sich selbst, wie durch Zeugen erhärtet werden kann, für einen Mitarbeiter der „Sozial-Correspondenz“, sowie der (nationalliberalen) „Wiener Freien Presse“ aus.“

Mit Ausnahme einer einzigen Angabe (Burschenschaft „Germania“), bezüglich deren wir weitere Mittheilungen erwarten, hat sich also Alles, was wir über die Zugehörigkeit Nobiling's zur nationalliberalen Partei und zu den Sozialistengegnern gesagt, als wahr erwiesen.

Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit, daß Nobiling, wie aus einem längeren, von Berliner Blättern veröffentlichten Feuilletonartikel des Agrariers Beta (eigentl. Bätzig) hervorgeht, auch bei den Agrariern angeklopft hat. Wenn man bedenkt, daß diese erzreaktionäre „Partei“ mit ultrasozialistischen (aber nicht sozial-demokratischen) Phrasen um sich wirft, so findet man es leicht erklärlich, daß Nobiling bei Ununterrichteten, die den Unterschied zwischen sozialistisch und sozialdemokratisch nicht kennen, in den Ruf kommen konnte, ein „Sozialdemokrat“ zu sein.

— Zu welcher Bestialität die Veranstalter des Bubenstreichs gegen die Sozialdemokratie das deutsche Volk zu treiben beabsichtigen, das zeigen zwei Culturblüthen, die wir aus der üppig aufschießenden Saat herausgreifen:

„Kaiser werde hart! Bürger! Haut mit geballter Faust das nichtswürdige, beutegierige, sozialdemokratische Gesindel ins Gesicht*) und opfert elenden und phrasenreichen Hämmlingen nicht Eure Existenz, Eure Familie, Eure Sitte und Religion! Weg mit den jämmerlichen Parlamentsschwätzern, welche die pöbelhaften Menschen-Bestien mit Sammetpfoten zu zähmen glauben! Ihren doctrinären Phrasen opfern solche Schwatz-Jammerhelden noch Kaiser und Reich und machen uns zu Spott und Schande vor den andern Nationen!“

(„Lüneburg'sche Anzeigen“ vom 4. Juni.)

„— Mit Scham verhüllt die deutsche Nation ihr Antlitz, daß sie solche Schmach erleben mußte. Und durch wen? Wiederum ist es ein Sozialdemokrat, ein Anhänger jener Umsturzpartei, auf deren durchwühltem Boden so scheußliche Saaten ihre giftigen Früchte treiben! Wie lange noch? Wird nicht bald die letzte Stunde für die Frevler schlagen? Raffe dich auf, deutsches Volk! Erhebet Euch, Ihr Bürger des deutschen Vaterlandes, einmüthig und verbannet die Brut aus Eurer Mitte! Hinweg mit Dem, der nicht einstimmt in den Ruf: Es lebe der Kaiser!“

Das ist ja prächtig! Und solche Culturblüthen können zu prächtigen Culturkämpfen führen, — wobei zu bemerken ist, daß das „Faustrecht“ zwei Seiten hat, was gewisse Leute vergessen zu haben scheinen. —

Etliche Culturkämpfe sind schon erfolgreich geleistet worden; z. E. einer in Merseburg, wo unser Genosse Rödiger am Tage des Attentats, von dem er noch nichts wußte, in eine von Liberalen gestellte Falle gelockt, und auf Provokation des liberalen Reichstagsabgeordneten Wölfel brutal mißhandelt wurde. Mit Herrn Wölfel wird man gelegentlich noch ein Wörtchen reden. — Mit ähnlichen „geistigen Waffen“ haben die Herren Liberalen in Wiesloch (Baden) und Bromberg gestritten und die geringe Qualität und Entwicklung ihres Schädelinhalts damit drastisch bewiesen. Details gelegentlich.

*) Apropos, was sagen die Herren, welche sich über ein paar jämmerliche anonymen Drohbriefe an Marschall Moltke, einen Chemnitzer Polizisten 2c. sittlich entrüsten — beiläufig könnten wir mit einem Schock solcher Wische aufwarten, wenn wir schwachnervig genug wären, sie irgend zu beachten — was sagen die Herren zu diesen öffentlichen Drohbriefen? Und wo sind die Herren Staatsanwälte? Will man Exzesse?

— Die Sozialistenhatz. In Bremen ist Genosse Neisser, Redakteur der „Bremer Freien Presse“, wegen eines Artikels unter die Anklage der Aufreizung zum Hochverrath gestellt und verhaftet worden. — Aus Dresden wird die Verhaftung Klemich's gemeldet, die wegen eines für die „Glauchauer Nachrichten“ geschriebenen Artikels erfolgt sein soll. — In Halle ist Rödiger nach seiner Rückkunft von Merseburg (s. oben) verhaftet worden, und auch die Verhaftung eines zweiten dortigen Genossen wird uns gemeldet — wahrscheinlich Zwiebler. Grund unbekannt. — In Berlin Haussuchung bei Milke und im Lokale des „Arbeiterbildungs-Instituts“, ferner „Sistirung“ Kröner's, des Besitzers des „Arbeiterbildungs-Instituts“. Natürlich erfolglos.

— Unsere Genossen Milke und Faehse in Berlin sind am 5. Juni sind vom Appellationsgericht zu Frankfurt a. d. O. zu sechs Monaten Gefängniß wegen Uebertretung des § 130 des Strafgesetzbuchs verurtheilt worden. Das Vergehen datirt noch aus dem Jahre 1876; die beiden Genossen waren damals mit je 300 Mark Strafe bedacht worden. Man sieht, daß wir ohne Ausnahmegesetze in einem gewissen Ausnahmezustand leben, sonst wäre der Sprung von 300 Mark auf sechs Monate doch allzugroß.

— In Posen ist der Schriftsetzer und „stellvertretende Vorsitzende des dortigen sozialdemokratischen Vereins Concordia“, Primasch, wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, die er aus Anlaß des Lehmann-Attentats verübt haben soll, zu vierjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Die „äußerste Grenze“ Bennigsen's dürfte damit so ziemlich erreicht und das nationalliberale Gemüth beruhigt sein. — Unser Glauchauer Parteiorgan meldet, daß der Redakteur desselben, Genosse Kraut, am 3. Juni plötzlich verhaftet wurde; als Grund wird ein im Blatt veröffentlichter Artikel: „Die sinnlose Phrase“ angegeben. Der Artikel scheint also nach Auffassung des Gerichts keine „sinnlose Phrase“ gewesen zu sein.

— Die amtliche „Provinzialcorrespondenz“ bringt einen Hetzartikel gegen die Sozialdemokratie, der von einer, bei diesem Blatt allerdings nicht erstaunlichen Unkenntniß der Zeitgeschichte im Allgemeinen und unserer Bewegung im Besondern zeugt und in nächster Nummer von uns besprochen werden wird.

Hoffnung, daß sich auch hier bald zwischen die hadernden Parteien ein jetzt allerdings noch nicht sehr starker Faktor als tertius gaudens (der sich über den Streit freuende Dritte) einschieben wird — der demokratische Sozialismus.

— Ein perfider, gefälschter Brief. Einige deutsche Zeitungen, unter ihnen natürlich die „Berliner Tribüne“ und die „Deutsche Allgemeine“ in Leipzig, veröffentlichen einen Brief, den angeblich ein Theilnehmer an der „Ovation“, welche kürzlich dem preußischen Kronprinzen in London gebracht wurde, geschrieben haben soll. In dem Briefe werden natürlich die Londoner Sozialdemokraten ausgepöbelt und dann wird ebenso natürlich lustig darauflos denunzirt. Ohne Denunziationen können die deutschen Zeitungen eben nicht mehr existiren; das Denunziren ist Mode geworden und gilt im deutschen Reiche geradezu als Heldenthat. In dem Briefe kommt nämlich folgendes Denunziationchen war: „Die Erbitterung der bessern Klassen jeder Nationalität gegen diesen Skandal ist groß, die Quelle liegt aber drüben, da die hier nur tanzen, was ihnen drüben gepfiffen wird. Theilen Sie, bitte, dies den Deutschen mit und zeigen Sie ihnen, wie Deutsche im Auslande unter solchen Lehren entarten und den Engländern ein schönes Bild deutscher Treue, Sitte und Anstand geben.“ — Wer die „Tribüne“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in den letzten Jahren nur oberflächlich verfolgt hat, der weiß, daß jedesmal, wenn die Socialdemokratie in Deutschland irgend eine Proclamation erließ, oder irgendwie durch eine Handlung in den politischen Vordergrund trat, die deutschen „liberalen“ Zeitungen erklärten: „Dies ist auf Ordre von London geschehen, dort sitzt der unfehlbare Arbeiterpapst“ 2c. 2c. — Das war natürlich auch eine Denunziation, um Verbindungen deutscher Sozialdemokraten mit dem Auslande anzudeuten; jetzt paßt es den Denunzianten wieder in den Kram, den Spieß umzudrehen und die Londoner Arbeiter als von den Sozialdemokraten in Deutschland verführt hinzustellen. — Mit elenderen Waffen ist noch niemals eine Partei bekämpft worden, als die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Correspondenzen.

Bitterfeld, 27. Mai. Gestern hielt der bekannte Wanderlehrer Keller einen Vortrag, welcher von ungefähr 60 Personen besucht war. Der Referent sprach sich denn auch mißbilligend über die so geringe Theilnahme aus, tröstete sich aber dann mit der Bemerkung, daß bei der kürzlich von den Sozialisten einberufenen Volksversammlung die Leute wohl nur aus Neugierde hingegangen seien, um einmal einen sozialistischen Reichstagsabgeordneten zu sehen. Auf den Vortrag selbst habe ich wohl nicht nöthig einzugehen. Es ist ja schon mehrfach über die Vorträge dieses Mannes berichtet worden und der gestrige enthielt durchaus nichts Neues. Der Vorsitzende dankte am Schlusse dem Herrn Keller für den „genußreichen“ Vortrag und bat ihn bald wiederzukommen, er wolle schon dafür sorgen, daß die „Bürger“ das nächste Mal zahlreicher erscheinen. Ich erlaubte mir nun einige Bemerkungen zu dem Vortrage, was den anwesenden Bürgermeister gewaltig in Harnisch brachte und ihn veranlaßte, mich als einen jungen unerfahrenen Menschen hinzustellen, der sich die Sozialdemokratie nur „in den Kopf gesetzt“ habe. Der Herr Wanderlehrer fand hingegen, daß ich nach dem, was ich gesprochen, gar kein Sozialdemokrat sei und freute sich schon, einen, durch seine Thätigkeit zum alleinseligmachenden Gewerbverein Bekehrten in mir zu finden. Ich erwiderte hierauf, ich halte es als Arbeiter für meine Pflicht, für die Interessen des Arbeiterstandes einzutreten; den fortschrittlichen Versprechungen nnd Phrasen sei, wie die Erfahrung gelehrt, kein Glaube zu schenken und ich würde so lange Sozialdemokrat bleiben, bis die Lage der Arbeiter eine menschenwürdigere. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. — Es wäre recht wünschenswerth, daß unsrerseits bald wieder eine Versammlung abgehalten würde, damit die hier im besten Fluß befindliche Bewegung nicht wieder ins Stocken geriethe. W.

o— **Großenhain**, 30. Mai. (Agitationsbericht.) Am 19. Mai fand in dem ca. 3 Stunden von hier entfernten Frauenhain eine Volksversammlung statt, in der Genosse Nauert aus Leipzig über die Thätigkeit des Reichstages einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Nach dem Vortrage ergriff ein von der Natur mit edler Dreistigkeit begabter Mensch, der Gewerkvereinler Preisker von hier, das Wort und erging sich in widerspruchsvoller Rede in den gemeinsten Beschimpfungen einiger hervorragender Parteigenossen, ja sogar über den Referenten selbst. Von Seiten des Letzteren, sowie unseres Genossen Geier ward ihm hierfür eine entsprechende Züchtigung zu Theil. Um nur Eines herauszugreifen zur Beurtheilung dieser charaktervollen Person, wollen wir mittheilen, daß derselbe sich zu der Aeußerung verstieg: Solche Männer, wie Max Hirsch und Duncker (!) seien, müsse man sich suchen. Gelächter und Entrüstung unter den Versammelten wechselten bei derartigen Ausbrüchen der Bosheit und des Unsinns. Im Uebrigen hat die Versammlung einen zufriedenstellenden Verlauf genommen, und ist durch dieselbe das Interesse für die Sozialdemokratie von Neuem geweckt worden. — Montag, den 20. Mai, sprach Genosse Nauert in dem an Großenhain angrenzenden Naundorf in einer von ca. 400 Personen besuchten Volksversammlung über dasselbe Thema unter der größten Aufmerksamkeit der Versammelten. Nach dem Vortrage ergriff obengenannter Preisker abermals das Wort, um den Anwesenden dasselbe aufzutischen, was er Tags vorher gesagt. Da er zu dem Zwecke genau dieselbe Vorlesung aus dem „Gewerkverein“ hielt, so wurde er durch Zwischenrufe aus der Versammlung, heiterer und ernsterer Art, oft unterbrochen. Mit der größten Dreistigkeit provozirte derselbe die sich langweilende Versammlung durch Abschweifen von der Tagesordnung. Vom Vorsitzenden auf die Tagesordnung verwiesen, schloß er denn endlich unter den ergötzlichsten Gestikulationen, um darauf abermals vom Referenten und Genossen Geier unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung in die Wäsche genommen zu werden. Unzufrieden mit dem Mißerfolge ihrer Bestrebungen suchten nun die 10 Gewerkvereinler Skandal zu provoziren, und nur den ernstlichen Bemühungen des Vorsitzenden ist es zu danken, daß diese Störenfriede (Avis für Eugen Richter) nicht unsanft an die Luft gesetzt wurden. Die Versammlung nahm einstimmig folgende in zwei Theilen zur Abstimmung gelangte Resolution an: Die Versammlung giebt hierdurch ihre vollste Zustimmung über die Berichterstattung des Herrn Nauert über die Thätigkeit des Reichstages zu erkennen, dagegen spricht sie ihr Mißfallen über die Vernachlässigung unseres Wahlkreises durch den derzeitigen Abgeordneten Professor Richter aus Tharandt, sowie über das provokatorische Verhalten der Gewerkvereinler in dieser Versammlung aus. — Der zweite Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Delegirten zum bevorstehenden Sozialistencongreß, fand durch die einstimmige Uebertragung des Mandats an Herrn Nauert seine Erledigung. Ferner empfahl die Versammlung den Einberufern, bei der Königl. Kreishauptmannschaft Beschwerde über eine unerhörte Auslegung des Vereins- und Versammlungsgesetzes seitens der hiesigen Amtshauptmannschaft zu erheben. Wir werden später über diesen Punkt berichten. Hinzuzufügen ist noch, daß in der Versammlung eine Anzahl neuer Parteigenossen erworben wurden. — Wahrscheinlich um die erlittene Niederlage auszuwetzen, hatte die Hirsch'sche Garde zu Montag, den 27. d. Mts., eine „außerordentliche Versammlung des Ortsvereins der Stuhlarbeiter“ mittelst Plakaten einberufen, in der der „Redakteur“ Bujarsky über den sozialistischen Zukunftsstaat sprechen sollte und zu welcher die hiesigen Sozialisten besonders eingeladen waren. Bujarsky, in körperlicher und geistiger Beziehung ein Gernegroß, stotterte denn auch 5/4 Stunden lang den größtmöglichsten Blödsinn. Er suchte den Anwesenden begreiflich zu machen, daß wir den gewaltsamen Umsturz wollten, und wollte dies durch Citate beweisen. Einige aus dem Ganzen herausgerissene Sätze früherer Nummern des „Volksstaat“ 2c. 2c. mußten der Mordbeschreibung dieses Marktschreiers als Staffage dienen; jedoch trotz oder vielmehr wegen des komischen Pathos, den dieser doppeltbebrillte Held hierbei entwickelte, konnte er der Versammlung nichts als ironisches Gelächter entlocken. Sein Hauptmaterial bildete jedoch die Most'sche Broschüre: „Zur Lösung der sozialen Frage“. Daß Bujarsky aus diesem, den Gegnern an die Hand gehenden Stoffe gar nichts zu machen verstand, ist geradezu unverzeihlich und gab eine treffliche Illustration zu dem von ihm angenommenen Titel „Redakteur“. Es wäre wirklich schade,

über diese horrende Unfähigkeit ein Wort zu verlieren. Unser Genosse Geier unternahm es, unter der größten Heiterkeit der Versammlung, dieser Hirsch'schen Größe am Orte den Garaus zu machen. Daraufhin beklagte sich der kleine Confusionsrath bitter über unanständige Behandlung und über die Intoleranz der hiesigen Sozialdemokratie, die hierin alle anderen Orte übertreffe. Ja, er wagte sogar die Lüge in die Versammlung hineinzuwerfen: hiesige sozialdemokratische Arbeiter hätten Andersgesinnte außer Arbeit gebracht. Geier replizirte, daß wenn anständige Gegner uns gegenübertreten, dieselben auch anständige Behandlung finden würden und daß das von Bujarsky zuletzt Gesagte eine Lüge sei. Einmal kennt Bujarsky die örtlichen Verhältnisse gar nicht, da ihm seine Complicen etwas vorgelogen haben und zweitens existirt der Verrath an den Mitarbeitern auf jener Seite. Die Gewerkvereinler sind auf Anregung des famosen Max Hirsch und durch die Vermittlung unseres früheren bekannten Bürgermeisters, Ludwig-Wolf, hier in Arbeit genommen worden, um gegen die Sozialdemokratie, welche die Arbeiter schon damals zu einer compakten Masse vereinigt hatte (Beweis: Strike 1874), zu kämpfen. Also mit Verrath an der Arbeitersache haben diese traurigen „Mitarbeiter" ihre Existenz hier begonnen und bis heute weiter conspirirt, Dank unserer Achtsamkeit jedoch ohne Erfolg. Zum Schluß versuchte Bujarsky, durch den inzwischen verhandelten Schlußantrag gedeckt, in bodenloser Gemeinheit die Sozialdemokratie für die That des verrückten Hödel verantwortlich zu machen. Geier protestirte in einer persönlichen Bemerkung auf's Energischste gegen die gemeine Insinuation und die Anwesenden, ca. 200 an der Zahl, verließen hierauf den Saal, 15 Mann in demselben zurücklassend. Das Resultat dieser Versammlung ist also, daß Bujarsky seiner Partei geschadet, uns dagegen einen erheblichen Dienst geleistet hat, denn die Stimmung der in jener Versammlung Anwesenden war eine der Sozialdemokratie entschieden günstige.

Pößneck, 30. Mai. Seit einiger Zeit sucht sich hier ein Individuum eigenthümlichster Art durch Verleumdung und Verdächtigung der Sozialdemokratie besonders hervorzuthun. Da nun dasselbe, obgleich selbst Proletarier im vollsten Sinne des Wortes, es ganz besonders auf Arbeiterverbindungen abgesehen zu haben scheint, so wollen wir uns hier Einiges über die Person desselben zu bemerken erlauben.

Dasselbe nennt sich Dr. J. B. Hofmann, kam gegen Ende des Jahres 1870 hierher und wurde provisorisch als Lehrer an der hiesigen Bürgerschule angestellt, welches Amtes er jedoch schon kurze Zeit darauf wegen einiger mit der Moral eines Lehrers nicht im Einklang stehenden Vorkommnissen bezüglich seiner Eheverhältnisse auf Antrieb des hiesigen Kirchen- und Schulamtes wieder entsetzt wurde. Zunächst suchte er sich nun an die hiesigen sozialistischen Arbeiterverbindungen heranzudrängen, gab an, ein persönlicher Freund Bernh. Becker's zu sein, trat der damals hier bestehenden Mitgliedschaft der Gewerksgenossenschafts-Krankenkasse der Manufakturarbeiter bei, besuchte deren Versammlungen, fungirte 1873 bei der hier abgehaltenen thüringischen Landesversammlung als Schriftführer und veröffentlichte in dem damals in Weimar herausgegebenen „Thüringer Volksboten" mehrere Artikel, überschrieben: Schulmeistertyrannei, in welchen er einige beklagenswerthe Fälle von Ausschreitungen hiesiger Lehrer, betr. Behandlung ihrer Schüler, dazu benutzte, sein Rachgefühl gegen einige ihm nicht gewogene Lehrer und gegen das hiesige Kirchen- und Schulamt zu befriedigen. Diese Artikel, später noch besonders zu einer Broschüre vereinigt, führten zu einem Beleidigungsprozeß und wurde der Verfasser wegen formeller Beleidigung zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt, welcher Strafe er sich jedoch durch den Gnadenweg an den Herzog zu entledigen wußte. Nun suchte er sich durch Gründung eines Freireligiösen Reformvereins populär zu machen, allein wegen Mangel an Sympathie für Hofmann'sche Reform mußte er denselben schon nach wenigen Monaten nebst seinen darauf gebauten Zukunftsplänen wieder zu Grabe tragen. Hierauf versuchte er sein Heil in einem Consumverein, wo er für seine gelieferten schriftlichen Arbeiten ganz anständige Rechnungen aufzustellen verstanden haben soll. Nachdem nun auch dieser Verein bald das Zeitige gesegnet, treibt er gegenwärtig im hiesigen Arbeiter-Bildungs-Verein, welchem er sich auch aus Gott weiß welchem Grunde anzuschließen verstanden hat, sein Unwesen. Den hierzu gehörigen Arbeitern sucht er ab und zu Einiges über Mondfinsternisse, Sternschnuppen und dergleichen Dinge als nothwendige Bildung aufzutischen, hauptsächlich und auffälligerweise scheint es ihm jedoch Befriedigung zu verschaffen, bei jeder Gelegenheit auf die Sozialdemokratie und deren Vertreter zu schimpfen und zu räsonniren und dieselbe mit allem möglichen Quatsche zu verdächtigen. Obgleich er von Sozialisten in diesem Verein schon oftmals überführt worden ist, daß er vom Sozialismus selber auch noch nicht einmal das ABC kennt, so genirt ihn dies doch keineswegs. Wenn er natürlich weiß, daß die Opponenten nicht zugegen sind, so treibt er es desto ärger und hat sogar schon den Versuch gemacht mit Hilfe einiger Spießphilister, welche das Regie im Verein führen, den unliebsamen sozialistischen Opponenten aus dem Verein zu entfernen, was ihm jedoch nicht gelungen ist. Sei es nun, daß er es thut, um sich hierdurch der hiesigen Bourgeoisie wieder gefällig zu zeigen und sich mit derselben wieder auszusöhnen, oder sei es, daß er gar schon im Dienste derselben steht, was jedoch zweifelhaft erscheint, da er bis jetzt noch seine nothdürftige Existenz durch Zubereitung von Wichse und Pomade fristen muß, kurz allem Anschein nach haben wir es hier mit einem angehenden, wenn auch höchst originellen Sozialistentödter zu thun. Für heute wollen wir demselben blos den wohlgemeinten Rath geben, da er ja doch einmal den Vorsatz gefaßt zu haben scheint, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, doch hierbei keine so tragikomische Rolle zu spielen und mit seinem Licht nicht immer noch so zaghaft unter dem Scheffel geschlossener Vereine zurückzuhalten, sondern dasselbe ungenirt öffentlich leuchten zu lassen. Es ist ihm ja hierzu Gelegenheit zur Genüge geboten, in Volksversammlungen, Presse u. s. w., vielleicht würde er seine Mühe dann eher belohnt sehen. Außerdem dürfte ihm doch auch nicht unbekannt sein, daß es Leute giebt, wie z. B. Viktor Böhmert in Dresden mit seiner „Sozial-Correspondenz", Dr. Calberla, Hofpastor Stöcker 2c., welche stets Mangel an für sie geeigneten Persönlichkeiten haben und welche dergl. „Culturkämpferei" noch anständig bezahlen, möge er sich doch an diese wenden. Wir glauben sicher, daß die materiellen Verhältnisse eines Dr. der Wichse und Pomade eine derartige Veränderung vertragen können.

Den intelligenteren Arbeitern und Mitgliedern dieses Vereins, welche das Wort „Arbeiter-Bildung" wirklich im Sinne unserer heutigen Verhältnisse zu würdigen verstehen, möchten wir aber noch an's Herz legen, sich nicht länger von dergl. zweifelhaftem Individuum und anderen bezopften Spießbürgern und Großmäulern bevormunden zu lassen, sondern, entweder einem derartigen Verein, welchen schon durch eine Reihe von Jahren eine Anzahl Großmäuler blos dazu benutzten, um mit Hülfe desselben Gemeinderathsmitglied 2c. zu werden und sich hernach als echte Spießphilister zu entpuppen, gänzlich zu meiden, oder mit Kräften dahin zu wirken, daß derselbe von dem Einfluß derartiger Leute gänzlich befreit wird, denn ob sich dieselben Professor oder Doktor der weiß was tituliren, oder ob ein solcher Spießbürger sich selber mit Vorliebe einen „radikalen Kerl" nennt, mit den Interessen der Arbeiter haben sie nichts gemein, sondern jederzeit blos ihre egoistischen Sonderinteressen im Auge. Erst dann, wenn die Arbeiter sich emanzipirt haben von solchen Einflüssen, kann überhaupt von einem wirklichen „Arbeiter-Bildungs-Verein" die Rede sein. R. H.

Nürnberg, 28. Mai. Gestern fand hier eine außerordentlich zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Kapell referirte. Vertreter aller Gesellschaftsklassen hatten sich, wahrscheinlich veranlaßt durch die in letzter Zeit aus Anlaß des Attentats von den Gegnern gegen uns beliebten Hetzereien und Schimpfereien, eingefunden und dicht gedrängt, Kopf an Kopf harrten sie der Eröffnung, um von einem sozialdemokratischen Volksvertreter einen Bericht über die Gesetzgebung im deutschen Reiche entgegen zu nehmen. Namentlich mochte man aber gespannt sein auf die Auslassungen des Referenten bezüglich des Attentates und des vorgelegenen Ausnahmegesetzes. — Die Leser des „Vorwärts" sind mit dem Gange der Reichstagsverhandlungen vertraut genug, so daß ich es nicht für nöthig halte, das, was Genosse Kapell über die einzelnen Gesetze sagte, wiederzugeben, zumal ja auch Dinge im Reichstag verhandelt wurden, die nicht von allgemeinerem Interesse sind, — es wird genügen, der Hauptsachen Erwähnung zu thun. Kapell betonte besonders, wie der diätenlose Reichstag den größten Theil seiner kostbaren Zeit mit der Berathung des Reichshaushalts-Etats zubrachte, wie der weitaus größte Theil der Summen, über welche zu verfügen sei, der Militarismus verschlinge und wie der Fürst Bismarck resp. die Reichsregierung bestrebt sei, neue Steuern, namentlich indirekte, einzuführen. Redner besprach sodann ziemlich ausführlich die geplante Tabaksbesteuerung und die Abänderungen der Gewerbeordnung, schilderte in interessanter Weise die Debatten über das Ausnahmegesetz und wie die sozialistischen Abgeordneten vergnügt zusehen konnten, als bei der Frage, wer der Vater der Sozialdemokratie sei und sie großgezogen habe, die reaktionären Parteien sich gegenseitig an den Haaren zausten. — Nachdem der Referent noch bezüglich des Attentates ähnliche Erklärungen, wie sie im Reichstag von den sozialistischen Abgeordneten gegeben wurden, gemacht und darauf hingewiesen hatte, daß man sich, wenn auch der Reichstag das Ausnahmegesetz zurückgewiesen, nach den Aeußerungen des Ministers Eulenburg, der rigorosesten und reaktionärsten Maßregeln zu versehen haben werde, schloß derselbe unter stürmischem Beifall der Versammelten mit einer ernsten und kräftigen Ermahnung zum Aneinanderschließen und Festhalten an der guten und reinen Sache der Sozialdemokratie. — Der Vorsitzende der Versammlung, Grillenberger, nahm noch das Wort zu einigen Bemerkungen über die Attentäterei und erwähnte dabei die originelle Ansicht des Staatsanwalts Clarus, der das Weglassen des Titels „Majestät vor dem kaiserlichen Namens für eine Majestätsbeleidigung halte, und äußerte schließlich hinsichtlich des „papiernen Attentats auf unsern „allverehrten" Bürgermeister v. Stromer, daß es einem Sozialisten wahrhaftig nicht einfallen könne, unsern besten Agitator aus der Welt zu schaffen, es sei im Gegentheil nur zu wünschen, daß derselbe noch recht lange seiner für uns so segensreichen Thätigkeit erhalten bleibe. — Trotz der zahlreichen, theilweise incognito anwesenden Polizei kam es nicht zu der geringsten Ruhestörung.

An die Töpfer Deutschlands!

Kollegen! Zu wiederholtem Male macht der Vorstand des „Allgemeinen deutschen Töpfervereins" bekannt, daß die Generalversammlung am 16., 17. und 18. Juni in Hamburg stattfindet, in welcher über die Interessen des Töpfergewerbes berathen wird. Jeder denkende Kollege wird die Nothwendigkeit dieser Berathung einsehen, da durch die Lohnkürzungen in ganz Deutschland unsere Lage zu einer unerträglichen gemacht wird. Der Allgemeine deutsche Töpferverein hat sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Töpfer zu fördern. Daß hierzu in erster Linie eine starke Betheiligung der Töpfer und Berufsgenossen gehört, ist selbstverständlich. In den Städten, wo die Kollegen dem Verein schon angehören, ist bereits manches Gute errungen. Aber wegen der im Allgemeinen geringen Betheiligung an dem Verein hält es schwer, die erzielten Vortheile festzuhalten. Deshalb ersuchen wir sämmtliche Collegen, die dem Verein noch nicht angehören, hauptsächlich in Berlin, Breslau und Königsberg einen Vertrauens-Kollegen unter sich zu wählen, denselben mit einer schriftlichen Beglaubigung zu versehen und so die Generalversammlung zu beschicken. Folgende Anträge sind bis eingesandt worden.

Von Hamburg: Die Organfrage.
Von Lübeck: Gründung einer Central-Kranken- und Sterbekasse.
Von Braunschweig: Einen Agitator anzustellen.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Anmeldungen zur Betheiligung an der Generalversammlung nimmt entgegen und ertheilt nähere Auskunft in Vereinsangelegenheiten **A. Barbi** in Hamburg, St. Pauli, Marktstraße 5, Haus 2, part. lks.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Briefkasten

der Redaktion: K. in Leipzig: Sie theilen uns mit, Hr. Prof. Birnbaum habe „Angst, daß ihm von den „Sozialisten" die Fenster eingeworfen würden". Sie, lieber Herr, und Herr Prof. Birnbaum, können sich beruhigen. Gegen derartige Leute haben wir andere und bessere Waffen — ganz abgesehen davon, daß die „Sozialisten" prinzipielle Feinde jeglicher Rohheit sind. Womit freilich nicht gesagt sein soll, daß wir uns Rohheiten gefallen lassen. Wir huldigen nicht dem christlichen Satz, daß man nach einer Ohrfeige auf die linke Wange demüthig die rechte hinhalten muß. Es gibt ein gutes, wenn auch nicht biblisches Sprüchlein, das Fürst Bismarck uns nicht zu lehren brauchte, und welches da lautet: „A corsaire corsaire et demi". Verstanden? — H. G. in O.: Wir hatten diesen Gegenstand schon behandelt, als wir Ihren Brief erhielten. — W. St. in Herzberg. Wir können doch jetzt wahrlich nichts mehr über die vorjährige Sedanfeier schreiben. Ihres früheren Briefes erinnern wir uns nicht. — K. in Hamburg: Daß der „berühmte" Victor Böhmert sich überall mit seiner „Social-Correspondenz" aufdringlich macht, ist ja längst bekannt. Weshalb sollte er sich mit den Freimaurerlogen befassen? Die „Social-Correspondenz" hat aber in letzter Zeit an Abonnenten wieder in der bedenklichsten Weise „zugenommen", so daß auch wir, wie früher ein Freiexemplar erhalten, um Reklame für das brave Victorchen machen zu können. — P. P. in Görlitz. Aus welcher Quelle haben Sie die Zahlen über das dortige Gymnasium und über die Real- und Gewerbeschule geschöpft? An einer Stelle widersprechen sich dieselben in der bedenklichsten Weise. — Wir halten das Strafmaß in dem bewußten Falle gleichfalls für viel zu hoch, aber halten Sie nicht auch mit uns derartige öffentliche kleinliche Demonstrationen für höchst überflüssig? Wenden Sie sich mit Ihrer Frage, den Austritt aus der Kirche betreffend, an die Redaktion der „Berliner Freien Presse" in Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz 8a. — N. N. in M.: Ueber solche Vorgänge wollen wir in diesem Tone nicht berichten. — H. in P.: Ihre Abhandlung ist ist viel zu lang; deshalb für den „Vorwärts" nicht geeignet. Kürzere Sachen erwünscht.

der Expedition: Wahlverein Hildesheim: Ihr Depositum für Annoncen ist um 1 Mk. überschritten. — Wahlverein Cöln (Hrn. Gindler): Sie schulden seit März vorigen Jahres für Annoncen noch M. 1.80. — Wilh. Schultes in Eickel: Die Annonce in Nr. 58 kostet M. 1. — Arbeiter-Sängerbund in Flensburg: Ihr Annoncendepot ist um M. 2.80 überschritten. — Zisowsky, Forste i. L.: Für die Annonce vom 8. Febr. „Gemüthl. Beisammensein" sind noch M. 2.10 zu bezahlen. — Arbeiterverein Flensburg: Sie schulden für Annoncen seit Jan. d. J. M. 0.60. — Wahlverein Harburg: Sie schulden für Annoncen M. 2. — Breuel, Hamburg: Für die Annonce des 3. Wahlkreises in Nr. 140 vor. J. schulden Sie noch M. 0.80. — Pfannkuch, Cassel: Sie schulden für Annonce v. 28. Okt. v. J. noch M. 1.20. — Wahlverein Mühlheim a. Rh.: Sie schulden für Annonce v. 24. Dez. 1876 noch M. 0.60. — Wahlverein Minden i. W.: Ihr Annoncendepot ist erschöpft. — Benndorf, Paris: Sie schulden für Annonce v. 19. Aug. v. J. noch M. 0.90.

Quittung: Zisk Forste An. 1,50, Schr. 1,60. Sbl Dortmund Ab. 25,50. Müll Reichenbach Schr. 5,00. Dsbch Hanau Ab. 3,40. Irb Saarbrücken Ab. 8,00. Stnnr Regensburg Ab. 8,88. Mlr Mannheim Ab. 40,00. Cnzn Löwenberg Ab. 2,30. Frhlch Wien Ab. 0,69. Rsl Giengen Ab. 1,50. Bgntz hier Ab. 0,80. Wff Torino Ab. 4,20. Slbrhrn Esslingen Ab. 15,60. Bgs Hannover Ab. 200,00. Spimann Aachen Schr. 14,00. Drff Hamburg An. 1,20. Rschl hier Ab. 2,75. Prbstl München Ab. 22,50. Hrbg Würzburg Ab. 18,20. J. Krk Breslau Ab. 2000,00. Ufrt Apolda Ab. 25,00. Bmnn Burgl Schr. 0,50. Rdl Sagan Schr. 0,80. Krgr Marburg Schr. 1,50. Hbr Eisdagen Schr. 0,60. Englmnn Haimchen Schr. 1,50. Grlch Philadelphia Schr. 10,00. Prlzpr Rudolstadt Schr. 1,70. Schmdt Hedderheim Schr. 2,50. Schltn Würzburg Schr. 5,00. Schnbl Darmstadt Schr. 1,50. Tnk Stolzenau Schr. 0,80. Schfr Soran Schr. 1,80. Klr Rastatt Schr. 0,70. Ptg Magdeburg Schr. 1,50. Krzhls Dresden Schr. 1,50. Wgnr Muskau Schr. 1,50. Mr Oldendorf Schr. 0,85. Kn Reda Ab. 1,00. Wlf Naumburg Schr. 3,00. Bnk Herzdorf Schr. 1,71. Ahln Minden Schr. 1,80.

Fonds für die Gemaßregelten.

Ueberschuß v. d. Extrablättern 9,02. Beim Abschied Henricis ges. d. K. 0,50. Vom Maurer H. hier 2,00.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Volksfreund", „Neue Gesellschaft", „Hamburg-Altonaer Volksblatt" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kleine Eschenheimerstraße 34, 2. Etg.

NB. Den geehrten Abonnenten obengenannter Blätter zur Nachricht, daß Sonntag, den 9. ds. Mts. das Abonnementsgeld erhoben wird. Diejenigen, die noch für 3. und 4. Quartal 1877 und 1. Quartal 1878 mit Abonnements-Zahlung im Rückstande, können vor Berichtigung derselben kein Blatt mehr erhalten.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Donnerstag, den 13. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37: [70

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über den allgemeinen Gewerkschaftscongreß. 2. Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung.

G. Klaws.

Hannover. Den zweiten Pfingstfeiertag bei schönem Wetter:

Morgen-Ausflug ins Holz.

Zusammenkunft bei Karten.

1,80] (3c) H. Rudolph.

C. Derossi.
E. Eskelson.
Vermählte.

Hamburg, 5. Juni 1878. (F. 159) [1,20

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen: [2,10

Boruttau, Religion und Sozialismus	M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk	„ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung	„ —,60
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden	„ —,30
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage	„ —,30

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Lieder-Sammlung
des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.
Lieferung IV.

Nr. 8. Grablied von G. Scholz.
Nr. 9. Arbeiter-Marseillaise.
Nr. 10. 71r Maigesang von W. Hiller.
Preis Partitur mit 4 Stimmen 1,60 Mark.
4 Stimmen Mk. 1,20. (2a) [4,20

Roh-Tabak:

Domingo 35. 40. 45. 50. 65. 70. 80. 90. 120 Pf.
Brasil 50. 55 65. 70. 80. 100. 120. 140 Pf.
Seedleaf 40. 50. 60. 70 bis 180 Pf.
Java 90. 100. 120. 140. 160. 250. 270 Pf.
Carmen 80. 90. 120 Pf.
Palmyra 135. 145. 165. 170 Pf.
Lose Domingoblätter 25 und 30 Pf. (65) [1,00
Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Agitations-Nummer

100 Exemplare 1,50 Mk. jede weiteren 100 Exemplare zu 1 Mk. liefert bei Einsendung des Betrages

Leipzig.
Die Expedition des „Vorwärts".

Es bedarf wohl in jetziger Zeit keiner besonderen Anfeuerung, um die Parteigenossen zu bestimmen, daß sie für die weiteste und größte Verbreitung dieser Nummer, besonders in jenen Kreisen, wo bis jetzt unsere Prinzipien noch wenig oder gar nicht bekannt sind, Sorge tragen und in dieser Beziehung keine Mühe und kein Opfer scheuen.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.

werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Henn. Ritsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 500 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 27 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 68. Mittwoch, 12. Juni. 1878.

Angebot und Nachfrage.

II.

Der vorliegenden Untersuchung wird es nun vorbehalten sein, nachzuweisen, daß Angebot und Nachfrage nicht die Menschenwelt naturnothwendig beherrschen, sondern daß die Menschengesellschaft sie geschaffen und gestaltet hat und gänzlich zu beherrschen vermag.

Es wäre auch wunderbar, wenn der Mensch nachweislich alle Naturgesetze in seinen Dienst zu bändigen vermag, und zwar schon jetzt bis zu einem Grade, daß man seine Schranken in dieser Beziehung nicht festzusetzen wagt, daß dann die Waaren, welche er schafft, ihn beherrschen und knechten, ja, ihn naturnothwendig selbst zur Waare machen müßten.

Betreffs der Gebrauchswerthe unterscheiden wir jetzt schärfer als früher den absoluten und den relativen Gebrauchswerth. Wenn Zweie Waaren tauschen, ist zunächst nur erforderlich, daß die Waare, welche Jeder von Beiden vertauscht, überhaupt nicht für ihn, sondern für den Anderen ein Gebrauchswerth sei, d. h. dessen Bedürfnisse befriedige. Sie muß überhaupt brauchbar sein; in welchem Grade sie dies ist, wie viele Bedürfnisse sie befriedigt und wie zweckmäßig, darauf kommt es vorerst nicht an; damit hat es die Grundlage der Lehre vom Werthe nicht zu thun. Diese Eigenschaft der Waare oder des Tauschgegenstandes nennen wir ihren absoluten Gebrauchswerth. Es gehört nun aber Waarenkenntniß dazu, um sich beim Austausche nicht selbst Schaden zu thun. Wenn der Tausch gleicher Werthe die Hände wechseln soll, muß nicht blos die darin verkörperte gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit dem Käufer erkennbar sein, sondern auch die mehr oder weniger verborgenen Eigenschaften der Waare, vermöge deren sie möglichst viele und wichtige Bedürfnisse decken kann. Diese Eigenschaft nennen wir den relativen Gebrauchswerth der Waare. Also hat z. B. Leinwand aus Handgespinnst einen größeren relativen Gebrauchswerth als solche aus Maschinengespinnst, Gußstahl einen größern als Bessemer-Stahl ꝛc., was blos die Sachkenner wissen und bei Berechnung des Tauschwerthes mit veranschlagen werden.

Während wir nun schon gesehen haben, daß Nachfrage und Angebot nicht im mindesten den Gebrauchswerth verändern, sehen wir jetzt, daß umgekehrt Nachfrage durch einen größeren relativen Gebrauchswerth vermehrt, durch einen geringern vermindert wird. Und wenn die Waare beliebig vermehrbar ist, so wird gesteigerte Nachfrage das Angebot steigern. So hat z. B. die unvergleichlich größere Dauer der Stahl-Eisenbahnschienen die eisernen zu verdrängen angefangen — es hat der größere relative Gebrauchswerth eine wachsende Nachfrage darnach, und diese wieder ein wachsendes Angebot erzeugt. Es gehört aber Sachkenntniß zur Beurtheilung relativer Größe des Gebrauchswerths; wo diese fehlt, mag ein relativ geringerer Gebrauchswerth einen größeren aus der Nachfrage verdrängen. Die schwarze Seide zu Frauenkleidern ist stärker „gefragt" und wird verhältnißmäßig zu theuer bezahlt, weil sie die schwarze metallische Farbe mehr einschluckt als jede andere, bunte, Seide die ihrige, also bis zu einem Drittel mehr wiegt, kürzer dauert, weniger inneren, sachlichen Werth hat. Es verändert also sowohl die Sachkenntniß als deren Gegentheil die Nachfrage und das Angebot; es vermehrt der Mensch den Gebrauchswerth oder vermindert ihn und damit Angebot und Nachfrage, nicht umgekehrt. Der dingliche Werth oder Nutzwerth also hängt vom Menschen ab, nicht von Naturgesetzen.

Der Tauschwerth aber muß dadurch mitbestimmt werden. Im Laufe der Zeit wird von jeder Sorte Waare derselben oder ähnlicher Art der Nutzwerth allgemeiner bekannt und bei der Abschätzung gegenüber allen anderen nicht genug berücksichtigt. Mit ihrem Handelsnamen wird zugleich der Nutzwerth bezeichnet und Jedermann angezeigt, so daß er die nützliche Beschaffenheit nicht erst zu untersuchen braucht. Der relative Gebrauchswerth ist also jedenfalls und bei jeder Art Waare ein Faktor in der Abschätzung des Tauschwerthes, insofern dabei die Waaren nach Arten und Unterarten ihren Rang und einen relativen Tauschwerth mit erhalten, welcher für jede Unterart innerhalb der Art selbstverständlich ist. Es bleibt dann noch die gesellschaftlich nothwendige, in der schon bekannten Waare verleiblichte Arbeitszeit abzuschätzen, um den Tauschwerth zu ermitteln, und darum tritt dieser zweite Faktor des Tauschwerthes mit Recht in den Vordergrund. Das Feilschen, der allgewöhnliche Vorgang, bei welchem der Käufer möglichst wenig Tauschwerth bietet, der Verkäufer dessen möglichst viel verlangt, ist es, bei welchem die Abschätzung der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit sich vollzieht — und zwar bei den meisten Tauschenden unbewußt.

Der Großproduzent berechnet zuerst diese Arbeitszeit, soweit dieselbe in seinen Arbeitsmitteln und in den Löhnen seiner Arbeiter verleiblicht ist, setzt dann seinen verlangten Gewinn als seine Zeitvergütung hinzu und nennt die Summe den Tauschwerth seiner Waare, mit dem er sie auf seiner Preisliste ansetzt. Beim Verkauf bewilligt er Abzüge davon, oder schlägt mit dem Preise auf, je nachdem es der Stand des Marktes erlaubt, und was er schließlich erhält, ist, in Geld ausgedrückt, der Preis der Waare. Der Kleinhändler, welcher diesen Preis gezahlt hat, schlägt seine Prozente darauf, um seine eigenen Geschäftsauslagen und seine Arbeitszeit zu vergüten.

Soweit nun der Nutzwerth schon den Tauschwerth im voraus bestimmt hat, ist nachgewiesen, daß der Mensch ihn bestimmt und nicht das Naturgesetz des Angebots und der Nachfrage. Nennen wir dies den relativen Tauschwerth, denjenigen, welchen der Nutzwerth bestimmt. Der absolute Tauschwerth aber, welcher die in der Waare enthaltene Arbeitszeit ausdrückt, wird offenbar durch die natürliche Seltenheit oder Häufigkeit einer Waare oder ihres Rohstoffs und ihrer Zubereitungsmittel zuerst und zumeist mitbestimmt. Dies hat Marx nicht nur zugestanden, sondern überall da erklärt, wo seine Untersuchung es verlangte, wie beim Getreide, bei der Maschinenweberei im Vergleich mit der Handweberei, bei den edeln Metallen und Diamanten ꝛc. Es fragt sich hier, in dem von Schäffle gegen ihn geltend gemachten Einwurfe, darum, ob der Mensch Gewalt hat über die natürliche Seltenheit und Häufigkeit, oder die Natur über ihn. Ist das Erstere der Fall, wie wir sofort erkennen werden, so hat Marx Recht.

Wenn eine Getreidetheurung und Hungersnoth eintritt, weil es keinen oder zuviel Regen gab, so ist die Natur scheinbar allein schuld. Bei geringem Nachdenken findet man aber, daß, weil gute und schlechte Ernten abwechseln, die Magazinirung in Zeiten guter Ernten das Mittel giebt, schlechter Ernten Fehlbetrag zu decken, und daß schon viele alte Völker dieses Mittel, den nothwendigen Nahrungsvorrath zu sichern, anwendeten. Ein anderes solches Mittel ist die sehr tiefe Auflockerung des Bodens, welche trockene wie übernasse Witterung fast unschädlich macht. Ein drittes Mittel ist rechtzeitige Zufuhr von Nahrungsmitteln aus begünstigten Gegenden, und solcher Mittel giebt es mehrere.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

V.

Von der Bodenrente.

(Fortsetzung.)

H. L. Das oben Gesagte gilt ebenso von Bergwerken, Goldwäschereien ꝛc. aller Art. Der Ueberschuß des Ertrages, sei er nun quantitativ oder qualitativ, was ganz auf eins herauskommt, der ergiebigern Bergwerke über den Ertrag der ärmsten zur Deckung des Bedarfs nothwendigen Gattung ist Bodenrente.

Gerade bei Bergwerken, Goldwäschereien ꝛc. sehen wir sehr oft, daß, sobald der Tauschwerth des betr. Minerals (in Folge geringern Bedarfs, Entdeckung reicherer Quellen ꝛc.) fällt, die unergiebigsten Werke verlassen, umgekehrt, wenn er steigt, neue in Betrieb gesetzt werden.

Auch hier ist die Bodenrente einzelner Gruben ꝛc. oft eine colossale. So besaß der daraufgegangene Schurke Thiers einige Aktien eines französischen Eisen- und Kohlenwerkes (Anzin), von denen jede einzelne, bei einem ursprünglich unendlich kleineren Nominalkapital, einen „Werth" von 1 Mill. Francs hatte! (Nebenbei: darum war der kleine große Gauner auch immer so wüthender Schutzzöllner. Nur solche Leute können für Schutzzoll sein.) Der große „Werth" dieser Aktien entstammt also der Bodenrente.

Von dem „100jährigen Baum" gilt das Gleiche. Was ihn werthvoller macht, als das einjährige Bäumchen der jungen Schonung, trotzdem er oft (als Urwald) weniger Arbeit enthält, als letzteres, nämlich gar keine, ist wieder Bodenrente. Der mit solchen alten Bäumen bestandene Wald wirft eine größere Bodenrente ab, als die Schonung aus demselben Grunde, aus dem das ergiebige Bergwerk mehr Bodenrente bringt, als das ertragsarme. Weil er von dem betr. Produkt mehr enthält, sich also mit derselben „Quantität Arbeit" mehr davon herausholen läßt.

Im Artikel in Nr. 61 d. „V." vom vorigen Jahre findet sich bei diesem Exempel vom „100jährigen Baum" wieder ein ganz bedenklicher Rückfall in die Vulgärökonomie. Es wird uns nämlich erzählt, der „100jährige Baum" habe deshalb „scheinbar" (??) mehr Tauschwerth, als ein „einjähriger", weil der „Grundbesitzer", der „den Baum 100 Jahre lang stehen ließ", „auch den 100fachen Ertrag des jährlich aus dem Boden zu erzielenden arbeitslosen Einkommens, womöglich mit Zins und Zinseszins, im Preis des Baumes bekommen will. Also „Entbehrungslohn" in optima forma. Das geht noch über den Schulze!

Wir werden auch hier daran zu erinnern haben, daß Werth nur entsteht durch Arbeit, die wirklich verrichtet wurde und nicht durch solche, die hätte verrichtet werden können, oder gar durch „arbeitsloses Einkommen", welches hätte eingesackt werden können.

Die Wahrheit ist: der 100jährige Baum hat nicht den hohen Tauschwerth, weil der Grundbesitzer ihn 100 Jahre stehen ließ und inzwischen auf sein „arbeitsloses Einkommen" verzichtete; sondern gerade umgekehrt, der Grundbesitzer ließ ihn 100 Jahre stehen und verzichtete inzwischen auf sein „arbeitsloses Einkommen", weil der 100jährige Baum einen so hohen Tauschwerth hat. Das ist ein kleiner Unterschied! Es wird da eben etwas als Ursache angegeben, was blos Wirkung ist.

Wir haben oben den einjährigen Baum als Basis des Werthes des 100jährigen angenommen. Das kann jedoch nur in Ansehung des letztern als Brennholz, Schnitzholz ꝛc. geschehen. Als Bauholz (Möbelholz) aber ist der 100jährige Baum eine ganz andere Waare als der einjährige. Was mit ersterem vorgenommen werden kann, kann mit letzterem nicht geschehen und daß in 100 Jahren das Bäumchen gleichfalls zum mächtigen Stamme werden wird, kann dem wenig nutzen, der letztern heute braucht.

Der Werth des alten Baumes als Bauholz richtet sich eben wieder nur nach der zur Beschaffung von alten Bäumen nothwendigen Arbeitszeit. Erstere — die alten Bäume nämlich — müssen wir, weil wir uns sie nicht selbst herstellen können, dort aufsuchen, wo sie uns die Natur eben noch bietet (genau wie das mit den Mineralien der Fall), und denen, die sich damit befassen, die zu ihrer Herbeischaffung an Ort und Stelle nöthige Arbeitszeit vergüten.

Nun sind aber diese zur Herbeischaffung nothwendigen Arbeitszeiten sehr verschieden, je nach Entfernung, Transportschwierigkeiten ꝛc. der betr. Forsten. Nach welcher dieser verschiedenen Arbeitszeiten bestimmt sich nun der Werth der alten Bäume? Wiederum natürlich nach derjenigen Arbeitszeit, welche zur Heranschaffung der am meisten Arbeit erfordernden Bäume, deren die Gesellschaft zur Deckung ihres Bedarfs benöthigt, aufgewandt werden mußte, sagen wir also z. B. 5 Tage. Denn würde diesen Arbeitern ihre Arbeit nicht ersetzt werden, dann könnten sie nicht weiter arbeiten, also auch der Bedarf nicht gedeckt werden.

Alle die Waldungen nun, bei denen die Herbeischaffung der Stämme weniger als diese 5 Tage, nur 4 oder 3 oder 2 Tage Arbeit erfordert, deren Holz trotzdem aber auf dem Markte genau so viel gilt, wie das von weiter her beschaffte, werfen je nachdem eine größere oder kleinere Bodenrente ab. Dieselbe Quantität Arbeit, 5 Tage, deren Ertrag bei der einen Waldung erst die Heranschaffung eines Stammes an Ort und Stelle bildete, warf bei der andern Waldung bereits einen Ertrag von 2, sage zwei Stämmen ab, also Ertragsüberschuß gleich Bodenrente.

Und wird es — durch größern Bedarf oder durch Zusammenschmelzen der vorhandenen Waldungen — nothwendig, noch weiterliegende Wälder zur Deckung des Bedarfs heranzuziehen, erhöht sich also der Tauschwerth eines solchen Baumes von 5 auf 6 Tage, so erhöht sich selbstredend auch die Bodenrente sämmtlicher bereits benutzten Waldungen entsprechend, d. h. hier um 1 Arbeitstag pro Baum.

Nach dem oben Gesagten erklärt es sich, wie die 100jährigen Bäume in unseren leider so stark gelichteten deutschen Forsten schon an Ort und Stelle Werth haben, trotzdem noch gar keine Arbeit auf sie verwandt wurde. Dieselben Bäume, in Rußland, der Türkei oder im Urwald Amerika's ꝛc. stehend, würden werthlos sein, wie denn auch wirklich das Holz in den Waldgegenden dieser Länder ohne Werth oder doch so gut wie ohne Werth ist. Woher dieser Werthunterschied ein und derselben Waare je nach ihrer Ortslage kommt, wissen wir.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Dr. Nobiling ist Sozialdemokrat! Er hat es selbst bekannt, er hat Mitschuldige, es besteht ein Complott! So hat die gegnerische Presse bis jetzt immer behauptet und dabei die kläglichsten Beweismittel hervorgesucht. Sie zieht aber schon allgemach die Segel ein, der Wind weht nicht mehr günstig, da kein anständiger Mensch solchen Lügennachrichten noch Glauben schenken mag — nur die großen und kleinen Kinder (deren Zahl aber leider noch sehr groß ist) lassen sich gruselig machen. Selbst die offizielle „Provinzial-Correspondenz", welche mit aller Macht gegen die Sozialdemokratie hetzt und Ausnahmegesetze fordert, muß kleinlaut gestehen, „daß Nobiling „sozialdemokratische Versammlungen" in Berlin in letzter Zeit besucht habe, weil ihm die Grundsätze der „Demokraten" gefallen hätten." Sieht das nicht aus wie eine Bemäntelung früherer Unwahrheiten? Hat aber nicht Lasker, hat nicht Bennigsen gesagt, daß ihnen viele Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokraten gefielen, nur die Methode, die bei der Agitation ausgeübt würde, passe ihnen nicht? Kann man nicht verschiedene Grundsätze der Sozialdemokratie theilen, ohne Sozialdemokrat zu sein? Wäre dem nicht so, so müßten alle Menschen Sozialdemokraten sein. Wer wagt es denn, Reichskanzler oder Minister, dem Grundsatze der Sozialdemokratie, daß die Lage der Arbeiter gebessert werden müsse, zu widersprechen? Das that im Reichstage selbst Graf Moltke nicht — ist er deshalb Sozialdemokrat? Ebenso steht es mit dem Verbrecher Nobiling aus. — In der kindischsten Verlegenheit befindet sich die Berliner „Tribüne", welche zuerst mit Entschiedenheit behauptete, Nobiling sei Sozialdemokrat. Jetzt erklärt sie, daß Nobiling ein Mitglied der Saint-Simonisten sei. Dabei macht selbst der Scheerenredakteur Biedermann in Leipzig ein Fragezeichen, der sonst auf Alles, was jenes traurige Berliner Schmutzblatt bringt, wie auf das Evangelium schwört. Ob es in Frankreich oder überhaupt noch einen Saint-Simonisten giebt, das ist wahrlich eine große Frage; wenigsten giebt es keine Secte der Saint-Simonisten mehr.

Und gerade wie es mit dem Rufe aussieht: „Nobiling war Sozialdemokrat!" — ebenso windig ist es mit dem Complott. „Zehn leere Seidel fand man auf Nobiling's Zimmer, das beweist, daß kurz vor dem Attentat eine Zusammenkunft der Verschwörer stattgefunden hatte" — diese furchtbare Kunde durcheilte fast sämmtliche Zeitungen. Jetzt lesen wir in denselben Organen folgende Notiz:

„Falsch ist die Meldung, daß Nobiling in seiner Wohnung häufig Gelage abgehalten habe und daß man noch am Tage des Attentats 10 Bierseidel auf dem Tische vorgefunden habe. Allerdings konnte man nach der Abführung des Verbrechers vier Bierseidel in dem Zimmer bemerken, doch rührten dieselben von einem Trunke her, welchen sich die von ihrer Thätigkeit erschöpften Beamten gestattet hatten."

Es ist gar nicht wahr, daß die Blätter gemeldet haben, Nobiling habe oft in seiner Wohnung Gelage abgehalten; die betreffende Notiz bezog sich direkt auf eine Verschwörungszusammenkunft, die kurz vor dem Attentat stattgefunden haben sollte. Beweis: 10 leere Bierseidel! Die zehn sind zu vier Bierseideln zusammengeschrumpft, die Verschwörer sind durstige Polizeibeamte geworden!

Würden die Behörden nicht im Rechte sein, wenn sie gegen alle die Zeitungen, „Tribüne", „Deutsche Allgemeine", (Bieder-

mann), die solche tolle Nachrichten gebracht haben, wegen „groben Unfugs“ einschritten?!

Als das Complott in Berlin nicht entdeckt werden konnte, als man vielmehr auf die Personen fahndete, mit welchen Nobiling näheren Umgang gepflogen hatte und keinen Sozialdemokraten ausfindig machen konnte, sondern nur „harmlose“ Menschen fand, da tauchte der Gedanke auf: das Complott ist im Auslande und von Ausländern geschmiedet. Franzosen (Saint-Simonisten!) Polen, Dänen — auf zur Hatz! Im „Jägerkeller“ (!) zu Berlin hatte ja der „verrückte Doctor“ mit einem Polen verkehrt; er hatte in Dresden eine polnische Zeitung gehalten (wahrscheinlich eine landwirthschaftliche), er verkehrte und correspondirte mit einem Dänen, von dem er einen Brief aus Paris erhalten haben soll — also auswärtige sozialistische Verbindungen. Der Däne hieß Hansen. Jetzt veröffentlichen verschiedene Zeitungen, die vorher „groben Unfug“ mit dem Dänen Hansen verübt haben, folgende Notiz:

„In einigen Zeitungen wurde auf den brieflichen Verkehr des Dr. Nobiling mit einem Herrn Christian Hansen in Dresden über volkswirthschaftliche Fragen hingewiesen und es sind auch bereits polizeiliche Ermittelungen über die Persönlichkeit des Hansen erfolgt. Wie wir hören, ist Herr Hansen ein hochbegabter, junger Nationalökonom, ein bevorzugter Schüler Böhmert's, des Direktors des sächsischen statistischen Bureaus und Professors der Nationalökonomie am Polytechnikum zu Dresden. In der Vorrede zu dem gegen Ende vorigen Jahres erschienenen bedeutenden Werke Böhmert's: „Die Gewinnbetheiligung, Untersuchungen über Arbeitslohn und Unternehmergewinn“ dankt der Verfasser seinen Freunden für ihre literarische Unterstützung bei der Ausarbeitung jenes Werkes und hebt schließlich hervor: „Am längsten und eingehendsten hat sich Herr P. Chr. Hansen aus Flensburg mit der Sichtung und Ordnung des Materials beschäftigt, auch mehrere Fälle selbstständig bearbeitet und die Vorarbeiten zu dem Werke wesentlich gefördert.“ Daß ein so bevorzugter Schüler Böhmert's irgend einen schädlichen Einfluß auf Nobiling ausgeübt habe, ist wohl von vornherein ausgeschlossen.“

Victor Böhmert's „Berichtigungen“ scheinen also nur formeller Natur zu sein.

In der Berliner „Volkszeitung“ aber lesen wir folgende Notiz über den räthselhaften Brief:

„Wie schon gemeldet, ist die Behörde noch am Sonntag Abend in den Besitz des Briefes gelangt, welcher, an den Mörder adressirt, aus Paris hier nach dessen Verhaftung einging. Der Brief selbst, dessen Inhalt sich zur Zeit natürlich noch der Oeffentlichkeit entzieht, trägt (der „Kreuz-Ztg.“ zufolge) eine völlig unleserliche Namensunterschrift und befand sich in einem mit einem Wappen geschlossenen Couvert. Die für diese Angelegenheit kompetente Behörde ist bereits beauftragt, das Wappen festzustellen; bis gestern war ermittelt worden, daß es das einer polnischen Adelsfamilie ist; nähere Aufklärungen stehen noch in Aussicht.“

Aus dem biederen „Dänen“ ist also schon ein „polnischer Adeliger“ geworden — wahrscheinlich aber gehören der Däne und der Pole zu dem bekannten Federvieh, zu den „Enten“, oder heißt auch Hansen, denn dieser unglückliche Diszipel und Freund Böhmert's geräth uns jetzt überall vor die Beine.

Die neueste Lüge, die jetzt auf ihrem Rundgang durch die Presse begriffen ist, geht dahin: die „Londoner Sozialisten“ hätten um das Attentat gewußt, es habe am Attentatstage große Erregung unter ihnen geherrscht — daß sie mit Nobiling in Verbindung gestanden, erhelle aus der Thatsache, daß ein genauer Bericht über die bekannten Demonstrationen (vor dem deutschen Gesandtschaftshotel in London) bei Nobiling gefunden worden sei. Der Bericht hat sich allerdings gefunden und — wieder Hansen, der ein wahrer „Hans in allen Gassen“ ist. Geben wir Herrn — Böhmert das Wort; er stammelt in der neuesten Nummer seiner „Sozial-Correspondenz“:

„Mehrere Zeitungen berichten, daß die Polizei einen an Nobiling gerichteten Brief aus Paris aufgefangen habe, dessen Inhalt geheim gehalten werde. Merkwürdiger Weise wird indessen hinzugefügt, daß dieser Brief eine detaillirte Schilderung der neulichen, gegen den deutschen Kronprinzen gerichteten sozialdemokratischen Demonstrationen in London enthalte. Hier scheint (scheint?) also eine Verletzung des Amtsgeheimnisses vorzuliegen. Weiter wird bemerkt, daß der Verfasser des Briefes ein Freund des Mordgesellen sei und Hansen heiße. Hansen sei der bekannte Anführer der dänischen Bauernrevolten. (Dieser ist längst gestorben.) Die „Sozial-Correspondenz“ erachtet es für ihre Pflicht, der vielfach ausgestreuten Behauptung entgegenzutreten, daß der früher in Dresden, dann in Leipzig und jetzt in Paris weilende Herr P. Chr. Hansen aus Flensburg ein Complice Nobiling's sei. Hansen steht in persönlichen Beziehungen zu den Herausgebern der „Sozial-Correspondenz“, welche rückhaltslos für seine Ehrenhaftigkeit bürgen können. Hansen ist ein junger talentvoller Volkswirth, welcher bereits mehrere tüchtige Arbeiten geliefert und für seine Vaterstadt Flensburg, welche die Kosten seiner Studien bestreitet, schon vielfach gemeinnützig gewirkt hat. Hansen hat in Flensburg erst kürzlich einen Arbeiterwohnungsverein gegründet. Er ist auch Mitarbeiter der „Sozial-Correspondenz“ und schilderte in der letzten Nummer (21) unter dem Titel „Deutsche Sozialdemokraten in London“ die verabscheuungswürdigen Vorgänge, welche sich bei Bekanntwerden des ersten Attentats in London ereignet haben. Hansen hat denselben bei einer neulichen Anwesenheit in London als Augenzeuge beigewohnt. Es ist daher allerdings möglich, daß er Nobiling, den er von Dresden her kannte, über jenes Ereigniß geschrieben hat. Eine Mitwissenschaft Hansen's an dem Verbrechen Nobiling's aber halten alle Diejenigen, welche Hansen's Charakter und gemeinnütziges Wirken kennen, für unmöglich.“

Also der unvermeidliche Hansen war der Mitattentäter, und der famose Revolutions- und Complott-„Bericht“ nur die Abschrift oder Skizze eines Artikels für — Herrn Böhmert und dessen „Sozial-Correspondenz“. Armer Böhmert! Arme Rockschöße!

Die interessantesten und authentischsten Mittheilungen über die Person Nobiling's enthält sonderbarer Weise ein französisches Blatt, der „Temps“ — freilich ein sehr bedenkliches Verdachtsmoment, aus welchem man auf „internationale“ Beziehungen und natürlich Verschwörungen schlußfolgern könnte. Doch hören wir den Gewährsmann des Pariser Blattes. Er schreibt u. A.: „Der Reise Nobiling's in's Ausland (von der viel die Rede gewesen, und deren Zweck selbstverständlich die Anspinnung des internationalen Complotts war) habe ursprünglich ein rein persönliches und ziemlich harmloses Motiv zu Grunde gelegen. Eitel und ehrgeizig von Natur, hätte es ihn verdrossen, daß mehrere seiner Collegen vom statistischen Bureau in Dresden weite Reisen gemacht hätten, während er noch nie über die Grenzen seines Vaterlandes gekommen war, und als im Frühling vorigen Jahres einer seiner Freunde ihm mittheilte, daß er nach Dänemark, Schweden und Norwegen gehen wolle, habe Nobiling ihm plötzlich angezeigt, auch er wolle einen Ausflug nach England und Frankreich unternehmen. Dieser Ausflug habe in der That nur vier oder fünf Wochen gedauert, und obgleich Nobiling hierbei Gelegenheit nahm, die Bekanntschaft einiger hervorragender Sozialisten zu suchen (? Wir bezweifeln das, da „hervorragende Sozialisten“ vermuthlich über einen sich an sie herandrängenden Beamten des amtlichen statistischen Bureaus in Dresden bei uns Erkundigungen eingezogen hätten. R. d. „V.“), sei dies doch nicht der bestimmende Grund seiner Reise gewesen. In London, fährt der Gewährsmann des „Temps“ fort, besuchte Nobiling eine Versammlung (was für eine? R. d. „V.“), scheint aber von der Aufnahme, die er dort fand, nicht sehr befriedigt gewesen zu sein; wenigstens erzählte er mir im Oktober 1877, daß die geringe Aufmerksamkeit, die man dem fremden Kameraden, dem „Doktor der Philosophie“, geschenkt, ihn peinlich überrascht hätte. Die Versammlung hätte übrigens auf ihn keinen imposanten Eindruck gemacht; vielleicht war es eine der Versammlungen der zweiten Sektion der Gesellschaft für die Ausbildung der communistischen Arbeiter, 42 Bath-Street, City-Road in London. Nobiling hat bei dieser Gelegenheit Karl Marx nicht gesehen (und auch bei keiner anderen. R. d. „V.“) Da er nicht englisch spricht, ließ er sich überall von einem Lohndiener herumführen, den ihm vielleicht sein Wirth von Seyel's (soll heißen: Sayd's. R. d. „V.“) Hotel, Finsbury-Square 39, bezeichnet hatte. Er erzählte mir mit sichtlicher Befriedigung, daß er sich für ein sehr gutes Trinkgeld habe auf den Thron der Königin Victoria niedersetzen dürfen. Nach Deutschland zurückgekehrt, wollte er seine Beobachtungen veröffentlichen und sah sich deshalb nach einer Zeitung um; es ist aber zweifelhaft, ob er etwas Anderes niedergeschrieben hat, als Notizen für den Vortrag, den er in der Dresdener Gesellschaft für Arbeitererziehung hielt. (Der Arbeiterbildungsverein ist gemeint, in dem Nobiling allerdings einen — ganz farblosen — Vortrag über seine Reiseerlebnisse und -Eindrücke gab. R. d. „V.“) Das Dresdener sozialdemokratische Journal muß in seiner Nummer von Ende November einen Bericht über diesen Vortrag enthalten, dem ein sehr zahlreiches Publikum beigewohnt hatte. Nobiling sprach mit ganz kindischer Freude seine Befriedigung darüber aus, daß durch diesen Bericht sein Name unsterblich geworden sei. Nobiling besaß Vermögen. Er reiste in England, Frankreich, der Schweiz und Oesterreich immer in erster Klasse und mit dem Schnellzuge. Die vielen im Waggon verbrachten Nächte hatten ihn sehr ermüdet. Er erzählte gern, daß diese Reise sein Ansehen in der Familie erhöht und welchen Eindruck die Schilderung seiner Abenteuer auf „die braven und simplen preußischen Junker“, seine Eltern, gemacht hätte. Nach den deutschen Blättern sollte Nobiling das Geständniß gemacht haben, daß er einer Verschwörung angehört und Mitschuldige hätte. Unser Gewährsmann, sagt der „Temps“, und noch eine andere Person, welche Nobiling ebenfalls gekannt hat, möchten diese Angabe mit größtem Mißtrauen aufnehmen und die Geständnisse, wenn sie wirklich gemacht worden, auf Rechnung des Deliriums setzen. Sozialist (aber nicht Sozialdemokrat! R. d. „V.“) von Ueberzeugung, hatte er sich nicht persönlich mit den Führern des deutschen Sozialismus liirt; wenigstens war dies, wie man zu wissen glaubt, bis zum März d. J. nicht geschehen. (Ist überhaupt nicht geschehen! R. d. „V.“) — Der Gewährsmann des „Temps“ hat noch am 31. Mai, also zwei Tage vor dem Attentat, in Paris ein Telegramm von Nobiling erhalten, der ihn um eine Auskunft über einen unbedeutenden und seiner Natur nach heiteren Gegenstand bat. Hätte wohl Nobiling, wenn er einer Verschwörung angehörte und durch das Loos bestimmt war, das abscheuliche Attentat auszuführen, Gemüthsruhe genug gehabt, um sich nach so gleichgiltigen und leichtfertigen Dingen zu erkundigen? — Eine andere Angabe besagt, Nobiling hätte am Tage vor dem Attentat aus London einen Brief empfangen, worin ihm über den Sozialistenputsch vor der deutschen Botschaft daselbst berichtet und mit Befriedigung constatirt worden wäre, daß einige Arbeiter „Nieder mit dem Kronprinzen!“ gerufen hätten. Der Brief ist in Wahrheit nicht in London, sondern in Paris von einer mit dem Gewährsmann des „Temps“ enge befreundeten Person geschrieben worden, die allerdings in London gewesen war und dem Nobiling über eine Arbeiterversammlung, der sie dort beigewohnt hatte und über die Kundgebung vor dem deutschen Botschaftshotel berichtete. Aus dem Inhalt des Briefes wird man sich überzeugen, daß dieser Correspondent einer dem Sozialismus entgegengesetzten Richtung angehörte; er hat sogar in dem Briefe seiner Entrüstung über die Haltung der deutschen Arbeiter, welche Gesinnungsgenossen Nobiling's waren, Ausdruck gegeben.“

Wir haben die Mittheilungen des „Temps“ so ausführlich gegeben, weil sie den konklusivsten Beweis liefern, daß Nobiling kein polititischer Fanatiker war und der deutschen Sozialdemokratie nicht angehört hat. Und wer ist der Gewährsmann des „Temps“? Der Leser hat's schon errathen. Niemand anders als der Ueberall und Nirgends, Böhmert's Lieblingsschüler und Mitarbeiter, Nobiling's Intimus — wie es scheint der einzige Freund, den er hatte: Dr. Hansen.

Hätte man Anhaltspunkte dafür, daß Nobiling mit einem der sozialdemokratischen „Führer“ nur den hundertsten Theil so viel verkehrt — der Kriegszustand wäre schon proklamirt. Daran, die Herren Böhmert, Hansen u. Compagnie, sammt den Roscher, Birnbaum u. s. w.: Nobiling's Lehrer, Mitarbeiter und Freunde, moralisch für die That Nobiling's verantwortlich zu machen, daran denkt Niemand. Und zwar mit Recht. Aber mit welchem Recht will man ihn uns aufhalsen, die wir gar nichts mit ihm zu thun haben?

Hier ein Wort über den angeblichen „Sozialistenputsch“ in London. Derselbe ist zu politischen Zwecken erlogen worden. Ein „Putsch“ hat dort überhaupt nicht stattgefunden. Das, was man so zu benennen beliebt, war eine durchaus harmlose und gesetzliche Demonstration — so harmlos und gesetzlich, daß die englische Polizei, die es wahrhaftig versteht, „Ruhe und Ord-

Den Vorlauten.

Den Massenmord, den Einzelmord
Befehdeten wir fort und fort,
Und das der Lohn für unser Streben?
Wagt, uns die Buben anzukleben!
Wir wollen leben, leben, leben!
Der Tod nimmt uns wie euch das Wort.

Was frommt's uns, wenn ein Kaiser fällt?
Solch' Banner weht vor unserm Zelt:
Wir haben Freude nur an reinem
Und ganzem Glück, es fehle Keinem!
Wir klagen mit der Größten Einem:
Mein Reich ist nicht von dieser Welt.

Das Reich mit eurer Herrlichkeit
Beherrscht ihr noch auf läng're Zeit,
Wir müssen friedlich uns gedulden,
Sonst machen wir den Enkeln Schulden;
Es wählt ein wilder Strom nur Mulden,
Wir suchen Boden weit und breit.

Nie war ein Mann uns Widerpart,
Dazu ist unsre Zeit zu hart,
Das Feldgeschrei heißt: Magenfrage,
Nicht eine alte Kaisersage,
Die Welt kennt viele Schöpfungstage,
Auch unser „Traum“ wird Gegenwart.

K. M.

F. Lassalle an Ludw. Feuerbach.

Nachstehender Brief Lassalle's befindet sich im „Staatssozialist“; auch unsern Lesern wird derselbe willkommen sein.

„Berlin, den 21. Oktober 1863.

Geehrter Herr! Auf den direkten Wunsch einer gemeinschaftlichen Freundin, Mme. Herwegh, übersende ich Ihnen beifolgend die vollständige Serie meiner politischen Flugschriften, die ich ohne diese ausdrückliche Aufforderung Ihnen zu übersenden fast prätentiös finden würde.

Es ist viel verlangt, sich durch die ganze Literatur durchzulesen. Ich verlange es auch nicht. Nur das Eine verlange ich, geehrter Herr, daß Sie keine dieser Broschüren außerhalb der hier angegebenen Reihenfolge lesen und erst urtheilen, wenn Sie Alles gelesen haben. Die große Sorgfalt, mit welcher ich, ich möchte fast sagen seit meiner Kindheit, Ihre Schriften verfolgt, und die liebevolle Wärme, die ich seit dieser Zeit immer für Sie fortbewahrt habe, giebt mir vielleicht ein Recht zu dieser Bitte! Schon im Voraus werden Sie, wenn Ihnen meine philosophischen Werke nicht entgangen sind (Philosophie Herakleitos des Dunklen“, 2 Bde.; „System der erworbenen Rechte“, 2 Bde.) nicht zweifeln, daß meine Erhebung auf streng philosophischer Grundlage bei mir erwachsen ist. Die Fortschrittler sind politische Rationalisten der seichtesten Sorte, und es ist derselbe Kampf, den Sie in theologischer und den ich jetzt in politischer und ökonomischer Richtung führe.

Eben deßwegen würde es mir ausnehmend leid thun, von Jemand, den ich so verehre, wie Sie, diese tiefere innere Identität verkannt zu sehen, die übrigens — verzeihen Sie mir diese Versicherung — selbst trotz einer Verkennung eine historische und philosophische Thatsache bleiben wird.

In politischen Kampfschriften kann das philosophische Element nur eben den Hintergrund bilden und darf nicht als solches hervortreten. Aber in streng philosophischer Weise ist der Grundgedanke dieses ganzen Kampfes entwickelt in meinem schon 1861 erschienenen „System der erworbenen Rechte,“ welches ich mir, da es Ihnen vielleicht entgangen, beifolgend mit warmer Verehrung und als ein schwaches Zeichen des Dankes für alle Erkenntnißschulden, die ich Ihnen abzustatten habe, überreiche.

Der § 7 des 1. Bandes enthält — in einer freilich erst nach Durchlesung des ganzen Werkes wirklich verständlicher Weise — die Grundlage meiner politischen und ökonomischen Insurrection.

Und nun erlauben Sie mir, Ihnen herzlichst die Hand zu schütteln und Ihnen zu sagen, wie angenehm es mir ist, bei diesem Anlasse eine persönliche Bekanntschaft mit Ihnen vermittelt zu haben. Mit Hochachtung und Verehrung

Lassalle.

NB. Falls Sie meinen Heraklit nicht kennen, bitte ich Sie, mich davon baldigst kurz zu benachrichtigen. Ich erlaube mir dann Ihnen denselben zu überschicken, da Sie dort mythologische und religionsgeschichtliche Forschungen finden (sowohl über orientalische Religionen, als besonders auch über die innere Genesis der christlichen Religion in gelegentlicher Ausführung), die mit dem spezifischen Gegenstande Ihrer Studien und Arbeiten im engsten Zusammenhange stehen.

Ich überlege mir, daß es kürzer ist, den Heraklit gleich beizufügen.“

* * *

Der Einsender dieses Briefes, W. Hohoff, fügt demselben noch folgende Bemerkungen hinzu:

„Die Lektüre der kürzlich von Ad. Wagner edirten Briefe Lassalle's an Rodbertus veranlaßt mich, die verehrliche Redaktion des „Staatssozialist“ um Veröffentlichung des vorstehenden Briefes von Lassalle an Feuerbach zu bitten. Derselbe findet sich ursprünglich abgedruckt bei Karl Grün: Ludw. Feuerbach in seinem Briefwechsel und Nachlaß, sowie in seiner philosophischen Charakterentwicklung. 1874 II. S. 162. Für alle diejenigen, welche von Lassalle und Feuerbach etwas mehr wissen, als den bloßen Namen, bedarf es keines weiteren Hinweises darauf, wie wichtig und bemerkenswerth der Inhalt des obigen Briefes ist. Wir haben Grund zu glauben, daß derselbe nur wenig bekannt geworden, und daß eine Reproduction für Viele interessant und erwünscht sei, denen das Werk Grün's nicht zu Gesicht kommt.“

— Gneist sonst und jetzt. Die jüngste beim Lehmann-Gesetz gehaltene Rede des Abgeordneten Gneist war derart, daß sie bei der Regierung und bei den Conservativen mit hellem Jubel aufgenommen wurde — Gneist stimmte ja bekanntlich auch für das von ihm amendirte Gesetz. Dies giebt zu einem interessanten Vergleich mit der Rede Anlaß, welche derselbe Herr Abgeordnete als Correferent über die vom Ministerium Bismarck-Eulenburg im Jahre 1863 erlassene Preßordonnanz am 19. November 1863 im Abgeordnetenhause gehalten hat. Damals hatte Abgeordneter Gneist im Verein mit dem Abg. Simson vier Anträge zur Annahme empfohlen, unter welchen sich einer folgenden Wortlautes befand: „Auf Grund des Art. 106 der Verfassungsurkunde zu erklären: eine Beschränkung der Preßfreiheit könne auf dem Wege der Verordnung überhaupt nicht erfolgen.“ Vor wenigen Tagen hat der Herr Gneist im Reichstage den Antrag gestellt, das Preßgesetz, sowie die Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungswesen für die Sozialdemokraten bis zur nächsten Reichstagssession zu suspendiren. Vor fünfzehn Jahren war die gesammte fortschrittliche Presse und die des linken Centrums von der Ordonnanz des Ministeriums Bismarck-Eulenburg betroffen worden, damals galt es Zorn und Entrüstung auf das Haupt der Minister zu laden. Doch lassen wir Herrn Gneist selbst reden, nach dessen Ausspruch man im politischen Leben wohl über gewisse Dinge seine Ansicht wechseln darf, niemals aber über Grundrechte der Verfassung. Gneist äußerte damals: „In zweimal 24 Stunden sich über eine Maßregel schlüssig zu machen — auch das Attentatsgesetz ist merkwürdigerweise in je 48 Stunden vom Bundesrath und

nung" zu halten, nicht nöthig hatte, auch nur eine einzige Verhaftung vorzunehmen. Die Ruhe wurde keinen Moment gestört, wohl aber die Gemüthlichkeit der ordensüchtigen Streber (der zudringliche Hanswurst Juch an der Spitze), die sich in ihrem Plätzchen gestört und vielleicht auch um ihre Hoffnungen betrogen sahen.

Wir wollen nun noch einige Zeitungsnotizen über den Attentäter zusammenstellen. Die „Schlesische Volkszeitung" schreibt:

„Wird mit dem Dr. Nobiling wieder der alte Unfug getrieben, daß die liberalen Blätter sein Bildniß bringen, daß die Schaufenster es ausstellen, daß, von ihm veranlaßt, patriotische Feste gefeiert werden, und daß die Zeitungen dem Attentäter Leitartikel über Leitartikel widmen: so kann es noch zu einer Attentats-Manie kommen."

Der liberalen „Kölnischen Zeitung", dem rheinischen Weltblatte, wird aus Berlin geschrieben:

„Im Umgange machte Dr. Nobiling den Eindruck eines mäßig begabten und nicht allzu schnell begreifenden Menschen, der in bescheidenen Formen eine ziemlich hohe eigene Werthschätzung verbarg. Was ihn zu der ruchlosen That getrieben haben mag, läßt sich noch nicht übersehen; es ist aber nicht anzunehmen, daß er zu irgendeiner der radikalen politischen, sozialen oder religiösen Parteien in näherer Verbindung gestanden hat; eher erscheint es glaublich, daß allgemeine Unzufriedenheit mit seiner Lage und gänzliche moralische Verwilderung, wenn man nicht, was vielleicht ebenso glaublich, gänzlichen Wahnsinn annehmen will, ihn zu dieser schändlichen That getrieben hat. Wer die kleine, unbedeutende Persönlichkeit des Attentäters früher gesehen, wird bei ihm an alles andere eher als an einen Königsmörder gedacht haben, und so dürfen wir zur Ehre des deutschen Namens wohl glauben, daß wir es hier mit einem durch das neuliche Attentat auf diese Bahn gelenkten Irrsinnigen (man erinnere sich nur, wie häufig bestimmte Verbrechen zur Nachahmung reizen) und nicht mit einer in logischer Consequenz entwickelten Frucht bestimmter verabscheuungswürdiger Tendenzen zu thun haben."

Unserem schlesischen Parteiorgan, der „Wahrheit", geht folgende Mittheilung von glaubwürdigster Seite zu: „Der Bahnhofs-Inspektor Steusel in Tarnowitz erzählte anläßlich des Nobiling'schen Attentates, daß er vor vielen Jahren (als der Attentäter noch ein Kind war) bei dem alten Gutspächter Nobiling in Stellung gewesen. Er könne von diesem sagen, daß er zeitweilig den Spleen gehabt habe. So sei der alte Herr manchmal um 12 Uhr Nachts in den Stall gegangen, habe das Pferd gesattelt und — ohne daß Jemand wußte, wohin und wozu — einen Austritt gemacht, mit Revolvern bewaffnet. Bei diesen der ganzen Umgebung unerklärlichen nächtlichen Ausritten habe er Alles, was ihm unverschuldet in den Weg kam, niedergeritten."

Es bestätigt dies, was wir schon in voriger Nummer gesagt, daß Nobiling's Vater eine hochgradige Anlage zum Irrsinn hatte, die sich offenbar auf den Sohn vererbt hat. —

Uebrigens gehörte Nobiling zu den Frommen. „Wie wir noch erfahren, neigte Nobiling, der Vater, zum Mysticismus: er hing einer altlutherischen Gemeinde in der Nähe von Birnbaum (wo Kollno liegt) an und hielt auch deren gottesdienstlichen Versammlungen und religiöse Vorträge. Auf seinen Sohn Karl scheint die Hinneigung zu mystischer Speculation übergegangen zu sein, in Halle fand man ihn manchmal über der Lektüre der Bibel." Die „Dresdener Nachrichten" theilen mit, „daß Nobiling sich eines schönen Tages vom statistischen Bureau (Dr. Böhmert) in Dresden einen vierzehntägigen Urlaub erbat, um die Bibel zu studiren." — In der Bibel wird bekanntlich die Königsmörderin Judith verherrlicht! — Königstreu war Dr. Nobiling gleichfalls. Die bekannte Arbeit desselben, welche in den „Landwirthschaftlichen Jahrbüchern" zum Abdruck gekommen ist, und welche sich: „Zur Geschichte der Landwirthschaft des Saalkreises" betitelt, enthält — wie das „Berl. Tageblatt" sich ausdrückt — die ungeheuerliche Seltsamkeit, daß Nobiling in diesem Schlußpassus als „sehr schön" Schiller's Ausspruch citirt:

„Ehrt den König seine Würde,
Ehret uns der Hände Fleiß" . . .

Auch unser großer Nationaldichter Schiller verherrlicht den Meuchelmord des Tell. Wie wär's, wenn wir behaupteten, dem Studium der Bibel und der Werke Schiller's sei die intellectuelle Urheberschaft an dem jüngsten Attentate zuzuschreiben? Unsere Behauptung wäre jedenfalls viel zutreffender, als die Behauptung der Preßgesellschaft, die Sozialdemokratie sei Schuld an dem Mordversuche.

Nachtrag. In der „Kölnischen Zeitung" vom Donnerstag veröffentlicht Dr. Hansen (diesmal nicht anonym) einen längeren Artikel über Nobiling und das Attentat, welcher im Wesentlichen mit dem — oben von uns mitgetheilten — Artikel des „Temps" übereinstimmt, aber einige neue Data enthält. Es wird schärfer als im „Temps" betont, daß Nobiling mit der sozialdemokratischen Partei in keiner Verbindung gestanden: „Karl Marx hat er nicht gesehen, wie er mir auf eine bezügliche Frage ausdrücklich versicherte." „Bis März dieses Jahres, wo ich, in Leipzig wohnhaft, über seine Bekanntschaften u. s. w. sehr genau unterrichtet zu sein glaube, hat er niemals eine einzige Silbe mit einem der eigentlichen Führer der Sozialdemokratie in Deutschland gewechselt" (auch später nicht. R. d. V.). Dagegen wird enthüllt: „Er trat in Berlin mit mehreren unserer ersten Abgeordneten und Gelehrten, deren Namen ich hier verschweigen will, in Beziehung." Warum „die Namen verschweigen"? Warum nicht den Beweis vervollständigen, daß der Mann, welchen man uns anhängen will, obwohl er mit uns nie verkehrte, alle seine Beziehungen in den uns feindlichen Lagern hatte?

Weiter bestätigt Dr. Hansen, — der beiläufig von sozialpolitischen, nicht sozialdemokratischen! Ansichten Nobiling's spricht — daß Nobiling in der Lotterie spielte und Börsenoperationen machte, was sicherlich sehr antisozialdemokratisch war.

— Stimmen aus dem Auslande. Das englische Blatt, „Morning Post" glaubt, daß hier lediglich ein Fall von Nachahmungswahnsinn vorliege; wer die Verirrungen des menschlichen Verstandes zu seinem besonderen Studium gemacht habe, der wisse wohl, daß Wahnsinnige, oder solche, die an der Schwelle des Wahnsinns stehen, in sonderbarster Weise nachahmen und besonders, wo es sich um Dinge handelt, die Schrecken hervorrufen. Ein unter möglichst auffallenden Umständen erfolgter Selbstmord zum Beispiel ziehe erfahrungsmäßig eine Reihe ähnliche Selbstmorde nach sich. So könne das Hödel'sche Attentat psychologisch das zweite erzeugt haben. Der „Moniteur" in Paris findet „die Quelle der sozialen Leidenschaften, die jetzt in Deutschland herrschen, in den heftigen Sitten, die der Krieg und die Eroberungssucht in den jetzigen deutschen Bevölkerungen hervorgerufen haben."

— Ein vernünftiger Ausspruch. Die „Berliner autographirte Correspondenz", das Organ Lasker's, erklärt, daß inmitten der Spannung, mit welcher das gesammte Volk die Krankheit des Kaisers verfolge, die Erscheinung tief betrüben müsse, daß man alsbald, an das Attentat anknüpfend, versucht hat, den im Reichstag kaum zur Ruhe gegangenen Streit der Parteien von Neuem anzuschüren. Man hätte meinen sollen, daß die gegenwärtig herrschende feierliche Stimmung hierfür nicht angethan wäre, falls selbst die politische Erwägung nicht zutreffen sollte, daß, wenn irgend etwas das Unglück noch vergrößern könnte, dies eine leichtsinnige Behandlung und der Versuch zu einer Ausbeutung desselben für Parteizwecke sein würde.

— Aus allen Theilen Deutschlands wird von Majestätsbeleidigungen geschrieben, die anläßlich der beiden Berliner Attentate verübt worden sind, oder sein sollen. Der reaktionären Presse ist dies Wasser auf ihre Mühle; sie findet den Grund in den Umsturzideen der Sozialdemokratie, und folgert daraus die Nothwendigkeit strengster Repressivmaßregeln. Ist es aber, so fragen wir zunächst, erwiesen, daß die Majestätsbeleidiger Sozialdemokraten sind? Mit Nichten. Für einzelne Fälle können wir es allerdings nicht in Abrede stellen — und diese Fälle bedauern wir, — aber die meisten Majestätsbeleidigungen, von denen wir Kenntniß haben, sind unzweifelhaft nicht von Sozialdemokraten ausgegangen. Und wir möchten hier bemerken, daß bei Gelegenheit früherer Attentate, z. B. des Tschech'schen, das zu einer Zeit stattfand, wo es in Deutschland noch keine Sozialdemokraten gab, die Majestätsbeleidigungen weit häufiger waren, als diesmal. Wir erinnern uns an das famose Lied vom „Bürgermeister Tschech", das in den vierziger Jahren einer der verbreitetsten Gassenhauer war, obgleich es von Majestätsbeleidigungen und Verhöhnungen der Majestät wimmelt; und ferner an die famosen, schon früher von uns erwähnten, in Hunderttausenden von Exemplaren cirkulirenden Bilder Friedrich Wilhelm's IV., mit der Unterschrift: Leider nicht getroffen. Und ein zweites Moment muß in Betracht gezogen werden: die planmäßigen und rohen Provokationen der reaktionären Presse und des reaktionären Mobs. Wenn man jeden Augenblick liest und hört, wie ganze Parteien und Bevölkerungsklassen, ja das Volk in seiner Gesammtheit für das Verbrechen eines verkommenen Subjekts und eines Mordbuben aus den sogenannten gebildeten Ständen verantwortlich gemacht und auf das Pöbelhafteste beschimpft werden, kann es da Wunder nehmen, wenn hier und da der Grimm der Insultirten zum Ausbruch kommt und sich mitunter zu ungehörigen, gesetzlich strafbaren Aeußerungen fortreißen läßt? In diesen massenhaften Majestätsbeleidigungen haben wir die erste Frucht des Schreckensystems, welches, ohne Proklamirung des Belagerungszustandes, über Deutschland verhängt worden ist. Geht es so fort, wird den unerhörten Hetzereien nicht energisch Einhalt gethan, dann werden weitere Früchte nicht ausbleiben. Angesichts dieser Sachlage, und im Interesse unserer Partei, die alle Gründe hat, eine friedliche Entwickelung zu wünschen, richten wir an unsere Gesinnungsgenossen die ernste Ermahnung, jeden Anlaß zu Streitigkeiten zu vermeiden, allen Conflikten aus dem Weg zu gehn, und sich durch keine Provokation, sei sie noch so brutal, zu Repressalien in Wort oder That verleiten zu lassen, da, wie die Dinge momentan liegen, nicht blos dem Einzelnen, und sei er noch so sehr im Recht, sondern auch der Partei schwerer Schaden erwachsen würde. Unsere Feinde haben es offenbar darauf angelegt, Gewaltthätigkeiten hervorzurufen, — vereiteln wir durch besonnene Haltung das schmachvolle Attentat gegen die Sozialdemokratie!

— Der Artikel der „Provinzial-Correspondenz", dessen wir in unserer vorigen Nummer erwähnten, lautet in seinen wesentlichen Partien:

„Die sozialdemokratische Partei hat für Alles eine doppelte Karte, sie verwandelt sich, je nachdem es ihr paßt, in das Haupt der Gorgo und in die milde Göttin des Friedens. Sie verherrlicht heute Marat und die Greuelthaten der Commune von 1871, und erklärt morgen, daß sie den Mord in jeder Gestalt verabscheue. Sie predigt heute mit tausend Zungen, daß nur die Willkür der herrschenden Klassen alles Elend über die Menschheit bringe, daß alle Verbrecher den echten „Fabrikstempel" dieser bis in die innerste Wurzel verdorbenen Gesellschaft tragen, und behauptet morgen, daß sie den Personen nicht das Geringste anhaben wolle. . . . Vergebens ist die Ausrede, daß die Sozialdemokratie Attentate nicht begehen werde, weil sie zwecklos seien, indem an der Gefallenen Stelle sofort andere Persönlichkeiten treten. Solche Ausrede ist vergeblich. Denn einmal handelt der auf's Aeußerste entflammte Haß nicht mehr nach Zwecken, sondern nach dem unbezähmbar erregten Instinkt; zweitens liegt aber in dem scheinbar zwecklosen Attentat eine grauenvolle Zweckmäßigkeit, die, auch wo sie dem Frevler verborgen bleibt, doch denen bewußt ist, die die Gesinnung des Frevlers bereiten und umhertragen: die Zweckmäßigkeit, daß die Gesellschaft, in der unentbehrlichsten Grundlage ihres Bestehens, in dem Vertrauen Aller auf die allgemeine Sicherheit, auf die innere Schranke des Gewissens und auf die äußere des Gesetzes, unheilbar erschüttert, rathlos bis zur Wehrlosigkeit werden könnte. Die Voraussetzung, die solchen Berechnungen zu Grunde liegt, wird sich nicht bewahrheiten. Die Staatsregierung wird ihre Pflicht thun und sich an das Gewissen der Nation wenden. Sie wird von den berufenen Vertretern derselben den Schutz für die bedrohte Gesellschaft verlangen, den die bestehenden Gesetze nicht genügend gewähren. Sie vertraut, die Entschlossenheit und Hingebung, auf welche sie rechnet, bei Allen zu finden, die Staat und Gesellschaft erhalten wollen."

So die „Provinzial-Correspondenz". Sie scheint anzunehmen, daß die Sozialdemokratie, wie gewisse der „Provinzial-Correspondenz" nah stehende Leute, eine Politik verfolgt, welche „das Tageslicht nicht verträgt". Der Irrthum ist verzeihlich. Das Sprichwort sagt schon, daß Jeder die eigenen Sünden dem Andern zutraut. Wir spielen nicht doppeltes Spiel. Und wenn die „Provinzial-Correspondenz" in unserer „Verherrlichung" Marat's und der Commune einen Widerspruch mit unserer Versicherung, daß wir den Mord in jeder Gestalt verabscheuen, erblickt, so bekundet sie damit blos ihre krasse Unwissenheit. Sie weiß nicht, wer und was Marat war, sie kennt nicht die Pariser Commune — in ihrer bodenlosen Ignoranz und ihrem blinden Parteihaß hält sie die blutigen Zerrbilder, hingeleckt von bezahlten Geschichtsfälschern, für historische Wahrheit.

Wir können der „Provinzial-Correspondenz" nur rathen, die Quellen zu studiren, — sie wird dann zugeben müssen, daß sie dummes Zeug geschwatzt. Freilich, sie wird weder das Eine, noch das Andere thun. Zu Beidem fehlt ihr die Ehrlichkeit.

Was „die grauenvolle Zweckmäßigkeit des Attentats" betrifft, so hat sie damit Recht; aber für wen hat es eine „grauenvolle Zweckmäßigkeit"? Für uns oder für die Patrone der „Provinzial-Correspondenz!? Selbst die „Provinzial-Correspondenz" wird nicht die Stirn haben, zu behaupten, daß der Wahnsinnsstreich Nobiling's der Sozialdemokratie genützt habe. Wohl aber hat er die auf dem Sand sitzende Politik der „Flintenschießt-Säbel-haut"-Staatsmänner momentan wieder flott gemacht, und daß diese Sozialdemokraten seien, wird die „Provinzial-Correspondenz" doch wohl nicht behaupten wollen.

Genug. Die Reaktion, deren Mundstück die „Provinzial-Correspondenz" ist, nützt nach Möglichkeit das Nobiling'sche Attentat, ihr ein wahres God send (Himmelsgeschenk), aus und — der Rest wird sich finden.

Nach Pfingsten soll der Reichstag zusammentreten, und der Reaktion ihr Heu einbringen, so lange die Sonne — des „nationalen Deliriums" — scheint. So ist's beschlossen im Rathe der Götter der Berliner Wilhelmstraße.

— Bevor wir zur Presse gehen, erhalten wir die Nachricht, daß Fürst Bismarck im Namen Preußens den Antrag auf Auflösung des Reichstages beim Bundesrath eingebracht hat. An dem Durchgehen des Antrages ist nicht zu zweifeln. Bei den Neuwahlen wird es sich nicht bloß um die Sozialdemokratie handeln, sondern auch um den Liberalismus, so weit er sich nicht entschließt, „Partei Bismarck sans phrase" zu werden.

— Unsere neuliche Nachricht, daß Rödiger und Zwiebler in Halle verhaftet worden, war ungenau; es ist blos Haussuchung bei ihnen gehalten worden — natürlich fruchtlos. — Auf einem Gut bei Halle ist ein Bruder Nobiling's verhaftet worden, der unserer Partei „angehören soll". — Berliner Blätter behaupten, Nobiling (der Attentäter) sei bei der Lustpartie, welche unsere Parteigenossen am Himmelfahrtstag veranstalteten „als Theilnehmer in der Nähe der Führer bemerkt" worden. Wäre dies wahr, so würde es absolut nichts gegen uns beweisen. Die „Berliner Freie Presse" fordert alle Leser und Parteigenossen auf, Alles, was sie über diesen Punkt, sowie über die weitere Angabe, Nobiling habe sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin beigewohnt, wissen oder vermuthen, sofort der Redaktion oder der Polizeibehörde bekannt zu machen.

Reichstag aufgearbeitet worden, — an der alle ominiösesten Erinnerungen des Unglücks der Bourbonenfamilie hängen, das ist nicht die Weise, in der das preußische Volk erwartet hat, seine Staatsverhältnisse geleitet zu sehen. Mit der Versicherung auf das Wort eines Mannes ist der Verfassungseid in Preußen erfüllt. Glauben Sie, daß irgend ein großes Land von der asiatischen Grenze bis zum äußersten Westen durch eine solche Art von Kabinetsberathungen geleitet wird? Es ist unmöglich, ein deutsches Land zu regieren in diesen Formen eines Minister-Absolutismus. Die Minister sagen, daß die Gerichte und das Preßgesetz nicht ausreichen, die Gründe, welche die Minister dafür anführen, sind dieselben geschmeidigen Gründe, mit denen die Hofleute die Nothwendigkeit der Censur in den kritischen Momenten der Monarchie bewiesen haben. Die Gründe aus der „öffentlichen Wohlfahrt", das sind keine Motive für eine bloße Preßordnung, das sind Motive für den Bruch einer bestehenden Verfassung überhaupt. Endlich sind die Minister in einem thatsächlichen Irrthum mit der Anklage, daß die Presse eine „Untergrabung aller Grundlagen eines geordneten Staatswesens, sowie der Religion und Sittlichkeit" herbeigeführt habe. Das ist vielmehr eine Anklage gegen die Nation; denn wir Alle wissen, daß die periodische Presse nur durch Diejenigen besteht, die ihre Sinnes- und Denkweise darin ausgesprochen finden. Nein, die Grundlagen des Staats, der Sittlichkeit und der Religion stehen in Preußen wie in ganz Deutschland so, daß es einer Wiederherstellung durch ein Ministerium Bismarck-Eulenburg nicht bedarf, Beschränkungen der Preßfreiheit können nur darauf wirken, wenn sie zweiseitige sind. Die preußischen Maßregeln der Beschränkung waren bisher durch die Staatsanwälte und durch die Verwaltungsbeamten immer so gelegt, um ihre Handhabung ausschließlich abhängig zu machen von den zeitigen Ministern. Ich weiß wohl, es wird erwidert werden, daß die Regierungspresse mit ihren Angriffen von dem Ministerium offiziös desavouirt wird. Ja freilich, wenn die ungeschickten Exekutanten, die überzudringlichen Freunde lästig werden, dann wohl. Aber das ist das Unglück eines jeden solchen Kampfes, den die Regierung mit der einseitig gebundenen Presse führen will; das Volk hat keinen Sinn für diese zarten desaveus, sondern es beurtheilt eine Regierung nach ihren Handlungen."

Und wie Herrn Gneist haben wir im deutschen Parlamentarismus eine große Anzahl von Personen, die immer erbötig sind, das Kleid zu wechseln „und selbst die Haut, wenn's nöthig". — Solche Politiker stehen aber immer noch in Ansehen beim deutschen Volke — für die politische Einsicht und den politischen Charakter der letzteren wahrlich kein gutes Zeugniß.

Die Wiederholung des Attentates von psychologischen Gesichtspunkten betrachtet.

Unter vorstehender Ueberschrift bringt die „Vossische Zeitung" einen beherzigenswerthen Artikel, den wir nachstehend unverkürzt folgen lassen:

„Die monströse Erscheinung, daß auf einen Fürsten, der nicht nur in seltenem Grade die Liebe seines Volkes, sondern auch ganz allgemein die persönliche Hochachtung seiner politischen Gegner besitzt, nach wenigen Wochen ein erneuter Mordversuch gemacht werden konnte, ist dazu angethan, die ganze gebildete Welt in einen moralischen und politischen Pessimismus zu stürzen, dessen Folgen unübersehbar wären. Der Gedanke, daß eine Gesellschaft, aus welcher dergleichen geschehen kann, bis ins Mark inficirt sein muß, liegt so nahe und ist solchen Gräuelthaten gegenüber gewiß entschuldbar. Irreligiösität, Fanatismus, Aufklärung, Liberalismus, Sozialismus, politische Verschwörung, das sind die nach einander in Verdacht kommenden Motive, die man vor die Anklagebank stellen wird, um zu beweisen, daß eine schleunige Umkehr mit allen Kräften angestrebt werden muß. Um so nothwendiger wird es, sich zu fragen, ob hier nicht vielleicht ganz andere, den Richtungen des öffentlichen Lebens der Gegenwart völlig fremde Motive in Betracht zu ziehen sind.

Nur mit wenigen Worten sei darauf hingewiesen, daß in diesen beschämenden Ausbrüchen der menschlichen Bestialität persönlicher, politischer oder religiöser Fanatismus schwerlich die Triebfeder gebildet haben können. Womit sollte ein Monarch, dessen Herzensgüte, Frömmigkeit und wohlwollende Gesinnung in der Geschichte ihres Gleichen suchen, jemals die persönliche Rachsucht herausgefordert haben? Politische und religiöse Fanatiker aber pflegen nicht so wahnwitzig zu sein, Verbrechen zu begehen, deren Erfolg offenbar ihrer Partei unwiderbringlichen Schaden bringen müßte, ohne daß für dieselbe auch nur der geringste Vortheil daraus erwachsen könnte. So bliebe anscheinend nur der baare Wahnsinn und die Unzurechnungsfähigkeit zur Erklärung dieser Schreckensthaten übrig und die Gesellschaft wäre unschuldig an denselben? Der Schreiber dieser Zeilen hält die beiden Subjekte weder für wahnsinnig, noch die Gesellschaft für so ganz unschuldig, namentlich an dem zweiten Ver-

brechen. Daß Lehmann es mit keiner politischen Partei ehrlich gehalten, beweist seine plötzliche Bekehrung von den heidnischen zu den Christlich-Sozialen und der Umstand, daß er sie beide betrogen; daß er ferner nicht schlechthin unzurechnungsfähig ist, lehrt seine Verschmitztheit, daß er dagegen von niedrigster Großmannssucht besessen ist, seine Aeußerungen dem Photographen gegenüber. Nicht unentwirrbare Nacht des Größenwahns, sondern, der böse Geist des Herostratus umgaukelte seinen von angeborener Arbeitsscheu getragenen Lebensüberdruß. Es ist ein tragisches Verhängniß, daß sich einem solchen Elenden, gerade ein von der ganzen Welt verehrtes Haupt als das verlockendste Ziel darstellen muß, eben weil es so ehrwürdig, bewundert und geliebt erscheint. Und hat dieser verworfene Mensch nicht am Ende seine Mitmenschen ganz richtig beurtheilt, hat er nicht sein Ziel, von aller Welt angestaunt zu werden, völlig erreicht? Die alten Griechen gaben sich, erzählt man, das Wort, den Namen jenes nichtswürdigen Menschen, der aus ähnlichen erbärmlichen Motiven den ephesischen Dianentempel in Brand gesteckt hatte, weder auszusprechen, noch niederzuschreiben, und es wäre mit Nichten ein Verlust gewesen, wenn sie so seine verächtliche Absicht vereitelt hätten. Den Frevler an der schon durch ihr hohes Alter geheiligten Person des Kaisers läßt man seinem ausdrücklich kundgegebenen Wunsche gemäß, in allen möglichen Stellungen photographiren und giebt ohne irgend einen ersichtlichen Zweck diese Bilder in den Kunsthandel! Da prangt er nun wie ein Wohlthäter seines Volkes oder ein Heros seiner Partei in einem Dutzend verschiedener Stellungen an den Schaufenstern und es fehlt zu seiner Befriedigung nur noch, daß er die Haufen sehen könnte, die sein Bild bewundern. Alle illustrirten Zeitungen bringen sein Portrait im Brustbilde, wie auch in dem Momente, wo er sich verewigt, und beschäftigen sich auf das Eingehendste mit seiner „interessanten" Person. Ein übelberathenes Familienblatt widmet ihm eine zum Straßenverkauf bestimmte Extranummer mit Bildern in Farbendruck, auf deren erster Seite sein Porträt in einem Prachtholzschnitt dargestellt wird, wie man ihn den Portraits gewöhnlicher Unsterblichen niemals zu Theil werden läßt. Nun, ich kann mir nicht helfen, das heißt eine Prämie auf diese Kategorie von Verbrechen setzen und zur Nacheiferung förmlich herausfordern! Mag es für criminalistische Zwecke nützlich sein, Verbrecher, die man noch sucht, in effigie auszustellen, mag man sie für psychologische und physiognomische Studien meinetwegen in Wachs nachbossiren, das große Publikum hat meines Erachtens gar kein Interesse, solche Eiterbeulen der Menschheit zu betrachten, und man soll den Teufel nicht an die Wand malen.

Der Mensch hat bekanntlich mit gewissen Thierarten einen lebhaften, leicht zur Krankheit ausartenden Nachahmungstrieb gemein. Die Annalen der Psychiatrie zählen eine Unzahl von Fällen auf, in denen eindringlich vorgeführte Handlungen in ähnlicher Weise ansteckend wirkten, wie im gewöhnlichen Leben das Gähnen, und zu wirklichen Geistes-Epidemien ausarteten. Wir lesen von Klöstern, in denen die Nonnen anfingen, einander zu beißen oder Convulsionen zu bekommen, ja wir erfahren, daß zu Zeiten der Selbstmord epidemisch geworden ist. Plutarch erzählt uns, wie bei den jungen Mädchen in Milet plötzlich eine unsinnige Begierde zu sterben und sich heimlich zu erhängen auftrat. Die Vorstellungen und Thränen der Eltern richteten bei ihnen so wenig aus, als das Zureden der Freunde; sie wußten beim Selbstmorde die größte Verschlagenheit und Aufmerksamkeit der Wächter zu hintergehen. Wenn aber eine solche Verirrung epidemisch werden kann — und wir haben nach anderweiten Erfahrungen gar keine Ursache Plutarch's Erzählung zu bezweifeln — so ist etwas ähnliches bei dem jüngsten Schreckensereigniß um so weniger ausgeschlossen.

Um den Preis eines, wenn auch noch so abscheulichen, Verbrechens durch Künstlerhand in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestellt zu werden, das ist in einer großen Stadt, in welcher beständig so viele Menschen im Begriffe stehen, mit dem Leben abzuschließen, eine schwere Versuchung. Dem übersättigten Wüstling, dem verschuldeten Lebemann, dem ruinirten Industriellen, wie nahe wird damit solchen Persönlichkeiten der Gedanken gelegt statt laut- und klanglos, wie es dem Gemeinen zukommt, zum Orkus zu stürzen, mit einem Knalleffekt von der Bühne abzutreten, damit obendrein das bedenkliche Motiv ihres Lebensüberdrusses zu verschleiern, und ein Räthsel für Mit- und Nachwelt zu werden! Worin läge der bestrickende Reiz der Pitaval-Geschichten, wenn nicht in der unheimlichen Gewalt des Geheimnißvollen, Unerhörten? Und wer hätte es nicht selbst empfunden, jenes erste Aufleben der dunklen Triebe in seinem Innern, die den Menschen an einem Abgrunde ergreifen, oder wenn er eine geladene Waffe in die Hand nimmt? Solche Gedanken darf man nicht herausfordern und ermuthigen, denn hier ist, fürchte ich, der Punkt, in welchem man die Mitschuld der Gesellschaft suchen muß, wenn sich solche Gräuelthaten wiederholen.

Die Milesier vermochten nur dadurch dem Morden in ihrer Stadt Einhalt zu thun, daß sie die Selbstmörderinnen mit öffentlicher schimpflicher Ausstellung ihres Leichnams bedrohten. Und eine schimpfliche Strafe dürfte wohl auch das geeignetste Abschreckungsmitel für ein Verbrechen abgeben, bei welchem die Sucht, sich interessant zu machen, die gemeinste persönliche Eitelkeit eine verhängnißvolle Rolle spielt. Möchten diese Zeilen dazu beitragen, vor der bildlichen Glorifikation des zweiten Opfers der Großmannssucht zu warnen, um damit vielleicht zukünftigen Unheil vorzubeugen. Denjenigen aber, die diese nüchterne Degradation eines angehenden politischen Märtyrers und Geheimbündlers zu der Rolle eines einfachen Nachahmers und Va banque-Spielers auf Nachruhm für allzu leichtfertig halten, mag zum Schlusse mitgetheilt werden, daß der erste Anblick der oben erwähnten „illustrirten Prachtausgabe" des Lehmann'schen Attentates vor ca. 14 Tagen dem Schreiber jene Befürchtungen erweckt hat, die sich nun in eine graufige Wirklichkeit verwandelt haben. C. St.

So weit die „Vossische Zeitung."

Wir haben diesen vorzüglichen Auseinandersetzungen nur Weniges hinzuzufügen. Die „Verherrlichung" Lehmanns in Wort und Bild, wie sie von den liberalen und conservativen Zeitungen getrieben worden ist, war so recht nach dem Geschmack des unreifen und verkommenen Attentäters; hätte er in seiner Zelle Alles das beobachten können, er wäre der glücklichste Mensch auf Erden gewesen. — Diese „Verherrlichung" des Verbrechers ist eine Hauptursache des neuen Verbrechens; dies scheint nunmehr auch das Königliche Polizeipräsidium zu Berlin zu ahnen, da dasselbe ein Verbot erlassen hat gegen die Schaustellung der Photographien Lehmann's und Nobiling's. „Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man denselben gewöhnlich erst zu." Und wenn man einmal Preßbeschränkungen will, so wende man sich gegen das unsläthige, behagliche Treiben aller derjenigen Blätter, welche durch die haarkleine Beschreibung aller Eigenschaften und Gewohnheiten der Verbrecher durch ihre Anekdoten, über das Vorleben derselben und dadurch, daß sie verbummelten Menschen mit Gewalt eine politische Bedeutung aufoctroyren, den Größenwahnsinn und „den bösen Geist des Herostratus" heraufbeschwören und dadurch bewirken, daß eine Attentats-Epidemie gar zu leicht hervorgerufen werden kann.

Correspondenzen.

Magdeburg, 4. Juni. Hier tagt seit kurzer Zeit die Provinzial-Synode. Ich kann mir lebhaft denken, daß Ihre Leser sich nicht im mindesten für solche Verhandlungen, wo fanatische Priester sich um das Tipfelchen über dem i streiten, interessiren, doch will ich es nicht unterlassen, einen Ausspruch eines hiesigen Consistorialraths Ihnen mitzutheilen, den derselbe als Referent am 3. Juni hierselbst that: „Trunkenbolde und Ehebrecher werden durch das Urtheil des Volkes gerichtet und ihr Unrecht ist nicht so gefährlich, als die Verachtung der kirchlichen Trauung und Taufe; durch letztere werden die Grundlagen der Familie und Gemeinde, der Kirche und des Staates angetastet." — Durch solche Worte werden so recht die rein äußerlichen Formen betont, in welche man den gläubigen Christen hineinzwängen will. Der Ehebrecher ist nicht so gefährlich, als Derjenige, welcher die kirchliche Trauung verachtet. Daß die meisten Ehebrecher nicht durch das Volk gerichtet werden, ist ungemein klar, da nur sehr selten ein Ehebruch an das Tageslicht und an die Oeffentlichkeit tritt; die meisten Ehebrecher, besonders in den höheren Ständen, wissen sich wohl vor dem Volksgericht zu schützen. Außerdem ist die Moral gerade in den höheren Ständen so gering, daß es vielfach als nothwendig und den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechend erscheint, daß ein verheiratheter vornehmer Mann sich noch neben seiner Frau eine Courtisane hält. Der Staat aber hat es durch Gesetz freigegeben, ob Jemand die kirchliche Trauung und Taufe noch achten will oder nicht; wenn nun aber ein Staatsdiener solchermaßen sich äußert, daß durch ein derartiges Gesetz die Grundlagen der Familie, des Staates angetastet würden, so dürfte er, wenn er Sozialdemokrat wäre, wohl bald Bekanntschaft mit dem Paragraphen 131 des Strafgesetzbuches machen. Doch genug, ich wollte nur zeigen, mit welcher Kühnheit die religiöse Orthodoxie und Reaktion zugleich mit der politischen Reaktion ihr Haupt erhebt.

Sondershausen, 1. Juni. Die Thüringische Bank hat in der gestern hier abgehaltenen Generalversammlung liquidirt. Wie ich höre, sollen gerade eine große Anzahl kleiner Bauersleute und Handwerker Einlagen gemacht haben, so daß Manchem derselben über die herrlichen Zustände, die in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen herrschen, die Augen aufgehen werden. Daß im Auffichtsrath dieser liquidirten Bank Sozialdemokraten gesessen hätten, ist uns nicht bekannt, wohl aber, daß die meisten Auffichtsräthe Königliche oder Herzogliche Commerzienräthe und reiche Banquiers waren. Es scheint somit, daß nicht die Sozialdemokraten es sind, die nach Bismarck's Ausspruch „Alles verunjeniren."

Höseln, 27. Mai. Gestern fand hier eine zahlreich besuchte Conferenz der Parteigenossen des 10. sächsischen Wahlkreises statt, der auch unser Reichstagscandidat, Herr Th. Burckhardt aus Leipzig, beiwohnte. Der Conferenz war die Aufgabe gestellt, Bestimmungen zu treffen über Agitation und Organisation, ferner, sich schlüssig zu werden über die so vielfach gewünschte Gründung eines Lokalblattes im 10. Wahlkreis. Bezüglich des letzteren Punktes wurde nach sehr eingehender Berathung einstimmig der Beschluß gefaßt, vom 1. Oktober d. J. an ein wöchentlich zwei Mal erscheinendes Organ herauszugeben, das in Leipzig, event. Dresden oder Chemnitz gedruckt werden und Eigenthum einer der in genannten Orten bestehenden Genossenschafts-Buchdruckereien sein soll. Mit der Ausführung der Vorarbeiten hierzu wurde das Bureau der Conferenz betraut. Hinsichtlich der Agitation traf die Conferenz Bestimmungen, die es ermöglichen, daß in Zukunft die Agitation einheitlicher und planmäßiger betrieben werden kann. — Am Vorabend der Conferenz fand hier auf der „Mulden-Terrasse" eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Th. Burckhardt aus Leipzig über „Das jüngste Attentat und die Sozialdemokratie" unter Beifall referirte.

Mannheim, 28. Mai. Die heutige sozialdemokratische Parteiversammlung beschloß, auf dem Congreß den Antrag zu stellen: „Es soll die „Sozialdemokratische Correspondenz" wieder erscheinen, jedoch zu billigerem Preise als früher."

Düsseldorf, 30. Mai. Obgleich unsere Stadt von der Kanzel herab als die „katholische" benannt wird, und die Geistlichen beider Confessionen fest überzeugt sind, diese Ueberzeugung auch des öfteren in Wort und Schrift ausgesprochen haben, daß in Düsseldorf kein Boden für den Sozialismus sei, hat sie trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, Rohheiten, Selbst- und Meuchelmorde, kurzum alle Auswüchse der heutigen Gesellschaftsordnung, zur Genüge aufzuweisen. Es ist auch in Wirklichkeit bisher von unserer Partei verhältnißmäßig wenig erreicht worden; dies mag darin seinen Grund haben, daß eine Stadt, welche so viele Beiträge zur Brutalitätsstatistik liefert, als gerade das katholische, fromme, patriotische Düsseldorf, keine Heimstätte für den Sozialismus ist. Ich sage patriotisch, denn noch vor einigen Tagen, am Kaiser-Wilhelms-Tage, feierte Düsseldorf durch Beflaggen der Häuser, durch solennes Festessen, durch großartigen Fackelzug u. s. w. die glückliche Errettung seines Kaisers Wilhelm aus Todesgefahr. Aber trotz Religion und Patriotismus läßt sich nicht leugnen, daß die Stadt innerhalb der beiden letzten Jahre sechs Mordthaten aufweisen kann, der Selbstmorde, welche hier epidemisch sind, schlimmer als irgendwo, nicht zu gedenken. Drei oder vier dieser Mordthaten sind zur Stunde noch in Dunkel gehüllt. Daß sogar die Regierung das Zunehmen der öffentlichen Unsicherheit in unserer Stadt, trotz der Unmasse der Polizeibeamten, mit Unwillen bemerkt, geht daraus hervor, daß die königl. preuß. Regierung zu Düsseldorf eine Prämie von dreitausend Mark Demjenigen zusichert, welcher den Thäter an dem Morde im Aaper Walde zur Kenntniß bringt, resp. durch dessen Angaben es möglich wird, den Thäter zu ermitteln. Den Mordthaten entspricht natürlich auch die Zahl der Körperverletzungen und Messeraffairen, und finden dieselben so häufig statt, daß Düsseldorf in dieser Hinsicht Anspruch auf Berühmtheit machen kann. Fast täglich bringen die Zeitungen in dieser Hinsicht interessante Neuigkeiten. Bei dieser allgemeinen Unsicherheit der Straßen sucht sich nun Jeder nach Kräften zu bewaffnen; die gebildete Klasse natürlich mit dem Revolver. Aber bei der Angst (um ihr Dasein) eines großen Theiles dieser Klasse ist das Tragen von Schießwaffen sehr gefährlich, indem diese Menschen in jedem nicht ganz fein und modern gekleideten Mitbürger einen Messerhelden erblicken und dann selbst zum Revolverhelden werden; wie ein kürzlich sich zugetragener Fall beweist. Es wurde nämlich ein braver Familienvater von einem Fabrikdirektor in die Lunge geschossen aus — Irrthum. Ueber diesen Fall werde ich nächstens genauer berichten.

Briefkasten

Quittung. Effrt Elsterberg Ab. 4,97. Knl Frankfurt Ab. 60,00. Hmbrgr Wien Ab. 4,80. Zrkl Finsterwalde Schr. 1,50. Bm Schwabach Schr. 1,50. Ullrch Ulm Schr. 2,50. Brnschwg Waldenburg Schr. 5,00. Blg Freinheim Schr. 1,50. Brgr Neustadt Schr. 0,50. Hfkr Braunschweig Schr. 4.00. Plm Wiesbaden Schr. 1,70. Dtrch Eilenburg Schr. 1,50. Wgnr Fulda Schr. 2,05. Fschr Haspe Schr. 1,60. Lwstn Barmen Schr. 1,70. Kl Nürnberg Schr. 1,00.

Fonds für die Gemaßregelten.

Von L. hier 0,20.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. Den 16., 17. und 18. Juni bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37: [96

Generalversammlung.

Alle Anträge zur Generalversammlung sind bis den 10. Juni bei dem Unterzeichneten einzusenden, sowie die Anmeldungen der Delegirten.

Der Vorstand.
A. Barbi, St. Pauli, Marktstr. Nr. 5, Haus 2.

Leipzig. Donnerstag, den 13. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Windmühlenstraße 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Geschichte des deutschen Bauernstandes. Referent B. Geiser. [70

Der Agent.

Durch uns ist zu beziehen:

Drei Jahre aus meinem Leben
oder
Mein Prozeß
wegen
Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit, meine Suspension und Wiedereinführung ins Lehramt.
1845—1847.
Von
K. F. W. Wander.
Preis Mark 1,50.

Es ist ein alter Veteran der Volkssache, aber einer von den wenigen, die ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind, der in der vorliegenden Schrift zu uns spricht. Die Periode vor dem Jahre 1848 ist der jetzigen Generation völlig unbekannt; um so wichtiger, um Erinnerungen wie die vorliegenden zu ihrer Kenntniß gelangen, um ihr zu zeigen, welche Fortschritte wir trotzalledem in 30 Jahren gemacht haben. Wie wird es nach weiteren 30 Jahren aussehen? Diese Frage drängt sich jedem Leser auf. — Die Schrift führt unter anderem das Bild eines Menschen vor, der heute noch eine Rolle spielt: des jetzigen kgl. preußischen Geheimraths und Verschwörungsfabrikanten Stieber; außerdem einige hochinteressante Vertheidigungsschriften des Justizraths Robe, Vertheidiger Wanders. Letztere sind Muster logisch-juristischer Dialektik und philosophischer Gründlichkeit.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

In unserem Verlage ist soeben erschienen und durch uns, wie durch die Expedition der „Fackel" in Leipzig zu beziehen:

Leitfaden
für zu errichtende
Krankenkassen nach dem Hülfskassen-Gesetz
vom 7. April 1876
enthaltend
vier wichtige Gesetze.

1) Abänderung des Titel 8 der Gewerbe-Ordnung. 2) Das Hülfskassengesetz. 3) Das Ortsstatut für gewerbliche Hülfskassen der Stadt Breslau. (Dasselbe wird an anderen Orten unwesentliche Abänderungen erleiden.) 4) Das Haftpflichtgesetz, sowie ein vom preußischen Handelsministerium ausgearbeitetes

Normal-Statut
für eingeschriebene Hülfskassen.
Preis 30 Pf.

Mit oben bezeichneter Schrift hoffen wir namentlich den geehrten Herren Vorständen von Krankenkassen eine bedeutende Erleichterung bei Abfassung von Statuten, um dieselben mit dem Hülfskassengesetz in Einklang zu bringen, zu verschaffen, indem aus derselben klar zu erkennen ist, welche Bestimmungen das Gesetz verlangt oder verwirft, und in Folge dessen viel Zeit und Unannehmlichkeiten erspart werden. — Auch sollte diese Brochüre sich jedes Mitglied anschaffen, um hierdurch Gelegenheit zu finden, sich mit dem Krankenkassenwesen näher bekannt zu machen, um bei Berathung von Statuten rathend zur Hand gehen zu können.

Schlesische Volksbuchhandlung
H. Zimmer & Co.
696] Breslau, Schuhbrücke 42.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die
„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77
sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 15 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12.

Agitations-Nummer
100 Exemplare 1,50 Mk. jede weiteren
100 Exemplare zu 1 Mk. liefert bei
Einsendung des Betrages
Leipzig.
Die Expedition des „Vorwärts".

Es bedarf wohl in jetziger Zeit keiner besonderen Anfeuerung, um die Parteigenossen zu bestimmen, daß sie für die weiteste und größte Verbreitung dieser Nummer, besonders in jenen Kreisen, wo bis jetzt unsere Prinzipien noch wenig oder gar nicht bekannt sind, Sorge tragen und in dieser Beziehung keine Mühe und kein Opfer scheuen.

Verantwortlicher Redakteur. Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Petitzeile 10 Pf.,
Vers. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., Priv. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Fenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Riksche, 348 West — 87 Str.
Philadelphia: P. Haß, 506 North 3rd Street.
J. Boß, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lonsermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 69. Freitag, 14. Juni. 1878.

Ein neues Complott entdeckt.

„Es ist jetzt wenigstens so viel festgestellt, daß Nobiling mit den internationalen Sozialisten des Auslandes, notorisch denen in Paris und London Beziehungen hatte; speziell unter den Londoner Sozialisten bemerkte die englische Geheimpolizei am Tage des Attentats eine außerordentliche Bewegung; sie merkte, „daß etwas los war", konnte aber nichts Näheres erfahren. Dies ist amtlich nach Berlin gemeldet werden."

Also wurde in Hunderttausenden von Extra- und Nichtextrablättern in die Welt hinausgerufen, um die Leidenschaften gegen unsere Partei zu entfachen.

Daß die „Pariser Internationalen" sich auf den harmlosen Böhmertling Hansen reduzirt haben, wurde bereits mitgetheilt, wie auch, daß der bei Nobiling gefundene verdächtige Bericht über den Londoner „Sozialistenputsch" von demselben harmlosen Böhmertling herrührte.

Jetzt erfahren wir, daß das ganze Gerede von dem entdeckten Zusammenhang mit den Londoner Sozialisten, von der „außerordentlichen Bewegung" derselben am Tage des Attentats u. s. w. von A bis Z eine infame Spitzel-Erfindung und -Lüge ist. Und zwar ist es Niemand anders als die englische Regierung, welche die Lüge und die Lügner entlarvt und an den Pranger gestellt hat.

Man schreibt uns aus London unterm 7. ds. Mts.:

„Der englischen Regierung ist die Stieber'sche Manier, aus der Nobilingaffaire Kapital zu schlagen, bereits zu arg geworden. Sie hat heute im „Daily Telegraph", den ich hier beilege, eine für den fieberhaften Stieber und seine verlogenen Helfershelfer sehr blamable Berichtigung drucken lassen, woraus hervorgeht, daß, **wenn diese dunklen Biedermänner in Deutschland verbreiten lassen, sie wüßten bereits, daß eine Verschwörung vorliegt, sie gleichzeitig der englischen Polizei mittheilen, daß sie selbst sich vom Gegentheil überzeugt haben.** Da die Idee, England in eine erneute heilige Allianz zur Unterdrückung der Sozialisten hineinzuziehen, und den Congreß von Berlin in einen Congreß von Verona zu verwandeln, hier doch gar zu dumm erscheint, so beeilte sich die englische Regierung, diese verschämten Geständnisse der deutschen Polizei der Oeffentlichkeit zu übergeben und muß nach Kräften dafür besorgt werden, daß dies in Deutschland von Polizei und Literaten nicht unterschlagen und todtgeschwiegen wird.

„Es ist wirklich noch zu verwundern, daß man nicht schon den Steuermann des „König Wilhelm", der den „Großen Kurfürsten" umgerannt hat, für einen Sozialisten ausgegeben und damit dieses fatale Pech, das auf die preußische Seetaktik einen so unangenehmen Schlagschatten wirft, ganz natürlich und einfach aus der sittlichen Verderbtheit und der Aufreizung zum Klassenhaß erklärt hat." *)

So unser Londoner Freund.

Das amtliche „Mitgetheilt", auf welches er hinweist, lautet wie folgt:

Viele der Gerüchte, die mit Bezug auf Nobiling's angebliche Beziehungen zu sozialistischen Verschwörern in England, sowie mit Bezug auf die Thätigkeit der englischen Polizei Curs erhalten haben, sind, wie wir auf Grund authentischer Mittheilungen erklären können, vollständig grundlos (are, we have authority to state, entirely baseless). In erster Linie scheint das Gerücht, von Scotland-Yard (wo die obersten Londoner Polizeibehörden installirt sind) sei vor dem letzten Attentat auf das Leben des deutschen Kaisers eine Warnung nach Berlin geschickt worden, dahin gehend, daß irgend etwas geplant werde, eine reine Fabel gewesen zu sein (seems to have been a pure fable). Wir werden amtlich davon unterrichtet (we are officially informed), daß keine derartige Mittheilung je zwischen den Behörden der beiden Hauptstädte erfolgt ist. Nicht nur hat kein Grund vorgelegen, die deutschen Behörden von einem gefährlichen Complott in Kenntniß zu setzen, sondern es ist sogar jetzt, nach sorgfältiger Nachforschung offenbar geworden, daß die in diesen phantastischen Märchen (imaginative tales) angedeuteten Umstände der That Nobiling's ganz fern gewesen sind (were wholly absent from the deed perpetrated by Nobiling). Es ist wahr, er war kurze Zeit in London; und daß er Versammlungen sozialistischer oder demokratischer Clubs besucht habe, ist wahrscheinlich, ja gewiß. Aber er nahm an den Verhandlungen dieser Versammlungen keinen hervorragenden Antheil, und man erinnert sich seiner nur als eines stillen Zuhörers bei einigen heißen Debatten.

Mehr Gewicht als der Vorgang verdient, ist auf gewisse Unterbrechungen gelegt worden, welche gelegentlich der Ueberreichung einer Glückwunschadresse an den Kronprinzen und die Kronprinzessin des deutschen Reichs bei deren Anwesenheit in England hier vorkamen. Innerhalb und außerhalb des deutschen Gesandtschaftshotels ist nichts vorgekommen, was als eine Drohung gegen das kaiserliche Haupt der deutschen Nation ausgelegt werden könnte. (Nothing occurred, within or without the Embassy, that could be construed into threats against the Imperial head of the German nation.) Der gesunde Menschenverstand sollte schon den Gedanken an die Hand geben, daß, wenn finstere Pläne gehegt worden wären, man sie sicherlich nicht gerade an dem Ort enthüllt haben würde, wo ihr Bekanntwerden unfehlbar die Vereitelung nach sich ziehen mußte.

Nobiling war — darauf läuft einiges Beweismaterial hinaus (there is some evidence to show) — war ein Sozialdemokrat von extrem prononcirten Ideen (die englische Regierung ist in Bezug auf diesen Punkt durch tendenziös-wahrheitswidrige deutsche Darstellungen irre geführt worden. R. d. V.); aber sowohl die deutsche als die englische Polizei haben Beweise dafür, daß Nobiling für sein Leben während der vorigen Sonntag (den Tag des Attentats) beginnenden 14 Tage Anordnungen getroffen hatte, die nicht im Entferntesten auf die Absicht einer, dem von ihm begangenen Attentat ähnlichen Handlung schließen lassen. Im Besitz des neuen Criminal-Departements in Scotland-Yard befindet sich ein Brief, der, wenn nicht von Nobiling mit einem überflüssig künstlichen Uebermaß von Doppelzüngigkeit geschrieben, deutlich zeigt, daß damals kein solcher Plan seinem Geist vorschwebte (that no purpose of the sort was then present to his mind). Wie gänzlich unwahr (utterly untrue) die jüngst verbreitete Behauptung ist, die deutschen Behörden seien von der Londoner Polizei vor einem Attentat gewarnt worden, geht zur Genüge aus der Thatsache hervor, daß der Berliner Polizeipräsident zu jener Zeit seit 3 Wochen in London war, und zwar nicht in Verbindung mit dem Besuch des deutschen kronprinzlichen Paares, sondern zu dem Zweck, unser Polizeisystem zu studiren. Durch einen wunderlichen Zufall sprach er mit Hrn. Vincent (wenn wir nicht irren, Chef der Londoner Geheimpolizei. R. d. V.) in dessen Bureau in Scotland-Yard gerade in dem Augenblick, wo Nobiling betreffende Aktenstücke aus Berlin einliefen.

Die Ansicht der dortigen (Berliner) sowohl als der hiesigen Beamten geht dahin, daß Nobiling, obgleich im vollen Besitz seiner Denkfähigkeit (reasoning powers), sich doch von seiner Leidenschaft und von einem teuflischen Impuls fortreißen ließ (suffered himself to become the creature of passion and diabolical impulse). Sie übersehen dabei nicht seine angebliche Aussage, er und andere Verschwörer hätten das Loos gezogen, und ihn hätte es getroffen. Wenn er diese Aussage wirklich gemacht hat, sagen die deutschen Polizeibeamten, dann geschah es nicht in ihrer Gegenwart (it was not in their hearing), und müßte ihm von seiner Mutter im Gespräch entlockt worden sein. (Ebenfalls nicht; denn als seine Mutter ihn besuchte, war er bekanntlich schon bewußtlos. R. d. V.). Aus bestimmten Gründen, welche durch zahlreiches Material unterstützt werden und namentlich durch den positiven Beweis, daß Nobiling keine Fluchtvorbereitungen getroffen hatte, bezweifeln die Wächter des Gesetzes die ganze Geschichte von dem Loosziehen. Sie kennen, das brauchen wir kaum zu bemerken, die Existenz sozialistischer Clubs und mehr oder weniger „geheimer" (die Gänsfüßchen befinden sich im englischen Original. R. d. V.) Gesellschaften in London, aber in dem Falle ihres Gefangenen (Nobiling) haben sie Andeutungen, die nach einer anderen Richtung hinweisen (they recoguise signs, which point in another direction)."

Dies das amtliche „Mitgetheilt" der englischen Behörden.

Es ist vernichtend für unsere Spitzel und Spitzelpresse.

Nach welcher „Richtung" die etwas geheimnißvollen Schlußworte hinweisen, ist nicht recht klar. Offenbar nimmt die englische sowohl als die deutsche Polizei (letztere privatim) an, daß Nobiling die That nicht vorbedacht und in plötzlichem Impuls gehandelt habe — bei seinem excentrischen Wesen und seiner erblichen Anlage zum Irrsinn die nächstliegende und natürlichste Hypothese. Aber man vermuthet auch bestimmende Einflüsse, die aber nicht in der sozialistischen „Richtung" zu suchen sind. Sollte man etwa Beweise nach der „Richtung" hin gefunden haben, die allein von dem Attentat Profit hat? Da stehn uns möglicherweise noch merkwürdige Enthüllungen bevor. Thatsache ist, daß Nobiling mit den ultrareaktionären Agrariern, die viel sozialistischen Phrasen machen, verkehrte.

Es ist sehr unbequem für die Urheber des Attentates gegen die deutsche Sozialdemokratie, daß man ihnen in England auf die Finger sieht.

*) Ist thatsächlich geschehn — wenn auch nur indirekt. Bekanntlich wurde ein — natürlich im Geruch sozialdemokratischer Gesinnung stehender — Schiffszimmermann in Wilhelmshafen verhaftet, weil man sich nach der Katastrophe zu erinnern glaubte, daß er bei Abfahrt der Schiffe gesagt: Das Geschwader werde nicht heil zurückkommen. Wenn er das wirklich gesagt hat, so würde es bloß beweisen, daß er, der deutsche Schiffszimmermann, die Tüchtigkeit der deutschen Admirale und Schiffskapitäne richtig beurtheilt hat. R. d. V.

Angebot und Nachfrage.

II.

(Fortsetzung.)

Gerade hinsichtlich der nothwendigen Waaren haben Erfahrung und Wissenschaften schon längst die natürliche Seltenheit mit Erfolg bekämpfen gelehrt, und nur die Thorheit menschlicher Gesetze und Einrichtungen hemmt diesen Erfolg im großen Maßstabe. Würden diejenigen Arbeiten am Höchsten vergütet, welche die nothwendigsten Waaren liefern, wie z. B. die Nahrungsmittel, so würde jeder dazu geeignete Acker tief aufgelockert, die Bodenarten gemischt und gedüngt werden, wie es die Wissenschaft fordert, die ergiebigste und ausdauerndste Saat gewählt, Maschinerie und Arbeitstheilung angewendet werden, um einen stets genügenden höchsten Ertrag zu liefern, welcher vorausberechnet werden könnte. Dann würde also das gesellschaftlich nothwendige Maß der Arbeitszeit allein den Tauschwerth der Nahrungsmittel bestimmen, nicht die Natur.

Erbsen, Linsen und Bohnen haben unter allen Nahrungsmitteln den größten Nutzwerth; ja, sie ergeben obendrein auf gleicher Ackerfläche einen höchsten Ertrag. Sie enthalten (wenigstens für alle Menschen von gesunder Verdauung) den doppelten bis dreifachen Nahrungswerth des Fleisches, haben aber dem Gewichte nach nur den vierten bis fünften Theil von dessen Tauschwerth. Endlich kann auf derselben Ackerfläche zehnfach weniger Fleisch als Hülsenfrüchte nach dem Gewichte erzeugt werden. Diese sollten also doch einen weit höheren Tauschwerth als Fleisch haben. Daß sie ihn nicht haben, daran ist zu einem Theile schuld die viel größere Menge Arbeitszeit, welche der Anbau der Hülsenfrüchte gegenüber derjenigen, welche die Viehzucht erheischt. Allein da es soviel überschüssige Arbeitskräfte und soviel Nahrungsbedürfniß giebt, warum verdrängt die Viehzucht mehr und mehr den Anbau der Hülsen- und Körnerfrüchte? Weil erstere dem Großgrundbesitzer mehr Reinertrag gewährt. Also ist es das Gesetz, der Mensch, welcher das Bestehen von Großgrundbesitz erlaubt, und nicht die Natur, welche hier ein schreiendes Mißverhältniß des Tauschwerthes zum Nahrungs- oder Gebrauchswerthe erzielt. Dürften gesetzlich die Bedürfnisse des Menschen die Bodenbenutzung bestimmen, so würde der Anbau von Hülsen- und Körnerfrüchten die Viehzucht einschränken, den Tauschwerth jener über den des Fleisches heben, die Nachfrage und das Angebot verändern, und Alle hätten genug zur kräftigsten Nahrung, und mit der größeren Nachfrage nach Arbeitskräften auch den nöthigen Tauschwerth, um sie zu kaufen. Es giebt jedoch einen weiteren Grund zur Erklärung des Mißverhältnisses, das hier in Frage steht: die Unkenntniß des Waarenwerthes in weiten Kreisen. Ein seltsames Vorurtheil legt dem Fleische vielleicht den allerhöchsten Nahrungswerth bei, weil es leichter verdaulich ist und folglich den Hunger am Geschwindesten, wenn auch weniger auf die Dauer stillt. Und dazu kommt die Unkenntniß der Kochkunst, welche Hülsenfrüchte, mit oder ohne ein wenig Zuthat thierischer Stoffe, ebenso schmackhaft als Fleisch und leichter verdaulich machen kann. Die Nachfrage ist also auch hier nicht in erster Hinsicht werthbestimmend, sondern ihrerseits bestimmt durch menschliche Unwissenheit, welche abgestellt werden kann, und durch eine Verminderung der Arbeitskraft. Es wäre mehr Zeit zur schmackhaften Zubereitung der Hülsenfrüchte, als zu der des Fleisches erforderlich, und das würde sich im Tauschwerthe beider Waaren ausdrücken, so daß das Fleisch etwas weniger im Tauschwerthe sänke als andernfalls. —

Unsere Vorfahren bauten Wohnhäuser, welche für viele Jahrhunderte ausdauern sollten und deshalb auch Muster der Schönheit und des Nutzwerthes sein konnten, und trugen Kleidungsstücke, welche vom ersten erwachsenen Alter bis zum Greisenalter ausdauerten und deshalb aus bestem, schönstem Stoffe gemacht waren.

Die kapitalistische Produktionsweise, welche raschen Absatz und kurze Produktionszeit verlangt, hat diese Solidität der Waare verdrängt und mit ihr den durchgebildeten Handwerker. Hier hat das Angebot die Nachfrage erzeugt, nicht wie gewöhnlich umgekehrt. Ein Heer von Handlungsreisenden schwatzt den Abnehmern die leichte moderne Waare auf und erweitert, von der Mode unterstützt, den Markt dafür, bis die alte solide Waare, und mit ihre manche solide Tugenden des Volkes verdrängt werden. Die neuen Häuser und Kleidungsstücke kosten auf die Dauer doppelt, ja vielfach soviel als die alten, welche nicht gewechselt zu werden brauchten, und verwüsten somit Arbeitskraft und Rohmaterial nebst Arbeitsmitteln und Kapital. Der einzige Gewinn von dieser industriellen Revolution ist, daß sie eben Revolution ist und auf neue Bahnen der Produktion und Lebensweise die Massen unwiderstehlich hinzwingt. Aber wie theuer ist dieser unleugbare Gewinn erkauft! Es ist augenscheinlich, daß mit dem Wachsthum der Bevölkerung der Verwüstung an Rohstoff, Arbeitsmitteln, Kapital und — menschlicher Arbeitskraft gesteuert werden muß. Und sobald wieder allgemein solide Wohnung und Kleidung erzeugt wird, kann die Geschicklichkeit des durchgebildeten Arbeiters und die schöne Kunst bei jedem seiner Erzeugnisse wieder sich geltend machen, selbst wo im allergrößten Maßstabe produzirt wird. Die Individualität und der ehrenfeste Charakter des Menschen müssen wieder zur allgemeinen Geltung kommen. Und wenn wir hier sehen, wie Nachfrage und Angebot künstlich geschaffen werden durch Entsittlichung der Menschen und Entwerthung seiner Arbeitskraft — wie können wir einen Augenblick zweifelhaft bleiben, daß Versittlichung des Menschen und Verwerthung seiner Arbeitskraft ebenfalls künstlich, aber nach Geboten der höheren Menschennatur, werden herbeigeführt werden? Die Wissenschaft hat alle Mittel dazu, wenn nicht veraltete Gesetze ihr in die Arme fallen.

(Schluß folgt.)

Gerechtigkeit für das deutsche Volk!

fordern die „Neuen Hessischen Volksblätter", ein in Darmstadt erscheinendes, dem Sozialismus feindliches Blatt, demokratisch-partikularistischer Tendenz, und lassen sich über den Versuch zur politischen Ausnutzung des Nobiling-Attentats wie folgt aus:

In dem Meuchelmörder Nobiling stehen wir trotz der vielen und eingehenden Details, welche die jüngsten zwei Tage über denselben und dessen Vorleben in allen möglichen deutschen Zeitungen gebracht haben, vor einem annoch unaufgeklärten Räthsel — zumal die sofort beliebte Deutung, daß man es auch in ihm mit einem Sozialdemokraten zu thun habe, bis jetzt in keiner Weise als bewiesen betrachtet werden kann. Ueberhaupt ist es der nur denkbar schroffste Gegensatz zwischen den beiden Individuen: Nobiling und seinem Vorgänger Höbel, welcher das schauderhafte Interesse an diesen Verbrechern und ihrer scheußlichen That hinsichtlich der wichtigsten Frage der Motive sich in immer tieferes Dunkel verlieren läßt.

In Höbel wohnte doch nur eine blöde Halbthier-Seele, seine Unthat entsprang einer Art viehischen Eitelkeit, die ihn beispielsweise bewog, sich mit ekler Selbstgefälligkeit den „Attentäter Sr. Majestät" zu nennen. Bei Nobiling liegen die Dinge indessen völlig anders. Hier tritt uns ein Wesen entgegen, das mit voller Intelligenz ausgestattet ist und welches das ganze Maß moderner Geistesbildung in sich aufgenommen hat. Dr. Nobiling

zann ein Rasender, ein Exaltado, ein Wahnsinniger genannt werden, aber wir müssen ihn immerhin als Menschen betrachten und dabei leider allen Umständen nach annehmen, daß er nicht wahnsinnig ist, daß sich seine Seele wirklich an verderbenschwangeren Doctrinen vergiftet hat.

Und hierin liegt der Grund unserer Besorgnisse. Bei dem Leipziger Klempnergesellen konnte man von einem Narrenschuß sprechen, bei Dr. Nobiling aber kann das Verdict leider nur auf ein politisches Verbrechen lauten und es ist aller Grund zur Befürchtung vorhanden, daß die Machthaber hieraus abermals und zwar mit verstärkter Energie gegen die Gesammtheit eine freiheitsgefährliche Moral ziehen werden. Aus der düsteren That „Unter den Linden" kann den Völkern schweres Unheil erwachsen, denn die Macht — das sehen wir leider ein — wird und kann das rauchende Fürstenblut nicht ungerächt lassen.

Den Anwälten der Freiheit aber geziemt es, die Machthaber selbst unter den schwierigsten Umständen um eine weise Mäßigung zu bitten. So gerecht auch die Empörung über den entsetzlichen Frevel ist, so ungerecht wäre es doch, eine ganze gesittete und ruhige Nation dafür büßen zu lassen.

Oder hat wirklich Graf Moltke recht, wenn er vor dem Reichstag das Zukunftsgespenst einer Berliner Commune heraufbeschwört? Ist es wohlgethan, die Phantasie zu so grauenhaften Träumen aufzustacheln? Werden wirklich eines Tages die Paläste Unter den Linden wie der Louvre und die Tuilerien zum Himmel auflodern? Wird die Victoria vom Brandenburger Thor durch freche Hände gleich der Vendome-Säule zu Boden geschmettert werden? Wird die deutsche Nation Wütheriche wie Raoul Rigault und Ferré gebären? Graf Moltke hält all' das für möglich, allein man darf zur Ehre Deutschlands annehmen, daß er sich irrt, man darf trotz Hödel's und Nobiling's an dem ganzen „Volke der Denker und Dichter" nicht verzweifeln. Selbst im schlimmsten Falle aber werden wir stets behaupten, daß einer sozialen Katastrophe besser durch versöhnliches Walten als durch physische Gewalt vorgebeugt werden kann. Der Sozialismus zählt heute seine Anhänger auch in Deutschland leider nach vielen Millionen und wie der Abgeordnete Richter unlängst sehr richtig und treffend bemerkte, wurde diese Partei anfänglich gerade von der Regierung protegirt, indem sie als Werkzeug gegen das „kecke Bürgerthum" benutzt worden ist.

In der dermaligen kolossalen Ausdehnung des Sozialismus ist aber die Gewalt in ihren Consequenzen selbst für den mächtigsten Staat ein unzureichendes Auskunftsmittel, denn man kann doch nicht Millionen ins Gefängniß stecken, Millionen nicht nach irgend einem Cayenne oder auf das Schaffot schicken.

Wir suchen für die Schreckensthaten Hödel's und Nobiling's keinen Milderungsgrund, denn für Mord giebt es auf Erden keine Entschuldigung, aber wir möchten denn doch aufmerksam machen, daß der politische Fanatismus in Deutschland mit der Epoche des wirthschaftlichen Nothstandes zusammenfällt.

Die Zeit ist eine trübe und Fürst Bismarck hat selber zugestanden, daß das Reich eine andere Handelspolitik einschlagen müsse. Darin liegt u. E. die große Moral für die Machthaber. Gebt den Völkern die Lebensluft des Fortschritts und der Arbeit, sorgt für ihre geistige und materielle Prosperität, denkt daran, daß der Staat nicht der gebieterische Herr, sondern der milde Hüter und Arzt der Gesellschaft sein soll und Ihr werdet das fürchterliche soziale Gespenst tausendmal sicherer bannen, als es durch die schärfsten Ausnahmegesetze möglich ist.

Möge deshalb das verdammenswerthe Geschoß zweier Meuchelmörder nicht in das Herz der Freiheit eines ganzen Volkes zurückgesendet werden!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Nobiling wird politisch nach Kräften verwerthet. An seine Rockschöße, die solider sind als die zerlumpten des Halbidioten Hödel, klammert sich triumphirend Fürst Bismarck und hofft, seine Reaktionspolitik, mit der er vollständig auf dem Sand saß, durch die Fluthen des künstlich angestachelten Mordspatriotismus wieder flott zu machen. Er glaubt seiner Sache sicher zu sein. Darum der Beschluß, den Reichstag aufzulösen. Für die Nationalliberalen ein Blitz aus heiterem Himmel. Sie hätten so gern die Sozialdemokraten geopfert und das Ausnahmegesetz „jetzt" bewilligt. Hiermit war aber Fürst Bismarck nicht gedient. Die Sozialdemokraten fürchtet er noch nicht; sie sind ihm nur ein vortrefflicher Wauwau. Die „Sau", der es eigentlich gilt, ist der Liberalismus, auf politischem, gewerblichem, religiösem Gebiet. Eine Majorität, die auf Bismarck schwört, das Tabaksmonopol votirt, das Septennat verlängert, gründlich nach rückwärts reformirt — das ist's, was erstrebt wird. Die Nationalliberalen merken, daß sie geprellt sind und daß sie durch ihre Hetzereien gegen die Sozialdemokratie nur sich selbst die Grube gegraben. Sie mögen sehen, wie sie herauskommen. Wir kennen unser Ziel und unsere Pflicht. Es bedarf für die Genossen keiner besonderen Aufmunterung und Ermahnung. Jeder wird, unter den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen mit verdoppeltem, Opfermuth seine Schuldigkeit thun.

Die Frage ist: unter welchen Bedingungen die Wahlen stattfinden werden. Man spricht davon, Fürst Bismarck wolle den Belagerungszustand über alle sozialistischen Bezirke verhängen, sei aber bisher an dem Widerstand des Kronprinzen gescheitert. Nun — auch das würde uns nicht lahm legen. Die unerschütterliche Festigkeit, welche die Partei in den letzten 8 Tagen des Terrorismus überall bewiesen hat, würde uns, hätten wir je Zweifel gehegt, diese genommen haben. Das Schlimmste ist überstanden. Die Wogen des Volkswahnsinns verlaufen sich, und die Gewaltmaßregeln, welche die Bismarck'sche Staatskunst noch in petto hat, verursachen uns keine Kopfschmerzen.

— Falck soll „auf dringenden Wunsch Bismarck's" wieder bleiben. Ja — bis nach den Wahlen. Daß die Falken zur Jagd dienen, ist ja bekannt — hier handelt es sich um den Bürgerfang — auch eine Jagd. —

— Der Congreß über die orientalische Frage tritt im Lauf dieser Woche in Berlin zusammen. Lord Beaconsfield, dem der französische Gesandte zur Seite stehen wird, beherrscht die Situation vollständig. Bisher hat Rußland, trotz der Bismarck'schen „Vermittlung", in allen Punkten nachgeben müssen. Zu einer gedeihlichen „Lösung" kommt es natürlich nicht. Und es fragt sich sogar, ob auch nur die Vertagung des Kriegs gelingen wird. —

— Wie auf den Blitz der Donner soll nach dem Laskerschen Ausspruch die Strafe dem Vergehen auf dem Fuße folgen. Dies mag im Allgemeinen recht gut sein, aber soll man unter dem Eindruck eines Ereignisses, welches leicht zum Zorne Veranlassung giebt, also in der Aufregung, urtheilen? Dies, glauben wir, ist nicht gut im Interesse des Richterstandes selbst. Wir haben schon mitgetheilt, daß in Posen drei Tage nach der That ein Buchdrucker wegen Majestätsbeleidigung zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist. — In Spandau ist nun ein Commis, der sich am Sonntag den 2. Juni unziemender Aeußerungen gegen den Kaiser ꝛc. ꝛc. bedient haben soll, gar schon am Dienstag den 4. Juni zu 2½ Jahren Gefängniß verurtheilt worden. — Nun, Herr Lasker, was sagen Sie dazu?

— Majestätsbeleidigungen. Wohl nicht mit Unrecht sagt die „Nationalliberale Correspondenz", daß die vielen Verhaftungen wegen Majestätsbeleidigungen einen noch niederschlagenderen Eindruck machen, als das Attentat am 2. Juni selbst; sie spricht dabei von Verrohung, Verthierung und sagt, daß, soweit sie unterrichtet, die rohesten Ausdrücke gerade bei den jüngeren Verhafteten vorgekommen seien. Mag sein; gewiß ein schlechtes Zeugniß für die Erziehung unserer Jugend in den Schulen und in den Familien. Weshalb die Erziehung in den Familien der Arbeiter keine gute sein kann, das haben wir oft genug gesagt — Frauenarbeit, Kinderarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft überhaupt. Und in den Schulen? Der Militäretat verschlingt die großen Summen — für Schulen kann deshalb verhältnißmäßig nur wenig geschehen. — Wir haben aber bei den vielen Majestätsbeleidigungen, die in jüngster Zeit vorgekommen sind, noch etwas Anderes zu constatiren, nämlich, daß die große Mehrzahl der Personen, welche in dem betreffenden Alter schon standen, Soldaten gewesen sind; ferner, daß unter den Majestätsbeleidigern verhältnißmäßig viele niedere Angestellte bei Eisenbahnen ꝛc. ꝛc. sind, die gleichfalls Soldaten waren und jetzt eine sogenannte Civilversorgung gefunden haben. Das giebt zu denken! Noch ist zu betonen, daß von den in Berlin Verhafteten und Angeklagten die überwiegende Zahl nicht in Berlin ansässige Leute waren, die sich erst seit ganz kurzer Zeit dort aufhielten, und daß ferner in den Gegenden — Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen, dann Brandenburg, wo die Sozial-Demokratie noch wenig Fuß gefaßt hat, die meisten Majestätsbeleidigungen vorgekommen sind. Daß jeder Majestätsbeleidiger trotzdem zum Sozial-Demokraten gestempelt wird, ist ja selbstverständlich bei unseren deutschen „Biedermännern"; ohne alle Frage ist dies aber der Fall, wenn der Betreffende ein Arbeiter ist. Müssen wir nun diese Arbeiter auf unser Conto schreiben, so möge man doch auch nicht länger davon faseln, daß wir nicht die Arbeiterklasse verträten, deren gute Elemente, die ja so unendlich weit die schlechten überragen, durchweg zur Sozial-Demokratie gehören. Nehmen wir also Alles, was man uns in dieser Zeit, wo der Wahnsinn blüht, aufhalsen will, mit Ruhe entgegen, die Zeit ist nicht fern, wo die Wahnsinnigen, hoch oder niedrig geboren, mit ihren Attentaten auf das Recht und die Vernunft allein stehen werden, wo das Volk sich mit Mitleid und Verachtung abwenden wird, bedauernd, daß es eine kurze Zeit lang sich in die Irre hatte führen lassen.

— Die Bourgeoispresse hetzt die Antisozialisten überall indirekt auf, mit ihren Fäusten gegen die Sozialdemokraten den „geistigen" Kampf zu führen. So berichtet z. B. das „Mannheimer Journal", und selbst die „Kölnische Zeitung" druckt es nach, über die von uns schon gekennzeichnete Versammlung in Wiesloch in folgender lakonischer Weise: „Die Sozialdemokraten haben mit ihrer heutigen Versammlung Pech gehabt, sie haben böse Denkzettel durch die Fäuste der Landbevölkerung ausgetheilt erhalten. Herr Oppenheimer von Mannheim wird davon wohl in seinem Wohnorte erzählen." — Klingt das nicht gerade wie ein Siegesbulletin? Liegt darin nicht die indirekte Aufforderung, die Sozialdemokraten überhaupt mit den Fäusten zu verhauen? — Sind sich aber auch die liberalen Zeitungen bewußt, was sie heraufbeschwören? Wir wollen es ihnen sagen. Wo die Mehrzahl Antisozialisten sind, erhalten die Sozialdemokraten Prügel; wo die Mehrzahl Sozialdemokraten sind, erhalten die Antisozialisten und Bourgeois Prügel — die Prügelei im deutschen Reiche wird durch derartige Loblieder auf die Rohheit in Permanenz erklärt — die Sozialdemokraten aber werden gezwungen sein, mit den Fäusten sich zu vertheidigen.

Selbst sonst anständige Blätter, wie der „Hamburger Correspondent", sind geradezu von einem an Wahnsinn grenzenden Haß gegen die Sozialdemokratie befallen. Da dieses Blatt die Behauptung, Nobiling sei Sozialdemokrat, doch nicht recht in ihrem ganzen Umfange aufrecht erhalten kann, so giebt dasselbe folgende gewundene Erklärung ab:

„Die Bemerkung Nobiling's, daß er keiner bestimmten Partei angehöre, ist vielfach dahin gedeutet worden, er habe gesagt, er gehöre keiner politischen Partei an, während die Worte „bestimmte Partei" sich auf die Nuancen innerhalb der sozialistischen Bewegung bezog."

Dem „Hamburger Correspondenten" fällt es gar nicht ein, diese Ansicht nur mit einer Silbe zu begründen; deshalb erklären wir, daß jenes Blatt dem Mörder die Worte im Munde umdreht, um politisches Kapital daraus zu schlagen. Ein solches Beginnen aber ist nicht mehr ein ehrlicher politischer Kampf, sondern ein politischer Meuchelmord!

— Das „gute Gewissen". Einem Ausspruche des Cultusministers Falk ist bis jetzt zu wenig Gewicht beigelegt worden, den er einer Lehrerdeputation gegenüber vor circa 14 Tagen gethan hat. Derselbe sagte, daß man ihm vielfach vorgeworfen habe, er beabsichtige die Verdrängung der Religion aus der Schule; man habe ihn sogar gewissermaßen für das Hödel'sche Attentat verantwortlich machen wollen. Gegen solche Angriffe schütze allerdings das gute Gewissen. — Diese Erklärung des Herrn Cultusministers ist gewiß ganz correct, aber wie geht es uns Sozialdemokraten? Schützt auch uns unser gutes Gewissen gegen die maßlosen Angriffe und Verfolgungen, die über uns hereinbrechen? Nein! Trotz unseres guten Gewissens werden wir bitter zu leiden haben wegen unserer Ueberzeugungstreue, wegen unserer Menschenliebe, blos aus Anlaß der Unthaten Halbwahnsinniger. Denn daß man uns nicht dieser Verbrechen halber verfolgt, das hat der Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann selbst gesagt: das Hödel-Attentat sei nur der Anlaß zu dem Attentatsgesetze. — Man

Unser Sieg.

Vor vierunddreißig Jahren schon entflammten
Gedanken mich, die nun das Volk ergreifen;
Wovon gewiß gesunde Früchte reifen,
Wofür uns blinde Feinde gern verdammten.

Den ächten Glückesdrang, den angestammten,
Zur guten Waffe mag die Bildung schleifen;
Wo noch die Feinde tückisch uns umschweifen,
Daß würdig wir besiegen die gesammten.

Wir wollen Schmach und Elend nicht ertragen,
Als Helden bald für gleiche Rechte streiten,
Wo wir besonnen kühne Thaten wagen.

Die Weisheit mag uns unermüdlich leiten,
Daß wir im großen Kampfe nie verzagen,
Das reinste Lebensglück uns einst bereiten.

Fernsicht.

Am Tag der Wahlen rief ich unverdrossen:
Wir müssen uns noch fester klug vereinen;
Gesellschaftsretter werden bald erscheinen,
Zur unbezähmten Rache blind entschlossen.

Die Rache raubt uns manchen Kampfgenossen,
Den wir mit Recht als Opfer bald beweinen;
Mit Blut und Eisen überzeugt Ihr Keinen,
Mit scharfem Spotte trotzen wir Geschossen.

Den blinden Feinden wollen wir beweisen:
Daß wir nach allgemeiner Bildung trachten,
Daß Recht begründet nicht mit Blut und Eisen.

Die Macht erstreben schon wir kaum Erwachten,
Mit Jugendgluth bewährt in weiten Kreisen,
Den Sieg verschaffen uns Gedankenschlachten.

Düsseldorf, im Juni 1878.

Ueber den Untergang des „Großen Kurfürsten"

schreibt die ultra-nationale „Weserztg.", welche in Marinesachen mit Recht als Fachblatt gilt: Als die Kunde von dem furchtbaren Schlage eintraf, der das deutsche Geschwader im Canal betroffen hat, haben wir uns enthalten, in dem ersten Augenblick der Erregung den bitteren Bemerkungen und Vorwürfen Ausdruck zu geben, die auf Aller Lippen waren. So berechtigt die Entrüstung und der tiefe Schmerz über den Verlust eines solchen Schiffes und der dreihundert braven Seeleute, die mit ihm zu Grunde gegangen sind, sein mochten, so sollten sie doch nicht das Urtheil trüben und zu Anklagen verleiten, welche sich später vielleicht als zu hart oder ganz unbegründet herausstellen. Aus den ersten widersprechenden und unklaren Nachrichten ließ sich kein Bild von dem Hergange gewinnen. Erst der amtliche Bericht des Admirals und die ausführlichen Darstellungen in den englischen Blättern, namentlich der „Times", haben so viel Licht in die Sache gebracht, daß wenigstens der äußere Verlauf wenigstens einigermaßen verständlich ist. Vieles freilich bedarf noch der Aufklärung. Das aber steht leider schon jetzt außer Zweifel: die Umstände waren nicht derart, daß der Unfall durch menschliche Fürsorge nicht hätte verhütet werden können. Besseres Wetter, eine ruhigere See, überhaupt günstigere Verhältnisse hätte sich das Geschwader zu seiner Fahrt durch den Canal gar nicht wünschen können. Nach den rauhen Winden der letzten Tage war es fast still geworden; nur eine leichte östliche Brise kräuselte die in hellem Sonnenscheine erglänzende Wasserfläche. An Seeraum fehlte es nicht, die Luft war sichtig, das Land lag klar vor Augen. So dampften Angesichts vieler Hunderte von Zuschauern, welche das Schauspiel auf die Klippenwände und den Strand der englischen Küste gelockt hatte, die drei mächtigen Schiffe durch die Hoofden: der „König Wilhelm" an der Spitze der Backbordcolonne voran, rechts hinter ihm der „Große Kurfürst", in weiterem Abstande und im Kielwasser des Flaggenschiffs die „Preußen".

Von vielen Augenzeugen wird behauptet, und der Bericht des Admirals bestätigt es, daß die beiden vorderen Schiffe viel zu dicht bei einander waren. Man wird nicht fehl gehen, wenn man diese gedrängte Fahrordnung als eine Hauptursache des Unglücks bezeichnet. Kein Seemann wird darüber zweifelhaft sein, daß eine Formation, welche zwei große und schwere Panzerschiffe, wie „Wilhelm" und „Kurfürst", mit zehn Knoten Geschwindigkeit in einem Abstande von knapp einer Schiffslänge oder halben Kabellänge fahren läßt, die größten Gefahren in sich birgt. Der geringste Zwischenfall kann die verhängnißvollsten Folgen nach sich ziehen. Und mußte man auf Zwischenfälle nicht gefaßt sein in so belebten, von so vielen Schiffen durchkreuzten Gewässern, wie die Meerenge zwischen Dover und Calais? Was konnte den Admiral bewegen, das Geschwader in dieser geschlossenen Ordnung an der englischen Küste vorüberzuführen? Die Frage, ob ein so dichtes Aneinanderschließen selbst für das Gefecht empfehlenswerth ist, mag hier unerörtert bleiben, obwohl wir nicht anstehen, sie zu verneinen. Jedenfalls lag ein Gefechtszweck hier nicht vor. Und das damit lediglich Parade gemacht werden sollte, kann man doch nicht annehmen. Schreiben aber die Reglements für das Fahren der Panzergeschwader im tiefen Frieden so geschlossene Treffen vor, so scheint es die höchste Zeit, daß sie geändert werden.

Erschwerend fällt ferner hierbei der Umstand in das Gewicht, daß Offiziere und Mannschaften die Schiffe noch nicht kannten, daß wahrscheinlich selbst die Kommandanten mit der Steuer- und Manövrirfähigkeit derselben nicht hinreichend vertraut waren; dies hätte selbstverständlich zu doppelter Vorsicht auffordern und das enge Schließen bei so großer Fahrt umsomehr als ungeeignet erscheinen lassen müssen. Und selbst die Distanz, die vorgeschrieben war, wurde nicht eingehalten. Denn, wie der Bericht des Admirals sagt, „befand sich der „Kurfürst", wohl reichlich vor seiner Position", was ihn in die gefährlichste Nähe zum Flaggenschiff bringen mußte.

Nun kommt schließlich, nachdem beide Schiffe, wie es ihre Pflicht war, den ihren Kurs kreuzenden Segelschiffen ausgewichen waren, die verkehrte Ausführung des Rudercommando's an Bord des „König Wilhelm", auf welche der amtliche Bericht die Hauptschuld an der Herbeiführung der entsetzlichen Katastrophe wälzt. Es ist möglich, daß es so ist. Es ist jedoch auch möglich und durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die Schiffe bereits in einer Stellung waren, in welcher, auch wenn das Ruder an Bord des „König Wilhelm" gestützt und steuerbord gelegt worden wäre, der Zusammenstoß dennoch erfolgt und vielleicht nur in seinen Wirkungen etwas abgeschwächt worden wäre. Aber angenommen, daß die falsche Ausführung des Rudercommandos wirklich zu der Collision geführt hätte, die sonst vermieden wäre, so kann das nicht als Entschuldigung gelten. Wozu haben die Kriegsschiffe ihre Menge von Offizieren, ihre zahlreichen Mannschaften, ihren geregelten Dienst, wenn sie vor solchen Mißverständnißen nicht gesichert sind? Was war denn Wichtigeres zu thun an Bord? Was nützt die peinlichste Ordnung und Sorgfalt in Nebensachen, was hilft es, wenn hundert läppische Dinge, auf die absolut nichts ankommt, nach der Schnur gehen, wenn unter den Umständen,

sieht also, daß selbst das gute Gewissen der Menschen mit zweierlei Maß gemessen wird.

— „Grober Unfug“. Wir haben schon erwähnt, daß die Berliner Polizeibehörde das Verbot erlassen hat, die Photographien der beiden Attentäter in den Schauläden auszustellen. Diesem Verbote war folgende Notiz unseres Berliner Parteiorgans, der „Berliner Freien Presse“, vorausgegangen:

„Unmittelbar nach dem Hödel'schen Attentat ist bis in die letzten Tage die Verbreitung von Abbildungen des Meuchelmörders, sowie der That selbst in unpassendster Weise betrieben worden. An vielen Schaufenstern war seine Photographie unmittelbar neben denen der königlichen Familie ausgehängt, und die illustrirten Journale überboten sich fast, Darstellungen des Attentats dem Publikum vorzuführen. Der Einfluß derartiger Schaustellungen auf unreife, von einer gewissen Großmannssucht erfüllte Gemüther dürfte nicht zu unterschätzen sein, und wir hoffen, daß die zuständigen Behörden gegen eine nach dem jetzigen erneuten traurigen Vorgang wiederum bereits begonnene derartige Industrie mit aller Entschiedenheit einschreiten werden.“

Liberale Zeitungen, welche diese Bemerkung unseres Berliner Organs bringen, schreiben dazu:

„Das Sozialistenblatt, die „Berliner Freie Presse“, bringt obige Notiz, jedenfalls nicht unberechtigt, obgleich die Mahnung von dieser Seite doppelt beschämend sein muß.“

Der „National-Zeitung“ ging über denselben Unfug von einem hervorragenden Rechtsgelehrten (Lasker?) folgende Zuschrift zu:

„Gestatten Sie mir in der allgemeinen Aufregung einen Gedanken auszusprechen, der mir schon seit Wochen am Herzen liegt. Unter den, ihrem innersten Kerne nach, schwer zu ergründenden Motiven solcher Unthaten, wie wir sie innerhalb weniger Wochen zweifach erlebt, spielt sicherlich die Eitelkeit eine nicht unbedeutende Rolle. Der Mörder sieht sich als einen großen Mann an, der sich sogar als „Attentäter Sr. Majestät“ unterzeichnen zu dürfen glaubt. Solche krankhafte Seelenzustände wirken aber auf empfängliche Gemüther allzu leicht ansteckend, und man sollte deshalb doch Alles vermeiden, was den Glauben an das Großmannsthum eines so schlechten Menschen irgend Nahrung geben könnte. Wird aber dieser Glauben nicht geradezu gefördert, wenn man aller Orten „das Bild des Mörders“ öffentlich ausgestellt und zum Kauf feilgeboten sieht! Braucht unsere Industrie aus solchen Dingen ein Geschäft zu machen und kann das Publikum sich nicht beruhigen, ohne das Conterfei eines solchen Menschen in Händen zu haben? Ich sollte denken, es wäre sehr wohlgethan, wenn man, soweit es irgend möglich ist, einen solchen Bilderbetrieb nicht aufkommen ließe. Er trägt die Gefahr in sich, krankhafte Gemüther immer wieder zu neuen Schandthaten aufzureizen.“

Kurz, es fehlt nicht an Leuten, welche sich in diesem Hexensabbath des Blödsinns die nöthige Vernunft bewahrt haben, um einzusehen, daß gerade der Unfug, der mit dem Hödelattentate in den Zeitungen, in den Schaulädeu und auf öffentlicher Straße von den Antisozialisten getrieben worden ist, eine Hauptursache des zweiten Attentates war — wie wir das ganz zu Anfang hervorhoben.

— Bubenstreiche. Aus Schwerin geht uns die Mittheilung zu, daß in Folge der maßlosen Hetzereien der dortigen liberalen Presse dem Reichstagsabgeordneten Hofbaurath Demmler zwei Nächte hintereinander ein Theil der Fensterscheiben eingeworfen wurde. In Folge dieser Bübereien sah sich die Stadtbehörde genöthigt, während der folgenden Nächte an das einzeln stehende Haus des alten 74jährigen Mannes Wachtposten aufzustellen.

Da Demmler in Schwerin unter der Arbeiter- und Handwerkerbevölkerung eine wahre Verehrung genießt, so ist nicht der geringste Zweifel vorhanden, daß diese Bübereі von Leuten aus den sogenannten „gebildeten“ Ständen verübt wurden, der alte Demmler hat uns selbst diese Ansicht auf unsere ausgesprochene Vermuthung hin bestätigt. —

Ein preußischer Landrath hat folgenden Brandaufruf veröffentlicht:

„Auf, deutsches Volk, ermanne dich!

Abermals hat die ruchlose Hand eines Deutschen das Leben unseres allverehrten, greisen Kaisers angetastet, damit Trauer und Schmach über unser ganzes Land gebracht, und wiederum war es ein Mitglied der Partei, welche die Grundsäulen unseres Staatslebens vernichten will, das zu diesem frevelhaften Beginnen seine gemeine Hand bot. Schande über uns, wenn wir länger das schädliche Treiben einer Rotte dulden, welche solche Früchte zieht!

Die bestehenden Gesetze und Polizei-Maßregeln genügen dagegen nicht; der Reichstag verweigert zu deren Verschärfung seine Zustimmung; da muß das Volk seinem Könige Recht, Schutz und Genugthuung schaffen. Adressen und Ovationen aller Art mochten dem Attentate eines wahnwitzigen Hödel gegenüber dem im Tiefinnersten verwundeten Herzen unseres heißgeliebten Landesvaters einige Linderung schaffen; der wiederholte Mordversuch verlangt andere Sühne.

In des Volkes Acht mit den Missethätern!

Kein Stück deutschen Bodens sei ferner entweiht durch den Tritt eines Führers dieser Partei; fort mit ihnen aus deutschen Gauen, und möge ihnen der Fluch und die Verachtung des ganzen Landes folgen, über welches sie so große Schande brachten!

Keinerlei Unterstützung einer Presse, die so gemeinem Dienste sich widmet, die mißleitete Masse seinem Gotte und seinem Könige entfremdet! Nirgend der Brut eine Stätte geduldet, wo sie noch ferner ihr widriges Haupt erheben kann, um weiter Fäulniß in das Mark des Volkes zu tragen.

Das muß unser Aller Ziel und Streben sein, wenn wir uns von der Schmach reinigen wollen, die wir in ihrem lange vorbereiteten Treiben nur zu weit schon geduldet haben; dazu helfe jeder deutsche Mann und Jüngling, jede deutsche Frau, auf daß wir wieder frei aufschauen können zu unserem lieben Landesvater, und bitten uns seine guten Kinder zu heißen.

Und das geschehe bald, das helfe Gott!

Lublinitz, 5. Juni 1878.

von Klitzing, Landrath.“

Jedes Wort der Entrüstung wäre zu schwach gegenüber dieser abscheulichen Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten. Wir wollen abwarten, ob die Behörden einschreiten. Thun sie es nicht, dann ist ausdrücklich erklärt, daß man uns als vogelfrei betrachtet.

Wir könnten noch unzählige Bubenstreiche berichten, die in den letzten Tagen verübt worden sind, aber es fehlt uns der Raum. Mit hoher Genugthuung constatiren wir bei dieser Gelegenheit die Thatsache, daß das Volk sich durchweg musterhaft gehalten, und einen Grad von Bildung an den Tag gelegt hat, der die „Bildung“ der „gebildeten“ Hetzer tief beschämt. Wäre das Volk so roh gewesen wie diese Gesellen, und wären diese Gesellen nicht ebenso feig wie roh gewesen, dann hätte es, trotz der ruhigen Haltung unserer Genossen, vielfach zu Excessen und gewaltsamen Collissionen kommen müssen.

— „Der Krieg ist erklärt“ — unter dieser Ueberschrift bringt die „Kölnische Zeitung“ einige Hetzartikel gegen die Sozialdemokratie, in welcher sie die Schüsse, die von wahnwitzigen Menschen „Unter den Linden“ in Berlin abgefeuert sind, als eine Kriegserklärung der Sozialdemokratie gegen die Gesellschaft hinzustellen sucht. — Albernes Gerede! Durch Verbrechen und Dummheiten wird die Kriegserklärung von der Sozialdemokratie nimmermehr eingeleitet; die Kriegserklärung ist ja längst schon erfolgt, und zwar ist dieselbe gegen alle faulen Schäden der heutigen Gesellschaft gerichtet. Der Krieg, der bis jetzt gegen dieselben geführt wurde, ist aber mit den anständigsten Waffen, die auf die gesetzmäßige Umänderung der bestehenden faulen Zustände hinzielten, geführt worden. — Wir haben einen gesetzlichen, einen anständigen Krieg geführt. Was thun aber unsere Gegner nunmehr? Sie führen den Krieg mit vergifteten und rohen Waffen. Die Hungerpeitsche soll den Arbeitern ihre Ueberzeugung rauben. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen aus der Arbeit entlassen, aufs Straßenpflaster geworfen werden. Wer erinnert sich dabei nicht all' der wahnsinnigen Verfolgungen und Bedrohungen Andersgläubiger? Wer nicht der Judenverfolgungen am Rhein? Wer nicht der Scheiterhaufen der Inquisition? Die andere Ueberzeugung, der andere Glaube wurde mit Verfolgung, mit dem Tode, mit Martern bestraft. Jeder gebildete humane Mensch hat längst über derartige Unthaten das Urtheil gesprochen. Und jetzt? Der Ueberzeugung wegen, des Glaubens wegen sollen Arbeiter mit ihren Familien dem Elende, dem Verderben preisgegeben werden? Bedenkt Ihr die Folgen solcher Verfolgungswuth nicht, seht Ihr nicht ein, daß aus Eurer rohen Brutalität nur Rohheit und wilder Fanatismus erzeugt werden können? Fühlt Ihr nicht, daß Ihr, die Ihr in Eurer Presse das Kapital zu solcher Handlungsweise drängt, Gefahren heraufbeschwört, welche die Cultur und jeglichen Fortschritt bedrohen? Doch wir predigen nur tauben Ohren. Unter der Maske des Patriotismus wollt Ihr Eure Mitbrüder nur noch mehr abhängig machen, wollt Ihr die Herrschaft des Mammons befestigen. Immerzu — angelangt auf der schwindelnden Höhe der Alleinherrschaft stürzt um so schneller die Herrschaft des Kapitals jäh in den Abgrund.

— Die Denunziationssucht. Schlimmer noch als die beiden verbrecherischen Attentate Unter den Linden, schlimmer noch als die vielen brutalen und kindischen Majestätsbeleidigungen, die jetzt ausgestoßen werden, schlimmer noch ist das dabei blühende Denunziationswesen, welches unter der Maske des Patriotismus ein hündisches Bediententhum in den meisten Fällen nur schlecht verhüllt. Daß dies Denunziationswesen sogar aus den unlautersten Motiven entsteht, daß durch eine Denunziation persönliche Gegner vom Halse zu schaffen versucht werden, ist allbekannt; daß aber die Denunziationssucht zur „verbrecherischen Thorheit“ werden kann, dies mag die Thatsache zeigen, daß auf dem Gesundbrunnen bei Berlin, Koloniestraße 5, ein Mann wegen Majestätsbeleidigung verhaftet worden ist, welchen seine eigene Frau denunzirt hat. — Und diese Denunziationssucht wird von der herrschenden liberalen und conservativen Presse genährt.

— Wer hat das Attentat verschuldet? Die conservative „Schlesische Zeitung“ nimmt den Dr. Nobiling und hängt ihn mit folgenden Worten den Liberalen an: „Wir haben kein Recht mehr, von einer vereinzelt dastehenden „That des Wahnsinns“ zu reden, wie sie ja allerwärts und zu allen Zeiten vorkommen kann. Vor tiefer Scham erröthend müssen wir anerkennen, daß wir Thatsachen gegenüberstehen, die laut und unwiderruflich Zeugniß geben von einem sittlichen Verfall, zu dem wir unter der zehnjährigen Herrschaft des unseligen Laisser faire gelangt sind.“ — Also Bamberger und Eugen Richter sind die Hintermänner Dr. Nobiling's! Die „Kölnische Zeitung“ aber, nicht faul, nimmt den vielgenannten Verbrecher und haltet ihn den Conservativen mit folgenden Worten auf: „Das Blatt, das in Breslau erscheint, sollte sich doch wohl darüber zuverlässig unterrichten können, von welcher Seite in den Sechsziger Jahren die Pflanzung und Förderung der Sozialdemokratie in den schlesischen Weberdistrikten ausging. Sie ging nicht aus von den vermeintlichen Freunden des „unseligen Laisser faire“, sondern von den Freunden des reglementirungssüchtigen „Cäsarismus“, von den Anhängern der „idées napoléoniennes“. — Also nun sind die Hintermänner des Dr. Nobiling der Herr Geheime Rath Wagener, der langjährige intime Berather Bismarcks, und Genossen! — Immer zu! Dies Fangballspielen mit dem Verbrecher zwischen den Liberalen und Conservativen wird noch lustiger werden, wenn es zur neuen Reichstagswahl geht, in welcher die Liberalen aller Schattirungen „an die Wand gedrückt“ werden sollen. Wahrscheinlich würden die Liberalen dann froh sein, wenn ihnen die in letzter Zeit so unsinnig geschmähte Sozialdemokratie unter Umständen und in einzelnen Fällen zu Hilfe eilte.

— Den Fortschrittlern geht's auch schon an den Kragen. Aus Königsberg wird gemeldet, daß das Disziplinargericht gegen den fortschrittlichen Kreisrichter Dr. Kolkmann auf Amtsentsetzung erkannt hat. Die bekannte, von keinem Gericht beanstandete Broschüre des pseudonymen R. Planenb war die Veranlassung zu diesem die Berliner „Volkszeitung“ überraschenden Urtheil gewesen sein. Der bei diesem Urtheile fungirende Oberstaatsanwalt brachte die Schriften des fortschrittlichen Dr. Kolkmann direkt mit der Sozialdemokratie in Verbindung. Sollte ein Ausnahmegesetz oder ein Ausnahmezustand über die Sozialdemokratie verhängt werden, so dehnt sich derselbe selbstverständlich auch nach rechts aus. Das mögen die liberalen Parteien in's Auge fassen.

— Als ein äußerst glückliches Ereigniß würden wir es begrüßen, wenn der Dr. Nobiling wieder völlig vernehmungsfähig würde, wie jetzt von ärztlicher Seite gehofft wird. Dann würde zunächst der Beweis geliefert werden, daß die That Nobiling's weder direkt noch indirekt mit sozialdemokratischen Lehren etwas zu schaffen hat; außerdem aber würden dann auch die Complott-„Macher“ an's Tageslicht kommen. Das Volk aber würde solcher „Mache“ dann verächtlich den Rücken kehren und sich schämen, daß man es so schnöde bethört habe.

— Nobiling war Correspondent des Börsenblatts „Kapitalist“ in Stuttgart, und bot kurz vor dem Attentat „einem österreichischen landwirthschaftlichen Journal seine Mitarbeiterschaft an“, wie der Wiener Correspondent des „Standard“ telegraphirt. Alles Spuren, die „nach einer anderen Richtung“ hinweisen.

— An anderer Stelle warnen wir vor Briefen mit majestätsbeleidigischem Inhalt, die jetzt aus bekannter Fabrik zu erwarten sind. Des Weiteren warnen wir jeden Parteigenossen, sich mit Fremden in ein Gespräch über Politik einzulassen. Es ist Thatsache, daß in ganz Deutschland verkleidete Polizeiagenten die Wirthschaften ꝛc. besuchen und Unterhaltungen über die neuesten Vorgänge, besonders das Attentat, anzuknüpfen suchen. Namentlich hüte man sich vor den angeblichen Colporteuren, welche Nobiling's und Lehmann's Bilder verkaufen. Wir haben Gründe. —

— Der große Kurfürst. Unten im Feuilleton veröffentlichen wir einen Artikel über die Katastrophe, die unsere Marine betroffen hat. Dieselbe wirft ein so schlechtes Licht auf unsere Marineleitung, daß die Vermuthung sehr nahe liegt, der gewaltige Nobilingskandal sei zum Theil zu dem Zweck inscenirt worden, um das Jena der deutschen Marine — und ein Jena ohne Kampf! — dem Urtheil des Volkes zu entrücken.

— Auf Wunsch des Herrn Dr. Böhmert bringen wir seine Berichtigung nochmals und zwar an dieser Stelle*) zum Abdruck:

„Die Notiz des „Vorwärts“, Nobiling sei Mitarbeiter den Böhmert'schen antisozialistischen „Sozial-Correspondenz“ gewesen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Nobiling hat niemals eine Zeile für die „Sozial-Correspondenz geschrieben.“

Dresden, den 4. Juni 1878. Dr. Böhmert.“

Die Berichtigung der Berichtigung ist anderwärts erfolgt.

*) Die erste Veröffentlichung in vorletzter Nummer erfolgte deshalb am Schluß des Blattes, weil dasselbe bereits umbrochen war und wir einen Aufschub der Veröffentlichung für unloyal hielten. (Unser Blatt kommt zwei Tage vor dem Datum des Erscheinens in die Presse.) Dann aber berief sich Herr Böhmert auch auf das Preßgesetz, nach welchem wir ja die Berichtigung an dieselbe Stelle zu setzen hatten, wo die betreffende Behauptung stand. R. d. „V.“

---

unter denen das Geschwader fuhr, nicht dafür gesorgt ist, daß die Ausführung der wichtigsten Befehle, von der Alles abhängt, gegen jedes Mißverständniß sichergestellt ist!

Die Gefahren der See bestehen für das Kriegsschiff wie für das Handelsschiff, und keine Flotte kann sich rühmen, frei von Unfällen und schweren Verlusten geblieben zu sein. Auch Engländer haben ihren „Agincourt“, ihren „Captain“, ihren „Vanguard“, ihre „Euridice“. Aber die Unfälle, von denen unsere Flotte in der letzten Zeit betroffen ist, gehen über das Maß hinaus. Wir wollen nicht auf frühere Vorkommnisse zurückgreifen, sondern nur fragen: Was ist aus dem Uebungsgeschwader geworden, das in diesem Jahre unsere Flagge im Mittelmeer zeigen sollte? Wenig mehr als vierzehn Tage ist es her, daß die vier zur Bildung desselben bestimmten Panzer stolz und schmuck in unseren Häfen lagen. Wo sind sie jetzt? „Friedrich der Große“ ist auf der Fahrt von Kiel nach Wilhelmshaven wiederholt und dermaßen auf den Grund gesetzt, daß sein Boden schwer beschädigt ist. Er liegt außer Dienst und seeunfähig in Kiel, um einer umfangreichen Reparatur unterworfen zu werden. Der „Kurfürst“ ruht auf dem Grunde des Meeres. Der „König Wilhelm“ ist so zugerichtet, daß er in Monaten nicht wieder dienstfähig und seetüchtig werden wird. Ohne daß irgend welche höhere Macht, irgend ein durch Menschenkraft und Menschensorge unabwendbares Naturereigniß dabei mitgewirkt hätte, ist so in wenigen Tagen und im tiefsten Frieden fast das ganze Geschwader, die Hälfte unserer Schlachtflotte, vernichtet oder doch für den Augenblick völlig unbrauchbar gemacht.

Läßt sich annehmen, daß diese schwere Schädigung unserer Wehrkraft zur See nur unglücklichen, unvermeidlichen Zufällen zuzuschreiben ist. Wir würden aufrichtig und von Herzen wünschen, daß dem so wäre, allein wir bedauern, nicht daran glauben zu können. Diese wiederholten Unfälle scheinen vielmehr die Symptome tiefer liegender Uebel zu sein. Und es wäre dringend zu wünschen, daß die Untersuchung, welche natürlich über den Untergang des „Kurfürsten“ abgehalten werden wird, sich nicht auf den einzelnen Fall und die einzelnen Thatsachen beschränken, sondern der Sache mehr auf den Grund gehen und die Wurzeln der Uebelstände bloslegen möchte. Wie man hört, soll die Untersuchung der Havariekommission in Kiel übertragen sein, einem Institute, welches außerhalb der Marine wenig bekannt sein dürfte aus dem einfachen Grunde, weil seine Thätigkeit nicht an die Oeffentlichkeit kommt. Sollte diese Havariekommission wirklich das geeignete Tribunal für einen Fall sein, wie es der vorliegende ist, sollte es wirklich beabsichtigt sein, die Untersuchung bei verschlossenen Thüren stattfinden zu lassen? Vielleicht wird man sagen, daß die Einrichtungen einmal so wären, daß der Dienst es so erforderte. Wir glauben dagegen sagen zu dürfen, daß sich die öffentliche Meinung nicht dabei beruhigen, daß sie kein Vertrauen in das Ergebniß einer Untersuchung haben wird, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich gegangen ist.

Das Land hat das Recht und die Pflicht, strenge Rechenschaft von Denen zu fordern, denen das kostbare schwimmende Material der Flotte, die Schiffe im Werthe von vielen Millionen, und das noch kostbarere Personal, die Hunderte unersetzlicher Menschenleben anvertraut gewesen sind, und die im tiefen Frieden, aber vielleicht an der Schwelle eines großen Krieges unsere Streitkräfte so empfindlich geschädigt und lahm gelegt haben, wie es kaum eine entscheidende verlorene Schlacht vermocht hätte. Das Land hat ein Recht zu verlangen, daß die Untersuchung eines solchen Falles nicht im Geheimen abgemacht und vielleicht mit der Bestrafung eines oder einiger Schuldigen enden, während nicht wenige allgemeinere und tiefgehende Uebelstände ungestört fortwuchern. Man gebe sich in der jungen deutschen Marine keiner Täuschung hin. Gern erkennen wir an, was in vielen Richtungen geleistet ist, und wohl wissen wir, daß sich in ihr eine Menge begabter und tüchtiger, auch seemännisch hochstehender Offiziere befindet. Aber das Vertrauen zum Ganzen, das schon durch manche frühere Erfahrung geschwächt worden ist, hat durch die jüngsten Ereignisse einen schweren Stoß erlitten. Wenn wir keine Sicherheit haben, daß es im Kriegsfalle wirksam zur Verwendung kommen kann, dann wäre es Selbsttäuschung und Thorheit, eine Flotte zu unterhalten.

— Anfrage. Die „Braunschweiger Leuchtkugeln“ stellen folgende Frage: Darf ein Soldat mit seinem Vater verkehren, wenn dieser Sozialdemokrat ist? Sollte es nicht vielleicht besser sein, Söhne oder Brüder von Sozialdemokraten ganz vom Militärdienst zu dispensiren?

— Versprochen. Nach dem Nobiling'schen Attentat eilte bekanntlich Fürst Bismarck rasch nach Berlin, um den dort für ihn blühenden Wein zu inspiziren, ließ sich von Eulenburg junior Bericht über das Vorgekommene erstatten, und bemerkte dann, laut Berliner Blättern „in hoher Erregung“: „Sehen Sie, das sind die Vorboten der Revolution!“ Natürlich wollte er sagen: Reaktion. Oder hält Fürst Bismarck das, was er jetzt thut, für Revolution? Kann doch nicht sein.

— Eine Berichtigung. Von Herrn Wölfel erhielten wir nachstehende Zuschrift:

„Dresden, den 10. Juni 1878.

Die Redaktion des „Vorwärts“ ersuche ich, gemäß § 11 des Reichspreßgesetzes vom 7. Mai 1874 die nachstehende Berichtigung kostenfrei in die nächste Nummer des „Vorwärts“ aufzunehmen:

Die von einem Sozialdemokraten öffentlich einberufene und von Herrn Rödiger eröffnete „Volksversammlung“ hat in Merseburg am 3. Juni d. J., Abends 8 Uhr, stattgefunden, also am Tage nach dem Attentate.

Ich aber habe nicht nur in keiner Weise die Mißhandlung des Herrn Rödiger provozirt, sondern ich habe noch vor Eröffnung der Versammlung wiederholt und dringend gebeten, Herrn Rödiger und Genossen nichts zu Leide zu thun.

Wölfel, Rechtsanwalt und Notar in Merseburg, Mitglied des Reichstags.“

Um Herrn Wölfel und seiner Berichtigung gerecht zu werden, lassen wir nachstehendes, von der nationalliberalen Presse veröffentlichtes Referat über den Merseburger „Kampf mit geistigen Waffen“ folgen:

„Die Abfertigung, welche die Sozialdemokraten in der von ihnen gestern Abend hier im Schützenhause zusammenberufenen Volksversammlung erlitten haben, wird in den Annalen ihrer Partei bis jetzt einzig dastehen. Wir fassen uns kurz. Saal, Nebenzimmer u. s. w., Alles gefüllt bis auf den letzten Platz, draußen Tausende von Menschen, die des Ausgangs harrten. Agitator und Schankwirth Rödiger aus Halle eröffnete in Abwesenheit des Einberufers (wer?), der sich aus einem unbekannten Grunde entschuldigt hatte (aha!), die Versammlung. Bei der Wahl des Bureaus wurde durch Akklamation — Herr Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneter Wölfel zum Vorsitzenden gewählt. Derselbe übernahm den Vorsitz und constatirte, daß er in dieser Wahl die allgemeine Verurtheilung der Unverschämtheit und Frechheit erblicke, mit welcher am heutigen Tage, an welchem eben die Kunde gekommen, daß ein Sozialdemokrat abermals die Mordwaffe auf den Kaiser gerichtet, diese Partei es wage, hier in Merseburg eine Volksversammlung einzuberufen. (Brausender Beifall.) Redner brachte ein Hoch auf den Kaiser, welches mit jubelnder Begeisterung aufgenommen wurde. (Rufe: „Rödiger, Sozialdemokraten 'raus, 'raus!“) Darauf entwarf Redner ein Bild von der Stimmung in Berlin, die tieftraurig sei, wie sie am 11. d., als Hödel's Attentat mißglückte, fröhlich gewesen. Begeistert aufgenommener Antrag zur Absendung von folgendem Telegramm durch Magistrat und Stadtverordnete an den Kaiser: „Se. Maj. dem Kaiser, Berlin. Die Bürgerschaft Merseburgs, tief erschrocken durch die Trauerkunde von einem neuen Attentat gegen Ew. Majestät Leben, flehen in inniger Liebe und unwandelbarer Treue zu Gott, dem Allmächtigen, um die Erhaltung des theuern Lebens Ew. Majestät, des Vaters des Vaterlandes. Magistrat und Stadtverordnete.“ Hurrahrufen. Mit nochmaligem Hoch auf den Kaiser erklärt Redner hierauf die Versammlung für geschlossen. (Hoch der Kaiser, hoch Wölfel; Rödiger und Sozialdemokraten 'raus, 'raus!) Draußen Tusch der Feuerwehrmusik, die Tausende brachten Hochs auf den Kaiser aus, es war ein Sturm der patriotischen Begeisterung. Die ganze Versammlung dauerte kaum 10 Minuten. Rödiger und seine Anhänger schlichen wie betäubt und zerschlagen hinweg. Jetzt ließ sich die lediglich durch die Frechheit der Sozialdemokraten hervorgerufene Erregung der Massen zu einigen Exzessen hinreißen, die man bedauern, aber auch leicht erklärlich finden muß. Obgleich Rödiger, der bei seinem Einzug hierselbst mit dem Zuge um 6 Uhr 18 Min. eine Mütze trug, dieselbe, um sich unkenntlich zu machen, mit einem Strohhute vertauscht hatte, wurde er erkannt und thätlich angegriffen. Einige Feuerwehrleute nahmen ihn unter den Arm und führten ihn zum Bahnhofe, aber sie vermochten ihn nicht völlig gegen die entfesselte Leidenschaft zu schützen — mancher wuchtige Schlag traf ihn, mancher auch die Feuerwehrleute, und er durfte von Glück sagen, in dem eben nach Weißenfels abgehenden Zuge Schutz zu finden, um nachher unbemerkt nach Halle zurückkehren zu können. — Jedenfalls ist der Sozialdemokratie in unserm Merseburg seit diesem denkwürdigen Abend der Boden entzogen und ihren Aposteln die Luft vergällt, nochmals hier den Versuch zu machen, ihre Weisheit auszukramen!“

Wir fragen Herrn Wölfel, ob es eine schlimmere Provokation zur Gewaltthätigkeit geben konnte, als sein unverantwortliches Verfahren, Rödiger und „diese Partei“ mit dem Attentäter Nobiling, dessen That allgemein die fürchterlichste Aufregung hervorgerufen hatte, zusammenzukoppeln und für solidarisch mit ihm zu erklären? Wenn Herr Wölfel durchaus seinem patriotischen Herzen Luft machen wollte, ohne Skandal zu provoziren, dann hätte er — der Rödiger persönlich kennt — ihn einfach vor Eröffnung der Versammlung von der Sachlage in Kenntniß setzen und zum Aufgeben der Versammlung bewegen sollen.

Beiläufig äußert sich die Verrohung unserer „liberalen“ „Gebildeten“ darin, daß obiger Bericht von verschiedenen liberalen Blättern, u. A. auch der „Deutschen Allgemeinen“ des Professor Biedermann, nicht nur ohne ein Wort der Entrüstung über solch bedenkliche Brutalität abgedruckt, sondern noch mit der Aufforderung begleitet wird, es überall ebenso zu machen.

Herr Wölfel aber wird hoffentlich eingesehen haben, daß er seine Berichtigung besser unterlassen hätte.

— Die Parteigenossen Milke und Körner, die Vorsteher des Arbeiterbildungsinstituts in Berlin sind verhaftet worden; ebenso unser Parteigenosse Joseph Dietzgen in Siegburg. Derselbe wurde nach Köln in's dortige Gefängniß gebracht. Verletzung der Paragraphen 110, 130, 131, 166 (Oeffentliche Aufreizung zur Friedensstörung, Aufreizung der Klassen gegen einander, Schmähung von Staatseinrichtungen und Religionsschmähung) soll der Grund zu dieser Verhaftung sein. Dietzgen ist Besitzer einer Gerberei und wahrlich nicht fluchtverdächtig; er ist noch nicht bestraft und bei sämmtlichen Vergehen, die hier vorliegen sollen, kann auf Geldstrafe erkannt werden. Deshalb erscheint uns die plötzliche Verhaftung lediglich durch den augenblicklichen großen Eifer der Behörden erklärlich. — Bei Geib und Derossi in Hamburg war Haussuchung. Natürlich erfolglos. Namentlich fahndete man auf Briefe mit Aeußerungen über das Attentat. Da nicht zu erwarten ist, daß Sozialdemokraten, welche betreffend des Briefgeheimnisses keinen Illusionen huldigen, sich — namentlich in einer Zeit wie der jetzigen — in ihrer Correspondenz zu frivolen oder gar strafbaren Aeußerungen über das Attentat fortreißen lassen, so hat man wohl Briefschaften aus anderen Lagern vermuthet. Und bei dieser Gelegenheit möchten wir unseren Genossen den Rath geben, etwa ihnen zugehende Briefe, die Majestätsbeleidigungen ꝛc. enthalten, sofort der Staatsanwaltschaft zu überliefern. Auf diese Weise kommt man vielleicht den Biedermännern die jetzt durchaus eine Verschwörung anfertigen wollen, auf ihre lichtscheuen Schliche. Wir wissen aus bester Quelle, daß Herr Stieber persönlich die jetzigen Operationen gegen uns leitet. Und Herrn Stieber kennen wir. — Noch an vielen anderen Orten wurde hausgesucht u. a. bei Wilhelm Eckert in Kalk bei Deutz nach einer nicht existirenden Schrift Dietzgen's: die Zukunft der Sozialdemokratie. Zur Tollheit gehören Hallucinationen.

— Genosse Franz, bisher in Zürich, ist am 13. Mai, nach einer 17tägigen Ueberfahrt, mit seiner Familie in Amerika angekommen und bereits in die Redaktion des sozialistischen „Philadelphiaer Tageblatt“ eingetreten.

— Arbeiterrisiko. Am 7. Juni hat in einer Kohlengrube in der Nähe von Sanct-Helens (in Lancashire) eine sehr heftige Explosion stattgefunden, die Zahl der dabei um's Leben gekommenen Personen wird auf 200—250 angegeben.

Correspondenzen.

Berlin, 8. Juni. (Zum Falle Dentler.) Die achte Deputation des Criminalgerichts begann in ihrer gestrigen Sitzung die Verhandlungen in dem Prozesse gegen unsere Parteigenossen den Redakteur der „Berliner Freien Presse“, Leopold Schapira und Heinrich Rackow, und ferner gegen den Chef-Redakteur der „Berliner Bürger-Zeitung“, Josef Gebert, wegen Beleidigung der Mitglieder der siebenten Deputation des Criminalgerichts, der sogenannten Preßdeputation. Inkriminirt sind drei Artikel der „Berl. Fr. Pr.“ in Nr. 100 des diesjährigen Jahrganges der Leitartikel „Fiat justitia“ und das Referat über das Begräbniß Dentler's; in ersterem wird eine Beleidigung der Mitglieder der siebenten Deputation, in letzterem eine Anreizung gefunden. Gebert ist auf Grund des § 20 des Preßgesetzes aus dem Artikel „Der Fall Dentler“ in der Nummer vom 5. Mai der „Berl. Bürger-Ztg.“ angeklagt, in welchem ebenfalls eine Beleidigung der siebenten Deputation erachtet wird. Der Strafantrag ist in allen 4 Fällen von dem Stadtgerichts-Präsidenten Krüger gestellt, und behandeln dieselben sämmtlich die Verweigerung der Entlassung Dentler's aus der Untersuchungshaft. Die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Munkel. Sein Antrag, die Beweisaufnahme über die Behandlung Dentler's in der Stadtvoigtei durch die Vernehmung der Aerzte Dr. Lewin, Physikus Wolff und Dr. Albu zu vervollständigen, wurde nach dem Einwande des Staatsanwalts, daß die neue Instruktion des Justizministers nur für Strafgefangene, nicht auch für Untersuchungsgefangene gelte, abgewiesen. Die aus den Akten ausgezogene Nachweisung der Behandlung Dentler's in Stadtvoigtei und Charité, die, wie man sich denken kann, sehr günstig für die Verwaltung sich stellte, insbesondere aber die Aussage des einzigen geladenen Zeugen, des Charité-Inspektors Krüger, über dieselbe Materie, wurden von Rackow und Schapira, sowie von der Vertheidigung, welche nunmehr im Interesse der Gleichheit der Rechtsprechung die Vernehmung des Professor Lewin von der Charité, des Dr. Albu und des Kreisphysikus Wolff beantragte, in scharfer Weise angegriffen. Der Gerichtshof erkannte unter Aufhebung seines ersten Beschlusses nach dem Antrage der Vertheidigung und vertagte demgemäß die Verhandlung bis Ende dieses Monats.

Rendsburg, 6. Juni. In der am 1. Juni d. J. im Colloseum abgehaltenen Volksversammlung wurde folgende von Herrn H. Winge eingebrachte Resolution angenommen. In Erwägung, daß nach den Reichstagsberichten nur die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten die Interessen des Volkes vertreten haben, spricht die heute tagende Volksversammlung denselben ihren Dank und Anerkennung aus, und ermuthigt sie, in der Zukunft auch auf dem eingeschlagenen Wege zu beharren.

Karlsruhe, den 5. Juni. Es geht uns folgende „Berichtigung“ zu: Tit.: Redaktion des „Vorwärts“, Leipzig.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersucht Sie der unterzeichnete Ausschuß des polytechnischen Vereins zu Carlsruhe, folgende Berichtigung in die Spalten Ihres Blattes aufzunehmen:

Die in Nr. 64 Ihres Blattes enthaltene Correspondenz aus Carlsruhe, gezeichnet A. S., enthält eine entstellende, aus Ihrem Zusammenhang gerissene Darstellung der auf der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Mai stattgehabten Vorgänge betreffs Abhaltung eines Kaisercommerses. Auf der betreffenden Generalversammlung war überhaupt keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß der Freude über den Mißerfolg des Mordanschlags auf Seine Majestät den Kaiser Ausdruck zu verleihen sei; nur über die Form, in welcher dies geschehen sollte, gingen die Ansichten auseinander.

Der Antrag des Ausschusses auf Abhaltung eines Commerses wurde auch nicht, wie behauptet, mit Stimmenmehrheit abgelehnt, sondern erhielt nur nicht die statutengemäß nothwendige Zweidrittel-Mehrheit, während die absolute Mehrheit dafür war. Der Antrag auf Absendung einer Adresse wurde abgelehnt, weil es dafür zu spät war.

Zur Klarlegung der Sachlage möge die Thatsache dienen, daß am Montag, den 27. Mai, von Seiten der Studentenschaft mit dem Professorencollegium und unter Anwesenheit Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs ein Commers zu Ehren Seiner Majestät des Kaisers stattfand. Im Namen des Ausschusses zeichnet Alfons Delisle, Schriftführer.“

Dies die „Berichtigung“. „Berichtigt“ wird blos, daß der Commers nicht mit „Stimmenmehrheit“, sondern mit der statutenmäßig genügenden Mehrzahl abgelehnt wurde. Ob diese sehr unwesentliche Differenz das Papier werth war, auf welches die „Berichtigung“ geschrieben ist? Der am 27. Mai abgehaltene „Commers“ dient nur zur „Klarlegung“ der Thatsache, daß es unter der Studentenschaft Mitglieder giebt, die an solchen Dingen Gefallen haben, was nie bezweifelt wurde. Die Mittheilung unseres A. S.-Correspondenten, daß in der fraglichen Generalversammlung sich Stimmen gegen den projektirten Festcommers erhoben, wird in der „Berichtigung“ nicht bestritten, deren Verfasser wohl zugeben werden, daß ein Gegner derartiger Demonstrationen zugleich auch ein Feind von Mordanschlägen sein kann. R. d. V.

An die Freunde der sozialistischen Sache im dritten württembergischen Wahlkreis!

(umfassend die Oberämter Heilbronn, Besigheim, Brackenheim und Neckarsulm.)

Da es nach den neuesten Nachrichten so gut wie gewiß ist, daß der deutsche Reichstag aufgelöst wird und die Neuwahlen bis Ende Juli stattfinden, so laden wir hiermit alle diejenigen Freunde der sozialistischen Sache, die für die Wahl eines sozialistischen Kandidaten in unserem Wahlkreis thätig sein wollen, zu einer Besprechung ein auf

Sonntag, den 23. Juni, Nachmittags 2 Uhr

in das Lokal des Herrn Strohmaier am Sülmerthor in Heilbronn.

Jeder, der sich an dieser Besprechung betheiligen will, muß sich durch zwei Nummern irgend eines Partei- oder Gewerkschaftsblattes als Freund unserer Sache ausweisen.

Wer nicht kommen kann und doch agitiren will, möge unserem Agenten Gustav Kittler, Frauenweg Nr. 4 in Heilbronn seine Adresse einsenden.

Heilbronn, den 10. Juni 1878.

Die sozialistische Arbeiterpartei.

Briefkasten

der Redaktion: R. Sch. in Kray: „Das rothe Gespenst oder Bekenntnisse eines Sozialdemokraten“. Großer politisch-sozialistischer Zeitroman von Gottfried Bebel ist das einfältigste Zeug, welches je geschrieben worden, lediglich um den Arbeitern die Pfennige aus der Tasche zu locken. Deshalb hat man auch irgend einen Menschen aufgetrieben, der zufällig Bebel heißt und ihn als Autor auf das Titelblatt gesetzt. Unser Parteigenosse Bebel heißt übrigens nicht Gottfried, sondern August.

der Expedition: Jul. Decker in Manchester: Das betr. Buch ist von uns bei der Verlagshandlung bestellt, aber bis jetzt noch nicht eingetroffen. Am 25. Mai trafen 26,52 Mk. ein.

Fonds für Gemaßregelte.

Von M. Augsburg 1,40; Trtz Schönefeld 0,80; Kttgn Düsseldorf 5,00; Klmnn hier 0,50.

Herzliche Bitte.

Alle Abonnenten von „Klemich's Blättern f. geist. Fortschr.“, welche noch restiren, ebenso die Filialen meiner Bücher ꝛc. werden dringend ersucht, sofort Abrechnung zu halten unter Benutzung der Adresse: „Frau Eugenie Klemich in Dresden.“ Die zwingenden Gründe zu dieser Bitte kann sich Jeder denken. Parteiblätter werden um Nachdruck ersucht.

Klemich,
z. Z. Untersuchungsgefangener in Glauchau.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

London. Am Samstag, den 16. Juni, findet in London 85 Phönix-Temperence hall Comercial road eine

gr. Volksversammlung der Deutschen

statt, in welcher die letzte Sozialistendemonstration, sowie die Verleumdung, welche dieselbe erlitten hat, gekennzeichnet werden soll. Es wird zu derselben Jedermann eingeladen. [1,00) **Ehrhardt.**

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet am

Donnerstag, den 20. Juni, Abends 8 Uhr, in Leipzig im Restaurant der Wölbling'schen Brauerei, Windmühlenstr. 15 statt.

Die Tagesordnung lautet:

1) Geschäftsbericht des Vorstandes. 2) Revisionsbericht des Aufsichtsrathes. 3) Richtigsprechung der Jahresrechnung. 4) Feststellung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn. 5) Feststellung des Etats für das neue Geschäftsjahr. 6) Wahl des Vorstandes. 7) Bestimmung über den Sitz des Aufsichtsraths. 8) Antrag, Aenderung des § 27 des Statuts betreffend.

Laut § 18 des Statuts steht es den Mitgliedern, welche nicht am Orte der Generalversammlung wohnen, frei, sich auf Grund einer eigenhändig unterzeichneten Vollmacht vertreten zu lassen. Die betr. Vollmachtsformulare, welche den Stempel der Genossenschaft tragen müssen, werden von dem mitunterzeichneten A. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12, auf Verlangen den Genossenschaftsmitgliedern zugeschickt. [2,60

Hamburg, den 30. Mai 1878.

Der Aufsichtsrath.

I. A.: J. W. Hartmann. H. Brasch. A. Geib. C. Derossi.

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdrukerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet am **Sonntag**, den **21. Juli, Morgens 10. Uhr**, statt, und zwar in den Geschäftsräumen der Association, **Berlin** SO. Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, Hof 2 Treppen. Laut § 21 der Statuten sind etwaige Anträge zur Generalversammlung bis spätestens den 29. Juni d. J. bei dem Unterzeichneten einzureichen. — Nur diejenigen Mitglieder, welche gemäß § 11 ihre Pflichten erfüllt haben, sind zur Stellung von Anträgen berechtigt. Hamburg, den 8. Juni 1878.

Der Aufsichtsrath. Im Auftrage: August Geib. [1,20

Agitations-Nummer

100 Exemplare 1,50 Mk. jede weiteren 100 Exemplare zu 1 Mk. liefert bei Einsendung des Betrages

Leipzig.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Es bedarf wohl in jetziger Zeit keiner besonderen Anfeuerung, um die Parteigenossen zu bestimmen, daß sie für die weiteste und größte Verbreitung dieser Nummer, besonders in jenen Kreisen, wo bis jetzt unsere Prinzipien noch wenig oder gar nicht bekannt sind, Sorge tragen und in dieser Beziehung keine Mühe und kein Opfer scheuen.

Todes-Anzeige.

Am 10. ds. Mts., Morgens 5 Uhr, starb unser braver Mitkämpfer

Carl Just

zu Königsberg, Redakteur der „Königsberger Freien Presse.“

Derselbe war seit Jahren mit Anstrengung aller seiner Kräfte ein unerschrockener Kämpfer des vierten Standes. Sein biederer Charakter sichert ihm ein unauslöschliches Andenken. [3,90

Die Sozialdemokraten Breslaus.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Fonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Hatz, 606 North 3rd Street.
St. Gall, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: P. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Laufermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 70. Sonntag, 16. Juni. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Helgoland und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal; bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag IX, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, in der Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15 part., bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstr. 6/IV, und im Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** ꝛc. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 10 l; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 l; für **Gohlis** ꝛc. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstr. 3; für **Eutritzsch** bei W. Knobloch, Marienstraße.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 36a, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartals-Abonnements angenommen werden.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

An die Parteigenossen!

Am 30. Juli ist Reichstagswahl! Die Gegner rüsten sich, uns überall einmüthig zu bekämpfen. Das zwingt uns, unsere Agitations- und Geldkräfte auf die uns günstigen Wahlkreise zu beschränken. Nur so werden Wahlsiege möglich sein. Binnen acht Tagen wird Euch auf Grund umsichtiger Berathungen mitgetheilt, welche Kreise zum energischen Wahlkampfe ausersehen sind, und welche Taktik in anderen Kreisen zu befolgen ist. Inzwischen schreitet zur Gründung von Kreis-Wahlcomitees, organisirt Euch und sammelt Gelder. Wahlfond-Sammellisten gehen Euch dieser Tage zu. Die ausstehenden Listen des Unterstützungsfonds nebst gezeichneten Beiträgen sind sofort an Geib zu senden. Es lebe die Centralisation der Partei!

Das socialistische Centralwahlkomite Deutschlands.
Derossi. Geib.

Angebot und Nachfrage.

II.

(Schluß.)

Diese Beispiele müssen genügen, um unsern Satz zu beweisen, daß Angebot und Nachfrage nicht mit der unwiderstehlichen Gewalt eines blinden Naturgesetzes den Markt der Waaren und leider auch der Waare Arbeitskraft beherrschen, sondern durchaus vom Menschen geschaffen sind und von der fortschreitenden Menschengesellschaft werden beherrscht werden. Wir könnten an einer Fülle von Beispielen zeigen, wie die Mode, das religiöse, politische und soziale Vorurtheil, uralter Aberglaube u. s. w. — lauter abstellbaren Schranken — Dingen ohne allen Gebrauchswerth einen, oft sehr hohen Tauschwerth geben (Heiligenbilder, Reliquien, Ablaßzettel, fromme Schriften, abgethane Philosopheme, Patentmedizinen ꝛc.), anderen höchst nützlichen Gebrauchswerthen einen niedern Tauschwerth (naturwissenschaftliche Schriften im Volkston, gute Lehrer ꝛc.), überhaupt aber alle Tauschwerthe ohne Rücksicht auf den Nutzwerth bestimmen, indem sie dabei die anzuwendende Arbeitszeit künstlich vermehren oder vermindern.

Nur in letzterer Hinsicht brauchen wir noch ein Beispiel. Wir wollen untersuchen, wie sich Angebot und Nachfrage zum Preise verhalten, und da es keinen Preis ohne Vorhandensein giltigen Geldes gibt, müssen wir an dem Beispiele des Geldes unsern Satz erweisen.

Gesetzt, es gäbe kein anderes Geld als Papiergeld, welches gewisse Maße von gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit aufgedrückt trüge (mehrere Hauptländer des Großbetriebs müßten es für gleich giltig erklären) und es gäbe eine internationale Behörde von Sachverständigen (genossenschaftliches Weltparlament), welche den relativen Gebrauchswerth und die jedesmalige gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit für jede Art Waare bestimmte, so wäre der Preis jeder Waare immer ganz ihrem Tauschwerthe gleich. Dies leugnen zu wollen kann nur denen einfallen, welche überhaupt nicht mitzählen, wo von Werthen die Rede ist. Es hieße die Souveränetät der Staaten, die Selbstbestimmungsmacht des Menschen, die Herrschaft des letzteren über die Natur leugnen.

Dabei halten wir uns also nicht auf, und nur nebenbei erwähnen wir, daß ein solches genossenschaftliches Weltparlament unter wissenschaftlichem Beirathe auf Abschaffung aller Gesetze hinwirkt, welche den Tauschwerth nach Belieben, anstatt nach dem Nutzwerthe und der Arbeitszeit regeln. Es gelten dann die Bedürfnisse der Menschen nach ihrer natürlichen Reihefolge, und es gilt die jedesmal erforderliche Arbeitszeit, um diese Bedürfnisse alle der Reihe nach zu befriedigen, soweit es jedesmal möglich. In diesem Falle würde die Nachfrage nach Gold und Silber, weil sie zum Geldprägen gar nicht mehr erforderlich wären, ungemein vermindert werden, und weil dann weniger Arbeitskräfte auf deren Gewinnung verwandt würden, auch das Angebot. Nun sind es aber diese Edelmetalle allein, welche heutzutage bewirken, daß der Preis vom Tausch- und Gebrauchswerthe der Waaren verschieden ist, und dies ist jetzt zu beweisen.

Als Mexiko und Peru von den Spaniern entdeckt und erobert wurden, hatte in diesen goldreichen Ländern das Edelmetall einen so geringen Werth, daß es nicht zum Geldprägen verwandt wurde, obwohl dort ein lebhafter Handel und eine in vieler Hinsicht hohe Civilisation bestanden. Wir müssen uns an dieses Beispiel halten, weil ältere geschichtliche Beispiele bei weitem weniger durchsichtig sind. Die Edelmetalle waren sehr niedrig im Tauschwerthe und Preise, weil wenig Nutzwerth (fast blos zum Schmuck, und zwar zu höchst künstlichem Schmuck) darin vorhanden war, und weil die zur Gewinnung erforderliche Arbeitszeit gering war. Der Handel war meist Tauschhandel, die Abgaben Naturalabgaben. Als Scheidemünze liefen nur Kaurimuscheln und andere seltene Dinge um; große Summen von Tauschmitteln und werthvolle Münzen waren unnöthig, weil Grundstücke nicht verkäuflich waren. Dies giebt uns ein beglaubigtes Bild von einem Zustand der Dinge, ehe der Boden Privateigenthum wurde und Geld in größerer Menge nöthig ward.

In verschiedenen alten Kulturnationen dauerte dieser Zustand verschieden lange und endete überall, als der Boden Privateigenthum wurde, also Kapitalwerth bekam. Und selbst dann war das Kupfer lange Zeit das einzige Geldmaterial, weil der Handel größtentheils noch Tauschhandel, und das Kupfer genügend selten war, um keine Münzfälschung fürchten zu lassen. In dem Maße, wie das Land verkäuflich und verpfändbar wurde, und damit die Menge der Sklaven wuchs, erhielt das Gold und Silber einen größeren Nutzwerth, diente zu mehr als zum bloßen Schmuck, diente zum Geldprägen, weil diese Metalle noch seltener als Kupfer waren, die Münzen also schwerer gefälscht werden konnten.

Der Kapitalwerth der Edelmetalle und der Geldwucher erscheinen in der Geschichte zu gleicher Zeit mit dem Landmonopole; sie machen einander wechselseitig werthvoller. Und als seit der Entdeckung Amerikas die vorhandene Menge der Edelmetalle sich vervielfachte, während der meiste Grund und Boden unter dem Lehnssystem unverkäuflich blieb, sank der Geldwerth der Edelmetalle binnen etwa dreihundert Jahren auf den zehnten Theil gegen früher, weil in Amerika auf ihre Gewinnung wenig gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit verwendet zu werden brauchte, und weil die austauschbare Waarenmenge lange Zeit nicht ansehnlich wuchs. Dies erfolgte erst, als das Lehnswesen mehr und mehr aufgehoben und Grundstücke in großem Maße eine Waare wurden, welche ungemein rasch im Werthe stieg und die Ansammlung großer Kapitalien ermöglichte.

Wenn dies alles Etwas beweist, so beweist es, daß der Tauschwerth des Hartgeldes mit dem Gebrauchswerthe, und dieser mit dem Landmonopol wächst, also mit thörichten Menschengesetzen zusammenhängt. Indem der Tauschhandel nun fast gänzlich aufhört, und jede Waare erst in Geld berechnet und in Geld umgesetzt werden muß, um mit dem Gelde andere Waare ebenso zu berechnen und zu erkaufen, wird das Geld die werthvollste aller Waaren (ohne alle Vernunft), die einzige, welche nicht erst Absatz zu suchen braucht, um Anderes zu kaufen, eine Waare, welcher die Gesetze erlauben, sich zu verzinsen und zu vervielfältigen ohne eigene Arbeit, was keiner andern Waare (außer der Waare Arbeitskraft) erlaubt oder nur möglich ist. So wird das Geld zum irdischen Gotte, während es der Mensch sein sollte.

Das Geld, in welchem alle Tauschwerthe berechnet und bei erfolgtem Tausche bezahlt werden, bewirkt durch seine künstliche Häufigkeit, daß der Preis der Waaren mitunter über den Tauschwerth steigt, weil der Absatz erleichtert ist, und durch seine künstliche Seltenheit, daß alle Waarenpreise unter den Tauschwerth sinken, weil der Absatz erschwert wird. Beim Gelde selbst aber sind Tauschwerth und Preis dasselbe und durch den Zinsfuß bestimmt. Dieser ist hoch, wenn die Masse des umlaufenden Geldes gering, und niedrig, wenn dieselbe groß ist. Und die Menge des umlaufenden Geldes wird, da sie durch stellvertretende papierene (Schein-) Werthe fast beliebig vermehrbar ist, durch die Nachfrage gesteigert, durch das Angebot gedrückt. Beide letzteren aber sind durch die Sicherheit der Darlehen bestimmt. Je sicherer ein Darlehen, wie z. B. eines auf Grundeigenthum oder die Steuerkraft des ganzen Volkes, desto niedriger kann der Zinsfuß sein, je unsicherer, desto höher wird er sein. So ist also der Preis des Geldes, welcher alle andere Preise beeinflußt, seinerseits durch die Gesetze, welche die Sicherheit der Darlehen schaffen, bestimmt.

Die Marx'sche Bestimmung also, daß die erforderliche Menge umlaufenden Geldes lediglich durch die Menge der umgesetzten Tauschwerthe, dividirt durch die Zahl der Umsätze, bestimmt sei, gilt lediglich von dem wirklich umlaufenden, nicht von dem vorhandenen Gelde. Von diesem wird, so lange es papierene Stellvertreter giebt, ein wechselnd großer Theil zur Deckung der letzteren in den Bankgewölben ungebraucht liegen; und je mehr die Zahl der sicher scheinenden Darlehen bei gesichertem Waarenumsatze wächst, desto mehr wird die Masse der papierenen Stellvertreter im Umlauf anschwellen.

Eine weiter eingehende Untersuchung des Geldes und der Rolle, welches dasselbe in der kapitalistischen Welt spielt, also besonders des Kreditwesens; des Marktes für die papierenen (Schein-) Werthe, der Börse; des Bankwesens, der öffentlichen Schulden u. s. w. ist hier unnöthig, obwohl wir Nachfrage und Angebot da ebenfalls am Werke finden, menschliche Absichten auszuführen. Ebenso ist es unnöthig, die Spekulation zu beleuchten, welche so häufig das natürliche Verhältniß zwischen Angebot und Nachfrage verändert, indem sie künstlich bald eine Seltenheit, bald eine Häufigkeit der Werthe schafft. Wir haben dies bereits im „Vorwärts" gethan.

Anstatt daß, wie die alte landläufige „Bulgär-Oekonomie" uns weißmachen will, Angebot und Nachfrage alle Werthverhältnisse mit der Unerbittlichkeit und Gerechtigkeit von Naturgesetzen beherrschen sollten, haben wir das reine Gegentheil gefunden. Der Mensch beherrscht beide, oder kann beide beherrschen. Sie beherrschen freilich heute die Mehrheit der Menschen zum ungerechten Vortheil und nach der Willkür der Minderheit; allein dies braucht nicht immer so zu sein. Wenn man auf diesen Popanz das Tageslicht fallen läßt, so verschwindet er.

Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

(Schluß.)

Wir haben hier zugleich die Lösung des von Herrn Marx aufgestellten, in den mehrfach erwähnten „Vorwärts"-Artikeln erwähnten Problems, wie „Waaren, die keine Arbeit enthalten, doch Tauschwerth besitzen" können.

Wie steht es aber mit dem alten Käse, an welchem, den Versicherungen des Herrn Professor Roscher zufolge, die sozialistische Gesellschaft unfehlbar scheitern muß? (S. Nr. 61 des „Vorwärts" vom vor. J.)

Sehr einfach: Der höhere Werth, den der alte, abgelagerte Käse über den neuen Käse hat, ist abermals — Bodenrente, genau so wie der höhere Werth des alten über den neuen Baum. Der Käse ist ein Theilprodukt des Viehes, das selbst natürlich zu den Bodenprodukten gehört. Daß sich dieser höhere Werth des alten Käses nicht auf dem Boden selbst, sondern bereits nach Abtrennung des Produkts vom Boden entwickelt hat, thut gar nichts zur Sache. Wir haben es hier eben auch mit dem „Unterschied im Ertrage zweier gleichen Quantitäten Arbeit" in Folge der Einwirkung der Naturkräfte, also mit Bodenrente, noch deutlicher: Ertragsüberschuß, zu thun.

So zeigt sich denn ein schwacher Hoffnungsschimmer, daß die soziale Revolution, trotz Herrn Prof. Roscher, selbst über den alten Käse hinüberkommen wird.

Das oben Gesagte gilt von allen Waaren, die durch Lagerung besser werden, z. B. dem Wein. Der Werthzuwachs, den der Wein durch bloße Lagerung, ohne Hinzuthun von Arbeit, rein durch die Wirkung der Naturkräfte erhält, ist ditto Ertragsüberschuß = Bodenrente.

Die vielbesprochene Frage, woher der „Werth" des Grund und Bodens stamme, beantwortet sich nach all den obigen Ausführungen unschwer. Grund und Boden hat, wie auch Herr Marx ausführt, keinen Werth, weil „keine Arbeit in ihm vergegenständlicht ist", sondern nur einen Preis, hinter dem jedoch „ein wirkliches Werthverhältniß verborgen ist". Und dieses Werthverhältniß besteht in der Bodenrente.

Die kapitalistische Gesellschaft, die das Privateigenthum an Grund und Boden von der feudalistischen übernommen, letztern aber mobilisirt, zur „Waare" gemacht hat, zahlt für denjenigen Boden, der Ertragsüberschuß, d. h. bei gleicher Arbeit mehr Ertrag liefert, einen Preis, genau so wie man, wenn die Spinnmaschinen nicht in beliebiger Anzahl gleichartig hergestellt werden könnten, für die, welche besser construirt sind, also bei gleicher Arbeit mehr Garn liefern, einen Preis bezahlen würde.

Dieser Preis des Grund und Bodens besteht in der kapitalisirten jährlichen Bodenrente des betreffenden Bodens nach dem üblichen Zinsfuß, so daß z. B. wenn der letztere 5 Prozent ist, der Käufer für die Ueberlassung des Bodens gleich im vorherein die Bodenrente von 20 Jahren hinzugeben hat.

Nur Boden, der Bodenrente abwirft (es ist wahr, daß dies in den civilisirten Ländern heute so gut wie aller Boden ist)

kann einen Preis haben, denn dieser wird ja eben nur für die Eigenschaft des Bodens, Ertragsüberschuß zu liefern, bezahlt. Wollte ein Kapitalist für einen Boden, der keine Bodenrente liefert, sondern bei dem er gerade nur den üblichen Kapitalprofit an dem zur Bebauung nöthigen Kapital erzielt, doch einen Preis bezahlen, so würde das eben auf Kosten seines Kapitalprofits geschehen (indem er jetzt für ein ungleich größeres Kapital doch nur denselben Profit, statt 5 Prozent z. B. nur 2 Prozent, erzielte), was kein rechnender Kapitalist thun wird.

Man muß sich jedoch nicht beirren lassen: Wenn im gewöhnlichen Verkehr vom „Preis" eines Landgutes die Rede ist, so ist dabei wohl zu unterscheiden zwischen dem Ersatz der bereits darauf verwandten Arbeit, also wirklicher Werthe, als z. B. Inventar, Baulichkeiten, Meliorationen ꝛc., und dem Ersatz für die Eigenschaft des Grund und Bodens selbst, Bodenrente zu liefern. Nur der letztere Ersatz kann natürlich gemeint sein, wenn vom Preis des Grund und Bodens die Rede ist. Dieser Preis basirt eben immer nur auf der Bodenrente (Ertragsüberschuß). Je höher diese, desto höher auch der Preis des betreffenden Grund und Bodens.

Wir erwähnten oben der Meliorationen (Bodenverbesserungen). Betreffs dieser ist jedoch zu bemerken, daß sie dem Boden nicht nur ihren eigenen Werth (die auf sie verwandte Arbeitszeit) zusetzen, sondern zugleich auch den Preis des Bodens erhöhen, indem sie seine Bodenrente erhöhen. Es ist dann sachlich dasselbe, als ob der Boden gleich von Natur aus ein so viel besserer gewesen wäre. (So z. B. jetzt die großartigen Verbesserungen des märkischen Sandbodens bei Berlin durch die städtischen Berieselungen.)

Daher der große Gewinn der Bodenmeliorationen (Düngung, Bewässerung ꝛc.) für den Landwirth, welcher Gewinn weit über die darauf verwandten Arbeitskosten hinausgeht. Der Landwirth hat eben aus seinem schlechten Produktionsinstrument ein gutes, dem andern überlegenes gemacht und steckt den daraus erwachsenden fortlaufenden jährlichen Gewinn (die Bodenrente) ein.

Diese Ueberlegenheit und der daraus erzielte Gewinn würde jedoch wieder aufhören, sobald alle Landwirthe seinem Beispiele folgten, also alle ihr Produktionsinstrument, den Boden, entsprechend verbesserten. Man erräth unschwer die Perspektive, die sich hieraus für die communistische Gesellschaft eröffnet, die schließlich einmal dazu kommen wird, durch künstliche Veredelung allen benöthigten Boden gleich produktiv zu machen, — genau so wie wir uns heute die Spinnmaschinen gleichartig herzustellen wissen — und damit 1) den Produktionsertrag unendlich zu erhöhen und 2) die heutigen Ungleichheiten im Produktionsertrage, d. h. die Bodenrente, immer mehr zu beseitigen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Auflösung des Reichstags ist erfolgt, die Neuwahlen sind auf den 30. Juli angesetzt! — Damit ist die Sachlage völlig verändert worden. Wir waren gar nicht so überrascht davon, daß die Behörden der einzelnen deutschen Bundesstaaten Vereine auflösten, Versammlungen inhibirten und ihre Macht in allerlei motivirter und unmotivirter Weise zeigten, ja, wir waren kaum unangenehm berührt davon, indem wir glaubten, daß derartige Maßregeln, die sich durch das Gesetz nicht rechtfertigen lassen, auch bald schon verschwinden würden. Diese Versammlungsverbote werden nun aber aus anderem Grunde schon aufhören. Unsere Partei wird in den Wahlkampf eintreten, die Wahlversammlungen aber können von den Behörden nicht verboten werden laut § 17 des deutschen Wahlgesetzes, der also lautet:

„Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betriebe der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet Versammlungen zu veranstalten. Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben bleiben unberührt."

Unsere Parteigenossen werden sich auf diesen Paragraphen allen den Polizeibehörden gegenüber berufen, welche auch bis zu den Wahlen ihnen das Versammlungsrecht wenigstens in Bezug auf die Wahlen verkümmern möchten. Darauf aber ist aufmerksam zu machen, daß die Einberufer der Versammlungen Wahlberechtigte sein müssen.

— Aus Berlin, den 12. Juni. Die deutsche Fortschrittspartei hat einen Wahlaufruf erlassen und hält es für Ehrenpflicht Berlins, sich seiner sozialdemokratischen Abgeordneten zu entledigen. Alles Andere ist dieser Partei Nebensache. Obwohl jeder einsichtige Politiker es weiß, daß es der Reaktion bei den Neuwahlen weniger darum zu thun ist, die 12 sozialistischen Reichstagsabgeordneten aus dem Reichstage zu entfernen, als vielmehr darum, die Volksrechte im Allgemeinen zu beschneiden, dem Reichstage das Einnahmebewilligungsrecht zu nehmen, 300 bis 400 Millionen Mark indirekte Steuern mehr zu erheben, Schutzzoll und Monopol einzuführen, sinnen die Politiker der Fortschrittspartei hauptsächlich darüber nach, wie es ihnen in Berlin wohl gelingen werde, zwei Reichstagssitze von den Sozialisten zurückzuerobern, die in all' den oben berührten Fragen doch gleichfalls gegen die Reaktion stimmen. — Die Fortschrittspartei ist eben eine kleinliche spießbürgerliche Kirchthurmspartei, die sich an Einsicht gegenwärtig selbst von nationalliberalen Organen übertreffen läßt, die den drohenden Ernst der Situation überschauen, sich mehr nach rechts, als nach links wenden, obwohl ja selbstverständlich auch bei ihnen die Sozialdemokratie gegenwärtig als Prügelknabe herhalten muß.

Als etwas allgemein Bekanntes ist jetzt schon anzusehen, daß Fürst Bismarck geäußert hat, er wünsche den Nationalliberalen bei den Neuwahlen eine recht tüchtige Niederlage.

Was sagen Sie dazu, daß uns der römische Papst auch einer besonderen Kriegserklärung für würdig erachtet hat, indem er allen seinen Anhängern in Deutschland empfiehlt, bei den Neuwahlen gegen uns Front zu machen? Nun wird das kindische Geschrei von dem Bündnisse der Schwarzen und Rothen wohl bald verstummen, da voraussichtlich Herr von Bismarck das ihm so angetragene indirekte Wahlbündniß des Papstes wohl annehmen dürfte. Die „Kölnische Zeitung" ist nicht sehr erbaut über eine solche Einmischung des Papstes im großen Sozialistenvertilgungskriege. Es vereinigt sich dabei allerdings eine sehr nette und gemischte Gesellschaft. —

Auch nicht eine Thatsache ist bis jetzt vorhanden, welche auf ein Complott bei dem Nobiling-Attentat hinweist. Alles was man bis jetzt mitgetheilt hat, beruht auf Unwahrheit. Den liberalen und conservativen Zeitungen wird es jetzt bald selbst angst und bange mit ihren Lügen — jede Nachricht, die sie gebracht haben, müssen sie dementiren; dabei schimpfen sie auf ihre eigenen Reporter. Der in Braunschweig auf das Zeitungsgeschrei hin verhaftete Fränkel ist als „Nicht-Complice" schon wieder entlassen worden. Um jeden Preis aber ein Complott! Deshalb heißt es jetzt, daß der intime Freund von Böhmert, Herr Christian Hansen, ein National-Däne sei und sich als solcher mit dem Kosmopoliten Nobiling verbündet habe, als ein entschiedener Gegner der Annexion Schleswigs durch Preußen. Viktor Böhmert mag sich bei seinen liberalen Freunden für eine solche Zusammenstellung bedanken. Auch tauchen jetzt wieder Gerüchte auf, daß polnischer Einfluß, ja türkischer Einfluß bei dem Attentat vorhanden gewesen sei. Der Kaiser ein Freund Rußlands, der Kronprinz mehr englischen Einflüssen unterworfen — so combinirt man Alles zusammen, um ein Complott um jeden Preis fertig zu bringen. Da es nicht vorhanden ist, so muß es eben gemacht werden.

Ein großer Schrecken ist der Gesellschaft in die Glieder gefahren, als sie durch ihren Uebereifer, durch die Denunziationswuth, von der sie ergriffen, mit der Nase auf die große Ausbreitung der Sozialdemokratie gestoßen worden ist. Jeder, der sich unliebsam gegen die gegenwärtige Strömung äußert, gilt eben für einen Sozialdemokrat. Schulkinder sind auf verschiedene Aeußerungen von ihren Lehrern in einem „amtlichen" Verhör gefragt worden, ob sie der sozialdemokratischen Partei angehörten; eine Anzahl Gymnasiasten ist von den Schulen entlassen worden; Studenten wurden verhaftet; Soldaten sind zu Festungsstrafe verurtheilt worden und auch unter den Beamten hat man einige ergriffen und bestraft.

Hier in Berlin giebt man sich besondere Mühe, die Arbeiter einzuschüchtern. Man droht mit Entlassung aus der Arbeit, wenn sie ihre Ueberzeugung nicht verleugnen. Bedenkt man, daß die meisten der Fabrikanten hier zur Fortschrittspartei gehören, so kann man sich ein Bild machen von der Einwirkung, den die „Freiheitslehren" dieser Partei auf ihre Mitglieder gemacht haben.

Von nun an, da es zur Wahl geht, werde ich wieder ab und zu Ihnen einen Brief von hier senden.

— Einige vernünftige gegnerische Stimmen ertönen hin und wieder in dem allgemeinen Verfolgungsgeheul. Schon der Gerechtigkeit wegen halten wir uns verpflichtet, unsern Lesern von denselben Kenntniß zu geben. So läßt sich der „Staatssozialist" (Nr. 24) aus Paris „Zum Sozialistengesetz" Folgendes schreiben:

„Gestatten Sie einem zur Zeit in Paris sich aufhaltenden Deutschen, Ihnen von hier aus einige Beiträge zur weiteren Behandlung der sozialdemokratischen Frage zu liefern. Nicht ohne Ueberraschung habe ich nämlich aus den Verhandlungen des Reichstages über das sogenannte Sozialistengesetz den Eindruck gewonnen, als ob die Redner der verschiedenen Parteien von der Voraussetzung ausgingen, daß man in Frankreich, namentlich unter dem Kaiserthum Napoleons III., den Sozialismus und die Commune durch allzu große tadelnswerthe Milde und Nachsicht groß gezogen habe und daß daher, wenn man ähnliche Eruptionen vermeiden wolle, nichts dringender geboten sei, als auf dem Gebiete des Preß-, Vereins- und Versammlungswesens die möglichste Beschränkung und die strengste Ahndung jeder Ausschreitung eintreten zu lassen. Wenn man wie ich nicht nur den beregten Ereignissen selbst, sondern auch deren Entwickelung näher gestanden hat, so weiß man in der That nicht, was man an einer derartigen Darstellung mehr bewundern soll, ob die Unwissenheit oder Naivetät. Was man auch dem Kaiser Napoleon III vorwerfen mag: durch zu große Milde gegen die Sozialisten hat er nicht gesündigt, und die sogenannten „Sicherheits-Gesetze" sollten es billig Jedermann verbieten, die Ausschreitungen der Commune auf eine zu laxe Handhabung der Polizei und Criminal-Justiz zurückzuführen. In der Wirklichkeit verhält es sich vielmehr fast umgekehrt. Man hat in Frankreich das Möglichste an Beschränkung und Repression geleistet und nicht trotzdem, sondern gerade um deswillen hat die soziale Bewegung dort den Charakter der Commune angenommen und ist abermals, seit längerer Zeit unter der Oberfläche vorbereitet, in der Weise und mit der Macht eines elementaren Ereignisses aufgetreten. Hüten Sie sich davor, dies in Deutschland nachzuahmen. Je weniger man von der Thätigkeit der Sozialdemokratie öffentlich wahrnimmt, desto eifriger und gefährlicher ist ihre geheime Minirarbeit und es ist nichts, als die Uebersetzung des Grundsatzes der alten französischen Gesellschaft: Après nous le déluge, wenn man seine Hoffnung und seinen Trost darin findet, sich selbst die Augen und Anderen den Mund zu verschließen."

Nun! Was sagt Ihr denn dazu, die Ihr jede freie öffentliche Regung einer großen Partei unterdrücken wollt?

Die „Dresdener Nachrichten" erheben gleichfalls ihre Stimme zu ruhiger Mahnung in der allgemeinen Verwirrung:

„An der Erschütterung des Rechtsbewußtseins und der Lockerung der sittlichen Kräfte haben alle Parteien ohne Ausnahme gearbeitet. Wähne man doch nicht, daß solche schwere Zeiten, wie wir sie seit einem Dutzend Jahren erleben, die politischen Neubildungen, das Entthronen von angestammten Fürsten, die ewigen, immer blutiger werdenden Kriege, der Kulturkampf und der Börsenschwindel und die Taumelperiode von 1870—73, sowie der jetzige Krach nicht ohne schwere Einbuße von Rechtsbegriffen und Sittlichkeit an einem Volke vorübergehen. Die Greuelscenen des letzten russischen Krieges haben überall den Werth des Menschenlebens als gering erscheinen lassen. Hier bedarf es eines Appells an die sittlichen Kräfte der Nation, die wohl eine Zeit lang zum Schweigen zu bringen sind, aber doch immer wieder erwachen."

Auch wir haben die jüngsten Kriege oft genug verantwortlich gemacht für die vielen Rohheiten und Ausschreitungen, für den geringen Werth, den ein Menschenleben jetzt bei einer großen Zahl der Bevölkerung hat.

Deutsche Schweifwedelei in London

ergötzlich geschildert von einem deutschen Schweifwedler im „Londoner Journal" vom 1. Juni.

Gleich nach der Ankunft des Kronprinzen in London machte sich in den Kreisen der hiesigen, nach vielen Tausenden zählenden Arbeitern der Wunsch nach einer Begrüßung und Beglückwünschung des Kronprinzen geltend. Aus den Reihen der Arbeiter aller Klassen traten an Dr. Ernst Juch, den bewährten und unermüdlichen Freund der Arbeiter, zahlreiche Aufforderungen heran, sich an die Spitze einer loyalen Demonstration der Arbeiter zu stellen. Das Attentat in Berlin, verübt von einem verworfenen Migliede der Arbeiterwelt, mußte auf den Herzen der Arbeiter schwer lasten und so zornerfüllt sie auch die That und ihren Urheber verdammen mochten, so wollten sie es doch dem Kronprinzen sagen, daß die deutschen Arbeiter von den gleichen Gefühlen der Treue, Liebe und Aufrichtigkeit gegen das Kaiserhaus erfüllt sind, wie die ganze deutsche Nation und daß sie nichts gemein haben in Streben und Gesinnung mit jenem Missethäter, der seine Hand gegen ein geheiligtes theures Leben ausgestreckt hat! Dr. Juch rief sofort eine Privatversammlung ein, zu der die verschiedenen deutschen Arbeitervereine mehrere Abgeordnete entboten hatten. Aus dieser Versammlung trat ein Comité hervor, welches die Aufgabe übernahm, eine Massenversammlung deutscher Arbeiter einzuberufen, um durch dieselben eine Adresse an den Kronprinzen feststellen und eine Deputation wählen zu lassen, die der Ueberbringer ihrer Gesinnungen beim Kronprinzen sein sollte.

Diese Massenversammlung aller Arbeiter fand am 25. Mai im großen Saale des deutschen Clubs im Osten (77, Christian-street, E.) statt. Doch sollte sie keinen ruhigen Verlauf nehmen. Schon lange vor Eröffnung der Versammlung hatten sich im Saale zahlreiche Sozialdemokraten eingefunden, welche sich zur Aufgabe stellten, die Adresse nach ihrem Sinne abzufassen. Diese Herren hatten die Absicht, womöglich viele Anhänger für ihre Pläne zu werben, welche dahin gingen, den Kronprinzen durch eine sozialdemokratische Adresse über „die hohe Bedeutung ihres Princips freundschaftlichst" zu berathen (!) Wer da die Verhältnisse der sogenannten Sozialdemokraten kennt, wer da weiß, wie sie ihre Anhänger nur aus unreifen, arbeitsscheuen und überhaupt nichtsnutzigen Individuen recrutiren, Individuen, die ohne Verständniß für Staats- und Wirthschaftsleben Alles nach ihren hirnverbrannten Ideen einrichten wollen, und die in ihrer verbissenen Wuth ob der spöttischen Gleichgültigkeit, mit der die gebildete Welt ihrem kindischen und zugleich verworfenen Treiben zusieht, alle bestehenden Zustände mit roher Gewalt und Petroleum, Mord und Todschlag curiren möchten, kann sich einen Begriff machen von Kampfhähnen, die diese Partei zur Arbeiterversammlung entsendet hatte. Ueberhaupt hat London die zweifelhafte Ehre, die Blüthe der deutschen Sozialdemokratie zu beherbergen. Ausgerissene Jungen, die Deutschland heimlich verließen, theils weil sie dort nicht den gewünschten Boden für ihr Treiben gefunden, oder weil sie sich der Militärpflicht entzogen, oder aus andern gerade nicht ehrenden Gründen die Heimath verlassen mußten, kurz die Hefe der Sozialdemokratie hat sich in der englischen Metropole ein Stelldichein gegeben. Und unter diesen ragen die sogenannten Führer hervor, welche in schlauer Berechnung aus der Unwissenheit und Rohheit ihrer Anhänger Kapital schlagen und auf Kosten dieser Verblendeten ein Leben des Nichtsthuns und der Prasserei führen. Daß solche Elemente, die das einzige Dogma haben, daß Alles, was besteht, zu Grunde gehen muß, kein Herz haben für ein Vaterland, das sie ausgespien, daß sie dieses Vaterland hassen, ist nur zu sehr erklärlich. Diese Meute suchte nun in der Massenversammlung durch tolles Geschrei und wüsten Lärm jede geordnete Debatte unmöglich zu machen. Schon gleich nach Eröffnung des Meetings machten sich die Sozialdemokraten durch wüstes Schreien bemerkbar. Als der Vorsitzende sah, daß eine Versammlung mit solchen Störenfrieden sich nicht abhalten lasse, erklärte er die Sitzung vorläufig geschlossen. Dies war das Signal zu einem höllischen Scandal. Während die loyalen Arbeiter in Massen sich in den anderen Räumlichkeiten zerstreuten, versuchten die Sozialdemokraten eine Versammlung unter sich abzuhalten. Die Rädelsführer derselben übernahmen den Vorsitz und schwatzten tolles Zeug über Vaterland, Deutschthum und Loyalität. Ein Knirps aus Sachsen, Militärflüchtling, seines Zeichens Häringsverkäufer in einem kleinen Geschäfte, geberdete sich am tollsten und mit bestialischer Rohheit schimpfte und tobte er gegen Alles, um schließlich zu erklären, daß das ganze Attentat in Berlin ein bloßer Humbug sei und daß der elende Höbel von der Reaktion als Werkzeug gedungen wurde.

Die Mitglieder des Vereins sahen sich durch diese freche Verhöhnung des Gastrechtes, das sie den Arbeitern gewährt, verletzt und da die gütlichen Aufforderungen, den Saal zu räumen, fruchtlos blieben, begab sich der Präsident des Vereins zur nächsten Polizeistation, um den Saal von den rohen Verletzern des Gastrechts säubern zu lassen. Die Polizei leistete diesem Ersuchen Folge und sechs Polizisten führten die Krakehler zur Thür hinaus.

Erst als der Versammlungssaal von dieser infernalischen Bande um die Mitternachtsstunde geräumt worden war, konnten sich die anständigen Arbeiter wieder versammeln. Der Saal war von Hunderten von Arbeitern vollgestopft und gelang es nach einer Debatte, die bis zur dritten Morgenstunde dauerte, den Wortlaut der Adresse an den Kronprinzen festzusetzen und die Wahl einer Deputation von Arbeitern vorzunehmen.

Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz hatte die Geneigtheit kundgegeben, die Arbeiterdeputation Sonntag, halb 3 Uhr, im Palais der deutschen Botschaft zu empfangen. Offenbar hatte Se. Hoheit diesen Tag absichtlich gewählt, um den loyalen Arbeitern, welche doch an Wochentagen beschäftigt sind, keine Stunde der Arbeit und des Verdienstes zu entziehen. Zur festgesetzten Zeit fanden sich auch die Mitglieder der Arbeiterdeputation, begleitet von einem großen Anhange ihrer Gesinnungsgenossen, in der Botschaft ein. Die Arbeiterdeputation wurde dem Kronprinzen durch Dr. Juch vorgestellt und verlas ein Arbeiter folgende Adresse:

„Kaiserliche und Königliche Hoheit! Durchlauchtigster Kronprinz!

Deutsche Arbeiter Londons nahen unterthänigst Ew. Kaiserl. Königl. Hoheit, um in einem bedeutungsvollen Momente mit patriotischem Stolzgefühl dem sieggeweihten Sohne des Schöpfers deutscher Macht und Einheit ihre aufrichtige und loyale Huldigung darzubringen.

Als der Weherus von den Alpenhängen bis zu den Dünen der nordischen Meere die deutsche Heimath durchtönte, und in den Fernen der Welt ein Echo fand, das mit Entrüstung eine That des Wahnwitzes verdammte, und im schwellenden Chor den Dankesjubel für die Rettung des allgeliebten Kaisers verkündete, da hob sich die Brust des Arbeiters und zürnend wies er jegliche Gemeinschaft mit den Elementen des Aufruhrs gegen Thron und Staat, gegen den Segen ehrender Arbeit zurück.

Stets war die deutsche Arbeit bestrebt, der Welt die Anerkennung abzuringen, und ihre Söhne sind dankbewußt dem Fürstenhause, dessen Helden und Herrscher jederzeit als ihre mächtigen Schirmherren glänzten.

Und so bitten denn die Arbeiter Londons, im Vollgenusse der Macht und des Glanzes des geeinigten Vaterlandes, Ew. Kaiserl. Königlichen Hoheit den Ausdruck ihrer Treue und Ergebenheit gegen das erhabene kaiserliche Haus, in dem sie deutsche Macht und That, Pflicht und Arbeit verkörpert sehen, huldreichst entgegennehmen zu wollen."

Diese bündige und doch inhaltsvolle Adresse, in der jedes Wort Gedanken umfaßt, welche die Hohenzollern als die mächtigen Schirmherren der Arbeit feiert, in denen die Arbeiter die Arbeit und Pflicht das Deutschthum verkörpert sehen, machte sichtlich auf den Kronprinzen und seine hohe Gemahlin, welche in Begleitung des Botschafters und der Botschaftsbeamten waren, den angenehmsten Eindruck. Als der Kronprinz die Adresse ent-

Die „Wiener Freie Presse“ brachte über die Ausnahmegesetze einen langen Artikel, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„So leichtfertig darf man Parteien und Individuen nicht durcheinanderwerfen, wenn man nicht das Volksleben vergiften und den Staat zu einem einzigen großen Zuchthause machen will. Wie wäre es denn zum Exempel, wenn diese Sozialdemokratie sich darauf beriefe, daß einst auch der deutsche Reichskanzler selbst es nicht verschmähte, mit ihr Händedrücke zu wechseln und auf ihre Allianz zu speculiren? Ist Bismarck nicht geneigt gewesen, sich mit Ferdinand Lassalle gegen den bürgerlichen Liberalismus zu verbünden; hat er nicht sogar mit dessen unvergleichlich inferiorem Nachfolger J. B. v. Schweitzer durch seinen Amanuensis Wagner unterhandelt, um mit dem „dröhnenden Schritt der Arbeiter-Bataillone“ und der „Magenfrage“ die Bourgeoisie zu schrecken? Und wenn nun heute diese Partei als vogelfrei erklärt, wenn die Polizei, die ohnehin des Guten bereits zu viel gethan hat, gegen sie losgelassen wird, darf sie nicht erklären, daß einst auch Herr v. Bismarck sich nicht zu stolz fühlte, um sie für seine Interessen und Absichten auszubeuten?“

„Ausbeuten zu wollen?“ — so muß es hier heißen. Wäre Herrn Bismarck eine Ausbeutung der sozialdemokratischen Partei gelungen, so würde dieselbe jetzt ihm und seinen Genossen und auch wohl kaum der Bourgeoisie keinerlei Kopfschmerzen mehr machen. — Der Staat, „ein einziges großes Zuchthaus“! Nun, das wäre die herrliche Krönung des herrlichen deutschen Reichs, auf welche man schon längst wartet. Eine solche Krönung allerdings verdienen alle Diejenigen, die jetzt in ihrer Berserkerwuth dem Recht und der Freiheit den Todesstoß versetzen wollen.

— **Wie's gemacht wird.** Um zu beweisen, daß „die Situation sich seit dem zweiten Attentat wesentlich verändert“ hat und der gesinnungstüchtige Nationalliberalismus also berechtigt ist, seinerseits eine „wesentliche Veränderung“ vorzunehmen und in der Ausnahmegesetz-Frage den Rock sammt der Haut zu wechseln, schreibt die „Weser-Zeitung“: „Verändert hat sich die Situation ganz wesentlich durch die Stellung, welche die sozialdemokratische Partei selbst als solche, d. h. in ihrer Tagespresse und in ihren Versammlungen zu den schrecklichen Ereignissen vom 11. Mai und vom 2. Juni öffentlich eingenommen hat. Die sozialdemokratische Partei hat diese Dinge, welche die gesammte civilisirte Welt mit Bestürzung und Abscheu erfüllten, systematisch als ein Thema des Spaßes, als Bagatelle, als natürliche Frucht der bestehenden Weltordnung behandelt und in solcher Behandlung täglich ihrem zahlreichen Publikum vorgeführt.“ Das ist unverschämt gelogen. Das Lehmann-Attentat mit dem 8-Mark-Sackpuffer und den bis heute unentdeckten Kugeln wurde allerdings von der Sozialdemokratie nicht ernst genommen — aber das wußten die nationalliberalen Abgeordneten, als sie das Lehmaungesetz ablehnten. Dagegen ist das zweite Attentat von unserer gesammten Presse sehr ernst genommen, und auch nicht in einem einzigen Falle frivol behandelt worden. Dieser Versuch, auf Kosten der Sozialdemokratie die servile Fügsamkeit des Nationalliberalismus entschuldigen zu wollen, muß also für gänzlich mißlungen betrachtet werden. —

Ein anderes nationalliberales Organ, der „Rheinische Courier“, macht uns den umgekehrten Vorwurf: „Die Entrüstung, welche wir über die Attentate zur Schau trügen, stünde uns schlecht, denn sie sei eitel Heuchelei.“

Bald wirft man uns vor, daß wir nicht entrüstet seien, bald daß wir zu viel Entrüstung zur Schau trügen. Der eine Vorwurf widerspricht dem andern und hebt ihn auf — gleich verleumderisch sind beide.

— **Dementi.** In einem der „Magdeburgischen Zeitung“ zugegangenen Briefe erklärt der Gastwirth zum „Pelican“ die Nachricht für falsch, daß der Attentäter Nobiling vor etwa vier Wochen in seinem Gasthofe verkehrt und mit Arbeitern dort sozialdemokratische Gespräche geführt habe. Er kenne Nobiling gar nicht und habe niemals solche Gespräche in seinem Hause gehört. — Die meisten Tartarennachrichten über Nobiling, das Complott, die Zugehörigkeit des Mörders zur Sozialdemokratie, werden in dieser Weise bald dementirt. Die Aufregung aber und der Haß gegen die Sozialdemokratie, auf welche es den unfeindlichen Blättern allein ankommt, sie bleiben bei Manchen. Doch könnten sich Aufregung und Haß bei ruhiger Ueberlegung sehr bald gegen die „Macher“ wenden.

— Der „Dresdener Sozialdemokrat“, welcher nach einer freiwillig den Behörden gemachten Mittheilung unserer Dresdener Parteigenossen, Nobiling in Berlin besuchte (S. vorletzte Nr.), ist Ciseleur August Paschky. Derselbe schreibt in einer „Erklärung“ an die nationalliberale „Dresdener Zeitung“:

„In Ihrer Nr. 181 (Morgenausgabe) beschäftigen Sie sich im Leitartikel mit dem Dresdener Sozialdemokraten, welcher den Attentäter Nobiling in Berlin besuchte. Dieser „Dresdener Sozialdemokrat“ bin ich. Meine sehr oberflächliche Bekanntschaft mit Nobiling stammt keineswegs aus der Partei (wo derselbe mir nur einmal und zwar als Gegner erschien), sondern aus dem statistischen Seminar des Herrn Professor Böhmert, dessen Vorlesungen wir Beide besuchten. Als Nobiling nach Berlin kam, suchte er mich einmal in meiner Mutter Wohnung auf und lud mich zu einem Besuche ein, den ich ihm am nächsten Tage in seiner Wohnung Unter den Linden machte. Hierbei fiel jenes von Ihnen erwähnte Gespräch vor. Die Frage nach der Trefflichkeit des Gewehres war bei der Beschäftigung Nobiling's mit einer neuen, sehr eleganten, eigenartig construirten Waffe sehr natürlich. Daß Nobiling gelegentlich seiner Aeußerung über den Selbstmord mir den Namen des „mitzunehmenden Großen“ genannt oder überhaupt auch nur eine Anspielung gemacht hätte, welche mich darauf hätte schließen lassen können, daß er seinen Ausspruch ernst nehme, bezw. sogar selbst in's Praktische übersetzen wolle, ist unwahr. Auf die Schlußfolgerungen Ihres Artikels betr. des „Einverständnisses ꝛc. will ich nicht eingehen, da sie ohnehin nicht substanzirt sind.“

— Ueber die Erregung, welche in Soldatenkreisen herrscht, in den oberen und in den unteren, haben wir zwei besonders bezeichnende Mittheilungen zu machen. Die liberale „Tilsiter Zeitung“ schreibt:

„Als in Tilsit am 5. Juni das Dragoner-Regiment vom Exerzierplatze zurückkehrte, führte der Commandeur, Herr Oberst-Lieutenant Manché, dasselbe auf den freien Platz vor der Hauptwache, ließ ein Quarré bilden und hielt nun eine warme Anrede an die ihn umringenden Soldaten, die in ihrem ersten Theile auch die zufällig dort versammelten Bürger, Kaufleute und Gewerbetreibende der nächsten Nachbarschaft erwärmte. Alle fühlten mit ihm die Schmach, daß auch Preußen einen feigen Mörder erzeugt habe, daß sich das menschliche Herz zu so grauser Unthat vergessen konnte. Dann aber, als er die Schuld davon der liberalen Partei und den von ihr ausgehenden Ideen zuschrieb, deren Vernichtung allein dem Volke das Gefühl der Vaterlandsliebe und Ehre wieder schaffen könne, als er wörtlich sagte: „Soldaten, an uns ist es jetzt, die Scharte auszuwetzen und Rache zu nehmen für die Unthat“; als er ferner „die Dragoner“ aufforderte, nie zu vergessen, daß sie einst des Königs Rock getragen und mit ihm einzustimmen in ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser, — da war es Vielen der Umstehenden, als hätten sie ein kaltes Sturzbad bekommen, während Andere ihre Hüte schwenkten, in das Hoch der Soldaten kräftig einstimmend.“

Ja, wenn es den Liberalen an den Kragen geht, dann zetern und jammern sie — da Hiebe von oben schmerzen; sie aber führen die Hiebe nach unten so viel sie nur immer können. So schreiben die liberalen Blätter aus Oldenburg vom 9. Juni:

„Ein wirklich überraschendes und unerhörtes Ereigniß hat sich hier heute Morgen zugetragen, was wohl verdient, in den weitesten Kreisen Beachtung zu finden. Als heute Morgen beim Gottesdienst in der Garnison-Kirche der Divisionspfarrer Dr. Brand in seiner Predigt die Sozialdemokratie erwähnte, einen wie verderblichen Einfluß sie ausübe und wie sie alle Moral untergrabe, entstand plötzlich ein fürchterliches Murren und Gebrumm, welches von den zur Kirche commandirten Dragonern ausging. Die Infanteristen und Artilleristen, welche ebenfalls zur Kirche commandirt waren, verhielten sich jedoch vollständig ruhig. Die Untersuchung ist im Gange. 6 Mann wurden vorläufig nach Nummer Sicher gebracht.“

Das ist ja selbstverständlich, daß die Soldaten nicht murren durften, als der Priester über die Sozialdemokratie herzog; hätten sie gemurrt bei der Rede des Regimentscommandeurs, so wäre ihnen ungetheiltes liberales Lob gespendet worden.

— Die Complottjäger sind in Verzweiflung. Wo nichts ist, hat nicht blos der Kaiser, sondern auch der Stieber sein Recht verloren. Und das Complottmachen hat seine Schwierigkeiten, wenn Einem auf die Finger gesehen wird —: wie Figura soeben in London gezeigt hat. Schon enthalten einzelne Spitzelorgane die kleinlaute Notiz, man werde wohl nichts finden, der Beweis eines Complotts sei sehr schwer führen. Kurz Stieber scheint am Ende seines Lateins. Damit nun das Publikum hübsch in der nöthigen Aufregung verbleibt, werden Alarmnachrichten schockweise veröffentlicht. Hier Verhaftungen, dort Verhaftungen, überall Verhaftungen, natürlich mit dem „Attentat“ zusammenhängend; auf Schildwachen geschossen; kurz in allen Ecken Bassermann'sche „Gestalten“ und Bismarck'sche „Vorboten der Revolution“. Und wenn man zugreift und untersucht, was an den Alarmnachrichten denn eigentlich Wahres ist, so bleibt nichts in der Hand.

Nun, selbst der dickschädligste Spießbürger muß nachgerade dahinter kommen, daß nur auf seinen Dickschädel spekulirt wird und es dürfte bald eines neuen Zug- und Hetzmittels bedürfen? Für die 6 Wochen bis zur Wahl hält Nobiling nicht mehr vor. Wir müssen uns also auf weitere — Ueberraschungen gefaßt machen.

— Alles gelogen! Die Berliner Zeitungen brachten die Nachricht, — und die Nicht-Berliner Blätter druckten dieselbe schleunigst nach — daß Dr. Nobiling Mitglied des „Mordclubs“ (die Zeitungen entstellten kalauernd das Wort in „Mordclub“) in Berlin gewesen sei. Der Vorstand dieses Clubs erläßt nunmehr die Erklärung, daß diese Nachricht erlogen sei. — Auch hatten dieselben Blätter in einem Rentier Hund aus Brasilien die „Goldader“ der sozialistischen Partei in Berlin entdeckt; nach Zeugenaussagen des genannten Herrn wiederum erlogen. Doch trotz alledem wird weiter „reportert“. Ein Lügner und ein Reporter ist nämlich jetzt im Volksmunde ganz dasselbe.

— „In Paris ist bei einem „Internationalen“ Haussuchung gehalten worden in Sachen Nobiling's“ blitzte der Telegraph vor einigen Tagen durch die Welt. Jetzt ist gewiß das Complott entdeckt. — Vielleicht, aber nicht das richtige. In dem Polizeinetz wurde allerdings ein Fischlein gefangen, jedoch kein böser Sozialdemokrat, sondern ein harmloser Grünling — der unglückliche und unvermeidliche Hansen. Natürlich ließ man das Fischlein nach einigem Zappeln wieder los; nun beschwert sich's in der „Kölnischen Zeitung“ über die „leichtfertigen Zeitungsnachrichten“, die ihm die kleine Ueberraschung bereitet. An andere „leichtfertige“, ja nichtswürdige Zeitungsnachrichten, die ganz andern Schaden angerichtet haben, denkt der gute Böhmertling nicht, ebensowenig wie die „Kölnische Zeitung“, die, um die Bismarck'schen Fußtritte von sich und ihrer Partei abzulenken, auf die Sozialdemokratie noch ärger schimpft und lügt, als selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

— Unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrheit“, bringt folgenden Nachruf:

Pfingsten, das Fest der Freude, ist vorüber, aber nicht mit frohen Gefühlen, mit tiefer Trauer treten wir an unsere Leser. Der Bravsten Einer ist von unserer Seite gerissen, unser theurer Freund, unser wackrer Gesinnungsgenosse

Carl Just

ist uns gestorben.

In ihm ist ein echter Proletarier verschieden. Kampf ist das Loos der Enterbten, Kampf, beständiger Kampf mit den widrigen Schicksalsmächten füllte auch den Lebenslauf des edlen Verstorbenen aus. Hervorgegangen aus der Hütte der Armuth hat er von frühester Jugend alle jene Unglücksschläge überwinden müssen, mit welchen die herrschende Gesellschaft die Mehrzahl der Erdenbürger verfolgt. Seine Lage war die des ausgebeuteten Arbeiters, im harten Streit um das tägliche Brod hat er sich plagen und mühen müssen, wie die anderen Proletarier alle.

---

gegengenommen, beantwortete er die Huldigung der Arbeiter wie folgt:

„Ich danke Ihnen für die Worte, welche Sie soeben im Auftrage der in London weilenden deutschen Arbeiter aus Anlaß der glücklichen Bewahrung Sr. Majestät des Kaisers vor Mörderhand an mich gerichtet haben, und werde mit Freuden der Vermittler dieses neuen Beweises innigsten Zusammenhangs zwischen unserm Volk und seinem Herrscher sein. — Es kann mich nur mit besonderer Befriedigung erfüllen, diese Kundgebungen aus Ihrer Mitte zu empfangen und die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die Deutschen aller Berufsklassen und wo sie auch leben, sich Eins fühlen in der Liebe und Anhänglichkeit an ihren Kaiser und das gemeinsame Vaterland.

Hier auf dem gastlichen Boden Englands, wo wir uns in diesem Augenblick vereinigt finden, bietet sich Ihnen ein reiches Feld für Ihre Thätigkeit, und Gelegenheit, manche große Aufgabe zu lösen, denn Sie sind Zeugen des großartigen Aufschwunges des Gewerbefleißes und der Industrie, welche hier ihre besondere Stätte gefunden, und können Erfahrungen sammeln, welche unserm Vaterlande zum Nutzen gereichen werden. Halten Sie auch auf Ihrem Gebiete unsern Namen in Ehren und bleiben Sie eingedenk, daß deutscher Fleiß nnd deutsche Arbeit stets und aller Orten die rühmlichste Anerkennung gefunden hat.

Nochmals danke ich Ihnen, daß Sie mich hier begrüßt haben und bitte diesen meinen Dank Ihren Genossen auszusprechen.“

Hierauf unterhielt sich das kronprinzliche Paar mit den Arbeitern in der freundlichsten und leutseligsten Weise. Die Herrschaften waren in der besten Laune. Die Weise des Kronprinzen in Volkskreisen volksthümlich zu sein, kam auch da zur vollsten Geltung. Ebenso bekundete die Kronprinzessin, deren ganzes Sein und Leben im deutschen Denken aufgegangen ist, ihre tiefe und herzliche Theilnahme für die Arbeiter. Für jeden Arbeiter hatten die hohen Herrschaften ein liebevolles Wort. „Beginn Du auf der andern Seite,“ rief der Kronprinz seiner Gemahlin zu, „während ich mich hier mit den Herren unterhalte.“ Nun fragte der Kronprinz jeden Arbeiter nach seiner Beschäftigung. Jeden erfreute der Kronprinz durch ein treffendes Wort. Zu einem Arbeiter aus dem Oldenburgischen sagte Se. Hoheit: „Dort ist ja kürzlich was Kleines angekommen.“ Einem Tischler bemerkte er: „Auch ich bin von diesem Handwerke.“ Als der Kronprinz von einem Arbeiter erfuhr, daß er Setzer des „Londoner Journal“ sei, da meinte er: „Nun, dann habe ich Ihnen wohl nichts Neues mitzutheilen, Sie wissen doch Alles früher und besser.“ Nicht minder und herzlich unterhielt sich die Kronprinzessin mit den Arbeitern. Sie erkundigte sich angelegentlich, ob die deutschen Arbeiter auch Gesang pflegen und ob ihre Kinder neben dem englischen Unterricht auch deutsch lernen und war erfreut zu hören, daß die Kinder deutsch und englisch lernen.

Als die Mitglieder der Deputation nach einer geraumen Zeit den Saal verließen, hatten sie nicht Worte der Bewunderung und des Hochgefühls genug über den warmen Empfang und versicherten ihren Gesinnungsgenossen, daß ihnen die Freundlichkeit, das Wohlwollen und die Güte des Kronprinzenpaares unvergeßlich bleiben werde.

Leider sollte dieser schöne und erhebende Loyalitätsakt nicht ohne Störungen ablaufen. Vor dem Palais der Botschaft hatten sich die Communisten und Sozialdemokraten in Masse eingefunden, und versuchten ein Meeting abzuhalten; da ihnen dies durch die Dazwischenkunft loyaler Arbeiter und das wilde Lärmen unmöglich gemacht wurde, setzten sie durch das Absingen der Marseillaise eine pöbelhafte Gegendemonstration in Scene und als sie mit ihrem Gebrüll zu Ende waren, vertrieben sie sich ihre Zeit damit, die Andersdenkenden zu insultiren. Sie hatten sich in einzelne Rudel vertheilt und beschimpften Jeden, der ihnen in den Weg trat. Sie suchten sogar in die Botschaft einzudringen, aus der sie durch Polizisten entfernt werden mußten. Als die Deputation herauskam, wurde dieselbe von der schamlosen Horde beschimpft und es wäre zu den schlimmsten Ausschreitungen und Schlägereien gekommen, wenn nicht zahlreiche Polizei die Ordnung aufrecht erhalten hätte. Trotzdem folgten die Sozialdemokraten einzelnen Mitgliedern der Deputation und insultirten sie in den Seitengassen in der unflätigsten Weise. Eine Zeitlang richtete die Horde ihre Infamie gegen einen katholischen Pfarrer aus Deutschland, den Patriotismus getrieben hatte, die Scene mitanzusehen. Der harmlose Mann wurde beschimpft und beleidigt, obwohl er allen Angriffen aus dem Wege zu gehen suchte. Die rohen Schreier riefen ihm Schmähworte zu und verhöhnten ihn, bis er sich aus dem Staube machte. Wieder zeichnete sich unter dieser Bande derselbe oben geschilderte Knirps aus Sachsen aus, der an der Spitze einer kleinen rothen Schaar schändliche Flüche ausstieß, Jedermann begeiferte und zur Austheilung von Schlägen aufforderte. Dieses freche Subject bedauerte, daß seine Partei nicht einige Fässer Petroleum mitgebracht habe!

Diese brutale Demonstration scheint den Anlaß zum Gerüchte von einem Attentat auf den Kronprinzen gegeben zu haben, das am Montag in Berlin circulirte. Als der Kronprinz die Botschaft verließ, wagte keiner dieser Petroleure nur ein Wort zu sprechen, denn die zahlreich versammelten deutschen Kaufleute hätten in ihrer Entrüstung über ein solch rohes Benehmen die Frechen zweifelsohne gelyncht. (?!)

Durch die gesammte deutsche Bevölkerung geht eine Stimme der Verdammung solcher Scenen der Communisten. Es erfüllt alle Welt mit Abscheu, daß deutsche Arbeiter so roh sein konnten, den gastlichen Boden Englands zu mißbrauchen. Die Communisten werden aber auch die Folgen ihrer gemeinen Ausschreitungen bald genug empfinden. Unter den deutschen Kaufleuten und Fabrikanten herrscht die Absicht, alle deutschen Arbeiter, welche Mitglieder der communistischen Vereine sind, zu entlassen und wird diese Maßregel schon in der nächsten Zeit zur Ausführung gelangen.

Die englische Presse (?) nimmt mit Entrüstung Akt von diesem Treiben der deutschen Sozialdemokraten auf englischem Boden. Der „Standard“ schreibt: „England öffnet gastfreundlich seine Thore den Flüchtlingen aller Länder und aller Meinungen, aber es wird nicht dulden, daß diese Gastfreundschaft mißbraucht werde. Die deutschen Sozialisten leben hier unbelästigt und unbewacht, aber Demonstrationen, wie die am letzten Sonntag, welche sich gegen einen fürstlichen Gast, den Gemahl einer Prinzessin von England richten sind unerträglich. Ob unter dem Namen des Sozialismus oder unter andern Namen, muß solche Schändlichkeit unterdrückt werden. Ein aufrührerischer (!) Mob wie dieser dürfte sich in Berlin nicht versammeln und auch hier ist es nicht erlaubt. Jedermann ist frei in seinen politischen und religiösen Meinungen, aber wenn Meinungen ihren Ausdruck in Gewaltakten finden, in Insulten fürstlicher Gäste, oder in Beschimpfungen loyaler Deputationen, dann soll das Gesetz zur Anwendung gelangen. Englands Gastfreundschaft ist groß und edel, aber sie duldet keine Ausschreitungen.“ (Der „Standard“ war bekanntlich das Opfer einer Stieber'schen Mystifikation — das einzige in England. R. d. V.)

In der That waren die Ausschreitungen mitunter gemein und thätlicher Natur. Unter Anführung einiger frechen Burschen, worunter namentlich ein gewisser Zadeck, ferner Siegel, May und Ehrhardt sich auszeichneten, überfiel man Herrn Schweitzer, Drucker des „Londoner Journals“ bei seiner Rückkehr von der Botschaft, schlug und trat ihn derart, daß er sich bis jetzt noch nicht erholt hat. Eine Droschke entzog ihn der Bande und wie wilde Thiere fielen sie über andere Mitglieder der Deputation her, bis diese entweder in einer Droschke oder Omnibus ihre Rettung gefunden (statt zu „lynchen“?).

So der deutsche Schweifwedler in London. Daß die deutschen Arbeiter in London mit diesem Patron und seinen Mitschweifwedlern nichts zu thun haben wollten und heftig gegen jede Gemeinschaft protestirten, kann ihnen Niemand verargen, der nicht selber an Rückgratverkrümmung leidet. (S. unsere heutige Correspondenz aus London.)

Aber Just war ein echter Proletarier, der nicht darniedergebeugt wurde von dem Elend des Lebens, der den Kopf stolz emporgerichtet unverwandt den hoffnungsreichen Blick auf eine bessere Zukunft richtete.

So schloß er sich, als er nach Beendigung des letzten Feldzuges aus dem Militärverbande ausschied, sofort der Arbeiterbewegung in Breslau an, um seit jenem Zeitpunkte alle Leiden und Entbehrungen mit uns zu theilen. Sein liebevoller, tröstender Zuspruch richtete uns oft in dem heißen Kampfe, den wir zu bestehen hatten, auf. Sein Wort gab uns Muth, sein kräftiges Beispiel begeisterte uns zur unentwegten Ausdauer. Und als der Wahlkampf 1877 entbrannte, da stellten ihn die Breslauer Arbeiter einstimmig an die Spitze des Lokal-Wahl-Comité's, und sie hatten eine gute Wahl getroffen. Denn seiner geschickten Leitung, seiner bewundernswerther Treue hauptsächlich dankt die Sozialdemokratie die überraschenden Erfolge, welche sie bei den letzten Wahlen in Breslau, ja in ganz Schlesien errungen hat.

Willig folgte der unermüdliche Streiter dem Rufe der Arbeiter, als sie ihn im Jahre 1877 ersuchten, die Redaktion der neubegründeten „Königsberger Freie Presse" zu übernehmen. Aber ach! den Todeskeim in der Brust trat Just sein Amt an. Die Erbschaft des Proletariats, die Lungenschwindsucht, befiel auch ihn und sie, die kein Opfer freiläßt, das ihr die Gesellschaft je in die Hände gespielt, schlug bald ihre dauernde Wohnstätte in unserem unglücklichen Freunde auf. Noch wäre es vielleicht gelungen, bei angemessener Pflege den Lebensfaden des Erkrankten um einige Jahre zu verlängern, da kam die Reaktion und entschied anders.

Rücksichtslos griff sie hinein in den Lebensgang des Braven, auf Grund einer sogenannten „Majestäts-Beleidigung" wurde Just am 6. Juni d. J. in Königsberg vom Krankenlager hinweg verhaftet. Sofort verschlimmerte sich sein Zustand derartig, daß das Schrecklichste zu befürchten war, und man entließ ihn am 8. Juni aus der Untersuchungshaft.

Es war zu spät. 24 Stunden nach seiner Entlassung war Just gestorben. Arbeiter, entblößt Euer Haupt, wenn Ihr an unseren braven Kampfgenossen denkt. Vergeßt nicht, dieser Todte ist für Euch gestorben. Sein Tod sagt Euch, wie Ihr leben sollt.

— Genosse Reisser in Bremen ist wieder aus der Haft entlassen worden. — Parteigenosse Tischer in Görlitz wurde verhaftet — Unsere Genossen Schneidt und Wolf in Barmen sind gleichfalls verhaftet worden. — Auch bei dem Genossen Rittinghausen ist Haussuchung abgehalten worden, natürlich ohne Erfolg. — Parteigenosse Trost in Kleinzschocher bei Leipzig ist wegen „Gotteslästerung" zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Am 11. Juni wurde in Ingolstadt Genosse Hermann Lange in einer Volksversammlung verhaftet; desgleichen wurden in Berlin ein Mitglied des Berliner Nordklubs, Goris, und ein früheres Mitglied, Kohn, am 12. Juni ohne Angabe eines Grundes verhaftet.

Correspondenzen.

London, 7. Juni. Die Infamie und Schamlosigkeit, womit die gegnerische Presse innerhalb und außerhalb Deutschlands die Sozialisten Londons bewirft, drängt mich zu einer kurzen Berichtigung. Auf Sonnabend den 25. Mai berief die Redaktion des seit einem Vierteljahre hierselbst bestehenden „Londoner Journals" eine Massenversammlung deutscher Arbeiter ein, um über eine Loyalitätsadresse an den deutschen Kronprinzen, sowie über die Verurtheilung und Vernichtung der Sozialisten zu berathen. Die Sozialisten aber waren in einer Anzahl von 400 Personen erschienen, wählten trotz des bübischen Skandalirens der Journalmänner ein Bureau aus der Mitte der Versammlung. Es wurde alsdann die Tagesordnung gründlich berathen und zum Schluß eine Resolution angenommen, welche besagte, daß in Anbetracht der gegebenen Verhältnisse eine Loyalitätsadresse der gesammten deutschen Arbeiter Londons nicht am Platze sei, und zwar unter dem Hinweis und der entschiedenen Mißbilligung der deutschen Regierungsvorlage gegen die Sozialisten. Allen Abgeordneten des deutschen Reichstags aber, die für Verwerfung derselben gestimmt haben, wurde die vollste Anerkennung gezollt. Die Resolution wurde von über 400 gegen 8 Stimmen angenommen. — Nachdem die Versammlung in größter Ruhe auseinandergegangen war, verbreitete sich das Gerücht, die „Macher" wollten, trotzdem sie einen solch unzweideutigen Ausdruck der Londoner Arbeiter sahen, doch den Deputationshumbug in Scene setzen. Deshalb versammelte sich auch am Sonntag den 26. Mai eine große Volksmenge vor dem Botschaftspalais, um jene Fälscher zur Rede zu stellen, wer sie beauftragt habe zu ihrer Mission. Doch durch den Grafen Münster erhielten die „Vertreter der gesammten Londoner deutschen Arbeiter", um sie dem Anblicke der Masse zu entziehen, durch die Stallthür Eingang in's Palais, worauf dieselben aus den Fenstern des Palais in Nasen- und Fratzenmachen auf die unterstehende Menge sich ergingen, die indeß ruhig der Dinge harrte. Der Kronprinz konnte unmöglich von solchem Skandal unterrichtet sein, denn soviel steht fest, daß er es dann verschmäht haben würde, einer Handvoll Geschäftspolitiker Gelegenheit zu ihrem „Handwerk" zu geben. — Die Menge verlangte an dem Palais eine offizielle Persönlichkeit zu sprechen, um den Kronprinzen von dem Sachverhalt zu unterrichten, was nicht gestattet wurde. Der einzige Weg war deshalb — um, wie die „Macher" sich ausdrückten, den wahren Ausdruck todtzuschweigen — das Demonstriren. Sozialistische Redner protestirten deshalb in kurzen Reden, daß es der Menge fern liege, gegen den Kronprinzen zu demonstriren, vielmehr gelte die Demonstration lediglich den Arbeiterverräthern. Unter Absingen der Marseillaise verließ die Menge den Platz. Daß der Ruf laut geworden sei: „Nieder mit dem Kronprinzen", ist eine infame Verleumdung. Als der Kronprinz ankam, durchschritt er freundlichst grüßend die ihn umstehende Menge, die anständig und gesittet wieder grüßte. — Dr. Juch hat die deutsche Deputation eingeführt; derselbe hat früher eine deutsche Zeitung, den republikanischen und königsmörderischen „Hermann", hierselbst redigirt, und sich dann die Stiefel bis auf die Socken im Dienste aller Parteien abgelaufen. Dr. Juch war wüthender Republikaner und verherrlichte den Sohn C. Blind's, der einen Meuchelmordversuch auf Bismarck machte, in überschwenglicher Weise. Vor kurzer Zeit gründete er das „Londoner Journal", das sich alle erdenkliche Mühe giebt, den jetzt preußisch gewordenen „Hermann" zu verdrängen, um selbst aus dem Reptilientopfe zu fressen. Graf Münster scheint den übel verrufenen „Hermann" auch bereits überdrüssig zu sein, denn er begünstigt die neue Clique. Die Redaktion des „Londoner Journal" hat sich übrigens auch als gemeine Revolverpresse vor 5 Wochen für 5600 Fr. an die rumänische Regierung verkauft, um deren Interessen hier zu vertreten. Ein gewisser Schweitzer, der Compagnon Juch's, wurde ferner in unserer Vereinsversammlung der 2. Sektion von einem gegenwärtig noch bei ihm beschäftigten Redakteur öffentlich als gemeiner Betrüger bezichtigt. Schweitzer sagte zu uns vor Eröffnung der Versammlung am 25. Mai, daß die ganze Adresse weiter keinen Zweck habe, als daß einige Arbeiter den Kronprinzen sehen sollten und er ein Geschäft mache. Drei Mitglieder der Deputation waren sogenannte Louis, die in jenen Kneipen Whitechapels, in welchen den „grünen Deutschen" das Hemd vom Leibe gezogen wird, ihr Dasein fristen. Ich könnte Ihnen noch ganze Annalen über diese Sippe, die mit wenigen Ausnahmen ihrer Führer würdig sind, anführen. Ich frage Sie aber, ist eine solche Bande würdig, die deutschen Arbeiter zu vertreten? — Auch wodurch das „Kronprinz-Attentat" in Scene kam, will ich Ihnen erzählen. Als in der am 25. Mai stattgehabten Versammlung Bürger Cilinsky das Unsinnige eines Attentats betonte, da ja dem Kaiser der Kronprinz folge ꝛc. ꝛc. und die Mißstände in der gesellschaftlichen Einrichtung selbst lägen", erscholl bei Nennung des Namens des Kronprinzen der Ruf: „Erschießen wir ihn." Auf meinen Antrag wurde dies sofort constatirt und durch Zeugen festgestellt, daß der von Dr. Juch und Schweitzer ꝛc. eingesetzte Clubhauswirth (Herbergsvater)*) die Aeußerung that, weshalb er von Seite des sozialistischen Büreau aufgefordert wurde, sofort das Lokal zu verlassen. Den anderen Mittag 2 Uhr soll der Schriftsetzer (im „Journal") Schäffle das mysteriöse Telegramm spedirt haben in der Ueberzeugung, es würde ein Attentat vollzogen. Für diese Gemeinheiten erhielten nun allerdings jene Buben die beste Lektion — eine Tracht Prügel. Dr. Juch hat alsdann einen von ihm selbst abgefaßten Bericht an den hiesigen „Standard", das gemeinste aller hiesigen Organe gegen die Sozialisten, eingesandt, wodurch die Lügen dann auch weiter in die deutsche Presse kamen. — Der Kronprinz hat den hier anwesenden Berliner Polizeipräsidenten Madai beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen, was auch unser sehnlichster Wunsch ist, und will ich mit dieser Mittheilung schließen, indem ich noch betone, daß es den Sozialisten ferne liegt, irgendwie Jemand zu hindern in seinem Willensausdruck, daß sie aber nimmermehr zugeben werden, daß Schandbuben im Namen der deutschen Arbeiter devote Adressen aus purer Geschäftspolitik überreichen.

F. J. Ehrhart.

Leipzig, 10. Juni. Die Hetzerei gegen die Sozialdemokratie ist in vollem Schwange, und wie immer ist es in erster Linie die „liberale" Presse, die, ihrem Namen Ehre machend, mit vollen Backen in das Denunziationshorn bläst. Nicht genug, daß man die Sozialdemokratie für den Nobiling'schen Wahnsinn verantwortlich macht und nach Ausnahmegesetzen, polizeilichen und gerichtlichen Gewaltmaßregeln schreit, das liberale Spießbürgerthum, das Jahre lang zu feig war, der Sozialdemokratie in offner Versammlung Mann gegen Mann gegenüber zu treten und den „utopistischen Wahnsinn" zu widerlegen, ist plötzlich von einer Art Berserkerwuth befallen, sobald es den Namen Sozialdemokratie hört und bringt als echtes Zeichen seiner Bildung die bekannte Knüppeltheorie in Anwendung, indem es sozialistische Versammlungen sprengt, sozialistische Redner nach rüder Bubenart insultirt. Aus Wiesloch in Baden, Duisburg, Merseburg, Halle, Bromberg und anderen Orten liegen derartige Nachrichten vor; in Merseburg gab sogar, wie schon erwähnt, ein Reichstags-Abgeordneter, der nationalliberale Rechtsanwalt Wölfel, den Ton zur Hetze an und die Polizei fand es für angemessen, sobald der Skandal losging, das Lokal zu verlassen.

Die „liberale" Presse hat für alle diese Scheußlichkeiten kein Wort des Tadels, sie sucht vielmehr durch die Art, wie sie solche Nachrichten verbreitet, das Spießbürgerthum zu weiteren derartigen Heldenthaten anzuspornen und damit die Rohheit zum Maßstab guter patriotischer Gesinnung zu machen.

Eine andere womöglich noch gemeinere und in ihren wahrscheinlichen Folgen höchst bedenkliche Hetze gegen die Sozialisten besteht darin, daß man in der schamlosesten Weise direkt und indirekt die Arbeitgeber aufhetzt und anstachelt, alle sozialistischen Arbeiter zu entlassen. Es handelt sich hier um viele Hunderttausende von Männern, die man ihrer politischen Ueberzeugung wegen aufs Pflaster werfen will und zwar in einer Zeit, wo Arbeitslosigkeit überall herrscht und die so Geächteten äußerst schwer ein Unterkommen finden. Was die reaktionären Regierungen nur einzelnen ihrer Beamten gegenüber, deren politische Gesinnung ihnen nicht behagte, gethan und dafür die allgemeine Entrüstung geerntet, das will dieser „Liberalismus" en masse in Scene setzen. Haben sich denn diese liberalen Schreiber, voran die Leipziger Firmen Biedermann—Brockhaus und Hüttner—Bodeck des „Leipziger Tageblattes", auch klar gemacht, was die Folgen einer solch scheußlichen Hetzerei sein können, ja sein werden? Begreift man nicht, daß dies die gewaltsamste Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten einer Klasse gegen die andere ist, die es giebt? Begreift man nicht, daß, wenn Hunderttausende von Menschen durch solche Hetzereien für völlig vogelfrei erklärt werden, der Haß und der Zorn aufs äußerste erregt wird und leicht das Schlimmste passiren kann? Wo sind die Staatsanwälte, die dem heillosen Treiben dieser liberalen Schreier entgegentreten, das an Aufreizung einer Klasse gegen die andere Alles übertrifft, was bisher überhaupt geleistet worden ist?

Die Polizei, die jetzt überall „dabei" ist, sollte doch einmal hören, was für eine Stimmung in weiten Volkskreisen die Hetzereien à la Hüttner-Bodeck-Biedermann erzeugt, vielleicht begreift sie dann, daß es die höchste Zeit ist, diesem bubenhaften Treiben, das eine Schmach für unser Zeitalter und unser Volk ist, ein Ende zu machen.

Hainichen, 4. Juni. Die Mitglieder für das in Aussicht genommene Central-Wahlkomité für den 9. sächsischen Wahlkreis sind am hiesigen Orte nunmehr gewählt und geben wir dieselben den Genossen hiermit bekannt. Es sind dies: Richard Hennig, Friedrich Schmidt, Oswald Straube, Friedrich Fleischer, Franz Engelmann und A. Reißmann. Die Konstituirung dieses Comité's würde bereits stattgefunden haben, wenn die Oederaner Genossen in gleicher Weise vorgegangen wären. Wir ersuchen daher dieselben nochmals dies nunmehr baldigst zu thun und das Resultat uns mitzutheilen damit wir unsere Thätigkeit beginnen können.

Zuschriften wolle man bis auf weiteres an **Franz Engelmann,** Gartenstraße bei E. Haase in Hainichen adressiren.

Briefkasten

der Expedition. Zisowsky Forst i. L.: Die 2,10 Mk. waren aus Versehen für „N. W." statt für Annoncen gebucht. Es ist nunmehr Alles in Ordnung.

Quittung. Arbeiterpartei Stötteritz Ann. 0,60. Grd das. Ab. 20,25. W. Nvk Lutze Ab. 6,50. Wf Christophsgrund Ab. 17,11. Wlthr Kiel Schr. 49,30. Schl Braunschweig Ann. 2,00. Dr. Edr Troppau Schr. 5,81. Schmchr Köln Ab. 2,00. Zchrds Hermannstadt Ab. 4,00. Arzt hier d. Bennwtz Ann 8,60 Schnll Bremerhafen Ab. 9,00. Albrts Esslingen Ab. 14,00. Hffnr Mainz Ab. 30,00. Ptsch Langenau Ab. 4,20. Logs Hannover Ann. 8,10, Schr. 2,50. Brn Graz Ab. 17,15. Schwrz Reichenberg Ab. 22,51. Hrnnghs St. Louis Ab. 62,83. F. Lnd d. Gb Hamburg Ab. 100,00. Schrnr Lübeck Ab. 6,10. Hrzm Bchheim Ab. 5,15. Wß Ulm Schr. 1,00. Grd Stötteritz Schr. 1,12. Schlr Frohnau Schr. 3,00. Schrdr Hamburg Schr. 1,50. Wgnr Höchheim Schr. 1,80. Prlppr Rudolstadt Schr. 0,30. Snthmr Lindenau Schr. 1,00. Strbl Pau a Schr. 1,50. Br Lörrach Schr. 1,50. Mnn Wittstock Ab. 1,00. Wndt Penzlin Ab. 2,00. Sfrt Zwickau Schr. 5,50. Mr Oldenburg Schr. 3,00. Ptrs Cöln Schr. 2,50. Gnsch Grabow Schr. 4,40. Othl Dresden Schr. 3,00. Dml Stuttgart Schr. 10,00. Bf Wechselbrg Schr. 2,85. Zsch Wien Schr. 3,42. Kttgn Düsseldorf Schr. 5,00. Gmbl Heilbronn Schr. 0,25. Hbl Baden Schr. 2,50. Brlch Reichenau Schr. 1,'0. Oueva Friesenheim Schr. 5,00. W. Darmstadt Schr. 6,50. Sdlwk Untermhaus Schr. 1,50. Schnpzdhl Remscheid Schr. 10,50. Jgr Neuenhaus Schr. 1,50. Krzl Olmütz Schr. 4,95. Jhn Berlin Ab. 0,86. Fst Sulz Schr. 1,80. Schmnn Hückeswagen Schr. 3,00. Frck Braunschweig Schr. 3,50. Arbeiterverein Thun Schr. 1,61. Gslr Würzburg Schr. 1,50. Hllr hier Schr. 2,50. Hllr Kirchberg Ab. 1,60.

*) Der Hauswirth soll auch mitunter als Detektive Verwendung haben.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Heller hier 2,00 Mk.

London. An die Abonnenten und Leser des „Vorwärts"

Da das Quartal bald wieder zu Ende, so ersuche ich baldmöglichst Bestellungen resp. Erneuerung machen zu wollen, damit in der Versendung keine Störung eintritt. Gleichzeitig erlaube ich mir alle hiesigen Parteigenossen und Freunde aufzufordern auf das Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands zu abonniren, ebenso die jetzigen Leser und Abonnenten möchten für die weiteste Verbeitung Sorge tragen in dieser für uns kritischen Zeit ist es gebotene Pflicht in jeder Hinsicht auf den Posten zu sein, also „Vorwärts" sei unsere Parole auch hier; indem wie auf andere Weise hier nicht viel thun können, verbreiten wir unser Centralorgan. Die Preise sind wie früher: per Quartal

wöchentlich 3 mal	bezogen 1	Exemplar	4 sh.	2 d.	
„ 3 „	„ 2	„	3 „	—	
„ 3 „	„ 3	„	2 „	60 „	
„ 1 „	„ 1	„	3 „	—	

Auch ist die „Neue Welt", per Heft 4½ d., sowie frühere Jahrgänge durch Unterzeichneten zu beziehen.

Bestellungen auf den „Vorwärts" und „Neue Welt" nehme ich in unsern Versammlungen: 38 Marchall street golden squ. und in meiner Wohnung entgegen.

Wilh. Hoffmann,
37A Princes street Leicester squ. London W.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Die Generalversammlung ist verboten und ist dieselbe auf unbestimmte Zeit vertagt.
50] **Der Vorstand.**

Leipzig. Heute Sonntag, den 16. Juni, Nachmittags 3 Uhr:

Ausflug
der Sozialisten nach Leutsch.

Zusammenkunft „Frankfurter Thor".
Zahlreiches Erscheinen erwartet [1,00
Der Agent.

In der am Dienstag, den 19. Februar stattgehabten Versammlung der Interessenten des „Volksfreund" wurden folgende Antheilscheine ausgeloost:

Nr. 194, 6, 123, 299, 72, 24, 39, 125, 209, 183, 134, 173, 63, 163, 115, 87, 86, 120, 4, 29.

Die Zeit der Auszahlungen vom 1. April bis 1. Juli. Nach diesen Tagen finden Auszahlungen auf vorgenannte Nummern nicht mehr statt. Die Inhaber der betr. Antheilscheine gehen dann vielmehr ihres Anspruches verlustig.

Geschenkt wurden dem Fonds des „Volksfreund" bis jetzt 30 Antheilscheine. (3c)

Gegen Zurückgabe des Antheilscheins können die gezogenen Nummern zu jeder Tageszeit bei H. Prinz, Heiligkreuzgasse 10 eingelöst werden. [4,80

Frankfurt a. M. im April 1878.
Die Zeitungscommission.

Roh-Tabak:

Domingo 35. 40. 45. 50. 65. 70. 80. 90. 120 Pf.
Brasil 50. 55 65. 70. 80. 100. 120. 140 Pf.
Seedleaf 40. 50. 60. 70 bis 180 Pf.
Java 90. 100. 120. 140. 160. 250. 270 Pf.
Carmen 80. 90. 120 Pf.
Palmyra 135. 145. 165. 170 Pf.
Lose **Domingoblätter** 25 und 30 Pf. (6c) [1,00
Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von **Emil Sauerteig** in **Gotha** ist erschienen:

Lieder-Sammlung
des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.

Lieferung IV.

Nr. 8. Grablied von G. Scholz.
Nr. 9. Arbeiter-Marseillaise.
Nr. 10. 71r Maigesang von W. Hilker.
Preis Partitur mit 4 Stimmen 1,60 Mark.
4 Stimmen Mk. 1,20. (25) [4,20

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen: [2,10

Boruttau, Religion und Sozialismus	M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk	„ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung	„ —,60
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden	„ —,80
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage	„ —,30

Durch uns ist zu zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbet'schen Büste „Liberté".

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Elfenbeinton 2,50 Mark.
Consoles (Träger) hiezu in schöner Ausstattung pro Stück weiß Mk. 0,80, Elfenbeinton Mk. 1,20.
Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.
Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Joucher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Hall, 508 North 3rd Street.
J. Boll, M. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bonfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hasselmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 71. Mittwoch, 19. Juni. 1878.

Parteigenossen! Freunde!

Solange eine junge Partei ohne nennenswerthe Verfolgungen und Behinderungen von Jahr zu Jahr, ja von Tag zu Tag weithin sichtbare Fortschritte macht, solange sie von Sieg zu Sieg eilt, herrscht in ihren Reihen überall Freude und Kampfeslust; sämmtliche alte Kämpfer bleiben auf ihrem Posten, da ja neue Siege, neue Lorbeeren winken; neue Kämpfer sammeln sich um die erprobte Fahne, ja selbst solche, welche sich mehr durch die äußeren Erfolge, als durch das innere Wesen, durch den sittlich-ernsten Gehalt der Partei angezogen fühlen.

Die Sozialdemokratie in Deutschland hat in den letzten fünfzehn Jahren geradezu erstaunliche Erfolge erzielt, weit verbreitet im ganzen Lande, zählt sie in allen Ständen, unterstützt durch die unbefangene, durch die Gesellschaft nicht beeinflußte oder erkaufte Wissenschaft, zahlreiche Gesinnungsgenossen, dabei selbstverständlich sich vorzugsweise wiederum auf das arbeitende Volk stützend.

Auf Arbeit ist die ganze Gesellschaft mit sammt ihren Staaten aufgebaut — die Arbeit soll deshalb ihr volles, ganzes Recht haben. Das arbeitende Volk ist vorzugsweise berufen, für das Recht der Arbeit und somit für bessere und gerechtere Gesellschaftszustände einzutreten. Das Recht der Arbeit bedeutet nichts anderes, als das Recht der Menschheit — die Knechtschaft der Arbeit aber bedeutet zugleich die Knechtschaft der Menschheit.

Bei solchen Prinzipien kann es nicht Wunder nehmen, daß gerade die tüchtigsten Menschen, daß vor allen aber die wahrhaft Gebildeten und die Arbeiter vereint unter der Fahne der Sozialdemokratie marschiren.

Die Ueberzeugung leitet sie, für eine gute Sache, für die Sache der unterdrückten Menschheit zu kämpfen.

Und in dieser Ueberzeugung muß auch jetzt der begeisterte Ruf lauten: Vorwärts! Vorwärts!

Auch jetzt? Zum erstenmale befindet sich unsere Partei, die Sozialdemokratie Deutschlands, gestehen wir es offen ein, in bedrängter Lage. Für die Handlungen eines Idioten und eines Wahnwitzigen, beide herostratischer Abkunft, sucht man uns verantwortlich zu machen, nicht weil man an unsere Verantwortlichkeit glaubt, sondern weil man die günstige Gelegenheit benutzen will, unsere Bestrebungen für Freiheit und Recht auf Jahre hin zurückzuschleudern.

In diesem Vorhaben vereinigen sich jetzt alle reaktionären und „liberalen" Elemente.

Einer solchen Gefahr gegenüber müssen wir standhaft bleiben. Unsere Reihen geschlossen, dieselbe Begeisterung, die uns bei leichten Siegen begleitet, muß uns bei dräuenden Verfolgungen zur Seite stehen.

Ist doch unsere Ueberzeugung dieselbe geblieben!

Und im Namen dieser Ueberzeugung fordern wir die Parteigenossen und die Freunde unserer Sache auf, sich nimmermehr beirren zu lassen. Wohl werden auch für den Einzelnen allerlei Drangsale und Verfolgungen eintreten, wohl wird mancher brave Arbeiter seines „Glaubens" halber, ähnlich wie es in den Zeiten der finstersten Religionsverfolgungen geschehen, von Arbeit und Brod kommen, und seine Dränger werden vorzugsweise Diejenigen sein, welche die Freiheit der Meinung fortwährend im Munde führen; wohl wird man immer leicht eine Entschuldigung bei der Hand haben, weshalb man von der guten Sache wenigstens öffentlich abgewiesen sei. Aber ein ehrlicher Mann muß sich die „Entschuldigung" nicht allzu leicht machen. Der arme Lohnarbeiter kann allerdings wohl in die Lage kommen, daß die Noth ihn zur Verleugnung seiner Ueberzeugung zwingt — Fluch denen, welche die Noth benutzen, den Arbeiter zu solcher Verleugnung seines „Glaubens" zu verleiten — aber alle diejenigen Parteigenossen und Freunde, welche nicht in solcher direkten materiellen Nothlage sich befinden, sie sind um so mehr moralisch verpflichtet, auch wenn ihnen irgend welcher materielle oder individuelle Schaden daraus erwachsen kann, desto treuer zur Fahne zu halten.

Wo sollte das denn sonst hinaus? Die Rosen hat man mit uns, mit der Partei gepflückt, den Dornen soll man, da sie unzertrennlich von den Rosen sind, nicht zaghaft aus dem Wege gehen. — — —

Der erste Juli wird Zeugniß davon ablegen, ob unsere Parteigenossen und Freunde ihrer Ueberzeugung getreu auch zu handeln verstehen!

Gerade jetzt ist es die höchste Pflicht unserer Genossen, neue Leser, neue Abonnenten dem „Vorwärts zuzuführen, Pflicht der alten Abonnenten ist es, ohne Beirrung treu zu uns zu stehen. Der Quartalwechsel ist vor der Thüre, die Parteigenossen kennen die von der gesammten Reaktion heraufbeschworene Nothlage der Sozialdemokratie, sie müssen danach handeln.

Die passendste Antwort auf die niederträchtigen Verleumdungen, auf die widerlichen Denunziationen, denen unsere Partei jetzt ausgesetzt, ist ein Zuwachs von einigen Tausend Abonnenten auf das Centralorgan der Partei, auf den „Vorwärts".

Parteigenossen! Freunde! Ihr werdet Euch, wie so oft schon, auch jetzt wieder bewähren, Ihr werdet „im Glück, wie im Unglück" an der Fahne festhalten, auf welcher das mahnende Wort in leuchtenden Buchstaben glänzt:

Vorwärts!

Das Attentat und die Pathologie der Seele.

Von einem Juristen.

„Ein neues Attentat wurde heute Nachmittag auf den Kaiser gemacht", so lautete der Inhalt eines Extrablattes, welches ich am 2. Juni, Nachmittags in die Hände bekam. Ich befand mich gerade in Gesellschaft mehrerer großer Politiker vor dem Herrn, die sofort mit apodiktischer Gewißheit behaupteten, der Attentäter sei ein Sozialdemokrat; sie warteten übrigens gespannt auf die Weisheit, die ihnen ihre Denkmaschine, die Zeitung, liefern werde.

Ich meinestheils beschloß, diesmal die Sache wissenschaftlich ruhig mir zu überlegen, zog mich zurück und calculirte folgendermaßen:

Ich nehme einmal an, Nobiling sei ein politischer Attentäter, dann muß ich auch gleich den Schluß ziehen, daß das Attentat auf den Kaiser oder der Tod des Kaisers einen Nutzen haben muß für die betreffende Partei, welcher Nobiling angehörte. Denn wenn das nicht der Falle wäre, so wäre entweder Nobiling kein politischer Mörder — und das widerspricht unserer Annahme, oder er wäre ein Verrückter — und zu letzterer Annahme, habe ich jetzt absolut keinen Anhaltspunkt. Also, welcher Partei des deutschen Reichs oder des Auslandes kann das Attent at von Nutzen sein? Der Sozialdemokratie? Der vor Allem gar nicht, antwortete ich mir: denn sie hatte ja eben die Hödelaffaire bestehen müssen, welche gegen die Partei gründlich ausgebeutet wurde. Es war deshalb der sehnlichste Wunsch aller Sozialdemokraten, denen das Wohl ihrer Partei am Herzen lag, es möge doch das Reich vor ähnlichen Vorfällen verschont bleiben. Ferner wußte die Sozialdemokratie, daß sie unter dem Regiment des deutschen Kaisers Wilhelm die schönsten Fortschritte gemacht hat, und daß außerdem durch die verbrecherische Beseitigung eines einzelnen Individuums ihren Plänen absolut nicht gedient wäre: denn sie weiß ja, daß nicht der oder jener die Schuld trägt an dem Zustande der heutigen Gesellschaft, sondern daß dieser Zustand die nothwendige Wirkung des ganzen kapitalistischen Produktionssystems ist. Und, abgesehen von obigen Gründen würde, mußte jeder Sozialdemokrat einsehen, daß ein neues Attentat jedenfalls seiner Partei noch mehr schaden, als das Attentat Hödels, welches man ihr ja um jeden Preis an die Rockschöße hängen wollte.

Aus all den Gründen, mußte ich mir sagen, konnte der Attentäter unmöglich ein Sozialdemokrat sein, und wenn es einer war, so konnte er unmöglich bei Verstand gewesen sein, denn ein Gesunder schneidet sich nicht in sein eigen Fleisch. Weil ich nun meiner Voraussetzung gemäß nach vernünftigen politischen Motiven suchen mußte, so prüfte ich der Reihe nach alle Parteien von links nach rechts, ob sie einen Nutzen von dem Attentate haben könnten. Ich hatte gefunden, daß die Rockschöße der Fortschrittler u. s. w. von dem so unbequemen Anhängsel frei bleiben müssen und besann mich, ob nicht etwa die Junkerpartei einen Nutzen von dem Attentate hat — ich besann mich lange, denn immer kam ich zu dem Schlusse: ganz richtig, die haben einen Profit von dem Attentat, und schon that es mir leid um die armen Rockschöße: da brachte man mir ein zweites Extrablatt, in welchem ich die Worte las: „Nobiling hat gestanden, er sei Sozialdemokrat", mit andern Worten: die Motive des Attentates sind erklärt: die Rockschöße der Sozialdemokratie sind besetzt.

„Zum Teufel, rief ich aus, was ist das? Hast du nicht eben gefunden, daß Nobiling der Sozialdemokratie vernünftigerweise nicht angehören kann und jetzt lies't du: er ist Sozialdemokrat und hat als Sozialdemokrat das Attentat begangen." Ich vermuthete eine leibhaftige Kant'sche Antinomie in diesem Nobiling vor mir zu sehen (Nobiling ist und kann nicht sein), und mir wurde Angst und bange, wie ich diese Antinomie auflösen sollte. Ich hatte mir nämlich bei meinen Kantstudien die Ueberzeugung geholt, Kant habe sich seine Antinomien selbst geschaffen. Daher dachte ich: du wirst es wohl auch so gemacht haben, und sofort kam ich dem Problem auf die Sprünge.

Ich hatte nämlich geschlossen:

Wenn Nobiling vernünftig war, so konnte er für die Sozialdemokratie das Attentat nicht gethan haben. Er hat es aber gethan als Sozialdemokrat, so lese ich als Faktum in den Zeitungen, folglich, schloß ich, ist meine Voraussetzung falsch, Nobiling war eben nicht vernünftig — Nobiling ist ein Irrsinniger als Attentäter und — die Antinomie war gelöst. Ich kam also durch meine psychologischen Deduktionen zu dem Schlusse: Wenn Jemand beweisen will, daß Nobiling das Attentat begangen habe, weil er ein Sozialdemokrat ist, so müßte er jedenfalls vorerst beweisen, daß Nobiling verrückt war, woraus ich wieder den Schluß ziehen würde, ein Verrückter ist nicht zurechnungsfähig, folglich kann man die That eines Verrückten auch keiner Partei zurechnen. Kurz, man mag sich drehen und wenden wie man will: Derjenige, welcher den ernsten Versuch macht, Nobiling der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen, hängt ihn logischerweise in der nächsten Sekunde wieder weg, weil er sieht, daß er ihr gar nicht angehängt werden kann.

Das Beste, was ich jetzt thun konnte, war das: nachzusehen, ob Nobiling wirklich als ein Verrückter angesehen werden kann. Ich las nun die Berichte über seinen Charakter und sein Leben fleißig durch, studirte meinen Maudsley, „Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken", blätterte in meinem Griesinger, „Pathologie und Therapie der physischen Krankheiten" und kam zu folgenden Resultaten, die viel Wahrscheinlichkeit für sich haben unter der Voraussetzung, daß die bisher vorliegenden Berichte sicher und vollständig sind; dies ist nun zu bezweifeln, weshalb meine Deduktionen nur bedingungsweise richtig sein können.

Bei meiner Untersuchung verfuhr ich folgendermaßen: Ich wußte aus der Wissenschaft, daß es bei einem des Irrsinns Verdächtigen hauptsächlich darauf ankommt zu erfahren, ob nicht etwa seine Familie Mitglieder habe, die nicht ganz gesunden Verstandes sind, und vor Allem ob nicht wahrscheinlich gemacht werden kann, daß ein Fall von Vererbung einer Krankheit von den Eltern oder Großeltern vorliegt. Es ist nämlich nach Maudsley und Griesinger die Vererbung von Irrsinn ein ziemlich häufig vorkommender Fall. Ich lese da in Maudsley's „Die Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken" p. 28: „Wie ein Mensch in der Haltung des Körpers und im Charakter seine Eltern wiederspiegelt, so können deren schlechte Triebe und Affekte in ihm ebenfalls sich wiederum ausprägen." Ich fand nun in den Zeitungen, daß erstens der Vater des Nobiling nicht richtig im Kopfe gewesen sei und daß auch eine Schwester keinen normalen Verstand habe. Schon diese Thatsachen sind für den Pathologen so wichtige Indicien, daß er beim Vorfall eines verbrecherischen Ereignisses von Seiten eines andern Mitglieds der Familie sofort auf den Gedanken kommen muß: das Verbrechen ist wahrscheinlich die That eines Irrsinnigen. Zur Bestärkung meines Verdachts lese ich noch bei Maudsley eine sehr interessante Geschichte, Maudsley p. 56 a. a. O. Dr. Prichard erzählt von einer Familie, in der mehrere Mitglieder irrsinnig waren. Ein Bruder zeigte lange Zeit keine Spuren von Irrsinn, aber plötzlich war er die größte Plage seiner Familie durch seine schlechten Streiche, er war ein Taugenichts und Thunichtgut, und Maudsley bemerkt dazu, daß bei manchen schlechten Charakteren in der Geschichte, die jetzt als Geiseln der Menschheit dastehen, sich als Motiv ihrer verderblichen Handlung eine krankhafte Prädisposition (erbliche Anlage) herausstellen würde.

Ich legte mir nun die weitere Frage vor: Ist in Betreff der physischen Organisation Nobiling's irgend ein Zustand bemerkbar, der zur psychischen Krankheit beitragen konnte? Ich las in den Zeitungen: Nobiling habe die Syphilis. Um über diesen ekeln Gegenstand schnell hinwegzukommen, will ich nur die Bemerkung machen, daß geschlechtliche Excesse sehr oft Irrsinn geradezu veranlaßt haben, und notire hier (mehr im Hinblick auf Hödel) folgende Stellen aus Maudsley, „Physiologie und Pathologie der Seele" p. 262: „Die angeführten Excesse haben oft eine gewisse unangenehme Art von Irrsinn zur Folge, welcher sich durch intensives Selbstgefühl und Stolz dokumentirt und der nicht selten zum Mord und Selbstmord führt."

Ich will nun unentschieden lassen, ob die psychischen Eigenthümlichkeiten Nobiling's, die jedenfalls mit den eben angegebenen Indicien auffallend übereinstimmen, gerade die Wirkung jener physischen Krankheit sind, oder ob sie eben als Indicien einer gewissen Art von Irrsinn angeführt werden müssen, welcher hier vorzuliegen scheint. Maudsley behauptet nämlich an einer Stelle seiner Bücher, bei einer Art von Irren sei hauptsächlich ein gewisses excentrisches Wesen, hoher Grad von Selbstgefühl und Eitelkeit zu bemerken. Wer denkt hier nicht an den bekannten Brief des Herrn Hansen, dem ich übrigens wegen seiner Objektivität sehr dankbar bin, in welchem er erzählt, wie Nobiling auf den Thron der Königin von England sich gesetzt habe, wie er erfreut gewesen sei, daß sein Name durch den Bericht einer kleinen sozialdemokratischen Zeitung unsterblich geworden sei u. s. w. Man erinnere sich auch daran, daß Nobiling sich berufen fühlte, die orientalische Frage höchst genial zu lösen. Ich würde auch noch sein anderweitiges excentrisches Betragen erwähnen, wenn ich viel Werth auf solche Nachrichten legen könnte.

Nachdem ich nun in meinem Indicienbeweis so weit gediehen war, legte ich mir die Fragen vor:

1) Ist es denn nicht auffallend, daß an Nobiling keine stärkeren Spuren von Irrsinn vor dem Attentat bemerkbar waren? und 2) wie ist es nun zu erklären, daß Nobiling gerade in diese Art von Irrsinn verfallen ist, und gerade zu dieser Zeit, und daß er gerade am Kaiser sein Verbrechen begangen hat.

Was den ersten Punkt betrifft, so machte ich mir keine Skrupel: denn ich wußte, daß eine gewisse Art von Irrsinn, die hier vorzuliegen scheint, erst durch die verbrecherische That sich offenbart. Ich stütze mich hier wieder auf die Wissenschaft und citire folgende Stelle aus Maudsley p. 149: „Indessen zu behaupten, daß bei jeder wahren Mordmanie bereits Symptome der Krankheit vor deren Ausbruch aufgetreten sein müssen, das hieße doch weiter gehen, als die Erfahrung und die juristischen Erwägungen uns berechtigen." Zudem haben wir ja gewisse Symptome im Falle Nobiling's bereits verzeichnet und zwar sehr verdächtige.

Jetzt kommen wir zu der Hauptfrage, die wir uns beantworten müssen, nämlich zu der Frage: warum hat nun Nobiling gerade das bestimmte Verbrechen begangen?

Wir wissen nun

1) daß der Vater Nobiling's manchmal plötzlich auf's Feld hinausgeritten ist, Waffen mit sich nahm und alles niederritt, was ihm in den Weg kam;

2) daß der Sohn sich sehr gerne mit Schießen und Jagen beschäftigte. Das ist ein Beweis, daß der Sohn jedenfalls Anlage und Trieb zum Morden geerbt hat. Wir können also ahnen, daß wenn einmal Nobiling bei einem Krankheitsanfalle eine verbrecherische That begehen wird, dieselbe in einem Mord bestehen wird.

Wir haben demnach einen Menschen vor uns, der nach allen Indicien die Anlage zu impulsivem, hereditărem Irrsinn erkennen läßt.

Nur ungern führe ich zuletzt noch eine Seite aus Nobiling's Charakter an, welche auch etwas Krankhaftes darzustellen scheint: ich meine die Frömmigkeit Nobiling's, welche, zeitweilig wenigstens, so intensiv war, daß er sich einmal genöthigt sah, um Urlaub nachzusuchen, damit er die Bibel studiren könne. Ich denke nun, daß dieser Vorfall bei jedem Unbefangenen doch einigen Verdacht in Betreff der normalen Religiösität Nobiling's erwecken muß. Es kommt noch hinzu, daß Nobiling von Jugend auf sehr streng religiös erzogen wurde, was die Vermuthung ziemlich plausibel macht, daß Nobiling bei seinem excentrischen Wesen auch in religiösen Dingen annormale Anschauungen hatte, wenn auch nur zeitweilig. Und daß solche Excentricitäten in religiösen Dingen die Anlage zum Irrsinn sehr

befördern, behauptet auch unser schon oft citirter Gewährsmann, der sich auf Beispiele stützt. Maudsley sagt nämlich in „Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken" pag. 289: „Solch ein zartes Gewissen, nämlich ein übermäßig religiöses, kann in der Ueberschätzung seiner eigenen Wichtigkeit leicht der Irrsinnigkeit verfallen."

Nehmen wir nun an, dieser Mensch komme in eine sehr unbequeme Lage, sein Ehrgeiz und seine Habsucht, oder andere Triebe seien nicht befriedigt worden — ist es da nicht wahrscheinlich, daß die Anlage schnell reifen werde und daß Nobiling zum Verbrecher werden könne? Eine solche Erscheinung wäre nichts Auffallendes. Hören wir einmal wieder Maudsley: „Physiologie und Pathologie der Seelen" p. 333. Er sagt da: Wenn man mit Ruhe an das Bewußtsein solcher Individuen appellirt, so können sie wohl mit großem Verständniß urtheilen und scheinen in keiner Weise gestört zu sein; überläßt man sie aber irgend eigenen Gedanken, oder versetzt sie unter aufregende Außenverhältnisse, so sieht man sofort, wie ihr unbewußtes Leben die Oberhand gewinnt und sie zu gefährlichen Handlungen treibt."

Sehen wir, ob dies bei Nobiling zutrifft.

Nobiling war ehrgeizig, er bewarb sich um eine Stelle im Ministerium: sie wurde ihm abgeschlagen. Er war habsüchtig (Beweis: sein Spielen in den Lotterien), er hatte gesetzt und nicht gewonnen, kurzum sein Nervensystem war in der letzten Zeit aufs Stärkste aufgeregt worden. Es war also noch wahrscheinlicher, daß Nobiling's Irrsinn in einer scheußlichen That zum Ausbruch kam. Aber warum hat er sie gerade am deutschen Kaiser ausgeübt? Man kann sagen: aus Privatrache. Wäre dies der einzige Grund gewesen, so hätte er das Verbrechen gleich ausführen müssen, und die Privatrache konnte doch nicht so stark sein. Nobiling wußte doch auch, daß der Kaiser sein Gesuch nicht persönlich als harter Tyrann zurückgewiesen hat, denn, abgesehen von allem andern, war ja die Leutseligkeit des Kaisers bekannt.

Nein, die nächste Veranlassung zu dem Verbrechen war nach wissenschaftlicher Berechnung gewiß oder doch wahrscheinlich die Schandthat Hödel's und die Ausbeutung derselben durch die Presse. Diese Presse, welche die Hödel-Affaire mit so verwirrendem Geschrei zu reaktionären politischen Zwecken ausbeuten wollte, hat in Nobiling auch noch den herostratischen Gedanken erregt, er war ja ein ehrgeiziger Mensch — am meisten that dies aber noch das schändliche Gewerbe gewisser Leute, welche die traurige That Hödel's auch noch zu ganz gemeinen materiellen Zwecken „verwerthen" wollten, das empörende Treiben Derjenigen, welche durch Verkaufen von Photographien und verlogenen Extrablättern aus einem Verbrechen, welches ganz Europa empörte, den größtmöglichen materiellen Profit ziehen wollten.

Und daß diese Nichtswürdigen, die von den Edelgesinnten nicht genug gebrandmarkt werden können, einer der wesentlichsten Faktoren gewesen sind, welche das zweite Attentat herbeigeführt haben, beweist uns folgende Stelle aus dem Buche eines competenten Mannes der Wissenschaft:

Maudley, „Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken", pag. 155.

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß in solchen Fällen manchmal durch ausgeschmückte Zeitungsberichte über ähnliche auffällige Vorkommnisse eine gewaltthätige Handlung, welcher Art sie auch sei, veranlaßt wird. Das Beispiel wirkt ansteckend. Die Vorstellung packt den schwachen oder niedergedrückten Geist und gestaltet sich zum Verhängniß, wogegen nicht angekämpft werden kann."

Um diesen sehr wichtigen Punkt recht lebhaft zu illustriren und um nachzuweisen, daß die plötzliche That Nobiling's eigentlich aus unseren pathologischen Erwägungen postulirt werden kann, will ich zum Schluß noch folgenden interessanten Fall erwähnen, den Maudsley in seinem Buche „Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken" p. 141 nach dem berühmten Irrenarzt Esquiros erzählt: Ein Herr vom Lande, 45 Jahre alt in guten Umständen sonst ganz gesund, sei zu Esquiros gekommen und habe ihm folgenden Vorfall berichtet. (Esquiros bemerkt noch ausdrücklich, der Berichterstatter sei vollständig vernünftig gewesen.) Er habe die gegen Henriette Cornils erhobene Anklage gelesen (eine gräßliche Mordgeschichte, soviel ich weiß). In der Nacht sei er plötzlich erwacht mit dem Gedanken, seine neben ihm liegende Frau umzubringen, er sei schnell aufgestanden und habe sich allmählig beruhigt. Dieser Anfall sei ihm nachher noch dreimal in der Nacht vorgekommen, so daß er aus Angst, er möchte seine Frau, welche er liebte, in einem solchen Anfall einmal umbringen, sich von seiner Frau trennte.

Maudsley erzählt anderswo, eine Frau habe einmal bei starker nervöser Aufregung, von einem heftigen Triebe plötzlich überrumpelt, ihre drei Kinder gemordet. Und ähnliche Geschichten trifft man häufig in den Annalen der Irrenärzte.

Kommen wir nun auf unseren Fall zurück und führen uns vor die Augen, was Nobiling unmittelbar vor dem Attentat gethan haben soll.

Nobiling schickte einige Tage vorher einen frivolen Brief ins Ausland, ebenso ein Telegramm mit unwichtigem Inhalt. Ferner notirte Nobiling vor dem Tage des Attentats, also am 1. Juni, in sein Tagebuch ganz genau all das, was er in den kommenden 14 Tagen essen und trinken, überhaupt vornehmen wolle. Und in diesem Buch steht kein Wort vom Attentat, obgleich er es hätte sehr wohl thun können, wenn er wirklich den Plan gehabt hätte, sich gleich nach dem Attentate zu erschießen. Ja, wenn er vernünftig gewesen wäre und wirklich einen politischen Zweck, mit seiner That verfolgt hätte, so hätte er es doch wahrscheinlich in seinem Tagebuch frei ausgesprochen und seinem Charakter gemäß wohl große Worte gemacht, die ihm unsterblichen Ruhm in der Nachwelt einbringen würden. Aber nichts von alledem. Vielmehr: Nobiling kommt nach Hause und nach einer Viertelstunde fallen die Schüsse.

Fassen wir all das zusammen, so muß es jedem denkenden Menschen sofort zur Ueberzeugung werden 1) daß kein Mensch, dessen Vernunft nicht getrübt ist, so handeln würde, wie Nobiling gehandelt hat und daß 2) die That Nobiling's auffallende Aehnlichkeit hat mit den oben angeführten Verbrechen; ja, bei Nobiling ist der Verdacht des Irrsinns viel wahrscheinlicher, weil die oben genannten Personen weder vorher irgend einen Verdacht von Irrsinn erweckten, noch auch eine krankhafte Anlage geerbt hatten.

Wir müssen also der Ansicht der englischen Regierung beistimmen: daß Nobiling, obgleich im vollen Besitz seiner Denkfähigkeit, sich doch von seiner Leidenschaft und von einem „teuflischen Impuls" fortreißen ließ.

Ich habe somit, soweit die bis jetzt vorliegenden Thatsachen beweiskräftig sind, die Ueberzeugung gewonnen, daß wir es hier mit der plötzlichen That eines Irrsinnigen zu thun haben. Doch wird erst die gerichtliche Untersuchung einen ordentlichen Beweis ermöglichen und vielleicht zu ganz andern Resultaten gelangen, wenn das Beweismaterial vervollständigt ist.

Das jedenfalls ist sicher, daß wir vorderhand nicht den Schein eines Grundes haben, der uns zwingen könnte, die That Nobilings irgend einer Partei anzuhängen, am allerwenigsten aber der Sozialdemokratie.*)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Reaktion bietet Alles auf, um unsere Partei für den bevorstehenden Wahlkampf lahmzulegen. So schreiben preußische Regierungsblätter: „Von Agenten des sogenannten Central-Wahlcomités der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, welches identisch ist mit dem alten Vorstand des sozialistischen Arbeitervereins, wird auch nach der richterlichen Schließung dieses Vereins eine Thätigkeit insbesondere dahin geübt, daß die Agenten Sammlungen für den Wahlfond und den Unterstützungsfond veranstalten und über die empfangenen Beiträge öffentlich quittiren. Die Polizeibehörden sind angewiesen worden, derartige Sammlungen zu inhibiren und die gerichtliche Verfolgung der Veranstalter herbeizuführen." Wir haben hierzu einfach zu bemerken: Abgesehen davon, daß die Identität des „Central-Wahlcomités der sozialistischen Arbeiterpartei" mit dem „alten Vorstand des sozialistischen Arbeitervereins" eine durchaus willkürliche, thatsächlich nicht begründete Annahme ist, haben die Behörden nach der Reichsverfassung kein Recht, Sammlungen für Wahlzwecke zu verbieten. Thun sie es, so verletzen sie die Reichsverfassung. — Ferner erfahren wir, daß in Berlin „mehreren Besitzern von Tanzlokalen" die Conzession zu Tanzvergnügungen von der Polizei entzogen worden ist, „weil Sozialdemokraten die Lokalitäten zu Festlichkeiten und Versammlungen benutzt haben". Aus vielen anderen Theilen Deutschlands wird gemeldet, daß die Polizei ihren Einfluß geltend macht, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten Versammlungslokale bekommen. Nun — zum Glück ist die Jahreszeit derart, daß im Nothfall die Wähler sich im Freien versammeln können. — Außerdem haben die zahlreichen Verhaftungen, die jetzt bei den geringfügigsten Anlässen vorgenommen werden, augenscheinlich den Zweck, uns der nöthigen agitatorischen Kräfte zu berauben. Auch hiermit werden die Gegner sich verrechnen. Die Sozialdemokratie steht nicht, gleich gewissen anderen Parteien, „auf ein paar Augen"; sie hat der Männer genug, die freudig in die Lücken eintreten. Hoffe man nicht, uns einschüchtern zu können. Durch solche Maßregeln verräth der Feind uns nur seine Schwäche und stärkt unsere Kraft. Der unerhört perfide Ueberfall, zu welchem das Nobiling-Attentat den Vorwand hergeben mußte, hat unsere Organisation nicht erschüttert — die Reihen haben sich fester geschlossen, das ist der einzige „Erfolg" des feigen Attentats.

Und nun ein Wort an die Genossen. Die Aufregung, welche die beiden „Attentate" erzeugt haben, ist im Abnehmen begriffen. Verlaufen die Dinge jetzt ruhig, so haben wir gewonnen Spiel. Das Spiel der Gegner ist aber verloren; sie haben darum ein Interesse, Ruhestörungen herbeizuführen. **Bedenkt das. Und laßt Euch durch keine Provokation von der Bahn des Gesetzes abdrängen.** Ein Exceß, ein Krawall, ein Putsch, der auf unsere Partei, wenn auch nur scheinbar, zurückgeführt werden könnte, wäre der Sieg unserer Feinde. Also Vorsicht, Besonnenheit! Und die Niederlage der Reaktion ist gewiß.

— Alles erlogen! Nobiling sollte bekanntlich auch eine Landpartie mit den Berliner Sozial-Demokraten gemacht haben und in der Nähe der „Führer" Finn und Greifenberg gesehen worden sei. Reporter Bennemann ist der Entenzüchter gewesen, der für wenige Silbergroschen den Sozial-Demokraten den Nobiling anhängen wollte. Vor Gericht giebt der Mensch die Sache derart an, daß er von 3 Criminalbeamten gefragt worden sei, ob er Hasenclever kenne, derselbe solle sich auch mit unter den Lustwandelnden befinden. Auf seine Bejahung baten die Criminalisten ihn, Hasenclever zu recognosciren. Er habe nun allerdings Hasenclever unter den bei Schildhorn lagernden Sozialdemokraten nicht gesehen, wohl aber einen intelligent aussehenden jungen Mann, der in bloßen Hemdsärmeln mitten in der Gruppe gesessen, von dem er sich gesagt habe, daß derselbe doch wohl kein Sozial-Demokrat sein könne. Und dieser junge Mann sei seiner Ueberzeugung nach Nobiling gewesen. Beschwören könne er dies jedoch nicht. Genosse Finn wurde gleichfalls über den Vorfall verhört und sagte aus, daß er Nobiling gar niemals gesehen habe. — Nachdem beide Zeugen den Vorfall beschworen hatten, sagte der Untersuchungsrichter Stadtgerichtsrath Johl:

„Soviel die Untersuchung bis jetzt ergeben habe, sei noch nicht der geringste Anhalt dafür erbracht, daß Nobiling mit den Sozial-Demokraten in Verbindung stehe."

— **Was Einem recht, ist dem Andern billig"** — so lautet ein altes deutsches Sprichwort, welches aber sehr selten bei den „braven", „biederen" Deutschen zu Ehren kommt. So veröffentlicht Professor Schmoller in der „Straßburger Zeitung" folgende Erklärung:

„Sie bringen in der heutigen Nummer (7. Juni) Ihrer Zeitung eine Berliner Correspondenz, wonach Nobiling mir seine Dissertation gewidmet, das sozialistische Gift von mir als seinem Lehrer empfangen habe, obwohl ich mich in den letzten Jahren von den Staatssozialisten losgesagt haben soll. Nachdem Sie den Tag vorher (6. Juni) den genauen Titel und die Widmung von Nobiling's Dissertation an Roscher abgedruckt hatten, hätte ich erwarten können, daß Sie den Irrthum Ihres Correspondenten selbst berichtigt hätten. Im Uebrigen bemerke ich, daß ich nie zu den Staatssozialisten gehörte, mich also auch nicht von ihnen losagen konnte, daß ich mich zu den Grundsätzen

---

*) Das Material für die Annahme erblichen Irrsinns häuft sich immer mehr. Ein ehemaliger Hauslehrer des „Attentäters" Nobiling und eines Bruders desselben, Hr. Schleicher in Glienicke bei Köpenick, schreibt an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" über den Vater Nobiling's, den er als tüchtigen Landwirth schildert: „ — leider neigte er dabei sehr ins Excentrische, und die wiederholt vorgekommenen Eigenthümlichkeiten trugen ihm den Beinamen „der verrückte", auch „der wilde Nobiling" ein." — Seinen Schüler, den jungen Karl lobt Schleicher und sagt dann: „Wenn auch ab und zu sich etwas Eigensinn zeigte, so ist das eine bei Kindern so häufig vorkommende Erscheinung, die unmöglich Rückschlüsse von einer so gräßlichen That, wie sie Karl Nobiling ausführte, gestattet; bei dem Knaben hat sicherlich erst später das excentrische Wesen seines Vaters, sowie dessen Neigungen Durchbruch gefunden." — Also unsere Annahme vollständig bestätigt durch einen Gewährsmann der — „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"!

Ein Beitrag zur orientalischen Frage.

Der vorliegende Aufsatz führt den Leser nicht auf das Streitfeld großer politischer Fragen und großmächtlicher und dynastischer Differenzen und Ententen, wie die Ueberschrift andeuten könnte, sondern zu einem kleinen, halb vergessenen Bürgervolke, auf das die große Politik nicht mehr Rücksicht nimmt, desto mehr aber das Herz des stammverwandten deutschen Volkes. Nicht weit von den Schlachtfeldern, auf denen die russische „Cultur" die gedrückten Christenvölker der Türkei „befreite", etwas nördlich in das schöne Bergland Siebenbürgen, möge der Leser uns folgen. Deutsche Sprache wird ihn heimisch begrüßen und deutsche Sitte freundlich ihn ansprechen, wenn er nach langer und langweiliger Fahrt über die öde Haide Ungarns, dem eigentlichen Sitz des auserwählten Herrschervolkes in Oesterreich-Ungarn, und die ersten romantischen Hügelketten des nördlichen Siebenbürgens in das südliche Cybins- und Altgelände am Fuße der hohen karpathischen Alpen, die Thürme des alten Hermannstadt erblicken wird, an deren Mauern in alten Tagen so mancher Türkenschädel zerschellte. Heute herrschen keine Türken mehr im Lande, dank den tapfern Fäusten der alten Siebenbürger Sachsen und der Einheit zwischen den Ständen Siebenbürgens gegen äußere Feinde in den verflossenen Jahrhunderten. Kein Pascha läßt dem unwilligen Steuerzahler mehr Bastonnaden geben oder die öffentlichen Kassen plündern. Das Land gehört ja zur ungarischen Krone! Es ist das Land, wo der Occident aufhört und südlich und östlich der Orient beginnt, und — doch ein Beitrag zur orientalischen Frage?

Siebenbürgen ist ein reiches Land. Große Waldungen, erzreiche Berge, heilende Mineralquellen, fischreiche Flüsse und Bäche und in den Thälern fruchtbare Ackererde versprechen eine blühende Zukunft, doch nur eine Zukunft. Die Gegenwart gehört den Magyaren, dem ungarischen Adel; der Bürger und Bauer ist steuerzahlende Rajah geworden. In Städten und Dörfern tönt uns die Trommel des Exekutors entgegen, der die letzte Kuh für den Staat dem Bauern verkauft, für denselben Staat, der in der magyarischen Sprache den deutschen und romanischen Mitbürger (unverständlich für ihn) zu Sitzungen, „constitutionellen Versammlungen" einladet, in dieser Sprache seine Kundmachungen, Verbote u. s. w. erläßt, in dieser Sprache Eingaben auf Abhilfe fordert, wenn sie geschehen soll, in dieser Sprache ihn verurtheilt u. s. w. An Stelle des großen Paschas im „Comitate" (so heißt der mittelalterliche Ausdruck für die Landesverwaltungsbezirke) steht ein von der hohen Regierung ernannter Obergespan, der die Erlässe des Ministers in den Kreisversammlungen durchzusetzen hat. Gewöhnlich — es giebt ehrenvolle Ausnahmen — versteht er das auch ganz gut. Die Versammlungen bestehen aus „geborenen" Vertretern aus dem Blut- und Geldadel und den vom Volke gewählten. Sie können stimmen und reden, wie sie wollen, das erlaubt die magyarische „Freiheit", aber beileibe nicht beschließen, bei dem Zorn des Pascha-Obergespans und des hohen Ministeriums.

Da giebt es nun ein gar prächtiges Mittel, Beschlüsse durchzuführen, wovon die Gesammtvertretung des Siebenbürger Sachsenlandes etwas zu erzählen hat, die das Vermögen der sächsischen Nation zu Schul- und Bildungszwecken verwaltet. Der Minister wünschte doch gar zu sehr — sein Obergespan, der Ehrenmann, ist ein sächsischer Renegat und heißt Wächter — solle für seine Mühewaltung als Ehrenpräses und „Titular-Comes" ein Gehalt aus diesem Vermögen erhalten und selbstständig, nach Belieben, Anweisungen auf die Nationalkasse geben dürfen und befahl daher der Gesammtvertretung solches zu beschließen. Die sächsische Majorität erlaubte sich, andern Sinnes zu sein und mannesmuthig für ihr Eigenthum einzutreten, nur zwei oder drei Seelchen fremder Nationalität fanden an Tisza's Wunsche Gefallen und stimmten lammfromm für die Excellenz. Nach dem beschränkten Unterthanenverstande war der Wunsch der hohen Regierung gefallen; Obergespan Wächter und Minister Tisza sind aber weise Leute, sie erklärten die Minorität — für die Majorität zwar nicht, aber in diesem Falle als allein maßgebend und ihr Votum für einen Beschluß der Gesammtvertretung. So geschehen unter der „parlamentarischen", „constitutionellen" Regierung Tisza's, des einstigen Führers der Linken, kaum dreißig Jahre nach der großen Revolution der „freiheitlich gesinnten", ritterlichen Magyaren.

Vorstellungen fruchten schon lange nichts mehr, das haben die Sachsen nachgerade eingesehen, wurden sie doch von dem größtentheils aus Magyaren bestehenden ungarischen Reichstag schon zu den Zeiten des Grafen Julius Szapary, des einstigen Tisza im Kleinen, als Deutsche und bürgerlich Geborene abgewiesen in ihrem Kampf um's Recht, ja von einzelnen problematischen Naturen sogar gehöhnt und beschimpft.

Man hatte damals ihre alte freiheitlich-bürgerliche Eigenverfassung, ihre freie Selbstregierung zusammengeschlagen, um mit der Comitatswirthschaft die Segnungen magyarischer Adelswirthschaft und Magyarenwillkür auch über sie auszudehnen. Nun herrscht auch im Sachsenlande dieses wüste Durcheinander einer Verwaltungsmaschinerie, die mehr freiheitlichen Schein besitzt, als man bei näherer Kenntniß ihr zutraut. Die Beamten werden ja gewählt, kann der Regierungsmann sagen, was beklagt Ihr Euch? Gewählt, leider, und was kommt dabei heraus? Die geborenen Wähler (Virilisten) wählen den wohlgeborenen Herrn von oder den Geldmann, der bei der Beamtenwelt sich „liebenswürdig" erweist, können es wenigstens immer thun, und dabei braucht Niemand von den Beamten, mit Ausnahme weniger, eine wirklich wissenschaftliche Befähigung zum Amte nachzuweisen; es ist das Prinzip: wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand!

So wird dann „verwaltet"! — Nun wundere dich nicht, Reisender aus dem Westen, wenn du unter den deutschen Bewohnern Siebenbürgens Unzufriedene findest, die die schöne und geliebte Heimath verlassen möchten, wenn der Trieb zum Volke, zu dem man gehört, zum Lande, in dem man erwachsen, und die Erinnerung an eine verdienstvolle, tapfere Wehr sie nicht hielte an ihren Bergen, von deren Burgen herab ihre bürgerlichen Väter dem Sturme der Türkenkriege und ihrer Barbarei so lange getrotzt! Wundere dich nicht, wenn du in dem Lande Armuth und Elend findest, denn die Veranstaltungen des Staats, sie schützen ja vor Allem den ungarischen Staatsbürger erster Klasse, den Magyaren und den Adel.

So liegen denn auch die herrlichen Gebirgswälder da in unbeschreiblich jammervollem Zustande. Das herrlichste Bauholz verfault ungenützt auf den Höhen der Berge; unbestraft rottet der Schafhirt den prächtigsten Wald durch Feuer aus, Gras für die Schafe seines Herrn zu erhalten. Ungenützt liegt in den Bergschachten das rothe Gold und das blinkende Kupfer, mit dem der arme Bauer seine Steuern zahlen könnte, denn wo unternähme es ein fremder Kapitalist in einem Lande von solch' orientalischen Rechts- und Verwaltungsbegriffen Unternehmungen zu wagen, die ihn unter anderen Verhältnissen mit Reichthümern überschütten würden, und eigenes Kapital besitzt ja Niemand dank dieser glänzenden freiheitlichen Verwaltung, die so treffliche Begriffe von der Heiligkeit des Eigenthums hat und ein so gutes Herz für die Herren Obergespäne und sonstige Gehülfen infamer Raubpolitik. Ackerbau und Kleingewerbe vernichten die Steuern, die eine oft unerschwingliche Höhe erreichen

sozialpolitischer Reform, für die ich hauptsächlich seit 1872 gekämpft, auch jetzt noch unverändert bekenne, daß Nobiling zu einer Zeit, als der Begriff des Kathedersozialismus noch gar nicht existirte, 1870—71, allerdings bei mir Vorlesungen hörte, aber nie in meinem Seminar arbeitete, oder sonst näher mit mir in Verbindung stand, daß er seine eigentlichen staatswissenschaftlichen Studien erst später 1874—77 bei Prof. Conrad in Halle und Geh. Rath Roscher in Leipzig machte, daß aber selbstverständlich nur ein Denunziantenthum der niedrigsten Sorte diese verdienten Lehrer der Staatswissenschaften für die Ansichten oder gar für die Thaten des Nobiling im Jahre 1878 verantwortlich machen kann. Ich darf von Ihrer Wahrheitsliebe und Ihrem Gerechtigkeitssinn die Aufnahme dieser Berichtigung in Ihrer Zeitung erwarten. Hochachtungsvoll

Professor Dr. G. Schmoller."

Wir geben dem Professor Schmoller vollständig Recht, doch sollte er in richtiger Erkenntniß des gegenwärtig aufblühenden Denunziantenthums nicht blos von dem „Denunziantenthum niedrigster Sorte" reden, wenn es sich gegen Professoren wendet, sondern er sollte seine eigenen Partei- und Gesinnungsgenossen abhalten, das „Denunziantenthum niedrigster Sorte" an Anderen, z. B. an der Sozialdemokratie, auszuüben. Dann hätte für einen ehrlichen Menschen die Schmoller'sche Entrüstung erst Werth. — Die Zeitungen allerdings nennen die Erklärung Schmoller's eine Abwehr „thörichter Beschuldigungen"; bei uns höhnt man aber gar über jegliche Abwehr und agitirt jetzt sogar dafür, daß man unsere Vertheidigungen gar nicht hören soll. Erst denunziren die edlen Preßorgane uns in echt-deutscher Bedientenseligkeit, und dann wollen sie uns sogar die Vertheidigung abschneiden. „Was dem Einen recht, ist dem Andern billig" — ein längst in Deutschland verklungenes Wort!

— Ganz erbost sind die Irrsinnigen, wenn sie einen vernünftigen Menschen sehen; ebenso geht es auch den gehirnweichen Zeitungsschreibern, wenn einmal Jemand eine vernünftige Ansicht entwickelt. Wiewüthend nämlich fallen die liberalconservativen Zeitungen über den Herrn Parisius her, der in seiner Correspondenz Folgendes schreibt:

„Unter den in der Aufregung dieser Tage hier (in Berlin) angeregten Thaten ist auch die, das Haus Nr. 18 Unter den Linden niederzureißen und daselbst eine Votivkirche zu bauen. Nobiling, dessen Vernehmungsfähigkeit mit Bestimmtheit erwartet wird, würde sicherlich für solche Verewigung seiner Schandthat stimmen. Denn alle weiteren Ermittelungen scheinen mehr und mehr für die Aehnlichkeit seines Geistes mit dem des Herostrat, des Zerstörers des berühmten Artemistempels zu Ephesus, zu sprechen. An der Verwirklichung jener Idee, für welche in unseren reichen Stadtvierteln mit vollem Ernst gearbeitet wird, haben ein recht erhebliches Interesse die Aktionäre des „Unter den Linden Bauvereins". Die Häuser Nr. 16, 17, 18 und 19 Unter den Linden und die entsprechenden Häuser 56, 57, 58 der Behrenstraße bilden das Besitzthum jener Gesellschaft — einer der faulsten Gründungen der Gründerzeit. Vorsitzender des Aufsichtsrathes ist der Reichstagsabgeordnete v. Bonin, der es in den verschiedenen Gesellschaften 1873 auf 50,000 Thlr. Tantième brachte, für einen Finanzminister a. D. ein ganz netter Pensionszuschuß. Die Aktien stehen 13 Prozent. Der Courszettel der nächsten Tage wird bei der Feinfühligkeit unserer Börse sicher verrathen, ob die Nobiling'sche Votivkirche Chancen gewinnt, oder ob es bei der schönen Idee verbleibt."

Die Vernunft ist in Deutschland geächtet, da man solche vernünftige Ansicht, wie sie hier ausgesprochen, schmäht und verdächtigt und als unpatriotisch hinstellt. Auch Guido Weiß ist bei den liberalen Literaten sehr in Ungnade gefallen, weil er gesagt hat, der Kaiser habe die Wunden, die Deutschen aber das Wundfieber erhalten. Ja, wenn es nur ein Wundfieber wäre; wir halten die Erscheinung vielmehr für ein Wahnsinns-Delirium.

— „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin, wie jener Zöllner" — sagt Herr Redakteur Biedermann in Nr. 131 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in einem „Eingesandt", oder er läßt es für sich sagen und zwar im Hinweis auf die „Leipziger Volkszeitung", welche einige Nobiling-Portraits feilgehalten hat. Wir glauben, daß dies aus reiner Unvorsichtigkeit geschehen ist, da sich das Blatt etwaiger Folgen wohl kaum bewußt war. Also Biedermann entrüstet sich, nachdem längst schon auf Veranlassung von einer sozialdemokratischen Zeitung in verschiedenen Städten die Polizei die öffentliche Schaustellung von Hödel- und Nobiling-Bildern verboten hatte, also wahrscheinlich erst in Folge des Polizeiwinks, in folgender Weise:

„Wenn nun freilich eine „fortschrittliche" Zeitung in Tausenden von Exemplaren auf farbigen, von weitem schon in die Augen fallenden Extrablättern das Porträt des niederträchtigen Meuchelmörders Nobiling — gleichviel ob ähnlich oder nicht — verbreiten läßt, und dann zahlreiche Inhaber von Geschäften sich nicht entblöden, diese Extrablätter an ihren Ladenfenstern dem Publikum zur Schau zu stellen, dann darf man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn die unglückselige Attentatsidee epidemisch um sich greift. Es ist hohe Zeit, diesem Unwesen ernstlich zu steuern, wenn es nicht zu den traurigsten Folgen führen soll! Wohin soll es noch kommen, wenn es so fort geht?"

Dies ist alles sehr gut und wir hatten schon sehr viel früher ähnliche Aussprüche gethan und so die Polizei aufmerksam gemacht — aber hat denn die „Deutsche Allgemeine Zeitung" in dieser Hinsicht nicht noch mehr gesündigt, als das fortschrittliche Blatt? Hat die erstere nicht alle Hödel- und Nobiling-Anekdoten recht breit und behäbig erzählt, ist sie es nicht gewesen, welche hauptsächlich dazu beigetragen hat, aus dem verkommenen Hödel und dem herzlosen und fanatischen, dummfrommen Nobiling berühmte Männer zu machen und dadurch wesentlich das Gespenst einer Attentatsepidemie heraufzubeschwören? Der deutsche Kaiser aber und alle Diejenigen, welche Attentaten ausgesetzt sind, können mit voller Berechtigung bei derartigem Treiben ausrufen: „Herr, schütze mich vor meinen Freunden!"

— Gelogen, wie reportert! Die geflügelten Worte: „Gelogen wie gedruckt", „gelogen, wie telegraphirt" haben jetzt einem neuen Ausdrucke Platz gemacht: „Gelogen wie reportert." Eine Million Reporterlügen kommen jetzt schon auf die beiden jüngsten Attentats-Affairen. So ist auch die Nachricht erlogen, daß Dr. Nobiling „mit fester Hand" das ihm nach seiner ersten und einzigen Vernehmung vorgelegte Protokoll unterschrieben habe. Nobiling ist schon während der Vernehmung ohnmächtig geworden und hat nichts unterschrieben. — Ferner wurde von allen Blättern gemeldet, daß in Potsdam ein Polizeibeamter (natürlich von Sozialdemokraten) erschossen worden sei. Die dortige Polizeibehörde theilt mit, daß die ganze „Räubergeschichte" auf Erfindung beruhe. — Weshalb greift da die Behörde nicht ein und steuert solchem „groben Unfug"?

— Dieser Tage starb in Paris der „depossedirte" König von Hannover. Er war ein König von Gottesgnaden, aus der ältesten Dynastie Deutschlands, und endete sein Leben im Exil. Vor 12 Jahren wurde er vom Thron gestoßen, trotz seines „legitimen Rechts", und Die, welche es gethan, und Die, welche seiner Vertreibung zugejauchzt, klagen heute die Sozialdemokratie an, daß sie an Glauben an die Autorität im Volk erschüttert habe! —

— Das Centralorgan der englischen Trades Unions spricht sich in einem Leitartikel, den wir in nächster Nummer vollinhaltlich zum Abdruck bringen werden, gegen die „monströse Verleumdung" unserer Partei aus und erklärt, daß die Elenden, welche die Sozialisten für die Handlungen Lehmann's und Nobiling's verantwortlich machen wollen, „mit Hödel und Nobiling auf Einer Stufe stehen" (are the exact counterparts of Hödel and Nobiling).

— Der Strike oder richtiger Lockout*) in Lancashire dauert fort, und nach den neuesten Nachrichten ist nicht die mindeste Aussicht auf ein baldiges Ende vorhanden. Die Fabrikanten weisen jeden billigen Vorschlag der Arbeiter zurück, und die Arbeiter haben keine Lust, sich an Händen und Füßen gebunden dem Kapital zu überliefern. Die „Lehre dieses Strike's" ist tausendmal mehr werth, als die Opfer, welche er den englischen Arbeitern auferlegt.

— Die letzte Nummer der „Egalité" enthält folgende Adresse „an die Sozialdemokraten, vereinigt in dem (mittlerweile verbotenen) Congreß zu Gotha":

Brüder von Deutschland! Die revolutionären Sozialisten Frankreichs wollen die Eröffnung Eures achten Congresses nicht vorübergehen lassen, ohne Euch ihrer Sympathien und ihres brüderlichen Zusammenstrebens (concours) zu versichern. Nach dem Lande Babeuf's, Fourier's, Deleszluze's und Varlin's ist jetzt das Land der Karl Marx, Lassalles und Blums das Schlachtfeld der sozialen Revolution geworden. Heute habt Ihr die Ehre, den Verleumdungen aller vereinigten Reaktionen zur Zielscheibe zu dienen, wie vor 8 Jahren dieselben Reaktionen uns mit ihren Schmähungen und ihren Kugeln verfolgten. Und gleichwie Ihr im Jahre 1871 kein Bedenken trugt, Euch durch den Mund Liebknecht's und Bebel's mit der besiegten Commune solidarisch zu erklären, ebenso bedenken wir uns nicht, die vollständigste Solidarität mit Eurer Sozialdemokratie, deren unabwendbarer und nahe bevorstehender Sieg auch unser Sieg sein wird, in Anspruch zu nehmen. Aus Anlaß einer individuellen That, für welche nur ihr Urheber, der überdies nicht einmal zu den Eurigen zählte, verantwortlich sein kann, sind die conservativen Regierungen des Augenblicks mit ihrer erkauften Preßmeute (leurs aboyeurs de la presse vendue) darauf verfallen, nicht nur Euch, die deutschen Sozialisten, sondern auch die Sozialisten aller Länder für das, was sie ein „Attentat" nennen, verantwortlich zu machen. Sie haben damit nur selbst die Grenzen niedergerissen, welche ihre Gesetzgebung zwischen den in dem nämlichen Kampfe für die wirthschaftliche Gleichheit begriffenen Proletariern aufgerichtet hatte. Desto schlimmer für sie — und desto besser für uns. Diese von ihnen so willkürlich ausgedehnte Verantwortung, mit deren Hilfe sie uns erst einzuschüchtern und dann zu zermalmen hoffen, lehnen wir nicht nur ab, sondern nehmen sie laut für uns in Anspruch. Und wir rufen Euch zu: Hoffnung und Muth! Wir sind heute im Geiste mit Euch, wie wir morgen leiblich mit Euch sein werden, wenn Ihr die Stunde für gekommen halten solltet: der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! Es lebe die emancipirte Menschheit!

Im Namen der revolutionären Sozialisten Frankreichs
die Redaktion der „Egalité". †)

Das Berliner Oberdenunziantenblatt, die „Post", veröffentlicht (beiläufig mit verschiedenen Uebersetzungsfehlern, z. B. „Sozialisten und Revolutionäre" statt „revolutionäre Sozialisten", was einen etwas verschiedenen Sinn giebt) obige Ansprache zu denunziatorischen Zwecken und stellt dann folgende Frage:

„Wir sind neugierig, ob die deutsche Sozialdemokratie den Muth haben wird, diese offene Ansprache und dieses Anerbieten der Solidarität ebenso von sich zu weisen, wie die geistige Mitschuld an dem Attentat."

Nein, edles Denunziantenblatt, wir haben den Muth nicht, die Ansprache von uns zu weisen, wohl aber haben wir den Muth, sie nicht von uns zu weisen. Daß unsere französischen Brüder eine andere Sprache reden, sich in einem anderen Ideenkreise bewegen, als wir, ist für uns kein Grund, die Solidarität mit ihnen zu verläugnen. Daß die französischen Sozialisten den gewaltsamen Kampf für nothwendig halten, ist sehr natürlich und liegt in der ganzen Entwicklung Frankreichs begründet. Einem Staat, dessen Regierungen seit Jahrzehnten durch demagogische Künste der verworfensten Art Klasse gegen Klasse gehetzt, die politische Organisation der Unterdrückten systematisch verhindert, ganze Parteien vogelfrei erklärt haben, ist der Gedanke an Gewalt künstlich groß gezogen worden und muß der Bürgerkrieg, der bewaffnete, blutige Bürgerkrieg als politische Institution gelten. Im Gegensatz zu England, wo die Arbeiterbewegung sich ungehindert und deshalb, trotz ihres kolossalen Umfangs, durchaus friedlich entfaltet, zeigt uns Frankreich das abschreckende Beispiel eines Landes, in dem statt der Staatskunst die Parteileidenschaft, statt der Rücksicht auf das Gemeinwohl das krasseste Sonderinteresse regiert, und statt freiheitlicher, die Rechte eines jeden Staatsbürgers gewährleistender Gesetze die brutale Gewalt herrscht, welche ihrerseits die brutale Gewalt der Beherrschten provozirt — Flinten- und Säbelpolitik von oben, und als Antwort darauf von Zeit zu Zeit: Flinten- und Säbelpolitik von unten.

Es giebt in Deutschland Personen und Parteien, die französische Zustände bei uns einführen möchten. Und wenn es der „Post" mit ihrem Abscheu vor diesen Zuständen ernst ist, dann möge sie sich nur an die betreffenden Personen und Parteien wenden, denen sie ja sehr nahe stehen soll.

Die deutschen Sozialdemokraten wollen die friedliche, reformatorische Entwicklung, und sie wollen sie nicht nur, nein, sie haben ihren Willen aufs Erfolgreichste bethätigt und durch ihre Organisation den wirksamsten, ja den einzig wirksamen Damm gegen gewaltsame Putschversuche und „Revolutionsmacher" geschaffen. Wären die französischen Arbeiter 1848 und 1871 so organisirt gewesen, wie die deutschen Arbeiter es jetzt sind, dann wäre die Junischlacht, war der Communekampf vermieden — Ströme edlen Blutes wären gespart worden und die französischen Arbeiter, Frankreich und die Welt wären politisch, wirthschaftlich viel weiter als jetzt: reicher, glücklicher, gebildeter.

Und nun fragen wir unserseits das Oberdenunziantenblatt in Berlin:

Will es, wollen seine Patrone ein deutsches Junigemetzel, eine deutsche Commune?

Ja oder nein!

— Unsere Frankfurter Parteigenossen fordern die „Führer" aus dem gegnerischen, besonders dem nationalliberalen und fortschrittlichen Lager auf, mit ihnen in eine vernünftige Discussion über die Prinzipien der Sozialdemokratie zu treten und endlich einmal das bis zur Ekelhaftigkeit angewachsene Verleumdungstreiben einzustellen. Der Vorschlag unserer Genossen ist sehr vernünftig, aber gerade deshalb wird er nicht angenommen.

— Unser Berliner Parteiorgan schreibt: „Wir sammeln, um für spätere Fälle genügendes Material zu haben, die „Verleumderzeitungen", streichen uns die Namen ihrer verantwortlichen Redakteure besonders an und rathen unseren Genossen ein Gleiches zu thun."

Wir möchten den Rath dahin ausdehnen, daß die Sammlung alle Blätter umfassen möge, welche die Rohheit, Dummheit und Feigheit unserer Gegner besonders deutlich hervortreten lassen. Wenn das jetzt im Abnehmen begriffene Delirium tremens, zu Deutsch: Zitterfieber, sich gelegt hat, wird man ihnen die heiteren Pröbchen ihrer Geistes- und Charakterbeschaffenheit dann unter die Nase halten. Roth werden wird Mancher.

— Am Sonnabend Nachmittag wurden die noch übrigen Exemplare der Nr. 67 des „Vorwärts" confiscirt, und zwar auf Grund der §§ 95 und 166 (Majestätsbeleidigung und Religionsschmähung). Wir haben die betreffende Nummer nachträglich von A bis Z durchstudirt und nicht entdecken können, wo diese beiden gefährlichen Verbrechen stecken. Anderen Forschern ist's ebenso ergangen.

— In Dresden sind fast bei sämmtlichen bekannten Parteigenossen Haussuchungen vorgenommen worden. Zweck: allerlei Material zu Verfolgungen aufzustöbern. — Genosse Most will, wenn er in Chemnitz seine „Strafe verbüßt" hat, sofort eine dreimonatliche Haft in Plötzensee antreten, an welche sich wahrscheinlich eine weitere von zwei Monaten, die noch in der Appellinstanz schwebt, anschließen wird. — Verhaftet in Glauchau H. Franz, Redakteur der „Glauchauer Nachrichten", die nunmehr drei Redakteure in Haft haben, und zwar sämmtlich wegen eines und desselben Artikels: „Die sinnlose Phrase", dem auch Klemich zum Opfer gefallen ist.

In Potsdam ist ein junger Mann verhaftet worden, der, aus einer Gesellschaft kommend, seinem Kameraden zurief: „Nun, wir bleiben Sozialdemokraten!" Nach dem Verhör wurde er natürlich wieder entlassen. Aber, fragen wir, was sollen derartige polizeiliche Eingriffe in die Freiheit des Menschen bedeuten? Sie dienen lediglich nur dazu, die Aufregung immer mehr zu schüren. — In Dortmund ist bei Tölcke und Kuhl am 13. d. M. gehaussucht worden. Letzterer wurde verhaftet. — Genosse R. A. Wolf, ein geborener Oesterreicher, ist aus Leipzig, respektive Sachsen ausgewiesen worden. — In Magdeburg hat die Polizeibehörde 30—40 Exemplare des Organs der Metallarbeitergewerkschaft „Panier" mit Beschlag belegt, weil die Devise: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" darauf schließen lasse, daß die Gewerkschaft politische Ziele verfolge. Der Kriminal-Commissarius Mosenhauer aus Neustadt-Magdeburg hat am 14. d. M. drei Zeitungsausträgern gegenüber erklärt, daß er vom 15. Juni ab durch seine Beamten jede Nummer der „Magdeburger Freien Presse" confisziren lassen werde. Merkwürdig ist diese Erklärung jedenfalls, da der Kriminal-Commissarius gewiß nicht im Voraus wissen kann, was für hochverrätherische Artikel in den noch nicht gedruckten Nummern stehen werden. Oder sollte der Kriminal-Commissarius so etwas von Belagerungszustand haben munkeln hören, der allerdings bis jetzt in Magdeburg noch nicht erklärt ist? — Unsere aus liberalen Zeitungen entnommene Nachricht, daß Genosse Hermann Lange in Ingolstadt (sollte heißen: Ingelheim) in einer Versammlung verhaftet worden sei, beruht der „Bergischen Volksstimme" nach auf Unwahrheit. — Ein Colporteur des „Zeitgeist", Ignaz Kölbl, ist vom Bezirksgericht zu München

---

und deren demoralisirende Wirkungen die Geschichte der Finanzen Ungarns an der Hand der Rückstände und der Abenteuer seiner Exekutoren in Stadt und Land erzählen kann. Die Großindustrie hat noch keine rechten Anfänge gemacht, und wo sie es versucht hat, ist sie gescheitert an den mangelhaften Verkehrsmitteln und der Unfähigkeit, ihre Waaren abzusetzen. Was blüht also in dem schönen Gebirgslande noch? Neben der Willkür nur der Wucher!

Was aber wird das Ende sein? Es ist ein tröstlicheres gewiß für die Sachsen in Siebenbürgen, als für ihre Unterjocher. Mögen sie auch bei der Lösung der orientalischen Frage übergangen werden, mag auch übersehen werden, daß in den Ländern der Stefanskrone der Bürger und Bauer auch nach seinem Rechte schmachtet, ja mag das kleine, tapfere Völkchen auch in der Sturmfluth magyarischen Größenwahnsinns untergehen: die Wissenschaft weiß, wie es solchen Kranken geht. Es ist der gefährlichste Wahnsinn beim Einzelnen, wie beim Volke. Würdig ihrer Väter werden die Sachsen untergehen und mit ihrem Untergang jenem Staate, der sie zermalmt hat, einen tüchtigen Pfeiler rauben, der Jahrhunderte lang den ungarischen Staatsbau mit der Kraft freiheitlicher Anschauungen hat halten helfen.

Zu spät werden die magyarischen Herren Magnaten den Untergang eines tüchtigen Bürgervolkes betrauern müssen, wenn einmal die Zeit des Erwachens aus dem nationalen Schwindel kommt, der ihnen heute das Augenlicht raubt, daß sie wie der geblendete Faust glauben, es seien die Schaufeln der Arbeiter für eine neue Verherrlichung ihres Nationalstaates, die draußen klirren, während es das Grab ist, das ihnen bereitet wird.

Philemon

— Berichtigung. In dem in Nr. 67 abgedruckten Feuilleton-Artikel „Elsässische Zustände" befinden sich mehrere Druckfehler. In der 1. Spalte, Zeile 6 von unten, hinter „Herzog und Genossen in Berlin": „oder des Oberpräsidiums in Metz" muß es heißen: „oder des Oberpräsidiums in Straßburg." In Spalte 2, Zeile 9 von unten, ist ferner zu lesen statt: „der alte Straßburger", „der Alt-Straßburger" — im Gegensatz zu den Eingewanderten.

---

*) Lockout (sprich: Lockaut wörtlich: Ausschluß), nicht Lookout (Lugaus, Lug ins Land), wie das Wort verschiedentlich geschrieben wird.

†) Die Adresse ist unzweifelhaft ächt, und die „Berliner Freie Presse", welche, da ihr die „Egalité" nicht vorlag, an eine Fälschung oder gar an eine Leistung des Reptilthalers glaube, wird sich inzwischen von ihrem Irrthum überzeugt haben. R. d. V.

wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt. — Aus Berlin erfahren wir, daß fernere Haussuchungen bei den Genossen Finn und Greifenberg stattgefunden haben. Das Vorstandsmitglied des „Nordklub" Augenmüller ist plötzlich ohne Angabe des Grundes verhaftet worden. Die sozialistische Wählerversammlung, auf deren Tagesordnung Einsetzung eines Wahlcomités stand, wurde, angeblich wegen Ueberfüllung, aufgelöst. In der „Dentler-Affaire" sind unsere Genossen Schapira und Rackow wegen Richterbeleidigung zu 6 Monaten und 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Der Staatsanwalt hatte 18 und 15 Monate beantragt. — Politzer, Redakteur des „Zeitgeist" in München, wurde am 15. d. verhaftet; Grund: ein alter Zeitungsartikel, an den Niemand mehr dachte. — In Pegau wurde Genosse Gottlieb Weiß, Restaurateur zur „Freien Schweiz", verhaftet; Gründe zu dieser Maßregel sind unbekannt. — In Breslau wurde Parteigenosse Schumacher verhaftet, weil er eine Majestätsbeleidigung in einem Bierlokale begangen haben sollte. Die Denunzianten mußten mit langer Nase abziehen, da Schumacher auf Antrag des Staatsanwalts freigesprochen worden ist; vier Tage Untersuchungshaft hatte er der Denunziation zu verdanken.

Correspondenzen.

n. **Hamburg**, den 6. Juni. Auch hier wollte die christlich-soziale Partei weiteren Boden gewinnen. Sie hatte eine Versammlung einberufen, in welcher als Hauptredner Hofprediger Stöcker aus Berlin auftreten sollte. Die sämmtlichen christlichen und jüdischen Schiffsrheder und Börsenbarone der Stadt hatten ihre Betheiligung zugesagt. Plakate und Flugblätter forderten unter Schmähungen auf die Sozialdemokratie zu zahlreichem Besuche auf. Herr Stöcker war ja nach seiner jüngsten Erklärung, in welcher er jede Gemeinschaft mit Adolf Wagner und Schäffle, mit den Männern, welche das Privateigenthum nicht ausschließlich herrschen lassen wollen, zurückgewiesen hat, indem er aus dem Verein für Sozialreform ausschied, wieder in den alleinseligmachenden Schooß des ausbeutenden Kapitals zurückgekehrt — Jude und Christ der Bourgeoisgesellschaft durften ihm deshalb gläubig zuhören. Das Bischen priesterlichen Hochmuth und das Bischen gewerbliche Reaktion gedachte man gern mit in den Kauf zu nehmen — galt es doch die Sozialdemokratie zu vernichten. Dieser Sozialistentödtung aber machte die Polizei einen Strich durch die Rechnung, indem dieselbe einfach die Versammlung verbot. Dies Verbot ist mir allerdings unbegreiflich, da doch Stöcker kein „Aufrührer" ist. Doch scheint man Ruhestörungen befürchtet zu haben und zwar deshalb, weil eine große Anzahl „gebildeter" Antisozialisten laut verkündet haben soll: „Die Sozialistenbrut müsse vernichtet werden; schon heute Abend werde man die Burschen tüchtig durchprügeln." Die Prügel hätten allerdings dann die Antisozialisten erhalten, da die Sozialdemokraten sich bei solchen Gelegenheiten nicht ohne Geschick vertheidigen. — Ist übrigens diese Vermuthung über das Verbot richtig, so hat die Polizei ganz taktvoll gehandelt.

— den 10. Juni. Hier sind von Seiten der Polizei bis auf Weiteres sämmtliche Versammlungen verboten worden; selbst die der Todtenladen, der Krankenvereine, der Congreß der Schuhmacher machen hiervon keine Ausnahme. Wie es, der „Reform" zufolge, heißt, geht die Polizei infolge eines Winkes von Berlin aus in dieser Weise vor und soll sogar, falls sie anders handeln würde, die Entsendung eines Bundescommissars und fremder Bundestruppen nach Hamburg in Aussicht gestellt sein.

Berlin, den 4. Juni. Gestern gegen 7 Uhr, wurde in der Wohnung des Geschäftsführers des Arbeiter-Bildungs-Instituts, Herrn Milke, ebenfalls eine polizeiliche Haussuchung vorgenommen und sämmtliche Briefe und Papiere 2c. mit Beschlag belegt. Auch im Arbeiter-Bildungs-Institut hat ungefähr zur selben Zeit eine Haussuchung stattgefunden und wurden die Papiere, Mitgliederlisten 2c. mit Beschlag belegt. Der Besitzer des Instituts, Herr Körner, wurde ohne jede Vorladung oder Verhaftsbefehl, wie denn auch die Haussuchung trotz des Protestes seitens des Hrn. Körner ohne die Vorzeigung eines gerichtlichen Vorweises vorgenommen worden war, nach dem Molkenmarkte mitgenommen. Dort wurde er nach den im Institute thätigen Personen, deren Wohnung 2c. befragt, welches Ansinnen derselbe jedoch auf solange ablehnte, bis er vor den Untersuchungsrichter geführt würde. Hierauf wurde er mit seinem 2jährigen Knaben, den er auf dem Arme mitgetragen, da seine Frau zu der Zeit von der Wohnung abwesend war, wieder entlassen.

Frankfurt a. d. O., 8. Juni. Hier ist gleichfalls die Lokalsperre und Sozialistenhetze in der besten Blüthe; auch regnet es wieder Voruntersuchungen und Anklagen. So war zum Beispiel das Lokal des Herrn Kubrah am 6. d. Mts., wo die Schuhmacher Versammlung abhielten, innerhalb und außerhalb durch Polizei besetzt, auch wurde eine Haussuchung vorgenommen im genannten Lokale, man verschonte sogar das Zimmer einer alten Wittwe nicht, was man aber suchte, weiß wohl die Polizei allein. Auch eine Recognoscirung der Gäste im Lokale fand statt. Auch wurde der Wirth vom Polizei-Inspektor Scholz gefragt, warum er solchen Menschen das Lokal zu den Versammlungen gäbe, die ja doch blos Unheil unter das Volk brächten. Aber noch besser geht der Pastor Palzow hier vor, dieser liebe Herr geht in die Fabriken und redet den Fabrikanten zu, die Sozialisten zu entlassen. — Doch Herr Pastor? wie steht's mit dem Spruche: „Brich mit den Hungrigen dein Brod."

Waldheim, 3. Juni. Der Reiseredner des „Centralvereins für Sozialreform", Herr Lössel, hielt hier am 28. und 30. v. Mts. zwei Vorträge über die „Soziale Frage" und „die Noth und Rettungsbedürftigkeit des Handwerkerstandes", die von ungefähr 80 Fabrikanten 2c. und 20 Sozialisten besucht waren. Beim 1. Vortrage, der zum größten Theil in einer Vorlesung aus dem „Staatssozialist" bestand, wurde hauptsächlich auf den Zweck des Vereins hingewiesen, und am Schluß verlas der Redner das Programm desselben, welches einige Forderungen enthält, die auch wir erstreben. Um jedoch die Herren Fabrikanten nicht abzuschrecken, bemerkte er, daß es durchaus nicht nöthig sei, das ganze Programm anzuerkennen, es genüge, wenn man mit den ersten Punkten — Bekämpfung der Sozialisten — einverstanden sei. Im zweiten Vortrage gelangte der Redner zu dem Resultate, daß eine Errettung des Handwerkerstandes nur durch Wiedereinführung zünftlerischer Zustände möglich sei, es würden dann auch die Geschäftskrisen unmöglich sein. Ein näheres Eingehen auf die etwas confusen Vorträge scheint mir überflüssig, und will ich nur noch bemerken, daß uns auf die Frage, ob nicht eine Diskussion nach den Vorträgen stattfinde, Herr Lössel erklärte, seine Instruktion von Oben gehe dahin, sich in keine Debatte einzulassen.

Nürnberg, 7. Juni. Hier fand am 5. Juni eine von mindestens 3000 Personen besuchte Volksversammlung statt. Nach einem eingehenden Referate des Genossen Grillenberger wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, Mittwoch den 5. Juni, im Sächsischen Hof tagende, von circa 3000 Einwohnern aus allen Ständen besuchte Volksversammlung, in Erwägung, daß die Sozialdemokratie den Massenmord sowohl als den Mord Einzelner verdammt und jederzeit verdammt hat; daß ihre Bestrebungen im Gegensatz zu denen aller übrigen Parteien auf gründliche Beseitigung der vorhandenen gesellschaftlichen Mißstände gerichtet sind, also Beseitigung einzelner Personen, und mögen diese noch so hoch stehen, völlig ausschließen: protestirt des Entschiedensten gegen die Art und Weise, mit welcher die Gemeindebehörden Nürnbergs in ihren Adressen die Sozialdemokratie, welcher die Hälfte der Einwohnerschaft Nürnbergs huldigt, mehr oder minder offen mit dem begangenen Verbrechen in Verbindung zu bringen suchen; es sind dies verdächtigende Unterstellungen, die bei der städtischen Vertretung Nürnbergs auch nicht mit der Aufregung des Augenblicks entschuldigt werden können, und welche bei den Adressen, an welche sie sich richten, Maßnahmen geradezu provoziren, Maßnahmen, die in ihren Consequenzen nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch andere Parteirichtungen treffen werden. Die Versammlung protestirt ferner gegen die den Klassenhaß in bedauerlichster Weise schürenden unwürdigen Verdächtigungen und Beschimpfungen, mit welchen in einer hiesigen Versammlung und in der hiesigen reaktionären Presse, besonders im „Fränkischen Kurier" und der „Nürnberger Presse", die Sozialdemokratie und bewährte Volksmänner überschüttet wurden. Die heutige Versammlung legt das feierliche Gelübde ab, in Freud und Leid treu zu den Prinzipien der Sozialdemokratie und zu ihren Vertretern zu stehen, möge kommen, was da wolle."

Mannheim, 31. Mai. Am letzten Montag hielten wir hier eine Versammlung ab, in welcher „über das Attentat und das Hödelgesetz" referirt wurde. Zur Deckung der Kosten wurden von jedem Theilnehmer 10 Pf. erhoben; es gingen 120 Mark ein, was die Anwesenheit von 1200 Personen constatirt. Die „Bad. Landeszeitung", die dies berichtet, meint dazu: „Es beschleicht uns ein Gefühl der Beschämung, wenn wir an den dürftigen Besuch der liberalen Versammlungen unserer Stadt denken." — Hier in Mannheim wächst die sozialdemokratische Bewegung von Tag zu Tag trotz aller Maßnahmen, die man über uns verhängt; sie wird noch mehr wachsen, wenn die Verfolgungen, wie es den Anschein hat, sich noch vermehren. Druck erzeugt Gegendruck!

Düsseldorf, 8. Juni. Die Vernichtung der Sozialdemokratie innerhalb der bestehenden Gesetze hat auch hier begonnen: die von den hiesigen Parteigenossen beabsichtigte Wahl eines Delegirten zum sozialistischen Congreß zu Gotha wurde von der hiesigen Polizeibehörde verboten, während zur selbigen Zeit in Elberfeld der Parteitag der Fortschrittspartei tagte. Gleiches Recht für Alle! — Auf die Nachricht des zweiten Attentates auf den deutschen Kaiser fielen die hiesigen liberalen Blätter, Blutdoggen gleich, die auf die Fährte gesetzt sind, über die Sozialdemokratie her. Der „Düsseldorfer Anzeiger" predigt mit einer, selbst an diesem sauberen Blatte ungewohnten Schamlosigkeit die Gewalt als einzig probates Mittel gegen die „Revolutionäre" 2c. und scheut sich nicht, vollkommen aus der Luft gegriffene Nachrichten zu bringen, die dazu geeignet sind, den Fanatismus gegen die Sozialdemokraten auf's Höchste zu entfachen. So sollen den hiesigen Comitémitgliedern zur Arrangirung des „Wilhelmsfestes" am 28. Mai anonyme Briefe zugegangen sein, worin denselben mit dem Tode gedroht wurde. Unterzeichnet sollen dieselben gewesen sein: „Einer hinter dem Hunderte stehen". Eine Nachricht, die selbst von den andern hiesigen Blättern ganz verschämt, nur „mit allem Vorbehalt" dem „Düsseldorfer Anzeiger" nachgedruckt wurde. Welche Blüthen diese systematische Aufhetzung und Verleumdung zeitigt, zeigt bereits ein „Sprechsaal"-Artikel der „Düsseldorfer Zeitung", die übrigens an Wuthausbrüchen gegen die Sozialdemokratie dem „Anzeiger" durchaus nichts nachgiebt. Der Herzenswunsch des edlen Einsenders des betreffenden Artikels geht nämlich nach Einführung der Prügelstrafe: — „Ein Volk, welches Königsmörder gebiert, ein Volk, dessen soziale und gesetzliche Zustände solche Entwickelung zulassen, kann jener Strafe nicht entrathen. Zu diesen Strafen gehört vor Allem die Prügelstrafe. Sie ist barbarisch, das ist richtig. Es ist aber ebenso richtig, daß dem Barbaren nichts anderes als das Barbarische imponirt, ihn zurückschreckt vor seinem Akte des Barbarismus. Der Tod ist ihm wie dem Nihilisten kein Schreckmittel: die Prügel bis auf's Blut, und die wiederholten Prügel, — sie sind ein solches." (!!) Zur Anerkennung wurden dem Einsender übrigens von vielen nichtsozialistischen Lesern seines Artikels seine wohlverdienten „25" gewünscht. Wahrlich, ein jeder Mensch, der sich in dieser Zeit der Lügen und Verleumdung noch ein klares Urtheil bewahrt hat, mag er einer Partei angehören, welcher er wolle, muß sich mit Ekel und Verachtung abwenden von dem Treiben dieser sauberen Clique. Das Denunziantenthum steht in höchster Blüthe, ja es wird offen von der „liberalen" Presse dazu aufgefordert. Der Fanatismus und Haß der, theils egoistischen, theils denkfaulen Theile der Bevölkerung wird gegen Hunderttausende von Mitmenschen auf's Höchste entflammt; wen kann es wundern, wenn auf der andern Seite eine tiefe Erbitterung Platz greift gegen diese Kämpfer mit „ehrlichen Waffen"? Möge Deutschland das grenzenlose Unglück erspart bleiben, daß der fromme Wunsch des „Düsseldorfer Anzeigers" nach der „Gewalt" sich erfüllte. Soeben lese ich, daß dem Präsidenten des „Vereins zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen", Herrn Mulrany aus Hagen, eine Aufforderung zugegangen ist, eine Generalversammlung des genannten Vereins einzuberufen, die sich damit zu beschäftigen habe, ein Abkommen zu treffen, wonach kein Mitglied des Vereins einen Beamten oder Arbeiter, der sozialdemokratische Versammlungen besucht, solche Schriften liest oder Geld für solche Zwecke hergiebt, in Arbeit zu halten. Motivirt ist dies Vorgehen damit: es könne sich Jeder Arbeit suchen, wo er wolle, also könne man sich auch nach Belieben seine Arbeiter aussuchen. Unterzeichnet sind die Herren: Funke u. Hueck, Erkenzweig u. Schwemann, Funke u. Elbers, R. u. H. Vorster, Asbeck, Osthaus, Eiken u. Co., J. C. Soeding u. Halbach. Herr Mulrany soll sich sofort bereit erklärt haben, der Aufforderung Folge zu geben. Möge den edlen Menschenfreunden das Experiment wohl bekommen. —t.

Lörrach, 3. Juni. Gestern hielt der Wieser Militär-Verein Fahnenweihe, an welcher der Lörracher Landwehr-Verein, welcher ca. 20 Mann stark in Wies sich eingefunden hatte, Theil nahm. Abends um 6 Uhr trat derselbe von dort seinen Heimweg auf einem Leiterwagen an. Auf dem bergigen Weg zwischen Wies und Tegernau, wo die eine Seite von Felsen, die andere von einem starken Abhang begrenzt wird, in dessen Tiefe die kleine Wiese fließt, gerieth auf dem abschüssigen Weg der Wagen in's Rollen, fuhr gegen einen Baum, warf um und schleuderte die Insassen gegen die Felsen. Der Anblick der Unglücksstätte war, wie uns Theilnehmer an dieser Fahrt berichtet, ein erschütternder: siebzehn, vor wenigen Augenblicken noch kräftiger und gesunder Männer und Frauen, lagen theilweise mit zerschmetterten Gliedern in ihrem Blute schwimmend am Boden. Ein Mädchen von 18 Jahren blieb todt auf dem Platze. Zwölf Schwerverwundete wurden in einem Gasthaus in Tegernau untergebracht. Die Uebrigen, worunter nur zwei Unbeschädigte, trafen Abends hier ein, um uns die Schreckensbotschaft zu überbringen. J. G. B.

Briefkasten

der Redaktion: X. in Y. Sie fragen uns: Hat die R. d. „B." die Liste gelesen, welche die Namen der geretteten und vermißten Mannschaften des „Großen Kurfürst" bringt? Ist es nicht aufgefallen, daß von der Mannschaft fast alle Offiziere gerettet sind? Konnten diese länger und besser schwimmen? Antwort: Wenden Sie sich doch an die deutsche Admiralität. In der englischen Marine ist es Regel, daß die Offiziere ein sinkendes Schiff erst nach der Mannschaft verlassen dürfen; in der deutschen Marine herrschen vielleicht andere Vorschriften. Was das Schwimmen betrifft, so dürfte in beiden Marinen zwischen Mannschaft und Offizieren kaum ein Unterschied sein. — H. in Frankfurt a. O.: Ihre Frage, ob ein Dissident zum Kirchengehen gezwungen werden könne, ist uns völlig unverständlich. Der betreffende Obertribunalsbeschluß wird Ihnen jetzt wenig nützen, vorläufig sind wir der Ambos, wir werden aber schon wieder Hammer werden.

der Expedition. C. Tzmnn Stettin: § 360 Abs. 11 des St.-G.-B. lautet: Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft wer ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt. § 367 Abs. 10: Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft, wer bei einer Schlägerei, in welche er nicht ohne sein Verschulden hineingezogen worden ist, oder bei einem Angriffe sich einer Waffe, insbesondere eines Messers oder eines anderen gefährlichen Werkzeuges bedient.

Quittung. H. Rdgr Halle Ab. 20,00 u. 1,70. Mür Reichenbach Schr. 5,00. Wahlverein Harburg An. 1,90. Jänchen Brims Ab. 5,00. Schmdt Neviges Ab. 12,60. Zbl Linz Ab. 2,06. H. Wlthr Kiel Ab. 114,65. Knf Frankfurt Ab. 65,36. Lhmnn Pforzheim Schr. 30,00. Strsbrg Düsseldorf Schr. 0,75. Schwb. Gmünd Abon. 1,40. Mür hier Ab. 2,90. Bhnk Nederode Schr. 1,80. Schy Ratibor Schr. 1,50. Mür Calbe Schr. 3,00. Neukirchner hier Schr. 4,00. Jdck Niederwiese Schr. 1,10.

L. in Pabstleithen i. B.: Sendung an Sie retour gekommen, weil der Ort in B. nicht existirt. Bitte um genauere Angaben. D.

Der Parteigenosse, welcher die Adresse des vor mehreren Jahren von Berlin nach Amerika ausgewanderten Schuhmachermeister Johann Siems kennen sollte, wird gebeten dieselbe mir mitzutheilen

Stettin. T. Totzmann, Apfelallee 10.

Unserm werthen Freunde und Parteigenossen, Max Förster, bei seiner Abreise nach Paris, indem wir denselben unsren dortigen Gesinnungsgenossen aufs beste empfehlen, ein herzliches Lebewohl!

J. A. der sozialistischen Arbeiterpartei Darmstadt
Der Agent: L. Betz.
J. A. des Clubs für soziales Studium und Propaganda: L. Kahres.

Fonds für Gemaßregelte.

Von A. K. hier 0,75.

Wahlfonds.

Von F. hier 5,00.

Christoph Hesse in Baltimore theilt uns mit, daß er drei Briefe an seinen in Meimbressen bei Kassel wohnenden Bruder geschrieben und sie sebst zur Post getragen habe, die aber nicht an die Adresse gelangt sein könnten, da der betreffende Bruder in den Briefen, die Christoph Hesse von ihm erhalten, keinerlei Bezug auf jene Briefe genommen habe.

Halle a. S. Donnerstag, den 20. Juni, sehr wichtige Besprechung im Parteilokal. Parteigenossen erscheint zahlreich. F. [40

Ottensen. Donnerstag, den 20. Juni, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon: [80

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl und Proclamirung eines Candidaten. F. Heerhold.

Die [1,50

Generalversammlung des Bundes der Tischler u. Berufsgenossen

wie die der

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse

nimmt am **Sonntag**, den **23. Juni**, in **Dresden** im Lokale der „Conversation", Nachmittags 4 Uhr, ihren Anfang und ersuche ich die Delegirten pünktlich dort einzutreffen.

F. Weidemann.

Durch uns ist zu zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbet'schen Büste „Liberté".

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Elfenbeinton 2,50 Mark. Consoles (Träger) hiezu in schöner Ausstattung pro Stück weiß Mk. 0,80, Elfenbeinton Mk. 1,20.

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.

Die Expedition des „Vorwärts".

Im Verlage der Allg. deutschen Associations-Buchdruckerei zu Berlin erschien und ist durch die unterzeichnete, sowie die Expedit. der „Fackel" zu beziehen:

Die parlamentarische Thätigkeit

des deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876.

Beleuchtet von A. Bebel.

(Zweite theilweise veränderte und vermehrte Auflage.)

Preis: 80 Pfennige.

Bekanntlich wurde die erste Auflage konfiszirt und ist nunmehr von der Verlagsfirma eine neue Auflage veranstaltet, nachdem der Verfasser eine Revision des Textes vorgenommen hat.

Diese Schrift ist zur Agitation unentbehrlich und deshalb entschieden zu empfehlen.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kunzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Kgl. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., Vereinsangelegenheiten und Lesse pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenschor, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rüsche, 344 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Heß, 503 North 3rd Street.
J. Ball, N. E. cor. Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Gerge, 225 Washington Str.
Chicago: A. Sauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 27 A Princess Str. Leicester Sqr.

Nr. 72. Freitag, 21. Juni. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Helgoland und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal; bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.

Convertsendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag IX, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, in der Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15 part., bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstr. 6/IV, und im Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** ꝛc. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 10 I; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** ꝛc. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstr. 3; für **Eutritzsch** bei W. Knobloch, Marienstraße.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 36a, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartals-Abonnements angenommen werden.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

„An das Gewissen der Nation"

wendet sich bei den bevorstehenden Neuwahlen nach ihrer eigenen Erklärung die deutsche Reichsregierung.

Gegen diese Phrase kann Niemand etwas einwenden und besonders dann nicht, wenn die Regierungsorgane das „Gewissen der deutschen Nation" bei seiner Rückäußerung nicht unrechtmäßig beeinflussen, wenn die deutschen Regierungsorgane eine vollständige freie Wahl dem deutschen Volke ermöglichen.

Wie die Wahlprüfungen im deutschen Reichstage bisher schon gezeigt haben, ist es mit der freien Wahl nicht immer sonderlich gestellt gewesen: Pastöre auf den Kanzeln, Gensdarmen und Schutzleute haben direkt und indirekt die Wahlen „machen" helfen.

Und alle Anzeichen sind vorhanden, daß die bevorstehenden Wahlen nicht frei sein werden von allerlei Beeinflussungen, die von der Macht ausgehen. So wird aber das „Gewissen der Nation" in seiner freien Willensäußerung beeinträchtigt, und der Appell an dasselbe hat keine Bedeutung.

Wenn man jetzt schon die Hindernisse sieht, welche den sozialdemokratischen Wählern, dem arbeitenden Volke, soweit es selbstständig aufzutreten und seine Stimme in die Wagschale zu werfen verlangt, entgegengethürmt werden: Auflösung von Wahlversammlungen, Verbot des Sammelns von Wahlgeldern — dann sieht es wahrlich mit dem Appell „an das Gewissen der Nation" merkwürdig genug aus, oder aber man müßte annehmen, daß die deutschen Arbeiter, geächtet und verfehmt, nicht zur deutschen Nation gerechnet werden sollen.

Das Land aber, welches seine besten, seine edelsten Söhne in die Acht erklärt, steht, wie die Geschichte lehrt, schon dicht am Rande des Abgrundes. — —

Wenn wir also, nach den Maßnahmen zu urtheilen, die jetzt schon getroffen werden, kaum die Hoffnung Derer zu theilen vermögen, die dennoch glauben, die deutschen Behörden würden eine freie Wahl auch den Sozialdemokraten, den Arbeitern gestatten, so soll uns das doch nicht abhalten, in den Wahlkampf einzutreten, der ja außer den behördlichen Maßregeln ungleich größere, welche die besitzenden Klassen gegen die abhängigen Arbeiter ergreifen, zeigen wird. „Vogel friß oder stirb!" — wird dabei die Parole der Arbeitgeber lauten; entweder du wählst keinen Sozialdemokraten, oder du kommst von Lohn und Brod!

Wir sehen also, daß auch von dieser Seite, sofern man die Arbeiter noch mit zur Nation zu zählen geneigt ist, das „Gewissen der Nation" in bedenklichster Weise bedroht wird, daß also unter diesen Umständen die Antwort, welche die Nation auf die Auflösung ertheilt, nimmermehr gewissenhaft ausfallen kann.

Aber dennoch! Wir treten mit aller Energie ein in den Wahlkampf, weil dadurch erst die Kampfesmittel unserer Gegner an den Pranger gestellt werden können, und weil wir aber auch das felsenfeste Vertrauen auf die großartige Kraft und Opferfreudigkeit der Arbeiterklasse haben, daß sie trotz Sturm und Unwetter das anvertraute Rettungsboot, welches die Menschheit vor dem Untergange bewahren soll, durch Klippen und Brandung mit sicherer Hand hindurchsteuern wird.

Auch die bevorstehende Reichstagswahl in Deutschland wird zeigen, daß das Boot wohl hin und her geworfen werden kann von den Parteiwogen, daß es aber den Cours nicht verliert und ein gutes Stück Weges vorwärts kommt.

Am Steuer sitzt das Recht, die Freiheit ist die Führerin und die Ruder werden getrieben von der unverdorbenen Volkskraft. — — — —

Am 30. Juli wird die für längere Zeit entscheidende Wahlschlacht geschlagen werden unter den schwierigsten Verhältnissen für die Sozialdemokratie, die deshalb auch in Bezug auf die Wahlvorbereitungen und den Wahlkampf selbst eine von früher etwas abweichende Taktik verfolgen wird.

Es kann uns diesmal nicht darauf ankommen, eine möglichst große Gesammtzahl von Stimmen zusammenzubringen, sondern wir müssen, der so heftig andringenden Reaktion gegenüber, auf möglichst viel positive Erfolge bedacht sein. Unsere ganze Energie muß sonach auf diejenigen Wahlkreise verwendet werden, in denen ein Sieg der Sozialdemokratie erzielt werden kann. Für diese Wahlkreise, die als offizielle bezeichnet werden und die auf dreißig veranschlagt sind, muß die ganze Partei wie ein Mann einstehen. Es darf kein Groschen unnöthig verausgabt werden in Gegenden, in denen wir nur mit sogenannten Stimmenzähl-Candidaturen auftreten können. In solchen Stadt- und Industriebezirken mag man selbstständig vorgehen, wo dies mit wenig Mühe und Kosten verknüpft ist; in solchen Bezirken aber, die man von vornherein als ungünstig kennt, namentlich in noch wenig bearbeiteten ländlichen Gegenden, möge man für diesmal sich der Agitation für sozialistische Wahlen gänzlich enthalten. Alle verfügbaren Mittel sende man an die Centralkasse ein, damit die Partei in den Stand gesetzt wird, in den offiziellen Kreisen eine möglichst kraftvolle Agitation entfalten zu lassen. Es gilt diesmal nicht, Heerschau zu halten über die Massen der Sozialdemokratie, sondern es gilt, das bereits eroberte Terrain zu behaupten und neues zu erringen im Kampfe mit der von allen Seiten anstürmenden Reaktion.

Im Uebrigen ist unsere Stellung trotz der vielen Widerwärtigkeiten, die auf uns einstürmen, keine so ungünstige, wie vielfach gesagt wird.

Die conservativen und offiziösen Blätter erklären mit großer Offenheit, daß der Kampf der Regierung allerdings auch gegen die Sozialdemokraten, aber in nicht geringerer Weise gegen die Liberalen und Fortschrittler gerichtet sei. Die Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie sind nur die Lockspeise, um die simplen Wähler zu fangen. Es handelt sich in Wirklichkeit um 3 — 400 Millionen Steuern mehr! Es handelt sich um das Tabaksmonopol! Es handelt sich um die Verlängerung der gegenwärtigen hohen Präsenzstärke des deutschen Heeres und der enormen drückenden Militärlasten!

Dies Alles soll das liberale Bürgerthum gewähren, dafür erhält es einige Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, die im günstigsten Falle weder schaden, noch nützen — wir sprechen hier vom Standpunkte eines liberalen Bürgers aus — im ungünstigen Falle aber die Sozialdemokratie zu noch höherer Blüthe führen.

Dies merken auch jetzt bald die lange Zeit mit Blindheit geschlagenen Liberalen.

So erhalten wir anstatt einer allgemeinen, organisirten Sozialistenhatz einen äußerst bunten Parteikampf — die Reaktionäre gegen die Fortschrittler, die Liberalen gegen die Clericalen, diese gegen die Regierungscandidaten oder gegen die Liberalen. Christlich-Soziale, Agrarier und Schutzzöllner verwirren den Kampf noch — geschlossen und fest steht allein die Sozialdemokratie da.

Deshalb steht unsere Sache gut.

Aber auch der Stolz der Arbeiter wird erwachen ob all' der unerhörten Maßregeln, von denen sie getroffen werden und die ihnen ihre freie Ueberzeugung rauben sollen. Für diese Ueberzeugung werden sie am 30. Juli kämpfen.

Und von diesem Standpunkt aus appelliren auch wir
an das Gewissen der deutschen Nation.

Sozialisten und Meuchelmord.

(Aus dem Centralorgan der englischen Gewerkschaften: „Industrial Review" vom 15. d. M.)

Die Leser unserer Zeitungen werden es kaum bedauern, daß die Hrn. Redakteure ein Thema gefunden haben, durch welches in das tödtliche Einerlei der in langweiligen und verwirrenden Artikeln behandelten orientalischen Frage etwas Abwechslung gebracht wird.

Schade nur, daß dieses neue aufregende Thema ein versuchter Meuchelmord ist; aber das läßt sich nun einmal nicht ändern. Das bloße Schießen (the mere shooting) auf einen König, eine Königin oder einen Kaiser würde unter gewöhnlichen Umständen freilich nur ein „neuntägiges Wunder" sein. Alles, was über solche „Attentate" gesagt werden kann, ist lange gesagt. Louis Philipp und unsere Königin Viktoria sind so vielen Mordversuchen ausgesetzt gewesen, daß das Thema vollständig erschöpft ist, soweit der einfache Fürstenmord ins Spiel kommt. Handelte es sich einzig um die Rettung des Kaisers vor den Kugeln zweier Elenden, die auf ihn feuerten, so würden die Zeitungen wenig zu schreiben haben, was irgend Jemand des Lesens werth fände. Nach allen Nachrichten sind diese beiden Möchte-gern-Fürstenmörder (would be King-Killers) höchst verächtliche Personen — erbärmliche, halbirrsinnige Subjekte, deren Noth und Leidenschaften, zusammenwirkend mit ihrer Verrücktheit, sie zu Verbrechen trieben, zu deren Vermeidung ihnen die Kraft, und zu deren richtiger Ausführung ihnen die Entschlossenheit und das erforderliche Geschick fehlte.

Die Presse (d. h. die Bourgeoispresse) Großbritaniens fällt aber, indem sie den Wunsch der deutschen Staatsmänner, diese Attentate mit den deutschen Sozialisten in Verbindung zu bringen, Tag für Tag ihre Spalten mit Jagd- und Mordgeschichten („cock and bull" stories) der lächerlichsten Art, in der Absicht, einen Zusammenhang zwischen Hödel-Nobiling und den deutschen Sozialisten nachzuweisen, als ob heutzutage die Theorie des Meuchelmords und die Praxis des Fürstenmords Dinge wären, die Zehntausende von Menschen in Deutschland, Amerika, Frankreich und England als das beste Mittel zur Erreichung ihrer politischen Zwecke betrachteten. Etwas Monströseres als dies kann man sich unmöglich denken. Vor einigen Tagen erzählte uns die „Times", überall in den Vereinigten Staaten bewaffneten sich die Sozialisten in der Absicht, dem Gesetze zu trotzen und das Eigenthum des Landes an sich zu reißen. Der gesunde Menschenverstand mußte Jedem sofort sagen, daß das Ganze eine gewöhnliche Reporter-Ente war; statt aber die Sache so aufzufassen, schrieben die Zeitungen ernsthafte Leitartikel, und brachten die Trades-Unions und alle anderen Bewegungen und Organisationen, an denen Arbeiter theilnehmen, in Zusammenhang mit diesem angeblich drohenden revolutionären Ausbruch.

In Deutschland sind derartige Gerüchte sehr kunstreich angefertigt und verbreitet worden. Hr. Krupp ließ sich vor Jahresfrist, in einer Ansprache an seine Arbeiter, sehr lebhaft über Gewerkschaftswesen und Sozialismus aus. Das neuliche Begräbniß eines Sozialistenführers in Berlin wurde mit dramatischem Effekt verarbeitet. Ein so fetter Bissen war unwiderstehlich. Der (angebliche) Unfug in den Straßen und die (angebliche) Gotteslästerung und Unordnung an dem Grabe entsprachen so vollkommen den Anstandsbegriffen der Sozialisten und vernünftigen Arbeiter, daß die „Times", der „Daily Telegraph" und die „Pall Mall Gazette" nicht umhin konnten, das alberne Zeug zu glauben, es zu veröffentlichen und lange Commentare zu schreiben. Natürlich war Alles nicht wahr, wie durch das Zeugniß von Leuten, welche der Leichenfeier beiwohnten, festgestellt wurde. Indeß die „Berichtigungen" fanden wenig Gnade und konnten nur verstümmelt zum Abdruck gelangen. Die Lüge war nützlich, oder galt doch den „Freunden des Eigenthums und der Ordnung" für nützlich, und man ließ ihr deshalb freien Lauf.

Die Personen, die solche monströse Verleumdungen gegen das Volk in all seinen Bewegungen schreiben, stehen mit den Hödel's und Nobiling's genau auf derselben Stufe. Sie begehen ein meuchlerisches Attentat auf den Ruf des Volkes, während die genannten Elenden verzweifelte Attentate auf das Leben von Fürsten verüben. Die verbrecherische Handlungsweise der Zeitungsschreiber ist sichrer und wird besser belohnt, ist aber im Ganzen noch niederträchtiger als die der hirntollen Fürstenmörder (but is upon the whole meaner than that of insane regicides). Wer die friedliche Fortentwicklung der Gesellschaft wünscht, muß selbstverständlich den Meuchelmord verurtheilen, ja sogar eine bewaffnete Erhebung, es sei denn, daß dem Volk kein anderer Weg für die im Interesse der Gerechtigkeit und des Rechts nothwendigen Veränderungen offen gelassen werde. Die Sozialisten Englands wie der übrigen Länder sind freier von Gedanken der Gewaltthat als irgend eine andere Reformpartei (The socialists whether in England or elsewhere are freer than any other body of reformers from thoughts of violence). Der Grund liegt auf der Hand. Sie haben wirthschaftliche und sonstige Pläne, deren Verwirklichung nur in Frieden begonnen und nur durch eine im Frieden allein mögliche Disziplin des Denkens und Handelns durchgeführt werden kann. Wie könnte der Tod eines Kaisers oder Königs die Geister disziplinliren und ein gesellschaftliches und wirthschaftliches System ins Leben rufen, welches methodischer Vorbereitung und, bei seiner Ausführung, des Friedens und der Zustimmung des Publikums bedarf, wenn der Erfolg gesichert werden soll?

Wir fragen ferner, wie könnte der Meuchelmord als das Geheimniß einer Partei bewahrt werden, die Jeden, der mit ihren Zielen sympathisirt, in ihre Mitte aufnimmt?

In Deutschland haben die Sozialisten ihre Zeitungen, und sie haben mehrere Vertreter in dem deutschen Parlament. Um anzunehmen, daß die Sozialisten an den Meuchelmord glauben und heimlich dazu aufmuntern, müßte man erst annehmen, daß der allgemeine Gesellschaftskörper, aus welchem die sozialistische Partei ihre Anhänger zieht, schon eine starke Neigung zum Meuchelmord hat. Die Verleumdung richtet sich also nicht blos gegen die Sozialisten als solche, sondern gegen die Gesellschaft im Allgemeinen: gegen die Männer, Frauen und Kinder, mit denen wir im täglichen Leben verkehren. Wir stehen nicht an, auf's Entschiedenste zu erklären, daß wir eine solche Annahme für eine abscheuliche Lüge (hideous falsehood) halten, und zwar für eine vom Parteihaß zu Parteizwecken zusammengekochte Lüge, wie dies der Versuch, das Ausnahmegesetz durchzusetzen, offenbar gemacht hat. Der Kniff ist unter den politischen Macht-

habern ebenso abgestanden, wie das Ringespiel*) unter den Gaunern. Und wenn auch in dem kleinen Parteigezänk die Anklage des Meuchelmords selten ist, so wird dafür desto ungenirter gegen jeden nicht ganz orthodoxen Gedanken über gesellschaftliche und wirthschaftliche Fragen die Anklage des Communismus und eines Attentats auf das Eigenthum geschleudert. Ehrliche Bürger können nicht genug auf ihrer Hut sein gegen Menschen, die sich so unredlicher Mittel bedienen.

Nichts ist im politischen Kampf gewöhnlicher, als eine solche Schurkerei des Anklagens (rascality of accusation). Der Ruf einiger der tüchtigsten Charaktere ist auf diese Weise geschädigt oder zerstört worden. v. Hammer hat die „Geschichte der Assassinen“**) geschrieben, aber die Meuchelmörder (Assassinen) waren Orientalen, nicht Deutsche oder Engländer. Wir haben auch von der geheimnißvollen Mördergesellschaft der Thugs in Indien gehört. Engländer und Deutsche haben jedoch keine Aehnlichkeit mit diesen, und es ist eine ungeheuerliche Verletzung der Wahrheit, eine Verleumdung auszustreuen, die einen Theil der Völker Europas auf eine solche Stufe der Infamie herabdrücken will. Die Leichtfertigkeit, mit welcher die „Times“, die „Pall Mall Gazette“ und andere Zeitungen die Attentate auf den deutschen Kaiser als eine Frucht des Communismus, als das Resultat einer communistischen Verschwörung hinstellen, ist einfach ein Frevel an der Moral und dem gesunden Menschenverstand. Hödel scheint ein verzweifelter Halbidiot (a desperate imbecile) gewesen zu sein, und Nobiling ahmte ihm nach, wie ein Verrückter den Akt des anderen nachzuäffen pflegt. Ein verkommener Hallunke schoß einst auf unsere Königin — flugs fanden sich irrsinnige Nachahmer, welche das verbrecherische Attentat wiederholten. Vor einigen Jahren stürzte sich eine verrückte Frau von dem Monument (einer hohen Säule in London) herab — und dies war das Signal für eine andere verrückte Frau, dasselbe zu thun.

Wir wollen dies nicht für eine Erklärung ausgeben — da wir die eigentlichen Ursachen und Triebfedern der beiden Attentate auf den Kaiser ebenso wenig kennen, wie die Redakteure der „Times“ und der „Pall Mall Gazette“. Wir sind bereit, jede andere Erklärung zu acceptiren; unmöglich können wir aber auch nur für einen Augenblick glauben, daß ein namhafter Theil des Volks in Europa und Amerika den Mord als ein Mittel zur Förderung politischer Zwecke betrachtet und heimlich predigt. Es ist schlimm, daß man Politiker und Zeitungsschreiber der Fabrikation so infamer Verleumdungen anklagen muß, aber dies ist doch bei Weitem der Annahme vorzuziehen, daß es eine Partei geben könne, welche ein so empörendes Verbrechen wie den Meuchelmord für gerechtfertigt hält und ausübt. Lloyd Jones.

*) Ring dropping — eigentlich: das Fallenlassen eines Rings — ein bekannter Trick, der darin besteht, daß ein Gauner auf der Straße, bei Jahrmärkten ꝛc. nach einem angeblich verlorenen Ring sucht, und dadurch einen Auflauf bewirkt, der es den „Verbündeten“ leicht macht, die Taschen zu leeren.

**) Wörtlich die Hanfesser; so nannte sich eine Sekte von muhamedanischen Fanatikern, die sich durch Hanfgenuß in Tollwuth versetzten, und dann blind darauf los mordeten. Aus dem türkischen Wort haschaschim ist das französische und englische assassin, Meuchelmörder, geworden. v. Hammer hat die Geschichte jener muhamedanischen Sekte geschrieben — im englischen Text wird aber das Wort in seinem doppelten Sinn genommen.

Aus Berlin.

— — den 16. Juni.

Die heutige Berliner „Volkszeitung“ bringt in ihrer Wochenübersicht sehr beherzigenswerthe Worte, wobei nur zu wünschen wäre, daß sie und ihre Partei auch nach solchen Worten handeln möchten. Nachdem die „Volkszeitung“ die Haltung der Nationalliberalen bei der Attentatsvorlage und nach dem zweiten Attentat verglichen hat, kommt sie zu der Ueberzeugung, daß ein großer Theil der Nationalliberalen nach rechts neige und etwaigen Ausnahmegesetzen seine Einwilligung ertheilen würde. Doch hören wir die „Volkszeitung“ zunächst selbst:

„Die Regierungsvorlage wurde mit großer Majorität verworfen. — — — — Da kam das zweite Attentat. Obwohl kein irgend ruhigdenkender Mensch heute, nachdem sich herausgestellt, daß so ziemlich Alles, was über Nobiling seit dem Attentate geschrieben worden, erlogen ist, sich schon ein Urtheil über die Motive und die intellektuelle Urheberschaft der That — wenn dabei überhaupt von einem Intellekt die Rede sein kann — anmaßen wird, so hat doch bereits dasjenige Organ, die Dernburg'sche „National-Zeitung“, welches bisher als das tonangebende der nationalliberalen Partei galt, mit einem Häufchen von etwa 30 Dissidenten sich in offenen Widerspruch gegen die Partei gesetzt, gerade als ob die Ablehnung der Sozialistenvorlage mit dem zweiten Attentate in einem ursächlichen Zusammenhang stünde, was doch im Ernst kein vernünftiger Mensch behaupten wird. Damit war das langersehnte Ziel, der Riß in der nationalliberalen Partei, erreicht; es galt nun, ihn zu einem dauernden zu machen. Dazu hätte wohl die Einberufung des alten Reichstages genügt; denn ebenso sicher wie nunmehr ein Theil der Nationalliberalen der Regierung zugelaufen wäre, ebenso sicher hätte ein erheblicher Theil an seinem verneinenden Votum festgehalten; denn das zweite Attentat, das Attentat eines der gebildeten Gesellschaft angehörigen excentrischen Menschen, der trotz aller Bemühungen in dieser Richtung ebensowenig selbst als Sozialdemokrat hat entlarvt werden können, wie es gelungen ist, seine That als die letzte Consequenz sozialistischer Demagogie zu enthüllen, dieses zweite Attentat hatte an der durch das erste geschaffenen Sachlage nichts geändert, wenn man es nicht als mahnenden Hinweis darauf ansehen will, wie wenig die Ausnahmemaßregeln den Kern der Sache getroffen hätten.“

Und weiter sagt die „Volkszeitung“ in dem, vom antisozialistischen Standpunkte aus betrachtet, sehr vortrefflichem Artikel:

„Inzwischen aber hatte die offiziöse im Verein mit der Landrathspresse und einem großen Bruchtheil der urtheilslosen kleinen Lokalpresse und unterstützt durch die Entenzucht der Berliner Reporter aus dem Nobiling'schen Attentat mit solchem Erfolge politisches Kapital zu machen gewußt, daß eine Rechtsschwenkung im Volke deutlich zu Tage trat. Diese veränderte Stimmung wurde sofort benutzt.“

Alles sehr gut! Wenn nur die Berliner „Volkszeitung“ nicht auch die meisten Reporterenten in ihrem Teiche hätte schwimmen lassen?!

Doch hören wir noch weiter:

„So wurde denn die Auflösung des Reichstages am 11. im Bundesrathe beschlossen; die Neuwahlen sind zum 30. Juli anberaumt. Das Schlagwort, das man vom Regierungstische aus in den Wahlkampf geschleudert hat, ist das Attentat; in Wahrheit wird es sich darum handeln, ob Fürst Bismarck seine wirthschaftlichen Reformpläne durchsetzen kann. Hätte es sich wirklich nur um die Sozialistenvorlage gehandelt und wäre die Regierung in der Lage, der Reichsvertretung gegenüber, das zweite Attentat als ein neues Belastungsmoment gegen die Sozialdemokratie und als Rechtfertigung für die Vorlage geltend zu machen, so würde sie auch mit dem früheren Reichstage zum Ziele gekommen sein; das ist aber eben nicht der Fall. Das Attentat ist das Feldgeschrei, aber dem Liberalismus gilt der Krieg — — — —.“

Wiederum Alles sehr gut! — Aber merkwürdigerweise hat die Fortschrittspartei an der Spitze ihres Wahlaufrufs das Losungswort: „Entfernung der Sozialdemokraten aus dem Reichstage“ gesetzt. Der Eugen Richter'sche Haß ist eben mit der Vernunft davon gelaufen. Die Sozialdemokratie verlangt von den Fortschrittlern keine Schonung, noch viel weniger Unterstützung, aber jeder einsichtige Fortschrittler sollte sich sagen, daß im Augenblicke drohender politischer und wirthschaftlicher Reaktion die Anhänger der Sozialdemokratie in vielen Wahlkreisen den Ausschlag geben dürfte.

Auch weiß man, daß mit dem Jahre 1881 der eiserne Militäretat sein Ende erreicht, daß von da ab der Reichstag in militärischen Dingen wieder etwas mitzusprechen hat. Der am 30. Juli dieses Jahres gewählte Reichstag aber dauert bis zum 30. Juli 1881; er hat also in seiner letzten Session noch Gelegenheit, die drückende Militärlast auf weitere 7 Jahre oder gar auf unbestimmte Zeit hin zu verlängern.

Unter dem Drucke der Attentate soll eine reaktionäre, gefügige Majorität geschaffen worden! Die „Volkszeitung“ sagt selbst, daß die Sozialdemokratie diesen Attentaten fern stehe — weshalb also in dieser Zeit, wo alle Volksrechte bedroht sind, das tolle, kopflose Wüthen gegen eine Partei der Freiheit? Weshalb nicht, wie früher energischen Kampf gegen uns, aber doch keinen taktlosen und selbstmörderischen? Weshalb also bläst die Fortschrittspartei in dasselbe reaktionäre Horn mit den anderen Parteien gegen uns? Also doch: reaktionäre Masse!

Der Haß gegen die Sozialdemokratie treibt den Liberalismus und den Fortschritt zum Selbstmord, das rothe Gespenst wirkt; die Tragikomödie, welche in dem Gedichtchen: „Der Ochs und das Morgenroth“ uns vorgeführt wird, erfüllt sich bei den Liberalen und Fortschrittlern und mit ihr die Weltgeschichte, welche keinerlei Halbheiten auf die Dauer duldet. — — — —

Der neue Handelsminister Maybach macht jetzt auch schon in Sozialistenhetze. Er hat an die Handels- und Gewerbekammern ein Schreiben gerichtet, in welchem er auf die Gefahren der Sozialdemokratie aufmerksam macht und die Gewerbetreibenden auffordert, die sozialdemokratischen Agitatoren zu bekämpfen. Selbstredend befindet sich unter den Bekämpfungsrecepten auch das der Entlassung der Sozialdemokraten aus den Fabriken und Werkstätten. Schon einmal hat ein preußischer Minister, der jetzt verflossene Minister Camphausen, den deutschen Arbeitern einen Liebesdienst geleistet, als er die Fabrikanten aufforderte, die Löhne herabzusetzen, sie also in materieller Hinsicht zu drücken, der Liebesdienst des neuen Herrn Handelsministers besteht nun darin, daß er die Arbeiter vollständig unter die geistige und moralische Botmäßigkeit der Arbeitgeber stellen will. Sage man doch nicht, man wolle nur „sozialdemokratische Ausschreitungen treffen“ man trifft selbstverständlich und naturgemäß die gesammte Arbeiterklasse. Jedes noch so berechtigte Widerwort, welches mit der Sozialdemokratie nichts zu thun hat, wird unter die „sozialdemokratischen Ausschreitungen“ gebracht, so daß von nun an in Fabriken und Werkstätten die Parole lauten wird: „Maul halten oder Entlassung!

Selbst dem Dr. Max Hirsch ist solche Agitation gegen die Arbeiter zu arg; er befürchtet, daß man dieselben Maßregeln auch gegen fortschrittliche oder liberale Arbeiter anwenden könnte. Auch meint er, daß man durch die plötzlichen Entlassungen der sozialdemokratischen Arbeiter nur Märtyrer oder Heuchler erzöge. Das ist Alles ganz gut! Aber merkt Herr Dr. Max Hirsch nicht, daß gerade er durch seine Schweifwedelei den Fabrikanten gegenüber, die er so oft unter allerlei Harmoniegedudel der Ergebenheit der Arbeiter versichert hat, dann durch sein wüstes antisozialistisches Treiben die heutigen Fabrikantenmaßregeln mitverschuldet hat? Die Fortschrittler haben am meisten gegen die Sozialdemokraten gehetzt, sie haben sich dabei nicht geschent, Bündnisse mit allen reaktionären Elementen zu schließen; wenn es ihnen nun auch an den Kragen geht, so tragen sie daran selbst die Schuld.

Noch aber kann ich Ihnen mittheilen, daß bis jetzt mit einigen Ausnahmen lediglich die schlechtesten Elemente (Bankrotteure, Gründer und frühere Schwindler) unter den Fabrikanten mit ihren Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Arbeiter vorangehen. Sehr natürlich, da sie ihr Thun und Treiben, welches das Licht nicht gut vertragen kann, in dem allgemeinen Trubel zu verdecken hoffen, aber auch deshalb, um später bei einem neuen Bankrott jammernd sagen zu können: „Ich habe aus Patriotismus meine besten Arbeiter entlassen, jetzt müßt Ihr mir aber auch gute Bedingungen stellen!“ — Die alten soliden Firmen aber bleiben ihrem alten Grundsatze getreu: „Arbeit für den guten Arbeiter!“ Die Sozialdemokraten sind aber durchweg die besten Arbeiter.

Noch will ich Ihnen mittheilen, daß der jüngste Prozeß gegen unsere Genossen Rackow und Schapira wegen der „Dentleraffaire“, in welchem dieselben, der Beleidigung von Gerichtsbehörden angeklagt, zu 3 und 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden sind, trotz der großen Attentatsbewegung ein gewisses Aufsehen erregt hat. Trotzdem der Gerichtshof zugestand, daß eine erhebliche durch einen Gerichtsbeamten verschuldete Verzögerung des Dentler'schen Haftentlassungsgesuchs stattgefunden habe, und deshalb „mildernde Umstände“ annahm, wurden die Angeklagten zu hohen Freiheitsstrafen verurtheilt. Wenn also bei unsern Gerichten Versehen vorkommen, welche vielleicht auf den schnelleren Tod eines Mannes eingewirkt haben, dann darf der Deutsche nicht einmal ein derbes Wort der Entrüstung gebrauchen!

Ueber den Ausfall der kommenden Reichstagswahlen in Berlin auch nur annähernd jetzt schon ein bestimmtes Urtheil abgeben zu wollen, erscheint mir unrichtig. Ich verkehre hier mit vielen bürgerlichen Elementen, in ihrer Mehrzahl Antisozialisten. Die einen glauben, daß es gar keinen heißen Wahlkampf gäbe, da die Sozialdemokraten, erdrückt von ihrer „kaisermörderischen Schuld“ sich vor der Schlacht zurückziehen würden, die andern, weniger optimistisch, sagen, daß der 4. und 6. Wahlkreis den Sozialisten verbleiben würde und zwar unter jeder Be-

An die Deutschen.

3. Juni 1878.

Von Felix Dahn.

Senket von Sedan die Siegesfahnen,
Senket die Häupter in Scham, Germanen!
„Treue der Deutschen“ — ein Wort der Schande!
Unsere Schmach schreit über die Lande!
Nimmer des Lorbeers, des Oelbaums Reiser
Schirmen das theure Haupt dem Kaiser!
Heilig dem Fremden dies Angesicht —
Aber dem Wahn der Deutschen nicht! —

Giftige Fäulniß ergriff dies Geschlecht:
Aber gedenkt, daß der Jugend Recht,
Daß es die Zukunft zu retten gilt!
Hoch erhebet des Rechtes Schild;
Schlagt mit dem Schwert des Kaisers daran:
In der Scheide nur trug es der mildeste Mann!
Dröhnend und drohend über das Reich
Schalle der eherne, warnende Streich:

Frevler zu schrecken, Säum'ge zu wecken,
Alle zu mahnen, den Kaiser zu decken!
Wahrlich, Ihr deckt mit dem Kaiser zugleich
Nicht nur die Ehre, den Ruhm und das Reich —
Alles, was heilig und edel und theuer:
Bildung und Zucht und des Herdes Feuer!

Laßt, ihr verblendeten Brüder, das Zanken!
Fühlt ihr den Boden des Hauses nicht wanken?
Tretet sie aus die aufzüngelnden Flammen —
Krachend sonst brechen die Balken zusammen!

Germanischer Unsinn.

Antwort an Felix Dahn.

Senke, o deutsches Volk, die Fahnen,
Hoch „die Könige der Germanen“.*)
Treue der Deutschen — ein Wort der Schande?
Tugend im ersten und sechsten Bande!
Felix Dahn hat Alles beschrieben
Wie es die Ahnen, die edlen getrieben,
Wie sich Graf und Herzog morden.
Ist die Welt nicht schlechter worden?

Wer schlich heimlich in das Gemach
Philipps von Schwaben? Der Wittelsbach.
Mit dem Schwert, dem blanken, schlug
Er in Stücke des Herzogs Trug.
Dieser Ahnherr war kein Lamm,
Wittelsbach vom Bayernstamm.

Lohengrin ist noch gesund,
Gott sei Dank. Doch Telramund
Wollt' ihn tödten — weh und ach! —
Wollt' ihn tödten im Brautgemach.
Oder ist der Graf gerathen
Aus Versehn in die Kemenaten?

Siegfried blutete beim Genicke
Von der Brunhild zornigem Blicke.
Eine Königin war sie — und
Vom verlorenen Burgund.

Albrecht von Habsburg, der Heldenkaiser,
Der in der wogenden deutschen Schlacht
Adolf von Nassau umgebracht,
Weigert Johann die Lorbeerreiser.
Hans, der auch ein Herzog war,
Zog den Dolch; der harme Streich
Schallte in's Herz dem ganzen Reich.
Mörder ein Fürst! Wie sonderbar!

Lasset, Deutsche, verblendetes Zanken,
Würde sonst nicht der Giebel wanken?
Auf zum Kampfe des Reiches Uhlanen,
Heruler, Teukterer, Sachsen, Alanen!
Werdet Alle westgothische Krieger!
Schlagt an das Schild ihr vandalischen Sieger,
Sonst Walhall' und Tuiskons Land
Frißt Muspilli, der Weltenbrand. Germanus.

*) So betitelt sich ein geschichtliches Werk Dahn's, welches nicht sozialdemokratisch ist, und dennoch blüht dort Hinterlist, Treubruch, Todtschlag und Mord aufs Ueppigste.

— Zum Delirium der Ordnungsfanatiker. Die „wohlanständige Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Unterfranken schreiben: „Ein Fall urwüchsiger Loyalität ist aus Oberickelsheim zu berichten. In der M.'schen Wirthschaft äußerte sich ein Metzgerbursche über die Mordversuche gegen den Kaiser in einer Weise, die den gut deutsch gesinnten Wirth entrüstete. Der Letztere aber nahm die Strafrechtspflege in seine eigene Hand; er versetzte dem Sprecher mit den Worten „im Namen des Kaisers“ eine derbe Ohrfeige, ließ sofort eine „im Namen des Königs von Bayern“ folgen, faßte ihn dann am Kragen und warf ihn unter Beihilfe einiger Bürger „im Namen des deutschen Volks“ zum Hause hinaus.“ — Daß die ganze Geschichte nur ein fauler Reporterwitz ist, dies merken leider die Leser der „Kölnischen Zeitung“ in ihrem „Wundfieber“ nicht. — Die „liberale“ „Remscheider Zeitung“ bringt alles Ernstes folgendes Inserat: „Zur Nachricht! Ein hiesiger Kaufmann, der keinen geschäftlichen Verkehr will mit Sozialdemokraten, wünscht ein Verzeichniß der Remscheider Mitglieder dieser Partei. Derselbe zahlt dafür eine einmalige lohnende Vergütung und sichert vollständige Verschwiegenheit zu, wenn der Mittheilende dies der Sozialdemokratie wegen begehrt. Schriftliche Angabe ꝛc.“ — Irgend ein Lumpazius wird den Kaufmann schon befriedigen; ob das Verzeichniß richtig ist oder nicht, das ist ja ganz gleichgiltig, wenn der Lump nur sein Geld erhält und der Narr seinen Willen. — Die „Nürnberger Presse“ (Redakteur — — Igel) schreibt: „Der Besitz einer Verbrecherkolonie wäre in jetziger gefahrdrohender Lage dem deutschen Reiche von höchstem Werthe. Einfangung und Deportation der etwa 150 bezahlten blödhalsigen Agitatoren, jener elenden Miethlinge, welche die stetige Aufstachelung der wildesten Leidenschaften als Broderwerb betreiben, Einschränkung der sozialdemokratischen Mordpresse würden der zügellosen Bewegung den ersten Damm entgegensetzen und baldige wohlthätige Wirkung verspüren lassen.“ — Doch es kommt noch besser. In einem badischen Blatte, dem „Hochberger Boten“ heißt es: „Mögen sämmtliche im deutsch-französischen Kriege erbeuteten Kanonen in eine einzige Riesenkanone umgegossen, die ganze Sozialistenbrut unseres Vaterlandes fest hineingerammt, in das Meer geschossen und von einem Haifische verschlungen werden; möge der Haifisch in eines Wallfisches Bauche, der Wallfisch in des Teufels Bauche, der Teufel in der Hölle seinen Platz finden. Möge das Höllenthor verschlossen werden, und verdammt sei der Schlosser, der einen neuen Schlüssel macht!“ — Diesen Zeitungsstimmen reiht sich eine

dingung. Ich glaube nun, daß sich beide Richtungen täuschen: der Kampf wird in Berlin ein sehr heißer werden, das Zünglein der Wage im 4. und 6. Wahlreis wird hin- und herschwanken, der äußersten Anstrengung der Sozialdemokratie aber wird es gelingen, den Sieg nochmals an ihre Fahne zu fesseln.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Es geht uns von absolut zuverlässiger und unterrichteter Seite die Mittheilung zu, daß in gewissen Kreisen die Aeußerung gefallen ist: „Sie — die Sozialdemokraten — müssen so geknebelt und an die Wand gedrückt werden, daß sie zuletzt aufmucken und wir schießen können."

In dieser Aeußerung, die, wie gesagt, authentisch ist, enthüllt sich das Spiel der Reaktion. Sie braucht einen Putsch, irgend eine Gelegenheit, um „schießen zu können". Gelingt es mit dem „schießen" vor der Wahl, dann hat die Reaktion am 30. Juli gesiegt.

Genossen, ihr wißt nun, worauf die Gegner ihre Hoffnungen setzen und was sie erstreben. Wir rufen euch nochmals zu: Seid auf der Hut! Laßt euch durch keine Provokation irgend welcher Art von dem Boden des Gesetzes abdrängen, auf dem uns der Sieg, den Gegnern die Niederlage sicher ist.

— In den bevorstehenden Wahlkampf ziehen wir in ruhiger Erwartung. Alle Mittheilungen, die uns von unseren Parteigenossen zugehen, zeugen von hohem Muthe und großer Entschlossenheit, und auch viele nüchterne Stimmen aus gegnerischem Lager zeigen nichts weniger, als besonderes Vertrauen auf die unbedingte Verdrängung der Sozialdemokraten aus dem deutschen Reichstage. So glaubt der „Hamburgische Correspondent", daß die Sozialdemokratie in Altona höchst wahrscheinlich einen Sieg erfechten würde, weil die Antisozialisten sich in zwei Lager theilen. Die Richter'sche „Fortschrittscorrespondenz" meint, daß es durchaus nicht so leicht sei, die Sozialisten aus dem 4. und 6. Berliner Wahlkreise hinauszuschlagen, wie sich Manche dies unter den Eindrücken des Augenblicks einbildeten. In Dresden trennen sich die Antisozialisten, da die Conservativen den Stockreaktionär, den früheren Minister von Friesen aufgestellt haben. — Die „Itzehoer Nachrichten", ein Blatt, welches die Sozialisten immer scharf bekämpft hat, bedauern die Auflösung des Reichstags und schreiben:

„Als die nächste Folge der demnächst stattfindenden Neuwahlen wird sich ergeben: eine große Aufregung in allen Kreisen der Bevölkerung, unausgesetzte Reden in Wahlversammlungen der Sozialdemokraten, und in weiterer Folge ist kaum anzunehmen, daß der Reichstag eine wesentlich veränderte Gestalt zeigen wird, außer daß aus den Wahlkreisen, wo die staatstreuen Parteien sich nicht einigen, der eine oder andere Sozialdemokrat mehr in den Reichstag kommt. Wenn indeß die Thatsache einmal da ist, wie sie es ohne Zweifel in wenig Tagen sein wird, so gilt es nicht mehr, an dieser Regierungshandlung Kritik zu üben, sondern mitzuarbeiten an der schwierigen Aufgabe, die bürgerliche Gesellschaft zu schützen, ohne der bürgerlichen Freiheit Schaden zuzufügen."

Das sind „goldene Worte", wird mancher freiheitlich gesinnte Bürger sich sagen, aber wie macht man es, wenn man gegen eine Partei der Freiheit mit allen Mitteln agitiren soll, ohne dabei der bürgerlichen Freiheit Schaden zuzufügen? — — —

Diejenigen Parteigenossen, welche durch die letzten maßlosen Verfolgungen etwas zaghaft geworden sein sollten, mögen aus den obigen Mittheilungen ersehen, daß unsere Sache auch jetzt noch „sehr gut steht" und daß es lediglich gilt, den Kopf oben zu behalten.

Wir theilen hier vorläufig diejenigen Paragraphen des Wahlgesetzes mit, die für die bevorstehenden Wahlen von besonderer Bedeutung sind:

Aus dem Reichswahlgesetz:

§ 1. Wähler für den Reichstag des deutschen Reichs ist jeder Deutsche, welcher das 25. Jahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.

§ 2. Für Personen des Soldatenstandes des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen so lange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.

§ 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:
1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen.
2) Personen, über deren Vermögen Concurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Concurs- oder Fallitverfahrens.
3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.
4) Personen, denen in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist.

§ 17. Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

— Karl Marx hat an die „Daily News" in London folgenden Brief gerichtet:

„Sir, — Nach einem Telegramm von Reuter's Bureau ist „Herr Legationsrath Bucher designirt zum „secrétaire archiviste" des Congresses". Sollte dieser Herr Bucher etwa der Lothar Bucher sein, der während seiner langen Verbannung in London als ein begeisterter Parteigänger des Herrn Urquardt glänzte, dessen russenfeindliche Doktrinen er Woche für Woche in seinen Correspondenzen an die Berliner „National-Zeitung" zum Ausdruck brachte; derselbe Lothar Bucher, der nach seiner Rückkehr nach Berlin so feurig Lassalle's Lehren befürwortete, daß der Letztere ihn zu seinem Testamentsvollstrecker ernannte, ihm ein jährliches Einkommen vermachte, indem er das Herausgabe-Recht seiner Werke ihm hinterließ? Kurz nach Lassalle's Tode trat Lothar Bucher in das preußische auswärtige Amt, wurde zum Legationsrath gemacht, er wurde Bismarck's Vertrauter und Adlatus.

Er hatte die Nawetät, mir einen Brief zu schreiben, worin er mich einlud, natürlicher Weise mit der Sanktion seines Herrn und Meisters, die Redaktion der Börsenabtheilung des „Preußischen Staatsanzeigers" zu übernehmen.

Die pekuniären Bedingungen dieser Stellung zu bestimmen, wurde mir überlassen, indem mir ausdrücklich versichert wurde, daß ich volle Freiheit genießen sollte, „die vorkommenden finanziellen Operationen und diejenigen, die sie ausführten, von meinem eigenen „wissenschaftlichen" Standpunkt aus zu behandeln." Nach diesem seltsamen Vorkommniß amüsirte es mich nicht wenig, als ich die Beiträge des Herrn Lothar Bucher, Mitgliedes der „Internationalen Arbeiter-Assoziation", fortwährend in den Spalten des von Philipp Becker in Genf herausgegebenen Organs der „Internationale", betitelt „Der Vorbote", fand. Wenn hier keine Verwechselung der Personen vorliegt, und wenn es wahr ist, daß die russische und die deutsche Regierung den Congreß gelegentlich der Attentate von Hödel und Nobiling internationale Maßregeln gegen die Ausbreitung des Sozialismus vorlegen wollen, — so ist Herr Bucher allerdings der Mann dazu, dem Congreß mit aller Autorität zu sagen, daß die Organisation, die Thätigkeit und die Lehren der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr mit den Attentaten zu thun haben, als mit dem Untergang des „Großen Kurfürst" oder mit dem Zusammentritt des Congresses in Berlin.

Der Schrecken, den man durch Verhaftungen in Deutschland genährt hat, und der Staub, den man durch die Preßreptilien hat aufwirbeln lassen, dienen lediglich zum Zwecke eines Wahlrufs, durch den man einen Reichstag zusammenbringen will, der bereit ist, Deutschland mit allen finanziellen Mitteln auszustatten, während zu gleicher Zeit über das deutsche Volk von Neuem jenes alte politische Regime verhängt werden soll, das in alle Winde verweht ist durch den Orkan von 1848.

Ich bin, geehrter Herr, Ihr ergebener Karl Marx."

— Der Versuch unserer Reaktionäre, die Nobiling Affaire zu einer internationalen Sozialistenhatz zu verwerthen, ist, wie schon angedeutet, an der englischen Regierung gescheitert, die ruhig aber kühl erklärte, daß sie bei solchem Spiel nicht mitspielen könne. Was man in England von der heute im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte grassirenden Stieberkrankheit hält, das geht zur Genüge aus der einen Thatsache hervor, daß die „Saturday Review", das vornehmste und angesehenste der englischen Wochenblätter, natürlich conservativ, das famose Ausnahmegesetz als childish, kindisch bezeichnet. Ueberhaupt machen die jetzigen Vorgänge in Deutschland auf das gesammte Ausland einen höchst ungünstigen Eindruck. Sogar die zwergstaatlerischen Rumänen verspotten uns. So schreibt z. B. das Journal „Epoche" in Bukarest unterm 12. d. M.:

„Die Geschichte weist kaum einen Zeitpunkt auf, in welchem eine große, mächtige, blühende (! R. d. „V."), auf der Höhe der Civilisation stehende Nation eine so klägliche Rolle gespielt hätte, wie gegenwärtig die deutsche. Das letzte Attentat auf den 81jährigen Kaiser von Deutschland war allerdings geeignet, die größte Bestürzung hervorzurufen; daß aber eine ganze Nation, weil aus ihrer Mitte ein Wahnsinniger oder ein Schurke hervorgegangen ist, demuthsvoll den Nacken beugt und, als ob in jedem Einzelnen die Neigung zum Meuchelmörder läge, ausruft: „Geißelt uns, wir haben die Züchtigung wohl verdient!" das geht denn doch über alles Maß der gesunden Vernunft hinaus! Das Wort: „Geißelt uns" klingt schon acht Tage in den verschiedensten Variationen aus den größten deutschen Blättern hervor und die Wege der Reaktion waren schon lange nicht so geebnet, wie heute."

Das ist bitter, unseren Angstphilistern aber wohl zu gönnen. Jedenfalls haben sie in den letzten paar Wochen das deutsche Reich „in den Augen des Auslandes" so tief herabgesetzt, daß ein Dutzend „heiliger Kriege" nicht ausreichen wird, um von der Stirne des „civis germanus" (deutschen Spießbürgers) das Stigma (Mal) der Lächerlichkeit, Feigheit und politischen Unreife zu entfernen.

— Es giebt noch Richter! Der Präsident des Strafgerichts zu Hamburg erläßt im „Hamburgischen Correspondenten" nachstehende Erklärung, welche als leuchtendes Beispiel allen Richtern und Staatsanwälten Deutschlands dienen möge:

„Erklärung. Aus Nr. 140 des „Hamb. Correspondenten" vom heutigen Tage ersehe ich, daß gestern Nachmittag in der Börse eine Versammlung betreffs der bevorstehenden Reichstagswahlen stattgefunden hat, deren Zwecke wesentlich dahin gehen, die Regierung des deutschen Reichs in allen für den neuen Reichstag vorzuschlagenden Maßregeln gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen und daher an Stelle unserer bisherigen Abgeordneten Andere zu wählen, und daß, „auf Grund eines aus der Versammlung gemachten Vorschlages", ein Comité ernannt ist, in welchem auch mein Name vorkommt.

Diese gewaltsame Verfügung über meine Person muß mich aus verschiedenen Gründen Wunder nehmen, namentlich aber aus dem folgenden:

Am Mittwoch, den 12. Juni, stellte sich zu mehreren Malen ein Herr im Strafgericht ein, der mich sprechen wollte und der mich auch 2¼ Uhr, als ich im Begriffe war fortzugehen, traf. Es war, wie er sich selbst nannte, der hiesige Kaufmann Herr Julius Schultz. Derselbe hatte, wie sich jetzt herausstellte, mir einige Tage vorher anonym ein Exemplar der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 24. Mai zugeschickt, in welcher er einen politischen Artikel geschrieben hatte; die Zusendung war wahrscheinlich erfolgt, um mich politisch zu belehren. An diese Zusendung und den Inhalt des staatenrettenden Schriftstückes anknüpfend, machte mir nun Herr J. Schultz Mittheilung von der auf den nächsten Tag beabsichtigten Versammlung „zur Unterstützung der Regierung" und erklärte mir, daß „namhafte Persönlichkeiten" auf meinen Beitritt rechneten. Ich erwiderte ihm, daß bis jetzt und mit Recht bei mindestens der Mehrzahl der Hamburgischen Richter die Ueberzeugung vorherrsche, daß der hiesige Richterstand sich von allen Agitationen auf den Gebieten der brennenden Tagesfragen, namentlich also der sozialen, kirchlichen und politischen Fragen, fern zu halten habe, daß ich aus diesem Grunde auch keinem diese Materien behandelnden Verein angehöre, noch angehören wolle. Ich erwiderte ihm außerdem noch, daß sich Ausnahmegesetze, wie die jetzt beabsichtigten, und Strafparagraphen, wie die 1876 vorgeschlagen, weder mit meiner rechtlichen Ueberzeugung vertrügen, noch daß ich auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen in der Polizei- und in der Strafjustiz Nutzen und Erfolg von denselben erwartete, daß also der Standpunkt seiner Mandanten nicht der meinige sei und daß ich mich für die Zwecke, die man mit meiner Hilfe verfolgen wolle, nicht qualifizire.

Hamburg, den 14. Juni 1878. Dr. H. Föhring."

— Der Artikel der „Industrial Review", welchen wir an anderer Stelle veröffentlichten, ist auch insofern interessant, als aus demselben erhellt, daß die englische Bourgeoisie ebenfalls die Lehmann-Nobiling-Attentate ausbeutet, und zwar vornehmlich gegen die Gewerkschaften, die doch bekanntermaßen nicht sozialdemokratisch in unserem Sinne sind. Man sieht, daß es der Bourgeoisie nur auf Eins ankommt: Niederwerfung der ihre Klassenherrschaft bedrohenden Arbeiterbewegung. Und dazu ist ihr jedes Mittel recht. Wäre Herr Hirsch fähig, etwas zu lernen, so würde ihm nun ein Licht über das Schicksal „seiner" Gewerkvereine aufgehen.

Da wir gerade von der Verwerthung der Attentate seitens der reaktionären Parteien reden, sei hier noch bemerkt, daß in Frankreich die klerikale Presse den gesammten Liberalismus solidarisch mit dem Sozialismus erklärt und für die Attentate verantwortlich macht. Die deutsche „Kreuzzeitung" bläst schon in das nämliche Horn, und die Hüfthörner der übrigen Jäger und Treiber der jetzt beginnenden „Sauhatz" werden schon eifrig auf diese Melodie gestimmt. —

Auffallenderweise haben die Zeitungen seit fünf bis sechs Tagen kein Wort über Nobiling gebracht. Sollten die Untersuchungsrichter etwa dem skandalösen Lügengetreibe einen Damm gesetzt haben? Von anderer Seite erwarten wir es nicht.

— Das Delirium Tremens läßt in Deuschland schon etwas nach. Verschiedene Blätter bekommen wieder einzelne lichte Augenblicke. Schon aus Anstand wollen wir resümiren.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Inmitten des wüsten Parteigezänks, das sich im Hinblick auf die Neuwahlen hier und da bereits erhoben hat, muß die Kundgebung des Kronprinzen, welche derselbe im Auftrage seines erhabenen Vaters durch den Reichskanzler veröffentlichen läßt, auf jedes patriotisch empfindende Herz einen doppelt wohlthuenden Eindruck machen." — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat bis jetzt das Parteigezänk am wüstesten getrieben — nach obiger Selbsterkenntniß wird also bald das Delirium schwinden.

Die „Magdeburgische Zeitung" schreibt: „Die sozialdemokratische Presse verwahrt ihre Partei mit aller Kraft gegen jeden Zusammenhang mit den Attentaten. Wir glauben gern, daß die sozialdemokratische Partei als solche von aller Mitwirkung oder auch nur Mitwissenschaft an dem abscheulichen Verbrechen freizusprechen ist." — Nicht wahr, das ist ein anderer Ton, als der, aus welchem die Magdeburgerin bis jetzt gepfiffen hat? — Dasselbe Blatt bespricht die „Gründerära" und die darauf folgende „Verleumdungsära", macht dieselben für die Abstumpfung des Rechtsgefühls im Volke verantwortlich und fährt dann fort: „Und diese Abstumpfung des Rechtsgefühls ist nicht zum Wenigsten daran schuld, daß eine aller sittlichen Fundamente baare Lehre in denjenigen Schichten des Volks so furchtbar hat Eingang finden und um sich greifen können, welche der Hauptsache nach darauf angewiesen sind, dem Beispiele der höher gebildeten Klassen zu folgen, sich nach ihm zu richten." — Das ist recht! Wenn die „höher gebildeten Klassen" erst zu solcher Selbsterkenntniß kommen, dann wird schon das jetzt herrschende Delirium in Deutschland schwinden.

Der „Hamburgische Correspondent", der in der letzten Zeit gleichfalls das Wundfieber hatte, ist zu seiner früheren Objektivität zurückgekehrt und meint, daß die jetzige antisozialistische Bewegung weit über das Ziel hinausschösse und die Klassengegensätze noch verschärfe.

— An die Arbeiter. Unser Berliner Parteiorgan schreibt: „Von den verschiedensten Seiten gehen uns aus den Arbeiterkreisen Anfragen zu, was die Arbeiter thun sollen, wenn von Seiten der Arbeitgeber verlangt wird, daß die Arbeiter sich schriftlich verpflichten, keine sozialistische Zeitung mehr zu lesen, keinem sozialistischen Verein anzugehören und für sozialistische Zwecke keine Gelder zu geben. Wir können darauf den Arbeitern, von denen solches verlangt wird, unter der Drohung, sie sonst aus Lohn und Brod zu jagen und so mit sammt ihren Familien dem Elende Preis zu geben, nur den Rath geben, getrost Alles zu unterschreiben, was verlangt wird. — Unsere Herren Arbeitgeber, welche sich — aufgehetzt von einer schamlosen Presse — dazu hergeben, den brutalsten Gewissenszwang auszuüben, müssen es sich schon gefallen lassen, wenn sie angelogen werden. — Wir haben von jeher darauf gehalten, daß jede unserer Handlungen im vollsten Lichte der Offenheit erschienen ist, wir wollen es auch weiter so halten, will man uns aber durch die Hungerfolter zur Geheimhaltung und zum Heucheln zwingen, gut denn, dann mögen die Folgen über unsere Gegner kommen."

Wir stimmen diesen Anschauungen unseres Berliner Parteiorgans vollständig zu. Wählen kann ja doch Jeder, wie er will und heimlich die verbotenen Früchte, die am süßesten schmecken, zu genießen, kann dem Arbeiter auch Niemand wehren. Die Arbeitgeber wollen Heuchler haben, sie sollen sie haben!

Rede des Obersten v. Lüderitz in Oldenburg an, der auch in Sozialistenverspeisung „machte" und seinen Soldaten vordeklamirte: „Die Zeit ist nicht mehr fern, wo das Militär gegen diesen Feind im Innern des Landes wird kämpfen müssen." — Man sieht, daß Moltke's „Brandrede" im Reichstage schon anfängt, gute Früchte zu tragen.

— Eines Proletariers Erdenloos. In Frankfurter Blättern finden wir eine Lokalnachricht, die zwar möglichst kurz gefaßt ist, aber doch jedem Denkenden Stoff zu allerlei Betrachtungen liefert. Sie lautet: „Ein Auslaufer, der seit 27 (siebenundzwanzig) Jahren in einem und demselben Geschäft gedient, Vater von fünf Kindern, hat sich, weil dasselbe in Folge der Ungunst der Zeitverhältnisse geschlossen werden mußte und er dadurch brodlos ward, erränkt." Auf solche Vorkommnisse hinweisen und sie abzuschaffen suchen, ist freilich bei manchen Leuten — grober Unfug, wo nicht gar Aufreizung zu einem Mordattentat.

— Intelligenzstaatliches. „Von der vor Kurzem erschienenen Schrift: „Ueber und wider die Sozialdemokraten", von Wild, hat das (preußische) Ministerium des Innern 100 Exemplare zur Vertheilung an Beamte seines Ressorts angekauft." Also zu lesen in Berliner Zeitungen. Betreffende Schrift ist im Schuster'schen Genre gehalten, nur daß sie von noch größerer Ignoranz zeugt und von Eugen Richter geschrieben sein könnte. Wir bedauern aufrichtig die armen „Beamten", welche der antisozialistische Eifer des „jungen Eulenburg" sich in Ermangelung von Sozialdemokraten zu Opfern ausersehen hat. Die Vorliebe Eulenburg junioris für den Schuster'nden Wild kann uns beiläufig nicht wundernehmen, denn wir erinnern uns ja noch, mit welch durchschlagendem Erfolg Eulenburg senior in seiner famosen „Flinte schießt Säbel haut"-Rede, den Original-Schuster produzirte.

— Perfid oder albern. Weil der „Vorwärts" in einer der letzten Nummern die Vermuthung ausgesprochen, der Nobiling-Skandal sei zum Theil zu dem Zwed inscenirt worden, „um das Jena der deutschen Marine dem Urtheil des Volkes zu entrücken", meint Professor Biedermann in seiner „Allgemeinen": „Eine entweder perfide oder alberne Ansicht vom Attentat Nobiling's entwickelt der „Vorwärts"." Wir hatten schon früher, nach der Lehmaniade, Gelegenheit zu bemerken, daß Hr. Biedermann nicht lesen kann. Es scheint, daß er diese Lücke in seiner Erziehung noch nicht ausgefüllt hat. Lernen Sie lesen, Herr Prof. Biedermann, das ist doch das Geringste, was wir von Ihnen verlangen können.

— Da in Bezug auf die für die nächste Reichstagswahl auszulegenden Wählerlisten vielfach eine irrige Auffassung herrscht, theilen wir mit, daß dieselben vollständig neu angefertigt werden und daß alle männlichen Personen, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, keine Armenunterstützung in letzter Zeit erhalten haben und nicht im aktiven Militärdienst sind, in dieselben eingetragen werden müssen. Versäume deshalb kein stimmberechtigter Parteigenosse, die Wahllisten, welche acht Tage lang zur Einsicht aufliegen, einzusehen, um sich zu überzeugen, daß sein richtiger Name mit richtiger Angabe des Standes oder des Gewerbes und richtiger Wohnung auch eingetragen sei. Wenn der Wähler auf dem Polizeiamt oder dort, wo die Listen ausliegen, nicht persönlich bekannt ist, so hat derselbe eine Legitimation (Steuerzettel 2c.) mitzubringen; befindet sich sein Name nicht oder nicht richtig in der Liste, so hat er sofort zu reklamiren.

— Flagrante Gesetzesverletzung. Mitten im Wahlkampfe hat die Hildesheimer Polizeibehörde es gewagt, den § 17 des deutschen Wahlgesetzes vollständig zu ignoriren. Sie hat nämlich folgende Verfügung getroffen:

„Hiermit wird Ihnen eröffnet, daß der hier bestehende sozialdemokratische Wahlverein in Gemäßheit der Vorschriften des § 8 und 16 der Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vorbehältlich des gegen die Betheiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung vorläufig polizeilich geschlossen worden ist.

Es wird darauf besonders aufmerksam gemacht, daß, wer sich an dem vorläufig geschlossenen sozialdemokratischen Wahlverein als Mitglied ferner betheiligt, mit Geldstrafe von 5—50 Thalern oder Gefängnißstrafe von 8 Tagen bis zu 3 Monaten belegt wird.

Hildesheim, den 14. Juni 1878.

Die Polizeidirektion.
A. Koch.

An den Kassirer des sozialdemokratischen
Wahlvereins, Hrn. Schneider Hilder hier."

Wir haben den § 17 in der heutigen Uebersicht an einer andern Stelle abgedruckt und fordern unsere Hildesheimer Parteigenossen auf Grund dieses Paragraphen auf, gegen die Polizeidirektion zu Hildesheim klagbar vorzugehen. Inzwischen aber sollen sie einen neuen Wahlverein gründen, der laut Gesetz bis zu den Wahlen mit anderen Vereinen und Personen in Deutschland in Verbindung treten darf.

— Genosse Hasselmann ist in Barmen verhaftet worden, angeblich wegen Vergehen gegen den § 130 des Strafgesetzbuchs. — In Solingen wurde unser Parteigenosse Luchtenberg verhaftet wegen „öffentlicher Verbreitung falscher Thatsachen" (!?) und in das Gefängniß nach Elberfeld abgeführt. — Der in Görlitz verhaftete Genosse Tischer ist wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. — Die „Magdeburgische Zeitung" läßt sich aus München mittheilen, daß Polizei verhaftet und daß Parteigenosse Ernst veranlaßt worden sei, jetzt eine rechtskräftige Strafhaft anzutreten. Dabei sagt der Correspondent dieses liberalen Blattes ganz offen und naiv: „Die Behörden suchen eben für den bevorstehenden Wahlkampf die hiesige Sozialdemokratie thunlichst mundtodt zu machen." Beruht diese liberale Annahme auf Wahrheit, so ist der Appell der Regierungen an das Gewissen der Nation eine nichtssagende Phrase. Was aber sagt Herr Freiherr von Stauffenberg, der sich immer mit großem und bis dahin auch gerechtfertigtem Stolze auf das Recht stützte, zu der eigenartigen Unterstützung, die ihm die Polizei angedeihen läßt?

Correspondenzen.

sda. **Wien.** Wie Ihnen bekannt ist, brachte die gesammte Presse die Meldung, daß sich die deutsche Reichsregierung unmittelbar nach dem Lehmann'schen „Attentate" mit den auswärtigen Regierungen in Verbindung setzte, um die im Jahre 1872 abgebrochenen Unterhandlungen wegen gemeinsamer Bekämpfung der Internationale, resp. des Sozialismus, wieder aufzunehmen, und sei diesem Wunsche der Bismarck'schen Regierung in erster Linie das „erbfreundliche" Rußland aufs Bereitwilligste entgegengekommen. Von Oesterreich hieß es, daß dessen Staatslenker wohl die wärmsten Sympathien dieser gemeinsamen Bekämpfung entgegenbringen, es jedoch nicht für nöthig finden, Ausnahmsgesetze gleich dem verunglückten deutschen ins Leben zu rufen, indem die gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen ihren Zweck hinreichend erfüllen. Es ist diese Meldung der Blätter auch, da sie den thatsächlichen Verhältnissen ganz und gar entspricht, vollkommen glaubwürdig. Wozu auch das Odium einer Ausnahmsgesetzgebung auf sich laden (zumal man ebenfalls nicht ganz sicher ist, dieselbe vom Reichsrathe angenommen zu sehen), wenn man es in der Hand hat, auch ohne solche auf ganz „gesetzliche" und „unparteiische" Weise jede mißliebige Meinung zu unterdrücken. In der That hätten solche Ausnahmsbestimmungen, indem sie die Sozialdemokratie außerhalb der allgemein giltigen Gesetze stellen, mithin ihre Rechtlosigkeit durch den ganzen gesetzgebenden Apparat sanktioniren und ausdrücklich dokumentiren würden, derselben nur nützen, in keiner Weise aber schaden können. Denn für die sozialdemokratische Presse sorgt unser berüchtigtes „objektives Verfahren" und das österreichische Vereins- und Versammlungsrecht ist, wie den Lesern des „Vorwärts" aus früheren Berichten sattsam bekannt, für die Sozialdemokraten schon längst eine ungreifbare fata morgana!

Glückte es auch früher von Zeit zu Zeit — gleichsam um den österreichischen Arbeitern zu zeigen, wie gut es ihnen gehen würde und wieviel freiheitlicher Rechte ihrer harrten, wenn sie sich nur das leidige Nörgeln an den bestehenden Zuständen abgewöhnen könnten und alle Regierungsmaßnahmen freudig begrüßten — eine oder im günstigen Falle zwei Volksversammlungen abzuhalten, so feierte doch schon in der zweiten Hälfte des April, also noch vor dem „Attentat" des Lehmann, der § 6 abermals in der schamlosesten Weise seine Orgien. Während noch am 7. April in Wien eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht" gestattet wurde, erfolgte drei Wochen (am 28. April) später ein Verbot ganz der gleichen Tagesordnung; ebenso wurde schon am 22. April in Atzgersdorf bei Wien eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Wiener Zeitungen und die Romanliteratur" verboten. Man ersieht daraus, daß der von einem andern Correspondenten erwähnte Ministerialerlaß betreffs Einschränkung der Versammlungsfreiheit nicht erst des Berliner Attentates bedurfte. Die Reaktion war schon vorher beschlossen!

Von Preßmaßregelungen sind die Wiener Parteiblätter in letzter Zeit etwas verschont geblieben, — dagegen arbeitet das Prager Landesgericht in nichts zu wünschen übrig lassender „Objektivität" weiter; von den fünf böhmischen Arbeiterblättern erscheint selten eines in erster Auflage. Und da nicht nur die sozialdemokratischen Blätter solche staatsanwaltliche Aufmerksamkeit genießen, sondern dieselbe auch der national-oppositionellen Presse zu Theil werden läßt, so ist es ganz wohl begreiflich, wenn man von Seite des hohen Gerichtshofes bestrebt war, etwas Geschäftsvereinfachung in die Sache zu bringen, etwa wie Bismarck mit seinen autographirten Strafanträgen. So sehen wir denn neuerer Zeit in der uns wohlbekannten Spalte mit „Erkenntnissen in der k. k. „Wiener Zeitung" nicht mehr wie früher über jede Confiscation ein separates Erkenntniß, sondern das „k. k. Landes- als Preßgericht Prag" bricht in edlem Amtseifer in einem Urtheile gleich über drei, vier, fünf Zeitungsnummern den Stab, wahrscheinlich nach dem Grundsatze: „Die Masse muß es machen!" Friedlich kann man da die altschechische „Politik", die jungtschechische „Narodni listy" oder die sozialistische „Budoucnost" nebeneinander finden, alle gleich staatsgefährlich. In welch' zahlreichen Gefahren doch dieser arme „Großstaat" stecken muß, wenn kein Tag vergehen kann, ohne daß der Staatsanwalt mehrere Blätter confiscirt hat, etwa wie ein Weib, das nicht ruhig schlafen kann, ehe es nicht ein halbes Dutzend Flöhe unter dem Daumen zerknickt hat. Man verzeihe mir diesen Vergleich, aber die Massenhaftigkeit, mit der man in der böhmischen Hauptstadt das freie Wort knebelt, muß unwillkürlich daran mahnen.

Unsere „Volksvertretung" hat für derlei Gesetzhandhabungen kein Wort und noch viel weniger eine That; nur wenn es irgend einer in derselben vertretenen Clique selbst an den Leib geht, rafft sich dieselbe auf und greift zu dem schrecklichen Mittel einer — Interpellation, die in den meisten Fällen von der Regierung auch ihre volle Würdigung findet, das heißt unbeantwortet bleibt. Als unlängst die „Deutsche Zeitung" wegen eines die Programmlosigkeit der Regierung behandelnden Artikels confiscirt wurde, da verübte der gesammte Fortschrittsclub mit seinem Obmann Grafen Coronini eine solche Interpellation, worin er das Vorgehen der Regiernng „unerhört" nannte. Wenn der edle Graf und seine Genossen mitunter das Amtsblatt der „Wiener Zeitung" ansehen würden, könnten sie daraus zu ihrem Troste die Neuigkeit erfahren, daß ein derartiges Vorgehen in Preßsachen im glücklichen Oesterreich durchaus nicht „unerhört", sondern etwas ganz alltägliches ist; aber freilich sind die dort verzeichneten „objektivirten" Blätter zumeist nicht fortschrittlich, ja nicht einmal verfassungsfreundlich, sondern national, ultramontan oder sozialdemokratisch, und denen geschieht ja Recht, da hört bei unseren Fortschrittlern der sonst so ostensiv zur Schau getragene Radikalismus auf. Doch Sie kennen diese Sorte von Liberalen so gut wie wir: sie sind liberal, wo es an ihre Haut oder an ihren Geldbeutel geht; dem Volke gegenüber, wo es gälte, dessen Interesse und dessen Rechte zu schützen, da zeigen sie sich in ihrer ganzen nackten reaktionären Gestalt. Die Sozialdemokratie aber hat nicht einen einzigen Vertreter im österreichischen Parlament, und so ist es natürlich, daß auch die Interessen des armen und arbeitenden Volkes selten in demselben einen Fürsprecher finden.

Die Lehmann-Affaire hat übrigens dennoch auch in Wien ihre Wirkung geübt. Dieser Protegé Sparig's ist nämlich auch in der österreichischen Metropole gewesen und hatte da bereits am ersten Tage seiner Anwesenheit Gelegenheit, Bekanntschaft mit unseren so trefflichen Staatseinrichtungen zu machen. Ohne Subsistenzmittel wollte er die Nacht in den grünen Auen des Praters zubringen, doch die Arme der irdischen Gerechtigkeit ereilten ihn — er wurde „per Schub" in seine Heimath zurückbefördert. Mit Constatirung dieser hochwichtigen Thatsache ließ es aber unsere pflichteifrige Polizeibehörde nicht bewenden; Lehmann soll auch gesagt haben, im hiesigen Fachvereine der Spengler eine Unterstützung erhalten zu haben — welch' treffliche Gelegenheit, den „Mitschuldigen" des „Attentäters" auf die Spur zu kommen! Der Obmann des genannten Vereines wird auf das Polizeicommissariat geladen, um hierüber Auskunft zu geben; da er davon nichts weiß, wird ein Amtsdiener in das Vereinslokal gesandt, welcher die Bücher durchsieht, um hier auf eine Spur des Verbrechers zu gelangen, allein auch dessen Liebe Müh war umsonst. Wie schade! Wie schön wäre es doch gewesen, wenn sich herausgestellt hätte, daß der Wiener Spengler-Verein den Lehmann zu seinem „Attentat" gedungen hätte! Jammerschade!

Da ich gerade vom Attentate spreche, so will ich noch kurz erwähnen, daß die Haltung der Wiener Tagespresse in dieser Angelegenheit eine verhältmäßig ziemlich anständige war; nur eines der größeren Tagesblätter befleißigte sich hierin einer Ausnahme und bezeichnender Weise war es gerade ein Blatt, dessen allerintimste Beziehungen zum Preßbureau ein offenkundiges Geheimniß sind: die alte „Presse"! Dieses halbamtliche Organ der Regierung leistet an Beschimpfung der Sozialdemokratie das Menschenmöglichste und trug dabei zugleich eine derartige Ignoranz über Alles, was Sozialismus ist, zur Schau, daß selbst das klerikale „Vaterland" sich berufen fühlte, in einem „Berufsmäßige Unwissenheit liberaler Literaten" überschriebenen Artikel dem Blatte eine derbe, aber wohlverdiente Lektion zu ertheilen. Daß die Ohrfeige gesessen hat, konnte man schon Tags darauf aus dem ohnmächtigen Gezische des Reptils bemerken, womit es das „Pfaffenblatt" beschuldigte, die Lehmann'sche That vertheidigt und beschönigt zu haben. Derlei Gezücht ist eben unverbesserlich.

Einen grellen Gegensatz zu dieser verhältnißmäßigen Anständigkeit der übrigen liberalen Tagesblätter bildete das ohrenzerreißende Gekläffe jener zahlreichen Klasse von Demimonde-Blättern, die man mit einem Fachausdrucke Revolverpresse nennt. Je obskurer solch' ein Blättchen, je bedürftiger seine Manipulation des Mantels nachsichtiger „christlicher Milde" ist, je trüber die Quellen, aus denen dessen Eigenthümer die Mittel zur Fristung seines Strauchritterdaseins schöpft, desto wüthender die Angriffe auf Alles, was mit der Sozialdemokratie in Verbindung steht. Es ist dies auch ganz natürlich; denn wenn auch die meisten dieser ehrenwerthen „Journalisten" von den eigentlichen Prinzipien unserer Partei keine blasse Ahnung haben, so sagt ihnen doch ihr Instinkt, daß in einer Gesellschaftsordnung, in welcher diese Prinzipien zum Durchbruche gelangt sind, Existenzen wie die ihrigen nicht mehr möglich sein werden. Ihr Haß, ihr Zorn, ihre Wuth ist daher begreiflich — es ist ein Akt der Nothwehr, der sie leitet, wie ja auch eine Räuberbande, die ringsum von Dienern der Gerechtigkeit umzingelt ist und keinen Ausweg mehr sieht, sich dennoch aus Verzweiflung zur Wehr setzt. Die Angriffe von dieser Seite können uns nur freuen; es wäre der größte Schimpf, von dieser Bande gelobt zu werden.

Ein Wochenblättchen dieser Sorte, um nur ein Beispiel anzuführen, das „Illustrirte Fremdenblatt" nannte die Sozialdemokratie anläßlich des Attentates „politisches Atropin und gesetzlich geschützte (?) Massenvergiftung." Das Atropin, ein Giftstoff, welcher zwar nicht direkt tödtlich wirkt, jedoch die Gehirnfunktionen stört und daher den Zweck hat, den damit Vergifteten wahnsinnig zu machen, spielte eine große Rolle in einem der jüngsten Sensationsprozesse, in welchem wenig erbauliche Zustände in unserer vornehmen Gesellschaft zu Tage traten; der Ausdruck „Massenvergiftung" bezog sich ebenfalls auf einen erst dieser Tage vorgekommenen Fall, wo durch das Fleisch einer milzbrandigen Kuh bei 200 Personen erkrankt sind. Man muß gestehen, daß der Versuch, die Lehren und Bestrebungen der Sozialdemokratie mit diesen Vorfällen auch nur in einen Vergleich zu bringen, ein sehr origineller ist und kaum dadurch überboten wird, uns für die That eines Lehmann verantwortlich machen zu wollen.

Briefkasten

der Redaktion: W. H. in Worms: Uns ist ein derartiges Buch nicht bekannt.

der Expedition: Ernst Vgl hier: Ihr Geschenk wird mit größtem Danke acceptirt. — Bernh. Steil Koblenz: Es werden neue Wahllisten angefertigt. Es ist daher nöthig, daß Jeder, der das 25. Lebensjahr erreicht hat, auch diese Listen kontrollirt, ob sein Name eingetragen ist. — X. Y. Marburg: Ja, Preis 1,50 M.

Quittung. Inghs Liège Ab. 3,84. Trtr Gera Ab. 3,00. Krbs hier Ab. 0,60. Arbeiterpartei hier Ann. 1,00. Bb Spandau Ann. 0,90. Lpr Paris Schr. 25,80. Lgs Hannover Ann. 0,90. Hldr Hildesheim Ann. 1,50. Arbeiterbild.-Verein Ab. 3,45. W. R. New-York Ab. 90,00. Krs Rottweil Schr. 0,40. Sgrst Frankfurt Schr. 2,50. Hsnr Karlsruhe Schr. 3,50. Trtkr Naumburg Schr. 2,50. Hsmn Worms Schr. 4,20. Wrd Karlsruhe Schr. 1,50. Alnd Minden Schr. 2,00 Stl Koblenz 2,50. Schlz hier Ab. 2,40. Bchll Stuttgart Schr. 1,50. Hnk Freudenthal Schr. 2,51. Rdl Ruhla Schr. 3,00. Brn Lechhausen Schr. 5,50. Bf Wechselburg Schr. 4,00.

Berichtigung. In der letzten Nummer 71 muß es im ersten Leitartikel: „Parteigenossen! Freunde!" — in der 33. Zeile von unten anstatt „öffentlich abgewiesen" heißen: „öffentlich abgewichen."

Die Anfrage im „Briefkasten" des „Vorwärts", Nr. 63 vom 31. Mai, kann ich folgendermaßen beantworten: Auf den Schleppdampfern, die ja mittelst der Maschine getrieben werden, befindet sich auf dem Verdeck eine Art Kammrad, welches befestigt ist und von der Maschine getrieben wird. Dieses Rad faßt die Kette, welche auf dem Verdeck entlang läuft; an der hinteren Seite des Dampfers befindet sich eine Walze, an welcher die Kette ins Wasser geht; an der vorderen Seite des Dampfers ist ebenfalls eine Walze, welche die Kette aus dem Wasser hebt. Das Treibrad, welches die Kette in Bewegung setzt, befindet sich, wie gesagt, auf dem Verdeck. X.

Wahlfonds.

Vom Wahlcomité hier 13,50. Wbrg R. W. K. 17,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Allen Spandauer Parteigenossen sage ich hierdurch herzliches Lebewohl. [0,90
Leipzig, den 18. Juni 1878. **W. Bade.**

Ich ersuche meine lieben Parteigenossen **Böcker**, Czielinski, **Tiebe** 2c. in **London**, sowie die Genossen **Ludwig Ehrich**, Pölzing, **Stade** 2c. in **Paris** mir **schleunigst** Ihre Adresse zukommen zu lassen.
Mühlheim a. d. R. **Jean Witzka sen.,**
Windmühlenstraße 2½.

Am letzten Sonnabend aus meiner Arbeit hinausgemaßregelt empfehle ich mich nunmehr den Genossen zur **Anfertigung** von **Herrengarderobe** aller Art nach Maß, ebenso werden **Reparaturen** besorgt. **Musterproben liegen aus.** **C. Hilder, Hildesheim,**
Hoch lebe die Sozialdemokratie! Wollenweberstraße 967, 3. Etage.

Hannover. Die Versammlungen des **Sozialdemokratischen Wahlvereins** finden von jetzt an **jeden Sonnabend**, 8½ Uhr, in dem Lokale des (F. 167)
Herrn **Otto,** Neuestraße Nr. 45 statt.
Nächsten Sonnabend, den 22. Juni: L.-D.: **Vorlesung.**
Ebenso auch die **Gesangstunde** Donnerstag, **Abends** von 9 bis 11 Uhr. [0,90] **Der Vorstand.**

Sonntag, den **23. Juni 1878**
Sommerfest
sämmtlicher Gewerkschaften Leipzigs
im **„Neuen Gasthof"** zu **Gohlis.**
Anfang Nachmittags 3 Uhr. **Concert, Herren- und Damenspiele.**
Von 7 Uhr an **Ball** wozu wir Alle freundlichst einladen. [3,10

Zur Wahlbewegung!
Nieder mit den Sozialdemokraten!
Von **W. Bracke.**
Bisherige Auflage 195,000 Exemplare!!
Einzeln im Buchhandel 25 Pf., für Arbeitervereine 15 Pf. In Partien 10 Pf., 50 Stück 4 Mk., 200 Stück Mk. 12,50, 1000 Stück 50 Mk. Bei größeren Partien für die Wahlbewegung pro 1000 Stück 40 Mk. Gegen baar oder Postvorschuß. [100
Braunschweig, 12. Juni 1878. **W. Bracke jr.**

Zur bevorstehenden Wahlagitation empfiehlt sich als die beste Agitations-Brochüre, namentlich in Bürger- und Handwerkerkreisen:
Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.
Ein Mahnwort an die Kleingewerbtreibenden
von
Johann Most.
(Eine Gefängnißarbeit aus Plötzensee.)
4½ Bogen stark mit elegantem Umschlag. **Preis 50 Pf.**, in Partien billiger.
Inhalt: Die Macht des Vorurtheils. — Das Handwerk in der Vergangenheit. — Das Handwerk in der Gegenwart. — Des Handwerkers Klage über die Lohnarbeiter. — Illusionen. — Rothe Gespenster. — Revolutionsfieber. — Unsere Grundprinzipien. — Unsere politischen Forderungen. — Soziale Reformen. — Die Organisation der Klassen. [250
Versendung nur gegen baar oder Postnachnahme.
Bestellungen werden erbeten von der
Volksbuchhandlung von J. Endres in Augsburg
(2a) Oberer Graben G. 322.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
nehmen bei allen deutschen Postanstalten auf den 1. und 3. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatanzeigen-theilen und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rüsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. K. Sorge, 225 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Entz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 73. Sonntag, 23. Juni. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

An die sozialdemokratischen Reichstagswähler.

Parteigenossen!

Wie Euch bekannt ist, finden die Reichstagswahlen am 30. Juli statt. Zur Wahlagitation verbleibt uns daher nur eine kurze Frist. Je kürzer nun die Frist, um so lebhafter und energischer müssen diesmal die Anstrengungen sein, welche auf die Förderung der Sache des arbeitenden Volkes, die eins ist mit der Sache der Sozialdemokratie, gerichtet sind.

Warum der Reichstag aufgelöst worden ist — Ihr wißt es. Die Regierung will einen Reichstag zur Niederwerfung der Sozialdemokratie, zur Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterbewegung, zur Bewilligung neuer und hoher Steuern, zur bedingungslosen Erneuerung des in zwei Jahren ablaufenden eisernen Militäretats, zur Verschärfung der Vereins- und Versammlungsgesetze und des Preßgesetzes, überhaupt zur Stärkung der Reaction, zur Vernichtung des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Dieses Vorgehen suchen unsere Feinde dadurch zu rechtfertigen, daß sie die deutsche Sozialdemokratie für die von zwei wahnwitzigen Menschen an dem 81jährigen deutschen Kaiser verübten Attentate verantwortlich machen — die deutsche Sozialdemokratie, welche grundsätzlich jeden Mord verabscheut und erwiesenermaßen mit den beiden Verbrechern nichts gemein hat.

Den Attentaten auf den Kaiser soll eine Reihe von Attentaten auf eine große politische Partei: auf die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands folgen.

Das Volk soll nur nach Vorschrift denken, es soll trotz des herrschenden Nothstandes Jahr für Jahr mehr Steuern zahlen, es soll ohne zu zucken die drückenden Militärlasten auf sich nehmen und schließlich alle seine politischen Rechte an Diejenigen abtreten, von denen es jetzt schon auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiete vollständig beherrscht wird.

Wie dieser Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie in seinen Einzelheiten geführt werden soll, darüber sind die Feinde der Sozialdemokratie zwar nicht in jedem Punkte, aber doch in der Hauptsache eins. Allerorts und von allen volksfeindlichen Parteien ist die Losung ausgegeben: Nieder mit der Sozialdemokratie, nieder mit der Arbeiterbewegung, nieder mit den Rechten des arbeitenden Volkes!

Ob Conservative, Nationalliberale oder Fortschrittler — dieser Parole stimmen sie sämmtlich zu.

Was bleibt nun zu thun? Gestützt auf das Parteiprogramm und getreu unserer alten Taktik halten wir fest an dem Grundsatze:

Einer für Alle, Alle für Einen!

Niemals mehr als gegenwärtig haben wir dies nöthig. Wir erwarten von Euch, daß Ihr einmüthig, furchtlos und prinzipienfest in den Wahlkampf eintretet — einmüthig, um zu siegen, furchtlos, um zu siegen, prinzipienfest, um zu siegen.

Und dieser Sieg bedeutet die politische und soziale Gleichberechtigung, die ökonomische Befreiung des arbeitenden Volks.

Unsere Partei, die Partei der Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, ist noch jung, ihre Mittel sind gering. Um diese Mittel wirksam zu verwerthen, müssen wir sie auf wenige Wahlkreise concentriren. Nicht auf Hunderttausende von Stimmen kommt es bei dieser außerordentlichen Wahl an, sondern darauf, daß die Zahl der am 10. Januar 1877 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten zum mindesten erreicht wird.

Wie groß die Partei ist, das hat uns der letzte Wahlkampf gezeigt; wie widerstandsfähig die Partei in schwerer Zeit sein kann, das soll uns der 30. Juli sagen.

Die Wahlkreise, in welchen die Partei mit aller Kraft vorgehen muß, sind folgende:

Altona. Barmen-Elberfeld. Berlin IV. und VI. Kreis. Borna-Pegau. Breslau I und II. Chemnitz. Crimmitschau. Dresden (6. sächs. Wahlkreis). Freiberg-Oederan. Glauchau. Gotha. Greiz. Hamburg I und II. Hanau. Kiel. Leipzig-Land. Mittweida. Nürnberg. Offenbach a. M. Ottensen. Reichenbach i. V. Reichenbach-Neurode. Solingen. Stollberg. Waldenburg i. Schl. Zschopau.

Die Sozialdemokratie aus dem Reichstage zu verdrängen, ihr die Tribüne des obersten Gesetzgebungskörpers zu verschließen — das ist das ausgesprochene Ziel aller reaktionären Parteien, das wird schamlos von ihnen erstrebt mit den niedersten Mitteln der Lüge und Verläumdung.

Um so mehr ist es Ehrensache unserer Partei, in vorbenannten Kreisen zu siegen oder doch mit großer Stimmenzahl aufzutreten.

Jeder von Euch handle darnach!

In den andern Wahlkreisen geht überall da agitatorisch vor, wo sich dies, wie in Städten und industriereichen Gegenden, ohne große Mühe und Kosten thun läßt. Zur völligen Enthaltung in der Wahlagitation rathen wir Euch in jenen Kreisen, wo die Agitation sehr erschwert ist, viel kostet und wesentliche Erfolge nicht verspricht. Mit dem Vertheilen und Abgeben von Stimmzetteln, lautend auf den Namen irgend eines bekannteren Parteigenossen, ist in solchen Kreisen genug geschehen.

In allen vorstehend nicht namentlich erwähnten Kreisen muß möglichst viel Geld gespart und für die auserwählten 30 Kreise an die Central-Kasse (zu Händen des mitunterzeichneten Geib) eingeschickt werden.

Ohne Opfer kein Sieg!

Daß in der jetzigen Jahreszeit und angesichts der Verfolgungen, welche unsere Partei heute mehr denn je zu ertragen hat, Flugblätter zur Agitation meistens geeigneter sind, als Versammlungen, wollen wir schließlich nur andeuten.

Ebenso ist es wohl kaum nöthig, auf das rechtzeitige Einsehen und Prüfen der Wählerlisten, welche gerade bezüglich der seit 1877 wahlberechtigt gewordenen Wähler und der Lohnarbeiter überhaupt mangelhaft ausfallen dürften, hinzuweisen. Nur Diejenigen können wählen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind.

Parteigenossen! Die Zeit drängt, darum frisch ans Werk. Der 30. Juli wird ein Wendepunkt sein in der Geschichte unseres Volks. Sorgt dafür, daß er ein Tag des Triumphs werde und nicht ein Tag der Schmach. Ermahnt die Wähler, ermahnt das ganze Volk, gegen die heranfluthende Reaktion, welche zu dem wirthschaftlichen Nothstand gern noch einen krassen politischen Nothstand gesellen möchte, in geschlossenen Reihen Front zu machen. Benutzt die herrschende Aufregung im guten Sinne, den Gegnern zur Beschämung, der Sozialdemokratie zur Ehre. Genossen! Wir kennen Euere altbewährte Opferwilligkeit — auf zur Agitation!

Hamburg, 20. Juni 1878.

Das Central-Wahlcomité der sozialist. Arbeiterpartei Deutschlands.

C. Derossi, Holzdamm 42. A. Geib, Rödingsmarkt 12.

Der Wahlkampf

verspricht diesmal nicht blos sehr heiß, sondern auch sehr interessant zu werden. Es handelt sich nämlich nicht um ein Wettringen der verschiedenen Parteien, sondern es gilt die Vernichtung zweier Parteien. Zunächst der Sozialdemokratie. Ausgesprochenermaßen ist die Auflösung des Reichstags beschlossen worden, um unsere Partei aus der Welt zu schaffen. Die Regierung hat es gesagt, die Regierungsblätter wiederholen es Tag für Tag, und die Liberalen schreien es in alle Welt hinaus. An dem guten Vorsatz ist also nicht zu zweifeln. Schade nur, daß der Weg zur Hölle — und zu Niederungen — mit guten Vorsätzen gepflastert ist, und die Sozialdemokratie sich einer vortrefflichen Constitution erfreut, vermöge deren sie ihre sämmtlichen mehr oder weniger „kaputen" Feinde zu überleben gegründetste Aussicht hat.

Es wird freilich heiß hergehen bei der bevorstehenden „Hatz", indeß gesunden Leuten und Parteien sind solche Motionen nur zuträglich — sie schärfen den Blick und stählen den Arm. Also: frisch auf zum fröhlichen Jagen!

Die zweite Partei, der man an den Kragen will, ist die nationalliberale. Gesagt wird's noch nicht. Aber Jedermann weiß es, und am besten die Nationalliberalen, denen, trotz der unbefangenen Miene, die sie sich zu geben suchen, die Angst aus allen Poren dringt. Das nationalliberale Lager gleicht einem Hühnerhof, über dem sich der Habicht zeigt. Der böse Habicht! Früher nannten sie ihn „Achilles", „Percy", auch den „Ast, auf welchem wir sitzen". Und nnn — o quae mutatio rerum! Welche Veränderung der Dinge!

Wir sprachen es unmittelbar nach der Auflösung aus, daß der Bismarck'sche Coup sich gegen die nationalliberale Partei, überhaupt gegen den Liberalismus richte, und daß die Sozialistenhatz blos Mittel zum Zweck sei. Und wie konnte es auch anders sein? Wer Bismarck's frühere Beziehungen zum Sozialismus und zu sozialdemokratischen Führern, wer seine jetzigen Hinneigungen zum Agrarianismus kennt — und das sind notorische Thatsachen —, der weiß auch, daß dieser Mann, wenn er es plötzlich für nöthig hält, den Sozialismus geräuschvoll anzugreifen, dazu andere Beweggründe haben muß als hasenherzige Furcht vor dem Sozialismus. Hätte er blos das Ausnahmegesetz durchdrücken wollen, so brauchte er den Reichstag nicht aufzulösen. Die Nationalliberalen hätten es in der Woche nach Pfingsten bauchrutschend apportirt. Und die Handvoll Sozialdemokraten im Reichstag genirten den Herrn Reichskanzler auch nicht so, daß wir vernünftigerweise annehmen könnten, er habe um ihretwillen den Reichstag aufgelöst.

Nein — die Sozialdemokraten mußten blos den Vorwand abgeben und das „rothe Gespenst" liefern, mit Hilfe dessen der Schüler Bonaparte's einmal nach dem alten, bewährten Rezept des Meisters arbeiten wollte.

Das liebe, gute, gesellschafts- und staatrettende „rothe Gespenst", das den bankrouten Neffen des Onkels auf fast ein Menschenalter zum Diktator Frankreichs gemacht hat — warum sollte es nicht auch in Deutschland Dienste thun?

Und bis dato hat es sie vortrefflich gethan. Das deutsche Bürgerthum ist, wie weiland das französische, in ein Zitterfieber verfallen und schreit in seiner Noth nach der rettenden „Flinte, die schießt", nach dem rettenden „Säbel, der haut".

Gute Temperatur für die Herren Staats- und Gesellschaftsretter.

Aber sehr schlechte Temperatur für die Herren Liberalen — das richtige Jagdwetter für die große „Sauhatz" auf den Liberalismus.

Die Herren Liberalen thun, als ob sie es nicht merkten; sie schimpfen erschrecklich auf die Sozialdemokraten, die bei diesem Wahlkampf das Haupt-Angriffsobjekt aller ordnungs- und reichsfreundlichen Parteien sein müßten.

Und mittlerweile wird die reaktionäre Meute schon gegen die unglücklichen Nationalliberalen losgelassen, die das Vogelstraußspiel nicht mehr lang spielen können, sondern wohl oder übel Front machen müssen gegen den bösen Feind, der sie von hinten überfällt.

Front machen gegen „Achilles", gegen „Percy", gegen den „Ast, auf dem wir sitzen" — daß Gott sich erbarm. Zum Theil sind sie schon ausgerissen! Die Treitschke*), Schulte, Wehrenpfennig, Gneist debutiren bereits als „Partei Knobloch-Bismarck", und der Rest — wäre eigentlich Schweigen, wenn die Herren es nicht für nöthig gehalten hätten, ein Wahlmanifest zu erlassen. Ein schönes Opus! Phrasen über die Attentate, Phrasen über die „weitverbreitete Verwirrung und Verwilderung", Phrasen über die Sozialdemokratie, Phrasen über „die Rechte und Freiheiten, die nicht verloren gehen dürfen", und dabei das Versprechen, der Reichsregierung zur Knebelung der Sozialdemokratie behilflich sein zu wollen! Die traurigen Politiker, sie haben nicht einmal gelernt, daß mit der Knebelung einer Partei, und wäre sie die numerisch schwächste, die „Rechte und Freiheiten" eo ipso verloren sind! Die verlegenen Entschuldigungen wegen der Abstimmung über das Lehmanngesetz vollenden den Eindruck der Jämmerlichkeit, den dieses melancholische Testament des sterbenden Nationalliberalismus hervorbringt. Ja, „Stiefel muß sterben", und ist er auch noch so jung, so hat er sich doch so gründlich abgelaufen und abgenutzt, daß kein Flicken mehr fleckt. Mögen die Nationalliberalen noch so hartnäckig den Kopf in den Sand stecken — der reaktionäre Knüppel wird ihnen bald „in's Genick" sausen und dann heißt's: auf Leben und Tod! Und wird bei dieser Gelegenheit der Liberalismus vielleicht noch nicht „ganz todt" geschlagen, so wird jedenfalls die nationalliberale Partei das Wahlschlachtfeld nicht lebend verlassen. Nicht nur, daß sie unzweifelhaft nach rechts und links Sitze verlieren wird, nein — die Partei als solche wird voraussichtlich zersprengt, und diejenigen Mitglieder, welche nicht „Partei Knobloch-Bismarck" sein mögen, gezwungen werden, entweder eine neue Partei zu bilden, oder sich anderen Parteibildungen anzuschließen.

Gleichzeitig mit den Nationalliberalen hat die Fortschrittspartei ihr Wahlmanifest losgelassen. Es ist womöglich noch inhaltsloser als das der liberalen Concurrenzpartei. Nur die Phrasen etwas schwülstiger, etwas blumenreicher, und etwas „demokratisch" angehaucht. Sie wollen keine Ausnahmegesetze, die gesinnungstüchtigen Herren Fortschrittler, und sprechen doch die politische Acht aus über die Sozialdemokratie, „deren Bestrebungen unvereinbar seien mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung (!! Siehe die „weitverbreitete Verirrung und Verwilderung" der Herren Nationalliberalen [!]), verderblich für die wirthschaftliche Entwickelung und die Freiheit des Ganzen, wie die des Einzelnen." Ex ungue leonem, an der Sudelei erkennt man den Richter. Den Verfassern (denn das Opus ist „Collectivarbeit") des fortschrittlichen Wahlmanifestes sei blos Eins bemerkt: jede demokratische Partei — das ist in der Natur des Parteiwesens und der geschichtlichen Entwickelung begründet — hört auf, eine demokratische Partei zu sein in dem Moment, wo sie eine weiter gehende Partei, deshalb weil sie weiter geht, deshalb weil sie consequenter ist, zu bekämpfen anfängt, — sie wird durch ihre Opposition gegen die consequente Demokratie immer weiter nach rechts getrieben, verfällt immer mehr der Reaktion.

Die Geschichte der Parteien bietet unzählige Beispiele und keine Ausnahme.

Die Fortschrittspartei kann sich ihrem Schicksal nicht entziehen. Sie mag sich sträuben wie sie will, sie steht in Opposition zur Demokratie und wird durch die unerbittliche und unwiderstehliche Logik der Thatsachen zur Reaktion gedrängt.

Durch das einfache Faktum ihrer Existenz hat die Sozialdemokratie die Fortschrittspartei zu einer reaktionären Partei gestempelt. Und dafür, daß dieser „Partei der politischen Heuchelei" die gestohlenen demokratischen Federn, mit denen sie sich behufs der Bauern- und Bürgerfängerei schmückt, ausgerupft werden, so weit sie es nicht schon sind, — dafür wollen wir schon sorgen.

Die Attentäter.

Von einem Arzte.

Die beiden Attentäter Höbel und Nobiling sind, wie wiederholt in den Zeitungen zu lesen stand, geschlechtlich krank, d. h. sie leiden Beide an Syphilis. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß sie möglicher Weise in Folge dieses Leidens gehirnkrank sind; aber die liberale Presse hat mit Hartnäckigkeit diesen Hinweis verschwiegen und es vorgezogen, auf Grund der Unthaten zweier offenbar unzurechnungsfähiger und für ihr Thun und Handeln nicht in vollem Umfange verantwortlicher Subjekte fortgesetzt ihr Hep-Hep-Geschrei gegen die Sozialdemokratie auszustoßen, und — den maßgebenden Kreisen scheint dies zu passen.

Wenn unsere Gegner die ganze Welt gegen uns aufreizen und Tag für Tag gegen den oft auf uns angewandten Paragraphen des Strafgesetzbuchs verstoßen, so ist kein Staatsanwalt da. Wir dürfen aber von unserem Standpunkt aus keinen Moment außer Acht lassen, der dazu beitragen kann, die Ursachen, welche jenen Attentaten zu Grunde liegen können, aufzuhellen, und so wollen wir denn auf eine Broschüre neuesten Datums verweisen, welche ein Burtscheider Arzt, Dr. Brauns, über „Gehirn-Syphilis" herausgegeben hat. Aachen und Burtscheid, mit ihren heißen Schwefelquellen, sind das Stelldichein für eine Unzahl von syphilitisch Kranken aller Nationen, welche dort Genesung suchen. In keinem Spital der Welt ist einem Arzte ein so reichhaltiges Beobachtungsmaterial dieser Krankheit geboten, wie gerade dort. Ueber die Competenz des Dr. Brauns dürfte also kein Zweifel bestehen, besonders aber in Bezug auf die Hirnsyphilis, die man noch nicht zu lange kennt, oder von

*) Der in seinen „Preußischen Jahrbüchern" kürzlich für Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts plädirt.

deren Verbreitung man bis vor wenigen Jahren nicht einmal eine genügende Vorstellung hatte.

Brauns theilt die Gehirnsyphilis in solche Fälle ein, bei denen nach dem Tode im Gehirn und an den Gehirnhäuten nachweisbare Veränderungen vorhanden waren, und in solche, wo bei Lebzeiten Gehirnerscheinungen vorhanden waren, während sich nach dem Tode keine Veränderungen in den gedachten Theilen entdecken ließen. Letzteres liegt an unseren zum Theil noch sehr unzulänglichen Hilfsmitteln und Beobachtungsmethoden, wie denn überhaupt die meisten Hirnfunktionen der Physiologie ein verschlossenes Buch mit sieben Siegeln sind. Die am häufigsten vorkommenden Störungen sind aber nach Brauns: hochgradige Depressionszustände des Gemüthes, abwechselnd mit Erregungserscheinungen bis zu vollständiger Geistesabwesenheit.

Daß dergleichen Erscheinungen schon in einer frühen Periode der Syphilis auftreten, weiß jeder Arzt; aber auch das Publikum sollte es wissen — — aus den zahllosen Anzeigen, welche es täglich in den Zeitungen liest, in denen Aerzte und Quacksalber sich zur Vornahme antisyphilitischer Kuren anbieten. Fänden diese Herren nicht ihre Rechnung bei derartigen Insertionen, so würden wir dergleichen kaum zu lesen bekommen. Es gehört schon eine große Dosis geistiger Beschränktheit oder, wie gerade bei diesem Leiden, eine geistige Störung dazu, sich lieber dem Marktschreier, als dem ohne Reklame sein Brod suchenden Arzte anzuvertrauen. Aber auch in sehr späten Perioden der Syphilis findet sich erst Gehirnsyphilis ein, nach Brauns in 4 Prozent der beobachteten Fälle nach 20 Jahren, in 25 Prozent nach 5—20 Jahren mit anderweiten syphilitischen Erscheinungen, und in 58 Prozent sämmtlicher Fälle nach 2—20 Jahren ohne anderweite syphilitische Complikationen, lediglich durch Störung der Gehirnfunktionen sich dem Psychiater manifestirend.

Ob es unter diesen Umständen nicht angezeigt ware, anstatt der Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie ein Gesetz einzubringen, welches der Verbreitung der Syphilis zu steuern vermag, das lassen wir dahingestellt sein. Daß die Visitationen der öffentlichen Dirnen nicht genügen, und ebenso wenig die auf dem vorjährigen Aerztetäge proponirte Untersuchung der Fabrikmädchen überhaupt, dürfte aber Jedem klar sein. Der Verbreiter dieser gefährlichen Krankheit ist in sehr vielen Fällen auch ein gewissenloser oder sich für bereits gesund haltender Mann.

B. Dr. M.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ist kein Staatsanwalt da? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" beleidigt in offener Weise den deutschen Richterstand. Diesem großen Denunziantenblatte gegenüber braucht sich Niemand zu scheuen, die Staatsanwaltschaft, resp. den preußischen Justizminister, der erst Strafantrag stellen muß, auf die richtige Fährte zu bringen. Es heißt also in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

„Die nationalliberale Presse weist jetzt häufig mit einer gewissen Genugthuung darauf hin, daß die Mittel zur Wahrung der staatlichen Autorität, welche die bisherige Gesetzgebung darbietet, bei der jetzigen energischen Handhabung sich als durchaus wirksam und ausreichend erweisen. Diese Behauptung ist doch wohl anfechtbar, da vor Aller Augen liegt, daß namentlich die scharfen richterlichen Verurtheilungen der letzten Tage doch [illegible] eine Folge theils des Druckes der öffentlichen Meinung, theils der ausnahmslos gegen die Sozialdemokratie erregten Stimmung sind. Wenn mit dem Aufhören dieses Druckes und dieser Stimmung die laxere Handhabung des Strafrechts, wie sie die meisten Gerichte bislang geübt, wieder zur Geltung kommt, so wird auch die angeblich ausreichende Wirksamkeit der gesetzlichen Mittel wieder fraglich sein. Die Stimmung, welche merkwürdigerweise gerade die nationalliberale Presse veranlaßt, die Regierung zur Verhängung des Belagerungszustandes zu vermögen, macht sich naturgemäß auch in den Richtercollegien geltend, aber auf die Dauer solcher Erregungen ist nicht zu rechnen."

Also die scharfen richterlichen Verurtheilungen der letzten Tage sind nur eine Folge der gegen die Sozialdemokratie erregten Stimmung! So — das ist ja recht nett — die deutschen Richter haben also nicht in objektiver ruhiger Weise geurtheilt. Das wollen wir uns merken, wenn es sich der Justizminister nicht merkt, der die Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" indirekt zugiebt, wenn er keine Verleumdungsklage anstrengt.

— Der Congreß in Berlin scheint nicht so glatt zu verlaufen, als man erwartet hatte; indeß sind alle Berichte über die Verhandlungen mit dem größten Mißtrauen aufzunehmen; seit Nobiling den hungrigen Reportern entrissen worden ist, üben sie jetzt ihr Lügentalent an dem Congreß.

— Ein Reptil hat die Frechheit, die von Marx in seinem bekannten Brief an die „Daily News" gemachten Angaben für unwahr zu erklären. Wir können dem unverschämten Gesellen die Versicherung ertheilen, daß das von Marx erwähnte Schreiben Buchers noch wohl erhalten ist und jeden Moment vor Gericht produzirt werden kann.

— Natürlich hat neben anderer Stieberei auch die Briefstieberei in letzter Zeit stark geblüht. Die Blätter enthalten flagrante Beispiele. Und sie blüht noch. Was Jeder sich ad notam nehmen möge.

— Liberale Hirnkrankheit. Die „Magdeburgische Zeitung" giebt den Wählern den Rath, und Professor Biedermann findet ihn „sehr verständig": „Wählt Männer zu euren Abgeordneten, die bereit sind, Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu genehmigen, aber sorgt ernstlich dafür, daß es freisinnige Männer seien." — „Freisinnige Männer", die Ausnahmegesetze votiren! Ehrliche Leute, die stehlen! Spitzbuben, die nicht mausen!

— Der Hamburger Staat appellirt ernstlich und gewissenhaft „an das Gewissen der Nation". Derselbe hat der sozialdemokratischen Partei auf Befragen ausdrücklich das Abhalten von Versammlungen zu den bevorstehenden Wahlen gestattet. Für die Hamburger Behörden existirt also noch das Recht und der Paragraph 17 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag.

— Das Denunziantenunwesen wird allen anständigen Leuten zum Ekel. So hat der Bürgermeister von Remscheid folgende Bekanntmachung erlassen:

„In den letzten Tagen habe ich wiederholt anonyme Zuschriften empfangen, in denen hiesige Bürger der sozialdemokratischen Umtriebe, der Beleidigung höchststehender Personen, ja sogar der Majestätsbeleidigung beschuldigt werden. Gleichgiltig, welchen Quellen diese Zuschriften entstammen, ob sie lauteren oder unlauteren Ursprungs sind, ein für alle Male erkläre ich, daß ich für anonyme Anzeigen aller Art unzugänglich bin und derartige Zuschriften lediglich dem Papierkorbe überweise."

Bravo!

Die Breslauer liberalen Zeitungen bringen fast sämmtlich folgende gleichlautende Notiz:

„Wir können nicht oft und eindringlich genug vor unüberlegten Aeußerungen warnen. Nicht allein, daß hier und auswärts eine große Anzahl öffentlich ausgesprochener Majestätsbeleidigungen zur Kenntniß der Behörde gelangt ist und selbstverständlich den Angeklagten meist mehrjährige Gefängnißstrafe zu Theil wird, mehren sich diejenigen Fälle, in denen nur einzelnen Personen gegenüber Majestätsbeleidigungen ausgesprochen sein sollen und diese, theils unter Nennung ihres Namens, theils sogar anonym, der Polizei oder Staatsanwaltschaft Anzeige erstatteten. — So ging bei der Polizeibehörde anonym eine Denunziation ein, wonach ein hiesiger hochachtbarer und bejahrter Particulier — dessen Gesinnung unseres Wissens conservativ ist — in einem Kaufmannsladen sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hätte. Die erhobene Beweisaufnahme soll die Denunziation nicht bestätigt haben, dagegen ermittelte die Polizei durch einen der vernommenen Zeugen, daß eine arme Wittfrau in jenem Laden in verletzender Weise vom Kaiser gesprochen hat, wahrscheinlich wird letztere zur Anklage gebracht werden."

Die „liberalen" Zeitungen sind es gewesen, die noch vor vierzehn Tagen es als Bürgerpflicht erklärten, jeden Menschen, der Sozialdemokrat sei, seinem Arbeitgeber, jeden Menschen, der ein lautes Wort über den Kaiser spreche, der Staatsanwaltschaft zu denunziren.

Nun allerdings ist der furchtbaren geistigen und moralischen Betrunkenheit ein ebenso furchtbarer Katzenjammer bei den deutschen „Biedermännern" gefolgt.

— Auf dem internationalen Schriftstellercongreß der jetzt in Paris tagt, hielt Viktor Hugo am 17. ds. eine, Rede über alle möglichen Dinge, in der er auch über den politischen Meuchelmord sprach, „von den Fürsten verlangte, daß sie das Leben der Völker, und von den Völkern, daß sie das Leben der Fürsten schonen sollten", für Preßfreiheit plaidirte (100 Jahr nach Voltaire!) und schließlich ein Wort fur die Amnestie einlegte. „Möge dieses Jahr 1878, so schloß er unter donnerndem Applaus, nicht zur Neige gehn, ohne daß Frankreich allen seinen verirrten (?) Kindern erbarmungsvoll seine Arme wieder geöffnet hat." Wir fürchten, die „verirrten Kinder" sitzen in der Regierung und werden den Hugo'schen frommen Wunsch zu vereiteln wissen.

— Parteigenosse Carl Hirsch in Paris hat an die Redaktion der „Berliner Freien Presse" folgendes Schreiben gerichtet: Werthe Parteigenossen! In der vorgestrigen Nummer der „B. Fr. Pr." (Nr. 136) ist die in der hiesigen „Egalité" erschienene Adresse an den (inzwischen verbotenen) Congreß der deutschen Sozialdemokraten in einer Weise besprochen worden, welche eine Erwiderung von hier aus nothwendig macht, zu der ich als deutscher Mitarbeiter der „Egalité" zunächst berechtigt und verpflichtet bin. Die von der „B. Fr. Pr." wiedergegebene Uebersetzung der fraglichen Ansprache ist im Wesentlichen korrekt, nur daß im dritten Satze anstatt des Druckfehlers: „den Verbindungen (der vereinigten Reaktionen) zu lesen ist: „den Gewaltthätigkeiten und Verleumdungen". Ich suche jedoch vergebens nach dem Motiv, das Sie bestimmen konnte, die Sympathieerklärung, welche dem Gothaer Congreß zugedacht war, die Bruderhand, die das Organ der französischen Sozialdemokratie den versammelten Vertretern der deutschen Partei anbot, Ihrerseits nicht blos schroff zurückzuweisen, sondern auch noch eine häßliche Verdächtigung daran zu knüpfen, mit der man selbst gegen Feinde, also gewiß nicht weniger gegen seine eigenen Verbündeten vorsichtig sein soll. Die „Egalité" ist Eigenthum einer größeren Zahl von Sozialdemokraten, meistens Lohnarbeitern, die fast sämmtlich 1871, theilweise sogar schon früher, die deutlichsten Proben ihrer Hingebung für unsere Sache abgelegt haben, Männer, die auf den Pontons herumgeschleppt worden sind, Jahrelang in den Gefängnissen geschmachtet haben, einstige Föderirte, Söhne von Föderirten, mit Narben Bedeckte und sogar im Kampfe Verstümmelte, deren Tapferkeit selbst Versailler Siegern Achtung abgezwungen hatte. Gleiches gilt von den Redakteuren der „Egalité", die sämmtlich von den Aktionären ernannt sind, und die ich sämmtlich mit Stolz meine Freunde nenne. Sie haben das große Verdienst, zuerst gegen die chauvinistischen Hetzereien der französischen Bourgeoisie und gegen das intransigente Phrasenthum Front gemacht, eine Agitation im Sinne des modernen, wissenschaftlichen, des politischen Sozialismus hervorgerufen, die Trümmer der zersprengten Sozialdemokratie wieder um die Fahne gesammelt und so den Grundstein zu einer französischen Arbeitspartei gelegt zu haben. Die Selbstverläugnung und Energie, die sie bei diesem schweren Werke zeigten, sowie ihr ganzes Leben, das offen vor aller Welt daliegt, ein Leben voll Kampf, Arbeit und Entbehrung, stellt diese muthigen Männer über eine Verunglimpfung, wie sie bedauerlicher Weise Eingang in Ihre Spalten gefunden hat.

Was die Ansprache betrifft, so kann ich, wie gesagt, schlechterdings nichts Verfängliches, sondern nur den Ausdruck der ehrenwerthesten, wahrhaft brüderlichen Gefühle in ihr erblicken, und Sie werden sich, bei genauerer Durchlesung derselben, gewiß meiner Meinung anschließen. Nur Perfidie kann den klaren Sinn der Worte der „Egalité" dahin fälschen, daß das Blatt sich nicht blos mit den angegriffenen deutschen Gesinnungsgenossen, sondern auch mit dem Meuchelmord habe solidarisch erklären wollen.

Bei der gerechten Erregung, in die Sie der gegenwärtige Kampf gegen so viele gleichzeitige Angriffe versetzen mußte, ist ein momentaner Irrthum Ihrerseits nur allzu verzeihlich; Sie werden aber, ich bin dessen bei Ihrer Wahrheitsliebe überzeugt, keinen Augenblick zögern, durch den Abdruck dieser Erklärung den begangenen Irrthum wieder gut zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Paris, den 16. Juni 1878. Carl Hirsch.

— Eine merkwürdige Staatsrettung wurde am 18. d. in Schneeberg verübt, indem 6 Mann, darunter zwei Gensdarmen mit ihren Gewehren bei dem dortigen Colporteur der „Erzgebirgischen Freien Zeitung", Dietrich, eine Haussuchung vornahmen, um das Manuscript einer, in dem genannten Blatt erschienenen Correspondenz aus Schneeberg zu entdecken. Und was war Verbrecherisches in dem Opus? Die elenden Verläumder, welche die Sozialdemokraten anläßlich der Attentate für Meuchelmörder erklärt und für die Verbrechen Lehmanns und Nobilings verantwortlich gemacht haben, werden „ehrlose Subjekte" genannt, was gewiß eine sehr milde Bezeichnung ist. Und mit dieser Bezeichnung hatte Herr Gärtner, Verleger eines Schneeberger Käseblättchens sich getroffen gefühlt. Darum

---

Gerechtigkeit!

Betrachtungen über die am 8. Juni zur Aburtheilung gelangte erste Serie der Majestätsbeleidigungen zu Berlin.

(Aus der Berliner „Volkszeitung".)

Warum hat denn Justitia mit der Wage eigentlich die Augen verbunden? Sie will gerecht wägen ohne Ansehen der Person. Nur über die Schwere der That will sie urtheilen.

Alle gebildeten Völker der Erde drücken in Bild und Wort denselben Gedanken aus, daß die Rechtspflege ohne Rücksicht auf Personen, ohne Leidenschaft und ohne Beeinflussung irgendwelcher Art geübt werden müsse. Auch in Deutschland hat man bisher so gedacht, aber leider bietet uns die neuere Zeit Erfahrungen, welche daran zweifeln lassen, ob diese Ansicht im deutschen Publikum noch die geltende ist? Denn wir vernehmen noch keinen Protest gegen das, was sich gegenwärtig im Forum der preußischen Justiz, namentlich der Haupt- und Residenzstadt Berlin ereignet. Dort wünscht der Justizminister, daß der Justitia die Binde von den Augen genommen werde, und die Richter sind leider gleich bereit gewesen, dieselbe dem Wunsche gemäß zu entfernen. Justitia sieht sich jetzt die Personen genau an, welche vor sie geführt werden, und wehe ihnen, wenn dieselben als Sozialdemokraten erkannt werden sollten! Dann werden Strafmaße gewählt, die gar nicht mehr im Verhältniß zu den Strafen stehen, wie sie früher gegen andere Menschenkinder erkannt wurden.

So hat die siebente Deputation des Berliner Stadtgerichts gegen sieben Personen, die wegen Majestätsbeleidigung am 8. Juni angeklagt waren, auf 22 Jahre 6 Monate Gefängniß erkannt! Darunter war ein Schneider Namens Julius Bock, der für das Singen der Worte: „Wilhelm ist todt, er lebt nicht mehr", allein zwei und ein halbes Jahr Gefängniß bekam.

Wir brauchen uns des Weiteren wegen unserer Gesinnung nicht zu rechtfertigen. Wir haben nicht allein mit den Umsturz-Ideen der Sozialisten keine Gemeinschaft, sondern wir sind namentlich auch von aufrichtigster, wärmster Liebe zu unserem alten, edeln Kaiser erfüllt. Namentlich können wir nicht laut genug unseren Abscheu gegen das Treiben eines nichtswürdigen Gesindels aussprechen, welches heute der gemeinsten Majestätsbeleidigungen sich erfrecht. Wir wünschen seine Bestrafung und haben auch kein Mitleid mit ihm. Aber eine ernste, warme Bitte müssen wir selbst für diese Leute aussprechen: Strenge Gerechtigkeit auch für sie ohne Ansehen der Person! In der Verhängung dieser drakonischen Strafmaße, die sich offenbar von politischen Erwägungen leiten läßt, indem sie den Ausschreitungen der Sozialdemokratie dadurch steuern zu können glaubt, können wir nach unserer subjektiven Ansicht keine Gerechtigkeit mehr finden: Wir wollen unsere Gründe angeben und der Leser mag dann selbst entscheiden, ob er die drakonischen Strafmaße wegen Majestätsbeleidigung, auf welche die siebente Abtheilung des Berliner Stadtgerichts erkannt hat, noch für gerechtfertigt hält.

Der § 95 des deutschen Strafgesetzbuches bestraft die Majestätsbeleidigung mit zwei Monaten bis zu fünf Jahren Gefängniß oder Festungshaft. Dies ist maßgebend. Der Richter muß sich also auf der einen Seite den denkbar höchsten Grad des Vergehens und auf der anderen Seite den denkbar niedrigsten Grad desselben vergegenwärtigen. Selbstverständlich nur in Umrissen. Nehmen wir also den schwersten Fall da an, wo folgende Momente konkurriren:

a) eine sehr unflätige Redensart,
b) Aeußerung derselben in Gegenwart des Kaisers,
c) der Verbrecher ist ein gebildeter, jedenfalls nicht verwahrloster Mensch,
d) der Kaiser dagegen ein überaus humaner, liebenswürdiger Fürst,
e) das Verbrechen steht nicht unter dem Einflusse politischer Erregung,
f) die Absicht, dem Kaiser persönlich das Gefühl einer bittern Kränkung zu bereiten.

Der leichteste Fall würde sich etwa wie folgt charakterisiren:

a) eine leicht hingeworfene Redensart, die ohne Erröthen doch gebraucht werden kann,
b) Aeußerung derselben an einem ziemlich obskuren Orte,
c) der Verbrecher ist ein ganz ungebildeter, verwahrloster Mensch,
d) der Kaiser ist ein überaus unbeliebter Monarch,
e) der Verbrecher steht unter dem Einflusse bewegter Zeiten,
f) die Absicht, dem Kaiser einen persönlichen Aerger zu bereiten, liegt fern.

Hiernach hätten wir eine Höhe und eine Tiefe; da, wo das eine oder andere Moment fehlt, muß der Richter in die Mitte greifen. Je mehr gravirende Momente fehlen, resp. je mehr mildernde Momente vorhanden sind, desto niedriger muß er greifen.

Der Richter, welcher selbst in schweren Fällen nach dem Straf-Maximum greift, handelt, wenn noch mildernde Momente vorliegen, ungerecht, da es der Wille des Gesetzgebers ist, daß nur in den allerschwersten Fällen die schwersten Strafen zur Anwendung kommen sollen.

Nach unserer Ansicht hat die siebente Abtheilung des königlichen Stadtgerichts in keinem einzigen der vor ihr am 8. d. M. zur Aburtheilung gekommenen Fälle ein auch nur annähernd richtiges Strafmaß verhängt. Selbst in den Fällen Hesse und Bosien nicht. In beiden Fällen ist nämlich auf fünf Jahre Gefängniß erkannt, weil die betreffenden Redensarten bodenlos gemeiner, unflätiger Natur waren. Aber es läßt sich doch offenbar nicht leugnen, daß beiden Verbrechern folgende mildernde Umstände zur Seite standen:

1) Die Aeußerungen sind an ziemlich obskuren Orten gethan (ad b). 2) Die Verbrecher sind ganz ungebildete, verwahrloste Menschen (ad c). 3) Die Aeußerung ist nicht in Gegenwart des Kaisers gethan (ad d). 4) Die Absicht, dem Kaiser persönlich das Gefühl seelischer Kränkung zuzufügen, ist nicht erwiesen. 5) Die strafbaren Handlungen stehen unter dem Einflusse der Verführung und Verblendung politisch bewegter Zeiten.

Unter keinen Umständen durfte also das höchste Strafmaß von fünf Jahren Gefängniß gewählt werden, denn es giebt, wie sich an den fünf aufgezählten Momenten zeigt, Fälle von höherer Strafbarkeit, die folglich höher bestraft werden müssen, was aber unmöglich ist, wenn für niedere Fälle bereits die höchsten Maße angenommen werden.

Für Hesse und Bosien lagen blos zwei erschwerende Strafmomente vor: 1) die Unflätigkeit der Redensarten, 2) die Humanität und Liebenswürdigkeit des Kaisers.

Hiernach wäre für jeden ein Jahr Gefängniß ausreichend

dieses Massenaufgebot! Natürlich wurde nichts gefunden. Sozialdemokraten beschimpfen ist erlaubt; weist ein Sozialdemokrat die Beschimpfung zurück, und züchtigt „ein ehrloses Subjekt", das ihm die Ehre abzuschneiden versucht, so kommt er mit den Behörden in Conflikt. Das heißt: Gleichheit vor dem Gesetz!

— Zum Bürgerkriege. Verschiedene Arbeitgeber erlassen bekanntlich den Ukas, daß sie alle Arbeiter, welche sozialdemokratische Zeitungen lesen, Versammlungen besuchen ꝛc. ꝛc., sofort entlassen würden. Wir machen die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie bei sofortiger Entlassung auf eine vierzehntägige Entschädigung klagen können und klagen müssen, um den edlen Schlotjunkern nnd Geldbaronen wenigstens das Gesetz etwas in die Denkerschädel zurückzurufen.

— Folgen der Denunziation. Am 18. Juni ist in Breslau ein bisher noch niemals bestrafter, keiner politischen Partei angehörender fünfundsiebenzigjähriger Greis, früher Tischler, wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden!

— Vom Kriegsschauplatz. In Frankfurt a. M. ist am 17. Juni eine Versammlung aufgelöst worden, weil angeblich strafbare Aeußerungen in den Reden vorgekommen sein sollen; zwei Genossen wurden verhaftet. — In Sonneberg hat man am 14. d. M. bei einigen Parteigenossen gehaussucht und über 80 Pfund Schriften („Neue Welt" ꝛc. ꝛc.) mit Beschlag belegt. — In Hamburg ist bei A. und O. Kapell gehaussucht worden. Resultat = 0. — In Meerane Volksversammlung am 18. Juni verboten. — Arbeiterfest in Langen (Großherzogthum Hessen) für den 23. Juni untersagt. — Zwei Studenten in Berlin, J. Blumenthal und Freudenthal, werden angeklagt, einer geheimen Verbindung angehört zu haben, in Haft gehalten, weil sie Ausländer und deshalb fluchtverdächtig sind. Die höchste Strafe für das bezeichnete Verbrechen ist sechs Monate Gefängniß. — In Stuttgart ist ein Wahlflugblatt unserer Partei mit Beschlag belegt worden. — Am 19. Juni ist der Redakteur der „Berliner Freien Presse" Schapira verhaftet worden. — In Dortmund wurden wegen Preßvergehen unsere Genossen Tölcke zu sechs und Kuhl zu vier, Ostermann zu zwei Monaten verurtheilt, die beiden Letztgenannten befinden sich in Haft. — Wegen Majestätsbeleidigung sind in Berlin Mann und Frau, Besitzer eines Cigarrengeschäfts, verhaftet worden, und zwar auf Denunziation eines in demselben Hause wohnenden Kaufmanns, der ebenfalls mit Cigarren handelt!!!

Vernünftige gegnerische Urtheile.

Die in München erscheinende „Süddeutsche Post" schreibt zu den bevorstehenden Reichstagswahlen:

„Das deutsche Volk sieht sich gelegentlich der bevorstehenden Neuwahlen vor einen höchst bedeutenden Abschnitt seiner Geschichte gestellt. Der reaktionäre Reichstag, den sich die Regierungen wünschen, kann auf lange Jahre der deutschen Entwicklung in den wichtigsten Beziehungen den Stempel der Reaktion aufdrücken, er kann es dahin bringen, daß fichs die Reichsregierung nicht mehr zu verbitten braucht, daß von Volksrechten auch nur gesprochen wird, weil es überhaupt keinen der Vertreter des Volkes mehr einfällt, an Volksrechte zu denken. Das sind schlimme Aussichten, und die Wähler hätten alle Ursache, fichs zweimal zu überlegen, ob sie im Sinne des Reichskanzlers und der Regierungen wählen sollen oder nicht. Wir fürchten aber nur, daß dies leider nicht geschehen wird; daß vielmehr der größte Theil des deutschen Volkes in eine Stimmung versetzt ist, in der ihm die nöthige Ruhe und Besonnenheit zur klaren Würdigung der Lage abhanden gekommen. Die Gefahr eines durch und durch reaktionären Reichstages, der auch ein reaktionäres Wahlgesetz votiren wird, ist größer denn je, und kann kaum mehr durch die gut gemeinten Warnungen jener Presse, die den Kopf nicht verloren und ruhig Blut behalten hat, beschworen werden. Die Reue wird freilich eines schönen Tages kommen; aber dann ist es zu spät, dann steckt das deutsche Volk, das irriger Weise meinte, nur den Sozialdemokraten und ihren Ausschreitungen entgegenzutreten, durch eigene Schuld schon so tief im Sumpfe der Reaktion, daß es unendliche Mühe haben wird, wieder herauszukommen."

Die „Berliner Autographirte Correspondenz", das Organ Laskers, läßt sich also vernehmen:

„Diejenigen, welche in Zeiten, wie die gegenwärtigen, die Sprache der Leidenschaft im Munde führen, pflegen gerade nicht die Festesten zu sein, die auch unter Drang und Sturm an dem inneren Kern ihrer Ueberzeugung festhalten und nach reiflicher Prüfung den Forderungen der politischen Nothwendigkeit in Gemäßheit ihrer Ueberzeugung Erfüllung zu verschaffen suchen, sondern es sind das Diejenigen, welche, wenn der Wind umspringt, leicht der gleichen Wendung unterliegen, jeder ernsten Prüfung, wohin eine solche Umkehr von früher bekannten Ueberzeugungen führt, sich entschlagend. Wenn auch die Frist, welche zwischen der Auflösung des Reichstages und dem Tage der allgemeinen Neuwahlen liegt, noch so sehr abgekürzt werden und die Zeit zur Ueberlegung noch so knapp bemessen sein möchte, so darf das deutsche Volk dennoch sich nicht abdrängen lassen von einer ruhigen Prüfung zu der Zeitlage. Wir enthalten uns für jetzt, auf die Fragen, welche den neugewählten Reichstag alsbald beschäftigen werden, sachlich einzugehen, gleichviel welchen Inhalts die an denselben zu bringenden Vorlagen sein werden; es wird alles darauf ankommen, daß der neue Reichstag nicht unter Aufschürung der Leidenschaften und unter Zurückdrängung ruhiger Erwägungen zu Stande gebracht werde. Denn ganz abgesehen von den Maßregeln außerordentlichen Charakters, die durch die schweren Unthaten der letzten Zeit geboten erscheinen möchten, wird dieser neue Reichstag, der ja für drei Jahre gewählt wird, die wichtigsten Fragen der ordentlichen Gesetzgebung zu berathen haben und vielleicht für eine lange Zukunft hinaus der politischen Entwicklung des deutschen Volkes Ziel und Richtung vorschreiben. Daran mögen vor allem diejenigen denken, welche vorerst mehr der Stimme der Leidenschaft, als Gründen der Vernunft Einfluß auf ihre Auffassung der Verhältnisse gestatten."

Und die sozialistenfeindliche „Wiener Freie Presse" sagt sogar in Bezug auf die gegenwärtige Vorgänge in Deutschland:

„Es muß leider constatirt werden, daß die Bevölkerung schon jetzt mit einem Eifer und einer Beflissenheit, welche wenig Gutes verheißen, der Polizei bei der Verfolgung von Sozialdemokraten zur Hand geht."

Die deutschen „Biedermänner" und Polizeiliberalen mögen sich diese „goldenen Worte" hinter die Ohren schreiben!

Der Insterburger „Bürger- und Bauernfreund" schreibt zu den Folgen des Attentats:

„Wie weit geht die Niederträchtigkeit einer Presse, welche in diesen Tagen der nationalen Trauer, aus der Verbreitung von Lügen, aus der Saat aufreizender Gerüchte ein Gewerbe macht und im Dienste einer verruchten Reaktion das Verbrechen einzelner Wahnsinniger gegen das ganze Volk auszubeuten bestrebt ist. — Wie anders aber sollen wir es verstehen, wenn die als offiziös angesehene „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer Nr. 182 unter der Ueberschrift: „Als Zeichen der Zeit" zwei Spalten mit Nachrichten von Majestätsbeleidigungen aus Königsberg, Posen, Schneidemühl, Krojanke, Grätz, Graudenz, Templin, Spandau, Hannover, Stettin, Barmen, Straßburg, Bielefeld, Essen, Solingen, Düsseldorf und Berlin, mit Denunciationen der sozialistischen Presse und Complottgerüchten füllt und dann hinzufügt: „es ist möglich, daß alle diese Mittheilungen nur auf mißverstandenen, übertriebenen Gerüchten u. dgl. m. beruhen, immerhin aber muß von denselben Akt genommen werden! Und diesem widerwärtigen Beispiel folgt die ganze Meute der corrumpirten Waschzettelpresse, aus dem Meuchelmord Kapital schlagend für die politische und religiöse Reaktion, die Parteien verhetzend und durch Lügen und Verleumdungen Haß, Mißtrauen und Erbitterung da säend, wo jeder Volksfreund die Einigkeit aller Wohlgesinnten für unabweislich hält zur Bekämpfung verderblicher Irrlehren, der Ausbrüche bestialischer Leidenschaften und der Einschmuggelung wüster Reaktion in alle Gebiete des kaum erstandenen Volkslebens unserer Nation! Wir fürchten dieser verbrecherischen Arbeit wird kein Staatsanwalt und kein Ausnahmegesetz entgegentreten und deshalb denunciren wir — was unseres Amtes sonst nicht ist — diese neuesten Erzeugnisse der deutschen Sold- und Sudelpresse — dem Gewissen des deutschen Volkes und der öffentlichen Verachtung."

Auch die „Kölnische Zeitung", die in der letzten Zeit das Delirium Tremens im höchsten Maße hatte, ist jetzt wider besonnener geworden, indem sie eingesteht:

„Das Sozialistengesetz ist unseres Erachtens nur Anlaß, nicht Grund der Auflösung des Reichstags!"

Correspondenzen.

Berlin, 14. Juni. Der sozialistenfeindlichen „Magdeburgischen Zeitung" entnehmen wir hier einige Versammlungsberichte, welche, schon ohne Commentar gelesen, unsern Berliner Parteigenossen das größte, wenn auch nicht beabsichtigte Lob zollen und auf die Berliner Polizeibehörde ein eigenthümliches Licht werfen. Das nationalliberale Blatt schreibt:

„Eine nach mehreren Seiten interessante Versammlung der Sozialdemokraten fand am 13. Juni statt. Trotz einer geradezu unerträglichen Atmosphäre lauschten die Schulter an Schulter dicht gedrängt stehenden Arbeiter mit größter Aufmerksamkeit einem anderthalbstündigen Vortrage des bekannten Agitators Finn über „die Ziele der Sozialdemokratie". Herr Finn bemerkte hierbei: Nicht durch Attentate, nicht durch Putsche oder sonstige Gewaltakte, sondern lediglich durch die Revolution der Geister können und wollen die Sozialdemokraten ihr Ziel erreichen. Welche Fortschritte diese Revolution in Deutschland bereits gemacht, werde der 30. Juli zeigen. Es werde sich alsdann herausstellen, ob die Sozialdemokratie in Deutschland trotz aller Verfolgungen noch wie Ein Mann dastehe. Was hätten wohl die Sozialdemokraten durch das Gelingen eines Attentates erreicht? „Der König ist todt, es lebe der König", so laute ein alter Wahrspruch in Frankreich, und so wäre es wohl sicherlich auch hier gewesen. Die Sozialdemokraten verabscheuen überhaupt jeden Mord. (Bravo.) Der Kampfplatz der Sozialdemokraten sei die Wahlurne. Am Abend des 30. Juli werden die herrschenden Klassen zittern vor der imposanten Macht der Arbeiterbataillone. (Stürmischer Beifall.) — Nachdem auf Vorschlag des Vorsitzenden, Herrn König, beschlossen worden: von einer Diskussion Abstand zu nehmen, meldete sich ein Hutmachergehilfe Zimmermann zum Worte und äußerte ungefähr Folgendes: Meine Herren! Ich bin erst heute Mitglied geworden, aber nur aus dem Grunde, weil ich annehme, daß wir am Schlusse der Versammlung auf Se. Maj. den Kaiser ein Hoch ausbringen. (Lautes Murren.) — Redakteur Auer: Er müsse seine Genossen und Freunde dringend ersuchen, sich nicht durch Agenten hinreißen zu lassen, sondern in ruhiger und friedlicher Weise Zweck und Ziel der Sozialdemokratie zu verfolgen. Die Sozialdemokratie befinde sich jetzt in einer noch nie dagewesenen Krisis. Schlangen umzüngeln sie von allen Seiten. Wenn den Arbeitern auch hier ein Stock zwischen die Füße geworfen werde, so hüte man sich, zu straucheln. Gebrauche man Vorsicht und Umsicht und ertheile man auf alle Provokationen Antwort am 30. Juli. (Stürmischer Beifall.) — Vorsitzender: Die Versammlung ist geschlossen. — Aus der Mitte der Versammlung: „Die Sozialdemokratie soll leben hoch!" Die Versammelten stimmten dreimal begeistert in dieses Hoch ein." —

— 15. Juni. Am vergangenen Freitag Abend hatten die Sozialdemokraten nach Vogel's Lokal (Alexanderstraße 31) eine Wahlversammlung ausgeschrieben, in der der bisherige Reichstagsabgeordnete Redakteur Auer über die bevorstehenden Wahlen sprechen und ein sozialdemokratisches Wahlcomité für Berlin gewählt werden sollte. Das verhältnißmäßig kleine Lokal vermochte jedoch all die Erschienenen bei weitem nicht zu fassen, auf welchen Umstand der die Versammlung beaufsichtigende Polizeioffizier den Vorsitzenden König gleich nach Eröffnung aufmerksam machte. „Ich werde eine Pause von fünf Minuten eintreten lassen und fordere einen Theil der Anwesenden auf, aus dem Lokale zu treten, da sonst der anwesende Vertreter der Obrigkeit das Tagen der Versammlung aus sanitären Gründen verbieten dürfte," rief Herr König. Während hierauf ein Theil der Anwesenden etwas zögernd aus dem Lokale trat, erklärte der erwähnte Polizeioffizier die Versammlung für aufgelöst. In größter Ruhe, wenn auch mit einigen lauten Kundgebungen des Unwillens, verließen hierauf alle Anwesenden sogleich das Lokal. Ein großer Theil der Sozialdemokraten bevölkerte alsdann den an das Versammlungslokal stoßenden Biergarten, um hier im Zwiegespräche dem gepreßten Herzen ob der zu Wasser gewordenen Versammlung Luft zu machen."

? **Berlin**, 16. Juni. Unsere vielberühmte Polizei befindet sich jetzt in ihrem Element und arbeitet, als ob sie im Akkord beschäftigt würde; täglich 4—5 Majestätsbeleidiger auf die Denunziation irgend eines Mordspatrioten oder Spitzels hin, werden eingesteckt. Die letztere Kategorie von „Ehrenmännern" macht sich jetzt hier überhaupt so breit, daß man kaum noch seines Lebens sicher ist — wo man hinspukt: eine weiße Blouse. Die Frechheit und Unverschämtheit derselben übersteigt täglich mehr und mehr die Grenze des Denkbaren. Aber nicht allein von diesen „Ehrenmännern" wird jede schuldige Anstandsrücksicht außer Auge gelassen. So wurden auch hier vor mehreren Tagen einige Mitglieder — jüngere Leute eines kleinen sozialistisch angehauchten Clubchens von einem Polizeicommissar, vor dem sie eine Vernehmung hatten, mit allerlei kaum nennbaren „Schmeicheleien" regalirt, ebenso äußerte derselbe Commissar einem älteren Genossen gegenüber, der vor längerer Zeit Mitglied jenes Clubchens war: wie können Sie älterer Herr mit solchen „dummen Jungen" verkehren! Nicht wahr, recht nett, trotz der wiederholten Aufforderungen des Polizeipräsidiums an die Beamten, dem Publikum gegenüber jederzeit anständig zu sein! Wir sind fest davon überzeugt, daß dieser Herr Commissar bedeutende Studien in Rußland gemacht hat, daher empfehlen wir ihm, nach diesem freundnachbarlichen Lande zurückzukehren und dort seine Liebenswürdigkeiten an den Mann zu bringen. Noch befinden wir uns nicht in einer russischen Provinz, auch sind wir Sozialisten noch nicht für vogelfrei erklärt, darum bitten wir uns eine anständige Behandlung aus! — Daß wir aber nahe daran sind, für vogelfrei erklärt zu werden, das geht aus der mit jedem Tage mehr und mehr zunehmenden Polizeigewalt hervor. Folgender, geradezu unerhörter Fall, der seinesgleichen wohl nur noch in der Demagogenhetze der 30er Jahre findet, legt davon Zeugniß ab: Am 14. ds. standen die Genossen Rackow und Schapira vor den Schranken der 8. Deputation unter der Anklage der Richterbeleidigung (Stadtgerichtsdirektor Reich) und Verletzung des § 131 begangen in einigen, den Tod des früheren Redakteurs der „Berliner Freien Presse" besprechenden Artikeln. Zu dieser Verhandlung ging auch unsere Genossin Frau Adam und verweilte in derselben bis zum Schluß des Plaidoyers. Als sie dann den Gerichtssaal verlassen wollte, stellte sich ihr an der Thüre ein Criminalbeamter entgegen, präsentirte ihr seine Marke und forderte sie auf, ihm nach dem Molkenmarkt zu folgen. Man sollte nun doch meinen, daß wenn eine Frau, die verheirathet und ein Kind besitzt, deren Wohnung der Polizei also ganz genau bekannt ist, so zu sagen auf öffentlicher Straße verhaftet wird, ein Criminalverbrechen begangen sein müsse. Aber worin bestand hier das Criminalverbrechen unserer Genossin? Man höre und staune! Vor einen Criminal-Commissar geführt, erklärt ihr dieser: „Sie sind sehr verdächtig! Sie verkehren mit den Führern der Sozialdemokratie, zahlen Gelder für gefangene Sozialisten ein, sind die einzige Frau, die noch Versammlungen besucht und waren auch heute wieder die einzige Frau, die in der Gerichtsverhandlung war!" Nachdem noch gefragt, wo sie das für die gefangenen Sozialisten eingezahlte Geld her habe und der Herr Commissar einige Bemerkungen gemacht hatte, die wir übergehen wollen, war das Verhör zu Ende. Doch damit war die verheirathete Frau nicht etwa entlassen, nein, man fragte erst per Telegraph bei der Revierpolizei an, ob ihre Personalangaben richtig. Dadurch war

---

gewesen, das Stadtgericht hat aber auf fünf Jahre erkannt. Für den Schneider Bock fiel auch die Unflätigkeit fort, es mußte daher auf zwei oder höchstens drei Monate Gefängniß erkannt werden. Das Stadtgericht hat auf 2½ Jahre erkannt!

Man wird uns wahrscheinlich einwenden, daß bei solchen gelinden Strafen die Besserung des Pöbels nicht erreicht werde, ja, daß bei einer solchen milden Behandlung des Strafgesetzbuches die Begehung von Verbrechen sich sogar noch mehren würde. Der Justizminister wird vielleicht, an die letzte Rede Bennigsen's erinnernd, darauf hinweisen, daß auch die Justiz zur Erhaltung des Rechtsbodens thätig sein müsse und alle Veranlassung habe, gegen den Umsturz alles Rechtes, wie ihn die Sozialdemokraten planten, durch eine energische Handhabung des Strafgesetzes aufzutreten.

Wir erwidern darauf Folgendes:

1) Für den Juristen sollen lediglich juristische Erwägungen maßgebend sein. Der Richter kennt oder darf in dem vor ihm erscheinenden Personal keine Sozialdemokraten, keine Demokraten oder keine Conservative kennen. Deshalb hat eben Justitia die Binde vor den Augen. Insofern in der Sozialdemokratie sich eine politische, aufgeregte Bewegung des Volkes darstellt, die verführt und erregt, ist sie oben in den aufgezählten Milderungs-Momenten berücksichtigt. Geradeso und nicht weiter würde aber auch jede klerikale oder agrarische Bewegung ihre Berücksichtigung finden müssen. Das spezifisch Sozialdemokratische geht den Richter nichts an.

2) Der Richter, welcher sich von irgeno welchen politischen Erwägungen bei der Rechtssprechung leiten läßt, und bestrafen sie auch nur die Strafschärfung, ist kein unparteiischer Richter mehr.

3) Der Richter, welcher strenge straft, um zu bessern, vergißt einmal, daß er gar nicht dafür da ist, das Volk durch Strafen zu bessern. Er soll lediglich das durch die Strafe angedrohte Uebel der Gerechtigkeit wegen verhängen, weil die Größe der Schuld diese Sühne erfordert. Dann aber beachtet er nicht, daß sich ein Volk durch Verhängung drakonischer Strafen überhaupt niemals bessern läßt, wie die Geschichte beweist durch die bei der Abschreckungstheorie gemachten Erfahren.

4) Der Richter, welcher durch eine drakonische Anwendung des Strafgesetzbuches die Sozialdemokratie vernichten will, wird, so fürchten wir, dem Staate schlimme Gefahren bereiten. Er wird das letzte Band zerschneiden, welches die Sozialdemokratie noch mit der reichsfreundlichen Gesellschaft verbindet: das Vertrauen, daß die vermeintlichen Bedrücker (wir reden im Sinne der Sozialdemokratie) an der Willkür durch das Gesetz verhindert würden.

Ja Offenheit, ja Ehrlichkeit! Frage sich Jeder, welcher das Jahr 1848 durchgemacht hat, ob er nicht schon schlimmere Lieder als das des Schneiders Julius Bock gesungen hat. Wenn er dafür zwei und ein halbes Jahr Gefängniß bekommen hätte, würde sein Zutrauen zur preußischen Justiz wohl für immer erschüttert worden sein!

Wir halten solche Erwägungen für segensreich und deshalb bringen wir sie.

— In Hamburg hat ein Gewerbekammersekretär Julius Schulze, dessen Reden sonst vor lauter „Christlichkeit" und „Menschenliebe" überfließen und der die Sozialdemokratie durch „christlichen Sozialismus" aus der Welt schaffen will, jüngst im Gewerbeverein einen Vortrag über „Wohlthätigkeit" gehalten und sich nach dem Bericht des „Hamburgischen Correspondenten" über die Almosen wie folgt geäußert: „Ich gebe grundsätzlich kein Almosen, denn es ist besser, daß zehn Hilfsbedürftige Noth leiden, als daß ein einziger faullenzender Strolch auf Kosten fleißiger und arbeitender Menschen gemästet wird." — Das ist recht charakteristisch für einen „christlichen Mann", wie es der Sozialistenfresser Julius Schulze sein will.

— Der Verfasser des Feuilleton-Artikels

„Die Bourgeoisie und die Wissenschaft"

in Nr. 30 des „Vorwärts" wird freundlichst ersucht, sich wegen Feststellung einiger Thatsachen mit der unterzeichneten Redaktion in Verbindung zu setzen. Red. des „Vorwärts".

---

unsere Genossin genöthigt, über 3 Stunden im Polizeilokal zubringen zu müssen, ehe sie entlassen wurde. — Sollte nun aber einer der Leser die unverschämt neugierige Frage thun, warum denn Frau Adam eigentlich verhaftet, warum das ganze Verhör, so können wir leider keine andere als jene inhaltsschwere Antwort geben: darum! — Es lebe die Polizeigewalt!

Königsberg, 14. Juni. Gestern Nachmittag 5 Uhr fand die Beerdigung unseres plötzlich durch den Tod aus unseren Reihen gerissenen Genossen Karl Just, Redakteur der „Königsberger Freien Presse" statt. Seinem Sarge folgten ungefähr 200 Personen, welche zum größten Theil mehr den unabhängigen Elementen der Partei angehörten. Daß die hiesigen Arbeiter nicht zahlreicher erschienen waren, hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß sie befürchten mußten, aus der Arbeit entlassen zu werden. Um so zahlreicher hatten sich die Vertreter der heiligen Hermandad eingefunden, sie wichen nicht von der Seite des Todten, bis sich der Hügel über ihn gewölbt hatte. — Am Donnerstag den 7. Juni wurde Just, im heftigsten Fieber liegend, aus dem Krankenbett wegen sogen. Majestätsbeleidigung verhaftet. Was nutzten die Bitten seines armen Weibes, das von Pontius zu Pilatus lief, um ihn frei zu bekommen — er war ein Sozialdemokrat. „Fiat justitia, pereat mundus!" Die Majestätsbeleidigung soll Just in Nr. 13 und 19 der „Königsb. Fr. Pr." begangen haben; wir haben sie bis jetzt vergeblich in den betreffenden Nummern gesucht. Sonnabend, den 8. Juni stand Just vor den Richtern; sein Zustand hatte sich derart verschlimmert, daß er, gestützt auf einen Gefangenen, in den Sitzungssaal geführt werden mußte. In Folge seiner schweren Leiden unfähig, sich zu vertheidigen, beantragte er die Sistirung des Prozesses. Nachdem der Herr Kreisphysikus Dr. Cyntius seinen hoffnungslosen Zustand constatirt hatte, konnte er nach Hause gehen, um — zu sterben. Am 2. Feiertag Morgens 5 Uhr hatte ihn der Tod von seinem schweren Leiden erlöst. Er starb, ein echter Mann aus dem Volke, ein Kämpfer für die Befreiung der Menschheit! Sozialisten Deutschlands, gedenket Eurer Todten! — Genosse Richard Schön war als Delegirter der Breslauer Sozialisten am Grabe erschienen. Er legte zwei große Lorbeerkränze auf den Hügel, einen im Namen der Breslauer sozialistischen Arbeiter, unter denen der Verstorbene lange Jahre gelebt und gewirkt, und einen im Namen der Redaktion und Expedition der „Wahrheit". Von unbekannter Hand war außerdem aus Königsberg ein mit rother Schleife geschmückter Lorbeerkranz übersandt worden. Mädchen und Frauen schmückten das Grab mit Blumen. Aus leicht begreiflichen Gründen nahmen wir davon Abstand, am Grabe eine Rede zu halten. Lautlos trennten wir uns, gefolgt von Gensdarmen und am Thore erwartet von Schutzleuten.

Frankfurt, den 12. Juni. Unsere letzte Volksversammlung hatte einen glänzenden Verlauf. Der tiefe Ernst, welcher in der heutigen gewitterschwangern Zeit auf den Gemüthern lastet, fand auch am zweiten Pfingstfeiertag beredten Ausdruck. Trotz einer einmaligen Annoncirung war die Versammlung zum Erdrücken voll. Das mit Pomp in der „Neuen Frankf. Presse" angekündigte Erscheinen der Nationalliberalen nahm einen für dieselben klägliches Ausgang. Der Mann, den man Redakteur dieses Schimpfblattes nennt, zog es vor, sich kurz vor Beendigung des Referats, welches Genosse Frohme gab, zu entfernen. „Es ist zu heiß!" Dies war die Ursache, weshalb dieser „Starke muthig zurückwich." Mit Ekel muß es Einem erfüllen, mit solchen Gegnern kämpfen zu müssen.

Würzburg, den 11. Juni. Hierselbst fand am ersten Pfingstfeiertage eine Versammlung der Vertrauensmänner der demokratischen Partei statt. Im Ganzen waren siebzehn Städte vertreten, darunter Frankfurt a. M., Hamburg, Stuttgart, Leipzig, Mainz, Mannheim u. s. w. Ueber eine vorzunehmende Neuorganisation der Partei referirten die Herren Hörth und Sonnemann. Letzterer verwahrte die Volkspartei gegen partikularistische Tendenzen, da sie sich vollständig auf den Boden der Thatsachen stelle. Die Volkspartei erstrebe möglichste Gleichheit Aller, und zwar auf friedlichem Wege, denn die Volkspartei sei vor allem eine Partei des Friedens. Dagegen könne sie bestimmte Lösungen sozialer Fragen, über die weder Wissenschaft noch Praxis einig seien, nicht in ihr Programm aufnehmen. An dem Wesen der Partei ändere auch die neue vorgeschlagene Organisation nichts; nur habe der Umstand, daß die Vorstandsmitglieder an verschiedenen Orten wohnten, bisher eine einheitliche Agitation erschwert, und solle dem abgeholfen werden. Der Entwurf zur Neuorganisation wurde darauf im Wesentlichen angenommen. Danach bilden die Mitglieder der demokratischen Partei einen über ganz Deutschland sich erstreckenden Verein, welcher den Namen „Verein der Deutschen Volkspartei" führt; Bestand und Wirksamkeit der bestehenden demokratischen Verbindungen werden hierdurch nicht berührt. Jedes Mitglied zahlt einen Jahresbeitrag von mindestens einer Mark. Die Generalversammlung tritt jährlich mindestens einmal zusammen, bestimmt den Sitz des Vereins und wählt den Ausschuß. Dieser besteht aus fünf Personen und hat sein Domizil am Sitz des Vereins. An jedem Orte, wo eine größere Anzahl von Mitgliedern sich befindet, wird ein Vertrauensmann ernannt, welcher mit dem Ausschuß in Verkehr tritt. Die einzelnen Orte können in der Generalversammlung nicht mehr als je 10 Stimmen führen. Die Generalversammlung wählt jährlich eine Commission von drei nicht am Sitz des Vereins wohnenden Mitgliedern zur Prüfung der Geschäftsführung des Ausschusses.

Wermelskirchen, den 10. Juni. Hier treiben es die Liberalen und „Ordnungsretter" in geradezu wüster Weise. Sie gebrauchen die pöbelhaftesten Schimpfworte, gedeckt durch Patriotismus und Polizeischutz, und verschmähen es nicht, wo sie die Mehrzahl haben, mit Knüppeln auf die Sozialdemokraten loszugehen; wo sie in der Minderzahl sind, denunziren sie. Eine nette Gesellschaft! Die liberalen Blätter aber überbieten sich an Unfläthigkeiten. Dieselben hier anzuführen, würde die gute Sitte verletzen. So ist die Kampfesweise der Liberalen. Wie schlimm dies auch in der gegenwärtigen Zeit für uns ist, und wie die Lügen und Verfolgungen auch überhand nehmen mögen, Beruhigung können wir finden, wenn wir Lassalle's Bastiat-Schulze, in der Einleitung aus Schelling's Werken oder in seinem Nachwort „Eine melancholische Meditation", wo er auf den geistigen Verfall und Untergang der europäischen Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer hinweist, wieder zur Hand nehmen, oder wenn wir uns den Satz des verstorbenen Landtagsabgeordneten Ziegler, den er im Jahre 1864 bei Gelegenheit der Debatte über das Consularwesen am Schlusse seiner Rede aussprach, vorführen: „Sie überblicken gar nicht das Ungeheure der Lage, in der wir uns befinden, wir sind angekommen an der Stelle, wo eine vollständige Desorganisation der Geister eintritt, welche Marat in einer Vertheidigung vor dem Pariser Gerichtshofe ganz richtig bezeichnete, indem er ausrief: „Die Perversität (Verderbtheit) ist Euch aus dem Unterleib in's Gehirn gestiegen, Ihr könnt nicht mehr denken!"

Mit sozialdemokratischem Gruß A. J.

? **Kirchheimbolanden**, 4. Juni. Daß die hochwohllöbliche Polizei in unserer reichstreuen Stadt ihr Licht der Weisheit auch nicht unter den Scheffel stellt, sondern dasselbe in allen Ecken und Taschen herumleuchten läßt, beweist eine gestern hier vorgefallene, höchst ergötzliche Szene. Fünf hier in Arbeit stehende Parteigenossen, 3 Glaser und 2 Schriftsetzer, saßen gemüthlich beim Montags-Mittags-Schoppen in einer hiesigen Wirthschaft. Da auf einmal, o Schrecken! erscheint die heilige Hermandad in Gestalt des Polizeianwalts, des 1. Adjunkten und dreier Gendarmen. Sofort wurden die Ausgänge abgesperrt und mit strenger Amtsmiene eröffnet der Adjunkt dem wie aus den Wolken gefallenen Wirth, daß bei ihm eine Haussuchung vorgenommen werden müßte, indem wahrscheinlich gestern (Sonntag) Vormittag — eine Depesche von Berlin betreffs des erst am Nachmittag stattgehabten Attentats bei ihm eingetroffen sei. Der gute Wirth war schier sprachlos vor Staunen, stellte aber den Herren sein Haus zur Verfügung, versichernd, daß er von einer solchen Depesche nichts wisse. Ehe zur Haussuchung geschritten wurde, erklärte der Polizeianwalt, erst die anwesenden Gäste einer genauen Durchsuchung unterziehen zu müssen. Es wurden hierauf den fünf Genossen die Taschen gründlich umgewendet, um in den Tiefen derselben nach Petroleumfässern, Mordwerkzeugen, Briefschaften, Depeschen und sonstigen hochverrätherischen Sachen zu fahnden. Zum großen Erstaunen der Herren fand sich aber von derartigen Kleinigkeiten gar nichts vor. Nach beendigter Visitation setzten sich die Herren Untersuchungsbeamten, um von der gehabten großen Anstrengung auszuruhen und zu überlegen, was weiter zu thun sei. — Bevor uns die Herren mit ihrem Besuche beehrten, hatten sie schon bei einem Bruder des Wirthes eine Haussuchung mit dem gleichen Resultate wie die unsere vorgenommen, ebenfalls in Sachen des Attentats. Aber endlich sollte Licht in die Sache kommen! Einer der erwähnten Schriftsetzer begegnete am Sonntag Morgen dem Bruder genannten Wirthes auf der Straße und theilte diesem auf Befragen mit, daß er ins Geschäft gerufen sei, um ein Extrablatt mitzusetzen. Der Mann frug neugierig, was denn schon wieder los sei; scherzweise antwortete der Setzer: „vielleicht ein Attentat oder sonst eine Mordgeschichte." Ersterer kam später in eine Wirthschaft und erkundigte sich, ob nicht ein Extrablatt bezüglich eines Attentats oder sonst dergleichen eingetroffen sei. Das war um 11 Uhr Vormittags und gegen 3 Uhr Nachmittags wurde erst der Mordversuch auf den Kaiser verübt. Der betreffende Wirth erzählte gestern Morgen seinen Gästen von der am Sonntag Vormittag gehörten Attentats-Nachfrage und alsbald kam solches auch zu Ohren der hohen Polizei, welche nun nichts Eiligeres zu thun hatte, als obige Untersuchung zu veranstalten. Endlich ging den Herren ein Licht auf und äußerte der Gendarmerie-Wachtmeister dem Polizei-Anwalt gegenüber: „Verhaftungen haben wir, wenn sich die Sache so verhält, keine vorzunehmen," womit die Untersuchung beendet war.

Essen, 13. Juni. Wie im übrigen Deutschland, so hat auch hier seit kurzer Zeit die eifrigste Sozialistenhatz begonnen und wird allem Anscheine nach von Tag zu Tag stärker hervortreten. Die gesammten Gegner, voran die Kapital-Liberalen der „Essen. Zeitung", gehen darauf aus, die Sozialdemokraten in Rheinland und Westfalen mit den Inquisitionsinstrumenten der Entlassung aus dem Gnadenbrode zu vernichten oder zu Verräthern an ihrer eigenen Meinung zu machen. So lesen wir beinahe jeden Tag von einem Anschlage in den Fabriken, nach welchem die verruchten, alle Gesetze und göttliche Weltordnung im heutigen Staate unterminirenden Sozialdemokraten entweder sich zu der „Religion" ihres Brodherrn bekehren oder aber die Arbeit verlassen müssen. So lesen wir in der heutigen Nr. 135 obengenannter Zeitung eine Correspondenz aus **Düsseldorf**, welche besagt, es soll am 24. Juni eine „große Versammlung der Industriellen und Gewerbetreibenden beider Provinzen" (Rheinland und Westfalen) anberaumt werden, welche den Beschluß fassen soll, alle Sozialdemokraten auf die angedeutete Weise aus den Fabriken und Werkstätten zu entfernen. „Man kann diesen Entschluß gewiß nur freudig begrüßen und wünschen, daß derselbe in den übrigen Theilen Deutschlands baldige allgemeine Theilnahme finden möge," bemerkt genanntes Blatt am Schlusse des Artikels. Aus **Schalke** wird berichtet, daß eine dort abgehaltene Versammlung der Vertreter der industriellen Werke des Gelsenkirchener Bezirks, auf welchem ca. 16000 Arbeiter beschäftigt werden, stattgefunden habe, welche eine „Ermahnung" an ihre Arbeiter ergehen ließen, in der es nach einer von geheucheltem Patriotismus strotzenden, die Sozialdemokratie in jetzt landläufiger Pöbelhaftigkeit beschimpfenden Einleitung, wörtlich heißt: „Wir erklären daher hiermit, daß wir fernerhin Niemanden beschäftigen werden, der sich an den Bestrebungen der Sozialdemokratie in irgend einer Weise, sei es durch Halten ihrer Blätter, Besuch ihrer Versammlungen oder durch Geldunterstützungen betheiligt, und wir werden Jedem den Dienst kündigen, der nicht sofort seine Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei ganz und vollständig löst. Wir sind dabei überzeugt, daß das einmüthige Zusammenstehen der Arbeitgeber und -Nehmer bei dem Darniederliegen unserer Industrie eine Bedingung für das Wiederaufleben derselben ist, und daß die beschlossene Maßregel nur dazu dienen wird, das gegenseitige Vertrauen neu zu beleben und dauernd zu befestigen." Also eine Maßregel, welche brave, aber denkende und ihre Gedanken nicht dem Brodherrn unterordnende Arbeiter vor die Thüre weist, weil sie einer der herrschenden Klasse auf die langen Finger klopfenden Partei angehören, wird als „einmüthiges Zusammenstehen" bezeichnet und soll das gegenseitige Vertrauen neu beleben und dauernd befestigen! Das heißt denn doch auf die Dummheit der Arbeiter zu weit spekuliren, und das Wort „Gewalt geht vor Recht" wird dadurch trefflich illustrirt. Es ist für einen denkenden Arbeiter wirklich eine traurige Aufgabe, die hiesigen Zeitungen zu lesen, da die eine wie die andere in ihrer Weise auf die Arbeiter schimpft und dieselben nur als nothwendiges von der Herren Gnade abhängendes Uebel betrachtet. Besonders die „Essener Zeitung" ist fleißig bemüht, aus allen Winkelblättern die gröbsten Verleumdungsnotizen über Sozialdemokraten zusammenzusuchen und ihren Lesern aufzutischen. Wird ein Sozialdemokrat ordentlich durchgeprügelt, aus einem Wirthshaus herausbefördert, oder einem die Fenster eingeworfen, eine Versammlung gesprengt oder dergl., so wird dies mit christlichem Behagen gemeldet, ohne dabei zu bedenken, daß dies überaus rohe Verfahren von Anti-Sozialisten ausgeübt worden ist. Aber durch das Anpreisen solcher gemeiner Heldenthaten werden die Leidenschaften der Fanatiker nur noch mehr entflammt und es ist auch kein Wunder, wenn alle Tage Berichte solcher Art erscheinen, denn die tapferen deutschen und „gebildeten" Reichsfreunde dürfen ja nicht aus der Uebung kommen, und an einem Sozialdemokraten, der zwar auch Staatsbürger ist und schwere Steuern bezahlen muß, aber kein Recht beanspruchen soll, kann man das heute ruhig riskiren, da ja selbst noch auf ein öffentliches Lob in der Zeitung zu rechnen ist. Seitdem die hiesige „Freie Zeitung" eingegangen ist, haben die anderen Blätter natürlich freien Spielraum, und es läßt sich Derjenige am besten verleumden und zum schlechtesten der schlechten Menschen stempeln, von dem man weiß, daß er sich nicht vertheidigen kann. So zieht ein Altendorfer Correspondent über den damaligen Redakteur Strumpen, der sich jetzt in Haft befindet, in niederträchtiger Weise los, jedoch am Schlusse ein unfreiwilliges Lob eingestehend, nämlich Strumpen hatte viel Sympathie gefunden, sogar bei „gebildet sein wollenden Klassen". Wenn nun auch ein jeder Sozialdemokrat auf ein Lob von der „Essener Zeitung" gerne verzichten, wo nicht es sich verbitten wird, so muß doch gesagt werden, daß Strumpen den reichstreuen Herren in Altendorf und Umgegend viel zu schaffen gemacht hat. Schließlich will ich nur noch bemerken, daß die Arbeiter sich zur Zeit der Reichstagswahlen an die „humanen" und „gutgemeinten" Anordnungen ihrer Brodherren erinnern mögen und durch Gesinnungstüchtigkeit constatiren, daß sie auch für die Zukunft nicht gesonnen sind, ihren Geist, ihre Gedanken und ihre politische Ueberzeugung gleich den unvernünftigen Thieren zu opfern, weil es im Interesse ihrer Gegner und folglich ihr eigener größter Schaden wäre. Denn Alles, was der Geldsack bekämpft, das tritt jedenfalls für das Interesse der Armen, Unterdrückten und Rechtlosen ein, so ganz bestimmt auch die Sozialdemokratie.

X.

Dresden, den 15. Juni. Daß Nobiling im Dresdner Arbeiterbildungsverein einen Vortrag gehalten hat — wovon man übrigens nur durch die hiesigen Sozialdemokraten selbst erfuhr — wird für seine angebliche „Angehörigkeit zur Sozialdemokratie" ausgebeutet. Abgesehen nun davon aber, daß in diesem Verein nur zum kleineren Theil Sozialisten, vielmehr — Männer fast aller politischen Anschauungen Vorträge über alle möglichen Zweige des Wissens halten (im vergangenen Jahre sprach der fortschrittliche Redakteur Landau, der Naturarzt Koch, der Regierungsassessor Dr. Petermann, Lehrer Buschenhagen, Inspektor Krohe, Professor Schmiedberger, Dr. med. Voigt ꝛc. ꝛc.), sowie abgesehen weiter davon, daß Dr. Nobiling's Vortrag lediglich eine Reise, also keineswegs Politik zum Vorwurf hatte, wird von den zahlreichen Zeugen des Nobiling'schen Vortrags jetzt ein Bericht gemacht, der nicht nur die gegnerischen Schlußfolgerungen in Betreff dieses Vortrags vollkommen niederschmettert, sondern einen neuen Beweis für Nobiling's nationalliberale Anschauungen liefert. Bei jenem Vortrag Dr. Nobiling's (am 29. September vor. Js.) wurde vom Vorsitzenden eigens aufgefordert, nicht etwa sozialdemokratische Fragezettel in den Fragekasten zu werfen, damit der Redner nicht in seinen nationalliberalen Gefühlen verletzt werde! — Dazu der Versammlungsbericht unseres hiesigen Parteiorgans, welches Nobiling ausdrücklich als einen „Gegner der Sozialdemokraten, einen Liberalen" bezeichnet, abgesehen von den sonstigen erdrückenden Beweisen seiner sozialistengegnerischen Gesinnung — und da giebt es noch Schandbuben, welche frech genug sind, Dr. Nobiling frischweg einen Sozialdemokraten zu nennen!

Briefkasten

der Redaktion: Dr. St. in New-York: Sehr gern. — Genossen in Lüneburg: Vor dem ꝛc. Thatemuth müssen wir aufs Ernstlichste warnen, oder richtiger unsere früher schon an andere Genossen gerichtete Warnung wiederholen. Alles, was er Ihnen gesagt hat, ist Schwindel und Lüge. — K. in R.: Sie müssen auch den Heimathsschein Ihrer Frau, nebst den Geburtsscheinen der Kinder einreichen. Man hat Sie ganz richtig beschieden.

der Expedition. H. D. Sprottau: Antwort auf Ihre Anfrage erfolgt im Briefkasten der „Neuen Welt". — H. Prtzr Liegnitz: Der „Vorwärts" kann sich unmöglich mit Privatangelegenheiten befassen.

Ein herzliches Lebewohl bei unserer Uebersiedelung nach Amerika an alle Bekannte und Gesinnungsgenossen.

Hamburg, am Bord des „Tigers".

A. Glelie und **C. Mühlenbeck.**

Quittung. Strb Gotha Abon. 14,40. Lt hier Abon. 6,00. Erlnbrgr Nürnberg Ab. 100,00. Expedition der Volkszeitung Dresden Abonnem. 100,00. J. Bst Mainz Abonnement 110,10 Wilhm Rogasen Schr. 0,50. Brthff Carlsruhe Schr. 0,50. Elsch Oschersleben Schr. 0,60. Pitz München Schr. 5,50. Hldbrnd Brandenburg Schr. 3,50. Ar Wildon Schr. 0,87. Altnbrdt Osnabrück Schr. 2,50. Hurch Steinschönau Schr. 1,60. Strckrt Königsberg Schr. 1,50. Tsch Elbingerode Schr. 1,90. Schrmm Wiese-Gröflich Schr. 2,80. Kh Mannheim Schr. 3,60. Erhl in Lunden Schr. 6,00.

Wahlfonds.

Krschmr hier 1,00. Lhmnn Hückeswagen 1,00. Die in vor. Nr. quittirten 13.50 M. sind vom Ausflug nach Lentsch.

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen: [2,10

Bornttau, Religion und Sozialismus . . . . . M. —,40

— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . „ —,25

Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . „ —,60

Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden . . . . . „ —,30

— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . „ —,30

Roh-Tabak:

Domingo 35. 40. 45. 50. 65. 70. 80. 90. 120 Pf.
Brasil 50. 55 65. 70. 80. 100. 120. 140 Pf.
Seedleaf 40. 50. 60. 70 bis 180 Pf.
Java 90. 100. 120. 140. 160. 250. 270 Pf.
Carmen 80. 90. 120 Pf.
Palmyra 135. 145. 165. 170 Pf.
Lose Domingoblätter 25 und 30 Pf. (6b) [1,00
Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Java-Tabak 100—210, **Palmyra** 130, **Carmen** 100, **Domingo** 40—80, **Seedleaf** 45—62, **Brasil** 65—120, **Ungar.** 38 Pfg. (4a) [1,20
C. J. Heymann, Niederstraße 120 Hamburg.

Zur bevorstehenden Wahlagitation empfiehlt sich als die beste Agitations-Brochüre, namentlich in Bürger- und Handwerkerkreisen:

Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.

Ein Mahnwort an die Kleingewerbtreibenden

von

Johann Most.

(Eine Gefängnißarbeit aus Plötzensee.)

4½ Bogen stark mit elegantem Umschlag. Preis 50 Pf., in Parties billiger.

Inhalt: Die Macht des Vorurtheils. — Das Handwerk in der Vergangenheit. — Das Handwerk in der Gegenwart. — Des Handwerkers Klage über die Lohnarbeiter. — Illusionen. — Rothe Gespenster. — Revolutionsfieber. — Unsere Grundprinzipien. — Unsere politischen Forderungen. — Soziale Reformen. — Die Organisation der Klassen. [250

Versendung nur gegen baar oder Postnachnahme.

Bestellungen werden erbeten von der

Volksbuchhandlung von J. Endres in Augsburg.

(25) Oberer Graben G. 322.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Känzel** in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Hal, 508 North 3rd Street.
J. Boll, M. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 125 Washington Str.
Chicago: A. Laufermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 74. Mittwoch, 26. Juni. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Den Verleumdern!

Kaum hatte der Pulverdampf aus Nobiling's Schrotbüchse sich zerstreut, so blitzte der Telegraph durch die Welt: „Nobiling ist Sozialdemokrat." Und 8 Tage lang folgten Schlag auf Schlag Sensationsnachrichten, die sämmtlich den einen Zweck hatten: die Zusammengehörigkeit Nobiling's mit der Sozialdemokratie zu beweisen.

Die Wirkungen sind bekannt. Eine furchtbare Aufregung bemächtigte sich aller Volksklassen, einer großen Partei wurde das Brandmal des Meuchelmords auf die Stirn gedrückt, ein förmliches Schreckenssystem mit Lynchjustiz proklamirt, die rohesten Leidenschaften entfesselt, Deutschland an den Rand des Bürgerkriegs gebracht.

Und inmitten des Deliriums Auflösung des Reichstags, Appell aus Volk, das der Regierung die nöthigen Vollmachten zur Vernichtung der Sozialdemokratie ertheilen soll!

Wenige Wochen sind seitdem verstrichen, die Geister haben sich einigermaßen beruhigt und wir sind im Stande, die Situation zu überblicken.

Und was stellt sich heraus?

Die Behauptung, Nobiling sei Sozialdemokrat, ist eine Lüge. Alles, was über die Zusammengehörigkeit Nobiling's mit der Sozialdemokratie geschrieben wurde, ist Lüge; das angebliche Complott — Lüge. Kurz, die ganze Unterlage, auf welche die Achterklärung gegen die Sozialdemokratie, die Auflösung des Reichstags, das wahnwitzige Gehetze der „Attentatswochen" sich gründete, war Schwindel und Verleumdung — wie heute auch der Blödeste einsieht, ein infames Wahlmanöver der reaktionären Cliquen.

Obgleich es nun aber feststeht, und selbst von amtlicher Seite hat zugestanden werden müssen, daß die mit Bezug auf das Nobiling-Attentat gegen unsere Partei erhobene Anklage durch nichts unterstützt wird und den Resultaten der gerichtlichen Untersuchung schnurstracks zuwiderläuft, wird unsere Partei dennoch nach wie vor von den Parteien der herrschenden Klasse mit den Attentaten in Verbindung gebracht und verketzert.

Das widerspricht jeder Logik, widerspricht dem gesunden Menschenverstand und verräth entweder absolute Denkunfähigkeit oder niederträchtige Gemeinheit.

Nachdem es erwiesen war, daß die Sozialdemokratie das Opfer einer schurkischen Verleumdung und eines demagogischen Complotts gewesen, hatte jeder ehrliche Mann, der in die Verleumdung eingestimmt hatte, die Pflicht, uns Abbitte zu leisten.

Das ist nicht geschehen. Statt es zu thun, setzt man die Verleumdung in anderer Form fort und sagt nur: „Ja, es ist wahr, Eure Mitschuld an den Attentaten konnte juristisch nicht erwiesen werden, aber das könnt Ihr nicht leugnen, daß die beiden Verbrechen, jedenfalls das Nobiling'sche, „aus dem sozialdemokratischen Ideenkreise heraus" begangen worden sind."

Kann man sich einen elenderen Jesuitismus denken? Diese indirekte Verleumdung ist um kein Haar breit besser als die direkte. Ja, sie ist schlimmer, weil bei kaltem Blut gemacht!

Der leider nicht entdeckte moralische Meuchelmörder, welcher, noch ehe über die Motive und das Wesen der That Nobiling's das Geringste ermittelt war, Nobiling zum Sozialdemokraten stempelte und „der Sozialdemokratie" anhängte", war ein ebenso großer Verbrecher, wie der, gleichfalls leider nicht entdeckte Urheber der gefälschten Emser Depesche; allein die Parteien, Zeitungen und Personen, die uns so schnöde verunglimpften, sie waren die Dupes (Genasführten) dieses „namenlosen Verbrechens". Mit der Duperie (dem Nasführen) ist's heute aber zu Ende. Heute weiß Jeder, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, daß an der Sozialdemokratie ein fluchwürdiges Attentat verübt worden ist, und daß die Sozialdemokratie an den Kaiser-Attentaten so unschuldig ist wie jede andere Partei. Ja, unschuldiger. Oder vielmehr allein unschuldig.

Wir wollen hier nicht auf Prinzipien eingehen, nicht das Verwerfliche der Anklage indirekter Schuld des Näheren darlegen — wir wollen uns damit begnügen, unsere Verleumder an einige Thatsachen zu erinnern und einige Fragen an sie zu richten.

Also, „aus unserem Ideenkreis sind die Attentate hervorgegangen"? In wie fern? „Die Sozialdemokratie, so lautet die Antwort, verwildert die Geister, gewöhnt die Menschen an Gewaltthat, zerstört den Glauben an die Autorität."

Gut — wir halten Euch an der Antwort fest. Wir geben zu, daß eine Partei, welche die Geister verwildert, die Menschen an Gewaltthat gewöhnt, den Glauben an die Autorität zerstört, indirekt an den Attentaten schuldig ist.

Doch wer ist diese Partei? Die Sozialdemokratie?

An Verrohung, Verwilderung, Untergrabung der Autorität hat es seit anderthalb Jahrzehnten in Deutschland sicherlich nicht gefehlt, doch was kann die Sozialdemokratie dafür? Sie war die einzige Partei, welche das Uebel constatirte und Heilung verlangte.

Und wer waren die Urheber des Uebels?

Bekanntlich verroht nichts so sehr ein Volk, als häufige Wiederkehr von Kriegen. Sogar Staatsanwälte haben dies ausgesprochen und die Statistik hat es durch erschreckende Zahlen bewiesen.

Wohlan: seit 1864 hat Deutschland drei Kriege gehabt, der Greuel des türkisch-russischen Krieges nicht zu erwähnen, an dem wir allerdings nicht mittelbar betheiligt waren, dessen beispiellose Blutscenen uns aber vorgeführt worden sind, als ob sie in unserem eigenen Land vorgekommen wären?

Wer hat diese Kriege verschuldet? Etwa die Sozialdemokratie? Nicht einmal Herr Professor Biedermann wird es behaupten. Wir sagen nicht, wer es war. Genug: wer diese Kriege verschuldet und ihnen zugejauchzt hat, der nehme den Nobiling auf die Schultern.

Im Jahre 1866 wurde in Deutschland ein König von Gottesgnaden sammt zwei anderen Gesalbten des Herrn aus dem Lande gejagt, der deutsche Bund, das heißt die Verfassung Deutschlands, in Trümmer geschlagen, der Hoch- und Landesverrath zur Loyalität, die Loyalität zum Hoch- und Landesverrath gestempelt, dem Autoritätsglauben einen wahrhaft vernichtenden Schlag versetzt. Von Sozialdemokraten? Niemand wird es zu behaupten wagen. Wir sagen nicht von wem. Genug, wer es gethan, und wer applaudirt hat, der nehme den Nobiling auf die Schultern.

Seit anderthalb Jahrzehnten wird in Deutschland die Nichtachtung des Menschenlebens gepredigt, der Massentodtschlag als höchste Culturleistung gepriesen, die Rohheit in jeder Form verherrlicht, zur „Ausrottung", „Vertilgung" der politischen Gegner aufgefordert (man lese die Zeitungen der Attentatwochen durch!), kurz, der niederste Gewaltkultus gepflegt — von Sozialdemokraten? Mit Nichten! Wir sagen nicht von wem. Genug: wer es gethan hat und thut, der nehme seinen Nobiling auf die Schultern.

Und wenn dies geschieht und unsere Feinde nach der Logik ihrer Anklage gegen uns behandelt werden, dann haben sie sämmtlich ihren Nobiling auf den Schultern: Nobilingfrei ist blos die Sozialdemokratie. Und darum geht sie frischen Muths und guten Gewissens in den Wahlkampf. Wir haben nicht nöthig, zu lügen und zu verleumden; wir haben nicht nöthig, zu hetzen und an die brutalen Leidenschaften zu appelliren. Unsere Ziele haben das Tageslicht nicht zu scheuen und unsere Sache ist nicht bankrout, so daß sie zu den unehrlichsten Mitteln greifen müßte, um einen Wahlerfolg zu erschleichen oder zu erpressen.

Was wir wollen — wir bekennen es offen und ohne Rückhalt.

Wir machen keine betrügerischen Versprechungen und haben keine andere Waffen als die der Wahrheit und der Ueberzeugung.

Mit diesen Waffen werden wir den Sieg erringen.

Wir täuschen uns nicht über die Schwierigkeiten des heurigen Wahlkampfes.

Niemals ist unsere Partei so verfolgt worden; durch Massenprozesse und Massenverhaftungen sucht man uns an Händen und Füßen zu knebeln. Es wird nicht gelingen.

Unsere Feinde, die, ihre eigene Thorheit uns zutrauend, die Existenz der Partei mit der Existenz einiger Personen identisch glauben, werden entdecken, daß die Partei in allen und jedem Parteigenossen lebt, und daß die Armee der Parteigenossen durch die herrschenden politischen und wirthschaftlichen Zustände unablässig und zwar in wachsender Progression verstärkt wird, also ein „Ausrotten" kindisches Unterfangen ist.

Mögen die Reihen unserer „Führer" und „Agitatoren" noch so sehr gelichtet werden, — jeder einzelne Parteigenosse ist in dieser Zeit des Wahlkampfes ein Kämpfer; Zorn und Entrüstung ob der erlittenen Unbilden werden, verbunden mit Pflichtgefühl und dem altbewährten Opfermuth, die Kräfte des Einfachsten verzehnfachen. Unsere Feinde sollen erfahren, welch schweren Fehler sie begangen haben, indem sie eine Million deutscher Männer zu Meuchelmördern stempelten und jeden Einzelnen von uns persönlich beschimpften.

Die Antwort auf diesen Schimpf geben wir am 30. Juli.

Unser Schlachtruf ist diesmal:

Nieder mit den Verleumdern!

Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen.

Die betreffenden Behörden in Preußen erlassen folgende Bekanntmachung:

„Auf Grund der Bestimmungen der §§ 8 und 15 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetz S. 145) und des § 2 des dazu ergangenen Reglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt S. 275) setze ich den Tag, an welchem die Auslegung der Wahlerlisten zu den durch die kaiserliche Verordnung vom 11. Juni d. J. angeordneten Reichstagswahlen zu beginnen hat, auf den 2. Juli d. J. hierdurch fest."

Der § 8 des Reichswahlgesetzes lautet:

„In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen sind. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind."

Danach ist es nothwendig, daß jeder Einzelne, sobald die Wählerliste ausliegt, Einsicht von derselben nimmt und sich davon überzeugt, daß sein Name in derselben verzeichnet steht. § 3 des Wahlreglements lautet:

„Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb 8 Tagen nach dem Beginn der gemäß § 2 des Reglements bekannt gemachten Auslegung derselben bei dem Gemeindevorstande oder dem von demselben dazu ernannten Commissar oder der dazu niedergesetzten schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, und muß die Beweismittel für die Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen. Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht die Erinnerung sofort für begründet erachtet wird, durch die zuständigen Behörden. Sie muß längstens innerhalb drei Wochen, vom Beginne der Auslegung der Wählerliste an gerechnet, erfolgt und durch Vermittelung des Gemeindevorstandes den Betheiligten bekannt gemacht sein."

Es walten noch allerlei Zweifel darüber, ob Jemand, der augenblicklich noch nicht das 25. Lebensjahr voll erfüllt hat, der aber dasselbe noch vor dem 30. Juli, dem Wahltage, zurücklegt, berechtigt sei, an der Wahl Theil zu nehmen und sich zu diesem Behufe in die in den Häusern vertheilten Listen einzuzeichnen. Die Sache liegt nun so, daß die Wählerlisten am 2. Juli auf acht Tage lang öffentlich ausgelegt werden. Nach den acht Tagen beginnt eine Frist von 14 Tagen, innerhalb deren Reklamationen wegen Nichteintragung ꝛc. angebracht werden können. Am 22. Juli wird die Liste definitiv geschlossen. Wer bis dahin 25 Jahre alt geworden, wird auf alle Fälle in die Wählerliste aufgenommen werden müssen. — —

Um den vielen Beeinflussungen und Rohheiten unserer Gegner zu entgehen, empfehlen wir unseren Parteigenossen die aufmerksame Beobachtung des nachstehenden § 117 des Reichsstrafgesetzes, der also lautet:

„Wer einen Deutschen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar."

Nochmals theilen wir hier den § 17 des Reichswahlgesetzes mit:

„Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betriebe der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet Versammlungen zu veranstalten. Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben bleiben unberührt."

Hiernach hat also keine Behörde das Recht, Versammlungen zum Zwecke der Besprechung von Wahlangelegenheiten oder die solche Zwecke verfolgenden Vereine zu verbieten. Wo dies dennoch geschieht, verletzen die Behörden das Gesetz, welches sie zu schützen verpflichtet sind.

Nur müssen die Versammlungen angemeldet werden, und es haben die Behörden das Recht, die Versammlungen zu überwachen. Im Uebrigen gelten die Bestimmungen der Landesgesetze für solche Wahlversammlungen nicht.

Der preußische Minister des Innern hat an alle Regierungsbehörden folgenden Erlaß gerichtet:

„Berlin, 1. Juni.

Bereits in dem Circular-Erlasse vom 15. Juli 1876 ist darauf hingewiesen worden, daß den Ausschreitungen der Sozialdemokratie gegenüber die Vorschriften des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 consequent und mit vollem Nachdrucke in Anwendung zu bringen seien. Inzwischen haben die verderblichen Lehren und Tendenzen der Sozialdemokratie sich immer mehr verbreitet und sind in Kreise gedrungen, welche für dieselben früher unzugänglich waren. Die sozialdemokratische Agitation in der Presse, in Vereinen und in Versammlungen wird von Tag zu Tag heftiger und dreister und droht, die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit, die Liebe zu König und Vaterland und die Grundlage der Gesittung, der Religion, zu untergraben. Durch unablässige Angriffe auf die bestehende Eigenthumsordnung, auf die Gesellschaft und die besitzenden Klassen werden die Rechtsbegriffe verwirrt, Unzufriedenheit und Beunruhigung in immer weitere Kreise getragen und eine gedeihliche Entwickelung auf wirthschaftlichem Gebiete, nicht am wenigsten zum Nachtheile der arbeitenden Klassen, beeinträchtigt. Es ist Pflicht, derartigen Agitationen entschieden entgegenzutreten und zu diesem Zwecke von den zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln, unter sorgfältiger Einhaltung der durch die Gesetze gezogenen Schranken, innerhalb derselben aber bis an die Grenze des Zulässigen, Gebrauch zu machen.

Der Minister des Innern. gez. Graf zu Eulenburg."

Wir wollen hier gegen den obigen Erlaß nicht polemisiren — wir machen unsere Genossen nur darauf aufmerksam, daß die Behörden „zur sorgfältigen Einhaltung der durch die Gesetze gezogenen Schranken" angehalten werden. Bis jetzt scheinen die Behörden dieselben vielfach überschritten zu haben, deshalb die ministerielle Ermahnung. Unsere Parteigenossen müssen selbst sich innerhalb der gesetzlichen Schranken bewegen, dann aber auch strenge darauf achten, ob die Behörden die Gesetze verletzen. — — —

Also, Arbeiter und Parteigenossen, seid auf Eurem Posten! Versäume am 30. Juli kein Wahlberechtigter, seine staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen. Es gilt diesmal mehr als je, die Volksfreiheit zu schützen, es gilt zu zeigen, daß Ihr Euch durch das wüste Geschrei unserer Gegner nicht beeinflussen laßt.

Arbeiter! Wählt nur einen Sozialdemokraten!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Kreis der Geächteten erweitert sich reißend schnell. In Altona erklärt die dort erscheinende königstreue „Norddeutsche Reichspost" betreffs der Candidatur des Fortschrittlers Karsten:

„Jeder Stimmzettel für Karsten ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen ehrenwerthen Männer, die jetzt das dornenvolle Ministeramt bekleiden — jeder Stimmzettel für Karsten ist eine Beleidigung der verehrten Person unsers Kaisers und Monarchen selbst."

Und im Sonderhauser Bezirk, der Wahldomäne des nationalliberalen Schlußmachers Valentin ist plötzlich, wie der Wolf in die Schafheerde, ein offizieller Candidat hereingebrochen, und zwar Niemand anders als ein Sohn des Fürsten Bismarck, so daß die reaktionäre Frucht gleich den richtigen Namen hat. Wer sich nicht auf den Namen Bismarcks und die Person des Kaisers wählen läßt, wird in die Acht erklärt und ist Wild für die „Sauhatz". Das hatten sich die unglücklichen Liberalen nicht träumen lassen, als sie sich so eifrig in die Treibjagd gegen die Sozialdemokratie stürzten, nicht ahnend daß sie bloß dem auf dem Anstand postirten Jäger vor die Flinte gebracht werden sollten!

Nachschrift. Nachdem Obiges geschrieben, kam uns die neueste Nummer der „Nationalliberalen Correspondenz" zu Gesicht, aus welcher erhellt, daß den unglücklichen Liberalen allmählich doch die Wahrheit aufzudämmern beginnt: Der Kampf wird von Seiten der Regierung — darüber ist nach den neuesten Auslassungen ihres anerkannten Preßorgans (der „Provinzial-Correspondenz") nicht mehr zu zweifeln — „in erster Linie gerichtet gegen den Bestand der nationalliberalen Partei". Was wir unmittelbar nach der Auflösung als selbstverständliches Ziel der Bismarck'schen Politik bezeichneten, konnte dem offiziellen Organ der nationalliberalen Partei erst durch einen Fußtritt des amtlichen Regierungsblattes klar gemacht werden.

Interessant ist ferner für uns ein Schmerzensschrei der „Nationalzeitung": „Der Wahlkampf", so jammert sie, „nimmt seinen Fortgang unter Erscheinungen, die eher auf ein allgemeines Auseinanderfahren aller staatsfreundlichen Parteien als auf eine Sammlung derselben hinweisen." Nicht blos „Auseinanderfahren", arme „Nationalzeitung", sondern auch Hintereinanderfahren, allgemeine Katzbalgerei — zum großen Gaudium aller bösen Reichsfeinde.

Mit den „offiziellen Candidaturen" geht's lustig voran; nun candidirt auch der zweite, durch Gottes gnädige Fügung gerade 25 Jahre alt gewordene Sohn Bismarck's. Also zwei Köpfe — Verzeihung: Häupter für die Partei Bismarck. Schade, daß die Polygamie bei uns noch nicht offiziell erlaubt ist, Fürst Bismarck könnte dann vielleicht sämmtliche Reichstagsstühle mit Personen besetzen, die auf den Namen Bismarck nicht blos hörten, sondern auch getauft wären. Ein solches Familien-Fideikommiß wäre wahrhaftig kein schlechtes Strebeziel!

— Deutschland ist nicht groß genug für die deutschen Spitzel. In London und Paris haben sie seit langer Zeit ihr Standquartier, und nun ist auch in der Schweiz eine Frachtladung „preußischer Spione" eingetroffen. Dazu bemerkt die „Tagwacht": „Du lieber Himmel, die preußische Regierung muß viel Geld haben. Wenn sie die „Tagwacht" abonnirte, käme sie viel billiger und zuverlässiger zu Berichten über das „Treiben der Sozialdemokraten." Uebrigens haben in allen unsern öffentlichen Versammlungen von jeher schon auch Polizeispione den freiesten Zutritt gehabt, da es bei uns nicht Sitte, an der Eingangsthür nach dem „Gewerbe oder Beruf" zu fragen. Selbstverständlich thun Genossen deutscher Staatsangehörigkeit gut und ebenso auch Schweizer, welche vielleicht noch einmal nach dem „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" kommen können — etwas vorsichtig in ihren Aeußerungen über den „Kaiser von Deutschland", oder den „Reichskanzler" Bismarck zu sein, sie könnten doch denunzirt und später einmal beim Kragen genommen werden. Der Fall Schabelitz hat gezeigt, daß selbst ein Schweizer in der Schweiz sich des Hochverraths, der Majestäts- und sonstiger Beleidigung gegen Länder und Leute, denen er weder Treue, noch besondere Achtung schuldig ist, schuldig machen und dafür verknurrt werden kann. Natürlich liegt es auch im Interesse der allgemeinen Sicherheit, womöglich solche Polizeispione zu entlarven, was mitunter nicht einmal so schwer ist.

— Der Minster a. D. Delbrück wird im dritten weimarschen Wahlkreise von den „Liberalen" als Reichstagscandidat aufgestellt und auch gewählt werden. Darüber wird sich Herr von Bismarck nicht freuen. Delbrück ist ein eifriger Gegner der Bismarck'schen Finanz- und Wirthschaftspolitik, die er im Reichstag mit Energie und Fachkenntniß bekämpfen wird.

— Herr Bucher hat eine sehr gewundene und verlegene Antwort auf Marx' Brief gegeben, die wir in nächster Nummer veröffentlichen werden. Für heute nur so viel, daß Bismarck's Faktotum im Wesentlichen Alles zugiebt — wie er ja wohl mußte, da seine unglückliche Epistel dauerhafter gewesen ist, als seine Grundsätze und sich bis heute völlig intakt erhalten hat.

— „Seit Monaten konnte man Attentate voraussehen," so schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung." Wenn das Blatt wirklich die Attentate vorausgesehen und der Polizeibehörde dieselben nicht denunzirt hat, so muß die Redaktion wegen Beihülfe zum Hochverrath, als Complice Lehmanns und Nobilings sofort auf die Anklagebank. Wußten wir's doch schon lange, daß die Complicen in anderen, als sozialdemokratischen Regionen zu suchen sind.

— Militärisches. Wie verlautet, sollen in Hamburg und Berlin die Soldaten täglich einige Stunden „Straßenkampf" üben. Diese Uebungen, sollten sie wirklich stattfinden, sind vollständig für die Katz.

— Zur „liberalen" Knüppelei. Ueberall fordern die „liberalen" Zeitungen auf, die sozialdemokratischen Versammlungen mit Fäusten und Knüppeln, mit rohem und wüstem Geschrei zu sprengen. Dies ist bekanntlich in Wiesloch längst schon geschehen. Dann aber ist man in Chemnitz und Magdeburg und anderen Orten gefolgt. Es lebe die „liberale" Aufklärung!

— Die Suche nach Verschwörern anläßlich der Berliner Attentate erstreckt sich auch nach Oesterreich-Ungarn; in Budapest wurden die Behörden von Berlin aus aufgefordert, nach Verbindungen Hödel's mit dortigen Sozialisten nachzuforschen, da derselbe sich 1876 dort längere Zeit aufgehalten habe. Der Liebe Müh war jedoch umsonst, da Hödel, wie sich herausstellte, nur kurze Zeit in Budapest war und überhaupt mit den Sozialisten so wenig wie in Wien Verbindung hatte. Jetzt sucht man wieder in Prag auf Auftrag aus Berlin nach Verbindungen mit Nobiling, natürlich mit demselben Erfolge.

— Der Strike (oder richtiger Lockout) in Lancashire scheint nach den letzten Berichten zu Ende zu sein. In Blackburn, Burnley, Accrington und den übrigen vom Strike betroffenen Fabrikorten fanden am 18. d. Mts. zahlreiche Arbeiterversammlungen statt, von denen die meisten im Hinblick darauf, daß keine hinreichenden Mittel zur Unterstützung der Strikenden vorhanden sind, den Beschluß faßten, die Arbeit mit der Lohnherabsetzung von 10 Prozent wieder aufzunehmen. In Blackburn entschieden sich von 78 „Shopmeetings" (Sonder-Versammlungen der zu den einzelnen Fabriken gehörigen Arbeiter) 51 für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Das Strike-Comité hat eine Adresse an die Fabrikarbeiter erlassen, in welcher es nach einem Rückblick auf die Geschichte des Strikes heißt:

„Wir glauben, Ihr werdet mit uns sagen, daß jeder ehrenvolle Vergleich angeboten und jede Anstrengung gemacht wurde, um diesen unglücklichen Kampf zum Abschluß zu bringen, aber ohne Erfolg, da die Arbeitgeber augenscheinlich entschlossen sind, daß die Gerechtigkeit dem Reichthum, der Macht und dem Einflusse unterliege. In Folge des durch die Krawalle erzeugten Vorurtheils und der Stockung in allen Industriezweigen ist es uns unmöglich, Fonds für den Unterhalt von 700,000 Webern zu beschaffen, welche zu einem Schilling pro Person wöchentlich 3500 Lstrl. erfordern würden. Wir rathen demnach den Webern an, zur Arbeit zurückzukehren. Die Arbeitsstockung hat die Ansichten der Arbeiter mit Bezug auf die Doktrin einer Verringerung der Produktion bestärkt; hätte diese Arbeitsstockung nicht stattgefunden, so würden viele Arbeitgeber bereits bankerott sein."

Das Manifest schließt mit dem Rathe an die Arbeiter, die Regierung zu ersuchen, Schiedsgerichte herzustellen, damit ein ähnlicher Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wie der soeben verlaufene, verhindert (?) werde, und es deutet an, daß bei der geringsten Besserung des Geschäfts das Comité die Ansprüche der Arbeiter auf bessere Löhnung wieder befürworten würde. — Laut Beschluß der Fabrikanten sind die Fabriken seit Dienstag wieder geöffnet. Der Verlust an Löhnen während der dreimonatlichen Dauer des Strikes und der Arbeitssperre wird auf nicht weniger als 60,000 Lst. veranschlagt, während 135,000 Webestühle und über 5 Millionen Spindeln feierten.

Wir werden auf diesen großartigen und lehrreichen Lohnkampf zurückkommen, und enthalten uns für heut aller Bemerkungen.

— Zum sozialdemokratischen Wahlcongreß. Die gegnerischen Blätter wundern sich, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland weder Congreß, noch Conferenz behufs gemeinsamer Vorbereitung zu den Wahlen abhält. Wir können unsere Gegner beruhigen. Alle nöthigen Schritte sind geschehen und ist das Central-Wahlcomité schon vom vorjährigen Congreß mit allen diesbezüglichen Vollmachten ausgerüstet worden.

— Die Tombola zum Besten der deportirten Communarden ist, wie unsern Lesern bekannt, bis auf die Vertheilung der Gewinne und Erinnerungsblätter zum Abschluß gelangt. Die den Loosinhabern in Deutschland zugefallenen Gewinne 2c. sind während des Pfingstfestes in Hamburg eingetroffen, jedoch von der Polizeibehörde confiscirt worden, bevor noch der Adressat Geib in Besitz der Sendung (Kiste) gelangt war. Die Kiste kam von London, das war Grund genug zur Beschlagnahme. Was weiter folgt, werden wir seiner Zeit mittheilen, bemerken jedoch schon jetzt, daß der Inhalt der Kiste sehr harmloser Natur ist. Aber der Adressat gehört zu den Sozialdemokraten, das sagt Alles!

— In Elsaß-Lothringen ist, wie uns von der Postbehörde mitgetheilt wird, der „Vorwärts" verboten worden — kraft des famosen Diktaturparagraphen. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß hier und da Postbeamte, die in der „Furcht des Herrn" Stephan leben und sich „ein rothes Röckchen" verdienen möchten, vom Abonnement auf den „Vorwärts" abzuschrecken suchen, indem sie sagen, der „Vorwärts" würde im nächsten Quartal verboten werden und die Abonnenten dann ihr Geld verlieren. Nun kann von einem Verbot des „Vorwärts", so lange die Reichsverfassung zu Recht besteht, überhaupt nicht die Rede sein. Und was die geplanten „Ausnahmemaßregeln" gegen unsere Presse betrifft, so hat darüber der Reichstag zu entscheiden, der erst Anfang September zusammentritt, und von dem zu erwarten ist, daß er der rothen Reaktion, die jetzt die Maske abgeworfen hat, entgegentreten wird. Macht wieder ein Beamter einen solchen Pressionsversuch, so weise man den unbefugten Rathgeber energisch zurück und ermahne ihn, seine Nase in die Reichsverfassung zu stecken und sich um das zu bekümmern, was seines Amtes ist.

— In Halle ist ein neues Parteiorgan, die „Halle'sche Freie Presse" entstanden. Vorläufig erscheint dieselbe wöchentlich einmal.

— In New-York ist unser Parteiorgan, die wöchentlich einmal erscheinende „Arbeiterstimme", eingegangen. Das war vorauszusehen, da das täglich dort auch erscheinende Parteiorgan, „Die Newyorker Volkszeitung", fortwährend an Abonnenten gewinnt.

An die Gründer.

Zur Beute fällt dem Größern stets das Kleine,
Im Thierreich findet ihr den Satz begründet,
Thier ist der Mensch, so schließt in's Allgemeine
Die Wissenschaft, sie scheint mit euch verbündet.

Ob euer Herz beim Rauben auch versteine,
Was kümmert's euch? Beglückt, wer nicht empfindet,
So lehrt der Pessimismus jetzt, der feine,
Den höchst empfindsam Mancher uns verkündet.

Gemach ihr Herrn! Das Ding hat andern Boden;
Das Thier frißt nur, was es verdauen kann,
Nicht unterwirft es sich des Luxus Moden.

Der Sattung Elend greift das Thier nicht an,
Drum, reicht ein Mensch dem andern Stein' statt Broden,
So nennt man thierisch ihn, wohl auch Tyrann.

Kurt Mook.

— Herrn Reichstags-Abgeordneten Wölfel in's Stammbuch. Aus Buckau bei Magdeburg ist dem liberalen „Merseburger Correspondent" in Bezug auf die auch von uns erwähnten Pöbeleien folgendes Telegramm zugegangen:

Ihr Merseburger habt's uns vorgemacht,
Wie man besiegt die falsche Niedertracht,
Wenn Merseburg so groß wie Deutschland wär',
Bedürft' es keiner Hilfsgesetze mehr.
Hoch euch! Ihr habt vortrefflich sie verhauen,
Man ahm's euch nach in allen deutschen Gauen!

Gesinnungsgenossen Buckau.

— Fürstenmord. Die Biedermann'sche Allgemeine Zeitung druckt in leicht erkennbarer Absicht eine Bemerkung des Milwauker „Sozialist" ab, dahin lautend, daß er zwar das Hödel-Attentat entschieden mißbillige, aber doch unter Umständen den Fürstenmord billigen könne, wenn nämlich dem Volk ein ersprießlicher Dienst geleistet werde. Professor Biedermann möge sich trösten. So wie der Milwauker „Sozialist" haben seit Jahrtausenden Unzählige über den „Fürstenmord" gedacht, und nicht die schlechtesten Menschen. Oder kennt er nicht die, tausendmal in Versen und Prosa verherrlichte Bibelheldin, eine gewisse Judith? Nicht die ähnlich gefederten Griechenhelden Harmodius und Aristogeiton? Nicht die zahlreichen anderen „Tyrannenmörder" des klassischen Alterthums, die sogar in unseren Schulbüchern gepriesen werden?

— Zur Charakteristik Nobiling's. Ein Wiener Blatt persiflirt die confusen Nachrichten, welche unsere liberalen und offiziösen Reporter und Redakteure über Nobiling gebracht haben, in folgender trefflichen Weise:

„Dr. Karl Nobiling, der eigentlich Ludewig heißen soll, ist aus den Rheinlanden in Posen gebürtig. Er ist ein ultramontan-lutherischer Freigeist, ein hergelaufener Vagabund, der einer der angesehensten preußischen Familien entstammt, die ihm blos die nothdürftigste Gymnasial- und Universitätsbildung zu Theil werden ließ. Nobiling ist ein Sozialdemokrat vom reinsten Wasser, der sich in einer Arbeiterversammlung in Dresden vergeblich um eine Anstellung im Ministerium bewarb. Er war auf keine andere Zeitung als auf die ultramontane „Germania" abonnirt, weshalb er allgemein als Petroleur gilt, der für die antisozialdemokratische Böhmert'sche Correspondenz schrieb. Außerdem war er ein Freund Roscher's, Schultze-Delitzsch's und anderen rothen Communisten. Nobiling wird übereinstimmend, als ein ruchloser, excentrischer, dummer, verrückter, dabei aber äußerst scharfsinniger und ruhiger Mann geschildert, der eine große Neigung zu Gewaltthätigkeiten und Grausamkeiten besitzt, weshalb er nach dem Urtheile Roschers zu Arbeiten im Ministerium befähigt sein soll. Aeußerlich macht Nobiling den Eindruck eines stumpfsinnigen, ungemein intelligenten, nervös gereizten, in der Entwicklung sehr zurückgebliebenen, überaus gelehrten Katheder-Philosophen."

— Hirnkrankheit. Das patriotische „Stettiner Tageblatt" bringt folgenden Aufruf:

„Die verruchten Attentate, welche von Seiten der Sozialdemokraten gegen Se. Majestät den Kaiser verübt worden sind, machen es jedem Freunde des Vaterlandes zur Pflicht, mit aller Energie gegen die Frevelthaten dieser Staatsfeinde einzutreten und Alles zu thun, was in seinen Kräften steht, um die Regierung im Kampfe gegen diese Feinde der bürgerlichen Ordnung zu unterstützen. Die Angriffe der Sozialdemokratie gelten ja nicht dem Kaiser als Person, sondern als dem Oberhaupte des mächtigsten (????)*) Staates in Europa, als dem Horte der Ordnung. Der Zweck der Sozialdemokratie ist darauf gerichtet, die bestehende Ordnung umzustürzen, den fleißigen und ordentlichen Bürgern die Frucht ihres Fleißes, ihr Eigenthum zu rauben und es an die Faullenzer und Tagediebe zu vertheilen. Da heißt es Einigkeit aller Parteien. Ein Verräther am Staate, am Vaterlande, wer die Partei über das Vaterland stellen kann! Alle Bürger jeder Partei, welche dem Kaiser Treue bewahren wollen, werden zu einer Bürgerversammlung eingeladen; Tagesordnung: 1) Wie läßt sich die Sozialdemokratie bekämpfen? 2) Wie hat sich der Reichstag im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bewährt? 3) Wen wählen wir? Wiederwahl oder Neuwahl? 4) Vorbereitung zur Wahl.

Das Comité der Bürger: R. Grasmann.

Hübsch, nicht wahr? Nun, wenn die Hundstagshitze vorüber ist, kommt Herr Grasmann vielleicht wieder zu Verstand und gar zu etwas — Anstand.

*) Der „mächtigste Staat" und die Angst vor den Sozialdemokraten? Reimt sich schlecht zusammen. R. d. V.

— Christlich-Soziales. Die Christlich Sozialen haben ein Flugblatt in Berlin austragen lassen, welches in derart ungeschickter Weise auf die Sozialdemokraten schimpft, daß die löbliche Polizei dasselbe für ein sozialdemokratisches Flugblatt hielt und natürlich confiscirte. Der berühmte Grüneberg theilte darüber in einer christlich-sozialen Versammlung mit, daß 140,000 Wahlflugblätter bereits verbreitet worden seien. Diese Flugblätterverbreitung habe aber bereits gegen 60 polizeiliche Sistirungen zur Folge gehabt, von denen eine sogar durch den „Grünen Wagen" erfolgt sei. Alle diese Sistirungen seien aber von nur sehr kurzer Dauer gewesen, da die Polizei sich in dem Glauben befand, die Flugblätter rührten von den Sozialdemokraten her.

Wenn die Christlich-Sozialen also pöbelhaft schimpfen, das duldet die Polizei — Ei! Ei! Wie gerecht!

— Ein gemeiner Patron hat in der „Saar- und Blies-zeitung" folgenden Unrath abgelagert, der von geistesverwandten Patronen in verschiedenen „patriotischen" Blättern als reichsfreundliches Musterprodukt empfohlen wird:

„In dem Aufschrei tiefster Entrüstung und Schmach, welcher sich der Brust jedes wahren Deutschen über das fluchwürdig vergossene, theure Blut unseres erhabenen Monarchen entringt, mischt sich, anfangs schüchtern, aber lauter und immer lauter werdend der Tadel gegen diejenigen Abgeordneten zum Reichstage, welche der Regierung des Kaisers vorher die Mittel verweigert hatten, um dem teuflischen Gebahren der Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten. — Wahrlich, Thaten sind vonnöthen! es gilt, das Kokettiren mit der Sozialdemokratie endlich abzulegen und es offen zu bekennen, daß man es hier nicht mit einer politischen Partei, sondern mit einer Bande von Mördern und Räubern zu habe. Abgeordnete, welche in dieser schweren Zeit der Regierung ihre thatkräftige Unterstützung versagen, verdienen nicht länger das Vertrauen der deutschen Wähler."

Wahrhaftig, wenn man solches Zeug liest, dann ist man versucht, die Berechtigung des Prügelpädagogenthums anzuerkennen.

Der panische Schrecken vor den Sozialisten.

Eine Stimme aus England.

Der Londoner Correspondent der „Newcastle Daily Chronicle" schreibt an diese Zeitung:

Die Londoner Polizei hat die Weisung erhalten ein wach-

sames Auge auf die Bewegungen der zahlreichen in der Metropole ansässigen deutschen Bevölkerung zu haben. All der Lärm, den man wegen der Sozialisten macht, bedeutet Nichts weiter als in die Augen Europas geworfener Sand, in der Absicht, der militärischen und reaktionären Partei Preußens eine gewisse Berechtigung zur Beschränkung der Freiheit des Volkes zu gewähren. Es ist eine Illusion zu vermuthen, die „Internationale" oder gleichartige Gesellschaften besitzen irgend welche Ausdehnung oder Macht. Karl Marx ist ein tüchtiger und entschlossener Mann. Er ist eine Art politischer Loyola und hat ganz und gar den finsteren Ernst des Charakters, der jenen merkwürdigen religiösen Propagandisten auszeichnete. Aber man irrt sich, wenn man vermuthet, daß er einen großen Anhang hat. Lassalle, der als der Gründer des deutschen Sozialismus anerkannt ist, war ein leidenschaftlicherer Mann als Marx und verfügte zu seiner Lebenszeit über bedeutenden persönlichen Einfluß. Er erinnerte mich stets an Armand Carrel, den berühmten französischen Journalisten und Republikaner, der in einem Duell von E. v. Girardin getödtet wurde. Aber Keiner von den sozialistischen Führern hat die geringsten bemerkbaren Sympathien mit den Attentaten von Höbel und Nobiling. Es ist reaktionären Politikern wohl geboten zu behaupten, daß die Theorien von Marx und Lassalle Leute dazu verleiten, sich zu solchen verzweifelten Handlungen herzugeben, wie der, für welche der unglückliche deutsche Gelehrte sein Leben opferte. Die deutsche soziale Partei nimmt in ihrem Lande fast dieselbe Stellung ein, wie bei uns (in England) die Liberalen, Radikalen und älteren Whigs in den trüben (Reaktions-) Tagen des Castlereagh, Sidmouth und einiger ihrer unmittelbaren Vorgänger. Die deutsche Nation wird durch den Militarismus langsam getödtet. Derselbe hat ihren Handel zerstört und sie indirekt zu maßlosen und überreizten (extravagants) Handlungen gedrängt. Die Deutschen machen jetzt die nämliche Erfahrung, die England nach dem großen Kriege mit Frankreich machte. Es ist Mode geworden, Fürst Bismarck als die Personification von politischer Weisheit in die Höhe zu halten und ihn als den erfolgreichsten Staatsmann zu begrüßen. Diese Ansicht habe ich nie getheilt. Wenn man wohl daran thut, keinen Menschen glücklich zu nennen, bevor er todt ist, dann ist es ebenso weise, keinen Staatsmann erfolgreich zu nennen, bevor man das Resultat seiner Politik sieht. Es ist gar nicht so sehr unwahrscheinlich, daß die politischen Pläne, welche Fürst Bismarcks Ruf begründeten, in nicht allzulanger Zeit ihr Ende in Ruin und Verderben finden. Das Streben nach militärischer Suprematie (Oberherrschaft) und die Gier, welche die Deutschen antrieb Elsaß und Lothringen von Frankreich zu reißen, wird Generationen des Elendes zur Folge haben. Ich bezweifle sehr, ob der Schrecken der deutschen Regierungen die freien Nationen auf dem Congresse bewegen wird, sich auf einen Kreuzzug gegen einen so unfaßbaren Feind einzulassen. Die beste und einzige Heilung der Unzufriedenheit des Volkes ist eine gute liberale, freisinnige und billige Verwaltung. Wenn die Deutschen Lassalle's Theorien unter den Arbeitern ihres Landes ausmerzen wollen, dann mögen sie dem Beispiel folgen, das Frankreich ihnen jüngst gegeben hat. Es giebt gegenwärtig in Europa kein Land wo mehr Zufriedenheit herrscht oder das eine hoffnungsvollere Zukunft vor sich hat als Frankreich. (?) Die Lehre, welche der Krieg diesem Lande ertheilt, hat es zu Herzen genommen, und fangen die Franzosen an, sich auf einer neuen und in Wahrheit ruhmvolleren Laufbahn zu bewegen. In einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung strebten die Reaktionäre danach, die Oberhand zu gewinnen, aber sie wurden sogar im Senat geschlagen. Es steht jetzt fest, wenn nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten, daß die im Januar stattfindenden Wahlen den Republikanern auch im Senat die Majorität geben werden. Wenn dieses Ziel erreicht ist, so kann man die Republik als dauernd begründet betrachten. Die Republik aber bedeutet Frieden, innere Zufriedenheit und Wohlstand. Wenn die Deutschen die freisinnigen Einrichtungen, welche Frankreich ins Leben gerufen hat, nachahmen wollten, würden sie darin eine bessere Abwehr gegen soziale Häresien (Ketzereien) finden, als in dem thörichten Versuche, andere Nationen zu Donquixotischen Unternehmungen gegen die Anhänger der „Internationale" zu verlocken. Ich traf vor einigen Tagen Herrn Karl Marx, und er war über die närrische Furcht der deutschen Regierungen vor der Organisation, deren Haupt er war, sehr erstaunt und machte sich weidlich darüber lustig. Aber es ist stets so gewesen, daß jene Herrscher und Regierungen, deren Autorität nicht von der freien Wahl des Volkes abhängt, vor Schattenbildern Angst bekommen.

Correspondenzen.

London, 12. Juni. Deutsche Parteigenossen! Tief bedauern wir Eure momentane Lage*), in die die Reaktion Euch frevelhaft versetzte. Staunen und Erbitterung bemächtigt sich unser, da wir sehen, aus welcher schmutzigen Quelle unsere Gegner schöpfen. Obwohl an Lüge und Verleumdung gewöhnt, so übersteigt das in der letzten Zeit gegen uns Geleistete alles Dagewesene. Wir rufen Euch trotzdem zu: Schreitet wie seither muthig und unerschrocken weiter voran. Lebhafte Anerkennung zollen wir dem Standpunkte, den Euer Centralorgan, der „Vorwärts", in seinen letzten Nummern den Attentaten gegenüber einnimmt. Bereits fängt die englische Presse an, nüchtern zu werden, und mit gruselndem Katzenjammer weist sie auf die deutsche Finsterniß hin. Genossen! Alle Schmach, die man Euch anthut, alles Unrecht, das man Euch zufügt, wird sich zum Heile unserer Sache, zum Heile der ganzen Menschheit wenden. Davon haben wir in England die besten Beweise. Mit Recht können wir behaupten: Ihr seid auch die Pioniere für England. Kein Tag vergeht, ohne daß die englische Presse ellenlange Artikel über die Grundsätze und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bringt. Sind es auch großentheils echte deutsche Reporterblüthen, so ziehen sich doch die denkenden Arbeiter aus denselben ein Urtheil, das zu unseren Gunsten ausfällt. Seid überzeugt, daß eine große Anzahl Arbeiter aller Nationen ebensowohl, wie sie den Meuchelmord verdammen, Euch als unschuldige Märtyrer betrachten und Euch begeistert die Bruderhand entgegenstrecken. Aller Hader wird weichen, und durch Einigkeit erstarkt, wird es unsere einzige Aufgabe sein, mit Euch zu streben und zwar zumeist auf dem einzigen Felde, das uns geboten, nämlich um die von der Reaktion Verwundeten zu pflegen und, soviel in unseren Kräften steht, zur Unterstützung beizutragen. Als ersten Beitrag für die Wahlen haben wir 160 Mark abgesandt; wir werden jetzt mit Subscriptionen beginnen und hoffen redlich die Wunden, die uns unsere Gegner durch unehrlichen Kampf beizubringen suchen, nach besten Kräften zu heilen.

Mit herzlichem Brudergruß im Namen des L. Arb.-Bild.-V.

F. J. Ehrhart, Corresp. Sect.

*) Unsere Lage ist nicht bedauernswerth; wir haben weder den Muth noch die Ehre verloren — deshalb haben wir nichts verloren.

R. d. V.

Zürich, 20. Juni. Der Deutsche Arbeiterverein hat seine Stellung in der jetzigen Reaktionsperiode begriffen und ehrenvoll Position genommen. In seiner außerordentlichen Generalversammlung vom 19. Juni hat er auf Antrag Seidel beschlossen, mit allen Kräften die Wahlagitation der Sozialdemokratie Deutschlands materiell zu unterstützen. Es wurde zu diesem Behufe eine Commission von drei Mann gewählt, welche durch die ganze Schweiz, sowohl unter den deutschen Arbeitervereinen, als unter den anderen Gesinnungsgenossen, die Sammlungen für den Wahlfond organisiren soll. Der Commission wurden sofort aus der Kasse 600 Franken vorschußweise zur Verfügung gestellt, 500 Franken können sofort dem Wahlcomité in Hamburg übersendet und sollen dann durch die eingehenden Beiträge wieder gedeckt werden, und 100 Franken sind für die Auslagen und Agitation der Commission kreditirt. Die Vereine werden jetzt schon darauf aufmerksam gemacht. Es werden Quittungsscheine mit Abschnitten zu 25 Centimes gedruckt, um die Sammlung zu vereinfachen. Halte es jeder Ort für eine Ehrensache, möglichst viele solcher Quittungen unterzubringen.

Wien, 17. Juni. Das Wiener Spießbürgerthum ist durch das jüngste Attentat in Berlin und vor Allem durch die Greuelnotizen, welche die Presse an dasselbe geknüpft hat, so in Angst gebracht worden, daß es seines Lebens nicht mehr recht froh wird und mit Zittern und Beben jeden Tag erwartet, die „Theilerei" und „Mordbrennerei" werde beginnen. Die grausigsten Schauermärchen werden hier über die deutschen Sozialdemokraten kolportirt, besonders an Sonntagen, an denen Nachmittags keine Zeitung erscheint. So war gestern hier das Gerücht verbreitet, Berlin brenne an sieben Stellen! Bei einer solchen Geistesstimmung — wenn von Geist da die Rede sein kann — ist es begreiflich, daß diejenigen bürgerlichen Demokraten, welche bisher ihrer Anständigkeit wegen im Geruche der Sozialdemokratie standen, es für nothwendig halten, diese „Schande" von sich abzuwaschen und feierlich zu erklären, daß sie keine Sozialdemokraten seien, wie dies z. B. kürzlich Doktor Kronawetter im Parlament that. Dr. Kosjek, welcher die Vertheidigung Schwarzinger's in dessen bevorstehendem Preßprozesse übernommen hatte, sagte dieselbe ab, um nicht für einen Sozialdemokraten gehalten zu werden, und der Prozeß, der für heute angesetzt war, mußte vertagt werden, weil sich kein Advokat fand, der es „gewagt" hätte, einen Sozialdemokraten zu vertheidigen! Endlich ist es gelungen, einen Anwalt in der Person des Dr. Berggruen zu finden — falls dieser nicht auch wieder zurücktritt.

Trotzdem, oder vielleicht eben deswegen, weil es so gläubige Ohren fand, ist uns das Gezeter der liberalen Journale von Nutzen gewesen, indem die Klasse des Volkes, welche die Sozialdemokratie schon fast vergessen hat, wieder auf dieselbe aufmerksam gemacht wurde. Beweis für die zunehmende Beachtung, die der Sozialismus in Oesterreich findet, ist die Thatsache, daß seit den Attentaten die Abnehmerzahl des „Sozialist" rapid gestiegen ist. Die Staatsanwaltschaft thut allerdings ihr Möglichstes, um zu verhindern, daß das Volk erfahre, welche Stellung die Sozialisten den Attentaten gegenüber einnehmen. In der Nummer 23 vom 8. Juni des „Sozialist" war ein Leitartikel mit der Ueberschrift „Politische Attentate". In diesem Artikel wurde ausgeführt, daß gerade die monarchistischen Parteien die Schuld an dem Attentate trügen, indem sie dem Volk den Glauben beibrächten, daß alles Gute, Große und Schöne, was im Staate bestehe, vom Monarchen geschaffen worden sei. Indem sie der Person des Monarchen einen solchen Einfluß zuschreiben, indem sie es verkünden, daß es dem „Landesvater" zu verdanken sei, wenn das Volk groß, mächtig und glücklich sei, so ist es natürlich, daß diejenigen, welche das Alles glauben, welche Monarchisten sind, auch alles Schlechte, alles Unglück und Elend dem Monarchen in die Schuhe schieben. Gerade diejenigen, welche die Liebe für den Herrscher erzeugen, erzeugen auch den Haß gegen ihn. Die Attentate auf Monarchen werden erst dann verschwinden, wenn man das Volk aufklärt, daß kein einzelner Mensch, und wäre er der Mächtigste, einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Entwickelung eines Volkes besitzt. Wer die Monarchen vergöttert, lenkt die Waffen der Unzufriedenen auf sie.

Dies ungefähr war der Inhalt des Artikels, vorgebracht in einer den österreichischen Preßverhältnissen angemessenen Form, was jedoch nicht verhinderte, daß er confiszirt wurde — wegen Gutheißung einer ungesetzlichen Handlung. Doch in Oesterreich darf man sich über nichts mehr wundern, ein Wunder wäre es nur, wenn die Regierung und ihre Organe eine, wenn auch noch so leise Anwandlung von Schamgefühl empfinden würden. Daß die Regierung dessen nicht fähig ist, beweist ihr bisheriges Verbleiben im Amte, trotz der offenkundigen Mißachtung, die ihr von allen Klassen der Bevölkerung entgegengebracht wird. Drei Ursachen haben das Ministerium Auersperg gehalten: der Hof, dessen Lakai das Ministerium war, die Haute-Finance, welche manches hübsche Sümmchen durch seine „Gutherzigkeit" verdient hat, und der Umstand, daß weder die Rechte noch die Linke auf eine entschiedene Majorität rechnen kann, weil die Charakterlosigkeit das Prinzip ist, dem der größte Theil unserer Volksvertreter huldigt. Da jedoch die Funktionsdauer des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses demnächst zu Ende geht, und dasselbe fast alle seine Arbeiten beendet hat, und da voraussichtlich bei den nächsten Wahlen vorwiegend entschiedene Gegner des Ministeriums Auersperg gewählt werden, hat dieses es vorgezogen, lieber früher zu gehen, bevor es gegangen wird, und endlich einmal den Entschluß gefaßt, seine Demission eingereicht, welcher allerdings bis Dato noch nicht ausgeführt worden ist, dessen Ausführung jedoch höchst wahrscheinlich noch im Laufe dieses Monats in der amtlichen „Wiener Zeitung" veröffentlicht werden wird. Ob etwas Besseres folgt, wissen die Götter. Schlechter kann's nimmermehr werden. —i.

Berlin, 17. Juni. Nochmals entnehmen wir der „Magdeburger Zeitung" einen Versammlungsbericht, der also lautet: Die Zeltenstraße, eine Straße, welche bekanntlich im Westen des Berliner Thiergartens gelegen ist, bildete gestern (Sonntag Vormittag) einen Haupttummelplatz der Berliner Sozialdemokraten. Als die Herren Greifenberg und Auer erschienen, tummelten sich in den Zelten und in dem angrenzenden Theile des Thiergartens viele Tausende ihrer Parteigenossen umher; das bezeichnete Versammlungslokal selbst war aber verschlossen und prangten an der Außenseite desselben zwei große Zettel mit der Aufschrift: „Heute keine Versammlung." Nachdem den Herren Greifenberg und Auer von Herrn Wetterstein mitgetheilt worden war, daß er aus „gewissen Gründen" sein Lokal als Versammlungsstätte nicht dienen lassen könne, suchten die meisten Sozialdemokraten den Zelten Nr. 3 belegenen, sehr geräumigen Biergarten auf. Hier ließen sie sich den edlen Gerstensaft vortrefflich munden, und die Polizei, die zu Fuß und zu Pferde, uniformirt und nicht uniformirt, erschienen war, sorgte dafür, daß die Ruhe und Ordnung in keiner Weise gestört wurde. Als ein junger Mann die „Berliner Freie Presse" entfaltete und mit lauter Stimme einen Artikel aus derselben vorlas, wurde er von der Polizei aus dem Garten gewiesen. Da derselbe dieser Aufforderung jedoch keine Folge leistete, so wurde er nebst einem ihm beistehenden anderen jungen Manne in Haft genommen. Obwohl der Wirth des Gartens eine sehr große Quantität Bier verkaufte, so schien ihm die „rothe Gesellschaft" doch schließlich unbequem zu werden, denn er bestieg einen Tisch und rief mit lauter, weithin vernehmbarer Stimme: „Ich thue den Gästen hiermit kund, daß ich kein Bier weiter ausschänke, sondern mein Lokal nunmehr schließe. Ich fordere sämmtliche Anwesende auf, sich aus meinem Garten zu entfernen." Ein stürmisches Bravo und Händeklatschen begleitete diese Rede, die sogar „Dacapo" verlangt wurde. Die „Dacapo"-Rede folgte auch sehr bald von Seiten der Polizei, die nunmehr die Sozialdemokraten „im Namen des Gesetzes" zum Verlassen des Gartens aufforderte. In größter Ruhe und Ordnung verließen die Sozialdemokraten den Garten."

So muß selbst die „Magdeburgische Zeitung" über sozialdemokratische Versammlungen berichten. Und diese Berichte beweisen, daß 1) die Sozialdemokraten weitaus anständiger sind, als ihre Gegner, daß 2) unsere Genossen dem provokatorischen Auftreten eines Stieber'schen Polizeispitzels in Ruhe und Würde entgegenzutreten verstehen, und daß 3) die überwachende Polizeibehörde nicht gewillt ist, die geradezu musterhafte und entgegenkommende Haltung des versammelten Volkes genügend zu würdigen.

Berlin, 17. Juni. (Von einem Arbeiter.) Ich besitze da ein Buch, welches sich betitelt: „Das Gesammtgebiet der deutschen Sprache, nach Prosa, Dichtkunst und Beredsamkeit theoretisch und praktisch dargestellt von Karl Heinrich Ludwig Pölitz. Leipzig 1825." Dort ist ein Beispiel in dem Kapitel: „Beredsamkeit" angeführt, welches wohl werth ist, weiter bekannt zu werden.

Hören wir also, was ein Prediger über die Entstehung des Aufruhrs und Empörung sagt. Ich will es wörtlich abschreiben aus Fr. Wilh. Wedag's Predigt: „Woher das Unglück des Aufruhrs und der Empörung entspringt?" in seinen Predigten Th. 1, Leipzig 1793, S. 294 ff.):

„Das Unglück des Aufruhrs und der Empörung, nebst allen damit gemeiniglich verpaart gehenden Ausschweifungen, entstehet nie in einem Lande, wo bürgerlicher Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit wohnen, und wo Aufklärung und Tugend zur Veredlung der Menschheit schwesterlich die Hand sich bieten. Gemeiniglich wird es durch eine Reihe von entgegenstehenden Uebeln vorbereitet, und kann nur da zum Ausbruche kommen und überhand nehmen, wo ein ganzes Volk zum Mißvergnügen und Unwillen gestimmt und durch Druck und Sklaverei oder durch falsche Vorstellungen und Grundsätze zur Empörung gereizt und in blinde Wuth gesetzt wird. Demnach wird nicht, wie man oft sagt, durch die Aufklärung des Volkes, sondern dadurch der Grund zum Aufruhr und zur Empörung gelegt, wenn solche Fehler in der Staatsverwaltung geduldet werden, woraus für das Volk langwierige Bedrückungen erfolgen müssen. Wo also die Vornehmen die Geringeren aussaugen; wo der Mächtige den Schwächern ungeahndet beeinträchtigen und drücken darf; wo es mehr auf hohe Ahnen und Fürsprecher, als auf Unschuld und Recht ankommt, oder wo diejenigen, welche am Ruder des Staates sitzen, und die für den Wohlstand des Ganzen väterlich Sorge tragen sollen, nur auf ihre Bereicherung bedacht sind, oder sich dem Müßiggange, der Ueppigkeit und Wollust ergeben und unnützer Weise verschwenden, was sich der Unterthan mit sauerm Schweiße verdienen muß; oder wenn sie ihrem Ehrgeize, ihrer Eroberungssucht Menschen und Schätze aufopfern und, durch langwierige und blutige Kriege genöthigt, das Volk mit unerschwinglichen Lasten belegen; dann ist das Mißvergnügen, der Unwille des großen Haufens auf die Dauer unvermeidlich, und seine gerechten Beschwerden reifen mit der Zeit zur unglücklichsten Empörung heran."

Ich glaube, daß es jetzt am Platze ist, eine solche Stimme aus der Vergangenheit zu hören.

Ein Parteigenosse R. P.

Bromberg, 6. Juni. Auch bei uns fand aus Anlaß des Attentats auf den Kaiser bei der am letzten Montag abgehaltenen Versammlung des Arbeiter-Lesezirkels ein skandalöser Auftritt statt, welcher, wie schon aus einigen nach Berlin von hier abgesandten Telegrammen ersichtlich, von der Crême des Bürgerstandes provozirt wurde. Schon des Morgens wurde uns die Mittheilung zu Theil, daß „angesehene Bürger" Brombergs einen Coup gegen die hiesigen Sozialdemokraten beabsichtigten. Kurz also nach Eröffnung der Versammlung, zu welcher sich nahe an 100 dieser Herren eingefunden hatten, ergriff der Schauspieler Worms das Wort, um auszuführen, daß die Zeit eine viel zu bewegte sei, um noch auf Vorträge (es war die Städteordnung und das allgemeine Wahlrecht auf der Tagesordnung) einzugehen, und brachte darauf ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches sämmtliche Herren einstimmten. Damit aber war ihnen noch nicht gedient, sie mußten in Ausschreitungen übergehen; denn sie waren uns numerisch überlegen und hatten daher die physische Macht für sich! Die Polizeibehörde selbst war dem Anscheine nach von dem Coup unterrichtet, und erschienen diesmal statt des obligaten Commissars noch andere vier Polizeibeamte und ein Gendarm. Die Militär-Hauptwache, welche dem Vereinslokale gegenüber liegt, soll dahin instruirt worden sein, auf das erste ertönende Signal Hilfe zu leisten. Nachdem wieder etwas Ruhe hergestellt worden, ergriff der Vorsitzende abermals das Wort, indem er erklärte, der gesteigerten Aufregung wegen auf den Vortrag selbst verzichten zu wollen, und machte das Vereinsgesetz zum Gegenstand der Tagesordnung. Während der Vorlesung desselben kühlten verschiedene Herren ihr Müthchen durch Bemerkungen wie: Der Verein ist ein Mordverein, die Hunde todtschlagen, sie zertreten u. s. w. — Unter solchen Verhältnissen sah sich der Vorsitzende veranlaßt, die Versammlung zu schließen. Das steigerte die Wuth der Vertreter der sogenannten „Gebildeten" noch mehr. Das Toben und Lärmen wollte kein Ende nehmen. „Raus mit den rothen Hunden!" brüllten einige der sauberen Patrone, und gleich darauf flog ein faustgroßer Ziegelstein, glücklicherweise ohne zu treffen, in die kleine Schaar der Sozialdemokraten. Der Vorsitzende überreichte sodann dem Commissarius das Projektil, worauf dieser auf einen Tisch sprang und Jenen fragte, ob er denn auch wisse, wer geworfen hätte. Das mußte der Vorsitzende verneinen; der Commissarius erklärte hierauf, er sei hier, um Jedermann ohne Rücksicht auf seine Parteistellung zu schützen. Doch dabei blieb es auch. Der Respekt dieser Herren vor dem Gesetzesüberwacher zeigte sich dadurch, daß sie unter Absingung der Nationalhymne sich in Schlachtordnung stellten und mit gehobenen Todtschlägern auf die nur noch aus zehn Personen bestehende Sozialistenschaar eindrangen. Selbstverständlich mußte diese der rohen Gewalt weichen. Der Vorsitzende flüchtete in die Privatwohnung des Wirthes; dem Kassirer wurde ein noch auf drei Füßen stehender Tisch sammt den darauf stehenden Gläsern auf die Füße geworfen und er konnte schließlich nur

mit Mühe und Gefahr den Ausgang erreichen. So endete die Heldenthat der hiesigen sogenannten Intelligenz, von welcher sie in den Zeitungen so viel Wesen gemacht. — Das Charakteristische der Sache ist, daß, als der Wirth wegen Sachbeschädigung Beschwerde führte, der Brauereibesitzer Leue erklärte: Wir bezahlen ja Alles. — Schließlich sei noch bemerkt, daß der Vorsitzende des Arbeiter-Lesezirkels täglich mit Drohbriefen u. s. w. bedacht wird. — Gestern fanden hier sieben, heute wieder zwei Verhaftungen wegen auf das Attentat bezughabender Aeußerungen statt. Heute wurden die Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Lesezirkels mit Haussuchungen beehrt.

Halle a. d. S. In der am 1. Juni stattgehabten Volksversammlung, welche von mindestens 3000 Personen besucht war, wurde, trotzdem man Opposition versuchte, nachstehende Resolution mit allen gegen 30—40 Stimmen angenommen:

„Die Versammlung erklärt die Behauptung, das Attentat des pp. Höbel auf den deutschen Kaiser habe irgend welchen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie, für einen Vorwand zu dem Zwecke, um die Reaktion zu rechtfertigen."

St. Johann, den 16. Juni. Ich will Ihnen die letzten Ereignisse von hier mittheilen. Genosse Metzger aus Burbach ist bereits seit vierzehn Tagen in Untersuchungshaft angeblich wegen Majestätsbeleidigung. Bis jetzt konnten wir noch nichts Bestimmtes darüber erfahren. Am Freitag Abend wurde Genosse C. Pabst in Saarbrücken verhaftet, laut Verhaftsbefehl wegen Hochverrath. Bei allen Personen, die auch nur im Geruche der Sozialdemokratie stehen, wurde Haussuchung gehalten. Mir haben sie alle Broschüren mitgenommen und bis jetzt noch nicht wieder zurückerstattet. Diese Woche ließ mich auch ein gewisser Jemand rufen und erklärte mir unter dem Versprechen der Verschwiegenheit, daß man auf mich fahnde; er rieth mir, ich solle mir anderswo eine Existenz gründen, indem dieselbe hier ja doch für mich verloren wäre. Durch die beiden Attentate sind die Leute infolge der Hetzartikel in den liberalen Schandblättern so erregt, daß man jedes Zusammenkommen mit einem Reichstreuen vermeiden muß, um nicht in unliebsame Exzesse verwickelt zu werden. Dem Genossen Struttmann sind sie auch überall auf den Fersen, und treiben die „Herren" Gegner es an Unverschämtheit bis aufs Aeußerste, sie schicken zu dem Vermiether, bei dem Struttmann die Wohnung hat und lassen ihm sagen, er sollte Struttmann doch ermittiren, sie würden schon dafür sorgen, daß derselbe dann keine andere Wohnung mehr bekäme. Struttmann hat nun Klage erhoben — obs ihm etwas hilft; er ist ja Sozialdemokrat. — a —

Nehme, 7. Juni. Ich muß Ihnen mittheilen, daß auch hier vollständig Belagerungszustand herrscht und daß innerhalb acht Tagen sich hier durch die confusen und nichtswürdigen Kerle Höbel und Nobiling die Reaktionsseuche epidemisch verbreitet hat. Diese Königsmörder haben überall Freiheitsmörder erzeugt. — Wir beabsichtigten auf den zweiten Pfingsttag eine Wählerversammlung bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahl abzuhalten, in der unser Candidat Frick aus Bremen das Referat übernehmen sollte. Aber unsere Gegner sind nicht allein bei den hiesigen Wirthen, sondern auch in der Umgegend gewesen, damit dieselben uns ihre Lokale nicht hergeben sollten, was ihnen auch gelang. Auch die Fabrikanten üben den größten Druck auf die Arbeiter, denen sie das Halten sozialistischer Zeitungen und den Besuch von Versammlungen bei Strafe der Entlassung untersagen.

Dortmund, 10. Juni. In der allgemeinen politischen Gehirnerweichung, von welcher die Deutschen gegenwärtig, wie von einer bösen Seuche, befallen sind, erklingen die Worte eines vernünftigen Antisozialisten doppelt gut. So schreibt man von hier der „Berliner Volkszeitung", daß unter den Maßregeln, die an den verschiedensten Orten gegen die Sozialdemokraten ergriffen oder wenigstens beabsichtigt werden, sich zahlreiche befinden, die sich nur dadurch erklären lassen, daß bei ihren Veranstaltern auch jede Spur politischer Toleranz fehlt. Die Nachricht, daß einzelne Tabakfabrikanten ihren Arbeitern mit Kündigung gedroht haben, wenn sie weiterhin der sozialistischen Partei angehören oder sozialistische Zeitungen lesen würden, hat bereits die Runde durch alle Blätter gemacht. In den letzten Tagen haben sechs Hagener Firmen beim Vereine zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen den Antrag auf sofortige Einberufung einer Generalversammlung dieses Vereins gestellt, die sich mit der Frage eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie beschäftigen soll. Als Mittel ist in dem Antragschreiben die Entlassung aller Beamten und Arbeiter in Anregung gebracht, „die sich an Versammlungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie betheiligen oder deren Schriften lesen oder Geldunterstützungen gewähren." Wie die „Dortmunder Zeitung" in Erfahrung gebracht haben will, soll sogar beabsichtigt werden, eine internationale Vereinigung behufs Nichtbeschäftigung von Sozialisten anzubahnen. Wenn dem so ist, werden hoffentlich die nichtdeutschen Fabrikbesitzer einen derartigen Vorschlag einfach zurückweisen. Durch solche Maßregeln erreicht man gar nichts, als eine unnöthige Verbitterung auch unter den nichtsozialistischen Arbeitern, die es unbedingt als einen Schimpf ansehen werden, daß man ihnen ihre politische Gesinnung vorschreiben will. Eine große Anzahl von Arbeitern wird vielleicht, um ihr Brod nicht zu verlieren, aus den sozialistischen Vereinen austreten, aber nur, um im Geheimen desto thätiger für die Partei zu sein. Bedauerlich ist es, daß fast keine „liberale" Zeitung der hiesigen Gegend über die geplante Maßregel ein Wort der Entrüstung hat.

Den Parteigenossen empfehlen wir die nachstehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter zum Abonnement:

„Augsburger Volkswille", erscheint dreimal wöchentlich in Augsburg. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Berliner Freie Presse". Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags, Sonntags mit der illustrirten Gratisbeilage die „Neue Welt", in Berlin. Preis viertelj. 4 M.

„Braunschweiger Volksfreund", erscheint die Woche 6 Mal in Braunschweig. Preis pr. Quartal 2 M.

„Bremer Freie Zeitung". Erscheint wöchentlich sechsmal. Preis viertelj. 2 M. 50 Pf.

„Bergische Volksstimme", erscheint wöchentlich sechsmal in Elberfeld. Preis pr. Quartal 2 M. 25 Pf.

„Chemnitzer Freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal, kostet pr. Quartal 1 M. 80 Pf.

„Coburger Volksfrennd" erscheint in Coburg.

„Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Cölner Freie Presse", erscheint wöchentlich 1mal. Preis pr. Quartal 1 M. 15 Pf.

„Dresdner Volkszeitung", erscheint wöchentlich dreimal. in Dresden. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Die Wahrheit". Erscheint täglich in Breslau. Preis pr. Quartal 3 M.

„Die Fackel", erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Die neue Gesellschaft", monatlich einmal in Zürich; Preis pr. Quartal 3 M.

„Die Neue Welt". Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf., in Heften (3 Nummern) à 30 Pf.

„Die Rundschau", Organ für sozialistische Propaganda, erscheint 1mal monatlich in Hamburg. Preis pr. Quartal 60 Pf.

„Die Wage", Wochenblatt für Politik und Literatur. Herausgegeben von Dr. Guido Weiß. Erscheint wöchentlich einmal in Berlin. Preis viertelj. 4 M. 50 Pf.

„Die Zukunft". Sozialistische Revue, erscheint 2mal monatlich in Berlin. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Erfurter Volksblatt", erscheint dreimal wöchentl. in Erfurt. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Essener Freie Zeitung", erscheint wöchentlich dreimal in Essen. Preis 1 M. 50 Pf. pr. Quartal.

„Erzgebirg. Freie Presse", erscheint dreimal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M. 20 Pf.

„Glauchauer Nachrichten", Volksblatt für Stadt und Land. Erscheint wöchentlich sechsmal in Glauchau. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Groitzsch-Pegauer Volksblatt", erscheint 2mal wöchentl. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Hamburg-Altonaer Volksblatt", erscheint 3mal wöchentl. in Hamburg. Preis pr. Quartal 2 M. 40 Pf.

„Halberstädter Freie Presse", erscheint wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 75 Pf.

„Hessisches Volksblatt", erscheint 2mal wöchentl. in Cassel Preis pr. Quartal 1 M. 20 Pf.

„Königsberger Freie Presse", erscheint wöchentlich einmal in Königsberg i. Pr. Preis pr. Quart. 1,50.

„Magdeburger Freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal in Magdeburg. Preis pr. Quartal 2 M. 50 Pf.

„Mecklenburg-Pommerischer Arbeiterfreund", erscheint in Rostock wöchentlich zweimal. Preis pr. Quartal M. 1,50.

„Muldenthaler Volksfreund", erscheint 2mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M.

„Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat", erscheint in Nürnberg wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 95 Pf.

„Niederrheinische Volksstimme", einmal wöchentlich in Crefeld zu 85 Pf. vierteljährlich.

„Neue Offenbacher Zeitung", erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in Offenbach. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

„Ostthüringisches Volksblatt", erscheint wöchentlich dreimal in Gera. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.

„Pfälzisch-Badisches Volksblatt", erscheint wöchentl. 1mal in Mannheim. Preis pr. Quartal 75 Pf.

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", erscheint dreimal wöchentl. in Kiel. Preis pro Quart. 2 M.

„Süddeutsche Volkszeitung", erscheint wöchentlich zweimal in Stuttgart. Preis pr. Quartal 1 M. 10 Pf.

„Solinger Freie Presse", erscheint 2mal wöchentl.

„Thüringer Freie Presse", Organ des arbeitenden Volks in Thüringen. Erscheint dreimal wöchentl. in Gotha. Preis viertelj. 1 M. 50 Pf.

„Volksfreund für den 15. sächs. Wahlkreis, erscheint wöchentlich einmal in Chemnitz. Preis per Quart. 60 Pf.

„Volksfreund", Organ für das Maingau und die Wetterau. erscheint wöchentlich dreimal in Frankfurt a. M. Preis pr, Quartal 2 M.

„Volksfreund", erscheint in Callnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Voigtländische Freie Presse", erscheint wöchentlich 2mal in Reichenbach. Preis pr. Quartal 1 M.

„Volksblatt" für das Herzogthum Altenburg, erscheint 2mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M.

„Volksblatt" für Borna, Frohburg, Lausigk und Umgebung, erscheint wöchentlich 2mal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Westfälische Freie Presse", erscheint wöchentlich 2mal in Dortmund. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.

„Wilhelmshafener Volksblatt", erscheint wöchentl. 2mal in Wilhelmshafen.

„Würzburger Volksfreund", erscheint wöchentlich zweimal in Würzburg. Preis viertelj. 1 M.

„Zeitgeist", erscheint in München wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.

„Zeitzer Volksfreund", erscheint wöchentlich 2mal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Arbeiterfreund", erscheint am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. östr. = 1 M.

„Arbeiter-Wochenchronik", Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis pr. Quartal 60 kr. östr. = 1 M. 20 Pf.

„Arbeiterzeitung", erscheint dreimal wöchentlich in Chicago.

„Der Arbeiter von Ohio", erscheint in Cincinnati (Amerika) wöchentlich 1mal.

„Der Socialist", erscheint täglich in Milwaukee in Amerika. Preis pr. Jahr 5 Doll.

„Die Tagwacht", Organ des schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Zürich. Preis pr. Quartal 1 M. 40 Pf.

„Der Sozialist", Central-Organ der sozialdemokr. Arbeiterpartei Oesterreichs. Erscheint wöchentlich einmal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Kr. = 1 M. 60 Pf.

„New-Yorker Volkszeitung", erscheint täglich in New-York.

„Ohio Volkszeitnng", erscheint täglich in Cincinnati.

„Sozialpolitische Rundschau", Monatsschrift der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. Erscheint monatlich 1 Mal in Reichenberg.

„Tageblatt", erscheint täglich in Philadelphia.

„Volksstimme des Westens". Erscheint täglich in St. Louis (Amerika). Preis pr. Quart. 2 Doll. 50 Cent.

„Volkszeitung", erscheint täglich in Chicago (Amerika).

„Vorbote", Organ der Arbeiterpartei für Stadt und Land, erscheint jeden Sonnabend in Chicago (Nordamerika). Preis pr. Jahr 2 Doll.

„Allgemeine Buchbinderzeitung", Organ des Verbandes für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M.

„Allgemeine Tapezirerzeitung", Organ der Tapezirer und Fachgenossen. Erscheint alle 14 Tage in Berlin. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Ambos", Organ der Schmiede, erscheint wöchentlich 1mal in Berlin.

„Correspondent", Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M. 25 Pf.

„Der Botschafter", Organ für die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeitervereins. Erscheint alle 8 Tage in Berlin und kostet viertelj. 50 Pf.

„Der Fortschritt", Organ des Allgem. deutschen Schneidervereins, erscheint jeden Sonnabend in Leipzig. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Die Mappe", Organ der Maler, Lackirer und Vergolder, erscheint monatl. zweimal in Leipzig. Preis pr. Quarl. 80 Pf.

„Der Genossenschafter", Organ des Gewerkvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Gewerke, erscheint wöchentlich einmal in Schw.-Gmünd. Preis pr. Quartal 1 M.

„Der Gewerkschafter", Organ für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter Oesterreichs. Erscheint monatlich zweimal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Der Wecker", Organ für die Schuhmacher Deutschlands, erscheint jeden Sonnabend in Gotha. Preis viertelj. 50 Pf.

„Das Panier", Organ der deutschen Metallarbeiter, erscheint wöchentlich einmal in Braunschweig und kostet pr. Quartal 50 Pf.

„Der Correspondent", Organ der Hutmacher, erscheint in Leipzig dreimal monatlich und kostet pr. Quartal 60 Pf.

„Grundstein", Organ der deutschen Bauhandwerker, erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis viertelj. 45 Pf.

„Pionier", Central-Organ der Gewerkschaften Deutschlands und der eingeschriebenen Hülfs-(Kranken- und Sterbe-)Kassen. Erscheint wöchentlich einmal in Hamburg. Preis viertelj. 1 M. 20 Pf.

„Sennefelder Bund", erscheint einmal wöchentl. in Nürnberg.

An sämmtliche Parteigenossen in der Corporation der Glaser!

Collegen! Wie Euch Allen bekannt ist, vernichtet heutzutage das Großkapital mehr und mehr die handwerksmäßige Kleinproduktion, namentlich auch im Bauhandwerk speziell in unserm Geschäft. Aus diesem Grunde haben sich einige Collegen entschlossen, Schritte zu thun, um mit Eurer Hilfe und Unterstützung eine Produktivgenossenschaft der Glaser zu gründen. Denn nur vereinte Kraft führt zum Ziele. Als Ort hierzu haben wir eine größere Stadt der Rheinpfalz in Aussicht genommen. Diese letztere hätte folgende Vorzüge für sich für unsern Zweck. Erstens Centralpunkt der Eisenbahn, dann wohlfeile Beschaffung von Rohmaterial und Räumlichkeiten, sowie industrielle Umgebung und unserseits angeknüpfte günstige Verbindungen u. s. w. Auf vorstehendes Bezug nehmend, laden wir nun hiermit tüchtige, überzeugungstreue Collegen ein sich mit uns schriftlich oder mündlich unter folgender Adresse in Verbindung zu setzen:

Redaktion des „Pfälzisch-Badischen Volksblattes",
Mannheim a. Rh. J. 5. 16.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Der Gesangverein „Frühlingsglaube" in Darmstadt hat die Genehmigung zur Abhaltung eines Sängerfestes bis jetzt nicht erhalten und nimmt in Folge dessen von der Abhaltung des Festes Abstand.

Der Ausschuß des Bundes hat deshalb beschlossen — wegen bedeutender Kostenersparniß — für dieses Jahr die Generalversammlung am 6. Juli, Abends 7 Uhr, in Gotha, in Hartmanns Restauration, Dammweg 21 abzuhalten.

Der Ausschuß fordert die Gesangvereine nochmals auf, sich in der Generalversammlung durch Delegirte zahlreich vertreten zu lassen, da verschiedene wichtige Anträge z. B. die Gründung eines selbstständigen Organs vorliegen.

Die Delegirten werden ersucht, sofort nach der Wahl sich beim Unterzeichneten anzumelden.

Gotha, 19. Juni 1878.

Der Ausschuß.
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion. St. in Mainz: Ihr Artikel über die Gesundheitsfrage wird noch verwendet. Derselbe eilt aber nicht so; Sie müssen doch sehen, daß wir jetzt brennendere Fragen zu behandeln haben. — J. K. in Linden: Sie können auf die Notiz nicht klagen. — Mehrere größere Arbeiten von B. und L. in Berlin und aus dem Elsaß mußten Raummangels halber bis jetzt zurückbleiben: dieselben werden in nächster Zeit gebracht werden.

Wahlfonds.

Von Schlz hier 0,50; d. Fckrt hier 0,84; Freim. Beitr. beim Sommerfest der Schneider d. C. 15,00.

Berichtigung. In der Annonce in Nr. 72 von J. Witzka in Mühlheim a. Rh. hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, indem die Ortsbezeichnung nicht Mühlheim a. d. R. sondern Mühlheim am Rhein sein soll.

Aufforderung.

Einer unserer Parteigenossen ersucht ältere, erfahrene Leute aller Gewerke, welche den jetzt allmählich in Vergessenheit kommenden „Handwerksbrauch" der einschlägigen Ceremonien, Grüße, Redewendungen u. dgl. gut kennen, von dem, was sie davon wissen, wahrheitsgetreue und zuverlässige Mittheilungen an die Redaktion des „Vorwärts" gelangen zu lassen. Die Genossen würden demselben, welcher diese Beiträge wissenschaftlich verarbeiten und nutzbar machen will, einen großen Gefallen thun und so thätig mithelfen bei der Erforschung geschichtlicher Lebensformen aus dem Leben der Arbeiter, welche Kenntniß ja ein so wichtiges Kapitel aus dem Wissen vom Volksleben bildet. Wir ersuchen die Parteigenossen also freundlichst, in diesem Sinne zu helfen.

Ein gewisser Seidenschwang, Zimmermann aus Niedereulenbach in Bayern, macht es sich seit einiger Zeit zur Aufgabe die Parteigenossen an den verschiedensten Orten zu besuchen. Dieser Mann ist weder Mitglied der Partei, noch einer Gewerkschaft. Er ist etwas geistesgestört und steht wegen seiner Sucht zu prozessiren unter gerichtlicher Curatel.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Java-Tabak 100—210, Palmyra 130, Carmen 100, Domingo 40—80, Seedleaf 45—62, Brasil 65—120, Ungar. 38 Pfg. (4a) [1,80
C. J. Heymann, Niedernstraße 120 Hamburg.

Wahlagitationsnummer!

Ende dieser Woche wird eine Agitationsnummer für die Reichstagswahl erscheinen.

Diese Nummer wird enthalten:

1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
2. Wahlartikel.
3. Unsere Prinzipien.
4. Rückblicke auf den aufgelösten Reichstag.
5. Wahlgesetz und Wahlreglement.

Preis für je 100 Expl. 1,50 M. ohne Porto. Versandt nur gegen baar oder Postvorschuß.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kunzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Vers. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., Priv. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ripsche, 249 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Haß, 506 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enk, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A. Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 75. Freitag, 28. Juni. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Helgoland und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal; bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.
Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" unter Nr. 4132, Seite 110.

Wir fordern unsere Parteigenossen und Freunde auf, für zahlreiche neue Abonnements Sorge zu tragen. Die Zeiten sind ernst und schwer, sie fordern zur treuesten und energischsten Pflichterfüllung gebieterisch auf.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

An die Arbeiter! Angesichts der niedern Bedrohungen der Arbeitgeber, angesichts der Maßregeln, welche den Arbeitern ihre Ueberzeugung rauben sollen, ersuchen wir unsere Gesinnungsgenossen nochmals, Alles zu versprechen, ja selbst auf Ehrenwort zu versprechen und zu unterschreiben, was die Machthaber von ihnen fordern. Wie ein durch die Folter erzwungener Eid nichtig war und von jedem ehrenhaften Priester gelöst worden ist, so ist ein durch die Hungerfolter ausgepreßtes Ehrenwort gleichfalls null und nichtig — deshalb Arbeiter gebt Euer Ehrenwort, gebt Eure Unterschrift ab, um das Ehrenwort zu brechen, um die Unterschrift zu verläugnen. Eure Bedränger wollen keine ehrlichen offenen Arbeiter haben, heuchelt ihnen deshalb in's Gesicht hinein und bleibt doch Eurer Klasse, bleibt der sozialdemokratischen Fahne getreu. Leistet Eure Unterstützungen heimlich, da Ihr es nicht öffentlich dürft. Eure Verfolger haben Euch in die Acht erklärt, Eure Antwort ertheilt am 30. Juli bei den Reichstagswahlen.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Die Zeit Deutschlands größter Schmach und Erniedrigung.

Gewiß ist es die Zeit, als der todte Korse mit den Kronen der deutschen Fürsten Fangball spielte, von der man uns hier erzählen will, so wird Mancher fragen. Nein, jene Zeit war für Deutschland allerdings eine schmachvolle, aber das Volk machte bald darauf wieder gut, was die Fürsten gesündigt.

Dann ist es sicher aber die Zeit, in welcher dem Volke anstatt der versprochenen Freiheit die Kette gereicht wurde zum Lohne seiner Heldenthaten in den Jahren 1813, 14 und 15? Auch jene Zeit, so finster sie war, als man die freiheitliebende studirende Jugend in den Kerkern schmachten ließ, als die „Schmalzgesellen" ihr Unwesen trieben, ist doch nicht die schlimmste für unser Vaterland gewesen, weil wenigstens die Wissenschaft ihre Flügel entfaltete und unbeachtet von den Machthabern Einlaß fand in den Häusern des deutschen Bürgerthums.

Dann aber waren es die Zeiten Manteuffel's, die Zeiten der politischen und kirchlichen Reaktion nach dem „tollen Jahre"? Auch die sind noch nicht die Zeit der größten Erniedrigung gewesen. Wohl wurden durch falsche Denunziationen widerwärtige Prozesse angestrengt, doch endeten dieselben vielfach mit Freisprechung, da Richter und Geschworene oft genug dieselbe politische Anschauung hatten, wie die Angeklagten.

Dann ist aber wohl die böse Conflikts-zeit in Preußen, wo man sich leichthin über Verfassung und Volksrecht hinwegsetzte, wo Beamte ihrer politischen Meinung halber versetzt oder entlassen worden sind, die schmachvollste Zeit in Deutschland gewesen? Gewiß nicht! Das deutsche Bürgerthum, das deutsche Volk stellte sich auf Seite der Verfolgten und Gemaßregelten, auf Seite der Verfassung und des Rechts. Wurde irgend Jemand seiner politischen Ansicht halber, wenn sie sich gegen die herrschende Gewalt richtete, von dieser irgendwie bedroht, so schlossen alle Gebildeten fest die Reihen und riefen der Macht ein Halt! zu, da nur eine Meinung darüber herrschte, daß es unehrenhaft sei, Jemanden seiner politischen Ueberzeugung halber zu hassen oder gar zu maßregeln.

Das waren Zeiten des Glanzes für das „liberale" deutsche Bürgerthum; es stand auf dem Rechtsboden, und wenn das Bürgerthum später auch der Macht und den „Erfolgen" derselben erlag, so war es nicht die Zeit des Conflikts, sondern die Zeit der „Erfolge", deren das deutsche Volk sich zu schämen hat.

Und seit dieser Zeit, seitdem man den Götzen der Macht anbetet, ist Deutschlands Schmach und Erniedrigung angebrochen. Die Gründerzeit und der „Kulturkampf" legen davon Zeugniß ab; die Bismarcksbeleidigungsklagen und die ungeheure Zahl politischer Prozesse, an denen das deutsche, durch die Machtanbetung corrumpirte Bürgerthum gleichgiltig vorüberging, beglaubigen das Zeugniß.

Und jetzt erst!? Deutschland ist auf dem Gipfel seiner Schmach und Erniedrigung angekommen.

Der Denunziant wird geehrt und belobt, der überzeugungstreue Mann wird geächtet. Der fleißige Arbeiter, der nichts verbrochen hat, als eine eigene Meinung zu haben, wird dieser eigenen Meinung beraubt oder mitsammt seiner Familie den Hungerqualen überantwortet.

Der Polizist ist der erste und geachtetste Mann im Staate, nicht weil er die Gesetze schützt, sondern weil er überzeugungstreue Menschen verhindert, ihrer Ueberzeugung öffentlichen, gesetzlichen Ausdruck zu geben, weil unter seinem Schutze das deutsche Bürgerthum allerlei Brutalitäten an den Geächteten verüben darf. Das Schimpfwort und der Knüppel ist an Stelle des Beweises getreten; das Rechtsbewußtsein ist dem deutschen Volke vollständig abhanden gekommen und hat der Machtanbetung Platz gemacht.

Regierung und Polizei, Beamtenthum und Bürgerthum wetteifern miteinander, Staatsbürger, welche andere politische Anschauungen haben, zu verfolgen, sie politisch und bürgerlich zu vernichten.

Während das liberale Bürgerthum in den Jahren 1861—63 Zeter und Mordio rief, wenn die Regierung einen Beamten seiner politischen Ueberzeugung halber maßregelte, klatscht es jetzt Beifall, wenn Tausende von Arbeitern von Mitgliedern des „liberalen" Bürgerthums lediglich ihrer politischen Ueberzeugung halber aus der Arbeit gejagt werden. Während das „liberale" Bürgerthum sonst jeden politischen Prozeß verabscheute, jubelt es, wenn Arbeiter und Sozialdemokraten, lediglich weil sie etwas scharf ihrer politischen Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, zu jahrelangem Gefängniß verurtheilt werden.

Das Gründerthum hat unsern wirthschaftlichen Wohlstand vernichtet, die Machtpolitik und die russischen Sympathien haben Deutschland der Sympathien der Kulturvölker beraubt, die Feigheit und Niedertracht des deutschen Bürgerthums, das Polizei- und Denunziantenwesen, die Verfolgung aller redlichen politischen Männer aber haben unser Vaterland im Innern corrumpirt.

Und dasjenige Element, welches jetzt niedergedrückt werden soll, das arbeitende Volk allein vermag es, der Corruption Einhalt zu gebieten. Es wird Einhalt gebieten durch seinen Ruf am 30. Juli, der, wenn auch noch nicht laut, doch den Kundigen vernehmbar, die neue Zeit anzeigt, welche Deutschland erlösen wird aus der heutigen Zeit,

aus der Zeit größter Schmach und Erniedrigung.

Sonne steh' still zu Gibeon!

So hieß das stolze Wort, mit welchem pfäffische Herrschaft der Aufklärung einen Damm entgegensetzen wollte. Fast ein Jahrtausend hindurch wurde dieser Ruf den Errungenschaften der Wissenschaft entgegengedonnert. Ein Jahrtausend hindurch gelang es Mönchen und deren Herrschaft die Aufklärung zurückzuhalten. Länger wie ein Jahrtausend aber lag die Menschheit in Banden, welche den Geist in Finsterniß hielten, welche jedwede wissenschaftliche Forschung durch ein brutales Machtwort unterdrückten, welche „Denken" als ein todeswürdiges Verbrechen ahndeten.

Und doch brach sich die Erkenntniß Bahn. Der Kampf war lang und schwer. Von dem Erscheinen jenes die Welt erschütternden Werkes eines Kopernikus: „De orbium coelestium revolutionibus" bis zum Auftreten eines Newton, seit dem stolzen Ausruf: „E pur si muove" eines Galilei bis zum Auftreten eines Darwin, ist eine Zeit des Kampfes gegen Mönchthum und dessen Regiment, ist ein Kampf, den die Menschheit noch jetzt führt gegen pfäffische Indulgenz und Priesterherrschaft. Es ist ein Kampf, welcher der freien wissenschaftlichen Erkenntniß Bahn bricht gegen Verdummung und Aberglauben.

Ist unser Kampf vielleicht ein anderer? Ist unser Kampf vielleicht verschieden von dem, den die Geschichte aufgezeichnet hat? Dort streiten die Errungenschaften der Wissenschaft gegen die Vortheile einer Kaste, hier werden die Vortheile Weniger zum Besten Vieler, ja der Gesammtheit befehdet!

Streiten nicht hier und dort Erkenntniß der Wissenschaft gegen Vorurtheile und Selbstsucht? Wird nicht unser wie jener Kampf Jahrhunderte hindurch geführt? Kämpfen wir denn für Utopien, daß man glaubt, uns durch „Maßregeln" unterdrücken zu können? Glaubt man nur mit einzelnen Personen zu thun zu haben? Man mag unseren „Führern" die Hände binden, man wird dadurch nichts erreichen, als Hunderte bereit und fähig zu sehen, in die Lücken einzutreten, man wird hierdurch veranlassen, daß Tausende hervortreten, das Panier zu schirmen, welchem sie schon lange in der Stille folgten.

Glaubt man eine weltgeschichtliche Idee, eine Gährung, die durch Jahrhunderte bedingt ist, mit wenigen Trägern derselben, in Fesseln zu schlagen? Sind denn in dem Lande der Denker die Regierenden, die Tonangebenden so wenig Denker, um einsehen zu können, daß hier nicht eine Revolution der Geister gemacht, sondern nur genährt wird?

Lassalle sagt: „Eine Revolution machen wollen ist die Thorheit unreifer Menschen, die von der Geschichte keine Ahnung haben."

Bildet man sich ein, eine Bewegung zurückdämmen zu können, die in Fluß ist? Nimmermehr, die gute Sache muß siegen, und wird auch siegen! Wir müssen eingedenk bleiben, daß kein Sieg ohne Kampf gewonnen wird. Wir werden aber diesen Kampf nicht bestehen können, wenn wir ihn als Einzelne, Jeder für sich, Jeder allein führen wollten. Die Sonderinteressen, die Interessen des Einzelnen haben zurückzutreten, wir müssen dadurch für uns wirken, indem wir der Gesammtheit unsere Kräfte leihen.

Lassalle vergleicht unseren Kampf mit dem feurigen Aufgehen der Sonne: „Ein Purpursaum färbt roth und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verkündend, Nebel und Wolken raffen sich auf, ballen sich zusammen und werfen sich dem Morgenroth entgegen, seine Strahlen momentan verhüllend, — aber keine Macht der Erde vermag das langsame und majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die eine Stunde später, aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwärmend am Firmamente steht."

Und Lassalle fährt fort. „Was eine Stunde ist in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das sind ein oder zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs."

Mögen alle Feinde auf uns vereint einstürmen, wir sind eingedenk des Wortes, welches ein Schildspruch geworden ist für Alle, die rückhaltslos streiten im Kampfe gegen die Machthaber, für Erkenntniß und Licht, eingedenk des Ausrufs Galilei's:

„Und sie bewegt sich doch!"

Justus S.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Also doch. Was wir von Anfang an behauptet, wird jetzt von dem Leiborgan des Fürsten Bismarck, der „Post", ausdrücklich zugestanden, nämlich daß Nobiling irrsinnig ist. Die „Post" schreibt unterm 23. Juni: „Das Befinden des Meuchelmörders Nobiling hat sich in den letzten Tagen wesentlich gebessert. Nobiling richtet sich bereits im Bette auf, ißt mit Appetit und giebt theilweise Antworten auf an ihn gerichtete Fragen. Auf die Frage eines der behandelnden Aerzte, ob es besser mit ihm ginge und er sich wohler fühle, antwortete er am Sonnabend: „Etwas!" Bei allen Antworten, die Nobiling aber giebt, umspielt ein eigenthümliches Lächeln seine Lippen, das auf Geistesstörung schließen läßt. Man glaubt, daß das Austreten des Gehirns aus der Wunde die geistigen Kräfte Nobiling's geschwächt habe."

Sie brauchten nicht „geschwächt" zu werden; — als das Attentat verübt wurde, war Nobiling schon wahnsinnig.

Jetzt, wo die „Post" wohl oder übel in Bezug auf Nobiling der Wahrheit die Ehre geben muß, möchten wir das Leiborgan des Fürsten Bismarck auch fragen, ob es nun auch in Bezug auf die Sozialdemokratie der Wahrheit die Ehre geben, und die auf Grund als unrichtig anerkannter Voraussetzungen, die gegen unsere Partei erhobenen grundlosen Anklagen widerrufen will? Für die That eines Irrsinnigen kann keine Partei verantwortlich gemacht werden — das ist doch so klar, daß es keiner Auseinandersetzung bedarf.

Wir sind begierig, wie die „Post" und überhaupt alle Blätter, die sich an der „Sozialistenhatz" betheiligt haben, aus der Affaire sich ziehen werden.

— Als Antwort auf den Marx'schen Brief hat Herr Lothar Bucher folgende (schon erwähnte) Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht:

„Erst heute kommt mir das englische Original des Schreibens zu Händen, welches von dem Dr. Karl Marx in London an die „Daily News" gerichtet und in Uebersetzung von fortschrittlichen und nationalliberalen Blättern verbreitet worden ist. Jemand, ich glaube ein Italiener, hat gesagt, man könne in drei Zeilen so viel Schiefes zusammendrängen, daß 3000 Zeilen dazu erforderlich seien, es geradezurenken. Etwas wie solche 3000 Zeilen zu schreiben, dazu fehlt es mir einstweilen an Zeit und an einem triftigen Anlaß; aber zwei Berichtigungen und eine Ergänzung zu dem Briefe des Dr. Marx lassen sich in Kürze machen. Herr Marx behauptet, ich hätte ihn, natürlich mit Zustimmung des damaligen Ministerpräsidenten, jetzigen Reichskanzlers, aufgefordert, die Redaktion der Börsenabtheilung des „Preußischen Staatsanzeigers" zu übernehmen. Folgendes ist die Wahrheit. Im Jahre 1865 bat der Redakteur des „Staatsanzeigers" mich, ihm Jemand in London nachzuweisen, der von Zeit zu Zeit eine

sachverständige Besprechung des dortigen Geldmarktes liefern könne. Ich erinnerte mich, daß der im vorigen Jahre verstorbene Bankier Gerstenberg in London mir unter anderm erzählt hatte, Herr Marx habe für ein Wiener „Bourgeoisieblatt" correspondirt. Der Name des Blattes ist mir entfallen, vielleicht kennt ihn Jemand in Wien. Ich fragte daher Herrn Marx, ob er die gewünschten Artikel liefern wolle, in denen es auf eine objektive Behandlung ankäme. Von des Herrn Marx „eigenem wissenschaftlichen Standpunkte" steht nichts in meinem Briefe. Nachdem längere Zeit vergangen war, antwortete mir Herr Marx, er schreibe nicht für ein reaktionäres Blatt. Niemand, nicht einmal der Redakteur des „Staatsanzeigers", hat von dieser Correspondenz gewußt oder erfahren. — Das in Genf erscheinende Journal der Internationalen, „Der Vorbote", habe ich mit mehreren ähnlichen jahrelang gehalten, wie ich auch ultramontane halte, und den Preis an die in dem Blatte bezeichnete Adresse eingesandt. Dies sind meine Beiträge, von denen Herr Marx mit einem doppelsinnigen Ausdrucke spricht. — Endlich eine Ergänzung. Herr Marx sagt, Lassalle habe mir ein jährliches Einkommen vermacht, indem er mir das Verlagsrecht seiner Werke überlassen. Es ist richtig, daß Lassalle in seinem Testament, dessen Inhalt 1864 von vielen Zeitungen veröffentlicht wurde, mir das literarische Eigenthum an seinen Schriften vermacht hat; aber seine freundliche Absicht, mir dadurch eine Einnahme zuzuwenden, hat sich nicht erfüllt. Noch im Laufe desselben Jahres entsagte ich in einem an den damaligen Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gerichteten Schreiben den mir aus dem Testament zustehenden Rechten in Betreff der agitatorischen Schriften Lassalle's. Seinen „Heraklit" und sein „System der erworbenen Rechte" hatte er auf eigene Kosten drucken lassen und sich von den Verlegern Rechnungslegung über den Verkauf ausbedungen. Beide Verleger, der eine ein Fortschrittsmann, der andere nationalliberal, können mir bezeugen, daß sie mir bis jetzt weder Rechnung gelegt, noch etwas gezahlt haben; freilich habe ich sie nie erinnert. Wie es mit dem Verlage von Lassalle's Drama „Hutten" und seiner Gedächtnißrede auf Fichte steht, weiß ich nicht genau. Beide Schriften sind Zeugniß seines deutschen Sinnes; beide haben keinen Absatz gefunden.

Berlin, 20. Juni. Bucher."

Daß diese „Berichtigung" absolut Nichts berichtigt, sondern thatsächlich Alles bestätigt, das sieht ein jeder unserer Leser, ohne daß wir es ihm auseinanderzusetzen brauchen. Sogar die „Magdeburgische Zeitung" traktirt das Faktotum ihres „Percy" mit vernichtendem Hohn. „Aus dem vorstehenden Briefe", so schreibt sie, „ergiebt sich also, daß Herr Geheimer Legationsrath Bucher in der That dem Obersten der Sozialdemokraten in jener Zeit eine Correspondentenstelle am königlich preußischen „Staatsanzeiger", welche einer Art staatlicher Pensionsstellung oder Sinecure gleichgekommen wäre, angeboten hat. Es ist dies aber nach dem obigen Briefe nicht einmal im Einverständnisse mit dem Redakteur des „Staatsanzeigers" geschehen. Wohl aber hat Herr Bucher stillschweigend vorausgesetzt, daß derselbe einverstanden sein würde. Der Redakteur eines amtlichen Blattes von solcher Bedeutung hätte indessen selbstverständlich ein so folgenschweres Engagement wie das des Londoner Communistenhäuptlings nicht auf eigene Verantwortung hin in Aussicht nehmen können; er hätte sich sagen müssen, daß er sonst, so wie dies zur Kenntniß der Staatsbehörde käme, kassirt werden würde. Der „Staatsanzeiger" ist in dieser Hinsicht doch nicht irgend einem Wiener „Bourgeoisieblatte" gleichzustellen! Herr Bucher ist ein so gescheuter Kopf! Wie kann er sich nur wundern, daß, wenn er, der der vertraute Begleiter Bismarck's ist, ein so ganz ungewöhnliches, hochpolitisches Anerbieten macht, der Communistenführer Marx nothwendiger Weise annehmen mußte, es geschehe dies mit Vorwissen Bismarck's! Wie konnte nur Herr Bucher den Fürsten Bismarck nicht vorher fragen, ehe er bei Marx anpochte! Das war doch gar nicht sehr correkt gehandelt!"

Wir haben nur wenig hinzuzufügen. Herr Bucher bestreitet nicht, daß er Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation gewesen; an Johann Philipp Becker hat er mehr bezahlt, als das bloße Abonnementsgeld für den „Vorbote" — Beweis: die Empfangsbescheinigungen im „Vorbote" —; Herr Bucher übergeht ganz die Thatsache, daß er bei Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" Geburtshelferdienste geleistet hat. — Siehe Bucher's Brief an seinen „Freund" Lassalle d.d. 30. April 1863; Herr Bucher sagt kein Wort von der Jahresrente, die Lassalle ihm vermacht. Vielleicht klammert er sich hierbei an einen Uebersetzungsfehler der meisten deutschen Zeitungen, die den Marx'schen Brief gebracht — einen Fehler, der zu unserem Bedauern auch in des „Vorwärts" Eingang gefunden hat. Nach dieser inkorrekten Uebersetzung hieß es im Briefe von Marx: Lassalle habe Bucher eine Jahresrente vermacht, indem er das Verlagsrecht seiner Schriften auf ihn übertrug. — Im Englischen heißt es hingegen: „the latter (Lassalle) named him his testamentary executor, bequeathed him an annual revenue and transferred the copyright of his works to Lothar Bucher." Genau übersetzt: Lassalle ernannte ihn zu seinem Testamentsvollstrecker, vermachte ihm eine Jahresrente und übertrug ihm das Verlagsrecht seiner Schriften. Die Jahresrente und das Eigenthumsrecht an den Schriften ist also zweierlei. Freilich stimmt die Annahme, Herr Bucher habe sich an die fehlerhafte Uebersetzung gehalten, nicht mit Bucher's eigener Behauptung, daß er Marx's Brief in der „Daily News", d. h. im englischen Original gelesen.

Die kleine Verwechslung „Hutten's" mit „Franz von Sickingen" wollen wir mit christlicher Nächstenliebe auf Rechnung der Gedächtnißschwäche setzen, die für Apostaten eine ebenso nothwendige, als für Congreß-Archivisten — unpassende Eigenschaft ist. Beiläufig ist auch ganz falsch, daß „Hutten" und die Gedächtnißrede auf Fichte keinen Absatz gefunden hätten. Herr Legationsrath Bucher hat sich um das Schicksal dieser Schriften, deren Namen er, trotz ihres „deutschen Sinns", schnöde vergessen hat, einfach nicht bekümmert.

Zum Schluß noch eine, durch Bucher's Brief veranlaßte Erklärung der Brockhaus'schen Buchhandlung:

„Lassalle's „System der erworbenen Rechte" ist in meinem Verlage erschienen, nicht auf Kosten des Verfassers, sondern auf mein Risiko, unter Betheiligung desselben am weitern Ertrage außer einem sofort gezahlten Honorar. Herr Geh. Legationsrath Bucher hat an eine Rechnungsablegung über dieses Werk nicht nur nie „erinnert", sondern sich mir gegenüber auch nie als der literarische Erbe Lassalle's legitimirt. Wäre dies geschehen, so hätte derselbe selbstverständlich sofort die ihm dann gebührende „Rechnungsablegung" erhalten, und diese wird erfolgen, sobald er jene geschäftliche Vorbedingung erfüllt.

Leipzig, 22. Juni 1878. F. A. Brockhaus."

Herr Brockhaus ist der „nationalliberale" Verleger, von welchem Bucher spricht. Der „Fortschritts"mann, der Lassalle'sche Schriften (und auch die Marx'sche: „Zur Kritik der Nationalökonomie") verlegte, ist Herr Franz Duncker. Vor 15 Jahren hielten es Beide für eine Ehre, sozialistische Schriften zu verlegen. Heute plaidiren sie für Aechtung des Sozialismus. In diesem Beispiel manifestirt sich so recht deutlich der geistige Rückgang, die „Rückentwicklung" unserer deutschen Bourgeoisie.

— Die „Hatz auf den Liberalismus" wird immer heißer und lustiger. Zum Todtlachen sind die verzweifelten Anstrengungen der Herren Nationalliberalen, die auf sie herabregnenden Bismarck'schen Hiebe zu ignoriren und den Aerger und Schmerz durch lautes Gebrüll gegen die Sozialdemokratie zu verbergen. Und das faselt von „Muthlosigkeit", „kleinlauter Stimmung" unserer Partei! Muthlos, kleinlaut — weil unsere Feinde sich unter einander abthun? So menschenfreundlich sind wir nicht. —

— Blech. Irgend ein beliebiger Treitschke kramt seine historische Ignoranz in einem Tendenzartikel, betitelt: „Unter der Herrschaft der Rothen" aus, in welcher es u. A. heißt: „Die Gironde, jene Partei von Ideologen, welche von einer Republik nach antikem Muster träumte im Lande Richelieu's, Ludwig's XIV. und Ludwig's XV., die Gironde hatte Ludwig XVI. auf's Schaffot geliefert, lediglich um der sozialen Republik Platz zu machen, welche sogleich nach dem Königsmord eintrat, während sie von einer Republik der Advokaten und Philosophen geträumt hatten."

Lieber Blechschreiber: sie hatten ganz richtig „geträumt", denn die Republik Robespierre, die vom „Königsmord" an bis zum Thermidor bestand, war im wahrsten Sinne des Worts eine „Republik der Advokaten und Philosophen", während die „soziale Republik", welche zu jener Zeit — vielleicht auf dem Mond — bestanden hat, bis dato noch von keinem Geschichtsforscher entdeckt worden ist.

Und das will den Sozialismus „geistig", „wissenschaftlich" bekämpfen! O heiliger Treitschke-Sparig!

— Der Apostat, Totenreißer und vierfache Gründer, von Unruh, hat die Stirn, in einem „Sendschreiben" über die politische Situation Folgendes auszusprechen:

„Es ist nicht zu bestreiten, daß bei den Wahlen zu den ersten Reichstagen die Regierung gegenüber den sozialdemokratischen Candidaten eine eigenthümliche, keineswegs feindliche Stellung einnahm, und daß bis zum ersten Attentat die bestehenden Gesetze nicht mit Strenge gehandhabt worden sind; aber dadurch wird nach meiner Meinung die Nothwendigkeit nicht aufgehoben, die Regierung im Wege der Gesetzgebung die Vollmachten zu geben, deren sie zum wirksamen Kampfe gegen staats- und culturfeindliche Elemente bedarf, die, wie jetzt nicht bezweifelt werden kann, das Leben unseres allverehrten Kaisers und die Dynastie bedrohen. Wenn eine solche Bande dem Staat, seinem Oberhaupt und der Gesellschaft in der nichtswürdigsten Weise thatsächlich den Krieg erklärt, so reichen die Waffen, welche das gemeine Recht gewährt, schwerlich aus, und einer allgemeinen Beschränkung der schwer errungenen Freiheiten ziehe ich ein Ausnahmegesetz gegen eine Partei vor, die systematisch den Staat und die Gesellschaft umzustürzen droht."

Der Mensch, der diese unerhörte Gemeinheit zu Papier gebracht, hat allerdings Ursache, der Sozialdemokratie feind zu sein, die, zu maßgebendem politischem Einfluß gelangt, mit der „Bande" der Apostaten, Gründer und Totenreißer (und allem was drum und dran hängt) sehr kurzen, wenn auch ganz unblutigen (zur Beruhigung ängstlicher Gemüther sei das ausdrücklich erwähnt) Prozeß machen würde.

— Lasker ist völlig in Ungnade gefallen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, daß es der reine Hohn wäre, wenn für die Wiederwahl Laskers die Behauptung aufgestellt würde, Lasker sei ein Candidat im Sinne Bismarck's. Bismarck stütze sich allerdings auf das Bürgerthum, aus welchem sich die nationalliberale Partei entwickelt habe, aber dieses Bürgerthum würde Männer wie Gneist und Treitschke wählen. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vergißt dabei, daß Gneist und Treitschke schon aus der nationalliberalen Partei so gut als ausgeschieden sind. — Wir aber freuen uns, daß Bismarck durch den Mund der „Norddeutschen" offen eingesteht, daß er nur reaktionäre Elemente in den Reichstag haben will. — Ob Lasker nun dem Reichskanzler zu Liebe auch noch völlig reaktionär wird?

— Wir erhalten aus Mannheim folgende Zuschrift:

„Unter den Unterzeichnern eines Leipziger Wahlaufrufes gegen die Sozialisten, in welchem so salbungsvoll von der Freiheit des Einzelnen und von der Aufrechthaltung des Rechtes geschwatzt wird, finden wir zu unserer großen Belustigung auch den Namen des Herrn Professor Binding. Bekanntlich wurde bei der Einweihungsfeier der Straßburger Universität der greise Gründer des Germanischen Museums, Herr v. Aufseß, von zwei Professoren derart gröblich durchgeprügelt, daß der alte Mann schwer erkrankte.

Wir fragen nun den Leipziger Professor Herrn Binding:

Zum Denunciantenthum.

Die Drohungen mit Denunziationen wegen Majestätsbeleidigungen, um Geschäfte zu machen, mehren sich. Man schreibt nämlich der „National-Zeitung":

„Ein seit 15 Jahren in Moabit ansässiger, sehr begüterter und seines Patriotismus, wie seiner Loyalität wegen bekannter und angesehener Bürger fuhr am Dienstag in Begleitung mehrerer, ihm unbekannter Herren auf der Pferdebahn nach Berlin. Die Herren unterhielten sich ruhig und unauffällig über das Attentat und den Verbrecher Nobiling, ohne daß sich der Moabiter Herr an dem Gespräch betheiligte. Am Monbijouplatze angelangt, stieg er aus, ging in eine in der Nähe befindliche Restauration und bemerkte, wie ein anderer Fahrgast, der ebenfalls an jenem Gespräch mit theilgenommen hatte, ihm gefolgt war und sich gleich ihm ein Glas Bier bestellte. Kaum hatte der Moabiter Herr Platz genommen, als sich der ihm völlig fremde, etwas reduzirt aussehende, ganz glatt rasirte Mensch ihm gegenüber an denselben Tisch setzte und ihn fortwährend auf unverschämte Weise fixirte. Aergerlich hierüber fragte endlich der Moabiter den Fremden, ob er etwas von ihm wünsche. „Ich will wissen, wer Sie sind." — „Das kann Ihnen gleichgiltig sein." — „Ich werde Ihren Namen doch erfahren, denn ich werde Sie wegen der von Ihnen im Pferdebahnwagen begangenen Majestäts-Beleidigungen denunziren," sagte nunmehr flüsternd der Fremde. Erschrocken wechselte der Moabiter Herr die Farbe und konnte stotternd nur hervorbringen: „Aber, mein Gott, ich habe doch gar nicht . . ." — „Seien Sie ruhig, es braucht hier Niemand zu wissen," fiel der Fremde ein, „ich will schweigen, aber geben Sie mir sofort 100 Mark, oder ich lasse Sie auf der Stelle verhaften und Sie wissen, was Ihnen dann bevorsteht!" — Der so bedrohte Moabiter konnte sich anfänglich von seinem Schrecken gar nicht erholen; ihm fielen unwillkürlich die zahllosen Verhaftungen der letzten Tage ein, er erinnerte sich der Vorkommnisse blind geübter Lynch-Justiz, und nur ängstlich stammelnd, ein asthmatischer Anfall hatte ihm die Luft benommen, brachte er die Worte hervor: „Ich habe augenblicklich kaum so viel bei mir, ich weiß nicht . . ." — „Nun gut," unterbrach ihn wiederum der Fremde, „Sie werden sich das Geld holen und es mir nach der Vase am Museum bringen! Versuchen Sie nicht, mir zu entgehen. Ihre Schritte lasse ich durch einen Schutzmann bewachen! Mein Seidel bezahlen Sie!" — Sprach's, klopfte dem Andern wie einen alten Bekannten auf die Schulter, rief dem Kellner zu: „Der Herr bezahlt!" und ging. Nur sehr allmählich erholte sich der sonst gar nicht so leicht in's Bockshorn zu jagende Moabiter von dem gehabten Schrecken; ihm dämmerte eine Erinnerung an ähnliche Erpressungs-Geschichten auf und, sich seiner vollen Unschuld an dem ihm vorgeworfenen Verbrechen wohl bewußt, ging er, ruhig das Weitere abwartend, nach dem Rendezvous-Platze, um nun seinerseits den „Denunzianten" zu denunziren und ihn verhaften zu lassen. Aber — vergeblich! Der Patron mußte wohl in den Mienen unseres Freundes bemerkt haben, daß er Muth geschöpft hatte und allen Eventualitäten nunmehr ruhig in's Auge sah — er kam nicht und war und blieb verschwunden. Oder war nur das eine Seidel sein Zweck?"

Ein schönes Geschichtchen das! — So oder ähnlich ergeht es jetzt in dem schönen deutschen Vaterlande.

Doch weiter: Die in Dortmund erscheinende „Tremonia" vom 19. Juni enthält in ihrem Inseratentheile folgende Erklärung: „Der Puddler Peter Feiden wurde am 11. d. M. wegen angeblicher Majestätsbeleidigung auf der „Union" hier verhaftet. Zur Steuer der Wahrheit und zur geringen Sühne des von mir begangenen Unrechts erkläre ich hierdurch mit dem größten Bedauern, daß die Verhaftung des p. Feiden auf Grund einer von mir aus unlauteren Motiven angebrachten falschen Denunziation erfolgte.

Dortmund, 19. Juni 1878. Friedr. Plappert."

— Sonst und jetzt. In den 40er Jahren und namentlich „anno 48" sangen und gröhlten unsere Spießbürger in allen Kneipen und auf den Straßen das prächtige Lied Hofmann's von Fallersleben:

„Von allem Schlechten, was da ist,
Was wühlt im Schlamm, was kraucht im Mist,
Voll Gift und Gall', voll Schmach und Schand':
Das Schlecht'ste ist: der Denunciant.

Wo Friede herrscht und Freude thront,
Gemüthlichkeit und Frohsinn wohnt,
Da ganz verborgen und bosthaft spannt
Die Netze aus: der Denunciant.

Genau wird von ihm Buch geführt,
Ein jedes Wort schnell aufnotirt.
Gefälscht, gelogen, umgewandt.
Calfactert's dann: der Denunciant.

Er drängt in Freundeskreis sich ein.
Steckt überall die Nas' hinein,
Das heiligste Familienband —
Nichts schont der schuft'ge Denunciant.

So lange geht — vergiß es nicht —
Der Krug zum Brunnen bis er bricht,
Bis heimgeschickt, bedeckt mit Schand,
Für alle Zeit der Denunciant.

Und heut? Ja nun, heut erklären sie das Denunziren für eine „Ehrenpflicht" und kommen nach Kräften dieser dunklen reichsbürgerlichen „Ehrenpflicht" nach.

Wir aber halten fest am alten Lied und singen lustig, wie anno „48":

Von allem Schlechten was da ist,
Was wühlt im Schlamm, was kraucht im Mist,
Voll Gift und Gall, voll Schmach und Schand:
Das Schlecht'ste ist der Denunciant.

— Zum Nothstande. Bei der kürzlich im Norddistrikte zu Berlin vorgenommenen Impfung der zwölfjährigen und älteren Schuljugend machte sich bei der größten Mehrzahl der zur Impfung erschienenen Mädchen eine recht auffallende Erscheinung geltend, die als ein Zeichen der noch immer andauernden trüben Zeitverhältnisse zu betrachten sein dürfte. Es wurde nämlich der weitgrößte Theil dieser impfpflichtigen Mädchen, alles sehr abgemagerte Gestalten, während der Impfung ohnmächtig. Der betreffende Arzt, dem bei seiner großen Praxis in dieser Beziehung eine ähnliche Erscheinung noch nicht vorgekommen war, konnte die Ursache derselben nur auf die mangelhafte Verpflegung zurückführen, die nur mangelhaftes und schlechtes Blut erzeuge und hier die Ohnmachten unzweifelhaft zur Folge habe. Die Thatsache, daß gegenwärtig viele dieser Kinder in Folge schlechter Ernährung körperlich und geistig hinsiechen, dürfte ferner folgende von glaubwürdigen Leuten gemachte Beobachtung beweisen. Auf den Marktplätzen sammeln sich an den Marktwagen eine Menge Kinder an, ganz besonders sieht man dies auf den Marktflecken der nördlichen Stadtgegend, welche die von den Grünkramhändlerinnen weggeworfenen schlechten Blätter von Kohlrabi und anderen Kohlarten aufsuchen, welche dann zu Hause zubereitet werden und die Mahlzeit ersetzen müssen. — Sind das nicht Zeichen eines Nothstandes, der zum Himmel schreit, eines Nothstandes, der gehoben werden, gründlich, radikal, gehoben werden muß, soll nicht das ganze Volk verhungern, verkommen, versinken? Aber so lange man, statt auf die Vorschläge Derer zu hören, welche des Volkes Dasein auf die sichere Basis geregelter Arbeit stellen wollen, sie verleumdet, beschimpft und verfolgt, kann die öffentliche Lage nicht verbessert werden, können solche traurige Erscheinungen, wie die oben erwähnten, nicht verschwinden.

— Unverschämt! In der „Germania" lesen wir: „Bei Ausübung einer Haussuchung in Kalau fanden wir es kaum glaublich, daß einer von den mit der Revision Betrauten selbst eine Person im Bette inspizirt habe. Ein Mitglied der Familie theilt uns nun mit, daß man sich in der That dieses Experiment an seiner achtzigjährigen Mutter erlaubt habe."

— „Gratulation! Düsseldorf dem deutschen Reiche wiedergewonnen," so telegraphirte bei den letzten Wahlen zum preußischen Landtag in Düsseldorf, bei welcher die 2 liberalen Candidaten mit 3 Stimmen Majorität gesiegt hatten, der „Altkatholiken-Führer" Advokat-Anwalt Lützeler an den Fürsten Bismarck. Die Wahlen wurden kassirt und bei der stattgehabten Wahlmännerwahl zur Neuwahl errangen die Ultramontanen den Sieg. Jetzt kann wieder an Bismarck telegraphirt werden: „Düsseldorf ist wieder dem deutschen Reiche verloren gegangen"!

1. Sind Sie vielleicht der nämliche, der die Prügelheldenthat an einem Greise verübt hat?
2. Wenn ja, wie stellen Sie sich persönliche Freiheit und Aufrechterhaltung des Rechtes vor, vielleicht gar mit dem Privilegium für heißblütige Professoren, junge und alte Leute krank prügeln zu dürfen?
3. Oder standen Sie vielleicht damals in Straßburg unter sozialdemokratischen Einflüssen?
Auf Ihre Antwort sind wir neugierig."

— Die Solidarität der Arbeiter. Aus Belgien wird uns mitgetheilt, daß die dortigen Sozialisten Geld sammeln, um die deutsche Sozialdemokratie in dem gegenwärtigen Wahlkampfe zu unterstützen. Dank den braven Belgiern. Das Geld soll gut verwandt werden für die gemeinsame Sache.

— Zum Rückgang. Das „Pfälzisch-Badische Volksblatt", das bis jetzt wöchentlich nur einmal erscheint, hat in letzter Zeit solche Fortschritte gemacht, daß ein dreimal wöchentliches Erscheinen in Aussicht genommen ist. — Die „Chemnitzer Freie Presse" welche seit den Attentaten eine große Anzahl neuer Abonnenten gewonnen hat, erscheint jetzt in doppelt vergrößertem Format. — Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die „Sozialistenhatz" unter anderen für unsere Partei sehr nützlichen Wirkungen auch die gehabt hat, den Abonnentenkreis unserer Parteipresse bedeutend zu vergrößern. Und zwar gerade da am meisten, wo die „Hatz" am lebhaftesten und gemeinsten. Woraus unsere Gegner, die noch Verstand haben, sich die Lehre ziehen mögen!

— Am 24. d. M. erhielten wir folgendes Schreiben:

Leipzig, den 22. Juni 1878.

An die Expedition des „Vorwärts"
hierselbst.

Nachdem von dem Herrn Oberpräsidenten für Elsaß-Lothringen die Ausgabe und Verbreitung der hier erscheinenden Zeitschrift „Vorwärts" für den Bereich Elsaß-Lothringen verboten worden ist, wird die Expedition des „Vorwärts" von diesem Verbote hierdurch in Kenntniß gesetzt mit dem Bemerken, daß von der heutigen Nummer 73 an demnach 50 Exemplare weniger hier aufzuliefern sind.

Kaiserliches Postamt I.

— Vom Kriegsschauplatze. Wegen des bekannten Aufrufs von Lissagaray wurde der Redakteur des „Vorwärts" Helßig am Dienstag von dem Leipziger Schöffengericht auf Grund der §§ 110 und 130 zu 8monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt. — In Glauchau ist Schlesinger, Vorsitzender der dortigen Genossenschafts-Buchdruckerei, plötzlich verhaftet worden. Wahrscheinlicher Grund: Die famose „sinnlose Phrase", die absolut berühmt gemacht werden soll. Dagegen ist der kurz vorher verhaftete Redakteur der „Glauchauer Nachrichten", Hohlfeld, nach 8tägiger Haft wieder in Freiheit gesetzt worden. Wie Hohlfeld mittheilt, erfolgte seine Verhaftung nicht in Folge der „sinnlosen Phrase", wie wir gemeldet, sondern aus Anlaß der bereits erwähnten Correspondenz aus Schneeberg, welche das obrigkeitliche Massenaufgebot gegen Dittrich in Schneeberg (Haussuchung mit 6 Mann, darunter 2 Gensdarmen mit Flinten!) herbeigeführt hatte. — Unser Genosse, Redakteur des Berliner Parteiblattes, Schapira, ist gegen eine Kaution von 3000 Mark auf freien Fuß gesetzt. Schapira ist bekanntlich zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden, 11 neue Anklagen liegen noch gegen ihn vor. — Bei dem Parteigenossen Julius Hahn in Berlin ist am letzten Freitag gehaussucht worden. Erfolg = 0. — Genosse Altenkirch in Brandenburg ist nach 3monatlicher Haft wegen § 130 aus dem Gefängniß entlassen worden. — Am 20. wurde eine sozialdemokratische Versammlung in Breslau verboten. — In Gera ist das auf den 30. Juni angesetzte Volksfest durch den dortigen Stadtrath verboten worden. — Den Invaliden, welche sich durch Orgelspielen ernähren, ist an einigen Orten Deutschlands das Spielen der Melodie der Marseillaise verboten worden. — In Finsterwalde ist bei unsern Genossen Zirkel und Hoffmann gehaussucht worden. Resultat = 0. — Aus Hamburg erfahren wir, daß bei dem Genossen Geib nochmals gehaussucht worden ist und zwar auf Requisition der Altonaer Behörden. Man hat mehrere Geschäftsbücher ꝛc. ꝛc. mitgenommen. Ebenso hat man nochmals Haussuchung bei Derossi und der Assoziationsbuchdruckerei vorgenommen und Geschäftsbücher auch von dort vorläufig mit Beschlag belegt. — Die Dortmunder Polizeibehörde hat, nachdem zwei Redakteure der „Westfälischen Freien Presse" inhaftirt worden sind, die Nummer 60 mit Beschlag belegt, weil der unterzeichnete verantwortliche Redakteur eine vorgeschobene Person sein sollte, obgleich nachgewiesen, daß der Betreffende schriftstellerisch thätig für das Blatt war. — Drei Criminal-Commissäre sind nach Berlin zurückgekehrt von einer Rundreise durch Deutschland und haben viel „Geheimes Verbindungsmaterial" mitgebracht. — Die Kaffeekränzchen der Berliner sozialdemokratischen Frauen werden nunmehr auch unter Anklage als geheime Verbindungen (§ 128 des Strafgesetzbuches) gestellt werden. — Die Restaurateure in Berlin, bei denen die Sozialdemokraten vorzugsweise verkehren, sind auf Polizeistunde (bis 11 Uhr) gesetzt worden. — Die bei den Genossen Auer und Schapira in Berlin beschlagnahmten Papiere hat man ihren Eigenthümern zurückerstattet. — Die verhafteten Mitglieder des „Nordclubs" zu Berlin sind außer dem Zahntechniker Superzinsky sämmtlich wieder entlassen worden. Superzinsky wird auf Denunziation in Haft gehalten, die darauf hinausläuft, daß er vor 2 Jahren eine Majestätsbeleidigung begangen haben soll.

— Wofür giebt's Lazarethe? Die „Berliner Freie Presse" schreibt:

„Der aus bis jetzt wenigstens unbekannten Gründen im Garnisonsarrest in der Lindenstraße in Berlin inhaftirte Einjährig-Freiwillige des Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, Krüger, soll sich in Folge seiner Haft in einem so erregten Gemüthszustande befinden, daß er seine ihn besuchende Mutter nicht einmal erkannt hat."

Wir aber fragen, ist es erlaubt, den jungen Mann noch im Gefängnisse zu halten, der sich in solchem kranken Zustande befindet? Will man den Fall Dentler noch um einen ähnlichen vermehren im „Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte"?

Correspondenzen.

Kiel, 20. Juni. Auf der hiesigen kaiserlichen Schiffswerfte, woselbst mehrere Hundert Arbeiter beschäftigt sind, wurde gestern ein Ukas veröffentlicht, welcher nicht russischer sein könnte, als er ist. Den Arbeitern wurde nämlich bekannt gegeben, daß alle Jene, welche sozialdemokratischen Prinzipien huldigen und denselben nicht entsagen wollen, aus der Arbeit entlassen werden und nach Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist die Werft zu verlassen haben. Desgleichen werden Alle, welche sozialdemokratischen Vereinen angehören, aufgefordert, aus denselben auszutreten. Wer den sozialdemokratischen Prinzipien nicht entsagen wolle, habe dies im Verlaufe von drei Tagen seinem speziellen Vorgesetzten zu melden. Arbeiter, welche später betroffen werden, daß sie sozialistischen Vereinen angehören, derartige Versammlungen besuchen, die Partei mit Geld unterstützen oder auf sonst welche Weise kundgeben, daß sie derselben angehören, können sofort entlassen werden. Dieser Ukas soll direkt von der Regierung und nicht von der hiesigen Werft-Direktion ausgehen. Wir hätten es also im „starken", „einigen" Deutschland glücklich so weit gebracht, daß der Staat, resp. die Regierung, als Arbeitgeber die Gedankenfreiheit seiner Arbeiter unterdrückt. Oder sollte man durch dieses Manöver etwa den Sozialdemokraten die Reichstagswahlen erschweren und verhindern wollen, daß sozialistische Abgeordnete in den Reichstag kommen? Ist es nicht unerhört und ein direkter Gewaltakt, wenn man in der Wahlperiode den Arbeitern verbietet, Versammlungen zu besuchen, wenn man ihnen vorschreibt, welche Meinung sie haben, was sie lesen, sprechen und denken sollen? Und wie leicht kann man die Arbeiter durch solche Maßnahmen zu irgend welcher unüberlegten That, etwa zu einem Putsch, drängen; dann natürlich werden die „schießende Flinte" und der „hauende Säbel" ihre Schuldigkeit thun. Daß ein solcher Ukas unter den Arbeitern große Aufregung hervorbringen muß, ist ja selbstverständlich, deshalb traf man auch geeignete „Vorsichtsmaßregeln". Gestern zogen die Wachen, was sonst nicht geschieht, mit scharf geladenen Flinten auf. Die Hafenpolizei und die Nachtwächter waren auf den Beinen und standen bereit, sich auf einen gegebenen Wink auf die Arbeiter zu stürzen, wenn sie mit der von „Oben" beliebten Maßregel nicht zufrieden sein sollten. Heute Morgen wurden, wie ich aus sicherer Quelle mittheilen kann, in den einzelnen Werkstätten — — — Handschellen an die Vorgesetzten ausgetheilt. Aber auch diese Maßregel wurde, obschon sich die Kunde mit Blitzesschnelle verbreitete, von den Arbeitern nicht weiter beachtet, denn die Sozialdemokraten sind zu geschult, um den Soldaten Gelegenheit zu geben, die auf den Exerzierplätzen sich angeeignete „Bildung" praktisch zu verwerthen. Heute sollte eine Versammlung der Werftarbeiter stattfinden, in welcher eine Resolution an die Regierung, in welcher die Arbeiter die Zurücknahme der unerhörten Maßregel verlangen wollten, berathen werden sollte. Wie dies nicht anders zu erwarten war, wurde dieselbe von der „hohen" Polizei verboten. Ein Telegramm an die Regierung in Schleswig, in welchem sich die Arbeiter über das Vorgehen der Polizei beschwerten, wurde lakonisch mit den Worten beantwortet: „Bericht der Polizei abwarten." Natürlich ist für die Regierung die Polizei der lautere und unverfälschte Born der Wahrheit. Auf ein zweites Telegramm kam die Antwort: „An Polizeibehörde wenden." Nun wendeten sich die Arbeiter nochmals an die Polizeibehörde, welche aber die Versammlung kurzweg verbot. Es lebe die deutsche Versammlungsfreiheit! Der betreffende Stadtrath gab zwar zu, daß die Sozialdemokraten im Rechte wären, wenn sie gegen eine solche Maßregel sich auflehnten, aber — und hier liegt der Hund begraben — sie würden durch eine solche Versammlung einen Druck auf diejenigen Arbeiter ausüben, welche mit der Maßregel zufrieden seien. Großartige Polizeiweisheit! Die Sozialdemokraten sollen sich ruhig den Druck gefallen lassen, damit ja die „Gutgesinnten" nicht verführt werden. Die gute Polizei meinte auch, die Arbeiter hätten ja das „Recht", eine Resolution abzufassen und dann ihren Collegen zur Unterschrift vorzulegen, es bedürfe daher der Versammlung gar nicht. Daß Derjenige, welcher die Unterschriften sammeln würde, die sofortige Entlassung zu gewärtigen haben würde, das hat der gute Mann wohlweislich verschwiegen. Aus allen diesen Machinationen ersehen wir, daß die Regierung vor der Sozialdemokratie Angst hat, daß sie in dieser ihrer Angst verwirrt wird und zu Mitteln greift, welche der Polizei unter Napoleon III. nicht einmal gut genug waren. Natürlich wird durch ein solches Vorgehen, durch solche offene Kundgebung der Furcht das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande nicht gehoben. Die Arbeiter werden sich dem Drucke fügen, aber sie werden sich derartige Eingriffe in ihre heiligsten Rechte merken, werden nur noch fester an ihrer Ueberzeugung festhalten und sich diese Gewaltmaßregeln auf das Kerbholz schreiben.

Lübeck, 18. Juni. Wie allgemein bekannt, hatte unser hochwohlweiser Senat es für gut befunden, im Gegensatz zu den anderen Hansestädten, seine Zustimmung zu dem „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie" zu geben, obgleich die hiesigen Sozialdemokraten dem hohen Senat noch niemals Veranlassung zu besonderem Einschreiten gegeben haben. Sei es nun, daß das Ausnahmegesetz eine so gründliche Niederlage im Reichstag erlitten hat, oder aus anderm Grunde, genug, in letzter Zeit wird uns seitens der Polizei eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, wovon die nachfolgenden Beispiele zeugen. Am 27. Mai hielten wir in unserm Vereinslokal eine Sozialistenversammlung ab, betreffend Delegirtenwahl zum Sozialistencongreß. In dem Lokale waren zunächst vier Polizeibeamte, worunter der Commissar selbst, zur Ueberwachung erschienen. Zum Ueberfluß waren außerdem noch fünf Mann Patrouille am Eingange postirt, um — nun, um die Reservisten, welche gerade zur Uebung eingezogen waren, vor den „Umsturzideen" der Sozialdemokratie zu bewahren. Aber trotz dieser „löblichen" Vorsicht unseres hochwohlweisen Senats und des Regimentsobersten war die Versammlung gut besucht und Herr Heyer wurde einstimmig als Delegirter gewählt. Ein Parteigenosse, welcher beim Anblick der Patrouille sich eines Rufs des Erstaunens (Oho!) nicht erwehren konnte, wurde in 3 Mark Ordnungsstrafe genommen. — Ferner hatten wir am Pfingstmorgen einen Ausflug nach dem Holze arrangirt in Begleitung eines Musikcorps und eines Gesangvereins. Aber unser „fürsorglicher" weiser Senat ließ am Abend vorher das Comité zu sich rufen und erklärte, daß der beabsichtigte Ausflug nicht stattfinden könne, wenigstens nicht im Zuge, und Fahnen sowie Musik dürften in keinem Falle mitgenommen werden. — Uebrigens haben wir ebenfalls einen sehr „umsichtigen" Polizeikommissar, welcher sehr für die „Ruhe" unserer besorgt ist. Denn als wir am 13. Juni einen unserer Parteigenossen zur Erde bestatteten und zu diesem Zweck natürlich die rothe Fahne mitgenommen hatten, da glaubte gewiß der Herr Commissar, die Stadt würde davon umfallen, oder er war vielleicht in dem Wahne begriffen, daß unsere ruhigen Bürger beim Anblick der rothen Fahne wild werden würden. Genug, kaum war der Zug durch die Stadt und vor dem Kirchhof angekommen, als die Oberpolizei in einer Droschke „herangejagt" kam und „im Namen des Gesetzes" die Entfernung der rothen Fahne veranlaßte. Wir sind natürlich allzuruhige Leute, um deshalb ungemüthlich zu werden; aber die Entrüstung darüber in unserer Stadt, daß die Turn- und Kriegervereine mit Musik und Fahnen unbehelligt ausziehen können, während den Sozialdemokraten Alles untersagt wird, ist der beste Beweis, wie ungerecht ein solches Vorgehen ist, und wie mit zweierlei Maß gemessen wird.

—l.

Bromberg, 18. Juni. Die Sozialdemokraten sind vogelfrei! Diese Parole scheint man hier seit Montag, 3. Juni, ausgegeben zu haben. Dem bisherigen Vorsitzenden des Arbeiter-Lesezirkels hat man Zettel an die Thür geklebt und durch's Fenster geworfen, deren gemeiner Inhalt, wollte ich ihn mittheilen, jedem Leser des „Vorwärts" die Zornesröthe ins Gesicht treiben würde. Doch damit geben sich die „Gebildeten" nicht zufrieden, man droht sogar uns bei nächster Gelegenheit zu erschießen oder zum Krüppel zu hauen. — Falls wir wagen sollten, noch jemals eine Versammlung hier abzuhalten, so will man uns die Bude überm Kopfe zusammenbrennen. Einen neuen Akt der Bromberger „Gebildeten" habe ich heute mitzutheilen. Genosse Seebach wurde am 3. Pfingstfeiertag im hiesigen Schützengarten von einem Mitglied der Schützengilde, dem Porzellanmaler Puse, welcher nebenbei gesagt, schon öfters das Delirium gehabt haben soll, durch fortwährendes Treten auf die Füße, wobei auch die Beinkleider nicht geschont wurden, insultirt. Schließlich als er sich entfernte bis auf einen anderen Platz verfolgt und mit einem derben Faustschlag ins Gesicht traktirt. Ohne diesen Schlag thätlich oder mit Worten zu erwidern verfügte sich Genosse Seebach schleunigst um weiteren Thätlichkeiten dieses Menschen, der augenscheinlich angestachelt war, vorzubeugen. Seitens der „Gebildeten", welche theilweise Alles mit ruhig angesehen hatten, begann jetzt eine reine Hetzjagd auf Seebach mit dem Geschrei: „Das ist ja ein Demokrat!" „Das ist der Vorstand von den Sozialdemokraten!" „Der ist auch im Mordverein!" „Raus mit dem Kerl!" „Haut ihn!" ꝛc. was sogleich aus allen Theilen des Gartens erscholl. Die hohe Polizei, vertreten durch Inspektor Kollath, Commissarius Eisenblätter und 2 Polizisten war Zeuge dieser Brutalität von Anfang an, ohne zu interveniren. Gleich darauf suchte Puse zwei andere Genossen am Biertisch auf und setzte seine Frechheiten fort bis sie schleunigst den Garten verließen. Natürlich begleitete dieselben ebenfalls das Gebrüll der „Gebildeten". Der hiesige Arbeiter-Lesezirkel, welcher aus 40 Mann bestand, hat sich vorläufig aufgelöst, resp. abgemeldet, bis die Zeiten wieder ruhiger werden. — Am 6. Juni wurde hier Haussuchung gehalten bei den Genossen Boys, Hahn und Schrott, selbstverständlich ohne Erfolg. Am 22. Mai wurde Genosse Seebach wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung, begangen durch Verbreitung des Anty-Syllabus, zu 14 Tagen Gefangniß und Tragung der Kosten verurtheilt.

Hannover, 22. Juni. Es existirt hier ein Doctor medicinae, Namens Ulrich, wohnhaft in Emmermann's Brauerei. Vorgenannter Arzt kam Ende voriger Woche in eine Wirthschaft, in welcher auch der „Vorwärts" ausliegt. Das schien dem edlen Herrn nicht zu gefallen, denn nachdem er hierüber seinem Herzen Luft gemacht hatte, sprach er mit erhobener Stimme noch folgende Worte: „Ueberhaupt, wenn ich zu befehlen hätte, so müßten alle Sozialisten auf der Limmerstraße zusammen marschiren, dann ließ ich Kanonen auffahren und sie sämmtlich niederkartätschen." — — — Nicht wahr, schöne Früchte das, wenn sie zur Reife gelangen? — Da die Herren Staatsanwälte jetzt so sehr bemüht sind, sich Arbeit zu verschaffen, mögen sie sich nur umsehen, und sie werden gewiß genug finden. Der Herr Dr. Ulrich hat doch durch seine rohen Worte eine indirekte Aufforderung zum Morde erlassen?! Mögen aber die sozialistischen Arbeiter, die sich von dem edlen Herrn behandeln lassen, dies sich merken. Denn wenn ein Arzt in solcher brutalen Weise sich in einem öffentlichen Lokale über die Sozialisten ausläßt, dann ist er auch im Stande, seinen Wünschen im Kleinen selbst nachzukommen und unbeliebte Personen durch kleinere Mittel ins Jenseits zu befördern. Mögen die Einwohner Lindens dies beachten! —

Da die Wahlen zum Reichstage bald stattfinden, möchte ich alle Freunde unserer Sache ersuchen, mir über alle ähnlichen Fälle Mittheilung zu machen; denn da die Gegner kein Mittel scheuen, selbst das schändlichste nicht, wollen wir zeigen, daß auch wir zu kämpfen verstehen, indem wir solche Vorfälle der Oeffentlichkeit, dem gesammten Volke kundthun, dann werden unsere Gegner ihre Kampfart schon ändern Mit sozialdemokratischem Gruß

Jos. Kayser, Klempner, Limmerstr. 17, Linden.

(Zwei Zeugen haben obigen Bericht noch unterschrieben. D. R. d. V.)

Meißen, 11. Juni. Am 10. und 11. Mai hielt der schon durch den „Vorwärts" bekannte Reiseredner des Vereins für Sozial-Reform, Herr Lössel, zwei Versammlungen ab. Das Hauptsächlichste seines Vortrages bestand darin, daß er den Anwesenden eine größere Anzahl Zeitungsartikel vorlas, welche geeignet waren, den Spießbürgern vor den Sozialdemokraten eine heillose Angst zu machen. Die Versammlungen waren öffentliche, aber ein Vorsitzender wurde nicht gewählt, und als unser Parteigenosse Thieme nach Schluß der ersten Versammlung fragte, ob eine Debatte zugelassen würde, antwortete Herr Lössel, daß er von seinen Oberen den strengsten Befehl habe, sich in keine Debatte einzulassen. Eine weitere Frage, warum eine öffentliche Versammlung keinen Vorsitzenden habe, wie es doch das Gesetz verlange, wurde vom Herrn Bürgermeister Hirschberg dahin beantwortet, daß diese Versammlung, in welcher ein wissenschaftlicher (?) Vortrag gehalten wurde, keines Vorsitzenden bedürfe. Als in der zweiten Versammlung Herr Lössel das Wort ergriff, wurde von Herrn Thieme abermals die Frage gestellt, ob eine Debatte zugelassen würde, was wieder verneint wurde. Hierauf fragte Herr Thieme die Versammlung, ob sie ihm einen Augenblick Gehör schenken wolle; derselbe wollte Herrn Lössel ersuchen, in der zweiten Versammlung nicht wieder solche Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie zu schleudern, wie in der ersten, indem wir uns doch nicht vertheidigen durften. Herr Thieme konnte aber nicht aussprechen, denn die anwesenden Spießbürger und Gegner der Sozialdemokratie trampelten mit den Füßen und schlugen mit Biergläsern auf den Tisch, machten überhaupt einen Lärm, daß kein Wort zu verstehen war. Unter solchen Umständen hielten wir es für gut, unter Protest gegen ein solches Benehmen das Lokal zu verlassen. In einem Bericht des „Meißener Tageblatts" über jene Versammlung suchte man unseren Parteigenossen Thieme als Ruhestörer hinzustellen, worauf wir eine Volksversammlung einberiefen, in welcher Herr Vollmar aus Dresden über das Sozialistengesetz einen 3/4stündigen Vortrag hielt, welcher öfters durch laute Beifallsbezeugungen unterbrochen wurde. Ueber den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, der die beiden oben genannten Versammlungen betraf, sprach zunächst Herr Thieme; er wies nach, daß ihm nichts ferner gelegen hätte, als jene Versammlung zu stören. Zum Wort hätte er sich nicht melden können, weil eben jene Versammlung keinen Vorsitzenden gehabt; und wies dann darauf hin, daß in einer Arbeiterversammlung noch nie solche Flegeleien vorgekommen seien. Obschon einige jener Ruhestörer anwesend waren, suchte sich doch keiner zu rechtfertigen. Herr Vollmar sprach dann noch über denselben Gegenstand und warnte die Arbeiter dringend vor diesen Christlich-Sozalen, die es doch nicht redlich mit den

Arbeitern meinten. Die Versammlung war von über 400 Personen besucht.

Schließlich sei hier noch eine Polizeimaßregelung erwähnt, daß, als von hiesigen Genossen eine Besprechung bezüglich eines am 2. Pfingstfeiertage zu unternehmenden Ausflugs veranstaltet werden sollte, die Polizei dieselbe verbot. Um etwaige „Ausschreitungen" zu verhindern, hatte man großartige Sicherheitsmaßregeln getroffen; das Lokal, wo die Besprechung stattfinden sollte, war von der Polizei besetzt, Polizisten und Gensdarmen gingen ab und zu. Es soll sogar eine Compagnie Jäger consignirt worden sein und ferner soll der Herr Bügermeister 4 Jäger als Wache in seiner Wohnung gehabt haben. Wir luden nun durch Annoncen zur Theilnahme an einer Partie ein und fuhren am 2. Feiertage per Dampfschiff nach Seußlitz, natürlich unter Aufsicht von zwei Gensdarmen, während im Orte selbst 7 oder 8 Gensdarmen ihre schützenden Arme über uns breiteten. Nur so fort agitirt, damit es auch hier hübsch vorwärts geht.

Leipzig. Am Freitag, 22. Juni, fand hierselbst eine zahlreich besuchte Einwohnerversammlung statt, in welcher ein Wahlcomité, aus neun Mann bestehend, gewählt wurde. Die Genossen des 10., 11. und 14. sächsischen Wahlkreises, welche sich mit uns in Verbindung setzen wollen, mögen sich wenden an den Geschäftsführer des Wahlcomités, C. Lienig, Leipzig, Färberstraße 12. Gelder für die Agitation sind zu senden an Herrn Eckerlein, Weststraße 37 part. Genossen! Gehen wir ohne Zögern an die Arbeit, errichtet überall Orts-Wahlcomités; wo dies nicht angeht, werden wir hülfreich zur Seite stehen.

Hera, 11. Juni. Am 8. d. Mts. sprach Genosse Brätter in einer Volksversammlung in Straube's Lokal über die Tagesordnung: „Kann die Sozialdemokratie für die beiden Attentate verantwortlich gemacht werden?" Der Besuch war ein so großartiger, daß das Lokal die herbeiströmenden Menschen nicht zu fassen vermochte und sehr viele gezwungen waren, wieder umzukehren. Der Referent wies zunächst auf die Erbitterung und Sensation, welche die beiden Attentate hervorgerufen und auf das unerhörte Bestreben der reaktionären Parteien und der Regierung, die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen, hin. Die letztere verabscheue ja den Mord in jeder Form und sei in keiner Weise mit den Attentaten in Verbindung zu bringen, die Bemühungen der Gegner, uns die Attentäter an die Rockschöße zu hängen, seien bis jetzt vergebliche, ja, es stelle sich immer mehr heraus, daß sie mit uns nichts gemein haben. Die Reaktion habe sich natürlich die außerordentlich günstige Gelegenheit zur Unterdrückung freisinniger Bestrebungen, die in ihren Augen ein Greuel, nicht nehmen lassen und den berühmten Kautschukparagraphen in neuer und verbesserter Auflage dem Reichstage vorgelegt. Dieser habe zwar denselben nicht angenommen, aber es sei zu erwarten, und die neuesten Vorgänge bewiesen das, daß im Wege der Verwaltung „bis an die Grenze des Möglichen" gegen die Sozialdemokraten vorgegangen werde. Redner erklärte, daß die Sozialdemokratie auf gesetzlichem Wege ihr Ziel zu erreichen suche und protestirte gegen eine Verantwortlichmachung derselben für solche Verbrechen. Trotz aller möglichen Unterdrückungsmaßregeln werde die Sozialdemokratie leben, trotz alledem und alledem. Die Versammlung zollte dem Redner lebhaften Beifall und erklärte sie sich sodann gegen 1 Stimme durch Annahme einer Resolution mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Ein Gegner erklärte die Resolution für Unsinn, gerieth jedoch offenbar in Verlegenheit, als er unter Zusicherung voller Redefreiheit aufgefordert wurde, seine Ansicht zu begründen und — schwieg. Die Versammlung verlief in schönster Ordnung und aufmerksam hörte man dem Redner zu, sie dürfte den Gegnern gezeigt haben, daß die Sozialdemokraten nicht die Schwefelbande sind, als die man sie hinstellt; andererseits wird sie unsere Genossen und Freunde veranlaßt haben, zu treuem, unerschütterlichem Festhalten an der guten Sache des Sozialismus.

Nürnberg, 15. Juni. Der „Frankfurter Zeitung" wird geschrieben: Die Sozialdemokraten in Nürnberg und Fürth haben die Wahlagitation bereits eröffnet. Heute findet in Fürth, morgen im benachbarten Glaishammer, am Montag dahier sozialistische Wählerversammlung statt. Als Candidaten werden wiederum C. Grillenberger im hiesigen und Magistratsrath Löwenstein im Fürth-Erlanger Wahlkreise aufgestellt. Auch die hiesige Fortschrittspartei ist bereits in den Wahlkampf eingetreten, freilich in ihrer Art. Wie nämlich der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat" mittheilt, sind gestern sämmtliche Arbeiter des städtischen Gaswerks um Herrn Direktor Heymann versammelt worden, um von demselben im Auftrage des Magistrats mitgetheilt zu erhalten, daß jede Betheiligung der Arbeiter an sozialistischen Versammlungen und Agitationen die sofortige Entlassung nach sich ziehen werde. Besser könnte freilich der aus lauter Fortschrittlern bestehende Magistrat seine Achtung vor der gesetzlich garantirten Wahlfreiheit nicht dokumentiren, als durch die Befolgung dieses bekannten, vom „Fränk. Kurier" ausgegebenen Rezepts, welches dem Arbeiter das selbstständige Denken verbietet und der Heuchelei Thür und Thor öffnet. — Ein Nürnberger Handlungsreisender, welcher in einer Wirthschaft zu Burgfarnbach unter der ausdrücklichen Versicherung, daß er nicht Sozialdemokrat sei, seine Mißbilligung über die gegen die sozialdemokratische Partei geplanten Ausnahmegesetze aussprach, wurde in Folge dessen von einem der anwesenden Herren derart mit einem scharfen Instrument bearbeitet, daß er am Kopfe bedeutend verletzt und mit Blut überströmt aus dem Wirthszimmer geschafft werden mußte. Der Angreifer soll ein Zimmermeister sein und ist strafrechtliche Untersuchung bereits eingeleitet worden.

Dortmund, 11. Juni. Das gestrige Arbeiterfest, von dem man Angesichts der gegenwärtigen Situation vielfach die schlimmsten Befürchtungen hegte, nahm einen überaus günstigen Verlauf. Trotzdem sich Hunderte von Arbeitern, welche in ihrem Innern von der Gerechtigkeit der sozialdemokratischen Sache überzeugt sind, fürchteten, das Fest zu besuchen, da man allgemein glaubte, es würden von den einzelnen Fabriken Spione ausgeschickt werden, welche die auf dem Feste befindlichen Arbeiter denunzirten, hatten sich eine solche Menge von Festtheilnehmern eingefunden, daß das große Kühn'sche Lokal dicht besetzt war. Die Haltung sämmtlicher Anwesenden war eine ruhige, ja würdevolle, und Jeder that sein Bestes, damit die Ruhe und gemüthliche Feststimmung nicht gestört werde, auf allen Gesichtern konnte man aber auch den Entschluß lesen, keinerlei Ungehörigkeiten zu dulden. Die Musik, von Mitgliedern der Löser'schen Kapelle ausgeführt, ließ nichts zu wünschen übrig, und die beiden Gesangvereine Club „Vorwärts" und „Liederfreund" wetteiferten miteinander durch Vortragen passender Lieder die freudige Feststimmung zu erhöhen, ein Bemühen, welches, wie der Beifall der Anwesenden bewies, allseitige und freudige Anerkennung fand. Ein durch keinen Mißton gestörter Festball hielt die meisten Anwesenden bis kurz nach 12 Uhr (länger zu Tanzen hatte die hochwohllöbliche Polizei nicht erlaubt) zusammen, und als dann das Fest geschlossen wurde, sagte sich Jeder, der demselben beigewohnt, „das war wieder einmal ein gemüthliches Fest, wie es nur die Arbeiter unter sich arrangiren können." Bemerken wollen wir noch, daß sich wirklich einige Spione eingefunden, welche indeß sofort erkannt wurden und durch das Festcomité auf eine anständige Weise zum Verlassen des Lokals veranlaßt wurden. Ferner besaßen kurz nach 12 Uhr, als die Kasse bereits geschlossen, einige den „besseren" Ständen angehörige Bengels noch die Unverschämtheit, trotz des ausdrücklichsten Verbots, das Festlokal betreten zu wollen, aber auch diese wurden, wenn auch auf eine für sie unliebsame Weise durch die Mitglieder des Festcomités an ihrem Vorhaben gehindert, und werden diese Burschen jetzt wohl die Erfahrung gemacht haben, daß es auch die Arbeiter verstehen, Jemanden an die Luft zu setzen. Hoffen wir endlich, daß auch dieses schöne Fest seine guten Früchte trägt, und die Arbeiter wieder auf's Neue von dem Gedanken durchdrungen worden sind, daß sie einig zusammenstehen müssen, zu ihrem Nutz und dem Feinde zum Trutz.

Düsseldorf, 17. Juni. Am 12. und 13. d. Mts. berief der Central-Verein für Sozial-Reform (Staats-Sozialisten) im Saale des Herrn Bergmann eine Versammlung ein mit der Tagesordnung: Vortrag über die Bestrebungen und Ziele des Central-Reform-Vereins, 2) die Hebung der Noth der Handwerker und Reichsfachgenossenschaften. Der Vortragende war ein Herr Ipscher, Reiseredner aus Berlin. Das Lokal war am ersten Abend so leidlich besetzt in Folge eines starken Damencontingents, welches der evangel. christl.-soziale Verein hauptsächlich stellte, welcher auch nach seinem Auftreten ein klägliches Fiasko zu verzeichnen hat. Die Bestrebungen dieses Central-Vereins sind uns hinlänglich bekannt. Der Redner erklärte offen, der Sozialdemokratie alle mögliche Dämme entgegen zu bauen; die Reformen aber bestehen in der Beibehaltung des ehernen ökonomischen Lohngesetzes. Den zweiten Vortrag sahen wir jedoch mit Interesse entgegen, und entschlossen sich einige Parteigenossen, trotz der 20 Pf. Entré, hinzugehen. Es war schon Abends 9 Uhr, als ich mich in der offenen Saalthüre befand, und wollte, weil noch Niemand da war, mich auf einige Zeit umkehren, als plötzlich das nagelneue Geschütz des Centralvereins sich auf der Rostra zeigte. Der Saal zeigte nach genauer Zählung mit dem überwachenden Polizisten gerade 40 Mann, darunter 4 der Unserigen. Die Tische waren mit Aufnahmeformularen besäet und es dienten auch diese Tische nur als Aufnehmer, denn ich habe nicht gesehen, daß ein einziges Formular ausgefüllt wurde. Auch Abonnementseinladungen auf den „Staatssozialist" waren beigegeben, doch es wurde nicht abonnirt. Ich harrte nun der Dinge, die da kommen sollten, um einen Vergleich anstellen zu können zwischen diesen neugeplanten Reichsgewerksgenossenschaften und den von Lassalle projektirten Produktiv-Assoziationen. Der Herr begab sich nun aber auf ein Gebiet, welches für jeden Sozialdemokraten eine bekannte abgedroschene Sache ist, und bildete der Vortrag zum großen Theil eine Abhandlung des Zunftwesens; er hob namentlich die Vorzüge des Letzteren hervor und meinte, daß unser Handwerker- und Mittelstand dadurch allein wieder zu alter Blüthe gelangen würde. Die Sicherung des eigenen Marktes, die Beschränkung der Concurrenz, die Waarenschau, die strengen gewerklichen Satzungen, die Sorge für Arme und Invalide, alles dieses seien Postulate, welche auch heute ihre volle Berechtigung hätten. Einer völligen Inconsequenz machte der Vortragende sich schuldig, indem er den Gesellenbrüderschaften der Zünfte, welche sich selbst ihre Gesetze gaben, huldigte, wogegen er die heutige Arbeiterbewegung als ungerechtfertigt bekämpfte. Auch die Noth und das Elend des arbeitenden Volkes vergaß der Herr nicht, uns vor die Seele zu führen, zum reinen Ueberfluß, da wir mit diesen beiden Faktoren täglich zu rechnen haben, dagegen schloß er seinen Vortrag ohne auf die erwähnten Fachgenossenschaften einzugehen. Aber hier liegt der Hase ja im Pfeffer. Mit dem Schulze-Delitzsch'schen System darf man nicht kommen, namentlich hier nicht, im Domizil der fallirten Gewerbebank, wo in jüngster Zeit allein durch die Solidarhaft 700 Familien an den Bettelstab gebracht worden, und Lassalle's Theorie will man nicht in Anspruch nehmen, ein anderes giebt es nicht, und deshalb schweigt man. Nachdem sich nun Herr Ipscher bemüht hatte, auch mich zum Abonniren oder Einzeichnen zu gewinnen, verließen wir mit einigen uns unbekannten Herren den Saal, von denen sich zwei, da die Rede des Herrn Ipscher so vortrefflich gewesen, in unserm Wahlverein einschreiben ließen.

Mit sozialdemokratischem Gruß Fr. F.

Vom Rhein, 14. Juni. Wie sich auch das Philisterthum mit der deutschen Kaiser- und Reichstreue blähen mag, welche sich nach den Attentaten gezeigt, so viel steht fest, nachdem sich der erste Schwall der Begeisterung gelegt, nachdem die Gemüther etwas kühler geworden, läßt sich schon bemerken, daß es mit der Reichsbegeisterung des Mittelstandes in Wirklichkeit nicht so prunkvoll aussieht als man sich in gewissen Kreisen vorstellt. Noch vor zwei Jahren zeigte sich hier ein Reichsfanatismus auch bei dem geringen und unbemittelten Manne, daß ich Niemand hätte rathen wollen, auch nur die geringsten mißbilligenden Aeußerungen gegen das Reich 2c. fallen zu lassen. Heute ist es anders geworden. Die gegenwärtige fast vollständige Geschäftslosigkeit gibt Veranlassung zu Mißstimmung und Unzufriedenheit. Wer mag an dieser traurigen vollständig aussichtslosen Zeit die Schuld tragen? hört man oft fragen. Man weiß es recht gut, aber gibt sich die Antwort nur unter vier Augen, weil der Geschäftsmann, der Mittelstand zu abhängig ist und durch öffentliche Kundgebung seiner Gesinnung der Existenz verlustig würde. Es fehlt dem Mittelstand die Unterstützung des Arbeiterstandes, welch letzterer hier nur sehr schwach vertreten ist. Auch der geringe Bauernstand ist über die schlechte Zeit nicht sonderlich erbaut, und begreift sehr wohl, daß sie zum großen Theil eine Folge der politischen Wirren ist. Ich bin fest überzeugt ein bischen Aufklärung würde eine noch ganz andere Stimmung hervorrufen. Die Sozialdemokraten sind hier in der Gegend meistens als „Theiler" verschrien, deshalb ist vorläufig nur geringer öffentlicher Anhang vorhanden. Die „Reichstreuen" suchen das erstere auch weidlich auszubeuten und dem Volke die Sozialdemokraten als die verwerflichsten Subjekte darzustellen, wie das ja allerwärts der Fall ist. Ich bin nur gespannt, wie die Regierung es nach erlangten Ausnahmegesetzen anfangen wird, die Sozialdemokraten einzusperren. Mögen die Reichstagswahlen ausfallen wie sie wollen, mögen die Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten noch so strenger Natur sein, eins steht für jeden vernünftigen Menschen fest: „Die Sozialdemokratie ist nicht auszurotten, ihr allein gehört die Zukunft." Heinrich Heine sagt schon in seinen Wanderratten:

Nicht Glockengeläute, nicht Pfaffengebete,
Nicht hochwohlweise Senatsdekrete,
Auch nicht Kanonen, viel Hundertpfünder,
Sie helfen euch heute ihr lieben Kinder!

Heut helfen euch nicht die Wortgespinnste
Der abgelebten Redekünste.
Man fängt nicht Ratten mit Syllogismen
Sie springen über die feinsten Sophismen.

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen,
Nur Argumente von Rinderbraten,
Begleitet mit Göttinger Wurstcitaten 2c. 2c.

r.

Göppingen, den 16. Juni. Auch hier im Süden hat das letzte Attentat große Erregung hervorgerufen. Während Alle einig sind im Verurtheilen desselben, ist es unsere liberale Presse, die seit Jahren dem Mord zujauchzt, dem Massenmord. Ist es denn zu verwundern, daß solche Früchte gezeitigt werden. Der Dieb ruft aber am lautesten: Haltet den Dieb! und so auch unser Wochenblatt, das dermaßen schimpft und hetzt, so daß der „Landräthliche von Klitzing" noch reines Kinderspielzeug ist. — Um so verwerflicher sind aber Ausdrücke als: Verbrecherbande, Schufte, Schlaraffenapostel, Gesindel, Lotterbuben, elendes Gezücht; ich sage, um so verwerflicher, weil gerade dieses Blatt stets das Wort „Religion" im Munde führt und verschiedene dieser Artikel von Theologen verfaßt wurden, was wir damit beweisen, weil alle Stände darin mitgenommen und der Splitterrichter nur den Balken im eigenen Auge nicht sieht. Ein hiesiger Bürger, Namens Jetter, Gerber, nahm sich diese Behandlungsweise denn so sehr zu Gemüthe, daß er am Pfingstfest von Wirthschaft zu Wirthschaft zog und schrie: Diesen „Sozialen" müsse man den Bauch aufschlitzen, er schlage jeden todt, den er erwische, ein ganzes Bataillon fürchte er nicht, in der Fils müßten sie ersäuft werden, mit den Weibern und Kindern müsse man es eben so machen. Ein Herr Wißner, Kaufmann, klatschte diesen Barbarentiraden Beifall. Das kommt bei diesem daher, weil er Mucker ist! Und die Lehre aus diesem Gebahren? Arbeiter! Wendet solchem Geschimpfe mit Abscheu den Rücken, wendet Euch ab von solchen Frommen, die Haß anstatt Liebe säen, haltet zur Sozialdemokratie, der bestverleumdeten, aber deshalb euch besten Partei.

— m.

Calau, 4. Juni. Am zweiten Juni fand hier eine öffentliche Schuhmacher- und Schneiderversammlung statt, in welcher Hr. Hocheim aus Frankfurt an der Oder, über die Tagesordnung: 1) der Untergang des Kleingewerbebetriebes; 2) Zweck und Nutzen der Gewerkschaften, in gediegener Weise referirte. Der Erfolg war, daß sich sofort dreizehn Mann der Gewerkschaft anschlossen. Möge der erste Schritt auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung auch hier seine Früchte tragen.

K.

Briefkasten

der Redaktion. Auf verschiedene Anfragen sei bemerkt, daß Hasenclever bei den nächsten Reichstagswahlen nicht in Altona, sondern in Berlin VI candidiren wird.

Volksbuchhandlung von J. Franz in Zürich: Haben Sie meinen Brief vom 16. April sowie die Postkarte vom 16. Mai nicht erhalten? Warum bekomme ich das von mir Bestellte nicht?

Calau. W. Krüger.

Quittung. Schfr Gohlis Ab. 19,65. Kfr München Ab. 25,00. Lgs Hannover Ab. 100,00. Wlhr London Schr. 40,80. Tischlrbnd Hamburg Ann. 1,50. Schlz Aschach Ab. 1,73. Bundescomité Bern Ab. 2,49. Stcklbrg Bordeaux Ab. 4,00. Rihmnn Halberstadt Ann. 1,40. Hanglen Ziegelhof Ab. 3,00. Fick Kanden Ab. 1,64. Kffhn New-Castle Ab. 2,50. Rnrt Jägerndorf Schr. 20,40. Mrtn Schmölln Ab. 9,20. K. in P. Ab. 4,80. S. in A. Ab. 4,80. M. hier Ab. 0,60. Plz München Schr. 5,50. Hldbrnd Brandenburg Schr. 3,50. Kr. Wilden Schr. 0,87. Altnbrnd Osnabrück Schr. 2,50. Hnrch Steinschönnau Schr. 1,60.

Fonds für die Gemaßregelten.

v. Stcklbrg Bordeaux 5,60; v. S. in A. 30,40; v. J. hier 6,00.

Wahlfonds.

v. F. Erz Weimar 7,20; v. einem Tischler hier 0,20.

Hanau, 24. Juni. Ich mache die Leser des „Vorwärts" darauf aufmerksam, daß sich die hiesige Zeitungskommission aufgelöst hat und in Folge dessen nur auf der Post abonnirt werden kann. Ich bitte die Genossen, es rechtzeitig zu thun. M. Daßbach.

Dissidentenbund für Leipzig u. Umg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Religionsunterricht für die Kinder Sonntag, den 7. Juli Vormittags 9 Uhr beginnt. Anmeldungen hiezu sind an den Unterzeichneten zu adressiren.

Leipzig, Frankfurterstr. 31. Der Vorsitzende Wilh. Fink.

Leipzig. Freitag, den 28. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Restaurant „Bellevue", Kreuzstraße 7:

Wählerversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent J. Motteler. Die Einberufer. [80

---

4 Korbmöbel-Arbeiter

erhalten sofort dauernde und gute Arbeit bei [150

A. Stracke in Antwerpen (Belgien), rue du Jambon Nr. 8.

Java-Tabak 100—210, Palmyra 130, Carmen 100, Domingo 40—80, Seedleaf 45—62, Brasil 65—120, Ungar. 38 Pfg. (4c) [1,20

C. J. Heymann, Niederstraße 120 Hamburg.

Wahlagitationsnummer!

Ende dieser Woche wird eine Agitationsnummer für die Reichstagswahl erscheinen.

Diese Nummer wird enthalten:

1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
2. Wahlartikel.
3. Unsere Prinzipien.
4. Rückblicke auf den aufgelösten Reichstag.
5. Wahlgesetz und Wahlreglement.

Preis für je 100 Expl. 1,50 M. ohne Porto. Versandt nur gegen baar oder Postvorschuß.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Freitag, 28. Juni 1878.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung des Sozialismus.

Von Friedrich Engels.

IV.

Wir sahen bereits früher, daß die Dühring'sche Oekonomie auf den Satz hinauslief: Die kapitalistische Produktionsweise ist ganz gut und kann bestehen bleiben, aber die kapitalistische Vertheilungsweise ist vom Uebel und muß verschwinden. Wir finden jetzt, daß die „Sozialität“ des Herrn Dühring weiter nichts ist, als die Durchführung dieses Satzes in der Phantasie. In der That zeigte sich, daß Herr Dühring an der Produktionsweise — als solcher — der kapitalistischen Gesellschaft fast gar nichts auszusetzen hat, daß er die alte Theilung der Arbeit in allen wesentlichen Beziehungen beibehalten will, und daher auch über die Produktion innerhalb seiner Wirthschaftskommüne kaum ein Wort zu sagen weiß. Die Produktion ist allerdings ein Gebiet, auf dem es sich um handfeste Thatsachen handelt, auf dem daher die „rationelle Phantasie“ dem Flügelschlag ihrer freien Seele nur wenig Raum geben darf, weil die Gefahr der Blamage zu nahe liegt. Dagegen die Vertheilung, die nach der Ansicht des Herrn Dühring ja gar nicht mit der Produktion zusammenhängt, die nach ihm nicht durch die Produktion, sondern durch einen reinen Willensakt bestimmt wird, — die Vertheilung ist das prädestinirte Feld seiner „sozialen Alchymisterei“.

Der gleichen Produktionspflicht tritt gegenüber das gleiche Konsumtionsrecht, organisirt in der Wirthschaftskommüne und der, eine größere Anzahl der letzteren umfassenden Handelskommüne. Hier wird „Arbeit ... nach dem Grundsatz der gleichen Schätzung gegen andere Arbeit ausgetauscht ... Leistung und Gegenleistung stellen hier wirkliche Gleichheit der Arbeitsgrößen vor.“ Und zwar gilt diese „Gleichsetzung der Menschenkräfte, mögen die Einzelnen nun Mehr oder Weniger, oder zufällig auch Nichts geleistet haben“; denn „man kann alle Verrichtungen, insofern sie Zeit und Kräfte in Anspruch nehmen, als Arbeitsleistungen ansehn“ — also auch Kegelschieben und Spazierengehn. Dieser Austausch findet aber nicht statt zwischen den Einzelnen, da die Gesammtheit Besitzerin aller Produktionsmittel, also auch aller Produkte ist, sondern einerseits zwischen jeder Wirthschaftskommüne und ihren einzelnen Mitgliedern, andrerseits zwischen den verschiedenen Wirthschafts- und Handelskommünen selbst. „Namentlich werden die einzelnen Wirthschaftskommünen innerhalb ihres eignen Rahmens den Kleinhandel durch völlig planmäßigen Vertrieb ersetzen.“ Ebenso wird der Handel im Großen organisirt: „Das System der freien Wirthschaftsgesellschaft . . bleibt daher eine große Tauscheinrichtung, deren Vornahmen sich vermittelst der durch die edlen Metalle gegebnen Geldgrundlage vollziehn. Durch die Einsicht in die unumgängliche Nothwendigkeit dieser Grundeigenschaft unterscheidet sich unser Schema von allen jenen Nebelhaftigkeiten, die auch noch den rationellsten Formen der heute umlaufenden sozialistischen Vorstellungen anhaften.“

Die Wirthschaftskommüne, als erste Aneignerin der gesellschaftlichen Produkte, hat Behufs dieses Austausches „für jeden Zweig von Artikeln einen einheitlichen Preis“ nach den durchschnittlichen Produktionskosten festzusetzen. „Was gegenwärtig die sogenannten Selbstkosten der Produktion . . . für Werth und Preis bedeuten, das werden (in der Sozialität) . . . die Anschläge der zu verwendenden Arbeitsmenge leisten. Diese Anschläge, die sich, nach dem Grundsatz des auch wirthschaftlich gleichen Rechts jeder Persönlichkeit, schließlich auf die Berücksichtigung der betheiligten Personenzahl zurückführen lassen, werden das zugleich den Naturverhältnissen der Produktion und dem gesellschaftlichen Verwerthungsrecht entsprechende Verhältniß der Preise ergeben. Die Produktion der edlen Metalle wird ähnlich wie heute für die Werthbestimmung des Geldes maßgebend bleiben . . . Man sieht hieraus, daß man in der veränderten Gesellschaftsverfassung zunächst für die Werthe und mithin für die Verhältnisse, in denen die Erzeugnisse sich gegeneinander umsetzen, nicht nur Bestimmungsgrund und Maß nicht verliert, sondern erst gehörig gewinnt.“ Der berühmte „absolute Werth“ ist endlich realisirt.

Andrerseits aber wird die Kommüne nun auch die Einzelnen in den Stand setzen müssen, die produzirten Artikel von ihr zu kaufen, indem sie Jedem eine gewisse tägliche, wöchentliche oder monatliche Geldsumme, die für Jeden gleich zu sein hat, als Gegenleistung für seine Arbeit auszahlt. „Es ist daher vom Standpunkt der Sozialität gleichgültig, ob man sagt, daß der Arbeitslohn verschwinden, oder daß er die ausschließliche Form der ökonomischen Einkünfte werden müsse.“ Gleiche Löhne und gleiche Preise aber stellen die „quantitative, wenn auch nicht qualitative Gleichheit der Konsumtion“ her, und damit ist das „universelle Prinzip der Gerechtigkeit“ ökonomisch verwirklicht. Ueber die Bestimmung der Höhe dieses Zukunftslohnes sagt uns Herr Dühring nur, daß auch hier, wie in allen andern Fällen, „gleiche Arbeit gegen gleiche Arbeit“ ausgetauscht wird. Für sechsstündige Arbeit wird daher eine Geldsumme zu zahlen sein, die ebenfalls sechs Arbeitsstunden in sich verkörpert.

Indeß ist das „universelle Prinzip der Gerechtigkeit“ keineswegs mit jener rohen Gleichmacherei zu verwechseln, die dem Bürger so sehr aufbringt gegen jeden, namentlich den naturwüchsigen Arbeiterkommunismus. Es ist lange nicht so unerbittlich als es gern aussehn möchte. Die „prinzipielle Gleichheit der ökonomischen Rechtsansprüche schließt nicht aus, daß freiwillig zu dem, was die Gerechtigkeit erfordert, noch ein Ausdruck der besondern Anerkennung und Ehre gefügt werde . . . Die Gesellschaft ehrt sich selbst, indem sie die höher gesteigerten Leistungsgattungen durch eine mäßige Mehrausstattung für die Konsumtion auszeichnet“. Und auch Herr Dühring ehrt sich selbst, indem er, Taubenunschuld und Schlangenklugheit verschmelzend, so rührend für die mäßige Mehrkonsumtion der Zukunftsdührings besorgt ist.

Hiermit ist die kapitalistische Vertheilungsweise endgültig beseitigt. Denn „gesetzt es hätte Jemand unter Voraussetzung eines solchen Zustandes wirklich einen Ueberschuß von privaten Mitteln zur Verfügung, so würde er für derselben keine kapitalmäßige Verwendung ausfindig machen können. Kein Einzelner oder keine Gruppe würde ihm denselben für die Produktion anders als im Wege des Austausches oder Kaufs abnehmen, niemals aber in den Fall kommen, ihm Zinsen oder Gewinn zu zahlen“. Hiermit wird „eine dem Grundsatz der Gleichheit entsprechende Vererbung“ zulässig. Sie ist unvermeidlich, denn „eine gewisse Vererbung wird immer die nothwendige Begleitung des Familienprinzips sein“. Auch das Erbrecht wird „zu keiner Ansammlung umfangreicher Vermögen führen können, da hier die Eigenthumsbildung . . . namentlich nie mehr den Zweck haben kann, Produktionsmittel und reine Rentenexistenzen zu schaffen“.

Hiermit wäre die Wirthschaftskommüne glücklich fertig. Sehen wir nun zu, wie sie wirthschaftet.

Wir nehmen an, alle Unterstellungen des Herrn Dühring seien vollständig realisirt; wir setzen also voraus, daß die Wirthschaftskommüne jedem ihrer Mitglieder für täglich sechsstündige Arbeit eine Geldsumme zahlt, in der ebenfalls sechs Arbeitsstunden verkörpert sind, meinetwegen zwölf Mark. Wir nehmen ebenfalls an, daß die Preise genau den Werthen entsprechen, also unter unsern Voraussetzungen nur die Kosten der Rohstoffe, den Verschleiß der Maschinerie, den Verbrauch von Arbeitsmitteln und den gezahlten Arbeitslohn umfassen. Eine Wirthschaftskommüne von 100 arbeitenden Mitgliedern produzirt dann täglich Waaren im Werth von 1200 Mark, im Jahr bei 300 Arbeitstagen für 360,000 Mark, und zahlt dieselbe Summe an ihre Mitglieder aus, deren Jeder mit seinem Antheil von täglich 12 oder jährlich 3600 Mark macht was er will. Am Ende des Jahres, und am Ende von hundert Jahren ist die Kommüne nicht reicher als am Anfang. Sie wird während dieser Zeit nicht einmal im Stande sein, die mäßige Mehrausstattung für die Konsumtion des Herrn Dühring zu leisten, falls sie nicht ihren Stamm von Produktionsmitteln angreifen will. Die Akkumulation ist total vergessen worden. Noch schlimmer: da die Akkumulation eine gesellschaftliche Nothwendigkeit, und in der Beibehaltung des Geldes eine bequeme Form der Akkumulation gegeben, so fordert die Organisation der Wirthschaftskommüne ihre Mitglieder direkt auf zur Privatakkumulation, und damit zu ihrer eignen Zerstörung.

Wie diesem Zwiespalt der Natur der Wirthschaftskommüne entgehn? Sie könnte Zuflucht nehmen zu der beliebten „Bezollung“, dem Preisaufschlag, und ihre Jahresproduktion statt für 360,000 Mark, für 480,000 Mark verkaufen. Da aber alle andern Wirthschaftskommünen in derselben Lage sind, also dasselbe thun müßten, so würde jede im Austausch mit der andern eben so viel „Bezollung“ zahlen müssen wie sie einsteckt, und der „Tribut“ also nur auf ihre eignen Mitglieder fallen.

Oder aber, sie macht die Sache kurz und bundig ab, indem sie jedem Mitglied für sechsstündige Arbeit das Produkt von weniger als sechsstündiger Arbeit, meinetwegen von vier Arbeitsstunden zahlt, also statt 12 Mark nur acht Mark täglich, die Waarenpreise aber auf der alten Höhe bestehen läßt. Sie thut in diesem Falle direkt und offen, was sie im vorigen versteckt und auf einem Umweg thut: sie bildet Marx'schen Mehrwerth im jährlichen Betrag von 120,000 Mark, indem sie ihre Mitglieder in durchaus kapitalistischer Weise unter dem Werth ihrer Leistung bezahlt, und ihnen obendrein die Waaren, die sie nur bei ihr kaufen können, zum vollen Werth anrechnet. Die Wirthschaftskommüne kann also nur zu einem Reservefond kommen, indem sie sich enthüllt als das „veredelte“ Truckſystem*) auf breitester kommunistischer Grundlage.

Also Eins von Zweien: Entweder tauscht die Wirthschaftskommüne „gleiche Arbeit aus gegen gleiche Arbeit“, und dann kann nicht sie, sondern nur die Privaten einen Fond zur Erhaltung und Ausdehnung der Produktion akkumuliren. Oder aber, sie bildet einen solchen Fond, und dann tauscht sie nicht „gleiche Arbeit aus gegen gleiche Arbeit“.

So stehts mit dem Inhalt des Austausches in der Wirthschaftskommüne. Wie mit der Form? Der Austausch wird durch Metallgeld vermittelt, und Hr. Dühring thut sich nicht wenig zu gut auf die „menschheitsgeschichtliche Tragweite“ dieser Verbesserung. Aber im Verkehr zwischen der Kommüne und ihren Mitgliedern ist das Geld gar kein Geld, fungirt es gar nicht als Geld. Es dient als ein reines Arbeitscertifikat, es konstatirt, um mit Marx zu reden, „nur den individuellen Antheil des Produzenten an der Gemeinarbeit und seinen individuellen Anspruch auf den zur Konsumtion bestimmten Theil des Gemeinprodukts“, und ist in dieser Funktion „ebensowenig Geld, wie etwa eine Theatermarke“. Es kann hiermit durch jedes beliebige Zeichen ersetzt werden, wie Weitling es durch ein „Kommerzbuch“ ersetzt, worin auf der einen Seite die Arbeitsstunden und auf der andern die dafür bezogenen Genüsse abgestempelt werden. Kurz, es fungirt im Verkehr der Wirthschaftskommüne mit ihren Mitgliedern einfach als das Owensche „Arbeitsstundengeld“, dies „Wahngebilde“, auf das Herr Dühring so vornehm herabsieht, und das er dennoch selbst in seine Zukunftswirthschaft einführen muß. Ob die Marke, die das Maß der erfüllten „Produktionspflicht“ wie des damit erworbenen „Konsumtionsrechts“ bezeichnet, ein Wisch Papier, ein Rechenpfennig oder ein Goldstück ist, bleibt sich für diesen Zweck vollständig gleich. Für andre Zwecke aber durchaus nicht, wie sich zeigen wird.

Wenn das Metallgeld also schon im Verkehr der Wirthschaftskommüne mit ihren Mitgliedern nicht als Geld fungirt, sondern als verkleidete Arbeitsmarke, so kommt es noch weniger zu seiner Geldfunktion im Austausch zwischen den verschiedenen Wirthschaftskommünen. Hier ist, unter den Voraussetzungen des Herrn Dühring, das Metallgeld total überflüssig. In der That würde eine bloße Buchführung hinreichen, die den Austausch von Produkten gleicher Arbeit gegen Produkte gleicher Arbeit viel einfacher vollzieht, wenn sie mit dem natürlichen Maßstab der Arbeit — der Zeit, der Arbeitsstunde als Einheit — rechnet als wenn sie die Arbeitsstunden erst in Geld übersetzt. Der Austausch ist in Wirklichkeit reiner Naturalaustausch; alle Mehrforderungen sind leicht und einfach ausgleichbar durch Anweisungen auf andere Kommünen. Wenn aber eine Kommüne wirklich gegenüber andern Kommünen ein Defizit haben sollte, so kann alles „im Universum vorhandene Gold“ und wenn es noch so sehr „von Natur Geld“ sein sollte, dieser Kommüne das Schicksal nicht ersparen, dies Defizit durch vermehrte eigne Arbeit zu ersetzen, falls sie nicht in Schuldabhängigkeit von andern Kommünen gerathen will. Uebrigens möge der Leser fortwährend im Gedächtniß halten, daß wir hier keineswegs Zukunftskonstruktion machen. Wir nehmen einfach die Voraussetzungen des Herrn Dühring an und ziehen nur die unvermeidlichen Folgerungen daraus.

Also weder im Austausch zwischen der Wirthschaftskommüne und ihren Mitgliedern, noch in dem zwischen den verschiedenen Kommünen kann das Gold, das „von Natur Geld ist“, dahin kommen, diese seine Natur zu verwirklichen. Trotzdem schreibt ihm Herr Dühring vor, auch in der „Sozialität“ Geldfunktion zu vollziehn. Wir müssen uns also nach einem andern Spielraum für diese Geldfunktion umsehn. Und dieser Spielraum existirt. Herr Dühring befähigt zwar Jeden zur „quantitativ gleichen Konsumtion“, aber er kann Niemanden dazu zwingen. Im Gegentheil, er ist stolz darauf, daß in seiner Welt Jeder mit seinem Gelde machen kann was er will. Er kann also nicht verhindern, daß die Einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die Andern mit dem ihnen gezahlten Lohn nicht auskommen. Er macht dies sogar unvermeidlich, indem er das Gemeineigenthum der Familie im Erbrecht ausdrücklich anerkennt, woraus sich dann weiter die Verpflichtung der Eltern zur Erhaltung der Kinder ergibt. Damit aber bekommt die quantitativ gleiche Konsumtion einen gewaltigen Riß. Der Junggesell lebt herrlich und in Freuden von seinen acht oder zwölf Mark täglich, während der Wittwer mit acht unmündigen Kindern damit kümmerlich auskommt. Andrerseits aber läßt die Kommüne, indem sie Geld ohne Weiteres in Zahlung nimmt, die Möglichkeit offen, daß dies Geld anders als durch eigne Arbeit erworben sei. Non olet. Sie weiß nicht woher es kommt. Hiermit sind aber alle Bedingungen gegeben, um das Metallgeld, das bisher nur die Rolle einer Arbeitsmarke spielte, in wirkliche Geldfunktion treten zu lassen. Es liegen vor die Gelegenheit und das Motiv, einerseits zur Schatzbildung, andrerseits zur Verschuldung. Der Bedürftige borgt beim Schatzbildner. Das geborgte Geld, von der Kommüne in Zahlung genommen für Lebensmittel, wird damit wieder, was es in der heutigen Gesellschaft ist, gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, wirkliches Maß der Arbeit, allgemeines Cirkulationsmittel. Alle „Gesetze und Verwaltungsnormen“ der Welt sind ebenso ohnmächtig dagegen, wie gegen das Einmaleins oder gegen die chemische Zusammensetzung des Wassers. Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungirenden Metallgeld auch der Zinswucher wieder hergestellt.

Soweit haben wir nur die Wirkungen der Beibehaltung des Metallgeldes betrachtet innerhalb des Geltungsbereichs der Dühringschen Wirthschaftskommüne. Aber jenseits dieser Bereichs geht die übrige verworfene Welt einstweilen ihren alten Gang ruhig weiter. Gold und Silber bleiben, auf dem Weltmarkt, Weltgeld, allgemeines Kauf- und Zahlungsmittel, absolut gesellschaftliche Verkörperung des Reichthums. Und mit dieser Eigenschaft des edlen Metalls tritt vor die einzelnen Wirthschaftskommunisten ein neues Motiv zur Schatzbildung, zur Bereicherung, zum Wucher, das Motiv, sich gegenüber der Kommüne und jenseits ihrer Gränzen frei und unabhängig zu bewegen, und den aufgehäuften Einzelreichthum auf dem Weltmarkt zu verwerthen. Die Wucherer verwandeln sich in Händler mit dem Cirkulationsmittel, in Banquiers, in Beherrscher des Cirkulationsmittels und des Weltgelds, damit in Beherrscher der Produktion, und damit in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese auch noch Jahrelang dem Namen nach als Eigenthum der Wirthschafts- oder Handelskommüne figuriren. Damit aber sind die in Banquiers übergegangenen Schatzbildner und Wucherer auch die Herren der Wirthschafts- und Handelskommüne selbst. Die „Sozialität“ des Herrn Dühring unterscheidet sich in der That sehr wesentlich von den „Nebelhaftigkeiten“ der übrigen Sozialisten. Sie hat weiter keinen Zweck als die Wiedererzeugung der hohen Finanz, unter deren Kontrolle und für deren Säckel sie sich tapfer abarbeiten wird — wenn sie überhaupt zusammenkommt und zusammenhält. Die einzige Rettung für sie läge darin, daß die Schatzbildner vorzögen, vermittelst ihres Weltgelds eiligst aus der Kommüne — davon zu laufen.

Bei der in Deutschland herrschenden ausgedehnten Unbekanntschaft mit dem älteren Sozialismus könnte nun ein unschuldiger Jüngling die Frage aufwerfen, ob nicht auch z. B. die Owenschen Arbeitsmarken zu einem ähnlichen Mißbrauch Anlaß geben könnten. Obwohl wir hier nicht die Bedeutung dieser Arbeitsmarken zu entwickeln haben, so mag doch, zur Vergleichung des Dühringschen „umfassenden Schematismus“ mit den „rohen, matten und dürftigen Ideen“ Owens Folgendes Platz finden: Erstens wäre zu einem solchen Mißbrauch der Owenschen Arbeitsmarken ihre Verwandlung in wirkliches Geld nöthig, während Herr Dühring wirkliches Geld voraussetzt, ihm aber verbieten will, anders als bloße Arbeitsmarke zu fungiren. Während dort wirklicher Mißbrauch stattfände, setzt sich hier die immanente, vom menschlichen Willen unabhängige Natur des Geldes durch, setzt das Geld seinen ihm eigenthümlichen, richtigen Gebrauch durch gegenüber dem Mißbrauch, den Herr Dühring ihm aufzwingen will kraft seiner eignen Unwissenheit über die Natur des Geldes. Zweitens sind bei Owen die Arbeitsmarken nur eine Uebergangsform zur vollständigen Gemeinschaft und freien Benutzung der gesellschaftlichen Ressourcen, nebenbei höchstens noch ein Mittel, dem britischen Publikum den Kommunismus plausibel zu machen. Wenn also etwelcher Mißbrauch die Owensche Gesellschaft zur Abschaffung der Arbeitsmarken zwingen sollte, so thut diese Gesellschaft einen Schritt weiter voran zu ihrem Ziel, und tritt in eine vollkommnere Entwicklungsstufe ein. Schafft dagegen die Dühringsche Wirthschaftskommüne das Geld ab, so vernichtet sie mit Einem Schlage ihre „menschheitsgeschichtliche Tragweite“, so beseitigt sie ihre eigenthümlichste Schönheit, hört auf Dühringsche Wirthschaftskommüne zu sein und sinkt herab zu den Nebelhaftigkeiten, aus denen sie herauszuheben Herr Dühring soviel saure Arbeit der rationellen Phantasie aufgewandt hat*).

Woraus entstehn nun alle die sonderbaren Irrungen und Wirrungen, in denen die Dühringsche Wirthschaftskommüne herumfährt? Einfach aus der Nebelhaftigkeit, die im Kopf des Herrn Dühring die Begriffe von Werth und Geld umhüllt, und die ihn schließlich dahin treibt, den Werth der Arbeit entdecken zu wollen. Da aber Herr Dühring keineswegs das Monopol solcher Nebelhaftigkeit für Deutschland besitzt, im Gegentheil zahlreiche Konkurrenz findet, so wollen wir „uns einen Augenblick überwinden das Knäuel“ aufzulösen, das er hier angerichtet hat.

Der einzige Werth, den die Oekonomie kennt, ist der Werth von Waaren. Was sind Waaren? Produkte, erzeugt in einer Gesellschaft mehr oder weniger vereinzelter Privatproduzenten, also zunächst Privatprodukte. Aber diese Privatprodukte werden erst Waaren, sobald sie nicht für den Selbstverbrauch, sondern für den Verbrauch durch Andre, also für den gesellschaftlichen Verbrauch produzirt werden; sie treten ein in den gesellschaftlichen Verbrauch durch den Austausch. Die Privatproduzenten stehn also in einem gesellschaftlichen Zusammenhang, bilden eine Gesellschaft. Ihre Produkte, obwohl Privatprodukte jedes Einzelnen, sind daher gleichzeitig, aber unabsichtlich und gleichsam widerwillig, auch gesellschaftliche Produkte. Worin besteht nun der

*) Truckſystem nennt man in England das auch in Deutschland wohlbekannte System, wobei die Fabrikanten selbst Läden halten und ihre Arbeiter nöthigen, sich bei ihnen mit Waaren zu versehn.

*) Beiläufig ist die Rolle, die die Arbeitsmarken in der Owenschen kommunistischen Gesellschaft spielen, dem Herrn Dühring gänzlich unbekannt. Er kennt diese Marken — aus Sargant — nur, soweit sie in den, natürlich fehlgeschlagenen, Labour Exchange Bazars figuriren, Versuchen vermittelst direktes Arbeitsaustausches aus der bestehenden in die kommunistische Gesellschaft überzuführen.

gesellschaftliche Charakter dieser Privatprodukte? Offenbar in zwei Eigenschaften: erstens darin, daß sie alle irgend ein menschliches Bedürfniß befriedigen, einen Gebrauchswerth haben nicht nur für den Produzenten, sondern auch für Andre; und zweitens darin, daß sie, obwohl Produkte der verschiedensten Privatarbeiten, gleichzeitig Produkte menschlicher Arbeit schlechthin, allgemein menschlicher Arbeit sind. Insofern sie auch für Andre einen Gebrauchswerth haben, können sie überhaupt in den Austausch treten; insofern in ihnen allen allgemein menschliche Arbeit, einfache Aufwendung menschlicher Arbeitskraft steckt, können sie nach der, in einer jeden steckenden Menge dieser Arbeit mit einander im Austausch verglichen, gleich oder ungleich gesetzt werden. In zwei gleichen Privatprodukten kann, unter gleichbleibenden gesellschaftlichen Verhältnissen, ungleich viel Privatarbeit stecken, aber immer nur gleich viel allgemein menschliche Arbeit. Ein ungeschickter Schmied kann in derselben Zeit fünf Hufeisen machen, in denen ein geschickter zehn macht. Aber die Gesellschaft verwerthet nicht das zufällige Ungeschick des Einen, sie erkennt als allgemein menschliche Arbeit nur Arbeit von jedesmal normalem Durchschnittsgeschick an. Eins der fünf Hufeisen des Ersten hat im Austausch also nicht mehr Werth als eins der in gleicher Arbeitszeit geschmiedeten zehn des Andern. Nur insofern sie gesellschaftlich nothwendig, enthält die Privatarbeit allgemein menschliche Arbeit.

Indem ich also sage, eine Waare hat diesen bestimmten Werth, sage ich 1) daß sie ein gesellschaftlich nützliches Produkt ist; 2) daß sie von einer Privatperson für Privatrechnung produzirt ist; 3) daß sie, obwohl Produkt von Privatarbeit, dennoch gleichzeitig und gleichsam ohne es zu wissen oder zu wollen, auch Produkt von gesellschaftlicher Arbeit ist, und zwar von einer bestimmten, auf einem gesellschaftlichen Wege, durch den Austausch, festgestellten Menge derselben; 4) drücke ich diese Menge nicht aus in Arbeit selbst, in so und so viel Arbeitsstunden, sondern in einer andern Waare. Wenn ich also sage, diese Uhr ist so viel werth wie dies Stück Tuch und jedes von beiden ist fünfzig Mark werth, so sage ich: in der Uhr, dem Tuch und dem Gold steckt gleich viel gesellschaftliche Arbeit. Ich konstatire also, daß die in ihnen repräsentirte gesellschaftliche Arbeitszeit gesellschaftlich gemessen und gleich gefunden worden ist. Aber nicht direkt, absolut, wie man sonst Arbeitszeit mißt, in Arbeitsstunden oder Tagen u. s. w., sondern auf einem Umweg, vermittelst des Austausches, relativ. Ich kann daher auch dieses festgestellte Quantum Arbeitszeit nicht Arbeitsstunden ausdrücken, deren Zahl mir unbekannt bleibt, sondern ebenfalls nur auf einem Umweg, relativ, in einer andern Waare, die das gleiche Quantum gesellschaftlicher Arbeitszeit vorstellt. Die Uhr ist so viel werth wie das Stück Tuch.

Indem aber Waarenproduktion und Waarenaustausch die auf ihnen beruhende Gesellschaft zu diesem Umweg zwingen, zwingen sie ebenso zu seiner möglichsten Verkürzung. Sie sondern aus dem gemeinen Waarenpöbel eine fürstliche Waare aus, in der der Werth aller andern Waaren ein für alle Mal ausdrückbar ist, eine Waare, die als unmittelbare Inkarnation der gesellschaftlichen Arbeit gilt und daher gegen alle Waaren unmittelbar und unbedingt austauschbar wird — das Geld. Das Geld ist im Werthbegriff bereits im Keim enthalten, es ist nur der entwickelte Werth. Aber indem der Waarenwerth sich, gegenüber den Waaren selbst, verselbständigt im Geld, tritt ein neuer Faktor ein in die Waaren produzirende und austauschende Gesellschaft, ein Faktor mit neuen gesellschaftlichen Funktionen und Wirkungen. Wir haben dies vor der Hand nur festzustellen, ohne näher darauf einzugehn.

Die Oekonomie der Waarenproduktion ist keineswegs die einzige Wissenschaft, die mit nur relativ bekannten Faktoren zu rechnen hat. Auch in der Physik wissen wir nicht, wie viel einzelne Gasmoleküle in einem gegebenen Gasvolum, Druck und Temperatur falls gegeben, vorhanden sind. Aber wir wissen daß, soweit Boylesche Gesetz richtig, ein solches gegebenes Volum irgend ches Gases ebensoviel Moleküle enthält, wie ein gleiches Volum es beliebigen andern Gases bei gleichem Druck und gleicher Temperatur. Wir können daher die verschiedensten Volume der verschiedensten Gase, unter den verschiedensten Druck- und Temperaturbedingungen, auf ihren Molekulargehalt vergleichen; und wenn wir 1 Liter Gas bei 0° C. und 760 mm. Druck als Einheit annehmen, an dieser Einheit jenen Molekulargehalt messen. — In der Chemie sind uns die absoluten Atomgewichte der einzelnen Elemente ebenfalls unbekannt. Aber wir kennen sie relativ, indem wir ihre gegenseitigen Verhältnisse kennen. Wie also die Waarenproduktion und ihre Oekonomie für die in den einzelnen Waaren steckenden, ihr unbekannten Arbeitsquanta einen relativen Ausdruck erhält, indem sie diese Waaren auf ihren relativen Arbeitsgehalt vergleicht, so verschafft sich die Chemie einen relativen Ausdruck für die Größe der unbekannten Atomgewichte, indem sie die einzelnen Elemente auf ihr Atomgewicht vergleicht, das Atomgewicht des Einen in Vielfachen oder Bruchtheilen des Andern (Schwefel, Sauerstoff, Wasserstoff) ausdrückt. Und wie die Waarenproduktion das Geld zur absoluten Waare, zum allgemeinen Aequivalent der übrigen Waaren, zum Maß aller Werthe erhebt, so erhebt die Chemie den Wasserstoff zur chemischen Geldwaare, indem sie sein Atomgewicht = 1 setzt und die Atomgewichte aller übrigen Elemente auf Wasserstoff reduzirt, in Vielfachen seines Atomgewichts ausdrückt.

Die Waarenproduktion ist indeß keineswegs die ausschließliche Form der gesellschaftlichen Produktion. In den altindischen Gemeinwesen, in der südslavischen Familiengemeinde verwandeln sich die Produkte nicht in Waaren. Die Mitglieder der Gemeinde sind unmittelbar zur Produktion vergesellschaftet, die Arbeit wird nach Herkommen und Bedürfniß vertheilt, die Produkte, soweit sie zur Konsumtion kommen, ebenfalls. Die unmittelbar gesellschaftliche Produktion wie die direkte Vertheilung schließen allen Waarenaustausch aus, also auch die Verwandlung der Produkte in Waaren (wenigstens innerhalb der Gemeinde), und damit auch ihre Verwandlung in Werthe.

Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines Jeden, wie verschieden auch ihr specifisch nützlicher Charakter sei, von vorn herein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wie viel davon im Durchschnitt nöthig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Nothbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit. Ebensowenig wie es der Chemie einfallen würde, die Atomgewichte auch dann auf dem Umwege des Wasserstoffatoms relativ auszudrücken, sobald sie im Stande wäre sie absolut, in ihrem adäquaten Maß auszudrücken, nämlich in wirklichem Gewicht, in Billiontel oder Quadrilliontel Gramm. Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werthe zu. Sie wird die einfache Thatsache, daß die 100 Quadratmeter Tuch meinetwegen 1000 Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien 1000 Arbeitsstunden werth. Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wie viel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiednen Gebrauchsgegenstände, abgewogen unter einander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nöthigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen Alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten „Werths“*).

Der Werthbegriff ist der allgemeinste und daher umfassendste Ausdruck der ökonomischen Bedingungen der Waarenproduktion. Im Werthbegriff ist daher der Keim enthalten, nicht nur des Geldes, sondern auch aller weiter entwickelten Formen der Waarenproduktion und des Waarenaustausches. Darin, daß der Werth der Ausdruck der in den Privatprodukten enthaltenen gesellschaftlichen Arbeit ist, liegt schon die Möglichkeit der Differenz zwischen dieser und der im selben Produkt enthaltenen Privatarbeit. Produzirt also ein Privatproduzent nach alter Weise weiter, während die gesellschaftliche Produktionsweise fortschreitet, so wird ihm diese Differenz empfindlich fühlbar. Dasselbe geschieht, sobald die Gesammtheit der Privatanfertiger einer bestimmten Waarengattung ein den gesellschaftlichen Bedarf überschießendes Quantum davon produzirt. Darin, daß der Werth einer Waare nur in einer andern Waare ausgedrückt, und nur im Austausch gegen sie realisirt werden kann, liegt die Möglichkeit, daß der Austausch überhaupt nicht zu Stande kommt, oder doch nicht den richtigen Werth realisirt. Endlich, tritt die specifische Waare Arbeitskraft auf den Markt, so bestimmt sich ihr Werth wie der jeder andern Waare, nach der zu ihrer Produktion gesellschaftlich nöthigen Arbeitszeit. In der Werthform der Produkte steckt daher bereits im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen. Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch die Herstellung des „wahren Werths“, heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch Herstellung des „wahren“ Papstes, oder einer Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist.

Hat die Waaren produzirende Gesellschaft die den Waaren, als solchen, inhärente Werthform weiter entwickelt zur Geldform, so brechen bereits verschiedne der im Werth noch verborgenen Keime an den Tag. Die nächste und wesentlichste Wirkung ist die Verallgemeinerung der Waarenform. Auch den bisher für direkten Selbstverbrauch produzirten Gegenständen zwingt das Geld Waarenform auf, reißt sie in den Austausch. Damit dringt die Waarenform und das Geld ein in den inneren Haushalt der zur Produktion unmittelbar vergesellschafteten Gemeinwesen, bricht ein Band der Gemeinschaft nach dem andern, und löst das Gemeinwesen auf in einen Haufen von Privatproduzenten. Das Geld setzt zuerst, wie in Indien zu sehen, an die Stelle der gemeinsamen Bodenbebauung die Einzelkultur; später löst es das noch in zeitweilig wiederholter Umtheilung zu Tage tretende gemeinsame Eigenthum am Ackerland auf durch endgültige Auftheilung (z. B. in den Gehöferschaften an der Mosel, beginnend auch in der russischen Gemeinde); endlich drängt es zur Vertheilung des noch übrigen gemeinsamen Wald- und Weidebesitzes. Welche andern, in der Entwicklung der Produktion begründeten Ursachen auch hier mit arbeiten, das Geld bleibt immer das mächtigste Mittel ihrer Einwirkung auf die Gemeinwesen. Und mit derselben Naturnothwendigkeit müßte das Geld, allen „Gesetzen und Verwaltungsnormen“ zum Trotz, die Dühringsche Wirthschaftskommüne auflösen, käme sie je zu Stande.

Wir haben bereits oben (Oekonomie, VI) gesehen, daß es ein Widerspruch in sich selbst ist, von einem Werth der Arbeit zu sprechen. Da Arbeit unter gewissen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht nur Produkte erzeugt, sondern auch Werth, und dieser Werth durch die Arbeit gemessen wird, so kann sie ebensowenig einen besondern Werth haben, wie die Schwere als solche ein besondres Gewicht oder die Wärme eine besondre Temperatur. Es ist aber die charakteristische Eigenschaft aller über den „wahren Werth“ grübelnden Sozialkonfusion, sich einzubilden, der Arbeiter erhalte in der heutigen Gesellschaft nicht den vollen „Werth“ seiner Arbeit, und der Sozialismus sei berufen, dem abzuhelfen. Dazu gehört dann zunächst, auszufinden, was der Werth der Arbeit ist; und diesen findet man, indem man versucht, die Arbeit nicht an ihrem adäquaten Maß, der Zeit, zu messen, sondern an ihrem Produkt. Der Arbeiter soll den „vollen Arbeitsertrag“ erhalten. Nicht nur Arbeitsprodukt, sondern Arbeit selbst soll unmittelbar austauschbar sein gegen Produkt, eine Arbeitsstunde gegen das Produkt einer andern Arbeitsstunde. Dies hat aber sofort einen sehr „bedenklichen“ Haken. Das ganze Produkt wird vertheilt. Die wichtigste progressive Funktion der Gesellschaft, die Akkumulation, wird der Gesellschaft entzogen und in die Hände und die Willkühr der Einzelnen gelegt. Die Einzelnen mögen mit ihren „Erträgen“ machen was sie wollen, die Gesellschaft bleibt im besten Fall so reich oder so arm wie sie war. Man hat also die in der Vergangenheit akkumulirten Produktionsmittel nur deßhalb in den Händen der Gesellschaft centralisirt, damit alle in Zukunft akkumulirten Produktionsmittel wieder in den Händen der Einzelnen zersplittert werden. Man schlägt seinen eignen Voraussetzungen ins Gesicht, man ist angekommen bei einer puren Absurdität.

Flüssige Arbeit, thätige Arbeitskraft soll ausgetauscht werden gegen Arbeitsprodukt. Dann ist sie Waare, ebenso wie das Produkt, wogegen sie ausgetauscht werden soll. Dann wird der Werth dieser Arbeitskraft bestimmt keineswegs nach ihrem Produkt, sondern nach der in ihr verkörperten gesellschaftlichen Arbeit, also nach dem heutigen Gesetz des Arbeitslohns.

Aber das soll ja gerade nicht sein. Die flüssige Arbeit, die Arbeitskraft soll austauschbar sein gegen ihr volles Produkt. Das heißt, sie soll austauschbar sein nicht gegen ihren Werth, sondern gegen ihren Gebrauchswerth; das Werthgesetz soll für alle andern Waaren gelten, aber es soll aufgehoben sein für die Arbeitskraft. Und diese sich selbst aufhebende Konfusion ist es, die sich hinter dem „Werth der Arbeit“ verbirgt.

Der „Austausch von Arbeit gegen Arbeit nach dem Grundsatz der gleichen Schätzung“, soweit er einen Sinn hat, also die Austauschbarkeit von Produkten gleicher gesellschaftlichen Arbeit gegen einander, also das Werthgesetz, ist das Grundgesetz grade der Waarenproduktion, also auch der höchsten Form derselben, der kapitalistischen Produktion. Es setzt sich in der heutigen Gesellschaft durch in derselben Weise, in der allein ökonomische Gesetze in einer Gesellschaft von Privatproduzenten sich durchsetzen können: als in den Dingen und Verhältnissen liegendes, vom Wollen oder Laufen der Produzenten unabhängiges, blind wirkendes Naturgesetz. Indem Herr Dühring dies Gesetz zum Grundgesetz seiner Wirthschaftskommüne erhebt, und verlangt, daß diese es mit vollem Bewußtsein durchführen soll, macht er das Grundgesetz der bestehenden Gesellschaft zum Grundgesetz seiner Phantasiegesellschaft. Er will die bestehende Gesellschaft, aber ohne ihre Mißstände. Er bewegt sich dabei ganz auf demselben Boden wie Proudhon. Wie dieser, will er die Mißstände, die aus der Entwicklung der Waarenproduktion zur kapitalistischen Produktion entstanden sind, beseitigen, indem er ihnen gegenüber das Grundgesetz der Waarenproduktion geltend macht, dessen Bethätigung grade diese Mißstände erzeugt hat. Wie Proudhon, will er die wirklichen Konsequenzen des Werthgesetzes aufheben durch phantastische.

Wie stolz er aber auch hinausreite, unser moderner Don Quijote, auf seiner edlen Rozinante, dem „universellen Prinzip der Gerechtigkeit“, und gefolgt von seinem wackern Sancho Panza Abraham Enß, auf der irrenden Ritterfahrt zur Eroberung des Helms des Mambrin, des „Werths der Arbeit“ — wir fürchten, wir fürchten, er bringt nichts heim, als das alte bekannte Barbierbecken.

*) Daß obige Abwägung von Nutzeffekt und Arbeitsaufwand bei der Entscheidung über die Produktion Alles ist, was in einer kommunistischen Gesellschaft vom Werthbegriff der politischen Oekonomie übrig bleibt, habe ich schon 1844 ausgesprochen. (Deutsch-franz. Jahrbücher S. 95.) Die wissenschaftliche Begründung dieses Satzes ist aber, wie man sieht, erst durch Marx' „Kapital“ möglich geworden.

Der Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit in Preußen.

(Statistisches über die Auswanderung.)

Unter der Herrschaft der Freizügigkeit entziehen sich die Veränderungen, welche die thatsächliche Bevölkerung durch Zu- und Wegzüge erleidet, zum größeren Theil der öffentlichen Kenntniß und nur eine Richtung der Wanderung, die überseeische, bleibt noch verhältnißmäßig leicht und sicher zu verfolgen, da sie meist an einer geringeren Zahl von Einschiffungsplätzen sich anstaut. Anders steht es mit dem Wechsel der rechtlichen, d. i. der staatsangehörigen Bewohnerschaft; denn diejenigen Akte, die, abgesehen von den Geburten und Sterbefällen, den Erwerb oder Verlust des Staatsbürgerrechts begründen, erfordern vielfach die Mitwirkung der Behörde und sind daher in Zahl und Wirkung fortlaufend zu bestimmen. Es geschieht dies auch in allen Staaten des Deutschen Reichs und insbesondere mit der größten Ausführlichkeit in Preußen; hier haben nach den vorliegender Aufzeichnungen die Staatsangehörigkeit

		verloren	
	erworben	überhaupt	darunter Militärpflichtige ohne Entlassungsurkunde
1872	2,713	64,905	10,690
1873	4,668	48,580	9,840
1874	7,858	27,560	9,549
1875	13,648	23,551	10,265
1876	6,070	20,764	7,640
1877	4,513	18,472	7,773

Vor den Jahren 1872 bis 1875 hat jedes folgende, wie ein Ueberblick über die erste dieser Reihen zeigt, der rechtlichen Bevölkerung stärkeren Zuwachs gebracht als das vorhergehende; einen besonders ansehnlichen Umfang erreichte, derselbe aber 1875, und zwar dadurch, daß eine größere Zahl von Niederländern, die schon seit längerer Zeit in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen Wohnsitz genommen hatten, damals zum Eintritt in den preußischen Unterthanenverband sich veranlaßt sah. Die Ursache war also ein zufälliger Umstand ohne allgemeine oder nachhaltige Wirkung, und daher sind dann in den folgenden Jahren wieder weniger Personen gewesen, welche die Staatsangehörigkeit erwarben. Es waren 1877 ihrer ungefähr eben so viel wie 1873. Aber der Zugang von absolut gleicher Größe hatte in beiden Jahren eine sehr ungleiche Bedeutung; 1873 fiel von einer ziemlich lebhaften Bewegung innerhalb der rechtlichen Bevölkerung auf seine Seite ein erheblich kleinerer Theil als 1877, bei einem sehr geringen Wechsel in der staatsangehörigen Bewohnerschaft und von den Verlusten, welche diese zu verzeichnen hatte, glich der Zuzug 1873 nur 9,6, 1877 aber 24,4 pCt. aus.

Dabei war das Verhältniß zwischen Zugang und Abgang 1877 noch etwas weniger günstig als in den drei vorhergehenden Jahren, die allerdings eine größere Verlustziffer aufweisen; diese ist von 1872 bis 1877 ununterbrochen, und zwar von 100 auf 28,5 gefallen. Noch erheblicher erscheint der Rückgang, wenn bei der Berechnung diejenigen ausgeschieden werden, welche als heimlich und ohne Entlassungsurkunde auswandernde Militärpersonen verzeichnet sind. Das darf mit gutem Grunde geschehen; denn es findet sich darunter eine große Menge von Personen, bei denen nicht sowohl der Verlust der Staatsangehörigkeit als dessen Feststellung in das angegebene Jahr fällt. Die Aushebungslisten führen nicht selten Namen auf, deren Träger bereits in früheren Alter mit ihren Familien ausgewandert oder nach anderen Gegenden gezogen, ja, selbst in den ersten Lebensjahren verstorben sind; fehlen dieselben dann bei der Musterung, so werden sie mit anderen als heimlich ausgewanderte Militärpersonen den aus dem Unterthanenverbande Ausgeschiedenen zugezählt. Hieraus erklärt sich zu einem guten Theil, warum die dritte Reihe der obigen Uebersicht solch hohe Zahlen aufführt; werden dieselben in Abzug gebracht, so ergibt sich für das Jahr 1872 ein Verlust der staatsangehörigen Bevölkerung von 54,215, für 1877 aber nur von 10,699 Personen und damit ein Rückgang von 100 auf 19,7.

So wenig der Austritt aus dem Unterthanenverbande gleichbedeutend ist mit der Auswanderung, eben so wenig läßt sich auf der anderen Seite verkennen, daß in der geschilderten Bewegung der rechtlichen Bevölkerung die der thatsächlichen sich widerspiegelt. Zwar fehlen über die letztere erschöpfende Nachweise; aber die vorhandenen genügen, um die Uebereinstimmung darzulegen. Es geht daraus hervor, daß über die vier Häfen Bremen, Hamburg, Stettin und Antwerpen auswanderten

	aus dem Deutschen Reiche	davon aus Preußen
1874	45,112	29,494
1875	30,773	21,113
1876	28,368	20,765
1877	21,964	14,666

Aus dieser Uebersicht ergibt sich für die Jahre 1874 bis 1877 ein Rückgang der (überseeischen) preußischen Auswanderung von 100 auf 49,7, während gleichzeitig der jährliche Verlust der staatsangehörigen Bewohnerschaft von 100 auf 67 und nach Abzug der entwichenen Militärpersonen von 100 auf 59,4 herabging. Diese Verschiedenheit darf eben so wenig auffallen wie das Verhältniß der jetzt angeführten, zu den früher mitgetheilten Zahlen. Es handelt sich eben in beiden Fällen nicht um dasselbe, sondern nur um Dinge, die von gleichen Einwirkungen abhängen, und dann schildern die zuletzt zusammengestellten Zahlen auch bloß eine bestimmte Richtung der Auswanderung. Von denen, die sich in den vier genannten Häfen einschiffen, suchen rund 90 pCt. in den Vereinigten Staaten von Amerika eine neue Heimat, verfolgen also ein Reiseziel, das neuerdings in besonders hohem Grade an Anziehungskraft verloren hat.

Wir sehen aber aus obigen statistischen Nachrichten, daß im Allgemeinen der Abgang an guten Menschenmaterial den Zugang in Preußen überstiegen hat und noch übersteigt. Grund: Militarismus. Wenn in Nordamerika Handel und Gewerbe wieder blühen, dann treibt der Militarismus noch mehr tüchtige junge Leute aus Preußen-Deutschland.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Hall, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. cor Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Sutz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 76. Sonntag, 30. Juni. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Helgoland und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal; bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" unter Nr. 4132, Seite 110.

Wir fordern unsere Parteigenossen und Freunde auf, für zahlreiche neue Abonnements Sorge zu tragen. Die Zeiten sind ernst und schwer, sie fordern zur treuesten und energischsten Pflichterfüllung gebieterisch auf.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Von den Todten auferstanden!

Als im Winter 1876 die Strafparagraphen 130 und 131 der neuen Bismarck'schen Strafgesetznovelle vom deutschen Reichstage mit allen gegen die Stimme des alten Reaktionärs, Burggrafen von Eulenburg, Vater des jetzigen Ministers von Eulenburg, abgelehnt worden waren, da glaubte man nicht, daß es jemals eine Regierung wieder wagen würde, solche Gesetzesvorlagen aus der Rumpelkammer der Reaktion wieder hervorzusuchen.

Die Sozialistenvorlage im Mai dieses Jahres allerdings belehrte uns eines Besseren und jetzt heißt es sogar, daß die preußische Regierung die Frage ernstlich erwäge, ob nicht öffentliche Angriffe in Rede oder Schrift gegen die Institute der Ehe, der Familie, des Eigenthums ꝛc. mit Strafe zu bedrohen seien.

Es scheint, als ob man zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitationen auf den ursprünglichen § 20 des preußischen Preßgesetzentwurfs vom Jahre 1874 zurückkommen wolle: „Wer die Familie, das Eigenthum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer die Sittlichkeit, den Rechtssinn oder die Vaterlandsliebe untergrabenden Weise angreift, oder Handlungen, welche das Gesetz als strafbar bezeichnet, als nachahmenswerth, verdienstlich oder pflichtmäßig darstellt, oder Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erörtert, wird mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu 2 Jahren bestraft."

Dieser Paragraph erfuhr bekanntlich im Bundesrathe eine Milderung, wurde aber gleichwohl vom Reichstage abgelehnt.

Wenn auch der Reichstag damals in erster Linie den Einwand erhob, daß derartige Vorschriften in das Strafgesetzbuch gehörten, so stießen dieselben doch sonst auf eine so große Abneigung bei allen Parteien, daß man hätte glauben sollen, der Regierung würde zu einer neuen für das Strafgesetzbuch präparirten Auflage die Lust vergangen sein. Dem war jedoch nicht so, die Novelle zum Strafgesetzbuch wollte denjenigen mit Gefängniß bestrafen, der die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreifen würde.

Dieser Antrag wurde, wie oben erwähnt, vom Reichstage fast einstimmig abgelehnt.

Und nun soll derselbe von den Todten auferweckt werden!? Wahrlich, es gab kaum je eine günstigere Zeit dazu. Das Rabengekrächz und das Eulengeschrei war noch niemals so laut im deutschen Reiche, wie jetzt.

Betrachten wir uns aber den Vorschlag der preußischen Regierung etwas näher, so finden wir, daß derselbe nicht allein reaktionär ist, sondern auch dem deutschen Strafrecht völlig widerspricht.

Nehmen wir zunächst an, daß Jemand, der das Institut der Ehe durch Rede und Schrift angreift, (die Form des Instituts der Ehe wäre allerdings richtiger!) vom Staatsanwalt angeklagt und vom Gericht zu Gefängniß verurtheilt werden muß, so tritt uns als schneidender Gegensatz die Bestimmung unseres Strafgesetzbuchs vor Augen, daß Jemand, der das Institut der Ehe thatsächlich angreift, der Ehebrecher also, gar nicht bestraft werden kann, wenn die mitbetroffene Ehepersonen keinen Strafantrag stellt!

Der Graf, der Baron, der Offizier, der Bourgeois, welcher neben seiner Frau noch ein halb Dutzend Maitressen und Huren hält, ist also nicht so schädlich für die Gesellschaft, als der Mann, der früher die christliche Ehe verurtheilte und die Civilehe anpries und der jetzt die Civilehe in anderer Form will.

Das Institut der Familie! Wahrlich leichtfertig ist es von der preußischen Regierung, vor Angriffen gegen dieses Institut zu warnen, da die heutige herrschende Gesellschaft, welche von den Regierungen geschützt wird, durch die Ausbeutung der Kinderarbeit, durch die Ausbeutung der Frauenarbeit, durch die Ausbeutung der Arbeitskraft überhaupt das Institut der Familie in den weitesten Schichten der Bevölkerung selbst untergräbt. Und da soll derjenige bestraft werden, welcher laut bekennt, daß die heutige Familie, weit entfernt ein sittliches Institut zu sein, geändert werden muß und zwar auf den Grundlagen einer neuen sozialen Ordnung!

Und nun gar noch das Institut des Eigenthums! Eine Regierung, die nicht einmal die schnödeste, frivolste Beraubung ihrer Staatsbürger durch das moderne Gaunerthum, durch das Gründerthum, verhindern konnte, die solche permanente thatsächliche Angriffe auf das Eigenthum geschehen lassen mußte, die will mit Gefängniß denjenigen bestrafen, der die Unsittlichkeit der heutigen Eigenthumsordnung an tausend Beispielen nachzuweisen und eine andere Eigenthumsordnung zum Heile des Staats und der Menschheit anzugeben vermag?

Und weshalb das Alles? Weil diese Regierung vielleicht glaubt, wir lebten in der besten der Welten? Weil sie sich wohl fühlt?

Wir können keine Antwort geben — die Regierung wird dem neuen Reichstag wiederum einmal das rothe Tuch vorhalten. Ist derselbe so verblendet, wie der Stier, so stürzt er darauf zu, das Tuch wird ihm über den Kopf geworfen und im Finstern springt er dann in die reaktionäre Sündfluth, in welcher er untergeht.

Offener Brief an meine deutschen Freunde.*)

Paris, im Juni 1878.

Verehrte Patrioten!

Nur zu lange habe ich gezögert, Ihnen ein Antwortschreiben auf Ihren sehr schmeichelhaften Brief zukommen zu lassen. Ich sehe mich genöthigt, es meiner Trägheit zuschreiben zu müssen, die jedoch in den wenig Erholungsstunden, die mir täglich zu Theil werden, ihren Entschuldigungsgrund findet. — Meine Freunde! Sie wünschen einmal von einem unparteiischen Manne zu erfahren, was er zu der politischen Gewitterschwüle sage, die das freie Athmen im neuen deutschen Kaiserreiche geradezu unerträglich macht. Nunwohl! Ich werde Ihrem sehnlichsten Wunsche nachzukommen versuchen.

Mit ernstlichem Bedauern habe ich die sonderbaren Zustände in Ihrem lieben freien deutschen Vaterlande vernommen. Zunächst erfuhr ich die zwei Attentate auf das Leben des „Greises im Silberhaar", und verleihe meiner Entrüstung hiermit Ausdruck. Ich könnte die meuchelmörderischen Patrone baumeln sehen, wenn ich nicht zu denen gehörte, die für „Abschaffung der Todesstrafe" oft genug in die Schranken getreten. Bei den haarsträubenden Berichten, die nach hier gelangten, konnte ich mich unwillkürlich des Gedankens nicht erwehren: Wie wird Deutschland vor den Augen Europas die Heldenthat der wahnwitzigen Geschöpfe am sachlichsten kennzeichnen? Ich sagte zu mir: Am verständigsten dadurch, daß es die „Herostratiden" d. h. die vom „Größenwahn Besessenen" als Tollhäusler ausgiebt und ihnen die modernste Zwangsjacke anpaßt. Deutschland konnte unmöglich anders denken und handeln. Aber ich sollte einer bittern Täuschung entgegensehen. Die moralisirende deutsche Reichsregierung hat es für gut befunden, sich eine Blöße vor den übrigen Nationen zu geben. Sie hat hinter den schändlichen Verbrechen ein „Complott" vermuthet und höllischen Lärm geschlagen; sie hat die Welt in Aufregung versetzt und in ihr mehr Staubwolken aufgewirbelt, als der Solano je nach Europa hinüberwehen könnte. Sie hat noch mehr gethan! Der schwerste Vorwurf trifft sie im „eigenen Lande." Dazu unternehmen es ihre vermeintlich treuen Soldschreiber keck lich, ihr „Veto" in die Waagschale der Göttin „Justitia" zu werfen und die Luft mit giftigen Miasmen zu verpesten, indem sie ausposaunen: „Die beiden Verbrecher seien identisch mit tausenden deutscher Unterthanen!" — Wendet Euch, Ihr edlen Männer, von diesen käuflichen Seelen ab, die thatsächlich dem gefüllten Geldsacke das Wort reden. Kann bei dieser Menschenklasse von Freiheit und Würde eines Volkes die Rede sein? Unmöglich! Wie mir vor Augen steht, billigt Ihre vaterländische Regierung das verwerfliche Spiel dieser Lictoren, die nach Belieben ihre Ruthenbündel auf dem Rücken des deutschen Volkes tanzen lassen. Im Bunde mit dieser bebänderten Ehrenlegion säet sie den Saamen der Zwietracht unter das deutsche Volk. — Vielleicht können Sie mir stichhaltige Gründe angeben, die die deutsche Reichsregierung berechtigen, den Guerillakrieg gegen ein mündiges Volk in Scene zu setzen? Ich bin gespannt, meine patriotischen Freunde zu vernehmen und werde mir Lebenswasser verschaffen, um alsdann einer physischen Ohnmacht vorzubeugen. Sie können doch nicht leugnen, meine Theuren, daß Ihre staatliche Obrigkeit unerhört gegen eine Volkspartei vorgeht, welcher das höchste Ideal, das je gedacht werden kann, vor Augen steht. Das Wesen dieser Partei verdient in einem n.einer nächsten Briefe lebhaft besprochen zu werden; umsomehr es die Zielscheibe schamloser Literatoren geworden. Ich will mich nur auf das Eine beschränken und hindeuten auf meinen genialen Landsmann Turgot, der vor hundert Jahren den Amerikanern die Verwirklichung ihres Ideals mit den herrlichen Worten geweissagt: „Die Gleichheit hält von den unermeßlichen Regionen Amerikas sowohl den Luxus, wie den Mangel entfernt und bewahrt ihnen Reinheit, Einfachheit und Freiheit. Europa selbst wird dort die Vervollkommnung seiner politischen Gesellschaften und die sicherste Stütze seiner Wohlfahrt finden." — Ungefähr dasselbe wage ich heute an dieser Stelle dem deutschen Volke zuzurufen: Aus Deutschlands Ruinen werden nach hundert Jahren neue Lebensgeister aufkeimen und ein friedliches Banner wird über den Häuptern der geeinten Völker flattern! — — —

Zum Schluß gelangend, will ich noch eine Thatsache, die mir ganz besonders in die Augen gefallen, kurz beleuchten. Die deutsche Regierung unternimmt es demnächst, der sogenannten gemeingefährlichen sozialen Partei Druckschriften ꝛc. zu verbieten. Und das haben in Deutschland Patrioten ersten Ranges — wohl in schwachen Augenblicken — ausgeheckt? Nimmermehr! Nun, an diese sollen die nachstehenden Worte hauptsächlich gerichtet sein. Der große Malesherbes sagte in einer seiner berühmten Abhandlungen, die Druckschriftenverbote betreffend: „Verbietet man Irrthümer durch den Druck zu verbreiten, so hemmt man möglicherweise den Fortschritt der Wahrheit, weil neue Wahrheiten immer eine Zeit lang für Irrthümer gelten." — Werden die liberalen Herren in Deutschland diesen gerechten Ausspruch, weil ihn ein Franzose gethan, in Abrede stellen? Hören Sie weiter, was dieser ausgezeichnete Staatsmann in seiner Schrift „über Preßfreiheit" sagt: „Freier Meinungsaustausch ist das sicherste Mittel, einem Volke die Kenntniß der Wahrheit zu geben. Noch nöthiger aber wird es, das Volk zu unterrichten, wenn seine Abgeordneten über das Wohl des Staates berathschlagen; denn ohne Preßfreiheit kann es keine vollkommene Volksvertretung geben." . . . Und ferner heißt es darin: „Censur beruht auf einem falschen Grundsatze. Niemand kann Vorgesetzter der Gedanken eines andern Menschen sein. Die Staatsgewalt kann zwar den Bürgern Gesetze über ihre Handlungen geben, über ihre Gedanken aber hat sie keine Herrschaft. Hätte solche Gewalt eingeführt werden können, so wären wir Barbaren geblieben, denn die meisten vorleuchtenden Geister, die an unserer Bildung gearbeitet haben, sind von Kirche und Staat verfolgt worden."

O würden sich das die trefflichen Geistes-Anatomisten in Deutschland gesagt sein lassen! Sie, die im Leben so viel gelernt und erfahren haben wollen, hätten sich ein leuchtendes Beispiel an dem redlichen Malesherbes nehmen sollen und man würde heute vergeblich die zahlreichen Opfer einer ungeheuerlichen Politik in vermoderten Kerkern vorfinden können. Doch sachte! Noch ist es Zeit, an eine ernstliche Reform zu denken!

Gegenwärtig ist es der bleierne Schlaf, der sich auf die Lieder des deutschen Volkes gesenkt. Erwacht es, dann wird Deutschland einer Zeit entgegengehen, die zwar noch große und schwere Opfer erfordern wird; aber die Gewitterwolken werden sich dann auch verziehen und hereinbrechende Sonnenstrahlen künden der erwachenden Menschheit — den nahenden Völkerfrühling! —

Meine Freunde! Nach dem, was Sie gehört haben, werden Sie mich fragen, wie ich dazu komme, so freimüthig loszudonnern. Darauf muß ich Ihnen entgegnen: Daß mich eine alte Anhänglichkeit so ziemlich zum Deutschen gestempelt, und Sie werden meinen Eifer um so natürlicher finden. Sie wünschten zu erfahren, was ich zu der deutschen politischen Gewitterschwüle sage, und ich habe Ihnen, allerdings in einem salbungsvollen Tone, geantwortet. Dabei hat Ihre Neugierde, die mich veranlaßt, unfreiwillige Donnerkeile in Ihren patriotischen Freundeskreis zu schleudern, empfindliche Einbuße erlitten. Nicht wahr? — Werden Sie mir darob zürnen? . . . Vielleicht!

So leben Sie wohl!
Eg. Dumont.

*) Wir erhalten vorstehenden Brief aus Frankfurt a. M. mit der Bitte, denselben abzudrucken. D. R. d. „V."

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wie's gemacht wird. Das königlich preußische Landrathsamt zu Franzburg in Pommern veröffentlicht in dem Amtsblatt vom 12. Juni folgenden Aufruf:

„Im Erlasse (Eulenburg juniors) vom 1. Juni d. Js., durch welchen die Behörden angewiesen werden zum Einschreiten gegen die Sozialdemokratie bedarf es der Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben können nicht oft und nicht nachdrücklich genug auf die Gefahren, welche der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung seitens der Sozialdemokratie drohen und auf die Nothwendigkeit hingewiesen werden, der letzteren durch gemeinsame, zweckentsprechende Thätigkeit entgegenzuwirken.

„Zu solchem nachhaltigen, kräftigen und siegreichen Kampf rufe ich auf, und Angesichts der neuen Schandthat vom 2. Juni d. Js., welche das Leben unseres theuren Kaisers und Königs gefährdet, hoffe ich, daß Niemand in unserm Kreise Franzburg von solchem Feldzug und Kampf zurückbleiben wird. Nur verworfenste Gemeinheit — oder arge Theorie kann sich zur Lehre der Sozialdemokratie bekennen. Denn was ist diese Lehre, losgelöst von umgebenden Phrasen und beschönigenden Floskeln? Der wirkliche Kern heißt: Theilung des vorhandenen Volksvermögens und des Eigenthums! Todtschlag und Mord eines Jeden, welcher besitzt und nicht theilen will! Vernichtung von Cultur und Sitte! Was muß hiervon die Folge sein? Neue Theilung am nächsten Tage, gefordert von dem Liederlichsten, der am nächsten Tage schon wieder weniger als der Andere besitzt! Neuer Todtschlag und Mord und sofort — ein Kampf unter entmenschten Menschen ärger wie ein Kampf unter entmenschten Menschen ärger wie ein Kampf unter wilden Thieren und als Rest ein Haufen von sich bekämpfenden Mör-

dern — sicherer Ruin eines Jeden, auch des Geringsten. Ich nehme an, daß selbst unter Sozialdemokraten nicht Alle sich klar sind über diesen faktischen Erfolg ihrer Träume. Klar und bewußt sind sich darüber vielleicht nur die Führer — verantwortlich aber bleiben außerdem auch die Verführer, daß sind die Agitatoren. Gegenwärtig führen diese Menschen aus den Sammlungen der bethörten Menge — auf fremde Kosten — ein recht angenehmes Leben; sie fahren in der Welt umher für fremdes Geld und halten phrasenhafte Reden — das ist ihr Metier und einträgliches Handwerk. Später, falls ihre Wünsche in Erfüllung gehen könnten, würden sie zu Tyrannen sich aufwerfen und — so lange sie dem Morde, welcher dann auch auf sie lauern würde, entgehen — die bethörte Menge knechten. Glauben thun sie selbst nicht, was sie lehren. Gegen die verbrecherische Agitation, welche auf Thorheit, wie eine Pestilenz wirkt, rufe ich auf zum Kampf! Duldet es nicht, daß in Eurer Gegenwart — an öffentlichem oder an privatem Ort — lästerliche Rede geführt wird, über König und Vaterland, über Gottesglauben und Kirche, über die bestehende gesetzliche Ordnung. Greift und haltet fest Jeden, der solches thut und übergebt ihn in sicherem Transport durch die Ortsbehörde dem Richter zur Bestrafung. Ruhet nicht, wenn Ihr durch Hörensagen von solcher geifernden Rede erfahrt, sondern zeigt den Frevler an, daß er Strafe erhält! Das ist der Weg, wie Jeder, auch der Geringste beitragen kann im Kampf gegen die Sozialdemokratie zur Rettung der menschlichen Gesellschaft. Niemand möge die Lästigkeit solcher Thätigkeit scheuen — sie ist erforderlich zur Rettung des eigenen Wohls und Lebens.

„Die Ortsbehörden haben Vorstehendes in ortsüblicher Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Außerdem ist Vorstehendes jedem Inhaber von Gast- und Schankwirthschaft zur besonderen Beachtung vorzulegen, mit dem Bedeuten, daß ich die Inhaber von Gast- und Schankwirthschaften verantwortlich mache für jede sozialdemokratische Rede und Sprache in ihren Lokalen und daß ich — falls ich in Erfahrung bringen würde, daß sie stillschweigend und ohne Anzeigeerstattung dergleichen geduldet haben — die ganze Strenge des Gesetzes gegen sie zur Anwendung bringen werde."

Prachtvoll! Unsere Cultur, Bildung und politische Reife hätte nicht glänzender bethätigt werden können, als durch dieses landräthliche Machwerk.

Auch außerhalb Preußens wird in ähnlicher Weise verfahren. Das württembergische Ministerium des Innern hat einen Erlaß an die Oberämter gerichtet, worin dieselben aufgefordert werden, die Agitation der Sozialdemokraten scharf zu überwachen; namentlich soll darauf gesehen werden, daß die Behörde im Stande ist, zu beurtheilen, ob die Tagesordnung nichts Ungesetzliches enthalte; verspätet angezeigte Versammlung oder solche mit ungesetzlicher Tagesordnung sind zu verbieten. In die Versammlungen der Sozialisten sollen nunmehr nur höhere Polizeibeamte zur Ueberwachung entsendet werden, um rasch beurtheilen zu können, ob eine Aeußerung des Redners strafbar sei, da den Polizeibeamten die Weisung ertheilt wurde, Redner, welche sich in strafbarer Weise äußern, sofort zu verhaften und dem zuständigen Richter vorzuführen, geringere Verfehlungen aber dem Staatsanwalt anzuzeigen. Namentlich sollen keine Angriffe und Verhöhnungen der Religion und keine Aufreizung der verschiedenen Gesellschaftsklassen gegeneinander geduldet werden. Der Erlaß trägt das Datum des 11. Juni.

Nun — wir werden es uns ad notam nehmen, sind aber begierig zu erfahren, wie den „höheren Polizeibeamten" in aller Geschwindigkeit die nöthigen Gesetzes- und sonstigen Kenntnisse beigebracht werden sollen, um unterscheiden zu können, was verhaftenswerthe Aeußerungen sind, was unter „Verhöhnungen der Religion" zu verstehen ist, und wo die Aufreizung der verschiedenen Gesellschaftsklassen gegen einander anfängt strafbar zu werden. Daß man zur Entziehung des Lebenserwerbs, zur Verhängung des Hungertodes, zur Todtprügelung und Ausrottung bestimmter „Gesellschaftsklassen" „aufreizt", ist bekanntlich nicht strafbar, denn sonst müßten sämmtliche liberale und reaktionäre Zeitungsredacteure Deutschlands jetzt hinter Schloß und Riegel sitzen.

— Hamburg gegen Preußen. Neuerdings sind wiederum den Mitgliedern des Bundesraths aus einzelnen Staaten Vorstellungen von Seiten der preußischen Regierung gemacht worden, daß sie nicht stramm genug gegen die Sozialdemokratie vorgingen. Bei dieser Gelegenheit soll die Aeußerung der hamburgischen Bevollmächtigten, daß eine möglichst große Mäßigung in der Verfolgung der Sozialdemokratie, ihrer Meinung nach, gerade das wirksamste Mittel sei, die sozialdemokratische Agitation in gesetzlichen Bahnen zu halten, sehr befremdet haben. Uebrigens sollen die gedachten Bevollmächtigten die bestimmte Behauptung gemacht haben, daß in Hamburg kein Sozialdemokrat aus der Wahlurne hervorgehen werde, wogegen in Altona allerdings die Aufregung in den unteren Volksschichten merklich gestiegen sei. — Was Wahres an dieser Mittheilung ist, die wir einem liberalen Blatte entnehmen, können wir natürlich nicht wissen.

— Ausgelogen! Nach dem Nobilingattentate strotzten täglich sämmtliche liberale und conservative Zeitungen von den haarsträubendsten Lügen über Nobiling, Complotte und über die damit zusammenhängende Sozialdemokratie. Seit fast vierzehn Tagen findet man in den liberalen oder conservativen Blättern kaum mehr den Namen: „Nobiling" oder das Wort: „Complott". Die verleumderische Literatenbande hat sich eben gründlich ausgelogen.

— In dem von uns schon erwähnten Erlaß des „jüngern" Eulenburg findet sich eine Stelle, die hervorgehoben zu werden verdient. Der Minister verlangt einerseits die strengste Handhabung der bestehenden Gesetze, andererseits die Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, und fährt fort: „Diese Arbeit" im Interesse des Gemeinwohl wird freilich nur allmählich zum Ziele führen, zumal da, wo die Sozialdemokratie bereits festen Fuß gefaßt hat. Wo aber die socialdemokratische Bewegung erst Boden zu gewinnen sucht, wird, wie die Erfahrung zeigt, durch rechtzeitige Abwehr auch ein unmittelbarer Erfolg sich erreichen lassen." Dazu bemerkt die „Vossische Zeitung" von ihrem Standpunkt aus ganz korrekt: „Nun — die sozialdemokratische Bewegung ist kein Ding, das man „abwehren" kann wie ein Rudel Wölfe, oder die Rinderpest — was bekanntlich auch nicht immer gelingt." Der Minister giebt also zu, daß auch mit den jetzt vorhandenen Mitteln das Ziel, wenn auch nur allmählich, erreicht werden kann. Wie stimmt dies mit dem Höllenlärm der gouvernementalen Presse über die Haltung der liberalen Parteien bei der Abstimmung vom 24. Mai? Sodann aber: wer trägt die Schuld daran, daß die „rechtzeitige Abwehr", durch welche das Umsichgreifen der Sozialdemokratie überhaupt verhütet sein würde, unterlassen worden ist?"

— Gelegentlich des Marx'schen Briefs erinnerten verschiedene Zeitungen, u. A. die „Berliner Volkszeitung", an die Thatsache, daß in der Conflictsperiode auch Liebknecht für Bismarck gekauft werden sollte. Mit Bezug hierauf schreibt nun ein Reptil in der durch und durch reptilisirten „Deutschen Reichs-Correspondenz":

„Eine eigenthümliche Rolle spielt in neuerer Zeit die Berliner „Volkszeitung". Während in früherer Zeit dieses Blatt sich als den Sozialdemokraten entschieden feindlich gesinnt dokumentirte, hat es sich seit dem Attentat dermaßen geändert, daß es von den Blättern dieser Partei nicht nur nicht mehr angefeindet wird, sondern sogar wiederholt die zweifelhafte Ehre genießen mußte, vom „Vorwärts", der „Berliner Freien Presse" und anderen Blättern dieser Richtung das Attest eines musterhaften Wohlverhaltens ausgestellt zu erhalten. Heute veröffentlicht das genannte Blatt nach der Londoner „Daily News" einen Brief von Karl Marx mit der Ueberschrift: „Fürst Bismarck und die communistische Internationale." In diesem Brief erzählt Karl Marx, indem er den gegenwärtigen Geheimen Legationsrath Lothar Bucher anläßlich der Ernennung desselben zum „secrétaire archiviste" des Congresses mit Rücksicht auf dessen frühere politische Ansichten verdächtigt, daß Bucher ihm (Marx) mit der Zustimmung des Fürsten Bismarck die Redaktion der Börsenabtheilung des „Preußischen Staatsanzeigers" angetragen habe. — Der alte Revolutionär Marx in London hat in seinem Leben schon so viele Unwahrheiten in die Welt gesetzt, daß man sich über diese neue gar nicht mehr wundern kann. Wenn aber die „Volkszeitung" nur einigermaßen gesunden Verstand angewendet hätte, als sie das Marx'sche Schreiben las, so hätte sie sich sagen müssen, daß zur Zeit, als nach Marx' Behauptung ihm jene Stelle beim „Staatsanzeiger" angetragen sein soll — kurz nach Lassalle's Tode — noch nicht einmal die „Volkszeitung" daran dachte, einen eigenen „Börsen-Redakteur" anzustellen (trotzdem von Herrn Duncker auch das „Verdienen" groß geschrieben wurde, und es ja bekannt ist, daß der „Börsenreferent" dieses Blattes, der vollkommen mittellos war, bei einem hiesigen Bankgeschäft Differenzen von circa 16,000 Thalern auszugleichen „vergessen" hatte). Das amtliche Blatt, der „Staatsanzeiger", fand sich aber, durch die anderen Blätter erst viele Jahre später als die „Volkszeitung" gezwungen, einen eigenen „Börsenredakteur" anzustellen. Wenn aber nun weiter diese „Volkszeitung" in ihrem Raisonnement über den Marx'schen Brief hinzufügt, daß die Thatsache, daß die Regierung des Fürsten Bismarck das anerkannte Haupt des Sozialismus in der Redaktion des „Preußischen Staatsanzeiger" anstellen wollte, sich ebenbürtig den anderen Thatsachen anreihe, daß nämlich Braß, nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" von der Regierung erkauft war, dem Communisten Liebknecht zwei Spalten für sozialdemokratische Studien in dem nunmehrigen Regierungsorgan zur Verfügung stellte" — so heißt das nichts anderes, als eine Unwahrheit mit zwei anderen Unwahrheiten decken. Zunächst ist es unwahr, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" durch den verstorbenen Dr. Braß mit dem Gelde der preußischen Regierung gekauft worden ist. Wir können dies auf Grund der sichersten Beweise versichern und zu größerer Bekräftigung noch hinzufügen, daß die ehemalige „Montagszeitung Berlin", welche später von Braß in die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" umgewandelt wurde, nicht von preußischem Gelde und nicht durch Braß, sondern aus österreichischen Mitteln und durch eine dritte Person angekauft wurde, welche den damals in Genf weilenden Braß hierher berief, um aus dem Wochenblatt eine täglich erscheinende Zeitung zu machen und diese im Sinne „Großdeutschlands" — mit österreichischer Spitze — zu redigiren. Braß berief zu seiner Hilfe den in London weilenden — großdeutsch gesinnten — ihm aus der badischen Revolution bekannten und befreundeten Liebknecht nach Berlin und übertrug ihm namentlich die Bearbeitung der Rubriken England und Amerika. Liebknecht blieb so lange in der Redaktion des Blattes thätig, bis Braß die österreichische Fessel abschüttelte und bei Beginn des „Conflikts" für das „Ministerium Bismarck" eintrat. Liebknecht hat somit niemals „für Bismarck" eine Zeile geschrieben."

So das Reptil. Wahr ist an diesem Geschreibsel nur, daß Liebknecht „niemals ‚für Bismarck' eine Zeile geschrieben". Wahr ist aber auch, daß ihm nicht blos einmal, sondern mehrere Male das Anerbieten gemacht wurde, „für Bismarck" zu schreiben, und zwar unter pekuniär und sonst sehr verlockenden Bedingungen. Zum letzten Versuch bediente man sich weiblicher Vermittlung, und zwar gegenüber der Frau des — gerade abwesenden — Liebknecht, die vor die Alternative: Gute Versorgung und glänzende Zukunft oder: vollständiger Ruin und Ausweisung gestellt ward. Natürlich scheiterte auch die weibliche Vermittlung. Mit der Alternative hatte es aber seine Richtigkeit: die Ausweisung Liebknecht's wurde in Scene gesetzt.

Wer die ersten Gründungsgelder der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegeben hat, wissen wir nicht, es ist auch ganz gleichgiltig. Erwähnt sei nur, daß Liebknecht, so lange er in der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" war, nicht ein Wort über innere Politik, und über auswärtige Politik keine Zeile geschrieben hat, die er — von selbstverständlichen Irrthümern abgesehen — nicht auch heute schreiben könnte. —

— Offenes Geständniß. Ein Liberaler schreibt aus Thüringen der Berliner „Volkszeitung", daß er in Bezug auf das Fürstenthum Greiz keine Hoffnung habe, den sozialdemokratischen Candidaten verdrängt zu sehen; trotz des Bündnisses der Liberalen, Fortschrittler und Conservativen werde der Sozialist siegen. Und dabei wird, worauf es hauptsächlich ankommt, constatirt, „daß die Polizeimaßregeln gegen die Sozialdemokratie bei einem Theil der ärmeren Bevölkerung einen entgegengesetzten Erfolg, als den beabsichtigten hervorbringen". — Hierzu constatiren wir, daß das nicht

Schutzmannsvorsicht.

Wer auf den „Vorwärts" abonnirt,
Wird arretirt,
Die Wand mit Bebel's Bildniß ziert,
Wird arretirt.
Wer eine Auskunft refusirt
Wird arretirt,
Wird arretirt, wird arretirt, wird arretirt.

Wer Landpartien arrangirt,
Die Marseillaise intonirt,
Wer nicht auf Liebknecht raisonnirt
Wird arretirt.
Wer Werke von Lassalle studirt,
Wer mit Carl Marx correspondirt
Wer für Gesang'ne collectirt
Wird arretirt.

Wer gegen Härte protestirt,
Wer je am Strike participirt,
Wer über Freiheit debattirt
Wird arretirt.
Wer rothe Nelken cultivirt,
Wer in Petroleum speculirt,
Wer Reaktion perhorrescirt
Wird arretirt.

Wer Bürger: Bourgeois titulirt,
Wem unf're Heeresmacht aigrirt,
Wer Demokraten invitirt
Wird arretirt.

Wer jede Ansicht estimirt,
Wem Lynchjustiz nicht convenirt,
Selbst wer sich zeigt zu reservirt
Wird arretirt.
Wer nur zu mucksen noch probirt,
Wer sich nicht zeiget consternirt
Ja, wer nicht ganz den Kopf verliert
Wird arretirt.

(Aus der „Frankf. Latern".)

Sprüchwörtersammlung.

Neue verballhornisirte Auflage.

Wer Ah! sagt, muß auch Bäh! sagen (nationalliberal).
Bleibe im Sande und wehre dich thätlich (spreeathenisch).
Tessendorff weiß schon, wo er den Most holt (criminalistisch).
Es ist dafür gesorgt, daß die Freiheitsbäume nicht in den Himmel wachsen (neuwählerisch).
Gleiche Brüder, gleiche Happen (congreßlich).
Viele Lumpenhunde sind des Hasenclever's Tod (sozialdemokratisch).
Wer den Laden hat, darf für den Bankrott nicht sorgen (industriell).
Preuß'sch Courant hilft durch's ganze Land (volkswirthschaftlich).
Praktisch gewählt und kräftig geworben
Heißt den Wühlern die Rechnung verdorben (fortschrittlich).
Gram und Noth macht Zahme roth (politisch).
Der Wähler ist schlimmer als der Krakehler (bundesräthlich).
Ein Jeder für sich, die Türkei für uns Alle (europäisch).

(Aus der „Frankf. Latern".)

— Ein Brief Kossuth's. Der Szatmarer Einwohner Baruch Haupt hat sich an Ludwig Kossuth um Ersatz jener 40,000 Fl. gewendet, die er für zur Zeit des Freiheitskrieges effektuirte Lieferungen für die Honvedschaft zu fordern hat und durch deren Verlust er zu Grunde gerichtet wurde. Ludwig Kossuth hat dem Genannten mit folgendem Briefe geantwortet, den wir nach „Szatmar" reproduciren: „Collegno al Baraccone, 28. Mai 1878. Mein Herr! Sie wenden sich an mich, gerade an mich, den vermögenslosen alten Exilirten, ich möge Sie vom Abgrunde der Verzweiflung erretten, in welche Sie mit Ihrer Familie dadurch gerathen sind, daß Sie jener 40,000 Fl. verlustig gingen, die Sie für die Lieferungen zu bekommen hatten, welche Sie zur Zeit des Freiheitskrieges effektuirten. Es ist traurig, daß die Nation, die so viel Schulden übernommen hat, zu welchen sie nicht verpflichtet war, Dasjenige nicht zahlt, was sie schuldet. Allein ich kann nicht statt der Nation zahlen. Nicht der Mangel an gutem Willen, sondern mein Unvermögen ist Schuld daran, daß ich keines Menschen Elend mehr zu lindern vermag. Mit einer Handtasche am Arme, die etwas Leibwäsche enthielt, habe ich vor 29 Jahren von unserm tiefgebeugten Vaterlande Abschied genommen — mit reiner, aber leerer Hand, gänzlich arm. Mit schwerer Arbeit, unter fortwährenden Sorgen habe ich für mich und meine Familie das tägliche Brot erworben; aber, obgleich ich selbst Mangel litt, habe ich doch dem Elend meiner Landsleute niemals Hilfe versagt, so lange ich unter solchen Verhältnissen lebte, daß ich auf Erwerb zählen durfte. Es beläuft sich auf Tausende, womit ich — selbst nothleidend — von meinem schwer Erworbenen Andere unterstützte, bei denen ich wahrlich nur Undank erntete. Aber nun bin ich längst nicht mehr in der Lage, helfen zu können. Seit die patriotische Pflicht mich nöthigte, aus England nach Italien zu überfiedeln, habe ich keinen Erwerb. Mit den ersparten Resten des schweren Verdienstes der ersten zehn Jahre meines Exils friste ich kärglich meine alten Tage, und nun gehen auch diese Reste zur Neige; nicht daß ich Ueberflüssiges besäße, bin ich kaum im Stande, meine knapp bemessenen Bedürfnisse zu decken. Ich bedaure Sie, kann aber weder Ihnen, noch sonst Jemandem in seinem Elend helfen. Kossuth m. p.

— Herr Faucher, der volkswirthschaftliche Charlatan und Possenreißer, der Erfinder des „Entbehrungslohns", ist gestorben. Er behauptete allen Ernstes, die soziale Frage werde für jeden einzelnen Arbeiter durch Anschaffung einer Uhr und eines Thermometers gelöst, denn die Uhr gebe die nöthige „Zeit", und „Zeit sei Geld", und der Thermometer ermögliche ein gesundes Leben. Der größte Schreck, den er je hatte, wurde ihm durch die Drohung verursacht, man werde seine „wissenschaftlichen Vorträge" stenographiren. Der gute Mann warf nämlich mit riesigen Zahlen um sich, gab alle aus dem Gedächtniß und bis auf Heller und Pfennig, und — Alles war Faucher'sche Phantasie. Und der Mann galt lange in Deutschland für einen „großen Nationalökonomen". O „Volk der Denker" und „Land der Wissenschaft"! — Auch der Agrarier Markus Antonius Niendorf ist gestorben.

— Der arme Hirsch. Märchen hat seit den letzten Wahlen so viele lustige Kapriolen den Herren Fortschrittlern vorgemacht, um sich deren Vertrauen zu verdienen, daß man wohl annehmen mußte, der erste Wahlkreis in Berlin wäre dem Aermsten für alle Zeiten gesichert. Nun aber hören wir, daß die undankbaren Fortschrittler ihn aus seinem Wahlkreise exmittirt und den Abg. Eugen Richter aufgestellt haben. Das sozialistenfresserische Märchen hat seine Schuldigkeit gethan — es kann gehen.

— Am 24. d. Mts., Abends, fand in Cannstatt unter großer Betheiligung die Enthüllung des Grabdenkmals für Freiligrath statt. Nach einer Weihrede des Professors Klaiber fiel die Hülle, gezogen von jugendlichen Enkeln des Gefeierten. Die eherne Kolossalbüste ist ein Werk Donndorf's.

allein in Greiz so ist, sondern in ganz Deutschland und nicht allein „bei einem Theil der ärmeren Bevölkerung", sondern bei allen anständigen und ehrenhaften Menschen.

— Neben Lasker und Bennigsen ist nun auch Delbrück auf die Bismarck'sche Proscriptionsliste gekommen. Herr Delbrück in Opposition — das wird ein Schauspiel für Götter geben. Daß aber solche Männer der offiziellen Aechtung verfallen können, beweist, wie unendlich weit wir es gebracht, und welch wunderbares Talent unser Herr Reichskanzler besitzt, Reichsfeinde zu schaffen.

— Aus einem Berliner Waschzettel leistet Herr Redakteur Biedermann zu Leipzig ein Denunziationchen gegen die „Berliner Freie Presse", indem er derselben unterschiebt, daß sie die Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung für ungerecht erklärt habe, obgleich sie nur gesagt hat, daß eine Verurtheilung in solchen Fällen fehlerhaft sei, in denen nicht ein direkt beleidigendes Wort gefallen sei. Die „Berliner Freie Presse" erklärt solche Urtheile aber aus der Aufregung, in welche auch die Richter nach dem zweiten Attentate gerathen sind. Redakteur Biedermann möge übrigens nur das Urtheil eines Juristen in der Berliner „Volkszeitung" lesen, welches wir im Feuilleton unsrer Nummer 73 abgedruckt haben. Aber auch die „Norddeutsche Allg. Zeitung" hat erklärt, daß die hohen Verurtheilungen nur durch die herrschende Aufregung erzielt worden seien. Davon will der Redakteur Biedermann nichts wissen oder er weiß nichts davon — im ersten Falle ein netter „Biedermann", im zweiten Falle ein netter Redakteur.

— Aus Leipzig erhalten wir vom 27. Juni folgende Zuschrift: „Gestern Abend war ich unfreiwilliger Zuhörer eines Gesprächs zweier Chargirter der hiesigen Garnison, nach welchem eine Dislocation der Truppen bevorsteht, und zwar dergestalt, daß die beiden hiesigen Regimenter in preußische Garnisonen, und umgekehrt preußische Regimenter hierher verlegt werden sollen." —

— Ein liberaler oder conservativer Lump und Denunziant hat folgenden Blödsinn in Labiau an ein Haus auf dem Marktplatze als Plakat geklebt:

Labiau, 19. Juni 1878. Zu dem Attentat Nobiling's füge ich hinzu, daß es nur recht und billig ist dem (!) Kaiser zu erschießen. In vier Wochen ist der Kaiser eine Leiche und wir werden unser Ziel erreichen, wonach wir lange Jahre gestrebt haben. Einen von den Verschworenen trifft das Los. An allen Orten werden diese Zettel erscheinen. Lassen sie die verhafteten nicht los, so geschieht das schreckliche. Im Namen der Sozialdemokraten von Labiau. Forschet nicht, wer es geschrieben hat, sonst kostet es euch fürchterliche Opfer. Wir rächen uns blutig."

Die liberalen und conservativen Zeitungen bringen natürlich solche abgestandene Denunziation, welche selbst der Polizei zu dumm ist, als baare Münze, um gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. Redakteur Biedermann zu Leipzig selbstverständlich, aber auch der „Hamburgische Correspondent" hat sich dessen nicht geschämt.

— Gegen 300 Jahre Gefängniß sind im „herrlichen" deutschen Reiche, welches Fürst Bismarck so schön, so frei, so einig gemacht hat, in einem Monate, im Monate Juni 1878, wegen Majestätsbeleidigung verhängt worden. — Unsern Nachkommen zum ruhmvollen Gedächtniß!

— Die Majestätsbeleidigungs-Epidemie ist zwar in der Abnahme begriffen, tritt aber doch noch hier und da mit ziemlicher Heftigkeit auf. Sehr bezeichnend ist, daß in Sachsen und Hamburg, wo die Sozialdemokratie bekanntlich relativ ihre meisten Anhänger hat, die Majestätsbeleidigungen auch relativ am seltensten vorkommen. Es erhellt aus dieser Thatsache, daß die Sozialdemokraten, obgleich prinzipielle Gegner der Monarchie, an politischer Bildung zu hoch stehen, um Majestätsbeleidigungen zu begehen.

— Der „Rädelsführer" des Prager sozialdemokratischen Geheimbundes, so melden die Bourgeoiszeitungen, Buchbinder Anton Czapek, wurde am 20. Juni auf seiner Flucht in Pilsen, wo er einen Geldbrief, der ihm poste restante nachgeschickt war, verhaftet und am 21. dem Prager Landesgerichte eingeliefert. Natürlich gelogen.

— Die Sozialdemokraten der Schweiz haben für ihren Antrag auf staatliche Uebernahme des Getreidehandels schon mehr als die nöthigen 5000 Unterschriften zusammen.

— Vom Kriegsschauplatze. Die confiscirte „Westfälische Freie Presse" in Dortmund ist auf richterlichen Beschluß wieder freigegeben worden. — Genosse Priewitzer in Barmen, Redacteur der „Bergischen Volksstimme" ist am 26. Juni verhaftet worden. — In Barmen wurde am 24. Juni eine Versammlung in ungesetzlicher Weise aufgelöst; der Polizeicommissarius erklärte, daß jugendliche Leute anwesend seien und löste sofort die Versammlung auf. Dazu hatte er das gesetzliche Recht nicht. Er konnte die Versammlung nach dem preußischen Vereinsgesetz nur auflösen, wenn auf seine Aufforderung hin die jugendlichen Personen nicht entfernt wurden. Was sagt Herr von Bennigsen, der die Polizei förmlich aufgehetzt hat durch seine Reichstagsrede, zu den ungesetzlichen Folgen, welche dieselbe hervorgebracht hat. — Der sozial-demokratische Arbeiterverein in München ist geschlossen worden. — In Solingen ist Genosse Luchtenberg zu vier Monaten Gefängniß wegen Beleidigung des Elberfelder Gerichts verurtheilt worden. — Am 20. Juni wurde die „Süddeutsche Volkszeitung" in Stuttgart confiscirt. Genosse Lossau verhaftet. Am 21. wurde daselbst eine Privatunterhaltung von der Polizei aufgelöst, nachdem in derselben Genosse Dulk zum Reichstagscandidaten für Stuttgart empfohlen worden war. — Genosse Alexander Schlesinger ist in Magdeburg auf Requisition von Halle verhaftet worden. — In Halle wurde Frau Zwiebler zu 1½ Jahren Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. — Das Verbot von Zeitungen in Elsaß-Lothringen hat sich, außer auf den „Vorwärts", auf die „Berliner Freie Presse", die „Zukunft", den „Zeitgeist" und den „Pionier" erstreckt. — Drei Gesangvereine sind in Berlin deshalb aufgelöst, weil einzelne Mitglieder derselben auch zugleich Sozialdemokraten waren. — Der Verein für Reform der Schule in Berlin ist angeklagt, ein politischer Verein zu sein, weil Fritzsche, Dolinsky 2c. 2c. Mitglieder sind. — Der Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse", Petzold, wurde wegen Beleidigung des Polizeidirektors Siebdrat zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Correspondenzen.

Leipzig, den 25. Juni. (Unser Glaube im Kampfe gegen die Reaktion.) Die Geschichte der Attentate in neuerer Zeit, sowie die daraus entsprungenen Folgen, welche nur zum geringeren Theil der natürlichen Erregung, zum weitaus größten aber der künstlich durch die Presse bis zum leidenschaftlichen, blinden Fanatismus gesteigerten Anschauungsweise zuzuschreiben sind, muß jeden denkenden Menschen mit eigenthümlichen Betrachtungen erfüllen. Man hat das Unerhörte gesehen, daß aus Verbrechen, die, nach Allem was bisher als glaubwürdig erscheint, nur als eigenmächtige, von politischen Motiven weit entfernte Thaten betrachtet werden können, vermittelst des Willens der Regierung, verschärft und unterstützt von der diensteifrigen liberalen und conservativen Presse, Dinge erwachsen, welche geradezu jeder Logik entgegenlaufen. Auch wir, die Sozialdemokraten, verdammen jeden feigen, hinterlistigen Angriff auf das Leben eines Menschen und sind überhaupt weit entfernt von der Annahme, daß der Tod eines Monarchen unserer Sache hätte Nutzen bringen können, da das System, welches wir bekämpfen, nicht in einer einzigen Persönlichkeit concentrirt, sondern durch eine sorgfältig zusammengefügte, wohlorganisirte Gesellschaft repräsentirt wird. Man wird zugeben müssen, daß die Operationen des herrschenden Systems von großem Erfolge begleitet gewesen sind, sonst wäre es nicht möglich, daß in vielen Köpfen noch ein solch erstaunlicher Unsinn waltet und die einfache, klare Vernunft so schlecht Eingang findet. Beschämend ist es jedenfalls, daß im neunzehnten Jahrhundert die sinnlosen, durchaus ungerechtfertigten und übel angebrachten Hetzereien der Presse im Stande sind, den gesunden Sinn eines Volkes zu trüben und zu verwirren, es aufzustacheln gegen eine Partei, die es sich zur Aufgabe macht, dem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten. Dürfte es aber von den Behörden, welche doch, unserer Ansicht nach, auch für das arbeitende Volk da sind und dasselbe gegen verleumderische Angriffe in Schutz zu nehmen haben, geduldet werden, daß die Zeitungen Thatsachen wissentlich entstellen, mit Ideen eigner Erfindung ausschmücken und deshalb zu unrichtigen Ansichten verleiten und Alles aus dem Grunde, um für einige Wochen ihren Lesern eine recht aufregende Lektüre zu bieten? Viele Zeitungen handeln lediglich aus dem letzteren Grunde. Dem ruhigen Beobachter muß es indeß einleuchtend sein, daß das bis zur Ekelhaftigkeit fortgesetzte Geschrei der nach der Pfeife der Regierung tanzenden, resp. schreibenden Blätter lediglich deshalb so stark ist, weil man das herrschende System der Volksverdummung, der Knechtung des Arbeiterstandes, welches zu wanken beginnt, noch mit letzter Anstrengung zu stützen und neu zu befestigen strebt. Die bei dem Bourgeois immer mehr eingreifende Ueberzeugung, daß das Volk ernstlich gewillt ist, die seit Jahrhunderten getragene Bevormundung abzuwerfen und seine Rechte geltend zu machen, hat die herrschenden Klassen in Todesangst versetzt, denn es ist ja die Macht des Geldsacks, die in Gefahr ist und ohne diese Macht sind ja auch die Bourgeois — gewöhnliche Menschen. So kommt es, daß nur selten ein vernünftiges Wort von diesen Leuten hörbar wird, desto stärker aber der Ruf nach völliger Vernichtung aller Sozialdemokraten ertönt. Wodurch sind denn sonst die so überaus schamlosen Maßregeln gegen die Arbeiter bedingt? Gestehen die Zeitungen denn nicht ein, daß in Bezug auf die Ausbeutung des Attentats so ziemlich Alles erlogen ist?

Nachdem also wochenlang ein Unsinn über den andern fabrizirt wurde, kommen nachher viele Zeitungen, darunter das liebenswürdige „Leipziger Tageblatt" zu der Erkenntniß, daß das Attentat nur eine negative Bedeutung habe, die eigentliche Gefahr für unsere jetzige Zeit aber darin läge, daß sowohl Hödel als Nobiling sozialistischen Prinzipien gehuldigt hätten. Nicht wahr, „Tageblatt", es hat lange gedauert, bis diese fulminante Idee in den Dickschädeln gewisser Leute aufgedämmert ist? Bekanntlich ist ja auch das Institut des Arbeiter-Bildungsvereins die Pflanzstätte des Sozialismus. Warum nicht auch die Volksschule? Einfach deshalb, weil Ersterer von Männern mit entwickeltem Verstande, Letztere aber von Kindern mit biegsamem Geiste besucht wird und diese dann allerdings sich durch geeignete Behandlung zu treuen Patrioten entwickeln, bis — sie gescheidter werden. — — — Und nun vorwärts, die ganze Erbärmlichkeit der liberalen Presse ist zu grell ans Tageslicht getreten, um so schnell dem Gedächtnisse wieder zu entschwinden. Wir Sozialdemokraten haben das Recht, die Freiheit und die Wahrheit zu unserm Beistande und die Wahrheit läßt sich nicht mit dem Gewande der Lüge und der Verleumdung bekleiden. So gering auch unsere Presse an Zahl noch ist, sie widersteht felsenfest den Angriffen der Reaktion, der irregeleiteten Meinung. Der sozialistischen Idee gehört die Zukunft und im Erkennen dieser Thatsache wollen wir auch ferner zusammenhalten und werden dann befähigt sein, unser Ziel zu erreichen. Moralisch hat die Sozialdemokratie schon oft gesiegt und der beste Beweis ist die Aeußerung des „Leipziger Tageblatt": „Mit dem Todtfeinde diskutirt man nicht", weil man nämlich dabei den Kürzern zieht. Der 30. Juli wird zeigen, daß wir zu kämpfen verstehen für unsere Ueberzeugung und unsern Glauben. A. S.

Danzig, 18. Juni. Am 15. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, wurde bei mir Haussuchung gehalten, und hat die Polizei einen guten (!?) „Fang" gemacht? Es wurde ein Bericht für die „Königsberger Freie Presse" und ein Brief (beides im Alter von 6 Monaten) freundschaftlichen Inhalts von einem Breslauer Parteigenossen vorgefunden. Derselbe ersuchte mich in seinem Schreiben, ihm seinen Rock zu schicken (er war bei mir in Schlafstelle) und berichtete mir gleichzeitig über dortige Volksversammlungen. Als man weiter nichts finden konnte, verlangte man von mir die Abonnentenliste. Und als ich den Herren sagte, daß ich eine solche nicht besitze, sollte ich ihnen die Namen und Wohnungen der Abonnenten mittheilen, was ich natürlich ablehnte. Unerklärlich ist es mir, was man mit den beiden Schreiben will; das zweite soll doch wahrscheinlich nur dazu dienen, um bei meinem Freunde in Breslau Haussuchung zu halten.

„Es mag nur wenige Städte geben, in denen die Sozialdemokratie so wenig Wurzel gefaßt, wie gerade in Danzig. Auch unsere Stadt ist ja wiederholt von sozialdemokratischen Agitatoren heimgesucht worden, aber dem gesunden Sinn, größtentheils der den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen angehörenden Arbeiterbevölkerung, ist es zu danken, daß ihnen das Wiederkommen verleidet worden ist. Bei uns hat es sich so recht deutlich gezeigt, einen wie festen Damm gerade die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine der Sozialdemokratie entgegengesetzt haben, da diese Gewerksvereine es waren, welche bei uns der Sozialdemokratie, trotz der vielfach (in 8 Jahren 3 Versammlungen!) gemachten Anläufe, keine Wurzel fassen ließen. Es hat sich hier allerdings seiner Zeit ein sogenannter sozialdemokratischer Wahlverein gebildet, der es aber über die Zahl von zwölf Mitglieder, die höhnend die zwölf Apostel genannt wurden, nicht bringen konnte und sich schließlich in Wohlgefallen (wurde polizeilich aufgelöst) auflöste. Glücklicherweise hat es ja in Danzig mit der Sozialdemokratie gute Wege, damit es aber so bleibe, thue jeder politisch denkende Mann sein Theil dazu; man suche die guten und gesunden Bestrebungen der Arbeiter, wie sie z. B. in den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen liegen, sowie alle die Sozialdemokratie bekämpfenden Bestrebungen zu heben und zu fördern, es wird dies zum Wohle unseres Volkes (genannt Dr. Max Hirsch, damit er 6000 Mark bekommt) gereichen." So schreibt das fortschrittliche Organ, genannt „Danziger Volkszeitung". Das gute Blatt scheint nicht zu wissen, daß von diesen zwölf Aposteln noch immer der Petrus am Leben ist, und so lange Petrus in Danzig ist, hat er auch Anhänger. „Lieb' Bürgerlein, magst ruhig sein, der Redakteur Langonski hält Danzig vom Petroleum rein." C. D.

Kiel, 24. Juni. Wie ich bereits berichtete, hat man auf der hiesigen kaiserlichen Werft an die Arbeiter Anforderungen gestellt, die von jedem ehrlichen Menschen, gehöre er einer Partei an, welcher er wolle, verdammt werden müssen. Wie ich aus sicherster Quelle weiß, hatten die Militärbehörden geglaubt, die Arbeiter würden sich derartige Anforderungen nicht gefallen lassen und es werde „militärisches Einschreiten" nothwendig werden. Die Posten wurden daher verdoppelt und mit scharfen Patronen versehen, das Militär wurde konsignirt, und so gerüstet harrte man der Dinge, die da kommen sollten — aber nicht kamen. — Am 22. d. wurde den Arbeitern folgendes Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt:

„Ich erkläre hiermit auf Ehre und Gewissen, daß ich keiner sozialdemokratischen Verbindung angehöre und keine Geldbeiträge für diesen Zweck beisteuere. Ich verspreche, daß ich, so lange ich im Dienst der kaiserlichen Werft stehe, an keinerlei sozialdemokratischen Bestrebungen mich betheiligen will, und verpflichte mich, keinem sozialdemokratischen Verein beizutreten und keine derartigen Versammlungen und Vereine zu besuchen, keine Geldbeiträge für sozialdemokratische Zwecke herzugeben und keine sozialdemokratischen Zeitungen oder andere solche Schriften zu lesen oder zu halten."

Das Machwerk richtet sich selbst und will ich über dasselbe nicht viel Worte verlieren. Künftige Kulturhistoriker werden, wenn sie Deutschlands größte Schmach und Erniedrigung besprechen werden, sich nicht auf die Napoleonische Epoche, sondern auf die Jetztzeit berufen und den Beweis aus derartigen, vom finstersten Geiste der Reaktion durchwehten Maßregeln, durch welche die Gesinnungs- und Meinungsäußerung gemordet werden soll, erbringen. Obiges Schriftstück wurde den Leuten zur Unterschrift vorgelegt, nachdem man zwei Taze vorher bekannt gegeben, daß Jeder, der sich den drakonischen Bestimmungen nicht füge, als aus der Arbeit entlassen zu betrachten sei. Die Arbeiter kamen und unterzeichneten Alle, bis auf Zwei. Wohl mochte Manchem die Hand gezittert und die Zornesröthe auf den Wangen gebrannt haben; aber sie unterzeichneten „aus freiem Willen", weil vor ihnen die Hungerfolter stand, der sie mit ihren Familien überantwortet werden sollten. Verblüfft sahen die hoch- und niedriggestellten gegnerischen Elemente drein, denn so etwas hatten sie nicht erwartet. Sie erwarteten Aeußerungen der Entrüstung, Ausbrüche des Unwillens, wußten sie doch, daß zwei Drittel der Arbeiter Sozialdemokraten sind, und da kamen diese bösen Umstürzler, unterschrieben den Ukas und machten es nicht möglich, daß die „schießende Flinte" und der „hauende Säbel" in Anwendung gebracht werden konnte. — Wie erwähnt, verweigerten zwei Arbeiter die Unterschrift und erklärten rund heraus, daß sie sich unter keinen Umständen solchen schmählichen Zumuthungen fügen würden. — Durch ihre Heldenthat meinte die Werkdirektion den Staat gerettet und die Sozialdemokratie mausetodt geschlagen zu haben. Glücklicherweise befindet sie sich auf dem Holzwege und hat gerade das Gegentheil von Dem erzielt, was sie erzielen wollte. Die Arbeiter werden ihre Beiträge zahlen, sie werden die Versammlungen besuchen, sie werden auch ihre Zeitungen und Schriften lesen, dafür ist gesorgt, und sind zehn Werftdirektionen und zwanzig Handelsministerien nicht im Stande, dem Arbeiterstand seine Gesinnung zu rauben. Den besten Beweis von der Zweck- und Nutzlosigkeit des obenerwähnten Vorgehens erbrachte die gestern Abend abgehaltene Volksversammlung, welche von mehr als 2000 Menschen besucht war und welche in musterhafter Ruhe den Ausführungen der Redner folgte. Es wurde ein Wahlcomité gewählt und nahmen, was nicht genug zu beachten ist, die Vorgeschlagenen sofort freudig an; nicht ein Einziger lehnte die auf ihn gefallene Wahl ab und Alle versprachen treu und fest einzustehen für die Sache der Arbeiterpartei. Ein wahrer Beifallssturm brach los, als der Candidat, Genosse Oldenburg, Redakteur in Hamburg, aufgestellt wurde. Obschon nach der famosen aus dem Dänischen herübergekommenen Gesetzesbestimmung an Sonnabenden die Versammlungen blos bis 10 Uhr dauern dürfen, wurde die Tagesordnung erledigt, denn es bedurfte nicht vieler Worte. Angesichts der Gewaltmaßregeln fühlen die Arbeiter, daß sie fest zusammenstehen müssen. Die Gegner, und besonders die Werftdirektion, können sich eine Lehre aus der Versammlung ziehen. Wir haben alle Hoffnung, unsern Candidaten durchzubringen. —o—

Marburg, 24. Juni. Auch hier sind die Folgen der Denunciationen nicht ausgeblieben. Am 17. d. M. wurde auf dem Wege zwischen Marburg und Niederwalgern der Gutsbesitzer H. Lauer aus Niederwalgern verhaftet, angeblich wegen „grober Majestätsbeleidigung"; derselbe ist ein alter bewährter Parteigenosse und war bei der letzten Reichstagswahl Candidat der Sozialdemokraten unsers Wahlkreises. Sind nun auch Manche, welche sich über die Verhaftung freuen, so ist doch die Mehrzahl in hiesiger Gegend, welche Lauer bedauert, indem er nicht allein krank, sondern auch ein treuer Berather und Helfer der Armen, wie ein in jeder Beziehung geachteter Mensch ist. Wir sind gespannt, welchen Verlauf die am 1. Juli stattfindende Hauptverhandlung vor hiesigem Kreisgericht nimmt. Ueber das „anständige" Verhalten unserer Gegner, hauptsächlich unserer hiesigen Presse, brauche ich ja wohl kein Urtheil abzugeben, hier, wie überall, Lüge und Verleumdung; schade nur, daß man Rad und Galgen gegen die verhaßten Sozialdemokraten nicht mehr in Anwendung bringen kann. Dies mag wohl manchen Stoßseufzer unseren Gegnern abpressen. Doch genug! Wir werden ja sehen, wer am längsten ausharrt, die Lügen oder wir, die wir für Recht und Wahrheit einstehen. Mit Gruß H. Sch.

Mainz, 16. Juni. Gleich nach dem ersten Attentat hielten wir hier eine Versammlung ab, in welcher Genosse Lange über die Thätigkeit des Reichstags referirte. Hatten sich die Gegner schon hierüber sehr geärgert, so brachen sie in ein förmliches Wuthgeheul aus, als wir nach dem zweiten Attentate, am 12. d. Mts., eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und ihre Zukunft" einberiefen. Ein hiesiges Reptil schrieb unter Anderm: Auch hier hält die sozialistische Bande mit wahrer Wanzenfrechheit Versammlungen ab. Es herrschte allgemeine Spannung, wie die Versammlung verlaufen werde und die Spießbürger faselten schon von allerhand schrecklichen Geschichten. Das Geschimpfe und das Geschrei der Gegner hatte das Resultat, daß über dreitausend Menschen der Versammlung beiwohnten, die mit der größten Ruhe und Aufmerksamkeit den Worten der Redner lauschten, so daß die von der

Polizei getroffenen Vorsichtsmaßregeln unnöthig waren. Die kleine Anzahl anwesender Gegner hielt es unter solchen Umständen für gerathen, sich ebenfalls ruhig zu verhalten. Genosse Jöst wies in klarer und gediegener Rede nach, daß die Zukunft der Sozialdemokratie gehöre, alle Lügen, Verleumdungen und Verfolgungen würden daran nichts ändern. Betreffs der Entlassung der sozialistischen Arbeiter bemerkte der Redner, daß dies von den Gegnern sehr kurzsichtig gehandelt sei. Die sozialistischen Arbeiter, die sich jetzt hauptsächlich in den größeren Städten concentrirten, würden dadurch gezwungen, an kleinen Orten Arbeit suchen und nehmen, die Apostel der Sozialdemokratie zögen in jedes Dorf, in jedes Städtchen ein und in nicht allzu ferner Zeit werde der so überall hin verstreute Same des Sozialismus keimen und Wurzel fassen und diese Saat reiche Früchte bringen. Nachdem der Referent geendet, forderte Genosse Leyendecker die Gegner auf, ihn zu widerlegen, und als sich keiner meldete, geißelte er in scharfer Weise das Gebahren der Presse der Sozialdemokratie gegenüber. Auch eine zweite Aufforderung an die Gegner blieb von denselben unbeachtet, man ist eben zu feig, uns offen und ehrlich gegenüber zu treten. Die Opferwilligkeit und das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist unter der Mainzer Arbeiterbevölkerung durch die vielen Verfolgungen wesentlich gehoben worden. St.

Aus Baden, den 20. Juni. Die „Kulturblüthen im freien Baden" zeitigen immer bessere Früchtchen. Die Pforzheimer Reichstreuen konnten wegen der glänzenden Erfolge der Wiesloch Raufpolitiker nicht mehr ruhig schlafen, auch sie wollten sich ihre Lorbeeren erringen, indem sie nach dem vom „Badischen Militärblatt" warm empfohlenen Universalrezept, die auf dem Lande herumbummelnden, ihre giftigen Lehren verbreitenden Sozialisten mit ungebrannter Asche durchzuprügeln und heimzuschicken empfahlen. Diesem „patriotischen" Rath getreu, wurde eine von uns anberaumte Versammlung in Weißenstein mit der Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen" durch Beeinflussung des Wirthes seitens der Gegner vereitelt. Eine kleine Anzahl Genossen machte Nachmittags einen Spaziergang nach genanntem Orte, wobei drei Genossen sich überzeugen wollten, ob die Lokalität wirklich anderweitig vergeben sei oder nicht. Kaum dort angekommen, wird ihnen „Die Wacht am Rhein" entgegengebrüllt. Alles war angefüllt von Kriegervereinlern und sonstigen „ordnungsliebenden" Patrioten. Unter ihnen bewegte sich der „Landtagsabgeordnete für Pforzheim", ebenso Stadträthe, Beamte und Gerichtsvollzieher. Als diese gebildeten Herren sahen, daß wir weiter gingen, riefen sie uns nach: „So ihr Lausbuben, geht nur fort mit euren abgesägten Hosen." Unbekümmert um dies schamlose, Putsche provozirende Benehmen gingen wir weiter, in der Absicht, im Gasthause zum „Geist" daselbst mit aller Gemüthsruhe ein Glas Bier zu trinken. Aber wir Sozialisten denken und die Kriegervereinler lenken. Im Laufschritt erschienen circa 150 „Heldensöhne", welche die Wirthschaft schnell anfüllten. Vor der Wirthschaft war noch eine große Anzahl postirt, welche keinen Platz mehr finden konnte. Jetzt ging es los! Unter der Aufsicht von drei Gensdarmen wurden wir in jeder Weise insultirt, wobei man uns zumuthete, in ihr Gebrüll, was dieselben Gesang nannten, einzustimmen. Der Vorsitzende des Kriegervereins eröffnete sodann das Redetournier. Hochs auf den Kaiser wurden ausgebracht, und ärgerlich darüber, daß wir schwiegen, folgte allgemeines Wuthgeschrei. Es ertönte der Ruf: „Raus, raus mit den Königsmördern!" Unsere Gemüthsruhe ärgerte den gebildeten Pöbel noch mehr, so daß Einer meinte, ihr Benehmen mache uns noch Spaß. Das war das Signal zum Angriff. Ein Genosse wurde hinausspedirt, der sogenannte*) „Elephantenschmied" aber spielte die Hauptrolle, der seiner Zeit mit dem Vorschlaghammer die Stadt unsicher machte, wobei er die Schmiedegesellen zur Arbeitseinstellung zwang, eine Heldenthat, die ihm einige Tage Buße im „Hotel Kirchgeßner" auferlegte. Damit aber damals nicht genug, schlug derselbe ein Deckelglas mit dem Bildniß des Kaisers aus reinstem Patriotismus zu Scherben. Dieser Mensch nun gab das Signal mit dem Todtschläger. Alle fuchtelten damit in der Luft herum, er selbst schwang den Seinen über Lehmann und Belzner mit dem Bemerken: „Jetzt nur auf die Zweie losgehauen." Unsere Ruhe aber imponirte denselben so sehr, daß sie es schließlich nicht wagten, Auge gegen Auge auf uns zu schlagen. Erst als wir hinaus wollten, wurden wir meuchlings angefallen. Der Schmied schlug mit seinem Todtschläger nach Lehmann, traf aber glücklicherweise nur die Thürschwelle. Einem andern Genossen warf man einen Milchtopf nach, allerdings ohne schlimme Wirkung. Draußen stand immer noch die Gensdarmerie mit gekreuzten Armen. Der Wachtmeister, von Belzner aufmerksam gemacht, daß es doch seine Pflicht sei, diesem Unwesen zu steuern, erwiderte blos mit Achselzucken. Bis vor das Dorf verfolgt, rief uns der Schmied nach: „So ihr Lumpenbuben, für diesmal kommt ihr noch gut davon, das nächste Mal nicht, unsere Kanonen sind geladen und unsere Säbel gewetzt." — In der Nacht trafen sie in Dillstein ein und suchten alle Wirthschaften durch, um uns auszuspüren und gründlich heimleuchten zu können, was ihnen aber auch wieder mißlang. Aergerlich darüber folterten sie ihre Kehlen, in der Stadt angekommen, durch Abbrüllen einiger Mordlieder bis zum frühen Morgen! Dieses pöbelhafte Betragen erzeugte bei der sonst neutral gebliebenen Einwohnerschaft gerechten Abscheu gegen die Urheber. Unserer Haltung wurde alle Achtung gezollt. Nur der „Pforzheimer Beobachter" hat dies schändliche Gebahren gutgeheißen, was den Bildungsgrad des betreffenden Redakteurs trefflich charakterisirt. Hoffentlich wird dieser Akt der Brutalität Jedem eingedenk bleiben und infolge dessen die Bewegung eine noch bessere werden als bisher. Alle gut und rechtlich denkenden Menschen müssen sich vereinigen, nur dann ist es möglich, solche Rohheiten zu verhüten. Also auf zum Eintritt in die wirklich ordnungsliebende sozialistische Arbeiterpartei. Kaltblütige Abwehr gegen die „Ausschreitungen des stumpfsinnigen Fanatismus!" — Vorwärts, agitirt zur Wahl. Eine möglichst große Stimmenzahl sei der Urtheilsspruch des Volkes über die „Landfriedensbrecher." Anklage wegen Landfriedensbruchs haben wir beim Staatsanwalt erhoben.

Osnabrück, 18. Juni. Auch in Osnabrück hat sich die Stieberei gezeigt. Zu unserm Genossen H. kamen zweimal solche Spione, der erste, der offenbar ein Tölpel war, gab sich für einen Berliner Parteigenossen aus, war aber so schlecht unterrichtet, daß er behauptete, P. Grottkau vor einigen Tagen noch gesprochen zu haben. Freund H. ließ ihn natürlich stehen und begab sich wieder an seine Arbeit; der zweite kam einige Tage später (am dritten Feiertage Morgens) in H.'s Wohnung und lud ihn auf Nachmittags zu einer geheimen Besprechung im Freien ein, Freund H. lehnte natürlich ab, kam aber Nachmittags auf einem Geschäftsgange in dieselbe Gegend und traf dort diesen Herrn mit noch drei andern ihm unbekannten, die vorgaben, Arbeiter hiesiger Fabriken zu sein, dieselben wollten ihn dann in ein Complott gegen die Fabrikbesitzer einweihen, denn die Revolution gehe doch los. Sie wurden natürlich abgewiesen. Die Warnung des „Vorwärts" ist sehr berechtigt, möge sie Jeder beherzigen, dann haben solche dunkle Existenzen nirgends Glück. In hiesigen Kasernen sind, wie in vielen Garnisonen, Durchsuchungen beim Militär vorgenommen worden, wie es heißt, ohne Erfolg; auch sind einige Lokale, wo Sozialisten verkehren, für Militär verboten. Unsere liberale Presse hier am Orte, voran die „Osnabrücker Zeitung", bläßt vollständig mit ins Horn der Reaktion, sie heißt solche Thaten wie in Wiesloch und Merseburg gut und fordert auch dazu auf. Sie versucht ähnlich hier vorzugehen und ertheilt den Arbeitgebern den Rath, alle Sozialisten zu entlassen. Diese Presse wäre im Stande, eine Bartholomäusnacht heraufzubeschwören, wenn das nicht am gesunden Volkssinne scheiterte, gemein genug ist sie. Es ist deshalb Pflicht der Arbeiter, allerorts die richtige Antwort hierauf zu geben, indem sie auf die liberale Presse nicht wieder abonniren und dafür die Arbeiterpresse lesen. Die Parteigenossen mögen bedenken, daß es zur Wahl geht, deshalb sind sie doppelt verpflichtet, für unsere Presse einzutreten, denn sie ist eine gute Waffe gegen Lüge und Verleumdung.

Aus Mecklenburg. Meine letzten Correspondenzen haben ein heiteres Nachspiel erhalten: nämlich zwei neue Klagen gegen den „Mecklenburgischen Arbeiterfreund". Die von mir angegebenen Thatsachen waren für das „Mecklenburgische Tageblatt" so compromittirend (nun gerade zur Neuwahl!), daß die Wuth in hellen Flammen ausbrach. Vergebens suchte der „Redakteur" des Blattes eine Zeit lang faule Witze zu reißen, es half Alles nichts, der „Arbeiterfreund" versetzte ihn in eine Art Delirium — Resultat: Strafantrag Nr. 1 gegen den Redakteur unseres Parteiblattes. Er wollte nämlich nicht glauben, daß er Gemeinheiten geschrieben. Darauf wurde im „Arbeiterfreund" über das Verhör referirt, wobei die inkriminirte Stelle ähnlich wieder gegeben und zugleich dem anständigen liberalen Blatte der Tauszwang unter die Nase gerieben wurde; darauf neue Wuth und der Strafantrag Nr. 2. Thatsächlich blieb dem Armen auch kein anderer Weg übrig, sich zu rächen, denn auf die Sache selbst kann er nicht eingehen, will er sich nicht noch mehr blamiren. — Die Gensdarmen, welche in Krügelin und Dargun seinerzeit mit soviel Zärtlichkeit gehandelt haben, sind nun doch bestraft worden; Beide sollen wegen ähnlicher Vergehen bereits Verweise resp. Strafe erhalten haben. — Daß unserem Genossen Hofbaurath Demmler die Fenster eingeworfen worden sind, haben Ihre Leser bereits erfahren, aber nicht, daß die rohen Flegel jedenfalls Gymnasiasten sind. Nette Culturblüthen! Was ist aber von diesen Bengeln mehr zu verlangen, wenn selbst in den Zeitungen die Gewaltthaten gegen Sozialisten ganz unverhüllt gepredigt werden, und wenn, wie aus Schwerin Genosse P. dem „Meckl. Arbeiterfreund" schreibt, der Redakteur der „Mecklenburger Zeitung" auf offener Straße ruft: „Die Sozialdemokraten müssen gehängt werden!"? — Eine kleine Ueberraschung hat uns die Mecklenburgische Regierung mit einem „amtlichen Erlaß" bereitet. Darin ist nämlich zu lesen, daß die löbliche Polizei streng auf sozialistische Schriften, Versammlungen und Vereine zu fahnden hat. — Vom 1. Juli ab wird der bisherige „Mecklenburgische Arbeiterfreund" den Titel „Mecklenburg-Pommerscher Arbeiterfreund" führen. W.

München, 25. Juni. Daß unser hiesiger sozialdemokratischer Arbeiterverein polizeilich geschlossen worden ist, wissen Sie wohl schon aus anderen Zeitungen. Aber die Motive, welche die Polizei angiebt, kennen Sie noch nicht. In denselben wird als Belastungsmoment auch angeführt, „daß die Sozialdemokraten Münchens ihre Organisation stets so einrichteten, daß sie gesetzlich nicht zu beanstanden war." Nächstens werden die Genossen sich darüber zu verantworten haben, daß sie durch fortwährend gesetzliches Vorgehen sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben. Eine bessere Illustration unserer Rechtszustände kann wohl nicht gegeben werden. Wir bleiben aber trotz der neuen Ohrfeige und trotz der darin enthaltenen Consequenz, daß wir ungesetzlich vorgehen sollten, doch — ruhig! Verstanden?

Leipzig. Es tritt immer klarer zu Tage, was es mit der Maßregelung der sozialdemokratischen Arbeiter und deren Presse von Seiten des Fabrikantenthums eigentlich für eine Bewandtniß hat: Die ganze Geschichte läuft schließlich auf eine allgemeine Lohnherabsetzung hinaus.

Um eine solche durchzuführen, kommt es unter gewöhnlichen Zeitverhältnissen bekanntlich darauf an, daß diejenigen unschädlich gemacht werden, von welchen irgendwelcher Widerstand zu erwarten ist; und das sind in den weitaus meisten Fällen Sozialdemokraten. Was der deutsche Arbeiterstand an Intelligenz und Geschicklichkeit aufzuweisen hat, befindet sich im Lager der Sozialdemokratie; ohne diese wäre die deutsche Industrie vollends „für die Katz". Gelingt es nun bei einer Lohnbewegung den Fabrikanten, mittelst Brutalität und Chikane diesen intelligenten Theil von den übrigen Arbeitern zu isoliren und ihm die Führung zu entreißen, so haben die „Herren" gewonnenes Spiel. Der „gutgesinnte" Theil der Arbeiter — das „Lumpenpack", wie sich ein großer Buchdruckereibesitzer Leipzigs seinerzeit dem Schreiber gegenüber ausdrückte — wird mit allerlei schönen Phrasen geködert, bis er anbeißt und seine Vorkämpfer im Stich läßt. Die Mittel, welche hierbei in Anwendung kommen, sind bekannt genug. Da wird von Versorgung auf Lebenszeit, lohnender Beschäftigung, ewiger Dankbarkeit u. s. w. gesprochen; was natürlich alsbald vergessen ist, wenn die „Herren" über den Berg sind und die von ihren Berufsgenossen verrathenen Arbeiter anrücken, um ihre alten Stellen zum Theil wieder einzunehmen, welche man den „Gutgesinnten" beim besten Willen nicht lassen kann, weil sie denselben nicht vorstehen können. So geht's im Allgemeinen und derart steht die Sache auch heute. Die Verhetzungen der reaktionären und liberalen Presse, im Bunde mit dem Heißhunger des Kapitals, machen sich bereits dort bemerklich, wo seither wenigstens noch einiger Halt war. Hier ein Beispiel. Im Jahre 1873 einigten sich die Buchdruckereibesitzer mit ihren Gehilfen über einen Lohntarif, der für ganz Deutschland Geltung haben sollte und zu dessen Ueberwachung ein Einigungsamt, bestehend aus Prinzipalen und Gehilfen, bestellt wurde. Die Kündigung des vereinbarten Lohntarifs, welche beiden Theilen freistehen sollte, wurde auf Grund eines schriftlichen Vertrags an bestimmte Voraussetzungen gebunden, deren Prüfung gleichfalls dem Einigsamt überwiesen wurde. Bis hierher verlief die Sache ganz glatt, und so lange das Geschäft florirte und kein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden war, erwies sich das Verhältniß als durchaus erträglich. Es gab hüben und drüben Leute genug, die da meinten, daß es bei Regelung des Lohnverhältnisses lediglich auf den „guten Willen" der Betheiligten ankomme. Kurz, man glaubte vielfach, über Strikes, Aussperrungen ꝛc. hinweg zu sein. Die „Harmonie der Interessen" war in einem wichtigen Industriezweige durch Thatsachen erwiesen — Max Hirsch behielt Recht. (Daß derselbe hiervon kein Aufhebens gemacht hat, ist verschiedenen Umständen geschuldet. Einmal hatte man den guten Mann bei der ganzen Geschichte nicht in Anspruch genommen, sondern ihm s. Z. sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß man seiner nicht bedürfe; zweitens handelte es sich doch höchstens um ca. 7000 organisirte Arbeiter, welche Ziffer in Rücksicht auf die Zahlen, mit welchen Max Hirsch operirt, eigentlich gar nicht in Betracht kommt.) Da kam die Krisis, welche das Buchdruckgewerbe in furchtbarer Weise traf. Die organisirten Gehilfen machten riesige Anstrengungen, um die Folgen des Arbeitsmangels zu überwinden und zahlten 1876 allein für die reisenden Genossen ca. 100,000 Mark an Reiseunterstützung, abgesehen von den Beträgen, die in Form von Arbeitslosen-Unterstützung u. s. w. zur Auszahlung kamen. Freilich wurde hierdurch erreicht, daß sich die Zahl der „Hände" um viele Hunderte verminderte, die sich sonst den Druckereibesitzern für jeden Preis hätten anbieten, infolgedessen den mit schweren Opfern errungenen Tarif zu Fall bringen und damit den Lohn der Arbeitenden auf ein Minimum hätten herabdrücken müssen. Aber das Verhängniß abzuwenden, waren die Gehilfen nicht im Stande; der feiernden Hände wurden zu viele — mit der „Harmonie" war es zu Ende. Was nun folgte, ist bald gesagt: Trotz aller Vereinbarungen haben die Buchdruckereibesitzer den Lohntarif beseitigt und zwar auf eine Weise, die dem Vertrage nicht entspricht. Einem Versuche der Leipziger Gehilfen, den Tarif eventuell zu vertheidigen und zu diesem Zweck einen Fond anzusammeln, ist seitens der Druckereibesitzer damit begegnet worden, daß den Arbeitern das Steuern zu diesem Fond verboten und gleichzeitig „Vorwärts" und „Fackel" aus den Druckereien hinausgeworfen worden sind. — Wenn Max Hirsch dereinst die „Harmonie der Interessen" mit Pauken und Trompeten ins Leben einführen wird, dann werden sich die Buchdrucker ihres Einigungsamtes wie eines „Märchens aus alten Zeiten" erinnern.

*) Unser Correspondent hat eine weitere Namensnennung dieser Persönlichkeit zu unserm Bedauern unterlassen. Wir sind der Ansicht, daß es derartigen Leuten zu viel Ehre erweisen hieße, wollte man bei solcher Gelegenheit ihrer sonstigen Spezialitäten gedenken, die sich doch in den gegebenen Thatsachen hinlänglich wiederspiegeln. Nur Mangels Kenntniß des wirklichen Namens sind wir gezwungen, den „Sogenannten" so und nicht anders zu erwähnen. Im Weiteren wird seiner nur als „Schmied" Erwähnung geschehen. Die Red. d. Vorw.

Infolge der andauernden Inhaftirung meines Mannes, des Handelsschuldirektor Klemich, der eines Preßvergehens nach § 166 angeklagt ist, bin ich außer Stande, die „Blätter für geistigen Fortschritt" ferner erscheinen zu lassen. Ich befinde mich mit der Familie in gefahrvollster Lage, die Behörden haben bereits die Concession zur Fortbildungsschule entzogen, die Lehrer der Handelsschule haben zumeist ihren Dienst verlassen, selbst der buchhändlerische Commissionär in Leipzig hat die Geschäftsverbindung aufgehoben, dabei stehe ich nicht allzu fern von meiner Niederkunft.

Unter solchen Umständen kann ich unsere Zeitschrift, die ohnehin einen Nutzen nicht abwarf, nicht länger erscheinen lassen. Wer noch ein Guthaben hat, infolge Vorauszahlung, den bitte ich, dafür Broschüren meines Mannes oder frühere Jahrgänge unserer Zeitschrift zu entnehmen und darüber mir Mittheilung zu machen, auch durch Entnahme von Lehrbüchern, Broschüren, Jahrgängen unserer Blätter ꝛc. mich zu unterstützen.

Dresden, den 23. Juni 1878.

Frau Eugenie Klemich,
Schloßstraße 23, II.

Befreundete Organe werden um Abdruck gebeten.

Offenbach. Der Strike der Schuhmacher Offenbachs ist beendet. Näherer Bericht sowie die gesammte Abrechnung erfolgt im „Becker".

Auf ausdrückliches Verlangen des Hrn. Dr. L. in M., selbiges im „Vorwärts" zu quittiren, 5 Mk. für die Strikenden dankend erhalten.

J. Dworzak, Kassirer.

Briefkasten

der Expedition. F. H. R. in Falkenstein: Ihrem Wunsche kann nicht entsprochen werden.

Herr Ernst Pitsch, Schlosser, im September 1877 in Stuttgart sich aufhaltend, wird ersucht, wichtiger Mittheilungen halber uns seine Adresse zukommen zu lassen.

Ein Parteigenosse in Chicago oder in Amerika überhaupt, wird ersucht der unterzeichneten Wittwe Auskunft zu geben über den Verbleib ihres Sohnes, des Tuchmacher **August Thiele** aus Cottbus. Seine letzte Adresse vom 20. November 1876 war Hein Street Nr. 41 Chicago, St. Illinois, Fiedler Nord Welt Nr. 449—451. Die dadurch entstehenden Kosten bin ich bereit zu vergüten.

Wittwe Thiele, Cottbus, N. Klosterstraße 200, Niederlausitz.

Die amerikanischen Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Wahlfonds.

Von F. H. R. Falkenstein 1,00; v. Mehreren L. hier 150,00; Bstr London 1,00; R. Ruhla 3,00; Ddrchs hier 1,00.

Allgemeine Deutsche Associationsbuchdruckerei in Berlin (Eingetragene Genossenschaft).

Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Heute haben wir den Geschäftsbericht pro 1877—78 versandt. Diejenigen Genossen, denen der Bericht nicht zugegangen sein sollte, wollen sich an Unterzeichneten wenden.

Berlin, 20. Juni 1878.

Der Vorstand der Allg. Deutschen Associationsbuchdruckerei.
H. Rackow. [2,70

Bekanntmachung.

Die von der Generalversammlung für das Geschäftsjahr pro 1. April 1877 bis 31. März 1878 festgesetzte Dividende von 6 pCt. für die volleingezahlten Genossenschafts-Antheile kann auf unserm Comptoir, Färberstraße 12/II erhoben werden. — Nichterhobene Dividenden werden den betr. Antheil-Inhabern gutgeschrieben.

Leipzig, 26. Juni 1878.

2,70] Der **Vorstand der Genossenschaftsbuchdruckerei.**

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen: [2,10

Bornkam, Religion und Sozialismus . . . . . M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . „ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . „ —,60
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden . . . . . „ —,30
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . „ —,30

Roh-Tabak:

Domingo 35. 40. 45. 50. 65. 70. 80. 90. 120 Pf.
Brasil 50. 55 65. 70. 80. 100. 120. 140 Pf.
Seedleaf 40. 50. 60. 70 bis 180 Pf.
Java 90. 100. 120. 140. 160. 250. 270 Pf.
Carmen 80. 90. 120 Pf.
Palmyra 135. 145. 165. 170 Pf.
Lose **Domingoblätter** 25 und 30 Pf. (6d) [1,00

Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
[illegible]

Abonnementspreis
[illegible]

Monats-Abonnements
[illegible]

Inserate
[illegible]

Vorwärts

Bestellungen
[illegible]

Filial-Expeditionen.
[illegible]

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Wahlagitationsnummer.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

An die Arbeiter! Angesichts der niedern Bedrohungen der Arbeitgeber, angesichts der Maßregeln, welche den Arbeitern ihre Ueberzeugung rauben sollen, ersuchen wir unsere Gesinnungsgenossen nochmals, Alles zu versprechen, ja selbst auf Ehrenwort zu versprechen und zu unterschreiben, was die Machthaber von ihnen fordern. Wie ein durch die Folter erzwungener Eid nichtig war und von jedem ehrenhaften Priester gelöst worden ist, so ist ein durch die Hungerfolter ausgepreßtes Ehrenwort gleichfalls null und nichtig — deshalb Arbeiter gebt Euer Ehrenwort, gebt Eure Unterschrift ab, um das Ehrenwort zu brechen, um die Unterschrift zu verläugnen. Eure Bedränger wollen keine ehrlichen offenen Arbeiter haben, heuchelt ihnen deshalb in's Gesicht hinein und bleibt doch Eurer Klasse, bleibt der sozialdemokratischen Fahne getreu. Helft Eure Unterstützungen heimlich, da Ihr es nicht offen gewährt dürft. Eure Verfolger haben Euch für vogelfrei erklärt, Eure Antwort ertheilt am 30. Juli bei den Reichstagswahlen

---

An die sozialdemokratischen Reichstagswähler

Parteigenossen!

Wie Euch bekannt ist, finden die Reichstagswahlen am 30. Juli statt. Zur Wahlagitation verbleibt uns daher nur eine kurze Frist. Je kürzer nun die Frist, um so lebhafter und energischer müssen diesmal die Anstrengungen sein, welche auf die Förderung der Sache des arbeitenden Volkes, die eins ist mit der Sache der Sozialdemokratie, gerichtet sind.

Warum der Reichstag aufgelöst worden ist — Ihr wißt es. Die Regierung will einen Reichstag zur Niederwerfung der Sozialdemokratie, zur Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterbewegung, zur Bewilligung neuer und hoher Steuern, zur bedingungslosen Erneuerung des in zwei Jahren ablaufenden eisernen Militäretats, zur Verschärfung der Vereins- und Versammlungsgesetze und des Preßgesetzes, überhaupt zur Stärkung der Reaction, zur Verkümmerung des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Dieses Vorgehen suchen unsere Feinde dadurch zu rechtfertigen, daß sie die deutsche Sozialdemokratie für die von zwei wahnwitzigen Menschen an dem 81jährigen deutschen Kaiser verübten Attentate verantwortlich machen — die deutsche Sozialdemokratie, welche grundsätzlich jeden Mord verabscheut und erwiesenermaßen mit den beiden Verbrechern nichts gemein hat.

Den Attentaten auf den Kaiser soll eine Reihe von Attentaten auf eine große politische Partei: auf die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands folgen.

Das Volk soll nur nach Vorschrift denken, es soll trotz des herrschenden Nothstandes Jahr für Jahr mehr Steuern zahlen, es soll ohne zu zucken die drückenden Militärlasten auf sich nehmen und schließlich alle seine politischen Rechte an Diejenigen abtreten, von denen es jetzt schon auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiete vollständig beherrscht wird.

Wie dieser Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie in seinen Einzelheiten geführt werden soll, darüber sind die Feinde der Sozialdemokratie zwar nicht in jedem Punkte, aber doch im der Hauptsache eins. Allerorts und von allen volksfeindlichen Parteien ist die Losung ausgegeben: Nieder mit der Sozialdemokratie, nieder mit der Arbeiterbewegung, nieder mit den Rechten des arbeitenden Volkes!

Ob Conservative, Nationalliberale oder Fortschrittler — dieser Parole stimmen sie sämmtlich zu.

Was bleibt nun zu thun? Gestützt auf das Parteiprogramm und getreu unserer alten Taktik halten wir fest an dem Grundsatze:

Einer für Alle, Alle für Einen!

Niemals mehr als gegenwärtig haben wir dies nöthig. Wir erwarten von Euch, daß Ihr einmüthig, furchtlos und prinzipienfest in den Wahlkampf eintretet — einmüthig, um zu siegen, furchtlos, um zu siegen, prinzipienfest, um zu siegen.

Und dieser Sieg bedeutet die politische und soziale Gleichberechtigung, die ökonomische Befreiung des arbeitenden Volks.

Unsere Partei, die Partei der Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, ist noch jung, ihre Mittel sind gering.

Um diese Mittel wirksam zu verwerthen, müssen wir sie auf wenige Wahlkreise concentriren. Nicht auf Hunderttausende von Stimmen kommt es bei dieser außerordentlichen Wahl an, sondern darauf, daß die Zahl der am 10. Januar 1877 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten zum mindesten erreicht wird.

Wie groß die Partei ist, das hat uns der letzte Wahlkampf gezeigt: wie widerstandsfähig die Partei in schwerer Zeit sein kann, das soll uns der 30. Juli sagen.

Die Wahlkreise, in welchen die Partei mit aller Kraft vorgehen muß, sind folgende:

Altona. Barmen Elberfeld. Berlin IV. und VI. Kreis. Borna Pegau. Breslau I und II. Chemnitz. Crimmitschau. Dresden 5. sächsischer Wahlkreis. Freiberg-Oederan. Glauchau. Gotha. Greiz. Hamburg I u. II. Hanau. Kiel. Leipzig Land. Mittweida. Nürnberg. Offenbach a. M. Ottensen. Reichenbach i. V. Reichenbach Neurode. Solingen. Stollberg. Waldenburg i. Schl. Zickopau.

Die Sozialdemokratie aus dem Reichstage zu verdrängen, ihr die Tribüne des obersten Gesetzgebungskörpers zu verschließen — das ist das ausgesprochene Ziel aller reaktionären Parteien, das wird schamlos von ihnen erstrebt mit den niedrigsten Mitteln der Lüge und Verläumdung.

Um so mehr ist es Ehrensache unserer Partei, in vorbenannten Kreisen zu siegen oder doch mit großer Stimmenzahl aufzutreten.

Jeder von Euch handle darnach!

In den andern Wahlkreisen geht überall da agitatorisch vor, wo sich dies, wie in Städten und industriereichen Gegenden, ohne große Mühe und Kosten thun läßt. Zur völligen Enthaltung in der Wahlagitation rathen wir Euch in jenen Kreisen, wo die Agitation sehr erschwert ist, viel kostet und wesentliche Erfolge nicht verspricht. Mit dem Vertheilen und Abgeben von Stimmzetteln, laut und auf den Namen irgend eines bekannteren Parteigenossen, ist in solchen Kreisen genug geschehen.

[illegible]

Ohne Opfer kein Sieg!

[illegible]

gungen, welche unsere Partei [illegible] hat, abhält, [illegible] Versammlungen [illegible]

[illegible] überhaupt mangelhaft auszuüben wußten, hinzuweisen. Nur Diejenigen können wählen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind.

Parteigenossen! Die Zeit drängt, darum frisch ans Werk.

Der 30. Juli wird ein Wendepunkt sein in der Geschichte unseres Volke. Sorgt dafür, daß er ein Tag des Triumphs werde und nicht ein Tag der Schmach. Ermahnt die Wähler, ermahnt das ganze Volk, gegen die heranfluthende Reaction, welche zu dem wirthschaftlichen Nothstand gern noch einen krassen politischen Nothstand gesellen mochte, in geschlossenen Reihen Front zu machen. Benutzt die herrschende Aufregung im guten Sinne, den Gegnern zur Beschämung, der Sozialdemokratie zur Ehre. Genossen! Wir kennen Euere altbewährte Opferwilligkeit — auf zur Agitation!

Hamburg, 20. Juni 1878.

Das Centralwahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

C. Derossi, Holzdamm 42. A. Geib, Rödingsmarkt 12.

Zum bevorstehenden Wahlkampfe.

„An das Gewissen der Nation" wendet sich bei den am 30. Juli bevorstehenden Neuwahlen zum deutschen Reichstage nach ihrer eigenen Erklärung die deutsche Reichsregierung. Dagegen kann Niemand etwas einwenden und besonders dann nicht, wenn die Regierungsorgane das „Gewissen der deutschen Nation" bei seiner Rückäußerung nicht unrechtmäßig beeinflussen, wenn die deutschen Regierungsorgane eine vollständig freie Wahl dem deutschen Volke ermöglichen.

Wie aber die Wahlrufungen im deutschen Reichstage seither gezeigt haben, ist es mit der freien Wahl nicht sonderlich gestellt gewesen: Pastore auf den Kanzeln, Gensdarmen und Schutzleute haben direkt und indirekt die Wahlen „machen" helfen.

Und alle Anzeichen sind vorhanden, daß die bevorstehenden Wahlen noch viel weniger frei sein werden von allerlei Beeinflussungen, die von der Macht ausgehen. Auf solche Weise aber wird das „Gewissen der Nation" in seiner freien Willensäußerung beeinträchtigt, und der Appell an dasselbe hat keine rechtliche und anhaltende Bedeutung.

Wenn man die Hindernisse sieht, welche den sozialdemokratischen Wählern, dem arbeitenden Volke, soweit es selbstständig aufzutreten und seine Stimme in die Wagschale zu werfen verlangt, jetzt schon entgegengethürmt werden: Auflösung von Wahlversammlungen, Verbot des Sammelns von Wahlzeldern — dann sieht es wahrlich mit dem Appell „an das Gewissen der Nation" traurig genug aus, oder aber man müßte annehmen, daß die deutschen Arbeiter, geachtet und vereinzelt, nicht zur deutschen Nation gerechnet werden sollen.

Das Land aber, welches seine besten, seine edelsten Söhne in die Acht erklärt, steht, wie die Geschichte lehrt, schon dicht am Rande des Abgrundes. —

Wenn wir also, nach den Maßnahmen zu urtheilen, die vor der Wahl schon getroffen werden, die Gewißheit hegen, daß die deutschen Behörden die freie Wahl auch den Sozialdemokraten, den Arbeitern nicht gestatten werden, so soll uns das doch nicht abhalten, in den Wahlkampf einzutreten, der ja außer den behördlichen Maßregeln ungleich größere, welche die besitzenden Klassen gegen die abhängigen Arbeiter ergreifen, noch zeigen wird. „Vogel friß oder stirb!" — wird dabei die Parole der Arbeitgeber lauten: entweder du wählst keinen Sozialdemokraten, oder du kommst von Lohn und Brod!

Wir sehen also, daß auch von dieser Seite, sofern man die Arbeiter noch mit zur Nation zu zählen geneigt ist, das „Gewissen der Nation" in bedenklichster Weise bedroht wird, daß also unter diesen Umständen die Antwort, welche die Nation auf die Auflösung ertheilt, nimmermehr gewissenhaft ausfallen kann.

Aber dennoch! Wir treten mit aller Energie ein in den Wahlkampf, weil dadurch erst die Kampfesmittel unserer Gegner an den Pranger gestellt werden können, und weil wir das felsenfeste Vertrauen auf die großartige Kraft und Opferfreudigkeit der Arbeiterklasse haben, daß sie trotz Sturm und Unwetter das anvertraute Rettungsboot, welches die Menschheit vor dem Untergange bewahren soll, durch Klippen und Brandung mit sicherer Hand hindurchsteuern wird.

Ja, die nächste Reichstagswahl in Deutschland wird zeigen, daß das Boot wohl hin und her geworfen werden kann von den Parteiwogen, daß es aber den Cours nicht verliert und ein gutes Stück Weges vorwärts kommt.

Am Steuer sitzt das Recht, die Freiheit ist die Führerin und die Ruder werden getrieben von der unverdorbenen Volkskraft. — — — —

Die jetzt bevorstehenden Wahlen haben eine gewisse Aehnlichkeit mit den Reichstagswahlen, die im Winter 1871 stattfanden. Damals unterlag unsere Partei im Wahlkampfe, weil die Regierung, weil die herrschenden Gesellschaftsklassen, die Geistlichkeit und die Geldaristokratie es verstanden, den grenzenlosen Enthusiasmus, in welchem die deutsche Nation befangen war, zu ihren Interessen auszunutzen.

Der [illegible] erzeugte und genährte „Patriotismus" [illegible] des arbeitenden Volkes! [illegible] Hirtenschüsse in einem [illegible] das Volk berauscht, so daß es das Wahlschwert gegen [illegible] Schüsse unter den Linden in Berlin [illegible]

[illegible] in dem Jahre 1871 [illegible] vernünftiger geworden, es hat die [illegible] im Sozialismus liegt, und blinder Fanatismus und künstlich erzeugter „Patriotismus" werden es nimmermehr vermögen, diese Wahrheit aus dem Herzen des Volkes herauszureißen.

So ähnlich die Verhältnisse bei den Wahlen im Februar 1871 und im Juli 1878 auch äußerlich erscheinen mögen, so verschieden sind sie doch — damals ein gläubiges, jetzt ein sozialistisch erwecktes Volk. Und selbst damals, im Jahre 1871, wurde die äußere Niederlage zu einem Siege für den Sozialismus. Der Triumph der Erfolgsanbeter war von kurzer Dauer auf den wahnwitzigen Siegesrausch folgte ein intensiver Katzenjammer, den das deutsche Volk noch nicht ganz überwunden hat.

Und jetzt? Das deutsche Volk befindet sich wiederum, wenigstens theilweise, in einem unvernünftig starken Rausche: die Arbeiter sind diesmal nicht dabei gewesen, sie sind nüchtern geblieben. Deshalb wird auch äußerlich ein Unterschied zwischen den Wahlen in den Jahren 1871 und 1878 hervortreten, auch äußerlich wird die Sozialdemokratie Erfolge feiern.

Doch das ist nicht die Hauptsache. Mögen die Wahlen ausfallen, wie sie wollen — der unwahre, unechte „patriotische" Rausch des deutschen „Bürgerthums", der dadurch entstanden ist, daß es das Gift der Lüge und der niedern Verläumdung mit Wollust eingesogen hat, wird bald schon verfliegen und einem noch schlimmern Katzenjammer, wie der nach 1871 war, Platz machen. Das innere Wesen der deutschen Nation wird sich aufbäumen gegen das genossene Gift und eine heilsame, gesunde Wandlung zu Gunsten vernünftiger, demokratischer sozialer und politischer Verhältnisse muß eintreten.

Das wird einer der Haupterfolge der Neuwahlen sein, von denen Herr von Bismarck und sein Anhang wohl bis jetzt nichts geträumt haben. Aber auch die äußerlichen Erfolge werden, wie oben schon erwähnt, nicht ausbleiben. Unsere Stellung ist eine entschieden günstige.

Die conservativen und offiziösen Blätter erklären nämlich selbst mit großer Offenheit, daß der Kampf der Regierung allerdings auch gegen die Sozialdemokraten, aber in nicht geringerem Maße gegen die Liberalen und Fortschrittler gerichtet ist. Die Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten sind nur die Lockspeise, um die finalen Wähler zu fangen. Es handelt sich [illegible] Wirklichkeit um [illegible] Mill. Mk. Steuern mehr! Es handelt sich um das Tabakmonopol! Es handelt sich um die Verlängerung der gegenwärtigen hohen Präsenzstärke des deutschen Heeres und der enorm großen drückenden Militärlasten!

Dies Alles soll das liberale Bürgerthum gewähren, dafür erhält es einige Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, die im günstigen Falle weder schaden, noch nützen — wir sprechen hier vom Standpunkte eines liberalen Bürgers aus — im ungünstigen Falle aber die Sozialdemokratie zu noch höherer Blüthe führen.

Dies merken auch jetzt bald die eine Zeit lang verblendeten Liberalen; wenigstens diejenigen Elemente, welche nicht sofort, wie der Stier, auf den vorgehaltenen rothen Lappen in blinder Wuth zugestürzt sind.

So erhalten wir anstatt einer allgemeinen, organisirten

Sozialistenhaß einen äußerst bunten Parteikampf — die Reaktionäre gegen die Fortschrittler, die Liberalen gegen die Klerikalen, diese gegen die Regierungskandidaten oder gegen die Liberalen. Christlich-Soziale, Agrarier und Schutzzöllner verwirren den Kampf noch — geschlossen und fest steht allein die Sozialdemokratie da.

Deshalb steht unsere Sache gut.

Aber auch der Stolz der Arbeiter ist erwacht ob all der unerhörten Maßregeln, von denen sie getroffen werden und die ihnen ihre freie Ueberzeugung rauben sollen. Für diese Ueberzeugung werden sie am 30. Juli kämpfen.

Von solchem Standpunkt aus appelliren auch wir:

„An das Gewissen der deutschen Nation!"

Unsere Prinzipien.

Der Haß ist blind, sagt das Sprüchwort. Er sieht nicht die Thatsachen, nicht die Personen, sondern macht sich eine willkürliche Vorstellung von ihnen, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmt, häufig im direktesten Gegensatz zu ihr steht. Wie hat nicht der Haß die Bilder weltgeschichtlicher Persönlichkeiten, den Charakter weltgeschichtlicher Handlungen entstellt — aus den edelsten Menschen Scheusale, aus den edelsten Handlungen und Thaten monströse Verbrechen gemacht? Die beste Sache wird verleumdet, das Erhabenste in den Staub gezogen. Der Vater des Hasses ist in den meisten Fällen das Interesse, welches sich bedroht fühlt oder wenigstens bedroht glaubt. Darum sind es zu allen Zeiten die „Neuerer", die Männer der neuen Ideen gewesen, welche der blinde Haß verfolgte, steinigte, verbrannte, kreuzigte, unter Bergen von Verleumdungen begrub.

Die sozialdemokratische Bewegung konnte diesem Geschick nicht entgehen. Sie verletzt zu viele Interessen, um nicht der Gegenstand glühenden, blinden Hasses sein zu müssen. Die Interessen, welche sie verletzt, sind freilich nicht die Interessen der Gesammtheit, sondern nur die einer winzigen Minderheit, allein diese Minderheit hat alle Machtmittel in Händen und übt dadurch nicht blos materiell, sondern auch moralisch einen Einfluß aus, der ihr, so lange er dauert, die Herrschaft in Staat und Gesellschaft sichert. Dank ihrer wohlorganisirten Presse, Dank der von ihr eingerichteten Schule und Kirche, Dank der in ihre Dienste gepreßten Kunst und Wissenschaft — hält sie die Massen des Volkes in geistiger Knechtschaft; und so ist es ihr denn möglich, eine Partei, die sie fürchtet und haßt, für die Massen des Volkes zu einem Schreckgespenst zu machen, und Furcht und Haß da zu erwecken, wo bei richtiger Beurtheilung Liebe und Sympathie zur Geltung gelangen müßten.

Wir Sozialdemokraten erfahren dies im vollsten Maße. Das falsche, abschreckend häßliche Bild, welches der Haß unserer eigentlichen Feinde, das heißt Derjenigen, welche ein wirkliches oder vermeintliches Interesse haben, uns zu bekämpfen, von der Sozialdemokratie entworfen hat, wird leider von Millionen für richtig betrachtet, die, kennten sie uns, auf unserer Seite stehen würden.

Aus dieser einfachen Thatsache ersieht man, von welch hoher Wichtigkeit es für uns ist, daß Wahrheit über uns, unsere Prinzipien und Bestrebungen verbreitet werde. Das ist die Aufgabe der Propaganda, von deren Erfolg der Erfolg unserer Partei abhängt. Der Tag ist der Tag unseres Sieges, an welchem die Mehrheit des Volkes weiß, was Sozialdemokratie ist.

Und was ist Sozialdemokratie?

Wer nicht in blindem Hasse befangen ist und die Augen nicht gegen die Wahrheit verschließt, hat keine Schwierigkeit, Antwort auf die Frage zu bekommen. Die Sozialdemokratie sieht mit offenem Visir, sie giebt sich so wie sie ist, sagt frank und frei, was sie will.

Man lese nur unser Programm, lese es mit Aufmerksamkeit und Verstand — und man hat die Antwort.

Doch, da hören wir Gegner rufen:

„Glaubt diesen „rothen Jesuiten" nicht, ihr Programm ist blos ein Aushängeschild, alle diese schönen Redensarten von hochmenschlichen Zielen der Sozialdemokratie, von Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Humanität sind blos Lockspeisen, um die Menge zu ködern, sind blos der Sirenengesang, durch welchen man die Leichtgläubigen verführen will, um sie dann grausam zu mißbrauchen und zu opfern. Das Scheinziel der Sozialdemokraten ist unleugbar recht anziehend, aber das wirkliche Ziel, das Geheimziel, mit welchem sie hinter dem Berg halten, ist das denkbar Gräßlichste: ist allgemeine Theilerei, allgemeiner Umsturz, Mord, Todtschlag, Revolution."

Nun, die greulichen Absichten, die man uns da unterschiebt, sind zu unsinnig für eine ernsthafte Widerlegung. Das Geringste, was die Sozialdemokraten von ihren Gegnern verlangen können, ist: daß man sie für Menschen hält, und welcher Mensch mit seinen 5 Sinnen kann so aberwitzig, unmenschliche, widernatürliche Ziele verfolgen? Es hat zu allen Zeiten Verbrecher gegeben, allein noch niemals hat es eine Partei von Verbrechern gegeben. Und das wären wir, wenn wir dem Portrait glichen, das unsere Gegner von uns gezeichnet. Das und noch etwas mehr: eine Partei von Idioten!

Doch sehen wir ab von solch tollen Beschuldigungen und betrachten wir den Kern des Einwands:

„Wir haben ein anderes Ziel als das, welches wir dem Publikum zeigen. Zeigten wir jenes andere, unser eigentliches Ziel, so würden wir die Massen zurückstoßen, welche wir jetzt durch lügenhafte Vorspiegelungen an uns ziehen."

Merken unsere Gegner denn nicht, daß sie da eine — ungeheure Dummheit sagen? Also: wir rücken mit unserem wahren Programm nicht hervor, weil es das Volk abstoßen würde.

Wie zum Kuckuck kommen wir aber zu einem so abstoßenden Programm? Was kann es uns nützen? Was können wir von ihm erwarten? Wie hoffen, daß es im entscheidenden Moment seine abstoßende Kraft verliere?

Man glaubt, so scheint es, wir hätten den teuflischen Plan, durch unser lügenhaftes, verführerisches Scheinprogramm Millionen an uns zu fesseln, wollten dieselben, ohne daß sie es merken, perfid „an den Fuß der Barrikaden" locken, und dann, wenn das Häuflein der Eingeweihten Alles vorbereitet hat, plötzlich das entsetzliche Geheimprogramm aus der Tasche nehmen, und zu dessen Verwirklichung schreiten.

Ganz gut — blos Eines haben die pfiffigen Gegner dabei nicht berechnet: die abstoßende Kraft des Geheimprogramms. — Finden die durch unser Scheinprogramm Verführten, daß wir nur ein elendes Spiel mit ihnen getrieben, sie infam beschwindelt und mißbraucht haben, so würden sie, sobald sie durch Propagirung des famosen Geheimprogramms über unsere wahre Natur aufgeklärt sind, uns „am Fuße der Barrikaden" unzweifelhaft den Rücken wenden, und zwar voraussichtlich nach höchst energischen Aeußerungen des Mißfallens.

Und das von Rechtswegen.

Genug von diesen Albernheiten. Wer unsere Prinzipien und Bestrebungen kennen lernen will, der unterrichte sich nicht bei unseren Gegnern, der befrage die Sozialdemokratie selbst in ihren Reden und Handlungen, in ihren Schriften, in ihren Zeitungen, in ihrem Programm. Vor Allem in unserem Programm, das, von den Vertretern der Gesammtpartei ausgearbeitet, trotz mancher Mängel, die jedem Versuch der Feststellung von Prinzipien ankleben, doch in engem Rahmen vollständigen Aufschluß über unsere Prinzipien und Bestrebungen giebt.

Wer dieses Programm mit vorurtheilslosen Blicken liest, es mit Aufmerksamkeit und Verstand liest, weiß was wir wollen, und wird nicht verdammen können, was wir wollen.

Nehmen wir zuerst den ersten, allgemeinen Theil des Programms:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht. Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionare Masse sind.

In vorstehenden Sätzen werden nicht vage Behauptungen ausgesprochen, sondern Wahrheiten, welche durch die Wissenschaft festgestellt sind.

Daß „die Arbeit die Quelle alles Reichthums" ist, hat schon vor 100 Jahren Adam Smith in seinem bahnbrechenden klassischen Werk: „Ueber den Reichthum der Nationen" nachgewiesen; und daß von der „Kultur", das heißt von der Summe aller der Vortheile, welche das Menschengeschlecht in hunderttausendjährigem Ringen und Arbeiten sich gesichert hat, und welche uns bei stetigem Fortringen und Fortarbeiten ein immer menschenwürdigeres Dasein ermöglichen, das Gleiche gilt, wie von dem Reichthum, der genau genommen nur ein Theil der „Kultur" ist, — das bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Und ist die Arbeit etwa außerhalb der Gesellschaft denkbar? Kann man sich Arbeit denken, die nicht gesellschaftlich verrichtet wird? Ist nicht jeder Arbeiter, auch der, welcher die einfachste Arbeit verrichtet, auf die Arbeit anderer Arbeiter angewiesen? Sind die Werkzeuge, mit welchen gearbeitet wird, und wären es die einfachsten, primitivsten Werkzeuge, denkbar ohne die „Kultur", innerhalb deren wir stehen, ohne die Arbeit unserer Mitmenschen, ohne die Arbeit, ohne die Erfahrungen der früheren Generationen? Man stelle sich einen physisch normal entwickelten Menschen vor — vorausgesetzt, daß ohne „Kultur" ein solcher denkbar wäre —: einen Menschen, der keine Werkzeuge, keine Unterstützung, keine erworbenen Kenntnisse hat — würde dieser Mensch arbeiten können? Arbeiten, in dem Sinn gesellschaftlich nützlicher Arbeit? Denn plan und nutzlose, unproduktive, aber doch im Verhältniß zur aufgewandten Kraft nichts leistende Thätigkeit ist keine Arbeit. Also würde er arbeiten können? Nein. Ohne Gesellschaft keine Arbeit, außerhalb der Gesellschaft keine Arbeit.

Nachdem wir auf der einen Seite wissenschaftlich der Beweis erbracht, daß die Arbeit „die Quelle alles Reichthums", ist auf der anderen Seite die Thatsache statistisch festgestellt und wissenschaftlich anerkannt worden — u. A. von dem verrufenen Bourgeoisökonomen John Stuart Mill —, daß die Arbeit, welche allen Reichthum schafft, den Reichthum nicht genießt, nicht Eigenthümerin des von ihr geschaffenen Reichthums ist, der, zum großen Theil, in die Taschen nicht arbeitender, oder doch nicht nützlich arbeitender Individuen fließt.

Aus diesen Prämissen (Vordersätzen) ergiebt sich der Rest von selbst. Die Sozialdemokratie will der Ungerechtigkeit in der Vertheilung des Reichthums (der durch die Arbeit erzeugten Güter) steuern, eine gerechte Vertheilung der Güter, beruhend auf verunftiger Organisation der Arbeit, herbeiführen, und der Arbeit zu ihrem Recht, dem Arbeiter zu seinem Eigenthum verhelfen.

Das Programm fährt fort:

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Controle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1) Allgemeines gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder ein Feiertag sein.
2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.
7) Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
8) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt der bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
9) Unbeschränktes Coalitionsrecht.
10) Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
11) Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
12) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
13) Regelung der Gefängnißarbeit.
14) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Dies ist das Programm der vielgeschmähten, vielverlästerten Sozialdemokratie.

Klar, logisch, ist es ebenso radikal und umfassend als praktisch und gemäßigt in seinen Forderungen. Ja: praktisch und gemäßigt. Kann der Vorwurf, wir planten den „allgemeinen gewaltsamen Umsturz", schlagender widerlegt werden als durch unser Programm? Ist eine Revolution, wir meinen eine gewaltsame, blutige Umwälzung möglich in einem Staat, welcher ein gutes Volkserziehungssystem hat, durch Befriedigung der gerechten Bedürfnisse des Volks der Unzufriedenheit vorbeugt, und durch freiheitliche Einrichtungen jeder Meinung die Möglichkeit des Ausdrucks, jedem Streben die Möglichkeit der Verwirklichung gewährleistet? Gibt es überhaupt eine andere Versicherung gegen die von unseren Gegnern gefürchtete und mit Recht gefürchtete gewaltsame Revolution, eine andere Bürgschaft für die von unseren Gegnern so heiß ersehnte, mit Recht heiß ersehnte friedliche Reform? Sind nicht die meisten Forderungen, die oben aufgezählt werden, und durch ihre Verständlichkeit, wo nicht Selbstverständlichkeit eine eingehende Erläuterung überflüssig machen, bereits in fortgeschritteneren Ländern verwirklicht, und zum übrigen Theil von aufgeklärten Politikern und Menschenfreunden längst befürwortet worden? Sind die meisten Punkte nicht, sozusagen, geistiges Gemeingut Aller Derer, die das Wohl ihrer Mitmenschen erstreben?

Wir sagten, in der ruhigen, ungehemmten Entwicklung der Sozialdemokratie läge die sicherste, ja die einzige Bürgschaft für friedliche Reform, gegen gewaltsame Revolution. Ein vergleichender Blick auf die Geschichte Frankreichs und Englands zeigt die Richtigkeit dieser Behauptung.

In England ist der Klassengegensatz schärfer, die gähnende Kluft zwischen Armuth und Reichthum breiter, die Arbeiterbewegung demgemäß großartiger, umfassender als in irgend einem anderen Land der Erde, und dennoch ist die moderne englische Arbeiterbewegung, obgleich seit vollen zwei Menschenaltern im Fluß, mit Ausnahme einiger ganz unerheblichen Krawalle durchaus friedlich und ruhig verlaufen.

Warum?

Weil das Gesetz den friedlichen und ruhigen Verlauf ermöglicht, und die englischen Staatsmänner klug genug sind, um zu begreifen, daß die Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht unterdrückt werden können.

In Frankreich ist der Kapitalismus lange nicht so ausgebildet wie in England, die Kluft zwischen Arm und Reich lang nicht so breit, das Klassenbewußtsein unter den Arbeitern lange nicht so allgemein, und dem entsprechend die Arbeiterbewegung bei Weitem nicht so umfassend und intensiv mächtig, und — Frankreich bietet uns in bestimmten Zwischenräumen, mit der Regelmäßigkeit eines Naturphänomens das Schauspiel von Arbeitererhebungen und Arbeiterschlächtereien. Vom Lyoner Weberaufstand, der auf schwarzer Fahne den Ausgang des Feindes die grausige Inschrift bot:

Leben durch Arbeit oder Tod im Kampf!

Lieber kämpfend sterben, als arbeitend verhungern!

zur Juni-Schlacht 1848 — zum Communekampf 1871 — es ist immer derselbe rothe, blutrothe Faden, der die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung durchzieht.

Warum? Sind die französischen Arbeiter roher, als die englischen? Sind sie blutdürstig? Macht es ihnen Spaß zu tödten und sich tödten zu lassen? Wer wäre so thöricht, solche Thorheit zu glauben?

Sie „gehen auf die Straße", weil das Gesetz ihnen nicht die Möglichkeit friedlicher Organisation gewährt; weil die französischen Staatsmänner, statt das Gemeinwohl im Auge zu haben, nur an die Sonderinteressen der herrschenden Klasse denken, und nicht klug genug sind, zu begreifen, daß die Bestrebungen der Arbeiterklasse durch kein Machtmittel, durch keine Gewaltmaßregel zu unterdrücken sind.

Hätte die Arbeiterbewegung in Frankreich sich gesetzlich organisiren können, — die gräuelvollen Tragödien des Lyoner Weberaufstands, der Juni-Schlacht, des Communekampfs — mit ihrer Viertelmillion von Getödteten und auf die trockene Guillotine der „Verbrechercolonie" oder des Exils Geschickten — sie wären uns unzweifelhaft erspart worden.

Und darum ist das Geschrei Derer, die im Namen der Reform unsere Partei „vernichten", ihr die Tribüne des Reichstags verschließen wollen, so überaus unverständig — von der Kindlichkeit der Auffassung eine Partei, wie die unsrige, lasse sich „vernichten": gar nicht zu reden.

Ein englisches Blatt, das Centralorgan der englischen Gewerkschaften, die „Industrial Review" sagt sehr richtig in seiner Nummer vom 15. Juni d. J. (anläßlich der verläumderischen Anklage, daß die Sozialdemokratie eine Partei der Gewaltthat sei und die moralische Verantwortlichkeit für die Attentate auf den deutschen Kaiser trage):

„Die Sozialisten Englands wie der übrigen Länder sind freier von Gedanken der Gewaltthat als irgend eine andere Reformpartei (The socialists whether in England or elsewhere are freer than any other body of reformers from thoughts of violence). Der Grund liegt auf der Hand. Sie haben wirthschaftliche und sonstige Pläne, deren Verwirklichung nur in Frieden begonnen und nur durch eine im Frieden allein mögliche Disziplin des Denkens und Handelns durchgeführt werden kann. Wie könnte der Tod eines Kaisers oder Königs die Geister disziplinieren und ein gesellschaftliches und wirthschaftliches System ins Leben rufen, welches umfassender Vorbereitung und bei seiner Ausführung, des Friedens und der Zustimmung des Publikums bedarf, wenn der Erfolg gesichert werden soll?"

Was hier von einem Mord-Attentat gesagt wird, gilt auch und zwar in noch höherem Maaß, von einem Aufstand, der die Lage für unsere wirthschaftliche Reformpolitik viel ungünstiger gestalten würde.

Wo sollte die Sozialdemokratie denn die Macht zur Durchführung ihrer Ideen und Pläne hernehmen, wenn das Vol

seine Zustimmung versagt? Sie hat keine Armee, keine Polizei, die Widerstrebenden zu zwingen. Ohne die freie Zustimmung der Mehrheit des Volkes sind wir außer Stand das Geringste zu thun. Unsere politischen Forderungen laufen darauf hinaus, den freien Ausdruck und die freie Geltendmachung des Volkswillens zu ermöglichen und zu gewährleisten, also das Schicksal des Volks in die Hände des Volks zu legen und jede Gefahr einer Vergewaltigung zu beseitigen.

Mit Einem Wort, das Programm der Sozialdemokratie ist das Programm der Reform, der friedlichen Staats- und Gesellschaftsentwicklung.

Und hat nicht gerade jetzt die sozialdemokratische Partei Deutschlands auf das Ueberzeugendste: durch die That bewiesen, daß sie in Wahrheit eine Partei der Reform, eine Partei des Gesetzes, eine Partei der Ordnung ist, ja, daß sie allein diesen Namen, den unsere Feinde sich anmaßen, wirklich verdient?

Wer hat die verschiedenen Klassen der Bevölkerung gegen einander aufgehetzt? Wer Gewaltthat gepredigt, zu Handlungen gesetzloser Rohheit gereizt, Deutschland an den Rand des Bürgerkriegs gebracht?

Unsere Feinde. Man nehme nur ihre Zeitungen zur Hand, und sie sind tausendfach überführt.

Und wer hat durch besonnene Haltung und treffliche Disziplin Ruhestörungen vorgebeugt, Gewaltthätigkeiten verhütet, Deutschland vor dem Bürgerkrieg gerettet?

Die Sozialdemokratie.

Wer braucht jetzt Krawalle, Putsche?

Die Reaktion.

Wer warnt in jeder Nummer ihrer Zeitungen vor Krawallen und Putschen?

Die Sozialdemokratie.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen," heißt es in der Bibel.

Noch über einen Vorwurf, den man uns zu machen pflegt, zum Schlusse ein Wort. Wir hätten gar kein eigentliches Programm; mit Ausnahme der prinzipiellen ökonomischen Forderungen, die aber von zweifelhafter Richtigkeit seien, enthielte unser Programm nichts, was nicht auch von anderen Parteien befürwortet werde.

Das ist falsch, und, in den meisten Fällen, eine absichtliche Täuschung, politische Falschmünzerei. Zunächst ist es falsch, daß die prinzipielle, die theoretische Basis unseres Programms nicht mit der Wissenschaft im Einklang stehe. Wir haben schon hervorgehoben — und Jedermann, der Nationalökonomie und die nationalökonomische Literatur kennt, muß es bestätigen — daß der Sozialismus Wissenschaft ist. Und ferner ist es grundfalsch, daß irgend eine andere Partei unsere praktischen Forderungen zu den ihrigen gemacht, oder gar schon vor uns befürwortet habe. Einzelne dieser Forderungen sind allerdings gelegentlich von dieser und jener Partei aufgestellt worden, aber als Ganzes, in ihrer Summe, zum System zusammengefaßt — und darin gerade liegt ihre Bedeutung — werden sie ausschließlich von der Sozialdemokratie vertreten. Während andere Parteien zu ihren speziellen Parteizwecken, „wenn's eben paßt", nebenbei in sozialer Reform machen, ist die soziale Reform der ausschließliche Parteizweck der Sozialdemokratie, und darum die Sozialdemokratie die einzige consequente Reformpartei.

Die Sozialdemokratie hat kein Programm erfunden, Niemand mag wie sie sich anmaßt eine Wissenschaft erfinden zu haben. Sie hat nur gewisse naturnothwendige Folgen von der Wissenschaft festgestellt worden sind, zur Grundlage eines sozialpolitischen Programms zusammengefügt und demselben alle diejenigen, von ehrlichen Vorkämpfern des Volks aufgestellten Forderungen einverleibt deren Verwirklichung mit dem Ziele führt:

einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung welche die Knechtung des Menschen durch den Menschen verhindert und, bei freier genossenschaftlicher Arbeit und vernünftiger und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrags, jedem einzelnen Menschen das höchstmögliche Maß von Bildung und Glück gewährleistet.

Wer, der es gut meint mit seinen Mitmenschen und mit sich selbst, kann dieses Ziel tadelnswerth finden? Muß er nicht vielmehr uns recht geben?

Wohlan, er schließe sich uns an.

Wer aber uns andere Bestrebungen zuschreibt, der kennt uns nicht oder ist ein Verleumder.

Rückblicke auf die zwei letzten Reichstagssessionen.

Der Reichstag, welcher soeben aufgelöst worden ist, hat, gleich seinen Vorgängern, wenig für das Volk gethan; desto willfähriger ist er gegen die Regierung gewesen, und wenn er trotzdem schließlich in Conflict mit der Reichsregierung gerathen ist, so liegt der Grund nicht in politischer Opposition, sondern in dem wirthschaftlichen Standpunkt der bisherigen Reichstagsmajorität, welche, auf dem Standpunkt der Bourgeoisie stehend, die wirthschaftliche Junkerpolitik des Fürsten Bismarck nicht unterstützen, ihm zu Lieb die Bourgeoisgesetzgebung des letzten Jahrzehnts nicht abändern wollte. Die Budget-Debatten der Sessionen von 1877 und 1878 zeigten wieder so recht deutlich, daß die Reichstagsmajorität an eine ernsthafte politische Opposition nicht denkt und im Grunde mit dem herrschenden System übereinstimmt. Der Reichshaushaltsetat für 1877 78 und der für 1878 79 traten beide mit einer Vermehrung der Ausgaben und mit einem Deficit auf. Da vier Fünftel des Etats dem Militarismus gelten, so bietet diese Erscheinung nichts Auffallendes, denn nach der Natur der Dinge muß die Last, welcher der Militarismus über die Völker verhängt, stets wachsen. Die Reichstagsmajorität hat allerdings den Etat einigermaßen beschnitten, das durch Matrikularbeiträge zu deckende Deficit gemindert, aber er hat dies nicht dadurch erreicht, daß er die Militarausgaben beschränkte, sondern theils durch Ersparnisse auf anderen Gebieten, wo Ersparnisse keineswegs so nothwendig waren, theils durch Entdeckung eines bedeutenden Geldfonds, der auffallenderweise im Etat keinen Platz gefunden hatte. An dem herrschenden System wurde nicht gerüttelt, und die Vertreter der Sozialdemokratie waren die einzigen Abgeordneten, die ihr Votum gegen das unser Volk erdrückende Budget abgaben.

Die von der Regierung verlangten neuen Steuern: eine erhöhte Tabaksteuer, die offiziell als erste Etappe zum Tabaksmonopol bezeichnet wurde, und eine Stempelsteuer wurden von der Reichstagsmajorität verworfen — nicht um dem Volke neue Steuern zu ersparen — nein, ausschließlich deshalb weil die Bourgeoismajorität des Reichstags in diesem Steuerprojekt die Endspitze eines ihr zuwiderlaufenden feudalen Keils erblickte, der in die herrschende „liberale Wirthschaftspolitik" hineingetrieben werden sollte. Nicht das Volksinteresse, das eigene Sonder- und Klasseninteresse war's also, was die Bourgeois-Majorität zur Verwerfung der Steuerprojekte veranlaßte.

Ein eigenthümliches, nur nichts weniger als günstiges Licht werfen die Verhandlungen über das sogenannte Stellvertretungsgesetz auf unsere inneren Regierungsverhältnisse. Bekanntlich hat der Fürst Reichskanzler seit dem 1. April 1877 „Urlaub", und seinem eigenen Geständniß nach sind in der Verwaltung allerlei „Friktionen" (Reibungen) eingetreten, die ihm das Regieren erschweren. Um nun die Reichsverfassung, welche er sich auf den gesunden Leib geschnitten hatte, seinem kranken Leib anzupassen, sollte eine regelmäßige Stellvertretung des Reichskanzlers eingeführt werden. Da der ursprüngliche Plan nun dahin ging, thatsächlich die Reichsregierung mit der preußischen Regierung zu identifiziren, indem preußischen Ministern als solchen die Stellvertretung übertragen werden sollte — so stellten sich die Bundesregierungen, die keine Lust nach stillschweigender Mediatisirung hatten, auf die Hinterbeine, und der Entwurf wurde derartig abgeschwacht, daß ihm eine politische Bedeutung eigentlich nicht mehr inne wohnt. Was mit dem Stellvertretungsgesetz und mit den Steuergesetz-Entwürfen auf den ersten Anlauf nicht zu gewinnen war, das soll nun durch die Auflösung, und den Appell an's Volk erreicht werden. Natürlich stimmten die Sozialdemokraten gegen das Stellvertretungsgesetz.

Das Reichsgericht ist, trotz des Widerstandes des fanatischen preußischen Partikularismus nach Leipzig verlegt worden, wesentlich Dank dem Votum der sozialdemokratischen Abgeordneten, welche der Ansicht sind, daß ein Gericht, welches in Leipzig seinen Sitz hat, der Beeinflußung durch die Reichsexekutive weniger ausgesetzt ist, als ein in der Reichshauptstadt tagender Gerichtshof.

Zu Beginn der diesjährigen Session hatte der Reichstag seine „erste große politische Debatte" über die Orientfrage. Veranlaßt war die Debatte durch unsere Partei, welche sich vor Zusammentritt des Reichstags in zahlreichen Kundgebungen gegen die russenfreundliche Politik der Reichsregierung gewandt, und den Entschluß verkündigt hatte, diese Politik zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstag zu machen. Um eine von sozialdemokratischer Seite gestellte Interpellation zu verhüten, einigten sich die reichsfreundlichen Fraktionen dahin, ihrerseits eine Interpellation zu stellen, und die Gelegenheit zu einer Ovation für die Regierung zu benutzen. Die Debatte war insofern interessant, als unsere Partei mit Leichtigkeit den Nachweis liefern konnte, daß unser heutiges Staatssystem auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik nichts Ersprießliches zu leisten vermag, eine Auffassung, deren Richtigkeit durch die Reden der reichsfreundlichen Politiker, voran Fürst Bismarck in Person, nur aufs Schlagendste bestätigt ward. Die Entwicklung der Dinge im Orient hat bewiesen, daß die Sozialdemokratie die Orientalische Frage von Anfang an richtig, der Herr Reichskanzler sie von Anfang an grundfalsch aufgefaßt hat.

Die Frage des Zeugnißzwangs kam in der 1877er Session nochmals zur Sprache; unter dem Eindruck verschiedener Zeugnißzwang-Affairen, die allgemein das peinlichste Aufsehen erregten, wurde von liberaler Seite ein „Nothgesetz" zur „Milderung" des herrschenden Uebelstandes eingebracht und durchgesetzt, welches die Haft wegen Zeugnißverweigerung auf ein [illegible] beschränkte. Damit [illegible] im Uebrigen [illegible] das man die [illegible] wollte, daß die „Novelle" keine „Reichsrechtssache", keine „Milderung", sondern im Gegentheil eine Verschärfung und Verschlimmerung der in den meisten Bundesstaaten üblichen Praxis bedeute.

Der Antrag des Abgeordneten Hebel, der eine lediglich [illegible] Strafe [illegible] Zeugnißverweigerung vorsah, bestimmte [illegible] der Session von 1877 die sozialdemokratischen Abgeordneten zur Stellung eines Dringlichkeitsantrags auf Freilassung Hebels während der Dauer der Session, und [illegible] auf Abänderung des [illegible] Zeugnißverweigerung, welcher das Recht des Zeugnisses [illegible] Möglichkeit [illegible] der Haft zu fordern nicht [illegible] genug [illegible] und nur in Bezug auf Untersuchungsgefangene ein wirkliches Recht formulirt. Umsonst wurde der Antrag aufs Uebergenügendste begründet, der erste Theil des Antrags wurde sofort mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, und der zweite prinzipielle Theil zur zweiten Lesung vertagt, die aber nie stattgefunden hat. So erledigt der Reichstag seine Geschäfte.

In allen Reichstagssessionen wiederholen sich mit Regelmäßigkeit die Anträge, welche auf Sistirung der Untersuchung gegen sozialistische Reichstagsabgeordnete für die Dauer der Session eingebracht werden. Dieselben wurden sämmtlich vom Reichstage ohne Diskussion angenommen, ein Beweis, daß bei vernünftigen und denkenden Menschen ein politisches Vergehen mit anderem Maße gemessen wird, als bei den simplen Philistern im deutschen Reiche. Nur einmal (Fall Most) machten einige conservative Elemente den Anlauf, den bisherigen Usus des Reichstags zu durchbrechen und gegen die Sistirung sich zu erklären, doch blieb die große Majorität der früheren Praxis getreu.

Die Wahlprüfungen geben oft genug Gelegenheit, das Einmischen der Behörden, der Priester, der Polizeidiener und Gensdarmen in die Wahlhandlungen, in ein eigenthümliches Licht zu stellen — in einzelnen Fällen wurde constatirt, daß der Staatsanwalt zum Einschreiten verpflichtet gewesen ist. Daß das Einmischen der Behörden immer zu Gunsten des conservativen oder liberalen Candidaten geschehen ist und sich immer gegen die Wahl eines Arbeitercandidaten richtete, ist ja selbstverständlich. Selbst der Fortschrittspartei, die sich noch immer „demokratisch" nennt, ist nachgewiesen worden, daß sie sich allerorten dort, wo sie gegen einen Sozialdemokraten in der Wahl stand, der liebenswürdigsten Unterstützung der Polizeibehörde zu erfreuen hatte.

Sozialdemokratischerseits ist in der Session 1878 ein Antrag eingebracht worden, der sich gegen den Mißbrauch richtet welcher dadurch entsteht, daß der Wähler sich nicht genug im Bezug auf die Geheimhaltung seiner Stimmabgabe bei der Reichstagswahl schützen kann. Dann wurde noch beantragt den Wahltag auf einen Sonn- oder Festtag zu verlegen. Auf Antrag der Fortschrittsleute wurden diese Verbesserungsvorschläge zum Wahlgesetz in einer Commission vergraben aus der sie auch natürlich nicht wieder zum Vorschein gekommen sind.

Ebenso erging es in derselben Session einem sozialdemokratischen Antrage, der dahin zielte, die Herren Offiziere und Generale, welche doch die Annehmlichkeiten, die eine Stadt bietet, ebenfalls für sich benutzen wie andere Bürger zu den Kommunalabgaben, von denen sie befreit sind, heranzuziehen.

In der Session des Jahres 1877 brachten sämmtliche Parteien Anträge zur Abänderung der Gewerbeordnung ein, die aufgenommen das von sozialdemokratischer Seite eingebrachte „Arbeiterschutzgesetz", sämmtlich einen reaktionären Stempel trugen. Das sozialistische Arbeiterschutzgesetzprojekt enthielt vorzugsweise Bestimmungen über Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Aufhebung der Sonntagsarbeit, Schutzvorschriften in den Werkstätten und Fabriken und betonte besonders die Einführung eines Normalarbeitstags. Sämmtliche eingebrachten Anträge wurden einer Commission überwiesen, die ihrerseits die Anträge, ausgenommen den des Centrums, der Regierung zur Berücksichtigung und eventuellen Benutzung überwies. — Der Bundesrath arbeitete nun eine Vorlage aus zur Ergänzung der Gewerbeordnung, die er im Winter 1878 dem Reichstage zukommen ließ. Diese Vorlage war von echt künstlerisch-conservativem Geiste getragen in Bezug auf die Stellung der Arbeiter, Gesellen und Lehrlinge, von echt „liberalem", mammonistischem Geiste in Bezug auf die Stellung der Arbeitgeber. Die Polizeigewalt in Hinsicht auf die Arbeiter und Lehrlinge ist wesentlich gestärkt worden, wozu noch die Verpflichtung des Führens der Arbeitsbücher bis zum 21. Lebensjahre wesentlich beiträgt. Die Sonntagsarbeit ist geblieben; und die Bestimmungen in Bezug auf das Verbot der Kinderarbeit und Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter bei gesundheitsgefährlichen Verrichtungen hat, da lediglich der Bundesrath die betreffenden Bestimmungen treffen soll, gar keine praktische Bedeutung. Der Reichstag hat, trotzdem die sozialdemokratischen Abgeordneten sich durch Stellung von Anträgen, zum Beispiel: Einbringung des Normalarbeitstags von zehn Stunden, die größte Mühe gaben, den Gesetzentwurf zu verbessern, im Wesentlichen allen reaktionären Bestimmungen desselben beigepflichtet, so daß anstatt eines „Fortschritts" in unserer modernen wirthschaftlichen Gesetzgebung ein besonders für die Arbeiter empfindlicher „Rückschritt" zu verzeichnen ist.

Die Regierung hatte auch gleichzeitig einen Gesetzentwurf zur Einführung von Gewerbegerichten eingebracht, deren Zusammensetzung lediglich in das Ermessen der Behörden gestellt werden sollte, wodurch selbstverständlich alles Vertrauen bei den betreffenden Parteien verloren ging. Durch einen glücklichen Zufall wurden bei der dritten entscheidenden Lesung alle Formen des Paragraph 8 nicht aus Prinzip, sondern weil dem einen diese, dem andern jene Form mißfiel, abgelehnt, wodurch das ganze Gesetz fiel. Einige Verbesserungen, von sozialistischer Seite eingebracht, die merkwürdiger Weise angenommen worden waren, geben wir gern dem gefallenen Gesetze als Trost mit auf den Weg — es war im Allgemeinen so schlecht, daß ihm auch kleine Verbesserungen nicht viel nutzen konnten.

Die Erweiterung der Haftpflicht der Unternehmer gegen die Beschädigten und Getödteten war ein weiterer Antrag, den die Sozialdemokraten in präciser und ausreichender Weise gestellt haben. Die Bauarbeiter und die ländlichen Arbeiter sollten in das Haftpflichtgesetz mit aufgenommen, dann aber sollte die Beweislast auf den Arbeitgeber übertragen werden. Dadurch nur kann die Haftpflicht eine wirksame und für den Arbeiter nützliche sein. Die anderen Parteien hatten auch einige Resolutionen zur Abänderung des Haftpflichtgesetzes gestellt, von denen sich diejenige des Dr. Max Hirsch durch Confusion auszeichnete. Der sozialistische Antrag, sowie die übrigen, welche sich auf dies Arbeitergesetz bezogen, hatten das bekannte Schicksal, einer Commission überliefert zu werden, die ihrerseits die Anträge zur Berücksichtigung an den Reichskanzler überwies. Damit werden sie wohl für längere Zeit in Frieden ruhen; Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten sind eben wichtiger, als Gesetze zum Schutze der Arbeiter.

Die Reichsregierung hatte in der letzten Session einen recht [illegible] Gesetzentwurf gegen die Verbreitung von Gefährlichkeiten und besonders gegen die Verbreitung von [illegible] eingebracht. In der Generaldebatte, in welcher [illegible] Sozialdemokrat zu Worte kam, sprachen sich sämmtliche Parteien gegen den Entwurf und für die Fälscher aus, [illegible] die [illegible] Fälscher, denen man nur [illegible] Polizei [illegible] hart an den Kragen gehen wolle. Ein Herr der Fortschrittspartei verstieg sich sogar so weit daß er das Gift im Bier und in den Nahrungsmitteln für nicht schädlich erklärte, wenn es nur in kleinen Quantitäten genossen würde. Bei jener Debatte [illegible] den unsere Reichstagshelden [illegible] daß sie kein Herz für das Volk haben. „Keinen Schutz für die Gesundheit des Volks, keinen Schutz für die Arbeit, nur das Privileg des Kapitals" — so lautete auch im Allgemeinen die Devise des aufgelösten Reichstags, aus welcher sich das arbeitende Volk bei den Neuwahlen die Lehre ziehen muß, daß es Männer der Arbeit, Männer des Volks wählt.

Das neue deutsche Reich kann keine ehrliche, offene Kritik vertragen, weil es auf allzuschwachen Füßen steht, weil seine Entstehung höchst eigenthümlicher Art gewesen ist und besonders aber, weil es seinen Reichsbürgern ungemein große Pflichten in jeder Beziehung auflegt und ihnen nur äußerst geringe Rechte einräumt; es kann ferner keine Kritik vertragen, weil die erfochtenen Milliarden verschwunden sind, weil die Steuern alljährlich steigen, die Volkswohlfahrt aber in demselben Verhältniß schwindet.

Um nun die unliebsame ehrliche Kritik aus der Welt zu schaffen, sollen Mund und Preßknebel von der bedenklichsten Stärke eingeführt werden. Darüber brütet die Reichsregierung schon seit mehreren Jahren.

Im Jahre 1876 glaubte sie den richtigen Gedanken gefunden zu haben: das Reichsstrafgesetzbuch sollte verschärft werden und zwar die Paragraphen 130 und 131 derart, daß Niemand mehr von den bestehenden Gesellschafts- und Staatseinrichtungen reden durfte, ohne einer schweren Gefängnißstrafe zu verfallen. Die Verschärfung des Paragraphen 130 galt lediglich den Sozialisten, also denen, welche mit den heutigen Gesellschaftseinrichtungen nicht zufrieden sind und sie deshalb bekämpfen. Die Verschärfung des Paragraphen 131 aber traf mehr oder weniger alle Parteien, selbst diejenigen, welche mit einer oder der anderen Staatseinrichtung nicht zufrieden sind und an derselben eine, wenn auch noch so zahme Kritik ausüben.

Daß unter solchen Umständen die geplante Verschärfung des Strafgesetzes in diesen Punkten eine allseitige Ablehnung fand, war vorauszusehen, galt es doch besonders seitens der liberalen Parteien sich ihrer eigenen Haut zu wehren. Fürst Bismarck, der selbst energisch für die Annahme der Paragraphen gestritten und die Sozialdemokratie dabei in geradezu unerhörter Weise angegriffen hatte, zog sich mißmuthig in sein geliebtes Pommerland zurück.

Doch wurde ihm die Kritik, die an seiner „Schöpfung", an dem neuen deutschen Reiche geübt wurde, immer unerträglicher; dahin stand dieser im Hintergrunde das Reichsdeficit trotz des Milliardensegens.

Neue Steuern — Steuerreform! — lautete nun die maßgebende Parole. Bei der täglich wachsenden Verarmung des deutschen Volkes war eine solche Parole durchaus nicht unempfänglich und auch sie mußte die derbste Kritik erfahren, nicht nur durch die Sozialdemokraten, sondern auch durch die Liberalen, welche hinter der geplanten Steuerreform den Schutzzoll und das Monopol lauern sahen.

Wiederum war das System Bismarck rathlos. Da kam denn [illegible] ein neuer, genialer Gedanke: „Die Kritiker müssen deine Mitschuldigen werden — die Liberalen müssen mit in den Mitherrn[illegible]." Der Gedanke war gut doch die Ausführung war

schwer — und man schreibt das Scheitern dieses Planes mehr den persönlichen Eigenthümlichkeiten Bismarck's zu, denen seine Untergebenen ausgesetzt sind, als der Prinzipientreue der Nationalliberalen, die ja im Allgemeinen bis jetzt nur eine äußerst geringe Höhe erreicht hat.

Also wieder einmal rathlos. Die Erhöhung der Tabaksteuer wurde im Reichstage abgelehnt, gleichfalls die Tabaksenquete, soweit sie einem künftigen Monopol die Wege zu ebnen bestimmt war. Also nochmals rathlos.

Da passte Unter den Linden in Berlin das rettende Schüßchen am 11. Mai — einen Schuß kann ein ehrlicher Mann kaum das ganze Experiment nennen, da selbst der Kaiser und die Großherzogin von Baden nach Aussage der Letzteren den Knall kaum gehört haben. Also das rettende Schüßchen hatte gepafft — die scharfen Ohren des Herrn von Bismarck aber hatten es in Friedrichsruh vernommen. Sofort ein Telegramm nach Berlin: „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie!"

Das war ein genialer Gedanke. Jetzt werden die Liberalen vor die Alternative gestellt, entweder sich freiheitsfeindlich zu zeigen (dann verlieren sie im Volke das Ansehen), oder sich reichsfeindlich, königsfeindlich zu zeigen, dann erhält man durch allerlei Maßregeln eine conservative Majorität im Reichstage und im preußischen Landtage und aus dieser die Steuerreform, das Monopol, die Reichseisenbahnen, die Knebelung der gesammten öffentlichen Meinung — das neue deutsche Reich hat dann Geld und Ruhe.

Daß das Volk aber noch mehr leiden, daß die Ruhe die des Kirchhofs sein würde, daran hat der Reichskanzler keinesfalls gedacht.

Das Telegramm aus Friedrichsruh fand guten Boden; der neue Minister des Innern, Graf Bodo Eulenburg, der Sohn des Reichstagsabgeordneten Eulenburg, der im Jahre 1876 einzig und allein für die Verschärfung der §§ 130 nnd 131 im Reichstage gestimmt hatte knetete aus dem kurzen Telegramm eine monströse Vorlage, die an den Bundesrath gelangte und in welcher auch die 1876 abgelehnte Verschärfung der §§ 130 und 131 im Paragraphen 6 einen entsprechenden Ausdruck fand.

Mit der Ueberschrift: Gesetzentwurf gegen Ausschreitungen der Sozialdemokratie, gelangte die ungeheuerliche Vorlage den 20. Mai an den Reichstag; die Mitglieder desselben erhielten sie Dienstag, den 21. Mai. Am 23. u. 24. Mai fand über dieselbe eine längere Debatte statt, in welcher die Regierungsvertreter und die Nationalliberalen in ihren Angriffen gegen die Sozialdemokratie wetteiferten.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten aber gaben folgende Erklärung ab:

„Der Versuch, die That eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lang vorbereiteten Reaktionsstreiches zu benutzen und die „moralische Urheberschaft" des noch unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirthschaftliche und politische Entwickelung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffaßt, richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen, daß wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der [illegible] dem Reichstage jetzt vorliegenden Maßnahmen [illegible] theilzunehmen, und werden uns durch keinerlei Provocationen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu dieser Betheiligung veranlassen lassen.

Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen, [illegible] für [illegible] Leichtfertigkeit [illegible] verbrecherischen Attentats auf die Volksfreiheit das Unsrige beizutragen, indem wir unsere Stimmen gegen die Vorlage werfen.

Falls die Entscheidung des Reichstages aus die sie weise — die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht."

Diese Erklärung wirkte geradezu verblüffend auf die Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags.

Bei der Abstimmung wurde die Bundesraths-Vorlage mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Nicht aus Sympathie für die Sozialdemokratie stimmten Fortschritt, Nationalliberalismus und Centrum gegen die Vorlage, sondern aus Selbsterhaltungstrieb, da die Vorlage so dehnbar war, daß sie als Gesetz, geschickt angewandt, auch Nichtsozialisten an's Messer liefern konnte.

Daß die Reichsregierung eine eklatante Niederlage erlitten, wer möchte es bestreiten; aber auch den sämmtlichen Parteien, außer der sozialdemokratischen, ist die Blamage nicht erspart worden, da dieselben aus Anlaß eines Attentats, verübt von einem verlotterten, halbwahnsinnigen Burschen, zu den heftigsten, unmotivirtesten Angriffen auf die Sozialdemokratie sich verleiten ließen, da sie den Schutz der Polizei für sich anriefen, diese Polizei aber auf die Sozialisten zu hetzen versuchten, ja, dieselbe Polizei, welche in der Sozialistenverfolgung schon so Außerordentliches geleistet hat.

Der Reichstag ist aufgelöst worden, trotzdem Herr v. Bennigsen Namens der liberalen Partei versprochen hat, im Herbste Gesetze gegen die Sozialdemokratie zu bewilligen: ein allgemeines deutsches Vereins- und Versammlungsgesetz mit allerlei reaktionären Bestimmungen, ja, nach dem wirklichen Attentat am 2. Juni auch Ausnahmegesetze, wie man sie von Seiten der Regierung nur belieben werde. Die Reaktion hat Oberwasser.

Die liberalen Reichsphilister werden am 30. Juli bei der Reichstagswahl in ihrer Todesangst vor dem „rothen Gespenst" gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüthen; nur die Sozialdemokratie wird nicht wanken.

Wohl werden noch größere Verfolgungen über sie hereinbrechen, wie gegenwärtig, obgleich die Gefängnisse schon von unseren besten Brüdern gefüllt sind, aber

„an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt die Sozialdemokratie weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht."

Den Verläumdern!

Mit Entrüstung weisen wir die verläumderische Anklage zurück, die Berliner Attentate seien das Werk der Sozialdemokratie. Seit amtlich festgestellt werden mußte, daß auch nicht der leiseste Beweis für den Zusammenhang der Thaten Lehmann's und Nobiling's mit unserer Partei erbracht werden konnte, begnügen die Feinde sich damit, uns der „moralischen" Urheberschaft zu zeihen. „Aus unserem Ideenkreis, sagt man, seien die Attentate hervorgegangen." In wie fern? „Die Sozialdemokratie, so lautet die Antwort, verwildert die Geister, gewöhnt die Menschen an Gewaltthat, zerstört den Glauben an die Autorität."

Gut. — Wir geben zu, daß eine Partei, welche die Geister verwildert, die Menschen an Gewaltthat gewöhnt, den Glauben an die Autorität zerstört, indirekt an den Attentaten schuldig ist.

Doch wer ist diese Partei? Die Sozialdemokratie?

An Verrohung, Verwilderung, Untergrabung der Autorität hat es seit anderthalb Jahrzehnten in Deutschland sicherlich nicht gefehlt. Doch was kann die Sozialdemokratie dafür? Sie war die einzige Partei, welche das Uebel constatirte und Heilung verlangte.

Und wer waren die Urheber des Uebels?

Bekanntlich verroht nichts so sehr ein Volk, als eine häufige Wiederkehr von Kriegen. Sogar Staatsanwälte haben dies ausgesprochen und die Statistik hat es durch erschreckende Zahlen bewiesen.

Wohlan: seit 1864 hat Deutschland drei Kriege gehabt, der Greuel des türkisch-russischen Krieges nicht zu erwähnen, an dem wir allerdings nicht mittelbar betheiligt waren, dessen beispiellose Blutscenen uns aber tagtäglich vorgeführt worden sind, als ob sie in unserem eigenen Land vorgekommen wären.

Wer hat diese Kriege verschuldet? Etwa die Sozialdemokratie? Gewiß nicht. Wir sagen nicht, wer es war. Ihr wißt es. Genug: wer diese Kriege verschuldet und ihnen zugejauchzt hat, der nehme die „indirekte Schuld" an den Attentaten auf sich.

Im Jahre 1866 wurde in Deutschland ein König von Gottesgnaden sammt zwei andern Gesalbten des Herrn aus dem Lande gejagt, der deutsche Bund, das heißt die Verfassung Deutschlands in Trümmer geschlagen, der Hoch- und Landesverrath zur Loyalität, die Loyalität zum Hoch- und Landesverrath gestempelt, dem Autoritätsglauben ein wahrhaft vernichtender Schlag versetzt. Von Sozialdemokraten? Niemand wird es zu behaupten wagen. Wir sagen nicht von wem. Ihr wißt es. Genug, wer es gethan, und wer applaudirt hat, der nehme die „indirekte Schuld" an den Attentaten auf sich.

Seit anderthalb Jahrzehnten wird in Deutschland die Nichtachtung des Menschenlebens gepredigt, der Massentodtschlag als höchste Culturleistung gepriesen, die Rohheit in jeder Form verherrlicht, zur „Ausrottung", „Vertilgung" der politischen Gegner aufgefordert (man lese die Zeitungen der Attentatwochen durch), kurz der niederste Gewaltcultus gepflegt — von Sozialdemokraten? Mit Nichten! Wir sagen nicht von wem. Ihr wißt es. Genug: wer es gethan hat und thut, der nehme die „indirekte Schuld" an den Attentaten auf sich.

Wir waschen unsere Hände in Unschuld.

Wahlgesetz für den deutschen Reichstag.

(Die für die Reichstagswahlen beherzigenswerthen Paragraphen.)

§ 1. Wähler für den deutschen Reichstag ist jeder Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Reichsstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.

§ 2. Für Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen so lange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.

§ 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen.
2) Personen, über deren Vermögen Concurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Concurs- oder Fallit-Verfahrens.
3) Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.
4) Personen, denen in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in die Rechte wieder eingesetzt sind.

Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wahlen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist.

§ 4. Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Reichsgebiete jeder Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und einem zum Reiche gehörigen Staat seit mindestens einem Jahre angehört hat, sofern er nicht durch die Bestimmung im § 3 von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen ist.

§ 8. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen sind.

Die Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

§ 9. Die Wahlhandlung, sowie die Ermittelung des Wahlergebnisses (Stimmzettel Auszählung) sind öffentlich.

Nur solche Personen können die Funktion der Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Bezirken und der Beisitzer bei der Ermittelung des Wahlergebnisses ausüben, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden.

§ 10. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

§ 11. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Candidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung (Druck) zu versehen.

§ 12. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Mehrheit der in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Hat kein Candidat die absolute Mehrheit, so ist nur unter den zwei Candidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§ 17. Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnete öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie die Ueberwachung derselben, bleiben unberührt.

Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes.

(Die für die Reichstagswahlen beherzigenswerthen Paragraphen.)

§ 4. Der Tag der Wahl wird von dem Bundespräsidenten festgesetzt.

Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.

§ 10. Der Wahlvorsteher (§ 8 des Reglements) ernennt aus der Zahl der Wähler seines Wahlbezirks einen Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer und ladet dieselben mindestens zwei Tage vor dem Wahltermine ein, beim Beginne der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes zu erscheinen.

Die Wahlvorsteher, Beisitzer und Protokollführer erhalten keine Vergütung. Sie dürfen kein unmittelbareres Staatsamt bekleiden (§ 9 des Gesetzes).

§ 11. Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist.

Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginne der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß dasselbe leer ist.

Ein Abdruck des Wahlgesetzes und des gegenwärtigen Reglements ist im Wahllokale auszulegen.

§ 12. Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Protokollführer und die Beisitzer mittelst Handschlags an Eidesstatt verpflichtet und so den Wahlvorstand constituirt.

Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als drei Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig sein.

Der Wahlvorstand und der Protokollführer dürfen sich während der Wahlhandlung nicht gleichzeitig entfernen. Verläßt einer von ihnen vorübergehend das Wahllokal, so ist mit seiner zeitweiligen Vertretung ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen.

§ 13. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokal weder Diskussionen, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Ausgenommen sind hiervon die Diskussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts bedingt sind.

§ 14. Zur Stimmenabgabe sind nur Diejenigen zuzulassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind (§ 8 des Gesetzes).

Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl theilnehmen.

§ 15. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt, wenn der Wahlbezirk aus mehr als einer Ortschaft besteht, seinen Wohnort, in Städten, in welchen die Wählerliste nach Hausnummern aufgestellt ist, seine Wohnung an.

Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter (§ 12 des Reglements), welcher denselben ungeöffnet in das auf dem Tisch stehende Gefäß legt.

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Stimmzettel, bei welchen hiergegen verstoßen ist, oder welche nicht von weißem Papier, oder welche mit äußeren Kennzeichen versehen sind (§ 10, Absatz 2 des Gesetz s), hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen. Insbesondere hat derselbe darauf zu achten, daß nicht statt eines mehrere Stimmzettel abgegeben werden.

§ 16. Der Protokollführer vermerkt die erfolgte Stimmabgabe jedes Wählers neben dem Namen desselben in der dazu bestimmten Rubrik der Wählerliste.

§ 17. Um 6 Uhr Nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Nachdem dies geschehen ist, dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Stimmzettel werden aus der Wahlurne genommen und ungeöffnet gezählt. Ergiebt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit von der ebenfalls festzustellenden Zahl der Wähler, bei deren Namen der Abstimmungsvermerk in der Wählerliste gemacht ist (§ 16 des Reglements), so ist dieses nebst dem etwa zur Aufklärung Dienlichen im Protokoll anzugeben.

§ 18. Sodann erfolgt die Eröffnung der Stimmzettel.

Einer der Beisitzer entfaltet jeden Stimmzettel einzeln und übergiebt ihn dem Wahlvorsteher, welcher denselben nach lauter Vorlesung an einen anderen Beisitzer weiter reicht, der die Stimmzettel bis zum Ende der Wahlhandlung aufbewahrt.

Der Protokollführer nimmt den Namen jedes Candidaten in das Protokoll auf, vermerkt neben demselben jede dem Candidaten zufallende Stimme und zählt dieselbe laut. In gleicher Weise führt einer der Beisitzer eine Gegenliste, welche ebenso wie die Wählerliste (§ 16 des Reglements) beim Schlusse der Wahlhandlung von dem Wahlvorstande zu unterschreiben und dem Protokolle beizufügen ist.

§ 19. Ungültig sind:

1) Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier oder welche mit äußeren Kennzeichen versehen sind;
2) Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
3) Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten sich unzweifelhaft zu erkennen ist;
4) Stimmzettel, auf welchen mehr als Ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist;
5) Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

§ 26. Der Zutritt zu dem Lokale steht jedem Wähler offen.

Zur Beachtung.

Die §§ 107, 108, 109 des Reichsstrafgesetzbuches lauten:

„Wer einen Deutschen durch Gewalt oder Drohung zu verhindern sucht, nach seiner Ueberzeugung zu wählen, wird mit Gefängniß von 6 Monaten an bis zu 5 Jahren bestraft. Schon der Versuch ist strafbar.

„Wer bei der Wahl die Stimmzettel oder das Ergebniß der Abstimmung zu fälschen sucht, wird mit Gefängniß bis zu 3 Jahren bestraft.

„Wer eine Wahlstimme durch Versprechungen oder durch baares Geld, oder durch Anbietung sonstiger Vortheile, oder durch Androhung von Entlassung aus der Arbeit, oder durch Verabreichung von Getränken zu erkaufen oder zu verhindern versucht, und wer auf diese Weise seine Stimme kaufen läßt, wird mit Gefängniß von 1 Monat bis 2 Jahren bestraft.

„Ebenso tritt in allen Fällen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ein."

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kunzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II im Hofe.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.

Gratis bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ripsche, 345 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Hoß, 500 North 3rd Street.
J. Voll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lessermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: J. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 77. Mittwoch, 3. Juni. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Die studirende Jugend und die Sozialdemokratie.

Die Thatsache, daß die Sozialdemokratie unter den Schülern der Gymnasien, sowie der technischen höheren Unterrichtsanstalten Eingang gefunden hat, ist in jüngster Zeit so oft hervorgetreten, daß in ihrer Herzensangst der Cultusminister von Preußen sowohl, als der Handelsminister Reskripte an die Provinzialschulbehörden erlassen haben, in denen sie nähere Aufschlüsse verlangen, Warnungsrufe und Drohungen ausstoßen.

Der gemüthlichere der beiden Herren ist der Cultusminister Falk, der das Pflegen des idealen Sinnes bei der Jugend als ein gutes Schutzmittel gegen die sozialdemokratische Verführung anpreist.

Die Berliner „Volkszeitung" aber erwidert in Bezug auf diesen Punkt, daß gerade die idealistisch angelegte Jugend am ehesten den sozialistischen Anschauungen anheimfalle, welche das Ideal der gleichen Lebensgenüsse für die Armen, die Leidenden die Enterbten, als den Zielpunkt der Sozialdemokratie hinstellten. Diese Devisen hätten besonders für die idealistisch angelegte Jugend gewaltigen Reiz.

Solcher Gefahr zu begegnen, schlägt die „Volkszeitung" vor, möge man in den Schulen schon constitutionelles Verfassungsleben lehren, damit man die Jugend von dem idealen Boden abdränge und auf den realen Boden praktischer Politik frühzeitig hinführe.

Wir sind auch damit einverstanden, weil wir wohl wissen, daß alle praktische Politik von der Jugend ideal aufgefaßt wird, weil wir wohl wissen, daß fast alle jungen Leute, die sich mit Politik befassen, radikale Politik treiben. Die Sozialdemokratie würde von dem Augenblicke an, wo man die Politik zum Lehrfache in den Schulen erhöbe, die beste Heimstätte bei der Jugend finden.

So oder so — es wird nichts geändert. Der Idealismus führt die Jugend zur Sozialdemokratie, die reale Politik gleichfalls.

Der Handelsminister von Maybach scheint übrigens eine andere Auffassung von der Sache zu haben; er giebt nicht viel auf den „idealen Sinn" der Schüler, sondern legt sich auf die Anwendung von Machtmitteln, indem er schreibt:

„Sollten einzelne Lehrer es an dieser Wirksamkeit fehlen lassen, weil sie selbst der Sozialdemokratie zuneigen, so veranlaßt der Minister die Direktoren oder die königlichen Regierungen, ihm ohne Verzug Anzeige zu machen. Gegen die Schüler soll mit den strengsten Mitteln der Schuldisziplin eingeschritten und dieselben nöthigenfalls unnachsichtlich aus der betreffenden Anstalt entfernt werden."

Also Gewalt, nochmals Gewalt und nochmals Gewalt. Probatum est!

Beide Herren Minister aber verwundern sich über die „kaum erklärliche Geistesrichtung", welche sich in den höheren Lehranstalten zeige.

Kaum erklärlich? Uns ist es allerdings erklärlich, daß die Herren Minister sich über solche Geistesrichtung wundern; dies kommt daher, weil es den Herren Ministern gerade so geht, wie fast allen unseren Gegnern, die von dem eigentlichen Wesen des Sozialismus nichts verstehen.

Verständen sie etwas davon, so würden sie es sehr erklärlich finden, daß die noch unverdorbene Jugend unsere Ideen gut und wahr findet, daß die noch unverdorbene Jugend die verdorbenen Zustände in unserem gesammten jetzigen Gesellschaftsleben verächtlich findet, daß die noch unverdorbene Jugend sich und das Volk vor völliger Verderbung schützen möchte.

Die Herren Minister werden, wenn ihnen wahrheitsgetreu berichtet wird, ferner erfahren, daß das fortwährende Vollpfropfen mit allerlei religiösem Wust, mit patriotischen Phrasen den aufgeweckteren Schülern auf die Dauer nicht zusagen kann, so daß sie gern und freudig zu einer gesunderen, frischeren Kost greifen. Sie werden unter derselben Voraussetzung erfahren, daß die sozialdemokratisch angehauchten Schüler überhaupt die tüchtigsten sind und daß bei einer unnachsichtlichen Entfernung solcher Elemente gerade die besten Elemente der Schule und der Wissenschaft, dem Staate und der Gesellschaft verloren gehen.

Und Alles, was wir hier über die Schüler auf den Gymnasien und den technischen höheren Lehranstalten gesagt haben, das trifft in noch erhöhterem Maße bei der auf den Universitäten studirenden Jugend zu. Hier können wir vielfach aus eigener Anschauung und zwar nicht nur in Bezug auf eine, sondern in Bezug auf mehrere Universitäten urtheilen.

Die frommgläubigen und patriotischen Studenten sind meist auch die besten Bierpatrioten; Fecht- und Ballsaal ist ihr Element und das Fachstudium zum künftigen Broderwerb ihre einzige Sorge.

Die Sozialisten aber unter den Studenten studiren. Sauferei, Schlemmerei, Liebelei und Prügelei — sind für sie nicht vorhanden. Allgemeine Bildung, allumfassende Wissenschaft sind ihre Ziele. Daneben wird meist spielend das sogenannte Brodstudium überwunden.

Und weil nun gerade die tüchtigsten Elemente unter der studirenden Jugend Sozialisten sind, deshalb werden sie bedrängt.

Auf dem Altar der Reaktion wird die Wissenschaft geopfert.

Dies geschieht im „Lande der Dichter und Denker" und zwar in dem drittletzten Decennium des neunzehnten Jahrhunderts!

Zur Reichstagswahl.

(Aus Süddeutschland.)

Das Centralwahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands hat allerdings schon einen Aufruf an alle Parteigenossen erlassen: in dem für den 30. Juli bevorstehenden Wahlkampf durch Agitation und Geldbeiträge voll und ganz ihre Schuldigkeit zu thun und es möchte somit als überflüssig erscheinen die in zukünftigen Vermögens- und Erwerbsverhältnissen befindlichen Parteigenossen noch einmal besonders hierzu aufzufordern.

Die hartbedrängte Situation der Partei — an deren schließlichem Siege das Wohl des ganzen deutschen Volkes hängt — mag es jedoch als gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn ich gerade an diejenigen Parteigenossen, welche aus der Bourgeoisie hervorgegangen, ihre Lebensstellung innerhalb dieser haben und die sich in einer vom Glück bevorzugteren materiellen Lage befinden, die dringende Aufforderung richte, ihre Genossen im Proletariate in dem bevorstehenden schweren Entscheidungskampfe in außergewöhnlichem Maße zu unterstützen.

Unsere Partei ist im Großen und Ganzen — es ist das ja allbekannt — eine arme, und dennoch hat keine einzige der übrigen politischen Parteien eine solche Opferfreudigkeit seitens ihrer Mitglieder aufzuweisen als gerade die unsere; der bevorstehende Wahlkampf aber kann nicht erfolgreich geführt werden, wenn die Parteileitung nicht über genügende Mittel zu verfügen hat, was — da die Zeiten für den Proletarier ohnehin schon harte sind — ein schweres Ding ist, wenn auch der Arbeiter und Kleinbürger, wie es ja stets geschehen, den letzten Pfennig den hohen Zwecken der Partei opfert — deshalb richte ich an alle Wohlhabenden in der Partei den dringenden Aufruf, in so außergewöhnlicher Zeit durch möglichst umfangreiche Geldspenden — und das können auch diejenigen, die aus Rücksicht auf ihre Lebensstellung, sich nicht öffentlich der Partei angeschlossen — nach Kräften das ihrige zur Erreichung der Parteiziele beizutragen. — Meinen Beitrag zum Wahlfond habe ich bereits an Genossen A. Geib in Hamburg abgesandt. U.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Aufgepaßt! „Wenn das Publikum nur eine Ahnung davon hätte, wie viel gewisse Leute werth sind, die das Volk jetzt durch Anwendung jedes infamsten Mittels dazu veranlassen möchten, einen reaktionärn, konservativen Reichstag zu wählen! Nach Allem, was man bis jetzt erlebt hat, halten wir es nicht für unmöglich, daß von dieser selben Seite aus noch vor den Wahlen irgend ein Coup in Scene gesetzt werden wird, um die liberalen Wähler einzuschüchtern. Kommt ein solcher Coup, von welcher Art er er auch sei, dann ist das Volk wenigstens im Voraus gewarnt und weiß, daß es nun erst recht nicht reaktionär wählen darf. Also aufgepaßt!" — Wer ist es, der diese sehr zeitgemäße Warnung erläßt? Ein sozialdemokratisches Blatt? Ein fortschrittliches Organ? Nein, die dreimal in der Wolle gefärbte nationalliberale „Magdeburger Zeitung"! Gegen wen die Warnung sich richtet, das wissen unsere Leser, die wiederholt in ähnlichem Sinn von uns gewarnt worden sind. Herr Stieber ist an der Arbeit, das sagt Alles. Wir können bei dieser Gelegenheit auf Grund authentischer Information melden, daß sogar der deutsche Kronprinz die Thätigkeit des genannten Herrn mit Mißtrauen betrachtet, und bezüglich der Aechtheit des Lehmann'schen Attentats Zweifel geäußert hat. Ja, wir müssen auf Alles gefaßt sein; die „gewissen Leute" können ohne „Schießen" ihren Zweck nicht erreichen — und, sind die Arbeiter zu klug, sich als Scheiben benutzen zu lassen, dann findet sich vielleicht — ein anderes Objekt. Vielleicht einer der „gewissen Leute" selbst. Es braucht ja nicht — getroffen zu werden. Die „Magdeb. Ztg." aber, die jetzt hinter die wahre Natur des Attentat-Spektakels gekommen ist, möchten wir fragen, ob sie nun auch die Ehrlichkeit besitzt, zu gestehen, daß sie mit ihrer ganzen Partei, ein schweres Unrecht und einen schweren Fehler begangen hat, als sie, sammt ihrer ganzen Partei, ohne jeglichen Anhaltspunkt, den offenkundigen Thatsachen zuwider, lediglich aus politischen Gründen die Sozialdemokratie für die Attentate verantwortlich machte? Hat sie den Muth zu gestehen, daß sie, sammt ihrer ganzen Partei, durch Betheiligung an der „Sozialistenhatz" ihr eigenes Parteiinteresse — von Moral gar nicht zu reden — aufs Aergste geschädigt, und das Spiel der „gewissen Leute" gespielt hat, vor denen sie nun in so emphatischer Weise zu warnen genöthigt ist?

Inzwischen ist für Berlin bereits eine Maßregel dekretirt worden, die vorläufig einen weiteren „Coup" überflüssig macht: wir meinen die Wiedereinführung des Paßzwanges (s. die nachfolgende Notiz). Die bezügliche Verordnung ist erlassen auf Grund des § 9 des Gesetzes vom 12. Oktober 1867, welcher lautet: „Wenn die Sicherheit des Bundes oder eines einzelnen Bundesstaates, oder die öffentliche Ordnung durch Krieg, innere Unruhen oder sonstige Ereignisse bedroht erscheint, kann die Paßpflichtigkeit überhaupt oder für einen bestimmten Bezirk, oder zu Reisen aus und nach bestimmten Staaten des Auslandes, durch Anordnung des Bundespräsidiums vorübergehend eingeführt werden." Da von Krieg nicht die Rede ist und nicht sein kann, so sind es also „innere Unruhen oder sonstige Ereignisse", von denen die Erlasser der Verordnung die Hauptstadt bedroht glauben. Nun, von unserer Seite geht die „Bedrohung" nicht aus. Wird man uns sagen, von wem man sich bedroht glaubt? Jedenfalls aber muß das durch diese Verordnung heraufbeschworene Schreckbild der geheimnißvoll drohenden Gefahren das Publikum in Aufregung versetzen, und dabei finden die „gewissen Leute" ihre Rechnung.

— Der alte deutsche Bund ist wieder auferstanden Folgende königlich preußische Verordnung ist erlassen worden:

„Bis auf weiteres ist jeder in der Stadt Berlin ankommende Fremde oder Neuanziehende verpflichtet, sich durch Paß oder Paßkarte über seine Person auszuweisen. Ueber die Ausführung dieser Bestimmungen sind von der Polizeibehörde die erforderlichen Vorschriften zu erlassen."

Diese Verordnung scheint der Anfang zur Wiedereinführung der allgemeinen Paßpflichtigkeit und der Wanderbücher zu sein.

— Sämmtliche Personen, die unter dem Verdacht, mit Nobiling das Attentat geplant zu haben, von der Polizei verhaftet worden sind, haben als unschuldig entlassen werden müssen — so melden einstimmig die Berliner Blätter. Auch Nobiling's jüngerer Bruder ist wieder in Freiheit gesetzt. Kurz: von dem ganzen Complott bleibt nichts übrig als das Complott unserer Feinde gegen die Freiheit und die Sozialdemokratie.

Bei dieser Gelegenheit sei auf Grund authentischer Information hin, erzählt, wie Nobiling zum Sozialdemokraten gemacht wurde. Als nach dem Attentat der erste Schrecken vorüber war, versuchten die herbeigeeilten Beamten bekanntlich den blutend und bewußtlos daliegenden Nobiling einem Verhör zu unterwerfen. Da dies nicht ging und dem Unglücklichen kein Wort zu entlocken war, verlegte man sich darauf, ihm Fragen zu stellen, die er — wie dem Bewußtlosen (!) laut ins Ohr gerufen ward — mit Ja oder Nein, oder mit Kopfnicken beantworten sollte. Eine der ersten Fragen war: Sie sind (nicht: Sind Sie) Sozialdemokrat? Der tödtlich Verwundete, der von der Prozedur keine Ahnung hatte, bewegte sich in diesem Moment convulsivisch und stöhnte. Dies wurde für Ja genommen und — der Telegraph blitzte es in alle Welt: Nobiling ist Sozialdemokrat! Das „rothe Gespenst" war losgelassen, die „Sauhatz" mit der Sozialistenhatz als Ouverture konnte beginnen.

— Das tausendjährige Reich Bismarck's. Wie wir das letztemal mittheilten, betrugen bis Ende voriger Woche die für Majestätsbeleidigungen anläßlich der Attentate verhängten Gefängnißstrafen eine Gesammtsumme von 300 Jahren. Es stehen aber noch dreimal so viel Prozesse aus, die voraussichtlich in Summa mindestens 700 Jahre ergeben werden — Gesammtfacit: tausend Jahre Gefängniß. Wer will jetzt noch daran zweifeln, daß Bismarck der Auserwählte des Herrn ist und uns das „tausendjährige" Reich der Verheißung gebracht hat?

— Der „Sozialist" Lothar Bucher schrieb vor 15 Jahren an das Leipziger Central-Arbeitercomité — dasselbe, an welches Lassalle sein „Antwortschreiben" richtete, wörtlich wie folgt:

„Sie haben mich aufgefordert, bei der nächsten ordentlichen Zusammenkunft Ihres Vereins einen Vortrag zu halten. An ein Geschäft gebunden, das meine Zeit jeden Tag in Anspruch nimmt, würde ich, wenn auch mit Bedauern, abgelehnt haben, wenn nicht der von Leipzig aus angeregte Streit zwischen meinem Freunde Lassalle und meinem ehemaligen Parteigenossen Schulze-Delitzsch auf eine Frage geführt hätte, die mich während meines langen Aufenthalts in England viel beschäftigt hat, die Frage:

wie sich die Manchesterpartei zu dem Wesen jedes Staates und zu den Aufgaben der gegenwärtigen Staaten verhält.

Da die Erscheinungen, die ich zu beobachten Gelegenheit gehabt, in Deutschland Vielen gar nicht bekannt sind, von Vielen in einem falschen Lichte gesehen werden, und da die Lehren, die aus jenen Erscheinungen zu ziehen sind, nicht nur für die Arbeiter-Verhältnisse, sondern für die Entwickelung Deutschlands in jeder Richtung von der größten Wichtigkeit sind, so würde ich die dargebotene Gelegenheit, Zeugniß abzulegen, nicht ausschlagen können, ohne das Gefühl, einer Pflichtversäumung schuldig zu sein. Ich bin daher bereit, über die bezeichnete Frage zu sprechen.

Die Vorgänge in der gestern hier abgehaltenen Arbeiterversammlung, wo man*) diejenigen, die Lassalle's Argumente entwickeln wollten, mit dem Geschrei: Haut ihn! nicht zu Worte kommen ließ, und die Art und Weise, wie die so zu Stande gebrachte Abstimmung von einem Theile der hiesigen Presse verwerthet wird, dieses von Berlin gegebene Beispiel, die Anwesenden zu terrorisiren und die Abwesenden zu täuschen, macht es doppelt geboten, Farbe zu zeigen. Ich verliere daher keine Zeit, meine Ueberzeugung auszusprechen, daß die Lehre der Manchester-Schule:

der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles Andere gehen zu lassen,

vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht besteht.

Mit demokratischem Gruße
Berlin, 20. April 1863.

Lothar Bucher."

Der „demokratische Gruß" verwandelte sich bald darauf in einen sozialdemokratischen Gruß, als Herr Lothar Bucher

*) „Man" d. h. die Freunde und Parteigenossen des Hrn. Eugen Richter, der um jene Zeit als Carnevalsheld und Versammlungssprenger sich die politischen Sporen verdiente. Sonderbarerweise registrirt die Berliner „Volkszeitung", Organ der Fortschrittspartei, den ihre Partei so schwer compromittirenden Brief Bucher's mit großer Genugthuung. Red. d. „V."

seine Beiträge für die Internationale Arbeiterassociation an Johann Philipp Becker in Genf einschickte, und zwar auf Grund von Artikel 20 der Statuten der schweizerischen Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation, welcher § also lautet:

Art. 20.

„Bewährte Gesinnungsgenossen, an Orten wohnend, wo keine Sektionen bestehen, oder die dermalen noch in Stellungen sind, welche es nicht rathsam machen, öffentlich der Assoziation anzugehören, können sich beim Centralcomité oder dessen Agenten zur Aufnahme anmelden. Dieselben erhalten nach erfolgter Aufnahme, gegen Zahlung von 3 Frcs. 75 Cent. oder 1 Guld. 45 Kr. oder 1 Thaler preuß. ein Centralmitgliedsdiplom und haben die Zahlung des genannten Betrages alljährlich zu erneuern, wogegen sie eine gedruckte Quittung erhalten, die sie ihrem Aufnahmsdiplom, zum Beweise ihrer fortdauernden Mitgleidschaft beizufügen haben. Sie erhalten das Centralorgan (d. h. den „Vorboten") frei und verpflichten sich durch Wort und Schrift, Rath und That die Grundsätze der Internationalen Arbeiter-Association vertheidigen und in allen Richtungen fördern zu helfen."

Wie die Quittungen des „Vorbote" ausweisen, ist Herr Lothar Bucher seinen Verpflichtungen gegen die Internationale mit mustergiltiger Pünktlichkeit nachgekommen.

— Ein Bourgeois, dem die Furcht wenigstens nicht allen Verstand genommen hat, schreibt der „Vossischen Zeitung" aus Lübeck:

„Wie sehr Diejenigen Recht hatten, welche davor warnten, durch zu weit gehende Maßregeln jedes öffentliche und dadurch trotz aller unbestrittenen Gemeinschädlichkeit immerhin controlirbares Parteileben in der Sozialdemokratie zu unterdrücken und dadurch diese kecke Partei zu uncontrolirbarer geheimer Thätigkeit zu zwingen, das zeigt sich schon jetzt allenthalben. In demselben Maße, in welchem sich in Folge der behördlichen Verbote im ganzen Reiche die Vereins- und Volksversammlungen vermindert haben, genau in demselben Maße hat sich die Beweglichkeit und Thätigkeit in jener Partei vermehrt; das wird Jeder bestätigen müssen, der mit dem Lager der Sozialdemokraten einigermaßen Fühlung hat. Die Sozialdemokraten zeigen sich freilich nicht mehr so öffentlich, als „Genossen", rexommiren und bramarbasiren nicht mehr so von den Rednertischen aus; sie schließen sich vielmehr mehr und mehr von den Nichtsozialisten ab und sind diesen gegenüber in politicis sehr zurückhaltend und mißtrauisch. Dafür aber agitiren und wühlen sie unter sich und in der reinen Arbeiterbevölkerung, in Werkstätten, Fabriken u. s. w., besonders aber in den sogenannten Parteirestaurationen, in Biergärten ꝛc. desto eifriger. Und hier ist die Behörde machtlos, während sie früher in den öffentlichen Versammlungen sich über die Ziele und Absichten der Leute leicht informiren konnte. Dasselbe war der Fall mit den Congressen der Sozialdemokratie, die man aber für dieses Jahr ebenfalls unpolitischer Weise verbot. Verschiedene Zeitungen haben sich viel darum gestritten, wo dieser Congreß nun geheim abgehalten werde und sind dabei auf London, Brüssel, ja sogar auf ein von Hamburg auslaufendes und in den englischen Gewässern Helgolands ankerndes Schiff verfallen. Ich glaube, der Streit, wo dieser Congreß stattfinden wird, ist ein sehr unnützer, und zwar glaube ich das deswegen, weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß derselbe bereits stattgefunden hat. Einem mir aus Breslau zugegangenen Brief entnehme ich, daß dort in sonst gut unterrichteten Kreisen die Nachricht verbreitet ist, genannter Congreß habe im Laufe der vergangenen Woche in Leipzig getagt, und seien auf demselben Delegirte aus allen Wahlkreisen des Reiches, in denen die Sozialdemokratie vertreten, außerdem aber der gesammte Hamburger Parteivorstand anwesend gewesen. Ob sich nun die Sache, wie gemeldet verhält, oder ob die Herren Agitatoren auf Kosten ihrer Wähler irgendwo anders zusammen gewesen — die Sache und die aus ihr zu ziehende Lehre bleibt sich völlig gleich. Soviel steht fest: Während früher die Behörde in der Lage war, durch Ueberwachung solcher Versammlungen die beabsichtigten Schritte schon im Voraus kennen zu lernen und so bei Zeiten die nöthigen Maßregeln gegen sie zu ergreifen, erfährt jetzt weder sie, noch sonst Jemand etwas von dem Beschlossenen, bis es uns als nicht mehr rückgängig zu machende That entgegentritt. Welcher von beiden Zuständen ist aber der für die Sicherheit des Staates und die bürgerliche Freiheit günstigere? Man möge sich also wohl bedenken, ehe man auf dem betretenen Pfade weiterschreitet. In Bezug auf die jetzige geräuschlose, aber darum jedenfalls nicht weniger gefährliche Thätigkeit der Sozialdemokratie kann ich auch aus unserer Stadt etwas mittheilen. Man hat verschiedentlich bemerkt, wie in den letzten Tagen der letzten Woche sich eine Anzahl hervorragender Sozialisten hier ein Rendezvous gegeben haben, es wurden Geib aus Hamburg, Bebel und Hasenclever aus Leipzig, Vollmar aus Dresden, Auer aus Berlin und noch einige unbekannte Herren bemerkt. Sie alle nebst unsern einheimischen Sozialistenführern und deren Anhang thaten der Polizei aber keineswegs die Liebe, sich insgeheim zu versammeln, so daß man die Gesellschaft mit vollem Recht hätte aufheben und verantwortlich machen können. O nein, die routinirten Parteimänner sagten sich vielmehr, daß sie nirgend sicherer sein würden, als in der öffentlichsten Oeffentlichkeit und verkehrten deshalb nur in vielbesuchten Restaurationsgärten, besonders in dem Tivolietablissement, gerade als ob es sich um ein Vergnügen handle. Daß es außer diesen öffentlichen auch nicht an geheimen Versammlungen gefehlt haben wird, daran ist wohl nicht zu zweifeln."

Sicherlich nicht. Da der Herr Correspondent so lebhaft Propaganda für uns macht, wollen wir ihm zum Dank auch ein paar „Geheimnisse" verrathen. Der „Congreß" hat allerdings stattgefunden, jedoch nicht in, sondern bei Leipzig, auf jenem romantischen, zu einem modernen Rütli, wie geschaffenen Waldfleck, der nach dem ruhmreichen Leipziger Polizeidirektor und Staatsretter den Namen „Rüders-Ruhe" trägt. Was ferner die „unbekannten Herren" von Lübeck betrifft, so sind drei derselben doch wohl nicht so ganz unbekannt, wie der Herr Correspondent uns zugeben wird, wenn wir ihm die Namen nennen: Engels, Lissagaray und Marx; unter den „Herren" befindet (oder befand — denn sie sind inzwischen wieder abgereist — sich die ebenfalls nicht ganz unbekannte Wjera Sassulitsch, die glücklich aus Rußland entkommen ist und jetzt in England der continentalen Polizei ein Schnippchen schlägt.

Wünscht der Herr Correspondent in weitere Geheimnisse eingeweiht zu werden, so braucht er's nur zu sagen, und wir stehen zu Diensten. Die erzwungene Geheimthuerei geht uns wider die Natur und wir machen uns gern Luft.

— Wie's gemacht wird. In der „Vossischen Zeitung" lesen wir: „Als ein neuer Beweis, in welcher Weise gegenwärtig auf sozialdemokratische Agitatoren gefahndet wird, kann eine Regierungs-Präsidial-Verfügung gelten, wodurch ein Maurer Trillhose aus Heppens den Behörden bezeichnet wird, welcher nach den angestellten Ermittelungen, als Agitator „im Solde des allgemeinen deutschen Arbeitervereins" (!) steht, welcher in Hamburg seinen Sitz hat, für den preußischen Staat aber geschlossen ist. „Derselbe befindet sich zu Agitationszwecken fortwährend auf Reisen", ist vor Kurzem in Frankfurt a. d. O. gewesen und hat dort „viel mit den Führern der Sozialdemokratie, die von seinem Eintreffen vorher unterrichtet waren, verkehrt," auch mehrere Exemplare des Vereinsblattes des gleichfalls in Preußen geschlossenen Hamburger Maurer- und Steinhauer-Bundes vertheilt. Da es wahrscheinlich ist, daß der Trillhose auch andere Orte auf seinen Agationsreisen besuchen wird, so soll auf denselben aufmerksam gemacht und die Behörden sollen veranlaßt werden, „dem verderblichen Wirken desselben mit allen gesetzlichen Mitteln auf das Energischste entgegenzutreten." — Was dieses „Entgegentreten mit allen gesetzlichen Mitteln" bedeutet, das wissen wir. Als charakteristisch sei erwähnt, daß das Berliner Fortschrittsorgan auch nicht ein Wort des Tadels für dieses unerhörte Verfahren hat, und es wie etwas Selbstverständliches, ohne Commentar hinnimmt. Außerdem giebt es keinen „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" mehr, der „in Hamburg seinen Sitz hat und für Preußen geschlossen ist". Die Regierungs-Präsidial-Verordnung beruht also auf falscher Voraussetzung und zeigt von einer in diesen hohen Regionen schwer begreiflichen und noch schwerer verzeihlichen Unkenntniß landkundiger Thatsachen.

— Sehr kurzes Gedächtniß. Die „Magdeb. Zeitung" bringt in ihrer Nummer 294 einen Artikel: „Die Bewegung gegen die Sozialdemokratie und ihre Tadler", der nach Styl und Inhalt zu urtheilen, der Victor Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz" entnommen ist. Der unverschämte Schluß des Artikels lautet, indem er sich gegen den Tadler der brutalen Verfolgungsweise wendet:

„Was wir verhindern wollen, das ist die Weise, wie einzelne, bald ganz aus dem Zusammenhange gerissene, bald vollständig verdrehte Sätze abstrakter oder gar utopistischer Systeme benutzt werden, um in der urtheilslosen Menge einen Samen auszustreuen, der auf die eine oder die andere Weise verbrecherische Ausschreitungen hervorbringen muß. Der wirksamste Standort zur Ausstreuung dieser Saat ist die Tribüne des Reichstages. Darum fort mit den Sozialdemokraten aus dem Reichstage! Möge sich Niemand beirren lassen durch die Phrase, daß es gefährlich sei, den „reformatorischen Ideen" das Wort zu entziehen! Was die Sozialdemokraten im Reichstage oder vielmehr vom Reichstage aus betreiben, ist nicht die Verkündung reformatorischer Ideen, sondern die nackte Aufwiegelung. Dazu aber soll das deutsche Parlament nicht länger mißbraucht werden!"

Um so unverschämter ist dies Geschreibsel, als noch im April vorigen Jahres die „Magdeburgische Zeitung" auch nach einem Artikel der „Sozial-Correspondenz" Folgendes geschrieben:

„Unter den verschiedenen Anträgen auf Revision der Gewerbeordnung hat auch der von der sozialdemokratischen Partei ausgearbeitete Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes trotz mehrerer sehr anfechtbarer Forderungen entschiedene Beachtung und keine ungünstige Aufnahme gefunden. Man erblickt einen politischen Fortschritt darin, daß sich die Sozialdemokratie genöthigt sieht, die unfruchtbare Verneinung alles Bestehenden mit selbstthätiger Antheilnahme an der Gesetzgebungsarbeit zu vertauschen und mit ihren Weltverbesserungsplänen hervorzutreten. Sobald man sich mit einzelnen politischen Fragen praktisch beschäftigt, pflegt man auch den harten Thatsachen des Lebens näher zu treten und die Grenzen der Ausführbarkeit deutlicher zu erkennen. Das Unerreichbare wird leichter ausgeschieden, und Diejenigen, welche an der Verbesserung der sozialen Zustände aufrichtig arbeiten wollen, trennen sich von Denen, die nur im Tadeln ihre Aufgabe suchen."

Hier haben wir also genau das Gegentheil von dem oben Gesagten. Man sieht, daß die Sozialdemokratie es mit ebenso schwachsinnigen als unverschämten Gegnern zu thun hat.

— In Kalisch (russisch Polen) wurde vor einigen Tagen eine „Judenhatz" abgehalten, bei der etwa ein Dutzend Menschen um's Leben kamen. Wir möchten die „Frankfurter Zeitung" fragen, was die Kalischer Juden verschuldet haben? Denn sie wird uns zugeben, daß wenn eine Sozialistenhatz nicht möglich ist ohne Verschulden der Sozialisten (was sie mit mehr — Vorsicht als Ritterlichkeit und Logik soeben in einigen recht taktvoll schulmeisternden Artikeln ausgeführt hat), dasselbe auch von einer Judenhatz gelten muß. Wir sind allerdings anderer Ansicht, und glauben, daß die „gewissen Leute", vor denen die „Magdeburger Zeitung" jetzt so heillose Angst hat, gerade so gut wie die Sozialistenhatz, auch jeden Tag eine „Judenhatz", eine „Liberalenhatz", ja eine allgemeine „Bourgeoishatz", kurz eine „Hatz" gegen jede Partei, und jede Klasse, die nicht im faktischen Besitz der Staatsgewalt ist, insceniren könnte.

— Vom Kriegsschauplatz. In Kleinzschocher (Königreich Sachsen) fand vor einigen Wochen das Begräbniß eines Parteigenossen statt, bei welchem die Leidtragenden sich mit rothen Schleifen geschmückt hatten. Dreizehn Parteigenossen sind dieserhalb, weil sie republikanische Abzeichen getragen haben, mit Haftstrafen belegt worden. Was sagt Herr Lasker nun dazu? Ist ihm die sächsische Polizei, sind ihm die sächsischen Richter noch nicht strenge genug? — Unser Genosse Kuhl

Gegen die Denunzianten!

(Aus dem Kladderadatsch 1849.)

Wem noch ein Herz im Busen lebt,
Das sich empört bei Hochgerichten,
Wem zitternd noch die Seele bebt,
Wenn sich des Henker's Hand erhebt,
Ein Menschenleben zu vernichten —
Der schaare sich und wahre sich
Ge'n uns'res Volkes Schimpf und Schande!
Der wahre sich und schwöre sich:
Vernichtung dieser Henkerbande!

Wem noch ein Herz im Busen bebt
Für Menschenliebe — für ein Hoffen:
Daß sich das Volk zu dem erhebt,
Was seine Edelsten erstrebt,
Der trete zu uns frei und offen:
Was alle Völker aller Zeit
Dem Brudermorde gleich erkannten,
Laßt richten und vernichten uns:
Zum Teufel mit den Denunzianten!

— Zur Sozialistenhetze. Die „Berliner Freie Presse" erhält folgende Zuschrift: Nachdem ich 5½ Jahr zur Zufriedenheit meiner sämmtlichen Vorgesetzten auf der königlichen Ostbahn gearbeitet habe, wurde ich am 22. d. M. plötzlich entlassen. Auf dem Abgangszeugniß war als Grund meiner Entlassung angegeben, „hervorragende Betheiligung an sozialdemokratischen Zwecken!" Meine „hervorragende Betheiligung" war die, daß ich bei Unterhaltungen, wie sie doch in den Werkstätten, wo Collegen neben einander arbeiten, üblich sind, und wo mitunter ganz sonderbare Ansichten auch über die Sozialdemokratie zu Tage gefördert wurden, daß ich da Irrthümern in aller Ruhe entgegentrat und sie zu berichtigen suchte. Ich habe das als ehrlicher Mann für meine Pflicht gehalten. Dann habe ich bei den vorigen Wahlen in meiner freien Zeit Flugblätter verbreiten helfen und am Wahltage selbst Stimmzettel mit ausgetheilt, auch ab und zu öffentliche Versammlungen besucht und die „Berliner Freie Presse" gelesen. Das ist das „Verbrechen", wegen dessen man einen Arbeiter heut zu Tage vor die Thüre setzt, wenn sich auch sonst nicht das Geringste gegen ihn vorbringen läßt! Der Vorsteher der betreffenden Werkstatt forderte mich noch eine Stunde vor meiner Entlassung auf: „ich solle mich von dieser Sache abwenden, solle meine Meinung ändern, da er mich nicht gerne entlassen wolle, sondern mich sogar achten müsse, meines Charakters wegen. Ich erklärte ihm offen und frei, daß ich durchaus nicht so charakterlos sein könne, auf Wunsch eine Ueberzeugung abzulegen, wie einen Rock und wenn ich wirklich die gewünschte Erklärung abgäbe, so wäre ich dadurch zum Heuchler geworden. Das mochte ich nicht und so erfolgte denn meine Entlassung. Gleichzeitig wurden mir dadurch alle meine Rechte, die ich an die dort bestehende Kranken- und Sterbekasse durch meine monatlichen Beträge (à M. 1,20) erworben hatte, rücksichtslos genommen; das sind die Freiheiten eines Arbeiters in unserer heutigen Gesellschaft R. B., Sattler und Tapezierer.

Wir haben diesen schlichten Worten eines Arbeiters, so sagt unser Berliner Parteiorgan, nichts hinzuzufügen. Solche Vorkommnisse zeigen mehr wie ganze geschriebene Bände das Elend unserer Zustände und mehr wie je muß in jedes ehrlichen Mannes Brust die Ueberzeugung sich festigen, daß Zustände, welche solches Unrecht möglich machen, beseitigt werden müssen. — Auf Eines sei hier doch noch aufmerksam gemacht. Seit 5½ Jahren hat die Krankenkasse der königlichen Ostbahn die Beiträge des Gemaßregelten einkassirt, von dem Tage, wo der Mann seiner Ehrenhaftigkeit wegen auf die Straße gesetzt worden ist, hat er seine Ansprüche an die Krankenkasse verloren. Wie nun, wenn der Mann heute oder morgen krank wird, wer muß dann für seinen Unterhalt sorgen? Wer anders als die Gemeinde, also der steuerzahlende Bürger. — Eine famose Gelegenheit jetzt für den Staat sowohl, als wie für die Bourgeoisie sich der alten, ausgenützten Arbeiter zu entledigen und so die eigenen Krankenkassen zu ent-, die Armenkassen der Gemeinden aber zu belasten.

— Anständig. Die Unruh'sche „Bande" ist übertrumpft. Die spezifisch „anständige" „Kölnische Zeitung" nennt unsere Partei „eine Rotte, deren blutrothe Lehre Meuchelmörder großgezogen haben". Wir sind begierig, zu erfahren, welches Epitheton die brave „Kölnerin" für die „gewissen Leute" hat, denen die Magdeburger Partei- und Gesinnungsgenossin der „Kölnischen Zeitung" den Gebrauch der „infamsten Mittel" nachsagt und zutraut?

— Zur Statistik des Verbrechens. Nach einer Statistik der preußischen Zuchthäuser besaßen von 23,599 Gefangenen höhere Bildung: 247; vollständige Elementarbildung: 5227; mangelhafte Bildung: 12,740; 2593 konnten nur lesen, und ohne alle Schulbildung waren 3592. Drei Viertheile aller Gefangenen waren also ohne alle Schulbildung oder besaßen doch nur mangelhafte Schulbildung.

Da die sozialdemokratischen Arbeiter durchweg eine verhältnißmäßige gute Schulbildung besitzen und außerdem ein ausgeprägtes Rechtsbewußtsein haben, so findet man nur sehr selten einen Sozialdemokraten im Zuchthause. Und da sollen die Sozialdemokraten die guten Sitten zerstören?!

— Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes zu Berlin gegen Hödel wegen des Mordversuches gegen den Kaiser finden bekanntlich am 10. und 11. Juli öffentlich statt. Der Zuschauerraum des Sitzungssaales faßt im Ganzen etwa 100 Personen, und soviel Personen werden auch Einlaß erhalten. Der Botenmeister beim Kammergericht ist angewiesen, bei der Vertheilung der Einlaßkarten, welche erst kurz vor der Eröffnung der Sitzung erfolgen soll, die Zeitungsberichterstatter besonders zu berücksichtigen.

— Zwei neue Attentate. „Gegen den Herzog zu Sagan ist zu Sagan ein gräßlicher Mordanfall verübt worden" — so lautete die Sensationsnachricht in den Skandalzeitungen. Das Thatsächliche ist folgendes: Am letzten Sonntag Nachmittag drang der Hausbesitzer S. in das herzogliche Schloß ein und gab auf Befragen nach seinem Begehr an, er müsse sofort den Herzog sprechen. Als ihm bedeutet wurde, daß dies nicht so ohne Weiteres angehe und er zum Verlassen des Schlosses aufgefordert wurde, setzte er der Dienerschaft Widerstand entgegen und zog schließlich eine Schußwaffe hervor, mit der er die Dienerschaft bedrohte. Bei der bald bewirkten polizeilichen Verhaftung stellte sich heraus, daß die Waffe gar nicht geladen war, der ungefährliche Attentäter aber sehr stark „geladen" hatte.

Der „Fränk. Kurier" schreibt vom 23. Juni: „Heute gegen Mitternacht wurde, während der Veteranen- und Kampfgenossen-Verein im Gasthaus zum „Essigbrätlein" in Nürnberg versammelt war, in das Lokal desselben von einem Nachbarhause aus durch das Fenster aus einer Windbüchse ein scharfer Schuß abgefeuert, der glücklicherweise Niemand verletzte, obwohl gegen 30 Schrote im Zimmer aufgelesen wurden. Polizeiliche Anzeige ist erstattet, der Thäter aber bis jetzt noch nicht ermittelt." — Es hat sich darauf herausgestellt, daß der „Attentäter" kein Geringerer ist, als Herr Appellrath Müller, der übrigens nicht geschossen, sondern lediglich eine Hand voll Schrotkörner durch das offene Fenster unter die Gesellschaft warf, um bemerklich zu machen, daß er Ruhe zu haben wünsche. Hochkomisch ist, daß der Herr Appellrath die Störer seines Schlafes für Sozialdemokraten, die erschreckten Kampfgenossen aber den Attentäter für einen Sozialdemokraten hielten! Die Nürnberger Ordnungs-Blätter beeilen sich nun natürlich, den ganzen Vorfall für einen harmlosen Scherz zu erklären. Was wäre wohl geschehen, wenn ein Sozialdemokrat der „Scherzmacher" gewesen wäre?

---

ist in Dortmund zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden wegen Privatbeleidigung einiger politischen Gegner!!! Nun, Herr von Bennigsen, sind Sie zufrieden? — Am 29. Juni wurde in Chemnitz in der Expedition der „Chemnitzer Freien Presse“ der noch geringe Rest von Kegel's „Freie Lieder“ confiszirt und Kegel selbst verhaftet. — Genosse Vollmar wurde am 25. Juni in Lübeck, wo er sich zum Besuche seiner erkrankten Frau aufhielt, auf Requisition des Dresdener Bezirksgerichts verhaftet. Derselbe hat bekanntlich eine 10monatliche Gefängnißstrafe abzumachen. — Der Einjährig-Freiwillige K. vom zweiten Garderegiment zu Berlin, der früher öfter im Nordklub verkehrte, ist nach 15tägiger Untersuchungshaft wieder entlassen worden. — Der Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung“, Genosse Degenhardt, ist in Stuttgart wegen einer ihm zugesandten Correspondenz verhaftet worden.

— **Londoner Tombola.** Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat, nachdem sie in der Londoner Kiste keine Mordwaffen, sondern sehr harmlose Gegenstände entdeckt, nun eine Untersuchung wegen verbotenen Lotteriespiels gegen Geib und Genossen (Derossi ꝛc.) eingeleitet. Jedenfalls wird event. Anklage nur gegen Geib erhoben, da dieser allein mit dem Vertriebe der Loose sich befaßt hatte. Allem Anscheine nach will man aber auch den Loosnehmern außerhalb an den Kragen, wie die Haussuchungen in Elmshorn, Barmen ꝛc. beweisen. Da die Gewinngegenstände jedenfalls beschlagnahmt bleiben, so hat die Aufbewahrung der Verzeichnisse und Loose doch keinen Zweck, wonach sich jeder Loosinhaber richten möge.

Correspondenzen.

Zürich, 29. Juni. Ueber die am 24. Juni gehaltene Versammlung ist die gesammte liberale Presse in einer Weise hergefallen, daß wir uns genöthigt sehen etwas ausführlicher deren Verlauf zu schildern. Seidel referirte. Ausgehend von der landläufigen Phrase, daß man unser Zeitalter das der Humanität nennt, wies er nach, daß wir in einem Zeitalter der Barbarei leben. 72% der Einnahmen aller europäischen Staaten werde für Militär, Höfe und Staatsschulden ausgegeben und nur 28% für Schule, Gewerbe und Handel. Der Krieg ist eine Wissenschaft, das Todschlagen ein Gewerbe geworden!

Hierauf geißelt Redner die schmähliche Haltung des deutschen Bürgerthums, das seinen Rücken krümmt und um Peitschenhiebe fleht, weil unter 40 Millionen Menschen es zwei gibt, die auf den Kaiser schießen. Wieder wie bei Hödel macht man die Sozialdemokratie auch für die wahnsinnige That Nobilings verantwortlich. Die Sozialdemokratie ist der Prügeljunge der modernen Gesellschaft. Attentate hat es aber seit Jahrhunderten schon gegeben, während die Sozialdemokratie erst 15 Jahre existirt. Das Attentat kann, vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet, nur einer Partei, der konservativen, nützen, den Sozialisten aber nur schaden. Letztere stellen den Grundsatz auf, daß unsere Zustände Resultate der geschichtlichen Entwickelung sind und also nur von innen heraus verbessert werden können. Die Sozialdemokratie tritt ein für Abschaffung der Todesstrafe, bestreitet also der Gesellschaft das Recht zum Morde, wie könnte sie also auch nur im Entferntesten einem Einzelnen das Recht zugestehen, sich am Leben seines Nebenmenschen zu vergreifen? Nachdem der Redner noch weiter ausführlich die intellektuelle Urheberschaft des Nobiling'schen Attentats von der Sozialdemokratie zurückgewiesen und insbesondere hervorgehoben hat, wie unvernünftig es ist, zu glauben, eine unsittliche Idee könne im Volke Anhang gewinnen, daß es einen Fortschritt geben könne ohne Sittlichkeit, geht er näher auf die Entstehungsursachen des Attentats Nobiling ein. Uebergehend zu der dem Attentat gefolgten Reaktion in Deutschland meint der Redner es könne keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck vormärzliche Zustände, eine Junkerherrschaft will und das deutsche Bürgerthum zeigt sich geneigt, Ausnahmegesetze zu votiren und habe auf den hingehaltenen Köder, das rothe Gespenst, bereits angebissen. Die Reaction ist im besten Zuge. Redner wurden verhaftet, Versammlungen aufgelöst, Majestätsbeleidigungsklagen anhängig gemacht. Bis zum 15. Juni sind schon 180 Jahre Gefängnißstrafe deshalb verhängt worden. (Bis Ende Juni sind circa 400 Jahre Gefängnißstrafe, aus Anlaß der Attentate begangenen Majestätsbeleidigungen verhängt worden.)

Schließlich präzisirt der Redner noch den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen, zeigt, wie man gern einen Aufstand provoziren möchte, um das Volk niederkartätschen zu können, daß aber die Sozialdemokratie, Dank ihrer Organisation und Disziplin, durch ihre eiserne Ruhe diesen schändlichen Plan vereiteln werde und daß es daher doppelte Aufgabe aller freiheitlich gesinnten Männer sei, dieselbe materiell und moralisch zu unterstützen durch Entnehmen der angefertigten Quittungen von 25 Rp. für den Wahlfond der Sozialdemokraten.

Mögen sich aber, so schloß der Redner unter lebhaftem Beifall, besonders die Arbeiter ihrer großen geschichtlichen Aufgabe bewußt sein und sich ihrer würdig zeigen, indem sie der guten Sache ihr Opfer bringen. Ohne Kampf kein Sieg!

An der Debatte betheiligten sich Beyerer und Greulich, die die Ausführungen des Referenten unterstützten und Robert Reff, der in der verworrensten und confusesten Weise die deutsche Sozialdemokratie schmähte. Wie wenig seine Schmähungen fruchteten, zeigte die Abstimmung über folgende Resolution, die mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde.

„Die heutige Versammlung erklärt ihren Abscheu vor der in Deutschland wüthenden Reaktion namentlich vor den unerhörten Verfolgungen und spricht die Ueberzeugung aus, daß die deutsche Sozialdemokratie gegenüber dem herrschenden Taumel Ruhe und Besonnenheit bewahren wird. Die Ernüchterung von diesem Rausche wird bald folgen und dann kommen durch die Logik der Thatsachen die sozialdemokratischen Bestrebungen erst recht zur Anerkennung.“

Die Versammlung hat gezeigt, daß die arbeitende Bevölkerung Zürichs nicht vom Loyalitätsdusel befallen ist, sondern ihre Stellung gegenüber den politischen Vorgängen in ihrem Vaterlande begriffen hat.

Prag, 28. Juni. In Bezug darauf, daß Ihr sehr eifrig gelesenes Blatt alle Länder durchkreuzt und mir auf diese Weise Gelegenheit geboten wird, weitere Kreise der Sozialdemokratie von unseren Verhältnissen in Kenntniß zu setzen, erlaube ich mir einige Zeilen in Ihrem Blatte für unsere Interessen einzunehmen. Die böhmische, sozialdemokratische Partei in Oesterreich besitzt heutzutage drei Organe, welche sämmtlich in Prag erscheinen und von denen das Centralorgan „Budoucnost“ (Zukunft), die „Delnické Listy“ (Arbeiterzeitung) zweimal und die Agitationsschrift „Organisace“ einmal monatlich herausgegeben wird. Daß die Zahl unserer Parteigenossen trotz Verfolgung seitens unserer Gegner fortwährend im Wachsen begriffen ist, davon zeugt am besten die Abonnentenzahl, die von Tag zu Tag wächst. Als ein großes Hinderniß in der Entfaltung unserer Agitation — ich muß dies offen gestehen — ist der jetzt sich zu Ende neigende „heilige“ Räuberkrieg Rußlands gegen die Türkei anzusehen, denn die bourgeoisistische Tagespresse, welche dem Czaren das epitheton ornans „Osvoboditel“ (Erlöser, Messias) beigelegt hat, auf die fabelhafteste Weise ihn zu verherrlichen sucht und das Volk vor ihm wie vor einem Götzen das Knie zu beugen zwingt, wirkt durch das tägliche „volkserlösende“ Geschrei auf die Massen so demoralisirend, daß es dann Keinen wundern kann, wenn man hört und liest, das böhmische Volk sei für den „Erlöser“ fanatisirter, als selbst die Türken für ihren Allah.

Wie kommt es aber, fragt sich's, daß solche Blätter, trotzdem sie von der Schandwirthschaft in Rußland, von Trepows, Murawiews, welche der Czar belohnt und reichlich bescheert, täglich zu hören Gelegenheit haben, — wie kommt es, frage ich noch einmal, daß die sauberen Blätter für einen Czaren, der seine tüchtigsten Landsleute, wie Tschernischewski u. A., in den Bergwerken des unfreundlichen und Tod herbeiführenden Sibiriens schmachten läßt, zu agitiren sich erfrechen? Das hat einst zur Genüge ein polnisches Blatt aufgeklärt, indem es offen aufgezählt hat, welche Blätter unserer Nationalen und wie hohe Subvention sie von der russischen und serbischen Regierung gnädigst angenommen haben, um das Volk bei uns für „erlöserische Thaten“ eines Alexander oder Milan aufzuregen und zu fanatisiren. Dazu muß ich noch beifügen, daß sich kein einziges Blatt von diesen aufgerafft hat, um das zu widerlegen. Also qui tacet, consentire videtur.

Diese Schandpolitik zu bekämpfen und über den Haufen zu werfen, ist unsere Aufgabe, der wir durch Wort und That nachzukommen trachten. Daß jene Freiheit, mit welcher Bismarck das geeinigte Deutschland zu beglücken beabsichtigt, bei uns schon seit Jahren „auf den Bergen wohnt“, muß ich nicht erst hier erwähnen; unsere Versammlungsrechts- und Preßgesetzes-Ausübung ist ja weltberühmt, dafür nur einige Belege. Zur Schilderung dieser „goldenen Freiheit“ will ich mich nur einiger Beispiele bedienen, die insbesondere die Herren Gesellschaftsordner Andrassy und Comp. charakterisiren, und darauf sollte sich Graf A. auch ein Patent nehmen, denn Niemand übertrifft ihn darin, davon bin ich fest überzeugt. Unsere hier erscheinenden Blätter tragen auf jeder Nummer die unsere Preßfreiheit charakterisirende Aufschrift: „Nach der Confiskation zweite Auflage“, und das Centralorgan „Budoucnost“ ist heuer, nachdem es 12 Mal erschienen ist, 13 Mal behördlich confiszirt worden.

Daß das Versammlungsrecht schon längst aus dem Codex Francisci I. gestrichen ist, glaube ich mit nachstehendem Beispiel zu bekräftigen. In der letzten Zeit haben unsere Parteigenossen in Stadt und Land Volksversammlungen einberufen, deren Zweck die Besprechung des „allgemeinen, direkten Wahlrechtes“ sein sollte. Alle Versammlungen aber wurden auf Grund des lautschukartigen § 6 des Versammlungsgesetzes verboten. Die Einberufer haben sich überall widerrufen.

In Brünn sollte zu Pfingsten ein Congreß der mährisch-schlesischen Arbeiter abgehalten werden, aber auch dieser störte die Ruhe der Andrassy'schen Compagnons und wurde deswegen auch verboten. Nun hat der Redakteur der „Delnické Listy“ diese Verbote, deren Zahl über 15 gestiegen ist, gesammelt und hernach in einer Nummer dieses Blattes der Reihenfolge nach, ohne daß dazu eine Bemerkung beigefügt wäre, veröffentlicht. Die Folge davon war, daß dasselbe Loos auch diese Nummer getroffen hat, und zwar wegen „Hetzen gegen die Behörden“. — Die Administration des Parteiorgans „Budoucnost“ hat eine Einladung zum Abonnement mittelst Plakaten in der Stadt anschlagen lassen. Diese Plakate wurden rechtzeitig der Polizeibehörde vorgelegt und nachdem dieselbe in der Einladung nichts „Gesetzwidriges“ oder „Staatsgefährliches“ vorgefunden hatte, wurden die Plakate an den Straßenecken Prags affichirt. Am Mittag waren aber alle Plakate verschwunden, denn die Polizei hat sich's überlegt und die betreffenden Plakate herunterreißen lassen. Nachmittags war in Prag von einer „Budoucnost“ keine Spur mehr — und Andrassy konnte wieder ruhig schlafen.

Vor einigen Monaten ist in Dresden eine in böhmischer Sprache verfaßte Broschüre unter dem Namen „Naše idea“ (Unsere Idee) erschienen, welche unter uns eine sehr gute Aufnahme gefunden hat und unter unseren Genossen in Böhmen, Mähren und Schlesien eingeschmuggelt wurde. Dieses unser „Treiben“ durfte aber dem wachsamen Auge der Polizei nicht verborgen bleiben, und so entsendete der Gerichtshof, nachdem er die Verbreitung der betreffenden Broschüre untersagt, eine gerichtliche Commission in die Redaktionen der „Budoucnost“ und „Delnické Listy“, um den Vorrath an Broschüren zu confisziren; aber diesmal hatten sich die Herren ungemein getäuscht, denn die ganze Colportage ging vom Druckorte Dresden aus.

Das ist ein treues Bild unserer Verhältnisse, und manche Leute erfrechen sich noch, von Freiheit zu sprechen. —nka.

Aus dem 17. sächsischen Wahlkreis (Glauchau-Meerane). Auf Grund von mehrfach stattgehabten Besprechungen der Vertrauensleute unseres Wahlkreises können wir berichten, daß die Organisation der Wahlagitation rüstig von statten geht. Es herrscht ebenso unter den älteren Genossen, wie unter den frisch aufgerückten Kräften der höchste Eifer und eine Festigkeit und Ruhe, die den Gegnern schweres Kopfzerbrechen verursacht. Weder die theilweise beliebte Lokalsperre, noch sonstige Einschüchterungsversuche können uns verhindern, für unseren Candidaten W. Bracke nachhaltig einzugreifen, wobei uns die öffentliche Stimmung wesentlich zu statten kommt. Je mehr die Gegner Schimpf und Verleumdung als einzige Waffe gegen uns führen, desto mehr werden die sonst unpolitischen Kreise vom Ekel über solches Treiben erfüllt, was ganz rückhaltslos in Privatgesprächen wie an öffentlichen Orten geäußert wird. Der Wahltag wird beweisen, ob wir zu viel sagen, wenn wir erklären, noch nie hat uns der Liberalismus so vortrefflich in die Hände gearbeitet, als durch sein neuestes „Schreckensystem“. Die Redensart von der „Hebung des Kleingewerks“ kennt der Weber ebenso genau, wie der Kleinbauer die Phrase von der „Schaffung eines lebensfähigen Bauernstandes“ längst als Flunkerei kennen gelernt hat. Wie lange hat man nicht schon zu „heben“ und zu „schaffen“ gesucht? Und waren es denn nicht die herrschenden Parteien, die in ihren Wirthschaftssystemen all die erfolglosen Recepte verordnet und damit herumgedoktert haben? — „So kann es nicht weitergehen!“ Das hört man täglich hundertmal und in einem Athemzuge sagen, wenn von der neuesten Reactionscampagne die Rede ist. Noch schlechter als bisher kann es mit der Arbeit nicht mehr gehen, und wo es hinauswill, das erzählt uns ja die liberale Presse mit der Bedrohung jedes Versuchs, dem Volke zu helfen. „So kann und soll es nicht weitergehen“, — das wird unser Wahlkreis am 30. Juli tausendstimmig in die Welt rufen! — Wir sind organisirt, Versammlungen abzuhalten, Flugblätter, Aufrufe, die Presse zu verbreiten, und wehrt man uns alles dies öffentlich zu thun, so besitzen wir eine tausendgliedrige Organisation, die von Haus zu Haus, von Stube zu Stube mit Wort und Schrift sich bewegt und um so wirkungsvoller ist. Guten Muthes und ruhigen Sinnes führen wir unsere Sache und — gewiß auch zum Sieg. Man hat uns fester und enger aneinander gedrängt, und Alles wartet mit Ungeduld des Tages, an welchem das grollende arbeitende Volk in unserem Wahlkreise dem Liberalismus sein „Schuldig“ auf die Stirn brennen wird. Bis dahin grüßen wir unsere auswärtigen Genossen mit dem Nachtwachtruf des Seemannes, als Zeichen, daß wir an der Arbeit und guter Dinge sind: „All wohl!“ (Alles wohl! — Alles in Ordnung!)

Aus dem 19. sächsischen Wahlkreise. Die Organisation zum bevorstehenden Wahlkampfe für Parteigenossen Liebknecht ist bereits in gutem Gange. Eine Anzahl von Besprechungen der Vertrauensleute aus den meisten größeren und kleineren Orten hat stattgefunden. Die Berichte über die Stimmung im Wahlkreise lauten ohne Ausnahme gut. Nicht nur unsere alten Wählerschaften werden am 30. Juli das Tribunal bilden, welches den Schimpf, den Hohn und die feigen Verleumdungen gegen unsere Partei geziemend richten wird, sondern es werden auch nach Allem, was in der öffentlichen Meinung verlautbart, neue Kräfte aus den Reihen der Kleinbürger-, Bauern- und Arbeiterschaft eintreten. Man begreift allseits, daß das dunkle Werk der Reaktion nicht blos den Sozialismus, sondern selbst die letzten Scheinreste der Volksfreiheit treffen soll. Der unheimliche Alp, welcher Handel, Gewerbe und Ackerbau bei uns jetzt noch mehr drückt als sonst, und der das ganze öffentliche Leben im Bann hält, wird am 30. Juli in einem sozialistischen Wahlsiege eine wohlthätige Unterbrechung finden, und der stille Groll aller anständigen Leute über das feige und schmutzige Gebahren der gegnerischen Presse und ihrer Zubringer wird in der Wahl Liebknecht's zum Ausdruck gelangen und keinen Zweifel mehr übrig lassen, wie man in unserem Wahlkreise über die Volksrechte und ihre Unverletzlichkeit denkt.

Was man auch gegnerischerseits von hier aus erzählen mag, es steht fest, daß die große „Hetzjagd gegen die Sozialen“ auch hier nur von den versorgungssüchtigen Herrschaften ausgeht, hinter denen der Geldsack seinen Druck ausübt. Pfarrer, Schulmeister und mittlere Beamte zeichnen sich natürlich vor Allen aus, sich als „tapfere“ Pfründenhüter zu zeigen, nachdem man unserer Partei den Knebel in den Mund gepreßt, sie so zu sagen vogelfrei erklärt, unsere Organisation unterbunden, vernichtet glaubt, wirft man sich schimpfend in die Brust, gründet „patriotische Vereine“, wie die Herren Pfarrer Steininger und Schuldirektor Meier aus Lößnitz, und läßt in der Presse den Tam-Tam schlagen. Eine billige Tapferkeit das! Wir kennen diese Taktik schon von lange her. Damit wird man uns nimmer schlagen. Unsere Organisation ist unzerstörbar, sie beruht in unseren Grundsätzen und wird sich dieser Kampfweise gegenüber mehr bewähren als je.

Man sucht uns das Versammlungsrecht zu schmälern, zu verkümmern, hier eine kleine Probe von den sauberen Mitteln, welche die Presse dazu anwendet, aus Nr. 72 der „Erzgebirgischen Zeitung“, einem Sammelorte verschiedener Berliner Waschzettel und anderer „Geheimmittel“. Dieses Blättchen schreibt:

„Lößnitz, 20. Juli. In der Stadt geht das Gerücht herum, daß in den nächsten Tagen eine sozialdemokratische Versammlung in hiesiger Stadt abgehalten werden sollte. Nach den schrecklichen Vorgängen der letzten Wochen, für die selbst der mildestdenkende Politiker die Sozialdemokratie verantwortlich machen muß!, können wir nicht anders, als unser Erstaunen darüber ausdrücken, daß in unserer Stadt ein Gastwirth so pflichtvergessen und ehrlos sein sollte, sein Lokal für eine derartige Versammlung abzugeben. Sollte sich aber wider Erwarten in der That Jemand finden, so muß es Sache eines jeden gutgesinnten und anständigen Bürgers sein, ein derartiges Lokal stets zu meiden, gleichwie eine verpestete Höhle!“

„Pflichtvergessen und ehrlos“ sind also Gastwirthe, welche uns aufnehmen, „verpestete Höhlen“ die Lokale, in denen wir verkehren!? Ist das nicht die schönste Acht- und Verrufserklärung? Wäre da nicht ein fetter Bissen für den Staatsanwalt, wenn er ihn zu finden die Geneigtheit hätte?!

Und trotz dieses Bannfluches der „gutgesinnten“ und „anständigen“ „Erzgebirgischen Zeitung“ finden sich hier noch Gastwirthe, denen unser Geld auch kein Blech ist.

Unsere Organisation ist übrigens so sicher und beweglich, daß wir ebenso viele Agitatoren als Genossen zählen. Wir brauchen das Wirthshaus nicht, denn Werkstatt, Privatwohnung, Spazierweg, der dunkle Schacht sind uns Raum genug zu unserer Arbeit, die Wähler zu sammeln und unsere Lehren weiterzutragen. Alle Vorarbeiten sind gethan, unsere Vertrauensleute gewonnen. Werden Versammlungen möglich, so kämpfen wir dort, ebenso arbeiten unsere Presse und unsere Flugblätter, und will man uns diese auch unmöglich machen — gut — dann sind wir so organisirt, daß wir von Mund zu Mund, von Stube zu Stube, allem Drängen und Drücken, allem Schnüffeln und Hetzen den Damm entgegenstellen.

Nie war der Geist in unseren Reihen ein besserer, nie der Wille ein einheitlicherer, als zu dieser Campagne, die mit unserem Siege enden muß. Also, Genossen, auf die wohlvertheilten Posten! Befolgt Alles genau, wie vereinbart ist!

Königsberg, 27. Juni. Heute Morgen wurde auf Befehl der Hamburger Staatsanwaltschaft bei dem Unterzeichneten eine gründliche Haussuchung vorgenommen. Der Zweck derselben war, die Mitgliederliste Derjenigen zu erlangen, welche zu der in London zu Gunsten der nach Neu-Caledonien Deportirten veranstalteten allgemeinen Verloosung, Loose genommen haben. Wie es mir schien, wird man den deutschen Loosinhabern wegen Spielens in ausländischen Lotterien den Prozeß machen. Zunächst galt allerdings die Haussuchung dem nunmehr zur Ruhe gelangten Genossen Karl Just, resp. seinen noch hier befindlichen Papieren. Als man jedoch weiter nichts fand, als ein Loos, welches natürlich mit Beschlag belegt wurde, mußte ich zunächst dem „Herrn Criminalinspektor Hirsch“ meine bei mir getragenen Papiere, Brieftasche ꝛc. ꝛc., zur Durchsicht vorlegen. In einem erst heute Morgen vom Parteigenossen Müller aus Braunschweig erhaltenen Privatbriefe kam das Wort „la commune“ vor, worüber sich Herr Hirsch eine Erklärung erbat. Und als ihm diese insofern zu Theil wurde, daß „Mademoiselle la commune“ keineswegs mit jenen „Schrecklichen“ von 1871, sondern mit einer jungen Dame in Braunschweig zu identifiziren sei, hatte sich der Herr Hirsch so weit beruhigt, daß er mir den Brief zurückgab. Auf die Durchsicht weiterer Privatbriefe verzichtete der Herr Criminalinspektor, nachdem ich dem Herrn erklärt hatte, daß sie nur Privatsachen enthielten. Sonst wurden meine sämmtlichen Effekten durchsucht: Zeitungen, Broschüren, selbst die Geschäftsbücher der Expedition wurden einer strengen Durchsicht unterworfen. Das Resultat der Haussuchung außer obengenannten Looses war Nr. 120, Jahrg. 1877 vom „Vorwärts“ und ein Exemplar des „Armen Conrad“ Jahrg. 1877.

R. S.

Braunschweig, 27. Juni. Der heutige „Volksfreund“ schreibt — und es ist dies auch für viele andere Orte beherzigenswerth: In vielen Wirthschaften werden von einer kleinen Anzahl Leute

die Wirthe gegen die Sozialdemokraten verhetzt. Es kommt vielfach vor, daß einzelne Personen in ein Lokal kommen, in welchem sie sonst gewöhnlich nicht verkehren, den Wirth zur Rede stellen, wie er den „Volksfreund“ halten könne und mit dem Nichtwiederkommen drohen. Läßt sich nun der Wirth eines Lokals, in welchem hauptsächlich Gegner verkehren, einschüchtern, oder glaubt er einer patriotischen Pflicht zu genügen, indem er den „Volksfreund“ nicht auflegt, nun, so lächeln wir über die Borniertheit. Anders aber ist es, wenn in Lokalen, die fast nur durch Sozialdemokraten und deren Freunde existiren, der Wirth sich durch ein paar Gecken terrorisiren läßt. In allen Lokalen, in welchen Arbeiter verkehren, herrscht die größte Humanität und Toleranz, selbst gegenüber Leuten, welche, ohne daß an ihnen selbst viel daran ist, von oben herab über die Arbeiter und Sozialdemokraten abzusprechen lieben. Man sucht sie höchstens in aller Ruhe zurechtzuweisen, und die Freiheit der Diskussion ist nirgends mehr wie in solchen Lokalen gewahrt. Wenn nun der Wirth solcher Lokale sich aber von ein paar Personen terrorisiren läßt, nun, so ruft er von selbst Repressalien hervor. Wir kennen Lokale, in welchen die liberalen Nachbarn selbst nur deshalb verkehren, weil sie dort angenehme und anregende Unterhaltung gerade im Verkehr mit sozialdemokratischen Arbeitern und Bürgern finden. Läßt sich der Wirth nun durch Einzelne gegen Diese verhetzen, dann kann er es in Kurzem erleben, daß gerade sein Lokal das erste sei, welches von beiden Seiten aufgegeben wird.

Wir empfehlen allen Genossen und Freunden, wie überhaupt Allen, welchen darum zu thun ist, daß nicht eine kleine Schaar, oft aus bloßem Ulk, die Wirthe terrorisirt, oder welche nicht wollen, daß der Wirth sich einbildet, die Gäste zwangsmaßregeln zu können, überall, wo sie hinkommen, den „Volksfreund“ zu verlangen. In vielen Fällen thun sie dem Wirthe sogar einen Gefallen. Wir haben Lokale, in welchen zu verschiedenen Tagesstunden das verschiedenste Publikum verkehrt, und der Wirth ist eine wahre Jammersperson, weil er nicht weiß, was er thun und lassen soll, um nicht einen Theil seiner Gäste zu verlieren. Er giebt nach, wo die größte Pression geübt wird.

Wir und unsere Genossen üben nun keine Pression, und wenn nun der Wirth eine Reihe gegnerischer Blätter hält, so stellen wir höchstens — leider ist dieses bisher nur im geringsten Maße geschehen — das Ersuchen, ein und das andere unserer Blätter auch zu halten, ein gewiß billiges Verlangen der Majorität, daß wo der Wirth vielleicht 15 Thaler für das Bedürfniß einer Minorität ausgibt, auch 4 bis 5 aus Rücksicht für die Majorität auszugeben. Ja, wir haben nichts dagegen, wenn der Wirth alle möglichen gegnerischen Blätter hält; ein anderes aber ist es, wenn in Lokalen, wo zum größten Theile unsere Leute verkehren, der Wirth in ostensibler Weise unsere Blätter in die Acht erklärt. Das ist eine Beleidigung unserer Genossen, ein Schlag, der ihnen ins Gesicht versetzt wird, den sie sich nicht gefallen zu lassen brauchen.

Unser Blatt ist wenig dadurch getroffen, daß kaum 30 Personen, darunter fast lauter Wirthe, dasselbe abbestellten, haben wir doch in wenigen Tagen 500 neue Abonnenten gewonnen, aber unsere Freunde und Genossen wollen dort, wo sie verkehren, sich nicht die Achtung und Rücksicht seitens des Wirths versagen lassen, die sie zu beanspruchen haben.

Wer eines der von uns gekennzeichneten Lokale besucht, der verlange zunächst den „Volksfreund“. Er dulde nicht, daß ein paar Leute sich herausnehmen, in einem Lokale, in welchem fast nur Sozialdemokraten verkehren, oder in welchem sonst der freundschaftlichste Verkehr ohne Unterschied politischer Parteistellung herrschte, den Wirth zu terrorisiren.

Viele Wirthe werden es uns sogar Dank wissen, wenn demgemäß aufgetreten wird. Wenn in einem Lokale der Wirth freiwillig oder gezwungen Parteistellung einnimmt, so mag er sich die Folgen gefallen lassen.

Antonienhütte, 16. Juni. Wie jetzt überall, so ist auch hier die Sozialistenhetze inscenirt worden. Ich bin seit anderthalb Jahren hier an der Bahn beschäftigt gewesen und habe da, soviel als in meinen Kräften stand, für Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter den Arbeitern gewirkt, und deshalb ergießt sich jetzt der ganze Haß und Groll der Gegner über mich. Der Bahnmeister, bei dem ich arbeitete, machte Bekehrungsversuche mit mir und muthete mir zu, eine Erklärung zu unterschreiben des Inhalts, daß ich mich von der Sozialdemokratie lossage und nun vielmehr gegen dieselbe agitiren würde. Da ich nicht zu bekehren war, so suchte der Mann mir Angst zu machen, indem er meinte, ich würde noch im Zuchthaus enden und meine Familie in Unglück und Schande bringen. Der Herr Bahnmeister wollte sodann als Grund der Entlassung auf dem Attest angeben, daß ich sozialistischer Agitator sei; ich habe dasselbe natürlich nicht angenommen. — Mehr als je bin ich aber jetzt entschlossen, einzustehen für die Sozialdemokratie trotz aller Verfolgungen. Es lebe die Sozialdemokratie! J. W.

—o— **Frankfurt a. M.**, 17. Juni. Noch mehr als Hödel hat Nobiling die Sturmvögel der Reaktion zu einem kühnen Fluge aufgescheucht. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich der Prügelknabe, auf den unsere Liberalen und Conservativen zwar „mit vereinten Kräften“, aber doch jeder nach seiner Art loshauen. Citate aus dem Schimpf-Lexikon unserer ur-liberalen und ditto reichstreuen „Neuen Frankfurter Presse“ zu machen, oder den von ihr verübten Blödsinn mit und ohne Methode theilweise zu registriren, das will ich unterlassen. Der hiesige „Volksfreund“ hat diesem Preßorgan in verschiedenen Artikeln derb auf die unreinen Finger geklopft. Wenn ich mich nicht täusche, findet sich als Entschuldigung dafür, daß all' diesen moralischen Peitschenhieben ein tiefes Schweigen entgegengesetzt wurde, im Briefkasten des Frankfurter Fischweibes (2. Blatt vom 9. Juni) ganz versteckt eine nach „hier“ adressirte (wohl fingirte) Notiz folgenden Inhalts: „Das Kläffen des kleinen Dächsels kennen wir auswendig; die Bodenbeeren scheinen dieses Jahr nicht zu gerathen, weil die Gründe selbst dem sonst allezeit fertigen Dialektiker fehlen.“ — — Au! au! Herr Dr. Moldenhauer! Zeichnen wir diesen Mann gleich mit ein paar Federstrichen: Zu einer am zweiten Pfingsttage stattgehabten Volksversammlung (von den Sozialisten ausgehend) war mit Pomp in der „N. Fr. Pr.“ das Erscheinen der Liberalen angekündigt. Es kam auch richtig Herr Dr. Moldenhauer, hörte sich das Referat Frohme's bis kurz vor Beendigung an, um alsdann zu verduften, denn: „Es ist zu heiß!“ Es wird ihm freilich etwas „heiß“ geworden sein, dem Herrn Doktor! Denn in einem Blatte ungestraft schimpfen und direkt vor seinen Gegnern Rede und Antwort stehen — das ist bekanntlich zweierlei! Doch genug von diesem — Ehrenmanne! Lassen wir ihn laufen! — — Das hiesige ur-conservative Organ, das freilich in Frankfurt selbst gar keine Rolle spielt, verdient nur deswegen einige Aufmerksamkeit, weil wir daraus sehen können, wie gerade diese Leute, die so sehr mit Frömmigkeit und Tugend um sich werfen, denken und wie sie handeln würden, wenn sie — ja wenn sie — sie sind zwar sehr mit dem Schleifen ihrer rostigen und schartigen Sensen beschäftigt, um von dem nun üppig blühenden Weizen den Löwenantheil einzuheimsen. Thun wir unsere Schuldigkeit und harren wir getrost der Dinge, die da kommen werden und kommen müssen! Eine ganz kleine Blumenlese aus den zahlreichen und ellenlangen Attentats-Glossen der „Deutschen Reichs-Post“, deren „Moral“ freilich immer die gleiche ist: Ein Stuttgarter Correspondent wirft die vielen Personen, die wegen Gutheißen des Attentats verhaftet worden sind, alle unter die Sozialdemokraten. Ueber den Vorschlag der Errichtung einer Votiv-Kirche schreibt ein Karlsruher: „Aber in einem Augenblicke, wo eine schwefelgelbe Bande von Mordbrennern sich rüstet, alle Kirchen und Paläste zu zerstören, sollten wir doch wohl dringendere Sorgen haben, als Geld zu Kirchenbauten zu sammeln“ ꝛc. Ein Gießener malt die Gefahr vor, die von einer „verwegenen Umsturzpartei“ in unserer Mitte unserem Vaterlande droht. Das Alles und noch mehr in einer Nummer! In einer Correspondenz aus Baden wird von „Mordgesindel“ geredet. Wie sich aus dem Inhalte ergiebt, sind für den Verfasser (und auch für die „Reichs-Post“, da die Redaktion keinerlei Bemerkung hierzu macht) „Mordgesindel“ und jene hunderttausende von ehrlichen und fleißigen Männern, die sozialdemokratischer Gesinnung sind, gleichlautende Begriffe. Aus der bayerischen Pfalz weint Einer zwar zahllose fromme Thränen, kann aber doch nicht umhin, inmitten der Reaktionswüste folgende grüne Insel auftauchen zu lassen: „Wer nicht Gelegenheit hat, in die Tiefen des Volkslebens zu schauen, ahnt gar nicht, wie tief die sozialdemokratischen Ideen in unser Volk eingedrungen sind, hier neue Saamenkörner streuend, dort alte aus dem Schlummer weckend“ ꝛc. Nun, so lange es noch Menschen giebt, welche logisch zu denken vermögen, so lange giebt es auch noch Sozialdemokraten. Freilich giebt man sich jetzt, hat man sich von jeher und wird man sich auch ferner noch die größtmöglichste Mühe geben, den Leuten das Denken, das fatale Denken abzugewöhnen — mögen sie lieber etwas — Gescheidteres treiben! — — — Ein hiesiger 15jähriger Gymnasiast, Sohn eines Doktors, erhielt wegen Majestätsbeleidigung zwei Monate Festung zudiktirt. Das beantragte „Gefängniß“ wurde in „Festung“ umgewandelt, damit der Junge nicht in schlechter Gesellschaft verdorben werde! Dieser Grund ist gewiß nicht übel, aber übel ist es, daß man nicht immer derartige Rücksichten übt. — Ein hiesiger, in Hessen reisender Buchhändler wurde wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Bei einer vorgenommenen Suche fand man bei ihm — o wie jammerschade! — weder was Complottliches, noch etwas halbwegs Sozialdemokratisches, sondern nur — Romane! Mit dem Ausdruck meines großen Bedauerns über diesen kleinen, von einem gutgesinnungswidrigen Schicksal verübten Streich will ich schließen.

Leipzig, 30. Juni. Nachdem sich das Central-Wahlkomité für den 10., 11., 12. und 14. sächs. Wahlkreis konstituirt, hat man folgende Grundsätze aufgestellt, nach welchen die ganze Agitation geleitet werden soll und welche Fragen zu beantworten wir diejenigen Genossen bitten, die den resp. Conferenzen nicht beiwohnen konnten. Dieselben lauten:

1) Besteht bei Ihnen ein Lokal-Wahlcomité? Wer leitet dasselbe (Adresse des Vorsitzenden)? Oder: mit Wem haben wir ständig zu verkehren?
2) Sind Wählerversammlungen bei Ihnen möglich? Stehen Ihnen Lokale zu solchen zur Verfügung?
3) Wie viel würden Sie Wahlaufrufe und Stimmzettel bedürfen zur Verbreitung in Ihrem Orte und Umkreise?
4) Können Sie das Austragen von Wahlaufrufen und Stimmzetteln selbst besorgen lassen, oder müssen wir Leute dazu hinschicken?
5) Wenn Sie das Austragen selbst besorgen können, brauchen Sie Geld zur Bezahlung der Leute? Wie viel pro Tag und Mann?
6) Haben Sie überhaupt Geldmittel zur Verfügung? Hoffen Sie das nöthige Geld zur Orts-Agitation selbst zu beschaffen?
7) Wollen Sie uns beständig Mittheilungen zugehen lassen in Betreff des Fortganges der Wahlagitation, über etwaiges Vorgehen der Gegner u. s. w.?
8) Welches sozialistische Blatt wird bei Ihnen am meisten gelesen?
9) Wie heißt das gegnerische Blatt? Wollen Sie uns dasselbe regelmäßig unter Kreuzband während der Wahlagitation zusenden?
10) Haben Sie Leute zur Ueberwachung der Wahlhandlung selbst am Wahltage?

Alle Zuschriften für das Comité sind zur schnelleren Erledigung an den Genossen C. Lienig, Leipzig, Färberstraße 12 zu richten; durch denselben sind auch Sammellisten zum Wahlfond zu beziehen. Gelder zum Wahlfond u. s. w. sind aber nur an den Kassirer, P. Eckerlein, Leipzig, Weststraße 37 zu senden.

Leipzig, den 29. Juni. Unser alter Parteigenosse, der bisherige Reichstagsabgeordnete Demmler hat an das sozialdemokratische Wahlcomité des 13. sächsischen Wahlkreises (Leipzig-Land) folgenden Brief geschrieben, der am letzten Sonntag in 10,000 Exemplaren unter den Wählern verbreitet worden ist: „An meine lieben Wähler des 13. sächsischen Wahlkreises. Geehrte Gesinnungsgenossen! Am 10. Januar 1877 haben die sozialdemokratischen Wähler Ihres Wahlkreises mit seltener Einmüthigkeit zusammengestanden und haben mir mit 9420 Stimmen das für jeden deutschen Bürger höchste Ehrenamt, ein Reichstagsmandat, verliehen, wofür ich seiner Zeit allen meinen Wählern meinen herzlichen Dank ausgesprochen habe und auch heute denselben mit gleicher Anhänglichkeit Ihnen Allen wiederhole. Jetzt ist die Legislaturperiode, für welche ich gewählt worden bin, durch die von den Bundesregierungen beschlossene Auflösung des Reichstages abgebrochen und wir stehen in allernächster Zeit vor neuen Wahlen und da muß an die sozialdemokratischen Wähler des 13. Wahlkreises die Frage herantreten: Wen wählen wir für die bevorstehende Legislaturperiode? Ob ich durch mein Verhalten während der beiden letzten Sessionen des Reichstages, ob ich durch die geringe wirksame Thätigkeit, die ich bei der Organisation der verschiedenen Parteien habe entfalten können, das Vertrauen meiner Wähler verdient, mir dasselbe also erhalten habe, darüber haben Sie zu entscheiden. Ich darf nur versichern, daß ich in keiner Sitzung beider Sessionen gefehlt, und treu wie gewissenhaft zu meinen Reichstagscollegen der sozialdemokratischen Partei gehalten und mit ihnen gestimmt habe. Sollte ich nun mit diesem meinen bescheidenen Wirken dennoch meinen lieben Wählern genügt haben und Sie darauf mir auch für die bevorstehende Legislaturperiode ein gleiches Mandat wieder übertragen wollen, so muß ich schon jetzt zu meinem tiefsem Bedauern das Bekenntniß abgeben, daß ich ein neues Reichstagsmandat, so höchst ehrenvoll dasselbe auch wäre und so sehr es mich zum aufrichtigen Danke verpflichten würde, dennoch theils aus persönlichen, theils aus anderen Gründen nicht annehmen könnte, und folglich zu meinem Bedauern die Bitte aussprechen muß: — „von meiner Wiederwahl absehen zu wollen.“ Diesen Entschluß, kein ferneres Mandat bei einer neuen Legislaturperiode wieder anzunehmen, habe ich schon gleich in der ersten Session nicht nur gegen alle meine Parteigenossen im Reichstag, sondern auch anderweitig ausgesprochen, wie allgemein bekannt ist.

Im 74. Lebensjahre, worin ich mich befinde, hat man nicht mehr die Spannkraft, um die vielfachen, an den Reichstag herantretenden Gesetzesvorlagen mit dem dazu gehörenden umfänglichen Material folgen und sie sachgemäß und eingehend prüfen zu können, wie dies doch nothwendig ist, wenn man seine Stimme abgeben soll.

Dann aber, meine theuren Wähler und Parteigenossen, regen mich in meinem vorgerückten Lebensalter die höchst ungerechten, unverdienten und planmäßigen Schmähungen, denen die Sozialdemokratie ausgesetzt ist, derartig auf, daß ich dadurch schon Nachtheile an meiner Gesundheit erlitten habe. Kommen dann noch persönliche Insulten oder Kränkungen hinzu, wie ich denselben in den letzten Tagen ausgesetzt war, so wird man es mir Niemand verargen können, wenn ich den Wunsch hege, die ferneren Jahre meines Lebens thunlichst ohne politische Erregung zu beschließen.

Das Fundament unserer Ziele besteht nun einmal in unseren Bestrebungen, die Lage unserer ärmeren Mitmenschen zu verbessern und staatliche Heilmittel zur Linderung und möglichsten Beseitigung des menschlichen Elends zu finden. Allein schon Börne sagte:

„Daß der Reichthum das Herz schneller hart mache, als kochendes Wasser ein Ei.“

Da man einmal unsere Gegner, wenn auch nicht alle mit Reichthümern gesegnet, doch nicht zu der darbenden leidenden Menschheit gehören, so werden den Sozialdemokraten auch fernere Verfolgungen, Anfeindungen und Verunglimpfungen nicht erspart bleiben. — Es ist diese Erfahrung freilich sehr betrübend, weil sie die traurige Thatsache feststellt, daß viele unserer Gegner den Ursprung und das eigentliche Wesen unserer sozialdemokratischen Grundsätze fortwährend verkennen oder verkennen wollen, während sie bei einer vorurtheilsfreien Prüfung, bei Zurückdrängung eines egoistischen Parteistandpunktes sich doch sagen müssen, daß diese Grundsätze der wahren Humanität entstammen, daß sie veredelnd und bildend derjenigen Menschheit dienstbar werden sollen, die nicht an den Brüsten des Glückes gesäugt wurden, daß sie aber auch neben diesen ethischen Aufgaben den praktischen Zweck verfolgen soll: Die gesellschaftliche Arbeit in richtige vernunftgemäße Bahnen hinüber zu führen, damit nicht zwei Drittel der Gesellschaft fernerhin noch in thatsächlicher Leibeigenschaft dem internationalen Kapital dienstbar verbleiben.

Mit den besten Grüßen und anhänglichen Gesinnungen der Ihrige, G. A. Demmler. Schwerin i. M., 12. Juni 1878.

Briefkasten

der Expedition. Dr. Pchlr in Gmnr: Wenn Ihnen die betr. Post eine Nr. des Blattes nicht am Erscheinungstage zugestellt, so reklamiren Sie diese Nr. sofort bei der betr. Postexpedition. Für diese Reklamation, sowie für die fehlende Nummer selbst darf die Post keinerlei Gebühren erheben. Wenn Sie aber bereits frühere Nrn. die Sie nicht erhalten aber auch nicht reklamirt haben, von der Post nachgeliefert bekommen wollen, so müssen Sie Reklamationsgebühr und den Preis der Einzelnummer bezahlen, da vorausgesetzt wird, daß Sie die betr. Nr. erhalten, dieselbe Ihnen aber irgendwie zu Verlust gegangen ist.

Quittung. Rchnsld Bonyhad Ab. 8,80. Müll Mannheim Ab. 100,00. Eglr hier Ab. 8,25. Bsch hier Ab. 20,00. Bstr London Ab. 4,09. Knl Frankfurt Ab. 50,00. Brgr Seesen Ab. 7,90. Rrg Mauche Ab. 3,00. Wßnr Anina Ab. 8,65. Flr Schwäb.-Gmünd Ab. 6,00. Rtr Darmstadt Schr. 35,00. Grbnstn Lindenau Ab. 1,80, Schr. 0,68. Hß Sonneberg Ab. 6,70. Bz Darmstadt Schr. 10,50. Wßmm Bockenheim Ab. 4,20. Mck Ingolstadt Ab. 3,00. Gldbrg Königsberg Schr. 63,20. Ammnn Weißenburg Ab. 3,47. Wndt Penzlin Ab. 4,70. Nbr Wien Ab. 18,54. Müll Breslau Ann. 1,20. F. Erd S. Francisco Ab. 83,79. Rw Altona Ab. 45,00. Hnzl Gelsenkirchen Ab. 16,00. Strckrt Königsberg Schr. 1,50. Tsch Elbingerode Schr. 1,90. Kch Mannheim Schr. 3.60. Grhl Lunden Schr. 6,00. Krz Gießen Schr. 2,40. Hff Löbau Schr. 1,50. Schrdr Hamburg Schr. 0,75. Brnng Delitzsch Ab. 1,20. Lt Hammerhütte Ab. 1,60. Stk Mainz Schr. 13,00. Mndt Meiderich Schr. 4,33. Schll Düsseldorf Schr. 3,50. Echnr Wien Schr. 5,00. Tnhf Gelsenkrchn Schr. 2,50. Jfwt Lubehnen Schr. 1,40. Flsk Spremberg Schr. 2,65. M. Danzig Schr. 7,40. Lz Ueberlingen Schr. 2,50. Sprngr Aachen Ab. 1,90. Lngnsn Heidenheim Ab. 1:50. Eckstn Deuben Schr. 4,50. Krgr Segard Schr. 2,00. Bhlmnn Aachen Schr. 5,50. Schrdr Hamburg Schr. 5,00. R Frankfurt Schr. 1,20. Pfnnkch Cassel Schr. 7,50. Elz Dahme Schr. 1,50. Bckr Mainz Schr. 4,20. Rhbrg Braunschweig Schr. 2,80. Jhn Berlin Schr. 0,70. Krsch Laufigk Schr. 0,90. Krgr Constanz Schr. 1,50. Nglr Greiz Schr. 6,00. Rnsk Popcillen Schr. 2,60. Schwnk Barmbeck Schr. 2,50. Krg Berden Schr. 0,85. Rdl Ruhla Schr. 2,00. Wllhm Ragusen Ab. 1 00. Gnr Mannheim Schr. 3,80.

Wahlfonds.

Von Gldbrg Königsberg 36,80; R—w 0,50; Liste 898 d. B. 2,25.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Die Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt an, jeden **Sonnabend**, Abends 8½ Uhr, im Ballhoffaale statt.
Sonnabend, den 5. Juli, Tagesordnung: Vorlesung und Verschiedenes.
Der Vorstand. [50

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:
Mitgliederversammlung
wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Leipzig. Dissidentenbund für Leipzig u. Umgegend.
Mittwoch, den 3. Juli, Abends 8½ Uhr: Monatsversammlung bei Richter, Roßplatz 9, im Trianon. Tagesordnung: Vortrag von Wittig über sittliche und religiöse Erziehung. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V. [50

Minden i. W. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirth Thiele, Ritterstraße. (m) [0,40

Ihre heute vollzogene eheliche Verbindung zeigen an [1,20
Heinrich Eisengarten
Anna Eisengarten geb. **Schubert.**
Leipzig, den 29. Juni 1878.

Zur Wahlbewegung!

Nieder mit den Sozialdemokraten!

Von **W. Bracke.**

Bisherige Auflage 195,000 Exemplare!!

Einzeln im Buchhandel 25 Pf., für Arbeitervereine 15 Pf. In Partien 10 Pf., 50 Stück 4 Mk., 200 Stück Mk. 12,50, 1000 Stück 50 Mk. Bei größeren Partien für die Wahlbewegung pro 1000 Stück 40 Mk. Gegen baar oder Postvorschuß. [100

Braunschweig, 12. Juni 1878. **W. Bracke jr.**

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
Gültig bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Vers. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., Priv. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jentscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Holl, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 78. Freitag, 5. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Gott behüte mich vor meinen „Freunden".

I.

Natürlich denen in „Gänsfüßchen". Bekanntlich offenbart diese sprichwörtliche Menschensorte sich in Zeiten der Gefahr, wo sie zwar nicht direkt zu den Feinden überläuft, aber durch das stereotype: „Ich habe es vorausgesehen! Im Grund genommen trägst Du doch die Schuld! Hättest Du meinem Rath gefolgt" u. s. w. lästiger wird, als die schlimmsten Feinde. Ein solcher „Freund" hat dieser Tage sein Wesen in der „Frankfurter Zeitung" getrieben, wo er in vier Artikeln, betitelt: „Die Parteien und der Sozialismus", uns unter der Miene der „Freundschaft" in höchst übel angebrachtem Schulmeisterton alle möglichen Sottisen sagt. Zum Theil verleumderische Sottisen. Die jetzige „Sozialistenhatz" wird natürlich nicht gebilligt — das verbietet das volksparteiliche Gewissen — wohl aber wird uns der Vorwurf gemacht, wir hätten die „Sozialistenhatz" provozirt, was im Wesentlichen auf dasselbe hinausläuft und dem volksparteilichen Gewissen keine Skrupel verursacht.

Betrachten wir nun kurz die gestrengen Censurnoten des schulmeisternden „Freundes":

„Die wirthschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie berühren sich mit denen anderer Parteien, die politischen sind die alten der Demokratie. Daß sich trotzdem dieser Sturm des Unwillens und der Verfolgung gegen die Sozialdemokratie erhoben hat, daß sie es überhaupt nie zu einer Anknüpfung mit irgend einer anderen der bestehenden Parteien gebracht hat, daran trägt sie zum allergrößten Theile selbst die Schuld."

Hierzu nur eine Bemerkung. Daß unsere „wirthschaftlichen Forderungen sich mit denen anderer Parteien berühren", ist richtig, jedoch blos in dem Sinn einer feindlichen „Berührung". Die wirthschaftliche Fundamentalforderung der Sozialdemokratie: die Abschaffung der Privatproduktion und der kapitalistischen Lohnarbeit, wird von allen Parteien ohne Ausnahme, die „Volkspartei" eingeschlossen, prinzipiell bekämpft, und diese Forderung ist es, welche eine „Anknüpfung an irgend eine andere der bestehenden Parteien" einfach unmöglich macht.

Hören wir nun unser Sündenregister. Ohne Predigt geht es natürlich nicht ab:

„Für so thöricht darf man doch die große Menge der Sozialistengegner nicht halten, daß sie noch immer an dem Wahn festhielte, eine Bewegung wie die sozialdemokratische könne von einzelnen Agitatoren „gemacht" werden. An sozialen Reformbestrebungen fehlt es auch nicht bei anderen Parteien und Einzelne(?) kommen den Sozialdemokraten ziemlich weit entgegen. Und dennoch diese Erbitterung, dieser allgemeine antisozialistische Kreuzzug! Dennoch hat jede der namhaftesten politischen Parteien in ihrem Wahlaufrufe, wenn sie auch sonst Schutz der Freiheitsrechte und der Gleichheit vor dem Gesetze betonte, auf irgend eine Weise ihre Bereitwilligkeit zu irgend einer Art des Vorgehens gegen die Sozialdemokratie zu erkennen gegeben. Haben sie wirklich blos der durch die Berliner Mordversuche erregten Volkswuth ein Opfer bringen zu müssen geglaubt? Sind alle diejenigen, welche jetzt in Werkstätten, in Versammlungen, in öffentlichen Lokalen gegen die Sozialdemokraten vorgehen, bloße Sozialistenfresser, eine in ihren monarchischen Gefühlen gekränkte fanatisirte Masse? Dann freilich böte heute das deutsche Volk das Schauspiel einer der denkbar traurigsten Erinnerungen. Wir meinen — und wir werden es zu begründen suchen —, daß diese so plötzlich hervorgetretene antisozialdemokratische Bewegung einen tieferen psychologischen Hintergrund hat und daß die Sozialdemokratie, wenn sie ehrlich sein will — und sie nimmt ja dieses Prädikat im weitesten Umfange für sich in Anspruch — dies selbst anerkennen muß. Schlimm für sie, wenn ihr diese Zeit der Verfolgung nicht eine Zeit der Selbstprüfung und Läuterung würde!"

Nun — wir üben die „Selbstprüfung", so gut die (von den Feinden) uns schmal zugemessene Zeit es zuläßt, und auch mit der „Läuterung" sind wir seit Langem beschäftigt. Doch der „Freund" hat uns ohne Zweifel etliche Verbrechen vorzuhalten, an die wir im Augenblick gar nicht denken. Heraus damit! Er fährt fort:

„Freilich, die Sozialdemokratie hat es mit jeder der übrigen Parteien auf irgend eine Weise verdorben: mit den „Reichstreuen" durch ihren Zusammenhang mit der Internationale, und durch ihren Republikanismus, mit den Conservativen und dem Centrum durch ihr Wüthen gegen die Kirche, mit den Liberalen durch ihren Gegensatz gegen den Kapitalismus, mit der Fortschrittspartei durch das beständige Vorrücken der Fortschrittssünden, mit Allen aus dem Grunde, aus welchem jede neu aufstrebende Partei verhaßt ist: weil sie den anderen Terrain abgewann. Dazu kamen mancherlei dunkle Punkte in der sozialdemokratischen Partei-Geschichte. Zunächst die, Lassalle und Schweitzer vorgeworfenen Beziehungen zur Reaktion in Preußen, sodann das Komödienspiel der Internationale, ferner die freiwillige Uebernahme der Greuel der Commune auf die Rechnung des deutschen Arbeiterstandes — das letztere nicht blos eine Unklugheit, sondern auch eine historische Unwahrheit, da in der Pariser Märzbewegung sozialistische Tendenzen und Mittel doch nur in äußerst beschränktem Maße, oder vielleicht überhaupt nicht, wirksam geworden sind."

Also unsere Sünden:

1) „Zusammenhang mit der Internationale." (Variante: „Komödienspiel der Internationale".) Wir bekennen uns schuldig sans phrase.
2) „Republikanismus". — Schuldig, mit der Randglosse, daß es uns amüsirt, diese Anklage aus diesem Munde zu hören. „Reaktionäre Masse"? He?
3) „Wüthen gegen die Kirche." — Hat der „Freund" unser Programm nicht gelesen? Weiß er nicht, daß wir die Religion strictissime als Privatangelegenheit auffassen, jeden Eingriff in die Gewissensfreiheit, jeden das religiöse Gefühl verletzenden Angriff auf die Kirche bei hundert Gelegenheiten verurtheilt und wiederholt nachgewiesen haben, daß die Religion überhaupt nicht wegdekretirt werden kann? Wenn dieser oder jener Parteigenosse einmal in Bezug auf kirchliche und religiöse Fragen abweichende Ansichten entwickelt und eine Taktik befolgt, die mit der allgemeinen Taktik nicht übereinstimmt, so kann man für derartige Privatäußerungen doch die Partei nicht verantwortlich machen. Oder sollen wir Maulkörbe und den Index einführen?
4) „Dunkle Punkte in der Parteigeschichte" — d. h. gewisse „Beziehungen zur Reaktion", deutlicher ausgedrückt: zu Fürst Bismarck. Wohl wegen dieser „Beziehungen" hat Fürst Bismarck die „Sozialistenhatz" veranstaltet und heulen die Bourgeois gegen uns? Das glaubt sogar unser „Freund" nicht. Und was sonst noch die „dunkeln Punkte" betrifft, so weiß er sehr genau, daß sie sich seit Langem aufgehellt haben, und daß uns dies von „Freunden" des „Freundes" und irren wir nicht, vom „Freund" selbst ausdrücklich bezeugt worden ist. Beiläufig haben andere Parteien ebenfalls „dunkle Punkte", und alle ohne Ausnahme deren sogar weit mehr als unsere Partei — was der „Freund" sicherlich nicht bestreiten wird.
5) „Die freiwillige Uebernahme der Communegräuel auf Rechnung des deutschen Arbeiterstandes (!)." — Stünde der Artikel nicht in der „Frankfurter Zeitung", so würden wir auf Sparig schließen. Welche „Gräuel der Commune" haben wir übernommen. Der „Freund" möge sie nennen. Wir kennen keine. Wir haben die Lügen über die Commune nicht „übernommen" — voilà tout. Das ist unser Verbrechen. Wenn unser „Freund" sie „übernommen" hat, so ist das seine Sache, aber für uns kein Grund, Verstand und Ehrlichkeit zu opfern. Wir gehören nicht zu Denen, die, vor dem Erfolg knieend, von dem Besiegten sich abwenden, dem zu Boden liegenden Löwen noch den Eselstritt zu versetzen suchen. Wir haben in den Augen des arbeitenden Volkes die Commune zu Ehren gebracht und das Lügennetz ihrer Verleumder zerrissen — wir haben dies gethan angesichts des tollen Wüthens der rachedürstenden Bourgeoisie, unbeirrt durch die maßlosen und unsinnigen Angriffe der gesammten reaktionär-liberalen und demokratischen Presse, von der die „Frankfurter Zeitung" sich damals nicht fernhielt.

Daß wir aber durch unsere Sympathien uns nicht zu einer „historischen Unwahrheit" verleiten ließen, davon kann der „Freund" sich durch manchen sozialdemokratischen Zeitungsartikel und Aufsatz überzeugen, z. B. durch die Rezension des Lissagaray'schen Werks in dem diesjährigen „Armen Conrad".

Für heute genug.

Nur noch Eins, ehe wir schließen.

An verschiedenen Stellen eifert der „Freund" gegen unseren Programmsatz von der „reaktionären Masse". Durch seine reaktionären Angstmeier-Artikel beweist er aber die „reaktionäre Masse" so drastisch, daß wir weitere Auseinandersetzungen füglich ersparen können. Diese Angstmeier-Artikel stehen beiläufig als reaktionäres Symptom in den Regionen unseres „Freundes" nicht vereinzelt da. Es ist wahr, die „Volkspartei" spricht sich in ihrem Wahlaufruf sehr tapfer gegen Ausnahmgesetze aus, indeß das thun die Herren Fortschrittler auch, und überhaupt haben die Wahlaufrufe beider Parteien eine so große Familienähnlichkeit, daß die „Post" sie für identisch erklärt. Freilich, die Tiraden gegen die Sozialdemokratie fehlen in dem volksparteilichen Aufruf, allein, was dort fehlt, wird durch die Artikel unseres „Freundes" reichlich ersetzt. Fügen wir hierzu noch die fernere Thatsache, daß die „Volkspartei" gerade bei der gegenwärtigen Wahl zum ersten Mal uns feindlich gegenübertritt (in Fürth und Nürnberg), dann haben wir die „reaktionäre Masse" in greifbarster Leibhaftigkeit und klassischster Vollendung.

Die Verfälschung der Lebensmittel vor dem Reichstage.

Von H. Vogel.

Die Eile, mit welcher die Reichsregierung die Berathung, des Gesetzentwurfes „gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie" vor Schluß des letzten Reichstags betrieb, hat es verhindert, daß dieser vor seinem Auseinandergehen sich noch einmal im Plenum mit dem Gesetzentwurf betreffend „den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen" beschäftigte. Dies soll uns indeß nicht verhindern, hier die Stellung, welche der Reichstag zu dieser Frage eingenommen, zu beleuchten. Vorher sei noch kurz erwähnt, daß von allen politischen Parteien es die sozialdemokratische war, welche zuerst die Aufmerksamkeit auf die Verfälschung der Lebensmittel, auf diesen Krebsschaden der modernen Industrie, lenkte. Es ist dies auch natürlich. Wie es die Sozialdemokraten gewesen sind, welche überhaupt die Schattenseiten der modernen Gesellschaft zuerst erkannten, so sahen sie auch zuerst diese spezielle Schattenseite, die Lebensmittelverfälschung. Denn wenn auch vielleicht zu allen Zeiten Verfälschungen von Lebensmitteln vorgekommen sein mögen, so haben dieselben entschieden doch erst in neuerer Zeit unter der mehr oder minder ausschließlichen Herrschaft der freien Concurrenz eine so große und gemeingefährliche Ausdehnung und Verbreitung gewonnen. Wie die freie Concurrenz kein Mittel scheut, den Gegner aus dem Felde zu schlagen, so wurden unter ihr die Verfälschungen der Lebensmittel auch mit der Zeit immer methodischer betrieben. Als daher die Sozialdemokraten schon vor länger als zehn Jahren auf diese Erscheinung der Neuzeit aufmerksam machte und unter anderen die im November 1867 in Berlin abgehaltene Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Verfälschung der Lebensmittel in ihrer Bedeutung auf das Volkswohl erörtert — Schreiber dieses war damals Referent über diese Frage — wurde unseren Ausführungen und Resolutionen wenig Beachtung und Glauben geschenkt. Man meinte, wir Sozialdemokraten malten nur die Zustände so schlimm, um mehr Unzufriedenheit zu erregen und die Gemüther gegen die bestehende Ordnung aufzustacheln.

Freilich kamen allmählich verschiedene Vorkommnisse an's Tageslicht, welche nicht unbeachtet bleiben konnten. Besondere Fabriken und Industriezweige besorgten für die Lebensmittelverfälscher die nöthigen Ingredienzien. Es wurde überhaupt immer schwerer und oft ganz unmöglich, völlig unverfälschte Nahrungsmittel zu erhalten. Verschiedene besonders auffällige Vorkommnisse konnten auch der Kenntnißnahme der Gerichte nicht entzogen bleiben. Als veranlaßt durch den allgemein sich verschlechternden Gesundheitszustand der Bevölkerung das kaiserliche Gesundheitsamt in's Leben gerufen wurde — trotz seiner Unzulänglichkeit die beste Schöpfung, welche überhaupt das neue deutsche Reich hervorgebracht hat — konnte auch dieses das Ueberhandnehmen der Lebensmittelverfälschung nicht ignoriren.

Nachdem dann Fürst Bismarck — bekanntlich ein Liebhaber starker Biere und schwerer Weine — in der Reichstagssitzung vom 14. März 1877 zur Begründung der Förderung eines chemischen Laboratoriums für das Gesundheitsamt erklärt hatte, daß die bisherigen Untersuchungen „überraschende Resultate über das Maß der Fälschungen namentlich von Bier und Wein" geliefert hätten (die Bier- und Weinfälschungen sind zwar lange nicht die gefährlichsten), da griff fast mit Einstimmigkeit die gesammte Presse der Gegenstand gierig auf und benutzte ihn mit und ohne Geschick in der darauf folgenden Saurengurkenzeit, als ergiebige Stoffquelle zur Füllung ihrer Spalten.

Verschiedene Vorschläge tauchten auf zur Beseitigung des Uebels. Einige ganz Schlaue waren schnell damit fertig, indem sie sagten, Jeder solle nur das Theuerste kaufen, dann würden die schlechten Waaren keine Abnehmer finden und ihre Fabrikation eingestellt werden. Das fortschrittliche „Berliner Tageblatt" rief mit Emphase: hier sei ein Feld für die Selbsthilfe, das Publikum müsse selbst seine Angelegenheiten in die Hand nehmen, müsse Vereine gründen gegen Verfälschung der Lebensmittel. Diese Vereine würden dann die Fälscher und Betrüger selbst ermitteln, indem sie Lebensmittel aufkauften, von vereideten Chemikern untersuchen ließen und dann die betreffenden Fälscher nachsichtslos dem Staatsanwalt übergäben. Andere schlugen vor, die Communalbehörden möchten die Untersuchung der zum Verkauf gestellten Lebensmittel ausführen. Allmählich stellte sich das Unzulängliche aller dieser Vorschläge heraus und die Ueberzeugung, daß die bestehende Gesetzgebung in dieser Hinsicht einer Verbesserung bedürfe. Das kaiserliche Gesundheitsamt berief auch eine Sachverständigen-Commission von Chemikern, Aerzten und Volkswirthen, mit deren Hilfe es einen Gesetzentwurf ausarbeitete, welcher nebst Motiven am 22. März dieses Jahres vom Bundesrath dem Reichstag unterbreitet wurde. Noch ehe diese Vorlage erfolgte, war in der Presse, namentlich der liberalen, ein eigenthümlicher Umschwung eingetreten. Man erklärte im Gegensatz zu dem bisherigen Gejammer, es hätten Uebertreibungen stattgefunden, die Furcht des Publikums sei künstlich und unnöthig gesteigert worden, und man möge sich hüten, der Polizei eine Handhabe zu weiteren Einmischungen in die gewerblichen Verhältnisse zu geben. Natürlich! Unsere Fabrikanten und Kaufleute wissen zu gut, daß der auf Habsucht und Schwindel basirten heutigen Industrie damit ein harter Schlag versetzt würde, daß das Fallen dieser einen Ausbeutungsform auch die anderen Ausbeutungsformen bedrohe.

Die Vorlage fand also weder in der liberalen Presse, noch im Reichstage selbst eine sympathische Aufnahme. Es ist nicht zu leugnen, dieselbe hatte noch ihre Mängel. Aber während dieselben hauptsächlich in einer gewissen Zurückhaltung und Unzulänglichkeit der Bestimmungen bestehen, erklärten die Redner der verschiedenen Parteien, welche bei der betreffenden Verhandlung am 1. April d. J. zum Wort kamen, daß die Vorlage über das Ziel hinausschieße und unnöthige Beschränkungen in der Industrie schaffen würde. Bevor wir die Reichhaltigkeit dieser Vorlage beleuchten, wird es nöthig sein, die Vorlage selbst etwas näher zu betrachten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Berlin.

— — den 1. Juli.

Der Wahlkampf ist jetzt auf der ganzen Linie entbrannt; unsere Partei stellt dieselben Männer auf, welche im Jahre 1876 candidirten. Gegen Fritzsche candidirt als gemeinsamer Candidat der Gegner der Stadtrath Zelle (gemäßigter Rückschritt), gegen Hasenclever der Kreisgerichtsrath Klotz (gemäßigter Rückschritt), den auch die Nationalliberalen freudig acceptirt haben. Neben Zelle candidirt noch ein christlich-soziales Pastörchen, neben Klotz noch der weltberühmte Herr Stöcker. Diesem Letzteren ist aber in jüngster Zeit ein Malheur passirt, welches von seinen paar hundert Stimmen ihm noch einige kosten kann. Der Redakteur

des „Staatssozialist“ nämlich, Herr Golombeck, der mit Stöcker ein Herz und eine Seele ist und die Stöcker'sche Gesinnungstüchtigkeit vollständig vertritt, hat an einen Mitarbeiter des „Staatssozialist“ folgenden Brief geschrieben:

„Berlin, den 9/5. 1878.

Sehr geehrter Herr!

Das beif. Feuilleton eignet sich für unser Blatt doch nicht. Im Gegentheil. Unseren Tendenzen entspricht es, daß alle Weltstädte zerstört werden.

Für ihr nächstes Feuilleton nehmen Sie doch gef. einmal das öffentliche Feilbieten unfläthiger Bücher und Bilder u. s. w. vor und rufen Sie Zeter und Mordio darüber, aber nicht zu sanft und leise.

Hochachtungsvoll grüßend

C. Golombek.“

Die Berliner werden sich doch wohl besinnen, ehe sie einem so komisch-wüthenden Kauze, wie dem Weltstadtzerstörer Stöcker, ihre Stimmen geben. Uebrigens hat das Stöcker'sche Factotum nur dem Herrn von Bismarck nachgeplappert, der 1849 als Abgeordneter das große Wort gelassen aussprach: „Die großen Städte sind die Herde der Demokratie und verdienen deshalb vom Erdboden vertilgt zu werden.“

Virchow hat im sechsten Wahlkreise eine Rede gehalten — der „starre Demokrat“ lobte die Nationalliberalen, schimpfte auf die einzige noch existirende Demokratie, auf unsere Partei, brachte unwahre Behauptungen über dieselbe vor, die das Recept in Händen zu haben vorspiegle, reichliches Brot für Alle ohne viel Arbeit zu schaffen, log also bewußt — denn ein solcher Esel ist Virchow doch nicht, daß er den Sozialismus wirklich in der Art auffaßt — und entdeckte schließlich mit dem Ausrufe: „Es leuchtet ein, daß die Sozialdemokratie nur zum Vorwande dient, dem Liberalismus den Garaus zu machen“ — was uns in derselben Minute, als wir von der Auflösung des Reichstags hörten, schon sofort einleuchtete. Dem großen Forscher Virchow scheint es aber nicht einzuleuchten, daß es vollständig unlogisch ist, unter solchen Umständen die giftigsten Pfeile auf die Sozialdemokratie zu verschießen und die mächtigen „Garausmacher“ des Liberalismus mit Glacéhandschuhen anzufassen, indem man sogar mit den Nationalliberalen liebäugelt. Nun, seit seiner be—rühmten Münchener Rede gehört Virchow ja auch zum gemäßigten Rückschritt.

Herzerhebend ist es, wenn man trotz des anhaltenden Nothstandes die große Opferwilligkeit der hiesigen Arbeiter sieht. So hat die „Berliner Freie Presse“ gestern in zwei langen Spalten in kleineren und zwar meist wieder erst gesammelten Beträgen die Summe von circa 2400 Mark für Wahlagitation quittirt, die im Laufe der verflossenen Woche eingeliefert worden waren. — Und eine solche begeisterte Bewegung will man todtmachen!? Und wer will sie todtmachen? Die rothe Reaktion, die keine anderen Waffen kennt, als Polizei und Staatsanwalt! Und die politischen Parteien, welche an die brutale Gewalt appelliren, deren Anhänger die Arbeiter mit der Hungerpeitsche bedrohen! — O sancta simplicitas! Ihr wollt die Freiheit einfangen, ihr wollt die Volkswogen zurückdämmen. Knirpse, geht aus dem Wege, daß Euch der Weltgeist nicht zertritt! — — —

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat wieder einen früheren Reichstagsabgeordneten auf die Proscriptionsliste gesetzt, den Freiherrn von Stauffenberg. Weshalb ist dieser Mann auch in der allgemeinen Hetze vernünftig geblieben, weshalb hat er in einer Wählerversammlung den Muth gehabt zu sagen, daß er nimmermehr einem Gesetze zustimmen könne, welches den Charakter eines Kampfes gegen eine ganze Klasse trage?“ Geschieht ihm ganz recht, wenn die „Norddeutsche Allgemeine“ ihn in die Acht erklärt — auf die Kniee, Ihr Herren, vor dem Fürsten Bismarck, so lautet die Wahlparole, oder — in Acht und Bann.

Noch kann ich Ihnen mittheilen, daß in verschiedenen Gemeindeschulen hierselbst, in welchen die Lehrer gleichfalls den „Vernichtungskampf“ gegen die Sozialdemokratie führen, unliebsame Scenen vorgekommen sind, da selbst die Kinder schon von dem Rechtssinn ihrer Eltern „angesteckt“ sind. In einer Schule redete der Lehrer von „Respect“ und Gottesfurcht und zählte die beiden Attentäter schlechtweg der Sozialdemokratie zu, auf die er noch weiter losplaute. Da sprang ein Knabe auf, der erklärte, daß sein Vater Sozialdemokrat sei und er solche Beschimpfung nicht dulden könne. Der Lehrer wollte nun den Knaben mit einem Stocke züchtigen, da erhoben sich aber von den Bänken zahlreiche Schüler mit dem Rufe: „Wir sind auch Sozialdemokraten!“ — Hiesige Blätter sprechen von der „bedauernswerthen Geistesrichtung“ der Kinder; ich aber bedaure die Geistesrichtung solcher Lehrer, welche die Autorität der Eltern untergraben und das Institut der Familie in so schnöder Weise angreifen.

Das Denunziationswesen blüht immer noch. Jetzt hat es wiederum einen unserer Parteigenossen, den Restaurateur W. Neumann in Moabit, betroffen, dessen Frau von dem eigenen Hausknecht wegen Majestätsbeleidigung denunzirt worden ist. Glücklicherweise sollte das Dienstmädchen von dem Denunzianten zur Mitdenunziation gepreßt werden und hat dies vor Zeugen erzählt. Der Hausknecht, zur Rede gestellt, war naiv genug einzugestehen, daß die Polizei ihn durch Versprechungen und Drohungen zum Vorgehen gegen den Genossen Neumann ermuthigt habe. Ja, sie habe ihm sogar Belohnungen versprochen, in einem ähnlichen Falle habe er schon 3 Thaler 12 Groschen erhalten. Auf alle Fälle kommt die Angelegenheit vor das Stadtgericht, da Neumann den Sachverhalt in der „Berliner Freien Presse“ veröffentlicht und somit die Polizei gezwungen hat, gegen ihn gerichtlich vorzugehen oder — durch Stillschweigen ihre Mitbetheiligung an der Denunziation einzugestehen.

Sechszigtausend Mark für ein Congreßbild — hat auf Anregung des Magistrats die fortschrittliche Stadtverordnetenversammlung bewilligt. Sechszigtausend Mark, wo sechszigtausend Menschen in Berlin im buchstäblichsten Sinne des Wortes durch Hunger gequält und gefoltert werden. Weise Stadtväter das! Und fortschrittliche Koryphäen, welche mit Macht eintreten in die Agitation gegen die Vertreter des arbeitenden Volkes. Für jede derart unnütz ausgegebene Mark am 30. Juli eine sozialdemokratische Stimme — also 60,000 — so soll die Antwort des Volkes lauten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Laßt Euch nicht verblüffen! „Es wird Nichts so warm gegessen, wie es gekocht ist.“ — Von der Richtigkeit dieses Sprüchwortes haben sich vor Kurzem eine Anzahl Grubenbesitzer im Reiche überzeugt, welche darüber zu Rathe gingen, ob es wohlgethan sei, ihre große Armee von sozialdemokratischen Bergleuten auf den liberalen Schwur zu treiben, oder zu entlassen.

Da stellte sich nun aber heraus, daß im Fall fortgesetzter Entlassung erwerbslos gewordene Arbeiter gar leicht ihren Gemeinden zur Last fallen und so indirekt wiederum den Geldbeuteln ihrer Entlasser Opfer auferlegen würden. Da aber die Bergleute meist fest an ihrer Scholle kleben, steht die Sache obendrein so, daß ein gut Theil der etwa Entlassenen, als ältere Mannschaften Invalidenpensionsansprüche an die Knappschaftskasse erheben könnte.

Würden diese nicht berücksichtigt, so hätten die Gemeinden darum zu prozessiren, immer vorausgesetzt, daß der arbeitslos Gemachte bei der allgemeinen Hetze als Sozialist nirgends mehr Arbeit fände und deshalb der Gemeinde zur Last fiele, welche auf alle Fälle für ihre Armen einzutreten hat. — Diese Erwägungsgründe haben denn auch der Entlassungsbegeisterung gewisser Werkbesitzer einen Dämpfer aufgelegt, zumal die Aeltesten unter ihnen aus Erfahrung warnende Beispiele citirten.

Wie aber nun, wenn alle sozialistischen Arbeiter in Betracht halten, daß es Gegenden und Industrieen giebt, wo sie in größester Zahl vorwiegen und nicht so leicht durch fremde Kräfte ersetzt werden könnten? Das Kunststück möchten wir sehen, wie es die Sozialistenhetzer anbrehen wollten, ihre geschicktesten und fleißigsten Arbeiter, die Sozialisten, mit einem Ruck auf die Straße zu werfen und durch andere entsprechend zu ersetzen. Das Rechenexempel in der Gemeindewirthschaft möchten wir sehen, wenn bei mehr als 2 Millionen deutscher Sozialisten nur 1½ Million als ganz besitzlose Arbeiter gerechnet, die Gemeinden dann für die Verarmten eintreten sollten, dafern dieselben, ihre Ueberzeugung bekennend, von aller Erwerbsgelegenheit fortgesetzt ausgeschlossen, mit dem Bann belegt, von ihren Heimathsrechten Gebrauch zu machen gezwungen wären. Die Herren Gemeinderäthe sollten sich bös den Kopf zerbrechen, wenn es Rath schaffen hieße für 1½ Million Arbeiter, wovon nach Maßgabe der Statistik mindestens 50 Prozent als verheirathet, mit nur 4 Köpfen per Familie gerechnet, das Riesencontingent von 3 Mill. Menschen repräsentiren und — nehmen wir im Durchschnitt für jung und alt den elendesten Satz an — per Kopf alltäglich mindestens 50 Pfennige kosteten, um über dem Niveau des raschesten Verhungerns gehalten zu werden. Ein schönes Facit das! —

3 Mill. halbe, gleich 1½ Mill. ganze Mark neue Gemeindelasten täglich zu beschaffen, so lange die Leute bei ihrer Ueberzeugung und die „Ordnungshelden“ bei ihrer feigen Hatz verharren und keine Aussicht, sie eher los zu werden! — Oder glaubt man, uns unsere Ueberzeugung auspeitschen, unsere Mannschaften mit Weib und Kind in Zwangsarbeitsanstalten sperren zu können?

Fürwahr! — Feig und brutal sind die Erfinder des Aussperrungs- und Gewissenszwangs-Rezeptes stets gewesen, ungeschickt und thöricht oft über alle Begriffe.

Daß sie bei ihrem neuesten Streiche aber allen Rechenstun so weit haben sitzen lassen, daß ihnen der eigene Geldbeutel außer Acht gekommen ist, das danken wir lediglich der Tollwuth, in welche sie ihre Presse hineingewirbelt hat, lügenhaft, zuchtlos und wahnwitzig, um im Styl der liberalen Presse zu reden. Wo immer die Arbeiter zu Hunderten und Tausenden geschlossen stehen, da sind sie auch mit solchem Mittel unbesiegbar. Der Schlag des Gegners fällt auf diesen selbst zurück, wenn man ihn zu pariren versteht. Selbst der Vereinzelte, der eher entschlossen ist, um seine Ueberzeugung zu leiden, als seine Fahne zu verleugnen, mag des Umstandes eingedenk bleiben, daß Tausende hinter ihm stehen und daß diese trotz Allem auf die Dauer nicht unfähig gemacht werden können, solidarisch für ihn einzustehen, wenn sie einig zusammenhalten. Wenn der Kapitalismus die Arbeit von sich werfen könnte wie einen nichtsnutzigen Lappen, — nun — warum hat er es nicht längst gethan!?

Weil er ohne die Arbeiter und ihre Arbeitsfrüchte nicht leben kann! — Daß er es heute versuchen will, ist das Beginnen eines Tollen, den allein die Ruhe, der Wille und die Festigkeit der Ueberlegenden bewältigen kann.

Der Liberalismus hat sich selber den Krieg erklärt, der Liberalismus ist moralisch und wirthschaftlich gerichtet und todt, — hoch die Sozialdemokratie!

— An die Adresse des Fürsten Bismarck. Die früher so ruffenfreundliche „Magdeb. Ztg.“ schreibt:

„In der Reichstagssitzung vom 5. Dezbr. 1876 trat Fürst Bismarck der Ansicht, daß Rußland damit umgehe, Eroberungen zu machen und sein Ländergebiet zu erweitern, mit folgenden Worten entgegen: „Bis jetzt liegt nichts weiter vor, als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, daß er seinerseits auf Eroberungen verzichte und ich weiß nicht, wer ein Recht hat, den Versicherungen dieses Monarchen, namentlich in unserem Lande, dem er immer ein wohlwollender Freund und Nachbar gewesen ist, von dem Niemand behaupten kann, daß er uns je in irgend einer Richtung seine Zusage nicht auf das Vollständigste gehalten hat, entgegen zu treten und dieser Sachlage gegenüber nun plötzlich dem Publikum den Verdacht unterzuschieben, als handle es sich für Rußland um Eroberung neuer Provinzen, bei der wir eine gewisse Connivenz leisten.“ Im Widerspruch mit diesen Worten hält nun Rußland an der Retrocession Beßarabiens entschieden fest, und es ist leider alle Aussicht vorhanden, daß der Congreß dem zustimmen wird, trotz des demselben zugegangenen Protestes der rumänischen Regierung.“

Herr von Bismarck kannte „Väterchen“ jedenfalls nicht, als er die „feierliche Versicherung“ desselben im deutschen Reichstage ernst nahm? Die liberalen und fortschrittlichen Abgeordneten wollten auch an einem Kaiserwort nicht drehn und deuteln. Und jetzt? Es lebe Bismarcks Orientpolitik!

— Die (meist auf dem letzten Loch pfeifenden) Fabrikanten, welche „ihre“ sozialdemokratischen Arbeiter entlassen, werden bald merken, daß sie, von der Infamie des geübten Gewissenszwangs abgesehen, sich auch einer sehr großen Dummheit schuldig machen. Wie schon wiederholt hervorgehoben ward, sind die sozialdemokratischen Arbeiter überall unter den besten, oder

Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

H. L. Nirgend wohl ist die soziale Quacksalberei zu solchem Flor gediehen, wie in England — dem Lande, in welchem die sozial: Wissenschaft — ich meine die rechte soziale Einsicht — noch so ganz in den Windeln liegt (?). Sehr natürlich: Stets hat ja die Charlanterie, der Schwindel, dort ihr ergiebigstes Feld gefunden, wo es an Wissen und Erkenntniß fehlte. Der Schwindel ist der Dummheit liebstes Kind.

Wie sie den armen, gequälten Patienten: Volk umstehen, all die Quacksalber und Wunderdoktoren, mit ihren Elixiren, Mixturen und Purganzen, jeder sich himmelhoch verschwörend, sein Mittelchen müsse dem Kranken zur ewigen Gesundheit verhelfen. Dabei wird dieser immer elender und siecher, und nicht früher wird ihm besser werden, als bis er, dem guten Beispiel von Molière's „Eingebildetem Kranken“ folgend, all die Diaforus und Purgons mitsammt ihren Rezepten, Pillen, Flaschen, Büchsen zum Teufel jagt und einsieht, daß er von dem Augenblicke an kerngesund ist, wo er ernstlich gesund sein will.

Am lautesten unter diesen aufdringlichen Heilbringern machen sich die zahllosen Vereine und „Societies“ zum „Wohle“ der „working“ (arbeitenden) oder der „lower“ (unteren) Klassen. Unmöglich auch nur annähernd die verschiedenen Arten dieser Sammelbecken für überschüssige Nächstenliebe anzugeben.

Da sind die vielen „Improved Dwellings Societies“ für die „labouring classes“, welche die Lösung der sozialen Frage bei dem sattsam bekannten Wohnungs-Zipfel anfassen, indem sie, so lautet die stehende Phrase, dem Arbeiter ein angenehmes „home“ (Heim) beschaffen wollen, das ihn zum zufriedensten, ruhigsten, conservativsten aller Zweifüßler machen soll. Schade nur, daß dabei das „home“ des Londoner Proletariats im Ganzen immer theurer, immer enger, immer miserabler, das Wohnungselend immer haarsträubender wird.

Zu dieser Sorte von Beglückungsapparaten gehören u. A. auch die Muster-Arbeiterwohnungen auf Peabody-Square bei Blackfriars Road, die anzusehen ich mir die Mühe nahm.

Zu Miethpreisen, die zwar nicht billiger, dafür aber theurer sind als die gewöhnlich gangbaren, wohnen da einige hundert Familien glücklich Bevorzugter (denn nur auf besondere, natürlich fromme, Protektion und Empfehlung kommt man da hinein) eine Art von Proletarier-Aristokratie (häßliches Wort) in einem Complex hoher, enggebauter Häuser, zwischen kahlen, düster aussehenden Höfen ohne Luft, ohne Licht beisammen — unter einer Hausordnung, die der Colonie in der Umgebung den Spottnamen „the prison“ (das Gefängniß) eingebracht hat.

Diese Ordnung erstreckt sich bis auf die allerintimsten Angelegenheiten der Miether, selbst bis auf — — es darf nämlich keiner mehr als drei Kinder haben. Sowie einer durch einen unglücklichen Zufall diesen Etat überschritten hat, muß er ohne Erbarmen heraus. Bitte — ich kalaure nicht; es ist vollster, komischster Ernst.

Ebenso hat punkt 9 Uhr Abends Jedermann zu Hause zu sein; zu dieser Stunde wird das große Gitterthor geschlossen. Ob dann auch eine Inspizirung der Wohnungen stattfindet, um sich zu vergewissern, ob auch wirklich alles schon zu Bette und — bei Strafe sofortiger Exmission — fest eingeschlafen ist, darüber habe ich nichts Authentisches erfahren können.

Um so zuverlässiger aber vernahm ich, daß die Anlage ursprünglich, wie schon der Name Peabody besagt, als Wohlthätigkeitsinstitut mit bedeutenden Fonds begründet, heute bereits als Objekt der schofelsten Ausbeutung und Spekulation, zu nichts als zur Unterhaltung einer Anzahl fetter Sinekuren dient.

Der liebe Peabody, der es ja wohl recht gut gemeint hat! Was er wohl sagen würde, könnte er sehen, zu welchen „wohlthätigen“ Zwecken seine geschenkten Millionen dienen!

Er mag sich übrigens trösten — er erfährt nur das Schicksal aller derartigen Weltbeglücker. In der bestehenden Gesellschaft ist nur Platz für das Geschäft, das trockene, wohlkalkulirte Geschäft; wer trotzdem naiv genug ist, ihr seine etwas rührseligen Menschenbewohlthäterungsabsichten aufzudrängen, der wird nur ausgebeutet und hinterdrein nach Verdienst — ausgelacht.

Bei einer andern derartigen Wohnungsbeseligungsgesellschaft, der „Artizans' Dwellings Company“, zu welcher auch, irre ich nicht, der bekannte „Shaftesbury Estate“ bei Battersea gehört,*) gab es jüngst einen Defraudationsprozeß wegen der Kleinigkeit von etzlichen hunderttausend Thalern. Und da will man die Nützlichkeit derartiger Gesellschaften bestreiten! Gewiß sind sie nützlich! Es frägt sich höchstens nur noch für wen.

Noch weit zahlreicher als diese Baugesellschaften sind nun die mannigfaltigen andern Volksbeglückungsanstalten. Da gibt es Bekleidungsvereine, Suppenvereine, Armenasyle Krankenasyle, Findlingsanstalten, Samaritervereine zur Aufsuchung und Milderung des verschämten Elends, Magdalenenstifte, Vereine zur Aufsuchung und Bekehrung sündiger Mädchen ꝛc. ꝛc. Alles natürlich den penetrantesten Geruch der Heiligkeit und Gottseligkeit ausströmend.

*) Sehenswerth als ein schwacher, schwacher Schimmer dessen, was die Gesellschaft leisten könnte, wenn sie wollte und — was die communistische Gesellschaft leisten wird.

Vor mir liegt eine Nummer der „Times“, in der sich allein 33 Inserate derartiger Institute befinden, welche sämmtlich das „christian public“ um „donations“ (Gaben) bitten.

Fern sei es von mir, diese christliche Werkthätigkeit irgend wie tadeln zu wollen; bemerken muß ich aber doch, daß es ein ebenso heuchlerisches wie ekelhaftes, Gebettel ist.

Wenn man das so liest, wundert man sich, wie herrlich es so ein Londoner pauper (Armer) eigentlich hat — von der Wiege bis zum Grabe ist auf's Schönste für ihn gesorgt. Man möchte fast neidisch werden. Es ist wahr, daß man ihn nicht selbst gesehen haben darf.

Am blühendsten aber wird dieser Menschenbeglückungshandel mit den Kindern betrieben. Die armen kleinen „Ragged“ (Zerlumpten) der großen Themsestadt sind das beliebteste und zugleich unerschöpfliche Material der augenverdrehenden „charity“. Das hat seine Gründe: die Erwachsenen, die haben zuweilen ihren eigenen Willen und wenn ihnen der heuchlerische Schwindel gar zu toll wird, dann mucken sie auf. Aber die Kinder? Was will so ein armes, verlassenes Wurm thun, wenn man es an irgend einer Straßenecke aufgreift und in ein „Refuge“ (Asyl) schleppt? Es muß sich beglücken lassen, ob es mag oder nicht.

Da gehe ich vor längerer Zeit eines schönen Morgens durch Oxford-Street. Unter den wandelnden Annoncen wie man sie da immer trifft — gemiethete Leute, die vorn und hinten mit Anzeigen behängt sind — lese ich die Anzeige des „Annual meeting“ (Jahresversammlung) der „National Refuges for homeless and destitute children and Chichester and Arethusa training ships“, das an diesem Abend in Exeter Hall stattfinden werde.

„Teufel auch“, denke ich, „den Rummel mußt du dir mal mit ansehen.“

(Fortsetzung folgt.)

— Ein weißer Rabe. In Schwabach erklärte ein Wirth, den man bewegen wollte, sein Lokal den Sozialisten zu verweigern, daß er so lange nicht darauf eingehe, „so lange das Geld der Sozialisten bei den Rentämtern und überhaupt bei allen Staatskassen angenommen wird“. — Solche Wirthe sind heutzutage eine Seltenheit!

— Republikanischer Bürgersinn. Vor einiger Zeit leistete ein Hamburger Bürger, David Julius Schmidt (sein Name sei der Zukunft aufbewahrt) in den „Hamburger Nachrichten“ anläßlich des ihm vorgehaltenen rothen Lappens einen Artikel, dem wir die Schlußsätze entnehmen:

die besten. Fabrikanten, die nicht auf dem letzten Loche pfeifen und nicht nöthig haben, einen patriotischen Bankrott vorzubereiten, haben darum jetzt eine vortreffliche Gelegenheit, ihr Geschäft, durch Einstellung guter Arbeiter, in die Höhe zu bringen. An verschiedenen Orten ist die Gelegenheit schon benutzt worden (z. B. in Schneeberg, Sachsen) und an anderen Orten wird das Beispiel unzweifelhaft Nachahmung finden, so daß die feigen „Gewissensmenchler" zur Schande auch noch den Schaden haben werden.

— Majestätsbeleidigung aus Noth. In der vorigen Woche wurden in Spandau ein 54 Jahre alter Schlosser, der sich bettelnd herumtrieb und nirgends ein Unterkommen finden konnte, wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Derselbe stellte sich selbst der Polizei und stieß dieser gegenüber noch verschiedene Majestätsbeleidigungen aus, offen erklärend, er sei von Magistrat zu Magistrat gegangen ohne Unterstützung zu finden und erfasse er dies als das geeignetste Mittel, um auf längere Zeit Obdach und Unterhalt zu erhalten. — Nach diesem Vorgange kann man den „Werth" der meisten Majestätsbeleidigungen taxiren.

— Bucher abgethan. Marx schreibt:

In einer „Erklärung" vom 20. Juni erklärt Herr Lothar Bucher, 3000 Zeilen wären erforderlich, um die in meinem Brief an die „Daily News"*) zusammengedrängten Schiefheiten gerade zu renken. Dreißig Zeilen sind mehr als genug, um den Wahrheitswerth Bucher'scher „Berichtigungen" und „Ergänzungen" ein für allemal festzusetzen.

Der Brief, worin mich Herr Bucher für den „Staatsanzeiger" zu kirren suchte, datirt vom 8. Oktober 1865. Es heißt darin u. A.: „In Betreff des Inhalts versteht es sich von selbst, daß Sie nur Ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung folgen; jedoch wird die Rücksicht auf den Leserkreis — haute finance — nicht auf die Redaktion, es rathsam machen, daß Sie den inneren Kern nur eben für den Sachverständigen durchscheinen lassen." Dagegen besagt die „Berichtigung" des Herrn Bucher, daß er bei „Herrn Marx anfrug, ob er die gewünschten Artikel liefern wolle, indem es auf eine objektive Behandlung ankäme. Von des Herrn Marx „eigenem wissenschaftlichen Standpunkte" steht nichts in meinem Briefe."

Ferner heißt's im selbigen Brief:

„Der „Staatsanzeiger" wünscht monatlich einen Bericht über die Bewegungen des Geldmarktes (und natürlich auch des Waarenmarktes, soweit beide nicht zu trennen). Ich wurde gefragt, ob ich nicht Jemanden empfehlen könnte und erwiderte, Niemand würde das besser machen als Sie. Ich bin in Folge dessen ersucht worden, mich an Sie zu wenden."

Also eröffnete Herr Bucher, nach seinen eigenen unzweideutigen Worten, seine „Correspondenz" mit mir auf das Gesuch von irgend Jemand. Dagegen betheuert seine „Berichtigung":

„Niemand, nicht einmal der Redakteur des Staatsanzeig.", hat von dieser Correspondenz gewußt oder erfahren."

Soviel über Herrn Bucher's Berichtigungsmethode. Nun noch ein Muster von seiner Ergänzungsmethode!

Mein Brief an die „Daily News" spricht nur von der „naiven" Anfrage des Herrn Bucher bei mir, verliert aber kein Wort über meine Antwort an ihn. Er jedoch, im Drang, dem „sonderbaren Vorfall" den Charakter der Trivialität aufzustempeln, muß mich „ergänzen" und dichtet daher „Herr Marx habe ihm geantwortet, er schreibe nicht für ein reaktionäres Blatt."

Wie sollte ich dergleichen Gemeinplatz antworten auf einen Brief, dessen „innerster Kern" nicht „nur eben" durchscheint, sondern augenblendend durchblitzt in folgendem Schlußpassus:

„Der Fortschritt (er meint die liberale oder Fortschritts-Bourgeoisie) wird sich noch oft häuten, ehe er stirbt; wer also während seines Lebens noch innerhalb des Staates wirken will, der muß sich ralliiren um die Regierung."

London, 27. Juni 1878. Karl Marx.

— Einer unserer Redakteure erhält von einem derzeit im Rheinlande sich aufhaltenden Genossen einen Privatbrief, dem wir nachstehende Stellen entnehmen:

„Ich habe mich bisher sehr wenig mit Zeitungslesen beschäftigen können, aber so weit ich gelesen und sonst die Stimmung sondirt habe, wozu ja bei den Leuten die ich besuchen muß in den Hotels die beste Gelegenheit ist, scheint mir der Fanatismus stark nachgelassen zu haben. Jedenfalls ist die Hetzerei nirgends so arg wie in Sachsen, speziell in Leipzig. Mir scheint, die Bourgeoisie redet sich so in Wuth, weil sie einen Sündenbock haben muß, an dem sie ihre Wuth über den äußerst schlechten Geschäftsgang kühlen kann. Kommt noch hinzu, daß sie den in den vergangenen Jahren eingesogenen Aerger gegen die Arbeiter jetzt mit bester Manier unter dem Deckmantel des Patriotismus und der Humanität in gemeinster Weise befriedigen kann.

In den rheinisch-westphälischen Industriebezirken ist die Geschäftslage eine äußerst schlechte und wird die Stimmung sehr gegen die Regierung umschlagen, wenn diese nicht, wie sie verspricht, rasch Besserung schaffen kann. Die Leute greifen nach allem, was ihnen Rettung verspricht, kommt diese aber nicht, dann wehe Denen, die sie versprochen haben. Wenn die jetzige Geschäftslage noch ein halbes Jahr fortdauert, — und ich sehe bei der gewaltigen Ueberproduktion auf fast allen Gebieten keine Möglichkeit auf baldige Aenderung — so wird der nächste Winter der allerschlechteste den wir bis jetzt gehabt, und das Elend und die Bankrotte werden so groß und zahlreich wie nie zuvor.

In Barmen-Elberfeld soll die Stimmung unter den Arbeitern, trotz aller Maßregelungen sehr gut sein, wenigstens behaupten dies die gegnerischen Blätter. Wenn ich in 10—12 Tagen aus Holland zurückkehre, komme ich nach Cöln und bin ich neugierig, wie ich es dort finde. In Hamburg und Bremen war die Stimmung gut.

Ich habe seit länger als 8 Tagen keinen „Vorwärts" gesehen, weiß also nicht, wie Ihr die Situation auffaßt. Gefreut hat mich, daß die „Chemnitzer Frei Presse" den Feinden zum Trotz in vergrößertem Format erscheint; dies macht sicher auf unsere Leute einen sehr guten Eindruck."

— Unsere deutschen Reichshelden verschonen auf ihrem „Siegeszuge" gegen die Sozialdemokratie weder Kind noch Weib. So wird aus Lübeck berichtet, — die Bourgeoiszeitungen gestehen diese neueste Heldenthat selbst ein — daß die Frau unseres Genossen Vollmar aus Dresden, die in Lübeck engagirte Schauspielerin Frau Vollmar-Nissel in der gemeinsten Weise von Lübecker Bourgeois insultirt worden ist. Der Vorgang war folgender: Die Freimaurer hatten ein Fest und aßen und tranken zu Ehren des Weltenbaumeisters viel, sehr viel. Das Fest fand im Garten des Tivolitheaters statt. Frau Nissel fuhr mit einigen Freundinnen in einem Kahn auf der vorbeifließenden Wackenitz. Die im Garten in einer Gruppe zusammenstehenden Logenbrüder zischelten und deutelten, als sie die bekannte und sehr gefeierte Schauspielerin erblickten. Da trat der muthigste dieser Helden, Kaufmann Stave, hervor und rief: „Das also ist die Person; eine Unverschämtheit, nach Lübeck zu kommen und auf unserem Tivoli aufzutreten. Ein Weib, das sich mit Politik befaßt, verdient gar keine Achtung, pfui, schämen sollte sie sich. Hinaus mit den Sozialdemokraten, ausgetilgt muß sie werden, die Brut, der Abschaum der Menschheit!" Auf die Bemerkung der Frau Vollmar, daß sie die Herren verklagen würde, entgegnete der saubere Patron: „Wir haben solche Gerichte, daß Sie gar nicht angenommen werden;" worauf Maurermeister Heidenreich bekräftigend hinzufügte: „Jawohl, wir kämpfen mit Gott, für König und Vaterland. — Das sind die Früchte, die aus Euren Hetzereien aufsprießen, Ihr deutschen „Biedermänner"; die beiden besoffenen Logenbrüder haben in viel geringerem Maße ein wehrloses Weib insultirt, als Ihr, conservativen und liberalen Zeitungsschreiber, die Ihr in der schamlosesten Weise durch Eure Schimpfreden in den Deutschen „die Bestie entfesselt habt".

— Von mehreren Organen unserer Parteipresse ist ein in der „Newyorker Volkszeitung" veröffentlichter Brief über Nobiling abgedruckt worden, laut dessen der Attentäter des 2. Juni vor 8 Jahren französischer Polizeiagent gewesen wäre. Wir haben von dem Brief, der auch uns zugegangen ist, keine Notiz genommen, weil der Inhalt, bei genauerer Prüfung, vollkommen unglaubwürdig erscheint und mit positiv Festgestelltem im Widerspruch steht.

— „Wie der Sozialismus zu zügeln ist", sagt Garibaldi in einem Brief (vom 21. Juni d. J.) an die zu Rom erscheinende „Capitale":

„Die allgemeine Besorgniß ist heute auf die Art, den Sozialismus zu zügeln, gerichtet, und es scheint mir leicht, dies zu erreichen: 1) Abschaffung der stehenden Heere, durch welche die Leute mit ungeheurem Vortheile dem Ackerbau (und doch wohl auch der Industrie. R. d. V.) zurückgegeben werden, und Aufhören des Pauperismus. 2) Das Eisen zur Anfertigung von Pflügen und Grabscheiten und nicht mehr von Instrumenten der Zerstörung benützen. 3) Sich begnügen, für zwölf und nicht mehr für Tausende zu essen. (Wird unseren Bourgeois und anderen Leuten sehr schlecht behagen. R. d. V.) 4) Endlich internationales Schiedsgericht, um die Streitigkeiten zwischen den Nationen zu regeln, und nicht mehr menschliche Schlachtbänke. Ich schließe mit einer Bemerkung an den gegenwärtigen Congreß in Berlin, daß wenn den Sklaven nicht Gerechtigkeit widerfahren wird, wir Revolutionen predigen werden. Immer Ihr Giuseppe Garibaldi."

Vor einigen Tagen wurde Garibaldi von unserer liberal-reaktionären Presse gelobt, weil er in einem Brief über das Attentat ein günstiges Urtheil über den deutschen Kaiser und das deutsche Kaiserreich hatte einfließen lassen. Wir fürchten, mit dieser neuesten Epistel wird er bei unseren Reichsfreunden weniger Glück haben.

— Von belgischen und italienischen Sozialisten sind uns nachträglich „Adressen" für den Gothaer Congreß zugegangen, die wir in nächster Nummer veröffentlichen werden.

— Der Rath des internationalen Arbeiterverbandes in London hat einstimmig folgende Resolution beschlossen: „Der Rath bedient sich der ersten Gelegenheit, um seine entschiedene Mißbilligung über die jüngsten Versuche zur Ermordung des deutschen Kaisers auszudrücken, aber zu gleicher Zeit protestirt er ausdrücklich gegen den schändlichen Versuch, dergleichen Handlungen mit dem Sozialismus in Verbindung zu bringen, der eine wesentlich humanisirende, dem Meuchelmorde ganz entgegengesetzte Doktrin lehrt."

— Mit dem Poststempel Egeln erhalten wir nachstehenden Brief, den wir, da es dem Briefschreiber gewiß nur angenehm sein kann, seine sozialistenfeindliche Gesinnung veröffentlicht zu sehen, hiermit zum Abdruck gelangen lassen:

„Wolmirsleben, den 30. Juni.

An die Redaktion des „Vorwärts in Leipzig!

Auf der hiesigen Postanstalt ist ohne mein Wissen und meinen Willen für mich durch meine Frau auf den „Vorwärts" abonnirt worden, welchen ich wegen seiner staats- und reichsfeindlichen Tendenz nicht mehr zu lesen gewillt bin und der auch in meinem Hause nicht gelesen werden soll.

Hiermit ersuche ich die Redaktion, den für mich bestellten „Vorwärts" nicht mehr hierher zu senden, da ich auf keinen Fall denselben annehmen werde, sondern auf Ihre Kosten wieder nach dort zurücksenden werde. Auf die Rückerstattung des Abonnementsgeldes verzichte ich.

Es zeichnet A. Meier."

Bei dieser Gelegenheit mag wiederum constatirt werden, daß die Frauen vielfach mehr Muth zeigen, als ihre Männer.

— An die Redaktion des „Vorwärts" in Leipzig. Da es eine Schande für die ganze deutsche Industrie ist, Arbeiter ihrer politischen Gesinnung wegen brodlos zu machen, so wäre es sehr am Platze, im „Vorwärts" eine Liste derjenigen Firmen aufzustellen, welche Arbeiter aus obigem Grunde entlassen haben, um solchen meine nicht unbedeutenden Aufträge eventuell ebenfalls entziehen zu können. Achtungsvollst P. B. P.

In der Erwartung, daß die Leser des „Vorwärts" die uns ihnen bekannten Firmen der Gewissensmeuchler mittheilen werden, erklären wir uns bereit, dem Wunsche unseres Correspondenten, eines namhaften Geschäftsmannes, dessen Beispiel wohl Nachahmung finden dürfte, durch baldige Aufstellung einer Liste nachzukommen. Unsere Gegner werden sich bald überzeugen, daß auch bei diesem Spiel Zweie spielen und das Spiel verloren werden kann. R. d. „V."

— Die „Magdeburger Freie Presse" erscheint seit dem 1. Juli in erheblich vergrößertem Format. Wirkung der Sozialistenhetze!

— Da die Wahllisten gegenwärtig fast überall in Deutschland ausliegen, so versäume kein Wähler, sich davon zu überzeugen, ob er in denselben eingetragen ist, da er von der Wahl ausgeschlossen bleibt, wenn sein Name nicht in den Listen steht.

— Vom Kriegsschauplatze. In Barmen ist eine Wählerversammlung aufgelöst worden, weil in der Versammlung mehrere jüngere Männer anwesend seien. Diese polizeiliche Handlung war ungesetzlich, weil nach dem preußischen Gesetz die Auflösung erst erfolgen konnte, wenn auf Aufforderung des Polizeicommissars die nicht in die Versammlung gehörenden Elemente durch den Vorsitzenden nicht entfernt worden wären. Der Polizeicommissarius würde gut thun, wenn er seine Nase in das Gesetzbuch steckte. — Unser verhaftete Genosse Körner zu Berlin ist wieder entlassen worden; er war der bekannten „geheimen Verbindung" angeklagt; auch Genosse Milke ist aus der Untersuchung entlassen, doch „verbüßt" derselbe eine ihm schon früher zudiktirte Gefängnißstrafe von 6 Monaten. — In Frankfurt a/M. ist Genosse Schäfer, Redakteur des „Volksfreund", zu 6 Monaten Gefängniß wegen Beleidigung des Würzburger Militärgerichts und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen verurtheilt worden.

Correspondenzen.

Paris. Das Comité zur Vorbereitung des internationalen Arbeitercongresses und zum Empfang der französischen und auswärtigen Arbeiterdelegirten, welche die Ausstellung besuchen, bringt den constituirten Arbeitergruppen des In- und Auslandes zur Kenntniß, daß gemäß dem Beschluß des Arbeitercongresses von Lyon, der internationale sozialistische Arbeitercongreß in Paris am 2. September beginnen und bis zum 12. September dauern wird.

Die Liste der zu verhandelnden Fragen wird veröffentlicht werden.

Das Comité besteht aus 1 Delegirten und 2 Unterdelegirten, die alle drei von den Syndikatskammern und anderen Pariser Arbeitergruppen gewählt sind, und es hat einer Person das Recht abgetreten, die Doppelfunktion des Comité's zu verrichten.

Der Sekretär des Comité's ist Corsin, Siège social, Rue des deux Ecus 15.

St. Louis, 25. Mai. Die Arbeiterbewegung hierselbst, gefördert durch gute sozialistische Zeitungen und befähigte Agitatoren, hat in der letzten Zeit einen Aufschwung genommen, der jeden Sozialisten erfreuen muß. Am Sonntag, den 16. Mai fand ein grandiöses Arbeiterfest statt, zu welchem sich allein 8000

---

*) Mit Bezug auf die von uns mitgetheilte Uebersetzung des Marx'schen Briefs haben wir folgende Zuschrift erhalten:

Frankfurt a. M., 29. Juni 1878.

An die Redaktion des „Vorwärts"!

Ich erlaube mir, Ihnen anbei den Ausschnitt aus den „Daily News" zu senden, worauf das Schreiben von Marx abgedruckt ist. Hierzu veranlaßt bin ich durch Ihre Nr. 75, worin Sie einen wichtigen Punkt der Bucher'schen Erklärung anscheinend deshalb unberührt lassen, weil Ihnen der Marx'sche Brief nicht im englischen Text vorliegt. Ferner bewegt mich dazu die Nr. 26 der „Wage", in der es heißt: „Hat er (Bucher) seinem Londoner Exilsgenossen nur . . . eine Berichterstattung von London aus oder eine Mitarbeit in Berlin angeboten? Behauptung und Gegenbehauptung sind hier schroff entgegengesetzt." Das ist keineswegs der Fall; sondern die deutschen Zeitungsredakteure, soweit ihnen die „Daily News" zu Gebote stehen (hierzu gehören weder Sie, noch die Redaktion der „Wage", davon bin ich überzeugt) waren zu bequem, den Marx'schen Brief in der Originalsprache zu lesen, nachdem Einer vom Fach eine Uebersetzung geliefert hatte. Ob die Uebersetzung vollkommen oder mangelhaft? Darnach scheint der deutsche Durchschnittsredakteur nicht zu fragen. Die Sache ist ordentlich bezeichnend für die deutsche Journalistik. — Ueberzeugen Sie sich gefälligst, daß Marx in seinem Schreiben von Bucher sagt: „Er hatte die Naivetät, einen Brief an mich zu richten, in dem er mich einlud . . . financielle Artikel für den preußischen officiellen „Staatsanzeiger" zu schreiben." Von „Redaktion" kein Wort.

Sehr interessant ist es, daß Bucher, welcher nach eigener Angabe den Brief in englischer Sprache gelesen, aus der falschen Uebersetzung Nutzen zu ziehen sucht: So bei der Identifikation der Jahresrente mit dem literarischen Erbe, so hier bei der Verwerthung des Uebersetzungsfehlers „Redaktion".

Für mich ist es sehr komisch, zu finden, daß kein Mensch in Deutschland die Uebersetzungsfehler bemerkt hätte, wenn mir nicht zufällig ein in England wohnender Freund die betr. Nummer der „Daily News" zugeschickt hätte. Mit bestem Gruß X.

Unser geehrter Herr Correspondent hat vollkommen recht. und einen Punkt hatten wir auch bereits vor Empfang seines Briefes berichtigt. Die Sache ist: der von London rechtzeitig an uns abgesandte englische Text gelangte nicht in unsere Hände, so daß wir außer Stand waren, den Lesern des „Vorwärts" eine correcte Originalübersetzung vorzulegen, und einem deutschen Bourgeoisblatt die — von uns veröffentlichte — Uebersetzung, natürlich ohne Möglichkeit der Controle, entlehnen mußten.

Man sieht, daß die Schuld nicht uns trifft, sondern „gewisse Leute", welche an Sendungen von London nach Leipzig und umgekehrt ein ganz besonderes Interesse nehmen. Red. d. „V."

„Freuen wir uns, daß in Deutschland Männer an der Spitze der Verwaltung stehen, die solchem Unwesen nunmehr ernstlich steuern wollen, freuen wir uns, daß endlich einmal energisch nachgefaßt werden soll.

„Ordnung muß sein, zumal im öffentlichen Leben; lassen Sie uns also die Regierung unterstützen, — nicht mit Worten unterstützen, sondern mit der That, lassen Sie uns in Hamburg, Altona, Wandsbeck, Ottensen eine Ordnungspartei organisiren, die bereit ist, den Wächtern des Gesetzes thätig zu helfen, deren Mitglieder sich verpflichten, auch da sofort nach Kräften helfend einzuschreiten, der Rohheit zu steuern, Strolche dingfest zu machen, wo augenblicklich Polizeimannschaft nicht zur Stelle ist.

„Machen wir es im Kleinen, wie Fürst Bismarck im Großen es macht; fassen wir das Uebel bei der Wurzel an; helfen wir uns selbst —, selbstredend erst dann, wenn die Behörde die Constituirung eines solchen Ordnungsvereins bewilligt hat. Helfen wir der Behörde, und wir haben eine Organisation geschaffen, die aller Orten Anklang und Nachahmung finden und dem deutschen Vaterlande zum Segen gereichen wird."

Vor solchem Ausbruche der Loyalität zieht selbst der Berliner Geheimrath den Hut.

— Zum Arbeiterrisico. Am 28. Juni ist in der Nähe von Schwelm (rheinisch-westphälische Grenze) ein Eisenbahntunnel eingestürzt, und sind dadurch 27 Personen verschüttet worden. So meldet die „Barmer Zeitung". Nach der „Elberfelder Zeitung" wären nur 8 Personen getödtet worden.

— Entstellung und Verdrehung von Thatsachen. Die „Nationalliberale Correspondenz" und mit ihr die „Magdeburgische Zeitung", jammern darüber, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", bei der man an ein reichliches Maß von Entstellung und Verdrehung von Thatsachen gewöhnt sei, neuerdings geradezu Unglaubliches an Unwahrhaftigkeit gegen die nationalliberale Partei leiste. Wir glauben gern, daß das Gejammer berechtigt ist, dabei verfehlen wir aber nicht, den beiden genannten nationalliberalen Blättern und (ausgenommen die „Autographirte Berliner Correspondenz") allen ihren Schwestern zuzurufen: „Kehrt vor Eurer eigenen Thüre, dort liegt der Lügenschmutz fußhoch!" Uns gegenüber haben die nationalliberalen Blätter in der letzten Zeit gleichfalls „geradezu Unglaubliches an Unwahrhaftigkeit" geleistet.

Personen als Zuschauer eingefunden hatten, während im Zuge, nach der arbeiterfeindlichen „Westlichen Post“ über 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen marschirten. An demselben nahmen auch 500 Miners von Belleville Theil, und trug überhaupt das ganze Fest einen so rein proletarischen Charakter, daß die Polizei es für nöthig hielt, umfassende Vorkehrungen zu treffen, um einem befürchteten Putsch durch organisirte Brigaden begegnen zu können. Die organisirte Dummheit wurde consignirt, fand aber selbstverständlich keine Veranlassung, mit Arbeiterblut ihre Hände und Bajonette zu röthen. An dem Zuge betheiligten sich fast alle Gewerkschaften von St. Louis. Auf mehreren sinnig geschmückten Wagen saßen in weißen Kleidern mit rothen Bändern verziert, die Frauen und Töchter braver Arbeiter, während ein anderer Wagen als Repräsentant der „Volksstimme des Westens“, mit Laub bekränzt, die sinnreichen Inschriften trug:

„The Press, our Power!“

und auf der andern Seite:

„Die Presse ist unsere Waffe!“

Auf dem Festplatze sprachen Walster, Haller, Currlin, Allen und Borell, Letzterer in böhmischer Sprache, großen Enthusiasmus hervorrufend. — Eine Collecte für die streikenden Kohlen-Miners ergab 40 Lstr. Das Fest verlief in bester Ordnung und zeigte daß der Sozialismus in St. Louis zu bedeutender Stärke gelangt ist.

Belgrad, 13. Juni. Die finanzielle Verzweiflung in Serbien hat den Höhepunkt erreicht und selbst die Herren Minister müssen sich die Köpfe darüber zerbrechen, was wohl zu thun sei. Und ihre Rechnung ist, versteht sich, leicht gemacht, aber es ist auch eine Rechnung ohne den Wirth. Die Minister wollen blos etwas höhere Steuer, um einerseits die bisherigen extraordinären Auslagen bestreiten zu können, anderenfalls die sich stark mehrende Bureaukratie mit Geld zu versehen. Wie bekannt, hat Serbien schon seine Beamten in Altserbien, welche regelrecht — ihren Gehalt beziehen. Das neue Land ist allgemein unfruchtbar und Serbien wird die neuen Unterthanen aus seiner Kasse ernähren müssen. Dies wird augenscheinlich nicht den nationalen Wohlstand unseres Landes heben und als einziger Ausweg erweist sich in den Augen der Regierung die Skupschtina, die am 30. Juni (Kalender alten Styls) zu Berathungen zusammentreten wird. Es ist ein „Gesetz“ ausgearbeitet, welches in einer der ersten Sitzungen vorgelegt werden wird. Es beantragt die Erhöhung der Steuern um 2% und noch andere „Auswege“, die dem armen Volke keineswegs Auswege sind, sondern neue tyrannische Gewaltstreiche, die es vollends ruiniren müssen. Ein solches „Gesetz“ erfreut sich, wie vorauszusehen war, nicht der allgemeinen Beliebtheit und der Regierung ist bange um die bevorstehende Skupschtina. Wohl hat sie sich im Voraus versichert, denn sie hat zweimal die Skupschtinasession nicht gehalten, also hat sie jetzt das Recht, mit denselben Abgeordneten nochmals zu berathen, welche ihr Beifall zollten, — dennoch aber fürchtet sie, und mit Recht, daß viele Abgeordneten ihre Gesinnungen verändern möchten, und daß die blutige Lehre des Krieges und der Opfer nicht spurlos an ihnen vorübergegangen sei. Deshalb schreitet sie zu Gewaltmaßregeln, welche einen Schrei der Entrüstung in ganz Serbien hervorbrachten. Sie ließ zwei Abgeordnete (Alapoje Rozic und Miloje Kojicic), welche sozialistische Gesinnungen hegten, einfach aus dem Verzeichniß der Abgeordneten ausstreichen. Sie ließ deren Wahl gewaltthätig, als ungesetzlich proklamiren und am 30. Juni findet neue Wahl im Dorfe Sepencea (Kreis von Krapujedae) und Zasenstza statt.

Damit aber ist dem finanziellen Nothstande des Landes nicht abgeholfen. Milosav Protic, ein Mitglied des Cassationshofes in Belgrad, welcher in Petersburg weilte, um ein Anlehen für Serbien zu bekommen, kehrt dieser Tage zurück, aber die Unglücksbotschaft ist ihm schon vorausgeeilt, und sie lautet:

Kein Credit für Serbien! S.

Berlin, 29. Juni. In der Anklagesache wider die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands und den Berliner sozialdemokratischen Wahlverein stand gestern vor dem Senat des Obertribunals Audienztermin an. Bekanntlich waren in erster Instanz unsere Genossen Derossi zu 8, Heinsch zu 6, Geib zu 3 Wochen und Greifenberg zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Das Kammergericht änderte das Urtheil dahin ab, daß gegen Derossi auf 6 und gegen Geib auf Freisprechung zu erkennen sei, während das erstinstanzliche Urtheil gegen Heinsch und Greifenberg lediglich bestätigt wurde. Das Obertribunal verwarf nun die von unsern verurtheilten Genossen eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde gänzlich, acceptirte aber einen Punkt der oberstaatsanwaltlichen Nichtigkeitsbeschwerde, wodurch das abändernde Erkenntniß des Kammergerichts vernichtet und die Sache zur nochmaligen Verhandlung gegen Derossi und Geib an das Appellationsgericht zu Frankfurt a. O. verwiesen wurde. Diese Verweisung bedeutet wohl Wiederherstellung des erstinstanziellen Erkenntnisses gegen Geib und Derossi. Greifenberg ist nun endgültig zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Das Verfahren gegen Heinsch wurde natürlich eingestellt.

Aschersleben. Auch unser Städtchen ist von der „Sozialistenhatz“ angesteckt und sucht man bei jeder Gelegenheit — wie unpassend sie auch immer sein mag — den verhaßten Sozialisten eins auszuwischen. So schloß der Herr Stadtrath Wiedig, als Vertreter des Magistrats, seine Rede bei Eröffnung der „Kunst-Gewerbe- und Landwirthschaftlichen Ausstellung“ mit folgenden Worten: „Indem man die Arbeit belohne, zeige man deutlich, daß der Sozialismus, der mehr verlange, aus hirnverbrannten Ideen bestände. Deshalb werde Jeder einstimmen in den Ruf: „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ Daß bei solchen Ausstellungen nicht die Arbeit, sondern die Aucharbeit „belohnt“ wird, nicht der Arbeiter, sondern der Aucharbeiter (Fabrikant), dessen Arbeit gewöhnlich gleich Null ist, scheint der biedere Stadtrath nicht zu wissen, oder will es nicht wissen. Arbeiter werden entlassen, blos weil sie nicht mehr den Schwanz der Bourgeoisie bilden wollen, weil sie eine eigene politische Ueberzeugung haben und der biedere „Anzeiger“ schreit immer mehr nach Ausrottung der Sozialdemokraten. Neuerdings denunzirt er die Maurer, unter denen die sozialistischen Grundsätze hauptsächlich Boden gewonnen haben sollen. Nun, man fahre nur sofort, die Folgen werden nicht ausbleiben. Unsere so wie so schon verschuldete Gemeinden werden immer mehr Steuerreste aufzuweisen haben und andererseits wird die Armenkasse immer mehr in Anspruch genommen werden, denn die auf das Straßenpflaster geworfenen Arbeiter können weder Steuern bezahlen, noch ihre Angehörigen ernähren. Ganz hübsche Aussichten!

D. F.

Frankfurt a. d. O., 24. Juni. Am 13. d. Mts., Vormittags, hatten hier sämmtliche der Polizei bekannte Parteigenossen das Vergnügen, von ihr einen Besuch zu erhalten; man suchte nach — Waffen (!), fand aber nirgends welche. Nachmittags wiederholte sich der Besuch, man machte Jagd auf Schriften und Correspondenzen. Es wurden bei den verschiedenen Genossen erbeutet: eine Anzahl Broschüren, etliche Parteikalender, Visitenkarten, das Mitgliederverzeichniß der Schuhmachergewerkschaft; auch drei vom Arbeitersängerbund herausgegebene Lieder wurden mitgenommen, jedoch andern Tages wieder zurückgebracht. Selbst der Schrank des Gesangvereins „Bruderkette“, der in unserem Vereinslokale steht, wurde durchstöbert, vorläufig aber nichts mitgenommen, erst am 22. d. Mts. erschien abermals ein Polizeibeamter und nahm ohne jede weitere Angabe sämmtliche Liederbücher des genannten Vereins in Beschlag. Es ist gegen dieses Verfahren Beschwerde erhoben worden. — Auch hatten sich vier Genossen wegen einer Tellersammlung, die sie in einer Volksversammlung vorgenommen, vor dem Polizeirichter zu verantworten. Gegen das Erkenntniß, welches für Jeden auf 6 Mark oder 1 Tag Haft lautete, wird appellirt. Ich ersuche die Genossen, die den seiner Zeit gefaßten Obertribunalsbeschluß kennen, wonach die Tellersammlungen erlaubt sind, mich schleunigst davon in Kenntniß zu setzen.

Mit Gruß C. Blaudow, Richtstraße 77.

Dresden, 30. Juni. Unser Parteiorgan bringt heute folgendes galgenhumoristisches Redakteur-Gesuch: Für unsere, sich der wärmsten Sympathie der arbeitenden Klassen, wie der rührendsten Aufmerksamkeit einer hohen Justiz und Polizei erfreuenden Zeitung, wird zufolge der durch eine hohe Justiz angeordneten Versetzung unserer beiden Redakteure Vollmar und Pflaum auf unbestimmte Zeit in den Ruhestand — (ohne Anspruch auf Pension) — ein Redakteur gesucht. Derselbe muß besitzen außer einem warmen Herzen für's Volk, einen guten Magen zur Verdauung aller Polizeichikanen, einer Lunge, welche Gefängnißluft für Freiheitsluft ansieht, einer Nase, die alle Stiebereien bei Zeiten wittert — namentlich eine große Portion Mitleid mit der Geistesarmuth unserer Gegner. Besondere Berücksichtigung erfahren Reflektanten, welche für Strafmandate und Sportelzettel einen leeren Beutel und ein Besitzthum haben, in welches der Exkutor jederzeit mit dem Erfolge: „Wo nichts ist, hat selbst der Kaiser das Recht verloren“ exkutiren kann. Honorar: Die bekannten Arbeitergroschen. Besonders Befähigte haben außerdem Anwartschaft auf baldiges freies Staatslogis mit der Mittagskarte: Mehlbrei, Linsen, Bohnen. Austretende können sich des innigsten Beileids aller Proletarier im voraus versichert halten.

Duisburg, 26. Juni. (Zur Lage.) Seit dem Attentat des verrückten Dr. Nobiling auf den deutschen Kaiser hat auch hier die „Sozialistenhatz“ begonnen. Der Anfang wurde von der heiligen Hermandad durch Haussuchung bei verschiedenen bekannten Parteigenossen gemacht. Man hat aber bei diesen gefährlichen Menschen, obwohl man sie Morgens in aller Frühe hat überrumpeln wollen, nur einige harmlose Briefe finden können. Am schlimmsten und gemeinsten in diesem Kampfe zeigt sich die hiesige „Rhein- und Ruhrzeitung“, sie benimmt sich dabei so erbärmlich dumm und inconsequent, daß sie sich in ein und derselben Nummer zwanzigmal widerspricht. Die hiesige ultramontane „Volkszeitung“ macht sich daher manchmal das Vergnügen, der „Rhein- und Ruhrzeitung“ gehörig den Pelz zu waschen. Aber der Schmutz ist zu tief eingedrungen. Diesem sauberen Burschen, der „Rhein- und Ruhrzeitung“, haben sich in jüngster Zeit noch einige Patrone, früher Parteigenossen, zugesellt. Ein Herr Heferich, ehemaliger Expedient der „Rhein. Freien Zeitung“ hat nämlich unter seinem Namen eine Broschüre herausgegeben, betitelt: „Die Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch die Sozialdemokratie“. Zu dieser Broschüre hat er nicht eine einzige Zeile geschrieben, denn dazu ist er zu unfähig, er ist nur das Spielzeug hiesiger Liberalen und lutherischer Pfaffen. Der Andere, Herr Kreienberg, ein verunglückter Poet, hat sich auch zu solch trauriger Rolle hergegeben, obgleich er einige Wochen vorher noch mit aller Macht für die Sozialdemokratie eintrat. Beide sind heute Sozialdemokraten, morgen Liberale und übermorgen legen sie sich in die Arme der Brüder in Christo. Am 24. d. M. war in Düsseldorf Versammlung der Fabrikanten oder Industriellen, wie sie sich nennen, um vorzunehmende Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zu besprechen. Sie sollen beschlossen haben, solche Arbeiter, welche sozialistische Zeitungen lesen, Geld zu sozialistischen Zwecken geben oder gar sozialdemokratische Versammlungen besuchen, nicht zu beschäftigen. Alle solche Verbote erreichen ihren Zweck nicht, denn den Arbeitern wird es gar nicht einfallen, sich beim Lesen sozialistischer Blätter von dem „liebenswürdigen“ Arbeitgeber erwischen zu lassen. Je rücksichtsloser das Auftreten der Arbeitgeber ihren Arbeitern gegenüber wird, desto eher kommen die Letzteren zum Erkennen ihrer Klassenlage; sie werden Sozialdemokraten. Wir aber wollen doppelt unsre Schuldigkeit thun und für Parteizwecke statt monatlich 10 Pf. das Dreifache opfern! —?

Straßburg, 25. Juni 1878. Ebenso wie die sozialistische Idee ihren Eingang ins Reichsland gefunden hat, ebenso wenig konnte es auch ausbleiben, daß man dieselbe auch hier mit Gewalt zu unterdrücken sucht; das denkbar Möglichste, die Idee zu bekämpfen, hat die (von der Regierung unterstützte) „Straßburger Zeitung“ geleistet, indem sie sich die größte Mühe gab den besten Ton auf der Reaktions- und Sozialistenhetztrompete herauszu bringen, wobei es nicht ausbleiben konnte, das sie oft ins Lächerliche verfiel. Einmal trieb sie ihren Ulk sogar so weit, eine Massendeportation der Sozialisten zur Lösung der sozialen Frage, vorzuschlagen. So ist es auch selbstverständlich, daß sie verschiedene Fälle, von Sozialisten-Entlassungen ihren Lesern, als nachahmungswürdiges Beispiel vorführte. Fand aber damit im Allgemeinen keinen Anklang, abgesehen von einem reichstreuen Maschinen-Fabrikanten, Herrn Kolp, und nachstehendem Fall.

„Im hiesigen Arsenal arbeitend, hörte ich bald diese und jene Alarm-Nachricht, da aber hier kein sozialdemokratischer Verein existirt, und es Niemandem an der Nase anzusehen ist, welcher Partei er angehört, glaubte ich, man würde uns nicht beikommen können. Jedoch schon wartete das Verhängniß, in Gestalt eines Dieners der Gerechtigkeit. In einer Wirthschaft wohnend, bringt der Briefträger den „Vorwärts“ für mich, der Verhängnißvolle kommt, liest darin, und der „Vorwärts“ war verschwunden. (?!) Ein paar Tage darauf wurde ich zum Direktor des Arsenals gerufen, gefragt, ob ich den „Vorwärts“ halte, ob ich auch sozialistisch gesonnen sei u. s. w., was ich bejahte. In größter Eile wurde ich entlassen! Als ich nachher auf das Polizeiamt kam, um mich abzumelden, mußte ich ein hochpeinliches Verhör bestehen. „Wo beziehen Sie denn die vielen Exemplare des „Vorwärts“ her.“ Meine Antwort, daß ich nur ein Blatt durch die Post bezöge, glaubte man mir nicht eher, als bis ich mit dem Postschein den Beweis der Wahrheit führte. Die weitere Frage, ob die hiesigen Sozialisten geheime Versammlungen abhalten, habe ich mit dem besten Wissen nicht verrathen können. Warum? Kann sich Jeder leicht denken. Doch wurde mir auf die Antwort: daß ich davon nichts wüßte, gesagt: „das wissen wir besser.“ Nachdem der sehr freundliche Kommissar noch geäußert hatte: „Nur gut, daß das Unkraut einmal herauskommt, Alles wird angesteckt“ u. s. w., verabschiedete er mich bis zum andern Tage, wo er mir einen Gegenbesuch in meiner Wohnung abstattete, und zwar in Begleitung eines Polizei-Hauptmanns. Da ich gerade nicht zu Hause war, so machten es sich die Herren in meiner Wohnung bequem, durchsuchten Kisten und Kasten, zogen aber mit leeren Händen wieder ab. Die nächste Woche kam die ganze Werkstatt an die Reihe, ein Jeder wurde gefragt, „ob er Sozialist sei, worauf sich nur 3 Sattler als solche meldeten, die auch sofort entlassen wurden. Daß dieser Fall die größte Entrüstung unter den Arbeitern hervorgerufen hat, läßt sich leicht denken, und viele, die uns noch fern standen, sagten, daß sie sich dadurch zu uns hingezogen fühlten. So muß Alles was man gegen uns unternimmt, zu unsern Gunsten umschlagen, und wird trotz alledem unsere Bewegung hier immer mehr Platz greifen.

L. F.

Briefkasten

der Redaktion: J. S. in Fr.: Bernstein's populär-naturwissenschaftliche Bücher sind sehr empfehlenswerth. Der Politiker und der Popular-Naturwissenschafter Bernstein sind zwar eine und dieselbe Person, was aber nicht verhindert, daß der letztere recht verdienstvoll, der erstere aber durchaus nichtswürdig ist. — Herrn A. F. Italienischer Keller in Thengen a. Randen (Baden): Stellen Sie doch A. Bebel in Leipzig auf.

In dem Artikel „Aus Heuchelland“ in der heutigen Nummer wurde die Uebersetzung der englischen Worte am Schluß vergessen. Sie heißen auf deutsch: Nationale Zufluchtsstätten für heimaths- und mittellose Kinder, und die Schulschiffe (zur Erziehung von Matrosen) „Chichester“ und „Arethusa“.

Unterzeichneter bittet die geehrten Leser des „Vorwärts“, welche Kenntniß von dem jetzigen Aufenthalt des Taschenspielers Françoise Blanche (Franz Weis) aus Wien haben, mir Mittheilung hiervon zukommen zu lassen.

Wien. Rixfecker III. Hauptstraße 84.

Allen Denjenigen, die bis jetzt mit mir korrespondirt haben, diene hiermit zur Kenntniß, daß nach Calau keine Briefe mehr an mich zu richten sind, indem mein Aufenthalt daselbst nicht mehr ist. Besten Gruß.

Zürich, 30. Juni 1878. W. Krüger.

Wahlfonds.

Von R. hier 0,50. St. u. J. hier 1,00. Esterhazy H. D. Kaiserspende 2,56. Römerstadt 1,25. J. in C. 1,00.

Allgemeine Deutsche

Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet am Sonntag den 21. Juli, Morgens 10 Uhr, statt, und zwar in den

Geschäftsräumen der Assoziation,

Berlin S.O., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a, Hof 2 Treppen.

Tagesordnung:

1. Jahresabrechnung; Bericht des Vorstandes; Revisionsbericht des Aufsichtsraths und Richtigsprechung der Jahresrechnung.
2. Festsetzung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn.
3. Feststellung eines Etats für das neue Geschäftsjahr.
4. Anträge des Vorstandes, betreffend Aenderung der Statuten:
   a) § 21 hinter den Worten: „nicht restirt und“ einzuschalten: mindestens 6 Monat Mitglied ist, dagegen den Satz vom Worte „bereits“ bis zum nächsten Komma hinter dem Worte „hat“ zu streichen.
   b) § 12. Die Frist zur Aufstellung der Jahresrechnung um 4 Wochen zu verlängern.
   c) Abänderung des § 29 bezüglich der Publikationsorgane.
5. Antrag des Vorstandes: Die Generalversammlung möge demselben Vollmacht ertheilen, das Geschäft unter günstigen Umständen verkaufen zu dürfen.
6. Wahl des Vorstandes.
7. Wahl des Aufsichtsraths.

Hamburg, den 1. Juli 1878. Der Aufsichtsrath.
J. A.: August Geib.

Hannover. Den Freunden und Parteigenossen zur Anzeige, daß ich auf dem Schützenplatze während des Schützenfestes ein [1,80

Restaurations-Zelt

errichtet habe und halte mich mit meinen Getränken bestens empfohlen.
(F167) Carl Fink aus Linden.

Wir empfehlen:

Donai: Antwort an die Bekenner des Theismus	Mk.	—.10
Hillmann: Organisation der Massen	„	—.20
Erinnerung an Herwegh	„	—.10
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag	„	—.12
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	„	—.05
Schramm: Grundzüge der Nationalökonomie	„	—.25
Yorck. Die industrielle Arbeiterfrage	„	—.10

Die Expedition des „Vorwärts“.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Familienblatt.

Preis vierteljährlich Mk. 1,20, in Heften (3 Wochennummern enthaltend) à 30 Pfg.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und die Expedition der „Neuen Welt“, Färberstraße 12/II. Leipzig entgegen.

Die

Wahlagitationsnummer

ist erschienen.

Dieselbe enthält:

1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
2. Zum bevorstehenden Wahlkampf.
3. Unsere Prinzipien.
4. Rückblicke auf den aufgelösten Reichstag.
5. Den Verläumdern.
6. Wahlgesetz und Wahlreglement ꝛc.

Preis für je 100 Expl. 1,50 M. ohne Porto. Versandt nur gegen baar oder Postvorschuß.

Da wir erwarten, daß die Parteigenossen allerorts von diesen Agitationsmittel in dem jetzigen Wahlkampfe den ausgiebigsten Gebrauch machen werden, ersuchen wir die Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit nicht unliebsame Verzögerungen eintreten.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 55 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf.,
Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York, Wm. Franz Sonntag, 17 Ann Str. corner Broome. — Max Herm. Weiße, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: 2 Y.M. 505 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: J. Hug, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Sqn.

Nr. 79. Sonntag, 7. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Gott behüte mich vor meinen „Freunden".

II.

„Niemand," belehrt uns väterlich der „Freund", „Niemand setzt sich ungestraft festgewurzelten Anschauungen, der nationalen Sitte und den herrschenden Ideenströmungen entgegen. Es giebt keine Sprünge in der Geschichte; aus langsamer Entwicklung keimt das Leben. ‚Wer durch der Stimme Ruf den Sturmschlag des Meeres übertönen will," sagt schon der griechische Tragiker, „ist ein thörichter Mann." In einer Zeit der nationalen Bewegung ziemt es gewiß dem besonnenen Politiker, an die allgemeinen Güter der ganzen Menschheit, an die internationalen, einander bedingenden Interessen aller Culturvölker zu erinnern. Auch haben wir am allerwenigsten etwas dagegen, wenn die Arbeiter der verschiedenen Nationen ihre gemeinsamen Interessen, bis zu einem gewissen Grade ihre Solidarität betonen. Auch der Freihandel ist international, so gut wie der Ultramontanismus, und das Kapital macht seinen kosmopolitischen Charakter bis zur äußersten Grenze des Antinationalen geltend, wenn es sich z. B. nicht scheut, dem Feinde indirekt die Mittel zur Kriegführung zu liefern. Aber die sozialen Fragen können bis zu einer gewissen, ziemlich hohen Stufe, ja sie müssen auf nationalem Wege gelöst werden (vgl. die engl. Fabrikgesetzgebung). Wir meinen, daß man die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung nur geschwächt hat, indem man sie auf das internationale Gebiet hinüberspielte. Der deutsche Arbeiter steht an allgemeiner Bildung, an consequentem Erfassen einer Idee höher, als der französische oder englische. In England ist das soziale und politische Problem für den Arbeiterstand ein anderes, als bei uns und seine Lösung wird seit langem mit eigenartigen Mitteln, wenn auch sicher vergeblich, versucht. Der französische Sozialismus ist von jeher utopistisch und revolutionär. Kann man es dem deutschen Bürgerthum verdenken, wenn es aus dem unendlich albernen Schlachtruf der Internationale: Proletarier aller Länder versammelt (!) Euch! das Signal zur kommunistischen Revolution*) heraushörte?"

Wir dächten, der „Freund" hätte sich und uns diese Belehrung ersparen können. Daß „Niemand ungestraft festgewurzelten Anschauungen" entgegentritt, ist eine ziemlich bekannte Wahrheit und hat seit Jahrtausenden das nicht wenig zahlreiche Geschlecht der Philister und Angstmichel von den Pfaden der Neuerung abgeschreckt und, nach dem Gesetze der Trägheit, durch passive Bewegungslosigkeit zur Hauptstütze aller alten verrotteten Lehren und Einrichtungen gemacht.

Nimmt der „Freund" es uns übel, daß wir nicht solche Philister und Angstmichel sind? Oder „entschuldigt" er großmüthig unsere, freilich sehr häufigen Verstöße gegen die „festgewurzelten Anschauungen" 2c.? Wir sind uns nicht recht klar.

Und „daß es in der Geschichte keine Sprünge giebt" — wenn wir uns nicht sehr irren, hörten und begriffen wir das schon in der Quinta.

Auch was über die „Internationalität" gesagt wird, ist nicht ganz neu, dafür aber freilich von der unanfechtbaren Richtigkeit jedes Gemeinplatzes. Schade nur, daß schwer ersichtlich ist, weshalb es der „Freund" hier an den Mann bringt — oder ist es nicht zum Mindesten sonderbar, eine Lanze für die „Internationalität" im Allgemeinen zu brechen, und die „Internationalität" dann im Besonderen, auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung, zu verurtheilen? Es will uns schier bedünken, vor der Logik gäbe es keine „Ausnahmemaßregeln".

Wozu ferner die kleine Vorlesung über die „nationale Lösung" der sozialen Frage? Wir haben eine dunkele Erinnerung, das Nämliche, nur etwas deutlicher und präciser, in unserem Parteiprogramm („Wirken im nationalen Rahmen") gelesen zu haben, dessen Lektüre wir überhaupt dem „Freund" anrathen möchten. Sehr verbunden würden wir dem „Freund" sein, wenn er uns an einem einzigen Beispiel nachwiese, daß „man die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung geschwächt hat, indem man sie auf das internationale Gebiet überspielte". Nur ein einziges Beispielchen, lieber „Freund"!

Die höchst fragwürdigen Urtheile des „Freundes" über die relative Gebildetheit und die Charaktereigenthümlichkeiten der deutschen, französischen und englischen Arbeiter wollen wir keiner Kritik unterwerfen, da dies, soll es gründlich geschehen, zu viel Zeit und Raum wegnehmen würde. Es ist auch um so weniger nöthig, als das Urtheil des „Freundes" mit dem Urtheil des deutschen Durchschnittsbürgers aufs Haar übereinstimmt.

Genug: „der französische Sozialismus ist von jeher utopistisch und revolutionär" (der arme Cabet wird sich im Grabe herumdrehen, daß er zum „Revolutionär" gestempelt wird!). Ergo „kann man es dem deutschen Bürgerthum nicht verdenken, wenn es aus dem — — Schlachtruf der Internationale das Signal zur kommunistischen Revolution heraushörte"! Ein logischer Salto mortale, der von bedeutender Schwung- und Sprungkraft unseres „Freundes" zeigt. Schade, daß seine Seh- oder Gedächtnißkraft mit dieser Schwung- und Sprungkraft nicht auf gleicher Höhe steht, sonst würde er den „Schlachtruf der Internationale" nicht so falsch citirt und zu solch „unendlicher Albernheit" verdreht haben. Freilich, wer unser Partei-Programm nicht kennt, von dem ist auch nicht zu verlangen, daß er das „Kommunistische Manifest" und die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation kenne. Einstweilen dem „Freund" die Notiz, daß die „Proletarier aller Länder" nicht unter dem preußischen Versammlungsgesetz stehen, und wohl auch schwerlich ein hinlänglich großes Versammlungslokal finden dürften.

Nachdem unser Freund in so glänzender Weise seine Berechtigung uns zu schulmeistern ad oculos demonstrirt hat, begiebt er sich auf das Glatteis des delikaten „Revolutions"-Themas um uns armen unreuigen Sündern tüchtig ins Gewissen zu reden:

„Wir sind überzeugt, daß es den Führern der deutschen Sozialdemokratie Ernst ist mit der Versicherung, daß sie auf gesetzlichem Wege mittels friedlicher Entwicklung, hervorzurufen durch politische Propaganda ihrer Ideen, zu ihren Zielen zu gelangen streben. Aber die Art und Weise, in welcher lange Zeit von einem Theil ihrer Parteipresse und ihrer Agitatoren vorgegangen wurde (in neuerer Zeit ist es damit etwas besser geworden), kommt, wir können's nicht anders ausdrücken, einem frivolen Kokettiren mit der Revolution ziemlich gleich. Wenn einst ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstag sagte, die Arbeiter wüßten mit Gewehren umzugehen, wenn man erklärt, à la Marat zu schreiben, wenn man die rothe Fahne zum Parteipanier erhebt, wenn noch in den letzten Tagen ein sozialdemokratisches Blatt schrieb, es wolle sich die Namen der Redakteure von Zeitungen, welche gegen die Sozialisten hetzen, „anstreichen", so darf man sich nicht wundern, wenn die Gegner dieses kindische Drohen mit der Revolution für Ernst nehmen. Es mag ja manchem der ungestümeren Elemente einen gewissen Kitzel gewähren, mit derartigen Dingen als einer Art Popanz ängstliche Bourgeoisgemüther zu schrecken; bei einer Partei, welche die Centralisation und Parteidisziplin bis zum Terrorismus treibt, sollten die Führer dergleichen verhüten."

Der liebe „Freund" hat sich aufs Glatteis begeben und die natürliche Folge ist eingetreten: er ist ausgeglitten und schneidet, am Boden zappelnd, durchaus keine würdige Figur.

Wer aufs Glatteis geht, fällt hin; wer mit Feuer spielt, verbrennt sich die Finger und wer der Polizei und den Staatsanwälten ins Handwerk pfuscht, muß sich nachher — die Finger waschen. Oder merkt der „Freund" nicht, daß dieser Passus seiner Bußpredigt einen gewissen denunziatorischen hautgout hat? Fühlt er nicht, daß, selbst wenn Alles wahr wäre, was er hier schreibt, dieser Angriff, diese Anklage im jetzigen Moment möglichst unpassend sein würde?

Und was er vorbringt, ist das Gegentheil der Wahrheit. Keine andere Partei hat so scharf und bestimmt, wie die unsrige, Staat und Gesellschaft als Organismen, die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung als einen organischen Naturprozeß aufgefaßt, der sich nach ehernen Gesetzen vollzieht, und von dem Willen und den Launen einzelner Individuen — ob dieselben nun „Revolutionen" von oben, oder „Revolutionen" von unten „machen" wollen — vollkommen unabhängig ist. Vor den Schranken der Gerichte, in Dutzenden von Schriften — darunter die maßgebenden der Parteiliteratur — in tausenden von Zeitungsartikeln ist dieser Gedanke ausgeführt worden — es ist der Parteigedanke par excellence. Kein Zweifel, daß hier und da der Gedanke einen ungeschickten Ausdruck gefunden hat — aber was will das besagen? Und daß die „Revolution" in unsern Blättern eine ständige Rubrik bildet, hat seinen sehr natürlichen Grund darin, daß die gegnerische Presse, um die Angstmeier auf uns zu hetzen oder doch mit Abscheu vor uns zu erfüllen, uns bei jeder Gelegenheit „revolutionärer" Absichten zeiht und die tollsten „Umsturzideen" uns unterschiebt — mit Erfolg, wie die Artikel unseres „Freundes" zeigen.

Bis zu welchem Grade die — Erregung unseres „Freundes", Dank derartigen systematischen Hetzereien, gestiegen ist, erhellt aus der komischen Thatsache, daß er die Aufforderung der „Berliner Freien Presse", die Parteigenossen sollten sich die Namen der Hetz-Zeitungsredakteure „anstreichen", für ein — „Drohen mit der Revolution" hält! Nachbarin, Euer Fläschchen. Wo hier das „Kindische" liegt, das dürfte, mit Ausnahme unseres „Freundes", jedem Menschen klar sein.

Wir hoffen, der schwachnervige „Freund" hat sich inzwischen von seiner Ohnmacht erholt und wir fragen ihn in aller Ruhe, ob er, ob die Redaktion der „Frankfurter Zeitung", ob die Mitglieder seiner Partei sich nicht die Redakteure von Zeitungen „anstreichen", die erzinfame Artikel gegen die Partei des „Freundes" bringen? Wir thun es, und werden es thun — wir haben uns z. B. auch den „Freund" und diese seine Artikel „angestrichen" — er darf aber versichert sein, daß wir ihm kein Haar krümmen werden, und obgleich der „Terrorismus", den wir über die Parteimitglieder üben, nur ein von unsern Feinden „fabrizirter Popanz, ängstliche Bourgeois zu schrecken", ist, so können wir unserm „Freunde" doch versichern, daß er sein volksparteiliches Bourgeoisgemüth umsonst geängstigt und trotz durchsichtigsten Anonymitätsschleiers von keinem unserer Parteigenossen das Geringste zu befürchten hat.

*) Es giebt auch noch eine andere Sorte von „Freunden", die uns jetzt mit ihrer „Freundschaft" heimsuchen — unsere „Brüder" die bramarbasirenden Kindskörse, welche sich „Anarchisten" nennen. Diese komischen enfants terribles machen uns den umgekehrten Vorwurf, wie unser volksparteilicher „Freund", sie erklären uns, weil wir jetzt nicht „losgeschlagen" haben, für Idioten oder Feiglinge. Wir können diesen liebenswürdigen Bürschchen nur den guten Rath geben, ihr Rezept in Deutschland zu befolgen. Für die nöthigen Flinten werden „gewisse Leute" schon sorgen, und zwar für Flinten, die „losgehen", und auch ein paar Millionchen, die sie ja sehr gut brauchen können, um ihr bankrotes Blättchen wieder auf die Beine zu bringen, sind bei der Affaire zu verdienen. Herr Stieber in Berlin wird ihnen sagen, an wen sie sich zu wenden haben. Auch Träger für die Flinten würden die „gewissen Leute" beschaffen. Also lustig ans Werk! Es ist „ein Geschäftchen" zu machen Und ein sicheres Geschäftchen — wofür wir wundersame Belege beibringen könnten, wenn nicht gewisse Skrupel uns daran hinderten. Genug: sunt pueri pueri (Knaben sind Knaben) — und Knaben nimmt nicht einmal unsere Polizei ernst. Verstanden? R. d. „V."

Die Verfälschung der Lebensmittel vor dem Reichstage.

Von H. Vogel.

(Fortsetzung.)

Der Gesetzentwurf stellt eine nicht zu unterschätzende Hilfe gegen eine Menge von Verfälschungen und Verschlechterungen in Aussicht. Es wird in demselben den Beamten der Gesundheitspolizei das Recht zugestanden, während der Geschäftszeit in die Geschäftsräume einzutreten und Waarenproben gegen Bescheinigung zu entnehmen. Dem Bundesrath wird das Recht zugestanden, Bestimmungen zu erlassen über die Art der Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung, Beschaffenheit und Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln, über das Schlachten von Vieh, Verkaufen von Schlachtvieh, Fleisch und Milch, über die Einrichtung der Schlachthäuser und der zur Zubereitung von Nahrungs- und Genußmitteln und anderen Gebrauchsgegenständen dienenden Räume.

Es wäre hiernach immer die Möglichkeit gegeben, etwas gründlich den eingeschlichenen und gewohnheitsgemäß gewordenen Mißbräuchen und Gesundheitsschädigungen entgegen zu treten. Freilich heißt es auch im § 6 sehr unentschieden: „Für das Reich kann durch Beschluß des Bundesrathes die gewerbsmäßige Herstellung, der Verkauf und das Feilhalten von Gegenständen, welche zur Fälschung von Nahrungs- oder Genußmitteln bestimmt sind, beschränkt werden. Warum heißt es nicht hier einfach: „wird verboten"?

Ein echtes liberales Gemüth würde hier sogleich ausrufen: Aber wie gefährlich wäre es, wenn unserer ohnehin schon so mächtigen Polizei so weitgehende Befugnisse gegeben würden? Wer schützt uns vor Mißbrauch derselben und persönlichen Chikanen? Wie können wir die große Macht unserer Polizei noch vermehren? Ich gestehe, ich traue in solchen Dingen den Staatsbehörden zehnmal mehr Sorgfalt für das öffentliche Wohl zu, als den gewählten Vertretern der „großen liberalen Partei". Wir haben gesehen, was in Berlin die Herren Stadtverordneten aus der ihnen vom Polizeipräsidium vorgelegten Bauordnung gemacht haben, wie hier die Anträge zur Errichtung öffentlicher Badeanstalten 2c. unberücksichtigt blieben. Warum schreit man denn nicht von Uebergriffen der Polizei, von Bedrohung der bürgerlichen Freiheit bei gesetzwidrigen Versammlungsauflösungen, bei gesetzwidrigen Verhaftungen und gesetzwidrigen Confiskationen? Da böte sich diesen Wächtern der bürgerlichen Freiheit jetzt eine so schöne Gelegenheit, ihre Stimme erschallen zu lassen. Aber in dieser Beziehung bleibt es still über den Wassern. Der beste Beweis, daß das liberale Angstgeschrei über polizeiliche Uebergriffe nur eitel Humbug ist.

Befugnisse, welche im freien England und in der Schweiz die Polizei schon längst ohne Anstoß besitzt, die sollen, bei uns eingeführt, die bürgerliche Freiheit bedrohen? Es ist wahr, in England und in der Schweiz ist die Polizei eine andere als bei uns. Sie ist dort nicht die Herrin, sondern die Dienerin und Warnerin des Volks, sie schafft sich Respekt nicht durch Unhöflichkeit und Grobheit, sondern dadurch, daß sie sich nützlich macht. Was liegt aber dann näher, als daß auch bei uns die Polizei ihre bisherige Stellung zum Publikum zu ändern habe, daß sie ebenfalls die Wahrung und Beschützung des Volkswohls als höchsten und edelsten Zweck ihrer Existenz zu betrachten genöthigt sei und nicht die Bestrebungen und Wünsche reaktionärer Staatsmänner. Aber statt in diesem Sinne ihre Stimme zu erheben, lassen sich die liberalen Volksvertreter noch von der Polizei beschämen, indem diese nur darüber wachen muß, daß die liberalen Herren in der rücksichtslosen Ausnutzung Ihres Geldsackes zu Ungunsten der Volksgesundheit nicht gar zu weit gehen.

Auch in Betreff der Strafen für überführte Verfälschungen enthält der Entwurf im Allgemeinen Verschärfungen der bestehenden äußerst milden Bestimmungen. Als unentschieden muß auch hier die Bestimmung des § 16 angeführt werden, nach welcher in dem Urtheil angeordnet werden kann, daß die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen bekannt zu machen sei. Als Grund dieser Unbestimmtheit wird angegeben, „daß die Veröffentlichung unter Umständen für den Betreffenden eine unverhältnißmäßige Härte enthalten kann". Wie sehr besorgt ist man um die armen Fälscher!

Dem Gesetzentwurf sind Motive beigegeben, über die bei Abfassung desselben leitend gewesenen Gesichtspunkte. Auch hier heißt es, daß der Entwurf davon ausgehe, daß „die Gesetzgebung auf diesem Gebiet eine weise Zurückhaltung zu bewahren habe". Wie zart und rücksichtsvoll!

Wenn es sich um die Einziehung von Steuern handelt zur Beschaffung der nöthigen Fonds für den Militäretat, dann bewahrt man keine so „weise Zurückhaltung", dann pfändet der Steuerexekutor ganz ruhig dem ärmsten Arbeiter den letzten Schrank ab. Auch gegen Großindustrielle ist man dann nicht so rücksichtsvoll, als hier, wo es sich um den Schutz von Leben und Gesundheit handelt. Die betreffenden Industriezweige, wie die Zuckerfabriken, die Brauereien und Brennereien, müssen sich die fortwährende Anwesenheit und Controlle der Steuerbeamten in ihren Etablissements gefallen lassen. Gilt es aber gar, eine Anzahl böser Sozialdemokraten hinter Schloß und Riegel zu bringen, dann ist „weise Zurückhaltung" den Behörden ein ganz unbekannter Begriff.

Den Motiven ist eine Besprechung derjenigen Punkte angereiht, „welche namentlich in's Auge gefaßt werden sollen". So sehr es nun auch anzuerkennen ist, daß die bei den angeführten

Gegenständen in Betracht kommenden Fälschungen und Verschlechterungen hier in ganz vorzüglicher Weise besprochen werden — die meisten dieser Abschnitte wären werth, durch Spezialabdrücke zur allgemeinen Kenntniß gebracht zu werden —*), so muß doch bemerkt werden, daß dadurch, daß die angeführten Gegenstände sehr eingehend besprochen werden, sonst aber gar keine anderen erwähnt werden, der große Irrthum erregt wird, daß sich das Gesetz nur auf die angeführten Gegenstände beziehen soll. So sagt selbst ein Fachblatt, die „Pharmazeutische Zeitung" vom 13. April 1878: „Das Gesetz soll sich beziehen auf Mehl, Conditorwaaren, Zucker, Fleisch, Wurst, Milch, Butter, Bier, Wein, Kaffee, Thee, Chokolade, Mineralwasser, Petroleum, Bekleidungsstoffe, Papier, Tapeten, giftige Farben, Kinderspielwaaren, Glasur von Thonwaaren, Hausgeräth, Metall und Emaille." Die angeführten Gegenstände sind aber wahrlich nicht die einzigen Nahrungs- und Genußmittel und Gegenstände des häuslichen Gebrauchs, bei welchen Verfälschungen vorkommen, und zwar solche, die sehr wohl gesundheitsschädlich werden können.

Bereits in der im Jahre 1873 von dem Schreiber dieses Aufsatzes erschienenen Broschüre: „Die Verfälschung und Verschlechterung der Lebensmittel" sind eine Reihe anderer Nahrungs- und Genußmittel besprochen worden, welche auch sehr häufig verfälscht werden. Es seien von denselben hier nur folgende erwähnt: verschiedene Stärkemehlarten, wie Sago, Arrow-Root und Tapioca, dann Pökelfleisch, Schmalz, Heringe, Sardellen, Anchovis, Caviar; von Spirituosen: Rum, Arac und Cognac; dann Käse, Essig, Olivenöl, Mohnöl, Honig, Pflaumenmuß, Rosinen, Mandeln (mit Pfirsichkernen), Capern, Macaroni; von Gewürzen, welche namentlich in gepulvertem Zustande außerordentlich oft verfälscht angetroffen werden: Canehl, Cassia, Cardamom, Ingber, Macisblüthen und -Nüsse, Nelken, Piment, Pfeffer, Saffran und Vanille, sowie die einheimischen: Anis, Coriander, Dill, Fenchel, Kümmel, Senf und Wachholderbeeren, endlich Cichorien und Tabak.

Wenn auch der Entwurf es unentschieden läßt, ob die angeführten Gegenstände alle mit unter das Gesetz fallen sollen oder nicht, so scheint er doch eine große Reihe anderer Gebrauchsgegenstände gänzlich zu ignoriren, deren Verfälschungen dennoch sehr verhängnißvoll für die Gesundheit werden können, nämlich die Droguen und Arzneiwaaren. Es ist wahr, dieselben sind bereits einer gewissen Kontrolle in den Apotheken unterworfen; aber erstens ist diese Kontrolle sehr problematisch, indem die Revisionen der Apotheken fast immer vorher angemeldet werden, wodurch deren Befund gar keine Garantie für den Zustand der Waaren im Allgemeinen bietet. Andererseits werden Droguen und Arzneiwaaren heutzutage nicht allein in den Apotheken verkauft, sondern in speziellen Droguenhandlungen und vielen Materialhandlungen.

Schreiber dieses ist selbst Apotheker und Droguist und wird wahrlich nicht unnöthigerweise die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand richten. Aber gerade hier wäre eine Kontrolle oft um so nöthiger, als das Publikum selbst nur in seltenen Fällen die Güte der empfangenen Waaren beurtheilen kann, und die keineswegs seltenen Verfälschungen oft um so nachtheiligere Folgen haben müssen, als sie meist für Kranke gebraucht werden. Beispielsweise sei hier erwähnt, daß häufig Verfälschungen vorkommen bei Copaiva- und Perubalsam, Cacaobutter, Angelica, Baldrian, Biebergeil, Chinarinden und Chinin, Galgant, Jalapenwurzel und -Harz, Lakritzen, Lycopodium, Moschus, den meisten ätherischen Oelen, Salep, Sarsaparilla und Sennesblättern, und zwar auch hier am häufigsten, wenn dieselben in pulverisirtem Zustande gekauft werden. Es kommen z. B. große Sendungen, centnerweise, Lycopodium aus Ungarn in den Handel, welches auch nicht ein Körnchen wirklicher Lycopodiumpillen enthält. Moschus ist zuweilen so raffinirt verfälscht, daß es absolut unmöglich ist, dies mit Sicherheit festzustellen. — Bei den Gebrauchsgegenständen wäre noch Dinte zu erwähnen gewesen, welche von manchen Fabrikanten, um das Schimmeln zu verhüten, unverantwortlich stark mit Quecksilbersublimat versetzt wird, wodurch Vergiftungen oder Gesundheitsbeschädigungen sehr leicht erfolgen können. — Das wären einige Einwendungen, welche wir an dem Gesetzentwurf zu machen haben.

Sehen wir nun zu, wie sich der Reichstag zu demselben gestellt hat.

Von dem demokratischen Abgeordneten Payer bis zu dem Posener Polizeipräsidenten v. Staudy fand der Entwurf von keinem einzigen der zum Wort gelangten Redner der verschiedenen Parteien unbedingte Zustimmung.

(Fortsetzung folgt.)

*) Als eines hierbei mitunterlaufenen Irrthums ist zu erwähnen, daß sogenannte Eiernudeln mit Pikrinsäure gefärbt sein sollen. Das ist aber in keinem Fall anzunehmen. Pikrinsäure hat, was sonderbarer Weise von den in der Commission sitzenden bedeutenden Chemikern übersehen sein muß, einen so intensiv bitteren Geschmack, daß auch die geringste Beifügung derselben zu Nudeln solche ungenießbar machen würde, wie Schreiber dieses sich durch einen Versuch (1 : 10,000) überzeugt hat. Eine künstliche Gelbfärbung der Nudeln und Macaroni wird allerdings sehr vielfach vorgenommen, doch wendet man dazu, wie auch zum Färben von Liqueuren, ein nicht bitteres Anilinpräparat, das sogenannte Saffransurrogat, an, was auch von den Herren Gehe u. Comp. in Dresden bestätigt wird.

Aus Berlin.

— — den 4. Juli.

Pfui der Schande! So ruft in der „Magdeburgischen Zeitung" ein „braver Patriot" aus, weil die Liberalen zur Bekämpfung der Sozialdemokraten den Geldbeutel nicht ziehen und Opfer für die heilige Sache des Liberalismus bringen wollen. Es hat sich was zu opfern — der Liberalismus will nur nehmen, er will etwas haben. Warum ist denn eigentlich der deutsche Spießbürger liberal gewesen? Weil der Liberalismus Mode war, und weil man unter seiner Maske das Schäfchen besser ins Trockne bringen konnte. Jetzt ist der Conservatismus an der Mode — der deutsche Philister wird conservativ, er kann ja dabei mehr verdienen. Opfer bringen, wofür? fragt er — ich stimme immer mit der Majorität, und da brauche ich keine Opfer zu bringen. Haben die Liberalen denn noch immer nicht begriffen, daß die Hödel- und Nobilingattentate sie getroffen haben, daß der Liberalismus erschossen worden ist? Conservativ oder sozialdemokratisch wird bald schon die einzige Parole lauten, und Opfer bringt das Volk nur für eine große und schöne Idee, das weiß auch die Magdeburgerin, deshalb die großartigen Sammlungen zu den nächsten Wahlen in den Kreisen der hiesigen sozialdemokratischen Arbeiter.

Unsere Wahlvorbereitungen werden von der Polizei vielfach behindert; doch das schadet nichts, die Spannkraft unserer Parteigenossen wird dadurch nur erhöht. Bei der Flugblättervertheilung sind dieselben schon derart eingeschult, daß sie dem pfiffigsten Polizisten und dem gröbsten Hauswirth nicht mehr in die Finger gerathen. Durch allerlei Denunziationen gelingt es der Polizei hin und wieder wohl, eine Privatwahlbesprechung unserer Parteigenossen zu „sprengen"; aber was nützen solche „Heldenthaten" — ein bischen Aufregung, die, wenn unsere Genossen, wie ich behaupten kann, besonnen bleiben, lediglich uns zugute kommt. Von jeher war ja die Polizei unsere eifrigste, wenn auch unfreiwillige Bundesgenossin.

„Gegen das Treiben der Sozialdemokratie wird auch eine neue Maßregel der Regierung in Bezug auf die Freizügigkeit getroffen, die sich gegen das „Vagabundenthum" richtet" — so erzählen hiesige offiziöse Zeitungen. Wir sind's herzlich zufrieden, wenn man das „Vagabundenthum" vernichtet; aus jedem gebesserten Vagabunden wird ein Sozialdemokrat, der Vagabund selbst aber ist immer einer der besten und treuesten Stützen der herrschenden Gesellschaft.

Der bekannte freiconservative Abgeordnete Stumm ist der Complicenschaft mit Nobiling dringend verdächtig — denn er hat beim Abschied aus der letzten Session des Reichstags zu einem Parteigenossen, der sich der Abstimmung bei dem Lehmann-Gesetz enthalten hatte, wörtlich gesagt:

„In vier Wochen sehen wir uns vielleicht hier wieder, nachdem das scheußlichste Verbrechen besser gelungen sein wird; dann wird aber die Nation mit unerbittlicher Strenge über Ihre juristischen Nörgeleien zur Tagesordnung übergehen!"

Andere Leute, die Aehnliches geredet haben, sind als verdächtig verhaftet worden. Das zweite Attentat hat nur der conservativen Partei, welcher der Abgeordnete Stumm angehört, Nutzen verschafft. Welche herrliche Combination für den Herrn Tessendorf, der leider auch conservativ ist. — Doch Scherz bei Seite! Weit davon entfernt, die conservative Partei der Urheberschaft des zweiten Attentats beschuldigen zu wollen, bin ich jetzt doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß Nobiling, der die Wirkung des ersten Attentats gegen die Sozialdemokraten wohl kannte, als grimmiger Antisozialist das Verbrechen begangen hat, lediglich um die Sozialdemokraten an's Messer zu liefern. Dem Fanatiker kam es dabei gar nicht darauf an, ob er zugleich einen von ihm geschätzten Mann tödten könne, da er wohl wußte, daß ein blindes Feuern keinen Erfolg gegen die Sozialdemokratie erzielen würde.

„Ehren-Duncker" ist wieder völlig zu Ehren bei der Fortschrittspartei gekommen. Bei dem letzten Stiftungsfeste des „Großen Berliner Handwerkervereins" (fortschrittlicher Tendenz), dessen Vorsitzender Duncker noch immer ist, hielt derselbe auch die Festrede, in welcher folgender bezeichnende Passus vorkommt:

„Angesichts der traurigen Verhältnisse, der inneren Zerrüttung, in welcher wir uns jetzt befinden, kann ich darauf hinweisen, daß schon in der Festrede von 1861 meinerseits auf die Gefahren hingewiesen worden, welche jetzt vor Aller Augen liegen, und wie damals, so wiederhole ich auch heute, daß nur durch die stetige Arbeit, das stetige Ringen nach Bildung und Erkenntniß, nach Vervollkommnung aller sittlichen und geistigen Eigenschaften im Menschen eine Besserung auf diesem Gebiete erreicht werden kann."

Der „sittliche" Duncker! Und die braven fortschrittlichen Handwerker, welche sich von diesem Herrn über „Zerrüttung" und „Sittlichkeit" vorpredigen lassen müssen! Es ist übrigens unverzeihlich von den Herren Fortschrittlern, daß sie bei der großen Candidatennoth, die bei ihnen herrscht, nicht den Herrn Duncker im 6. Berliner Wahlkreise als Reichstagscandidaten aufstellen.

Die Viktoria auf der Siegessäule soll um einen halben Meter in schiefe Position gerathen sein — allgemeine Nationaltrauer hierselbst — polizeiliche Haussuchungen nach dem Attentäter — grimmiges Geschimpfe auf die Sozialdemokraten, aus deren Reihen der fluchwürdige deutsche „Courbet" hervorgegangen ist, welcher nächtens an der Siegessäule emporgeklettert und der armen Siegesgöttin den kleinen Zehen am linken Fuße mit einem Brecheisen abgestoßen hat, wodurch das Frauenzimmer in's Wanken gerathen ist. Hoffentlich werden sie den Attentäter nicht abfassen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Aufruf des „Vorwärts" an die Arbeiter, in welchem ihnen der Rath ertheilt wird, lieber Alles zu unterschreiben und Alles zu versprechen, als sich von fanatisch brutalen Arbeitgebern aufs Pflaster werfen zu lassen, hat die Billigung aller gerechten und vernünftigen Menschen, selbst im gegnerischen Lager erhalten. So erklärt zum Beispiel der „Nürnberger Anzeiger", nachdem er den Aufruf abgedruckt hat:

„Das ist die zwar sehr traurige, aber logisch unanfechtbare, naturgemäße und nothwendige Folge der „liberalen" und „fortschrittlichen" Hetzereien wider die Arbeiter, welche man durch Gewaltakte, wie sie „Ehrenkurier" (das Reptilblatt „Fränkischer Courier" R. d. „V.") in seinem famosen „Selbsthilfe"-Artikel (der durch die ganze liberal-reaktionäre Presse die Runde gemacht hat R. d. „V.") vorschlug, zur Heuchelei, zum Wortbruche und zur Lüge zwingt. Wie tief sind wir doch in Deutschland gesunken, im Lande der „Treu und Redlichkeit", im „Volke der Denker", — und zwar gesunken, nicht durch die „sozialistischen" Ausschreitungen, sondern durch die Gewaltthätigkeit und das aller Humanität und Ehrlichkeit hohnsprechende Gebahren unseres herrlichen Scheinliberalismus."

Gerade weil nun der Aufruf „logisch unanfechtbar, naturgemäß, nothwendig" und wirksam ist, erheben dagegen Diejenigen, deren infames Attentat auf die Gewissensfreiheit er vereitelt hat, ein entsetzliches Geschrei und wollen uns der Immoralität anklagen. Die Elenden! Unser Dresdener Parteiorgan, die „Volkszeitung" fertigt sie trefflich ab, indem sie sagt:

„Gewaltig verschnupft hat in höheren Kreisen der Aufruf des „Vorwärts" an die Arbeiter, den auch wir abgedruckt haben, betreffend die Unterschrift zu geben, wenn an sie das Verlangen gestellt wird, zu unterschreiben, daß sie keine Sozialdemokraten sind. Namentlich scheint die Stelle: „gebt euer Ehrenwort,

Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

(Fortsetzung.)

Gesagt, gethan — Abends war ich in Exeter Hall. Ich fand die weite Versammlungshalle bereits mit einem sehr fashionablen Publikum gefüllt. Bescheiden wie ich bin, dränge ich mich natürlich sofort bis in die vordersten Reihen vor, um Alles genau zu sehen.

Da saßen denn, amphitheatralisch geordnet, einige Hundert kleiner Jungen und Mädchen, alle uniformirt. Aber — seltsamer Anblick — die Uniform schien sich nicht nur auf die Kleidung, sondern auch auf die Gesichter zu erstrecken. Es lag auf allen ein uniformer Ausdruck von geistiger Stumpfheit und Indolenz, der mir Neuling einen ganz eigenthümlichen Eindruck machte. Wohl kein einziges hell und munter dreinblickendes Kindergesicht, kein einziges Kinderauge, von dem sich hätte sagen lassen: hier spricht ein eigener freier Menschengeist heraus.

Man sah es diesen Gesichtern gar wohl an, wie die armen Kindergemüther von Anfang an systematisch „in spanische Stiefel eingeschnürt werden", bei Bibel, Haselstock und Hafergrütze.

Die heutige Gesellschaft, die nichts umsonst giebt, macht sich für das Bischen Fraß, das sie all' diesen armen Beglückten vorwirft, mit Profit bezahlt, indem sie das Beste, was sie haben, den freien Menschengeist, mit Berechnung in ihnen erstickt, tödtet.

Mir war nur unbegreiflich, wie man all' diese stumpfen, apathischen Gesichter von einander unterscheidet; sie sahen sich so ähnlich wie die Eier. Ich bemühte mich immerfort, die Kinder von der Rückseite zu sehen, überzeugt, es habe jedes auf dem Rücken seine Nummer aufgenäht.

Vor den Kindern, auf einer Bühne, saßen dann Leiter, Vorstand, Protektoren des Vereins, in den ersten Bänken im Saale selbst, also dort, wo ich stand, die ganze hohe Gönnerschaft ꝛc.

Ach, und das sah Alles so gottgefällig und selbstzufrieden aus. Wenn diese Lords und Ladies und Baronets und M. P.'s (Parlamentsmitglieder) hinüberschauten auf die Reihen der Beglückten und ihre Angehörigen — denn auch solche befanden sich, demüthig dastehend, im Saale — da sah man es ihrem zufriedenen Lächeln förmlich an, wie sie derweil zu sich selbst sagten: Oh, was sind wir doch für edle, gute Menschen!

Es ist wahr, es sind das dieselben Leute, die zu Hause ihren Feldtaglöhner, ihren Fabrikarbeiter auf's Schonungsloseste ausbeuten, aushungern, es ist das dieselbe Gesellschaft, die, wie ihr poetischer Ankläger sagt:

„Den Armen giebt an der Kirchenthür
Und sie gestern erst bestahl."

Es ist wahr, die, welche hier gar so zärtlich besorgt sind um das Wohl des Volkes, wären die ersten, nach „Flinte und Säbel" und Kartätschen zu schreien, wenn das Volk einmal selbst sich um sein Wohl zu sorgen anschickte.

Im Ernst: Kein traurigerer Anblick, als wenn man den Proletarier mit demüthigem Kopfhängen vor dem Reichen dastehen und sich bewohlthätern lassen sieht. Der zum Bewußtsein seiner selbst gekommene Proletarier müßte gerade nichts Beleidigenderes, Entwürdigenderes kennen, als all' diesen ihm mit hochmüthiger Protektormiene hingeworfenen Bettel.

Wir haben nicht zu betteln, wir haben zu fordern! Erst stehlen sie mit Scheffeln, dann schenken sie mit Löffeln.

Ich lese mit Bedauern, daß sich jetzt, das englische Beispiel nachäffend, auch in Deutschland das Muckerthum unter hoher Protektion aufgemacht hat, um mit Gottesfurcht und Nickelmünze im Volke auf Gimpelfang auszugehen. Hoffen wir vom gesunden Sinn des deutschen Volkes, daß es diese würdigen Männer nach Verdienst behandelt, d. h. sie mit Hohngelächter zum Tempel hinauswirft.

Die Gesellschaft, die alte Sünderin, treibt es mit ihrem Wohlthätigkeitsschwindel wie die meisten alten Sünder: Sie werden fromm, stiften milde Werke, um das böse Gewissen zu beschwichtigen, sich von der Hölle loszukaufen. Nutzt euch aber Alles nichts: Der Teufel holt euch doch!

Aber wir sind ja in Exeter Hall.

Wie ich eintrat, war man gerade beim Absingen heiliger Lieder — ohne das geht es nun einmal nicht im frommen Heuchelland. Die Textbücher waren im Saale käuflich. Auch an mich kam der fromme Himmelsmanna-Verkäufer heran. Was sollte ich machen? Der gute Jüngling sah mich so gottesfürchterlich an — ich kaufte ihm ein Liederbüchlein ab.

Nachdem dieser Genuß glücklich überstanden war, folgten die Festreden. Ich unterlasse es, den freundlichen Leser damit aufzuhalten, und versichere ihm nur, daß alle Redner der unbedingtesten Zufriedenheit mit sich selbst und der Bewunderung über das Gottgefällige ihres Werkes unverholensten Ausdruck gaben, auch Jeder seiner besonderen Parquetloge im Himmel so gut wie sicher schien.

Der letzte Redner schloß mit einem Hoch auf „unsern allverehrten Präsidenten und Begründer des Vereins". Auf dieses Stichwort erhob sich der Lehrer der Schule, wandte sich gegen die Kinder und commandirte nun mit einem Taktstock ein dreimaliges „cheer" (Hoch), das die Kinder kurz und trocken, mit der Präcision eines deutschen Studenten-Salamanders exekutirten.

Ich ward da im Geiste weit weg versetzt, über das Meer, in die heimathlichen Gefilde, hin nach dem herrlichen Potsdam, der Urheimath des preußischen Unteroffiziers, dort, wo die Garde-Lieutenants blühen und der Korporalstock wild wächst.

Es mag einige Jahre her sein. In Potsdam war große Militärfestlichkeit. Auch meine Wenigkeit war unter den Zuschauern. Ich stand in der Nähe einer Gardekürassier-Abtheilung. Der commandirende Offizier ritt die Front ab, befahl fluchend und schimpfend das und jenes, dann mit echtem Lieutenantsgeschnarre: „Wenn Se. . . . . kommt, ruft ihr alle: Juten Morjen, ..." Hierauf wieder endloses Fluchen und Schimpfen, Stoßen und Zerren, weil „der dritte Mann im sechsten Glied" nicht genug „stramm" sitzt und beim „fünften Mann im vierten Glied" das Pferd die Nase zu weit vorstreckt. Dann wieder an der Tête: „Also wie werdet ihr sagen, ihr verfluchten Esels?" Ein mürrisches: „Juten Morjen, ..." ging durch die Reihen.

Unsere Zeitungsreptile wissen bei solchen Gelegenheiten nicht genug Aufhebens zu machen über das herzinnige: „Juten Morjen", das da ertöne. Wie's gemacht wird, davon sagen sie nichts.

An diese Szene werde ich seither immer erinnert, wenn ich solche Ausbüche von eingeprügeltem Enthusiasmus sehe, wie sie die armen beglückten Kleinen der „National Refuges for homeless and destitute children and Chichester and Arethusa training ships" auf ihrem „annual meeting" in Exeter Hall zu London zum Besten gaben.

Auf diese begeisterten Ovationen erhebt sich nun der geehrte Präsident — es war der bekannte Lord Shaftesbury, der Dalai-lama oder, um in dem jetzt so überaus beliebten Türkisch zu sprechen, der Scheich-ül-Islam des gesammten englischen Wohlthätigkeits- und höheren Volksbeglückungsschwindels. Fanatischer Mucker und Reaktionär, spielt er sich nichtsdestoweniger als Arbeiter- und Volksfreund auf, stiftet fromme Hilfsvereine, fromme Asyle, baut fromme Wohnungen (siehe oben) u. s. w. — also die rechte himmlische Demagogie, das Urbild und ewig unerreichbare Ideal unserer Stöcker.

Mylord also erhebt sich und spricht. Die dürre, lange schwarze Figur, das finstere, verlebte, bleiche Gesicht, die abstoßende, monotone, bellende Sprache verrathen schon von Weitem, wenn auch vielleicht nicht den Menschenfreund, so doch jedenfalls den Mucker. Er sprach viel, Se. Lordschaft. Er sprach von der Gottgefälligkeit und Verdienstlichkeit des Werkes und wie der Herr jedem Vereinsmitgliede für jedes gerettete Kindelein einen großen Posten in's Credit des himmlischen Hauptbuches eintrage.

um es zu brechen", großes Aufsehen erregt zu haben. Die guten Leute in jenen höheren Kreisen scheinen wirklich recht beschränkt zu sein. Machen wir uns einmal klar wie hier die Dinge liegen. Wir sehen da auf der einen Seite einen Fabrikanten im Vollgefühl einer großen Macht, auf der andern Seite die Arbeiter im Bewußtsein, daß sie hungern müssen, wenn sie aus der Arbeit entlassen werden. Der Fabrikant stellt nun unter diesen Verhältnissen das Verlangen an die Arbeiter, ihre Gesinnung, ihre Ueberzeugung zu verleugnen, widrigenfalls Entlassung, was gleichbedeutend ist mit einer langen Hungerkur für den Arbeiter und seine Familie. Wenn ein Räuber uns die Pistole auf die Brust setzt und mit den Worten: „das Geld oder das Leben" unsere Baarschaft abverlangt, so werden wir nicht umhin können, die Baarschaft herauszurücken. Wenn jener Räuber uns dann noch unser Ehrenwort abverlangt, der Polizei keine Anzeige von dieser Räuberei zu machen, so werden wir, wenn uns unser Leben lieb ist, dieses Ehrenwort geben, natürlich mit dem Vorsatz, es zu brechen. Dieses Ehrenwort würden auch jene Herren geben, welche dieses neue Mittel die Sozialdemokratie zu tödten, erfunden haben. Indem man von den Arbeiter verlangt, seine Gesinnung zu verläugnen, stellen sich jene, welche dieses Mittel ausgeheckt haben, ganz auf den Standpunkte eines Banditen steht ihr Herren, nur lauten die Worte: „Gesinnung her, oder Hungercur." Wie kommt ihr denn dazu, so ein großes Geschrei von der Corruption zu machen, welche die Sozialdemokratie unter die Arbeiter bringt? Ihr, die ihr die Arbeiter zur Heuchelei zwingt? Nein ihr hohen Herrn, euere Heulmeierei beweist nur, daß ihr erkannt habt, daß ihr mit euern neuen Mittel wieder einmal hereingefallen seid. Ihr habt geglaubt mit einer Hungercur uns mausetodt zu machen und werdet hinterher von den Arbeitern noch ausgelacht, was Euch gewaltig ärgert."

So unser Dresdener Organ. Genug: die ganze Schuld, die ganze Verantwortlichkeit ruht auf Denen, welche zu dieser durch und durch brutalen und unsittlichen Maßregel gegriffen haben. Für die Masse der Bedrohten gibt es in einer solchen Zwangslage keine Wahl, sondern einfach das Gebot der Nothwendigkeit. Niemand (der nicht zu den „Führern" einer Partei, einer Richtung gehört) ist verpflichtet, Märtyrer zu werden; Niemand ist berechtigt, Andere — Frau und Kinder, Verwandte — zum Märtyrerthum zu zwingen; wer Märtyrer werden will, dem bleibt es unbenommen.

Wahrhaft köstlich ist aber, daß die „liberale" Presse unsern Aufruf zur Rechtfertigung von „Ausnahmemaßregeln" ausbeuten will.

„Wenn irgend etwas", so zetert das Pack der Fahnenflüchtlinge, „so sind solche Aeußerungen einer sittlich ganz und gar verkommenen Presse im Stande, im Interesse der öffentlichen Gesundheit des Staates, zu Ausnahmemaßregeln gegen die Presse zu drängen."

Nun, auch ohne unsern Aufruf wären die „liberalen" Gewissensmeuchler in's Knobloch-Bismarck'sche Reaktionslager übergelaufen.

— Angelogen oder selbstgelogen? Die Berliner „Volkszeitung" bringt einen Leitartikel, der geheimnißvoller Weise berichtet, wie im „vertrautesten Kreise der Führer der Sozialdemokratie" lebhaft darüber diskutirt worden sei, ob man zu den diesmaligen „Nothwahlen" die Parole Wählen oder Wahlenthaltung hätte ausgeben sollen. Schließlich, meint sie, hätte man sich für das Erstere entschlossen, und sie weiß auch ganz genau die Gründe anzugeben, weshalb man sich für das Wählen erklärt habe. — Die ganze Geschichte ist unwahr. Der „Volkszeitung" ist der Rath zu ertheilen, ihren Gewährsmann zu nennen oder einzugestehen, daß sie selbst geflunkert habe.

— Unständige Regierungen. Aehnlich, wie in Hamburg, tritt auch die Darmstädter Regierung in den bevorstehenden Wahlkampf ein. Den hessischen Beamten ist nämlich bedeutet worden, sich bei den Wahlen einer vollständigen Neutralität zu befleißigen. Eine anständige Partei würde es sich auch verbitten, wenn Gensdarmen und Polizisten für sie eintreten wollten — aber die unanständigen Parteien?

— Eine anständige Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft zu Bremen veröffentlicht folgende Erklärung:

„Es wird hierdurch zur Beseitigung der immer von Neuem wiederkehrenden Versuche anonymer Denunziationen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß derartige Anzeigen bei unterzeichneter Behörde keine Berücksichtigung finden.

Bremen, 22. Juni. Die Staatsanwaltschaft."

— Wieder ein elender Denunciant. Bekanntlich brachten die liberalen Zeitungen gleich nach der Nobiling-affaire die Nachricht, daß unser Genosse Rödiger zu Halle mit dem Attentäter Nobiling am 23. Juni 1877 die Sachsenburg besucht und sie beide sich ins Fremdenbuch eingetragen hätten. Nach erfolgter Berichtigung seitens unseres Genossen bringt die „Saale-Zeitung", welche damals obiges Gerücht nachdruckte, folgende Correspondenz:

„Sömmerda, 24. Juni. Nach einer persönlich bei dem Kastellan der Sachsenburg eingezogenen Erkundigung ist das Gerücht, daß Dr. Nobiling mit dem Sozialdemokraten Rödiger aus Halle am 23. Juni v. J. auf der Sachsenburg zusammengetroffen sein soll, auf folgende Thatsache zurückzuführen: Mehrere Tage nach der Ausführung des zweiten Attentats verlangte ein Herr das Fremdenbuch vom vorigen Jahre und trug an die Stelle vom 23. die beiden obigen Namen ein. Das Fremdenbuch ist nach Berlin eingeschickt und sind auch sämmtliche Familienglieder des Castellans gerichtlich vernommen worden. Die Untersuchung hat, wie der Kastellan erzählt, ergeben, daß ein gewisser P..... aus Halle die Eintragung jener Namen bewirkt hat."

Weshalb nennt die „Saale-Zeitung" nicht den vollen Namen dieses Lumpazius, der augenscheinlich die Handschrift unseres Genossen gefälscht hat, um denselben in's Verderben zu bringen. Dem Genossen Rödiger aber rathen wir, die Angelegenheit zu verfolgen und den sauberen Patrioten P..... dingfest machen zu lassen.

— Lehmann, dessen Prozeß am 11. d. vor dem Staatsgerichtshof zu Berlin beginnt, hat den Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Otto Freytag zu seinem Vertheidiger gewählt. — Auffallenderweise befindet sich Liebknecht nicht unter den zur Verhandlung vorgeladenen Zeugen.

— Bekanntmachung. Der vormalige Redakteur des „Vorwärts", Herr Wilhelm Liebknecht, ist wegen der in Nr. 19 des „Vorwärts" vom 14. Februar 1877, und zwar auf deren zweiter Seite, erste Spalte, unter der Ueberschrift „Blüthen des Militarismus" enthaltenen Beleidigung von Mitgliedern der bewaffneten Macht auf Grund des Seiten des Königlichen Preußischen Kriegsministeriums gestellten Strafantrags nach §§ 185, 186, 196, 73 des Reichsstrafgesetzbuchs zu einer Gefängnißstrafe von Zehn Wochen und zur Tragung der Kosten rechtskräftig verurtheilt worden, was auf den Antrag gedachten Ministeriums gemäß § 200 al. 2 gedachten Gesetzbuches hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 2. Juli 1878.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht Abth. II B.

Bieler. Lilienfeld, Ref.

— Für den verbotenen Gothaer Congreß waren noch folgende Adressen bestimmt:

Seitens der Brüsseler Arbeiterkammer (einstimmig von ihr angenommen):

„An den Congreß der
sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands in Gotha.
Deutsche Brüder!

Jedes Jahr ergreifen wir mit Freuden den Zeitpunkt Eures Congresses, um Euch sowohl unseren brüderlichen Gruß, als auch unsere aufrichrichtigen Wünsche für den Erfolg Eurer Bemühungen zu senden.

Wie in den vorhergehenden Jahren nimmt die Frage der sozialistischen Propaganda einen großen Platz in Eurer Tagesordnung ein. Eine hochwichtige Frage! Ungeachtet der zahllosen Schwierigkeiten, welche die Organe der Regierungen in den Weg legen, um zu verhindern, daß unsere Meinungen ihren freien Lauf haben, ungeachtet der Verfolgungen, deren Opfer Ihr seid, fahrt Ihr fort, überall die Ideen der Wahrheit und Gerechtigkeit zu verbreiten.

Die modernen Gesellschaften sind nicht im Stande, den Fortschritt des Sozialismus, über dessen Prinzipien sie sich täuschen, wirksam aufzuhalten. Die Machtlosigkeit unserer Gegner hat darin ihren Grund, daß sie nur die alte Welt der Ungerechtigkeit und des Privilegiums vertreten, welche auf der Ungleichheit und dem Klassenhaß beruht. Was dagegen unsere Kraft ausmacht und stets ausmachen wird, das ist, daß wir die Vertreter der neuen Welt sind und daß wir auf unsere Fahne geschrieben haben: Gerechtigkeit und Wohlsein für Alle!

Deutsche Brüder! Während das offizielle Europa für kleinliche dynastische Interessen besorgt ist und nicht beachtet, daß ein großer Theil seiner Kinder noch für blutige Schlächterei bestimmt wird, bekräftigen wir laut die allgemeine Solidarität der Völker und zeigen den Enterbten aller Länder, daß der Sozialismus allein den Völkern Frieden und Wohlsein geben kann.

Brüssel, 5. Juni 1878.

Für und im Namen der Arbeiterkammer in Brüssel.
L. Bertraud, Sekretär.

Unser Mailänder Parteiorgan „La Plebe" (Das Volk) veröffentlicht nachstehendes Manifest:

An die Sozialdemokraten Deutschlands!
Genossen!

Während Ihr im Begriff seid, Euch auf dem Congreß zu Gotha zu vereinigen, überhäuft Euch*) die — — Reaktion mit ihren Verfolgungen unter dem Vorwande von Verbrechen, von denen die Intelligenteren unserer Gegner sehr wohl wissen, daß sie nur irgend einer vereinzelten Persönlichkeit oder einer dunkelen Polizeiverschwörung zuzuschreiben sind. Aber es paßt ihnen besser, daß man das Gegentheil glaube. Wie es ihnen beliebt! Die Ruchlosigkeiten, die Verfolgungen, welche Euch treffen, Genossen, und welche aus den verfluchten Gräbern der Cäsaren die wilde „Staatsraison" der Nerone und Tiberiusse auferstehen lassen, gereichen Euch ebenso zur Ehre, wie die Triumphe, die Ihr früher durch die Propaganda errungen habt. Durch jene Triumphe habt Ihr den Verstand überzeugt; durch diese Verfolgungen gewinnt Ihr die Herzen. Freut Euch dessen! Wenn eine Sache die gewaltigsten der menschlichen Mächte: den Verstand und das Herz, zu ihrem Schild und ihrem Schwert gemacht hat, dann ist ihr die Unsterblichkeit gesichert, während ihre Verfolger nichts erlangen als den Wahnsinn der Allmacht, welcher sie in den Abgrund der Lächerlichkeit und der Verachtung zieht.

Wie unsere Wünsche Euch im Glück begleiteten, so gehören Euch unsere Sympathien im Mißgeschick. Unser Bruderssinn wird niemals ersterben: zählt auf ihn, deutsche Genossen!

Im Namen der lombardischen Sozialisten richtet die Redaktion der „Plebe" an Euch diesen Zuruf brüderlichen Solidaritätsgefühls:

Es lebe die Sozialdemokratie Deutschlands!
Es lebe die Befreiung der Menschheit!
Mailand, 12. Juni 1878. Die Redaktion der „Plebe."

— Die Candidaturen der sozialistischen Arbeiterpartei in den sogenannten offiziellen Kreisen Deutschlands sind folgende: Altona: Rud. Praast (Hamburg). Barmen: W. Hasselmann. Berlin IV: F. W. Fritzsche. Berlin VI: W. Hasenclever. Breslau (Westkreis): Kräcker. Breslau (Ostkreis): Reinders. Gotha: W. Bock. Greiz: W. Blos. Hamburg I: A. Geib. Hamburg II: G. W. Hartmann. Hanau: K. Frohme (Bockenheim). Kiel: H. Oldenburg (Hamburg). Nürnberg: C. Grillenberger. Ottensen: M. Stöhr. Reichenbach Neurode: A. Kapell. Solingen: M. Rittinghausen. Waldenburg i. Schles.: O. Kapell. Sachsen: 5. Kreis (Dresden): A. Bebel; 9. Kreis (Freiberg): M. Kayser; 13. Kreis (Leipzig-Land): H. Ramm; 14. Kreis: B. Geiser; 15. Kreis: Jul. Bahlteich; 16. Kreis: J. Most; 17. Kreis: W. Bracke; 18. Kreis: Julius Motteler; 19. Kreis: W. Liebknecht; 20. Kreis: Ph. Wiemer; 22. Kreis: J. Auer.

— Aus unserem Pariser Parteiorgan „Egalité" ersehen wir, daß auch die französischen Sozialisten eine Geldsammlung zur Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie begonnen haben. Dank den Brüdern in Frankreich!

*) Durch einen Druckfehler steht in der französischen Uebersetzung des „Précurseur" nous, uns, statt vous, Euch. Mehrere Blätter haben sich durch diesen Druckfehler irre führen lassen.

Er schilderte gar erbaulich, wie all' diese Knäblein und Mägdelein zu Kindern der Sünde geworden, der ewigen Verderbniß anheimgefallen wären und wie der Verein durch sein gottgefälliges Wirken ihre Seelen gerettet, dem Himmelreich erhalten habe.

Dann meinte Se. Lordschaft, wie schön sich hier das Nützliche mit dem Angenehmen, das Ewige mit dem Zeitlichen verbinde. Denn diese Knäblein würden alle zu brauchbaren, gehorsamen Matrosen, die Mägdlein alle zu willigen, frommen, fleißigen Dienstboten erzogen und das sei in unserer bösen Zeit der Unbotmäßigkeit, der frechen Anmaßung und Weltlust der dienenden Klassen ein wahrer Gottessegen. (Merkt Ihr was?)

Zum Schluß sagte Se. Lordschaft, wie klein und geringfügig das im Herrn begonnene Werk leider noch sei und ermahnte die geehrten Anwesenden eindringlichst, durch Bethätigung ihrer christlichen Nächstenliebe zu ermöglichen, daß immer mehr der armen Kindlein der zeitlichen und ewigen Verderbniß entrissen und zu frommen Matrosen und frommen Dienstmädchen erzogen werden, damit schließlich die christliche Barmherzigkeit all' diese verlassenen Kleinen umschließe und so der große Sündenpfuhl London mit dem Beistand des Herrn zum Austrocknen gebracht werde.

Großer Beifall. Ich hatte genug und ging. Es war inzwischen spät geworden — ich hüllte mich in meinen Ueberrock und beschloß, mich auf den Heimweg zu machen.

Unterwegs dachte ich über all' das Schöne und Erbauliche nach, das ich da soeben erlebt. Ich erwog bei mir, wie unrecht doch jene bösen Menschen drüben in der deutschen Heimath haben, die dem Volke immer sagen, die oberen Klassen kümmern sich den Teufel um sein Ergehen und suchen nur recht viele Vortheile und Genüsse aus ihm herauszuschinden.

Man lasse nur Se. Herrlichkeit den Earl of Shaftesbury machen, sprach ich zu mir, und er löst die soziale Frage, wie man ein Stück Zucker im Wasser auflöst. Ich begann mir an den Fingern auszurechnen, in welcher Zeit ungefähr, wenn es in dem bisherigen erfreulichen Tempo weitergehe, alle armen Kinder, wenn auch vorläufig nur der einen Stadt London (natürlich incl. der inzwischen hinzukommenden Bevölkerung) der Sünde und dem Bösen entrissen und zu gottesfürchtigen Matrosen und gottesfürchtigen Dienstboten erzogen sein werden — sowie es Se. Lordschaft in Aussicht gestellt. Eben war ich erst in die Millionen Jahre hineingekommen, da befand ich mich auf einmal auf — Haymarket.

Du kennst doch Haymarket, lieber Leser? Haymarket, von dem schon unser Schiller sagt:

„Auf einem Pferdemarkt, vielleicht zu Haymarket,
Wo andre Dinge auch in Waare sich verwandeln" —

Es ist ein curioses Ding um diesen Haymarket.

Ueber denselben Platz, dasselbe Pflaster, über welches tagsüber die „respektable" Lady mit ihrem prayer book (Gebetbuch) gar tugendsam zum Gottesdienste wallt, schreiten des Nachts gewisse weniger gutfrisirte, ergo weniger respektable Schwestern jener Ladies auf und nieder, um sich einem andern Gottesdienst zu weihen.

Ich erinnere mich hier an jenen lustigen Deutschen, der meinte, warum man es denn Haymarket (Heumarkt) nenne, da es doch eigentlich ein Fleischmarkt sei.

(Schluß folgt.)

— Herostratischer Wahnsinn. Der Renegat Mehring, dem es auf andere Weise, als den Kaisermördern, gelungen ist, seinen Namen vor der Nachwelt unsterblich zu machen, bezeichnet in der „Weserzeitung" die Attentate als „herostratischen Wahnsinn."

Nachdem er sodann die „leichtfertigen Industrieritter der Feder" — (Herr Mehring meint damit die Pfennigzeilenschreiber, während er selbst sich, wie bekannt, mehr für feste Gehalte „interessirte") — vorgenommen, fährt er wörtlich fort:

„Nicht ohne bemerkenswerthes Geschick wußte die sozialdemokratische Agitation in diesen trüben Wassern zu fischen; einzelne ihrer Partisane, welche sich bis zur Errichtung des Zukunftsstaates damit begnügen, auf den Jahrescongressen der Partei als lärmende Schreier aufzutreten, im Uebrigen aber im Dienste der „Bourgeois"presse als Reporter zu figuriren, wußten die blödsinnigsten Räubergeschichten über entdeckte Complotte und ähnliche Dinge in conservative und liberale Blätter zu glissiren, und wenn amtlicherseits diese Märchen dementirt wurden, so konnte der „Vorwärts" im vollen Brusttone der sittlichen Entrüstung demonstriren, daß wieder einmal ein von der antisozialistischen Presse geplantes „Bubenstück" vernichtet worden sei."

Herr Mehring, welcher wohl, wie kein Anderer, die „Glissirapparate" in die conservativen und liberalen Blätter studirt hat, wird uns gewiß auch demnächst mit den Namen derjenigen „sozialistischen Partisane" dienen, die auf den geistreichen Einfall gekommen sind, sich selbst als Mordgehilfen und Verschwörer zu brandmarken, um diese Märchen „amtlicherseits dementiren" zu lassen und so den Heiligenschein des Martyriums zu erwerben. — Man sieht, Herr Mehring versteht die „Mache" — denn: „Man sucht Niemand hinter dem Ofen, außerdem man hat selbst schon dahinter gesteckt." Der „Vorwärts" weiß es daher Hrrrn M. besonders zu danken, daß er endlich den Schlüssel zu seinem „herostratischen Treiben" so großmüthig gegeben hat. — Und Solches bei nur 20 Grad Réaumür! Was werden wir da bei 30 Grad erst alles erleben können!? — Hundstagsschlauheit! —

— Kreisgerichtsrath Stilcke, sonst ein ächter „Patriot", ist von dem Schwurgericht zu Grünberg der ihm zur Last gelegten Unterschlagung amtlicher Gelder und falscher Beurkundung für schuldig erklärt und zu fünf Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe event. noch drei Monaten Zuchthaus, sowie zu drei Jahren Ehrverlust verurtheilt worden.

— Zum Kapitel der Majestätsbeleidigungen. Der „Gerichtszeitung" entnehmen wir: „Schweidnitz, 23. Juni. Hier wurde heute ein 13jähriger Schulknabe (!) wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten (!!) Gefängniß verurtheilt." — Wir glauben, der Fall spricht an sich selbst eine solche Sprache, daß wir uns jeder Anmerkung dazu enthalten können.

— „Heiraths-Gesuch. Für einen Verwandten, welcher durch unverschuldete Unglücksfälle in Bedrängniß gerathen ist, suche ich eine Frau mit Vermögen. Der Betreffende ist Fabrikant eines lukrativen Artikels, 35 Jahre alt, gesund und kräftig, gebildet, ein schöner und liebenswürdiger Mann von tadellosem Rufe und außerdem vorurtheilsfrei genug, um event. gewisse Fehler oder Frauenkrankheiten nicht zu beachten. Gefällige Anträge sind zu richten an Frau A. M. G., postlagernd Frankfurt a. M."

Dieses Heirathsgesuch befindet sich in Nr. 171 der hochanständigen „Kölnischen Zeitung". Pfui Teufel!

— Irren ist menschlich. In Halle an der Saale erkrankte ein Parteigenosse und ließ einen Arzt holen. Als der Geholte in die Stube trat und das Bildniß Lassalle's erblickte, sagte er: „So ein Bild gehört nicht in die Stube, sondern in den Schweinestall". — Nachträglich erfuhr unser armer erkrankter Parteigenosse, daß man sich geirrt und anstatt eines Menschenarztes einen Abdecker (Schinder) geholt habe. Ein Arzt kann doch auch unmöglich einen Kranken gegenüber solche unfläthigen Ausdrücke gebrauchen.

— Vom Kriegsschauplatz. Der Redakteur der „Halle'schen Freien Presse", Genosse Johann Harder, ist am Mittwoch früh verhaftet worden. Der Grund der Verhaftung ist uns unbekannt, die Absicht aber offenbar. Zwei Nummern der Halle'schen Freien Presse sind erst erschienen, und bereits sitzen zwei Redakteure derselben. — Genosse Schäfer in Frankfurt a. M. ist am 30. Juni wegen Preßvergehen in zweiter Instanz zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. In erster Instanz hatte er nur drei Wochen erhalten. — Der Parteigenosse Palm in Siegburg, der in erster Instanz wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten verurtheilt worden war, erhielt in Bonn in der zweiten Instanz drei Jahre (!). — Der frühere Redakteur des „Vorwärts", Helßig, ist am 4. Juni plötzlich verhaftet worden. — Genosse Richard Wolf in Barmen ist wegen Majestätsbeleidigung zu achtzehn Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Correspondenzen.

Neumünster, 1. Juli. „Am heutigen Tage starb der in weiten Kreisen bekannte, und durch seinen Patriotismus, seine Rechtschaffenheit und Unbeugsamkeit von vielen Einwohnern des Landes hochverdiente Zimmermeister Claus Riepen. Mit starker, kräftiger Hand griff er 1848 mit in die Geschicke des Landes ein, war in der Zeit der 50er Jahre einer der Wenigen, der die Hoffnung nicht verlor, stemmte sich in den Jahren 1864, 65 und 66 mit aller Macht dem Anschluß an Preußen entgegen und blieb starrer und strenger Partikularist bis an sein Ende. Seit Jahren war sein Leib gelähmt, sein Geist regsam, wie der eines Jünglings." — Daß Riepen in den letzten Jahren Sozialdemokrat geworden war, verschweigen natürlich die „Itzehoer Nachr.", denen wir obige Mittheilung entnehmen.

Dresden, 28. Juni. Unserm Genossen Klemich, der noch immer in Untersuchungshaft gehalten wird, ist folgender „Erlaß" zugegangen:

An
Herrn Handelsakademiedirektor Oskar Klemich
hier.

Unter Bezugnahme auf die in Abschrift beifolgende Verordnung des königl. Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts eröffnen wir Ihnen, daß wir von dem bei Ertheilung der Berechtigung für die fortbildungspflichtigen Schüler Ihrer Handelslehranstalt zur Befreiung von dem Besuche der allgemeinen Fortbildungsschule in unserer Verfügung vom 22. Dezember 1875 vorbehaltenen Widerrufsrecht hiermit Gebrauch machen, unter der Veranlassung, die fortbildungsschulpflichtigen Schüler Ihrer Handelslehranstalt hiervon in Kenntniß zu setzen und der öffentlichen Fortbildungsschule zu überweisen.

Dresden, den 11. Juni 1878.

Die Königliche Bezirksschulinspektion I.
Der Rath zu Dresden.
Der Königliche Bezirksschulinspektor.

Auch weiter wird alles Mögliche versucht, um Klemich geschäftlich zu ruiniren. Die Lehrer, welche bis jetzt den Unterricht in seinem Institut führten und welche fast alle an städtischen und staatlichen Bildungsanstalten beschäftigt sind — werden ihm abwendig gemacht. Einem derselben hat man wissen lassen, daß ihm, wenn er den Unterricht bei Klemich nicht aufgebe, die Pension entzogen würde. Man hat eben nicht genug daran, daß man den Mann der Freiheit beraubt, man will auch der Frau, die bis jetzt das Geschäft weiter führte, die Existenz untergraben, man will sie wirthschaftlich ruiniren. — Ob das die „Gerechtigkeit" verlangt?

Chemnitz, 29. Juni. In der gestrigen großen Versammlung der Chemnitzer Gastwirthe beschloß man, es solle nach wie vor jedem Wirth frei gestellt werden, welche Zeitungen er halten wolle. An den „Verein reichstreuer Männer" wolle man einen Protest gegen Bevormundungsversuche absenden und gleichzeitig mittheilen, daß man etwaige weitere Beleidigungen der Gastwirthe seitens dieses Vereins strafrechtlich ahnden werde.

Das „Tageblatt" schreibt heute: „Der bekannte sozialistische Agitator Most ist dem Vernehmen nach durch das hiesige Polizeiamt dieser Tage unter Verbot der Rückkehr von hier ausgewiesen worden. Der Agitator Most wird demnach, sobald er den Rest seiner Strafe hier verbüßt, die hiesige Stadt zu verlassen haben." — Gerettetes Chemnitz! Gewählt aber wird Most doch! —

Aus dem 18. sächs. Wahlkreis (Zwickau-Crimmitschau). Unser Wahlkreis ist der älteste, in welchem seit dem deutschen Einigungswerk von 1867 an stets volksfreundlich gewählt wurde; er erfreut sich natürlich auch zur bevorstehenden Reichstagswahl aller gebrauchten und neuen Wahlmanöver, in denen unsere Gegner nie wählerisch waren. Die vereinigten „Ordnungsparteien" haben diesmal wieder ihren bewährten Durchfallscandidaten Herrn Oberbürgermeister Lothar Streit in Zwickau herausgesucht, von dem die Sage geht, er habe in befreundeten Kreisen gelobt, nie wieder candidiren zu wollen. Das Bewußtsein seiner rastlosen Thätigkeit an der Spitze der Stadt Zwickau, die sich eines so gesegneten Steuerbedarfs erfreut, hat ihn gewiß zu der Entschließung geleitet, die einem namhaften Theil der Bevölkerung in Zwickau speziell Gelegenheit bietet, sich durch die Wahl seines Gegencandidaten, unseres zeitherigen Vertreters, Genossen Motteler, die bewährte Arbeitskraft ihres obersten Verwaltungsbeamten ungetheilt zu erhalten; wenigstens verlautbarten bei den Zusammenkünften unserer wohl orientirten Vertrauensleute, zahlreiche Stimmen, daß Herr Streit für die Stadt Zwickau die beste Aussicht habe, durchzu—fallen. Um so besser, denn wir müssen diesmal die uns in Zwickau noch entgegenstehende Minorität von 500 Stimmen zu uns herüberziehen. Das Auftreten der Gegner in der Presse und die brutale Vergewaltigung unserer Partei durch Lokalsperre, Aussperrungen von Arbeitern, Verkümmerung des Versammlungsrechts ꝛc., haben selbst bei den bescheidensten, ruhigsten Leuten Ekel und Widerwillen erregt und ihnen die Augen über die Partei geöffnet, die mit solchen Waffen kämpfen muß. Der gesunde sozialpolitische Instinkt einer Masse von sogenannten kleinen Leuten hat uns bereits Hunderte von stillen Anhängern gebracht. Die ruhige und offene Haltung der Sozialisten gegenüber dem Schimpfen und Toben der Gegner, öffnet Jedem die Augen, der es redlich mit dem Volke und seinen Rechten meint. Jedermann fühlt das Wachsen und den Druck der Steuerlasten in Gemeinde und Staat. Die Wirthschaftspolitik der Partei Bismarck im Staat hat ihren Abklatsch in den Gemeinden gefunden, und man weiß, daß die Liberalen, obenan Herr Streit, nicht dazu angethan sind, die Steuerprojekte der Reichsregierung abzulehnen. — Daß diese Stimme im Volke herrscht, wissen die Liberalen und ihr Anhang am Besten. Deshalb ihre Kunstgriffe und ihre Rufe nach gewaltiger Hand durch Ausnahmegesetze; deshalb ihre tückische, feige Agitation gegen uns. Wir sind trotz Allem guter Dinge und kampfgerüstet. Unsere Organisation ist so getroffen, daß wir agitiren können, wie es immer nothwendig werden sollte. Unsere Vertrauensleute sind gewonnen und instruirt, unsere Mannschaften verlangen rastlos und begeistert nach der Gelegenheit, am 30. Juli der Reaktion abermals die Lektion zu geben, daß bei uns für sie kein Boden ist. Ruhig und entschlossen wird jede Arbeit im Dienste unserer Sache vollführt, und wir können uns kaum eines Wahlkampfes erinnern, bei welchem wir einen festeren Willen zum Siegen bei unseren Mannschaften angetroffen hätten. Alles Nebensächliche wird unterlassen, nur ein Gedanke findet Ausdruck, wo man unsere Freunde und Genossen trifft: Unsere Antwort auf alle Knüffe und Püffe der Gegner soll sein: Wir wählen nur einen Sozialdemokraten!

Glück auf! Und führt das Feustel fest
Und laßt das Webschiff fliegen!
Die Sense schwingt, den Hammer hebt
Und formt und gießt und schafft und strebt,
Daß Alles wohlbereitet sei
Zu Platz Genossen fest und treu,
Und laßt uns nochmals siegen!

Und stürmt der Feind, so stehet still
Und laßt Euch's nicht verdrießen,
Wie er's auch wendet, schraubt und drückt,
Wenn er Euch schindet, schmäht und zwickt;
Zum Wahltag steigt ihr aus dem Schacht,
Vom Wirkstuhl fort, vom Pflug zur Schlacht.
Zur Wahlschlacht Handwerksmann Glück auf,
Zu Tag, zu Thal in munterm Lauf,
Laßt uns die Reihen schließen! —

Gera, 4. Juli. Wie uns von zuverlässiger Seite aus Gera mitgetheilt wird, sollen die Herren Robert Färber und Louis Hirsch in der dortigen Handelskammer entschieden dagegen gesprochen haben, sozialistische Arbeiter aus der Arbeit zu entlassen. Es ist dies um so anerkennenswerther, daß gerade die beiden größten Firmen, welche die meisten Arbeiter beschäftigen, nicht an dieser jetzt so unzweideutig von allen liberalen und conservativen Zeitungen gepredigten Sozialistenhetze sich betheiligen wollen, sondern erklärt haben, so lange die Leute ihre Arbeit gut machen und sich anständig betragen, ihrer politischen Gesinnung halber nicht maßregeln zu wollen. Das muß recht beschämend für die übrigen Herren Handelskammer-Mitglieder gewesen sein!

Perden, den 25. Juni. (Folgen der Sozialistenhatz.) Am 22. Juni fand eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Reichstagswahlen. Frick aus Bremen referirte. Viele Mitglieder des Kriegervereins gaben sich, als der Referent geendet hatte und Parteigenosse Gärtner das Wort ergriff, ein Zeichen und verließen den Saal; auch ein paar Unteroffiziere in Civilkleidung, mit Stöcken, der eine sogar mit einem Todtschläger bewaffnet, verließen mit ihnen das Lokal. Sie mochten wohl kaum unten angekommen sein, da ertönte eine Signalpfeife, andere Versammlungsbesucher gingen einzeln nach, wurden aber mit Säbelhieben unten auf der Straße empfangen, und Jeder, der nun herauskam, wurde auf das Pflaster geworfen, mit Fäusten bearbeitet und verfolgt. Man warf die Fenster der Gaststube mit Steinen ein, die mehrere Pfund schwer waren. Hunderte von Flaschen und Gläsern zertrümmerte man und rief: „Es lebe der Kaiser!" Kann es nun wohl eine größere Majestätsbeleidigung geben, als diese? Dazu wurden dann patriotische Lieder gebrüllt. Die Flegelei dauerte fast zwei Stunden und sind im Ganzen 16 Personen bis jetzt ermittelt, die durch Säbelhiebe verwundet sind, eine weit größere Zahl wird es sein, die durch Faustschläge gemißhandelt worden sind. In der ganzen Stadt herrscht große Aufregung über diesen Bubenstreich, und zwar umsomehr, als unsere Versammlung in der größten Ruhe verlief und die Arbeiter sich dabei musterhaft benommen haben, weshalb auch unsere größten Gegner diesen provozirten Skandal mißbilligen. Wir haben verschiedene Gründe, die uns vermuthen lassen, daß von Mitgliedern des hiesigen Kriegervereins diese Flegelei in Scene gesetzt worden ist und haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen einzelne Mitglieder des Kriegervereins beantragt.

Unser Berliner Parteiorgan spricht folgendes Urtheil über diesen Aufruhr: „Eine Horde schnapsbegeisterter Vaterlandsvertheidiger hat ruhig ihres Weges gehende Bürger überfallen und theilweise schwer mißhandelt, dann aber auch das Haus, in welchem die Versammlung stattgefunden, von Grund aus demolirt." Und dies ist keineswegs übertrieben, müssen doch selbst Organe der „Ordnungspartei" anerkennen, daß „Keiner diesen Akt, der sich vor dem Versammlungslokal abspielte, billigen können wird." Ein gut nationalliberales Blatt, das „Verdener Anzeigeblatt" giebt zu, daß der Referent Frick in gemäßigter Sprache seinen Vortrag hielt, daß er sich über allgemeine Dienstpflicht, Tabaksmonopol ꝛc. sachlich aussprach, so daß die Versammlung auch nicht den leisesten Grund zu dieser Flegelei bot und giebt dann folgende Details: „Um 10 Uhr war die Versammlung zu Ende. Eine Tellersammlung wurde von der Polizei nicht erlaubt. Der Kriegerverein entfernte sich. Mittlerweile hatten sich vor dem Vereinslokale viele Neugierige eingefunden, namentlich viele Ulanen, wie man sagt — zumeist Chargirte. Diese nahmen den ganzen Raum vor dem Versammlungslokal ein und ließen kaum Jemand unbehelligt aus dem Hause heimkehren. Insbesondere hart wurde der Malergehülfe Olms, der nicht Sozialist ist, mitgenommen. Derselbe hat von allen Stößen, Stichen und Hieben die meisten erhalten, insbesondere zwei große Kopfwunden. Dieselben mußten zugenäht werden, und der unschuldige junge Mensch wird vielleicht drei bis vier Wochen das Bett hüten müssen. Einem Cigarrenarbeiter ist ein Finger stark beschädigt. Viele, auch Bürger (!), erhielten Faustschläge ins Gesicht. Andere kamen mit einzelnen Stößen davon und einer mußte ohne Hut abziehen." Das sind die Folgen einer allseits gehegten und gepflegten Hetzerei gegen eine ganze Klasse von Staatsangehörigen, das sind die Früchte der neuesten Sozialistenhatz, deren Anfänge uns an die Judenhetzereien des Mittelalters lebhaft erinnern! Wahrlich, man hat es herrlich weit gebracht im neuen deutschen Kaiserreich!

Oeffentliche Quittung.

Unter dieser Rubrik ist von mir seit längerer Zeit keine Publikation erfolgt. Der Grund hierzu liegt in der Beschlagnahme des Kassenbuchs des sozialistischen Central-Wahlcomités, erfolgt auf Requisition des Gerichts zu Altona. Die Beschlagnahme, welche sich auf die Kassenbelege erstreckte, soll dazu dienen, Belastungsmaterial gegen den Volksverein in Altona zu liefern. Die Bücher sind, trotzdem nun schon 10 Tage seit der Beschlagnahme verflossen, noch nicht zurückgeliefert. Hoffentlich kann ich nächstens die gewöhnliche Quittung veröffentlichen. Den Reklamanten zur Notiz, daß mir Ihre Geldsendungen sämmtlich zugegangen sind. Schließlich D. E. F. in B. zur Nachricht, daß ich die 500 Mark für den Wahlfond erhalten habe.

August Geib, Hamburg.

An die Wähler des Wahlkreises Frankfurt a. M.

Die Wähler-Listen für die Stadt Frankfurt, Bornheim und Sachsenhausen liegen in Römmer's Stadtkanzlei zu Jedermanns Einsicht vom 2. bis 9. Juli in den Stunden von 9—12 Uhr Vormittags und 3—6 Uhr Nachmittags auf. Da die Listen sehr mangelhaft sind und ganze Straßen fehlen, so ist es Pflicht eines jeden hier Wohnenden, der bis zum 30. Juli das 25. Lebensjahr erreicht hat, sich nach dem Römmer, Amtslokal der Stadtkanzlei zu begeben und seinen Namen eintragen zu lassen. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet, das Alter von 25 Jahren erreicht hat und als hier wohnhaft bei der Behörde angemeldet ist. Versäume daher kein Wahlberechtigter sich davon zu überzeugen, ob er in den Wählerlisten eingetragen ist, und mache seine Freunde und Bekannten darauf aufmerksam. K.

Zur Beachtung für die Parteigenossen des 3. sächsischen Reichstagswahlkreises.

(Bautzen, Kamentz und Bischofswerda.)

Die Genossen in den verschiedenen Ortschaften werden ersucht, schleunigst genaue Adressen von zuverläßigen Parteigenossen an Unterzeichneten einzusenden.

Bautzen. Aug. Kluge, Gerberstr. 371.

Parteigenossen im 18. hannoverschen Wahlkreise

werden ersucht, ihre Adressen im „Vorwärts" bekannt zu geben oder, falls es nicht öffentlich sein kann, selbige der Expedition des „Vorwärts" bekannt zu geben indem letztere uns dieselben übermitteln will.

Einige Genossen im 18. hannoverschen Wahlkreis.

Briefkasten

der Redaktion. D. in N.: Ihre Zuschrift wäre taktisch ein schwerer Fehler. Theoretisch läßt sich über die Sache sehr viel sagen, praktisch aber war der Weg scharf vorgezeichnet; es gab überhaupt keine Wahl, sondern einfach das eiserne Gebot der Nothwendigkeit. Wer die Pflicht des Märtyrerthums zu haben glaubt, dem steht es ja frei, zu thun, was er für gut hält.

der Expedition. P. Seidenschwang z. Z. in Gotha: Ihre auf unsere Annonce in Nr. 74 gesandte sogenannte Berichtigung ist eben keine Berichtigung und wird deshalb nicht aufgenommen.

Herr August Zwiebler wird dringend gebeten, seine Adresse umgehend an Franz Burgau, Zeitz, gelangen zu lassen.

„Handwerksbrauch!" (Siehe die „Aufforderung" im „Vorwärts" Nr. 74, letzte Seite.) Auf verschiedene Anfragen, ob Zusendung von Mittheilungen erwünscht, antwortet unser Genosse: Je mehr wahrheitsgetreues Material vorliegt, desto mehr geschichtliche Wahrheit kann sich aus der Bearbeitung ergeben. Dabei nehmen wir Gelegenheit, nochmals auf jene „Aufforderung" hinzuweisen und zu ersuchen, ihr freundlichst mit möglichst vielen, genauen und wahrheitsgetreuen Einsendungen zu entsprechen.

B. K., Ludwigshafen: Natürlich Sendung willkommen, besonders da für Ihr Gewerbe noch nichts vorliegt. Wir bitten also.

Ein gewisser **Peter Seidenschwang**, Zimmermann aus Niedereulenbach in Bayern (er selbst titulirt sich Bau- und Mühlentechniker), macht es sich seit einiger Zeit zur Aufgabe die Parteigenossen an den verschiedensten Orten zu besuchen. Dieser Mann ist weder Mitglied der Partei, noch einer Gewerkschaft. Er ist laut bezirksgerichtsärztlichem Gutachten wegen „Querulantenwahnsinn" unter gerichtliche Curatel gestellt. Von der Nothwendigkeit der Curatelbestellung wurden wir nach wochenlanger Beobachtung und Prüfung der Akten des pp. Seidenschwang überzeugt.

Quittung. Jnnw hier Ab. 0,60. Ld Hamburg d. G. Ab. 15,00. Jhn Berlin Ab. 3,00. Wlf Paris Ab. 20,00. Lgs Hannover Ab. 100,00. Mrtn Schmölln Ab. 5,05. Slbrhrn Esslingen Ab. 15,50. Dl Danzig Ab. 6,00. Bck Innsbruck Schr. 8,69. Lt Hammerhütte Ab. 1,00. Engl Neudnitz Ab. 24 00. Wß Pegau Ab. 2,50. Wgnr Döbeln Ann. 0,90. Exped. d. „Hamb.-Alt. Volksbl." Hamburg 197,22. Englmnn Achim Ab. 8,00. Prbstl München Ab. 20,00. Stmm Regensburg Ab. 9,06. Wrth Liège Ab. 4,04. Fnk Hannover Ann. 1,80, Schr. 14,00. Mtz Möckmühl Ab. 3,00. Albrtz Eßlingen Ab. 16,00. Verein Delnik Jetnota Wien Ab. 10,43. Schmdt Römerstadt Ab. 31,32. Wf Christophsgrund Ab. 27,80. J. in Cr. Ab. 2,80. Rzeckr Wien Ab. 10,00. Hbzl Wien Ab. 6,96. Gr. Osnabrück Ab. 30,00. Schlz hier Ab. 2,00. Rsfch Freudenthal Ab. 5,21. Hß Sonneberg Ab. 7,35. Rtr Gelenau Schr. 19,45. Krsch Lausigk Ab. 2,75. Fnr Leutkirch Schr. 5,60.

Wahlfonds.

Von G. F. Leutkirch 4,00. — Von Gesinnungsgenossen Aussig 15,68.

Leipzig. Die Wählerlisten liegen heute (Sonntag) den ganzen Tag auf dem Rathhause, zweite Etage, Zimmer Nr. 16, zur Einsicht auf.

Leipzig. Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 3 Uhr, in der „Moritzburg" zu Gohlis: [3,90

Sommerfest
der Maurer und Zimmerer

bestehend in Concert, Herren- und Damenspiele und von 7 Uhr an Ball.

Freunde und Gönner ladet hierzu freundlich ein **Das Comité.**

Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saale statt.

Den am 27. v. M erfolgten plötzlichen Tod ihres lieben Söhnchens Curt zeigen schmerzlich bewegt an **Bruno Geiser. Allee Geiser.** 0,90]

Die neue Gesellschaft.

Monatsschrift für Sozialwissenschaft,

erscheint in einem Umfang von 3—4 Bogen und ist durch die Post und den Buchhandel, in Leipzig durch die Expedition des „Vorwärts", zu beziehen. Reichhaltiger Inhalt und hochelegante Ausstattung zeichnen die Zeitschrift aus. Abonn.-Preis pro Qu. Mk. 3; Insertionspreis pro gespaltene Petitzeile Mk. 0,40.

Zürich. (2a) **Verlag der „Neuen Gesellschaft".**

Durch uns ist zu zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Conrbet'schen Büste „Liberté".

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Eisenbeinton 2,50 Mark.

Consoles (Träger) hiezu in schöner Ausstattung pro Stück weiß Mk. 0,80, Eisenbeinton Mk. 1,20.

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.

Die Expedition des „Vorwärts."

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Sonntag, 7. Juli 1878.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung des Sozialismus.

Von Friedrich Engels.

V.

Mit den beiden vorigen Abschnitten hätten wir nun den ökonomischen Inhalt der „neuen socialitären Gebilde“ des Herrn Dühring so ziemlich erschöpft. Höchstens wäre noch zu bemerken, daß „die universelle Weite des geschichtlichen Umblicks“ ihn keineswegs verhindert, seine Specialinteressen wahrzunehmen, auch abgesehen von der bekannten mäßigen Mehrkonsumtion. Da die alte Theilung der Arbeit in der Sozialität fortbesteht, wird die Wirthschaftskommüne außer mit Architekten und Karrenschiebern auch mit Literaten von Profession zu rechnen haben, wobei dann die Frage entsteht, wie es alsdann mit dem Autorrecht gehalten werden soll. Diese Frage beschäftigt Herrn Dühring mehr als jede andre. Ueberall, z. B. bei Gelegenheit von Louis Blanc und Proudhon, geräth das Autorrecht dem Leser zwischen die Beine, um endlich auf neun Seiten des Kursus des Breitern breitgetreten und in der Form einer mysteriösen „Arbeitsbelohnung“ — ob mit oder ohne mäßige Mehrkonsumtion, wird nicht gesagt — glücklich in den Hafen der Sozialität hinüber gerettet zu werden. Ein Kapitel über die Stellung der Flöhe im natürlichen System der Gesellschaft wäre ebenso angebracht gewesen und jedenfalls weniger langweilig.

Ueber die Staatsordnung der Zukunft gibt die „Philosophie“ ausführliche Vorschriften. Hier hat Rousseau, obwohl „der einzige bedeutende Vorgänger“ des Herrn Dühring, dennoch „den Grund nicht tief genug gelegt“; sein tieferer Nachfolger hilft dem gründlich ab, indem er den Rousseau aufs Alleräußerste verwässert und mit ebenfalls zu breiter Bettelsuppe verkochten Abfällen der Hegelschen Rechtsphilosophie versetzt. „Die Souverainetät des Individuums“ bildet die Grundlage des Dühringschen Zukunftsstaats; sie soll in der Herrschaft der Majorität nicht unterdrückt werden, sondern erst recht kulminiren. Wie geht das zu? Sehr einfach. „Wenn man in allen Richtungen Uebereinkünfte eines Jeden mit jedem Andern voraussetzt, und wenn diese Verträge die gegenseitige Hülfeleistung gegen ungerechte Verletzungen zum Gegenstande haben — alsdann wird nur die Macht zur Aufrechthaltung des Rechts verstärkt, und aus keiner bloßen Uebergewalt der Menge über den Einzelnen oder der Mehrheit über die Minderheit ein Recht abgeleitet“. Mit solcher Leichtigkeit setzt die lebendige Kraft des wirklichkeitsphilosophischen Hokuspokus über die unpassirbarsten Hindernisse hinweg, und wenn der Leser meint, er sei hiernach nicht klüger als zuvor, so antwortet ihm Herr Dühring, er möge die Sache nur ja nicht so leicht nehmen, denn „der geringste Fehlgriff in der Auffassung der Rolle des Gesammtwillens würde die Souverainetät des Individuums vernichten, und diese Souverainetät ist es allein, was (!) zur Ableitung wirklicher Rechte führt“. Herr Dühring behandelt sein Publikum ganz wie es verdient, wenn er es zum Besten hält. Er konnte sogar noch bedeutend dicker auftragen; die Studiosen der Wirklichkeitsphilosophie hätten es doch nicht gemerkt.

Die Souverainetät des Individuums besteht nun wesentlich darin, daß „der Einzelne dem Staat gegenüber in absoluter Weise gezwungen wird“, dieser Zwang aber sich nur insoweit rechtfertigen kann, als er „wirklich der natürlichen Gerechtigkeit dient“. Zu diesem Zweck wird es „Gesetzgebung und Richterthum“ geben, aber sie „müssen bei der Gesammtheit bleiben“; ferner einen Wehrbund, der sich im „Zusammenstehn im Heere oder in einer zum innern Sicherheitsdienste gehörigen Exekutivabtheilung“ äußert, also auch Armee, Polizei, Gensdarmen. Herr Dühring hat sich zwar schon oft als braver Preuße bewährt; hier beweist er seine Ebenbürtigkeit mit jenem Musterpreußen, der nach dem weiland Minister von Rochow „seinen Gensdarmen in der Brust trägt“. Diese Zukunftsgensdarmerie wird aber nicht so gefährlich sein wie die heutigen „Zarucker“. Was sie auch an dem souverainen Individuum verüben möge, dieses hat immer einen Trost: „das Recht oder Unrecht, welches ihm alsdann, je nach den Umständen, von Seiten der freien Gesellschaft wiederfährt, kann nie etwas Schlimmeres sein, als was auch der Naturzustand mit sich bringen würde“! Und dann, nachdem Herr Dühring uns noch einmal über sein unvermeidliches Autorrecht hat stolpern lassen, versichert er uns, es werde in seiner Zukunftswelt eine „selbstverständlich völlig freie und allgemeine Advokatur“ geben. „Die heute erdachte freie Gesellschaft“ wird immer gemischter. Architekten, Karrenschieber, Literaten, Gensdarmen, und nun auch noch Advokaten! Dies „solide und kritische Gedankenreich“ gleicht aufs Haar den verschiedenen Himmelreichen der verschiedenen Religionen, in denen der Gläubige immer das verklärt wiederfindet, was ihm sein irdisches Leben versüßt hat. Und Herr Dühring gehört ja dem Staat an, wo „Jeder nach seiner Façon selig werden kann“. Was wollen wir mehr?

Was wir wollen mögen, ist indeß hier gleichgültig. Es kommt darauf an, was Herr Dühring will. Und dieser unterscheidet sich von Friedrich II. dadurch, daß im Dühringschen Zukunftsstaat keineswegs Jeder nach seiner Façon selig werden kann. In der Verfassung dieses Zukunftsstaates heißt es: „In der freien Gesellschaft kann es keinen Kultus geben; denn von Jedem ihrer Glieder ist die kindische Ureinbildung überwunden, daß es hinter oder über der Natur Wesen gebe, auf die sich durch Opfer oder Gebete wirken lasse.“ Ein „richtig verstandenes Sozialitätssystem hat daher . . . alle Zurüstungen zur geistlichen Zauberei und mithin alle wesentlichen Bestandtheile der Kulte abzuthun“. Die Religion wird verboten.

Nun ist alle Religion nichts andres als die phantastische Wiederspiegelung, in den Köpfen der Menschen, derjenigen äußern Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Wiederspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen. In den Anfängen der Geschichte sind es zuerst die Mächte der Natur, die diese Rückspiegelung erfahren und in der weiteren Entwicklung bei den verschiedenen Völkern die mannichfachsten und buntesten Personifikationen durchmachen. Dieser erste Prozeß ist wenigstens für die indoeuropäischen Völker durch die vergleichende Mythologie bis auf seinen Ursprung in den indischen Vedas zurückverfolgt und in seinem Fortgang bei Indern, Persern, Griechen, Römern, Germanen, und soweit das Material reicht, auch bei Celten, Litauern und Slaven, im Einzelnen nachgewiesen werden. Aber bald treten neben den Naturmächten auch gesellschaftliche Mächte in Wirksamkeit, Mächte, die den Menschen ebenso fremd und im Anfang ebenso unerklärlich gegenüberstehn, sie mit derselben scheinbaren Naturnothwendigkeit beherrschen, wie die Naturmächte selbst. Die Phantasiegestalten, in denen sich anfangs nur die geheimnißvollen Kräfte der Natur wiederspiegelten, erhalten damit gesellschaftliche Attribute, werden Repräsentanten geschichtlicher Mächte*). Auf einer noch weiteren Entwicklungsstufe werden sämmtliche natürlichen und gesellschaftlichen Attribute der vielen Götter auf Einen allmächtigen Gott übertragen, der selbst wieder nur der Reflex des abstrakten Menschen ist. So entstand der Monotheismus, der geschichtlich das letzte Produkt der späteren griechischen Vulgärphilosophie war und im jüdischen ausschließlichen Nationalgott Jahve seine Verkörperung fertig vorfand. In dieser bequemen, handlichen und Allem anpaßbaren Gestalt kann die Religion fortbestehn als unmittelbare, d. h. gefühlsmäßige Form des Verhaltens der Menschen zu den sie beherrschenden fremden, natürlichen und gesellschaftlichen Mächten, so lange die Menschen unter der Herrschaft solcher Mächte stehn. Wir haben aber mehrfach gesehn, daß in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft die Menschen von den von ihnen selbst geschaffenen ökonomischen Verhältnissen, von den von ihnen selbst produzirten Produktionsmitteln wie von einer fremden Macht beherrscht werden. Die thatsächliche Grundlage der religiösen Reflexaktion dauert also fort, und mit ihr der religiöse Reflex selbst. Und wenn auch die bürgerliche Oekonomie eine gewisse Einsicht in den ursächlichen Zusammenhang dieser Fremdherrschaft eröffnet, so ändert dies der Sache nach nichts. Die bürgerliche Oekonomie kann weder die Krisen im Ganzen verhindern, noch den einzelnen Kapitalisten vor Verlusten, schlechten Schulden und Bankerott, oder den einzelnen Arbeiter vor Arbeitslosigkeit und Elend schützen. Es heißt noch immer: der Mensch denkt und Gott (d. h. die Fremdherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise) lenkt. Die bloße Erkenntniß, und ginge sie weiter und tiefer als die der bürgerlichen Oekonomie, genügt nicht, um gesellschaftliche Mächte der Herrschaft der Gesellschaft zu unterwerfen. Dazu gehört vor allem eine gesellschaftliche That. Und wenn diese That vollzogen, wenn die Gesellschaft durch Besitzergreifung und planvolle Handhabung der gesammten Produktionsmittel sich selbst und alle ihre Mitglieder aus der Knechtung befreit hat, in der sie gegenwärtig gehalten werden durch diese von ihnen selbst produzirten, aber ihnen als übergewaltige fremde Macht gegenüberstehenden Produktionsmittel, wenn der Mensch also nicht mehr bloß denkt, sondern auch lenkt, dann erst verschwindet die letzte fremde Macht, die sich jetzt noch in der Religion wiederspiegelt, und damit verschwindet auch die religiöse Wiederspiegelung selbst, aus dem einfachen Grunde, weil es dann nichts mehr wiederzuspiegeln gibt.

Herr Dühring dagegen kann es nicht abwarten bis die Religion dieses ihres natürlichen Todes verstirbt. Er verfährt wurzelhafter. Er überbismarckt den Bismarck; er dekretirt verschärfte Maigesetze, nicht bloß gegen den Katholicismus, sondern gegen alle Religion überhaupt; er hetzt seine Zukunftsgensdarmen auf die Religion und verhilft ihr damit zum Märtyrerthum und zu einer verlängerten Lebensfrist. Wohin wir blicken, specifisch preußischer Sozialismus.

Nachdem Herr Dühring so die Religion glücklich vernichtet, „kann nun der allein auf sich und die Natur gestellte und zur Erkenntniß seiner Kollektivkräfte gereifte Mensch kühn alle Wege einschlagen, die ihm der Lauf der Dinge und sein eignes Wesen eröffnen“. Betrachten wir nun zur Abwechslung, welchen „Lauf der Dinge“ der auf sich selbst gestellte Mensch an der Hand des Herrn Dühring kühn einschlagen kann.

Der erste Lauf der Dinge, wodurch der Mensch auf sich gestellt wird, ist der, geboren zu werden. Dann bleibt er für die Zeit der natürlichen Unmündigkeit der „natürlichen Erzieherin der Kinder“, der Mutter anvertraut. „Diese Periode mag, wie im alten römischen Recht, bis zur Pubertät, also etwa bis zum 14. Jahre reichen.“ Nur wo ungezogene ältere Knaben das Ansehn der Mutter nicht gehörig respektiren, wird der väterliche Beistand, namentlich aber die öffentlichen Erziehungsvorkehrungen diesen Mangel unschädlich machen. Mit der Pubertät tritt das Kind unter „die natürliche Vormundschaft des Vaters“, wenn nämlich ein solcher mit „unbestrittener wirklicher Vaterschaft“ vorhanden ist; andernfalls stellt die Gemeinde einen Vormund.

Wie Herr Dühring sich früher vorstellte, man könne die kapitalistische Produktionsweise durch die gesellschaftliche ersetzen, ohne die Produktion selbst umzugestalten, so bildet er sich hier ein, man könne die modern-bürgerliche Familie von ihrer ganzen ökonomischen Grundlage losreißen, ohne dadurch ihre ganze Form zu verändern. Diese Form ist für ihn so unwandelbar, daß er sogar das „alte römische Recht“, wenn auch in etwas „veredelter“ Gestalt, für die Familie in alle Ewigkeit maßgebend macht und sich eine Familie nur als „vererbende“, d. h. als besitzende Einheit vorstellen kann. Die Utopisten stehen hier weit über Herrn Dühring. Ihnen war mit der freien Vergesellschaftung der Menschen und der Verwandlung der häuslichen Privatarbeit in eine öffentliche Industrie auch die Vergesellschaftung der Jugenderziehung, und damit ein wirklich freies gegenseitiges Verhältniß der Familienglieder unmittelbar gegeben. Und ferner hat bereits Marx (Kapital S. 515 u. folg.) nachgewiesen, wie „die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisirten Produktionsprozessen jenseits des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage schafft für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter“.

„Jeder sozialreformatorische Phantast, sagt Herr Dühring, hat natürlich die seinem neuen sozialen Leben entsprechende Pädagogik in Bereitschaft.“ An diesen Satz gemessen, erscheint Herr Dühring als „ein wahres Monstrum“ unter den sozialreformatorischen Phantasten. Die Zukunftsschule beschäftigt ihn mindestens ebensoviel wie das Autorrecht, und das will wahrhaftig viel sagen. Nicht nur für die ganze „absehbare Zukunft“ hat er Schulplan und Universitätsplan fix und fertig, sondern auch für die Uebergangsperiode. Beschränken wir uns indeß darauf, was der Jugend beiderlei Geschlechts in der endgültigen Sozialität letzter Instanz beigebracht werden soll.

Die allgemeine Volksschule bietet „Alles, was an sich selbst und prinzipiell für den Menschen einen Reiz haben kann“, also namentlich „die Grundlagen und Hauptergebnisse aller die Welt- und Lebensansicht berührenden Wissenschaften“. Sie lehrt also vor Allem Mathematik, und zwar so, daß „der Kreis aller prinzipiellen Begriffe und Mittel“ vom einfachen Zählen und Addiren bis zur Integralrechnung „vollständig durchmessen“ wird. Das heißt aber nicht, daß in dieser Schule wirklich differenzirt und integrirt werden soll, im Gegentheil. Es sollen vielmehr dort ganz neue Elemente der Gesammtmathematik gelehrt werden, die sowohl die gewöhnliche elementare, wie auch die höhere Mathematik im Keime in sich enthalten. Obwohl nun Herr Dühring von sich behauptet, auch schon „den Inhalt der Lehrbücher“ dieser Zukunftsschule „in seinen Hauptzügen schematisch vor Augen“ zu haben, so hat es ihm doch leider bis jetzt nicht gelingen wollen, diese „Elemente der gesammten Mathematik“ zu entdecken; und was er nicht leisten kann, das „ist auch wirklich erst von den freien und gesteigerten Kräften des neuen Gesellschaftszustandes zu erwarten“. Wenn aber die Trauben der Zukunftsmathematik einstweilen noch sehr sauer sind, so wird die Astronomie, Mechanik und Physik der Zukunft destoweniger Schwierigkeiten machen und „den Kern aller Schulung abgeben“, während „Pflanzen- und Thierkunde, mit ihrer, trotz aller Theorien, noch immer vornehmlich beschreibenden Art und Weise . . . mehr zur leichteren Unterhaltung“ dienen werden. So stehts gedruckt, Philosophie S. 417. Herr Dühring kennt bis auf den heutigen Tag keine andre, als eine vornehmlich beschreibende Pflanzen- und Thierkunde. Die ganze organische Morphologie, die die vergleichende Anatomie, Embryologie und Paläontologie der organischen Welt umfaßt, ist ihm selbst dem Namen nach unbekannt. Während hinter seinem Rücken im Bereich der Biologie ganz neue Wissenschaften fast zu Dutzenden entstehen, holt sein kindliches Gemüth sich noch immer „die eminent modernen Bildungselemente der naturwissenschaftlichen Denkweise“ aus Raffs Naturgeschichte für Kinder und oktroyirt diese Verfassung der organischen Welt ebenfalls der ganzen „absehbaren Zukunft“. Die Chemie ist, wie gewöhnlich bei ihm, auch hier total vergessen worden.

Für die ästhetische Seite des Unterrichts wird Herr Dühring alles neu zu schaffen haben. Die bisherige Poesie taugt dazu nicht. Wo alle Religion verboten ist, kann die bei den früheren Poeten übliche „Zurüstung mythologischer oder sonst religiöser Art“ selbstredend nicht in der Schule geduldet werden. Auch „der poetische Mysticismus, wie ihn z. B. Goethe stark gepflegt hat“, ist verwerflich. Herr Dühring wird sich also selbst entschließen müssen, uns jene dichterische Meisterwerke zu liefern, die „den höheren Ansprüchen einer mit dem Verstande ausgeglichenen Phantasie entsprechen“ und das echte Ideal darstellen, welches „die Vollendung der Welt bedeutet“. Möge er nicht damit zaudern. Welterobernd kann die Wirthschaftskommüne erst wirken, sobald sie in dem mit dem Verstande ausgeglichenen Sturmschritt des Alexandriners einherwandelt.

Mit der Philologie wird der heranwachsende Zukunftsbürger nicht geplagt werden. „Die todten Sprachen kommen ganz in Wegfall . . . die fremden lebenden Sprachen aber werden . . . etwas Nebensächliches bleiben“. Nur wo der Verkehr unter den Völkern sich auf die Bewegung der Volksmassen selbst erstreckt, sollen sie Jedem in leichter Weise, je nach Bedürfniß, zugänglich gemacht werden. „Die wirklich bildende Sprachschulung“ wird gefunden in einer Art allgemeiner Grammatik und namentlich „in Stoff und Form der eignen Sprache“. — Die nationale Bornirtheit der heutigen Menschen ist für noch viel zu kosmopolitisch für Herrn Dühring. Er will auch noch die beiden Hebel abschaffen, die in der heutigen Welt wenigstens die Gelegenheit zur Erhebung über den beschränkten nationalen Standpunkt bieten: die Kenntniß der alten Sprachen, die wenigstens den klassisch gebildeten Leuten aller Völker einen gemeinsamen, erweiterten Horizont eröffnet, und die Kenntniß der neueren Sprachen, vermittelst deren die Leute der verschiedenen Nationen allein unter einander sich verständigen und sich mit dem bekannt machen können, was außerhalb ihrer eignen Grenzen vorgeht. Dagegen soll die Grammatik der Landessprache gründlich eingepaukt werden. „Stoff und Form der eignen Sprache“ sind aber nur dann verständlich, wenn man ihre Entstehung und allmählige Entwicklung verfolgt, und dies ist nicht möglich, ohne Berücksichtigung erstens ihrer eignen abgestorbenen Formen und zweitens der verwandten lebenden und todten Sprachen. Damit sind wir aber wieder auf dem ausdrücklich verbotenen Gebiet. Wenn aber hiermit Herr Dühring die ganze moderne historische Grammatik aus seinem Schulplan ausstreicht, so bleibt ihm nichts für den Sprachunterricht, als die altfränkische, ganz im Styl der alten klassischen Philologie zugestutzte technische Grammatik mit allen ihren, auf den Mangel an geschichtlicher Grundlage beruhenden Kasuistereien und Willkührlichkeiten. Der Haß gegen die alte Philologie bringt ihn dazu, das allerschlechteste Produkt der alten Philologie zum „Mittelpunkt der wirklich bildenden Sprachschulung“ zu erheben. Man sieht klar, daß wir es mit einem Sprachgelehrten zu thun haben, der von der ganzen, seit sechzig Jahren so gewaltig und so erfolgreich entwickelten historischen Sprachforschung nie reden gehört hat, und der daher „die eminent moderne Bildungselemente“ der Sprachschulung nicht sucht bei Bopp, Grimm und Diez, sondern bei Heyse und Becker seligen Andenkens.

Mit allem Diesem wäre aber der angehende Zukunftsbürger noch lange nicht „auf sich selbst gestellt“. Hierzu gehört wieder eine tiefere Grundlegung, vermittelst der „Aneignung der letzten philosophischen Grundlagen“. Eine solche „Vertiefung wird aber . . . nichts weniger als eine Riesenaufgabe bleiben“, seitdem Herr Dühring hier reine Bahn gemacht hat. In der That, „säubert man das wenige strenge Wissen, dessen sich die allgemeine Schematik des Seins rühmen kann, von den falschen scholastischen Verschnörkelungen, und entschließt man sich, überall nur die“ von Herrn Dühring „beglaubigte Wirklichkeit gelten zu lassen“, so ist die Elementarphilosophie auch der Zukunftsjugend vollständig zugänglich gemacht. „Man erinnere sich der höchst einfachen Wendungen, mit denen wir den Unendlichkeitsbegriffen und deren Kritik zu einer bisher ungekannten Tragweite verholfen haben“ — so ist „gar nicht abzusehen, warum die durch die gegenwärtige Vertiefung und Verschärfung so einfach gestalteten Elemente der universellen Raum- und Zeitauffassung nicht schließlich in die Reihe der Vorkenntnisse übergehen sollten . . . die wurzelhaftesten Gedanken“ des Herrn Dühring „dürfen in der universellen Bildungssystematik der neuen Gesellschaft keine Nebenrolle spielen.“ Der sich selbst gleiche Zustand der Materie und die abgezählte Unzahl sind im Gegentheil dazu berufen, den Menschen „nicht nur auf eignen Füßen stehn, sondern auch aus sich selbst wissen zu lassen, daß er daß sogenannte Absolute unter den Füßen hat.“

Die Volksschule der Zukunft, wie man sieht, ist nichts als eine etwas „veredelte“ preußische Pennalia, auf der Griechisch und Lateinisch durch etwas mehr reine und angewandte Mathematik und namentlich durch die Elemente der Wirklichkeitsphilosophie ersetzt und der deutsche Unterricht wieder auf Becker selig

*) Dieser spätere Doppelcharakter der Göttergestalten ist ein von der vergleichenden Mythologie, die sich einseitig an deren Charakter als Reflexe von Naturmächten hält, übersehener Grund der später einreißenden Verwirrung der Mythologien. So heißt bei einigen germanischen Stämmen der Kriegsgott altnord. Tyr, althochd. Zio, entspricht also dem griech. Zeus, lat. Jupiter für Diu-piter; bei andern Er, Eor, entspricht also dem griech. Ares, lat. Mars.

also etwa bis auf Tertia heruntergebracht wird. Es ist in der That „gar nicht abzusehen", warum die nunmehr von uns auf allen von ihm berührten Gebieten als höchst schülerhaft nachgewiesenen „Kenntnisse" des Herrn Dühring oder vielmehr was nach vorgängiger gründlicher „Säuberung" überhaupt von ihnen übrig bleibt, nicht sammt und sonders „schließlich in die Reihe der Vorkenntnisse übergehen sollten", sintemal sie diese Reihe in Wirklichkeit nie verlassen haben. Freilich hat Herr Dühring auch etwas davon läuten gehört, daß in der sozialistischen Gesellschaft Arbeit und Erziehung verbunden, und dadurch eine vielseitige technische Ausbildung, sowie eine praktische Grundlage für die wissenschaftliche Erziehung gesichert werden solle; auch dieser Punkt wird daher für die Sozialität in üblicher Weise dienstbar gemacht. Da aber, wie wir sahen, die alte Arbeitstheilung in der Dühring'schen Zukunftsproduktion im Wesentlichen ruhig fortbesteht, so ist dieser technischen Schulbildung jede spätere praktische Anwendung, jede Bedeutung für die Produktion selbst, abgeschnitten, sie hat eben nur einen Schulzweck: sie soll die Gymnastik ersetzen, von der unser wurzelhafter Umwälzer nichts wissen will. Er kann uns daher auch nur ein paar Phrasen bieten, wie z. B.: „die Jugend und das Alter arbeiten im ernsten Sinne des Worts". Wahrhaft jammervoll aber erscheint diese haltungslose und inhaltslose Kannegießerei, wenn man sie vergleicht mit der Stelle im Kapital, S. 508—515, wo Marx den Satz entwickelt, daß „aus dem Fabriksystem, wie man im Detail bei Robert Owen verfolgen kann, der Keim der Erziehung der Zukunft entsproß, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen".

Uebergehen wir die Universität der Zukunft, in der die Wirklichkeitsphilosophie den Kern alles Wissens bilden wird, und in der neben der medizinischen auch die juristische Fakultät in voller Blüthe fortbesteht; übergehen wir auch die „speziellen Fachanstalten", von denen wir blos erfahren, daß sie nur „für ein paar Gegenstände" gelten sollen. Nehmen wir an, der junge Zukunftsbürger sei nach Absolvirung aller Schulkurse endlich soweit „auf sich selbst gestellt", daß er sich nach einer Frau umsehen kann. Welchen Lauf der Dinge eröffnet ihm hier Herr Dühring?

„Angesichts der Bedeutsamkeit der Fortpflanzung für Festhaltung, Ausmerzung und Mischung, sowie sogar für neue gestaltende Entwicklung von Eigenschaften, muß man die letzten Wurzeln des Menschlichen oder Unmenschlichen zu einem großen Theil in der geschlechtlichen Gesellung und Auswahl und überdies noch in der Sorge für oder gegen einen bestimmten Ausfall der Geburten suchen. Das Gericht über die Wüstheit und Stumpfheit, welche in diesem Gebiet herrschen, muß praktisch einer späteren Epoche überlassen bleiben. Jedoch ist wenigstens soviel von vorn herein auch unter dem Druck der Vorurtheile begreiflich zu machen, daß weit mehr als die Zahl, sicherlich die der Natur oder menschlichen Umsicht gelungene oder mißlungene Beschaffenheit der Geburten in Anschlag kommen muß. Ungeheuer sind allerdings zu allen Zeiten und unter allen Rechtszuständen der Vernichtung anheim gegeben worden; aber die Stufenleiter vom Regelrechten bis zur Verzerrung in das nicht mehr Menschenähnliche hat viele Sprossen . . . Wird dem Entstehen eines Menschen vorgebeugt, der doch nur ein schlechtes Erzeugniß werden würde, so ist diese Thatsache offenbar ein Vortheil." Ebenso heißt es an einer andern Stelle: „Der philosophischen Betrachtungsart kann es nicht schwer fallen, das Recht der ungebornen Welt auf eine möglichst gute Komposition . . . zu begreifen . . . Die Konzeption und allenfalls auch noch die Geburt bieten die Gelegenheit dar, um in dieser Beziehung eine vorbeugende oder ausnahmsweise auch sichtende Fürsorge eintreten zu lassen." Und ferner: „Die griechische Kunst, den Menschen in Marmor zu idealisiren, wird nicht das gleiche geschichtliche Gewicht behalten können, sobald die weniger künstlerisch spielende und daher für das Lebensschicksal der Millionen weit ernstere Aufgabe in die Hand genommen wird, die Menschenbildung in Fleisch und Blut zu vervollkommnen. Diese Art Kunst ist keine blos steinerne, und ihre Aesthetik betrifft nicht die Anschauung todter Formen" u. s. w.

Unser angehender Zukunftsbürger fällt aus den Wolken. Daß es sich beim Heirathen um keine bloß steinerne Kunst handelt, auch nicht um die Anschauung todter Formen, das wußte er allerdings auch ohne Herrn Dühring; aber dieser hatte ihm ja versprochen, er könne alle Wege einschlagen, die ihm der Lauf der Dinge und sein eignes Wesen eröffnen, um ein mitempfindendes weibliches Herz sammt dazugehörigem Körper zu finden. Keineswegs, donnert ihm jetzt die „tiefere und strengere Moralität" entgegen. Es handelt sich zuerst darum, die Wüstheit und Stumpfheit abzulegen, die auf dem Gebiet der geschlechtlichen Gesellung und Auswahl herrschen, und dem Recht der ungeborenen Welt auf eine möglichst gute Komposition Rechnung zu tragen. Es handelt sich für ihn in diesem feierlichen Moment darum, die Menschenbildung in Fleisch und Blut zu vervollkommnen, sozusagen ein Phidias in Fleisch und Blut zu werden. Wie das anfangen? Die obigen mysteriösen Aeußerungen des Herrn Dühring geben ihm nicht die geringste Anleitung dazu, obwohl dieser selbst sagt, es sei eine „Kunst". Sollte Herr Dühring vielleicht auch schon ein Handbuch zu dieser Kunst „schematisch vor Augen" haben, ähnlich etwa wie deren so mancherlei heutzutage verklebt im deutschen Buchhandel umlaufen? In der That befinden wir uns hier schon nicht mehr in der Sozialität, sondern vielmehr in der Zauberflöte, nur daß der behäbige Freimaurerpfaff Sarastro kaum als ein „Priester zweiter Klasse" gelten kann, gegenüber unserm tiefern und strengern Moralisten. Die Proben, die jener mit seinem Liebespärchen von Adepten vornahm, sind ein wahres Kinderspiel gegen die Schauerprüfung, die Herr Dühring seinen beiden souverainen Individuen aufnöthigt, ehe er ihnen gestattet in den Stand der „sittlichen und freien Ehe" zu treten. So kann es ja vorkommen, daß unser „auf sich selbst gestellter" Zukunftstamino zwar das sogenannte Absolute unter den Füßen hat, einer dieser Füße aber um ein paar Leitersprossen vom Regelrechten abweicht, so daß böse Zungen ihn einen Klumpfuß nennen. Auch liegt es im Bereich der Möglichkeit, daß seine herzallerliebste Zukunftspamina auf besagtem Absoluten nicht ganz grade steht, in Folge einer leichten Verschiebung zu Gunsten der rechten Schulter, die der Neid sogar für ein gelindes Buckelchen ausgibt. Was dann? Wird unser tieferer und strengerer Sarastro ihnen verbieten, die Kunst der Menschenvervollkommnung in Fleisch und Blut zu praktiziren, wird er seine „vorbeugende Fürsorge" bei der „Konzeption", oder seine „sichtende" bei der „Geburt" geltend machen? Zehn gegen Eins, die Dinge verlaufen anders; das Liebespärchen läßt Sarastro-Dühring stehn und geht zum Standesbeamten.

Halt! ruft Herr Dühring. So war es nicht gemeint. Laßt doch mit Euch reden. Bei „den höheren, echt menschlichen Beweggründen der heilsamen Geschlechtsverbindungen . . . ist die menschlich veredelte Gestalt der Geschlechtserregung, deren Steigerung sich als leidenschaftliche Liebe kundgibt, in ihrer Doppelseitigkeit die beste Bürgschaft für die auch in ihrem Ergebniß zuträgliche Verbindung . . . es ist nur eine Wirkung zweiter Ordnung, daß aus einer an sich harmonischen Beziehung auch ein Erzeugniß von zusammenstimmendem Gepräge hervorgehe. Hieraus folgt wiederum, daß jeder Zwang schädlich wirken muß" u. s. w. Und hiermit erledigt sich Alles aufs Schönste in der schönsten der Sozialitäten. Klumpfuß und Buckelchen lieben einander leidenschaftlich, und bieten daher auch in ihrer Doppelseitigkeit die beste Bürgschaft für eine harmonische „Wirkung zweiter Ordnung", es geht wie im Roman, sie lieben sich, sie kriegen sich, und all die tiefere und strengere Moralität verläuft wie gewöhnlich in harmonischen Larifari.

Welche noblen Vorstellungen Herr Dühring überhaupt vom weiblichen Geschlecht hat, ergibt sich aus folgender Anklage gegen die heutige Gesellschaft: „Die Prostitution gilt in der auf Verkauf des Menschen an den Menschen gegründeten Unterdrückungsgesellschaft als selbstverständliche Ergänzung der Zwangsehe zu Gunsten der Männer, und es ist eine der begreiflichsten, aber auch bedeutungsvollsten Thatsachen, daß es etwas Aehnliches für die Frauen nicht geben kann." Den Dank, der Herrn Dühring für dies Kompliment von Seiten der Frauen zu Theil werden dürfte, möchte ich nicht um Alles in der Welt einheimsen. Sollte indeß Herrn Dühring die nicht mehr ganz ungewöhnliche Einkünfteart der Schürzenstipendien gänzlich unbekannt sein? Und Herr Dühring ist doch selbst Referendar gewesen, und wohnt in Berlin, wo doch schon zu meiner Zeit, vor sechsunddreißig Jahren, um von den Lieutenants nicht zu reden, Referendarius sich oft genug reimte auf Schürzenstipendarius!

Man gestatte uns, von unserm Gegenstand, der sicher oft trocken und trist genug war, in versöhnend-heitrer Weise Abschied zu nehmen. So lange wir die einzelnen Fragepunkte abzuhandeln hatten, war das Urtheil gebunden durch die objektiven, unbestreitbaren Thatsachen; es mußte nach diesen Thatsachen oft genug scharf und selbst hart ausfallen. Jetzt, wo Philosophie, Oekonomie und Sozialität hinter uns liegen, wo das Gesammtbild des Schriftstellers vor uns steht, den wir im Einzelnen zu beurtheilen hatten, jetzt können menschliche Rücksichten in den Vordergrund treten; jetzt wird es uns gestattet, manche sonst unbegreifliche wissenschaftliche Abirrungen und Ueberhebungen zurückzuführen auf persönliche Ursachen, und unser Gesammturtheil über Herrn Dühring zusammenzufassen in den Worten: Unzurechnungsfähigkeit aus Größenwahn.

Unsere Professoren auf den Grenzen der Erkenntniß.

Von J. Dietzgen.

V.

Nachdem in solcher Weise der Professor Nägeli sich bestrebt hat, die naturwissenschaftliche Erkenntniß einzuschränken, folgt in derselben Versammlung der Professor Rudolph Virchow seinem Beispiel, um der „Freiheit der Wissenschaft im modernen Staate" noch weiter Einhalt zu thun. Seine Augen sind so empfindlich, daß schon das schwache Licht, was Nägeli aufgesteckt hat, ihm weh thut.

„Ich möchte darthun, sagt Virchow, daß wir an dem Punkte angekommen sind, wo wir uns die besondere Aufgabe stellen müssen, durch unsere Mäßigung, durch einen gewissen Verzicht auf Liebhabereien und persönliche Meinungen es möglich zu machen, daß die günstige Stimmung der Nation, die wir besitzen, nicht umschlage".

Was für eine miserable „Nation" das ist, deren günstige Stimmung sich der Herr Professor zu konserviren wünscht, wird den Parteigenossen kein Räthsel sein. Wir erkennen die Behäbigen gleich schon an ihrer Liebhaberei für die Mäßigkeit Anderer, an der Empfindlichkeit gegen alles, was ihre Verdauung beunruhigen kann.

„Es ist selbstverständlich, daß wir für das, was wir als gesicherte wissenschaftliche Wahrheit betrachten, auch die vollkommene Aufnahme in den Wissensschatz der Nation verlangen müssen. Das muß die Nation in sich aufnehmen, das muß sie verzehren und verdauen".

Der Herr Professor hat Recht: man muß unterscheiden zwischen dem, was zu offenbar ist, als daß es sich vertuschen ließe, und zwischen dem, was den radikalen Tendenzen Vorschub leisten kann, worauf zwar die Wissenschaft lossteuert, das sich aber doch „mäßigen" läßt.

„Wir können nicht jedem Bauernjungen sagen, das ist thatsächlich, das weiß man, und das vermuthet man". „Wir müssen uns enthalten, in die Köpfe der Schullehrer dasjenige hereinzutragen, was wir blos vermuthen". „Immerhin hat auch diese (Descendenz) Theorie, wenn sie konsequent durchgeführt wird, eine ungemein bedenkliche Seite, und daß die Sozialdemokratie mit ihr Fühlung gewonnen habe, wird Ihnen hoffentlich nicht entgangen sein".

Viel zu sagen ist da nicht. Man darf dem Mann nur zuhören und man wird bald orientirt sein, wie es mit der „Freiheit der Wissenschaft im modernen Staate" beschaffen ist. Das Wissen muß natürlich von Virchow besser umgrenzt werden, wie es der College Nägeli umgrenzt hat:

„Wir haben in dieser Umgrenzung unseres Wissens uns vor allen Dingen zu erinnern, daß das, was man gewöhnlich die Naturwissenschaft nennt, wie alles übrige Wissen auf der Welt aus drei ganz verschiedenen Stücken sich zusammensetzt. Gewöhnlich unterscheidet man blos das objektive und subjektive Wissen; indeß wir haben noch ein gewisses Mittelstück, nämlich das des Glaubens, der ja auch in der Wissenschaft existirt".

Den feinen Unterschied, den daraufhin der Schlaumeier, seinem fortschritlichen Renommé zu lieb, zwischen dem wissenschaftlichen und kirchlichen Glauben macht, wollen wir nicht ernst nehmen. Aber es ist anzuerkennen, wie er die schwache Seite seines Vorgängers scharfsinnig herauswittert. Nägeli hatte gesagt:

„Mit den Reizbewegungen ist in der höheren Thierwelt deutlich Empfindung verbunden. Wir müssen dieselbe auch den niederen Thieren zugestehen und wir haben keinen Grund, sie den Pflanzen und den unorganischen Körpern abzusprechen". . . . „Vermöge seiner Zusammensetzung besitzt das Atom verschiedene Eigenschaften und Kräfte, es übt somit auch verschiedene Reize (Anziehungeu und Abstoßungen) auf die anderen Atome aus". . . . Wenn also die Moleküle etwas der Empfindung Verwandtes spüren, so muß es Wohlbehagen sein, wenn sie der Zuneigung oder Abneigung folgen können" ꝛc. . . . „Die Moleküle der chemischen Elemente werden also gleichzeitig von mehreren qualitativ und mehreren quantitativ verschiedene Empfindungen bewegt". . . . „Wir finden somit auf der niedersten und einfachsten Stufe der Stofforganisation, die wir kennen, wesentlich die nämliche Erscheinung, wie auf der höchsten Stufe . . . die Verschiedenheit ist nur eine gradweise".

Darauf antwortete Virchow: „Das ist der Vorwurf, den ich z. B. auch Herrn Nägeli mache. . . Er verlangt, daß das geistige Gebiet nicht blos von den Thieren auf die Pflanzen ausgedehnt werde, sondern daß wir scheießlich sogar aus der organischen in die unorganische Natur herübergehen mit unsern Vorstellungen über die Natur der geistigen Vorgänge. . . Wenn Jemand durchaus das geistige Geschehen in Zusammenhang mit den Vorgängen der übrigen Welt bringen will, so kommt er nothwendig dahin, daß er zuerst die psychischen Erscheinungen, wie sie sich bei den Menschen und den höchst organisirten Wirbelthieren finden, auf die niederen und immer niedrigeren Thiere überträgt; sodann bekommt auch die Pflanze ihre Seele; weiterhin empfindet und denkt die Zelle und endlich finden sich die Uebergänge bis zu den chemischen Atomen, die einander hassen oder lieben, die sich suchen oder auseinanderfliehen. . . Ich habe nichts dagegen, daß Kohlenstoffatome auch Geist haben . . . allein ich weiß nicht, an was ich das erkennen soll. Es ist ein bloßes Spiel mit Worten. Wenn ich Anziehung und Abstoßung für geistige Erscheinungen, für psychische Phänomen erkläre, dann werfe ich einfach die Psyche zum Fenster hinaus. . . Für uns ist zweifellos die ganze Summe psychischer Erscheinungen an bestimmte Thiere, nicht an die Gesammtheit aller organischen Wesen, ja nicht einmal an alle Thiere überhaupt geknüpft, das behaupte ich ohne Anstand".

Darin müssen wir dem Herrn Virchow recht geben: die sprachlich getrennten Begriffe sollen getrennt bleiben. Mit Worten darf man nicht spielen, aber man darf auch nicht verkennen, daß die psychische Empfindung von Lust und Unlust mit der chemischen An- oder Abstoßung eine gewisse Aehnlichkeit hat. Setzen wir nur das Tüpfelchen auf das i, dann ist das eine wie das andere eine gleichberechte Form derselben Natur, ein gleichverständliches Prädikat desselben Subjekts. Nur wer die geistigen Vorgänge durchaus nicht in Zusammenhang bringen will mit den übrigen Erscheinungen der Welt, nur der kann verkennen, daß die animalischen und chemischen, die physischen und psychischen Vorgänge gemeinschaftliche Arten des großen Weltvorganges sind. Also nochmals meine Herren: die Welt ist dialektisch, sowohl einig oder einheitlich im Wesen, als mannichfaltig in der Erscheinung; alle Verschiedenheit ist graduell. Die Einigkeit, wofür Professor Nägeli streitet, geht ihm verloren, sobald er in „die Welt der Ahnung" und zur „göttlichen Allwissenheit" gelangt; sie geht aber dem Rudolph Virchow schon verloren, wenn er nur an den Unterschied des Organischen und Unorganischen gelangt, noch unleidlicher ist ihm der Zusammenhang zwischen Thier und Mensch und ganz außer der Debatte will er den Gegensatz von Leib und Seele halten, weil die Ueberbrückung „im Kopfe eines Sozialisten" die schrecklichste Verwirrung anrichten, weil sie den Umsturz aller Professoralweisheit herbeiführen müßte.

Vermischtes.

— Die Nadel der Cleopatra. Dem „Hamburger Correspondent" wird unter dem 20. Juni aus London geschrieben: Nach einer an Stürmen und Abenteuern reichen Fahrt, die leider in der tückischen Bai von Biscaya uns sechs Menschenleben kostete, lag der stumme Zeuge einer vieltausendjährigen Geschichte, einer versunkenen Cultur, in seinem von Rost bedeckten Eisenkleide auf dem Holzgerüste, welches nächst des neuen Embankements errichtet und worauf er bei günstiger Fluth gehoben worden war. Tag für Tag hämmerten und pochten dort nahe an zwanzig Arbeiter und Hunderte von Leuten umstanden die Planken und trachteten durch die Ritzen und Fugen etwas von dem geheimnißvollen Steine zu erspähen, der da, gleichsam wie ein verwunschener Ritter im rostigen Eisenpanzer lag. Aber trotz alles Hämmerns und Klopfens sah man die ganze Zeit über nichts als die einförmige große, an beiden Seiten zugespitzte Eisenwalze, die von den Küsten Afrikas aus Meere durchfurcht hatte und an vieler Herren Länder vorübergezogen war, ehe sie an den Ufern der Themse stille hielt und das unruhige Element verließ. — Innen sah man nur die rauhen Platten dieser Walze, bis endlich heute die Decke gelüftet und der Obelisk aus seiner Kerkernacht befreit wurde. Majestätisch liegt nun die Nadel auf der unteren Schale des für sie gebauten Schiffes und übt selbst so auf den Beschauer eine große Wirkung, die Wirkung des Erhabenen und Einfachen. Die Farbe des Steins — ein lichtes Grau — ist so frisch und die eingehauene Zeichenschrift so klar und scharf, als wäre das Riesenwerk eben erst von dem Meißel des Steinmetzers geformt worden. Wie wird wohl der armen Nadel das Klima von London bekommen? Man will wohl mit ihr thun, was ihre einstmalige Herrin an sich hat thun lassen: Schminke auflegen; man will der alten und doch auch so jugendlichen Dame einen modernen Anstrich geben, mit einer noch näher zu bestimmenden Oelfarbe; allein wird das Alles gegen diese „schlimmer Londoner Luft" helfen, die schon Manchen und Mancherlei zu Grunde gerichtet hat? Ich fürchte, ich fürchte, auch sie wird hier verdorben werden!

— Eine berühmte Büchersammlung. Aus Paris schreibt man unterm 19. Juni: Für die Bibliophilen hat es seit Menschengedenken kein Ereigniß gegeben, welches der Versteigerung der berühmten Büchersammlung des kürzlich verstorbenen Hrn. Firmin-Didot gleichkäme. Diese Auktion versammelt täglich die Bibliomanen aller Länder im Hotel Drouot, and noch nie hat diese Leidenschaft, an der echte Gelehrsamkeit und wissenschaftliche Liebhaberei bekanntlich einen unendlich geringen Antheil haben, eine ähnliche Orgie gefeiert. Es mag die Angabe genügen, daß blos mit dem ersten Theile des Katalogs, welcher 715 Nummern umfaßt, die ungeheure Summe von 857,204 Francs. erzielt wurde. Eine Handschrift aus dem 15. Jahrhundert: Chroniques de Normandie wurde einem Vertreter der Stadt Rouen, die viel Geld übrig haben muß, für 51,000 Frcs. zugeschlagen; eine andere Handschrift, la Coche ou le Débat d'amour, von der Königin Margarethe von Navarra, dann die Chroniques abrégées des anciens rois et de ducs de Bourgogne wurden je mit 20,000, verschiedene alte Handschriften des Roman de la Rose mit 9600, 8000 und 5500, eine zweite Ausgabe der Werke von Monstrelet mit 30,500 Frcs. bezahlt; daneben wären noch folgende Preise zu erwähnen: Martin Franc, Lestrif de fortune, 21,500; Saint Graal, erstes Buch der Tafelrunde, 7600; Lancelot du Lac 7800; Cleradius et Meliadice, einziges Exemplar, 19,100; Olivier de Castille, einziges Exemplar, 20,000; Les funérailles d'Anne de Bretagne, eine Handschrift, die dem großen Condé und später dem Kanzler d'Aguesseau gehört hat, 13,100; dasselbe Werk in einer anderen Ausgabe 10,100; Firmin Le Ver, lateinisch-französisches Wörterbuch nebst Grammatik, Handschrift aus dem Jahre 1240, 9000; Etienne Porchier, Les trois Ages, Handschrift, welche dem Könige Ludwig XI. gehört hat, 8000 Francs. Die Pariser Nationalbibliothek hat in dieser Versteigerung 11 Werke erstanden.

Durch uns ist zu zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbet'schen Büste „Liberté".

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Elfenbeinton 2,50 Mark. Consoles (Träger) hiezu in schöner Ausstattung pro Stück weiß Mk. 0,80, Elfenbeinton Mk. 1,20.

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.

Die Expedition des „Vorwärts."

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
nehmen bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsch, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Heil, 606 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: H. H. Gerge, 215 Washington Str.
Chicago: W. Bastermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: J. Eng, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 80. Mittwoch, 10. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Gott behüte mich vor meinen „Freunden".

III.

Hören wir die weiteren Liebenswürdigkeiten unseres schulmeisternden „Freundes":

„Ueberhaupt ist die Klage über die falsche Beurtheilung und Verkennung der Partei, welche in melancholischen Augenblicken zuweilen hervorbricht, nur zum Theil berechtigt. Es ist wahr, die übrigen Parteien leiden unter einer kläglichen Unkenntniß in wirthschaftlichen und sozialen Dingen; eine unverständige und auch wohl böswillige liberale Presse hat die denkbar verkehrtesten Vorstellungen und Lügen über den Sozialismus ausgestreut, und was den Gebildeten in dieser Richtung geboten werden darf, zeigt die Verbreitung des von Unwissenheit und Verdrehungen strotzenden Unruh'schen Pamphlets. Aber wer gerecht sein will, wird den bösen Geruch, in dem die Sozialdemokratie steht, erklärlich finden. Zur Zeit des häuslichen Streites zwischen den Eisenacher Ehrlichen und den Männern vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein hat man sich gegenseitig nach Kräften mit Koth beworfen und die schmutzige Parteiwäsche hing auf allen Hecken und Zäunen. Die Verrufserklärungen bildeten früher einen stehenden Artikel in der sozialistischen Presse, und unqualifizirbare Angriffe auf Privatpersonen, die dann oft noch als Repräsentanten einer ganzen Klasse genommen werden, sind noch jetzt keine Seltenheit. Wir erinnern an den Fall eines bekannten fortschrittlichen Berliner Abgeordneten, der bis zum Ekel ausgebeutet wurde. Es geschieht fast kein Betrug, keine Rohheit, keine Ehebruch von einem Angehörigen der besitzenden Klasse, ohne daß der Fall in der Parteipresse breit getreten und der ganzen „Bourgeoisie" zugeschrieben wurde. Begeht ein Arbeiter ein Vergehen, so heißt es: Da sieht man wieder die Folgen der herrschenden Zustände! Da darf man sich denn nicht wundern, wenn auf der andern Seite von „Erregung des Klassenhasses" gesprochen wird. Die ganze Form der Polemik sozialistischer Blätter und Agitatoren verdient den schärfsten Tadel. Es mag ja für die Gewinnung der ungebildeten Massen von agitatorischem Erfolg sein, wenn die Farben stark aufgetragen werden, wenn mit ihnen „Fraktur" gesprochen wird. Aber Ausdrücke der Rohheit, des Hasses, des Zornes wirken doch gewiß nicht erhebend und veredelnd. Der gebildete Mann sucht die Menge zu sich emporzuheben, anstatt zu ihr herabzusteigen. Mag sein, daß die Sozialdemokraten meist sachlich im Rechte sind, daß ihre Gegner Unehrlichkeit verrathen oder sich wissenschaftliche Blößen geben. Gerade in der Benutzung der letzteren ist die sozialdemokratische Presse stark. Leider klebt ihr hier vielfach der leicht erklärliche Fluch der Halbbildung an, und es wäre Zeit, der Ueberhebung der letzteren die Flügel zu beschneiden. Wenn statistische Daten, wie es auch von anderer Seite geschieht, in einseitiger und tendenziöser Weise zurechtgemacht werden, wenn Leute von unbestreitbaren wissenschaftlichen Verdiensten wie dumme Jungen heruntergerissen werden, wenn gegen die Resultate historischer und statistischer Arbeiten einfach die Schlagwörter der Partei ins Feld geschickt werden, wenn z. B. Most ohne jegliche Kenntniß der Quellenschriften einen Streit über die richtige Beurtheilung der römischen Geschichte mit Mommsen unternimmt, so ist das eine geistige Zuchtlosigkeit, die nicht minder schlimm ist, wie die Zurechtmachung volkswirthschaftlicher Lehrsätze im Interesse des Geldsacks. Aehnliches ließe sich über die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Religion sagen. Wir finden hier ihren Kampf gegen alten Wahn und Aberglauben, gegen die Mißbräuche des Dogmas und des geistlichen Amts ꝛc. durchaus konsequent. Ein anderes ist es, ob es weise gehandelt heißt, die Masse mit rohem Griff plötzlich von der ethischen Grundlage von Jahrhunderten loszureißen, ohne ihr etwas besseres bieten zu können, als einen eigenthümlichen Dekokt von modernem in der liberalen Schule gezeitigten Materialismus. Von allem anderen abgesehen, hat sich die Sozialdemokratie durch das Hereinziehen dieser der wirthschaftlichen und sozialen Emanzipation des Arbeiterstandes fremden Dinge eine schwere Last aufgebunden und unnöthig die Zahl ihrer Feinde vermehrt. Wenn ein Theil dagegen Lassalle mit Christus vergleicht und seine Lehre zum „unfehlbaren" Dogma erhebt: heißt das etwas anderes, als den Aberglauben mit dem Aberglauben vertauschen? So mancher Auswuchs der modernen Geistesströmung, der sonst nicht unterzukommen wußte, hat sich an den Sozialismus angehängt, der wahrlich doch Ursache genug hätte, auf dem engeren Gebiete seiner wirthschaftlichen und politischen Ziele alle Kräfte zu concentriren; statt sich mit den Impfgegnern zu identifiziren, statt in Berlin jene widerlichen „Weibervolksversammlungen" und den tumultuarischen Massenaustritt aus der Landeskirche zu betreiben, hätte man sich weit vernünftiger auf den besonnenen Ausbau und die Durchsetzung der zunächst möglichen Forderungen des Parteiprogramms beschränkt. Statt dessen hat man immer die unklarsten und bestreitbarsten, zugleich den gegenwärtigen Verhältnissen am schroffsten entgegenstehenden kommunistischen Sätze desselben betont, ohne auch nur den Weg zu kennen oder anzugeben, auf welchem man den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft herbeiführen will. Wir haben vergeblich in der so reichen sozialistischen Presse und Brochürenliteratur neue selbstständige Gedanken von Marx, Engels und Lassalle gesucht. Es giebt ja freilich zwei „wissenschaftliche" Zeitschriften der Sozialdemokratie, aber auch über diese — wenigstens über die in Deutschland erscheinende — waltet von Hamburg aus die eiserne Parteidisziplin."

Die „melancholischen Augenblicke" seien dem „Freund" gerne verziehen, in Anbetracht seiner gedrückten — beiläufig höchst überflüssiger Weise gedrückten Stimmung, denn auch wenn er seine Artikel nicht geschrieben hätte, würde man ihn nicht mit den bösen Sozialdemokraten identifizirt haben.

Was soll aber das schadenfrohe Vorhalten der „schmutzigen Wäsche"? Wenn ein Herr Mehring das thut, so findet man es sehr natürlich, wenn aber ein „Freund" es thut, der die Wahrheit kennt, der weiß, daß die Vorgänge, auf die er anspielt, ein nothwendiger Entwicklungs- und Reinigungsprozeß waren, der jetzt glücklicherweise hinter uns liegt, so ist das jedenfalls ein etwas zweifelhafter — Liebesdienst.

Und warum jene Vorgänge, deren wir uns durchaus nicht zu schämen haben, und die nicht in der geringsten Beziehung zu der gegenwärtigen Sozialistenhatz stehen, gerade im jetzigen Moment an den Haaren herbeizuziehen? Denkt der „Freund" an das „Mitgegangen mitgehangen", und will er sich bei Zeiten salviren? Der Beweggrund ist nicht ganz hübsch, aber beim besten Willen vermögen wir keinen anderen zu entdecken. Und da wir gerade bei der „schmutzigen" Wäsche sind, so möchten wir unseren „Freund" recht ernsthaft daran erinnern, daß die „schmutzige Wäsche", die er uns mit Behagen unter die Nase reibt, das gemeinsame Produkt derjenigen Parteien sind, welche die gegenwärtige Sozialistenhatz in Szene gesetzt haben, und daß wir keine uns feindliche Partei kennen, die nicht mit einem bedeutenden Quantum eigener „schmutziger Wäsche" gesegnet wäre.

Was soll ferner der Vorwurf, daß wir „Privatpersonen unqualifizirbar angreifen?" Wir wehren uns unserer Haut und greifen Den an, der uns in den Weg tritt und uns zum Angriff zwingt. Dann und wann mag der Angriff heftiger sein als nöthig, dann und wann mag ein Irrthum, ein Mißverständniß obwalten — das läßt sich im Kampf nicht vermeiden und passirt auch anderen Leuten, die nicht so heiß engagirt sind wie wir. Doch unser „Freund" giebt einen bestimmten „Fall" an, den er wohlweislich nur andeutet, ohne einen Namen zu nennen. Er meint nämlich den „Fall Duncker's". Und daß wir diesen Menschen, der die Sozialdemokratie 15 Jahre lang mündlich und in seinen Zeitungen auf's Schmachvollste beschimpft, systematisch verdächtigt hat, nicht mit Glacehandschuhen anfassen, seine, endlich an's Licht der Sonnen gekommene Schande nicht pharisäerhaft todtschweigen, das soll „unqualifizirbar" sein! Wir bedauern, die Begriffe unseres „Freundes" von Moral und journalistischer Pflicht nicht theilen zu können.

Ebenso hinfällig ist der Vorwurf, unsere Presse nutze die Vergehen und Verbrechen von Angehörigen der herrschenden Klasse tendenziös im Parteiinteresse aus. Erstens hat es seine volle Berechtigung, daß Vergehen und Verbrechen aus den Gesellschaftszuständen hergeleitet und somit tendenziös gegen die herrschenden Klassen, obenan die Bourgeoisie ausgenutzt werden. Und zweitens ist die Praxis unserer Presse, auf diesem Gebiete nur ein schwacher Reflex dessen, was unsere Feinde thun, die den Kampf gegen uns stets persönlich führen, den geringsten Fehltritt eines Arbeiters zu einem Verbrechen der Sozialdemokratie stempeln. Wie es in den Wald schallt, und so hallt es heraus — blos, daß das Echo bei Weitem feiner und manierlicher ist als das Originalgeschrei.

Freilich unser „Freund" wird das nicht zugestehen. Der Ton der sozialistischen Presse und Agitation findet seinen „schärfsten Tadel"; wir ergehen uns in Ausdrücken der „Rohheit, des Hasses, des Zornes", die ihm höchlich mißfallen. Ja nun, daß solche Ausdrücke mitunter in unseren Blättern, bei unseren Agitatoren vorkommen — wer sollte es leugnen? Und glaubt der „Freund" etwa nicht, daß es uns lieber wäre, wenn sie vermieden würden? Ist's aber möglich? Um die Sprache unserer Blätter gerecht zu beurtheilen, muß man die Sprache der gegnerischen Presse in Erwägung ziehen. Und kann der „Freund" in Abrede stellen, daß wir auf's Aeußerste provozirt sind, daß unsere Zeitungen und Agitatoren an Heftigkeit der Sprache und Gehässigkeit der Polemik von den gegnerischen Blättern und Parteiführern hundertfach übertroffen werden? Er nehme nur die Pöbelhaftigkeiten eines Unruh und Treitschke — von der augenblicklich grassirenden Epidemie des Knüppel- und Mordspatriotismus gar nicht zu reden.

Wäre der Vorwurf allzugroßer Heftigkeit und „revolutionären" Auftretens uns zu anderer Zeit gemacht worden, so wäre es blos eine Ungerechtigkeit gewesen; daß man ihn uns jetzt macht, in einem Moment, wo es nur der gemäßigten Haltung und mustergiltigen Disciplin unserer Partei zu verdanken ist, daß die von „gewisser Seite" systematisch angestrebten Exzesse und Putsche vermieden worden sind, das ist mehr als ungerecht, das ist gehässig, das streift an Denunziation an.

Beim „Fluch der Halbbildung" wollen wir nicht lange verweilen; es ist ein Thema, welches uns heute zu weit führen würde. Nur wenige Worte: daß innerhalb unserer Partei vielfach „Halbbildung" zu finden ist, leugnen wir nicht — wie sollte es anders sein? Wir können den Arbeitern, die sich der edlen Aufgabe widmen, an der Befreiung ihrer Klasse zu arbeiten, nicht binnen wenigen Monaten oder Jahren eine umfassende Bildung verleihen, — wir können nicht in so kurzer Zeit nachholen, was der Staat und die Gesellschaft freventlich versäumt haben. Wie steht's aber um die „Bildung" unserer Gegner, für welche die Gymnasien, Realschulen und Universitäten nicht unerreichbare Ziele sind? Will der „Freund" behaupten, die gegnerischen Parteien seien vom „Fluche der Halbbildung" frei? Seien als Partei an „Bildung" der unsrigen überlegen? Hand auf's Herz!

Da muß der arme Most mit seinen Vorträgen und seiner Schrift gegen Mommsen herhalten. Aber ist denn das eine solche Todsünde? Most hat sich nicht angemaßt, Mommsen's wissenschaftliche Forschungen zu kritisiren — da ihm die erforderlichen Kenntnisse abgehen, wäre dies unzweifelhaft ein thörichtes Beginnen gewesen — was er wollte, war: die Gesinnungslosigkeit und wissenschaftliche Unehrlichkeit Mommsen's nachzuweisen. Und das hat er gethan, und das war ein verdienstvolles Werk.

Apropos, wir kennen Jemand, der — allerdings nicht in einer besonderen Schrift — das Nämliche gethan hat, und genau in dem nämlichen Sinne wie Most, und dieser Jemand ist ein sehr intimer Freund unsers „Freunds", der brave Kolb in seiner uns sehr werthen und wiederholt von uns empfohlenen „Culturgeschichte". Schleppt deshalb Kolb den „Fluch der Halbbildung" mit sich herum? Ja, das ist was anderes", denkt wohl der „Freund" Alexander. Indeß, wir denken, was dem Kolb recht ist, ist dem Most billig.

Doch weiter:

„Die widerlichen Weibervolksversammlungen" — so ungalant, lieber „Freund"?

„Identifizirung der Partei mit Impfgegnern" — wer hat Ihnen denn das aufgehängt lieber „Freund"? Mit der Impffrage hat unsere Partei ebensoviel zu thun, wie mit dem Austritt aus der Kirche, das heißt nichts. Was Einzelne thun, geht die Partei nichts an.

Wir haben nicht gesagt, „wie der freie Staat mit der sozialistischen Gesellschaft herbeigeführt werden soll". Vielleicht kann der „Freund" es uns sagen. Wir wären ihm dankbar. In Ermangelung des Sagens arbeiten wir desto eifriger an der praktischen Lösung des interessanten Problems, das beiläufig nicht blos auf „wirthschaftliche und politische Ziele" beschränkt ist, sondern den ganzen Menschen, das ganze Gebiet des menschlichen Lebens und Strebens in sich einschließt.

Der „Freund" hat „vergebens in unserer Presse und Literatur neue Gedanken nach Marx, Engels, Lassalle gesucht." Er mag Recht haben. Wir grämen uns darüber nicht, sind im Gegentheil sehr zufrieden, wenigstens drei tüchtige Genossen zu besitzen, die „neue Gedanken" producirt haben. Vielleicht hat der „Freund" die Güte, uns ein Verzeichniß der Männer zu liefern, welche die übrigen Parteien, einschließlich der seinen, mit „neuen Gedanken" versehen haben. Wir sind begierig, haben jedoch eine dunkele Erinnerung, daß die „Frankfurter Zeitung" vor einigen Monaten ein derartiges Lumen für die „Volkspartei" entdeckt haben wollte, und zwar in der Person — Lindwurm's.

Die „eiserne Parteidisciplin", die im Kopfe unseres „Freundes" spukt, können wir füglich ihrem Schicksal überlassen und wollen nur noch konstatiren, daß der „Freund" uns am Schlusse seiner Artikel einen ganzen Sack voll Rathschläge zum Präsent macht. Wir geben ihm den Sack sammt Inhalt zurück und ertheilen ihm unserseits den Rath, künftighin nicht über Dinge zu reden, die er nicht versteht; unserer Partei die Sympathie, welche er für sie zur Schau trägt, zu passender Zeit und in passenderer Form auszudrücken, als dies jetzt geschehen ist, und unter allen Umständen den patronisirenden Schulmeisterton abzulegen, der selbst einem Berufenen nicht ziemen würde und in jedem Falle beleidigend ist.

Die deutsche Sozialdemokratie stößt keine Hand zurück, die ihr ehrlich hingereicht wird, allein sie weiß sehr wohl ihre Freunde und ihre „Freunde" zu unterscheiden.

Wir sind keine Kinder, die sich gemüthlich die Ruthe ertheilen und dann mit Zuckerbrot beschwichtigen lassen. Wer sich in komischer Selbstüberhebung vermißt, uns so behandeln zu wollen, muß die Folgen seines Beginnens hinnehmen.

Wie gesagt — wer uns ehrlich hilft, auch ohne in den Rahmen unserer Partei einzutreten, ist uns willkommen. Anderen Parteien zulieb können wir aber unser Programm nicht ändern. Wir sind, was wir sind: Sozialdemokraten und werden niemals „bürgerliche Demokraten" werden. Deshalb verzichten wir von vornherein auf das Lob unseres „Freundes", der es uns nicht verzeihen kann, daß wir keine „bürgerlichen Demokraten" sind.

Glaube man nicht, man könne uns im Moment der Gefahr mit Zumuthungen und Sottisen kommen, mit denen man in gewöhnlichen Zeiten sich nicht hervorwagen würde. Der „Freund" und seine Genossen irren sich in Bezug auf die „Qualität" unserer Partei. Wir sind nicht von so schwachem Stoff, wie sie uns zutrauen. Die unerhörten Verfolgungen der letzten Wochen haben nirgends Entmuthigung hervorgerufen, sondern umgekehrt, überall das Pflichtgefühl und der Opfermuth aufs Höchste gesteigert. Obgleich — von Sonstigem abgesehen — der größte Theil unserer Redakteure und „Agitatoren" eingesperrt worden ist, hat unsere Partei, statt des erhofften Rückgangs, inmitten der Krise, Fortschritte gemacht, an Terrain gewonnen. Die Massenmaßregelungen, die thatsächliche Aufhebung des Versammlungsrechts — Nichts hat unsere Organisation gelockert. Im Gegentheil: die Schläge von Oben haben sie nur fester gehämmert. Wie bei alten Soldaten, die im Kugelregen stehen: jede Lücke wird sofort ausgefüllt, die Reihen schließen sich fester und fester.

Unsere Fahne ist entrollt: was wir wollen, das wissen wir, und das zeigen wir der Welt, ohne Scheu, ohne Furcht.

Und so gehen wir mit heiterer Zuversicht in den Wahlkampf und in andere Kämpfe. Wer nicht für uns ist, der ist wider uns. Wie viele wider uns sind — das zählen wir nicht. So viele es ihrer sein mögen: wir werden mit den Feinden und mit den „Freunden" fertig werden.

Die Verfälschung der Lebensmittel vor dem Reichstage.

Von H. Vogel.

(Fortsetzung.)

Allen ging der Gesetzentwurf zu weit, Alle fürchteten, daß durch denselben für die Industrie unnöthige Beschränkungen geschaffen würden. Besonders thaten sich hierbei als eifrige Vertheidiger der Lebensmittelverfälscher die Drr. Braun und Mendel hervor, deren unglücklichen Witzeleien hier jedoch nicht die Ehre, wiederholt zu werden, angethan werden soll. Den Sozialdemokraten, welche sich bei diesem Gegenstand zum Wort gemeldet hatten, wurde dasselbe durch Herrn Valentin abgeschnitten. Schließlich wurde der Entwurf einer Commission von 21 Mitgliedern zur weiteren Vorberathung überwiesen. Desgleichen 24 Stück gegen den Gesetzentwurf eingelaufene Petitionen von Fabrikanten, Kaufleuten ꝛc.

Diese Commission hat nach mehreren Sitzungen ihre Berathungen zu Ende geführt und darüber einen gedruckten Bericht erstattet. Sie schlägt darin eine Reihe sehr wesentlicher Abänderungen des Gesetzentwurfes vor. Diese Abänderungsvorschläge, welche auch den im Plenum vorgebrachten Bedenken Ausdruck geben, sind zu charakteristisch, als daß wir dieselben nicht eingehender erörtern sollten.

§ 2 des ursprünglichen Entwurfes giebt den Beamten der Gesundheitspolizei die Befugniß, außer in die Räumlichkeiten, in welchen Gegenstände der bezeichneten Art feil gehalten werden, auch in die zur Aufbewahrung solcher zum Verkauf bestimmter Gegenstände dienenden Räume während der üblichen Geschäftsstunden einzutreten und dieselben einer Revision zu unterwerfen. Diese Bestimmungen hat nun die Commission in der Weise beschränkt, daß die Beamten nur bei solchen Personen, welche bereits auf Grund dieses Gesetzes zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt sind, befugt sein sollen, in den Räumlichkeiten, in welchen Gegenstände der genannten Art feil gehalten werden oder die zur Aufbewahrung solcher zum Verkauf bestimmter Gegenstände dienen, während der üblichen Geschäftszeit Revisionen vorzunehmen; bei anderen Personen sollen sie nicht befugt sein, in die Aufbewahrungsräume der Waaren einzutreten und Revisionen vorzunehmen. Man sieht hier gleich, was aus dem Gesetzentwurf gemacht werden soll! Was brachte man zur Begründung dieser Aenderung vor? Es gehe weit über das Nothwendige hinaus, wenn den Beamten der Gesundheitspolizei die Befugniß eingeräumt werde, auch in die Räumlichkeiten einzutreten, welche zur Aufbewahrung von zum Verkauf bestimmten Nahrungsmitteln ꝛc. dienen und dieselben einer Revision zu unterwerfen. Man stelle durch diese Bestimmung viele Gewerbe ꝛc. unter eine stete polizeiliche Aufsicht, und man verursache dem Handel und Verkehr dadurch eine Störung, welche den damit zu erreichenden Erfolg weit überwiegen. (Daß Handel- und Gewerbetreibende sich solche Revisionen wegen weit unwesentlicheren Dingen gefallen lassen müssen, z. B. wegen Recherchen nach alten Maßen und Gewichten, und daß der Handel darunter nicht leidet, daran dachte Niemand.) Ueberhaupt sei zur Ertheilung so weit gehender Befugnisse an die Beamten der Gesundheitspolizei kein dringendes Bedürfniß vorhanden. (Da werden die Herren Fälscher gewiß nicht widersprechen!) Man muß zwar zugeben, daß durch die beantragte Beschränkung der Befugnisse der Polizeibehörden der Zweck des Gesetzes leicht zu vereiteln sein werde, weil es dann den Gewerbetreibenden ꝛc. möglich sei, einen nach dem Gesetz der Verfolgung ausgesetzten Gegenstand dadurch der Controlle zu entziehen, daß er ihn nicht im Laden, sondern in einer dem Publikum nicht geöffneten Räumlichkeit aufbewahre und davon nur immer gerade soviel in den Laden herbeiholen könne, als von dem Kauflustigen begehrt werde; aber das rechtfertige die angefochtenen Bestimmungen doch keineswegs. Auch mache eine solche Umgehung des Gesetzes den Gewerbetreibenden zu große Unbequemlichkeiten, und die Polizei sei zu umsichtig, als daß ihr Derartiges entgehen würde. Das Betreten anderer Räume belästige den Verkehr zu sehr und stände den Anschauungen und Gewohnheiten der Bevölkerung entgegen; die Entnahmen von Proben im Verkaufslokal seitens der Polizeibehörden sei genügend für den Zweck des Gesetzes.

Zwar wurde diesen Ausführungen mit Recht entgegen gehalten, daß der Zweck des Gesetzes wesentlich der sei, eine vorbeugende Controlle zu üben und daß dieser durch die vorgeschlagenen Aenderungen gefährdet werde, daß die Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln seitens der Gesundheitspolizei unerläßlich sei, wenn man dem Unwesen, welches namentlich die Ernährung der ärmeren Klassen beeinträchtige und die Gesundheit Aller andauernd gefährde, mit einiger Aussicht auf Erfolg vorbeugen wolle. Zwar wurde darauf hingewiesen, daß wenn man die Befugniß der Beamten der Gesundheitspolizei auf das Betreten der dem Publikum zugänglichen Verkaufsräumlichkeiten beschränke, und auf die Entnahme von Proben der dort feil gehaltenen Gegenstände verzichte, man den Fabrikanten und Grossisten geradezu einen Freibrief zu Ungunsten der Kleinhändler gebe, daß aber die meisten Verfälschungen nicht von den Kleinhändlern, sondern schon von den Fabrikanten und Grossisten vorgenommen würden. Durch die vorgeschlagene Aenderung werde es aber fast unmöglich, die Fabrikanten und Grossisten mit Erfolg vor den Strafrichter zu bringen. Auch würden reelle Gewerbe und reeller Handel durch die Bestimmungen des Entwurfs nicht leiden, denn dadurch würde den inländischen Erzeugnissen eine größere Garantie ihrer Reellität gegeben.

Endlich gebe die Gesetzgebung von England wie die der Cantone Zürich und St. Gallen der Gesundsheitsbehörde bereits die Befugniß zu periodischen Untersuchungen der Lebensmittel mit Bezug auf Bereitung und Verkauf, „sowie der hierzu benutzten Lokale", und es sei nicht bekannt, daß die Behörden von dieser Befugniß einen unangemessenen Gebrauch machen.

Aber alle diese schwer wiegenden und gerechten Bedenken hinderten nicht, daß die überwiegende Majorität der Commission die vorgeschlagene Aenderung annahm. Dem Hinweis auf die englische und schweizerische Gesetzgebung hielt man einfach entgegen, daß dort auch die Qualität und Organisation der Gesundheitsbehörden eine bessere sei, als bei uns. (Wie sehr sich übrigens die preußische Regierung diese Beschämung durch die kleinen Schweizer Cantone zu Herzen nimmt, zeigt sie dadurch, daß jetzt wieder in Berlin circa 250 neue Schutzleute für den Criminaldienst, namentlich den geheimen, eingestellt worden sind. Von einer Vermehrung und Hebung der Gesundheitspolizei hört man dagegen nichts.)

So wurde aus einer die Wirksamkeit des Gesetzes wesentlich bedingenden Bestimmung eine schützende Clausel für die Fälscher gemacht. (Schluß f.)

Aus Berlin.

— -- 7. Juli.

„Neue Besen kehren gut" — so wird man hierselbst denken. Es haben nämlich der stellvertretende Polizeipräsident, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrath v. Hertzberg, und der Gouverneur v. Boyen ihren Abschied eingereicht. Von beiden Herren sagt man aus, daß sie nicht gern in ihren Amtsfunktionen an die Grenze des „Möglichen", sondern nur an die Grenze des „Erlaubten" gingen. Die Nachfolger, deren Namen allerdings noch nicht genannt sind, werden sich hier in dem bevorstehenden Wahlkampfe die Worte des Ministers des Innern, Grafen Eulenburg II., wohl besser zu Herzen nehmen.

Doktor Schulze-Delitzsch hat sich in einem Schreiben an seine Wähler in Wiesbaden als den von der Sozialdemokratie bestgehaßtesten Mann in Deutschland hingestellt und als echter Fortschrittler erklärt, daß man etwaige Vorlagen der Regierung, um das Unzureichende in der Gesetzgebung gegen die „wüste Agitation" der Sozialdemokratie zu ersetzen, einer reiflichen Erwägung unterziehen müsse. Sind dem „demokratischen" Schulze denn die heutigen Polizeimaßregeln, die Vereins- und Versammlungsgesetze, sind ihm die Strafgesetze noch nicht strenge genug? — Doch weshalb den alten Mann noch ernst nehmen? Ich theile Ihnen den Schulze'schen Ausspruch auch nur deshalb mit, um Ihnen zu zeigen, wie sich die projektirten Ausnahmegesetze in dem Kopfe eines fortschrittlichen Durchschnittsphilisters widerspiegeln.

Die hiesige „Volkszeitung", die in letzter Zeit eine anerkennenswerthe Haltung angenommen hatte, fällt zuweilen in ihren alten Fehler der Verleumdung und Begeiferung zurück. So denunzirt sie die Sozialdemokratie in Bezug auf das erste von unserer Partei hier herausgegebene Wahlflugblatt, daß dasselbe nur halbe Wahrheit enthalte, daß die Sozialdemokratie noch ganz andere Pläne habe, daß sie die Lüge und Heuchelei predige (in Bezug auf die rohen fortschrittlichen Bedrohungen der Arbeitsentlassung!) — und daraus folgert das weise Blatt, daß man einen Fortschrittler wählen müsse. Ein Fortschrittler, der sich über Heuchelei und Lüge beschwert — ein komischer Kauz. Uebrigens will ich Ihnen den von der „Volkszeitung" angegeiferten Satz aus dem hiesigen Wahlflugblatt unserer Partei mittheilen, den das fortschrittliche Blatt natürlich nicht abdruckt. Derselbe lautet:

„Keine Ausnahmegesetze; keine Vermehrung der Steuerlasten, sondern Minderung derselben; kein Monopol, wohl aber Hebung und Schutz der Industrie und Verbesserung des Looses der werkthätigen Klasse; keine Erneuerung des Militärseptennats, sondern Wahrung des Budgetrechtes des Reichstags und Minderung der Militärlasten überhaupt; keine Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts, sondern Ausdehnung desselben auf die Landtage und Gemeinden; keine Beschränkung der politischen Freiheiten, sondern Ausbau derselben nach den Prinzipien der Gerechtigkeit."

Das sind allerdings einfache Sätze; aber von einem sozialdemokratischen Wahlcomité unterzeichnet zeigen sie jedem Unbefangenen auch ein völlig sozialdemokratisches Gesicht.

Der „Volkszeitung" hätte es wohl gefallen, wenn das Wahlflugblatt derart abgefaßt gewesen, daß es von der löblichen Polizei confiszirt worden wäre. Doch den Gefallen thut man der Fortschrittspartei nicht, die, wenn sie uns gegenübersteht, auch zugleich die Partei der Polizeibeamten ist, für welche man hochobrigkeitlichst eintritt.

Unser hiesiges Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse", empfiehlt und mit vollem Rechte den Berliner Parteigenossen, daß sie von den Wirthen, wo sie verkehren, sowie von den Krämern, von denen sie kaufen, verlangen sollen, die „Berliner Freie Presse" zu halten. Dazu fordert unser Organ mit folgenden bezeichnenden Worten auf: „Wenn die Arbeitgeber jetzt den Arbeitern vorschreiben, welche Zeitung sie nicht halten sollen, dann steht auch den Einkäufern das Recht zu, den Verkäufern vorzuschreiben, welche Zeitung sie halten sollen!"

Der Inhaber des hiesigen Arbeiterbildungsinstituts, Genosse W. Körner, der vor mehreren Tagen aus der Untersuchungshaft wieder entlassen werden mußte, hat das Lesekabinet dieses Instituts wieder eröffnet. Derselbe hat den Besitzer des „Tageblattes", Rudolph Mosse, wegen verleumderischer Beleidigung verklagt, da dieser ausgesprengt hatte, daß unser Genosse wegen Meineid und unzüchtiger Handlungen angeklagt sei. Ursache der Untersuchungshaft ist lediglich die Anklage wegen „geheimer Verbindung" gewesen. Es soll mich wundern, ob Herr Mosse bei der Schwere der Beleidigung zu Gefängnißstrafe verurtheilt wird, mit der man doch beim hiesigen Stadtgericht gegenwärtig gegen die Sozialdemokraten so sehr freigebig ist.

Noch will ich Ihnen mittheilen, daß unser Wahlcomité auf das Gesuch, eine Abschrift der Wahllisten zu erhalten, vom Magistrat abschläglich beschieden worden ist, weil bei der Kürze der Zeit das Wahlbureau nicht im Stande sei, Abschriften der Wählerlisten zu liefern. Dieselbe Antwort hat schon oder wird das Wahlcomité der Fortschrittspartei erhalten, doch glaube ich, daß es demselben gelingt, trotz der Kürze der Zeit die Abschrift der Wahllisten zu erhalten, da der Magistrat das beabsichtigte Gesuch des Wahlcomités, die Wahllisten durch fortschrittliche Vertrauensmänner selbst abschreiben zu lassen*), kaum abschlagen dürfte.

Herr Stadtrath Zelle, der Gegencandidat des Genossen Fritzsche hat eine Wahlrede gehalten, die sich besonders gegen unsere Partei wandte. Er sagte, daß dieselbe ebenso wie die der Klerikalen und Agrarier gar keine Partei sei, daß ferner die Sozialdemokraten in drei Abtheilungen zu bringen seien, 1) in Hetzer („Führer"), 2) in Verführte, 3) in Höbels. Nach dem Berichte der „Volkszeitung" schlägt der geistvolle Redner vor, der ersten Kategorie seine Belehrungen (für die „Hetzer" Belehrungen!) und Strenge der Handhabung der Vereins- und Preßgesetze zu widmen; der zweiten (den „Verführten"!) müsse man mit dem Arbeitshause und den Strafgesetzen zu Leibe gehen, und der dritten Kategorie (den Höbels) müsse man den Haß mit Liebe vergelten und sie in materieller und geistiger Beziehung emporziehen. Wir gratuliren diesem fortschrittlichen Candidaten zu seiner Höbelliebe. — Daß auch vor dem liberalen Stadtrath die christlich-sozialen „Hetzer" keine Gnade fanden, ist natürlich. Zelle aber wird am 30. Juli keine Gnade finden vor den Augen der Mehrzahl der Wähler im 4. Berliner Wahlkreis.

Bis jetzt kann man über den Ausfall der Wahlen nichts sagen. Die Unterdrückung der Arbeiter ist ungemein groß, aber ihre Begeisterung noch größer! Wahrscheinlich fallen die Wahlen ähnlich aus, wie im Januar 1877. Der vierte und sechste Wahlkreis für uns, der fünfte für die Fortschrittler; im 3. engere Wahl zwischen Sozialdemokratie und Fortschritt, im 1. und 2. engere Wahlen zwischen Fortschritt und Conservativ-„Liberalen". Dabei kann der 1. Wahlkreis sehr leicht den Fortschrittlern verloren gehen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Eine sehr wichtige Entscheidung für die Arbeiter. Wir haben die Arbeiter schon im „Vorwärts" aufgefordert, sich nicht ohne Kündigung auf die Straße werfen zu lassen von

*) In Nürnberg (Siehe Correspondenz) hat der Magistrat den Sozialdemokraten die Listen gleichfalls nicht zugestellt die Fortschrittler aber haben dieselbe durch ihre Commis abschreiben lassen. D. R. d. B.

Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

(Schluß.)

Das Bild, das sich da allnächtlich darbietet, gehört entschieden mit zum Tollsten, was mir, so mancherlei ich in dieser Art auch schon gesehen, bisher vorgekommen.

Nacht für Nacht finden sich hier, im Centrum und einem der vornehmsten Theile der Metropole des frommen Heuchellands, auf offener Straße, unter freiem Himmel und unter Beisein und Assistenz der wohllöblichen Polizei, Schaaren von „ces dames" und jungen und — alten Männern der guten Gesellschaft zusammen, um — Liebesbörse zu halten.

Liebesbörse? — Nun ja, was ist groß dabei? Enfin — die große Welthandelsstadt hat ihre Effektenbörse, ihre Getreidebörse, ihre Fischbörse, warum soll sie nicht auch ihre Liebesbörse haben? Wie man dort egyptische Anleihe, russischen Weizen, holländische Heringe kauft, so kauft man hier eben — Liebe. Nichts einfacher wie das. Für Geld ist ja einmal Alles zu haben auf dieser großen Handelsbörse, die man moderne Gesellschaft nennt.

Nur weil man ja bekanntlich eine äußerst sittliche und fromme Gesellschaft ist, so hält man diese Börse, entgegen den anderen, bei Nacht ab. Da zählt's nicht und der liebe Gott merkt es auch nicht — im Dunkeln.

Was wohl unsere keuschen Josephe, die Unruh, Duncker, E— ꝛc. sagen würden, wenn sie ihre respektiven Tugendengel auf ihren Fittigen plötzlich hieher brächten? Sie würden ihr keusches Antlitz rasch in ihren keuschen Mantel hüllen, sich entsetzt zur Flucht wenden und schaudernd ausrufen: „So ist denn in diesem Lande — o Graus! — bereits der sittenlose Communistenstaat errichtet?"

Ich kann aber auf's Bestimmteste versichern, daß in der großen Themsestadt die Commune bis dato noch nicht proklamirt ist, sondern daselbst die bürgerliche Gesellschaft im vollsten Glanze ihrer Sittlichkeit noch fortbesteht.

Freie Liebe! So nennen sie es ja wohl, was sie uns wilden Umstürzlern vorwerfen. Und das hier? Wäre es „freie Liebe"! Es ist aber zehntausendmal Schlimmeres: Gezwungene Liebe.

Heute war der Markt gerade recht stark besucht. Schon von weitem hörte und sah man die rohen Späße und Zoten der jungen und alten „canaille dorée" und das Lachen der Mädchen, jenes hölzerne, gezwungene Lachen, zu dem sich das fröhliche Lachen der Mädchenunschuld verhält, wie eine sonnige, heitere Landschaft zu der gemalten Landschaft eines Wirthshausschildes.

Ich blieb mitten in dem Gewühle stehen. Nicht als ob ich etwa — oh nein! So was müssen Sie von mir nicht glauben, geehrter Herr Redakteur! Es war rein nur vom sozial-politisch-ökonomisch-ethisch-moralisch-praktisch-philosophisch-psychologischen Standpunkt aus, daß ich tugendstrenger Republikaner an dieser Stätte des üppigsten Lasters und der bourgeo-aasigen Sittenfäulniß verweilte.

Ein tolles Treiben! Die Mädchen in ihren eleganten Toiletten mit dem stereotypen, eingefrorenen Lächeln auf den Lippen, das sich immer wie ein mühsam unterdrücktes Weinen ausnimmt und uns Alle anzuklagen scheint. Und wahrhaftig — sie haben zu weinen, sie haben zu klagen. Wer — und sei es auch der ärmste Proletarier — kann sagen, er habe schwerere, wuchtigere Anklagen gegen die bestehende Gesellschaft vorzubringen, als diese armen „Verlorenen"? Jener verkauft doch immer nur die Kraft seiner Arme, sie aber müssen — täglich, stundlich von Neuem — sich selbst, ihr eigenstes Ich, ihren Leib, ihre Menschenwürde, das Beste, was das Weib hat, die Frauenehre verkaufen — das ist schrecklich. O gewiß — ihnen gebührt die Palme im Wettbewerb des Elends.

Das Philisterthum erzählt sich mit sittlichem Gruseln von den „Petroleusen", die in jenem weltgeschichtlichen Frühling, als drüben im schönen Paris die junge Gesellschaft einen heroischen, aber hoffnungslosen und deshalb wohl besser unterbliebenen Kampf gegen die übermächtige alte aufnahm — so wild und todestrotzig in den Reihen der „Mordbrenner" mitfochten.

Junge Mädchen sah man, so wird berichtet, „Dirnen" in Männertracht, die Büchse in den pulvergeschwärzten kleinen Händen, in den vordersten Reihen stehend, im heißesten Schlachtgewühl, in der größten Gefahr, die Streiter zum Kampfe anfeuernd, die unerschrockensten Männer an Heldenmuth und Todesverachtung beschämend.

Und doch nichts begreiflicher als das. Wer hatte so Vieles so unaussprechlich Vieles zu vertheidigen, als diese Armen? Die Commune hatte ihnen ihre entsetzlichen Kerker geöffnet — „Die Prostitution ist abgeschafft." Sie wußten, die Rückkehr der „moralischen Ordnung" bedeutete für sie die Rückkehr in die alte entsetzliche Sklaverei. Wer konnte sie auch besser kennen, die Moral dieser „moralischen Ordnung", wer mußte diese tiefer, tödtlicher hassen?

Und als der schöne Traum von Freiheit und wiedererstrittener Frauenwürde zusammenbrach und die „moralische Ordnung" — trotz alledem — zähnefletschend triumphirte, — da fand man auf den Barrikaden, in den Straßen gar manche schöne Mädchenleiche, die klaffende Todeswunde auf der entblößten Brust. Vor sich die feindlichen Geschosse, hinter sich die alten, martervollen Kerker, hatten sie jene gewählt.

Wie ich nun so auf meinem sozial-politisch-ökonomisch- u. s. w. u. s. w. Standpunkt dastehe, fällt mir in dem Gewühle, nicht weit von mir, ein sehr, sehr hübsches junges Mädchen auf, von jener sanften, rührenden Anmuth, wie man sie in dieser Art eben nur bei Albions goldhaarigen Töchtern findet.

Sie konnte noch nicht lange beim „Handwerk" sein, denn sie war jung, furchtbar jung, und ihr Gesicht, ihr ganzes Wesen zeigte noch nicht jenes gewisse Etwas, jenen Stempel der Entwürdigung, den das Gewerbe all diesen Mädchen aufdrückt und sie dem Kenner unschwer verräth.

Vor ihr stand ein alter abgelebter Kerl in noblem Futteral und sprach eindringlich in sie hinein.

„Komm, komm, ich habe meinen Wagen hier", höre ich ihn sagen.

Sie bleibt zaudernd, stumm stehen.

Er flüstert ihr mit faunischer Grimasse etwas in's Ohr. Sie fährt zusammen und blickt scheu, ängstlich um sich, wie fragend ob denn Niemand zu ihrer Hilfe da sei.

brutalen Arbeitgebern, oder aber noch 14tägige Lohnforderung zu beanspruchen. Daß unsere Aufforderung eine richtige war, beweist nachstehender Bericht, der uns vom 5. Juli aus Berlin zugeht: „Die Arbeiterentlassungen ohne vorherige Kündigung haben jetzt zu einem bemerkenswerthen Erkenntniß geführt, welches zum Nachtheile der Arbeitgeber ausgefallen ist. Mehrere in einer hiesigen größeren Fabrik für Gas- und Wasseranlagen beschäftigt gewesene Arbeiter waren vor einiger Zeit plötzlich entlassen worden. Der Arbeitgeber glaubte diese Maßregel unter Hinweis auf einen diesbezüglichen Paragraphen der in den Arbeitsräumen zur Nachachtung ausgehängten Fabrikordnung, nach welcher in gewissen Fällen eine Kündigung bei einer Dienstentlassung ausgeschlossen ist, begründen zu können, während die entlassenen Arbeiter noch für die nächsten 14 Tage Lohn von je 30 Mark beanspruchten. Das nunmehr hierüber zur endgültigen Entscheidung angerufene Gewerbegericht des hiesigen Magistrats resolvirte auch zu Gunsten der Arbeiter und das Stadtgericht erkannte, nachdem der Fabrikbesitzer gerichtliche Entscheidung beantragt hatte, im nämlichen Sinne. In dem Erkenntniß wurde ausgeführt, daß die zunächst geltend gemachte klägerische Forderung, die für Jedermann sichtbar in der Fabrik aufgehängte Fabrikordnung müsse den Klägern bekannt sein, eine irrige sei, weil die Kläger keine Verpflichtung hätten, die an den Wänden befindlichen Plakate zu lesen. Sodann könne aber auch durch eine derartige einseitige Bestimmung die deutliche und klare gesetzliche Vorschrift, wie sie der § 110 der Gewerbeordnung aufstellt, nicht willkürlich geändert und die Absicht des Gesetzgebers somit auf Kosten des Gegners vereitelt werden. Aus dem allgemeinen Bestehen einer Fabrikordnung an sich folge nicht auch selbstverständlich schon der Ausschluß der Kündigung." — Die Arbeiter werden nun in allen Fällen, wo sie ohne Kündigung aus der Arbeit entlassen werden, sich die §§ 110 u. 111 der Gewerbeordnung genau ansehen, in welcher als Entlassungsgrund „sozialdemokratische Umtriebe" nicht aufgeführt worden sind.

— Staats- und reichsfeindliche Zeitungen und Druckschriften. Der hochconservative Handelsminister v. Maybach hat ein Reskript an die königlich preußischen Eisenbahndirektionen erlassen, in welchem befohlen ward, streng darauf zu achten, daß alle staats- und reichsfeindlichen Zeitungen und Druckschriften, zu denen insbesondere die sozialdemokratischen zu rechnen seien, von der Colportage auf den Bahnhöfen unbedingt ausgeschlossen bleiben, und daß gegen die gute Sitte verstoßende Schriften und Bilder, sowie auch Photographien der Verbrecher Höbel und Nobiling von der Colporteuren nicht feilgehalten werden. Desgleichen ist das Halten solcher Schriften und Zeitungen und das Auslegen derselben in den Restaurationslokalen den Restaurateuren zu untersagen. Die Colporteure sind gehalten, ein Verzeichniß der von ihnen feilgebotenen Zeitungen und Druckschriften der königlichen Commission einzureichen, von der die ausdrückliche Genehmigung zum Vertrieb zu ertheilen ist. Mit der Ueberwachung dieser Anordnung werden in erster Reihe die Stationsvorsteher und die Bahn- und Betriebscontroleure zu beauftragen sein, jedoch wird der Commission zur Pflicht gemacht, daß die zur Aufsicht berufenen Beamten gelegentlich der Revisionsreisen sich persönlich von der genauesten Befolgung dieser Vorschrift überzeugen. Colporteure und Restaurateure, die diesen Bestimmungen entgegenhandeln, sind sofort zu entlassen." — Daß auch klerikale, fortschrittliche, ja auch liberale Zeitungen unter dies Interdikt des Herrn Maybach fallen, dies geht zur Genüge aus der Fassung des Reskripts hervor. „Insbesondere die sozialdemokratischen" — aber außerdem hat die „königliche Commission", welche aus ächt conservativen Männern sicherlich zusammengesetzt ist, zu bestimmen. — Daß wir Sozialdemokraten längst nicht mehr die einzigen Umstürzler sind, beweist die Zusammenschließung halb-liberaler, frei- und deutschconservativer Elemente zu einer „Ordnungspartei" in Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie kaum existirt. In diesen gilt der Kampf dem Parteien der „Unordnung", die sich unter Laskers oder Richters Fahne sammeln. Merkwürdige Herren sind es doch, diese Fortschrittler — in einigen Wahlkreisen lassen sie sich von den Gemäßigt-Liberalen und den Conservativen, als Reichsfeinde völlig in die Acht erklären, sie lassen sich in Kreisen wie Kiel und Altona, die sie besessen haben, einen nationalliberal-conservativen Knüppel zwischen die Beine werfen, und diese selben Fortschrittlxr proklamiren zum Beispiel in Plön-Segeberg den deutsch-conservativen Candidaten, den Grafen Holstein, auch zu ihrem Candidaten, während sie noch bei der vorigen Wahl einen eigenen Candidaten, den Professor Seelig aus Kiel, aufstellten. Das nennt man fortschrittliche Consequenz, einen erklärten Reaktionär auf den Schild zu heben. Dies Verfahren ist übrigens den fortschrittlichen Berliner „Größen" derb unter die Nasen zu reiben.

— Bamberger und Lasker, die von Bismarck so schwer Gekränkten, weil er von ihrem Pantoffelkuß nichts mehr wissen will, haben sich in ihren Wahlreden auf die „Hinterbeine" gestellt. Bamberger sagte, daß er im Reichstage einen sehr gemäßigt liberalen Freund habe, zu welchem einige Wähler gekommen seien und dem sie erklärt hätten, daß sie ihn nur dann zum Reichstagsabgeordneten wieder erwählen würden, wenn er sich von vornherein verpflichtete, alle von der Reichsregierung dem Reichstage vorzulegenden Gesetze gegen die Sozialdemokraten gutzuheißen. Daraufhin habe jener diesem Wähler geantwortet: Wenn dies wirklich Ihre Absicht ist, so thun sie am besten, einen Bedienten des Fürsten Bismarck nach Berlin zu schicken, der würde ein solches Amt am besten zu versehen im Stande sein. Er (Bamberger) aber gehe hierin noch weiter, solche Wähler sollten lieber gar keinen Reichstag wählen, als einen solchen, der die Vorlagen der Reichsregierung nur einfach registrire. Lasker erklärte in Saalfeld, daß er und seine Partei entschieden gegen Ausnahmegesetze stimmen würden. Er erkenne die Sozialdemokratie als eine Partei an, gegen die, wie gegen jede andere, nur mit allgemeinen Gesetzen vorgegangen werden dürfe. Er hätte seiner Zeit auch gegen das Jesuiten-Gesetz gestimmt, das Wort „Reichsfeind" komme nie in seinen Mund, er verlange für alle Bürger gleiches Recht. — Die „Frankf. Ztg." meint, daß die Sozialdemokraten im 2. Meininger Wahlkreise bei einer Stichwahl gegen Lasker stimmen würde. Die „Frankf. Ztg." mag sich Raths holen bei dem Candidaten unserer Partei im dortigen Kreise, Genossen Grillenberger in Nürnberg — die Antwort dürfte anders ausfallen.

— Zum Kapitel der Majestätsbeleidigungen. Die „Vossische Zeitung", gewiß ein ruhiges Philisterblatt, schreibt in ihrem politischen Theile: „In Bonn war ein Schuhmacher aus Siegburg wegen Majestätsbeleidigung in erster Instanz zu 2 Monaten, in zweiter zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Am Dienstag Morgen wurde er in seiner Zelle erhängt gefunden. In Spandau wurden fünf Personen zu 2, 6 Jahren und zu 6, 6 und 2 Monaten verurtheilt. Nachdem wir über auswärtige Verurtheilungen in einer Gesammthöhe der erkannten Strafen von 500—600 Jahren berichtet haben, widerstrebt es uns, die traurige Liste weiter fortzuführen. — Ja, es widerstrebt der ruhigen „Vossischen Zeitung" die traurige Liste weiterzuführen. — Weshalb? Offen ausgesprochen — auch die ruhige „Vossische Zeitung" ist von Ekel erfüllt über die in Deutschland grassirenden Denunziationen, über die Henkerbande, die in Deutschland ihr Unwesen treibt. Und doch haben alle diejenigen Organe, welche der Regierung gegenüber ruhig und nachgiebig waren, diese Henkerbande großziehen helfen. Wer aber die Majestätsbeleidiger sind, das geht aus einer Berliner Localnotiz desselben Blattes in derselben Nummer hervor, die also lautet: „Am Mittwoch wurden drei verkommene Subjekte und am Donnerstag ein schon bestrafter, arbeitsscheuer Mensch wegen Majestätsbeleidigung in Haft genommen." — Aus alledem geht hervor, daß die Denunzianten und die meisten der Majestätsbeleidiger auf ein und derselben sittlichen Stufe sich befinden. Und da wird so viel Aufhebens von einigen dummen, schnoddrigen Aeußerungen gemacht?! Geschieht dies blos um den deutschen Philister, der doch so schon dumm genug ist, noch mehr zu verdummen und zu verwirren? Antwort können die Herren Gneist, Treitschke und Wehrenpfennig geben

— Eine Stimme aus dem Auslande. Ueber die über ~~Deutschland herein~~brechende Reaktion schreibt der liberale „Pester Lloyd" folgende Sätze, die beweisen, welche Meinung darüber im Auslande und speziell in Oesterreich herrscht. Das genannte Blatt schreibt: „Mit dröhnendem Schritt vollzieht die Reaktion ihren Aufmarsch in Deutschland, und unter ihrer Wucht erzittert der Boden weit über die Marken des Reiches hinaus. Kein Zweifel, die Auflösung des Reichstages leitet die Herrschaft des Confliktes wieder ein. Wen dieser Akt nicht belehrt, dem verkündet das gellende Concert aus allen Sümpfen, Mauerecken und Baumhöhlen, daß es wieder Nacht werden will in Deutschland. Das Muckerthum und das Junkerthum, der Denunciant, der Büttel und die Polizei, die eiserne Faust und das ältriefende Wort, die loyale Heuchelei und die heuchlerische Loyalität — Alles, Alles wovon man meinte, es sei für ewige Zeiten verbannt, hat sich nach den Schüssen Unter den Linden zusammengefunden und feiert seine widerwärtige Orgie inmitten der Bestürzung und Verzagniß der Denkenden und Ehrlichen. Wäre es nicht auf die Bewältigung der liberalen Parteien abgesehen, so ließe sich nicht einmal die Auflösung des Reichstages erklären. Die Nationalliberalen waren ja zuletzt daran, sich dem Reichskanzler mit gebundenen Händen auszuliefern; in ihrem autorisirten Organe erklärten sie bußfertig, der Regierung gern zu Willen zu sein, wenn die Vorlage gegen die Sozialdemokraten neuerdings vor den Reichstag gebracht werde. Allein, vor dem Reichskanzler kommt alle Reue zu spät."

Merken denn unsere deutschen Reichsbrüder gar nicht, welchen jämmerlichen Eindruck das reaktionäre „geeinte, freie, große, deutsche Reich", welchen jämmerlichen Eindruck sie selbst im Auslande bei allen vernünftigen Menschen machen?

— Wir theilten in letzter Nummer mit, daß Lehmann seine Vertheidigung dem Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalt Freytag habe übertragen wollen. Da Freytag erst Ende der vorigen Woche, also wenige Tage vor dem anberaumten Verhandlungstermin, von diesem Entschluß in Kenntniß gesetzt wurde, hat er die Uebernahme der Vertheidigung davon abhängig gemacht, daß das Berliner Gericht in eine Vertagung des Termin's willige, damit er im Stande sei, das Aktenmaterial zu bewältigen. Ob man auf dieses gerechte Verlangen eingegangen ist, wissen wir noch nicht.

— Weitere sozialistische Candidaturen sind.

I. württembergischer Wahlkreis (Stuttgart) Dr. Albert Dulk. X. Wahlkreis (Göppingen ꝛc.) Jul. Motteler. München I Dr. med. Hacker; München II Alois Kiefer. Frankfurt a. M. Rudolf Döll. Höchst-Ufingen Jakob Schmidt. Bremen W. Frick. In den westfälischen Kreisen ist an mehreren Orten (Dortmund, Iserlohn ꝛc. ꝛc.) C. W. Tölke aufgestellt. Mainz und Offenbach Liebknecht. (Der Offenbacher Kreis gehörte zuerst zu den offiziellen; da aber die dortigen Genossen an der Candidatur Liebknecht's unter allen Umständen festhielten, dieser aber nicht in zwei offiziellen Kreisen aufgestellt werden durfte, so verzichteten die Offenbacher Genossen auf direkte Parteiunterstützung, blos um ihren alten Candidaten behalten zu können. Dies zur Aufklärung.) Leipzig (Stadt) Bebel. XI. sächsischer Wahlkreis (Wurzen-Oschatz) Hadlich-Leipzig. IX. sächs. Wahlkreis (Plauenscher Grund) Vollmar-Dresden, IV. sächs. Wahlkreis (Dresden-Neustadt mit Land) Liebknecht. VII. sächs. Wahlkreis (Riesa) Rauert-Leipzig. X. sächs. Wahlkreis (Döbeln-Waldheim) Burkhardt-Leipzig. Cöln und Königsberg Bebel. Erlangen-Fürth: Löwenstein. Delitzsch-Bitterfeld: Ramm-Leipzig. Erfurt und Cottbus: Otto-Kapell. II. Meininger Wahlkreis (Saalfeld) Grillenberger. Halberstadt: Dr. Stamm. Berlin I Most, Berlin II Baumann; Berlin III Rackow; Berlin V Otto Kapell.

— Vom Kriegsschauplatze. In unserer letzten Nummer haben wir berichtet, daß Parteigenosse Palm aus Siegburg, der in erster Instanz zu zwei Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden war, in zweiter Instanz, nachdem der Staatsanwalt appellirt hatte, mit drei Jahren Gefängniß von den milden Appellationsrichtern bedacht wurde. Palm führte sich dieses unerwartete harte Urtheil so zu Gemüthe, daß er sich am 1. Juli in seiner Zelle erhängte. — Der wegen Majestätsbeleidigung denuncirte und verhaftete sozialdemokratische Colporteur Bolz in Darmstadt ist aus der Haft wieder entlassen worden, weil ein „Mißverständniß" vorlag. „Zum Teufel mit den Denunzianten"! — sagt „Kladderadatsch" im Jahre 1849. — Wegen Vertriebes von Loosen der Londoner Tombola zu Gunsten der nach Neu-Caledonien Verbannte wurde in Frankfurt a. M. der Colporteur Knoke zu 30 Mark Geldbuße verurtheilt, nachdem er drei Tage in Untersuchungshaft gewesen war. — Die Dresdener Maler- und Lackirergewerkschaft ist aufgelöst worden. — Genosse Vollmar, der bekanntlich im Gefängniß sich befindet, wurde neuerdings wegen Beleidigung eines „ehrwürdigen" Pfarrers zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt. — Der sechste Redakteur der „Bergischen Volksstimme", J. Mülhaus wurde am 4. Juli in Barmen plötzlich verhaftet. — Unser Genosse Kokosky in Braunschweig ist wegen Privatbeleidigung am 4. Juli zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Das Wahlflugblatt unserer Partei in Reichenbach-Neurode ist confiscirt worden. Es lebe die Wahlfreiheit! — Die Münchener Polizei hat die Mitgliederverzeichnisse der dortigen Parteigenossen in die Hand bekommen und die Namen der betheiligten Arbeiter den betreffenden Arbeitgebern mitgetheilt. Ist das nicht Amtsmißbrauch?! — Gegen unsere Genossinnen Frau Canzius und Frau Stegemann in Berlin ist die Untersuchung wegen Religionsschmähung, die sie in öffentlicher Rede begangen haben sollen, eingeleitet worden.

Correspondenzen.

Berlin, 5. Juli. (Zur Spitzelei.) Unser Berliner Parteiorgan schreibt: „Ein hiesiger Bürger, Namens W., dessen Gattin, Mutter dreier unmündiger Kinder, typhuskrank im Moabiter Lazareth liegt, besuchte am Sonntag, mit Zurücklassung der Kinder, die kranke Frau. Auf dem Rückwege traf er einen Freund, mit welchem er in einem Moabiter Garten einkehrte, um ein Glas Bier zu trinken. Die Freunde sprachen mit einander von Wahlangelegenheiten, wobei W. äußerte: „Unsere Candidaten sind nunmehr aufgestellt und wir im 6. Wahlkreise wollen dafür sorgen, daß unser Hasenclever als Sieger aus der Urne hervorgeht." Kaum waren die Worte gesprochen, so sprang ein dicht daneben sitzender Mann, der sich schlafend gestellt hatte, auf und forderte, indem er ein Schild als Polizeilegitimation aus der Tasche zog, die beiden erstaunten Männer auf, ihm zur Wache zu folgen. Bei dieser angelangt, mußten die Beiden verweilen, bis der ominöse „grüne Wagen" ankam, mittels dessen sie dann nach dem Molkenmarkt befördert wurden. Dort steckte man sie in ein elendes Loch von Gefangenzelle, worin sie — ohne Speise und Trank — die ganze Nacht durch blieben. Am andern Morgen (Montag) 9 Uhr wurden die „Uebelthäter" endlich vor den Untersuchungsrichter geführt, welcher sie in Gegenwart des Denunzianten fragte, was sie am gestrigen Tage im Biergarten geäußert hätten. Die Beiden wiederholten nun jene „staatsgefährlichen" Worte. „Weiter," frug der Richter, „weiter haben Sie nichts gesagt?" Die Beschuldigten entgegneten: „Nein!" und der Richter sprach: „Nun, dann können Sie gehen!" — Die Beiden konnten gehen! Dafür aber, daß sie circa 16 Stunden — den halben Sonntag Nachmittag, die ganze Nacht und den halben Montag Vormittag — hungernd und durstend in einer dumpfen Zelle zubringen mußten und als „Verbrecher" angesehen wurden — dafür giebt ihnen kein Mensch Genugthuung. Es ist wahrhaftig hohe Zeit, daß die öffentliche Meinung sich energisch gegen das beliebte Spionir- und Denunzirsystem ausspricht, denn Niemand ist ja sicher davor, das Opfer irgend eines sich an ihn heranschleichenden schuftigen Spitzels zu werden." — Wir aber fragen: Können die beiden Beschuldigten den „Herrn" Polizei-Denunzianten nicht wegen wissentlich falscher Denunziation anklagen? Wenn das nicht gehen sollte, da der Denunziant vielleicht behaupten wird, daß er im Halbschlafe die Aeußerung mißverstanden habe, dann fragen wir: Empfinden die höheren Polizeibeamten und die Richter nicht zuweilen Ekel über solche von der Polizei angestellte Denunzianten?

Ich glaube wahrhaftig, das Mädel hat mir so etwas wie leid gethan, Herr Redakteur.

Ihr Blick fiel auch auf mich, der ich Beide beständig ansah. Das schien ihr aber weiter nicht besonders angenehm zu sein — sie entfernte sich einige Schritte von mir, von dem Alten gefolgt.

Ich konnte nun nicht mehr hören, was sie mit einander sprachen. Wieder zischelt ihr der alte Bursche etwas in's Ohr. Was er ihr nur immer zuzuraunen hatte? Da — nun greift er wahrhaftig in die Tasche und zeigt ihr die wohlgefüllte Börse. Ordinärer Kerl!

Noch steht sie da. Er faßt sie bei der Hand und schleppt sie nach sich — jetzt steigen sie in den Wagen und — fort sauste das Gefährt in die dunkle Nacht hinein. —

Mylord von Shaftesbury! Sie können mir gewogen bleiben!

— Gute Antwort. Einem der bedeutendsten Bauunternehmer Deutschlands wurde vor Kurzem von fortschrittlicher Seite die Aufforderung zugestellt, von jetzt ab keine Sozialdemokraten mehr zu beschäftigen. Er hat geantwortet: „Ich habe noch niemals einen Sozialdemokraten engagirt, da ich mich noch niemals auf sozialdemokratische Arbeiten eingelassen habe. Ich beschäftige nur Maurer und Zimmleute!" Bravo!

— Unverschämtheit. Der „Merseburger Correspondent", ein Denunziantenblättchen schrieb am 29. Juni: „Aber nicht nur — und das mögen sich die Sozialdemokraten ebenfalls merken — die Majestätsbeleidiger, sondern namentlich auch die leider in den letzten Wochen so zahlreich aufgetretenen falschen Denunziationen werden strengstens bestraft." — Als wenn die Sozialdemokraten denunzirten! Das ist doch eine Frechheit, welche das Leib- und Magenorgan des Hauptmanns der Merseburger Prügelgarde begeht, die nur noch übertroffen wird durch die Rohheit, die in Merseburg unter den Patrioten überhaupt herrscht, wie die Knüppelei am 3. Juni gezeigt hat.

— Aus Cottbus wird uns berichtet, daß ein in einem nahe gelegenen Orte von einem Kürassier zu Schanden geschlagener Mann in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Der herbeigeholte Arzt, mit K. soll sein Name anfangen, eine ächt patriotische, nationalliberale Seele, soll so betrunken gewesen sein, daß er über den bewußtlos niederliegenden Kranken hinstürzte. Die Bauern sahen sich in Folge dessen genöthigt, den Dr. V. zu holen, der den Geschlagenen auch bald wieder zum Bewußtsein brachte. — Von Dr. K. ist es bekannt, daß er oft über die Lüderlichkeit der Arbeiter und Sozialdemokraten räsonnirt.

— Unser Valentin, der brave der braven Abgeordneten, der berühmte Schlußmacher des Reichstags verzichtet auf ein Mandat in seinem alten Wahlkreise, „um jede Spaltung der liberalen Stimmen zu verhindern". Ein neuer Wahlkreis wird ihm nicht wieder zuertheilt. Uebrigens braucht Valentin für eine Grabrede nicht Sorge zu tragen, dieselbe wird ihm schon von den „Wespen" und dem „Kladderadatsch gehalten werden. Auch wir werden dem „Todten" einige Thränen nachweinen.

— Dr. Löwe-Calbe, der frühere „Republikaner", erklärt, für die „Ausnahmegesetze" stimmen zu wollen — es wird wohl nicht lange dauern, daß der Präsidentensitz im Reichsgesundheitsamt erledigt ist. — Dr. Beseler fordert, daß Alle gleich seien vor dem Gesetz, aber daß nicht gleiches Gesetz für Alle herrsche. So gut es Ausnahmegesetze für Rindvieh und Jesuiten gäbe, könnten auch solche für Sozialdemokraten gegeben werden. — Weshalb denn nicht für langohrige Professoren, Herr Professor Dr. Beseler? — Dr. Wigard, Professor in Dresden hat eine Wahlrede gehalten, in welcher er erzählte, daß er die sozialdemokratischen Prinzipien schon vor dreißig Jahren in dem Buche des communistischen Schneidergesellen Weigelt gelesen habe; sie seien also nicht Neues. Alle Blätter drucken den Schneidergesellen Weigelt nach. — Und das will die Sozialdemokratie bekämpfen!

Chemnitz, 3. Juli. „Wie zahm doch der Lümmel geworden ist" — sagte dieser Tage ein liberales Blatt von der Sozialdemokratie, und daß dem so ist, beweist ein Fall, welcher der „Chemnitzer Freien Presse" aus Thalheim unterm 30. Juni berichtet wird:

Auf der Bahnhofsrestauration daselbst schimpfte und tobte nämlich ein Herr Reichelt oder Reichert aus Leipzig, der nationalen Hochburg, seines Zeichens ein Kaufmann, über die „sozialistischen Meuchelmörder" dergestalt, daß ein zufällig anwesender Sozialdemokrat sich veranlaßt sah, den begeisterten Herrn um Beweise zu bitten.

Mit geschwungenem Stock und unter Androhung der Arretur schickte sich der Maulheld auch wirklich an, Beweise zu erbringen und zwar mit hirnverbrannten Expektorationen, die in offenbarer Tollwuth herausgegeifert wurden. Außer einem Thalheimer Restaurateur, der gerade anwesend war und den Tobenden beifällig animirte, — bewahrten alle Anwesenden das tiefste Schweigen, während unser Genosse sich mit Verachtung von dem „gebildeten" Manne schließlich abwendete. —

Zu viel Ehre für ein so niedriges Betragen, wenn man es nur eines Wortes würdigt. Starke Biere und viel Eisenbahnfahren machen übrigens nervös. Weiß das unser Genosse nicht? Vielleicht hat er es gar mit einem jener „reisenden Häuser" zu thun gehabt, die auf diese Weise sich Kundschaft sammeln wollen.

Wir kennen übrigens Leute, die auswärts so tapfer sind wie Herr Reichelt, die aber in der Nähe einer größern Zahl von Sozialdemokraten so „gebildet" sind, daß man auf sie das Wort anwenden kann: „Wie zahm doch die Lümmels geworden sind."

Heidelberg. „Wo Alles liebt, kann Karl allein nicht hassen." Das heißt, wenn allüberall die Knüppelgarde mobilisirt und das schwere Geschütz der Verleumdung gegen uns in's Treffen gefahrt wird, kann natürlich das „liberale" Heidelberg, die Musenstadt, in der ja, wie bekannt, das „liberale" Brodgelehrtenthum gezüchtet wird, nicht zurückbleiben. Bei solchen anormalen Verhältnissen sind die massenhaften Maßregelungen und die anderen lieblichen Kleinigkeiten, mit denen man uns jetzt bedenkt, sehr erklärlich. Nur schade, daß immer die wackersten Kämpfer dem tödtlichen Streiche zuerst erliegen müssen. Es wäre demnach gar nicht so überraschend, daß hier gerade Genosse Waiblinger den Reigen der Gemaßregelten eröffnete, da er ja unaufhörlich bemüht war, hier für die Sache der Arbeiter immer neue Anhänger zu gewinnen, wenn eben nicht sein Meister der Vorsteher eines Vereins wäre, in dem doch die Toleranz eine Zufluchtsstätte gefunden haben sollte. Derselbe ist Vorsteher der hiesigen freireligiösen Gemeinde. Wirkt nicht gerade unsere Bewegung, die Arbeiterbewegung, für die Emanzipation vom religiösen Wahn? Sollten nicht gerade die freireligiösen Gemeinden in uns ihren natürlichsten Bundesgenossen finden? Freilich sollten sie das wohl, und würden es auch ganz gewiß, wenn — nun wenn eben nicht schon längst diese Vereine blos als Aushängeschild benützt würden. Dieser Vorfall ist durchaus nicht vereinzelt, und wenn er es wäre, wäre er doch sehr charakteristisch. Was sagt nun aber Herr Scholl hierzu, an dessen Adresse diese Zeilen speziell bestimmt sind? Meint er es mit seinem „Wort zur Versöhnung" ehrlich? Wenn ja, so steure er einem solchen Unwesen, so trete er auch energisch für das ein, was er in jener Broschüre gesagt, und sorge dafür, daß der Gemeinde förderhin eine derartige Schande erspart bleibe. G.

Barmen, 30. Juni. Hier in Barmen sieht es wirklich drollig aus. Noch nie hat die Polizei so gut für uns agitirt, wie gerade jetzt vor der Wahl. Bringen wir unsern Hasselmann durch, so gebührt das erste Hoch der Polizei. Der Wahlkampf wurde unsererseits eröffnet mit einem Flugblatt, welches wir am Sonntag den 16. Juni herausgaben. Dasselbe wurde aus unbekannten Gründen confiszirt, jedoch fielen der Polizei von den 40,000 Exemplaren nur 2 bis 3000 in die Hände, die anderen waren schon vertheilt. Am 17. Juni wurde bei unzähligen Sozialisten und Nichtsozialisten gehaussucht, allein erfolglos. Jetzt wollen wir zeigen, wie die Polizei das Vereins- und Versammlungsrecht auszulegen versteht. Am gleichen Tage meldete der Vorsitzende des Arbeiter-Wahlvereins eine Generalversammlung genannten Vereins an. Der Polizeisekretär erklärte einfach, er dürfe die Bescheinigung nicht ausstellen, weil der Herr Polizeiinspektor ihm befohlen habe, über Versammlungsanmeldungen Bericht zu erstatten, ehe er die Bescheinigung ausstelle. Nachricht sollten wir den nächsten Tag erhalten, warteten aber vergebens darauf, weshalb der Vorstand beschloß, den Verein aufzulösen, weil die Polizei nicht das Vergnügen haben sollte, denselben zu schließen. Einige Tage später brachte der „Barmer Anzeiger" (Amtsblatt) und die „Barmer Zeitung" die Nachricht: die „Schützenhalle" (das größte Lokal in Barmen) stehe den Sozialdemokraten nicht mehr zur Verfügung. Andern Tags ging ein Genosse zu dem Wirth und fragte: ob wir den Saal zu einer Versammlung haben könnten. „Natürlich", war die Antwort. „Der Saal steht Euch immer zur Verfügung." Nachdem wir nun über die Lokalfrage Gewißheit hatten, berief Parteigenosse Gießler eine sozialistische Wählerversammlung auf Montag den 24. Juni ein mit der Tagesordnung: 1) Proklamirung des Candidaten, 2) Wahl eines Agitationscomités. Die Bescheinigung der Anmeldung wurde nach vielem Hin- und Herlaufen nicht eher gegeben, als bis der Wirth zu Protokoll erklärt hatte, daß er seinen Saal für diese Versammlung zur Verfügung stelle, zu welchem Zwecke zwei Sozialisten und der Polizeisekretär sich in die Wohnung des Wirths begaben. Der Montag Abend kam, nach und nach füllte sich der große Saal. Einige Minuten nach 9 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und ein Büreau gewählt. Kaum war dies geschehen, so ergriff der überwachende Beamte das Wort und erklärte die Versammlung für aufgelöst, weil nichtwahlberechtigte Personen anwesend seien. — Später wollten wir wieder eine Versammlung in der „Schützenhalle" abhalten, aber die Polizei hatte es bis dahin fertig gebracht, daß uns der Saal nicht mehr überlassen wurde, und erscheint es sehr fraglich, ob vor der Wahl hier noch eine Versammlung zu Stande kommt.

Nun noch Einiges über unsere Zeitung, die „Bergische Volksstimme". Die Polizei hat sich augenscheinlich die Aufgabe gestellt, das Erscheinen des Blattes unmöglich zu machen. Verhaftet wurden seit Pfingsten von der „Bergischen Volksstimme": der Expedient R. Wolf und die Redakteure Schmidt, Hasselmann, Friwitzer und Wüsthoff. Nun, wenn uns Tausend Redakteure verhaftet werden, so stellen wir Tausend und Einen. Confiszirt wurde bis jetzt nur eine Nummer, nämlich 145. — Noch ist zu bemerken, daß die Polizei zu allen Wirthen läuft und sie auffordert, die „Bergische Volksstimme" abzuschaffen; sie würden durch das Weiterhalten der Zeitung Schaden haben. Hilft Alles nichts, bis jetzt sind blos 4 bis 5 Wirthe abgefallen. Alle Wirthschaften, wo Sozialdemokraten verkehren, werden jeden Abend streng kontrolirt.

Zum Schluß notiren wir noch, daß wir seit der „tollen Hatz" wöchentlich 50 bis 100 Abonnenten gewonnen — jedenfalls ein anderes Resultat, als es unsere Gegner erwartet haben — und ist die Begeisterung unter den Arbeitern nie eine solche gewesen, wie jetzt; überall trifft man bei den Parteigenossen eine bewunderungswürdige, eiserne Ruhe, und am 30. Juli wird die Abrechnung gemacht. — Ueber unsere gegnerische Presse hier im Wupperthal brauche ich nicht zu berichten; dieselbe ist gerade so gemein wie überall. In der ersten Woche des „Deliriums" forderten die fortschrittliche „Barmer Zeitung" und die muckerische „Rheinisch-Westfälische Post" offen zum Sozialistenmord auf. Ich habe nicht gehört, daß der Staatsanwalt eingeschritten ist!!

Mit dem Rufe: Hoch die Freiheit! Hoch die Sozialdemokratie! Nieder mit den Verleumdern! schließe ich meinen Bericht. G.

Stuttgart, 21. Juni. Die auswärtigen Parteigenossen werden gedacht haben, in Stuttgart müsse für uns Sozialdemokraten noch ein Gesetz bestehen und solche Verfolgungen, wie sie bei Ihnen im nördlichen Deutschland stattfinden, fänden hier nicht statt, denn sonst müßte doch ein Bericht an das Centralorgan ergangen sein. Allein dem ist nicht so; unsere hiesige Polizei ist gleichfalls sehr rührig auf der Sozialistenhatz und confiscirt eine Nummer unseres hiesigen Parteiorgans nach der andern; ja die Herren Beamten erklären ganz einfach, sie haben Weisung von Oben, alle die Führer der Sozialdemokraten gegebenen Falls zu verhaften und das Blatt, so lange es in einem solchen Tone fortfahre, zu confisciren. Schöne Aussichten! Unsere Nr. 49 der „Südd. Volkszeitung" wurde confiscirt und Genosse Lossau verhaftet. Nr. 51 confiscirt, Genosse Degenhardt verhaftet. Hausaussuchungen fanden statt, denn man möchte jeden Mitarbeiter unseres Blattes hinter Schloß und Riegel bringen, aber Alles umsonst. Genosse Schröder, Setzer aus unserer Druckerei, wurde verhaftet, jedoch nach wenigen Tagen, als man die Verhaftung nicht rechtfertigen konnte, entlassen. Ein Flugblatt für Heilbronn wurde mit Beschlag belegt, der Herausgeber, Genosse Rittler, verhaftet. Diesem Flugblatt fiel noch ein Zweiter, Genosse Okert, zum Opfer. Sein Verbrechen besteht darin, daß er 1½ Stunden vor der Confiscation sich ca. 200 Stück Flugblätter vom Genossen Rittler holte, wovon er 150 Stück Mittags 12 Uhr an die Arbeiter der Brukmann'schen Fabrik vertheilte. Eine Conferenz der Genossen Württembergs behufs Besprechung der Wahlangelegenheit wurde von Seiten der Polizei gestört, sämmtliche anwesende Genossen notirt. Als wir den betreffenden Commissair aufmerksam machten, daß uns das württembergische Vereins- und Versammlungsgesetz Besprechungen erlaube, ohne daß sie der Polizei angezeigt werden müssen, erwiderte er: „das ist ja ganz recht, aber geheime Sitzungen sind nicht erlaubt." Sie sehen also, daß auch hier die Gesetze von Seiten der Polizei auf die eigenthümlichste Art ausgelegt werden. Ich glaube, die Polizei müßte doch so viel von uns gelernt haben, daß wir Sozialdemokraten die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. Allein die Herren mögen sich darauf verlassen, daß unser Blatt keinen anderen Ton annehmen werde. Was die gegnerische Presse auch hier an Niederträchtigkeit leistet, ist großartig, die „Stuttgarter Zeitung" schrieb in Nr. 129: „Mit unerhörter Bosheit verfolgen Männer aus der Sozialdemokratie das theure Leben unseres Kaisers. Man findet nicht genug Worte, um den Gefühl der Entrüstung Ausdruck zu geben, welches bei dieser neuesten Kundgebung sozialistischer Brutalität die Brust durchzieht! — Was nun? Die Sozialdemokraten soll man sich à la Lasker mit Knüppeln vom Leibe halten." Weiter unten fordert dieses elende Reptil in der frechsten, unverschämtesten Weise die Arbeitgeber auf, alle Sozialdemokraten zu entlassen; ist das keine Aufreizung? Herr Staatsanwalt! Von dem „Neuen Tageblatt" will ich gar nichts erwähnen, denn dieses Käseblatt richtet sich selbst vor jedem ehrlichen Manne; der „Schwäbische Merkur", der aus der bekannten Depeschenfabrik seine Weisheit schöpft, den lassen wir ruhen, bis er ausgeschlafen hat. Was speziell unsere Bewegung anbelangt, so kann ich Ihnen versichern, daß unsere Genossen mit der größten Energie in den Wahlkampf gehen.

Nachtrag. Soeben erhalte ich Nachricht, daß Sievers, welcher auf 14 Tage verreist war, von seiner Rückkunft jedoch seine Braut telegraphisch verständigte, bei Betretung seiner Wohnung sofort in polizeilichen Gewahrsam genommen wurde. A. S.

Nürnberg, 5. Juli. Magistratische Unparteilichkeit. Das sozialdemokratische Wahlcomité hat an den Magistrat das Ersuchen gestellt, ihm die Wählerlisten gegen Entschädigung abschreiben zu lassen. Dieses Ersuchen ist abgewiesen worden mit der Bemerkung, daß Magistrat nicht gesonnen sei, auf dieses Ansuchen einzugehen, wie er einen solchen Antrag, auch wenn er von anderer Seite gestellt würde, zurückweisen werde. Damit schien die Sache abgethan. Nun kann aber doch die „Fortschritts"-partei ohne „Listen" nicht auf den Fang gehen, sie muß die Listen haben. Da fehlen heute auf einmal im Einwohnerbureau nicht weniger als zwölf Listen der Lorenzer Stadtseite zu gleicher Zeit, und zwar nicht etwa die Duplikate, sondern die Originallisten! Als unseren Leuten, die dadurch am Nachsehen und Reklamiren kolossal behindert sind, die Geschichte auffällig wird, entdecken sie zu ihrem nicht geringen Erstaunen, daß die Herren vom „Fortschritt" eine große Anzahl von Commis ꝛc. droben sitzen haben, welche die Listen abschreiben! Abschreiben, jetzt während der Reklamationszeit! Ist das vielleicht etwas Anderes, als wenn das Abschreiben gleich direkt vom Magistrat besorgt worden wäre? Und hätte man nicht uns auch gleich sagen können: Das Selbstabschreiben der Listen ist Euch gestattet! Wie gefällt Euch solche „unparteiische" Handlungsweise, Ihr Nürnberger Wähler?

Neusalz (Ungarn), 19. Juni. Georg Miejatovits, Dr. med., ehemals Student der Züricher Universität, ein treuer und eifriger Anhänger des Sozialismus, starb hier. Sein nicht unbedeutendes Vermögen bestimmte er für die Drucklegung und Verbreitung sozialistischer und naturwissenschaftlicher Schriften.

Aus der Schweiz, 1. Juli. (Von einem Nichtsozialisten.) Die Kunde namentlich von dem Nobiling'schen Attentat auf den deutschen Kaiser hat auch in der Schweiz eine große Aufregung hervorgerufen und selbstverständlich auch bei den starrsten, allen Monarchenthum feindlichen Republikanern, welche es nicht begreifen konnten, wie man auf einen so „alten Herrn" schießen könne. Nun, ein politisches Motiv hat wohl auch in Deutschland kein verständiger Mensch entdecken können und diejenigen, welche um jeden Preis das Attentat als Frucht der sozialistischen Lehren zu fruktifiziren unternahmen, haben sich jämmerlich blamirt den unparteiischen Ausländern gegenüber, bei welchen heute die Entrüstung und das Verdammen des neuesten Attentats auf die einfachsten Volksrechte längst jede sympathische Regung für das vom Schicksal so schwer betroffene Hohenzollern-Haus wieder verwischt hat. Leider, oder vielmehr selbstverständlich, beeilte sich auch ein Theil der schweizerischen Presse, derjenige, welcher aus Rücksichten der Bequemlichkeit oder vielleicht richtiger eigener Urtheilslosigkeit von seinen Redakteuren aus den Spalten der deutschen Reptilien zusammengeleimt wird — natürlich stets ohne Quellenangabe — die That des Hödel sowohl, als diejenige Nobilings der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben und dadurch auch in Schweizer-Gemüthern eine künstliche Erregung gegen diese Partei zu erzeugen. Es ist dies um so bedauerlicher, als in der Schweiz sehr viele Deutsche leben und man von jeher sich gewöhnt hatte, dieselben als die Träger der sozialistischen Ideen zu betrachten, denen sowohl der zünftlerisch-conservative Handwerkerstand, wie das „liberale" Fabrikantenthum von Herzen gram sind, während andererseits anerkannt werden muß, daß die schweizerische Demokratie und selbst das gebildete Patrizierthum den Forderungen der Arbeiter sympathisch gesinnt blieben. Namentlich die demokratischen Elemente der Schweiz — und sie fallen schwer ins Gewicht — verleugneten keinen Augenblick ihre Devise: Gleiches Recht für Alle! und die Schärfe, mit welcher sie die neuesten politischen Wandlungen in Deutschland kritisiren, bürgt dafür, daß der Radikalismus, wo immer er sich zeigt, an ihnen eine feste und zuverlässige Stütze haben wird. Doch ist die Sozialdemokratie selbst nur in oben angedeuteten Kreisen mit die Ursache gewisser antipathischer Aeußerungen eines Theils der schweizerischen Bevölkerung — gerade die hyperloyalen Deutschen haben nach den Erfolgen des Krieges mit Frankreich durch ihren unmäßigen Siegesdusel die besten Elemente des republikanischen Bürgerthums empört und der Tonhallenskandal in Zürich ist ihnen noch immer nicht vergessen. Ferner kommt der Mißmuth der Schweizer über die durch deutsche Gründer „ergründete" Gotthardbahn hinzu und ganz besonders sind es die preußisch-deutschen Reptilien mit ihren unsinnigen Betrachtungen über die nothwendige Annektirung resp. „Angliederung" der Schweiz gewesen, welche ein starkes Mißtrauen gegen Deutschland überhaupt wachgerufen haben. Ja, man hat es offen ausgesprochen, daß man versucht sein könne, zu glauben, der deutschen Regierung liege absichtlich nicht daran, besonders freundschaftliche Nachbarschaft mit der Schweiz zu halten. Jetzt jedoch, wo nach hiesigen Begriffen Unrecht über Unrecht in Deutschland geschieht, treten diese Gefühle alle mehr und mehr in den Hintergrund, was sich wohl am besten dadurch dokumentirt, daß der Handel mit Zeichnungsscheinen zum Wahlagitationsfond der deutschen Sozialdemokraten selbst in eingebornen Kreisen ziemlich schwunghaft betrieben wird.

Briefkasten

der Redaktion. F. G. in Hannover: Keinen Brief erhalten. — G. Fr. in U—dorf: Es werden ganz ihrer Ansicht gemäß überall Candidaten der Sozialdemokraten, auch da, wo gar keine Aussicht auf Erfolg ist, aufgestellt. — M. M. in N. J.: Ihr „Scherflein" können Sie senden an August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12. — H. L. in Berlin: Nach den Wahlen.

Bei Genosse Fritzsche frage ich an, ob er den am 25. Juni von hier abgeschickten eingeschriebenen Brief erhalten hat.

Hannover. Das Arbeiterwahlcomité.
Louis Flügge, Schriftführer.

Quittung.

Stmmr Regensburg Ab. 1,50. Rbl Graz Ab. 5,00. Lchmr Mitterbad Ab. 4,75. Dcke Bochum Ab. 1,80. Endrs Augsburg Ab. 100,00. Buschd Triest Abon. 5,21. Rpprcht Schweidnitz Abonn. 5,00. Sfrt Elsterberg Abonnement 3,25. Schfr Sohlis Abonnement 4,80. Dck Danzig Ab. 4.25. Lbsch Aussig Ab. 5.80. Phlpp Dresden Ab. 2.70. Frl Renndorf Schrft. 1.50. Bcker Magdeburg Schrft. 2.00. Kbtsch Roda Ab. 2.00. Lngr Baden-Baden Schrft. 2.90. Brtschdr Bielau Schrft. 3.06. Dlins Dirnstein Schrft. 1.70 Brgmnn Barmen Schr. 3,00. Stll Schw.-Hall Schr. 2,40. Schf Winningen Ab. 1,40. Schlz Regenwalde Schr. 0,60. Thrbch hier Schr. 1,50. Hurch Schwalmberg Schr. 1,50. Frstr Sontheim Schr. 0,98. Wgnr Fulda Schr. 2,60. Schtt Düsseldorf Ab. 4,50. Bckr Lippspring Ab. 3,80. Gstnr Steyr Ab. 1,65. Krschnr Essen Schr. 1,00. Bundrf Lohsam Ab. 1,90. Schmdt Heddernheim Ab. 1,50. Kirz Gießen Schr. 1,30. Rcken Callnberg Schr. 6,00. Prbstl München Ab. 10,33. Brtrm hier Ab. 6,70. Kpfr hier Ab. 6,40. Mch Zittau Schr. 16,40. Sbl Dortmund Ab. 22,80. Schld Straßburg Ab. 17,60. Prß Wien Ab. 22,75. Arb.-Bildungs-Verein Hüttenberg Ab. 2,62. Kndrth Regen Ab. 1,75. Grd Stötteritz Ab. 15,05. Schnll Bremerhaven Ab. 14,00. Arb.-Bild.-Verein Welz Ab. 6,56. Dsbch Hanau Ab. 7,00. Bshr Brüssel Ab. 4,04. Mtig Altona Ab. 21,00. Czuk B.-Leipa Ab. 1,73. Srbrn Liège Ab. 4,00. Ktig Düsseldorf Ab. 5,00. Kshr Meerane Schr. 3,00. Wadt Prerau Schr. 2,00. Stck Mainz Schr. 7,50. Jug Bockenheim Schr. 5,00. Fun Osnabrück Schr. 0,60.

Wahlfonds.

Von S. hier 10,00. J. Bockenheim 1,00. M. Ingelheim 0,40. U. Apolda 0,50. Ungenannt 13,05. Adv. O. Freytag hier 300,00.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Die Wahl des Aufsichtsraths, welche gemäß Beschluß der diesjährigen Generalversammlung, zu Hamburg (am 4. Juli) stattfand, hatte folgendes Ergebniß: [1,10

Vorsitzender: G. W. Hartmann, Hamburg;
Stellvertreter desselben: H. Brasch, Altona;
Schriftführer: C. Derossi, Hamburg;
Beisitzer: A. Praast und A. Geib, beide in Hamburg.

Briefe für den Aufsichtsrath sind an C. Derossi, Hamburg, Holzdamm 42, zu richten.

Leipzig. Donnerstag, den 11. Juli, Abends ½9 Uhr, bei Michael, Windmühlenstraße 7:

Wählerversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. [0,80
Die Einberufer.

„Rundschau"
Nr. 7

ist erschienen und an diejenigen Orte zur Versendung gelangt, deren Filial-Expedienten über die vorhergehende Nummer abgerechnet haben.

Alle Sendungen (Geld und Briefe) für die „Rundschau" sind an den

Verlag der „Rundschau", Hamburg, Amelungstraße 5

zu richten.

Die Parteiblätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Roh-Tabak:

Domingo 35. 40. 45. 50. 65. 70. 80. 90. 120 Pf.
Brasil 50. 55 65. 70. 80. 100. 120. 140 Pf.
Seedleaf 40. 50. 60. 70 bis 180 Pf.
Java 90. 100. 120. 140. 160. 250. 270 Pf.
Carmen 80. 90. 120 Pf.
Palmyra 135. 145. 165. 170 Pf.
Lose Domingoblätter 25 und 30 Pf. (6f) [1,00
Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.

Gültig bei allen deutschen Postanstalten. Auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro. Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., pro. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Rigsche, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Haß, 508 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Entz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 81. Freitag, 12. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Wahlfälschung.

Durch Gewalt und Bedrohungen soll am 30. Juli das Wahlergebniß gefälscht werden. In der Bourgeoisgesellschaft, in welcher man weiß, daß man nicht durch Ueberzeugung siegen kann, ruft man die Brutalität zu Hilfe.

So haben vor Kurzem die Arbeitgeber auf dem Berliner Viehhofe in einer Conferenz beschlossen, am Wahltage Jeder seine Arbeiter und Angestellten im Geschäftslokale zu versammeln, ihnen fortschrittliche Stimmzettel zu geben und sie dann persönlich zum Wahllokal zu führen. Wer sich weigern sollte, den empfangenen Stimmzettel abzugeben oder überhaupt zu wählen, soll dem Beschlusse gemäß auf alle Fälle entlassen werden.

Wie weit eine solche Gewaltthat sich mit den Paragraphen 106 und 108 des Reichsstrafgesetzbuchs-verträgt, das werden die Richter zu ermessen haben, da sich unter den Arbeitern Verschiedene finden, welche diese Brutalität ihrer Arbeitgeber dem Staatsanwalt überweisen werden.

Daß aber jeder Mensch, der in oben angeführter Weise seine Nebenmenschen durch Gewalt zwingt, gegen ihre Ueberzeugung zu handeln, in moralischer Beziehung ein Lump ist, dazu braucht man nicht erst ein Gerichtserkenntniß, das wird jeder ehrenhafte Mann freudig unterschreiben.

Die Bedrängung der Arbeiter durch die Arbeitgeber mit der Hungerpeitsche nimmt immer noch zu — doch glauben wir, daß die Erfolge ausbleiben.

So hat das Direktorium der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft als Nachtrag zu den allgemeinen Bestimmungen für sämmtliche Beamte, sowie zu der Arbeitsordnung für die Arbeiter in den Werkstätten und zu derjenigen für Bodenarbeiter Folgendes erlassen:

„Die Betheiligung an sozialdemokratischen Vereinen, sowie jede Unterstützung sozialdemokratischer und gleichartiger Bestrebungen und Agitationen, insbesondere durch Geldbeiträge, Halten von Zeitschriften, Theilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und Besuch aller Lokale, in welchen der Austausch sozialdemokratischer Gesinnung stattfindet, ist bei Strafe der sofortigen Entlassung verboten. Die Uebertretung dieses Verbotes wird im Sinne des § 15 der allgemeinen Bestimmungen für sämmtliche Beamte als grobe Pflichtverletzung aufgefaßt und hat in jedem Falle neben der sofortigen Entlassung auch den Verlust der Pension resp. der zur Pensionskasse eingezahlten Beiträge zur Folge."

Unter die Rubrik: „Jede Unterstützung" — fällt natürlich auch die Abgabe von Stimmzetteln für sozialdemokratische Candidaten. Dadurch macht sich auch die Direktion der „Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft" einer Handlungsweise schuldig, die bei unparteiischen Richtern zum Gefängniß führen kann.

Nehmen wir nun noch den Ukas der Braunschweiger „Arbeitgeber", in welchem sich dieselben auf Ehrenwort verpflichtet:

1) sozialdemokratische Agitatoren zu entlassen. (Als solche gelten diejenigen Arbeitnehmer, welche sozialdemokratische Versammlungen geleitet oder Reden im Sinne der Sozialdemokratie gehalten, Mitglieder für dieselbe geworben, Beiträge gesammelt oder sozialdemokratische Schriften vertrieben haben.) 2) Beamte oder Arbeiter zu entfernen, welche in Zukunft die Versammlungen jener Partei oder Lokale besuchen, in denen sozialdemokratische Blätter ausliegen, diese Preßerzeugnisse selbst lesen und Beiträge für diese Partei zahlen. 3) Die entlassenen Arbeiter bis auf Weiteres nicht wieder zu beschäftigen. Ferner ist bestimmt, daß derjenige Arbeitgeber, welcher in irriger Weise einen aus den angeführten Gründen Entlassenen wieder beschäftigt, denselben sofort entläßt, wenn ein anderes Vereinsmitglied einen dahin zielenden Antrag stellt. Endlich verpflichtet sich jedes Mitglied, keine Lieferungen von sozialdemokratischen Industriellen, Handelstreibenden, Handwerkern ꝛc. zu beziehen; dasselbe bezieht sich auch auf Lieferanten ꝛc., welche in sozialdemokratischen Blättern inseriren.

Was Niedertracht und Rohheit zusammen aushecken können, das haben wir hier vor uns. Glücklicherweise können wir mittheilen, daß schon mehrere „Arbeitgeber" schwankend geworden sind, und daß die Braunschweiger Arbeiter lediglich bei den Leuten kaufen wollen, welche im „Braunschweiger Volksfreund" inseriren. Das hebt sich dann auf; aber niederträchtig ist und bleibt es, wenn man den politischen Parteikampf ins Erwerbsleben überspielt, was lediglich von Seiten der Arbeitgeber geschehen ist. Dadurch werden die niedersten menschlichen Leidenschaften erweckt; die Heuchelei und die ekelhafteste Denunziation wird blühen, und die Männer, welche sich als „Ordnungspartei" ausgeben, werden die größte Unordnung in der Moral hervorgebracht haben, die Männer, welche sich „Reichsfreunde" nennen, sie werden Deutschland völlig in den Sumpf schleudern, und Alles das lediglich um eines gleichfalls schlechten Zweckes halber, nämlich, um die nächsten Reichstagswahlen zu fälschen.

Schlechter Zweck, schlechte Mittel, schlechte Menschen!

Die Verfälschung der Lebensmittel vor dem Reichstage.

Von H. Vogel.

(Schluß.)

Von geringerer Bedeutung sind die Aenderungen, welche die Commission mit den §§ 4—8 vorgenommen. Dagegen wurde § 9 wieder in sehr charakteristischer Weise geändert. Derselbe lautet nämlich im Entwurf: „Mit Gefängniß bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1) Wer zum Zweck der Täuschung im Handel oder Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht, oder mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versieht, oder dadurch verschlechtert, daß er sie mittelst Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen oder in anderer Weise verfälscht;
2) Wer wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder fälschlich mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versehen oder durch Verfälschung verschlechtert sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter eine zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feil hält."

Nach den Beschlüssen der Commission lautet er: „Mit Gefängniß ꝛc.

1) Wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht oder dadurch verfälscht, daß er dieselben mittelst Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen verschlechtert oder den bestehenden Handels- oder Geschäftsbräuchen zuwider mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versieht;
2) Wer wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder im Sinne der Nummer 1 verfälscht sind, unter Verschweigung ꝛc."

Hiernach kommt es also ganz darauf an, was der Richter oder der Sachverständige unter bestehenden „Handels- oder Geschäftsgebräuchen" versteht. Betrachtet er es als einen „bestehenden Geschäftsgebrauch", Stärkesyrup und Glycerin dem Bier zuzusetzen, so kann er keinen Brauer, welcher diese Manipulation vornimmt, deswegen bestrafen. Oder betrachtet er es als einen „stehenden Handelsgebrauch", Ohlauer Kanaster unter dem Etiquet Cubatabak oder Tilsiter Käse als Limburger zu verkaufen, so kann er keinen Kaufmann dieserhalb bestrafen.

Auch wurde in der Commission offen erklärt: „Im Verkehr müsse der Grundsatz gelten: „„Augen offen, Beutel offen"", und von diesem sonst allgemein anerkannten Grundsatz bezüglich des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln eine Ausnahme zu machen, liege ein hinreichender Grund nicht vor." Von diesem Standpunkt aus war aber das ganze Gesetz überflüssig. Zwar wurde bei Begründung dieser einstimmig angenommenen Aenderung bemerkt, daß solche Handels- und Geschäftsgebräuche, „welche den guten Sitten und den Gesetzen widersprächen", auszuschließen seien. Aber der Begriff „gute Sitten" ist wohl mindestens ebenso weitdeutig, wie der „bestehende Handels- oder Geschäftsgebrauch". Mit dieser Aenderung ist also die zweite Hinterthür für die Herren Fälscher geschaffen.

§ 12 lautet im Entwurf:

„Wer in den Fällen des § 11 der Genuß oder Gebrauch des Gegenstandes die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet, so tritt Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren, und wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein."

Hier hat die Commission hinter die Worte: „zu zerstören geeignet" eingeschalten: „und war diese Eigenschaft dem Thäter bekannt".

Es ist nun nicht zu bezweifeln, daß in Folge dieses Zusatzes, der trotz Widerspruch auch bei der englischen Gesetzgebung neuerdings wieder eingeführt ist, bei den meisten zur richterlichen Kenntniß gekommenen Fällen vom Thäter der Einwand erhoben werden wird, die Eigenschaft, die menschliche Gesundheit zu zerstören, sei ihm von dem betreffenden Gegenstand nicht bekannt gewesen, und der Richter wird nicht immer im Stande sein, diesen Einwand zurückzuweisen. Somit bietet dieser Zusatz ebenfalls eine willkommene Hinterthür für die Fälscher.

Wesentlich ist noch ein Paragraph, den die Commission als § 15a eingeschaltet hat, und der folgendermaßen lautet:

„Ist ein, wenn auch nur außergerichtliches Verfahren durch eine wider besseres Wissen gemachte oder auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige veranlaßt worden, so kann das Gericht dem Anzeigenden, nachdem derselbe gehört worden, die Kosten des gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahrens, sowie die dem Beschuldigten erwachsenen Kosten auferlegen. War noch kein Gericht mit der Sache befaßt, so erfolgt die Entscheidung auf den Antrag der Staatsanwaltschaft durch dasjenige Gericht, welches für die Eröffnung des Hauptverfahrens zugeständig gewesen wäre."

Wenn auch dieser Paragraph gegen böswillige Denunziationen gerichtet sein soll, so ist klar, daß er auf der anderen Seite auch die Wirkung haben wird, daß sich durch denselben sehr oft Personen abhalten lassen werden, Anzeigen zu machen, die für das allgemeine Wohl sehr nützlich wären, lediglich weil sie fürchten, daß ihre Angaben vielleicht durch irgend einen Umstand vor Gericht nicht festgestellt werden können, und sie dann noch bedeutende Kosten zu tragen hätten. Dadurch trägt auch dieser Paragraph dazu bei, daß aus dem ursprünglich beabsichtigten Gesetz zum Schutz vor Lebensmittelverfälschern, ein Gesetz zum Schutz der Lebensmittelverfälscher geworden ist. Die Commission selbst aber, welche dies vollbracht, und die aus Liberalen, Ultramontanen und Conservativen zusammengesetzt war, hat sich damit ein würdiges Denkmal gesetzt, die sozialistischen Abgeordneten dagegen, welche mit diesen Aenderungen nicht einverstanden waren, sind weder bei der betreffenden Verhandlung im Plenum zum Worte gekommen, noch in die Commission gewählt worden. Inzwischen ist die bekannte Auflösung des Reichstages erfolgt. Wenn es nun auch nicht eine der ersten Aufgaben des am 30. Juli neu zu wählenden Reichstages sein wird, diesen Gesetzentwurf und Commissionsbeschluß zu berathen, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß er ihm während seiner dreijährigen Legislaturperiode wieder vorgelegt werden wird.

Wir Sozialisten verhehlen uns nun zwar nicht, daß die Verfälschung der Lebensmittel vollständig erst verschwinden wird, wenn an die Stelle der kapitalistischen Produktions- und Handelsweise die genossenschaftliche Waarenerzeugung und -Vertheilung treten wird, gleich wie das gesammte Elend der großen Masse des Volkes radikal erst durch die Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch die genossenschaftliche gehoben wird. Erst dann wird die Verfälschung der Lebensmittel vollständig und von selbst verschwinden, wenn es keinen Kaufmann und Fabrikanten mehr giebt, der durch einen mit weiterem Gewissen und reicheren Mitteln ausgestatteten und glücklicher spekulirenden Concurrenten gezwungen wird, zu denselben billigen Preisen als der letztere zu verkaufen, und der dazu keine andere Möglichkeit sieht, als die Verfälschung seiner Waaren. Aber wenn wir auch wissen, daß die Gefahren, welche das heutige Industriesystem mit sich bringt, erst vollständig verschwinden werden, wenn dieses System durch ein rationelles, auf Gerechtigkeit basirtes, ersetzt ist, so sind wir doch nicht Willens, diesen Gefahren gegenüber bis dahin unthätig zu verharren. Wir suchen sie vielmehr so viel als es uns bei den heutigen Verhältnissen möglich ist, schon heut zu beseitigen. Deshalb haben unsere Abgeordneten zu dem Gewerbegesetz Amendements gestellt zum Schutz der Arbeiter. Deshalb ist uns auch der Zustand der Gesetzgebung in Betreff der Verfälschung der Lebensmittel nicht gleichgültig, und neben der Bekämpfung der angekündigten Ausnahmegesetze und der Erneuerung des eisernen Militärfonds soll uns das Streben nach einem wirksamen Gesetz gegen das Unwesen der Lebensmittelverfälschung ein Beweggrund sein, beharrlich trotz aller Anfeindungen für die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneten am 30. Juli zu agitiren.

Aus Berlin.

— 9. Juli.

Das erste Flugblatt, welches unsere Partei hier herausgegeben hat, ist, nachdem allerdings schon eine große Anzahl Exemplare vertheilt waren, mit Beschlag belegt worden und zwar auf Beschluß der Rathskammer des hiesigen Stadtgerichts. Wenn die Polizei das Blatt beschlagnahmt hätte, so würde ich das verstanden haben, aber das Gericht? Dabei steht mir wahrlich der Verstand still. Das Flugblatt ist nämlich von der hiesigen „Volkszeitung" und auch von den übrigen liberalen Blättern der übergroßen Mäßigung „angeklagt" worden, wie ich in meinem vorigen Briefe Ihnen mittheilte und so oft ich das Blatt auch durchlese — nicht ein einziges Wort, welches mir verräth, was denn eigentlich an demselben der Rathskammer derart mißfallen hat, dasselbe confisciren zu lassen. — Mir kommt immer dabei der Gedanke, daß das Stadtgericht doch unmöglich im Sinne sozialdemokratischer Wahlen hat wirken wollen, was es doch thatsächlich gethan hat.

In den letzten 7 Tagen ist für den Wahlfond unserer Partei in Berlin laut Quittung im hiesigen Parteiorgan die Summe von 2600 Mark eingegangen — da kann sich das Stadtgericht schon das Vergnügen machen, einige Tausend Wahlzettel zu confisciren.

Ein Kellner hat bei dem Stadtgericht die Anzeige gemacht, daß er die beiden Redakteure des „Vorwärts", Liebknecht und Hasenclever, dann Most und die beiden Töchter des erstgenannten im vorigen Herbst im Verkehr mit Nobiling in der „Norddeutschen Brauerei" gesehen habe.*)

Die „Germania" berichtet, daß die Redaktion der „Berliner Freien Presse" und Hasenclever einen Abgesandten an die Redaktion der „Germania" gesandt hätten, um Schorlemer, dem Candidaten der Ultramontanen in Berlin, den 4. Berliner Wahlkreis anzubieten, wenn die Klerikalen im 6. Wahlkreis für Hasenclever stimmen würden. Die Redaktion der „Germania" hat diesen Vorschlag mit Entrüstung zurückgewiesen! Daß die „Germania" dem „Abgesandten" wirklich geglaubt hat, ist zu naiv. Die Sozialdemokratie hatte im 4. Berliner Wahlkreis schon bei der vorigen Wahl über 10,000 Stimmen zu vergeben (jetzt mehr) und die Klerikalen im 6. Wahlkreise 300 — diese gegen einander einzutauschen!? Wäre Majunke noch in der „Redaktion" der „Germania" gewesen, er hätte das Polizeistückchen gleich herausgewittert und die Person des „Abgesandten" festgestellt, aber die jetzigen Gelehrten der „Germania" ließen den „Abgesandten" ruhig ziehen und erkundigten sich andern Tages in der Redaktion der „Berliner Freien Presse", wo sie natürlich erfuhren, daß der „Abgesandte" nicht von der Redaktion unseres Parteiorgans abgesandt und daß Hasenclever gar nicht in Berlin sei.

Die „Zukunft" soll, wie die Richter in Berlin sagen, nicht lediglich wissenschaftlichen Zwecken dienen. Der Verleger muß nun 100 Mark Strafe zahlen, weil er kein Pflichtexemplar der Polizei zugesandt hat. Die „Berliner Freie Presse" bemerkt dazu sehr treffend: „Die Sache ist also abgemacht. Der Staatssäckel bekommt 100 M., die Herausgeber der „Zukunft" sind um eine Erfahrung reicher und die „Zukunft" selbst bleibt trotzdem was sie ist: eine Zeitschrift, welche — wie Freund und Feind anerkennen muß und thatsächlich auch bereits anerkannt hat — den sozialökonomischen Wissenschaften dient."

Unsere Parteigenossen lassen es sich jetzt hier sehr angelegentlich sein, die renitenten Wirthe zur Raison zu bringen. Ueberall, wo ein Wirth die „Berliner Freie Presse" abgeschafft hat, ver-

*) Liebknecht und Hasenclever kennen Nobiling gar nicht, sind auch im vorigen Herbst nicht in Berlin gewesen; Liebknecht's Töchter waren überhaupt seit Jahren nicht in Berlin. D. R. d. V.

langen die Arbeiter, daß sie wieder gehalten werde, andernfalls sie das Lokal nicht wieder besuchen würden. An verschiedenen Stellen hat diese Nothwehr schon gefruchtet.

Noch will ich Ihnen mittheilen, daß vor einigen Tagen Unter den Linden eine junge Dame aus vornehmer Familie, die der vorüberfahrenden Kronprinzessin kein Compliment gemacht hatte, von einem Schutzmann angeschnauzt wurde, daß sie, wenn die hohen Herrschaften vorbeiführen, Front zu machen und zu grüßen habe. Die junge Dame, ganz verwirrt, war froh, daß sie nicht sofort arretirt wurde, als der Schutzmann huldvoll mit der Hand nickte und gnädig sagte: „Na, diesmal soll es Ihnen noch so hingehen!" — Die Sache fängt wahrlich an, in Berlin recht heiter zu werden. Einem bekannten Sozialdemokraten werde ich nicht rathen, Unter den Linden spazieren zu gehen. Grüßt er die hohen Herrschaften, so verhaftet man ihn, weil man in der Handbewegung eine Drohung gegen den Vorüberfahrenden wittert — Majestätsbeleidigung: 5 Jahre! Grüßt er nicht — Ehrfurchtsverletzung, indirekte Majestätsbeleidigung: gleichsfalls 5 Jahre. Dabei wimmelt es Unter den Linden von Denunzianten, der dritte Mensch ist ein „Geheimer". In den schlimmsten Zeiten der Reaktionsperiode war es gemüthlicher hier, als jetzt.

Wie es mit den Wahlen steht? Die Gegner rühren sich bedeutend, doch ist ihnen, wenigstens den Fortschrittlern, der „weiße Schrecken" vorzugsweise in die Knochen gefahren. Die Berliner Philister werden sich am 30. Juli nicht aus ihren Häusern locken lassen, da sie die helle Revolution fürchten. Unsere Partei wird mit jedem Tage muthiger und energischer. Die Begeisterung wächst — die Wahl mag ausfallen, wie sie wolle: besiegt kann unsere Partei nimmermehr werden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Nemesis. Wer war es, der nach dem Nobiling-Attentat am lautesten die Sozialdemokratie der moralischen Urheberschaft anklagte, am stürmischsten die Vernichtung der Sozialdemokratie forderte, am tollsten und rohesten in die „Hatz" gegen uns eintrat? Die Herren Nationalliberalen. Um sich selber über die fatale Thatsache zu täuschen, daß der Bismarck'sche Streich eigentlich ihnen galt, und um ihre Angst zu übertäuben, schrieen sie mit der vollen Kraft ihrer Lungen und mit dem Instinkt des von den Hunden hartbedrängten Fuchses, der einen Hasen aus dem Nest und den Hunden in den Rachen jagt, die dadurch seine eigene Spur verlieren, stürzten sie auf uns los in der Hoffnung, dadurch den famosen „Saujäger" von der richtigen Fährte abzubringen. Nun — der Versuch ist kläglich mißlungen. Fuchs und Hase haben die Rollen vertauscht. Wir sitzen ruhig im Bau und lassen in aller Gemüthsruhe das große und kleine Hundezeug bellen (man muß ihm den Spaß gönnen — ein jedes Thierchen hat sein Plästrchen), Freund Lampe aber, der nationalliberale Hase, rennt verzweifelt über das Wahlfeld, die Rüden haben ihm den Pelz schon übel zerzaust und trotz der Schnelligkeit der famosen Hasenfüße wird es mit dem Aermsten bald Matthäi am Letzten sein. Er pfeift schon auf dem letzten Loch. Man höre nur folgenden Nothschrei oder Nothquietsch des offiziellen Hasen- — wollten sagen nationalliberalen Organs, der „Nationalliberalen Correspondenz": „In Folge dieses Unterschiedes — in den Verhältnissen — kann es sein, daß der Wahlstreit nicht in demselben Maße opferlos für die Stärke und Zahl der nationalliberalen Partei verläuft, wie gleichartige vorhergegangene Debatten in ihren parlamentarischen Fraktionen. Aber wenn das deutsche Volk im Ganzen nicht etwa, aus seinen Sinnen geängstigt durch eine Anzahl aufregender Vorgänge und Erscheinungen, der Diktatur zusteuert und dem Parlamentarismus vorläufig ganz den Rücken kehren, d. h. einfach auf geordnete Mitbestimmung seiner Geschicke verzichten will, so wird der Ausgang im Ganzen nicht wesentlich anders ausfallen. Hier nimmt man es etwas ernster mit der Niederwerfung des revolutionären Wühlerthums, dort ist man besorgter und wachsamer gegen die Gefahren conservativer Reaktion, aber im Allgemeinen wird sich auch in Zukunft wohl wie bisher in Deutschland durch besonnene unabhängige Vertreter des Volkes Freiheit mit Ordnung vereinigen lassen. Geben wir uns nur vor allem nicht ohne Noth selber auf! Kein Geschick ist überwältigend, dem ein Mann tapfer entgegengeht."

„Dem ein Mann tapfer entgegengeht!" Ein Mann, ein Mann! O Lampe! Also Freund Lampe giebt sich „ohne Noth" nicht selber auf. Das braucht er uns nicht zu sagen. Aber in der Noth? Und er ist in Noth. Die fatale Viertelstunde des Rabelais ist in qualvolle Nähe gerückt, und Herr Lasker, der sich mit ein paar Getreuen auf einige rasch zusammengefügte Bretter aus dem unglücklichen Schiffbruch gerettet hat, schickt sich schon an, dem unglücklichen Lampe, den ein tückisches Verhängniß zum Opfer dieser „Sauhatz" gemacht hat, die Grabrede zu halten. Ob im Reichstag, das dürfte freilich die Frage sein, denn sogar dem Parlamentarischsten unserer Parlamentler hat man die Parlamentsthüre vor der Nase zugeschlagen, und es wird eines sozialdemokratischen Wunders bedürfen, wenn die heiligen Hallen sich ihm wieder eröffnen sollen. O Jerum, Jerum, Jerum!

— Wer theilt? In Chemnitz hat soeben das Bankgeschäft Haase und Sohn, eins der ersten in Sachsen, die Zahlungen eingestellt, mit Passiven, die, nach der niedersten Schätzung, sich auf 9 Millionen Mark, nach anderen Schätzungen auf das drei-, vier- und fünffache belaufen sollen. Eine Anzahl von Fabrikanten werden durch diesen Krach hart betroffen, wo nicht ruinirt, und dadurch Tausende von Arbeitern aufs Schwerste benachtheiligt; das ist aber noch nicht Alles: tausende von Familien hatten der wohlrenomirten, wiederholt vom Staat unterstützten (1848 und 1866) Firma ihre Ersparnisse und Habe anvertraut — und diese sind nun sämmtlich mit einem Schlage am Bettelstab. Die Scenen nach dem Bekanntwerden des Ereignisses sollen wahrhaft herzzerreißend gewesen sein. Und nun die Moral. Die Herren Haase und Sohn sind fanatische Nationalliberale, und gehörten zu deren einflußreichsten Führern. Niemand eiferte pathetischer als sie gegen die Zerstörer des Eigenthums: die bösen Sozialdemokraten.

Was es mit der Eigenthumsschwärmerei der Herren Haase und Sohn für eine Bewandtniß gehabt hat, das sehen wir jetzt: die abscheulichste „Theilerei" und Beraubung. Fern sei es von uns, die ganze Schuld persönlich auf die beiden Bankroteure zu werfen, allein der Theil der Schuld, welcher ihnen abgenommen wird, fällt auf die verkehrten Gesellschaftseinrichtungen, zu deren Vertheidigern sie sich aufgeworfen haben und die wir Sozialdemokraten bekämpfen. Jeder Denkfähige, der noch nicht zur Verurtheilung der heutigen Gesellschaftsordnung oder richtiger Gesellschaftsunordnung gelangt ist, muß aus diesem (und so manchem ähnlichen) Beispiele ersehen, wie berechtigt die Forderungen der Sozialdemokratie sind, und wie nur die krasseste Unwissenheit oder der nackte Egoismus sich gegen sie stemmen kann.

Bei dem Wahlkampf, namentlich in Sachsen, soll uns die Firma „Haase und Sohn" gute Dienste thun.

— Ein amtlicher Erlaß in Mecklenburg. Den Gemeindebehörden in Mecklenburg ist folgender Erlaß zugesandt worden:

„Sie werden hierdurch aufgefordert, innerhalb ihres Gemeindebezirkes sorgfältig nachzuforschen, ob darin sozialdemokratische Vereine oder sogenannte Gewerkschaften oder Mitglieder derselben vorhanden sind, oder ob sich daselbst Personen befinden, welche sich Blätter, als der „Pionier", der „Grundstein" oder andere sozialdemokratische Schriften halten. Zunächst haben Sie vor Allem unausgesetzt darauf zu achten, ob Personen, namentlich Ortsfremde in Ihrer Gemeinde sozialdemokratische Anschauungen vortragen, verbreiten, Anhänger zu erlangen suchen, sozialistische Blätter vorlesen, vertheilen oder dergleichen. Bei den unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage steht letzteres zu erwarten. Was Sie in allen vorerwähnten Richtungen ermitteln, haben Sie unverzüglich hierher zu berichten, unter Benennung der Personen, Vereine, Blätter u. a. — Es wird Ihnen zu diesem Zwecke angerathen, diejenigen Orte, wo Fremde, oder wo Handwerker und Arbeiter, besonders die Zimmer- und Maurergesellen, verkehren, häufig aufzusuchen und über das Treiben daselbst stets in Kenntniß zu halten. Sie haben diese Aufgabe mit der größtmöglichsten Gewissenhaftigkeit und Strenge zu befolgen. Falls sich ergeben sollte, daß Sie in irgend einem Punkte es an Wachsamkeit und Aufmerksamkeit fehlen lassen, so werden Sie unnachsichtlich zur Rechenschaft gezogen und mit der strengsten Strafe belegt werden. Schwerin, den 11. Juni 1878. Großherzogl. Amt. v. Oertzen."

Zu diesem Ukas haben wir nichts weiter zu bemerken, als daß nach Erlaß desselben im Mecklenburgischen Wappen die Hörner an dem edlen Ochsenhaupt um einige Zoll gewachsen sind.

— Schulze-Delitzsches. Der Vorschußverein auf Gegenseitigkeit in Treptow an der Rega in Pommern ist zahlungsunfähig geworden. Veranlaßt soll dies sein durch zu hohe Beleihung wenig werthvoller Effekten. Wie es heißt, sind einem jetzt verstorbenen Kaufmann 800,000 M. auf heute sehr niedrig stehende Aktien vor einigen Jahren geliehen und diese Unterlage soll immer für voll gebucht sein, obgleich dafür seit drei Jahren keine Zinsen bezahlt seien. Da ein großer Theil der Bewohner Treptows bei diesem Institut betheiligt ist und deshalb zur Deckung des Verlustes in Anspruch genommen werden wird, so herrscht dort große Niedergeschlagenheit. — Wir fragen die Herren Gegner: Wer zerstört das Eigenthum? Uebrigens muß es den Anhängern Schulze's doch bald klar werden, daß in dessen Spießbürgervereinen auch nothwendigerweise das spießbürgerliche Cliquenwesen sich entfaltet und so in der Gemeinsamkeit großes Unheil anrichtet.

— Die Ordnungsbanditen an der Arbeit. Unserem alten ehrenwerthen Parteigenossen, Hofbaurath a. D. Demmler, sind in Schwerin am 6. Juli wiederum an seinem Hause eine Anzahl Fensterscheiben von dem Ordnungspöbel eingeworfen worden. Das sind die saubern Früchte der Sozialistenhatz.

— Fortschrittlich. Ohne ein Wort des Tadels bringt die „Berliner Volkszeitung" die Confiscation des von ihr wegen seiner Mäßigung heftig angegriffenen sozialdemokratischen Wahlflugblattes. Und das will von Freiheit und Recht sprechen!

— Von einem Pastor aus Norddeutschland geht uns folgender Brief zu:

„Die hochgeehrte Redaktion bitte ich ergebenst, für die in Postmarken eingelegten 1 Mark 50 Pfg. mir so viel Exemplare der in Nr. 78 des „Vorwärts" angekündigten „Wahlagitationsnummern" hochgeneigtest zuzuschicken — als nach Abzug der mir gleich dem Gewicht der qu. Drucksachen unbekannten Frankirungs-Kosten übrigbleiben.

„100 Exemplare Wahlagitationsnummern brauche ich aber nicht, da in unserer Propinz, zumal in den abgelegenen Theilen desselben die Anhänger der sozialdemokratischen Parteien in weiten Kreisen nur sehr gering sind. Es soll eine bestimmte Zahl jener Wahlagitationsnummer nur als ein zeitgeschichtliches Dokument einigen Freunden in die Hand gegeben werden, um ihnen darin ein Mittel zu bieten, mit dem sie der auch hier, glücklicherweise nur in den in vielen Beziehungen fälschlich sogenannten gebildeten Ständen besonders auch im Beamtenstande herrschenden blinden Wuth gegen den Sozialismus entgegentreten könnten. — Nach einem Jahre schon, sicher nach 2 oder 3 Jahren, werden viele Tausende von Menschen, die es jetzt leider noch gar nicht oder doch lange nicht lebhaft genug empfinden, mit der tiefsten Scham des Deutschlands so unwürdigen Treibens dieser Wochen gedenken. Und dazu soll jene Wahlagitationsnummer als ein Dokument der Zeitgeschichte helfen."

— Das Centralorgan der englischen Gewerkschaften, die „Industrial Review", bespricht in einem trefflich geschriebenen Leitartikel die Arbeiterentlassungen in Deutschland und das famose Rundschreiben des preußischen Handelsministers. Sie bezeichnet das Verfahren der Arbeitgeber als frevelhaft und zugleich stupid, und geißelt die Einmischung des Handelsministers, der zum mindesten hätte neutral bleiben sollen, in Ausdrücken, die wir aus Rücksicht auf unsere Preßverhältnisse auch nicht annähernd wiedergeben können. „Wenn, so heißt es in dem Artikel, wenn jeder Arbeiter, der kein Heuchler werden will, ein Bettler werden und als Ausgestoßner durchs Land wandern muß, dann werden die Bande der Gesellschaft zerrissen, und jeder Mann, der einen Gedanken im Kopf und ein Herz in der Brust hat, muß sich empört wider eine so teuflische Verschwörung gegen Fortschritt und Gerechtigkeit wenden. „Natürlich, so schließt die „Industrial Review", wird diese Klassen-

Zur Wahl.

(Von einem 72jährigen Genossen.)

Der Lebensabend grüße noch einmal mein Geschlecht,
Im jungen Thatendrange für allgemeines Recht;
Wofür schon viele Jahre die wunde Brust mir glüht,
Im schönen Untergange die späten Strahlen sprüht.

In reiner Menschenliebe verkünde mein Gesang
Dir, kaum erwachtem Volke, den echten Wahrheitsdrang;
Der Dich im Bildungskampfe zum rechten Krieger weiht,
Nach ruhmgeschmückten Siegen Dir Lebensglück verleiht.

Mit Jugendlust beginne den schönen Heldenlauf,
Aus tiefem Elend steige zur Tugend kühn hinauf;
Daß Dich in jedem Kampfe die Weisheit würdig führt,
Bis Dir im Siegesfeste der erste Preis gebührt.

Im Leben bald bewähre gesunde Bildungslust,
An warmen Mitgefühlen, für jede Dulderbrust;
An allen Leidgenossen bewähre Bruderfinn,
An allen Glückberaubten bereite Dir Gewinn.

Die großen Grundgedanken verkünde muthentflammt,
Wovon in mancher Schöpfung das Glück der Völker stammt;
In dieser Ueberzeugung begründe Deine Macht,
Von angstverwirrten Feinden in blinder Wuth bewacht.

Verlange keine Früchte für Dich in kurzer Zeit,
Bevor von jeder Fessel Dich eigne Kraft befreit;
Für Dein Geschlecht bereite die Selbsterlösung vor,
In reifer Ueberzeugung, zur vollen Macht empor.

Du, Mann der Arbeit, keuchest im Joche immerdar,
Doch lockern sich die Bande im Kampfe Jahr für Jahr,
Daß Dir die Morgenröthe des Tages bald erscheint,
Wo Dich den Kampfgenossen die Rettung treu vereint.

Nach ruhmgeschmückten Thaten gestatte Dir Genuß
An allen guten Gaben, am schönen Ueberfluß;
An allgemeiner Bildung, an allen Rechten gleich,
Am reinen Mitgenusse des Lebensglückes reich!

Gustav Adolf Köttgen.

— Im „Amtsblatt für die Königl. Amtshauptmannschaft N. N." ist unter „Mittwoch, den 3. Juli 1878" wörtlich zu lesen:

„Bekanntmachung. Die Wählerliste für den Ort N. N. den 23. Juli d. J., den Reichstag betreffend, liegt im (Name des Lokales) vom Erscheinen dieses Blattes bis 3. Juli d. J. öffentlich aus. Unter Bezugnahme auf § 8 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 2. Juli d. J. Jedermanns Einsicht bis 11. Juli öffentlich aus, unter Bezugnahme des § 8 des Wahlgesetzes bis 2. Juli bis Mittag 1 Uhr aus. Reklamationen sind bis 13. Juli bei Unterzeichnetem aus und sind bis selbe Zeit bei Unterzeichnetem anzubringen, den 13. Juli anzubringen.

N. N. den 1. Juli 1878.

P. P., Gem.-Vorst."

Das Original-Belegblatt befindet sich in unserer Hand, bemerkt hierzu die „Chemnitzer Freie Presse".

Angenommen aber, der betreffende Gemeindevorstand habe das Schriftstück durch einen Unterbeamten oder sonst Jemanden ausfertigen lassen, so wäre bei Namensunterschrift das Durchlesen Pflicht gewesen. Und — fragen wir — kann dann ein solcher Gemeindevorstand Anspruch auf das Prädikat der Pflichttreue erheben? Kann derselbe nicht gleichfalls zur Ueberwachung von Versammlungen Stellvertreter senden, von der Unfähigkeit derer, die das „amtliche" Aktenstück verfaßt haben?

Daß die Druckereien an „amtlichen Erlassen u. s. w." Veränderungen nicht vornehmen dürfen, ist bekannt. Setzerfehler liegen nicht vor, das erhellt aus dem Diktate und Style des ganzen Aktenstückes. Erübrigt also noch, neben der bisher noch nicht erfolgten Berichtigung seitens des Verfassers, die Berichtigung der Oberbehörden, welche in Folge gegenwärtigen Artikels vielleicht erfolgen dürfte. Daß die Druckerei des bezüglichen Amtsblättchens die Handschrift des Gemeindevorstandes kennt, also eine Mystifikation nicht vorliegen kann, ist anzunehmen und wir erheben nun Angesichts solcher Thatsachen feierlich Protest gegen die Verlegung der öffentlichen Polizeigewalten in die Hände entweder notorisch unfähiger oder fahrlässiger Persönlichkeiten.

„Anwendung der Gesetze bis zur äußersten Grenze!"

Wir acceptiren dies getrost, wenn wir sicher sind, daß Männer von mindestens allgemeiner Bildung dazu berufen werden.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. Philosophie — Politische Oekonomie — Sozialismus. Von Friedrich Engels. VIII und 274 Seiten gr. 8°. Preis 3 M. ord., 2 M. baar.

Der Verfasser der „Lage der arbeitenden Klasse in England" tritt in dieser Schrift, seit längerer Zeit zum ersten Mal, wieder mit einer größeren Arbeit vor das deutsche Publikum aufgefordert, die mit so gewaltigen Ansprüchen auftretende neue sozialistische Theorie des Herrn Dühring im Centralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dem „Vorwärts", einer gründlichen Kritik zu unterwerfen, sah sich der Verfasser genöthigt, diese Kritik auf das gesammte philosophische und ökonomische System des Herrn Dühring auszudehnen. Es war aber nur dann zulässig, der Kritik eines so wenig bedeutenden Gegenstandes eine solche Ausdehnung zu geben, wenn der Verfasser die Gelegenheit benutzte, den Dühring'schen Ansichten gegenüber, seine eigne Auffassungen der hier berührten mannigfachen Themata positiv zu entwickeln — Themata, die der großen Mehrzahl nach zu den brennenden Tagesfragen der heutigen Wissenschaft und Politik gehören.

Die Einleitung skizzirt die allgemeinen Grundzüge des modernen wissenschaftlichen Sozialismus in seinem Zusammenhang mit, und seinem Unterschied von, einerseits dem älteren Sozialismus und andererseits der klassischen deutschen, dialektischen Philosophie. Als die beiden Hauptzüge dieses wissenschaftlichen Sozialismus werden aufgestellt die „beiden großen Entdeckungen von Marx: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelst des Mehrwerths".

Nachdem die ersten drei Kapitel der „Philosophie" sich vorwiegend mit dem Nachweis beschäftigt, daß die ganze Anordnung des Dühring'schen „Systems" ein mattes und verwässertes Plagiat aus Hegel's Logik, und der von Herrn Dühring, vermittelst Mißverständnisses einer Kant'schen Antinomie, fabrizirte „sich selbst gleiche Urzustand der Materie" ein Unding ist, zeigen die folgenden drei Kapitel über „Naturphilosophie" den wahrhaft erschreckenden Grad von Unwissenheit in naturwissenschaftlichen Dingen, der sich hinter den Großprahlereien des Herrn Dühring verbirgt. Sie geben gleichzeitig Veranlassung zu einer Vertheidigung Darwin's und der Deszendenztheorie gegenüber den Dühring'schen Bemängelungen, sowie zu selbstständigen Aeußerungen des Verfassers über das Verhältniß von Materie und Bewegung, über den inneren Zusammenhang der verschiedenen Naturwissenschaften, über die Natur des Lebens u. s. w. Von der Natur auf das moralische und rechtliche Gebiet übergehend, untersucht der Verfasser, gelegentlich des Anspruchs des Herrn Dühring, auch hier „endgiltige Wahrheiten letzter Instanz" aufzustellen, wie weit solche „ewige Wahrheiten" in dem geschichtlichen Entwicklungsgang der menschlichen Erkenntniß über-

bosheit (class-malignity) ihren Zweck nicht erreichen und jämmerlich Schiffbruch leiden.

— Aus Frankreich vom 4. Juli erhalten wir folgenden Brief:

„Parteigenossen, Freunde! Ich habe vorgestern sämmtliche „Vorwärts"-Nummern vom 1. Juni an erhalten und sage Ihnen hiermit meinen wärmsten und aufrichtigsten Dank! — Die grausame Bourgeoisie und Reaktion, die heute in Deutschland wüthet, empörte mich bis aufs Aeußerste und erfüllte mich mit Ekel! Die Sozialdemokratie, eine Partei von mehr als 1 Million Genossen für die Handlung eines wahnwitzigen Narren verantwortlich machen zu wollen, ist mehr als verbrecherisch — ist dumm! Bei den herrschenden niederträchtigen Verhältnissen halte ich es für unklug, brieflich meiner Empörung Luft zu machen, und begnüge mich für diesmal, meine volle und ganze Sympathie für die ebenso weise als correcte Haltung der deutschen Sozialdemokratie den heutigen Gewalthabern und deren erkaufter Presse gegenüber, auszusprechen.

„In Frankreich hat die Bourgeoisie am 30. Juni in allen Städten und an vielen Orten „genationalfeiert". Marcere schloß gleich Rouher, Guizot und Polignac die Aera der Revolution, Paris, Bordeaux ꝛc. waren prachtvoll illuminirt. In dieser Beziehung beweist die Bourgeoisrepublik, daß sie in nichts dem Kaiserreich nachsteht, und gesonnen ist im „Machen" der öffentlichen Meinung in die Fußtapfen desselben zu treten. — Den 30. Juni um 11 Uhr Abends begab sich in Bordeaux eine ungeheure Menschenmasse, zu 3/4 aus Bourgeois bestehend und unter Absingen der Marseillaise unter die Fenster des „Café des Voyageurs". Ein mir unbekannter Herr hielt eine Lobrede auf die Bourgeoisrepublik, die mit schallenden Bravorufen aufgenommen wurde. Ich und einige sozialistisch gesinnte Arbeiter brachten ein Hoch auf die Amnestie und die Exilirten aus, das wenig Beifall und einiges Zischen verursachte. — Sie sehn daraus, daß je mehr sich in Frankreich die Bourgeoisrepublik befestigt, desto spärlicher die Aussichten auf die Rückkehr unserer verbannten Freunde wird. Die Bourgeoisrepublik tödtet den republikanischen Geist! Mit warmem Händedruck

Fr. St."

— Unser Genfer Parteiorgan: „Le Précurseur" (Vorläufer), redigirt von Johann Philipp Becker, dem jugendfrischen Veteranen der Sozialdemokratie, erscheint seit diesem Monat in doppelt vergrößertem Format. Man sieht, die günstige Wirkung unserer „Sozialistenhatz" macht sich auch im Auslande geltend.

— Vom Kriegsschauplatz. In Chemnitz ist Genosse Kegel wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden. (S. unter Correspondenzen.) — Genosse Schäfer in Stuttgart, der wegen Majestätsbeleidigung inhaftirt war, ist freigesprochen worden. — Parteigenosse Schmidt, der in Barmen inhaftirt war, ist wegen einer in Remscheid gehaltenen Rede zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Am letzten Sonnabend ist unser Parteigenosse, der Restaurateur Neumann in Moabit bei Berlin, von nicht weniger als 11 Polizeibeamten verhaftet und behaussucht worden. Ebenso erging es dem Tischler Arlt und dem Cigarrenarbeiter Kern, die ihm neulich zu Hilfe kamen, als sein angeblich im Solde der Polizei stehender Hausknecht, Josef Mentzel aus Warmbrunn, einen gewaltthätigen Angriff auf Herrn Neumann machte. Außer einigen bekannten Broschüren und den Noten eines bei Herrn N. tagenden Gesangvereins wurde trotz eifrigsten Forschens, welches sich sogar auf die Boden- und Kellerräume der betreffenden Wohnungen erstreckte, nichts gefunden. — Am 5. Juli wurde beim Genossen Ueckermann in Berlin Haussuchung gehalten. Resultat = 0. — Genosse G. Weiß, Restaurateur in Pegau, welcher sich seit mehreren Wochen in Borna wegen angeblicher Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft befand, ist aus dieser entlassen und die Untersuchung niedergeschlagen worden.

Correspondenzen.

Schleswig. Am 3. Juli hielten wir hier eine öffentliche Volksversammlung, behufs Wahl eines Arbeiter-Candidaten, ab. Nachdem das Bureau gewählt, nahm der Vorsitzende Hr. Meier das Wort, beleuchtete in kurzer Rede das Vorgehen der anderen Parteien bei der bevorstehenden Reichstagswahl, hob sodann hervor, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters, sowie jedes denkenden Menschen sei, am Wahltage für sein Recht einzustehen und einen Arbeitercandidaten durch Abgeben seiner Stimme helfe in den Reichstag zu bringen. Einstimmig wurde sodann unser alter Genosse Heinzel aus Kiel auch bei dieser Wahl als unser Candidat empfohlen. Haben wir hier auch keinen Sieg zu erwarten, so zeigen wir doch unseren Gegnern, daß wir am Orte nicht todt sind, und können wir es bei einer einigermaßen guten Agitation und zweckentsprechender Organisation leicht bis zur engeren Wahl bringen. R. M.

Bremen, 5. Juli. In den letzten Tagen des Jahres 1877 erschoß sich der Nachtwachen-Commissar Stollberg wegen Veruntreuung von Geldern, die den Wächtern gehörten (Wittwenkasse und Weckegelder). Die hiesigen liberalen Blätter suchten die Gründe zu diesem Selbstmord zu verschweigen, während unser Parteiblatt am hiesigen Ort mit größtem Eifer der Sache auf den Grund zu kommen suchte und zwar um so mehr, als schon im Januar 1877 eine ganz saubere Geschichte von diesem Nachtwachen-Commissar erzählt wurde — er hatte 40 Paar Stiefeln à Paar 16 M. 50 Pf. den Wächtern zu wenig geliefert. Das schien aber höheren Ortes nicht beachtet zu werden. Die Bemühungen unsererseits waren nicht erfolglos, denn es stellte sich bald heraus, daß in den oben erwähnten Kassen nicht weniger als 1884 M. 72 Pf. fehlten. Durch Verrath wurde der Wächter ermittelt, der diese reine Wahrheit der Oeffentlichkeit übergeben hatte, und die Folge war, daß dieser Mann von der Behörde des republikanischen Staates Bremen entlassen wurde, nachdem er 2 Jahre treu und zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten gearbeitet hatte. K.

Cottbus, den 24. Juni. (Allgemeiner Bericht.) Ueber die Vereitelung einer Versammlung, die Montag den 13. Mai im Gasthof zum Feldschlößchen stattfinden sollte, ist schon in einer Correspondenz aus Forst berichtet worden. Wie mir speziell versichert wurde, hat der Polizeiinspektor den Wirth beeinflußt, uns die Versammlung nicht abhalten zu lassen. Am Donnerstag den 16. begab ich mich nach dem Lokal zur „Goldenen Kugel", um für Sonntag den 19. eine Schneider- und Schuhmacherversammlung einzuberufen; auf meine Frage an den Wirth sagte er, ich solle noch einmal wiederkommen, er wolle sich erst erkundigen. Wo that er dies? Nun, beim — Polizeiinspektor. Er sagte zu ihm, die Leute wollen Sonntag bei mir eine Versammlung abhalten und haben mir auch gesagt, daß Polizei zugegen ist, damit nichts geschieht. Da antwortete der Inspektor: Die Polizei hat nichts dagegen, aber das Uebrige wird sich nachher finden. Da wies der Wirth auf die schlechten Zeiten hin und daß man so etwas gern mitnähme, da doch ein Geschäft dabei gemacht werde, worauf der Herr Inspektor erwiderte, er solle nicht solchen Skandal machen und ihn aufforderte, sich zu entfernen. Die Versammlung fand denn schließlich am Sonntag den 26. Mai im alten Kasino statt, war aber der ungünstigen Zeit halber schwach besucht. Freund Hochheim aus Frankfurt sprach über den Untergang des Kleingewerbebetriebs, Zweck und Nutzen der Gewerkschaften und ihre centralisirten Krankenkassen. Es wurden nur zwei Mann zur Schneidergewerkschaft gewonnen. — Leider sind hier auch Majestätsbeleidigungen vorgekommen, so erhielt der Zeugschmiedemeister Robert Hilpert 4 Jahre und der Tischlergeselle Paul Neumann 5 Jahre Gefängniß, auch ein Knabe der Freischule (Armenschule) soll sehr beleidigende Reden ausgestoßen haben.

Delitzsch, 8. Juli. Sonnabend, den 6. d. Mts., wurde bei den Genossen Günther, Krausch und Troote gehaussucht; natürlich erfolglos.

Chemnitz, 3. Juli. Die Verhaftung Kegel's hat im liberalen Lager große Freude hervorgerufen, wir sind jedoch bereits in der Lage, einen Tropfen Wermuth in den schäumenden Becher zu gießen. Kegel ist lediglich wegen der von ihm herausgegebenen Gedichte „Freie Lieder" angeklagt und verhaftet worden. Nun lautet aber der § 22 des Reichs-Preßgesetzes folgendermaßen; „Die Strafverfolgung derjenigen Verbrechen und Vergehen, welche durch die Verbreitung von Druckschriften strafbaren Inhalts begangen werden, sowie derjenigen sonstigen Vergehen, welche in diesem Gesetze mit Strafe bedroht sind, verjährt in sechs Monaten." Also wohlgemerkt! Es ist nicht etwa von Zeitungen, sondern nur von Druckschriften die Rede. Nun stützt sich, so viel uns bekannt ist, die Anklage darauf, daß die „Freien Lieder" im Jahre 1878 erschienen sind. Dem gegenüber läßt sich jedoch durch eine Menge von Zeugen der Nachweis liefern, daß die Herausgabe von Kegel's Gedichten bereits im Dezember vorigen Jahres erfolgt ist. Verschiedene Gesinnungsgenossen werden sich daran erinnern, daß Kegel's Gedichte schon im Dezember verkauft worden und in fast allen sozialistischen Zeitungen unter der Ueberschrift: „Für den Weihnachtstisch" zum Kauf empfohlen worden sind. Der „Vorwärts" empfahl bereits am 12. Dezember die „Freien Lieder" zum Ankauf und in der „Freien Presse" sind dieselben bereits am 7. Dezember in Nr. 286 vom Jahre 1877 annoncirt und ist am 8. Dezember das erste Exemplar schon verkauft worden. Noch wollen wir bemerken, daß am 30. November die Rezensionsexemplare an die sozialistischen Zeitungen versandt worden sind. Sollte sich die Anklage darauf stützen, daß auf dem Umschlage des Heftes die Jahreszahl 1878 angegeben ist, so kann nachgewiesen werden, daß derselbe bereits im September v. J. gedruckt worden ist. Im Buchhandel ist es ja Sitte, daß sogar Zeitschriften, welche die Jahreszahl 1878 tragen, schon im September, spätestens am 1. Oktober ausgegeben werden. Da, so viel uns bekannt ist, die Staatsanwaltschaft erst am 29. Juni Strafantrag gestellt hat, so wäre sie, um der Bestimmung des § 22 des Reichs-Preßgesetzes zu genügen, um 22 Tage zu spät gekommen. Wenn also nicht andere Gründe für die Verhaftung Kegel's vorliegen, so dürfte dessen Freilassung bald erfolgen.

Altenburg, 3. Juli. Unübertroffen steht die Fabrik von H. A. Köhler's Söhne hier in Bezug auf die Maßregelung von Arbeitern. In der betreffenden Fabrik war von den Besitzern ein Plakat angeschlagen worden, welches Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie enthielt. Dieses Plakat war von einem Arbeiter entfernt worden, jedenfalls weil dasselbe Bestimmungen enthielt, durch welche die Arbeiter an ihrer Ehre beleidigt wurden. Da nun der betreffende Arbeiter nicht zu entdecken war, wird über alle Arbeiter eine Lohnreduktion von 10 Proz. verhängt, die so lange andauern soll, als bis die Arbeiter ihren Kameraden verrathen haben! Wahrscheinlich zwingt sie über kurz oder lang der Hunger hierzu.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Der „Frankfurter Volksfreund" enthält folgendes „Eingesandt":

„Hüt' dich vor Denunzianten" — diese Mahnung sollten alle anständigen Blätter jetzt Tag für Tag an ihre Leser richten. Daß man vor Denunzianten nirgends sicher ist, am allerwenigsten in Wirthschaften, beweist folgender Fall: Saßen da vor einigen Tagen in einer Wirthschaft mehrere Männer zusammen, welche sich u. A. auch über die Sozialdemokratie unterhielten. Einer von ihnen, ein Bauführer, glaubte dieselbe gegen ungerechte Angriffe in Schutz nehmen zu müssen, mit den Worten: „das Bestreben der Sozialdemokratie ist nicht zu verwerfen." Plötzlich war einer der Gäste verschwunden, nicht lange und es erschien ein Schutzmann, der den Bauführer verhaftete, weil er laut soeben gemachter Anzeige über den Kaiser geschimpft, also eine „Majestätsbeleidigung" begangen habe. Alles Protestiren half dem jungen Manne nichts, er wurde auf die Constablerwache geführt und erst nach fünf Tagen, nachdem sich seine völlige Unschuld herausgestellt hatte, wieder entlassen. Der Denunziant heißt Sachse, Maurermeister hierselbst, und wird derselbe jedenfalls sich wegen falscher Denunziation zu verantworten haben.

Frankfurt, 8. Juli. Gestern hatten wir eine Versammlung über die Rechtfertigung unseres Programms. Als dasselbe genug erläutert war, löste die Polizei die Versammlung auf, wobei wieder zwei unserer Genossen dingfest gemacht wurden. Der eine, Fleischmann, konnte nach der polizeilichen Meinung nicht schnell genug zum Saale hinaus, der andere wurde nach einer Weile aus dem Garten mitgenommen, wo wir uns noch aufhielten. So sind uns bis jetzt fast alle Versammlungen aufgelöst worden. Doch wird für unsere Sache dadurch Propaganda gemacht. Es strömen die Wähler massenhaft auf den Römer und sehen zu, ob sie eingetragen sind. Nun, der 30. Juli wird uns Klarheit geben.

Nachschrift: Der letzte Artikel „Gott behüte mich vor meinen Freunden" war sehr gut. Es wird einem schwer gemacht, mit diesen Leuten zu gehen, die immer nur schulmeistern können und selbst, wenn sie nur lernen wollten, so sehr des Schulmeisters bedürften. —r

---

haupt vorkommen können. Er weist dann nach, wie das „Prinzip der Gleichheit", in der Form, worin Herr Dühring es von seinen französischen Vorgängern unbesehen übernimmt, ihn in die absurdesten Widersprüche verwickelt und stellt dem entgegen die wirkliche geschichtliche Bedeutung der Gleichheitsvorstellung sowohl für die bürgerliche Gesellschaft und deren Staat, wie für die sozialistische Theorie und Agitation. Gegenüber den haltlosen Redensarten des Herrn Dühring über Freiheit und Nothwendigkeit geht der Verfasser zurück auf den großen Satz Hegel's, daß die Freiheit in der Erkenntniß der Nothwendigkeit und damit in ihrer Beherrschung besteht: „Blind ist die Nothwendigkeit nur, insofern sie nicht erkannt wird." In den beiden letzten Kapiteln der Philosophie endlich handelt es sich um einen der wesentlichsten Punkte des Buchs, nämlich um die Rehabilitirung der, seit dem Untergang der klassischen deutschen Philosophie fast ganz in Vergessenheit gekommenen Dialektik als „der Wissenschaft von den allgemeinsten Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengeschichte und des Denkens". Zwei von Herrn Dühring besonders verketzerte dialektische Gesetze, das des gegenseitigen Ineinander-Umschlagens von Qualität und Quantität, und das der Entwicklung vermittelst Negation der Negation, werden hier mit Belegen aus der Mathematik, der Naturwissenschaft und der Geschichte wieder zu Ehren gebracht. Wie wenig es sich dabei um die spezifische Hegel'sche, mystifizirte Form der Dialektik handelt — obwohl der Verfasser die großartigen Errungenschaften Hegel's auf dialektischem Gebiet dankbar und voll anerkennt — geht schon daraus hervor, daß als Exempel für das erste jener beiden Gesetze ein Ausspruch Napoleon's dienen muß, und für das zweite eine Schrift Rousseau's.

Nachdem im ersten Kapitel der „politischen Oekonomie" die allgemeinen Gesichtspunkte klargelegt, wird in den drei folgenden die Dühring'sche „Gewaltstheorie" untersucht, die auf die gewöhnliche Philistervorstellung hinausläuft, daß die Gewalt die allein entscheidende geschichtliche Macht, und an allen sozialen und politischen Uebeln schuld ist. Ihr gegenüber wird die zuerst von Marx aufgestellte materialistische Geschichtsauffassung aufrecht erhalten, nach der die treibende Ursache aller geschichtlichen Zustände und Veränderungen, also aller gesellschaftlichen Klassenbildung, aller politischen Verfassungen, und damit auch der rechtlichen, moralischen, philosophischen und religiösen Vorstellungen der Menschen zu suchen ist in letzter Instanz in der Art und Weise, wie die Menschen der fraglichen Periode und Lokalität ihren Lebensunterhalt produziren und die Produkte austauschen. Als erster Beleg für diese Anschauungsweise dient die Entwicklungsgeschichte der modernen Bourgeoisie, namentlich in und seit der französischen Revolution. Sodann wird das Gewaltswerkzeug selbst, die Armee und Flotte, als von den Produktionsverhältnissen der betreffenden Periode und Lokalität durchaus abhängig nachgewiesen in einer skizzirten Geschichte der modernen Infanterie vom spanischen Erbfolgekrieg an, und des Schlachtschiffs seit dem Krimkrieg. Und schließlich wird die Entstehung der beiden Formen der Gewaltsherrschaft — der Staatsgewalt und des Eigenthums an Sklaven — erklärt aus ökonomischen Ursachen, aus Veränderungen der Produktionsweise in den ursprünglichen Gemeinwesen der Kulturvölker.

An eine Zergliederung der Dühring'schen Werththeorie und der fünf verschiedenen Arten von Werth, in denen sie schließlich hängen bleibt, reiht sich sodann die Zurückweisung der von Herrn Dühring gegen Marx' „Kapital" gerichteten Invektiven, wobei sich herausstellt, daß, soweit in den Dühring'schen Auslassungen noch etwas Rationelles, dies ein verseichtigtes Plagiat aus Marx ist. Zum Schluß wird an der Grundrente und an einigen Auszügen aus der „Kritischen Geschichte der Nationalökonomie" nachgewiesen, welche fast unbegreifliche Unwissenheit auch auf diesem Gebiet sich hinter dem anmaßlichen Auftreten des Herrn Dühring verbirgt. Es findet sich hierbei die Gelegenheit, das Tableau économique des Physiokraten Quesnay, das bisher den Oekonomen so räthselhaft geblieben, zu erklären und damit das Räthsel zu lösen.

In dem Abschnitt über „Sozialismus" wird zuerst die geschichtliche Rolle der drei großen Utopisten Saint-Simon, Fourier und Owen gegenüber den auf gröbster Unkenntniß beruhenden Dühring'schen Verdrehungen dargestellt. Das zweite Kapitel giebt eine gedrängte Darlegung der theoretischen Grundzüge des modernen wissenschaftlichen Sozialismus in ihrer direkten Ableitung aus den ökonomischen Thatsachen der Gegenwart. Die drei Schlußkapitel enthalten die Kritik der constructiven Zukunftsphantasien des Herrn Dühring, seiner Organisation der Produktion, der Vertheilung, des Staats, der Familie, der Erziehung u. s. w. in der künftigen „freien Gesellschaft", wobei der Verfasser Anlaß findet, seine eigenen Ansichten über Theilung der Arbeit, über die angebliche Rolle des Werthbegriffs in der sozialistischen Gesellschaft u. s. w. zu entwickeln.

Die Mannichfaltigkeit der hier behandelten Fragen berechtigt zur Voraussetzung, daß Engels' neueste Arbeit von Bedeutung sein dürfte auch für Kreise, die der politischen Parteistellung des Verfassers ferner stehen. Wie Marx' „Kapital", appellirt auch diese Schrift an das wissenschaftliche Gewissen der Nation, und macht den Anspruch, den Sozialismus nachzuweisen als ein unumgängliches Glied in der Verkettungsreihe des modernen Wissenschaftskreises.

— Eine Fabel wird in der „Frankfurter Zeitung" erzählt: Es war einmal ein Schulmeister, der leistete Großes in Sachen der Zucht. Jedes Jahr brauchte er einen dicken Bund Haselstöcke, und der Karzer wurde nie leer bei ihm. Da erschien eines Tags der Inspektor, und der fand, daß die Schule in gar verkommenem Stande sei.

Mein Freund, sagte er zu Meister Bakel, Du schaltest hier unbeschränkt und nach Gutdünken; jedem Provisor, der nicht nach Deiner Pfeife tanzt, giebst Du den Laufpaß: wie kommt es, daß gleichwohl deine Schule mit jedem Jahre schlechter wird?

Ach! antwortete der Schultyrann, ich habe gar ein schlimmes, unbändiges Volk unter den Händen; gieb mir einen Bund Haseln mehr per Jahr, und baue mir ein paar Karzer weiter — sonst kann ich für nichts stehen.

Ei! ei! erwiderte der Inspektor, Du theilst ja zehnmal mehr Züchtigungen aus. als alle Deine Collegen, und dennoch geht Alles den Krebsgang bei Dir! Wenn es mit dem Prügeln gethan wäre, dann müßte der ärgste Profos der beste Professor, und Deine Schule die vortrefflichste der Welt sein. Aber wo der Stock aufhört, da hört bei Dir der Pädagog auf, und was Du zum Gedeihen Deiner Anstalt zu lehren hättest, das müßtest Du selber erst lernen. Wenn die Schüler nichts taugen, so ist das ein Zeichen, daß der Lehrer nichts taugt. Sei daher so gut und gieb Dir jetzt selber den Laufpaß. Was uns Noth thut, das ist ein Schulmeister, der keine Haselstöcke braucht und an einem Karzer genug hat.

(Wir dächten, ein Schulmeister, der keinen Karzer braucht, wäre noch besser — oder richtiger: erst gut. R. d. „V.")

— Ein „Herr"! Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" druckt der Berliner „Post" folgende Notiz buchstäblich nach: „Gegen die „Damen" Canzius und Stägemann, jene „deutschen Frauen", welche zur Verherrlichung sozialdemokratischer Ziele in einer von ihnen einberufenen Frauenversammlung sich in aufreizenden Lästerungen der Gottesfurcht, der Religion und der Kirchen- und Schuleinrichtungen ergingen, ist, wie wir hören, jetzt wegen dieses ihres Auftretens die Untersuchung eröffnet worden." — „Herr" Biedermann hat früher Vorträge über Frauenbildung gehalten; es könnte ihm nicht schaden, wenn ihm ein Lehrkursus über allgemeine Bildung auf seine alten Tage noch zu Theil würde.

Speyer, 3. Juli. Auf der ganzen Linie wird bereits in Gefechtsstellung zum bevorstehenden Wahlkampf getreten, wozu es unsererseits sehr wenig Mühe kostete, weil wir stets gerüstet sind und jetzt schnell vorbereitet waren. Wer uns diesmal als Gegner gegenüberstehen wird, weiß man noch nicht. Man sagt zwar, daß der Reichsverein in Burkhardtsdorf einen Candidaten aufgestellt habe, jedoch bleibt Näheres abzuwarten. Es kann uns natürlich ganz gleich sein, ob Lehmann oder Meier, Schulze oder Müller die heutige „Ordnung" heilig sprechen oder vertheidigen hilft, ob Der oder Jener unsere, des Volkes, Interessen mit Füßen treten und die letzten Reste von Volksfreiheit erdrosseln will. Wir kümmern uns ja nicht um Personen, sondern unser Kampf gilt dem System der gegenwärtigen Verhältnisse, welche man — „Ordnung" — nennt. Was aber ist diese Ordnung? Nun, es ist die Herrschaft und zügellose Ausbeutung auf der einen, und die Unterdrückung und Massenarmuth auf der andern Seite. Daß wir uns nun für diese Ordnung nicht begeistern, daß wir die Bedrückten und Ausgebeuteten sind, deren Zahl von Woche zu Woche sich vermehrt, wodurch die Massenarmuth sich verallgemeinert, das ist etwas ganz selbstverständliches. Wir werden daher am 30. Juli zu zeigen haben, ob wir selbstständig genug unser Interesse zu wahren vermögen, und möge die Zahl Derer, welche sich in Selbstverblendung zu den Gegnern schlagen, recht gering sein und wir Arbeiter alle für Recht und Freiheit einstehen.

Pforzheim, 3. Juli. Die für den 1. Juli einberufene Versammlung, in welcher Genosse Lehmann über die bevorstehende Reichstagswahl referirte, wurde von dem anwesenden Amtmann aufgelöst, weil der Referent die Rohheiten, welche die „Gebildeten" bei der Weißensteiner Affaire begangen haben, einer Kritik unterzog. Die Versammelten verließen sofort das Lokal und unterhielten sich noch längere Zeit unter dem Schutz einer zahlreichen Polizeiabtheilung im Garten. Die polizeiliche Ueberwachung des harmlosen Biergesprächs war sehr überflüssig, da unsere Genossen mit der größten Kaltblütigkeit die Auflösung besprachen, was übrigens leicht begreiflich ist, da eine aufgelöste Versammlung uns mehr Nutzen bringt, als zehn Versammlungen, in denen wir zwei Stunden lang sprechen können, weshalb wir den Herrn Amtmann ersuchen, auch ferner in dieser Weise für uns zu agitiren. Je größer die polizeilichen Eingriffe in die Staatsbürgerrechte, desto leichter wird uns der Kampf und desto mehr wird der Untergang der alten, morschen Gesellschaft beschleunigt. B.

Bochum, 3. Juli. (Zum Denunziantenthum.) Am 8. Juni wurde der Vorsitzende des hiesigen Arbeiter-Wahlvereins Aug. Decker angeblich wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Nachdem derselbe 5 Tage in Untersuchungshaft zugebracht hatte, wurde derselbe vom Richter, da die Zeugen nichts Beschwerendes aussagen konnten, freigesprochen, trotzdem aber weitere 7 Tage in Haft gehalten. Während der 12 Gefängnißtage wurde natürlich auch gehaussucht, aber nichts Belastendes gefunden. Leider! Ueberhaupt haben sich in letzterer Zeit in unserer Stadt und Umgegend die Verhaftungen und Verurtheilungen in Folge der Denunziationswuth des patriotischen Pöbels derartig gesteigert, daß man kaum noch zu denken wagt. A. D.

Augsburg, den 27. Juni. Am 17. Juni erließen fast sämmtliche Fabrikanten von Augsburg und Umgegend einen Ukas, in welchem es heißt: „An die Arbeiter! Die zwei schmachvollen Angriffe auf das Leben unseres erhabenen Kaisers müssen auch dem Gleichgültigsten die Augen geöffnet haben über die schließlichen Resultate der sozialdemokratischen Agitation ... Wir sind deshalb übereingekommen, fortan Niemanden zu beschäftigen, der sich an der sozialdemokratischen Agitation betheiligt und werden vom 15. Juli d. J. an jeden Arbeiter entlassen, welcher alsdann noch einem sozialdemokratischen Verein angehört, eine sozialdemokratische Zeitung verbreitet oder in anderer Weise die Zwecke der sozialdemokratischen Partei zu fördern sucht." Unterzeichnet haben sich 40 Firmen, die wir an anderer Stelle mittheilen. Die Fabrikanten sind also nicht zufrieden damit, daß sie den Arbeiter ausbeuten können bis aufs Blut, nein, auch über seine politische Gesinnung wollen sie noch gebieten; — aber — o eitles Beginnen — wissen die Herren denn nicht, daß gerade die verbotenen Früchte am besten schmecken? Bis dahin hatten wir die Oeffentlichkeit noch nie gescheut, wenn man uns aber durch Hunger von derselben vertreiben will, so werden wir um so eifriger im Geheimen für unsere gerechte Sache arbeiten, denn eine Idee kann weder durch Hunger, noch mit Gewalt unterdrückt werden. Die Genossen werden ersucht, den Zuzug nach Augsburg so viel wie möglich fern zu halten, denn ein Jeder, dem seine freie Ueberzeugung lieb ist, wird sich jetzt von Augsburg fern halten; besonders den österreichischen Genossen möchte ich Obiges an's Herz legen, denn die meisten Fabrikarbeiter kommen von dort, um hier ein kümmerliches Leben zu fristen. K.

Mering, 24. Juni. Unterzeichneter wohnt an der Landstraße zwischen München und Augsburg, wo täglich 30—35 Handwerksburschen hin- und herreisen, von welchen eine beträchtliche Zahl aus gewissen Gründen bei mir einkehrt. Ich habe in einem Zeitraum von 4 Wochen die Charaktere von 70—80 dieser wandernden Gesellen studirt. Unter denselben befanden sich 15 Sozialdemokraten, welche sich vor ihren nichtsozialistischen Brüdern durch Bildung und Intelligenz auszeichneten, ja sogar ihre Kleidung, die, wenn auch etwas abgetragen, weit reinlicher und geordneter war, wie bei den Uebrigen, unterschied sie von den nichtsozialistischen Handwerksburschen. Ueber die Hödel- und Nobilingsaffaire haben sich diese 15 Sozialdemokraten ausgesprochen, wie ich es nicht anders erwartete, nämlich daß dieselben den Einzel- wie den Massenmord verdammten, nur gegen die „göttliche Weltordnung" erhoben sie ihre Stimme und erklärten sich bereit, mit Gut und Blut auf gesetzlichem Wege für die wahren Menschenrechte einstehen zu wollen. Wie ganz anders war es bei den meisten Nichtsozialisten bestellt: der Eine wollte einen Gensdarm wider die Wand schmeißen, um einige Tage auszuruhen und Brod zu bekommen, der Andere will Ruhestörungen provoziren, Andere wieder wollen nehmen, wo Etwas ist, ja zwei, ein Sattler und ein Silberarbeiter, brüteten sogar auf Majestätsbeleidigungen. Zwei Tage darnach war in den Blättern zu lesen, daß ein Handwerksbursche auf der Tour von München nach Landshut Majestätsbeleidigungen ausgestoßen habe. Wieder einige Tage später ist in Tölz (Oberbayern) ein Handwerksbursche wegen Majestätsbeleidigung verhaftet worden. Ob die zwei Letzteren dieselben sind, welche ich gesprochen, kann ich nicht behaupten, doch glaube ich es. Wenn man diese Leute fragt: ja warum wollen Sie dieses thun? und sie auf die Folgen aufmerksam macht, so erhält man zur Antwort: Wir sind es müde, so lange herumzulaufen, Arbeit bekommen wir keine und im Arrest zerreißen wir keine Kleider und Schuhe, haben Essen und Trinken und sind des Nachts unter Dach. Wenn die Gegner das arbeitslose Volk ebenfalls studirten, so würden sie finden, wo die Rohheit herrscht, welche die Berliner „Nationalduslerin" und viele andere mordspatriotische Zeitungsschreiber den sozialistisch gesinnten Arbeitern andichten. Zum Schlusse einige Worte an die Parteigenossen. Möge doch jeder Vater strengstens darauf sehen, seinen Kindern die wahren Glaubensbekenntnisse zu lehren, und je nachdem der Verstand für politische Verhältnisse reif ist, denselben über die soziale Frage Aufklärung zu geben suchen und ihnen die gesellschaftlichen Schäden aufdecken.

Im Auftrage mehrerer hiesiger Genossen:
Carl Limpert, Cigarrenmacher.

Hannover, 4. Juli. (An die Parteigenossen des 8. hannov. Wahlkreises: Hannover, Linden und Umgegend.) Nachdem der Versuch, unsere Ansichten betreffs der Reichstagswahl in Volksversammlungen kund zu thun, durch Polizeimaßregeln gescheitert ist und wir nach dieser Richtung hin auch annehmen, daß dieser Zustand so bleibt (innerhalb 4 Wochen wurden uns 2 Volksversammlungen unmöglich gemacht), sehen wir uns veranlaßt, Euch hiermit von unserer Thätigkeit Aufschluß zu geben. Das unterzeichnete Comité proklamirt als Reichstags-Candidaten der Arbeiterpartei unsern alten Parteigenossen

F. W. Fritzsche in Berlin.

An Euch, Parteigenossen, wird es nunmehr liegen, den von uns vorgeschlagenen Candidaten als Reichstags-Abgeordneten für den 8. hannov. Wahlkreis aus der Wahlurne hervorgehen zu sehen. Unsere Thätigkeit, die wir hier entwickeln können, ist die Herausgabe des wöchentlich erscheinenden Wahlflugblattes, betitelt: „Der Staatsbürger". Mögen neben diesem uns nur übrig gebliebenen Agitationsmittel die Parteigenossen in ihren Kreisen das auszugleichen suchen, was wir durch die Oeffentlichkeit nicht erringen können. Dieser Ausnahmezustand wird Jedem die Augen öffnen. Also nochmals, Parteigenossen, thue Jeder seine Schuldigkeit, dann wird der Sieg nicht ausbleiben.

Aber auch in anderer Beziehung müssen wir an Euch herantreten und ersuchen Euch, uns finanziell unterstützen zu wollen. Es bedarf nicht vieler Worte, um Euch begreiflich zu machen, welche Mittel nöthig sind, die Agitation erfolgreich durchzusetzen. Die Agitation kostet viel Geld, sorgt also dafür, daß wir die Kosten derselben decken können. In Reichstagswahlangelegenheiten wolle man sich an H. Rudolph, Mittelstraße 11, wenden. Derselbe nimmt auch Geldbeiträge zur Reichstagswahl entgegen. — Es lebe die Sozialdemokratie!

Das Arbeiter-Wahl-Comité des 8. hannov. Wahlkreises.
J. A.: Louis Flügge, Schriftf.

Meersburg am Bodensee, den 16. Juni. Es dürfte vielleicht für manchen Leser des „Vorwärts" nicht ohne Interesse sein, auch einmal etwas aus unserer Seestadt Meersburg über unsere Parteibewegung zu erfahren und sind wir auch nicht in der Lage, über große Erfolge wie viele andere Orte zu berichten, so können wir doch mit Freuden konstatiren, daß auch hier der lebenskräftige Baum des Sozialismus Wurzel gefaßt hat und hoffen wir, daß derselbe gedeiht und gute Frucht tragen wird. — Wohl an keinem Orte Deutschlands dürfte von den Gegnern der Kampf gegen unsere Idee mit solcher Rohheit und Gemeinheit geführt werden, wie hier, was weiter unten noch näher soll beleuchtet werden. Bis letzten Winter war das Wesen des Sozialismus, außer einigen die Wahrheit wie gewöhnlich entstellenden Notizen in gegnerischen Blättern, kaum dem Namen nach bekannt. Da blieben, wie dies ja öfters zu geschehen pflegt, auf der Suche nach Brod auch hier einige Genossen hängen, von denen einer es sich besonders angelegen sein ließ, hier eine Parteimitgliedschaft zu gründen, was ihm auch gelang, und setzten sich jetzt die Genossen in Verbindung mit den in der Umgebung zerstreuten Genossen und veranlaßten dieselben in Meersburg eine Besprechung, um zu berathen, wie die Agitation hier am kräftigsten zu betreiben sei, zu welcher auch die Konstanzer Genossen bereitwilligst ihre Unterstützung zusagten. Bei diesem Anlaß wurde beschlossen, in nächster Zeit öffentliche Versammlungen hier in Ueberlingen und Uhldingen abzuhalten, in denen Genosse Belli aus Konstanz sprechen solle. Eine Folge dieser Berathung war, daß dem eifrigsten und rührigsten Genossen von seinem Brodherrn die Arbeit gekündigt wurde, was denselben jedoch nicht abhielt, auf Sonntag den 2. Juni eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie" einzuberufen, zu der Genosse Belli als Referent aufgestellt wurde. Herrn Belli wurde, noch bevor er in Konstanz das Dampfboot bestieg, von einem dort gerade anwesenden Meersburger Bürger bedeutet, er möge nur sein daheim bleiben, in Meersburg sei nichts zu machen, man habe schon dafür gesorgt, daß er nicht sprechen dürfe, überhaupt lasse man gar keine Versammlung stattfinden, dieses Zeug will man in Meersburg nicht hören. Genosse Belli kam jedoch guten Muthes hier an und fand die Versammlung unter dem Schutze von drei Gensdarmen, einem Polizisten und einem Bezirksrathe statt. Dieser ansehnlichen Schutzmannschaft durfte es wohl auch hauptsächlich zuzuschreiben sein, daß die anwesenden „Ordnungsmänner" sich ruhig verhielten. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Mehrzahl der Anwesenden; einige Schreier, die Ausrufe wie „Pfui" und „Lumpen" hören ließen, wurden vom Redner in trefflicher Weise abgefertigt. Nachdem Genosse Herrmann Grießer aus Reichenau sich Namens der Partei ganz entschieden dagegen verwahrte, daß wir Lumpen seien und nachdem noch Genosse Belli darauf hinwies, wo eigentlich die Lumpen zu finden sind, wurde die Versammlung geschlossen. Obwohl in der „Konstanzer Zeitung" vor der Versammlung der Wunsch ausgedrückt wurde, die Gegner möchten doch in der Bekämpfung unserer Lehren ebenso rührig sein, als wir in unserer Propaganda und uns gegenüber treten, so wurde doch von keinem Gegner, trotz mehrmaliger Aufforderung, das Wort verlangt. Statt dessen suchte man hinterher Genossen Belli auf alle mögliche Art und Weise zu verleumden und mit Schmutz zu bewerfen, ja man drohte sogar, ihn, wenn er wiederkomme, in den See werfen zu wollen. Auf diese Weise bekämpft man eine Partei im Prinzip. Statt in öffentlicher Versammlung dem Sozialismus gegenüber zu treten und ihn zu entkräften, was, wenn es den Gegnern gelingen würde, gewiß ein schöner Sieg für sie wäre — verleumdet, beschimpft und bedroht man die Männer, die es offen sagen, was wir wollen und die sich nicht scheuen, mit der Wahrheit an das Licht zu treten. Kaum hatte Belli mit dem Schiff Meersburg verlassen, so langte die Kunde von Nobilings zweitem Attentat auf den Kaiser hier an; jetzt ging natürlich der Sturm auch gleich los und konnte man alle nur denkbaren Verwünschungen gegen uns hören. Namentlich hatte der Einberufer der Versammlung unter der Verfolgungswuth zu leiden. Man sagte es offen heraus, der Kerl „muß hin werden". Der Chikanen müde und da es auch kein Genuß ist, Abends die ganze Woche nicht aus dem Hause zu dürfen, ohne Gefahr zu laufen, erschlagen zu werden, hat der betreffende Genosse den Staub von seinen Füßen geschüttelt und Meersburg verlassen. So also verfährt man mit Leuten, die nichts verbrochen haben, als daß sie eben eine eigene Meinung haben und auch den Muth, diese Meinung frei zu äußern; ja man ging sogar so weit, den schon erwähnten Genossen Nachts in einer Wirthschaft, nachdem die Gäste sich entfernt, mit Knütteln bewaffnet, zu überfallen; es gelang demselben jedoch zu entkommen. Euch aber, Genossen in Meersburg und Umgebung rufe ich noch zu, erlahmet nicht im Kampfe für unsere Menschenrechte, sorget dafür, daß die gesäete Saat aufgehe und gedeihe; und müßt Ihr auch manches leiden, so könnt Ihr doch stolz sein in dem Bewußtsein, für Wahrheit, Freiheit und Menschenliebe gekämpft zu haben.

Cottbus. Von den hiesigen Parteigenossen wurde beschlossen als Kandidaten für den Reichstag Herrn

Otto Kapell aus Hamburg

aufzustellen. Sollten nun in einzelne Orte nicht genügend gedruckte Stimmzettel hinkommen, so ersuche ich die Wähler, sich solche selbst zu schreiben; dabei muß wohl Acht gegeben werden, daß der Name richtig geschrieben wird — **Otto Kapell in Hamburg, Redakteur des „Pionier"** — sonst sind die Zettel ungültig.

Parteigenossen, welche in Spremberg die Agitation für die Wahl in die Hand nehmen wollen, bitte ich um Zusendung ihrer Adresse.

C. Teichert, Schuhmachermeister, Kl. Klosterstr. 200.

Rostock. Die hiesigen Mitglieder des allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes warnen die auswärtigen Kollegen vor Zuzug nach Rostock, weil hier wegen Arbeitszeitverlängerung zum 15. Juli d. J. ein Meisterstrike in Aussicht steht.

Das Comité.

Briefkasten

der Expedition. Wahlverein Hildesheim: Ihr Annoncenbetrag ist erschöpft. — Hnz London: Die Büste der Freiheit ist von einem hiesigen Parteigenossen, modellirt. — Spr in Minden: Die Versammlungsanzeige des Wahlvereins wurde im Januar ds. J. zu monatlich einmaliger Insertion bis auf Weiteres aufgegeben. Demgemäß wurde auch für Juli die Anzeige inserirt, da eine Abbestellung nicht erfolgt und von der Auflösung des Wahlvereins uns nichts bekannt war.

Ein Parteigenosse (Redakteur), der 1 Jahr Gefängnißhaft antritt, möchte dort neben geistiger Arbeit kunstgewerbliche Arbeiten machen und ersucht Genossen um gef. Angabe leichter auszuführender an die Expedition d. Bl.

— **Achtung!** Diejenigen Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen, welche O. Kapell als Candidat zum Reichstag aufstellen, haben den Stimmzetteln folgende Aufschrift zu geben: **Otto Kapell in Hamburg, Redakteur des „Pionier".** — Wir veröffentlichen dies in Bezug auf mehrere Anfragen.

Hermann Hübscher, gebürtig aus **Breslau**, ist im Jahre 1866 nach Amerika ausgewandert. Derselbe wird gebeten, seinen Bruder Reinh. Hübscher, Schuhmacher zu Delitzsch, seine Adresse angeben zu wollen.

Die amerikanischen Parteiorgane werden um Abdruck gebeten.

Leipzig. Central-Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeitergewerksgenossenschaft.

Sonnabend, den 13. Juli, Abends 8 Uhr, bei Herrmann, Roßstraße 4b: [70

Generalversammlung.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Geburts-Anzeige.

Durch die Geburt eines gesunden Jungen wurden erfreut [80
Halle, den 8. Juli. (F. 158) **H. Rödiger u. Frau.**

Bei der **Volksbuchhandlung Zürich** erscheint demnächst und ist von derselben, sowie durch alle Buchhandlungen, zu beziehen:

Zur orientalischen Frage
oder
Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden?

Ein Mahnwort an die deutsche Sozialdemokratie von H. L.

2,40] 5 Bogen. Preis 45 Pfg. (F. 41)

Zur Wahlagitation empfiehlt die Expedition des „Vorwärts":

Geiser, Bruno, Redakteur der „Neuen Welt": **Das Deutsche Reich und seine Gesetzgebung.** Materialien für die sozialistische Agitation. 7 Bogen 8°. — Preis 60 Pfg. (8a) [3,10

Inhalt: Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. — Die Verfassung des deutschen Reichs. — Gewerbeordnung für das deutsche Reich. — Gesetz über die Presse. — Reichsgesetz, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz (Haftpflicht). — Reichsgesetz, betr. die Abänderung des Titels VIII. der Gewerbeordnung. — Reichsgesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen. — Gesetz betr. die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes. — Bestimmungen des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich. — Zur Statistik des deutschen Reichs. 1) Stand und Bewegung der Bevölkerung; 2) Reichsfinanzen; 3) Reichsheer; 4) Verwendung der französischen Kriegskostenentschädigung; 5) Flächeninhalt und Bevölkerung der deutschen Einzelstaaten. — Staatsschulden der Culturstaaten in den letzten zwei Jahrhunderten.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Familienblatt.

Preis vierteljährlich Mk. 1,20, in Heften (3 Wochennummern enthaltend) à 30 Pfg.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und die Expedition der „Neuen Welt", Färberstraße 12/II. Leipzig entgegen.

Die

Wahlagitationsnummer

ist erschienen.

Dieselbe enthält:

1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
2. Zum bevorstehenden Wahlkampf.
3. Unsere Prinzipien.
4. Rückblicke auf den aufgelösten Reichstag.
5. Den Verläumdern.
6. Wahlgesetz und Wahlreglement ꝛc.

Preis für je 100 Expl. 1,50 M. ohne Porto. Versandt nur gegen baar oder Postvorschuß.

Da wir erwarten, daß die Parteigenossen allerorts von diesen Agitationsmittel in dem jetzigen Wahlkampfe den ausgiebigsten Gebrauch machen werden, ersuchen wir die Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit nicht unliebsame Verzögerungen eintreten.

Leipzig. **Die Expedition des „Vorwärts".**

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten für den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ritzsche, 345 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Hall, 606 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Serge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: G. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 82. Sonntag, 14. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Lichte und „feierliche Augenblicke".

Prinz Peter von Oldenburg, der sich gegenwärtig in Petersburg bei seinen kaiserlichen Verwandten befindet, gehört zu den eifrigsten Vertretern der Friedenspolitik und hat vor einiger Zeit an die Petersburger hohen Kreise ein autographirtes Memorandum erlassen, welches folgenden Wortlaut hat:

„Es giebt feierliche Augenblicke im Leben der Menschen, es giebt solche nicht minder im Leben der Nationen. Besonders feierlich ist der gegenwärtige Augenblick, wo die Chefs der Cabinette und die Delegirten der Großmächte in Berlin zusammengetreten sind, um einem furchtbaren Kriege ein Ende zu machen und Europa einen soliden Frieden zu sichern, für welchen dasselbe ein gebieterisches Bedürfniß empfindet. — Unter sehr schmerzlichen Umständen findet diese Vereinigung statt. Die ganze Welt, erschreckt durch die entsetzlichen Ereignisse, die sich in Berlin vollzogen haben, fragt sich: Wohin gelangen wir; sollen wir einer wilden Vereinigung zur Beute werden, die sich die Internationale nennt und welche durch die Solidarität des Verbrechens dahin zielt, die Grundlagen der Gesellschaft zu erschüttern, die Throne und die Regierungen zu stürzen und die Religion zu vernichten. Die Ideen des Sozialismus verbreiten sich in erschreckenden Verhältnissen; und die Geschichte liefert uns den Beweis, daß man die Ideen nicht durch Bajonette bekämpfen kann, daß das Schwert der Justiz wohl die Schuldigen treffen, aber nicht die Keime verbrecherischer Ideen ausrotten kann, daß, um diesen Zweck zu erreichen, es einer übereinstimmenden und gleichzeitigen Aktion aller Souveräne und Regierungen bedarf, welche durch Gottes Gnade an die Spitze der Nationen gestellt sind. Unglücklicherweise muß man gestehen, daß trotz der ganzen Verkehrtheit der Ideen des Sozialismus die Regierungen demselben Vorwände zur Unzufriedenheit durch das Uebermaß ihrer Forderungen liefern, unter denen die Blutsteuer diejenige ist, welche am schwersten auf den Bevölkerungen lastet. Reden wir nicht von allen Schrecken des Krieges, welcher den Frauen die Gatten, den Kindern die Väter, den Familien die Söhne raubt, der so viele kräftige Arme dem Ackerbau und der Industrie entzieht, und welcher in kurzer Zeit die schönsten Regimenter, die aus der Blüthe der Bevölkerung bestehen, in Haufen von Leichen und Verstümmelten umwandelt. Ist das Christenthum? Ist das Civilisation? Ist das das 19. Jahrhundert? Man ruft Wohlthätigkeitsanstalten und philantropische Einrichtungen in's Leben, man gründet selbst Thierschutzvereine und man verurtheilt Menschen zur Schlachtbank! Es genügt also nicht, einen Frieden zu schließen, so ehrenvoll derselbe immer sein mag, wenn man den bewaffneten Frieden fortführt, welcher die Geißel aller Regierungen ist, weil er sie der Mittel beraubt, um dem Volke zu Hülfe zu kommen und die in der inneren Verwaltung unerläßlichen Verbesserungen eintreten zu lassen. Jede Regierung muß über eine respektable bewaffnete Macht disponiren, die ihren politischen und geographischen Positionen wie den Ueberlieferungen ihrer Geschichte entspricht; dieselbe abzuschaffen wäre eine verbrecherische und sinnlose Idee, aber das gegenwärtige System der Massenaushebung, welches von Robespierre erfunden ist, muß geändert werden. Die Wünsche und Gebete aller guten Menschen begleiten die großen Staatsmänner, welche sich in Berlin versammeln. Möchten ihre Bemühungen gelingen, um den Frieden, die Wohlfahrt Europa's zu sichern, indem sie die Menschheit von der Geißel des Krieges befreien, dadurch werden sie sich in der Geschichte unsterblich machen und die Nachwelt wird sie segnen."

So das Memorandum des Prinzen.

Es ist klar, daß der hochgeborne Prinz die Bestrebungen der „wilden Vereinigung", welche Throne und Regierungen stürzen und die Religion vernichten will, gar nicht kennt, daß er nur die landläufigen Redensarten, wie sie über die Sozialdemokratie durch die feile, bezahlte Presse in die Welt gesetzt worden sind, ausspricht — und deshalb sei ihm verziehen; aber auch deshalb, weil er nicht nur einen „feierlichen", sondern auch einen lichten „Augenblick" gehabt hat, in welchem er eine Forderung, ja eine Hauptforderung der Sozialdemokratie, nämlich daß die Kriege aufhören sollen, in einer Weise unterstützt, die eindringlich auf das Volk wirkt und anklagend gegen alle europäischen Regierungen auftritt.

Der Prinz ruft dabei die Religion, er ruft die Civilisation an gegen die „Blutsteuer", gegen die „Schlachtbank", auf der „Haufen von Leichen und Verstümmelten" geopfert werden.

Da ist nun allerdings der „feierliche Augenblick" geblieben, der lichte aber verschwunden, der dem Prinzen sonst eingegeben hätte, daß die Religionen es gerade gewesen sind, welche von jeher die Kriege entfacht und begünstigt haben, daß die Religionen es sind, welche die Civilisation zurückhalten.

Ein feierlicher Augenblick war es wiederum, aber wahrlich kein lichter, als der Prinz schrieb, daß jede Regierung über eine respektable, bewaffnete Macht disponiren müsse. Weiß denn der Herr gar nicht, daß der Krieg vielfach der Ausfluß der stehenden Heere, der Militärmacht ist? Wenn der Kaiser von Rußland, sein Verwandter, ein stehendes Heer nicht gehabt hätte, so würde er den fluchwürdigen Krieg gegen die Türkei im Namen des „Christenthums und der Civilisation" nicht haben anfangen können, dann würde er „die Blüthe der russischen Bevölkerung nicht auf die Schlachtbank" geliefert haben.

Ein feierlicher Augenblick mag es gewesen sein, aber kein lichter, als der Prinz auf den Berliner Congreß hinblickte und von ihm verlangte, Europa von der Geißel des Krieges zu befreien. Die Staatsmänner habgieriger Staaten, die lediglich auf Länderraub ausgehen, sind dort versammelt, um sich gegenseitig bei der Beutetheilung zu übervortheilen. Weiß der Prinz nicht, daß solcher Kriegsraub zu neuen Kriegen, die er so glühend verdammt, führen muß?

Und feierlich mag der Augenblick gewesen sein, als der Prinz seinen Fluch schleuderte gegen die „wilde Vereinigung", gegen die Sozialdemokratie, aber lichtvoll war er nicht. Weiß der Prinz nicht, daß die Verfolgungen der Sozialdemokratie vollständig dem Christenthum, auf welches er sich stützt und das die Menschenliebe als höchstes Gebot hinstellt, widersprechen, daß der Haß etwas Unchristliches ist? Weiß der Prinz nicht, daß die Verfolgung ganzer Bevölkerungsklassen der „Civilisation" schnurstracks zuwiderläuft und endlich zum Bürgerkriege, zur „Schlachtbank" führt?

„Es giebt feierliche Augenblicke im Leben der Menschen, es giebt solche nicht minder im Leben der Nationen" — — — o, daß es mehr lichte Augenblicke gäbe, damit die Wege der Reaktion und des fanatischen Glaubenshasses beleuchtet würden, so daß sich jeder aufgeklärte, ehrliche Mensch von denselben mit Schauder abwenden müßte.

Elsässische Zustände.

II.

Das Elborado der Bureaukratie.

Straßburg, im Juni 1878.

„Die Regierenden im Reichsland sind treffliche Leute; sie haben es verstanden, die in der kerndeutschen Bevölkerung nie erstorbenen Sympathien für das deutsche Mutterland wieder zu kräftigem Leben zu erwecken; sie haben durch ihre kluge Politik eine versöhnliche Stimmung selbst in jene Kreise hineingetragen, welche anfänglich dem Deutschthum feindlich und schroff gegenüberstanden; sie haben bei den Kaiserfesten und ähnlichen Veranlassungen gezeigt, mit welch' schönem Erfolg ihr Werk gekrönt ward" — solches und Aehnliches lasen wir oft und lesen wir noch täglich in gewissen „wohlinformirten" Organen der deutschen Tagespresse. Wenn hie und da ein Mißton in diesem Optimistenconcert laut wird — wie z. B. in einer der letzten Nummern der ehrenwerthen „Biedermännischen deutschen Allgemeinen" — wenn daselbst behauptet wird, das elsässische Volk sei für das Gute, das ihm von Oberpräsidiums Gnaden in so reichem Maße zu Theil werde, so gar unempfänglich und undankbar; wenn geschrieben steht, man müsse statt der bisherigen Milde Strenge walten lassen, so wissen die zahlreichen offiziösen Blumen in dem Garten deutscher Journalistik, daß das ja Alles nicht zutreffend, daß — kurz, daß das elsässische Volk glücklich und zufrieden lebe wie nie zuvor.

Leider entsprechen diese phantasievollen Schilderungen der wirklichen Wirklichkeit so wenig, daß wir, die wir keinen Grund haben, mit unserer Ueberzeugung hinter dem Berge zu halten, uns erkühnen, eine völlig andere Ansicht von den „Regierungswohlthaten" zu äußern und zu vertreten. Das Ergebniß unserer Untersuchung lautet: Nirgends herrscht in der Gegenwart — das gesegnete Land unseres „Erbfreundes" vielleicht ausgenommen — eine ausgeprägtere Beamtenwirthschaft, ein widerlicheres Coterie- und Intriguenwesen, ein schamloserer Nepotismus als im deutschen Reichsland."

In der heutigen Verwaltung tritt uns ein ungeheurer Verwaltungsapparat entgegen, wie ihn das französische Elsaß niemals kannte. Statt des französischen Präfekten und seiner wenigen Räthe und Unterpräfekten ist ein preußischer Oberpräsident mit einer Legion von Bezirkspräsidenten, Kreisdirektoren, Oberregierungsräthen, Regierungsräthen, Regierungskassesioren, Sekretären und anderen Schreibern eingezogen. Die natürliche Folge ist, daß, während die französische Verwaltung, unter der doch unser Land eine der schönsten und blühendsten Provinzen Frankreichs wurde, dies für 77,915 Francs 70 Centimes zu Stande brachte, wir jetzt für die Kleinigkeit von 425,900 Mark regiert werden, ein Beleg, daß der deutsche Grundsatz „billig und schlecht" nicht überall zutrifft. Wer sich für Einzelnheiten interessirt, nehme die in ihrer Art treffliche Broschüre „Elsaß-Lothringen — Seine Gegenwart" zur Hand; der Verfasser derselben ist ein ehemaliger Redakteur der offiziellen „Straßburger Zeitung", kennt also den „Rummel" aus eigener Anschauung. — Die Verwaltung der einzelnen Kreise erfordert das Fünffache der Unterhaltungskosten der früheren Unterpräfekturen; dasselbe Verhältniß besteht zwischen den früheren Präfekturen und den heutigen Bezirkspräsidien. Daß es in der Art nicht weiter gehen kann, ist klar, denn diese Last droht die materiellen Kräfte des Landes zu erschöpfen. Doch wir werden ja jedenfalls durch ein zuvorkommendes Verhalten entschädigt werden? Es ist eine traurige Thatsache, daß die große Mehrzahl dieser „Regierenden" die Diktatur des Herrn Oberpräsidenten von Möller noch viel zu „milde" findet; diese Herren würden es viel lieber sehen, wenn von Berlin aus die „Zügel noch straffer" angezogen würden. — Daher die negative Beliebtheit speziell der preußischen Beamten hier zu Lande, die durch folgende nette Anekdote reizend illustrirt wird: Anläßlich der Vorbereitungen zum Kaiserempfang in Weißenburg ließ der dortige Kreisdirektor v. St., ein als geborener Pfälzer bei der Bevölkerung beliebterer Beamter, die Bürgermeister des Kreises vor sich kommen und stellte ihnen vor, daß, wenn die Sache nicht gut in's Blei komme, an seine Stelle ein „Preuß" treten würde, um die widerhaarigen Bauern zu größerer Reichsfreundlichkeit zu drillen. Die Wirkung dieser Worte war zauberhaft: Einstimmig erklarten die bisher Renitenten, in diesem Falle ihr Möglichstes thun zu wollen — und der Kaiser wurde pompös empfangen. — Da wir nun doch einmal auf diesen Gegenstand abgeschweift sind, können wir es uns nicht versagen, noch einige Worte, die die Wahrheitsliebe unserer Offiziösen ins rechte Licht zu setzen vermögen, beizufügen. Was wurde nicht Alles in die Welt telegraphirt von dem „Sturm der Begeisterung", der die elsässischen Gauen durchbrauste. Es ist wahr, namentlich in Straßburg war die Sache recht gut inscenirt und machte sowohl Regisseuren wie Schauspielern alle Ehre. Ein Blick hinter die Coulissen zeigt jedoch, wie auf dem Theater, viel des Interessanten. Die Schilderungen in der oben genannten Broschüre sind gerade über diesen Punkt so vorzüglich und nach unserer eigenen Wahrnehmung so wahrheitsgetreu, daß wir es uns nicht versagen können, einige Stellen daraus anzuführen:

„In der That steht das, was insbesondere die einheimische Bevölkerung zu jenen Festlichkeiten beigetragen, in gar keinem Verhältniß dazu, was „von Amtswegen" für die Sicherung des Erfolges gethan wurde. Am ganzen Gutenbergplatz waren beispielsweise sieben Fahnen ausgesteckt. — Man konnte ganze Straßen durchgehen (z. B. Niklausstaden) ohne einer Fahne zu begegnen. Wo viele Beamte und Offiziere ihre Quartiere hatten, z. B. in der Steinstraße, waren die geschmückten Häuser häufig, während man da, wo die Alt-Elsässer wohnten (Blauwolken-, Meisengasse 2c.), geschlossenen Fensterladen begegnete.

„Bei ruhigerer Betrachtung konnte man ferner finden, daß die ganze Feierlichkeit auch darin mit einer Theatervorstellung große Aehnlichkeit hatte, daß dieselben Persönlichkeiten bei jeder Gelegenheit Statisten gleich aufmarschirten.

„Sehr erheblich waren die Geldmittel, welche aus der Landeskasse auf die Festlichkeiten verwandt wurden. Dieselben betrugen bei dem Weißenburger Empfang 8000 Mark. Noch höher beliefen sich diese Summen in Straßburg. Für den Metzer Empfang waren schon Monate vorher durch die Oberförster die Bäume gefällt worden, welche als Mastbäume benutzt werden sollten. In den Zuchthäusern waren 40 Kilometer Guirlanden angefertigt worden und aus der gesammten Rheinprovinz lieh man die Fahnen zur Schmückung der Stadt zusammen. Die auf Kosten der Eisenbahnverwaltung veranstaltete Decoration des Bahnhofs wurde gleich einer anderen Theaterdecoration nach der Abreise des Kaisers, während dieser in Hagenau weilte, abgenommen, nach Metz gefahren und dort mit „affenartiger Geschwindigkeit" wieder aufgestellt. Die von der Regierung eingesetzte Gemeindeverwaltung von Straßburg verausgabte für die Festlichkeiten zu Ehren des Kaisers in Straßburg, ad majorem Mölleri gloriam, eine Summe von über 60,000 Mark. Diese auffällig hohe Summe soll, wie wir hören, aus einleuchtenden Gründen auf die einzelnen Unterabtheilungen des städtischen Budgets vertheilt werden. Die Ausgaben für die Beleuchtung des Münsters, 600 Mark, sowie diejenigen für die Beleuchtung der öffentlichen Gebäude werden z. B. auf die Kosten der Straßenbeleuchtung übernommen, die Ausgaben für venetianische Masten 2c., 15,000 Mark, auf die Ausgaben für öffentliche Bauten; die Ausgaben für den Sand, der gefahren wurde, um da, wo der Kaiser durchfuhr, die Straßen zu bestreuen, 500 Mark, werden bei den Kosten des Straßenpflasters berechnet. — Sand in die Augen, der äußere Schein ist der oberste Grundsatz bei Allem, was im Reichslande geschieht!" — —

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Prozeß Lehmann-Hödel ist am Mittwoch vor dem Staatsgerichtshof zu Berlin verhandelt worden und hat mit der Verurtheilung des Angeklagten zum Tode geendigt. Wir theilen heute die Anklageschrift (im Feuilleton) mit; in der nächsten Nummer werden wir einen kurzen Bericht der Gerichtsverhandlungen veröffentlichen. Was zunächst die Anklageschrift betrifft, so suchten wir darin vergeblich die „Enthüllungen", welche von gewisser Seite in Aussicht gestellt waren. Der Stoff war doch etwas zu widerspenstig; beim besten Willen ließ er sich nicht tendenziös verwerthen. Am guten Willen hat's freilich nicht gefehlt. So wird u. A. zum Beweis der revolutionären Gesinnung des Attentäters ein — im Gefängniß (!) von ihm geschriebener Brief citirt; und ferner wird unter denjenigen Personen, mit denen Lehmann verkehrt, Liebknecht genannt*), der ihn blos einmal gesprochen und obendrein ohne ihn zu kennen; während auf der anderen Seite die Herren Sparig und Hüttner nicht erwähnt werden. Wie dem nun sein mag, es ließ sich aus dem Attentäter und seinem Attentat nichts machen, und trotz aller Bemühungen in entgegengesetzter Richtung, hat die Prozeßverhandlung zur Evidenz ergeben, daß Lehmann ein Halbidiot ist, der nur von anderen Halbidioten oder von Schurken mit unserer Partei oder irgend einer anderen politischen Partei zusammengekoppelt werden kann. Keine Spur jener Energie, die zu einem politischen Verbrechen gehört, keine Spur von Fanatismus. Ein unglücklicher, verkommener Mensch, der am Fuße des Schaffots die „schnoddrigsten" Bemerkungen macht und die ganze Gerichtsverhandlung offenbar als einen Spaß auffaßt, wie das ganze Attentat. „Verstockt", „gleichgiltig", „frech" nennen ihn die Berichterstatter, „er lacht cynisch" — das cynische Lachen ist das jedem Arzt bekannte blöde Lachen des

*) „Seit November nahm er (Lehmann) an dem Unterricht des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Liebknecht theil." An anderer Stelle findet der Leser, was der Reichstagsabgeordnete Liebknecht zu dieser zweifelhaft situirten, aber unzweifelhaft sehr tendenziösen Insinuation zu sagen hat. R. d. V.

Halbidioten, der so „verstockt", „gleichgiltig", „frech" ist, nicht genug Hirn zu haben, um normal denken und handeln zu können.

Erwähnt sei noch der sehr auffallenden Thatsache, daß bei der Verhandlung zwei Stadtvoigtei-Aufseher (Gefängnißschließer), welche als Zeugen figuriren, ungenirt bekunden, „sie hätten dem Hödel (Lehmann) gesagt, die Sozialdemokraten haben sich einen richtig Dummen ausgesucht. Darauf habe Hödel gesagt: Na, wenn ich 'raus komme, dann werde ich's besser machen." Die beiden Aufseher haben also die Rolle von Gefängnißspionen gespielt und sich dabei Beschimpfungen unserer Partei erlaubt, die eine Rüge Seitens des Gerichtshofs wohl verdient hätten.

Wahrhaft skandalös benahm sich der Vertheidiger Justizrath Wilke, der, statt seiner Pflicht als Vertheidiger nachzukommen, sich als Ankläger gegen die Sozialdemokratie aufspielte, und Lehmann für „ein Opfer der sozialdemokratischen Lehre" ausgab. Mit diesem edlen Herrn werden wir noch ein Wörtchen zu reden haben. Es ist bedauerlich, daß der Gerichtshof auf die Bedingung Freytag's, den Termin zu verschieben, nicht eingegangen ist: einem guten, gewissenhaften Vertheidiger bot sich das reichste und dankbarste Material. So viel steht fest, bei tüchtiger Vertheidigung wäre der Beweis überzeugend zu liefern gewesen, daß der „Attentäter Seiner Majestät des deutschen Kaisers", wie er sich in kindischer Eitelkeit selbst betitelt, nicht zurechnungsfähig ist und in ein Irrenhaus gehört. Das Todesurtheil, welches von den Richtern in Abwesenheit jeder Vertheidigung gefällt werden mußte, wäre dann ihnen und dem Volke erspart worden. Die Vollstreckung des Todesurtheils halten wir einfach für unmöglich.

Zum Schluß lassen wir die Betrachtungen der „Magdeburger Zeitung" über den Prozeß folgen. Das nationalliberale Organ schreibt unterm 10. d. Mts.:

„Es war früh genug bekannt geworden, daß Hödel zu den verlumpten Menschen gehört, und daß deshalb sein furchtbares Verbrechen als eine singuläre That anzusehen sei, für die das deutsche Volk nicht verantwortlich gemacht werden konnte, wurde bald die Ueberzeugung aller ruhig und unbefangen Denkenden. Allein die heutige Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof, die mit der Beurtheilung des Angeklagten zum Tode endete, hat erkennen lassen, daß das bisherige Urtheil über den Verbrecher noch viel zu mild lautete. Die Annalen deutscher Gerichtshöfe kennen keinen Fall, der an den Hödel'schen heranreicht, denn es stand vor Gericht noch niemals ein Hochverräther, der so viel gemeines Empfinden und so viel Rohheit des Denkens zu erkennen gegeben hätte, wie dieser Hödel. Die Gemeinheit griff so weit, daß sie keinerlei psychologisches Interesse zu erwecken vermochte. Auf der Anklagebank saß heute ein Mensch, der sich als die verkörperte Bestialität darstellte. Und diese Bestialität affektirte obenein Blasirtheit. Für den öffentlichen Ankläger und und für die Richter wurde hierdurch eine juridisch vortheilhafte Situation geschaffen, denn sie wußten sogleich, woran sie mit dem Angeklagten waren, der nur cynisches Leugnen und Hohn und Spott gegen Alle nnd gegen Alles aus seiner entmenschlichten Seele produzirte. Als einen Bösewicht gab sich der Angeklagte zu erkennen, der an seiner Frevelthat in dem Maße mehr Gefallen findet, je mehr sie in ihrer ganzen Scheußlichkeit von Richtern und Zeugen entlarvt wird. Man sah diesem Hödel an, daß er nachträglich unendliche Lust empfand über Alles von ihm Geschehene; nur über Eins empfand er Reue: er hatte sein Ziel verfehlt. Wie gemein war Angesichts dieser teuflischen Empfindung der feige Versuch, die Absicht des Mordes zu leugnen! Aber das Leugnen trat nur bei Beginn der Beweisaufnahme auf: Jedes spätere Stadium des Prozesses steigerte die Freude an dem Geschehenen, und völlig aufrichtig war des Angeklagten Schlußbemerkung, „zu seiner Vertheidigung hätte er nichts zu sagen und um Gnade bäte er auch nicht." — Lachend betrat er den Gerichtssaal, und höhnisch lächelnd verließ er ihn. — Zur Ehre der Menschheit dürfen wir sagen: Dieser Verbrecher ist eine ganz singuläre Erscheinung, und weil er außerhalb des Ideenkreises aller übrigen Menschen steht, so bleiben die übrigen Menschen alle von der Schande unberührt, die an seiner That haftet."

Wir sind begierig, ob man hinfüro noch die Stirn haben wird, die Sozialdemokratie für Hödel-Lehmann verantwortlich zu machen!

— Die Wahlen nah'n. Man merkt es an den gewaltsamen Versuchen der Reaktionspresse, die Wählerschaft in „Aufregung" zu bringen. Da die Sozialdemokraten bis Dato das „Schießen" vereitelt haben, und da aus dem Lehmannprozeß kein politisches Kapital zu schlagen war, derselbe im Gegentheil abkühlend und ernüchternd auf das Publikum wirken muß, so ist man genöthigt, sich anderweitig zu helfen. Zunächst hat der arme Nobiling wieder herhalten müssen, der, weil eine Besserung in seinem Zustande constatirt wurde, plötzlich von Neuem Verhöre zu bestehen und das todte Complottmärchen ins Leben zu galvanisiren hatte. Natürlich von A bis Z Alles gelogen. Dann griffen „gewisse Leute" in die „Schublade" des Fürsten Bismarck und zogen daraus „Drohbriefe" aus den Jahren — 1866 und 70 hervor, die indeß leider einen mehr erheiternden als aufregenden Eindruck machten und selbst von den nationalliberalen Blättern ins Feuilleton verwiesen wurden. Wunderliche Briefe sinds — die Schreiber waren zum Theil Propheten und schrieben schon im Juni 1866 an den „Grafen" Bismarck, der bekanntlich erst weit spätern Datums ist. Nun, wir könnten mit einer weit interessanteren Sammlung von derartigen Geistesprodukten aufwarten. — Wir sind begierig, welche neue Reizmittel man dem Publikum noch vor den Wahlen bieten wird. Jedenfalls heißt's: aufgepaßt!

— Die Maßregeln und Vorschläge zur Unterdrückung der Sozialdemokratie häufen sich bergehoch und die Gegner werden zuletzt selbst nicht mehr aus, noch ein wissen; zumal ganz besonders in Betracht kommt, daß gerade die sozialistischen Arbeiter, d. h. die wirklichen Arbeiter, die besten sind. Interessant ist jedoch so Manches, und da wir nicht von Allem Notiz nehmen können, so wollen wir hier einige Fälle zur Kenntniß unserer Leser bringen, die diesen Kampf illustriren. Es sind nämlich nicht allein die Fabrikanten, die auf solche Weise vorgehen, nein, auch die Behörden. Es wird nämlich aus Königsberg i. Pr. gemeldet: „Bei Vergebung der öffentlichen Arbeiten im Submissionswege sehen die Behörden jetzt auch darauf, daß die Unternehmer nicht der sozialdemokratischen Richtung angehören, ja es wird sogar von solchen verlangt, daß sie keine Arbeiter beschäftigen, welche dieser Richtung angehören. In den Submissionsbedingungen über den Aufbau der chirurgischen Klinik in der Langen Reihe findet man das ausdrücklich ausgesprochen." — Merkwürdig! Als ob die sozialdemokratischen Arbeiter an den Nasen zu erkennen wären! Wir haben hunderten von Versammlungen beigewohnt und nur Eines herausgefunden — daß gerade die intelligentesten Arbeiter sich dort eingefunden hatten. Wo aber die Behörden zu solchen Bedingungen das Recht hernehmen, das begreife, wer kann. Als Grundsatz jedes vernünftigen Beamten hat es zu allen Zeiten gegolten, unparteiisch zu sein — freilich heute im neunzehnten Jahrhundert — — —! — Jedoch auch Zeichen von wiederkehrender Vernunft begegnet man hier und da. So meldet z. B. die „Vossische Zeitung" aus Berlin von einer Versammlung Berliner Arbeitgeber, die auch beriethen, wie die Sozialdemokraten am besten zu vertilgen wären, und schließlich auf Vorschlag des Herrn Dr. Siemens beschlossen, hauptsächlich die Agitatoren zu verfolgen und aus den Werkstätten zu entfernen, von Unterschreibung eines Reverses jedoch abzusehen, weil dadurch die Heuchelei und Denunziation nur gefördert werden. Man muß den Herren schon überlassen, ihre Wuth an den Agitatoren auszuüben, sie werden sich gar bald überzeugen, daß jeder Fetzen eines sozialistischen Blattes einen Agitator bedeutet, und — die Käse- und Wurstpapiere zu vertilgen, dazu gehört mehr, als einfache Beschlüsse! — Auch die Direktion der Bergisch-Märkischen Eisenbahn in Elberfeld glaubt, indem sie ihre Arbeiter vor der Theilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und Vereinen, Geldsammlungen, Lesen und Mithalten sozialistischer Blätter warnt, im Interesse ihrer Arbeiter gehandelt zu haben und hofft das Beste von diesem Erlaß. Ob die Arbeiter diesen Glauben theilen, werden wir bald sehen; das Wupperthal wird hoffentlich seinen Ruf auch diesmal bewähren.

— Zur Affaire Bucher schreibt unser alter bewährter Genosse Joh. Philipp Becker in Genf:

„In Sachen des in letzter Zeit allgemeiner bekannt gewordenen preußischen Legationsraths Lothar Bucher kann ich als ehemaliger sechsjähriger Vorsteher des Centralcomité's der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation und auch als Redakteur von deren Organ „Der Vorbote" kurz folgende nähere Auskunft ertheilen:

Herr Bucher wurde um so eher ohne Anstand als Gesinnungsgenosse und um so sicherer als Assoziationsmitglied betrachtet:

1) als er uns hier schon 1864 von Lassalle als Sozialist geschildert wurde;
2) als er in dem in meiner Gegenwart geöffneten Testamente Lassalle's vom gleichen Jahre als Testamentsvollstrecker und Erbe verzeichnet war;
3) als er, wie mir längst bekannt war, sich während seiner Flüchtlingsschaft in London der Gastfreundschaft des Genossen L. S. Borkheim erfreute und durch diesen auch in einige Beziehungen mit Carl Marx gebracht worden war, und
4) als er nicht nur statutengemäße, sondern sogar noch höhere Beiträge an die Assoziation entrichtete und seinen Geldsendungen sympathische (dem Archiv des Centralcomités einverleibte) Zeilen beifügte."

— Ueber den Fall des Bankhauses Haase u. Sohn in Chemnitz berichteten wir bereits in letzter Nummer. Ueber die eigentlichen Ursachen dieses Ereignisses läßt sich noch nichts Bestimmtes berichten, nur das steht fest, das viele Tausende um ihre Ersparnisse, um ihre Nothpfennige gebracht worden sind. Ganze Schaaren von Landleuten meldeten sich bei dem Sachwalter der Firma Haase u. Sohn, Herrn Advokat Ullrich, und es mag dort manchen unangenehmen Auftritt gegeben haben. Auf dem Chemnitzer Marktplatz sammelten sich große Menschenmassen an und die Polizei hatte vollauf zu thun, den Platz zu leeren. Auch das Militär war in den Casernen consignirt, wahrscheinlich hat man für die öffentliche Ruhe gefürchtet. — Dieser Fall beweist wiederum so recht eklatant die Unhaltbarkeit der heutigen wirthschaftlichen Zustände und der Ruf nach Aenderung derselben muß immer lauter ertönen. Freilich die Träger und Schöpfer dieser herrlichen Zustände lassen sich nimmermehr belehren, sie rennen blindlings in ihr Verderben, sie suchen ihre Rettung nur noch in der Verfolgung aller Andersdenkenden, sie hoffen nur noch auf die Polizei. Wie letztere diese Hoffnung erfüllt, sehen wir täglich, das wird uns auch der nächste Reichstag lehren. Die Chemnitzer Arbeiter, Bürger und Landleute werden aber zuvor solche Lehren beachten und am 30. Juli ihre Meinung dokumentiren.

— Die vereinigten „Ordnungs"parteien treten überall mit ihren Programmen hervor. Dieselben tragen insgesammt den Stempel äußerster Reaktion und gipfeln im Wesentlichen darin, den Wünschen der Reichsregierung in allen Punkten gerecht zu werden. Die indirekten Steuern erhöhen und neue einführen, Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten, Geldbewilligung für den Militäretat — das sind die Herrlichkeiten, die man uns zugedacht hat. Wir erwarten von der heutigen Gesellschaft nichts Besseres und sind darum nicht im Mindesten überrascht; mögen sie an der „Ordnung" ruhig fortarbeiten;

Anklageschrift im Prozeß Hödel.

Die Anklageschrift lautet: Berlin, 18. Juni 1878. Anklage des Oberstaatsanwalts am königlichen Kammergericht wider den Klempnergesellen Emil Heinrich Max Hödel, genannt Lehmann auch Traber, am 27. Mai 1857 zu Leipzig geboren, evangelisch. Seitens der Ersatzcommission für dauernd untauglich erklärt, im Jahre 1870 durch Bescheid des königl. Polizeiamts zu Leipzig wegen Taschendiebstahls mit zehn Streichen bestraft, gegenwärtig hier in Untersuchungshaft wegen Hochverraths.

Seine Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen, in Begleitung Seiner Tochter der Frau Großherzogin Louise von Baden, fuhren am 11. Mai 1878, Nachmittags zwischen 3—4 Uhr in einer offenen Kalesche von einer Spazierfahrt aus dem Thiergarten nach Berlin zurück, wie gewöhnlich durch das Brandenburger Thor, die Südseite der Straße „Unter den Linden" entlang. Der kaiserliche Wagen hatte ungefähr das Hotel der russischen Botschaft erreicht, als der Angeklagte plötzlich hinter einem Privatfuhrwerk hervortrat, welches dort auf dem Straßendamm dicht an der Bordschwelle des Trottoirs nach dem Thore zu gerichtet stand, und, den rechten Arm weit ausstreckend, nach der Person Seiner Majestät in seiner Entfernung von 3—4 Schritt einen Schuß aus einem Revolver abfeuerte. Der Schuß ging fehl. Der Leibkutscher Seiner Majestät sah den Angeklagten den Arm ausstrecken und den Revolver abfeuern und hielt die Pferde an. Bevor der kaiserliche Wagen zum Stehen gebracht war, eilte der Angeklagte hinter demselben über den Fahrdamm der mittleren Promenade zu und feuerte, ehe er den zweiten Fahrdamm erreichte, sich umwendend, einen zweiten Schuß ab, den Revolver auf den Wagen Seiner Majestät gerichtet. Auch dieser Schuß fehlte. Der Angeklagte lief dann weiter nach dem Promenadenwege zu, kroch unter der Eisenstange des Geländers, welches den zweiten Fahrdamm von der Promenade trennt, hindurch und rannte, von vielen Hinzugekommenen verfolgt, dem Brandenburger Thore zu. Auf dem Promenadenwege schoß er auf seine Verfolger noch zwei Schüsse ab, welche gleichfalls fehlten. Nach dem letzten Schuß warf er den Revolver weg und wurde verhaftet. Der Angeklagte räumt zwar ein, aus dem Revolver am Orte der That scharf geschossen zu haben, er bestreitet dagegen, auf Seine Majestät den Kaiser den Revolver abgefeuert zu haben. — Der Angeklagte will vielmehr, durch Arbeitslosigkeit in Noth gerathen, überdies syphilitisch krank, zu dem Entschluß gekommen sein, sich das Leben zu nehmen und in Ausführung dieses Entschlusses auf sich selbst geschossen haben. Die Straße „Unter den Linden" habe er gewählt, um unter den Augen der feinen Welt mit Eclat aus der Welt zu gehen. — Der Angeklagte erscheint indeß überführt, bei dem Abfeuern des ersten Schusses den Entschluß gehabt zu haben, Seine Majestät zu tödten und diese That mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Augenzeugen haben beobachtet, wie der Angeklagte kurz vor dem Herannahen des kaiserlichen Wagens an dem linken Hinterrade des vorerwähnten Fuhrwerks stand, dann nach und nach auf den Fahrdamm trat zwischen die beiden Hinterräder dieses ihn thorwärts vollständig versteckenden Fuhrwerkes und sich nach dem Thore zu wendete, so, als ob er auf etwas laure. Wie er ferner, als der kaiserliche Wagen herannahte und noch etwa sechs Fuß von ihm entfernt war, mit der rechten Hand eine Bewegung nach seiner linken Seite machte, als wenn er von dort irgend etwas hervorlangen wollte, alsdann in dem Augenblick, als der Wagen mit ihm in gleiche Höhe kam, den rechten Arm weit ausstreckte, einen Schritt auf den kaiserlichen Wagen zu that und in einer Entfernung von wenigen Fuß von dem Wagen einen Revolver, auf die Person Seiner Majestät gerichtet, abschoß. — Die Kugel muß unmittelbar an dem Haupte Seiner Majestät vorbeigegangen sein, indem dicht hinter demselben der Dampf aufstieg. Der von dem Angeklagten geführte Revolver ist ein sechsläufiger gezogener Lefaucheux, 7 mm., Lütticher Fabrikat und geeignet, einen Menschen damit zu tödten. Nach einer mit dem Revolver vorgenommenen Schießprobe hat die aus demselben abgefeuerte Kugel noch auf 15 Schritte Entfernung ein zwei und ein halb Centimeter starkes Brett glatt durchschlagen. In dem von dem Angeklagten weggeworfenen Revolver waren vier Patronenhülsen leer, zwei noch mit scharfen Patronen geladen. Am 16., 29. und 30. Mai sind in der Nähe des Ortes der That drei abgeschossene Revolverkugeln aufgefunden worden, welche zu dem Revolver des Angeklagten passen.

Auch verschiedene Aeußerungen des Angeklagten kurz vor und nach der That ergeben seine Absicht, Seine Majestät den Kaiser zu tödten. Am 27. April erkundigte er sich bei dem Buchdruckergehilfen Petsch, welchen er in der Passage getroffen hatte, „wann und wo der Kaiser in der Regel spazieren gehe oder fahre." In gleicher Weise fragte er etwa fünf Tage vor der That, als Unter den Linden eine Equipage vorbeifuhr, den Schlossergesellen Krüger, den er wenige Tage vorher kennen gelernt hatte, ob der Kaiser in einem offenen oder verdeckten Wagen spazieren fahre und welchen Weg er gewöhnlich nehme."

Am 6. Mai kam der Angeklagte zu dem Photographen Dietrich in der Commandantenstraße, fragte ihn, ob er nicht ein großartiges Geschäft machen wolle, und erklärte dem Dietrich auf dessen Gegenfrage, worin dies Geschäft bestehen solle, daß er dasselbe mit seinem Bilde machen könne, „er sei zwar noch kein berühmter Mann, es werde aber bald wie ein elektrischer Funke durch die Welt gehen, und dann würde er, Dietrich, Tausende von dem Bilde los werden; er selbst habe keinen Nutzen davon, er sei dann moralisch todt und werde eingepflanzt." Als Dietrich auf diesen Vorschlag nicht einging, äußerte der Angeklagte im Fortgehen: „Wenn er ihm oder dem Geschäfte etwas in den Weg lege, so habe er einen geladenen Revolver." — Am nächsten Tage ließ er sich drei Schnellphotographien von ihm anfertigen. Der Angeklagte will mit Dietrich außer und über den Preis der Photographien und über die Witterung nichts gesprochen haben. — Wenige Tage vor der That trat er an den vor dem Schaufenster des Waffenhändlers Demmler in der Mohrenstraße stehenden Kaufmann Kalischer heran, knüpfte mit ihm ein Gespräch an und fragte ihn, was wohl ein Revolver koste und ob ein solches Ding wohl über die Straße trage und treffe. Der Angeklagte läugnet dieses Gespräch. — Am Tage der That zwischen 12 und 1 Uhr Mittags befand sich der Angeklagte im Thiergarten und setzte sich auf eine Bank in der Nähe der Siegesallee, auf welcher der blinde Drehorgelspieler Schulz mit seinem Führer Koch saß. Der Angeklagte fing an, über die schlechten Zeiten für die Arbeiter zu klagen und äußerte schließlich, „er lauere auf den Dickkopf, heute müsse noch etwas platzen," oder: „er lauere auf etwas, ein Dickkopf müsse platzen, dann würde es besser". Er ging dann in das Gebüsch, um sich, wie er angab, auf kurze Zeit schlafen zu legen, kehrte aber bald wieder und sagte: „er könne nicht schlafen, er habe keine Ruhe." Der Angeklagte stellt auch diesen Vorgang in Abrede. Nach der That am 18. Mai äußerte der Angeklagte im Gespräch über das Attentat zum Stadtvoigtei-Aufseher Soehnel: „Wenn er wieder herauskommen würde, werde er schon besser zielen." Auf die Bemerkung des Soehnel, daß es wohl noch lange dauern könne, bis er herauskäme und er erst seine Theilnehmer nennen müsse, entgegnete der Angeklagte: „ich werde keinen verrathen, und wenn ich zehn Jahre sitze." — In einem während der Untersuchungshaft am 21. Mai an seine Eltern geschriebenen Briefe legte er ein Geständniß ab. In dem Briefe bittet er seine Eltern um Vergebung, daß „diese finstere Wolke sich so fürchterlich hätte über sie entladen müssen, sein Leben sei einer Sache geopfert, durch welche er ihnen schon oft Calamitäten bereitet habe, geopfert zum Wohle der Menschheit," und schreibt in einer Nachschrift: „es thut mir sehr leid, fehlgeschossen zu haben, doch — Polen ist noch nicht verloren" und unterschreibt diese Nachschrift: „Max Hödel, Attentäter Sr. Maj. des Deutschen Kaisers". Der Angeklagte wird von seiner Mutter als zu allen Nichtswürdigkeiten bereit geschildert, von seinem Stiefvater als jähzornig, von Anderen als streitsüchtig und frech bezeichnet. Er ist das uneheliche Kind der jetzt verehelichten Schumacher Traber, Emilie geb. Hödel zu Leipzig. Im Alter von zwölf Jahren mußte er wegen schlechter Streiche, namentlich wegen mehrfacher kleiner Diebstähle, in die Besserungs-Anstalt zu Zeitz gebracht werden, in welcher er bis zu seinem 14. Lebensjahre verblieb. Er lernte demnächst in Zeitz bei mehreren Klempnermeistern und kehrte in seinem 17. Lebensjahre im Oktober 1875 nach Leipzig zurück. Von dort ging er auf die Wanderschaft, wobei er Berlin, Bayern, Frankfurt a. M. und Köln besuchte. Im Jahre 1876 nach Leipzig zurückgekehrt, arbeitete er etwa ein halbes Jahr in seinem Handwerk und wurde dann Abonnentensammler für die zu Leipzig erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen „Der Vorwärts, Organ der sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" und „Die Fackel". — Inzwischen machte er eine Reise nach Ungarn und Wien, von welcher er im September 1877 aus Oesterreich ausgewiesen, zwangsweise nach Leipzig zurückgebracht wurde. Anfangs colportirte er auch den hier erscheinenden „Staatssozialisten", das Organ des Centralvereins für Sozialreform. Am 11. März verließ er wiederum sein elterliches Haus,

wir aber werden dafür sorgen, daß das arbeitende Volk mit der Zeit immer mehr erkennen lernt, wo es der Schuh drückt und wo geholfen werden muß, und wahrlich ein großer Bruchtheil des arbeitenden Volkes hat bereits erkannt, von wem die Hülfe kommen muß und wird den „Ordnungs"parteien am 30. Juli antworten. Wer jedoch jetzt noch nicht erkannt hat, daß alle anderen der Arbeiterpartei gegenüber eine „reaktionäre Masse" bilden, der ist nicht zu bekehren. Indirekte Steuern erhöhen und neue einführen, das heißt doch gerade dem armen Volke den Fuß auf den Nacken oder auf die Brust setzen und ihm vollends den Garaus machen und Ausnahmegesetze in einem Staate, der sich rühmt, der militärisch bestorganisirteste zu sein, gegen eine Klasse der Bevölkerung in's Leben zu rufen, das ist ein testimonium pauperatis für denselben. Freilich, was nützt die Vermehrung des stehenden Heeres, wenn schon die Jugend vom Sozialismus angefressen ist und sozialdemokratischen Geist in die Caserne mitbringt?

— Es muß auch solche Käuze geben. Der Commerzienrath, Ritterguts- und Fabrikbesitzer Riebeck zu Halle hat eine lange Epistel in der „Magdeburgischen Zeitung" erlassen, in welcher er sich als ein absoluter Verächter der Wissenschaft selbst hinstellt. Der confuse Mensch schreibt: „Sogenannte Nationalökonomen und Kathedersozialisten, und in neuerer Zeit auch die christlichen Sozialisten, Männer, die meistens nicht die nöthigen praktischen Vorkenntnisse über das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besitzen, fanden sich berufen, die Mittel zu lehren, durch welche Alles besser gemacht werden könne, und arbeiteten auf diese Weise den sozialen Communisten in die Hände." — Den „sozialen Communisten"! Giebt es etwa auch nichtsoziale Communisten? Die Braune, die Schulze, die Schmoller, die Stöcker — alle zusammen in einen Topf; man erkennt gleich an diesem Verfahren den Bierbrauer. Herr Riebeck versteht die gute Stadt Leipzig bekanntlich auch mit seinem Lagerbier, welches von den durstigen Seelen sehr gelobt wird. Doch hören wir den Bierbrauer weiter: „Wenn die Herren Sozialisten aller Farben etwas Besseres lehren und erreichen wollen, so mögen sie den Anfang damit machen, die Fehler und Schwächen der Menschheit abzuschaffen, mögen Dünkel, Hochmuth und Lieblosigkeit gegen Andere unterdrücken. Wen wollen sie sonst, als unsern Schöpfer und allmächtigen Gott, dafür verantwortlich machen, daß er nicht alle Menschen mit gleichem Geiste begabt, nicht Alle mit gleicher Arbeitslust, gleicher Sparsamkeit und gleicher Charakterfestigkeit ausgestattet, daß er den Menschen die Freiheit gegeben habe, welche ihn unter Verantwortlichkeit befähigt, das Gute und das Böse zu wollen. Die Lehren der Sozialisten, der grünen, schwarzen und rothen, verstoßen wider Gottes Ordnung. Sie rauben dem Menschen das Beste, was er besitzt, seine Zufriedenheit mit sich selbst, seine Liebe zum Vaterlande, zu seinem Könige und zu seinen Mitmenschen. Tief zu beklagen ist es, wenn solche Menschen in ihrer Dummheit und ihrem Dünkel wähnen, es besser machen zu können, als der allgütige Gott selbst." — Armer Stöcker! Auch Du wirst als ein Mensch hingestellt, dessen Lehren wider Gottes Ordnung verstoßen! — Doch verzeihen wir dem Herrn Riebeck seinen Blödsinn, wenn er fortfährt gutes Bier zu brauen. Hoffentlich wird sein „Esprit" nicht in sein Bier fahren

— „Republikanische" Preßfreiheit. Unser französisches Parteiorgan, die „Egalité", ist soeben unter fünffacher Anklage vor das Polizeigericht und den Assisenhof geladen worden. Auch die „Adresse an die deutsche Sozialdemokratie" befindet sich unter den inkriminirten Artikeln; es sollen darin verbrecherische Thatsachen gelobt und ferner zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert sein. Die fünf inkriminirten Artikel befinden sich in drei Nummern des Blattes; wenn dasselbe auf alle Punkte hin in der ganzen Strenge des Gesetzes verurtheilt wird, steht der „Egalité" neunjähriges Gefängniß und außerdem achtzehntausend Francs Geldbuße in Aussicht. Man sieht, wie weit es die Herren Opportunisten vom Schlage Gambetta's gebracht haben.

— Die Exekutive der amerikanischen Arbeiterpartei hat sich nachdrücklich gegen die Schützenvereinsspielerei ausgesprochen, die hier und da eingerissen war und den Feinden als Popanz für die Philister treffliche Dienste that. Einige Genossen sind über das Einschreiten der Exekutive etwas erbost; wir dächten aber, die ganze Affaire wäre zu unbedeutend, um viel Worte darüber zu verlieren. Wem es Spaß macht, seinem Schützenverein („Lehr- und Wehrverein") anzugehören, dem wird es Niemand mißgönnen; im Gegentheil: es kann nur von Nutzen sein, daß die Männer sich im Gebrauche der Waffen üben. Entschieden zu verwerfen war und ist aber das renommistische Säbelgerassel einiger uniformsüchtigen Leute, die sich in diese „Lehr- und Wehrvereine" eingeschlichen haben und auf allen Gassen ankündigen, daß sie mit Hülfe derselben die bürgerliche Gesellschaft und den heutigen Staat aus den Angeln zu heben beabsichtigen. Daß solch kindischem Gebahren nun ein Ziel gesetzt ist, können wir nur mit Freuden begrüßen.

— Auch in Amerika wird Geld für Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie in ihrem gegenwärtigen Kampf gegen die vereinigte Reaktion gesammelt. Man sieht, das Proletariat hat seine Solidarität begriffen und die Devise: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" ist keine „alberne Phrase".

— In der am 9. Juli stattgefundenen Verhandlung des Schwurgerichts in Wien wurde der Redakteur des sozialdemokratischen Blattes: „Der Sozialist", Johann Schwarzinger, wegen Störung der öffentlichen Ruhe zu einem Jahre schweren Kerker verurtheilt.

— Am 8. ds. starb zu Genf in der Verbannung Razoua, unter der Commune Commandant der „Militärschule". Er war gleich tüchtig als Schriftsteller wie als Soldat, und ein überzeugungstreuer Sozialist. Sein Leichenbegängniß gab den Anlaß zu einer imposanten Demonstration. Das Proletariat wird seinen treuen Vorkämpfer nicht vergessen!

Erklärung.

In der Anklageschrift gegen Lehmann-Höbel heißt es: „er (Lehmann-Höbel) nahm seit November 1877 an dem Unterricht des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Liebknecht, Theil."

Die zweifelhafte Grammatik macht es ungewiß, ob das „geleitet" sich auf den Arbeiterbildungsverein oder auf den Unterricht in demselben bezieht. In jedem von beiden Fällen ist die Notiz aber unrichtig. Ich habe niemals den Leipziger Arbeiterbildungsverein, niemals dessen Unterricht „geleitet". Ich habe — gleich Anderen — zu verschiedenen Zeiten im Leipziger Arbeiterbildungsverein Unterrichtsstunden ertheilt (englische und deutsche), erinnere mich jedoch nicht, Lehmann-Höbel je zum Schüler gehabt zu haben. Der Verfasser der Anklageschrift hätte dies aus den Akten ersehen können. Unter allen Umständen ist es sehr eigenthümlich, daß man mich, der ich erwiesenermaßen in meinem ganzen Leben wissentlich nur einmal mit Lehmann-Höbel gesprochen (und obendrein als mit einem Gegner, den ich bei jener Gelegenheit vor den Folgen seines provozirenden Benehmens schützte), in die Anklageschrift hineinzerrt und zum Lehrer oder intellektuellen „Leiter" des Unglücklichen stempeln will, während die Leipziger nationalliberalen Führer: Sparig und Hüttner, die sich Lehmann-Höbel's erwiesenermaßen zu politischen Zwecken bedient und hundertmal mehr mit ihm verkehrt haben als ich, in der Anklageschrift nicht erwähnt werden. Auf welche Motive ein solches Verfahren zurückzuführen und ob es zu rechtfertigen ist, das überlasse ich dem Leser zu errathen und zu beurtheilen.

Leipzig, den 11. Juli 1878.

W. Liebknecht.

Correspondenzen.

Berlin, 8. Juli. Die Paßkontrole in Berlin kam dieser Tage, wie man sich hier in kaufmännischen Kreisen unter großer Heiterkeit erzählt, einem Industrieritter sehr gelegen: Derselbe, ein in seiner Heimath sehr angesehener Bankier, fühlte recht bedenkliches Schwanken seines Geschäfts, welches durch Schwankungen ähnlicher Geschäfte dem Zusammensturz vollends nahe gebracht wurde. Um nicht unter den Trümmern begraben zu werden, verließ der Bankier rechtzeitig das baufällige Haus und kam hierher nach Berlin. Hier war er aber nicht für alle Fälle geborgen, er mußte weiter, mußte in's Ausland. Dazu brauchte er einen Paß. Auf welche Weise den unter solchen Umständen erhalten, das war die Frage. Da kommt zur rechten Zeit der Paßzwang für Berlin. Nun schreibt unser Bankier ganz gemüthlich an den heimischen Polizeidirektor, man solle ihm sofort einen Paß nach Berlin senden, weil er dessen wegen des Paßzwanges dringend bedürfe. Der brave Polizeidirektor sendet, um seinen angesehenen Mitbürger prompt zu bedienen, sofort den Paß, und der Bankier segelt nun vergnügt in die weite Welt hinaus. Man sieht, es hat Alles seine gute Seite!

Berlin, 11. Juli. Die „Berliner Freie Presse" schreibt: Gestern waren die Mitglieder des Central-Wahl-Comitees und unser verantwortlicher Redakteur vorgeladen und wurde ihnen bei der Gelegenheit eröffnet, daß gegen sie wegen Verbreitung des bekannten Flugblattes Anklage wegen Beleidigung des Bundesrathes und wegen Verstoßes gegen § 131 eröffnet worden sei. — Die inkriminirten Stellen sind so unschuldiger Natur, daß eine Freisprechung selbstverständlich erscheint, bezeichnend aber ist die eingeleitete Untersuchung für unsere Zustände immerhin. — Daß die Wahlfreiheit unter solchen Umständen mehr und mehr zur Illusion wird, liegt auf der Hand, Versammlungen können wir nicht abhalten, weil die Polizei sämmtliche Lokalbesitzer eingeschüchtert hat, gelingt es aber trotzdem, eine Versammlung zusammen zu bringen, so wird sie aufgelöst, unsere Flugblätter aber werden konfiszirt und so geht es weiter. Nun, am 30. Juli werden wir auf dieses alles unsere Antwort geben und zwar eine prompte und pünktliche Antwort. Bis dahin aber kühl Blut und fleißig agitirt. — Wie der Redaktion unseres hiesigen Parteiblattes vom Genossen Most selbst per Korrespondenzkarte aus Chemnitz mitgetheilt wurde, ist derselbe von dort nach hier transportirt worden. Die Frau von Most begab sich nun gestern sofort nach Plötzensee, um sich dort zu erkundigen, ob ihr Mann eingeliefert sei, erhielt aber darauf die Antwort: Das ist Dienstgeheimniß. — Wir wissen also augenblicklich nicht, wo sich Most befindet, hoffentlich aber wird diese Geheimnißkrämerei nicht allzu lange dauern.

Die „Volkszeitung" meldet, daß Most direkt vom Anhalter Bahnhof in das Gefängniß am Plötzensee geführt worden sei.

Kirchberg, 9. Juli. Am 1. Juli verschied nach langem Leiden unser Vorstand Wilh. Schubert. Derselbe war einer der Ersten, der unserer Fahne folgte, und ist ihr auch bis zu seinem Ende treu geblieben. Leider hinterläßt derselbe eine zahlreiche Familie ohne alle Existenzmittel, und möchten wir auswärtige Genossen bitten, der Familie ein Scherflein zukommen zukommen zu lassen, damit dieselbe nicht gänzlich dem Elend verfalle. Handelsmann Hermann Schwebler in Kirchberg nimmt Beiträge dankend entgegen.

Soldau. Am 9. Juli hielt sich Genosse Böhmler besuchsweise in Neumark bei guten Freunden auf. Nichts Böses ahnend, sahen B. und seine Freunde sich alsbald von Gendarmen und Polizisten verfolgt, und der bejahrte 62jährige Mann in seinem

---

und zwar in Folge eines gegen seine Mutter verübten Diebstahls an Geld in Höhe von gegen 40 Mark, hielt sich zunächst einige Zeit in der Umgegend von Leipzig auf, wo er als sozialdemokratischer Agitator auftrat, und wendete sich dann nach Frankfurt a. M., berührte Kolmar, Metz, Luxemburg und Trier und kehrte am 11. April 1878 nach Leipzig zurück. Am 24. desselben Monats verließ er wiederum Leipzig, angeblich, um nach Dresden und Bremen zu reisen, begab sich aber über Magdeburg nach Berlin, wo er bis zu seiner Verhaftung in Schlafstelle bei der Wittwe Breiter, Stallschreiberstr. 13, gewohnt hat. — Hier ist er unter dem Namen Lehmann, dem Namen seines Vaters, im April Mitglied der beiden sozialdemokratischen Vereine, des „Vereins zur Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins" und des „Vereins für kommunale Angelegenheiten des Nordostbistrikts" geworden, sowie auch dem den Sozialisten gegenübertretenden Vereine der „christlich-sozialen Arbeiterpartei" beigetreten, und hat seit seiner Ankunft in Berlin fast jeden Abend Versammlungen dieser Vereine besucht und sozialistische Zeitschriften und Flugblätter verbreitet. — Seinen Lebensunterhalt und seine sonstigen Ausgaben in Berlin, wie z. B. den Ankauf einer Spieldose für 52 M. 50 Pf., unter deren Klängen er vielfach in Bierlokalen sozialistische Blätter absetzte, bestritt er hauptsächlich von dem Gelde, welches er bei seiner letzten Anwesenheit in Leipzig seiner Mutter entwendet hatte. — Nachdem der Angeklagte bereits 1876 Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands geworden und deren Versammlungen vielfach besucht hatte, nahm er seit November 1877 an dem Unterricht des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Liebknecht, als Mitglied Theil.

Zur selben Zeit lernte er die in Leipzig damals anwesenden „Anarchisten" kennen, deren bekanntes Programm dahin geht, daß sie als Grundlage die Gemeinden annehmen mit der Freiheit der Gemeinden, sich zu conföderiren, und als obersten Grundsatz hinstellen, daß die Aenderung der politischen und sozialen Verhältnisse mit Gewalt herbeigeführt werden müsse, während die Sozialdemokraten den centralisirten Volksstaat und zwar zunächst im Wege der Reform zu errichten streben. Der Angeklagte trat insbesondere in Verkehr mit Emil Werner, dem Vertreter der Anarchisten auf dem vorjährigen Weltcongreß der Sozialisten in Gent, und bekannte sich, als ihm seit einer Volksversammlung zu Stötteritz, auf welcher er den „Staatssozialist" verbreitet hatte, seitens der sozialdemokratischen Partei mit Argwohn begegnet wurde, offen zu ihrer Richtung. In Folge von Angriffen auf die Bediensteten der sozialistischen Arbeiterpartei, besonders in einem Artikel unter der Ueberschrift „Paschawirthschaft", wurde er durch förmlichen Beschluß der Leipziger Sozialisten vom 14. März aus der Partei ausgeschlossen, dieser Beschluß durch das „Central-Wahlcomité" zu Hamburg unterm 9. Mai 1878 bestätigt und am 12. Mai in der Zeitung „Die Fackel" bekannt gemacht. Am 24. Februar und am 17. März 1878 berief der Angeklagte selbst zwei Volksversammlungen zu Schkeuditz bei Leipzig, in welchen der Anarchist Emil Werner Referent war. Während die Tagesordnung der ersten Volksversammlung „der Krieg im Orient" und die „Orientalische Frage im deutschen Reichstage" war, verherrlichten auf der zweiten Volksversammlung Werner und Braune die Pariser Commune.

Seine sozialdemokratischen, bezüglich anarchistischen Ideen kennzeichnet das von ihm über diese Versammlungen erstattete schriftliche Referat. Seitdem huldigte der Angeklagte immer mehr der anarchistischen Richtung. Er bekannte sich in prahlerischer Weise Anderen gegenüber als Anarchisten und Atheisten und that vielfach während seiner Aufenthaltes in Schkeuditz und an mehreren anderen Orten Aeußerungen, die darauf schließen lassen, daß er bei seinem zu Gewaltthätigkeiten geneigten Charakter und politisch aufgeregtem Geist danach strebte, wenn möglich selbst zur Verwirklichung der sozialistisch-anarchistischen Ideen und insbesondere der Abschaffung der monarchischen Regierungsform thätig zu werden. So äußerte er am Abend vor der ersten Schkeuditzer Volksversammlung zu dem dortigen Kürschnermeister Keil, als dieser sich weigerte, die Anmeldung dieser Volksversammlung zu unterschreiben, und dem Angeklagten erklärte, daß er mit Sozialdemokraten nichts zu thun haben wolle, „er sei nicht sozial, er sei Anarchist, er spreche nicht von Sozialdemokratie, weit mehr von der Commune; Amerika habe seinen Präsidenten und es ginge auch; Kaiser, Könige und Fürsten brauchen wir nicht." In gleicher Weise sprach er sich kurz vor der zweiten Schkeuditzer Volksversammlung in einer dortigen Restauration zu einigen Arbeitern dahin aus: „Kaiser, Könige und Fürsten brauchen wir nicht, die saugen das Volk aus;" und endigte seine weiteren Schmähreden mit den Worten: „Uns Sozialdemokraten gehört die Zukunft." Am Abend der zweiten Schkeuditzer Volksversammlung kam der Angeklagte mit Emil Werner in ein dortiges Restaurationslokal, sprach zu den dort anwesenden Gästen über die für die Arbeiter schlechten Zeiten, über den herrschenden Arbeitsmangel und äußerte dabei: „Das bringe ich noch dahin, daß ich selbst zum alten Wilhelm gehe." — Zu dem Restaurateur Steiniger daselbst äußerte er, als dieser ihm seinen Saal nicht zu den Versammlungen einräumen wollte: „Na, wenn's Hängen losgeht, da wissen wir, wo wir den Anfang machen." — Während seiner Anwesenheit in Metz am 28. März 1878 äußerte er in einem dortigen Restaurationslokal: „daß das Militär ganz überflüssig sei, daß das Volk überhaupt ohne Könige und Fürsten sich selbst regieren könne." In einem andern dortigen Lokale bekannte er sich als Sozialdemokrat und führte Schimpfreden gegen die staatliche Ordnung und namentlich gegen die Zustände im deutschen Reiche. — Einige Tage darauf, am 31. März, in der Winter'schen Gastwirthschaft zu Trier, entwickelte der Angeklagte den anwesenden Gästen gegenüber seine atheistischen Ansichten, kam dann auf Staat und Gesetze zu sprechen und äußerte dabei: „Wir brauchen keinen Kaiser, keinen König und keine Regierung, fort mit allem, alles muß fort, wir wollen frei sein, die Reichen müssen theilen, alle müssen gleichmäßig arbeiten, ein Jeder höchstens zwei Stunden täglich" und so fort. Kurz vor dem Attentat erzählte er hier dem Schlossergesellen Krüger, daß er Sozialdemokrat sei und daß, wenn alle Sozialdemokraten zusammenhielten, sie die Oberhand bekämen und alles umstürzen könnten. Wie sehr der Angeklagte die Ideen der absoluten Freiheit und den Sturz der Dynastien in sich aufgenommen hat, bezeugt er selbst in seinem Briefe vom 21. Mai 1878. Er schreibt: „daß die Schweiz durch Tell frei geworden, daß ein neuer Tell erwünscht sei und in Deutschland es an solchen Tells fehle; schon in früher Jugend habe in ihm der Wille geleimt, Front zu machen, den Kampf bis auf das Messer zu führen, die vollste individuelle Freiheit zu besitzen und nicht der Willkür dynastischer Interessenmänner zu gefallen." — Er rühmt sich weiter, in Berlin ein Viertelhundert revolutionärer Köpfe geschaffen zu haben, mahnt, daß es Zeit sei, „tabula rasa zu machen", und schließt mit den Worten: „Es lebe die Propaganda der That."

Demgemäß wird der Angeklagte des Verbrechens wider §§ 80, 211, 43 und 32 des Strafgesetzbuchs beschuldigt.

— Wie's gemacht wird. Unsere liberalen Spießbürger bieten überall die Krieger- und Turnvereine auf, um sozialistische Versammlungen zu sprengen. Und diese edlen Recken folgen auch dem Commandoruf des Geldsacks. Man sagt, daß bei solchem Aufgebot jedes Mitglied der Kriegervereine 50 Pfennige und jeder Turner zwei Seidel Bier Belohnung erhalte.

— Wahlgeschichten. In Constanz hat Prinz Wilhelm von Baden die ihm von den Deutsch-Conservativen in einem Aufrufe, der das „Aufhören des Culturkampfs" fordert, angebotene Candidatur gegen den bisherigen nationalliberalen Abg. Heilig angenommen. — Ueberaus hübsch ist ein Wahlaufruf in einem Beuthener Blatte, welcher die Wahl des Herzogs von Ratibor empfiehlt. Er lautet wörtlich: „An die Männer der Stadt und des Kreises. Wählet den Mann, der Oberschlesien kennt! — Wählet den Verwandten des Kaiserhauses — gerade weil er Katholik ist! — Wählet Viktor, Herzog von Ratibor, den Präsidenten des Herrenhauses! — Wählet und fraget nicht! — Treu zu Kaiser und Reich wird er die Wahl annehmen! — Sollte der Herzog die Wahl für unsern Kreis annehmen, so wäre dadurch die beste Gelegenheit geboten, unseren bisherigen Abgeordneten nicht ferner seinem Berufe als Priester zu entziehen. Für den Herrn Herzog dürften auch unsere sämmtlichen katholischen Mitbürger stimmen, wenn von dem liberalen Wahlcomité eine Einigung mit der ultramontanen Partei erzielt würde." — Herr Wölfel hat auf das Reichstagsmandat im Wahlkreise Merseburg-Querfurt verzichtet. Man sagt, daß die Merseburger Knüppelei daran die Schuld trage; Wölfel schäme sich jetzt der ganzen Affaire und wünsche nicht von jenen Prügelhelden gewählt zu werden.

---

leichten Festtagsanzuge wurde unter starker ortspolizeilicher Begleitung in einen Thurm gebracht. Die Freunde schickten ihm verschiedene Male Viktualien, die zwar den Bringern abgenommen, von denen jedoch dem alten Mann nicht das Geringste behändigt wurde; im Gegentheil ward ihm Alles, was er bei und an sich trug, abgenommen. So saß er eingekerkert bis zum 11. d., dann wurde er nach Soldau, natürlich in Begleitung der hohen Polizei, per Bahn gebracht. In seiner und seiner Frau Abwesenheit wurde gehaussucht, bei welcher Gelegenheit ein Herr Pohl eine Rolle gespielt haben soll, wie er auch der Verfasser eines recht „liebenswürdigen" Artikels in unserer hiesigen Zeitung gegen Pöhmler gewesen sein soll. Bei der Haussuchung wurden sämmtliche Briefe, Photographien, noch nicht gedruckte Abhandlungen und verschiedene Quittungen mitgenommen. Bei Pöhmler's Verhaftung in Neumark wurde im Reisekistchen der Frau Pöhmler nach sozialistischen Schriften gesucht, aber nichts gefunden. Pöhmler's Reisekoffer, sowie seine ganze Baarschaft nahm der Herr Bürgermeister an sich. Seine Frau erhielt nur soviel retour, daß sie vorläufig nicht zu betteln braucht. Die Veranlassung zur Verhaftung bot eine Denunziation, laut welcher Pöhmler sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll. Obgleich nicht bewiesen werden konnte, wann und in welchem Zusammenhange er die Aeußerung gethan haben soll, wurde er doch zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt.

Barmbeck. Die am Mittwoch, den 3. Juli, Abends, im Lokale des H. Meier stattgehabte „Große Wählerversammlung" war insofern von Interesse, als nämlich der hiesige Bürger-, resp. liberale Wahlverein in Begleitung mehrerer Herren aus Hamburg lange vor Eröffnung derselben auf dem Platz erschienen war. Um des lieben Friedens willen wurde das Bureau auf Wunsch gemischt gewählt. Zu Punkt 1: „Die Reichstagswahl" erhielt als Referent zunächst Genosse Wilh. Blos das Wort. Der Vortrag fand, abgesehen von einigen Schlußrufen, allgemeinen Beifall. Als Interpellant trat Herr Schloßmacher auf, der die bekannten Schlagworte, als: die Sozialdemokraten wollen den Staat stürzen, ihr Ziel ist die Revolution ꝛc. vorbrachte und zum Beweise dessen eine Stelle aus Bebel's: „Unsere Ziele" vorlas. Zum Schluß konnte „der Herr" nicht unterlassen, die Mitschuld an dem Attentate Nobiling's der Sozialdemokratie aufzuwälzen! (Große Entrüstung! Pfuirufe!) Zudem verwies der überwachende Polizeicommissar den Redner zur Tagesordnung. Genosse Blos erwiderte hierauf ungefähr Folgendes: Solche Weisheit wäre allerdings werth, daß sie verzapft würde, wenn Jemand sich vor das Volk hinstelle und solche Begriffe über Nationalökonomie entwickle, dem wäre doch zu rathen, daß er sich auf die Hosen setzte und das ABC über Nationalökonomie recht lerne. Herr Lehrer Koch entwickelte in ruhiger Weise seine Ansicht und warf einige Köder aus: Als ein Sohn aus dem Volke, der vom 17. Jahre an mit den gesellschaftlichen Verhältnissen habe kämpfen müssen, sei seine Stellung in der Gesellschaft eine so bescheidene, daß er nicht als Bourgeois gelten könne, sein Prinzip sei: Wahrheit, Gerechtigkeit; wenn die Sozialdemokratie Ruhe und Friede, wie es in den goldenen Zeiten (?) war, wieder einführen wolle, sei er der Erste, der dazu seine Kräfte weihe, und selbst vor dem Worte „Revolution" nicht zurückschrecken werde!! Dann machte Redner der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sich die Partei nicht hätte „Arbeiterpartei" tituliren sollen! (Haha!) „Wer das Wohl des Volkes im Auge hat, wer die Freiheit wahren will, der sorge vornehmlich für eine tüchtige Schulbildung!" (Bravo!) — rief der Redner emphatisch aus — und man wäre versucht zu glauben, der Herr Lehrer sei auf dem besten Wege, Sozialdemokrat zu werden; wenn es nicht vor der Reichstagswahl wäre! Es sprachen noch Pflugrad und Breuel, die den Gegner gehörig heimleuchteten und den Zweiten auf seine Halbheit aufmerksam machten. — Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde in der Weise erledigt, daß Genosse Schwencke im Namen des hiesigen sozialistischen Wahlcomité's den versammelten Wählern empfahl, am Wahltage einem Sozialisten und zwar unserem Genossen E. Breuel ihre Stimme zu geben, während der Herr Koch mittheilte: die vereinigte liberale Partei halte an der Candidatur Wolffson's fest! — Schließlich bekundete die Versammlung, auf besonderen Wunsch durch getrennte Abstimmung: indem alle sozialistischen Wähler die linke Seite des Saales und die „reichstreuen Männer" die rechte Seite desselben einnahmen, daß die Linke, die überwiegende Majorität, für einen Sozialdemokraten sei, trotzdem Herr Riege (Hamburg) beim Sondern der Böcke von den Schafen sein Möglichstes that.

Sch.

Frankfurt a. M., 9. Juli. Gustav Kanngießer, der Mitbegründer des „Frankf. Beobachter", ist am 7. d. M. in Frankfurt gestorben. Die „Frankf. Zeitung" schreibt von ihm: „Die demokratische Partei verliert in ihm einen treuen begeisterten Anhänger, die deutsche Journalistik ein würdiges Mitglied, der Frankfurter Kreis derselben einen guten Kameraden, wir aber bedauern noch mehr — einen Freund. Friede seiner Asche und seinem Namen das wohlverdiente treue Andenken. Sein Denkmal steht im Herzen Aller, die ihn kannten; was er ihnen war, überdauert Tod und Grab.

Fulda, 2. Juli. Hier geht man auf jede mögliche Art vor, um uns zu unterdrücken. In den Fabriken und in den Eisenbahnwerkstellen sind großartige, resultatlose Verhöre angestellt worden, wobei den Arbeitern bei Verlust der Arbeit untersagt wurde, keiner Arbeiter-Corporation anzugehören oder sonstwie mit Sozialdemokraten zu verkehren. Den Soldaten wurde der Besuch unseres Verkehrslokals, das in der Nähe der Kaserne liegt, auf das Strengste verboten. Auch wurde kurz nach dem zweiten Attentat das Gerücht colportirt: In diesem Lokal sei ein „Hoch" auf Hödel ausgebracht worden, die polizeiliche Untersuchung verlief jedoch — abgesehen von der Einschüchterung des Wirthes — resultatlos. Der Wirth erließ eine Bekanntmachung folgenden Inhalts: „Einem verehrlichen Publikum die Mittheilung, daß die mir von jeher antipathischen Sozialdemokraten seit geraumer Zeit in keiner Weise mehr in meinem Lokale verkehren." Da nun aber früher Herrn Wohlgemuth nicht genug von den „antipathischen Sozialdemokraten" kommen konnten, ja sogar einmal ein Faß Bier den Sozialdemokraten zum Besten gab, begab sich Genosse Fuchs zu Herrn Wohlgemuth, um denselben zu einem Widerruf zu veranlassen, widrigenfalls wir ihn vor der Oeffentlichkeit blosstellen würden, erklärte derselbe: „Er wisse gar nicht, was Antipathie heiße." Auf die Frage, wer ihm denn eigentlich den Aufsatz gemacht habe, gab er ausweichende Antwort. Einem Genossen wurde am ersten Pfingstfeiertage in einer Wirthschaft, wo er den „Kladderadatsch" las, von einem Feldwebel folgende Liebenswürdigkeit zu Theil: „Wenn ich nur diese Bande mit Prügel regaliren dürfte." Unserm Genossen fiel es natürlich gar nicht ein, dem „gebildeten" Vaterlandsvertheidiger zu antworten und bot ihm keine Gelegenheit, seinen dadurch noch gesteigerten Muth zu kühlen. D. V.

Hildesheim. Die Schließung des hiesigen sozialistischen Wahlvereins, welche schon am 14. v. Mts. verfügt war, wurde am Freitag den 5. Juli vom königlichen Amtsgerichte definitiv bestätigt und außerdem die fünf Vorstandsmitglieder zu 120 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt. Die zwei Vorsitzenden erhielten je 30 Mk. oder zehn Tage Gefängniß, die drei anderen je 20 Mk. oder acht Tage Gefängniß. Grund der Verurtheilung war die „Rundschau" Nr. 1, 1878, die als Centralorgan, wie sich die Zeitung ja selber nenne, die Vermittlung der Correspondenz der verschiedenen Vereine unter einander leite. Durch das bloße Lesen eines Centralorgans correspondirten also verschiedene Vereine miteinander. Recht nett! Bezeichnend war die Schlußansprache des Richters: „Ich möchte Sie nur noch bitten, abzulassen von diesem Streben, denn wo soll das hinaus, wenn jeder Unterthan sich um höhere Politik bekümmert und mit solchen Dingen sich befaßt. Der Richter verlas einige polizeiliche Protokolle, darunter eins über eine Versammlung, in welcher Bracke referirte, als er hier candidirte. Der polizeiliche Berichterstatter hatte etwas von „freier Liebe" gehört, flugs beschuldigte man uns der Weibergemeinschaft, nicht wissend, daß gerade in den „höheren", also antisozialistischen Ständen wahre Liebe verpönt und die Ehe zu einem Geschäft herabgesunken ist. Als wir noch erwidern wollten, wie selbst der Landtagsabgeordnete Advokat Dr. Götting in einer vor Kurzem abgehaltenen liberalen Versammlung gesagt hatte: „Die Sozialdemokraten haben edle Ziele und humane Bestrebungen, die auch wir nicht nur anerkennen, sondern auch vertheidigen müssen (warum aber bis jetzt nicht gethan?) wurden wir eiligst abgefertigt und auf die Appellation verwiesen.

E. D.

Luxemburg. Können wir auch nicht mit unseren englischen, schweizerischen und belgischen Parteigenossen wetteifern, so wollen wir doch an Größe der „Opferwilligkeit für die gute Sache" unseren genannten Freunden nicht nachstehen; denn diese zählen nach Hunderten in ihren Reihen, während wir nur über die Wenigen verfügen, welche auch in der Fremde treu in Leid und Freud' zur gerechten Sache halten. — Der hiesige Arbeiterstand ist leider noch sehr weit zurück, so daß die Sammellisten für „Peterspfennige" auf viel mehr Erfolg rechnen können, als die unsrigen, denn hier weht noch die finsterste pfäffische Reaktion durch's Land. In der Verleumdung der Sozialdemokratie stehen unsere Zeitungen den bekannten Schmutz- und Lügenreptilen der deutschen Presse nicht nach; aber wir sind hier Alle der festen Meinung, daß die gesammte deutsche Arbeiterpartei am 30. Juli eine Antwort geben kann, welche beweist, wie wenig stichhaltig Verleumdung gegen eine gerechte und wahre Sache ist. — Noch bin ich beauftragt, den deutschen Genossen unsere volle Achtung auszusprechen über die imponirende Ruhe, welche die deutschen Arbeiter inmitten dieser „Hatz" bewahren, sowie das taktvolle Vorgehen der gesammten deutschen sozialistischen Presse, voran der „Vorwärts" und die „Berliner Freie Presse", so daß der 30. Juli, mag er ausfallen wie er will, uns zur größten Ehre gereichen wird.

Versprengte Sozialisten Luxemburgs.
J. A.: F. G.

Minden. Die „Sozialistenhatz" treibt auch hier ihre lustigsten Blüthen, so konnten zwei von uns projektirte Versammlungen nicht abgehalten werden, weil der Wirth seine Lokalitäten einfür allemal für „sozialdemokratische Elemente geschlossen" hat. Ferner gingen schon in der Pfingstwoche verschiedene Arbeitgeber in der bekannten Weise gegen „ihre" Arbeiter vor, entweder Gesinnung her oder heraus auf die Straße. Schließlich folgte dann am zweiten Tage nach dem Pfingstfeste noch das Kleidergeschäft W. L. Wolff Nachfolger, A. und M. Goldschmidt und verlangte den Arbeitern die Gesinnung ab. Auf Grund dessen kamen die Arbeiter und meldeten ihre Mitgliedschaft bei mir, (ich war Kassirer) ab, und war schließlich der Vorstand allein. Außerdem hatte auch der Vorstand seine Gesinnung „verschreiben" müssen, und es schien uns am praktischsten, der Behörde die Auflösung anzuzeigen. Doch noch immer ist dem Regen herrlicher Sonnenschein gefolgt, und so wird denn auch Minden seiner Zeit die Erfahrung machen, daß die Sozialdemokratie wohl unter das Niveau des Wasserspiegels getaucht, aber nicht getödtet werden kann. Wenn wir auch nicht für unsern Candidaten agitiren können, so werden die Anhänger des Sozialismus trotzdem wissen, wen sie am 30. Juli 1878 zu wählen haben und ich glaube fest überzeugt sein zu dürfen, daß alle Diejenigen, welche die in letzter Zeit gegen die Sozialdemokratie in Scene gesetzten Maßregelungen verachten — und das muß jeder rechtlich denkende Mann — nur ihre Stimme für unsern Genossen und Candidaten der Arbeiterpartei, Herrn W. Frick in Bremen abgeben werden.

G. S.

Briefkasten

der Expedition. E. S. hier. Wenn Sie uns besuchen wird Ihnen die gewünschte Auskunft werden.

Quittung. Schtt hier Ab. 0,60. Gewerkschaften hier Ann. 3,50. Dr. Klschr Rosnau Ab. 3,00. Lgs Hannover Ab. 100,00. Bbzn London Ab. 2,72. Schrnr Lübeck Ab. 5,90. Krtschmr Meuro Ab. 2,00. Brung Delitzsch Ab. 2,80. Rschl hier Ab. 9,00. Flck Kaaden Ab. 4,97. Plck Weißkirchen Ab. 9,52. Bsch hier Ab. 150,00. Pnkrnl Elsdagen Ab. 1,85. Lw Berlin Ann. 2,40. Mlr Reichenbach Ab. 10,00. Tt. hier Ab. 3,60. Grbnstn Lindenau Ab. 33,60. Strn Bartenstein Ab. 1,80. Fldnr hier Ann. 1,20. Hckrt hier Ab. 24,25. Rdgr Halle Ann. 0,30. Stck Offenbach Ab. 22,80. Lng Hamburg Ann. 18,00. Sprngr Bamberg Ab. 4,80. Ettl Brüsau Ab. 2,97. Hrld Nadworna Ab. 1,75. Hßnr Mainz Ab. 32,00. Lgs Hannover Schrft 2,35. Hurch Wigstadtl Ab. 4,95. Hnz London Ab. 12,24. Erlr hier Ab. 1,80. Lgs Hannover Ann. 0,90. Hdr Elsdagen Ab. 1,85. Jhbr Friedebach Ab. 3,00. Hgk hier Schrft 5,55. Engr Ab. 2,30. Deutscher Verein Vevey Ab. 5,00. Zßl Linz Ab. 2,10. Spsn Dornbirn Ab. 4,29. Hrth Hof Ab. 7,70. Hschl Tilan Ab. 4,00. Zrgbl. Crimmitschau Ab. 58,25. Hrbdtz Innsbruck Ab. 10,00. Krstn hier Ab. 1,80. Hbtzrthr Frankfurt Schrft. 4,70. Wlthr hier Ab. 1,60. Knzr Hohenstein Schrft. 1,50. Lhmnn Berlin Schrft. 0.80. Schstr Forchheim Schrft. 1,70. Schrschmdt Mylau Schrft. 0,50. Blk Großenhain Schrft. 2,00. Lng Lnng Schrft. 1,50. Gnthr Worms Schrft. 7,00. Schltz Crinitz Schrft. 0,60. Bsch hier Schrft. 4,10. Lbfrd Luxemburg Schrft. 10,40. Dvq Wiesbaden Schr. 2,00.

Wahlfonds.

Ungenannt 0,23. Krtschmr Meuro 3,00. Klub der bartlosen Burschen hier 5,40. Devaque Biberich 2,00. Jhbr Friedebach 2,00. C. M. Framersbach 10,00. Liste 2610 Sch. hier 8,05. M. i. K. 1,00.

Hrn. Carl Hirsch, Paris: Bitte um Nachricht im „Vorwärts" ob Briefe erhalten. E. Ma. in Leipzig.

Aufforderung.

Der Aufenthalt des Christian Friedrich Louis Eckarius, den 13. Juni 1862 in Gotha geboren und nach seiner Eltern Tod in Eschenberga bei Gotha bei den Großeltern erzogen, daselbst 1876 confirmirt, am 16. Januar 1877 aus der Lehre in Gotha entlaufen, hat bis heute noch nicht ermittelt werden können, worüber die Großeltern sehr besorgt sind. Der Pastor Lotze in Eschenberga hat s. Z. dem Betreffenden zu seinem Fortkommen Papiere ausgestellt. Ich bitte alle, die dies können, mir Nachricht über Eckarius zugehen zu lassen.

Leipzig, den 9. Juli 1878.

1,20] Friedr. Füldner, Antonstraße Nr. 21.

Aufforderung.

Theodor Rayra, Buchbinder aus Krain, letzte Zeit in Rottweil am Neckar in Condition, wird hiermit aufgefordert seinen Pflichten gegenüber dem „Allgemeinen Arbeiter-Verein in Insbruck nachzukommen. Für den Ausschuß: E. Fritzenwenger, 1. Schriftführer.

Kirchberg, 9. Juli. Die Genossen und Vertrauensmänner von Wilkau, Culitsch, Niedererlenitz, Bärenwalde und Wiesen werden ersucht sich **Sonntag**, den **14. Juli**, Nachmittags 3 Uhr in **Kirchberg** in der Restauration „**zur Sonne**", zur **Besprechung wichtiger Wahlangelegenheiten** einfinden zu wollen. **Der Vorstand.**

Hamburg, 10. Juli 1878. Angeblich wegen Uebertretung des Preußischen Vereinsgesetzes habe ich eine Gefängnißstrafe von 20 Tagen verbüßt und zwar in der Zeit vom 18. Juni bis 8. Juli. Während dieser Zeit fand in meiner Wohnung eine polizeiliche Haussuchung statt, woselbst unter andern eine Anzahl eingelaufener Briefe mit Beschlag belegt wurden. Da ich den Inhalt derselben nicht kenne, so ersuche ich hiermit sämmtliche Genossen, welche in dieser Zeit Briefe wichtigen Inhalts an mich gesandt haben, ebenfalls Diejenigen, welche auf ihre Briefe Antwort erwarten, nochmals an mich zu schreiben.

Wilh. Wißmann, Speckgang 3 III.

Hannover. Bürgerlichen **Privat-Mittagstisch** à 45 Pf., im Abonnement Mk. 3,00 pro Woche, empfiehlt
[0,90] J. Müller, Langestr. 21, 2. Et.

Wir empfehlen:

Drei Jahre aus meinem Leben
oder
Mein Prozeß
wegen
Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit, meine Suspension und Wiedereinführung ins Lehramt.
1845—1847.
Von
K. F. W. Wander.
Preis Mark 1,50.

Es ist ein alter Veteran der Volkssache, aber einer von den wenigen, die ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind, der in der vorliegenden Schrift zu uns spricht. Die Periode vor dem Jahre 1848 ist der jetzigen Generation völlig unbekannt; um so wichtiger, wenn Erinnerungen wie die vorliegenden zu ihrer Kenntniß gelangen, um ihr zu zeigen, welche Fortschritte wir trotzalledem in 30 Jahren gemacht haben. Wie wird es nach weiteren 30 Jahren aussehen? Diese Frage drängt sich jedem Leser auf. — Die Schrift führt unter anderem das Bild eines Menschen vor, der heute noch eine Rolle spielt: des jetzigen kgl. preußischen Geheimraths und Verschwörungsfabrikanten Stieber; außerdem einige hochinteressante Vertheidigungsschriften des Justizraths Nobe, Vertheidiger Wanders. Letztere sind Muster logisch-juristischer Dialektik und philosophischer Gründlichkeit.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen: [2,10
Boruttau, Religion und Sozialismus . . . . . M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . „ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . „ —,60
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden . . . . . „ —,30
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . „ —,30

LE CONGRÈS INTERNATIONAL DU DROIT DES FEMMES

aura lieu le **25 juillet** prochain à **Paris**. — Il sera partagé en 5 sections:

1° **Histoire.** — Conditions sociales de la femme à diverses époques.
2° **Pédagogie.** — Education; instruction; hygiène.
3° **Economie sociale.** — Travail; salaire; professions.
4° **Morale.** — Morale générale; morale individuelle. Causes de la prostitution.
5° **Législation.** — Mariage; puissance maritale; dévorce; recherche de la paternité.

Commissaire général: Léon Richer. — Adresser franco tous les renseignements concernant l'Allemagne à Mlle Eugénie Pierre, 4 rue des Deux-Gares à Paris.

Pour copie conforme
Le délégué berlinois
Edmond Potonié.

Prachtvoll und solid gearbeitete
Einbanddecken
(Goldpressung) für die
„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77
sind in Schwarz à Stück Mk. 1,20, in Roth Mk. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt"**, Leipzig, Färberstr. 12.

Wahlagitationsnummer.

Den vielen Reklamanten zur Nachricht, daß wir, da die Genossenschaftsbuchdruckerei unseren Bedarf an Wahlagitationsnummern nicht decken kann, außer Stande sind nach Verlangen zu liefern.

Bis Mitte nächster Woche wird es uns möglich werden, die bis jetzt eingegangenen Bestellungen zu effektuiren.

Neubestellungen werden vor dem 22. d. M. kaum zum Versandt gelangen können.

Leipzig, 11. Juni 1878.

Die Expedition des „Vorwärts".

Die Neue Welt.

Illustrirtes Familienblatt.

Preis vierteljährlich Mk. 1,20, in Heften (3 Wochennummern enthaltend) à 30 Pfg.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und die Expedition der „Neuen Welt", Färberstraße 12/II. Leipzig entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
pro Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., sonst. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jenscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Ripsche, 343 West — 37 Str.
Philadelphia: W. Heß, 506 North 3rd Street.
J. Boll, A. B. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 115 Washington Str.
Chicago: A. Donermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: S. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 83. Mittwoch, 17. Juli. 1878.

Ansteckende Krankheiten.

Recht vernünftige Leute wollen behaupten, der Lehmann habe den Nobiling angesteckt: ohne das Hödelattentat kein Nobilingattentat, und sie beweisen diese ihre Ansicht aus der Geschichte.

Daß der Wahnsinn ansteckend wirkt, ist ja bekannt. Wenn irgend ein Wahnsinniger irgend einen absonderlichen Streich verübt hat, werden wir bald sehen, daß ihm Hunderte von Wahnsinnigen denselben mit größerem oder geringerem Geschick nachmachen.

Aber nicht blos der Wahnsinn wirkt ansteckend, mehr noch die Dummheit — das sieht man an den 1000 Majestätsbeleidigungen, die in wenigen Tagen im deutschen Reiche verübt wurden.

Und noch mehr als die Dummheit ist die Schlechtigkeit ansteckend. Wir sehen dies an dem herrschenden Denunziationsfieber, welches das deutsche Volk vergiftet, schlimmer als die Pest und die widerlichste Seuche. Den gekauften und bezahlten Denunzianten und Spitzeln reihen sich würdig die freiwilligen an; die Denunziation wirkt eben wie eine ansteckende Krankheit.

Kaum daß man gehört hat, die Sozialdemokratie soll verleumdet, die Arbeiter sollen noch mehr unterdrückt werden, da wachsen sie wie die Pilze aus der Erde, die ekeln, giftigen Denunzianten.

Und welche haarsträubenden Lügen werden über uns in Umlauf gesetzt! Sage man nicht, wir übertrieben, wenn wir aus guter Quelle mittheilen, daß man in einzelnen Gegenden über uns verbreitet, wir glichen dem leibhaftigen Gottseibeiuns mit Hörnern, Schweif und Pferdefuß.

Nicht selten ist es vorgekommen, daß einer von unseren bekannten Agitatoren in einer Gesellschaft vorgestellt, plötzlich angeredet wurde: „Ach Gott, Sie sehen ja gerade aus wie andere Menschen."

Doch nicht solche Harmlosigkeiten, die lediglich von der Dummheit der Belogenen Zeugniß ablegen, sind es, denen wir diese Betrachtung vorzugsweise widmen wollen, nein, es sind ernsthafte Denunziationen, die von einer Frechheit und Gemeinheit sonder Gleichen zeugen. Wir haben kürzlich noch erzählt, daß ein Lumpazius aus Halle nach der Sachsenburg gereist sei und die Namen Nobiling und Rödiger nebeneinander in's Fremdenbuch getragen habe, blos um unseren Genossen Rödiger der Mitschuld des Kaisermordes zu verdächtigen; jetzt können wir mittheilen, daß ein anderer Lumpazius, ein E. Braun aus Berlin, die Sozialdemokratie des geplanten Massenmordes anschuldigt.

Der königlichen Direktion der „Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn" ging nämlich folgende Anzeige zu:

„Der Wöhllöblichen Direktion

beehre ich mich, nachstehende Mittheilung zu machen. Von dem vereinigten Wahlcomité der nationalliberalen und Fortschrittspartei beabsichtigen einige Delegirte in Wahlangelegenheiten in die Provinzen zu reisen, einige derselben wollen hierbei zunächst am 6. Juli Abends mit dem 11-Uhrzuge nach Breslau fahren, nachdem das in sozialdemokratischen Kreisen bekannt geworden ist, hörte ich gestern, daß einige dieser Lumpen die verbrecherische Absicht haben, dem betreffenden Schnellzug irgend auf der Bahn zwischen hier und Breslau ein Hinderniß zu bereiten, um solchergestalt der geplanten Agitation entgegen zu arbeiten und gleichzeitig im Sinne ihrer destruktiven Tendenzen einen seit längerer Zeit beabsichtigten Coup gegen die königliche Behörde auszuführen; ich erachtete es für meine Pflicht, die verehrliche Direktion hiervon in Kenntniß zu setzen und zeichne

Hochachtungsvoll

Berlin, am 1. Juli 1878. E. Braun."

Giebt es eine elendere Denunziation, ist ein Mörder nicht noch ein Tugendbold gegen solchen Denunzianten?

Unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrheit", macht zu dem obigen Schriftstück nachfolgende treffliche Bemerkung:

„In Folge dieser Denunziation gab die Direktion Befehl, am 6. d. M., Abends, die ganze Strecke zwischen Berlin und Breslau genau controliren und revidiren zu lassen, und sind dieser zunächst dadurch erhebliche Kosten erwachsen, daß sie die ganze Bahnstrecke mit doppelten Bahnwärterposten für diesen Abend resp. Nacht versehen ließ. Daß dieser E. Braun ein neuer Henze oder Ohm ist, könnte beinahe anzunehmen sein, da in der fraglichen Nacht nirgend ein Unfall vorgekommen ist und die ausgestellten Wächter auch nirgend etwas Verdächtiges wahrgenommen haben. Oder aber der mysteriöse E. Braun ist von einem Henze oder Ohm genasführt worden. Aber wie leicht ist es nicht möglich, daß sich irgend ein Individuum des Schlages Hödel-Nobiling bereit findet, für Geld und gute Worte an irgend einer Stelle der langen Bahnstrecke einen Stein oder ein sonstiges Hinderniß auf die Bahnstrecke zu legen. Man steckt diesem ein paar sozialdemokratische Blätter in die Tasche und flugs ist die Sozialdemokratie um ein Verbrechen, wie es verächtlicher nicht gedacht werden kann, bereichert. Dann kann es lustig an Haussuchungen und Verhaftungen gehen. Dann kann das Spießbürgerthum noch mehr gegen uns gehetzt werden und die Ausnahmegesetze sind gesichert."

So unser schlesisches Parteiorgan. Aus diesem Vorfall aber mögen die Parteigenossen ersehen, daß den Gegnern unserer Sache kein Mittel zu schlecht ist im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Von einem ehrlichen Kampfe kann nicht die Rede sein — Niedertracht, Brutalität, Verleumdung kämpfen in den Reihen unserer Gegner. Unsere Genossen sollen aber trotzdem kaltes Blut behalten — noch niemals hat die Schlechtigkeit auf die Dauer triumphirt. —

Uns aber den Massenmord andichten zu wollen, wo in den Reihen unserer Gegner das düstere Gespenst des Massenmörders Thomas umherschleicht!? Uns den Massenmord andichten zu wollen, wo unsere Gegner den Massenmord auf den Schlachtfeldern verherrlichen und wir erklärte Gegner aller Menschenschlächterei sind?! Und dies zu thun, um daraus Kapital gegen uns zu schlagen, nicht allein um uns politisch, womöglich auch persönlich zu vernichten!? —

Wenn derartige Denunziationen, wenn solches Treiben nicht von allen anständigen Leuten energisch bekämpft wird, wenn man den Ansteckungskrankheiten nicht allgemeiner entgegentritt, dann wird Deutschland bald einem Pfuhle gleichen, in welchem alle Schlechtigkeit und Verworfenheit Aufnahme findet. —

Schon jetzt hat der Name Deutschland im Auslande keinen guten Klang, schon jetzt nennt man Deutschland nicht mehr: „das Land der Dichter und der Denker", sondern: „das Land der Spitzel und der Denunzianten".

Und solche namenlose Schande bringen die sogenannten „Reichsfeinde" über unser Heimathland!

Elsässische Zustände.

II.

Das Eldorado der Bureaukratie.

Straßburg, im Juni 1878.

(Schluß.)

Doch wenden wir uns von der Komödie wieder zur Wirklichkeit, werfen wir einen Blick auf die Gesetzgebung, so tritt uns sofort ein unglücklicher Zwiespalt entgegen: das willkürliche Nebeneinanderbestehen deutscher und fremder Gesetzesparagraphen. Bekanntlich hat bei uns das französische Recht Geltung, soweit es nicht ausdrücklich aufgehoben ist oder mit der deutschen Reichsgesetzgebung im Widerspruch steht. Während wir uns unter der alleinigen Herrschaft des Code civil ganz wohl und behaglich fühlten, finden wir uns nun nicht mehr zu Recht in dem Ragout von französischen und deutschen Gesetzen und Gesetzlein. Woher sollte uns auch die Belehrung werden? Von den Beamten, die mit souveräner Oberhoheit auf die Laien herabschauen, natürlich erst dann, wenn wir mit irgend einem Paragräphlein in Collision gerathen sind, dann aber auch „gründlich". Die Beamten sind ja aus Selbstzweck da, sie sind sich selbst genug und halten es daher auch unter ihrer Würde, mit nichttitulirten und studirten Leuten in privaten Verkehr zu treten. Welch' schönen, geselligen Charakter dabei das soziale Leben, besonders in Straßburg, angenommen hat, läßt sich denken! Auf uns Elsässer macht es einen unwiderstehlich komischen Eindruck, wenn uns das Koterie- und Intriguenwesen in der preußischen Beamtenkaste vor Augen tritt. Das Sprüchwort: „Keine Krähe hackt der anderen die Augen aus", trifft hier gewiß nicht zu. Von Einzelheiten, besonders von einer Charakteristik einzelner „leitender" Persönlichkeiten, sehen wir hier hauptsächlich aus dem Grunde ab, weil wir die Spalten des „Vorwärts" für zu werthvoll halten, um sie mit „chronique scandaleuse" zu füllen. Es möge dies das Vorrecht der „Berliner Tribüne" und ähnlicher „Ordnungsblätter" bleiben! — Brrr — ein anderes Bild!

Sogenannte Selbstverwaltung der Gemeinden ist natürlich in den Augen unserer „Regenten" ein überwundener Standpunkt. Sie haben es in ihrer unergründlichen Weisheit für gut befunden, Bürgermeister und Gemeinderäthe allenthalben als nicht „zweckdienlich" in unfreiwilligen Ruhestand zu versetzen und uns dafür diverse „beliebte" Bürgermeistereiverwalter aufzuoktroyiren. Wie sparsam diese Herren mit dem ihnen anvertrauten Gemeindevermögen umgehen, siehe oben Position „Sand: 5000 Mark". An Einführung einer freisinnigen Gemeindeordnung denkt man nicht; eine solche könnte der Bureaukratie unbequem werden, und „bequem regieren" war ja von jeher ihr Wahlspruch. Statt Gemeindeordnung haben wir — o Ironie! — einen § 10 des Verwaltungsgesetzes, also lautend: „Bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist der Oberpräsident ermächtigt, alle Maßregeln ungesäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet. Er ist insbesondere befugt, innerhalb des der Gefahr ausgesetzten Bezirks diejenigen Gewalten auszuüben, welche § 9 des Gesetzes vom 9. August 1849 („Bulletin de lois" Nr. 1511) der Militärbehörde für den Fall des Belagerungszustandes zuweist. Von den erlassenen Verfügungen ist dem Reichskanzleramt ohne Verzug Anzeige zu machen"! —

Etwaige Ausnahmegesetze, mit denen uns wohl der nächste Reichstag beglückt, treffen uns hier daher nicht, und ruhig können wir ihnen entgegenschauen, denn seit sieben Jahren leben wir bereits unter solchen. Dieser § 10 und seine kautschukähnliche Anwendung vergiftet unser öffentliches Leben; eine freiheitliche oder auch nur oppositionelle Aeußerung ist ein Ding der Unmöglichkeit geworden gegenüber der in jenem Paragraphen enthaltenen Machtfülle. Wegen eines minimen Vergehens in der angedeuteten Richtung kann jede Druckschrift durch Confiskation und Suspension unschädlich gemacht werden; jeder Anfertiger einer solchen auf's Erheblichste geschädigt werden. Durch Annoncenzuwendung und -Entziehung derselben andererseits, ferner durch den famosen Dispositionsfonds, einen Ableger der Reptilienbank in Berlin, vermag die Regierung aber auch Positives zu wirken: Gegen eine periodisch vom Bezirkspräsidium auszustellende Bescheinigung über stetiges Wohlverhalten spendet sie ihren „braven Kindern" die respektabelsten Summen (z. B. „Straßburger Zeitung" 16,000 Mark; „Neue Mülhausener Zeitung" über 6000 Mark u. s. w.).

Gegenüber dieser Handlungsweise ist jedes Wort der Entrüstung zu schwach. Zum Glück beansprucht das elsässische Volk als geistige Nahrung eine bessere Kost, als sie ihr von dem offiziösen „literarischen Bureau" geboten wird. Viele dieser also gebrandmarkten Blätter haben daher auch die riesige Auflage von 50, 100, ja 150 Exemplaren täglich!! Was Wunder, wenn bei dem Mangel einer auch nur halbwegs anständigen einheimischen Presse die Pariser Blätter trotz ihres hohen Preises sogar auf dem Lande eine relativ sehr große Verbreitung haben und das Volk immer wieder von Neuem an vergangene schönere Tage gemahnt wird, und halbvernarbte Wunden wieder aufgerissen werden. Auf dem bisher eingeschlagenen Wege wird die Regierung ihr Ziel nie erreichen; denn lieber lesen wir gar Nichts, als daß wir uns von jenen Organen die „in den höheren Regionen" gewünschten Gedanken vordenken lassen. Nicht nur wir Sozialisten, sondern auch der größte Theil politisch Andersdenkender, ja sogar der eingewanderten Nichtbeamten, sind der festen Ueberzeugung, daß vor Allem nur eine absolute Preßfreiheit, ein freies Versammlungs- und Vereinsrecht das elsässische Volk zu politischem Denken und Wirken heranziehen kann. Womit haben wir diesen thatsächlichen Belagerungszustand, mit dem ja „jeder dumme Junge" regieren kann, verdient?? Ein Volk, das selbst unter dem napoleonischen Regiment stets die Prinzipien der Demokratie hochhielt, wird sich auch durch die neuen Maßregelungen in seiner Ueberzeugung nicht erschüttern lassen. Dies ist unser Trost im Unglück!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zu den Wahlen. Auf ein Flugblatt des Deutschen Vereins wurde in Bonn als Antwort ein Flugblatt der Ultramontanen vertheilt, in dem es am Schlusse heißt: „Die Männer des Centrums werden wieder gewählt werden, und zwar ob das der Staatsregierung lieb oder leid ist, in der Voraussetzung, daß sie Recht und Freiheit der Staatsbürger ganz so wie bisher vertheidigen. Wenn es der Weisheit des apostolischen Stuhles gelingt, aus dem maigesetzlichen Labyrinth einen Ausweg zu finden, so werden wir sehr, sehr dankbar dafür sein: auf unsere politischen Anschauungen aber hat das nicht den geringsten Einfluß. Eine Regierungspartei nach Art der jetzigen preußigen „Conservativen" wird aus den katholischen Wahlbezirken niemals Succurs erhalten." — Herr Windthorst und Genossen können jetzt, wie der Goethe'sche Zauberlehrling, ausrufen: „Herr, die ich rief, die Geister, werd' ich nimmer los." — Graf Herbert Bismarck candidirt doch in Saalfeld gegen Lasker. Er läßt eine Erklärung verbreiten, die folgendermaßen lautet: „Er (Graf Herbert Bismarck) ist nicht aus eigener Initiative aufgetreten, sondern von Angehörigen dieses Bezirkes aufgestellt worden und sieht sich um so weniger in der Lage, seine Candidatur zurückzuziehen, als er durch deren Aufrechterhalten Zeugniß ablegen will von seiner Ueberzeugung, daß nach dem letzten öffentlichen Auftreten des Herrn Lasker ein gedeihliches Zusammenwirken desselben mit der Regierung nicht zu erwarten ist. Wenn Graf Herbert Bismarck trotz der Aufstellung eines andern Conservativen sich nicht veranlaßt sieht, zurückzutreten, so geschieht es deshalb, weil er die Wähler des zweiten Meininger Wahlkreises nicht darüber im Unklaren lassen will, daß er Herrn Lasker's Einfluß auf die liberalen Fraktionen für die Entwickelung des deutschen Reiches schädlich hält; er bekämpft keineswegs die nationalliberale Partei an sich, wohl aber den Führer ihres linken Flügels im Parlament."

Es wird immer heiterer!

Aus Saalfeld wird weiter gemeldet: Ein sehr vermögender Grundbesitzer sendet Wahlreisende in die einzelnen meiningenschen Ortschaften und Kreise, zahlt denselben 6 Mark Tagesdiäten und außerdem — hört es ihr freien deutschen Wähler — 5 Reichspfennige für jede Unterschrift zu Gunsten des Grafen Herbert Bismarck! Mit Bezug auf diese Nachricht frägt die „Magdeburger Zeitung" naiv: „Ob wohl der Reichskanzler, ob wohl sein Sohn eine Ahnung davon haben mag, daß man jede ihm zugeführte Stimme einen halben Nickel werth hält?" — Antwort für die „Magdeburger Zeitung": Die Stimmen, welche nationalliberalen oder conservativen Jasagern zufallen, sind nicht einen Kupferpfennig werth.

— Die „Ordnungsparteien" an der Arbeit. In Potsdam und Stettin sind nach Mittheilung der fortschrittlichen Berliner „Volkszeitung" einige Herren, welche die Candidaten der Fortschrittspartei in einer Versammlung der „Ordnungsparteien" empfehlen wollten, von den „gemäßigten" Liberalen aus dem Saale hinausgeschmissen worden. In Stettin verursachte die „Rausschmeißerei" unter den vereinigten (auch Fortschrittspartei!) Ordnungsparteien derartigen Tumult, daß der Polizeicommissarius die Versammlung auflöste. — Ein Schauspiel für — Sozialdemokraten, die „Ordnungsparteien" so an der Arbeit zu sehen!

— Eine Denunziation auf Hörensagen. Der Ruhm, eine solche geleistet zu haben, gebührt dem bekannten Maler und Akademiedirektor Piloty in München, der den 70jährigen Arzt Dr. Trettenbacher, welcher in vertraulichem Gespräche in einem Café dem Professor Seebach gegenüber eine Aeußerung (Majestätsbeleidigung) gethan haben soll, die Letzterer dem Herrn Piloty wiederum gesprächsweise mittheilte. Daraufhin eilte dieser große Künstler, aber charakterlose Mensch eiligst zur Staatsanwaltschaft und denunzirte. Nach der „Frankfurter Ztg." vom 14. d. lautete das Urtheil gegen Tr. auf 8 Monate Festung.

— Ein vernünftiges Wort aus nationalliberalem Munde. Der verstorbene Twesten sprach einmal folgenden Satz:

„Es könnte im Augenblick die populäre Strömung dahin gehen, daß es nothwendig oder zweckmäßig sei, Alles zu bewilligen, was die Regierung verlangt. Aber gerade solchen politischen Strömungen gegenüber ist es die Pflicht politischer

Männer, dafür zu sorgen, daß nicht in Augenblicken der Erregung, nicht unter Gesichtspunkten, die mit den dauernden Einrichtungen nichts zu thun haben, Rechte aufgegeben werden, deren Wiedererlangung später eine Frage der ernstesten Kämpfe und der gefährlichsten Zerrüttungen werden könnte."

Die nationalliberalen Organe drucken den Twesten'schen Ausspruch ab, um sich und ihren Anhängern Muth zu machen.

— Die gesammte unabhängige Presse ist einstimmig in ihrem Urtheil, daß Lehmann-Hödel nicht aus politischen Motiven gehandelt hat, daß er auf der denkbar niedersten geistigen Stufe, fast auf der Stufe der Thierheit steht, und daß nur absolute Denkunfähigkeit oder gewissenlose Bosheit ihn mit irgend einer politischen Partei identifiziren können. Blos Zeitungen von dem Niveau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", der (Dernburg'schen) „Nationalzeitung", der (Braun'schen) „Tribüne", des (Hüttner-Leonhardt-Sparig'schen) „Leipziger Tageblatt" prostituiren sich durch den traurigen Versuch, den zum Tod verurtheilten Halbidioten politisch zu verwerthen. Für solches Gebahren, das ja, da unser Volk allmählich wieder zur Besinnung gekommen ist, nichts Gefährliches mehr hat, giebt's blos ein einfaches: Pfui!, in das jeder anständige Mensch, welcher Partei auch immer er angehöre, einstimmen wird.

— Der Staat ist gerettet. Dem in Hanau garnisonirenden Militär ist der Besuch von 32 Wirthshäusern, in denen unser Frankfurter Parteiblatt, der „Volksfreund" aufgelegt ist, verboten worden. — Aus Würzburg wird gemeldet, daß in der Schuhmacherei des dort garnisonirenden 9. Infanterie-Regiments der Brauch eingeführt ist, daß jeder Arbeiter die von ihm gefertigte Arbeit mit einem Zeichen versehen muß. Ein Schuhmacher schrieb auf die von ihm verfertigten Stiefel: „Deutscher Reichskrebs". Für diesen Einfall wurde der arme Teufel zu fünf Tagen Dunkelarrest verurtheilt, weil die Bezeichnung „Deutscher Reichskrebs" — nicht lachen — ein sozialistischer Ausdruck sei!!!

— Der Bankrout der Firma Haase u. Sohn nimmt seinen normalen Verlauf: wie wir erfahren, haben die großen Gläubiger sich unmittelbar vor dem „Krach" glücklich salvirt, und fallen „blos" die „kleinen Leute" herein, deren Zahl sich „blos" auf etliche Tausend beläuft. Es ist die alte Geschichte von den „Großen" und „Kleinen". Ob das Gericht Ja! dazu sagen wird? Warten wir ab. —

— Ein kleiner Haase. Ungemeines Aufsehen erregt in Coswig (bei Dessau) das Verschwinden eines Kaufmanns, der seit mehr als 14 Tagen verreist und bis heute nicht wieder zurückgekehrt ist. Derselbe stand vorzüglich mit der ländlichen Bevölkerung in Verkehr und soll eine Summe von mehr als 300,000 Mark mitgenommen haben. Einzelne Personen sollen demselben Gelder bis zur Höhe von 50,000 Mark anvertraut haben. Außer einigen werthlosen Mobilien hat der Durchgebrannte Nichts hinterlassen.

— Ein vernünftiges Urtheil. Am 17. Juni hatte Genosse Schäfer in einer Volksversammlung in Oberrad (bei Frankfurt a. M.) über das Attentat gesprochen und er sollte dabei Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser ausgestoßen haben. Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Die Erkenntnißgründe zeigen uns, wie es immer noch deutsche Richter giebt, die Zeit und Umstände erwägen und leidenschaftslos zu urtheilen vermögen. Das Erkenntniß lautet: „Das Urtheil, welches auf Freisprechung lautete, führte aus, daß, wenn es auch zweifellos sei, daß Schäfer in dem ersten Theil seiner Rede die Person des Kaisers nicht mit derjenigen Ehrerbietung zum Gegenstand der Besprechung gemacht, welche dem Kaiser und König gebühre, so sei doch in der gebrauchten Ausdrucksweise eine Beleidignng nicht zu erblicken; er habe erwähnt, daß das Bubenstück der beiden Attentäter der Sozialdemokratie zur Last gelegt werde, und solches zurückgewiesen. In dem gebrauchten Ausdruck solle nicht eine Geringschätzung liegen, sondern nur die an sich richtige Behauptung, daß die Monarchie nicht durch die Ermordung des Inhabers beseitigt werden könne, indem die Monarchie als Produkt der heutigen Gesellschaft unabhängig sei von der That einzelner Personen. Es liege mithin ein Vergehen gegen § 95 nicht vor. Ebenso wenig habe der Angeklagte sich im ferneren Verlauf seiner Rede einer Aufreizung schuldig gemacht; er habe nur die Unzulässigkeit von Ausnahmsmaßregeln darthun wollen und bewiesen, daß sie nur zum Gegentheil von demjenigen führten, was man damit erreichen wolle. Ob nun Ausnahmegesetze überhaupt dem Reichstage vorgelegt und von demselben angenommen würden, sei mindestens noch zweifelhaft; jeder politischen Partei müsse vor der Wahl freistehen, auf die Bedeutung derselben hinzuweisen und die etwa in Aussicht stehenden Gesetzesvorlagen zu kritisiren. Wenn der Angeklagte die Ausnahmegesetze für zwecklos halte, so befinde er sich im Einklange mit anderen Parteien, die in dieser Beziehung ihrer Ansicht schon Ausdruck gegeben hätten. Es sei nicht anzunehmen, daß die Hinweisung auf die künftigen Folgen einer projektirten Gesetzgebung geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu gefährden, verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeit aufzureizen und das um so weniger, da der Angeklagte nach den Zeugenaussagen anerkannt habe, daß die Arbeiter nach den Oberrader Vorfällen sich ruhig verhalten hätten. Aus diesem Grunde müsse Freisprechung erfolgen."

— Wie der „Frankfurter Zeitung" aus Nakel (Provinz Posen) vom 11. Juli berichtet wird, hat der dortige Stationsvorsteher die Eisenbahnbeamten darüber vernommen, welche Zeitungen dieselben mithalten, resp. lesen. Die Postbehörde hatte auf vorherige Anfragen keinerlei Auskunft ertheilt. Was werden wir in diesem Kampfe nur noch alles erleben?

— Der frühere Lehrer, jetzige Kaufmann Papst zu Halle, welcher die Namen „Hugo Rödiger" (Halle) und „Dr. Nobiling" fälschlich in das Fremdenbuch der Sachsenburg eintrug, ist durch das dortige Gericht zu 150 Mark Geldbuße und Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt worden. — In Erwägung, daß P. durch seine freche Fälschung die Absicht bekundete, unsern Parteigenossen Rödiger in eine Hochverrathsklage zu verwickeln, erscheint diese Strafe — — sehr, sehr mild.

— Am Sonnabend erreichte der Congreß zur „Lösung" der orientalischen Frage offiziell sein Ende. Verlauf und Ergebniß sind genau was erwartet werden mußte. Die „Lösung" ist schlimmer als eine „Versumpfung": es die Vorbereitung zum neuen Krieg, welcher ausbrechen wird, sobald Rußland sich stark genug glaubt, mit England um die Reste der Türkei ringen zu können. Die Zustände, welche der Congreß auf der Balkaninsel geschaffen hat, sind einfach unhaltbar — nach allen Seiten hin ist die Saat der Unzufriedenheit gesäet und sie wird blutig aufgehen. England, die einzige Macht, welche auf dem Congreß, außer Rußland, eine selbstständige Politik verfolgte, hat jetzt formell das Protektorat über die Türkei übernommen, und wenn nicht inzwischen vernünftigere politische Zustände in Europa erwachsen sind, wird der nächste orientalische Krieg unfehlbar ein Duell zwischen England und Rußland sein, das allerdings zum Weltkrieg sich erweitern dürfte. Deutschland sekundirte auf dem Congreß natürlich dem „Erbfreund", der aber trotzdem ein tüchtiges Stück der Beute von San Stefano herausgeben mußte; Oesterreich spielte wie immer die Rolle des betrügerischen Betrogenen, und die übrigen Mächte spielten gar keine Rolle. Kurz die sogenannte Staatsweisheit der Diplomatie hat sich wieder einmal in der ganzen Glorie ihrer Unfähigkeit zum Guten gezeigt. —

— Das Schweizerische Asylrecht für politische Flüchtlinge. Die „Tagwacht" schreibt: „Noch nie, behauptete vor Kurzem die „Neue Züricher Zeitung", und ihr druckten's Andere nach, sei politischen Flüchtlingen das Asyl in der Schweiz verweigert worden. Leider ließen sich die Beweise von früher her nicht mehr genügend zusammenstellen, dafür sind wir aber im Falle, jetzt auf frischer That, mit einem Beweise aufzuwarten.

„Unser Genosse Kruhl, früher Redakteur des Halberstädter sozialistischen Lokalorgans, wurde wegen einiger Preßvergehen zu 11 Monaten Gefängniß verurtheilt und entzog sich auf das Andringen von Freunden dieser Strafe dadurch, daß er sich in die Schweiz begab. Nachdem er eine Zeit lang in Zürich vergeblich sich um Arbeit bemüht, gelang es ihm endlich in Schaffhausen eine Stelle zu bekommen. Kruhl, dem Niemand das Zeugniß eines anständigen, arbeitsamen und soliden Menschen verweigern kann, trat seine Stellung in Schaffhausen in voriger Woche an und bekam Logis von seinem Arbeitgeber. Nach einigen Tagen sollte er seine „Schriften" bei der Polizei abgeben und theilte nun der Polizei den Sachverhalt mit, indem er sich durch Dokumente als politischer Flüchtling auswies. „Aha! Da kommt der Erste". Das war die erste Bemerkung, die er zu hören bekam und woraus man schon schließen kann, daß die Polizeiherren mit Sehnsucht auf einen sozialdemokratischen Flüchtling gewartet haben, um denselben ihre „Macht" fühlen zu lassen. Item — Kruhl wurde ausgewiesen und bevor er noch im Geschäft anlangte, war schon ein Polizist beim Arbeitgeber, der diesem begreiflich zu machen hatte, daß der Aufenthalt Kruhl's in Schaffhausen nicht allein für den Großstaat gleichen Namens, sondern für die ganze bürgerliche Gesellschaft gefahrbringend sei.

„Das Ende vom Liede war, unser lieber Kruhl mußte fort von Schaffhausen, ohne daß er sich nur hätte das Mindeste zu Schulden kommen lassen. Wir wollen nun sehen, ob auch nur eines der Blätter, die sich mit so viel Emphase dagegen gewehrt haben, daß das Asylrecht der Schweiz einem politischen Flüchtling versagt worden sei — ob auch nur eines dieser Blätter von dieser brutalen Asylverweigerung Akt nehmen wird.

„Und nun noch eine Bemerkung. Die Schweiz hat schon verschiedene Gattungen von Flüchtlingen bei sich aufgenommen und zwar waren es oft derartige Flüchtlingsschaften, die für ihren Unterhalt Opfer von Staat und Privaten erheischten. Die sozialdemokratischen Flüchtlinge haben noch nie solche Opfer in Anspruch genommen — es waren meist Arbeiter, die es überhaupt nicht verstehen, Bettelbrod zu essen. Und doch sprechen sehr verschiedene Anzeichen dafür, daß man gerade den sozialdemokratischen Flüchtlingen das Asylrecht verweigern will. Wir werden nächstens deutlicher sprechen."

— In Kopenhagen (Dänemark) ist unter den Schiffszimmerern der „Vereinigten Dampfschiffsgesellschaft" ein Strike ausgebrochen, weil die Gesellschaft den Lohn herabsetzte.

— Die Majestätsbeleidigungsprozesse scheinen sich in dem „freien" Belgien einzubürgern. Das Urtheil gegen Verbauwen ist noch in frischem Gedächtniß; und jetzt erfahren wir, daß unser Genosse und Freund Paul de Witte in Gent vor die Geschworenen von Ostflandern zitirt wegen einem Artikel im „Werker", der über eine Manifestation in Gent berichtet und eine Majestätsbeleidigung enthalten soll. Die Bourgeoisie hascht in blindem Eifer nach jeder Gelegenheit, um wieder einen Wortführer des Sozialismus „kalt zu stellen".

— Der Präsident des „Deutschen Tabak-Arbeiter Bundes" veröffentlicht im „Botschafter", dem Organ des genannten Vereins, folgende:

Erklärung!

Es ist mehrfach die Frage von Arbeitern an mich gerichtet worden, was sie thun sollen, wenn ihnen ähnliche Schriftstücke vorgelegt werden. Mein vielbewegtes kampfreiches Leben giebt eigentlich die beste Antwort darauf. So groß auch manchmal die Noth bei mir und meiner Familie war, noch niemals ließ ich mir einfallen, mich selber politisch zu kastriren. Es läuft

---

Prozeß Lehmann-Hödel.

(Nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung".)

Mittwoch (11. Juli) Vormittags um 9 Uhr begann vor dem königlichen Staatsgerichtshof die öffentliche Verhandlung des Prozesses wider Hödel, welcher am 11. Mai d. J. das Attentat auf den Kaiser unternommen hatte.

Die Verhandlung fand in einem kleinen Saale des Erdgeschosses des königlichen Kammergerichts statt. Der ungemein beschränkte Raum machte nur einem kleinen Theile des Publikums möglich, der Verhandlung beizuwohnen. Im Hintergrunde des Saales befand sich auf einer kleinen Erhöhung der Tisch für die Richter, den öffentlichen Ankläger und Protokollführer. Vor diesem Tische befand sich ein kleines Tischchen, welches mit einer grünen Decke überzogen war und die Bestimmung hatte, den Revolver, dessen sich Hödel bediente, Kugeln, welche dazu gehören und einige andere Gegenstände, welche bei dem Verbrecher gefunden wurden, aufzunehmen. Vor dem Tische befand sich der Tisch für den Vertheidiger, rechts davon, hinter der Barrière stand die Anklagebank und hinter dieser zwei Stühle für Aufsichtsbeamte. Nunmehr folgten zwei Reihen von Stühlen und eine Bank für Zeugen, Justiz-, Exekutivbeamte und bevorzugtes Auditorium, einige 30 Plätze; der übrige Theil des Saales war hinter einer Barrière für das Publikum zurechtgemacht und hier wiederum waren vorn 20 Stühle für die Presse bestimmt, deren Vertreter indessen genöthigt waren, schriftliche Aufzeichnungen auf den Knieen vorzunehmen, da es an jeder Schreibvorrichtung fehlte.

Der Angeklagte war bereits um 7 Uhr im verschlossenen Zellenwagen zum Gerichtshofe befördert worden; der Transport erfolgte ohne große Polizei-Eskorte. Hödel wurde in den Hof des Gebäudes gefahren, von wo aus er in eine für ihn besonders hergerichtete Zelle neben dem Gerichtssaal gebracht wurde.

(Einige, den Kleidern nach zu den „gebildeten Ständen" gehörige Personen suchten ihre Loyalität durch Verwünschungen und grobe Insulten des Angeklagten zu bethätigen.)

Im Saale füllten sich die Plätze für die Presse schon von 8 Uhr ab; gegen 9 Uhr erschien flüchtig im Saale der Vorsitzende, Vicepräsident des Kammergerichts v. Mühler, gleich darauf traten ein der Oberstaatsanwalt v. Luck und zwei Beamte der Criminalpolizei, der Dirigent der Criminalabtheilung Polizeirath Pick und Polizei-Inspektor Höfft; dieselben nahmen zur Rechten des Staatsanwalts an einer Seitenwand Platz. Der Vertheidiger Justizrath Wilke nimmt gleichfalls vor 9 Uhr seinen Platz ein.

Gleich darauf tritt der Gerichtshof in den Saal; er besteht aus dem Vorsitzenden, Kammergerichts-Vicepräsident v. Mühler, ferner aus den Kammergerichtsräthen Sello, Rathmann, Gräfe, Schaper, Ernst, v. Wulffen, v. Seydewitz, Sommer, v. Windheim. Als Gerichtsschreiber fungirt der Kammergerichts-Referendarius Schulz I.

Schlag 9 Uhr wird der Angeklagte, zwei Polizeibeamte voran, ein dritter hinter ihm, in den Saal geführt. Der Angeklagte, eine, wie bekannt, sehr unbedeutende Erscheinung von 5 Fuß 8 Zoll Größe, mit bartlosem, blassem Gesicht, dunklen Augen, braunen kurzen Haaren, trägt seine Arbeitskleidung, in welcher derselbe verhaftet wurde; er durchschreitet den 10 Schritt breiten Saal, mit frechem Blick das Publikum zu seiner Rechten musternd, höhnisch lächelnd und nachlässig den Hut in der rechten Hand schwenkend, so daß der Eindruck ein überaus widerwärtiger ist.

Der Gerichtshof tritt gleichfalls in den Saal, alle Mitglieder desselben nehmen Platz und der Vorsitzende eröffnet die Sitzung unter Feststellung der Person des Angeklagten, wie folgt: „Emil Heinrich Max Hödel, genannt Lehmann, auch Traber, am 27. Mai 1857 zu Leipzig geboren, evangelisch, seitens der Ersatzcommission für dauernd unbrauchbar erklärt, ist 1870 durch Entscheidung des königlichen Polizeiamts zu Leipzig wegen Taschendiebstahls mit 10 Streichen bestraft. Haben Sie gegen diese Angaben in Betreff Ihrer Personalien etwas zu erinnern?"

Angekl. (laut und dreist): „Nein!"

Vors.: „Dann bitte ich die Anklageschrift zu verlesen."

Der Gerichtshof verliest dieselbe (s. unsere vorige Nummer).

Der Angeklagte hörte sitzend, den Kopf in die rechte Hand gestützt, die Verlesung an.

Vors.: Es ist also gegen Sie die Anklage dahin gerichtet daß Sie versucht haben, am 11. Mai d. J. Se. Majestät den Kaiser vorsätzlich zu tödten, daß Sie diesen Entschluß auch durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung beabsichtigten, aber nicht zur Vollendung gekommen, bekundeten, und daß Sie diese Handlungen mit Ueberlegung ausgeführt haben. Bekennen Sie sich demgemäß des Hochverraths schuldig?

Angekl. (laut und deutlich): Nein.

Nunmehr beginnt das Inquisitorium. Da die in demselben vorkommenden Fragen sich stets auf Anklagepunkte beziehen, bezw. wirkliche Wiederholungen aus der Anklageschrift sind, so sind dieselben in Nachfolgendem nur angedeutet, die Antworten des Angeklagten dagegen wörtlich mitgetheilt. Der Letztere folgt dem Verhör mit scharfem Interesse, steht nachlässig entweder mit über der Brust verschränkten Armen, oder die Linke in der Tasche des Beinkleides, auf den rechten Arm gelehnt, blickt höhnisch lachend auf Gerichtshof oder Publikum und giebt seine Antworten schnell in näselndem Tone mit sächsischem Accent, und in phrasenhafter Manier.

Vors.: Am 24. April kamen Sie aus Leipzig hierher, zu welchem Zweck, was wollten Sie hier?

Angekl.: Ich hatte gerade keinen besonderen Zweck hierher zu kommen, ich wollte über Magdeburg, Hamburg nach Amerika fahren; es convenirte mir aber gerade nach Berlin zu gehen, ich wollte irgend ein Geschäft anfangen.

Vors.: Besaßen Sie damals schon einen Revolver?

Angekl.: Nein.

Vors.: Den haben Sie sich also erst hier in Berlin angeschafft?

Angekl.: Gewiß.

Vors.: Wie lange vor dem 11. Mai?

Angekl.: Zwei Tage.

Vors.: Zu welchem Zweck?

Angekl.: Ich wollte mich erschießen damit.

Vors.: Wie waren Sie zu diesem Entschluß gekommen?

Angekl.: Durch die schlechten Verhältnisse.

Vors.: Sie hatten ja aber den Entschluß gefaßt, über Hamburg nach Amerika zu gehen; es müssen also besondere Umstände eine Aenderung dieses Vorhabens veranlaßt haben?

Angekl.: Ja, gewiß; die 200 Mark waren alle, die ich gehabt hatte.

Vors.: Also, weil das Geld zu Ende ging?

Angekl.: Ich hatte keine Existenzmittel mehr, es stand mir nichts mehr zu Gebote.

Vors.: Warum wollten Sie sich nun gerade „Unter den Linden" erschießen; das konnten Sie ja draußen im Thiergarten oder bei sich zu Hause machen.

Angekl.: Das thut der Selbstmörder je nach Belieben. Der Eine erschießt sich draußen, der Andere zu Hause. Ich weiß also nicht warum, ich war ja ganz besinnungslos; ich habe nicht abcirkulirt, wo ich es thun sollte, hätte es mir zu Hause convenirt, so hätte ich mich zu Hause erschossen.

Vors.: Die Anklage behauptet nun, Sie hätten auf Se. Majestä den Kaiser geschossen, Zeugen behaupten es.

Angekl.: Da kann ich nichts für; gegen falsche Zeugen ist kein Kraut gewachsen.

Vors.: Wenn Sie auf sich geschossen hätten, so hätten Sie sich doch aber verwunden müssen, Sie tragen ja heute denselben Anzug, er ist unversehrt.

Angekl.: Es ist auch richtig.

Vors.: Wie haben Sie denn den Revolver gehalten?

Angekl.: So viel mir erinnerlich ist, so. (Dabei hält Angeklagter die rechte Faust geschlossen, den Daumen nach oben vor sich.)

Vors.: Es ist ja aber keine Verletzung weder an Ihrem Körper, noch an Ihrer Kleidung zu sehen, derselben, welche Sie heute tragen?

Angekl. schweigt.

Vors.: Sie wurden dann verfolgt, der Revolver wurde Ihnen abgenommen — der hier vorliegende Revolver —, darin waren noch zwei Läufe geladen, vier waren abgeschossen; hatten Sie alle sechs Läufe geladen mit solchen Kugeln, wie sie aus den beiden geladenen Läufen herausgenommen wurden?

Der Vorsitzende übergiebt dem Gerichtsdiener den Revolver, um ihn durch den Angeklagten rekognosciren zu lassen; dieser nimmt die Waffe, besieht sie lächelnd, läßt knackend die Kammer rundum spielen und giebt ihn sodann lächelnd dem Diener zurück;

politisches Eunuchengesindel zwar mehr als zuviel in Deutschland umher, aber die Arbeiter sollten dieses Pack nicht vermehren. Lassen wir diese Species des Denkervolkes den gebildeten Klassen der Gesellschaft. Deutschland ist groß genug und noch giebt es Tausende von Arbeitgebern, welchen ein ehrenhafter Arbeiter, der seine Gesinnung nicht verleugnet und dabei brav seine Schuldigkeit als Arbeiter thut, lieber ist, als ein solcher, der sich hündisch jeden Fußtritt gefallen läßt, wenn nur ein Auge bezüglich seiner mangelhaften Arbeitsleistungsfähigkeit zugedrückt wird.

F. W. Fritzsche.

— Vom Kriegsschauplatze. In Gotha wurde das Wahlflugblatt confiscirt und fand in der Druckerei der „Thüringischen Volkszeitung" Haussuchung statt. In Waltershausen wurden etliche Austräger des Flugblattes verhaftet und nach Gotha geschafft. — Richard Fischer, Redakteur der „Berliner Freien Presse", wurde in zweiter Instanz zu sieben Monat Gefängniß wegen Bismarck- und Beamtenbeleidigung verurtheilt. — Der dritte Redakteur der „Halberstädter Freien Presse", Bartheine, wurde ebenfalls verhaftet. — Genosse Körner in Berlin, wegen Verdachts mit Nobiling verkehrt zu haben, verhaftet, wurde entlassen und die Untersuchung eingestellt.

— Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" berichtet aus Kiel, 12. Juli: Die königl. Staatsanwaltschaft theilt uns soeben mit, daß sie auf Grund des § 23 Nr. 3 des Preßgesetzes die an uns adressirte, mit der Post hier angelangte Nr. 25 des in Chicago erscheinenden „Vorbote" unterm 9. d. M. beschlagnahmt habe, und daß diese Beschlagnahme unterm 10. von der Strafkammer des hiesigen königl. Kreisgerichts bestätigt worden ist. Welcher Artikel der genannten Zeitung zu der Beschlagnahme Veranlassung gegeben hat, ist uns nicht bekannt.

— Ein Cretin. Der Direktor des Zoologischen Gartens in Berlin, Herr Bodinus, hat eine Correspondenzkarte aus Straßburg in Elsaß vom 3. Juli erhalten, welche die Redaktion unseres Berliner Parteiorgans eingesehen hat. Der Inhalt derselben, von einer Kaufmannshand fein und zierlich geschrieben, lautet:

„Geehrter Herr!

Darf ich Sie im Interesse der ganzen Menschheit bitten, ein Jahr lang Ihre Schutzbefohlenen mit Sozialdemokraten zu füttern. Das einzige Universalmittel, diese Königsmörder zu vertilgen. Ich finde, die Hand eines Scharfrichters ist zu schade, sich an diesen Aussätzigen zu besudeln. Die Mörderbande durch Engelgüte zu regieren, ist verlorne Mühe. Ich hoffe, daß Sie mir Recht geben. An der Spitze aber vertilgen Sie die Herren Reichstagsabgeordneten, die an allem Elend schuld sind. Hochachtungsvoll

N. N."

Uebrigens, wenn es so weiter geht mit der Gehirnversumpfung in Deutschland, so werden die sozialistenfresserischen „Ordnungsmänner" bei dem Nashorn im zoologischen Garten bald angelangt sein, und Herr Bodinus wird andere „Schutzbefohlene" mit — Heu und Stroh zu füttern haben.

Correspondenzen.

Frankfurt a. M. Am 8. Juli hielt Hr. Sonnemann (der, in Folge der Ablehnung Holthoff's und Anderer, bei seiner Weigerung, nochmals ein Mandat anzunehmen, nicht verharren konnte) in der Versammlung des „demokratischen Vereins" seine Candidatenrede. Aus derselben interessirt uns besonders folgende Stelle, die wir nach dem Referat der „Frankfurter Zeitung" wiedergeben:

„Was die Volkspartei angehe," bemerkte Herr Sonnemann, „so habe sie es sich zum Prinzip gemacht, diesmal nur da einen Kandidaten aufzustellen, wo eine entschieden freiheitsfeindliche Richtung gegenüberstehe, und selbst bei guter Aussicht einem entschiedenen Fortschrittsmann oder Sozialdemokraten keinen Kandidaten gegenüberzustellen, da gemeinsame Gegner zu bekämpfen seien. So sei man in Frankreich nach dem 16. Mai verfahren. Von einem Bündniß oder einem Kompromiß mit andern Parteien könne dabei keine Rede sein. Derartige Kompromisse mit andern Parteien seien von der Vertrauensmännerversammlung in Heilbronn ausdrücklich verworfen worden. Im Ganzen würde die Partei etwa 20 Kandidaturen aufstellen, worunter viele in Württemberg, wo sich die besten Männer zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärten. Hoffentlich würden die anderen freiheitlichen Parteien, der entschiedene Fortschritt und die Sozialdemokratie, das Beispiel der Volkspartei befolgen und diese nicht da bekämpfen, wo sie mehr Aussicht habe als jene, vielleicht blos um ihr ein Mandat abzujagen, während sie vielleicht in anderen Wahlkreisen dadurch die Unterstützung der Volkspartei verlieren würden."

So Herr Sonnemann über die Wahltaktik der Volkspartei andern Parteien gegenüber. Was er über dieselbe hier sagt, kann unter den obwaltenden Verhältnissen nur unsere Billigung haben. Gemäß diesem Programm hat die Volkspartei in Nürnberg ihre Kandidatur Kröber zurückgezogen, aber ebenso hat unsere Partei in Fürth-Erlangen die Kandidatur Löwenstein zu Gunsten Sonnemanns zurückgezogen.

Stuttgart, 8. Juli. In der hiesigen conservativ-liberalen Zeitung, „Neue Zeitung", die sich im Allgemeinen ziemlich scharf gegen die Sozialdemokratie ausspricht, bringt ein nichtsozialistischer Arbeiter, Paul Hermann aus Tübingen, ein „Eingesandt", welches wir hier mittheilen wollen: „Alle Mann auf den Platz!" — Unter dieser Ueberschrift bringen Sie in Beilage zu Nr. 148 Ihrer geschätzten Zeitung einen Mahnruf an das deutsche Volk, aus der Feder eines der namhaftesten schwäbischen Gelehrten. Im Hinblick auf die unparteiische Haltung Ihrer Zeitung darf ich mir doch wohl erlauben, zu jenem „patriotischen Aufschrei" einige Worte zu bemerken. Der gelehrte Herr Verfasser hat es sich viel Mühe kosten lassen, um darzulegen, in welch' großer Gefahr Staat und Gesellschaft dermalen sich befinden; wie die ganze staatliche Ordnung, in ihren Grundfesten erschüttert, dem unvermeidlichen Zerfall entgegengehen müsse, wenn nicht rechtzeitig zu demjenigen Rettungsmittel gegriffen werde, welches er als das von so Vielen geforderte und allein wirksame glaubt andeuten zu müssen. Als sichtbares Zeichen und Anfang des drohenden Unheils führt der Herr Verfasser die beiden Attentate auf den Kaiser an, für welche nur die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen sei als diejenige Partei, deren frevlerisch Bestreben einzig und allein das gefahrbringende Element in sich begreife und deren Hunderttausende nichts anderes seien als „Mord- und Umsturzgesellen", welche in unerhörter Frechheit als Menschen sich betrachtet wissen und als solche forteristiren wollen. — Diese Partei also sei es, die am empfindlichsten zu maßregeln, oder noch besser mit Stumpf und Stiel auszurotten sei. Hierzu werden gesetzliche Ausnahmebestimmungen nöthig, vor welchen man nicht zurückzuschrecken brauche, da sie ja nur die arbeitende Klasse beträfen. Diese Gesetzmorgelung sei die Arbeit des künftigen Reichstags. Darum trete an Jeden, der in „Raub und Mord" noch ein Verbrechen erblicke, die Aufgabe als Pflicht und Ehrensache heran, den Reichstag nur mit solchen Männern zu beschicken, die zu Allem, was zur völligen Unterdrückung und zum Mundtodtmachen der Unzufriedenen von der ausübenden Staatsgewalt anzuwenden für gut befunden werde, „Ja und Amen" sagen. — Das nur, meint der ehrenwerthe Herr Verfasser und die mit ihm mehr oder weniger Gesinnungsverwandten, sei das Mittel, dessen Anwendung Staat und Gesellschaft vor nahendem Verderben bewahren könne.

Dem gelehrten Herrn Verfasser, der von seiner Studirstube aus die Welt und die Menschen wie durch ein Fernrohr zu betrachten scheint, mag es wohl dünken, daß die gesellschaftlichen Schäden in solcher Weise zu kuriren seien. — Anders aber erscheinen die Dinge Dem, der selber auf dem niedrigen Standpunkt der vielgeschmähten Klasse steht, dessen körperliche Existenz lediglich vom Stand der Industrie und vom Gang der Geschäfte, oder aber von der Gnade und Ungnade eines Einzelnen, der sich jeweilig seinen Brodherrn nennt, abhängt. Wer das Leben der unteren Volksschichten (namentlich in Fabrikdistrikten) in vollem Umfang durchgekostet hat, der nur weiß, welch' schwerer Druck auf dieser Klasse von Menschen lastet, und mit welcher bewunderungswürdigen Geduld das Gros der Unglücklichen ihr herbes Geschick, Hunger und Kummer, trägt; der weiß aber auch und sieht es ein, wohin es führen müßte, wenn er that- und gedankenlos sich leiten ließe, und weiß, daß er nicht, wie der Herr Verfasser meint, Andere für sich denken lassen kann, sondern daß er selbstständig denken und handeln muß trotz aller Ausnahmegesetze und eben wegen diesen. Geräth aber einer bei selbstständigem Denken nicht in die Hände der Sozialdemokratie, so ist dies wahrlich solchen Mahnworten, wie sie in Nr. 147 der „Neuen Zeitung" zu finden sind, nicht zuzuschreiben. Denn der Herr Verfasser dieser Mahnworte unterscheidet sich in Ton und Sprache wenig von einem sozialistischen Agitator, ja er übertrifft in Derbheit des Ausdrucks noch einen solchen. — Wenn Gelehrte, die Repräsentanten der Bildung, im Tone des Herrn Verfassers den Klassenhaß predigen, darf man sich dann noch wundern, wenn gänzlich Ungebildete und von Grund auf Verwahrloste sich so äußern, daß ein Majestätsverbrechen daraus wird? Was gehört dazu? Ein Wort und das Majestätsverbrechen ist fertig! — — Zumal bei einem in voller Blüthe stehenden Denunziantenthum, wie es der Herr Verfasser wünscht, wenn er sagt: jeder gutgesinnte Bürger müsse sich als „eingeschworener Konstabler" betrachten.

Sieht man aber die Sache genauer an, so fragt man sich: Gebietet oder rechtfertigt die ruchlose That eines verlotterten, gesinnungslosen, von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgestoßenen Subjektes, wie es Höbel ist, die nur in dem verbrannten Hirn eines mehr oder weniger Verrückten, wie es Nobiling sein soll, Nachahmung finden konnte, gebietet eine solche That, daß man Hunderttausende ihrer politischen Rechte beraubt? — Rechtfertigt sie all' die Schmähungen, mit welchen man tagtäglich eine große Partei und mit dieser den ganzen Arbeiterstand überschüttet? — Und kann man es glauben, daß die Sozialisten zur Verwirklichung und Beschleunigung ihrer Wünsche sich eines eben so verwerflichen als zwecklosen Mittels, wie das eines Attentats, bedienen? Gewiß nicht! — Denn läge ein solches in ihrer Taktik, dann wäre die Partei das nicht geworden, was sie heute thatsächlich ist: eine wohlorganisirte, weitverzweigte Genossenschaft, die in gar vielen Punkten Wohlberechtigtes und höchst Nothwendiges anstrebt. Das ist sie. Nicht aber eine „fluchwürdige Bande" von „Mord- und Umsturzgesellen", wie sie der Herr Verfasser darzustellen sucht.

Und wozu wird der Vernichtungskampf gegen diese Partei geführt? — Schützen Gesetze vor Attentaten? — Räumen Versammlungsverbote, Verhaftungen, Gefängnißstrafen und Aussperrungen von den Fabriken die sozialistische Idee aus dem Wege? Werden all' diese und ähnliche Maßnahmen den Nothstand beseitigen und das Volkswohl fördern? — Sie werden es nicht! — Aber sie werden ihre Massen noch mehr gegen ihre wahren und vermeintlichen Bedrücker aufreizen, sie werden eine Erbitterung hervorrufen, die im Verborgenen furchtbare Rache brütet. Werden auf der einen Seite eingedenk des Rathes: „Landgraf werde hart!" berechtigte Forderungen zurückgewiesen, so bleibt auf der andern Seite unvergessen: „Der Gott der Eisen wachsen ließ — —" und es wird weiter schallen, so wie es E. M. Arndt in bedrängter Zeit für alle Zeiten gesungen hat:

„Dem Junker und dem Knecht die Acht!
Der nähre Kräh'n und Raben!" — —

Mit reaktionären Gesetzen und rohen Gewaltmitteln heilt man soziale Krebsschäden ebensowenig, als man irregeleitete Arbeiter mit Schmähschriften voll Unwahrheiten und Entstellungen auf den Weg der Vernunft zurückbringt. Sieht sich aber der dem Hohn und der Verachtung preisgegebene Arbeiterstand von den herrschenden Klassen mehr und mehr unter die Füße ge-

---

ebenso betrachtet er auch die ihm sodann vorgelegten Patronenkugeln und nickt höhnisch lachend.

Vors.: Sie hatten noch 16 Patronen, woher diese Zahl?

Angekl.: Sie waren gerade übrig von dem Viertelhundert, welches ich besaß.

Vors.: Hier sind die 2, welche herausgenommen worden sind, dies sind die 4 Hülsen von den abgeschossenen Patronen und hier sind noch 13 ganze Patronen von denen, welche Ihnen abgenommen sind, 3 sind zu Versuchen, welche Herr Büchsenmacher Barella angestellt hat, verwendet worden. — Es ist nun von Zeugen bekundet worden, daß Sie „Unter den Linden" hinter einem Wagen stehend auf die kaiserliche Equipage gewartet haben?

Angekl.: Das weiß ich nicht.

Vors.: Sie sollen dann hinter dem Wagen hervortretend, den Revolver auf Se. Maj. den Kaiser gerichtet, geschossen haben?

Angekl.: Ist mir nicht erinnerlich.

Vors.: Haben Sie die Equipage des Kaisers gar nicht gesehen?

Angekl.: Nein. (Bewegung.)

Vors.: Sie sollen dann über den Fahrdamm gelaufen und ein zweites Mal geschossen haben.

Angekl.: Weiß ich nicht.

Vors.: Dessen erinnern Sie sich nicht?

Angekl.: Nein!

Vors.: Sie sind dann unter der eisernen Stange durchgedrungen und weiter gelaufen und haben noch zweimal auf die Verfolger geschossen. Wissen Sie das?

Angekl.: Nein!

Vors.: Sie haben den Revolver dann fortgeworfen, und dieser ist von einem gewissen Zeidler aufgehoben worden. Weshalb Sie geflohen sind, können Sie uns das nicht sagen?

Angekl.: Ist mir gar nicht erinnerlich.

Vors.: Der Umstand, daß Sie flohen, läßt Ihre Angabe, daß Sie sich selbst erschießen wollten, zweifelhaft erscheinen. Können Sie uns darüber nicht Auskunft geben?

Angekl.: Nein!

Vors.: Sie sollen auch verschiedene Aeußerungen gemacht haben, welche darauf hindeuten, daß Sie die Absicht hatten, Se. Maj. zu tödten. So erkundigten Sie sich am 27. April d. J. bei dem Buchdruckergehilfen Pötsch, den Sie in der Passage kennen gelernt hatten, und mit dem Sie dann nach den Gratweil'schen Bierhallen gingen, und fragten: wann der Kaiser ausführe?

Angekl.: Ist möglich.

Vors.: Fünf Tage vor dem Attentat sollen Sie sich bei dem Schlossergesellen Krüger erkundigt haben, ob der Kaiser in einem offenen oder verdeckten Wagen spazieren fahre und welchen Weg er gewöhnlich nehme?

Angekl.: Diese Personen kenne ich gar nicht und weiß auch gar nichts von der ganzen Rederei.

Vors.: Am 6. Mai haben Sie bei dem Photographen Dietrich in der Commandantenstraße Bilder bestellt ꝛc. (S. Anklage.) Was sollten solche Aeußerungen?

Angekl.: Das hab' ich gar nicht gesagt.

Vors.: Wenige Tage vor dem Attentat sind Sie vor dem Schaufenster des Waffenhändlers Demmler an den dort stehenden Kaufmann Kalischer herangetreten. (S. Anklage.) Haben Sie solche Fragen gethan?

Angekl.: Nein.

Vors.: Das bestreiten Sie also auch?

Angekl.: Ja.

Vors.: Am Tage des Attentats sprachen Sie im Thiergarten mit dem Drehorgelspieler Schütz (s. Anklage).

Angekl.: Ich bin nicht zu dieser Zeit im Thiergarten gewesen. Ich habe nachgewiesen, wo ich war.

Vors.: Auch diese Zeugen sagen also die Unwahrheit. Am 18. Mai sprachen Sie in der Haft mit dem Aufseher Söhnell und sagten (s. Anklage).

Angekl.: Das ist Wortverdreherei. Ich habe nicht darauf hinweisen wollen, daß ich auf den ...., auf Se. Maj. den Kaiser habe schießen wollen. (Bewegung.)

Vors.: In dem Briefe, den Sie an Ihre Eltern gerichtet haben — er ist bei den Akten, er ist nicht abgesandt, schreiben Sie: „Es thut mir leid ꝛc." (s. Anklage).

Angekl.: Gewiß thut es mir leid, daß ich nicht getroffen habe. Die Unterschrift: „Attentäter Sr. Majestät des Kaisers" ist ironisch, sie steht ja auch in Gänsefüßchen, ich bin ja dadurch gebrandmarkt zu Etwas, was ich nicht bin.

Vors.: Vorhin sagten Sie, Sie hätten nicht auf Se. Majestät schießen wollen, und jetzt äußern Sie Ihr Bedauern, daß Sie nicht getroffen haben. Wie stimmt das?

Angekl.: Ja gewiß thut es mir auch noch leid, ich wollte mich ja selbst erschießen.

Vors.: Was bedeutet aber Ihre Aeußerung: „Noch ist Polen nicht verloren?"

Angekl.: Da muß ich erst den Sinn vom ganzen Satz hören, ehe ich darauf Etwas sage.

Vors.: Ueber Ihre persönlichen Verhältnisse haben Sie angegeben, daß Sie von Ihrem 12. Jahre an in einer Besserungsanstalt zu Zeitz untergebracht waren. Erkennen Sie das an?

Angekl.: Ja gewiß.

Vors.: Sie waren dann vom 14. Jahre an u. s. f. (s. Anklage). Ist das so?

Angekl.: Ja wohl.

Vors.: Im Jahre 1876 haben Sie die Klempnerei aufgegeben und sind als Abonnentensammler sozialdemokratischer Blätter thätig gewesen.

Angekl.: Ja, einestheils ist das richtig.

Vors.: Weshalb verließen Sie Ihr Handwerk? Sie waren ja ein geschickter Klempner.

Angekl.: Zu meinem Vergnügen.

Vors.: Am 11. März d. J. haben Sie Ihrer Mutter 40 Mark entwendet und eine Reise nach Metz gemacht und dabei Trier berührt. Zu welchem Zweck machten Sie diese Reise?

Angekl.: Ich hatte Gustav Rasch's Buch gelesen: „Die Preußen in Elsaß-Lothringen." Ich las die Darstellung der Verhältnisse (in lautes Lachen ausbrechend) und da wollte ich mir eben die Verhältnisse selbst ansehen.

Vors.: Also nur um des Vergnügens willen, oder haben Sie auch dort agitirt?

Angekl. (laut lachend): Ja gewiß, ich habe ganz riesig agitirt. (Bewegung im Publikum.)

Vors.: Am 11. April sind Sie nach Leipzig zurückgekehrt und bis zum 24. April dort verblieben. Da sollen Sie Ihre Mutter wieder bestohlen haben und zwar um erheblichere Summen, mit denen Sie sich hier unterhalten haben. Sie haben auch eine Spieluhr gekauft und diese in den Lokalen, in denen Sie colportirten und agitirten, spielen lassen. — Welchen Vereinen haben Sie hier angehört?

Angekl.: Keinem. Oder das sind wenigstens keine sozialdemokratischen Vereine, denen ich angehört habe.

Vors.: Nun welchen denn?

(Schluß folgt.)

— Wieder zwei Renegaten. Der bekannte Dr. Ferd. Götz zu Lindenau, einer der größten Turnschreier und „Demokraten" aus den Jahren 1859—1870, ist im 13. sächsischen Wahlkreis für die Wahl eines völlig reaktionären Menschen (eines gewissen Dietze, Rittergutsbesitzers auf Pomßen) eingetreten. Dietze wird im Reichstage der conservativen Partei beitreten. (Eine am letzten Mittwoch von Götz in einer Wählerversammlung zu Großzschocher gethane Aeußerung: „er an maßgebender Stelle hätte Johann Jacoby in's Narrenhaus stecken lassen", ist geeignet, ein Bild des Mannes zu geben.) — Schuldirektor Pache in Lindenau, früher in Zittau, intimer Freund von Dr. Max Hirsch, der den Arbeitern jahrelang gewerkvereinlerische Weisheit in Zittau gepredigt hat, ist dem Beispiele seines Freundes Götz gefolgt. Beide „Demokraten" stimmen und agitiren für einen Reaktionär! Wir bringen diese Thatsachen im „Vorwärts" nur deshalb, damit den auswärtigen Freunden dieser Helden ein solches Renegatenthum nicht unbekannt bleiben möge. Einzelne ehrenwerthe Demokraten wird es doch wohl noch geben, die ob der Freundschaft mit diesen Leuten nunmehr erröthen werden. — Hierbei sei erwähnt, daß man auch den Dr. Heine (Plagwitz) unter das Dietze'sche Comité gesetzt hatte, doch besitzt dieser Fortschrittsmann noch so viel Ehre, daß er in öffentlicher Erklärung sich den Mißbrauch seines Namens verbittet.

treten, so wird nur um so früher zur Wahrheit, was der gefeierte Freiligrath mit prophetischem Geiste voraussah:

„Der Boden birst, aufschlägt die Gluth und sprengt Dich krachend in die Luft!
Wir aber steigen feuerfest aufwärts an's Licht aus unserer Gruft!
Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!" —

So kommt es! — Und gleichwie die Kommandanten jener beiden Panzerschiffe, nachdem es zu spät war, nichts vermochten, um der verhängnißvollen Katastrophe auszuweichen — so auch werden die Lenker des reaktionären Staatsschiffs nichts vermögen, um es vor einem verderbenbringenden Zusammenstoß mit dem schwerbelasteten Koloß empörter Volksmassen zu sichern.

Das ist es, was ich Ihnen, geehrter Herr Redakteur, mit der höflichsten Bitte zustelle, bei Beurtheilung dessen den Maßstab der Kritik nicht allzustreng anlegen und nicht vergessen zu wollen, daß es ein Arbeiter ist, der es geschrieben, ein Arbeiter, der nichts sehnlicher wünscht, als: eine friedliche und möglichst zufriedenstellende Lösung der drohenden Wirren — das ist der Wunsch so gar Vieler."

Selbst die „Neue Zeitung" kann nicht umhin, diesen ruhigen, vernünftigen Ansichten ihr Lob zu ertheilen.

Pforzheim. Am 8. Juli hielten wir hierselbst eine zahlreich besuchte Wählerversammlung ab, in der Genosse Lehmann über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Derselbe wies nach, wie es hauptsächlich der Reichsregierung darum zu thun sei, in dem kommenden Reichstag über eine gefügige Majorität zu verfügen, um alsdann die indirekten Steuern zu erhöhen und neue einzuführen, das Tabaksmonopol für sich in Anspruch zu nehmen und hauptsächlich dem Militär-Etat neue Mittel zuzuführen. Hauptsächlich hätten die Attentate, mit denen die Sozialdemokratie thatsächlich nichts zu thun habe, die Handhabe zur Verfolgung unserer Partei gegeben. Als Redner wiederholt auf die Attentate zu sprechen kam, erhob sich der die Versammlung überwachende Beamte mit der Bemerkung, daß wenn Redner nochmals die Attentate berühre, er die Versammlung auflösen werde. Redner sprach nun über die Ausnahmegesetze und wies nach, wie solche Maßregelungen immer in das Gegentheil umgeschlagen seien. Nach Schluß des Referats wurden die zahlreich anwesenden Gegner wiederholt aufgefordert, ihre Ansichten auszusprechen — aber vergeblich. Es wurde hierauf Drechsler August Bebel in Leipzig als Reichstagskandidat einstimmig proklamirt und mit allgemeinem Bravo die Versammlung geschlossen.

W. B.

Hausdorf (bei Glatz in Schlesien). Bei unserem Genossen A. fand am 8. Juli auf Requisition des Glatzer Staatsanwalts Haussuchung statt. Der Gensd'arm und Ortsvorsteher gaben sich alle Mühe, die kleine Wohnung genau zu durchsuchen. Betten, Brotschrank, Kaffeebüchse, Ofen, Wasser- und Kaffeekrüge wurden aufs Sorgfältigste untersucht. Als Ausbeute hatten die Herren schließlich die Nr. 78 des „Vorwärts", einige alte Abonnementsquittungen und 10 Flugblätter von der letzten Wahl zu verzeichnen. Die Flugblätter hatte Genosse A. erst vor 3 Monaten vom Kreisgericht in Glatz wieder zurückerhalten. Die Neugierde wird nun wohl befriedigt sein. — Mehrere Fabrikanten wollen die sozialistischen Arbeiter entlassen, wenn dieselben nicht aus der Partei treten; es sind dies die Lederfabriken von Heil, Reichardt, die Kammgarnspinnerei Worms-Bittigheim (Filiale).

Darmstadt, 10. Juli. Bezugnehmend auf die vielen Beeinflussungen der Wirthe in Betreff der Abonnements auf die sozialistischen Zeitungen erlaube ich mir eine kleine Ermahnung an alle Wirthe, denen die Pfennige der Arbeiter noch etwas werth sind, zu richten. Wir sehen neuerdings, daß die Wirthschaften, in welchen sozialistische Blätter aufliegen, bei der heutigen Sozialistenhetze ebenfalls auf die Zielscheibe gesetzt werden und dadurch manchmal der gänzliche Ruin der besten Geschäfte herbeigeführt wird. Es wird nämlich den Soldaten von Seiten ihrer Behörde der Besuch jener Wirthschaften verboten, welches jedoch die Wirthe nicht zu geniren braucht, indem es grade Wirthschaften sind, welche ihre Existenz nicht durch das Militär, sondern durch die Arbeiter und Kleinbürger haben. Es giebt aber Wirthe, welche sich von einigen reichstreuen Gästen erschrecken lassen und eiligst, ohne die Mehrheit ihrer Gäste zu fragen, das rothe Gespenst aus ihren Wirthschaften verdrängen. Trotzdem nun die Arbeiter jene Wirthschaften nicht mehr besuchen, wird dem Militär doch auch ein solches Lokal verboten. Man bleibe doch wenigstens seinen Gästen gegenüber unparteiisch und suche auch den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Ich halte für meine conservativen und liberalen Gäste zwei bis drei Zeitungen, aber auch für meine sozialdemokratischen Arbeiter den „Vorwärts". Und so richte ich mich nach meinen Gästen, und können mich weder Polizei, noch einzelne Bauaufseher beeinflussen. Mein Motto ist und bleibt: „Gleiches Recht für Alle."

Gastwirth B. C.

Waldenburg, 8. Juli. Zum Kapitel der Wahlfreiheit wird der Breslauer „Wahrheit" von hier geschrieben: „In den Fabriken und Gruben werden die Arbeiter direkt gezwungen, durch Namensunterschrift zu bekunden, daß sie bei der Wahl nur dem Fürsten von Pleß ihre Stimme geben. In allen Ortschaften circuliren Listen, wodurch die Bürger ebenfalls aufgefordert werden, durch ihre Unterschrift sich für den Fürsten zu erklären. Allgemeine Heiterkeit ist dadurch schon hervorgerufen worden, wenn offiziell gekannte Ultramontane, Fortschrittler 2c. in dem Verzeichniß floriren, wodurch es klar und deutlich zu Tage liegt, daß die Beauftragten fürstlich belogen sein wollen, ebenso wie es den Fabrik- und Grubenbesitzern damit ergeht. Man weiß nicht recht, was die Herren mit ihren Maßnahmen, welche auf den „Umsturz" des Wahlgesetzes, das ja bekanntlich geheime Wahl vorschreibt, bezwecken wollen. Nur die Allerdümmsten werden durch dieses Manöver gefangen werden, die anderen werden unterschreiben und hinterher doch wählen, wen sie wollen, nicht wen die „Herren" wollen."

Kray (bei Essen a. d. R.). Am 15. Juni wurde dem Bergmann J. Schröter, welcher an 24 Jahre auf der Zeche gearbeitet, gekündigt. Auch einigen andern Parteigenossen widerfuhr dasselbe. Alle anderen konnten jedoch wieder bleiben, nur Schröter mußte gehen. Derselbe hat Frau und 3 Kinder zu ernähren und ist selbst schwindsüchtig. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen. Trotz aller Bemühungen ist es Schröter nicht gelungen, auf anderen Zechen Arbeit zu erhalten. Wird der Mann durch solche Maßregeln vom Sozialismus kurirt? Sicher nicht.

Arnstadt, 9. Juli. Gestern Mittag nach 1 Uhr wurde hier bei Genossen Hägerich Haussuchung gehalten. Die betreffende Commission gab an, Nachforschungen darnach anstellen zu müssen, ob die 1875 aufgelöste Holzarbeiter-Gewerkschaft noch weiter fortbestehe oder nicht. Das Resultat des Suchens war erstens der Ortsstempel der betreffenden Gewerkschaft, und zweitens zwei harmlose Einladungskarten für Damen zu einem Gewerkschaftsstiftungsfest von 1874. Dies war Alles, was man für werthvoll hielt und in Folge dessen mitnahm. — Unser „Intelligenzblatt" vom Sonntag bringt in seiner Unterhaltungsbeilage einen Witz aus dem Berliner „Ulk", betitelt: „Ein parlamentarisches Zukunftsbild". Mit dem Abdruck des Witzes schlägt sich aber unsere liberale Partei geradezu selber in's Gesicht. Valentin, der bekannte Schlußmacher, wird nämlich in diesem parlamentarischen Zukunftsbild ganz gehörig lächerlich gemacht, aber trotzdem wird ungenirt nachgedruckt, obgleich damit auch die Wähler Valentins der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Zwei Legislaturperioden hindurch hatte Valentin sein Amt als Vertreter unseres Wahlkreises zur größten Zufriedenheit seiner Wähler versehen, jetzt, da man ihn nicht mehr braucht, sucht man ihn, gleich dem Berliner „Ulk", lächerlich zu machen. Da weiß man wirklich nicht, was man dazu sagen soll.

Pausa i. Vogtl. Unser Genosse Nagler, Redakteur der „Reuß. Fr. Pr.", hat eine fünfwöchentliche Strafhaft im hiesigen Gerichtsgefängniß angetreten. Die Verurtheilung geschah in Folge einer Rede, welche Nagler in Pausa über das Christenthum und den Sozialismus gehalten hatte. Nagler befindet sich nun in einer bedauernswerthen Lage. Von den den politisch Inhaftirten sonst gewährten Erleichterungen der Haft wird ihm keine einzige gewährt, so daß er gleich dem gemeinen Verbrecher die Gefängnißkost genießen muß. Auch jede Unterstützung in Geld wird ihm vorenthalten, so daß er selbst sich auch keine Erleichterung der Haft verschaffen kann.

Wurzen, 2. Juli. Mitte Juni d. J. entließ die hiesige Firma Wilhelm Hartenstein einen Arbeiter, welcher 42 Jahre ununterbrochen in diesem Geschäfte gearbeitet hatte; die Gründe dazu waren, weil derselbe zu alt und nicht mehr mit den jüngeren Leuten konkurriren, oder mit andern Worten gesagt, um die Wette arbeiten könne. Die Chefs der betreffenden Firma heißen Bäßler und Loßow. Derselbe Arbeiter wurde am 26. März 1870 auf Befehl des Königs von Sachsen mit der großen silbernen Medaille (für Treue und Fleiß) dekorirt, er ist 59 Jahre alt, hat seine ganze Lebenszeit im Dienste dieser Herren zugebracht und hat, man staune, in diesen 42 Jahren 8 Mark Lohn pro Woche bezogen. Dabei ist er noch tüchtig und kann die schwerste Arbeit verrichten. Nicht einmal Aussicht auf Wiederanstellung haben genannte Ehrenmänner diesem Arbeiter versprochen. Nun sitzt derselbe auf seinen alten Tagen mit seiner Familie zu Hause ohne Brod und ohne Geld, hat sich redlich geplagt und geschunden und muß nach 42jähriger Dienstzeit Hunger leiden. Denken Sie aber nicht, daß derselbe sozialdemokratische Gesinnungen gehegt hätte; diese hat derselbe gar nicht gekannt, viel weniger begriffen, und ist der konservativste und loyalste Arbeiter, welchen es nur geben kann. Diese einfachen Worte charakterisiren das erlogene heuchlerische Wesen unserer Besitzenden besser als lange Auseinandersetzungen.

Worms, 8. Juli. Die Wahlagitation ist hierorts noch nicht in Fluß gekommen, es erscheint überhaupt unbestimmt, ob Heil wieder candidiren wird. Wie wir hören, soll demselben der fortschrittlich-demokratische Landtagsabgeordnete Edinger gegenüber gestellt werden. Da derselbe sich entschieden gegen alle Ausnahmsgesetze ausgesprochen, auch sonst unsere Partei im Stadtrathe öfters in Schutz nahm, so sind einige Genossen der Ansicht, demselben ihre Stimme zu geben. Bis jetzt haben wir noch keinen sozialistischen Candidaten aufgestellt. Da durchaus keine Aussicht vorhanden, einen sozialistischen Abgeordneten durchzubringen, so wird wohl die Majorität sich für Edinger erklären, denn jeder ehrliche Mann muß uns jetzt willkommen sein, wenn er sich nicht gegen uns wendet.

Verden, 10. Juli. Gestern wurde hier bei etwa 20 Parteigenossen Haussuchung gehalten. Dieselbe soll auf Requisition der Hamburger Staatsanwaltschaft stattgefunden haben, um Loose von der Londoner Tombola ausfindig zu machen. Es ist, wie ich höre, eins dieser Loose gefunden worden. Bei mir haben sie zwei Postscheine mitgenommen, der eine über eine Geldsendung an Geib, der andere über einen eingeschriebenen Brief an Derossi. Abends, als ich von der Arbeit kam, standen schon wieder zwei Polizisten vor meiner Wohnung. Dieselben sagten nun, sie hätten bei einem andern Genossen eine Wahlfondliste gefunden, worauf von mir 10 Mk. quittirt seien, und sie wüßten ganz bestimmt, daß ich auch heute Geld nach Hamburg geschickt. Ich solle den Postschein hergeben, widrigenfalls sie sich an die Staatsanwaltschaft wenden würden, und diese würde dann die Bücher von der Post verlangen. Ich erinnerte mich nun, im „Vorwärts" gelesen zu haben, daß Sammlungen zu Wahlzwecken erlaubt seien; ich erwiderte deshalb, daß ich wohl Geld weggeschickt, den Postschein aber nicht mehr hätte. (Im Wahlgesetz ist nichts über Geldsendungen enthalten, jedoch sind Privatsammlungen zu Wahlzwecken erlaubt, öffentliche Sammlungen gehören unter die Collecte und bedürfen der polizeilichen Erlaubniß.

Mylau, 8. Juli. Wie überall, so fängt man auch hier an, die Arbeiter durch Maßregelungen über das „Verwerfliche" ihrer Gesinnung zu — belehren. In der Fabrik des Herrn Anton Merkel wurde drei Webern gekündigt; zwei davon lieferten ihre angefangenen Stücke ab und gingen sogleich, versehen mit den besten Zeugnissen. Die Arbeiter werden sich die Firma Anton Merkel fest ins Gedächtniß einprägen.

Plauen. Der nun immer mehr in den Vordergrund tretende Wahlkampf verspricht äußerst lebhaft und interessant zu werden. Die drei aufgestellten und dem Volke mit schwülstigen Phrasen empfohlenen „Ordnungscandidaten" fangen schon langsam an auf einander loszutrommeln, dabei aber immer betonend, der Andere habe bereits den Anstand verletzt und den früheren „Abmachungen" entgegen die „Ruhe" gestört und dadurch Anfeindungen provocirt. Am drolligsten aber geberdet sich der sehr gelehrte „Dr." Werner, der von sich selbst rühmt, er habe „ein solches Rednertalent, wie es die Stadt Plauen noch nie das Vergnügen zu hören gehabt", wörtlich!) und er hält es für seine Pflicht, solches den Wählern des 23. Wahlkreises mitzutheilen. Die Industrie, der Handel, der Ackerbau, Alles wird, wenn wir diesen „Doktor" wählen, in noch nie geahnter Weise aufblühen. Ja, ja, das Versprechen goldener Berge vor den Wahlen kennen die Wähler schon, es wird sich damit auch Niemand fangen lassen, darum tragen wir nicht die geringste Sorge. Auch der Anzeiger titulirt uns jetzt auf einmal „ehrenhafter Arbeiterstand" u. s. w. Das ist vor der Wahl, nach dieser aber sind wir wieder die „rohe und verwilderte Masse", nicht wahr? Eure Lockrufe sind umsonst, spart Eure Mühe. Wir kennen ja die Wölfe in Schafskleidern. Die Arbeiter wissen, wer für ihre Interessen stets gekämpft und gestritten hat und allen Verleumdungen und Lügen zum Trotz weiter das Ziel verfolgen wird: Befreiung der Menschheit von jeder Unterdrückung und Sklaverei, und das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Colditz. Am vergangenen Montag hatten wir das Vergnügen, den Candidaten der „Ordnungspartei", Hr. Dr. Frege, in einer Wählerversammlung zu hören. Die Herren Ordnungsmänner waren auch diesmal wieder so schlau, Karten auszugeben, was jedoch nicht verhinderte, daß sich auch Sozialisten eingefunden hatten. Auf ein spezielles Eingehen auf den Vortrag von Dr. Frege verzichten wir, denn wir bezweifeln nicht, daß jeder halbwegs vorurtheilsfreie Mann den Eindruck mit hinweggenommen hat, daß die ganze, mit Phrasen gespickte Rede des Hrn. Dr. Frege eine Leimruthe zum Einfangen von Wählern für die conservative Partei war. Man muß es geradezu lächerlich finden, wenn Dr. Frege unter Anderm erklärte, daß er mit Fortsetzung der kostspieligen Kasernenbauten nicht einverstanden sei. Ja ja, Ihr Herren, das seid Ihr Euren Wählern gegenüber nicht, aber im Reichstag! — ja, Bauer, das ist was ganz Anderes! Gerade die conservative Partei ist es, die da sagt: Herr, Dein Wille geschehe! Daß die sogenannte „Ordnungspartei" ihren Namen in der That verdient, mußte ein liberaler Wähler, welcher sich hinter dem Ofen placirt hatte, erfahren; derselbe wollte dadurch, daß er im Laufe des Vortrags die Bemerkung machte, „das soeben Gehörte habe in der Gartenlaube gestanden", seine Zustimmung ausdrücken. Aber das wäre ihm beinahe übel bekommen, denn sofort erhoben sich Stimmen mit dem Rufe: „Raus, raus mit ihm!" Natürlich löste sich der Zwischenfall in allgemeine Heiterkeit auf, als das verdutzte liberale Gesicht des Hrn. B..... zum Vorschein kam.

Harburg, 8. Juli. Seit sehr langer Zeit lese ich den „Vorwärts" und nie finde ich vom hiesigen Orte einen Bericht. Ueber die Wahlbewegung im hiesigen 17. hannoverschen Wahlkreise Folgendes: Da wir hier keine Aussicht haben, unseren Candidaten durch-, eventuell in die engere Wahl zu bringen, so haben wir von einer größeren Agitation im hiesigen Wahlkreise Abstand genommen, da dieselbe bei der Ausdehnung von Hamburg bis Bremen zu viele Kosten verursachen würde; es wird aber unsererseits jedenfalls ein Candidat aufgestellt, nnd werden wir für denselben nur Stimmzettel vertheilen; dahingegen wird aber zur Unterstützung der offiziellen Wahlkreise unser Möglichstes geschehen, und werden wir gewiß nicht hinter anderen Orten zurückstehen. Schwer genug wird uns ja auch dies schon gemacht; Maßregelungen und Einschüchterungen sind auch hier an der Tagesordnung. Die Palme unter den hiesigen Gesellschaftsrettern verdient aber jedenfalls der bisherige Vertreter des 17. Wahlkreises, unser Oberbürgermeister Grumbrecht, der Mann mit dem gesunden Menschenverstand, wie die „Kölnische Zeitung" schreibt. Bekanntlich ist Grumbrecht einer der größten Schwätzer und Phraseurs des Reichstags. In seiner Eigenschaft als Polizeidirektor verbietet er uns sogar das Abhalten von Festlichkeiten, von Volksversammlungen gar nicht zu reden. Kapitalleute wie wir Sozialisten aber nun einmal sind, wird uns auch dies nicht abhalten, die sauer verdienten Groschen für den Wahlfond herzugeben. Jetzt heißt es: trotzdem und alledem! Außer unserm bis jetzt noch nicht proklamirten Candidaten, ferner Grumbrecht, ist von den orthodox-pietistischen Welfen der Graf Grote aufgestellt. Der Wahlkampf wird voraussichtlich ein heißer werden.

L. S.

Hamburg. In einer Versammlung aller wahlberechtigten Maurer von Hamburg und Umgegend am 4. Juli 1878, Abends, im „Englischen Tivoli" wurde folgende Resolution angenommen: „Die von 1500 Maurern besuchte Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an und beschloß, dieselbe in tausend Exemplaren auf allen Bauten Hamburgs und Umgegend vertheilen zu lassen. Resolution bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahl am 30. Juli dieses Jahres: „Die heute im „Englischen Tivoli" tagende Versammlung der wahlberechtigten Maurer erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Wiederwahl der bisherigen Vertreter der drei Hamburger Wahlkreise; sie tadelt das Verhalten der Abgeordneten Möring, Bauer und Dr. Wolffsohn, als gegen die Interessen des arbeitenden Volkes gerichtet. Diese Abgeordneten stimmten für Einführung der Arbeitsbücher und sonstige Beschränkungen der Freiheit der Arbeiter. — Dies allein zeigt sie schon in ungünstigem Lichte. Die Versammlung spricht sich voll und ganz für die vom Arbeiterwahlcomité empfohlenen Candidaten aus und verpflichtet sich, im ersten Wahlkreise für August Geib, im zweiten Wahlkreise für Georg Wilhelm Hartmann und im dritten Wahlkreise für Ernst Breuel thatkräftig einzutreten. Die Versammlung beschließt ferner: daß der Tag der Wahl, Dienstag, den 30. Juli, von den Maurern Hamburgs als Feiertag betrachtet werden soll. Sie fordert daher alle Maurer, ob wahlberechtigt oder nicht, auf, diesem Beschluß einmüthig Folge zu leisten und am Wahltag ausschließlich ihre Thätigkeit auf die Wahl der Arbeitercandidaten zu richten. Wenn Alle helfen und sich dem Streben der Arbeiterschaft Hamburgs anschließen, dann muß diesmal der Sieg den Arbeitern zufallen. Die Versammlung fordert zum Schlusse die Arbeiter aller anderen Gewerke auf, auch ihrerseits den 30. Juli zum Feiertag zu erklären." Im Auftrage: Das Bureau dieser Versammlung. H. Schöning. Aug. Pflugradt.

9. sächs. Wahlkreis (Freiberg-Hainichen-Oederan).

Allen Genossen hiermit zur Kenntnißnahme, daß die Centralleitung der Wahl-Agitation nach Freiberg verlegt worden ist und das Arbeiter-Wahlcomité seine Expedition

Freiberg, Berthelsdorferstraße 25 I.

errichtet hat und daselbst in Permanenz besteht.

Gleichzeitig werden alle Genossen, denen eine persönliche Mitwirkung bei den Wahlen möglich ist, gebeten, sich bei dem unterzeichneten Comité persönlich oder schriftlich recht bald zu melden.

Freiberger Arbeiter-Wahl-Comité.
H. Goldstein.

Briefkasten

der Redaktion. Auf verschiedene Anfragen: Wjera Sassulitsch befindet sich in Sicherheit und zwar außerhalb des Bereichs der russischen Knute, in Paris. — G. S. in Würzburg: Wenden Sie sich in Betreff Düsseldorf an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Stelle-Gesuch. Ein junger Parteigenosse, Schriftsetzer, wiederholt gemaßregelt, sucht sofort Stelle. Derselbe eignet sich zur Agitation, wie zur Mitarbeiterschaft an einem Parteiblatt. Offerten umgehend zu richten an F. Weidemann, Hamburg. (F. 289)

Wahlagitationsnummer.

Den vielen Reklamanten zur Nachricht, daß wir, da die Genossenschaftsbuchdruckerei unseren Bedarf an Wahlagitationsnummern nicht decken kann, außer Stande sind nach Verlangen zu liefern.

Bis Mitte nächster Woche wird es uns möglich werden, die bis jetzt eingegangenen Bestellungen zu effektuiren.

Neubestellungen werden vor dem 22. d. M. kaum zum Versandt gelangen können.

Leipzig, 11. Juni 1878.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.

Bestellungen bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., Vereinsangelegenheiten und Lehrlingsgesuche pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jonscher, 115 Elm Str. corner Broome. — Mr. Herm. Wiebe, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: B. Hat, 588 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. box Charlotte & George Sts.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 315 Washington Str.
Chicago: A. Lunkermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Eng, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 84. Freitag, 19. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Wider den Strom!

Ein ganzes Volk in Haß und Wahn,
Von tollem Grimm entstellt die Züge!
Vom Pregel bis zu Maas und Lahn
Auf frechem Siegeszug die Lüge!
Zum Todesstoß bereit die Hand,
Auf uns gehetzt die wilde Meute!
Wir aber halten trotzig Stand
Und fallen wehrlos nicht zur Beute.
Die Faust, die unsern Hals umkrallt,
Erwarten wir mit düstrem Blick;
Stoßt zu und trefft uns in's Genick —
Zum Schlag ist unsre Faust geballt!

Nur immerzu in toller Hast,
Nur immerzu, den Mund voll Geifer:
Wählt immer aus den stärksten Ast,
An den uns hängt der „fromme" Eifer!
In zu viel Köpfen ward es hell
Und paßfrei reisen die Gedanken.
Theilt nicht zu früh des Bären Fell
Und denkt an seine Eisenpranken!
Ihr jagt ihn nicht in's Mauseloch,
Und ob ihr schäumt und ras't und bellt
Und ob ihr auf den Kopf euch stellt —
Trotz alledem, wir siegen doch!

Nur immerzu! Wir schöpfen Muth
Aus guter und gerechter Sache.
Sorgt, daß das Uebermaß der Wuth
Euch nicht zum Kinderspotte mache.
Wo noch ein klarer Kopf entwich
Dem Deliriren der Gehirne,
Er wendet ab voll Ekel sich
Und bietet euch mit uns die Stirne.
Wer mit so schlechten Waffen ficht,
Der will nicht Kampf, der will nur Mord,
Der wirbt für uns in Süd und Nord,
Der zwingt uns und besiegt uns nicht!

Ihr hofft, den Hals uns umzudrehn,
Doch wird die Seifenblase platzen!
Uns, die so manchen Sturm gesehn,
Ersäuft man nicht wie junge Katzen.
Habt ihr nach einem Ringen Luft —
Heran und laßt euch herzhaft packen!
Wir drücken fest euch an die Brust,
Daß euch im Leib die Rippen knacken.
Und zieht daher in Saus und Braus
Der „Ordnung" herrliche Partei —
Wir bieten Trotz, wir sind so frei —
Vielleicht geht ihr der Athem aus.

Ihr seid brutal und dennoch schwach,
Ihr prahlt und möchtet lieber beben;
Euch bangt, Ihr könntet einen Krach,
Den zweiten, gründlichern, erleben.
Ihr droht und seid im Grunde feig;
Wer weiß, am Ende lernt ihr beten,
Wenn rüstig wir den Ordnungsteig,
Den widerlich gemanschten, kneten.
Ihr steht mit Geldsack und mit Stahl
Und mit der Bibel dickt geschaart —
Ja wohl, doch in die Haare fahrt
Ihr wild euch wieder nach der Wahl.

Vier schielend-dumme Köpfe streckt
Hervor das plumpe Ungeheuer,
Doch nur den biedern Spießer schreckt
Die Spottgeburt von Dreck und Feuer.
Der Junker und der Fortschrittsmann,
Der Liberale zwischen Beiden,
Ein Mucker hinterdrein — wer kann
Die edle Sippschaft unterscheiden?
Frisch vor die Klinge mit Gefleuch!
Ihr irrt, wenn ihr zu schrecken glaubt,
Und ob ihr züngelt, zischt und schnaubt —
Wir sind zu stark zur Furcht vor euch!

Stoßt zu, ihr Herrn, wir stoßen nach!
Ein einz'ger Tag wird Alles wenden
Und nicht die namenlose Schmach,
Auf die ihr heimlich sinnt, vollenden.
Ja, knebelt nur das freie Wort,
Wir halten fest und treu zusammen,
Und rastlos frißt im Stillen fort
Der Brand — kein Meer verlöscht die Flammen!
Ihr macht's uns herzlich unbequem,
Doch ob ihr euch verzweifelt stemmt,
Ihr werdet schließlich fortgeschwemmt!
Wir siegen doch — trotz alledem!

W. Z.

Unsere Feinde sind unsere Freunde!

Berlin, 15. Juli.

Die polizeilichen Maßregeln hier in Berlin haben merkwürdigerweise, oder besser: natürlicherweise das gerade Gegentheil von dem bezweckt, was sie bezwecken sollten.

Zuerst allerdings waren unsere Parteigenossen etwas „paff", das polizeiliche Donnerwetter kam plötzlich und in einer geradezu „welterschütternden" Heftigkeit — doch bald schon erholten wir uns wieder. Das Gewitter war nicht so gefährlich, wie es den Anschein hatte, der Blitzstrahl zündete nur selten. Ja, man kann es dreist sagen, das polizeiliche Gewitter hat die Luft gereinigt, der Platzregen hat die Gemüther erfrischt, so daß unsere Genossen mit großem Muthe und fester Siegeszuversicht in die Zukunft sehen.

Wenn die geheime Polizei hier eine Mine baut, gleich wird eine Gegenmine gelegt; die Polizei glaubt die geheimsten Fäden der hiesigen Agitation in den Händen zu haben, unsere Genossen hier haben aber die Fäden der „geheimen Polizei" in den Händen trotz Pick und Madai. Die Polizei versucht, verschiedene Parteigenossen zu Spitzeln zu machen, aber es giebt auch Polizeispitzel, die aus Noth dieses edle Handwerk ergriffen haben, welchen das „Gewissen" manchmal schlägt und die unsere Genossen auf irgend eine zarte Weise von bevorstehenden „Ueberraschungen" rechtzeitig in Kenntniß setzen.

Die Polizei kennt sämmtliche politische und besonders sozialdemokratische „Verbrecher", unsere Parteigenossen aber kennen wiederum sämmtliche Mitglieder der hochedlen Spitzelzunft und auch die werthen Mitglieder der Criminalpolizei.

Wunderbare Geschichten könnte ich Ihnen erzählen aus diesem interessanten Guerillakrieg zwischen uns und der Polizei — doch da wir die besseren Strategen sind, so will ich lieber nichts verrathen: die Polizei könnte sonst noch gar von uns etwas lernen.

Nichts geschieht in Bezug auf die bevorstehenden Reichstagswahlen seitens unserer Partei, welches das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätte, und doch kann nichts öffentlich verhandelt werden, weil uns alle Lokale zu Versammlungen abgeschnitten sind. Und doch geschieht Alles, was geschehen muß, ebenso gut ohne Versammlungen; der Gedanke, der früher laut verkündet wurde, bringt geräuschlos, aber mit Blitzesschnelle zu allen Betheiligten.

Das kommt davon, weil das ganze Volk hier in Berlin agitirt. Und dagegen ist die Polizei völlig ohnmächtig. Die löbliche Polizei möge es sich merken: Die Wahlen hier in Berlin werden jetzt lediglich vom Volke „gemacht" — jegliche andere „Mache" ist unmöglich.

Die Polizei scheint dies auch schon selbst zu fühlen; sie ist rathlos, sie soll den Sozialdemokraten auf die Finger sehen und sieht sich dem gesammten arbeitenden Volke gegenüber. Durch die vielen und ungerechten Verfolgungen sind hier in Berlin Sozialdemokratie und arbeitendes Volk völlig Eins geworden. Jetzt erst können wir Sozialdemokraten mit vollständigem unantastbarem Rechte sagen: Wir sind die Vertreter der Arbeiterklasse.

So ist gerade das Gegentheil von dem, was bezweckt worden ist, entstanden; man wollte den Einfluß der Sozialdemokratie auf das arbeitende Volk abschwächen — man hat ihn gehoben; man wollte die sogenannten „Führer" der Sozialdemokratie in Acht und Aberacht bei dem Volke erklären — man hat sie nur beliebter gemacht; man wollte der sozialdemokratischen Saat den Boden zum Aufsprießen entziehen — man hat ihn nur aufgelockert und fruchtbarer gemacht.

Verblendung, Thorheit und Haß unserer Gegner haben für uns gekämpft — sie haben die Einigkeit in unseren Reihen, in den Reihen des arbeitenden Volks noch fester geschmiedet, sie haben unsere Begeisterung, unsere Liebe zur Sache, unsern Siegesmuth neu erweckt und hoch emporgehoben.

„Unsere Feinde sind unsere Freunde" — Dank deshalb den Polizeimaßregeln, Dank dem brutalen Fabrikantengebahren!

Elsässische Zustände.

III.

Die Regierten.

Straßburg i. E., im Juli 1878.

In unserem letzten Artikel haben wir versucht, den Lesern des „Vorwärts" ein möglichst anschauliches Bild von den Regierenden im Reichsland zu entwerfen; von den Regierten haben wir desto weniger sprechen können und holen dies nach, indem wir uns heute bemühen werden, die Zustände innerhalb der einheimischen Bevölkerung, ihre Bestrebungen und Ziele darzulegen.

Das elsässische Volk hat, wie schon früher betont, seit der Annexion in seiner großen Mehrzahl sich noch immer nicht in den Zusammenhang mit Deutschland hereindenken, immer noch kein Verständniß für die politischen und sozialen Verhältnisse jenseits des Rheins gewinnen können. Wer daran die Schuld trägt, haben wir neulich deutlich ausgesprochen: hätte die Bureaukratie, als sie den Elsässern das gleiche, direkte Wahlrecht zum Reichstag gab, dieses Recht nicht wieder sofort verkümmert und zertrümmert, hätte sie uns nur das jämmerliche Scheinbild der altdeutschen Vereins- und Preßfreiheit verliehen, hätte sie gar die Regelung unserer Angelegenheiten einer aus gleichen, direkten Wahlen hervorgegangenen Deputirtenkammer anvertraut — die elsässischen Wähler wären dann politisch ganz anders herangebildet, als sie es in Wirklichkeit sind.

Unter den embryonalen Zuständen, wie wir sie geschildert, konnten sich aber auch keine politischen Parteien mit festem Programm entwickeln, sondern nur Parteien nach der Nationalität und Religion; es gewannen blos 3 Gruppen wirklichen Einfluß: die Ultramontanen, die Autonomisten und die Protestler; die Ultramontanen, die in Dekanen und Caplanen ein stattliches Heer von Streitern besitzen; die Autonomisten, für die Kreisdirektoren, Regierungsräthe und Bürgermeister eine ebenso geschickte, wie energische Agitation betreiben; die Protestler, die in dem französisch sprechenden Theil des Volkes, also besonders in den Städten des Unterelsasses, sowie im Oberelsaß und ganz Lothringen einen starken Rückhalt finden.

Die Ultramontanen, die in der französischen Zeit selbst unter den oberelsässischen Bauern einen nur geringen Anhang hatten, ernteten zuerst die Früchte der genialen Regierungspolitik. Im Bunde mit den Protestlern, die Anno 74 noch trefflich organisirt waren, denen aber gerade dieses Bündniß den Hals gebrochen hat, brachten sie von 15 Abgeordneten 11 ihrer Candidaten durch, während sich die blamirten und düpirten Protestler mit 4 Sitzen begnügen mußten. Am 10. Januar 1877 ging es den Ultramontanen allerdings schlimmer: im Unterelsaß wurden sie von den Autonomisten, in Lothringen von der radikalen Protestpartei verdrängt; immerhin behaupteten sie 5 Sitze, die ihnen auch bei den nächsten Wahlen Niemand abnehmen wird, und die wahrscheinlich noch durch den Landkreis Straßburg auf 6 vermehrt werden. Die Bestrebungen dieser Partei sind zu bekannt, als daß darüber ein Wort zu verlieren nöthig wäre — wie in Alt-Deutschland sind sie bald radikal, bald reaktionär, je nachdem die Parole von Rom her lautet: Alles geschieht in majorem papae gloriam. —

Als eine eigenthümliche Pflanze, die auf eigenthümlichen Boden emporgeschossen, präsentirt sich die sogenannte Autonomistenpartei. Sie steht auf dem Boden des Frankfurter Friedens und zwar mit beiden Füßen, während die Ultramontanen blos mit einem darauf stehen, und die Protestler denselben völlig verhorresciren. Das Prinzip der Autonomisten ist, für das Reichsland möglichste Autonomie, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, Selbstverwaltung, Vereins- und Preßfreiheit, direktes Wahlrecht für alle Wahlen „anzustreben". Liebchen, was willst du noch mehr?

Mit dem Anstreben hat es allerdings eine eigene Bewandtniß: die Herren, die ihren Wählern gegenüber mit den freiheitlichen Phrasen um sich warfen, die sich für die echten Söhne des glorreichen Jahres 89 (1789) erklärten und dadurch einen ziemlich erfolgreichen Bauernfang betrieben, zeigten sich in Berlin reaktionärer als die Nationalliberalen. Sie zeigten sich von jedem Brocken, der vom Regierungstisch für sie abfiel, so befriedigt, daß sie sich weiter gehenden fortschrittlichen und nationalliberalen Anträgen widersetzten. Beim Oberpräsidium in Ungnade fallen und damit der Abgeordnetenwürde entsagen zu müssen, ist eben für „anstrebende" Männer ein schlimmes Ding. Die Herren wollten sich um jeden Preis ein „rothes Röcklein" verdienen und — die Lust macht erfinderisch. In diesen strebsamen Gehirnen sprießte denn auch der Gedanke auf, in's Reichsland das „Gottesgnadenthum" zu importiren, den Kronprinzen zum Reichsverweser in Elsaß-Lothringen zu machen.

Die „gutgesinnte" deutsche Presse ließ sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen, in bandwurmartigen Artikeln dieses Projekt als aus der Mitte des elsässischen Volkes hervorgegangen und von ihm mit Begeisterung aufgenommen, zu verarbeiten. O blutige Ironie! Als ob das elsässische Volk Lust hätte, sich zu den enormen Verwaltungskosten noch in Schulden für einen Hofhalt, prinzliche Apanagen und ähnliche nützliche Dinge zu stürzen. Wie wenig selbst in den deutschfreundlichsten Kreisen derartige Pläne gefallen, wie wenig selbst in ihnen die Liebe zu den monarchischen Institutionen vorhanden ist, beweist eine uns vor einiger Zeit von betheiligter Seite erzählte Thatsache. Als nach dem zweiten Attentat die hiesige Studentenschaft eine namentlich zu unterzeichnende Adresse an den Kaiser absandte, unterschrieben von 750 Studirenden 480, eine ziemlich stattliche Zahl; von den 100 hier studirenden geborenen Elsässern unterschrieben: fünf! Die hier studirenden Elsässer stammen nun insgesammt aus Familien, die sich mit den neuen Verhältnissen ausgesöhnt, aus den autonomistischen Familien des Unterelsasses; denn die Protestler schicken ihre Söhne in die französischen Studienanstalten; also von diesen Autonomisten weigerten sich, obwohl aufgefordert, über 90 Prozent, auf der Glückwunschadresse an den Kaiser mit ihrem Namen zu figuriren. — Niemand als die Herren Redakteure und Mitarbeiter des „Elsässer Journals" wünscht monarchische Einrichtungen im Elsaß; da ist uns die Diktatur noch lieber. Die Inspiranten und Fabrikanten des obigen Blattes dachten, in einem elsässischen Landesministerium ein warmes Plätzchen zu finden; sie waren phantasievoll genug, einen Präsidenten- oder Rathstitel zu erhoffen. Niemals hat sich die autonomistische Partei, besser gesagt, ihre Führer mehr blamirt als bei dieser Geschichte — und das will gewiß etwas sagen. Die anfangs so kraftvollen Posaunenstöße in den Ganz- und Halbreptilen wurden auf Ordre schwächer und schwächer und verstummten zuletzt ganz. Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus; nur wurde dabei nicht einmal eine Maus geboren.

Ob nun diese Partei ihre Sitze behaupten wird, ist mehr als zweifelhaft. Der Landkreis Straßburg geht höchst wahrscheinlich an die Klerikalen verloren, der Stadtkreis Straßburg wird von den Protestlern hart umstritten; in Weißenburg Hagenau scheint die Sache auch zu wackeln.

Doch wird wohl mit Hülfe der zu Rath und That erbötigen Beamten noch mancher Wähler auf den autonomistischen Humbug reinfallen, um so mehr, als ein Theil der bisherigen Deputirten

auf die Wahl verzichten, und es in der Partei immer noch Persönlichkeiten giebt, die sich nicht ganz unmöglich gemacht haben.

Die autonomistische Partei rekrutirt sich aus den protestantischen Bauern und Kleinbürgern des Unterelsasses und den auf höheres Geheiß mitmachenden deutschen Beamten. Ihr heftigster und stärkster Feind ist die französische Protestpartei, die den Frankfurter Frieden grundsätzlich negirt, die Annexion also für rechtlich null und nichtig erklärt. In ihr findet sich Alles zusammen, was, ohne klerikal zu sein, der „preußischen Spitze" entgegenarbeitet: Bonapartisten, Liberale, liberale und radikale Republikaner, ja selbst Sozialdemokraten befinden sich in ihren Reihen. Bei derartig heterogenen Elementen ist es kein Wunder, daß derselben die Organisation völlig fehlt. Ebenso wenig ist ein festes Programm und — aus naheliegenden Gründen — auch keine Vertretung in der Presse vorhanden. Einen wie großen Halt dieselbe gleichwohl noch in der elsässischen Bevölkerung hat, zeigt die Thatsache, daß sie trotz ihrer Zerfahrenhat 5—6 Sitze bei den letzten Wahlen erlangt hat und dieselben auch diesmal behaupten wird. Obwohl ein großer Theil ihrer Anhänger prinzipiell nicht in eine deutsche Volksvertretung wählt, hat sie am 10. Januar 1877 doch die größte Stimmenzahl errungen.

In dieser Protestpartei sind viele tüchtige Elemente, die durch den unseligen Nationalitätenhader zu völliger Abstention und unfreiwilliger Passivität sich verdammt sehen. Aus ihr werden die so zahlreich vorhandenen politisch und sozial-radikalen Elemente mit der Zeit ausscheiden und in die Reihen der bislang noch schwachen elsässischen sozialistischen Partei eintreten. Wenn diese letztere unter der einheimischen Arbeiterbevölkerung noch nicht festen Fuß gefaßt — natürlich nicht aus den Ursachen, die von den Pensionären des Welfenfonds in letzter Zeit breitgetreten wurden —, so ist doch ein tüchtiger Kern vorhanden, der trotz der enormen Agitationsschwierigkeiten, trotz oder vielleicht gerade wegen des Verbots der deutschen sozialistischen Blätter, der Versammlungen und Vereine, stetig zunimmt. Unsere Pflicht, einerseits der Partei, andererseits dem reaktionären Preßgesindel, das stets die Existenz der Sozialdemokratie im Elsaß leugnet, gegenüber, ist es, das nächste Mal ausführlich zu berichten vom Sozialismus im Reichsland.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wo die Gewalt nicht hilft, da hilft — die List. Unsere Gegner haben es an keinem von beiden fehlen lassen, obwohl ihnen die Gewalt eine Lieblingswaffe ist.

Gut ist unbedingt der Einfall, den neulich ein behäbiger Geschäftsmann in der Provinz — — anwandte, um einen unserer rührigsten Organisatoren und Agitatoren in kleinbürgerlichen und Arbeiterkreisen aus der Wahlaktion herauszuheben, die er seit Wochen mit aller Energie und Umsicht aufgenommen hat.

Es wurde demselben, der ein sehr geschickter — — — meister ist, von einem größeren Geschäfte, für welches er früher schon zu wiederholtenmalen auswärts thätig war, abermals auswärtige Arbeit auf mindestens drei Wochen angeboten.

Der Meister hat es nun möglich gemacht, diesem diplomatischen Schachzuge so zu begegnen, daß der großmüthige Antragsteller völlig befriedigt und die sozialistische Sache dabei nicht vernachlässigt werden wird. — Vivat sequens! —

— Menschenhandel. Im „Osteroder Kreisblatt" finden wir folgendes Inserat: „Die Stellung von Maurergesellen für den Neubau des Unterhauptes der fünften geneigten Ebene des Elbing-Oberländischen Kanals bei Hirschfeld soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden. Versiegelte, mit entsprechender Aufschrift versehene Offerten sind bis zum 12. Juli c., Vormittags 11 Uhr, an den Unterzeichneten einzureichen. Die Bedingungen liegen im hiesigen Baubureau zur Einsicht aus, werden auch gegen Einsendung von 1,5 Mark übersandt. Hirschfeld bei Güldenboden, 25. Juni 1878. Der Baumeister Schierhorn." Wir hatten schon früher, bei Gelegenheit der „Lieferung" schwedischer Dienstboten, auf diesen schmählichen Menschenhandel hingewiesen und denselben in das gebührende Licht gestellt. Auch die Deutschen kommen auf diese Maxime, und an den Arbeitern wird es hauptsächlich liegen, diesem Handel mit Menschenfleisch auf Kosten eben dieses erhandelten Menschenfleisches ein Ende zu machen. Es ist dies nur möglich, indem sich die Arbeiter organisiren, Arbeitsnachweisbureaus errichten und diesen die Vermittelung solcher Angelegenheiten überweisen. Dann wird der Profit den Gewerkschaften und somit den Arbeitern selbst zufallen, und dem Handel mit Menschenfleisch ist ein Ende gemacht.

— Die Ordnungspartei ist ausgeschlossen! Diese Worte sollten neuerdings auf allen Einladungen und Plakaten prangen und an den Lokalen angeschlagen werden, in denen Wähler- und Volksversammlungen unsererseits abzuhalten waren.

Es war ein derartiger Beschluß zunächst im 13. sächs. Wahlkreise nothwendig geworden, um den „Ausschreitungen der Ordnungsbande" die Spitze abzubrechen. Das reaktionäre sächsische Vereins- und Versammlungsgesetz von 1850 ist nämlich unseren verbündeten Reaktionären nicht mehr reaktionär genug, sie corrigiren dasselbe deshalb mit der ganzen Brutalität, die ihnen, hinter der Polizei versteckt, möglich ist.

Es war unter solchen Umständen nothwendig, die Meinung der Oberbehörden darüber zu provoziren, um Gewißheit zu erlangen, wie weit das ungesetzliche Treiben der Gegner geduldet wird.

Eine Anzahl Sozialdemokraten ließ also durch einen Genossen bei der königl. sächs. Amtshauptmannschaft Leipzig schriftlich anfragen, ob es berechtigt sei, daß ein Gemeindevorstand die Abhaltung einer Wählerversammlung verbiete, weil nebst den Plakaten rothe Zettel angeklebt worden waren, worauf die Worte standen: „Die Ordnungspartei ist ausgeschlossen!"

Der Gemeindevorstand hat Recht bekommen, weil dadurch Störung der Ordnung zu befürchten sei! — Was soll das nun aber Anderes heißen, als daß man höheren Orts die Ordnungspartei für fähig hält, sich den Zutritt unter Störung der Ordnung zu erzwingen? — Mögen die „Reichstreuen" sich dieses Zeugnisses ebenso freuen wie wir, indem wir es neben den Mahnruf stellen: „Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen!"

— Zur Nachahmung empfohlen. Unter den Firmen, welche dem famosen Circulair zur Maßregelung aller sozialdemokratischen Arbeiter ihre Unterschrift gaben, figurirt auch die Maschinenbauanstalt C. Hummel. Mit dieser Firma stand bis jetzt die Allgemeine Deutsche Assoziations-Buchdruckerei in Geschäftsverbindung, und hat letztere seit ihrem Bestehen von ersterer Maschinen ꝛc. im Betrage von 16,310 Mk. 41 Pf. bezogen. Unterm Gestrigen ging nun an die genannte Firma folgendes Schreiben: „Allgemeine Deutsche Assoziations Buchdruckerei (Eingetragene Genossenschaft) Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a. Berlin, 12. Juli 1878. Herrn C. Hummel, Maschinenfabrik, hier. Aus einem uns zugegangenen Circulair hiesiger Arbeitgeber, in welchem den Arbeitern angekündigt wird, daß dieselben sich in Zukunft in keiner Weise an sozialdemokratischen Bestrebungen betheiligen dürfen, wenn sie nicht aus der Arbeit entlassen sein wollen, ersehen wir, daß auch Ihre Firma unterzeichnet ist. Da wir die Ausübung eines solchen Gewissenszwanges mit unseren Grundsätzen in keiner Weise vereinbaren können, auch nicht Lust haben, mit Firmen weiter zu arbeiten, die einem derartigen Zwang ihre Zustimmung geben, so sehen wir uns veranlaßt, unsere bisherigen Geschäftsverbindungen mit Ihnen abzubrechen. Sollten Sie noch eine Forderung an uns haben, so bitten wir um Einreichung resp. Kassirung Ihrer Rechnung. Achtungsvoll Heinrich Rackow."

— Wir erhalten aus Leipzig folgende Zuschrift:

„Geehrte Redaktion!

Angesichts der Reichstagswahl gestatte ich mir als Abonnent des „Vorwärts" Sie auf einen Uebelstand ganz ergebenst aufmerksam zu machen, dessen Beseitigung im Interesse der freien Bethätigung der politischen Ueberzeugung entschieden anzustreben ist. Dieser Uebelstand besteht darin, daß häufig der betreffende Wahlcommissar bei Abgabe der Wahlzettel unter dem Vorwande, nachsehen zu müssen, ob nicht etwa zwei Zettel zusammengefaltet seien, den überreichten Wahlzettel auseinanderfaltet und dabei natürlich den Namen des Candidaten liest. Damit ist eine wesentliche Bedingung, die geheime Wahl, verletzt und Mancher läßt sich durch diese Neugierde, oder wie man es sonst nennen mag, abhalten zu wählen, da es ihm wohl gefährlich werden könnte, wenn seine politische Ueberzeugung unberufenen Leuten kund wird, während er sie doch wenigstens in der Wahl eines seinen Grundsätzen entsprechenden Candidaten bethätigen möchte, wenn er auch sonst den Mund zu halten genöthigt ist; es wird dies in jetziger Zeit wohl manchen Ihrer Parteigenossen treffen. Ich gehöre keiner der zur Zeit bestehenden politischen Parteien an, was nicht ausschließt, daß ich in vielen sehr wesentlichen Punkten wie jeder vernünftige Mann mit Ihnen gehe, und stehe unabhängig genug da, um meine politische Farbe jederzeit unverhohlen zu zeigen, spreche also nicht pro domo, sondern für Viele, die sich nicht in ähnlicher Lage befinden, wenn ich Sie hierdurch höflichst ersuche, noch vor der Wahl in einer Nummer des „Vorwärts" in präziser, kurzer Weise Verhaltungsmaßregeln zu geben und besonders den oben berührten Uebelstand in Betracht zu ziehen mit Anziehung des betr. Gesetzesparagraphen oder der betr. Ausführungsverordnung.

Hochachtungsvoll

H. T."

Die betreffenden Paragraphen lauten:

§ 10. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

§ 11. Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand (Wahlcommissär, Protokollführer und Beisitzer) Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist.

Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß dasselbe leer ist.

Prozeß Lehmann-Hödel.

(Nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung".)

(Schluß.)

Angekl.: Dem Verein zu Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins, das ist kein sozialdemokratischer, und dann dem christlich-sozialen Arbeiterverein.

Vors.: Dann haben Sie auch der christlich-sozialen Arbeiterpartei angehört und eine Mitgliedskarte gelöst.

Angekl.: Ja, gewiß.

Vors.: Zu welchem Zweck thaten Sie dies, es war ja nicht Ihre Partei?

Angekl. schweigt.

Vors.: Welchen Ansichten huldigten Sie denn?

Angekl.: Ich habe gar keinen Ansichten dabei gehuldigt. es war Geschäft.

Vors.: Sie waren in Leipzig schon Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei gewesen. Seit 1877 aber hielten Sie sich zu den Anarchisten, deren Vertreter auf dem Congreß zu Gent ein gewisser Werner war. Wissen Sie denn, was die Anarchisten wollen? Sagen Sie uns das einmal.

Angekl.: Das habe ich nicht nöthig hier zu sagen. Ich würde Ihnen (sic) ebenso wenig zu meinen Ansichten gewinnen, als Sie mir zu den Ihrigen. (Bewegung.)

Vors.: Dann werde ich Ihnen die Antwort aus der Anklage geben, die behauptet, daß die Anarchisten die Umgestaltung der staatlichen und sozialen Verhältnisse auf gewaltsamem Wege erstrebten, während die Sozialdemokraten dasselbe Ziel auf dem Wege der Reform anstreben. Ist Ihnen dies bekannt gewesen?

Angekl.: Ja, gewiß.

Vors.: Die soziale Partei in Leipzig hat Sie dann ausgestoßen. Weshalb?

Angekl.: Ich hatte verschiedene Correspondenzen geschrieben, welche nicht behagten, bin aber nur aus Vereinslokalen entfernt, nicht ausgestoßen worden; ein paar Tage vor der That, als ich mich erschießen wollte, ist auf meinen Antrag der Ausschluß dann geschehen.

Vors.: Sie sollen auch für die „Fackel" geschrieben haben, aber die Aufsätze waren nicht brauchbar und wurden zurückgewiesen. Wenn Sie nun ausgestoßen waren, so ist es merkwürdig, daß Sie hier sozialdemokratische Versammlungen besucht haben.

Angekl.: Die habe ich besucht, um der Gesellschaft wegen und Agitationen halber für meine Idee.

Vors.: Was ist Ihre Idee?

Angekl.: Für anarchische Grundsätze.

Oberstaatsanw. v. Luck: Sie wollten dann auch Flugblätter absetzen?

Angekl.: Gewiß; das ist aber der Christlich-Sozialen Schuld.

Vors.: Sie sind in einer Versammlung gewesen, wo über die orientalische Frage und über die Pariser Commune vorgetragen wurde. Haben Sie dort gesprochen?

Angekl.: Ich habe kurze Erläuterungen gegeben als Vorsitzender.

Vors.: Sie waren also Vorsitzender?

Angekl.: Ja, gewiß.

Vors.: Und den Vortrag hat Werner gehalten?

Angekl. schweigt.

Vors.: Wie ist es mit Ihrer Aeußerung „Kaiser und Könige saugen das Volk aus, den Sozialdemokraten gehört die Welt?"

Angekl.: Diese Aeußerung habe ich zu dem Bürgermeister in Schkeuditz gethan.

Oberstaatsanw.: Das ist ganz richtig und doch haben Sie das Gegentheil bei dem Bürgermeister unterschrieben.

Angekl.: Ich habe unterschrieben. Meinetwegen. (Lachend.) Ich unterschreibe Alles und sonst was. Wahr ist, daß ich es nicht öffentlich gesagt habe.

Vors.: Sie sollen einem Wirth in Schkeuditz bei dessen Weigerung, Ihnen sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen zu vermiethen, gesagt haben: „Wenn das Hängen losgeht, so wissen wir, wo wir anzufangen haben." Thaten Sie diese Aeußerung?

Angekl.: Möglich, denn mit solchen Scherzen habe ich stets um mich geworfen.

Das weitere Verhör bringt nur noch eine strikte Verneinung des Angeklagten auf alle aus der Anklage ihm gemachten Beschuldigungen. Einen hervorragenden Punkt bildet die gravirende Stelle aus dem Briefe Hödel's an seine Eltern, welche sich in der Anklage befindet, und auf dessen vollständige Verlesung der Angeklagte dringt. Der Brief wird verlesen, es ist eine ziemlich zusammenhanglose Aneinanderreihung nichtssagender Phrasen. (Im Bericht der „Berliner Volkszeitung" heißt es: „Der Inhalt des Briefs grenzt an Wahnsinn." Und das Bruchstück, welches wir in der „Frankfurter Zeitung" finden, bestätigt dieses Urtheil im vollsten Maße. Es lautet: „Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist. Vergebt mir, ich bin todt, ich bin gemordet durch die corrumpirte Masse. Die Todten reiten schnell! Macht hier das Leben gut und schön, kein Jenseits gibt's, kein Wiedersehn! Laßt mich schwimmen, verkümmert eure alten Tage nicht! Unkraut ist vergangen, aber Granaten und Bomben müssen noch platzen, dann erst ist die Freude groß. Was heut nicht geht, geht morgen. Es naht der Tag der Rache, ein neuer Tell ist auch für Deutschland erwünscht! Die Masse muß es bringen, sagt der Jude, darum thue Jeder seine Schuldigkeit; ab, Sela; der Mohr kann gehen! Göttliche Weltordnung! Mein Tod heißt mehr als Sterben, es heißt Opfern! O Pech; o Pech, mein Schlüssel ist mir weg." Kurz: idiotischer Blödsinn!)

Nach der Verlesung bemerkt

Oberstaatsanw. v. Luck: Sie haben gesagt, Sie wären nicht Anarchist, heute bekannten Sie sich zu anarchistischen Grundsätzen und in den Akten finde ich die Aeußerung: „Die Anarchisten sind meine Männer!"

Angekl.: Das ist mir so zu sagen echapirt. Ich habe sonst was unterschrieben bei den vielen Vernehmungen.

Vors.: Bei der letzten sagten Sie: „Ich weiß nicht, was Anarchisten sind." Wissen Sie es überhaupt nicht, oder wollen Sie es nicht sagen?

Angekl.: Na denn — ich weiß es nicht. Sie können schreiben was Sie wollen, ich spreche mir, nicht Ihnen zu Gefallen. Ich spreche, wie es mir convenirt.

Damit ist das Verhör geschlossen. — Vors.: Die Zeugen sind sämmtlich hereinzurufen.

Der erste Zeuge, Leibkutscher des Kaisers Johann Hacker, deponirt ganz in dem Sinne der Darstellung der Anklage; er hat deutlich das Hervortreten des Attentäters nach dem Wagen bemerkt.

Der Leibjäger des Kaisers Schulze hat den Hödel, nachdem er den ersten Schuß abgefeuert, auf dem Trottoir mit der Schußwaffe bemerkt. Der Schuß müsse auf den Kaiser abgegeben worden sein, da der Rauch davon sich in gleicher Höhe mit der Person des Kaisers befunden habe. Der zweite Schuß sei nach anderer mehr schräger Richtung, anscheinend um die Bahn frei zu schießen, abgefeuert worden.

Ein Landwirth Schilling sagt in ähnlicher Weise aus.

Frau Prediger Melzer hat deutlich gesehen, daß der Mörder bei beiden Schüssen nach dem Wagen gezielt. Sie erkennt Hödel mit Bestimmtheit wieder. (Dieser setzt hierbei frech lachend seinen Hut auf, nimmt ihn aber sofort wieder ab.)

Kaufmann Albrecht hat die Einzelheiten bei der beabsichtigten Flucht des Hödel, wie sie die Anklage darstellt, beobachtet.

Kaufmann Zeidler desgleichen; der letzte Schuß Hödel's wurde gegen den Zeugen, der ihn verfolgte, abgefeuert. Zeidler hob auch den fortgeworfenen Revolver des Hödel auf.

Schutzmann Romig hat die Waffe entladen, in der bekanntlich noch zwei scharfe Patronen steckten.

Fabrikant Dittmann hatte am Thatorte mit dem Zeugen Schilling geplaudert, und deponirt in der Weise, wie sie die Anklage bezüglich der Abgabe der Schüsse darstellt.

Landwirth Schmeil sah ebenfalls, daß der Angeklagte auf den Kaiser gezielt hat.

Frau Klempnermeister Hauck hat das Abfeuern des Schusses, da sie in nächster Nähe des Attentäters stand, deutlich gesehen. Der Ellenbogen des Letzteren streifte sie, als er die Waffe zurückzog.

Magistratssupernumerar Busse bekundet, daß Hödel mit gestrecktem Arm nach dem Kaiser gezielt; diese Aussage weicht insofern von anderen ab, als letztere den Angeklagten mit geknicktem Arm zielend beobachtet haben.

Schlosserlehrling Hütter weiß nichts Neues auszusagen.

Museumswärter Woywoda, Steindrucker Baumgarten und ein Herr Wartinger aus Pankow haben an verschiedenen Tagen am Thatorte die in der Anklage erwähnten Kugeln gefunden.

Hofbüchsenmacher Barella als Sachverständiger bekundet, daß der Revolver zur Tödtung eines Menschen vollkommen geeignet sei. Der Lauf sei aber schief und schieße deshalb schon auf 9 Schritt einen Fuß zu hoch und ebenso viel nach links.

Einige dieser Zeugen werden jetzt vereidigt.

Buchdruckergehilfe Pötsch hat den Hödel bei den Zeitungsverkäufern Unter den Linden kennen gelernt und mit ihm verschiedene Lokale besucht. Hödel hat ihn eingehend nach der Zeit und der Gegend der Spazierfahrten des Kaisers gefragt.

Der Schlosser Krüger bekundet gleichfalls, daß ihn Hödel wegen dieser Umstände eingehend befragt habe.

Photograph Dietrich sagt, wie in der Anklage dargestellt, aus. Hödel habe ihm ein „Geschäft" mit den Photographien „seiner nächstens sehr berühmt werdenden Persönlichkeit" angetragen. Der Mensch habe ihm verrückt geschienen.

Hödel, vom Präsidenten befragt, ob er noch leugne, bei Herrn Dietrich gewesen zu sein, erwidert mit frechem Lachen: „Er simulirt sich selbst etwas vor, wohl um einen Orden oder Titel zu erhaschen."

Arbeiter Koch ist am Tage des Attentats mit Hödel zusammen im Thiergarten gewesen. Letzterer setzte sich auf die Bank, auf welcher bereits Koch mit einem Manne Namens Schütz saß, und äußerte: „Seit 48 Stunden habe ich nicht die Stiefel von den Beinen gezogen, aber ich lauere hier auf Jemanden, heute muß noch ein Dickkopf platzen." Koch erkennt den Hödel,

§ 16. Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, welcher denselben unentfaltet in das auf dem Tische stehende Gefäß legt.

Bemerkung. Jeder Wähler schaue sich genau den Mann an, dem er seinen Stimmzettel zu übergeben im Begriffe ist; denn es sind auch in dieser Beziehung schon Fälle vorgekommen, daß sich ein im Wahllokal befindliches liberales Comité als Wahlvorstand geberdete und sich die Zettel aushändigen ließ. Nur an dem Tisch, auf welchem die Wahlurne steht, soll der Wähler seinen Stimmzettel abgeben!

Ferner ist genau darauf zu achten, daß der Wahlvorsteher den Zettel sofort und unentfaltet in die Wahlurne wirft.

§ 17. Die Stimmzettel werden aus der Wahlurne genommen und unentfaltet gezählt.

Wir glauben durch Abdruck des Briefes und der betreffenden Paragraphen den Wunsch des Briefschreibers erfüllt zu haben.

— Wieder einen Lump aufgehalst. Vor einigen Tagen fand vor der 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts ein Majestätsbeleidigungsprozeß seine Erledigung, dessen wir aus dem Chaos derartiger Prozesse nur deshalb Erwähnung thun wollen, weil der bekannte Staatsanwalt Tessendorff selbst die Anklage vertrat und uns den Lumpen aufzuhalsen suchte. Es betrifft dies den 17 Jahre alten, schon mehrfach bestraften Buchhalter und Stenographen Käseböhmer, der in einem jener berüchtigten Nacht-Cafés eine Aeußerung gethan, die eine Beleidigung des deutschen Kaisers enthielt. Der Angeklagte benahm sich vor dem Gerichtshofe in der Weise derjenigen Menschen, die nur eben die Großstädte erzeugen können. Kaum der Schule entlaufen, werden diese unterirdischen Höhlen behufs Billardspiel und sonstiger Allotria frequentirt, dann kommen selbstverständlich die Nachtspelunken dran und so fort. Auf diese Weise ziehen die Großstädte ein Lumpenproletariat sondergleichen heran. Dem Angeklagten wurden verschiedene Fragen vorgelegt, aus deren Beantwortung sehr deutlich hervorgeht, daß er sich überhaupt noch nicht um den Sozialismus weiter bekümmert, als was er unter seinesgleichen davon gehört. Er behauptet, seit zwei Jahren sozialdemokratische Schriften gelesen zu haben und kann nur die „rothe Laterne“ anführen! Was ist das für ein gesuchter Beweis? Tausende von sozialdemokratischen Schriften stehen in unseren Bücherverzeichnissen — die „rothe Laterne“ finden wir jedoch nirgends aufgeführt. Der Angeklagte, gefragt, was er unter „Tendenzen der Sozialdemokratie“ verstehe? antwortet, „daß die heutige Gesellschaft und die heutige Staatsform über den Haufen geworfen werden muß“. Derartige unsinnige Redensarten, von jedem X-Beliebigen ausgesprochen, werden uns natürlich als unser Programm untergeschoben, die Presse betet es nach und das Publikum soll es glauben — zum Glück hat unsere 15jährige Agitation hinreichend Aufklärung unter dem arbeitenden Volke geschaffen, daß wir uns vor solchen Akten der Verleumdung nicht mehr zu fürchten brauchen. — Unser Freund Tessendorff hält sich nunmehr für verpflichtet, zu der großen Serie von Majestätsbeleidigungsprozessen eine Schlußrede zu halten und liest der sozialdemokratischen Presse den Text, daß sie von einer „Aera des Denunciantenthums“ gesprochen hat. Tessendorff muß wunderliche Begriffe vom Denunciantenthum haben — ein ehrlicher Mann steht seinem Freund und Feind Auge in Auge und sagt ihm, was ihm nicht gefällt — unter den vielgerühmten Deutschen ist es so weit gekommen, daß die Stiebers sich sogar in die Familie eingeschlichen haben und sogar unsern Schlaf belauschen und uns — denunciren. Und das sollten wir loben, — aber, Herr Tessendorff? Weiter behaupten wir, daß gerade die sozialdemokratische Agitation die Menschen veredelt und verbessert und unter Denjenigen, welche Majestätsbeleidigungen ausgestoßen, gerade die allerwenigsten Sozialisten sich befunden haben. Und wir könnten mit Beweisen aufwarten, daß wir edlere und bessere Menschen gezogen haben, daß die Besten der Nation sich in unseren Reihen befinden.

— Der Fortschritt lenkt wieder in sein Fahrwasser. Die Nr. 164 der Berliner „Volkszeitung“ bringt an der Spitze einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Zur Heilung“, in welchem die sozialdemokratische Partei mit der Demagogie verglichen und in drei Gruppen getheilt wird. Erstens Diejenigen, welche die Unglücklichsten und Verkommensten des Volkes, die Nothleidenden und Hungernden aufrufen, um mit Hilfe derselben die bestehende Ordnung (O weh!) zu beseitigen, zweitens in die sogenannten Theoretiker, die bisher für ihr Phantom von Sozialstaat auf dem Wege der wissenschaftlichen Diskussion gearbeitet haben, drittens in die Männer, welche den „Charakter wissenschaftlicher Erörterung“ bewahren. Diese letzteren sollen auf wissenschaftlichem Wege von ihren Irrthümern abgewendet werden; diese gefallen dem „Organ für Jedermann“, diese sind auch leichter zu beseitigen, man braucht nur ihre wissenschaftlichen Werke zu ignoriren. Der „Demagoge“ Lassalle hatte das Letztere sehr richtig eingesehen und schon damals die drei obengenannten Parteien zu einer einzigen vereinigt, indem er aber umgekehrt verfuhr, die wahren Männer der Wissenschaft zur Grundlage nahm, die in deren Schriften enthaltenen Pläne und Vorschläge ernstlich in Erwägung zog, dem Nothleidenden und Hungernden verbolmetschte und ihm den praktischen Weg zeigte, wie er es machen sollte, um zu dem ihm vorenthaltenen Rechte zu gelangen. Und dieser Weg ist beschritten seit der Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und strikte, trotz aller Parteiungen innerhalb der deutschen Sozialisten, verfolgt worden bis auf den heutigen Tag. Die Gelehrten des „Organs für Jedermann“ aber haben nichts gelernt und Alles vergessen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist errichtet auf bisher unantastbaren, wissenschaftlichen Grundlagen, welche geistiges Eigenthum von Hunderttausenden geworden sind. Die Massen haben die Pläne und Vorschläge öffentlich, privatim, überall diskutirt und den Weg der Praxis beschritten, und die Praxis wird sie jederzeit leiten, weil dieselbe auf wissenschaftlicher Grundlage beruht. Das „Organ für Jedermann“ braucht sich keine Mühe zu geben, seinen Standpunkt zu bemänteln, die Sozialisten wußten ja seit Lassalle's Zeiten immer, mit wem sie es zu thun hatten. Also lustig weiter!

— Spitzbuben hüben, Spitzbuben drüben. Wir hatten schon früher Gelegenheit, haarsträubende Betrügereien russischer Armeelieferanten u. s. w. mitzutheilen. Jetzt berichten nun russische Blätter, unter anderen die „Russische Welt“, von Untersuchungskommissionen, die in Rumänien eingesetzt worden sind, und die ebenfalls empörende Thatsachen an's Tageslicht fördern. So heißt es in einem Berichte: „Der am häufigsten wiederkehrende Fall, welcher die Bereicherung aller an der Verproviantirung der Armee Betheiligten befördert, ist folgender. Angenommen, es werden für die Truppen 1000 Pud Heu und ebenso viel Stroh reines angekauft. Der Preis ist bekannt. Dem Lieferanten wird eine Quittung ausgestellt, daß 1000 Pud abgeliefert worden. Auf diese Quittung erhält er sein Geld voll ausgezahlt. Soweit ist alles ganz gut; das ganze Wesen des Mißbrauchs steckt aber darin: Niemand controlirt in Wirklichkeit, ob das Heu thatsächlich gestellt wird. Niemand kümmert sich darum, ob der Verkäufer 1000 Pud Heu oder 500 oder gar nur 100 liefert. Das Heu geht von Hand zu Hand, und in jeder Hand bleibt etwas vom „Geschäft“ kleben. So kenne ich einige Beispiele, in denen ein und dasselbe Heu zwanzig Mal verkauft worden ist; ich kenne zwei Fälle, wo das gekaufte Quantum von 2000 Sack Mehl zu guter letzt in Gestalt von 250 Sack abgeliefert worden ist. — Mein Zweck ist nicht, hier die Mißbräuche aufzudecken. Ich theile Ihnen einfach die Methode mit, vermittelst deren es gegenwärtig so viel reiche Leute in Rumänien giebt. Einer meiner Bekannten, der die Proviant-Angelegenheiten gründlich kennt und sich selbst etwas daran betheiligt hat, sagt mir: „Wenn diese „Geschäfte“ nicht gewesen wären, hätte Rußland die Möglichkeit, mit demselben Gelde, welches zu dem eben beendeten Kriege erforderlich war, noch zwei ebensolche Kriege ebenso, wenn nicht noch besser, zu führen“... — Daß Rumänien bei der allgemeinen Theilerei an der Donau nicht leer ausgehen wollte, liegt auf der Hand, aber noch mehr, daß auch die Männer „vom Geschäft“ ihren Rebbach machen wollten, und so ist es leicht erklärlich, daß sich diese Leute nach ihren russischen Vorbildern richteten, — wenn sie es vorher nicht auch schon verstanden haben. Uebrigens befinden sich in Odessa nicht weniger als 300 russische Offiziere wegen solcher Geschäfte in Untersuchung.

— Die Beute wird getheilt. Wie aus Rumänien berichtet wird, hat der Ministerrath und die Kammern beschlossen, unverzüglich von der Dobrudscha Besitz zu ergreifen und um Bessarabien kein Wesen mehr zu machen. Oesterreich schickt sich an zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina, und England hat von der Insel Cypern Besitz ergriffen. Auch wurde bereits am 4. Juli zwischen England und der Türkei ein Vertrag abgeschlossen, der der Letzteren ihre asiatischen Besitzthümer sichert. Wer ist nun der Genasführte? Jedenfalls Rußland und seine Rückendecker; die Dardanellen und der Eingang in's Mittelmeer sind Rußland nach wie vor versperrt; es ist nur in der Erfüllung des Testaments Peter's des Großen um einige Schritte vorgerückt, aber noch viel gewaltigere Kämpfe dürfte es kosten, ehe das letztere ganz erfüllt wird. Vor der Hand fehlt's an Geld und darum behalten wir einstweilen Frieden. Oesterreich hat sich jedoch nur neue Verlegenheiten bereitet, die später den „ehrlichen“ Nachbarn zu Gute kommen dürften.

— In Neukaledonien ist unter den dortigen Eingebornen, den Kanaken, ein Aufstand ausgebrochen. Bereits sind 89 Personen, darunter der zweite (stellvertretende) Gouverneur der Insel, getödtet worden. Die englischen Blätter erhielten die Nachricht 24 Stunden eher wie die französische Regierung, welche den Aufstand als bereits überwältigt hinzustellen suchte. Trotzdem hat man Verstärkungen dahin abgesandt, wahrscheinlich damit die Massenschlächtereien erst recht losgehen sollen. Jedenfalls sind die armen Einwohner bis aufs Blut geknechtet worden, ehe sie zu diesem verzweifelten Kampfe sich entschlossen, in dem sie doch unterliegen müssen.

— Ueber den Prozeß des Redakteurs des österreichischen Centralorgans „Der Sozialist“, Joh. Schwarzinger, berichtet

---

der auf Geheiß des Präsidenten den Hut aufsetzt, bestimmt wieder.

Drehorgelspieler Schütz macht dieselben Aussagen.

Kaufmann Kalischer deponirt, daß er von Hödel in Betreff der Trefffähigkeit seines Revolvers befragt worden sei.

Hödel zeiht auch diesen Zeugen in frechster Weise der Unwahrheit.

Stadtvoigtei-Aufseher Söhnell bezeugt, daß Hödel gesagt, „wenn er herauskäme, würde er besser zielen.“

Stadtvoigtei-Aufseher Zeller bekundet dies ebenfalls, sowie eine fernere Aeußerung des H., daß er seine Complicen nicht verrathen würde.

Es tritt eine Pause von einer halben Stunde ein. Nach Beendigung derselben bekundet

Polizeidiener Schlegel aus Schkeuditz, daß Hödel dort einst eine Versammlung mit einem gefälschten Anmeldeschein habe einberufen wollen. Er habe stets eine sehr aufreizende Sprache geführt, übrigens mangelhafte Kenntnisse gezeigt, da er seine Resolutionen nicht einmal verlesen konnte. Sonst habe er sich sehr geringschätzig über die Pariser Commune ausgesprochen; „wenn er oder seine Partei an's Ruder käme, würden sie es schon besser machen.“

Kürschnermeister Keil aus Schkeuditz deponirt in gleichem Sinne, desgleichen Bäckermeister Karbaum und Gastwirth Silchmüller aus Schkeuditz.

Maurer Steue bekundet, daß Hödel in einer Versammlung Andeutungen des Attentats gemacht und gesagt habe, „daß er noch selbst zum alten Wilhelm gehen werde.“

Restaurateur Steiniger bekundet nur die von ihm einmal dem Hödel gegenüber gemachte Weigerung des Lokals zu einer Versammlung.

Einjährig-Freiwilliger Kühnerling aus Metz bekundet, daß Hödel bei dem Gastwirth Schütz in Metz sich besonders über die Militärlast und die Fürsten mißliebig geäußert und sozialistische Schriften zu verbreiten gesucht habe.

Dem Wirth Schütz gegenüber hat sich Hödel als Sozialdemokrat gebrüstet.

Sergeant Damerow aus Trier weiß atheistische und staatsfeindliche Aeußerungen des Hödel zu bekunden.

(Die letzten nach rheinischem Recht vereidigten Personen werden nach hiesigem Recht noch einmal vereidigt.)

Oberstaatsanwalt von Luck fragt den Angeklagten, ob er das etwas harte Urtheil seiner Mutter anerkenne.

Angekl.: Das hat sie in der Aufregung so gesagt.

Offizialvertheidiger Justizrath Wilke wünscht constatirt zu sehen, daß der Angeklagte bereits im Jahre 1876 einen Selbstmordversuch gemacht habe, indem er in die Pleiße gesprungen sei. — Das Aktenstück wird verlesen, nach demselben ist die That in der Trunkenheit geschehen. Der Arzt hat damals constatirt, daß geistige Störung des ꝛc. Hödel nicht zu ersehen, derselbe daher zu entlassen sei.

Die Beweisaufnahme ist hiernach geschlossen. Das Wort erhält nunmehr der

Oberstaatsanwalt von Luck: Ich kann mich gegenüber der Schwere des Verbrechens verhältnißmäßig kurz fassen, da die heutige Beweisaufnahme durchweg die Bestätigung der Behauptungen der Anklage dargethan hat. Das Verbrechen des Angeklagten ist das des Versuchs der Ermordung Sr. Majestät des deutschen Kaisers. Es ist also zu begründen, daß Handlungen des Angeklagten vorliegen, welche zu der Ausführung der Handlung führen mußten. Die Angabe des Angeklagten, er habe sich erschießen wollen, thut sich durch die Beweisaufnahme als vollständig unwahr kund. Die abgeschossene Waffe ist nach des Sachverständigen Aussage sehr wohl geeignet, einen Menschen zu tödten, sie war scharf geladen mit 6 Schüssen. (Folgt eine an manchen Stellen ziemlich weit hergeholte Aufzählung der Beweisgründe, daß der Angeklagte nicht sich selbst, sondern den Kaiser habe tödten wollen.) Fragen wir uns nun aber weiter, wie ist der Angeklagte in sich zu seiner That gekommen, so giebt uns zunächst sein Vorleben eigentlich keine erklärende Antwort. Er ist nicht unbegabt und es ist ihm gelungen, sich eine gewisse allgemeine Bildung anzueignen; er hat sich den sozialdemokratischen Lehren zugewendet und sie mit denen der Anarchisten verquickt; er hat sie nicht verarbeiten, nicht abschütteln können, ihm ist nur übrig geblieben als einziger Gedanke: „das Bestehende muß weg“. Die bedrängte Lage der Arbeiter trifft in sofern für ihn nicht zu, als er selbst sich, wenn auch auf unrechtmäßige Weise, Geld verschaffte und davon hierorts lebte. Ob der Angeklagte sich klar gemacht, daß er durch seine That gegen einen allgemein verehrten Mann vorgegangen, gegen einen Mann mit silberweißem Haar, das läßt sich wohl nicht finden; er ist, wie es scheint, durch die unverstandenen und unverdauten Lehren der Sozialdemokraten und der Internationale irre geleitet und zu dieser That gegen das verehrte Staatsoberhaupt fortgerissen, zu einer That, die alle Deutschen so tief verletzt, daß man sich fast veranlaßt fühlt zur Scham, daß man ein Deutscher ist. Ich beantrage also, daß der hohe Gerichtshof den Angeklagten schuldig erkenne des Hochverraths, begangen durch Versuch der Tödtung Sr. Majestät des deutschen Kaisers, und daß demgemäß der hohe Gerichtshof den Angeklagten mit der höchsten Leibesstrafe, welche dieser § 180 bestimmt, mit der Todesstrafe belege, ferner die Ehrenrechte aberkenne unter Einziehung der Schußwaffe und dem Angeklagten die Kosten der Verhandlung zur Last lege. — Zum Schluß betone ich noch, daß ich selbst die Verantwortung dafür übernehme, daß diese That nicht dem gewöhnlichen Schwurgericht, sondern dem Staatsgerichtshofe überwiesen worden ist und zwar begründe ich dies unter Hinweisung auf die in der neuen Gerichtsordnung vorgesehene Behandlungsart derartiger Verbrechen vor einem besonderen Gerichtshofe. — Ich bitte den hohen Gerichtshof schließlich meinem Antrage gemäß zu erkennen.

Vertheidiger Justizrath Wilke: Ich bin leider in der Lage, nichts wesentlich den Ausführungen des Herrn Staatsanwaltes entgegensetzen zu können, da sich derselbe im Hauptsächlichen auf die direkten Beweismittel gestützt und den Indicienbeweis mehr bei Seite gelassen hat. Trotzdem ist die Vertheidigung verpflichtet, die Sache nicht sofort ganz preiszugeben, sondern alle Thatsachen einzeln durchzugehen und zu untersuchen, was dem Angeklagten zu Gunsten sprechen könnte. Die Thatsache steht zunächst fest, daß die erste Kugel sich gegen Seine Majestät richtete und dicht an dessen Haupte vorbeiging, dagegen steht dies nicht bezüglich des zweiten Schusses fest. Der Angeklagte ist ein Opfer der Sozialdemokratie, er hat die Lehren derselben wirr in sich aufgespeichert, er nahm es von jeher mit „Mein und Dein“ nicht genau (wohl in Folge der sozialdemokratischen Lehren?); so kam er zu der Verachtung alles Höheren, jeder Autorität, der göttlichen, der oberherrlichen; er hat sich mit seinen Eltern unheilbar vor der That entzweit und so stand er vor der That ganz allein und verlassen da. An nichts hatte er Glauben, an nichts Freude; ein solches Leben sich zu nehmen ist ebenso berechtigt, wie der Gedanke, einen Fürstenmord zu begehen. Die Antecedentien des Angeklagten beweisen also für den Charakter der That als Königsmord noch nichts. (Der Vertheidiger bemüht sich hierauf, die Zeugenaussagen möglichst zu entkräften.) Die direkte Beweisführung, so fährt dann Redner fort, ist jedoch mit solcher Bestimmtheit vorhanden, daß ich hiergegen nichts sagen kann, nur der zweite Schuß darf nicht als auf Se. Maj. gerichtet angesehen werden, für welche Annahme mir die Aussage des Leibjägers Schultz von höchster Wichtigkeit ist. Ich glaube nun schließlich, es würde von höchster Bedeutung sein, sich klar zu werden, ob der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt hat oder nicht, und da möchte ich den hohen Staatsgerichtshof um eine recht tief eingehende Erörterung dieser Frage bitten. Schließlich muß ich noch bedauern, daß der Angeklagte so eigentlich nicht zu seinem Rechte gekommen, denn er hat Niemand hier, der ihm Sympathie beweist, ja selbst die Vertheidigung, ich selbst konnte sie ihm der ganzen Sachlage nach nicht bezeigen, wie er sie vielleicht doch noch verdiente, und deshalb möchte ich den hohen Staatsgerichtshof ersuchen, nach dieser Richtung hin den Gründen des Urtheils eine Ausführung einzufügen. Hat der Angeklagte die That gethan, so muß er die bestimmte Strafe leiden, ich habe also nach dieser Richtung dem Antrage des Herrn Staatsanwalts gegenüber keinen Abänderungsantrag zu stellen.

Vors.: Wünschen Sie, Herr Ober-Staatsanwalt, noch das Wort?

Ober-Staatsanwalt v. Luck: Ich danke.

Vors.: Angeklagter, nunmehr gebe ich Ihnen das Wort zur Vertheidigung.

Angekl. (höhnisch lachend): Ich danke für jede Vertheidigung, es hilft mir doch nichts.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf um 3 Uhr 5 Minuten zur Beschlußfassung zurück, betritt den Saal wieder nach Verlauf von 20 Minuten und verkündet folgendes Urtheil: „Im Namen des Königs verkünde ich den Spruch des Gerichtshofes, daß der Angeklagte, Klempnergeselle Emil Heinrich Max Hödel, des Hochverraths schuldig und daher mit dem Tode und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu bestrafen, den zur Ausführung der That benutzten Revolver einzuziehen, dem Angeklagten auch die Kosten der Untersuchung zur Last zu legen sind.“ Die Begründung des Urtheilsspruchs stellt zunächst die Competenz des Staatsgerichtshofes als über jeden Zweifel erhaben hin und geht sodann die Beweisaufnahme durch, constatirt die Handlung und schließlich auch die Ueberlegung bei Vorbereitung und Ausführung der That, daß nach § 80 des Strafgesetzbuchs, wie geschehen, habe erkannt werden müssen.“

Der Angeklagte hatte dem Urtheil hohnlachend, bald das Publikum, bald den Gerichtshof fixirend, zugehört. Keine Spur der Erregung machte sich bemerkbar; gelassen sah er zum Fenster hinaus, während der Vorsitzende die Begründung ausführte; als von ihm als Anhänger der Anarchisten gesprochen wurde, nickte er trotzig, gleichsam Freude bezeugend über seinen traurigen Ruhm. Um 3 Uhr 40 Minuten schloß die Verhandlung nach einer Dauer von 6½ Stunden. Der Gerichtshof verließ den Saal, der Verurtheilte wurde an den Händen gefesselt hinausgeführt und, von 5 Polizisten begleitet, im Zellenwagen wiederum nach der Stadtvoigtei transportirt.

---

die Nr. 28 des genannten Blattes in ausführlicher Weise und wir entnehmen derselben Folgendes:

Der Prozeß fand statt vor dem Schwurgericht des Wiener Landesgerichts. Als Vorsitzender des Gerichtshofes fungirte Landesgerichtsrath Schwaiger, als öffentlicher Ankläger der aus dem Ofenheim-Prozesse bekannte Staatsanwalt Graf Lamezan, als Vertheidiger Dr. Lueger.

Schwarzinger wird beschuldigt, in drei Artikeln erstens einzelne Klassen der Gesellschaft zu Feindseligkeiten gegeneinander aufgefordert, angeeifert oder zu verleiten gesucht, und sich somit des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung schuldig gemacht zu haben; er habe ferner in einem zweiten Artikel zur Verachtung und zum Hasse gegen die Staatsverwaltung aufzureizen gesucht und sich somit des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig gemacht; ebenso in einem dritten Artikel die Lehren und Einrichtungen einer im Staate gesetzlich anerkannten Kirche verspottet oder herabzuwürdigen gesucht und sich somit wiederum des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung schuldig gemacht.

Die einzelnen inkriminirten Artikel wurden verlesen und erhielt der Angeklagte in jedem einzelnen Falle das Wort. Derselbe wurde jedoch wiederholt in seiner Vertheidigung dadurch beschränkt, daß ihn der Vorsitzende aufforderte, einmal keine Reden zu halten, ein andermal sich nicht an die Geschworenen, sondern an den Gerichtshof zu wenden. Da uns Dergleichen in Deutschland auch schon des Oefteren passirt, so wundern wir uns darüber nicht mehr.

Der Staatsanwalt begründete seine Anklage damit, daß er behauptete, das Recht der Presse zur Kritik sei in Oesterreich hinreichend vorhanden und erfreue sich dieselbe sogar einer großen Freiheit gegenüber anderen Ländern, aber sie gehe auch oft zu weit und besonders sei in den Artikeln des „Sozialist" die Grenze des Zulässigen überschritten. Er geht nun zu den einzelnen Artikeln über und vertheidigt im Allgemeinen in ziemlich leidenschaftlicher Weise die heutigen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen. Die ganze Rede nimmt sich wunderlich aus, wenn man die Anklageschrift und Rede desselben Staatsanwalts im Ofenheim-Prozesse damit vergleicht. Er beantragt die Schuldigsprechung in allen Fällen.

Der Vertheidiger, Dr. Carl Lueger, sucht in möglichst objektiver Weise nachzuweisen, daß die Anklage ungerechtfertigt ist. Er berichtigt in erster Linie einige Irrthümer in Betreff der Tendenzen der sozialistischen Partei unter Zuhilfenahme der Schäffle'schen Schrift: „Die Quintessenz des Sozialismus". Ebenso weist derselbe nach, wie wenig verträglich das heutige Auftreten des Staatsanwalts mit dem diesbezüglichen im Ofenheim-Prozesse sei und wo derselbe das Verhalten einzelner Ausbeuter-Cliquen viel schärfer verurtheilt habe, als dies im Artikel des „Sozialist" geschehen. Im Allgemeinen geht der Vertheidiger in ausführlicher Weise auf die einzelnen Anklagepunkte ein und beweist zur Evidenz die Hinfälligkeit der staatsanwaltlichen Thesen.

Nach einer Replik zwischen Staatsanwalt und Vertheidiger erhält der Angeklagte, Genosse Schwarzinger, das Wort, nachdem ihn jedoch der Vorsitzende nochmals ermahnt, nicht in die Details einzugehen. Derselbe vertheidigt in hoher, selbstbewußter Weise die Prinzipien unserer Partei und widerlegt die einzelnen Anklagepunkte ziemlich treffend. Er erwarte von den Geschworenen einen Urtheilsspruch im Sinne der Gerechtigkeit und appellire nicht an ihre Milde.

Dieser Rede folgte ein allgemeines Bravo des Auditoriums, welches nur spärlich zugelassen worden, trotzdem noch mehrere Bänke leer geblieben waren. Der Vorsitzende sah sich zu folgendem Ausrufe dem Auditorium gegenüber veranlaßt: „Nur rühren, nur rühren, und der Saal ist geräumt!"

Die Geschworenen, zusammengesetzt wie überall, aus Kleinbürgern und Bourgeois, bejahten sämmtliche Fragen und demgemäß wurde Schwarzinger zu einem Jahre schweren Kerkers (gleichbedeutend mit unserem Zuchthaus) verurtheilt. Zu der Härte des Urtheils tritt noch ein Kautionsverlust von 500 Gulden, welche sofort wieder aufgebracht werden müssen, um das Erscheinen des Blattes nicht zu gefährden.

Was sollen wir zu diesem Prozeß sagen? Gerade so wie bei uns. In diese wenigen Worte ließe sich das ganze Urtheil zusammenfassen. Die Geschworenen dieselben, die Ankläger und Richter dieselben und der Angeklagte derselbe — so lange nicht durch das allgemeine Stimmrecht gewählte wahrhaft intelligente Geschworene, überhaupt Volksgerichte zu Gericht sitzen, so lange werden auch diese Urtheile bestehen bleiben. Ganz abgesehen davon, daß bei einem wahrhaft freien Volke solche Sachen überhaupt zu den Unmöglichkeiten gehören.

Schwarzinger meldete durch seinen Vertheidiger die Berufung gegen das Strafmaß und die Höhe des Kautionsverlustes an. — Im Uebrigen hat sich die österreichische Arbeiterpartei dadurch nicht verblüffen lassen, bereits ist ein anderer Redakteur in der Person Stefan Kohl's, Wien, VI., Hofmühlgasse 3, 3. Stock, ernannt, und wir rufen Euch, Genossen, zu: Schließt die Reihen!

— Die „Egalité" — unser Pariser Bruderorgan — muß infolge ihrer neuesten Verurtheilung ihr Erscheinen auf einige Wochen einstellen, um ihre Caution wieder zu ergänzen. Die Strafen belaufen sich hoch in die Tausende von Franken hinein. Man wird indeß nicht blos dem reich gesegneten Geldhunger der „republikanischen Gerechtigkeit" mit Gemüthsruhe genügen, sondern auch die Pausen zur Errichtung einer eigenen Druckerei benutzen, welche nach dem Muster der deutschen auf genossenschaftlicher Grundlage angelegt wird.

— Vom Kriegsschauplatz. Der Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung", Rieger, wurde gleich seinen drei Vorgängern verhaftet. — Im 22. sächsischen Wahlkreise (Reichenbach) wurden vier Austräger von Flugblättern unserer Partei verhaftet. Warum? Unbekannt.

Zum Vagabundenthum.

Aus Ried in Oesterreich geht uns folgendes Schreiben zu:

In Nr. 64 Ihres werthen Blattes wird ein Artikel der „Schlesischen Zeitung" citirt, welcher sich über das Vagabundenthum in so dummer und unwissender Weise auslässt, wie man es selten finden dürfte. Die redaktionelle Schlußbemerkung zu diesem Artikel ist freilich schon genügend, den ganzen Wust dieser gedankenlos geschriebenen Sätze über den Haufen zu werfen, allein wenn Sie die paar Zeilen, welche ich über das Vagantenthum in Oesterreich hier folgen lassen will, in Ihr Blatt aufnehmen wollen, dürften dieselben das saubere Meisterwerk des Artikelschreibers der „Schlesischen Zeitung" auf eine sonderbare Weise beleuchten.

Ich knüpfe nur an dieser Stelle des mehrerwähnten Artikels an, wo der Verfasser desselben die strengere, recte äußerst strenge Handhabung der bestehenden Polizeigesetze empfiehlt. Ich behaupte aber, daß gerade diese Polizeigesetze (wohlgemerkt aber nur in Bezug auf Oesterreich, denn die deutschen Gesetze sind mir nicht bekannt, dürften sich aber wenig von den unseren unterscheiden) vielfach diejenige Ursache sind, welche aus einem ganz ordentlichen Burschen einen Vaganten, wie sie der Schlesier anschaulich schildert, zu machen vermögen. In Oesterreich wurde im Jahre 1873 (Krachvagabundenjahr) ein eigenes Gesetz für die Landstreicher geschaffen, dessen famoser § 1 also lautet:

„Wer ohne bestimmten Wohnort oder mit Verlassung seines Wohnortes geschäfts- und arbeitslos umherzieht und sich nicht auszuweisen vermag, daß er die Mittel zu seinem Unterhalte besitze oder redlich zu erwerben suche, ist als Landstreicher mit Arrest von acht Tagen bis einem Monat zu bestrafen. Bei wiederholter Verurtheilung ist auf strengen Arrest von ein bis drei Monaten ꝛc. ꝛc. zu erkennen."

Wenn wir in einer Zeit lebten, wo alle Fabriken zu thun hätten und die Nachfrage nach Arbeitskräften größer wäre als das Angebot, wenn überhaupt ein reges industrielles Leben herrschen würde, einem Arbeiter erleichternd, sich Arbeit zu verschaffen, dann, aber auch nur dann würde eine solche Fassung dieses Gesetzesparagraphen eine Berechtigung haben und wäre unter Umständen auch geboten. Aber unter den existirenden Verhältnissen, wo Tausende und Abertausende gezwungen sind, das Bündel zu schnüren und aufs Geradewohl hinauszuwandern, wo, von der Großindustrie erdrückt, die Kleingewerbtreibenden gezwungen sind, die Werkstätten zuzusperren und sammt Gehilfen den ohnehin schon hungernden Fabrikarbeitern ein beträchtliches Contingent zuzuführen, da können solche Gesetze den erwünschten Zweck nie und nimmer erreichen, ja im Gegentheil, wie schon behauptet, ordentliche Menschen zu Vagabunden machen.

Man nehme nur den Fall an, ein Arbeiter, welcher jahrelang oder monatelang in einer Werkstatt oder Fabrik gearbeitet hat, wird durch diese oder jene Umstände gezwungen, seinen Platz zu verlassen. Er wandert von Ort zu Ort, findet aber nirgends, trotz angestrengtesten Suchens, Arbeit. Ist dies ein paar Monate hindurch der Fall, so werden selbstverständlich die etwa besessenen Geldmittel zu Ende sein, und will dann der Betreffende nicht verhungern oder stehlen, so muß er die Mildthätigkeit der Leute in Anspruch nehmen.

Wird aber dann ein solcher Arbeiter, der ohnedies sein Möglichstes thut, um Arbeit zu bekommen, von Polizeiorganen angehalten, so erfolgt unzweifelhaft die Aburtheilung als Vagant, da ja alle Merkmale des § 1 des Vagantengesetzes (Umherziehen ohne bestimmten Wohnort, Subsistenzlosigkeit ꝛc.) zutreffen; darum kümmert sich Niemand, worin die Ursache dieses unfreiwilligen Herumziehens liegt. Ist aber einmal eine Abstrafung vorbei, dann folgt die zweite, dritte ꝛc. rasch hintereinander, d. h. wenn nicht günstige Umstände dies verhindern. Wer aber schon dreimal wegen dieser Uebertretung dem Gesetze verfallen, ist in dem Auge des Richters ein Professionsvagabund, auf den schon der höhere Strafsatz anzuwenden kommt. Und darf es Jemand Wunder nehmen, wenn unter den Hunderten auf solche Weise Abgestraften einige darunter sind, welche nicht die gehörige Charakterstärke besitzen, um sich aus dem Schlamme, in den sie von „Rechtswegen" gestoßen wurden, herauszuarbeiten und die Verbrecherlaufbahn betreten? Wird dann ein solcher „Vagabund" von der sogenannten „guten" Gesellschaft höher gestellt oder für besser betrachtet, als ein schon X mal wegen Verbrechen abgestraftes Individuum? Nein! — Wenn in irgend einem Hause ein Gegenstand abgeht und war kurz vorher ein „armer Reisender" da, so ist man flugs bei der Hand, den armen Teufel des Diebstahls zu beschuldigen, obwohl dieser Verdacht oft nur bei gänzlich herabgekommenen Individuen, wie man sie in den verschiedenen Schnapsschenken sehen kann) oft nicht unbegründet ist. Es ist mir sogar schon der Fall vorgekommen, daß in dem Hause eines Advokaten Schmuckstücke und Baargeld entwendet wurden und sich der Thäter, nachdem man einen auf der Wanderung begriffenen Arbeiter bereits einen Monat in Untersuchungshaft behalten hatte, in der Person des Sohnes des Advokaten entpuppte.

Nun habe ich Ihnen berichtet, wie man in Oesterreich ordentliche Arbeiter zu Vaganten und sogar zu Verbrechern „macht". Möge sich der Artikelschreiber der Schlesierin dies hinter die Ohren schreiben, um sich, wenn er noch einmal einen derlei Artikel fabriziren wollte, mehr der Wahrheit (die ihm eine ganz unbekannte Größe zu sein scheint) zu befleißigen. Und wenn er schon das Vagabundenleben so anziehend findet, so soll er sein Bündel auf den Buckel nehmen und auch vagiren. Ich glaube, er würde bald wieder in die treuen Arme der schlesischen Anstandsdame zurückkehren und gerne die Errungenschaften seiner Wanderschaft, die da meist bestehen in verschiedenen niedlichen Insekten, dem gesammten Vagabundenthum testiren. Daß es wirklich Strolche giebt, welche sich durch Bettel und Fingerfertigkeit das Leben fristen, will ich nicht bestreiten. Ich habe aber schon gezeigt, wo häufig die Ursache liegt, ohne noch zu erwähnen, daß in den meisten Fällen die Vernachlässigung der Jugenderziehung den Grundstein zu solchem Unwesen legt. Wer aber an dieser vernachlässigten Erziehung der Hauptschuldige ist, brauche ich nicht mehr zu erörtern, da dies in der sozialdemokratischen Presse schon so oft geschehen ist, daß man meinen könnte, auch der Vagabunden„freund" habe schon etwas davon vernehmen können, wenn er gewollt hätte.

Ich will nun schließen mit dem Wunsche, daß es bald keine Vagabunden mehr giebt, sonst würden am Ende die ganzen liberalen Zeitungsschreiber vor Neid über deren glänzendes Schicksal bersten, was doch ein großes Unglück wäre — und zeichne mit sozialdemokratischem Gruß

Franz Leitner.

Correspondenzen.

Berlin, 10. Juli. Dr. Max Hirsch ist über Bord geworfen. Wie die Organe der Fortschrittspartei melden, hat der Vorstand des fortschrittlichen und des nationalliberalen Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis beschlossen, von der Candidatur des sozialen Quacksalbers abzusehen und an dessen Stelle Herrn Professor Hänel, dessen Wiederwahl im Kieler Kreise sehr fraglich geworden sein soll, aufzustellen. Dieser Beschluß soll einer demnächst zu berufenden größeren Versammlung zur endgültigen Sanktion vorgelegt werden. — Der Ring hat also Märchen kalt gestellt. Märchen hat seine Schuldigkeit gethan, Märchen kann gehen. — Es ist wohl an der Zeit, bei der Gelegenheit daran zu erinnern, wie Märchen überhaupt zum 1. Berliner Wahlkreis kam. Bekanntlich war schon im Jahre 1874 der 6. Wahlkreis von den Sozialisten scharf bedroht, damals hatten auch die Gewerkvereinler einen eigenen Candidaten aufgestellt. Im Jahre 1877 fürchtete der Ring von vornherein, den 6. Wahlkreis an die Sozialisten zu verlieren. Der erste Wahlkreis aber war von den Fortschrittlern an die Nationalliberalen bereits aufgegeben, da wurde denn, um die Gewerkvereinler im 6. Kreis zu sichern, Hirsch der verloren geglaubte 1. Kreis angeboten, dadurch aber der Erfolg erzielt, daß die Fortschrittler zwischen zwei Stühlen auf den Boden zu sitzen kamen. Der 6. Wahlkreis ging verloren und im 1. Wahlkreise wurde Hirsch gewählt, zum großen Aerger des fortschrittlichen Ringes selbst. Da dieses Mal der 6. Wahlkreis von vornherein für verloren gilt, was ja auch die Doppelcandidatur Klotz beweist, der Fortschritt also keine Ursache hat, um die Stimmen der Gewerkvereinler zu heucheln, so wird Hirsch einfach aufs Pflaster gesetzt. Ob diese Behandlung ihres „Verbands-Anwaltes" die Gewerkvereinler von ihrer Fortschrittsbuselei kuriren wird?

Dr. Max Hirsch selbst hat noch Hoffnung. Er läßt im neuesten „Gewerkverein" Folgendes schreiben:

„Bei dem besonderen Interesse, das unsere Mitglieder und Freunde der Candidatur des Dr. Max Hirsch im 1. Berliner Wahlkreise widmen, finden wir uns verpflichtet, die jetzige Lage der Angelegenheit in Kürze darzulegen. Nach einer Notiz in vielen Berliner Blättern (vom 9. d.) sollen die Vorstände der fortschrittlichen und nationalliberalen Wahlvereine im 1. Wahlkreis beschlossen haben, entgegen dem fast einstimmigen Beschlusse der großen Vertrauensmänner-Versammlung am 19. Juni, nicht Dr. Hirsch, sondern Herrn Prof. Hänel der allgemeinen Wählerversammlung als Candidaten vorzuschlagen. Als Motiv wird angeführt, daß die Stimmung in den Wählerkreisen bei Aufrechthaltung der Candidatur des Erstgenannten eine Gefährdung des Wahlkreises für die liberale Partei befürchten lasse. Dies dürfte jedoch auf einem Irrthum beruhen. Gerade die große Vertrauensmänner-Versammlung hat das Gegentheil einer solchen Stimmung klar bewiesen und die Führer der Nationalliberalen haben wiederholt erklärt, daß ihre wirklichen Parteigenossen für jeden von der Fortschrittspartei aufgestellten Candidaten stimmen werden. Selbstverständlich hängt nun die Entscheidung allein von der demnächst stattfindenden allgemeinen Wählerversammlung ab; Dr. Hirsch ist, nachdem ihn die Vertrauensmänner-Versammlung nahezu einstimmig als alleinigen Candidaten empfohlen hat, offenbar nicht in der Lage, zurückzutreten, ehe er nicht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß in Widerspruch mit so vielen Kundgebungen des Vertrauens die Mehrheit der liberalen Wähler gegen seine Wiederwahl ist."

Ein Schauspiel für Götter, wenn sich die Fortschreiter untereinander in den Haaren liegen.

Briefkasten

der Redaktion. F L. in Ueberlingen: Dieser Aufruf erscheint in allen liberalen Zeitungen. Wir besprechen diesen Gegenstand unter Rundschau. — W. St. in Breslau: Sehr erwünscht.

der Expedition. W. Mitgr W. b. Pff.: Es ist nicht verboten, Ihr abonn. Expl. lesen zu lassen, wem Sie wollen. 90 Pfg. erhalten. — E. Arold in Ansbach: Unter dieser Adresse sandten wir Ihnen Verlangtes per Kreuzband, welches aber mit dem Vermerk: „Unter angegebener Adresse nicht zu bestellen" zurückkam. Bitten daher um genauere Adresse. — Frdr. Wilh. Herzberg: Wenn Sie eine Nr. nicht erhalten, reklamiren Sie dieselbe sofort bei der dortigen Zeitungspost-Expedition. Haben Sie die betr. Nr. innerhalb 8 Tagen nicht erhalten, so müssen Sie sich bei der zuständigen Postdirektion beschweren, oder Sie verständigen uns wieder hiervon, damit wir reklamiren.

Quittung. Allgr Schwäb.-Gmünd Ann. 0,50. Nl Düsseldorf Ab. 9,20. Wtzl Steyr Ab. 5,22. Wchtr Bludenz Ab. 4,80. Hüngl Nordhausen Ab. 12,56. Engl Neudnitz Ab. 60,00. G. hier Ab. 3,20. Bst Mainz Ab. 60,05. Schlz Aschach Ab. 1,39. Schr Paris Ab. 4,00. Wltrmnn hier Ab. 1,80. Br hier Ab. 0,60. Millarb. hier Ann. 3,90. Bsch hier Ab. 100,00. Sctjn Wien Ab. 26,70. Grßr Bez Ab. 2,28. R. Jägerndorf Ab. 35,00. Grßr Wien Ab. 4,95. Brthl Jankowitz Ab. 6,00. Mllr Berlin Ann. 5,40. Hilfngr Passau Ab. 0,90. Mllr Werden Ab. 21,90. Gslr Isny Schr. 12,00. Rschl hier Ab. 3,40.

Berichtigung. In dem Leitartikel in Nr. 83 des „Vorwärts" „Ansteckende Krankheiten" muß es selbstverständlich im Schlußsatz heißen: „Reichsfreunde über unser Heimathland!"

Wahlfonds.

Von mehreren X hier Liste 904 12,00; A. S. i. L. 3,00; J. L. 1,50; Schlmstr L. 20,00; Zmmrmstr G. R. 5,00; Bmstr M. 3,00; Restr H. 3,00; v. P. v. P. ein Freund in England d. Dr. P. i. Rh. 40,00; B. B. Wermsdorf 4,90; H. B. das. 3,00; E. B. das. 3,00; Ab. d. „Pionier" hier 7,75; v. X. X. d. G. 0,50; do 0,50.

Für Colporteure.

Vogel, Verfälschung der Lebensmittel; Engländer, Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen und sonst. Parteischriften liefert soliden Colporteuren u. Wiederverkäufern **m. höchstem Rabatt** i. Rechn. Mustersendung gratis. G. **Müller**, Exportbuchh. Berlin, Forsterstr. 55. (4a) (F. 41) [1,80

Durch uns ist zu zu beziehen:

Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbet'schen Büste „Liberté".

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Elfenbeinton 2,50 Mark.
Consoles (Träger) hiezu in schöner Ausstattung pro Stück weiß Mk. 0,80, Elfenbeinton Mk. 1,20.
Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar und auf Weg und Gefahr des Bestellers.

Die Expedition des „Vorwärts."

Die

Wahlagitationsnummer.

ist erschienen.

Dieselbe enthält:

1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
2. Zum bevorstehenden Wahlkampf.
3. Unsere Prinzipien.
4. Rückblicke auf den aufgelösten Reichstag.
5. Den Verläumdern.
6. Wahlgesetz und Wahlreglement ꝛc.

Preis für je 100 Expl, 1,50 M. **ohne Porto.** Versandt nur gegen baar oder Postvorschuß.

Da wir erwarten, daß die Parteigenossen allerorts von diesen Agitationsmittel in dem jetzigen Wahlkampfe den ausgiebigsten Gebrauch machen werden, ersuchen wir die Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit nicht unliebsame Verzögerungen eintreten.

Leipzig, 11. Juni 1878.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.
Gültig bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Für Versammlungen pro Petitzeile 10 Pf., für Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Jentscher, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Henr. Rösche, 349 West — 37 Str.
Philadelphia: P. Heß, 606 North 3rd Street.
J. Boll, N. E. cor Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 225 Washington Str.
Chicago: A. Lonsermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wilh. Hoffmann, 37 A. Princess Str. Leicester Squ.

Nr. 85. Sonntag, 21. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen

Logische Untersuchungen.

ah. Es ist bisher in der Attentatssache seitens unserer Partei der Standpunkt selbstverständlich und mit Recht festgehalten worden: Hödel und Nobiling seine keine Sozialdemokraten; denn Ersterer hat nachweislich mehreren Parteien hintereinander gedient, und die That vollbracht, während er bereits von unseren Gegnern engagirt war; und Letzterer hat durch keinerlei Akt — wie etwa Mitgliedschaft an einem Verein oder persönlichen Verkehr mit einem der bekannteren Sozialisten — seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie bekundet, wennschon die Aussage Hansen's und anderer Gegner, daß er ihnen gegenüber „sozialistische Neigungen" an den Tag gelegt, vielleicht der Annahme Raum giebt, daß er vorübergehend und oberflächlich sich mit unseren Prinzipien beschäftigt hat, — was beiläufig bei Vielen der Fall ist, die keine Sozialdemokraten, die im Gegentheil Bekämpfer unserer Sache sind. Dieser Standpunkt wird von den Attentats-Ausbeutern dadurch zu erschüttern gesucht, daß sie sagen:

„Wenn auch Hödel von Jugend auf ein verkommener Mensch ist, dessen Verwahrlosung wir Euch gar nicht schuld geben wollen, und wenn er auch zur Zeit des Attentats antisozialistische Gesinnungen offenbarte, so war doch infolge seines längeren Verkehrs unter Euch das sozialistische Gift ihm so tief in Blut und Fleisch eingedrungen, daß er sich der Nachwirkungen Eurer aufhetzerischen Lehren gar nicht mehr erwehren konnte und dadurch Königsmord versuchte. Zugegeben auch, daß ein vernünftiger Sozialdemokrat das Attentat verurtheilt, aber ein verlumpter Mensch wie Hödel, oder ein von Hause aus nicht normal Beanlagter wie Nobiling, solche Menschen werden durch Eure Theorien zu Verbrechern; darin liegt das Gefährliche, darum muß die Sozialdemokratie ausgerottet werden. Hödel wäre, wenn er nicht sozialdemokratische Schriften gelesen hätte, zwar auch ein Lump gewesen, aber nur ein gewöhnlicher, ein Alltagslump, wie es deren viele giebt, er wäre nicht auf Königsmordgedanken gerathen. Und Nobiling hätte wahrscheinlich — vorausgesetzt daß (wie Ihr sagt) sein syphilitischer Zustand auf sein Gehirn nachtheilig eingewirkt hat — irgend eine andere verrückte Idee, eine harmlosere aber als die des Königsmordes erfaßt, wenn er sich nicht nebenbei mit Sozialdemokratismus abgegeben hätte. Die sozialistischen Allüren waren es, die den (infolge seines angeerbten und durch die Syphilis noch erhöhten geistigen Schwächezustandes) excefähigen Menschen erst zum Attentäter machten."

So — die anständigeren Gegner. Wir wollen denselben einmal den Gefallen thun und uns für kurze Zeit auf ihren Standpunkt stellen; wir wollen ihnen also einmal Recht geben. Aber wäre denn selbst mit einem solchen Zugeständniß für die Herren Attentats-Ausbeuter etwas gewonnen?

Im Gegentheil. Wenn bei einer fünfzehnjährigen Agitation — einer so großartigen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat — unter Tausenden und Abertausenden von Verkommenen und Verwahrlosten, zu denen wir sprechen und schreiben, die wir zu uns heran- und heraufzuziehen suchen, nur Einer — denn Hödel und Nobiling stehen in concurrirendem Zusammenhang — sage in fünfzehn Jahren Einer uns mißversteht, — wie veredelnd, wie erhaben, wie mächtig, wie unbesieglich, wie rein und lauter muß dann unsere Lehre sein! Nennt uns aus der ganzen Weltgeschichte Ein Beispiel, das dem an die Seite gestellt werden könnte!

„Schlimm genug, wenn sich überhaupt Einer findet, der Eure Lehren zum Königsmord mißbraucht! Eine Theorie, eine Institution, die so etwas überhaupt ermöglicht, und mag der Fall auch nur in fünfzehn Jahren ein Mal vorkommen, ist eo ipso verderblich und muß ausgerottet werden!" — so würde man uns entgegenrufen.

Gemach! Jahr aus — Jahr ein erscheinen die Berichte über die Unglücksfälle auf den Eisenbahnen. Ihr wißt ganz genau: trotzdem die Vorsichtsmaßregeln nach jedem Unfalle immer sorgfältiger getroffen werden, wiederholen sich periodisch doch die Entgleisungen, Zusammenstöße und Maschinenexplosionen. Habt Ihr darum schon die Abschaffung der Eisenbahnen verlangt? — Warum nicht? Weil Ihr Euch sagt: Der Vortheil für's Gemeinwohl, den die Eisenbahn bringt, ist so groß, daß die Unglücksfälle, die entstehen können, wenn nicht die genügende Um- und Vorsicht angewendet wird, keinen Ausschlag geben dürfen. Jede segensreiche Institution kann bei falscher Handhabung Schaden bringen. Der Mensch kann aber nicht immer Vorsehung spielen und Alles Unglück verhüten.

„Hinkender Vergleich — Eisenbahn und Sozialdemokratie! Daß die Eisenbahn wohlthätig ist, leugnet kein Mensch, daß aber die Sozialdemokratie nützliche Lehren verbreite, das bestreitet der größte Theil der Welt." — So würde es aus gegnerischem Lager ertönen.

Dann hat es aber vor 40 Jahren, als die Eisenbahnen gegründet werden sollten, ebenso viel Leute gegeben, die gegen das Dampfroß eingenommen waren, wie heute gegen die Lehren der Sozialdemokratie. Im Uebrigen aber — welches ist denn der Inhalt Eurer Lehre? Daß Jeder das Geld nehmen soll, wo er nur kann, vorausgesetzt daß er das Gesetz nicht verletzt! Bringt nicht aber diese Lehre jährlich Tausende aus Euren Reihen — der Bourgeoisie — wegen Betrugs, betrügerischen Bankerotts, Unterschlagung ꝛc. in's Zuchthaus, weil diese Leute Eure Lehren über das Eigenthum und den Erwerb, das Reichwerden und Sichbereichern mißverstehen? — Und nun halten wir Euch beim Wort: Wenn Theorien, die auch nur von Einem in 15 Jahren ein Mal mißverstanden werden, der Correktur bedürftig sind, — um wie viel mehr verabscheuungswerth sind solche Lehren, deren Mißverständniß jährlich Tausende zum Opfer fallen? Denn gebt Acht auf unsere Theorien! Dieselben enthalten lediglich — und weiter nichts als — die Negation Eurer „Theorien" über Erwerb und Eigenthum, die von Allen, die im Zuchthaus sitzen, mißverstanden worden sind. Sämmtliche Zuchthäusler haben auf Eure Parole geschworen: „Das Recht der Ausbeutung, Ueberlistung, Unterdrückung steht Jedem, der an der freien Concurrenz theilnimmt, zu." Nur haben sie Eure Lehre nicht recht verstanden, indem sie bei der Wettjagd nach Gewinn die scharfe Grenze des „Gesetzes", die Ihr einzuhalten anempfehlt, aus Versehen nicht beachteten. Die Räuberlogik ist nämlich so: „Wenn der reiche Mann, der einen Wechsel von 300 Mark diskontirt, pro Monat 25 Mark Zinsen rechnet, also hundert Prozent einem Andern aus der Tasche stiehlt — so werde ich es billiger machen. Dort kommt Einer des Weges. Ich will ihm nicht Alles abnehmen, ich begnüge mich mit 50 Prozent, ich raube ihm nur die Uhr und lasse ihm das Portemonnaie." Der Angegriffene wehrt sich natürlich und wird dafür erwürgt. So hat der Räuber Eure Theorie über Erwerb und Eigenthum mißverstanden. Absolut nur mißverstanden! Dem nun will der Sozialismus entgegenarbeiten, indem er die Basis, auf der Eure Theorie ruht, wegnimmt, d. h. die Eigenthumsverhältnisse von Grund aus umgestaltet.

Und nun noch ein Wort! Blickt einmal um Euch, in Euren eigenen engeren und weiteren Familienkreis. Wie oft kommt es vor, daß die besten Häuser, in denen die Tugend und gute Sitte durch Lehre und Beispiel geübt wird, ein Mitglied aufzuweisen haben, das sich gesellschaftlich entehrt hat. Wird man dann immer der Familie Schuld geben? Selbst in dem vorliegenden Falle Nobiling wird ja Eurerseits die größte Nachsicht gegen dessen Angehörige geübt. Wenn nun selbst die intimen Beziehungen zu seinen Familienmitgliedern einen Menschen von Ausschreitungen und Vergehen nicht zurückzuhalten vermögen, mit welchem Rechte verlangt man einen derartigen Einfluß von fremden Personen?

Hatte Nobiling wirklich lange vor der traurigen Affaire schon Attentatsgedanken gefaßt, so ist — wenn man die Umgebung des Menschen für ihn moralisch mitverantwortlich machen will — weiter Niemand compromittirt, als sein einziger intimer Freund, der nationalliberale Hansen. Diesen aber im Ernste in die Sache zu verwickeln, wäre gerade so frivol-spaßhaft, wie dem preußischen Richterstande zum Vorwurf machen, daß dieser Tage der Kreisgerichtsrath Stilke vor dem Grüneberger Schwurgericht wegen zehnfacher Unterschlagung und Veruntreuung zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden ist. —

Ihr seht also, daß selbst bei der Annahme, Hödel und Nobiling seien durch die Sozialdemokratie verführt, alle Eure Schlußfolgerungen von der Verwerflichkeit der sozialistischen Lehren eitel Humbug sind — wie viel mehr Schwindel, ja Niederträchtigkeit aber liegt in Eurer Verurtheilung einer guten Lehre und einer ganzen großen Partei, wenn Ihr selbst davon jetzt wenigstens überzeugt sein müßt, wie wir es sofort waren, daß die Sozialdemokratie mit Hödel und Nobiling nicht mehr zu thun hat, als mit den Massenmördern Thomas, Gurko und Skobeleff.

Deutschland und der Sozialismus
von Ludwig Bamberger.

Von H. M.

Dieses Produkt auf dem Gebiete der sozialen Literatur leitet sich ein mit einer persönlichen, sich über acht Seiten erstreckenden Schimpferei auf die sozialistischen Theoretiker, vor Allen auf Marx, Engels und Lassalle; jedoch sind diese Schimpfereien ganz allgemeiner Natur und bewegen sich, wie es ja auch nicht anders denkbar, ganz im Rahmen des Privatlebens jener Männer, mit dem offenbaren Zwecke, durch Herabsetzung dieses auch ihre Thätigkeit im öffentlichen Leben zu verunglimpfen. Vage und unbestimmt, wie diese Ergüsse des Herrn Verfassers, ist auch der Inhalt der ganzen Schrift beschaffen. Ueberall wird von Voraussetzungen ausgegangen, die vielleicht im Kopfe des Herrn Bamberger begründet erscheinen können, die aber, um begriffen zu werden, nähere Erklärungen nöthig gehabt hätten. Seinen Standpunkt nennt uns der Verfasser zwar klar und deutlich, der nämlich der ist, daß er den Communismus einfach für „Unsinn" ansieht. Eine solche Behauptung ist nun recht billig, sie kostet nicht mehr, als wenn sich die Nationalliberalen unbeugsame Politiker nennen, oder Herr Lasker sich einen politischen Charakter, aber bewiesen ist damit noch nichts. Herr Bamberger könnte antworten, es sei nicht der Zweck seiner Schrift gewesen, eine Kritik des Sozialismus zu schreiben. Diese Absicht hat er allerdings nicht gehabt, indessen in Anbetracht des Umstandes, daß, nach eigener Meinung des Herrn Bamberger, die Majorität der „reichsfreundlichen" Elemente, ja sogar die meisten Sozialisten selbst die Ziele der sozialistischen Bewegung gar nicht begreifen, und um nun den Folgen vorzubeugen, die ein weiteres Umsichgreifen dieses „Unsinns" unzweifelhaft nach sich ziehen muß, hätte da nicht Herr Bamberger auch wohl ein wenig näher darauf eingehen können und sollen, warum denn er den Sozialismus für Unsinn hält? Erst dadurch könnte er wirklich Gutes stiften, sowohl für seine eigene Partei, um diese vor dem Unsinn zu bewahren, als auch für die Sozialisten, denen es doch gewiß erwünscht wäre, daß man ihnen endlich einmal die Hohlheit ihrer Ideen nachweise, auf daß nicht weitere Kraft und Zeit so vieler Tausende umsonst vergeudet wird! Von alledem ist bei Herrn Bamberger nichts zu finden, er dekretirt, der Sozialismus ist Unsinn und überhebt sich damit all' den langen und schwierigen Arbeiten des Beweises. Auch weiß Herr Bamberger, für wen er schreibt, seine nationalliberalen Philister möchten nicht geneigt sein, die Spannkraft ihres Verstandes an wissenschaftlichen Fragen zu versuchen, die objektives und consequentes Denken zur Voraussetzung haben. Das haben jene Herren längst verlernt, darum bleibt's bei Herrn Bamberger's Unsinn.

Als einzige Antwort auf solch' persönliche und private Insinuationen, wie sie Herr Bamberger auf Marx, Engels und Lassalle vorbringt, antworten wir mit einem Passus aus Hegel's Philosophie der Geschichte (3. Auflage), Einleitung, pag. 39: „Nach diesen allgemeinen Momenten also, welche das Interesse und damit die Leidenschaften der Individuen ausmachen, sind diese geschichtlichen Menschen zu betrachten. Es sind große Menschen, eben weil sie ein Großes, und zwar nicht ein Eingebildetes, Vermeintes, sondern ein Richtiges und Nothwendiges gewollt und vollbracht haben. Diese Betrachtungsweise schließt auch die sogenannte psychologische Betrachtung aus, welche dem Neid am besten dienend, alle Handlungen in's Herz hinein so zu erklären und in die subjektive Gestalt zu bringen weiß, daß ihre Urheber Alles aus irgend einer kleinen oder großen Leidenschaft, aus einer Sucht gethan haben und um dieser Leidenschaften und Suchten willen keine moralischen Menschen gewesen seien. Alexander von Mazedonien hat zum Theil Griechenland, dann Asien erobert, also ist er eroberungssüchtig gewesen. Er hat aus Ruhmsucht, Eroberungssucht gehandelt; und der Beweis, daß sie ihn getrieben haben, ist, daß er Solches, das Ruhm brachte, gethan habe. Welcher Schulmeister hat nicht von Alexander dem Großen, von Julius Cäsar vordemonstrirt, daß diese Menschen von solchen Leidenschaften getrieben, und daher unmoralische Menschen gewesen seien? Woraus sogleich folgt, daß er, der Schulmeister, ein vortrefflicherer Mensch sei, als jene, weil er solche Leidenschaften nicht besäße und den Beweis dadurch gebe, daß er Asien nicht erobere, den Darius, Porus nicht besiege, sondern freilich wohl lebe, aber auch leben lasse. — Die Psychologen hängen sich dann vornehmlich auch an die Betrachtung von den Partikularitäten der großen, historischen Figuren, welche ihnen als Privatpersonen zukommen. Der Mensch muß essen und trinken, steht in Beziehung zu Freunden und Bekannten, hat Empfindungen und Aufwallungen des Augenblickes. Für einen Kammerdiener giebt es keinen Helden — ist ein bekanntes Sprichwort; ich habe hinzugesetzt, und Göthe hat es 10 Jahre später wiederholt, nicht aber darum, weil dieser kein Held, sondern weil jener der Kammerdiener ist. Dieser zieht dem Herrn die Stiefel aus, hilft ihm zu Bette, weiß, daß er lieber Champagner trinkt u. s. f. — Die geschichtlichen Personen, von solchen psychologischen Kammerdienern in der Geschichtsschreibung bedient, kommen schlecht weg; sie werden von diesen ihren Kammerdienern nivellirt, auf gleiche Linie oder vielmehr ein paar Stufen unter die Moralität solcher feinen Menschenkenner gestellt. Der Thersites des Homer, der die Könige tadelt, ist eine stehende Figur aller Zeiten. Schläge, d. h. Prügel mit einem soliden Stabe, bekommt er zwar nicht zu allen Seiten, wie in den homerischen, aber sein Neid, seine Eigenthümlichkeit ist der Pfahl, den er im Fleische trägt; und der unsterbliche Wurm, der ihn nagt, ist die Qual, daß seine vortrefflichen Absichten und Tadeleien in der Welt doch ganz erfolglos bleiben. Man kann auch eine Schadenfreude am Schicksal des Thersitismus haben."

Nachdem nun Herr Bamberger fleißig auf das üppige Leben der sozialistischen Theoretiker geschimpft, sagt er auf pag. 3: „Man kann einwenden, dies heiße die Dinge von ihrer kleinen Seite ansehen, daß große Gesammterscheinungen nicht ausschließlich nach dem Maßstabe der an ihnen zunächst betheiligten Menschen gemessen werden dürfen. Niemals aber darf als Regel gelten, daß die Dinge von den Menschen gänzlich abzulösen seien, auf daß die Dinge sich desto leichter in übermenschlichen Dimensionen darstellen und in ihrem Hintergrunde Menschen über Lebensgröße ahnen lassen. Zwischen derjenigen Geschichtsmethode, welche nur personificirte Ideen vorführt, und der entgegengesetzten, welche den Schlüssel der Begebenheiten, wie etwa J. Michelet in seinen späteren Arbeiten, hinter den Bettvorhängen sucht, giebt es eine vernünftige Mitte. Und nicht zu vergessen, hier haben wir es keineswegs mit Geschichte, sondern mit Gegenwart zu thun."

Wir, Herr Bamberger, anerkennen in der Geschichte nur ein einziges Gesetz — die Nothwendigkeit. Die ganze Geschichte ist nur eine Abwickelung dieses Fadens, ein „Naturprozeß", und die geschichtlichen Personen sind nichts wie die Produkte ihrer Zeit. Soviel zur Klarstellung unseres Standpunktes. Eins aber müssen Sie uns erklären, wie ist es möglich, „hinter den Dingen Personen über Lebensgröße ahnen zu lassen", wenn man diese Personen auf ein Minimum reduzirt, wenn man eben den Verlauf der Geschichte als ein logisches, nothwendiges Aufeinanderfolgen von Ereignissen ansieht, die zum Stande kommen mußten, gleichgültig ob A oder B daran betheiligt war. Ganz anders ist das Verhältniß mit vielen Ihrer Freunde, die der Ansicht sind, die Geschichte werde von Staatsmännern, Generalen, überhaupt von Menschen gemacht. Da ist das Feld, Personen zu übermenschlicher Größe aufzublasen, und leider geschieht es nur zu häufig. Bei uns, wo die Menschen selbst als Objekte dargestellt werden, da ist kein Raum zum Personencultus. — Als guter Nationalliberaler zeigt sich uns Herr Bamberger, wenn er wählen muß zwischen den personificirten Ideen und den Bettvorhängen des Herrn Michelet. Natürlich will er es mit Keinem verderben. Deshalb wird Compromiß gemacht! Die goldene Straße der Mittelmäßigkeit geht sich so bequem; genügt der Eine nicht mehr, hilft man sich mit dem Anderen aus! (Forts. f.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Trauben sind sauer. Wir hatten uns schon gefreut, im ersten Berliner Wahlkreise den Dr. Max Hirsch auf's hohe Roß steigen zu sehen, um seinen bisherigen Wahlkreis vor den mißgünstigen Freunden zu schützen. Wenigstens berechtigte uns der „Gewerkverein" zu solcher Freude, der triumphirend verkündet hatte, daß Dr. Hirsch an das Volk appelliren würde, um die ihm von den liberalen Comités angethane Schmach der Absetzung zu rachen. Montag den 15. Juli fand nun in den Reichshallen die entscheidende Wählerversammlung statt, in welcher der Fortschrittler Hänel zum Candidoten des von dem Fortschrittler Hirsch innegehabten Wahlkreises ernannt wurde. Ein Brief von Hirsch lag vor, der „freiwillig-gezwungen" seinen Rücktritt anzeigte, um die Zersplitterung unter den Liberalen nicht zu fördern. — Wenn Hirsch auch ein Hanswurst ist, haben ihn doch eine Anzahl allerdings irregeleiteter Arbeiter, aber doch Arbeiter auf den Schild gehoben — das genügt in dieser Zeit, wo man auf die Arbeiterklasse Schmach und Schande häuft, den Mann nicht wieder aufzustellen. Der allgemeine Kampf, der jetzt gegen die Sozialdemokratie geführt wird, trifft alle Arbeiter — das sieht man so recht auch an obigem Vorfall.

— Frech, wie Hödel. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eifert gegen diejenigen Anschauungen, welche kundthun, daß mit den vorhandenen Mitteln die Reichsregierung den „Ausschreitungen" der Sozialdemokratie, wie man jetzt sehen könne, wirksam entgegenzutreten im Stande sei. Das Blatt sagt dabei wörtlich:

„Die Regierung entbehrt nach wie vor aller Waffen, um den gehässigsten Agitationen der sozialdemokratischen Presse mit Nachdruck und Wirksamkeit entgegenzutreten. Man braucht dieselbe nur in den wenigen Wochen nach dem zweiten Attentat zu verfolgen, um über den Grad höhnischer Frechheit und herausfordernden Trotzes zu erstaunen, womit diese Presse allen Gefühlen der Nation ins Gesicht schlägt. Was kann es wohl verschlagen, wenn zehn solcher Artikel nach dem bestehenden Strafrecht unverfolgbar sind und bei dem elften in Folge einer Verurtheilung ein Sitzredakteur einige Wochen im Gefängniß zubringen muß, von wo aus er Artikel gleichen Schlages zu schreiben fortfährt, falls er anders dazu überhaupt befähigt ist. Eine solche Strafe hat nicht den mindesten Einfluß auf die Verbreitung des Blattes, welches dieselbe vielmehr sofort mit Hohn zur Selbstreklame benutzt."

Der „Grad höhnischer Frechheit", der sich in diesen Zeilen zeigt, wetteifert mit dem Hödel's oder übertrifft denselben gar noch. „Ein „Sitzredakteur" — also eine vorgeschobene Person, die keinen Artikel schreiben kann, fährt im Gefängniß fort, Artikel „gleichen Schlages", wie derjenige war, der zur Verurtheilung führte, zu schreiben!" — Auf solche tölpelhaft infame Weise sucht das gouvernementale Blatt Stimmung zu machen, vertrauend auf die Dummheit jener Mistbauern, welche vorzugsweise ihre Weisheit aus der „norddeutschen Düngergrube" schöpfen.

— Die Einigkeit der Ordnungsparteien. Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Ein höchst lehrreiches Beispiel von den traurigen Folgen, welche der rücksichtslose Eingriff conservativer Candidaturen in den oft mühsam aufrecht erhaltenen Besitzstand der Nationalliberalen herbeiführen kann, wird aus Elberfeld berichtet. Dieser Wahlkreis ist bekanntlich nur mit äußerster Noth den Sozialdemokraten entrissen worden und war im verflossenen Reichstag durch den nationalliberalen Abgeordneten Prell vertreten. Es bedarf der höchsten Anstrengung und vollständiger Eintracht der staatserhaltenden Elemente, um den Sozialdemokraten das Gegengewicht zu halten. Die Candidatur des bisherigen Abgeordneten wäre wahrscheinlich durchzubringen, trotzdem aber stellen die Conservativen in der Person des Professors Aegidi in Berlin eine Gegencandidatur auf, die auch nicht die geringste Aussicht auf einen anderen Erfolg hat, als den, den nationalliberalen Bewerber in die Minderheit zu bringen. Zu den beiden genannten Candidaten kommen nun ein sozialdemokratischer und ein ultramontaner, und eine engere Wahl ist ganz unausbleiblich. Man könnte sich nun damit trösten, daß wenigstens bei dieser engeren Wahl die Einigkeit unter den staatserhaltenden Parteien wieder hergestellt würde. Allein da wird jetzt schon ein genialer sozialdemokratischer Coup in Aussicht gestellt. Um die beiden Vertreter der „Ordnungspartei" von der engeren Wahl auszuschließen, wollen, wie berichtet wird, die Sozialdemokraten von den ihnen zur Verfügung stehenden 12,000 Stimmen etwa 4000 dem ultramontanen Candidaten zuwenden. Alsdann würden Sozialdemokraten und Ultramontane in die Stichwahl kommen, die 4000 leihweise abgetretenen Stimmen würden natürlich wieder sozialdemokratisch wählen und Herr Hasselmann aller Voraussicht nach als Vertreter Elberfelds im Reichstag erscheinen, da an einer engeren Wahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Ultramontanen sich schwerlich weder Liberale noch Conservative betheiligen werden. Das sind die Folgen der conservativ-gouvernementalen Befehdung des Liberalismus, die auch anderwärts ähnliche Früchte zeitigen zu wollen scheint!"

— Ueber die juristisch-wissenschaftliche Seite der jüngsten Majestätsbeleidigungsprozesse bringt die „Frankfurter Zeitung" eine aus Süddeutschland datirte Correspondenz, die von großem Interesse und mit Scharfsinnigkeit geschrieben ist: „Wir sind überzeugt, daß mancher noch so conservative Staatsmann die jetzt täglich weitergehende Häufung der Majestätsbeleidigungsprozesse bedauert, nicht blos aus Ekel vor den dabei oftmals hervortretenden Erscheinungen, sondern gerade auch aus höheren staatsmännischen Erwägungen, wie sie die Gesetzgeber Theodosius und Napoleon I. leiteten, — weil dadurch der Zweck der Bestrafung nicht erreicht, sondern geradezu verfehlt wird. Nun kommen aber auch Fälle vor, die vom wissenschaftlichen Standpunkte die ernstesten Bedenken erregen. Mehrfach liest man, N. N. sei angeklagt oder verurtheilt worden, weil er eine Aeußerung gemacht, beiläufig dahin gehend: Möchte die Kugel des Hödel getroffen haben! Gewiß ist eine derartige, wenn auch ohne alle Ueberlegung, gedankenlos ausgestoßene Aeußerung abscheulich und moralisch im höchsten Grade verdammenswerth; wer einen solchen Gedanken ausspricht, setzt sich, selbst wenn es nicht einem Kaiser, sondern sogar nur dem geringsten Menschen gilt, mit Recht der allgemeinen Verachtung und Verabscheuung aus. Aber — ist dies eine gesetzlich strafbare Majestäts- (oder eventuell, bei Anderen, gewöhnliche) „Beleidigung"? Das bezweifeln wir auf Grund alter, rechtswissenschaftlicher Anschauungen. Eine Beleidigung, folglich auch die der Majestät, kann nur begangen werden durch Worte oder Geberden, welche die Ehre, mindestens den Verstand und die Befähigung antasten, welche den Angegriffenen verächtlich zu machen, ihn herabzusetzen oder ihm Verachtung auszudrücken suchen. Ausdrücke jener Art aber, so schmählich und nichtswürdig sie sind, passen nun einmal nicht für dieses Kriterium. Es kann dies um so weniger bezweifelt werden, wenn aus den Umständen hervorgeht, daß ein dolus (hier ein animus injuriandi) — ohne den es ein Verbrechen oder Vergehen überhaupt in allen Fällen nicht giebt — offenbar nicht vorlag, während allerdings Rohheit, Gemeinheit der Gesinnung, mindestens Gedankenlosigkeit hervorgebrochen war. Gar Manches kann als verwerflich vom moralischen Standpunkt aus verdammt werden, ohne daß dadurch die Anwendung des Strafgesetzes begründet würde. Die Empörung des Gefühls darf nicht die vom Gesetze mit Recht geforderten, hier aber fehlenden Vorbedingungen ergänzen wollen. Wer thöricht genug ist, einen Andern „todtbeten" zu wollen, wünscht nicht nur dessen Tod, sondern er macht sogar einen Versuch, wenn auch einen sehr wirkungslosen, die Tödtung herbeizuführen. Und doch ist es bisher noch keinem Richter eingefallen, einen solchen, offenbar boshaften Menschen deshalb wegen „Beleidigung" des Tod-zu-Betenden verurtheilen zu wollen." — So die beherzigenswerthe Correspondenz. Hierbei sei noch erwähnt, daß die Zahl der Majestätsbeleidigungen sich immer noch vermehrt. Das „Wundfieber" beherrscht die biederen Deutschen noch immer — der Aerzte sind noch viel zu wenige und die Denunziationskrankheit, welche wahrlich dem sittlichen Zustande der Nation ein schlimmeres Zeugniß ausstellt, als die wahnwitzige That zweier Meuchelmörder, wirkt weiter wie die ansteckende Pest. Gründe für dieselbe sind leicht zu finden. So haben wir zunächst die Bedauernswerthen, die aus einer Art von krankhaftem Patriotismus sich gedrungen fühlen, Angeberdienste zu verrichten, dann die Erbärmlichen, die zu eigenem Vortheil und um ihre Gesinnungstüchtigkeit in das gehörige Licht zu stellen, das Gewerbe der Denunziation betreiben; und endlich die verkommenen Subjekte, welche die günstige Gelegenheit benutzen, durch falsche Beschuldigung einer Privatrache Befriedigung zu verschaffen. — So werden vielfach auch Majestätsbeleidigungen „gemacht" und die Gerichte verurtheilen flott darauf los, in der Meinung, die Sozialdemokratie zu vernichten. Das Denunziantenwesen aber erhält durch die harten Urtheile, die vor der Wissenschaft nicht einmal Stand halten, neue Nahrung.

— Wie wir hören, soll der neue Reichstag Anfangs September zusammenberufen werden. Es verlautet ferner, daß demselben nur das neue Sozialisten-Ausnahmegesetz vorgelegt werden soll, mit welchem sich gegenwärtig alle Ministerien beschäftigen. Die Reichsregierung betrachtet es als selbstverständlich, daß dasselbe die Majorität erlangen wird, da man vor und während der Wahl alle Minen springen läßt, um Jasager hinein zu bekommen. Diese Heidenangst vor unserer Partei ist charakteristisch und bezeichnend für die herrschenden Parteien — nur mit Gewalt können und wollen sie uns vernichten! Ob aber dies auch noch gelingen wird, steht ebenso dahin; der Sozialismus spukt nicht mehr auf dem Papiere, in alten Scharteken, in einzelnen Menschen, nein, überall, auf jedem Orte, auf jeder Straße, in jedem Hause, in jeder Familie, in der Caserne, in der Fabrik, im Comptoir, auf der Eisenbahn, unter den Beamten fast aller deutschen Anstalten u. s. w. — kurz, er ist da und die Gewalt der Thatsachen wird schließlich die Reaktion zwingen, das, was der Sozialismus will, selbst auszuführen und dann triumphiren wir doch zuletzt.

— Für „Ordnungsmänner"! Unter die Studirenden der Berliner Universität und wahrscheinlich auch anderer Universitäten wurde folgendes Circulair vertheilt:

„Geehrter Herr! Die alte Thatsache, daß es für fidele Herren-Gesellschaft kein besseres Zugmittel der Unterhaltung giebt, als „pikante Photographien", hat uns zu nahezu hundert Aufnahmen veranlaßt und haben wir dadurch ein wirkliches Non plus ultra für Herren geschaffen. — Eine Reihe Handlungen, welche in diversen Zeitungen „pikante Photographien" annonciren, liefern meistens Grazien und sonstige harmlose Bilder, Sachen, welche sich mit unseren schönen und äußerst decolletirten Mädchengestalten in den denkbarsten Situationen und Gruppen nicht vergleichen können! — Wir liefern diese Photographien per Collektion zu 5 Mk. und offeriren Ihnen solche direkt, weil Zeitungsredaktionen uns ein entsprechendes Inserat verweigern. Wir expediren nur ungern und ausnahmsweise gegen Nachnahme, indem der Versandt umständlicher, kostspieliger und auffallender ist, weil der Absender angegeben werden muß, während ein gewöhnliches Briefpacket in jeden Briefkasten geworfen werden kann; wir empfehlen daher Voreinsendung des Betrags, in welchem Falle franco liefern. Wir sind überzeugt, daß unsere Bilder Ihren Beifall finden werden, und sehen gef. Bestellung in gut geschlossenem Couvert entgegen. Hochachtungsvoll Artistische Anstalt von R. A. in Mainz."

Das Circulair wurde der Redaktion der „Berliner Freien Presse" zugesandt und man sieht daraus, daß unsere studirende Jugend nicht dazu angethan ist, auf solch erbärmliche Weise sich in ihren Bestrebungen nach Erkenntniß des Wahren, Schönen, Guten verhöhnen zu lassen. Das genannte Parteiorgan druckt den Namen des Geschäftsmannes vollständig ab und hat ein Exemplar davon an den Mainzer Staatsanwalt eingesandt; ob derselbe hier eingreifen wird, lassen wir vorläufig dahingestellt. Jedenfalls aber gehört der Herr R. A. der „Ordnungs"partei an — es ist ein Zeichen der Zeit; ein Theil der Inserate des „Kladderadatsch" und anderer liberaler Blätter protegiren ja förmlich die Prostitution — warum soll Herr R. A. in Mainz nicht auch von diesem „Geschäft" leben? Herr Mosse und Andere geniren sich ja auch nicht, das Geld dafür einzustreichen. Und das ist die Moral der heutigen Gesellschaft! Hohngelächter der Hölle!

— Kaiser Wilhelms-Spende! Unter dieser Rubrik finden wir in sämmtlichen Ordnungsblättern eine Aufforderung an das deutsche Volk zur Zahlung eines Beitrags, bestehend in Pfennigen oder Groschen, jedoch nicht über eine Mark, zu einem

Zur Wahl.

Vor dreißig Jahren rief ich schon: Gesinnungsbrüder, jammert nicht;
Bereitet Euch mit Weisheit vor, bis unser Grimm die Ketten bricht.
Nach langer Vorbereitung scheint mir nun das deutsche Volk erwacht,
An allgemeiner Bildung reif zu mancher Schöpfung, tief durchdacht.
Im Volke dämmert schon der Tag, wo bald empor die Sonne taucht,
In manches arme Menschenherz das junge Licht und Leben haucht.
Ein allgemeiner Freiheitsdrang entflammt erfreulich mein Geschlecht;
Aus dumpfer Ahnung aufgescheucht, ein ungestillter Durst nach Recht.
Mit unbezähmter, blinder Wuth befeindet uns die Bürgermacht,
In reiner Ueberzeugung stark beginnen wir die Geisterschlacht.
Wo Blut und Eisen keinen Sieg und keinen wahren Ruhm verleiht;
Wo jeden Streiter, immer neu, die rechte Bruderliebe weiht.
Wir fordern würdig Euch zur Schlacht, wo nur gesundes Wissen siegt;
Worin der größten Ueberzahl der starke Denker nicht erliegt.
Gesetzlich wollt Ihr fesseln uns, berauben gierig überall;
Das Wissen schmiedet Waffen uns, wir sprengen tapfer jeden Wall.
Den Mann der Arbeit werben wir, der alle Güter fast erzeugt;
Für Sorgen, ungewissen Lohn geduldig noch den Rücken beugt.
Mit jedem Racheplane steigt gewiß für uns die Kriegerzahl:
Die kraftbewußte Stimmung beweisen Euch die nächste Wahl!

Gustav Adolf Köttgen.

Einem Maler in's Stammbuch.

Ein schwacher Greis gefordert vor Gericht? —
Welch' Schreckensthat ist wohl von ihm verbrochen?
Mord? — Diebstahl? — Redet! — Drauf der Nachbar spricht:
„Hat unbedacht ein böses Wort gesprochen."

„Ein schlimmes Wort auf Kaisers Majestät —
Ihr wißt ja wohl, in diesen schweren Zeiten
Hat dies für den, der nicht auf Vorsicht späht,
So ein paar Jahr' Gefängniß zu bedeuten."

Und wer bracht' diesen Greis denn vor Gericht?
Ich möchte diesen — Menschen gerne kennen,
Ihm schauen einmal scharf in sein Gesicht,
Ob Scham und Reu' nicht glühend darauf brennen.

„Ein alter Freund verrieth den alten Mann.
Dort seht Piloty, der den Cola malte
Und Galilei in des Kerkers Bann.
Er war's, der diese Botschaft so bezahlte."

„Seht wie er dasteht, blaß und erdenfahl.
Hört wie die Worte dumpf dem Mund entrollen
Und schau't die Mienen rings umher im Saal,
Wie dem Reptil sie unverhohlen grollen."

Acht Monat Festung! — Und der schwache Greis
Verließ den Raum, gegrüßt von allen Seiten,
Und hier und dort vernahm man laut und leis:
„Wir müssen den Piloty — heimgeleiten."

Das war Geleit! Denkst ganz gewiß daran,
So lang du athmest noch auf deutscher Erde,
Du großer Held, du echter deutscher Mann,
Werth, daß dein Name nie vergessen werde.

Ein rasches Wort bracht, Greis, dich vor Gericht
Und das Gericht hat seinen Stab gebrochen —
Doch darum murre und verzage nicht,
Denn auch das Volk hat seinen Spruch gesprochen.

Frankfurt a. M. Ludwig Rosenberg.

Zwei Attentate.

(Aus dem „Hamburgischen Correspondent".)

I.

Das Tschech'sche Attentat gegen Friedrich Wilhelm IV.

Das vierte Jahr der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. war das schwierigste, das der am 7. Juni 1840 auf den Thron gelangte sechste König von Preußen zu überstehen gehabt. Drei der Provinziallandtage von 1843 hatten die Wünsche der Nation nach Herstellung einer ständischen Verfassung der Gesammtmonarchie, nach Preßfreiheit und Oeffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens mit einem Nachdruck und einer Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, welche von einer tiefen Verstimmung der gebildeten Gesellschaftsklassen über die bestehende Ordnung und von leidenschaftlichem Verlangen nach Erfüllung der Versprechungen Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815 zeugten; das Obertribunal hatte Johann Jacoby von der wider ihn erhobenen Anklage auf Majestätsbeleidigung unter dem stürmischen Beifall des gesammten Deutschlands freigesprochen, das zu Düsseldorf abgehaltene Festmahl der Rheinischen Stände zu Demonstrationen Veranlassung gegeben, welche auf die Stimmung des Beamtenthums ein überraschendes Schlaglicht warfen und jenes Gesetz vom 29. März 1844 veranlaßten, das die richterlichen Beamten der Disziplinirung des Justizministers unterwarf, wenig später das durch Verordnung vom 28. Juni 1844 in Wirksamkeit gesetzte Savigny-Eichhorn'sche Ehescheidungsgesetz einen förmlichen Sturm von Anklagen und Verdächtigungen gegen die Regierung hervorgerufen. Im Winter 1843—44 war endlich in den Weberdistrikten Schlesiens ein Nothstand ausgebrochen, der die bis dahin ungestört gebliebene äußere Ruhe ernstlich gefährdete und zu Auftritten Veranlassung gab, wie sie in Deutschland noch nicht erlebt worden; Schaaren hungernder Arbeiter durchzogen die Distrikte von Peterswaldau und Langenbielau, stürmten und verwüsteten die Fabriken und Wohnungen der Arbeitgeber und mußten mit bewaffneter Hand zurückgeworfen werden, die öffentliche Meinung aber gab der Regierung Schuld, die schreienden Uebelstände der schlesischen Arbeiterverhältnisse unberücksichtigt gelassen und das Interesse der besitzenden Klassen einseitig gefördert zu haben. Das Zusammentreffen dieser Tumulte mit den Widersetzlichkeiten der Eisenbahnarbeiter in dem benachbarten Böhmen legte Befürchtungen vor einer allgemeinen Arbeitererhebung nahe und vermehrte das Mißtrauen und die Unzufriedenheit, welche sich allgemach fast aller Schichten der Bevölkerung bemächtigt hatten und durch die Publizistik jener Zeit systematisch genährt wurden.

So lagen die Dinge, als am 26. Juli 1844 die Kunde von einem unerhörten Ereigniß Preußen und Deutschland erschreckte. Am Morgen des gedachten Tages war der König zum Behuf einer Reise in den Wagen gestiegen, der vor den Thoren des Residenzschlosses hielt, als ein anständig gekleideter pockennarbiger Mann in mittleren Jahren sich durch das umstehende Publikum bis dicht an den Monarchen vordrängte und ein Doppel-Pistol auf denselben abfeuerte. Die erste Kugel war durch Mantel und Ueberrock des Königs gedrungen und hatte demselben eine leise Quetschung auf der Brust beigebracht, die zweite schlug dicht über dem Haupt der neben ihrem Gemahl sitzenden Königin Elisabeth in das Holzgestell des Wagens ein. Der sofort ergriffene Mörder hieß Heinrich Ludwig Tschech, war von 1837 bis 1841 Bürgermeister des Städtchens Starkow gewesen, und hatte diese Stellung bald nach der Thronbesteigung Friedrich

wohlthätigen Fond und als einen Beweis, daß das ganze Volk die Attentate verurtheilt. Wir Sozialisten haben allüberall den Mord und Mordversuch, trete er auf wie und wo er wolle, verurtheilt und hätten nicht nöthig, erst noch durch Unterschrift und Geldgaben solches zu bethätigen. Möge es ein jeder Genosse, der bei diesen schlechten Zeiten noch etwas übrig hat, halten wie er wolle. — Im Uebrigen halte ein Jeder seine Zunge im Zaum, besonders aber die Frauen! Deutschland wimmelt von Denunzianten.

— Nachwehen des Haase'schen Bankerotts. Infolge Verlustes von 5200 Mark bei dem Haase'schen Krach legte der 72jährige Handarbeiter R. Hand an sein Leben. Sein Nothpfennig für's Alter war dahin — von was sollte der alte Mann weiter leben? Betteln — da steht an jeder Thür ein Denunziant und überall Gensdarmen und Polizisten, und düster drohend erwartet ihn auf die alten Tage noch das Gefängniß, die Schande. — Ebenso brach die Frau eines Chemnitzer Bürgers bei der Nachricht vom Krach bewußtlos zusammen und verschied auch bald darauf. Sie hatte sich redlich gemüht und geplagt und so manchen Genuß versagt, um einen Nothpfennig zu erübrigen, und nun mit einem Schlage Alles, Alles dahin. Wer als Arbeiter weiß, was es heißt, bei den heutigen Verdiensten sparen, der kann sich lebhaft in diese beiden Fälle hineindenken. Wir aber wollen nicht richten, nur lauter und lauter den Ruf nach Abänderung der heutigen Gesellschaftsordnung ertönen lassen.

— Soldatenmord in der Kaserne. Die „Hamburger Nachrichten" vom 15. und 16. Juli berichten Folgendes: „In der hiesigen Kaserne wurde am Sonnabend Nachmittag der zur 5. Comp. des 76. Inf.-Reg. gehörende Sergeant Koch von einem Musketier seiner Korporalschaft, Namens Wernecke, mit dem Gewehrkolben erschlagen. Die blutige Scene spielte sich in dem Zimmer Nr. 160, in welchem Wernecke mit mehrreen Kameraden untergebracht war, ab. Am Sonnabend Nachmittag gegen 2 Uhr begann die „Putzstunde", wobei sich Wernecke schon einen Verweis zuzog, weil er den Lauf des Gewehres reinigte, ohne vorher die sogenannte Kammer herausgenommen zu haben. Als ihm sodann der Sergeant Franz Heinrich Erdmann Koch, auch Kock genannt, das Commando abfragte, erklärte er: „das weiß ich nicht mehr, ich hab's vergessen". Sergeant Koch ließ ihn dafür zur Strafe „Kniee beugen", jedoch nur zwei Minuten, sodann setzte er sich auf den Stuhl und las eine Zeitung, die er nach einiger Zeit auf das Bett legte und dann einnickte, wobei ihm der Kopf auf das Bett sank. Wernecke putzte anfangs ruhig fort, jedoch ohne, wie ihm dies von Koch geheißen worden war, die Kammer aus dem Gewehre herauszunehmen. Er ließ dieselbe auch darin, als er den Todtschlag vollführte, so daß infolge des wuchtigen Hiebes der ca. 1½ Zoll lange Kammerknopf tief in den Kopf des Koch eindrang. Als der Feldwebel mit mehreren Soldaten ins Zimmer eilte, hatte Wernecke das Faschinenmesser, welches vorhin auf dem Bette gelegen hatte, in der Hand, anscheinend, um sich damit gegen die Hinzukommenden zu vertheidigen. Eine tiefe Wunde quer über dem Gesichte des Verstorbenen läßt indeß darauf schließen, daß Wernecke ihm auch einen Schlag mit dem Faschinenmesser versetzt hat. Der Tod des Koch erfolgte bald darauf. Wernecke wurde von vier seiner Kameraden festgehalten und dann nach der Militärwache geführt. Die Untersuchung gegen den Thäter führt Herr Justizrath Puhlmann. Wernecke wurde gestern vor die Leiche des Erschlagenen geführt. Er erklärte auf Befragen, daß er den Verstorbenen kenne, es sei der von ihm erschlagene Sergeant Koch. Er zeigte indeß keine Reue, sondern gab zu, schon zu wiederholten Malen den Entschluß gefaßt zu haben, Koch umzubringen. Dieser wird von seinen Vorgesetzten als ein pflichtgetreuer Soldat geschildert, welcher allerdings große Strenge ausübte, nie aber ungerecht gewesen sein soll. Wernecke will von seiner hier wohnhaften Schwester angeblich verstoßen gewesen sein und dadurch sich schon immer in erbitterter Gemüthsstimmung befunden haben. Vor seinem Militärdienste ist er nur mit sehr geringen Strafen, unter Anderem einmal wegen Unfugs, bestraft. Als Soldat hat er mehrfach Strafen wegen nächtlichen Umhertreibens, Wegbleibens aus der Kaserne und Trunkenheit erlitten. Er wird zunächst vom Kriegsgericht abgeurtheilt, aus dem Militärstande gestoßen und dann dem Civilgericht (Geschwornengericht) überwiesen werden. Die Beerdigung des Koch fand am 16. d. M. unter militärischen Feierlichkeiten vom Lazareth am Schulterblatt aus auf dem in Elmsbüttel belegenen Militärkirchhofe statt. Der Verstorbene machte den Feldzug von 1870/71 mit und wurde damals am rechten Arm verwundet. Wernecke wurde im Jahre 1856 in Barmbeck geboren und erlernte das Zimmerhandwerk.

— Von den vlämischen Genossen in Gent (Belgien) ist an das Central-Wahlcomité in Hamburg folgender Brief abgesandt worden:

„Die vlämischen Genossen an ihre deutschen Brüder.

Genossen!

Hierbei senden wir Euch die Beiträge (1030 Francs) der vlämischen Sozialisten zur Unterstützung Eures Riesenkampfes gegen die vereinigte Reaktion. Wir begreifen, daß Eure Lage die denkbar schwierigste ist. Ihr seid die muthigen Vorkämpfer, die Pioniere unserer gemeinschaftlichen Sache, und darum ist es Pflicht, daß wir der Parole: „Einer für Alle und Alle für Einen" treulich nachkommen. Unsere Prinzipien gebieten uns, solidarisch zu handeln, und wir hoffen, daß unser Beispiel bei den Genossen aller Länder Nachahmung finden möge. Deutsche Brüder! In dem Augenblick, wo wir dies schreiben, rückt der Wahltag immer näher heran und deshalb verdoppeln sich Eure Schwierigkeiten. Aber Muth und Ausdauer, Genossen! Vielleicht wird der 30. Juli ein Siegestag für das unterdrückte Volk — ein Siegestag wie noch nie! Unsere Sympathien werden Euch aber immer, in Glück und Mißgeschick, begleiten. Unsere Brüderlichkeit wird niemals ermangeln; rechnet auf sie.

Empfanget also die besten Grüße und Händedrücke von Euren vlämischen und belgischen Brüdern. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Solidarität aller Völker!

Im Namen der vlämischen sozialistischen Arbeiterpartei

Edmond Vanbeveren, Korte Schipgracht 5."

— Das rothe Gespenst in Amerika. In Californien haben sich die daselbst eingeführten Chinesen für alle anderen Arbeiter zu einer Geißel ohne gleichen aufgeschwungen; dieselben haben es dahin gebracht, daß die Arbeitslöhne von Jahr zu Jahr gefallen sind und Niemand, außer den Chinesen, mehr dort existiren kann. Infolgedessen wurden die bisher zerstreuten sozialistisch gesinnten Arbeiter gezwungen, gemeinsam Front gegen diese Kuli's zu machen und zwar auf gesetzmäßigem Wege. Und der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Bei den Wahlen zum Verfassungsrath in San Franzisko hat die Arbeiterbewegung einen glänzenden Sieg errungen. Die Arbeiterpartei sagt in ihrem Programm: „Die Chinesenarbeit ist ein Fluch für unser Land, schädigt unsere Sitten, beeinträchtigt unsere Freiheiten und die Institutionen unseres Landes; sie sollte beschränkt und für immer ausgemerzt werden. Die Chinesen müssen das Land verlassen." Ob solchen unerhörten Gebahrens spukt natürlich die amerikanische Kapitalistenpresse Feuer und geberdet sich wie wahnsinnig. Das hilft aber nichts, die beiden Arbeiterparteien haben je 11,000 und 9000 Stimmen, während die „Ordnungsparteien" zusammen nur 7000 Stimmen erzielen konnten. (Deutsche Arbeiter, nehmt Euch am 30. Juli ein Beispiel daran!) In den anderen Theilen des Staates ganz dasselbe Verhältniß und man darf sicher erwarten, daß die neue Gesetzgebung dahin wirken wird, die Kulieinführung zu verbieten. Darob aber in Israel ein groß Geschrei, man macht allerhand Ausflüchte und wird wahrscheinlich versuchen, der neuen Bewegung mehr als einen Stein in den Weg zu legen. Hoffentlich irritirt dies die neue Partei nicht, eingedenk, daß nur eine Radikalkur der Wirthschaftsmisère ein Ende machen kann und überzeugt, daß, je weniger Bedürfnisse der Arbeiter hat, desto weniger geschaffen zu werden braucht und dadurch schließlich das menschliche Geschlecht langsam zu Grunde gehen muß.

Die „Tagwacht" meint, bei dieser Gelegenheit eines Wortes erwähnen zu müssen, das ein angesehener Arzt ausgesprochen, als einmal die Rede war von einer möglichen Chineseneinfuhr nach Europa. „Seid unbesorgt," sagte der Mann, „die Chineseneinfuhr nach Europa könnte in keinem Falle rentiren. Namentlich ist die Lebenshaltung unserer Fabrikbevölkerung eine derartig auf niederer Stufe stehende, daß mit noch weniger Ansprüchen, namentlich an Nahrung, selbst ein Chinese verhungern müßte." Der Mann hatte Recht; wer unsere großen Industriebezirke durchstreift, selbst dort aufgewachsen und mitgemacht hat, der fürchtet sich vor den Kuli's nicht, denn in Deutschland besorgen böhmische und italienische Arbeiter deren Aufgabe. Ein Zeichen aber, daß die deutschen Arbeiter auch dies schon begriffen haben, ist das ungeheure Anwachsen des Sozialismus.

Die amerikanische Bourgeoisie aber schreit mit aller Gewalt nach strenger Handhabung der Gesetze, nach strenger und energischer Polizei und rascher Exekutivmaßregeln. Man wäre heutzutage fast versucht, unter die Polizei zu gehen, das Geschäft blüht, zieht doch z. B. im Leipziger Landkreise der Kaufmann S. immer in Begleitung zweier Polizeibeamten in die Versammlungen u. s. w., mit einem Wort ein rentables Handwerk. Und nun zumal in Amerika, wo so wenig stehendes Militär vorhanden! Doch, dies Geschrei zeigt uns so recht das riesige Wachsen des Sozialismus in Amerika.

— Eine neue Staatsrettung. Der „allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauerbund" ist in Preußen verboten worden, wie folgende Bekanntmachung Tessendorff's zeigt:

„Durch die Erkenntnisse des hiesigen königl. Stadtgerichts und des königl. Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. vom 14. Dezember 1876, bezw. vom 4. Juni 1878, ist der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauerbund zu Hamburg für den Umfang des preußischen Staatsgebietes wegen Zuwiderhandeln gegen §§ 8 und 16 des preußischen Gesetzes über das Versammlungs- und Vereinsgesetz vom 11. März 1850 definitiv geschlossen worden. Demgemäß ist die fernere Betheiligung an diesem Vereine, insbesondere auch das Zahlen von Beiträgen, für den Umfang des preußischen Staatsgebietes verboten. Die Uebertretung dieses Verbotes ist im § 16 loc. cit. mit Geldstrafe von 15 bis 150 Mk. oder mit Gefängniß von 8 Tagen bis zu 3 Monaten bedroht."

So! Die Maurer und Steinhauer wären also glücklich beseitigt; der Sozialismus aber noch lange nicht.

— Vom Kriegsschauplatz. Genosse Zaumsegel in Dresden hat eine dreimonatliche Haft angetreten; Genosse Georg Vollmar wird nach Zwickau übergeführt werden. — Parteiblätter berichten: Most verbüßt gegenwärtig in Plötzensee eine dreimonatliche Gefängnißhaft im sogenannten „Maskenflügel", der extra für die gemeinsten Verbrecher und unverbesserlichsten Taugenichtse hergerichteten Abtheilung. Most trägt auf der Brust eine Nummer — die im „Maskenflüge!" Inhaftirten werden nicht bei ihrem Namen, sondern nach einer ihnen gegebenen Nummer gerufen — und über das Gesicht eine Kapuze, in der sich für Augen, Nase und Mund vier Löcher befinden. Eine derartige Behandlung politischer Gefangener paßt so recht zum „Culturstaate" Preußen. — In Chemnitz wurde Genosse Uhle aus Wittgensdorf zu 3 Jahren Gefängniß, Genosse Peukert aus demselben Orte zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß, beide wegen Majestätsbeleidigung, verurtheilt. Dem Letzteren wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Peukert ist nämlich Gemeinderathsmitglied. — Unser wegen Majestätsbeleidigung angeklagter Reichstagscandidat Gutsbesitzer Heinrich Lauer in Niederwalgern ist vor Kurzem, nachdem er eine Kaution von über 10,000 Mark gestellt hat, aus der Haft entlassen worden.

Der Friedensvertrag

oder besser gesagt, der Waffenstillstandspakt, denn anders dürfte er selbst von den optimistischen Congreßposaunisten nicht aufgefaßt werden, ist am Sonnabend hier unterzeichnet worden. Derselbe umfaßt nach der „Neuen Freien Presse" 23 Folio-Druckseiten und außer der üblichen Einleitung 64 Artikel. In seinen wichtigsten Punkten lautet er:

Artikel 1 des Vertrages bestimmt, daß Bulgarien ein autonomes und tributäres Fürstenthum unter der Suzeränetät des Sultans wird; es erhält einen christlichen Gouverneur und eine nationale Miliz. Artikel 2 enthält die Grenzen Bulgariens sehr detaillirt. Artikel 3: Der Fürst Bulgariens soll von Notabeln gewählt werden und darf keiner europäischen Dynastie angehören. Artikel 5 bestimmt Freiheit aller Culte in Bulgarien. Artikel 6: Bis zur Vollendung des organischen Statuts soll die provisorische Verwaltung Bulgariens durch einen russischen Commissär geführt werden. Zur Controle ist ihm eine aus einem türkischen Commissär und den Consuln der Signatarmächte gebildete Commision beigegeben. Artikel 7: Das provisorische Regiment des russischen Commissärs darf nur neun Monate dauern, worauf zur Wahl des Fürsten geschritten werden muß. Artikel 8 bestimmt die Fortdauer der Handelsverträge für Bulgarien. Artikel 9: Der Tribut Bulgariens soll von den Signatarmächten nach Maßgabe der mittleren Einkünfte des Fürstenthums bestimmt werden. Artikel 10 betrifft die bulgarischen Eisenbahn-Angelegenheiten. Artikel 11 bestimmt die Räumung des Fürstenthums durch die türkischen Truppen, Schleifung aller bulgarischen Festungen. Die Pforte behält das Eigenthum am Kriegsmaterial. Artikel 13: Im Süden vom Balkan wird eine Provinz gebildet, welche den Namen Ost-Rumelien erhalten soll und unter der direkten politischen und militärischen Autorität des Sultans, unter den Bedingungen lokaler Autonomie steht. Sie bekommt einen fürstlichen Generalcouverneur. Artikel 15: Der Sultan wird das Recht haben, für die Vertheidigung der Grenzen der Provinz zu Wasser und zu Land zu sorgen, indem er an den Grenzen Befestigungen errichtet und in denselben Truppen unterhält. Die innere Ordnung wird in Ost-Rumelien durch eine eingeborene Gendarmerie und eine lokale Miliz aufrechterhalten. Die Pforte darf daselbst keine irregulären Truppen unterhalten. Artikel 17: Der Generalgouverneur Ost-Rumeliens wird von der Pforte mit Zustimmung der Mächte auf fünf Jahre ernannt. Artikel 18: Eine europäische Commission soll nach dem Friedensschlusse die Organisation Ost-Rumeliens festsetzen. Artikel 19: Bis zur Beendigung dieser Aufgabe soll die europäische Commission die Finanzen der Provinz verwalten. Artikel 22: Die russische Garnison in Ost-Rumelien darf nicht über 50,000 Mann betragen, die Okkupation darf nur neun Monate dauern, wozu drei Monate zur Vollziehung der Räumung hinzutreten. Artikel 25: Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden von Oesterreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden; im Bezirke Novi-Bazar bleibt die türkische Regierung bestehen, doch hat Oesterreich das Recht, im gesammten Vilajet Garnisonen zu halten. Artikel 26 bestimmt die Unabhängigkeit Montenegros. Artikel 29 behandelt Antivari; das Gebiet südlich Montenegros fällt an die Türkei zurück, Spizza an Dalmatien. Die Schifffahrt auf der Bojana ist frei. Befestigungen dürfen an ihren Ufern nicht unterhalten werden. Montenegro darf keine Kriegsschiffe und keine Kriegsflagge haben. Der Hafen von Antivari ist Kriegsschiffen aller Nationen verschlossen, die Seepolizei darüber hat Oesterreich; Montenegro acceptirt das dalmatinische Seerecht. Montenegro soll sich mit Oesterreich über den Bau einer Straße und einer Eisenbahn durch sein Gebiet verständigen. Artikel 33: Montenegro übernimmt einen Theil der türkischen Staatsschuld. Artikel 34 be-

---

Wilhelm's IV. aufgegeben, um sich um ein Staatsamt zu bewerben. Er hatte sich in dieser Absicht an verschiedene Behörden und schließlich in einer Immediateingabe an den König gewandt, war aber allenthalben zurückgewiesen, weil man ihn für einen unruhigen Kopf, nach damals übliger Terminologie für einen „Jakobiner" hielt und an seiner Fähigkeit zu geordneter Amtsarbeit zweifelte. Den liberalen Bestrebungen, welche sich seit 1840 auf das Zustandekommen einer constitutionellen Verfassung richteten, war Tschech durchaus fremd geblieben, mit keinem der Führer dieser Richtung auch nur persönlich bekannt gewesen; dagegen hatte er aus seiner Verehrung für die politischen und religiösen Grundsätze der französischen Revolution kein Hehl gemacht und auch seine Tochter in denselben erzogen. Als Motive seiner That stellten sich Rachsucht, Noth und Eitelkeit heraus; während der gesammten Untersuchung zeigte er sich verstockt und allen Regungen der Reue unzugänglich, trotzdem ihm bedeutet worden war, daß der König ihn begnadigen wolle, wenn er darum bitte.

Obgleich diese Umstände und die rein persönlichen Motive der Tschech'schen That allgemein bekannt waren, machte man sich in Preußen, wie im übrigen Deutschland darauf gefaßt, das Tschech'sche Attentat mit der liberalen Bewegung und mit den schlesischen Unruhen in Zusammenhang gebracht und zu politischen Ausnahmemaßregeln benutzt zu sehen. In der näheren Umgebung des Königs fehlte es nicht an Stimmen, welche das Mißtrauen der Regierung wachrufen, Verschärfung der Censur und strenge Ueberwachung der sog. Unzufriedenen anrathen und das Verbrechen vom 26. Juli zu einer Ausgeburt der Erregung stempeln wollten, welche die ständischen Oppositionsversuche hervorgerufen hatten. Auch im liberalen Lager machte man sich darauf gefaßt, daß die Regierung aus ihrer bisherigen zuwartenden Stellung hervortreten und dadurch die bereits im Anzuge begriffene Krisis beschleunigen werde; stand doch fest, daß viele hochgestellte Personen von dem Verdacht nicht zu heilen waren, daß hinter den Weberrevolten die ständischen Oppositionsredner steckten. Friedrich Wilhelm IV. aber, der sich damals noch im Vollbesitz seiner Kraft befand, erklärte öffentlich, daß eine vereinzelte That ihn in dem Vertrauen zu seinem Volke nicht erschüttern könnte. „Ich gehe," sagte der König, „mit frohem Muthe an mein Tagewerk, Begonnenes zu vollenden, Vorbereitetes auszuführen, das Böse mit neuer Siegesgewißheit zu bekämpfen und meinem Volke das zu sein, was mein hoher Beruf mir auferlegt und was meines Volkes Liebe verdient." Am 20. August schrieb er seinem Freunde Bunsen: „Gott wendet, was menschlicher Fluch erdacht, zu reichem himmlischem Segen. Also sei es! ... Die Kugel, auf kaum ein Fuß breit abgeschossen, zerriß alle Kleider, — ich aber habe auch nicht das Allerleiseste gefühlt, die Kugel ist machtlos von dem Brustbein in den Wagen gerollt! Verstummen und Anbeten ist meine Losung." (Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelm's IV., p. 121.)

Tschech wurde am 14. Dezember 1844 zu Spandau hingerichtet, ohne eine Spur von Reue oder Todesfurcht gezeigt zu haben — politisch aber blieb seine That ohne alle Folgen, obgleich die Zeitläufe wohl danach angethan gewesen wären, solche herbeizuführen und die im deutschen Leben neuen Vorgänge der jüngsten Vergangenheit als Glieder einer großen Kette anzusehen. Friedrich Wilhelm's IV. gesunder Sinn sorgte dafür, daß die Versuche, dem Tschech'schen Verbrechen eine allgemeine Bedeutung zu geben, machtlos zu Boden fielen und daß das Jahr 1844 ungleich friedlicher endete, als es begonnen hatte.

— Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Ein seltenes, nur in sehr wenigen Exemplaren vorhandenes Dokument ist dem Märkischen Provinzial-Museum vom Kaufmann Max Krüger aus Berlin als Geschenk überwiesen worden. Es ist dies die Proklamation des Grafen v. d. Schulenburg, welche derselbe nach der verlorenen Schlacht bei Jena anschlagen ließ. Dieselbe lautet wörtlich: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Berliner Einwohner dazu auf. Der König und seine Brüder leben!

Berlin, den 17. Oktober 1806.

Graf von der Schulenburg."

— Die Zeitungspresse in England. Dem „Printers Register" zufolge erscheinen in Großbritannien und Irland gegenwärtig 151 tägliche Zeitungen, gegen 149 zur nämlichen Zeit im vorhergehenden Jahre. Von dieser Anzahl kommen auf London 20, die Provinzen 89, Wales 2, Irland 19 und Jersey 1. 83 erscheinen des Morgens und 68 des Abends. Die Abendzeitungen sind mit Ausnahme von 7 alle Halfpenny-Blätter. Ihrer politischen Färbung nach gelten 67 als liberal, 41 als konservativ, 29 als unabhängig und 14 sind nicht-politischen Inhalts

— Wie groß allenthalben die furchtbare Noth ist, beweisen nachstehende Annoncen in der „Vossischen Zeitung". Da heißt es u. A.: Eine Mutter wünscht ihr Kind, Mädchen, an kinderlose anständige Leute zu verschenken. Näh. Oranienstr. 63, Hof 3 Tr., bei Walter. — Ferner: Ein kleiner niedlicher Junge ist zu verschenken. Näh. Oranienstr. 63, Hof 3 Tr., bei Walter. — Ferner: Ein kleiner niedlicher Junge ist zu verschenken. Adalbertstr. 47, 2 Tr. rechts.

stimmt die Unabhängigkeit Serbiens. Artikel 38: In Eisenbahnsachen tritt Serbien, soweit es sein Gebiet betrifft, gegenüber Oesterreich in die Rechte und Pflichten der Pforte. Artikel 41: Vierzehn Tage nach der Ratifikation des Friedens sollen die serbischen Truppen türkisches und die türkischen serbisches Gebiet räumen. Artikel 42: Auch Serbien soll einen Theil der türkischen Schuld übernehmen; den Betrag sollen die Mächte bestimmen. Artikel 43 bestimmt die Unabhängigkeit Rumäniens. Artikel 45: Rumänien tritt Bessarabien an Rußland ab; die östliche Grenze bildet der Thalweg des Pruth, die südliche der Thalweg der Kilia und des Staristambul. Artikel 46: Das Donaudelta, die Schlangeninsel und die Dobrudscha fallen an Rumänien. Artikel 49 gewährt Rumänien ausdrücklich das Recht, Verträge zu schließen. Artikel 52 setzt die Freiheit der Donau fest. Unterhalb des Eisernen Thores dürfen keine Kriegsschiffe gehalten werden, ausgenommen die leichten Schiffe für die Flußpolizei und den Zolldienst. Artikel 53 bestätigt und erweitert die Rechte der europäischen Donaucommission; dieselbe übt ihre Funktionen ganz unabhängig von den Behörden des betreffenden Landes. Artikel 58: Die hohe Pforte tritt an Rußland Kars, Ardahan und Batum ab. Artikel 59 bespricht die Erhebung Batums zu einem Freihafen. Artikel 60 bestimmt die Rückgabe des Thales von Alaschgerd und der Festung Bajazid, welche der Friede von San Stefano Rußland zusprach, an die Pforte und die Abtretung von Khotur an Persien. Artikel 62 ist ein längerer Artikel, welcher die Freiheit und Gleichheit aller Culte in der Türkei und die Zugänglichkeit aller Aemter und politischen Rechte für alle Bekenntnisse bestimmt, Frankreichs Rechte hinsichtlich der Heiligen Orte reservirt und die Mönche von Athos in ihren Rechten bestätigt. Sie sollen alle gleich behandelt werden. Artikel 63 (sehr wichtig) bestimmt das Fortbestehen der Verträge von 1856 und 1871 in allen Punkten, welche der gegenwärtige Vertrag nicht aufhebt. Artikel 64: Die Ratifikation soll in etwa drei Wochen stattfinden. Folgen das Datum (13. Juli) und die Unterschriften.

Correspondenzen.

Petersburg, 24. Juni (6. Juli). Die in der hiesigen Peter-Paul-Festung befindlichen politischen Gefangenen (die Mehrzahl der schon im letzten großen Prozeß Verurtheilten und einige noch in Untersuchungshaft Befindliche) baten am 17.(29.) Juni den Aufseher, daß er sie doch etwas länger spazieren gehen (jetzt drei Viertelstunden täglich) und sie mit den noch in Untersuchungshaft Befindlichen zusammenkommen lassen möge, auch ihnen etwas physische Arbeit gebe, da sie, alle ohne Arbeit, schon ihre Gesundheit eingebüßt hätten. Darauf ist ihnen angedroht, daß ihnen, wenn sie noch einmal solche Forderungen stellten, keine Nahrung mehr gegeben werde. — Am 20. Juni (2. Juli): Alle politischen Gefangenen, 40 Mann, außerdem 2 Nichtsozialisten (aus dem letzten Prozesse, Larionoff und Rabinowitsch), darunter zwei sehr Kranke, haben schon keine Nahrung mehr bekommen. — Heute, 23. Juni (5. Juli), haben die Gefangenen immer noch keine Nahrung bekommen. Es ist schrecklich. Also schon 4 Tage ohne Nahrung. Es wird unserer Regierung wohl sehr lieb sein, wenn sie auf solche Weise, indem sie die Gefangenen verhungern läßt, von diesen für sie so gefährlichen Menschen schnell befreit wird. — Den 24. Juni (6. Juli): Es ist noch Nichts für die Gefangenen gethan. Im Gegentheil sind die noch in der Untersuchungshaft Befindlichen in ein anderes Gebäude des Gefängnisses gesperrt; zwei von ihnen sogar in ein anderes Gefängniß übergeführt. Was wird aus diesem Allem werden? Niemand weiß es. — Das ist die beste Methode, unbequeme Elemente los zu werden — wie lange aber wird die Geduld der Menschen noch anhalten?

München. 13. Juli. Heute steht auf dem Bezirksgericht die Anklage gegen Dr. Trettenbacher wegen Majestätsbeleidigung zur Verhandlung. Seit Mittag stehen Hunderte im Hofe. Um 4 Uhr soll die Verhandlung beginnen und um diese Stunde zählt das Publikum, das den Saal, den Corridor, die Treppen und den Hofraum erfüllt, schon mehr als tausend Harrender. Auf der Straße stehen Gruppen beisammen, Leute aus allen Ständen. Es wird erregt disputirt. Niemand spricht vom „Prozeß Trettenbacher", jeder nur vom „Prozeß Piloty". Sie Alle sind hierher gekommen, um zu hören, ob es denn wirklich wahr ist, was man sagt und was sie nicht glauben können, daß der Piloty der Denunziant sei. Sie waren stolz, die Münchener, auf den Maler der gefangenen Tusnelda und des todten Wallenstein, und nun soll der, welcher den Galilei und den Rienzi Cola, zwei Opfer des religiösen und politischen Fanatismus früherer Jahrhunderte, im Kerkerbild erstehen ließ, er soll denunzirt, soll einen alten Mann ins Unglück gebracht haben?! Der Angeklagte erscheint; ein gebrechlicher Mann, der sich mühsam vertheidigt und die betreffende Aeußerung in Abrede zu stellen sucht. Die Zeugen werden gerufen, und als sich die Saalthür öffnet, als nun in der That Piloty erscheint, da geht eine mühsam unterdrückte Entrüstung durch den Saal. Also doch! Mit seinem Gewährsmann Prof. Seeberger entkräftet Piloty den Widerspruch des Angeklagten. Die beschworene Zeugenaussage bestätigt die Majestätsbeleidigung. Aber die dies aussagen, sind noch bleicher wie der Angeklagte, und während dieser die Stimme mitunter erhebt, sprechen die Zeugen so gedämpft wie möglich, weil jedes vernehmbare Wort unter der athemlosen Zuhörerschaft ein erneutes Murren hervorruft. Was ist über den Gang der Verhandlung selbst hinzuzufügen? Der Staatsanwalt erachtet den Majestätsbeleidiger für überführt, und beantragt 1 Jahr Gefängniß. Das höchste Strafmaß müßte er beantragen, wolle er nicht die 73 Jahre des Angeklagten berücksichtigen. Vor acht Tagen seien zwei Proletarier hier gestanden; ihre Bildungsstufe stehe in keinem Vergleich mit derjenigen des Herrn Doktors und ihre Aeußerungen seien kaum halb so belastend, der eine habe 1½, der andere 2 Jahre Gefängniß erhalten! (Sensation.) Der Vertheidiger bittet zu erwägen, daß dieser Fall anders als die zahlreichen Majestätsbeleidigungen in Preußen zu beurtheilen sei. Dort werde im Kaiser der ongestammte König beleidigt, hier wolle man bedenken, daß der Angeklagte, seit frühester Jugend ein Bayer mit Leib und Seele, seinen politischen und religiösen Anschauungen nach von jeher ein beinahe fanatischer Anhänger des Alten gewesen sei. Wenn nun plötzlich eine neue Zeit über uns hereingebrochen, welche die bestehenden Begriffe von Souveränetäts- und Unterthänigkeitsverhältniß verschoben habe, wie sollte es einem von der alten Schule, dessen Sympathien noch vor das Jahr 1867 zurückreichen, wie sollte es dem so schwer verdacht werden, wenn er das Verständniß für die gewordenen Gestaltungen nicht so rasch erfaßt wie die jüngere Generation, sondern mit der Zähigkeit des Greisenalters am Früheren festgehalten habe." (Zustimmung.) Bedenken wir ferner, daß die fragliche Auslassung im privatesten Gespräch zweier langjährigen Freunde erfolgt ist (Unruhe), einem Gespräch, das vor Andern auf gegenseitiger Diskretion zu beruhen hat. Meine Herren, wohin würden mir kommen, wenn der Vater vor dem Sohn, der Bruder vor dem Bruder und der Freund vor dem Freund nicht mehr sicher ist, daß ein allzurasches Wort den Gerichten hinterbracht wird?" (Lebhafte Bewegung.) Der Vertheidiger beantragt Freisprechung, event. das Strafminimum von 2 Monaten Festung. Nach kurzer Berathung verkündigt der Gerichtshof den Spruch, der auf 8 Monate Festung Festung lautet. Das Urtheil, welches außerordentliche Sensation erregte, verbreitete sich sofort durch die äußeren Räume auf die Straße und in den Hof hinab, welcher um ½9 Uhr noch dicht von Menschen besetzt war. Und nun ereignete sich ein nicht gewöhnliches Schauspiel. Als der verurtheilte Majestätsbeleidiger, der silberhaarige Greis, den Hof betrat, sah er sich von allen Seiten achtungsvoll gegrüßt und durch Reihen theilnahmsvoller Unbekannter schritt er mit einigen Freunden nach der Straße. Allein noch immer harrte das Publikum; es wurde wenig gesprochen und Alles blickte nach der Treppe. „Er kommt!" hieß es endlich. Piloty trat heraus, und als er die Menge sah, da mochte er wohl fühlen, daß das Publikum Den für den Schuldigen hält, auf den es zu warten pflegt. Vor diesem Forum war er der Angeklagte. Zuerst Stille, dann ein Murren, plötzlich ein Pfui, und noch eins und wieder eins und Pfiff auf Pfiff. Es blieb ihm nicht erspart, durch eine Fluth von Indignation Spießruthen zu laufen. Er suchte zu lächeln, aber es wollte nicht gehen, er sah erbfahl aus. Mit einem Begleiter trat er ins Freie und ging die Straße entlang. Zwei Schutzleute hatten sich ihm angeschlossen. Und immer ergossen sich mit Pfiffen und Verwünschungen Hunderte hinter ihnen drein. Er bog, um der Demonstration zu entgehen, in eine enge Gasse ein; allein sie wollten ihn nun einmal nach Hause geleiten. Auf dem Dultplatz verstärkte sich die Sicherheitsmannschaft, doch sie konnte nicht verhindern, daß in seiner unmittelbaren Nähe anhaltend Rufe der Verachtung ausgestoßen wurden. Schließlich gelang es dem Direktor Piloty, in eine Weinwirthschaft sich zu retiriren, worauf sich die Menge verlief. So endete ein Münchener Denunziationsprozeß. Hoffentlich für lange Zeit der letzte in unserer Stadt. (Frkf. Ztg.)

Linmer (bei Hannover), 14. Juli. (An die Parteigenossen des 9. hannoverschen Wahlkreises [Hameln].) Von den hiesigen Parteigenossen wurde beschlossen, unsern bisherigen Candidaten, Parteigenossen Meister in Hannover, auch für die bevorstehende Reichstagswahl wieder aufzustellen. — Trotzdem die hiesigen Genossen die Kosten der beiden letzten Wahlen ganz allein getragen, sind sie dennoch entschlossen, selbstständig vorzugehen. Wahlenthaltung hieße dem Gegner die Stimmen in die Hände arbeiten. Auf einen großen Erfolg rechnen wir nicht, haben indeß das Bewußtsein, für einen überzeugungstreuen Mann und keinen Volksfeind gestimmt zu haben. Die Verbreitung der Stimmzettel (ein Wahlflugblatt wird nicht herausgegeben) nach allen Richtungen energisch betreiben zu helfen ist Pflicht eines jeden Genossen. Wir ersuchen Euch deshalb, recht viel zuverlässige Adressen — mit Angabe der verlangten Stimmzettelzahl — an den Unterzeichneten einzuschicken. — Besondere Unterstützung erwarten wir von Hameln, Gr. Berkel und Elbagsen. Thue also ein Jeder seine Schuldigkeit am 30. Juli. Es leben die Wähler!

Mit sozialdemokratischem Brudergruß

J. Auftr.: Heinrich Reichenbach.

Oschatz, 15. Juli. Die Wahlbewegung hat nun auch in unsern Wahlkreis ihren Anfang genommen, und ist es schon bei der Wahl 1877 als ein Eingriff in das Eigenthumsrecht der hier dominirenden konservativen Partei betrachtet worden, als die Sozialisten es wagten, einen Candidaten aufzustellen. Die damals abgegebenen 3500 sozialistischen Stimmen scheinen aber den Herren noch heute im Magen zu liegen; ja wohl, Ihr Herren! Dank unserer Rührigkeit fängt es auch in den vorwiegend ländlichen Kreisen an zu tagen. Man geht nicht mehr zur Wahlurne auf Befehl von Oben, sondern aus Ueberzeugung. — Für Sonnabend, 13. d., hatten wir eine Volksversammlung im Völkner'schen Saal hier einberufen, unser Candidat Christian Hadlich aus Leipzig sollte über die bevorstehende Reichstagswahl und die Presse sprechen, „doch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten," unsere sogenannten reichstreuen Ordnungsmänner, bestehend in 50 Proz. Conservativen, 25 Proz. Liberalen und 25 Proz. Fortschrittlern, hatten anders beschlossen, der Sozialist durfte diesmal hier unter keinen Umständen sprechen, schon Tags vorher lud man durch Cirkulair die Mitglieder des Gewerbe-, Bürger- und anderer Vereine ein, ja zahlreich in der Versammlung zu erscheinen; die meisten dieser Leute wußten natürlich nicht, um was es sich handelt, der Geschäftsführer der Pfitzner'schen Brückenwagenfabrik hatte die Arbeiter aufgefordert, die Versammlung Mann für Mann zu besuchen, um zur beabsichtigten Sprengung ihr Theil beizutragen. Um 8 Uhr war der Saal bereits gefüllt. Zur Ueberwachung waren der Bürgermeister und Stadtrath Lehmann erschienen, eine große Anzahl Lehrer, Beamte und sonstige distinguirte Personen hatten Platz genommen und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Gegen 9 Uhr eröffnete der Einberufer, Genosse Krohe, die Versammlung mit der Bitte, die Wahl eines Vorsitzenden vorzunehmen; die „Ordnungsleute" riefen wie aus einem Mund: Oberlehrer Holzmüller, unsere Freunde: Krohe; einen Augenblick der Ruhe benutzend ließ Kr. über seine Person abstimmen, und war unzweifelhaft die Majorität auf unserer Seite, doch die Ordnungsmenschen konnten dies nicht dulden, sie riefen fortgesetzt ihren auserkorenen Holzmüller. Genosse Hadlich bat zur Geschäftsordnung ums Wort, um mitzutheilen, daß er auch unter dem Vorsitz eines Gegners zu sprechen gesonnen sei, doch der überwachende Beamte verbot dies mit dem Bedeuten, es müsse erst der Vorsitzende gewählt werden. Unter solchen Umständen war es vorauszusehen, daß die Versammlung aufgelöst werden mußte, was denn auch seitens des Stadtrath Lehmann geschah. Ein Hoch auf Kaiser und König, sowie der Gesang der Wacht am Rhein bildete den Schluß dieser Versammlung; der Zweck war erreicht; ob aber die Anwesenden in ihrer überwiegenden Majorität ein derartiges Verfahren billigen, möchten wir sehr bezweifeln; Worte der tiefsten Entrüstung konnte man von vielen Seiten hören, die Wahrheit und das Recht sollen unterdrückt werden, wurde uns vielfach von schlichten Landleuten gesagt. Die Aufregung ob dieses Gebahrens war groß hier und ist uns sicher zum Vortheil. — Die auf Sonntag Nachmittag 3 Uhr in dem zwei Stunden von hier entfernten Städtchen Mügeln einberufene Versammlung endete auf dieselbe Weise, nur mit dem Unterschiede, daß der dortige Buchdrucker Strahmer zum Vorsitzenden gewählt wurde und nachdem ein dicker Bäckermeister ein Hoch auf Kaiser und König ausgebracht hatte, die Versammlung schloß. Es war dieselbe Oschatzer „Sprenggarde", die sich in 15 Wagen nach Mügeln bringen ließ, um den dortigen Bürgern einen Begriff von unserm „freien" Versammlungsrecht beizubringen; wir werden nun sehen, Ihr Herren Rittergutsbesitzer, Pastoren, Volksbildner und Fabrikanten, ob am 30. Juli das Volk Euch keine deutliche Antwort geben wird. Was habt ihr durch ein derartiges Verfahren erreicht? Das Rechtsgefühl des Volkes ist tief verletzt, die Achtung vor Euch auf Null gesunken. Ist uns doch von verschiedenen Seiten gesagt worden: weil sie zu dumm und zu feig sind, um in der Versammlung ihre Ansichten mit Erfolg vertheidigen zu können, wird zu solchen unsaubern Mitteln gegriffen.

Darum, Arbeiter, Landleute, Kleinbürger, fordern wir Euch nochmals auf, wählt am 30. Juli nur unsern Candidaten Chr. Hadlich, Buchhalter in Leipzig.

Briefkasten

der Redaktion. E. M. in Graz. Ist der Betreffende „deutscher Unterthan", so wird er sich in Deutschland zum Militärdienst stellen müssen, nur unter dieser Bedingung wird ihn ein deutscher Consul in Bukarest vom rumänischen Militärdienst „erlösen" können. — H. K. in Warsleth: Die deutsche Regierung ist entschieden für das Tabaksmonopol; ob der nächste Reichstag sich mit dieser Frage beschäftigen wird, können wir noch nicht angeben. — W. B.: Sie haben ja keine Beweise dafür angegeben. — S. in Lochem: Die Adresse Bebel's ist: Leipzig, Hauptmannstr. 76. Auf die Stimmzettel schreiben Sie: August Bebel, Drechsler in Leipzig. —

der Expedition. W. Blh. Schw. Gmünd: Proudhon's Werke sind in deutscher Uebersetzung von Dr. Wilh. Jordan bei Otto Wigand in Leipzig erschienen.

Quittung. Grnr Mannheim Schrft. 3,50. Lb Beuthen Schrft. 1,50. Hnl Schweidnitz Schrft. 0,75. Fnumnn Duisburg Schrft. 3,50. Schfr Fürth Schrft. 3,80. Sttmr Steyr Schrft. 4,40. Pbld Glauchau Schrft. 1,10. Strt Coburg Schrft. 2,30. Chm Hamburg Schrft. 1,70. Gldstn Freiberg Schrft. 1,50. M. Mainz Schrft. 2,10. Lbg Schreiberhau Schrft. 1,45. Stb Breslau Schrft. 5,00. Frs Frankfurt Schrft. 0,80. Phlpp Dresden Schrft. 1,40. Mbs Jsny Schrft. 4,25. St. Zeitz Schrft. 1,80. Ktl Mannheim Schrft. 5,00. A. Berlin Schrft. 10,58. U. Ulm Schrft. 54,80. Sbl Teuchern Schrft. 5,40. Krß Langendiebach Schrft. 1,50. Rlff Quedlinburg Ab. 0,55. Stgmr Ueberlingen Schrft. 1,20. Slbmnn Oberlungwitz Schrft. 1,75. Fnn Buer Ab. 0,25. Lgs Hannover Ab. 200,00. Sbrt Cassel Ab. 20,00. Hrbg Würzburg Ab. 18,20. Schfr Gohlis Ab. 10,00. Hrtmnn Mainz Ab. 6,50. Krsch Troppau Ab. 17,01. Echnr Wien Ab. 5,00. Brgr Seesen Ab. 4,90. Prbstl München Ab. 22,50. Khl Wien Ab. 5,24. Ufrt Apolda Ab. 25,00. C. Wels Ab. 4,80. Arbeiterverein Agram Ab. 3,50. Schrth Arad Ab. 3,50. Brnkmnn Hemme Ab. 10,80.

Wahlfonds.

Unbekannt. Bergmann 1,50; v. Genossen in L. d. H. 4 Gld. = 6,99; d. C.-B. Ernstthal von einem Gesinnungsgenossen als Spende zur Unterstützung für Wahrheit und Recht 6,00; v. C. hier 3,00.

Berichtigung: In dem Artikel: „Die Verfälschung der Lebensmittel vor dem Reichstage", in Nr. 78 des „Vorwärts" muß es im Schlußsatze heißen: „Bevor wir die Richtigkeit dieser Vorwürfe beleuchten". — In Nr. 79, zweite Seite, zweite Spalte, erste Zeile, statt Lycopodiumpillen, Lycopodiumpollen. — In Nr. 80, zweite Seite, zweite Spalte, fünfte Zeile v. oben statt: vezichte, verzichte.

Leipzig. Krankenkasse der Kürschner, Sattler, Riemer, Beutler, Posamentirer, Strumpfwirker und Friseure.
Sonnabend, den 27. Juli, Abends präcis 8 Uhr

Generalversammlung

in Schaaf's Restauration (früher Kühnrich) Nicolaistr. 51.
Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht über das verflossene Geschäftsjahr; 2) Bericht der Revisoren; 3) etwaige Anträge des Vorstandes oder der Mitglieder; 4) Neuwahl des Vorstandes und der Revisorn; 5) Neuwahl des Gewährsmannes.
Leipzig, den 18. Juli 1878. Für den Vorstand [1,80
Chr. Hadlich, I. Vors.
Die Mitgliedsbücher sind beim Eintritt vorzuzeigen.

Männer-Chören

empfehle ich meinen Musikalienverlag, als:
Neun Arbeiter-Lieder.
Liedersammlung des Allgem. Arbeiter-Sänger-Bundes Lief. 1—4.
Drei Soloquartette von G. Scholz.
Ein armer Wandersmann. Baritonsolo mit Piano von G. Scholz. à 50 Pfg.
Preisliste gratis und franco.
Emil Sauerteig in Gotha. [1,10

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen: [2,10
Boruttau, Religion und Sozialismus . . . . . M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . „ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . „ —,60
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosakisch werden . . . . . „ —,80
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . „ —,30

Für Colporteure.

Vogel, Verfälschung der Lebensmittel; Engländer, Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen und sonst. Parteischriften liefert soliden Colporteuren u. Wiederverkäufern m. höchstem Rabatt i. Rechn. Musterversendung gratis. G. Müller, Exportbuchh. Berlin, Forsterstr. 55. (45) (F. 41) [1,80

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die
„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77
sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.
NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 19.

Die

Wahlagitationsnummer.

ist wieder vorräthig.
Dieselbe enthält:
1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
2. Zum bevorstehenden Wahlkampf.
3. Unsere Prinzipien.
4. Rückblicke auf den aufgelösten Reichstag.
5. Den Verläumdern.
6. Wahlgesetz und Wahlreglement ꝛc.

Preis für je 100 Expl. 1,50 M. ohne Porto. Versandt nur gegen baar oder Postvorschuß.
Da wir erwarten, daß die Parteigenossen allerorts von diesen Agitationsmittel in dem jetzigen Wahlkampfe den ausgiebigsten Gebrauch machen werden, ersuchen wir die Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit nicht unliebsame Verzögerungen eintreten. Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro Vereins-Angelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str
London W.: C. Hengé, 8 New Str Golden Square

Nr. 86. Mittwoch, 24. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Zwei alte deutsche Sprüchlein.

„Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein" — die Fortschrittler und Liberalen jammern darüber, daß man sie jetzt vielfach der intellektuellen Urheberschaft der beiden Attentate auf den deutschen Kaiser beschuldige; ihre Lehren, ihr Einfluß auf das deutsche Volk habe demoralisirend gewirkt, sie hätten den Atheismus großgesäugt, der bei den „Gebildeten" zwar nicht so schädlich wirke, im Volke aber großes Unheil anrichte.

So und ähnlich lauten die Anklagen gegen den Liberalismus. Die Bismarck'sche Partei aber geht noch weiter: sie erklärt, daß die Schule des Verderbens, der Sozialismus, geschlossen werden müsse, dies gelte aber nicht minder der Vorschule, dem Liberalismus. Es könne keinem vernünftigen Conservativen einfallen, die Sozialdemokratie, die Todfeindin des Liberalismus, zu vernichten, lediglich um letzteren von dieser Feindin zu befreien. Das wäre eine totale Dummheit, und wenn der Conservatismus auch in den letzten Jahren sehr viele Dummheiten zum Vortheile des Liberalismus begangen habe, diesen Selbstmord dürfe er nicht begehen. Entweder werde Schule und Vorschule geschlossen, oder keine von beiden; entweder werde der Liberalismus mit der Sozialdemokratie vernichtet, oder aber die Sozialdemokratie könne auch noch leben, da der Conservatismus sonst dem übermächtigen Liberalismus gegenüber ganz ohnmächtig dastehen würde.

Aus obigen Gründen wird auch ein solcher Gesetzentwurf vorbereitet, der allerdings scheinbar lediglich gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, der aber so elastisch ist, um auch dem Liberalismus daraus einen Strick zu drehen.

So ist die Sachlage, Ihr Herren Liberalen!

Und nun höre man das erbärmliche Gejammer dieser Helden. So schreibt die Berliner „Volkszeitung":

„Es wird uns von glaubwürdiger Seite die Mittheilung gemacht, daß Beamte der königlichen Bahnen und Agitatoren unter den dort beschäftigten Arbeitern agitiren, um sie zu verpflichten, für den Minister Falk ihre Stimme bei der Wahl abzugeben. Viele der Arbeiter sind der Meinung, nach der Art, wie diese Agitation betrieben wird, daß sie ihr Brod verlieren, wenn sie der ihnen ertheilten Anweisung nicht Folge geben. Zur Verstärkung der Wirkung wird dem Betreffenden noch in Aussicht gestellt, daß der Herr Minister für die Bahnarbeiter besondere Vergünstigungen durchsetzen werde."

Das ist allerdings stark. Aber unterscheidet sich diese Wahlagitation um ein Haar nur von derjenigen, welche liberale Fabrikanten gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern sich erlauben?

Hier die Hungerpeitsche für die liberalen Arbeiter, dort die Hungerpeitsche für die sozialdemokratischen — die erstere Hungerpeitsche wird indirekt durch die conservativen Organe, die letztere sogar direkt durch die liberalen Organe empfohlen.

In den liberalen Zeitungen finden wir auch noch folgenden Jammerschrei:

„Nach den uns zukommenden Nachrichten werden insbesondere in Ostpreußen Wahlbeeinflussungen in der dreistesten Weise von Landräthen, Kreissekretären, Amtsvorstehern, Ortsbehörden, Gensdarmen und Geistlichen versucht. Lockungen und Drohungen werden nicht gespart, um zur Unterzeichnung von Wahlaufrufen zu bestimmen. Wir ersuchen dringend, von allen diesen Vorkommnissen sorgfältig unter Angabe von Zeit, Ort und Personen Notiz zu nehmen und einem Mitgliede des freisinnigen Wahlcomités des Kreises oder der Redaktion dieses Blatts zugehen zu lassen, um die Wahl mit Erfolg anfechten und eine gerichtliche Untersuchung durch den Reichstag veranstalten zu können!"

Alles sehr schön. Aber erinnern sich die Fortschrittler und Liberalen nicht, daß sie bei den vorigen Wahlen allüberall da, wo ein Sozialdemokrat ihnen gegenüberstand und ein Conservativer nicht aufgestellt war, die Unterstützung der Landräthe, der Bürgermeister und Polizeidiener in demselben Maße in Anspruch genommen haben (wir erinnern nur an Altona)?! „Lockungen und Drohungen", damit liberal gewählt werde, wurden nicht gespart. Damals kein Wort der sittlichen Entrüstung, jetzt, wo es den edlen Herren selbst an den Kragen geht, dies große Lamento.

Und wir werden sehen, daß auch bei den bevorstehenden Wahlen dort, wo nur zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie entschieden wird, die polizeilichen Maßnahmen lediglich zu Gunsten des Liberalismus getroffen werden. In Berlin ist dies thatsächlich jetzt schon der Fall — die Fortschrittler können unbehelligt ihre Agitation betreiben, die Sozialdemokraten werden durch die Polizei daran gehindert. Aber kein Wort des Tadels hört man darüber in den liberalen und fortschrittlichen Blättern — jedoch in Ostpreußen, wo diese Herrn selbst getroffen werden — „Ja, Bauer, das ist ganz etwas Anderes."

Doch weiter. Aus dem Kreise Lyck wird den liberalen Blättern geschrieben:

„Hier im Kreise wird unter den Landleuten verbreitet, der bisherige fortschrittliche Abgeordnete Gutsbesitzer Hillmann gehöre zu den Personen, welche das Attentat auf den Kaiser verübt und solches zu wiederholen beabsichtigen. Beamte sollen der Verbreitung dieser wahnsinnigen Erzählung auf dem Lande nicht fern stehen; jedenfalls zeigt dieser Vorgang, bis zu welchem Grade die Maschinerie der offiziösen Wahlbeeinflussung auf dem Lande die Köpfe zu erhitzen und zu verwirren im Stande ist."

Weshalb ist dies eine „wahnsinnige Erzählung"? fragen wir die liberalen Blätter. Die Erzählung ist um kein Haar wahnsinniger, als diejenige der fortschrittlichen und liberalen Zeitungen, welche die Sozialdemokratie der beiden fluchwürdigen Attentate beschuldigt haben. Was die Liberalen in jener Zeit, als das deutsche Volk am „Wundfieber" schwer erkrankt darnieder lag, an uns gesündigt haben, das wird ihnen jetzt von den Conservativen mit doppelter Münze heimgezahlt.

Mögen sie sich deshalb außer dem Sprichworte, welches an der Spitze dieses Artikels steht, auch noch das zweite merken:

„Was du nicht willst das man dir thu,
Das füg' auch keinem Andern zu."

Deutschland und der Sozialismus
von Ludwig Bamberger.

Von H. M.

(Fortsetzung.)

Pag. 9 sagt Herr Bamberger: „Sie tanzen nicht auf dem Vulkan, sondern sie tragen das Holz herbei zu dem Scheiterhaufen, auf dem sie selbst verbrannt werden sollen; und der Ruf: Sancta simplicitas! ertönt nicht mitleidig, wie einst aus dem Munde des Opfers, sondern höhnisch aus dem Munde des Henkers." Und weiter: „Bald ist es die alte, ein wenig verdrängte, aristokratische Macht, welche, an den eigenen Waffen verzweifelnd, sich dem Zeitvertreib ergiebt, dem Geschlecht der Neuerer das nachdrängende Volk des vierten und fünften Standes an die Fersen zu hetzen, bald ist es der Romantiker, welcher sich bereden läßt, daß in dem Zukunftsstaate „„der planmäßigen Produktion"" mit vertheilten Rollen die gepriesene Zeit der frommen Zünfte wiederkehren werde, bald ist es der Akademiker, welchen es kitzelt, über die abseits von ihm sich hinwälzende Jagd nach Gewinn die Zuchtruthe zu schwingen, ein andermal wiederum ist es ein Menschenfreund, dem die säuberlich ausgemalten Pläne zur Weltbeglückung lieblich winken, so geht es fort und fort bis zu dem bescheidenen, harmosen Bürger, der hinter seinem Bierglase in der Volksversammlung, wenn der zum Unfugstiften angelernte böse Bube im Namen der Sozialdemokratie das Wort verlangt, ihn biedermännisch unterstützt, „„weil doch auch die Minderheit gehört werden müsse"".

Auf die boshafte Gegenüberstellung von Henker und Opfer, die doch nur darauf berechnet sein kann, Haß gegen unsere Partei zu erregen, ist hier nicht der Ort näher einzugehen, das sollte Sache des Staatsanwalts sein, und Sie, Herr Bamberger, müßten bestraft werden wegen öffentlichen Aufreizens zum Klassenhasse!

Das alte Thema von dem Bündnisse der „Rothen" mit all' den Reaktionären, das nun auch von Ihnen, Herr Bamberger, getreulich abgeleiert wird, hätten Sie doch, um es genießbar zu machen, mit einigen näheren Angaben würzen sollen; aber das ist wieder die alte Geschichte in Ihrer Schrift, überall subjektive Behauptungen, die Gott weiß wie sich bei Ihnen gebildet haben und die Sie nun Ihren Lesern als absolute Wahrheiten vorzuführen sich bemühen. Denken Sie, welche Wirkung würden Sie ausgeübt haben, wenn Sie durch einige, wenn auch nur ganz wenige präzise Daten solche Bündnisse der Sozialisten und Reaktionäre in's Licht gestellt hätten! Da gäbe es doch bestimmte Anhaltspunkte für den Philister, der Ihnen nachbetet, und Ihre Anhänger hätten wichtige Stützpunkte für ihre Propaganda, die ihnen jedoch so wie so von den Sozialisten so erschwert wird.

Sie selbst aber, Herr Bamberger, wissen, in welchem Verhältnisse die Sozialdemokratie mit allen übrigen Parteien steht, Sie wissen, daß wir stets auf uns ganz allein angewiesen sind (ein anderes Verhältniß übrigens auch gar nicht wollen), Sie wissen, daß noch bei den letzten Reichstagswahlen alle Parteien gegen die Sozialisten Front machten, und dies ganz besonders bei den stattgehabten Stichwahlen; Sie, Herr Bamberger, als langjähriger Parlamentarier, wissen auch, welche Stellung alle Parteien bei von uns eingebrachten Gesetzvorschlägen nehmen, das alles müssen Sie wissen und Sie wissen es, und doch unterhalten Sie Ihre Leser von solchen Bündnissen. Entweder — oder, Herr Bamberger. Entweder Sie haben gegen Ihr besseres Wissen gesprochen, verleumdet, oder heraus mit den Beweisen, auf die Sie Ihre Angabe stützen. Bringen Sie Ihre Beweise nicht vor, dann müssen Sie sich schon den Vorwurf, wissentlich verleumdet zu haben, gefallen lassen. Den „zum Unfugstiften angelernten bösen Buben" schenken wir Ihnen. Auf solche Buben-Bemerkungen blickt eine große politische Partei mit stolzer Indifferenz herab.

Auf pag. 12 fährt Herr Bamberger fort:

„In den nämlichen Fehler — alle Krankheiten auf eine und dieselbe Weise heilen zu wollen — verfällt, wer uns einreden will, das deutsche Bürgerthum sei dermalen an derjenigen Stelle seiner Entwickelung angekommen, wo ihm — gleich der vornehmen Gesellschaft des achtzehnten Jahrhunderts — nichts mehr zu thun übrig bleibe, als mit guter Manier sich selbst aus der Welt zu befördern, Gerade das Gegentheil ist die Wahrheit. Denn richtig wäre es zu sagen: soll die moderne Staatsform, welche allen unseren politischen Bestrebungen seit einem halben Jahrhundert als Ziel vor Augen stand, zur Wirklichkeit werden, so muß das deutsche Bürgerthum erst in die Stelle einrücken, in die es noch nicht eingerückt ist. Noch lange nicht ist die Masse in Fluß, welche die Form des parlamentarischen Staates auszufüllen hat, soll diese Form nicht leer von Inhalt bleiben. Wohin wir sehen, gewahren wir zurückgebliebene Entwickelung. Dieses Bürgerthum, das die Schnellläufer der Dialektik schon wieder zum Untergang nach erfülltem Berufe verurtheilen, es ist noch gar nicht einmal recht da. Es soll erst noch werden!...."

Hierauf könnte Herr Bamberger in der sozialistischen Literatur so viele als Antwort passende Stellen finden, daß wir es uns billig ersparen könnten, auf eine nähere Diskussion über diesen Punkt einzugehen. Doch sei Engels' „Deutscher Bauernkrieg" citirt, und zwar schreibt dort Engels in seiner Vorbemerkung pag. 7: „Die deutsche Bourgeoisie hat das Unglück, daß sie nach beliebter deutscher Manier zu spät kommt. Ihre Blüthezeit fällt in eine Periode, wo die Bourgeoisie der anderen westeuropäischen Länder politisch schon im Niedergang begriffen ist. In England hat die Bourgeoisie ihren eigentlichen Repräsentanten, Bright, nicht anders in die Regierung bringen können, als durch eine Ausdehnung des Stimmrechts, die in ihren Folgen der ganzen Bourgeoisherrschaft ein Ende machen muß. In Frankreich, wo die Bourgeoisie als solche, als Gesammtklasse, nur zwei Jahre, 1849 und 1850, unter der Republik geherrscht hat, konnte sie ihre soziale Existenz nur fristen, indem sie ihre politische Herrschaft an Louis Bonaparte und die Armee abtrat. Und bei der so unendlich gesteigerten Wechselwirkung der drei fortgeschrittensten europäischen Länder ist es heut zu Tage nicht mehr möglich, daß in Deutschland die Bourgeoisie sich die politische Herrschaft gemüthlich einrichtet, wenn diese sich in England und Frankreich überlebt hat."

„Es ist eine Eigenthümlichkeit gerade der Bourgeoisie gegenüber allen früheren herrschenden Klassen; in ihrer Entwickelung giebt es einen Wendepunkt, von dem an jede weitere Steigerung ihrer Machtmittel, vorab also ihrer Kapitalien, nur dazu beiträgt, sie zur politischen Herrschaft mehr und mehr unfähig zu machen. „„Hinter den großen Bourgeois stehen die Proletarier."" In demselben Maß, wie die Bourgeoisie ihre Industrie, ihren Handel und ihre Verkehrsmittel entwickelt, in demselben Maß erzeugt sie Proletariat. Und an einem gewissen Punkt — der nicht überall gleichzeitig oder auf gleicher Entwickelungsstufe einzutreten braucht — beginnt sie zu merken, daß dieser ihr proletarischer Doppelgänger ihr über den Kopf wächst. Von dem Augenblick an verliert sie die Kraft zur ausschließlichen politischen Herrschaft; sie sieht sich um nach Bundesgenossen, mit denen sie, je nach Umständen, ihre Herrschaft theilt, oder denen sie sie ganz abtritt."

„In Deutschland ist dieser Wendepunkt für die Bourgeoisie bereits 1848 eingetreten. Und zwar erschrak die deutsche Bourgeoisie damals nicht so sehr vor dem deutschen, wie vor dem französischen Proletariate. Die Pariser Juni-Schlacht 1848 zeigte ihr, was sie zu erwarten habe; das deutsche Proletariat war gerade erregt genug, um ihr zu beweisen, daß auch hier die Saat für dieselbe Ernte schon im Boden stecke; und von dem Tage an war der politischen Aktion der Bourgeoisie die Spitze abgebrochen. Sie suchte Bundesgenossen, sie verhandelte sich an sie um jeden Preis — und sie ist auch heute noch keinen Schritt weiter."

Sie haben Recht, Herr Bamberger, „es (das Bürgerthum) ist noch nicht einmal da". In der That, es ist nicht da, wenigstens nicht in Deutschland, aber hier wird es auch nie werden, hier wird es nie zu der Macht und Geltung kommen, zu der es in Frankreich und England gekommen ist. Der Grund hierzu liegt in der ganzen historischen Entwickelung Deutschlands, das eben hinter Frankreich und England zurückgeblieben ist. Andererseits bildete sich aber durch Einfluß von innen und außen das deutsche Proletariat als Klasse so weit, daß es der Bourgeoisie über den Kopf gewachsen war, als diese im Begriff stand, die politische Herrschaft anzutreten. Die historische Aufgabe der Bourgeoisie ist, ein Proletariat zu schaffen. Ist dieser Aufgabe genügt, dann muß, dann hilft kein wenn und aber, dann muß die Bourgeoisie abtreten und „dem nachdrängenden vierten Stande" Platz machen. Die deutsche Bourgeoisie hatte den Riß gar nicht bemerkt, der sie innerlich längst vom Proletariat trennte; der offene Bruch stellte sich erst während der 48er Revolution ein; darum folgte so jählings auf der Freude über die erlangte politische Herrschaft der Katzenjammer. Darum gab man alle gewonnenen Vortheile so schnell wieder auf. Noch ehe die Herren sich im neuen Hause umgesehen hatten, fürchteten sie schon wieder an die Thüre gesetzt zu werden; darum das Suchen nach einer schützenden Hand, die zu erlangen man Alles dargiebt und höchstens die Ehre durch einen Compromiß wahren zu müssen glaubt. Wer übrigens, Herr Bamberger, glauben Sie, solle die parlamentarische Form, von der Sie reden, ausfüllen? Sie können doch zunächst nur an die nationalliberale Partei denken, die doch nach Ihrer Meinung das Bürgerthum in Wahrheit repräsentirt. Wir wollen unsere Meinung hier nicht vorbringen, indessen, Herr Bamberger, fragen Sie selbst alle Denkenden des In- und Auslandes, und soweit man mit dem parlamentarischen Treiben Ihrer Partei bekannt ist, man wird Ihnen bestätigen, daß, abgesehen von der Erbärmlichkeit des deutschen Parlamentarismus, es gerade die Nationalliberalen sind, die stets bemüht waren nicht nur, daß „die Form" leerer Inhalt bleibe, sondern daß jene sich auch wohl dazu verstehen würden, wenn nöthig, mit der Form selbst aufzuräumen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Berlin.

— — 20. Juli.

Im ganzen deutschen Reiche wird heute der Anfang mit der Kaiser-Wilhelm-Collekte gemacht, es wäre denn, daß man auch in anderen Orten den Eifer der hiesigen Hauswirthe nachgeahmt hat, die den ungesetzlichen Anfang des Sammelns schon vor mehreren Tagen gemacht haben. An verschiedenen Stellen im deutschen Reich hat man seitens der Fabrikanten alle diejenigen Arbeiter mit Entlassung bedroht, welche den üblichen halben Nickel nicht auf dem Altar dieses von einigen conservativen Männern in's Leben gerufenen schlauen Wahlmanövers

opfern wollen. Alle Menschen, die zu dieser Spende nichts beitragen, sind nämlich Sozialdemokraten, ergo werden sie, im Falle sie Arbeiter sind, entlassen. Durch solche rohe und brutale Bedrohungen verliert die Collekte jeglichen Werth, sie wird zu einem unmoralischen Zwangsmittel. — Daß nur Personen, die ein Religionsbekenntniß haben, sich an der Spende betheiligen dürfen, ist köstlich, da sich nun doch zahlreiche Menschen, die nicht als Sozialdemokraten gelten mögen, ohne Scheu ausschließen können. Daß man aber die Sammlung für diese Spende noch ehe der Kaiser wieder völlig gesundet ist, und zwar so kurz vor den Wahlen in Scene setzt, beweist, wie ich oben gesagt habe, daß wir es mit einem schlauen Wahlmanöver, durch welches das Volk conservativ-patriotisch präparirt werden soll, zu thun haben.

Daß Dr. Max Hirsch, freiwillig-gezwungen, seine Candidatur für den 1. Berliner Wahlkreis aufgegeben hat, wissen Sie schon. In der betreffenden Versammlung herrschte eine sehr angenehme Temperatur; als nämlich ein Arbeiter, ein Gewerkvereinler, für Herrn Hirsch eintrat und von „Schiebung" sprach, da lärmte und tobte der vornehme „Ordnungs"pöbel liberaler Partei derart, daß der Vorsitzende Dr. Hermes kaum des Tumults Herr werden konnte. Die fortschrittliche „Vossische Zeitung" schreibt über diese Scene folgendermaßen: „Der Vorsitzende sucht mit Glocke und Zuruf längere Zeit vergeblich die Ruhe herzustellen. Endlich gelingt es ihm und er bemerkt nunmehr: M. H.! Können Sie denn nicht die Ruhe bewahren, selbst wenn Sie mit dem, was der Redner sagt, in keiner Art einverstanden sind? Widerlegen Sie ihn doch nachher soviel Sie wollen, aber Sie dürfen jedoch nicht Ursache geben, daß man sagt: die liberale Wählerschaft hat einen Redner, der nicht ihrer Ansicht war, im ersten Wahlkreise todtgeschrieen!" — Daß die gemäßigte „Vossische Zeitung" nicht übertreibt, ist gewiß; in einer fortschrittlich-liberalen Versammlung wurde ein fortschrittlicher Arbeiter von den Bourgesis buchstäblich niedergeschrieen! Und das wagt, von Ordnung und Bildung zu reden.

Seit einer Woche führt die Berliner „Volkszeitung" wieder eine andere Sprache. Höbel ist bei ihr ein krankhafter Auswuchs aus der Gruppe der Sozial-Demagogen, welche agitatorisch auch im Reichstage wirksam sind; Nobiling ist ein krankhafter Auswuchs aus der Gruppe der sozialistischen Theoretiker und die Masse der Majestätsbeleidiger gleicht einem Auswuchs der verführten großen Masse. — Das kommt davon, daß Sie im „Vorwärts" die „Volkszeitung" mehrmals gelobt haben — das kann dies Blatt nicht vertragen, deshalb geberdet es sich auch jetzt wieder so „frech wie Hödel".

Hier in Berlin haben nunmehr auch die Zünftler einen eigenen Candidaten aufgestellt in der Person des Schuhmachermeisters Bierberg, so daß im Durchschnitt für jeden Wahlkreis fünf verschiedene Parteien um den Sieg ringen. Im 6. Wahlkreise candidiren zum Beispiel, außer Hasenclever, der fortschrittlich-nationalliberale Herr Klotz, dann der christlich-soziale Herr Stöcker, dann der klerikale Herr v. Schorlemer und endlich der biedere Handwerksmeister Bierberg.

Die Träger des Namens Nobiling haben die Erlaubniß erhalten, ihren Namen in Edeling umwandeln zu dürfen. Wenn nun aber der Thäter Müller oder Schulze geheißen hätte, wie dann? —

Die polizeilichen Belästigungen, denen unsere Genossen bei der Wahlagitation ausgesetzt sind, steigern sich fast noch — doch werden solche, da sie zur Gewohnheit geworden sind, kaum mehr beachtet. Wird ein neues Flugblatt vertheilt, so werden sicherlich einige tausend Exemplare desselben während der Vertheilung den Genossen von der Polizei fortgenommen und einige Dutzend Personen, um ihre Namen festzustellen, zur Wache fistirt. Doch nützt dies nichts; einige tausend Exemplare des betreffenden Flugblatts sind über die nöthige Zahl hergestellt und diese werden des andern Tags nach und nach in den Häusern, wo die Verbreitung verhindert worden war, in aller Ruhe vertheilt. — Bei Verbreitung des letzten Flugblattes, am vorigen Donnerstag Abends, erlaubte sich ein „gebildeter" Fortschrittler, als ihm ein sozialistisches Wahlflugblatt gereicht wurde, dasselbe zu zerreißen mit der Aeußerung: „Ich gehöre nicht zur Partei der Kaisermörder!" — worauf ihm unser Genosse die wohlverdiente Antwort gab: „Aber zur Partei der Flegel!" Sprach's und klappte die Thür zu.

Die Wahlagitation wird äußerst lebhaft betrieben; die gegnerischen Blätter lamentiren täglich über die „fieberhafte Thätigkeit", welche die Sozialdemokratie angesichts der bevorstehenden Wahlen entfalte. Und dennoch wird keine Volksversammlung abgehalten, da kein Lokal zu bekommen ist. Vielleicht ist es gut, daß die Lokale verweigert werden. Ich habe nämlich die feste Ueberzeugung, daß jede Volksversammlung unserer Partei jetzt so massenhaft besucht werden würde, wie noch niemals zuvor — aber nicht allein von Parteigenossen und ehrbaren Bürgern, sondern auch von Spitzeln und allerlei „Geheimen". Diese Spitzel und „Geheimen" rekrutiren sich bekanntlich aus früheren Verbrechern, Louis und Bauernfängern, die schon an Prügelei und Knüppelei gewöhnt sind. Wenn eine Volksversammlung nun sehr zahlreich besucht wäre und einige Hundert dieser „edlen" Staats- und Gesellschaftsretter würden dorthin dirigirt, so ist es denselben leicht, eine Prügelei zu insceniren, und sei es auch nur „unter sich". Daraus entsteht Tumult, die Polizei löst die Versammlung auf, bereitgehaltene Polizeischaaren bringen in die nach Tausenden zählenden, in engem Raum eingepreßten Arbeiter — ein Gemetzel beginnt und andern Tags telegraphirt das Wolf'sche Telegraphenbüreau in die Welt hinein:

„In Berlin ist die helle Revolution ausgebrochen; die Sozialdemokraten, mit Flinten und Säbeln bewaffnet, haben gestern Abend das Rathhaus gestürmt, doch ist Dank dem energischen Einschreiten des Militärs dieser erste Versuch, auch hier die Greuelthaten der Commune zu wiederholen, im Keime erstickt worden."

Erwünschtes Resultat: In den Provinzen würde noch reaktionärer gewählt werden, denn jetzt, und diesen Gefallen wollen wir doch wahrlich Herrn von Bismarck nicht thun!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Es ist Alles schon dagewesen. Die „Chemnitzer Freie Presse" erinnert die liberale Presse in einem Leitartikel an die Bismarck'sche Preßverordnung vom 1. Juni 1863, die sich damals lediglich gegen die Fortschrittspartei richtete, und an die 30er Jahre, wo Stieber seine Carriere begann; das Blatt meint, jetzt könnten die Herren das Bamberger'sche Wort von den „Hunden" bethätigen.

Wir bringen die Verordnung unseren Lesern zur Erinnerung, damit Niemand erschrecke, wenn das Sozialistengesetz ähnlich lauten sollte:

„Die Verwaltungsbehörden sind befugt, das fernere Erscheinen einer inländischen Zeitung oder Zeitschrift wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung zeitweise oder dauernd zu verbieten.

„Eine Gefährdung der öffentlichen Wohlfahrt ist als vorhanden anzunehmen, nicht blos, wenn einzelne Artikel für sich ihres Inhaltes wegen zur strafrechtlichen Verfolgung Anlaß gegeben haben, sondern auch dann, wenn die Gesammthaltung des Blattes das Bestreben erkennen läßt oder dahin wirkt:

„die Ehrfurcht und die Treue gegen den König zu untergraben,

„den öffentlichen Frieden durch Aufreizung der Angehörigen des Staats gegen einander zu gefährden,

„die Einrichtungen des Staats, die öffentlichen Behörden und deren Anordnungen durch Behauptung entstellter oder gehässig dargestellter Thatsachen oder durch Schmähungen und Verhöhnungen dem Hasse und der Verachtung auszusetzen,

„zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder gegen die Anordnungen der Obrigkeit anzureizen,

„die Gottesfurcht und die Sittlichkeit zu untergraben,

„die Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche einer der christlichen Kirchen oder einer anerkannten Religionsgesellschaft durch Spott herabzuziehen."

— Wir haben schon wiederholt constatiren können, daß nicht alle unsere Gegner in dem allgemeinen Wirbeltanz den Verstand und den Anstand verloren haben. Heute wieder ein Beispiel. Das fortschrittliche, durchaus nicht sozialistisch angehauchte „Frankfurter Journal" bringt (am 12. Juli) einen auf die Auslassungen der letzten „Prov.-Corresp." gemünzten Artikel: „Die ‚praktische Politik' der Regierung", dem wir folgende Stellen entnehmen:

Worin besteht denn das Geheimniß des „einzig wirksamen" Mittels?

Das ganze öffentliche Leben der Sozialdemokratie soll mit Mitteln der Gewalt unterdrückt werden. Jeder Regung dieser Parteirichtung soll es unendlich erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht werden, in die äußere Erscheinung zu treten.

Wer glaubt, daß dadurch dieser Partei die Existenzfähigkeit genommen würde, giebt sich einer schweren Täuschung hin. Die Sozialdemokratie wird unter Formen fortleben, welche sich nicht durch die Gewalt erreichen lassen. Statt vor einem Bekannten, mit dem sich rechnen läßt, wird die Gesellschaft vor einem großen Unbekannten stehen, dessen Druck überall empfunden werden wird. Geschichte und Erfahrung lehren uns nun aber, daß Parteien, welche einmal tiefere Wurzel im Volke gefaßt haben, aus der Verfolgung nur neue Kräfte ziehen. Weite Kreise, welche bis jetzt nichts von der Sozialdemokratie wissen wollten, werden sich derselben mit Sympathie zuwenden müssen, da ihnen die Gegenmaßregeln gegen dieselbe nur als ungerecht und übertrieben erscheinen können. . . . . .

Unleugbar steht fest, daß gewisse Bewegungen nur mit moralischen Mitteln bekämpft werden können. Wenn die Regierung auf Gewaltmaßregeln größeres Gewicht legt und in die Lage kommt, sie in Anwendung zu bringen (geschieht bereits!), dann ist mit Grund zu befürchten, daß früher oder später eine Katastrophe eintreten wird.

— Ein grober Irrthum ist es, wenn die Berliner „Volkszeitung" behauptet, bei einer Verminderung der sozialistischen Abgeordneten um 5 oder 6 wäre der Beweis geliefert, daß der Heilungsprozeß im Volke bereits begonnen habe. Der Heilungsprozeß von den sozialistischen Irrlehren nämlich. Selbst wenn die Zahl unserer Abgeordneten sich um 5 oder 6 verringert, was durchaus nicht unwahrscheinlich, so sind wir doch fest davon überzeugt, daß die abgegebene Gesammt-Stimmenzahl nimmermehr, trotz aller Maßregelungen, zurückgehen wird. Das Lügen- und Schwindelsystem der liberalen Presse in Betreff der Attentate und die Hetzereien gegen die sozialdemokratischen Arbeiter haben ganz besonders dazu beigetragen, unsere Reihen zu festigen und zu verstärken. Wir werden überall geschlossen und ruhig vorgehen und mancher Gegner wird staunen, wenn ihm sozialistische Stimmzettel begegnen, wo er es gar nie vermuthete, so z. B. erwähnen die liberalen Blätter nie des 10. sächsischen Wahlkreises, wo Genosse Burckhardt bei der letzten Wahl an 4500 Stimmen erhielt. Behalten wir unsere 600,000 Stimmen oder vermehren dieselben und verlieren einige Abgeordnetensitze, so ist damit keineswegs bewiesen, daß die Sozialdemokratie einen Rückgang zu verzeichnen hätte. Und die „Volkszeitung" hat einen groben Irrthum begangen, ein solches Rechenexempel aufzustellen. Bismarck in Schutz zu nehmen haben wir kein Recht, doch in Betreff des Rückgangs der Fortschrittspartei haben wir uns jedenfalls nicht verrechnet, wenn wir behaupten, daß dies tagtäglich mehr zur Gewißheit wird, wie uns Bayern lehrt. Dort ist es eben alle mit dem Fortschritt.

— Wie die Wahlen in Preußen gemacht werden. Erstens werden unseren Genossen überall Hindernisse in Betreff der Versammlungen und der Lokale in den Weg gelegt, zweitens sammelt man einfach Unterschriften für Regierungskandidaten. Wie es nun am Wahltage zugehen wird, läßt sich gar nicht beschreiben — von einer freien, unabhängigen, geheimen Wahl kann alsdann gar keine Rede sein. Am treffendsten charakterisirt die Antwort des Generals v. Blumenthal die Situation, der, im Wahlkreise Wernigerode-Halberstadt aufgestellt, seinen Wählern brieflich erklärte: „Ich habe mich bisher keiner Partei angeschlossen, ich werde vielmehr mit der Regierung und namentlich unter Leitung des Fürsten Bismarck gehen." Das ist kurz und bündig; der Mann verleugnet seinen militärischen Charakter auch im Frieden nicht — so aber will es die Regierung haben. Das merkt Euch, Ihr Liberalen aller Schattirungen, wenn Ihr persona grata sein wollt. Eine Zuschrift im „Nürnberger Correspondent" kennzeichnet dies recht treffend; dieselbe lautet:

„Die zahlreichen Beamtencandidaturen im Lande machen, auch wenn sie nicht so grotesk-komisch wie von den vereinigten Staatsanwälten in Breslau in Scene gesetzt werden, einen um so peinlicheren Eindruck, je größer die Zudringlichkeit ist, mit welcher solche Candidaturen aufgestellt oder aufrecht erhalten werden. Die Aufstellung derartiger an sich aussichtsloser Candidaturen, selbst wo starke sozialistische, klerikale oder polnische Parteien vorhanden sind, kennzeichnet am schärfsten, daß dieser Wahlkampf vor Allem gegen den Liberalismus geführt wird. Der Oberpräsident Achenbach ist sogar in dem hart von den Polen bedrängten Kreise Marienwerder veranlaßt worden, gegen den Oberbürgermeister v. Winter zu candidiren. Der Herr Oberpräsident wird auch, wie es in dem Wahlaufruf scherzhaft genug heißt, „den Bestrebungen der Reaktionspartei im Reichstage entschieden entgegentreten". Herr Achenbach selbst hätte entschieden lieber gewünscht, fern von Madrid ein politisches Stillleben führen zu dürfen. Auf Befehl des Ministers des Innern werden jetzt überall von den Polizeipräsidenten und Landräthen „die Absichten und Wünsche" der Regierung angesichts der Wahlen veröffentlicht nach einem Auszuge der „Provinzialcorrespondenz", in welchem seltsamer Weise von Tabaksmonopol und Tabaksbe-

Zwei Attentate.

(Aus dem „Hamburgischen Correspondent".)

II.

Das Attentat vom 22. Mai 1850.

Das Tschech'sche Attentat war die That eines bewußt handelnden, gebildeten, im höheren Lebensalter stehenden Mannes gewesen, der aus dem Radikalismus seiner religiösen und politischen Anschauungen niemals ein Hehl gemacht hatte; dieses Verbrechen war in eine Zeit gefallen, deren politische Unklarheit und Unruhe es durchaus begreiflich hätte erscheinen lassen, wenn man dasselbe mit den schlesischen Weberunruhen oder mit der liberalen Bewegung in den Rheinlanden in Verbindung setzte und für ein Complot gegen das Leben eines Fürsten ansah, der den auf ihn gesetzten volksthümlichen Erwartungen nicht entsprochen hatte. Der Versuchung, die Sache unter diese Gesichtspunkte zu rücken, waren der auf der Höhe seiner Kraft und Gesundheit stehende König und seine Rathgeber mit richtigem Takt aus dem Wege gegangen. Allen zugeflüsterten Verdächtigungen zum Trotz hatte Friedrich Wilhelm IV. erklärt, daß er sich durch die That eines Einzelnen in dem Vertrauen zu seinem Volke nicht werde beirren lassen, und diese Erklärung consequent und mannhaft aufrechterhalten. Der Haltung des Monarchen war diejenige der Regierung conform gewesen, auch diese hatte sich angelegen sein lassen, das Verbrechen Tschech's als ein durchaus unpolitisches zu behandeln und das schon wegen der Heimlichkeit des damaligen Gerichtsverfahrens vielfach argwöhnische und zur Kannegießerei geneigte große Publikum von der Irrthümlichkeit der gegentheiligen Auffassung zu überzeugen. Auf solche Weise war der traurige Vorgang vom 26. Juli 1844 an den öffentlichen Zuständen der preußischen Monarchie vorübergegangen, ohne irgendwelche Spur zurückgelassen zu haben.

Sechs Jahre später kam ein zweiter Mordanschlag gegen das Leben Friedrich Wilhelm's IV. zur Ausführung, der in seinem Wesen wie in seinen Folgen das direkte Widerspiel der Tschech'schen That war. In demselben Monate, der durch das Scheitern des Berliner Fürstencongresses das Fiasko der deutschen „Union" und ihres zu Erfurt unternommenen Reichstags-Experimentes besiegelt hatte, — am 22. Mai 1850, Mittag 12 Uhr, wurde auf den König geschossen, als dieser an der Seite seiner Gemahlin über den Perron des Potsdamer Bahnhofs schritt, um sich in den Wagen zu setzen. Der Schuß hatte den Unterarm des Königs leicht verletzt, der Mörder war auf der Stelle ergriffen und von den Umstehenden so schwer mißhandelt worden, daß die anwesenden Polizeibeamten Mühe gehabt hatten, sein Leben zu retten. Noch an demselben Tage wurde mit einer für unbefangene und besonnene Beurtheiler alle Zweifel ausschließenden Sicherheit festgestellt, daß es sich nicht um eine prämeditirte Sendung, sondern um die That eines Wahnsinnigen gehandelt habe, der zu der die Zeit beherrschenden revolutionären Bewegung nie das geringste Verhältniß gehabt hatte. Der Thäter hieß Sefeloge und war ein im Militär-Waisenhause erzogener, früher dem hochconservativen „Treubunde" angehörig gewesener ehemaliger Unteroffizier von der Garde-Artillerie, der bereits seit einiger Zeit für halb wahnsinnig galt, und der sein Verbrechen in dem Zustande so vollständiger Unzurechnungsfähigkeit begangen hatte, daß an eigentliche Untersuchung, geschweige denn Bestrafung, nicht zu denken war. Weil diese That aber in eine Zeit allgemeiner und krankhafter Erregung der Gemüther gefallen und weil sie von dem Monarchen selbst für eine politische gehalten worden war, wurde sie von der Regierung und deren Organen als solche behandelt und von der bestimmbaren Masse der Menschen demgemäß beurtheilt. Die geringfügigsten und gleichgültigsten Umstände verwandelten sich in der Phantasie der Zeitgenossen — namentlich derjenigen der höheren, von Revolutionsfurcht geplagten Stände — alsbald zu Umständen von höchst gravirendem Charakter, zu Symptomen einer großen und allgemeinen Gefahr. Sefeloge, den einer der Begleiter des Königs, der Cabinetsrath Marcus Niebuhr, am Kragen gepackt und „gewürgt" hatte, war in den Ruf ausgebrochen: „Laßt nur den Hals frei," aus diesem Ausruf war von Umstehenden ein förmliches „Hoch auf die Freiheit" gemacht und sodann deducirt worden, der Attentäter müsse ein enragirter Freiheits- und Barrikadenmann sein! — Kurz bevor der König den Bahnhof betreten, war ein als „vorgeschritten" bekannter Abgeordneter Berends auf demselben bemerkt und wiederholt am Schalter des Kassirers gesehen worden. Grund genug, um eine demokratische Verschwörung anzunehmen und Berends, Meyer, Streckfuß, Bernstein, den Abg. von Kunowski und ein Dutzend anderer Anhänger der Bewegungspartei als verdächtig verhaften, in den Wohnungen dieser Männer Recherchen vornehmen zu lassen und Berlin mit den abgeschmacktesten und abenteuerlichsten Gerüchten zu erfüllen.

Fünf Tage nach der That Sefeloge's, am 27. Mai, hatte ein Wahnsinniger, der frühere Offizier Robert Pate, mit einem Stock nach der Königin Victoria geschlagen, als diese nach glücklich überstandenem Wochenbett (am 1. Mai war der Herzog Arthur von Connaught geboren worden) ihre erste Ausfahrt machte: „Eingeweihte" des Berliner Hofs und seiner Umgebung versicherten sofort mit wichtiger und zuversichtlicher Miene, daß zwischen beiden Verbrechen ein innerer Zusammenhang bestehe, daß beide zu Paris von einer Bande verzweifelter Revolutionsmänner geplant worden und daß dem Minister von Manteuffel bereits mehrere Tage vor dem verhängnißvollen 22. Mai Warnungen der Pariser Polizei vor einem in der Vorbereitung begriffenen großen Verbrechen zugegangen seien, die dieser leider in den Wind geschlagen habe! Dergleichen wurde erzählt, geschrieben, gedruckt und geglaubt, obgleich es den Stempel abgeschmacktester und sinnlosester Erfindung an der Stirn trug! — Der König selbst, den die Erfahrungen der Jahre 1848 und 1849 in den Grundvesten seines Wesens erschüttert und um das Vertrauen zu sich selbst, wie um das Vertrauen zu seinem Volke gebracht hatten, — bot den Zuflüsterungen seiner von den ausschweifendsten Parteileidenschaften beherrschten Umgebung ein nur allzu bereites Ohr und trug dadurch (wenigstens indirekt) zu der Verwirrung der Gemüther bei, die Wochen lang ihr Wesen trieb und die vorhandenen politischen Gegensätze zu einer Schroffheit steigerte, wie sie in Deutschland und vollends in dem von festen bureaukratischen Traditionen beherrschten Preußen unerhört gewesen war. Von Tag zu Tag nahmen Ansehen und Einfluß der „kleinen, aber mächtigen" Partei zu, welche das unglückliche Ereigniß meisterhaft dazu ausnutzte, die zwischen Regierung und Bevölkerung bestehende Kluft zu erweitern und den König zu vollständigem Bruch mit der Verfassungssache zu nöthigen, in welche er — freilich wider Neigung und Willen — gezogen worden war und von der er nicht wieder loskommen konnte.

Die zahlreichen Verhaftungen, Haussuchungen und Instruktionen, zu welchen das Verbrechen vom 22. Mai 1850 Veranlassung gegeben, blieben völlig ergebnißlos. Die verhafteten

steuerung nicht mit einer Silbe die Rede ist, dagegen desto mehr von allen nur erdenklichen Steuererleichterungen gesprochen wird. Der Landrath Forster hat am Schlusse dieser Publikation kurzer Hand die Wähler amtlich „aufgefordert", für den Regierungscandidaten Schön zu stimmen. Anscheinend wird unsere jetzige innere Entwicklung mit der letzten französischen Krisis auch darin Aehnlichkeit haben, daß demnächst eine große Anzahl von Wahlen höherer Verwaltungsbeamten durch Ungiltigkeitserklärung wegen solcher Wahlbeeinflussung zur Erneuerung gebracht werden muß. Besonders auffällig und eifrig geberdet sich das höhere und niedere Eisenbahnpersonal allenthalben im Interesse der Regierungswahlen — eine Mahnung mehr, der weiteren Ausdehnung des Staatseisenbahnsystems Schranken zu setzen."

— Bismarck's rechte Hand. Die „Berliner Freie Presse" brachte eine Reihe von Artikeln, welche sich mit der Vergangenheit des früheren Communisten, jetzigen Geheimen Raths, Lothar Bucher, beschäftigten. Am Schlusse befindet sich ein Brief Bucher's an Lassalle, den wir seines interessanten Inhalts halber hiermit zum Abdruck bringen. Er lautet:

Berlin, 22. Januar 1862.
Werdersche Rosenstr. 3.

Lieber Lassalle!

Es ging gestern Abend doch nicht ohne alles Getränk ab, und ich habe die schlaflose Nacht benutzt, um im Zusammenhange zu überdenken, was wir, oder vielmehr, was Sie gesprochen haben. Ich bin ein langsames Thier im Argumentiren und bin mir selten auf der Stelle aller Voraussetzungen bewußt, auf denen mein Urtheil über eine verwickelte Frage instinktmäßig beruht.

Der ganze Kern Ihrer Schlußfolgerungen hängt, wie ich gestern sagte und Sie einräumten, an der Frage, ob es möglich ist, in Deutschland die bestehende Ordnung (oder Unordnung) der Dinge niederzuwerfen und niederzuhalten. Das Erste halte ich für möglich, das Letzte nicht. Sie sind darin mit mir einverstanden, daß mit einer nackt politischen Revolution (das Wort nicht in dem aristokratischen, sondern in dem ganz und gäben bornirten Sinne genommen), daß mit einer Aenderung der Behörden nichts erreicht sein würde. Ist es aber auf eine Aenderung der gesellschaftlichen Zustände, mit anderen Worten des Besitzes und Möglichkeiten des Erwerbs abgesehen, so haben wir nicht blos, wie die französische Revolution, die Reste einer tausendjährigen verwickelten Organisation zu zerstören und, wie die französische Revolution, ein neues Evangelium an die Stelle zu setzen, sondern wir haben das Gleiche mit der auf Grund jener Revolution entstandenen Bourgeoisordnung zu thun. Wie zäh diese letztere ist, darüber sind wir einig. Was Sie an die Stelle setzen wollen, befriedigt mich nicht. Alle Maßregeln, die Sie nennen, sind doch wieder nur politisch, juristisch kann man sagen, stehen auf dem alten sozialen Boden, schaffen nur neue Bourgeois. Und diese neuen Besitzverhältnisse, neu durch einen Wechsel der Personen, nicht, um mich so auszudrücken, durch die chemischen Eigenschaften des Besitzes, könnten nur behauptet werden durch einen permanenten Krieg, einen Terrorismus einer sehr kleinen Minorität (ich schätze sie nach statistischen Quellen und meiner genauen Kenntniß der ländlichen Bevölkerung in den östlichen Provinzen). Es ist richtig, daß Revolutionen nur durch Minoritäten gemacht werden, aber es ist auch richtig, daß sie nur behauptet werden, wenn die Minorität der Majorität einen Genuß, wenigstens einen Glauben zu bieten hat. Ich komme also auf mein altes Wort zurück: es fehlt dem populo der Dio und uns das, wofür man mit Ehren untergehen könnte. Bedenken Sie dazu noch Eins: daß jede sozialistische Bewegung in Frankreich auf lange Zeit hinaus mit dem Koth und Gift des Bonapartismus versetzt sein und bei uns eine Menge gesunder und reiner Elemente gegen eine ähnliche Bewegung bei uns waffnen würde. Fragen Sie mich nun: was sonst? so habe ich nur die lahme Antwort Macchiavelli's: Politik ist die Wahl unter Uebeln. Ein Sieg des Militärs wäre ein Uebel, aber ein Sieg des heutigen Oesterreich wäre kein Sieg des reaktionären Prinzips. Dafür stelle ich Ihnen als Zeugen die Berliner „Revue", die in einer langen Reihe von Artikeln ausführt, daß „Gottes Ordnung" in Oesterreich gründlicher zerstört werde, als irgendwo in Deutschland. — Wenn Sie alle Gründe kennten, die ich habe, diese alte Weltordnung zu hassen, so würden Sie die Ueberwindung würdigen, die es mich kostet, so objektiv die Dinge anzusehen.

Freundschaftlich der Ihrige
L. Bucher.

Diesem Briefe läßt unser Berliner Parteiblatt nachfolgende Enthüllung folgen:

In Sachen Lothar Bucher's wird uns von wohlunterrichteter Seite versichert, daß der Agitationsplan für den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" nicht, wie wir annahmen, von Herrn Bucher, sondern allerdings von Lassalle persönlich verfaßt wurde. Bucher wurde nur und zwar wiederholt zur Berathung hinzugezogen, seine weitergehenden Ansichten aber aus taktischen Gründen nur zum Theil berücksichtigt. Diese Auffassung wird bestätigt durch den Inhalt eines von uns bereits citirten Schreibens des Herrn Bucher an die Frau Gräfin Hatzfeld, das uns erst jetzt seinem Wortlaute nach vorliegt. Es lautet vollständig wie folgt:

„Berlin, 15. Januar 1866.

Ew. Hochgeboren

habe ich von dem Urtheil in Kenntniß gesetzt, welches Herr Rodbertus über die Entwürfe Lassalle's und die Rathsamkeit einer Veröffentlichung der Benutzung derselben ausgesprochen hat. Heute erhalte ich eine ausführliche schriftliche Motivirung dieses Urtheils. Da Ew. Hochgeboren mit einem biographischen Werke über L. und mit der Fortsetzung seiner agitatorischen Thätigkeit beschäftigt sind und da ich eine richtige Behandlung jener Entwürfe für unendlich viel wichtiger halte im Interesse des Verstorbenen, als alle die Punkte, die Ew. Hochgeboren zum Gegenstande von Streitigkeiten zu machen sich gefallen, so setze ich mich über alle Bedenken hinweg, die zu nehmen ich so viel Grund hätte, und überschicke Ew. Hochgeboren mit dem Ersuchen und unter der Bedingung der Rückgabe hiermit das Rodbertus'sche Schreiben vom 12. d. Mts., welches zu dem Schlusse gelangt, daß man dem wissenschaftlichen Andenken Lassalle's keinen ärgeren Streich spielen könnte, als wenn man den Agitationsplan veröffentlichte, in dem Lassalle ganz mit dem so heftig von ihm bekämpften Proudhon übereinstimmt. Rodbertus versteht die Sache und ist frei von jeder Eifersüchtelei. Ich glaube daher den Willen Lassalle's zu exekutiren, indem ich diese Scripta vernichte. gez. Bucher."

Die „Magdeburgische Zeitung" findet in einem „Die Sozialdemokratie im hohen Regierungsamte" überschriebenen Artikel es durchaus nicht so schlecht, wenn Bucher, früher zur communistischen Partei gehörend, jetzt anderen, entgegengesetzten Ansichten huldige. Nur das will ihr nicht gefallen, daß Bucher als ein Mann, der ein so hohes Amt bekleidet, in dieser Stellung auch Mitglied der Internationale gewesen ist und sogar einen bekannten Sozialistenführer für ein Staatsblatt engagiren wollte. Sie findet ferner, daß die Marx'schen Briefe bisher unwiderlegt geblieben und somit auch wirklich wahr sind, und entsetzt sich vor solchen Thatsachen. Sie schließt daraus, daß die gouvernementale Partei und nicht die Liberalen den Sozialismus groß gezogen haben. Die Magdeburgerin mag sich trösten: von Renegaten kann man nichts Anderes erwarten und der Sozialismus ist das Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung, nichts Künstliches, nichts Gemachtes. Der Sozialismus war und ist ohne Bucher, ohne Magdeburgerin — die Zustände, die Verhältnisse haben ihn geschaffen und die Wissenschaft hat das Verdienst, das unsterbliche Verdienst, die Mittel und Wege angegeben zu haben, mit Hilfe deren eine Verbesserung herbeigeführt werden kann.

— Die deutschen Panzerschiffe sind doch wahrhaft prächtige Seeungeheuer. „Friedrich der Große" ist vor Jahresfrist auf den Sand gefahren und liegt todtkrank darnieder, er wird erst in mehreren Jahren kaum wieder als „seetüchtig" hergestellt sein; der „Große Churfürst" ruht auf dem Meeresgrunde; der „Kaiser Wilhelm" hat sich das Vordertheil eingerannt. Und als derselbe von England in seine Ostseeheimath zurückkehrte, fiel ihm noch ein kleineres Handelsschiff zum Opfer, welches er umrannte. Und nun hören wir wieder, daß am vorigen Donnerstag die Panzerfregatte „Deutschland" auf einen schwimmenden Krahn bei Varel gestoßen ist, der nur mit den größten Anstrengungen vor dem Sinken bewahrt wurde. — Nicht wahr, das deutsche Reich hat eine stolze Marine? Wenn die einmal in's Gefecht kommt, dann wird's „flutschen".

— Internationales Denunziantenthum und Sozialistenhatz. Der „Neuen Freien Presse", der man doch gewiß kein „Liebäugeln" mit den Sozialdemokraten nachsagen kann, entnehmen wir folgende Einzelheiten über die Ausweisung eines Communarden aus Wien. Vor einigen Wochen erhielt die Polizeidirektion von Wien durch ein anonymes Schreiben die Nachricht, daß ein in der Silberwaarenfabrik von Klinkosch beschäftigter Ciseleur, Namens Aristide Barré, im Jahre 1871 Mitglied der Pariser Commune gewesen sei und sich an der Ermordung des Erzbischofs Darboy betheiligt habe. Die Sicherheitsbehörde der Polizeidirektion stellte ungesäumt die nöthigen Erhebungen an, welche ergaben, daß der anonyme Schreiber zur Hälfte gelogen, zur Hälfte die Wahrheit gesprochen habe. Barré, dem der Fabrikant Klinkosch übrigens das beste Zeugniß ausstellt, war in der That Mitglied der Pariser Commune, doch wurde zweifellos sichergestellt, daß derselbe mit der Ermordung Darboy's nichts zu thun hatte. Auf Grund der bestehenden Verordnungen fand sich dennoch die Polizeidirektion veranlaßt, die Ausweisung Barré's aus den Ländern der österreichischen Krone zu verfügen. Zur Ordnung seiner Angelegenheiten wurde dem Ausgewiesenen eine Frist von vier Wochen bewilligt. Barré hat sich während seiner Anwesenheit in Wien einer tadellosen Aufführung beflissen, und man ist daher in seiner Umgebung, welche den kunstverständigen und fleißigen Franzosen sehr schätzte, um so unangenehmer von seiner Ausweisung überrascht.

„Tadellose Aufführung", „kunstverständig", „fleißig" — das ist Alles Plunder — der Mann war Communard — und damit ist Alles gesagt! „Thut nichts, der Sozialdemokrat wird verbrannt!" — Ja, verbrannt auf alle Fälle! Fortschritt, Cultur, neunzehntes Jahrhundert — mir graut vor Euch! -o-

— Wir finden in der „Berliner Freien Presse" folgende

Erklärung.

Unter Berlin, d. d. 14. Juli, hat ein Reporter eine Notiz an die „Magdeburgische Zeitung" gesandt, welche in der Beilage vom 16. Juli genannter Zeitung Aufnahme gefunden hat und in der die Behauptung aufgestellt ist, daß der Untersuchungsrichter in dem Nobilingprozeß, Herr Stadtgerichtsrath Johl, sämmtliche früheren Reichstagsabgeordneten der sozialdemokratischen Partei zur Vernehmung vorgeladen hätte, um festzustellen, wann und wo und in welcher sozialdemokratischen Versammlung Nobiling gesprochen habe. Der Reporter fährt dann wörtlich fort: „Von allen Vorladungen an die erwähnten Abgeordneten erreichte nur eine ihr Ziel und zwar die an Fritzsche; die anderen konnten nicht behändigt werden, weil der augenblickliche Aufenthalt derselben, bis auf den von Most, nicht bekannt war." Der Zweck dieser mysteriösen Andeutung ist leicht zu errathen. Die früheren sozialdemokratischen Abgeordneten, die fast sämmtlich bei den Neuwahlen wieder candidiren, sollen vor dem Volke denunzirt werden, daß sie sich entweder auf der Flucht befänden und dadurch ihr Einverständniß mit der Nobilingthat eingestanden oder aber, daß sie sich heimathlos umhertrieben. Daß vernünftige Leute auf solches Reporterstückchen nicht „hereinfallen", ist wohl wahr, aber es giebt, wie die letzten Wochen bewiesen haben, in Deutschland noch eine sehr große Anzahl von Leuten, welche jeder, auch der schamlosesten Reporterlüge, falls sie sich nur gegen die Sozialdemokratie wendet, Glauben schenken.

Aus diesem Grunde allein fühlt sich der Unterzeichnete zu der Erklärung bewogen, daß obige Notiz der „Magd. Ztg." von Anfang bis zu Ende erlogen ist.

Der Unterzeichnete war am 18. Juni behufs einer Vernehmung selbst bei dem Herrn Untersuchungsrichter, Stadtgerichtsrath Johl, der ihm auf Befragen versicherte, daß außer Herrn Fritzsche und Unterzeichnetem kein früherer Abgeordneter der sozialdemokratischen Partei von ihm vorgeladen worden sei. —

Es ist wahrlich eine äußerst schmachvolle Erscheinung, daß die herrschende Presse vielfach durch ihre Reporter zu einer gemeinen Lügnerin und Verleumderin sich stempeln läßt; noch schmachvoller für die herrschende Presse und für ihre Leser ist es, daß es zwei bis drei mit der Polizei befreundeten, geldhungrigen Berliner Reportern gelungen ist, durch ihre Hödel- und Nobiling-Lügen ganz Deutschland mehrere Wochen hindurch in eine höchst verderbliche Aufregung zu versetzen; am schmachvollsten aber für die heutigen Preßverhältnisse ist es, daß diese selben Leute immer noch, wie vorstehender Fall zeigt, ihr unsauberes Wesen treiben können, daß solchen notorischen Lügnern immer noch die Spalten der sogenannten „anständigen" Presse, zu der doch die „Magdeburgische Zeitung" gewiß gehören will, offenstehen. —

Ueber meine Vernehmung in dem Nobilingprozesse, die ohne irgend welche besondere Bedeutung war, theile ich hier deshalb nichts mit, weil ich es bei einem Prozeßverfahren für unrecht erachte, daß, bevor die Beweisaufnahme geschlossen ist, irgend welche Mittheilung über den Prozeß in das Publikum gelange.

Berlin, den 19. Juli 1878. Wilh. Hasenclever.

— Das am 15. Juli ausgegebene Heft 20 der „Zukunft" enthält: Die Bestimmungsgründe des Preises unter der sozialistischen Produktionsweise von Maximilian Schlesinger. — Wilhelm Weitling und sein System der Harmonie und Freiheit (Schluß). — Die schweizerische Reformtheologie und die soziale Frage. — Gegen die Proportional-Vertretung, von Max Kayser. — Recensionen.

---

demokratischen Abgeordneten und Volksredner mußten ebenso auf freien Fuß gesetzt werden, wie die einzelnen in Untersuchung gezogenen ehemaligen Kameraden Sefeloge's, die Erzählungen von dem Pariser Complot und von dem Zusammenhang zwischen Sefeloge und Pate erwiesen sich als einfältige Erfindungen einfältiger und leichtgläubiger Leute, — der Urheber des Verbrechens wurde weder auf das Schaffot noch in das Zuchthaus, sondern in eine Irrenanstalt gesendet, in welcher er nach einigen Jahren verstarb. Der Schaden, den der Schreckenstaumel der Sommermonate des Jahres 1850 gestiftet hatte, ließ sich aber nicht mehr zurücknehmen, und als die preußische Regierung auf den Olmützer Conferenzen vom 28. und 29. November desselben Jahres die größte moralische Niederlage erlitt, welche je einem wahrhaft großen Staate zugefügt worden, war die Schadenfreude darüber im eigenen Lande womöglich noch größer als in den Nachbarstaaten. Dieselben russischen und österreichischen Hofleute, die im Mai und Juni gefunden hatten, „qu'il était horriblement triste de voir le parti populaire prendre recours à l'assassinat", waren jetzt von der Undurchführbarkeit des Unternehmens der Berliner Regierung erfüllt, „nicht zu halten, was man doch einmal versprochen habe, et d'avoir recours à des lois comme celle de la presse, pour se dépopulariser, après avoir tout sacrifié à la popularité!" — Das unpolitischste aller Attentate des Jahrhunderts war künstlich und absichtlich zu einem politischen Ereigniß gemacht worden, und das unter der Regierung desselben Fürsten, der seine Fähigkeit zu ruhigem und besonnenem Urtheil und zur Wahrnehmung der wahren Interessen seines Staats und seiner Dynastie im Jahre 1844 so glänzend bewiesen hatte! „Bei der That Tschech's," so äußerte ein Beobachter jener Zeit im Mai 1850, hat die Regierung Alles aufgeboten, um die That nicht als eine politische erscheinen zu lassen. Jetzt will man um jeden Preis eine politische That haben, so gern man auf der andern Seite auch verneinen würde, daß ein Unteroffizier und Zögling des Militär-Waisenhauses demokratisch gesinnt sein könne." — Zu allen Zeiten sind die in den Willen gefahrenen Leidenschaften und vorgefaßten Meinungen der Menschen eben stärker und bestimmender gewesen, als die Ergebnisse ihrer Einsicht.

— Die englische Post. Der Bericht der Postverwaltung für Großbritannien pro 1876 enthält verschiedene interessante Einzelheiten: Die Gesammtzahl aller im Königreich auf die Post gegebenen Briefe betrug 1,018,955,200, 1 Prozent mehr als im Vorjahre, oder 31 Briefe per Kopf der Bevölkerung. An Postkarten sind 92,935,700 befördert worden, um 6,7 Prozent mehr als im Jahre 1875, an Bücherpacketen 298,790,800 oder 6,8 Prozent mehr, und an Zeitungen 125,065,800. Die Zahl eingeschriebener Briefe betrug 5,095,115, was ungefähr einen eingeschriebenen Brief auf 200 gewöhnliche Briefe ausmacht. Als unbestellbar wurden 5,897,724 Briefe in das Returned Letter Office zurückbefördert, oder einer auf 16 aufgegebene Briefe. Von diesen kamen nahe an $^9/_{10}$ entweder an die Absender oder an die Adressaten. Mehr als 33,100 Briefe wurden ohne irgend eine Adresse aufgegeben; von diesen enthielten 32 zusammen etwa 390 Pf. St. in Münze und Banknoten und nahezu 5000 Pf. St. in Cheques, Wechseln u. s. w. Etwa 79,000 Freimarken wurden in den verschiedenen Postämtern lose umherliegend gefunden. Ohne alle Umkleidung wurden 14,346 Gegenstände aufgegeben. Ein Brief mit Banknoten im Betrage von 1000 Pf. St., an eine Bank adressirt, wurde offen vorgefunden. In einer unbestellbaren Zeitung fanden sich 4 Sovereigns und in einer andern ein goldenes Medaillon vor. Unter den postreglementswidrigen Sendungen sind hervorzuheben: Künstliche Augen und Zähne, Perrücken, Blumen, Obst und Gemüse, Wildpret aller Art, Fische, Blutegel, Frösche, Schlangen und Eidechsen. Eine lebendige Schlange, die aus einem Postpacket entschlüpft war, wurde in Holyhead und Kingstown Marine-Postamt entdeckt, und, da sie nach Verlauf von 14 Tagen von ihrem Eigenthümer nicht reklamirt wurde, dem Zoologischen Garten in Dublin übergeben. Ein Packet mit einem lebenden gehörnten Frosch kam in Liverpool von den Vereinigten Staaten Nordamerikas an und wurde dem Adressaten behändigt. Die Zahl der im Jahre aufgegebenen Telegramme betrug mit Ausschluß der Zeitungstelegramme 23,440,439 oder 900,000 mehr als im Vorjahre. Das Reinerträgniß der Post belief sich in 1876 auf 1,947,000 Pf. St.

— Herostratus-Naturen. Der „Pfälzische Kurier" enthält folgende interessante Mittheilung aus Baden: Mögen es auch vorwiegend politische Beweggründe gewesen sein, die den Nobiling zu seiner schrecklichen That veranlaßt haben, so glaube ich doch, daß auch in ihm, wie in so vielen großen Verbrechern, so etwas von einem Herostratus steckt. Auch Oskar Becker gab seiner Zeit als Grund seines Mordanfalls auf den König von Preußen (den jetzigen Kaiser) politische Anschauungen an, indem er sagte, er erblicke in der Person des Königs von Preußen ein Hinderniß für die Einigung Deutschlands, welches er wegzuschaffen sich berufen gefühlt habe. Dabei war er aber ganz von herostratischen Gedanken erfüllt. Ich wurde in dem Zellengefängniß, in welchem er seine Strafe abzubüßen hatte, als Beamter angestellt, und zwar fast zur selben Zeit, als er dahin kam. Schon beim zweiten, durch die Hausordnung vorgeschriebenen Besuch, den ich ihm machte, fragte er mich: „Sie waren wohl begierig, mich zu sehen — nicht?" Als ich ihm erwiderte, ich hätte ihn bereits vor den Schranken des Schwurgerichts gesehen, meinte er: „Ach so! Wie hoch schätzen Sie das Publikum? Mindestens 700—800 — nicht wahr?" Auf meine Entgegnung, daß der Saal höchstens 150—200 Menschen fasse, fuhr er fort: „Nun ja, aber ich habe gesehen, daß man sich weiblich gedrückt hat meinetwegen; es waren auch viele Damen da. Wenn ich nur lesen könnte, was die Zeitungen über mich sagen!" Die Ueberzeugung, daß er ein höchst interessanter Mensch sei, hat er während seiner etwa vierjährigen Haft festgehalten, und in gewisser Beziehung war er es auch, denn es kam öfters vor, daß ihn fremde Besucher der Anstalt zu sehen verlangten, was aber nicht gestattet werden konnte. Immer suchte er die Anstaltsbeamten darüber auszuforschen, was man von ihm spreche, allerdings ohne Erfolg, da derartige Unterhaltungen mit Gefangenen untersagt sind. Als ich von der Anstalt wegversetzt wurde, zeichnete er — mit Hilfe seines kleinen Spiegels — sein ziemlich gelungenes Bild und händigte mir dasselbe mit der Bitte ein, es meiner Braut zu geben, wenn ich eine hätte. Dieses Bild hängt heute noch über meinem Schreibtische. Kaum waren einige Wochen nach meiner Versetzung verflossen, so erhielt ich von Brüssel aus ein Telegramm des Inhalts: „Herr N.! Ich bin frei, frei, frei. Von Philadelphia aus wird man von mir hören." Er war vom Großherzog unter der Bedingung, daß er Deutschland verlasse, begnadigt worden. Aus Philadelphia hörte man aber nur noch von seinem bald nach seiner Ankunft erfolgten Tode.

Correspondenzen.

Aus Louisiana. Die amerikanische Presse, ihrem alten Berufe treu, ist mit Beginn der „Hundsmonate" wieder mit Haschen nach Sensationen beschäftigt. Bei der Rarität von Neuigkeiten — selbst die gegenwärtig stattfindende sog. Potteruntersuchung anläßlich der bei der letzten Präsidentenwahl verübten Schwindeleien ist zu abgeschmackt, um Interesse zu erregen — giebt es für die Lohnschreiber nur einen Ausweg, dem Bedürfniß ihrer Leser zu genügen, nämlich: Neuigkeiten zu erfinden; eine Eigenschaft, in der denn auch das Möglichste geleistet wird. — Vor einigen Wochen wurde das Lesepublikum mit dem „Umsichgreifen des Communismus" in Spannung erhalten, der den geduldigen Spießbürger beinahe aus der Haut fahren ließ, in Anbetracht der „nahen Gefahr", die dadurch seinem Leben und Eigenthum gedroht würde. Man sieht, die Herren Editoren kennen ihre Pappenheimer. Da wurden nun gefährliche Geschichten berichtet von Chicago, St. Louis, Cincinnati und andern Städten. Großartige Waffenansammlungen sollten dort stattfinden, Exercitien vorgenommen werden, und das solle darauf hindeuten, den Kapitalisten den Garaus zu machen bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit. Natürlich wird Solches derart berichtet, daß die mit dem Sozialismus Unbekannten die sozialistischen Arbeiter als eine Menschenklasse betrachten, die „ausgerottet" werden muß. Indeß nur gemach. Eingestandenermaßen ist der Einfluß der Sozialdemokratie schon so erkennbar, daß im Laufe der Zeit alle reaktionären Parteien ihr gegenüber Stellung zu nehmen haben, um deren Sieg zu verhindern. Von diesem Geständniß wollen auch wir Akt nehmen. Die Scheidung zwischen Arbeiter und Bourgeois wünschen auch wir. — Zu den moralisch verkommensten Editoren der deutsch-amerikanischen Presse zählt unbedingt Förster, Redakteur der hiesigen „Deutschen Zeitung" (dasselbe Blatt, welches nur gehässig und entstellt citirt), ein Subjekt, das unbedingt im „Vorwärts" an den Pranger gestellt werden sollte. Bei Gelegenheit der „Attentate" auf den Kaiser hatte dieser Redakteur die Frechheit, unsere Partei als eine „Mörderbande" zu bezeichnen und hervorragende unbescholtene Männer, die im Dienste der Partei stehen, mit dem Namen „Kanaillen" zu beehren. Tag für Tag folgten die niederträchtigsten Beschimpfungen, denen die wenigen wirklichen Sozialisten machtlos gegenüber standen, da jede Entgegnung oder Berichtigung abgelehnt wurde. Eine schwach besuchte Versammlung unserseits, in der dieser Preßbandit gehörig gegeißelt wurde, entzog ihn der verdienten Strafe, die übrigens eines Tags schon verabfolgt werden wird, und zwar hier in New-Orleans, in derselben Stadt, wo er sich als Repräsentant der Deutschen gerirt. — Auch hier wird die Sozialdemokratie stark werden, die Agitation wird sich auch auf den Süden ausdehnen, dafür sorgen wir. — Die Arbeiterverhältnisse, welche hier höchst traurig sind, werde ich später vielleicht eingehender berichten. New-Orleans ist im Gegensatz zu früheren Jahren wie ausgestorben, und darnach kann auf den übrigen Süden geschlossen werden. Die ganze Stadt macht den Eindruck eines im rapiden Niedergange gehenden Gemeinwesens, das sich kaum wieder emporrichten wird. Bankerott auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens; giebt es einen besseren Beweis von der Zersetzung der Gesellschaft? R. T.

Kopenhagen, 12. Juli. Von allen Seiten findet man Nachrichten, nur von hier fehlt seit längerer Zeit irgendwelches Lebenszeichen. Es ist aber auch in der Partei kein rechtes Leben, seit der Heiland gen — Amerika fuhr, und nun erwartet man, daß ein großer und letzter Prophet kommt, der ohne weiteres den Zukunftsstaat herstellt mit allen sieben Himmeln Mohameds. Ja Einige hoffen auf jetzt noch auf die baldige Wiederkunft des Herrn — Pio! So ungefähr ist die Situation hier. In der jüngsten Zeit sind ein paar Genossen hier angekommen, der Eine ein Deutscher, der eine Reihe von Jahren in Jütland gearbeitet hat und der Sprache ziemlich mächtig ist, der Andere ein Däne, der kürzlich erst aus Deutschland zurückgekehrt, welche bestrebt sind, die Stockung zu heben und die Partei, welche, geradezu gesagt, nur vegetirt, neu zu beleben. Möge es ihnen gelingen, denn die Schwierigkeit darf man nicht unterschätzen, erst das Interesse zu wecken und von der unheilvollen Bahn abzulenken, auf der es von Beginn an ruhte.

Auch einen schweren Verlust hat die Partei erlitten. Am ersten Pfingstmorgen starb an der Schwindsucht der Bildhauer O. Schultze im Alter von erst 29 Jahren. Er war früher in Deutschland und Einer von den Wenigen, die mit Ernst und Verständniß unsere große Sache erfaßt hatten und unabläßig bemüht waren, das rechte Erkennen auch hier zu verbreiten, damit Dänemark die Stelle in der That einnehme, die es scheinbar hat. Ohne hervorzuragen und als Redner sich bemerkbar zu machen, was ihm die kranke Brust nicht gestattete, war er mit der Feder thätig für die Verbreitung unserer Ideen. Seine letzte Arbeit, die er kurz vor seinem Tode beendet hat, war die Uebersetzung von Most's „Kapital und Arbeit", womit er sich bei Dänemarks Arbeitern in Erinnerung erhalten wird.

Die beiden Attentate gegen den Kaiser hatten in der Partei fast gar keine Wirkung zur Folge, dagegen in der Bourgeoisie fast dieselbe wie in Deutschland, so daß sich die Regierung veranlaßt fand, einen kleinen Wink zu geben, um der Aufnahme der Waschzettel und nationalliberalen Lügenberichte Einhalt zu thun. Jetzt wird die ganze Geschichte mit ruhigem Blute und kühler Ueberlegung betrachtet. Der Kaiser findet als alter, ehrwürdiger Greis und Fürst Sympathie. Man hat hier schon vor dem Worte „Reaktion" einen gewaltigen Abscheu und ist deshalb auf die nächsten Reichstagswahlen noch gespannter als bei der letzten Wahl. — Die Philadelphia-Ausstellung war die Niederlage der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte, man bezieht jetzt hier vorzugsweise aus England und Frankreich. Die Ausbeutung Hödel's und Nobiling's zu reaktionären Zwecken hat dieselbe Folge in politischer Hinsicht, und nur einzig und allein die deutsche Sozialdemokratie ist's, die heute noch das Interesse des Auslandes verdient und aufrecht erhält, denn die „liberalen" Parteien, die Bismarck-Anbeter sind zum Kinderspott geworden. Hingegen hat das Attentat gegen die Sozialdemokratie nun auch einen Theil der hiesigen Parteimitglieder aus ihrer Apathie aufgerüttelt und sind dieselben bestrebt, wie anderwärts, mit pekuniären Mitteln den Brüdern in Deutschland bei den Wahlen zur Seite zu stehen.

Als Curiosum sei noch erwähnt, daß im Laufe der vergangenen Woche das „Kind von Frankreich", Lulu der Kaiserprinz, hier war und um die Prinzeß Thyra freite. Es wäre eine sehr günstige Partie für ihn gewesen, den künftigen Kaiser von Rußland, die künftigen Könige von England und Dänemark sowie den jetzigen von Griechenland zum Schwager zu haben. Da aber die Aussichten auf Frankreichs Kaiserthron gegenwärtig sehr nebelhaft sind und die Pariser „Republikaner" keine Lust bezeigen, ihn willkommen zu heißen, so wurde er sehr feierlich mit einem Korb entlassen und vielleicht auf spätere bessere Zeiten vertröstet, denn der in Rede stehenden Prinzessin wäre ein Ehemann schon anstandshalber zu gönnen.

Die besten Wünsche der hiesigen Genossen geleiten Euch, Ihr deutschen Brüder, am 30. Juli zur Wahlurne. Möge Jeder seine Schuldigkeit thun; die Proletarier aller Länder sehen auf Euch und setzen ihre Hoffnung auf Euren Sieg! Hoch die Sozialdemokratie! Jörgen Gaardmand.

Hamburg, 20. Juli. Heute Vormittag fand die Gerichtsverhandlung in Betreff der beschlagnahmten Gewinne der „Tombola" gegen Genossen Geib statt. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 150 Mark für jedes verkaufte Loos, zusammen also 687,000 Mark, eventuell ein Jahr Gefängniß beantragt. Der Gerichtshof erkannte auf kostenlose Freisprechung und auf Herausgabe der beschlagnahmten Gelder und Gewinne.

Hildesheim, 16. Juli. An die Parteigenossen des 10. (hannoverschen) Wahlkreises. Nach kaum anderthalbjährigem Bestehen des Reichstages wird uns schon wieder eine Neuwahl auf den Hals gebürdet. Der Grund hierzu ist wohl jedem von uns bekannt: Vernichtung der Sozialdemokratie in erster Linie, zweitens um einen stets willfährigen Reichstag zu bekommen. — Die Neuwahl zum Reichstage ist auf den 30. Juli angesetzt, und machen wir hiermit bekannt, daß wir als Candidaten im hiesigen Wahlkreise den

Expedienten Heinrich Oehme in Hannover

aufgestellt haben. Da Herr Oehme die Candidatur angenommen hat, so fordern wir alle Arbeiter und Parteigenossen hiermit auf, für die Wahl des Arbeiter-Candidaten aufs Kräftigste einzustehen, umsomehr, als der hiesige Wahlverein durch polizeiliche Chikanen gerade vor der Wahl geschlossen und dadurch ein wesentlicher Haltpunkt für uns verloren worden ist. Aber nicht nur durch Propaganda, sondern auch durch materielle Hilfe sollt Ihr uns beistehen in diesem Wahlkampfe, denn ohne Opfer kein Sieg. Thut also Alle Euer Möglichstes! Etwaige Sendungen wolle man an den mitunterzeichneten Kassirer des Wahlcomités, Herrn C. Hilder, Hildesheim, Wollenweberstraße 967, 3. Etage, einschicken. Steht also diesmal Alle ein für die Wahl. Alle für Einen, Einer für Alle!

Das Centralwahlcomité des 10. hannoverschen Wahlkreises.
E. Dölle. F. Dölle. C. Hilder.

NB. Sollten etwa aus Versehen an den einzelnen Orten des Kreises bis zum Sonnabend, den 27. d. M., noch keine Stimmzettel angekommen sein, so wolle man sich schnell an C. Hilder brieflich wenden. Die „Berliner Freie Presse" und das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" werden um Abdruck gebeten.

Hirschberg a. S., 14. Juli. Heute sollte hier eine Wählerversammlung stattfinden. Als Referent war der sozialistische Candidat, Redakteur Hermann Lange aus Crimmitschau, annoncirt. Nun candidirt aber seitens der Nationalliberalen in Reuß j. L. der Bürgermeister von Hirschberg, Landtagsabgeordneter Dr. Jäger, der in der beregten Versammlung zugleich die überwachende Behörde vertrat. — Präcise 1/4 9 Uhr Abends eröffnete plötzlich zu allgemeiner Ueberraschung der Bürgermeister, obschon er nicht Einberufer oder Arrangeur der Versammlung war, dieselbe, schlug einen Vorsitzenden vor, den die Anwesenden acceptirten, und erklärte dem sozialdemokratischen Referenten, der nebst dem eigentlichen Einberufer am Bureautische schon vorher Platz genommen, daß er überhaupt kein Wort zu sprechen und sich vom Tische zu entfernen habe, widrigenfalls er ihn verhaften lassen werde. Dr. Jäger entwickelte sodann sein Programm in einer halbstündigen Rede, die unter Anderem auch reichlich mit Angriffen gegen die Fortschrittspartei gespickt war. Nachdem dies geschehen, erfolgte ohne jede Diskussion sofortiger Schluß der Versammlung. Daß ein Reichstagscandidat seinen Gegencandidaten mit Verhaftung bedroht, ist jedenfalls in Deutschland noch nicht dagewesen.

Breslau. Hier gehen im Wahlkampf die Wogen hoch, und zwar paukt die einzig reaktionäre Sippe sich unter sich. Es ist für den Sozialisten ein Schauspiel für Götter, wenn man die verschiedenen Parteiblätter, ihr Geschimpfe, Heulmeiern ꝛc. liest. Die Fortschrittler, welche ja bis zur vorigen Wahl Breslau als ihre Domaine betrachteten und jeden Eindringling entweder mit Hohn oder Verachtung straften, hatten diesmal, um die bösen Sozialdemokraten unterzukriegen, mit den Nationalliberalen einen Compromiß derartig abgeschlossen, daß im Westbezirk der Fortschrittsmann Bürgers, im Ostbezirk der blasse Nationalliberale Molinari aufgestellt resp. durchgebracht werde. Doch welcher Schrecken in den Reihen der liberalen Helden, als plötzlich eine neue Partei unter Führung des Staatsanwalts und Professors Fuchs auf dem Kampfplatz erschien und erklärte, auf keinen Fall dem Excommunisten Bürgers ihre Stimmen zu geben, sondern den conservativen Oberbergrath Serlo aufstellte und sich verpflichtete, mit aller Macht (welche keinesfalls zu unterschätzen) für die Wahl desselben zu wirken. Es stehen sich nun hier Reinders und Molinari im Osten, im andern Bezirk Kräcker gegen Bürgers und Serlo gegenüber. Die ultramontanen Candidaten kommen weniger in Betracht. Nun sollten Sie die Angst- und Schreckensrufe, das Gezeter und Geschimpfe hören. Das hiesige Käseblättchen, genannt „Breslauer Morgenzeitung", bekannt durch infames Schimpfen auf unsere Partei und die Arbeiter im Allgemeinen, jammert nun in jeder Nummer, daß wenn von der Candidatur Serlo's nicht abgesehen werde, Kräcker ganz gewiß siegt. Das Organ der neuen Partei, die „Schlesische Zeitung", hatte einige zahme Artikel gegen den Wucher ꝛc. der verehrlichen Juden gebracht, da erbos'ten sich nun das Gründerblatt „Schlesische Presse" und das Organ des Auchdemokraten Stein, die „Breslauer Zeitung", darüber, bringen ellenlange Artikel gegen die arme Schlesierin, ja erklären dieselbe in Verruf. Haben doch eine ganze Anzahl reicher Juden öffentlich bekannt gemacht, die „Schlesische Zeitung" nicht mehr zu lesen, auch nicht in derselben zu inseriren. Diesem Treiben sieht mit innigem Behagen die ultramontane „Schlesische Volkszeitung" zu, ab und zu einige höhnische Brocken in den reichstreuen Hexenkessel werfend. Aber, werden Sie fragen, was machen die Sozialisten? — Nun, die befinden sich den Umständen nach wohl und sind guter Dinge, sie werden am 30. Juli ihre Schuldigkeit so thun, daß gewissen Herren die Hörner und Ohren am Kopfe wackeln werden. Versammlungen können wir allerdings nur wenige abhalten, da es uns an Lokalen mangelt. — Zum Schlusse noch unserm verschwundenen Redakteur Keller auf diesem Wege zur Nachricht, daß er gestern 7 Monate Gefängniß erhalten, das Jahr ist jetzt voll, etwas kommt noch nach; wie wäre es, wenn Sie Freund Schlesinger Gesellschaft leisteten, der jetzt auch wieder 4 Wochen abmacht? S.

Wilsnack, 9. Juli. Gestern Abend, 30. Juni, fand hierselbst eine liberale Volksversammlung statt, woselbst der liberale Landtagsabgeordnete Dr. Burg aus Berlin sich als Reichstags-Candidat vorstellte. In seinem Referat urtheilte er in folgender Weise über die Sozialdemokratie: 1) Die Reichstagsabgeordneten Fritzsche, Bracke und Most hätten in einer Volksversammlung im Februar in Berlin über die Zukunft des sozialistischen Staates referirt: Die Arbeiter würden Alle zusammen in Gruppen arbeiten. 2) Die Arbeiter würden sich nach Vorschrift kleiden müssen. 3) Nachdem das Jahr abgelaufen, erhielte der Arbeiter von seinem Verdienst durch einen gewissen Beamten seine paar kärglichen Groschen ausgezahlt, soviel auf ihn käme, das Uebrige flösse in die gemeinsame große Kasse. 4) Die Faullenzer erhielten sodann Unterstützung aus der großen Kasse. 5) Die Sozialdemokratie wäre wie ein Krebsschaden am gesunden menschlichen Körper, und könnte dieser Schaden nur durch eine radikale Kur beseitigt werden. Jetzt wäre die geeignetste Zeit, diesen Krebsschaden zu beseitigen. Dem Arbeiter gebührten nur soviel Rechte, wie ihnen zukomme. Alsdann stolperte er auf die Presse los, die müßte zunächst dran, und die Agitatoren, die kleinen, für Geld wirkenden, das sozialistische Gift umherspritzenden Subjekte. Dieser saubere Herr Sozialistenfresser weiß wohl nicht, daß jeder Sozialist Agitator ist! Er wäre der Erste, der für Ausnahmegesetze stimme. Sodann ging die Quasselei über die Steuern los, wobei er das Tabaksmonopol verwarf. Doch wüßte er gar nicht, warum man gegen die Salzsteuer so protestire, das mache ja doch das Jahr nur 60 Pf. für eine Familie. Dieser Herr versteht gar nicht, was 60 Pf. für einen Arbeiter ausmachen! Weiter faselte der feine Herr von den Redakteuren unserer Presse und unseren Führern: er wäre dafür, sie sämmtlich in's Zuchthaus zu stecken. Wenn das letztere nur anginge — aber so haben diese Herren die Rechnung ohne den Wirth gemacht. R.

Briefkasten

der Redaktion. X. Z.: Die betreffenden Strafparagraphen sind zwar zunächst einem andern Blatte entnommen, doch haben auch wir dieselben, da sie den Sinn des Gesetzes in dieser Form viel verständlicher und klarer ausdrücken, zum Abdruck gelangen lassen. Die Bedrohung mit Arbeitsentlassung ist zwar keine Bedrohung mit einer strafbaren Handlung; doch jeder ehrenwerthe Richter wird eine solche Bedrohung als eine Gewaltthat ansehen, die den Wähler, wenn er seine Ueberzeugung nicht preisgeben will, behindert, seine staatsbürgerlichen Rechte auszuüben. Also auch da treffen die im Auszuge mitgetheilten Strafparagraphen das Richtige. — Im Uebrigen sei noch bemerkt, daß die Wahlcomités unserer Partei sich genau jeden Fall merken mögen, wo die Arbeitgeber die Arbeiter mit Entlassung bedrohen — der neue Reichstag, er mag noch so reaktionär werden, wird solche Vorfälle bei den Wahlprüfungen, die in der nächsten Session überhaupt eine große Rolle spielen werden, als Ungültigkeitsgründe ganz bestimmt ansehen. Das Gebelfer einzelner Zeitungen darüber, daß wir jene Strafparagraphen unrichtig citirt haben, beweist nur, wie richtig es gewesen ist, daß wir den Geist des Strafgesetzbuchs zeigten und so die bodenlose Unmoralität, die in den Bedrohungen der Arbeiter mit Entlassung liegt, enthüllten. Wird, wie wir annehmen, der Richter darin einen Gewaltakt zur Verhinderung der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte erblicken, so erkennt er auch auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, was den Bedrängern erst recht unangenehm ist.

Hrn. B. A. in Marienbad: Wir haben Derartiges schon oft besprochen, werden jedoch Ihren Wunsch bald zu erfüllen suchen. Etwaiges Material erwünscht. — Hrn. L. B. in Baden-Baden: Ihre Vorschläge sind uns durchaus nicht neu, wir befolgen dieselben schon seit 1868, jedoch Alles auf einmal kann nicht geschehen. Wir haben in großen ländlichen Bezirken bereits festen Boden gefaßt und werden schließlich auch zu Ihnen kommen. Es muß eben jeder Genosse Agitator sein. Lassen Sie sich von unserer Expedition, Färberstraße 12, überzählige Nummern kommen und gehen Sie selbst jeden Sonntag auf die Dörfer, Sie werden bald Gesellschaft bekommen. — F. S. F.: Wir sind nicht alle Engel. In Ihrem Falle wäre es jedoch gut, Sie stimmten für S. und ebenso Ihre Bekannten, denn es handelt sich jetzt um Ausnahmegesetze und da müssen wir doch solche Leute vorziehen, die für uns stimmen werden. Oder ziehen Sie es vor, unpolitisch zu handeln und einem Nationalliberalen zum Siege zu verhelfen? Gewiß nicht. — W. L. in Fürth: Wir haben bis jetzt die „Deutsche Gerber-Zeitung" nicht erhalten. — J. F. in Nürnberg: L. ist verreist, Brief nachgeschickt. — L. in Berlin: Die bekannte Chiffre mußte aus Gründen wegbleiben. Sonst einverstanden. — N. N. Sie meinen, da die Sammlungen für die „Wilhelm-Spende" nur den Abscheu des deutschen Volks vor Meuchelmord ausdrücken sollten, könne die Sozial-Demokratie sich recht wohl an der „Spende" betheiligen. Wir dächten, der Abscheu des deutschen Volkes vor Meuchelmord sei so selbstverständlich, daß es keiner Manifestation bedarf. Viel zeitgemäßer wäre es, Abscheu vor den moralischen Meuchelmördern auszudrücken, die das deutsche Volk infam verleumden und das als eine patriotische That hinstellen; auch Diejenigen zu brandmarken, welche die Entrüstung über die Attentate für reaktionäre Wahlmanöver ausnützen wollen, wäre vielleicht am Platz. — A. B. in Halberstadt: Schicken Sie Bericht. — H. M. 1) In welchem Verwandschaftsverhältniß Prinz Peter von Oldenburg zum Großherzog von Oldenburg steht, wissen wir nicht. Es ist aus dem Gothaer Kalender zu ersehen, den wir nicht besitzen. 2) Ueber das amerikanische Testament ist uns nichts bekannt. 3) Die „Sozialistenhatz" hat überall und auf allen Gebieten unserer Partei genützt.

Quittung. Krschwk hier Ab. 0,60. Wist Sell Ab. 2,80. Brndt Mittweida Ab. 15,00. Thm hier Ab. 20,00. Prbstl München Ab. 50,00. Brn Graz Ab. 31,60. Gb Hamb. f. Prbstl t. München Ab. 150,00. Hnsch Kreuznach Schrft 2,75. Krgr Marburg Schrft 3,00. Frkl Finsterwalde Schrft 1,50. Kpp Baden Schrft 1,60. Kstnr Frohburg Schrft 0,67. Büstn Mühlheim Schrft 9,00. Gb Hamburg Schrft 12,00.

Wahlfonds.

B. Genossen i. Jägerndorf 25,27. Gef. i. d. Küche d. Arb.-Bild.-Ver. hier 1,20. S. Crimitz 4,00. P. Hfm. Graz 2,00. D. Gb. Hamburg 0,60. B. Frau A. W. i. M. 1520,00.

Cottbus. Ein Parteigenosse, welcher sich noch im Besitz des „Märkischen Volksfreundes" vom Monat Februar 1877 befindet, wird ersucht, mir denselben käuflich oder leihweise zu überlassen, da es sich um sehr wichtige Angelegenheiten handelt. Sämmtliche dadurch entstehende Kosten werden vergütigt. Adressen sind einzusenden an Herrmann Feistel, Klosterstraße 306, 2 Tr. Die „Berliner Freie Presse" wird um Abdruck gebeten.

Wir empfehlen:

Donai: Antwort an die Bekenner des Theismus	Mk. —,10
Hillmann: Organisation der Massen	„ —,20
Erinnerung an Herwegh	„ —,10
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag	„ —,15
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	„ —,05
Schramm: Grundzüge der Nationalökonomie	„ —,25
Yorck. Die industrielle Arbeiterfrage	„ —,10
Bergmanns Fluch	„ 0,10
Blos: Unsere Preßzustände	„ 0,10
Bürgerkrieg in Frankreich	„ 0,15
Kulturkampf und Volksschule in Preußen	„ 0,10
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags 1871—1874	„ 0,10
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in Preußen	„ 0,10
Dietzgen: National-Oekonomisches	„ 0,15
— — Bürgerliche Gesellschaft	„ 0,10
Donai: Kindergarten und Volksschule	„ 0,25
Eccarius: Kampf des großen und kleinen Kapitals	„ 0,15
Für die französischen Brüder	„ 0,15
Herr v. Treitschke, der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	„ 0,20

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanftenmann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 438 O'Farrell Str.
London W.: C. Hesse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 87. Freitag, 26. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Der Lehmann-Hödelprozeß.

Am 10. c. hat der Prozeß gegen Lehmann-Hödel stattgefunden.

Wir wollen alles dabei Vorgebrachte unbesehen mit in Kauf nehmen: Die widersprechenden Zeugenaussagen darüber, ob die Schüsse wirklich gegen den Kaiser gerichtet waren; ferner über die Zahl der abgegebenen Schüsse; über die vorgefundenen „Stückchen Blei", „anscheinend Kugeln"; und daß trotzdem die Finder derselben bei der Verhandlung wieder ganz andere Namen trugen, als die vorher in den Blättern angeführten, so daß, wenn man nur die öffentlich genannten Kugelfinder zusammenzählt, sich schon mehr Kugeln „gefunden" hätten, als überhaupt abgeschossen wurden.

Auch daß sämmtliche Kugeln vor dem Hause der russischen Botschaft aufgelesen wurden, trotzdem L.-H. den ersten Schuß von da aus in entgegengesetzter Richtung, den dritten und (angeblich) vierten aber in der Mittelpromenade der „Linden", also vom russischen Botschaftshotel schon weit entfernt, abgefeuert hatte — dieses und noch vieles, vieles andere, höchst Wackliche wollen wir ohne viel Grübeln hinnehmen; man soll sehen, daß wir nicht solche Ungläubige sind, wie man uns immer vorwirft.

Was aber hat die Verhandlung, so wie sie geht und steht, zu Tage gefördert? Nichts als unsere glänzendste Rechtfertigung!

Daß man es hier mit einem ernsthaften, seiner Handlung klar bewußten politischen Verbrecher zu thun habe, das zu behaupten war kein reaktionär-liberales Blatt schamlos genug. (Und das will schon was sagen.)

Und in der That — hätte es für den ruhig Urtheilenden noch eines Beweises bedurft, daß man es in dem Urheber der jetzigen traurigen Wirren nicht mit einem politischen Verbrecher, sondern, wie wir von Anfang an sagten, mit einem gänzlich heruntergekommenen, körperlich degenerirten und geistig alienirten (krankhaft affizirten) Individuum, kurz mit einem Hirnkranken, einem Idioten zu thun habe, — L.-H.'s Verhalten vor dem Staatsgerichtshof hätte diesen Beweis erbracht.

Das stereotype, blödsinnige Lächeln, das unmotivirte Auflachen bei den ernstesten Fragen, die schnoddrigen, grenzenlos albernen und banalen Redensarten und Antworten, das ganze bajazzohafte Benehmen, welches klar zeigte, wie wenig sich der Verbrecher des Ernstes der ganzen Sache, und daß es dabei um seinen Kopf gehe, bewußt war; der stumpfe, immer blödsinnig vor sich hinlächelnde Gleichmuth, mit dem er das Todesurtheil entgegennahm — all das ist nur bei einem Menschen möglich, bei dem das Denkvermögen und jeder logische Ideengang vollständig aufgehoben ist!

Das anwesende Publikum und das ganze Zeitungsgeschmeiß hatte nicht genug Worte der Entrüstung über den „Cynismus", die „Bestialität" 2c., welche L.-H. während des ganzen Verhandlungsaktes zur Schau trug.*)

Dieses unverständige Wuthgeschrei, wie es sich fast jedesmal bei Gerichtsverhandlungen über derartige Menschen erhebt, zeigt so recht die rohe Ignoranz unseres „civilisirten" Zeitalters. Es erinnert an das Mittelalter, wo man sogar den Wahnsinnigen, den Epileptischen als vom Teufel Besessene ansah und behandelte.

Wie uns heute dieser Unsinn unbegreiflich ist, so wird einer spätern Zeit der Unsinn unbegreiflich sein, wie man Menschen à la Lehmann-Hödel, die nur vom Standpunkt des Pathologen (Arzts) zu verstehen sind, für ihre Worte und Handlungen anfeinden und mit dem Henkerbeil zur Rechenschaft ziehen konnte, während doch nur das Mitleid und die Verweisung in eine Zufluchtsstätte am Platze wäre.

Lehmann-Hödel ist für seinen Idiotismus ebenso wenig verantwortlich zu machen, als z. B. Herr v. Treitschke für den seinigen. Beide sind sie unvermeidliche Mißgeburten unserer gesellschaftlichen Zustände.

Bemerkenswerth ist weiter noch die Correspondenz L.-H.'s aus dem Gefängniß. Nirgend offenbart sich das Wesen, die geistige Verfassung eines Menschen so klar wie im Briefe. „Le style c'est l'homme." (Der Stil ist der Mensch.) Es giebt wenig Sprichwörter, die so wahr sind, wie dieses.

Nun brauchte man aber faktisch von L.-H. nichts weiter zu kennen, als jenen confusen, sinnlosen, schwulstigen Schreibebrief, den er aus der Untersuchungshaft an seine Eltern richtete und der in der Anklage zur Verlesung kam, um zu wissen, mit wem man es zu thun hat.

Während er die Absicht, den Kaiser zu tödten, hartnäckig bestreitet, schreibt er in diesem Briefe, von dem er, falls er nur halbwegs bei Sinnen war, doch wissen mußte, welcher Braten es für seinen Untersuchungsrichter sei: „Es thäte ihm leid, nicht getroffen zu haben." Doch „noch ist Polen nicht verloren." Es habe „Deutschland an einem Tell gefehlt." (Armer Schiller! Gut für dich, daß du todt bist, sonst kämst du sicher als sozialdemokratischer Hetzer und „moralischer Mitschuldiger" unter die Ausnahmegesetze.) Es müsse „tabula rasa" gemacht werden. „Krieg bis an's Messer" 2c. 2c.

Welch ein raffinirtes, fein angelegtes Leugnungssystem, nicht wahr?

So ließen sich noch die Beweise für die vollständige Alienation (Geistesschwäche) des unglücklichen Attentäters fortsetzen. Erwähnt sei doch noch das Zeugniß des Photographen, bei welchem L.-H. acht Tage vor der That war und der vor Gericht deponirte, er sei damals schon überzeugt gewesen, es mit einem Irrsinnigen zu thun zu haben.

Der erdrückenden Wucht all dieser Thatsachen hat sich denn auch sogar der Gerichtshof nicht zu entziehen vermocht.

Die Anklageschrift hebt ausdrücklich die Verwahrlosung und Entartung des Angeklagten von Kindheit auf hervor. Hätte das nicht wenigstens als mildernder Umstand gelten sollen?

Dem Staatsanwalt entschlüpft in seiner Anklagerede das Geständniß, L.-H. sei offenbar „durch die unverstandenen und unverdauten Lehren der Sozialdemokratie zu seiner That fortgerissen worden."

Also wohlgemerkt: Nicht weil L.-H. die Lehren der Sozialdemokratie richtig verstanden und „verdaut" hatte, beging er seine That, sondern gerade im Gegentheil: Weil er sie nicht verstanden und nicht „verdaut" hatte!

Dieses Zugeständniß eines so unverdächtigen Zeugen, wie es in dieser Sache ein preußischer Oberstaatsanwalt ist, ist allein schon mehr als ausreichend.

Die Krone aber wird dieser Reihe von entlastenden Zugeständnissen im Urtheil selbst aufgesetzt. Der hohe Staatsgerichtshof spricht erst die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten aus, weil — sich für das Gegentheil kein Anhaltspunkt ergab. (In der That, das heißt sich die Erledigung dieses für die ganze Sache entscheidenden Punktes nicht allzu schwer machen.)

Kurz dahinter aber, bei der Erwägung, ob L.-H. nur einen Selbstmord beabsichtigt haben könne, erklärt ihn der h. Gerichtshof ausdrücklich für einen „geistig wie körperlich zerrütteten Menschen".

Sieht der hohe Staatsgerichtshof nicht, in welchen heillosen Widerspruch er sich da begeben hat? Ein „geistig und körperlich zerrütteter Mensch" und „Zurechnungsfähigkeit"? Wie reimt sich das zusammen?

Wir jedoch haben keine Veranlassung, dieses werthvolle Zugeständniß geheim zu halten.

Parteigenossen! Den infamen Beschuldigungen gegenüber weiset von jetzt ab nur auf das Urtheil des hohen Staatsgerichtshofs zu Berlin hin, in welchem ausdrücklich constatirt ist, daß jenes Individuum, welches am 11. Mai c. in Gegenwart des deutschen Kaisers einige Schüsse abfeuerte, kein im Besitze seiner normalen Geistesfunktionen befindlicher Sozialdemokrat, sondern ein „geistig und körperlich zerrütteter Mensch" war.

Wer, außer der schamlosesten Verlogenheit, kann uns nun noch für L.-H.'s blödsinnige That verantwortlich machen wollen?

Wir wünschen nur von ganzem Herzen, daß auch Nobiling am Leben erhalten und vor Gericht gestellt würde.

Wie bei dem ersten Attentäter würde sich dann auch bei diesem zweiten herausstellen, daß die Handlung, welche die berechnende Niedertracht unserer Feinde zu einem hochbedeutsamen „Symptom" der „Verwilderung" der „Massen" durch die sozialdemokratischen Irrlehren, sozusagen zu einem Gesammtakt des deutschen Proletariats verzerrte, nichts weiter als die Ausgeburt eines einzelnen kranken Hirnes war.

Wie bald wird dann der „Verschwörer", der „Abgesandte der St. Simonisten" 2c. zu einem, mit erblichem Irrsinn behafteten, unglücklichen armen Narren zusammenschrumpfen, bei dem die bis dahin stille und unschädliche Narrheit durch ein Zusammenwirken befördernder Umstände an jenem verhängnißvollen Sonntag endlich zur gemeingefährlichen Raserei ausgeartet war.

Warten wir's ab.

*) Mehrremale konnte das Publikum aber auch kaum das Lachen über das äffische Benehmen des armen Tropfs unterdrücken. R. d. V.

Deutschland und der Sozialismus
von Ludwig Bamberger.

Von H. M.

(Fortsetzung.)

An den oben citirten Passus der Bamberger'schen Schrift schließt sich ein Gesinge von den im Grunde noch rückwärts liegenden Zielen der Sozialdemokratie, und zwar liegen dieselben nach Herrn Bamberger viel weiter zurück, als die kühnsten Wünsche der politischen Reaktion schauen. Bis in's graue Mittelalter, oder gar bis in's schwarze Heidenthum wollen die sozialistischen Elemente, wie Herr Bamberger meint, die Gesellschaft zurückwerfen und alle Formen von Staat, Recht und Verkehr auflösen. Die abgedroschene Behauptung von der Rückläufigkeit des Sozialismus wird von Herrn Bamberger, wie üblich, mit keinem Wort erläutert oder bewiesen, er überhebt sich so unbequemen Erörterungen, indem er einfach dekretirt. Aber die Behauptung, die Sozialisten wollten den Staat aufheben, ist geradezu lächerlich im Munde des Manchestermannes Bamberger. Wer hat je den Staat auf ein so niedriges Niveau degradirt, wie eben die Manchestermänner? Sie stellen doch den Staat durch ihr Festhalten an ihrem laisser faire, laisser aller faktisch auf nichts! Die Sozialisten dagegen wollen ihm nicht nur den Nachtwächter- und Polizeidienst zuerkennen, sondern ihm auch die ganzen Produktionsmittel, die ganze Produktion und die Vertheilung dieser übertragen, wollen also dem Staate eine Machtsphäre geben, wie sie ihm noch nie zu Theil wurde, sie wollen ihn zu einem großen, lebensfähigen Organismus machen, mit einem Wort, wollen erst den Staat zum Staate, zum Brennpunkte aller Staatsindividuen machen — und das nennen Sie, Herr Bamberger, eine Auflösung des Staates? Aufgelöst soll nur das Krüppelding von Staat werden, das heute existirt. Wie aus dem Schlusse der Schrift des Herrn Bamberger, wo er das Collektivwesen bespricht, hervorgeht, weiß er, daß die Sozialisten die Machtsphäre des Staates so bedeutend erweitern wollen; wie nun kommen Sie zu der Behauptung, daß sozialistischerseits der Staat aufgehoben werden solle?

Höchstens könnten Sie sagen, der Staat sei der Aufgabe, die ihm die Sozialisten stellen, nicht gewachsen, oder auch nach der Manchesterdoktrin: Einrichtungen, wie sie die Sozialisten dem Staat übertragen wollen, gehören nicht in seinen Bereich; aber nie können Sie, wenn Sie nur sich selbst und Ihrer Doktrin treu bleiben wollen, Ihre Leser von der von den bösen Sozialdemokraten geplanten Auflösung des Staates unterhalten.

Pag. 14 sagt Herr Bamberger: „dem Bürgerthume fehle noch die starke materielle Unterlage". Sehr richtig und zwar je weiter wir vorwärts schreiten, desto mehr wird die heute noch vorhandene materielle Unterlage schwinden, indem sich eben von Jahr zu Jahr die Kapitalien in immer weniger Händen concentriren und dementsprechend das Proletariat wächst. In dem gleichen Maße, wie sich die „starke materielle Unterlage" reduzirt, vermindert sich auch die Bourgeoisie; eine kleine Anzahl sondert sich zur Geldaristokratie ab, die große Mehrheit wird zu Proletariern. Ebenso Recht hat Herr Bamberger, wenn er sagt, daß die Ursachen über unsere nicht genügenden gewerblichen Leistungen sich zum größeren Theil auf Schäden zurückführen ließen, die wenigstens so alt wie das Jahrhundert seien. Es ist jedoch das Streben der Produzenten, unter dem Gesetze der „freien Concurrenz" (durch dieses Thor halten nicht allein die ungenügenden Leistungen, sondern auch die gefälschten Produkte ihren feierlichen Einzug) gleiche Waaren zu möglichst billigem Preise auf den Markt zu bringen, und da greift nun der kleine, um nicht von dem großen Produzenten, dem er ja absolut nicht beikommen kann, verdrängt zu werden, und um seine eigene Stellung zu behaupten, zum Mittel der Täuschung. Er bietet einen Gegenstand aus, der äußerlich dem seines Concurrenten ganz gleich, wenn nicht gar überlegen ist, nichtsdestoweniger aber in Wirklichkeit schlechter gearbeitet. Durch größere Theilung der Arbeit, durch Einkauf größerer Partien Roh- und Halbprodukte 2c. ist der große Produzent im Stande billiger zu produziren wie sein kleiner Nachbar, und dieser, um sein Leben zu fristen, muß eben zur Täuschung seine Zuflucht nehmen. In Deutschland nun, wo die Industrie jünger und die ganze Produktion weniger fest ist wie in England und Frankreich, müssen solche Täuschungen viel größere Kreise ergreifen, wie in den genannten Ländern, denen durch ein Reichsgesundheitsamt ebenso wenig vorgebeugt werden kann, wie durch irgend eine andere Prohibitiv-Einrichtung, die etwa das Reich nach dieser Richtung hin treffen könnte. Den gröbsten Verstößen kann allerdings von Staatswegen abgeholfen werden, aber das ganze Uebel ausrotten, kann weder unsere Regierung, noch die ganze kapitalistische Gesellschaft, denn sowohl die Waarenfälscherei, wie unser heutiger Staat saugen ihre Kraft aus eben dieser Gesellschaft, und in sein eigen Fleisch schneidet Niemand.

Weiter spricht Herr Bamberger über die ungenügende Verwaltung der famosen 5 Milliarden und bemerkt dazu, daß die im Jahre 1815 gezahlte Kriegsentschädigung im Ganzen 1833 Millionen, worunter 633 Millionen für Verpflegung der Occupationstruppen, sich in besseren Händen befunden habe, wie die 5000 Millionen vom Jahre 1871. Gewiß ein gutes Zeugniß für jene Herren, die sich ja doch alle mehr oder weniger zur Farbe des Herrn Bamberger bekennen. In ca. 60 Jahren, die auf dem Gebiete des Finanzwesens mehr Belehrendes und mehr Interessantes und Großes enthalten, als ganze Jahrhunderte, haben also unsere Minister, die dazu berufen waren, so gewaltige, für das Wohl und Wehe der Nation so wichtige Operationen zu leiten, nicht nur nichts gelernt, sondern ihre vor 60 Jahren lebenden Vorgänger verstanden es noch besser wie sie. Haben Sie denn, Herr Bamberger, gar nicht darüber nachgedacht, woher das kommt und wie das möglich ist? Es war doch so leicht, den Zusammenhang zu fassen. Ein Blick auf die Zusammenstellung der Ausgaben, die aus jenen Fonds bestritten wurden, mußte Ihnen genügen, Sie erkennen zu lassen, daß fast all' das „heidenmäßig viele Geld" für's herrliche Kriegsheer und dessen Gefolge, für ganz unproduktive und culturfeindliche Ausgaben Verwendung gefunden hat. Während noch das Volk aus den Wunden blutete, die ihm der Krieg geschlagen, und die Bourgeoisie sich in den gewaltigsten Schwindel hineinstürzte, wurde von der Regierung fleißig gerüstet, um „auf alle Eventualitäten" gefaßt zu sein. Ohne solch' herrliches Kriegsheer, dem natürlich eine so schlechte Verwaltung von 5000 Millionen wohl zu statten kommt, kann nun einmal die Bourgeoisie nicht bestehen, sie saugt ihr Leben nur noch von außen ein, innerlich ist sie schon vertrocknet.

Am Schluß der Stelle, die die Milliarden behandelt, sagt Herr Bamberger: „Nur Narren können daran denken, die Formen der Ansammlung von Kraft, welche diese Culturstufe ermöglicht, aufzuheben, und nur Sophisten versuchen, diese Kraft ohne Kapital, dieses Kapital ohne Eigenthum herzustellen."

Wir sind es nachgerade gewohnt, von Herrn Bamberger Behauptungen zu hören, denen alle und jede Begründung fehlt, und ebenso wenig befremdet uns noch seine nationalliberale Unbestimmtheit. Wer denn in aller Welt will Kraft ohne Kapital, wer Kapital ohne Eigenthum herstellen? Es wäre Ihre Pflicht gewesen, Herr Bamberger, sich klar und präzise auszudrücken, aber Ihre Aal-Natur weiß sich überall so zu drehen, daß man Sie nirgends fassen kann; aber weiter kommen Sie damit nicht. Die Sozialisten wollen doch gewiß keine Kraft ohne Kapital und kein Kapital ohne Eigenthum herstellen. Das Eigenthum erkennen die Sozialisten vollständig an, nur das Privateigenthum an den Produktionsmitteln wollen die Sozialisten aufheben. Das, Herr Bamberger, wissen Sie ebenso gut wie wir, Sie wissen ganz genau, daß die Sozialisten das Eigenthum im

Prinzipe durchaus nicht negiren, und dennoch behaupten Sie es. Oder sollten sich bei Ihnen die Begriffe von Eigenthum schlechthin und Privateigenthum an Produktionsmitteln decken? Unmöglich, eine solche Begriffsverwirrung können wir bei Ihnen noch nicht voraussetzen. Das treibende Motiv aber, Herr Bamberger, weshalb Sie sich so zweideutiger, unbestimmter Ausdrücke bedienen — ein Motiv, das bei Ihnen öfter klar hervortritt — ist, dem Philister gruseln zu machen und ihn zum blinden Haß aufzuregen gegen die Sozialdemokratie. Aber sagen Sie selbst, würde es nicht besser sein, wenn wenigstens die Mitglieder der „ausgewähltesten Zuhörerschaft Deutschlands" sich über derartige Schimpfereien und Aufrührereien erhöben und dagegen dem Volke den Sachverhalt klar und verständlich vor Augen führten? Sind denn die erschienenen Schimpf- und Schlagwörter noch nicht ausreichend, und können denn ruhige, objektive Erörterungen sich noch immer nicht ordentlich Bahn brechen im nationalliberalen und fortschrittlichen Lager? Es sollte doch Ihre und Ihrer Freunde Pflicht sein, dahin zu streben.

(Fortsetzung folgt.)

Elsässische Zustände.

IV.

Der Sozialismus im Reichslande.

Straßburg, im Juli 1878.

Als im Jahre 1865 das arbeitende Volk beider Hemisphären zu jenem schönen Bunde, der internationalen Arbeiterassoziation, zusammentrat, da schlossen sich auch viele Arbeiter aus den elsässischen Fabrikdistrikten der Bewegung an. In Mülhausen, Markirch, Gebweiler und Thann vor Allem sammelten sich die Fabrikarbeiter um die Fahne des Proletariats, hingerissen von dem erhebenden, zur That gewordenen Gedanken einer Solidarität der Enterbten aller Länder. Sie hatten dabei mehr das Interesse ihrer darbenden Brüder, als ihr eigenes im Auge; denn ihre Stellung war die für die heutige Gesellschaft denkbar günstigste. Die oberelsässische Industrie beherrschte den französischen Markt; ungeheure Summen flossen in die früher bescheidenen Städte; Handel und Wandel blühte; der Lohn war hoch und die Arbeit stets sicher. Dazu waren die Fabrikherren verständig genug, ihre Arbeiter „so zu sagen auch als Menschen" zu behandeln. Sie kümmerten sich nichts um deren politische Ueberzeugung; sie bauten ihnen Häuser, die mit der Zeit durch Lohnabzüge Eigenthum der Arbeiter wurden; sie bauten Schulen, in denen unentgeltlicher Unterricht von tüchtigen Lehrern ertheilt wurde — wohl wissend, daß eine relativ günstige Lage des Arbeiterstandes auch für sie wieder von Vortheil, daß die Heranbildung intelligenter und tüchtiger Kräfte auch in ihrem Interesse lag.

Da kam der Krieg von 1870 mit seinen furchtbaren Folgen. Tausende fleißiger Arbeiter verließen Hof und Herd, um in die Freischaarencorps einzutreten. Abermals Tausende führte der Frankfurter Friedensvertrag fort von der Stätte, die sie sich erarbeitet, über die Vogesen hinüber. Lyon mit seiner großartigen Seidenindustrie war vor Allem das Ziel aller Derjenigen, welche, auf das Recht pochend, dem vergewaltigten Vaterlande Lebewohl sagten. Bald zeigte sich, wie klug und einsichtsvoll sie gehandelt! Hohe Zölle verschlossen der elsässischen Industrie das frühere Absatzgebiet; in Deutschland fand der elsässische Gewerbfleiß wohl Anerkennung, aber auch eine außerordentlich starke Conkurrenz; die schlimmen Zeiten nach dem Krach wurden der Nagel zum Sarge der elsässischen Arbeit. Jetzt — in Folge der genialen Wirthschaftspolitik des Reichs und des unsoliden Schwindels des größten Theils der deutschen Bourgeoisie — jetzt stehen leer die großartigen Etablissements, die riesigen Werkstätten, jetzt steht still der Webstuhl, und die hohen Schornsteine haben ausgeraucht. Vergebens suchten — und das ist anzuerkennen — die reichen Baumwollenbarone des Ober-Elsasses weiter zu produziren, Verlust folgte auf Verlust, Falliment auf Falliment, und nur die bedeutendsten Firmen konnten sich halten. In Bischweiler, früher einem der fleißigsten und wohlhabendsten Orte des Unter-Elsasses, sind die Tuchfabriken (aufgepaßt, Herr Professor Birnbaum!) geschlossen; für die schönen Anlagen findet sich nicht einmal ein Käufer, der nur den rohen Bau bezahlen will. In Markirch, Gebweiler, Thann, im ganzen Ober-Elsaß sind Tausende von Arbeitern brodlos geworden!

Da wäre für die Partei des werkthätigen Volkes, die Sozialdemokratie, ein Agitationsfeld, wie es günstiger nicht gedacht werden kann. Allein wie kann agitirt werden, wenn es verboten ist, Versammlungen abzuhalten, Vereine zu gründen, eine Zeitung herauszugeben, wenn sogar die Lektüre der altdeutschen sozialistischen Organe unmöglich gemacht wird?! Früher stand es damit anders, Anno 74, als der Führer der hiesigen Sozialdemokraten, Jung, mit den „leitenden Persönlichkeiten" auf dem besten Fuße stand; als er dazu benützt wurde und sich benützen ließ, den Protestkandidaten Lauth zu beschimpfen und das Schreiberregiment des Herrn v. Möller zu verherrlichen — da konnten wir nach Belieben Versammlungen abhalten, da herrschte unbeschränkte Vereins- und Preßfreiheit. Als aber an Stelle des entlarvten und ausgestoßenen Mouchard Leute die Leitung übernahmen, die sich trotz wiederholter Aufforderung nicht auf guten Fuß mit unserm Regenten stellen wollten, da begannen die heftigsten und gehässigsten Verfolgungen.

In einem Lande, wo, wie in Altdeutschland, die Arbeiterpartei eine großartige Macht entfaltet und mit überschäumender Energie fortschreitet auf dem Wege zur Erlösung der Menschheit, da prallen alle „Künste" des „ordnungsliebenden" Mob und alle Ausnahmegesetze der diesen patronisirenden Regierungen ab an der Selbstverleugnung, der Ueberzeugungstreue und Aufopferung der für eine gerechte Sache streitenden Kämpfer. In einem Lande aber, dem die Besten der Partei Valet gesagt, in dem der heftigste Nationalitätenstreit tobt und in dem eine Regierung den faktischen Belagerungszustand aufrecht erhält, da ist es trotz aller Anstrengung schwer, neuen Ideen Eingang zu verschaffen. Die Agitation muß auf den nächsten Verkehr sich beschränken, die einzelnen Parteigenossen in geringem Zusammenhang unter einander stehen bei dem Verbot der Gewerkschafts-Organisation.

Trotz dieser riesigen Schwierigkeiten sind wir unermüdlich thätig — und vor Allem hat uns das Verbot der sozialistischen Parteipresse zu neuen Anstrengungen angespornt. Dieses Verbot beschränkt sich zur Zeit auf fünf Blätter, aber sobald ein neues Eingang finden sollte, würde die Zahl sich vermehren! Um der Partei aber auch Kunde von unserer Existenz zu geben, haben wir A. Bebel in Leipzig als Candidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt und hoffen für denselben einige hundert Stimmen zu gewinnen. Wenn das ehrenwerthe Oberpräsidium nicht ge—scheit genug gewesen wäre, das reaktionäre französische Wahlgesetz als für Elsaß-Lothringen maßgebend zu erklären, so hätten wir recht gute Aussichten gehabt. Hoffentlich werden unsere Abgeordneten im nächsten Reichstag einmal beim Reichskanzler anfragen, ob ein Gesetz, dessen Einführung vom Reichstag auch für Elsaß-Lothringen beschlossen, einfach ignorirt werden darf.

Unter den jetzigen Verhältnissen ist das Abhalten einer Versammlung und die Herausgabe von Wahlflugblättern unmöglich. Wir können daher, um dem Wahlfonds unser Scherflein nicht zu entziehen, blos im Stillen wirken, hoffen aber, bei einer nicht unwahrscheinlichen Stichwahl zwischen dem vom Oberpräsidenten patronisirten Autonomisten Bergmann und dem radikalen Protestler Kablé die Entscheidung zu Gunsten des Letztern herbeizuführen. Kablé steht auf dem Boden der Volkspartei und wird gegen alle reaktionären Regierungsvorschläge stimmen. Wenn derselbe — und man kann dies als sicher annehmen — durchkommt, haben wir uns auch für alle Plackereien im Allgemeinen und das Verbot unserer Parteiorgane im Besonderen revanchirt. Denn die Niederlage Bergmann's wird den Herren Bureaukraten und ihrem Dalai Lama v. Möller viele ungemüthliche Stunden (man denke an das Reichskanzleramt in Berlin) bereiten. Mit der autonomistischen Sache steht es auch in den anderen Bezirken faul: Straßburg-Land und Hagenau-Weißenburg sind ganz, Straßburg-Stadt zu drei Viertheilen verloren, und der nächste Reichstag wird auf das Vergnügen verzichten müssen, mehr als zwei dieser Helden in seiner Mitte zu haben; dagegen werden die Ultramontanen und die demokratische Protestpartei — Reichsfreund! verhülle dein Gesicht! — Sitze gewinnen.

Die Parteigenossen, die sich im Reichsland allenthalben zerstreut finden, fordern wir aber auf, nicht unthätig zu bleiben, sondern, soviel in ihren Kräften steht, für die Ausbreitung unserer Ideen zu wirken. Auch für uns werden einst bessere Tage kommen; auch bei uns wird die Wahrheit und Gerechtigkeit sich durchkämpfen und alle Hindernisse überwinden:

Trotz alledem, trotz alledem!
Es kommt dazu, trotz alledem,
Daß rings der Mensch die Bruderhand
Dem Menschen reicht, trotz alledem!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Wahlagitationen nehmen einen immer erregtern Charakter an und die Ordnungsparteien machen riesigen Gebrauch von den ihnen zustehenden Gewalten. Auf der einen Seite werden die Versammlungen der Sozialisten durch den Ordnungspöbel gesprengt, wo unserer Partei überhaupt noch Lokale zur Verfügung stehen, auf der anderen werden unsere Parteigenossen durch Gewaltthätigkeiten aller Art, wie z. B. in Leipzig, Hirschberg a. S. u. s. w., durch Entlassung aus der Arbeit oder Androhung derselben, oder durch Zwang zur Austrittserklärung aus unserer Partei, gehindert, das Versammlungsrecht und auch das freie Wahlrecht auszuüben. Charakteristisch ist das Vorgehen der Magdeburger Arbeitgeber, welche, nach Ansicht der „Magdeburgischen Zeitung", in einer gemäßigten Ansprache die Arbeiter vor den „gewissenlosen Hetzereien" sozialistischer Agitatoren warnt. Am Schlusse dieses „versöhnlichen" Ukases heißt es: „Darum ist es aber auch unsere Pflicht, den Verführern mit aller Energie entgegenzutreten, und sind wir daher übereingekommen: 1) nicht zu dulden, daß in unseren Werkstätten sozialistische Zeitungen und Schriften Eingang finden oder Gelder für sozialistische Zwecke gesammelt werden, und diejenigen Arbeiter zu entlassen, welche diesen Anordnungen entgegenhandeln, sowie 2) alle diejenigen Arbeiter zu entlassen welche als Förderer des sozialistischen Treibens innerhalb oder außerhalb der Werkstätten thätig sind." — Das nennt die „Magdeburgische Zeitung" versöhnlich! Diesen „liberalen" Blättern ist alle Scham abhanden gekommen, sie übertreffen die Reaktion noch an Gemeinheit und es darf uns gar nicht Wunder nehmen, wenn die Arbeiter sich auf Seite der erklärten Reaktionäre stellen — schlimmer kann es von diesen niemals betrieben werden. Doch sehen wir uns einmal die Unterschriften unter diesem „versöhnlichen" Ukas etwas genauer an; da figuriren nicht weniger als 61 Schlosser- und Schmiedemeister unter vielleicht 120 Firmen. Die ganze Innung scheint hier in corpore unterschrieben zu haben, und nun geht das Schriftstück als Magdeburger Arbeitgeber-Fabrikat in die Welt auf den Gimpelfang. — Im Uebrigen ist von den Ordnungsparteien viel Ergötzliches zu melden. Einmal stimmen sie vereinigt für einen Erzreaktionär, ein andermal stellt jede Schattirung dieses Breies einen oder gar zwei besondere Candidaten auf, und nun bekämpfen sie sich in der denkbar ordinärsten Weise. Wirklich ein Schauspiel für Götter! Traurig, von solchen Leuten läßt sich die große Masse des Volks am Gängelbande führen und gedankenlos weiter ausbeuten, betet gedankenlos die frechen Lügen einer Presse nach, die in ihrem innersten Wesen verpestet und vergiftet ist. Wir freuen uns dabei constatiren zu können, daß gerade unsere Partei es ist, die trotz aller Chikanen die Ruhe aufrecht hält, die Mäßigung bewahrt, die dem Weisen gebührt gegenüber dem Tollhäusler. Und wie Tollhäusler geberden sich einzelne Gegner, noch ganz besonders dadurch, daß Niemand auf den Leim geht und öffentliche Excesse provozirt, obgleich wir Grund genug dazu hätten. Jedoch auch die Ernüchterung greift insofern Platz, als man immer mehr einzusehen beginnt, daß es sich nicht allein um Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, sondern um Niederdrückung des Liberalismus und Steuererhöhung in kolossaler Weise handelt — was freilich zu spät sein dürfte.

— Ueber die Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie ergeht sich die Presse in allerhand Combinationen: der Eine weiß dies, der Andere jenes, das eine Blatt bringt ellenlange Leitartikel für, das andere gegen deren Berechtigung. Hört doch die „Frankfurter Zeitung" aus Berlin, daß ein Passus darin enthalten sei, wonach die Vollendung der militärischen Dienstpflicht die Bedingung ist, von welcher die Mitgliedschaft für politische Vereine abhängig gemacht werden soll. Wir erwarten von der Reaktion Alles, drängt doch der Liberalismus in dieser Beziehung viel weiter nach rechts, als selbst die enragirtesten Conservativen; warum also sollte man nicht derartige Attentate auf die Volksfreiheit sich erlauben?

Auf zur Wahl!

(Weise der Marseillaise.)

Frisch auf Genossen, Brüder, Alle
Geschaart um's Banner, das euch führt;
Zur Wahlschlacht tönen die Signale,
:|: Gebt strenge Antwort, wie's gebührt! :|:
Mit Klugheit und von Herzen dreister,
Reicht euch vereint die Bruderhand
Und zeigt dem großen Vaterland,
Was ihr gelernt von eurem Meister.
„Nicht zählet ihr den Feind,
Nicht die Gefahren all';"
Nur Muth, nur Muth! man ließ euch doch
Das freie Wahlrecht noch!

Im Herzen haben wir getragen
Still der Verleumdung schweres Joch,
Die Wunden, die man uns geschlagen,
:|: Sie trafen tief, sie bluten noch! :|:
In Kerkern schmachten uns're Brüder —
Warum? — sprecht wahr! — ihr thut es nicht! —
Vergeltung hält dereinst Gericht,
Giebt ihnen wahre Freiheit wieder. —
Vernunft und Religion,
Wo ist dein ächter Thron? —
Drum auf, zur Wahl, bedrückter Mann,
Zerreiß den schweren Bann!

Wir haben Ruh', Gesetz gehalten,
Trotz Provokation; — der Neid
Er hat durch finstere Gestalten
:|: Des Kaisermordes uns gezeiht! :|:
Das kriechend Heer, die feilen Knechte,
Und eine Denunziantenbrut
Verletzte unser heilig Gut,
Die Wahrheit und die Menschenrechte. —
Die Urne blieb uns noch,
Wir geben Antwort doch;
Trotz Compromiß und Droherei
Zur Wahlschlacht eilt herbei!

„Der Arbeit leben oder sterben!"
Solch' Wahrspruch unser Banner ziert; —
Die falschen Brüder soll'n verderben,
:|: Die man der Lüge überführt. :|:
Wir wollen **Wahrheit, Recht** und **Frieden,**
Vereint mit **Freiheit,** das ist **Brod,**
Vernichtet Elend, Schmach und Noth
Durch gleich Gesetz und Recht hienieden.
Die Fessel springt entzwei,
Es fällt die Tyrannei!
Hurrah! hurrah! zur Wahlschlacht All',
Erstürmt des Feindes Wall!

Der Sieg, er soll, er muß uns werden,
Wenn Jeder seine Pflicht gethan,
Drum auf, ihr tapferen Gefährten,
:|: In Massen stehet Mann an Mann! :|:
Das Schwert des Geistes nehmt, das rechte.
Hört eures Wahrspruchs hellen Ruf; —
Derselbe Gott, der Eisen schuf,
Schuf gleich uns, wollte keine Knechte.
Drum auf und säumet nicht,
Thu' Jeder seine Pflicht! —
Hurrah! hurrah! en masse zur Wahl
Und stimmet sozial!

Arthur Leißring.

Ein vernünftiger Priester.

Der „Staats-Socialist" veröffentlicht von einem Pfarrer in Erl folgenden Artikel:

„Wenn die Evolution (fortschreitende Entwicklung) versäumt wird, tritt die Revolution in Kraft — ist ein von Fr. v. Baader in seiner Societätsphilosophie (II. Aufl. S. 39 bis 59) bewiesener und mit Beispielen erhärteter Satz, welcher in der Geschichte unzähligemale sich bewahrheitete. Die heutige Zeit mit ihren erschütternden Vorgängen, mit ihren Ausbrüchen der Verwilderung auf dem gesellschaftlichen Gebiet legt Allen, welche ihr Volk lieb haben und „ein ruhiges und stilles Leben in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit führen" möchten, mit großem Ernste diese Wahrheit wiederum nahe. Dies um so mehr, als von Seiten des Manchesterthums, das der Mehrzahl unseres Volkes zwischen Haut und Knochen steckt, mit großer Emphase und sittlicher Entrüstung Alles, was nach Aenderung auf sozialem Gebiete strebt, als gemeinschädlich angesehen und mit äußeren Mitteln bekämpft wird. Von dieser Seite hört man kein Wort von grundsätzlicher Aenderung der Gesetzgebung. Der Wahlaufruf des Ausschusses der Nationalliberalen ist das Zeugniß. Die Kundgebungen der Fortschrittspartei wüthen gegen die Sozialdemokraten und halten es für Pflicht der Ehre, keinen derselben bei der Neuwahl in den Reichstag kommen zu lassen. Da sollte man meinen, daß die Conservativen anderer Meinung seien und einer Reform geneigt wären. Dem ist aber leider nicht so. Wohl schreiben deren Organe gegen die „falsche Gesetzgebung des Liberalismus", gegen allgemeines Stimmrecht, gegen Freizügigkeit und gegen alle die übrigen Gesetze, welche den jetzigen Zustand mit veranlaßt haben. Aber — bis zur Stunde habe ich in den Organen derselben beinahe ausschließlich eine negative Kritik der bestehenden Gesetze gefunden; positive, die sozialen Mißstände beseitigende, den Klassenhaß neutralisirende Vorschläge kommen keine zum Vorschein, es sei denn, daß die nackte Rückkehr zu Maßnahmen und Ordnungen der Vergangenheit empfohlen und gewünscht wird, welche um ihrer Schädlichkeit und Unbrauchbarkeit willen früher veraltet waren und deshalb zu Grunde gegangen sind, wie das Zunftwesen und die Zusammensetzung der Kammern und Parlamente nach Ständen und dergl. mehr.

„Daß damit die Gefahren für die Zukunft nicht beseitigt werden können, will man nicht sehen. Wenn außerdem noch hervorgehoben wird, daß mit jedem Grundsatz, welcher in der französischen Revolution von 1789 aufgetaucht ist, gründlich gebrochen werden und die göttliche Berechtigung der Standesunterschiede auch im äußerlichen Leben auf dem gesetzlichen Wege anerkannt und wiederhergestellt werden müsse, so liegen in solchen Grundsätzen, wenn sie je zu verwirklichen angefangen würden, so ungeheure Gefahren für die Entwickelung unseres Volkslebens, daß die gewaltsame Revolution nur um so schneller herbeigeführt werden würde, welche als eine soziale noch viel mehr tabula rasa machen würde, als die erste französische Revolution auf dem feudalen Gebiete es gethan hat. Die französische Revolution muß auch von dem Gesichtspunkte betrachtet werden, daß sie nur deshalb möglich war, weil die Evolution so sehr versäumt worden war, und daß sie eine göttliche Berechtigung als Strafgericht hatte. Zugleich aber wurden durch sie Gedanken angeregt und zu verwirklichen gestrebt, welche vom sogenannten christlichen Staate ohne Schutz, von der Kirche ohne Pflege gelassen worden und darum ins zuchtlose, ja widerchristliche Lager übergegangen waren und ihre Abstammung vergessen hatten. Die Gedanken der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, der allgemeinen

Vom Liberalismus in gewissen Kreisen hat man bis dato noch nichts verspürt, wird wahrscheinlich auch nichts zu sehen bekommen. Darum zerbrechen wir uns auch nicht unnöthig den Kopf, mag oder mögen die Ausnahmegesetze lauten wie sie wollen — wir können es ruhig abwarten. Als Kuriosum sei hier noch erwähnt, daß allen Ernstes im „Ausland" der Vorschlag gemacht wird, sämmtliche Sozialdemokraten Europas nach — Neuseeland zu verpflanzen. Wenn sie nicht freiwillig gingen, dann mit Gewalt. Da hätten die deutschen Panzerschiffe wenigstens etwas zu thun und brauchten sich nicht die Schädel untereinander einzurennen!

Freilich die liberale Presse muß ihren Lesern Neuigkeiten bringen und zeilenhungrige Reporter erfanden eben etwas. So spukt Nobiling schon wieder, man versucht angebliche Aussagen von ihm zu erfinden und als lautere Wahrheit zu verbreiten. Mit einem Wort, sie können ohne Lügen nicht bestehen.

— Unerhört. Am Sonntag fand in den Räumen der Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei die statutengemäße Generalversammlung der Mitglieder dieser unter dem Handelsgericht stehenden eingetragenen Genossenschaft mit Solidarhaft statt. Man hatte extra bekannt gemacht, daß an diesem Tage außer den Genossenschaftern Niemand Zutritt zu den Lokalitäten habe. Mitten in den Verhandlungen erscheint plötzlich der Polizeilieutenant des Reviers mit mehreren geheimen und uniformirten Schutzleuten und löst die Versammlung auf: „Er habe dazu Befehl, da hier eine politische Zeitung gedruckt werde, auch in den Geschäftsräumen politische Broschüren verkauft würden, nehme man an, daß hier eine politische Versammlung stattfinde." Man notirt die Namen aller Anwesenden, nimmt eine Abschrift des geführten Protokolls und — der Staat war gerettet! — Wir erinnern uns da eines ähnlichen Falles in Borna, wo ein Leipziger Genosse behufs Abrechnung und Besprechung von Wahlangelegenheiten mit dem betreffenden Bornaer Einwohner in einem Wirthshaus ein Glas Bier trank, und plötzlich ein am ganzen Körper zitternder Polizeidiener hereintrat und die „Versammlung" für aufgelöst erklärte und die Anwesenden möchten sofort das Lokal verlassen. In dem Gastzimmer waren noch drei andere Personen anwesend, die die ganze Sache aus sehr natürlichen Gründen nicht begreifen konnten. — Hier in Berlin könnte man's auch nicht begreifen, wenn man nicht die Absicht merkte — und darauf geht ja eben Niemand ein. Wir verweisen unsere Leser auf den an der Spitze unseres Blattes gedruckten Satz und — sie werden auch begreifen.

— Ueber die Affaire des „Großen Kurfürsten" scheint nun einiges Licht verbreitet zu werden; die „Hamburger Börsen-Halle" schreibt:

„Wie wir erfahren, ist der Spruch der „Havariecommission", welche in Kiel zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenstoßes zwischen dem „König Wilhelm" und dem „Großen Kurfürst" niedergesetzt worden war, ein für sämmtliche betheiligten Offiziere völlig freisprechender, und im gleichen Sinne soll sich auch das Marine-Obercommando in Kiel selbst entschieden haben. Nach den von der Commission erhobenen eidlichen Aussagen hätte sich der Fall wie folgt zugetragen:

Als die westwärts steuernde Escadre in der Nähe von Folkestone angekommen war, kamen vom Lande aus zwei Kauffahrtei-Segelschiffe gesteuert, welche den Versuch machten, quer vor der deutschen Escadre vorüberzukommen. Nach einem für die deutsche Marine gegebenen stehenden Befehle haben alle unter Dampf befindlichen Schiffe der deutschen Marine beim Begegnen anderer Schiffe stets so zu steuern, daß sie um dieselben hinten herum gehen, falls nicht die Entfernungen derartige sind, daß jede Gefahr beim vorne Vorübergehen völlig ausgeschlossen ist. Demgemäß steuerten sowohl der „Große Kurfürst", wie der „König Wilhelm", als die beiden Kauffahrteischiffe quer vorüberkommend sichtbar wurden, nach dem Lande zu, um hinter denselben herumzugehen. Der ursprünglich dem Lande am nächsten stehende „Große Kurfürst" kam dabei etwas früher von den beiden Schiffen klar, als der mehr nach See befindliche „König Wilhelm", und lenkte ersterer deshalb auch etwas früher in seinen Cours wieder ein, als der letztere. Auf dem „König Wilhelm" wurde demnach gleichfalls das Commando gegeben, das Schiff wieder in seine frühere Stellung zu bringen, und haben alle sechs am Steuer befindlichen Leute auf ihren Eid ausgesagt, das Commando „Backbord" deutlich gehört zu haben. Trotzdem wurde durch ein unbegreifliches Versehen das Ruder in der entgegengesetzten Richtung gedreht, und kann nur angenommen werden, daß einige der am Ruder befindlichen Leute, die den „Großen Kurfürst" auf sich zukommen wähnten, den Kopf verloren und das Gegentheil von demjenigen gethan haben, was ihnen befohlen war.

In Folge davon steuerte der „König Wilhelm" anstatt seewärts gerade auf den „Großen Kurfürst" ein. Der Commandeur des letzteren that in diesem gefahrvollen Augenblick das Einzige, was vielleicht noch Rettung bringen konnte, indem er die Maschinen seines Schiffes mit voller Kraft vorausgehen ließ, um so vielleicht doch noch vor dem „König Wilhelm" vorüberzukommen, mindestens aber zu verhindern, daß der „Große Kurfürst" von dem Sporn des „König Wilhelm" gerade mitschiffs getroffen würde. Ersteres gelang bekanntlich leider nicht, vielmehr rannte der „König Wilhelm" den „Großen Kurfürst" am Backbord hinterschiffs an und führte so die Katastrophe herbei. Die Havariecommission ist der Ansicht gewesen, daß das Verfahren des Commandeurs des „Großen Kurfürst" das allein den Umständen entsprechende gewesen sei, und spricht auch ihn völlig frei.

Zur Herbeiführung des Unglücksfalles ist nach der stattgehabten Untersuchung Zweierlei muthmaßlich von Bedeutung gewesen: zum Ersten, daß der „König Wilhelm" überhaupt schlecht steuert; zum Andern, daß in Folge der Bauart des „König Wilhelm" die am Ruder befindlichen Leute zu niedrig stehen, um einen freien Ueberblick über das außerhalb des Schiffes Vorgehende zu haben. Es muß daher für möglich gehalten werden, daß die plötzlich in der Nähe des „König Wilhelm" auftauchende Takelage des „Großen Kurfürst", während letzteres Schiff selbst und der von demselben gesteuerte Cours den am Ruder befindlichen Leuten nicht sichtbar war, den Einen oder Andern der letzteren in Verwirrung gebracht und das Reißniel desselben dann die andern Leute mit fortgerissen hat."

So! Die Herren sind also freigesprochen. Die Todten können nicht mehr reden.

— Ein frecher Junker. Herr von Kardorff, der sich schon so oft innerhalb und außerhalb des Reichstags lächerlich gemacht hat, besitzt die Impertinenz, in einem Wahlaufruf zu erklären: „Ich will Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, aus deren Reihen Königsmörder wie Hödel und Nobiling hervorgehen." — Der Krautverwalter Nobiling ist bekanntlich — sein Vater war Rittergutsbesitzer — aus den Reihen der Krautjunker hervorgegangen, und wenn trotzdem dieser wachsnäserne Kardorff, der sich in einer solennen Prügelei seine wirkliche Nase hat abschlagen lassen, es wagt, uns gerade den Nobiling aufhalsen zu wollen, dann müssen wir offen erklären, daß dieser Mensch frech ist, wie Hödel.

— Wo liegt der Irrthum? In Folge einer Notiz der „Chemnitzer Freien Presse" brachten auch wir die Nachricht, daß Genosse Peukert vom Chemnitzer Bezirksgericht wegen Majestätsbeleidigung zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen worden sei. Diese Nachricht beruht entweder auf einem Irrthum, oder aber das Chemnitzer Bezirksgericht hat eine Gesetzesunkunde an den Tag gelegt, um welche dasselbe von jedem Winkelschreiber bedauert werden kann. Bei einer Majestätsbeleidigung kann gar nicht die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen werden! Es kann neben der Gefängnißstrafe nur noch auf den Verlust der öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden. Peukert war Gemeinderathsmitglied, er hatte ein öffentliches Vertrauensamt. Eines solchen Amtes konnte er allerdings entsetzt werden — doch steht einer Wiederwahl nichts im Wege.

— Rückwärts. Der „Nürnberger Anzeiger" berichtet aus Bischofsgrün (bei Berneck in Oberfranken): „Heute ließen sich 12 Paar Eheleute, die in den letzten Jahren hier standesamtlich ihre Ehe geschlossen hatten, nachträglich kirchlich einsegnen. Den seit einigen Wochen hier im Amte stehenden neuen Pfarrer Gruber und die Mitglieder des Kirchenvorstandes und der Kirchenverwaltung an der Spitze, bewegte sich mit Beginn des vormittägigen Gottesdienstes der stattliche Zug zur Kirche, wo nach Schluß der Predigt, nach einer ergreifenden Ansprache von Seite des genannten Geistlichen, die feierliche Handlung vollzogen wurde." — Da sieht man, wie der Liberalismus Propaganda für die von ihm geschaffenen Gesetze gemacht hat. Wenn man Derartiges aus protestantischen Gegenden hört, was darf man sich da erst von den Muckern versehen. Nun, uns kann es gleichgültig sein, wir lassen Jeden nach seiner Façon selig werden.

— Klug und weise. Man schreibt der „Deutschen Reichs-Post" aus Mülhausen i. E. unterm 6. Juli: „Zwei Mülhauser Turnvereine, die „Ancienne" (Alte) und die „Union", sind durch die Regierung aufgelöst worden, weil drei Mitglieder derselben an dem den 9. und 10. Juni zu Paris gegebenen großen Turnfeste Theil genommen haben. Obgleich die drei jungen Leute mit den ausländischen Turnvereinen und ohne Fahne marschirten, ward diese Theilnahme als eine politische Manifestation betrachtet. In den einheimischen Kreisen findet man diese Maßregel gesetzlich, aber — kleinlich." — Daß das mächtige deutsche Reich durch solche offenbar fürsichtigliche und straffzügeliche Maßnahmen alle ihm weniger oder gar nicht zuneigenden reichsländischen Herzen im Sturm erobern muß, das ist klar wie — Tinte!

— In den Kohlengruben von Anzin (Frankreich) haben gegen 9000 Bergleute die Arbeit eingestellt. Trotz abgesandten Militärs u. s. w. nimmt der Strike immer größere Dimensionen an und auch in anderen Gewerken beginnen die Arbeiter sich zu rühren, so die Bäckergesellen von Bordeaux, 450 Mann stark, und die Färbergesellen von St. Chamond bei Etienne, 700 an der Zahl. Die Bergleute verlangen Herabsetzung des Arbeitstages auf 8 Stunden und 5 Francs pro Tag.

— Confiscirt. Nr. 29 des „Sozialist" (Wien) wurde wegen eines Leitartikels, eines Aufrufs zum Unterstützungsfond und einer Correspondenz aus Leoben beschlagnahmt. Natürlich kostete dies eine neue Auflage.

— Die in Nr. 83 vom 17. d. M. gemeldete Verhaftung eines dritten Redakteurs der „Halberst. Freien Presse" bestätigt sich nicht. Es sind von besagter Zeitung nur die beiden Redakteure Fr. Voigt und Alex. Schlesinger in Haft, der dritte, Krubl, weilt in der Schweiz. Ferner in Haft der Mitarbeiter für Oschersleben, W. Götsch. Die Colporteure der „Halberst. Fr. Pr." Wiedhöfer, Wetterlein und Weber sind seit einigen Tagen aus der Haft entlassen; Ersterer ohne daß nach 14tägiger Untersuchungshaft eine Anklage gegen ihn erhoben worden wäre, letztere Beiden, nachdem sie 10 Tage wegen Zuwiderhandelns gegen die Gewerbeordnung verbüßt.

— Ueber das am 19. d. M. in Brüssel stattgefandene Begräbniß eines der ältesten Kämpfer der Sozialdemokratie, eines Bekenners der „freien Idee" von längsther, des daselbst im Alter von 61 Jahren verstorbenen Chemikers Prosper Esselens, berichtet die Brüsseler „Arbeiterstimme". Dasselbe fand unter zahlreicher Betheiligung der Gesinnungsgenossen statt. Am offenen Grabe sprach unser Freund Dr. De Paepe bewegte Worte. — In Wahrheit zählt unsere Partei wenig Männer wie Esselens. Er war nicht ein bloßer „Fachmann", sondern ein Kundiger in allen positiven Wissenschaften; aber seine republikanischen Sympathien versperrten ihm den Zutritt zu jeder Akademie, sowie zu jeder offiziellen wissenschaftlichen Stellung. Seine Vergangenheit war eine ungemein bewegte. Nach dem Bankett im Prado (1848) wurde er nebst mehreren anderen Bürgern wegen Hochverraths zum Tode verurtheilt, diese Strafe indeß, da er es verschmähte, ein Gnadengesuch einzureichen, in dreißigjährige Haft verwandelt. — Das Blatt schließt: „Im Namen der belgischen Arbeiter, im Namen der Sozialisten im Großen und Allgemeinen nehmen wir hiermit Abschied von Esselens als von einem der Pioniere der neuen Gesellschaft."

Correspondenzen.

Leipzig. Sonnabend, 20. Juli, fand in der Centralhalle eine Versammlung aller reichstreuen Wähler statt, in welcher Herr Vicebürgermeister a. D. Dr. Stephani über seine politische Stellung referirte. Unter den zahlreichen Anwesenden befanden sich mehrere junge Leute unter 18 Jahren, sowie zwei Damen; ein Umstand, der in einer sozialdemokratischen Versammlung dem Polizeicommissar ausgereicht haben würde, dieselbe für aufgelöst zu erklären; hier aber geschah nichts Derartiges. Als der Professor Dr. Windscheid bald nach 8 Uhr die Versammlung eröffnet hatte, wurde von mehreren Seiten die Wahl eines Vorstandes verlangt, wie es das Gesetz vorschreibt. Hier aber hatte dieses Verlangen ein wüstes „Hinaus"-rufen zur Folge. Nachdem der ohne Weiteres als Vorsitzender fungirende Eröffner mit Mühe die Ordnung hergestellt hatte, hielt Dr. Stephani sein Referat ab und stellte sich darin auf den Standpunkt eines gemäßigten Rückschrittlers. Nach Beendigung des Referats machte der Vorsitzende den Vorschlag, in der Debatte keinem Redner mehr als 10 Minuten Sprechzeit zu gewähren. Als sich einige der Anwesenden gegen den Antrag erklärten, erneuerte sich das „Hinaus"rufen, ja es kam zu drohenden Demonstrationen gegen die (sozialdemokratischen) Redner. Unter wachsendem Tumult erhielt unser Genosse Martin das Wort und frug den Dr. Stephani, ob das auch Sozialdemokraten gewesen seien, die im Berliner Thiergarten das Attentat auf ihn begangen hätten. Doch ehe er dies näher ausführen konnte, fiel man von allen Seiten über ihn her und mißhandelte ihn furchtbar. Todtschläger und Messer wurden hervorgezogen und unsere Parteigenossen verschiedentlich verletzt. Genossen Schiffel riß man die Kleider förmlich vom Leibe. Es war eben nicht gestattet, seine Meinung frei zu äußern. Der Polizeibeamte sah gemüthlich die Rohheit der „Ordnungspartei" mit an und erklärte erst nach längerer Zeit die Versammlung für aufgelöst. Während die „Ordnungspartei" in ihren Hochs auf den Kaiser und den Referenten kein Ende finden konnte, hatte ein Hoch auf Bebel neue Rohheiten zur Folge. Der Vorsitzende mußte lebhaft daran erinnern, daß die Versammlung aufgelöst sei, ehe die Anwesenden für gut fanden, den Saal zu verlassen.

Breslau. Seit meinem Letzten hat sich hier die Situation nicht sehr verändert, die Parteien stehen sich wie Kampfhähne gegenüber, wartend, wer den Anfang mache. Die armen Fortschrittler sind wirklich gefoppt. Im Ostbezirk müssen sie nun ihr Wort halten und dem Nationalliberalen ihre Stimme geben, während ihr armer Bürgers ganz gewiß nicht im Westbezirk in demselben Maße von den Nationalliberalen unterstützt wird, vielmehr dieselben in hellen Haufen ins conservative Lager überlaufen und ihre Stimmen dem Bergrath Serlo geben. Höchstens einige Juden, welche die Angriffe, oder nennen wir's Wahrheiten, die ihnen von conservativer Seite entgegengeschleudert werden, noch nicht verschmerzt, werden für den Auchdemokraten Bürgers stimmen. Hierzu müssen wir des großen nationalliberalen Lichts und Gründergenie's „Schottländer" gedenken, der ja keinen kleinen Theil von Breslau's Reichthum sein eigen nennt, auch die Macht zu haben glaubt, die guten Spießer als Stimmvieh zu dirigiren, natürlich hinter den Couliffen. — Als Besitzer des Gründerorgans „Schlesische Presse" haben seine beiden Redakteure, der große „Volkswirth" A. Meyer und ein gewisser kleiner Bauer, eifrig zu kämpfen für einiges Vorgehen gegen die bösen Sozialisten, ja genannte Herren mußten sogar, ganz gewiß auf höhern Befehl, das Schimpfen ein klein Bischen einstellen (ganz können sie es nicht, denn da läßt die Macht der Gewohnheit sich so leicht nicht brechen), um ein bischen Bauernfang unter nicht ganz klar denkenden Arbeitern zu treiben, viel nützen wird es natürlich nicht. — Was für ein Geschäftsgenie Schottländer, zeigt Nachfolgendes: Hier brannte vor einiger Zeit eine Oelfabrik ab und kaufte Schottländer die Brandstelle. Da das Mauerwerk noch brauchbar, so ließ er das Gebäude ausbauen, und zwar gründete er eine Buchdruckerei in den Parterreräumen. Was nun aber mit den obern Räumen anfangen? Da, als wenn der kluge Mann allwissend, daß in Kurzem die hiesigen Gefängnißräume nicht mehr zulangen werden, läßt er die Räume zu Gefängnißzellen mit obligaten schwedischen Gardinen und eisernen Thüren einrichten und vermiethet dieselben für einen ganz schönen Preis an die hiesige Gefängnißverwaltung; ob er auch die Arbeitskraft der Gefangenen zu gleicher Zeit gepachtet, konnte ich nicht in Erfahrung bringen, möglich wäre es, daß er einige Gefangene zu Schriftsetzern ausbilden läßt und dann seine Zeitung am billigsten herstellt, so daß er alle Concurrenten aus dem Felde schlagen kann, denn binnen Kurzem wird es ja gar nicht im politischen Leben auf Gesinnung ankommen, sondern die Gesinnungslumperei floriren. Herr Schottländer hat also nicht blos ein gutes Geschäft, sondern sich auch um den Staat verdient gemacht, so daß bei dem nächsten frischen Kriege gewiß Niemand anders Lieferungen erhält, als dieser große Staatsbürger. — Nächstens mehr von dem Herrn. S.

Hannover. (An die Parteigenossen.) Seit Eintritt in die Wahlbewegung haben wir hier wunderbare Dinge erlebt; nicht genug, daß man von Seiten der Polizeibehörde uns die Anmelde-Bescheinigungen zu Volks- und Wählerversammlungen ganz entgegen den gesetzlichen Bestimmungen verweigert, so droht auch die Polizei denjenigen Wirthen, welche uns ihre Lokale zur Verfügung stellen, mit Conzessionsentziehung und anderen Maßregelungen, und beinahe wäre es fertig gebracht, daß mir kaum noch ein Lokal bekommen hätten, um die Mitglieder-Versammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins abhalten zu können. Das größte Wunder jedoch passirte am Sonntag den 14. d. M.

Menschenwürde, der religiösen Duldung, der Gleichberechtigung vor dem Gesetze und dergl. sind aber Kinder der christlichen Gemeinde und nur deshalb in's widerchristliche Lager gedrungen, weil sie in dem Vaterhause nicht zur rechten Geltung kommen konnten. Soll man nun auf jenen Standpunkt zurückkehren, welcher diese Begriffe und Gedanken als unchristliche in die Acht erklärt? Ein solcher Conservatismus kann unmöglich heilsam wirken. Eine der Ursachen, warum der „Staats-Socialist" in unseren conservativen Kreisen mit mehr als Mißtrauen betrachtet wird, wurzelt in der oben angegebenen Differenz. Man will, und gerade jetzt erst recht, nicht Evolution auf gesundem christlichen Boden mit Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse und Andeutungen, welche sich aus den gegenwärtigen Mißständen ergeben, sondern viel eher eine nach veralteten Anschauungen bemessene Reaktion. Wird dadurch der Revolution vorgebeugt? Ich fürchte, wenn diese conservative Strömung herrschend wird, daß in einem Jahrzehnt die Revolution in gewaltiger Weise in Kraft tritt."

Wir überlassen in diesem Falle unsern Lesern, das Richtige von dem Unrichtigen zu scheiden; doch Eins muß man dem Verfasser zugeben, daß er von dem Standpunkte eines christlichen Pfarrers sich der Objektivität befleißigt und sich von allem Zelotismus fern hält.

An Pilsty.

Dies also Deine neuste Pinselei —
Ein Sittenbild von wirklich seltner Art
Hast Du uns ausgestellt, die Kunst ist frei,
Du gibst ein packend Bild der Gegenwart.

Pilsty steht im Dienst der Polizei!
Ein Greis sein Opfer, das ist doch zu hart —
Mein Griffel stockt, hört der Entrüstung Schrei:
Ein braver Arzt lebendig eingescharrt!

Kennst Du das alte Lied „der liebste Buhle"?
Mir liegt's im Sinn mit neuen Varianten;
Einst Sonne, zählst Du jetzt zu den Trabanten.

Verurtheilt wardst Du vor dem Richterstuhle
Vom Volk — so heiße nun „Pilsty-schule"
Das große Heer der kleinen Denunzianten. M.

Morgens 8 Uhr erschienen bei acht Mitgliedern des Vereins Polizeibeamte in Galauniform, um zu haussuchen. Die Herren Beamten gaben sich überall die größte Mühe und suchten mit ungeheurem Diensteifer, jedoch blieb das Resultat gleich 0. — Um zu zeigen, wie weit es nun im deutschen Reiche gekommen ist, sei bemerkt, daß die Herren, nur um etwas mitzunehmen, bei der Sucherei folgende Sachen beschlagnahmten: Zwei „Arme Conrads", eine Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten", vier Stück Bezirks-Abschriften der Wählerlisten (welche das Arbeiter-Wahlcomité vom Magistrate für etwa 120 M. bezogen hat), einige Hundert Couverts mit Adressen, eine Correspondenz über die Gewerkschaft der Maler, Lackirer und Vergolder aus dem Jahre 1868; sämmtliche auf die Assoziationsbuchdruckerei in Berlin bezughabenden Papiere, einen über 50 Mark lautenden Postschein vom 18. Januar 1877 an Geib in Hamburg; einige vollständig unschuldige Broschüren, z. B. Krankenkassen-Statuten. Aber damit ja der Staat gerettet werde, das Mitgliederbuch des sozialdemokratischen Wahlvereins, auch das Verzeichniß des Sängerchors und einiges Andere; aber alles ohne Bedeutung. Die Flugblätter der Arbeiterpartei werden, trotzdem das Pflicht-Exemplar eingereicht und keine Confiskation stattgefunden, durch Polizeibeamte den Colporteuren auf der Straße abgenommen und sind auch bei den Behaussuchten beschlagnahmt. Wie galant ein Polizei-Wachtmeister bei der Haussuchung war, zeigt, daß derselbe einen Zuckerkasten, um den Boden zu sehen, mit den Händen durchwühlte; andere Leute hätten hierzu einen Löffel genommen. — Wenn man bedenkt, daß der Herr Polizeipräsident v. Brandt einem Vorstandsmitgliede gegenüber erklärte: „Sie, die sozialdemokratische Partei, hat gar keine Existenzberechtigung im Staate, und wenn Ihnen das nicht paßt, so beschweren Sie sich und ich werde Ihnen mit demselben Paragraphen, auf den Sie sich berufen, beweisen, daß Sie gar keine Berechtigung im Staate haben" — dann kann uns alles nicht mehr wundern und sind wir neugierig, was der deutsche Reichstag zum Kapitel „Freie Wahl" sagen wird. — Eine Versammlung, in welcher wir unsern Candidaten F. W. Fritzsche aus Leipzig, z. Z. in Berlin, vorstellen können, wird uns also durch die Polizei unmöglich gemacht. — Das ist die Situation hier; jedoch alles Das soll und darf uns nicht abhalten, für unsere Partei Propaganda zu machen und für unseren Candidaten die größtmöglichste Stimmenzahl zu erreichen. — Daß die Angst der Gegner groß ist, beweist der Umstand, daß sie die Bürger bitten, Hannover vor der Schande zu bewahren, einen Sozialdemokraten zur engeren Wahl kommen zu lassen. Deshalb, Parteigenossen des 8. hannoverschen Wahlkreises! Muth und Ausdauer im Kampfe mit dem bekannten Rufe: „Nicht zählen wir den Feind u. s. w." und mit dem festen Versprechen, treu zur Fahne der Sozialdemokratie zu stehen, rufen wir der gesammten Partei ein Glück auf! zum 30. Juli zu.

Das Arbeiter-Wahlcomité.
J. A.: H. Rudolph.

NB. Alle alten Parteigenossen, denen es nur irgend möglich ist, uns am 30. Juli durch Vertheilung von Stimmzetteln an den Urnen u. s. w. behülflich zu sein, müssen am Morgen des 30. Juli, früh pünktlich 7 Uhr, im Lokale Mittelstraße 11 part. nach hinten erscheinen. Alles Uebrige ist bei dem Vorsitzenden des Arbeiter-Wahlcomités, H. Rudolph, Mittelstraße 11, 2 Tr. zu erfahren.

Magdeburg. Da man aber auch gar nichts von unserer nationalliberalen Hochburg Magdeburg im „Vorwärts" hört, so will ich mich der Mühe unterziehen, Ihnen nur einige Punkte von hier mitzutheilen. Unsere Fortschrittler und Liberalen haben sich jetzt gegen die „bösen Sozialdemokraten" geeinigt. Dabei ist es hochinteressant, Ihnen mittheilen zu können, daß der vom seligen „Gothaer Antisozialisten-Congreß" bekannte Prediger Sachse, der seiner Zeit nicht ein Wort zu seiner Rechtfertigung, unter Märchens Fahne marschirt zu haben, der Oeffentlichkeit übergab, daß dieser Herr Prediger der „freien Gemeinde Magdeburgs" in einer gemeinschaftlichen Versammlung der Liberalen und Fortschrittler bei Eitel für die Candidatur des Herrn v. Unruh plaidirte. Es genügt für die „Vorwärts"-Leser, dies einfach mitzutheilen. — Als dieser freigemeindliche Herr im Odeon über „Konitzer" referirte, gab derselbe die Erklärung: Er sei noch Bürgerdemokrat von 1848. O — alter Bürgerdemokrat von 1848 und unter jetziger politischer Lage für Herrn v. Unruh plaidiren! O wie schön waren seine Worte bei der Johann Jacoby-Feier am 21. März v. J. im Freigemeindehause: „Wenn einstmals die Culturhistoriker das Jahr 1848 schreiben werden, so werden sie es nicht anders können, als in innigster Verbindung mit dem Namen Johann Jacoby." Diesen Mann schilderte der Herr in besagter Feier als einen Mustermenschen vom Scheitel bis zur Sohle, und sein Plaidoyer in oben bezeichneter Versammlung? — O Ihr freien Gemeindler Deutschlands: Johann Jacoby, v. Unruh und Sachse, wie reimt sich dies zusammen?

F. R.

Roda, 10. Juli. Ueber ein heiteres Vorspiel zu dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der, wie es scheint, also auch in unserem kleinen Orte beginnen soll, habe ich heute zu berichten. Ich besuchte seither regelmäßig noch die hiesige Sonntagsschule und war am 7. d. M. früh vor 7 Uhr eben wieder im Begriff, nach der Schule zu gehen, als mir eilig folgender Brief überbracht wird:

„Herrn R. Kobitzsch hier. Hierdurch theile ich Ihnen mit, daß Sie die vom Staate erhaltene hiesige Sonntagsschule, wie sich dies ja von selbst versteht, fernerhin nicht weiter frequentiren können; — bedaure dabei sehr, daß Sie, bei Ihren sonstigen so guten Eigenschaften, sich einer Staat und Kirche verhöhnenden Partei angeschlossen haben.

Roda, 7. Juli 1878. Ihr alter Lehrer
Geifrig.

Ich war mir nun sofort darüber klar, daß diese Maßregelung von dem betreffenden Lehrer selbst nicht ausging; denn ich erfreute mich stets der Achtung und des Wohlwollens meiner Herren Lehrer, sondern daß einfach die Schulbehörde diese weise Verordnung erlassen und der Lehrer sie zur Kenntniß des Schülers bringen mußte. Der hiesige wohllöbliche Bürgermeister ist nämlich auch Schulvorstand, und dies ist Erklärung genug! Ungemein heiter ist diese lächerlich kleinliche Maßregelung deshalb, weil die Schulbehörde immer zum fleißigen Besuche der Sonntagsschule aufforderte, von den Lehrern die schwache und unregelmäßige Theilnahme am Unterrichte lebhaft beklagt wird, und nun der älteste Schüler, der von seinen Herren Lehrern als einer der besten und eifrigsten Schüler belobt wurde, aus dieser Schule verwiesen wird; — weil ferner über die „Unwissenheit und Verrohung in Arbeiterkreisen" in allen „gutgesinnten" Zeitungen geschrieen wird und nun lernbegierige Arbeiter aus den ihnen zugänglichen Bildungsanstalten verbannt werden; weil von allen Seiten wider die „Irrlehren der Sozialdemokratie" zu Felde gezogen und ihre Anhänger nicht nur verdächtigt und verleumdet, sondern auch in Acht und Bann erklärt werden und dann Denen, die diesen angeblichen Irrlehren zuneigen, die Gelegenheit, „wahre Belehrung" zu erlangen, behördlich verweigert wird — und weil endlich der also Gemaßregelte diese Schule füglich entbehren kann. In meinem hierauf an den betreffenden Lehrer gerichteten Briefe habe ich demselben natürlich die Sache auseinandergesetzt und auf die geschichtlichen Thatsachen hingewiesen, wie ja stets neue Ideen als Irrlehren verschrieen und ihre Anhänger verfolgt wurden. (Christenthum, Reformation, Galilei, Spinoza, Kopernikus, Darwin, Feuerbach, Strauß u. A.) So ergehe es jetzt auch der Sozialdemokratie, die deshalb aber trotz alledem durch solch' kleinliche Maßregelungen ebenso wenig als durch Bajonnette aus der Welt zu schaffen ist. Durch diesen Schritt der Behörde würde ich nur noch mehr bestärkt in meiner Ueberzeugung. Uebrigens aber bin ich mir bewußt, daß ich durch mein Verhalten in der Sonntagsschule niemals Anlaß zu solcher behördlichen Maßregelung gegeben habe. Mein ganzes „Verbrechen" besteht darin, daß ich dem „Volksblatt f. d. Herzogth. Altenburg" hier Eingang zu verschaffen suchte und die Filialexpedition übernommen habe. So kann ich denn — lächelnd über derartige „geistige Waffen" — getrost über diese Maßregelung zur Tagesordnung übergehen und der löblichen Behörde die trefflichen Worte Herwegh's ins Gedächtniß rufen:

Habt da draußen manchen Tropf,
Der mag vor Euch zagen;
Ich will trotzig meinen Kopf
Wie die Berge tragen.
O! wie winzig dünken mich
Eure sieben Sachen!
— — — — — —
— — — — — —

R. Kobitzsch.

Saarbrücken, 15. Juli. Wie verlautet, will man hier keinen Gegencandidaten aufstellen und wird Geh. Rath Pfähler, der Compromiß-Candidat der liberal-conservativ-reichstreu-reaktionären Partei, siegen. Das Verfahren ist hier wie überall dasselbe: der Herr Candidat hält eine Volksversammlung ab, von etlichen 50 Reichstreuen besucht, wird von diesen ersucht, für das Sozialistengesetz zu stimmen; derselbe ist ferner Gegner der Steuerbelastung, schwärmt jedoch für indirekte Steuern u. s. f.; andern Tags bringen die Blätter großartige Berichte: der Herr Candidat wird dem Wunsche seiner „liberalen" Wähler entsprechen u. s. w., vergessen aber kleine Zwischenfälle zu notiren und müssen zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sich die Reichsfeinde über solche Kleinigkeiten lustig machen. So hat z. B. bei der Wählerversammlung im Tivoli ein Assessor sich zum Wort gemeldet und war so ungeschickt, sich als Gegner des Reichstagscandidaten zu bekennen. Derselbe konnte nicht sprechen, man brüllte ihn nieder. Ein Herr Zeitz aus Sulzbach that sich hierin besonders hervor; derselbe titulirte den Herrn Assessor verschiedene Male „Bengel", „so ein Bengel", „dieser Bengel"; als jedoch die „Bengels" kein Ende nehmen wollten, mußte der Vorsitzende einschreiten, und klarlegen, daß doch die Herren alle einer Partei angehörten, und es zu bedauern wäre, daß solche Mißverständnisse vorkommen könnten. Herr Zeitz wollte hierauf Abbitte thun und stotterte heraus, er wäre so sehr im Irrthum gewesen, daß er geglaubt, der Herr sei ein „Ultramontaner". Der vermeintliche Ultramontane hätte Sozialdemokrat sein müssen, die „gebildeten" Herren würden sicher Lynchjustiz an ihm geübt haben.

Hannover, 15. Juli. Alle Parteien rühren sich eifrigst zur bevorstehenden Reichstagswahl. Hier sind fünf Parteien, welche je einen Candidaten aufgestellt haben. Die deutsch-hannoversche (sog. Welfen-) Partei hat den früheren Abgeordneten, Geheimrath a. D. Bruel, die Nationalliberalen ihren früheren Candidaten, Senator Wülbern, die Conservativen haben einen Amtshauptmann Brunneck, die Fortschrittler den Rechtsanwalt Träger, und schließlich haben die Arbeiter Fr. W. Fritzsche aus Berlin aufgestellt. Schreiber dieses hat die Versammlungen der vier erstgenannten Parteien besucht und kann nachstehend etwas darüber mittheilen. Während alle Parteien den Sozialdemokraten alle erdenklichen Sachen in die Schuhe schieben, muß ich gestehen, daß die deutsch-hannoversche Partei etwas milder zu Werke geht, indem sie den Liberalismus für die heutigen sozialen Schäden verantwortlich macht und meint, das Programm der Sozialisten sei nicht so verwerflich, auch sie huldige vielen Theilen des Programms; ich glaube, hiermit will man den Arbeiter auf die Leimruthe locken, um ihn zu fangen. — Die übrigen drei Parteien sind, wie bekannt, schon einig, um der Sozialdemokratie auf den Leib zu rücken. Herr Wülbern meint, die Regierungen müßten in dieser Richtung Hand in Hand gehen, denn wenn es im Hause brenne, dann sei es zu spät, darüber nachzudenken, was man für Geräthschaften haben müsse, um zu löschen. Schließlich kann sich Herr W. nicht sklavisch der Partei unterordnen; wenn man das wolle, dann solle man einen andern Candidaten aufstellen. Die Conservativen sind ja, wie bekannt, die Partei Bismarck, und was sie wollen, wissen wir; darüber kein Wort, es sei zu schade um Schwärze und Druck. Die Herren vom Fortschritt mit ihren 48 eingeschriebenen Mitgliedern werfen auch Köder aus, um zu zeigen, daß auch sie die Freiheit der Arbeiter förderten; wer das glaubt, dem ist nicht zu helfen. Große Sprünge werden diese Leute nicht machen können, denn es stehen den Herren vom Comité 400 Mark zur Verfügung. Im Anfange theilte ich mit, ich hätte die Versammlungen der Parteien besucht, nur muß ich schweigen über sozialdemokratische Versammlungen, und warum? Weil denselben keine erlaubt werden! Es steht doch in der preußischen Verfassung: „Jeder Preuße ist vor dem Gesetze gleich". Es scheint aber für die Sozialisten kein Vereins- und Versammlungsgesetz zu existiren, wie reimt sich das? — Anfangs glaubten die Gegner, die Sozialisten seien jetzt ja so an die Wand gedrückt, daß sie keinen Candidaten aufstellen könnten, und würden auch wohl nicht eine Stimme erhalten. Ha, da haben die Herren die Rechnung ohne den Wirth gemacht; jetzt, seitdem Fritzsche aufgestellt ist, haben sie große Manchetten und meinen, bei der letzten Reichstagswahl hätten nur 800 Stimmen gefehlt, und die Sozialdemokraten wären zur engeren Wahl gekommen, sie dürften doch die „Schmach" über sich nicht kommen lassen. Nun, daß die Herren dieses mit „Schmach" bezeichnen, kennzeichnet die Leute in ihrer wahren Gestalt. Getrost können wir in die Zukunft sehen, und es soll unsere Aufgabe sein, davor aufzupassen, daß den Gegnern die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir zeigen Allen offen, was wir wollen; nun, mit Versammlungen können wir nicht dienen, desto besser aber ist der „Staatsbürger" (wöchentlich erscheinendes Wahlflugblatt), denn früher mußte der Arbeiter, wenn er etwas wissen wollte, in die Versammlung kommen, jetzt wird ihm dasselbe ins Haus gebracht, — und Alles sagt, wir wählen keinen Anderen als Fritzsche. Wenn uns nun auch von Oben bedeutet worden, wir hätten keine Existenzberechtigung im Staate, so glaube ich, so lange unsere Steuergroschen existenzberechtigt sind, sind wir es auch noch dreimal. — Daß es auch hier an Arbeitskraft nicht mangelt, zeigt ein Inserat der Direktion des hiesigen Zellengefängnisses im „Tageblatt", welches besagt, daß 60 männliche Gefangene zur Disposition ständen. — Zum Schlusse rufe ich den Arbeitern des achten hannoverschen Wahlkreises zu: Laßt Euch nicht als Werkzeug gebrauchen, wenn auch die Manipulationen noch so mannigfaltig sind; zeigen wir, daß wir Männer sind und unsere Ehre wahren; den Gegnern wollen wir am 30. Juli die ihnen gebührende Satisfaction ertheilen, denn ein Arbeiter kann nur einen Arbeiter wählen, denn sonst stößt er sich selbst den Dolch ins Herz! Unsere Parole ist am 30. Juli: Friedrich Wilhelm Fritzsche in Berlin!!!

Socius.

Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Comité ersucht hiermit alle Genossen des 10., 11., 14. sächsischen Wahlkreises, sowie aller anderen Wahlkreise, Wahlresultate ihm am 30. Juli telegraphisch unter der Adresse: „Wahlcomité Leipzig, Bellevue" zukommen zu lassen und ist bereit, ebenfalls Nachrichten nach auswärts gelangen zu lassen. Zuschriften werden erbeten an C. Lienig, Färberstraße 12/II.

Leipzig, 23. Juli 1878.

Das Centralwahlcomité
für den 10., 11., 12. und 14. Wahlkreis.

Würzburg. Ich ersuche alle unsere Genossen, namentlich die Coburger, und die Mitglieder der Schuhmacher- und Zimmerergewerkschaft, mir alle ihnen zur Verfügung stehenden Auskünfte über einen gewissen Kappler, der in den Jahren 1874 und 75 für die Gewerkschaften agitirte und jüngst im „Schweinfurter Tageblatt" einige von Lügen strotzende Artikel gegen die Gewerkschaften verübte, schleunigst zukommen zu lassen, damit dieser Bursche gründlich unschädlich gemacht werden kann.

C. F. Rick.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Quittung: Verden E. 4,50. Glauchau S. 6,00. Schwerin A. L. T. 3,00. Greiz S. C. 6,00. Zeitz, U. 6,00. Halle a/S. L. 3,00. Kaufbeuren E. 2,00. Stollberg A. L. 2,25. Lübeck E. 12,35. Hannover A. S. 4,90. München A. G. B. 19,00. Gotha A. L. 8,45. Frankenthal 14,05. Mylau L. 2,40. Cassel B. 3,90. Wandsbeck L. 5,25. Frankfurt a/M. T. 2,00. Frankfurt a/M. Sp. 2,00. Frankfurt a/M. 2,00. Bornheim F. 2,00. Offenbach L. 2,00. Mühlhausen S. 2,00. Frankfurt a/M. W. 2,00. Kaufbeuren 11,07. Flensburg A. S. B. 5,70. Hannover A. S. Ch. 5,85. Hanau M. Ch. 2,40. Meerane E. 0,60. Mannheim A. S. B. 9,60. Schwerin A. L. 9,10. Braunschweig A. G. B. 2,00.

Es sind noch einige Beiträge für 31. März rückständig, die ich nunmehr einzusenden bitte.

Gotha, 1. Juli 1878.

Mit Gruß! Emil Rüger, Berg 2.

Briefkasten

der Redaktion: F. R. in Wulferstedt: Strafbar ist heutzutage Alles, was nur irgend in Bezug auf die heutige Gesellschaftsordnung scharf ausgesprochen und gedacht wird. In Ihrem Falle können wir nichts entscheiden. — Ph. K. in Mannheim: Der Vorschlag ist sehr gut, aber uns fehlt die Macht, denselben durchsetzen zu können — und es liegt im Interesse der Arbeitgeber, die Arbeiter am 30. Juli von der Wahlurne fern zu halten, da die Majorität für uns sein würde. — M. in S.: Ja. — H. L. in Berlin: Alles erhalten. In Betreff des Letzteren wird Ihnen H. persönlich Mittheilung machen. — William B. in Göttingen: Ihre Zuschrift ist nicht zu verwerfen; jedoch für uns insofern unbrauchbar, als wir nicht im Stande, uns mit jedem nationalliberalen Winkelblatt über solche Punkte, die schon tausendmal widerlegt sind, herumzustreiten. — A. W. in Frankenhausen: Ihr Brief wurde an den Candidaten W. Bock, Gotha, Mühlgrabenweg 3, gesandt. — Spanische Weinhalle in Zürich: Baden hatte schon vor 1866 eine Militär-Convention mit Preußen abgeschlossen und besaß schon damals keine eigene Militärverwaltung.

der Expedition: G. J. in K. und Chr. Alff. in Quedlbrg.: Wir haben Ihre Briefe dem Central-Wahlcomité übersandt, von Hamburg wird Ihnen weitere Nachricht zugehen. — H. in Fstwld: Es werden dort 6 Vorwärts gelesen.

Quittung: B. Schwb. i. Gmünd. f. Druck 9,50. Genossenschaftsbuchdruckerei Bremen Ab. 200,00. Hrmnghs. St. Louis Ab. 84,00. Krbs. hier Ab. 18,40. Expedition d. Tagwacht Zürich Ab. 300,00. Schrdr. Plagwitz Ab. 3,00. Knk. Frankfurt Ab. 40,00. Stickelbrg. Bordeaux Schrft. 2,00. Rich. Hajos i. Ung. Ab. 8,75. Prß. Düsseldorf Schrft. 3,60. Iffind. Bochum Schrft. 1,00. Lngnbrf. Barmen Schrft. 15,20. Krz. Frankfurt Schrft. 1,00. Schmdt. Kirchheimbolanden Schrft. 6,00. Gldstn. Freiberg Schrft. 3,00. Glsn. Bern Schrft. 3,50. Schlz. hier Placate 3,00. Krgr. Weisagk Schrft. 2,50. Bsch. Schrft. 1,00. Brk. Iserlohn. Schrft. 1 70. Srt. Cottbus Schrft. 3,50.

Wahlfonds.

Glsn. Bern 0,50. Genossen in Harzdorf 2 fl. 50 östr. = 4,37. Müller. hier 10,00. Stcklbrg. Bordeaux 4,00. Genossen in Mafferdorf 3 fl. östr. = 5,25. Liste 906 durch M. 3,05. Liste 902 d. F. 8,00. Liste 897 d. Hgrshff. 5,55.

Herr Oskar Laute wird ersucht, mir seine jetzige Adresse mitzutheilen.
Siegen. A. Becker.

Herr H. Oehme, früher in Hannover wird ersucht, seine Adresse nach Hildesheim bekannt zu geben.

Zur Beachtung. Für den Wahlkreis Lennep-Mettmann ist unser Genosse
Carl Henning, Zeichner und Bandwirker in Ronsdorf,
aufgestellt. Stimmzettel dürfen nur wie oben lauten.

— Infolge der Aufforderung in Nr. 78 des „Vorwärts", diejenigen Firmen zu veröffentlichen, welche die Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung maßregeln, sind uns bis jetzt folgende zugegangen:

Hildesheim: A. Berg, Manufaktur- und Herren-Garderobegeschäft.
„ Hartwig, Hofschneidermeister.
„ Schassé, Schneidermeister.

Allgemeine Deutsche Associationsbuchdruckerei in Berlin (Eingetragene Genossenschaft).

Da die auf Sonntag den 21. d. M. einberufene ordentliche Generalversammlung polizeilich gestört wurde, so berufen wir hierdurch eine

Außerordentliche Generalversammlung

auf Sonntag, den 25. August d. J., Morgens 10 Uhr, ein und findet dieselbe in den

Geschäftsräumen der Association,

Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, Hof 2 Treppen, statt.

Laut § 21 der Statuten sind etwaige Anträge zur Generalversammlung bis spätestens den 3. August d. J. bei dem Unterzeichneten einzureichen. — Nur diejenigen Mitglieder, welche gemäß § 11 ihre Pflichten erfüllt haben, sind zur Stellung von Anträgen berechtigt.

Hamburg, den 23. Juli 1878.

Der Aufsichtsrath. Im Auftrage: August Geib. [5,40

Unterstützungsverein für arbeitslose Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.

Sonnabend Abend punkt ½9 Uhr, Tauchaerstraße Nr. 12 Hof links

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht, 2) Bericht der Revisoren 3) Anträge und Aufnahme neuer Mitglieder. — Nicht anwesende Mitglieder zahlen 25 Pf. Ordnungsstrafe.

NB. Obige Kasse ist ebenfalls mit einer Kranken- und Sterbekasse verbunden.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Voll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O Farrell Str
London W.: E. Henze, 8 New Str Golden Square.

Nr. 88. Sonntag, 28. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Auf zur Wahl!

Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Tage der Reichstagswahl.

Unter den denkbar ungünstigsten, äußeren Verhältnissen tritt unsere Partei in den Kampf ein — man versucht es, dieselbe zu einer Verbrecherbande zu stempeln, und dumme, gläubige Ohren findet leider noch die elende Verleumderbrut, welche uns für die Thaten von Wahnsinnigen verantwortlich machen will.

Nachdem die politischen Parteien in solcher Weise auch die Polizei gegen uns aufgehetzt haben, läßt diese ihre ganze Macht gegen uns los, und wer die geringe Bildung kennt, welche namentlich in Preußen vielfach den unteren Polizeibeamten eigen ist, der kann sich einen Begriff von der Art und Weise dieser Verfolgungen machen; und wer mit dem Oberstaatsanwalt Kiefer zu Mannheim der Meinung ist, daß die Kriege das Menschengemüth zur Gewaltthätigkeit und Verwilderung drängen, der wird sich selbst ein Bild von dem Benehmen alter, früherer kriegslustiger Unteroffiziere gegen die „verbrecherischen Sozialdemokraten" machen können.

Selbst die „Vossische Zeitung" schreibt:

„Gegen Sozialdemokraten wird Alles für erlaubt gehalten, sowohl das Recht von dem gesetzlich ausdrücklich erlaubten Austritt aus der Kirche in Frage zu stellen, wie den Gebrauch der gesetzlichen Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit, sogar die Ausübung der im Handelsrecht ausdrücklich vorgeschriebenen Generalversammlungen zur geschäftsmäßigen Erledigung der Geschäfte von corporativen Betriebsgenossenschaften. Amtsvorsteher und andere mittelbare und unmittelbvre Staatsbeamte verbieten nach Willkür Wahlversammlungen und schüchtern in ihrem Recht befindliche Wahlagenten ein."

Die fortschrittliche „Tante Voß" würde dies nicht schreiben, wenn nicht zu gleicher Zeit auch Fortschrittler und Liberale jetzt vielfach als Sozialdemokraten angesehen würden und von der Polizei ihren Lohn für die vielen an uns begangenen Verhetzungen erhielten.

Die etwas aufgeklärteren Liberalen sehen auch schon an diesem Vorspiel, wie es ihnen bei dem Nachspiel gehen wird, wenn die Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie angenommen werden. —

Aber trotz allen Verleumdungen, trotz allen Verfolgungen, trotz allen gegen uns in Szene gesetzten Gesetzesverletzungen, trotzdem also, wie eingangs des Artikels gesagt, unsere Partei in einer ungünstigen Kampfeslage sich befindet, haben wir nicht den Muth verloren. Wir stehen fest auf der Warte, denn wir kämpfen um die höchsten Güter der Menschheit, um Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit.

Deshalb werden wir auch am 30. Juli sammt und sonders unsere Schuldigkeit thun; wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln im Kampfe gegen die reaktionäre Masse unserer Gegner, und so werden wir auch aus diesem Wahlkampfe als Sieger hervorgehen.

So lange man unseren Muth nicht bricht, so lange wir die Ehre nicht verlieren, sind wir unbesiegbar, da unsere Idee eine unbesiegbare ist, weil dieselbe in der historischen Entwickelung der Menschheit liegt.

Deshalb mag die gesammte Reaktion sich in das Weltenrad stemmen, es wird sich doch fortbewegen!

Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit kann man wohl für kurze Zeit in Fesseln schlagen, aber man kann sie nicht tödten. Sie werden die Fesseln brechen und das Volk im Sturmschritt weiter und zum Siege führen.

So war's noch zu allen Zeiten. Wurde eine wahre und gerechte Idee durch die Reaktion eine Zeit lang gehemmt, so brach sie sich bald darauf desto schneller Bahn; verfolgte und mordete man auch die Träger einer solchen Idee, neue Männer ergriffen die Fahne und die Geister der Märtyrer zogen dem Volke voran.

Alle Verfolgungen erwecken die Begeisterung und erhöhen noch den Muth für die gerechte Sache.

Unsere Sache aber ist gerecht, denn sie ist die Sache der Menschheit.

Und für diese Sache treten wir auch am 30. Juli in die Schranken.

Brüder, Genossen, Arbeiter und Bürger in Stadt und Land:

Auf zur Wahl!

Ziele und Agitation.

„Viele Ziele der Sozialdemokratie sind durchaus annehmbar", so hören wir oft genug aus den Reihen der Liberalen und Conservativen den Ruf ertönen, „aber die Agitation der Sozialdemokraten zur Erringung auch dieser guten Ziele ist so wüst und roh, so auf Umsturz bedacht, daß wir deshalb die an und für sich guten Ziele vorläufig unbeachtet lassen müssen."

Auf solche Weise kommt man eben leichten Kaufes von der immerhin unangenehmen Verwirklichung der an und für sich „annehmbaren Ziele" der Sozialdemokratie davon.

Und ist denn die sozialdemokratische Agitation wüst und roh? Man sehe nur, wie gegenwärtig der Ordnungspöbel an der Arbeit ist, wie Conservative und Liberale sich beschimpfen und prügeln. Geradezu harmlos erscheinen uns dann alle diejenigen Ausschreitungen unserer Partei in den langen Jahren der Agitation, die ja hin und wieder vorgekommen sein mögen.

Und kann dann die sozialdemokratische Agitation auf Umsturz bedacht sein, wenn sie zur Erreichung an sich für die ganze Menschheit erstrebenswerther Ziele eintritt? Es liegt ja ein innerer Widerspruch darin, wenn man der Sozialdemokratie das gerade vorwirft.

Gehen wir aber der Sache auf den Grund, so werden wir finden, daß es lediglich die Ziele der Sozialdemokratie sind, welche uns eine allseitige Gegnerschaft zuziehen.

Unser Hauptziel ist ja bekanntlich eine auf gerechter Vertheilung der Arbeitserzeugnisse bestehende Eigenthumsordnung, welche den jetzt herrschenden Klassen besonders deshalb unangenehm ist, weil dann ihre Vorrechte schwinden und ein allgemeines soziales Volksrecht an deren Stelle tritt.

Und wenn man solche Ziele auch lediglich durch die Belehrung erreichen will, so zetert die herrschende Gesellschaft doch über eine unsittliche Agitation. Wie ergeht es denn z. B. dem Professor Dr. Wagner, der gleichfalls der jetzigen Eigenthumsordnung vom Katheder herab entgegentritt? Auch ihm wirft man vor, daß er eine unsittliche, umstürzlerische Agitation betreibe!

Also ist lediglich dies Ziel der Sozialdemokratie, welches Gründerei, Schwindelei, Schlemmerei, Unterdrückung und Ausbeutung, dann aber auch Noth, Elend und Lohnsklaverei beseitigen will, den herrschenden Klassen ein Dorn im Auge und nicht die „wüste" Agitation für ein solches Ziel. Oder ist es denn „wüste" Agitation, wenn vom Katheder herab andere Eigenthumslehren, wie die gegenwärtig herrschenden, verbreitet werden?

Wir finden aber, daß für die herrschenden Ansichten in Bezug auf die Eigenthumsordnung die wüstesten Agitationen von Seiten der „Ordnungsmänner" gerade jetzt vor den Reichstagswahlen betrieben werden. Arbeiterentlassungen, rohe Bedrohungen Andersgläubiger, brutales Geschimpfe, Denunziationen — alles Das betreibt man im Namen der heutigen Gesellschaftsordnung.

Wie schlecht aber muß eine Sache sein, für welche man mit so schlechten Mitteln streitet, durch solche unmoralische Agitation eintritt!

Und wie groß und edel müssen unsere Bestrebungen sein, daß ihre Verbreiter allen Verfolgungen zum Trotz Stand halten!

Das Volk aber möge sich durch allerlei „liberale" Phrasen in Bezug auf unsere Ziele und auf unsere Agitation nicht verwirren lassen:

„Man verwirft eben die Agitation wegen der „Ziele" und die Ziele wegen der „Art und Weise der Agitation.""

Wir aber werden nimmermehr von unseren Zielen lassen und werden dafür agitiren, wie wir es eben können, und sollte auch deshalb die Polizei in Deutschland verdreifacht werden, und sollte auch an dem Rockschooß jedes Polizisten ein feiger liberaler Philister hängen.

Die Ziele der Sozialdemokratie sind eben Ziele der Menschheit, und die Menschheit wird schon Mittel und Wege finden, zu diesen Zielen zu gelangen.

„Aus dem Wege, Ihr Knirpse, daß Euch das Weltenrad nicht zermalme!"

Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

V.

Von der Bodenrente.

(Fortsetzung.)

Anders wie mit dem zum Acker- und Bergbau ꝛc. bestimmten Grund und Boden verhält es sich mit dem städtischen Baugrund.

Auch sein „Werth" ist natürlich kein Werth, sondern nur ein Preis. Während jedoch beim Acker- ꝛc. Grund hinter dem Preise „ein wirkliches Werthverhältniß verborgen" ist, nämlich der höhere Ertrag an wirklichen Werthen, d. h. der Ertragsüberschuß (Bodenrente), beruht der (oft fabelhaft hohe) Preis des städtischen Baugrundes vollends auf reiner Fiktion.

Durch den ungeheuern, stetig wachsenden Zusammenfluß der Bevölkerung an einzelnen Punkten, den Großstädten (beiläufig eine der sinnlosesten und unheilvollsten Institutionen der bestehenden Gesellschaft), ist diese Bevölkerung genöthigt, sich in der Bezahlung des beschränkten Stückchens Grund und Boden, auf das sie sich nun einmal caprizirt hat und auf welchem sie sich häringsmäßig zusammenpackt, beständig gegenseitig zu überbieten, und macht es so den Privat-Eigenthümern desselben, die faktisch im Besitze eines Monopols sind, möglich, sei es für die zeitweise Benutzung (Miethe), sei es für die gänzliche Abtretung dieses kostbaren (obwohl durch und durch verfaulten, mit den tödtlichsten Krankheitsstoffen erfüllten) Bodens immer höhere und höhere Preise zu fordern.

Ein beliebter Einwand der Bourgeois-Oekonomen gegen die sozialistische Werththeorie ist es, zu fragen: Wenn wirklich alle Werthe nur durch Arbeit entstehen können, woher käme dann z. B. der oft enorme Werth des städtischen Grund und Bodens?

Jedem halbwegs Denkfähigen ist die Antwort nicht schwer. Nach dem Ursprung des „Werthes" dieses monopolisirten Grund und Bodens fragen, ist um nichts gescheuter, als wenn man nach der Ursache des „Werthes" irgend eines andern Privilegs, etwa des Staatsbankenmonopols, oder des Tabakmonopols, oder der Apotheken in Ländern mit Apothekenmonopol, wo die ersteren ja auch oft mit horrenden Preisen bezahlt werden, fragen wollte.

Es sind dies alles nur durch die augenblicklichen gesellschaftlichen Institutionen künstlich geschaffene, in Wahrheit aber rein imaginäre, weil auf keinem entsprechenden Gebrauchswerth beruhende „Werthe", die wohl die Vertheilung der realen Werthe unter die verschiedenen Klassen beeinflussen, mit der wirklichen Werthproduktion aber gar nichts zu thun haben.

Sie verschwinden, sobald die gesellschaftlichen Institutionen, denen sie ihr ephemeres Dasein verdanken, verschwunden sind. Sobald z. B. durch die communistische Gesellschaft die (dringendst nothwendige) Auflösung der Großstädte und der Rückstrom der degenerirten Bevölkerung derselben in die freie Natur erfolgt, hat auch der unsinnige „Werth" des städtischen Bodens sein Ende erreicht.

Der Baugrund Unter den Linden in Berlin, am Stephansplatz in Wien oder am Boulevard des Italiens in Paris wird dann um nichts mehr „werth" sein, als jedes beliebige andere Stück Acker. (Die P. T. Herren Hausbesitzer werden gebeten, nicht in Ohnmacht zu fallen.)

Jene, die über den Ursprung solcher „Werthe" spintisiren, kommen mir vor, wie Einer, der sich selbst erst eine kräftige Ohrfeige versetzt und hinterher tiefsinnige Betrachtungen darüber anstellt, woher ihm wohl das schmerzhafte Gefühl auf der Backe kommen mag? Erst schaffen sie selbst Monopole und dann zerbrechen sie sich den Kopf darüber, woher der „Werth" derselben wohl stamme.

Wie grundverschieden diese imaginären Schwindel-„Werthe" der Bourgeoisgesellschaft von den durch die Arbeit geschaffenen realen, weil wirklich nützliche Dinge repräsentirenden Werthen sind, würde sich sehr bald offenbaren, wenn es der Gesellschaft etwa einmal einfiele, vom „Werth" ihres städtischen Grund und Bodens, ihrer Bankprivilegien ꝛc. leben zu wollen, wie sie von den realen Werthen, dem Brode, dem Fleisch, dem Bier leben kann.

Ich fürchte, der Magen würde sie gar bald über das Windige jener „Werthe" belehren und sie recht schnell veranlassen, zur Erzeugung der wirklichen zurückzukehren.

Ich komme nun zu einem Punkte, der, wie ich glaube, einige Aufmerksamkeit verdient.

Wir erklären die Arbeit aller Individuen für völlig „gleichartige menschliche Arbeit" und sagen, dieselbe schaffe in gleicher Zeit auch immer gleiche Werthe. Das scheint mir nicht ganz correkt. Denn es läßt sich doch nicht gut verkennen, daß der Arbeiter, der vermöge seiner größern Geschicklichkeit z. B. elf Druckbogen gesetzt hat, während sein Nachbar nur zehn, sein zweiter Nachbar aber nur neun fertig brachte, auch einen größern Werth geschaffen hat.

„Nun, deshalb sagen wir ja eben, daß der Tauschwerth jeder Waare auf dem Durchschnittsgrad von Geschicklichkeit der Arbeit basirt," wird man mir antworten.

Aber auch damit kann ich mich nicht für widerlegt ansehen. Der Tauschwerth von einer Arbeitswoche (ich nehme die Verhältnisse ganz willkürlich) würde sich hiernach also in 10 Druckbogen darstellen. Wie verhält es sich dann aber mit jenem Arbeiter, der unter diesem „Durchschnittsgrad von Geschicklichkeit" zurückblieb, nur 9 Bogen fertig brachte?

Er würde hiernach, da er nicht den vollen Tauschwerth ablieferte, auch nicht die ganze Woche Arbeitszeit, d. h. die ganze von ihm verausgabte „Muskel-, Hirn- ꝛc. Substanz", sondern nur neun Zehntel davon wieder ersetzt erhalten, könnte also auf die Dauer unmöglich weiter arbeiten. Und doch braucht die Gesellschaft seine Arbeit.

Ich meine, wir werden als Basis des Tauschwerths der Waaren nicht die Durchschnittsgeschicklichkeit, sondern den geringsten Grad von Geschicklichkeit der Arbeit, dessen die Gesellschaft zur Deckung ihres Bedarfes benöthigt, annehmen müssen; genau so wie wir oben beim Grund und Boden die schlechteste Qualität derselben, und nicht etwa die durchschnittliche, als Basis zur Berechnung des Tauschwerths der Bodenprodukte erkannten.

Denn da wie dort — bei der menschlichen Arbeitskraft wie beim Grund und Boden — haben wir es mit einem Produktionsfaktor zu thun, der sich nicht — wie etwa die Spinnmaschine — von uns gleichartig herstellen und in der gewünschten Qualität beliebig vermehren läßt; sondern wir müssen sie aus der Hand der launischen Natur entgegennehmen, so wie diese uns sie eben bietet, d. h. mit sehr ungleicher Produktivkraft, genöthigt, auch die geringste Kategorie zu benutzen und zu erhalten, weil wir ihrer eben bedürfen.

Wie steht es nun aber mit der besseren Arbeitskraft, welche in der gleichen Zeit mehr Werthe erzeugt?

Bevor ich diese Frage zu beantworten versuche, will ich das Gleiche noch an der „höhern", der „complicirten" Arbeit auseinandersetzen, wo das, was ich meine, noch klarer zu Tage tritt.

Bekanntlich definiren wir den höhern Werth der durch complicirte Arbeit geschaffenen Produkte oder Dienste aus dem zur Erwerbung der betreffenden Geschicklichkeiten und Kenntnisse vorher nöthig gewesenen „Mühe-, Zeit- und Geldaufwand", so daß die complicirte Arbeit nur als eine Verdichtung, ein Extrakt des entsprechenden Quantums einfacher „allgemein menschlicher" Arbeit anzusehen ist.

Damit ist aber meines Erachtens nicht auszukommen!

Man wird doch nicht etwa den hohen Werth der Leistungen eines Schiller, eines Newton, eines Raphael, eines ausgezeichneten Arztes ꝛc. nur aus dem zur Erwerbung ihrer Fähigkeiten nöthig gewesenen „Mühe-, Zeit- und Geldaufwand" erklären wollen?

Was das Genie kann, das bringt alles Gebüffel, aller „Mühe-, Zeit- und Geldaufwand der Welt nicht zu Stande! Das sehen wir ja täglich in den Schulen. Der Eine kommt trotz allen „Ochsens" nie über die kläglichste Unbedeutendheit hinaus, während sein Nachbar, vom Herrn Lehrer endgültig für einen „unverbesserlichen Taugenichts", für ein „schädliches Mitglied der Gesellschaft" erklärt (das ist ja bekanntlich eines der sichersten Erkennungszeichen des künftigen Genies), später die Welt durch die glänzendsten Leistungen überrascht. (Ich z. B. war immer ein sehr fleißiger Schüler.)

Wie verhält sich das nun: die größere Arbeit hat einen kleinern Werth erzeugt, die kleinere einen größern, genau wie bei jenen beiden Flaschen Johannisberger und Grüneberger? (Siehe oben.)

Antwort: Wir werden auch hier eine Bodenrente — eine geistige Bodenrente, wenn ich so sagen darf — anzunehmen haben. Auch hier haben wir es mit „dem Unterschiede im Ertrage zweier gleichen Quantitäten Arbeit" in Folge der verschiedenartigen Qualität des Naturfaktors zu thun. Dort war es die bessere Qualität des Erdbodens, hier ist es die bessere Qualität des geistigen Bodens, des Gehirns; dort wie hier Bodenrente (Ertragsüberschuß) in Folge der ungleichen Produktivkraft der Natur.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Allgemein zu empfehlen. Die „Vossische Zeitung" hat Angst bekommen in Bezug auf den Ausfall der Wahlen. Nachdem sie nämlich der vielen Ungesetzlichkeiten, welche in dem jetzigen Wahlkampfe gegen die Sozialdemokraten und auch gegen die Fortschrittler und Liberalen von Seiten der Behörden verübt werden, gedacht hat, fährt das genannte Fortschrittsblatt fort:

„Das öffentliche Rechtsbewußtsein ist durch solche Nachrichten auf das Aeußerste bedroht und kann nur durch eine gründliche und unparteiische Untersuchung über Wahrheit und Unwahrheit beruhigt werden. Namentlich würde zu untersuchen sein, ob Eulenburg II. und die anderen Minister allgemeine Wahlvorschriften erlassen haben, wie sie von Eulenburg I. und seinen Collegen zur Zeit erlassen wurden. Das wäre schon schlimm genug, sollte es sich aber blos um den kleinen Krieg, die Guerilla der Subalternen gegen die Verfassungsrechte der Nation und ihre Gesetze handeln, so wäre das eine schlimmere Anarchie, als irgend eine zersetzende Partei auszuüben vermag. Darüber Licht zu verbreiten wird vor aller allgemeinen und Ausnahme-Gesetzgebung die erste Pflicht des Reichstages sein und dazu sind ihm aus allen Theilen des Reiches beglaubigte Materialien zur Verfügung zu stellen."

Auch wir haben unsere Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß sie alle Fälle polizeilicher Einmischungen in die Wahlbewegnng genau registriren und in Wahlprotesten an den neuen Reichstag einsenden sollen; im Anschluß an den Wink der „Vossischen Zeitung" wiederholen wir diese Aufforderung hierdurch noch einmal.

— Wahlmanöver. In London vegetirt ein Blatt, „London Journal" genannt, welches, von einigen Renegaten herausgegeben und redigirt, sich die größte Mühe giebt, aus dem Reptilienfond Unterstützung zu beziehen. Das Blatt hatte bereits bei der Anwesenheit des preußischen Kronprinzen alle mögliche Gelegenheit gesucht, um eine gewisse Bedeutung zu erlangen. Durch lügenhafte Berichte über Demonstrationen u. s. w., welche wir damals richtig stellten, ist es dem Blatte gelungen, sich eine gewisse Bedeutung zu verschaffen. Auch gegenwärtig hat das Blatt einen lügenhaften Bericht gebracht, der nun die Runde durch sämmtliche Reptile, wie z. B. „Deutsche Allgemeine", „Leipziger Tageblatt" u. s. f., macht. In Hamburg hat ein gewisser May dies auch für die Wahlen auszubeuten gesucht, was nun Genossen Geib zu folgender Erklärung im „Hamburg-Altonaer Volksblatt" veranlaßt:

„In der Sonnabend-Versammlung des liberalen Reichstags-Wahlvereins hat Herr Dr. May erklärt, das Geld zur Gründung eines angeblich neuen communistischen Blattes in London, woraus Herr Dr. May einige schaurige Stellen citirte, sei von hiesigen Sozialisten gezahlt worden. Diese Behauptung ist unwahr und offenbar wider besseres Wissen gemacht. Die hiesigen, wie überhaupt die deutschen Sozialisten haben nichts gemein mit einem Blatte, das der internationalen Spionage in der Verächtlichmachung des Sozialismus gegen klingende Münze Dienste leistet. So wenig Herr Dr. May Sozialdemokrat ist, so wenig sympathisiren die deutschen Sozialisten mit anarchistischen Polizeiorganen. Ferner hat Herr Dr. May erklärt, von hiesigen Sozialisten sei nach London Geld geschickt worden, um die bekannte Demonstration gegen den deutschen Kronprinzen, welche übrigens nicht dem Kronprinzen, sondern einem servilen Dr. Juch und seinen Trabanten galt, hervorzurufen. Auch diese Behauptung des Herrn Dr. May ist unwahr. Nicht minder ist unwahr, daß deutsche Sozialisten von jener Demonstration vorher gewußt haben sollen. Von hiesigen Sozialisten ist zu propagandistischen Zwecken überhaupt niemals Geld nach London geschickt worden, es müßte, denn sein, daß der liberale Reichstags-Wahlverein von seinen auf so rühmliche, honette Weise „gesammelten" Geldern unter dem Titel „von einem Polizei-Nihilisten" — den ihm so sinnverwandten Anarchisten eine Gabe gespendet hätte. Meine Parteigenossen in London sind eben andere Leute, wie die Bumänner des „wahrheitsliebenden" Dr. May.

Hamburg, 22. Juli 1878. August Geib."

Merkwürdig! Früher hieß es immer, wir ständen mit London in Verbindung, wir Deutschen erhielten von dort unsere Ordres, — jetzt soll sich auf einmal das Blatt gedreht haben! Was doch diese Reptile für Esel sind — auf solchen faulen Zauber hineinzufallen; solche Wahlmanöver sind doch gar zu plump.

Ein besseres Wahlmanöver hat die „Post" entdeckt, sie bringt die Nachricht, die Sozialdemokraten wollten am 30. Juli Barrikaden bauen! Das soll nun den Spießbürger gruselig machen, aber fehlgeschossen, die Spießbürger haben sich schon längst überzeugt, daß die Sozialisten viel zu gescheut sind, um — auf den reaktionären Leim zu gehen!

— Die „Magdeburgische Zeitung" hat die „Erklärung" unseres Genossen Hasenclever, die in der letzten Mittwochsnummer stand, zum Theil und mit einer allerdings etwas lauen Entschuldigung abgedruckt. Dabei sei aber bemerkt, daß das Blatt gerade den Theil der Erklärung unterdrückt hat, in welchem die Unwürdigkeit der herrschenden Presse in Bezug auf das Reporterunwesen so scharf verurtheilt wird.

— Der Denunziationssucht fängt man nun doch endlich an ein Ziel zu setzen. Man schämt sich nachgerade der sauberen Burschen, und auch die Richter beginnen in ihrem Bestrafungseifer etwas milder zu werden. Man hört hie und da von Freisprechungen. So erzählt uns ein Genosse aus Ingolstadt (in Bayern), daß in einer dortigen Fabrik ein Laternenanzünder, um sich beim „Herrn" einen guten Namen zu machen, den österreichischen Arbeiter H. wegen Majestätsbeleidigung denunzirt und derselbe auch verhaftet worden sei. Der „Herr" aber war so entsetzt über seinen Laternenanzünder, daß er ihn zum Teufel jagte. Der Fall Piloty ist eben noch in frischem Andenken und der gesunde Sinn des bayerischen Volks wird bald das Richtige herausfinden.

— „Ja Bauer, das ist ganz etwas Anderes!" Dieses beliebte Thema variiren die Liberalen und Fortschrittler in Hinblick auf unsere Partei jetzt täglich. Werden die Sozialdemokraten unterdrückt, so ist das ganz gerecht, tritt aber den Herren Liberalen in derselben Weise Jemand zu nahe — dann ertönt das helle Gezeter über Unrecht und Unterdrückung. Die „Frankfurter Zeitung" giebt den Liberalen in Bezug hierauf eine recht derbe, aber verdiente Lektion. Das genannte Blatt schreibt:

„Man erinnert sich wohl der hochgradigen Entrüstung, mit der auf liberaler Seite die sozialistische Parole gegen die Inquisition der Arbeitgeber, das: „Versprecht und unterschreibt Alles, was man von Euch verlangt!" aufgenommen wurde. Da habt Ihr, hieß es, die Unmoral dieser Sozialisten, Nichts ist ihnen heilig. Daß für diese Unmoral Diejenigen verantwortlich zu machen seien, die den Arbeiter mit dem Gewissenszwang foltern, daß auf dieser Folter alle Ehrlichkeit schwinden müsse, das wollte den Herren nicht einleuchten und das gestitete „Pfui" machte die Runde durch die liberale Presse. Nun aber bringt ein liberales Blatt, die „Kieler Zeitung", folgende Mahnung und Aufforderung an die Wähler: „In besonderer Veranlassung machen wir auf das Folgende aufmerksam: Es ist unzulässig, daß ein Beamter (Landrath, Amtmann, Gendarm, Polizeidiener) unter Benutzung seiner amtlichen Eigenschaft einem Wähler das Versprechen abfordert, für einen bestimmten Candidaten zu stimmen. Das Versprechen ist an sich ungiltig, auch wenn es schriftlich gegeben und eingefordert ist." Ein mündlich gegebenes Versprechen, eine Unterschrift — ungiltig — da haben wir die liberale Moral, ein ledern Wamms, das man je nach Belieben auf der einen oder andern Seite trägt. Wenn der Arbeiter die Wahl hat zwischen Hunger oder Unterwerfung, dann soll ihm das erpreßte Wort heilig sein, wenn aber der liberale Wähler feige genug ist, sich einem Händedruck oder einem weniger freundlichen Wink des Herrn Landraths oder Amtmannes zu fügen, dann ist's ihm erlaubt, sein Wort zu brechen. Und das rühmt sich, Ehrlichkeit und gute Sitte gegen rothe und schwarze „Jesuiten" zu vertreten, das macht den Anspruch, der Tugendspiegel zu sein, in dem die Sozialisten ihre „Häßlichkeit" schauen sollen. Mit Ekel wendet man sich ab von solcher Heuchelei, von dieser Bocksarroganz, die sich darauf steift, den Gärtner zu machen."

Wir haben dieser trefflichen Abfertigung „liberalen" Dünkels und „liberaler" Ehrenhaftigkeit weiter nichts hinzuzufügen.

— „In einer großen Kaserne wollen die Sozialdemokraten das Volk unterbringen" — so fabelte und fabelt noch immer der bekannte Schimpf-Eugen, die Zierde der deutschen „Sumpfpflanzen"; wir können ihm jetzt ein anderes und jedenfalls ein zutreffendes Objekt für seine Schmähreden geben. Der „Staatssozialist", der manchmal von einer merkwürdigen Confusion befallen wird, schreibt nämlich:

„Wir fühlen uns, abgesehen von allen anderen Rücksichten und Aufgaben, außer Stande, einer Verminderung unseres Kriegsheeres das Wort zu reden. Gerade hier ist die Aufgabe bereits gelöst, die Monarchie zu einem sozialen Königthum auszugestalten, sodaß sich die weitere Aufgabe darauf beschränkt, das dort bestehende Verhältniß auf die Gesammtheit unserer Institutionen zu übertragen."

Wenn es nach dem „Staatssozialist" ginge, dann allerdings würden wir bald lediglich uniformirte Menschen haben, wofür wir uns bedanken. Herr Eugen aber redet der Verminderung des Heeres gleichfalls nicht das Wort — also eine Seelenverwandtschaft zwischen ihm und den Christlich-Sozialen; während unsere Partei jetzt noch thatsächlich die einzige ist, welche gegen den Militarismus und das Kasernenthum agitirt.

— In Italien ist das Volk mit den Resultaten des Berliner Congresses nicht zufrieden — man ist empört über die Verschacherungen der Balkanvölker. Es fanden in allen größeren Städten Versammlungen statt, in Rom z. B. unter dem Vorsitz Menotti Garibaldi's, welche entschieden das Selbstbestimmungs- und Nationalitätsrecht der Balkanvölker gewahrt wissen wollen. Darein mischt sich das Verlangen nach Befreiung der noch unter österreichischer Herrschaft stehenden italienischen Volksstämme, hauptsächlich Triests. Daß diese Bewegung nicht zu unterschätzen ist, geht daraus hervor, daß der Minister des Auswärtigen, Graf Corti, seinen Rücktritt erklären wird. In Italien scheint man den Constitutionalismus ernst zu nehmen.

— Ueber die in der letzten Nummer gemeldete Auflösung der Generalversammlung der Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei meldet die „Berliner Freie Presse", daß sich Genosse Rackow zum Polizeipräsidenten v. Madai begeben und bei demselben beschwert habe. Derselbe hat sein Erstaunen über das Vorgehen des Revierlieutenants ausgesprochen und be-

Eine Attentatsgeschichte.

Die Geschichte, die ich erzählen will, spielt in Athen, aber nicht in Spree-Athen, sondern im wirklichen Athen, was schon daraus hervorgeht, daß sie in das Jahr 415 vor Beginn unserer Zeitrechnung fällt.

Athen war damals auf der Höhe seiner Macht. Der Erbfeind, die verkommenen Perser, welche in frevlem Uebermuthe herangerückt waren, das kleine, uneinige Griechenland zu unterjochen, war zu schmählichem Rückzuge gezwungen und im eigenen Lande angegriffen worden.

Nicht Sparta, Athen war es gewesen, welches sich an die Spitze der nationalen Erhebung gestellt hatte, welches seitdem der leitende Staat Griechenlands war. So wie das revolutionäre Frankreich sich gegen den Ansturm Europas nur hatte retten können durch eine Entfesselung aller Volkskräfte, so war auch Griechenlands Rettung nur möglich gewesen durch eine begeisterte Erhebung des ganzen Volkes zu gemeinsamem Kampfe.

Nicht das aristokratische Sparta mit seinen Perioken und Heloten, nur das demokratisch angelegte Athen war fähig, diese selbstlose Begeisterung zu entflammen. Der Sieg war daher nicht nur ein Sieg der Griechen über die Perser, sondern auch ein Sieg der Demokratie über die Aristokratie. Das niedere Volk, der Demos, hatte in den Perserkriegen seine Tüchtigkeit gezeigt, es hatte den Staat gerettet, in Athen war es unmöglich, ihm länger noch den gebührenden Antheil an der Regierung vorzuenthalten. Aristides selbst, der Vertreter des Conservatismus, stellte nach den Schlachten von Salamis und Platää den Antrag, daß die Bürger aller vier Vermögensklassen gleiche Berechtigung zu allen Staatsämtern haben sollten, nachdem schon durch die Gesetzgebungen Solon's und später Kleisthenes auch den Aermeren Antheil an der Gesetzgebung eingeräumt worden war.

Dieser Sieg der Demokratie war jedoch nicht die einzige Folge der Perserkriege; die Entwicklung Athens zu einer Großmacht war die zweite. Die Inseln des ägäischen Meeres und die Städte an der Küste Kleinasiens wurden vom persischen Joche befreit und von Athen zu einem Bunde vereinigt, der ursprünglich nur zur Abwehr gegen die Perser bestimmt war.

Aber wie es in einem Staatenbunde gewöhnlich zu geschehen pflegt, erlangte auch hier der mächtigste Staat, Athen, welches ursprünglich blos die erste Stadt des Bundes gewesen, allmählich die Herrschaft über die Bundesmitglieder, aus Bundesgenossen wurden Unterthanen, aus den Beiträgen in die Bundeskasse Tribute. Immer schroffer wurde die Behandlung der Bundesgenossen, immer drückender die Tribute, je mehr Athens Macht stieg; immer mehr betrachtete sich das athenische Volk als Herr, der von den Bundesgenossen erhalten werden müsse.

Mit dem Anwachsen von Athens Macht wuchsen daher auch seine Feinde, und in viel schnellerem Verhältnisse, als jene. Es wuchs die Zahl der unzufriedenen Bundesgenossen und es wuchs die Zahl derjenigen Aristokraten, welche mit Entsetzen auf die immer weiter um sich greifende Bewegung sahen. Die Einen haßten Athen, weil sie von demselben ausgebeutet wurden; die Anderen haßten es, weil die Früchte der Ausbeutung nicht einigen Wenigen, wie in Sparta, sondern dem ganzen Volke zu Gute kamen. Es bedurfte blos der Vereinigung Beider, um Athens Sturz unvermeidlich zu machen.

In Athen selbst war die aristokratische Partei immer schwächer geworden, so schwach, daß sie sich schließlich nicht mehr an's Tageslicht wagte, und nur mehr in geheimen Gesellschaften, Hetärien, fortvegetirte, und nicht durch Wort und That, sondern durch Intriguen und kleinliche Listen sich Einfluß auf die Staatsverwaltung zu verschaffen suchte. Wie das auch heutzutage noch vorkommt, sah sie die Ursache des Anwachsens der demokratischen Bewegung nicht in den Verhältnissen, sondern lediglich in den Personen, und nach dem Tode des Perikles und später Kleon's war es die glänzende Persönlichkeit Alkibiades', auf welche der Haß der Aristokraten sich concentrirte. Wenn sie ihn und seinen Anhang vernichteten, dann hofften sie mit leichter Mühe wieder Einfluß zu gewinnen. Offen die demokratische Partei zu stürzen, war unmöglich, man mußte zu einer gemeinen List greifen, auf die Dummheit und Leichtgläubigkeit der Massen spekuliren und den Demokraten eine That unterschieben, welche alle Gefühle des Durchschnittsatheners zu empören geeignet war. Am ehesten war dies möglich auf religiösem Gebiete. Die moderne Aufklärung, die Freigeisterei der Sophisten, der die Führer der Demokratie huldigten, war noch nicht in das Volk gedrungen, noch immer verhielt sich dieses ablehnend gegen sie; hier war ein Riß zwischen den Demos und den Demokraten, hier mußte man den Keil einsetzen, um sie zu trennen.

Am Morgen des 11. Mai 415 durchlief eine bange Unruhe die Stadt Athen. Die Bildsäulen des Gottes Hermes, welche in großer Menge am Marktplatze und an den Straßenecken standen, waren in der Nacht fast sämmtlich einem schändlichen Attentate zum Opfer gefallen. Bald verwandelte sich die Unruhe in fieberhafte Aufregung, je mehr man die Ausdehnung des Frevels übersah.

Unerhört in Athen war bisher eine solche Verhöhnung aller religiösen Gefühle, unerhört ein solcher Frevel, besonders in den Augen der Conservativen, welche nicht laut genug die Schändlichkeit eines solchen Attentates hervorheben, nicht eifrig genug nach seinem Urheber fahnden konnten. Unter ihnen nach demselben zu suchen, fiel natürlich Niemandem ein, die Neuerer mußten es sein, welche den Uebelthäter in ihrer Mitte beherbergten, und diejenigen unter ihnen, welche nicht unmittelbar Schuld trugen an der Schändung der Götterbilder, trugen sie mittelbar, indem sie frivolen Unglauben und Zweifel an Allem und Jedem verbreiteten. Die ganze neuere Richtung, welche jede Scheu vor dem Alten und Heiligen bekämpfte, sie war die Urheberin der Frevelthat, sie mußte vernichtet werden, wollte man den Staat retten.

So sprachen die Aristokraten, und da sie planmäßig vorgingen, ward das erschreckte, geängstigte, aufgeregte Volk leicht zu sinnloser Wuth gegen Alle entflammt, welche gegen die Religion, die Grundfeste des Staates, sich vergangen hatten. Aus der Untersuchung über den Hermenfrevel wurde eine Untersuchung über die religiöse Haltung der Bürger. War Anfangs dem Denunzianten der Urheber der Hermenverstümmelung eine Belohnung versprochen worden, so wurde jetzt Jedem eine Belohnung ausgesetzt, der irgend ein religiöses Vergehen zur Anzeige brachte. Und nun regnete es Anzeigen, Hinrichtungen und Confiskationen en masse, welche besonders den Kreis des Alkibiades trafen. Das Volk geberdete sich wie wahnsinnig, alle Bande waren gelöst, der Freund verrieth den Freund, die Gattin den Gatten, der Sohn den Vater; Schuldige und Unschuldige wurden eingekerkert, die Anklage der Verurtheilung gleich und selbst die absurdeste Aufstellung gläubig hingenommen. Den Höhepunkt erreichte das sinnlose Treiben, als ein gewisser Diokleides die Anzeige erstattete, er habe 42 Athener im Mondenscheine bei der Verstümmelung der Hermen bemerkt: Grund genug, um die Verfassung zu suspendiren, die Folter für zulässig zu erklären und die Bürgerschaft Tag und Nacht unter den Waffen zu halten. Eine solche Furcht vor inneren und äußeren Feinden hatte sich der Bürgerschaft bemächtigt, daß das unbedeutendste Ereigniß ihnen den Untergang des Staates vor Augen führte. Daß an der ganzen Anzeige des Diokleides schon deswegen nichts Wahres sein könne, weil der Hermenfrevel bei Neumond verübt worden, fiel den Athenern erst später ein. Indessen hatten sie Zeit gehabt, zur Besinnung zu kommen, und wurden nun durch diese Wahrnehmung vollends ernüchtert. Wie aus einem schweren Rausche erwachten sie, und als sie jetzt zurückblickten und bedachten, daß Athen durch die Aussage einiger schamlosen und erkauften Lügner in ein Tollhaus verwandelt worden, da erfaßte sie tiefe Beschämung. So sehr schämten sie sich des unwürdigen Benehmens, zu dem sie das Hermenattentat hingerissen, daß sie nicht mehr daran erinnert sein wollten.

Die Komödie vertrat damals die Stelle der heutigen Witzblätter, sie geißelte die Personen und Ereignisse des Tages. Bis dahin war sie in Athen fast ohne Schranken gewesen, damals aber wurde ein Gesetz durchgebracht, welches den Komödiendichtern alle Anspielungen auf die Tagesereignisse verbot.

So war der tolle Wirbelwind, der dem Attentate folgte, vorbeigegangen, ohne daß die Conservativen ihr Ziel erreicht hätten: nach einem kurzen Delirium waren die alten Zustände wieder zurückgekehrt. Und dennoch war das klägliche Schauspiel, welches Athen damals bot, ein warnendes Zeichen. Der Instinkt sagte dem Volke, auf wie schwachen Füßen der athenische Staat stehe, wie jedes außergewöhnliche Ereigniß hinreiche, ihn über den Haufen zu werfen.

Die Ungewißheit, die Aengstlichkeit, welche jeder Besitz erzeugt, der auf der Arbeit Anderer basirt und daher durch die eigene Arbeit nicht wieder ersetzbar ist, welche den Besitzenden bei dem unscheinbarsten Vorkommniß erzittern läßt, indeß der Proletarier in den größten Stürmen ruhig schläft, dieses Hangen und Bangen in schwebender Pein war die Ursache, weshalb das

hauptet, daß der Mann ohne Auftrag, nur im Uebereifer gehandelt haben könne. Er habe bereits Befehl ertheilt zur Untersuchung der Sache. So, — das kommt davon, wenn man bis an die „äußerste Grenze des gesetzlich Zulässigen“ gehen will, da hat schließlich jeder Nachtwächter das Recht, nach freiem Belieben im Staate zu schalten und zu walten. Passiren wird ja dem Manne nichts, und die Genossenschafter — nun, die haben einfach das Geld für ihre Fahrt nach Berlin zum Fenster hinausgeworfen, denn zum Vergnügen wird wohl jetzt Niemand nach Berlin fahren.

— **Vom Kriegsschauplatz.** Genosse **Knobloch** von Eutritzsch (bei Leipzig) wurde zu drei Monat Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. Der Denunziant ist ein gewisser Neumann, ein Geschäftsfreund Knobloch's. — Im 22. Wahlkreis wurde Genosse R. **Müller** wegen Verbreitung von Flugblättern verhaftet, aber wieder freigelassen.

Deutschland und der Sozialismus

von Ludwig Bamberger.

Von H. M.

(Fortsetzung.)

Weiter pag. 20 sagt uns Herr Bamberger:

„In Deutschland, wo das Klassenwesen noch nicht vom Bürgerthume aufgesogen ist, wo jeder Sondertheil seine Ansprüche festhält, oder neue erhebt, keiner sich mit dem Ganzen vollkommen Eins fühlt, ist dieses Ganze unendlich größerer Gefahr ausgesetzt, als anderwärts.“

Wen wollen Sie mit jenen „Sondertheilen“ bezeichnen? Doch offenbar nur die verschiedenen politischen Parteien als Produkte der zu Grunde liegenden wirthschaftlichen Verhältnisse. Wo aber, Herr Bamberger, ist denn das Klassenwesen vom Bürgerthume aufgesogen worden? Sie sagen uns das natürlich wieder nicht, und doch wäre es höchst interessant gewesen, darüber von Ihnen belehrt zu werden. Dachten Sie etwa an England, als Sie Obiges schrieben? Unmöglich, denn Sie sind unzweifelhaft, um von den verschiedenen Schattirungen gar nicht zu reden, mit den ewigen Kämpfen um die Herrschaft der Tories und Whigs bekannt, welche eben das Ringen der Aristokratie mit dem Bürgerthum darstellen, und ebenso gewiß sind Sie unterrichtet von den kolossalen Strikes, die ja in England Dimensionen annehmen, von denen wir in Deutschland gar keine Ahnung haben. Das Alles sind gewiß Klassenkämpfe ernstester Art, darum können Sie England nicht im Auge gehabt haben. Vielleicht Frankreich? Nun gewiß, kein anderes Culturland hat so viele politische Parteien mehr oder weniger verschiedener Schattirungen aufzuweisen, wie gerade Frankreich. Oder sind Sie der Meinung, daß die Legitimisten in platonischer Liebe für ihre Bourbonen, die Cassagnac's für ihre Napoleoniden, die großen Bourgeois für ihren Thiers schwärmen, im Grunde aber alle Parteien mit der Bourgeoisie auf einer Basis stehen? Wenn das der Fall wäre, dann könnten sich jene Parteien begraben lassen, sie hätten keine Hoffnung, jemals zur Macht zu kommen. Nein, Herr Bamberger, mit platonischen Schmachten kommt man in der Politik nicht weit. Das partikulare Interesse, das sich dem allgemeinen nur unterordnet, wenn es eben hierdurch gewinnen kann, ist das treibende Motiv alles politischen Handelns. Nicht allein hat das Bürgerthum nie und nirgends andere Klassen aufgesogen, sondern ganz und gar das Gegentheil ist der Fall. Da eben das Kapital sich mehr und mehr in weniger Händen concentrirt, so stößt eben dieses Bürgerthum fortwährend einen Theil seiner Angehörigen aus und führt sie dem Proletariat zu; dieses Bürgerthum negirt sich selbst, und Sie glauben, Herr Bamberger, es sauge andere Klassen auf? Diese Negirung des Bürgerthums durch sich selbst liegt in seinem Prinzipe, ja macht sein ganzes Prinzip aus. Ebenso wenig kann bei der Bourgeoisie von einem Allgemeinen die Rede sein.

Dank der „freien Concurrenz“, diesem ersten und letzten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, muß eben jeder Kapitalist in seinem Mitkapitalisten seinen Concurrenten und geborenen Feind erblicken, und so ist es ganz natürlich, wenn jedes Individuum sich soviel wie möglich abschließt, wenn es gar kein Allgemeines giebt, das als gemeinsames Band eines Staates oder nur einer Klasse dienen könnte, wenn somit das Bürgerthum kein einiges, in sich fest organisirtes Staatswesen, ja nicht einmal eine Klasse zu bilden vermag. Auf pag. 36 sagen Sie selbst: „Das Gefühl für die großen Gesammtinteressen fehlt, Jeder denkt nur an seine kleinen und momentanen Fraktionsgeschäftchen, das ist — in's Parlamentarische übersetzt — der Fluch der Isolirtheit, des gebundenen, ohnmächtigen Zustandes, welcher durch das ganze nationale Leben geht. Jeder hängt abgesondert seinem Spiele nach, und das erstreckt sich hinauf bis in die höchsten staatsmännischen Sphären.“ Wenn Sie geschrieben hätten, Herr Bamberger: Es ist der Fluch des Bürgerthums, die Isolirtheit, der gebundene, ohnmächtige Zustand . . . . . wir würden den ganzen Passus Wort für Wort unterschreiben.

Pag. 21 unterhält uns Herr Bamberger dann von Neuem von all' den Verbindungen, die alle möglichen Parlamentsparteien mit uns unterhalten sollen, und zwar sagt der Verfasser, die Verbindungen seien eben für die heutige Gesellschaft so gefährlich, weil die Größe der Gefahr von den Nichtsozialisten gar nicht geahnt werde. Auch hier erfahren wir nichts Neues; ebenso vermissen wir nähere Angaben des Herrn Bamberger. Er ist doch unzweifelhaft mit der Größe der Gefahr bekannt, warum erweitert er denn den Mitgliedern „der ausgewähltesten Zuhörerschaft“ Deutschlands nicht den „beschränkten Blick“? Nebenbei gesagt, ein schönes Zeugniß für jene ausgewählteste Zuhörerschaft, sie muß sich von einem ihrer Mitglieder wegen ihres beschränkten Blickes tadeln lassen und zwar da, wo es sich um die große Culturfrage unseres Jahrhunderts handelt; noch mehr, Herr Bamberger beschuldigt diese ausgewählteste Zuhörerschaft, nicht zu sehen und nicht zu wissen, was im Schoße der eigensten Parteien vorgeht. Das ist schlimm, nicht wahr? „Wo das geistige Leben in Deutschland ohne Mittelpunkt und deshalb ohne Zusammenhang sich in zahllose, dunkle Gänge verästelt, so bleibt es insbesondere den oberen Zehntausend fremd, heißen sie nun Geburts-, Rang- oder Geldaristokratie!“

Also, Herr Bamberger, Sie meinen, das deutsche Geistesleben sei ohne Zusammenhang? Ja wohl, wenn die Bourgeoisie auch dieses für einige Decennien ganz und gar unter ihre Herrschaft bringen könnte, denn allerdings würde auch dieses letzte Band bald zerreißen, das Deutschland innerlich zusammenhielt, als es politisch Schiffbruch gelitten hatte. Dieses letzte Band sollt ihr uns nicht rauben und werdet es nicht, denn zum Glück liegt das Gebiet der Wissenschaft außerhalb der Machtsphäre der Bourgeoisie, und gelingen wird es euch nicht, welche Anstrengungen ihr auch machen möget, auch das geistige Leben Deutschlands eurer Desorganisationswuth zu unterwerfen. Die Titanen haben den Himmel nicht zu stürmen vermocht, ein Blitz und Zeus schleuderte sie in den Abgrund zurück.

Ein lobendes Zeugniß stellt dann Herr Bamberger dem Reichskanzler aus, der, allerdings auch nur durch Zufall, etwas mehr Witterung von den geheimen Kräften hat, welche der sozialistischen Propaganda in Deutschland dienen. Diese an den Reichskanzler adressirte Anerkennung schließt dann gleichzeitig die Anerkennung ein, die Herr Bamberger seinem eigenen Scharfblicke ausstellt; er ist vielleicht der Einzige in Deutschland, jedenfalls Einer der Wenigen, die der sozialistischen Propaganda und den ihr im Geheimen dienenden Kräften auf den Grund sehen, der Reichskanzler „wittert“ nur so etwas davon, die Conservativen u. s. f. leben in unschuldigster Unwissenheit. Am Schluß dieses Passus schimpft Herr Bamberger wie folgt: „Es hat sich ganz nützlich für uns so gefügt, daß im Lager der Ultramontanen und der Junker einige sozialdemokratische Buschklepper Dienste genommen.“ . . . .

In diese sumpfige Niederung der Schimpferei hinabzusteigen, Herr Bamberger, das mag einem Nationalliberalen, dessen Manchesterlehren längst auf's Trockene gesetzt sind, und der aus all' den Gebieten des Wissens nichts mehr zu seinen Gunsten anführen kann, angemessen sein, uns aber kann es nicht passen, Ihnen dahin zu folgen. Wollen Sie auf den lichten Höhen der Wissenschaft und des Denkens mit uns streiten, finden Sie uns bereit; in dem Kothe der Gassenbuben-Schimpferei müssen Sie allein, oder mit Ihresgleichen waten; uns begegnen Sie dort nicht. —

(Schluß folgt.)

athenische Volk durch das Attentat so erschreckt worden war. Die angstvolle Wuth der Athener war das sichere Anzeichen der Schwäche des Staates, so stolz derselbe auch nach außen sich zeigte. Nicht der geübte Schwimmer, der sich im Wasser sicher fühlt, sondern der Ertrinkende ist es, der wüthend um sich schlägt.

Des aristokratischen Sparta hätte das demokratische Athen sich wohl erwehrt, wenn es ganz demokratisch gewesen wäre. Aber es war nichts als eine erweiterte Aristokratie, mit dem einzigen Unterschiede zwischen Sparta, daß nicht einige, sondern alle Bürger einer Stadt von der Arbeit Anderer lebten. Die Bundesgenossen, auf denen Athens Macht beruhte, hatten wohl Pflichten, aber kein Recht, kein Interesse, nur die Furcht hielt sie in Botmäßigkeit. Deswegen mußte Athen untergehen, sobald der kleinste Unglücksfall die Bundesgenossen von dieser Furcht befreite. Nicht weil es eine demokratische Verfassung hatte, ist Athen untergegangen, sondern weil es von der Arbeit Anderer lebte.

Die Attentatstollheit hatte gezeigt, wie wohl das Volk von Athen der drohenden Gefahr sich bewußt sei. Der Instinkt hatte es nicht betrogen.

Elf Jahre nach dem Attentat, im Jahre 405, war Athens Macht vernichtet, diejenigen, von deren Arbeit es lebte, hatten ihr Joch abgeworfen.

Das ist keine erfundene Fabel, sondern eine wahre Geschichte. Dies hindert jedoch nicht, daß eine Moral in derselben enthalten ist.

Symmachos.

Der Nationalliberalen ABC.

Sie sagten A, sie sagten B:
Dein Wille, Kanzler, stets geschehʼ.
Das hohe C vom Mannesmuth,
Es klang moralisch, rein und gut;
D, E und F, auch manchmal „Fis“
Gab stets ein magʼres Compromiß.
Dann scholl's im Brustton G und H —
Wie trutzig stunden Alle da!
Wir sind das Titelchen vom J
Und unentbehrlich, sagten sie;
Doch ging's im Laufschritt K und L —
Wie juckte Allen schon das Fell —
M, N zumal, dann folgt das O,
Und chronisch ward das Quiproquo.
P, Q, R, Himmel! schon bei'm S
Geschah 'was Ungemüthliches;
Die Lippen bebten T und U —
Minister is nich! Hahn in Ruh'!
V, W, X und auch Y —
Siehst du, mein Kind, das kommt davon!
Nun betet Jeder gern noch Z,
Wenn er nur sein Mandat schon hätt'!

daß eine solche große Versammlung, wo zwei Parteien in derselben Stärke erschienen sind, derartig friedlich verläuft, etwas sehr Seltenes ist. Wir können zufrieden sein, denn wir sind mit der Ueberzeugung aus dem Saal gegangen, daß uns durch das (vielleicht) beabsichtigte Manöver keine Stimme verloren gegangen ist.

W. W.

Worms. Noch in letzter Stunde sehen wir uns genöthigt, einen sozialistischen Candidaten aufzustellen, da ein Radikaler nicht vorgeschlagen ist. Wir stellen nun für den Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen unseren Genossen August Dreesbach als Reichstagscandidaten auf und ersuchen alle wahren Volksfreunde, demselben ihre Stimme zu geben. Vielleicht ist es noch möglich, daß derselbe eine oder zwei Versammlungen abhalten kann.

Nieder-Ingelheim, 20. Juli. Wie man auf der hessischen Ludwigs-Eisenbahn mit den Arbeitern umgeht, davon will ich Ihnen heute zwei kleine Fälle mittheilen. Einem Arbeiter, Namens Hanselmann von Heidesheim, welcher auf der Güterhalle in Mainz beschäftigt ist, wurde von einer Eisenbahnwagenthür der Daumen an der rechten Hand zerquetscht und zwar ohne sein Verschulden; in Folge dessen war der Mann längere Zeit arbeitsunfähig, und da auf der Güterhalle das Wort „Gesund und hier“ oder „Krank und nicht hier“ üblich ist, so mußte der Mann zu Hause bleiben. Bei seinem Wiedererscheinen auf der Arbeit bat der Mann seine Vorgesetzten um seinen während seines Zuhauseseins verdienten Lohn. Man bedeutete ihm jedoch kurz, ein Nichtangestellter habe nichts zu beanspruchen und er hätte in einen Krankenverein gehen sollen. Endlich nach langem Flehen und Bitten erhielt derselbe die Hälfte von dem Gelde, was er während seines Zuhauseseins verdient hatte, und zwar als Unterstützung. Also Bettelbrod muß der Mann essen. — Zur Wilhelmsspende. Mit der Subscriptionsliste in der Hand geht heute ein Unterbeamter der hessischen Ludwigs-Eisenbahn, der sich öfters auch als Profoß gebrauchen läßt und nebenbei heute national, morgen Demokrat und am anderen Tage wieder Sozialist ist, bei den Bediensteten und Arbeitern auf der Güterhalle von Mann zu Mann und fordert jeden in sehr zweideutigem Tone auf, seinen Beitrag zur Wilhelmsspende zu geben. Die Leute werden geradezu gezwungen, ihre sauer verdienten Pfennige beizusteuern. — Bei der Collekte zur Unterstützung der Hinterbliebenen der auf dem „Großen Kurfürst“ Ertrunkenen wurden von der Hess. Ludwigs-Eisenbahn nach Angabe des „Neuen Mainzer Anzeiger“ auf diese Art 1327 Mark 29 Pf. gesammelt.

M.

Würzburg. In der allgemeinen Drang- und Zwangsperiode eine Correspondenz aus dem schwarzen Würzburg mag unseren Freunden zeigen, daß wir allerorts guten Muth bewahren und auf dem Posten sind. Wie überall, „so weit die deutsche Zunge klingt“ und das Verleumden Geld einbringt, so sind auch hier die „liberalen“ Zeitungsschreiber gleich nach den beiden Attentaten halb verrückt gewesen. — Wäre diesem Gelichter nach Wunsch verfahren worden, Schreiber dieses würde schon seit Wochen als Zierde irgend eines eiligst gefertigten Dreibeins in der milden Frankenluft baumeln. — Jetzt hat allmählich die Temperatur der zeitungsschreibenden Nationaldickschädel abgenommen, bereits sind die „ehrenwerthen Herren“ schon so vernünftig geworden, daß sie begreifen: Die Prügel, welche wir den Sozialdemokraten auflegen wollten, fallen auf unseren eigenen Ehrenwerthen. Nun wenn auch der Mensch, welcher das psychologische Unglück hat, „liberal“ zu sein, etwas später als die mit gesundem Gehirn begabten Erdensöhne zu Verstande kommt, ist das immerhin besser, als wenn es nicht geschähe. Nota bene hier ist nur von Denen gesprochen, welche die grenzenlosen Dummheiten, die sie aus Anlaß der Attentate begingen, wirklich bereuen. Zum Unglücke des „Liberalismus“ sind derer nicht sehr viel. Nach allen Anzeichen wird ein großer, wenn nicht der größte Theil des sich „liberal“ nennenden Gemengsels mit sammt seiner Presse, der „Neuen Würzburger Zeitung“, in's Lager der Partei Bismarck ohne Phrase übergehen, und unser schwarzes Semmelschmarrenthum macht sich bereit, die lieben Brüder in Christo, wenn dieselben auch semitischer Abkunft sind, mit offenen Armen zu empfangen; all right. Auf diese Weise wird die Situation bedeutend klarer, und unser längst gehegter Wunsch, die sämmtlichen Reaktionäre in einem Stalle vereint zu sehen, erfüllt. Die Reichstagscandidaturen sind bereits aufgestellt, und bleiben dieselben wie bisher. Wir haben als die Ersten Grillenberger wieder aufgestellt. Dann folgten die Schwarzen mit ihrem berühmten Schweiger Frhrn. v. Zu-Rhein; ihnen folgte die Volkspartei mit ihrem Geist, und dann die Nationalliberal-Conservativen mit ihrem bewährten Durchfallscandidaten Reibert, der die Folgen des letzten Durchfalls glücklich überstanden zu haben scheint. Natürlich wird von unseren Gegnern nur im Geheimen gewühlt, wie das ja von solchen Maulwurfs-Naturen nicht anders zu erwarten ist. Die Herren wissen recht wohl, daß sie das Licht der Oeffentlichkeit nicht vertragen können, und darum sind sie auch gar grimmig über die Art unseres Auftretens und suchen auch uns aus der Oeffentlichkeit zu bannen, dadurch, daß sie die Wirthe beeinflussen, uns ihre Lokale zu verweigern. Einige Wochen waren die diesbezüglichen Bemühungen unserer Herren Professoren, Doktoren, Offiziere und Beamten auch wirklich von dem gewünschten Erfolge begleitet. Allein unsere Bourgeois und Bureaukraten kennen die Zähigkeit der Sozialisten schlecht. Wir haben jetzt wieder zwei Säle zur Verfügung und bereits am letzten Sonntage sangen wir den Herren vor „überfülltem Hause“ ein Lied, daß den anwesenden Gegnern, die sich in gewohnter Manier des Maulhaltens befleißigten, wohl für einige Zeit die Ohren brummen dürften. — Wie in der Stadt, so verhält sich's auch auf dem Lande; da, wo wir keinen Saal erhalten können, agitiren wir am Biertische, auf der Straße, in der Tenne, kurz überall, wo sich zweibeinige Gestalten im vorgeschriebenen Alter und vom nothwendigen Geschlechte finden lassen. Wir thun also unsere Schuldigkeit, obwohl es kaum 25 Mann sind, die uns zur Unsichermachung des Wahlkreises zur Verfügung stehen. Getrost blicken wir dem Wahltage entgegen und denken, unsere Gegner werden den 30. Juli 1878 noch viel dicker anstreichen müssen, als den 10. Januar 1877. Bei den eigenthümlichen Parteiverhältnissen im hiesigen Wahlbezirke ist es gar nicht unwahrscheinlich, daß wir zur Stichwahl gelangen, umsomehr, als namentlich die Landbevölkerung einen ganz entschiedenen Widerwillen gegen den bisherigen Abgeordneten v. Zu-Rhein an den Tag legt, und andererseits den Liberalismus haßt wie die Pest. Unsere Genossen erfüllen ihre Pflicht, mehr kann Niemand thun. Die Wahl wird zeigen, daß bei uns die Kunststückchen, wie Haussuchungen, Lokalverweigerungen, polizeiliche Vorladungen, Vernehmungen und sonstige niedliche Kleinigkeiten nicht verfangen, sondern uns erst recht bestärken in der Vertheidigung unserer Rechte als Menschen. Also frisch auf, ihr Freunde, zur „Sauhatz“, wer weiß ob nicht das Wild zum Jäger wird.

C. F. Rick.

Bochum. Für den Wahlkreis Bochum ist Herr C. W. Tölke in Dortmund als Arbeiter-Candidat aufgestellt, und ersuchen wir alle Genossen, für Verbreitung der Stimmzettel zu

Correspondenzen.

Harburg. Ein sonderbares Manöver hatte die Welfenpartei am Sonnabend den 20. Juli hierselbst ausgeführt, um Stimmen zu gewinnen. Eine ganze Anzahl bekannter Parteigenossen waren per Karte zu der Versammlung eingeladen, jedoch die Genossen Steffens und Lampel, von denen man befürchtete interpellirt zu werden, hatte man nicht eingeladen. Da ich gerade Geschäfte hier hatte, so wurde ich ersucht, bis Abend dazubleiben, wo ich dann auch Einlaß erhielt. Wie ich den Saal betrat, war die Versammlung schon eröffnet; dieselbe war wohl von gut 2000 Mann besucht. Wie ich mich aber später überzeugte, war es wohl die Hälfte Sozialdemokraten und die andere Hälfte Deutsch-Hannoveraner. Hätte ich nicht schon vorher gewußt, in welcher Versammlung ich mich befand, so hätte ich unbedingt geglaubt, es sei eine sozialdemokratische. Herr Brinkmann aus Hannover verstand es, in zündenden Worten die Noth der arbeitenden Bevölkerung zu schildern, dieselbe sei hervorgebracht durch den Schwindel der kapitalistischen Produktionsweise. Nach demselben bestieg der Candidat der Partei, Graf Grothe, die Tribüne und entwickelte sein Programm, welches, nach seinen Worten zu urtheilen, nur in einigen Punkten von dem unsrigen abwich. Zuerst erklärte derselbe, für ein Ausnahmegesetz könne er nicht eher stimmen, bis er sich dasselbe angesehen habe. Auf meine Interpellation erklärte derselbe jedoch später, gegen jedes Ausnahmegesetz stimmen zu wollen. Für das Militär wurde eine zweijährige Dienstzeit verlangt, und dann schließlich Umkehr zur Religion; sogar wurde verlangt, die freiheitlichen Lehrkräfte aus der Schule zu entfernen und an deren Stelle nur Lehrer anzustellen, welche als obersten Grundsatz die Religion hinstellen. Dies waren die beiden Punkte, über die ich hauptsächlich mit Grothe in Streit gerieth. Als ich Trennung der Kirche vom Staat beanspruchte, erhob sich in der vordersten Reihe, woselbst die Bauern aus der Umgegend placirt waren, ein Skandal, den Herr Brinkmann jedoch damit beilegte, als er wörtlich sagte: „Wir befinden uns hier in keiner liberalen Wählerversammlung, wo einem jeden Andersdenkenden das Sprechen unmöglich gemacht wird, wir müssen einen jeden Redner aussprechen lassen, und das thut dieser Herr; übrigens bin auch ich gewohnt, in einer sozialdemokratischen Versammlung stets anständig behandelt zu werden.“ Hierauf vollständige Ruhe. Von anderer Seite meldete sich Niemand zum Wort, und ich kann wohl behaupten,

sorgen. Man hat uns um die Arbeit gebracht, man hat uns verleumdet und geschmäht, sogar Dr. Loewe findet es nicht unter seiner Würde, uns mit Koth bewerfen zu wollen. Zeigen wir, daß wir uns vor der kolossalen Polizei- und Pfaffengewalt nicht fürchten, welche trotz ihrer großen Uebermacht vor uns erzittert. Es lebe die Sozialdemokratie! Glück auf zur Wahl!

Das Arbeiter-Wahlcomité für den Wahlkreis Bochum.

Mansdorf, 24. Juli. Gestern fand hier eine Versammlung statt, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland zu den Seltenheiten gehören dürfte. Es war eine „Wählerversammlung", einberufen von der liberalen Partei; zweitens Berichterstattung des bisherigen Abgeordneten unseres Kreises (Lennep-Mettmann), Herrn Dr. Techow in Berlin. Nachdem, wie nicht anders zu erwarten, auch die liebe Sozialdemokratie wegen der Attentate ordentlich herhalten mußte, verlangte und erhielt Parteigenosse Gutekunst das Wort. Derselbe konnte ohne Störung die Vertheidigung der Sozialdemokratie ausführen. Die Versammlung nahm denn auch den schönsten Verlauf und hat gezeigt, daß die sozialistischen Arbeiter recht wohl auch liberale Versammlungen ungestört tagen lassen, wenn die Herren nur so gerecht sind, dem angegriffenen Theil das Recht zur Vertheidigung zu lassen. Als unser Candidat ist Parteigenosse Carl Henning aufgestellt.

Nieder-Ingelheim, 23. Juli. Parteigenossen! An Euch, die Ihr noch Vermögen besitzt, wenden wir uns vorzugsweise, kauft Agitationsnummern und Wahlaufrufe und laßt sie verbreiten. In jeder Wohnung, in jeder Hütte, wo Arbeiter wohnen, sind solche willkommen. Laßt sie austragen auf Straßen, Plätzen, Wirthshäusern und Eisenbahnen. Ueberall finden wir Arbeiter, und freudig wird man uns empfangen. Also frisch an's Werk und der Lohn wird nicht ausbleiben.

Einer für Viele.

Hannover, 21. Juli. Heute, Sonntag, war die hiesige städtische Feuerwehr Morgens 7 Uhr nach dem hiesigen Schützenhause ausmarschirt. Auf dem Schützenplatze ließ der Hauptmann des Corps, Stadtbau-Inspektor Ebeling, einen Kreis formiren und machte der Compagnie die nöthigen dienstlichen Mittheilungen. Sodann forderte er diejenigen Mannschaften, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen, auf, vorzutreten. In richtiger Würdigung der augenblicklichen Verhältnisse und etwaigen Folgen trat selbstverständlich Niemand vor. Sie sehen, daß unsere Gegner sich die größte Mühe geben, die gefährliche und kostspielige Arbeit des Agitirens selbst für uns zu besorgen. — Glück auf zur Wahl! Engere Wahl zwischen Rothen und Gelben infolge der Zersplitterung der nationalliberalen Partei sehr wahrscheinlich! Genossen, haltet die Ohren steif! P. S.

Jork (Lausitz), 24. Juli. Am 17. Juli in früher Morgenstunde fand bei mehreren Genossen Haussuchung nach Flugblättern statt. Da dieselben noch nicht eingetroffen waren, konnte die Polizei auch keine mitnehmen. In Ermangelung anderer Sachen wurde bei Genossen B. eine Broschüre und eine Rechnung über Drucksachen mitgenommen. Bei den Anderen hatte man gar nichts staatsgefährliches gefunden. — Am 19. Juli sollte Genosse H. Schmidt, nach Verbüßung seiner viermonatlichen Gefängnißstrafe, hierher zurückkehren, derselbe wurde jedoch als Ausländer sofort nach seinem Heimathlande Oesterreich spedirt. Wir rufen ihm aus der Ferne ein „Glückauf!" zu.

Karlsruhe. Samstag, den 20. Juli, hielten wir im Lokal „zum goldenen Kopf" eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, zu der sich eine große Anzahl Liberale eingefunden hatte, um ihre ordnungsliebende Gesinnung während der Versammlung, insbesondere bei der Bureauwahl durch ihre skandalösen Fußbewegungen zu dokumentiren. Nachdem sie durch Hochs auf den Kaiser die Versammlung vergeblich zu sprengen suchten, brachten sie ihren „Anführer", Kürschner Stütz, für den Vorsitz in Vorschlag. Aber vergebens. Der Vorsitz blieb uns erhalten und war es unserem Referenten Dreesbach möglich, seine Candidatenrede zu halten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen, ebenso wurde die vorhergehende Proklamation des Herrn Dreesbach als Reichstagscandidat durch den Vorsitzenden von der großen Mehrheit mit Freuden begrüßt. W. B.

Oschatz, 25. Juli. Die Wahlbewegung treibt bei uns eigenthümliche Blüthen; ist es dem sogenannten vereinigten „Ordnungsbrei" am Sonnabend und Sonntag vor 8 Tagen gelungen, unsere beiden Versammlungen mit Aufbietung aller Kräfte zu sprengen, so erlebten wir heute Abend das interessante Schauspiel, daß die von fortschrittlicher Seite einberufene Wählerversammlung, in welcher der in letzter Stunde als Dritter im Bunde hier aufgestellte, in Berlin abgegangen wordene Candidat der Fortschrittspartei, Dr. Max Hirsch, sich seinen hiesigen Wählern vorstellen wollte, gar nicht stattfinden konnte. Um 8 Uhr war der große Rathhaussaal, der, beiläufig bemerkt, uns trotz wiederholten Versuches noch nie zur Verfügung gestellt wurde, bereits überfüllt; um ½9 eröffnet Herr Lehrer Arnold die Versammlung und erklärt — man höre und staune —: daß der Einberufer ein Herr Seifert in Mügeln sei, und da derselbe trotz aller Mühe nicht zu erlangen, könne die Versammlung nicht stattfinden. Der überwachende Beamte hatte nun weiter nichts zu thun, als die Versammlung im Namen des Gesetzes aufzufordern, auseinanderzugehen. Die Oschatzer Bürger und Arbeiter waren abermals genasführt; so muß man es machen, um Stimmen zu werben, die Conservativen werden lachen ob dieses Geniestreiches. Stimmen der höchsten Entrüstung wurden laut: Feigheit ist es, sie wollen keine Opposition; wenn Hablich nicht hier war, hätte Hirsch schon gesprochen ꝛc. Wir werden dafür sorgen, daß auch diese Versammlung zu unseren Gunsten ausschlägt, wir hoffen, daß sich die Wähler von Oschatz nicht zum dritten Male zum Narren machen lassen.

Göttingen. In dem Wahlkreise Göttingen-Münden-Duderstadt erhielt im Jahre 1877 der sozialistische Candidat W. Frick in Bremen im Ganzen nur 197 Stimmen. Gewählt wurde Herr v. Adelebsen (hannoverscher Partikularist) mit etwa 7500 Stimmen, während der Candidat der Nationalliberalen etwas über 6000 Stimmen erhielt. Wenn man nun die Thätigkeit des Herrn v. Adelebsen im Reichstage verfolgt, namentlich seine Abstimmungen nachsieht, so läßt sich nicht leugnen, daß jeder Sozialdemokrat nur wünschen kann, daß dieser Herr wiedergewählt wird (da an einen Sieg des sozialistischen Candidaten hier absolut nicht zu denken ist). Er hat z. B. gestimmt gegen das militärische „Septennat" von 1874, gegen jede Erhöhung der Steuern, gegen das Sozialisten-Ausnahmegesetz ꝛc. Bekanntlich ist er Hospitant des Centrums. Gegenwärtig stehen nun die Angelegenheiten in unserem Wahlkreise wie folgt: Es sind bis jetzt nur zwei Candidaten aufgestellt, nämlich Herr v. Adelebsen (welfischer Partikularist) und Prof. Henneberg (nationalliberal). Henneberg hat nun in seiner Candidatenrede in Göttingen am 2. Juli ganz ungenirt ausgesprochen: daß er für jedes erfolgreiche Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten stimmen werde, ferner gegen das Staatsmonopol, dagegen für eine bedeutend höhere Tabaksteuer und überhaupt für bedeutende Erhöhung der indirekten Steuern zur Beseitigung der Matrikularbeiträge, ferner für Aufrechterhaltung des eisernen Militäretats u. s. w. Herr v. Adelebsen hat nun in Göttingen, Dransfeld, Hedemünden und Münden sein Programm entwickelt. Er wird im Falle seiner Wiederwahl nach wie vor gegen jedes Ausnahmegesetz, überhaupt für alle sozialistischen Forderungen stimmen. Es wäre gut, wenn die Sozialisten für ihn stimmten.

W.

An die Reichstagswähler des Wahlkreises Sorau-Forst.

Bürger, Handwerker, Arbeiter! Nur noch wenige Tage und die Reichstagswähler des deutschen Reiches treten an die Wahlurne. Es wird auch an uns die Pflicht herantreten, zu zeigen, ob der gesunde Sinn im Volke noch ferner bewahrt und erhalten bleibe — oder ob die ganze reaktionäre Masse in Zukunft noch ferner ihr Spiel mit dem Volke, dem Arbeiterstande treiben soll. Ihr Handwerker und Arbeiter werdet mit einem entschiedenen Nein antworten. Noch ist der gesunde Sinn im werkthätigen Volke vorhanden. Es sind bis jetzt Männer als Candidaten zum deutschen Reichstage in unserem Wahlkreise aufgestellt worden, welche durchweg der besitzenden Klasse angehören und infolgedessen auch nicht gewillt sind, die Lage des Arbeiterstandes zu verbessern. Im Gegentheil haben sich dieselben sämmtlich für die Forderungen der Regierungen ausgesprochen. Männer der Arbeit! Könnt Ihr jemals solchen Männern Eure Stimme geben, welche für die das arbeitende Volk so furchtbar drückenden Steuerlasten, insbesondere die indirekten, stimmen? Könnt Ihr Männern Eure Stimme geben, welche dem Volke jede freiheitliche Meinung verkümmern und welche für alle die Volksbewegung unterdrückenden Ausnahmegesetze stimmen? Nein und abermals nein!

Wähler zum deutschen Reichstag! Bedenkt Eure Lage diesmal mehr denn je. Wendet Euch ab von solchen Männern, welche durch falsche Vorspiegelungen versprechen, Eure Lage zu verbessern. Das unterzeichnete Comité erlaubt sich deshalb, den Wählern unseres Kreises einen Mann vorzuschlagen, von welchem wir erwarten können, daß er für die Verbesserung unserer Lage eintritt und welcher sich nicht scheut, die Forderungen der Regierung, welche nicht im volksthümlichen und freiheitlichen Sinne ausfallen, zu bekämpfen.

Dieser Mann ist

Zimmerer Otto Kapell in Hamburg.

Gebt diesem Eure Stimme, Ihr Handwerker, Arbeiter und Landleute, laßt Euch nicht ferner in das Schlepptau anderer Parteien hineinziehen, welchen es nur darum zu thun ist, bei den kommenden Wahlen Eure Stimmen auf sich zu vereinigen. Wir wollen selbstständig als Partei auftreten, als Arbeiterpartei. Darum, Parteigenossen, muthig vorwärts! Agitire in den wenigen Tagen, welche uns noch von der Wahl trennen, ein Jeder von Euch, was in seinen Kräften steht. Trage ein Jeder von Euch wie bisher sein Scherflein dazu bei, damit wir siegreich aus dem Kampfe für die gerechte Sache, für die Befreiung der Menschheit hervorgehen. Hoch lebe die Arbeiterpartei! Wählt am 30. Juli den Volksmann Otto Kapell in Hamburg.

Das Arbeiter-Wahlcomité.

An die Reichstagswähler im Maingau!

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Reichstagswahl. Am 30. Juli, von Morgens 10 bis Abends 6 Uhr ist die Zeit, wo die Würfel fallen. Männer der Arbeit! Handwerker, Arbeiter, Landleute, Kleingewerbtreibende, Beamte! Gebt am 30. Juli nur einem Candidaten der Sozialdemokratie Eure Stimme, einem Manne, der entschieden für Freiheit und Recht einzutreten gesonnen ist. In Frankfurt a. M.: Rudolf Döll in Frankfurt; in Hanau-Gelnhausen-Orb: Karl Frohme in Bockenheim; in Höchst-Usingen: Jakob Schmidt in Frankfurt a. M.

Männer des Volks! Das sind Eure wahren Vertreter, wenn Ihr nicht noch mehr Steuern zahlen wollt, wenn Ihr nicht auch den letzten Funken Freiheit hingeben wollt. Wir allein müssen den Kampf aufnehmen mit der gewaltig herandrängenden Reaktion; die Freiheitsmänner der ganzen Welt blicken mit Spannung auf diesen Kampf, darum eilt Alle an die Wahlurne mit Stimmzetteln für die oben bezeichneten Candidaten.

Frankfurt a. M., 23. Juli. K.

Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Comité ersucht hiermit alle Genossen des 10., 11., 14. sächsischen Wahlkreises, sowie aller anderen Wahlkreise, Wahlresultate ihm am 30. Juli telegraphisch unter der Adresse: „**Wahlcomité Leipzig, Reklame**" zukommen zu lassen und ist bereit, ebenfalls Nachrichten nach auswärts gelangen zu lassen. Zuschriften werden erbeten an C. Lienig, Färberstraße 12/II.

Leipzig, 23. Juli 1878.

Das Centralwahlcomité
für den 10., 11., 12. und 14. Wahlkreis.

NB. Wir bitten die auswärtigen Genossen, uns von allen Wahlbeeinflussungen, überhaupt von allen uns in den Weg gelegten Hindernissen sofort Mittheilung zu machen. Dort, wo man Wahlfälschungen befürchtet, theile man uns mit, wer für unsern Candidaten gestimmt hat; Diskretion unsererseits selbstverständlich.

Aufforderung.

Wir ersuchen unsere Parteigenossen allerwärts, uns von solchen gegnerischen Wahlflugblättern, welche sich durch besondere Rohheit und Schamlosigkeit auszeichnen, je zwei Exemplare einzusenden, um dieselben unserer Bibliothek als geschichtliches Material einreihen und auch im Reichstage gelegentlich verwenden zu können.

Leipzig, am 24. Juli 1878. Expedition des Vorwärts, Färberstraße 12 II.

Achtung!

Das sozialistische Wahlcomité zu Dresden ersucht alle Parteigenossen, soweit es möglich ist, am Abend des Wahltages ihm per Telegramm das Resultat zukommen zu lassen. Adresse: Schlüter, Centralhalle.

NB. Wir unsrerseits verpflichten uns ebenfalls, soweit Adressen vorhanden, Telegramme abzusenden.

Das sozialistische Wahlcomité zu Dresden.

Briefkasten

der Redaction: J. S. in Oberhausen: Setzen Sie sich mit Christian Gilles in Hochfeld bei Duisburg in Verbindung. — M. H. in Weimar: Die „Fackel" hat die Nachricht gebracht, daß Hödel das Reisegeld nach Berlin von Sparig erhalten habe; und unseres Wissens hat Sparig, der doch sonst schnell im Prozessiren ist, die „Fackel" noch nicht verklagt. Die Redaktion des obengenannten Blattes wird den Beweis der Wahrheit antreten.

der Expedition: R. Slbm. Oberlungwitz: Das Paket wurde zu frankiren leider übersehen. — B. J. Kohn in Brüssel: Bitten nähere Adresse anzugeben.

Hugo Keller aus Görlitz wird um seine Adresse gebeten.
Finsterwalde. J. Zirkel.

Für die Familie Schubert sind eingegangen: J. A. 5 M. D. C. F. in B. 20 M., und der Wittwe übergeben worden, worüber hiermit quittirt wird. Weitere Beiträge nimmt entgegen

Kirchberg. H. Schwedler.

Der Barbiergehülfe **Wilhelm Schröder aus Crottorf** ist seit 1. Oktober 1877 aus Magdeburg verschollen und sein Aufenthaltsort unbekannt; vielleicht hält er sich entweder in Hamburg oder Bremen auf, oder er ist nach Amerika gegangen. — Sollte Jemand über den Verbleib des p. Schröder Auskunft geben können, so bittet die Braut desselben, seinen jetzigen Aufenthaltsort an die Exped. d. Blattes gelangen zu lassen; etwaige Unkosten werden vergütet.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Aufnahme des Vorstehenden gebeten.

Unterzeichneter bittet die amerikanischen Parteigenossen und alle Leser des Vorwärts um die Adresse des Herrn Herrmann Hechelmann, Dr. med., im Jahre 1871—72 in Newyork, Amerika.

Rigsecker, III. Hauptstraße 84. Wien.

Den löbl. Allg. Arbeiter-Verein in Innsbruck bin ich genöthigt nochmals wenn auch nur um kurze Stundung zu ersuchen. Meine gegenwärtige Lage läßt zum Theil mein Zögern entschuldigen. Mit der Versicherung, alle meine Verpflichtungen ungesäumt zu ordnen, bleibe ich stets noch was ich war.

Theodor Capra, Zürich-Seefeld, Rosenweg 7 part.

Wahlfonds.

Drucker u. Formstecher Dörfel 4 fl. Genossen i. Dörfel 1 fl. 88 kr. D. G. Thaute 2 fl. 92 kr. Summa: 8 fl. 75 kr. = M. 15,32.

---

12. und 13. sächs. Wahlkreis.

(Leipzig-Stadt und Leipzig-Land.)

Am 30. Juli, als am Wahltage, finden

Wahlfeste,

verbunden mit Concert und Gesang im

„Bellevue", Leipzig, Kreuzstraße,
Salon „Germania", Neusellerhausen

und im

„Deutschen Haus" zu Lindenau

statt.

Daselbst werden alle eingehenden Wahlresultate bekannt gegeben.

Entrée à Person 15 Pfg.

Es laden die Wähler zu zahlreichem Besuche ein

Die Wahlcomités f. d. 12. u. 13. Wahlkreis.

Neu erschienen und durch uns zu beziehen ist:

Die Frauen- und Kinderarbeit vor dem Deutschen Reichstage.

Reichstagsreden von J. Motteler.

Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Kladderadatsch.

Eine kritische Glosse von Frd. Werner.

Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Männer-Chören

empfehle ich meinen Musikalienverlag, als:

Neun Arbeiter-Lieder.
Liedersammlung des Allgem. Arbeiter-Sänger-Bundes Lief. 1—4.
Drei Solosquartette von G. Scholz.
Ein armer Wandersmann. Baritonsolo mit Piano von G. Scholz. à 50 Pfg.

Preisliste gratis und franco.

Emil Sauerteig in Gotha. [1,10

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen: [2,10

Bornhak, Religion und Sozialismus . . . . M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . „ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . „ —,50
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosakisch werden . . . . . „ —,30
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . „ —,30

Für Colporteure.

Vogel, Verfälschung der Lebensmittel; Englander, Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen und sonst. Parteischriften liefert soliden Colporteuren u. Wiederverkäufern m. höchstem Rabatt i. Rechn. Musterfendung gratis. G. Müller, Exportbuchh. Berlin, Forsterstr. 55. (45) (F. 41) [1,80

Zur Wahlbewegung!

Nieder mit den Sozialdemokraten!

Von W. Bracke.

Bisherige Auflage 195,000 Exemplare!!

Einzeln im Buchhandel 25 Pf., für Arbeitervereine 15 Pf. In Partien 10 Pf., 50 Stück 4 Mk., 200 Stück Mk. 12,50, 1000 Stück 50 Mk. Bei größeren Partien für die Wahlbewegung pro 1000 Stück 40 Mk. Gegen baar oder Postvorschuß. [100

Braunschweig, 12. Juni 1878. W. Bracke jr.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Wegen Wahlarbeiten Verzögerung im Druck eingetreten.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatanzeigenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: R. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Senge, 8 New Str Golden Square.

Nr. 89. Mittwoch, 31. Juli. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate Juli u. August M. 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, in der Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6 IV., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsgasse 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Stimmvieh.

(Von einem Nichtsozialisten.)

Ein alter Philosoph sagte einmal: „Wenn die Menschen lieber weniger moralisch wären, wenn sie wenigstens nicht so dumm wären." Weniger moralisch freilich sind wir geworden, leider aber haben wir an Dummheit nicht abgenommen, und erübrigt somit dem Geschichtsschreiber von heutzutage nur die traurige Pflicht, diesen Rückschritt zu constatiren. Daß unsere Moralität gesunken ist, wird Niemand leugnen wollen, so wenig als der Denkende sich verhehlen kann, daß diese Thatsache ihre Begründung findet in dem Kampfe um's Dasein, in den unhaltbaren Bedingungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, während andererseits die fernere Thatsache zugegeben werden muß, daß die großartigen „Erfolge" der deutschen Politik auf politischem Gebiete nur neue wirthschaftliche Kalamitäten hervorgerufen haben, welche das Volk im Allgemeinen wohl ärmer, aber um keinen Deut klüger gemacht haben.

Für den Kampf um's Dasein ist es relativ gleichgiltig, ob derselbe zwischen Völkern und Rassen die Form des physischen Kampfes mit Waffen annimmt, oder ob er sich in anderen, scheinbar friedlichen Formen der Conkurrenz bewegt. Man würde sich sehr irren, wenn man glaubte, daß der Krieg die grausamste oder auch nur die wirksamste Form der Vernichtung eines Conkurrenten sei; es ist nur, wie von neueren Schriftstellern auch schon angedeutet, die am nächsten liegende, weil roheste, zugleich aber eben auch deshalb die ultima ratio für ein Volk, das sich von seinem Conkurrenten im sogenannten friedlichen Wettstreit überholt sieht. Die Opfer auch des gewaltigsten Krieges sind unbedeutend gegen die Vernichtung von Millionen und abermals Millionen Menschen, die zu Grunde gehen, wenn ein Volk von einem industriell höher entwickelten vermittelst des Handels ausgesaugt und eines Theils seiner bisherigen Erwerbsquellen beraubt wird, oder auch, wenn selbiges sich des Glückes erfreut, daß seine Staatsmänner prinzipiell behindert sind, sich um seine ökonomischen Angelegenheiten zu bekümmern.

Es ist ein einfaches Additionsexempel, wenn man aus diesen Vordersätzen die Folgerung zieht, daß ein finanzieller und industrieller Niedergang nach einem verheerenden Kriege doppelt verderblich wirkt, und zwar um so verhängnißvoller, je mehr derselbe sich zugleich zu einem vernichtenden Conkurrenzkampfe im Innern eines bestimmten Volkes gestaltet.

Hierin beruht auch einzig und allein die fast immer in der Staatengeschichte Europas hervortretende Erscheinung, daß große Völker nach außen um so kriegerischer und anspruchsvoller auftreten, je unbehaglicher sie sich daheim befinden, und daß in solchen Lagen der Kriegsminister dem Finanzminister wieder auf die Beine helfen muß. Aus diesem Grunde ist es auch nicht von ungefähr, wenn immer neue Kriege entbrennen, ohne daß dieselben einen greifbaren sittlichen, d. h. rechtfertigenden Hintergrund hätten — sie entspringen vielmehr der in der Masse der Bevölkerung zunehmenden Unsicherheit und Unbehaglichkeit und der Erkenntniß, daß die gegenwärtige Entwicklung kaum einen friedlichen Abschluß erwarten lasse.

Deutschland befindet sich augenblicklich, Dank seiner einsichtsvollen Staatsleitung, in diesem Zustande allgemeiner Unbehaglichkeit und Rathlosigkeit, und es ist eine Gesundung seines durch und durch kranken Staatskörpers nie und nimmer zu erwarten von den Parteien, welche bisher die finanzielle und industrielle Politik geleitet haben. Dafür ist der Beweis glänzend erbracht seit dem letzten Kriege, damit aber zugleich auch der Nachweis geliefert, daß selbst der Erwerb neuer Milliarden uns nicht besser bekommen würde, als früher.

Das deutsche Volk hat das Blut von Hunderttausenden seiner Söhne für seine sogenannte nationale „Einigung", seine mörderischen Lorbeeren und die **Milliarden** geopfert, es hat nach dieser „politischen" Wiedergeburt eine ditto „industrielle" über sich ergehen lassen müssen, welche ihm allmählich das letzte Mark aus den Knochen, wie den letzten Heller aus der Tasche gelockt hat, d. h. dem Massenmorde hat es seine Moral, dem Kapital seine Existenz geopfert und nur seine — Dummheit ist ihm geblieben.

Die breite, mit Milliarden und guten Vorsätzen gepflasterte Straße, auf welcher die finanzielle und industrielle Verwaltung des deutschen Reiches mit großem Pomp und lautem Hallelujah daherzog, hat jämmerlich in eine Sackgasse geendet, und der ganze Trost, welcher dem „Patrioten" gespendet wird, ist die Anweisung darauf, daß es noch wieder anders und dann auch wieder besser werden wird.

Aber wie? Handel und Industrie liegen unter dem heutigen System hoffnungslos darnieder, die Milliarden sind fort und wir haben ihnen die Zinsen noch nachgeworfen, die Einnahmen gehen bergab, die Ausgaben bergauf, und dem Allen gegenüber wissen die Heilgehilfen des großen Meisters an der Spree kein anderes Rettungsmittel als — neue Steuern, Unterdrückung der armseligen politischen Freiheiten, Militär-Septennat und Herabsetzung der Arbeitslöhne.

Die Höhe der Arbeitslöhne in Deutschland wird ja ausdrücklich als Grund unserer traurigen Handelsbilanz ausgegeben, obschon dieselben in allen den Ländern, welche uns auf dem Weltmarkte überflügeln, höher stehen als bei uns; daß ferner die Arbeitslöhne gleichzeitig mit den Lebensmittelpreisen in die Höhe gegangen sind und daß letztere auch heute noch kaum eine Neigung zum Sinken zeigen; daß unsere Inferiorität auf dem Weltmarkt wesentlich auf unsere Armuth und die Höhe der Transportkosten, sowie auf vorsichtige und vorbeugende Maßregeln unserer Nachbarn zurückgeführt werden muß: das Alles kümmert die weisen Nationalökonomen nicht im Geringsten, finden sie doch unbedingten Anklang mit ihren Maßregeln bei Denjenigen, welche von dem Niederdrücken der Arbeitslöhne den Profit holen mit dem Motto: Zum Wohle des Staates.

Wenn nun der denkende Staatsbürger sich vergegenwärtigt, wie herrlich weit wir es unter der bisherigen unsinnigen finanziellen und industriellen Klassenwirthschaft gebracht haben, so wird er sich sagen müssen, daß er von dieser Seite Nichts mehr zu hoffen hat und daß er daher einem Vertreter des bisherigen Systems seine Stimme am Wahltage nicht geben darf.

Die Wiederherstellung der ganzen jämmerlichen liberalen Prinzipienreiterei und wirthschaftlichen Volksausbeutung wäre gleichbedeutend mit neuer Unterdrückung, und wenn endlich das Volk, zum Aeußersten getrieben, sich seiner Peiniger zu entledigen Miene macht, mit neuen blutigen Kriegen oder dem Niederkartätschen der nach Brod verlangenden Massen.

Wer einem Vertreter des bisherigen Systems daher seine Stimme giebt, wirft sein Menschenthum über Bord und gesellt sich zu dem Stimmvieh, dessen einziges Menschenrecht am Ende darin besteht, von irgend einem Eroberer als Schlachtvieh verbraucht zu werden.

Er ist also weniger moralisch als dumm.

Aber, wird ein großer Theil der Wähler, namentlich der ländlichen, einwenden, bisher regierte ja der Liberalismus und jetzt können wir es ja einmal mit den Conservativen versuchen.

Ganz richtig. Nur setzt das voraus, daß derjenige, welcher einem Conservativen seine Stimme giebt, die höchste Stufe seines Menschenrechts und seiner Menschenwürde erklommen zu haben glaubt, wenn er gegen seinen Arbeitsschweiß und gegen unbedingten Gehorsam von seinem Brodgeber nothdürftig gesättigt wird, sich also jedes Anspruches auf den wahren Ertrag seiner Arbeit und die ihm gebührende soziale Stellung begiebt.

Der berühmte Pater Caret donnerte einst von der Kanzel: „Selig sind die Dummen, denn sie werden Gottes Esel genannt werden."

Wer zu diesen Glücklichen gehören will, wähle einen Conservativen. Er mache aber auf Moral keinen Anspruch, denn diese ist keine Magenfrage.

Wer aber den Ernst der Zeit erkannt hat und wer der erbärmlichen Rolle überdrüssig ist, die er bisher zu seinem geistigen und materiellen Nachtheil als Staatsbürger zu spielen verurtheilt war, der muß sich abwenden von einer brutalen Staatspolitik, welche in stets neuer Auflage nichts Anderes weiß, als die Aufführung einer neuen Variation des alten Fabelworts: Nein, sprach der Räuber, Du bist mein, denn ich bin groß und Du bist klein!

Und so muß auch derjenige denkende Wähler, der, die Anerkennung der hohen idealen Ziele der Sozialdemokratie vorausgesetzt, selbst an der Ausführbarkeit dieser Ideen zweifelt, seine Stimme zu Gunsten des sozialdemokratischen Candidaten in die Urne legen.

Und er muß dies nicht nur aus Abscheu vor dem bisherigen staatlich gepflegten wirthschaftlichen Ausbeutungssystem, sondern er muß es auch thun mit derjenigen Rechtlichkeit, welche den ehrlichen Mann stets auf die Seite der unschuldig Verfolgten und Bedrückten drängt.

So wird sich dann allmählich auf der einen Seite Intelligenz und Ehrlichkeit, auf der anderen Nichtswürdigkeit und Dummheit zusammenfinden.

Auf welcher Seite dann schließlich der Sieg erfochten wird, das zu prophezeien kann man all' Denjenigen überlassen, welche moralisch geblieben sind, ohne der Dummheit zu verfallen.

Deutschland und der Sozialismus

von Ludwig Bamberger.

Von H. M.

(Schluß.)

Auch sprechen Sie dann von „dem Treiben einer hauptstädtischen Bevölkerung, die — im Vorgefühl ihrer politischen Ohnmacht — sich entweder träger Gleichgiltigkeit oder radikalen Spielereien überläßt." Ein solcher Zustand in der „Stadt der Intelligenz", im „Spree-Athen", hat Ihnen also nicht mehr zu denken gegeben? Wenn denn soll das Bürgerthum aufgeweckt werden, wenn es in Berlin, in der Reichshauptstadt, noch nicht einmal eine Ahnung von seinen Pflichten und seinem Berufe hat? Nicht aufzuwecken ist es fast, und endlich erwacht, überläßt es sich den Radikalen. Ja, Herr Bamberger, Sie haben recht, das schlafende Bürgerthum gehört Ihnen, aber uns das wache.

Damit sind wir bis zum Schlusse des I. Theiles der Schrift des Herrn Bamberger gekommen. Die folgenden Theile II—V (2—5) ebenso eingehend zu erörtern, würde zu weit führen, weshalb wir uns von nun an darauf beschränken, nur noch einige wenige Stellen hervorzuheben. Pag. 20—27 behauptet Herr Bamberger, daß die gewaltsame Vernichtung des bürgerlichen Regimentes die Losung auf der ganzen Linie der Sozialdemokratie sei, seit Kurzem sogar das offizielle Glaubensbekenntniß der gesammten Anhängerschaft bilde. In denselben Sinne unterschiebt uns Herr Bamberger (pag. 69) die Intention: Die Ausrottung aller übrigen Klassen sei unser eigentliches Ziel. Das sind elende Lügen, Herr Bamberger. Sie wissen ganz genau, daß von keiner Partei mehr, wie von der sozialistischen in jeder Weise durch Wort und Schrift das Gegentheil von Ihrer Behauptung betont wird. Sie wissen, daß die Sozialisten durch friedliche Propaganda auf dem Boden des gegebenen Rechtes zu ihren Zielen kommen wollen, das wissen Sie und dennoch behaupten Sie unverblümt das Gegentheil. Ebenso verhält es sich mit der Ausrottung der Klassen. Nicht ausrotten wollen wir alle anderen Klassen, sondern auffangen wollen wir sie, wir wollen das thun, was das Bürgerthum zu erfüllen nicht im Stande war und nicht im Stande sein kann.

Bei Besprechung des allgemeinen, direkten Wahlrechts kehrt Herr Bamberger nochmals seine ganze nationalliberale Compromißnatur hervor. „Das allgemeine Stimmrecht ist eine vollendete Thatsache, die jedes Versuches, sie rückgängig zu machen, spottet." Aber gleichzeitig meint Herr Bamberger, ob es nicht wohl thunlich wäre, die heute auf 3 Jahre fixirten Wahlperioden zu verlängern, oder das Wahlrecht an eine Niederlassungszeit zu binden. Wo soll das hinaus? Sie wollen noch nicht offen sagen, man müsse das Wahlrecht zum Klassenrecht erheben, auf indirektem Wege wollen Sie dasselbe Ziel erreichen. Die Freiheits-Schnörkel dürfen nicht fehlen, es kommt ja nicht darauf an, was dahinter ist. Sie gehen nur darauf aus, indem Sie dem Volke eine seiner theuersten Freiheiten stehlen möchten, der sozialistischen Propaganda entgegenzutreten. Wozu Sie den Muth nicht haben auf der Tribüne und in der Presse, das sollen Gesetzparagraphen und Polizei besorgen. Das allgemeine Stimmrecht hat sich beim deutschen Volke eingebürgert, nehmen Sie es uns, wird es uns mehr zur Propaganda dienen wie heute.

Die rapide Ausdehnung des Sozialismus in Deutschland und anderwärts ist gegen die Ansicht des Herrn Bamberger weder „der internationalen Camorra des Herrn Marx mit ihrem schweren Räsztzeug" zuzuschreiben, noch dem indifferent zuschauenden Bürgerthume, in das sich, wie Sie meinen, die geschlossene Partei der Sozialisten wie ein Keil einschiebt. Diese Ausdehnung des Sozialismus und diese Indifferenz des Bürgerthums sind nicht Wirkung und Ursache, wie Sie annehmen, beide sind Wirkungen, beide sind Symptome unserer Zeit, in denen sich der Zeitgeist manifestirt. Das Bürgerthum ist indifferent, weil es sich überlebt hat, es kann kein geschlossenes Ganze mehr werden, weil es keine gemeinsame Aufgabe mehr zu erfüllen hat. Daher seine Indifferenz und seine Zersplitterung. Die sozialistische Bewegung dagegen ist jung und mit dem Feuer ihrer Jugend kämpft sie für ihre Ziele und Ideale. Daher die Begeisterung ihrer Anhänger, ihre Opferfreudigkeit und ihr geschlossenes, entschiedenes Vorgehen, wo es sich um die Gesammt-Interessen handelt. Und ferner ist die Geschichte nicht spurlos an uns vorübergegangen. Wir haben daraus gelernt und wissen die empfangenen Lehren zu benutzen. Sinn für das Allgemeine, Erfahrung und deren richtige Anwendung sind die Mittel, mit denen wir der voranschreitenden Zeit entgegen arbeiten. Das ist das ganze Geheimniß der Machtentfaltung des Sozialismus, die Sie auf langen Seiten vergeblich zu beweisen suchen. Da ist kein weiteres Geheimniß, wenn Sie nicht selbst eins dahinter bringen, um es alsdann suchen zu können.

Pag. 69 lesen wir bei Herrn Bamberger:

„Alle Darstellungen des Lebens und der Lehre Lassalle's glauben an das Titanen-Diplom, das er sich selbst ausgestellt hat." —

Warum aber, Herr Bamberger, stellen Sie sich denn nicht ein solches Titanen-Diplom aus? Denken Sie sich, wie schön es wäre, auch nur als Titänchen sich von der späten Nachwelt bewundern und sich „göttliche Ehren" dekretiren lassen. Obgleich überflüssig, bemerken wir kurz: göttliche Ehren erkennt die Sozialdemokratie weder Lassalle, noch irgend einem Anderen zu. Auf Kissinger Hutfutter oder Marpinger Wasser steigen wir nicht hinab. Giebt es aber etwas Natürlicheres, als daß das arbeitende Volk jene wenigen Männer im Gedächtniß behalte, die für es gekämpft haben? Thun nicht die Bourgeois, thut nicht jede Gesellschaft, thut nicht jede Familie dasselbe? Um nun auf das Titanen-Diplom zurückzukommen, um sich solches zu erwerben, muß man erst Entsprechendes geleistet haben. Wenn Sie sich z. B. oder einer Ihrer nationalliberalen Collegen ein Titanen-Diplom ausstellen wollten, würde, als einzige Antwort, alle Welt Sie mitleidig belächeln. Titanen-Diplome auf dem Papier werden mitsammt dem Papiere vom Winde fortgeblasen.

Zum Schluß noch einmal kommen wir auf Herrn Bamberger's „Unsinn" zurück. Wenn der Sozialismus nur von den Compendien der Herren Marx und Lassalle lebte, und selbst wenn er nur eine Magenfrage wäre, dann, Herr Bamberger, mögen Sie und Ihre Freunde mit philosophischer Ruhe der

ganzen Bewegung zuschauen, sie würde sicher im Sande verlaufen. Wenn der Sozialismus nicht mit absoluter Nothwendigkeit sich selbst einführen wird, dann wird es nie dazu kommen; nur was vernünftig ist, wird geschichtlich.

Wenn aber, wie wir behaupten, der Sozialismus nichts anderes ist, als Wirkung längst vorhandener Ursachen, wenn er nichts anderes ist, als „ein Moment der produzirenden Idee", dann, Herr Bamberger, Sie mögen da zappeln und sich sträuben, dann wächst die Welt in den Sozialismus hinein.

Anm.: Dem im Auslande lebenden Verfasser dieser Zeilen kam die Schrift des Herrn Bamberger erst vor wenigen Tagen zu Gesicht, daher das ein wenig verspätete Erscheinen der Besprechung.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Schutzzoll und Freihandel oder wie's gemacht wird!" Unter dieser Devise liegen sich die biederen Ordnungsleute (— vulgo Liberalen —) im 3. weimarischen Wahlkreise bedenklich in den Haaren. Bekanntermaßen haben die Freihändler dort den früheren Bundeskanzleramts-Präsidenten Herrn v. Delbrück als Candidaten aufgestellt.

Diesem gegenüber steigt nun am 15. Juli ein Herr Rudolph Schwabe aus Neustadt a. d. O. als „Ritter vom Schutzzoll" in die Arena und schließt eine längere Strafpredigt gegen die Freihändler mit folgendem ergötzlichen Bittgesuch und „offenen Wort" „an die Vorstände unserer reichstreuen Vereine":

„Sie haben sich mit unseren Zielen und Bestrebungen, mit dem, was uns Lebensinteresse ist, in Widerspruch gesetzt und sind in Gefahr, die politische Führung zu verlieren.

„Sie haben sich in den fetten Jahren, als der Becher überschäumte, Ihre Bezüge gut gesichert, um Ihrem Berufe mit größerer Freudigkeit nachgehen zu können. (Sehr schön empfunden! Anmerk. des Setzers.) Sie hatten Recht daran, es kam Ihnen zu, wir hätten es auch so gemacht. — (Bravo, Bravissimo!) Allein — Sie haben es noch und wir mußten inzwischen die Neige leeren, mußten inzwischen die Krisis durchmachen.

„Nun capriciren Sie sich nicht darauf, uns den Bock zum Gärtner, einen Manchestermann zum Vertreter zu setzen (armer Delbrück!), sondern überlassen Sie uns die Regelung unserer wirthschaftlichen Lage selbst, damit auch wir der nagenden Sorge ledig und unseres Berufes wieder froh werden können (arme Schutzzöllner das!). In anderen Fällen von weniger einschneidender Bedeutung werden wir Ihnen gern wieder den Vortritt lassen."

Bravo, Bravissimo! Das ist die höhere Ehrlichkeit unter dem Wahlgalgen!

Die sieben fetten Jahre des Freihandels haben den Schutzzöllnern Appetit gemacht. „Geht weg und laßt uns hin" — rufen die hungrigen Schutzzöllner und — der schlichte Wählersmann soll die Leiter dazu halten, daß diese Gesellschaft sich desto gemüthlicher die Taschen füllen kann.

Herr Rudolph Schwabe aber ist zur Anerkennung für seinen Freimuth von circa 150 gleichverlangenden Seelen in Neustadt a. d. O. als Gegencandidat des Herrn v. Delbrück proklamirt worden, und wir können uns nicht versagen, dem wackeren Herrn Schmidt unser Compliment zu machen, daß er es so offen ausgesprochen hat: Die Freihändler haben lange genug den überschäumenden Becher und mit Recht bis zur Neige geleert, — sie hatten Recht daran ꝛc. ꝛc. — aber der Schutzzöllner hat Durst, viel Durst und wenn die Wahlen vorüber sind, dann fingt wiederum der Chorus der Theiler, die sich heute um den fetten Bissen zanken, indem sie sich brüderlich in die Arme sinken: „Wir sind gemüthlich, wir sind gemüthlich, es war noch nie so gemüthlich wie heute!" Und Bravo rufen wir dazu, Bravissimo, ehrsame Bruderschaft!

— Ueber den Haase'schen Concurs in Chemnitz veröffentlicht die Chemnitzer Freie Presse" Folgendes:

„Es sind nicht weniger als 4 Millionen Defizit vorhanden, und hierzu kommt noch, daß die zahlreichen Grundstücke, welche unter den Aktiven figuriren, zu viel höheren Preisen veranschlagt sind, als sie in der Auktion erlangen werden. Der Verlust trifft meist kleine Leute, das beweist der Umstand, daß die als Passiven verzeichneten Einlagen auf Scheine und Bücher 5,312,587 M. betragen. Das Uebrige sind Wechselschulden und einige bevorzugte Forderungen. Es werden für die Gläubiger kaum 40 Proz. herausspringen. Dies der Bankerott; nun ein Wort über die Bankrotteure. Denselben mußte — bei einem Defizit von vier Millionen Mark — schon längst bekannt sein, daß sie ihren Verpflichtungen nicht gerecht werden konnten. Dennoch nahmen sie bis zum letzten Augenblick Gelder an und spiegelten den Einlegern Sicherstellung vor. Das ist raffinirter Betrug, das ist eine Art civilisirter Straßenraub. Von Einschreiten der Criminalbehörden gegen die Betrüger hört man bis jetzt nichts." — Das genannte Parteiorgan hörte ferner, es stände der Bankerott noch einiger 30 Geschäfte bevor, man hielte dieselben jedoch noch bis nach der Wahl. Es ist das bei den Liberalen leicht möglich, denn wir sind schon so an ihre Gemeinheiten gewöhnt, daß uns gar nichts mehr auffällt. In Betreff des Obigen trifft doch sicher das Sprichwort von den kleinen und großen Dieben. Es ist die „Moral" der heutigen Gesellschaft: „die armen Leute hätten sollen vorsichtiger sein," hat der liberale Candidat Vopel in Chemnitz auf eine Anfrage bei einer Wählerversammlung in Betreff des Haase'schen Bankerotts gesagt. Treffender konnte der Mann wirklich nicht antworten — mag Jeder sehen, wo er bleibt! Die „Großen" wissen schon, wo sie bleiben; im schlimmsten Fall einmal — die Kugel vor den Kopf — vielleicht später einmal der Strick.

— Wir berichteten bereits, daß die Havarie-Commission in Kiel die Mannschaften der verunglückten Schiffe freigesprochen hat. Es verlautet nunmehr, daß die Offiziere der Schiffe vor ein Kriegsgericht zur Aburtheilung gestellt werden.

— Die schlechten Zeiten veranlassen die deutschen Buchdruckerprinzipale eine Revision des Tarifs vorzunehmen. Daß dabei der Lohn der Buchdruckergehilfen nicht verbessert werden wird, ist klar. Hört man doch z. B. in Leipzig von einer Herabsetzung um 33⅓ Proz. Ob auf diese Weise die Arbeiter von den sozialdemokratischen Bestrebungen abgeleitet werden, ist sehr fraglich.

— Preußische Fortschritte. Die „Germania" berichtet über einen interessanten Notenwechsel zwischen der bayerischen und preußischen Regierung in folgender Weise:

„Als der bayerischen Regierung von hier aus eröffnet wurde, daß demnächst ein preußischer General nach Bayern kommen werde, um die bayerische Artillerie zu inspiciren, erblickte sie in einem solchen Vorhaben eine Verletzung der bayerischen Reservatrechte und glaubte gegen dasselbe um so mehr remonstriren zu müssen, als schon die Ankündigung von jenem Vorhaben in den höchsten militärischen Kreisen Bayerns Kundgebungen des Mißfallens hervorgerufen hatte. In Berlin pflegt man jedoch nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern eine einmal angefangene Sache auch gründlich zu Ende zu führen. Das hiesige Cabinet eröffnete also mit der bayerischen Regierung einen lebhaften diplomatischen Verkehr, in welchem es ausführte, daß der deutsche Kaiser ein vertragsmäßiges Recht zu der angeordneten Inspection der bayerischen Artillerie durch einen von ihm zu bestimmenden Offizier habe. Und zwar leitet das hiesige Cabinet dies Recht aus folgender am 23. November 1870 zu Versailles zwischen den Grafen Bismarck und Roon auf der einen und dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Bray, dem Kriegsminister von Prankh und dem Cultusminister v. Luz auf der andern Seite vereinbarten Bestimmung her: „Der Bundesfeldherr hat die Pflicht und das Recht, sich durch Inspectionen von der Uebereinstimmung in Organisation, Formation und Ausbildung, sowie von der Vollzähligkeit und Kriegstüchtigkeit des bayerischen Contingents Ueberzeugung zu verschaffen, und wird sich über die Modalitäten der jeweiligen Vornahme und über das Ergebniß dieser Inspectionen mit dem Könige von Bayern in's Vernehmen setzen." Das Resultat dieser viele Wochen hindurch fortgeführten Auseinandersetzungen war, daß die bayerische Regierung sich schließlich der diesseitigen Auffassung accommodirt hat und daß der Generallieutenant v. Bülow sich in den nächsten Tagen nach Bayern begeben wird, um die auf dem Lechfelde bei Augsburg zusammengezogene bayerische Artillerie einer genauen Inspection zu unterwerfen."

Da haben wir ja die Bescheerung; aus purem Uebereifer bewilligt der Raupenhelm sonst, wo es gegen die Volksfreiheit geht, Alles, da muß man denn in solchen Dingen Gehorsam leisten — das versteht sich von selber.

— Die zu erwartenden Segnungen der Reaktion machen jetzt die Runde durch die Presse. Es sind allerliebste Sächelchen, die wir zu erwarten haben; wir theilen unseren Lesern etwas der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" Entnommenes mit:

„Keine gewaltsame Reaktion! Eine Reaktion in diesem Sinne ist gleich Revolution; aber ein systematisches Zurückgehen im Wege der geordneten Gesetzgebung auf die früheren Verhältnisse, soweit sie sich als besser herausgestellt haben, wie die gegenwärtigen, durch die liberale Gesetzgebung hervorgerufenen.

Wir können uns zur näheren Bestimmung unserer Ziele einfach auf das Programm der Deutschconservativen berufen, dem wir in allen Stücken zustimmen, also: Weiterbildung unserer Rechtsverhältnisse auf realem und geschichtlichem Boden, Erhaltung und Wiedererstarkung der christlichen Kirchen, confessionelle christliche Volksschule, Revision der Maigesetze, Reform der wirthschaftlichen Gesetzgebung, Beschränkung der Gewerbefreiheit! Das sind die Grundgedanken des deutschconservativen Programms, welchen wir theils in Interpretation seiner Absichten, theils als Ergänzung für die preußischen Verhältnisse noch folgende Sätze hinzufügen möchten, welche nicht den Anspruch machen, als festes Programm zu gelten: sie sollen vorläufig nur anregen; in wie weit sie angemessen und praktisch durchführbar sind, wird die Zukunft lehren.

Wiederherstellung des Taufzwanges bei allen Kindern solcher Eltern, die zu einer christlichen Kirche gehören, bez. nicht vor der Geburt des betreffenden Kindes ausgetreten sind. Die Kirche hat darüber zu wachen, daß die Kinder getauft werden; der Staat tritt nur auf Anrufen der Kirche als exekutirender Beistand ein.

Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag und für den Landtag (der letztere könnte aus den Provinziallandtagen gewählt werden). Verlängerung der Wahlperioden.

Vermehrung der indirekten Steuern, Verweisung eines Theils der direkten Steuern an die Communen.

Vorberathung aller Gesetze durch einen Staatsrath, bestehend aus ernannten und von den Parlamenten gewählten Mitgliedern. Die Parlamente können nur verwerfen oder annehmen; das Amendiren fällt weg.

Aufhebung aller derjenigen Bestimmungen, welche die Kräfte der Staatsbürger in viel höherem Maße in Anspruch nehmen, als es die Sache erfordert; damit 12 Geschworene tagen können,

---

Uebersicht der Volksbewegungen im 19. Jahrhundert.

(Schlußkapitel von Gervinus' „Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts". Leipzig, W. Engelmann. 1853. Seite 153 bis 181.)*)

I.

Die Freiheitskriege, die Napoleon's Herrschaft stürzten, vorzugsweise den spanischen und deutschen, bezeichneten wir als den Wendepunkt, der das Erwachen des politischen Bewußtseins und Selbstgefühls in den Völkern außerhalb Frankreichs anzeigt. In beiden Ländern hoffte das Volk mit der äußeren Befreiung auch eine innere zu erlangen; es hatte die Waffen für die bedrängten Fürsten ergriffen, in der Hoffnung auf so viel Dank (wie Jovellanos an Sebastiani schrieb), daß man die alten Mißbräuche abstellen werde, die die Ursache des eingetretenen Elends waren. An den spanischen Freiheitskrieg reihte sich dann der Aufstand der südamerikanischen Colonien an. Sie strebten anfangs nur nach Abwerfung des unerhörten inneren Drucks, wurden aber durch den unzeitigen Widerstand der spanischen Centraljunta von 1811 zu der ersten Erklärung ihrer Unabhängigkeit (Manifest von Venezuela) getrieben, in der sie, wie Nordamerika, unter der Berufung auf den Geist der Zeit, mit der ursprünglichen Gleichheit der Natur ihren Abfall rechtfertigten.

Die amerikanischen Freiheitskämpfe wirkten dann 1820 auf die Cadixer Expeditionsarmee zurück, sich zu Gunsten volksthümlicher Einrichtungen gegen den Thron zu empören, den die aufopferndsten Anstrengungen der Nation wieder hergestellt hatten; und dies war der Anfang der zähen und unter vielfachen Hemmungen vorschreitenden Staatsveränderungen, die dies Land, das die Last des Lehenwesens und der unumschränkten Fürstengewalt am härtesten und längsten getragen, der neuen Ordnung der Dinge zu erobern trachten. Die Bewegung dieser Zeit ergriff mit Ausnahme Frankreichs den ganzen romanischen Süden, Portugal, Neapel, Piemont; die Einigkeit Oesterreichs und Rußlands aber hielt damals Italien mit Leichtigkeit nieder und beherrschte selbst Frankreich in dem Maße, daß dieses die spanische Revolution unterdrücken mußte.

Die Bewegung in Spanien hatte aber unter anderen auch die Folge gehabt, daß sie den Aufstand Griechenlands, der durch geistigen und materiellen Aufschwung, durch französische Vorspiegelungen und russische Aufstiftungen lange vorbereitet war, unter dem allgemeinen Anstoße beschleunigte; und hier rangen in glücklichem Zusammentreffen die physischen Volkskräfte einer verwilderten Nation mit den christlichen und humanistischen Sympathien von ganz Europa zusammen, um, wenn auch spät und verkümmert, doch einen Erfolg zu erringen gegen die Künste der Diplomatie, in deren bisherige Eintracht hier und in Portugal die ersten Spaltungen kamen. Die politische Schlafsucht zu brechen, die in Folge der Erschöpfung nach den großen frühern Bewegungen über dem Welttheile lag, dafür wirkte die griechische Sache das Wesentlichste mit, deren Bedeutung von dieser Seite in Oesterreich gleich anfangs wohl gewürdigt worden war; sie übte auf die politischen Stimmungen, besonders in Frankreich, einen gewaltigen Einfluß. Ohne den durch sie veranlaßten Aufschwung waren die Verordnungen von 1830 schwerlich von jenen großen Folgen, welche den östlichen Bund der absoluten Mächte anfingen an ihrem Werke der Niederhaltung alles Volksgeistes verzweifeln zu machen, das seit 15 Jahren so erfolgreich hinausgeführt schien.

Die Julirevolution ward dann der Ausgang einer hoffnungsvolleren Zeit. Sie löste den einschläfernden Zauber, der von der russisch-österreichischen Staatskunst bisher geübt worden war; England war über den französischen Feldzug in Spanien, über den reaktionären Entwürfen Oesterreichs, die bis nach Amerika reichen sollten, über Rußlands Zusammenhang mit der bourbonischen Staatskunst aufmerksam geworden, und gebot dem Laufe der Reaktion Einhalt; Frankreich erhielt nach außen seine Selbstständigkeit und natürlichen Verbündungen wieder und kehrte innen zu den verlorenen Grundsätzen seiner Revolution zurück. Der Juliaufstand gab den Anstoß zu den neuen Ereignissen, die Spanien verjüngten, er veranlaßte die Reform in England, er demokratisirte die Schweiz, er trennte Belgien von Holland, er stachelte Polen zur Empörung; selbst in Deutschland, wo der Volkscharakter, die Zertheilung, die drückende Nähe des östlichen Fürstenbundes jede Bewegung fast unmöglich machten, gelangen einige rasche Veränderungen wenigstens in den Staaten, wo das sittliche mehr als das politische Gefühl durch verderbte Fürsten oder Regierungen empört worden war.

Ueberall geht in dieser allgemeinen Aufregung Europa's die Richtung der Bewegungen nach innerer Freiheit oder nach äußerer Unabhängigkeit, und meist nach beiden zugleich. Auch in dem, was in dem ruhigeren Gange der öffentlichen Dinge Bemerkenswerthes in diesen Zeiten geschah, ist besonders der letztere Zug, nach nationaler Selbstständigkeit und Stammunabhängigkeit, überall wirksam. Südamerika zerfiel in kleine Staaten. Die Türkei zerbröckelt mehr und mehr in ihre Bestandtheile. In allen ihren Provinzen regt sich eigenes Leben. Die Abreißung Aegyptens und Syriens ward im orientalischen Stile versucht. In Spanien regte sich der alte Stammgeist der baskischen Lande, in Italien der von Sicilien. Irland betrieb die Repeal*), und Schleswig-Holstein seine staatliche Selbstständigkeit. In Ungarn begann ein politisches Leben; das slavisch-illyrische, das czechische Element in Oesterreich, das polnische in Posen begann in neuer Bewegung zu gähren. In dem ganzen nichtdeutschen Oesterreich ging der politische Widerstand, der anderwärts dem Regierungssysteme entgegensteht, auf Abtrennung und Auflösung aus. Im Widerspruch mit den weltbürgerlichen Lehren des Tags, die alle Völkerunterschiede verwischen möchten, suchen sich überall die Stämme nach Sprache und Sitte zu trennen, fremde Herrschaft abzuschütteln, ein vielgestaltiges, der Freiheit günstiges Leben zu schaffen. Ja selbst was mit dem Geiste der gegenwärtigen Geschichte im Widerspruch zu stehen scheint, ist in der That nur eine andere Bethätigung desselben Geistes: während die Bestandtheile künstlich zusammengesetzter Staaten sich lösen, streben die Theile der lockeren Staatenbünde zu größerer Einheit zusammen; nach Einem Gesetze sucht sich dort das unnatürlich Vereinigte zu trennen und hier das unnatürlich Getrennte zu vereinigen.

Diese größere Einheit erstrebte die Schweiz in den dreißiger Jahren vergebens und erlangte sie plötzlich nach dem neuen Anstoße, den die Februarrevolution 1848 von Paris aus gab; Deutschland und Italien erstrebten sie auf eben diesen Anstoß, aber dieses erste Mal gleichfalls vergeblich. Die Neuheit und Größe dieser beiden Versuche streitet an innerer Bedeutung mit der weiteren Folge der Pariser Bewegung von 1848, daß zwei der Oststaaten des heiligen Bundes von dem Stoße der Revolution zum ersten Male erreicht und in ihrem Innersten erschüttert wurden, der Eine davon mit dem Abfall seiner Staaten in Italien und Ungarn bedroht war. An allen den drei Reichen im Süden, die in den ersten Jahrhunderten der neueren Zeit die mächtigsten Impulse gegeben hatten, hat sich nach der Reihenfolge ihrer inneren Schwächung in dieser neuesten Zeit die Auflösung versucht; an Spaniens Colonien mit großen Erfolgen, an der Türkei mit verschiedenen kleineren, an Oesterreich mit einem vereitelten. Trotz dieser Vereitelung wird hier, im Südosten wie im Nordosten, der Geschichte der Volksbewegungen dieses Jahrhunderts ein neuer Raum, auf dem die Völker ihre eigene Thätigkeit seit langen Zeiten ausgesetzt hatten, geöffnet bleiben, nachdem das monarchische Prinzip hier einen Stoß an den Stätten erlitten, wo es am gesichertsten schien; und den schlimmsten Stoß nicht durch das, was in der Bewegung gegen die Monarchie, sondern nach derselben durch die Monarchie geschah. An dem Heerde der europäischen Bewegungen aber, in Frankreich selber, war der Monarch, der vierte in 60 Jahren, gewaltsam gefallen und die Monarchie zerstört. Die Republik war mit den schroffsten Grundsätzen der Revolution zurückgekehrt. Die erregten Geister brüteten über noch ausschweifenderen Grundsätzen und Revolutionen, die inzwischen zu einem von Wenigen geahnten Rückschlage führten. Der Zukunft aber bleibt ein Räthsel gestellt, an dessen Lösung Viele verzweifeln, oder dessen Lösung die Menschen, nach ihren verschiedenen Neigungen und Leidenschaften, von ganz entgegengesetzten Seiten erwarten und in ganz widersprechenden Deutungen suchen.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) Vorbemerkung der Redaktion. Wir halten es augenblicklich, wo der Einfluß Rußlands auf Europa sich wieder geltend machen will und von Deutschland zum Zweck der Niederhaltung der gesammten Freiheitsbewegung unterstützt wird, für angezeigt, die Meinung eines der größten deutschen Patrioten, des berühmten Historikers und Litterarhistorikers Gervinus, über die Volksbewegungen des 19. Jahrhunderts und die „civilisatorische" Mission Rußlands dem deutschen Volke nach 25 Jahren wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Wegen dieses Schlußkapitels, das wir hier abdrucken, wurde vor 25 Jahren das Buch des gedankenreichen Forschers von der Reaktion verboten und verfolgt. Möge dieser Wiederabdruck daher einen Beitrag zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums jenes Ereignisses bilden und zugleich eine Huldigung für die Manen des Verstorbenen, den die neudeutsche Geschichtschreibung gern der Vergessenheit anheimwünschte, weil er kurz vor seinem Tode (Ende 1870) noch die preußische Eroberungspolitik bekämpfte.

*) Sprich „Ripihl"; die Auflösung der Union Irlands mit Großbritannien.

werden 30 Männer ihrem Berufsleben auf Tage und Wochen entzogen; ähnliche Bestimmungen enthalten auch leider die neuen Justizgesetze hinsichtlich der Schöffen.

Aufhebung aller verwirrenden Bestimmungen der Provinzial-Ordnung und der Competenz-Gesetzes; Weiteraufbau der administrativen Organisation auf Grund der Kreisordnung, unter Beseitigung des Behörden-Ueberflusses in den höheren Instanzen."

— Der sächsische Landtag hat in seinen letzten Sitzungen den Ankauf der noch in Sachsen befindlichen Privatbahnen beschlossen. Damit ist in einem deutschen Staate der Grundsatz der Staatseisenbahnen durchgeführt, es bliebe nun zu wünschen, daß auch die Lage der unteren Beamtenklassen eine Verbesserung erführe.

— Auf Einladung Bismarck's wird in Süddeutschland eine Conferenz verschiedener deutscher Minister stattfinden. Es ist nämlich beabsichtigt, ein einheitliches Steuersystem einzuführen. Daß dabei die Lieblingspläne des Reichskanzlers, Einführung indirekter Steuern, Tabaksmonopol u. s. f., besonders berücksichtigt werden dürften, unterliegt keinem Zweifel. Erleichterungen für das arbeitende Volk werden dabei nicht herausspringen; wo aber diese endlose Steuerschraube hinausführen muß, das ist klar — sie führt schließlich zum Bankerott der heutigen Gesellschaft.

— Geistiger Kampf gegen die Arbeiter. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: „Seitens der königl. Direktionen der Niederschlesisch-Märkischen und Ostbahn ist eine Maßnahme gegen alle unliebsamen Arbeiter in's Werk gesetzt worden, die nicht entschieden genug verurtheilt werden kann. Dieselben haben nämlich allen Eisenbahndirektionen ein Namensverzeichniß der ihrerseits in den letzten 14 Tagen entlassenen Arbeiter mit dem Ersuchen zugehen lassen, dieselben nicht wieder anzustellen. Und damit glaubt man die Arbeiter zu bessern und ihnen eine andere Ueberzeugung beizubringen." Die rohe Gewalt tritt immer mehr zu Tage, die Reaktion wird immer unverschämter, es fehlt nur noch die Knute und wir übertreffen das heilige Rußland. Nur immerzu. Die Früchte, die Ihr säet, werdet Ihr schon ernten.

— Ueber die Absichten Oesterreichs auf Bosnien und die Herzegowina ist sich heute alle Welt klar; der „Frankfurter Beobachter" schreibt recht treffend dazu: „Oesterreich steht mit seinen mobilisirten Bataillonen noch immer vor den Thoren Bosniens und wartet auf die Zustimmung der Pforte, sich zwei Provinzen in aller Gemüthlichkeit „abzwicken" zu lassen, während es selbst den Italienern Strafpredigten über Strafpredigten über ihre nichtswürdige Begehrlichkeit nach Triest und Trient hält. Die Türken aber lassen sich auf die Andrassy'schen Kniffe und Schliche nicht ein und scheinen sagen zu wollen: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu!" Unter diesen Umständen ist es gewiß charakteristisch, daß das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" schwört, daß Oesterreich, „selbst auf die Gefahr hin, Blut zu vergießen", die bosnische Beute nicht aus den Händen lassen werde; Graf Andrassy habe das Ziel, die osmanische Herrschaft in Bosnien abzulösen, schon seit drei Jahren, als das herzegowinische Zündhölzchen zu glimmen begann, mit Offenheit und Consequenz verfolgt." Das ist nun einfach gelogen, denn Graf Andrassy hat vor den Parlamenten stets hoch und theuer die Absicht der Annexion Bosniens geleugnet, bis sie jetzt schamlos von seinen Offiziösen als das eigentliche Ziel der ganzen österreichischen Orientpolitik der letzten Jahre hingestellt wird. Besser können die Geschäfte Rußlands, des „Todfeindes Oesterreichs", wie neuerdings der Petersburger Golos nackt heraus erklärt, freilich nicht besorgt werden."

— Vom Kriegsschauplatz. Bayrische Geschworene verurtheilten den Genossen Baumann in Nürnberg wegen Beleidigung des Königs von Bayern zu zehn Monaten Gefängniß. Dr. Brotzheimer vertheidigte Baumann in ausgezeichneter Weise. Am Schlusse rief der Vertheidiger den Geschworenen zu: „Wenn Sie, meine Herren Geschworenen, den Angeklagten wegen der Majestätsbeleidigung, die nach Ansicht von elf rechtsgelehrten Richtern und nach meiner festen juristischen Ueberzeugung keine ist, verurtheilen, dann hat Baumann, hat das sozialdemokratische Blatt Recht, wenn sie ausrufen: Das ist ein Tendenzprozeß, das ist eine Bourgeoisjustiz, die einen Studenten, der einen Menschen im Zweikampf getödtet, freispricht, aber einen Sozialdemokraten wegen einer Majestätsbeleidigung verurtheilt, die nach unseren Gesetzen keine ist!" —

Correspondenzen.

Amsterdam. Nachdem der „Allgemeine Niederländische Werkleute-Verband" (Allgemeen Nederlandsche Werklieden-Verbond) bei seiner letzten Generalversammlung (Weihnachten 1877) auf Veranlassung der hiesigen Schmiede-Vereinigung den Beschluß gefaßt hatte, eine „Gemengte Vereeniging" ins Leben zu rufen, die den Zweck haben sollte, bei Wahrung der Arbeiterinteressen alle Diejenigen als Mitglieder aufzunehmen, welche keine Fachvereinigung besitzen, gleichzeitig bei den kleinen selbstständigen Geschäftsleuten, Handlungsdienern u. dergl. müsse unter allen Umständen darauf gesehen werden, daß Niemand dieser Vereinigung beitreten dürfte, wenn er nicht vorher Mitglied seiner bestehenden Fachvereinigung geworden ist. Der Zweck letzterer Bestimmung liegt klar auf der Hand, jedoch wie Viele giebt es, welchen die laxe Organisation und Leitung des „Allgemeen Nederl. Werkl.-Verbond" (der schließlich nichts anderes ist als eine Kranken- und Sterbekassenvereinigung) gegenüber den vorgeschritteneren radikalen Elementen nicht entsprechen kann. In der öffentlichen Versammlung, welche vor einiger Zeit zur Gründung des obengenannten gemengten Vereins einberufen worden war, machte sich denn auch eine starke Opposition gegen die erwähnte Beschränkung geltend, worauf man, um dem gegründeten Verein einen durchschlagenderen Erfolg zu sichern, sich von Seiten des provisorischen Vorstands entschloß, den mißliebigen Modus fallen zu lassen. Dies hatte anderseits zur Folge, daß der Central-Vorstand des „Allg. Nederl. Werkl.-Verbond" den neugegründeten Verein nicht als eine seiner Abtheilungen anerkennen wollte. Die am Sonntag den 7. Juli stattgehabte öffentliche Versammlung im Café Apollo, welche verhältnißmäßig gut besucht war, acceptirte nun auch nach vorhergegangener ziemlich lebhafter Debatte die sozialdemokratischen Prinzipien des deutschen Programms in der Hauptsache einstimmig; ebenso wurde hierauf auf Antrag der ursprüngliche Namen des Vereins mit großer Majorität umgeändert in „Sociaal-demokratische Vereeniging". Daß der Verein eine hoffnungsvolle Zukunft hat, dafür bürgt nicht allein der durch und durch gute Wille der Genossen und die wenn auch langsame Aufklärung der Arbeiter, sondern hauptsächlich der Vorstand, welcher an Mannhaftigkeit, Energie und Ueberzeugungstreue nichts zu wünschen übrig läßt. Der Verein erreichte in derselben Versammlung die Höhe von ca. 60 Mann. Und das Alles trotz der auch hier vor kurzer Zeit grassirenden Manie der frevelhaftesten Verleumdungswuth! — Das Verleumden und Verdrehen wahrer Thatsachen in Betreff unseres Prinzips ist zwar längst charakteristisches Eigenthum der Gegner, aber die beiden wahnwitzigen Attentate in Berlin boten doch eine zu herrliche Gelegenheit für die gesammte holländische reaktionäre Preßmeute, in gemeinster und pöbelhaft frechster Weise die Lehren der Sozialdemokratie zu verunglimpfen, und zwar, wie es scheint, um ja nicht hinter den deutschen Preßco—llegen zurückzubleiben. Dieses traurige Zeugniß kann man ihnen ausstellen; ja selbst das Organ des „Allgemeen Nederl. Werkl.-Verbd.", „De Werkmansbode", schämt sich nicht, seinen Lesern, den Arbeitern, von sozialistischen Wühlungen in Deutschland zu erzählen. Und wie ist es auch anders möglich, stehen sie doch mit dem famosen Hirsch-Duncker'schen Gewerkverein auf gleicher Stufe — gleiche Brüder, gleiche Kappen. — Ein großer Theil der organisirten Arbeiter in Holland befindet sich noch im Schlepptau der Bourgeoisie und Katheder-sozialisten, und den größeren Theil hält der schwere Bann des Vorurtheils und Indifferentismus fern vom großen Emanzipationskampf der Arbeiter. An uns liegt es nun, den Unverstand der Massen, diesen Riesen zu bekämpfen, indem wir den Arbeitern die Augen öffnen über ihre Macht, welche sie besitzen, sobald sie zum Klassenbewußtsein gekommen sind. Auch hoffe ich, es werden die aller wahren Freiheit und Sittlichkeit hohnsprechenden Orgien der Reaktion in Deutschland den holländischen Arbeitern die Augen öffnen. Also, „freie" Niederländer, begreift auch Ihr zu Eurem Vortheil bald, daß politische Freiheit eine Lüge ist ohne soziale Gleichheit! O. M.

London, 23. Juli. Parteigenossen! Noch nie war die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder in größerem Maße auf Euch gerichtet, als gerade im jetzigen Augenblick. Die brutalsten und heftigsten Angriffe der Reaktion haben es nicht vermocht, Euch, wie man hoffte, zu unterdrücken. Fester denn je sind die Reihen der ihrer Klassenlage bewußten deutschen Arbeiter geschlossen. Am Tage der Wahl wird es sich zeigen, in welchem Grade die deutschen Arbeiter gewillt sind, sich unter das Joch einer maßlos herrschsüchtigen reaktionären Politik zu beugen. An Euch, Freunde, ist es, durch Eure Stimmenabgabe Protest gegen diese freiheitsfeindliche Politik zu erheben, welche Deutschland einen unauslöschlichen Schandfleck gebracht hat, indem sie es ermöglichte, daß ein bedeutender Bruchtheil der deutschen Bevölkerung wegen seiner politischen Gesinnung auf das schmählichste verfolgt wird. Die Sympathie aller denkenden Arbeiter ist in diesem Kampfe gegen die Reaktion mit Euch, Eure Sache ist die Sache der Proletarier aller Länder, Euer Sieg ist unser Sieg. Glück auf zur Wahl! — Im Namen des Raths des Internationalen Arbeiter-Bundes (International Labour Union)

C. Henze,
correspondirender Sekretär für Deutschland.
8 New Str., Golden Squ. W.

Lübeck. Zum Wahlkampf können auch wir einen nicht ganz uninteressanten Beitrag liefern. Es treten dabei diesmal Erscheinungen zu Tage, wie wir sie früher in unserem spießbürgerlichen Lübeck nicht kannten. Wir, die Sozialdemokraten, wollen, trotzdem Lübeck nicht zu den offiziellen Wahlkreisen gehört, einen eigenen Candidaten aufstellen. Um nun die Wahlbewegung in Fluß zu bringen, hatten wir am 6. Juli eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl" angesetzt. Genosse Heyer hatte das Referat übernommen. Zu dieser Versammlung hatten sich auch die liberal-conservativ-reaktionären „Reichsfreunde" schon 2 Stunden vor Eröffnung der Versammlung in großer Masse eingefunden. Als die Arbeiter um 8 Uhr das Lokal betraten, konnten nur wenige Platz finden, die meisten mußten draußen bleiben. Halb 9 Uhr eröffnete Genosse Steffen die Versammlung, um nur die Herren Reichsfreunde, welche einen Heidenskandal machten, zur Ruhe zu bringen. Das Bureau kam natürlich in die Hände der Reichsfreunde und wurde Hr. Dr. Brehmer zum Vorsitzenden gewählt. Außerdem die Herren Schweighofer, Oberlehrer Sartori und Ernst. Letzterer ist Präses des Krieger- oder Kampfgenossen-Vereins. Die Herren Kampfgenossen und Krieger waren recht zahlreich vertreten, deshalb hatte man wohl aus Anerkennung Herrn Ernst mit in's Bureau „ernannt". Herr Dr. Brehmer brachte, bevor er zur Tagesordnung überging, ein Hoch auf den deutschen Kaiser aus, worin unsere Reichsfreunde kräftig einstimmten. Genosse Heyer entwickelte, anknüpfend an die hiesigen Verhältnisse, in kurzen Zügen unsere Stellung zur bevorstehenden Reichstagswahl unter fortwährenden gemeinen Zurufen der Gegner. Hierauf erhielten die Herren Dr. Görtz und Benda das Wort. Dieselben schimpften in der gewöhnlichen Weise auf unsere Partei, brachten die alten Phrasen, die man uns vor 10 Jahren schon entgegenstellte. Hierauf erhielt Genosse Schwartz das Wort, diesem war es ein leichtes, diesen Unsinn zu widerlegen. Dann sprach Oberlehrer Sartori. Seine Rede gipfelte in persönlichen Bemerkungen. Schwartz sei ein Mann, der aus voller Ueberzeugung spreche, den müsse man achten, aber der Heyer sei ein Hetzer — das Weitere übergehe ich, da sich Alles um obige Wörter dreht. Um nun die Sozialdemokraten gänzlich zu vernichten, nahm der Dr. Görtz das Wort und erklärte, der Hofbaurath Demmler sei aus unserer Partei ausgetreten, daran könne man sehen, was das für eine Partei sei, alle anständigen Leute kehren derselben den Rücken. So war der Haupttrumpf ausgespielt — glaubte der weise Dr. Görtz. — Zufällig hatte Heyer vom Genossen Demmler Briefe bei der Hand, welche, mit den dazu gehörigen Bemerkungen, ein trefflicher Dämpfer für die begeisterten Liberalen waren. Gesenkten Hauptes, wie bestrafte Schulbuben, saßen die muthigen Reichsfreunde da, und als Heyer ein Hoch auf Genossen Demmler und die Sozialdemokratie ausbrachte, worin die Versammlung begeistert einstimmte, war den Helden vollends das Herz in die Hosen gefallen. — Den anderen Tag brachten die hiesigen Zeitungen natürlich die glänzendsten Siegesberichte über die Versammlung. — Zu Mittwoch, den 10. d. Mts., beriefen wir wieder eine Volksversammlung ein, die Reichsfreunde bittend, für rege Betheiligung zu sorgen. Da war ein reges Leben in unserem ruhigen Lübeck, sämmtliche Krieger wurden brieflich dazu eingeladen, die „ehrwürdige Corporation der Träger" mußte, wie verlautet, auf Befehl der Handelskammer um 6 Uhr Feierabend machen, es galt ja die Reichsfeinde zu vernichten. Eine zahlreiche Menschenmenge strömte nach unserem Vereinslokale, der Stunde harrend, daß das Lokal geöffnet werde. Endlich, als die ersehnte Stunde schlug, entstand ein Gedränge, wie man es hier wohl noch nicht erlebt hat. Mancher wohlbeleibte Reichsfreund mußte, um das Vaterland zu retten, dicke Schweißtropfen vergießen, aus mancher vaterlandstreuen Brust entrangen sich die Worte: „Ach, wäre ich bei Muttern geblieben." Aber es half nichts, aus diesen Strom war kein Entrinnen möglich. — Hinein in den Saal! das war die Parole. Genosse Steffen eröffnete die Versammlung. Bei der Bureauwahl erhob sich ein Lärm, der in einem Hottentotten-Krahl nicht schlimmer sein kann. Nach Ansicht unserer Genossen und unparteiischer Leute hatten wir die Majorität, aber um die Brüller zu beschwichtigen und zu verhüten, daß die Versammlung aufgelöst werde, verzichteten wir auf das Bureau. Als das Bureau constituirt war, erhielt Genosse Hartmann aus Hamburg zur Tagesordnung, „Proklamirung des Arbeitercandidaten", das Wort. Derselbe entwickelte die Stellung der liberalen Partei zur bevorstehenden Reichstagswahl, darauf hinweisend, daß nicht wir, sondern sie an die Wand gedrückt werden sollten. Indem er unseren alten bewährten Parteigenossen Th. Schwartz aus Lübeck unter stürmischem Jubel der Arbeiter als Candidaten derselben proklamirte, mochte manchem Reichsfreund beklommen bei der Rede Hartmann's geworden sein. Da beantragte Dr. Benda Schluß der Versammlung. Die Genossen Heyer und Schwartz waren noch in der Rednerliste eingetragen. Der Vorsitzende ließ abstimmen und erklärte, obgleich wir anderer Ansicht waren, den Schlußantrag für angenommen. Das war sehr „taktvoll", unserem Candidaten das Wort zu entziehen. — Nun Einiges über den Erfolg. Zu Sonntag, den 14. Juli, hatten wir wieder eine Volksversammlung einberufen, die Reichsfreunde um rege Betheiligung bittend. Aber an vielen Stellen waren unsere Plakate verschwunden, Mittags klebten meterhohe blaue Plakate an den Ecken, Nachmittags durchzogen Plakatträger die Stadt. Der Inhalt war: nicht in die Versammlung der bösen Sozialdemokraten zu gehen. Trotz aller Abmachung war unsere Versammlung gut besucht. Der „Hetzer" Heyer sprach zur Tagesordnung: „Die falschen Berichte der Zeitungen und das taktvolle Benehmen der liberalen Partei". Mit Leichtigkeit entledigte er sich seiner Aufgabe. Die Tellersammlung für den Wahlfond ergab 38 M. 10 Pf. Die Versammlung beschloß, den Liberalen für die rege Agitation, die sie für uns betrieben, in den hiesigen Blättern ihren Dank abzustatten.

Kiel, 19. Juli. Gestern hielt die größte Geisteslaterne der Rückschrittspartei, der „gewiegte Parlamentarier", Herr Professor Hänel, vor „seinen Wählern" eine mit theatralischem Pathos vorgetragene Brandrede. Die Versammlung war von mehr als 2000 Personen besucht, von welchen aber reichlich die Hälfte — Sozialdemokraten waren, welche das große Kirchenlicht ebenfalls sehen wollten. Ferner waren viele Nationalliberale, Conservative, Landesparteiler und wie der „Ordnungs"-Mischmasch sonst noch heißt, und viele Indifferente anwesend, so daß die eigentlichen Rückschreiter sehr in der Minorität waren. Nachdem das Comité, welches sich die Leitung der Versammlung vorbehalten, auf der erhöhten Tribüne Platz genommen hatte, wurde die Versammlung vom Professor Karsten eröffnet. Dieser Herr theilte mit, daß dieselbe von den Rückschreitern einberufen und sozusagen eine Parteiversammlung sei, daß man aber auch Andersdenkende gnädigst dulden wolle. Unter gewöhnlichen Umständen wäre es gar nicht nöthig gewesen, eine Candidatenrede zu verlangen, weil die parlamentarische Thätigkeit des Candidaten hinlänglich für seine Gesinnungs——tüchtigkeit zeuge. Unter den heutigen Verhältnissen sei eine solche jedoch geboten, weil die Rückschreiter mit einer politischen Partei zu rechnen hätten, welcher alle andern politischen Parteien gegenübertreten müssen. Die anwesenden Sozialdemokraten, welche gewohnt sind nur als „Rotte", „Bande" oder „Sekte" betrachtet zu werden, trauten ihren Ohren kaum, als sie hörten, daß sie wirklich einer politischen Partei und nicht einer Räuber- und Meuchelmörderbande angehören. Herr Prof. Hänel begann seine Deklamationen — wie dies von einem echten und rechten Rückschreiter nicht anders zu erwarten war, mit einem Anathema sit gegen die bösen Sozialdemokraten, die er, der „gewiegte Parlamentarier", der „ehrliche" Politiker, der Professor der Jurisprudenz, für die Attentate verantwortlich machte. Dieser „ehrliche" Politiker, der auf den Gimpel- — Pardon! Wählerfang ausgeht, verstand es, dem Spießer die Gänsehaut auf den Leib zu reden, indem er mit einem Aufwand von Lungenkraft und komödianten-artigen Gesten den Anwesenden vorlog, die Sozialdemokratie habe Alles, was dem Menschen heilig ist, mit Füßen getreten, habe die Arbeitgeber Sklavenhalter geheißen, habe die Commune verherrlicht (Hu!) und so die Bestie im Menschen entfesselt. Der Herr Professor erklärte, natürlich nach langem Phrasengeklingel, er sei gegen die Ausnahmegesetze — doch sei er gerne bereit, die Lücken, die das Gesetz aufweist, mit ausfüllen zu helfen, denn der größte Freiheitsheld könne die Freiheit nicht anders wollen, als daß Freiheit und Recht für Alle herrschen solle. Was der Wortschwall bedeuten sollte, ist mir heute noch unklar. Im Verlaufe seiner Rede benahm sich der Herr Professor echt — rückschreiterisch, denn er versprach „seinen" Wählern, für alles Mögliche einzustehen, um im selben Athem wieder zu sagen, daß er das Versprochene nicht halten wolle. Ehe ich einige Beweise anführe, will ich nur noch erwähnen, daß es auf die anwesenden Sozialisten sehr erheiternd wirkte, als Herr Hänel „quitschte", daß die Parteien so „zerrissen" dastehen und sich befehden, während die Sozialdemokraten sich hohnlachend die Hände reiben und aus der Uneinigkeit Nutzen ziehen. Nebenher bekam die conservative Partei einen Klapps und mußte sich sagen lassen, daß sie nicht fähig sei, die soziale Frage zu lösen. Da müssen natürlich die Rückschreiter kommen. Der Herr Professor erzählte nun, was die Rückschreiter alles im Reichstage gethan haben, und hatte den traurigen Muth, auf die Aenderungen des Gewerbegesetzes hinzuweisen. In der Militärfrage war der Redner gegen das Septennat, versicherte aber, nicht im Mindesten daran zu denken, die Wehrhaftigkeit unserer Armee, der wir uns mit Stolz rühmen dürfen, schwächen zu wollen; daß er, so weit die Mittel reichen, alles gestatten wolle, was zur Erhaltung der Armee nöthig ist. In der Finanzfrage erklärte sich der Herr Professor gegen die indirekten Steuern, gegen das Tabaksmonopol ꝛc., um aber sofort zuzugeben, daß es unmöglich sei, die Bedürfnisse des Reiches durch direkte Steuern zu decken, und daß daher auch die ärmere Bevölkerung durch indirekte Steuern zur Erhaltung des Staates herangezogen werden müsse. Die demagogische Erklärung, alle indirekten Steuern verweigern zu wollen, könne er nicht geben. Kurz und gut: Professor Hänel versprach seinen Wählern alles mögliche Schöne, um dann sofort mit dem verdammten wenn und aber alles Versprochene wieder zurückzunehmen. Das freiheitliche Mäntelchen, das diese Herren, wenn sie auf den politischen Bauernfang ausziehen, umzuhängen für gut finden, flatterte nach allen Seiten. Die Quintessenz der Rede war: Die Regierung soll uns fragen, ob sie dies und jenes ausgeben darf, thut sie dies, so wollen wir ihr gerne Alles, was sie will, bewilligen. Für „reichsfeindliche" Ohren belustigend war es, als der Herr Professor eine förmliche Jeremiade anstimmte, daß die Regierung von den liberalen Parteien, die doch so treu zu ihr gestanden sind, nichts mehr wissen wolle. Dieses „Quitschen" war das Einzige, was den Sozialdemokraten an den ganzen professorlichen Expektorationen gefiel. — Freisinnig wie der Candidat war auch das Comité, denn als Herr Hänel geendet hatte, wurde gnädigst jedem Interpellanten eine Redezeit von — — 5 Minuten gewährt. Ein Herr Dr. Müller, seines

Zeichens Nationalliberalconservativer, fragte nun, ob der Candidat ein Ausnahmegesetz gänzlich, oder nur unter gewissen Umständen ablehnen wolle. Hänel erklärte, keine Antwort geben zu können, weil er das Gesetz, welches vorgelegt werden soll, nicht kenne und daher auch nicht wisse, ob er seine Zustimmung geben oder verweigern müsse. Diesen Don Quixote, diesen juristischen Quacksalber kanzelte H. zum Gaudium der Anwesenden ordentlich ab. Genosse Walther meldete sich zum Wort, um zu erklären, daß er Sozialdemokrat sei, an den Herrn Professor zwar manche Frage zu stellen hätte, daß er aber in Anbetracht der den Interpellanten so kärglich zugemessenen Zeit auf jede Interpellation verzichte, dafür aber Herrn Hänel zu der für den Sonnabend anberaumten Volksversammlung, in welcher Jedem unumschränkte Redefreiheit gestattet sei, einlade. Als Walther erklärt hatte, er sei Sozialdemokrat, erscholl brausender Beifall, in welchen sich auch einige schrille Pfiffe mischten. W. tadelte das Vorgehen der Gebildeten und erwähnte, daß der dem Candidaten gezollte Beifall durch keine Pfiffe unterbrochen worden sei. Der Vorsitzende erklärte, er habe keine Pfiffe gehört, weil er dieselben sonst gerügt hätte. Als W. die Tribüne verließ, konnte es der gebildete Pöbel nicht unterlassen, nochmals zu pfeifen, ohne daß sich der Vorsitzende bewogen, gefühlt hätte, den Ruhestörern eine Rüge zu ertheilen. Den Sozialdemokraten wäre es ein Leichtes gewesen, durch berechtigte Opposition die Versammlung unmöglich zu machen, sie ließen sich aber von dem sehr — liebenswürdigen Candidaten die größten Beleidigungen, die niederträchtigste Verleumdung in's Gesicht sagen, ohne ein Zeichen des Abscheus laut werden zu lassen. — Bei den Arbeitern hat Professor Hänel den letzten Rest von Sympathie verscherzt. Sollte es zu einer Stichwahl zwischen dem Conservativen und Prof. H. kommen, so werden sich die Arbeiter der in der gestrigen Versammlung ihnen in's Gesicht geschleuderten Verleumdungen zu erinnern wissen und werden zu Hause bleiben, denn sie haben die Ueberzeugung gewonnen, daß H. gerade so reaktionär ist wie ein Conservativer.

—o—

Freiberg, 24. Juli. (Wahlagitationsbericht.) Wie überall, haben unsere Gegner auch hier ihre Hände im Spiele, wenn uns seitens der Wirthe die Säle verweigert werden. Trotzdem gelang es mir, in Halsbrücke am 19. und in Brand am 20. Juli eine Versammlung abzuhalten, wie ich eine Bergarbeiterversammlung am 21. d. M. in Freiberg — von den Conservativen inscenirt — total für uns gewann, obwohl das Ende davon eine kurze Freiheitsentziehung für mich zur Folge hatte. In Halsbrücke traten mir außer dem liberalen Stadtverordneten Braun aus Freiberg — den ich ohne Schwierigkeit warf — auch der Assessor der Amtshauptmannschaft entgegen, der meine Aufstellung, daß die Militärsteuern sich pro Kopf der Bevölkerung auf circa 10½ Mark repartirten, „wahrheitswidrig" finden wollte, wie er aus meiner Erklärung, die indirekten Steuern kämen „hintenherum", herauslesen wollte, daß ich damit „ungesetzlich" gemeint habe. Als ich über die Lebensmittelverfälschung vor dem Reichstage sprach, wollte er gehört haben, daß ich von der Lebensmittelverfälschung vor dem „elenden Reichstage", nicht von der „elenden Lebensmittelverfälschung" vor dem Reichstage gesprochen hätte; allein die ganze Versammlung trat nach Befragen ihm entgegen — er hatte falsch gehört. Trotzdem mir das Wort entzogen wurde, tagte die Versammlung fort, und war sie am Schlusse durchaus für uns. — Halsbrücke hat immer gut gewählt. — Brand, 20. Juli. Hier sprach ich Sonnabend bereits eine Stunde, als ein „Bergstudent" mit seinem Freunde, einem Gutsbesitzerssohn, Störung in die feierliche Stille der ca. 400 Menschen starken Versammlung brachte. Statt daß die Polizei — wie allseitig gewünscht ward — die Zwei entfernte, löste sie die Vierhundert auf, ein Ereigniß, das freilich den Reiz der Neuheit nicht für sich hat. Uns konnte die Auflösung nicht schaden, denn was wir zu sagen hatten, war genügend gesagt, und wer der Herr Penzig (liberal) und der Herr v. Oelschlägel (conservativ) sei, das war längst den braven Bergleuten klar geworden. Die armen Liberalen mit ihrem „Winkelried", dem Advokat Täschner, an der Spitze, konnten nun nicht zum Worte gelangen und mußten traurigen Gemüths den Heimmarsch nach Freiberg antreten. Mögen sie sich für das ihnen entzogene Vergnügen bei den Conservativen bedanken, die zwei solche „nette Jungen" zur Störung abgeschickt hatten. — In Brand dürften sich eine große Anzahl Stimmen für unsern Candidaten Kayser vereinigen. Endlich erlangte ich am Sonntag, den 21. d. M., durch „schmeichelnde Worte", wie das „Freiberger Tageblatt" schreibt, Zutritt zu einer von den Conservativen veranstalteten Bergarbeiterversammlung hinter verschlossenen Thüren. Gegen den Willen der Vorsitzenden erlangte ich mehrere Male das Wort, und überzeugten sich die Bergarbeiter bei meiner Rede über die Ursachen der Silberentwerthung (in hiesiger Gegend ein ständiges Streitobjekt), als da sind die plötzliche Einführung der Goldwährung, der Einführung des Bamberger'schen Reichs-Nickel-Courant als Scheidemünze, der gegenwärtigen Krise ꝛc. — über die einzig richtige Stellung der Sozialdemokratie zu wirthschaftlichen und finanziellen Fragen, so schlug die Stimmung ganz für uns um, als ich die politische Stellung Penzig's und v. Oelschlägel's einer eingehenden Würdigung unterzog. Die beiden Vorsitzenden Müller und Grunewald, die Redner Schulze und Burkhardt, erschreckend conservativ gefärbt, konnten die Position nicht mehr behaupten — mit fliegenden Fahnen ging die Versammlung zu mir (für Kayser) über, — die Versammlung war unser. Meine von der Versammlung weg erfolgende Verhaftung dauerte nur kurze Zeit, meinen Bemerkungen über Oelschlägel, über die conservative Muckerei ꝛc. fehlte jedenfalls die staatsanwaltschaftliche Handhabe. — Heute wird der sächsische Landtag geschlossen, und die Penzig und Oelschlägel — welche beide im Landtage gegen Advokat Freytag's Antrag: Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen, gestimmt haben — gehen nun auf Reisen, um auf Basis dieses selben von ihnen verleugneten Rechts um die „süßen" wohlschmeckenden Stimmen des Volks zum Reichstage zu werben. Doch das „Bürger, gebt mir Eure Stimmen" dürfte bei dem größten Theile der Wähler des 9. Kreises in ein „Non possumus" umschlagen, und damit würde das arbeitende Volk seine politische Reife am besten beweisen. Zum „Kampfe für den Kayser mit dem griechischen J" lautet hier scherzweise die Parole; am 30. Juli wird es sich ja zeigen, wie viele „Kaisertreue" den „Reichstreuen" gegenüberstehen. Der Kreis ist gut und muß unser werden. Glück auf! H. Goldstein.

Freibergsdorf (9. sächsischer Wahlkreis), 24. Juli. Gestern Abend tagte hier eine nach vielen Hunderten zählende Wählerversammlung. Ich sprach reichlich eine Stunde über die Parteien im Reichstage, sowie über die Gesetzgebungsmaschinerie, verbreitete mich sodann in längerer Rede über die Natur der indirekten Steuern, deren namentlich die niederen Volksschichten drückende Tendenz, und die neuen Steuer-Schröpfobjekte: das Tabakmonopol und die Petroleumsteuer ꝛc. — freilich nicht ohne wiederholt von dem Beamten der „Ordnung" unterbrochen zu werden. Genosse Schuster, welcher nach mir das Militärsystem, nebst Militärgesetz, Landsturmgesetz und Invalidengesetz kritisirte, erging es nicht besser, da fanden die aus dem Militärgesetz „herausgerissenen" Paragraphen keine Gnade. — Die Liberalen hiesiger Gegend betragen sich ziemlich gedrückt. Seit ihrer Niederlage in Halsbrücke scheint ihnen vorläufig der Muth zu neuen Duellen benommen, dafür geben uns hin und wieder die Conservativen durch ihre Kreaturen einige Proben, welche uns vom Regiment der „Zucht und frommen Sitte", die unserer wartet, wenn die Landjunker zur Majorität gelangen, einen kleinen Vorgeschmack giebt. — Wohl am 30. Juli sollen beide Parteien ihr Urtheil von der Arbeiterwelt vernehmen, denn wenn nicht Alles trügt, so wird speziell der Freiberger Wahlkreis diesmal stärker als sonst wählen, während wegen Hainichen und Oederan ja mir Besorgnisse aufkommen. H. Goldstein.

Wurzen. Am vergangenen Mittwoch wurde in Dahlen unser Genosse Remmler wegen unbefugten Colportirens verhaftet; der dortige Bürgermeister wurde aber eines Bessern belehrt, wir zeigten ihm eine gedruckte Verfügung der Kreishauptmannschaft, in welcher gesagt ist, daß Vertheilung von Stimmzetteln und Wahlaufrufen nicht als Colportage im gewerbsmäßigen Sinne aufzufassen sei; dies bewirkte die sofortige Haftentlassung Remmler's. Am Freitag geschah dasselbe in Wermsdorf, Remmler wurde nach Oschatz transportirt, um dort schleunigst wieder in Freiheit gesetzt zu werden.

Eßlingen, 22. Juli. Eclatanter und erfolgreicher als am heutigen Abend konnte wohl kaum je die schon lange gewünschte Auseinandersetzung mit dem hiesigen Theil der Volkspartei erfolgen. Dieselbe wurde obendrein noch von letzterer Seite provozirt; denn nachdem man schon einige Tage vorher mehrmals alle Wähler zu der Candidatenrede Retter's eingeladen, erschien heute in einem Theil der beiden hiesigen Lokalblätter die vom Retter'schen Wahlcomité unterzeichnete Erklärung, daß nur diejenigen zu der ausgeschriebenen Versammlung Zutritt hätten, welche sich noch nicht für einen Candidaten entschieden. Offenbar hatte die Volkspartei durch einige Getreue aus unseren Reihen Wind bekommen davon, daß wir in der letzten Parteiversammlung am Samstag beschlossen, Herrn Retter wegen verschiedener Fragen zu interpelliren. In blinder Angst vor den bösen Sozialdemokraten erließ man daher erwähnte Erklärung. Trotz derselben war jedoch der Versammlungssaal im „Schwanen" bis über die Hälfte von unseren Genossen besetzt, die noch kurz vorher Zeit gefunden, sich über das nun einzuschlagende Verhalten zu verständigen. Bevor der Wahlcandidat seinen Vortrag begonnen, erbat sich unser bewährter Genosse Morlock das Wort, sprach unter Beifall seine tiefste Indignation aus über ein solches Verhalten der Volkspartei, die in ihrem Programm für freieste Meinungsäußerung einzutreten verspreche, in praxi aber das Gegentheil beweise, und forderte die Genossen auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Sofort erhoben sich alle Mann. Der Wahlcandidat, auf's Höchste verblüfft von diesem Vorgange und erschreckt vor der Aussicht, vor leeren Bänken reden zu müssen, bat in dringenden Worten, man möge sich doch nicht entfernen, er wolle sich ja gern über Alles interpelliren lassen — vergeblich, die Entrüstung war einmal eine allgemeine und schnell leerten sich Tische und Bänke. Die langen Gesichter der in geringerer Anzahl anwesenden Volksparteiler bezeugten uns, daß ihnen eine Ahnung aufging, was sie bei etwa nothwendig werdender Stichwahl von uns zu erwarten haben. Möchten die wenigen nach jener Seite noch hinneigenden Parteigenossen aber endlich erkennen, daß ein festes und entschiedenes Verhalten der Volkspartei gegenüber nothwendig und von größerem Nutzen ist als alles Laviren, denn Reaktionäre sind sie doch alle! — Als Gegencandidat von Retter ist unserseits J. Motteler, Leipzig, abermals aufgestellt. Hier (Stadt und Filialen) werden wir mindestens unsre alte Stimmenzahl unzweifelhaft wieder erlangen. Also eine Majorität gegen die „Volkspartei mehr rechts", wie sich diese Leute nennen.

Giesewen (Regierungsbezirk Gumbinnen), 17. Juli. (Wie man bei diesen schlechten Zeiten zu Geld und aus Noth kommt.) Gestern, 16. Juli, geht ein armer Schlucker, Namens Hesse, in seiner Angst vor Hungersnoth mit seiner Frau nach der benachbarten Kreisstadt Sensberg, um Rath zu schaffen, ob nicht ein gutherziger Jude oder Christ noch etwas borgt, da er im Dorfe nichts mehr auftreiben konnte. Dieser Mann hat ein kleines Grundstück von 18 Morgen, 4 Kinder, eine alte Mutter; er und seine Frau sind 7 Köpfe zu ernähren, dabei kein Kenner der Landwirthschaft, da er zum Schulmeister erkoren war. Dieser Hesse hatte zufällig wegen Abgaben etwas auf dem Landrathsamte zu thun, während seine Frau die Zeit auszunutzen suchte, um zu sehen, wo sie geborgt bekomme; da sich aber Niemand fand, der borgen wollte, war der Jammer groß. Auf einmal kommt Hesse freudig und ruft: Jetzt ist Land, jetzt sind wir 'raus, ich habe 15 Mark in der Tasche. Da war aller Kummer gestillt. Der Landrath, diesmal außergewöhnlich freundlich, erkundigte sich nach den Hesse'schen Verhältnissen. Da derselbe nichts Erfreuliches zu melden hatte, gab ihm der Landrath 15 Mark mit dem Bedeuten: „Aber — lieber Hesse, Sie wissen doch, von dieser Wahl hängt all' unser Wohl ab; also — den Mann, den ich stellen werde, der wird das Volkswohl vertreten, und namentlich für Euch Katholiken den Glauben aufrecht erhalten. Ich sende Euch Stimmzettel zur Vertheilung. Sie lesen doch auch irgend ein Blatt?" Ja, ja, Herr Landrath, antwortete Hesse, der liest jedoch nichts, versteht auch vom blauen Dunst nichts, und wenn er was liest, versteht er's nicht einmal. Auf diese Weise wird die Wahl bei uns gemacht.

Düsseldorf, 27. Juli. Das mit so vielem Geschrei angekündigte sogenannte VI. Deutsche Bundesschießen ist seinem kläglichen Ende nahe. Schon am zweiten Festtage hielten es viele, namentlich süddeutsche Schützenbrüder für gerathen, Düsseldorf, die servile Kunststadt, zu verlassen. Wenn bei den ersten deutschen Bundesschützenfesten der kühne freie Mannesgeist sich noch hin und wieder geltend machte, wo noch die Begeisterung für Recht und Gleichheit für Alle nicht ganz erstorben war, so finden wir heute von alledem nicht eine Spur mehr. Es ist traurig, sehr traurig, aber wahr, es haben sich die einzelnen Redner überboten in Fanatismus und Parteihaß. Und wie sollte ein solches Fest noch Anspruch auf die Bezeichnung „national" machen können, höchstens im Sinne unserer berühmten (!?) nationalliberalen Partei. Ein Maulheld hat den Ausspruch gethan, nachdem er wie üblich unsere Partei als Kaisermörder bezeichnet: „Diese Partei sei für alle Zeiten ausgeschlossen aus unserem Bunde!" Ja wohl, verehrter Herr! Mit Leuten Ihres Schlages wird gewiß Niemand im Bunde stehen wollen, dessen Herz für seine Mitmenschen noch warm im Busen schlägt, der Recht und Gleichheit für Jeden will. Oder ist das Bruderliebe, wenn man verleumdet und verdammt? Bei einem solchen Feste kann von Hebung der Moral und guten Sitte wohl keine Rede sein, wie es denn an Dieben und Prostituirten keinen Mangel gab. Die Wirthe und sonstigen Gewerbetreibenden, welche glaubten ihr Schäfchen scheeren zu können, haben kaum so viel eingenommen, um die hohen Standgelder und sonstigen Auslagen bestreiten zu können. Nur der Pächter der großen Festhalle soll eben bestehen, weil dort nur der Geldsack und das hohe Beamtenthum, in dessen Hände das Arrangement des Festes gelegt war, verkehren konnte. Als Beweis der Schützenbrüderlichkeit darf noch angesehen werden, daß zwei Comitémitglieder in Streit geriethen, welcher, nachdem derselbe zu Thätlichkeiten übergegangen, mit der Forderung auf Pistolen endete. Zum Schießen wird es jedoch nicht kommen, da den Herren ihr angenehmes Leben zu lieb ist. — Wir sehen also, daß nach und nach alle Vereinigungen, welche ursprünglich auch noch so ideale Ziele anstrebten, in unseren heutigen Gesellschaftszuständen untergehen. Woher und wie das kommt, dies zu ergründen und zu beweisen soll und wird die höchste Aufgabe der sozialistischen Literatur sein. — Wie überall, so sucht man uns auch hier die Wahlagitation möglichst zu erschweren. Ein für verflossenen Sonntag bestimmtes Wahlflugblatt wurde confiszirt und, nachdem ein großer Theil seines Inhalts gestrichen, nach einigen Tagen freigegeben. Daß in dem gestrichenen Theil etwas enthalten war, was zu dieser Maßregel Veranlassung gab, ist uns unbegreiflich. Vielleicht wollte man den Festgästen den Anblick eines sozialistischen Wahlflugblattes ersparen. — In unseren Nachbarstädten Elberfeld-Barmen hat die Begeisterung einen noch nicht dagewesenen Höhepunkt erreicht, so daß nur das Beste zu erwarten ist.

Arbeiter Deutschlands!

Von zahlreichen Feinden umringt, den schändlichsten Verleumdungen und brutalsten Verfolgungen ausgesetzt, der schrankenlosesten Polizeiwillkür preisgegeben, habt Ihr kalten Blutes die Hiebe der Gegner parirt und das freche Attentat auf die Freiheit des Volkes durch Eure besonnene und unerschrockene Haltung bis zur Stunde vereitelt. Ihr habt in die Geschichte Deutschlands ein Blatt des Ruhmes gefügt, welches einen Lichtpunkt bildet in der Zeit der „tiefsten Schmach und Erniedrigung".

Arbeiter Deutschlands! Eure Brüder in Oesterreich sind stolz auf Euch.

Die Reaktion giebt trotz der moralischen Niederlage, die ihr durch den gesunden Sinn der Arbeiter, an dem alle Provokationen scheiterten, bereitet worden, das Spiel noch nicht verloren. Der tödtliche Stoß in's Herz der Freiheit soll noch geführt werden; vergeßt das nicht, Arbeiter Deutschlands!

Der Tag der Wahlschlacht ist da. Die Entscheidung, Volk der Arbeit, ist in Deine Hände gegeben. Sei daher eingedenk der Bedeutung des Moments und entscheide im Sinne des Rechts und der Freiheit, indem Du Deine Stimme Denen giebst, die das Wohl des Volkes ehrlich wollen: den Candidaten der sozialdemokratischen Partei.

Arbeiter Deutschlands! Mit dem regsten Interesse folgen wir Eurem Kampfe. Der bleierne Druck, der auf uns lastet, hindert uns leider, durch entsprechende Unterstützung Euren Sieg zu sichern. Unsere Partei ist arm und das wissen die Gegner unserer Bestrebungen wohl zu benutzen. Unsere Versammlungen werden verboten, unsere Zeitungen confiszirt und die Vereine beim geringsten Anlaß aufgelöst. Und dennoch strecken wir die Waffen nicht, sondern kämpfen unerschüttert weiter.

Arbeiter Deutschlands! Schwer ist der Kampf, den Ihr führt, doch seid eingedenk dessen: Je schwerer der Kampf, desto schöner der Sieg. Hinter den schwarzgelben Grenzpfählen schlagen Tausende wackerer Männerherzen Euch entgegen, beseelt von den wärmsten Sympathien für die Sache der enterbten, darbenden Menschheit. In ihrem Namen bringen wir Euch heute den brüderlichen Gruß. Möge es uns gegönnt sein, den 30. Juli als einen Siegestag unserer heiligen und gerechten Sache zu begrüßen!

Für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs
Die Herausgeber der „Sozialpolitischen Rundschau".

Briefkasten

Quittung. Schz Großenhain Ab. 25,00. Sbl Dortmund Ab. 18,50. Albrz Eßlingen Ab. 14,00. Schlbch Liège Ab. 8,06. Linke Pischen Schr. 16,00. Jltn i. Sitten Ab. 5,00. Verein Delniki Jetnota Wien Ab. 2,45. Frnkl Buda-Pest Ab. 43,78. Wj Christophsgrund Ab. 15,76. Prbstl München Ab. 50,00. Schrschmdt Meerane An. 2,00. Lhmnn hier Ab. 16,35. Hbrg Crinitz Schr. 0,13. Schnbl Weiten Schr. 1,85. Schlz hier R. W. 2,00. Bnndrf Lesum Schr. 1,90. Röst Quedlinburg Schr. 0,50. Thlsch Grunau Schr. 15,00. Hbrg Potzdam Schr. 1,70. Bmgrtl Limbach Schr. 1,70. Khnl 0,90. Mstr Brdn Schr. 1,40. Wbl Düsseldorf Schr. 2,50. Grbnstn hier Schr. 2,00. Schlz hier Ab. 1,40. Rjt Ragnitz Büsten 4,70.

Wahlfonds.

Schmdt Heddernheim 1,50. K. Penzing 1,65. B. L. hier 100. Unbekannt i. B. 300,00.

Robert Seidel,
Mathilde Seidel, geb. Schwarz.
Vermählte.
Zürich. Juli 1878. Eßlingen a/Neckar. [150

Oswald! [60

Gieb mir doch Aufschluß über den Grund Deines Ausbleibens, der Beruhigung halber.
M. (F. 220). **Albert.** R. 636.

Zur Beachtung!

In letzter Zeit mehren sich in auffallender Weise die Klagen der Abonnenten an den verschiedensten Orten, daß ihnen von der Post unser Blatt höchst mangelhaft und verspätet zugestellt werde, sowie daß hierauf bezügliche Reklamationen unberücksichtigt bleiben.

Wir beabsichtigen Beschwerde hierüber bei der k. Generalpostdirektion zu führen und ersuchen unsere Leser, uns von jeder wiederholten Unregelmäßigkeit oder Verspätung Mittheilung zu machen.

Den erhaltenen Bescheid der k. Generalpostdirektion werden wir seinerzeit mittheilen.

Leipzig, 26. Juli 1878.

Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
per ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Zanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hirsch, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 90. Freitag, 2. August. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate August u. September M. 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, in der Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6 IV., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsgasse 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV, Leipzig, **Reudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Zur Beachtung!

Die Wahlcomités werden ersucht, das Gesammt-Wahlresultat ihrer Kreise an das sozialistische Central-Wahlcomité in Hamburg, unter Adresse C. Derossi, Holzdamm 42, so bald wie möglich einzusenden.

Volksvertretung.

Von Ad. Donat.

I.

In der „Zukunft" sind vom Verfasser Dieses einige Artikel erschienen, betitelt: „Nur im Communismus ist größtmögliche Freiheit." Es ist darin ein neuer Vorschlag enthalten, wie im Zukunftsstaate die Volksvertretung eingerichtet werden sollte, um so gerecht als möglich zu sein. Das Wesen dieses Vorschlags besteht in einer neuen Art Zweikammersystem, in einer Vertretung der Menschenrechte durch den Staat, welcher zugleich der einzige Eigenthümer aller großen Arbeitsmittel ist, und in einer Vertretung der Interessen durch das Parlament der Gewerkschaften, welche letzteren zugleich die Pächter der großen Arbeitsmittel und die Vermittler und Leiter alles Großbetriebes sind. Gesetze, welche die allgemeinen Menschenrechte betreffen, sollen von der Volksvertretung im Staate ausgehen und Gesetzeskraft durch Urabstimmung erlangen. Gesetze, welche das Mein und Dein, die Produktion und Consumtion nach Maßgabe des Bedarfs, kurz die Interessen betreffen, sollen von dem gewerkschaftlichen Parlamente ausgehen und mit der Staatslegislatur vereinbart werden und nach der Vereinbarung sofort Gesetzeskraft erlangen. Jeder Bürger soll also zweimal repräsentirt sein, einmal im Staate und einmal in irgend einer Gewerkschaft, welcher er angehören muß, um überhaupt ein Recht auf das Leben zu haben. Jede Gewerkschaft verwaltet sich selbst unter Vertrag mit dem Staate und unter seiner Oberaufsicht. Alle Gewerkschaften, welche überhaupt als nützlich vom Staate anerkannt sind, bilden durch Abgeordnete das Gewerkschafts-Parlament, und alle diese Parlamente der verbrüderten Großbetriebsländer bilden zusammen das gewerkschaftliche Weltparlament, um in allen diesen Ländern die Produktion und Consumtion möglichst in's Gleichgewicht zu setzen.

Soviel einstweilen hier über diesen Plan. Eine Besprechung hat derselbe nicht gefunden, wiewohl er das Todtschweigen nicht zu verdienen scheint. Vielleicht erfolgt sie, wenn die Gründe dafür nochmals aufgezählt werden, was hiermit in der knappsten Wortfassung geschehen soll.

1) Keine politische Volksvertretung, in welcher Weise sie auch gewählt werden und wie auch immer ihre Macht, Uebles zu thun, beschränkt sein mag (durch einen Senat, oder ein exekutives Veto, oder Geschäftsordnungen, oder Volksinitiative und Referendum) ist fähig, Interessen gerecht zu vertreten; denn jede ist mehr oder weniger zufällig zusammengewürfelt, und für die Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen sorgen nur die Parteien, welche zufällig die Mehrheit haben.

2) Die politischen Volksvertreter werden ihrer Kenntniß der bestehenden Gesetze und ihrer juristischen Kenntnisse überhaupt wegen, demnächst aber ihrer parlamentarischen Gewandtheit und Redekunst wegen, höchst selten aber ihrer Vertrautheit mit vielen einzelnen Berufsinteressen halber gewählt. Das Sachverständniß und die Vernunft, welche in jedem einzelnen Berufe gerade entwickelt sind, werden nicht durch bewährte Kenner vertreten — höchstens mit Ausnahme der Juristen, Banquiers, Großhändler, Großgrundbesitzer u. dgl. Die Ackerbauer — überall die Mehrheit der Bevölkerung, die Künstler aller Art, die Aerzte, Naturforscher, Techniker, Lehrer und die Industrie-Arbeiter u. s. w. sind selten, und nie nach ihrer Wichtigkeit für das Volkswohl, vertreten.

3) Bei der Abstimmung im gesetzgebenden Körper werden die Stimmen gezählt, nicht gewogen. Da, wo ein Referendum besteht, wird dieser Fehler nicht verbessert; vielmehr wird manch' gutes Gesetz seiner die Einzelinteressen verletzenden Mängel wegen verworfen, manch' schlechtes Gesetz angenommen um seiner Begünstigung von Sonderinteressen willen.

4) Gewisse Sonderinteressen erzielen ihren Vortheil durch jährliche Wanderversammlungen, welche Bittschriften an die gesetzgebende Gewalt erlassen; die übrigen aber, welche zu arm und ohnmächtig sind, dies nachzuahmen, kommen dabei zu kurz.

5) Die Interessen müssen sich unter einander verständigen, wenn sie alle nach Maßgabe ihres Nutzens für das Volkswohl befriedigt werden sollen. Sie müssen ein jedes seinen Beruf mit Vernunftgründen vor der Sachkennerschaft des Volkes vertheidigen, und das gesammte Volk muß davon Kenntniß erhalten und von der Billigkeit des jedesmaligen Compromisses unter den Interessen überzeugt werden. Die so entstandenen Gesetzvorschläge über das Mein und Dein werden dann leicht mit der politischen Gesetzgebung vereinbart, und ihre Fehler werden von Zeit zu Zeit verbessert werden.

6) Jeder einzelne Mensch hat in sich ein zwiespältiges Bedürfniß: als Mensch, als Bürger und Familienglied hat er das Bedürfniß, soviel zu gelten, soviel Rechte und Pflichten zu haben, als jeder andere. Dieses Bedürfniß soll durch die politische Gemeinschaft befriedigt werden. Als Fachmann hat er das Bedürfniß, sich seinen Beruf nach Anlage und Neigung zu wählen, sich darin gehörig zu vervollkommnen, seine Leistungen blos von Sachverständigen beurtheilt und abgeschätzt zu sehen, die Blüthe und den Fortschritt seines Berufs zu fördern und darauf stolz zu sein, kurz seine Leistungen und seine Genüsse durch Sachverständige bei der Gesellschaft aller Menschen ausgeglichen zu sehen. Dazu sollten die Gewerkschaften dienen. Es sollte in diesen das berechtigte Organ und einer der gesetzgebenden Faktoren vorhanden sein, um im Rahmen der Gleichberechtigung jeder Berufsart die größtmögliche Leistungsfähigkeit zu gestatten.

Der Verfasser wünscht zu wissen, ob dieser Plan in seinen Grundzügen als vernünftig anerkannt wird und genug Beifall findet, um ihn zur weiteren Ausarbeitung zu ermuthigen. Es will ihm scheinen, als habe die wissenschaftliche Sozialdemokratie eine Pflicht, ihren Plan zum Zukunftsstaate soweit auszuarbeiten, als menschliche Voraussicht überhaupt reichen kann. Die allseitige Erwägung der Mittel, wie ein Staat der Gerechtigkeit hergestellt werden kann, welcher zugleich ein Staat der Freiheit und Cultur sei, gehört zu den besten Uebungen, welche unsere Parteigenossen aufnehmen können, bringt die Vernünftigeren unter unseren Gegnern auf unsere Seite und giebt Jedem unter uns die Beruhigung, daß er am größten und edelsten aller Menschenwerke mitarbeitet.

Natürlich ist vorauszusetzen, daß auch im Zukunftsstaate die politische Gesetzgebung von allen bewährten Mitteln Gebrauch machen werde, welche die Durchführung der Menschenrechte sichern, also von einem Proportional-Wahlgesetz (und zwar gefällt mir die von A. Bebel vorgeschlagene Art am besten), vom Einkammer-System, von der Volksinitiative und vom Referendum. Es fehlt aber in diesem Ringe demokratischer Einrichtungen noch ein Vorschlag betreffs der besten Art der Beamtenwahl. Die in den Vereinigten Staaten beliebte Art, die Oberbeamten durch Volkswahl und die Unterbeamten mittelst Anstellung durch die Oberbeamten, mit oder ohne Genehmigung des Senats oder der Gemeindelegislatur zu beschaffen, hat sich als ein ebenso verderbliches Auskunftsmittel herausgestellt, als es die im festländischen Europa gewöhnlichen Beamtenanstellungen sind. Unser obiger Plan empfiehlt sich auch deswegen, weil er ein besseres Mittel an die Hand giebt, um tüchtige Beamte unter Beseitigung aller Corruption zu erlangen.

Wenn nämlich die Berufsgenossenschaften aus ihrer Mitte eine Anzahl sachverständiger Bewerber um jedes Amt aufstellen, aus deren Zahl die Gesetzgeber wählen müssen, so ist Bürgschaft dafür gegeben, daß die Amtsbewerber sachverständig seien, und daß die aus ihrer Zahl ausgelesenen ihrer Würdigkeit willen, ohne Rücksicht auf Parteidienste und Günstlingschaft, angestellt werden. Es wäre mit dem Standesgeiste und der Ehre der Gewerkschaften unverträglich, Untüchtige zu empfehlen; und die Legislatur wird unter den Empfohlenen schwerlich einen Fehlgriff thun können.

Der Fragebogen der Tabaks-Enquête-Commission.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus **Berlin** berichtet, hat die Subkommission der Tabaks-Enquêtekommission den Fragebogen für den inländischen Tabaksbau fertiggestellt, und sollen die von derselben aufgestellten Fragen mit unwesentlichen Modifikationen vom Plenum der Commission die Zustimmung erhalten haben. Der Fragebogen der Subkommission lautet:

1) Wie viel Personen haben in jedem der drei Jahre 1875/77 Tabak gebaut? Wie groß war die Gesammtfläche der jährlichen Tabakspflanzungen während dieser Periode? Welche durchschnittliche Fläche trifft auf jeden Tabakspflanzer? Die vorstehend verlangten Angaben sind ausgesondert vorzutragen, je nachdem Tabakbau im steuerpflichtigen oder steuerfreien Umfang betrieben worden ist.

2) Welche Anzahl von Parzellen sind in jedem der drei Jahre 1875/77 mit Tabak bepflanzt worden in einer Flächengröße bis zu 50 qm. Qu.-M., bis zu 1, 2, 3, 4, 5, 10 a., über 1 ha.? Bei jeder Parzellenabtheilung ist die hierauf treffende Gesammtfläche anzugeben.

3) Wie groß erstellt sich für das Jahr 1877 die Anzahl der Gemeinden, deren Gemarkung mit Tabak bepflanzt war, auf einer Gesammtfläche bis zu 25, bis zu 75 a., bis zu 1, 5., 2, 5 ha.? Bei jeder Abtheilung ist die hierauf treffende Gesammtfläche anzugeben. Als Ergänzung der Fragen 1—4 ist ferner eine graphische Darstellung der Dichtigkeit des Tabaks für das Jahr 1877 anzufertigen. Zusammenhängende Tabakbaugebiete von 10 ha. und darüber sind grün zu schraffiren, die isolirten Tabakbauorte aber roth zu unterstreichen.

4) Wie groß war im Jahre 1877 die Anzahl der Hauptämter, in deren Bezirk nur eine Gesammtfläche mit Tabak bestellt worden ist bis zu 3, 5, 10 ha. Bei jeder Abtheilung ist die hierauf betreffende Gesammtfläche anzugeben. (Die Fragen 1—4 wären durch das kaiserlich statistische Bureau zu beantworten, dem überlassen bliebe, sich die nöthigen Materialien bei den Direktivbehörden zu erholen.)

5) Wird Tabak gemischt auch mit anderen Bodengewächsen (eventuell mit welchen) angebaut? In welchem Umfange geschieht dies, und welche landwirthschaftliche Bedeutung kann für diesen Mischbau geltend gemacht werden?

6) Welches sind die land- und volkswirthschaftlichen Vortheile des Tabaksbaues?

7) Von welcher Klasse von Landwirthen (Klein-, Groß-Grundbesitzern) wird Tabaksbau hauptsächlich betrieben? Wird Tabak auch auf Antheil (Halbpart) gebaut? In welchem Umfange werden zu den Handarbeiten Lohnarbeiter verwendet? Kann vom Großbegüterten Tabakbau mit lohnendem Erfolge noch betrieben werden?

8) Welche Arten von Tabak (deutscher Tabak, Gundi-, Virgini-Tabak) werden hauptsächlich angebaut? Würde es einem wirthschaftlichen Bedenken unterliegen, Nachernten durch Geizenzieher zu verbieten?

9) Wie hoch — im Ganzen und im Einzelnen noch Pacht-Schilling, Düngung, Feldbestellung und Handarbeit — berechnen sich die Kosten der Tabakkultur per Hektar und der Behandlung des Tabaks von der Ernte bis zur Dachreife (Abhängen oder Zusammenhängen des Tabaks)?

10) Wie viele Centner an getrocknetem (dachreifem) Tabak sind in jedem der Jahre 1857—77 durchschnittlich per Hektar gewonnen worden? Ist der Erntegewinn bei den einzelnen Tabakarten auch quantitativ verschieden, und in welchem Maße?

11) Läßt sich die Tabakernte nach der Menge des zu erwartenden Trockengewichts auf dem Felde in zuverlässiger Weise, eventuell innerhalb welcher Fehlergrenze, durch Sachverständige abschätzen? Wird die Abschätzung nicht erleichtert, wenn die Pflanzung in geordneten Reihen angelegt ist? Wäre für den Pflanzer die Anlage der Pflanzung in beliebiger, aber regelmäßiger Reihenfolge der Pflanzer mit Belästigung verknüpft?

12) Hat sich die Qualität der in Deutschland gebauten Tabake im Laufe der Jahre gebessert? In welchem Qualitätsverhältnisse stehen die badischen, elsaß-lothringischen und rheinpfälzischen Tabake zu einander? In welchem Qualitätsverhältnisse stehen die deutschen Tabake zu den amerikanischen Tabaken?

13) Welche mittleren, höchsten und niedrigsten Preise würden in jedem der drei letzten Jahre für den Centner getrockneten Tabak erzielt? Unterfrage für Elsaß-Lothringen: Wie stellt sich das Verhältniß der Preise für die Periode 1871/77 und für die letzten Jahre des Monopol-Regimes, unter Angabe der früher und jetzt auf den Hektar durchschnittlich erzielten Tabakmengen?

14) Wird Tabak in ununterbrochener Folge oder im Fruchtwechsel, eventuell in welchem, gebaut? Welche Vortheile und Nachtheile bieten einerseits der ununterbrochene Tabakbau, andererseits der Fruchtwechsel?

15) Wird der Boden durch den Tabakbau erschöpft?

16) Besteht bei gleicher Güte und Lage des Bodens ein Preisunterschied zwischen dem zu Tabaken benutzten oder geeigneten Boden und anderem Boden? Unterfrage für Elsaß-Lothringen: Hat der Werth des Tabakbaulandes seit Aufhebung der Tabakregie abgenommen?

17) Welches sind die Gründe des Tabakbaues seit 1878?

18) Können an Stelle von Tabak nicht andere Bodenfrüchte, als Flachs, Raps, Runkelrüben, Getreide, Kartoffeln 2c., mit gleichem Gewinn für den Landbau gebaut werden? Welche Früchte anstatt Tabak werden von denjenigen Pflanzern gebaut, welche seit 1873 den Tabakbau aufgegeben haben?

19) Wäre ein Verbot des Tabakbaues für die Land- und Volkswirthschaft mit Nachtheilen verknüpft? Mit welchen? Wie hoch können die landwirthschaftlichen Nachtheile in Geld pro Hektar angeschlagen werden?

20) Ist anzunehmen, daß bei Auflage der in den Tabakmonopolländern üblichen Bedingungen der Umfang des deutschen Tabakbaues keine Einschränkung erlitte, selbst wenn jedem nachsuchenden Pflanzer, sofern er jene Bedingungen erfüllen kann, die Bewilligung zum Tabakbau ertheilt würde?

21) Wo findet die Trocknung des geernteten Tabaks statt? Bestehen hierfür eigene Trockenschuppen (deren Anzahl wäre anzugeben) oder wird auf den Hausspeichern oder anderen Häusern (mit oder ohne besondere Vorrichtungen) oder auf dem Felde getrocknet? Werden Trocken-Lokalitäten von Pflanzern auch gemiethet?

22) Kann die Menge des getrockneten Tabaks in den Hängeräumen mit Verlässigkeit abgeschätzt werden? Wäre eine zu diesem Behufe etwa erlassene Anordnung, daß auf die Tabakschnüre (Bandeliers) nur eine immer gleiche, wenn auch bei jedem Pflanzer nach Belieben verschiedene Anzahl von Blättern aufzufassen sei, mit Inconvenienzen für den Pflanzer verbunden?

23) Welchen Gewichtsverlust erleidet das grüne Tabakblatt durch das Trocknen? Gehen völlig getrocknete Blätter bei längerer Aufbewahrung ohne Fermentation noch weiter im Gewicht zurück?

24) Wie wird das trockene (dachreife) Tabakblatt bis zum Verkaufe behandelt? Welche Behandlung erfährt bis zu diesem

Zeitpunkte das Erd- oder Sandgut, überhaupt Blätter, welche auf Schnüre nicht gefaßt werden können?

25) Bis wann wird in der Regel mit dem Verkaufe der letzten Tabakernte begonnen, und bis wann ist derselbe beendet? Kommt es häufig vor, daß Tabakpflanzer ihren Erntegewinn über das regelmäßige Ende jener Verkaufszeit zurückbehalten?

26) In welchem Umfange wird von Tabakpflanzern fermentirt? Ist die Vornahme von Fermentationen beim Tabakpflanzer als wirthschaftliches Bedürfniß anzuerkennen?

27) Wäre ohne wesentliche wirthschaftliche Nachtheile zulässig, dem Pflanzer für die Räumung der Jahres-Crescenz einen bestimmten Termin vorzustrecken? Als solche Termine kämen in Frage der Schluß des Erntejahres oder der 1. April oder der 1. Juli oder der 1. Oktober des nächstfolgenden Jahres.

28) An wen verkauft der Pflanzer in der Regel den Blättertabak? Blos an die Agenten der Händler und Fabrikanten oder auch unmittelbar an den Händler und Fabrikanten? Finden unmittelbare Verkäufe an fremde Exporteure statt? Werden kleinere Partien von blos getrocknetem Tabak wohl auch von Tabakkonsumenten zum Verbrauche veräußert?

29) Werden vom Pflanzer Theile der Ernte zum eigenen Consum zurückbehalten? In welchem Umfange geschieht dies?

30) Muß der Pflanzer dem Händler den gekauften Tabak zurückführen, oder wird der Tabak vom Händler beim Pflanzer abgeholt? In welcher Verpackungsweise geschieht regelmäßig die Abfuhr des blos getrockneten Tabaks, des Sandgutes, der Abfälle ꝛc. vom Pflanzer?

31) Ist das Abwiegen der einzelnen Colli (Büschel, Bündel, Päcke) in der Behausung des Pflanzers oder im Tabakbauorte auf Gemeinde- oder Genossenschaftswagen, vor der Absendung des Blättertabaks an den Käufer üblich? Oder wird erst beim Händler verwogen? Wäre in jedem Tabakbauorte Gelegenheit zum Abwiegen des verkauften Blättertabaks gegeben?

32) An welchem Zeitpunkte erfolgt in der Regel von Seiten des Händlers die Zahlung an den Pflanzer für den gelieferten Tabak?

Die Fragen 5—32 wären durch die zu bestellenden örtlichen Commissionen zu beantworten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Wahlergebnisse.** In dem Augenblick, wo wir dies schreiben, sind wir freilich noch nicht in der Lage, ganz genaue und vollständige Resultate über den Ausfall der Wahlen mittheilen zu können, soviel scheint jedoch festzustehen, daß unsere Stimmenzahl sich nicht vermindert hat, im Gegentheil haben wir Zuwachs zu melden. In Leipzig (Stadt) erhielt Bebel 5819, Stephani 11,940 und Heyne 2361. Also ein Mehr von 600 Stimmen. Im Landkreis Leipzig hat Ramm gegen 10,500, Dietze 10,900 Stimmen; das sind gegen 1000 Stimmen mehr wie bei der letzten Wahl. Ob Dietze gesiegt hat, ist zur Stunde noch nicht entschieden. Wahlbeeinflussungen haben in diesem Wahlkreise in unerhörtester Weise stattgefunden, ebenso Unregelmäßigkeiten bei der Wahlhandlung. In Chemnitz ist Most unterlegen. Von Dresden werden für Bebel 9400, Friesen 7000 und Walter 5000 Stimmen gemeldet. Also Stichwahl zwischen Friesen und Bebel. Im zweiten Dresdener Kreise ebenfalls Stichwahl zwischen Liebknecht und Schwarze. In Breslau in beiden Wahlkreisen Stichwahl zwischen Sozialisten und Nationalliberalen. In Greiz scheint Blos unterlegen zu sein. München hat einen bedeutenden Zuwachs an Stimmen (gegen 1000) zu verzeichnen. Zwischen Sonnemann (Frankfurt a. M.) und Nationalliberalen Stichwahl; unser Genosse Döll erhielt an 4000 Stimmen. In Offenbach a. M. ist jedenfalls auch wieder Stichwahl zwischen Liebknecht und Dernburg (nationalliberal). Ebenso in Ottensen zwischen Genossen Stöhr und Beseler. Die Resultate aus dem 14. sächsischen Wahlkreise (Borna, Penig, Colditz) weisen darauf hin, daß wie immer Stichwahl zwischen Geiser und Frege (conservativ) stattfinden wird. Aus dem 23. sächsischen Wahlkreise (Plauen-Oelsnitz) hören wir ebenfalls von Stichwahl zwischen Burckhardt und Meusel (conservativ). Im Freiberg-Oederaner Bezirk Stichwahl zwischen Kaiser und Penzig. Im 10. sächsischen Wahlkreis scheint die Sache für Burckhardt äußerst günstig zu stehen. Schaffrath steht bis jetzt in der Minorität. Im 15. sächsischen Wahlkreis (Mittweida) steht die Wahl für Bahlteich günstig. Aus dem 17. sächs. Wahlkreis (Glauchau) wird gemeldet, daß Bracke 10,133, Birnbaum 7170 erhalten habe. Es stehen jedoch noch eine Menge Dörfer aus. Also abwarten. Motteler ist gegen Streit (Zwickau-Crimmitschau) unterlegen. Aus dem 22. sächs. Wahlkreis (Reichenbach) ist noch nichts Definitives gemeldet. — In Berlin im 1. Wahlkreis Hänel (Fortschr.) gewählt, Most erhielt 2057. 2. Wahlkreis Klotz (Fortschr.) mit 15,122 Stimmen gewählt. 3. Wahlkreis Saucken-Tarputschen (Fortschr.) mit 13,028 Stimmen gewählt. Im 4. Wahlkreis Fritzsche 20,225 Stimmen gegen 20,269 Stichwahl. Im 6. Wahlkreis Hasenclever 15,660, Klotz 20,929 St. In Hannover Stichwahl zwischen Fritzsche und Partikularist. In Barmen-Elberfeld erhielt Hasselmann 11,443, Prell 7189, Aegidi 6209, Schorlemer-Alst 3051 Stimmen, also Stichwahl. Aus Apolda wird gemeldet, daß Ufert 406, Träger 834 und Schwendler 286 Stimmen erhielten. Aus Braunschweig meldet man, daß Bracke 6596, Bode 6369 Stimmen erhielt. In Königsberg i. Pr. erhielt der Conservative 7830, Liberale 5352, Sozialdemokrat 1104 Stimmen. In Hamburg 1. Wahlkreis erhielt Geib 10,490, Möring 12,690, Tesdorpf 714 St.; 2. Wahlkreis Hartmann 12,446, Bauer 13,352 Stimmen. Aus Nürnberg meldet man, daß Grillenberger 10,061, Günther 13,433 Stimmen erhielt. Im 3. sächs. Wahlkreis (Bischofswerda) erhielt Keller 93, Reich 291, Dr. Minckwitz 10, Bismarck 1 Stimme.

Das sind die bis jetzt bekannten Resultate. Unsere Stimmenzahl ist enorm gewachsen — ob und wieviel wir Candidaten durchgebracht, ist bis jetzt nicht zu sagen. Mag dem nun sein wie ihm wolle, unsere Genossen waren alle auf dem Posten; unsere Idee, unsere Sache hat trotz aller Verfolgungen nichts verloren, sondern gewonnen. „Noch ein solcher Sieg und wir sind verloren!“ mag nach diesem Pyrrhussiege die Reaktion ausrufen.

— **Wahlgesetzrevision.** Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Berlin:

„Im Ministerium des Innern hat man das nothwendige statistische Material angesammelt, um an der Hand desselben sich an eine Revision des Wahlgesetzes zu machen. Auch der Reichskanzler, der einmal das gleiche direkte Wahlrecht als das relativ beste bezeichnet hat, soll jetzt zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß dasselbe in seinem jetzigen Bestande nicht aufrecht erhalten werden kann und einer dringenden Aenderung bedürfe. Natürlich plaidiren auch dafür die conservativen Parteien, obgleich sie zu einer anderen Zeit die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, welches sie immer als die Quintessenz der Revolution bezeichneten, mit ungetrübter Freude begrüßten. Es war dies bei den Wahlen zum constituirenden norddeutschen Reichstage im Jahre 1867, wo die Conservativen sich überzeugten, daß mit Hülfe amtlicher Unterstützung das allgemeine Wahlrecht unter Umständen ihrem Interesse mehr nützen könne, als das Klassensystem. Indessen macht auch die nationalliberale Partei kein Hehl daraus, wie sie das bereits durch den Mund des Herrn v. Bennigsen ankündigen ließ, daß sie gern bereit sein werde, an einer Revision des Wahlgesetzes zum deutschen Reichstage mitzuarbeiten. Jetzt spricht sich auch ein bekannter hannöverscher Agitator in einer Harburger Correspondenz des „Hannoverschen Courier“ für Abschaffung des gleichen Wahlrechtes, dagegen will er das allgemeine Wahlrecht beibehalten wissen. Es würde dieser Gedanke also auf Einrichtung von Klassen hinauslaufen, auf ein System, welches vor mehreren Jahren die Kritik der liberalen Partei nicht gestehen konnte. Man hört auch, daß die Nationalliberalen gewillt sind, zur Aenderung des Wahlgesetzes selbst die Initiative zu ergreifen und mit den betreffenden Anträgen s. Z. im Reichstage hervorzutreten. Schon hier dürften sich Differenzen zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei einstellen, welche Parteien jetzt aus taktischen Gründen eine Alliance bei den Reichstagswahlen eingegangen sind.“

— **Oesterreich** hat endlich seine „große militärische Aktion“, durch die es zwei Provinzen gewinnen will, mit zwei Proklamationen an die Bosniaken und Herzegowiner begonnen; die Truppen selbst haben jedoch noch nicht die Grenze überschritten. Bei beiden Aktenstücken haben offenbar die russischen Proklamationen der letzten Jahre zum Muster gedient, was durch folgende Sätze des offiziösen Wiener „Fremdenblattes“ bestätigt wird: „Aller menschlichen Voraussicht nach wird die Okkupation von sehr langer Dauer sein. Unsere Truppen werden Bosnien und die Herzegowina kaum viel früher räumen, als die Engländer Cypern. Es müßten gar sonderbare Dinge geschehen, wenn sich die Verhältnisse, welche die Besetzung Bosniens und der Herzegowina nothwendig gemacht, in solcher Weise änderten, daß wir uns daselbst wieder, ohne Furcht vor einer Compromittirung unserer Interessen und unserer Ehre, von den Türken ablösen lassen könnten. So lange sich die Türkei nicht im europäischen Geiste reorganisirt hat und ein neuer, Achtung gebietender Machtfaktor im europäischen Concert geworden ist, wird Oesterreich-Ungarn den bosnischen Vorposten nicht wieder räumen dürfen. Wann diese Bedingungen erfüllt sein werden und ob überhaupt auf ihre Erfüllung zu rechnen ist, kann heute nicht Gegenstand der Untersuchung für praktische Politik sein. Oesterreich-Ungarn hat jedenfalls das Recht und die Pflicht, seine Einrichtungen so zu treffen, als seiner eine Aufgabe wartet, zu deren Lösung Menschenalter nothwendig sind.“

Während dieser „sehr langen“ Dauer der Okkupation wird übrigens das gute Oesterreich wohl noch manches Andere zu thun bekommen, als Bosnien zu civilisiren. Ein Triester Correspondent der „Allgemeinen Zeitung“ schreibt in dieser Beziehung: „Man müßte sehr kurzsichtig sein, um zu glauben, daß die heillose Agitation, welche seit einigen Monaten schon in Italien, im Görzischen, in Triest, in Südtyrol und in Istrien gegen die österreichische Herrschaft in diesen Gebieten planmäßig stattfindet, blos von der nie ruhenden und rastenden unersättlichen Aktionspartei ausgehe. Die Enden der Fäden, welche diese Bewegung leiten, ruhen in anderen Händen. Die öffentlichen und offiziellen Kundgebungen der jetzigen italienischen Regierung beweisen gar nichts. Die italienische Geschichte der letzten dreißig Jahre ist überreich an analogen Fällen politischer Doppelzüngigkeit. Was Triest speziell betrifft, glaube ich nicht, daß man ernstliche Absichten auf dasselbe hat. Man schreit nach Vielem, man fordert das Absurdeste, weil man weiß, daß man oft die ganze Hand verlangen muß, um einen Finger zu erlangen. Man würde sich — wenigstens in maßgebenden Kreisen — mit dem Trientinischen begnügen; um jedoch dieses zu erlangen, läßt man Alles gefährdet erscheinen und hetzt die Meute auf, die durch ihr Gebell den allgemeinen Alarm erregen soll. Diesem Treiben setzt die österreichische Regierung noch immer die größte Langmuth entgegen, obwohl sie schon längst die ganze Intrigue durchschaut und sich für alle Fälle vorbereitet. Gewiß ist, daß unsere Monarchie neuen Stürmen entgegengeht.“

— **Noch ein Veteran** unserer rationalistischen und sozialistischen Kämpfer ist erlegen — schreibt die „Arbeiterstimme“ aus Brüssel. Vor einer Woche verlor die Brüsseler Demokratie einen ihrer bewährtesten Genossen, den Chemiker P. Esselens (s. Nr. 86). Letzten Montag (22. d.) begruben wir den intimsten Freund desselben, Viktor Bonami Delesalle, Juwelenhändler und Professor der französischen Sprache und Literatur. Seit 1848 wirkte derselbe an einer Menge demokratischer Journale und veröffentlichte zahlreiche Broschüren, Almanachs, Fabeln, Gesänge ꝛc., sämmtlich demokratische und rationalistische Gedanken bearbeitend. — Kurz darauf mußte er, seiner Gesinnungen wegen, einige Jahre Strafe verbüßen; indeß erschien er gleich nachher mit fast noch wunderbarerer Produktionskraft auf dem Kampfplatze. In Verviers eröffnete er eine Polemik gegen den Pastor Bost (zu jener Zeit Repräsentant des liberal-demokratischen Protestantismus in Belgien); auch hielt er viele wissenschaftliche Vorträge in Brüsseler Arbeitervereinen. — Delesalle starb im Alter von 63 Jahren. Ein großer Zusammenfluß von Freunden hatte bei seinem Begräbniß statt, darunter Vertreter aller rationalistischen und sozialistischen Vereinigungen von Brüssel.

Uebersicht der Volksbewegungen im 19. Jahrhundert.

(Schlußkapitel von Gervinus' „Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“. Leipzig, W. Engelmann. 1853. Seite 153 bis 181.)

(Fortsetzung.)

II.

Rußland und die Stabilität.

Von Einer Seite betrachtet, kann es scheinen, als seien diese Bewegungen und ihre Zwecke bestimmt, an der Ordnung und Festigkeit des Bestehenden zu scheitern. Wo in Folge derselben freiere Staatsordnungen begründet wurden, im Südwesten der romanischen Nationen, da könnte man, wie in Spanien, ihre wohlthätige Einwirkung und, wie in Portugal, selbst ihre Dauerfähigkeit bestreiten; und auch in Frankreich hat die Revolution des Juli zu keiner echten verfassungsmäßigen, und die des Februar noch viel weniger zu republikanischer Freiheit geführt. Was ferner von allen jenen nationalen Abtrennungen wirklich gelungen ist, beschränkt sich auf die Unabhängigkeit der spanischen Pflanzlande, Belgiens und Griechenlands, und diese Erfolge, die Siege der Schwächsten gerade, scheinen sich, mehr als aus den Anstrengungen der befreiten Völker selber, aus den zufälligen Vortheilen der politischen Lage und aus dem Interesse zu erklären, das mächtige Staaten, und namentlich England, am Gelingen dieser Bewegungen hatten. Dagegen sind Ungarn, Polen, Sicilien, die Lombardei und Schleswig-Holstein wieder unterdrückt worden, die Republik in Frankreich ist gefallen, die Einheitsversuche in Deutschland und Italien sind mißlungen. Der östliche Fürstenbund ist siegreich geblieben über die Streifzüge der Revolution in seinem Gebiete. Das Dreieck dieser eng verbündeten Staaten, in denen der gemeinsame Raub Polens das gemeinsame Interesse erzeugt hat, mit einer gleichen volksfeindlichen Richtung ihrer inneren Politik den Widerstreit ihrer übrigen äußeren Interessen und selbst die Eifersucht der Macht zu überwinden, scheint an Festigkeit und Gewicht jenes Fox'sche Dreieck im Westen weit zu überbieten, das ohne feste Verbindung ist, gebildet von drei an Macht und Industrie wetteifernden Staaten, von welchen zwei sich in ganz verschiedenen Verfassungen bewegen, und der dritte zwischen anderen Formen hin- und herschwankt. In jenem Ostbunde steht Rußland als das ausgedehnteste Reich zweier Welttheile, von einer unversehrten Nationalität, unberührt in seinem Kerne von dem, was Europa bewegt. Es hat neuerdings das große Oesterreich durch seine rettende Hülfe in Ungarn bis zur Abhängigkeit verpflichtet, und Preußen hat es immer in seiner Abhängigkeit gehabt, seit es in die Erbschaft der Napoleonischen Weltmacht eintrat. Denn dies war das schwere Gegengewicht, womit Napoleon die vielen wohlthätigen Staatseinrichtungen, die er ausbreitete, aufwog, daß er, scheiternd an dem Plane, die Zukunft der Welt auf die Uebermacht Frankreichs zu begründen, sie vielmehr Rußland über- und hinterlassen zu haben schien. Seitdem er sich diese Macht in dem Tilsiter Frieden zu dem starken Freunde kaufte, den er gegen England auf dem Festlande gebrauchte, ihr Finnland überließ und, so viel an ihm war, auch die Donaufürstenthümer dahingab, ihr zu Gefallen Polen unhergestellt ließ und den Rath Talleyrand's verschmähte, ihr durch Vergrößerung Oesterreichs an der Donau ein gleichstarkes Gegengewicht zu geben, nährte er die Anmaßung, mehrte er den Einfluß, vergrößerte er den Anwachs dieses übermächtigen Staates, und steigerte Alles zusammen noch unermeßlich, als das Gegengewicht seines eigenen Reiches zu Boden fiel. Ein stets gleiches Glück hatte, wie in diesem letzten, so in jedem früheren großen Zeitraume der russischen Geschichte dies Reich getragen. Begründet von Peter dem Großen zu der Zeit, wo Frankreichs Macht am höchsten stand, aber gleich darauf tief herabsank, wuchs es schleunig zu riesiger Größe an unter Katharina II. in dem ersten polnischen Raube und dem ersten türkischen Kriege, als England gerade in Ostindien seine Vergrößerungen begann; aber gleich darauf durch den Krieg beschäftigt war, der ihm Amerika kostete; es steigerte seine Macht durch die letzten Theilungen Polens, als Frankreichs republikanische Waffen überall siegreich waren, aber gleich darauf zuerst an den russischen einen gewachsenen Gegner zu finden schienen; es trieb seine Macht endlich auf die Spitze unter Napoleon's Gunst, als dessen großes Reich ihm noch die Wage halten konnte, das aber gleich darauf zerfiel, und dies zwar wesentlich mit Rußlands Widerstand und Bemühung. In allen vier Zeiträumen lagen die beiden Mächte, die vereinigt diesem ungeheuren Anwachsen allein hätten Stillstand gebieten können, England und Frankreich, jedesmal in den verbittertsten Kämpfen. Frankreichs starke und schwache Könige, seine republikanischen Jakobiner und sein absolutistischer Kaiser haben gleichsam gewetteifert, dem nahen nationalen Feinde widerstehend, dem entfernteren europäischen Feinde in die Hände zu arbeiten.

(Fortsetzung folgt.)

Geheimbündelei.

Die Sozialdemokratie hat den Kampf und die Propaganda für die Sache des arbeitenden Volkes seit ihrem Auftreten jederzeit öffentlich geführt, sie ist eine entschiedene Feindin aller Geheimbündelei; klar und vor aller Welt Augen liegen unsere Bestrebungen. Wir standen unseren Gegnern jederzeit Auge in Auge und haben mit Wort und Schrift unser Programm, unsere Ansichten zu vertheidigen und für dieselben Propaganda zu machen gesucht — mit einem Wort, wir trieben niemals Geheimbündelei.

Es ist, da Niemand dies zu bestreiten wagen wird, um so verwunderlicher, daß man eine Gesellschaft, die Freimaurer, als ganz außer dem Gesetz bestehend betrachtet. Denselben ist gestattet, zu jeder Tages- und Nachtzeit Versammlungen abzuhalten, dieselben nicht anzumelden und dort Reden zu halten, die keinerlei Censur unterliegen.

Ist das nicht zweierlei Maß?

Und nun kommt noch hinzu, daß diese Gesellschaft eine geheime ist, deren Zwecke und Ziele Niemandem klar sind, von deren Treiben kein Mensch Kenntniß hat. Warum greift hier die Polizei nicht ein? Warum läßt man diese Leute außer dem Gesetz stehen? Das sind Ausnahmegesetze, Ausnahmegesetze für die besitzende Klasse!

Wer die Macht hat, hat auch das Recht, und das Recht hat eben die Freimaurer-Gesellschaft heute in Händen. Darum muß man, da sich Machtverhältnisse oft bedeutend verändern können, auf das Treiben dieser Leute aufmerksam machen. Man muß beweisen, daß die Gleichheit vor dem Gesetz eine leere Phrase ist.

Wir drucken im Nachstehenden das Vorwort eines die Geheimnisse der Freimaurerei behandelnden Buches ab, welches viel Stoff zum Nachdenken giebt. Es lautet:

Im Jahre 1822 richtete der ehemalige preußische Minister, Graf von Haugwitz, der zugleich Provinzial-Großmeister des Freimaurer-Ordens gewesen war, an die zu Verona versammelten Fürsten folgende denkwürdige Worte über die Freimaurerei: „Die geheimen Umtriebe, dieses schleichende Gift, dessen Natterstich die Menschheit jetzt mehr als jemals bedroht, diese sind es, die am Ende meiner Laufbahn noch einmal in's Auge zu fassen ich mich berufen fühle. . . . Hätte ich es nicht selbst erfahren, es würde mir heute noch unglaublich scheinen, mit welcher Sorglosigkeit die Regierungen ein Unwesen dieser Art — einen wirklichen status in statu — ganz unbeachtet lassen konnten. . . . . Einen beherrschenden Einfluß auf Thron und Monarchen zu üben, das war ihr Ziel, so wie es einst das Ziel der Tempelritter war. (?) . . . . Ich habe zu dieser Zeit die feste Ueberzeugung gewonnen, daß das, was im Jahre acht und achtzig begann und bald darauf ausbrach — die französische Revolution, der Königsmord mit allen seinen Greueln — nicht allein damals schon beschlossen, sondern durch Verbindungen, Schwüre u. s. w. eingeleitet war, und, Gott weiß, seit wie lange schon bestand. . . . Mein erster Drang war, Friedrich Wilhelm (III.) alle meine Entdeckungen mitzutheilen. Wir gewannen die Ueberzeugung, daß alle Verbindungen der Maurerei von niederen bis zu den mir bekannten höchsten Graden einem jeden Eindruck offen stehen, daß

religiöse Gefühle, sowie verbrecherische Pläne aller Art gleichen

außerdem ein Delegirter von Verviers. — Am Grabe sprachen Paul Janson, Delsaute und Claeskens im Namen der verschiedenen von ihnen vertretenen Gesellschaften.

— Londoner Tombola. Die bei derselben interessirten Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß dort, wo die bezüglichen Anklagen auf Uebertretung fußen, also auf Haft oder Geldstrafe bis 150 Mark (nicht Gefängniß oder Geldstrafe über 150 Mark) gehen, durch den Umstand entkräftet werden können, daß die Sache verjährt ist. Die Versendung der Loose dauerte bekanntlich von Oktober bis März, und da die Strafverfolgung von Uebertretungen in 3 Monaten verjährt, so wird die Verjährung in den meisten Fällen eingetreten sein. Für die Verhandlungen zweiter Instanz ist dies von Bedeutung.

Correspondenzen.

Bremen. (Parteigenosse Schlicht todt.) Die „Bremer Freie Zeitung" schreibt über den Verstorbenen: „Am Sonntag Morgen verschied eines unserer eifrigsten Parteimitglieder — der Cigarrenmacher Emil Schlicht — an den Folgen eines wiederholten Blutsturzes. Schlicht ist, so lange er politisch reif ist, ein treuer Anhänger und Verfechter der Sache der Arbeiter gewesen und hat als Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei ihr mit einer rühmlichen Geschäftigkeit und edler Aufopferung gedient. Noch in den Tagen seines Krankenlagers war sein ganzes Denken auf die Sache, welche augenblicklich die Partei rege beschäftigt, gerichtet. Obwohl er in sehr traurigen Verhältnissen lebte, wehrte er sich mit allen Kräften gegen die Inanspruchnahme von Unterstützungen seitens der Armenbehörde, um sein Wahlrecht, das er am 30. Juli um jeden Preis ausüben wollte, nicht zu verlieren. Sein Hoffen hat sich nicht erfüllt, der Tod hat ihn vorzeitig hinweggerufen. Der ernste Eifer, mit dem Schlicht bis zum letzten Augenblick der Parteiidee diente, hat ihm die Achtung aller Parteigenossen erworben, die ihn kennen gelernt haben, und diese Achtung wird über das Grab hinaus das Andenken an ihn in uns Allen rege erhalten.

Görlitz, 28. Juli. Auch für den Ordnungspöbel unserer Reissestadt war es eine Unmöglichkeit, in der großen Sozialistenhatz zurückzubleiben. Presse, Militär- und Gewerkvereine, besonders aber unsere geliebten Arbeitgeber wetteiferten um den Vorrang in der Gesinnungstüchtigkeit. Am gebildetsten bewiesen sich noch die echt Conservativen. Der Garnisonscommandeur forderte seine Leute bei einem anläßlich der Attentate abgehaltenen Feldgottesdienste nur auf: „die inneren Feinde aufzusuchen"; besser machte es schon der Militärverein, der einfach alle Sozialdemokraten ausschloß, coulanter Weise jedoch die gezahlten Beiträge zurückerstattete; der Vorsteher der „Kameradschaft", Kaufmann Totschek, will die bösen Sozialisten „belehren", erst wo dies nicht hilft, „bekämpfen", der liberale Herr Lüders jedoch „vernichtet" sie kurzweg. Du lieber Himmel, wer dann die Dividenden verarbeiten wird? Letztgenannter Herr, der früher fortschrittliche, jetzt nationalliberale Stadtrath a. D., Stadtverordneter, Aufsichtsrath vieler Gründungen und Reichstagscandidat, benimmt sich überhaupt sehr nobel. Von den unter ihm stehenden Fabriken wurden schon vor mehreren Wochen aus der Waggonfabrik 12 Sozialisten entlassen, gestern ist die Görlitzer Maschinenfabrik nachgefolgt. Besondere Verdienste hat sich dabei der frühere Tischler, jetzige Lagerverwalter, Generalrath und Vorsitzender im Gewerkvereine der Tischler, Louis Kloß, als Denunziant gegen seine früheren Mitarbeiter erworben, — ein Speichellecker comme il faut. — Schämen sich die Gewerkvereinler nicht solcher Leute? Haben sie noch Ehre im Leibe? — Man sieht, die ganze reaktionäre Masse ist in dem einen Punkte einig: Unterdrückung der für ihr gutes Recht kämpfenden Arbeiter Dies soll uns jedoch Alles nicht beirren: Wir halten fest zu unserer Sache und wenn für jeden einzigen Sozialdemokraten ein Ausnahmegesetz geschaffen wird. Davon werden wir auch am 30. Juli durch unsere Stimmenabgabe für Otto Kapell Zeugniß ablegen, obgleich die Agitation hier fast ganz unmöglich gemacht wurde, dieselbe auch schon wegen der Unmasse der zum Wahlkreise gehörenden Dörfer sehr erschwert wird. Dafür gewannen wir aber Anhänger in Kreisen, die uns bisher gänzlich verschlossen waren, wozu die kaltblütige Ruhe der Genossen trotz aller Hetzereien und Chikanen nicht wenig beigetragen. — Erwähnen möchte ich noch, daß bei einer liberalen Wählerversammlung keinem Genossen das Wort gestattet wurde, was bei einer späteren conservativen bereitwillig geschah. — Großes Amüsement gewährt uns Mätzchen mit seinem Pech im 1. Berliner Wahlkreise, derselbe, der zu Ostern sich hier noch anmaßend aussprach: „Ich bin versorgt! Ich vertrete den 1. Berliner Wahlkreis und werde es noch lange", worauf ihm Genosse Keller zurief: „Abwarten". Nun, er hat nicht lange zu warten brauchen, der arme Matz; seine Landsleute wollen von ihm nichts wissen. Ich hätte ihn gern im Reichstage gesehen, nur seiner Abstimmung über das Ausnahmegesetz wegen.

Stuttgart, 26. Juli. (Situationsbericht.) „Preußen ist für Süddeutschland zu liberal!" Dieses Wort dürfte jetzt bald zur Wahrheit werden. Kümmerte sich früher, gegen Norddeutschland gehalten, die Polizei in Folge des hier bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetzes weniger um uns, so gewinnt es jetzt den Anschein, daß man dieses nachholen will, um sich würdig an die Seite Preußens stellen zu können. — Der Wahlkampf wird hier seitens unserer Gegner auf eigenthümliche Weise geführt. Zunächst wurde uns unser gewöhnliches Lokal für Volksversammlungen durch Einschüchterung des Wirthes versperrt, so daß wir nur in kleinen Lokalen Versammlungen abhalten können. Dann hielt vorigen Montag Herr Hölder, der Candidat der hiesigen Ordnungsparteien, seine Candidatenrede, wobei aber ausdrücklich bekannt gemacht wurde, daß Sozialdemokraten keinen Zutritt hätten, angeblich wegen eines, bei der vorigen Wahl im Bürgermuseum vorgefallenen Streites. Herr Hölder war dadurch wenigstens sicher, bei seinen Angriffen auf die Sozialdemokratie nicht gestört zu werden. — Unser erstes Flugblatt wurde confiscirt, nach Verlauf von 24 Stunden aber wieder freigegeben; die Satzform wurde von der Polizei zwar zurückgeliefert, jedoch in solchem Zustande, daß sie neu gesetzt werden mußte, und hatte die Genossenschaftsbuchdruckerei noch obendrein 2 M. 50 Pf. für Transportkosten zu bezahlen. Unser zweites Flugblatt wurde ebenfalls confiscirt, angeblich weil nur das Wahlcomité, aber kein Name unterzeichnet sei; das Flugblatt der Ordnungspartei war aber ebenfalls nicht mit Namen unterzeichnet und wurde gleichwohl nicht confiscirt. „Gleiches Recht für Alle!" — Wie in der Stadt, so sucht man uns auch auf dem Lande die Lokale zu sperren, sowie auch die Ortsbehörden ihr Mögliches leisten, unsere Versammlungen zu verhindern. So sollte vorigen Sonntag in Steinenbronn eine Wählerversammlung stattfinden, welche jedoch der Schultheiß nicht erlaubte. Als Grund dafür gab er an, die Versammlung sei zu spät angemeldet, und berief sich dabei auf ein Schreiben des Oberamts. Im Vereins- und Versammlungsgesetz ist jedoch davon nichts zu lesen. Trotz alledem ist aber der Geist unter den hiesigen Arbeitern ein sehr guter und hat die „Süddeutsche Volkszeitung" in der ersten Hälfte dieses Monats 100 neue Abonnenten gewonnen. Am Wahltag aber werden wir unseren Gegnern den Beweis liefern, daß die Sozialdemokratie durch die Verfolgungen nicht schwächer, sondern stärker geworden ist. — Die Volkspartei hat hier ebenfalls einen Candidaten in der Person des Herrn Rechtsanwalt Leipheimer aufgestellt. Bei der vorigen Gemeinderathswahl erklärte derselbe einem unserer Genossen gegenüber, er kenne keinen Punkt im sozialistischen Programm, für welchen er nicht eintreten könnte, und war derselbe damals mit auf der Candidatenliste unserer Partei. Im Uebrigen geht die „Volkspartei" immer mehr nach rechts, was sich besonders an ihrem Auftreten uns gegenüber erkennen läßt. So nennt beispielsweise Herr Payer den Sozialismus „gesellschaftsfeindlich" und behauptet ferner: der Sozialismus habe im Jahre 1863 während der Conflikszeit der Regierung Handlangerdienste geleistet. — Heute wurde unser Genosse Schröder wegen Vergehen gegen § 166 des Reichsstrafgesetzbuches, begangen in einem Wirthshausgespräch, zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Genossen Lossau und Degenhard befinden sich noch immer in Untersuchungshaft; die Hauptverhandlung findet erst nach den Gerichtsferien statt. K.

Zeitz, im Juli. Die Sozialistenhatz scheint hier mit am buntesten zu sein; was Polizei und Handwerker nicht thun, das besorgen die Fabrikbesitzer und ihr Anhang. Jeder wird mit Entlassung bedroht, wer sich nur eine Idee von Sozialismus merken läßt. — Sonnabend den 29. Juni hielt der hiesige Bürgermeister Herr Hartmann eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die verderblichen Ziele der Sozialdemokratie und deren Bekämpfung." In seiner Schimpfübung behauptete er, die beiden Attentate seien Früchte der sozialistischen Agitation; auch die Verwahrlosung der Lehrlinge schob er unseren Bestrebungen in die Schuhe. (Wer lacht da?) Ferner: Die Fabrikanten und Meister würden uns besseren Lohn zahlen, wenn wir nicht sozialdemokratisch wären!!?? Kurz, unser Programm stellte er als ein Hirngespinnst dar, welches niemals zur Wirklichkeit gelangen könne. Auch der Vorsitzende des hiesigen Gewerkvereins, ein kaum den Flaumfedern entwachsener junger Mensch, citirte einige Stellen aus der Most'schen Broschüre: „Die Lösung der sozialen Frage", betreffend die Dampfwäscherei, die Kindererziehung u. s. w.; er wurde jedoch von uns tüchtig ausgelacht. Zum Schluß der Versammlung ward ein „Verein gegen die verderblichen (!) Bestrebungen der Sozialdemokratie" gegründet; wir wurden mehrere Male aufgefordert, uns zu unterschreiben, was von unserer Seite jedoch nicht geschah. Darüber wurde der gestrenge Herr Bürgermeister so wüthend, daß er uns drohte, dafür Sorge tragen zu wollen, daß wir aus der Arbeit entlassen würden. Auch dieses half dem wackern Herrn bei uns bösen Sozialdemokraten nichts; indeß haben die Mitglieder des Gewerkvereins sämmtlich unterschrieben. Die Statuten des Vereins sind uns bis jetzt noch nicht bekannt. Zwei Tage darauf erhielt jeder Fabrikant und Handwerker eine Liste, worauf die hiesigen Genossen sämmtlich verzeichnet waren, um uns genau zu überwachen. Des Weiteren sind wir gewärtig.

Saarbrücken, 20. Juli. Auch hier und in der Umgegend gab's in letzter Zeit allgemeine Hetzjagd auf irgendwie bekannte Parteigenossen; massenhafte Hausdurchsuchungen fanden statt; in Ermangelung hinreichender Polizeimannschaften wurden sogar in Nachbarorten, wie z. B. in St. Arnual, Privatleute, wie Schreiner, Förster, Wagner ꝛc., zu dergleichen Akten der fürsorglichen Justitia verwendet. Als seitens einiger Parteigenossen nach der Legitimation gefragt wurde, erklärte man, dieselbe vergessen zu haben, nahm aber nichtsdestoweniger unseren Genossen verschiedene Exemplare des „Armen Conrad", Braunschweiger Liederbücher, Zeitungen ꝛc. mit, um nicht leer auszugehen. Dieselben sind bis jetzt nicht zurückgegeben. Als ich, den Kopf noch summend ob dieser Vorkommnisse, durch die Straßen Saarbrückens ging, sah ich zwei wohlgepflegte Schmalzbäuche des Wegs daherwandeln, die, mitunter einen Augenblick stehen bleibend, eifrig auf einander losredeten. Neugierig, welche weltbewegende Entdeckung diese Beiden wohl gemacht haben möchten, zündete ich mir, etwas zögernden Schrittes, ganz in deren Nähe eine Cigarre an und hörte staunend, daß man — horribile dictu! — soeben die Hauptkasse der Sozialdemokraten von Saarbrücken-St. Johann mit vollwichtigen 1500 Mark aufgefunden habe. Begreifen Sie das schadenfrohe Schmunzeln dieser Urspießer in seinen Grundtiefen, werthe Genossen? Mir war es ein wenig räthselhaft; hatten doch die Hundstage noch nicht begonnen! Doch siehe, die Sache stand ein wenig anders. Ein als fleißiger und sparsamer Mann bekannter Arbeiter, der mit seinem Sohn zusammen in 13 Jahren sich das bescheidene Sümmchen von 1500 Mark zu ersparen so glücklich gewesen, war von der Behörde beim Kragen — wollt' sagen beim Beutel gepackt worden. Nach ziemlich umständlicher Beweisführung, daß das Geld sein rechtmäßiges Eigenthum sei, erhielt er 700 Mark zurück, während die übrigen 800 Mark aus irgend einem dem großen Publikum unbekannten Grunde sich noch immer in den Händen der Behörde befinden; — mit dem Jubel der Spießer war's indeß Nichts! Wenn übrigens mancher dieser „Ehrenwerthen" in ähnlicher Weise von wegen des rechtmäßigen Besitzes seines schweren Mammons sich auszuweisen gezwungen würde — wie möchte es da wohl aussehen!!

Die Noth und Arbeitslosigkeit in hiesiger Gegend nimmt mit jedem Tage zu. Mehrere tausend Bergleute mit ihren Familien sind bereits völlig der Verzweiflung anheimgefallen, indem sie buchstäblich dem Hungertod entgegensehen. In einigen Gruben

---

Schritt zusammen gehen, und die ersteren selbst zum Deckmantel der letzteren dienen.

Daß das geheime Gewebe, welches seit Jahrhunderten besteht und die Menschheit jetzt mehr als jemals bedroht, kein Hirngespinnst ist, daß es Wirklichkeit und fortwährendes Dasein hat, ich hoffe, darüber gestattet man sich keinen Zweifel mehr. . . .

Den Baum des Verderbens kennen wir, aber er hat tausend und tausend Aeste! Es ist leichter, diese abzuhauen, als die Wurzel aufzufinden. Dazu gehört mehr als herkulische Kraft.

So urtheilt von Haugwitz und mit ihm Friedrich Wilhelm III. über einen Bund, der auch in unserer Zeit noch existirt und eine außerordentlich große Anzahl von Mitgliedern hat. Ist die Gefahr, die jene beiden Männer in der Thätigkeit des Freimaurer-Ordens erblickten, jetzt beseitigt? — Die Ordens-Mitglieder werden uns mit der bekannten Antwort zu beruhigen suchen: Die Freimaurerei hat zu ihrem Zweck Wohlthätigkeit, sie beschäftigt sich grundsätzlich nicht mit Politik und Religion. Was von solchen Versicherungen zu halten ist, zeigen uns Thatsachen auch aus der letzten Zeit.

Beim Beginn des jüngsten allgemeinen Concils versuchten die Freimaurer in Neapel, Leipzig u. s. w. Gegenconcile zu halten. Ueber das in Neapel unter dem Vorsitz Ricciardi's abgehaltene Anticoncil brachte die „Correspondence italienne" die Nachricht, daß die Behörden die Versammlung auflösten, weil in derselben der Ruf: „Tod dem Kaiser von Frankreich! Es lebe die französische Republik!" gehört wurde.

Als im jüngsten Kriege mit Frankreich der Sieg der deutschen Waffen uns die Restitution der dem deutschen Reiche durch Frankreich geraubten Provinzen in Aussicht stellte, wagte der „Orient" von Brüssel in einem Rundschreiben an die belgischen Freimaurer, das auch den deutschen Logen übersandt wurde, die beabsichtigte Verbindung des Elsasses und Lothringens mit dem ursprünglichen Heimathlande für ungerecht zu erklären, glaubte die Selbstbestimmung der Völker wahren zu sollen und mahnte die Freimaurer, in diesem Sinne zu wirken. Die „N. A. Ztg." sah sich darauf veranlaßt, an der Spitze ihres Blattes gegen ein Manifest der „freimaurerischen Friedens- und Freiheits-Clique" zu polemisiren, die sich auch gegen eine Annexion erklärte. Die „Köln. Ztg." war unpatriotisch genug, zum Verdrusse mancher Leser in jener Zeit ebenfalls gegen die Annexion zu schreiben. — Doch das ist ihr schon längst vergeben und vergessen.

Vor einigen Monaten, zur Zeit der Schreckensherrschaft der Commune in Paris, wo alle religiösen Culte untersagt waren, wurde, wie ein Correspondent der „Etoile" als Augenzeuge erzählt, ein Aufzug der Repräsentanten von 120 französischen Freimaurerlogen — wenigstens 5000 Personen — in Scene gesetzt, der sich nach dem Stadthaus von Paris begab und dort als Zeichen der Verbrüderung mit der Pariser Commune die rothe Fahne in Empfang nahm. In diesem zahlreichen Freimaurerzug traten alle Grade, auch die weiblichen, mit ihren verschiedenen Emblemen auf. Der Führer dieses Zuges, Meillet, die rothe Fahne als die vorgebliche Fahne des allgemeinen Friedens bezeichnend, hielt eine von der ganzen Zuhörerschaft mit Beifall aufgenommene Rede und sprach darin ganz offen aus, daß die gegenwärtige „Pariser Commune" der neue Tempel Salomon's und die Grundlage für die soziale Thätigkeit der Freimaurer sein würde.

Angesichts solcher Thatsachen, welche die Angaben der Maurer über ihre harmlose und wohlthätige Wirksamkeit vor den Augen der ganzen Welt Lügen strafen, ist kaum die Gleichgültigkeit zu begreifen, mit der man die weitgreifende Thätigkeit des Bundes sich gefallen läßt. Am meisten muß man sich wundern, daß dieser Gegenstand in unserer schreibseligen Zeit so außerordentlich selten in der Presse behandelt wird. Allerdings haben auch in den letzten Jahrzehnten sich Stimmen erhoben, um auf die große Gefahr aufmerksam zu machen, mit der der Maurerbund die Welt beständig bedroht; doch wie vereinzelt sind diese Stimmen geblieben! — Der Leser wird das Wichtigste aus den über diesen Gegenstand erschienenen Schriften in den nachfolgenden Blättern zusammengestellt finden. — Besonders reichliches Material zur Beurtheilung des Ordens bieten Eckert's Werke. Bei der großen Vorsicht der Freimaurer, ihre geheimen Ordensschriften vor Veröffentlichung zu sichern, muß man staunen, wie es Eckert gelungen ist, sich eine solche Menge von Ordensquellen zugänglich zu machen. Daß er daraus so manches Bedeutungsvolle und Interessante der Oeffentlichkeit übergeben hat, darin besteht das große Verdienst Eckert's, das jeder Vernünftige anerkennen muß. Sogar einer der Verfasser der Gegenschriften scheint etwas erstaunt zu sein über das „mancherlei Material der maurerischen Literatur", das Eckert zu Gebote stand. Auf den Vorwurf der Fälschung, der ihm von Freimaurern gemacht wurde, antwortete er also: „Ihr habt es gewagt, mich einen Lügner, einen Fälscher Eurer Dokumente zu nennen; aber Ihr habt keine Stelle solcher Fälschung mir namhaft machen können! — und Euer Lügen-Vorwurf, womit ist er gerechtfertigt? — Ich aber habe Euch aus Euren eigenen Urkunden sogar des gewerbmäßigen und taktischen Lügens schon hier kurz überführt! — Und so sei der menschliche Verstand hierüber Richter zwischen Euch und mir!" Warum bezeichnen denn die Feinde Eckert's nicht die Stellen, die er verfälscht haben soll? Nemo praesumitur malus nisi probatur. Alle die Citate Eckert's, welche ich mit den angeführten Quellen verglichen habe, stimmten wörtlich mit denselben überein. Sämmtliche zu prüfen, war mir unmöglich, weil mir nicht alle Quellenwerke zu Gebote standen. Bei einem vorurtheilsfreien Leser kann ich aus den angeführten Gründen guten Glauben an die Ehrlichkeit Eckert's voraussetzen. Darum habe ich auch kein Bedenken getragen, ohne Unterschied alle seine Citate, soweit sie mir zweckdienlich schienen, in vorliegendem Schriftchen zu verwerthen.

Wenn ich trotz der Reichhaltigkeit des Stoffes denselben doch in einen so engen Rahmen zusammendrängte, so geschah dies einmal, weil es Manchem Ueberwindung kostet, sich durch einen etwas umfangreichen Band durchzuarbeiten, dann auch, weil durch die Kürze des Schriftchens die Billigkeit des Preises bedingt ist, die es möglichst Vielen aus dem Volke zugänglich machen soll.

Auch das Volk muß hineinschauen in die dunkeln Werkstätten der Maurer, es muß erkennen, was und wie dort „gearbeitet" wird. Es ist dies jetzt nothwendiger denn je, weil das Volk in unserer Zeit nicht blos unglücklich gemacht werden, sondern dasselbe auch direkt an seinem eigenen Unglücke mitwirken soll. Die erste gesetzgebende Versammlung in Deutschland geht aus allgemeinen und direkten Wahlen hervor, da müssen die Massen bearbeitet werden. Darum versuchen die Freimaurer jetzt auch in Deutschland, was sie in anderen Ländern schon erreicht haben. Seit fünfzig Jahren besteht in Amerika eine Gesellschaft, Odd fellows genannt, die ihre Mitglieder nach Tausenden zählt, und welche die Heranziehung der Volksmassen zu Freimaurerzwecken betreibt. Die New-Yorker Großloge der Odd fellows sandte vor Kurzem zwei Bevollmächtigte nach Deutschland zu dem Zwecke, Zweiglogen zu errichten. Im Dezember 1870 ist denn auch in Stuttgart die erste Loge, die zweite im April vorigen Jahres in Berlin, den Namen Germania-Loge Nr. 1 führend, und die dritte in Dresden gegründet worden.

Wir stehen am Anfang einer neuen Epoche in der Weltgeschichte; großartige welthistorische Entwicklungen auf staatlichem und kirchlichem Gebiete vollziehen sich vor unsern Augen. Hier wie dort ist eine mächtige Partei, die sich die liberale nennt, in beständiger Thätigkeit. Ihre Bestrebungen sind besonders in unseren Tagen offenkundig geworden. Es ist schwer, festzustellen, wie weit die Loge an der Gründung der liberalen Partei betheiligt ist, und wie sich die eine aus der andern rekrutirt, das aber kann man mit Sicherheit nachweisen, daß die Tendenzen des modernen Liberalismus schon längst auf dem Programm der Freimaurer gestanden haben; daher auch die gegenseitige Unterstützung. Und so muß denn auch der Kampf, den man gegen den Liberalismus aufgenommen hat, ebenso direkt gegen die Logen gerichtet werden. Die Meister der süßverlockenden Phrase müssen entlarvt, die schwarzen Thaten des Freimaurerbundes dieser mächtigen einflußreichen Clique, immer mehr an's Tageslicht gezogen werden.

Sollte es dem Verfasser gelungen sein, durch vorliegende Schriftchen dazu beizutragen, so würde er die freudige Ueberzeugung hegen dürfen, etwas zum Wohle der Menschheit mit gewirkt zu haben. Das gebe Gott!

wird drei, in anderen vier Tage wöchentlich gearbeitet. Was da, bei einem Lohne von oft nicht mehr als 1 M. 20 Pf. pr. Tag, herausspringt, kann man sich unschwer vorstellen. Dabei ziehen verunglückte Bergleute mit Drehorgeln, oft in Begleitung von Frau und Kindern, vielfach durch's Land Kurz, es ist ein schauerliches Dasein in unserm früher so wohnlichen Thale.

Die „reichstreuen" Blätter berichten fast täglich von massenweisen Verhaftungen von „Strolchen" und „arbeitsscheuen Menschen", und in der That vergeht fast keine Nacht ohne Einbrüche und Diebstähle — aber was stiehlt man? Beinahe durchgängig lediglich Lebensmittel und Kleidungsstücke. Darauf kann sich Jeder leicht seinen Vers selbst machen. Arbeiterentlassungen, Lohnreduktionen ꝛc. sind an der Tagesordnung. Wie dies im herannahenden Winter werden soll, mögen die Götter wissen.

Viele Arbeiter, Handwerker, kleine Geschäftsleute, die lieber jedem Andern als dem „reichstreuen" Compromiß-Candidaten der nationalliberalen und conservativen Partei, Geh. Rath Pfähler, ihre Stimmen gäben, sehen sich den Argusaugen Derjenigen ausgesetzt, von denen sie abhängig sind, und unzweifelhaft wird ein ansehnlicher Theil dieser Leute sich lieber der Wahl enthalten.

Am 27. Juli wird vor den Saarbrücker Assisen eine Sache verhandelt, die es verdient, der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Eine Wittwe mit zwei Töchtern von 15 und 18 Jahren sind angeklagt, Verstöße gegen die Sittlichkeit verübt zu haben. Eine Anzahl von 22—24 der behäbigsten Spießbürger sind „als Zeugen" vorgeladen, da man von ihrem öfteren Aus- und Eingehen dortselbst unterrichtet war. Unter diesen Gesellen befinden sich einige, die seither gewaltig geschrieen haben gegen die überhandnehmende Sittenlosigkeit, und besonders zeterten über die sozialistischen Gelüste in Bezug auf Weibergemeinschaft ꝛc. Das alte Lied! —

Genosse Metzger aus Burbach bei Saarbrücken erhielt drei Monate Gefängniß wegen „Aufreizung". Struttmann hat wegen Beleidigung 30 Mark oder einige Tage Gefängniß „abzumachen"; er zieht letzteres vor. —n—

Freiberg (9. sächs. Wahlkreis), 27. Juli. Ich berichte Ihnen heute über drei Versammlungen, die, allerdings von den Liberalen einberufen, im eigentlichsten Sinne unser genannt werden dürfen. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Penzig stellte sich am 25. Juli seinen Wählern in Oederan vor, und da er in seiner zweistündigen Rede nahezu 22 Punkte der Gesetzgebung berührte, so konnte ich ihm der vorgerückten Zeit wegen nur auf einige folgen. Penzig ist für dreijährige Feststellung des Militäretat, für indirekte Steuern, für theilweisen Zollschutz, gegen das Tabakmonopol, für ein Sozialistenausnahmegesetz. Zu allen diesen Fragen nahm ich — um den Raum des „Vorwärts" nicht allzu lange in Anspruch zu nehmen — selbstredend in unserem Sinne Stellung. Daß aber der Reichstagsabgeordnete Penzig nicht wußte, daß das Hilfskassengesetz schon in der Legislaturperiode von 1874—77, nicht erst im letztverflossenen Reichstage beschlossen worden, das muß fett gedruckt werden. Ein Reichstagsabgeordneter, welcher nicht weiß, welche speciellen wichtigen Gesetze dem Reichstage vorgelegen haben! Wie sollte man ihn noch einmal nach Berlin schicken können? — In Brand bei Freiberg erneuerte am 26. Juli Penzig seine Vorstellung, und wieder trat ich ihm entgegen. Speisezettel Penzig's: wie oben. Hier handelte es sich um seine Stellung zum Lebensmittelverfälschungsgesetz, wo ich ihn speciell interpellirte. Wie in Oederan, so erklärte er auch hier, daß eine Verschönerung der Produkte durch unschuldige Mittel nicht schaden könne. Ich verwies ihn auf § 9 des Gesetzes, von der Täuschung durch Verschönerung des Aussehens der Produkte ꝛc. handelnd. Er kannte den Paragraphen nicht! — Bezüglich des Ausnahmegesetzes, wofür Herr Penzig, falls es „annehmbar", stimmen will, habe ich ihm in beiden Versammlungen eine solche Ungeheuerlichkeit vorgeworfen, und in beiden stimmte mir die Majorität lebhaft zu.

In Colmnitz bei Freiberg hielten die Liberalen am 25. Juli eine Wählerversammlung, in welcher Advokat Kugler für Penzig ins Feuer oder richtiger — in die Langweiligkeit ging. Genosse Schuster krempelte durch seine Rede die Versammlung ohne Schwierigkeit für uns um und ließ Wahlagitationsnumwern vertheilen. Die Versammlung war schwach besucht, und da hatten die Liberalen noch dazu Form und Inhalt von unseren Plakaten und Versammlungsannoncen äffisch copirt. Die Stimmung in dem ganzen Kreise ist musterhaft. H. Goldstein.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Arbeitermarseillaise		—. 05.
Auerbach, Tagebuch aus Wien		—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrut und Olympia		—. 10.
Auszug aus den gesetzl. Bestimmungen über die Landtagswahl		—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden		1. 60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage		—. 25.
— — Bauernkrieg		2. —.
— — Rede über die Anträge betr. Abänderung der Gewerbeordnung		—. 10.
— — Die Entwickelung Frankreichs vom sechszehnten bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts		—. 25.
— — Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1874—76		—. 30.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.		3. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25.
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — K. Fourier		—. 80.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.		3. —.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph., Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit		2. —.
— Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (1877)		3. 50
— — Vorbote. Soz.-pol. Monatsschrift. 1866—1870		6. —.
Bergmanns Zlach. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 10.
Blos, W., Unsere Preßzustände		—. 10.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866		—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris		—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793		—. 60.
Bornstein, Religion und Sozialismus		—. 40.
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk		—. 25.
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten		—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager		—. 15.
— — Hütet Euch vor den 300 Millionen neuen Steuern		—. 10.
Braunemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte		1. —.
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 15.
Ciillehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		—. 10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht		—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Stevers ꝛc. v. Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch.		—. 20.
— — für 1878. broch.		—. 20.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871		1. 25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878		—. 40.
Die Märtyrer der Commune		—. 80.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74		—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage		—. 15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft		—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage		—. 15.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit		1. 50.
Disidentengesetz		—. 20.
Donat, Dr. A., Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten		—. 25.
Duik, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Ercarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 15.
Einkommensteuergesetz		1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 30.
— — Der deutsche Bauernkrieg		—. 50.
— — Soziales aus Rußland		—. 15.
— — Bakunisten an der Arbeit		—. 10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. I. Thl. Philosophie. II. Thl. Pol. Oekonomie u. Sozial. à		—. 75.
Erinnerung an Herwegh		—. 10.
Erinnerung an Börne		—. 20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft		—. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Geib, A., Gedichte		—. 50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50.
— — Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung		—. 60.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73		2. —.
— — Nachtrag von 1873—76		1. 20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50.
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Greulich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten		—. 25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40.
— — Erlebtes (Skizzen und Novellen)		1. 20.
Heyner, Ad., Meine 8½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus		—. 20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Assoziation 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke		—. 10.
— — Die Organisation der Massen		—. 20.
Hilfskassengesetz, Leitfaden für zu errichtende Krankenkassen		—. 30.
Hirsch, die Vorschußvereine, ihre Bedeutung und Organisation		—. 10
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à		1. —.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Kegel, M., Freie Lieder (Gedichte)		—. 50
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 15.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky		1. —.
Künig, Schwarze Kabinette		—. 75.
König Mammon und die Freiheit Ein neues Bilderbuch		1 20.
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05.
— — Coetum censeo (Gedicht)		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15.
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?		—. 35
— — An die Arbeiter Berlins		—. 10.
— — Arbeiterlesebuch		—. 30.
— — Offenes Antwortschreiben		—. 08.
— — Arbeiterprogramm		—. 10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter		—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz		—. 30.
— — Die Feste, die Presse ꝛc.		—. 15.
— — Bastiat Schulze		—. 50.
— — Indirekte Steuern		—. 40.
— — Düsseldorfer Assisenrede		—. 30.
— — Fichte's Philosophie		—. 25.
— — Fichte's politisches Vermächtniß		—. 25.
— — Julian Schmidt		1. —.
— — Gotth. Ephraim Lessing		—. 20.
Leben und Thaten des Generals Jaroslas Dombrowski		—. 75.
Lehn, Juristisches Taschenlexikon		1. —.
Leipziger Hochverrathsprozeß.		3. —.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie		—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.		—. 20
— — Reichstagsrede 1874		—. 10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.		—. 75.
— — Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden		—. 30
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage		—. 30.
— — Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstag		—. 40.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75.
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 40.
— Johannes Huß		—. 30.
Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871		4. —.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25
— — Das Kapital. 2. Aufl.		9. —.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte		1. 50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest		—. 20.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie		—. 30.
Most, Liederbuch, gebd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten		—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen: 1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz		—. 15
— — Kapital und Arbeit		—. 50.
— — Bastille am Plötzensee		—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.		—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage		—. 40.
— — Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus		1. —.
Morait, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen		—. 10.
Motteler, J., Frauen-Arbeit		—. 15.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?		—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen		—. 30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman		3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle		—. 75.
— — Kranke Herzen		1. —.
— — Braunschweiger Tage		2. 50.
— — Schutz in den Gewerkschaften		—. 10.
— — Ein verunglückter Agitator (Lustspiel)		—. 60.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, York, Blanqui, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Raoul-Rigault, Rossel ꝛc.; in Visitenkartenformat à		—. 25.
— — Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à		—. 25.
Photographien: in Kabinetformat à		—. 60.
— — in Groß-Folio		3. —.
— — Triumph of Order, darstellend die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris 28 Ctm. breit 20 Ctm. hoch pr. Stck		5. —.
20 „ „ 14 „ „ „		2. 50.
Politzer, H., Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern		—. 20.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht		—. 30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 60.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Congresses 1870		—. 15.
— — des Dresdener Congresses 1871		—. 30.
— — des Coburger Congresses 1874		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1875		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.		—. 30.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873		—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 20.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur		—. 35.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes		—. 50.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland		1. —.
Rathgeber für Gewerbtreibende.		3. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 30.
„ Städteordnung		1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte		1. 90.
Rotzlieder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 30.
Rüdel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1 —.
Roller, der bekehrte Nagelschmied		—. 05.
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 30.
— — Gegen die Prügelpädagogen		—. 30.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus		1. 30.
Schleßinger, M., Eine Reise nach Utopien		—. 10.
Schell, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie		—. 25.
— — Der Massenaustritt aus der Kirche		—. 15.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage		—. 30.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder ges.		—. 50.
broch.		—. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 30.
Sozialistische Theaterstücke. Nr. 1: Ein Schlingel (Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)		—. 35.
Nr. 2: Preßprozesse (Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)		—. 35.
Nr. 3: Ein Opfer (Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)		—. 40.
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation		—. 10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich broch.		—. 80.
eleg. gbd.		1. 50.
— — Brutus! schläft Du? broch.		—. 80.
eleg. gbd.		1. 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen		—. 75.
Tschernyschewsky, N. G., Que faire? Roman		3. —.
— — L'économie politique		1. 50.
Tuhlich, Der Defiamator. Heft 1, 2, 3, 4 à		—. 15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen		—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
— — Verfälschung der Lebensmittel		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		—. 20.
— — für 1875		—. 20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch.		—. 50.
gebd.		—. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Volkmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung		—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50.
Wander, K., Drei Jahre aus meinem Leben oder: Mein Prozeß wegen Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit ꝛc.		1. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften		3. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.		1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie		— 25.
Zukunftsmedizin oder Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten. (Vollständig in 12 Heften.) Heft 1—10 à		—. 75.

Briefkasten

der Expedition: H. in G. Wir haben Ihren Brief an das Central-Wahl-Comité zur Beantwortung gesandt.

Quittung. Wßmann Bockenheim Mk. 4,20. Strbl hier Mk. 0,60. Kmmn London Mk. 81,60. Bitt St. Louis Mk. 8,41. Engl Neubitz Mk. 18,00. Schrmr Lübeck Mk. 5,50. Ttlbn Alfeld Mk. 8,75. Expedition der „Tagwacht" Zürich Mk. 287,60. Volksbuchhandlung dort Schr. 97,40. Kmtr Bregenz Mk. 4,30. Mllr Verden Mk. 14,40. Sch Breslau Schr. 5,00. Jgr Solothurn Schr. 0,80.

Wahlfonds.

Von Bckr hier 1,50. E. hier „Muthig vorwärts!" 2,00. A. B. C. hier 6,00.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend den 3. August Abends 8½ Uhr im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [0,70

Oeffentliche Versammlung.

Es finden von jetzt an jeden Sonnabend die Mitglieder-Versammlungen daselbst wieder statt, wozu ein Jeder freien Zutritt hat. D. V.

Aufforderung.

Wir ersuchen unsere Parteigenossen allerwärts, uns von solchen gegnerischen Wahlflugblättern, welche sich durch besondere Rohheit und Schamlosigkeit auszeichnen, je zwei Exemplare einzusenden, um dieselben unserer Bibliothek als geschichtliches Material einreihen und auch im Reichstage gelegentlich verwenden zu können.

Leipzig, am 24. Juli 1878.

Expedition des „Vorwärts",
Färberstraße 12 II.

Nachtrag.

In Waldenburg (Schlesien) erhielt Kapell 4000, Bleß 13700, Hagen 800 Stimmen.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Känzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 91. Sonntag, 4. August. 1878.

Das Resultat der Wahl

läßt sich im Augenblick, da wir dies schreiben, noch nicht übersehen, und es kann daher keinen Sinn haben, sich über die Physiognomie und den Charakter des neuen Reichstags in Betrachtungen zu ergehen, die, bei der Abwesenheit fester Unterlagen, mehr oder weniger auf Kannegießerei hinauslaufen müßten. Was speziell unseren Wahlkampf betrifft, so fehlen uns zwar noch viele Details, aber ein Gesammturtheil ist doch schon möglich.

Zwei Thatsachen stehen fest:

Wir haben mehrere Sitze (6: Chemnitz, Leipziger Landkreis, Zwickau, 6. Berliner Kreis, Reuß ält. Linie, Reichenbach-Neurode) verloren, und bis jetzt blos in drei Wahlkreisen (Glauchau, Stollberg-Schneeberg und Reichenbach) definitiv gesiegt. [In drei der 12 Kreise, welche wir 1877 errungen hatten, kommen wir zur Stichwahl (Solingen, Dresden-Altstadt und Berlin 4. Wahlkr.).]

Dieser scheinbar ungünstigen Thatsache steht aber die andere Thatsache zur Seite, daß in den meisten Wahlkreisen, um welche wir kämpften, die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen bedeutend gewachsen ist. Da wir, wie in dem Wahlaufruf des Centralwahlcomités von vornherein erklärt ward, unsere Kräfte ausschließlich auf die „offiziellen" Wahlkreise conzentrirten und nicht wie früher nach möglichst hohen Stimmenziffern in allen Theilen des Reichs strebten, so wird die Gesammtsumme der sozialdemokratischen Stimmen wohl kaum die Ziffer von 1877 erreichen; dagegen ist es gewiß, daß wenn wir blos diejenigen Orte, um die wirklich gekämpft wurde, rechnen, sich ein sehr namhafter Fortschritt der Partei ergiebt. Besonders gilt dies von Berlin, wo unsere Stimmenzahl sich seit Januar 1877 beinahe verdoppelt hat. (S. unter Berlin!)

Bedenken wir nun, daß die Reaktion bei dieser Wahl sich Beeinflussungen, Einschüchterungen, Willkürakte, ja direkte Gewaltakte erlaubt hat, die sie unter halbwegs normalen Zuständen nimmermehr gewagt haben würde; bedenken wir weiter die abscheulichen Verdächtigungen unserer Partei, das durch eine gewissenlose Presse systematisch genährte Attentatsdelirium und die politische Unreife eines großen Theils unseres Bürgerthums, der aus blödsinniger Angst vor dem Rothen Gespenst in ein förmliches Zitterfieber verfallen war und am Wahltag seine fünf Sinne noch nicht zusammengefunden hatte, so daß es blindlings der Reaktion die rohesten Handlangerdienste leistete — bedenken wir das Alles, dann müssen wir zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Lebenskraft der Sozialdemokratie durch den 30. Juli 1878 wiederum auf's Glänzendste bewiesen (ihre Unbesiegbarkeit über jeden Zweifel erhoben) worden ist.

Und erwägen wir ferner, welche Festigkeit dazu gehörte, bei dieser Wahl Zeugniß für die Sozialdemokratie abzulegen; wie vollständig illusorisch an Tausenden von Orten das Wahlgeheimniß gemacht wurde; mit welcher Schamlosigkeit jeder Arbeiter oder Kleinbürger, der nicht für den Candidaten der Ordnungsparteien stimmte, mit Entlassung aus der Arbeit oder geschäftlichem Ruin bedroht ward, — dann wird man uns beipflichten, wenn wir sagen: jede unter solchen Verhältnissen abgegebene Stimme zählt für zwei unter gewöhnlichen Verhältnissen.

Mindestens die Hälfte Derer, die am 30. Juli für die Sozialdemokratie eintraten, setzten dadurch ihre Existenz auf das Spiel.

Und doch statt des „Rückgangs" ein Fortschritt, ein Stimmenzuwachs. Wahrlich der 30. Juli ist für die deutsche Sozialdemokratie ein Tag des Triumphs.

Wir wissen nicht, ob wir in den noch streitigen unserer 12 früheren Sitze den Sieg erringen werden; wir wissen nicht, ob und welche Erfolge wir in den Dutzenden (eine genaue Ziffer liegt uns nicht vor) von Stichwahlen, die uns in anderen Wahlkreisen bevorstehen, erringen werden — allein das wissen wir: die Partei wird überall, wo sie zu kämpfen hat, ihre Schuldigkeit so voll und ganz thun, wie am 30. Juli; und sie wird am Ende des gegenwärtigen Wahlfeldzuges dem Feinde eine stolzere Stirn und geschlossenere Reihen darbieten, als beim Eintritt in die Campagne.

Auf den Verlust von Sitzen waren wir vorbereitet. Daß unsere Partei noch nicht die Majorität in Deutschland hat, das war uns vor der Wahl so gut bekannt wie heute; und daß es einer Coalition der feindlichen Parteien gelingen mußte, uns diesen und jenen Sitz zu entreißen, war von vornherein selbstverständlich. Aber haben wir denn überhaupt eine Partei, welche allen anderen Parteien gegenüber die Majorität hätte?

Und war unsere Partei nicht während der Wahlcampagne thatsächlich außerhalb des Gesetzes gestellt?

Die paar Sitze, die man uns durch Mittel, welche die „Sieger" brandmarken, entrissen hat, werden wir gelegentlich wiedererobern; diese Verluste werden hundertfach aufgewogen durch den Gewinn an Stimmen in den Centren des politischen Lebens, und durch die glorreiche Haltung unserer Partei in dem Wahlfeldzug und am 30. Juli.

Kurz: das Attentat gegen die Sozialdemokratie ist kläglich gescheitert. Man wollte uns meucheln, und man hat uns mächtig gestärkt; man wollte unsere Partei in Scherben zerschlagen und man hat das Eisen zu Stahl gehämmert.

Sollte sich nach der Lehre des 30. Juli in Deutschland noch ein Mann finden, „genial" genug, um zu vermeinen, die Sozialdemokratie sei durch Ausnahmegesetze zu vernichten, wohlan, er möge „sein Glück probiren". Wir können Niemand verhindern, mit Windmühlen zu kämpfen. Was auch versucht werden möge, uns kann's gleichgültig sein. Höchstens zwingt man uns zu veränderter Kampfweise und schädigt dabei die „nationalen Interessen" dergestalt, daß der Sozialdemokratie Hunderttausende von Rekruten zugeführt werden, die sonst die Armee der Feinde geschwellt hätten.

Und nun, Genossen, von Neuem in den Kampf! Die Schlacht der Stichwahlen ist noch zu schlagen!

Die Volksvertretung.

Von Ad. Douai.

II.

Ein Beispiel mag zeigen, wie die von uns gedachte Einrichtung in der Wirklichkeit sich gestalten würde. Wir wählen dazu den Beruf, der am zahlreichsten vertreten ist und für die Volkswirthschaftslehre die meisten schwierigen Aufgaben darbietet — den Beruf der Ackerbauer und Landwirthe überhaupt. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß jedes Land sein durchschnittliches Maß von Lebensmitteln selbst erbauen und nur den gelegentlichen Fehlbetrag anderswoher einführen sollte, und daß Culturländer nur insoweit Rohstoffe für Handwerke und Fabriken erzeugen, als für das eigene Land ausreichen. Auf die Gründe hierfür lassen wir uns hier der Kürze wegen nicht ein. Wir nehmen ein Land von der Größe Deutschlands, welches in zwei Klimagürteln liegt und ebensowohl fruchtbaren als kargen Boden in mehreren Abstufungen enthält, so daß gleichviel gleich tüchtige Arbeit einen ziemlich verschiedenen Ertrag liefert. Ein Arbeitstag von — sage acht Stunden, auf's Jahr gleich vertheilt gedacht, wenn auch je nach der Jahreszeit von verschiedener Länge, muß, bei der Landwirthschaft verwendet in durchschnittlicher Güte, einen gleichen Durchschnittswerth in jedem Landestheile haben — das erfordert die Gerechtigkeit. Der Naturfaktor aber — die Fruchtbarkeit und das Klima mit seiner verschiedenen Länge des Sommers und der heiteren Zeit — belohnen gleichen Fleiß mit verschiedenem Ertrage. Wie kann nun der Arbeitstag überall gleichviel Werth haben?

Dazu, dieses Räthsel zu lösen, ist eben die Gewerkschaft der Landwirthe da, welche ihre Bezirks-, Landschafts- und Reichsvertreter wählt. Sie theilen alle Bodenarten nach den aus einer Reihe von Jahren gezogenen Durchschnitts-Erträgen in — sage zehn — Grade der Ergiebigkeit ein. Jeder Grad zahlt dem Staate eine verschiedene Pachtsumme, die fruchtbaren Aecker und Wiesen also bedeutend mehr als die unfruchtbaren. Die Pachtsumme ist zugleich die einzige Steuer im Staate (und zwar für alle Gewerke) und aus ihr werden nicht nur alle Staatsausgaben gedeckt, sondern auch ein mäßiger Zins für alle Staatsdarlehn behufs der Verbesserung des Bodens und der Betriebsweise. Durch diese, unter dem Beirathe der Ackerbau-Chemiker und Ackerbau-Mechaniker und anderer Gewerkschaften allmählich überall durchgeführten Verbesserungen des Bodens und der Betriebsweise wird der anfänglich sehr verschiedene Ertrag gleichmäßiger gemacht, und die große Verschiedenheit der Pachtsummen einigermaßen ausgeglichen. Die Pachtsumme also bewirkt eine überall gleiche Belohnung des ackerbaulichen Arbeitstages.

Zugleich aber bestimmt sie den Preis aller im Lande erzeugten Lebensmittel und Bodenerzeugnisse, und zwar für das ganze Reich in annähernd gleicher Höhe. Sie muß dazu die Einwilligung der übrigen Gewerkschaften haben und schließlich noch die der politischen Volksvertretung. Es ist anzunehmen, daß sie diese Einwilligung erhalten wird, wenn und weil sie nicht selbstsüchtig verfährt, sondern ihre Veranschlagung durch Gründe der Billigkeit und Gerechtigkeit stützen kann. Diese Preise werden nur noch in sehr engen Grenzen durch das Spiel des Angebots und der Nachfrage mitbestimmt werden; denn es giebt keine Spekulation in Ackerbauerzeugnissen mehr. Die Ackerbaugewerkschaft löst diese Aufgabe in folgender Weise.

Es ist nicht mehr oberster Zweck aller Produktion, einen möglichst hohen Reinertrag und Privatkapital zu erzielen; denn jede beliebige Summe von Anlagekapital zur Verbesserung der Produktion kann vom Staate geschaffen werden, und sie wird nur auf Empfehlung der Sachverständigen hergeliehen, wenn sie in irgend einem Geschäft eine sichere und nothwendige Vermehrung oder Verbesserung der Produktion verheißt, und die Ackerbau-Gewerkschaft sorgt für ihre zweckmäßige Verwendung. Statistische Erhebungen stellen das Bedürfniß an Lebensmitteln für das beginnende Jahr fest, und es wird dafür gesorgt (nicht zwangsweise, sondern durch Empfehlungen), daß die Produktion das Bedürfniß ungefähr decke. Kleine Ueberschüsse werden theils durch Magazinirung (und bei rasch verderbenden Lebensmitteln durch Verwandlung in dauerhafte) theils durch Austausch mit anderen Staaten verwendet, ohne daß dadurch der Preis bedeutend gesenkt zu werden braucht; kleine Fehlbeträge werden importirt, ohne daß der Preis stark gesteigert zu werden braucht — dafür sorgt schon das Weltparlament der Gewerkschaften. Große Ausfälle an Ernteerträgen werden im Verlaufe der Zeit immer weniger denkbar, jemehr rajohlt und drainirt, und der Gebirgswald geschont wird, Bodenarten gemischt, die zweckmäßigsten Fruchtfolgen und die passendsten Sämereien angewendet werden. Aber lange bevor man in dieser und ähnlicher Weise den Naturfaktor in Menschengewalt bekommen hat, kann ein möglichst wenig schwankender Preis durch Vereinbarung aller in den Gewerkschaften der Welt vertretenen Bürger erzielt werden, welche der Plusmacherei ein Ende machen wollen.

Aber die Gewerkschaft hat mehr Aufgaben. Sie soll unter ihren eigenen Mitgliedern Gerechtigkeit herstellen. Was eine blos politische Volksvertretung niemals könnte — die Leistungen jedes Bürgers im Verhältniß zum Gesammtwohl gerecht bemessen und die Bedürfnisse eines jeden gehörig zu würdigen, das können die Bürger, wenn sie als Sachverständige in ihrem Berufe zusammentreten. Von seinen Fachgenossen allein kann der Fachgenosse ein möglichst gerechtes Urtheil über seine Leistungen und Bedürfnisse erwarten. Er kann es umsomehr, wenn die Unterschiede in der Arbeitsvergütung nicht groß gemacht werden, und wenn das ganze Staatswesen darauf berechnet ist, Jedem ein menschenwürdiges Dasein, ein sorgenfreies Alter, möglichst viel Muße zur Selbstbeschäftigung, freie Berufswahl und Bewegung überhaupt zu geben, wenn die Zukunft seiner Familie gesichert ist, und die Ersparniß von Privatkapital ihm weniger Genuß verschaffen kann, als ihm gesellschaftliche Consumtion gewährt. Gesetzt also, die Ackerbaugewerkschaft verordnete drei Lohngrade (Lohn hat hier einen ganz anderen Sinn als heutzutage) — den durchschnittlichen und einen nur wenig niedrigeren, sowie einen nur wenig höheren, und die örtliche Gewerkschaft hätte zu bestimmen, zu welchem der drei Grade jedes Mitglied berechtigt sei, so wäre ein Aufsteigen vom niedrigsten zum höchsten Grade Niemandem benommen, die Freiheit also gewahrt. Gesetzt ferner, daß jeder Ackerbauer sich die örtliche Genossenschaft wählen könnte, und sie wechseln nach Ablauf seiner Vertragszeit, so wäre seine Freiheit noch mehr gewahrt. Ueberall ferner, wo er sich anschließt, findet er Consumvereine, welche gemeinsam wirthschaften und ihm die möglichsten Annehmlichkeiten des Lebens bieten, so daß er seinen Anschluß an den ihm zusagendsten bewerkstelligen kann, so wird er seine Freiheit noch weniger beeinträchtigt finden. Gesetzt, er ist ein Forscher und Versuchansteller, so wird ihm seine Gewerkschaft, weil sie sein Thun zu beurtheilen versteht, die gemeinsamen Mittel dazu und freiwillige Arbeitskräfte während der Mußestunden zu Gebote stellen, seine Erfolge allgemein bekannt machen und ihm die daraus fließende ehrenvolle Anerkennung verschaffen. Entdeckungen und Erfindungen werden natürlich Gemeingut sein und sofort von der Gewerkschaft nutzbar gemacht werden.

Es fragt sich, wie jede Gewerkschaft sich die nöthige Anzahl von Arbeitern verschaffen kann, wenn es daran fehlt, und wie sie die überschüssigen verwenden kann, ohne ihrer Freiheit Abbruch zu thun. Gerade beim Ackerbau wird eher die erstere als die letztere Frage eintreten, weil das Landleben für Jedermann einen mächtigen Reiz hat, und da dieser Reiz mit dem späteren Lebensalter zunimmt, so kann es an freiwilligen Arbeitskräften kaum je fehlen, zumal Maschinen im Nothfalle stellvertreten können. Ein Ueberfluß an Ackerbau-Arbeitern kann deswegen nie eintreten, weil die Bodenverbesserung immer weiter getrieben, und der rationelle Bodenbau nie auf schlechthinige Vollkommenheit gebracht werden kann. Der Segen der gewerkschaftlichen Einrichtung wird sich gerade darin zeigen, daß die Erkenntnisse der Wissenschaft und der Fortschritt der Technik in den Gewerkschaften einflußreiche Organe finden und von der Staatsverwaltung alles nöthige Kapital erlangen können, um auf einem gegebenen Stück Boden eine immer dichtere Bevölkerung und höhere Cultur vollauf mit den ersten Lebensbedürfnissen zu versorgen.

Die Gewerkschaften werden ferner Beweggründe genug haben, das Erziehungswesen des Staates auf alle Weise zu unterstützen. Sie kommen in stete Berührung mit den Gewerkschaften der Chemiker, Mechaniker, Aerzte, Lehrer und aller gelehrten Berufe; sie werden durch diese, falls sie es nicht schon wären, zu der Ueberzeugung bekehrt, daß Niemand zuviel Bildung und Kenntnisse haben könne, am wenigsten der Ackerbauer, dessen Geschäft nie aufhören wird, eine große Mannigfaltigkeit von Thätigkeiten zu vereinigen. Wenn die vielen hochgebildeten Ackerbauer, welche es bereits giebt, auf die verdummten ländlichen Bevölkerungen als Fachgenossen einwirken müssen, so werden sie bald die träge Masse durchsäuern. Wenn der Bauer endlich einmal mittelst der Gewerkschaften gesetzgeberischen Einfluß erlangt, wird er die Wichtigkeit der Bildung begreifen. Die Gewerkschaften werden also die mit jeder Volksschule verbundene Arbeitsschule mit Lehrern und Lehrhülfsmitteln ausstatten, um jedem Schüler die nöthige Vorbereitung zum Acker- und Gartenbauer zu ertheilen, damit er gelegentlich einen tüchtigen Gehülfen in der Bodenbewältigung abgebe.

Die Bestimmung der jedesmaligen Vergütung eines Arbeitstages ist natürlich nicht von der Ackerbau-Gewerkschaft allein, sondern vom nationalen Gewerkschafts-Parlamente zu erwarten, in welchem alle Berufe vertreten sind. In diesem Parlamente wird nicht die Seelenzahl des Volkes vertreten — denn es handelt sich um lauter gleichberechtigte Berufsinteressen. Aber es kann auch nicht jede Berufsgenossenschaft gleichviel Stimmen haben; denn nicht jede ist gleich unentbehrlich. Es werden in diesem Parlamente die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen. Das bedeutet, daß die Gründe für jedes Interesse abgewogen werden, und daß zu jedem Gesetzvorschlage, welcher der politischen Volksvertretung vorgelegt wird, entweder Einstimmigkeit oder nahezu Einstimmigkeit gehört. Auf die Verfassung der Gewerkschaften brauchen wir uns nach dieser Andeutung nicht weiter einzulassen. Es ist klar, daß ihr Parlament zu einem möglichst gerechten Compromisse kommen muß, wenn die ganze Volkswirthschaft nicht stillstehen oder in gräuliche Verwirrung gerathen soll, und daß dieses Compromiß alljährlich verbessert werden kann.

Wahlresultate.

Sachsen.

1. Wahlkreis (Zittau) Dr. Rentzsch (N.-L.) 4987, Freytag (S.-D.) 1764, Graf Stolberg (Ultr.) 277.

4. (Neustadt-Dresden mit Dörfern) bis jetzt Dr. v. Schwarze (F.-C.) 6460, Liebknecht (S.-D.) 6459.

5. (Altstadt-Dresden) Frhr. v. Friesen (F.-C.) 7269, Walter (F.) 5809, Bebel (S.-D.) 9892. Stichwahl.

6. (Dippoldiswalde ꝛc.) bis jetzt Ackermann (C.) 3275, Vollmar (S.-D.) 3908.

7. (Großenhain ꝛc.) bis jetzt Nauert (S.-D.) 1692, Richter (C.) 3107.

9. (Freiberg) bis jetzt Penzig (N.-L.) 4202, v. Oehlschlägel (C.) 3392, Kaiser (S.-D.) 5841.

10. (Dobeln) bis jetzt Schaffrath (F.) 2995, Burckhardt (S.-D.) 3313.

11. (Wurzen) bis jetzt Günther (F.-C.) 2624, Hirsch (F.) 586, Hadlich (S.-D.) 783.

12. (Leipzig-Stadt) Dr. Stephani (N.-L.) 11,940, Bebel (S.-D.) 5819, Dr. Heine (F.) 2361. (Zersplittert 63, ungiltig 97.)

13. (Leipziger Landkreis) bis jetzt Dietze (F.-C.) 12,735, Ramm (S.-D.) 11,438.

14. (Borna ꝛc.) bis jetzt Dr. Frege (C.) 5044, Jerrmann (N.-L.) 1976, Geiser (S.-D.) 3793 Stimmen. Das flache Land fehlt meist noch.

15. (Mittweida) Dr. Gensel (N.-L.) 3681, Böttcher (C.) 2991, Bahlteich (S.-D.) 5244 (Stichwahl).

16. (Chemnitz) Vopel (N.-L.) 13,800, Most (S.-D.) 9898.

17. (Glauchau) Bis jetzt Bracke (S.-D.) 10,946, Birnbaum (N.-L.) 8168.

18. (Zwickau) Resultat aus 38 Orten: Motteler (S.-D.) 10,684, Streit 11,372.

19. (Stollberg) Liebknecht (S.-D.) 7538, Löwe (F.) 6663.

20. (Wolkenstein) Wiemer 4287, Mangold (C.) 3100, Brockhaus (N.-L.) 2695.

21. (Annaberg) Wiemer (S.-D.) 2321, Holtzmann (N.-L.) 5106.

22. (Reichenbach) Auer 6984, Dietel 446, Schmiedel 3735, Opitz 1376.

23. (Plauen) Burckhardt 2128, Meusel 841, Landtmann (N.-L.) 2958, Werner (F.-C.) 430.

Im übrigen Deutschland.

Barmen-Elberfeld: Hasselmann 11,443, Prell (nat.-lib.) 7189, Aegidi (fortsch.) 6209, Schorlemer-Alst (ultr.) 3051.

Offenbach: Liebknecht 5257, Dernburg (nat.-lib.) 6500, Flinsch (fortsch.) 804, Wasserburg (ultr.) 2942.

Ottensen: Stöhr 2897, Beseler (nat.-lib.) 1774, Selig (fortf.) 1699.

Halberstadt: Dr. Stamm 1542, von Bernuth (nat.-lib.) 2489, v. Blumenthal (cons.) 114, Schorlemer (ultr.) 103.

Bremen: Frick 6302, Mosle (nat.-lib.) 14,356.

Solingen: Rittinghausen 5067, Melbeck (nat.-lib.) 6835. (Stichwahl.)

Magdeburg: Bracke 6253, Unruh (nat.-lib.) 12,173, Moltke (cons.) 614, Majunke (ultr.) 269.

Stuttgart: Dulk 3964, Leipheimer (Volkspart.) 3463, Hölder (nat.-lib.) 10,391, Probst (ultr.) 264.

Breslau: 1. Bez. Reinders 6587, Molinari (nat.-lib.) 5406. (Stichwahl.) 2. Bez. Kräcker 6432, Bürger 8070. (Stichwahl.)

Königsberg: Cons. 7830, Lib. 5352, Soz. 1104.

Greiz: Blos 3100, Merz (freicons.) 4300.

Frankfurt a. M.: Döll 4080, Sonnemann (Volksp.) 6867, Barrentrapp (nat.-lib.) 4589, Ebner (fortf.) 2526.

Braunschweig (Stadt): Bracke 6596, Bode (nat.-lib.) 6369.

Altona: Praft 11,662, Karsten (fortsch.) 10,572. (Stichwahl.)

Hannover: Fritzsche 6530, v. Brüel (Part.) 10,924, Bennigsen 6033. (Stichwahl.)

Mainz: Liebknecht 3291, Reuleaux (nat.-lib.) 7297, Moufang (ultr.) 6979, Guido Weiß (Volksp.) 930.

Essen: Stötzel (christl.-soz.) 14,527, Krupp (freic.) 13,903.

Lennep-Mettmann: Henning 2475, Dr. Techow (nat.-lib.) 8340, Bowinkel (freicons.) 8300, Reichensperger (ultr.) 3102.

Eßlingen: Motteler 761, Retter (Volksp.) 1077, Werner (cons.) 624.

Augsburg: Most 976, Fischer (nat.-lib.) 4961, Dr. Freitag (ultr.) 3267.

Lübeck: Schwarz 1588, Dr. Klugmann (nat.-lib.) 6247.

Düsseldorf: Rittinghausen 400, Bernards (Centr.) 7360, Landtvogt (nat.-lib.) 2960.

Altenburg: Stolle 2913, Findeisen (cons.) 7947, Oppenheim (Volksp.) 997.

Kiel: Oldenburg 7097, Hänel (Fortsch.) 10,513, Kloch (freicons.) 3062.

Gera: Lange 1855, Dr. Jäger (nat.-lib.) 5786, Träger (Fortsch.) 3132.

Iserlohn: Tölke 582, Overweg (lib.) 6204, Schlieper (nat.-lib.) 7113, Schorlemer-Alst (ultr.) 3290.

Worms: Dreesbach 415, Görz (nat.-lib.) 7499, Biegeleben (klerikal) 2855.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein Nothschrei, der jedem „Reichsfeind" das Herz im Leibe muß lachen machen, wird von der nationalliberalen „Magdeburgischen Zeitung" ausgestoßen. Sie schreibt am Tage der Wahl: „Noch ehe das Resultat des 30. Juli bekannt ist, läßt sich bereits mit Gewißheit vorhersehen, daß der neue Reichstag sehr ernsthafte Wahlprüfungen wird vornehmen müssen. Allem Anscheine nach hat die Beeinflussung durch Staatsbeamte in diesem Wahlkampfe einen bisher nicht gekannten Umfang erlangt. Die „Kreuzzeitung" ereifert sich darüber, daß in dem nichtamtlichen Theile einzelner Kreisblätter nationalliberale Reichstagscandidaten belobt worden seien. Sie meint, dadurch müsse das Volk irregeführt werden. Dagegen, daß in der ungeheuren Mehrzahl der Kreisblätter die heftigste Agitation für conservative Candidaten betrieben worden ist, hat das feudale Blatt selbstverständlich nichts einzuwenden. Aber was will diese Thätigkeit der Kreisblätter vermittelst ihres nichtamtlichen Theiles besagen gegen die offene Wühlerei der Verwaltungsorgane? Die „Kreuzzeitung" selbst war neulich der Ansicht, daß die Betreibung der offiziellen Candidaturen aus Klugheitsrücksichten nicht durch eigentliche Beamte erfolgen dürfe. Man scheint indeß diesen guten Rath schlecht beherzigt zu haben. Die seltsamsten Nachrichten gehen uns in dieser Beziehung aus dem Fürstenthum Waldeck zu. Dort war als conservativer Candidat ein Herr v. Quast, Landrath zu Neu-Ruppin, aufgestellt. Kreisamtmänner machten für diese Candidatur, namentlich bei den Bürgermeistern, ihren ganzen Einfluß geltend; in einem Kreisamtsgebäude wurde das Programm des Herrn v. Quast vertheilt; in nicht wenigen Dorfgemeinden prangte der Aufruf für Herrn v. Quast an dem nur für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Schwarzen Brett. Ein geistlicher Kreisschulinspektor ermahnte in dieser seiner Eigenschaft die Lehrer zur Beförderung der Quast'schen Candidatur. Dann bereiste Herr v. Quast selbst das ganze Land, wobei nicht nur ein Kreisamtmann, sondern sogar der höchste Verwaltungsbeamte, der von Preußen bestellte Landesdirektor, mit ihm umherzog und durch seine demonstrative Anwesenheit in den Versammlungen der fanatischen Verunglimpfung der liberalen Parteien und den haarsträubenden Versprechungen des Herrn v. Quast gewissermaßen das offizielle Siegel aufdrückte. — Wir zweifeln nicht, daß die nächste Zeit ähnliche Beispiele in Fülle zur allgemeinen Kenntniß bringen wird. Der aufgelöste Reichstag ist gegen jede amtliche Beeinflussung der Wahlen mit durchaus berechtigter Strenge eingeschritten. Wir hoffen, auch die neue Volksvertretung, wie immer sie zusammengesetzt sein möge, wird von dieser Praxis nicht abweichen. Es handelt sich dabei für den Reichstag um eine Existenzfrage. Der Reichstag ist für unsere neugeschaffene nationale Einheit vielleicht das stärkste Band. Er müßte diese Eigenschaft verlieren, wenn er nicht mehr aus dem freien Entschlusse, unmittelbar aus dem Herzen der Nation, sondern aus einer Präfektenbevormundung nach napoleonischem Muster hervorginge. Darum wird er mit allen Ungehörigkeiten der letzten Wahlbewegung unnachsichtlich in's Gericht gehen müssen." — Nur zu! Soll uns freuen. Nur hoffen wir, daß man dann ebenso „unnachsichtig in's Gericht gehen wird" mit den schamlosen Wahlbeeinflussungen, die seitens liberaler Arbeitgeber gegen sozialdemokratische Arbeiter zur Erwirkung liberaler Wahlen verübt worden sind — Wahlbeeinflussungen, die an Brutalität und Schamlosigkeit Alles weit hinter sich lassen, was von Staatsbeamten verübt worden ist.

— „Erkenntniß und Umkehr". Weshalb der Reichstag aufgelöst wurde, verräth die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Bismarck'sche Leibblatt, in einem Leitartikel, der u. A. Folgendes besagt:

„Unser Kaiser, der vor acht Jahren gottvertrauend an Eurer Spitze ausgezogen, verläßt verwundet seine Staaten, um an den Heilquellen eines benachbarten Landes Genesung zu suchen. Die Hand, welche unermüdlich war in der Sorge für das Wohl des Reiches, in treuester Pflichterfüllung, sie ruht in der Binde — so muß unser Kaiser vor den Augen der fremden Völker erscheinen. Wähler in Stadt und Land! Gebt durch Euer Votum am morgigen Tage zu erkennen, daß die Nation in Treue um ihren Kaiser geschaart bleiben, daß sie mit den falschen Doktrinen brechen, im Fortbauen an ihrer historischen Entwickelung fortan allein ihr Heil suchen will. Aus Millionen treuer Herzen steigen die innigsten Wünsche und Gebete empor, den Kaiser auf seiner Reise zu geleiten, seine baldige und völlige Genesung zu erflehen. Diese Wünsche können keinen besseren Ausdruck finden, als in einem Wahlergebniß, welche dem Kaiser die volle Bürgschaft bietet, daß das tiefschmerzliche Ereigniß vom 2. Juni für die große Mehrheit des deutschen Volkes zum Zeichen der Erkenntniß und der Erkenntniß und der Umkehr geworden ist!"

Dazu bemerkt der „Frankfurter Beobachter" sehr richtig: „In welcher Richtung diese „Erkenntniß und Umkehr" sich zu vollziehen hat, soll sie dem Reiche nützen, zeigt wohl recht deutlich die Thatsache, daß in Berlin nicht blos sozialdemokratische, sondern auch ganze Ballen fortschrittlicher und nationalliberaler Wahlaufrufe mit Beschlag belegt worden sind, worüber die in Bremen erscheinende „Weserzeitung" als über ein wahrhaft ungeheuerliches Ereigniß jammert. Mit Unrecht, denn Graf Eulenburg der Jüngere hat in der Sitzung des Reichstags vom 24. Mai d. J. dem Abgeordneten v. Bennigsen, als dieser Namens der Liberalen sich über zu milde Handhabung der Preßgesetze beschwerte, lächelnd versprochen, es werde in dieser Beziehung noch mehr als seither geschehen, er werde das Menschenmögliche leisten. Am Ende kann es dem Herrn v. Bennigsen noch passiren, daß er unter dem neuen „Regiment der Umkehr" wegen staatsfeindlicher Agitationen gerade so in's Gebet genommen wird, wie bisher die schwarzen und die rothen Reichsfeinde, von denen die ersteren lange genug Ambos gewesen sind und sich nach der Rolle des Hammers sehnen. Welch' eine Enttäuschung für die guten Nationalliberalen! Im vorigen Winter noch Hahn im Korbe und den Ministerstühlen nahe, und nun zum allergrößten Theil unter die Reichsfeinde geworfen, die nimmer den „großen Culturkampf" mehr kämpfen werden — es ist geradezu tragisch und ganz sicher nicht zum Lachen!"

Das heißt nicht zum Lachen für die Herren Fortschrittler und Nationalliberalen. Wir hatten's ihnen gleich vorausgesagt, und wir lachen. Wer aber zuletzt lacht, lacht bekanntlich am besten.

— Deutsche Freiheit ohne Ausnahmegesetze. In Königsberg ist dem bekannten Katheder-Sozialisten und Bankier Adolph Samter die bisher von demselben innegehabte Lotterie-Einnahmestelle entzogen worden. Warum? das besagt folgende Erklärung:

„Mir ist die preußische Lotterie-Einnahme entzogen worden, welche ich seit nahe 30 Jahren innehatte. Der Grund dazu war meine literarische Thätigkeit, und ein Brief, den ich an Herrn J. Dietzgen gerichtet hatte, welcher inzwischen wegen seines sozialdemokratischen Verhaltens zur Untersuchung gezogen ist.

Was meine literarische Thätigkeit betrifft, so ist, wie verschieden auch die Urtheile über dieselbe lauten, allgemein anerkannt, daß dieselbe streng sittlich und durchaus wissenschaftlich gehalten ist. Eine überaus große Anzahl Zeitschriften der verschiedensten und selbst entgegengesetzten Richtungen von der „Norddeutschen Allgemeinen" bis zur „Vossischen" und „Neuen Freien Presse" (Wiener) haben sich neben streng wissenschaftlichen Blättern durchaus günstig über meine Arbeiten geäußert. Die sozialdemokratische Partei hat zwar, wie es nicht anders möglich ist, meinen Standpunkt angegriffen, da mich von ihnen eine große Kluft trennt, aber sie hat mich stets anständig behandelt. Nur der preußischen Regierung war es vorbehalten, aus meinem literarischen Wirken einen Grund abzuleiten, gegen mich einzuschreiten.

Was den oben erwähnten Brief betrifft, so ist der Zusammenhang folgender: Im Juli vorigen Jahres hatte mich J. Dietzgen

---

Uebersicht der Volksbewegungen im 19. Jahrhundert.

(Fortsetzung.)

Als ob es gälte, dem Fortschritte der Freiheit jede oberflächliche Eile zu wehren, droht daher heute die Universalherrschaft, die Fessel der Bildung und Freiheit, gefahrvoller sollte es scheinen als je, nicht mehr von den katholisch-romanischen Völkern aus, die von dem germanischen Geiste mehr und mehr angesteckt wurden, sondern von den griechisch-slavischen, die allen europäischen Stämmen an Cultur und Religion feindselig gegenüberstehen. Es sind rohe Massen in unwirthlichen Gebieten, die zum Verlassen mehr auffordern als zum Bleiben. Massen, die handlich in der Hand eines Despoten und Eroberers sind, von Einem Glauben zusammengehalten, dessen alleiniges Haupt, der Czar, alle weltliche und geistliche Macht in jenem furchtbaren Verbande besitzt, der von den Universalherrschern des Westens so eifrig gesucht ward. Was die Gefahr noch immer höher steigert: in diesen slavischen Stämmen wird das Gefühl eines feindlichen Gegensatzes gegen Europa, einer großen Gemeinsamkeit, eines weltgeschichtlichen Berufs, die überbildete Gesellschaft zu verjüngen, durch eine panslavistische Literatur und Politik unterhalten, was den Zusammenstoß zweier verschiedener Staatsprinzipien zugleich zu einem großen Kampfe der Volksstämme zu machen droht. Dies ist noch nicht Alles, was die Aussichten Rußlands ins Grenzenlose auszudehnen verspricht. Auch im Räumlichen ist dieselbe Gunst der Verhältnisse zu bemerken, wie in den Beziehungen des Staats, der Stämme, der Religionen. Schon hat Rußland die Türkei um große Gebiete in Asien und Europa beraubt, es hat in allen griechischen Bekennern im Oriente natürliche Verbündete. Gelänge es ihm bei einer glücklichen Gelegenheit, das türkische Reich zu verschlingen, so hätte es außer diesem unschätzbaren Erwerbe im Rücken das größte, der Wiedergeburt bedürftige Festland, das ihm eine unermeßliche, zusammenhängende Herrschaft, eine unweit nützlichere und sicherere Machtausdehnung entgegenböte, als sie je Spanien oder England in ihren Pflanzstaaten besessen haben.

Schwäche des Conservatismus.

Was über diese Gefahren von Osten her auf der anderen Seite beruhigen mag, sind die Erfahrungen aller früheren und auch die der neuesten Geschichte selbst. Was einem Manne wie Napoleon, von Frankreich aus, mit Franzosen und mit dem halben Europa im Bunde, nicht gelungen ist, das möchte Rußland noch schwerer werden auszuführen. Viel weniger hätte man erwartet, daß Oesterreich, getheilt in eine bunte Verschiedenheit von Nationen, mit Beamten und Subalternen noch einmal das System des dépayser, des Gesammtstaates, oder eines großen Reichs der Mitte versuchen würde, ein System, das dem fähigsten Gewalthaber, Soldaten und Staatsmanne mit dem einheitlichsten Volke fehlschlug, das in Oesterreich selbst dem edlen Joseph mißlungen war, und an dem sich selbst eine verbundene Napoleonische Kraft und Josephinische Herzensgüte vergeblich versuchen würde. Universalherrschaften gedeihen nur auf den Trümmern verfallener Staaten und nach gänzlicher Erschöpfung der Volkskräfte. In dieser Hinsicht täuscht man sich leicht über das Alter Europas und die angebliche Entartung seiner Civilisation. Dieser Welttheil zeugt von Zeit zu Zeit immer wieder große, ungenutzte und gesunde Kräfte aus seinem Schooße, ergänzt und erfrischt sich dadurch, daß er sich als Ganzes unter den wechselnden Anstrengungen seiner Theile bewegt, und hat als Ganzes den Höhepunkt seiner politischen Entwickelung noch lange nicht erreicht. Noch ist bis heute die Frucht der Bildung in Europa (seine politische und geistige Aufklärung, seine gewerbliche Thätigkeit und der Reichthum, den beides schafft) eine Quelle der Macht und des nationalen Selbstgefühls gewesen, nicht eines entnervenden Luxus und einer Käuflichkeit der Menschen. Und diese Güter und diese Macht könnten, so lange sie nicht durch Ueberfülle in Uebel und Unmacht ausschlagen, nur von solchen Stämmen eingezogen werden, die die europäischen Völker auf dem gleichen Boden an den gleichen Gütern überböten und mit einer ähnlich begründeten Macht überwältigten. Dafür aber haben selbst die begabtesten slavischen Stämme wenig Anlage bewiesen. Die Böhmen haben eine Kirchenverbesserung vor Deutschland versucht, aber mit der Widerlage eines bildungsfrohen Volkes entging ihr die Haltbarkeit. Die Polen berathschlagten unter den günstigsten Verhältnissen mit Calvin über ihre Reformation, aber ihm ward bald der Ernst des Adels, ja die Aufrichtigkeit des reformatorischen Bedürfnisses in der ganzen Nation verdächtig. Böhmen versuchte auch seine Revolution und politische Selbstständigkeit gegen Oesterreich in einem versprechenden Zeitpunkte, aber sie gelang nicht. Die Polen befragten Rousseau über eine Verfassungsveränderung, wie sie Calvin über ihre Reformation befragt hatten, und zu einer Zeit, wo die Mächte sie nicht in ihren Verbesserungen gehindert hätten; aber sie verschoben sie, bis die französische Revolution den Vorwand gab zu der schmachvollsten aller politischen Unthaten. Weniger als dies Wenige hat sich bisher in Rußland gezeigt. Kein Bedürfniß religiöser Selbstthätigkeit und Fortbildung hat hier laut zu werden gewagt. In dem Adel hat sich kein körperschaftliches Streben nach einer aristokratischen Staatsbildung geregt. Die bürgerlichen und gewerblichen Entwickelungen sind weder von dem Volksgeiste noch von der Oertlichkeit unterstützt. Der Staat ist aus den Zuständen der orientalischen Despotie im Wesentlichen nicht herausgetreten. Wenn es sich daher einst um die Civilisation des Orients handeln wird, so wird vielleicht nicht Rußland dieser neuen Bildung die Bahn eröffnen, sondern diese Bildung vielmehr ihre Bahn in Rußland zu eröffnen haben. Was aber den Einfluß im Westen und die Widerstandsfähigkeit gegen die freieren Regungen in Europa betrifft, so sprechen die Erfahrungen nicht für beider Stärke. Der östliche Fürstenbund ist gegen diese Freiheitsbestrebungen ganz in der Vertheidigung; in der Geschichte sind aber die angreifenden Kräfte allein von wirksamem Vermögen. Die Ligue der Reaktion hat 1814, siegreich und ganz Europa im Gefolge, den ganzen Gewinn der Revolution in Frankreich nicht abzuthun gewagt. Nachher, mit den Bourbons im Bunde, die Kräfte Frankreichs auf ihrer Seite, wagte sie ein angriffsweises Vorgehen im dritten Jahrzehnte, aber die Kühnheit dieses Angriffs ward durch Cannings bloßen Fingerzeig auf die Volkskräfte, die England unter dem Banner seiner Freiheiten versammeln könne, erschüttert und ihre Erfolge wurden von drei Tagen des Juli 1830 mühelos hinweggespült. Damals ward gegen die Selbstbestimmung des französischen Volkes nicht ein Versuch mehr erhoben, und die absolutistischen Thronwerber auf der pyrenäischen Halbinsel hatten höchstens noch Geld zu ihrer Unterstützung. Nur als man Frankreich wieder ins Interesse gezogen hatte, hätte man 1848 wieder einigen Muth zum Angriff auf die Schweiz gehabt, aber der Februar schreckte auch damals in die Linie der Vertheidigung zurück. Die Revolution trat jetzt in Frankreich wieder in ihre schroffste republikanische Gestalt. Die Erfahrungen zeigten, daß Frankreich zu den stets wiederkehrenden Bewegungen dem Welttheile Beispiel und Anstoß gab; man wagte gleichwohl nicht, zwar am eigenen Heerde angegriffen, den Angriff zu vergelten. Die dynastische Politik hat die günstige Lage voraus, daß sie die politischen Verhältnisse überschlagen, beobachten und benutzen kann, was die erregten Massen nicht verstehen und was ihre Anstrengungen so oft fruchtlos macht; gleichwohl hat noch jede der flutenden Volksbewegungen des Jahrhunderts der Sache der Freiheit feste Gewinne gebracht, die keine Ebbe der Reaktion wieder wegnehmen konnte. Die conservativen Mächte belauschen unter kluger Vorsicht die Absvannung des öffentlichen Geistes und gewinnen der Erschlaffung jahrelang fortwährende Vortheile ab, um sie an Einen Tag der Bewegung plötzlich wieder zu verlieren. Der Gegensatz des Ostens und des Westens, der volksfeindlichen und freien Staatsgrundsätze, ist in diesen steten Reibungen zu einer seltsamen Klarheit und Bewußtheit gediehen, und dies scheint allerdings eine bevorstehende große Entscheidung zu verkünden. Napoleon hatte es scharfsichtig vorausgesagt, daß durch die Rückführung der Bourbons und die freiheitfeindliche Haltung der Mächte die Sache der Könige und Völker neu in Frage gestellt sein, daß es nur eines Funkens bedürfe, um den allgemeinen Brand wiederzubringen; und er hat den Gegenstand und die Bedeutung des

im „Vorwärts“ angegriffen. Im Juni vorigen Jahres hat er mir eine kleine Schrift übersandt, welcher er einige Zeilen hinzufügte, dahin lautend: die literarische Fehde schließt die persönliche Reverenz nicht aus u. s. w. Hierauf dankte ich ihm für die Uebersendung, fügte aber ausdrücklich hinzu: „wir werden uns niemals verständigen,“ so daß ich auch meinerseits die Differenz, die zwischen uns waltet, hervorhob. Dieses in der Form selbstredend freundliche, in der Sache abwehrende Antwortschreiben war neben meiner literarischen Thätigkeit der Grund meiner Entlassung.

Es ist wahrlich traurig um unser Staatsleben bestellt, wenn ein durchaus ernst sittliches wissenschaftliches Streben und ein an einen in Untersuchung Befindlichen, dessen Schuld noch gar nicht feststeht, gerichtetes Antwortschreiben Anlaß giebt, gegen den Betreffenden einzuschreiten. Hierzu tritt, daß mir ein Grund gar nicht angegeben war; erst durch den sich entwickelnden Schriftwechsel und äußerm Vernehmen nach erfuhr ich den Grund. Es war mir also gar keine Möglichkeit geboten, vor gefaßtem Beschluß die nöthigen Aufklärungen zu geben, die leicht verständlich nach gefaßtem Beschluß für unzureichend befunden wurden. Die Lotterieeinnehmer können freilich auf Grund der Bestallung beliebig entlassen werden; es darf aber wohl die Frage aufgeworfen werden, ob es sich mit einem geordneten Staatswesen verträgt, daß irgend ein staatlich Angestellter, ganz abgesehen von der Haltbarkeit oder Unhaltbarkeit der Gründe, seiner Stelle enthoben werden kann — ohne daß er auch nur in die Lage versetzt wird, sich zu rechtfertigen, daß er ungehört gleichsam verurtheilt wird. Gewiß verdient auch dieser Punkt öffentliche Beachtung. Ein solch beliebiges Schalten darf keiner Behörde eingeräumt werden.

Nicht meinetwegen, denn für mich ist die Angelegenheit definitiv erledigt, und Beileid bedarf ich nicht, veröffentliche ich den Thatbestand. Das Verhalten der Behörde, materiell wie formell, hat seine ernste öffentliche Seite, und deshalb bringe ich es zur öffentlichen Kenntniß. Adolph Samter.“

— Schweizer Fabrikgesetz. In Folge einer Beschwerde von Fabrikarbeitern hat der Schweizer Bundesrath entschieden, daß die Arbeiter vom Arbeitgeber nur aus folgenden Gründen sofort entlassen werden können: a) wegen ungebührlichen Betragens; b) wegen Veruntreuungen; c) wegen anderweitiger bedeutender Verletzung der Fabrikordnung; d) wegen Unfähigkeit zur Ausführung einer angefangenen Arbeit (Fabrikgesetz Art. 9). Es gelten daher die erlassenen Fabrikreglemente nur insofern, als sie mit diesen Grundsätzen übereinstimmen.

— Deutsche Freiheit. Am Tage vor der Wahl wurde in Stuttgart Genosse Dulk, der dort bekanntlich candidirte, durch drei Landjäger verhaftet; ebenso wurde das ganze Wahlcomité, 20 Mann stark, verhaftet. Dieser „Schwabenstreich“ wird dem preußischsten der preußischen Landräthe einen Zoll der Bewunderung abringen. — Einige Tage vor der Wahl wurde in Magdeburg Genosse Klees, „die Seele der dortigen Wahlbewegung“, wie liberale Zeitungen schmunzelnd bemerkten, verhaftet, weil das Titelbild des seit Jahren unbeanstandeten Bracke'schen Volkskalenders plötzlich einen hochverrätherischen Charakter angenommen haben sollte. Klees ist nach den letzten Berichten wieder in Freiheit gesetzt, aber eine Zeitlang fehlte doch seine Kraft im Wahlkampf. — In Elberfeld stand am 27. Juli Hasselmann vor Gericht unter der Anklage, gegen § 131 verstoßen zu haben. Er wurde freigesprochen, auf Antrag des Staatsanwalts sofort wieder verhaftet. Von den übrigen Angeklagten wurden Wüsthoff zu 3 Monaten, Mann zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt, Wolfert und Bastian freigesprochen.

Ein Zeitbild.

Das war das größte Verderben jener Zeiten, da Leute vom ersten Range das Geschäft der Angeberei, auch der niederträchtigsten, trieben, die einen öffentlich, viele insgeheim, und man keinen Unterschied zwischen Fremden und Nahestehenden, zwischen Freunden und Unbekannten, der Sache des Augenblicks oder alten und darum nicht mehr auszumittelnden Dingen machte.

Man mochte auf der Straße wie beim Gastmahle über irgend etwas gesprochen haben, so wurde man verklagt, wenn der Andere zuvorzukommen und Einen anzubringen eilig war, manche (Angeber) um sich zu helfen, die Mehrzahl wie in Folge einer Seuche und Ansteckung. Hierbei ist mir wohlbekannt, daß von gar vielen Schriftstellern übergangen wird, wie viele (Bürger) verfolgt und gestraft worden, weil sie (die Schriftsteller) dieser Menge von Fällen erlagen, oder von dem, was ihnen selbst zu gehäuft und jammervoll gewesen, den Eindruck eines gleichen Widerwillens bei ihren Lesern fürchteten . . . . . Selbst Frauen blieben nicht unangefochten.

* * *

Auch die Vertreter des Volkes kümmerten sich nicht darum, ob das Reich . . . . . zu Unehren kam: der Schrecken im eigenen Hause lastete auf den Menschen und dagegen suchte man Hülfe im Bezeugen niedriger Ergebenheit. Also beantragten sie . . . . . überall die Errichtung von Tempeln zu Ehren und mit den Bildnissen des Kaisers . . . . .; und drangen an mit wiederholten Bitten, sie (der Kaiser und sein Vertreter, der allmächtige S.) möchten gestatten, daß man ihnen aufwarte. Es kam . . . . der Adel und ein ansehnlicher Theil des Bürgerstandes, zitternd in Bemühung um S . . . . . Man wußte mit Bestimmtheit, daß seine Menschenverachtung noch mehr dadurch stieg, daß er diesen sich schamlos anbietenden Sklavensinn ansah.

* * *

Es geschah, daß — ein schreckliches Bild von Elend und Grausamkeit — ein verfolgter Vater und der Ankläger, sein Sohn, vor Gericht gestellt wurden. Der junge Mann . . . . heitern Angesichts, erzählte, Angeber und Zeuge in einer Person, von einem bösen Anschlag gegen den Kaiser . . . . und fügte an, ein Dritter habe das Geld dazu hergegeben; welcher (Dritte) dann aus Widerwillen gegen jede Vertheidigung und weil man schon mit der Anklage meist den Mann als verloren ansah, sich den Tod zu geben eilte.

* * *

Und man ließ an maßgebender Stelle in schroffer Weise und für die Ankläger Partei nehmend, seine Unzufriedenheit darüber vernehmen, daß es so aus mit den Gesetzen sei, daß das Land an einem Abgrund stehe: lieber möge man die Verfassung umstoßen, als deren Wächter (die Angeber) bei Seite schieben. So wurden die Angeber, diese zum Fluche des Volkes geschaffene Rotte . . . . . noch durch Belohnung aufgemuntert.

* * *

Dieses Jahr war auch sehr unheilvoll dadurch, daß ein sehr würdiger Mann, Namens T. . . . . in den Kerker geschleppt wurde. Er war für die Wohlgesinnten ein Gegenstand der Achtung und ein Anstoß für die Verfolger.

An diesen machten sich mehrere Angeber heran, alle im Verlangen nach Beförderung, die nur durch den mächtigen S. zu erstreben war und dessen Geneigtheit war nur durch einen Frevel zu erkaufen.

Sie machten unter einander aus, daß einer von ihnen, L., der mit dem Verfolgten in einiger Berührung stand, die Falle legen, die Andern als Zeugen dabei sein und dann die Anklage beginnen sollten.

So ließ denn L. zuerst zufällige Aeußerungen fallen. Dann lobte er seine Treue . . . . . und sprach geflissentlich mit Achtung von den Gegnern des Kaisers. Und als T. in seine Klagen einstimmte, schalt er nunmehr kecker auf S., selbst der Schmähungen auf den Kaiser enthielt er sich nicht.

Solche Unterhaltungen führten Beide zu einem scheinbaren Freundschaftsverhältniß. Und schon kam T. selbst und legte seine Trauer in die Brust des L., als wäre dieser die Treue selbst, nieder.

Die verbündeten Angeber besprachen sich nun über die Mittel, diese Dinge von Mehreren zugleich hören zu lassen . . . . . Sie verkriechen sich in einem Versteck, ebenso entehrend, als ihre Arglist verabscheuungswürdig war.

Indessen . . . . zieht L. den T. in das Gemach, in welchem die Angeber lauern. Da er (L.) dann . . . . . nahe Bevorstehendes . . . . . und neues schreckliches Unheil verkündigte. T. sprach in gleichem Sinne und um so ausführlicher, da man tiefen Kummer, wenn er sich einmal Luft gemacht, noch schwerer zurückhält.

Nun eilten sie (die Horcher) zur Anklage und in einem Briefe . . . . . berichteten sie den Hergang ihres Bubenstücks und ihre eigene Schande.

Da kam Zittern und Zagen, wie sonst niemals, über das Land; man schloß sich ab gegen das Liebste, der Gesellschaft, dem Gespräche, bekannten und unbekannten Ohren ging man aus dem Wege, ja auch das Sprachlose und Todte, Haus und Wand, sah man forschend an.

Um unliebsamen Verwechslungen vorzubeugen, sei bemerkt, daß das hier Erzählte vor ca. 1700 Jahren von einem gewissen Herrn Tacitus in seinen nicht ganz unbekannt gebliebenen Annalen niedergeschrieben wurde.

Die hier berichteten Vorgänge haben sich zur Zeit des römischen Kaisers Tiberius ereignet.

Bekanntlich war dies eine Zeit, die seither sprichwörtlich geworden ist, als eine Epoche äußerster gesellschaftlicher Fäulniß und Zersetzung, und bekanntlich erfolgte denn auch nicht lange darauf der vollständige Zusammenbruch dieser morschen Gesellschaft.

Und bekanntlich erblicken die Geschichtsschreiber in jener feigen Auslieferung aller öffentlichen Gewalten an einzelne Machthaber, weil man in ihnen die sichersten Beschützer der bedrohten Privilegien zu sehen meinte, in jener „Seuche“ der gegenseitigen Angeberei wegen „böser Anschläge“ und ausgestoßener Beleidigungen gegen den bedrohten Staat und die sklavisch angebeteten und doch zugleich gefürchteten Gewalthaber, in jenem „sich schamlos darbietenden Sklavensinn“, wie es der große Chronist kraftvoll nennt, und welches alles in erster Linie eben jener Besorgniß um die gefährdeten Privilegien und Reichthümer entsprang — bekanntlich erblicken die Geschichtsschreiber heute in all dem einen der unträglichsten Vorboten des bald darauf erfolgten Zusammenbruches jener durch und durch verfaulten Gesellschaft.

Ja, ja, das ist wirklich einmal passirt!

Correspondenzen.

Straßburg, 31 Juli. Die Wahlschlacht ist vorüber — das Urtheil gesprochen; hier, in der Hauptstadt des Elsaßes ein Urtheil, das den Herren Regenten viel Alpdrücken verursachen wird. Der radikale Demokrat und Protestler J. Kablé, dem die Regierung das Anschlagen eines Wahlaufrufs verboten und dem sie aus „juristischen“ Gründen tausende von Flugblättern confiszirte, hat mit 7350 Stimmen über den von der Verwaltung auf jede Weise begünstigten reaktionären Autonomisten und bisherigen Abgeordneten, Gustav Bergmann, den glänzendsten Sieg davongetragen. Trotzdem Bergmann die zwei einzigen, (von uns schon früher charakterisirten größeren Zeitungen, die offizielle „Straßburger Ztg.“ und das „liberale“ „Elsässische Journal“) zur Verfügung hatte, während Kablé nur durch ein kleines Wochenblatt wirken konnte, hat der „große“ Nationalökonom (!) und Freund Bismarck's blos 4400 Stimmen also 3000 weniger als der Gegenkandidat, auf sich zu vereinigen vermocht. Requiescat in pace! Zieht man hiervon die 2500 Stimmen der par ordre du Mufti wählenden preußischen Beamten ab, so läßt sich leicht abmessen, wie groß die Beliebtheit der Autonomisten unter ihren Landsleuten ist. Friede ihrer Asche!

Unser erst 14 Tage vor der Wahl aufgestellter Candidat August Bebel in Leipzig erhielt 144 Stimmen, eine scheinbar geringe Zahl, die sich aber aus mancherlei Ursachen erklären läßt. Was soll man aber dazu sagen, wenn die beiden Reptile, „Straßb. Ztg.“ und „Elsässisches Journal“ (letzteres das Organ des liberalen Abgeordneten Schneegans) von dem „berüchtigten“ (!) Kampfes in zwei Worte des grellen Gegensatzes gebracht, die in Aller Munde umgehen.*) Bei dieser bewußten Erwägung der Frage aber scheint die Stabilität selbst ihre Sache verloren zu geben. Dies spricht sich nicht allein thatsächlich in jener vertheidigenden Haltung aus, sondern auch die Wortführer der Erhaltungspolitik selbst, die Anstifter der Kämpfe, haben schon 1827 aus der Seele der Geschichte heraus bekannt, daß sie nicht hofften, bei aller Majestät und Stärke ihrer Häupter und trotz aller einzelnen Siege, den Zeitgeist zu überwinden, weil keine Kunst und Gewalt dem Weltrade in die Speichen zu fallen vermöge. Die berühmten Minister dieser Sache führten ihre Kämpfe eingestandenermaßen nur für ihre Lebensfrist. Dieser Widerstand ist an zufällige Personen und gebrechliche Leben geknüpft, an einen Bund höchstens von Staaten, die durch ein ewiges Widerspiel ihrer Interessen innerlich getrennt sind. Auf der anderen Seite steht die zähe und ununterbrochene Lebensdauer der Völker und der fortschreitende Geist der Geschichte, der die Völker ohne Bündnisse vereinigt, auf ein einziges Ziel zu wirken; dessen Werkzeug die gewaltigen Triebe ungeheurer Massen sind, die nicht zu eilen haben, denen der Augenblick oft gefährlich war, die Zeit immer ein sicherer Bundesgenosse sein wird.

Daß die Bewegungen dieses Jahrhunderts von dem Instinkte der großen Massen getragen werden, daß ihr Ziel ein gemeinsames und gleichartiges ist, daß sie in einem ganz gesetzmäßigen Verlaufe vor sich gehen, dies sind die drei Eigenschaften, die ihre äußere und innere Stärke ausmachen, ihre Naturgemäßheit beweisen und ihre Unwiderstehlichkeit verbürgen.

(Fortsetzung folgt.)

*) „In fünfzig Jahren ist Europa entweder kosakisch oder republikanisch.“ D. R.

— Die Untersuchungs- und Polizeigefängnisse in Deutschland. Unter dieser Ueberschrift bringt das „Aerztliche Vereinsblatt“ in seiner Juninummer folgenden beinahe sozialdemokratischen Artikel, der schon um deswillen „oben“ nicht wird berücksichtigt werden: „Die bevorstehende Einführung der neuen Gerichtsverfassung in Deutschland und die Vergrößerung der Landgerichte hat für viele Gerichtsgebäude die Nothwendigkeit einer baulichen Erweiterung ergeben. Einsender dieser Zeilen hatte Gelegenheit, die wahrhaft schaudererregenden Zustände kennen zu lernen, in denen sich, mitten in sonst gut verwalteten Städten, die Gefängnisse bisher befunden haben, und richtet hiermit an die Bezirks- und Physikatsärzte die dringende Mahnung, jetzt wo es noch Zeit ist, diesem hochwichtigen Gegenstand der öffentlichen Gesundheitspflege die pflichtschuldige Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit Hilfe geschafft wird. Das Ueberhandnehmen von Vagabunden und Stromern hat eine grauenhafte Ueberfüllung der Gefängnisse zur Folge; 5 und 6 müssen auf einer Pritsche und in einem Lokale vegetiren, das kaum Luft und Licht für eine Person hat. Feuchte Mauern lassen auch nach Oeffnen der Fenster eine Luftverbesserung nicht zu. Es läßt sich keine günstigere Gelegenheit zur Uebertragung und Conservirung von Syphilis, Krätze und Seuchenkrankheiten denken, als in diesen Höhlen vorhanden ist. Auf ein Reinigen, Baden und Befreien von Ungeziefer ist bei dem massenhaften Andrang der Arrestanten nicht die gehörige Aufmerksamkeit gewendet. Ein Besuch des Arztes in einem solchen Loch oder die nähere Untersuchung eines Patienten ist, selbst mit einem ellenlangen Stethoskop, ohne daß Ungeziefer aufgelesen wird, kaum möglich. — Wer sich überzeugen will, wird es nicht für Uebertreibung halten, daß sich hier an dem Auswurf der Gesellschaft ein Stück Sittengeschichte abspiegelt, wie uns jetzt kaum noch aus der Vergangenheit bekannt ist. — Es ist diese Ueberfüllung der Gefängnisse entstanden in Folge der Gewerbegesetzgebung, der Verwilderung nach dem Kriege und der Arbeitslosigkeit, und es ist Pflicht des Staates, auch hier die bessernde Hand anzulegen. Wer auch für dieses Vagabundenvolk selbst sich nicht erwärmen kann, muß doch bedenken, daß von diesem Proletariat aus die Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten am besten besorgt werden kann, und abgesehen von dem rein humanistischen Standpunkt hier gegen die allerersten Regeln der Sanitätspolizei und unter den Augen von hochgebildeten Richtern und offiziell bestellten Gefangenenärzten in unverantwortlichster Weise gesündigt wird. Mögen diese Zeilen den Anstoß geben, daß solche Zustände, die von Vielen als selbstverständlich schlechte und der Verbesserung würdige betrachtet werden, auch auf ihre sanitäre Bedeutung hin angesehen werden.“

Das rothe Gespenst.

Sie sitzen und rathen
Und stehen und reden:
Sozialdemokraten
Wie kann man sie tödten?

Sie machen mir übel,
Erklärt Herr von Sybel,
Mit ihrem Geplauder,
Ich schreibe nicht lauter —

Unsinn, ruft Richter,
Dozirt das Gelichter,
Sobald ich nur rede,
So schreien sie: tödte —

Das Fleisch ab, meint Stöcker,
O tödtet den Höcker!
Doch wenn ich so predig',
So schrei'n sie: unnöthig —

Unnöthig, spricht Gottschall,
Ist wahrlich ihr Spott all,
Auf daß, was ich dichte,
Geschmacklose Wichte —

Ein Schlachtenmaler:

Geschmacklos beharrlich
Malen wir wahrlich
Nach ihren Begriffen,
Die roh, ungeschliffen.

Ein Jardelieutenant.

Roh und als Schande
Erklärt diese Bande,
Ich schwöre, auf Taille,
Den Krieg der Kanaille.

Im Chor:

Wir reden und schreiben,
Das Gespenst zu vertreiben,
Wir predigen und dichten,
Das Gespenst zu vernichten;
Wir malen und kriegen*),
Das Gespenst zu besiegen.

Das rothe Gespenst.

Schimpft immer zu, schmiert immer zu
In Blättern und auf Leinwand,
Vernunft erhebt mit Seelenruh'
Dagegen ihren Einwand.

Die Wahrheit nimmt doch ihren Lauf,
Ihr könnt sie niemals pachten;
Denn böse ist von Jugend auf
All euer Dichten und Trachten.

K. M.

*) Soll wohl heißen: kriechen. Anm. d. Setzers.

„Drechslermeister und Sozialdemokraten“ sprachen! Die Frechheit dieser Regierungsblätter kann nur durch ihre Unwissenheit und Dummheit entschuldigt werden. Der Straßburger Philister, der von Bebel noch Nichts gehört hat, glaubt aber, wenn ihm das obige Epitheton ornans*) vor die Augen tritt, entschieden, der „berüchtigte Drechslermeister“ sei schon wegen Eigenthumsvergehen bestraft worden. — Daß es uns nicht möglich war Versammlungen zu halten, ein Wahlcomité zu wählen und Flugblätter zu verbreiten, wird keinen Kenner unseres trefflichen Diktaturparagraphen in Erstaunen setzen. Daß aber vor der Wahl ungültige Stimmzettel, die nur auf „A. Bebel“ oder „J. Bebel“ lauteten, gedruckt und in großer Anzahl verbreitet wurden, ist wieder ein trefflicher Beleg für die Kampfweise unserer Gegner, beweist, daß bei ihnen der Zweck jedes Mittel heiligt. Die geringe Stimmenzahl für unsern Candidaten kommt auch daher, daß alle politisch und radical Gesinnten, die eingewanderten bürgerlichen Demokraten und viele einheimische Sozialisten Herrn Kablé, dem Manne der äußersten Linken, ihre Stimmen zuwandten. Ein so glänzender Sieg der Demokratie und ihres Candidaten wurde von Niemand erwartet. Herr von Möller wird die letzte Nacht schlecht geschlafen haben, denn seine Stellung ist hier „gründlich ruinirt“. Statt des Schreiberregiments kommt nun das Säbelregiment, das für uns aber gar nicht schlimmer werden kann, als die bisherige treffliche Leitung der Dinge. Durch die gestrige Wahl hat die Bevölkerung der alten freien Reichsstadt bewiesen, daß es in ihren Mauern nur für freie Männer Platz giebt, nicht für Liebediener und solche, die es werden wollen, sie hat einen Mann gewählt, dessen Programm mit den Worten schließt: „Wir wollen, was die Demokratie immer gewollt hat. Wir wollen die Herrschaft der Vernunft gegenüber der Gewalt! Die Regierung des gesammten Volkes durch das Volk; wir wollen derzeit die Beglückung Aller, indem jedem Einzelnen gleiches Maß von Recht und Freiheit zum Angebinde in die Wiege gelegt wird.“

Wir hegen die frohe Zuversicht, daß Kablé den männlichen Worten die männliche That folgen läßt und Schulter an Schulter mit unseren Abgeordneten in den Kampf gegen die Reaktion eintritt.

Berlin. Das Wahlresultat ergiebt sich aus folgender Tabelle:

Wahlkreis u. sozial. Candidat		Sozialdemokr.	Fortschrittlich-liberal	Conservativ-liberal	Deutsch-conservativ	Ultramontan	Handwerker-partei	Christlich-sozial
1. Bez.	Most	2141	9012	—	2883	193	123	—
2. „	Baumann	7583	15731	5036	136	251	78	3
3. „	Rackow	7060	13035	—	1337	243	120	269
4. „	Fritzsche	20225	16538	2998	—	281	54	336
5. „	Kapell	3637	10582	—	1270	183	64	—
6. „	Hasenclever	15690	20919	—	625	251	43	808
Gesammtzahl der abgegeb. Stimmen		56336	85817	8034	6251	1402	482	1416

Gewählt sind: 1. Bez.: Hänel (Fortschr.); 2. Bez.: Klotz (Fortschr.); 3. Bez.: Sauden-Tarputschen (Fortschr.); 5. Bez.: Zimmermann (Fortschr.); 6. Bez.: Klotz (Fortschr.). Im 4. Bezirk findet Stichwahl zwischen Fritzsche und Zelle statt.

Welche Fortschritte die Sozialdemokratie in Berlin gemacht hat, zeigt folgende Uebersicht:

Bezirk	1867	1871	1874	1877	1878
1.	4	79	467	1173	2141
2.	5	180	1143	3988	7583
3.	11	513	1638	3991	7060
4.	14	1104	3976	10769	20225
5.	—	76	1080	2032	3637
6.	33	82	3667	9569	15660
Gesammtzahl	67	1961	11971	31522	56336.

56,336 Stimmen im Jahre 1878 gegen 67 Stimmen im Jahre 1867 — nach 11 Jahren fast so viele Tausende von Sozialdemokraten als damals Einzelne!!!

Nur noch einige Jahre mit derselben Begeisterung, aber auch mit derselben Ruhe und Würde weiter agitirt, und Berlin wird nur Sozialdemokraten in den Reichstag entsenden.

Chemnitz. (Reichstreue Kniffe.) Die Agitatoren der Herrn Bopel sind recht nette Brüder. Verübten sie gestern mittelst ihres vertraulichen Circulars, welches von Herrn Th. Böhme ausging, der selbst eine Stelle mittelst Bleistift auf allen Exemplaren unterstrichen hatte, einen Angriff auf unsere Plakate, wodurch eine Eigenthumsschädigung begangen ist, so verbreiteten sie heute, am Wahltage, ganz gemüthlich: „Most habe sich gehenkt“. Sie klebten auch Plakate und zwar ohne polizeiliche Erlaubniß und ohne Druckfirma, an, auf welchen man von Weitem las: „Most ist todt“. Kam man den Plakaten ganz nahe, so bemerkte man zwischen „Most ist“ und „todt“ das mit winziger Schrift gedruckte Wörtchen „moralisch“. Daß eine Partei durch solche Mittel sich selbst moralisch todtschlägt, das ist den Herren Reichstreuen gleichgültig; wenn nur der Schwindel momentan wirkt! — Was würde Herr Bopel und dessen Familie dazu sagen, wenn wir ebenso gemein gewesen wären, wie seine Freunde, und wenn wir ausgesprengt hätten „Bopel hat sich gehenkt?“ — Es fördert das Ansehen der Behörden nicht, wenn für einen Stadtrath in so unehrlicher, bübischer Weise gewirkt wird.

Elberfeld, 27. Juli. Gestern Nachmittag 4 Uhr begannen vor dem Zuchtpolizeigericht die Verhandlungen gegen unsere Parteigenossen W. Hasselmann, C. Wolferts, Bastian, Schneidt und Mann. Der Zudrang von Zuhörern war ungemein stark; indeß ließ die zahlreich vertretene Polizei nur eine kleine Anzahl in das Gerichtsgebäude gelangen und sperrte alsdann die Zugänge ab. Selbst einer unserer Redakteure, welcher als Berichterstatter der „Berg. Volksstimme“ und verschiedener auswärtiger Zeitungen den Verhandlungen beizuwohnen begehrte, fand keine Gnade vor den Augen der Polizei. Ueber den Gang der Verhandlungen ist Folgendes zu berichten: Der Staatsanwalt hielt gegen sämmtliche Angeklagte die Anklage aufrecht und beantragte für Hasselmann 1 Jahr, für jeden der übrigen Beschuldigten 6 Monate Gefängniß. Hasselmann wies an der Hand des § 130 des Str.-G.-B. nach, daß die Ausführungen des Staatsanwalts durchaus haltlos seien und weder im Flugblatt, noch in den beiden inkriminirten Reden irgend etwas enthalten gewesen sei, was einer Aufreizung von Bürgern zu Gewaltthätigkeiten auch nur im Entferntesten ähnlich sehe, daß er sonach mit Zuversicht seine Freisprechung erwarte. Auch Genosse Schneidt vertheidigte sich in längerer Rede und wies die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als grundlos zurück. Die übrigen Angeklagten schlossen sich im Großen und Ganzen den Ausführungen Hasselmanns an. Ein Anwalt, auf dessen Rechtsbeistand unsere Freunde gerechnet hatten, erklärte sich im letzten Augenblick verhindert, die Vertheidigung zu übernehmen. Vor dem Gerichtsgebäude war die Menge fortwährend im Wachsen, verhielt sich jedoch musterhaft ruhig. Plötzlich erschien ein Parteigenosse mit einer Anzahl der confiscirten und wieder frei gegebenen Flugblätter und vertheilte dieselben unter die Anwesenden, welche sie mit großer Begierde lasen. Selbst auf der die Straße begrenzenden Anhöhe, die von starken Gruppen eingenommen war, bemerkte man in allen Händen die weißen Blätter, welche Angesichts der Polizei das aufmerksamste Lesepublikum gefunden hatten. Um 6 Uhr etwa zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück. Die Spannung wuchs von Minute zu Minute. Endlich gegen 8 Uhr erscholl die Nachricht, daß Mann zu 6 Monate Gefängniß verurtheilt, Hasselmann, Schneidt, Bastian und Wolferts freigesprochen seien. Unbeschreibliche Begeisterung erfaßte die ungeheuer angeschwollene Menge. Da erscheinen Bastian und Wolferts und aus Tausenden von Kehlen erschallen endlose stürmische Hochs. Die beiden Freigesprochenen wurden umringt, und unter nicht endenwollendem Jubel immer und immer wieder umarmt und beglückwünscht. Jetzt erfährt man auch, daß Hasselmann auf Antrag des Staatsanwaltes, welcher gegen ihn Appellation anmeldete, wieder verhaftet worden sei. Auch diese Nachricht war nur dazu angethan, die Begeisterung noch höher anzufachen. Sagte sich doch Jeder selbst, daß nunmehr durch Urtheil der Richter die vorläufige Verhaftung Hasselmanns als ungenügend motivirt festgestellt sei. Dieses Urtheil, in Verbindung mit dem neulich gefällten wird hoffentlich dem Staatsanwalt in der Erhebung von Anklagen resp. in der Anordnung vorläufiger Verhaftungen für die Zeit nach den Wahlen etwas weniger Energie rathsam erscheinen lassen. Friwitzer freigesprochen, Hasselmann freigesprochen, Schneidt, Wolferts und Bastian freigesprochen — das sind keine Lorbeern für das Parket. Uns aber bleibt immer wieder die Frage: Wer entschädigt nun die Freigesprochenen für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft?

Essen, 28. Juli. Unsere weltberühmte Kanonenstadt Essen zeigt zur Wahl ein ganz wunderliches Gesicht: die „Liberalen“ sind mit Sack und Pack in's reaktionäre Lager übergelaufen und wollen den Kanonenkönig Krupp in den deutschen Reichstag schicken; einen Besseren hätten die Herren auch nicht ausfindig machen können — ein Mann, der vom Kriege profitirt, der wird den Militäretat eher zu erhöhen als zu erniedrigen bestrebt sein, weil ein guter Theil davon ihm selbst in den Schoß fallen wird. Die Reaktionäre haben eine riesige Agitation entfaltet, an dem Reichstagsabgeordneten Stöcker lassen sie kein gutes Haar: er sei ein Sozialdemokrat, er habe blos ein religiöses Mäntelchen umgehängt. Eine Menge Flugblätter lassen die Kruppianer vertheilen und auf den Bergwerken und Fabriken anschlagen, das eine immer nichtssagender wie das andere; auch nicht einen vernünftigen Grund können die Herren angeben, der die Wahl des Herrn Krupp rechtfertigt; nichts als Phrasen und Einschüchterungen. Da heißt es unter Anderem: „Arbeiter! seht Ihr nicht, wie die Butter auf Eurem Brod von Tag zu Tag dünner wird? Aber auch das Wenige geht noch verloren, wenn Ihr den christlich-sozialen Herrn Stöcker wählt; wählt lieber Herrn Alfred Krupp, der selbst Industrieller ist, der wird unserer heimischen Industrie wieder aufhelfen“ u. s. w. Daß die Christlich-Sozialen diesem Unsinn gegenüber leichtes Spiel haben, ist wohl sehr erklärlich.

Die Maßregelungen und Einschüchterungen werden hier schamlos betrieben; auf allen Bergwerken und Fabriken hat man anschlagen lassen, daß man fernerhin keine Sozialdemokraten mehr beschäftigen will. Fast kein Bergwerk und keine Fabrik giebt es hier mehr, die nicht brave und redliche Arbeiter ihres politischen Glaubensbekenntnisses wegen entlassen hätten, und noch weitere Entlassungen werden folgen. So weit sind wir gekommen im deutschen Vaterlande. Ist das das vielgepriesene Recht der freien Meinungsäußerung? Ist das das Zeitalter der Aufklärung und Toleranz? Wo soll das hinführen? Was soll aus den Unglücklichen werden, die jetzt in dieser Zeit aus der Arbeit entlassen sind und noch werden? Werden diese Geächteten so viel Charakterfestigkeit behalten, um nicht zu Verbrechern herunterzusinken? — In der jetzigen Reaktionsperiode hat mancher liberale Philister die Maske abgeworfen und uns sein natürliches Angesicht gezeigt. Männer, die für Volksbildung thätig zu sein sich brüsteten, die einen „mächtigen“ Bildungsverein schon ein ganzes Jahrzehnt leiteten, sind über Nacht ins Fahrwasser der Reaktion gekommen und werfen sich zu Ketzer- und Inquisitions-Richtern auf, sie fallen in denselben Fehler, den sie am Ultramontanismus so oft getadelt haben. Im Mittelalter waren die Juden die Sündenböcke, alle erdenklichen Verbrechen wurden ihnen angedichtet und die fanatische Menge vergriff sich sehr häufig thätlich an denselben; solche Zustände möchten die liberal gewesenen Philister wieder einführen, blos mit dem Unterschied, nicht die Juden, sondern die Sozialdemokraten sollen verbrannt werden. Die Personen haben gewechselt, das System ist geblieben bei diesen Philistern, die das Wort Bildung im Munde führen, um uns in ewige Geistes-Knechtschaft zu stürzen. — Die Wahl im Kreise Essen ist nun aber zu Gunsten des christlich-sozialen Abgeordneten Herrn Redakteur Stöcker ausgefallen, trotz der Einschüchterungen der Kruppianer. — Doch noch Eins: ich muß auch noch der Wilhelms-Pfennige erwähnen, die hier gesammelt worden sind. Es ist wahr, die Pfaffen sind manchmal unverschämt im Betteln für ihre Zwecke, aber der liberal gewesene Philister hat die Ersteren an Schamlosigkeit weit übertroffen, denn sie erklärten, Derjenige, der nichts giebt, gehört zu Dr. Nobiling, dem Königsmörder. Wer also nichts geben kann, oder aus irgend einem Grunde nichts geben will, der steht auf dem Standpunkt des Kaiser-Attentäters. Kann es wohl etwas Infameres geben? Nun für heute genug, hoffen wir, daß die Reaktionsperiode nicht lange andauern wird. —d—

Jork (bei Hannover), 26. Juli. Gestern wurde beim Genossen A. Alpers eine Haussuchung vorgenommen und confiszirte man bei demselben verschiedene Schriften, unter denen sich auch Gesetz- und Fremdwörterbücher befanden. Den Anlaß zur Haussuchung soll eine Sammelliste zum Reichstagswahlfond gegeben haben, welche ein Gensdarm dem Genossen A. weggenommen hatte. Da derselbe das darauf verzeichnete Geld nicht an den Gendarmen abliefern wollte, verhaftete man ihn. Wie verlautet, kommt die Angelegenheit vor die Kronanwaltschaft in Stade. Wir sind begierig, was aus der Geschichte wird, da doch die Sammlung von Geldern zum Wahlfond von Niemanden beanstandet werden kann.

Antwerpen, 31. Juli. (Warnung für Korbmacher!) Allen Collegen diene zur Nachricht und zugleich zur Warnung, auf die Annonce vom vorigen Monat nicht nach Antwerpen zu kommen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, auf die schändlichste Weise betrogen zu werden. Die unterzeichneten drei Collegen haben hier über drei Wochen gearbeitet, ohne zu rechnen; als es aber zum Rechnen kam, sollten wir noch Geld herauszahlen. Der saubere Patron, mit dem wir es zu thun hatten und der wegen Bankerotts nicht mehr nach Deutschland zurück darf, hat Nichts, woran man sich halten könnte. Der Sprache ist man nicht mächtig, das Consulat kann auch Nichts thun. So stehen wir nun rathlos da und müssen ausgeplündert unser Bündel schnüren und ruhig abziehen. Den richtigen Namen des Mannes, welcher nicht „Stracke“, sondern „Hartmann“ heißt, veröffentlichen wir zur Warnung für Jedermann. Derselbe hat früher in Emmerich ein Geschäft gehabt. Also Arbeiter seid auf der Hut vor diesem Freibeuter!

Mit Gruß

P. Krey. A. Heinke. Paul Hache.

Kreuznach, 26. Juli. Am 6. Juni machte ich wie gewöhnlich nach dem etwa eine halbe Stunde von hier entfernten Münster am Stein einen Spaziergang, mich sorglos und nichts ahnend meinen Gedanken überlassend. Da vernahm ich die Kunde, ich solle, sobald ich nach Hause komme, arretirt werden. Der Thatbestand war folgender: Ich Joseph Maisch jr. und Georg Ledderhos, Schlossergehülfe, sind nämlich freigesinnt, ersterer reiste früher auf den Buch- und Kunsthandel, letzterer arbeitete auf seinem Handwerke. Seit Januar sind wir beide gemaßregelt; wir sind Cousins; Kost, Logis und Unterhalt haben wir im elterlichen Hause. Um 3 Uhr selbigen Tages drang der schon bekannte Polizeicommissar B. in Begleitung eines Schutzmanns bei mir, Maisch, in gemeiner und roher Weise mit der Frage an meinen zu Hause arbeitenden Bruder ein: „Sind Sie der Demokrat?“ Als dieser mit seinem vollen Bewußtsein „Nein!“ antwortete, wandte er sich an meine Mutter mit der Frage: „Wo ist sein Zimmer, wo ist sein Koffer?“ welches bereitwilligst geöffnet wurde, aber nicht das Geringste fanden die Herren vor und sie mußten mit langer Nase abziehen. Dem Ledderhos, der mit der Reparatur eines Schlosses beschäftigt war, dabei ein hiesiges Käseblatt übersehend, riß der Polizeicommissar B. das Blatt mit den Worten aus der Hand: „Ha, ein sozialistisches Blatt! Sodann stehen Sie auf, wenn ich mit Ihnen spreche.“ L.: „Das habe ich nicht nöthig.“ B. „Der Mensch ist verhaftet, legt ihm die Kette an.“ L. wurde mitgenommen nach seiner Wohnung, dort Haussuchung gehalten und ein ganzer Berg sozialistischer Schriften vorgefunden, darunter der „Volksstaat“ 1874, welche derselbe bis jetzt noch nicht zurückerhalten hat. L. bekam freies Quartier, wurde des Mittags und des Morgens zweimal ins Verhör genommen, jedoch ohne das geringste Resultat. Abends halb 10 Uhr verlangte derselbe, einem politischen Verbrecher gemäß, sein Abendbrod; halb 11 Uhr bekam derselbe ein Stück trockenes Brod und eine Tasse Kaffee. Morgens verlangte derselbe ein Handtuch, worauf man ihm bedeutete, er habe ja ein Taschentuch, um sich daran abzutrocknen. Um 11 Uhr des andern Tages wurde L. freigelassen. Zwei Tage darauf mußte ich (Maisch) ins Verhör. Dort wurden folgende Anfragen an mich gerichtet: „Sie sollen mit unter dem Complott des Attentäters Nobiling stecken?“ Was ich ganz natürlich mit „Nein“ beantwortete. „Sie verbreiteten sozialistische Schriften?“ „Nein.“ „Von was leben Sie und von was bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?“ „Table d'hôte, Chambre garni, Maison de baina bei meinen Eltern!“ war meine Antwort. — Freies deutsches Reich. Polizeiwillkür und Gewaltthat!

Briefkasten

der Redaktion: K. H. in Hamburg: Wir sind nicht im Stande Ihre Wünsche, betr. einer Stellung erfüllen zu können; und wenn dies auch wirklich der Fall wäre, so sind für derartige Stellen genug alte und bewährte Parteigenossen vorhanden. — A. B. in Frankfurt a. M.: Wenden Sie sich an Hrn. Rauert, Leipzig, Frankfurterstr. 31 IV. — B. K. in Leipzig: Bis jetzt existirt ein derartiges Werk noch nicht. Einzelne Punkte werden in den verschiedensten Broschüren auf das Ausführlichste besprochen. —

der Expedition: F. Henig Stuttgart: Die Bank ist gut.

Quittung. Lgs Hannover An. 0,70. Rw Altona Ab. 47,75. Kupp Straßburg Ab. 8,00. Dgn Leoben Ab. 1,98. Rtr Darmstadt Ab. 23,00. Glgr hier 6,00. Gfr hier An. 2,10. Brnng Delitzsch Ab. 2,80 u. 1,05. L. Berlin Ab. 0,80. Khlmn Lüneburg Schr. 0,40. Brngr Plau Schr. 1,40. Bhm Rogasen Schr. 1,20. Schrr Berlin Schr. 9,90. Schl. Brüssel Schr. 1,09. Schl Baden Schr. 0,96.

Wahlfonds.

Nrkr Wien 1,65. Nrb B W u. W 27,50.

Freunden und Parteigenossen zur Notiz, daß meine Adresse jetzt lautet: **Oswald Meynert,** Buchbinder, Korkstraat by de Vyzelstraat 212. Amsterdam.

Dissidentenbund.

Leipzig u. Umg. Mittwoch, den 7. August, Abends halb 9 Uhr im „Trianon“ des Hrn. Richter, Roßplatz 9: [50

Mitgliederversammlung.

Das Erscheinen Aller wird erwartet. Der Vorstand.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

Die Behandlung

der

Politischen Gefangenen in Bayern.

Prozeß Franz Kohlederers.

Zusammengestellt nach stenographischen Berichten

von

Sigmund Politzer

Redakteur des „Zeitgeist“.

Preis 20 Pfg.

Der Ertrag ist für die Frauen und Kinder Inhaftirter bestimmt.

Zukunftsmedizin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

(Vollständig in 12 Heften.)

Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts“.** Färberstr. 12.

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tschernyschewsky.

38 Bogen stark. Preis 4 Mark.

N. Tchernychewsky: L'Économie politique

jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.

492 pages. Prix 1,50 M.

Leipzig. **Expedition des Vorwärts.**

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kätzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Ehrendes Beiwort.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
Betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., Betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 92. Mittwoch, 7. August. 1878.

Zu den Wahlen.

Ein sehr vernünftiges Urtheil wird von dem „Hamburgischen Correspondent" gefällt. Derselbe schreibt zwar speciell von den Wahlen in Hamburg, allein was er sagt, gilt Wort für Wort von den Wahlen in ganz Deutschland. „Die Umstände, so heißt es in dem betreffenden Artikel (Nr. 180 vom 31. Juli), unter denen die Hamburgische Sozialdemokratie ihre Wahlfeldzüge unternahm, sind nie so ungünstige gewesen, wie im gegenwärtigen Augenblick. Mit Mitteln, die binnen 18 Monaten aufgebracht worden, mußten Ausgaben bestritten werden, die man sonst über drei Jahre zu vertheilen gewohnt war; inmitten einer Zeit allgemeinen Drucks der wirthschaftlichen Verhältnisse galt es eine Anhängerschaft zusammenzuhalten, die sich von dem größten und einflußreichsten Theile ihrer Volksgenossenschaft der moralischen Mitverantwortung für zwei schwere Verbrechen angeschuldigt und außerdem mit Repressionsmaßregeln aller Art bedroht sah. Dazu kam in Hamburg noch, daß das Bürgerthum zum ersten Male organisirt in den Wahlkampf trat, und daß die Unterstützung der von demselben aufgestellten Candidaten nahezu Allen als patriotische Pflicht erschien, welche die Ereignisse vom 11. Mai und vom 2. Juni hatten auf sich wirken lassen.

„So vereinigten sich äußere und innere Verhältnisse der verschiedensten Art dazu, die Anhänger der Sozialdemokratie zu entmuthigen, das Selbstvertrauen und die Siegesgewißheit ihrer Gegner zu erhöhen. In weiten Kreisen wurde darum angenommen, die von allen Seiten angegriffene, unter dem Eindruck der schwierigsten Einflüsse stehende Partei werde einen erheblichen Rückschlag erleiden, vielleicht gar die Flinte ins Korn werfen und sich nur der Ehre wegen schlagen. — Die Geräuschlosigkeit, mit welcher die sozialdemokratische Wahlmaschine dieses Mal arbeitete, konnte für eine Bestätigung dieser Auffassung gelten und mußte die Sicherheit und den Kampfesmuth der bürgerlichen Parteien erhöhen.

„Bei solcher Sachlage kann der von den beiden (der Artikel wurde geschrieben, ehe das Resultat des dritten [Land-] Kreises bekannt war. R. d. V.) Candidaten des Hamburgischen Bürgerthums erfochtene Sieg ein glänzender nicht genannt werden. In beiden Wahlkreisen ist die Sozialdemokratie erheblich stärker aufgetreten, als vor drei Jahren; in beiden Wahlkreisen haben relativ unbedeutende, blos nach Hunderten zählende Mehrheiten den Ausschlag gegeben, obgleich von Seiten des liberalen Wahlvereins das Möglichste gethan worden war, um alle irgend disponiblen Kräfte in Bewegung zu setzen und in den Kampf zu führen.

„Trotz der Befriedigung darüber, daß dieses Mal das Aeußerste abgewendet worden und trotz der Freude, die jedes Siegesbewußtsein mit sich bringt, stehen wir nicht an, dieses Ergebniß als ein höchst bedenkliches zu bezeichnen. Wenn eine so beispiellose Gunst der Umstände, wie die diesmal obwaltende, zu so bescheidenen Resultaten führt, wird der ernsthafte, über die Stimmungen des Tages hinausschauende Patriot der Zukunft nicht ohne Besorgniß entgegensehen und eingestehen müssen, daß er es mit Gegnern zu thun hat, an deren Bewältigung mit äußeren Repressionsmitteln nicht wohl zu denken ist. Mindestens für uns Hamburger wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie noch lange die vornehmste, wenn nicht die ausschließliche Sorge des Tages sein und den besten Theil der Kräfte in Anspruch nehmen, welche dem Wohle der Gesammtheit dienstbar gemacht werden können."

Nun — die „Hamburger" werden in diesem Kampfe ebenso wenig Sieger bleiben, wie die Reaktionäre im übrigen Deutschland und Europa.

Die Bedingungen, unter welchen die Sozialdemokratie zu kämpfen hatte, waren sogar im Allgemeinen noch weit ungünstiger, als der „Hamburger Correspondent" sie für Hamburg hinstellt.

Die Hälfte unserer Vorkämpfer in Schrift und Wort („Agitatoren" und Journalisten) im Gefängniß; ein Theil unserer Candidaten der Freiheit beraubt; die „Lokalsperre" und die massenhaften Versammlungsverbote, durch welche das Versammlungsrecht für unsere Partei faktisch aufgehoben und uns damit die Waffe, der wir in früheren Wahlkämpfen unsere Siege hauptsächlich zu verdanken hatten, geraubt wurde; die massenhaften Willkürakte der Behörden; die durch keine Furcht vor Anwendung des Gesetzes zurückgedrängte Brutalität der Bourgeoisie bei Maßregelungen, Bedrohungen und Bestechungen der Arbeiter*) — das sind Momente, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen, wenn man die Natur dieses Wahlkampfes richtig beurtheilen will. Es war kein fair fight — kein ehrlicher Kampf mit gleichen Waffen und gleicher Sonne. Der Feind vom Kopf bis zum Fuß gepanzert und gerüstet. Die Sozialdemokratie wehrlos, an Händen und Füßen gefesselt. Und dennoch haben wir den Feind, der uns erdrücken zu können vermeinte, von uns abgeschüttelt und zurückgeworfen. Ja, zurückgeworfen. Trotz der verlorenen Sitze, haben wir Terrain gewonnen. Der Zuwachs von Stimmen wiegt die Verluste von Sitzen überreich auf. Der „Hamburgische Correspondent" konstatirt dies in einem späteren Artikel ausdrücklich. Er sagt (Nr. 182, vom 2. Aug.):

„Völlig unzweifelhaft ist die Thatsache, daß die Sozialdemokratie durch die ihr drohenden Repressionsgesetze nicht eingeschüchtert und in ihrem Mannschaftsbestande nicht erschüttert worden ist. Von definitiven Wahlsiegen der Sozialisten ist allerdings noch Nichts zu hören, dafür aber ein Wachsthum der sozialdemokratischen Wählerzahl in fast allen in Betracht kommenden größeren Städten constatirt worden, welches sehr viel bedeutender ist als die Wahl eines Dutzend sozialistischer Abgeordneten. In Hamburg sind an 30,000, in Altona an 12,000, in Kiel nahezu 7000, in Berlin etwa 47,000, in Königsberg 1100, in Breslau 12,000, in Cöln 2000, in Elberfeld 11,000, in Dresden 13,000, in Frankfurt a. M. 4000, in Leipzig 14,000, in Stuttgart 4000, in Offenbach 5200, in Hannover 6500, in Nürnberg 10,000, in Braunschweig 6500, in Greiz 2500 Stimmen zu Gunsten sozialdemokratischer Candidaten abgegeben worden. — Ziffern, welche während den der sozialistischen Sache ungleich günstigeren Wahlkämpfen von 1874 und 1877 nirgend erreicht worden. Wir haben bereits bei Besprechung des in Hamburg erzielten Wahlergebnisses hervorgehoben, was diese Zahlen unter den gegenwärtig gegebenen Verhältnissen bedeuten, und brauchen das Gesagte nicht zu wiederholen. Daran aber glauben wir erinnern zu müssen, daß die bereits vor den Wahlen aufgeworfene Frage, wie eine so weitverbreitete, auf so festen Grundlagen aufgerichtete Partei mit Hülfe einiger Gesetzes-Paragraphen aus der Welt geschafft werden soll, heute schwerer denn je zu beantworten ist und daß die Meinung schon jetzt widerlegt erscheint, nach welcher es nur eines entschiedenen Auftretens der Regierung bedürfen sollte, um den erregten Strom des vierten Standes in seine Ufer zurückzubannen."

Der „Hamburgische Correspondent" hat Recht: ein Dutzend sozialistischer Abgeordneten hat für uns auch nicht annähernd die Bedeutung der Hunderttausende von Stimmen in den Mittelpunkten unseres politischen Lebens.

Wäre selbst, worauf wir bei der Haltung der Behörden vorbereitet waren, nicht ein einziger unserer Candidaten gewählt worden, so würden wir mit dieser Stimmenzahl uns angesichts der bewunderungswürdigen Opferwilligkeit und Disziplin, welche unsere Partei in dem Wahlkampfe bewährt hat, den 30. Juli als einen Tag des Triumphs haben betrachten müssen.

*) An vielen Orten haben unsere Candidaten fast blos die Stimmen von Bürgern erhalten, weil die Arbeiter ihrer Mehrzahl nach nicht zu stimmen wagten. Wir werden Beispiele bringen. R. d. V.

— Die offizielle Auszählung der Wahlstimmen ist erfolgt. Darnach wird die Mittheilung, daß Auer gewählt sei, umgestoßen. Auer kommt in die engere Wahl gegen Amtshauptmann Schwiedel in Plauen (conservativ). Außerdem kommen von unseren Genossen in die Stichwahl:

Fritzsche gegen Zelle (fortschr.) 4. Berliner Wahlkreis.
Fritzsche gegen Brüel (Centr.) Hannover.
Bebel gegen v. Friesen (cons.) Dresden.
Wiemer gegen Mangold (cons.) Zschopau i. S.
Reinders gegen Molinari (cons.) Breslau.
Kräcker gegen Bürgers (fortschr.) Breslau.
Frohme gegen Weigel (nat.-lib.) Hanau.
Rittinghausen gegen Melbeck (nat.-lib.) Solingen.
Hasselmann gegen Prell (nat.-lib.) Elberfeld.
Praast gegen Karsten (fortschr.) Altona.
Kayser gegen Penzig (nat.-lib.) Freiberg i. S.
Geiser gegen Frege (cons.) Borna i. S.
Vahlteich gegen Gensel (nat.-lib.) Mittweida i. S.
Liebknecht gegen Dernburg (nat.-lib.) Offenbach.
Stöhr gegen Beseler (realt.) 6. schlesw.-holst. Wahlkreis.

Also sechszehn Stichwahlen.

Bei folgenden Stichwahlen zwischen anderen Parteien geben unsere Genossen den Ausschlag; in

Stettin zwischen Delbrück (cons.) und Schmidt (nat.-lib.)
Frankfurt a. M. zwischen Sonnemann (Volksp.) und Varrentrapp (nat.-lib.)
München 1. Bezirk zwischen Ruppert (ultr.) und Stauffenberg (nat.-lib.)
Mannheim zwischen Kopfer (Volksp.) und Scipio (nat.-lib.)
Mainz zwischen Moufang (ultr.) und Reuleaux (nat.-lib.)
Lennep-Mettmann zwischen Techow (nat.-lib.) und Bowinkel (cons.)
Sorau zwischen Schön (cons.) und Reisert (nat.-lib.)
Nieder-Barnim zwischen Mendel (fortschr.) und Jung (cons.)
München 2. Bezirk zwischen Westermeier (ultr.) und Schlör (liberal.)
Darmstadt zwischen Büchner (fortschr.) und Küchler (nat.-lib.)
Frankfurt a. O. zwischen Rosenstiel (conserv.) und Struwe (nat.-lib.)
Teltow-Beeskow zwischen Moltke (cons.) und Möllmer (fortschr.)

Es versteht sich von selbst, daß unsere Parteigenossen, unbeirrt durch irgend welche Phrasen, in allen Fällen, wo einer der beiden Candidaten sich gegen Ausnahmegesetze und gegen Beschränkung des Wahlrechts zu stimmen verpflichtet, für diesen Candidaten eintreten; in denjenigen Wahlbezirken aber, wo keiner der beiden Candidaten eine solche Erklärung abgiebt, sich der Abstimmung enthalten werden.

Aus Berlin.

— — — 2. August.

Gegen 56,000 sozialistische Stimmen sind hier in des Reiches Hauptstadt am 30. Juli abgegeben worden.

Niemand hat dieses Resultat vorher geahnt; Niemand hat geglaubt, daß das arbeitende Volk von Berlin trotz der polizeilichen, fortschrittlichen und fabrikantlichen Bedrohungen solchen großartigen Muth zeigen würde!

Bei 40,000 sozialistischen Wählern drohte das Gespenst der Arbeitsentlassung; der Stimmzettel, dessen Inhalt der Gegner trotz der „geheimen" Wahl meist erkennt, ist allerdings die Waffe der Befreiung im Allgemeinen, aber bei der Abgabe selbst kann derselbe sich gegen den einzelnen muthigen Kämpfer wenden und als Hungerpeitsche in der Hand des modernen Sclavenherrn auftauchen.

Trotzalledem und alledem — die Arbeiter Berlins blickten mit trotzigem Ernst dem grimmen Feinde ins Auge und thaten ihre Pflicht gegen sich selbst, gegen ihre Familie, gegen ihre Klasse. Ehre sei ihnen deshalb! — — —

Unter welchen Bedingungen der für uns so glorreiche Wahlkampf geführt worden, ist den Lesern des „Vorwärts" aus meinen früheren Berichten schon bekannt. Unsere Partei konnte nicht eine einzige Versammlung abhalten, da die Wirthe, welche größere Lokale besitzen, von den vereinigten Polizisten und Fortschrittlern beeinflußt worden waren; die sozialistischen Flugblätter wurden zu Tausenden den Verbreitern von „geheimen" und uniformirten Polizisten abgenommen, und dabei standen die spießbürgerlichen Fortschrittler und freuten sich köstlich über solchen Polizeieifer.

Selbst die in Couverts eingeschlossenen Stimmzettel für die sozialistischen Candidaten hat die Polizei nicht unbeanstandet gelassen — und die Fortschrittler standen wiederum dabei und freuten sich!

Dagegen wurde die Agitation der Fortschrittsleute von der Polizei nicht allein nicht gehindert, sondern sogar noch gefördert, indem bei den zahlreichen fortschrittlichen Wählerversammlungen die Eingangsthüren zu den Lokalen polizeilicherseits überwacht wurden, damit nur kein einziger Sozialdemokrat in die Versammlung gelangen und eine unliebsame Interpellation an den Fortschrittscandidaten stellen konnte.

Und eine solche Fortschrittsgesellschaft geberdet sich als die Vertreterin der Ordnung und der Freiheit!? Diese selbe Gesellschaft, welche sich nur unter dem Schutze der Pickelhaube wohl fühlt und sich freut, wenn durch brutale Gewalt die Sozialdemokratie in ihren Rechten behindert wird.

Natürlich lamentiren die Fortschrittsblätter dann ganz jämmerlich, wenn in den Provinzen die Polizei die Conservativen unterstützt und die Fortschrittler in der Ausübung ihres Rechtes hindert. Das ist dann ganz etwas Anderes. Selbst der „freisinnige" Dr. Max Hirsch, dem die Fortschrittspartei den Stuhl vor die Thüre gesetzt, und der die vielen stattgehabten Bedrohungen der Sozialdemokratie polizeilicher- und fabrikantlicherseits besonders hier im 6. Wahlkreise gekannt hat, entblödet sich nicht, seine „besondere Freude" im „Gewerkverein" über den Sieg der vereinigten Reaktion im 6. Wahlkreise auszusprechen. Und dabei maßen sich solche Menschen noch an, „Führer" der Arbeiter zu sein, solche Menschen, welche die Fabrikanten unterstützen, die mit Arbeiterentlassungen drohen, wenn die Arbeiter nicht nach dem Willen derselben wählen. — — —

Die hiesigen Fortschrittszeitungen können übrigens ihres Sieges nicht recht froh werden — ihnen liegt die Steigerung der sozialistischen Stimmen von 31,000 auf fast 56,000 in dem Zeitraume von anderthalb Jahren doch allzuschwer in dem Magen. Sie nennen dies Anwachsen geradezu erschreckend; sie rufen: „Mehr als der dritte erwachsene Mann, vom 20. Lebensjahre an gerechnet, in Berlin ist sozialdemokratisch; wohin soll das führen?"

Ich aber frage die Herren Fortschrittler und Liberalen, weshalb sie darüber so jammern? Sie haben ja immer noch doppelt so viele Anhänger in Berlin, wie die Sozialdemokratie. Sind sie denn dieser Anhänger nicht mehr sicher? Ist die Idee der Sozialdemokratie so mächtig, Fortschrittler und Liberale zu bekehren, oder ist die am 30. Juli mit allen Mitteln zusammengetrommelte antisozialistische Majorität nur eine künstliche und deshalb unzuverlässige gewesen?

Darauf giebt ein hiesiges fortschrittliches Blatt selbst die Antwort, nachdem es den liberalen Stimmenzuwachs registrirt hat:

„Es zeugt dies von einer sehr anerkennenswerthen regeren Betheiligung der liberalen Wähler, aber schwerlich ist es als ein Zeichen des Wachsthums der liberalen Partei in Berlin zu betrachten, wie dies bei der Sozialdemokratie sicherlich der Fall ist."

Aber außerdem ist noch zu bemerken, daß alle sozialdemokratischen Stimmen eine positive Bedeutung haben, während die Stimmen, welche auf die antisozialistischen Candidaten gefallen sind, lediglich negativ, abwehrend sind. Wir Sozialdemokraten fordern, die Antisozialisten verweigern uns unsere Forderungen. Jeder sozialistische Stimmzettel ist der Ausdruck eines bestimmten Wollens, eines Vordringens auf einem angegebenen Wege, jeder antisozialistische Stimmzettel dagegen ist nur der Ausdruck einer unbestimmten Furcht, eines ungewissen Umhertappens. Daß auf die Dauer solcher Kampf zu Gunsten der zielbewußten Partei ausfallen muß, das wissen unsere schlauen (schlau ist nicht klug; wären unsere Gegner klug, so würden sie die Berechtigung der Sozialdemokratie anerkennen und danach handeln) Gegner, deshalb ist auch hier ihre Freude über ihren eigenen Sieg sehr gering. —

Am Abend des 30. Juli allerdings herrschte in den Bourgeoiskreisen ein durch Champagner künstlich erzeugter Siegesrausch, der am anderen Morgen aber einem sehr gründlichen Katzenjammer Platz machte, als der fortschrittliche Philister mit stieren Augen die furchtbare Anklage gegen die heutigen Zustände in den Berliner Morgen-Zeitungen las:

56,000 sozialistische Stimmen in der Reichshauptstadt!"

Volksvertretung.

Von Ad. Douai.

III.

Das Beispiel der Ackerbau-Gewerkschaft, welches zur Erläuterung unseres Vorschlags dienen sollte, läßt zugleich ersehen, daß unter einer Verfassung, wie sie von uns ins Auge gefaßt ist, von Vielregiererei und Beamten-Hierarchie nicht die Rede sein kann. Die Gewerkschaften nehmen der politischen

Verwaltung ein gutes Theil Arbeit ab. Sie führen die Statistik ihrer Gewerke bis in die Einzelheiten durch; sie führen unter Vertrag mit der Legislatur und der Executiv-Gewalt, welche aus deren Mitte hervorgeht, die öffentlichen Arbeiten aus; sie bestellen ihre eigenen Gewerbsgerichte; sie besorgen unter einander den Großhandel (der Kleinhandel fällt allmälig hinweg) und die Waaren- und Gesundheits- und Bau-Polizei; sie leiten das Transport- und Marktwesen und verwalten die Bergwerke, Salinen und Forsten; sie erkennen den ausgedienten Arbeitern das Recht zu Ruhegehältern zu; sie sind in allen Erziehungsbehörden vertreten; sie betreiben die Waffenübungen aller dazu fähigen jungen Bürger — kurz vermöge der allgemeinen Durchführung des Gewerkschaftswesens in allen gelehrten und mechanischen Berufen sind sie im Stande, unentgeltlich und wirksam die Gesetze auszuführen. Der Staat hat aufgehört, eine Regierungsmaschinerie von oben herab zu sein, und keine zufällige Majorität kann länger der Minorität ihre Gewalt fühlen lassen. Alle Revolution ist zu Ende.

Daneben muß man sich vergegenwärtigen, daß die Gemeindeverwaltung dem Gesammtstaate ein weiteres Theil Arbeit erspart. Alles, was die Gemeinde allein angeht, hat sie für sich zu beschließen und verwalten. Alles, was eine Landschaft allein angeht, fällt nun in deren ausschließlichen Verwaltungsbereich, und dem Gesammtstaate bleibt nur über dasjenige zu verfügen, was zwischen den kleineren Verwaltungskreisen streitig, sowie über das, was allgemeine Angelegenheit ist. Wie schon gesagt, bedienen sich alle politischen Verwaltungskreise der Gewerkschaften bei Ausführung ihrer Maßregeln, soweit immer möglich, oder lassen sich von ihnen für jedes politische Amt eine Anzahl Bewerber zur Auswahl empfehlen. Da die nothwendige tägliche Arbeitszeit eines Jeden auf acht, später noch weniger Stunden beschränkt ist, so bleibt jedem Bürger Zeit genug, um sich gewerkschaftlichen und politischen Geschäften zu widmen und darin zu üben; auch sorgt das Erziehungswesen dafür, daß jeder Bürger dazu befähigt werde. Da der Staat eine respublica, eine Angelegenheit Aller geworden ist, und die Gesetze vereinfacht werden, fehlt es nicht an dem Gemeinsinn und der Opferwilligkeit für öffentliche Zwecke, und da alle Verhandlungen aller Gewerkschaften und ihrer Parlamente veröffentlicht werden, bildet sich im Volke ein Sachverständniß in vielen Berufs- und politischen Angelegenheiten aus. Vernünftige Gründe herrschen, wo vorher die rohe Gewalt oder die gesetzliche Uebermacht geschaltet hatte. Es gibt tausend Gelegenheiten für jeden Bürger sich auszuzeichnen, ohne daß der Ehrgeiz mit Gewinnsucht oder Herrschsucht sich erquicken könnte. Die Freiheit ist in immer wachsenden Maße verbürgt, die Dummheit, das Philisterthum, die Rohheit sind sicher auszusterben.

Natürlich gehört der politischen Verwaltung und Gesetzgebung die Oberaufsicht über die Pflichterfüllung aller untergeordneten Kreise, aller Einzelbürger und die Vertretung des Staates nach außen. Diese Verwaltung kann aber nach allem Vorausgesetzten nur wenig kosten. Staatsschulden und stehende Heere gibt es nicht, die Staatseinnahmen können dem Erziehungswesen im weitesten Wortsinn und der Lebens-, Alters- und Armen-Versorgung gewidmet werden. Der Staat ist die einzige Versicherungsgesellschaft für alle Unfälle, und er kann sie nicht nur billiger herstellen, als sie je vorher war, sondern auch auf alle Diejenigen ausdehnen, welche bisher sich nicht selbst versichern konnten.

Die Gemeinde befördert die gemeinschaftliche Consumtion. Sie wird zu einer großen Familie, welche in Gruppen zerfällt, welche gemeinsam wirthschaften, um die wahre Sparsamkeit zu erzielen. Denn diese besteht darin, daß aus jedem wirthschaftlichem Gute der größtmögliche Nutzen gewonnen, und daß jeder Verwüstung gesteuert wird. Die Gemeinde stellt Muster-Hauswirthschaften her, in welchen mit einem gegebenen Maße von Waaren der größte denkbare Genuß erreicht wird, und betreibt den allmäligen Umbau der Städte und Dörfer, zu dem Zwecke, daß das edelste Familienleben durch gruppenweises Zusammen-Wirthschaften erleichtert werde. Wissenschaftlicher und künstlerischer Beirath seiten der Gewerkschaften geht ihr dabei zur Hand.

Wir gehn in unsrer Schilderung nicht weiter, bevor eine Besprechung der Einzelheiten gewünscht wird. Wir haben uns blos noch mit dem Einwurfe zu beschäftigen, daß der Plan sehr schwer oder gar nicht ausführbar sei. Dieser Einwand wird aber überhaupt allen Plänen der Sozialdemokratie gemacht und darf uns nicht abschrecken. Wir stellen die Grundzüge eines idealen Staates auf und suchen die Massen dafür zu erwärmen und darüber nachdenken zu machen. Wir bestellen das Feld und streuen die Aussaat: dem Naturfaktor überlassen wir, von der unausbleiblichen geschichtlichen Entwicklung, die wir nicht beherrscheu können, erwarten wir die Reifung der Saat.

Solange wir nicht durch Gründe widerlegt werden, bestehen wir auf der Vernünftigkeit der Sache und auf der Allmacht der Vernunft. Die Kritik der bestehenden Verhältnisse lehrt uns, wie wir es nicht angreifen dürfen, um die Menschheit auf immer höhere Stufen zu heben. Sie lehrt uns, daß die herrschenden Zustände sich selbst abschaffen und in nicht fernerer Zeit sich abschaffen müssen. Dafür, wie dies zu erfolgen habe, brauchen wir nicht zu sorgen, wohl aber dafür, daß, wenn der Umschwung eintritt, eine insoweit disciplinirte und denkreife Bevölkerung vorhanden sei, und daß der kapitalistische Geist in den Völkern durch einen brüderlichen möglichst ersetzt sei.

Die Gegner unsrer Ansichten vergessen regelmäßig, daß wir den Zukunftsstaat gar nicht aufbauen können, bevor wir eine Mehrheit von Menschen haben, welche den Wahlspruch: „Jeder für sich, und Gott für uns Alle" bereits gegen den anderen „Alle für Jeden, und Jeder für Alle" vertauscht haben. Falls diese Bekehrung rascher vor sich gehn sollte, als bisher glaublich war, so würden nur unsere Gegner durch die vernunftwidrige Kampfesweise, welche sie gegen uns anwenden, daran schuld sein. In bewegten Zeiten lernen die Massen erstaunlich rasch denken und Vernunft annehmen. Die Beweggründe, welche heutzutage fast jeden Menschen bestimmen — selbstsüchtige und fanatische, kurzsichtige und abergläubische, weichen nicht blos allmälig einer vernünftigen Erziehung, sondern oft genug auch plötzlich großen, erschütternden Schicksalen. Auf den Adel der Menschennatur bauen wir — die sicherste aller Grundlagen. Wenn es erst soweit gekommen ist, daß es im alten Schlendrian nicht mehr fortgehen kann, dann wird Jeder bis zu einem gewissen Grade ein anderer Mensch und fortschrittsfähig.

Und mit fast jeder einzelnen der von uns vorgeschlagenen Einrichtungen ist bereits in der Weltgeschichte gelungene Probe gemacht worden. Die Zünfte des Mittelalters waren eine solche für ihre Zeit gelungene Probe, die heutigen Gewerkschaften der Lohnarbeiter und die Wanderversammlungen der Gelehrten und Techniker zeigen, wonach die Neuzeit strebt. Die Selbstregierung in Gemeinden und die Entkleidung des Staates von Vielregiererei haben viele Proben bestanden. Zur gemeinsamen Consumtion und Lebensweise überhaupt sind zahllose gelungene Ansätze gemacht worden. Und alle diese Fortschritte wären längst in ein Ganzes zusammengefaßt und zu wahrhaften Freistaaten ausgebildet worden, wäre nicht der ganze Geist unsers Zeitalters, der das Extrem des schlechten Individualismus bis in seine letzten Folgerungen auszubilden verurtheilt ist, jedem Versuch einer großen Gesammtprobe mit dem Zukunftsstaate abhold.

Schließlich kommt wenig darauf an, daß wir unsre grundsätzlichen Gegner von der Möglichkeit und Nothwendigkeit des Zukunftsstaates überzeugen. Wenn nur möglichst viele Derjenigen davon überzeugt sind, welche sich nach Erlösung von der alten Welt und ihrer Gesellschaft sehnen. Und deren Zahl ist Legion und wächst lawinenartig.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Wilhelmsspende. Dies eigenthümliche conservative Wahlmanöver hat auch in Bezug auf die erhoffte Summe und auf die Größe der Betheiligung Schiffbruch erlitten. Kaum 3 Millionen Mark sind zusammengebracht worden, kaum ein Drittel der Bevölkerung des deutschen Reiches hat sich an der Spende betheiligt. — Und auf welche Weise ist die Summe zusammengekommen? Durch Drohungen mit Arbeitsentlassung, durch ausdrückliche Erklärung, daß Jeder, der sich nicht betheilige, ein Sozialdemokrat, ein Förderer des Kaisermordes sei! Das Volk hat auf solche Niederträchtigkeiten die richtige Antwort gegeben — es hat sich in seiner großen Mehrheit an jenem Wahlmanöver nicht betheiligt! — Am kläglichsten ist die Spende in Halle (circa 60,000 Einwohner) ausgefallen; in Halle, wo man die Reichsfeinde, die Sozialdemokraten, mit Stumpf und Stiel auszurotten versucht. An der Spitze der Sozialistenfeinde befindet sich der Staatsanwalt in Halle, ein Herr Woytasch, der schon gerade so viele Redakteure eingesperrt hat, als Nummern des dortigen sozialistischen Blattes (5) erschienen sind; obendrein ist auch noch der Hauptführer der „Kaisermörder", Hugo Rödiger, neuerdings wieder verhaftet worden und dennoch das klägliche Resultat bei der Wilhelmspende. Es haben nämlich 19,081 Personen 5364 M. 80 Pf. beigetragen. In den Volksschulen haben 2920 Kinder 41 M. 20 Pf. gesammelt, jedes also sich mit 1—2 Pf. betheiligt; in den städtischen Bürgerschulen haben 2468 Kinder 164 M. 38 Pf. gespendet. — Also 19,000 Personen von 60,000; darunter circa 5500 Kinder in den Schulen! — Und da nennt sich Halle eine reichstreue Stadt. — Aber auch in Berlin, und selbst in Leipzig ist die Spende nicht reichlich ausgefallen. Wenn es also nach der Meinung der Herren Reichsfreunden ginge, so bestände die deutsche Nation zu zwei Drittheilen aus Reichsfeinden!

— Auf dem Wege nach Canossa! Ueber Kissingen führt auch geographisch der Weg von Berlin nach Italien. Die dortige Zusammenkunft Bismarcks mit dem päpstlichen Nuntius Masella, welche den Bußgang nach Canossa, das heißt das Nachgeben des deutschen Reiches in dem „Culturkampfe" gegen die römische Kirche einleiten soll, scheint von Erfolg in dieser Beziehung zu sein. Der klassische Boden, auf welchem Kullmann auf den „Heros des Jahrhunderts" schoß, ist allerdings für die bevorstehende Demüthigung sehr geeignet. — Die Anhänger Bismarcks glauben noch gar, daß der Fürst aus den Unterhandlungen siegreich hervorgehe. Dem entgegen aber möge man bedenken, daß noch Niemand, der mit Rom unterhandelt hat, Sieger geblieben ist.

— Das tausendjährige Reich des Fürsten Bismarck ist nahe. Wie aus einer uns vorliegenden Statistik der Attentats-Majestätsbeleidigungen erhellt, waren bis Mitte der vorigen Woche achthundertundelf Jahre elf Monate und vierzehn Tage an Gefängnißstrafen über 521 Majestätsbeleidiger, darunter 31 Frauen und etwa ein Dutzend Kinder verhängt worden. Nur in 42 Fällen hatten die Gerichte auf Freisprechung erkannt. Fünf der Verurtheilten haben sich in Folge ihrer Verurtheilung selbst entleibt. Diejenigen Städte, welche am meisten Majestätsbeleidigungen geliefert, sind in alphabetischer Ordnung: Berlin, Breslau, Bonn, Bochum, Danzig, Duisburg, Elberfeld, Görlitz, Halle und Lobsens, d. h. überwiegend monarchistische und unsozialistische Städte (7 unter 10). Man muß gestehen, unser genialer Herr Reichskanzler hat es „herrlich weit gebracht".

— Ein wirklicher Patriot. Den patriotischen Beklemmungen einzelner Mitglieder der Kriegervereine leistet der Vorsitzende des „Vereins der ehemaligen Division Kummer", die sich bekanntlich gerade im letzten Feldzuge außerordentlich hervorthat, energischen Widerstand; derselbe, C. Sievert ist sein Name, erklärte nämlich von Berlin in der „Berliner Freie Presse" unter dem 22. d. M., daß er es für „unstatthaft und ungesetzlich hält, daß deutsche Krieger-Vereine sich in corpore mit Politik befassen." Außerdem erklärt er aber auch, daß die in einem Flugblatt: „An die Conservativen der Hauptstadt" vorhandene Unterschrift „C. Sievert, Baumstraße, Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Division Kummer", nicht von ihm herrühre."

— Zwei ehemalige Zuchthäusler, so schreibt der „Bürger- und Bauernfreund" aus Insterburg, waren die Agitatoren für die Wahl des Oberstaatsanwalts Sars. Dieselben erhielten pro Tag 3 Mark. — Zu dieser Nachricht haben wir kein Wort hinzuzufügen.

— Toll gewordene Fortschrittler und Liberale. Wir lesen in der „Berliner Volkszeitung": „Nachdem das Wahlresultat im sechsten Berliner Wahlkreise am Dienstag Abend endgiltig festgestellt war, wurde dasselbe von dem Vorstande des Wahlvereins unverzüglich dem in Teplitz weilenden Kaiser telegraphisch mitgetheilt und gleichzeitig im Namen der anwesenden, nach Tausenden reichstreuen Bürger der freudigen Genugthuung Ausdruck gegeben, daß es gelungen sei, den Wahlkreis von den Sozialdemokraten zurückzuerobern." — Aus Chemnitz meldet dasselbe Blatt, daß ein Telegramm an den Kaiser folgenden Inhalts von den Liberalen abgesandt worden ist: „Die Liebe zu ihrem Kaiser hat den Reichstreuen im 16. sächsischen Wahlkreise einen glänzenden Sieg errungen helfen. Die Hochburg der Sozialdemokratie ist gefallen. Gott schütze Ew. Majestät." — Wir

Uebersicht der Volksbewegungen im 19. Jahrhundert.

(Fortsetzung.)

III.

Stärke der Bewegung. Ihre instinktive Natur.

Die Bewegungen der Zeit sind von dem Instinkte der Massen getragen. Denn es gehört zu dem wesentlich Charakteristischen unserer Zeitgeschichte, daß der große Einfluß Einzelner, Regenten oder Privaten, in ihr kaum zum Vorschein kommt. Seit Napoleon ist kein wahrhaft vorragender Geist aufgetreten, der die Aufmerksamkeit der Mitlebenden vorzugsweise auf sich hätte lenken können, kein wahrhaft großer Charakter, der die Geschicke eines Volkes in seine Hände genommen hätte oder der Vertreter einer ganzen Zeitbestrebung geworden wäre. Die Geschichte hat von einigen Feldherrn zu erzählen, die gewisse Eigenthümlichkeiten Bonaparte's angenommen hatten, aber das Unnachahmliche in ihm ist unnachgeahmt geblieben. Die großen Staatsmänner der nächsten Vergangenheit sind selbst in England und Amerika ausgestorben, und der Nachtrieb ist von bedeutend geringerem Wuchse. In Literatur und Wissenschaft haben einige große Geister in diese Zeit hereingelebt, ihre Geburt und Bildung aber gehört der vorhergegangenen an. Im Technischen ist die Ausbeutung und Anwendung der Dampfkraft ein eigenthümliches Verdienst dieser Zeit, der erste und Hauptanstoß dazu ist aber in der vorhergegangenen Periode gemacht worden; die schaffenden Kräfte sind gering, ungeheuer an Zahl und Erfolg sind die, die aus dem Geschaffenen forterzeugen. Daher mangelt all der größere Zug, der durch ausgezeichnete Menschen in die Geschichte kommt, der Geschichte der Gegenwart. Den vielen kleinen Bewegungen entgeht der schreckliche Reiz, den die starken, mit einander ringenden Kräfte der ersten französischen Umwälzung verleihen. In den mancherlei Kriegsereignissen ist kaum Eine merkwürdige Schlacht geschlagen, kaum Ein Talent aufgetaucht, das ein größeres Interesse hätte erregen können. Gegen die Napoleonische Zeit gehalten macht die unsere trotz der vielen einzelnen Erhebungen den Eindruck einer tiefen und allgemeinen Erschöpfung und Ermüdung, die die natürliche Folge der vorhergegangenen übermäßigen Anstrengungen und Erschütterungen scheint. Und auch mit den Zeiten des 18. Jahrhunderts vor der französischen Revolution verglichen, erscheinen die unseren arm an bedeutenden Menschen. Das Reizvolle der Erzählung von dem Leben und Wirken so vieler ausgezeichneter und eigenthümlicher Persönlichkeiten, Fürsten, Staatsmänner, Krieger, Schriftsteller, wie sie das 18. Jahrhundert besitzt, entgeht unserer Zeitgeschichte ganz. Aber eben das, was ihren Inhalt von dieser Seite gering macht, macht ihn von der anderen Seite desto bedeutender. Den Reiz der Geschichte jener anderen Zeiten erkauft man um den niederschlagenden Preis, daß die Völker neben jenen großen Einzelnen ganz unthätig waren, daß sie nur den Stoff abgaben, in dem die leitenden Männer des Tags nach Gutdünken wirkten. Dagegen in unserer Gegenwart bewegen sich wie im 16. Jahrhundert die Völker selbst in Massen, und in allen ihren Theilen und Schichten. Und dies ist die eigenthümliche Größe dieser Zeit. Der hervorragende Rang der großen Begabung ist in Abnahme, aber die Zahl der mittleren Begabungen ist in desto größerer Zunahme begriffen; nicht die Qualität, nicht die Höhe der Bildung der Einzelnen macht den Ruhm dieser Zeit aus, sondern die Quantität, die Weite, die Ausbreitung der Bildung unter den Vielen; es ist im Einzelnen nichts Großes und Erhabenes geschehen, aber im Ganzen ist dies wahrhaft eine große und erhabene Wendung in der Gestalt des öffentlichen Lebens, daß die Geschichte dieser Zeit nicht blos Biographien und Fürstengeschichten zu erzählen hat, sondern Völkergeschichte. Die Bewegung in diesen großen Massen des ganzen Welttheils ist getheilt und langsam, und der Fortschritt unterbrochen und gehemmt, eben weil es große und ungleichartige Massen sind; aber die Vorbereitung reicht weit; und wenn die Erfolge noch der Art sind, daß sie den Raschlebigen und Ungeduldigen auf Augenblicke entmuthigen, so sind doch die Versprechungen dieser Zeit so groß und verläßig, daß sie auch selbst den Muthlosesten mit dem Gefühle aufrichten: es sei dies eine Zeit, in der es sich lohne, gelebt zu haben. Ist es nicht eine Zeit tiefgehender, den inneren Menschen bildender Cultur, so ist es dagegen eine Zeit weitreichender, die äußere Lage der Menschheit fördernder Civilisation. Was die praktischen Wissenschaften und technischen Künste, aus Vieler zusammengeschossenen Kräften und Erfahrungen, in diesen Zeiten Außerordentliches erzeugen, wirkt wie einst die großen Ereignisse und Erfindungen im 15. und 16. Jahrhundert auf das Hereinziehen immer größerer Massen in die Kreise der Bildung und des Wohlergehens. Die sichere Begründung der Naturkenntniß von Himmel und Erde schließt Aberglauben und Unwissenheit, wie einst die Reformation, in immer engere Räume; die Dampfmaschinen, Eisenbahnen und Telegraphen bringen, wie einst die Druckerkunst und die erweiterte Schifffahrt, eine Beschleunigung, eine Verbreitung, eine Gemeinsamkeit aller einzelnen Fortschritte hervor, die zum Vortheile der allgemeinen Civilisation selbst die Zeiten und Räume besiegt. Nie ist der Zusammenhang aller Erdtheile vollständiger, die Mittel der Verbindung vielfältiger, der Verkehr rascher und allgemeiner, die Kenntnisse ausgedehnter, die Bildungsmittel zugänglicher, die Allfertigkeit der Menschen zu jeder Thätigkeit größer, Wohlstand, Behaglichkeit, Genuß und Leichtigkeit des Lebens allgemeiner verbreitet, nie aber auch allgemeiner begehrt und angestrebt gewesen, als heute. Die Regsamkeit in allen Richtungen des häuslichen Lebens hat sich auch in dem öffentlichen Leben geltend gemacht. Und auch hier sind es die Massen, die die Politik zu machen beginnen. Mit der Sicherheit, die dem Instinkte der Menge eigen ist, formuliren sie ihre Forderungen, unverblüfft von dem Besserwissen der Doktrin, genau nach ihrem Vortheil und Bedürfniß, und bestehen auf ihnen mit der einfachen Folgerichtigkeit des wohlverstandenen Interesses, unerschreckt von dem Widerstand und den zeitweisen Siegen der Gegner. Ihre Forderungen aber gehen dahin, daß der Staat das Wohl der Vielen endlich seine Sorge sein lasse, und nicht das der Wenigen und Einzelnen. Und sie stützen sich, diese Forderungen, täglich mehr auf einen den Klarsichtigen einleuchtenden, den Verblendeten drohenden Grund, den schon die ersten Calvinistischen Staatslehrer warnend gepredigt hatten: daß es Staaten gebe ohne Fürsten, aber nicht ohne Volk.

Diese Forderungen sind den Völkern gemeinsam, das Ziel ihrer Bewegungen ist ein gleichartiges. Nicht daß sie nothwendig auf eine einzige gleiche Staatsform hinausgehen müßten, aber sie gehen alle von einem gleichartigen Staatsbegriffe aus. Der strenge Staatsbegriff des Alterthums ist angesichts des neueren Staatsideals in Amerika unmöglich geworden. Niemand wird für glaublich halten, daß die straffen Ordnungen Englands Aussicht hätten auf das Festland überzugehen, Jedermann für unausbleiblich, daß die demokratischen Ideen, die die Welt bewegen, vielmehr allmählig nach England überdringen. Der Individualismus, das Selbstgefühl der Persönlichkeit, ist zu stark in dem Menschen geworden, als daß er die Staatsbegriffe und Ordnungen nicht lockern, die geschlossenen Körperschaften, die Staaten im Staate, nicht auflösen, allen Kasten- und Standesunterschied nicht ausgleichen sollte. Denn das Streben nach der Gleichheit aller Verhältnisse, nach der Freiheit von Mensch zu Mensch, ist in diesem Selbstgefühle der Persönlichkeit nothwendig begründet. Die politische Gleichheit aber, wenn sie nicht der Ausdruck der gleichen Unterdrückung unter der Despotie ist, verlangt die Herrschaft des Volkswillens nach der Entscheidung der Mehrheit;

können nur unsere Anfangsworte wiederholen: „Toll gewordene Fortschrittler und Liberale".

— Selbsterkenntniß. Die „Berl. Volkszeitung" schreibt in ihrem Wahlfeuilleton wörtlich: „Darauf hat die Fortschrittspartei ein nicht sehr loyales Wahlmanöver verübt, denn es ist darauf zu lesen: Arbeitercandidat Klotz. Da die Männer der Fortschrittspartei stets es abgelehnt haben, eine bestimmte Klassen- oder Interessenvertretung zu übernehmen, so ist dies ein wenig Bauernfängerei." — Daß der sechste Berliner Wahlkreis lediglich durch polizeiliche Bedrückungen und durch fortschrittliche Bauernfängerei unserer Partei verloren gegangen ist, das wußten wir sofort. Und dabei noch ein Siegestelegramm an den Kaiser! Das streift ja geradezu an Majestätsbeleidigung.

— Prächtig abgeblitzt. In der am 2. August in Leipzig stattgehabten Sitzung des Kreisausschusses, so meldet das „Leipziger Tageblatt", kam unter Anderm auch die durch Herrn Hofrath Kleinschmidt vermittelte Petition einer Anzahl Gastwirthe der Umgegend Leipzigs, welche um Wiedergestattung der Abhaltung allsonntäglicher Tanzmusik gebeten und gewissermaßen als Gegenleistung das Anerbieten gethan hatten, dann in Zukunft ihre Säle zur Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen nicht mehr hergeben zu wollen, zur Erledigung; allerdings nicht im Sinne der Petenten. Der Referent der betreffenden Petition wies nämlich ausdrücklich gerade auf dieses Anerbieten hin und erklärte, daß diese Art und Weise, um Gewährung eines Vortheils zu petitioniren, schwerlich dazu führen werde, das Gesuch zu unterstützen. Man fand, kurz gesagt, das Ansinnen doch etwas zu unzart, um darauf eingehen zu können, und die Petenten wurden demzufolge abschlägig beschieden. — „Unzart" nennt das „Tageblatt" das Ansinnen; zu deutsch würde es heißen: frech! Im Uebrigen war es vor der Wahl gerade das „Tageblatt", welches diejenigen Wirthe eines besonderen Lobes für würdig erachtete, welche den Sozialdemokraten ihre Lokale verweigerten. Somit hat auch das „Tageblatt" durch den Beschluß des Kreisausschusses eine lehrreiche Lektion für sein „unzartes" Benehmen erhalten.

— Komische Logik. Daß die „Vernichtung der Sozialdemokratie" nicht gelungen ist, müssen die Herren Reaktionäre aller Schattirungen sich jetzt seufzend gestehen. Statt nun aber daraus den Schluß zu ziehen, daß der „Vernichtungs"-Versuch Blödsinn war, und solchen Blödsinn für die Zukunft zu unterlassen, sind einige besonders „geniale" Reaktionäre zu dem Schluß gekommen, das allgemeine Wahlrecht sei an dem Wachsthum der Sozialdemokratie schuld, und wenn man das allgemeine Wahlrecht beschränke, das heißt zerstöre (denn beschränktes Wahlrecht ist kein allgemeines mehr), so habe man damit auch die Sozialdemokratie zerstört. Das allgemeine Wahlrecht zeigt uns einfach, wie der Puls der kranken Gesellschaft schlägt, und der Staatsarzt, der diesen sozialen Gesundheitsmesser zerbricht, begeht eine ebenso thörichte als gefährliche Handlung. Das ist ungefähr gerade so logisch und vernünftig, als wenn ein Arzt die Uhr, welche den Pulsschlag des Kranken constatirt, als Ursache der Krankheit betrachtete und in Stücke schlagen wollte, um die Ursache der Krankheit zu entfernen und damit die Krankheit selbst zu heben.

— Wegen ungesetzlicher Handlungen und Mißbrauchs der Amtsgewalt wird seitens der sozialdemokratischen Wahlcomités gegen den Wahlcommissar im 22. sächsischen Wahlkreis, Amtshauptmann v. Polentz in Auerbach (Auer'scher Wahlkreis) und die Bürgermeister von Rötha und Zwenkau (13. sächsischer Wahlkreis) bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt werden.

— Ein Plakat des Wahlcomités der Leipziger Fortschrittspartei kündigt gegen das „Leipziger Tageblatt" Stellung eines Strafantrags an, weil dasselbe an der Wahrheitsliebe des fortschrittlichen Comités gezweifelt. Uns nimmt diese Feinhäutigkeit des fortschrittlichen Wahlcomités gegen einen vergleichsweise milden Angriff Wunder, denn das Wahlcomité der Fortschrittspartei hat in seinem Flugblatt für Dr. Heine mit einer so bodenlosen Gemeinheit die sozialdemokratische Partei in Leipzig angegriffen, daß alle Angriffe des „Tageblatts" gegen uns und wahrlich auch gegen die Fortschrittspartei dadurch in Schatten gestellt wurden.

— Leichtfertiges Urtheil. Unter diesem Titel schreibt unser Züricher Parteiorgan: Das „Züricher Volksblatt" bringt ein Avis eines sozialdemokratischen Blattes in Deutschland, daß die Genossen Alles, was ihnen jetzt von den Herren vorgelegt werde, unterschreiben sollen, da solche durch die Hungerfolter erzwungene Versprechungen doch keine moralisch bindende Geltung haben könnten.

„Dazu bemerkt das genannte Blatt, daß sich auf solche Weise die Sozialdemokraten „in der Achtung aller Ehrenhaften herabwürdigen".

„Wirklich, es ist sehr leicht, ein solches Urtheil in die Welt hinauszuschreiben, wenn man selbst sicher sitzt und das „Ehrenhaft sein" durch keine Versuchung gefährdet ist. Man beweist aber damit auf's Deutlichste, daß man von dem, über was man schreibt, gar keine Kenntniß hat.

„Wissen Sie, Herr Volksblatt-Redakteur, was es auf sich hat, wenn ein paar Hunderttausend Arbeiter, wenn sie nicht unterschreiben, entlassen werden? Entweder muß eine Partei dann für ihre derart Gemaßregelten genug Geldmittel zum Unterhalt derselben in den Händen haben — oder sie hat zu gewärtigen, daß die zur Verzweiflung Getriebenen zu blutigen Ausschreitungen greifen, wodurch gegenwärtig am allersichersten die Reaktion einen vollständigen Sieg erlangen würde. (Das wäre unzweifelhaft Wasser auf die Mühle unserer Mordspatrioten gewesen. R. d. „V.")

„Es ist nun schwerlich zu vermuthen, daß die Redaktion des „Zürcher Volksblatt" der Sozialdemokratie Deutschlands die Geldmittel zur Verfügung stellen könnte oder wollte, um die Maßregelung über ihre Genossen wirkungslos zu machen, dagegen ist um so mehr vorauszusehen, daß diese Redaktion im Falle von Putschen, ebenso wie andere Blätter über die zur Verzweiflung Getriebenen herfallen würde. Die deutsche Sozialdemokratie hat daher ganz wohl gethan, auf die sehr wandelbare und in keinem Falle Beistand leistende „Achtung aller Ehrenhaften" zu verzichten und sich über solche Kurzsichtigkeiten hinwegzusetzen.

„Wenn das genannte „demokratische" Blatt kein Wort der Entrüstung über die schmähliche Sozialistenhetze hat und nur vornehm über die Gehetzten abspricht, dann muß es sich nicht wundern, wenn die schweizerischen Sozialdemokraten auf eine solche Gattung „Demokratie" nichts mehr geben."

So die „Tagwacht". Es giebt auch in Deutschland Leutchen, die sich das hinter die Ohren schreiben mögen.

— Parteigenossen! Es ist eine allseitig feststehende Thatsache, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Liberalen aller Schattirungen, ebenso wie die Conservativen sich die schlimmsten Wahlbeeinflussungen haben zu Schulden kommen lassen. Ebenso steht es fest, daß vielfach die Behörden, namentlich die Polizeiorgane die Gesetze verletzt haben, schon deshalb, weil man bei uns verboten und hintertrieben hat, was man den Gegnern erlaubte.

Es ist nothwendig, daß alle Vorkommnisse dieser Art sofort genau festgestellt werden, daß man für die einzelnen Fälle möglichst viele und glaubwürdige Zeugen zu gewinnen sucht, um die stattgehabten Unregelmäßigkeiten im Falle einer gerichtlichen Untersuchung beweisen zu können. Ort, Namen und nähere Umstände müssen also überall wahrheitsgemäß festgestellt werden.

Die so gewonnenen Thatsachen sind zu einem Bericht zusammen zu stellen und sofort nach dem Zusammentritt des Reichstags dem Bureau desselben zu übersenden.

Wahlproteste, die später, als zehn Tage nach dem Zusammentritt des Reichstags bei dem Bureau eingehen, bleiben unberücksichtigt. Auch ist es nothwendig, daß unsere Vertreter von den eingesandten Protesten Nachricht erhalten.

Parteigenossen seid auf dem Posten.

— Parteigenosse Rödiger in Halle ist am 1. August ohne Angabe des Grundes plötzlich verhaftet worden. — Genosse Tauscher wurde in Nürnberg, wo er für die Wahl Grillenberger's thätig war, auf Requisition der Augsburger Behörden wegen Fluchtverdacht am 28. Juli verhaftet. Derselbe war zu 8 Tagen Haft wegen Beleidigung verurtheilt worden. — Zwei Tage vor der Wahl — und wegen 8 Tage fluchtverdächtig! Merkt Ihr etwas? — Unser Genosse Dietzgen ist vom Zuchtpolizeigericht zu Köln freigesprochen worden. Auf Antrag des Staatsanwalts, welcher Appellation einlegte, wurde unser Freund jedoch in Haft gehalten. — Parteigenosse Schröder in Stuttgart wurde wegen Religionsbeschimpfung „unter den erschwerenden Umständen", wie der Staatsanwalt hervorhob, „daß der Beschuldigte Sozialdemokrat sei", zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — In Remscheid ist die Wahlagitationsnummer des „Vorwärts", die überall unbeanstandet geblieben ist, confiscirt worden. Der Colporteur wurde verhaftet, aber bald darauf schon wieder entlassen. Der § 131 des Strafgesetzes, Schmähung von Staatseinrichtungen, soll die Veranlassung gewesen sein.

— Wie der „Wahrheit" aus Wien berichtet wird, ist der frühere Redakteur derselben, Karl Keller, welcher durch die Flucht sich einer über ihn verhängten Gefängnißstrafe entzogen hat, auf Requisition der hiesigen Staatsanwaltschaft am 31. Juli frühzeitig aus dem Bett verhaftet und in das Wiener Polizeigefängniß, einem der schrecklichsten Internirungsorte, eingeliefert worden. Am 1. d. Mts. ist er dem Landesgericht überwiesen worden. Da politische Verbrecher von Oesterreich nicht ausgeliefert werden, ist es noch fraglich, ob Keller nach Preußen transportirt wird.

Correspondenzen.

Wien, 27. Juli. Die österreichischen Staatsretter suchen in ihrer Thätigkeit die Deutschen womöglich noch zu übertreffen; für uns existirt das Vereins- und Versammlungsgesetz schon seit längerer Zeit nicht mehr. Unter den geringfügigsten Ursachen werden Vereine gewerblicher und politischer Natur aufgelöst. Man weiß gar nicht mehr, was politischer Verein heißt. Ebenso hat sich unsere Presse einer ungeheuren Aufmerksamkeit zu erfreuen, der „Sozialist" erscheint fast immer in zweiter Auflage. Die in Reichenbach in Böhmen erscheinende „Rundschau" bringt es oft zu zwei bis drei Auflagen und dann sind die Spalten auch oft genug noch leer. Man will uns auf diese Art zu Tode hetzen und es ist zu verwundern, daß es trotzdem noch so ruhig fortgeht, aber beständiger Druck erzeugt Gegendruck und so glaube ich, daß man auch trotzdem in Oesterreich die Sozialdemokratie nicht gänzlich vernichten kann. Der Prozeß Schwarzinger's, über den Sie schon berichteten, beweist wiederum aufs Eklatanteste unsere Widerstandsfähigkeit und zeigt, mit welcher Begeisterung Einzelne für ihre Ueberzeugung in die Schranken treten. Genossen! nehmt Euch ein Beispiel daran und schaart Euch fest und fester um unser Banner, wenn auch der Sieg unserer Sache noch weit vor uns liegt. J. G. St.

Frankfurt a. M., Ende Juli. In X. wurde Anfangs dieses Monats ein Parteigenosse ausgewiesen, den man zum Polizeipräsidenten vorgeladen und dem man dort, nach Feststellung seiner Personalien, einfach mitgetheilt hatte, daß man seine Ausweisung aus den preußischen Staaten bei der Regierung in W. beantragen werde. Kurze Zeit darauf wurde derselbe Genosse auch schon wegen Verdachts, mit Hödel in Verbindung gestanden zu haben, verhaftet. Nach vierz-hntägiger Haft wurde der Genosse entlassen, nach einigen Tagen indeß wiederum zum Polizeirath bestellt, worauf ihm gesagt wurde, daß er aus polizeilichen Gründen ausgewiesen werde. Auf die Frage nach diesen Gründen hieß es, darnach habe er nichts zu fragen. Hierauf in's Gefängniß zurückgeführt, holte man den Genossen nach zwei Tagen abermals zum Verhör und theilte ihm mit, daß er in anderthalb Stunden per Schub fortgeschafft werde. Das Gesuch des Gefangenen, seine Schulden bezahlen und sich mit Geld und Wäsche versehen zu dürfen, wurde abschläglich beschieden; er wurde mit Ketten gefesselt und so durch die Straßen geführt. Gewiß ein bezeichnendes Merkmal für unsere herrlichen deutschen Zustände. Von hier ging's nach H.; am andern Tage, immer mit Gendarmenbegleitung, über mehrere preußische Orte zu Fuß bis in's Bayerische hinein. In Brückenau wollte man ihn, da er keine Reisemittel und ebenso wenig Legitimationspapiere besaß, per Schub weiter befördern. Da er jedoch erklärte, erst an die österreichische Gesandtschaft nach München schreiben zu wollen, ließ man ihn, mit einem Zwangspaß versehen, allein weiter reisen. Das nennt man nun Gerechtigkeit im deutschen Reiche: einen unbescholtenen Menschen, dem durchaus nichts nachzuweisen ist, darum, weil er Ausländer und einer radikalen Anschauung huldigt, einfach auszuweisen und wie den gemeinsten Verbrecher auf der Landstraße herumzuschleifen. O Deutschland, was ist aus dir geworden!

Frankfurt a. M., 31. Juli. Es dürfte von weitergehendem Interesse sein, über die hiesige Wahlschlacht einige Mittheilungen zu machen. Das Wahlresultat muß, wenn auch Ihren Lesern schon vollständig bekannt, hier nochmals angeführt werden. Von 19,300 abgegebenen Stimmen (gegen 15.128 1877) erhielten: Demokrat Sonnemann 6867, Nationalliberaler Dr. Barrentrapp 4589, Sozialist Döll 4080, Fortschrittler Dr. Ebner 2526, Centrumsmann Janssen 968, Deutschconservativer Heyden 213. (1877: Holthof 4922, Barrentrapp 4648, Frohme 3448, Flinsch 1491, Janssen 819.) Es hat demnach eine Stichwahl zwischen dem Demokraten Leopold Sonnemann und dem Nationalliberalen Geheimen Gesundheitsrath Barrentrapp stattzufinden. Wie aus vorstehender Zusammenstellung ersichtlich, erhielten von den gegen 1877 mehr abgegebenen 4000 Stimmen die Nationalliberalen nicht nur keine einzige, sondern sie mußten sich noch mit einem Minus von 59 zufrieden geben! Und man kann ihnen doch wahrlich nicht nachsagen, daß sie Geld gescheut oder Ehrabschneiderei gefürchtet hätten! Daß die Herren vom „Wahlverein" keine öffentliche Wählerversammlung einberiefen, haben verleumderische Zungen gleich übel ausgelegt; ich bin nicht so pessimistisch, sondern glaube, daß sich die Herren vor weiter weiter nichts als einer Auflösung gefürchtet haben — jetzt, wo ja die Auflösungen die Regel bilden! Was hier in den letzten Wochen alles „aufgelöst" wurde, das kann ich Ihnen nicht mehr angeben; es mag deshalb hier nur der Auflösungs-Kalender aus allerneuester Zeit folgen. Am Samstag wurde in Sachsenhausen eine von den Sozialisten einberufene Wählerversammlung und am Montag eine solche hier aufgelöst, „wegen Ueberfüllung des Lokales"! Als in letzterem Falle nach Ansicht des Herrn Commissärs die Räumung zu langsam von Statten ging, gab er dem mitüberwachenden Schutzmann Befehl: „Holen Sie militärische Hilfe; wenn man Ihnen nicht Platz macht, hauen Sie mit dem Säbel drein!" Als später Herr Döll in einer gleichzeitig tagenden Sitzung des demokratischen Vereins diese Auflösungsgeschichte erzählte, wurden auch die Demokraten aufgelöst, weil — man höre, aber staune nicht — der Herr Polizei-Commissär in dieser Versammlung eine Fortsetzung der eben aufgelösten erblicken zu müssen erklärte! — Eine am Sonntag stattgehabte Versammlung der Centrumspartei wollte am Schluß ein Hoch ausbringen, was aber — man staune abermals nicht —

---

bedingt eine Regierung, die nicht auf die Vorspiegelung eines göttlichen Rechts gegründet ist, sondern auf die Nothwendigkeit; erfordert eine Gesetzgebung, die auf dem Bedürfnisse der Gesellschaft ruht, über das die Gesammtheit selber urtheilt. Nach diesen volksfreundlichen Begriffen, Formen und Ordnungen des Staats und der Gesellschaft drängt Alles in dieser Zeit in einer Gemeinsamkeit und Unaufhaltsamkeit hin, als ob die Schicksalsgewalten unmittelbar einwirkten, einer geschichtlichen Idee Gestalt und Körper zu geben.

Der Kampf dieser Zeiten gilt dem Emporstreben eines vierten Standes. Die große geschichtliche Frage ist, ob dies Bestreben ein vorübergehendes, unter den Vorgriffen menschlicher Willkür verfrühtes sei, oder ob in ihm eine vorsichtliche Schickung erkennbar wird, der es rathsam ist sich zu beugen.

(Fortsetzung folgt.)

— Die Gesetzeskunde unseres Herrn Reichskanzlers kann nicht sehr weit her sein, wenn folgende, bis jetzt unwiderlegte, „Anekdote", welche ein Kissinger Kurgast an die „Vossische Ztg." schreibt, wahr ist: „Am Morgen des Wahltags bildeten sich (in Kissingen) auf der Brunnenpromenade zahlreiche Wählergruppen, in denen ein Wahl-Aufruf des vereinigten reichstreuen Comités des Wahlkreises Neustadt a. d. Saale zur Vertheilung und Besprechung gelangte. Der Wahlaufruf steht auf dem Boden der vereinigten liberalen Parteien und empfiehlt für die Reichstagswahl als Candidaten den Gutsbesitzer Freiherr Carl v. Stein in Völkershausen bei Mellrichstadt, ein deutsch national-gesinnter, reichstreuer Ehrenmann. Es wurde im Conversations-Verfahren der Beschluß gefaßt, sich an der Wahl zu betheiligen und für Herrn v. Stein zu stimmen und dieser Beschluß gelangt sofort zur Ausführung, als bekannt wurde, daß sowohl der Reichskanzler Fürst Bismarck, als auch seine beiden hier weilenden Söhne, die Grafen Wilhelm und Herbert von Bismarck sich an der Wahl betheiligen und aller Wahrscheinlichkeit nach und wie aus einzelnen Bemerkungen der Letztgenannten zu schließen sei für den Freiherrn v. Stein stimmen werden. Der Reichskanzler und seine beiden Söhne, so wie sein sonstiges preußisches Personal wählt übrigens nicht im Wahlkreise Kissingen, sondern im Wahlbezirk „Klosterhausen", wozu seine Wohnung gehört. Soeben treffe ich mehrere Landsleute aus dem zweiten Berliner Wahlkreise, die es bedauern, heute nicht ihre Stimme für Herrn Klotz abgeben zu können, die aber sämmtlich für Herrn v. Stein stimmen werden. Uebrigens wird es schwer halten, den Reichskanzler zur Wahlurne schreiten zu sehen, er ist fast unsichtbar und weicht den Kurgästen auf jede nur denkbare Weise aus, um ihrer Besichtigung zu entgehen. Zum Schluß (der Brief muß schnell zur Bahn, um den Berliner Zug zu erreichen), daß die heutige Wahl auf jeden Fall wegen Zulassung der Kurgäste angefochten werden wird."

Allerdings ist es ungesetzlich, daß ein Gast an dem Orte, wo er nicht in die Wählerliste eingetragen ist, seine Stimme abgiebt. Daß Fürst Bismarck diese allbekannte Bestimmung des von ihm selbst entworfenen Wahlgesetzes nicht kennen sollte, ist in der That kaum zu begreifen.

— Im Frankfurter „Intelligenz-Blatt" vom 1. August ist folgendes Inserat zu lesen:

„Anfrage.

Sollte sich in ganz Frankfurt und Sachsenhausen nicht ein einziger Mensch finden, der einem durch die Zeitverhältnisse zurückgekommenen Familienvater von 6 Kindern zu irgend welcher Beschäftigung verhilft? Derselbe war 25 Jahre in einem Geschäft, theils als Reisender und Comptoirist thätig, spricht gel. französisch und besitzt alle kaufm. Kenntnisse. Jede Art Beschäftigung dringend erwünscht. Nähere Adresse in der Exped. ds. Blattes zu erfahren."

Diese neun Zeilen starke Anfrage redet lauter und verständlicher als eine ganze sozialdemokratische Versammlung und läuft trotzdem keine Gefahr, „aufgelöst" zu werden. So kann der denkende Mensch täglich, ständlich mit eigenen Augen sehen, mit Händen fühlen, wie herrlich weit wir es einestheils schon gebracht, anderentheils noch bringen können, wenn nicht bald und endgültig Recht und Vernunft ans Ruder kommen. —o—

— Noch nicht dagewesen! Für den liberalen Abgeordneten in Stuttgart, Herrn Hölder, hat man vor der Wahl in der sinnigsten Weise lagitirt. So finden wir nachträglich folgende Annonce im Stuttgarter „Neuen Tageblatt":

„Wählerversammlung. Am Sonntag den 28. d., Mittags 3 Uhr, findet im Herzog Karl, Hackh'scher Gartensaal, eine große Volksversammlung statt, in welcher Herr Fabrikant Bürkle von Großheppach als Redner auftreten wird. Die Zwischenzeit wird mit Piano ausgefüllt. Entré 20 Pfennige."

Also ist Hölder quasi „mit Pauken und Trompeten" in den Reichstag gebracht worden.

---

der Herr Polizei-Commissär als „Störung der Sonntagsfeier" verbot! „Fromme Katholiken stören die Sonntagsruhe!" meint der „Volksfreund". — — — — Die Sozialisten gewannen also hier sechshundert Stimmen, „obgleich" (wie der „Volksfreund" außer den bekannten Gründen mit Recht anführt) „wir kein einziges Flugblatt vertheilten, nur eine einzige Nummer des „Volksfreund" stärker verbreiteten; obgleich unsere ganzen Wahlunkosten sich auf keine 200 Mark belaufen." Vor mir liegt eine Sammlung von Wahlflugblättern und ditto Reden, die aus zwanzig Exemplaren besteht, aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Da läßt Herr Varrentrapp sein politisches Glaubensbekenntniß von Stapel, wobei die Attentate so gut oder so schlecht wie möglich ausgebeutet werden. Den „Führern" der Sozialdemokraten muß der Herr Doktor die moralische Verantwortlichkeit „für die in große Massen der Bevölkerung getragene Verwirrung" 2c. zuweisen. Mit verschämter Bescheidenheit freut er sich darauf hinweisen zu dürfen, was er seit nahezu 40 Jahren alles für das Wohl der „weniger bemittelten Klassen" gethan. Im Uebrigen ist der „Liberale" für Ausnahmegesetze, indirekte Steuern und die bekannten schönen Dinge, wie sie der große Kanzler haben will. Den „Wählern von Stadt und Land" wurde plausibel zu machen versucht, daß die Sozialdemokraten „Ehe, Familie und Eigenthum bedrohen und die ganze Civilisation der heutigen Gesellschaft gefährden" — welche Vogelscheuche leider längst nicht mehr auf Neuheit Anspruch machen kann und oftmals keine Gänsehaut mehr zu erzeugen vermag. Herr Sonnemann, der Demokrat, ist „mit den Sozialdemokraten verbündet und hat ihren Bestrebungen vielleicht (warum nur „vielleicht"?) noch mehr Vorschub geleistet, als ein offener Anhänger derselben." Das alles und noch vieles mehr erzählen den „Wählern von Stadt und Land" die lieben Nationalliberalen, die einem solchen Mahn- oder richtiger Angstrufe vierhundertundsieben (407) Namensunterschriften folgen lassen! — Die Fortschrittler hatten sich diesmal besonders angestrengt und viel Lärm mit ihrem Candidaten gemacht — wie die Erfahrung gelehrt hat, mehr Lärm, wie nöthig war! Die Fortschrittspartei will den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit Nachdruck fortsetzen, „aber nur auf dem Boden des bestehenden und Allen gemeinsamen Rechtes". Selbstverständlich wird sie die „freiheitliche Entwicklung kräftig fördern". In einer von dieser Partei einberufenen öffentlichen Wählerversammlung durfte kein Angehöriger einer anderen Partei sprechen. Warum wohl? — Die Demokraten haben ihr von Varrentrapp'schem „glaube", „halte" und „werde" freies Programm den Wählern mündlich und schriftlich vorgeführt, auch Jedem Redefreiheit zuerkannt, wovon freilich nur die Sozialisten Gebrauch machten. Auch in der Wählerversammlung der Centrumspartei erhielt Genosse Döll das Wort.

Damit dieser ernste Wahlkampf doch nicht ganz ohne einen heiteren Zwischenfall verlaufe, haben sich die Deutschconservativen mit Wahlprogramm und Aufruf an's Tageslicht gewagt. Herr Hauptmann z. D. Lucas von Heyden heißt der Glückliche mit vollem Namen, der die 213 Stimmen erhielt. Die Herren sind nach eigener Versicherung nicht „reaktionär" — und wer wird auch z. B. in der Verwerfung des allgemeinen Stimmrechts nicht gerade das Gegentheil von Reaktion erblicken! Lassen Sie mich das Schönste von dem Schönen, das Beste von dem Guten, was in der conservativen Wählerversammlung, die von 150, nach Anderen sogar 200 Leuten besucht war, zu Tage gefördert wurde, nach den hiesigen Blättern mittheilen. Dr. Ritterfeld-Cohnfeld, Commandant des uniformirten Veteranencorps (!!): Das Unglück der Nation sei der Materialismus, welcher die halben und flachen Köpfe erfaßt, es fehle die Ethik. Er sei am Mittwoch zu Sonnemann in den Saalbau gegangen, weil er gedacht, es sei ein berühmter Herr; er habe diesen 20 Minuten lang schimpfen hören auf den edlen Fürsten Bismarck in ganz polizeiwidriger Weise. Wenn ein solcher Mann diesen erhabenen Geist in den Koth zu ziehen im Stande sei, so sei dies das beste Zeichen für die Verkommenheit der Welt. (Beifall.) Man wolle die Armee vermindern, diese Trägerin der Bildung, die dem Bauer aus Podolien Gelegenheit gebe, mit gebildeten Leuten zusammen zu kommen und etwas zu lernen, so daß er später als Kutscher und Bedienter sich fortarbeiten könne. Es würde mehr gespart werden, wenn nicht die „verfluchten sozialdemokratischen Bestrebungen" wären; die meisten Führer der Sozialdemokraten wüßten selbst nicht, was Lassalle gewollt. Der Armee sei die Aufgabe zugefallen, Culturträgerin zu sein; das fühle man, darum bekämpfe man sie.

Zur Kennzeichnung unserer freilich schon genügend bekannten Liberalen hier nur noch ein Satz aus einem ihrer Flugblätter: „Wir sehen, wie den Massen in der sozialdemokratischen Presse Meineid, Treulosigkeit und Klassenhaß gepredigt wird, wie ihnen jetzt täglich zugerufen wird: Parteigenossen! Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen." Sieht das nicht aus wie der blanke Aerger, den gewisse Leute ob ihres gründlichen Reinfalls mit ihrer modernisirten Inquisition und ihrer Provokations-Theorie empfinden? Nun, Ihr Herren, Ihr habt Euch Mühe genug gegeben, den Dummen, die ja bekanntlich nicht alle werden und auf die Ihr nur zu bauen vermögt, Bassermann'sche Gestalten zu zeigen — trotz alledem und alledem seid Ihr einstweilen glänzend unterlegen. Bei der Stichwahl sehen wir uns wieder! Und so will ich denn schließen mit einem Citat aus unserer reptilisirten „Neuen Frankfurter Presse": „Wie beschämend wäre es für die Nation, wenn auch nach den gewaltigen Seelenerschütterungen der letzten Monate der revolutionäre Sozialismus im Vergleich zu den reichstreuen Fraktionen an Stimmenmenge ein Wachsthum zu verzeichnen hätte!" — Hier hat der „revolutionäre Sozialismus", wie bereits oben ausgeführt, ohne jede Anstrengung sechshundert Stimmen gewonnen. Schäme dich also darüber, Schwätzerin von Frankfurt, und schäme dich auch noch darüber, daß du das nicht zu verhindern vermocht! Wir aber sind stolz, wir freuen uns über die Lektion, die hier den systematischen Verleumdern, den Reaktionären mit und ohne Phrase ertheilt worden ist. Hoch die Sozialdemokratie! Untergang der Lügenbrut! —o—

Schneeberg. Ueber unseren glänzenden Wahlsieg jammert das in unserem Wahlkreis verbreitetste Raktionsorgan, das „Chemnitzer Tageblatt", oder vielmehr ein Stollberger Correspondent desselben wie folgt:

„Liebknecht hat über Löwe mit erdrückender Majorität gesiegt. Dies ist das Ergebniß der ungeheuren Anstrengungen, welche die vereinigten reichstreuen Parteien zu Gunsten ihres Candidaten gemacht hatten. Jeder, der die Stimmung der Arbeiter und den durch das neue weit verbreitete „Erzgebirgische Volksblatt" (und die „Erzgeb. Fr. Zeitung") erfolgreich bearbeiteten Boden des hiesigen Wahlkreises einigermaßen kannte, mußte dasselbe mit Bestimmtheit voraussehen. Die Betheiligung an der Wahl war ungewöhnlich stark. Mehr als 75 Proz. der Berechtigten haben wohl gewählt, und das Ergebniß ist kein künstliches, sondern ein wirkliches Spiegelbild der vorherrschenden Stimmung. Trotzdem mögen die Gutgesinnten auch für die Zukunft noch nicht alle Hoffnung aufgeben, wenn sie die Lehre beherzigen, daß nur durch ausdauernde thatkräftige Fürsorge für das Wohl der Arbeiter die Herzen derselben gewonnen werden können."

Der letzte Satz enthält eine ganz unverfrorene Heuchelei. Für das Wohl der Arbeiter uneigennützig zu sorgen, das fällt den Ordnungsparteien gar nicht ein, sonst machten sie nicht in Sozialistenfresserei. — Jeder, der die Stimmung der Arbeiter 2c. einigermaßen kannte, mußte den Sieg Liebknechts voraussehen, behauptet der Reporter, und derselbe Reporter behauptete vor der Wahl regelmäßig: es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Ordnungslöwe siegt? Und jetzt?

Möckmühl (Württemberg), 28. Juli. Es dürfte in der jetzigen Zeit für die Parteigenossen von einigem Interesse sein, auch über die hiesigen sozialpolitischen Verhältnisse etwas zu erfahren. Die Bevölkerung hier beschäftigt sich zum überwiegend größten Theile mit Landarbeit und ist die Industrie durch nur einige Arbeiter vertreten. Es ist daher auch von sozialpolitischer Bewegung nichts zu bemerken, da die Mehrzahl der Bevölkerung vollständig indifferent ist, und sich die politische Thätigkeit auf das wohlhabendere Bürger- und Beamtenthum beschränkt. Die politische Meinung ist hier Fabrikat der „Neckar-Zeitung", über deren Tendenz sich die Genossen sofort klar sein werden, wenn ich mittheile, daß dieselbe als „Amtsblatt für Heilbronn, Brackenheim, Neckars-Ulm" u. s. w. figurirt. Trotzdem ist die Gesinnung des Kleinbürgerthums größtentheils „demokratisch angehaucht", bei den „hervorragenden" Persönlichkeiten jedoch (soviel ich beobachtet) reaktionär. Von den Bestrebungen unserer Partei hat man natürlich auch hier die nebelhaftesten Vorstellungen, da ja sowohl die „Neckar-Zeitung", als auch der noch hier und da aufliegende „Schwäbische Merkur" mitsammen wetteifern, alle nur denkbaren Schmähungen, Verdrehungen und Verleumdungen über unsere Partei zu verbreiten, welche Verdächtigungen selbstverständlich geglaubt werden. Daß obige Organe sich bei Gelegenheit der beiden Attentate in „edlem, patriotischem" Wettstreite mit der gesammten Preßmeute ergingen, um auf unsere Partei tüchtig „loszupauken", nach Ausnahmegesetzen zu schreien und was dergleichen „reichsfreundliche" und reaktionäre Dinge mehr sind, will ich nur vorübergehend erwähnen. Das Schreckgespenst, welches da dem Philister an die Wand gemalt wurde, that auch seine Wirkung, so daß nun Sozialdemokratie und blutiger Umsturz, Revolution u. dergl. in den Augen dieser „Politiker" gleichbedeutend sind. Ich hatte daher in Anbetracht der gegenwärtigen Zeitumstände (wo „Sozialistenhatz" als Cultur-Fortschritt betrachtet wird) eine heimliche Freude, so ungeschoren durchzukommen.

„Doch mit des Geschickes Mächten
Ist kein ewiger Bund zu flechten,
Denn das Unglück schreitet schnell."

Mein Fatum ereilte mich Sonntag Abends in der Gestalt eines — Krieger, indeß nur eines auf diesen Namen getauften — und zwar in einer Weinstube, in welcher sich noch einige andere Herren befanden. Das Gespräch hatte sich auf die Sozialdemokratie gewendet, und da ich die verwirrten, unklaren Ansichten, welche über dieselbe abgegeben wurden, nicht länger ertragen mochte, so unternahm ich es, die Bestrebungen unserer Partei in Kurzem klarzulegen, in der Voraussetzung, daß es mir vielleicht gelingen werde, die Herren von der Gerechtigkeit unserer Tendenzen zu überzeugen. Dies war indeß ein völlig vergebliches Bemühen; ich will mich hier nur darauf beschränken, einige markirte Aeußerungen dieses — Kriegers anzuführen: „Lumpen, Lumpengesindel, das nichts arbeiten, gut fressen und saufen will; ich könnte sie (die Sozialdemokraten) alle baumeln sehen. Bismarck hat Recht, daß er gegen solche Sippschaft Ausnahmegesetze macht u. dgl." Anfangs suchte ich den „Herrn" eines Besseren zu belehren, als ich jedoch bemerkte, daß hier mit Vernunftgründen nichts auszurichten sei, und ich andererseits der Meinung bin, daß gemeines Schimpfen weder anständig, noch geistreich ist, ließ ich mit stoischer Ruhe Alles über mich ergehen, bis Herr Krieger in folgender drastischer Weise schloß: „daß er eigentlich keiner Partei angehöre und wir nur durch die Reaktion wieder einen guten Geschäftsgang bekommen können." (Wer lacht da?) Er bleibt dabei: Es lebe die Reaktion! Da ich gerade beim Berichten bin, muß ich auch noch der „patriotischen Sammlung" erwähnen, welche in folgender praktischen Weise betrieben wurde: Die Agitation hierzu wurde am 21. d. Mts., Vormittags, in der Kirche eingeleitet, indem der Zweck derselben den diversen „Gläubigen" und „Unterthanen" verkündet wurde, worauf Nachmittags Mitglieder des hiesigen Kriegervereins in den Häusern mit den Sammellisten erschienen, um die „patriotischen Gaben" entgegenzunehmen, wobei viele „freiwillig gezwungene" Einzeichnungen erfolgten, da sich Jeder fürchtete, im Falle der Weigerung auf den Index gesetzt zu werden, und Montags kam dann die Reihe der Contribution an die Schulkinder. Es lebe der „Patriotismus!" J. M.

Leipzig, 1. August. „Was geschickte Belehrung wirkt, das hat die Wahlbesprechung am 27. Juli hier (in Beucha, Leipziger Landkreis) gezeigt. Zu dieser Versammlung waren auch die Sozialdemokraten, die hier in den Steinbrüchen in großer Zahl vorhanden sind, eingeladen worden und auch erschienen. Als Referenten hatte man Herrn Direktor Schiemangk aus Brandis kommen lassen. Derselbe wies nach, wie die Sozialdemokratie nichts Neues sei. Auch Griechen und Römer hatten ihre Sozialisten. Die Sozialdemokraten seien Menschen, unsere Mitmenschen, und als solche spreche er zu ihnen. Kein Scheltwort gegen die Sozialdemokraten kam über seine Lippen, aber er entwickelte in so gewandter, klarer, populärer und zum Herzen sprechender Form die Gesetze der menschlichen Gesellschaft, daß die Sozialdemokraten, obgleich es anfangs den Anschein hatte, als solle es zu stürmischen Auftritten kommen, sehr bald die Richtigkeit seiner Auseinandersetzungen zugeben mußten und mit Herrn Dir. Schiemangk in einen, wenn auch sehr lebhaften, dennoch erfreulichen Verkehr traten, wozu allerdings das joviale, leutselige, ruhige und dabei feste Entgegenkommen des Herrn Dir. Schiemangk nicht wenig beitrug. Und infolge dieser Wahlbesprechung ist, daß Beucha, welches sonst stets hoch sozialistisch wählte, diesmal in seiner großen Mehrzahl der Ordnungspartei sich angeschlossen hat. Man fahre nur fort zu belehren, man thue es in der rechten Art und Weise, und wir werden bald bessere Verhältnisse haben." Diese Lobrede auf „geschickte Belehrung" und auf das Vermeiden jedes „Scheltwortes" findet sich im — „Leipziger Tageblatt", diesem schimpflichsten aller ordnungsparteilichen Schimpforgane! Von Herrn Hüttner gilt auch das Wort der Bibel: Die rechte Hand weiß nicht, was die linke thut. Das heißt der gute Mann liest nicht, was der Briefträger ihm bringt, und die selfacting-Scheere in ihrem verzehrenden Eifer abschneidet. Natürlich ist das Schiemangk'sche Wunder nur eine Schiemangk'sche Legende und natürlich erzählt von Herrn Schiemangk selbst. Eigenlob riecht bekanntlich so gut! Herr Schiemangk machte einen Versuch, ein paar sozialistische Arbeiter zu bekehren, entfaltete dabei aber eine so haarsträubende Unkenntniß „der Gesetze der menschlichen Gesellschaft", daß er einfach ausgelacht wurde.

Stollberg, 1. August. Liebknecht gewählt! so donnerte es am 31. Juli durch unsere Reihen! Der Löwe, der seine Tatzen auf unseren Wahlkreis legte, hat das Hasenpanier ergriffen und ist gelaufen, bis er außer Athem „am grünen Strand der Spree" angelangt, sich die Wunden verbinden lassen konnte, die ihm unsere tapfere erzgebirgische Bevölkerung geschlagen hatte. Wie hatten unsere Gegner auf den Sieg gebaut, welche verwerflichen Mittel hatten sie angewandt, um unseren alten, bewährten Vertreter aus dem Feld zu schlagen, aber fest und treu standen die Wähler Liebknecht's, kein Mann wankte im Feuer der Lüge und Verleumdung, das auf unsere Reihen niederprasselte, keines unserer Glieder löste sich und als die Entscheidung herannahte, als es galt, Sieg oder Niederlage, da rafften wir unsere ganze Kraft zusammen und die Leyten, unsere Feinde, sie warfen die Waffen weg und flohen, verfolgt von den Jubelrufen unserer braven Bataillone. Unser Banner, welches die Gegner in den Staub treten wollten, es flattert lustig weiter auf unseren Bergen, bewacht von Streitern, die bereit sind, sich wiederum in die Schlacht zu stürzen, sobald ein neuer Kampf nothwendig werden sollte. Es war kein Kinderspiel, dieser Kampf, er war schwer und heiß, desto süßer ist die Ruhe, die wir uns jetzt gönnen können.

Ein Wink mit dem Zaunpfahl.

(An die Herren Ordnungsfreunde und Moralpächter.)

Meine Herren! Drohen Sie uns nicht mit Ausnahmegesetzen, drohen Sie nicht 600,000 Deutschen, die in Entbehrung, der allgemeinen Ordnung und dem Haß gegen Blutvergießen zulieb, täglich härtere Opfer bringen, in der Hoffnung auf bessere Zustände. Drohen Sie uns aber dennoch, so dürfte es uns eines Tags einmal in den Sinn kommen, eine Enquête über die Ehrlichkeit unserer Gegner und ihrer Helfershelfer in Betracht zu ziehen. Die Mittel dazu würden wir wohl noch finden und die Resultate einer solchen Enquête, ja nur die Veröffentlichung der Absicht, eine solche anzustellen, würde uns einen solch außerordentlichen Schatz von Corruption zur Verfügung stellen, daß die industrielle kleine und große Welt, die Finanzwelt, das Beamtenthum merken sollten, daß ihnen der Boden unter den Füßen wankt und die halbe Welt zusammenzustürzen droht. Aufforderungen zur Anstellung einer solchen Enquête sind schon zu verschiedenen Malen an uns gerichtet worden; aber unser friedliches Temperament hat sich geweigert, sie in Betracht zu ziehen. Treiben Sie uns nicht zum Aeußersten, wenn Sie nicht wollen, daß wir rücksichtslos den wundesten Fleck bloßlegen.

Zwei sozialdemokratische „Großbürger",
die etwas vom „Geschäft", vom Lieferungswesen 2c. verstehen.*)

Erklärung.

Da durch die Art der Bezeichnung, welche meine Frage an Herrn Dr. Stephani in der Wählerversammlung vom 20. d. M. von der gesammten Leipziger Presse erfahren hat, Mißdeutungen schwerer Art entstehen, so ersuche die Redaction doch eine Mittheilung der Ursachen, die mich zur Frage an Herrn Dr. Stephani veranlaßten, zu geben. Es beliebte Herrn Dr. Stephani in der vom Tageblatt gebrauchten Weise die sozialdemokratische Partei zu verdächtigen und zu verläumden, so stellte er die beiden Attentäter als Parteigenossen hin, maß der sozialdemokratischen Partei die Schuld an diesen Attentaten bei und erklärte, daß sie die Heiligkeit der Ehe, die Sittlichkeit und alle Moral untergrabe. In meinen politischen Gefühlen tiefinnerst durch solche cynische und verbrauchte Behauptungen beleidigt, welche allenfalls einem ungebildeten Menschen zu verzeihen sind, nicht aber einem Manne, welcher wissenschaftlich gebildet und im politischen wie communalen Leben Erfahrungen genug zu sammeln Gelegenheit hatte um seine Denkfähigkeit von subject-iven Begriffen zu reinigen, sah ich mich veranlaßt jene Frage an Herrn Dr. Stephani zu richten. Ich überlasse es dem geehrten lesenden Publikum zu beurtheilen, ob die in der Presse gebrauchten Bezeichnungen, schmähliche Beleidigungen u. s. w. mehr den Aeußerungen des Herrn Dr. Stephani zuzumessen seien als meiner gestellten Frage.

Leipzig, im Juli 1878. **Robert Martin.**

Briefkasten

der Redaction: Petersen in Paris: Das Eingesandte wird benutzt.

der Expedition: W in R. Von Amor u. Psyche können Sie Kabinet- und Foliobilder haben zu 1 und 2 M. (Photographie von einem Originalkupferstich), ob es aber das von Ihnen Gewünschte ist, wissen wir nicht. — Erinnerung an Börne ist vergriffen.

Quittung. M hier Ab. 0,60. Nrt hier Ab. 1,60. Dr. Stbing New-York Ab. 116,75. Stumm Regensburg Ab. 12,20. Bst Linz Ab. 4,06. Hrtch Hof Ab. 17,90. Mnch Zittau Schr. 11,50. Endrs Augsburg Ab. 100,00. Grünbrgr Nürnberg Ab. 150,00. Plß Fechenheim Schr. 0,65. Hn Pottenstein Schr. 2,40. Strb Ballenstedt Schr. 3,00. Bckr Stuttgart Schr. 7,50. Krs Cassel Schr. 4,55. Khlmnn Lüneburg Schr. 3,50. Arb.-Bild.-Ver. hier Schr. 16,60.

Wahlfonds.

Von K. Rudolstadt 5,00. Krtz Coblenz 5,00. Liste 902 d. F. v. Tischgästen im Arb.-Bild.-Ver. 2,00, am 23/7 schon 8,00 quittirt. Bchhm hier Liste 901 5,40.

— Zur Beachtung! Wie aus London mitgetheilt wird, ist der Redacteur Juch, welcher im „Londoner Journal" die auch von uns gekennzeichneten Schmähartikel über unsere deutschen Genossen fabrizirte, als Polizeispitzel nach Deutschland gesandt worden. Also Vorsicht!

Zur Beachtung!

Diejenigen Genossenschaftsmitglieder, die noch mit ihren Ratenzahlungen im Rückstande sind, werden hiermit auf § 5a des Statuts aufmerksam gemacht und zugleich ersucht, falls sie nicht gestrichen sein wollen, den Restbetrag bis zum 15. d. Mts. einzusenden.

Der Vorstand der Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G.) zu Kiel:
Karl August Rau,
Heinrich Dickmann,
Hermann Walther. [90

Zur Beachtung!

Die Wahlcomités werden ersucht, das Gesammt-Wahlresultat ihrer Kreise an das sozialistische Central-Wahlcomité in Hamburg, unter Adresse C. Derossi, Holzdamm 42, so bald wie möglich einzusenden.

*) Wozu schonen? Wir bitten unsere Freunde, die über ein reichliches Material verfügen, damit nicht hinter dem Berge zu halten. R. d. „V."

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 428 O'Farrell Str.
London W.: C. Hesse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 93. Freitag, 9. August. 1878.

Zu den Reichstagswahlen.

Wir halten es angesichts des gezeigten Opfermuthes der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bei den am 30. Juli stattgehabten Reichstagswahlen für überflüssig, noch besonders unsere Freunde und Parteigenossen zu den noch bevorstehenden Stichwahlen anzufeuern.

Jeder thut seine Schuldigkeit — das wissen wir.

Heute wollen wir verschiedene Urtheile aus der gegnerischen Presse mittheilen, welche unsere Leser über die augenblicklich herrschende Stimmung im antisozialistischen Lager informiren sollen. Voran die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung", welche Feuer und Flamme über ihren sonst so hochgefeierten Fürsten Bismarck speit. Das Blatt schreibt nämlich wörtlich:

„Der Kampf gegen die liberalen Parteien ist von den Organen der Regierung und der ihnen zur Disposition stehenden Presse mit größter Schonungslosigkeit geführt worden. Es ist daher auch nur natürlich, wenn die Liberalen mit erhöhtem Mißmuth in das Parlament eintreten, da sie alle ihre Opferfreudigkeit für den Ausbau des deutschen Reiches so schlecht belohnt sahen. Wird die Regierung Selbstüberwindung genug besitzen, ihren begangenen Irrthum einzusehen und ihren Frieden wieder mit der nationalliberalen Partei zu schließen, oder wird sie eine Anlehnung an die Parteien der Rechten und das Centrum, ohne dessen Beistand sie gar nichts gegen den Willen der Liberalen durchzusetzen im Stande ist, zu gewinnen suchen? Noch läßt sich diese Frage nicht mit Sicherheit beantworten, aber sollte es ein bloßer Zufall sein, daß grade in dem gegenwärtigen Augenblick der päpstliche Nuntius Masella in München mit dem Fürsten Bismarck in Kissingen offiziell unterhandelt und sich von dem deutschen Reichskanzler besonderer Aufmerksamkeiten zu erfreuen hat! Ganz gewiß nicht. **Fürst Bismarck versucht, um Herr der Situation im Parlamente zu werden und den bisherigen Widerstand gegen seine Steuer- und anderweitigen Pläne brechen zu können, mit dem Centrum zu einem Ausgleiche zu gelangen.** Daß dieser ohne einige Zugeständnisse nicht zu erreichen ist, steht von vornherein fest. Wie weit die Forderungen Roms gehen und wie weit der Begründer des deutschen Reiches es mit seiner historischen Aufgabe verträglich halten wird, ihnen zu willfahren, mit andern Worten, ob der Ausgleich zu Stande kommen und ob er dem Fürsten Bismarck die erhofften Vortheile im Parlament, selbst wenn er zu Stande kommt, wirklich einbringen wird, weiß bis jetzt mit Sicherheit Niemand. Immerhin aber werden wir Liberalen durch diese politische Lage mehr denn je zur Vorsicht und Wachsamkeit aufgefordert. Wir dürfen in dem uns aufgedrängten Kampfe nicht erlahmen und müssen mehr denn je **eng zusammenstehen, damit die Gefahren abgewandt werden, welche heute unser deutsches Vaterland zu bedrohen scheinen.**"

Wenn uns jemals etwas mit besonderer Freude und Genugthuung erfüllt hat, so ist es dieser Schmerzensschrei der „Magdeburgischen Zeitung". Alles, was wir hundertmal erklärt haben, trifft jetzt zu. „Der Zweck heiligt die Mittel" — jesuitischer als die Jesuiten zeigt Fürst Bismarck den Nationalliberalen, daß ihn nur dieser Grundsatz bei allen seinen politischen Manövern leitet. Deshalb ist ihm auch jegliches Mittel recht, die Liberalen an die Wand zu drücken — selbst das Bündniß mit Rom!

Und komisch, ja lächerlich komisch ist es, wenn jetzt die Nationalliberalen das Volk aufrufen, fest zusammenzustehen, um die Gefahren abzuwenden, welche Bismarck über das deutsche Vaterland zu bringen scheine.

Diese selben Nationalliberalen, welche ihrem natürlichen Gegner, dem conservativen Herrn von Bismarck, alle diejenigen Machtmittel in die Hand gegeben haben, um sie, die Liberalen, vernichten zu können.

Wir fragen die „Magdeburgische Zeitung" einfach:

„Verdient nicht derjenige, welcher seinem Feinde das Schwert in die Hand drückt, daß er getödtet werde durch eben dieses Schwert?"

Antwort, Ihr liberalen Feiglinge!

Hören wir zunächst ein anderes nationalliberales Lamento, welches wir dem leitenden Blatte dieser Partei, der „Nationalliberalen Correspondenz" entnehmen:

„Der Gewinn, den die beiden conservativen Parteien bei den Wahlen gemacht haben, läßt sich jetzt ungefähr überschauen und ziffermäßig ausdrücken. Er beträgt, wenn man die Chancen für die Stichwahlen, an denen die Conservativen betheiligt sind, ihnen besser anrechnet, als sie in Wirklichkeit sind, gegen 30 Abgeordnete. Die Gesammtziffer der beiden Fraktionen im Reichstage, welche bisher 70 betrug, würde also auf circa 100 steigen. Damit läßt sich natürlich noch keine Majorität bilden, es fehlen daran grade noch einmal 100 Stimmen. Diese würde freilich das Centrum mit seinen Verbündeten liefern können, aber bekanntermaßen besteht nicht das ganze Centrum aus den „conservativen Elementen", deren Hülfe die „Kreuzztg." anruft, und was nun gar die Verbündeten betrifft, so werden die polnischen, welfischen, elsässisch-lothringischen Partikularisten ihre eigenen Wege gehen, sobald nur die Ultramontanen Miene machen, sich mit der Regierung zu verständigen. Denn diese Regierung — immer vorausgesetzt, daß sie eine nationale ist — kann weder in Preußen noch im Reiche den Gelüsten der genannten partikularistischen Gruppen Genüge thun. Ohne diese Gruppen aber ist nun einmal, wenn man von dem Beistande der Liberalen gänzlich absehen wollte, keine Mehrheit möglich, auch wenn das Centrum in corpore zum Regierungslager überginge. Diejenigen, welche den Reichskanzler der ernstlichen Absicht eines Compromisses mit den Ultramontanen zur Niederdrückung der Liberalen für fähig halten, imputirten ihm daher schon den Gedanken, nach geschehener Aussöhnung mit Rom und der Vereinigung aller „conservativen Elemente", noch einmal den Reichstag aufzulösen und in wiederholten Neuwahlen die gesuchte Mehrheit zu erstreben. Wir wissen nicht, ob dieser Gedanke besteht und ob er ausgeführt werden wird. Aber das ist sicher, auch die zweite Auflösung wird den erwarteten Erfolg nicht haben. Wo der Liberalismus unter dem heißen Ansturm der letzten Wochen, unmittelbar nach der allgemeinen Betäubung, die durch das zweite Attentat in der Bevölkerung hervorgerufen worden war und welche die Conservativen so rücksichtslos und (im höheren Sinne des Wortes) unpolitisch auszunutzen sich nicht scheuten, die Feuerprobe bestanden hat, da ist er auch für die Dauer gesichert, und in sehr vielen Wahlkreisen, die in Folge der diesmaligen Umstände den liberalen Parteien verloren gegangen sind, resp. für sie nicht gewonnen werden konnten, dürften sich bei weiterer Klärung der Ansichten mit jeder Woche die Aussichten für die liberale und nationale Sache erheblich stärken. Wir meinen daher, daß man in Regierungskreisen die etwaige Idee einer zweiten Auflösung doch lieber bei Seite legen wird."

Furcht vor einer nochmaligen Auflösung des Reichstags — das ist somit die Signatur der hochnasigen nationalliberalen Partei! Anstatt dem Reichskanzler energisch in's Gesicht zu schauen, demüthigt sich das liberale Gesindel schon sofort, ehe nur das Gesammtresultat der Wahlen genau bekannt geworden ist. Diese Feigheit wird Fürst Bismarck sich zu Nutze machen, und so gehört eine nochmalige Auflösung des Reichstags wahrlich nicht zu den Unmöglichkeiten; und diese Maßregel erfolgt, um die liberalen Feiglinge noch feiger zu machen.

Uns kann's recht sein!

Nun kommen wir zu unserer speziellen „Freundin", der „Frankfurter (‚demokratischen') Zeitung". Dieses Blatt bringt einen längeren Leitartikel, in welchem es die Taktik der sogenannten Volkspartei, von deren Existenz nur sehr wenige Menschen in Deutschland, respektive lediglich die Leser der „Frankfurter Zeitung" eine Ahnung haben, zu rechtfertigen und die polizeilichen Verfolgungen, welche jene Partei erleiden mußte, zu „constatiren" sucht.

Hören wir, wie das Blatt über den Ausfall der Wahlen in Württemberg sich auslässt:

„Kommen wir nun zum Regierungsdruck. Es könnte auffallend erscheinen, daß gerade die württembergische Regierung es ist, die in diesem Punkt eine keineswegs beneidenswerthe Auszeichnung sich erworben hat. Der Scheinconstitutionalismus hat sich eben auch schon am Nesenbach eingenistet und vor Allem scheint auch in Stuttgart die Sucht heimisch geworden zu sein, unter allen Umständen auf dem Ministerstuhle zu verbleiben. Man weiß, daß König Karl in seiner Antwort auf die Eingabe des Stuttgarter deutschconservativen Vereins für alles vergangene und noch kommende Unheil die „Demokraten" verantwortlich machte. Das war offenbar, — ob absichtlich oder nicht, kann natürlich nicht festgestellt werden — eine Verwechselung mit der Sozialdemokratie; allein da die Minister nichts von der königlichen Antwort wußten, die ohne Gegenzeichnung geschrieben war, so konnte es ihnen selbstverständlich auch nicht einfallen, die Verwechselung zu rektifiziren. Dagegen war es ihre Sache, zu beweisen, daß sie nicht blos über Sozialdemokraten, sondern auch über Demokraten Herr werden könnten; denn wenn dem König Karl darüber Zweifel aufsteigen würden, so wären sie ja die längste Zeit Minister gewesen. Nur so ist es erklärlich, daß das Ministerium nicht blos die freiconservativen Beamtencandidaten eifrigst unterstützte, von denen anzunehmen war, daß sie zwar der Reichsregierung jeden reaktionären Willen thun, in partikularistischen Dingen sich jedoch immer nach Stuttgart richten würden, sondern daß die Regierung auch energisch für jenen Max Römer eintrat, der sie einst bei der preußischen Regierung verklagte, und der dafür im Zollparlament vom Minister Mittnacht selbst so bös heimgeschickt wurde. Heute wandeln Beide Arm in Arm. Man kennt die Stuttgarter Restripte zur Beeinflussung der Wahlen. Sie thaten ihre Wirkung bis zum letzten Briefboten und bis zum lebenslänglichen Schultheiß, der im Gefühl seiner patriarchalischen Würde, nicht ahnend, wer hinter ihm stand, in den letzten Tagen den volksparteilichen Candidaten ihre Volksversammlungen auszuschellen verbot. Die Stuttgarter Minister haben offenbar das württembergische Vaterland gerettet; auf wie lange, das mögen die Herren abwarten."

Also nur aus Irrthum, aus Verwechselung mit der Sozialdemokratie, und weil die Minister den königlichen Irrthum nicht rektifiziren durften — ist die „Demokratie" (die „Frankfurter Zeitung" hat in richtiger Selbsterkenntniß die Gänsefüßchen selbst schon besorgt) verfolgt worden. Und welche Verfolgung!!! Ein paar Versammlungen durften nicht ausgeschellt werden. Sonst hat man von Verfolgungen der unschuldigen „Demokratie" nicht viel gehört, und auch die „Schlacht- und Triumphberichte" des Herrn Otto Götsch, die er aus Württemberg vor der Wahl der „Frankfurter Zeitung" höchsteigenhändigst eingesandt hat, deuten keine Verfolgungen, sondern vielmehr die Unterstützung der „demokratischen" Candidaten seitens der Ortsbehörden und Bourgeois an.

Doch nun zu einigen erquicklicheren Berichten. Die „Dresdener Correspondenz" schreibt:

„Wie die Dinge wirklich sind, weiß Niemand. Man kann nur darüber reden, wie sie aussehen. Diese triviale Wahrheit wird uns durch das Verhalten der liberalen Blätter einerseits und der dortigen Offiziösen andererseits wieder einmal in Erinnerung gebracht. Während die ersteren den Berliner Wahlkampf vom 30. Juli als eine Niederlage der Sozialdemokratie feiern, nehmen die letzteren, namentlich die „Post", keinen Anstand, die Sozialisten für die Sieger in diesem Ringen zu erklären. Dieser eklatante Widerspruch, wo es sich um eine hinlänglich bekannte Thatsache handelt, läßt sich offenbar nur aus der Verschiedenheit des Maßstabes erklären, der an diese Thatsache angelegt wird. Wenn man sich mit rein äußerlichen Resultaten begnügen will, wie die Liberalen thun, dann wird man allerdings zugeben müssen, daß die Letzteren gesiegt haben. Geht man der Sache aber näher auf den Grund, wie die „Post" in diesem Falle zu thun sich bemüht, dann gewinnt die Sache allerdings ein wesentlich verändertes ansehen. Die Sozialdemokraten sind in Berlin geschlagen worden, aber nicht weil der Abfall in ihren Reihen eingerissen wäre, sondern lediglich weil die gegnerischen Parteien diesmal eine außerordentliche Kraftanstrengung gemacht haben, von der es sehr zweifelhaft ist, ob sie sich unter weniger günstigen Verhältnissen wird wiederholen lassen, während die Sozialdemokratie in einer Lage, wie sie schwieriger nicht gedacht werden kann, einen bedeutenden Zuwachs aufzuweisen hat."

Das nennt man doch noch ein Urtheil. Und nun die „Vossische Zeitung":

„Zwar haben diesesmal überwältigende Mehrheiten die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bis auf wenige Sitze heruntergebracht, allein bei der Gesammtabwägung der Parteiverhältnisse gegeneinander wird die Sozialdemokratie auf ihre Schaaren pochen können, wie sie denselben in den fünf Wahlen seit 1867 in Berlin ein Wachsthum in starken Sprüngen von 69 auf 56,836 Stimmen vorhält. Die vielen der Sozialdemokratie noch offen stehenden Stichwahlen, die anderen, bei denen die Entscheidung von ihr abhängt, lassen erkennen, daß sie durch die Attentate auf den Kaiser weniger als die liberalen Parteien getroffen ist und bei einigem Erkalten des Wahleifers mehr als die verlorenen Mandate zu erringen vermöchte."

Sehr kaltes Urtheil, und ein sehr weises! Die Liberalen sind durch Hödel und Nobiling mehr getroffen, als die Sozialdemokraten! Wir freuen uns dessen — die Liberalen haben es verdient, daß sie mit den Kaisermördern zusammengeworfen worden sind in allen conservativen Provinzen des deutschen Reichs, sie haben es deshalb verdient, weil sie es vorzugsweise waren, die uns der Complicenschaft verdächtigten.

„Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!"

Und nun zum Schluß.

Sollen wir uns selbst loben? Es ist wahrlich nicht nöthig. In ganz Deutschland hat man das Militär conzentrirt, um am Wahltage den Sozialdemokraten den Garaus machen zu können. Das arbeitende Volk blieb ruhig, es wollte der deutschen Bourgeoisie den gehofften Sieg nicht so leichten Kaufs lassen, es wollte der Reaktion keinen Triumph bereiten.

Aufklärung, Aufklärung, immer weitere Aufklärung ist unsere Parole. Das Volk muß einmüthig erkennen, daß die Bedrückungen der Bourgeoisie und der Reaktion aufhören müssen, dann hören dieselben auch auf ohne Barrikadenkampf, ohne blutige Revolution.

Und nun die Ausnahmegesetze gegen uns, die sicherlich kommen werden?

Antwort:

Die einzelnen Parteigenossen können dadurch getroffen werden, die Gesammtpartei niemals. Ja, noch mehr: Die Ausnahmegesetze sind die Brücke, über welche wir zum Siege schreiten!

Offizielle Wahlresultate.

Berlin: I. Most 2121, Haenel (fortschr.) 8976, Moltke (cons.) 2812, Bierberg (Handwerkerp.) 121, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 193.

II. Baumann 7583, Dr. Falk (cons.) 5020, Klotz (fortschr.) 15,730, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 241, Graf Moltke (cons.) 148, Bierberg 77, Stöcker (christl.-soz.) 7.

III. Rackow 6914, v. Sanden (fortschr.) 12,585, Vollgold (freic.) 1285, Bernsdorff 269, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 230, Bierberg 114.

IV. Fritzsche 20,224, Zelle (fortschr.) 16,646, Dr. Falk (cons.) 3001, Grüneberg (christl.-soz.) 334, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 311, Bierberg 49.

V. O. Kapell 3615, Zimmermann (forts.) 10,265, Schwarzkopff (cons.) 1260, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 182.

VI. Hasenclever 15,690, Stöcker (christl.-soz.) 818, Klotz (fortsch.) 20,909, Hoppe 639, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 250, Bierberg 31.

Forchheim: Grillenberger 119, Walter (ultr.) 6063, Hohenlohe (freicons.) 5528, Herz (fortsch.) 728, Ott (deutschcons.) 919.

Kronach: Grillenberger 226, v. Lerchenfeld (freicons.) 7504, Dr. Frank (ultr.) 5621, Sonnemann 17, Luthardt 16.

Gotha: Bock 3513, v. Holtzendorff (freicons.) 5344, Müller (lib.) 7480, Windthorst (ultr.) 8.

Bunzlau: Kräcker 36, Dr. Falk (cons.) 4672, v. d. Recke-Volmerstein (cons.) 1238, Graf Stollberg (ultr.) 740.

Hamburg: I. Geib 10,491, Möring (nat.-lib.) 12,695, Tesdorpf (cons.) 709.

II. Hartmann 12,447, Bauer (nat.-lib.) 13,352.

III. Brenel 6691, Dr. Wolffson (nat.-lib.) 14,983.

Lübeck: Schwarz 1600, Dr. Klugmann (nat.-lib.) 6000.

Bremen: Frick 6300, Mosle (nat.-lib.) 14,000.

Hagen: Hasselmann 558, Bueck (cons.) 8776, Eug. Richter (fortsch.) 8273, Reichensperger (ultr.) 1882.

Bielefeld: Pfannkuch 823, v. Borries-Eckendorf (l.) 4126, Marcard (Centr.) 10,600.

Hanau: Frohme 5351, v. Trott (conf.) 4476, Dr. Weigel (n.-l.) 8559.

Würzburg: Grillenberger 1331, Geiß (Dem.) 448, v. Zu Rhein (ultr.) 5855, Reibert (l.) 3540.

Augsburg: Most 1329, Fischer (n.-l.) 6222, Dr. Freitag (ultr.) 12,201.

München I: Dr. Hacker 1997, Stauffenberg (n.-l.) 6535, Ruppert (ultr.) 5032, Beer 530.

München II: Kiefer 3252, Westermeyer (ultr.) 13,404, Schleer (n.-l.) 7557, Bauer 306.

Landshut: Dr. Hacker 186, v. Orb (Centr.) 9944, Keller (l.) 2010.

Altenburg: Stolle 3652, Findeisen (conf.) 13,404, Oppenheim (Volksp.) 1433.

Kottbus: O. Kapell 1242, v. Bärensprung (conf.) 6581, Frommer (fortsch.) 4876.

Reichenbach-Neurode: Aug. Kapell 2892, Dr. Friedenthal (conf.) 8419, Franz (ult.) 5361.

Halberstadt: Dr. Stamm 1906, v. Bernuth (nat.-lib.) 12,642, v. Blumenthal (conf.) 4448, Schorlemer (ultr.) 296.

Weißenfels: Liebknecht 2142, v. Wurmb (conf.) 6319, Findel (fortsch.) 1550, Windthorst (ult.) 51.

Frankfurt a. d. O.: Dolinski 1325, v. Schorlemer (ultr.), 157, v. Rosenstiel (conf.) 8617, Struve (n.-l.) 8082.

Teltow-Beeskow-Storkow: Schweppenbiek 4758, Graf Moltke (conf.) 9866, Wollmer (n.-l.) 6606, Kiepert 2547, Müller 401, v. Schorlemer (ult.) 111.

Dortmund: Tölcke 2057, Berger (Gruppist) 17134, Schröder (ult.) 8775, v. Bodelschwingh 974, Crone (fortsch.) 631.

Magdeburg: Bracke 6253, Unruh (n.-l.) 12,173, Graf Moltke (conf.) 617, Majunke (ultr.) 243, Träger (fortsch.) 4.

Braunschweig (Stadt): Bracke 6596, Bode (nat.-lib.) 6369.

Wolfenbüttel: Bracke 819, Kuntzen 12,227.

Hannover: Fritzsche 6588, v. Brüel (Part.) 11,125, Bennigsen 6033, Bruenneck (conf.) 837, Träger (fortsch.) 210.

Breslau II: Kräcker 6412, Bürgers 7941.

Sorau: O. Kapell 2500, Schön (conf.) 5712, Beisert 3119, Graf Brühl (ult.) 1500, Saalborn (christl.-soz.) 900.

Offenbach: Liebknecht 5557, Dernburg (nat.-lib.) 8014, Wasserburg (ultr.) 3798, Flinsch (fortsch.) 882.

Mainz: Liebknecht 3098, Reuleaux (nat.-lib.) 7293, Mourfang (ultr.) 6978, Guido Weiß (Volksp.) 919.

Barmen-Elberfeld: Hasselmann 11,443, Prell (nat.-lib.) 7189, Aegydi (fortschr.) 6209, Schorlemer (ultr.) 3057.

Solingen: Rittinghausen 5077, Melbeck (n.-l.) 6835.

3. Schlesw.-Holstein. Wahlkreis: Heintzel 540, Dr. Meyer (fortsch.) 8372, Bockelmann (freicons.) 4346.

4. do.: Hasenclever 129, Dr. Wachs (n.-l.) 6192, Blesken (cons.) 1779, Krüger (Däne) 1751, G. Weiß (Volksp.) 139.

5. do.: Walther 3206, Hall (n.-l.) 8224, Bärens (Landesp.) 2258, Heintze (cons.) 279.

6. do. (Ottensen): Stöhr 5452, Beseler (n.-l.) 8628, Selig (fortsch.) 4937.

7. do. (Kiel): Oldenburg 7160, Kraß 3711, Hänel (fortsch.) 11,713.

8. do. (Altona): Praast 11,662, Karsten (fortsch.) 10,665, Meier (cons.) 2824.

9. do.: Reimers 804, Grf. Holstein (fr.-cons.) 11,962.

In Sachsen:

1. Wahlkreis (Zittau): Freytag 1921, Dr. Rentzsch (n.-l.) 5596, Graf Stolberg-Brauna (ult.) 307.

2. (Löbau): Keller 50, Grützner (cons.) 6928, Frühauf (n.-l.) 3567.

3. (Bautzen): Keller 864, Reich (cons.) 6608, Dr. Minkwitz (fortsch.) 2811, Graf Stolberg (ult.) 1488.

4. (Dresden-Neustadt): Liebknecht 7358, von Schwarze (fr.-cons.) 8080.

5. (Dresden-Altstadt): Bebel 9885, Frhr. v. Friesen (cons.) 7266, Walther (fortsch.) 5410.

6. (Dresden-Land): Vollmar 5007, Ackermann (cons.) 8088.

7. (Meißen): Nauert 4006, Prof. Richter (cons.) 8619.

8. (Pirna): Peters . . ., Amtshauptm. v. Ehrenstein (cons.) 4016, Eysoldt (fortsch.) 4123.

9. (Freiberg): Kayser 6127, Penzig (n.-l.) 4485, v. Oehlschlägel (cons.) 3828.

10. (Döbeln): Burckhardt 5028, Schaffrath (fortsch.) 6444.

11. (Wurzen): Hadlich 1542, Günther (fr.-cons.) 8304, Hirsch (fortsch.) 1432.

12. (Leipzig-Stadt): Bebel 5822, Dr. Stephani (n.-l.) 11,940, Dr. Heine (fortsch.) 2361.

13. (Leipzig-Land): Ramm 11,253, Dietze (cons.) 13,372.

14. (Borna): Geiser 4954, Dr. Frege (cons.) 6828, Jerrmann (n.-l.) 2074.

15. (Mittweida): Bahlteich 6018, Gensel (n.-l.) 4384, Böttcher (cons.) 4093.

16. (Chemnitz): Most 9899, Bopel (n.-l.) 13,842.

17. (Glauchau): Bracke 11,578, Birnbaum (n.-l.) 8650.

18. (Zwickau): Motteler 10,135, Streit (n.-l.) 11,623.

19. (Stollberg): Liebknecht 7906, Löwe (fortsch.) 7101.

20. (Marienberg): Wiemer 4725, Brockhaus (n.-l.) 3084, Mangoldt (cons.) 3650.

21. (Annaberg): Wiemer 2437, Holtzmann (N.-L.) 5412.

22. (Reichenbach): Auer 7011, Schmiedel (cons.) 4976, Dietel 594, Opitz 1626.

23. (Plauen): Burckhardt 3747, Landtmann (n.-l.) 4204, Meusel (cons.) 4010, Werner 554.

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Wahlergebniß.** Der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung" entnehmen wir folgenden vorläufigen, natürlich etwas einseitig gefärbten Wahlbericht:

Nationalliberal gewählt haben die freien Reichsstädte Bremen, Hamburg und Lübeck, welche 5 Vertreter in den Reichstag entsenden. In der Provinz Hannover tritt diesmal das Welfenthum wieder stärker hervor; im übrigen sind in Hannover gewählt 6 Nationalliberale und 6 Welfen, in 6 Wahlkreisen ist Stichwahl nöthig, bei denen 5 Nationalliberale, 4 Welfen, 2 Conservative bezw. Freiconservative und 1 Sozialdemokrat betheiligt sind. Schleswig-Holstein-Lauenburg entsendet 3 Nationalliberale, 2 Conservative, 2 Fortschrittler und 1 Däne; in Altona und Pinneberg findet Stichwahl zwischen 1 Nationalliberalen, 1 Fortschrittler und 2 Sozialdemokraten statt. Günstig für die Conservativen lauten die Wahlergebnisse aus der Provinz Preußen. Gewählt wurden 13 Deutschconservative, 2 Freiconservative, 1 Nationalliberaler, 1 Ultramontaner, 1 Pole; zu Stichwahlen kommt es in fünf Kreisen. Pommern hat conservativ gewählt, der einzige Kreis, deren Ergebniß noch nicht bekannt ist, wird vermuthlich den Freiconservativen verbleiben, die Nationalliberalen wurden aus drei Kreisen verdrängt; im Ganzen wählte Pommern 10 Deutschconservative und 2 Freiconservative, nur in Stettin wird der nationalliberale Candidat Th. Schmidt, der mit dem Minister Delbrück in engerer Wahl steht, gewählt werden. Aus der Provinz Brandenburg fehlen noch die Nachrichten aus 4 Kreisen, in denen sich die liberalen und conservativen Candidaten die Wage halten; gewählt sind 6 Fortschrittler, 9 Conservative, 2 Freiconservative; in 5 Wahlkreisen kommt es zu Stichwahlen zwischen 2 Nationalliberalen, 2 Freiconservativen, 2 Conservativen, 3 Fortschrittlern und 1 Sozialdemokraten. In Polen sind gewählt 9 Polen, 3 Freiconservative, 1 Conservativer, 1 Nationalliberaler, und in Bromberg kommt es zur Stichwahl zwischen einem Conservativen und einem Polen. In Schlesien ist das Ergebniß von 3 Kreisen noch unbekannt; gewählt wurden bis jetzt 9 Freiconservative, 11 Ultramontane, 2 Nationalliberale und 3 Conservative; an 6 Stichwahlen sind betheiligt 6 Nationalliberale, 3 Conservative, 1 Fortschrittler und 2 Sozialdemokraten. Aus der Provinz Sachsen fehlt nur noch der Wahlkreis Torgau, die übrigen wählten 9 Nationalliberale, 3 Conservative, 4 Freiconservative, 1 Ultramontanen; zur Stichwahl kommt es in zwei Kreisen zwischen 2 Nationalliberalen, 1 Conservativen und 1 Freiconservativen. In Westfalen wurden gewählt 8 Ultramontane, 2 Conservative, 2 Gruppe Löwe-Berger, 1 Liberaler (Süß) und zur Stichwahl kommt es in 4 Kreisen zwischen 7 Liberalen verschiedener Anschauung und 1 Ultramontanen. Die Rheinprovinz wählte 28 Ultramontane, 4 Nationalliberale und 1 Freiconservativen; an 3 engeren Wahlen sind betheiligt 3 Nationalliberale, 1 Conservativer und 2 Sozialdemokraten. Die Provinz Hessen-Nassau wählte 5 Nationalliberale, 2 Fortschrittler, 2 Ultramontane und 1 Freiconservativen. In 4 engeren Wahlen stehen sich gegenüber 4 Nationalliberale, 1 Conservativer, 1 Freiconservativer und 2 Sozialdemokraten. Die beiden Mecklenburg wählten 1 Conservativen, 4 Nationalliberale und 2 Fortschrittler, Oldenburg 2 Nationalliberale und 1 Ultramontanen, Braunschweig 3 Nationalliberale, die kleinen mitteldeutschen Staaten, von denen noch 2 Wahlkreise ausstehen, 10 Nationalliberale, 4 Freiconservative und den Staatsminister a. D. Delbrück. Im Königreiche Sachsen wurden gewählt: 4 Nationalliberale, 3 Sozialdemokraten, 1 Conservativer, 5 Freiconservative und 2 Fortschrittler. Zu Stichwahlen kommt es in 5 Kreisen zwischen 3 Nationalliberalen, 2 Conservativen und 5 Sozialdemokraten. Von 48 baierischen Kreisen stehen noch 9 aus, die jedoch mit etwa 2 Ausnahmen dem Centrum zufallen werden; gewählt wurden bis jetzt 10 Nationalliberale, 23 Ultramontane, 1 Freiconservativer und 2 Fortschrittler (Gruppe Löwe). In 3 Stichwahlen stehen sich gegenüber 3 Nationalliberale, 2 Ultramontane und 1 Demokrat. Im Königreich Würtemberg wurden gewählt 9 Freiconservative, 2 Nationalliberale, 3 Ultramontane und 1 Fortschrittler; in 2 engeren Wahlen bekämpfen sich 2 Nationalliberale, 1 Fortschrittler und ein Anhänger der württembergischen Volkspartei. Das Großherzogthum Baden entsendet in den Reichstag 7 Nationalliberale und 3 Ultramontane, in 4 engeren Wahlen bekämpfen sich 4 Nationalliberale, 3 Conservative und 1 Demokrat. Im Großherzogthum Hessen wurden gewählt 5 Nationalliberale und 1 Fortschrittler. In 3 engeren Wahlen stehen sich gegenüber 3 Nationalliberale, 1 Ultramontaner, 1 Fortschrittler und 1 Sozialdemokrat. Elsaß-Lothringen wählte 11 Protestler bezw. Ultramontane, 3 Autonomisten und in einer engeren Stichwahl ringt zum ersten Mal ein Reichstreuer, Kreisdirektor v. Stichaner, mit einem Protestler um das Reichstagsmandat.

— **Wahlprotest.** Eine Versammlung von sozialdemokratischen Vertrauensmännern im sechsten Berliner Reichstagskreise hat beschlossen, wegen der massenhaft vorgekommenen Verstöße gegen das Wahlgesetz und Wahlreglement gegen die Wahl Klotz's bei dem Reichstage Protest zu erheben.

— **Junker Bismarck.** Die „Magdeburgische Zeitung" schreibt: „Der Sohn des Kanzlers ist dem liberalen Abgeordneten Dr. Hammacher unterlegen. Auch unsere lauenburgische Bevölkerung hat gezeigt, daß sie keine Regierungscandidaten, keine Schützlinge der Junker vom Schlage des Herrn v. Schrader und der Landvögte und Gendarmen will." — Wer hätte noch vor drei Monaten eine solche Sprache in einem liberalen Blatte für möglich gehalten?

— Daß die deutschen Kriegervereine in dem Culturkampfe gegen die Sozialisten schon seit langem benutzt werden, ist bekannt; ebenso bekannt ist aber auch, daß sehr viele Mitglieder der Kriegervereine gute Sozialisten sind und ganze Vereine sich durchaus nicht mit Politik befassen. Einen weiteren Beleg dafür bringt die Nr. 31 der „Deutschen Kriegerztg." vom 1. August, wo der Präsident des Kriegervereins der Division Kummer Protest gegen seine Unterschrift auf dem Wahlaufrufe der conservativen Partei erhebt. Die Correspondenz lautet:

„Berlin, den 29. Juli 1878. Ein Flugblatt „An die Conservativen der Hauptstadt", welches vorige Woche erschien, wies unter anderen Unterschriften auch folgende auf: „C. Sievert, Baumeister, Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Division Kummer."

So hätte ich ungefähr gezeichnet, wenn ich meine Unterschrift dazu gegeben hätte.

Ich bin indeß ein entschiedener Gegner vom Politiktreiben

Uebersicht der Volksbewegungen im 19. Jahrhundert.

(Fortsetzung.)

IV.

Emporstreben des vierten Standes.

Als im 12. u. 13. Jahrhundert die ritterliche Aristokratie kaum begründet war, so trat das Bürgerthum in einzelnen Städten und Städtebünden als ihr Nebenbuhler auf, mit nur vereinzelten Erfolgen. Es dauerte noch Jahrhunderte, ehe der Bürgerstand sich in größeren Staaten als eine politisch berechtigte Macht geltend machen konnte. Noch ist er nicht überall hierzu gelangt, und schon hebt sich gegen ihn, grade so wie Er einst gegen den Ritterstand, sein natürlicher Neider; der vierte Stand schiebt aufwärts sich gleich zu stellen mit dem dritten, und mit ihm gemeinsam die oberen Stände und selbst die fürstliche Gewalt abzuwerfen. Wird auch dies nur eine vorübergehende Zuckung sein, wie die städtischen Bewegungen im 13. Jahrhundert, wie die Jacquerie und die Bauernkriege? Wird auch der vierte Stand noch der Jahrhunderte bedürfen zu seiner politischen Bedeutung und Berechtigung wie einst das Bürgerthum? Aber die Bewegung dieser Zeiten ist nicht veranlaßt, wie die genannten, durch vereinzelten Druck und Elend, sondern sie ist die Folge einer allgemeinen Idee. Seit die Theile der Welt sich so nahe gerückt sind, daß man sich überall der Rolle bewußt geworden ist, die der europäische Stamm der übrigen Menschheit gegenüber spielt, hat der Menschenwerth eine ganz andere Bedeutung erhalten; die Europäer sind wie eine gemeinsame Aristokratie, die ihre Herrschaft über alle Welttheile breitet, und in dieser Gesellschaft will der unterste Mann als ein Gleicher mitzählen, weil er zu dieser Ausbreitung mehr gesteuert hat als jeder andere; er hat die Menschen dazu geliefert und die Mittel des Handels beschafft. Hier liegt die Berechtigung zu seinen gegenwärtigen Strebungen. Und alle Vergangenheit und Gegenwart haben diesen Strebungen auf der einen Seite die Schwierigkeiten weggeräumt, auf der anderen aber wirkende Kräfte verliehen in einem Maße, das dem Widerstande alle Stützen zerbricht. Seit vielen Jahrhunderten, haben wir gesehen, arbeitete alle Geschichte auf die größere Gleichheit der Menschen und der Verhältnisse hin. Der Waffenadel zerstörte seine eigene Macht in den Kreuzzügen und in den heimischen Bürgerkriegen der späteren Zeiten. Die geistliche Aristokratie verschwand in den protestantischen Landen, wo der Geistliche Bürger mit dem Bürger ward. Die Absolutie, die Bedeutung der Rechtsgelehrten, das Bedürfniß geistiger Fähigkeiten für die verwickelteren Geschäfte der neueren Staaten halfen die Gleichmachung der Gesellschaft zu fördern. Die veränderte Kriegskunst gab dem gemeinen Manne eine größere Bedeutung. Die Entdeckung der neuen Welt, Handel und Schifffahrt kamen dem Bürgerthume ausschließlich zu Gute. In ihm und in dem Königthume liegt heute die beste Kraft des Widerstandes gegen den Andrang der unteren Klassen. Aber die monarchische Gewalt hat seit den Zeiten der französischen Umwälzung ihren Zauber eingebüßt. In ihrer personellen Vertretung ist kaum eine Aussicht auf neue Kräftigung. Selbst in den unumschränkt regierten Staaten scheint das, was Jakob I. das Königshandwerk nannte, verlernt. Das Bürgerthum aber hat sich selten zur politischen Herrschaft besonders befähigt erwiesen. Es hat weder körperschaftlich den Ehrgeiz, noch geschäftlich die Muße, den Hang, die Gewöhnung, sich als einen politischen Stand in starker Gewalt zu behaupten. Dazu kommt, daß es von dem vierten Stande ganz anders abhängig und durch eine kleinere Kluft getrennt ist, als der Adel einst vom Bürgerthume war.

Sind so die Stände, die politischen Gewalten und Formen ein geringes Hemmniß gegen die demokratischen Bestrebungen der Zeit, so ist dagegen die höchste Ermunterung für sie gelegen in den Beispielen, die in den bestehenden Staaten und Staatsformen gegeben sind. Drei große Reiche wetteifern unter den ungleichsten Verfassungen an gleicher Macht. Die Absolutie in Rußland hat den allgemeinen Haß der gebildeten Welt gegen sich. Der Constitutionalismus in England liegt für die meisten Staaten jenseits aller Erreichbarkeit. Die demokratische Verfassung Amerika's aber ist das Vorbild und die Vorliebe der großen Massen. Dieser Staat war im Westen unmerklich entstanden und emporgekommen gleichzeitig wie Rußland im Osten anwuchs, er war gleichzeitig mit Rußland in die Geschichte bedeutungsvoller eingetreten, er hatte, als Napoleon Rußland auf seine Höhe trieb, von diesem die Möglichkeit erkauft, auf größerem Gebiete eine stärkere Macht zu entfalten, und dem dynastisch-despotischen Einflusse Rußlands einen volksthümlichen entgegen zu stellen. Der Anblick dieses rasch aufschießenden, freien, glücklichen Staates ohne König, Adel und geistlichen Stand, war von einem wunderbaren Reize grade für die Völker. Und eben dieser Staat allein übt grade auf die Völker eine so wenig beachtete, wie gewaltig wirkende, unhemmbare und unmittelbare Einwirkung aus. Sein Glück zieht die der alten Verhältnisse Müden aus Europa massenweise an, und in dem umfassendsten Verkehre bringen die Berichte und Ideen, nicht der verunglückten, sondern nur der gedeihenden Auswanderer mitten in die unteren Schichten der Gesellschaft ein. Zu dieser nie recht gewürdigten Propaganda kommen die Wirkungen der Literatur hinzu, die in allen Theilen Europa's gleichmäßig demokratisirt ist; ein zahlreiches Proletariat der gebildeten Klassen, das vom literarischen Tagwerke lebt, reicht in gleichem Sinne den unteren Ständen die Hand zu dem gleichen Werke. Und ferner bilden die vom Despotismus Vertriebenen, die heimathlosen Polen, Ungarn, Italiener eine weitere geordnete Propaganda. Ihre Grundsätze, wie aristokratisch die Führer sein mögen, sind nothwendig demokratisch, weil sie der Massen bedürfen und einen Mittelstand zu Hause nicht kennen; sie sind von aller Rücksicht losgesagt und mit allen Rechts- und Rücksichtslosen in einem weltbürgerlichen Bunde, wie einst die Jesuiten, aber für eine aufgehende, nicht für eine untergehende, für eine volksthümliche, nicht für eine despotische Sache. Gegen diese vereinigte Gewalt gleichmäßiger, unfaßbarer politischer Einwirkungen hat die monarchische Politik der Erhaltung auf dem Gebiete geistiger Einflüsse nichts zu stellen, als einen einflußlosen, abhängigen Theil der Presse. Die ständischen Versammlungen, von wo aus allein ein praktisch-politischer Sinn hätte gebildet werden können, wurden unterdrückt und untergraben, und haben auch, wo sie zum Scheine bestehen blieben, weil sie nur zum Scheine bestehen, Vertrauen und Wirksamkeit verloren. Das Feld ist daher den demokratischen Grundsätzen frei gegeben. Sie schreiten auf jedem Wege vor, auf dem gewaltsamen der Revolution, wo sie in den Lehren der Sozialisten die furchtbarsten Loosworte agrarischer Gesetze erhalten haben; noch wirksamer aber auf dem stillen Wege der untergrabenden Gewalt der Ideen und Sitten. Die Vorstellungen werden mehr und mehr von ihnen angesteckt, die Bräuche umgestaltet, die politischen Meinungen und Handlungen der Einzelnen und der Regierungen, selbst derer, die sich dawider sträuben, sind davon beherrscht. Die Beweglichkeit des Besitzes, die gleiche Erbtheilung, die gemeinsame Schule, die leichten Verkehrsmittel, Alles wirkt auf die Annäherung der Stände; die verschiedensten Eigenschaften und Leidenschaften der Menschen vereinigen sich gleichsam, um dem untersten Stande emporzuhelfen. Die Mittelmäßigkeit der literarischen Erzeugnisse, eine Folge des ausgedehnteren geistigen Bedürfnisses, verschleift die Talente der Schreiber und zugleich die Klassen der Leser. Luxus und Genußsucht stacheln die Armen sich den Reichen gleich zu stellen. Die Bosheit hat den Erhaltungsmännern*) den Rath eingeblasen, dem Proletariat gegen das Bürgerthum die Hand zu reichen, und wieder hat die Gutmüthigkeit der Menschen auf Tausend Wegen gesorgt, das untere Volk zu erleichtern und zu heben: durch Sonntagsschulen und Bewahranstalten, durch Sparkassen und Armengesetze. Die Emanzipation aller Gedrückten und Leidenden ist der Ruf des Jahrhunderts, und die Gewalt dieser Ideen ist in der Abstellung von Servituten und Frohnden in Europa und in der Befreiung der Sklaven Westindiens über mächtige Interessen und eingewurzelte Zustände Sieger geworden. Dies ist der große Zug der Zeit. Die Stärke des Glaubens und der Ueberzeugungen, die Macht des Gedankens, die Kraft der Entschlüsse, die Klarheit des Ziels, die Ausdauer der Hingebung ist in dem volksthümlichen Lager, Alles was einer geschichtlichen Bewegung den providentiellen Charakter, den Charakter der Unwiderstehlichkeit giebt.

*) Conservativen.

(Schluß folgt.)

der deutschen Kriegervereine als solche, da es unmöglich zu etwas Gutem führen kann, wenn wir den schönen Boden, auf dem wir fußen, verlassen, um uns wider das Gesetz aufzulehnen, welches uns nicht als politische Vereine anerkennt. Es müßte sich über kurz oder lang sehr an uns rächen, wenn wir unsere Aufgabe nicht dahin auffassen, daß es wohl unsere wahrhaft schöne Aufgabe sein soll, die Liebe für Kaiser, König und Vaterland zu hegen und zu pflegen und darin ein Vorbild zu sein den Mitbürgern, daß wir aber nicht zugleich das böse Beispiel der Gesetzesnichtachtung geben dürfen, um diesen Zweck zu erfüllen.

Anläßlich jenes oben erwähnten Flugblattes wurde ich von Kameraden hiesiger Vereine um eine Erklärung betreffs meiner Unterzeichnung angegangen und ersucht, dieselbe möglichst öffentlich zu machen, da viele Kameraden durch jene Unterschrift irre an mir geworden seien.

Ich bitte deshalb, diesen Brief in der „Deutschen Kriegerzeitung" abdrucken zu lassen mit folgender Erklärung:

Ich erkläre hiermit, daß ich es für unstatthaft und ungesetzlich halte, daß deutsche Kriegervereine sich in corpore mit Politik befassen, und demgemäß erkläre ich, daß die im Flugblatt der „Conservativen" vorhandene Unterschrift „C. Sievert, Baumeister, Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Division Kummer" nicht von mir herrührt. C. Sievert."

— „Es geschehen Zeichen und Wunder!" Die „Culturkampf-Gesetze" haben bekanntlich allerlei Ausweisungen von Pfäfflein, Nönnlein und allerlei katholischen Leutchen verfügt. Diese durch das Gesetz „Ausgewiesenen" müssen doch unmoralische oder wenigstens unserem Vaterlande schädliche Menschen sein. Sonst dürfte man dieselben doch nicht ausweisen. Nun aber meldet die „Germania": „Die aus Moselweiß im Regierungsbezirk Koblenz ausgewiesenen Salesianerinnen, welche in dem Schlosse zu Choteschau in Böhmen eine neue Stätte gefunden und ein Pensionat errichtet haben, wurden vor einigen Tagen freudigst überrascht, indem sie von der Kaiserin Augusta einen werthvollen Weihwasserkessel als Andenken übersendet erhielten." — Wir aber fragen, da wir uns nicht in Unannehmlichkeiten stürzen wollen, einfach: „Wie reimt sich das zusammen?"

— Wie die reichstreuen Wahlen gemacht werden, zeigt folgende

„Bekanntmachung!

Bezugnehmend auf den Wahlaufruf der reichstreuen Partei, wonach H. Geh. Oberbergrath Pfähler als Wahlcandidat aufgestellt ist, habe ich an die Herren Beamten und Arbeiter meines Dienstkreises folgende Worte zu richten: Das Resultat der bevorstehenden Wahlen wird zeigen, wer zu Kaiser und Reich hält, oder wer in unpatriotischer Verblendung auf Seiten reichsfeindlicher Unzufriedener, wahnsinniger Sozialdemokraten und verruchter Attentäter steht. Es ist heute unerläßliche Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, seine Stimme abzugeben, denn wer nicht für die Regierung, ist gegen sie, und ist nicht werth, deren Brod zu essen. Wer nicht an der Wahlurne erscheint, kann dies nicht verheimlichen und werde ich die zweifelhafte Ehre, Vorgesetzter solcher Individuen zu sein, sehr bald abzuschütteln wissen.

Königl. Eisenbahn-Werkstätte Saarbrücken.
(gez.) Neppily, Maschinenmeister."

Der letzte Satz ist natürlich ein Wink mit dem Zaunpfahl — entweder friß oder stirb, Vogel! — Natürlich müssen die Arbeiter wählen, wie der Herr Maschinenmeister will, denn an der Wahlurne sitzen die Genossen des Obigen und wer weiß, was an der Wahlurne noch Alles passirt. Hoch das freie Wahlrecht!

— Bezüglich der Maßregelung Samter's erläßt die Lotterie-General-Direktion jetzt folgende Berichtigung: „In der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" vom 31. v. M. hat der frühere königl. Lotterie-Einnehmer Samter zu Königsberg die erfolgte Lösung der zwischen der Lotterie-General-Direktion und ihm bestandenen Geschäftsverbindung mit der thatsächlichen Bemerkung veröffentlicht, daß der Grund zu dieser Lösung seine literarische Thätigkeit und ein an J. Dietzgen von ihm gerichteter Brief gewesen sei. Diese Bemerkung ist unrichtig, indem die vornehmlich entscheidenden Gründe zu der dem Samter widerfahrenen Entziehung seiner Lotterie-Einnahme nicht in den von ihm bezeichneten, sondern in anderen Vorgängen beruht haben und jene ersteren Vorgänge von nur untergeordneter und ganz beiläufiger Bedeutung gewesen sind." — Wo sind denn die Gründe zur Maßregelung? Die ganze Berichtigung ist ja sonst fauler Zauber.

— Die Gesellschaft ist wieder einmal gerettet! — Wie bekannt, haben die Straßburger Behörden die Lorbeern ihrer Berliner Collegen nicht schlafen lassen! Nachdem vor ca. sechs Wochen den sozialistischen Zeitschriften der Eingang in's Elsaß versagt worden, hat heute das hiesige Bezirkspräsidium den „Verein der Schuhmacher für Statistik" aufgelöst. Schon einige Tage vorher waren Mitglieder vor dem Richterstuhl der heiligen Hermandad geladen und inquirirt worden; heute — welch' prompte Justiz! — schon wurde dem Vorsitzenden die Auflösungsurkunde zugestellt. Dieselbe lautet dahin, daß der Verein entgegen seinen Statuten sozialdemokratische Ziele verfolgt hätte u. s. w. Auf irgend eine Begründung dieses ungeheuerlichen Erlasses läßt sich natürlich das wohllöbliche Bezirkspräsidium nicht ein; was braucht es auch zu beweisen, daß der Verein wirklich sozialdemokratischen Bestrebungen gehuldigt; der bloße Verdacht ist schon Grund genug. Natürlich ist von unserer Seite der Rekurs an das Oberpräsidium genommen, obwohl wir uns davon nicht viel versprechen. Mögen unsere „Gesetzeswächter" nur noch recht oft den Sozialismus in Straßburg vernichten und die Gesellschaft retten — die nächsten Wahlen werden ihnen dann beweisen, welch' treffliche Unterstützung sie dadurch den „bösen" Sozialdemokraten angedeihen lassen. Habeant sibi! — (Mögen die „Gesetzeswächter" einstweilen auf ihren „Lorbeern" ausruhen.)

— Die Annektion Bosniens durch Oesterreich geht doch nicht so ruhig ab, wie man anfangs vermuthete; die Türken weichen formell zurück, die muselmännische Bevölkerung bemächtigt sich der Gewalt, und in der Hauptstadt Serajewo hat man bereits den türkischen Gouverneur fortgejagt, und auch der österreichische Generalconsul mußte das Hasenpanier ergreifen. Ein gewisser Hadschi Loja organisirt den Widerstand, und man vermuthet, daß derselbe von Serbien und Montenegro und selbst der Türkei unterstützt wird. Es ist auch bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen, und auf beiden Seiten sind Todte zu verzeichnen. Oesterreich hat damit seine Mission, Frieden zu stiften und dem Volke Ruhe und Glück zu bringen, aufs Glänzendste bewährt. Die paar Opfer sind des Ländchens schon werth, sind billig — was kommt es auf ein paar Menschen mehr oder weniger an?! — —

— Mit Hilfe des Militärs sind die strikenden Kohlenarbeiter in Anzin (Frankreich) zu Paaren getrieben worden. Ein paar Dutzend der „Rädelsführer" hat man eingesteckt, und weil die Anderen Miene machten, die Inhaftirten zu befreien, blieb das Militär noch ein bischen da. Die Eingeschüchterten sind wieder eingefahren und Alles ist ruhig. „Der Sozialismus hat allen Boden verloren", melden triumphirend die Organe der „Ordnung". Wir meinen, die französischen Arbeiter fangen vielmehr nach und nach an, den Sozialismus zu begreifen und Fortschritte in der Erkenntniß desselben zu machen. Daß die französischen Arbeiter sich ihrer deportirten Genossen unwürdig zeigen sollten, dagegen muß entschieden Protest erhoben werden. Wenn die Arbeiter mit Gewalt in ihr Joch zurückgetrieben werden, so ist die ganze Geschichte eben nur eine Frage der Zeit; jedenfalls wird die Zeit auch kommen, wo die Arbeiter die Gewalt in Händen haben. Wie es scheint, meldet der Telegraph aus purer Ironie aber schon wieder einen Strike der Bandwirker und Weber in Commines, wo natürlich auch sogleich mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden — um die „Ordnung", die gar nicht gestört war, herzustellen. Nach diesem Maßstab gemessen, scheint der Sozialismus in Frankreich seinen Boden durchaus nicht verloren zu haben.

— Unser amerikanisches Parteiorgan „Der Vorbote" in Chicago wurde unter dem 1. August auf die Dauer von zwei Jahren für das deutsche Reich verboten. Die Nummern 21 und 23 des genannten Blattes hatten ein Mißfallen des deutschen Staatsanwalts erregt und erfolgte eine Verurtheilung wegen beider Nummern.

— Das Organ des Renegaten Grüneberg, die „Deutsche Volkswacht" in Berlin, hat aufgehört zu existiren. Es wollte Niemand mehr auf den christlich-sozialen Leim gehen.

Correspondenzen.

London, 28. Juli. Je größere Fortschritte wir machen, desto giftiger wird der Geifer, mit dem unsere Gegner uns zu belecken suchen, was auch recht ersichtlich ist an den wiederholten Verleumdungen gegen uns. Nur mit Widerwillen muß ich heute wieder einer Sumpfpflanze gedenken, mit der ich glaubte schon in meinem letzten Bericht abgerechnet zu haben, ich meine das „Londoner Journal". Seit Wochen besuchen uns — ohne von uns gestört zu werden — Mouchards (Polizeispitzel). Fürwahr, wir hätten das Recht, dieselben zum Tempel hinauszutreiben, daß sie die Schuhe verlieren, was uns aber bis jetzt noch nicht einfiel. Trotzdem wir mit all unserm Wirken und Beschlüssen das Licht der Oeffentlichkeit nicht scheuen, wagt es das obige Journal doch, uns weiter zu besudeln. Dabei läßt diese Revolverbande hübsch jeden Namen weg, so daß wir ihr juristisch nicht beikommen können. Der Krug geht jedoch so lange zum Brunnen, bis er bricht. Jene Gegner haben die Lynch gegen uns empfohlen, sie mögen auf ihrer Hut sein; hier treten wir nicht deutsches Reichspflaster, hier haben wir in der letzten Zeit bewiesen, daß wir die öffentliche Meinung für uns haben. Was uns entrüstet, das ist die boshafte Gemeinheit, mit der die deutsche Presse den Quark des „Londoner Journals" verarbeitet, und auch nur aus diesem Grunde lassen wir diese Zeilen folgen. Um erbärmliches Judasgeld ist das Blatt in die Hände der sogenannten deutschen „Reichsfreunde" übergegangen und muß natürlich auch mit allen Mitteln für diese arbeiten. — Am 21. Juni haben wir den versammelten hiesigen Arbeitern gezeigt, daß die Gegner gleich Möpsen den Mond anbellen. In einer von ihnen selbst einberufenen öffentlichen Volksversammlung verübten sie argen Unfug, daraufhin wählten wir ein Büreau und hielten die Ordnung aufrecht. Jene verrammelten uns das Licht, wir begnügten uns mit einigen Talglichtern; Jene mietheten sich eine Musikbande, plärrten sich die Kehlen wund an der „Wacht am Rhein" und anderen „patriotischen" Liedern, wir antworteten mit der „Marseillaise". — Am letzten Montag, 22. Juli, wurde unserm Wirken die Krone aufgesetzt durch eine große englische Volksversammlung im Westende, die von Mr. Moltman Barry präsidirt wurde. Eine Reihe von englischen Rednern legten unter donnerndem Beifall dar, wie die Sozialisten in Deutschland unterdrückt werden und trotzdem weiter kämpfen. Es wurden die Prinzipien der Sozialisten erläutert und schließlich durch eine Resolution den deutschen Sozialisten die begeistertste Sympathie ausgesprochen. Unsererseits sprachen Mendel und Weber mit großem Beifall. — Und daß es mit unserm Arbeiten nicht allein in unseren Kreisen sein Bewenden hat, davon nur ein Beispiel. Der hiesige communistische Arbeiter-Bildungsverein hat zur Unterstützung der deutschen Genossen Sammellisten in Umlauf gesetzt. Bis jetzt sind von den Mitgliedern und Freunden 700 Mark aufgebracht worden und wird sich die Summe noch vermehren. Unter den Gebern befinden sich die englischen Parlamentsmitglieder Joseph Cowen, Thomas Brassey 2c., von welchen jeder 42 Mark zeichnete. In der That eine für gewisse Ohren gruselige Geschichte, im englischen Parlament eine unserer Sammellisten für die Unterstützung der deutschen Sozialisten und deren Wahl in Umlauf zu setzen. Mr. Moltman Barry hat dieselbe im Parlament eingeführt. — Mit bestem Gruß

F. J. Ehrhart.

Hannover. (An die Parteigenossen und Wähler des 8. hannoverschen Wahlkreises.) Die Wahlschlacht ist geschlagen, das Resultat ist Euch bekannt, unser Candidat hat den nationalliberalen Candidaten um 528 Stimmen überholt: es findet jetzt eine Stichwahl zwischen dem Candidaten der Arbeiterpartei F. W. Fritzsche mit 6589 Stimmen (gegen 5604 am 10. Januar 1877) und dem Candidaten der deutsch-hannoverschen Partei, Herrn Geheimrath Bruel mit 11,127 Stimmen (gegen 10,796 am 10. Januar 1877) statt. Die schwerste Arbeit ist also hinter uns; denn, Parteigenossen, durch Euren Muth und Eure Ausdauer ist es uns gelungen, den hervorragendsten Führer der nationalliberalen Partei, Herrn Rudolf v. Bennigsen, mit 6061 Stimmen aus dem Felde zu schlagen (am 10. Januar 1877 erhielt die nationalliberale Partei 6541 Stimmen). Jetzt aber, Männer der Arbeit, gilt es, das den Gegnern schrittweise abgerungene Terrain auch muthig zu vertheidigen, es gilt am Tage der Stichwahl zu zeigen, daß die Verfolgungen, Maßregelungen und Verleumdungen es nicht vermocht haben, uns den Kampf für Recht und Wahrheit zu verleiden. Es gilt ferner den Machthabern klar zu machen, daß wir gesonnen sind, in geschlossener Phalanx mit ganzer Kraft, trotz aller Bedrückung, unsere Stimmen gegen Ausnahmegesetze und Mehrbelastung des Volkes durch erhöhte Steuern u. s. w. in die Wagschale zu werfen. Um das aber zu erreichen, müssen wir uns an Euch, Ihr alten Parteigenossen, wenden, Ihr, die Ihr im Laufe der Jahre zäh geworden, aber doch augenblicklich durch allerlei Bedrückung von der direkten Agitation fern waret. Ihr aufgeklärten Sozialisten, Ihr müßt jetzt hervortreten und uns in allen Theilen unterstützen. Vor Allem müßt Ihr Euch am Tage der Stichwahl zur Verfügung stellen; wir mahnen Euch an Eure Pflicht, thut sie voll und ganz, und wir wollen sehen, ob wir mit unserer Stimmenzahl durchdringen. Wendet Euch in allen Angelegenheiten an H. Rudolph, Mittelstraße 11, II.

Das Arbeiter-Wahl-Comité.
J. A.: H. Rudolph.

Königsberg i. Ostpr., 30. Juli. Die Hochburg der Fortschrittspartei in Ostpreußen ist bei der heutigen Reichstagswahl von den Conservativen erobert worden. Der conservative Candidat, Justizrath Stellter, ist mit verhältnißmäßig großer Majorität zum Reichstagsabgeordneten unserer Stadt gewählt. Das Stimmenverhältniß ist folgendes: Stellter erhielt 7772, der fortschrittlich-nationalliberale Stadtrath und reiche Thonhändler Jacob Theoder 5351, Bebel 1109, Reichensperger 228 Stimmen. — Die Fortschrittler meinen, der Grund für ihre Niederlage sei in polizeilichen Maßregelungen zu suchen. Dieses ist einfach unwahr, denn die Auflösung einer Comité- und Vertrauensmänner-Zusammenkunft als nicht polizeilich angemeldete Versammlung hat die Herren in ihrer weiteren Agitation durchaus nicht gestört und die wegen eines unbedeutenden Formfehlers erfolgte Confiscation ihres Flugblattes erfolgte bereits nach vollständiger Vertheilung desselben. Die Ursache der colossalen fortschrittlichen Niederlage ist einzig und allein in dem Bündniß mit den hiesigen Nationalliberalen zu finden. Dieses ist durch Zahlen einfach zu beweisen. Bei der vorletzten Reichstagswahl kam es zwischen dem fortschrittlichen Candidaten Dickert und dem Candidaten der vereinigten Nationalliberalen und Conservativen, Stadtkämmerer Hoffmann, am 27. Januar 1877 zur Stichwahl. Hierbei erhielt Dickert 6659 Stimmen und siegte so über Hoffmann, der nur 3895 Stimmen erhielt. Heute vereinigten sich auf den gemeinschaftlichen Candidaten der Fortschrittler und Nationalliberalen nicht mehr als 5351 Stimmen. Zieht man nun, dem Sachverhalt gemäß, von jenen 6659 Stimmen des Fortschrittscandidaten Dickert wirklich 1000 Stimmen ab, die dieser von Sozialdemokraten erhielt, so blieben der Fortschrittspartei bei der vorletzten Reichstagswahl noch immer 5659 Stimmen als von ihren Parteigenossen abgegeben. Bei der heutigen Wahl fielen auf Theoder, als den Candidaten der hiesigen Fortschrittler und Nationalliberalen, aber nur 5351 Stimmen, also 308 Stimmen weniger als auf den Fortschrittscandidaten vor anderthalb Jahren. Und wo sind die hier zahlreich vertretenen Bundesgenossen der Fortschrittler, die Herren Nationalliberalen geblieben? Diese haben die Fortschrittler einfach düpirt und — Stellter gewählt. Das ist die Lösung des Räthsels. Wenn man übrigens von diesem verwerflichen Treubruch der Nationalliberalen Königsbergs absieht, so haben die Letzteren von ihrem politischen Standpunkte richtig gehandelt. Denn die Nationalliberalen gehören zu den Conservativen. Erst bei diesen werden sich die Fortschrittler mit ihnen dereinst fest vereinigen können und auch wirklich vereinigen. Alle diejenigen Mitglieder der Fortschrittspartei, die dies nicht thun wollen, müssen zu uns herüber! Wenn Dr. Möller, der Führer der hiesigen Fortschrittler, nicht ein politischer Don Quixote wäre, würde er das lange eingesehen haben. — Die hiesigen Sozialdemokraten haben sich ziemlich gut gehalten. Denn wenn man berücksichtigt, daß wir in Folge polizeilicher Maßnahmen keine Versammlung abhalten und während der eigentlichen Wahlagitation kein Flugblatt veröffentlichen konnten, und wenn man ferner die weitgehenden zwingenden Beeinflussungen der Arbeiter durch die Polizei und durch ihre liberalen wie conservativen Arbeitgeber in Betracht zieht, so ist die Stimmenzahl von 1109 für Bebel immer bemerkenswerth.

Waldenburg i. Schl. (Wahlbericht.) Die Wahlagitation von seiten des Fürst Pleß war die wahre Seelenverkäuferei. Seit vier Wochen war ein Aufruf von ihm resp. von seinen Beamten in Kurs gesetzt, welcher in jeder Ortschaft des Kreises zu finden war, und zwar zu dem Zwecke, daß Jeder, welcher nicht für reichsfeindlich gelten wollte, unterschreiben mußte. Dadurch waren die Arbeiter und Geschäftsleute, wovon viele als direkt Ultramontane und Sozialisten bekannt waren, gezwungen zu unterschreiben. Die Beamten der fürstlichen Gutsbezirke (welche sehr zahlreich im Kreise sind) verfolgten unsere Verbreiter des Wahlmaterials, auf die frechste Weise, nahmen die Flugblätter, ja sogar Stimmzettel direkt weg. Die Ausschreitungen der Polizeibehörden waren geradezu unerträglich. Die Bergleute wurden in den meisten Fällen direkt von ihren Vorgesetzten zur Urne geführt und ihnen der Stimmzettel in die Hand gedrückt, welchen sie unter Aufsicht abgeben mußten. Ebenso verhielt sichs mit den Fabrikarbeitern. Ganz besonders zeichnete sich die Verwaltung der königl. Gebirgsbahn aus. Dieselbe hatte Stimmzettel von einer Person schreiben lassen und ein ganz auffallendes Format dazu geschnitten und extra außergewöhnlich zusammengefalzt, und wurde jedes Wahllokal von ihren Beamten überwacht. Einige Forstbeamte von Pleß haben sogar sich erfrecht, direkt die Stimmzettel ihrer Waldarbeiter selbst hinzutragen. (?) All die Gewaltmaßregeln herzuzählen würde eine ganze Zeitung beanspruchen. Kurz und gut durch Zwang und durch die Hungerpeitsche wurden für Pleß 13,800 Stimmen in die Urne gebracht. Nur 800 stimmten für die ultramontane Partei, und circa 4000 Männer hielten trotz all diesen Vergewaltigungen treu und unerschütterlich zur Fahne der Arbeit. Mit Stolz können die 4000 Männer diese Niederlage erdulden und mit der größten Verachtung auf den, durch die schmutzigsten Mittel ergaunerten Sieg, dessen sich ein Fürst nicht zu rühmen braucht, herabblicken. Trotzdem, daß der Pleß feierlichst öffentlich sich für die Ausnahmegesetze (und indirekte Steuern) erklärte, forderte der Vorstand des Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereins seine Mitglieder auf, für Pleß zu stimmen. Wie politisch unreif das liberal sein wollende Bürger- und (Hirsch-Duncker'sche) Arbeiterthum ist, dafür hat es ein deutliches Zeugniß abgelegt, denn sich selbst fesseln und gefesselt sich dem conservativen Junkerthum zu überliefern, dazu gehört doch wohl die größte Unklugheit. Nicht lange wird es dauern und sie erwachen mit Schrecken! Ihr 4000 Braven aber, haltet fest zusammen, ihr seid der mächtige, unerschütterliche Stamm für diesen Kreis, haltet getreu zu unserer gerechten Sache und wirket unermüdlich, auf daß die abtrünnigen Wankelmüthigen und Vergewaltigten zu uns wieder zurückkehren; der Sieg wird uns nicht ausbleiben. Genügend Material liegt vor, welches gesammelt wird, um diese Wahl zu beanstanden.

Sensburg, 2. August. Zur Berichtigung der in Nr. 89 dieser Zeitung enthaltenen Correspondenz, de dato Giesewen, den 17. Juli, erkläre ich, daß der Grundbesitzer Hesse der Sohn eines Schäfers Hesse ist, welcher auf meinem Gute Lipowo lange Jahre hindurch gedient hat und verstorben ist. Aus Rücksicht für den verstorbenen Schäfer Hesse habe ich einzelne Glieder dessen hinterbliebener Familie verschiedentlich unterstützt und bin der Wittwe desselben zur Erlangung einer Pension für ihren infolge des letzten Krieges verstorbenen Sohn behilflich gewesen. Am 16. Juli bat mich Hesse jun. um ein Darlehn von 15 Mk., welches ich demselben aus Rücksicht auf seinen in meinem Dienst verstorbenen Vater und gegen Ausstellung eines Schuldscheins gewährte, und welches Hesse am 1. September cr. zurückzuzahlen

hat. Die in der gedachten Correspondenz behauptete, auf die gegenwärtigen Wahlen und die Stellung der Katholiken zu denselben bezügliche Unterredung ist unwahr und rein aus der Luft gegriffen. Der Landrath des Kreises Sensburg. v. Schwerin.

Nürnberg, 1. August. Was ich Ihnen zu berichten habe, wissen Sie schon: wir sind unterlegen, ehrenvoll unterlegen. Wie anderwärts, so war es auch hier nicht möglich, auch nur ein Lokal zu Versammlungen zu erhalten, wie aber nicht überall, so konnten infolge riesenhafter Beeinflussung eine Unmasse Arbeiter nicht zur Wahl gehen — und wir verdanken eine ungeheure Stimmenzahl unserem Kleinbürgerthum, welches sich sagte, daß es nur von den Arbeitern lebe und deshalb auch zu diesen halten müsse. Ueber die Wahlbeeinflussung selbst sagt der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat" Folgendes: „Wer in Stein gesehen, wie die Arbeiter massenweise von ihren Vorarbeitern an die Urne eskortirt wurden; wer in Feucht gesehen, wie die Forstbeamten an der Thüre des Wahllokals den Wählern die Zettel öffneten, die sozialistischen zerrissen und wegwarfen und ihnen Günther'sche aufnöthigten; wer da erfährt, daß der Bürgermeister von Burgthann unseren Genossen die Zettel gewaltsam wegnahm und ihnen den Gensdarm nachschickte, um ihnen das Vertheilen im Orte zu verwehren, während im Wahllokal die „liberalen" Zettel öffentlich auflagen; wer in Nürnberg die Arbeiter beobachten konnte, deren Werkmeister als Zettelvertheiler an der Thür, deren Arbeitgeber oder sonstige Vorgesetzte (Ingenieure ꝛc.) als Wahlvorsteher oder Beisitzer fungirten; wer auch in der Stadt es mit angesehen, wie die Arbeiter ganzer Werkstätten, Bedienstete durch ihre Aufseher, zur Wahl transportirt wurden; was dabei an Drohungen, Versprechungen ꝛc. geleistet worden ist: nur Der kann sich einen annähernden Begriff davon machen, welchen Rückschlag das auf Diejenigen ausübte, die gerne gewählt hätten, unter solchen Umständen aber lieber ganz zu Hause blieben. Das sagen wir nicht zur Rechtfertigung der zu Hause Gebliebenen, sondern nur zur Erklärung, zur Kennzeichnung der Phrase von der „freien Wahl". Geradezu räthselhaft wird Manchem die massenhafte Stimmenthaltung und überhaupt das schlechte Resultat im Landbezirke sein. Da ist zunächst zu bemerken, daß wir mit Ausnahme von Altdorf, Leinburg, Ludersheim und Oberrieden überhaupt im ganzen Altdorfer Bezirk kein Lokal zu einer Versammlung bekommen konnten, während die Gegner in den letzten Tagen noch in jedem Dorfe Wählerversammlungen abhielten. Außerdem aber kam das schöne Wetter der Reaktion trefflich zu statten; während der reiche Bauer zur Wahl ging, mußten Knechte und Tagelöhner ihre Feldarbeit verrichten und wurden so gezwungen, auf ihr Stimmrecht zu verzichten! Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß fast nirgends in den Wahllokalen auf dem Lande Controleure von unserer Seite zugelassen wurden, und wo man sich nicht scheut, die Wähler in sonstiger ungesetzlicher Weise zu beeinflussen, da — Geschwindigkeit ist keine Hexerei — sind auch noch ganz andere Dinge möglich, ein nationalliberales Gewissen ist weit, und zur „größern Ehre Bismarck's" ist eine kleine Wahlsünde keine Sünde." — Ganz Aehnliches hören wir aus vielen Theilen Deutschlands, und wir sind dieserhalb nicht muthlos, denn eine Stimme unter den gegenwärtigen Verhältnissen abgegeben zählt unbedingt für zwei in normalen Zeiten. Und von diesem Standpunkte aus betrachtet ist es ein Sieg, ein ungeheurer Fortschritt, wenn unter solchen Verhältnissen zehntausend bewußte Männer ihr Veto gegen die heutige Gesellschaftsordnung einlegen. Darum, muthig weiter gekämpft für unsere Partei, für unsere Sache.

Hannover, 30. Juli. Parteigenosse N. in Linden wurde von dem Schutzmann Haby auf fürchterliche Art mißhandelt, so daß derselbe arbeitsunfähig wurde. Derselbe hat eine Beschwerde resp. Anzeige an die Kronanwaltschaft erstattet und um die Bestrafung des obengenannten Schutzmannes nachgesucht. Wir wollen hoffen, daß ihm Gerechtigkeit widerfahre.

Mülsen St. Niclas, 1. August. Der Wahlkampf war heftig, aber die Schlacht ist gewonnen, indem unser alter Parteigenosse W. Liebknecht mit 339 Stimmen gegen 178, welche für den Fabrikant Ludw. Löwe aus Berlin abgegeben wurden, also mit einer Majorität von 161 Stimmen aus der Wahlurne hervorging, es haben also die „schlichten Landleute" in Mülsen St. Niclas, wie Herr Löwe in seiner Candidatenrede am 28. Juli sich auszudrücken beliebte, bewiesen, daß sie die Lehren der Sozialdemokratie sehr wohl von dem Phrasenbrei des Herrn Löwe zu unterscheiden verstehen; daß sie ferner durch verleumderisches Geschimpfe auf die sozialistische Presse nicht zu bekehren sind; daß sie sich nicht beirren lassen, wenn ein „Vogel"*) von ihren Feinden gefüttert wird, um an einem kranken Löwen herumzudoktern. Wie ganz anders war doch die Rede unseres Parteigenossen Oehme aus Hannover, kein Wort der Verleumdung kam über seine Lippen, in ruhiger, klarer Ausführung bewies er die Unzuverlässigkeit des Löwe und fadenscheinigen Löwen-Programms. Kurz, der materielle, wie der moralische Sieg ist unser; darob auch große Erbitterung in Israel und in der ganzen Menagerie. Zwei hiesige Frauen (eine Hebamme und eine Köchin), welche am Wahltage bei einem hiesigen Ordnungsmanne zur Kindtaufe anwesend waren und daselbst die Führer der Ordnungspartei als „Gevattern" vorfanden, sollen es schwer haben büßen müssen, daß Löwe durchgefallen ist. Nun, die armen gekränkten Frauen mögen sich trösten: die Partei wird sich derartige Vorkommnisse merken, um jenen „gebildeten" „Ordnungs"-Helden zu geeigneter Zeit und an geeignetem Orte zu zeigen, weß Geistes Kinder sie sind.

Gotha, 1. August. Die Wahl ist für uns nicht so gut ausgefallen, als voriges Mal; aber es war auch kein Wunder. Die Liberalen waren frech wie immer und die Polizei unterstützte sie in einer Weise, daß man den gelinden Ausdruck „Mißbrauch der Amtsgewalt" gebrauchen kann. So stellte die hiesige Polizei die Sozialdemokraten unter polizeiliche Aufsicht, indem sie fast den ganzen Polizeiapparat in die Biergärten sendete, wo die Sozialisten, denen alle Versammlungen untersagt waren, sich zur geselligen Unterhaltung zusammenfinden wollten, nicht einmal Comité's zur Abhaltung eines Volksfestes durften tagen und als diese in einer Privatwohnung das Nöthige besprechen wollten, hielt ein Polizeidiener in der Nähe des Hauses Wache. Er hat lange stehen müssen, denn das Comité hielt seine Sitzung doch ab und zwar in einem Bierlokale. Aber selbst einer unserer Gesinnungsgenossen, der einen Garten besitzt und der mit einigen Freunden einmal ein kleines Fäßchen Bier in seinem Garten getrunken hatte, wurde Schuld gegeben, er halte sozialistische Versammlungen ab und zwar, weil er vor einiger Zeit in einer Restauration ein Fäßchen Bier habe holen lassen. Trotzdem die Mutter beim Polizeibureau versicherte, daß dies Privatgesellschaft gewesen, führten zwei Polizisten mit langen Hälsen die Polizeiaufsicht Abends über den Gartenzaun doch aus und drangen sogar durch ein Nachbargrundstück, um besser sehen zu können. Die schamlosesten Beeinflussungen mit Drohung der Arbeitsentlassung, Confiscation von Wahlflugblättern mit Verhaftung resp. Escortirung der Austräger, kurz, die Verbreitung des blassen Schreckens hielt den größten Theil der Arbeiter von der Wahlurne fern, und dennoch erhielt Bock (soz.) 3513, v. Holtzendorff (conserv.) 5344 und Müller (lib.) 7480 Stimmen. Hätte die Wahl unter gesetzlichen Verhältnissen stattgefunden, Bock hätte im ersten Wahlgange die absolute Stimmenmehrheit erhalten und diese Schande — wie es die herrschenden Klassen nennen — wollten sie dem gothaischen Ländchen ersparen.

Frankfurt, 1. August. (Zur Sozialisten-Hatz.) Wie kürzlich, so wollen wir auch heute wieder einmal dem „Frankfurter Journal" als einem der wenigen noch eines vernünftigen Gedankens fähigen Preßorgane das Wort ertheilen. Es schreibt (am 28. Juli) in einem Artikel: „Die „„Provinzial-Correspondenz"" zur Sozialistenfrage" u. A.:

„Die Regierung will, nach der „Prov.-Corr.", besondere Vollmachten zum Verbot sozialdemokratischer Zeitungen, Vereine und Versammlungen, sowie zum wirksamen Einschreiten gegen die Agitatoren".

Diese Mittel sind sehr einfach, werden aber gegen die Sozialdemokratie wenig helfen. Trotz ihrer Zwecklosigkeit haben sie auch noch, wie wir nachher zeigen werden, das Ueble, daß sie nicht nur die Bewegungsfreiheit jener Richtung, sondern die aller unabhängigen Parteien bedrohen. Man möge mit einem Schlage alle sozialdemokratischen Zeitungen, Vereine und Versammlungen verbieten und gleichzeitig die bekannten Agitatoren in Haft nehmen, die Sozialdemokratie wird bei der Entwickelung, die sie erreicht hat, dennoch fortleben, möglicherweise sogar kräftiger wie vorher. Die Agitation innerhalb der Familie, im Freundeskreise, bei der Arbeit kann nicht unterdrückt werden und wird sich noch wirksamer erweisen wie bisher. Auch die sozialistische Literatur läßt sich nicht vom Erdboden vertilgen. Es sind gewisse Fundamentalwerke vorhanden, außerdem populäre sozialistische Katechismen, deren stete Vermehrung durch erlaubten oder nicht erlaubten Druck und deren geheime Verbreitung sich gar nicht verhindern läßt. Das geistige Fluidum, welches die Sozialdemokratie erzeugt hat, läßt sich nicht auf mechanischem Wege einkapseln. Es ist entweder gar nicht faßbar, oder wo es gebannt erscheint, wird es selbst durch die feinsten Poren wieder entweichen.

Nur auf chemischem Wege, wenn man von einem solchen auf geistigem Gebiete sprechen kann, läßt sich der Sozialdemokratie wirksam entgegenarbeiten, nämlich auf dem Wege der Bindung und Zersetzung gefährlicher Ideen durch Lehre, Beispiel und energische Reformthätigkeit.

Es wäre übrigens eine arge Ungerechtigkeit, wenn man die ganze sozialistische Ideenwelt verdammen wollte. In den Grundsätzen jeder Partei liegt irgend ein guter und berechtigter Kern: Bei den Sozialdemokraten ist er in der Anschauung zu finden, daß die herrschende soziale Ordnung der Verbesserung fähig und bedürftig ist. Durch Mittel der Gewalt wird diese Partei nur auf Abwege gedrängt, durch geistiges Nähertreten der übrigen Gesellschaft wird sie aber geläutert und der berechtigten Grundidee in einer der Gesammtheit heilsamen Weise zum Siege verholfen.

Es erübrigt noch der Beweis, daß durch die von der Regierung verlangten Vollmachten die Rechte Aller bedroht werden. Sind die Zeitungen und Vereine, welche als sozialistisch bekannt sind, verboten, so werden unter anderem Namen neue entstehen. Auch bereits vorhandene Blätter können sich in sozialistische Organe umwandeln, ohne von dieser Metamorphose besondere Kunde zu geben.

Angeblich soll nun vollständig der Entscheidung der Verwaltungs-Behörde überlassen bleiben, welche Organe oder Vereine als des Sozialismus verdächtig zu verbieten sind. Daß bei einer solchen Befugniß auch manche Zeitungen und gesellschaftliche Vereinigungen, denen nichts ferner liegt, als sozialistischen Tendenzen zu huldigen, dem Untergange geweiht sein werden, läßt sich nach den Erfahrungen, die bisher an der Weisheit der Behörden gemacht wurden, gar nicht anders erwarten, wie auf das Schlagendste aus der in der heutigen „Ersten Morg.-Ausg." unter Berlin mitgetheilten polizeilichen Auflösung der Generalversammlung der Genossenschafts-Buchdruckerei hervorgeht.

Wie sollen diese Behörden aber auch genau unterscheiden können, was sozialistisch ist, was nicht, da hierüber gar keine gültige Erklärung existirt, sich eine solche auch gar nicht geben läßt. —

Erleben wir es doch an der „Prov.-Corr.", und zwar in ihrer neuesten Nummer, daß sie „Nationalliberale, Fortschrittspartei und Sozialdemokratie" in einen Topf wirft!

Wie sollen die Behörden feiner unterscheiden, als das Regierungsorgan! Ein Blatt mag nur eine Idee verfechten, die als sozialistisch verdächtigt wird oder für die zufällig auch die Sozialdemokraten eintreten, dann läuft es also schon Gefahr, daß ihm der Lebensfaden abgeschnitten wird. Kein Blatt, kein Verein mehr wird sich schließlich vor dem Verbote sichern können, mögen sie in der Hauptrichtung noch so antisozialistisch sein.

Wir stehen vor den Wahlen!

Das deutsche Volk möge sich überlegen, ob es solche Vollmachten in die Hände der Regierung gelegt haben will oder nicht. Wir sind der Ueberzeugung, daß es energisch „Nein!" sagen wird."

Wir wollen diesen Ausführungen eines gegnerischen Blattes nur ein paar Worte anfügen und speziell von Frankfurt reden. Sechs Parteien stellten daselbst Candidaten für den Reichstag auf. Wäre nicht in den Wahlversammlungen die schönste und beste Gelegenheit gewesen, den angeblich „gefährlichen Ideen" entgegenzutreten? Doch da hielten die Nationalliberalen gar keine öffentliche Versammlung ab, die Fortschrittler gestatteten keine Diskussion und in den nicht aufgelösten sozialdemokratischen und demokratischen Versammlungen meldeten sich weder Liberale, noch Fortschrittler zum Wort. Wir können mit dem besten Willen hierin nichts als Furcht erblicken. Da man in anderer Weise nicht zu kämpfen vermag, wird einzig und allein Alles, vom Polizeicommissair bis herab zum Nachtwächter, zu Hilfe gerufen. Es lebe das Recht und der geistige Kampf!

—o—

*) Der famose Mülsener „Vogel" ist gemeint, der sich aus einem Sozialdemokraten (der er natürlich nie war) zu einem Bourgeoisie-Verehrer „bekehrt" hat, und während der letzten Wahlkampagne für das Geld der „Leuyten" im 19. Wahlbezirk herumreiste, jedoch überall abblitzte.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Die General-Versammlung hat am 6. und 7. Juli hier stattgefunden und wurde Unterzeichneter zum Vorsitzenden des Bundes gewählt, wodurch Gotha wider Vorort ist.

Das gedruckte Protokoll wird je in einem Exemplar in den nächsten Tagen an die Vereine gratis versendet, jedes weitere Exemplar kostet einzeln 15 Pf., bei Bezug von mindestens 10 Stück à 10 Pf. gegen baar, und sind durch Unterzeichneten zu beziehen.

Die Vereine werden ersucht, über die Anträge 6, 8, 12 und 13 Abstimmung vornehmen zu lassen und die Stimmenzahl für und wider bis zum 15. September an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Ueber Antrag 12 und 19 ist zusammen abzustimmen; jedoch die dort gestellten Fragen getrennt zu beantworten.

Gotha, 5. August 1878.

Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaction: Herrn B. Breul in Berlin: Wir haben Brief und Abrechnung erhalten und bringen solche in einer der nächsten Nummern. — Herrn Dr. O. B. Hofmann in Pößneck: Wir rathen Ihnen, sich an die Expedition des „Vorwärts" zu wenden und die Nummer zu kaufen; wir haben nicht Lust, für Sie den Laufjungen zu machen. — X. in Cottbus: Theilen Sie uns Ausführliches über die Wahlbeeinflussung unter Namensnennung und Zeugen mit. — Herrn A. S. in Zechim: Da Sie bei der Post bestellt haben, so können wir Ihrem Wunsche nicht willfahren. Bestellen Sie bei der Post ab. — H. Th. Hbg.: Die „N. W." wird gelegentlich ein derartiges Bild bringen. Bitten um Ihre Adresse pr. Postkarte.

der Expedition. C. J. W.: Die Annonce kostet Mk. 5,40.

London, 20. Juli. Die heutige Versammlung der II. Section des Comm. Arb.-Bild.-Vereins beschließt die Wiederaufnahme des Genossen Schuhmacher Müller, der laut „Vorwärts" Nr. 64 vom 2. Juni als ausgestoßen signalisirt wurde, in Erwägung, daß dessen Ausstoßung eine ungerechtfertigte war. J. A.: W. Schwarzenberg, derzeitiger Schriftführer.

Meinen Freunden und Genossen in Wiesbaden zur Nachricht, daß ich hierselbst gesund angekommen und von hiesigen Genossen auf's herzlichste empfangen worden bin.

London, 25. Juli 1878.

W. Lambert, Küfer.

Warnung.

Der bekannte Polizeispion und Redacteur des hiesigen „Londoner Journals", Dr. Juch, treibt sich gegenwärtig in Deutschland herum und hält sich in Berlin auf um an der Wahlbewegung gegen die Sozialisten theilzunehmen. Er ist kenntlich durch sein branntweinduftiges Gesicht und eselsgraue Haare. Näheres folgt. Ehrhardt.

Partei- und Gesinnungsgenossen, welchen der jetzige Aufenthalt des David Barreis, Eisendreher aus Schw.-Hall bekannt ist, werden gebeten ihre Adressen an Chr. Walz, hinter der Schmiedstube in Reutlingen (Württemberg), einzusenden. (F. 260) [1,20

Zur Beachtung!

Porzellankaufleute und Händler in und außerhalb Deutschlands, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen oder ihr nicht feindlich gegenüberstehen, werden ersucht, ihre Adressen an die Expedition des „Vorwärts" gelangen zu lassen, um mit einem Parteigenossen in Geschäftsverbindung zu treten. Näheres brieflich. 8a [1,80

Allgemeine Deutsche Associationsbuchdruckerei in Berlin (Eingetragene Genossenschaft).

Da die auf Sonntag den 21. d. M. einberufene ordentliche General-Versammlung polizeilich gestört wurde, so haben wir eine

Außerordentliche General-Versammlung

auf Sonntag, den 25. August d. J., Morgens 10 Uhr, einberufen und zwar in den

Geschäftsräumen der Association,
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, Hof 2 Treppen.

Tagesordnung:

1. Jahresabrechnung; Bericht des Vorstandes; Revisionsbericht des Aufsichtsraths und Richtigsprechung der Jahresrechnung.
2. Festsetzung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn.
3. Feststellung eines Etats für das neue Geschäftsjahr.
4. Anträge des Vorstandes, betreffend Aenderung der Statuten:
   a) § 21 hinter den Worten: „nicht restirt und" einzuschalten: mindestens 6 Monat Mitglied ist, dagegen den Satz vom Worte „bereits" bis zum nächsten Komma hinter dem Worte „hat" zu streichen.
   b) § 12. Die Frist zur Aufstellung der Jahresrechnung um 4 Wochen zu verlängern.
   c) Abänderung des § 29 bezüglich der Publikationsorgane.
5. Antrag des Vorstandes: Die Generalversammlung möge demselben Vollmacht ertheilen, das Geschäft unter günstigen Umständen verkaufen zu dürfen.
6. Wahl des Vorstandes.
7. Wahl des Aufsichtsraths.

Hamburg, den 6. August 1878.

Der Aufsichtsrath. Im Auftrage: August Geib. [9,60

Leipzig. Freitag, den 9. August, Abends ½9 Uhr, im Restaurant „Bellevue":

Wählerversammlung.

Tagesordnung: Bericht über die Reichstagswahlen.
Bekanntgabe der Stichwahlresultate.
Entree 10 Pf. Der Einberufer.

Zur Beachtung.

Die uns zahlreich zugehenden Berichte von Wahlbeeinflussungen u. s. w. veranlassen uns, alle Diejenigen, welche derartige Fälle zur Anzeige bringen können, aufzufordern, solches unverzüglich zu thun. Sollte Jemand dadurch geschädigt werden, so werden wir für zeitweilige Unterstützung Sorge tragen. Wir müssen mit aller Energie derartigen Ungesetzlichkeiten zu Leibe gehen. Thatsachen mit Namensangabe u. s. w. sind entweder an **Chr. Hadlich** oder **Carl Lienig**, Färberstraße 12II, Leipzig, oder auch an sonstige bekannte Adressen zu richten. Untersuchung erfolgt ungesäumt.

Wer noch Forderungen an uns hat, wolle solche bei **P. Ederlein**, Weststraße 37, bis spätestens 15. August einreichen.

Wir ersuchen zu den Stichwahlen und für obigen Zweck ungesäumt Sammlungen vorzunehmen und die noch ausstehenden Listen sofort an unsern obengenannten Cassirer einzusenden.

Leipzig, 6. August 1878.

Das sozial. Wahlcomité für den 10., 11., 12. u. 14. Wahlkreis.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Banfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Guß, 426 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 94. Sonntag, 11. August. 1878.

Die Wilhelmsspende und die Arbeiter-Pensions- und Invalidenkassen.

I.

Herr Professor Rühlemann in Chemnitz hat dem Grafen Moltke den Vorschlag gemacht, die eingegangenen Gelder der Wilhelmsspende zum Fond einer über ganz Deutschland zu errichtenden Arbeiter-Pensions- und Invaliden-Kasse zu verwenden. Moltke hat diesen Vorschlag acceptirt und versprochen, an maßgebender Stelle dafür wirken zu wollen. Herr Professor Rühlemann schlägt dann weiter vor, jeder Arbeiter solle von jedem Lohnthaler etwas dazu steuern und wenn es ein Pfennig wäre, ebenso die Arbeitgeber für jeden Arbeiter einen entsprechenden Beitrag zahlen.

Der Herr Professor hofft, damit die „staatsgefährlichen Lehren der rothen Internationale" zu bekämpfen. Das ist ein sehr löblicher Zweck, wenn nur die eigenen Parteigenossen des Herrn Professors auf seine Pläne eingingen, aber so ist dort wieder des Pudels Kern zu suchen.

Die „Magdeburger Zeitung" findet die Verwendung der Gelder für Arbeiter sehr gut, ist jedoch echt manchesterlich dafür, ja nicht hindernd in die freie Entwickelung der Arbeiter-Unterstützungskassen einzugreifen. Sie meint, es hätte bisher in keinem Culturlande eine derartige Institution Platz gegriffen und es fehle demnach an Erfahrungen über die Zweckmäßigkeit einer solchen Anstalt. Es wird dann weiter auf die private Organisation der Hülfskassen in England hingewiesen und gezeigt, welche enormen Summen die Arbeiter für ihre gegenseitigen Unterstützungszwecke aufgebracht und wie segensreich dieselben wirkten.

Also zugestanden, daß diese Kassen nothwendig und nützlich.

Darauf kommt der Artikelschreiber zu der Frage: Wie liegen nun die Verhältnisse bei uns? Da hört natürlich seine Weisheit auf. Bei uns besteht noch keine offizielle Statistik, außer den in Arbeiterkreisen versuchten freiwilligen Zusammenstellungen. Es ist ganz richtig, aus dem Vorhandenen muß man schöpfen, um Neues aufzubauen.

Wir können nun mit einigen Erfahrungen in dieser Beziehung aufwarten.

Erstens: England hat, von Niemandem, weder Polizei noch Bourgeoisie beanstandet, sein Unterstützungswesen in den Trades-Unions ungestört entwickeln können und steht dasselbe gegenwärtig auf der höchsten Höhe. Deutschlands Arbeiter haben verschiedentlich sich organisirt und gerade dem Unterstützungswesen ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Einzelne Berufskreise haben wahrhaft Erstaunliches in dieser Beziehung geleistet, so z. B. die Buchdrucker. Dieselben besitzen Kranken-, Sterbe-, Wittwen-, Waisen-, Invaliden- und Reisekassen, in neuerer Zeit auch hie und da Kassen zur Unterstützung arbeitsloser Mitglieder. Die Beiträge zu diesen Kassen betragen gewöhnlich **wöchentlich 2—3 Mark**; die Leistungen sind ungefähr 12—18 Mark pro Woche Krankengeld, bei den anderen Kassen richtet es sich nach der Reihe von Jahren, in welcher Beitragszahlungen geleistet wurden. In anderen Gewerbszweigen wird erheblich weniger gezahlt und geleistet. Ausführlicheres behalten wir uns vor.

Zweitens: In Deutschland hat die Polizei und hauptsächlich die Bourgeoisie ihr Möglichstes gethan, die Bestrebungen der Arbeiter auf diesem Gebiete zu unterdrücken. Berlin hat auf dem in Rede stehenden Felde Außerordentliches geleistet. Dort wurden fast alle gewerblichen Vereinigungen der Arbeiter — aufgelöst, die Zusammenkünfte der Gewerbsgenossen verboten, einzelne Mitglieder verhaftet, vor Gericht gestellt und verurtheilt. Das war das kulturfreundliche Werk der Polizei.

Die Bourgeoisie aber half redlich mit. Der Arbeiter, welcher irgend einer Gewerkschaft oder auch Krankenkasse angehörte, die dem „Herrn" nicht paßte, wurde sofort auf die Landstraße geworfen oder im günstigsten Falle, wenn er sich von dem Verein oder der Kasse lossagte, gnädiglichst weiter beschäftigt. Solcher Fälle könnten wir Tausende und Abertausende anführen.

Auf diese Weise förderte der Staat und die herrschende Gesellschaft in Deutschland bisher das Volkswohl. Die Arbeiter, welche sich zusammengethan, um dem Bettel, dem Fechten auf der Landstraße ein Ende zu machen, ihre arbeitslosen Collegen vor Hunger und Gendarmen zu schützen, sie wurden in Acht und Bann gethan, sie wurden in die Gefängnisse gesperrt.

Wahrlich, die Nachwelt wird staunen ob solcher Ungeheuerlichkeiten!

So liegen die Verhältnisse bei uns — in Deutschland!

Innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung der Hülfskassen hat sich schon lange das Bestreben nach Centralisation geltend gemacht; es sollte sogar ein Congreß zu diesem Zwecke an Pfingsten 1878 in Magdeburg (liebe Magdeburgerin!) stattfinden. Derselbe wurde jedoch von der Polizei verboten; ebenso in Hamburg. Ja sogar die Generalversammlung einer eingeschriebenen Hülfskasse.

Und unter solchen Umständen tritt die „Magdeburgische Zeitung" für die freie Entwicklung der Unterstützungskassen ein? Wo bleibt da die freie Entfaltung aller individuellen Eigenschaften, die Entwicklung des Unterstützungswesens im Allgemeinen?

Ganz gewiß ist in einer Organisation, in einer Regelung der Produktions- und Consumtionsthätigkeit der gesammten Gesellschaft die Lösung der sozialen Frage zu suchen, und das Unterstützungskassenwesen ist unbedingt ein Theil davon.

Wohl hätten die besitzenden Klassen die moralische Verpflichtung, für Gründung und Erhaltung all dieser Kassen Sorge zu tragen — warum thun sie das aber nicht? Warum verhindern sie deren Entwicklung? Warum maßregeln sie Arbeiter, die für solche nützliche und wohlthätige Institute eintreten?

Einfach aus dem Grunde, weil sie einsehen, daß Arbeiter, die für die Verbesserung ihrer Lage auf diesem Wege eintreten, zum Denken angeregt werden, und derjenige Arbeiter, welcher denken gelernt hat, ist unrettbar verloren, er wird und muß Sozialdemokrat werden, er schließt sich uns an — und das ist den Herren ein Dorn im Auge!

Die Hülfskassengesetze sind da, wir haben sie benützt — trotzdem maßregelt man uns! — Weiß die „Magdeburgische Zeitung" denn gar nichts davon? Ist ihr nicht bekannt, in welcher Weise man die Mitglieder der Gewerkschaften behandelt, wie man sie von den Werkstätten ausschließt? Wird die „Magdeburgische Zeitung" nicht auch von Arbeitern hergestellt, die dem deutschen Buchdruckerverbande nicht angehören dürfen?

Und nun zurück zum Rühlmann'schen Vorschlage.

Wir sind mit demselben auch nicht ganz einverstanden; er will nur eine halbe Heilung. Wenn man etwas will, muß man es ganz und voll wollen. Die nächste Nummer wird uns Gelegenheit geben, unsere Ansichten zu entwickeln.

Ein Wink für das Reichsgesundheitsamt.

Die Klagen über die Verfälschung der Lebensmittel nehmen immer größere Dimensionen an und eine Folge all derselben ist auch wohl die Errichtung des Reichsgesundheitsamtes. Damit ist angezeigt, daß die Klagen berechtigte sind. Allein es kann nicht nur die Aufgabe der Mitglieder des Reichsgesundheitsamtes sein, speziell auf einem Punkte stehen zu bleiben, sondern dieselben haben entschieden auch die Aufgabe, zu untersuchen, was alles zur Vergiftung der großen Volksmassen beiträgt. Solche Aufgaben nehmen die ganze Kraft der Mitglieder in Anspruch; sie haben die Statistik zur Hand zu nehmen und an der Hand derselben zu sehen, wo die größte Sterblichkeitsziffer, an welchen Krankheiten die Menschen dort gelitten und was die Ursachen zum Tode waren. Dies führt aber naturgemäß zurück zu den Verhältnissen der lebenden Menschen. Der Beamte wird sich fragen müssen: In was besteht die Nahrung der hier Wohnenden? Haben dieselben überanstrengende Arbeit? Sind ihre Wohnungen so beschaffen, daß sie nach gethaner Arbeit genügend Luft und Licht, genügend Sauerstoff zur Erholung bieten? Wie ist das Leben in der Familie? Sind die Kinder schon während der Schulzeit übermäßig mit Arbeit angestrengt? u. s. w.

Diese Fragen führen auch nun naturgemäß zurück zu den einfachsten Lebensbedürfnissen. Nehmen wir als Beispiel eine Arbeiterfamilie, einen Tischlergesellen. Seine Arbeitszeit ist eine zwölfstündige, des Morgens von 6—12, des Nachmittags von 1—7 Uhr. Da die Wohnungen in der Stadt zu theuer, wohnt er auf dem benachbarten Dorfe. Er hat also des Abends circa eine Stunde nach Hause zu gehen. Um 8 Uhr nach Hause gekommen, erwarten seiner vier Kinder und eine kränkliche Frau; er reinigt seinen Körper und kommt nun glücklich um ½9 Uhr zum Abendbrod. Das besteht in Kartoffeln und Häring und einer Kanne Blümchenkaffee. Alles recht nahrhaft! Den Häring hat der älteste Junge soeben vom Krämer geholt — er ist eingepackt in ein Stück alten bedruckten Papiers, das Papier ist halb zerweicht. Die zurückgebliebene Druckerschwärze und sonstiger Schmutz — wird mitgegessen; es reinigt den Magen! heißt's in den Arbeiterkreisen. Am andern Morgen wird das Frühstücksbrod eingepackt, in eine alte Zeitung, der Mann hält das Blatt mit sechs Anderen zusammen, der Eine hat vor nicht langer Zeit das Nervenfieber, ein Anderer die Pocken gehabt — nachdem es durch sechs Familien gegangen, ist's zu ihm gekommen. Die abgefärbte Druckerschwärze und anderer Staub wird mitgegessen, ein guter Magen muß Alles vertragen, heißt's im Kreise der Mitarbeiter. Ein Anderer möchte etwas Butter auf sein Stück trocknes Brod und läßt sich vom Ausgeber für 10 Pf. zum Frühstück mitbringen. Der Krämer hat natürlich weiter nichts als ein Stück Makulaturpapier, einen Ramsch alter zerrissener Bücher, die durch wer weiß wie viel Hände passirt sind, zum Einwickeln der Butter — auch das wird gegessen, der Hunger treibt Alles hinein.

Ein anderes Bild aus besserer Gesellschaft.

Fräulein N. hat Langeweile, sie eilt in die nächste Leihbibliothek und verlangt etwas Pikantes. Da ist ein Roman von Dumas — Monte Christo — furchtbar zerlesen; wer weiß wer die Bücher schon in der Hand gehabt hat. Vor einer Stunde kam das Buch erst zurück, ein alter schwindsüchtiger Herr hatte es zurückgeschickt. Die Ecken sind beinahe noch feucht von den Fingern des Herrn; aber Fräulein N. beachtet das nicht, sie eilt mit dem kostbaren Schatz nach Hause und hat ein Amüsement. Sie näßt ebenfalls die Finger beim Umwenden der Blätter und so berühren sich der alte schwindsüchtige Herr — und Fräulein N., ein Bild blühender Gesundheit.

In Frankreich und England ist es Sitte, in den Familien die neuesten Erscheinungen der Literatur anzukaufen, jedenfalls ein Vortheil für den Verleger und auch die Familien. Ersteren ist es möglich, die Bücher billiger herzustellen, letztere haben dieselben immer zur Hand und brauchen den Schmutz Anderer nicht zu verdauen. Krankheiten können dadurch in Unzahl verhütet werden, und gerade die langsamen, schleichenden.

Ferner ist es eine Unsitte, in Familien alte Bücher, wie z. B. Bibeln u. s. w., die von Todtkranken recht oft benutzt wurden, aufzubewahren und womöglich den Enkelkindern zum Schulgebrauch zu geben. Bei aller Pietät gegen liebe Angehörige dürfte solches nicht vorkommen, weil dadurch der Keim zu neuen Krankheiten in den kindlichen Organismus verpflanzt wird.

Auf die Käse- und Wurstpapiere zurückzukommen, ist es geradezu entsetzlich, wie solche unscheinbare Sachen ganze Familien vergiften können. In England ist es Sitte, nur reines Papier zum Einwickeln zu benutzen, und in Nordamerika besteht meines Wissens sogar ein Gesetz, welches es geradezu verbietet, bedrucktes und unreines Papier zur Einpackung von Lebensmitteln zu verwenden.

Gerade diese bei uns eingerissene Unsitte trifft das arbeitende Volk; der Reiche ist im Stande, sein Mädchen zum Händler, zum Fleischer, zum Bäcker mit Tellern, Körbchen ꝛc. zu schicken und es braucht keines Einwickelns vermittelst Papier. Der auf der Straße, in der Fabrik u. s. w. arbeitende Mensch muß seine Wurst, sein Brod, seinen Käse in Papier wickeln und bei sich tragen.

Das wäre eine Aufgabe für das Reichsgesundheitsamt, eine dankbare und wahrhaft volksthümliche — die Abschaffung dieser Unsitte.

Engere Wahlen.

Frankfurt a. M.: Sonnemann 12,491, Dr. Varrentrapp (nat.-lib.) 5553 Stimmen.

Barmen-Elberfeld: Hasselmann 15,044, Prell (nat.-lib.) 14,176 Stimmen.

Somit sind Beide mit bedeutender Majorität gewählt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das freie Wahlrecht wird wieder einmal recht treffend charakterisirt durch folgenden Bericht der klerikalen „Oberschlesischen Volksstimme": „Die Wahlbewegung hat sich, der Thatsache dürfen wir uns nicht verschließen, zu Gunsten des Herrn Richter entschieden. Dieser Sieg ist aber ein wahrer Pyrrhussieg, und ist der Erfolg dem schamlosen Treiben der Herren Arbeitgeber zuzuschreiben, welche ihre armen Untergebenen, ein Stimmvieh im wahren Sinne des Wortes, zur Wahl trieben. Dazu fehlte es nicht an gesetzwidrigem Agitiren. Daß z. B. am Montag Abend die Schichtmeister und Berginspektoren verschiedener Gruben den Arbeitern geradezu mit Entlassung drohten, wenn sie nicht für Richter stimmen würden, haben wir vorausgesehen, aber daß die Arbeiter, sobald sie zur Schicht gekommen, unter der Führung eines bewährten Oberpuddlers resp. Steigers kolonnenweise vor das Wahllokal geführt, dort Mann für Mann verlesen, die fehlenden vermerkt und dann ohne Zettel paarweise zum Lokale hinaufgesandt werden würden, um am Eingange erst von den Vorgesetzten die Wahlzettel für Richter in Empfang zu nehmen, das haben wir nicht für möglich gehalten! Aber selbst im Wahllokale waren die armen Wähler noch nicht frei, sondern hier mußten sie anderen dort aufgestellten Beamten und deren Genossen den Zettel öffnen, damit die Herren die Sicherheit ihres Sieges von dem gequälten Opfer hätten. Aus Angst hat mancher Arbeiter sogar vor dem Wahlvorsteher noch einmal den Zettel geöffnet, um seine „reichstreue" Gesinnung zu beweisen, resp. sein Stückchen Brod sich zu sichern. Etwaige Edler'sche Zettel wurden den Leuten von Beamten und Schulzen direkt aus der Hand gerissen und dafür Richter'sche aufgedrungen, ja in einem Wahllokal erlaubte sich sogar der Wahlvorsteher dieses Experiment. Arbeiterentlassungen haben bereits stattgefunden, und zwar nicht blos wegen Abgabe der Stimme für Edler, sondern auch wegen Nichtbetheiligung an der Wahl. Daß angesichts solcher Drangsalirungen in den betreffenden Wahlbezirken Kattowitz, Bogutschütz, Zalenze, Zawodzie, Hohenlohehütte, Laurahütte, Michalkowitz, Bittkow, Rosdzin, Domb, Schoppinitz und Dombrowka von geeigneten Persönlichkeiten bis zum 3. August dieses Jahres, dem Tage, an welchem in Zabrze das Wahlresultat festgestellt werden soll, an den Wahlkommissarius für Kattowitz-Zabrze, Herrn Landrath v. Holwedl, Protest unter Vorbehalt weiterer Beweisführung erhoben und damit eine eventuelle Wahl Richter's kassirt wird, ist selbstverständlich."

Die „Germania" berichtet, daß gegen die Wahl im Kattowitzer Kreise Protest erhoben werden wird.

— Auch die Altkatholiken werden böse auf ihren Schöpfer und seine Schöpfung. Wie wir bereits gemeldet, unterhandelt Bismarck mit dem päpstlichen Nuntius Masella wegen Beendigung des Culturkampfes; dabei soll es natürlich auch den Altkatholiken an den Kragen gehen, vielleicht pensionirt man den neuen Bischof. Das Organ der Altkatholiken, der „Deutsche Merkur", ist deshalb auf das neue deutsche Reich nicht gut zu sprechen und versteigt sich sogar zu folgendem oppositionellen Erguß: „Wir sind ebenfalls hinlänglich darüber unterrichtet, daß etwas Aehnliches im Werke ist, und wundern uns darüber auch keineswegs, denn der ganze „Culturkampf" war von Anfang so angelegt und geführt worden, daß er zu diesem Ende nothwendig führen mußte. Wir wissen auch, und die katholischen Blätter vergessen nicht, es zu betonen, daß wir Altkatholiken von Rom als Opfer gefordert werden. Nicht deswegen aber schreiben wir diese Zeilen. Uns Altkatholiken, sofern wir protestiren gegen die religiöse Missethat des Jahres 1870, vermag kein Concordat Preußens mit Rom zu unterdrücken; da müßte Preußen und Rom erst die Macht haben, Schandmale, welche die Geschichte bereits aufgeprägt hat, wieder hinwegzuwischen. Daran scheiterte aber auch die Macht des mit Rom alliirten Preußens. Was uns bewegt, das ist das seltsame Geschick Preußens selbst, welches dasselbe nicht zum erstenmale auf den rückläufigen Weg geführt hat. Wie nach den Freiheitskriegen war es nach 1870 von der Nation getragen; wie aber damals, so kühlte es auch jetzt rasch den Enthusiasmus des deutschen Volkes ab, ja fast scheint es, als ob es wieder wie damals gehen soll, daß die Begeisterung, welche das Volk ergriffen und Napoleon niedergeworfen hatte, wiederum,

nachdem sie ihre Schuldigkeit gethan, verpönt werden solle.“ — So etwas ist noch gar nicht dagewesen; ja, wenn's an den Kragen geht, da erwacht schließlich doch der Verstand. Zwar spät, aber er kommt doch noch.

— Für unsere Agitation von besonderer Wichtigkeit ist folgende Entscheidung des Oberverwaltungs-Gerichtshofes, welche wir der „Magdeburger Zeitung“ entnehmen:

„Verweigert der zuständige Ortspolizeibeamte, ohne irgend einen Grund zu haben, die Ertheilung einer Bescheinigung über die erfolgte Anzeige einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung und läßt er sodann die dennoch stattfindende Versammlung wegen Mangels einer Bescheinigung auflösen, so ist er nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 22. Juni 1878 wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt aus § 339 des Strafgesetzbuches zu bestrafen. Der zuständige Polizeibeamte ist vielmehr, auch an Feiertagen, sobald er von dem Unternehmer der Versammlung in seinem Lokale angetroffen wird, stets zur sofortigen Ertheilung der Bescheinigung verpflichtet, falls nicht triftige Gründe entgegenstehen. — Ein stellvertretender Amtsvorsteher verweigerte an einem Sonn- und Feiertage einem Ortsangehörigen, den er nicht leiden mochte, die Bescheinigung über die erfolgte Anzeige einer am folgenden Tage stattfindenden Versammlung, unter dem Vorwande, daß er am Feiertage eine solche Bescheinigung auszustellen nicht nöthig hätte. Am folgenden Tage wurde die dennoch stattfindende Versammlung vom Gendarmen auf Veranlassung des Amtsvorstehers aufgelöst, weil der Unternehmer die vorschriftsmäßige Bescheinigung vorzulegen nicht vermochte. Der Amtsvorsteher wurde demzufolge wegen Mißbrauchs seines Amtes angeklagt und verurtheilt. Die von ihm eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obertribunal zurückgewiesen, indem es in seinem Erkenntniß unter Anderem ausführte: „Ungegründeter Weise bestreitet Implorant die Widerrechtlichkeit seiner Weigerung, die Bescheinigung zu ertheilen, da dieselbe an einem Festtage — Dreikönigstag — bezw. an einem Sonntage nachgesucht worden sei. Die Instanzgerichte haben festgestellt, daß die Berufung des Angeklagten auf den Feiertag von seiner Seite nur leerer Vorwand gewesen sei und daß ihn in Wirklichkeit ein hiervon ganz verschiedenes Motiv zur Weigerung bestimmt habe; überdies ging, wie die zu dem Gesetz gepflogenen Verhandlungen bestimmt ergeben, der Wille des Gesetzgebers, in Uebereinstimmung mit dem Wortlaut des Gesetzes, dahin, daß mit Rücksicht auf die Einfachheit der zu ertheilenden Bescheinigung der Beamte, sobald er von dem Unternehmer in seinem Lokale angetroffen werde, stets zur sofortigen Ertheilung der Bescheinigung verpflichtet sein solle. — Im ferneren Verlauf der Beschwerdeschrift wird ausgeführt, daß die Auflösung der Versammlung nach Vorschrift des § 5 des Vereinsgesetzes gesetzlich statthaft gewesen sei, weil die Bescheinigung über die erfolgte Anzeige nicht vorgelegt worden und daß daher aus diesem Akte ein Mißbrauch der Amtsgewalt nicht gefolgert werden könne. Das Appellationsgericht hat indeß, wie schon erwähnt, das Verhalten des Angeklagten nicht blos wegen Auflösung der Versammlung, sondern in gleichzeitiger Berücksichtigung und in Verbindung mit der widerrechtlichen Weigerung einer Ertheilung der Bescheinigung für einen Mißbrauch der Amtsgewalt erklärt.“

Wie oft wären da Ortspolizeibeamte wegen „Mißbrauchs der Amtsgewalt“ schon bestraft worden, wenn wir immer Ernst gemacht hätten. Also künftig besser aufpassen!

— Vernünftige Vergeltung. Es ist noch in Aller Gedächtniß, wie zur Zeit der Attentate die ganze liberale und reichstreue Presse in schamlosester Weise gegen die sozialistische Partei und gegen einzelne Mitglieder derselben hetzte und schimpfte; aber nicht genug damit, offen zum Mord und Todtschlag forderte man auf, die Arbeitgeber wurden aufgehetzt, ihre sozialistischen Arbeiter aus ihren Werkstätten zu jagen u. s. w.; aber Einzelne gingen sogar noch weiter in ihrem Eifer: Gastwirthe verweigerten sogar den Genossen Bier u. s. w. zu verabreichen. All' diesen Provokationen gegenüber verhielt sich das arbeitende Volk ruhig, würdevoll — es wußte, daß auch seine Zeit kommen würde; die Arbeiter mußten ihre wahren Freunde und ihre wirklichen Feinde in all' ihrer Unverschämtheit kennen lernen. Auch die Zeit der Wahlen hat man ruhig vorübergehen lassen, denn da mußte es sich ja erst recht zeigen, wer Freund oder Feind sei. Nun, wir haben sie Alle kennen gelernt — es ist jetzt an der Zeit, daß auch wir zu handeln beginnen.

An den verschiedensten Orten, wo die Wahlbeeinflussungen am stärksten und die größten und gemeinsten Gegner gerade unter solchen Leuten zu suchen waren, die nur von Arbeitern, d. h. den Arbeitergroschen leben, erinnern sich jetzt die Arbeiter daran und kaufen ihre Bedürfnisse bei Denen ein, die zu uns gehört haben oder sich wenigstens den Arbeiterbestrebungen gegenüber nicht gemein betragen haben. So berichtet z. B. die „Berliner Freie Presse“ von einem Kaufmann J. in der Forsterstraße in Berlin, der ganz besonders rigoros gegen die Sozialisten auftrat und doch schließlich von Arbeitern leben muß, daß 18 seiner ältesten und besten Kundinnen ihm erklärt, von jetzt ab nichts mehr bei ihm kaufen zu wollen. Aehnliches wird aus dem Leipziger Landkreis aus den großen Arbeiterdörfern berichtet.

In vielen Bezirken hat man damit begonnen, Listen anzufertigen, worauf nicht allein Krämer, Kaufleute und Gastwirthe, sondern alle anderen Geschäftsleute verzeichnet sind, die sich besonders im Schimpfen auf die Arbeiterbestrebungen hervorgethan. Einen Haupthalt dazu bieten die Wahlaufrufe der nationalliberalen Partei, wo bekanntlich Hunderte von Geschäftsleuten unterzeichnet sind und die große Mehrzahl derselben von Arbeitergroschen lebt.

Trotzdem geht die preußische Regierung in ihren Maßregelungen der sozialistischen Arbeiter unbeirrt weiter; so heißt es in einem jüngst wieder erschienenen amtlichen Erlaß:

„Es ist ernste Pflicht der königl. Eisenbahnbehörden, in Verbindung mit den Polizeiverwaltungen nicht nur die Entfernung der Elemente, welche den Bestrebungen der Sozialdemokratie zuneigen oder gar förderlich sind, aus dem Beamten- und Arbeiterpersonal herbeizuführen, sondern auch dahin zu wirken, daß dergleichen Elemente von jetzt ab nicht unter die Beamten der Eisenbahnen neu aufgenommen werden.“ Es wird dann auf die Anweisung des Handelsministers hingedeutet, welche bei Anträgen auf Vereidigung der Bahnpolizeibeamten der Privateisenbahnen eine Ermittelung darüber verlangt, ob die zur Ausübung der Bahnpolizei berufenen Personen sich etwa durch Betheiligung an sozialdemokratischen Agitationen für die ihnen zu übertragenden amtlichen Funktionen als ungeeignet erweisen. Mit Rücksicht darauf sind nun sämmtliche Amtsvorsteher angewiesen worden, „sich in den zwecks Vereidigung von Bahnpolizeibeamten auszufertigenden polizeilichen Führungsattesten neben den bisherigen Erfordernissen in jedem Falle auch noch darüber auszusprechen, daß der Betreffende, soviel bekannt, den Bestrebungen und Agitationen der sozialdemokratischen Parteien ferngestanden hat.“

Derartige Ungeheuerlichkeiten werden nun in allen liberalen Blättern gutgeheißen, ja beklascht, und nur ausnahmsweise findet sich ein Blatt, welches einsieht, daß unter Umständen der Spieß auch umgedreht werden kann. So schreibt der Berliner Correspondent der „Frankfurter Zeitung“:

„Dieselben Blätter, welche den Ausschluß der sozialistischen Arbeiter aus den Fabriken als eine rettende That begrüßt haben, theilen jetzt unter dem Ausdruck der höchsten Entrüstung mit, daß die Führer der Sozialisten ein Verzeichniß der nicht sozialistischen Kaufleute und Krämer entworfen und angeordnet haben, daß bei diesen nichts gekauft werden soll. Man hat eben nicht bedacht, daß jene Maßregel zur Gegenwehr reizt, oder man hat gedacht, daß die Sozialisten ebenso geduldig sich das Brod würden entziehen lassen, als in den fünfziger Jahren die Liberalen, welche die Versuche der Hochconservativen, den Liberalen allen Verdienst zu entziehen, sich ruhig gefallen ließen und nicht daran dachten, mit gleichen Maßregeln zu antworten. Wird die Maßregel seitens der Sozialisten streng durchgeführt, so kann dies bei der großen Zahl derselben von sehr üblen Folgen sein, und wird voraussichtlich viele Kaufleute und Handwerker dazu bestimmen, den sozialistischen Vereinen beizutreten.“

Unrichtig ist hier nur, daß die „Führer“ der Sozialisten solche Verzeichnisse angelegt und das ganze Verfahren angeordnet hätten. Im Uebrigen wird der Correspondent nicht Unrecht haben, daß die Sache für viele Geschäftsleute „üble Folgen“ nach sich ziehen dürfte — jedoch, was dem Einen recht, ist dem Anderen billig! Mögen die Zugrundegerichteten sich nur an Diejenigen halten, die tagtäglich durch Schrift und Wort die Sozialistenvernichtung gepredigt haben. Der 30. Juli hat eben bewiesen, daß zu viele Sozialisten vorhanden, um sie so mir nichts dir nichts vertilgen zu können, trotzdem überhaupt nur der dritte Theil der vorhandenen Sozialisten gestimmt hat.

Wir für unseren Theil haben schon seit Jahren nur dort getrunken und gegessen und gekauft, wo uns Gesinnungsgenossen gegenüberstanden, macht das ein Jeder, so werden die Unverschämtheiten Einzelner bald verstummen. Aber gerade das scheußliche Verfahren der Gegner wird uns dazu treiben, für einzelne Fälle Abhilfe zu schaffen, so z. B. in Betreff der Versammlungslokale, und das Nachsehen haben alsdann die Herren, die uns heute ihre Säle verweigert haben.

— Der neue Reichstag soll vom Stellvertreter des Grafen Bismarck, Grafen Stollberg, am 9. September eröffnet werden.

— Die Stichwahl im 14. sächs. Wahlkreise (Geiser) findet am 13. August statt.

— Bei den Stichwahlen haben unsere Parteigenossen in München für den ultramontanen Candidaten Ruppert gestimmt; ebenso in Mainz für Dr. Monfang, welche beide gegen Ausnahmegesetze stimmen werden. Dagegen stimmen die Ultramontanen in Offenbach-Dieburg für Liebknecht. Ebenso in Barmen-Elberfeld und Solingen. Die liberale Presse meint, damit sei das Bündniß der Rothen und Schwarzen endgiltig besiegelt — die Zeit wird lehren, daß diese Annahme eine irrthümliche ist; für den Augenblick handelt es sich darum, nur solche Leute in den Reichstag zu bringen, die keine Beschränkung der Presse und des Versammlungsrechts herbeiführen wollen, die keierlei neuen Steuerprojekten ihre Zustimmung geben und alle Ausnahmegesetze verwerfen, und das haben die beiden Obigen versprochen.

— Die „Provinzial-Correspondenz“ bringt einen längeren Artikel über die Bedeutung der sozialistischen Wahlbetheiligung, aus dem wir unseren Lesern zum Gaudium folgende Stelle zum Abdruck bringen:

„Es ist allerdings von Bedeutung, daß die Zahl der Abgeordneten, welche die Rednerbühne nur zu straffreien und weithin wirksamen revolutionären Wühlereien mißbrauchen, durch die neuen Wahlen erheblich beschränkt wird.

„Dieser Erfolg der staatserhaltenden Kräfte bei den Wahlen ist jedoch nicht allzu hoch anzuschlagen gegenüber dem Erfolge, welchen die Sozialdemokratie ihrerseits in dem sichtlichen und raschen Anwachsen der Zahl ihrer Anhänger zu verzeichnen hat. Die sozialdemokratischen Stimmen in Berlin sind seit den Wahlen von 1877 von 30,000 auf 55,000 gestiegen, und in ähnlichem Verhältnisse in einer Reihe von andern großen Städten, — und, was noch bedeutsamer ist als die Vermehrung der Anhänger, das ist das trotzige und selbstbewußte Hervortreten dieser Schaaren gegenüber den Stimmungen und Kundgebungen, welche die beiden Attentate in allen patriotischen Kreisen hervorgerufen haben. Keine Spur von Einschüchterung, kein Besinnen oder Wanken ist auf ihrer Seite zu Tage getreten, — und diejenigen, welche sich schon von der Bewegung des öffentlichen Geistes eine bedeutende Wirkung auf die sozialdemokratischen Massen versprachen, sind durch die jüngste Erfahrung schwer enttäuscht worden: wer wollte diesen Thatsachen gegenüber noch behaupten, daß die vermeintlichen Mittel der verständigen Mahnung und Belehrung irgend etwas vermögen, wenn nicht vorher die Quellen, aus welchen jene Massen täglich die vergiftende Nahrung schöpfen, die sozialdemokratischen Blätter ꝛc. beseitigt werden?“

— Die deutsche Flotte hat entschieden Pech. So wird aus Plittersdorf am Rhein gemeldet, daß das große Salonboot „Wilhelm, Kaiser und König“ kaput sei und zur Reparatur nach England überfährt werde.

Uebersicht der Volksbewegungen im 19. Jahrhundert.

(Schluß.)

V.

Gesetzmäßiger Verlauf der Volksbewegung.

Eben diesen Charakter erkennt man in den Bewegungen der Zeit auch aus ihrem gesetzmäßigen Verlaufe. Die Geschichte, deren Erzählung wir demnächst beabsichtigen, theilt sich von selbst ab durch drei unerwartete, wie unwillkürliche, jedesmal wie von einer höheren Macht angestoßene Bewegungen, die jedesmal einen großen Theil von Europa gleich im ersten Schlage erschüttern. Diese Bewegungen folgen sich der Zeit nach fast in einer geometrischen Progression. Der Aufstand von Cadix erfolgte fünf Jahre nach dem großen Friedenswerke, von dem die neue Zeit ausgeht; die Julirevolution zehn Jahre darauf, und die Februarrevolution achtzehn Jahre nach dieser. Verschöbe sich ein neuer Anstoß der ähnlichen Art nach diesem selben Gesetze, so träfe er in das 8. und 9. Jahrzehnt des laufenden Jahrhunderts, und dies sind auffallender Weise die Zeitpunkte, die in jedem Jahrhundert der neueren Zeit irgend einem Volke für seine Freiheit eingetragen haben: Frankreich und Amerika im 18., England im 17., den Niederlanden im 16., der Schweiz im 15., ja selbst im 14. Jahrhundert den Böhmen. Diese Zeitverhältnisse im Großen, wie jene kleineren in der Geschichte unserer Tage kann man ein Spiel des Zufalls nennen. Aber auch die an dem Geschehenden in der Gegenwart theilnehmenden Massen steigen in dem ähnlichen Verhältnisse. Die Revolutionen der 20er Jahre in dem romanischen Süden waren Soldatenverschwörungen, die im Volke selbst geringe Theilnahme erregten. Die Julirevolution ging von der zweiten Kammer des Parlaments aus und war ein Sieg des Bürgerthums. Im Jahre 1848 war überall, auch wo das Ziel der Erhebung nicht die Republik war, das Volk in Masse in Bewegung. Auch in den jeweils erreichten Räumen ist dieselbe vorschreitende Ausdehnung bemerklich. Die von Spanien ausgegangene Erschütterung hielt sich ganz im Süden Europas. Die Julirevolution riß Frankreich, Belgien, einen Theil von Deutschland, Polen, Spanien und England in die Kreise der Bewegung hinein. Das Jahr 1848 zog diese Kreise über Italien, Preußen und Oesterreich, die bisher unbeweglich schienen. Sie erreichten hier Bevölkerungen, die für die nothwendige Erschütterung des Ostens unentbehrlich sind. Und endlich dieselbe Regelmäßigkeit der Progression, die sich in Zeit, Bevölkerung und Ausdehnung beobachten läßt, herrscht auch in der Richtung der Bewegung. Der Zug der Freiheit, haben wir gesehen, hatte sich seit der Reformation wesentlich in dem nördlichen Striche der germanischen Völker bewegt bis nach Amerika, wo er seine natürliche Grenze fand. Seitdem geht der Zug von Westen nach Osten zurück. In Frankreich war der erste Landungsplatz am schwersten zu erkämpfen; der ganze Osten und selbst der freie Westen sträubte sich gegen den neuen Einwanderer. Aber der erste Fuß war gefaßt. Die Bewegungen der 20er Jahre gingen von Südamerika aus über Spanien, Italien nach Griechenland in geregeltem Zuge nach Osten. Die Julirevolution schaffte der Freiheit in Frankreich Boden und auf dessen Seiten, in Spanien, in Belgien, in dem alten England, Luft; sie suchte sie übergreifend bis Polen vorzuschieben. Im Jahre 1848 erschütterte sie das Festland in seiner Mitte und in den stärksten Burgen des Erhaltungsprinzips, vordringend bis zum Niemen und Dniester. In diesem Laufe wird man das Schicksalsvolle der Bewegung vielleicht vor Allem erkennen. Das bevorstehende Selbstgenüge der amerikanischen Staaten und das versagte Occupationsrecht in Amerika wird mit der Zeit die Völkerwanderung und den Handel nach Westen einschränken, in dem gleichen Verhältnisse, wie der steigende Verfall des Ostens einladet, die alten Wege von Asien dem Handel und der Bildung wieder zu öffnen; dazu bedarf es befreiter Völker auf dem Festlande Europas, wenn es der Vortheile dieser neuen Aussichten, die ihm am nächsten liegen, nicht verlustig gehen soll. —

Dieser östliche Siegeszug der Freiheit, das scheint alle Geschichte mit Zuverlässigkeit zu verkünden, wird vollendet werden. Unter welchen Hemmungen, Gegenwirkungen und Niederlagen es geschehen wird, ist unmöglich zu wissen. Der Geschichte ist im Großen ein gesetzlicher Lauf geordnet, in den besondern Gestaltungen der Ereignisse ist den Menschen viel Willkür und ihren Begabungen viel Spielraum gelassen. Ob die Republik oder die Monarchie, die constitutionelle oder die demokratische Monarchie den Sieg behalten wird, ob sich nur ein Durchgang durch den Freistaat bereitet oder seine dauerhafte Niederlassung, ob der vierte Stand nur neben den übrigen Ständen seine Rechte und Einordnung erhalten soll, oder ob er sich ihnen gleichstellen, mit ihnen in Eine gleichförmige Gesellschaft verschmelzen wird, das muß die Fähigkeit der anderen Stände und politischen Gewalten, der Verstand oder Unverstand ihres Widerstandes entscheiden. Auf zwei Völker wird es wesentlich ankommen, wie sie sich in den großen Entwickelungen dieser merkwürdigen Geschichtsperiode bewähren werden, Franzosen und Deutsche. —

Frankreich.*)

Frankreich sahen wir seit Jahrhunderten zwischen germanischen und keltoromanischen Elementen hin- und hergetrieben, schwankend zwischen Katholizismus und Protestantismus, zwischen Religion und Freigeisterei, zwischen Aberglauben und Unglauben, zwischen Rohheit und Ueberbildung, zwischen Rückbleiben und Vorrilen. Im Staate grenzen seine Zustände bald an Absolutie, bald an Anarchie; es sucht immer ein Heil von oben, wo es nur von unten kommen kann, und eine Abhülfe von unten, wo sie aus dem Ganzen kommen sollte. Es hegt despotische Ordnungen unter jeder Regierungsform, und übt dagegen den Brauch der Empörung wie ein Recht. Es ist nicht beständig zur Monarchie, nicht ausdauernd zum Ausbau constitutioneller Einrichtungen, nicht vorbereitet zur Republik. Die jüngsten Schulen seiner Bewegungsmänner schwanken in ihren Neigungen ganz so wie die Geschichte Frankreichs im Großen, immer wechselnd in den Extremen, die sich berühren, immer im seltsamsten Widerspruche zwischen Mitteln und Zwecken. Sie gefährden die Freiheit mit dem Uebermaße der Gleichheit, und die Gleichheit mit dem Unmaße der Freiheit. Sie verrathen überall ebenso viel Haß als Bedürfniß der Autorität. Sie suchen ein übergroßes Maß der Freiheit und unterwerfen zuletzt Alles einer neuen römischen Diktatur oder Papate. Ihr Wahlspruch ist: Alles durch das Volk, ihre Praxis: nichts für das Volk. Sie wollen alle Staatsordnungen auflösen und bedürfen dazu einer Staatsgewalt, größer als die spartanische gewesen ist. Sie zielen auf nie gesehene Fortschritte und wollen sie erreichen, indem sie auf communistische Zustände hinstreben, wie sie barbarischen Völkern eigen sind, wie sie in Rußland und Aegypten bestehen. Sie verkünden die Brüderlichkeit und bekämpfen, was selbst der Wilde (?) schützt, Eigenthum und Familie (??). Sie führen das Christenthum im Munde und feiern die Orgien der Mord- und Raubsucht (??). Sie wollen eine neue und ewige Ordnung der Dinge gründen mit rohen Straßenaufläufen. Sie waffnen sich mit allen großen Ideen und entehren sich mit allen niedrigen Lastern (??). Sie wollen die große Kluft zwischen der mangelhaften Wirklichkeit und dem möglichen Besseren überschreiten und denken sie auszufüllen, indem sie den Dunst unmöglicher Chimären (?) hineingießen. Bei diesen Zuständen ist es unter den tonführenden Männern Frankreichs selber ein Streit, ob die Nation noch gesund und jugendlich an Kräften ist, wie Lamartine behauptet, oder ob die Mirabeau und Barnave, die Napoleon und Lafayette Recht haben, die, wie Guizot sagt, zuletzt Alle an der Zukunft Frankreichs, wie eines alternden Körpers, verzagten. Es steht in Frage, ob Frankreich, wie Italien zu Machiavelli's Zeit, unter den schweren politischen Fluch fallen wird, daß es in jenem Geiste, den nichts zufriedenstellt, nicht fähig sei zum Gehorsam und nicht fähig zur Freiheit. Es muß sich entscheiden, ob es den germanischen Ordnungen, die ihm allein eine gesetzte und sichere Freiheit verschaffen können, nachkommen wird, oder ob es trotz der ungeheueren Opfer seiner Revolutionen in die

*) Die nachstehenden Aeußerungen, die ein arges Mißverständniß des Communismus bekunden, dürfen gleichwohl nicht unterdrückt werden wegen des charakteristischen Unterschieds des französischen und deutschen Geistes, den der Verfasser hervorheben will. D. Red.

— Steuerreform. In Heidelberg sind am 5. d. Mts die deutschen Minister zusammengetreten, um über Bismarck's Steuerreform-Vorschläge zu berathen. Etwas Gutes wird natürlich dabei nicht herausgekommen sein.

— In Italien hat sich die Agitation für Annektirung Triests und Trients bedeutend abgekühlt. Man sieht wahrscheinlich ein, daß es doch nicht gut ist, mit Schießgewehren zu spielen, zumal Italien die Bundesgenossen fehlen, welche, wie 1866, für dasselbe die Kastanien aus dem Feuer holen.

— Kutscherstrike in Paris. Die Zeitungen berichten: „Der Strike der Pariser Kutscher ist am Montag zum Ausbruch gekommen, aber nur partiell. Es soll erst die Probe gemacht werden, ob die Wagen besitzenden Compagnien nachgeben. Die Forderungen der Kutscher sind folgende: 1) Bessere Behandlung der Pferde; 2) Herabsetzung des Preises, den sie jeden Tag bezahlen müssen; 3) Abänderung der Statuten der Hilfsgesellschaft; 4) Bezahlung der Interessen für die Caution, welche die Kutscher zu stellen haben; 5) das Recht, überall sich aufzustellen, wo es die Polizei-Reglements gestatten; 6) das Recht, Ketten an die Räder während der Ruhezeit zu legen; 7) das Recht, ihre Preise frei mit den Kunden zu vereinbaren. Die Kutscher verpflichten sich, das Publikum gegen ungerechte Forderungen zu beschützen. Weisen die Compagnien die Forderungen zurück, so wird der Strike allgemein. Der letzte Kutscherstrike war im Jahre 1867 auch während der Weltindustrieausstellung."

Das ist auch wieder ein Zeichen des Rückgangs des Sozialismus in Frankreich. Nur so fort und die Franzosen werden bald im besten Zuge sein im Kampfe für Abänderung der wirthschaftlichen Verhältnisse.

— Confiscirt wurde Nr. 84 und 54 des „Vorwärts". Erstere Nummer wegen des Gedichts „Wider den Strom". Wegen Abdruck desselben Gedichts auch die „Fackel" (Nr. 87). Unser Redakteur, Julius Künzel, wurde infolgedessen verhaftet. Schon lange nicht dagewesen! — Die „Berliner Freie Presse" ist in Oesterreich verboten worden. Das wird dem Blatte aber Schaden bringen! —

— Parteigenosse J. Dietzgen, der bekanntlich vor einiger Zeit wegen einer in Köln gehaltenen und als Broschüre im Druck erschienenen Rede, betitelt: „Die Zukunft der Sozialdemokratie", verhaftet und unter Anklage gestellt worden, hat insofern einen günstigen Ausgang seines Prozesses erlangt, als der Anklagesenat es ablehnte, auf die Anklage des Staatsanwalts einzugehen. Der Staatsanwalt hatte in der genannten Broschüre eine ganze Reihe von Cardinalverbrechen entdeckt, wie Vorbereitung zum Hochverrath, Verletzung des § 130, Schmähung religiöser Einrichtungen, von denen nicht eins der Anklagesenat darin finden kann. Wer das Broschürchen gelesen hat, muß sich über die ganze Anklage und die Haftbaltung Dietzgen's wundern, wenn man in der gegenwärtigen Zeit überhaupt sich noch über etwas wundern könnte, sobald es einen Sozialdemokraten angeht. Der Staatsanwalt hat gegen den Beschluß des Anklagesenats erster Instanz appellirt und in Folge dessen ist Dietzgen einstweilen noch in Haft behalten worden. Die Broschüre, welche im Selbstverlag der Expedition der „Kölner Freien Presse" erschienen ist, wird den Genossen zur Anschaffung empfohlen. Irren wir nicht, so ist dieselbe vorläufig noch confiscirt.

— Strousberg hat mit seinen Gläubigern in Prag einen Ausgleich getroffen, demzufolge dieselben drei Prozent erhalten. Auch in Berlin wird ein solches Experiment vorbereitet und soll solches auch Aussicht auf Erfolg haben. Da wäre ja die Ehre wieder gerettet; nun kann's aufs neue losgehen. Eine herrliche Weltordnung!

— Ueber die Hoffnungen, welche man im ultramontanen Lager an die diesmaligen Wahlen zum deutschen Reichstage, sowie überhaupt an die gegenwärtige Situation knüpft, giebt uns der „Ami du Peuple" (Volksfreund) von Freiburg (Schweiz) einige Auskunft. In seiner Nummer vom 7. August leitartikelt das klerikale Blatt u. A.: „Das jetzt mit ziemlicher Klarheit vorliegende Resultat der Wahlen (folgen die bekannten Ziffern der von den verschiedenen Hauptparteien eroberten Sitze) läßt bereits ein Urtheil über die Gestalt des künftigen Reichstags fällen. Das ist es keineswegs, was Bismarck wollte. Zerfallen mit den Nationalliberalen, glaubte der erste Minister des Kaisers Wilhelm die Partei der „protestantischen Conservativen" (womit jedenfalls die Kreuzzeitungspartei gemeint ist) nebst ihrem Anhang eine neue Majorität im Parlament schaffen zu können. Die Täuschung ist vollständig. . . ." Nach einigen Auseinandersetzungen über die Stellung der Parteien, worin u. A. auch von „kaiserlichen Conservativen" die Rede ist, kommt das römische Blatt natürlich auch auf den Kulturkampf zu sprechen und meint nach den Auslassungen der „Kreuzzeitung" völlig berechtigt zu der Annahme zu sein, die Regierung des deutschen Reichs werde alsbald gänzlich vom Kulturkampf absehen. Daß der Fürst-Reichskanzler bereits „scharf auf der Reise nach Canossa" sei, bewiesen dessen Kissinger Verhandlungen mit dem päpstlichen Nuntius in München, Monsignore Masella. Die Zusammenkunft des „größten Verfolgers der katholischen Priesterschaft der Neuzeit" mit einem päpstlichen Gesandten, möge daraus hervorgehen was da wolle, sei für alle Zeiten ein historisches Ereigniß von eminentester Bedeutung. — Nach einer sanften Klage über die Menge der verwaisten Pfarreien wie über die leerstehenden Bischofsstühle schließt das Blatt: „Wird Bismarck den Proscribirten auf's Neue die Pforten öffnen? Wird er Rom die absolute Aufhebung der Maigesetze gewähren? Das sind zwei Fragen, deren Beantwortung die gegenwärtig noch etwas dunkle Lage erst klären wird, obgleich man über die eigentlichen Intentionen des Kanzlers und vorzugsweise über seine Aufrichtigkeit in noch größerem Dunkel ist." — Für die Arbeiterpartei und deren Vertretung im deutschen Reichstage hat das ultramontane Blatt kein Wort.

Die Lippe'schen Ziegelarbeiter.

Ein großer Theil der Einwohner des Fürstenthums Lippe findet in der Heimath keine lohnende Beschäftigung und sieht sich daher gezwungen, fern von Heimath und Familie sich um solche zu bemühen. Natürlich überließ man ihnen nicht die angenehmste und leichteste Arbeit in andern Ländern und Gegenden, und mußten sie das verrichten, was die dortigen Bewohner nicht besorgen wollten. Zu solchen Arbeiten gehört das Anfertigen der Ziegelsteine, eine an sich schwierige und mit vielen höchst lästigen Unannehmlichkeiten verbundene Beschäftigung.

Es kann einmal die Arbeit nur in den Sommermonaten besorgt werden, weil die Kälte das Verarbeiten des Thones ausschließt. Die auf wenige Monate beschränkte und auch dann noch sehr vom Wetter abhängige Fabrikation der Steine nimmt die Kräfte der Menschen außerordentlich in Anspruch, da sowohl im Wasser, als vor dem Feuer der Körper beschäftigt wird. Der größte Theil der Arbeiten erfordert dazu große Körperkraft.

Unter den härtesten Entbehrungen und Anstrengungen erwerben sich die Lippe'schen Ziegelarbeiter in allen Theilen Deutschlands, in Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Rußland, der Türkei, Ungarn, Oesterreich einen erst in neuester Zeit beträchtlichen Verdienst. Vor etwa zehn Jahren gehörte es zu den Seltenheiten, wenn ein Mann jährlich durchschnittlich 50 bis 100 Thaler in den Frühlings-, Sommer- und Herbstmonaten erübrigte. Jetzt wird durch die circa 14,000 Arbeiter ungefähr ein jährlicher Betrag von 1½—2 Millionen Thaler dem Lippe'schen Lande zugeführt.

Durch die Verwendung der Arbeitskraft dieser Leute in fremden Gegenden geht jedoch dem Heimathlande ein unberechenbarer Vortheil verloren. Für das Anfertigen von 1000 Ziegelsteinen erhalten dieselben kaum 3—4 Thaler, es schwankt der Lohnsatz zwischen 1—4 Thaler nach der Verschiedenheit der Verhältnisse, während der Besitzer der Ziegelei für 1000 Steine einen Kaufpreis von 12, 15, ja zu Zeiten 20 Thalern erzielt. Der Thon hat kaum einen Werth von 15 Gr. pro 1000 Steine. Die Unterhaltung der Ziegelei, Verzinsung des Anlagekapitals und der Werth des erforderlichen Brennmaterials ist unbedeutend und kommt bei der Vertheilung der hierfür zu bestreitenden Ausgaben auf je 1000 Steine sicher nicht höher als 1 bis 1½ Thaler, so verschieden dies auch immer nach den Umständen sein kann.

Unter allen Umständen fließt also mehr als die Hälfte des durch die Arbeitskraft unserer Landsleute erwirkten reinen Verdienstes in die Tasche der Besitzer der Ziegeleien.

Wenn nun auch bei andern Industriezweigen ähnliche Fälle vorkommen sollten, so wird man doch kaum eine unangenehmere und schwierigere Arbeit auffinden können und anerkennen müssen, daß unter diesen Umständen der unsern Landsleuten entgangene Verdienst schwer in's Gewicht fällt.

Diese erleiden ja dabei die größten Entbehrungen, indem sie 6—8 Monate hindurch ihr Hab und Gut verlassen und fern von ihrer Familie der widerwärtigsten und schwierigsten Arbeit sich unterwerfen müssen. Die Frauen müssen in Abwesenheit der Männer die Kinder erziehen, soweit ihnen dazu die Bestellung des Ackers und die Verrichtung der häuslichen Arbeiten Zeit gewähren. Meistens sind sich deshalb die Kinder selbst überlassen und entbehren dieselben, namentlich die Knaben, der Aufsicht des Vaters. Letztere müssen auch nach kaum zurückgelegtem 14. Lebensjahre mit in ferne Lande ziehen, um gleichfalls auf einer Ziegelei gegen Lohn sich zu beschäftigen. Der Verkehr eines solchen unmündigen Knaben mit den bei strenger Arbeit beschäftigten rohen und ungebildeten Menschen, welche so häufig unzufrieden mit ihrer Lage sind, wirkt demoralisirend auf das jugendliche Gemüth.

Neben diesem Nachtheil verdient dann auch sicher noch Beachtung, daß die Arbeitskraft 6—8 Monate lang fast übernatürlich angespannt wird und in der übrigen Zeit nur wenig zur Verwendung kommt. Es findet keine gleichmäßige Vertheilung statt, und bringt der Mangel an Beschäftigung in den Wintermonaten sehr viel Unheil auch hinsichtlich der moralischen Entwickelung der Bevölkerung mit sich. So sehr die Ziegler der Ruhe verdienen, so ist doch Müßiggang aller Laster Anfang.

Correspondenzen.

Ratibor, 1. August. Auch bei uns hat der sozialdemokratische Candidat 19 und in Pleß 28 Stimmen erhalten. Da wir hier nur einige Parteigenossen sind, so konnten wir keine Agitation entwickeln und mußten uns nur auf die private Thätigkeit verlassen. Als ein Beweis, wie sehr auch hier die Gemeinheit der Gegner Platz gegriffen hat, mag Nachfolgendes dienen. Der Kriegerverein unternahm gestern einen Spaziergang und betheiligten wir uns ebenfalls daran. In der Unterhaltung mit einigen Bekannten kamen wir auch auf die Wahlen zu sprechen und wir vertheilten einige Flugblätter und empfahlen unseren Candidaten Kräcker. Dies erfuhren einige enragirte Reichstreue und konnten die Herren nicht unterlassen, uns zu insultiren. Am anderen Tage brachte der hiesige „Oberschlesische Anzeiger" folgende Denunziation:

„Die sozialdemokratischen Agitatoren, welche vorgestern unter den Mitgliedern des Kriegervereins sozialdemokratische Flugblätter auszutheilen versuchten, werden uns von Seiten des Kriegervereins als die Herren J. Klaps, Sattlermeister, und C. Suchy, Drechslermeister, Beide von hier, bezeichnet. Die Namen derselben zu nennen, glauben wir, nachdem die Thatsache erwiesen ist, den Gewerken, welchen die beiden Agitatoren angehören, schuldig zu sein."

Kann es wohl etwas Schamloseres geben, als solch eine Zeitungsnotiz? Ist dies nicht strafbar nach § 130? Hetzen diese Zeitungsschreiber nicht Bürger gegen Bürger? Wahrlich, von Moral und Sitte ist unter solchen Leuten keine Rede mehr und jeder gebildete Mann muß sich von ihnen abwenden.

Magdeburg, 1. August. Bamberger sagte einst: „Hunde sind wir ja doch." Wir Sozialisten hierorts aber sagen: „Wir sind wie die Hunde behandelt!" Männern im Vollbesitz ihrer bürgerlichen Ehrenrechte ist vor den Wahlen eine totale Lokalsperre, Entziehung des Versammlungs- und Vereinsrechtes zu Theil geworden und in jeder Fabrik dadurch mit der Hungerpeitsche durch Plakate gedroht: „Wer innerhalb und außerhalb der Fabrik den Sozialdemokraten bei der Wahl hilft, wird entlassen." Ist hierdurch dem Herrn Staatsanwalt nicht Gelegenheit geboten, auf Grund des freien Wahlrechts, gegen derartige gesetzwidrige Beeinflussungen einzuschreiten? — Schreibt da einen Tag nach der Wahl die Magdeburgerin: daß die Verwaltungsbehörden in manchen Wahlkreisen sich zu starke Beeinflussungen erlaubt hätten und demnach die Wahlprüfungskommission des Reichstags so manche Wahl beanstanden resp. kassiren werde. Wie ist es nur möglich, daß diese Zeitung den Muth zu solchen Aeußerungen, angesichts der Hetze gegen uns, sich erlauben kann? Nicht ein Wort der Mißbilligung las man in ihren Spalten! Da aber verschiedene Verwaltungsbehörden sich „erlaubten", gegen ihr Interesse das Amt mit zu benutzen, da waren Gesetzwidrigkeiten u. s. w. zu constatiren. — In welcher Weise die Hungerpeitsche gefruchtet, zeigt, daß in dem radikalen Buckau (zugehörig zum Magdeburgischen Wahlkreis) Herr von Unruh die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigte. Ob wohl zu den hiesigen Wahlmannövern der freigemeindliche Sprecher seinen „Segen" gegeben?

Fr. R.

Freiberg, 5. August. Ich bin Ihnen noch einen Bericht über die letzte von Herrn Penzig abgehaltene Wählerversammlung schuldig. Inzwischen hat sich das Blättchen derartig gewendet, daß wir mit der Ziffer 6127 voranstehen, der liberale Penzig mit 4485 folgt und der conservative v. Oelschlägel mit 3828 den Reigen beschließt. Die Stichwahl ist auf den 15. August angesetzt, und soll es sich an diesem Tage definitiv entscheiden, ob der neunte Kreis der Sozialdemokratie oder der liberalen Partei angehören soll. Es wird Sie interessiren, eine vergleichende Uebersicht der diesmaligen Wahl mit der Wahl am 10. Januar 1877 zu erhalten. Damals erhielten der Sozialdemokrat 5147, Penzig 5103, v. Oelschlägel 3913. Giltige Stimmen von 1877: 14,166, von 1878: 14,440, mehr 285. Hat sich aber die Stimmenzahl überhaupt wenig verbessert, so ist das Resultat in specie ein wesentlich verändertes geworden. Die Conservativen verloren nämlich 85, die Liberalen 618 Stimmen, während die Sozialdemokratie 980 Stimmen gewann. — Die am Abende vor dem Wahltage im Kaufhause zu Freiberg abgehaltene, von circa 1800 Personen besuchte liberale Versammlung erklärte sich stürmisch für uns, nachdem ich in einer kurzen Rede — 15 Minuten hatte man mir gestattet — die wichtigsten Punkte der zweistündigen Penzig'schen Rede widerlegt, beziehentlich berichtigt und unser nächstes Programm entwickelt hatte. — Jetzt auf zur neuen Campagne; hoffentlich giebt es jetzt eher einmal Versammlungslokale.

H. Goldstein.

Schellenberg, 1. August. Die Wahlschlacht in unserem (dem 15. sächsischen) Wahlkreis ist zum Stehen gekommen, der Sieg ist unentschieden und die Parteien treten abermals kampfbereit

---

romanische Stagnation zurücksinken soll, aus der sich Spanien und Italien jetzt loszuringen scheinen. Und von dieser Entscheidung hängt ein Großes, man darf sagen, Alles ab für die ruhige und geordnete, oder wilde und stürmische Abwickelung der laufenden Geschichte.

Deutschland.

Ganz ebenso zweifelnd blickt man aus dem Stande der deutschen Dinge in die Zukunft unseres Volkes. Deutschland ist seit seiner frühesten Geschichte immer seiner besten Kräfte beraubt worden. Es hat in der Völkerwanderung, in der Anpflanzung slavischer Lande, in Kreuzzügen und Römerzügen seine rüstigsten Söhne massen-, ja völkerweise ausgeschickt, und mit der Verjüngung der Welt seine eigene Erschöpfung gekauft. Dies dauert in den Auswanderungen gleichsam noch heute fort, in der kostbaren Ausfuhr von Geld und Menschen, die das Vaterland verarmt und schwächt. So haben wir, als die Entdeckung Amerikas den Völkern neue Laufbahnen öffnete, keinen Antheil mehr nehmen können an den äußeren Bewegungen der Welt. Unsere regsameren Grenzlande im Westen, Schweiz und Niederlande, fielen von uns ab, unsere Großmächte im Osten, Preußen und Oesterreich, stellten sich auf eigene Füße; der übrige, fieche, getheilte Körper blieb regungslos liegen, ein Spielwerk aller Rührigen und Thätigen. Lage und Beschaffenheit des Landes war zu trefflich, als daß es nicht von jedem Mächtigen begehrt werden sollte. Und doch wurde es wieder eben deswegen Keinem zu festem und einheitlichem Besitze gegönnt. Es war zu wohl geeignet zur Entfaltung einer starken Macht, als daß nicht in jedem der Vereinigung günstigen Augenblicke alle Welt hätte gegen uns stehen sollen. Unser Geschick schien das aller getheilten Nationen zu sein, daß wir wie Judäa, Griechenland, das neuere Italien ein weltbürgerliches Volk bilden und uns begnügen sollten mit den geistigen Wohlthaten, die wir uns und der Menschheit bereitet hatten. Wenn diese großen Züge unseres nationalen Lebens, die den Charakter des Volks unwidersprechlich zeichnen, jede vaterländische Hoffnung in uns scheinen tilgen zu müssen, so stellt doch die räthselvolle Geschichte wieder ebenso große Züge einer andern Art daneben, die diese Hoffnungen wieder stolz emporrichten. Deutschlands Geschichte seit der Reformation hat denselben regelmäßigen, nur langsameren Verlauf genommen, wie die Geschichte Englands und Frankreichs. Sie hat uns durch religiöse Freiheit (Reformation) und geistige Freiheit (Literaturperiode des vorigen Jahrhunderts) an die Schwelle der staatlichen Freiheit geführt, und läßt uns hoffen, daß wir auch diese in einem Maße erringen werden, das den gründlichen Vorbereitungen entspricht. Und blickt man auf den ganzen und vollständigen Verlauf der deutschen Geschichte seit ihren Anfängen vergleichend zurück, so schöpft man noch größere Ermuthigungen. Wenn England, wie wir früher erwähnten, die verschiedenen Phasen geschichtlicher Entwickelung in unvergleichlicher Vollkommenheit umschrieb, so scheint dies auch in Deutschland, nur in einer andern Weise, der Fall zu sein. Die angelsächsische Zeit des patriarchalischen Königthums nannten wir reich und bedeutend wie keine andere; dürfen wir aber unsere deutsche Geschichte bis zu den ersten Hohenstaufen, so lange die Kaisermacht noch etwas bedeutete, als die entsprechende Periode bezeichnen, so ist sie noch reicher, noch größer und ruhmvoller. Die englische Aristokratie fanden wir staatsfähiger als jede andere; die deutsche aber, indem sie durch ihre Häupter den Landfrieden erhielt, den anderswo der Eine unumschränkte Fürst gegen diese selben Häupter derselben Aristokratie zu schützen hatte, und indem sie auf diesem Wege zur fürstlichen Macht gelangte, hat in anderer Weise eine ähnliche Staatsfähigkeit und zugleich eine größere Kraft bewiesen, als irgend eine andere Aristokratie. Die englische Absolutie hat in einem wunderbar begünstigten einheitlichen Staate viel Gutes und wenig Uebles gestiftet; in dem getheilten Deutschland hat sie weniger Vortheil bringen können, aber auch noch wenigeren Schaden. Diese Elemente haben sich in Deutschland nicht, wie in England, in Einer staatlichen Organisation erhaltend verbunden, sondern die Aristokratie hat das Kaiserthum wesenlos gemacht und so gut wie abgestoßen. Wenn sich, wie auf die kaiserliche Periode die aristokratische, so auf die aristokratische Ordnung in Deutschland eine demokratische in derselben reinen Ablösung und Gestaltung ohne zu große und erschöpfende Zerrüttungen bilden kann, so wird Deutschland seine Geschichte mit neidwürdiger Sicherheit, und in einem gleichen Zuge bescheidener Großheit fortsetzen. Dies wird in dem getheilten und der Thätigkeit entwöhnten Volke, wenn es überhaupt möglich ist, nur langsam, unter Rückfällen und Täuschungen, schwerlich ohne fremde Hülfe und nicht ohne äußere Begünstigung der Zeiten und Verhältnisse geschehen. Ist es geschehen (und man mag der zähen und gesunden Volksnatur vieles zutrauen), dann wird Deutschland in dem Welttheile die bisherige Bedeutung Frankreichs überkommen. In dieser Lage würde es die Rolle eines erobernden Staates noch weniger spielen können und noch lieber darauf verzichten wollen, als England. Das Ziel seiner Staatskunst könnte kein anderes sein, als die gefährlichen einheitlichen Großstaaten überall aufzulösen in Föderationen, die die Vortheile großer und kleiner Staaten vereinigen und der allgemeinen Freiheit und der friedlichen Ausbreitung aller Art von Bildung sicherere Gewähr bieten.

---

einander gegenüber, wie vor dem 30. Juli. Der Conservative, Geheimrath Böttcher, hat mit 3298 Stimmen den Platz räumen müssen und „im Namen der Ordnung" der Gensel-Partei, die auf ihren Candidaten 3775 Stimmen vereinigte, den weiteren Kampf überlassen, bei welchem ihnen nunmehr die Sozialisten allein mit bis heute 5430 Stimmen gegenüberstehen. Es ist kaum zu erwarten, daß die 3000 Conservativen ebenso geschlossen bei der Stichwahl für Gensel eintreten, als sie am 30. Juli gegen ihn stimmten und vorher agitirten. Haben sie es doch so bitter bereut, daß sie am 10. Januar 1877 für ihn stimmten; auch würden sie jedenfalls vor der Oeffentlichkeit keine Ehre einlegen, in Zeit von vier Wochen ihre Farbe und Stellung so ostensibel zu wechseln, nachdem sie den Liberalismus in Wort und Schrift so jämmerlich zugerichtet und verurtheilt haben. Mag dem nun sein, wie es will, wir können keinen Schaden dabei leiden, wenn trotzdem im conservativen Lager die politische Charakterlosigkeit Oberwasser gewinnen und für Gensel zu wählen sich entschließen sollte. Der gesunde Sinn des Volkes, welcher sich auf die Dauer nicht durch Spiegelfechtereien gefangen halten läßt, würde sich dadurch nur noch mehr uns zuwenden und die 1655 Stimmen, welche wir für Bahlteich über die Gensel'schen Vorsprung haben, sollen durch eifrige Agitation unsererseits eine Ergänzung finden, welche uns den Sieg bei der Stichwahl sichern wird.

Bedenkt man, daß im hiesigen Wahlbezirke das völlig abhängige Fabrikproletariat mit nur wenigen rühmlichen Ausnahmen gegen uns gestimmt hat, — die große Mehrzahl stimmte auf einen Wink ihrer Herren oder eines Direktors, also zwangsweise, entweder für die Gegenkandidaten, oder enthielt sich der Abstimmung —, so zeigt sich, daß das Gros der reichlich 800 Wähler Bahlteich's im hiesigen Bezirk sich aus den Kleinhandwerkern, Kleinbauern und Kleinfabrikanten rekrutirte, die in richtiger Erkenntniß ihrer Klassenlage sich nicht mehr als Stimmvieh der Großkapitalisten gebrauchen lassen, sondern als Verbreiter und Unterstützer der sozialistischen Prinzipien, die Einschüchterungsmärchen vom „Theelen", „freier Liebe" 2c. längst überwunden und ihre natürlichen Bundesgenossen recht wohl erkannt haben und unerschrocken Stellung gegen den gemeinschaftlichen Gegner nahmen. Sie sehnen sich nach Erleichterung vom Steuerdruck, wie die große Masse aller Klassen, und wünschen energische Beseitigung der Schwindelwirthschaft, die im industriellen Wettkampfe an Stelle redlicher Arbeit und ehrlichen Verkehrs getreten ist. Dem ehrlichen kleinen Manne steht fortgesetzt das Messer an der Kehle, er weiß, wer es hält und lenkt, und deshalb beeilte er sich zur Wahl, dem Gegner zu beweisen, daß er lange genug im blinden Vertrauen zu den einflußreichen Spitzen der Gesellschaft den Kürzeren gezogen und nicht weiter Lust hat, durch die Wahl eines Gensel oder Böttcher diesen traurigen Zuständen neue Nahrung zuzuführen und der wirthschaftlichen Umstürzelei weiter zu dienen. Mit ihrer Lage aus leicht begreiflichen Gründen unzufrieden, halten sie es für's Beste, dies der Reichsregierung durch Wahl eines sozialistischen Abgeordneten offen kund zu thun.

Möge sodann die Regierung den Wink verstehen und den Wünschen des Volkes sich entgegenkommender zeigen als bisher. Dadurch kann sie die allgemeine Unzufriedenheit und das Gespenst der Reichsfeindlichkeit eher bannen, als mit Polizei-, Zwangsmaßregeln und Ausnahmegesetzen. Freilich: „Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen", rief Johann Jacoby schon 1848 Friedrich Wilhelm IV. zu. Dieser Satz hat sich leider bis heute so mannigfach bewahrheitet, daß es der ganzen Energie des Volkes bedarf, die Sache der Wahrheit, sein ganzes Recht trotz Allem zum Siege zu führen.

Dies aber geschieht am ehesten, wenn es zur Gesetzgebung einen Mann von echtem Schrot und Korn, der frei von der Leber weg den Großen gegenüber spricht, in das Parlament entsendet, nicht aber Einen, der Feuer und Wasser auf den Schultern trägt, wie Herr Gensel. Es wird also unsere Losung — und wir hoffen, mit gutem Erfolg — bei der Stichwahl abermals „Julius Bahlteich" sein. — Parteigenossen und Freunde, auf, an die Arbeit zum endgiltig guten Entscheide!

C. Gladewitz.

Glauchau, 5. August. Es sitzen hier seit Monaten folgende Sozialisten noch immer ohne Urtheil im Gefängniß: 1) der Redakteur Kraut, 2) der Stadtrath Schlesinger, 3) der Stadtverordnete Franz, 4) der Handelsschuldirektor Klemich — obwohl die angeblich strafbare Handlung aus gedruckt vorliegenden Zeitungsartikeln besteht. Angeklagt sind Sätze einer philosophischen Abhandlung, welche seit vielen Jahren gang und gäbe und zumeist wortwörtlich wiederholt gedruckt und besprochen worden sind, ohne verfolgt zu werden, insbesondere 1) in dem weitverbreiteten Buche eines deutschen Professors (erschien zuerst 1875 in Leipzig), 2) in den „Blättern für geistigen Fortschritt" in Dresden, 3) in zahlreichen Vorträgen. Der Strafantrag des Staatsanwalts Cubasch will ausdrücklich die Tendenz verfolgt wissen. Zu Klemich soll er u. A. gesagt haben: „seine Existenz müsse vernichtet werden". Klemich's Briefe an seine Frau wurden jedesmal confiscirt, wenn auch nur das Geringste mitgetheilt war, was in der Oeffentlichkeit allerdings hätte Sensation erregen müssen; selbst Briefe, in denen er seinen Gesundheitszustand schilderte und seine Frau bat, ihn zu besuchen, wurden theilweis zurückbehalten. Klemich ist in periodisch auftretenden Wahnsinn verfallen; selbst von diesem Zustande sollte kein Bericht nach Außen gehen, nicht einmal ein Telegramm an die Ehegattin ließ man durchgehen; Alles, was man that, war: man holte den Gefängnißarzt, welcher Hallucinationen und fixe Ideen constatirte, und endlich brachte man den Armen in die etwas größere Krankenzelle. Klemich hat seiner Frau, der es vor einigen Tagen nach vielen Bemühungen gelang, Zulaß zu ihrem Manne zu finden, versichert, er dürfe nichts weiter sagen, aber wenn man ihn jemals wieder frei ließe, so würde die civilisirte Welt staunen. Wir haben es also hier mit einem completten Tendenzprozeß schlimmster Sorte zu thun.

An die Mitglieder des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins!

Frankfurt a. M., Ende Juli.

Mit Gegenwärtigem möchten wir Sie dringend ersuchen, die Nummern 103 und 104 Ihrer „Mittheilungen" für Juli und August 1878 möglichst zahlreich unter Ihre Arbeiter zu vertheilen, damit dieselben doch endlich einmal einsehen lernen, wie außerordentlich besorgt Sie für das Wohl derselben sind. Wir für unsern Theil würden uns sehr freuen, wenn Sie unserm Wunsche entsprechen könnten, und der kleine Kostenaufwand, welchen Ihnen die Geschichte verursachen würde, kommt bei Ihnen gewiß nicht in Betracht. Ein besseres Agitationsmittel als Ihre Nummern 103 und 104 können wir selbst nicht unter den Arbeitern verbreiten.

Wir haben übrigens guten Grund, anzunehmen, daß Sie die sorgfältig bewahrten Heiligthümer Ihres Vereins nicht von profanen Arbeiteraugen beschauen lassen wollen, und so werden wir uns schon der Mühe unterziehen müssen, etwas unbarmherzig in Ihr Sanktissimum hineinzustolpern. Befassen wir uns daher zuerst ein wenig mit Herrn Fritz Kalle. Viel ist leider nicht mit Ihnen anzufangen, Herr Kalle, denn um Ihr correktes Denken thut's uns wahrlich leid. Auf Seite 168 der berüchtigten Mittheilungen beginnen Sie nämlich wie folgt: „Unsere deutsche Sozialdemokratie sei wie keine andere abhängig von der Internationale. Sie gehe von der unbedingten Voraussetzung aus, daß alle Menschen gleich seien, daß sie gleichviel werth seien und deshalb gleichen Anspruch auf den Genuß und Bezug der irdischen Güter hätten." Herr Kalle will damit, wie es scheint, weiter nichts Anderes sagen, als daß im sozialistischen Staate der Tagedieb und der fleißige Arbeiter auf einer Stufe stehen und gleichen Lohn erhalten. Daß sich der sozialistische Staat in den Köpfen der Herren Kalle u. Co. zu einer Art Urbrei verdichtet, ist eben nicht unsere Schuld. ja wir geben ihnen vollständig Recht, wir möchten auch nicht in diesem ihrem eingebildeten Staate leben, den sie sich wohl nicht anders denken, als daß darin die ganze Gesellschaft mit einem einzigen großen Messer rasirt wird und die Herren Kalle u. Co. mit Mausefallenmachern, Odenwälder Besenbindern und Neckarsteinacher Cretins zusammen an einer Tafel speisen und in einer Kaserne mit einander hausen. Credo quia absurdum, beginnt das Gebet der heutigen Philister.

Gegen Blechschädel kämpfen Götter selbst vergebens, und Logik, Herr Kalle, ist nicht Ihre starke Seite. Nachdem Sie in obengenanntem Satze die ganze Gesellschaft zu einer einzigen braunen Sauce verkocht haben, schlagen Sie einen Purzelbaum und die ganze Geschichte sieht wieder anders aus. Im darauffolgenden Satze sagen Sie nämlich: „die private Produktion solle deshalb durch eine Produktion der Gesellschaft ersetzt und die Resultate derselben unter die Einzelnen nach Maßgabe der Leistungen vertheilt werden." Bosco, der kleine Taschenspieler, könnte wahrhaftig bei Ihnen in die Schule gehen. Also im ersten Satze wird Alles gleichgemacht und im anderen unmittelbar darauf folgenden Satze treibt die Ungleichheit wieder ihr Spiel. Beide Sätze widersprechen sich doch. Der Farbenfabrikant steht jedoch erhaben über allem richtigen Denken und die Plattheit seiner Deduktionen windet sich bandwurmartig von Seite 168 bis auf Seite 171.

Von Aufrechthaltung der individuellen Freiheit spricht Herr Kalle; nun ja, diese existirt ja, aber nur für Herrn Kalle und Consorten. Die Arbeiter dieser Herren haben die Freiheit, sich unter deren gemäßigten Liberalismus ducken zu dürfen.

Weiter schwatzt Herr Kalle von Zuständen, die historisch geworden sind, die aber nunmehr gewaltsam beseitigt werden sollen. Hm, hm, hm! Hannover, Nassau, Frankfurt! An alles Das denkt Herr Kalle nicht; wir glauben fast, er meint seine eigene liberale Partei, die jetzt von ziemlich starker Hand an die Wand gedrückt werden soll, um dort als Relief historisch gewesener Zustände und abschreckendes Beispiel zu dienen.

Von dem Vielen, was wir beseitigen wollen, sollen Sie übrigens Einiges erfahren, was für Sie als Fabrikant ganz besonderes Interesse hat.

Wir kennen Fabriken, die jahrelang hintereinander 20 und 30 Prozent Dividende vertheilt haben, wo Direktoren und Aktionäre zu Millionären geworden sind, und was hat man für die Arbeiter gethan? Nichts! absolut Nichts! Gerade diese Fabriken haben die erbärmlichsten Löhne bezahlt und die Arbeiter hat man dergestalt in den Sumpf hinabgedrückt, daß sie schließlich S..... wurden. Nicht wahr, Herr Kalle, Sie meinen wahrscheinlich Sozialdemokraten? Leider ist dem nicht so, unser S soll nämlich „Schnapslumpen" bedeuten.

Das wollen wir beseitigen, Herr Kalle.

Was wir ferner beseitigen wollen, ist, daß nicht Hunderte und Aberhunderte von Arbeiterfamilien durch die Herren Kalle u. Co. jeden Augenblick an die Luft gesetzt werden können, und während Sie bei Ihren Arbeitern die Hungerkur ansetzen, saß Herr Kalle in einer Gesellschaft in Berlin, wo unter Anderm nicht weniger als 70 verschiedene Sorten Liqueure aufgetragen wurden.

Nicht wahr, Herr Kalle, Sie staunen, wie gründlich wir von Allem unterrichtet sind?

Ein bedeutender Theil unserer deutschen Großindustrie war und ist heute noch in den Händen der gewissenlosesten Gründer. Viele sind zu Grunde gegangen, aber mit in den Abgrund haben sie eine große Anzahl ehrlicher Arbeiter und Angestellter hineingerissen. Des Sängers Fluch möchte man auch gegen diese schleudern.

Ferner wissen Sie, Herr Kalle, sehr genau, daß Aktien auch Junge machen können. Sie kennen selbst solche Aktienmütter, die über Nacht vier Junge zur Welt gebracht haben, und der Besitzer einer solchen Aktienmutter, der Abends 600 Mark werth war, war am nächsten Morgen 3000 Mark werth, und sechs Stunden später waren Mutter und Töchter schon wieder schwanger.

Auch das wollen wir gründlich beseitigen, wie überhaupt allen Schwindel, alles Lotteriespielen, alle Spekulation, Agiotage und die sonstigen mühelosen Erwerbszweige; an deren Stelle aber wollen wir nicht die Revolte, sondern die einzige ehrliche, alle Werthe erzeugende Arbeit setzen.

Natürlich dürfen bei einem biederen Philister die beiden Lumpen nicht fehlen, die in Berlin einen gemeinen Meuchelmord vollführen wollten. Wissen Sie, Herr Kalle, wer die beiden Kerle sind? Der Eine gehört zu dem jederzeit käuflichen Lumpenproletariat, während der Andere aus derjenigen Gesellschaftsklasse stammt, in welcher vorzugsweise mit Glacéhandschuhen gestohlen wird, aus der Klasse, die die kleinen und großen Strousberge und Ofenheime hervorgebracht hat. Mit solchen Leuten in Berlin zu verkehren scheut sich Herr Kalle durchaus nicht.

Es geht eben Nichts über den feinen Ton.

Nun noch ein letztes Wort. Sie gestehen es selbst ein, daß Sie alle sozialistischen Arbeiter aus Ihrer Fabrik jagen. Damit beweisen Sie Ihre niedere Denkungsart. Die Harmonie zwischen Ihnen und Ihren Arbeitern ist keine andere, als die zwischen der Peitsche und dem Ochsen vor dem Pfluge. Beide arbeiten auch ganz prächtig miteinander.

Ein anderer Fabrikant, Herr Leonhard, erklärte übrigens in der Versammlung, daß er der Lage seiner Fabrik nach fast nur Sozialdemokraten beschäftigen könne und daß er allezeit gut mit denselben fertig geworden sei. Wir wünschen Herrn Leonhard, daß dies auch ferner der Fall sein möge.

Ein anderer Herr, von dem wir erfahren haben, daß er gar nicht Fabrikant ist, Post von Mannheim, glaubte auch sein Gift gegen die Sozialisten speien zu können. Dieser Herr ist seines Zeichens Agent, gehört somit, um uns mit Schäffle auszudrücken, zu den parasitischen Zwischenhändlern, weshalb wir ihm auch nichts verübeln wollen. Die Versammelten waren ja seine Brodherren, deren Lied er gesungen hat.

Endlich kommen wir bei einem gewissen G. E. Fuhrmann aus Worms an, der vergleicht die sozialistischen Arbeiter mit Coloradokäfern und Rebläufen. Nun, das sind eben Fuhrmannsvergleiche. Verlassen wir aber damit die stagnirenden Gewässer des Mittelrheines; die von dem Berge herabströmenden Fluthen reißen sie früher oder später, sammt ihren Sumpfpflanzen, alle mit sich fort.

Ein Fabrikant.

An alle Parteifreunde!

Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß wir vom 8. August ab unser neues Clubhaus beziehen, und ersuchen alle diejenigen unsrer Genossen, die nach London zu kommen gedenken, sich die nachstehende Adresse zu merken. Gleichzeitig ersuchen wir dringend, daß Alle, bevor sie nach London abreisen, sich schriftlich an uns wenden, denn für verschiedene Gewerksbranchen ist es absolut unmöglich, hier lohnende Beschäftigung zu finden, während andere wieder einer unbedingten Saison unterworfen sind, was eine vorherige Auseinandersetzung nothwendig macht. Auch ist sehr zu empfehlen, wenn die Genossen, die hier ihr Domizil aufzuschlagen gedenken, sich in den Besitz irgend einer Legitimation, die ihre Parteigenossenschaft nachweist, setzten; es würde dadurch vielen Mißhelligkeiten, namentlich im gegenwärtigen Moment, vorgebeugt.

Alle Briefe 2c. sind von jetzt ab zu richten an:

F. J. Ehrhart, corresp. Secretär,
6 Rose Street, Greek Street, Soho Square, London W.,

woselbst sich unser Clubhaus befindet.

London, den 30. Juli 1878.

NB. Alle Parteiorgane werden um Abdruck des Vorstehenden freundlichst gebeten.

An alle Parteiorgane!

Endlich ist es uns gelungen, den schon lange ersehnten Wunsch der hiesigen Genossen verwirklichen zu können, uns nämlich ein eigenes Heim zu schaffen. Am Samstag den 3. August ist die Einweihung unseres Clubhauses vollzogen worden. Wir haben in demselben auch eine Lesehalle errichtet, und ersuchen deshalb die verehrl. Expeditionen unserer Partei- und verwandter Organe uns insofern ihre Unterstützung angedeihen zu lassen, als sie unsere Lesehalle mit einem ihrer Exemplare ergänzen möchten. Auf Wunsch werden wir das Porto vergüten.

London, den 30. Juli 1878.

J. A.: F. J. Ehrhart.

Die Adresse unseres Clubhauses, wohin von jetzt an alle Zeitungen zu richten sind, ist:

Social demok. Working Men's Club.
6 Rose Street, Greek Street, Soho Square, London W.

Briefkasten

der Expedition: K. Pf. in Stuttgart: F. Ench, St. Francisco, 418 O'Farell Street.

Quittung: Schlyz Bordeaux Mk. 3,50. Kisch Pest Schr. 6,65. Illn St. Balais Mk. 8,00. Hsl Cilau Mk. 3,00. Fix Schwäb. Gmünd Mk. 6,00. Jnk Soran Mk. 5,70. Ebling hier Mk. 0,60. Schnll Bremerhafen Mk. 6,00. Pröll München Mk. 101,30. Schfr Schlis Mk. 16,95. Grönstn Lindenau Mk. 43,00. Thr Gelsenkirchen Mk. 4,40. Hnk Freudenthal Mk. 4,86. Eflaun Reutlingen Mk. 1,20. Elöhrn Eßlingen Mk. 16,75. Knk Frankfurt Mk. 68,00. Krebs hier Mk. 6,80. Bch hier Mk. 60,00. Scoutin Wien Mk. 2,52. Riff Osnabrück Mk. 1,00. Kit Ragnitz Büsten 3,00. Opec Wien Schr. 4,41. Mch Kreuznach Schr. 1,10. Ktzur Wien Schr. 5,00. Jhn Berlin Schr. 8,15. Jd Delitzsch Schr. 5,00. Klse Reichenbach Schr. 2,30. Strl Göttingen Schr. 1,10. E. Drr Brüssel Mk. 2,40. Lgr Dornbirn Schr. 5,18.

Wahlfonds.

Von Schlz hier 0,50. Ein Eisenbahner 0,70.

Zu Wahlzwecken von Herrn F. in Reutlingen erhalten 45 Mark, von Chemiker Br. in München 9 Mark, von Schriftsteller R. R. in Zürich 6 Mark.

Geiser.

Meinen lieben Freund und Parteigenossen Louis Petersen in Paris ersuche ich, mir schleunigst seine Adresse zukommen zu lassen.

Mühlheim am Rhein.

J. Witzka, Windmühlenstraße 4½.

Hannover. Sonntag den 11. August findet das Sommerfest der hiesigen Schneider in den Räumen des Union-Garten statt. Anfang des Conzerts 5 Uhr. Ball 8 Uhr. Entrée 30 Pf., ganze Festkarte 1 Mark. Freunde können eingeführt werden. 1,40]

Das Fest-Comité.

Soeben erschienen und durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

Zur orientalischen Frage
oder
Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden?
Von H. L.
Preis: 45 Pfg.

Lithographische Wahlkarten,
Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878,
sind gegen Einsendung von M. 1,10 incl. Porto durch uns zu beziehen.

Die Expedition des „Vorwärts".

Zur Beachtung.

Die uns zahlreich zugehenden Berichte von Wahlbeeinflussungen u. s. w. veranlassen uns, alle Diejenigen, welche derartige Fälle zur Anzeige bringen können, aufzufordern, solches unverzüglich zu thun. Sollte Jemand dadurch geschädigt werden, so werden wir für zeitweilige Unterstützung Sorge tragen. Wir müssen mit aller Energie derartigen Ungesetzlichkeiten zu Leibe gehen. Thatsachen mit Namensangabe u. s. w. sind entweder an **Chr. Hadlich** oder **Carl Lienig**, Färberstraße 12II, Leipzig, oder auch an sonstige bekannte Adressen zu richten. Untersuchung erfolgt ungesäumt.

Wer noch Forderungen an uns hat, wolle solche bei **P. Eckerlein**, Weststraße 37, bis spätestens 15. August einreichen.

Leipzig, 6. August 1878.

Das sozial. Wahlcomité für den 10., 11., 12. u. 14. Wahlkreis.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New Golden Square.

Nr. 95. Mittwoch, 14. August. 1878.

Die Wilhelmsspende und die Arbeiter-Pensions- und Invalidenkassen.

II.

Die Gewerkschaften, welche in Deutschland entstanden sind, mußten gleich von vornherein das Unterstützungskassenwesen auf ihr Programm schreiben, und nur mit Hülfe desselben war es möglich, Erfolge zu erzielen.

Die deutschen Arbeiter sind fast durchgängig bestrebt, ihre Lage zu verbessern und in dieser Beziehung auch Opfer zu bringen. Uns ist der Fall vorgekommen, daß sogar junge Leute, die kaum aus der Lehre kamen, zwei oder drei Krankenkassen angehören, ja in einzelnen Gewerben zahlen die Unverheiratheten sogar regelmäßige Beiträge zu den Wittwen- und Waisenkassen. Ein Beweis, daß die Solidarität unter den Arbeitern keine Phrase ist.

Die Entwicklung dieser Kassen hat in Deutschland seit circa 10 Jahren verschiedene Phasen durchgemacht. So schritt man in dem einen Gewerbszweige dazu, Ortsvereine mit Ortskassen einzurichten. Andere unternahmen es, gleich von vornherein Centralkassen einzurichten, so daß also die eingezahlten Gelder in ganz Deutschland nach einem Hauptorte gesandt werden mußten und umgekehrt die nöthigen Kranken- u. s. w. Gelder wiederum zur Auszahlung durch die Ortskassirer an die erkrankten Mitglieder eingeschickt wurden.

Die Vortheile und Nachtheile beider Systeme abzuwägen, ist jahrelang Gegenstand öffentlicher Diskussion gewesen und es läßt sich auf beiden Seiten vieles dafür und dagegen anführen. Die Praxis allein wird hierüber entscheiden.

Wenn man auf der einen Seite bedenkt, daß z. B. die Tischler eine Hülfskasse besitzen, welche in Leipzig 600, in Berlin 800, in Pausa 10, in Köpenick 12, in Hamburg 500, in Neumarkt 6 u. s. f. Mitglieder zählt, so leuchtet gleich von vornherein ein, daß wohl die Mitglieder in Leipzig, Berlin, Hamburg selbstständige Vereine bilden können, jedoch nicht auch in Pausa, Köpenick, Neumarkt; der Vorstand würde alsdann ja nicht einmal zusammenzusetzen sein.

Man hat in diesen Fällen die kleineren Orte zu sogenannten Gauverbänden vereinigt. Wie z. B. die Buchdrucker, bei denen es vorkommt, daß in kleineren Städten oft nur ein oder zwei Gehilfen Mitglieder des Verbandes sind. Diese senden ihre Beiträge allmonatlich an den Gauvorort und Gaukassirer. Alljährlich findet alsdann ein Gautag statt.

Es nähert sich dieses System schon mehr dem Centralismus.

Die Anhänger der Centralkasse machen die Sache einfach in der Weise, daß alle Gelder und Zuschriften von den Ortsbevollmächtigten an die Hauptkasse z. B. in Hamburg eingesandt und dann von dort aus wieder die nothwendigen Summen an die Ortskassirer übermittelt werden. Der Zusammenhalt dieser Glieder wird bewerkstelligt, daß ein Bevollmächtigter und Beitragsammler ernannt wird, welche die Mitglieder monatlich oder je nach Bedürfniß auf Grund des Versammlungsgesetzes zusammenberufen.

Gehen wir weiter.

Die Orts- und Fachvereine bestehen also im günstigsten Falle aus 1000 Mitgliedern. Diese 1000 Mitglieder sollen nun für alles aufkommen, Fonds u. s. w. ansammeln. Die Höhe der Beiträge wird erfahrungsgemäß immer verschieden sein — es kommen Epidemien vor, wo der angesammelte Fond binnen wenigen Wochen verzehrt ist: die Steuern müssen erhöht werden. Oder aber die Arbeitslosigkeit ist sehr stark, die Mitglieder der Kasse finden keine Arbeit, man maßregelt sie — wie es in den letzten Jahren hundertfach der Fall. Es entstehen Kassenreste; kommt dazu eine verstärkte Krankenzahl, so müssen eben die Steuern erhöht werden! Auf diese Weise schmilzt schließlich der anfangs blühende Ortsverein auf die Hälfte seiner Mitglieder zusammen und die Uebrigbleibenden können sich vor Steuern nicht mehr retten und, was das Schlimmste ist, den an die Kasse gestellten Anforderungen nicht mehr genügen. In neuerer Zeit sind derartige Fälle ja nichts Seltenes.

An kleinere Vereine werden verhältnißmäßig geringere Anforderungen gestellt und es ist auch möglich, daß hie und da ein bedeutendes Kapital angesammelt werden kann — jedoch was beweist dies? Wer vermag zu sagen, ob nicht heute oder morgen eine Katastrophe eintritt, die den angesammelten Fond auf einmal absorbirt?

Die Centralkassen leiden hauptsächlich daran, daß der Wechsel der Mitglieder ein starker, zweitens die Antipathie der Arbeiter zu überwinden ist, die da meinen: Wozu unsere sauer verdienten Groschen nach X. schicken, wir kennen dort Niemand, wer bürgt uns für die Sicherheit unserer Gelder? Eine weitere Folge ist die schwierige Kontrole der Mitglieder. Können nicht Faulkranke die Kassen ausbeuten? Selbst der gewissenhafteste Arzt kann nicht immer beschwören, was dem Manne fehlt und wie geholfen werden muß. Wer kontrolirt z. B. in X. das einzige Mitglied der Metallarbeiter-Krankenkasse?

Wir sehen also, daß beide Systeme ihre Vortheile, aber auch ihre Mängel und Fehler haben.

Es giebt aber noch einen dritten Punkt, der bisher noch sehr wenig in Betracht gekommen ist und der doch von eminenter Bedeutung für die ganze Sache erscheint.

In Berlin existirt z. B. eine Gewerkschaft der Buchdrucker, der Cigarrenarbeiter, Weber, Tischler, Schuhmacher, Buchbinder, Goldarbeiter, Tapezierer ꝛc. ꝛc., jede derselben hat entweder eine Orts- oder Centralkranken-, Sterbe-, Wittwen-, Invalidenkasse. Also zehn oder zwanzig Verwaltungen. In den großen Städten würde dies immer noch gehen. Aber nehmen wir einmal eine Stadt von zehntausend oder fünftausend Einwohnern; dort ist derselbe Fall, zehn oder zwölf Verwaltungen, ganz gleichgiltig ob Orts- oder Centralkassen. Diese ungeheuren Verwaltungskosten!

Weiter. Bei centralisirten Kassen existiren in X. von allen Kassen zusammengenommen 20 Mitglieder. Davon senden wöchentlich 12 Mann ihre Beiträge nach den verschiedensten Orten. Macht M. 2,40 Porto. Ginge das nicht mit 20 Pfennigen abzumachen?

Und nun kommt noch hinzu der schreckliche Kastengeist, welcher immer den Einen über den Andern stellt. Es wird in solcher Stadt niemals etwas gemeinsam gemacht, trotzdem Alle nach dem einen Ziele hinsteuern, mit Hilfe ihrer sauer verdienten Groschen ihre Zukunft nicht gänzlich trostlos zu gestalten.

Ein weiterer beachtenswerther Punkt ist der: Es werden von den Arbeitern in all diesen Kassen große Summen angehäuft, die natürlich sichergestellt werden müssen. Das beste Mittel zur Sicherung solcher Gelder war und ist bisher gewesen, dieselben auf sichere Hypotheken auszugeben. Unseren Gegnern haben wir bisher also unser sauer verdientes Geld gegeben, haben selber mit dazu beigetragen, daß man uns gemüthlich unterdrücken konnte. Größere Lämmer hat die Weltgeschichte nicht aufzuweisen.

Wir treffen überall Klagen wegen Mangel an Vereins- und Versammlungslokalen, die Herbergen für reisende Collegen sind im traurigsten Zustande, — Geld ist genug vorhanden, um selbst Lokale und Herbergen zu beschaffen — nein, wir geben es den Bourgeois. Ist das nicht Selbstmord? Wäre es den größeren Städten, Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig ꝛc., nicht möglich, sich mit den vorhandenen Geldern selber zu helfen? Wäre ein solches Lokal nicht danach angethan, nimmermehr krachen zu gehen, weil so und so viele Hunderte dabei interessirt sind und selber dafür sorgen, ihre Gelder dort zu verzehren, wo es ihnen wieder zum Vortheil gereicht?

Hier kann es nur eine zustimmende Antwort geben. Die Frage ist nur: Wie das anfangen?

Nun, wir haben über diesen Punkt schon hinreichend nachgedacht und Professor Rühlemann in Chemnitz hat uns weiter geholfen.

Man errichte auf Grund des Hülfskassengesetzes eine einzige Unterstützungskasse mit den verschiedensten Zweigen durch ganz Deutschland, deren Verwaltung ihren Sitz im Mittelpunkte Deutschlands hat. Die einzelnen Orte errichten, ähnlich wie die deutsche Post, Filialen in jeder großen und kleinen Stadt. Mitglied kann jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, sowie jeder Kleingewerbtreibende, Beamte und Landmann werden, der unter 1000 Thaler Einkommen pro Jahr hat. Die Beiträge richten sich prozentual nach der Höhe des Einkommens. Die Einschätzung hat jedes Mitglied selbst vorzunehmen.

Die Filialen unterstehen der Kontrole der Gemeindebehörden. Kassirer und Vorsteher müssen Caution stellen.

Es werden in jeder Stadt und jedem größern Orte Büreaus eingerichtet, die den ganzen Tag und hauptsächlich zu solchen Tageszeiten geöffnet sind, wo die Arbeiter freie Zeit haben. Dort werden Beiträge angenommen und auch Unterstützungsgelder ausgezahlt.

Um ein wirklich gesundes Volk zu erhalten, ist es nothwendig, daß nicht allein die Kranken, sondern hauptsächlich die Gesunden untersucht, in ihren Verhältnissen beobachtet werden. Demzufolge müssen Aerzte, wirkliche Aerzte, die auf dem Standpunkt der heutigen Wissenschaft stehen, angestellt und mit anständigem Gehalt besoldet werden. Dieselben verpflichte man, die Mitglieder in ihren Wohnungen zu besuchen, die Nahrungs- und Lebensweise, die Erziehung und Pflege der Kinder, die Arbeitsräume der Fabriken zu untersuchen und hauptsächlich die Statistik in Bezug auf Sterblichkeit ꝛc. ꝛc. zu pflegen und zu fördern.

Die Aerzte bilden ein Collegium, welches sich möglichst oft versammelt und seine Erfahrungen mündlich und schriftlich (durch ein zu errichtendes Blatt) austauscht. Die Aerzte müssen materiell so gestellt werden, daß sie keinerlei Bestechungen und Nahrungssorgen unterworfen sein können.

Als Mitglied muß jeder Mensch, welcher ein Einkommen unter 1000 Thalern pro Jahr hat, aufgenommen werden. Dann soll der Grundsatz Leben und Gestalt annehmen: „Einer für Alle, Alle für Einen", so kann dies nur in der Gemeinschaft von Tausenden, Millionen geschehen, und da kommt es nicht darauf an, wenn auch Kranke und Elende mit übernommen werden. Gewöhnlich sind diese Leute Produkte unserer heutigen Gesellschaftszustände. Für diese Zustände ist aber keine besondere Gesellschaftsklasse verantwortlich zu machen.

Es ist ferner nöthig, daß die sämmtlichen jetzt bestehenden Unterstützungskassen sich auflösen und ihre Kapitalien diesem allgemeinen Verbande als Kapitalstock überweisen.

Behufs Organisation dieses großen, allgemeinen Verbandes zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes treten alle wahren Volksfreunde zusammen, ganz gleichültig, welcher politischen Partei sie sonst angehören, und hin vor das versammelte Volk, um dasselbe für diese Sache zu gewinnen, ihm Verständniß dafür beizubringen. Es muß jeder Einzelne das begreifen und freudig, freiwillig sein Scherflein beitragen zu seinem, zum allgemeinen Wohle.

Die Vortheile einer solchen Organisation sind unübersehbar, weil mit den vorhandenen Geldern nur allgemein nützliche Institutionen, als Hospitäler, Speiseanstalten, Herbergen, Arbeitsnachweisebureau u. s. f. errichtet werden dürfen; sie kommen dem gesammten Arbeiterstande zu Gute und bilden die Brücke zum sozialen Staat.

Die heutigen Fachkrankenkassen leiden vielfach darunter, daß sogenannte Berufskrankheiten einen großen Theil der gesteuerten Gelder absorbiren. In der Gemeinschaft aller Berufszweige verschwindet dies und so hilft der eine dem andern die Last erleichtern.

So hätten wir denn in großen Umrissen unsere Ansichten entwickelt und der öffentlichen Diskussion übergeben. Vieles ist vielleicht daran zu tadeln, vieles erscheint auf den ersten Augenblick nicht ausführbar — jedoch die Zeit und die Erfahrung wird es lehren, daß etwas geschehen muß. Die heutigen Leiter des Staats und ein großer Theil der herrschenden Gesellschaft haben sich vereinigt, um den Sozialismus todt zu machen, sie bemühen sich beide vergeblich, die Massen zu anderer Ansicht zu bringen — die letzten Wahlen haben gezeigt, wie viele Tausende und Millionen ihre Stimme erheben und Verbesserung ihrer Lage verlangen.

Wollen die Herrschenden und Mächtigen dieser Welt die sogenannten Ausschreitungen des Sozialismus wirksam bekämpfen, so acceptire man seine Forderungen. Hier ist eine Gelegenheit geboten, eine wahrhaft volksthümliche Einrichtung zu treffen.

Prof. Rühlemann in Chemnitz hat die Wilhelmsspende zu Arbeiterzwecken empfohlen, Generalfeldmarschall Graf Moltke diesen Vorschlag zu unterstützen versprochen und sämmtliche Zeitungen finden diesen Gedanken genial, großartig.

Gut, wie wäre es, wenn diese Wilhelmsspende dem arbeitenden Volke als Fundament eines zu errichtenden großartigen Verbandes gegeben würde? Natürlich müßte auch das arbeitende Volk diesen Fond selbständig verwalten und keine büreaukratischen Pfuscher dürften sich in die Volkssache hineinmischen. Doch wir glauben nicht, daß die vom arbeitenden Volke aufgebrachten Pfennige, genannt Wilhelmsspende, in Wirklichkeit auch zu einem großen, volksthümlichen Zweck verwandt werden.

Aus Berlin.

— — — 10. August.

Vorgestern hat im Neuen Gesellschaftshaus hierselbst der fortschrittliche Agitator Virchow eine Rede für den Candidaten der vereinigten Reaktionäre im 4. Wahlkreise gehalten und dabei in geradezu pöbelhafter Weise auf die Sozialdemokratie geschimpft. Er redete von der völligen Vernichtung der persönlichen Freiheit, welche die Sozialdemokratie anstrebe; er redete von den unsittlichen Ideen der Sozialdemokratie, welche verlange, daß jeder Mensch sich seine Pflichten vom Staate vorschreiben lassen müsse, und um Allem die Krone aufzusetzen, verstieg sich der früher so klare, jetzt so confus gewordene Professor zu folgender Ausführung:

„Das Beamtenthum stellt eine Art Organisation der Arbeit dar. Wenn es nun schon unmöglich ist, den Nothstand der kleinen Beamten zu beseitigen trotz ihrer verhältnißmäßig nur noch geringen Zahl, wie viel weniger wird dies möglich sein, wenn alle Menschen Beamte sind. Je größer die Zahl der vom Staate Abhängigen ist, um so größer wird auch die Summe der Unzuträglichkeiten für sie werden."

Auf den Kernpunkt der Frage, ob in einem sozialistischen Staate sämmtliche Menschen Beamte in der heutigen Bedeutung des Wortes sein werden, gehe ich nicht ein, da jeder Ihrer Leser weiß, daß das Genossenschaftswesen der Zukunft in dem Sinne nicht aufgefaßt werden kann und nicht aufgefaßt wird. Herr Virchow hätte deshalb, bevor er solche Auseinandersetzungen machte, seine Nase erst in einige sozialistische Schriften stecken sollen. Bekannt ist der Herr Professor nämlich schon dafür, daß er gern über Dinge redet, von denen er nichts versteht — das hat ihm noch kürzlich Professor Dr. Häckel zu Jena, nebenbei gesagt, in einer kürzlich erschienenen Schrift zur Genüge bewiesen.

Aber das hätte Herr Virchow sich sagen können, daß es ein totaler Unsinn ist, die Möglichkeit zu bestreiten, den gegenwärtigen Nothstand der kleinen Beamten zu beseitigen. Wenn die Staatsregierung und die Volksvertretung dazu den Willen hätten, so brauchten sie nur das Militärbudget um die Hälfte zu verringern. Es würde dann eine jährliche Summe von circa 250 Millionen Mark mobil werden, mit welcher man der Nothlage der kleinen Beamten mit einem Schlage ein Ende machen könnte.

Und ferner hätten Herr Virchow und Herr Straßmann, der den Vorsitz führte, wissen können, daß es höchst unanständig ist, wenn man zuerst eine Partei beschimpft, diese Partei nicht zu Worte kommen zu lassen. Es hatte sich nämlich ein Sozialdemokrat zu Worte gemeldet, doch wurde nach der Rede des unfehlbaren Fortschrittspapstes Virchow die Versammlung sofort geschlossen.

Die liberale und die Fortschrittspartei erhoben in ihren Organen ein großes Geschrei über die Wahlbeeinflussungen Seitens der Behörden ihnen gegenüber. Darauf erwidert die conservative „Post", diese heißblütige Gegnerin des Sozialismus, in folgender zutreffender Weise:

„Nirgends ist die Wahlbeeinflussung so stark ausgeübt worden, wie in Berlin, wo bekanntlich die Sozialdemokraten, welche zu bekämpfen, und zwar mit geistigen Mitteln zu bekämpfen die Fortschrittspartei vorgiebt, in jeder denkbaren Weise durch die Behörden verhindert wurden, ihre Agitation wenigstens in der Oeffentlichkeit zu betreiben. Während die fortschrittlichen Reiseprediger von Lokal zu Lokal zogen, um dieselbe agitatorische Rede zu wiederholen, war es den Sozialdemokraten unmöglich, ein Lokal zu finden. Während die Fortschrittspartei lügenstrotzende Flugblätter verbreitete, wurden die nicht viel schlimmeren der Sozialdemokratie confiscirt, ja manches Mal sogar die Verbreiter derselben verhaftet. Die Fortschrittspartei hat sich diese Hülfe mit Wohlbehagen gefallen lassen, und wir haben in allen ihren Aeußerungen auch nicht ein Wort

darüber gefunden, daß sie das Einschreiten der Behörde mißbilligte, oder sich irgendwie blos eingestanden hätte, wie sie dieser Intervention die Möglichkeit ihrer Ueberhebungen gegen die gemäßigten Parteien verdankt."

Ich habe Ihnen schon früher berichtet, daß die in Berlin unter den Augen und mit Beihülfe der Fortschrittler stattgehabten polizeilichen Wahlbeeinflussungen alles Menschenmögliche überstiegen haben und zwar besonders im 6. Berliner Wahlkreise. Im Reichstage werden darüber äußerst interessante Verhandlungen stattfinden, da das hiesige Wahlcomité das Material sammelt und einen Protest bei dem Reichstage einreichen wird.

Wie weit die liberalen Blätter jetzt die Heuchelei treiben, das geht aus einem Artikel der liberalen „Cösliner Zeitung" hervor, in welchem es heißt:

„Die Art und Weise, in welcher arme Arbeiter auf dem Lande dafür, daß sie nach ihrer Ueberzeugung liberal wählten, nachträglich von ihren hochconservativen Arbeitgebern bestraft werden, ist wahrhaft empörend. Eine krassere Verhöhnung der Wahlfreiheit, wie sie uns in verschiedenen Berichten aus unserem Wahlkreise vorliegt, ist gar nicht denkbar. Wir wollen heut nur an einem Beispiele zeigen, welche Mittel angewendet werden, um den Leuten ein- für allemal die Lust zu benehmen, gegen den Willen ihres gestrengen Herrn ihr Wahlrecht auszuüben, der Leser wird sich dann gewiß nicht mehr wundern, woher die große Majorität für den Candidaten der Conservativen in unserm Wahlkreise kommt. Der Gutspächter Weske in Amalienhof bei Hohenfelde erfuhr, daß der auf dem Gute arbeitende Tagelöhner Dallmann sieben Stimmzettel mit dem Namen des liberalen Candidaten, Herrn Kreisgerichtsrath Hildebrand, vertheilt habe. Weske ließ den Dallmann sofort antreten, verwies ihm die Vertheilung der Zettel als höchst ungehörig und erklärte ihm, daß er verlange, Herrn v. Gerlach zu wählen, wonach er (Dallmann) sich richten möge. Dallmann erklärte, nach seiner Ansicht sei die Wahl frei, worauf ihm Herr Gutspächter Weske keine Antwort gab, sondern seines Weges ging. Nach der Wahl fanden sich die sieben Stimmzettel für den liberalen Candidaten in der Urne vor und Dallmann wurde nun sofort vor das Forum des gestrengen Herrn geladen, um dort die heftigsten Vorwürfe für sein nach der Ansicht des p. Weske ungehorsames Benehmen über sich ergehen zu lassen. Herr Weske blieb aber in seinem hochconservativen Eifer hierbei nicht stehen, sondern ging in einer Weise gegen Dallmann vor, zu welcher er allerdings gesetzlich berechtigt ist, welche den Arbeiter aber vollständig zur Verzweiflung treiben muß. Dallmann mußte zur Bestellung seines Ackers im vorigen Jahre von seinem Arbeitgeber, Herrn Weske, Kartoffeln entnehmen und gerieth dadurch in einen Vorschuß, der nach und nach abgezahlt werden sollte. Jetzt, nachdem sich Dallmann unterfangen hatte, liberal zu wählen, wurde ihm von p. Weske angekündigt, daß er baares Geld in der Folge gar nicht mehr erhalte, bis der Vorschuß abgezahlt sei. Herr Weske hat Wort gehalten, und Dallmann ist auch richtig in die bitterste Noth getrieben, so daß er gestern Abend noch die drei Meilen von Amalienhof nach Cöslin zurücklegte, um sich heute früh nach dem von hier 1½ Meile entfernten Gute Wusseken, dem Herrn Kreisgerichtsrath Hildebrand gehörig, zu begeben, in der Hoffnung, dort vielleicht Arbeit und das zum Leben Nothdürftigste zu erhalten."

So schreiben jetzt die liberalen Blätter, welche vor der Wahl in Jubel ausbrachen, wenn liberale Fabrikanten sozialdemokratische Arbeiter entließen und so die Wahlfreiheit schändeten.

Man sieht, wie wahr es ist, wenn die liberal-fortschrittliche Partei die Partei der politischen Heuchelei genannt wird.

Auch Herr Windthorst giebt den Liberalen eine derbe Lektion, indem er von dem „traurigen Ruhm" spricht, welchen sich die Fabrikanten durch ihre Arbeiterbedrohungen erworben haben. — —

Nachdem die Wahl im 6. Wahlkreis längst vorüber ist, sendet die löbliche Polizei die den Verbreitern widerrechtlich abgenommenen Flugblätter für Hasenclever nachträglich, wie zum Hohn, in's Haus zurück. Die Polizei sieht also ihr Unrecht ein, sie hat aber ihren Zweck erreicht, indem sie die Wahl des fortschrittlichen Reaktionärs Klotz im 6. Kreise ermöglichte. —

Der fortschrittliche Agitator, Kaufmann Wöllmer, der im Kreise Beeskow mit Moltke in engerer Wahl sich befindet, wird von den dortigen Conservativen mit all' den liebenswürdigen Schmeichelnamen belegt, mit denen uns die fortschrittliche Presse immer bedenkt. „Obskurer Agent", „ein von den Arbeitergroschen lebender Agitator, der mit seinen wenig vertrauenerregend aussehenden Kumpanen Bierreisen macht" 2c. 2c. Die fortschrittliche Presse ist natürlich darüber sehr wüthend, doch: „Was du nicht willst, das man dir thu', das füg' auch keinem Andern zu."

„Madai geht und nimmer kehrt er wieder!" so hallt der Angstruf durch unsere Stadt. Hat der Aermste seine Schuldigkeit bei den letzten Wahlen noch nicht völlig gethan, ist er gegen die Sozialisten noch nicht bis an die Grenze des Möglichen gegangen? Wird er deshalb gegangen? Da ist Tessendorf doch ein anderer Mann, der seine Schuldigkeit voll und ganz thut. Es wäre auch schade, wenn dieser Herr von Berlin versetzt würde, schade für die Ausbreitung der Sozialdemokratie.

Engere Wahlen.

Dresden: Bebel 11,616, Friesen (kons.) 10,712 St.
Breslau: Reinders 9767, Molinari (nat.-lib.) 9318 St.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der deutsche Kronprinz soll sich sehr unzufrieden über den Ausfall der Wahlen geäußert und die Ansicht ausgesprochen haben, daß die Auflösung des Reichstags ein Fehler gewesen sei. Vielleicht nicht ganz unrichtig. Jedenfalls steht so viel fest, daß nur die beiden reichsfeindlichen Parteien: Centrum und Sozialdemokraten, Ursache haben, mit den Wahlresultaten zufrieden zu sein. Die Conservativen haben nicht die gewünschte Majorität erlangt, und die Liberalen (einschließlich der Fortschrittler) sind vollständig zersprengt. Die ausschlaggebende Partei im neuen Reichstag ist das Centrum — eine drastische Illustration Bismarck'scher Staatsweisheit. Daß die katholische Partei nicht gesonnen ist, die Bahnen der Reaktion zu wandeln, die man in Kissingen vorzeichnen möchte, wird am besten durch das Verhalten der Centrums-Candidaten bei den Stichwahlen dargethan, wo sie sich durchweg gegen Ausnahmegesetze und Beschränkung des Wahlrechts erklärten.

— Nobiling hat einen neuen Selbstmordversuch gemacht. Das Reptil, welches diese sehr verdächtige Thatsache mittheilt, fügt bei: „Dadurch (durch den Selbstmordversuch) ist bewiesen, daß Nobiling wieder bei Verstand ist." Das Reptil scheint nicht zu wissen, daß die Selbstmörder eine eigene Kategorie der Irrsinnigen bilden, und daß die Selbstmordversuche derselben nicht Beweise wiederkehrender Vernunft, sondern umgekehrt Beweise des Irrsinns sind. Doch wozu mit solchem Gesindel sich einlassen, das professionsmäßig lügt. Etwas ist freilich durch den Nobiling'schen Selbstmordversuch bewiesen, nämlich daß man sehr schlecht auf Nobiling Acht giebt. Wir hoffen, man wird ihm nicht die Gelegenheit zu einem neuen Selbstmordversuch bieten, dessen Gelingen für unsere Attentatspartei freilich von außerordentlichem Nutzen wäre. — Zur Entlarvung der namenlosen Schurken, die Nobiling zu einem Mitglied und Agenten der Sozialdemokratie gestempelt haben, ist es dringend nothwendig, daß Nobiling vor den Schranken des Gerichts erscheine.

— Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Berlin berichtet: Wie wir hören, hat das Reichsjustizamt die Revision des Genossenschaftsgesetzes bereits in Angriff genommen. Als eine dabei zur Entscheidung zu bringende Hauptfrage wird angesehen, ob sich eine Aenderung der Genossenschaftsgesetzgebung, welche jetzt nur physischen Personen, nicht aber Kaufleuten unter ihrer Handelsfirma und offenen Handelsgesellschaften die Mitgliedschaft in Genossenschaften gestattet, dahin empfehlen würde, daß auch andere als physische Einzelpersonen Mitglieder von Genossenschaften werden können. Es wird im Reichsjustizamt weiter eine Milderung der gesetzlichen Solidarhaft der einzelnen Genossenschaften den Gläubigern der Genossenschaft gegenüber für nothwendig erachtet und dürfte deshalb eine frühzeitigere Gestaltung des Umlageverfahrens, als dies nach dem Genossenschaftsgesetze von 1868 statthaft ist, sowie eine genauere Feststellung des Regreßweges zwischen den einzelnen Genossenschaften, namentlich zwischen den ausgeschiedenen Genossenschaftern und der Genossenschaft, in Aussicht genommen worden. Nach den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes darf bekanntlich das Umlageverfahren erst nach Beendigung des Concursverfahrens beginnen und liegt es dann dem Vorstande ob, eine Berechnung anzufertigen, die Aufschluß darüber giebt, wie viel jede Genossenschaft zur Befriedigung der Gläubiger wegen der im Concurs erlittenen Ausfälle gegen die einzelnen solidarisch haftbaren Genossenschafter vorgehen, in Folge dessen insbesondere die wohlhabenderen Genossenschafter vollständig ruinirt werden können. Endlich ist noch eine Aenderung der Bestimmungen über die Geschäftsführung der Genossenschaft, insbesondere eine Verschärfung den Strafbestimmungen für Vorstandsmitglieder in's Auge gefaßt werden.

— Der sechste deutsche Aerztetag, welcher vor einigen Tagen in Eisenach stattfand, hat sich dahin entschieden, daß der vom Reichsgesundheitsamt veröffentlichte Entwurf — Leichenschau nur in Städten von über 5000 Einwohnern vorzunehmen — unannehmbar und an einer allgemeinen obligatorischen Leichenschau festzuhalten sei. Bezüglich der Impffrage wurde beschlossen Erhebungen über folgende Punkte anzustellen:

1) Ueber die neuerdings im Reiche angeblich vorgekommenen Gesundheitsbeschädigungen durch die Impfung, wobei jeder einzelne in den Schriften der Impfgegner aufgeführte Fall thunlichst zu prüfen ist.

2) Ueber eine fortlaufende Controle der etwa in der nächsten Zeit vorkommenden ähnlichen Fälle und eine organisirte Untersuchung derselben von Vereinswegen.

3) Ueber allgemeine Durchführbarkeit der animalen Impfung.

4) Ueber die von den Impfärzten beim Abimpfen zu beobachtenden Vorsichtsmaßregeln in Form eines allgemeinen deutschen Regulativs auf Grund der vom Vereinsvorstande im Jahre 1874 eingereichten Petition.

— Eine Wahlgeschichte, die für den Veranlasser nicht zum Besten ausfiel, wird aus München berichtet: Fünf Maurer führten nämlich Klage gegen den Maurermeister Griner, weil er sie am letzten Dienstag in der Ausübung ihres Wahlrechtes gehindert, resp. ohne Kündigung entlassen haben soll, nachdem sie trotz seines Verbotes um 5 Uhr statt um 6 Uhr Feierabend gemacht, um noch zur Wahlurne zu kommen. Maurermeister Griner wendet ein, daß sie ja über Mittag Zeit zum Wählen gehabt hätten. Beim Schiedsgerichte verlangen die Maurer nun ihre Löhne für 14 Tage pro Tag je 3 M. 30 Pf., also 39 M. 60 Pf. Sie führen an, daß die betreffenden Wahllokale sehr weit von der Baustelle entfernt waren. In der Mittagspause von fünf Viertelstunden wäre es ihnen unmöglich gewesen, den Wahlakt zu vollziehen und ihr Essen einzunehmen. Der Senat erkannte die Klage als vollständig berechtigt an und Herr Griner wurde verurtheilt, die Entschädigungen zu zahlen oder die Leute wieder zu beschäftigen.

Auf diese Art werden die Herren Bourgeois schon zur Raison gebracht werden.

— Vor dem Zuchtpolizeigericht in Köln wurde am 6. und 7. d. M. der Prozeß gegen unseren Genossen Joseph Dietzgen, Georg Schumacher und Stephan Johann Kröger verhandelt. Dieselben waren beschuldigt 1. zum Ungehorsam gegen Gesetze aufgefordert, 2. in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich angereizt, 3. öffentlich Einrichtungen und Gebräuche der katholischen Kirche beschimpft und 4. erdichtete und entstellte Thatsachen öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen (§§ 110, 130, 131 und 166 des Strafgesetzbuchs). Dietzgen hatte Ende Mai

Die dritte Abtheilung des Cabinets des weißen Czaren.

Schon vor Peter des Großen Zeit bestand am Czarenhof zu Moskau und Kiew eine Geheimpolizei, ganz nach dem Muster der türkischen eingerichtet, welche unter dem Namen Gowinnoii (d. h. Freunde 2c. d. Herrschers) ihr Amt versahen. Ebensowenig wie an den orientalischen Sultanshöfen galt dies Amt für schimpflich oder erniedrigend in den Augen des loyalen Altrussen, und stets waren es Männer aus den vornehmen Familien des Landes — einen eigentlichen Adel kennt der Russe so wenig wie überhaupt der Slawe —, die in den oberen Stellen dieses Verwaltungszweiges fungirten. Die Nachtseiten jeder despotischen Regierungsform machten eine derartige Einrichtung so selbstverständlich, daß Niemand daran Anstoß nahm. Die höheren Stände waren die Einzigen, welche mit dieser Größe im gesellschaftlichen Leben zu rechnen hatten, und sie thaten es, wie es ihre Väter gethan.

Diese Gowinnoii und keineswegs seine Ausländer waren es, die Peter den Großen vor der Strelitzenverschwörung, wie vor anderen Fallstricken rechtzeitig warnten.

Als nun Peter die wichtigste und ausdauerndste seiner Reformen schuf, jene großartige Rangliste, den Tschin, der noch heute gewissermaßen die Grundlage der ganzen russischen Beamtenhierarchie bildet, organisirte er Ministerialcollegien nach dem Muster des Auslandes, was ein verhängnißvoller Mißgriff des genialen Reformators war.

Damals war noch hinreichend Leben und Thätigkeit in den alten, nationalen, ständischen Verwaltungskreisen des russischen Volkes, den Wojewodschaften; hätte Peter hier seinen schaffenden Geist walten lassen zur Neubelebung und Umformung der alten dem Volke theuern und ehrwürdigen Verwaltungsformen, die, dem Volksgeist und dem nationalen Bedürfniß entstammend, sich lange trefflich bewährt hatten, so hätten ungeahnte, segensreiche Folgen für die Nation sich entwickeln mögen.

Nicht aufgehalten und gewaltsam in fremde, zum Theil ihm durchaus feindselig spröde Formen gezwängt, hätte sich der russische Nationalgeist mächtig entfalten können in eigenartiger Entwickelung, wurzelnd auf den alten, einheimischen Ständeverhältnissen. — Vielleicht ein großes Glück für ganz Westeuropa, daß es nicht also gekommen, sondern daß Peter I., ein Kind seiner Zeit, vor Allem die fremde Form für das Wichtigste ansah, in welche er die weitere Entwickelung des Volkes hinein zwingen wollte.

Wir Alle wissen, wie sein Werk nur zum Theil ihm gelang, ebensowenig wurde es unter seinen Nachfolgern vollendet, wie es denn heutigen Tages noch ein unfertiges Ganzes darstellt, dessen einzelne, zum Theil widerstrebende Theile einen ganz verschiedenen Grad der Vollkommenheit oder Unvollkommenheit darstellen. So ist es auch mit dem Tschin gegangen. Dies sollte eine, die ganze große russische Beamtenhierarchie umfassende Tabulatur sein, in der Alles in gliedernde Rangklassen eingetheilt, streng nach der Anciennetät vorrückend, eine ewige „Rang- und Quartierliste" finden sollte.

Nur schade, es fehlten zum Ausfüllen — die Beamten! Und je mehr sich das russische Reich durch absichtliche oder zufällige Eroberungen vergrößerte, desto empfindlicher trat der Mangel hervor an einem Material für die zahllosen Beamten, welche die schwerfällige Regierungsmaschine verlangte. — Es würde uns weit ab von unserem Thema führen, wollten wir auf diese Verhältnisse näher eingehen.

Nur Eines sei hier, weil zum Verständniß unumgänglich nöthig, angedeutet. Schon Peter I. hatte die Schwierigkeit bitter empfunden, aus seinem Volke das Material für einen tüchtigen, ehrliebenden Beamtenstand zu entnehmen. Er war genöthigt, sich an das Ausland zu wenden. Einen eigentlichen Adel gab es nicht; die wenigen Familien abgerechnet, welche von den alten Wojewoden, d. h. Herzögen, abstammten und nicht durch mehrfache Widersetzlichkeit und Empörung neben dem Leben auch den Besitz verloren hatten, gab es nur größere oder kleinere Grundbesitzer, die mehr oder weniger unfrei im Zustande äußerster Unbildung vegetirten und geistig nur wenig sich von der politisch todten Masse der Leibeigenen unterschieden. Nun aber hatte Peter einen großen und folgenschweren Fehler begangen, indem er einen wichtigen Faktor des Volkslebens, einen Stand, in dem die ganze geistige Regsamkeit und die wirklich staunenswerthe Schnellkraft und Energie in Bezug auf den Erwerb sich concentrirte, mit despotischer Willkür behandelte und dadurch sich entfremdete und in die Reihen der Opposition trieb.

Das war der Kaufmannsstand. Schon zu jener Zeit in mächtige Corporationen zusammengeschlossen, die theilweise bis in die Zeiten der deutschen Hansa reichten, bildete der russische Handelsstand entschieden den Theil des Volkes, auf den ein Reformator und Freund des Fortschrittes am ersten sich hätte stützen müssen.

Das gerade Gegentheil geschah; Peter versuchte nach dem Vorbilde der kurzsichtigen und unheilsvollen Handelspolitik, die zu jener Zeit in Frankreich wie in Holland am Ruder war, durch räuberisches Pachtwesen den Handelstand auszusaugen und trieb ihn dadurch zunächst der Opposition in die Arme.

Diese Opposition stützte sich auf den conservativen Sinn des slawischen Stammes in Allem, was Staat und — Kirche betrifft. — Und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag, können wir im Allgemeinen dreist behaupten. — Noch heute steht der russische Kaufmannsstand im Großen und Ganzen als geschlossene Phalanx in den Reihen der „Raskolniks", der orthodoxen Altgläubigen, welche die von Peter I. geschaffene nationale Kirche verdammen. Selten oder nie trat bisher aus seinen Reihen Einer oder der Andere über, um den Beamtenstand des Landes zu verstärken; dagegen war das Geld der Kaufleute, wenn auch seltener ihre Person, bei allen Aufständen und Revolutionen das eigentliche Agens, sobald dieselben eben nicht reine Palast- und Serailintriguen waren.

Solchen Verhältnissen verdankt die Geheimpolizei Rußlands ihr Dasein, und wenn man sieht, von welcher furchtbaren Masse von Verrath, Treubruch und Empörung, die mit jeder Waffe, vom offenen Aufruhr bis zum tückischen Giftmord, kämpft, ein russischer Herrscher umgeben ist, so kann man kaum des entschuldigenden Gedankens sich erwehren — er handle aus vollkommen berechtigter Nothwehr heraus.

Peter I. und seine Nachfolger gaben diesem Theil des Staatsdienstes eine wechselnde Gestalt; an der Spitze des Ressorts stand bald ein einflußreicher Mann, ein Günstling des Herrschers, bald ein routinirter Verwaltungsbeamter; feste Normen fehlen und sind auch für die heutige Gestaltung der Dinge, auf die es unseren Lesern doch allein ankommt, von keiner Bedeutung. — Peter III. hob in seinem freisinnigen Enthusiasmus sogar die ganze Einrichtung auf und vertraute rückhaltlos sein Leben und seinen Thron seinen treuen und ehrliebenden Russen. Ob er wohl im entscheidenden Moment daran dachte, als sein dunkles Geschick sich erfüllte? Auch Alexander I. wollte zuerst in platonischer Begeisterung nichts von einem so unmoralischen und eines wahren Herrschers unwürdigen Schutzmittel wissen. Die thatsächlichen Beweise von zwei ernsthaft genug gemeinten Anschlägen auf seine Person genügten indeß, um ihm eine andere Auffassung von der Lage der Dinge beizubringen.

Nach dem Muster des von Fouché bei Napoleon geleiteten Geheimcabinets — man sagt, nach Fouché's eigenhändigem Entwurfe, den derselbe auf Napoleon's Befehl für seinen damaligen Freund Alexander ausarbeiten mußte — geschah die Einrichtung. Es war dies bei Gelegenheit jener „ewigen und unwiderruflichen" Alliance, die zum Symbole ihrer „Wacklichkeit" auf schwankem Floß im Niemen von Napoleon, Alexander und Friedrich Wilhelm abgeschlossen wurde. Eine Alliance, bei der Jeder den Separatschwur that, sie sobald zu brechen, als das Verderben seiner beiden Alliirten es nur irgend erfordern würde.

Jene Polizei-Einrichtung, welche in ihren Grundzügen noch bis heute gültig geblieben ist, werden wir später noch kennen lernen. Als wichtig ist gleich zu erwähnen, daß von jetzt ab niemals ein obscurer Fachbeamter des Polizeiwesens als Chef fungirt, sondern stets Personen, die dem Herzen Seiner Majestät besonders nahe stehen.

Während der Regierung Alexander's war die Thätigkeit der dritten Abtheilung des kaiserlichen Cabinets eine verhältnißmäßig sehr ruhige und regelmäßige und beschränkte sich meistentheils auf die Bewachung der Gouverneure und Generalgouverneure

d. J. in einer Restauration zu Köln einen Vortrag über die Zwecke der sozialdemokratischen Bestrebungen auf Veranlassung von Schumacher gehalten und auf dessen Aufforderung im Selbstverlag drucken lassen. Schumacher hatte dann den Commissionsverlag der Schrift übernommen und Kröger dieselbe colportirt. In dieser Schrift findet nun die Staatsbehörde die Verstöße gegen die angeführten Paragraphen des Strafgesetzbuchs. Die Rathskammer des königl. Landgerichts hatte die Beschuldigten außer Verfolgung gesetzt. (Darauf reduzirt sich unsere irrige Nachricht, Dietzgen sei freigesprochen worden. R. d. V.) Auf die Berufung der Staatsbehörde verwies indeß der Anklagesenat die Beschuldigten vor das Zuchtpolizeigericht. „Sämmtliche Angeklagten, so schreibt die „Kölner Volkszeitung“ in ihrem Bericht, sind gut beleumundet. Der Bürgermeister von Siegburg giebt Dietzgen sogar das Zeugniß, daß er zu den fleißigsten und ordentlichsten Bürgern Siegburgs gehöre. Eine Reihe von Entlastungszeugen, welche zu den angesehensten Bürgern Siegburgs gehörten und alle von vornherein erklärten, daß sie nicht politische Gesinnungsgenossen des Dietzgen seien, gaben demselben die besten Zeugnisse. Sie sagten aus, daß derselbe kein politischer Agitator sei, sondern die Ziele der Sozialdemokratie nur auf dem Wege der Reform erstrebe, nie in Gesellschaft unaufgefordert über Sozialdemokratie spreche, ein gutes Herz habe und seine Frau, die streng kirchlich sei, nie vom Besuche des Gottesdienstes abhalte. Der Entlastungszeuge Rentner Hellwitz von hier nannte Dietzgen einen Ehrenmann durch und durch, welcher mehr Philosoph als persönlicher Agitator sei.“ Dietzgen wurde bekanntlich anfangs Juni verhaftet und befand sich seit jener Zeit in Haft. Schumacher wird von der Polizei als Hauptagitator geschildert, welcher in allen sozialdemokratischen Versammlungen als Redner auftrete und thatsächlich der Vertreter des sozialdemokratischen Arbeitervereins zu Köln gewesen sei. Kröger gehörte nach dem Leumundsbericht der Polizei dem sozialdemokratischen Agitationscomité an und „besitzt einen bittern Spott und beißenden Hohn“. Sämmtliche Beschuldigte bestritten den strafbaren Inhalt der Schrift. Dietzgen gab an, daß er viele Artikel für den „Vorwärts“ und einige für die „Kölner Freie Presse“ geschrieben, aber nie ein Honorar erhalten habe. Nur einmal habe er ein Honorar ohne sein Verlangen für einen Artikel erhalten, der in dem in Zürich erscheinenden Blatte „Die Neue Gesellschaft“ erschienen sei. Schumacher erklärte, daß er das Manuskript des Vortrages vor dem Drucke nicht in der Hand gehabt und also nach dem einmaligen Hören des Vortrages den Inhalt nicht genau gekannt habe. Kröger machte geltend, daß er den Vortrag nur theilweise gehört habe. Herr Advokatanwalt Elven vertheidigte die Anklagen in einem mehr als zweistündigen Vortrage und plaidirte auf Freisprechung sämmtlicher Beschuldigten. Wegen vorgerückter Zeit wurden die Verhandlungen Dinstag (6. d.) Abend nach 7 Uhr abgebrochen, um Mittwoch Vormittag um 9 Uhr wieder aufgenommen zu werden. Der Präsident machte beim Beginn der zweiten Sitzung Dietzchen aufmerksam darauf, daß derselbe auf dem Transporte von Siegburg hierher einen Fluchtversuch gemacht habe und fügte hinzu, daß er glaube, dies sei der Grund gewesen, warum man sein Gesuch um Entlassung aus der Vorhaft abgeleant habe. Dietzgen erwiderte, daß er den Fluchtversuch gemacht habe, um sich der Vorhaft zu entziehen, deren Ende er bei dem damals herrschenden Terrorismus nicht habe absehen können. Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums beantragte gegen Dietzgen ein Jahr Gefängnißstrafe, gegen Schumacher neun Monate, gegen Kröger sechs Monate. Die Verkündigung des Urtheils wurde auf den folgenden Sonnabend, den 10. d., ausgesetzt.

Das Urtheil lautet gegen alle drei Angeklagten auf Freisprechung. Auf Antrag des Staatsanwalts, der Appellation anmeldete, wurde Dietzgen in Haft behalten.

— Die Schwaben werden noch immer nicht gescheit. Die Nr. 64 der „Süddeutschen Volkszeitung“ (Stuttgart) berichtet erstens, daß Nr. 63 des Blattes confiscirt worden sei; zweitens die Genossen Dr. Dulk, Loffau, Degenhard, Rieger, Schuller, Sievers und Neumann sich noch immer in Haft befinden; drittens die Nr. 16 des „Genossenschafter“, Organ für Gold- und Silberarbeiter, confiscirt worden sei, und viertens in Stuttgart die Flugblätter der Sozialisten und Reichstreuen und in Heilbronn drei volksparteiliche und ein conservatives Flugblatt confiszirt worden seien. Wenn das die Schwaben nicht rettet, so kann ihnen nimmermehr geholfen werden.

— Ueber den Kutscherstrike in Paris schreibt die „Vossische Zeitung“: „Kaum sind die großen Arbeitseinstellungen in den Provinzen bewältigt, so tritt eine viel größere in Paris ein. Alle Kutscher feiern heute, und man kann sich denken, welche Hindernisse und Nachtheile es erzeugt, wenn von gegen 8000 Droschken kaum einige Hundert in Betrieb sind, die Stadt aber wegen der Weltausstellung 100,000 Fremde mehr zählt, welche der Fuhrwerke um so häufiger bedürfen. Uebrigens befinden sich die Kutscher zwischen Hammer und Ambos. Die Polizeipräfektur bestraft unnachsichtlich, ohne Verhör und Vertheidigung, alle Kutscher, welche sich weigern, zum gewöhnlichen Tarif Fahrgäste aufzunehmen, und hat ihrer allein am Nationalfest des 30. Juni 247 deshalb verhaftet. Die Droschkengesellschaften aber, und nach ihr die meisten Fuhrherren, verlangen, daß der Kutscher täglich 20 bis 30 Franken, an Sonn- und Festtagen selbst noch viel mehr, abliefere. Der Kutscher, welcher für den gesetzlich festgestellten Preis fährt, bringt es aber nur im besten Falle auf diese Summe, es bleibt also nichts für ihn. Die Gesellschaft nährt dabei die Pferde so schlecht, daß der Kutscher täglich für 75 Centimes bis 1 Franken Hafer aus eigener Tasche zukaufen muß, damit sie überhaupt noch leistungsfähig sind. Nun verlangt die Polizeipräfektur, freilich im wohlverstandenen Interesse des Publikums, daß jeder öffentliche Wagen mit einem Schildchen versehen ist, auf welchem loué (vermiethet) steht, wenn derselbe nicht frei ist; andernfalls muß derselbe ohne Weiteres jeden Fahrgast aufnehmen. Dadurch wäre es den Kutschern unmöglich, eine Fahrt zu dem gesetzlichen Preise zu verweigern. Deshalb gehen sowohl die Kutscher als die Droschkengesellschaft hierauf nicht ein. Letztere macht ohnedies schlechte Geschäfte, ist sie doch eine der schmählichsten Gründungen des Kaiserreichs, welche lange Jahre hindurch ein Privilegium besaß und die Fahrpreise auf die doppelte Höhe geschraubt hat. Außer einigen Hundert Kutschern, welche ihre eigenen Wagen haben, oder bei kleinen, nebenbei selbst fahrenden Fuhrherren beschäftigt sind, sieht man heute keine Droschke auf der Straße, die deshalb sehr leer erscheinen. In meiner Nähe sind große Stallungen der Droschkengesellschaft, aber alle Wagen stehen unbespannt unter den Schuppen, während seit dem Morgen mehrere Polizisten die Straße besetzt halten. Die feiernden Kutscher halten sich fern, man sieht nur ausnahmsweise einen auf ihren gewöhnlichen Sammelplätzen. Mir ist berichtet worden, die Gesellschaft wolle den Strike und habe ihren Kutschern je 5 Franken für den Tag versprochen. Jedenfalls schiebt sie alsdann die Kutscher vor, um die Aufhebung des gesetzlichen Fahrpreises und der polizeilichen Vorschriften zu erzwingen. Für diejenigen, welche öfter Fuhrwerk brauchen, sind das schlechte Aussichten, nämlich die Gewißheit einer neuen Vertheuerung.

— Das Züricher kantonale Arbeitercomité hat an den Regierungsrath einen Antrag gerichtet betreffs Uebernahme des Getreidehandels durch den Staat. Der Antrag ist von 6072 Wählern unterstützt und muß laut Verfassung zur Volksabstimmung gebracht werden. Die Schweizer Arbeiter gehen mit dem Sozialismus und seinen Forderungen praktisch um, das muß man sagen; kaum haben sie das Fabrikgesetz durchgesetzt, kommen sie mit diesem Vorschlag, der für das gesammte Volk von unberechenbarem Vortheil sein wird. Die Erde bringt so viel hervor, daß noch einmal soviel Menschen, wie überhaupt existiren, leben könnten. Und doch lesen wir tagtäglich von Fällen, in denen Menschen Hungers halber gestorben sind. Die Ursachen liegen in unserer verkehrten Weltordnung; Verbesserungen können aber nur dadurch herbeigeführt werden, daß man das Uebel an der Wurzel anfaßt und die Ursachen entfernt. Jetzt liegt der Getreidehandel in den Händen von gewissenlosen Händlern und Agenten, die die Preise künstlich in die Höhe treiben und das Getreide lieber verfaulen lassen, als billiger verkaufen. Es heißt oft: aber das ist ein fruchtbares Jahr, und doch werden die nothwendigsten Lebensmittel nicht billiger! Da müssen die Bauern aber reich werden! Man sehe nur hin in die Bauerndörfer, wie viel es dort reiche Leute giebt — alle Jahre werden der Armen mehr und der Reichen weniger. Die Händler und Agenten allein sind es, welche das Fett abschöpfen und von dem Schweiße des Landmanns leben. Und diesem Uebel kann nur allein dadurch gesteuert werden, daß der Staat den Getreidehandel übernimmt und dem Privatmann verboten wird, mit diesem allernothwendigsten Lebensmittel Geschäfte zu machen, Wucher zu treiben. Wir wünschen den Schweizer Arbeitern Glück zu ihrem edlen Unternehmen!

— Der Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“, Genosse Kokosky, ist am 6. d. M. in Haft genommen worden, um eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe „abzubüßen“.

— Unerhört! Seit länger als zwölf Jahren wird die unter dem Titel: Arbeiterlesebuch gedruckte große Frankfurter Rede Lassalle's von allen Buchhandlungen unbehindert vertrieben. Diese Broschüre ist geradezu ein Stolz der deutschen Literatur. In Kiel aber wurde dieselbe in der Expedition der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ mit Beschlag belegt und zwar auf Grund eines im Jahre 1873 gefaßten Rathskammerbeschlusses in Potsdam! — Potsdamer, Ihr!

— Im Offenbach-Dieburger Wahlkreis hat der reaktionärliberale Dernburg mit einer Mehrheit von etwa 400 Stimmen (11,100 gegen 10,700) über Liebknecht gesiegt. Bei der vorigen Stichwahl hatte er einen Vorsprung von über 2000. — Wir haben also Fortschritte gemacht, die uns bei der nächsten Wahl den Sieg verbürgen.

— Aus Brüssel erhalten wir eine „Adresse“ an die deutschen Arbeiter mit einem „fröhlichen Glückauf zu den Stichwahlen!“ Wir werden das Schriftstück in nächster Nummer veröffentlichen.

Befreiung der Christen und russische Cultur.

Ein auf einer deutschen Universität studirender nicht muhamedanischer Türke schreibt uns:

So ist es denn vollendet, das große Heldenwerk russischer Humanität, russischer Frömmigkeit und Nächstenliebe! Die armen verfolgten Brüder in Christo, sie sind befreit aus den Krallen der Ungläubigen, der Ketzer! — und der fromme Scythe hält auf dem Trümmerhaufen rauchender Moscheen den feierlichen Absolutions- und Leichenschmaus. Ganz Europa jubelt dem Befreier der verfolgten türkischen Christenheit, dem Coryphäen der Bildung und Humanität zu, ganz Europa höhnt den Löwen, der in tapferem Kampfe der zwanzigfachen Uebermacht erlag!

Schon flammt die ganze Balkanhalbinsel von dem schlecht parfümirten Talglicht russischer Civilisation; am Strand der Donau ist der erste, im Rodope-Gebirge der letzte Altar errichtet, von dessen bluttriefendem und rauchendem Gemäuer russisch-christliche Nächsten- und Feindesliebe ihre Kapuziner-Predigten gegen die armen mißkannten Türken herabdonnert.

Und Europa jubelt Beifall!

Unter dem schlauen Deckmantel christlicher Liebe, unter dem nichtigen Vorwande türkischer Intoleranz und „zu Schutz und Schirm“ von vier kläffenden Kötern griff eine Großmacht — deren Cultur sich sehr wenig über das Niveau sibirischer Eisbärenjagd und kosakischer Talg- und Spiritus-Consumtion erhebt, deren Literatur unendlich tief unter dem ottomanischen Parnaß einherkriecht, deren Unterthanen, unbekannt mit dem Zauberwort „Freiheit“, bis vor wenigen Jahren noch unter dem unerträglichen Joch harter Sklaverei (Leibeigenschaft) fröhnten — ein Volk an, das an Literatur und orientalischer Kultur, wie an Heldenruhm und ehemaligen Glanzepochen der russisch-christlichen Civilisation ebenbürtig, wo nicht überlegen ist!

Mit dem Schlagwort der „Christenbefreiung“ eroberte Rußland die Sympathien halb Europas.

Nun sind die „unterdrückten Volksstämme“, die sich Christen nennen, vom unerträglichen Joch des Halbmonds befreit, um in die Ketten einer christlich-despotischen Tyrannei zurückzusinken.

Vergebens ist die Reue der früher fast souveränen Staaten „Serbien und Rumänien“; die Zeit ihrer politischen Existenz ist vorbei, die Zeit ihrer Knechtschaft ist gekommen. Bald wird von den Zinnen von Bukarest und Belgrad die russische Fahne niederwehen, und russische Statthalter werden mit dem „Recht“ der Knute die bethörten Staatchen regieren. — —

So unser Correspondent.

Nun, durch den englisch-türkischen Vertrag ist den Russen denn doch ein Riegel vorgeschoben worden, der nicht so leicht zu zerbrechen sein wird. Bis jetzt besteht der Haupterfolg der russischen Diplomatie darin, daß Oesterreich in die bosnisch-herzegowische Falle getappt ist und nun für den russischen Czar bluten und sich vielleicht — verbluten muß.

Correspondenzen.

Aus Schwaben. Der Ausfall der Wahlen bei uns bietet kein erfreuliches Bild; es zeigte sich wieder so recht, daß die meisten Menschen nicht im Stande sind, selbstständig zu denken, sich lediglich als Stimmvieh gebrauchen lassen und allerdings das allgemeine Wahlrecht gar nicht verdienen. Während, abgesehen von unserer Muckerresidenz, wenigstens in unseren größeren Städten, wie Eßlingen, Heilbronn, Cannstatt, Reutlingen, Tübingen, Göppingen, Freudenstadt und anderen die Candidaten der Volkspartei zum Theil erhebliche Majoritäten erzielten, ließen sich die Bauern heerdenweise an die Wahlurne treiben, um für den Regierungscandidaten zu stimmen, und diesem „gesunden Sinn der Landbevölkerung“ haben es nun die verschiedenen Herren Obertribunal- und anderen Räthe zu danken, daß sie mit ganz überraschenden Majoritäten gewählt wurden. Wenn unsere Bauern vor dem rothen Gespenst solche Furcht haben, daß sie sogar vor der bürgerlichen Demokratie, welche man ihnen als Freundin und Bundesgenossin desselben darstellte, erschreckt zurückweichen, was sollen erst wir von ihnen erwarten! In Urach war es nicht möglich, ein Lokal für Retter, einen sogen. Demokraten, zu bekommen — Liebknecht und Most würden jedenfalls dort gesteinigt! Das Traurigste an der Sache ist, daß mancher für Freiheit und Volkswohlfahrt begeisterte Mann sich abwendet von einem Volk, das mit Gewalt Ketten will, zertreten sein will, das die Schafheerde bleiben will, die es schon seit 1000 Jahren ist. „Ein Volk hat nicht immer gerade diejenige Regierung, ganz gewiß aber immer diejenige Vertretung, die es verdient.“ Nun denn, meine Schwaben wenigstens, diese Krähwinkler Deutschlands, können sich nicht beklagen, wenn ihnen das allgemeine Wahlrecht wieder abgenommen wird, — da die guten Leutchen es doch nicht gebrauchen wollen.

---

der einzelnen Gouvernements, soweit ihre Thätigkeit nicht von den polnischen Zuständen absorbirt wurde.

Es war ein böser Zufall — die Geschichte ist reich an solchen —, daß der damalige Chef des Cabinets der dritten Abtheilung, Graf Regnin, am Vorarbende der Reise des Kaisers Alexander nach Taganrog, von welcher dieser nicht wiederkehren sollte, bei der Heimkehr von seinem abendlichen Spazierritt mit dem Pferde stürzte; es hieß, unnütze Buben hätten einen Strick über die Straße gespannt. So reiste denn sein Stellvertreter und langjähriger Gegner, der Rath Kuffski, mit dem Kaiser. Nach des Letzteren Tode aber brach das goldene Zeitalter für die dritte Abtheilung des kaiserlichen Cabinets an. Czar Nikolaus, das war der Mann für eine derartige Institution.

Er begann damit, die ganze Regierungsmaschine außerordentlich zu vereinfachen, wie er glaubte; in Wirklichkeit fügte er zu den hunderttausend alten, zum Theil recht erklecklich eingerosteten Rädern einige neue, wodurch die Friktion der ganzen Maschine nicht unerheblich wuchs. Indessen das machte nichts, wenn er nur in dem Wahne bestärkt wurde, er regiere allein. Nie lebte ein Herrscher zeitlebens in einem größeren Irrthum.

Zuerst hatte es schon unter Peter I. einen Senat gegeben, der von Alters her eine berathende Stimme neben dem autokratischen Herrscher besessen hatte. Die Persönlichkeit des jedesmaligen Herrschers und des Senatspräsidenten — ich will die Leser nicht mit den russischen Namen, die nur an einem längeren Sommertage auszusprechen sind, behelligen — bestimmten die Art dieses Einflusses, der größer war, als man gemeinhin glaubte. Diesem Senat hatte schon Peter seinen Einfluß entrissen, dadurch, daß er die sieben Chefs der wichtigsten Verwaltungszweige mit dem Titel Generaldirektoren und dem Prädikat Excellenz versah, sie gelegentlich zu Collegien vereinigte und von ihnen dann in pleno Gesetze, Verordnungen und wichtige Maßregeln gutheißen ließ, die er mit einzelnen Mitgliedern dieses Collegiums, häufig auch mit anderen Personen berathen hatte. Dem Senate wurde dann und wann eine ganze Portion derartiger Novellen in feierlicher Versammlung mitgetheilt, womit sie als publicirt und rechtskräftig galten. — Unter Peter's Nachfolgern war dies im Großen und Ganzen so geblieben.

Mitunter war sogar der Senat bis zu einem Widerspruch gekommen, die alte Institution wurzelte doch so tief im Volksgeiste, daß man sie nicht beseitigen wollte, obwohl sie nur leere Form war.

Nikolaus erhöhte nicht nur die Zahl der Generaldirektoren auf 10, sondern ernannte sie zu Ministern, und zwar gab er ihnen auch Ministerien, so daß nun für jeden Verwaltungszweig ein Mikrokosmus von Beamten in Petersburg selbst geschaffen wurde, den jeder Bericht von Stufe zu Stufe zu durchlaufen hatte, während in früherer Zeit der Direktor selbst kurz und gut mit wenigen Schreibern die Sachen erledigt hatte.

Ferner schuf Nikolaus „das Cabinet des Czaren“, welches, in vier Abtheilungen, unabhängig von den Ministerien, Bruchstücke aus den wichtigsten Verwaltungsbranchen zur unmittelbaren Erledigung durch den Czar vorzuberathen hatte. Wer ein wenig im Hofleben Bescheid weiß, kann sich denken, wie neben einem solchen Cabinetschef, und sei es ein 30jähriger Mann, der älteste Ressortminister zur Null herabsank. — Hatte Jener doch zu allen Stunden das Ohr des Herrschers, lebte, wohnte vielleicht sogar unter einem Dache mit diesem, konnte die flüchtige Stimmung der Stunde benutzen, wo dem Minister nur die offizielle Audienz oder der Staatsrath in pleno offen stand.

Daß diese Verhältnisse zu einem heillosen Intriguenspiel geradezu aufforderten und wie die Sporen eines Giftpilzes wuchernd in alle Fugen und Spalten des ungelenken Staatsorganismus drangen, dort die Friktion in's Unerhörte vermehrten, je weiter der Thatort von der Centralstelle entfernt war, ist natürlich. Dies zumeist führte dazu, die dritte Abtheilung des kaiserlichen Cabinets fortwährend zu erweitern.

Nicht nur die Zahl der Beamten, sondern auch ihre Befugnisse wuchsen, und ihr wurde der offizielle Name Gendarmerie, wie auch wir sie jetzt bezeichnen wollen, gegeben.

Von einer simplen, geheimen Leibwache des Czaren, welche dessen Person schützen sollte, manchmal gegen seine offizielle meuterische Garde, war die Gendarmerie zu einer Geheimpolizei für Petersburg avancirt. Dann zog sie das ewig gährende Polen in den Kreis ihrer Wirksamkeit.

Bisher aber waren politische Vergehen ihr einziges und ausschließliches Objekt gewesen.

Nikolaus aber steckte ihr ganz neue Ziele. Die fähigsten und begabtesten der Linien- und Gardeoffiziere und Unteroffiziere wurden ihr zugetheilt. Sie selbst wurde in Abtheilungen gegliedert, welche den Verwaltungskreisen Rußlands entsprachen, und für jedes Departement wurde eine Abtheilung Gendarmen bestimmt, der eine Anzahl wirklicher geheimer Agenten, die bürgerliche Kleidung trugen und irgend eine Stellung als Beamte oder Gewerbtreibende inne hatten, zugetheilt wurden.

Wie eine ungeheure Spinne zog die Gendarmerie ihr Netz über alle gesellschaftlichen Kreise Rußlands. Wo ein Offizier in der wohlbekannten hellblauen Uniform erschien, öffneten sich ihm die sonst exclusivsten Kreise. Niemand wagte es, seine Besuche unerwidert, seine Einladungen unbesucht zu lassen. Wußte man doch, daß dies die Augen des Czaren seien, womit er Herz und Nieren seiner Beamten prüfte. Die Berichte, welche von diesen Gendarmen in dem Cabinet ihres Chefs einliefen, entschieden in erster Reihe über das Schicksal des Betreffenden. Das Urtheil seines Ressortministers kam erst in zweiter Linie in Betracht.

(Schluß folgt.)

Die schwäbischen Bauern, noch mehr aber eine gewisse Sorte von Städtern, sind jeder Belehrung unzugänglich, diese Menschen müssen fühlen: ehe sie nicht statt drei zehn Jahre in der Kaserne gedrillt werden, ehe ihnen nicht der letzte Blutstropfen in Gestalt indirekter Steuern abgezapft wird, eher werden diese menschenähnlichen Geschöpfe nicht zu vernünftigen Menschen. — Eine gute Seite hat der Ausfall der Wahlen aber vielleicht doch: möge die mit so großem Geräusch in die Wahlschlacht gezogene und so elendiglich unterlegene Volkspartei endlich einmal zur Einsicht gelangen, daß ihre Rolle ausgespielt ist, möge sie wenigstens vorläufig ihren Schwerpunkt statt immer mehr nach rechts, nach links verlegen; nachdem die Wahlresultate vorliegen, wäre es freilich gewagt, zu behaupten, bei Befolgung einer anderen Taktik wäre noch der eine oder andere Candidat durchzubringen gewesen, denn die Regierungsmaschine arbeitete mit zu gewaltigem Hochdruck, wie aus der Freitagsnummer der „Berliner Freie Presse“ zu ersehen; allein das wird Niemand bestreiten, daß bei einem gedeihlichen Zusammenwirken mehr herausgekommen wäre, als z. B. bei den von der „Volkspartei“ provozirten Streitigkeiten in Eßlingen und Stuttgart.

Mering, 4. August. Wahrlich Großartiges haben die sozialistischen Männer am 30. Juli geleistet. Wir haben eine Feuerprobe bestanden, welche in der Geschichte einzig dasteht. Mitten im Siegestaumel unsrer Gegner hört man auch schon den Nothschrei über den Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten. Schon hört man diese Herren sagen: was nützen hier Ausnahmegesetze. Diese Leute wollen die sozialistische Hochfluth dämmen mit ihren verschwommenen Programmen, mit Rohheit, Furcht und Feigheit. Was haben diese Ordnungshelden nicht schon erfunden, um unsere Hochfluth zu dämmen und mit welchem Erfolg? Immer mit einem kläglichen Fiasko. Es wollten sie unsre Führer fressen oder den wilden Thieren vorwerfen, da diese Herren aber am 30. Juli gesehen haben, daß wir nicht von unseren Führern, sondern dieselben von uns abhängen (und unsere Führer sitzen meistens im Kerker), indem ein jeder Sozialdemokrat Agitator ist, stehen diese Menschen verblüfft da und bewerfen sich gegenseitig mit Koth. Ja, ihr Herren Gegner, so ist's; heute Fortschrittler, morgen gemäßigter Liberaler, übermorgen reichstreu und Ordnungsheld, dann liberalconservativ, freiconservativ, reaktionär und zuletzt erzreaktionär, und das alles aus Furcht vor den Sozialdemokraten. Ihr braucht euch wahrlich nicht zu fürchten, für euch haben wir blos Mitleid. Wir können euch aber nicht helfen, tröstet euch, vielleicht ist es nur noch eine Frage der Zeit und ihr seid Sozialisten eben so gut wie jetzt erzreaktionär, denn bei euch ist kein Ding unmöglich. Jetzt habt ihr Gegner freilich gesehen, daß mit Ausnahmegesetzen gegen uns nichts erreicht wird. Ihr seid mit einer Rohheit gegen uns vorgegangen, wie sie nur von Kosaken und Baschi-Bozuks zu erwarten ist. Ihr Schlaumeier, was habt ihr errungen damit? Daß wir einige Sitze im Reichstag verlieren, das konnte unter den angeführten Umständen gar nicht anders sein. Jedoch unsere immense Stimmenzahl, die liegt euch in den Knochen, das fällt euch schwer in die Wagschale. Wir haben in 38 norddeutschen Wahlkreisen, soviel bis jetzt ermittelt, 59,000 Stimmen mehr als voriges Jahr am 10. Januar. In Bayern haben wir unter den ungünstigsten Verhältnissen nahezu 6000 Stimmen im Durchschnitt mehr wie voriges Jahr. Und ihr wollt nun noch die Sozialdemokratie vernichten? O ihr Thoren, dies wäre zum Lachen, wenn wir nicht in einer zu ernsten Zeit lebten. Sozialistische Männer! Männer der Arbeit, Handwerker und Feldbebauer, wir schwören, unsre Pflicht bei den Stichwahlen ebenso zu erfüllen wie am 30. Juli, wir werden überall eine Reserve in die Wahlschlacht führen, daß unsern Gegnern Hören und Sehen vergeht. Schon in wenigen Tagen werden unsre Resultate entschieden sein. Darum Hoch die Arbeit! Hoch die Sozialdemokratie!

Stuttgart, 5. August. Wohl nicht leicht können in einem andern Wahlkreise die Genossen mit den gleichen Verfolgungen zu kämpfen gehabt haben, wie solche im 1. württembergischen Wahlkreise zu Tage traten. Kein Mittel wurde unversucht gelassen, uns unsere Wahlagitation unmöglich zu machen. So sorgten unsere Gegner in erster Linie, uns die größeren Lokale zur Abhaltung von Wählerversammlungen, sowohl in Stuttgart wie auf dem Lande, streitig zu machen, und wir können sagen, daß ihnen dies auch gelang. Die Verleumdungen und Schmähungen unserer Partei und unseres Candidaten von Seiten der liberalconservativen Compromißpartei konnten ungestört vom Stapel gelassen werden, weil — nun weil es uns unmöglich gemacht wurde, aufklärend vor die Massen zu treten. Große Wählerversammlungen waren unmöglich und unsere Flugblätter wurden confiszirt. Und trotzdem ist das Wahlergebniß ein derartiges, daß unsere Gegner mit Schrecken merken, daß eine so gerechte Bestrebung wie die unsrige durch keinerlei Machination todt gemacht werden kann. Gegenüber den Vortheilen der anderen Parteien in der Wahlagitation steht das Stimmenresultat für uns hoch, wie sich aus Folgendem ergiebt: Dr. Dulk (soz.-dem.) 4102, Hölder (lib.-conf.) 10,865, Leipheimer (Volksp.) 3767, Probst (ultr.) 264 Stimmen. — Selbst wenn wir ein Ausnahmegesetz hätten, konnte nicht schärfer gegen uns vorgegangen werden. Das zeigt Folgendes: Unser erstes Flugblatt wurde confiszirt und Tags darauf wieder frei gegeben. Das zweite und dritte einige Stunden nach dem Erscheinen confiszirt und die Austräger derselben theilweise verhaftet. Die Schultheißen des Amtsbezirks rechtfertigten die von ihnen vorgenommenen Verhaftungen und Beschlagnahme der Flugblätter und theilweise sogar der Stimmzettel mit der Angabe: im Auftrage des Oberamtes zu handeln, indem alle von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Vertheilung kommenden Flugblätter hinwegzunehmen nnd die Vertheiler zu verhaften und vorzuführen sind. Einem Genossen wurde sogar folgendes Schriftstück in seinem Wortlaute übergeben:

„Harthausen, Amts Oberamt Stuttgart.

Da durch Anordnung des Oberamts die herumlaufende mit Wahlzettel zur deutschen Reichs Wahl verboten ist. So werden dieselben im Ort abgewiesen.

Zur Beurkundung.

Harthausen, den 28. Juli 1878.

Schultheiß Abwesend:

A. V. Huß.“

Am Tage vor der Wahl erfolgte die Verhaftung des ganzen Personals der Stuttgarter Genossenschaftsbuchdruckerei, wie auch des Expedienten der „Süddeutschen Volkszeitung“; sodann des Wahlcomités und eines Genossen, der Sonntags zuvor bei Gelegenheit einer Abendunterhaltung zu Gunsten des Wahlfonds bekannt gab, daß nun zum Vortrag komme: „Gegen den Strom“. (Bekanntlich aus dem „Vorwärts“.) Im Laufe des Abends wurden wieder aus der Haft entlassen: das Druckereipersonal mit Ausnahme des Geschäftsführers und der Expedient. Am gleichen Abend wollte unser Candidat Dr. Dulk sein Programm vor den Wählern in Feuerbach erläutern, wurde jedoch, bevor er das Wort ergriff, verhaftet und an die Behörde in Stuttgart abgeliefert. Am Tage der Wahl waren nun eine Anzahl der Genossen durch ihre Verhaftung verhindert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Am Abend des 30. Juli, nachdem die Wahl beendigt war, erfolgte die Freilassung des Genossen, der den bewußten Vortrag ansagte. Donnerstag den 1. August wurde die fertige Nummer der „Süddeutschen Volkszeitung“ confiszirt und der Redakteur Rieger verhaftet. Es befinden sich nun in Untersuchungshaft drei Redakteure, unser Candidat Dr. Dulk, der Verfasser der letzten Flugblätter, Schuller, der Geschäftsführer der Genossenschaftsbuchdruckerei und das Wahlcomité, zusammen 16 Personen, größtentheils Familienväter. — Es würde zu weit führen, alle bedeutenderen Vorkommnisse hier zu verzeichnen, indem sich schon aus obigem ein genügendes Bild ergiebt.

NS. Soeben, Montag Mittag, den 5. August, wurde das Wahlcomité aus der Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt.

Plauen, 5. August. Der Ausfall der Reichstagswahl vom 30. Juli hat in unserm 23. Wahlkreise eine ganz außergewöhnliche Ueberraschung, oder richtiger gesagt Aufregung hervorgerufen. Man glaubte mit ganzer Bestimmtheit an eine Stichwahl zwischen Burckhardt und Landmann und doch kam es anders. Obgleich wir unser Möglichstes gethan, den Arbeitercandidaten mit zur engeren Wahl zu bringen, gelang dies doch nicht; es kommen vielmehr Meusel, der bisherige conservative Abgeordnete des 23. Kreises und der nationalliberale Superind. Landmann dazu. Daß sich die Arbeiter einer solchen Stichwahl gegenüber vollständig theinahmlos verhalten, ist ja selbstredend, denn die beiden in Frage stehenden Candidaten haben schon von vornherein für Ausnahmegesetze und alle sonstigen schönen Sachen zu stimmen versprochen, so daß wir weder für den Einen noch für den Andern eine besondere Vorliebe fassen könnten. Ein eigentlicher Unterschied zwischen ihnen ist nicht im Geringsten vorhanden. Wir werden uns also der Wahl, welche am 15. August hier stattfindet, vollständig enthalten und aber auch alle Diejenigen, welche durch besondere Verhältnisse zum Wählen genöthigt sein sollten, zur Abgabe ungültiger Zettel zu bewegen suchen. Als „Stimmvieh“ wollen wir uns nicht mißbrauchen lassen. Es ist überhaupt auch ganz gleichgültig, ob ein nationalliberaler Schwarzer, oder ein schwarzer Conservativer im Reichstage sitzt, Beide sind Freiheitsfeinde und haben der Arbeiterpartei den Tod geschworen. Die Conservativen waren es, die die Wirthe beeinflußten, uns keine Säle zu geben, und die Arbeitermaßregelungen sind zum größten Theil von den Liberalen verübt worden; deshalb holen wir weder für diesen noch für jenen die Kastanien aus dem Feuer. Die Einschüchterungen und die dadurch bei vielen Arbeitern Platz gegriffene Furcht haben es dahin gebracht, wohin es gewisse Leute haben wollten, sie mögen sich ihrer Heldenthaten freuen, um solche „Siege“ sind sie nicht zu beneiden. Wir hatten aber auch bei Aufstellung unseres Candidaten mit allerhand unvorhergesehenen Schwierigkeiten zu kämpfen, indem die bereits erfolgte Proklamirung Reißer's wieder rückgängig gemacht werden mußte, weil derselbe aus persönlichen Gründen noch in letzter Stunde ablehnte, worauf wieder einige Tage verflossen, bis wir in Burckhardt endlich einen bestimmten Candidaten bekamen. Da es aber demselben bei der Kürze der Zeit und bei seiner anderweitigen Candidatur im 10. sächsischen Kreise nicht möglich war, bei uns länger zu verweilen, muß das erzielte Resultat, welches sich auf beinahe 4000 Stimmen für denselben beläuft, als günstig bezeichnet werden. Burckhardt konnte sich nur in drei Versammlungen, in Plauen, Adorf und Langenbach bei Mühltroff, den Wählern zeigen; in den meisten Orten des Wahlkreises war derselbe so gut wie gar nicht bekannt, und dennoch dieses Resultat, wobei aber, wie schon erwähnt, der Umstand der Theilnahmlosigkeit eines großen Theiles der Arbeiter infolge der ihnen angedrohten Entlassungen in Betracht gezogen werden muß. Man ersieht also daraus, daß unsere Ideen bereits im Bürger- und Handwerkerstand eingedrungen sind und daselbst Wurzel gefaßt haben, was sich ganz besonders in den Städten Plauen, Pausa, Mühltroff und Adorf gezeigt hat; nur die Abstimmung der Landbevölkerung war für uns ungünstig. Aber auch dieses Hinderniß wird noch überwunden werden. Von Verboten und Verhaftungen können wir ebenfalls berichten. In Adorf wurde Genosse Schwarz und in Pausa Gottlieb Schenk verhaftet; in Oelsnitz wurde den dortigen Genossen eine beabsichtigte Wählerversammlung untersagt, weil — der Saal, in welchem dieselbe abgehalten werden sollte, „baufällig“ war. Auf bei der Kreisdirektion in Zwickau eingereichte Beschwerde bekamen wir Bescheid, daß das Verbot nicht am Platze und der Herr Bürgermeister somit im Unrecht war; aber nun war es auch für uns zu spät zur Versammlung geworden. Der löbliche Zweck war somit für die Gegner erreicht. Der liberale Stadtrath in Plauen verweigerte uns das Plakatanschlagen, und um dem Ganzen einen würdigen Abschluß zu geben, confiszirte das Gericht am Wahltag Abend beim Wahlfest im Wettiner Hof unsere Einnahme in Höhe von 37 Mrk. Doch das sind für uns immer noch Kleinigkeiten, über welche wir einfach zur Tagesordnung übergehen und trotz alledem tüchtig fort für die Sache des arbeitenden Volkes wirken werden.

Magdeburg, 7. August. Unser Polizeianwalt hat eine besondere Vorliebe für die Sozialisten, so daß beinahe täglich von dieser freundlichen Seite Einladungen zu einem Rendez-vous an unsere Genossen erfolgen. Heute hatten sich Bremer und Habermann gegen die Anklage, „eine öffentliche Sammlung“ veranstaltet zu haben, zu verantworten. Das hochnothpeinliche Verbrechen soll in der „Magdeburger Freien Presse“ durch die Aufforderung: „Gesinnungsgenossen, vergeßt den Wahlfond nicht“, und durch die in demselben Blatte enthaltenen Quittungen der gezahlten Beiträge begangen sein. Die Angeklagten bestritten das ihnen zur Last gelegte öffentliche Sammeln von Geldern und beantragten ihre kostenlose Freisprechung. Diesem Antrage schloß sich das Polizeigericht an. Die Verfolgungen unserer Parteigenossen streifen wirklich bald an das Lächerliche.

Essen, 1. August. Ueber die hiesige Reichstagswahl schreibt man dem „W. Bbl.“: „Die Wahlschlacht ist geschlagen, wir brauchen uns des Erfolges nicht zu schämen. Redakteur Stötzel erhielt noch mehr Stimmen, wie von den Centrumsanhängern im vorigen Jahre auf Forcade und Stötzel zusammen abgegeben waren. Die Wahlbetheiligung war eine bedeutend größere wie früher, circa 85 Proz. genügten ihrer Wahlpflicht. Noch nie war Essen so aufgeregt wie vorgestern. Ein unerhörter Druck wurde seitens der Krupp'schen Meister und Beamten auf ihre Untergebenen ausgeübt. Auf der Colonie Cronenberg und Scheberhof, wo nur Krupp'sche Arbeiter wohnen, war die Controle durch die Beamten eine derartige, daß ein Arbeiter gar keinen andern Stimmzettel abgeben konnte, wie nur auf A. Krupp lautend, daß sie vom Eingange zum Wahllokale bis zum Wahllokale Spießruthen laufen mußten durch ein Spalier von Krupp'schen Beamten und Meistern. Ein Gleiches geschah in der Krupp'schen Bierhalle. Nicht selten geschah es, daß ein Meister sogar beim Eintritte in das Wahllokal den Zettel des Arbeiters, den er in der Hand hielt, revidirte. Das nennt man geheime Wahl. — Morgens früh 9 Uhr am Tage der Wahl gaben die Herren Reichstreuen Wahlzettel heraus, die schon auf fünf Schritte kenntlich waren; sie waren aus milchweißem Postpapier in kleinerem Formate, wie die zuerst ausgegebenen. Diese wurden unsererseits sofort nachgedruckt, da kamen auf einmal lange schmale und noch lange breite. Auf einer Hütte in Bocholt bei Borbeck wurden die Arbeiter vom Werke (die Zettel waren bereits ausgetheilt) geschlossen zur Wahlurne geführt. Wahrlich die Reichstreuen müssen roth werden vor Scham (wenn es überhaupt noch möglich) ob des Wahlergebnisses. Der gerechten Sache, damit trösten wir uns, ist trotz aller Bedrohung, trotz des Höherhängens des Brodkorbes, trotz des klangvollen Namens des Hrn. Krupp, der Sieg geblieben.“ — (Der Correspondent meint nun zum Schlusse, die Sozialdemokraten hätten jedenfalls für Krupp gestimmt. Hoffentlich klären unsere dortigen Genossen diesen Punkt auf. D. Red.)

Frankfurt a. M., 7. August. (Stichwahl.) So hat sich denn der Geheime Herr Gesundheitsrath Barrentrapp noch bei weitem glänzender, als anno 1877 als durchfallender „Freisinniger“ bewährt. Denn damals brachte er es auf 7340 Stimmen, sein demokratischer Gegner Holthof auf 10,325; heuer sank er trotz oder am Ende gerade wegen allem Spuk auf 5553, während Sonnemann 12,491 erhielt. Bei der ersten Wahl wurden 19,258, in der Stichwahl 18,096 gültige Stimmen abgegeben. Reiches und doch so armes Frankfurt! Du wirst jetzt aus einer „Stadt des selbstbewußten, freien Bürgenthums zu einem Heerd des internationalen Radikalismus erniedrigt.“ Aber „tu l'os voulu!“ Warum hast du bis zum Jahre der Annexion freie Reichsstadt den Nothsignalen, den gewiß gut gemeinten — Jammerrufen des „Preßcomité's des Frankfurter Wahlvereins“ kein Gehör und keinen Glauben geschenkt? Circa zehntausend Mark haben unsere „Freisinnigen“ für ihre 5000 Stimmen ausgegeben — in Anbetracht der schlechten Zeit eine zwar ziemlich theuere, aber doch nicht sonderlich werthvolle Errungenschaft! Ein „Anfruf zur Stichwahl“ folgten hübsch alphabetisch geordnet 439 Stimmen. „Fast Zehntausend Wähler haben nicht abgestimmt“, heißt es da. Diese 10,000 werden ohne die geringsten Umstände als „Reserven“ annektirt, denn Sozialisten und Demokraten haben bei der ersten Wahl „ihren letzten Mann aufgeboten“. Die Schlußempfehlung des Herrn Barrentrapp läßt an Dehnbarkeit, Halt- und Gehaltlosigkeit gewiß nichts zu wünschen übrig; sie lautet wörtlich: „Er ist ein unabhängiger Mann, weder darauf angewiesen den Volksmassen zu schmeicheln, noch sich vor der Regierung zu beugen. Ohne Rücksicht nach Oben und Unten wird er als freier Mann immer lediglich nach seiner Ueberzeugung handeln, sprechen und stimmen, wie es sich für einen Vertreter des Frankfurter Wahlkreises geziemt.“ Es lebe Gummi, Kautschuk und Blech! „Die große Mehrzahl der Wähler Frankfurts ist politisch unreif,“ das sagte gestern im „Wahlverein“ ein Herr Dr. Jucho. Die Hitze war freilich gestern, wie auch heute noch, wahrhaft afrikanisch, aber ich meine doch, daß deren Wirkung durch die abkühlenden Wahlnachrichten aus den einzelnen Wahlbezirken keine allzugroße sein könnte! Daß die nationale Partei keine Partei der Phrase ist, wie Herr Barrentrapp versicherte, das ist freilich über allen und jeden Zweifel erhaben! An dem Wirrwarr in dem Wahlkampf ist, wie auch gesagt wurde, die Regierung selbst schuld; man habe nicht gewußt, was sie eigentlich wolle oder nicht wolle! Doch lassen wir die Todten ruhen! — — Die Herren von der Fortschrittspartei waren weder kalt noch warm — das ist ja bei ihnen so Sitte! Einzelne empfahlen, für Sonnemann zu stimmen, — doch nein — die bösen Sozialdemokraten sind dabei im Spiele! Der Mann des Freisinns, Herr Barrentrapp, will nöthigenfalls Ausnahmegesetze — das geht wieder nicht! Da Sonnemann's Sieg ja ohne uns zweifellos ist, so haben wir nicht nöthig, unseren Genossen irgendwelchen Zwang anzuthun, sondern können frei und unbefangen prüfen! Ja, ein Genie weiß sich stets zu helfen!

Bei der ersten Wahl erklärten es „mehrere Kameraden der Krieger-Kameradschaft“ für Pflicht ihrer Kameraden, „einen reichstreuen Abgeordneten zu wählen“. Man sieht, das sich auch noch Vereine mit politischen Angelegenheiten befassen dürfen, wenn sie deutliche Spuren von sogenannter Reichstreue an sich tragen!

Nach einer „Berichtigung des „Volksfreund“ beruht die Angabe, wir hätten nur 200 Mark für die Wahlen verausgabt, Irrthum; es seien vielmehr bis jetzt über 400 Mark verausgabt. — Den hiesigen Soldaten sollen etliche 60, den Post- und Telegraphenbeamten etliche 40 Wirthschaften verboten worden sein, wo Sozialdemokraten verkehren oder sozialistische Blätter gehalten werden.

Auf diese Weise wird das in Gefahr befindliche Unterland nur allein noch gerettet! Wie weit die „Rettung“ gediehen ist, wird sich — falls überhaupt noch gewählt wird — gelegentlich der nächsten Reichstagswahl ausweisen, mag sie nun in einem oder in drei Jahren an uns herantreten! Auf alle Fälle aber heißt unsere jetzige Parole: „Muthig vorwärts im Kampf gegen die finsteren Mächte!“ Trotz alledem und alledem! —o—

Briefkasten

der Redaktion. W. in London. Er hat auffallend lange Ohren. — H. L. in B.: Wer Antwort wünscht, muß anständig schreiben. — K. in Ottensen: Eau de Cologne ist französisch, wird Od'Colonj ausgesprochen und heißt Wasser von Köln, Kölnisches Wasser. — Verschiedene Correspondenten: Eine vollständige Rohheitsstatistik für die Dauer der Wahlperiode können wir schon aus Raummangel nicht bieten; die Herren Ordnungshelden haben zu Großartiges geleistet. Wir werden aber das Möglichste thun.

der Expedition. A. S. b. H.: Die Leipziger Messe beginnt am 29. September und endet am 19. Oktober, dort finden Sie die größten Firmen in den gewünschten Genres vertreten. Ein Gastwirth ist nicht verpflichet, jeden Fremden zu beherbergen.

Wahlfonds.

Ges. b. Arbeiterverein Lindenau b. 3,87. Liste 905 b. Kirsten 6,00. H. K. Bonn 1,00.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen: [2,10

Born“an, Religion und Sozialismus . . . . . M. —,40

— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . „ —,25

Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . „ —,60

Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden . . . . . „ —,30

— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . „ —,30

Zur Beachtung!

Porzellankaufleute und Händler in und außerhalb Deutschlands, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen oder ihr nicht feindlich gegenüberstehen, werden ersucht, ihre Adressen an die Expedition des „Vorwärts“ gelangen zu lassen, um mit einem Parteigenossen in Geschäftsverbindung zu treten. Näheres brieflich. 3a [1,80

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bansermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 96. Freitag, 16. August. 1878.

Freie Wahl.

In seiner 1869 gehaltenen Rede „über die politische Stellung der Sozialdemokratie" sagte Liebknecht, um die Unmöglichkeit freier Wahlen unter einer thatsächlich unbeschränkten und ihre Machtmittel rücksichtslos gebrauchenden Regierung zu illustriren:

„Man kann mit Sicherheit behaupten, daß in Preußen kein Abgeordneter in den „Reichstag" gewählt werden kann, dessen Candidatur die Regierung ernsthaft bekämpft. Ich erinnere an die letzte Wahl in Hannover, wie man die Aufrufe der Opposition confiszirte, ihr tausenderlei Hindernisse in den Weg legte. Und hier handelte es sich nur um einen unbequemen, nicht um einen gefährlichen Candidaten. Hätte die Regierung von ihrer ganzen Macht Gebrauch machen wollen — ich meine gesetzlichen Gebrauch, denn der „intelligente" Absolutismus kleidet sich meist in den Mantel des Gesetzes —, sie hätte die Wahl Ewald's mit Leichtigkeit hintertrieben. Nehmen wir an, es tritt ein Candidat auf, den die Regierung durchaus nicht in dem „Reichstag" haben will: sie confiszirt die Zeitungen, die seine Wahl empfehlen — gesetzlich; sie confiszirt die Wahlaufrufe — gesetzlich; sie verbietet die Wählerversammlungen — gesetzlich; oder sie erlaubt die Wählerversammlungen und löst sie dann auf — gesetzlich; sie verhaftet die Fürsprecher des Candidaten — gesetzlich; sie verhaftet den Candidaten selbst — gesetzlich. Verachtete man doch neulich sogar einen „Reichstagsabgeordneten", und würde doch derselbe noch heut im Gefängniß sitzen, wenn die Nationalliberalen nicht durch ein Lächeln Bismarck's von der Harmlosigkeit des „Märtyrers" überzeugt worden wären."

Was hier vor neun Jahren als das non plus ultra gouvernementalen Hochdrucks, so zu sagen als Ideal einer landräthlichen Wahlleistung hingestellt ward, im Jahre 1878 ist es Wahrheit geworden, ja die Wirklichkeit geht noch weit über jene Hypothese hinaus.

Wir verweisen nur auf den, in heutiger Nummer befindlichen Wahlbericht aus Reichenbach-Neurode. Die dortige Wahl kann überhaupt als Typus der 1878er Reichstagswahlen betrachtet werden, als eine Musterwahl im Sinne der vereinigten reaktionären Masse. Der Landrath, der in anderen deutschen Bundesstaaten andere Titel trägt, und unter diesen die gleiche Leistungsfähigkeit besitzt, steht hier nicht allein. Neben ihm, dem Träger der politischen Macht, steht der Fabrikant, der Träger der ökonomischen Macht. Während der Landrath, unterstützt vom Staatsanwalt, den ganzen Verwaltungs- und Polizeiapparat in Bewegung setzt, schwingt der Fabrikant die Hungerpeitsche, droht mit Entlassungen, übt durch Appell an den Magen den abscheulichsten Gewissenszwang aus.

Wer kann solcher Praxis gegenüber noch von „freier Wahl" sprechen? Das Wort ist ein Hohn. Natürlich werden unsere Abgeordneten im Reichstage diese Skandale zur Sprache bringen und abermals ein Wahlschutzgesetz beantragen — das alte in stark verschärfter und verbesserter Ausgabe. Abgesehen von strengen Bestimmungen gegen jedwede Einmischung der Behörden in den Wahlkampf, sowie gegen Bedrohungen und Bestechungen jedweder Art, ist es vor allen Dingen nothwendig, das Wahlgeheimniß zu sichern. Nachdem schon bei früheren Wahlen der Artikel 20 der Reichsverfassung, welcher „geheime Abstimmung" fordert, vielfach verletzt worden, hat bei der heurigen Wahl das Wahlgeheimniß faktisch aufgehört zu existiren. Namentlich ist das Unwesen des Unterschriftensammelns diesmal fast allgemein gewesen, wenigstens überall da, wo ernsthafte Wahlkämpfe stattfanden. Dieses „Unterschriftensammeln" besteht darin, daß durch mehr oder weniger direkten Druck alle wirthschaftlich oder politisch abhängigen Personen gezwungen werden, sich durch Namensunterschrift im Voraus zur Wahl des „Ordnungskandidaten" zu verpflichten. Die Unterschriften werden dann veröffentlicht, um auf weitere Kreise einen „moralischen Einfluß" auszuüben, und sind sie auch nicht juristisch bindend, so werden doch Tausende von Wählern, die ein öffentlich, wenn auch mit Widerstreben gegebenes Wort nicht geheim brechen wollen, durch diesen, dem Buchstaben und Geist der Reichsverfassung schroff widersprechenden, unzweifelhaft, wenn die Verfassung gilt, auch strafbaren Kniff gehindert, nach Ueberzeugung zu stimmen.

Ferner wurden die Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes, welche gegen die Kenntlichmachung der Stimmzettel gerichtet sind, diesmal geradezu schamlos bei Seite gesetzt. Nicht nur ergingen sich die Herren Ordnungskandidaten und deren Wahlcomités bezüglich des Formats und der Dicke der Stimmzettel in den tollsten Exzentrizitäten*); nein, an vielen Orten sorgte man sogar dafür, daß der Name des Ordnungskandidaten durchgelesen und der Zettel unfehlbar erkannt werden konnte, mochte man ihn zusammenfalten wie man wollte. Es war dies z. B. der Fall im Stollberg-Schneeberger Wahlbezirk, wo Name und Wohnort des famosen Berliner Löwe mit so dickem Fettdruck auf so dünnem Papier figurirte, daß der schlauest zusammengefaltete „Löwezettel" auf drei Schritte weit den „Ludwig Löwe" oder den „Fabrikant" oder das „Berlin" und damit in jedem Falle den Ludwig Löwe verrieth.

Gegen diesen schändlichen Mißbrauch können nur die von unseren Genossen bereits im Reichstag vorgeschlagenen Stimmzettel-Couverts Abhilfe schaffen.

Zum Glück haben auch andere Parteien bei dieser Wahl unter den bezeichneten Unbilden zu leiden gehabt, und es ist also die Aussicht vorhanden, daß im nächsten Reichstage die Wahlprüfungen gründlicher vorgenommen werden, als bei früheren Gelegenheiten, und daß die Reformanträge der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht entweder in der Geburt erstickt, oder in Commissionen begraben werden.

*) In einzelnen Wahlbezirken wurden unmittelbar vor der Wahl (damit die Sozialdemokraten nicht Zeit haben sollten, ähnliche Zettel anfertigen zu lassen) an verschiedenen Orten verschiedene Sorten Stimmzettel, die einen sehr klein, die anderen sehr groß, die einen auf dünnes Postpapier, die anderen auf pappdeckelartiges Notenpapier u. s. w. ausgegeben.

Die Hauptsitze der deutschen Sozialdemokratie.

Wahlkreise.	Abgegebene Stimmen	Sozial. Stimmen	Soz. St. in Proz.
	in Hundertern.		
1) Glauchau	20,2	11,6	57
2) Stollberg	15,0	7,9	53
3) Berlin IV	40,6	20,2	50
4) Hamburg II	25,7	12,5	49
5) Reichenbach (Sachsen)	14,2	7,0	49
6) Dresden (r.)	15,5	7,4	48
7) Dresden (L.)	21,0	9,9	47
8) Altona	25,1	11,7	47
9) Zwickau	21,7	10,1	47
10) Leipzig (Land)	24,7	11,3	46
11) Hamburg I	23,8	10,5	45
12) Döbeln	11,4	5,0	44
13) Nürnberg	24,0	10,2	43
14) Freiberg	14,4	6,1	42
15) Reuß ä. L.	7,4	3,1	42
16) Chemnitz	23,7	9,9	42
17) Mittweide	14,5	6,0	41
18) Elberfeld-Barmen	27,9	11,4	41
19) Zschopau	11,4	4,7	41
20) Berlin VI	38,6	15,7	40
21) Tharandt	13,1	5,0	38
22) Breslau O.	18,0	6,6	37
23) Borna	13,9	5,0	36
24) Breslau W.	18,9	6,3	35
25) Magdeburg	19,3	6,3	33
26) Meißen	12,6	4,0	32
27) Kiel	22,2	7,2	32
28) Berlin III	21,4	6,9	33
29) Hamburg III	21,7	6,7	31
30) Offenbach	18,3	5,6	31
31) Bremen	20,4	6,3	31
32) Glückstadt-Ottensen	18,4	5,5	30
33) Annaberg	7,8	2,4	30
34) Plauen	12,5	3,7	30
35) Leipzig Stadt	20,2	5,8	29
36) Solingen	17,6	5,1	29
37) Hanau	18,5	5,4	29
38) Hannover	24,7	6,6	27
39) Berlin II	27,3	7,6	27
40) Zittau	7,8	1,9	24
41) Dithmarschen	13,9	3,2	23
42) Berlin V	15,8	3,6	23
43) Weißenfels	10,1	2,1	23
44) Gotha	16,3	3,5	21
45) Frankfurt a. M.	19,3	4,1	21
46) Stuttgart	19,2	4,1	21
47) Lübeck	7,6	1,6	21
48) Altenburg	18,5	3,7	20
49) Teltow	24,0	4,8	20
50) Sorau	13,7	2,5	18
51) Mainz	18,4	3,3	18
52) Reichenbach (Schlesien)	16,7	2,9	17
53) Mannheim	15,1	2,4	16
54) Berlin I	14,3	2,1	15
55) München I	14,0	2,0	14
56) München II	24,6	3,3	13

In Braunschweig I. hat der Sozialdemokrat 6600 Stimmen erhalten. In 57 Wahlkreisen allein hat also die Sozialdemokratie 358,000 Stimmen auf ihre Candidaten vereinigt. Außerdem beziffern sich noch in Dutzenden von Wahlkreisen die sozialistischen Stimmen nach Tausenden (z. B. in Dortmund, Halberstadt, Würzburg, Cottbus, Frankfurt a. O., Brandenburg, Gera, Köln, Königsberg u. s. w.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Wahlstatistik. In den 29 offiziellen Kreisen erhielten wir am 30. Juli rund 240,000 Stimmen; in denselben 29 Kreisen am 10. Januar 1877: 220,000. Wir haben also 20,000 Stimmen gewonnen. Insgesammt erhielten wir am 10. Januar 1877: 485,000; dagegen am 30. Juli, nach genauer Berechnung, rund mindestens 450,000 Stimmen. Nach den Stichwahlen 1877 hatten wir 550,000, nach den Stichwahlen 1878 werden wir haben 500,000 Stimmen. Das ist kein Rückgang, zumal wir in vielen Kreisen diesmal absichtlich nicht candidirten, und in vielen anderen, wo „Zählcandidaten" aufgestellt waren, nicht agitirten. Hätten wir in ebenso viel Wahlkreisen wie 1877 agitirt, so würde die Stimmenzahl trotz des enormen Drucks und der schamlos brutalen Beeinflussungen und Einschüchterungen unzweifelhaft gut eine Viertel Million mehr betragen haben als vor anderthalb Jahren.

— „Das Ausnahmegesetz". Ein offiziöser Waschzettel besagt:

„In der Sozialistenvorlage, deren Vorlegung im Bundesrath durch die vorgängigen vertraulichen Erörterungen mit der Regierung etwas verzögert worden ist, sind die Vereine, um deren Verbot es sich handelt, dahin bezeichnet: Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen."

Wenn diese Mittheilung richtig, dann ist die neue Gesetzesvorlage eine ebenso monströs juristische Mißgeburt wie die erste Vorlage. Was sind „sozialistische" Bestrebungen? Das Bismarck'sche Reichs-Eisenbahnprojekt und Tabaksmonopol sind eminent „sozialistische Bestrebungen" und sind eminent „auf Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung" gerichtet. Soll also das Ministerium Bismarck als staatsgefährlicher „Verein" auf Grund des Ausnahmegesetzes aufgelöst werden? Wäre wahrhaftig nicht übel!

— Unter den zahlreichen Niederlagen, welche die nationalliberale Partei in diesem Wahlfeldzuge erlitten hat, ist die in München vielleicht die schwerste und empfindlichste. Nicht nur daß die Hauptstadt von Bayern verloren gegangen und eine für unbezwinglich gehaltene Festung gefallen ist — auch noch durch die Person des geschlagenen Candidaten wird die Bedeutung der Niederlage erhöht. Es ist Niemand anders als Herr von Stauffenberg, einer der tüchtigsten und angesehensten Führer der Partei, in Süddeutschland unzweifelhaft der hervorragendste. Und doch mußte er, mit erdrückender Majorität überwunden, vor seinem katholischen Gegencandidaten, Rechtsrath Ruppert, die Segel streichen. Hören wir wie die „Magdeburgische Zeitung" jammert:

„Einen überaus traurigen Ausgang hat die Stichwahl im ersten Münchener Wahlkreis genommen. Die zweite Stadt des deutschen Reichs, in deren einem Wahlkreis wenigstens sonst stets die nationale Sache siegte, ist nun ganz in die Hände des Ultramontanismus gerathen. Auch hier wieder hat das beklagenswerthe Bündniß der Ultramontanen mit der Sozialdemokratie den Ausschlag gegeben. Um das Bündniß zu Stande zu bringen, hat der Münchener Ultramontanismus seine radikalste Seite herausgekehrt; der Candidat des Centrums, Rechtsrath Ruppert, versprach mit größter Bereitwilligkeit Alles, was man von ihm haben wollte: keine Ausnahmegesetze, keine indirekten Steuern, Herabsetzung des Militäretats und der Dienstzeit u. s. w., während der nationalliberale Candidat, der langjährige bewährte Vertreter des Wahlkreises, Freiherr v. Stauffenberg, es verschmähte, einen Pakt mit den Männern der sozialen Revolution zu schließen und mit billigen Versprechungen die sozialdemokratischen Stimmen für sich zu ködern."

Hierzu haben wir zu bemerken, daß Rechtsrath Ruppert mindestens ebenso freisinnig ist als Herr von Stauffenberg und für einen Ehrenmann in des Worts höchstem Sinn gilt. Gegen Herrn von Stauffenberg haben wir persönlich nichts einzuwenden — im Gegentheil, er ist uns sympathisch und von den Nationalliberalen entschieden einer der Freisinnigsten, aber Herr von Stauffenberg hatte sich im Attentatsdelirium zu Insulten gegen unsere Partei hinreißen lassen, die nicht verziehen werden konnten. Und da Rechtsrath Ruppert sich bereit erklärte, gegen Ausnahmegesetze und gegen Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts einzutreten, so handelten unsere Münchener Parteigenossen nicht nur prinzipiell correkt und im Parteiinteresse, sondern hatten obendrein die Genugthuung, einem Beleidiger der Sozialdemokratie die wohlverdiente Strafe zu appliziren. Herr von Stauffenberg und seine Anhänger mögen sich die Lektion merken!

— Einladung nach Canossa. Das Hauptorgan der katholischen Welt und der Jesuiten, die „Civiltà cattolica", schreibt über die Kissinger Verhandlungen zwischen Bismarck und Masella in stolzer Zuversicht:

„Das wie durch einen Zauber aus den Schlachtfeldern erstandene und für unsterblich gehaltene deutsche Reich steht in Gefahr, durch die Sozialdemokratie in den Abgrund alles Elends zu stürzen. Lächerlich sei es, diese Gefahr mit Polizeimaßregeln beschwören zu wollen, das kann mit Erfolg nur die Religion (d. h. die Kirche) mit ihren moralischen Mitteln. Man gebe daher die Kirche frei, anstatt sie zu fesseln, man hebe die Maigesetze auf, man lasse Falk mit seinem Culturkampf verschwinden, man lasse den Bischöfen und Priestern volle Freiheit das Volk zu unterrichten und der studirenden Jugend die Grundlehren des Katechismus einzuflößen — und der Sozialismus wird aufhören, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu bedrohen. . . . . Es giebt keine Hülfe für Deutschland, wenn es sich nicht aufrichtig und vertrauensvoll in die Arme der Kirche wirft. Man will dort allerdings um keinen Preis freiwillig nach Canossa gehen; aber man wird nothgedrungen früher oder später nach Canossa gehen müssen, gezogen von den wilden Rossen des Sozialismus!"

Wir und alle sozialdemokratischen Organe haben immer einen solchen Ausgang des „Kulturkampfs" prophezeit. Die Nationalliberalen und Fortschrittler opponiren jetzt natürlich gegen ein solches Beginnen; Bismarck aber weiß, was er von solcher Opposition zu halten hat — er geht nach Canossa und die Liberalen folgen ihm demüthig nach. Wir aber sind stolz darauf, daß wir es sind, welche solche Bittgänge zu Stande bringen. Aber auch das stolze Rom wird sich beugen müssen, wenn die „wilden Rosse des Sozialismus" den Siegeszug um die Welt machen. Was Kaiser, Könige und Reichskanzler nicht vermögen, das vermag die Aufklärung in das Volk getragen, das vermag die Idee der Gleichheit auf Erden, die einzige Macht, der sich auch die Kirche beugen wird.

— Der Wunderschwindel unserer Zeit. Prof. Meyer in Bonn hat darüber kürzlich ein Werkchen geschrieben, welches

der „Hamburgische Correspondent“ einer sehr wohlwollenden Kritik unterzieht. Hierbei lesen wir in dem sonst so aufgeklärten Organe folgenden Satz:

„Der Kampf gegen den Aberglauben gehört zu den allerschwierigsten, schon deshalb, weil er sich überall mit dem im menschlichen Gemüthe unvertilgbar wurzelnden Glauben an eine rettende, helfende übersinnliche Welt berührt und man daher die unschuldigen Auswüchse desselben gern gewähren läßt, um nicht wahrhaft religiöses Gefühl zu verletzen.“

Man läßt also die unschuldigen Auswüchse des Aberglaubens gern gewähren, ohne dabei zu bedenken, daß dadurch der Aberglauben selbst auch in der Wunderschwindelform immer mehr Nahrung findet. In obiger Ansicht aber finden wir die jetzt so recht grassirende Halbheit des Liberalismus, der allüberall gern den Pelz waschen möchte, ohne ihn naß zu machen. Gereinigt wird auf solche Art aber der Staats- und Gesellschaftspelz niemals!

— Die wachsende Verrohung zeigt sich recht deutlich in der Thatsache, daß von liberalen und conservativen Mordspatrioten eine förmliche Bewegung in Szene gesetzt worden ist, um die Begnadigung des Halbidioten Lehmann-Höbel zu verhindern. Man behauptet auch, Fürst Bismarck sei in dieser Richtung sehr thätig und citirt allerhand höchst drastische Worte. Wir glauben jedoch, daß die Patrone, welche dies thun, eine infame Fälschung und obendrein eine indirekte Bismarckbeleidigung erster Klasse begehen. Charakteristisch ist aber dieser Mordspatriotismus der — Guillotine. Und das wirft der Sozialdemokratie Blutdurst vor!

— Tüchtig hineingefallen. Einen recht bösen Streich hat man dem Redakteur des „Wieslocher Amtsverkündigers“ gespielt. Derselbe wollte nämlich gegen die bösen Sozialdemokraten nicht blos in Prosa, sondern auch in Versen zu Felde ziehen; da er aber die Gabe der Poesie selber nicht besaß, so war er höchst erfreut, als er von einem „langjährigen Abonnenten“ ein Poem eingesandt erhielt, überschrieben: „Den sozialistischen Wühlern“. Das war ganz nach seinem Geschmack, er las es einmal, er las es zweimal und es gefiel ihm, und er ließ es zum Setzer wandern, und am nächsten Morgen stand es mit großen Lettern im „Wieslocher Amtsverkündiger“. Aber ach, am anderen Morgen liest er sein Gedicht, dasselbe schöne Gedicht abgedruckt in dem sozialistischen „Münchener Zeitgeist“; doch was sollen die fettgedruckten Anfangsbuchstaben der Verszeilen bedeuten, was will man damit sagen? — aber es wurde bereits schwarz vor seinen Augen; es war ihm Alles klar. „Zillig ist der größeste Esel in Wiesloch“ — so stand es da in den fettgedruckten Anfangsbuchstaben und so hatte es auch in seinem eigenen Blatte gestanden, wenn dort auch die ersten Buchstaben der Zeilen nicht fett gedruckt waren. Wie es heißt, ist Herr Zillig noch in Zweifel mit sich, ob er die Beleidigungsklage gegen sich selbst einleiten lassen soll. — Zu bemerken ist, daß in Wiesloch die erste Prügelei nach den Attentaten war, wo die „Reichsfreunde“ ihre elenden Heldenthaten gegen die eingeschüchterten Arbeiter losließen.

— Nochmals ein vernünftiges Urtheil. Die „Tante Voß“ in Berlin, welche in letzter Zeit äußerst schwach und krank geworden ist und sich in der Reaktionsapotheke die Rezepte holt, hat zuweilen noch lichte Augenblicke, in welche sie sich an frühere, bessere Zeiten erinnert. In einem solchen Augenblicke schrieb sie auch nachstehende Sätze nieder:

„So ist durch den Ausfall der Wahlen über allen Zweifel gestellt, daß wir etwas wie ein Gesetz gegen die Sozialdemokraten haben werden. Aber ebenso wenig wie die Berliner Keller dadurch höher gelegt und gesunder werden, daß man sich in der dringenden Noth mit den nächsten besten Mitteln hilft, wird die Ursache der sozialdemokratischen Ueberschwemmungen verstopft sein. Die nächsten besten Mittel gegen die Sozialdemokratie werden viele Schutzwehren der allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten einreißen und während hier ein Loch verstopft werden soll, wird an der anderen Stelle ein größeres entstehen und die Fluth auf Umwegen gegen die Reaktion hereinbrechen. So viel Einsicht bekommen im Lauf der Berathungen positiver Vorlagen alle Parteien und selbst die Conservativen und Ultramontanen werden wegen möglicher Rückwirkungen auf sie selbst dem Kanzler nicht alle gewünschten Vollmachten geben.“

Wenn's nur wahr wird, was die „Tante“ in lichten Augenblicken wünscht, da sie selbst in ihrem reaktionären Krankheitsdelirium oft genug solche vernünftigen Anschauungen wieder perhorrescirt. Doch Eins wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen. Uns kann ein „Sozialistengesetz“ ganz gleich sein, da wir doch schon außerhalb des Gesetzes gestellt sind — auf ein wenig Mehr kann es gar nicht ankommen. Ja, wir glauben, daß ein Ausnahmegesetz unsere Agitation vielmehr fördern wird. Die liberalen Parteien aber sind durch ihre eigene Schuld endlich soweit gekommen, daß sie zwischen den bismarckischen Mühlsteinen zermalmt werden. Auch das kann uns recht sein, da der „Liberalismus“ aufgehört hat liberal zu sein. Friede seiner Asche!

— Ein weißer Rabe. Kürzlich hat der Oberst des Hanseatischen Infanterieregiments in Hamburg bezüglich eines Mordes, welcher in dem Regiment an einem Unteroffizier verübt wurde und eines Selbstmordes, den der vorher bis auf's Blut gepeinigte „Mörder“ an sich beging, eine Ansprache an das Regiment gehalten, in welcher darauf hingewiesen wird, wie nothwendig es sei, neben der Disziplin auch die Humanität den Untergebenen gegenüber walten zu lassen und wie unwirsches Zurechtweisen und Denunziationssucht gegen die Untergebenen häufig verbittern; namentlich müsse eine verletzende Zurechtweisung und hochfahrendes Wesen unter allen Umständen vermieden werden. — Wir haben die feste Ueberzeugung, daß mancher Commandeur in der Armee des preußischen Deutschlands die Stirne runzelt über solchen „Humanitätsdusel“. Strammheit, Strammheit und nochmals Strammheit ist die einzige Parole eines ächten preußischen Offiziers. Und leider haben die schwarzen Raben noch überall die Oberhand.

— Aus Brüssel erhalten wir folgende Zuschrift:

„Genossen in Deutschland!

Als ein Beweis, wie sehr die reaktionäre Bewegung in Deutschland gegen die Sozialdemokratie, sowie überhaupt gegen jede freiheitliche Bestrebung, das Gegentheil von dem erweckt, welches man mit derselben beabsichtigte, mögen nachstehende Zeilen dienen.

Seit länger denn einem Jahre waren einige hierher versprengte Sozialisten bemüht, einen deutschen sozialistischen Verein zu gründen, und wenngleich es im verflossenen Sommer für eine kurze Zeit zum Bestehen eines solchen kam, so mußte derselbe jedoch wegen mangelhafter Theilnahme wieder aufgegeben werden. Die wenigen deutschen Sozialisten zu sammeln, war eben bei der Zerstreutheit unter einer Bevölkerung von über 200,000 Einwohnern nicht möglich, zumal die belgische Gastfreiheit nicht ausgedehnt genug ist, um zu gestatten, daß „Fremde“ in Versammlungen politische Tagesfragen besprechen, einen politischen Verein bilden oder sonst „Politisches“ vornehmen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, über Nacht ausgewiesen zu werden. In Folge dieser und noch anderer Umstände konnte es bisher am hiesigen Orte noch nicht zu einem sozialistischen Verein kommen. Doch da kamen die zwei Attentate und die Verleumdungssucht der „Ordnungs“-Presse. Und siehe da: die „Kölnische Zeitung“, die „Tribüne“ nebst „Kladderadatsch“, welches die hauptsächlichst hier gelesenen deutschen Zeitungen sind, bewirken, was uns zu bewirken nicht möglich war. Durch ihre verlogenen Berichte und schamlosen Verleumdungen nicht allein der sozialistischen Arbeiterpartei, sondern des ganzen deutschen Arbeiterstandes fühlt sich jeder denkende Arbeiter auf das Tiefste gekränkt, er sucht und findet Gleichdenkende. So fanden sich denn einige zwanzig Arbeiter zusammen, welche auch alsbald zur Gründung eines Vereins schritten, der wohl auch mit dem spießbürgerlichen Fremdenrecht, welches hier im Lande der Scheinfreiheit waltet, nicht in Conflikt gerathen wird. Unter dem Namen „Deutscher Leseverein“ constituirte sich am Sonntag den 4. d. M. der Verein; derselbe bildet nun eine Sektion der „Vlaamsche socialistische Arbeiterspartij“ (Vlämischen sozialistischen Arbeiterpartei) und hat den Zweck, durch Anschaffen von sozialistischen Schriften und Zeitungen, Abhalten von Vorträgen und Diskussionen es den Mitgliedern möglich zu machen, sich mit dem Gang der Dinge in Deutschland auf dem Laufenden zu halten, sowie sich in der Sache selbst weiterzubilden. Ferner hat der Verein noch den Zweck, nothleidende Sozialisten zu unterstützen, und begreift hierunter selbstverständlich hier zureisende Genossen, welchen mit Arbeitsnachweis u. s. w. zur Hand gegangen und nöthigenfalls materiell Unterstützung ertheilt werden soll; es müssen jedoch solche Genossen mit schriftlicher Empfehlung seitens der Redaktion irgend eines sozialistischen Journals oder einer bekannten Persönlichkeit versehen sein. An dieser Stelle glauben wir jedoch hervorheben zu müssen, daß die Geschäfte im Großen und Ganzen hier, gleichwie überall sonst, schlecht gehen, so daß ein großer Theil der hiesigen Arbeiter aller Branchen beschäftigungslos ist, weshalb Genossen, welche nicht durch zwingende Gründe veranlaßt sind, im Ausland ihre Zuflucht zu suchen, besser thun, in Deutschland zu bleiben. Man hat hier alle Tage Gelegenheit zu sehen, wie zugereiste deutsche Arbeiter sowohl als kleine Geschäftsleute, nachdem das mitgebrachte Geld verzehrt ist, in Noth und Elend gerathen und froh sind, wenn sie wieder nach Deutschland zurückkommen können. Genossen, welche hierher zu kommen beabsichtigen, wollen, soweit dieses thunlich, bei der unterzeichneten Adresse beliebige Anfragen machen; auf alle Franko-Anfragen wird umgehend, soweit dieses möglich, Franko-Antwort ertheilt.

Genossen in Deutschland! Mit Freuden begrüßt der Verein Eure stolze und männliche Haltung im Wahlkampfe und die am Wahltage, dem 30. Juli, gegebene Antwort auf all' jene Lügen, Verleumdungen und Einschüchterungen, mit welchen die vereinigten Gegner eine Partei beseitigen zu können glaubten, deren Prinzipien auf den unumstößlichen Gründen der Wissenschaft ruhen und die auch, um einen biblischen Ausdruck zu gebrauchen, die Pforten der Hölle nicht überwältigen werden. Die Beharrlichkeit und Ruhe, mit welcher Ihr für Eure Sache, welche auch die unsrige ist, kämpft, soll uns zum Vorbild dienen, und seid versichert, daß auch wir, wiewohl wir nicht am direkten Kampfe Theil nehmen können, doch für die Verbreitung unserer Prinzipien mit allen Kräften wirken werden. Und nun ein fröhliches Glück auf zu den Stichwahlen!

Im Auftrag des Vereins

Der I. Sekretär Aloys Westhus,
rue du Canal 7, Bruxelles.

NB. Das Vermögen des „Deutschen Arbeitervereins“, welcher im vorigen Jahre hier bestand, war bei mir deponirt; ich habe dasselbe dem neuen Verein übergeben, womit ich mich meines Auftrags im Sinne meiner Auftraggeber entledigt zu haben glaube. Dies den mittlerweile abgereisten Genossen zur Nachricht.

A. Westhus.

— Der Louis seiner eigenen Frau und Massenmörder Gallifet ist über Nacht ein berühmter und respektabler Mann geworden. Herr Gambetta hat entdeckt, daß der Mann — Talente hat und zielt darauf hin, ihn an die Spitze der französischen Armee zu stellen. Das fehlte noch an dem Ruhme des Herrn Gambetta und seiner — Republik! Die französischen Arbeiter, deren Väter und Brüder in der „blutigen Maiwoche“ zu Tausenden auf Commando dieser Bestie in Menschengestalt niedergeschossen wurden, werden sich anläßlich dieser neuesten „Freundschaft“ des Herrn Ehren-Gambetta des Sprichworts erinnern: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist.“ — Apropos, sollte Herr Gallifet sich wieder mit einer Frau versehen haben, — die erste ist inzwischen zu alt geworden, mit der er sein altes Geschäft ausübt? —

— Die Oesterreicher sind über Nacht zu einem blutigen Krieg gekommen. In Bosnien müssen sie sich jeden Fußbreit Landes mit schwersten Menschenopfern erkaufen, und wenn sie dann schließlich gesiegt haben — nun dann haben sie für „Väterchen“ an der Newa die Kastanien aus dem Feuer geholt. Um sich selber und das denkunfähige Publikum zu täuschen, faseln die Andrassy und Consorten von einem „communistischen Aufstand“ in Bosnien, der im Interesse des Eigenthums und der Cultur unterdrückt werden müsse. Die aufständischen „Communisten“ sind die großen muhamedanischen Grundbesitzer, die auf ihr Land genau so gute Eigenthumstitel haben, wie die deutschen Adligen ꝛc. auf ihre Güter und Kaiser Franz Joseph auf seinen Thron. —

Die dritte Abtheilung des Cabinets des weißen Czaren.

(Schluß.)

Nun war in vielen Fällen, so paradox es klingt, das Wirken der Gendarmerie ein segensreiches. Die moralischen Mängel des russischen Beamtenstandes sind zu bekannt, als daß wir hier dabei zu verweilen brauchten. Hohn, Spott und die feinseligsten Angriffe sind über diese Menschenklasse seit zwei Menschenaltern mit einer staunenswerthen Energie ergossen worden. Viel seltener aber wurde die Frage aufgeworfen, woher kommt diese Erscheinung? Und von hundert Fragen, die in diesem Sinne laut wurden, erhielten neunzig gewiß die sehr bequeme Antwort: Unzuverlässigkeit und Unredlichkeit liegen im russischen Nationalcharakter. Selten nur waren die Stimmen, welche das Unsinnige in dieser Behauptung, die ein ganzes großes Volk entehrt, zu widerlegen versuchten. Und doch ist die Widerlegung gar nicht schwer, denn der russische Kaufmann, wie der Gewerbtreibende und der Handwerker sind im Großen und Ganzen ein ebenso ehrenwerther, zuverlässiger, als höflicher und gutmüthiger Menschenschlag. Kein Fremder lebt auch nur ein Jahr lang unter echten Russen, ohne diese Eigenschaften zu entdecken und seine ungünstigen, vorschnellen Urtheile zu bereuen, wenn er vielleicht auch nicht den moralischen Muth hat, es auszusprechen.

Woher kommt es nun, daß gerade die Klasse der Beamten unter Alexander und noch mehr unter Nikolaus ein so schlechtes Renommee, und entschieden mit Recht, erhalten hat, während gegenwärtig die allgemeine Stimme des russischen Publikums, wo sie nicht durch Parteileidenschaft gefälscht erscheint, freudig anerkennt, daß auf diesem so unerfreulichen Gebiet, das den Bestand des ganzen Staatslebens zu gefährden schien, viel, unendlich viel sich gebessert hat und eine stetig fortschreitende Besserung nicht zu verkennen ist?

Die richtige Antwort auf diese Frage klingt wunderlich genug, sie beruht aber in der Wahrheit: die Regierung selbst veranlaßte die grenzenlose Corruption des damaligen Beamtenstandes, und zwar dadurch, daß sie ihn fast verhungern ließ. Während in Petersburg und anderen, den Fremden zugänglichen Orten den Beamten ihr Gehalt pünktlich und baar gezahlt wurde, um den Anschein eines geordneten Staatswesens aufrecht zu erhalten, erhielten in den ganzen weiten Provinzen des ungeheuren Reiches die Beamten aller Kategorien, Offiziere wie Civilisten, oft ganze Halbjahre hindurch kein Gehalt, und wenn es gezahlt wurde, gaben die Finanzbeamten entwerthetes Papiergeld an die unglücklichen Leute aus, die nun erst recht dem Wucherer verfielen, bei dem Versuche, die gemachten Schulden abzutragen. So waren diese Leute, hoch und niedrig, geradezu angewiesen auf unredlichen Erwerb aller Art.

Schnell fertig war die Welt mit ihrem Urtheil, wenn sie hörte, daß zwei Obersten, deren Regimenter die Garnisonen wechseln sollten, einfach nur die Nummerknöpfe der Uniformen tauschten und die Marsch- und Verpflegungskosten mit ihren Untergebenen, so weit sie eingeweiht werden mußten, theilten. Daß aber der Czar diesen Regimentern und ihren Offizieren vielleicht seit Monaten den Sold schuldete, wurde nicht dabei gesagt. Wenn man weiß, daß die Stelle eines Präsidenten mit 400 Rubeln dotirt war, die eben nicht pünktlich oder voll gezahlt wurden, dann mindert sich das unwillige Erstaunen, wenn man hört, daß eben derselbe einem 50-Rubelschein nicht unzugänglich gewesen.

Weil jede Art von Controle für die Verwaltung der Staatsfinanzen fehlte, so war dieses Uebel auch unheilbar, und auch die genaueste Ueberwachung durch die Gendarmerie konnte da nichts helfen. Deren Chefs hüteten sich auch wohl, dergleichen offene Schäden dem Blick des Herrschers darzulegen.

Da trotz aller Ueberwachungen, trotz aller scharfsinnigen Bemühungen der Gendarmerie während der ganzen Dauer von Nikolaus' Regierung weder die politischen Umtriebe nachließen, noch das ebenso streng verpönte Einschmuggeln aufklärender Bücher aufhörte, zwei Sachen, die dem Czaren ganz besonders ein Dorn im Auge waren, so blühte unter seiner Regierung diese Institution wie nie zuvor.

Das Wunderbarste an der Sache ist, daß sie zur Stunde ganz wieder in derselben Blüthe steht, wie unter Nikolaus. Dies aber hängt so zusammen: Der jetzige Czar führte 15 Jahre hindurch seine weltbekannten Reformen durch, und seinem Charakter ganz besonders mußte eine Einrichtung, wie das Gendarmeriecorps, unsympathisch und zuwider sein. Trotzdem war eine Auflösung dieser Polizei, wie die Sachen einmal lagen, absolut unthunlich. Man konnte aber ihre Thätigkeit in Bahnen lenken, wo sie wirklich dem Volkswohl diente, und dies geschah.

Lange Jahre hörte und sah man nichts mehr von jener furchtbaren, geheimnißvollen und deshalb so verhaßten Thätigkeit jenes Corps, in Folge deren Beamte und Privatpersonen vom bisherigen Schauplatz ihres Wirkens verschwanden, entweder auf Nimmerwiedersehen, oder um nach Jahren in einer viele hunderte Meilen entfernten Stadt eine neue Thätigkeit zu beginnen. Und so lähmend wirkte diese unsichtbare, allgegenwärtige Macht, daß der Sohn nicht wagte, über das Loos zu trauern, das den Vater ereilt, daß der Bruder nicht zu fragen wagte, warum der Bruder seiner Stelle enthoben, in ein Grenzdorf am Amur verbannt sei!

Unter Alexander II. war dies anders. Indem er aus Mitgliedern des immer noch sein Scheinleben fristenden Senates einen Rechnungshof mit wirklichen Befugnissen zur Controle der inneren Finanzverwaltung schuf, indem er die seit Katharina's Zeiten immer mehr vernachlässigten Ständeversammlungen wieder berief und dafür sorgte, daß ihre Stimme auch wirklich gehört wurde, that er schon viel. Den segensreichsten Fortschritt aber machte seine Regierung, indem sie den eximirten Gerichtsstand der Beamten bis auf gewisse Reste aufhob. Damit hat der Kaiser den Grund gelegt zu einer Hebung des russischen Beamtenstandes, die ihre segensreichen Folgen von Tag zu Tag fühlbar macht. Vor Allem dringt mächtig die Ueberzeugung in's Volk, daß ihm jetzt auf gegründete Klage Gerechtigkeit wird. Früher glaubte der Russe absolut nicht, daß ein Beamter überhaupt wegen eines Uebergriffs nach unten bestraft wurde. Woher auch sollte ihm der Glaube kommen? Der Uebelthäter wurde versetzt, das war Alles. Ob zur Strafe oder vielleicht zur Belohnung für einen gefälschten Bericht in eine besser dotirte Stelle, das Publikum erfuhr es nicht. Oft aber erfuhr es, daß Derjenige, der den früheren Beamten verklagt, ein böses Rencontre mit seinem Nachfolger gehabt.

Das war nun anders geworden, und wie die Handhabung der neuen Gerichtsbarkeit mehr und mehr sich einlebte im Volke, da wurde auch der Gendarmerie ihr früheres Arbeitsfeld entzogen, und sie trat, gewiß am meisten zur Freude ihrer eigenen Beamten, auf das Gebiet über, welches sie überall in den westlichen Culturstaaten beherrscht. Sie wurde die Stütze der Verwaltung in der Criminaljustiz auf dem platten Lande. Wahrlich, dies war keine Sinecure, die sie antrat. Es herrscht heute gewiß weder bei dem Kaiser selbst, noch bei den Männern, die ihn in seinem Reformwerk unterstützt, darüber ein Zweifel, daß man, fortgerissen vom edelsten Willen, zu rasch gewesen ist und Geister entfesselt hat, die man nicht wieder los wird und die dem jungen Triebe der aufblühenden Cultur im höchsten Grade verderblich werden können.

Schon damals erhoben sich in des Kaisers Umgebung mehrfach Stimmen dafür, wenigstens für Kronpolen ein Gendarmeriecorps nach der früheren Weise in's Leben zu rufen. Der Kaiser widerstand. Was bezüglich des Gegentheils auch von Seiten der Polen und Engländer um die Wette versichert worden ist, um den von Seiten der ersteren organisirten Meuchelmord zu beschönigen, den die sogenannten Hänge-Gendarmen ausübten an einzelnen russischen Soldaten, wie russisch gesinnten Privatpersonen, es ist kein Wort daran wahr. Rußland hat nur seine amtlich organisirte Polizei und die Armee zur Bewältigung des Aufstandes verwendet.

— Genosse Fritwitzer in Barmen, welcher 46 Tage in Untersuchungshaft gesessen hat, ist nunmehr auch in zweiter Instanz freigesprochen und entlassen worden. Nach der Freisprechung in erster Instanz appellirt nämlich immer der Staatsanwalt von Barmen und beantragt die weitere Untersuchungshaft des Betreffenden; merkwürdig nun, daß das Gericht solchem Antrage fast immer entspricht. — Am letzten Montag wurde Genosse Mann zu 1 Jahr, Schneidt zu 10 Monaten verurtheilt, Hasselmann aber von der Appellkammer freigesprochen, doch wiederum auf Antrag des Staatsanwalts, welcher Kassation anmeldete, in Haft gehalten.

— Parteigenosse Müller aus Langen im Kreise Offenbach, der sich im letzten Wahlkampfe ganz besonders bewährt hat, wurde am 9. August, am Tage nach der Stichwahl, verhaftet. Gründe sind nicht angegeben. — Genosse Klemich, der bekanntlich in Glauchau in Untersuchungshaft sich befindet, soll einer Behandlung unterworfen sein, über welche er sehr entrüstet ist. Klemich ist sogar von periodisch auftauchendem Wahnsinn befallen gewesen, ohne daß sich die Gefängnißverwaltung bemüßigt fand, dies seiner Frau mitzutheilen.

— In Solingen siegte der conservative Landrath Melbeck mit 9685 Stimmen über unseren Parteigenossen Rittinghausen, auf welchen 7299 fielen. Die Nationalliberalen stimmten mit den Conservativen, während sich die Klerikalen der Wahl enthielten.

— Im Kreise Hagen wurde der „edle" Eugenius Schimpf-Richter durch der Sozialisten und Ultramontanen Gnaden gegen den Schutzzöllner Bueck (letzterer früher Fortschrittler, von rheinischen Fabrikanten aber für den Schutzzoll angekauft) gewählt.

Correspondenzen.

Reichenbach-Neurode. (Wahlbericht und Wahlskandalosa.) Während uns der Wahlkampf eine formelle Niederlage gebracht, haben sich die Liberalen aus Furcht vor uns den Tod gegeben, sie sind ohne Sang und Klang in's reaktionäre Lager gelaufen. Noch vor anderthalb Jahren hatten die Liberalen hier circa 4500 Stimmen, die Conservativen nur 1000. Groß wie die ersteren nun aber einmal sind, wenn es gilt die eigenen Prinzipien zu verleugnen, vereinigten sie sich mit den Conservativen, und Minister Dr. Friedenthal ließ sich erweichen und erlaubte den Liberalen, ihm ihre Stimme zu geben. Und so ist er denn gegen Aug. Kapell und den Candidaten des Centrums mit einem Mehr von 75 Stimmen Sieger geblieben. Daß auch hier wie meist überall Wahlbeeinflussungen und Ungehörigkeiten aller Art gespielt, ist so selbstredend, daß es kaum besonders gesagt zu werden braucht; wir wollen uns also auch nur darauf beschränken, die krassesten Fälle zu constatiren.

Die Möglichkeit, Versammlungen abzuhalten, existirt für unsern Kreis schon seit Jahren nicht mehr; während des Wahlkampfes haben wir auch nicht die kleinste Versammlung abhalten können. Auch in die gegnerischen Versammlungen konnten wir nicht gehen, weil stets nur sogenannte „Reichstreue" Zutritt hatten, und so konnten uns denn die reichstreuen Herren fast auf jedem Dörfchen in der gemeinsten Weise verlästern. Man war auch unverschämt genug, uns in den Flugblättern direkt Königsmörder, Vernichter von Gesetz und Recht, Zerstörer des Eigenthums u. s. w. zu nennen. Diese Flugblätter hatte unter anderen auch der königl. Landrath von Neurode — Graf Pfeil ist der Name des Edlen — mitunterzeichnet; dieselben waren vielfach in den Aushängekästen der Standesämter und Amtsverwaltungen angeheftet, ebenso der Artikel der „Provinzial-Correspondenz": „Was die Regierung durch die Neuwahlen erreichen will." Dieser Artikel war auch unter den amtlichen Bekanntmachungen in den Kreisblättern zu lesen.

Für den Landrath von Neurode scheint ein Preßgesetz gar nicht zu existiren, denn er ließ nicht nur sämmtliche von uns herausgegebene Flugblätter sofort nach ihrem Erscheinen confisziren, die Amtsvorsteher und Bürgermeister nahmen auch vielfach unsern Austrägern die Stimmzettel in Tausenden von Exemplaren weg und noch jetzt, acht Tage nach der Wahl, liegen circa 7—8000 Kapell'sche Stimmzettel in den Amtsstuben des Neurodaer Kreises begraben; ein Amtsvorsteher allein nahm 3146 Stück weg.

Bis jetzt ist nur wegen zwei unserer Flugblätter das gerichtliche Verfahren eingeleitet; trotzdem ist das dritte, welches ebenfalls in Tausenden von Exemplaren weggenommen wurde, dem Herausgeber noch nicht zurückgegeben worden. Daß Gensdarmen und sonstige Amtspersonen die bereits verbreiteten Flugblätter und Stimmzettel von Haus zu Haus wieder abholten, ist auch nicht selten vorgekommen.

Der Landrath von Neurode hat auch nach der Versicherung mehrerer Amtsvorsteher Befehl gegeben, es dürfe von den Sozialisten nichts verbreitet werden, was er nicht vorher gesehen habe, was er aber sieht nimmt er weg, und so ist denn die Censur glücklich wieder eingeführt, ohne daß es dazu eines Gesetzes benöthigte. Bereits bei der vorletzten Reichstagswahl wurde in Neurode die Broschüre von Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten" confiszirt. Es geht eben nichts über Neurode, wie mag's wohl in Rußland aussehen? — Daß unsere Flugblatt- und Stimmzettelverbreiter im Reichenbacher Kreise vielfach fistirt, in Neurode, dem Gebiet des Polizeigewaltigen Grafen Pfeil, gar verschiedentlich auf längere Zeit der Freiheit beraubt wurden, so in Wünschelburg — ist nach Obigem nicht mehr zu verwundern.

Während also in Neurode der Büttel wirthschaftete, waren es im Reichenbacher Kreise die Fabrikanten, welche den Wählern mit der Hungerpeitsche vor den Augen herumfuchtelten. Der Freiherr von Richthofen-Brechelsdorf auf Faulbrück ging sogar so weit, in einem Erlaß an seine „freien Arbeiter" Diejenigen, die sozialistisch wählen würden, mit sofortiger Entlassung zu bedrohen, was zwei liberal seinwollende Käseblätter als „sehr nachahmungswerth" abdruckten, während man sich in den meisten andern Geschäften damit begnügte, den Arbeitern das Lesen der sozialistischen Blätter u. s. w. bei Strafe sofortiger Entlassung zu verbieten. Selbstverständlich vergaß man auch nicht, den Arbeitern gelegentlich mit der höchsten Ungnade zu drohen, wenn dieselben nicht die von ihren Herrn und Meistern gelieferten Friedenthal'schen Stimmzettel — für welche man, um die Controle zu ermöglichen, eine eigne Legart (Art des Zusammenfaltens) beliebte — abgeben würden. In den meisten Wahllokalen bildeten denn auch die bedeutendsten Fabrikanten des Bezirks das Wahlbureau, nahmen also die selbst ausgetheilten Stimmzettel von ihren Arbeitern wieder entgegen. Die Commis und sonstigen Angestellten fungirten als Führer der Doppellisten oder als Schlepper der lässigen Wähler. Die Doppellisten hatten natürlich die conservativen Wahlcomités ohne Mühe erlangt. Widerspenstige Wähler wurden per Wagen zum Wahllokal transportirt, dort von ihren „Herren" oder deren Angestellten in die Mitte genommen und mit dem Friedenthal'schen Zettel in der Hand bis zur Urne geleitet. Diese Wahl war wirklich sehr „frei".

Auch der Schnaps hat bei der Wahl des Herrn Ministers eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, während man wieder an anderen Orten die gehorsamen Wähler mit einem 10 Pfennig-Nickel, theilweise auch nur mit 5 Pfennigen entschädigte. Auf den kleinen Orten hinter Peterswaldau, wo ein gut Theil der Einwohner schon seit Jahren im Winter nur durch Almosen vor dem Hungertode gerettet worden ist, wagten die meisten nicht sozialistisch zu stimmen, weil sie nicht mit Unrecht fürchteten, daß dann im nächsten Winter die Bettelbrocken zurück bleiben würden.

Kurz und gut, was List, Unverschämtheit, Verachtung von Recht und Sitte unter theilweiser Verletzung der Gesetze zu leisten im Stande waren, das haben die Conservativen im Bunde mit ihren liberalen Handlangern diesmal geleistet. Die sogenannte „freie Wahl" ist bereits zum Kindergespött geworden. — Bei der amtlichen Zusammenstellung des Wahlresultats sah sich der Wahlcommissär, Landrath Olearius, genöthigt zu erklären, daß im Reichenbacher Kreise die amtlichen Gegenlisten vielfach nicht in Ordnung seien, während im Neuroder Kreise fast keine einzige in Ordnung sei.

Ist es nach alledem noch zum Verwundern, wenn wir fast die Hälfte unserer Stimmen verloren? Gewiß nicht! Ein Wunder ist es eher, daß wir überhaupt bei dieser schon so lange mit dem Hunger kämpfenden Bevölkerung noch ca. 3000 Stimmen aufbrachten. Dank dieser Braven, sie haben gehandelt wie es Männern ziemt. Wir sind moralisch unbesiegt und werden auch formell wieder den Sieg erringen. Es lebe der „freigewählte" Abgeordnete Minister Dr. Friedenthal! Die Beanstandung der Wahl wird besagt werden.

Chemnitz, 12. August. Unser Chemnitzer Parteiorgan schreibt: Neun Mann Polizei erschienen am Sonnabend in unseren Geschäftslokalitäten, um strenge Haussuchung zu halten nach den Statuten und dem Stempel eines nach Herrn Siebdrat's Meinung hier existirenden geheimen sozialdemokratischen Vereins. Wir sahen mit Bedauern die Beamten bei ihrer beschwerlichen Arbeit, die schlechterdings vergeblich war, denn es giebt in Chemnitz keinen geheimen sozialistischen Verein, folglich auch keine Statuten und keinen Stempel eines solchen. Wir hatten in letzter Zeit Prozesse, Verhaftungen, Auflösungen und Confiscationen; nur eine Haussuchung fehlte noch, wir freuen uns darüber, daß wir nun auch diese erhielten. Es ist schon der Vollständigkeit wegen.

Wittgensdorf, 12. August. Gestern sollte hier eine sozialistische Wählerversammlung stattfinden. Obwohl dieselbe den „reichstreuen Männern" von Chemnitz gar nichts anging, da es lediglich Sache der Wähler des 15. Wahlkreises ist, wen sie in den Reichstag senden wollen, war doch die ganze Sprenggarde aus Chemnitz, etwa 60 Mann stark, rechtzeitig eingetroffen, um die Versammlung zu stören. Es zeigte sich aber, daß die Langmuth, mit welcher die Sozialisten bisher den reichstreuen Exzessen in Versammlungen zusahen, aufzuhören beginnt. Eine Anzahl Wähler des 15. Wahlkreises hielten die Treppe des Lokals besetzt und wiesen ohne Unterschied jeden Wähler eines fremden Wahlkreises zurück. Die Schaar der Reichstreuen aus Chemnitz versuchte nun die Treppe zu stürmen und mit Gewalt in das von den Sozialisten gemiethete Lokal einzudringen. Diese Gewalt fand kräftige Gegenwehr und es kam zu Thätlichkeiten, wobei die Reichstreuen gar gewaltige Schläge davon trugen. Binnen wenigen Minuten war die Treppe von ihnen gesäubert und es wurde auch kein weiterer Versuch zum Hausfriedensbruch mehr gemacht. Trotzdem hielt es der Gemeindevorstand für nöthig, die Abhaltung der Versammlung zu verbieten, ausdrücklich mit der Motivirung, daß weitere Störungen durch die ausgesperrten Reichstreuen zu befürchten seien. — Daß die Reichstreuen in Wittgensdorf Prügel bekommen haben, thut uns zwar leid, wir billigen es auch nicht, aber wir erinnern nur daran, daß früher im 16., sowie im 15. Wahlkreise unsererseits überall den Gegnern Redefreiheit gewährt und musterhafte Ordnung gehalten wurde. Die „reichstreuen Männer" waren es, welche an Stelle dieser Ordnung die Vergewaltigung proklamirten, die man sich natürlich auf die Dauer nicht gefallen lassen kann. Sie haben sich deshalb die Folge ihres provozirenden Vorgehens selbst zuzuschreiben.

Limbach, 13. August. Vergangenen Sonnabend fand hier eine sehr gut besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Herr Nauert aus Leipzig über die bevorstehende Stichwahl unter allgemeinem Beifall referirte. Schon am Nachmittag hatten wir erfahren, daß die „reichstreuen Männer" aus Chemnitz ihr zahlreiches Erscheinen telegraphisch angezeigt hätten; und richtig, gegen 8 Uhr kam denn auch die erste Sendung per Omnibus an. Wir hatten jedoch wenig Lust, uns unsere Verhandlungen von den aus der Chemnitzer Wahlbewegung zur traurigen Berühmtheit gelangten Spreng-Gardisten stören zu lassen und hatten schon durch Plakat Jedem, der nicht Wähler des 15. Wahlkreises ist, bei Anwendung des Hausrechts den Eintritt verboten. Doch was kümmert das Recht diejenigen, die bei jeder Gelegenheit dasselbe unter lautem Gebrüll zu vertreten vorgeben! Daran gewöhnt, sich mit ihren Rohheiten hinter dem „Patriotismus" und schließlich hinter die Polizei verstecken zu können, wollten auch hier diese „Ordnungs"störer, als man sie nicht gutwillig zulassen wollte, mit Gewalt eindringen und so blieb uns denn nichts Anderes übrig, als die Eindringlinge die Treppe hinabzuwerfen. Die „gebildeten Herren" mußten also die Pferde wieder vor den Omnibus spannen und dahin fahren, wo sie hergekommen waren. Eine zweite Ladung ersparte sich nach den gemachten Erfahrungen der ersteren das Aussteigen und trollte von dannen. Bemerkt sei noch, daß der von den Chemnitzer Sozialistenfressern herbeigerufene Gensdarmerie-Brigadier erklärte,

---

Nun aber traten Ereignisse ein, die den Charakter des Kaisers tief erschütterten und zum anderen Extrem hinüberleiteten. Die beiden auf seine persönliche Sicherheit gerichteten Attentate spielten hierbei eine weit geringere Rolle als man anzunehmen geneigt ist. —

Weit tiefer und nachhaltiger wirkte die schließlich mit unwiderstehlicher Logik sich darstellende Thatsache, daß die erbittertsten Feinde jener Reformen, welche der Kaiser als seinen Lebenszweck betrachtete, in seiner nächsten Umgebung zu suchen, daß Männer darunter waren, die Jahre lang seiner Gunst sich erfreut, also auch Jahre lang mit mala fides gehandelt hatten.

Ferner zeigte es sich, wie vorherzusehen war, daß die Neuerung, Vergehungen der Beamten dem neuen öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahren zu unterbreiten, auf den heftigsten Widerstand aller alten Routiniers stieß. Die Gehaltserhöhung, Vereinfachung des Geschäftsganges und dergleichen Neuerungen hatten sie schmunzelnd hingenommen, daß man aber nun die „Nebeneinnahmen", die in vielen Fällen, wo nicht immer, das Drei- und Vierfache des offiziellen Gehaltes betrugen, ihnen verwehren wollte, das war denn doch eine zu tolle Ungerechtigkeit. Dagegen konnte nur ein festes Zusammenhalten der alten bewährten Collegen helfen. Dann mochten die in Petersburg schreiben, so viel sie wollten.

Endlich trat auf dem flachen Lande, je mehr die Befreiung der früheren Leibeigenschaft von den bisherigen Herren sich vollzog, die traurige Erscheinung auf, daß ein lange geknechtetes Volk durchaus unfähig zum Gebrauch der erlangten Freiheit ist und mehr als eine Generation in's Grab sinken muß, ehe der Segen der Freiheit erkannt und dankbar gewürdigt wird. Jede Unzuträglichkeit, die aus dem Zusammenprall neuer Einrichtungen und alter Gewohnheiten entstand, wurde aber von den Feinden der Regierung mit tückischer Emsigkeit benutzt, um die blöde, ungelenke und doch so einflußreiche Masse des Volkes in Irrthum und Erbitterung hineinzuhetzen und so möglichst die Arbeit des Fortschritts zu hemmen und in ihr Gegentheil zu verkehren.*)

Da schlug man denn dem Kaiser unablässig vor, zur Ueberwachung, Niederhaltung und Züchtigung aller dieser feindlichen Elemente die Gendarmerie wieder zu vermehren und in ihre frühere einflußreiche Stellung zu versetzen. So geschah es denn 1869.

Wieder treten wie sonst Männer, die dem Kaiser zunächst stehen, an die Spitze der Gendarmerie, wir finden da Ignatieff, Flügeladjutant und Oheim des vielgenannten Diplomaten, Schuwaloff, jetzt Gesandter in London u. s. w.

Wieder wie sonst aber regiert auch nun in der That mit Hülfe seiner Gendarmerie der Kaiser selbst, trotz aller staatsrechtlichen Dekorationen. Sind wichtige Entschlüsse zu fassen, so werden wohl die Minister zusammenberufen unter des Kanzlers Vorsitz, aber keineswegs immer vollzählig oder allein; Mitglieder des Senats, oft auch Militärs oder andere dem Kaiser nahestehende Personen nehmen Theil an diesen Berathungen, die auch niemals den offiziellen Titel eines Staatsrathes, sondern einer Ministerconferenz führen. Der Chef der Gendarmerie fehlt nie dabei.

Wieder wie sonst reicht das Netz seiner Verbindungen über alle politisch wichtigen Gouvernements, über Alles ist er unterrichtet, und wie sonst ist sein Arm weitreichend und furchtbar.

Man könnte tausend Beispiele anführen, um zu zeigen, wie die allgemeine Stimme gegen das Institut der Gendarmerie sich wendet und um den ungeheuerlichen Beschluß des Geschworenengerichtes zu erklären, welches den Chef dieses unheimlichen Inquisitionsgerichtes für vogelfrei erklärte.

Damit ist aber auch der Stab über diese Einrichtung gebrochen, die Regierung muß sie früher oder später fallen lassen. Die Hauptsache ist unbestreitbar, im heutigen Rußland ist kein Raum mehr für eine offizielle, anerkannte Geheimpolizei. Und das ist immerhin ein erfreuliches Zeichen der Zeit.

*) Man hatte wohl die Bauern aus der Leibeigenschaft befreit, aber vergessen — ihnen auch die Mittel zum weiteren Fortkommen zu gewähren, und so verfielen dieselben den Juden (den Wucherern) und geriethen schließlich wieder in ihre alte Abhängigkeit vom Gutsbesitzer. Und darum die Erbitterung gegen die neuen Zustände.

D. Red. d. „V."

— Zur Rohheitsstatistik. In der „Deutschen Reichszeitung" des Herrn Sybel, also in einem sozialistenfresserischen Blatt, findet sich folgendes erbauliche Culturbild in Gestalt einer Correspondenz aus Bonn d. d. 1. August:

„Vor dem Wahllokale auf der Sandkaule wurden vorgestern Mittag von einem Handwerker (die Sozialdemokraten wollten am Rheine die Probe machen) Zettel mit dem Namen Bebel vertheilt. Sobald unter den Liberalen ruchbar wurde, daß Bebelzettel ausgegeben werden, stürzten sie auf den Zettelvertheiler zu und verhöhnten denselben. Als derselbe ihnen ihre mangelhafte Bildung nachwies, schimpften sie noch ärger und forderten mit vielem Geschrei und Gebrüll den im Lokale sich aufhaltenden Polizeibeamten auf, den Sozialdemokraten zu verhaften, was auch geschah. Brüllend und jodelnd mit dem Ausrufe: „Schlagt ihn todt den Hund", „bindet den Kaisermörder, haut ihn", folgte die „gebildete Rotte" ihm auf die Wache. Daselbst wurde er untersucht, und wurden ihm die Zettel, Uhr, Hausschlüssel und Portemonnaie mit 48 Pf., ein Exemplar der „Freien Presse", des „Vorwärts" und sein Notizbuch abgenommen. Auch die Mitgliedskarte der Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandter Gewerbe wurde confiszirt. Gegen 4 Uhr wurde er dem Herrn Polizei-Commissär vorgeführt und nach kurzem Verhör entlassen. Sofort trat er seinen Weg wieder zum genannten Wahllokal an, um für Bebel weiter zu agitiren."

Wir werden über diesen Exzeß des „gebildeten Pöbels" noch ausführlicher berichten. Nur so viel noch, daß unser Genosse von dem Ordnungsgesindel auch körperlich mißhandelt wurde.

— Fünfzig Jahre am Setzerkasten. Das „Wiener Tageblatt" berichtet: „Das Personal der Hof- und Staatsdruckerei feierte am 10. August eine seltene Feier: Fünf Männer aus der bewährten alten Garde der Staatsdruckerei begehen fast gleichzeitig ihr fünfzigjähriges Setzer-Jubiläum; die Herren Woehlert, Burk, Einselmayer, Ratonitsch und Grammelmayer haben durch fünfzig Jahre als treue Pioniere der Bildung und der Wissenschaft, als wahre Träger der Cultur am Setzerkasten gewirkt. Zur Feier dieser ehrenvollen Wirksamkeit während eines halben Jahrhunderts findet in der Bierhalle von Dreher am 10. August ein Bankett statt, an welchem die Jünger Gutenberg's zweifellos sehr zahlreich theilnehmen werden. Eine soeben zur Versendung gelangte Festschrift enthält die Biographien und die gelungenen Photographien der fünf Jubilare. Die Greise sehen noch sehr rüstig und wohl aus und wirken noch sämmtlich in der Staatsdruckerei, Herr Burk als Faktor, Einselmayer als Setzer, Grammelmayer als Correktor, Ratonitsch als Setzer und Woehlert als Expedits-Faktor."

Was von derartigen Festen zu halten ist, darüber haben wir uns schon oft ausgesprochen. Von Tausend „treuen und ehrlichen Arbeitern" trifft kaum Einen die „Ehre" einer derartigen „Anerkennung", und wem die „Ehre" trifft, dem wird in der einen oder anderen Form als „Gnade" nicht ein Hundertstel dessen zu Theil, was er unter vernünftigen Verhältnissen als Recht zu beanspruchen hätte. Doch, nicht um diese Betrachtung zu machen, druckten wir obige Notiz ab, sondern um hervorzuheben, daß es eine Staatsdruckerei ist, in welcher die Feier vorgekommen. Wir glauben nicht, daß sie in einer Privatdruckerei möglich gewesen wäre.

der Einberufer sei in seinem Recht, wenn er diejenigen hinausweise, welche in unserem Wahlkreise kein Wahlrecht hätten. — Die Versammlung verlief in der ruhigsten Weise, wie das gewöhnlich der Fall ist, und so werden wir auch in Zukunft alle die Elemente uns fernzuhalten wissen, von denen wir überzeugt sind, daß es sich bei ihnen nicht um sachliche Diskussion, sondern vielmehr um Provokation von Skandal handelt.

Breslau, 10. August. Anfangs voriger Woche fand von der hiesigen Garnison ein 3 Tage dauerndes Feldmanöver auf dem Terrain zwischen hier und der Stadt Oels statt. Bei der großen Hitze erkrankten schon während der Uebung mehrere Soldaten und sind auch einige Todesfälle vorgekommen. Doch es sollte noch schlimmer kommen. Nachdem die Truppen sechs Stunden am vorigen Freitag Felddienst geübt, wurde bei einer Hitze von 29° R. im Schatten um die Mittagsstunde der Heimmarsch angetreten, und das Resultat war 5 Todte, die Zahl der Kranken, welche auf ländlichen Fuhren später nachgefahren, kann man gar nicht herauskriegen. Unter den Todten befindet sich unter Anderen der einzige Sohn eines hiesigen Steuerbeamten. Die Aufregung über dieses ist unter allen Bevölkerungsklassen groß. Nun und der Schuldige? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Die Truppen sind das 10. und 11. Grenadierregiment, das 1. Kürassieregiment und eine Abtheilung des 6. Artillerieregiments. W. St.

R. **Dresden**, 10. August. (Der Wahlkampf.) Heisa! Welch' ein reges Leben in der sonst so phlegmatischen Bevölkerung! Warum gehört erst eine, von allen Parteien künstlich getriebene Aufregung dazu, die Bürger zu bestimmen, von ihren Wahlrecht Gebrauch zu machen? Friesen, Walter, Bebel, diese drei Männer sind Gegenstand nicht nur der anständigen, gegenseitig aufklärenden und belehrenden Diskussionen, sondern leider auch der gehässigsten Angriffe, der gemeinsten Beschimpfungen. Am 30. Juli 7264 Stimmen für von Friesen (conservativ und nationalliberal), 5415 für Kaufmann Walter (Fortschr.), aber 9892 für Bebel, — das gab zu denken — und wie vorauszusehen, beeilten sich die Beschimpfer Walter's, die Conservativen und Nationalliberalen, die ausschlaggebenden Stimmen der Fortschrittler zu kapern. „Walter muß seine Leute bestimmen, v. Friesen zu wählen, und Bebel ist geschlagen, das Reich gerettet", so hieß es am 3. August in einer Versammlung Friesenscher Leute. Man wählt den Herrn Hofrath Ackermann und Genossen als Missionäre und — der Herr Hofrath kommt seinen Verpflichtungen in der traurigsten Weise nach, macht dem Kaufmann seine Aufwartung und bittet, fleht um Verzeihung Namens der Wähler Friesens, diese schmachvollen Verleumdungen ꝛc. seien in der Hitze des Gefechts untergelaufen, „es gilt jetzt Dresden von der Schmach, „„Bebelsburg"" zu sein, zu retten und in Ihrer Hand, Herr Walter, liegt es, unseren Candidaten und mit ihm Kaiser und Reich zu retten!" Jeder andere Reichsfreund wäre, zu Thränen gerührt, dem Herrn Hofrath um den Hals gefallen, aber Walter — dies sei ihm zur Ehre gerechnet — hatte Charakter genug und wies den Herren moralisch die Thür; trotz aller Heulmeierei spielte Walter mit Recht den Beleidigten. Hatte er Tags zuvor den Wunsch der Sozialisten, „seinen Wählern Bebel oder Wahlenthaltung zu empfehlen", abschläglich beschieden, so fertigte er heute die Conservativ-Liberalen ziemlich grob ab. Ganz zerknirscht schlich die Deputation von dannen, um — nun nunmehr flott auf Bebel zu schimpfen, dasselbe Manöver des Betrugs und der Lüge gegen Bebel zu wiederholen. Und wahrhaftig verstehen die Herren Reichsfreunde das Schimpfen, Lügen und Betrügen besser, als man glaubte; unterstützt von Leipzig, Chemnitz und Zwickau machen sie den Philistern graußig zu Muthe, ein Flugblatt jagt das andere und gipfeln in Redensarten wie: „Bebel fragt den Teufel nach dem Wohl der Arbeiter, jetzt hält er seine Petroleumflaschen versteckt, um dann sein Ideal, die Pariser Commune, zu verwirklichen"; „Throne zerschlagen, Tyrannenblut (trinken? he?), Guillotine, Henker, Knüppel, Messer, Dolch sind einzig die Worte seiner Gesänge" — diese und andere Liebenswürdigkeiten mehr enthalten alle staatsretterischen Aufrufe! Nun, dem gegenüber hatten wir als beste Waffe die zahlreichen Volksversammlungen, in welchen Candidat Bebel mit lobenswerther Ausdauer an fünf aufeinander folgenden Tagen fünf ca. 2stündige Vorträge hielt. Der Umstand, daß Herr v. Friesen vorzog, auf Einladung der Gewerbtreibenden nicht zu erscheinen, Walter aber abschrieb, kam der Sozialdemokratie zu statten, denn mancher Philister witterte Feigheit. Bis auf einzelne Interpellationen kam eine Diskussion leider nirgends zu Stande. Warum aber soll der Herr Minister a. D., der „Freiherr" v. Friesen, mit einem Drechslermeister disputiren? Verfügt er doch über ein Heer von Beamten?! Hat er sich doch der Mithilfe der Regierung, des Schutzes aller Behörden zu erfreuen?! Der Vorgesetzte, Geheimer- oder Regierungs-Rath, legt seinen Beamten einfach die Liste vor und unterschreiben muß der Beamte, oder — es ist um ihn geschehen!

Glücklicher Weise giebt es auch noch Menschen, welche selbstständig denken und über den Ausfall der Stichwahl war der mit der Stimmung Vertraute nie im Unklaren. Dresden ist nun einmal gut sozialistisch und trotz aller Machinationen der Gegner, trotz Bedrohung der Arbeiter, trotz Einschüchterung der kleinen Gewerbtreibenden, trotz aller lügnerischen, nur auf Betrug berechneten Vorspiegelungen wählte es, in engerer Wahl, seinen früheren Reichstagsabgeordneten Bebel mit 11,687 Stimmen, während der „Ordnungsmann" v. Friesen 10,698 auf sich vereinigte. „Tausend Stimmen mehr!" Mit rasender Schnelligkeit verbreitete sich diese Kunde und „tausend Stimmen mehr!" erscholl es aus Aller Munde. Den Gefühlen war bei Bekanntgeben des Resultats durch 12,000-stimmige, nicht enden wollende Hurrahs Luft gemacht und Freude leuchtete auf jedem sozialistischen Gesicht! Das war ein Kampf, wie ihn wenige deutsche Städte zu führen nöthig haben, aber — Genugthuung ist uns geworden und Dresden, die Residenz Sr. Majestät des Königs von Sachsen, ist „Bebelsburg", ist „Hochburg der Sozialisten", und daß Dresden „Metropole" der deutschen Sozialdemokratie wird, dafür werden wir sorgen.

Münster (Westfalen), 3. August. Obwohl an einem Sieg in unserem Kreise durchaus nicht zu denken war, betheiligten wir uns diesmal doch, um den auswärtigen Parteigenossen ein Lebenszeichen von uns zu geben, an der Wahl und vertheilten Stimmzettel unter dem Namen „August Bebel, Drechslermeister in Leipzig". Darob nun großes Aufsehen in unserer Stadt, in welcher die Sozialdemokraten noch nie Aehnliches vorgenommen hatten, und von deren Existenz in hiesiger Stadt noch Niemand eine Ahnung hatte. Die nationalliberale „Westfälische Provinzial-Zeitung", unter der Redaktion des in Ihrem geschätzten Blatte schon gedachten Scheeren-Redakteurs Glaser, brachte nämlich unter der Rubrik „Lokales" einige Tage vor der Wahl folgende Notiz, welche allem Anscheine nach von der Polizeibehörde eingesandt war: „Ganz frei von sozialdemokratischen Umtrieben scheint unsere Stadt doch nicht zu sein. Gestern Abend nämlich wurde einem hiesigen Handelsmann auf der Salzstraße von Männern, welche er für fremde, aber hier in Arbeit stehende Handwerker gehalten, ein Wahlzettel mit dem Namen „August Bebel, Drechslermeister, Leipzig", in die Hand gesteckt. Der Zettel, welcher im Wege der Vervielfältigung hergestellt scheint, wurde uns eingesandt." — Dieser saubere Herr Glaser hält also eine gesetzlich erlaubte Handlung für einen Umtrieb. Ganz gut! Aber warum fühlte sich sein patriotisches Herz nicht bewogen, Aehnliches zu berichten, als seine Partei ihre Stimmzettel vertheilte? — Ja, das sind „Ordnungsfreunde", und wir wollen diese göttliche „Unordnung" untergraben. — — — Am Tage der Wahl hatten wir uns zur Urne begeben, um unsere Stimmzettel abzugeben, wurden aber zu unserem Erstaunen mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß die Zettel nicht giltig seien, da sie nicht weiß, sondern gefärbt wären, die Zettel sind aber auf einfaches Conceptpapier gedruckt und weichen nur dadurch von den übrigen ab, daß das Papier etwas rauher ist und daher als solches einer dritten Partei erkannt werden konnte. — Infolge dessen wurden Viele (beiläufig 100) von fernerem Wählen abgeschreckt, und nur Einige hatten den Muth, sich Zettel zu schreiben. Freiher v. Hoeremann ist hier mit 3389 Stimmen gewählt (im ganzen Kreise mit ungefähr 14,000), Forckenbeck erhielt 704 ((im ganzen Kreise 1040) und Genosse Bebel 23 (im ganzen Kreise 30—33). — Die Wilhelmsspende hat hier auch eine niedliche Summe eingebracht, doch ist es eine Lüge, wenn man sagt, es sei eine freiwillige Spende gewesen. In der Drunn'schen Offizin z. B. ließ man die Liste circuliren, wodurch sämmtliche dort Beschäftigte gezwungen waren, zu zeichnen; selbst bei Lehrlingen schämte man sich des Collectirens nicht. Beim Verweigerungsfalle wäre natürlich Kündigung die Folge gewesen. Ebenso machte man es in anderen „liberalen" Geschäften und bei den Behörden. Wie ich aus dem Munde eines Soldaten vernommen habe, mußte das Militär ebenfalls zeichnen. Doch kann ich auch etwas Günstiges aus unserer Stadt melden, nämlich daß auch hier der Sozialismus schon Wurzel gefaßt hat. Ist unsere Zahl auch noch klein, so sind wir doch mit Begeisterung für unsere edle Sache in den Kampf getreten und werden für ihren baldigen Sieg mit aller Kraft wirken. — Es lebe die Sozialdemokratie! Mit sozialdemokratischem Gruß A. H.

Remscheid, 6. August. Ein Arbeitgeber, wie es gewiß nur wenige giebt, ist der hiesige Feilenfabrikant Paß. Am Wahltage sagte derselbe zu seinen Arbeitern: So Leute, es ist Pflicht eines Jeden von Euch, daß er heut' wählen geht. Aber nicht mir zu Liebe sollt Ihr das thun, sondern Ihr müßt in Eurem Interesse wählen, und welchen Candidaten Ihr für Euer Interesse als den geeignetsten haltet, das ist Eure Sache; ich mische mich nicht darein. — Dem Manne ein Bravo!

Walkenstedt, 6. August. Am vergangenen Sonnabend fand vor den Schranken des hiesigen herzoglichen Kreisgerichts eine Verhandlung wegen fahrlässiger Tödtung gegen den Betriebsdirektor der Grube „Ludwig" zu Frose, Friedrich Ernst, statt. Der Sachverhalt ist folgender: Am 5. November v. J. hatte der Angeklagte drei Bergleute in einen Schacht geschickt, der am darauf folgenden Tage eingestürzt ist; dabei haben jene drei Arbeiter durch Verschüttung den Tod gefunden. Nach der Aussage der Sachverständigen durfte der Angeklagte Niemanden mehr in jenen Schacht beordern, da dessen schlechter Zustand ihm bekannt sein und er den eintretenden Bruch vorhersehen mußte. Die herzogliche Staatsanwaltschaft beantragte anderthalb Jahr Gefängniß und motivirt dieses Strafmaß mit dem Hinweis auf den großen Unglücksfall vom 1. Juli 1876, wo 29 Arbeiter ihren Tod im Schachte fanden, von denen noch heute viele in demselben ruhen. Der hohe Gerichtshof schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts überall an und erkannte auf Höhe der beantragten achtzehnmonatlichen Haft gegen den Angeklagten, sowie auf Tragung sämmtlicher Kosten. Der Verurtheilte hat bereits die Appellation angemeldet.

Gotha, 11. August. Noch nie war eine Wahlagitation mit solchen Schwierigkeiten verbunden, als die eben beendete. Fast überall, wo unsere Parteigenossen für die Wahl unseres Candidaten Wilhelm Bock agitirten, stießen sie auf harten Widerstand, und haben sich unsere Gegner wieder einmal in ihrer wahren Gestalt gezeigt. Brutalität und Rohheit waren ihre Haupttugenden. Uns nennt dieser Ordnungspöbel „Wühler", und dabei stacheln sie die Landleute resp. Arbeiter auf, uns unschädlich zu machen; auf welche Art und Weise, das kümmert sie nicht. — Wir wollen in unserem Bericht die verschiedenen Fälle einer oberflächlichen Kritik unterziehen und dem Wahlcomité in Gotha die weiteren Schritte überlassen. Freitag den 19. Juli wurde den Genossen Andreß und Büttner, welche in Ichtershausen Wahlaufrufe verbreiten wollten, bei sofortiger Arretur verboten, dieselben weiter zu vertheilen, unsere Genossen mußten sonach ihr Vorhaben aufgeben und der Gewalt weichen. Die für Ichtershausen bestimmten Drucksachen sind dennoch Sonnabend den 27. Juli daselbst von uns vertheilt worden. Am Wahltage wurden von uns die Orte Liebenstein, Gräfenroda, Frankenhain, Wölfis, Crawinkel, Gossel, Ichtershausen, Trasdorf, Kettmannshausen, Neurode besetzt und sind in verschiedenen dieser Orte unsere Parteigenossen auf die brutalste Art und Weise behandelt worden. So z. B. wurde in Liebenstein Genosse König vom Ortsschulzen und dem derzeitigen Wahlvorsteher Namens Christ. Sauerbrei die Treppe heruntergestoßen, die Stimmzettel wurden ihm aus der Hand gerissen und ihm anbefohlen, das Wahllokal ja nicht wieder zu betreten, sonst würde man ihn hinauswerfen. Ferner hatte der betreffende Ortsschulze dem Gensdarm befohlen, er solle den pp. König einmal 24 Stunden einsperren; diesem Befehle wurde zum größten Leidwesen des Auftraggebers nicht Folge geleistet. In Ichtershausen wurde Genosse Küllmer ebenfalls aus dem Wahllokal gewiesen und mit Arretur bedroht. Weiter haben sich mehrere Wähler darüber beschwert, daß der Bäcker Falke in verschiedene Stimmzettel einen Knick gemacht habe, und der Wagnermeister Käfner hat sogar gesehen, daß Falke Stimmzettel aufgemacht und anders gebrochen hat. Nach Beendigung der Wahl ist das Wahllokal verschlossen worden und das Resultat vom Gemeindediener nachträglich in der Gaststube veröffentlicht worden. — In Frankenhain, wo Genosse Treubig von uns beauftragt war, die Wahlhandlung zu überwachen, war man etwas humaner, jedoch war es immerhin ungesetzlich, daß auf dem Wahltisch Stimmzettel lagen, wie Genosse Treubig bemerkt hat. Dieselben wurden jedoch wieder entfernt, als man bemerkte, daß unser Genosse dieser Angelegenheit eine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Auch hier wurde unseren Genossen der Zutritt ins Wahllokal während der Auszählung verweigert. — Auch Genosse Andreß kann sich nicht beklagen, daß man ihm in Crawinkel keine Aufmerksamkeit geschenkt habe. Derselbe wurde Nachmittags 4 Uhr, als er einem Arbeiter Namens Krimm einen Stimmzettel reichte, vom Ortsschulzen Klos aufgefordert, das Wahllokal binnen 5 Min. zu verlassen; der Stellvertreter desselben verstieg sich sogar soweit, daß er unserm Genossen die Stimmzettel aus der Hand riß und verbrannte. Als Andreß sich nicht bewogen fühlte, natürlich mit Fug und Recht, das Lokal zu verlassen, ließ ihn der Schulze von Crawinkel durch zwei Bauern arretiren und nach Ohrdruf transportiren. Daselbst auf dem Landrathsamt angekommen, wurde er sofort wieder freigelassen und die beiden Transporteure mit einem gehörigen Rüffel an ihren Auftraggeber heimgeschickt. Auch Genosse Andreß ging nach Crawinkel zurück, freilich war die Wahl nun vorüber und somit auch die Absicht des Schulzen erfüllt. — Genosse Söllner glaubte in Wölfis ein Recht zu haben, der Stimmenauszählung mit beiwohnen zu dürfen, man gönnte ihm aber das Vergnügen nicht, indem man ihn einfach an die Luft setzte. — Vom Genossen Amm, welcher in Kettmannshausen, Trasdorf und Neurode agitirte, haben wir noch keinen speziellen Bericht, jedoch steht soviel fest, daß es ihm nicht viel besser ergangen ist, als den anderen Parteigenossen. — Diese Kampfesweise unserer Gegner ist wirklich keine taktvolle zu nennen, und ein Sieg nach solchen Vorkommnissen ist wahrlich kein glänzender. Wir enthalten uns hier einer weiteren Auseinandersetzung, jedoch wünschen wir, daß von Seiten des sozialistischen Wahlcomités in Gotha gegen solche Ungesetzlichkeiten protestirt wird, damit jenen Herren ein anderes Mal die Lust zu solchen Anmaßungen vergeht. Th. B.

Engere Wahlen.

Offenbach: Liebknecht 10,700, Dernburg (nat.-lib.) 11,100 Stimmen.

Reichenbach (Sachsen): Auer 7500, Schmiebel (cons.) 7700 Stimmen.

Hanau: Frohme 6300, Dr. Weigel (nat.-lib.) 9000 St.

Breslau I: Reinders 9767, Molinari (nat.-lib.) 9318 St.

Breslau II: Kräcker 8826, Bürgers (fortschr.) 10,215 St.

Hagen: Richter (fortschr.) 10200, Dr. Bueck (liberal) 7000 Stimmen.

Borna-Pegau (14. sächs. Wahlkreis): bis jetzt Geiser 3921, Dr. Frege (cons.) 3344 Stimmen.

Somit sind fünf sozialistische Abgeordnete definitiv gewählt: Liebknecht, Bebel, Hasselmann, Bracke, Reinders.

Briefkasten

der Redaktion. H. M.: Ihr Artikel würde post festum kommen. — A. G. in Barzin: Gedicht in der Form nicht brauchbar.

der Expedition. A. P. Muskau: Auf Ihre Reklamation ist bereits Recherche eingeleitet und erhalten Sie über den Erfolg Mittheilung durch unsern Briefkasten.

Quittung. Lgs Hannover Ab. 200,00. Festcomité das. Ann. 1,40. L. Berlin Ann. 1,50. Strglr Bennborf Ab. 0,85. Sattler Linden Ab. 1,00. Elr Temeswar Ab. 1,65. Lnfrmnn Chicago Ab. 209,96. Sill Schwäb.-Hall Ab. 21,04. Grd Stötteritz Ab. 28,40. Zppl Wolfersdorf Ab. 2,30. Exped. d. Volksztg. Bielefeld Schr. 2,00. Tt hier Ab. 3,00. Genossenschaftsbuchdr. Glauchau Ab. 100,00. Sch. Aschach Ab. 1,40. Gbtzk Wien Ab. 6,55. Rtr Darmstadt Ab. 24,00. Mrtn Schmölln Ab. 7,25. Grönfn Lindenau Ab. 2,00. Dr. L. Würzburg Schr. 1,25. A. Oberbillingshausen Schr. 1,70. Plz Gießen Schr. 1,00. Dr. Adlr Freinsheim Schr. 3,10. Mmr Magdeburg Schr. 1,10. Hchmnn Dresden Schr. 0,50. Strk Göttingen Ab 0,60. Hfmnn Darmstadt Schr. 0,50. Bandrf Lesum Ab. 2,05. Deutscher Verein Basel durch Freese Ab. 2,50. E. Ursn Saarden Ab. 7,50. Schlr Waldenburg Schr. 5,50. Dschmnnn Graz Ab. 1,31.

Wahlfonds.

Von Römerstadt 1 fl. 18 kr., Karlsdorf 1 fl. 11 kr. Sa. 2 fl 24 kr. = 3,72; Für Wahrheit und Recht 12,00; aus N. J. 0,17; Schafskopfclub b. Wechsler d. Sch. 0,56; v. d. Rothen eines Geschäfts 1,00.

Ein zuverlässiger und solider Parteigenosse – selbständiger Gewerbtreibender — welcher durch die andauernde Krise in einige Geldverlegenheit gerathen ist, sucht auf die Dauer eines Jahres ein verzinsliches Darlehen von 300—400 Mark. Ausreichende Sicherstellung ist vorhanden. Gefl. Offerten vermittelt A. Bebel, Hauptmannstraße 76, Leipzig. [1,80

Die neue, einfache, bereits bei mehreren schwierigen Verhandlungen praktisch erprobte, von allen Kurzschriftsystemen am kürzesten befundene und von Jedermann in wenigen Stunden erlernbare, auf alle Sprachen leicht anwendbare

Roller'sche Stenographie

empfiehlt sich als eine wahre Volksstenographie allen auch nur mit mäßiger Schulbildung Begabten zur Selbst-Erlernung. — Die Lehrmittel (Leitfaden 8. Auflage, Schreibübungsheft mit Vorschriften und Lesematerial ꝛc.) sind durch H. Roller, Berlin NW., Bandelstr. 3, gegen Einsendung von 2 Mk. (Briefm.) direkt zu beziehen. — Nachnahme vertheuert! [3,60

Wir empfehlen:

Triumph of Order

gemalt von E. Pichio.

Darstellend: Die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.

Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig in London am Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist gelungen, Original-Photographien in folgenden Preisen anfertigen zu lassen: Größere (die Photographie ohne Carton 28 Ctm. breit, 20 Ctm. hoch) im Dutzend das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (20 Ctm. breit, 14 Ctm. hoch) im Dtzd. das Stück 1,80, einzeln 2,50.

Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß.

Das lebensgroße Brustbild

Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts".

Neu erschienen und durch uns zu beziehen ist:

Die Frauen- und Kinderarbeit vor dem Deutschen Reichstage.

Reichstagsreden von J. Motteler.

Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Kladderadatsch.

Eine kritische Glosse von Frd. Werner.

Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 426 O'Farrell Str.
London W.: C. Hesse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 97. Sonntag, 18. August. 1878.

Zu den Reichstagswahlen.

Wir finden in unserem ungarischen Bruderorgan, der „Arbeiter-Wochenchronik", einen wahrscheinlich von dem früheren Communemitglied L. Frankel geschriebenen Artikel, der eine große Sachkenntniß verräth und die Verhältnisse klar überblickt. Wir wollen denselben deshalb hier im Auszuge bringen.

Nachdem das Resultat der Wahlen am 30. Juli mitgetheilt worden ist, heißt es weiter:

„Im ersten Augenblicke mag wohl dieses Wahlergebniß als eine Niederlage der Sozialdemokratie erscheinen. Die liberale Presse Deutschlands hat denn auch das Ihrige gethan, um dies glauben zu machen, allein es gelingt ihr nicht recht. So sagt z. B. die „Kölnische Zeitung", die den 30. Juli als einen Tag „schwerer Niederlage" der Sozialdemokratie bezeichnet: „Nicht oft genug kann man die Thatsache wiederholen, daß nichts die sozialistische Propaganda in Deutschland so sehr gefördert hat, wie die stets wachsende Zahl ihrer Vertreter im Reichstage." Diese Art von Beweisführung zeigt, daß die „Kölnische Zeitung" mit der Logik auf sehr gespanntem Fuße lebt, da sie derartig Ursache und Wirkung mit einander verwechselt. Jeder richtig denkende Mensch wird umgekehrt sagen, daß nichts so sehr die Zahl der sozialistischen Vertreter im Reichstage fördert, als die stets wachsende sozialistische Propaganda, wie sich dies schon von selbst ergiebt, da erst die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie gestiegen sein muß, bevor die Zahl ihrer Vertreter steigen kann. Nach der Logik dieses nationalliberalen Blattes müßte man ja schließen, daß die Entwicklung der sozialistischen Propaganda erst mit dem ersten sozialistischen Abgeordneten begonnen hat, während doch der simpelste Mensch erkennen wird, daß erst die Propaganda einer Idee stattgefunden haben muß, bevor ein Vertreter derselben gewählt werden konnte.

Diese gewaltsame Geistesverrenkung wird erst dann begreiflich, wenn man weiß, daß die gesammte liberale Presse in unzähligen Artikeln die Vernichtung der Sozialdemokratie für den 30. Juli prophezeite und in alle Welt hinausposaunte, daß die sozialistische Agitation beim Volke, das durch die beiden Attentate, die man der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen versuchte, zur „besseren" Einsicht gelangt ist, auf großen Widerstand stoße und ihr den Rücken kehre. Die von allen Seiten angegriffene, verdächtigte und verleumdete Partei werde — so hoffte man wenigstens — einen Rückschlag erleiden, aus welchem sie sich nicht mehr erholen können wird. Und nun kamen die Wahlen, welche zeigen, daß die Sozialdemokratie noch immer auf ein halbes Dutzend Sitze im Reichstage rechnen kann!

Wenn man nun bedenkt, auf welche Weise von Seite der Regierung, der Grundbesitzer, Fabrikanten und Eisenbahngesellschaften auf die Wahlen eingewirkt und mit welch' unerhörter Schamlosigkeit gegen die Sozialdemokratie in den letzten Wochen vorgegangen wurde, wenn man bedenkt, daß sich alle herrschenden Parteien mit Hintansetzung aller freiheitlichen Regungen vereinigten, um gemeinsam eine Sozialistenhatz zu betreiben, daß die rücksichtslosesten Polizeimaßregeln gegen die Sozialdemokratie gehandhabt, die Wahlversammlungen anfangs aufgelöst, zuletzt fast überall ganz verboten wurden, daß man die Wahlaufrufe confiszirte und viele Redner, ja selbst Candidaten dieser Partei hinter Schloß und Riegel brachte, daß man die Beamten und Arbeiter unter Drohung sofortiger Entlassung zwang, ihre Unterschriften zu geben und sich zu verpflichten, die Sozialdemokratie in keiner wie immer gearteten Weise zu unterstützen — wenn man dies Alles bedenkt, dann sind die Wahlen weit entfernt davon, eine Niederlage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein, dann können unsere deutschen Parteigenossen mit Stolz des 30. Juli gedenken, denn dann haben die Wahlen ein erhebendes Zeugniß von der ergreifenden Wahrheit der sozialistischen Lehren gegeben, dann hat der Sozialismus am 30. Juli erst recht seine eigentliche Weihe erhalten. Man muß wissen, was es heißt trotz drohender Noth und Entbehrung, trotz der Gefahr, seiner Freiheit beraubt zu werden und sich und die Seinigen in's Elend zu stürzen, seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen — und das haben Hunderttausende von Männern am 30. Juli gethan. Unter solchen Verhältnissen fällt jede für einen sozialdemokratischen Candidaten abgegebene Stimme doppelt, ja dreifach in die Wagschale.

Nun ist bei diesen Wahlen noch ein anderes Moment in's Auge zu fassen. Nach den Wahlen, die zum vorjährigen Reichstage stattfanden und die die Liberalen, durch die Unzahl der abgegebenen sozialistischen Stimmen völlig verblüfften, da hieß es, daß die Entzweiung zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern die Schuld daran trug, daß die verschiedenen herrschenden Parteien nicht genügend ihre Pflicht in der Bekämpfung der Sozialdemokratie gethan haben, daß mit einem Worte nicht alle für die sozialistischen Candidaten abgegebenen Stimmen als sozialistische zu rechnen seien. Dies kann nun diesmal nicht gesagt werden, weil sämmtliche herrschende Parteien bei den jetzigen Wahlen in Bezug auf die Bekämpfung der Sozialdemokraten eine einzige Partei bildeten und unaufhörlich bemüht waren, durch allerlei Lügen und Verdächtigungen Unwillen und Abscheu gegen Alles zu erregen, was nur halbwegs zur Sozialdemokratie gehöre. Wer diesmal seine Stimme einem Sozialisten gab, hat dies aus vollster, innerster Ueberzeugung gethan, aus Ueberzeugung, die dadurch noch mehr an Werth gewinnt, daß ihre Kundgebung mit schwerem Opfer verbunden war.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat daher keine Ursache, mit den jetzigen Wahlen unzufrieden zu sein. Daß sie ein halbes Dutzend Parlamentssitze einbüßt, ist kein so großer Verlust, als es ein Gewinn ist, unter den obwaltenden Verhältnissen noch einige Sitze behauptet zu haben. Um selbstständige Anträge zu stellen, war überdies auch die Zahl der sozialistischen Abgeordneten, die sie im vorigen Reichstage hatten, nicht genügend; sie hat also diesbezüglich wenig verloren. Was aber die Zahl der Anhänger anbelangt, hat sich dieselbe trotz all' des erbärmlichen Kampfes, der gegen sie geführt wurde, nicht vermindert, ja in den meisten Wahlbezirken, in welchen sozialistische Candidaten aufgestellt wurden, sogar um ein Erhebliches vermehrt.

Eine andere Frage ist es, ob auch die liberalen Parteien Deutschlands, ob die Nationalliberalen und Fortschrittler Ursache haben, mit dem Ausgange der Wahlen zufrieden zu sein. Wenn man die Artikel ihrer Parteiblätter liest, in welchen sie ihrer Freude über die „schweren Niederlagen" der Sozialdemokratie Ausdruck verleihen, dann sollte man dies zwar meinen, wenn man aber die Zahl der Sitze kennt, die diese beiden Parteien erhielten, dann gelangt man bald zu der Ueberzeugung, daß sie allein alle Ursache hätten, sich in Sack und Asche zu hüllen und über den Ausgang der Wahlen zu trauern; denn während sie im vorigen Reichstag die absolute Majorität hatten, befinden sie sich diesmal gegen die Conservativen und Klerikalen in der Minorität. Und so hat sich wieder einmal das alte Sprichwort bewährt: Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! . . .

Die Eröffnung des deutschen Reichstages wird am 9. September erfolgen. Die reaktionären Elemente sind in der Majorität. Die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Vorlage liegt bereits fertig. Wird die Annahme derselben aber auch vermögen, der Sozialdemokratie den Garaus zu machen, wie dies bezweckt wird? Wir bezweifeln dies nicht nur, sondern wir sind es gewiß, daß dieser Zweck nicht erreicht werden wird, weil man, wie uns die Geschichte zeigt, Ideen durch Machtmittel wohl auf kurze Zeit unterdrücken, aber nicht vernichten kann, und daß dieselben, wenn sie eine Zeitlang gewaltsam eingedämmt werden, nur mit um so größerer Macht hervorbrechen.

Der Kampf, der gegen die Sozialdemokratie im künftigen Reichstage auf's Neue beginnen wird, wird ein vergeblicher sein. An Kampf und Verfolgung gewöhnt, von dem Bewußtsein getragen, einer hehren Sache zu dienen, wird die Sozialdemokratie, gefaßt auf jede Niedertracht seitens der herrschenden Welt, muthig auf ihrem Posten ausharren und, wie bisher, auch weiter für die Befreiung des arbeitenden Volkes eintreten. An diesem Streben haben die letzten Wahlen nichts geändert, an diesem Streben werden auch alle Ausnahmegesetze nichts ändern. Vorwärts! war stets die Losung aller wahren Reformparteien. Vorwärts! ist auch die Losung der Sozialdemokratie."

So der Artikel in unserm ungarischen Parteiorgan.

Wir aber freuen uns, daß unsere Brüder im Auslande die Situation so klar überblicken und dadurch auf's Neue beweisen, daß das geistige Band, welches die Arbeiter und Parteigenossen aller Nationen umschlingt, sich immer fester zieht.

Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

§. 1. Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen.

§ 2. Zuständig für das Verbot sind die Centralbehörden der Bundesstaaten. Das Verbot ist durch den „Reichsanzeiger" bekannt zu machen. Dasselbe ist für das Bundesgebiet wirksam und umfaßt alle Verzweigungen des Vereins, sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§ 3. Auf Grund des Verbotes sind die Vereinskasse sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Polizeibehörde mit Beschlag zu nehmen. Nachdem das Verbot endgiltig geworden, ist das in Beschlag genommene Geld sowie der Erlös der in Beschlag genommenen Gegenstände der Armenkasse des Ortes der Beschlagnahme zu überweisen. Gegen die Anordnungen der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 4. Gegen das Verbot steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde an das Reichsamt für Vereinswesen und Presse offen. Dieselbe ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbotes bei der Centralbehörde anzubringen, welche dasselbe erlassen hat. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 5. Das Reichsamt für Vereinswesen und Presse hat seinen Sitz in Berlin und besteht aus neun Mitgliedern, welche aus der Zahl der im Reichs- oder im Staatsdienste angestellten Personen zu berufen sind. Mindestens fünf Mitglieder müssen etatsmäßig angestellte Richter sein.

§ 6. Der Präsident, der Stellvertreter des Präsidenten sowie die übrigen Mitglieder des Reichsamts werden für Zeit der Geltung dieses Gesetzes und für die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleideten Reichs- oder Staatsamts vom Bundesrath gewählt und vom Kaiser ernannt.

§ 7. Alle Behörden im Reich sind verpflichtet, auf Ersuchen des Reichsamts die in ihren Geschäftskreis fallenden Ermittelungen vorzunehmen.

§ 8. Das Reichsamt entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. Die Entscheidungen erfolgen nach freiem Ermessen und sind endgiltig. Im Uebrigen bestimmt das Reichsamt seine Geschäftsordnung selbstständig.

§ 9. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten; Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt. Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde; gegen die Anordnung derselben findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 10. Druckschriften, welche Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.

§ 11. Zuständig für das Verbot ist, wenn es sich um das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift handelt, die Centralbehörde des Bundesstaats, in welchem dieselbe erscheint, in den übrigen Fällen die Landespolizeibehörde. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu. Das Verbot ist in allen Fällen durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen und für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§ 12. Dem Verleger sowie dem Herausgeber der Druckschrift steht gegen das Verbot, wenn dasselbe von der Centralbehörde erlassen ist, die Beschwerde an das Reichsamt für das Vereinswesen und Presse, wenn das Verbot von der Landespolizeibehörde erlassen ist, die Beschwerde an die Centralbehörde und gegen deren Entscheidung die weitere Beschwerde an das Reichsamt offen. Die Beschwerde und die weitere Beschwerde sind innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbotes oder der Entscheidung bei der Behörde anzubringen, welche das Verbot oder die Entscheidung erlassen hat. Weder die Beschwerde noch die weitere Beschwerde haben aufschiebende Wirkung.

§ 13. Auf Grund des Verbotes sind die von demselben getroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zweck der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen; die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken. Bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Betheiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgültig geworden ist, unbrauchbar zu machen. Gegen die Anordnung der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 14. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im § 10 bezeichneten Art, sowie die zu ihrer Vervielfältigung dienenden Platten und Formen schon vor Erlaß eines Verbots vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb 24 Stunden der Landespolizeibehörde einzureichen, letztere hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen, oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

§ 15. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der in § 1 bezeichneten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen. Gegen das Verbot findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 16. Wer an einem verbotenen Verein (§ 2) mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes als Mitglied sich betheiligt oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 9) mit Kenntniß des Verbotes sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 9) sich nicht sofort entfernt. Gegen Diejenigen, welche sich an dem Vereine oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassirer betheiligen, oder welche mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes zu einer verbotenen Versammlung auffordern, ist auf Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre zu erkennen.

§ 17. Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes Räumlichkeiten hergiebt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 18. Wer eine verbotene Druckschrift (§ 11) mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes, oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 14) mit Kenntniß der Beschlagnahme verbreitet oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu Eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 19. Wer einem nach § 15 erlassenen Verbote mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung desselben zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Außerdem ist das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Orts der Sammlung für verfallen zu erklären.

§ 20. Personen, welche es sich zum Geschäfte machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche nach rechtskräftiger auf Grund dieses Gesetzes erfolgter Verurtheilung wegen einer darauf begangenen Zuwiderhandlung gegen dasselbe rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt werden. Wenn sie Ausländer sind, können sie aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Unter gleichen Voraussetzungen kann Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesecabineten, sowie Gastwirthen, Schankwirthen und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden. Personen, welche es sich zum Geschäfte machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen

zu befördern oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes einmal rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann der Legitimationsschein zur gewerbsmäßigen öffentlichen Verbreitung von Druckschriften (§ 43 der Gewerbordnung) und der Legitimationsschein zum Verkaufe von Druckschriften im Umherziehen (§ 55 a. a. O.) entzogen, sowie die nicht gewerbsmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften (§ 5 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874) untersagt werden. Druckereien, welche geschäftsmäßig zur Förderung der im § 1 bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, können geschlossen werden.

§ 21. Zuständig für die in § 20 vorgesehenen Verfügungen ist die Landespolizeibehörde, gegen dieselben steht den Betroffenen die Beschwerde an die Centralbehörde und gegen deren Entscheidung die weitere Beschwerde an das Reichsamt für Vereinswesen und Presse offen. Die Beschwerde und die weitere Beschwerde sind innerhalb einer Woche nach Zustellung der Verfügung oder der Entscheidung bei der Behörde anzubringen, welche die Verfügung oder die Entscheidung erlassen hat. Weder die Beschwerde, noch die weitere Beschwerde haben aufschiebende Wirkung.

§ 22. Wer einer auf Grund des § 20 erlassenen Verfügung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft. Im Falle der Zuwiderhandlung gegen eine auf Grund des § 20 Absatz 1 erlassene Verfügung tritt Gefängnißstrafe von einem Monat bis zu einem Jahre ein.

§ 23. Für Bezirke oder Ortschaften, in welchen durch die im § 1 bezeichneten Bestrebungen die öffentliche Sicherheit bedroht ist, können die Centralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesrathes für die Dauer von längstens einem Jahre Anordnung dahin treffen: 1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen, 2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf, 3) daß arbeitslose Personen, welche nicht nachweisen können, daß sie die Mittel zu ihrem Unterhalt besitzen und welche in den Bezirken oder Ortschaften einen Unterstützungswohnsitz nicht erworben haben, aus denselben auszuweisen sind, 4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird. Die getroffenen Anordnungen sind durch den „Reichsanzeiger" bekannt zu machen. Wer denselben mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 24. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Lassalle und Ziegler. Verschiedene conservative und fortschrittliche Organe streiten sich in letzterer Zeit vielfach über das Verhältniß Ziegler's zu Lassalle. Die conservativen Blätter behaupten, Ziegler sei auch noch der Freund des sozialistischen Agitators Lassalle gewesen, während die Fortschrittler von einem jähen Bruche faseln, den Ziegler herbeigeführt habe, als Lassalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gegründet habe. Um hiervon den Beweis zu führen, veröffentlicht die „Vossische Zeitung" folgende Mittheilung:

„In einem Briefe an seinen ältesten Jugendfreund, den schon im April 1874 vor Ziegler verstorbenen Kreisgerichts-Direktor Ritter in Frankfurt a. d. O., mit dem er in regem Briefwechsel und in lebendigem Verkehr stand, schrieb Ziegler unterm 10. August 1864 wörtlich Folgendes: „Ueberhaupt gebe ich in der Unterhaltung zu viel aus, während man doch gar zu wenig einnimmt. Nur Stahn regt mich an, etwas auch Förster, vor Allem aber das Riesengenie des Lassalle. Während Humboldt und die ganze Welt vor seinem „Herakleitos" das Knie beugte, während der greise, große Boekh nie unterläßt, am Geburtstage des Mannes gratulirend zu erscheinen, während Rosenkranz ihn als den ersten philosophischen Kopf Deutschlands anerkennt, während Savigny, der nur den ersten Band der „Theorie der erworbenen Rechte" erlebte, in die Worte ausbrach: „Seit Donellus ist so ein Buch nicht geschrieben", beurtheilt die heutige Unwissenheit, Plattitüde und bourgeoise Frechheit den Mann blos aus seiner Agitation, was so unverständig ist, als wollte man Fichte wegwerfen, weil er einmal absolut für alle Welt Pässe mit Portraits verlangte. — Die neueren erscheinenden Pandekten-Compendien strotzten von Allegaten aus Lassalle, und doch haben, die Universität abgerechnet, nicht 10 Juristen in Berlin das Buch studirt und nicht die Hälfte es verstanden, weil man dazu Jurist und Philosoph zugleich sein muß. Ich habe es täglich nie über 40 Seiten bringen können und volle drei Monate dabei gebraucht. — Wenn ich nun auch mit diesem Manne den Umgang etwas gewaltsam abgebrochen, so magst Du daraus auf meinen Seelenzustand schließen."

Hierzu macht nun unser Berliner Parteiorgan folgende Bemerkungen:

„Die gute „Vossin" glaubt augenscheinlich aus den letzten Worten den gewünschten Beweis erbracht, sie scheint indeß dabei zu übersehen, daß der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein, dessen Statuten Ziegler auf Wunsch Lassalle's ausgearbeitet hatte, bereits im Mai 1863, also ein Jahr bevor Ziegler selbst seinen Bruch mit Lassalle seinem Seelenzustand zuschreibt. Uebrigens mag die Tante Voß zu ihrer Beruhigung erfahren, daß Ziegler noch im deutschen Reichstage mit einigen unserer Abgeordneten in der freundschaftlichsten Weise verkehrte, über welchen Verkehr Most und Hasenclever nähere Auskunft geben können."

Was nun Hasenclever anbetrifft, so ermächtigt derselbe uns zu der Erklärung, daß er mit dem Abgeordneten Ziegler innerhalb und außerhalb des Reichstages sich mehrmals über Lassalle und den Sozialismus unterhalten und daß Ziegler immer mit der größten Achtung und Bewunderung noch im Jahre 1874 von Lassalle gesprochen habe. Zu Hasenclever bemerkte Ziegler wiederholt, daß er das ungestüme Vordrängen Lassalle's im Jahre 1863, besonders aber die Herausgabe des „Offenen Antwortschreibens" allerdings anfangs streng getadelt habe, daß er aber nunmehr zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß Lassalle lediglich dadurch eine culturgeschichtliche Mission übernommen und zu rechter Zeit eingegriffen habe. Wäre Lassalle nicht aufgetreten, so hätte sich ein Anderer, vielleicht weniger geschickter Agitator eingestellt. — Im Reichstage selbst, in der sogenannten Sozialistenecke sprach im Jahre 1874 Ziegler mit Hasenclever und sagte ungefähr wörtlich Folgendes, indem er auf die Nationalliberalen und Fortschrittler hinzeigte:

„Sehen Sie sich diese Leute doch einmal an; der bei weitem größte Theil derselben besteht aus Strebern, die lediglich ihres Fortkommens halber sich haben wählen lassen; weit, weit nach links, selbst in meine unglückliche Partei hinein, in welcher allerdings noch einzelne sehr brave Männer sich befinden, reicht das Streberthum. Sehen Sie dort, dort überall Streber, Streber, Streber! Und diese Leute machen die Gesetze." — Ziegler ging mit diesen Worten zum Saale hinaus.

Später fragte ihn Hasenclever, weshalb er bei solchen Ansichten denn in der Fortschrittspartei bleibe, worauf Ziegler antwortete: „Ich bin alt, mein Körper ist morsch, ich sterbe bald — weshalb soll ich da noch alte Freunde, Leute, die es gut meinen, aber die neue Zeit nicht verstehen, vor den Kopf stoßen, und Euch kann ich doch nichts mehr nützen." — Ein anderes Mal sagte Ziegler zu Hasenclever, und zwar kurz vor seinem Tode, als er nach einer bestandenen Krankheit nur noch einige Male in den Reichstag kam: „Euch gehört die Zukunft!"

— — — — — — — — — — — — —

Es fällt uns nun aber gar nicht ein, den verstorbenen Ziegler für uns zu reklamiren, da wir in vielen Punkten mit den Ansichten desselben durchaus nicht einverstanden sind. Doch mögen die Fortschrittler, denen er ja formell bis zu seinem Tode angehörte, von Ziegler lernen, daß man die Sozialdemokratie als eine in der historischen Entwickelung des Menschengeschlechts begründete und nothwendige Partei anzusehen und demnach auch zu urtheilen hat. Ziegler war klug und gerecht — die heutige Fortschrittspartei aber ist beschränkt, heuchlerisch und ungerecht. Ob sie noch nicht zu alt, zu morsch ist, um zu lernen, das wird die nächste Zukunft zeigen. Ohne eine gründliche Besserung wird sie bald „sterben und verderben".

— Zur Illustration reichstreuer Wahlmanöver. Welcher Mittel sich die Liberalen bei der Wahl bedienen, zeigt wohl am besten die nachfolgende Erklärung Bracke's, welche derselbe in der „Neuen Offenbacher Zeitung" erläßt. Bracke war im Wahlkreise Offenbach-Dieburg einige Tage für die Wahl Liebknecht's, welcher mit dem Nationalliberalen Dernburg dort in engerer Wahl stand, thätig. Die Erklärung lautet:

Erklärung!

„Hiermit erkläre ich, daß die im nationalliberalen Flugblatt mir in den Mund gelegten Worte: „Die Entwickelung der Menschheit bleibt nicht vor den jeweiligen Eigenschaftsverhältnissen stehen; wer sich uns widersetzt, wird zu Grunde gehen!" und: „die Göttin der Liebe soll wieder auf den Thron kommen, und von wem die Liebe gewichen ist, der mag getrost das äußere Band zerreißen!" sich so in meinen Schriften nicht findet, daß diese angeblich wortgetreuen Citate gefälscht sind. Dasselbe kann ich von der Mehrzahl der sonstigen „zur Charakteristik der Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie" mitgetheilten „Sätze" behaupten; auch diese sind mehr oder weniger gefälscht. Wer mir auf Seite 17 des „Manifestes der Communisten" den Satz zeigt: „Der Zweck derselben (der Communisten) ist die Aufhebung der Familie und die Gemeinschaft der Weiber" erhält 100 Mark Belohnung. Pfui über diese Fälschungen!

Offenbach, 7. August 1878. Wilhelm Bracke.

— Zum Bürgerkriege! Das christlich-conservative Wahlcomité (Centrumspartei) des Kattowitz-Zabrzer Wahlkreises erläßt folgenden bemerkenswerthen Aufruf:

„Hilfe, schleunige Hilfe für die zahlreichen Wahlopfer des Kattowitz-Zabrzer Wahlkreises!

Dem unerhörten Hochdrucke, welcher am 30. Juli c. bei der Reichstagswahl in unserem Wahlkreise von den gegenwärtig freiconservativen, früher durchweg „liberalen" Arbeitgebern und deren Beamten ausgeübt wurde, ist, Gott sei es geklagt, eine leider zu große Anzahl von Wahlopfern gefolgt. Die vorgekommenen vielfachen Ungesetzlichkeiten sind bereits bekannt. Doch die Tyrannei geht weiter. Der gemaßregelte Arbeiter wird vernehmt und, wo auch immer bei den Gegnern er zur Arbeit sich meldet, unerbittlich zurückgewiesen. Schleunigste Hilfe thut daher dringend noth, und zwar um so mehr, als man den aus der Arbeit Getriebenen sogar den gebräuchlichen Vorschuß für die geleistete Arbeit vorenthält, so daß sehr viele Familien in Gefahr sind, dem Hunger anheimzufallen. Dieser zum Himmel schreienden Noth kann allein die allgemeine Opferwilligkeit der Katholiken des ganzen deutschen Vaterlandes abhelfen. Ihr Brüder, helft! Wer bald giebt, giebt doppelt! Laßt nicht zu, daß Hunderte der Verzweifelung oder dem Abfall von der gerechten Sache zugetrieben werden und so dem ungerechten Triumphe noch der Hohn der Gegner sich beigeselle. Die kleinste Gabe ist willkommen! Gebe Jeder nach seinen Kräften! Zu Hilfe rufen wir bei dieser Sammlung die gesammte katholische Presse Deutschlands, welche bereits im Jahre 1873 zu gleichem Zwecke so bereit willig und erfolgreich eingetreten ist."

Da sieht man die Früchte, welche auf dem Boden des Klassenkampfes reifen, den die Liberalen durch ihre Brutalität entzünden! So aber muß es kommen!

— Ueber eine neue Illustration zur Wahlfreiheit berichtet die „Kieler Zeitung" Folgendes:

„An sämmtliche Schulbehörden der Provinz soll in diesen Tagen ein Regierungsschreiben ergangen sein, in welchem das Verhalten einiger Lehrer bei Gelegenheit der letzten Reichstagswahlen einer scharfen Kritik unterzogen wird. Es sei von Seiten der Regierung, soll es in jenem Schreiben heißen, die Wahrnehmung gemacht worden, daß bei der Förderung der Wahl regierungsfeindlicher Candidaten nicht selten Lehrer es gewesen, welche Wählerversammlungen berufen und geleitet, Wahlaufrufe unterschrieben und theilweise auch eine kräftige Agitation für solche Candidaten ins Werk gesetzt hätten. Ein solches Verfahren könne mit den Pflichten eines mittelbaren Staatsbeamten nicht in Einklang gebracht werden und würden daher sämmtliche Schulbehörden angewiesen, diejenigen Lehrer, welche in oben angegebener Weise die Wahl regierungsfeindlicher Candidaten zu fördern gesucht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung ein solches Vorgehen nicht dulden, sondern im Wiederholungsfalle das Disziplinarverfahren gegen solche Lehrer einleiten werde. — Wir haben den Inhalt des Regierungsschreibens nicht wörtlich, aber doch dem Sinne nach wiedergegeben, um zur Lösung der jetzt vielfach aufgeworfenen Frage, ob wir einer Reaktion entgegengehen, einen Beitrag zu liefern. Wir geben diese Mittheilungen ohne weiteren Commentar und bemerken nur, daß der Lehrerschaft unter der preußischen Regierung noch kaum so etwas geboten sein dürfte."

In unserer Praxis haben wir bisher nur wenig Lehrer gefunden, die den Muth hatten, für wahre Volksfreiheit einzutreten; wenn daher solche Erlasse gegen den Lehrerstand für nothwendig befunden werden, so liegt auf der Hand, daß wir

Reichstreuer Blödsinn, oder: Schwarz, weiß und Roth.

Zwei Riesenungeheuer bedrohen das deutsche Land;
Sie breiten ihre Schatten vom Fels bis zum Meeresstrand.
Das eine — schwarz und listig — ein Sohn ist's der Finsterniß
Und seine Wunden brennen, wie giftiger Schlangen Biß. —
Das and're roth und blutig —; von höllischer Wuth entflammt,
Sind seine Greuelthaten nur sinnlicher Lust entflammt.

Das Erste droht von ferne, von jenseit der Berge her;
Wo es sich eingenistet, da läßt es die Geister leer.
Es schleicht mit Weihrauchsdüften in's menschliche Herz sich ein,
Erfüllt's mit Wahngebilden und Märtyrer Heil'genschein; —
Zu Ehren seines Gottes erbebt es vor Nichts zurück:
Als Himmelspförtner möcht' es auch leiten der Welt Geschick.

Für wahre, fromme Liebe und ehrliches Gottvertrau'n
Sah man es Scheiterhaufen zum Auto da fé erbau'n;
In Deutschland nicht gezeuget, erstrebt es seit alter Zeit
Der deutschen Macht und Hoheit, und irdische Herrlichkeit.
Und seine Partisane, — sie dienen als Knechte gut,
Verleugnen blinden Eifers das alte Germanenblut.

Das Zweite — dreimal Wehe! — ein Sproß ist's der deutschen Erd';
Es leget seine Schlingen an armer Bedrängter Heerd; —
Mit schmeichelnd glatten Worten umstrickt es der Schwachen Sinn,
Führt sie, die leicht Bethörten, zu Frevel und Unthat hin.
Es locket sie mit Bildern von Freiheit und Gleichheit an:
Doch über Menschenleichen geht seine verruchte Bahn.

Und die sich ihm ergaben, für jede Belehrung taub,
Das Beste, Schönste zieh'n sie zu sich in den Schmutz und Staub;
Der Menschheit Heiligthümer, sie machen auch sie zum Spott
Und wagen, wuthentbrennet, sogar einen Kampf mit Gott!
Aus ihrer Mitte richtet — wer hätte dies je geglaubt! —
Sich selbst die Mörderwaffe auf unseres Kaisers Haupt.

O Deutschland, wehe, wehe, wenn Du sie nicht beide fäll'st,
Im Kampf wie eine Mauer nicht treulich zusammen hältst!
O, laß Parteigetriebe umstricken nicht Deinen Sinn:
Aus Deinem blinden Hader der Böse nur zieht Gewinn!
Es steht ja Dir zur Seite ein mächtiger Schutz und Hort,
So Du nur willig hörest auf seiner Verheißung Wort.

Ein hehrer Engel ist es, lichtweiß und voll edler Gluth,
Der Dich im Streite schützet gen beider Dämonen Wuth.
Der Engel aber heißet: die Treue zum Vaterland; —
Die wahre Nächstenliebe, ohn' Ansehn von Rang und Stand;
Gehorsam dem Gesetze und Ehrfurcht und heil'ge Scheu;
Die hege warm im Herzen und pflanze sie tief auf's Neu'!

Stellt dieser lichte Engel sich zwischen das Schwarz und Roth,
So hat's mit Deiner Zukunft, o deutsches Geschlecht, nicht Noth.
Dann prangt für alle Zeiten Dein Name im Völkerbuch,
Als Schirm der Treu' und Wahrheit, als Gegner von Lug und Trug;
Und Deine fernsten Enkel — gleichwie Deine Kinder heut' —
Sie werden Deiner Thaten sich rühmen mit stolzer Freud'.

F. Mösch.

(„Leipziger Tageblatt" vom 30. Juli 1878.)

— Der Ursprung der Lessing'schen Fabel von den drei Ringen. Am 15. November d. J. wird ein Jahrhundert verflossen sein, seitdem Lessing seinen „Nathan der Weise" zu schreiben begonnen hat. Aus dem in Mainz erscheinenden „Israelit", welcher mehrere Artikel über dieses epochemachende Drama veröffentlicht, erfahren wir die für die literarische Welt gewiß interessante Mittheilung, daß die Fabel von den drei Ringen, welche die Quintessenz des Lessing'schen Dramas ist, ursprünglich von einem Juden erfunden und daß ihr eine historisch beglaubigte Thatsache zu Grunde liegt. Lessing zwar hat nicht aus dieser Quelle geschöpft; er hat die Fabel dem Dekameron des italienischen Schriftstellers Boccacio entnommen. Vielleicht hat Boccacio die jüdische Erzählung vernommen und sie in seiner Weise umgestaltet. Die ursprüngliche Erzählung befindet sich in dem von dem jüdischen Arzte Salomo de Virgo (lebte um 1480) verfaßten „Schebet Jehuda", Kap. 32, und ist folgenden Inhalts: König Don Pedro, der Aeltere, wollte einen Kriegszug gegen die Ungläubigen unternehmen. Da sprach zu ihm Nicalao von Valencia: „Warum willst Du gegen die Ungläubigen in die Ferne ziehen und die Ungläubigen im eigenen Lande, die Juden, verschonen, die Juden, welche voll Haß gegen uns sind?" „Hast Du Dich selbst davon überzeugt?" fragte der König, worauf dieser erwiderte, daß er so von einem getauften Juden vernommen. Der König bestritt die Glaubwürdigkeit des Apostaten und ließ, um sich selbst zu überzeugen, einen weisen Juden Namens Ephrajim Iben Chaogo vor sich kommen, zu dem er sprach: „Sage mir, welche Religion ist besser, die christliche oder die Deinige?" Der Weise antwortete: „Meine Religion ist mir besser, denn Sklaven waren meine Eltern in Egypten, und Gott hat uns mit vielen Wundern befreit; Deine Religion aber, o König, ist Dir besser, da sie die herrschende ist." — „Ich habe nicht", entgegnete der König, „nach der Zweckmäßigkeit gefragt; ich will vielmehr wissen, welche Religion an und für sich die bessere ist." Der Weise verlangte drei Tage Bedenkzeit. Nach drei Tagen kam der Jude betrübt und niedergeschlagen vor den König. „Warum bist Du so betrübt?" fragte der König. „Man hat mich unschuldig gekränkt," antwortete der Weise. „Mein Nachbar ist verreist und hat jedem seiner beiden Söhne einen kostbaren Edelstein zurückgelassen. Nun kamen die beiden Söhne zu mir und verlangten, ich solle ihnen die Steine schätzen und sagen, welcher vor den andern den Vorzug verdiene. Ich aber sprach: Wer kann Euch bessere Auskunft geben, als Euer Vater, der ein großer Künstler, ein Kenner der Edelsteine, ihrer Form und Fassung ist. Schicket zu ihm, er möge Euch die Wahrheit sagen. Wegen dieser Antwort haben sie mich geschlagen und geschimpft." „Sie haben Dir Unrecht gethan," sagte der König, „und verdienen bestraft zu werden." Da sprach der Weise: „So mögen Deine Ohren vernehmen, o König, was Dein Mund spricht. Siehe, Esaw und Jakob waren Brüder, und jedem von ihnen ist ein Stein gegeben worden; da nun mein König wissen will, welcher von Beiden der Bessere ist, so möge der König einen Boten schicken an unsern Vater im Himmel, der da ist der große Juwelier (Capidario) und er möge sagen, welcher Stein den Vorzug verdient." — „Siehst Du, Nicalao," sprach hierauf der König, „wie klug und weise dieser Mann ist? Du aber verdienst bestraft zu werden, weil Du die Juden verleumdet hast." —

— Ueber den Nationalliberalismus. In einer kleinen Schrift des bekannten Herrn Glagau, die er zu den Reichstags-

einer Reaktion nicht erst entgegengehen, sondern schon mitten drin sind.

— Eine neue Kampfmethode. Die Braunschweiger Arbeitgeber, welche ihren Arbeitern das Lesen sozialistischer Blätter verboten haben, sind nunmehr auf den Einfall gekommen, selbst ein Arbeiterblatt herauszugeben und dadurch ihren Leuten einen Ersatz zu bieten. Wie dieser Ersatz ausfallen wird, kann man sich leicht denken. Unsere heutige liberale Presse ist ja, mit wenigen Ausnahmen, so recht der Typus der Geist- und Gedankenlosigkeit in den herrschenden Klassen, und besser kann man es doch nicht machen. Die „Berliner Freie Presse" meint, das ganze Ding sei jedenfalls auf nichts anderes berechnet, als einem sozialistenfresserischen brodlosen Journalisten einen Posten zu verschaffen. Da hat unser Parteiorgan vielleicht den Nagel auf den Kopf getroffen!

— Ein Keil treibt den andern. Aus Augsburg wird mitgetheilt, daß dortige Polizeibeamte zwei Handwerksmeister, die sozialistische Arbeiter beschäftigen, aufgefordert hätten, die Arbeiter zu entlassen, sonst bekämen sie keine städtischen Arbeiten mehr. Nur Einer wies diese Zumuthung energisch zurück, der Andere fügte sich. Der Fall steht nicht vereinzelt da, auch anderwärts kommt dies vor. Die Behörden nehmen Partei und vergessen ganz, daß sie Diener des Volkes und nicht seine Herren sind. — Auf der anderen Seite wird aber auch aus verschiedenen Gegenden gemeldet, daß unsere Parteigenossen ganz entschieden gegen alle diejenigen Gewerbtreibenden vorgehen, die sich besonders im Schimpfen auf uns hervorgethan, und denselben nichts mehr abkaufen. So sind uns mehrere Fälle bekannt, wo z. B. Gastwirthe ihre sämmtlichen Gäste verloren und ihr Bier selber trinken müssen. Auch nicht übel!

— Zur Beachtung für unsere Parteigenossen theilen wir nachfolgend eine der „Frankfurter Zeitung" zugehende Zuschrift eines Juristen mit, aus der hervorgeht, wie Unrecht diejenigen Polizeibeamten haben, welche bei Volksversammlungen ꝛc. Fenster und Thüren der Lokale geschlossen verlangen. Die Zuschrift lautet:

„Mit Rücksicht auf das wiederholt in jüngster Zeit dahier seitens der Polizei gestellte Verlangen der Schließung von Thüren und Fenster von Versammlungslokalen sei darauf hingewiesen, daß die Verordnung, betr. Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850 von „geschlossenen Räumen" nur im Gegensatze zu „unter freiem Himmel" spricht, daß also unter geschlossenen Räumen „Gebäude oder Häuser", die mit einem Dach versehen, zu verstehen sind und daß es gleichgültig ist, ob die Fenster und Thüren geöffnet sind oder nicht. Dies bestätigt auch Rönne: Das Staatsrecht der preuß. Monarchie, 2. Aufl. 1864, 1. Band, II. Abtheilung, S. 148, N. 2."

— Zum Kapitel der Wahlbeeinflussungen wird der „Berliner Volkszeitung" aus Aschersleben von der Stichwahl geschrieben:

„In unserem Wahlkreis hat bekanntlich eine Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Kreisrichter Trautmann und dem bekannten Freunde des Fürsten Bismarck, Dietze-Barby, stattzufinden. Die schon vor der ersten Wahl geübten Wahlbeeinflussungen zu Gunsten dieses Candidaten werden in den Schatten gestellt durch den neuesten Aufruf des für Dietze wirkenden Comités. Darin heißt es: „Fürst Bismarck selbst depeschirte in diesen Tagen an Dietze: Ich höre mit Verwunderung, daß Ihre Wiederwahl diesmal bestritten wird. Ihr Ausbleiben im Reichstag wäre eine Calamität. Kann ich etwas Zuläßiges thun, um demselben vorzubeugen? Bismarck." Wir achten diese Aeußerung des Reichskanzlers als einen vorzüglichen Freundschaftsbeweis desselben für den Mann unseres Vertrauens ꝛc. — Kann man die Veröffentlichung dieser Depesche, ja ihre Aufnahme in den Wahlaufruf noch als „zuläßig" erachten? Die Wahlprüfungscommission des Reichstags wird die Antwort hierauf zu geben haben. Schon jetzt aber wäre es von allgemeinstem Interesse, zu erfahren, ob Fürst Bismarck einen solchen Gebrauch seines „Freundschaftsbeweises" gestattet hat oder ob man dies gewagt hat, ohne ihn darum anzugehen."

„Zuläßiges!?" — Sehr dehnbarer Begriff, ebensogut wie die Bennigsen'sche „Grenze des Erlaubten" und die Eulenburg'sche „Grenze des Möglichen".

— Das Camphausen'sche Rezept, welches die deutsche Bourgeoisie mit Kußhand entgegennahm und auch praktisch anwandte, findet nun auch in dem königs- und reichstreuen „Staatssozialist" eine eigenthümliche Beurtheilung. Das Blatt schreibt: „Mit dem Brachliegen eines Theils der Arbeitskraft ist die Consumtions- wie die Produktionskraft eines Volkes gleichmäßig geschwächt, und es schmeckt fast nach Blödsinn, die Consumtions-, d. h. die Kaufkraft eines Volkes durch Abminderung seines Arbeitsverdienstes steigern zu wollen." Ist das nicht starker Tabak? Sie kommen nur zu spät damit, jetzt wo Camphausen nicht mehr ist und sein famoses Rezept sehr viel zum Ruin der gegenwärtigen Gesellschaft beigetragen, da ist so etwas leicht, man muß sagen gar keine Kunst, zu schreiben. Wie lange werden seine Collegen noch ihren Nimbus besitzen?

— Wiederum ein vernünftiger Ausspruch. Die „Berliner Volkszeitung" schreibt:

„Eine Frage, die sich gegenwärtig am stärksten aufdrängt, ist gewiß die: woher die Einmüthigkeit und Geschlossenheit der sozialdemokratischen und der ultramontanen Partei herrührt, gegenüber der Zersplitterung der anderen Parteien. Die Antwort bedarf einer sehr gründlichen Erörterung und wir werden sie noch oft genug unseren Lesern vorführen. Für heute mag die Andeutung genügen, daß für die Festigkeit, die Energie und die Geschlossenheit einer Partei nichts in der Welt wirksamer ist, als die Verfolgungssucht von Seiten ihrer Gegner. Die ultramontane Partei verdankt ihre Stärke thatsächlich den Maigesetzen und dem Kulturkampf, die Sozialdemokratie verdankt ihre Stärke den übertriebenen Verfolgungen und den schweren Prozessen, mit welchen man sie in jüngster Zeit heimgesucht hat."

Auf Originalität allerdings hat dieser Satz keinen Anspruch. Ist der Spruch doch schon sehr alt: „Mit den Verfolgungen wachsen auch die Erfolge!"

— Vor lauter Aerger, daß wir aufforderten, Sammlungen von Blättern anzulegen, aus denen die Rohheit, Dummheit und Feigheit unserer Gegner im gegenwärtigen Kampfe hervorgeht, sucht die „Sozial-Correspondenz" des Herrn Viktor Böhmert aus unserem Blatt einige Stellen aus dem Zusammenhange zu reißen, die natürlich die Runde durch sämmtliche Reptile machen. Wir könnten ganze Bücher von Kraftstellen, Gemeinheiten u. dgl. unserer Gegner veröffentlichen, wenn wir es jetzt schon für geeignet hielten, so beschränken wir uns darauf hinzuweisen, daß einzelne liberale Blätter ihre Wuth so weit trieben, öffentlich zum Mord und Todtschlag der Sozialisten aufzufordern! Was jedenfalls einige unserer „Kraftstellen" tausendmal aufwiegt.

— Ueber die zweite Versammlung der strikenden Kutscher in Paris berichtet die „Vossische Zeitung": „Auch diesmal verlief die Versammlung in lobenswerther Ordnung, nur waren die Theilnehmer viel aufgeregter und mehrmals kam es zu heftigen Unterbrechungen der Redner. Präsident Mazuc drückte sein Bedauern darüber aus, daß das Publikum während der Weltausstellung unter dem Strike zu leiden habe; aber die Verantwortlichkeit für diese Zustände komme nicht den Kutschern, sondern den Arbeitgebern zu. Nach einer Aufzählung der Vorgänge während des Strikes verlas der Präsident die neuen Versöhnungs-Vorschläge, die von den Delegirten im Einvernehmen mit der Syndikatskammer ausgearbeitet wurden: „1) Abschaffung des Besoldungsmodus, nach welchem der Kutscher nach Ablauf der Tagesarbeit eine gewisse von den Arbeitsgebern festgesetzte Summe abliefern muß. 2) Die Kutscher sollen mittelst des Controlbogens arbeiten können (travail à la feuille), d. h. seine Arbeit oder sein Mangel an Arbeit soll im Laufe des Tages an jeder Droschkenstation constatirt werden. 3) Vierzehnstündige obligatorische Arbeitszeit. 4) Wenn der Kutscher von einem Clienten länger in Anspruch genommen werde, so solle er 50 Cent. Entschädigung per Arbeitsstunde von der Compagnie erhalten. 5) Erster Lohn 5 Francs per Tag. 6) Die Kutscher sollen nicht mehr gehalten sein, die beim Sturz der Pferde zerbrochenen Deichseln zu bezahlen. 7) Aufhören des Zwangs zum Eintritt in die Krankenkasse der Droschkengesellschaft. 8) Wenn ein Kutscher kündigt und abgeht, so soll ihm sein letzter Tagelohn nicht zurückbehalten werden können. 9) Zwei Ruhetage monatlich." Die Versammlung nahm dieses gegen die früheren Forderungen der Strikenden erheblich reduzirte Programm mit großer Majorität an. Neue Delegirte wurden hierauf gewählt, die auf dieser Basis die Unterhandlungen mit den Droschkencompagnien wieder aufnehmen sollen. Die neuen Forderungen der Kutscher werden von der Presse ohne Ausnahme als maßvoll bezeichnet und es wäre zu wünschen, daß die Compagnien denselben möglichst Rechnung trügen, denn der Strike fängt an, eine öffentliche Kalamität zu werden. Die Ersatzmänner, denen jetzt die Droschken anvertraut sind, erweisen sich nicht nur als des Fahrens unkundig, sondern auch als moralisch unzuverlässig. Es ist schon vorgekommen, daß dieselben exorbitante Forderungen an die Fahrgäste mit Peitschenhieben zu unterstützen suchten. Andere nahmen, wenn der Fahrgast sich einen Augenblick entfernte, mit dem Gepäck Reißaus, was bei dem Aushilfspersonal leichter möglich ist, als bei den regulären Kutschern, welche Kaution geleistet haben. Auch die Unglücksfälle auf den Straßen mehren sich in erschreckender Weise."

— Friedenscongreß in Paris. Die verschiedenen Friedens- und Freiheitsvereine in England, Amerika, Italien und Frankreich halten am 19., 20. und 21. September einen großen Friedenscongreß in Paris ab.

— In Algier wollen die Franzosen chinesische Kulis einführen, angeblich weil dort zu wenig Arbeitskräfte vorhanden — in Wirklichkeit wird es sich wohl darum handeln, billigere Arbeitskräfte zu erhalten, denn in Frankreich giebt es arbeitslose Leute genug, die gegen gute Bezahlung auch in Algier arbeiten werden. Das ist aber der Casus — billigere Arbeitskräfte allein ist die Losung. Nun, wir meinen, auch die Kulis werden einst gescheit werden.

— Incompetenzerklärung. Der frühere verantwortliche Redakteur der „Vorwärts", Genosse Helßig, der gegenwärtig sich in Zwickau in Strafhaft befindet, war vor einiger Zeit vom Kreisgericht zu Halle wegen eines Artikels, der im „Vorwärts" stand, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden, trotzdem der Angeklagte selbstverständlich, da das angebliche Vergehen in Leipzig begangen war, die Competenz des Hallenser Gerichts bestritten hatte. Helßig appellirte gegen das Urtheil, und das Appellationsgericht zu Naumburg hat nunmehr auch erklärt, daß das Kreisgericht zu Halle incompetent in der beregten Sache und die Kosten der Untersuchung niederzuschlagen seien. Die Gründe dieses Erkenntnisses bilden einen Auszug aus den Beschlüssen des Kammergerichts zu Berlin vom 26. Juni 1877 und des Obertribunals vom 7. September desselben Jahres in Sachen Tessendorff wider Liebknecht, die in Nr. 120 des „Vorwärts" vom Jahre 1877 abgedruckt sind.

— Die „Schlesw.-Holst. Volks-Zeitung" schreibt aus Kiel: Die am Mittwoch Mittag in unserer Expedition beschlagnahmten elf Exemplare des „Arbeiterlesebuchs" von Lassalle wurden am Freitag wieder zurückgebracht, mithin ist die Beschlagnahme wieder aufgehoben worden. Die Geschichte war aber auch zu komisch.

— Das k. k. Oberlandesgericht in Wien hat das Urtheil des Schwurgerichtshofes gegen unsern Parteigenossen und verantwortlichen Redakteur Johann Schwarzinger vollinhaltlich bestätigt. Derselbe wurde gestern früh in Simbach verhaftet. Ebenso kam die Aufforderung an die Redaktion des „Sozialist", die durch den Kautionsverlust von 500 fl. fehlende Summe an der Kaution zu ergänzen, welcher Aufforderung aber auch sofort nachgekommen wurde. — (Die Redaktion des „Sozialist" befindet sich jetzt Wien, V. Bez., Wiesenstr. 4.)

Correspondenzen.

Bonn, 9. August. Wenn ich die Spalten des „Vorwärts" in Anspruch nehme, so geschieht es blos deshalb, weil nachstehendes beinahe ein Non plus ultra ist. Am Wahltage, den 30. Juli, fühlte sich der Unterzeichnete veranlaßt, auch hier den Versuch, sozialdemokratische Stimmen zu sammeln, zu machen, behufs dessen ich Zettel mit dem Namen August Bebel schrieb. Sobald unter den Liberalen ruchbar wurde, daß Bebelzettel ausgegeben wurden, stürzten sie alle, die Gebildetseinwollenden mit Stöcken und Schirmen bewaffnet auf mich und suchten mich einzuschüchtern. Als diese Sippe jedoch sah, daß ich dem Grundsatz huldigte: „Bange machen gilt nicht" und ihnen ihre mangelhafte Bildung und Gesetzesunkunde nachwies,

---

wahlen veröffentlicht hat und der wir im Allgemeinen der vielen conservativen Schrullen halber, die in der Schrift enthalten sind, nicht beistimmen können, entnehmen wir folgenden interessanten Absatz über den Liberalismus:

„Nach dem großen Kriege mit Frankreich nach der Einigung Deutschlands folgte die Milliarden-Aera, die kolossale Orgie des Börsen- und Gründungsschwindels, an welcher der Nationalliberalismus innerhalb und außerhalb der Parlamente den Hauptantheil hat. Vornehmlich liberale Abgeordnete, vornehmlich liberale Beamte aller Grade, darunter Excellenzen, Präsidenten, Geheimräthe und Richter, vornehmlich auch liberale Bürgermeister, Stadträthe und Stadtverordnete, vornehmlich liberale Edelleute, darunter Grafen und Herzöge, vornehmlich liberale „Volkswirthe", Aerzte, Advokaten, Professoren und Künstler — betheiligten sich bei den faulsten Gründungen, schmückten mit ihren Namen und Titeln die lügenhaften Prospekte, dienten als „Schlepper im Bauernfang", erhielten große Beuteantheile und fette Sinecuren als Verwaltungsräthe. Vornehmlich die liberale Presse war die Zutreiberin und Zuhälterin der verbrecherischen Gründer und Schwindler, welche über die Zeitungsschreiber und Zeitungsbesitzer einen Goldregen ausstreuten. Eine tiefe Corruption hatte namentlich die höheren Schichten der Gesellschaft ergriffen. Scham und Anstand, Gewissen und Rechtsbestand schienen entflohen zu sein. Von 1870—1873 saßen im preußischen Abgeordnetenhause unter zusammen 432 Mitgliedern etwa 90 Gründer resp. „Erste Zeichner" und Aufsichtsräthe. In derselben Periode saßen im deutschen Reichstage, der damals 382 Mitglieder zählte, 105 Gründer resp. „Erste Zeichner" und Aufsichtsräthe. Von 1870—1878 zählte man im preußischen Landtage und im deutschen Reichstage zusammen fast 300 Abgeordnete, die bei Gründungen thätig gewesen sind oder als Verwaltungsräthe fungirten. Sogar im preußischen Herrenhause sitzen noch gegenwärtig 57 Gründer und Aufsichtsräthe. Welch' gewaltige Vertretung des Kapitals, welch' ungeheure Beeinflussung zu Gunsten des Handels und der Börse! Die Schwindelperiode war zugleich die Blüthezeit des Nationalliberalismus, von 1870—1873 stand er auf dem Gipfel seiner wirtschaftlichen Macht. Er pries unaufhörlich den allgemeinen Wohlstand, den befruchtenden Segen des Milliardenstroms; er forderte ungestüm die Hebung von Industrie, Handel und Verkehr, und trieb beständig zu neuen Unternehmungen. Leider fand er Glauben nicht nur beim Volke, sondern auch bei der Regierung. Die Abwicklung des „Milliardengeschäfts" ward übermäßig beschleunigt, Herr Camphausen überstürzte sich mit der Kündigung von Staatsanleihen, große Kapitalien wurden frei, und ihre Besitzer, die sich bei sicherer Anlage mit einem bescheidenen Zinssatze begnügt hatten, mußten nun, wohl oder übel, zu den so massenhaft fabrizirten „neuen Werthen" greifen. Die kolossalen Schwindeleien der Gründer, nackt und offen betrieben, konnten der Regierung kaum verborgen bleiben, aber sie wagte nicht, einzugreifen, da ihr das neue Aktiengesetz kaum eine Handhabe bot, und weil sie vielleicht auch fürchten mochte, den „wirthschaftlichen Aufschwung" zu stören, den Zorn der liberalen Presse zu erregen."

Wir wissen nun nach diesen Mittheilungen nicht, wer sich am meisten bei Herrn Glagau zu bedanken hat: der von ihm besonders angegriffene Nationalliberalismus, oder die Regierung, welche auch damals unter der Leitung des Herrn von Bismarck stand.

— Zur Nahrungsmittel- ꝛc. Fälschung. Aus der „Neue Ordnung und Regiment" der Landschaft Rheingau v. J. 1527. (Fortsetzung des Artikels von den Bewegungen zur Zeit des Bauernkriegs.) Wir Albrecht von Gottes Gnaden der heiligen Römischen Kirche Titulo Sti Petri ad Vincula Priester Cardinal, des h. Stuhls zu Mainz . . . . . thun hiemit Kund allermänniglich, und insonderheit unsern Unterthanen unseres Landes des Rheingaues. Nachdem sie sich des vergangenen Summers ungehorsamlich gegen uns als ihren recht natürlichen Herrn aufgeworfen und empört, zu Schmählerung und Abbruch unser und unserer Stifts-Obrigkeit, Herrlichkeit und Gerechtigkeit auch nicht geringer Verachtung unserer Personen selbsten, weßhalb . . . . . , so haben wir als ihr rechter Herr . . . . . die nachfolgende Ordnung Gericht und Recht mit zeitlicher topf*) am gehaltenen Rath uffgericht und gemacht und thun hiemit und in Kraft dieses Briefs in der besten Form und am beständigsten das von Obrigkeit geschehen soll und mag . . . . . 27) desgleichen sollen Zween des Raths Unterhengeräth, wo sie bisher im Gebrauch gewest seyn, als Beker, Metzger, Krämer, Wirth, Maß und Gewicht, und Alles was man von Essenspeise zu feilem Kauf trägt, Fleisch, Brod, Fischwerk, grün und dürr, an unser statt und in unserem Namen

*) unleserlich.

besichtigen und achten, zu setzen, und zu schätzen, wie ein jedes in seinem Werth befunden wird, damit der Arme gleichen Kauf finden mag, und was deshalben strafwürdig befunden, dasselbig zu strafen und Schultheiß und Räthe wie nächst gemeldet zu verrechnen, alles treulich und ungefährlich auf ihr Pflicht und Eid, sie darum thun sollen.

— Zur Veröffentlichung wird uns mitgetheilt:

„Die für alle Journalisten und Schriftsteller hochwichtige Frage der „Altersversorgung", welche auf fast allen Journalistentagen einen stehenden, aber stets unerledigt gebliebenen Theil der Tagesordnung bildete, ist endlich durch die Bemühungen der auf dem Journalistentage zu Baden-Baden erwählten Commission einer vollkommenen Lösung zugeführt worden. Die Angelegenheit ist so weit gediehen, daß auf Grund des nunmehr feststehenden Statuts vom 18. Mai 1877 und des zwischen dem Ausschuß der Pensionskasse für deutsche Schriftsteller und der Direktion der „Vaterländischen Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft" abgeschlossenen Vertrages Beitrittsmeldungen entgegengenommen werden. Die Commission hat sich, verstärkt durch Heranziehung hervorragender Schriftsteller und Verleger aus allen Theilen Deutschlands, auf Grund des § 24 des Statuts als Ausschuß constituirt. Der Ausschuß der Pensionskasse für deutsche Schriftsteller besteht nunmehr aus folgenden Personen: Dr. H. Klette, Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Direktor Georg Hiltl, Hermann Holdheim („Volkszeitung"), Paul Lindau („Gegenwart"), Dr. Max Ring, Rechtsanwalt Albert Traeger in Nordhausen, Dr. B. Wolff („National-Zeitung"), ferner aus den Herren: Dr. Karl Frenzel („National-Zeitung"), Dr. Julius Rodenberg („Deutsche Rundschau"), Robert Schweichel („Deutsche Romanzeitung"), Julius Stettenheim („Wespen") in Berlin; Dr. Max Kurnik, Dr. Alexander Meyer („Schlesische Presse"), Dr. J. Stein („Breslauer Zeitung") in Breslau; Ernst Scherenberg („Elberfelder Zeitung") in Elberfeld; Dr. Joseph Stern („Frankfurter Zeitung") Dr. Rittweger, Theodor Winkler in Frankfurt a. M.; Dr. E. Hartmeyer, Friedensburg („Hamburger Nachrichten") in Hamburg; F. Michels (Königsberger Hartung'sche Zeitung") in Königsberg i. Pr.; Dr. Ernst Eckstein, Dr. Albert Fränkel („Gartenlaube"), Dr. Friedrich Friedrich, Dr. Franz Hirsch („Salon"), Dr. Rudolf Gottschall („Neue Zeit" ꝛc.) in Leipzig; Feodor Wehl, Hoftheater-Intendant in Stuttgart; Dr. Wasmer („Posener Zeitung") in Posen."

riefen die Herren aus dem Wahllokal heraus: „Gebt ihm doch 5, 4, 3, 2, 1 Mark, dann wird er schon gehen"; sie schimpften und insultirten mich überhaupt noch ärger und forderten mit vielem Geschrei und Gebrüll den im Lokal sich aufhaltenden Polizeibeamten auf, den Sozialdemokraten zu verhaften, was auch geschah. Der Polizist kam auf mich zu wie ein Wilder, griff mir in die Ueberziehertaschen, und steckte was er vorfand, zu sich. Bei dieser Gelegenheit, überhaupt bis zur Wache, wurde mir von den mich transportirenden 2 resp. 3 Polizeibeamten, Liebenswürdigkeiten und Beglückwünschungen (unter Mitwirkung der Noblesse) der gemeinsten Art an den Kopf geworfen. So u. a. Lump, Bummler, Vagabund, Tagedieb, Schuft, Schwindler, Attentäter, Kaisermörder, „Frecher Hund", „Schlagt ihn todt, den Hund", „Bindet den Kaisermörder", „Haut ihn" u. s. w. Die Beamten machten sich übrigens noch ernste Vorwürfe, weshalb sie mir nicht gleich die Hände auf den Rücken gebunden hätten. Faustschläge sollte ich haben, verspürte solche jedoch nur in Gestalt von — Rippenstößen. Auf der Wache angelangt, wurde ich einer gründlichen Visitation unterworfen. Daselbst wurde mir: Uhr, Kamm, Portemonnaie mit 43 Pfg., Zettel, Hausschlüssel, Notizbuch, 1 Exemplar der „Kölner Freien Presse", des „Vorwärts", der „Deutschen Reichszeitung" und sogar Kreuzbänder confiscirt; erstere drei Sachen erhielt ich jedoch bald wieder zurück. Im Notizbuch hatten die Herren Beamten alsbald einen — Nobilingsbrief entdeckt, wobei sie förmlich pathetisch „Kaisermörder" ausriefen, die ganze Räubergeschichte lief jedoch auf Lesensunkunde hinaus. Kreuzbänder, worauf ich einige liberale Wahl-Versammlungsnotizen gemacht hatte, wurden eifrig studirt, eine dieser will ich deswegen hier wiedergeben: „Bonn ist nicht die Nacht am Rhein, sondern die Wacht am Rhein, daß ist bewiesen und — das ist der deutsche Verein. Bravo!" Ich verlangte Wasser, erhielt aber keins mit dem Bemerken: „Krepir Schuft, damit einer weniger wird!" Sodann wurde ich in ein finstres Loch — ohne Fenster — mit der Bemerkung geschoben: „Hänge dich auf, Schuft!" ohne viele andere gar nicht wiederzugebende Worte. Dort steckte ich von halb 2 bis nach 5 Uhr, ohne Mittag genossen zu haben, dann wurde ich dem Polizei-Inspektor zum Verhör vorgeführt. Derselbe frug mich, aus welchem Grunde ich Stimmzettel vertheilt hätte, ferner identifizirte er mich mit der „Gewerkschaft der Schuhmacher", worüber ich ihm zu seiner Zufriedenheit Aufklärung gab, er bemerkte aber dabei, daß er nicht geglaubt hätte, daß ich Sozialdemokrat sei, er würde mir auch fernerhin niemals mehr eine Versammlung abzuhalten gestatten. Ich brachte sodann die Wahlerlebnisse vor und sprach meine Entrüstung über die Bonner Gebildeten und über die mich transportirenden Beamten wegen ihrer brutalen Behandlungsweise und Gesetzesunkunde aus. Der Herr Inspektor gab mir in jeder Hinsicht recht und meinte, es wäre mir von den Beamten Unrecht geschehen — durch Amtsübereifer. Der Beamte äußerte sich, er hätte es nicht aus eigenem Antrieb gethan, sondern, wie er wörtlich sagte: „Ich sollte ja, die Herren (im Wahllokal?) forderten mich auf, ich mußte ja." Hierauf erhielt ich meine Sachen und trat sofort meinen Weg wieder zum genannten Wahllokal an, um für Bebel weiter zu agitiren. Zettel wurden auch ferner noch vom liberalen Dienstmann den Arbeitern mit dem Bedeuten aus den Händen gerissen, daß Bebel nicht gewählt werden dürfe und denselben dafür Bleibtreu'sche in die Hände gesteckt, trotz meiner energischen Protestation. Und trotz aller Machinationen habe ich noch 7 Stimmen zusammengebracht, welche von der „Morgen-Zeitung" als Scherz betrachtet werden. Dieses Alles haben sämmtliche Zeitungen außer der „Reichs-Zeitung" (siehe vorige Nr.) todtgeschwiegen.

H. Kühnel.

Barmen-Elberfeld. Der Sieg Hasselmann's, der Sieg der verlästerten sozialistischen Partei mit einer geradezu niederschmetternden Wucht — das ist das Resultat eines Wahlfeldzuges, der kaum seines Gleichen hat in den Annalen des deutschen Parlamentarismus. Man hat das Gewissen des Volkes angerufen — wohlan, das Volk des Wupperthales hat sein Urtheil gesprochen über unsere Gegner, und dieses Urtheil lautet: Schuldig der Verleumdung, schuldig des Verrathes an den unveräußerlichen Menschenrechten, schuldig der Preisgebung der materiellen Interessen des Volkes.

Denn so haben die Gegner selbst in ihrer Verblendung, in ihrem unbegreiflichen Uebermuthe die Frage an die Gewissensrichter gestellt und die Antwort muß um so vernichtender in die Ohren der Verurtheilten donnern, weil unsere Feinde alles Mögliche gethan haben, um einen günstigen Wahrspruch zu erschleichen, wo nicht gar zu erzwingen.

Das Schuldig ist ausgesprochen über jene Parteien, welche sich vermaßen, einen großen Theil des deutschen Volkes als eine Rotte von Banditen und Mördern hinzustellen; welche in sklavischer Hingebung sich bereit erklärten, auch die spärlichen Reste unserer Freiheit dem Stirnrunzeln eines Gewaltigen zum Opfer darzubieten; welche einer Prüfung der furchtbar ernsten sozialen Frage aus dem Wege zu gehen vermeinten, indem sie alle alten Ammenmärchen mit neuem Aufputz gegen uns ins Feld führten; welche gewillt waren, angesichts der drückenden Nothlage des Volkes leichten Herzens neue Lasten, neue Steuern auf die wunden Schultern des Volkes zu wälzen.

Mögen sie jetzt in ihrer grenzenlosen Verlegenheit mit bebenden Lippen von der „Schmach" stammeln, die unserem Thale durch die Wahl widerfahren sein soll — nur ein Hohnlachen der Wähler antwortete jenen Leuten, die durch ihr ganzes Gebahren während des Wahlkampfes das Recht verloren haben, das Wort „Schmach" mit Bezug auf Andere in den Mund zu nehmen.

Was hatten wir in den letzten Wochen nicht Alles zu verzeichnen! Unser Candidat verhaftet, freigesprochen und wieder ins Gefängniß gebracht, wo außer ihm noch so Manche unserer eifrigsten Kämpfer sich befinden, unsere Presse mit immer neueren Verfolgungen heimgesucht; die großen öffentlichen Säle, in welchen andere Parteien ungestört sich versammeln durften, für uns verschlossen; unsere Genossen von Tausend argwöhnischen Augen auf Schritt und Tritt beobachtet — und doch dieser ungeheure Sieg, der reichlich ein Dutzend Niederlagen aufwägt, weil er unter so erschwerenden Umständen so glorreich erkämpft worden ist!

„Sie schlugen sich und sie vertrugen sich", unsere Gegner, sie vertrugen sich wieder, die feindlichen Brüder, als es galt, gegen uns Front zu machen. Mit vereinten Kräften stürmten sie gegen uns an, vom rechten Flügel der frommen Männer der „abgesonderten Ausnahmestellung" bis links hinüber zur fortschrittlichen „Barmer Zeitung", welche noch in den letzten Tagen ihre Spalten für die Ablagerung der wider uns gerichteten Abgeschmacktheit geöffnet hatte. Sie bliesen Alle vereint ins Horn der „fröhlichen Sozialistenhatz".

Zahlen beweisen!

Im ersten Wahlgange stimmten für Prell 7244, für Aegidi 6981, zusammen 14,205 Wähler. Herr Prell, den wir als Privatmann achten und während des ganzen Wahlkampfes niemals persönlich angegriffen hatten, wurde von den Conservativen in Zeitungsartikeln, in anonymen Annoncen in der verletzendsten Weise gekränkt. Und dieselben Männer, die ihn in unwürdiger Weise als eine „willenlose Puppe", als einen „geistig Armen" behandeln zu dürfen glaubten, liefen mit fliegenden Fahnen, mit klingendem Spiel in sein Lager über, als es galt, die verhaßten Sozialdemokraten zu bekämpfen. Denn nicht weniger als über 14,000 Stimmen wurden in der Stichwahl für Prell abgegeben. Das Gros der Aegidianer hatte dem Gebote der Führer willige Folge geleistet, mit Ausnahme vielleicht von einigen wenigen gesinnungs- und charakterfesten Männern.

Die Klerikalen hatten durch ihr Wahlcomité Neutralität proklamirt. Wir rechnen es den katholischen Wählern zudem hoch an, daß sie sich theilweise von der Parole der Führer emanzipirten; es lag in ihrem eigensten Interesse, mit uns zu stimmen.

Durften sie etwa erwarten, daß die Freiheit des Gewissens, daß das gemeinsame bürgerliche Recht, daß die wirthschaftlichen Interessen Schutz fänden bei den Nationalliberalen, bei jener Partei, die in den Jahren ihrer übermächtigen Herrschaft aller Gerechtigkeit, allem selbstständigen Sinn entsagt hatte? Mußten die Katholiken sich nicht daran erinnern, daß unsere Partei gegen die Katholiken-Ausnahmegesetze gekämpft hatte, daß in unserer Presse ihre gerechten Klagen Widerhall fanden, als die feigen liberalen Blätter mit unsäglichem Cynismus der „Schwarzwildhetze" zujauchzten, oder in unverantwortlichster Weise systematisch Alles todtschwiegen, was während des Kulturkampfes selbst dem anständigen Gegner die Schamröthe auf die Stirn treiben mußte?

Die Katholiken wissen, und wir verhehlen es nicht, daß schwerwiegende und tief einschneidende Fragen uns von ihnen trennen; sie wissen aber auch, daß die Sache der Gerechtigkeit und Gewissensfreiheit bei den Sozialisten besser geborgen ist, als bei den gleißnerischen, grundsatzlosen Liberalen der heutigen Sorte, und darum hat ein guter Theil für uns gestimmt.

Schätzen wir den Zuwachs durch die katholischen Stimmen hoch, sagen wir auf 1500 Stimmen, so ergiebt sich immer noch ein Mehr von etwa 2200 Stimmen gegen den ersten Wahlgang. Das ist ein Beweis, daß die Arbeiter mit ganzer Kraft eingetreten sind für ihre Partei, für ihre Interessen, für ihren eingekerkerten Candidaten. Dieser Zuwachs ist für uns reiner Gewinn, die Frucht des von unseren Gegnern geführten Feldzuges.

Sollen wir noch einen Blick werfen auf das Verhalten der feindlichen Presse in den letzten Wochen? Wir verschmähen es; unsere Leser werden es uns Dank wissen, wenn wir sie vor dem Anfassen dieses Peches bewahren.

Wenn aber unsere Gegner noch der Belehrung fähig sind, so wird das Resultat der Wahl ihnen Eines klar machen: daß man eine existenzberechtigte Partei nicht todtlügen und nicht zu Tode maßregeln kann. Sie werden sich der Einsicht nicht verschließen können, daß man auch dem politischen Gegner Anstand schuldig ist und soweit sie noch nicht völlig corrumpirt sind, so weit sie sich noch Empfänglichkeit für Anstandsgefühl bewahrt haben, werden sie lernen müssen, uns in Zukunft nur mit ehrlichen Waffen zu bekämpfen. Wenn nicht, dann werden sie finden, daß der immer noch nicht ganz ausgestorbene Sinn für Gerechtigkeit alle anständigen Leute mit Naturnothwendigkeit in unser Lager drängt. B. B.

Elberfeld, 11. August. Auch von hier kann so Manches berichtet werden. Einzig dürfte aber der Fall dastehen, daß man einem Wähler, welcher am 2. Juli die Liste durchsah und dort fand, daß sein Name gestrichen sei, sagte, dies wäre ein Irrthum, und den Namen wiederherstellte. Am Schluß des Namens stand die Bemerkung, daß derselbe mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft sei. Nun ist derselbe noch nie vor Gericht gewesen, geschweige bestraft worden. Trotzdem sich dies herausstellte und auch zugestanden wurde, es sei früher noch ein Mann mit gleichen Namen hier gewesen, welcher aber 20 Jahre älter war, als der Wähler, konnte der Mann am Wahltage doch nicht wählen, weil er ausgestrichen war. Ist das nicht eine schöne Einrichtung, eine Illustration zum freien Wahlrecht?

Offenbach, 15. August. Da eine ganze Reihe grober Gesetzesverletzungen zu Gunsten des „nationalliberalen" Herrn Dernburg vorgekommen sein sollen, so beabsichtigt man, die Wahl desselben anzufechten, und dürfte demnach eventuell der Wahlkampf — im Dieburg-Offenbacher Kreise wenigstens — noch nicht definitiv beendigt sein.

Herr Dernburg und seine Freunde haben übrigens keine Ursache, sich ihres „Sieges" sonderlich zu freuen. Es ist das ein Pyrrhussieg in des Wortes wahrster Bedeutung. Wir glauben nicht, daß es Jedermanns Geschmack wäre, mit den gleichen Mitteln, mit welchen man Herrn Dernburg ein Mandat verschafft, ein solches erlangen zu wollen.

Das Schmählichste aber, was man von „liberaler" Seite thun konnte und womit man gewissermaßen der schmutzigen Agitation die Krone aufsetzt, geschieht jetzt, indem man den Katholiken die schmachvollsten Beschimpfungen anthut, weil dieselben von dem gesetzlichen Rechte der freien Wahl Gebrauch gemacht und nicht den ihnen hoherseits empfohlenen „Culturkämpfer" Dernburg, sondern den Feind der Ausnahmegesetze Liebknecht gewählt haben.

Schmählich ist es auch ferner um deswegen, weil man am Vorabende der Wahl noch mit Sirenengesang um die Gunst der Katholiken buhlte, sie um ihre Stimmen bettelte, am Wahltage aber bereits sie auf das Schmählichste beschimpfte, ihnen Vaterlandslosigkeit, Vaterlandsverrath, Umsturztendenzen 2c. vorwarf.

Und Leute, die so mit ihren Gegnern — deren Geld in der Steuerkasse, deren Kinder in der Armee gerade so gern wie andere gesehen werden — verfahren, nennen sich liberal! Einer solchen arroganten Anmaßung gegenüber dürfte das von einem hier periodisch stationirten Herrn gegen die Stadt Dieburg gebrauchte „Pfui!" eher am Platze sein. (St. P.-Z.)

Breslau, 16. August. Die Wahlschlacht ist vorüber; es war ein herrlicher Tag! Die ganze Sozialdemokratie kann den 12. August roth anstreichen, und speziell wir Breslauer Parteigenossen. Am Tage nach der ersten Wahl waren alle Parteien, und ich muß auch sagen die Sozialisten, mit dem Ausgange unzufrieden; wir hatten gehofft, mit den Conservativen in die Stichwahl zu gelangen, und dieser Fall trat leider nicht ein; wir hätten es mit dem Siege in beiden Bezirken sehr leicht gehabt. Doch schnell rafften wir uns auf; „frisch zur Agitation!" lautete die Parole, und mit (ich kann sagen von den meisten Genossen) Todesmuth, denn die Hungerpeitsche wird hier mit einer Vehemenz geschwungen, wovon die auswärtigen Genossen keine Idee haben — ging es in den Kampf. Versammlungen abzuhalten war unmöglich, denn kein großes Lokal war zu bekommen, und die paar kleinen, welche kaum 50—100—200 Personen fassen, können nicht in Betracht kommen; es blieb nur die Privatagitation, welche, wie der Erfolg lehrt, trotz der denkbarsten Schwierigkeiten kräftig in die Hand genommen wurde. Darum ein Bravo den wackeren Genossen, welche sich dieser Mühe unterzogen.

Als am Abend das Resultat bekannt wurde, standen Tausende vor der Expedition der „Wahrheit", donnernde Hochs erschallten auf den gewählten Genossen Reinders, den unterlegenen Genossen Kräcker und auf die Sozialdemokratie. Erst nach Stunden verlief sich die Masse auf Zureden Kräcker's. — Hier muß ich das taktvolle Verhalten der hiesigen Polizei hervorheben; trotzdem unser Expeditionslokal und Druckerei vis à vis dem Polizeigefängniß und in nächster Nähe des Polizei-Präsidiums und anderer öffentlicher Gebäude sich befindet, fand ein Einschreiten der Behörde nicht statt. Es kamen in Folge dessen, zum Aerger der Mischmasch-Partei, keine sogenannten Ruhestörungen und Verhaftungen vor. — Unsere hiesige Judenpresse giebt einstweilen ihren Aerger dadurch Ausdruck, daß sie die jubelnden Ausbrüche des Freudengegröhle eines Janhagels nennt und einige Dutzend Verhaftungen dazulügt.

L

Engere Wahlen.

Zschopau (20. sächs. Wahlkreis): Wiemer 6372, Mangold (cons.) 5310 Stimmen. Wiemer's Wahl demnach gesichert.

Berlin IV: Fritzsche 22,027, Zelle (fortschr.) 20,167 St.

Borna-Pegau (14. sächs. Wahlkreis): Geiser 4382, Dr. Frege (cons.) 4874 Stimmen.

Hanau: Frohme 7682, Dr. Weigel (nat.-lib.) 10,312 St.

Mannheim: Kopfer (Demokr.) 8187, Scipio (nat.-lib.) 6638 Stimmen.

Erlangen-Fürth: Sonnemann 5200, Marquardsen (nat.-lib.) 6300 Stimmen.

Hannover: Fritzsche 5882, Dr. Brüel (Part.) 9910 St.

Altona: Karsten 13312, Praast 13221 St.

Ottensen: Stöhr unterlegen.

Freiberg-Oederan (9. sächs. Wahlkreis): Max Kayser (Soz.) gegen Penzig (nat.-lib.) gewählt.

Briefkasten

der Expedition. Zwenkau: Brief erhalten und nach Dr. gesandt. Nicht übel. Ob dort verwendbar im Vermischten wird Schl. entscheiden. Gruß M.

Wahlfonds.

Von einem Milchhändler d. Lauruschkat 1,00; H. Amsba hier 10,00; Verein Vorwärts Kleinzschocher 2,69; Bim Geithain 0,80; d. R. Gohlis 0,80.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Osnabrück. Mittwoch, den 21. August, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Winkelmann, Johannesstraße 45: (F 243) [0,90

Versammlung des Arbeiterwahlvereins.

Von dann ab findet alle 14 Tage eine Mitgliederversammlung des Arbeiterwahlvereins dort statt. H. Flottmann.

Zur Beachtung!

Porzellankaufleute und Händler in und außerhalb Deutschlands, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen oder ihr nicht feindlich gegenüberstehen, werden ersucht, ihre Adressen an die Expedition des „Vorwärts" gelangen zu lassen, um mit einem Parteigenossen in Geschäftsverbindung zu treten. Näheres brieflich. 3b [1,80

Neu erschienen und durch uns zu beziehen ist:

Die Frauen- und Kinderarbeit vor dem Deutschen Reichstage.

Reichstagsreden von J. Motteler.

Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Kladderadatsch.

Eine kritische Glosse von Frd. Werner.

Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Lithographische Wahlkarten,

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878, sind gegen Einsendung von M. 1,10 incl. Porto durch uns zu beziehen.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen: [2,10

Boruttau, Religion und Sozialismus	M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk	„ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung	„ —,60
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden	„ —,80
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage	„ —,80

Wir empfehlen:

Donat: Antwort an die Bekenner des Theismus	M. —,10
Hillmann: Organisation der Massen	„ —,20
Erinnerung an Herwegh	„ —,10
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag	„ —,15
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	„ —,05
Schramm: Grundzüge der Nationalökonomie	„ —,25
York. Die industrielle Arbeiterfrage	„ —,10
Bergmanns Fluch	„ 0,10
Blos: Unsere Preßzustände	„ 0,10
Bürgerkrieg in Frankreich	„ 0,15
Kulturkampf und Volksschule in Preußen	„ 0,10
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags 1871—1874	„ 0,10
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in Preußen	„ 0,10
Dietzgen: National-Oekonomisches	„ 0,15
— — Bürgerliche Gesellschaft	„ 0,10
Donat: Kindergarten und Volksschule	„ 0,25
Eccarius: Kampf des großen und kleinen Kapitals	„ 0,15
Für die französischen Brüder	„ 0,15
Herr v. Treitschke, der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	„ 0,20

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Franz Götzlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 426 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 98. Mittwoch, 21. August. 1878.

Ein Gesetz für „das Volk der Denker".

Man weiß wirklich nicht, ob man den preußischen Entwurf eines Sozialistengesetzes, den wir in der letzten Nummer gebracht haben, ernst nehmen soll oder nicht.

In demselben Augenblicke, wo wir die Feder ansetzen, um mit Entrüstung die polizeiliche Willkür zu kennzeichnen, welcher der Gesetzentwurf Thür und Thor öffnet, überkommt uns sofort schon ein Gefühl der Scham über diese Entrüstung einem so überaus traurigen Machwerk gegenüber, das aber bald wieder einem mitleidigen Lächeln über die Absurdität und die geistige Impotenz, welche die Mütter dieses Entwurfes sind, Platz macht.

Doch alle Empfindungen müssen wir überwinden; es hilft uns eben nichts, die 24 Paragraphen starren uns mit dummglotzigen Augen an. Es sei also drum; frisch an die Arbeit, um den Augiasstall zu reinigen.

Für heute aber werden wir uns auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken, um dann in den nächsten Nummern des „Vorwärts" die einzelnen Paragraphen zu beleuchten und ferner die Urtheile anderer Preßorgane unsern Lesern vorzuführen.

Zunächst tritt uns in dem Gesetzentwurf ein geradezu brüsker preußischer Krautjunkerton entgegen, der dazu geeignet ist, selbst den vertrauensvollsten Nationalliberalen vor den Kopf zu stoßen. Der Gedanke liegt deshalb äußerst nahe, daß die preußische Regierung gar nicht die Annahme dieses Entwurfs wünscht, daß ihr vielmehr eine Ablehnung ganz genehm ist, um bei einer nochmaligen Auflösung des Reichstags die Liberalen wiederum an die Wand zu drücken, wiederum zu decimiren, damit die geplanten Steuerreformen, Monopole, Schutzzölle 2c. die nöthige Unterstützung im Reichstage dann finden werden.

Noch hat Fürst Bismarck keine geschlossene Majorität für seine reaktionären Pläne in wirthschaftlichen Dingen. Dort ist der Liberalismus auch am standhaftesten, weil sein materieller Vortheil bedroht ist. Will Fürst Bismarck also eine Majorität für seine Steuer- und wirthschaftlichen „Reformen" haben, so muß er sich das Centrum willfähig machen durch Beendigung des Culturkampfs. Aber auch das ist nicht möglich, da die Hälfte der Centrumspartei zu den „Unversöhnlichen" zählt, die sich durch noch so süße Versprechungen nicht von ihrem Oppositionsstandpunkte abdrängen lassen. Nur ein Theil, vielleicht die Hälfte der Centrumsmitglieder wird sich nach dem Bußgang zu Canossa zu den Füßen Bismarck's niedersetzen. Doch mit 120 Conservativen und circa 50 Clericalen ist noch immer keine Regierungsmajorität geschaffen. Deshalb müssen den Nationalliberalen weitere dreißig Sitze entrissen werden und das läßt sich mit Gottes Hülfe und mit Hülfe des preußischen Landraths und Gensdarmen doch wohl noch bewerkstelligen.

Deshalb nochmalige Auflösung des Reichstags, deshalb eine unannehmbare Sozialistengesetz-Vorlage, um die Auflösung motiviren zu können. Auch die Lasker'sche „Autographirte Berliner Correspondenz" hat Vorahnungen und spricht von einer nochmaligen Auflösung. Die nationalliberalen Blätter von dem rechten Flügel aber, welche eine sehr gerechtfertigte Furcht vor einer zweiten Auflösung des Reichstags haben, legen sich natürlich schon ganz platt auf den Bauch, bitten Bismarck um Gnade für ihre jüngsten Ungezogenheiten und plaidiren für unbedingte Annahme des preußischen Sozialistengesetzentwurfs.

Nun einige Worte über den Entwurf selbst.

Vereine sollen völlig verboten werden, ebenso Versammlungen, gleichfalls wirthschaftliche Genossenschaften. Druckschriften werden confiscirt, Druckereien geschlossen, Gelder beschlagnahmt; Buchhändler, Leihbibliothekare, Inhaber von Lesecabinetten, Gast- und Schankwirthe sollen brotlos gemacht werden. Deutschen Reichsbürgern soll der Aufenthalt in deutschen Landestheilen, selbst in ihrer Heimath verboten — und ganze Landestheile in Belagerungszustand gesetzt werden können.

Das ist die Quintessenz des sogenannten Sozialistengesetzes.

Und die Ausführer desselben? Die Polizei, die Polizei und abermals die Polizei! Ein Ausnahmegerichtshof dient zur Krönung des Gebäudes — ob diese Krönung im Ernst oder im Scherz gemeint ist, ist nicht zu sehen, da die Funktionen dieses Gerichtshofes allerdings jegliches bürgerliche Recht und jegliche bürgerliche Freiheit vernichtende sind, er aber die tausende und aber tausende Reclamationen, welche wider die Polizeigewalt sicherlich einlaufen würden, nicht einmal registriren, geschweige denn prüfen könnte. Armer Gerichtshof mit dem Namen: „Reichsamt für Vereinswesen und Presse."

„Jegliches bürgerliche Recht und jegliche bürgerliche Freiheit" vecnichtet das also geplante Sozialistengesetz. Fortschrittliche und liberale, clericale und particularistische Zeitungen können auf Grund desselben von der übereifrigen Polizei verboten werden; ebenso liberale und clericale Vereine.

Auf die Benennungen: „sozialistisch, sozialdemokratisch und communistisch" kann es doch nicht ankommen; man brauchte da einfach nur einem Verein mit sozialdemokratischen Tendenzen zum Beispiel den Namen zu geben: „Verein zur Herstellung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung"; derselbe könnte mit Fug und Recht seinem Namen Ehre machen, indem er sozialdemokratische Bestrebungen förderte. Ebenso ließe sich mit einer Zeitung ein ähnliches Experiment machen.

Legt aber der Entwurf, was unzweifelhaft ist, den Schwerpunkt „auf die auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen", dann kann jeder oppositionelle Verein, jedes anti-bismarckische Blatt verboten werden.

Zu der bestehenden Staatsordnung gehört zum Beispiel auch die dreijährige Dienstzeit bei der Armee. Moltke hält dieselbe für so nöthig, daß 50 Jahre lang an derselben nicht gerüttelt werden darf. Das Einjährig-Freiwilligen-System aber ist eine bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Fällt es einem liberalen Blatte nun ein, einjährige Dienstzeit für alle Rekruten zu fordern, so untergräbt es nicht allein eine bestehende Staatseinrichtung, sondern auch eine bestehende Gesellschaftseinrichtung und wird verboten. Mag das Blatt auch sonst noch so „reichs- und kaisertreu" sein — thut nichts, „der Jude wird verbrannt!"

Das deutsche Reichseisenbahnprojekt ist ein Vorhaben, welches in geradezu eminenter Weise die bestehenden Staats- und Gesellschaftseinrichtungen zu untergraben droht und merkwürdigerweise fördert dasselbe auch sozialistische Bestrebungen — Herrn von Bismarck muß deshalb der Aufenthalt in Berlin, Varzin, Schönhausen und Kissingen dauernd untersagt werden. Die Vernichtung des Privateigenthums soll ja eine hervorragende sozialistische Bestrebung sein. Durch Ausübung der Paragraphen des vorliegenden Gesetzentwurfs aber würde eine große Menge von Privateigenthum zerstört: nicht nur die sozialistischen Genossenschaften, sondern auch die Privatgläubiger derselben und alle diejenigen Personen, welche ohne Sozialisten zu sein, ihre Sparpfennige in die von dem Gesetzentwurf jetzt bedenklich bedrohten Genossenschaften eingezahlt haben, sollen vernichtet oder geschädigt werden, ihnen soll Privateigenthum verloren gehen.

Nach dem Gesetzentwurf müßte demnach gegen die Herren Verfasser desselben selbst in erster Linie vorgegangen werden.

Wir kommen auf diesen Punkt speziell noch zurück.

Eine große Anzahl von Beispielen aber könnten wir weiter anführen, um die geradezu lächerlichen Consequenzen zu zeigen, welche durch Annahme des beregten Entwurfs sich finden würden.

Bedroht aber ist nicht nur die Sozialdemokratie, sondern jede andere nur halbwegs freisinnige Partei. Bedroht ist ferner das Recht und das Rechtsbewußtsein im Volke, bedroht ist das letzte Fünkchen von Freiheit, welches noch in deutschen Landen glimmt.

Aber noch mehr! Bedroht ist unser Vaterland, das schon so sehr durch die rasch hintereinanderfolgenden Kriege erschöpft ist, das aus tausend wirthschaftlichen Wunden blutet, durch einen Bürgerkrieg, der, wenn er auch nicht in hellen Flammen auflodert, doch unter der Hand, im Geheimen geführt werden wird.

Denn wo man Haß und Zwietracht säet, da wird man auch Haß und Zwietracht ernten. — — —

Ein Halbidiot, der sein Idiotenthum mit dem Tode hat büßen müssen, ist die äußere Veranlassung zu diesem, dem „Volke der Denker" gebotenen Gesetzentwurf gewesen; wird durch den deutschen Reichstag dieser Entwurf zum Gesetz erhoben, so wird der Blödsinn seine Triumphe feiern und das „Volk der Denker" umgetauft werden müssen in: „Das Volk der Idioten".

Aus Berlin.

— 16. August.

Das war eine Wahlschlacht, wie Deutschland wohl noch keine gesehen. Wem gehört Berlin? Den Fortschrittskrebsen oder den Männern der Zukunft, der Reform? Von beiden Seiten wurden die äußersten Anstrengungen gemacht, denn diesmal galt es. Jetzt verloren hieß für immer Berlin verloren. Ein „ehrliches Gefecht" war es nicht. Wir waren geknebelt, unsere Hauptwaffe: das Versammlungsrecht, zerbrochen. Nichts als unser gutes Recht und der feste Wille, zu siegen. Die „reaktionäre Masse" vollgerüstet, im Besitz aller Mittel und Vortheile, die man uns schnöde geraubt. Und doch: das gute Recht und der feste Wille sie haben gesiegt. Zu Zehntausenden zogen die Wähler in den Kampf: über zweiundzwanzigtausend Männer gaben ihr Verdikt ab für Fritzsche, den Sozialismus und den wahren Fortschritt. Die Kämpen des falschen Fortschritts und der politischen Heuchelei blieben mit 2000 Stimmen in der Minorität.

Der Jubel unter den Unserigen! Bis zur letzten Minute hatte das Resultat geschwankt; um so größer die Freude, als es bekannt wurde. Aehnliches haben wir nur bei der Wahl Hasenclever's am 14. Juni des vorigen Jahres erlebt — damals wie gestern war es ein Ringen, nicht zwischen zwei Parteiabtheilungen, sondern zwischen zwei ganzen Parteien; damals wie gestern handelte es sich um Berlin; damals wie gestern hatten wir den Gegner, der all' seine Machtmittel rücksichtslos ausnutzte, ehrlich zu Boden geworfen. Aber damals waren wir nicht geächtet, nicht thatsächlich außerhalb des Gesetzes erklärt. Sonst hätte es überhaupt eines zweiten Kampfes nicht bedurft; der Fortschrittspartei wäre es nicht unter dem Schutz der Reaktion gelungen, sich wieder in Positionen einzuschleichen, aus denen wir sie vertrieben. Ihr die erschlichenen Lorbeern des 30. Juli von den Schläfen zu reißen — das war die Aufgabe, das war der Gewinn des glorreichen 15. August. Berlin ist unser! Zum zweitenmale haben wir unsere Standarte auf die Wälle der „neuen Kaiserstadt" gepflanzt: die fortschrittlichen Krebsritter werden uns nicht mehr gefährlich werden, und auch nicht die rückschrittlichen Krebsritter mit ihrem famosen Ausnahmegesetz. Das Ausnahmegesetz ist also da. Bismarck's eigenstes Werk. Die reaktionärsten Hirnausschwitzungen der bisherigen Reaktionsideale: der Manteuffel und Consorten, 1850er Angedenkens, sind demokratische Ketzereien verglichen mit diesem genialen Produkt des ehemaligen Deichhauptmanns, jetzigen Reichskanzlers Bismarck, den unsere Nationalliberalen seit 1866 zur Erbauung des Publikums und zur Förderung des Bürgerfang-Geschäfts mit einer liberalen Maske versehen haben. Die Maske liegt zertreten am Boden, und der ehemalige Deichhauptmann, welcher 1848 „das Narrenschiff der Zeit" am „rocher de bronce", dem Fels des Königthums von Gottesgnaden wollte zerschellen lassen, sitzt lustig im Fahrzeug der Reaktion und fährt lustig auf die „Galeere der Revolution" los, der er sein Ausnahmegesetz als tödlichen „Sporn" in die Rippen stoßen will, um sie à la „Großer Kurfürst" zu versenken. Von dem „rocher de bronce" und dem „Gottesgnadenthum" spricht unser pommerischer Junker aber nicht viel mehr — er erinnert sich wohl eines gewissen Jemand, der 1866 ein großes Loch in das Gottesgnadenthum gemacht und den famosen „rocher de bronce" den Broncefelsen, arg zerschossen, wo nicht gesprengt hat.

Das Ausnahmegesetz — ein Stückchen Papier! Pardieu! Donquixote, „auch" ein Junker, hatte wenigstens eine Lanze von Holz mit guter eiserner Spitze und doch ging es ihm schlecht bei seinem Angriff auf den Windmühlenflügel.

Welches Schiff das andere in den Grund bohren wird, wir wissen es, und der „kranke Mann" von Kissingen ahnt es, trotz seiner neuangesetzten 12 Pfund Fleisch. Er ahnt es — oder blickt nicht aus jeder Zeile des Ausnahmegesetzes die Verzweiflung hervor? Ist das monströse Gesetz und Gesetzesmonstrum nicht das flagranteste Armuthzeugniß, welches das „persönliche Regiment" sich jemals ausgestellt hat — so recht eine geistige Bankrouterklärung in optima forma. „Wir können den Gegner nicht widerlegen, ihm nicht mit Vernunftgründen den Garaus machen — wir wollen ihn todtschlagen." Das Hirn langt nicht — der Säbel muß aushelfen. Bravo! Alles schon dagewesen, sagt Ben Akiba. Schon hundertmal, schon tausendmal ist's probirt worden, und stets mit dem gleichen Erfolg. Die bösen Windmühlenflügel und der arme Donquixote! Und der arme Donquixote ist relativ noch gut weggekommen, vermuthlich weil er so gutmüthig war und — nicht gelebt hat. Den lebenden Donquixote's ist's meist schlechter ergangen, namentlich wenn ihnen Blut an den Fingern klebte. Blut! Es riecht heute in Berlin nach Blut. Dem Halbidioten Lehmann-Hödel haben sie heute Morgen in der Früh den Kopf abgehackt. Als sie ihn Unter den Linden ergriffen, da lächelte er blödsinnig; als sie ihn zum Tode verurtheilten, da lächelte er blödsinnig; als sie ihm gestern Abend die Hinrichtung ankündigten, da lächelte er blödsinnig; und als er vorhin vom Henker an den Block geschnallt wurde, da lächelte er wiederum blödsinnig. Und der Mensch, dieses Halbthier, im Namen der Gerechtigkeit getödtet, statt im Namen der Menschlichkeit und der Wissenschaft einer Heilanstalt für Idioten überliefert zu werden! Und das hundert Jahre nach dem Tode Beccari's. Doch wozu uns wundern. Leben wir nicht unter der Herrschaft des Blut- und Eisensystems? Und gehört zum Blut- und Eisensystem, außer der Gußstahlkanone und dem Mausergewehr nicht folgerichtig auch das — Richtbeil? Man muß nur logisch sein.

Glückliches Deutschland? Wir haben es herrlich weit gebracht.

Um so heller strahlt aus der Nacht heraus der gestrige Sieg der Berliner Sozialdemokratie!

An dem Fels der Sozialdemokratie wird das „Narrenschiff der Zeit" scheitern. Wer drin sitzt, wird Fürst Bismarck uns sagen können.

Zur Volksvertretung.

Von H. M.

Auf den von Herrn Douai angeregten Gegenstand eingehend, präzisire ich meine Stellung zunächst dahin, daß ich eine Diskussion über derartige Fragen für verfrüht halte, und daß es noch weniger meiner Ansicht entspricht, wenn solche Abhandlungen im „Vorwärts" durchgeführt werden. Ich bin gewiß der Ueberzeugung, daß es gut ist, wenn jeder von uns sich den „Zukunftsstaat" so eingehend wie möglich vorzustellen sucht; das Selbstdenken wird hierdurch angeregt und macht den Menschen mehr und mehr unabhängig; keineswegs aber findet eine breite, sich bis in Details erstreckende Diskussion meine Zustimmung über Fragen, die ganz und gar an die Partikularitäten der Geschichtsperiode gebunden sind, die sie hervorbringt. Wir sollen schon reden über Einrichtungen im Staate, und der Staat selbst muß noch errungen werden. Noch der größte Theil des Proletariats steht außerhalb unserer Bewegung, ja uns feindlich gegenüber. Diese Massen für uns zu gewinnen, das muß das Ziel sein, das all' unsere Aufmerksamkeit und all' unsere Anstrengungen absorbirt.

Der „Vorwärts" ist zunächst Agitationsblatt, freilich nicht in dem Sinne wie die Lokalblätter, deren einzige Aufgabe es sein muß, sich ganz und gar dem Praktischen hinzugeben, und zwar speziell in ihren engeren Kreisen, sondern so, daß im „Vorwärts" die ganze sozialistische Bewegung, zunächst Deutschlands, dann aber auch der anderen Länder dem Leser vorgeführt werden soll. Die wissenschaftliche Seite soll nur soweit in Betracht kommen, als sie eben vom Praktischen nicht zu trennen ist. Rein wissenschaftliche Aufsätze und Diskussionen sollten in den eigens hierzu geschaffenen Journalen durchgeführt werden; dort mal eine Besprechung über Fragen wie „Volksvertretung" einzuleiten, mag statthaft sein. Doch auch da halte ich dieselben von nicht sehr großem Werthe; jede Geschichtsperiode hat so hervortretende Eigenthümlichkeiten, daß wir selbst aus der Vergangenheit, die uns doch eine genaue Vergleichung mit der Gegenwart gestattet, nicht allzuviel erfahren können; mit wieviel weniger Recht können wir daher über Einrichtungen einer Zeit sprechen, die noch werden soll und deren Partikularitäten wir noch nicht kennen.

Die Anfänge des Sozialismus haben uns gezeigt, bis zu welchen Phantasien man sich versteigen kann, wenn man sich eine Welt im Irrsinne ausmalt und sie so fix und fertig zu Papier bringt. Die Begeisterung, diese stärkste Waffe des Sozialismus, versteigt sich auch am leichtesten zu Phantasiegebilden, wenn sie den Boden der Gegenwart und Wirklichkeit verläßt.

Nach langen Kämpfen und vielen Anstrengungen hat unsere Partei diesen Boden gewonnen, und auf ihm weiter zu arbeiten und Schritt für Schritt den Feind zurückzudrängen, das ist unsere nächste Aufgabe.

Während wir noch den Kampf um's Dasein führen, dürfen wir noch nicht daran denken, wie wir uns mal das Heim gemüthlich einrichten wollen; das zerstreut unsere Gedanken, zersplittert unsere Kraft, wir stehen dem Feinde schwächer gegenüber, wie wir in Wirklichkeit sind, und desto später kommen wir zum Ziele.

Ich weiß nun recht wohl, daß Herr Douai die Frage nur vom Standpunkte des allgemeinen Interesses hat berühren wollen, aber da meine ich denn, daß, wenn einmal die Sprache darauf gebracht werden soll, die Diskussion nicht bis in die, zu allernächst die praktische Seite des Sozialismus vorstellenden Parteiblätter hinüber geleitet werden darf. Wenn wir mal auf dem Punkte sein werden, die inneren Einrichtungen des sozialistischen Staates zu treffen, dann wird uns die Art und Weise der Verwaltung die allerwenigsten Schwierigkeiten machen, die Spezial-Einrichtungen werden durch die zu Grunde liegenden, von den heutigen verschiedenen, wirthschaftlichen Verhältnisse gegeben sein.

Nun will ich noch mit wenigen Worten auf die Volksvertretungs-Frage eingehen. Wenn ich Herrn Douai richtig verstanden habe, spricht er von einem „Parlamente der Menschenrechte" und einem „Parlamente der Gewerkschaften". Diesem letzteren wären die einzelnen Gewerkschaften, die durch Ausschüsse verwaltet wären, untergeordnet. Ich meinerseits halte das „Parlament der Gewerkschaften" für ganz überflüssig; die einzelnen Gewerkschaften können sich in und mit den Communen recht gut selbst verwalten, der keinenfalls fördernd wirkende Organismus eines speziellen Gewerkschaftsparlaments, meine ich, sei da recht gut zu entbehren. Ueber den einzelnen Gewerkschaften und Communen steht dann als einigendes Band der Staat, wo in dem einzigen Parlamente alle Fragen, die die Allgemeinheit angehen, besprochen werden.

Man darf dabei nicht außer Acht lassen, daß in einem sozialistischen Staate das öffentliche Leben einen ganz anderen Charakter haben würde, wie der heutige. Krämer- und Interessen-Politik, orientalische Fragen, elsaß-lothringische Fragen und sogenannte „Realpolitik" werden unbekannte Sachen sein; der sozialistische Staat erst könnte volkswirthschaftlich begründete Gesichtspunkte und Menschheitsinteressen zur Richtschnur seiner Politik machen. Ferner auch fallen die kleinen Parteikämpfe, die unser heutiges parlamentarisches Leben zu zwei Drittheilen ausfüllen, ganz aus. Wenn die Gesellschaftsklassen aufgehört haben zu existiren, können auch parlamentarische Fraktionen, wie wir sie heute haben, keinen Raum mehr gewinnen, nur Meinungsverschiedenheiten werden statthaben.

Heute aber ist ein gutes Agitationsflugblatt mehr werth, wie eine lange Diskussion über eine Volksvertretung im kommenden sozialistischen Staate.

Engere Wahlen.

15. sächsischer Wahlkreis (Frankenberg-Mittweida): Bahlteich 8494, Gensel (nationall.) 7013.

20. sächs. Wahlkreis (Schopau): Wiemer 7070, v. Mangoldt (cons.) 6145.

Der Wahlkampf ist nun zu Ende. Von unserer Partei sind gewählt: Bebel, Bracke, Fritzsche, Hasselmann, Kayser, Liebknecht, Reinders, Bahlteich, Wiemer.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Durch eine fortwährende Aufregung will man das Volk zur Reaktion reif machen. Seit dem Jahre 1843 wird Berlin nämlich in diesem Jahre das erste Mal während der Manöver nicht ohne Besatzung bleiben. Eine ganze Division bleibt zurück, um für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen, welche natürlich nicht gestört werden. Auch ist die Polizeimannschaft von Berlin wiederum um 200 Mann vermehrt worden. — Ging's nach den Wünschen gewisser Leute, so hätten wir morgen schon in Deutschland die blutige, bald unterdrückte Revolution; das Volk aber thut diesen „Helden" den Gefallen nicht. Es ist aber leider schlimm, daß die durch den „Liberalismus" zur Feigheit erzogenen Philister auf den reaktionären Leim gehen und die militärischen und polizeilichen „Vorsichtsmaßregeln" ernst nehmen und in ihrer Angst die letzten Volksfreiheiten preisgeben.

— Zum Soldatenleben im Frieden. Das Hauptorgan des pfälzischen Nationalliberalismus läßt sich aus Straßburg schreiben:

„In voriger Woche befand sich der Großherzog von Baden in seiner Eigenschaft als General-Inspektor der 5. Armeeinspektion dahier, um sich von dem Zustande der in Masse am Typhus erkrankten Mannschaften des badischen Pionierbataillons Nr. 14, sowie von der Einkasernirung desselben zu überzeugen. Der Befund des Abtheilungskommandeurs bezeichnete als Ursache der Krankheit das durch Latrine inficirte Brunnenwasser — die Frau des Fortifikationssekretärs, welche aus dem betreffenden Brunnen geschöpft, liegt auch am Typhus darnieder — und die Feuchtigkeit der Kaserne. Das angeblich inficirte Brunnenwasser wurde jedoch in größerem Quantum zu Berlin analysirt und völlig frei von schädlichen Stoffen gefunden; die Kaserne ist auch durchaus nicht feucht, ferner haben nur die drei ersten Compagnien einen höheren Krankenstand, während derselbe bei der vierten, der Mineurcompagnie, ganz normal ist. Ueber die wirkliche Ursache der Erkrankungen giebt unseres Erachtens das Dienstbefehlbuch den richtigen Aufschluß: Tagtäglich von Morgens 5 bis Abends 8 Uhr Dienst im Brückenbau und Schifffahren, dabei allzu große Anstrengung, immerwährendes Schwitzen ohne richtigen Ersatz des verdunsteten Wassers, Trinken von Rheinwasser und Baden bei 13 Grad R. — das mußte, besonders bei reizbaren und schwächlichen Leuten, nothwendig Nervenabschwächung erzeugen. Der neueste Befehl bestimmt nun: „nicht mehr als fünfstündiger und nicht zu anstrengender Dienst". Man hört aber, daß dem entgegen in Wirklichkeit die Leute bereits wieder acht Stunden beschäftigt werden. Wir erlauben uns darauf aufmerksam zu machen, damit, wenn es sich wirklich so verhalten sollte, höheren Orts Abhilfe geschafft werde." (!)

Daß „höheren Orts" Abhilfe geschafft wird, daran wagen wir nicht zu zweifeln, sintemal man dortselbst ja für Militaria stets Zeit und Geld übrig hat. Daß der von dem „liberalen" Blatt gerügte Uebelstand als skandalös bezeichnet werden muß, darüber dürfte wohl auch kein Zweifel sein. Wir möchten hierbei nur daran erinnern, daß der weitaus größte Theil des deutschen Arbeiterstandes unter eben demselben Uebelstand zu leiden hat, daß ihm noch nicht einmal der zehnstündige Normalarbeitstag gegönnt worden ist. Wie wäre es, wenn der „Pfälzische Kurier" auch hierauf aufmerksam machen wollte, „damit, wenn es sich wirklich so verhalten sollte, höheren Orts Abhilfe geschafft werde"! — Uebrigens scheint das genannte Blatt manchmal sozialistische Anfälle zu bekommen. Wie können wir es uns sonst erklären, wenn es bei einer Besprechung des Wilhelmspendenzaubers zu einer abgedruckten Mittheilung der „Vossischen Zeitung" bei dem Satz:

„Die Dotirung der Versicherungskasse soll nicht durch Zwangsversicherung geschehen, sondern es soll durch Reichsgesetze festgesetzt werden, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, à conto jedes Arbeiters, der sich ihm als Mitglied einer solchen Versicherungskasse legitimirt, außer dem täglich in beliebiger Weise normirten Lohn (aha!) noch einen bestimmten progressiven Zuschlag des gezahlten Lohnes (gleichsam eine Steuer auf den dabei erzielten Unternehmergewinn) als Prämie an jene Kassen zu zahlen",

die kritische Bemerkung zum Besten giebt:

„Da wird eben der Lohn um so niedriger vereinbart werden."

Für diese wenigen vernünftigen Worte wollen wir dem „Pfälzischen Kurier" viele seiner Liebenswürdigkeiten beim „rothen Culturkampf" verzeihen. —r.

— „Einer unerhörten Vereinigung partikularistischer, klerikaler und sozialdemokratischer Gegner ist Herr v. Stauffenberg in München unterlegen", so schreibt Herr v. Bennigsen in einem Briefe an die Wähler im dritten braunschweigischen Wahlkreise, denen er den Herrn v. Stauffenberg zur Wahl empfiehlt. — Wir fragen: „unerhört"? — und antworten: „Nicht die Vereinigung war unerhört, sondern das Betragen des „liberalen" Herrn v. Stauffenberg, welcher, auf die gleiche Stufe mit den Berliner Reportern Bennemann und Wagner sich stellend, die Sozialdemokraten für die Attentate verantwortlich machte und eine völlig schwankende Stellung zu den Ausnahmegesetzen einnahm. Es wäre deshalb „unerhört" gewesen, wenn ein freisinniger Mann den „liberalen" Freiherrn gewählt hätte.

— Wahlbeeinflussungen. Die „Magdeburgische Ztg." veröffentlicht schöne Geschichten über die zu Gunsten des Amtsrath Dietze — dessen Ausbleiben aus dem Reichstag Fürst Bismarck als „Kalamität" bezeichnet hat — geübten Wahlbeeinflussungen. Aus Quedlinburg berichtet das genannte Blatt: „Am 14. d. M. sollen bei einer hiesigen Behörde, derjenigen, die am ehesten Recht von Unrecht unterscheiden sollte, sämmtliche Subaltern- und Unterbeamte durch ihren Chef auf die Wahl Dietze's schriftlich verpflichtet worden sein, was man auf höhere Weisungen zurückführt." Von „höheren Weisungen" zeugt auch die nachfolgende Bekanntmachung des „Quedlinburger Kreisblattes":

Quedlinburg, den 10. August 1878.

Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck hat mich durch Telegramm vom heutigen Tage zu der öffentlichen Erklärung ermächtigt, daß er es beklagen würde, wenn der Amtsrath Dietze zu Barby nicht wieder in den Reichstag gewählt werden sollte.

Stielow, Landrath.

Dies ist derselbe Landrath Stielow, der im vergangenen Winter die bekannten kuriosen Verfügungen gegen die „Bettler und Vagabunden" erließ. Daß Herr von Bismarck ein so intimer Freund dieses Herrn ist, daß er demselben telegraphische Weisung zu den Wahlen giebt, ist allerdings nicht auffallend.

— Am Attentatsdelirium leidet am nachhaltigsten die „Kölnische Zeitung". Sie stellt in einem Artikel „Wahlbündnisse" folgenden Satz auf: „Keine Gemeinschaft mit den Männern des Umsturzes: Schon die leiseste Berührung mit sozialdemokratischen Comités schändet in unseren Augen einen wahrhaft nationalgesinnten deutschen Mann!" — Daß die „Kölnische Zeitung" vor Kurzem selbst schrieb, daß Bismarck mit Lassalle Arm in Arm im Jahre 1863 Unter den Linden gesehen sei, daß also diese „leise Berührung" in ihren Augen selbstredend auch den „wahrhaft nationalgesinnten Bismarck" schänden muß, daran scheint das Blatt nicht zu denken. Ferner weiß das Blatt nicht, daß im Jahre 1867 in Elberfeld-Barmen die sozialdemokratischen Arbeiter für Bismarck stimmten. Dann aber haben, wie auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ausrechnet, im 2. meiningischen Wahlkreise circa 4000 sozialdemokratische Arbeiter für Lasker gestimmt. Doch um Allem die Krone aufzusetzen, haben sich in Calbe-Aschersleben, wo eine Nachwahl zwischen dem intimen Freunde Bismarck's, Amtsrath Dietze auf Barby, und dem fortschrittlichen Kreisrichter Trautmann stattfand, die Conservativen einiger unsauberen früheren Sozialdemokraten bedient, um durch Geld und gute Worte sozialdemokratische Stimmen für Dietze zu sammeln. Der diesbezügliche Bericht der „Magdeburgischen Zeitung" lautet:

„Indem ich über fernere Mittheilungen hinweggehe, theile ich nur noch folgendes, von dem Führer der hiesigen Sozialdemokratie auf Befragen der Versammlung mitgetheiltes Faktum mit, das der Erzähler eidlich zu erhärten versprochen: Am Montag kamen zu dem Führer der hiesigen Sozialdemokraten zwei Männer (Strolche nannte er sie) und theilten ihm mit, daß das sozialdemokratische Comité beschlossen habe, Dietze zu wählen bei der Stichwahl. Auf die Entgegnung, Dietze habe nichts für die Partei gethan, er könne also auch nicht von ihr gewählt werden, es sei vielmehr Wahlenthaltung besser, selbst wenn das Comité, was aber noch nicht geglaubt werde, den mitgetheilten Beschluß gefaßt habe, gingen die Männer nicht ein, sondern einer derselben gab dem Erzähler einen Thaler und bat um Austheilung von Stimmzetteln für Dietze unter die hiesigen Sozialisten. Der Thaler wurde ausgeschlagen, aber die Stimmzettel angenommen. Die Beiden wollten andern Tags wiederkommen und entstandene Kosten decken. (Dieselben sollen Jeder 150 Thlr. bei sich gehabt haben.) Die an die Sozialisten vertheilten Zettel wurden von diesen meistens verbrannt oder sonst vernichtet resp. zurückgegeben; trotzdem ersetzten die bewußten Zwei die Kosten und ließen die Adresse: Maurer Schönian in Calbe a. d. S. zurück für den Fall, daß noch Wahlzettel für Dietze verlangt würden. Einer derselben ist Sozialdemokrat gewesen, ist es aber jetzt nicht mehr, daher behauptet der hiesige Führer bestimmt, daß das Geld nicht aus der sozialdemokratischen Kasse gekommen sei; woher es eigentlich stamme, wisse er nicht, könne es aber ahnen."

Die ehrenwerthe „Kölnische Zeitung" aber fragen wir: „Sind die Männer, welche für den intimen Freund Bismarck's, Herrn Amtsrath Dietze, agitiren, wahrhaft national-gesinnte Männer? Und wenn sie dies sind, werden sie also auch, wie die Klerikalen, Partikularisten, welche sich bei engeren Wahlen mit den Sozialdemokraten verbündet haben, durch diese Berührung „geschändet"? — Uebrigens ist der Freund Bismarck's, Herr

Der deutsche Parlamentarismus*).

(Eine anatomische Studie.)

„Die Dinge so betrachten, hieße sie allzu genau betrachten", meint der philisterhaft-bedächtige Vertraute des genial-abschweifenden Dänenprinzen, als dieser auf dem Kirchhofe Alexander's Asche bis zu dem Momente verfolgt, wo sie ihre „schnöde Bestimmung" als Spund eines Bierfasses erfüllt. Giebt es wirklich eine Art, Das, was um uns vorgeht, allzu scharf aufzufassen? Mag dies dahin gestellt bleiben. Thatsache ist, daß im Allgemeinen viel mehr und viel einschneidender nach anderer Richtung gesündigt wird. Wir, die Kinder des Jahrhunderts, welches Skepsis auf allen Gebieten zu seiner wesentlichen Signatur gemacht hat, wir, die wir uns Viel damit wissen, so wenig wie möglich auf das Zeugniß Anderer für wahr zu halten, d. h. zu glauben, wir nehmen im Drängen und Wirren des Tageslebens ohne Untersuchung den ärgsten Trug als feststehendes Dogma hin, lassen uns von der äußerlichsten Convention selbst da täuschen, wo dem Irrthum zu wehren nur geringe Anstrengung kostete. Namentlich ist dies der Fall bei Beurtheilung unserer öffentlichen Institutionen. Nicht was sie wirklich sind, sondern was sie sein sollten, nicht was sie leisten, sondern was sie zu leisten behaupten, ist für die Anschauungen weitester Kreise maßgebend.

Eine treffliche Illustration für diese Behauptung bieten die gang und geben Ansichten über den modernen deutschen Parlamentarismus, den Parlamentarismus des neuen Reiches. Auf ihn lenken die bevorstehenden Wahlen alle Blicke; schärfer denn je ist die Aufmerksamkeit einer Einrichtung zugewendet, welche für unser Gesammtvaterland das Produkt eines langen und complicirten geschichtlichen Prozesses ist. Wenn gerade in diesen Blättern der Versuch gemacht werden soll, einen von jedem Parteistandpunkte absehenden Beitrag zu der Naturgeschichte des modernen deutschen Volksvertreterthums zu geben, so hat dies einen doppelten Grund. Einmal widmen sie allen hervorragenden geistigen Tagesinteressen rege Theilnahme, dürfen also die gegenwärtige Bewegung gewiß nicht unberührt vorüber gehen lassen, dann aber sind gewisse Dinge überhaupt in eigentlich politischen Tagesblättern gar nicht auszusprechen. Die gesammte politische Welt ohne Unterschied der Parteifarbe wird von einer Art unbewußten Freimaurerthums umfaßt, das nicht gestattet, über den wirklichen Charakter, die wirkliche Bedeutung gewisser Erscheinungen volles Licht zu verbreiten. Nur „Brüder", die „gedeckt" haben, mögen hie und da den Schleier der eleusinischen Geheimnisse etwas zu lüften wagen und sind dann selbstverständlich auf nicht-politische Zeitschriften angewiesen. Oder glaubt man etwa, ein freimaurerisches Blatt würde Heine's epochemachende Entdeckung, daß die vielberufenen mystisch-feierlichen „Logen-Arbeiten" eigentlich in Kaffeetrinken, Dominospielen und Aehnlichem bestehe, ohne Weiteres aufzunehmen und zu verbreiten geneigt gewesen sein.

Der Parlamentarismus des deutschen Reichs, wie er sich seit Gewährung des allgemeinen und direkten Wahlrechts herausgebildet hat, darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, eine der räthselreichsten und widerspruchsvollsten Hervorbringungen des modernen Kulturlebens zu sein. Um das vollauf und unwiderleglich bestätigt zu finden, hat man sich einfach Das, was die nächsten Wochen und Monate bringen werden, nach den feststehenden Erfahrungen der Vergangenheit zu vergegenwärtigen. Die Wahlbewegung ist aus hinlänglich bekannten Gründen eine ungewöhnlich tiefgehende; viele Hunderttausende von deutschen Männern waren bis zum 30. Juli in so ungemeiner Aufregung, daß alle anderen öffentlichen Interessen für sie vor dem Bestreben in den Hintergrund traten, Hunderte von Candidaten aller Parteischattirungen de omnibus rebus et quibusdam aliis peinlich zu verhören und auf Programme aller Art förmlich einzuschwören. Und als am Wahltage in später Abendstunde in dem schwülen Wirthslokale das Resultat der betreffenden Wahl bekannt geworden? Da folgte bei dem ganz überwiegenden Theile des deutschen Volkes dem leidenschaftlichen Interesse urplötzlich und ohne merkbaren Uebergang apathische Indifferenz. Wenn eine Statistik darüber möglich wäre, wie viele von Denen, die sich bei den Wahlvorbereitungen am eifrigsten betheiligt haben, es nach der Wahl für der Mühe werth erachten, sich auch nur halbwegs um Das zu kümmern, was das Resultat ihrer Anstrengungen gewesen, sie würde merkwürdige Minimalziffern ergeben, obwohl die Sozialdemokraten in dem letzten Jahrzent nach Kräften dafür gesorgt haben, die Zahl Derjenigen ansehnlich zu vermehren, welche sich auch außerhalb der Wahlzeit ernstlicher, als durch bloße Lektüre des hergebrachten Zeitungsblattes und durch gevatterhafte Kannegießereien auf der Bierbank mit Dem beschäftigen, was man gewohnheitsmäßig „Politik" nennt. Selbst die bei jeden Wahlen als obligates Schreckmittel verwendete „unausgesetzte Controle der Wählerschaft" erweist sich bei näherer Betrachtung als inhaltslose Fiktion, über die der Candidat nach den ersten vierzehn Tagen seiner ersten Session blos noch lächelt. Denn wenn er in das innere Getriebe unseres Parlamentarismus auch nur einen Blick geworfen, muß ihm klar geworden sein, daß er sich eigentlich bei Licht besehen einer unverantwortlichen Unverantwortlichkeit zu erfreuen hat. Mit dem Augenblicke, wo der neu gewählte Abgeordnete zum ersten Male mit Herablassung von dem wachhaltenden Schutzmann begrüßt und mit unverfälschter Herzlichkeit (im Hinblick auf das übliche Charitativum am Ende der Session) von dem silberbordirten Portier empfangen, das Atrium der ehemaligen Porzellanmanufaktur in der Leipziger Straße Nr. 4 betritt, mit dem Momente, wo sein Auge auf die in der linken Ecke desselben stehende schwarze Tafel fällt, auf der alle Plenar-, Commissions-, Fraktions- und Gruppensitzungen angekündigt werden, legt sich wie eine schützende Wolke die Atmosphäre dessen um ihn, was Wesen und Fluch des heutigen Parlamentarismus ausmacht. Die allmächtige Fraktionsschablone deckt ihn gegen jede Einwendung seiner Wählerschaft, ja gegen jede Erinnerung an seine Wahlversprechungen. Das erste Glas, das er sich aus einer „offiziellen Wassercaraffe des Hauses" einschenkt, ist ihm — Lethe. Denn es sind nur zwei Fälle denkbar: entweder ist er gewillt und im Stande „wild" zu bleiben, dann wird er, wenn überhaupt das Vermögen zu denken und der Wille, wenigstens sich selbst nicht zu belügen, vorhanden ist, darüber bald im Klaren sein, daß seine „schnöde Bestimmung" im parlamentarischen Drama nur die sein kann — einen vollständig unschädlichen Statisten zu agiren, sich wohl oder übel mit der Rolle einer „stummen Person" zu begnügen. Die andere Eventualität ist die, daß der neu Eintretende auf den Namen einer bestimmten Fraktion gewählt ist (und dabei ist zu erinnern, daß eine Fraktion nur dann als vorhanden betrachtet wird, wenn mindestens zwölf Mitglieder für sie vorhanden sind). Dann ist er mit dem Eintritte in das Haus überhaupt nicht mehr Herr seines politischen Willens, nicht mehr der „Thäter seiner Thaten"; der Fraktionsvorstand oder besser die Fraktionsleitung trägt in Wirklichkeit die Verantwortlichkeit für das, was von ihm geleistet oder unterlassen wird. Wenn dies einfache und klare Verantwortlichkeitsverhältniß in

*) Wir entnehmen diese Skizze der in Frankfurt a. M. seit einigen Wochen erscheinenden, von Dr. Ludwig Holthof herausgegebenen Wochenschrift „Die kleine Chronik".

Dietze, seinem liberalen Gegner in dem von ihm schon seit 11 Jahren vertretenen Kreise Calbe-Aschersleben mit gegen 4000 Stimmen Majorität unterlegen. Bismarck's Sohn, Bismarck's Freund — Beide glänzend durchgefallen trotz Agitationen und Empfehlungen.

— Schlimme Folgen russischer Wirthschaft. Der frühere Chef der famosen „dritten Abtheilung" in Petersburg laborirt bekanntlich noch an dem Schuß der Wjera Sassulitsch. General Mesenzow, der nach ihm an diesen Posten berufen ward, hat nun ein ähnliches Schicksal gehabt. Ein Telegramm aus Petersburg d. d. 16. August besagt: „Als General Mesenzow, Chef der dritten Abtheilung der geheimen Kanzlei des Kaisers, heute Vormittag aus einem Hause am St. Michael-Platze trat, schossen zwei Individuen mit Revolvern auf denselben. Der General stürzte zur Erde. Die Mörder bestiegen einen am Platze haltenden Wagen und flohen in der Richtung des Newski-Prospekt. Der General wurde in seine Wohnung gebracht." — Nach einem anderen Telegramm wäre Mesenzow nicht geschossen, sondern mit einem Dolch gestochen worden. Die Wunde soll übrigens, wenn auch gefährlich, doch nicht tödtlich sein. Man sieht aber, daß die russische Wirthschaft, für die gewisse Leute so schwärmen, für gewisse Leute mitunter auch recht schlimme Folgen hat.

Nachschrift. Einem neueren Telegramm zufolge ist General Mesenzow am 16. d. gestorben.

— Den panslavistischen Schreier Aksakow hat sein Schicksal erreicht. Er wollte noch fortbellen, nachdem die Regierung der Meute „Couchez!" (Still!) zugerufen, und zum Lohn für diese Frechheit hat er die Hundspeitsche bekommen und ist aus Moskau fortgejagt worden. Und da wollte man uns vorschwindeln, es gebe in Rußland eine panslavistische Volksbewegung, welche dem Czar über den Kopf gewachsen sei und der er sich zu unterwerfen habe.

— Am 15. d. entleibte sich zu Basel Oberst Rüstow, der berühmte Militärschriftsteller und Freund Lassalle's. In einer der nächsten Nummer bringen wir eine Biographie des hochverdienten Mannes, den Nahrungssorgen zum Selbstmord getrieben haben.

— Genosse Müller in Langen, der am Tage nach der Offenbach-Dieburger Stichwahl verhaftet wurde, ist das Opfer einer Privatdenunziation. Wir hoffen die Namen der — natürlich „reichstreuen" — Piloty's bald mittheilen und der verdienten — Ehre überliefern zu können.

— Parteigenosse Bracke hat an seine Wähler im 3. Braunschweiger Wahlkreise, in welchem bekanntlich eine Nachwahl stattzufinden hat, bei welcher von liberaler Seite Freiherr von Stauffenberg als Candidat aufgestellt ist, ein offenes Schreiben gerichtet, in welchem es folgendermaßen heißt: „Herr von Stauffenberg ist ein Mann, dem auch der Gegner die vollste Achtung nicht versagen kann. Er ist neben Männern wie Bennigsen, Lasker, einer der Wenigen, denen es mit wirklich liberalen Grundsätzen Ernst ist. Er ist ein charaktervoller, ein auch dem politischen Gegner gegenüber anständiger Mann. Von der im Lande Braunschweig jetzt herrschend gewordenen liberal-conservativ-gesinnungslosen, halbbarbarischen Richtung unterscheidet er sich so vortheilhaft, wie der Tag von der Nacht. Ist er auch unser politischer Gegner, so ist er in den Reihen der letzteren doch einer der besten, dem, auch der Sozialdemokratie gegenüber, ein eigenes und zwar nicht gehässiges Urtheil zuzutrauen ist. In München haben unsere Genossen zwar demselben Manne eine Niederlage bereitet, aber nur, weil dort eine schamlose Cliquenwirthschaft seinen Namen als Deckmantel für ihre Herrschaft benutzte und weil sein gegnerischer Candidat, der Candidat des Centrums, bündige Garantien in Bezug auf die Ausnahmegesetze, die Steuern 2c. gab. Würde es sich bei uns um eine Stichwahl handeln zwischen Herrn von Stauffenberg und den Herren Koch oder Baumgarten, oder den Herren Bode, Kuntzen, Cramm und Trieps, so würde ich Euch auffordern, Hrn. von Stauffenberg zu wählen. So empfehle ich Euch, diesesmal überhaupt nicht zu stimmen. Der Sieg des Herrn von Stauffenberg ist doch gewiß, und, wenn wir auch einen Unterschied machen zwischen der Person und der Partei, so hat uns doch die Partei des Herrn von Stauffenberg zu gemein behandelt, und im politischen Leben sich zu charakterlos erwiesen, als daß wir das jemals zu vergessen vermöchten."

— Reinders todt! Das war die Rache der geschlagenen Reaktionäre von Breslau für ihre Niederlage. Nun, Reinders lebt, ist gesund und munter, und die Breslauer Reaktionäre sind und bleiben geschlagen.

Zur Beachtung!

Aus nachfolgenden Wahlkreisen, in welchen bei den vorigen, resp. vorvorigen Wahlen Stimmen auf sozialistische Candidaten fielen, fehlen bis jetzt die Resultate, und werden die Genossen in den Hauptorten jener Kreise ersucht, zwecks Zusammenstellung des Gesammtresultats der diesjährigen Wahlen das, wenn möglich offizielle Resultat ihres resp. Kreises an das Central-Wahlcomité in Hamburg, Adresse C. Derossi, Holzdamm 42, recht bald zu senden:

Anhalt I u. II. Achim-Verden. Aurich-Erens. Alzei-Bingen. Bayreuth. Bamberg. Bitterfeld-Delitzsch. Brandenburg. Bromberg. Brieg. Carlsruhe. Cöln Land. Celle. Cöslin-Colberg. Cannstatt. Constanz. Einbeck-Osterode. Erfurt. Elbing. Frankenhausen. Fulda. Görlitz. Halle. Herzberg-Goslar. Hildesheim. Höchst-Usingen. Hameln (Hann. IX.) Heidelberg. Königsberg. Luckenwalde. Lüneburg. Luckau-Calau. Labiau. Memel. Marburg. Melle-Diepholz. Nordhausen. Nieder-Barnim. Neustadt (Pfalz). Osnabrück. Otternbdorf (Hann. XIX.) Pforzheim. Potsdam-Spandau. Schwarzburg-Sondershausen. Schwarzburg-Rudolst. Striegau. Saarbrücken. Schleswig I u. II. Sachsen VIII. Uelzen. Oldenburg II. Weimar. Wanzleben.

Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Correspondenzen.

Berlin, 15. August. „An Sozialdemokraten wird nichts verkauft!" Dieser originelle Satz, so meldet unser Berliner Parteiorgan, prangte seit mehreren Tagen, laut Beschluß des Chefs, mit großen Lettern in dem Weißwaarengeschäft eines Hoflieferanten, welches sich in dem südlichen Ende der großen Friedrichstraße befindet. Der drohende Zettel, zuerst allseitig angestaunt, begann bereits dem Geschäftspersonal etwas Alltägliches zu werden, bis er eines Tages durch sein schweigendes Dasein das Verhängniß heraufbeschwor. Eines schönen Tages der vergangenen Woche rollt eine elegante Equipage vor das Geschäftslokal, ein sichtbar den „besseren Ständen" angehöriger junger Mann verläßt dieselbe und betritt das Geschäft; diensteifrig springt das Personal herbei und der junge Herr ist auch bald mit dem Handel über mehrere Sorten der feinsten Gardinen im Werthe von 240 Mark fertig. Sauber verpackt werden die Stücke in die Equipage getragen, da der Käufer bereits die schwergefüllte Börse gezogen. Da fällt des Käufers Blick auf den bereits geschilderten Zettel, sofort hält der Käufer mit der Zahlung inne und erklärt dem Hoflieferanten, daß er ein Sozialdemokrat sei und nun selbstverständlich die Waare nicht nehmen könne. Ein sehr unangenehmer Wortwechsel, der nun entstand, endigte damit, daß der Kaufmann einen Schutzmann holen ließ, um die Person des Käufers festzustellen. Dies geschah auch alsbald, doch mußte der Hoflieferant auf den Civil-Klageweg gewiesen werden, da die Polizei kein Recht hatte, einzuschreiten. Die Klage dürfte aber dem Hoflieferanten nicht viel nützen, da der Käufer ein Schweizer Bürger ist, der nur wenige Tage hier anwesend bleibt. Der Zettel mit der verhängnißvollen Inschrift war von Stund' an aus dem Geschäftslokale des Hoflieferanten verschwunden. — Merkwürdig, wie schnell sich manchmal die Gesinnung ändert.

Bekanntlich wurde vor einigen Wochen die diesjährige Generalversammlung der sozialdemokratischen Genossenschaftsbuchdruckerei polizeilich aufgelöst, weil dieselbe nicht rechtzeitig polizeilich als Versammlung angemeldet worden sei. Auf die erhobene Beschwerde gegen diese Maßregel hat jetzt das Polizeipräsidium geantwortet und u. A. bemerkt, „daß die stattgehabte Auflösung der fraglichen Versammlung mit den gesetzlichen Vorschriften nicht vereinbar war und daher seitens des Polizeipräsidiums gemißbilligt werden mußte"; aber deswegen treffe den Beamten eigentlich doch keine Schuld, denn „es kann nicht geleugnet werden, daß die Abhaltung der Versammlung derartig stattfand, daß in dem betreffenden Beamten der Verdacht aufstoßen konnte, es handle sich um die Abhaltung einer ‚gesetzlich verbotenen Versammlung'." Hierzu bemerkt die „Berliner Freie Presse": „Wodurch dieser Verdacht „aufstoßen" konnte, sagt uns das Polizeipräsidium nicht und doch wären wir darauf gerade neugierig. Die Generalversammlung war statutengemäß wochenlang vorher sowohl in der „Berl. Fr. Pr." als wie auch im „Vorwärts" annoncirt, dieselbe war also der Polizei wohlbekannt, denn wir haben Erfahrungen, wie genau gerade diese beiden Blätter von der Polizei gelesen werden. Eine geheime Versammlung war es also gewiß nicht." Schließlich wird noch mitgetheilt, daß das Polizeipräsidium wegen Behauptung unwahrer Dinge gegen die Redaktion der „Berl. Fr. Pr." Strafantrag gestellt habe, während die Letztere erklärt, daß von ihrer Geschäftsleitung gegen den betreffenden Polizeilieutenant ebenfalls Klage angestrengt werde, und zwar wegen Hausfriedensbruches, Mißbrauchs der Amtsgewalt und wegen Schadenersatz.

Der seines Dienstes entlassene Secretär der christlich-sozialen Partei, Grüneberg, hat vorerst eine abwartende Stellung eingenommen, das heißt er wartet ab, ob er die ihm von München aus diktirte Gefängnißstrafe hier verbüßen muß, oder ob sein Gnadengesuch, welches er eingereicht, genehmigt wird. Alsdann wird Grüneberg eine Zeit lang in dem Missionär-Institute in Duisburg erzogen, um später zur Bekehrung der Wilden ausgesandt zu werden.

Danzig, 10. August. Wohl in den meisten deutschen Wahlkreisen ist seitens unserer Partei eine viel größere Wahlagitation entfaltet worden als hier, trotzdem auch Danzig ein riesiges Proletariat in sich birgt. Das liegt zum großen Theile daran, daß die Arbeiter am Gängelbande der Bourgeoisie, wie der Geistlichkeit geführt werden, und da ist jedem selbstständigen Denken vorgebeugt. In den hiesigen königlichen Werkstätten ist natürlich Alles, was nach Sozialismus riecht, verpönt, und wurde sogar zur Zeit der allgemeinen Hetze gegen den Sozialismus den Arbeitern ein Cirkular vorgelegt, worin dieselben unterschreiben mußten, keine sozialdemokratischen Zeitungen zu lesen und mit Sozialisten überhaupt nicht zu verkehren. Natürlich zwingt der Hunger Jeden, zu unterschreiben, bis endlich Abrechnung kommen wird. — Auch hier haben sich die Ordnungsparteien untereinander mit Schmutz und Koth beworfen, nur in der Bekämpfung der Sozialdemokratie waren sie einig. Zuletzt kamen auch noch die Conservativen mit einem Candidaten, und wir glaubten auch zu zeigen, daß unsere Partei trotzdem und alledem noch Anhänger hier habe, und stellten Bebel auf. Derselbe erhielt zwar nur 114 Stimmen, jedoch ist es gegen 1877 ein Fortschritt, denn damals wurden nur 19 Stimmen abgegeben. Wir aber werden ruhig weiter kämpfen und mehr Anhänger zu gewinnen suchen. K. M.

Wilhelmshaven, 15. August. Da uns vielfach der Vorwurf gemacht worden ist, daß wir uncorrekt gehandelt hätten, indem wir keinen Candidaten aufgestellt haben, so fühlen wir uns veranlaßt, die Gründe anzugeben, welche uns davon abgehalten haben. Ein Jeder, der den 2. hannoverschen Wahlkreis kennt, wird wissen, daß außer Wilhelmshaven und Umgegend niemals etwas in demselben gethan worden ist, um Propaganda für unsere Sache zu machen. Es ist dies auch sehr schwierig, weil außer den Städten Wittmund und Aurich eine Unzahl kleiner Dörfer und Bauerschaften zu Ostfriesland gehören. Wittmund und Aurich, nur kleine Ackerstädtchen, würden für uns diesmal schwer zugänglich gewesen sein, indem durch die liberalen u. s. w. Blätter und Blättchen den Leuten die Köpfe ganz und gar verdreht worden sind, so daß wir nirgends Anhalt finden konnten, um auch nur den Versuch, eine Versammlung abzuhalten, machen zu können. Da aber der ganze Schwerpunkt in Wilhelmshaven ruht, so wollen wir uns auch nur mit diesem befassen und zu beweisen suchen, daß wir, wenn auch nicht richtig der Parteistellung angemessen, dennoch richtig gehandelt haben, um nicht die Existenz vieler unserer Genossen zu gefährden; was nach unserer Ansicht ebenso schwerwiegend ist, als einige Hundert Stimmen. Ein Jeder, dem die Arbeitsverhältnisse hier bekannt sind, weiß, daß außer auf der Kaiserlichen Werft und des Hafenbaues Arbeit hier nicht zu finden ist, und daß Jeder, welcher auf der Werft entlassen wird, sein Bündel schnüren muß, weil er nach der Entlassung auch die Wohnung zu räumen hat. Darum ist es für einen Familienvater doppelt schwer, sich an irgend etwas zu betheiligen, was eine Arbeitsentlassung nach sich zieht. So wurden schon gleich nach dem ersten Attentat die Arbeiter gewarnt, sich von unsern Versammlungen fernzuhalten und die Partei in keiner Weise zu unterstützen, widrigenfalls sie entlassen würden; ja man frug bei den Meistern der Werkstellen an, wer von den Arbeitern Sozialdemokrat sei, um so einige zum Schrecken der übrigen zu entlassen. Daß durch solche Maß-

---

den Rechenschaftsberichten der verschiedenen Herren Abgeordneten, soweit sie nicht zu den verschwindend wenigen „Machern" gehören, niemals klar genug hervortritt, so hat dies seinen Grund in der übertrieben nachsichtigen Liebenswürdigkeit, mit der man hergebrachtermaßen sein eigenes Ich zu behandeln pflegt. Kann man den in ihrem lokalen Kreise so berühmten und einflußreichen Abgeordneten Titius und Sempronius, kann man ihnen zumuthen, offen zu bekennen, daß die Abgeordneten Titius und Sempronius in Berlin zu den unzähligen fünften Rädern am Parlamentswagen gehören? Gewiß nicht. Herr Titius träumt sich bei jeder Eisenbahnstation, die er — natürlich im Schlafwagen — von des Reiches Hauptstadt weggeführt wird, zu immer höheren Stadien parlamentarischen Einflusses hinauf und erwacht in der Heimath mit dem wirklichen und ehrlichen Bewußtsein, einer der spiritus rectores des Reichstages zu sein. Herr Sempronius hat sich das heimathlich-stolze Gefühl, ein „Schieber" zu sein, durch das unablässige Geschobenwerden innerhalb der Fraktionen überhaupt nicht trüben lassen und so erfahren die Wähler wohl, was die beiden Herren in parlamentarischer Beziehung von sich denken, nicht aber was sie in dieser Richtung wirklich gelten.

Darin besteht der in unbewußter Freimaurerei allseitig gepflegte, auf einer durchaus falschen, weil oberflächlichen und völlig ungenauen Betrachtungsweise basirende Grundirrthum hinsichtlich der Reichsvertretungs-Verhältnisse, daß man annimmt, jeder der dreihundertundachtundneunzig Vertreter des deutschen Volkes hätte in Wirklichkeit, wie Logik und Verfassung dies erheischen und die Wählerschaft das präsumirt, einen materiell und formell gleichen Einfluß bei Entscheidung der Fragen, welche dem Parlamente unterbreitet werden, daß man annimmt, die Boten des Reichstages seien in Wirklichkeit und nicht blos dem äußeren Scheine nach Mehrheitsbeschlüsse der gesammten Abgeordnetenschaft. Der Beweis dafür ist leicht zu erbringen. Die Beschlüsse der Fraktionen sind es, welche für die Plenarbeschlüsse den Ausschlag geben, Fraktionsbeschlüsse aber beruhen, wie heute die Zeiten sind, in keiner Weise auf wirklichen Wahrheitsentscheidungen innerhalb der einzelnen Parteigruppen. So lange die Leiter der Fraktionen unter sich einig sind, ist es allein ihre relativ sehr geringe Anzahl, welche in Wirklichkeit und Wahrheit, nicht dem formalen conventionellen Scheine nach, das Loos der dem Parlamente gemachten Vorlagen bestimmt. Der beharrlich geleugnete geistige Zwang, der „Terrorismus", welcher von den Leitern der constituirten parlamentarischen Parteien, gleich viel ob es sich um Nationalliberale, Ultramontane, Fortschrittsleute, deutsche Reichsparteiler oder Conservative handelt, besteht, er ist ein Faktor, der bei Beurtheilung des Parlamentarismus berücksichtigt werden muß. Die Polen-Fraktion und die Sozialdemokraten bedürfen hier keiner Erwähnung. Erstere weil sie keine eigentliche politische Partei zur Grundlage hat und in allgemeinen Fragen nur als Anhängsel des Centrums zu betrachten ist, letztere weil sie bisher nicht als constituirte Fraktion zu handeln verstanden und behandelt wurden. Das in der Regel unbedingten Ausschlag gebende Uebergewicht, welches die Fraktionsleiter besitzen, basirt nur zum allergeringsten Theil auf wirklich hervorragender parlamentarischer Befähigung, ist vielmehr zum größten Theil Produkt des bloßen Zeitablaufes, Resultat einer feststehenden Tradition, Erzeugniß eines parlamentarischen „Pennalismus", dem zufolge der „Fuchs" dem „Burschen" unbedingt zu gehorchen verpflichtet ist. Dies erklärt es, warum die Leitung der Fraktionen zumeist in norddeutschen, ja in spezifisch preußischen Händen ruht, soweit man nicht zur Wahrung des Dehors eine absichtliche Ausnahme gemacht hat. Die absolut nichtssagende Rolle, welche den Mittel- und Süddeutschen, auch bei ausnahmsweiser Begabung für das politische Handwerk zufällt, ist gewiß eine beachtenswerthe und vor allem nicht abzuleugnende Erscheinung. Sehe man doch nur, welche einflußlose Stellung die Präsidenten mittel- und süddeutscher Landesvertretungen innerhalb der Fraktion besitzen, der sie angehören! Obwohl von allen Fraktionsvorständen den Mitgliedern eingeschärft ist,

Nicht laut und nicht leise
Auf keinerlei Weise
Zu nennen das verpönte Wort —

das verpönte Wort Fraktionszwang nämlich, ist es ein ergötzliches Studium, den verschiedenen Ausdruck süddeutschen Unwillens reichstreuer Herzen über das Unerhörte zu verfolgen, was ihnen in dieser Beziehung zugemuthet werde. Des Abends in verschwiegener Zelle, wenn der Wein, „der nicht erfindet, sondern nur ausschwatzt", die Zungen löst, kann man darüber manch trübselig Liedlein singen hören.

(Schluß folgt.)

— Liberaler Blödsinn. Berliner Blätter berichten: „Aus dem Leben des Herrn Bebel wird uns folgendes Geschichtchen mitgetheilt, als Beleg dafür, daß die Sozialdemokraten ganz gut ihre politischen Ueberzeugungen bei Seite zu setzen wissen, wenn es sich um die Erreichung eines geschäftlichen Vortheils handelt. Ein Fabrikant aus Offenbach richtete, in erster Linie aus bloßer Neugierde, an Herrn Bebel, der bekanntlich ein sehr blühendes Drechslergeschäft in Dresden besitzt, die Anfrage, ob es nicht etwa mit seinem Parteistandpunkt kollidire, eine größere Bestellung auf Stöcke auszuführen, deren Griffe aus Bismarck-Moltke-Köpfen zu bestehen hätten. Herr Bebel nahm die Bestellung bereitwillig an und bemerkte feierlich: er kämpfe nicht gegen Personen, sondern nur gegen Prinzipien und die Politik habe mit dem Geschäft nichts zu schaffen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der sozialdemokratische Drechslermeister die ängstlichste Sorgfalt aufgeboten haben wird, damit die Köpfe seiner politischen Antipoden möglichst schön geschnitzt werden. Ob er daran gedacht, daß er eigentlich dabei nur zur noch größeren Verbreitung der Popularität Bismarcks 2c. thätig sei? Was gäbe das für ein hübsches Bild . . . . ein sozialistischer Arbeiter, der mit Ingrimm kunstvoll die Physiognomie des gehaßten Reichskanzlers ausführt. Das Sujet sei allen nicht sozialistischen Malern empfohlen." — Daß die ganze Salbaderei erlogen ist, geht schon daraus hervor, daß in Bebel's Werkstätte — in Leipzig, nicht in Dresden — überhaupt keine Stöcke, sondern ausschließlich nur Fensterknöpfe und Thürklinken fabrizirt werden.

— Paul Heyse's „Tochter der Excellenz". Diese vielleicht neueste von Heyse's Novellen (sie steht in dem Dezemberhefte 1877 von Rodenbergs „Rundschau") ist vielleicht auch die gefährlichste. Heyse läßt, das weiß jeder Leser seiner Novellen, die freie Liebe ihre Triumphe feiern, aber was uns vorgeführt wird ist nicht blos ein Triumph der freien Liebe, es ist eine Verherrlichung desselben, eine Verherrlichung durch die Kunst." So schreibt ein hervorragendes liberales Blatt, die „Magdeb. Ztg." Nun wollen wir noch hinzufügen, daß der Ruhm Heyse's seit Jahren die Spalten der liberalen Presse füllt, daß Heyse die Protektion von Königen genoß, daß seine Bücher in allen Salons der vornehmen Gesellschaft, in allen Bourgeoiskreisen mit einer gewissen Gier gelesen werden — und wir haben dann ein Streiflicht gewonnen für die „Heiligkeit der Familie und Ehe", für die „strenge Sittlichkeit", wie jene Kreise sie auffassen. — Natürlich hindert die Vergötterung Heyse's dieselben Leute keineswegs, über uns mit der Beschuldigung herzufallen, wir seien Anhänger der „freien Liebe". Liberale Consequenz!

regel eine Panik unter den Arbeitern entstand, wird Jeder begreifen, der mit den hiesigen Verhältnissen bekannt ist. Nach dem zweiten Attentat wurde nachstehender Revers auf Anordnung des Ministeriums in allen Staats-Werkstellen den Arbeitern zur Unterschrift unterbreitet:

Ich Endesunterzeichneter erkläre hiermit, daß ich keinem sozialdemokratischen Vereine angehöre und weder derartige Versammlungen besuche, oder Geldbeträge zu einem ähnlichen Zwecke zahle, noch sonst den sozialdemokratischen Bestrebungen in irgend welcher Weise Vorschub leiste.

Wilhelmshaven, den . . . . . .

Vor- und Zuname. Ressortnummer.

Den Maurern und Zimmerern, welche nicht auf der Werft beschäftigt, aber zum größten Theil arbeitslos sind, war es nicht möglich, soviel aufzubringen, um eine Agitation unter solchen Verhältnissen ins Leben zu rufen. Die Werftarbeiter, von denen wir am meisten auf Unterstützung rechnen müssen, thaten, da sie die durch die Hungerpeitsche erzwungene Unterschrift zu ernst auffaßten, zu wenig, außerdem fehlte es uns auch an einer Rednerkraft, da sämmtliche Agitatoren in andern Kreisen vollauf zu thun hatten. Da sich nun alles gegen uns verschworen hatte, so durfte auch der feige Denunziant nicht fehlen, und wurden mehrere Arbeiter denunzirt, trotz ihrer Unterschrift noch für unsere Partei thätig zu sein und sozialistische Blätter zu lesen, dieselben wurden vor den Oberwerft-Direktor beschieden, um über ihr Treiben Aufschluß zu geben. Sie gaben auch zu, früher der Partei angehört zu haben, jetzt aber, da sie ihre Unterschrift gegeben und auch keine Partei hierselbst bestehe, könnten sie auch nicht mehr derselben angehören. Was das Lesen sozialistischer Blätter anbetreffe, so lesen sie nur das „Wilhelmshavener Volksblatt", was doch nicht verboten sei, worauf der Direktor mit einem Verweis antwortete und folgenden Tagesbefehl in sämmtlichen Werkstellen anschlagen ließ:

Werft-Befehl.

Sonnabend, den 20. Juli 1878.

4) Nachdem alle Arbeiter der Werft schriftlich die Erklärung abgegeben haben, daß sie keinerlei sozialdemokratische Bestrebungen unterstützen, spreche ich nunmehr die bestimmte Erwartung aus, daß auch Blätter und Zeitschriften dieser Partei von den Arbeitern der Werft nicht gehalten und gelesen werden. Zu diesem Verbot sehe ich mich umsomehr veranlaßt, als durch das fortgesetzte Lesen von Irrlehren erfahrungsmäßig auch das unbefangenste Urtheil verdunkelt wird. Ich hoffe, daß mir die Aufrechterhaltung dieses Verbots durch die Arbeiter selbst erleichtert werden wird. gez. Knorr.

Alle kleinen Schikanen und Maßregeln anzuführen würde uns zu weit führen. Es sei nur noch bemerkt, daß trotz unserer Stimmenenthaltung wir dennoch gezeigt haben, wie die Bevölkerung gesonnen ist, denn von circa 2500 Wählern haben in der Stadt Wilhelmshaven nur 860 ihre Stimmen abgegeben, also kaum der dritte Theil. In den benachbarten Gemeinden Heppens und Neuenda, 2. oldenburgischer Wahlkreis, gaben von 1000 bis 1200 Wählern nur 150 ihre Stimmen ab. Darauf wird mancher antworten, aber wenn so viel sozialistische Wähler da sind, so hätte man auch ohne irgend welche Agitation für einen bekannten Genossen die Stimme abgeben können. Dies wäre richtig. Da aber die Arbeiter nur eine Stunde Mittag haben und das Wahllokal eine halbe, ja sogar eine Stunde vom Arbeitsplatz entfernt liegt und Niemand wagen durfte, von der Arbeit fernzubleiben oder für einen Sozialdemokraten gehalten zu werden, so beschlossen wir eine Wahlenthaltung, um nicht durch Ausübung unserer Pflicht viele Familien dem Hunger überantwortet zu sehen. St.

Freiberg, 12. August. (Generalbericht.) Heut komme ich, um über eine größere Anzahl Versammlungen zu berichten, welche seit dem 7. d. M. in Ordnung gegangen sind. Seitdem die Conservativen im 9. sächsischen Wahlkreise nicht mehr in Betracht kommen, gelingt es uns eher einmal ein Lokal zu bekommen, was theils Folge der lässigeren Beeinflussung auf dem Lande durch die gouvernementalen Elemente, theils Folge der erklecklichen Stimmenzahl (6127 Stimmen) ist, die sich am 30. Juli auf unsern Candidaten Kayser vereinigte und die nicht verfehlte, einen moralischen Zwang im Kreise auszuüben. Man hat umsomehr Ursache, mit gesenktem Kopfe einherzugehen, als man vor der ersten Wahl die Frechheit besaß öffentlich zu erklären: es handele sich nur um die Conservativen und Liberalen, die Sozialdemokraten zählten nicht. Ja, der liberale Penzig selbst war es in Brand bei Freiberg, welcher mit erstaunlich ruhiger Miene nur von sich und von Oelschlägel sprach, wo ich ihm hernach erst sagte, daß es in Ordnung gewesen wäre, unsern Candidaten Kayser auch mit zu nennen. Nun, sie haben theils ihren Lohn dahin, am 15. August, so hoffen wir, erhalten sie — die Restzahlung. — In Conradsdorf hielt Genosse Hörig aus Hamburg die erste Rede, ich die zweite zur Stichwahl zwischen Kayser und Penzig. In Brand fand am 9. August eine weitere Versammlung statt, wo gleichfalls Hörig referirte und dabei vom Genossen Lauschke aus Chemnitz brav unterstützt wurde, während ich an demselben Abende in Weigmannsdorf (Frauensteiner Gegend) mit gutem Erfolge Versammlungen abhielt. Der 10. August brachte uns endlich einmal eine Versammlung in Frauenstein, was schon längst nöthig war, zumal bei der Penzig'schen Versammlung s. Z. man mir feigerweise das Wort nicht ertheilte. Kam nun leider durch die Ungeschicklichkeit und Unfähigkeit des Einberufers sowie durch kräftige Beihilfe der überwachenden Gensdarmerie der Vorsitz in die Hände des erzliberalen Mediciners Dr. Röber (Genosse Lauschke ward an diesem Abend von den Gegnern und der Gensdarmerie in geistiger Hinsicht geradezu mißhandelt), so ließ man mich doch anstandslos meine einstündige Rede vollenden, worauf Dr. Röber mit dem bekannten Speisezettel: „Wir wollten die Religion abschaffen, Revolution haben, Erziehung der Kinder durch den Staat in spartanischem Sinne u. s. w." gegen mich anrückte. Unter dem Jubel der Versammlung replizirte ich auf die Duplik Dr. Röber's, der consequent Lauschke nicht zum Worte zulassen wollte; jedoch mußte ich mir gefallen lassen, daß er uns geschwind noch mit Höbel und Nobiling im Bunde erklärte und sodann schloß. So heimtückisch verfahren eben nur Liberale von reinstem Crystall. In Oederan fand am 10. August eine gutbesuchte Versammlung statt, in welcher Hörig sehr durchschlagend referirt zu haben scheint, da man anderntags in Oederan noch sehr animirt war. Sonntag den 11. August sprach ich in Neuhohelinde bei Oederan, dem Centralorte einer größeren Anzahl Dörfer, anderthalb Stunden lang unter Beifall. Leider hatte auch hierselbst Niemand den Muth von den Gegnern, das Wort zu nehmen. Hörig hielt in Langenstriegis an dem gleichen Tage eine Versammlung ab, wie Genosse Lauschke in Halsbrücke bei Freiberg. Endlich bleibt noch von der Versammlung in Columitz zu berichten, welche Genosse Schuster abhielt und in welcher wiederum ein Gottesmann sowie zwei Schulmänner als Gegner der Sozialdemokratie auftraten. Niemand hat bisher in unsern Versammlungen zum Worte gegriffen, dessen Rede aus etwas anderem als aus „Theelen, Weibergemeinschaft, Zuchtlosigkeit u. s. w." zusammengesetzt gewesen wäre. Wohl, es glaubt's ihnen auch kein denkendes Individuum mehr. — So lange als die Campagne zur Stichwahl begonnen, haben sich die Liberalen noch nicht blicken lassen; die ganze Linie Freiberg, Hainichen, Oederan ist mausstill. Der Generallieutenant des liberalen Penzig, Advokat Täschner, hat sich vor der Stichwahl ein Rundreisebillet gelöst und hat seinen Monarchen verlassen; dieser selbst thront in Dresden und läßt sich nicht weiter in seinem Wahlkreise blicken. Dagegen wühlen die Liberalen insgeheim und ein Fleischermeister Roscher wie ein Schneidermeister Braune (Stadtverordnetenvorsteher) ziehen seit einigen Tagen auf Dörfern herum wie Hausirer, versammeln 30 bis 50 Menschen „zu gemüthlichem Beisammensein" und empfehlen Penzig. — Erst nach beinahe achttägigem Unterhandeln haben die beiden heuchlerischen Ausbeuterparteien, Conservative und Liberale, durch ihre Führer v. Oelschlägel und Penzig den Frieden ratificiren lassen; die Conservativen werden offiziell für Penzig stimmen, obwohl sie mit seiner Antwort: „Wie er sich zu einer eventuellen Annexion Sachsens" stellen würde, nicht im Mindesten zufrieden sind. Geradezu elend und erbärmlich nimmt sich das Gewinsel der Liberalen aus, um die conservativen Stimmen zu ködern, nachdem sie diese Partei vor dem 30. Juli in den Koth geworfen und getreten haben. Wie in Berlin vor ihrem Herrn und Meister, so kriechen sie auch hier im Wahlkreise eingedenk ihrer Devise: „Hunde sind wir ja doch" zu Kreuze. Sehr animirt sind die Sozialdemokraten im ganzen Kreise; vielleicht nicht ohne Ursache, nun — der 15. August muß es zeigen*).

H. Goldstein.

Reichenbach im Voigtlande, den 13. August. „Wir müssen entweder ehrlich siegen oder ehrlich unterliegen", so lautete unser Ruf, als wir in den Wahlkrieg zogen. Mit vollem Rechte können wir jetzt, trotz der Niederlage und den vielen in zwei Wahlen erlebten Stürmen sagen, daß wir uns durchaus nicht zu schämen brauchen. Ein solcher Kreis, zusammengesetzt aus 9 Städten und 138 Dörfern, vermochte den freiheitsmörderischen Waffen der „Ordnungsmänner" nicht Stand zu halten. Wenn auch die Städte, trotzdem einige schlecht wählten, für Auer 4553, für Schmiedel 3746 Stimmen abgaben, also eine Majorität von über 800 erzielten, so vermochten doch die Dörfer den Ueberschuß nicht zu erhalten, indem das amtliche Resultat Auer 7979, Schmiedel 8441 verkündete. An tüchtigen Zutreibern auf dem Lande hat es ja auch nicht gefehlt. Hohe Beamte, Dorfpaschas, Gensd'armen, Schulmeister, Pfaffen und Nachtwächter, alle leierten den unschlüssigen Landbewohnern das Lied von der Theilerei und Gottlosigkeit her und wenn es gegolten hätte, die sozialistische Schwefelbande zu vertilgen, die Bauern hätten wieder Holz dazu getragen. Aber auch liberale Helden kutschirten auf dem Lande herum und bettelten um Erhaltung ihres Geldsacks. Nicht genug hören läßt sich über mancherlei Beeinflussung und Beachtung des Gesetzes von Seiten der Ordnungsmänner. Bier gab es zu trinken an verschiedenen Orten, ebenso sollen an einigen Orten nach 6 Uhr noch Stimmzettel angenommen, an anderen Plätzen gar Minderjährige zur Wahl zugelassen worden sein. Auf solche Weise ist die Wahl zu Stande gekommen, worüber sich selbst Liberale wenig freuen, denn sie betrachten nicht den Gewählten als den Mann der Zeit, ihnen liegt vielmehr an der Ehre, die Sozialisten besiegt zu haben, selbst wenn dabei die Freiheit erdrosselt wird. Mit Ruhe und innerem Schmerze erträgt der freisinnige Volkstheil die Niederlage. Dagegen triumphirt die Reaktion. Schon bei Ermittelung des Ergebnisses zeigte sich der beliebte Herr v. Polenz recht aufgeräumt. Die Auszählung war mehr eine gesellige Unterhaltung und die lebhafteste Freude glänzte auf den Gesichtern wohlbeleibter Beisitzer, ja lautes Gekicher war vernehmbar, wenn Schmiedels Orte genannt wurden, wie Morgenröthe 170 Schm., 1 A., Tannenbergsthal 90 Schm., 1 A., Christgrün 29 Schm., — A. u. s. w. Der Herr Wahlkommissar verkündete mit Stolz das Resultat und bemerkte, daß man Herrn Schmiedel gleich telegraphiren werde. Wir glauben nicht, daß dies amtlich nöthig war, da der neue Herr Reichstagsabgeordnete das Mandat auch per Post noch rechtzeitig erhalten hätte und halten dies sowie manches andere dem Jugendeifer des Herrn v. Polenz zu gute. Mag die Ordnungspartei jubeln. Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt.

Vom Rhein. (Die Sozialdemokraten betteln nicht.) Nachdem die beiden Attentate von zwei wahnwitzigen Menschen auf den deutschen Kaiser verübt worden waren und ein Reptilienblatt das andere an Unverschämtheit im Lügen gegen die Sozialdemokratie, die man doch in aller Welt gar zu gern zum Sündenbock stempeln wollte, zu überbieten suchte, da bleiben denn natürlicher Weise auch hier die Schmähungen und die Hatze gegen die Sozialisten nicht aus. Schreiber dieses wohnt in einem an der von Mainz nach Bingen führenden Hauptstraße gelegenen Orte, und daß diese Straße in der jetzigen arbeitslosen Zeit von allerhand zweifelhaften Menschen stark frequentirt ist, erscheint selbstverständlich. Aber wer trägt denn hieran die Schuld, daß es soviel Gesindel giebt und die Zeiten so sind? Die meisten von diesen Leuten nicht. Täglich und stündlich mußte ich sehen und hören, wie die Unglücklichen, wenn sie sich ein Almosen betteln wollten, abgeschnauzt und vor die Thüre gejagt wurden mit dem Bemerken: Geht zu Liebknecht; geht zu Bebel, geht zu Hasselmann 2c. und laßt euch geben, oder: ihr seid Sozialdemokraten, ihr bekommt nichts, hinaus ihr Hunde und seid nicht werth, daß man euch etwas giebt u. dergl. m. — Im Wirthshaus hörte ich die Dummheit und Rohheit erst vollends. Da hieß es, das seien lauter Sozialdemokraten, die nicht arbeiten wollen, die wollen mit uns theilen, hieß es, die wollen unser Eigenthum verwalten. Du lieber Gott, was haben denn die noch viel zu theilen und wie lange werden sie noch etwas zu verwalten haben? Nur Wenige sehen, wo es hinaus geht, und die dürfen, wie ich, auch nichts sagen. Es wohnt hier so ein Geldsack, kommt nun ein Haus oder ein Grundstück zur Auktion, und dieser will es haben, so braucht kein Anderer daran zu denken. — Nachdem ich so ein paar Tage mir die Sache ansehen mußte, ohne auch nur im Geringsten etwas dagegen thun zu können oder vielmehr zu dürfen, dachte ich, du mußt doch 'mal sehen, ob du nicht hin und wieder so einen Sozialdemokraten zu Gesichte bekommst und mit ihm sprechen kannst; es ist immer ein erhebendes Gefühl, wenn man so allein ist und kann dann 'mal mit einem Freunde verkehren. So viele nun auch von diesen Leuten vor meine Thüre kamen und um ein Almosen baten, um ihren Hunger zu stillen, fragte ich, woher sie kämen, wohin sie wollten, was für ein Geschäft sie treiben, wie lange sie schon ohne Arbeit seien, wie lange sie auf dem letzten Platze gearbeitet hätten u. s. w. Es waren durchgängig zerlumpte Jammergestalten, die für einen Apfel und ein Stück Brod, wie man hierorts sagt, zu Kreuze kriechen und bei denen von sozialdemokratischem Freimuth keine Spur zu bemerken war. Wie viel anders dagegen zogen die nicht Bettelnden durch den Ort; sie waren alle, wenn auch nicht flott, so doch anständig und reinlich gekleidet. Ich dachte oft, wenn ich einen solchen sah, wenn er nur bei mir vorsprechen würde, aber es kam nicht ein einziger. Daß es Arbeiter waren, die auf der Suche nach Arbeit gingen, steht fest, denn man sieht doch den Unterschied zwischen einem faulen Spaziergänger und einem auf der Reise befindlichen Arbeiter. Ob es aber gerade Sozialdemokraten waren, kann ich nun doch nicht sagen, denn es stand keinem an der Stirne geschrieben und zum Betteln kam keiner, daß ich ihn fragen konnte. — Also noch einmal, die Sozialdemokraten betteln nicht. X.

*) Er hat es bekanntlich gezeigt. Red. d. „V."

Stuttgart, 13. August. (Eine Stimme aus Schwaben.) Dank der Bemühung unserer fast durchweg liberalen Presse wurde der sozialistischen Partei auch diesmal wieder der Wahlkreis Stuttgart abgeschwindelt. Um die reaktionäre Gegenpartei der vereinten „Reichsgetreuen" mit einem stolzen Nimbus olympo-aristokratisch-religiöser Erhabenheit zu umnebeln, um in den Augen der, ebenso durch ihre große Stimmenzahl, als ihre nennenswerthe Dummheit bekannten schwäbischen Krautjunkerschaft den sozialistischen Candidaten als Rebellen 2c. darzustellen, fand es die heilige Hermandad Stuttgarts für gerathen, mit „Prügeln und mit Stangen" auszugehen und noch am Vorabend der Wahl Herrn Dr. Dulk und das ganze Personal unseres Parteiorgans, der „Süddeutschen Volkszeitung", unter ihren mütterlichen Fittigen in sicheren Gewahrsam zu bergen. Im Ganzen zeigte indeß die große Zahl der für Genossen Dulk abgegebenen Stimmen, auch dort, wo er nur als Zählkandidat auftrat, das rege Interesse, das die Arbeiterkreise unseres Landes an der sozialistischen Sache nehmen. — Auch im 6. Wahlkreis ist die, leider der erbärmlichen Mache der vereinten „Kapital- und Ordnungsparteien" unterlegene demokratische Partei den Sozialisten Dank schuldig für die Hilfe, die ihr leider vergebens, von dieser Seite zu Theil ward. Doch was vermochte die in großer Mehrzahl stehende Stadtbevölkerung gegen die Bauern, die von liberaler Seite mit wahrhaft jesuitischen Mitteln fanatisirt wurden! Da stand in erster Linie, großmächtig: „Das Attentat." Allgemeines Gezeter und Mordio! Keinen Sozialen, keinen Demokraten! Also wählt Jeder den nationalliberalen Geß! Zweitens „Bedrohte Religion und Spatzentheorie." Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens! Dann eine ganze Masse Beschuldigungen vom „Theilen" bis zum Knaster! Unter allgemeinem Halloh fällt der Liberale aus der Urne! Ein glänzendes Bankett vereint die Geister, die stets bejahen (der Regierung gegenüber). Der Redakteur eines Reutlinger Miniaturblättchens posaunt in „schwungvoller" Rede den lobenswerthen Entschluß der Wähler — nämlich der in corpore erschienenen Bauernschaft, die, nach verschieden variirtem Abschreien einiger „Hochs", in gehobener Stimmung ihren heimathlichen Ställen und Misthaufen zuwankt. An einem Nebentischchen gruppirt sich um eine Flasche und eine Büffetdame die Geistlichkeit, der Kirchengemeinderath, der Büttel und der „Gewählte". Und aus der, von schwerem Steine befreiten Seele des Herrn Dekan steigt ein Dankseufzer nach Oben, wo die Spatzen des Zeus sich tummeln:

Ja, ich danke froh dem Himmel,
Daß die bösen Demokraten
So mit Glanze unterlagen,
Und daß lauter fromme Männer
Nach Berlin zum Reichstag kommen:
G'meinderäth' und Rentier's
Denn das sieht „der blindeste Hesse"
Wie ein frommer Dichter zirpte
Im Programm der Liberalen:
Daß man fromme Männer brauche,
Um den Tubak zu versteuern
Und der Kirche Wohl zu wahren!
O, wie ist es dann so lieblich,
Wenn der ganze deutsche Reichstag
Täglich, statt zu debattiren
Eine Betstund auf den Knie'n hält,
Und mit einem schönen Psalter
Den der fromme Bismarck anstimmt,
Heil und Gnade niederfleht!
Und das Geld, das vom Tubak kommt,
Soll als Fonds der frommen Stiftung
Soll als Fonds der Reichsparade,
Und der Kirche respektirt sein!
Darum lob ich mir die Frommen,
Vivat hoch das Kapital! B.

Briefkasten

der Redaktion. Manfred: Nichts erhalten.

der Expedition. J. Mbr Altwohlau: 1. Die Entziehung des Postdebits ist nur auf Zeit; doch kann diese Verordnung noch vor Ablauf der Frist erneuert werden; 2. Einzelnes beziehen Sie direkt, größere Partien durch den Buchhandel; 3. Eines der besten Fremdwörterbücher ist das von Heyse. Preis circa 8 Mk. gebd. Kann Ihnen durch uns vermittelt werden. Geld lag Ihrem Brief nicht bei. — J. Blohm, Wiesbaden: Ihre Annonce kostet M. 1,20. — Durch Schneeberg: Exped. d. „Cölner fr. Pr." in Cöln: E. Schilde, Fischerstaden 13, Straßburg.

Jakob Senden (Bergmann) früher in Schalke, Victoriastraße, wohnhaft, bitte um schleunige Mittheilung Deiner Adresse. Ein Brief, den ich an Dich abgesandt hatte, ist retour gekommen. Personen, welche Sendens Adresse vielleicht kennen, bitte ich ebenfalls um Benachrichtigung. Meine Adresse ist Heinr. Winner in Iserlohn, Louisenstraße Nr. 12.

Wahlfonds.

Für den 10. sächs. Wahlkreis: „Nur immer muthig vorwärts" 3,00 von einem Oeconomen aus Reinsdorf b. Waldheim; von einem Fabrikanten 2,00.

Für Colporteure.

Vogel, Verfälschung der Lebensmittel; Engländer, Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen und sonst. Parteischriften liefert soliden Colporteuren u. Wiederverkäufern m. höchstem Rabatt i. Rechn. Mustersendung gratis. G. Müller, Exportbuchh. Berlin, Forsterstr. 55. (4b) (F. 41) [1,80

Empfehle mein Deutsches Hotel zu den billigsten Preisen. Für gute Zimmer, gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Deutsche Zeitungen liegen aus. [3,00

Brasserie, Café, Restaurant

Streissel

Bal & Hotel

Paris

15 Rue Diderot A 15.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hoyge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 99. Freitag, 23. August. 1878.

Die Wahlen

sind nun vorüber, und nachdem wir schon auf die Schlacht des 30. Juli mit Genugthuung zurückblicken konnten, ist das Resultat der Nachkämpfe bei den Stichwahlen geeignet, uns mit höchster Zufriedenheit zu erfüllen. Sie brachten uns sieben Siege, so daß die Zahl der Sitze, welche die Sozialdemokratie im Reichstag einnimmt, von 2 auf 9 gestiegen ist. Sachsen hat sich abermals bewährt, und für das „sächsische Manchester", Chemnitz, das wir am 30. Juli verloren, ist als doppelter Ersatz der Chemnitzer Landkreis (Limbach-Mittweida) und das „rheinpreußische Manchester" Barmen-Elberfeld zurückerobert worden. In Berlin, der „Reichshauptstadt", ist der Versuch der vereinigten Reaktionsparteien, unsere „Hochburg" zu stürmen, nach heißem Ringen zu Schanden gemacht, und in Breslau, der „zweiten Hauptstadt Preußens", das Banner der Sozialdemokratie aufgepflanzt worden.

Nirgends Rückgang. Ueberall Fortschritt. Und charakteristisch — gerade nach Bekanntwerden des famosen Ausnahmegesetzes drängte sich für uns Sieg an Sieg: Fritzsche, Wiemer, Kayser, Vahlteich — Schlag auf Schlag folgten die Proteste des Volks; fest und bestimmt hat dasselbe seine Antwort gegeben auf die Herausforderung der Reaktion.

Wird diese die Lektion verstehen? Wir müßten unsere Pappenheimer nicht kennen, wollten wir an die Möglichkeit glauben. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen; und, unbelehrt durch die klägliche Niederlage, die sie sich im „schwarzen Kulturkampf" geholt, stürzen sie „heitern Sinns", wie weiland Herr Olivier, 1870er Angedenkens, in den „rothen Kulturkampf". Natürlich um die nämlichen Erfahrungen zu machen.

Noch deutlicher als an dem Hauptwahltag ist es bei den Stichwahlen zu Tage getreten, daß das Kleinbürgerthum keine Lust mehr hat, das Stimmvieh der „liberalen" Partei zu bilden. Nur zu lange hat es an die liberalen Phrasen geglaubt und ist betrogen worden. Immer mehr begreift das Kleinbürgerthum, daß der Liberalismus der politische Ausdruck des Kapitalismus, und demnach naturgemäß der Todfeind des Kleinbürgerthums und Kleinbauernthums ist. Und die Folge dieser Erkenntniß ist die Bekehrung zur Sozialdemokratie.

In solchen katholischen Gegenden, wo die Sozialdemokratie noch keine kräftigen Wurzeln geschlagen hat, wendet das Kleinbürgerthum sich der Centrumspartei zu, die ja stark in sozialer Frage macht. Nun — das ist nur für kurze Zeit. Die demokratische und sozialistische Erbschaft des Ultramontanismus tritt, sobald derselbe nach beendigtem Kulturkampf liquidiren muß, die Sozialdemokratie an.

Jedenfalls hat die Reichstagswahl des Jahres 1878 den Bankerott des deutschen Liberalismus zum Ausdruck gebracht.

Wir werden dies des Näheren nachweisen, wenn wir im Besitz einer vollständigen Tabelle der neugewählten Abgeordneten sind. Einstweilen begnügen wir uns, die Thatsache zu constatiren:

> Der Liberalismus, welcher im Dienste der Reaktion uns todthetzen wollte, pfeift auf dem letzten Loch und die Sozialdemokratie, gegen die sich Alles verbündet und verschworen hat, steht stolz und siegesstark da, und lächelnd erinnert sie die Feinde an das gute Sprüchlein des nach Canossa wandelnden Junkers Bismarck:
>
> Das Wegekraut sollst lassen stahn,
> Behüt' Dich, Jung, sind Nesseln dran!

Der Gesetzentwurf gegen die Sozialdemokratie.

I.

§ 1 lautet:

„Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen."

Wir haben schon in voriger Nummer unseres Blattes betont, daß man seitens der preußischen Regierung wenig Gewicht auf die Bedeutung der Worte: „sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen" legt, daß man vielmehr bei Verfassung des Gesetzentwurfs von der Voraussetzung ausgegangen ist, jede auf „Untergrabung" der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebung unter das Verbot zu bringen.

Nehmen wir einen Verein an, der lediglich die Ausbreitung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts auf die Einzelstaaten und die Gemeinden bezweckt, so wird derselbe aufgelöst werden, weil eine sozialdemokratische Forderung vorliegt, die aber auch der fortgeschrittene Liberalismus anstrebt. Daß durch diese Forderung die bestehende Staatsordnung z. B. in Preußen, die auf dem Dreiklassenwahlsystem basirt, untergraben wird, liegt ja auf der Hand.

Die Erringung eines Normalarbeitstags ist eine sozialdemokratische Bestrebung, die aber zugleich auch von vielen Conservativen getheilt wird. Sollte nun ein Verein sich bilden zur Erringung eines Normalarbeitstags, so liegt es auf der Hand, daß er verboten wird, weil derselbe die bestehenden Gesellschaftseinrichtungen, welche eine schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft zulassen, untergräbt. Ob die Leiter eines solchen Vereins bekannte Sozialisten sind, oder ob sich irgend ein conservativer Grundbesitzer an die Spitze der Vereinigung stellt, das wird die zugreifende Polizei nicht besonders irre machen. Ist der Verein in einer vorwiegend conservativen Stadt gegründet worden, so wird man unter Umständen der Sache ihren Lauf lassen, regieren aber in der Stadt liberale Stadträthe, so wird man auch dem conservativen Agitator für einen Normalarbeitstag zu Leibe gehen.

Die Polizeiwillkür muß durch das geplante Gesetz zur größten Blüthe gelangen. — — —

Daß man auch die genossenschaftlichen Kassen mit dem Verbot bedroht, ist geradezu ein Eingriff in das Privateigenthum. Eine Produktivgenossenschaft zum Beispiel, die lediglich aus Sozialdemokraten besteht, macht es sich zur Aufgabe, die Idee der Produktivgenossenschaften in immer weitere Kreise zu verbreiten. Die Errichtung von Produktivgenossenschaften — mit oder ohne Staatshülfe — ist aber eine sozialistische Bestrebung; daß die bestehende Gesellschaftsordnung aber durch die Produktivgenossenschaften untergraben wird, das leugnet Niemand — also flott verboten, Eigenthum confiszirt.

Wer also zerstört das Eigenthum? Die Antwort mögen die Herren ertheilen, welche den vorliegenden Gesetzentwurf verfaßt oder den Auftrag zur Abfassung desselben gegeben haben.

In jeder Hülfs-, jeder Kranken-, jeder Unterstützungskasse aber kann man sozialistische Bestrebungen wittern; diese Kassen sind auch auf Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtet, da sie die Ausbeutung der Arbeitskraft wenigstens etwas zügeln. Die Polizei greift mit rauher Hand hinein und zerstört das sauer zusammengesparte Privateigenthum und confiszirt es für den Staat, macht also Staats- oder Gemeindeeigenthum aus demselben. Ueber solche Ironie möchte man hell auflachen, wenn die Sache nicht so ernst wäre, wenn man nicht mit Scham und Zorn an die Schande dächte, die dem deutschen Volke allein schon durch die Vorlage eines solchen Gesetzentwurfs bereitet wird.

Das Gründerthum ist eine bestehende Gesellschaftsordnung, die Bekämpfung desselben aber eine sozialistische Bestrebung. Also: Es leben die Gründer! Nieder mit den Sozialdemokraten!

Eine bestehende Gesellschaftsordnung in des Wortes vollster Bedeutung aber ist ferner die Prostitution. Die Sozialdemokratie besonders macht es sich zur Aufgabe, diese bestehende Gesellschaftsordnung zu untergraben; wir haben es also mit sozialdemokratischen Bestrebungen zu thun. Jeder Polizeibeamte also kann einen Verein verbieten, der wider die Prostitution ankämpft, er wird es thun, wenn ein bekannter Sozialdemokrat in einem solchen Verein ist oder wenn er selbst vielleicht Interesse an einem oder dem andern Opfer der Prostitution hat.

So führt uns der vorliegende Gesetzentwurf — und man muß noch dabei berücksichtigen, daß jedes Gesetz Mißverständnissen und Mißbräuchen seitens der Polizeibehörde unterliegt — in einen wahren Wirrwarr von Widersprüchen und thatsächlichen Unsinnigkeiten. — — —

Führen wir nun unseren Lesern noch die beiden §§ 9 und 10 vor, die also lauten:

§ 9. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten; Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt. Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde; gegen die Anordnung derselben findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 10. Druckschriften, welche Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.

Also Alles, was wir über das Verbot von Vereinen gesagt haben, bezieht sich auch auf Versammlungen, Druckschriften und Zeitungen.

Hierbei aber sind noch zwei Fragen anzuregen. Ist eine Wahlversammlung, welche sich lediglich mit Aufstellung eines sozialdemokratischen Candidaten beschäftigt, nach vorliegendem Gesetzentwurf zu verbieten? Unseres Erachtens: ja! Die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten ist eine auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebung. Danach können alle sozialistischen Wählerversammlungen, Wahlflugblätter und selbst die Stimmzettel für den sozialistischen Candidaten verboten oder confiscirt werden. Die Reichsverfassung allerdings erhält dadurch eine recht derbe Ohrfeige.

Dann fällt uns ein, daß bei den Preßordonanzen in Preußen 1863 ein Blatt nur verboten werden konnte nach zweimaliger Verwarnung. Auch diese Vorbeugungsmaßregel hält man jetzt für überflüssig. Die Polizei verbietet das Blatt, ehe es einmal zur Besinnung gekommen ist, wann und wie es gesündigt hat.

Das ist so recht nach dem Herzen des preußischen Landraths, der sicherlich den liberalen Blättern gegenüber von seiner Machtbefugniß den ausgiebigsten Gebrauch machen würde. — — —

In unserm nächsten Artikel werden wir die Recursinstanz gegen die Verfügungen der Polizeibehörde, das famose „Reichsamt für Vereinswesen und Presse" beleuchten.

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

Natürlich können wir hier nur Aussprüche unabhängiger Organe citiren. Daß die Reptilblätter das Regierungsopus des Fürsten Bismarck loben, versteht sich von selbst, dafür sind sie ja bezahlt. Ebenso selbstverständlich ist die Haltung derjenigen nationalliberalen Zeitungen, einschließlich der „Nationalliberalen Correspondenz", welche nach der Reichstagsauflösung dem „Liberalismus" auch in der bisherigen nationalliberalen Verdünnung Valet gesagt und sich zur „Partei Bismarck sans phrase" bekannt haben. Von den „Treugebliebenen", das heißt den Herren Lasker, Bennigsen, Forckenbeck und noch mythischem Gefolge liegt noch keine authentische Meinungsäußerung vor. Die „Autographirte Correspondenz", der Moniteur dieses linken „linken Flügels" der Nationalliberalen, hat zwar schon einen Artikel gebracht, in welchem sie den Entwurf für diskutabel erklärt, aber der Artikel ist bereits im Auftrage des Hrn. Lasker, der sich im Bade befindet, desavouirt worden.

Dies vorausgeschickt, lassen wir die beachtenswerthen Stimmen der Presse im Auszug folgen.

Die conservative „Dresdener Correspondenz" schreibt:

„Was das Sozialistengesetz betrifft, so besagt dasselbe im Allgemeinen so viel, als daß die Sozialdemokratie überhaupt bei Strafe verboten wird. Ob sich das so wird durchführen lassen, wird die Erfahrung allerdings lehren. Es dürfte unter allen Umständen ein Irrthum sein, wenn man annimmt, die Sozialdemokratie von heute sei nur ein künstliches Produkt agitatorischer Verhetzung der Massen und werde verschwinden, sobald diese Verhetzung aufhöre. Allem Anscheine nach geht der Gesetzentwurf jedoch von dieser Annahme aus. Ist man dagegen der Ansicht, daß die heutige Sozialdemokratie in erster Linie durch thatsächliche Uebelstände der bestehenden Verhältnisse erzeugt sei, und daß die Agitation der sozialdemokratischen Führer auf einer an und für sich vorhandenen unzufriedenen Stimmung der Massen fuße, um die dann weiterhin allerdings ebenso sehr zu steigern, als zu verwirren, so wird man von der Gesetzvorlage um so weniger befriedigt sein, als bis jetzt nirgendwo Anstalten gemacht zu werden scheinen, um die wirklichen Wurzeln der Sozialdemokratie abzugraben."

Der Hamburger „Correspondent", ein conservativ-liberales Organ, dessen vernünftiges Urtheil in Sachen der sozialdemokratischen Bewegung wir wiederholt lobend zu erwähnen hatten, meint, nachdem die sorgfältige Redaktion und Ausarbeitung des Entwurfs anerkannt worden:

„Daß von dem geplanten Gesetze die Erreichung des angestrebten Zieles werde erwartet werden können, erscheint uns nichtsdestoweniger höchst zweifelhaft. An dem Wesen der Gefahr, welche die bestehende gesellschaftliche Ordnung bedroht, wird (soweit wir sehen können) durch ein Einschreiten gegen die Formen, in welche dieselbe sich kleidet, Nichts geändert werden. Auch von den bestredigirten Gesetzen gilt das alte Wort: „Quid leges sine moribus?" (Was vermögen Gesetze, die nicht mit den Sitten und Anschauungen der Menschen übereinstimmen?) Die sozialdemokratische Organisation läßt sich beseitigen, die Sozialdemokratie nicht: „den Bösen sind sie los, die Bösen sind geblieben!" Nach den Wahlerfahrungen, welche hinter uns liegen, steht nahezu eine halbe Million von Staatsbürgern hinter dem Verein der „sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands", wird die Meinung, „daß darauf hingearbeitet werden müsse, die Arbeitsmittel zum Eigenthum des Staates zu machen und die Arbeit staatlich zu organisiren," von nahezu dem zehnten Theil der Männer getheilt, welche die deutsche Reichsverfassung zu Wählern gemacht hat. In 57 Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie sog. offizielle Candidaten aufgestellt und auf diese 360,000 Voten versammelt, in etwa 20 anderen Wahlkreisen sind außerdem 100,000 bis 110,000 sozialistische Stimmen abgegeben worden. Die Organisation, welche diese Resultate zu Wege gebracht hat, sieht auf eine vierzehnjährige Geschichte zurück, sie wird von einigen Dutzend professionellen und mehreren Hundert freiwilligen Agitatoren bedient, von 80 bis 90 Preßorganen unterstützt. Ihr zur Seite gehen zahlreiche Gewerksgenossenschaften und Fachvereine, deren Bestand wohl erschüttert, aber nicht aus der Welt geschafft werden kann, so lange das auf den § 152 der Gewerbeordnung gegründete Coalitionsrecht besteht. Da die verfassungsmäßige Wahlfreiheit das Recht zur Erwählung sozialdemokratischer Abgeordneten in sich schließt und da die Wahlperioden von einer Reihe schützender Bestimmungen umgeben sind, wird die Geltung der Vorschriften des vorliegenden Entwurfs einer Modifikation und theilweisen Suspension unterliegen, sobald zu Neuwahlen geschritten wird. Um mit der Ausführung der in Rede stehenden Maßregeln auch nur den Anfang zu machen, werden Hunderte, wenn nicht Tausende von Vereinsauflösungen ausgesprochen, Dutzende von Zeitungen und Journalen verboten, zahlreiche Offizinen geschlossen, noch zahlreichere Arbeiter und Angestellte um ihre materielle Existenz gebracht werden müssen. — Von einer Repressivthätigkeit, die bei solcher Lage der Dinge, auf Grund eines einzelnen, die sonstige Legislative nicht berührenden Gesetzes etwas Bleibendes auszurichten vermöchte, vermögen wir uns keine Vorstellung zu machen, weil uns aus dem Gebiet der gesammten neueren Geschichte kein Versuch bekannt ist, der Aehnliches auch nur angestrebt hätte. Geheimbünde, die direkt und ausschließlich auf die Beseitigung eines bestimmten Verhältnisses hinarbeiten, Vereine, welche statutarisch fest abgegrenzte Zwecke verfolgen, sind häufig und mit Erfolg verboten und unterdrückt worden: unter der Herrschaft constitutioneller Staatsformen angestellte Versuche, eine bestimmte, weitverbreitete, die verschiedensten Gebiete umfassende Richtung als solche zu verbieten und die zugleich gegen Preßorgane, Vereine und Versammlungen gerichteten Verbote auf administrativem Wege und bei Fortbestand der anderen Richtungen zugesicherten Freiheiten in Ausführung zu bringen, — solche Versuche sind unseres Wissens noch nirgend angestellt worden. Auch wenn man die Möglichkeit eines Gelingens nicht absolut bestreitet, wird man zugestehen müssen, daß es sich „um einen Sprung in's Dunkle", um ein noch nicht dagewesenes Unternehmen handelt."

Die Berliner „Volkszeitung", Organ der Fortschrittspartei, schreibt:

„Das neue Sozialistengesetz ist veröffentlicht — wir stehen

in ihm der unverhülltesten Reaktion gegenüber — mit ihm würde das neue Reich, das einst auf Einheit und Freiheit gegründet werden sollte, aufs Neue den alten Polizeikünsten des unseligen Bundestages verfallen, — die Mainzer Centralcommission zur Verfolgung der Demagogie ihre Wiedergeburt feiern in der neuen Berliner Centralcommission zur Aufspürung von Sozialisten."

Nach einer Analyse des Gesetzes fährt sie fort:

„Dies mag genügen, um vor unseren Lesern die Erregung zu rechtfertigen, unter welcher wir diese Zeilen niederschreiben. Wir halten es für unmöglich, daß der Reichstag einem solchen Gesetze seine Zustimmung gebe — aber dem deutschen Volke müssen wir schon heute zurufen, die letzte Entscheidung liegt allein in seiner Hand, die Entscheidung über Glück und Frieden für uns und unsere Kinder, denn wir stehen mit diesem Gesetze an dem Scheidewege, der die Aussichten auf die lachenden Gefilde, welche ein in friedlicher Eintracht an gemeinsamer Verbesserung unaufhörlich arbeitendes und strebendes Volk bewohnt, von denen trennt, auf denen Mißtrauen, Haß und Zwietracht schließlich ihre Flammenzeichen in erbitterten Kämpfen, in der gegen den Himmel lodernden Lohe eingeäscherter Dörfer und Städte in schreckenerregender Weise zur Erscheinung kommen lassen. Möge das Volk feststehen gleich kräftig in der Verdammung der Ausschreitungen der Sozialdemokratie, welche diese Art der Reaktion über uns heraufbeschworen, aber eben so fest in der Abwehr gegen diese Art, eine Gefahr zu bekämpfen, welche nur geeignet ist, uns unrettbar derselben verfallen zu machen!"

Die, gleichfalls fortschrittliche, „Vossische Zeitung" ist der Meinung: die drakonische Schärfe des Sozialistengesetzes werde selbst die ausschweifendsten Wünsche befriedigen. Besonderen Anstoß nimmt sie an dem Ausdruck „Untergrabung".

„Vereine, Versammlungen, Druckschriften werden sich in Zukunft nicht mehr als sozialdemokratische, sozialistische oder communistische ankündigen, es wird vielmehr als Kriterium die auf „Untergrabung" gerichtete Tendenz dienen müssen. Was soll der Richter aber unter „Untergrabung" denken?

„Wenn ein Verein revolutionäre Bestrebungen verfolgt, die direkt auf Zerstörung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsverhältnisse gerichtet sind, so sprechen wir mit Recht von Untergrabung. Aber ein Verein kann auch die Revolution und jeden gewaltsamen Umsturz von bestehenden Verhältnissen verabscheuen und dennoch sind wir nicht weniger berechtigt zu sagen, daß sich seine Ziele auf eine Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung richten. Jeder Verein, der für eine nach seiner Ansicht bessere Zukunft von Staat und Gesellschaft in der Weise thätig ist, daß er Nothstände bespricht, Unrecht und Mißbräuche aufdeckt und bespricht und Reformen mit gesetzlich zulässigen Mitteln anstrebt, untergräbt das Vertrauen zur Gegenwart. . . . . .
In diesem Sinne ist also der Ausdruck „Untergrabung" von so weittragender Bedeutung, daß er mit Ausnahme der conservativen das Bestreben fast aller Vereine treffen muß, die sich überhaupt mit der Zukunft von Staat und Gesellschaft beschäftigen. Man wird nicht sagen können, daß das Gesetz den Ausdruck „Untergrabung" blos auf diejenigen Bestrebungen beschränke, welche die Revolution direkt zum Ziele haben, da wir bereits im Strafgesetzbuche Schutz dagegen haben. Abgesehen davon bezweckt ja aber die Vorlage gerade, daß die Regierung zu weiterem Vorgehen ermächtigt sei. Es scheint mithin — vorausgesetzt, daß nur die Sozialdemokratie getroffen werden soll — gar kein Zweifel sein zu können, daß der Ausdruck „Untergrabung" vollständig verfehlt und liberalerseits im eigensten Interesse durchaus unannehmbar ist."

Die „Vossische Zeitung" schließt ihre Kritik mit den Worten:

„Aus dem über § 1 des Sozialistengesetzes Gesagten ergiebt sich also schon, daß die Annahme desselben in der vorliegenden Fassung für die Liberalen, sofern sie ihre eigene Haut lieb haben, eine schwere Zumuthung ist, und es wird sich dabei zeigen, ob es nicht vielleicht mehr auf die Haut der Liberalen als auf die der Sozialdemokraten oder mindestens auf beide zugleich abgesehen ist."

In der nationalliberalen, von Braun („unserem B.") mitredigirten Berliner „Tribüne" plaidirt ein Einsender, dessen Meinungsäußerung jedoch als Leiter abgedruckt ist, für ein Zusammengehen der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen in der Behandlung des Sozialistengesetzes. Die „Tribüne" fügt hinzu, daß sie nicht in allen Punkten die Ansichten des Einsenders theilt. Folgendes sind die Hauptstellen des Artikels:

„Wir dürfen uns nicht beirren lassen durch das Vertrauen, daß die gegenwärtige Regierung keinenfalls die Absicht haben könne, das Gesetz auch gegen die liberalen Parteien zu richten, denn Regierungen sind wandelbar, und Niemand vermag zu sagen, welche Grundsätze für eine künftige Regierung maßgebend sein werden. Ein Gesetz, welches im Vertrauen auf das gegenwärtige Regiment geschaffen und nur für dessen Dauer berechnet wird, würde ein Ausnahmegesetz sein, welches die Fortschrittspartei nicht annehmen dürfte und die nationalliberale Partei nicht annehmen sollte. Als ein solches, alle liberalen Parteien auf's Höchste gefährdendes, einem etwaigen künftigen (!) freiheitsfeindlichen Regiment die Möglichkeit zu jeder Willkür eröffnendes Ausnahmegesetz charakterisirt sich der „Gesetzentwurf gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", der zu einem zweckentsprechenden Ergänzungsgesetz nur durch die umfassendsten Amendirungen umgestaltet werden könnte. Schon der § 1 zeigt dies deutlich. Welche Bedeutung kann eine künftige Regierung den Worten: „Vereine, welche auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen", geben? Werden nicht schon jetzt in den reaktionären Preßorganen die nationalliberale und die Fortschrittspartei beschuldigt, daß sie solche Bestrebungen haben? Jeder Verein, der eine Reform der Gesetzgebung erzielen will, würde nach einem solchen Gesetz dem Untergange gewidmet sein."

Auszüge aus der „Frankfurter Zeitung" bringen wir in einer der nächsten Nummern; für heute nur einige Urtheile der auswärtigen Presse.

Die, einst gut Bismarckische, Wiener „Deutsche Zeitung" glaubt ihr Urtheil über den Entwurf kurz dahin zusammenfassen zu können, daß, wenn die Vertreter des deutschen Volkes dem, was in ihm ihnen verkündet wird, zustimmen, sie Deutschland zum unfreiesten Lande Europas (Rußland und die Türkei natürlich ausgenommen) machen würden.

„Ein keckeres Attentat," sagt die „Deutsche Zeitung", „gegen die Preß- und Vereinsfreiheit, als das sogenannte Sozialistengesetz, das unter dem Vorwand, Sozialdemokraten und Communisten zu treffen, die gesammte Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die persönliche Freiheit jedes Deutschen einer Anzahl von Beamten preisgeben würde, ist noch nicht dagewesen. Man kann sagen, daß Deutschland, wenn die Anträge, die Preußen beim Bundesrath einbringt, angenommen werden sollten, zum Gesetze erhoben werden, faktisch, wenn auch nicht formell, zum Standpunkte der Karlsbader Beschlüsse zurückkehrt. Napoleon III. hat in seiner schlimmsten Zeit nichts Aergeres ersonnen, als jene Art von politischem Standrecht, die nach den Schlußbestimmungen des preußischen Antrages zeitweise verhängt werden kann. . . . Daß der Reichstag so etwas annehme, erscheint uns fast undenkbar. Selbst die Servilität der Nationalliberalen hat ja ihre Grenzen (?) und sie müssen doch fühlen, daß eine liberale Partei, die für so etwas stimmt, dem vernichtenden Urtheile des eigenen Volkes und der Geschichte verfallen wäre."

Ein englisches Blatt, der Londoner „Globe", noch vor Kurzem für Bismarck schwärmend, meint bei Besprechung des telegraphischen Resumés:

„Vielleicht werden nähere Details über die Maßregel den Eindruck mildern, (?) den solch durchgreifende Gesetze hinterlassen müssen: im anderen Falle sind die Freiheiten der deutschen Unterthanen kaum viel werth; dieselben sind vollständig der Willkür der staatlichen Behörden und der Polizei überliefert. Die persönliche Freiheit wird in Deutschland allmählig eben so sehr ein Ding der Vergangenheit werden, wie es die politische Freiheit bereits ist. Wir zweifeln, ob irgend eine äußerste Gefahr für den Staat — auch eine größere als die bereits bestehende — Maßregeln von solch außergewöhnlicher Strenge rechtfertigen würde und wir können nicht glauben, daß der Reichstag das Gesetz annehmen wird."

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Verrohung unserer Blut- und Eisen-Periode ist niemals widerlicher zu Tage getreten als jetzt bei der Hinrichtung Lehmann-Hödels. Man braucht nur die grausigen Einzelheiten zu lesen, um mit namenlosem Ekel erfüllt zu werden. Man schämt sich, in einer Zeit zu leben, wo solches vorgehen kann und den Unterhaltungs- und Bildungsstoff des Volkes bildet. Diese grausige Mordlektüre auf Tage, auf Wochen die „geistige Nahrung" unseres Volkes! Wahrhaftig, es ist endlich einmal an der Zeit, daß „die Schule des Verbrechens" geschlossen und dieser abscheulichen Mordkultur mit Mordkultus ein Ende gemacht werde.

Wie „herrlich weit" wir es bereits in der Verrohung gebracht haben, erhellt recht drastisch aus einem Brief, den der nationalliberale Herr von Bunsen während der Wahlbewegung geschrieben hat. Es war ihm nämlich vorgeworfen worden, daß er, als Mitglied des Cobdenclubs, nicht ganz „kauscher" sei in puncto des Patriotismus ꝛc. In dem betr. Brief heißt es:

— — „Die Anschuldigung gegen mich lautete dahin: 1) ich sei Mitglied des Cobdenclubs, 2) als solcher verpflichtet, immer für absoluten Freihandel zu stimmen, und 3) erhielte ich dafür eine tüchtige Vergütung. Auf die letzte Behauptung antworte ich nicht. Sie schließt eine infame Verdächtigung nicht blos meiner Person, sondern aller übrigen Ehrenmitglieder des genannten internationalen Clubs in sich, die allen Ländern der gesitteten Erde angehören, deren Keiner für einen schlechten Patrioten gilt und unter denen sich das Beste befindet, was jede Nation an Geist und Charakter aufzuweisen hat. Daß ich seit 1871 Ehrenmitglied des Cobdenclubs bin und als solches den deutsch-nationalen Standpunkt in einer Jahresversammlung desselben als Redner vertreten habe, wurde von mir in der Wahlversammlung zu Schmiedeberg vom Mai 1876 ausgesprochen, ist also kein Geheimniß. Der verewigte Cobden, zu dessen Andenken der Club gestiftet ist, war ein Mann von weitumfassenden Gedanken. Niemals ist mir ein Engländer vorgekommen, der weniger wie er das Sonderinteresse seines Landes, wärmer das der Menschheit im Auge gehabt hätte. Deshalb lautet der Wahlspruch des Clubs: „Friede unter den Völkern, Wohlwollen unter den Menschen, Freiheit des Handels." Wenn ich nicht irre, sehr geehrter Herr, so ist die Generation, der wir beide angehören, in ähnlichen Gedanken aufgewachsen und braucht sich ihrer nicht zu schämen. Sie werden deshalb finden, daß heut zu Tage Jedermann sich einen Freihändler nennt, das heißt Jedermann wünscht den Tag zu erleben oder für seine Kinder und Kindeskinder vorzubreiten, da alle gesitteten Länder ebenso einen Zollverein bilden, wie die deutschen Staaten unter sich in Zolleinheit stehen. Das war der leitende Gedanke der Handelsverträge, welche seit 1859 in Europa geschlossen wurden. Man ließ in dem Maße, wie jede Industrie erstarkt war, gegenseitig Zollschranken ganz oder theilweise fallen, man hoffte auf ein Anwachsen besserer Ueberzeugungen, namentlich in den Hochburgen der Abschließung, wie Rußland, Frankreich, Oesterreich. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt."

Hundert Jahre nach Lessing's „Nathan dem Weisen", dreiundsiebzig Jahre nach Schiller's, fünfundvierzig Jahre nach Göthe's Tod muß ein Deutscher sich förmlich entschuldigen, daß er einer Gesellschaft angehört, welche „Friede unter den Völkern und Wohlwollen unter den Menschen" erstrebt! Es ist wirklich stark.

— Ein treffliches Urtheil über die Verwerflichkeit der liberalen Taktik, die Sozialdemokratie für die Attentate verantwortlich zu machen, finden wir in einer Hamburger Correspondenz der liberalen Wiener „Neuen Freien Presse" vom 2. August, also nach den Wahlen. Dort heißt es: „Ein ungeheurer Fehler ist dadurch begangen worden, daß man der sozialdemokratischen Partei die Urheberschaft an den Attentaten zuschiebt und nun mörderisch auf sie losschlägt. Denn, wenn auch die Sozialisten in Bezug auf die Erreichung ihrer Ziele und Ausführbarkeit ihrer Lehren im Irrthum sein mögen, so sind sie doch an den Attentaten gerade so viel oder so wenig schuld, als die Erfinder der Dampfmaschine an den Eisenbahnunfällen oder die Religionsstifter an den Religionskriegen." — Dieses vernünftige Urtheil eines außerdeutschen Liberalen mögen sich die „liberalen" Journalisten hinter die Ohren schreiben.

— Zur bevorstehenden Sedanfeier. Die Sedansbuselei ist im deutschen Volke trotz des Attentatsdeliriums sehr im Abnehmen begriffen. Auch die Gemeindevertretungen werden renitent. So hat in der vorigen Woche die Gemeindevertretung von Deutz es abgelehnt, aus der Stadtkasse die Kosten zur Bewirthung der Schuljugend am 2. September zu bewilligen. Ferner beschäftigten sich die Stadtverordneten zu Köln mit dieser Frage. Die nationalliberale Gesellschaft „Lese" hatte in Gemeinschaft mit den Krieger-, Gesang- und anderen Vereinen den Antrag gestellt, das Collegium möge, wie im vorigen Jahre, 1000 Mark als Beitrag zu den Kosten des Sedanfestes bewilligen. Nach einer kurzen Debatte wurde dieser Antrag mit allen gegen acht Stimmen abgelehnt. — Die Heiligkeit des Herrn Sedanius ist also nicht von langer Dauer gewesen.

— Zur Lingenau'schen Erbschaft schreibt man uns aus Gumbinnen: Die von unserm in St. Louis in Amerika verstorbenen Genossen F. Lingenau der sozialdemokratischen Partei zugedachte Erbschaft läßt den Behörden noch immer keine Ruhe.

Der deutsche Parlamentarismus.

(Eine anatomische Studie.)

(Schluß.)

Die Wenigen nun, welche auf dem Wege der Ueberlieferung und Anciennetät zu Lenkern der parlamentarischen Geschicke des deutschen Volkes gediehen sind, die einzelnen Fraktionsfaiseurs haben aus ihrer Mitte zur Befestigung und Erhaltung ihrer Herrschaft einen Ausschuß niedergesetzt, den sogenannten „Senioren-Convent", von dem thatsächlich auf dem Wege des Compromisses alles Das entschieden und dem Reichstage oktroyirt wird, was nach Außen als Ergebniß freiester Willensthätigkeit erscheint. Namentlich werden von ihm alle sogenannten „Wahlen" für Präsidium, Bureau, Abtheilungsvorstandschaft, Commissionen, Deputationen u. s. w. gemacht. Ein wirkliches Wählen, ein Bestimmen der einzelnen Persönlichkeiten nach eigenem persönlichen Ermessen der Mehrheit des Reichstags oder der Reichstags-Abtheilungen findet niemals statt und ist der betreffende Akt, wenn er vorgenommen wird, nichts weiter als eine inhaltlose Komödie, die, nachdem der Senioren-Convent Beschluß gefaßt, ebenso gut durch dessen Erklärung ersetzt werden könnte: „Herr Cajus ist Präsident des Reichstags", oder: „Herr Cusacius Mitglied der Xten Commission." Ehrlicher wäre es schon und die Wähler würden dann allerorts eine bessere Einsicht in die innere Wesenheit des deutschen Parlamentarismus erlangen, d. h. da nicht an Mehrheitsbeschlüsse glauben, wo lediglich von Diktaten einer Minderheit die Rede sein kann. Der „Senioren-Convent", dessen Mitglieder sich möglichst in den Mantel des Geheimnisses hüllen, ist charakteristischer, als man auf den ersten Blick anzunehmen geneigt sein dürfte. Deshalb muß gerade sein Wirken in einer Skizze erwähnt werden, die sich Offenlegen des inneren Räderwerkes einer Einrichtung zum Zwecke setzt, welche man bisher daraufhin „allzu genau" weder betrachten wollte, noch auch in weiteren Kreisen betrachten konnte. Daß man das Recht aller Minoritäten, die es nicht bis zur Ziffer 12 zu bringen vermögen, auch dann einfach ignorirt, wenn sie in ihrer Gesammtheit einen ganz stattlichen Bruchtheil der Versammlung darstellen und über die Stärke einzelner Fraktionen hinausgehen, ist gewiß bezeichnend. Und dies geschieht bis zu den geringsten Aeußerlichkeiten herab. Wenn man des großen Andranges wegen es für nöthig erachtet, den Eintritt zur Abgeordneten-Tribüne durch Ausgabe von Eintrittskarten zu beschränken, werden dieselben natürlich an die Fraktionen ertheilt, die Fortschrittspartei mit 31 Mann erhält, was ihr zukommt, die 35 Wilden — können sehen, wie sie zurecht kommen, sie erhalten — nichts. Sapienti sat.

Bei jeder parlamentarischen Versammlung liegt die Garantie für ihre technische und politische Leistungsfähigkeit in der Art und Weise, wie sie sich die Organe ihrer Wirksamkeit beschafft. Arbeitsinstrumente einer Volksvertretung sind lediglich die Commissionen. Gewählt werden diese gegenwärtig von den Abtheilungen, in welche der Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt auf dem Wege der Verloosungen zerlegt wird. Es sind deren sieben. Die Wahl der Commissionen soll nun in der Weise erfolgen, daß jede der Abtheilungen eines, zwei, drei oder vier Mitglieder in den betreffenden Ausschuß wählt. Dadurch, daß man dem reinen Zufalle die Zusammensetzung der Abtheilungen überließ, zeigte man deutlich, daß einseitige Berücksichtigung des Partei- oder Fraktionsstandpunktes bei Zusammensetzung der Ausschüsse ausgeschlossen und mehr die parlamentarische Arbeitsfähigkeit in Betracht gezogen werden sollte. Diesen gesunden und vernünftigen Gedanken der Geschäftsordnung weiß man durch die Einrichtung des Senioren-Conventes künstlich in sein volles Gegentheil zu verkehren. Diese „unbekannten Oberen" bestimmen im Voraus die Mitglieder, welche in die Commissionen zu wählen sind, und erkennen dabei, wie das bei der Zusammensetzung und dem Wesen selbstverständlich ist, in erster Linie als Richtschnur so ausschließlich nur die Fraktionsschablone an, daß mit lächerlich-peinlicher Sorgfalt nach halben, Viertels- und Achtels-Abgeordneten gerechnet wird. Um das Mißständige nicht zu schreiend werden zu lassen, sieht man bei Ausschüssen, welche technische Fragen zu entscheiden haben, ausnahmsweise von dem Parteistandpunkte ab. Durch die Ausnahme wird aber die Regel nur evidenter gemacht. Die Wirkung einer solchen Wahlart auf die Arbeitsfähigkeit der Commissionen zu untersuchen, liegt außerhalb der Aufgabe dieser Zeilen. Aufmerksame Beobachter unserer parlamentarischen Zustände, die den Vorwurf nicht kennen, „die Dinge allzugenau zu betrachten", werden nicht leugnen dürfen, daß in diesen Verhältnissen ein Grund für die Behauptung gesucht werden kann, daß unsere Zeit zur Gesetzgebung keinen Beruf habe.

Der schlimmste Erfolg, den die rückhaltlose Handhabung der schablonenhaften Fraktionspolitik herbeigeführt hat, ist darin zu finden, daß der Reichstag an das ihm anvertraute Palladium der geistigen Wohlfahrt des deutschen Volkes — an die Redefreiheit hat tasten lassen. Die Geschäftsleitung ist seit geraumer Zeit hinsichtlich der Redeordnung keine unparteiische. Das ist eine Thatsache, die von allen Vorurtheilslosen anerkannt wird.

Die von den liberalen Parteien herbeigeführte und geduldete Abschaffung der Rednerliste ermöglicht eine Willkür bei der Wortverleihung, die im Vereine mit den bekannten Anträgen auf Schluß der Debatte dem Mundtodtmachen jeder Minorität gleichkommt. Wenn diese Praxis, mit welcher besonders der Name Valentin in den Annalen unseres Parlamentarismus auf immer in sehr unliebsamer Weise verbunden bleiben wird, vorzüglich gegen die Sozialdemokratie gerichtet war, so vermag das an der absoluten Verwerflichkeit einer so unerhörten Uebung nichts zu ändern. Ist nur die Fraktionsangehörigkeit, wie das von maßgebender Stelle ausdrücklich ausgesprochen wurde, maßgebend für die Locirung der angemeldeten Redner bei der Reihenfolge, in welcher sie zum Worte zugelassen werden, so bezeichnet das einen Höhepunkt des Mißbrauchs, der allerwärts zum Nachdenken führen sollte. Eine Abkürzung der Debatte, was man heuchlerisch als Zweck anführte, ist durch alle diese Mittel nicht erreicht worden. Wohl aber hat sich der Reichstag durch Beschränkung der Redefreiheit die Quelle moralischer Macht und dadurch die unerläßlichste Vorbedingung realer Wirksamkeit selbst abgegraben. Wenn er im gegenwärtigen Moment ohnmächtiger denn je dasteht, so sind daran nicht blos die äußeren Verhältnisse, so ist vielmehr vor allem auch der innere Mechanismus einer Legislative schuld, die in ihrer Zerfahrenheit und Zersplitterung ein würdiges Gegenbild der Exekutive ist, in die gewisse parlamentarische „Confessions" während der beiden letzten Sessionen einen so lehrreichen Einblick gewährten.

Bei der Regierung soll „Umkehr" und Consolidation eingetreten sein. Bei dem Reichstage wird es wohl noch lange dauern.

Man versucht Alles, sie uns aus den Händen zu spielen. Zuerst verbreiteten reaktionäre Zeitungen das Gerücht, der Erblasser stamme aus Mecklenburg und habe Frau und Kinder hinterlassen. Unser Genosse J. Reitenbach trat dagegen auf und wies im „Vorwärts“ zur Evidenz nach, daß L. ein geborener Ostpreuße sei, der zur Zeit, als er ihn im Jahre 1830 kennen gelernt, Inspektor in Georgenburg bei Insterburg war. Nicht lange nach dieser öffentlichen Erklärung, die in viele Zeitungen übergegangen war, wurde Reitenbach vom Amtsvorsteher in Georgenburg brieflich aufgefordert, über die Angehörigen seines verstorbenen Freundes L. Auskunft zu geben. R. erklärte, daß L. ihn, als er ihn vor einigen Jahren besucht, bereits damals mit seiner Absicht, sein Vermögen der Sozialdemokratie zu vermachen, bekannt gemacht, da alle seine Verwandten verstorben. Er erstand damals in Königsberg Grabsteine für die Gräber seiner Eltern, die auch auf verschiedenen Kirchhöfen, wo seine Angehörigen begraben, von ihm selbst aufgesetzt wurden. Vor kurzer Zeit wurde R. auf gerichtliche Requisition von Königsberg abermals von dem Amtsvorsteher in Pruszischken, zu welchem Bezirk sein zeitiger Wohnort gehört, über Verwandte L's vernommen. Nochmals gab er dieselbe Erklärung ab, daß er L's Verwandte nicht gekannt, aus seinem Munde aber bei seiner Anwesenheit hier wiederholt gehört habe, daß er weder nahe noch entfernte Verwandte am Leben habe und nur nach Europa gekommen sei, um sein Vermögen der Sozialdemokratie zu vermachen, seinen Eltern ꝛc. Grabsteine zu setzen und alte Freunde zu besuchen. — Ob die Behörden noch weiter suchen werden?“

Im Anschluß an Obiges und zur Ergänzung desselben veröffentlichen wir nachstehend eine Notiz der in St. Louis (Vereinigte Staaten) erscheinenden (von Freund Otto-Walster redigirten) „Volksstimme des Westens“:

„Mit sichtlicher aber wahrscheinlich verfrühter Schadenfreude, schreibt unser amerikanisches Bruderorgan, bringt die „Westliche Post“, welche nun durchaus den letzten Willen unseres edlen, wenn auch unpraktischen todten Genossen Ferdinand Lingenau verdreht und unausgeführt sehen möchte, über den uns nicht überraschenden Vorfall, daß sich eine Erbin gemeldet hat, folgende Frohlockung:

„Die meisten der Leser der „West. Post“ werden sich noch des Testaments Lingenau's erinnern, in dem er die Sozialdemokraten der ganzen Welt zu seinen Erben einsetzte. Der Nachlaß, welcher sich nach Bezahlung aller Schulden auf ungefähr 7000 Doll. belief, wurde vom öffentlichen Administrator übernommen und verblieb in seinen Händen, da nach den Gesetzen des Staates Missouri das Testament keine Gültigkeit besaß. Lingenau hatte nämlich keine bestimmte Person zu seinem Erben eingesetzt, was nach den Gesetzen des Staates nothwendig ist, wenn ein Testament Gültigkeit haben sollte.

„Ob Lingenau Verwandte in Deutschland, die seine natürlichen Erben waren, wußte man nicht. Man erging sich darüber in allerlei Vermuthungen, eine hiesige Zeitung wollte sogar wissen, daß der Verstorbene in St. Louis unter einem angenommenen Namen gelebt hatte, und einer vornehmen altpreußischen Familie entstammte. Alle diese Angaben sind unbegründet gewesen, wie aus Nachrichten hervorgeht, welche das hiesige deutsche Consulat erhalten hat.*)

„Dasselbe wurde vom auswärtigen Amt in Berlin benachrichtigt, daß sich bei demselben die Frau eines verstorbenen Neffen von Lingenau gemeldet habe, deren Kinder die nächsten Verwandten des Verstorbenen und daher seine Erben sind.**) Aus den dem Schreiben beiliegenden Dokumenten geht hervor, daß Lingenau einen Bruder Namens Andreas hatte, welcher seines Zeichens ein Schreiber war und in Malewiszken im Kreis Labiau, Regierungsbezirk Königsberg, wohnte. Dieser hinterließ einen Sohn Simon Carl Traugott Lingenau, der am 4. Januar 1841 zu Maliwiszken geboren wurde. Er war verheirathet und seine Wittwe ist es, welche sich bei dem auswärtigen Amt in Berlin gemeldet hat und für ihre der Ehe mit Simon Carl Lingenau entsprossenen Kinder die Erbschaft beansprucht. Frau Lingenau wohnt in Berlin, Frankfurter Allee Nr. 18, und soll sich in dürftigen Umständen befinden.

„Der Secretär des deutschen Konsulats, Herr Bennwitz, setzte sofort den öffentlichen Administrator, Herrn Lewis, von dem Schreiben in Kenntniß. Der Beamte erklärte, daß er bereit sei, den Nachlaß an die Frau Lingenau auszuzahlen, sobald die nöthigen Papiere ausgefertigt und von den Behörden in Berlin beglaubigt sind.*)

— Die Schützen an der Arbeit. In Blumenthal (bei Hannover) wurde ein Sozialdemokrat, weil er bei einem auf den Kaiser ausgebrachten Hoch nicht mit einstimmte, feierlichst aus der Schützengesellschaft ausgeschlossen. Mit Genugthuung melden patriotische Blätter diese Heldenthat — wir aber lassen den Blättern das Vergnügen.

— Von welchem Einfluß die Stimmen der sozialistischen Wähler sind, hat in dem verflossenen Wahlkampf so mancher Abgeordnete erfahren. Wir erinnern nur an die Abgg. Lasker und Richter. Ebenso wird aus dem Niederbarnimer Kreise gemeldet, daß Dr. Mendel (Fortschr.) von Pankow (bei Berlin) nur den Sozialdemokraten sein Mandat zu verdanken habe. Dagegen ist der Abg. Hausmann (Fortschr.) in dem westhavelländischen Kreise Brandenburg-Rathenow gegen den Conservativen v. Bredow unterlegen. Die Sozialisten beschlossen für Hausmann zu stimmen und Genosse Rackow wollte in einer Versammlung der Fortschrittler in diesem Sinne das Wort ergreifen, durfte jedoch nicht sprechen. In Folge dieses elenden Fortschrittsstreichs beschlossen die Sozialisten Wahlenthaltung und so ist denn der Fortschrittler durchgefallen. Jedenfalls eine derbe Zurechtweisung fortschrittlichen Uebermuthes.

— Aus Harburg berichten verschiedene Blätter über einen dortselbst anläßlich der Stichwahl zwischen dem Welfen Grafen Groote und Oberbürgermeister Grumbrecht stattgehabten Volksauflauf. Es sollen mehrere Personen todt und verwundet worden sein. Wir erwarten von unseren dortigen Parteigenossen näheren Bericht.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„London, den 12. August 1878.

An den Redakteur des „Vorwärts“!

In verschiedenen Nummern des „Vorwärts“ haben Sie durch unbegründete Beschuldigungen und allzu kühne Entstellungen meinen Namen zu schänden gesucht und mich, in voller Uebereinstimmung mit dem Treiben gewisser sozialistischer Maulhelden, für Artikel des „Londoner Journals“ verantwortlich gemacht, die ich nie geschrieben, sondern auf das Entschiedenste verurtheilt habe.

Ich erkläre hiermit, daß die im „Londoner Journal“ veröffentlichten und gegen die Sozialdemokratie gerichteten Artikel den Redakteur des Blattes, Dr. Günther, zum Verfasser haben; daß seine gänzlich unbegründeten Angaben über die Organisation, Thätigkeit und die Zukunftspläne des Londoner sozialdemokratischen Arbeiterbundes demselben einen unbegründeten Nimbus verliehen haben; endlich, daß ich für genanntes Blatt seit seinem Bestehen nur einen Brief geschrieben habe, in welchem ich den Redakteur, Dr. Günther, aufforderte, die Deutschen Londons für die hundertjährige Jahnfeier zu begeistern.

Der mir mit nicht geringerer Frechheit gegen mich geschleuderten Beschuldigung, „Deutschland als Polizeispion durchreist zu haben“, werde ich gebührend begegnen. Nach langem und opferfreudigem Ringen, als Mitgründer und 14 Jahre als Redakteur des Londoner „Hermann“, im Interesse der deutschen Arbeit in der Fremde, werde ich mich nicht scheuen, den Lehren der unter falschem Banner wühlenden Pseudo-Sozialdemokraten offen entgegenzutreten.

Ernst Juch.

— Der Friedenskongreß der vereinigten französischen, englischen und italienischen Friedensgesellschaften zu Paris findet nicht am 19. und 20., sondern am 26. September d. J. daselbst statt.

— Wjera Sassulitsch (ausgesprochen Sassulitsch — mit dem Ton auf dem u) ist, wie wir auf's Positivste versichern können, in Sicherheit. Sie kam, nachdem sie sich zwei Monate lang in Petersburg verborgen gehalten, am Tage des Lehmann-Attentats nach Berlin, hielt sich dort unter den Augen des stumpfgewordenen Stieber einige Wochen lang auf, begab sich dann nach Genf, wo sie durch eine Taktlosigkeit Rochefort's, des Ex-Laternenmanns, beinahe der Polizei in die Hände geliefert worden wäre, und befindet sich da, wo kein Stieber oder Trepoff ihr etwas anhaben kann. Die neuliche Notiz der „Frankfurter Zeitung“, dahin lautend, Fräulein Sassulitsch sei gar nicht aus Rußland entkommen, sondern in der russischen Festung Schlüsselburg eingesperrt, ging von Freunden der bedrohten Märtyrerin aus und sollte die Rettung derselben erleichtern, ein Zweck, der auch glücklich erreicht ward.

— Der russische Polizeiminister Mesenzow, der am 16. d. erdolcht wurde, war der Nachfolger des berüchtigten Potozoff, der im Winter 1876/77 irrsinnig wurde. (Trepoff, als dessen Nachfolger wir ihn in letzter Nummer bezeichneten, war blos Polizeipräsident von Petersburg.) Alle Schurkereien, welche die berüchtigte „dritte Abtheilung“ seit 2 Jahren verübt, sind auf Mesenzow zurückzuführen, der ebenso brutal und grausam wie servil, habsüchtig und liederlich war. Wie begreiflich, hat der Tod dieses Scheusals den russischen Reaktionären einen heillosen Schrecken eingejagt; sie faseln von einem „Ausnahmegesetz“ und „strafferen Zügeln“. Die Dummköpfe, die nicht einsehen, daß sie dadurch das Uebel nur vermehren und die Gefahr nur erhöhen. — Wenige Tage vorher hatte sich in Odessa ein anderes Stück „russischer Wirthschaft“ abgespielt. Man schreibt darüber aus Odessa vom 11. August: „Das öffentliche Interesse unserer Stadt wird noch immer von dem sensationellen Prozesse in Anspruch genommen, welcher sich in der abgelaufenen Woche vor dem Kriegsgerichte des Odessaer Kreises abspielte. Wie das in Odessa bekanntlich nicht zu den Seltenheiten gehört, war man auch im verflossenen Jahre einer „communistischen und antidynastischen“ Verschwörung auf die Spur gekommen, deren Anhänger durch aufrührerische Plakate, Proklamationen zum Sturze der gegenwärtigen Staatsverfassung u. dergl. mehr manches bedenkliche Lebenszeichen von sich gegeben hatten. Die Beweise für die Existenz der Verschwörung waren in den Händen der Polizei, sehr geraumer Zeit aber bedurfte es, ehe man der Verschworenen selbst habhaft werden konnte. Endlich erfuhr der Polizeichef von Odessa, daß diese Letzteren in einem gewissen Hause auf dem Stadowaja allnächtlich zusammenzukommen und hier ihre Berathungen zu halten pflegen. Sofort ließ er das Haus von einer starken Polizeimacht umstellen. Die Verschworenen ergaben sich aber nicht gutwillig. Wohl wissend, was ihrer harre, setzten sie sich mit den Waffen in der Hand zur Wehre. Es mußte reguläres Militär requirirt, das Versammlungslokal förmlich gestürmt werden; eine kleine Schlacht entspann sich, in welcher es auf beiden Seiten mehrere Schwerverwundete gab, und nur mit der größten Mühe gelang schließlich die Verhaftung. Wochenlang sprach man in Odessa von nichts Anderem als von dem Ereignisse. Die gerichtliche Untersuchung dauerte viele Monate. Erst vorige Woche begann die Schlußverhandlung vor dem Kriegsgerichte, und man kann sich leicht denken, daß damit auch das Interesse für die schon halb vergessene Angelegenheit im Publikum wieder hell aufloderte. Die Sitzungen dauerten drei Tage lang; ungefähr ein halbes Hundert von Zeugen wurde vernommen. Nur durch die Vermittelung dieser Zeugen erfuhr das Publikum, welches in den nicht abgesperrten Straßen zu vielen Tausenden unverdrossen des Ausganges harrte, einige spärliche Daten über den Fortgang des Prozesses. Sonst drang nicht das Geringste in die Oeffentlichkeit. Aber die Menge harrte und harrte in unerschütterlicher Geduld. Endlich am Montag Abend — es mochte ungefähr 9 Uhr sein und die Dunkelheit war schon tief hereingebrochen — wurden die abgesperrten Straßen geöffnet, das Publikum bis in die unmittelbare Nähe des Gerichtsgebäudes vorgelassen und das im Saale eben gefällte Urtheil verkündet. Es lautet für den Hauptangeklagten Kowalsky auf die Strafe des Todes durch Erschießen; für den zunächst am schwersten gravirten Switytsch auf Festungsarbeit in der Dauer von acht Jahren; für Klenow, Studsinsky und Witaschewsky auf vierjährige Zwangsarbeit; für Aphanassjew und Witten auf Verlust aller Standesrechte nnd Deportation nach Sibirien; für den in die eigentliche Verschwörung nicht verwickelten Mershanow endlich auf Arrest im Gefängnisse auf die Dauer von drei Wochen. Welche Wirkung die Verkündigung dieses Urtheils unter der versammelten Menge hervorrief, läßt sich schwer beschreiben. Zuerst ging es wie ein dumpfes Grollen durch die nach Tausenden zählende Menge. Nach und nach wurden einzelne Rufe bestimmter hörbar — Rufe, welche alle die Strenge des Urtheils kritisirten und just nicht die schmeichelhaftesten Bemerkungen für die Richter, sowie für die Staatsgewalt als solche zum Ausdrucke brachten. In einer Viertelstunde wogte und brauste es in den umliegenden Straßen, als sollte das Kreisgerichtsgebäude durch Geschrei zu Falle gebracht werden, wie weiland die Mauern von Jericho. Diejenigen unter den Zuschauern, welche bloße Neugierde hergetrieben hatte — und diese repräsentirten immerhin die große Majorität — schlichen sich nunmehr nach allen Richtungen davon, denn sie konnten sich's an den Fingern abzählen, was jetzt kommen werde; immer blieben noch Haufen von genügender Stärke angesammelt, um der Scene ein bedenkliches Colorit zu geben. Da rückte reguläres Militär auf den Platz. Eine Compagnie, ein Bataillon, zwei Bataillone. Die Aufforderungen der Pristows, man möge sich zerstreuen, blieben unbeachtet. Das Militär nahm jetzt eine Schwenkung vor, um die Menge abzudrängen. Aber während es hier den Raum säuberte, füllte er sich auf der anderen Seite wieder. Nun fielen auch Schüsse aus dem Publikum. Im Ganzen mögen wohl gegen fünfzig abgegeben worden sein. Vier Soldaten stürzten schwer verwundet, mehrere andere trugen leichtere Verletzungen davon. Das Militär erhielt nun Befehl mit dem Bajonnet auf die Menge loszugehen. Auf diese Weise gelang es nach einigen Anstrengungen zwar wirklich, die Umgebungen des Gerichtsgebäudes zu säubern und die Ruhe, äußerlich wenigstens, wieder herzustellen, allein es gelang nur um den Preis neuer Verwundungen. Zwei Personen aus dem Volke blieben todt auf dem Platze liegen, Verwundungen von Privatpersonen dürfte es an die 30 abgegeben haben. Auch Verhaftungen wurden natürlich vorgenommen, und so hat denn der eine Prozeß gleich die Grundlage für den nächsten geliefert.“

Und da gibt es in Deutschland Personen — die sich obendrein Patrioten nennen — welche durch unterrussische Gesetze uns unterrussische Zustände bereiten wollen!

— Unser Redakteur, Julius Künzel, wurde heute in erster Instanz wegen dreier Anklagen zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Appellation wird angemeldet.

— Mit Bezug auf die in letzter Nummer abgedruckte Erklärung Bracke's in Sachen der Braunschweiger Candidatur Stauffenberg's haben wir zu bemerken, daß Bracke, als er dieselbe schrieb, nicht wußte, daß Herr v. Stauffenberg in einer seiner Wahlreden die Sozialdemokratie für die Lehmann-Nobiling-Attentate verantwortlich gemacht und auf's Schmachvollste insultirt hat.

---

*) Schade um das Abonnementsgeld, welches für die oft spaltenlangen, jeglicher Begründung baaren Faseleien über Lingenau's Herkunft ausgegeben wurde. Red. d. „V. d. W.“

**) Nach Lingenau's eigenem Ausspruch war die ganze Menschheit seine Familie. Red. d. „V. d. W.“

*) Da warten wir aber noch ein wenig. Uebrigens wär's uns recht, wenn diese Willensverdreherei einmal ein Ende hätte. Wir reflektiren nicht so sehr auf diese Erbschaft, wie die Tante es thun würde, denn unsere Macht liegt nicht im Gelde, sondern in der Gerechtigkeit und Wahrheit unserer Sache. Red. d. „V. d. W.“

---

ehe die harte Lehrmeisterin Nothwendigkeit es dahin gebracht hat, daß der einheitlichen Reaktionspartei eine einheitliche und wirkliche Oppositionspartei gegenübertritt, welche alle Elemente in sich schließt, die bis zu bestimmten Marksteinen politischer Entwickelung zusammengehen können, die vor der Hand und auf lange Zeit hinaus genau dasselbe erstreben müssen. Bis zu diesem gesegneten Zeitpunkte mag der „wilde“ Abgeordnete Titius sein trübseliges Statistenthum so gut wie möglich verbergen und seinen staunenden Wählern emphatisch von dem vorerzählen können, was er parlamentarisch „geleistet“ habe, soll der „fraktionshörige“ Abgeordnete Sempronius sich gegen Vorwürfe vertheidigen müssen, die nicht ihn, sondern lediglich und allein die ihn dirigirenden Macher und Leiter treffen können.

— Ein reichstreuer Held, oder Podeck's Bescheidenheit. Das „Leipziger Tageblatt“ vom 15. d. brachte folgende Correspondenz:

„Hainichen, 14. August. Morgen findet hier die Stichwahl statt, die darüber entscheiden soll, ob unser Wahlkreis der Sache des Reiches erhalten bleiben oder wiederum der Sozialdemokratie ausgeliefert werden soll. Die letztere macht diesmal verzweifelte Anstrengungen, um ihrem Candidaten, Kayser, gegenüber dem seitherigen nationalliberalen Vertreter, Penzig, den Sieg zu erringen. Gestern hielten die Sozialisten hier eine stark besuchte Versammlung ab, in welcher der zu diesem Zwecke hier eingetroffene Hauptführer Liebknecht als Referent auftrat. Die Sozialisten füllten zu Hunderten den Saal; aber auch die Reichstreuen waren, etwa 70 Mann hoch, in der Versammlung erschienen. Schon durch diese Thatsache fühlte sich Liebknecht sichtlich gehemmt, und er gab sich in seiner verhältnißmäßig zahmen Rede alle mögliche Mühe, die Sozialdemokratie von dem Verdacht einer moralischen Mitschuld an den Attentaten, sowie revolutionären Bestrebungen überhaupt reinzuwaschen. Er wetterte natürlich gegen Ausnahmegesetze, gegen drohende Reaktion ꝛc., stellte sich aber im Uebrigen auf den Boden der Reform und — man höre und staune! — der Vaterlandsliebe. Nachdem er geschlossen, ergriff der anwesende Sekretär des Reichsvereins, Dr. Bodek, das Wort, um in einstündiger Rede die Scheingründe und Sophistereien des Vorredners Punkt für Punkt zu widerlegen. Unbeirrt durch wiederholte stürmische Unterbrechungen, drang er scharf und kräftig auf den sozialistischen Gegner ein, dem er den Vorwurf zuschleuderte, daß er seine seitherigen revolutionären und vaterlandslosen Gesinnungen hinter einer erheuchelten Friedens- und Reformliebe verberge. Herr Liebknecht erwiderte ziemlich gereizt, worauf Dr. Bodek nochmals Gelegenheit nahm, die wahren Ziele der Sozialdemokratie zu beleuchten und das Märchen von den 300 Millionen Mark neuer Steuern, das Herr Liebknecht natürlich wiederholt auftischte, als eine thörichte und böswillige Erfindung zurückzuweisen. Auch die seltsame Taktik der Sozialisten, die sich trotz ihrer angeblichen Freisinnigkeit nicht scheuen, den Römlingen und Muckern bei den Stichwahlen beizuspringen, wurde einer genauen Besichtigung unterzogen. Nach einem Schlußworte des sozialistischen Referenten wurde die Versammlung, die einen sehr ehrenvollen Verlauf für die Reichstreuen nahm, nach halb 12 Uhr Nachts geschlossen.“

Natürlich hat Herr Podeck (der sich, um gewissen Ideenassoziationen vorzubeugen, hartnäckig Bodek nennt) diese Correspondenz selbst geschrieben; natürlich hat er in besagter Volksversammlung Liebknecht so vermöbelt, daß er (nicht Liebknecht) es zuletzt gar nicht mehr für nöthig hielt zu antworten; natürlich hat er seine Sache so gut geführt, daß die Reichstreuen selbst genug daran hatten, und daß Podeck's Schützling den folgenden Tag mit riesigem Erfolg — durchfiel.

Freund Podeck hatte in der (natürlich für uns) unglücklichen Hainichener Versammlung beiläufig den sehr anerkennenswerthen Muth zu gestehen, daß die deutsche Armee zur Niederschießung der deutschen Sozialdemokraten und Arbeiter da sei — ein Geständniß, das von dem in die Pfanne gehauenen Liebknecht natürlich sofort festgenagelt ward und Herrn Podeck, der nun schon von zwei Redaktionen wegen allzugroßer Befähigung entfernt werden mußte und jetzt als Sekretär des sächsischen Reichsvereins einen Unterschlupf gefunden hat, sicherlich keine Gehaltszulage einbringen wird.

— An die Wähler im 18. sächsischen Reichstagswahlkreise erläßt unser Genosse Motteler folgende Ansprache, deren Inhalt auch auf die Verhältnisse im 16. Wahlkreise zutreffend ist:

»Es ist der 30. Juli, trotzdem wir den feindlichen 11,723 Stimmen mit den auf mich lautenden 10,135 Stimmen unterliegen mußten, als einer der besten Ehrentage in die Geschichte unserer Partei und unseres 18. Wahlkreises eingezeichnet. „Die älteste Hochburg der Sozialdemokratie" — rufen unsere Gegner jubelnd in ihrer Presse aus — „ist genommen worden und, hoffen wir, für immer!" Gerade in diesem Siegesruf aber liegt für die sozialistischen Wähler des 18. Wahlkreises die gegnerische Anerkennung ihrer bisher tapferen Vertheidigung ausgesprochen. Und — wie rücksichtslos sonst auch der feindliche Anprall in früheren Wahlgängen gegen uns gekommen ist — die letzten gegnerischen Kampfmittel, mit denen wir uns diesmal zu messen hatten, stehen in Deutschland beispiellos da in der Geschichte des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit „geheimer" Abstimmung. Die wirthschaftiche Abhängigkeit des werkthätigen Volkes ist bei diesem Wahlkampfe als der schreiendste Uebelstand unseres politischen Lebens allerwärts grell zu Tage getreten. In ihrem Gefolge mußten die Einschüchterungen und Stimmpressungen verfangen, denen trotz aller gegen unsere Mannschaften sonst noch angewandten Mittel der List und Vergewaltigung die für unsere Partei stimmenden 10,135 Wähler muthig und unbeirrt widerstanden haben. Gezählt und gewogen können wir deshalb mit Recht unsere Stimmen im 18. Wahlkreise nennen, zumal die Gegner darauf gerechnet hatten, uns mit kaum der Hälfte von diesen Stimmen geschlagen zu sehen. Wir zählen zwar gegen die Resultate von 1877 ca. 800 Stimmen weniger, aber wir wissen, daß die Mehrzahl davon unserer Sache nicht fremd, unseren Fahnen nicht abtrünnig geworden ist. Die Sorge und Furcht um Brod und Leben, das Bangen um Frau und Kinder haben Hunderte unserer Männer am Tage der Wahl in die Ketten des Schreckens gelegt, zur Wahlenthaltung gedrängt und mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß wir trotzdem siegen würden. Mögen dies alle Wähler erwägen, die heute grollend und verbittert gegen vermeintliche Verräther und Ueberläufer ihre Vorwürfe richten. Nicht der Verrath ist es, der uns den Sieg entrissen hat, nein! Es ist dies die wirthschaftliche Nothlage der Ackerbauer-, Handwerker- und Arbeiterschaft, denen die Daumschrauben der Existenzfrage angelegt werden konnten. Diese Nothlage zu bewältigen, haben wir seit länger als einem Jahrzehnt den 18. Wahlkreis zu einem Bollwerk der Sozialdemokratie aufgerichtet und ihn siegreich und opferfreudig gegen die politische und wirthschaftliche Reaktion vertheidigt. Daß sie mit einem Vorsprung von 1600 Stimmen sich den Vortritt zur Gesetzgebung erzwungen hat, hebt indeß die Thatsache nicht auf, daß die Sozialdemokratie ihr noch heute so kampfbereit und ebenbürtig wie sonst im 18. Wahlkreise gegenübersteht. Er ist und bleibt die „älteste Hochburg der Sozialdemokratie", wie es unsere Zehntausend zum Wahltag unerschrocken bewiesen haben. Ihnen einige Worte des Dankes, der Anerkennung und Ermunterung in offener Volksversammlung zuzurufen, hat mir die Feigheit unserer Gegner unmöglich gemacht. Es geschehe deshalb auf diesem Wege, Namens unsrer großen und gerechten Sache, für die wir auch ferner in treuer Kampfgemeinschaft stehen wollen. Stehen Sie in der Bresche ungebeugt, unbeirrt, und fest entschlossen, „über und unter der Erde" nicht zu rasten und zu ermüden, bis mit dem Siege unserer Prinzipien des ganzen Volkes Rechte und Freiheiten verbrieft und versiegelt sind. Dazu Glückauf und Gruß!

Leipzig, den 14. August 1878. J. Motteler.

— „Die Zukunft." Sozialistische Revue. Berlin SO., Verlag der Allg. Deutsch. Assoziations-Buchdruckerei. Heft 21 enthält: Strafhaft, Strafverfahren und Strafvollzug im Lichte des Sozialismus. — Die schweizerische Reformtheologie und die soziale Frage. — Die Arbeitslöhne in Belgien. Von Louis Bertrand. (Schluß.) — Rezensionen: Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben. — Friedr. v. Hellwald, Die Umgestaltung des Orients als Culturfrage. — Lorenz v. Stein, Die Volkswirthschaftslehre. — L. Landsberg, Die gegenwärtige Lage der Industrie.

— „Die Neue Gesellschaft", Monatsschrift für Sozialwissenschaft. (Zürich, Verlag der „Neuen Gesellschaft".) Preis vierteljährlich M. 3 = Fr. 3.75. Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postanstalten, sowie bei der Expedition der Zeitschrift. Das vor uns liegende elfte Heft enthält: Ein Einwand gegen das Gesetz der Erhaltung der Kraft von F. W. Fabian. — Vorschlag zur Gründung von Arbeiterassoziationen von Ferdinand Montena. — Zur Geschichte der ungarländischen Arbeiterbewegung von Sigmund Politzer. III. IV. (Schluß.) — Zur Geldwirthschaft von Dr. Karl Schalk. — Ueber den Zukunftsstaat und die Frauenfrage. Von Maria Caritas. — Der Sozialismus und die Kunst. Eine Studie von Kuno Grunding. III. (Schluß.) — Das deutsche Volkslied von Edmund Ritter. — Bei der Redaktion eingegangene Druckschriften.

Correspondenzen.

Hamburg, 15. August. Die Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Erkenntniß betreffend Aug. Geib wegen Vertriebes der Londoner Tombola-Loose ist vom Obergericht verworfen und somit August Geib auch in dieser Instanz von der wider ihn erhobenen Anklage freigesprochen worden. So ist denn der 687,000 Mark-Prozeß endgiltig von der Tages-Ordnung abgesetzt — nur die Kostenrechnung bleibt noch übrig, die der Staat zu bezahlen hat.

Aus der Schweiz, 15. August. Der leidige St. Bismarck — Pardon! — St. Gotthard wollte ich sagen, ist der Alp, welcher den guten Schweizern am schwersten auf der Seele liegt und seine Durchbohrung, welche in den Comtoirs von Bleichröder und der Berliner Diskontogesellschaft mit so großem Profit in Scene gesetzt wurde, macht an Ort und Stelle so langsame Fortschritte, daß vor dem „chaiben" Loch, welches immer mehr Millionen der steuerzahlenden Unterthanen verschlingt, diesen nachgerade „gruselig" wird. Es handelt sich bekanntlich jetzt darum, nachdem die am Gotthard betheiligten Kantone jede weitere Subvention dieses „Unternehmens" abgelehnt haben, der Eidgenossenschaft 6½ Mill. Franken abzudrücken, von deren Bewilligung Deutschland sowohl als Italien ihre weiteren Beiträge abhängig gemacht haben. Nach einer mehr als 14tägigen Rede-Bataille hat endlich der Nationalrath, welcher im Allgemeinen der Subvention geneigt ist, den wichtigen Beschluß mit 85 gegen 33 Stimmen gefaßt, daß die Beschlüsse der Bundesversammlung in dieser Angelegenheit der Volksabstimmung nicht zu entziehen sind. Die Gotthardfreunde planten nämlich die Umgehung des Referendum's aus sehr naheliegenden Gründen; zur Ehre der schweizerischen Volksvertretung sei gesagt, daß sich eben nur 33 Männer dafür gefunden haben, dem Volke sein verfassungsmäßiges Recht zu beschneiden, oder auch, vielleicht besser, es ist eine Schande, daß sich überhaupt in der republikanischen Schweiz 33 Volksvertreter fanden, welche ein solches Attentat auszuführen versuchten. Augenblicklich debattirt man nun über ein Compromiß zwischen den Anhängern und Gegnern der Subvention, resp. des Gotthard-Unternehmens — und man wird ja wohl auch eins finden, obschon es als zweifellos gelten kann, daß das souveräne Volk durch Ablehnung der Ehre, dem Gotthardschwindel noch weitere Millionen zu opfern, die Schweiz dafür bewahren wird, den Handlanger der politischen Seelenverkäuferei und des hungrigen Gründerthums abgeben zu müssen. Die Phrasen von der „engagirten Ehre" der Eidgenossenschaft und von der Gefährdung ihrer staatlichen Existenz durch den bevorstehenden „Krach" des St. Gotthard verfangen nicht bei dem Schweizer Volk — es ist genug ausgebeutet und will jetzt Ruhe haben, vor allen Dingen Sparsamkeit in seiner Verwaltung und gerechtere Vertheilung und Ermäßigung der Steuern. Und was speziell die angebliche Existenz-Gefährdung anlangt, so ist man hier sehr unbesorgt; so lange die Eidgenossenschaft nach Außen ein festgegliederter und gesunder Bau ist, in welchem die Freiheit ein schützend Obdach, der Kulturfortschritt einen warmen Heerd findet, und in welchem der Volkswille über den der Diplomaten und Gründerbarone steht, ist sie unantastbar und unerschütterlich. Erfüllt sie indessen diese Bedingungen nicht mehr, so hat ihre Existenz eben überhaupt keinen Sinn und keine Millionen werden sie dem Schicksal der reaktionären Nivellirung entreißen. — Neben der Gotthardfrage ist es natürlich hauptsächlich der Wahlkampf in Deutschland, welcher das öffentliche Leben in höherem Maße bewegt; doch wird hier so viel Unklares über die deutschen Verhältnisse namentlich in einem großen Theile der Presse verzapft, daß das Publikum bei der Lektüre seiner Tagesblätter schwerlich viel klüger wird. Und das ist bedauerlich genug, läßt sich aber leicht erklären durch die inneren Kämpfe auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Kirche, welche zu unpassenden Vergleichen und damit zu schiefen Urtheilen führen. Auch ist es ein hervorragender Zug des Schweizers, daß er der Meinung lebt, für ihn sei die größtmöglichste Freiheit besonders geeignet, während andere Nationen sich sehr gut mit viel weniger behelfen könnten. In gewisser Beziehung kann man das gelten lassen, namentlich wenn dieser Ueberzeugung die Auffassung zu Grunde liegt, welche mir gegenüber ein Schweizer äußerte; er sagte: „Völker, welche reif sind für die republikanische Freiheit, werden die Republik haben; Ihr habt die Monarchie, ergo seid Ihr unreif!" In dieser Ansicht mag der Schweizer allerdings durch die neuesten Vorgänge in Deutschland und namentlich durch die schändliche Haltung seines „liberalen" Bürgerthums wohl noch bestärkt worden sein, obschon auch hier in der Republik Mancherlei geschieht, das der krassesten Intoleranz auf ein Haar ähnlich sieht. — Ein jähes Entsetzen hat sich unserer „radikalen" Partei (es ist so eine Art Berliner Fortschrittsfarbe), welche das Ruder in der Hand hat, bemächtigt ob der Kanossaer Zusammenkunft zwischen Bismarck und dem Herrn Masella. Die radikale Partei führt bekanntlich hier den „Kulturkampf" und ist nicht wenig stolz darauf, daß Fürst Bismarck eigentlich nur ihr Nachfolger ist. Diesem Umstande hat auch Bismarck es zu danken gehabt, daß er stets als Protektor und Genosse sich in der herrschenden Presse einer ziemlich kollegialischen Behandlung zu erfreuen hatte. Diese Liebe hat er jetzt verscherzt und man kann es plötzlich deutlich lesen, daß Bismarck doch eigentlich kein großer Staatsmann sei. Nun geht er doch nach Canossa! Und uns spukt er in die Suppe! Edle Seelen.

Pforzheim. Mittwoch, den 7. August, hielten wir in der Brauerei Hof eine mäßig besuchte Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Stichwahl". Genosse Lehmann setzte in längerer Rede die Gründe auseinander, warum es unsere Pflicht sei, bei der Stichwahl uns der Stimme zu enthalten. In einer langen Debatte stellte es sich heraus, daß der berüchtigte Abgeordnete Bichler einen unserer Genossen ersuchte, unsere Stimme zu Gunsten Rößers abzugeben, welcher Wunsch aber rücksichtlich der Weißensteiner Affaire und der hiesigen allgemeinen Verhältnisse verworfen wurde, jedoch der Antrag, uns der Wahl zu enthalten, angenommen. Bei der Wahl wurde selbstverständlich, trotz der öffentlichen Aufforderung Seitens der Conservativen, unser Beschluß hochgehalten; der conservative Katz wurde mit 1600 Stimmen Mehrheit Sieger über Rößer. Dies Zahlenverhältniß beweist am besten, warum Herr Bichler demüthig um unsere Stimmen warb; hätten wir unsere Stimmen dem Candidaten der Pforzheimer Knüppelgarde zugewendet, er wäre sicher aus der Wahlurne als Sieger hervorgegangen. W. B.

Karlsruhe. Samstag, den 10. August, haben wir wieder eine stark besuchte Versammlung abgehalten mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Stichwahl". Genosse Dreesbach aus Mannheim unterzog das Gebahren der Gegner während der Wahlbewegung einer gerechten Kritik. Als nun Redner die Grundsätze der Liberalen beleuchtete, stimmten die anwesenden Conservativen lächelnd mit Bravo ein, sobald aber die conservative Partei an die Reihe kam, welche den Haselstock als höchstes Ideal und wahren Kulturbeförderer verehren, war das Bravo hier verstummt und auf der liberalen Seite aufgenommen, es war wirklich possirlich anzusehen, wie beide Parteien gegenseitig die Worte Dreesbach's durch ihre Bei- und Mißfallsbezeugungen als Wahrheit gekennzeichnet und anerkannt haben. Nachdem allen wurde Wahlenthaltung empfohlen und in diesem Sinne eine Resolution zum Beschluß erhoben. Trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden, die Gegner möchten ihre Ansichten geltend machen, zogen sie es vor, den letzten Satz des alten Sprüchwortes: „Reden ist Silber, aber Schweigen ist Gold" zu beherzigen. Der Vorsitzende forderte nun zum Abonnement auf das „Pfälzisch-Badische Volksblatt" auf, worauf sich 25 neue Abonnenten einzeichneten. Nachdem bekannt gemacht, daß M. 62,00 Eintrittsgeld eingekommen, wurde die Versammlung geschlossen. W. B.

Niederwürschnitz, 16. August. Schicksal der „Arbeitergroschen". Unterm 1. August kam ein Steinkohlenbergwerk, dem „Niederwürschnitzer-Kirchberger-Steinkohlen-Aktienverein" gehörig, zur Auflösung. Auf Beschluß der Gesellschaft wurde das Liquidationsverfahren beschlossen und mit dem Verkauf des Werkes, der Gebäude und des ganzen zum Werke gehörenden Areals vorgegangen. Die gelöste Summe ergab jedoch nicht so viel, daß sämmtliche Hypotheken abgelöst werden konnten, und sollte nunmehr das Concursverfahren eingeleitet werden. Da jedoch der Erlös voraussichtlich kein höherer geworden wäre, so ersuchte man die Hypothekengläubiger, den aus dem Liquidationsverfahren entstandenen Verlust zu tragen. Zu diesen Gläubigern gehörte aber auch die Knappschaftskasse des genannten Werkes und zwar dieselbe mit 15,000 Mark betheiligt. Es wurden nun auf den 22. April d. J. alle Unterstützungsberechtigten des Werkes eingeladen, in der Werksexpedition zu erscheinen, um ihre Zustimmung zu den Vorschlägen der Liquidationskommission zu geben. Der Vorsitzende machte die Anwesenden mit dem Stande der Sache bekannt und frug sie, ob sie damit einverstanden wären, wenn von den 15,000 Mark 6000 Mark gestrichen würden.

Ein Redner verlangte jedoch, daß, die Vertreter der Knappschaftskasse zur Verantwortung gezogen würden, denn dieselben hätten kein Recht, Knappschaftsgelder ohne genügende Sicherstellung zu verleihen. Ein anwesender Vertreter beantwortete dies dahin, daß er seiner Zeit auf die Werksexpedition gerufen wurde, und da habe man ihm ein Schriftstück zum Unterzeichnen vorgelegt, ihm aber bedeutet, davon nichts in die Oeffentlichkeit zu bringen. Ein anderer Redner sprach sich dahin aus, daß, wenn die Knappschaftsvertreter die Gelder nicht bewilligten, so hätten dieselben ihre Arbeit eingebüßt. — Das ist nun bereits das zweite Fallissement eines Bergwerkes in unserer Gegend, wodurch die Arbeitergroschen zur Deckung der Schulden mit verwandt wurden. Wittwen, Waisen und Invaliden müssen sich ihre Unterstützung schmälern lassen, wenn die Herren das Geld verpulvern. Es kann uns also Niemand verdenken, wenn wir mit aller Macht darauf hinarbeiten, eine Vereinigung der Knappschaftskassen und die volle Selbstverwaltung derselben durch die Bergarbeiter selbst herbeizuführen. Die Bergarbeiter haben schon so viele bittere Erfahrungen gemacht, daß sie alle Ursache haben, sich solchen Bestrebungen anzuschließen.

Barmen-Elberfeld, 16. August. Das offizielle Wahlresultat in unserem Kreise ist folgendes: Abgegeben wurden Stimmzettel 29,591; davon ungültig 269, bleiben 29,322. Es erhielt nun Hasselmann 15,220 und Prell 14,102 Stimmen.

J. B. Meyer.

Briefkasten

der Redaktion: G. K—y in Chemnitz: Wir würden Ihnen rathen, ruhig den Weg einer Eingabe an das Reichsgesundheitsamt zu versuchen und Ihre Angaben mit dem nöthigen Material zu belegen. Den Erfolg müssen Sie natürlich abwarten. Wir werden Ihre Einsendung gelegentlich verwerthen.

der Expedition. A. Schrpg Güstrow: Ihre Postexpedition behauptet, die Blätter unbeschädigt an die Person, welche für Sie dieselben abholt, verabfolgt zu haben. Wollen Sie in künftigen Fällen das beschädigte Exemplar sofort der Post retour gegeben.

Quittung. Strbl Zwickau Ab. 114,78. Sbrt Cassel Ab. 20,00. Strl Offenbach Ab. 23,56. Hnl Schweidnitz Ab. 5,00. B. Putve Panclowa Schrft. 13,27. Flttmann Osnabrück Ann. 0,90. Frnk Pest Ab. 26,29. Rtr Darmstadt Schrft. 10,00. Mhlbr Altrohlau Ab. 4,91. ● hier Ab. 3,20. Sbl Dortmund Ab. 17.40. F Schr Langenau Ab. 4,91. Hrbg Würzburg Ab. 18,20. Hch Frankfurt Ab. 8,80. Bsch hier Ab. 40,00. Sprngr Aachen Ab. 3,40. Lmzk hier Ab. 0,60. Brunnr Göppingen Ab. 25,00. Schld Straßburg Ab. 42,00. Fnk Hannover Schrft. 11,00. Brgr Seesen Ab. 4,90. Wllhm Rogasen Schrft. 1,00. Rthmann Halberstadt Schrft. 1,90. Bergmn Koppelkatten Ab. 1,00. Wrnk Celle Büsten 4,00. Hb Göttingen Schrft. 0,50. Brns Saarbrücken Schrft. 0,70. Blhm Wiesbaden Schrft. 0,50. Knz Höchst Schrft. 1,50. Hff Mühltroff Schrft. 1,50. Oldstn Freiberg Schrft. 3,75. Kl Wiesbaden Schrft. 1,75. Schnwld Berka Schrft. 3,00. Hffmnn Darmstadt Schrft. 0,95. Schlr Waldenburg Ann. 0,50. Js St. German Schrft. 1,60. Stgr Hamburg Schrft. 3,85. Ems Mittweida Schrft. 3,45. Knrt Jägerndorf Schrft. 21,07.

Wahlfonds.

Arb.-Ver. Thonberg d. B. 10,00. H. S. hier 1,95. Unbekannt 0,25.

Gegner des Impfzwangs, dieses Eingriffs in unsere Freiheit und Menschenrechte, ersuche ich um gütige Mittheilung ihrer Adresse. [120

J. Blohm,
Wiesbaden, Schloßstraße 6.

Leipzig. Unterstützungsverein und Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. [40

Jeden Sonnabend Abend ½9 Uhr Versammlung und Aufnahme neuer Mitglieder, Thiemesche Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12, Hof I.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Volksfreund", „Neue Gesellschaft", „Hamburg-Altonaer Volksblatt" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kleine Eschenheimerstraße 34, 2. Etg.

NB. Den geehrten Abonnenten obengenannter Blätter zur Nachricht, daß Sonntag, den 25. ds. Mts. das Abonnementsgeld erhoben wird. Diejenigen, die noch für das 1. und 2. Quartal 1878 mit Abonnements-Zahlung im Rückstande, können vor Berichtigung derselben kein Blatt mehr erhalten. [160

Lithographische Wahlkarten,

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878, sind gegen Einsendung von M. 1,10 incl. Porto durch uns zu beziehen.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns kann bezogen werden:

O. Klemich, Der Nationalitätsdünkel —.20
— · Die Entwicklung des Menschengeistes —.30
— — Der Egoismus als Weltprinzip —.30
— — Aristoteles ein Grundpfeiler d. modernen Religionsformen —.30
— — Leben und Lehre eines Ketzers —.25
J. Most, Zum Genossenschaftswesen —.10

Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Wichtig für jeden Geschäftsmann und Gewerbsgehilfen!

Bei Sturm u. Koppe in Leipzig erschien und ist durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

Rathgeber für Gewerbtreibende. Inh.: 1) Deutsche Sprachlehre, zum Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht fest sind. 2) Briefsteller, welcher über 400 Briefmuster für die Gewerbtreibenden und außerdem alle nur denkbaren Verträge, Dokumente, Geschäftsaufsätze, Klagschriften ꝛc. enthält, die bei dem Gewerbstande vorkommen. Es ist dadurch Jedem leicht gemacht, seine schriftlichen Arbeiten nach diesen Mustern anzufertigen. 3) Buchhaltung. 4) Fremdwörterbuch. 5) Samml. v. Gelegenheitsgedichten. 6) Die für Gewerbtreibende wissensnöthigsten Reichsgesetze. 7) Notizen über Gold-, Silber- u. Papiergeld, mit Werthangabe des Geldes aller Staaten. 8) Das neue Maaß- u. Gewichtssystem v. Deutschland und allen Staaten der Erde. 9) Brief-, Packet- u. Depeschen-Portotarif. 10) Statist. Uebersicht aller Länder der Erde. 11) Ortsbeschreibung der vorzügl. Städte von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz ꝛc. 12) Reiserouten durch Deutschland, Oesterreich, die Schweiz ꝛc. 13) Der Schnellrechner beim Ein- u. Verkauf. 14) Das Reichsstrafgesetzbuch. 3 verb. Aufl. Pr. broch. 4 M., geb. 4½ M. [600

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützkaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 420 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanserwann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Lutz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 100. Sonntag, 25. August. 1878.

Der Gesetzentwurf gegen die Sozialdemokratie.

II.

Vereine, Versammlungen und Presse können also nach dem vorliegenden Entwurf, wie wir in dem vorigen Artikel nachgewiesen haben, von den Polizeibehörden der Einzelstaaten willkürlich unterdrückt werden.

Doch halt! Es ist ja eine Rekursinstanz eingesetzt: ein „Reichsamt für Vereinswesen und Presse". „Da wird man Recht erhalten, wenn die Polizei im Uebereifer den Verein geschlossen, die Versammlung aufgelöst, das Flugblatt confiszirt hat; an dem festen Felsen dieses Reichsamts wird die Polizeiwillkür zersplittern!"

Das neue Reichsamt soll in Berlin seinen Sitz haben, dort, wo das famose preußische Ausnahmegesetz ausgeheckt worden ist — der bismarckische Einfluß auf das Urtheil dieses ihm als Reichskanzler unterstellten Amtes wird demnach sehr unmittelbar sein, und was ein solcher unmittelbarer Einfluß des „gewaltigen" Mannes, des „eisernen" Fürsten, besonders wenn ihn „seine Nerven" quälen, zu bedeuten hat, davon wissen die Reichsbeamten in Berlin manch schönes Liedchen zu singen.

Um nun aber die Unabhängigkeit des neuen Reichsamts zu wahren, sollen von den neun Mitgliedern fünf Richter sein, unabhängige Richter. Sämmtliche Mitglieder aber wählt der Bundesrath und der Kaiser ernennt sie. Wenn nun lauter Ultrareaktionäre gewählt werden, so werden diese Herren niemals, selbst bei den härtesten Urtheilen und Maßnahmen der Polizeibehörden mit ihrer Ueberzeugung in Conflikt kommen. Sie sind und bleiben „unabhängig" und bestätigen trotzdem jede polizeiliche Gewaltthat mit innerster Rechtsüberzeugung.

Aber selbst wenn wir annehmen, daß das neue Reichsamt wirklich aus lauter vorurtheilsfreien (ist allerdings in jetziger Zeit nicht möglich) und völlig unparteiischen Männern bestünde, daß dieselben jeden Uebergriff der Polizei gewissenhaft rektifizirten, so hätten die Betroffenen davon keinen Vortheil. Bei den unzähligen Reklamationen und Beschwerden gegen das Verbot der Polizeibehörden, welche sicher stattfinden, wird jeder einzelne Fall erst nach längerer Zeit zur Verhandlung kommen, und falls der Beschwerdeführer Recht erhält, so hat er doch nur das Nachsehen.

Ein Verein ist von der Polizei geschlossen, die Gelder sind confiszirt worden; der Vorsitzende appellirt; nach einem halben Jahre erhält er von Berlin die Nachricht, daß der Verein widerrechtlich geschlossen worden ist. Die Gelder werden zurückgegeben und die Polizeibehörde macht dem Vorsitzenden ein höfliches Compliment. Währenddessen aber sind die Mitglieder in alle vier Winde zerstreut, oder sie haben die Lust verloren, sich weiterhin an einer Vereinigung zu betheiligen, an welche die Polizei beliebig wieder ihre rauhe Hand legen kann. War nun der verbotene und wieder freigegebene Verein gar eine wirthschaftliche Genossenschaft, so ist der Schaden unberechenbar und nicht wieder gut zu machen. Das Privateigenthum ist zerstört worden und bleibt zerstört, auch wenn das Reichsamt das Verbot nach einigen Monaten aufhebt.

Und nun gar eine verbotene Versammlung, die beispielsweise behufs einer bevorstehenden Reichstagswahl stattfand. Was nützt die Aufhebung des Verbots nach den Reichstagswahlen?

Endlich gar ein Flugblatt, welches confiscirt wurde, und die Stimmzettel für einen Reichstagscandidaten, welche ein strebsamer Polizeikommissar sehr leicht unter die gefährlichen und confiszirbaren „Druckschriften" einregistriren könnte!

Nach der Wahl werden derartige Sachen auf Beschluß des löblichen Reichsamts zurückgegeben, nach der Wahl, nachdem der reaktionäre Polizeikandidat gewählt worden ist. Merkt Ihr etwas, Ihr Herren Nationalliberalen?

Wir sehen also, daß eine so schwerfällige Rekursinstanz vollständig nutzlos, besonders da nicht einmal ein Zeitraum festgesetzt worden ist, binnen welchem das Urtheil gefällt sein muß.

Da sind doch die bestehenden Vereinsgesetze, so drakonisch, so reaktionär sie auch sind, wenigstens juristisch klarer ausgearbeitet. — — —

Ja, das arme „Reichsamt für Vereinswesen und Presse" in Berlin! Nimmt es seine Aufgabe ernst, so wird es Tag und Nacht Sitzungen halten müssen; schiebt es aber die Beschwerden auf die lange Bank, was sicherlich geschehen wird, da dasselbe seine Arbeiten nicht bewältigen kann, so erfüllt es seine Aufgabe nach der Anschauung der Herren Verfasser des famosen preußischen Entwurfs jedenfalls am allerbesten, da, so lange die Entscheidung des Reichsamts aussteht, das Verbot, die Confiskation oder die Beschlagnahme in Kraft bleiben. Man hat also durch eine so schwerfällige Maschinerie vollständig den Zweck erreicht:

„Die Polizei ist und bleibt die einzige Behörde, welche das Sozialistengesetz nach dem preußischen Entwurf in Wirklichkeit handhaben wird!"

Der preußische Polizei-Adler breitet seine Fittiche immer weiter über das „freie", „glückliche" Deutschland.

Wohl bekomm's den Liberalen!

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Ein nationalliberales Blatt, die „Schlesische Presse", sagt in einer „vorläufigen Besprechung":

„Wir empfinden wenigstens darüber eine gewisse Genugthuung, daß der Oeffentlichkeit rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, sich mit dem Werke kritisch zu beschäftigen. Anderseits sind wir aber der Ansicht, daß jeder Versuch, der sozialdemokratischen Bewegung mit der Waffe des gesetzlichen Zwanges zu begegnen, das Gepräge der inneren Unwahrheit so lange trägt, als die Sozialdemokratie von Seiten der conservativen Partei offen unterstützt wird, als Tausende von conservativen Wählern, wie hier (in Breslau), ihre Stimmen für den Sozialdemokraten abgeben, als Freunde der Regierung mit offiziösem Behagen erklären, es liege der Regierung gar nichts daran, die Sozialdemokraten aus dem Reichstage zu verdrängen."

Was die „offene Unterstützung" der Sozialdemokraten durch die Conservativen betrifft, so existirt sie natürlich nur in dem Hirn der „Schlesischen Presse", welche die klägliche Niederlage ihrer Partei nicht verschmerzen, und, wie man sieht, auch nicht begreifen kann.

In einem zweiten Artikel unterwirft die fortschrittliche „Vossische Zeitung" den Gesetzesentwurf vom juristischen wie politischen Standpunkt einer sehr scharfen Kritik und bemerkt am Schluß:

„Also der exekutiven Polizei, den Regierungen, Ministerien und einem Special-Reichsamt ist mit beschränktem Instanzenzuge die Vollmacht zu ertheilen, Vereine von Vereinen nach ihrer Staatsgefährlichkeit zu trennen, Versammlungen, Festlichkeiten, Aufzüge, Geldsammlungen, Kassen gleich den Vereinen zu behandeln, nach denselben undefinirbaren Kriterien und in gleich weiten Befugnissen mit einzelnen Druckschriften und ganzen Zeitungen umzuspringen, nicht blos in das Druckergewerbe mit sofort wirkenden Mandaten einzugreifen, auch das Conzessionswesen der Gewerbeordnung umzustoßen, wozu dem Kanzler noch ein besonderes Verbotsrecht für ausländische Drucksachen übertragen ist. Alle diese Mandate sollen durch bloße Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" bis in die fernsten Theile des Reiches wirksam werden. Zum Klimax kommt der Gesetzentwurf aber erst in den letzten Paragraphen, welche Personen im Punkt ihrer Orts- und Heimathsrechte und des Gewerbebetriebes, folglich in ihrer ganzen bürgerlichen Existenz schutz- und rechtlos machen wollen, und eigentlich Anweisungen auf die Auswanderung oder das Verbrechen sind. Auch damit noch nicht genug wird der noch fehlende Belagerungszustand im Frieden für das Reich im einfachen Verwaltungswege eingeführt, ohne daß die Nationalvertretung davon in vorheriger oder nachträglicher Genehmigung Notiz nehmen soll oder es irgend einen Grad von Verantwortlichkeit dafür giebt.

„Eine solche Menge von Uebeln könnte kaum eine sozialistische Gemeinschaft (Oho Tantchen!) in ein Gesetz zusammendrängen, um jeden Versuch zur Aeußerung individueller Freiheit über ihre Grenzen hinaus zu verhindern. Das Heilmittel wird schlimmer als das Uebel. Die Macht, welche jetzt schon in den Polizeibefugnissen liegt, haben wir in den Wahlen zu kosten bekommen, ihre erschreckenden Wirkungen treten in den Denunziationen wegen Majestätsbeleidigungen noch täglich zu Tage, der Begriff derselben nimmt reißend zu, die grundsätzlich geltende Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen wird ausgeschlossen, die planmäßige Verführung zu gefährlichen Aeußerungen ist oft aufgedeckt, aber das Spiel wird fortgesetzt. Man nehme ein Gesetz wie das entworfene hinzu, und nicht blos der Rechtszustand, auch die öffentliche Moral sind in Deutschland zu Tode getroffen."

Daß dem Fortschrittsorgan das Bismarck'sche Opus für noch verderblicher gilt als die Herrschaft der Sozialisten, das will allerdings sehr viel sagen; — ist aber vielleicht nicht so schlimm gemeint, als es den Anschein hat.

Die ebenfalls fortschrittliche „Breslauer Zeitung" schreibt:

„An den Reichstag tritt die Frage in folgender Gestalt heran: Annahme oder nochmalige Auflösung. Denn auch das unterliegt keinem Zweifel, daß Fürst Bismarck nochmals zur Auflösung des Reichstages rathen wird, wenn sich derselbe auch dieser Vorlage gegenüber negativ verhält. Wir leugnen nicht, daß unmittelbar nach dem zweiten Attentate die öffentliche Meinung fast ganz allgemein sich dahin aussprach, daß, wie man sich allgemein ausdrückte, etwas gegen die Sozialdemokratie geschehen müsse. Die Entrüstung hat sich allerdings jetzt einigermaßen gelegt oder, wollen wir sagen, man denkt ruhiger über den unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Attentaten und den Bestrebungen der Sozialdemokratie, aber die Agitation oder vielmehr die Art und Weise der Agitation, insbesondere die Schürung des Klassenhasses, wird nach wie vor verurtheilt. Aufrichtig gesagt, glaubten wir, die Vorlage würde sich hauptsächlich gegen diese Schürung des Klassenhasses, welche die eigentliche Grundlage der immer drohender werdenden Rohheit und Verwilderung der Sitten ist, richten. Darin haben wir uns getäuscht. Die Vorlage trifft nicht die Art und Weise der Agitation der Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie selbst, und sie wird auch in dieser Form einem nicht geringen Theile des Publikums zusagen. Verbot — Verbot — ist, so zu sagen, das dritte Wort der Vorlage. Verboten sind alle sozialdemokratischen Vereine, verboten die ihnen gleichstehenden genossenschaftlichen Kassen, verboten sind alle sozialdemokratischen Versammlungen, verboten alle sozialdemokratischen Druckschriften, verboten das Einsammeln von Beiträgen zu sozialdemokratischen Bestrebungen u. s. w. Wir verkennen keinen Augenblick und haben nie verkannt die Gefahren, welche zur Zeit der bestehenden Gesellschaftsordnung drohen, aber es dünkt uns, als habe die Vorlage nur die oberflächlichen, an das Tageslicht tretenden Erscheinungen und nicht die tiefer liegenden Ursachen vor Augen. Es ist eines jener Radikalmittel, wie sie Fürst Bismarck liebt, aber ein Radikalmittel, das nur die Gegenwart, nicht die Zukunft im Auge hat. Die Vorlage schneidet der Sozialdemokratie allerdings ins Fleisch, aber sie wird sich nicht daran verbluten. Zur Annahme dieser Vorlage gehört allerdings — darin hatte der Reichskanzler Recht, wenn er sie schaffen wollte — eine conservative und zwar eine hochconservative Majorität. Der Reichstag in seiner neuen Zusammensetzung wird die Vorlage nicht annehmen, trotzdem die conservative Partei gewonnen hat und trotzdem auch Mancher für die Vorlage stimmen wird, von dem wir es heute nicht glauben. Den Plan aber wird Fürst Bismarck nicht aufgeben, und deshalb prognostiziren wir heute schon eine zweite Auflösung des Reichstages."

Mit ihrer „Prognostizirung" dürfte die „Breslauer Zeitung" kein Glück haben. Falls das Gesetz verworfen werden sollte, würde Fürst Bismarck sich wohl hüten, den Reichstag aufzulösen, er müßte denn die sonderbare Lust haben, sich von dem inzwischen ganz zur Vernunft gekommenen deutschen Volk derart heimschicken zu lassen, daß er nicht länger am Ruder verbleiben könnte. Schon die soeben vollzogene Wahl war nicht nach dem Geschmack des Fürsten Bismarck, und — gewisse Leute haben gemerkt, daß man Attentate doch nicht so leicht machen kann, als man vor einigen Wochen noch für möglich hielt.

Die Wiener „Neue Freie Presse", bekannt durch ihre Sozialistenfresserei, spricht sich wie folgt aus:

„Es liegt nun für den künftigen Reichstag die zweite und vermehrte Auflage eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialisten fertig, welches zwar juristisch diskutirbarer als sein mißglückter Vorgänger, dafür aber politisch um so gefährlicher ist, da seine Bestimmungen gegen Presse, Vereinsrecht und Freizügigkeit von einer drakonischen Schärfe sind. Hinter jedem seiner 24 Paragraphen lauert die nackte Reaktion. Es ist wohlfeil und doch bedenklich, an der Hand historischer Parallelen dieses jüngste Produkt neupreußischen Legistenthums zu beleuchten, denn fortan soll ja, falls dasselbe wirklich zum Gesetze wird, mit allen mißliebigen Kritikern deutscher Regierungsmaßregeln kurzer Prozeß gemacht werden. Das künftige Reichsamt für Vereinswesen und Presse dürfte sehr solide Arbeit leisten in der Beseitigung unbequemer Geister, gleichviel ob dieselben in Gestalt von Vereinen oder Zeitungen sich bemerklich machen sollten. Es ist also schon jetzt Vorsicht geboten, und man thut wohl daran, von den Karlsbader Beschlüssen, der Mainzer Centralcommission, den Demagogenhetzen, von Kamptz und Dambach, von Fritz Reuter und dessen Leidensgenossen zu schweigen, wenn man nicht eines Tages wegen „Untergrabung der Staats- und Gesellschaftsordnung" zum Trappistengelübde gezwungen sein will. Ja, es kann vielleicht schon verhängnißvoll werden, den Ausspruch Savigny's von der legislatorischen Unfruchtbarkeit unserer Zeit zu citiren; denn es besteht, falls der neue Reichstag sich beugt, binnen Kurzem wieder die Censur in Berlin, und was erscheint dem Censor nicht alles staatsgefährlich? Wir beschränken uns also darauf, von der neuen Gesetzvorlage im allgemeinen zu sagen, daß sie uns weder der deutschen Nation noch des Deutschen Reiches würdig zu sein scheint, weil sie Willkür- und Ausnahmsmaßregeln permanent zu machen und das freie Wort in Rede und Schrift auf gehässigste Weise zu gefährden droht. — —

„Der Wahlkampf, welcher mit der Entscheidung des 30. Juli endete, war für Deutschland ein Unglück. Das Sozialistengesetz, wenn es angenommen würde, wäre ein größeres. Wird es aber abgelehnt, so steht vielleicht eine neue Wahlcampagne bevor und mit ihr neue Verwirrung. So zieht der eine Fehler die andern nach sich. Die Bewunderung für den jähen Glanz, mit dem das deutsche Volk vor acht Jahren sich und seine jüngste Entwickelung umgab, ist verraucht; mag nicht das Mitleid an ihre Stelle treten!"

Und nun zum Schluß ein französisches und ein englisches Urtheil.

Die „Republique Française", das Organ des Herrn Gambetta, der wiederholt sehr stark mit Bismarck geliebäugelt hat, schreibt über „das Sozialistengesetz":

„Dieser Entwurf vereinigt alle Merkmale der Ausnahmegesetze, der vom Zorn eingegebenen Gesetze und zeigt in dieser Hinsicht sogar Vervollkommnungen, welche selbst denjenigen überraschen können, der sich grundsätzlich über nichts mehr wundert. Ansichten, noch mehr, Tendenzen, werden hier zum Verbrechen erhoben und dieses so zu sagen ideologische Verbrechen wird mit Strafen bedroht, von denen einige durchaus unjuristisch und mit den Rechten, welche den Bürgern aller freien Staaten zugestanden und gewährleistet sind, unvereinbar sind; diese energischen Strafen endlich werden nicht etwa von der richterlichen Gewalt, sondern von den Verwaltungsbehörden verhängt. Den Gerichtshöfen ist lediglich die Rolle zugewiesen, die Uebertretungen der administrativen Verbote zu ahnden; statt daß sie dem Bürger einen Rekurs gegen die Willkür gewähren sollten, fällt ihnen die Aufgabe zu, dieser Willkür, wie dem Gesetze selber, Achtung zu verschaffen. Von der Controle, welche der erste Entwurf wenigstens pro forma dem Reichstage einräumte, ist nicht mehr die Rede. Der Bundesrath selbst muß den größten Theil der Gewalten, die ihm anfänglich vorbehalten waren, an einen gemischten Ausschuß abtreten, der aus 5 Richtern und 4 nicht näher bezeichneten Personen bestehen und den wenig beruhigenden Namen: „Reichsamt für Vereinswesen und Presse" führen solle. Der Entwurf ist gegen die sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Propaganda gerichtet, welche auf Untergrabung der bestehenden Staats- und gesellschaftlichen Ordnung abzielen soll, und zwar wird die Verwaltungsbehörde zu entscheiden haben, welche Propaganda diesen Namen verdient. Wir kennen diese Phraseologie zu gut, um nicht zu wissen, was man alles aus ihr ableiten kann. Das Wort: Sozialismus ist eine Flagge, welche täglich die verschiedensten Waaren deckt. Zwei Männer, von denen der eine sich auf seinen Sozialismus etwas einbildet, der andere aber sich gegen jede sozialistische Neigung verwahrt,

gelangen oft zu ganz ähnlichen Schlüssen. Wer immer Reformen studirt oder anempfiehlt, die in irgend einem Punkte die gesellschaftlichen Einrichtungen berühren, kann sich freiwillig einen Sozialisten nennen oder wider seinen Willen so genannt werden. Für die Leute aber, welche die Verwaltungsbehörde des Sozialismus schuldig erklärt hat, soll es kein Versammlungs- und Vereinsrecht mehr geben, kein Recht zu schreiben oder zu drucken, keine Freiheit der Arbeit und des Gewerbes, keine Freizügigkeit, ja, man könnte beinahe sagen, kein Eigenthumsrecht; alle Bürgschaften des gesellschaftlichen Zustandes in den gesitteten Ländern sollen für diese Parias wegfallen. — —

„Man kann jetzt nicht mehr daran zweifeln, daß der deutsche Reichskanzler sich hartnäckig an diesen Entwurf klammert, der in dem vorigen Reichstag nicht durchgedrungen war und jetzt in dem neuen mit erheblichen Verschärfungen, aber allem Anscheine nach mit geringeren Aussichten auf einen besseren Erfolg eingebracht werden soll. Indem die öffentliche Meinung von Europa diesen Entwurf betrachtet, dem es an Maß und Ruhe gebricht, ist sie einigermaßen erstaunt über die Eigenliebe des Autors, über die väterliche Befangenheit, vermöge deren seine Mißgestalt einem Staatsmanne verborgen bleiben kann, bei welchen man nach den erfreulichen Schwankungen (erfreuliche Schwankungen! der echte Gambetta! Red. d. V.) seiner politischen Laufbahn und nach seinen so außerordentlichen Schicksalen derartige Aushilfemittel nicht hätte erwarten sollen. Wenn irgend wer, dachte man, von allen Vorurtheilen der Kaste und Erziehung, von allen Beschränktheiten des Parteigeistes frei sein, wenn irgend wer sich nicht vor Gespenstern fürchten sollte, so mußte es Herr v. Bismarck sein, welcher Fürst und Kanzler eines ungeheuren Reichs geworden ist. Lohnte es wohl der Mühe, das Banner der Civilisation, der deutschen „Kultur“ so hoch zu halten, um nach unendlichem Gezerre zu einem Gesetzentwurfe zu gelangen, welcher gegen die Grundsätze verstößt, die allen civilisirten Völkern gemein sind?“

Das englische „Weltblatt“, die „Times“, der wahrhaftig keine Feindschaft gegen Fürst Bismarck imputirt werden kann, widmet der Vorlage einen Leitartikel, in dem es unter Anderm heißt:

„Die Vollmachten, welche Fürst Bismarck vom Reichstage verlangt, könnten unter Umständen für die Sicherheit des Staates nothwendig werden, wir sagen jedoch keineswegs, daß sie nothwendig sind. In England würden sie ungeheuerlich erscheinen. In Deutschland wird man sie wohl nicht günstiger beurtheilen. Vor allem legen sie die Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit ganz in das Belieben des regierenden Ministers. Sie sind zweifellos gegen den Sozialismus gerichtet. Wer hat aber zu definiren, was Sozialismus ist? Ein sogenanntes Tribunal, in welchem sich ein mächtiger Minister immer eine Stimmenmehrheit sichern kann. Ein solches Tribunal kann sozialistische Lehren oder Tendenzen in Büchern finden, welche man gewöhnlich als treffliches Material zur Disposition betrachtet. Von Stuart Mill's Werk über die „Politische Oeconomie“ zum Beispiel ist schon häufig gesagt worden, daß es sozialistische Lehren enthalte, weil es die utopistischen Systeme einiger Reformer in sympathischer Weise bespricht: Stöße deutscher Bücher über dieselben Fragen würden ähnlichen Folgen ausgesetzt sein, weil sie die Möglichkeit einer Aenderung der gegenwärtigen sozialen Rechtsordnung erörtern. Ein deutscher Denker wäre schlimm daran, wenn er sich nicht über ein halb Dutzend Methoden auslassen könnte, durch welche das menschliche Elend auf dem Wege einer Ausgleichung der Vermögensverhältnisse vermindert werden soll. Das Buch von Karl Marx über das „Kapital“ müßte aus den Buchhandlungen verbannt werden, obwohl nicht einer unter zwanzig Arbeitern im Stande ist, seinen abstrusen sozialistischen Argumentationen voll technischer Ausdrücke zu folgen. Sogar Philanthropen würde es schlecht bekommen, wenn sie den Nachweis liefern wollten, daß der Staat im Stande sei, die Lage der Armen in den Verkehrscentren zu verbessern, die Stätten der Verbrechen und Laster zu beseitigen. Vorschläge zur Einführung der englischen Armengesetze würden, wie wir fürchten, als entschieden sozialistische behandelt werden. In der That, ein energischer Minister würde, unterstützt von einem schüchternen und gehorsamen Gerichtshof, sehr bald jeder Diskussion über soziale Fragen ein Ende gemacht haben, mit Ausnahme derjenigen, welche den jetzigen Zustand der Dinge absolut vertheidigt. Es ist unschwer zu beweisen, daß eine solche Unterdrückung der öffentlichen Meinung ein ungeheures Uebel wäre. So weit die Unterdrückung wirksam wäre, würde sie manche werthvolle Diskussion ebensogut verhindern, als manche unglücklichen Vorschläge. Sie würde jene Originalität beseitigen, welche das Salz des nationalen Lebens ist. In anderen Fällen würde sie widerspenstige Geister in gefährliche verwandeln. Spekulative Meinungen sind oft wie Schießpulver; je mehr man es zusammengepreßt, desto größer wird seine explodirende Kraft. So würden die Dinge sich ganz besonders in Deutschland gestalten, dessen Bewohner mehr Neigung zum philosophischen Denken, wenn nicht mehr Geschicklichkeit dazu haben. Seine Denker ersannen schon eine Menge Systeme, welche, wenn sich praktische Männer ihrer bemächtigt hätten, den Staat zerstört haben würden. Auf alle Religionen, alle moralischen Satzungen und sozialen Institutionen hat sich diese furchtbare deutsche Analyse wie Mehlthau gelegt. In Wirklichkeit haben sie jedoch durch diese metaphysischen Stürme wenig gelitten, weil die destruktiven Systeme sich selbst in den leeren Raum endloser Diskussion erschöpften, oder indem ein System die Uebertreibungen der anderen korrigirte. Das Ergebniß wäre aber vielleicht ein anderes gewesen, wenn man diesen Theoretikern das freie Wort abgeschnitten hätte und wenn Verschwörungen an die Stelle der Theorien getreten wären. Ein praktischer Staatsmann darf manchmal freilich nur auf das Nächste sehen, wenn es sich darum handelt, ein unmittelbar drohendes Uebel zu bekämpfen. Er mag beispielsweise vorübergehend die Habeas corpus-Akte suspendiren, um einer Verschwörung oder einem Aufstande zuvorzukommen. Vielleicht gelingt es dem Fürsten Bismarck, einigermaßen den Beweis anzutreten, daß jetzt ein solches Bedürfniß vorliegt. Vielleicht ist er vorbereitet zu beweisen, daß Deutschland von communistischen Putschen bedroht sei; daß die Agitatoren alles aufbieten wollen, um die Gesellschaft über den Haufen zu werfen; daß sie den Meuchelmord organisiren wollen; daß die letzten traurigen Tage der Pariser Commune nur ein Vorspiel seien von den Greueln, welche Deutschland zu erwarten hätte, wenn es die sozialistischen Aufwiegler nicht niederzuwerfen und zu knebeln vermöchte. Aber es wird eines Beweises bis zur Evidenz bedürfen, um die liberalen Abgeordneten an die Existenz einer solchen Gefahr glauben zu machen, da sie sehen müssen, daß die Waffen, welche der Kanzler gegen die Sozialisten verlangt, gegen sie selbst gebraucht werden können. Leider gewähren in dieser Beziehung die eigenen Ideen und Gewohnheiten des Kanzlers nicht die geringste Garantie. Er ist ein großer autokratischer Staatsmann, aber selten hat ein Minister von seiner Bedeutung so wenig parlamentarische Fähigkeiten besessen, oder wenigstens eine so offene Geringschätzung der Volksvertretung an den Tag gelegt, als er. Er scheint ein eingewurzeltes Mißtrauen in die Methoden der Ueberzeugungskunst oder Verachtung für ihre Langsamkeit zu hegen. In dieser Beziehung steht er auf einem der Politik Cavour's direkt entgegengesetztem Standpunkt. Dieser hat sich grundsätzlich geweigert, unter dem Belagerungszustand zu regieren, und er war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die parlamentarische Diskussion, wenn sie auch oft langsam von Statten geht, doch schließlich der rascheste Weg der Gesetzgebung ist, weil sie zugleich die Ideen umwandelt und Gehorsam erzwingt.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Harburger Unruhen.

Die liberalen Blätter ließen sich vor einigen Tagen telegraphiren, daß die vereinigten Sozialdemokraten und Welfen in Harburg am Abende der Stichwahl großen Tumult und grobe Excesse verübt hätten. — Bei der Stichwahl hatten sich allerdings unsere Parteigenossen mit den Welfen vereinigt, weil der freisinnige Welfe Graf Grote versprochen hat, gegen die Ausnahmegesetze zu stimmen, während der reaktionäre „liberale“ Grumbrecht ein eifriger Anhänger der Ausnahmegesetze ist. Bei solcher Sachlage müßte unsere Partei ja aus lauter Eseln bestehen, wenn sie eine andere Stellung einnähme.

Wir wollen nun zunächst hier einen ziemlich objektiven Bericht des „Hamburgischen Correspondenten“ über die Harburger Vorgänge geben.

„Es ist leider am Sonnabend Abend in Harburg anläßlich der dortigen Stichwahl zum Reichstag zu argen Excessen und Blutvergießen gekommen. Die welfische und die sozialdemokratische Partei hatten sich vereinigt, um gemeinsam den Candidaten der ersteren, den Grafen Grote, gegen den bisherigen nationalliberalen Vertreter des Wahlkreises, Bürgermeister Grumbrecht durchzubringen. Nachdem schon im Laufe des Tages widerholt Mißhandlungen solcher Personen, unter Andern eines Eisenbahnbeamten und eines Fabrikanten vorgekommen waren, welche widerrechtlicher Beeinflussung von Wählern zu Gunsten des liberalen Candidaten beschuldigt wurden, sammelten sich nach Schluß des Wahlakts große Haufen an, welche ihrer Freude über den Ausfall der Wahl in der Stadt Harburg, woselbst Grote 2093, Grumbrecht 1389 Stimmen erhalten hatte, in tumultuarischer Weise Ausdruck gaben. Verstärkt durch zahlreiche Angetrunkene, wie sie an Sonnabend-Abenden nach der Lohnauszahlung an die Arbeiter die Straßen zu beleben pflegen, durchzogen die Haufen, die Arbeiter-Marseillaise und das sogenannte Hannoveranerlied singend und Hochs auf den Prinzen Ernst August und Grafen Grote ausbringend, mehrere Straßen der Stadt, um schließlich vor dem Gebäude des „Harburger Anzeigers“ und dem Hause des Bürgermeisters Grumbrecht Posto zu fassen, wo binnen Kurzem fast sämmtliche Fensterscheiben eingeworfen wurden. Die Aufforderungen der nur etwa 10 Mann stark am Platze befindlichen Polizeimannschaften zum Ruhehalten und Auseinandergehen wurden mit Hohngelächter und Pfeifen, ihre Versuche, die Menge auseinander zu treiben mit Steinwürfen beantwortet. Auch nachdem noch einige Polizisten und Gensdarmen zur Verstärkung herbeigekommen, vermochten die Organe der öffentlichen Sicherheit nichts gegen die immer mehr angewachsenen und angeregter werdenden Massen auszurichten, sahen sich vielmehr selbst bald ernstlich bedrängt. Zur Unterstützung der Polizei versuchte jetzt die durch ihre Alarmsignale zusammenberufene freiwillige Feuerwehr einzuschreiten, indem sie die Wasserstrahlen einiger Feuerspritzen auf die Menge richteten. Für einen Augenblick schien das wirksam, bald aber kehrte die Masse in erneuter Wuth zurück und überschüttete die Feuerwehrleute mit einem wahren Hagel von Steinen, durch welchen auch mehrere Feuerwehrleute ernstliche Verletzungen erhielten. Jetzt blieb nichts anderes übrig, als das Militär einschreiten zu lassen. Leider war das in Harburg garnisonirende Bataillon des 75. Regiments zu den Manövern ausgerückt und hatte nur ein kleines Wachtdepartment von 20 und einigen Mann zurückgelassen, so daß nur 1 Unteroffizier und 12 Mann zur Unterstützung der inzwischen arg ins Gedränge gerathenen Polizeimannschaften zur Verfügung waren. Diese kleine Anzahl vermochte dem durch stundenlange Straflosigkeit übermüthig gewordenen Pöbelhaufen nicht zu imponiren, vielmehr wurde das Militär gleichfalls mit Steinen überschüttet, von denen mehrere Soldaten getroffen wurden. Eine darauf abgegebene blinde Salve hatte keinen Erfolg und sah das Militär sich gezwungen, scharf zu feuern, was denn endlich die Pöbelmasse auseinander trieb. Die Zahl der Verwundeten auf Seite der Tumultuanten beläuft sich auf circa 30, von denen einer in wenigen Minuten seinen Geist aufgab, während zwei seitdem verstorben sind. Einer der Tumultuanten wurde in dem Augenblick niedergeschossen, als er, nachdem er unmittelbar vorher einen Polizeiofficianten durch einen Steinwurf am Kopf schwer verletzt hatte, sich bückte, um nochmals einen Stein aufzuheben. Die auseinander gesprengte Pöbelmasse zerstreute sich zwar, durchzog aber noch längere Zeit in kleineren Schaaren die Stadt und die Aufregung hielt fast die ganze Nacht an. Erst das am Sonntag Morgen 8 Uhr in Harburg wieder einrückende, von dem Vorgefallenen telegraphisch benachrichtigte Bataillon des 75. Regiments vermochte die Ruhe vollständig wieder herzustellen, nachdem mehrere Zusammenrottungen noch am Sonntag Morgen mit Kolbenstößen hatten auseinandergetrieben werden müssen. Das Bataillon wurde in summarischer Weise einquartirt, wobei die bekannten hervorragenden Führer der welfischen Partei vorzugsweise bedacht wurden; zahlreiche Patrouillen mit scharf geladenen Gewehren durchzogen während des gestrigen Tages die Stadt und sicherten die wiederhergestellte Ruhe.“

Schon aus diesem Berichte geht hervor, daß die Sozialdemokraten an dem Aufruhr nicht betheiligt waren, denn lächerlich ist es, wenn man die „Arbeitermarseillaise“ singen und zugleich Hochs auf den Prinzen — nach anderen Blättern auf den König — Ernst August ausbringen läßt. Das Hoch der Sozialdemokraten hätte sicherlich anders geklungen. — Daß brutale Wahlbeeinflussungen, Hinschleppen der Arbeiter wie zur Schlachtbank seitens „liberaler“ Buben den Anlaß zu solchen beklagenswerthen Vorfällen gegeben haben, ist allseitig erwiesen und kennzeichnet den „Liberalismus“ in seiner elenden Verstumpftheit. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt über die Veranlassung:

„Der erste Anlaß zum Conflict bot sich schon am Nachmittage dar, als der an der Hannöverschen Bahn angestellte Bahnkommissar Tabor im Wahllokal erschien. Ihm wurde von Seiten der Sozialisten und Welfen zum Vorwurf gemacht, daß er die ihm untergebenen Arbeiter mit von außen leicht erkennbaren Stimmzetteln für Grumbrecht versehen und sie unter Androhung der Entlassung genöthigt

Oberst Rüstow.

Eine Depesche meldet uns die Mittheilung des „Schweizer Volksfreund“ in Basel, daß sich Oberst Rüstow erschossen habe; eine zweite Depesche, die uns eben beim Schreiben dieser nekrologischen Skizze von einem unserer schweizerischen Correspondenten aus Zürich zugeht, meldet einfach, daß Rüstow gestorben sei und Sonnabend Nachmittags seine Beerdigung stattfinde.

Wilhelm Rüstow war den 25. Mai 1821 in der Provinz Brandenburg geboren. Siebzehn Jahre alt trat er in den Militärdienst ein und verrieth eine außerordentliche Begabung. Von 1841—49 diente er in der preußischen Armee als Ingenieurlieutenant und war insbesondere beim Festungsbau in Posen thätig. Hier, sagt man, habe er sich zuerst mit der Politik ernstlicher befaßt, der er dann in der Folge eine ungewöhnliche Theilnahme widmete. 1848 finden wir ihn von der revolutionären Bewegung ganz ergriffen. Er schreibt die Broschüre „Der Militärstaat vor und während der Revolution“, worin er für den bürgerlichen Charakter des Militärs plaidirt und die bestehenden Institutionen in schärfster Kritik bloßstellt. Demselben Zwecke ist 1849 die Schrift über die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung gewidmet, in welcher er gegen den conservativen Grafen von Arnim-Boitzenburg in die Schranken tritt. Rüstow wurde dafür vor ein Kriegsgericht gestellt und zu mehreren Jahren Festung (nach einer andern Angabe zu 16 Jahren Zuchthaus) verurtheilt. Er konnte jedoch entkommen und begab sich in die Schweiz, wo er seitdem gelebt hat. Nach der Thronbesteigung des jetzigen Königs von Preußen blieb er von der Amnestie ausgeschlossen.

Rüstow hat sich in doppelter Richtung hervorgethan: als praktischer Militär und als Militärschriftsteller. Es war 1860, daß er mit Garibaldi die Expedition in Sicilien mitmachte, im Range eines Obersten und Generalstabschefs. Bei den Operationen am Volturno hatte er ein wichtiges Commando. In der Schweiz, deren Bürger er geworden war, indem er sich in Bauma, Kanton Zürich, ein Bürgerrecht erwarb, nahm er eine hervorragende Stellung als Offizier der schweizerischen Armee ein. Er wurde Brigadeoberst und hat sich zumal durch seine Vorträge, die er als Lehrer in der Militärschule zu Thun hielt, große Verdienste um das Milizwesen der schweizerischen Republik erworben. So oft die Armee bei Kriegen der Nachbarnationen kriegsbereit gemacht werden mußte, stellte man ihn auf einen wichtigen Posten, 1870 in die Abtheilung des Generalstabs für Truppenbewegungen.

Eine größere Bedeutung allerdings hat Rüstow als Militärschriftsteller erlangt. Er ist einer der Wenigen auf diesem Gebiete, die es verstanden haben, neben den Fachmännern, welche ihn stets als Autorität gelten ließen, auch die weiteren Kreise der Gebildeten zu interessiren. Rüstow war ungemein fruchtbar; er verstand es, einfach und klar zu schreiben, und seine Darstellung verräth ein äußerst vielseitiges Wissen. Vor allem hat er wohl das Feld der Kriegsgeschichte bebaut, in welcher er, tüchtig in den Sprachen, in der Universalgeschichte und in der Politik, ein reiches und selbstständiges Wissen erworben hatte.

Zu seinen früheren Schriften gehören: „Die Lehre von der Anwendung der Verschanzungen“, welche 1853 erschien, und die im gleichen Jahre veröffentlichte Beschreibung des Feldzugs von 1805 in Deutschland. Um diese Zeit gab er auch „Die militärischen und vermischten Schriften Heinrich v. Bülow's“ heraus und einen Auszug aus den zum Theil verschollenen Schriften dieses Militärschriftstellers. 1855 erschien „Die griechischen Kriegsschriftsteller“, etwas später die Erläuterung zum gallischen Kriege Cäsar's. Diese beiden Werke, wodurch das militärische Verständniß für die Kriegskunst der Alten gefördert werden sollte, edirte Rüstow in Verbindung mit seinem Freunde, dem Philologie-Professor Kochly. Die Commentare von kundigster Hand sind auch dem Schulunterricht sehr zu gut gekommen. Viel Redens machte 1857 die Schrift Rüstow's über den Angriff auf die Krim und den Kampf um Sebastopol. Auch fallen in diese Periode Schriften, welche speziell für die schweizerische Armee abgefaßt worden sind, desgleichen „Der Krieg und seine Mittel“, „Die Geschichte der Infanterie“, ein Werk, das als bahnbrechend bezeichnet worden ist. 1858 gab Rüstow „Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts“ heraus; er schildert hier vom Jahre 1792 ab alle militärischen Leistungen. Noch dasselbe Jahr brachte ein militärisches Handwörterbuch und die „Allgemeine Taktik“. In letzterem Werke untersuchte der Autor den Einfluß des veränderten Infanteriegewehrs auf die taktischen Fragen. 1859 beschrieb Rüstow den italienischen Krieg.

Schon mit der genannten Darstellung des Krimkrieges hatte der Autor ein Feld betreten, auf welchem er in der Folge hervorragend thätig werden und das Interesse der politischen Kreise wie der militärischen fesseln sollte. Rüstow besprach die Vorgänge in der Krim, ohne ihren Abschluß zu erwarten. Zur Zeit des Feldzuges der vereinigten Franzosen und Piemontesen gegen die Oesterreicher bildete er diese Schreibweise noch mehr aus, er folgte den Ereignissen schrittweise und ließ seine Darstellung in kurzen Zwischenräumen, während die kriegerische Aktion ihren Fortgang nahm, erscheinen. So hatte die lesende Welt den Vortheil, einen militärischen Führer zu besitzen, während noch ihre ganze Theilnahme an den militärischen Operationen hing. Den dänischen, preußisch-österreichischen, deutsch-französischen Krieg und noch jüngst die Kämpfe im Orient sind von Rüstow nach seiner eigenartigen Methode behandelt worden. Dabei wußte dieser Autor seine militärische Schilderung in einen weiten Rahmen hinzustellen. Er beschrieb nicht einzig Gefechte und Schlachten; die ersten Lieferungen seines Werkes gaben immer eine aufklärende Uebersicht über die politische, ethnographische und militärische Situation; er legte die Kriegsursache klar, charakterisirte die Heeresmacht der streitenden Parteien und verband mit der Aufzählung der Fakten ein scharfes kritisches Urtheil. Man hat Rüstow darob getadelt, daß er Schriften, welche den Anspruch erhoben, Fachschriften zu sein, so schnell fertigte, nicht erst, nachdem die Ereignisse sich völlig abgespielt, ein um so klareres Bild von ihnen zu geben trachtete. Aber wie man auch hierüber denken mag, so viel darf kühn behauptet werden, daß er in seiner Art ein seltenes Talent besaß. Er ordnete Verwirrtes mit rascher Klarheit, gruppirte gut, schrieb flüssig, knapp, anschaulich, und gerade, was er an Notizen und Urtheilen allgemeinerer Natur dem Militärischen beimischte, verrieth einen kenntnißreichen, scharfsinnigen, geistig hochstehenden Mann. Daß Rüstow seine Ausführungen oft mit scharfen polemischen Bemerkungen glaubte würzen zu müssen, haben ihm ebenfalls Viele übel genommen. Man kann ihn sich aber ohne die Kundgabe seines lebendigen und streitbaren Temperaments nicht wohl vorstellen, und mehr als über die Form sind wohl die Betheiligten darob böse geworden, daß er Fehler aufzudecken sich nicht scheute

habe, für den nationalliberalen Candidaten zu stimmen. Als Tabor das Wahllokal verließ, wurde er von der wüthenden Menge angegriffen und mißhandelt. Gegen den Schluß des Wahlakts soll der Besitzer der Glashütte, Röhl, seine Arbeiter zum Wahllokal geführt haben und sie durch Darbietung von Getränken ermuntert haben, für Grumbrecht ihre Stimmen abzugeben. Wie dem nun auch sei, genug, die Vermuthung hiervon pflanzte sich rasch fort und erregte heftigen Unwillen auf Seiten der Gegner. Als Röhl sich entfernte, gingen fünf Polizisten zu seinem Schutze mit. Der wüthende Pöbel kümmerte sich nicht darum, sondern drang auf ihn ein und schlug ihn auf barbarische Art."

Wir verurtheilen natürlich solche Thätlichkeiten, wir verurtheilen alle Rohheiten, von welcher Seite sie auch kommen mögen — aber Eins steht fest: „Die „Liberalen" haben durch ihre Wahlbeeinflussungen einzig und allein die Unruhen hervorgerufen." — — —

Unser Genosse Steffens aus Harburg schreibt an die Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblatt" folgenden Bericht:

„Harburg, 18. August. Unsere Stadt gleicht heute einem Heerlager. Anläßlich der gestern stattgehabten Stichwahl zwischen Grumbrecht und dem Grafen Grote hatte sich gestern Abend auf dem Sande eine Anzahl Neugieriger zusammengefunden, man hörte „Hochs" auf Grothe und wäre die Sache vielleicht ruhig verlaufen. Mit einem Male — es war vielleicht 10½ Uhr — wurde Feuerlärm geblasen, und es strömte Alles nach dem Sande hin. Der Menschenknäuel wurde noch dichter. Dem liberalen Redakteur Lüdemann wurden die Fenster eingeworfen. Jetzt erschien Militär, zwar nur ein Wachtkommando, denn das hiesige Bataillon ist vor einigen Tugen ausgerückt zum Manöver. Es wurde in der Folge „scharf" geschossen; ein Mann aus der Menge wurde sofort getödtet. Zahlreiche Verwundungen sind vorgekommen. Auf sofortige telegraphische Nachricht ist heute nun das hiesige Bataillon wieder eingerückt und hat dasselbe auf dem Sande Aufstellung genommen. Patrouillen durchstreifen jetzt die Straßen, Warnungsplakate sind angeschlagen, den Inhabern von Wirthschaftslokalen ist Ordre ertheilt, heute Abend um 10 Uhr zu schließen. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden und dauern heute noch fort. Von den Verwundeten sind bereits einige heute gestorben. Unsere Genossen sind hieran nicht betheiligt. Steffens."

Aus guter Quelle können wir hinzufügen, daß bei den zahlreichen Verhaftungen, die vorgekommen sind, nur ein einziger Arbeiter, der unserer Partei angehört, verhaftet wurde, jedoch irrthümlicher Weise, da er sofort wieder in Freiheit gesetzt worden ist.

Die „Harburger Anzeigen und Nachrichten", an deren Geschäftslokal die Fensterscheiben eingeworfen sind, faseln allerdings auch von den „vereinigten Sozialdemokraten und Welfen", die den Skandal gemacht hätten, jedoch setzen dieselben hinzu: „unter Anführung der Leiter der Welfenpartei". Zum Schlusse spricht das Blatt nur noch von den Welfen. Der Schluß des Berichts der überaus sozialistenfresserischen, nationalliberalen, Grumbrecht'schen „Harburger Anzeigen und Nachrichten" lautet nämlich:

„Heute Morgen sind zunächst die Hauptführer der Welfen, der Vorsitzende des Wahlcomités der deutsch-hannoverschen Partei, Bremann, sowie der Tischler Moritz, welche sich mehr oder minder bei dem Aufruhr betheiligt haben sollen, sowie außerdem noch vielleicht 15—20 Personen verhaftet. Die Vorgänge geben eine würdige Illustration der Partei, welche den Wahlspruch: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" auf ihr Panier geschrieben hat und sich unter dem Schutz der Geistlichkeit so gern mit christlichem Sinn brüstet."

Der Sozialisten, die auch thatsächlich bei der ganzen Affaire nicht betheiligt waren, wird also nicht weiter gedacht; trotzdem sucht die „liberale" Presse in Deutschland dieselben mitverantwortlich zu machen, damit die Bedenken gegen das Ausnahmegesetz mehr und mehr schwinden sollen.

Deshalb wird der ganze Krawall auch noch phantastisch aufgebauscht. Ob die Soldaten recht gehandelt haben, gleich mit scharfen Patronen zu schießen und eine Menschenschlächterei in Scene zu setzen, das wird die Untersuchung erst noch feststellen. Bis jetzt steht fest, daß die Soldaten gar nicht von ihren ordentlichen Führern zum Schießen commandirt worden sind — „liberale" Reserveoffiziere außer Dienst sollen die Commandos abgegeben haben.

Also die Bourgeoisie gegen die „Canaille", und wenn die „Canaille" auch nicht einmal roth, sondern nur gelb-weiß ist!!! — — —

Die „Kaiserlichen" haben Wahlbeeinflussungen, Wahlfälschungen verübt, die „Royalisten" haben deshalb die „Kaiserlichen" geprügelt und ihnen die Fenster eingeworfen — das ist die einzige Ursache der Harburger Unruhen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wir machen die Parteigenossen nochmals darauf aufmerksam, daß **Wahlproteste spätestens 10 Tage** nach Eröffnung des Reichstags sich in den Händen des Reichstagspräsidiums befinden müssen.

— Die Nationalliberalen suchen der Regierung zu beweisen, daß sie ihr unentbehrlich seien, und erbieten sich natürlich zu allen möglichen Liebesdiensten. Die Hiebe, die ihnen die junkerliche Hetzpeitsche während der Wahlcampagne versetzt, sind rasch vergessen. Natürlich ist es das Sozialistengesetz, das ihnen Gelegenheit geben soll, sich unentbehrlich zu zeigen. Wie ein Theil der „Partei" in dieser Beziehung denkt, erhellt aus folgendem Passus einer Rede, die Herr v. Bennigsen am 18. d. in einer Braunschweiger Wählerversammlung zu Gunsten Stauffenberg's gehalten:

„Zunächst wird dem Reichstage der Gesetzentwurf wegen Bekämpfung der sozialistischen Umtriebe zugehen. So viel haben Sie jedenfalls aus den Zeitungen ersehen, wie recht der letzte Reichstag hatte, das damalige Sozialistengesetz abzulehnen, das in fünf Tagen über Hals und Kopf zusammengestellt war und welches eine Versammlung von Diplomaten und hohen Staatsbeamten, den Bundesrath mit der polizeilichen Executive gegen die Sozialdemokraten beauftragen und den Reichstag zur Appellationsinstanz machen wollte. Jetzt ist es genau so gekommen, wie ich es im Frühjahr dem Minister Grafen Eulenburg sagte: der Reichstag wird im Herbst zusammenberufen, um ein sorgsam ausgearbeitetes Gesetz zu berathen. Als ich vor einiger Zeit in Berlin einen höheren Beamten fragte, warum man denn nicht den Reichstag sofort noch vor dem Congreß einberufen habe zur Berathung des Sozialistengesetzes, erwiderte dieser, das sei ja ganz unmöglichge wesen, denn um das Gesetz auszuarbeiten, hätte man ja Wochen und Monate bedurft. Und zu dem vom Reichstage abgelehnten Entwurf hatte man nur fünf Tage verwandt! Jetzt wird man also ein sorgsamer vorbereitetes Gesetz vorlegen; über dasselbe sich schon jetzt auszusprechen, wäre verfrüht, weil es ja noch der Prüfung des Bundesrathes unterliegt. Aber eine Verständigung zwischen Regierung und Reichstag muß gelingen, um den gefährlichen Agitationen der Sozialdemokraten gegen die festesten Grundlagen des Staats und der Gesellschaft wirksam entgegen zu treten. Dazu wird es eines großen Maßes von Selbstbeherrschung auf allen Seiten bedürfen. Ich hoffe, daß die Verständigung gelingt, jedenfalls werden Herr v. Stauffenberg und ich uns redlich dafür bemühen, daß die Ordnung gesichert und doch dabei die Freiheit nicht mehr als nöthig beschränkt wird. Das war immer das Streben der nationalliberalen Partei und dafür ist sie abwechselnd von rechts und links getadelt worden, daß sie Ordnung und Freiheit mit einander im Einklang halten. Mitunter müssen die Forderungen der Ordnung die der Freiheit überwiegen, mitunter umgekehrt, wenn auch den Aengstlichen die Ordnung dadurch anfangs gefährdet erscheint."

Also Herr v. Bennigsen hält eine „Verständigung mit der Regierung" für nothwendig. Es fragt sich nur, welchen Preis er dafür zahlen wird, und was er unter „Forderungen der Ordnung" versteht. Die „Ruhe des Kirchhofs" und russische Polizeiwirthschaft? oder eine auf gerechte Gesetze sich gründende Staats- und Gesellschaftsordnung? Die Herren Ordnungsmänner haben das schöne Wort „Ordnung" so schmählich mißbraucht, daß es entweder nichts mehr bedeutet, oder nur die Karrikatur seiner selbst. Und was speziell die „Ordnung" der Herren Nationalliberalen betrifft, so haben wir sie zur Genüge kennen gelernt, um uns über die reaktionären Ordnungsliebhabereien des Herrn v. Bennigsen zu täuschen.

— Die „Germania", das bekannte Berliner Organ des Centrums bereitet seine Leser schon auf Neuwahlen vor und richtet bei dieser Gelegenheit an die katholische Partei folgende „Bitte":

„Falls Herr Dr. Jörg auch in Zukunft nicht in der Lage ist, ein Mandat für den Reichstag anzunehmen, so dürfen dann dem Centrum mindestens nicht drei andere Namen fehlen: Moufang, Jäger und Rudolph Meyer. Letzterer ist Protestant, steht aber vollständig auf dem Boden des Centrums. Ein Strafantrag des Fürsten Bismarck veranlaßte ihn augenblicklich, jenseits der deutschen Grenzpfähle sein Domizil aufzuschlagen; wir hoffen aber, daß er in nicht allzuferner Zeit wiederkehren und dann dem Centrum eine Stütze sein wird in den hochwichtigen Fragen, welche nunmehr vielleicht auf Jahrzehnte hinaus auf sozialem Gebiet an den deutschen Reichstag herantreten werden."

Das Centrum will also ernstlich in „sozialer Frage" machen. In welchem Sinne, das besagt der Name des Herrn Rudolph Meyer, welcher ja eine Art von Programm ist. —

— In Breslau löste ein Polizeikommissar eine Versammlung deshalb auf, weil Genosse Kräcker den preußischen Gesetzentwurf gegen die Sozialisten scharf kritisirte. Der gesetzeskundige Polizeioffiziant erklärte, daß ein Gesetz nicht kritisirt werden dürfe; ganz abgesehen davon, daß ein solcher Auflösungsgrund vor dem Gesetze nicht stichhaltig ist, scheint der Herr Kommissar von dem Wahn befangen, daß der famose preußische Polizeientwurf schon Gesetzeskraft erlangt habe. Sein Vorgesetzter, an welchen die Beschwerde gerichtet ist, wird dem gesetzeskundigen Commissarius wohl einige Instruktionsstunden ertheilen lassen.

— Komische Rache. Unsere Gegner haben eine sonderbare Manier, sich für Niederlagen zu revanchiren. In Breslau von Reinders geklopft, sagten sie Reinders todt; in Berlin von Fritzsche geschlagen, lassen sie Fritzsche wegen Majestätsbeleidigung ins Gefängniß wandern — natürlich bloß auf dem Papier.

— Gensdarmen und Polizisten haben bei den letzten Reichstagswahlen manchen conservativen Abgeordneten „machen" helfen. Untersteht sich aber ein armes Schulmeisterlein einmal, eine gelinde Agitation für einen Fortschrittler oder Clericalen oder auch nur für einen zahmen Lasker zu betreiben, so ist solches „Verfahren mit den Geschäften eines mittelbaren Staatsbeamten nicht in Einklang zu bringen" und der Schullehrer wird disciplinirt. Mehrere derartige Vorfälle werden jetzt mitgetheilt. — Reichsfeindlicher Lasker, reichsfeindlicher Bennigsen! — Die Regierungen aber fordern im Gegensatz die Schullehrer auf, in sozialdemokratischen Versammlungen als unsere Gegner aufzutreten und sich die übliche Niederlage zu holen, welche gewöhnlich das Ansehen des Lehrers bei der Schuljugend nicht besonders erhöht.

— Der pfiffige Andrassy ist glücklich in einen offiziösen Krieg mit der Türkei hineingetappt, der möglicherweise sehr bald zu einem offiziellen Krieg werden kann. Der offiziöse ist aber schon schlimm genug. Die Bosnier wehren sich so verzweifelt gegen die „Rettung" durch das civilisirende Oesterreich, und Christen und Muhamedaner halten so brüderlich zusammen, daß die Oestreicher jeden Fuß breit Landes mit Blut erkaufen müssen und, obgleich sie erst am Anfang ihrer Aufgabe stehen, schon so viel Verluste erlitten haben, wie in einer ganzen regulären Campagne. Und dabei die Erfolge gleich null! In puncto der Dummheit trauten wir zwar von jeher den österreichischen Staatsmännern das Menschenmöglichste zu, aber diese neueste Leistung hat uns doch überrascht. Vor einem Jahr als Oesterreich das Schwert nur zu zücken brauchte, um die Russen aus der Türkei zu jagen, blieb Oesterreich unthätig stehn; jetzt, wo Rußland froh ist, halbheiler Haut aus der Türkei herauszukommen, setzt Oesterreich sich auf einmal in Bewegung und erzeigt Rußland den doppelten Dienst: sich selbst zu ruiniren und für Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wir bezweifeln, ob eine ähnliche Betise je von einem Staatsmann verübt worden, auch die „genialen" mit eingerechnet. —

— Montag, den 9. September, beginnt der elfte Jahrescongreß der Englischen Gewerkschaften; derselbe wird im Athenäum zu Bristol tagen. Einen der Hauptgegenstände der Diskussion wird die Haftpflichtfrage bilden.

— Reaktionäre Logik und russische Wirthschaft. Im russischen Polizeistaat, der jede freiheitliche Richtung außerhalb des Gesetzes gestellt hat, wird der Polizeiminister Mesenzow erstochen, und die, welche es gethan, erklären ausdrücklich, sie hätten die Handlung blos deshalb verübt, weil kein gesetzliches Mittel vorhanden sei, einen Verbrecher wie Mesenzow zur Strafe zu bringen. Jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand muß aus diesem Vorkommniß den Schluß ziehen, daß die russische Wirthschaft, die solche blutige Akte der Selbsthülfe und Lynchjustiz hervorbringt, nichts taugt, und im Interesse einer gesunden Staatsentwicklung beseitigt werden muß. Ganz umgekehrt schließt das Berliner Oberreptil, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Sie findet, die Erstechung Mesenzow's sei die Frucht der — zu großen „Milde des Czaren"; und um ähnlichen Fatalitäten vorzubeugen, müßte die Regierung des Czaren „jegliche Schwäche ablegen" — kurz die bekannten „straffen Zügel". Als ob sie in Rußland nicht schon so „straff" wären, wie möglich. Die sonst auch für „straffe Zügel" schwärmende „Magdeburgische Zeitung" muß sogar der widersinnigen Auffassung des „Norddeutschen" Oberreptils entgegen treten. „In keinem Staat, so bemerkt sie, ist die Polizeiherrschaft bisher stärker und energischer gehandhabt worden, und nirgends sind strengere und durchgreifendere Mittel zur Anwendung gebracht. Trotzdem hat die nihilistische Bewegung nicht erstickt werden können." Wenn die „Magdeburgische Zeitung" gesagt hätte: „gerade deswegen" anstatt „trotzdem", dann hätte sie näher ans Schwarze getroffen. Genug, sie sieht wenigstens ein, daß die Regierung des Czaren durch ihre verkehrte äußere und innere Politik die gegenwärtige Zerrüttung und den Parteifanatismus erzeugt hat, und daß die russische Regierung nur „durch große umfassende Reformen auf allen Gebieten der Verwaltung, durch Hebung des Volksunterrichts, Einschränkung der Polizeiherrschaft, Verbesserung des Beamtenthums ꝛc. im Stande sein wird, die Revolution zu bannen, welche jetzt überall drohend ihr Haupt erhebt." — — Ganz richtig. Schade nur, daß die Logik der „Magdeburgischen Zeitung" blos für Rußland existirt und — wohl in Folge der strengen Grenzsperre — nicht nach Deutschland gelangen kann. Die „liberale" Magdeburgerin schwärmt nämlich für das Bismarck'sche Ausnahmegesetz. —

(In unserer letzten Nummer ist der Vorgänger Mesenzow's das Opfer eines Druckfehlers geworden. Der Mann heißt Potapoff, nicht Potozoff.)

— Dr. Aug. Theod. Stamm hat an seine Wähler ein vom Vierwaldstädter See in der Schweiz datirtes Anerkennungsschreiben gerichtet, welchem wir folgende bemerkenswerthe Stelle entnehmen: „Man entfernt sich in Deutschland leider immer mehr von den Bahnen der modernen Kulturstaaten. — Die erste Bedingung für die friedliche Entwickelung eines modernen Kulturstaates ist jedenfalls die Nichtbehinderung des Ausdrucks der öffentlichen Meinung. — Die Freiheit der öffentlichen Meinung ist die Sicherheitsklappe gegen alle Revolutionen. — So lange man in Deutschland die freie Entwickelung der öffentlichen Meinung nicht gestattet und statt dessen durch eine bezahlte Reptilienpresse, durch Polizeimaßregeln, durch polizeiliche Aufsicht bei friedlichen Versammlungen u. s. w. die öffentliche Meinung unterdrücken will, so lange werden wir nicht zu wahrhafter innerer Ruhe und Freude kommen und kaum dürfte es für diesen Fall an desparaten Elementen fehlen, die endlich an einer ruhigen Entwickelung Deutschlands auf der geregelten Bahn moderner Kulturstaaten gänzlich verzweifeln." Leider hat Dr. Stamm mit seinen Ausführungen nur zu sehr Recht.

Correspondenzen.

Berlin, 17. August. Stöcker ist in tausend Aengsten, Alles will von ihm für die bankerotte „christlich-soziale Arbeiterpartei" Geld haben. Der Redakteur der selig entschlafenen „Volkswacht" M. Berendt, der von seinem „Chef" und „Verleger" Grüneberg sein Gehalt nicht vollständig bekommen haben soll, klagt gegen Stöcker, die Drucker des „schönen" Blättchens, die Herren Ihring und Fahrenholtz, klagen gegen Stöcker auf Schadenersatz. — Herr Stöcker aber schreibt ellenlange Briefe, daß er kein Geld habe und daß er auch gar nicht im Vorstande sitze und deshalb auch keinerlei Verantwortung trage. Angesichts dieser Thatsachen und der Bitten Stöcker's, seine „Freunde" möchten ihn doch nicht so fürchterlich anbetteln, da kein Geld mehr vorhanden sei, ist wohl die Frage am Platze, wo denn die Tausende von Thalern hingekommen sind, mit welchen Stöcker-Grüneberg immer prahlten? Und was ist aus dem Arbeiter-Invalidenhaus mit seinem angesammelten Grundkapital von 3000 Thalern geworden? Darüber werden wohl die irregeführten Arbeiter im Unklaren bleiben oder nicht?

Braunschweig, 15. August. Es handelt sich nicht, wie Sie berichteten, um die Gründung eines eigenen Arbeiterorgans, sondern um die Vertheilung der Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz" bei den Bahnhofs-Werkstättenarbeitern. Auf diese Weise

---

und große Schonung nicht für wissenschaftliche Pflicht hielt. Die Operationen der napoleonischen Generale in der Lombardei gehören beispielsweise in diese Kategorie; er hat manches unliebsame Wort darüber geschrieben.

Wir erwähnen ferner aus Rüstow's Feder „Die Lehre vom neuen Festungskriege", eine Epoche machende Arbeit, in welcher sich der einstige Genieoffizier von der vortheilhaftesten Seite zeigt, dann „Die Lehre vom kleinen Kriege", eine deutsche Ausgabe des Cäsar von Napoleon III. mit kritischen Commentaren, ein Compendium des Kriegsrechts, — und können nicht versichern, ob die lange Reihe nicht doch noch unvollständig ist. Nicht vergessen dürfen wir auch, daß Rüstow das Milizwesen wiederholt in beredter Weise gerechtfertigt hat. Hinsichtlich seiner Stellung zu der großen Frage „Krieg und Frieden" sei erwähnt, daß er kein Anwalt der humanitären Bestrebungen innerhalb des Kriegswesens war, sondern von möglichst rücksichtsloser Kriegführung ein rascheres Ende des ganzen Kriegshandwerkes erhoffte. Auch eine beiläufige Reminiscenz mag im Augenblicke Beachtung verdienen; Rüstow hat im Hinblick auf gründliche Erledigung der orientalischen Wirren mehr als einmal eine Cession Syriens an Frankreich befürwortet.

Eine ungebundene Natur und ein freier Geist, huldigte Rüstow dem politischen Radikalismus, ohne daß er sich gerade zu einem bestimmten Parteiprogramm bekannte. In sehr freundschaftlichen Beziehungen stand er, wie man sich erinnert, zu Lassalle. In der fatalen Duellaffaire rieth er demselben, freilich erfolglos, sich vorher einzuschießen, um dem Gegner gewachsen zu sein, und sekundirte ihm. Nun ist er dem Unglücklichen nachgefolgt, vielleicht selbst ein Unglücklicher, wenn die erste betrübende Kunde Recht behält. Erwarten wir die Aufklärung. Aber wie diese bei einem Manne, der sich an den realen Härten des Lebens oft gestoßen haben mag, auch laute, so viel ist sicher: mit Wilhelm Rüstow, welchem zwei Brüder, ebenfalls ausgezeichnete Offiziere und Militärschriftsteller, in den Tod vorausgegangen, erlischt der letzte Stern aus einem berühmten Dreigestirn am literarischen Himmel, und ein Mann von großem Talente und großer Arbeitskraft hat sich zur Ruhe gelegt. (Frankf. Ztg.)

sucht man der an Abonnenten-Mangel leidenden „Sozial-Correspondenz“ auf die Beine zu helfen; bei den Arbeitern kann dies Blatt nur dazu dienen, Humor hervorzurufen, denn über die geistige Impotenz dieses Blattes sind die Braunschweiger Arbeiter längst hinweg. — Mit welch' schamloser Frechheit die Braunschweiger Arbeitgeber übrigens vorgehen, beweist nachstehendes Cirkular:

„Cirkular Nr. 1. An die vereinigten Braunschweigischen Arbeitgeber. Indem wir uns erlauben, Sie zu der auf Mittwoch den 14. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Hotel d'Angleterre hierselbst behufs Constituirung des Vereins anberaumten Versammlung der vereinigten Braunschweigischen Arbeitgeber einzuladen, ersuchen wir Sie ergebenst, die Zahl der von Ihnen beschäftigten Beamten und Arbeiter — sofern solches noch nicht geschehen — in den nächsten Tagen, spätestens in der gedachten Versammlung, zu unserer Kenntniß zu bringen, damit wir in der Lage sind, nicht allein den vorläufigen Bedarf an durch einen besonderen Stempel gekennzeichneten Entlassungsscheinen sowohl für ordnungsmäßigen, als auch für verschuldeten (!) Abgang bemessen und, einem von der unterzeichneten Commission gefaßten Beschlusse gemäß, Ihnen auf Kosten des Vereins in der entsprechenden Anzahl übermitteln, sowie auch die nach Nr. 6 der maßgebenden Bestimmungen vorzunehmende Repartation der Vereinskosten ausführen zu können. Der weitere Bedarf an Entlassungsscheinen wird Ihnen, auf vorherige Anforderung, bei dem von uns bestellten Vereins-Kassirer, Bahnassistenten Bock (Eisenbahn-Direktions-Gebäude hierselbst) zugehen. Nachstehend bringen wir eine Liste der wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen des veröffentlichten Aufrufes entlassenen Arbeiter zu Ihrer Kenntniß und knüpfen hieran die Bitte, von den aus ähnlicher Veranlassung vorkommenden Entlassungen Ihrer Arbeiter der unterzeichneten Commission gefälligst Mittheilung machen zu wollen. Von den eingehenden Anmeldungen werden wir Ihnen in Zukunft unterm 1. und 15. jeden Monats Kenntniß geben.“

Daran schließt sich ein mit ausgefüllten Rubriken versehenes Formular, welches eine ganze Serie von Arbeitern namentlich bezeichnet, die wegen ihrer sozialistischen Gesinnung entlassen wurden. Unterzeichnet ist das denkwürdige Schriftstück von einigen hiesigen tonangebenden „liberalen“ Fabrikanten.

Oldenburg, 18. August. Seit etwa 1¼ Jahre bestehen hier zwei Gewerkschaften (Metallarbeiter- und Tischlergewerkschaft), welche auch eingeschriebene Kranken- und Sterbekassen besitzen. Seit der allgemeinen Sozialistenhetze sieht man diese Gewerkschaften mit Argusaugen an und sind es hauptsächlich die „Nachrichten für Stadt und Land“, welche täglich in ihren Spalten gegen uns hetzen. Diese Hetzereien haben nun zur Folge gehabt, daß die Arbeiter in zwei Geschäften bereits einen Ukas unterschreiben mußten, keiner sozialdemokratischen Vereinigung anzugehören. Es ist schrecklich, wenn man solch' Gefasel reichstreuer Blätter liest, auf der einen Seite schreien sie fortwährend, die Arbeiter sollen sparen und sich selbst helfen; thuen dies nun die Arbeiter, wie eben gerade in den Gewerkschaften, und unterstützen ihre arbeitslosen, reisenden und kranken Collegen, so ist das gefährlich, sozialdemokratisch, es muß Alles zerstört werden. Man kommt alsdann ganz von selbst dazu, Sozialdemokrat zu werden, wenn man es vorher nicht war, denn man sieht täglich diese Heuchelei und der Vernünftige wendet sich mit Abscheu von dieser Sorte. — An der Reichstagswahl haben wir uns diesmal gar nicht betheiligt, weil wir hier zu wenig Anhänger zählen und diese Wenigen sich auch nicht noch der Hungerkur aussetzen wollten. Die Ultramontanen sandten noch in der letzten Stunde Stimmzettel für Windthorst aus, und wunderte sich die „Oldenburger Zeitung“, daß man dies hier noch wage. Als ob nicht jedem Bürger frei stände, zu wählen, wen er wolle. Als Kuriosum diene noch, daß ein hiesiger angesehener Bürger sein Dienstmädchen in's Wahllokal mit dem Stimmzettel sandte, damit dieselbe für ihn wähle. Ein Zeichen, wie wenig die hiesige Presse zur Aufklärung beiträgt. H. W.

Aus dem 13. sächs. Wahlkreise. **Reudnitz**, 19. August. Es ist gewiß auch für auswärtige Parteigenossen von Interesse, in welcher Weise hier der Wahlkampf geführt worden ist, und wir geben deshab nachstehenden kurzen Bericht. Es steht fest, daß unter allen sächs. Wahlkreisen der unserige derjenige ist, in welchem am heftigsten gekämpft wurde. Es hieß bei uns nur „hier Ordnungsmänner“ und da „revolutionäre Sozialdemokraten“. Zum 13. Wahlkreise gehören 148 Ortschaften, davon sind gegen 15 sogenannte Vorstadtdörfer, 5 kleine Städtchen und die übrigen sind sogenannte reine Bauerndörfer. Nun ist das Verhältniß so, daß die wenigen allerdings stark bevölkerten Vorstadtdörfer stets 4 Fünftel der gesammten sozialistischen Stimmen aufbringen, alle übrigen Ortschaften ergeben nur 1 Fünftel. Diesmal hatten sich die Nationalliberalen, Conservativen und Fortschrittler verbündet und den Erzreaktionär Rittergutsbesitzer Dietze aus Pomßen aufgestellt, es handelte sich bei den Ordnungsmännern nur darum, den Wahlkreis uns zu entreißen und das ist leider auch geschehen, obwohl wir ziemlich 2000 Stimmen mehr erhalten haben, als 1877, wo wir den Genossen Demmler durchbrachten. Wie haben aber diesmal unsere Gegner gewirthschaftet: Säle zum Abhalten von Versammlungen gab es fast gar nicht, bekamen wir dennoch welche, so wurde die Versammlung von den Ordnungsmännern gesprengt, oder von der Polizei aus irgend einem Grunde vor der Zeit wieder geschlossen. Unsere Plakate durften wir an vielen Orten gar nicht anschlagen, viele unserer Flug- und Stimmzettelvertheiler wurden arretirt und verhaftet. Die Bahnverwaltungen, Gemeindevorstände und sonstige amtliche Personen, Fabrik-, Ritter- und Gutsbesitzer überboten sich förmlich, ihre Leute einzuschüchtern und für die Ordnungspartei geneigt zu machen und leider haben sich viele durch die Hungerpeitsche verleiten lassen, den Dietze zu wählen. Namentlich auf den kleinen Dörfern wurden die Knechte ꝛc. so drangsalirt, daß ihnen eben weiter gar nichts übrig blieb, als für Dietze einzutreten, oder auf die Straße geworfen zu werden. Trotz alledem erhielten wir für unserm Genossen Ramm 11,253 und für Dietze 13,372 Stimmen. Von Rückgang ist in unserm Wahlkreise erfreulicherweise keine Rede, wir sind flott vorwärts gekommen, wie nachstehende Uebersicht zeigt: 1874 erhielt Jacoby beim ersten Wahlgange 4630, bei der Stichwahl 7400 Stimmen; 1877 erhielt Demmler 9420 Stimmen. Weiter so, und der dauernde Sieg unserer gerechten Sache wird nicht ausbleiben. H.

Mittweida, 16. August. Nach meiner Entlassung aus 46tägiger Haft in Hannover zur Wahlagitation in Sachsen bestimmt, war ich zunächst im 15. sächsischen Wahlkreise thätig. Durch die verschiedenartigsten Beeinflussungen wurden uns leider in einer ganzen Reihe von Orten, wie Limbach, Schellenberg, Wiesa, Erlau ꝛc. alle Lokale entzogen, so daß uns hauptsächlich nur die Agitation vermittelst Flugblätter übrig blieb. Versammlungen abzuhalten war mir nur möglich in Mittweida, Burgstädt, Frankenberg und Wittgensdorf, von denen die letzten beiden auch noch größtentheils illusorisch gemacht wurden. In Frankenberg hatte sich der Herr Bürgermeister die Rolle des unfreiwilligen Agitators für unsern Zweck ausersehen, indem er mir in der von 6—700 Mann besuchten Versammlung das Sprechen verbot, weil (man höre und staune) ich ihm nicht eine schriftliche Bescheinigung darüber verlegen konnte, daß ich in die Wählerliste meines Wohnortes eingetragen, also wahlberechtigt sei. Die Entrüstung über ein solches noch nicht dagewesenes Verfahren war allgemein und dürfte somit wohl durch die Maßregel des schlauen Bürgermeisters das Gegentheil des beabsichtigten Zweckes erzielt worden sein. Eine gegen den Hrn. Bürgermeister Kuhn bei der Kreishauptmannschaft Zwickau von mir eingereichte Beschwerde wurde wie wohl nicht gut anders zu erwarten war, abschläglich beschieden, obgleich die k. Kreishauptmannschaft selbst anerkennen mußte, daß das Verfahren des Bürgermeisters in meinem Falle „nicht ohne Bedenken sei!“ Die Versammlung in Wittgensdorf wurde durch eine reichstreue Chemnitzer Sprengcolonne unmöglich gemacht, welche mir nur eine halbe Stunde Redezeit gestatten wollte, in Folge dessen ich auf meinen Vortrag verzichtete und die Versammlung schließen ließ. Die Herren „Ordnungsmänner“ haben inzwischen in späteren Versammlungen in Limbach und Wittgensdorf den ihnen gebührenden Lohn bekommen und dürfte ihnen wohl für die Zukunft das Versammlungssprengen vergehen.

Besonders lebhaft wurde die Agitation im 19. sächsischen Wahlkreise betrieben, wo unserem Genossen Liebknecht der Berliner Großfabrikant Ludwig Löwe (oder Levy, wie sein Name ursprünglich lautet) gegenüberstand. Es wurden von Freund Liebknecht, Advokat Freitag und mir außer verschiedenen Privatbesprechungen Versammlungen abgehalten in Zwönitz, Burkhardsdorf, Stollberg, Hohneck, Schneeberg, Zschorlau, Grünhain, Zschoken, Mülsen St. Niclas ꝛc., welche alle sehr gut, theilweise sogar massenhaft besucht waren und durch die regelmäßige Niederlage der Gegner, wo dieselben allenfalls den Muth zur Opposition besaßen, den günstigsten Eindruck für uns hinterließen. In verschiedenen Orten, wie Aue, Oelsnitz, Geyer ꝛc. war es unmöglich Lokale zu bekommen, so daß wir nur mit Flugblättern agitiren konnten, an andern Orten, wie z. B. Lugau wurde die Versammlung durch rohen Scandal der reichstreuen „Ordnungsmänner“ unmöglich gemacht. Auch Versammlungsverbote kamen vor, wie z. B. in Lößnitz. An Stelle dieser verbotenen Versammlung soll Freund Liebknecht dann eine andere, sehr interessante, zu nächtlicher Zeit in einem großen, eigens für diesen Zweck hergerichteten Luftballon abgehalten haben, welche Methode sich für die Zukunft, wenn die Ausnahmegesetzgebung in Scene gesetzt wird, empfehlen dürfte. Mir war hauptsächlich die Aufgabe zugefallen, dem Berliner Levy die erborgte Löwenhaut abzuziehen und den Wählern zu zeigen, daß derselbe ein Hase und nicht im Stande sei, einen alten bewährten Vorkämpfer für die Volksrechte aus dem Felde zu schlagen. Der gesunde Sinn der erzgebirgischen Arbeiter im Verein mit unsrer rührigen Agitation hat uns dann auch den glänzenden Sieg Liebknechts gesichert.

Bei der Agitation für die Stichwahl zwischen unsern Genossen Vahlteich und dem liberalen Dr. Gensel im 15. sächsischen Wahlkreis trat uns der Lokalmangel in verschiedenen Bezirken wieder recht störend entgegen. So war es im ganzen Schellenberger Bezirk absolut unmöglich, ein Versammlungslokal zu bekommen, und auch in der Umgegend von Mittweida krankten wir an derselben Noth, so daß es mir nur möglich wurde, außer einer Privatbesprechung in Schellenberg zwei sehr gut besuchte Versammlungen, in Mittweida und Krumbach abzuhalten, alle ferner noch arrangirten Versammlungen in Alt-Mittweida, Burgstädt, Taura ꝛc. wurden in Folge der Limbacher und Wittgensdorfer Vorgänge wo die Chemnitzer Reichstreuen die ihnen gebührende Zurückweisung erfahren hatten, von Herrn Amtshauptmann von Welck in Rochlitz auf Grund des § 12 des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes verboten, so daß meine Thätigkeit in den letzten Tagen wesentlich nur eine organisatorische sein konnte. In den nicht zur Rochlitzer Amtshauptmannschaft gehörigen Orten wie Frankenberg, Sachsenburg, Limbach, Wittgensdorf, Pleisa, Ebersdorf ꝛc. sind außerdem noch von den Genossen Hasenclever, Motteler, Nauert, Werner und Wiemer sehr günstig verlaufene Versammlungen abgehalten worden, über welche dieselben wohl selbst berichten werden. Daß es von Seiten der Gegner, der jetzt wieder vereinigten reaktionären Masse, an Verleumdungen, Beschimpfungen und Verdächtigungen aller Art gegen uns nicht gefehlt hat, brauche ich wohl nicht besonders hervorzuheben, doch alle diese schmählichen Manöver haben nichts genutzt, der gesunde Sinn des arbeitenden Volkes hat sich nicht beirren lassen, sondern gerade die erbärmliche Kampfesweise der Gegner, welche entschieden jeden anständigen, denkenden Menschen anwidern mußte, hat wohl wesentlich mit dazu beigetragen, uns einen glänzenden Sieg zu sichern. Der 15. Wahlkreis gehört jetzt wieder unbestritten der Sozialdemokratie, denn, wie bereits anderweitig gemeldet, ist unser Genosse Jul. Vahlteich mit einer Majorität von über 1000 Stimmen siegreich aus der Wahlurne hervorgegangen! Lüge und Verleumdung ist unterlegen, denn — die Wahrheit bohrt sich durch! H. Oehme.

Greiz, 15. August. Es dürfte wohl von Interesse sein, noch einmal auf die Wahlschlacht zurückzukommen, um über die Machinationen unserer Gegner wenigstens theilweise zu berichten. Wir hielten im Ganzen mit unserem Kandidaten 9 Versammlungen ab, wovon nur zwei mit völliger Redefreiheit verliefen, d. h. es erblickte in diesen Versammlungen die Polizei „nichts Staatsgefährliches“. Aber in den darauffolgendem wurde unserm Candidaten der Maulkorb umgehängt.

So hatte u. A. eine Versammlung in der „Wilden Taube“ stattgefunden. Kaum hatte unser Kandidat 10 Minuten gesprochen, so erscholl seitens der Polizei der Ruf: „Das ist nicht wahr, das ist nicht wahr!“ Die „Unwahrheit“ bestand einfach darin, daß unser Candidat betreffs eines Verbotes das Landrathsamt mit der Regierung verwechselt hatte. Die Versammlung verlief aber sonst in der schönsten Ruhe und wurde halb 11 Uhr geschlossen. Wie es nun üblich ist, daß man bei Versammlungen nach Schluß noch sich unterhält, so war es auch hier. Kaum hatten wir eine halbe Stunde in der Wirthsstube gesessen, da erscholl das Wort „Feierabend“. Wir tranken unser Bier daher aus und gingen nach Hause, die Polizei hinterdrein. Den andern Tag hielten wir eine Versammlung ab, die gut besucht war. Die Versammlung wurde zu der angemeldeten Zeit eröffnet. Der Vorsitzende machte noch bei der Eröffnung bekannt, daß alle Diejenigen, welche noch nicht das 25. Jahr erreicht haben, sich zu entfernen hätten. Kaum hatte der Vorsitzende die Lippen geschlossen, so erscholl mit dumpfer Stimme der Ruf: „Die Ausländer müssen auch hinaus!“ (Es hatten sich nämlich mehrere Genossen aus Elsterberg mit eingefunden.) Daher verließen die Genossen aus Elsterberg als „Ausländer“ das Lokal. Die Versammlung dauerte der beschränkten Redefreiheit halber nur eine Viertelstunde.

Den 28. Juli hielten wir eine Versammlung in Natschau ab. Unser Candidat sprach in sachlicher Weise bereits fünfviertel Stunde, ohne der überwachenden Polizei die Bemühung zu bereiten, die Zunge in Bewegung zu setzen. Als das Referat von Blos zu Ende war, forderte der Vorsitzende Diejenigen auf, welche für oder gegen sprechen wollten, sich zu melden. Es meldete sich ein gewisser Herr Pelz zum Wort, um allerlei Unsinn zu Tage zu fördern. Dabei kam dieser auf die „Steuern“ zu sprechen. Als Blos ihn glänzend widerlegte, sprang der Ueberwachende auf und schloß die Versammlung mit den Worten: „Ueber Steuern darf nicht gesprochen werden.“ Den 29. Juli hatten wir eine Versammlung für die Bewohner der Stadt Greiz nach Politz einberufen. Die Versammlung war sehr gut besucht, so unter Anderm auch von vielen Gegnern. Unser Candidat erntete rauschenden Beifall. — Sind wir auch dieses Mal unterlegen, so können wir uns das ins Gewissen rufen, daß wir mit Ehren unterlegen sind.

Central-Wahlcomité der sozial. Arbeiterpartei.

Oeffentliche Quittung.

Diese Quittung enthält alle Zahlungen vom 22. Juni bis 21. August 1878.

Wie schon früher im „Vorwärts“ mitgetheilt wurde, ist das Kassenbuch des Central-Wahlcomités nebst den dazu gehörigen Belegen am 22. Juni beschlagnahmt worden. Die letzte öffentliche Quittung in Nr. 56 des „Vorwärts“ reichte bis zum 10. Mai d. J. Für die Zeit vom 11. Mai bis 21. Juni kann, da die Beschlagnahme noch nicht aufgehoben ist, zur Stunde keine Quittung veröffentlicht werden. Doch soll dies später geschehen.

a) Wahlfond.

Hannover von einer Lusttour durch Evers 1,50. Memel d. Stieg 7,75. Rheda bei einer Lusttour v. Cigarrenarbeitern 16,00. Oggersheim d. Metzger 10,00. Baden-Baden L. 582 15,00. Posen d. Quolke 18,00. Geislingen v. A. G. 5,00. Dessau v. zwei Genossen 3,30. Connewitz d. Schimpf auf L. 4719 3,35; do. 5606 2,40; do. 1,50; do. Enders in Leipzig 2,57. Stuttgart v. Tapp 10,00; do. 10,00. Frohburg d. Geisthardt 5,00. Horst d. Geercken 10,10; Berlin Cigarren-Fab. J. Sch. M.-Str. 155 20,00. Burzdorf L. 290 3,00. Schedewitz d. Pommer 4,35. Iserlohn d. Parteigenossen 5,00. M. v. R. „für die Bekämpfer der Attentäter auf die Volksrechte“ 5,00. Hannover d. Behrens v. Cigarrenarb. 3,15. Gablenz L. 2776 5,40. Zwickau „aus vereinten Kräften“ 16,00. Delmenhorst d. Eisner 16,90. L. v. W. L. 80,00. Dahme d. Eltze L. 207 8,38. Rendsburg durch Cäcilia 3,00. Borst durch U. 15,00. Herzberg durch Stöhr 1,50. Bochum durch Klein 12,00. Fulda d. Wagner 15,00. Salzungen d. Bodechtel 10,00. Frankfurt a. M. v. Ad. Dr. 2,00; do. durch Unterbleiben d. Congresses 5,00. Freden d. Proetzsch L. 297 6,20. Kesselstadt d. Roth 5,00. Düsseldorf X. Y. Z. 5,00. Einsiedel d. Müller 7,32. Wolfenbüttel L. 5374 u. 2936 8,65. Hannover d. Be. 6,00. Schleswig d. Ungenannt 20,00. Heddernheim d. Schmidt L. 134 17,12. Ludwigshafen d. F. G. L. 2973 25,40. Volkmarsdorf d. Schultze 11,55. Frankfurt a. M. auf Listen 75,00. Posen d. Anders 20,00. Wormditt d. B. u. S. 10,00. Ulm v. Ulrich 100,00. Berlin d. Wende 3,00. Garding auf L. 114 7,60. Löbau d. Böhmer L. 1534 1,90; do. 1535 2,75; do. 1536 2,60. Essen d. Kremer 31,00. Jever Markrodt 4,00. Ulm d. Reisbach 6,00. Magdeburg d. Gröper 20,00. Görlitz d. Ulrich 12,30. Regensburg L. 621 12,77. Lörrach L. 2111 8,50; do. bei einer Vereinsunterhaltung ges. 6,24. Zürich von Dr. Wiede 8,00; do. v. Stichelhuber 1,67. Duisburg durch Grobe 14,70. Gießen auf L. d. P. 30,00. Annweiler L. 1438 2,80. Duisburg v. Hohfelder Bahnbrechern 14,70. Neumarkt L. 72 2,15. Bothnang d. Roggenbach 3,00. Brandenburg L. 33 u. 34 43,20. Düsseldorf d. Nicol 8,00. Weimar d. Haupt 21,00. Potsdam d. Haburg 21,00. Baden-Baden L. 583 15,00. Limbach L. 2955 1,25; do. L. 2956 4,75; do. L. 2957 1,75. Arnstadt d. Gläser 55,00. Berne d. v. d. Heid v. Cig.-Arbeitern 14,00. Marburg d. Schneider 6,00. Delmenhorst L. 54 u. 55 10,25. Flensburg d. Witte v. Johannsen's Cig.-Fabrik 25,70. Luxemburg d. F. G. von versprengten Sozialisten 16,50. Lüttich d. Schlebach 36,30. Altenburg d. Watzolik 8,00. Verden d. Freudiger 68,25. Reutlingen d. Walz v. A. R. 3,00; do. Zirbs 4,00; do. Weller 1,00; do. Ulmer 0,80; do. Kern 0,20; do. L. 627 1,35; do. L. 629 4,50; do. L. 3068 2,00; do. v. einer Versammlung 3,70. Stadt-Ilm d. A. Freb 2,70. Wurzen L. 410 5,00. B. v. D. E. F. 200,00; do. 300,00.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten

der Redaktion. R. K.: Wir haben die betreffenden Artikel nicht gelesen. — G. Schön in Göppingen: Schreiben Sie doch einen Artikel über die beregte Sache. Ihrer Correspondenz erhielten wir zu spät und im Drange der Wahlbewegung ist sie zurückgelegt worden. — W. L.: Um Ihre Frage zu beantworten, müßten wir erst wissen, aus welchen Motiven Sie eine von den neueren fremden Sprachen erlernen wollen. — Amicus: Eine solche Karte ist schon erschienen. Ihren Artikel erhalten. — H. U.: post festum heißt: nach dem Ereigniß oder: zu spät.

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**
Montag, den 26. **August**, Abends halb 9 Uhr, Roßstraße 4b:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung und Vereinsgelegenheiten. [90

Nur Mitglieder, welche nicht mehr restiren, als das Statut gestattet, haben Zutritt. **D. V.**

Ein Schlosser (unverheirathet), **Parteigenosse**, jetzt als Gasmeister thätig, sucht sofort oder später eine ähnliche oder sonstige Vertrauensstellung, weil solche schon bekleidet. [1,80

Zeugnisse auf Verlangen zu Diensten. Offerten sub. L. H. Expedition des „Vorwärts“ erbeten.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen: [2,10

Bornhak, Religion und Sozialismus	M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk	„ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung	„ —,60
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden	„ —,30
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage	„ —,30

Durch uns kann bezogen werden:

Lithographische Wahlkarten,

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878, sind gegen Einsendung von M. 1,10 incl. Porto durch uns zu beziehen.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hoyge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 101. Mittwoch, 28. August. 1878.

Der Gesetzentwurf gegen die Sozialdemokratie.

III.

Paragraph 16 des famosen Entwurfs lautet:

„Wer an einem verbotenen Verein mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes als Mitglied sich betheiligt oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung mit Kenntniß des Verbotes sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung sich nicht sofort entfernt. Gegen Diejenigen, welche sich an dem Vereine oder an einer Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassirer betheiligen, oder welche mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes zu einer verbotenen Versammlung auffordern, ist auf Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre zu erkennen."

Aehnlich, wie hier, lauten die Strafen in Bezug auf Verbreitung oder Wiederabdruck verbotener Druckschriften.

Die Strafen sind nicht viel höher als diejenigen, welche das preußische Vereinsgesetz für derlei Uebertretungen festsetzt — aber — und nun wollen wir auf eine juristische Monstrosität aufmerksam machen.

Das Verbot von Vereinen und die eventuellen Bestrafungen der Vereinsmitglieder und Ordner, Leiter ꝛc. ꝛc. besorgen bei der ordentlichen Gesetzgebung immer dieselben Behörden: Verwaltungsbehörden und in den Instanzen richterliche Behörden und zwar zu derselben Zeit. Eine Strafe kann auch deshalb nur erfolgen, wenn das Verbot ein endgültiges ist; ein juristischer Conflikt ist also nicht möglich.

Nach dem neuen preußischen Entwurf aber wird der Uebertreter von den ordentlichen Richtern zu Strafe verurtheilt, während das Verbot durch einen außerordentlichen Gerichtshof rückgängig gemacht werden kann. Der ordentliche Richter wird, und mit Recht, jeden Uebertreter des ersten polizeilichen Verbots bestrafen und zwar kann er es mit Gefängniß bis zu einem Jahre.

Nehmen wir nun den Fall an, daß die Polizeibehörde einen Verein geschlossen hat; der Vorsitzende legt bei dem „Reichsamt für Vereinswesen" Berufung ein und in dem Glauben an sein zutes Recht eröffnet er den nach seiner Meinung also zu Unrecht geschlossenen Verein wieder. Nach Paragraph 16 wird er mit 1 Jahr Gefängniß bestraft. Man sperrt ihn nunmehr ein. Nach einigen Monaten entscheidet das Reichsamt, daß der Verein zu Unrecht aufgelöst worden ist, daß der Verurtheilte in seinem Rechte, die Polizei im Unrecht war. Nach allen Vernunftsbegriffen müßte nun der Verhaftete schleunigst entlassen und der betreffende Polizeibeamte eingesperrt werden. Mit Nichten!

Derjenige, der im Rechte war, muß seine volle Gefängnißstrafe „abbüßen" — eine nette Buße! — die Polizeibehörde aber, die im Unrechte war, darf frisch und frei weiteres Unrecht ungestraft auch fernerhin verüben.

Und das nennt man im preußischen Ministerium „Gesetze machen". Daß sich ein Botokude über solche Gesetzgeberei erbarme! —

Paragraph 20 des Entwurfs lautet:

„Personen, welche es sich zum Geschäfte machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche nach rechtskräftiger auf Grund dieses Gesetzes erfolgter Verurtheilung wegen einer darauf begangenen Zuwiderhandlung gegen dasselbe rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt werden. Wenn sie Ausländer sind, können sie aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Unter gleichen Voraussetzungen kann Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesecabineten, sowie Gastwirthen, Schankwirthen und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden. Personen, welche es sich zum Geschäfte machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zu befördern oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes einmal rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann der Legitimationsschein zur gewerbsmäßigen öffentlichen Verbreitung von Druckschriften und der Legitimationsschein zum Verkaufe von Druckschriften im Umherziehen entzogen, sowie die nicht gewerbsmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften untersagt werden. Druckereien, welche geschäftsmäßig zur Förderung der im § 1 bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, können geschlossen werden."

Ein kostbarer Paragraph! Personen, welche es sich zum Geschäfte machen, die Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, kann der Aufenthalt in bestimmten Bezirken Deutschlands untersagt werden. Männer, die 20 Jahre in ihrer Heimath treu und brav im Interesse der Gemeinde, zur Aufrechthaltung der Ordnung und zwar zeitweise als Bürgermeister, wie das im Großherzogthum Hessen vielfach der Fall ist, gewirkt haben, sollen aus ihrer Heimath vertrieben werden können, wenn sie nicht von ihrer Ueberzeugung lassen! Denn was soll es heißen: „die es sich zum Geschäfte machen"? Soll es heißen, die sich für ihre Thätigkeit in dieser Beziehung bezahlen lassen, so läßt sich eben kein Mensch mehr für eine solche Thätigkeit bezahlen und betreibt hinfüro die „Untergrabung" zum Vergnügen. Ihn kann dann nach dem Wortlaute des § 20 das Verhängniß nicht ereilen. Meint man aber mit dem Ausdrucke: „die es sich zum Geschäfte machen" eine wiederholte Thätigkeit in der „Untergrabung" — und diese Bedeutung soll wohl der ungenaue Ausdruck haben — so kann jeder Sozialdemokrat, selbst wenn er der treueste Gemeindebürger viele Jahre hindurch war, schon dann, wenn er mit Freunden am Stammtisch (Verein, Versammlung!) einigemal über die soziale Frage spricht, aus seiner Heimath ausgewiesen werden. Welches horrende Gesetz!

Aber auch das Denunciantenwesen wird dann zu einer noch größern Blüthe, zum Verderben unseres Vaterlandes gelangen! — —

Der § 23 erlaubt dem Bundesrath, zu jeder Zeit auf die Dauer eines Jahres den Belagerungszustand in besonders „bedrohten" Gegenden zu proklamiren.

Dagegen haben wir nichts zu sagen; sollen Freiheit und Bürgerrecht einmal mit Füßen getreten werden, dann wünschen wir, daß dies recht fühlbar geschehe! — — —

In einem weiteren Artikel werden wir noch einige allgemeine Schlußbemerkungen machen über das „Untergrabungsgesetz", wie es die „Wage" in richtiger Erkenntniß nennt.

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Die ehrlich liberalen, und darum nicht nationalliberalen, „Hessischen Volksblätter" schreiben:

„Der Entwurf des „Sozialistengesetzes" findet die einstimmige Verurtheilung aller unabhängigen und wirklich liberalen Organe nicht allein des deutschen Reiches, sondern der ganzen civilisirten Erde. Wäre es auch nur denkbar, daß nicht etwa der vorliegende Entwurf, sondern auf dessen Basis auch blos eine Modifikation desselben seitens des neuen Reichstags angenommen würde — dann lebt wohl, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht — dann Ade, ihr nach so langem Ringen endlich mühsam errungenen, noch so dürftigen Volksrechte in dem deutschen Reiche — unsere Generation dürfte einen solchen Abschied jedenfalls auf „Nimmerwiedersehen" zu betrauern haben. Doch wird, so hoffen wir zu Gott, von der Vertretung des deutschen Volks wohl noch dafür gesorgt werden, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die jüngsten Reichstagswahlen müßten aber auch inzwischen den Machthabern an den trotz aller Verfolgungen so riesig aufgewachsenen sozialistischen Stimmen auf's Neue gezeigt haben, daß es ein Irrthum ist, zu glauben, das „rothe Gespenst" mit Strenge und Gewalt unterdrücken zu können. Kein Staat Europas wird (wenigstens heute noch) drakonischer regiert als Rußland, und wir sehen, daß in diesem unermeßlichen Knechtsstaate die sozialistische Revolution immer dräuender um sich frißt. Der Nihilismus erweist sich stärker als die Knute, und aus Petersburg kam erst vor wenigen Tagen die sensationelle Botschaft, daß der Nachfolger Trepow's, General Mesenzow, ebenfalls mit dem Revolver erschossen (nach Anderen erdolcht) wurde. Man sieht, die fürchterliche Attentats-Manie kommt auch in Rußland zum Vorschein und die Nihilisten lassen sich durch die militärische Gloire der Nordmacht nicht in ihrer „Arbeit" beirren, sie setzen ihr finsteres Werk in den großen Städten des Czarenreiches unermüdlich fort, wie die jüngsten blutigen Straßenscenen in Moskau und Odessa in unheimlich schlagender Weise darthun.

„Und die Lenker der Staaten sollten aus diesen Lehren keine Moral ziehen? Sie sollten sich nicht fragen, warum man heute in Frankreich und England, den Heimstätten der Internationale, nichts von Mord und Todtschlag hört, während sich unter dem erdrückenden Joche Rußlands und dem streng disziplinirten Militarismus Deutschlands solche betrübende Scenen abspielen können? Es scheint fast banal, wenn man heute noch an den alten Vers Schiller's erinnern soll: „Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht — vor dem freien Manne erzittere nicht!" Und doch liegt in diesem Gemeinplatze die einzige Lehre, die man den Regierenden immer und überall ertheilen muß. Wenn die bürgerliche Gesellschaft krank ist, hilft kein Eisen und helfen keine eisernen „Sozialistengesetze" — dann giebt es kein anderes Heilmittel als den Labetrunk der Freiheit, in vollen Zügen dargereicht, er allein vermag das Gift im Leibe der fiebergeschüttelten Massen zu besiegen, er allein vermag kranke Völker und Staaten wieder gesund zu machen. Anstatt auf Feldzüge und Eroberungen zu denken, anstatt wegen solcher eitlen Dinge dem Wohlstande der Völker unheilbare Wunden zu schlagen, suche man lieber auf den Frieden und das fortschreitende Gedeihen der bürgerlichen Gesellschaft hinzuwirken, und das rothe Gespenst wird aufhören, ein Schreckbild der Zeit zu sein, als deren verzerrtes — Spiegelbild es uns heute in's Gesicht grinst!"

Die oben erwähnte „Einstimmigkeit" der Verurtheilung findet sich jedenfalls in der englischen Presse. Die Londoner „Morning Post" urtheilt über das Gesetz, wie folgt:

„Diese Maßregeln sind in der That draftisch; es fragt sich aber, ob dieselben die Sachlage verbessern. Selbst angenommen, daß der Sozialismus durch die Blut- und Eisen-Methode ausgerottet werden muß, welche Aussicht bietet dies für ein uneiniges Deutschland? Wird der Haß des unter die Erde vertriebenen Sozialismus darum weniger giftig, seine Wuth der Verzweiflung der öffentlichen Sicherheit minder gefährlich sein?"

Die „Daily News" hofft, daß die nationalliberale und Fortschrittspartei, getreu ihren früheren Zusagen, jedes Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten bekämpfen und daß sie nicht anstehen werden, eine Maßregel zu verwerfen, welche an Oesterreichs dunkelste Tage erinnere. Die Regierung rechne auf die guten Dienste der Ultramontanen; vielleicht stütze sie sich auf ein Rohr. Die Ultramontanen hatten die Sozialisten während der jüngsten Stichwahlen unterstützt und würden für ihre Hilfe zweifelsohne einen allzuhohen Preis verlangen.

Aehnlich spricht sich der „Standard" aus; er ist der Meinung, daß der Reichstag das Gesetz nicht annehmen könne. Die Nationalliberalen würden sicher dagegen stimmen; die Ultramontanen könnten sich durch dessen Annahme die eigene Freiheit sichern, würden aber in diesem Falle ihren guten Namen gründlich verderben. Es sei ein seltsames Zusammentreffen, daß die einzige civilisirte Macht Europas, welche in der letzten Zeit mit dem Vatikan im erbittertsten Streite gelebt habe, auch gleichzeitig — mit dem Vatikan — die einzige theokratische Regierung Europas sei. Beide beanspruchen ihre Gewalt von göttlichen Rechten herzuleiten. Aus diesem Grunde schon sollten sich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten der Aussöhnung der beiden streitenden Theile entgegensetzen. Anderseits ist die Gegnerschaft zwischen der deutschen Regierung und der Sozialdemokratie eine tiefe und unversöhnliche. Die römische Kirche theilt dieselbe nicht; sofern die Sozialdemokratie atheistisch ist, wird sie die katholische Kirche zwar bekämpfen, allein diese Institution würde ihren Ruf für politische Voraussicht einbüßen, wenn sie sich auf Seiten ihres Feindes von gestern stellte, um die weltlichen Aspirationen der großen Menge zu bekämpfen, die der Armuth verfallen ist." — — —

Die englischen Blätter kennen unsere Nationalliberalen nicht, die sich bereits sehr energisch „auf's Handeln" — das heißt nicht die Aktion, sondern das nationalliberale „Handeln", nämlich das Feilschen und Schachern, verlegt haben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie und die gegnerische Presse.

Aus Schwaben.

Das war ein Jubel in den ersten Tagen nach dem 30. Juli in allen liberal-reaktionären Preßorganen über den Niedergang der Sozialdemokraten, „des Schandflecks in den Annalen unserer glorreichen Geschichte, der Eiterbeule am deutschen Volkskörper", und wie all die anderen lieblich-appetitlichen Epitheta noch lauteten, mit denen die sozialistische Sache in den letzten Monaten beehrt wurde, als von den zwölf sozialdemokratischen Abgeordneten nur zwei im ersten Wahlgang definitiv durchgedrungen waren. Aber wie bald verstummten die Siegeshymnen, wie kleinlaut wurden auf einmal die lautesten Schreier, als Schlag auf Schlag der elektrische Drath einen sozialistischen Wahlsieg nach dem andern in den Stichwahlen verkündete! In vier großen Städten dominirt die Sozialdemokratie: zwei von ihnen, Berlin IV und Dresden (Altstadt), hat sie gegen die vereinte reaktionäre Masse ehrenvoll gehalten, die beiden anderen, Breslau (Ost) und Elberfeld-Barmen, in heißem heldenmüthigem Ringen neu gewonnen, beziehungsweise zurückerobert. Fünf weitere Sitze fielen uns in den sächsischen Industriecentren zu: Glauchau und Stollberg erwiesen sich schon im ersten Wahlgang der gerechten Sache des Volkes unentwegt treu; die Verluste von Chemnitz, Leipzig-Land und Reichenbach-Kirchberg, die wir mit großen Minoritäten erlitten, wurden vollauf ausgeglichen durch die Gewinnung von Zschopau, Freiberg und Mittweida. Statt der zwölf sozialdemokratischen Abgeordneten kehren jetzt allerdings nur neun in den Reichstag zurück; aber wer hätte auch auf eine größere Zahl von Vertretern hoffen wollen in einem Kampfe, wie er ungleicher noch von keiner Partei zu keiner Zeit geführt worden ist? Vom fortgeschrittensten Demokraten bis herab zum feudalen Junker und orthodoxen Pfaffen, alle Welt hatte sich brüderlich die Hände zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes gereicht. Mit gerechtem Stolz blickt Deutschland auf diese Neun; sie legen Zeugniß ab von dem unentwegten Charakter und dem gesunden Sinne unseres Volkes, das sich durch keine Versprechungen, keine Einschüchterungen, keine Drohungen davon abbringen ließ, für das einzustehen, was es für gut, recht und wahr erkannt hatte.

Trotz alledem wagen noch einzelne liberale Organe von einem „Niedergang des Sozialismus" in Deutschland zu reden. So schreibt die „Elberfelder Zeitung": „Der Rückgang ist erfolgt. Die Zahl der sozialistischen Stimmen ist, wenn man die großen Städte ausnimmt, überall heruntergegangen. Am 10. Januar 1877 betrug die Summe der sozialistischen Stimmen 493,288, am 30. Juli nach der „Berliner Freien Presse" höchstens 450,000." Zugegeben, die Berechnung der „Berl. Fr. Pr." wäre richtig und nicht, wie ich entschieden glaube, zu niedrig gegriffen, so fallen, um die 450,000 Stimmen richtig zu würdigen, folgende Punkte ins Gewicht. Fürs erste war die Kraft der sozialistischen Agitation bei den jüngsten Wahlen auf nur 29 offizielle Wahlkreise beschränkt, während die Zahl derselben bei den Wahlen des vorigen Jahres 41 betrug. Von den Zählcandidaturen, die im verflossenen Jahr zum Prinzip erhoben waren, wurde diesmal aus taktischen Gründen Abstand genommen. Jedenfalls sollten in den Kreisen, wo gar nicht oder nur mit geringer Wahrscheinlichkeit auf einen Sieg oder ein Ausschlaggeben in der Stichwahl zu hoffen war, keine eigenen Candidaten aufgestellt werden. Wahlenthaltung oder Anschluß an die nächststehende Partei (mit Verpflichtung des Candidaten betreffs seiner Stellungnahme zum neuesten Ausnahmegesetz) wurde empfohlen. Jede unnöthige Geldausgabe sollte vermieden, die materiellen und die geistigen Kräfte der Partei auf die 29 offiziellen Wahlkreise conzentrirt werden. In diesen 29 offiziellen Wahlkreisen hat sich die Zahl der sozialistischen Stimmen gegen das vorige Jahr um ein ganz Bedeutendes vermehrt. Wo die Zahl heruntergegangen ist, wie in Reichenbach (Schlesien) und Nürnberg, da hat nur dem unerhörten Druck, der auf dem Fabrik- und Bergwerkproletariat dieser Gegenden lastete, die vereinte Reaktion ihre Pyrrhussiege zu verdanken. In den aufgeklärten protestantischen Gegenden, in den Mittelpunkten der Industrie und des Verkehrs hat die Sozialdemokratie rapide Fortschritte gemacht. Hamburg und Berlin liefern hierfür glänzende Zeugnisse."

So läßt sich der „Schwäbische Merkur“, die alte politische Wetterfahne im Lande Schwaben, der neuerdings mit Sack und Pack ins reaktionäre Lager übergelaufen ist und in Sozialistenfresserei das Menschenmögliche leistet, aus Hamburg über die Pyrrhussiege seiner Partei in Hamburg-Altona-Ottensen folgendes schreiben: „— — — Daß die Stadt Ottensen sozialistisch stimmen würde, wußte man, aber es wirkte doch sehr niederschlagend, daß dieselbe mehr als dreimal so viel Stimmen für den Sozialdemokrat Stöhr als für Beseler abgab. Ebenso muß es eigenthümlich berühren, welche gewaltigen Stimmenmassen in den schönen reichen Landorten zwischen Ottensen und Blankenese auf den sozialistischen Candidaten fielen. Kurz, in hiesiger Gegend ist trotz aller erfochtenen Wahlsiege an ein Zurückdrängen der Sozialdemokratie nicht zu denken, es muß vielmehr eine weitere Ausbreitung derselben noch stets befürchtet werden.“ Und von ihrem katholischen Standpunkt aus bemerkt die „Germania“ über den Wahlsieg Fritzsche's in Berlin mit Recht: „Am 10. Januar 1877 hatte Fritzsche 10,769 Stimmen erhalten, heute hat er schon mehr als das Doppelte, und ähnlich ist es mit dem sozialistischen Stimmenzuwachs in allen (protestantischen) Gegenden des ganzen Reiches gegangen.“ Den malitiösen Zusatz „protestantisch“, der seine Spitze anderswohin kehrt, lassen wir uns recht gern gefallen. Der Protestantismus arbeitet uns so gut vor wie der Nationalliberalismus, und, wenn dieser abgewirthschaftet hat, der Fortschritt und die bürgerliche Demokratie.

Viele liberal-reaktionäre Zeitungen können allerdings den Schlag, den ihnen der Sieg Fritzsche's, des mit der größten Stimmenzahl erwählten aller 397 Abgeordneten, versetzt hat, kaum verwinden. Ihrem verhaltenen Grimm macht beispielsweise die „Kölnische Zeitung“ bei Besprechung des Antisozialistengesetzes (Nr. 229 vom 18. August) in folgender Gemeinheit Luft: „Der preußische Entwurf richtet sich gegen gewisse „gemeingefährliche“ Vereine und Agitationen, mögen dieselben nun von Klempnergesellen wie Höbel oder Doktoren wie Nobiling, von Cigarrenmachern oder Hofpredigern betrieben werden.“ Ein Faustschlag ins Gesicht von 22,000 Bürgern, ihren Erwählten auf gleiche Linie mit einem verworfenen Subjekt wie Höbel zu stellen.

Ein Leitartikel der „Post“ deutet die Wahlerfolge der Sozialdemokratie für das Antisozialistengesetz aus, indem er denselben das Gute zuspricht, „daß die von der Opposition (damit sind Nationalliberalismus und Fortschritt gemeint) systematisch verbreitete Ansicht, zur Ueberwindung des Sozialismus bedürfe es nur des ernstlichen Wollens des liberalen Bürgerthums, in seiner ganzen Nichtigkeit dargethan werde.“

Um die Erfolge der Sozialdemokratie in den Stichwahlen zu verkleinern, hat man viel von einem ultramontan-sozialdemokratischen Bündniß gefaselt. Alle Zeitungen waren in den letzten Wochen davon voll; selbst der „Kladderadatsch“ geißelt in einem Leitgedicht mit hochtönendem Pathos in wuchtigen Terzinen den schwarz-rothen Pakt.

Die sechs sächsischen Sitze und Berlin kommen hierbei gar nicht in Betracht; bliebe also nur Elberfeld-Barmen und Breslau übrig. In Elberfeld-Barmen aber haben auf die Aufforderung des Freiherrn Schorlemer-Alst hin die meisten katholischen Wähler der Wahl sich enthalten und die übrigen getrennt, theils für Hasselmann, theils für Prell gestimmt. In Breslau ist der unerwartete Sieg nur der Rührigkeit und dem Opfermuth unserer Genossen, theilweise auch dem Zerwürfniß der Gegner zu danken. Die vereinte liberal-fortschrittlich conservative Reaktion hätte ja bei einigem Zusammenhalten selbst gegen ein ultramontan-sozialdemokratisches Bündniß, falls überhaupt ein solches bestanden hätte, mit leichter Mühe durchdringen können. Dies beweisen folgende Ziffern aus der ersten Wahl: Molinari (nat.-liberal) 5300, Weinhold (ultr.) 1700, Fuchs (cons.) 4400 gegen Reinders (soz.) 6600 Stimmen. Bei der Stichwahl gewann unser Genosse noch mehr als 3000 Stimmen, ein Beweis von der Lächerlichkeit der gegnerischen Phrase vom letzten Mann, den die Sozialdemokraten aufgeboten.

Allein nicht nur nicht verbündet war der Ultramontanismus mit der Sozialdemokratie, er hat sie im Gegentheil bekämpft. Nur mit Hilfe der katholischen Stimmen hat der Freiconservative Melbek über den seitherigen sozialdemokratischen Vertreter Rittinghausen in Solingen gesiegt. Und für den Wahlkreis, wo der sog. ultramontan-sozialdemokratische Pakt, denselben einmal zugegeben, vielleicht am ehrlichsten von der andern Seite gehalten wurde, für Offenbach-Dieburg, ist aus einem katholischen Wahlbezirk durch Vergleichung der Stimmen bei der ersten und zweiten Wahl von der „Berliner Freien Presse“ zur Evidenz erwiesen worden, daß bei der Stichwahl die katholischen Stimmen des Herrn Wasserburg nicht Herrn Liebknecht, sondern Herrn Dernburg zugefallen sind, der denn auch mit einer winzigen Majorität den Sieg davongetragen hat und bei Herrn Windthorst für sein Reichstagsmandat sich bedanken mag.

Wir haben sicherlich den Ultramontanen nichts zu Dank zu wissen: im Gegentheil, des Teufels Dank haben wir von vielen der Herren Clericalen geerntet dafür, daß wir in Mainz und München ihren Candidaten zum Sieg verholfen haben.

Die Sozialdemokratie ist in diesem schweren Kampfe ganz auf sich selbst gestanden. Jede Stimme, die für den sozialdemokratischen Candidaten abgegeben wurde, muß als die Stimme eines erklärten, ausgesprochenen, überzeugungstreuen Sozialdemokraten angesehen werden, und das ist es, was den 450,000 sozialdemokratischen Stimmen ihre hohe Bedeutung verleiht. Allein mit diesen 450,000 ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen noch keineswegs erschöpft. Wie viele Tausende sozialdemokratischer Stimmen mögen in den 7000 Stimmen des Herrn Sonnemann in Erlangen-Fürth, in den 9000 des Herrn Lasker in Meiningen II, wie viele Tausende noch in den Stimmen ultramontaner Abgeordneter stecken, die in den oberschlesischen und rheinisch-westfälischen Industriedistrikten unter christlich-(katholisch) sozialer Flagge (wie Herr Stötzel in Essen) ins Centrum sich wählen ließen?

In Württemberg besonders wurde der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen von den gegnerischen Organen mit schmunzelnder Befriedigung hervorgehoben. Abgesehen davon, daß uns eine ziemlich nahe stehende Partei, die Volkspartei, in den aussichtsvollsten Bezirken Concurrenz machte, mit dieser Concurreuz aber nur dem Regierungscandidaten zum Sieg verhalf (z. B. im I. Wahlkreis Stuttgart, im V. Eßlingen, im X. Göppingen), so lähmte vielleicht nirgends anderswo so sehr wie in Schwaben der Druck von oben alle unsere Bewegungen. Die Chikanen, die den Stuttgarter Genossen bereitet wurden, hat der „Vorwärts“ schon berichtet. Der Regierungsapparat wurde bis in die kleinsten Details gegen uns in Scene gesetzt und arbeitete mit solchem Hochdruck, daß Manteuffel und Eulenburg I und II ihre Freude hätten daran haben können. Erlässe des katholischen Kirchenraths an die Dekanatämter zur Instruirung der Geistlichen und Lehrer, Erlässe des Consistoriums an die Schulinspektoren, vertrauliche Mittheilungen der Postdirektion an die Postämter zur Beaufsichtigung ihrer Untergebenen, Besprechungen der Oberamtleute mit ihren Schulzen, Weisungen derselben an die Landjäger und Polizeidiener, kurz alles arbeitete zusammen, um die verhaßten „Demokraten“ todt zu machen. Unter den Oberamtleuten zeichnete sich besonders der vom Stuttgarter Amt aus — er führt den bezeichnenden Namen Drescher — der den preußischen Landrath noch übertrumpfte und hart an den türkischen Pascha streifte. Die Regierung darf auch mit voller Befriedigung auf ihre Arbeit blicken. Von 17 Abgeordneten gingen gleich im ersten Wahlgang 12 erklärte Jasager aus der Wahlurne hervor.

Einen wahrhaft komischen Eindruck mußte es daher auf den Kenner der Verhältnisse machen, wie der württembergische Moniteur, der „Staatsanzeiger“, die ernsten Anschuldigungen, die neulich im „Vorwärts“ gegen die württembergische Regierung erhoben waren, in nichtssagenden Phrasen mit einer trivialen Witzelei kurzer Hand abfertigte.

Chikane von oben, Bornirtheit und Dummheit von unten, Gemeinheit und Bosheit von allen Seiten — das waren die Mächte, mit denen wir in den letzten Monaten im Kampfe lagen, aus dem wir aber neugestählt und frisch gekräftigt hervorgegangen sind.

Und sollte uns noch Schwereres und Härteres bevorstehen, ja sollte der ungeheuerliche preußische Entwurf des Antisozialistengesetzes wirklich ins Leben treten und in seinem Gefolge Hunger, Kerker, Verbannung und Tod in unsere Reihen tragen — aus der eigenen Asche steigt ein neuer Phönix, der Sozialismus zu neuem Leben empor:

„Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!“

Sozialpolitische Uebersicht.

— Daß bei den „Harburger Unruhen“ es lediglich die Männer des Autoritätsglaubens, die „Kaiserlichen“ und die „Königlichen“ gewesen sind, welche sich gegenseitig die Köpfe eingeschlagen haben, dies ist jetzt vollständig erwiesen. Die „Hamburger Reform“, welche zuerst den Sozial-demokraten den ganzen Skandal zuschieben wollte, schreibt jetzt, da sie ihre früheren Lügen ihrem Lesepublikum gegenüber, welches den Sachverhalt kennt, nicht mehr aufrecht erhalten darf, vom 21. August Folgendes:

„Aus Anlaß der am letzten Sonnabend stattgehabten traurigen Vorfälle traf gestern der Landdrost in Begleitung höherer Beamten aus Lüneburg in Harburg ein, um sich an Ort und Stelle über das Geschehene zu informiren. Die Herren besichtigten den Schauplatz, auf welchem sich die Exzesse abgespielt, und werden gewißlich die Ueberzeugung gewonnen haben, daß von nun an die Regierung den feindlichen Bestrebungen der Welfenpartei mit schärferen Mitteln und auf anderen Wegen gegenüber treten muß, als bisher. Von den mehr als 20 Verhafteten, unter denen sich, soviel wir in Erfahrung bringen konnten, Sozialdemokraten nicht befinden, sind gestern Vormittag 13 Mann, unter ihnen die Mitglieder des Central-Wahlcomités der deutsch-hannoverschen Partei des 17. Wahlkreises, Kaufmann C. Bremann und Tischlermeister Moritz, nach Lüneburg transportirt worden, um dort ihrem weitern Schicksal entgegenzugehen.“

Auch die „Germania“, das Organ der Klerikalen und Welfen, nimmt die „Schuld“, wenn man die Nothwehr des Volks gegen die nationalliberalen Anmaßungen und Bedrückungen eine Schuld nennen darf, für ihre Partei allein in Anspruch. Nur der jammervolle „Gewerkverein“, das Organ des Dr. Max Hirsch, sucht die „Schuld“ noch immer der sozialdemokratischen Partei aufzubürden, indem das saubere Blatt schreibt:

„Uebrigens hat die Wahlbewegung mit einer grellen Dissonanz abgeschlossen. Menschenblut ist geflossen. In Harburg ist es zu einer Emeute gekommen. Die verbündeten Sozialdemokraten und Welfen fanden für ihren Jubel über den vermeintlich errungenen Sieg keinen besseren Ausdruck, als daß sie dem Candidaten der Nationalliberalen, Oberbürgermeister Grumbrecht, und dem Redakteur des liberalen „Harburger Anzeiger“ mit großen Steinen das Haus bombardirten, nachdem sie vorher schon einige Bürger barbarisch gemißhandelt hatten. Die Polizei rückte mit blanker Waffe, die Feuerwehr mit Spritzen und Fackeln gegen die Ruhestörer vor, vermochte aber nicht Herr derselben zu werden. Erst als die wenigen zur Zeit anwesenden Soldaten mehrmals scharf geschossen, gelang es den vereinten Bemühungen, die Tumultuanten zu zerstreuen. Ein Aufrührer wurde sofort getödtet, mehrere wurden schwer verwundet. Ein sauberes Gedenkblatt in der sozialdemokratischen Menschenbefreiungs-Geschichte.“

Geradezu wunderbar erscheint uns nach solchen Infamien, daß unsere Parteigenossen in Berlin bei einer etwaigen Aufstellung des Dr. Max Hirsch als Reichstagscandidat für den ersten Berliner Wahlkreis, falls eine Stichwahl stattfindet, für das ehrenwerthe Schimpf-Märchen stimmen wollen.

Noch sei erwähnt, daß die Nationalliberalen in ihrer Angst und ihrem Hasse gegen die Sozialdemokraten in Harburg am Morgen nach den Unruhen ausstreuten, die Hamburger Genossen würden 500 Mann stark ihren Harburger Brüdern zu Hilfe eilen. Unser Hamburger Parteiorgan erklärt aber, daß die Nachricht in dieser Form erfunden sei; die Hamburger Genossen hätten vielmehr vorgehabt, die auf der Elbe schwimmende sozialdemokratische Panzerflotte auszurüsten und Harburg zu erobern, doch seien die Unruhen zu früh erstickt worden. Das Hamburger „Fremdenblatt“ aber bemerkt ganz naiv, daß an beiden Nachrichten kein wahres Wort sei.

Daß die Nationalliberalen sich jetzt brüsten, „daß ihr Thun und Lassen niemals mit Blut besudelt worden sei“, ist allzuheiter. Die bekannte Aufseß-Affaire, bei der liberale Professoren einen vermeintlichen Franzosen, der sich aber als deutscher Gelehrter entpuppte, todtgeschlagen haben, die Merseburger Knüppelei, die blutige Schlägerei in der Leipziger Centralhalle und zuletzt noch der Mord eines sozialistisch gesinnten Arbeiters in Friedberg (Hessen) durch einen verhetzten Nationalliberalen illustriren dies.

Und da wollen diese „Mordbuben“ noch mit Steinen auf andere Menschen werfen und merken nicht, daß sie im Glashause sitzen?!

— Ein Attentat scheußlichster Art ist am 18. d. M. in Friedberg, Großh. Hessen, verübt worden. Ein junger, als friedfertig bekannter Mann wurde am Abend des genannten Tages von einem Individuum meuchlerisch überfallen und mit zwei Dolchstichen verwundet. Das Opfer dieses fluchwürdigen Attentats, Schuhmachergeselle Rödler, wird schwerlich mit dem Leben davonkommen. Der Meuchler, der sich durch die während der That ausgestoßenen Worte: „Die Sozialdemokraten wollen wir vernichten!“ als Ordnungsbandit legitimirte, ist leider entsprungen. Wir haben hier eine Frucht der infamen Hetzerei, welche seit Mitte Mai von reichstreuer Seite systematisch betrieben worden sind. Wir fordern die Behörden auf,

Von Zürich nach Brüssel.

Eine Flüchtlingsbetrachtung von August Kruhl aus Halberstadt.

Wie meine nähern Freunde und wohl auch die weiteren Leser des „Vorwärts“ durch meine Ausweisungsgeschichte aus Schaffhausen erfahren haben, bin ich im Frühjahr d. J. nach der Schweiz gegangen, um mich einer Gefängnißhaft von 12½ Monat zu entziehen. Ich habe das aus verschiedenen Gründen gethan. Einmal weil ich die letzten vier Jahre durch ein sehr mühevolles Leben bedeutend materiell und physisch gelitten, sodann auf den Rath und das Anbringen der verschiedensten Freunde verschiedenster Lebensstellungen, und endlich — weil mir trotz meiner fünfzig Jahre immer noch ein unverwüstlicher Idealismus anklebte und vorschwebte, der mir es mit rosigen Farben vorspiegelte, auch diese Seite des Lebens, das Flüchtlingsleben, kennen zu lernen. Das darf ich aus innerster Gewissenhaftigkeit hier sagen, daß es die Furcht vor dem Gefängniß nicht war! Heut' nun, nachdem ich in die verschiedensten Verhältnisse geblickt, nachdem ich mir alle Seiten dieses Lebens betrachtet, heut darf ich mir, sei die Zeit auch kurz, doch wohl zu Anderer Nutzen ein Urtheil erlauben, was dem einen oder dem andern Freunde als ein Fingerzeig auf diesem gefahrvollen Wege dienen könnte.

Zunächst die schweizerischen Verhältnisse. Sie sind vollständig andere geworden, als wir 1848er Demokraten und Republikaner sie von ehemals kannten. Uns erwartet, uns Arbeiter nämlich, drüben über der Grenze kein liebevolles, politisch-verständnißinniges Entgegenkommen wie den alten Demokraten von 1848. Uns erwartet keine Sympathie, die uns den Weg zu offenen Stellen und Aemtern ebnet, kein Händedruck, kein Einführen in behäbige Cirkel wohlsituirter Bürgerfamilien, kein Zuruf und Zuspruch muthiger Aus auer und dabei bethätigter Unterstützung — nichts von alledem! Stelle du dich, du Arbeiter, an die Straßenecke, an den Markt des Lebens, gehe Fabrik aus und ein Arbeit suchend, empfangen und entlassen mit höhnischen, dummstolzen, übermüthigen, frechdreisten Mienen und Geberden, wie sie sich beim Bourgeois in Folge seines Wohlseins, seiner Machtfülle herausbilden, aber erhoffe nie ein Wort der Theilnahme, der Ermunterung, des Entgegenkommens. Unsere wenigen politischen Freunde aus dem Arbeiterstand, die Deutschen nämlich, alle Achtung vor ihnen! Sie möchten helfen, wenn sie könnten! Zudem wird der geborene Schweizer, sei er Fabrikant, sei er Arbeiter, von Tage zu Tage mehr mißtrauischer gegen die immer mehr zunehmende Ausbreitung des deutschen Elementes, ich meine des reindeutschen. Er sieht die Deutschen wohl überhaupt gern kommen als Touristen in den Hotels, er sieht sie gern kommen mit gefüllten Börsen oder sich niederlassen in Villen an den Seen und Bergen; aber solche, die Arbeit suchen wollen? — — sendet die Schweiz doch jährlich selbst tausende von Bettelkindern hinaus nach Schwaben, die sich als Hütekinder und Aehrenleser die Sommerzeit ihr Stückchen Brod verdienen müssen, und sind mir doch selbst auf meinen Kreuz- und Querwanderungen in Fluren und Wäldern Jammergestalten begegnet, wie wir sie trauriger, dürftiger auf den ärmsten Fleckchen des schlesischen Riesengebirges oder des Harzes nicht zu sehen gewohnt sind. Armuth und Elend allüberall. Armuth und Elend und ein wüstes Verprassen und Verlottern von Seiten der „Auserkorenen“ — auch in der Republik. Hat es doch die Raffinirtheit schon so weit gebracht, daß in den Luxushotels die Kellner mit Glacéhandschuhen servieren müssen.

Und zudem noch ein Element. Was wir durch energisches Kämpfen uns erst erringen müssen, was wir mit mühsamen Opfern erst schaffen wollen, das zeigt und bietet die Natur in ihrer Einfachheit längst. Ist doch immer die genialste, ideellste Leistung höchstentwickelter Kunst oft nur eine dürftige Nachbildung längst vorhandener Formen und einfacher Verrichtungen des Naturlebens. Was wir am Deutschen erst schaffen wollen, die Organisation der Arbeiter, der Massen, das haben die Italiener in der Schweiz längst, längst ganz unbewußt in ihrer Eigenthümlichkeit, in ihrer Einfachheit und der Beweglichkeit ihres Charakters. Wo ein Loch im Erdreich gemacht wird, wo ein Graben gezogen wird, wo ein Fundament gemacht wird, wo Schmutz, Steine, Geröll, wo Berge in Thäler zu versetzen sind, da sind diese geschäftigen Italiener, allüberall und nirgends. Heut sah ich die ankommenden Züge auf dem Bahnhof Zürich Hunderte, ich möchte sagen Tausende dieser Gestalten ausspeien, voll Furcht, wo all diese Männer wieder unterkommen werden, und schon morgen sah ich sie beschäftigt da und dort, hier und da. Und war's nicht hier, so gewiß, wenn ich morgen den See entlang ging bis Küsnacht, wo das Wetter von der ersten Juniwoche so schreckliche Verheerungen angerichtet. Und immer hinein bis an den Hals ins Wasser, in Schmutz und Koth ohne Commando, ohne Scheltworte, pfiffig, schnell, gewandt, diese oft so intelligenten Gestalten und prächtigen Gesichter! Und wenn die Züge auf allen Bahnhöfen immer neue Massen dieser Gestalten ausspucken — morgen sind sie alle untergebracht ohne Organisation — und doch wieder nur durch Organisation! Sie sind in und durch die Natur organisirt wie die Biene, die Ameise, deren keine unnütz zum Ganzen, zum Bau gehört! Und diese Massen Italiener, die drücken die Lohn- und Handarbeiter anderer Nationalität zurück in andere Branchen und so weiter, bis ein Drängen, ein Schieben, ein Kampf der Einzelnen, ein Kampf Aller gegen Alle entsteht.

Und darum — wo einer unserer Genossen Arbeit in der „freien“ Schweiz zu finden hoffte, außer seiner angelernten Berufsweise, wenn er sich in der Lage sieht, ohne diese durchkommen zu müssen, der wird sich vollständig enttäuscht finden. Zudem ist Zürich, wo ich mich gegen 14 Wochen mühsam, oft unter den undenkbarsten Entbehrungen gehalten, denn doch nicht eine Stadt, die der Beschäftigungen tausenderlei zu bieten vermöchte, wie irgend die Haupt- oder Großstadt eines andern Landes. Zürich ist mehr Villenstadt und der Fabrikbetrieb dreht sich mehr um Seiden-, Baumwollen- und Papieranfertigung, zu dem ja so sehr billige Kräfte, die weiblichen, zu haben sind.

Aus diesen und mancherlei andern Gründen entschloß ich mich endlich, nach Deutschland zurückzukehren*) und nach überstandener Haft wieder ein Glied in der Kette des Ganzen zu sein. Ich habe gesehn und fühlen gelernt: Jeder muß auf seinem Posten bleiben und sei derselbe noch so schwer! In unverstandenem Interesse sind nach 1848 Tausende braver Deutsche nach Amerika gewandert aus Furcht vor der „Reaktion“, die damals im Vergleich zu der gegenwärtigen eigentlich keine war. Und sie alle sind gestorben oder verdorben oder — haben dem demokratischen Namen wenig Ehre gemacht. Ich habe mir gesagt: Hat ein Blanqui die beste Zeit seines Lebens im Kerker verbüßt, müssen Tausende die trockene Guillotine auf Neucale-

*) Bravo! Red. d. „V.“

endlich einmal die „Schule des Verbrechens“ zu schließen, und durch ein kräftiges Gesetz den Ausschreitungen der reichstreuen „Mordbuben“, die sich heuchlerischer Weise Vertreter der Ordnung tituliren, wirksam zu steuern. Nieder mit den Attentätern!

— Die Inquisition gegen die Eisenbahnarbeiter und -Beamten beginnt nun in großartigem Maßstabe. Seit dem Erlaß des preußischen Handelsministers, Herrn Maybach, an die Eisenbahnverwaltungen, die sozialdemokratischen Elemente zu entfernen, haben sich verschiedene Direktoren vereinigt und diesbezügliche Grundsätze ausgearbeitet, denen zufolge solchen entlassenen Sozialdemokraten die Existenz gänzlich zunichte gemacht werden soll. Verzeichnisse von entlassenen Arbeitern werden angelegt; Berufserklärungen hinter denselben hergejagt — wie sich das mit den gewöhnlichen Rechtsbegriffen vereinbaren läßt, ist unbegreiflich? Wird hier nicht einer Corruption Thür und Thor geöffnet, die geradezu entsetzlich ist? — Nach den Ursachen zu forschen, warum die Beamten und Arbeiter Sozialisten geworden sind, hält man einfach für überflüssig; nur die Hungerpeitsche soll helfen. Würde man sich nur die kleine Mühe nehmen und die Verhältnisse prüfen, unter denen die Eisenbahnarbeiter und kleinen Beamten leben müssen, so wäre die Ursache gefunden — und auch die Abhülfe. Beseitigt die Ursachen des Sozialismus, ihr Herren Eisenbahndirektoren, und ihr werdet auch den Sozialismus vertilgen. Gebet euren Arbeitern und kleinen Beamten eine menschenwürdige Existenz, erhöhet ihre Löhne und Gehälter und sparet bei den höheren Beamten u. s. w. — das wäre schon ein Mittel. So aber vermögt ihr nichts, die Faust ballt sich im Geheimen: ihr habt nur Heuchler um euch, die Arbeit wird mit Widerwillen gemacht und Niemand sieht auf eure Habe in der Weise, wie es zufriedene und glückliche Menschen thun würden.

Wenn diese Wirthschaft so fortgetrieben wird, ist gar nicht abzusehen, in welchen Pfuhl von Unmoralität Deutschland hineingeräth; auf der einen Seite wird das Denunziantenthum in einer Weise großgezogen, daß einem die Haare zu Berge stehen, auf der andern Seite wird mit roher Gewalt auch jeder freie Gedanke, geschweige jedes freies Wort, unterdrückt und so ein kriechendes Heuchlerthum großgezogen. Schöne Aussichten für Deutschlands Zukunft!

— Nur konsequent. In der „Magdeburgischen Zeitung“ finden wir folgende Notiz:

Halle, 21. August. Die sämmtlichen hiesigen Kriegervereine haben ihre sozialdemokratischen Angehörigen zum Austritt aufgefordert; wenn dieselben nicht freiwillig austreten, werden sie ausgewiesen werden. So ist es auch in der Ordnung.“

So? das ist „in der Ordnung“? Gut, dann „ist es auch in der Ordnung“, daß Sozialdemokraten nicht in die Armee aufgenommen werden. Wenn sie für die Armee gut genug sind, sind sie auch gut genug für die Kriegervereine, d. h. für die Vereine der ehemaligen Mitglieder der Armee. Und wenn sie für die Kriegervereine nicht gut genug sind, sind sie auch für die Armee nicht gut genug. Um diese Logik kommt man nicht herum. Uns soll's übrigens ganz recht sein, wenn die Sozialdemokraten für unwürdig erklärt werden, in die Armee einzutreten. In wenigen Jahren wäre dann die gesammte deutsche Jugend sozialdemokratisch und unsere Armee hätte in der gemüthlichsten Weise von der Welt aufgehört zu existiren. Wir gestehen, daß wir diese Lösung der brennenden Frage des Militarismus für die beste halten, welche sich uns bisher dargeboten hat.

— Auch in der Schweiz treibt die Reaktion einige komische Blüthen. Das „Züricher Tagblatt“ bringt nämlich unterm 16. d. folgenden Ukas:

„Bekanntmachung! Aus Anlaß eines Spezialfalles werden hiermit Umzüge mit der rothen Fahne auf Stadtgebiet verboten. Theilnehmer an einem solchen Umzuge werden auf Grund des § 80 des Strafgesetzbuchs wegen Ungehorsams gegen amtliche Befehle den Gerichten zur Bestrafung überwiesen. Das Verbot erstreckt sich auf das laufende Jahr.

Zürich, den 16. August 1878. Die Stadtpolizei.“

Kennt die Züricher Stadtpolizei nicht das schöne Gedicht: „Der Ochs und das Morgenroth“?

— Die Ordnungspresse thut, als ob das gelungene Attentat auf den russischen Polizeiminister Mesenzow etwas ganz Unerhörtes wäre. Sie scheint nicht zu wissen, daß der politische Meuchelmord zur russischen Wirthschaft gehört, und daß schon vor 40 Jahren der Franzose Custine die russische Monarchie als „durch Meuchelmord gemäßigten (moderé) Absolutismus gekennzeichnet hat.“ Es ist jetzt nur ein Unterschied eingetreten. Früher war es die kaiserliche Familie und der hohe Adel, welche das Monopol des Meuchelmords hatten. Jetzt haben wir die Attentate von unten, die den bisherigen Attentatszüchtern wohl unbequem sein mögen, aber sicherlich mindestens dieselbe Berechtigung haben wie die Attentate von oben.

— Vom Kriegsschauplatze. Genosse Tischer in Görlitz, welcher zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt war, ist in zweiter Instanz freigesprochen worden. — Genosse Max Neisser in Bremen hat ebenfalls eine Freisprechung erlebt; dagegen ist W. Frick in Bremen zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Genosse Dietzgen ist gegen Kaution von 1500 Mark aus der Untersuchungshaft in Köln entlassen worden. — Am 21. d. M. wurde in Stuttgart Dr. Dulk nach geschlossener Voruntersuchung aus der Haft entlassen. Die Reichstagswahlen sind jetzt vollständig vorbei. — Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Berliner Freien Presse“ schweben gegenwärtig 30 Prozesse. — Nachdem Genosse Klute im Gefängniß zu Zeitz wegen Majestäts- und Bismarckbeleidigung, begangen in einer Rede, die er in Teuchern bei Zeitz gehalten hatte, acht Monate „abgesessen“ hat, „verbüßt“ derselbe gegenwärtig eine weitere Gefängnißstrafe von drei Monaten, die ihm hier in Erfurt zuerkannt worden ist. — Genosse Kayser in Dresden, der sich gegenwärtig im Gefängniß aufhält, ist neuerdings wieder wegen einer frühern Beleidigung eines Polizeibeamten zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Der Redakteur unseres Kieler Parteiorgans (Schleswig-Holsteinische Volkszeitung), Genosse Bérard, ist wegen Beleidigung des Oberst von Lüderitz, des Handelsministers, des Polizeipräsidiums zu Berlin und des preußischen Richterstandes zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden. — Am Sonnabend wurde in Berlin die „Berliner Freie Presse“ wegen eines Leitartikels: „Das Henkerbeil“ überschrieben, confiscirt. Bei einer Auflage von 14,000 sind 4 Exemplare erwischt worden. Pulkrabeck, der für die Redaktion zeichnet, ist verhaftet worden. — Die „Wage“ von Guido Weiß wurde wegen eines Artikels: „Das Untergrabungsgesetz“ confiscirt. — Nr. 30 der „Königsberger Freien Presse“ wurde nachträglich confiscirt.

— Haussuchungen wurden im Wahlkreise Lennep-Mettmann bei mehreren Genossen abgehalten, auch unter anderen bei Ernst Wilke, bei dem man ganz gewöhnliche Sachen, wie einen Roman „Deutsche Blätter“, eine Broschüre „Der Baukrach im Wupperthal“ u. a. mitnahm. Etwas Verdächtiges konnte man natürlich nicht entdecken — die Bücher unseres Genossen machen eben einen Spaziergang zum Untersuchungsrichter.

Aus Californien.

San Francisco, 30. Juli.

Seit etwa einem Jahre zieht die Arbeiterbewegung in Californien die Aufmerksamkeit der ganzen Vereinigten Staaten auf sich.

In Folge der auch bis hierher gedrungenen „allgemeinen Geschäftskrisis“ und des Ueberhandnehmens billiger chinesischer Arbeit haben in dem ehemals so gepriesenen Goldlande Verhältnisse Platz gegriffen, welche man noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten hätte. In dem reichen üppigen Californien, in dem stolzen San Francisco, der „Stadt der Millionäre“, irren Tausende darbend und arbeitslos umher! Tausende ohne Existenzmittel, ohne Mittel, das Land zu verlassen!

Wohl in keinem anderen Lande der Welt treten die Folgen der Kapitalwirthschaft greller zu Tage, als hier. Mächtige Strecken fruchtbaren Landes, die Gold- und Silberminen, Eisenbahnen, Flüsse und Seen — kurz fast alle Lebensquellen monopolisirt und in den Händen einer Handvoll Kapitalisten. Der größte Theil des Areals von Californien besteht aus Land, welches, da während 7 Monaten, vom April bis Oktober, kein Regen fällt, ohne Bewässerung für den Ackerbau nicht brauchbar, und da, wo dieselbe nicht zu beschaffen, nur als Weide zu verwerthen ist. Das Heimstättegesetz gestattet bekanntlich Jedem, 160 Acker Regierungsland zu beanspruchen, ein Flächenraum, der im größeren Theile von Californien vollständig werthlos ist, da er zu klein ist, um Vieh darauf zu weiden. Was daher besonders in diesem Staat außergewöhnlichen Werth hat, ist das Wasserrecht, und dies ist es, hinter dem die Spekulanten und Monopolisten her sind. So kommt es denn, daß in den meisten Gegenden einzelne Reiche und Aktiengesellschaften sich bereits aller Flüsse und Bäche bemächtigt haben, um von den Ansiedlern Abgaben für die Benutzung des Wassers zu erpressen.

Besitz ist Macht und Macht ist Recht, und die mittelst Wahlbetrügereien und „krummer“ Transaktionen „erwählten“ öffentlichen Beamten und gesetzgebenden Körperschaften erweisen sich in Folge des Einflusses „klingender“ Argumente als willige Werkzeuge der modernen Raubritter, jener „klugen, satten Leute, welche mit einem Walle von Gesetzen sich wohlverwahrt gegen allen Andrang der schreiend überlästigen Hungerleider“. Wie der „Vorwärts“ seinen Lesern bereits mitgetheilt hat, gehört das Recht der freien Meinungsäußerung, der Stolz des Amerikaners, in Californien zu den Dingen, die gewesen sind, denn vor ca. einem halben Jahre erließ die Staatslegislatur aus Furcht vor der Arbeiterbewegung ein Gesetz, welches Jeden, der in einer Versammlung von über 24 Personen „aufreizende Reden“ hält, mit zweijähriger Zuchthausstrafe und 5000 Dollars Geldbuße belegt. Trotzdem dieses Attentat auf die Rechte des Volkes im schreiendsten Widerspruche mit der Constitution der Vereinigten Staaten steht, gab doch der Gouverneur von Californien seine Unterschrift und es ist „Gesetz“ — — allerdings nur ein todter Buchstabe, denn glücklicherweise besitzt hier das Volk noch Energie und Rechtsgefühl genug, um derartigen Gesetzen die gebührende Würdigung zu Theil werden zu lassen. Vorläufig hat es noch gute Weile, bis die gute deutsche Regel:

„Wo Zweie bei einander stehn,
Da muß man auseinander gehn.“

hier Mode wird.

Die Veranlassung zu diesem schmachvollen Gesetze gab die in den letzten neun Monaten durch die Anstrengungen einiger dem Arbeiterstande angehörender Leute wie noch nie zuvor angeschwollene Antichinesen-Bewegung.

Da billige Arbeitskräfte zur Anhäufung des „Entbehrungslohnes“ den Herren unbedingt nöthig sind, so importiren bekanntlich seit langen Jahren die californischen Kapitalisten Chinesen direkt aus dem „Reich der Mitte“, und diese, sklavisch und bedürfnißlos, sind so recht Arbeiter nach dem Herzen der Herren Arbeitgeber, und vereinigen all' die guten Eigenschaften in sich, die ein Manchestermann von einem Arbeiter fordert. Einzelne Industriezweige, z. B. die Cigarrenfabrikation, werden hier fast ausschließlich von Chinesen betrieben, und dieselben drängen sich allmählich in alle Branchen ein, auch als Land- und Minenarbeiter, als Köche, Dienstboten 2c. machen sie den weißen Arbeitern empfindliche Concurrenz. Da die Chinesen, deren Zahl gegenwärtig in Californien 150,000 betragen mag, welche zu 4/5 der niedrigsten Klasse ihrer Rasse (Kulis) angehören, auf das Dichteste gedrängt „wohnen“ und schlafen, keine Familien haben*), fast nur von Reis leben und auch sonst fast keine Bedürfnisse kennen, so sind sie im Stande, für einen so geringen Lohn zu arbeiten, bei welchem kein weißer Arbeiter, zumal wenn er für Familie zu sorgen hat, existiren kann. Die Lage der weißen Arbeiter ist daher eine im hohen Grade kritische geworden. Es stehen dieselben vor der Alternative, entweder das Land zu verlassen, oder selbst Kuli's zu werden. Alle bis jetzt von den Arbeitern ergriffenen Mittel, auf gesetzlichem Wege die planmäßige Sklavenimportation zu beseitigen, sind gescheitert, und es ist daher nicht zu verwundern, wenn die zur Verzweiflung getriebenen Massen vielleicht Gewaltmaßregeln ergreifen. Die in Folge der Antikuli-Bewegung neugegründete „Arbeiterpartei von Californien“ hat (wenn auch noch unklar über die Bedingungen eines vernünftig organisirten Gesellschaftssystems und noch vielfach in kleinbürgerlichen Reformideen befangen) seit der kurzen Zeit ihres Bestehens unter der Losung: „the Chinese must go!“ bereits großartige Erfolge erzielt und bei einer vor Kurzem stattgefundenen wichtigen Wahl die vereinigten Ausbeuterparteien in hiesiger Stadt mit großer Majorität geschlagen. Die hiesigen Sozialisten thun ihr Möglichstes, die Bewegung in's sozialistische Fahrwasser zu leiten.

Seit die Arbeiter sich militärisch organisiren und gut bewaffnen, fängt die Bewegung an, dem Geldprotzenthum „fürchterlich zu werden“. Die amerikanische Presse winselt in allen Tonarten über die „Communisten“, welche sie ihren Lesern als den Ausbund alles Schlechten hinzustellen bemüht. Die Arbeiterpresse dagegen sucht dem Volke nach Kräften klar zu machen, was von den Soldschreibern der herrschenden Klasse zu halten ist und daß es thatsächlich nur zwei Klassen von Menschen: Communisten und Egoisten, giebt.

Unsere deutsch-amerikanische Presse hat sich anläßlich der beiden Attentate auf den deutschen Kaiser schmachvoll benommen. Unter den Redakteuren dieser Presse befinden sich viele sogenannte „Achtundvierziger Freiheitshelden“, und gerade diese Renegaten wetteiferten mit der deutschen Bedientenpresse darin, die Sozialdemokratie mit Koth zu bewerfen. Wie sie jubeln, diese Krämerseelen, wenn ein Monarch sich bewogen gefühlt, ihre Schweifwedeleien und Dienstwilligkeiten allergnädigst huldvoll in Empfang zu nehmen!

Große Schwierigkeiten stehen uns Sozialisten hierzulande im Wege, besonders macht uns auch die babylonische Sprachverwirrung viel zu schaffen. Jedoch vorwärts trotz alledem! Das Wort: „es geht nicht“ steht nicht im Wörterbuche der Sozialdemokraten!

*) Unter den 35—40,000 Chinesen San Franciscos befinden sich höchstens 1000 Frauenzimmer, fast ausschließlich Prostituirte.

---

donien ertragen — was bin ich mehr als sie? Es ist das ein Hauch, eine kurze Spanne der Zeit, gegen die schrecklichen Qualen, die Andere geduldet. Und dann habe ich gelernt, daß ich nicht umsonst gelebt habe, und auch diese Seite des Lebens zu meinem Besten kennen gelernt.

Also von Zürich, nachdem wir den Abend vorher nur drei Freunde oben in der Redaktionslaube der „Tagwacht“, bei prächtiger Aussicht über die Berge und Züricher-See noch flüchtig-schöne Stunden verlebt, von Zürich nach Mannheim. Wahl zum deutschen Reichstag! Nach Frankfurt a. M., und hier wo ich mich bereits dem Staatsanwalt stellen will, zieht mich die Hand eines Freundes nochmals zurück und spedirt mich den Rhein hinab nach Belgien. Ja ja, wir gehen dem Aeußeren nach nochmals zurück, die alte Welt setzt alle Hebel an, das zu thun. Ueberall Restauration des Alten, namentlich des Religiösen. Restaurirung der Dome und Kirchen zu Frankfurt, Mainz, Coblenz, Köln, Brüssel. Das ungläubige 18. Jahrhundert hatte angefangen diese Dome und Cathedralen mit, oftmals freilich recht unschönen Häusern des Marktes und Geschäftslebens zu verbauen, heut reißt man mit großen Opfern diese Anhängsel hinweg um die „Reinheit des Baustyls“ besser hervortreten zu lassen, in Wahrheit aber, um dem Volk den Besitz des Alten schmackhafter zu machen und es zurückzuführen aus den Hallen des Tempels der Natur in diese dämmernden Räume voll Opferrauch und alter Herrlichkeit.

In Brüssel trat ich sofort in Arbeit. Die Genossen, die Lederzubereiter oder Weißgerber hatten soeben siegreich einen Strike beendet, ob zu ihrem Nutzen? Dem Scheine nach ja! Aber wenn man tiefer blickt, bleibt immer und immer die Macht und die Gewalt in den Händen des Kapitals. Die paar Centimes Zulage pro Stunde werden den Arbeitern auf solch' listige Weise wieder herausgeschunden, daß man voll Verwunderung starr steht, wenn man sieht, wie erfindungsreich das Kapital ist, um es darnach anzustellen. Statt bis 7 Uhr Abends wie gewöhnlich, wird jetzt, bei ja „erhöhtem“ Lohn, bis 8 Uhr gearbeitet, und der Mensch ist eben Mensch und freut sich des Mehrverdienstes. Und um diese letzte Stunde wird die Arbeit dann so geschoben, daß sie fertig werden muß, und — willige Treiber mit Löwencommandostimmen, auch sonst feile Seelen finden sich ja stets — die Sache wird gemacht und die eine, die letzte Stunde deckt dem Fabrikant die Mehrausgabe des ganzen Tages! Verständniß, politisches Verständniß allein kann uns Heil bringen! Wo aber in einer Fabrik bei 100 Mann, wo ich arbeite, kaum Einer ein politisches, geschweige ein Arbeiterblatt ließt, da sind die sieg- und erfolgreichsten Strikes gleich Null oder werden illusorisch. Obgleich ich kein Wirthshausgänger bin, aus Prinzip nicht, so habe ich doch die verschiedensten Studien darin gemacht. Tausend und aber Tausend Wirthschaften sind noch ohne Blätter, ohne Zeitschriften, das sind die verabscheuungswürdigsten. In ihnen wird blos auf den nackten Verdienst des Arbeiters spekulirt, ohne ihm auch nur das bescheidenste Entgelt auf Bildung zu geben, sie müßte der Arbeiter, wenn er ein selbstbewußter Mensch ist, vor Allem meiden.

Wir gehen langsam, sehr langsam. Möge in Deutschland, dem ich trotz alledem wieder mein Leben widmen werde, die herangebrochene und noch verstärkter werdende Reaktionsepoche uns darin zum Heil dienen, daß unser ganzes Leben mehr und mehr ein verinnerlichtes werde, dann werden wir siegreich mit allen den alten Mächten fertig werden.

Ich that heut einen Gang entlang den prächtigen, Paris nachgebildeten Boulevards. Ueberall dasselbe, das Aeußerliche, der Pomp, der Luxus ohne das innerliche Leben. Hinter der Centralpost erhebt sich ein gewaltiger Eckneubau. Ein riesig golden Götzenbild thront auf dem First, noch ehe der Bau fertig. Würde solch ein Monument, besorgt von einigen Kreuzrittern und gemacht von den Bettelpfennigen der Armen in der Uckermark, Priegnitz, Kassuben oder Hinterpommern errichtet werden, die ganze Provinz würde bewundernd zusammenströmen — hier blickt man kaum hin, denn der Götzen des Tages sind zu viele, heißen sie Mars oder Jupiter, Fortuna oder Venus, mögen sie drohend oder segnend ihre Arme emporstrecken.

Unser Zeitalter ist noch das Zeitalter des Götzendienstes, des Mammons, des raffinirten Luxus. Wenig innerlich selbstbewußtes, geistiges, edles und menschenwürdiges Leben. Helfen wir, trotz all' und alledem eine bessere Zeit heraufführen.

Gruß und ein baldig Wiedersehen der Freunde in Deutschland. —

Correspondenzen.

g. **München**, 16. August. Seitdem auch Bayern mit offiziellem Pauken- und Trompetenschall ein festgefügtes Glied des wiedererstandenen deutschen Kaiserreichs geworden und all' Das, was ihm unter der Regierung des Königs Max an geistiger und materieller Wohlfahrt geschaffen worden, nach und nach auf dem Altar des gemeinsamen Vaterlandes verplempert hat, ist auch über dies biedere deutsche Volk eine „Klassenherrschaft“ hereingebrochen, wie sie die nationalliberale Nützlichkeitspolitik allenthalben zu Tage fördert. Vor Allem ist es in Bayern das Streberthum unter den Beamten, welches seit der „Gründung“ des deutschen Reiches sich schmarotzend einnistete, um für sich ein warmes und keineswegs spartanisches Plätzchen zu sichern. Das bureaukratische Element ist mit der Zeit unter den Fittigen des Gründerliberalismus hier um so mächtiger geworden, als die harmlose und ehrliche Natur des blauweiß markirten Volkes, welche blendenden Schein so leicht für baare Münze nimmt, ihm bei seinem Gedeihen außerordentlich förderlich gewesen ist. Die Gründerzeit, recte „Aera des volkswirthschaftlichen Aufschwunges“, welche so manches schofle Gezücht großgezogen hat, ist auch in Bayerns Geschichte mit scharfen Zügen aufgezeichnet und die ganze politische Gesinnungslosigkeit, welche die „Rosenzeit der Schwindler und Heuchler“, das Fieber nach müheloſem Erwerb, im Norden Deutschlands geschaffen hat, streitet hier nur mit der Herrschaft des Indifferentismus, resp. der Resignation in die herrlichen neuen Verhältnisse. Und nicht allein die unteren Volksschichten sind es, welche der mit Spreewasser getaufte und mit der Couponscheere beschnittene „Liberalismus“ in sein Joch gespannt hat, nein, diese sind es vielleicht

am allerwenigsten, weil hier Sozialismus und Gottesglauben noch natürliche Dämme bilden — es ist vielmehr der besitzende Kaufmanns-, Handwerker- und Fabrikantenstand, welche der politischen Ausbeutungstrommel in exaktem „Eins! Zwei! Drei!“ Heerfolge leisteten, und zwar so lange, bis gesellschaftliche Intoleranz und chikanöse Verhetzung die Sucht, ein patriotischer Mann zu scheinen, zu einer epidemischen Krankheit heranbildeten. Ich sagte absichtlich: scheinen, denn so wenig Ehrlichkeit dem „liberalen“ Streberthum anhaftet und je mehr Unduldsamkeit und Terrorismus es entwickelt, um so weniger darf man sich wundern, daß der „gebildete“ Bayer, um sich vor Schaden zu hüten, allmählich auch der politischen Heuchelei verfallen ist. Nun, diese politische Heuchelei dauert auch hier nur ebenso lange, als die Herrschaft, welcher sie gilt, und der allgemeine Jubel darüber in Bayern, daß dem Nationalliberalismus in München eins auf den Dickschädel versetzt worden ist, das ihm noch lange das Hirn schütteln wird, zeigt am deutlichsten, daß die Bayern plötzlich zu der Erkenntniß gelangt sind: „Am Ende sind wir Preußen doch noch richtige Bayern.“ Diese Erkenntniß aber wird sich von der Landeshauptstadt in die Provinzen verpflanzen. „Volk“, heißt es auch hier, „erkenne Deine Macht und Dein Götze ist zertrümmert!“ Freilich, wenn man bedenkt, daß es in Deutschland so weit gekommen ist, daß das freisinnige Bürgerthum das römische Pfaffenthum als Schutz gegen die landesväterlichen Zärtlichkeiten der eigenen Regierung aufruft, so kann man sich doch eines leisen Schauders nicht erwehren ob des moralischen Abgrundes, an welchen diese Gesellschaft Land und Volk geführt. — — — — — — Aber ich sprach von der Herrschaft des nationalliberalen „Schreckens“ in Bayern und will Ihnen dazu eine recht heitere Illustration geben, welche zugleich dazu dienen mag, den „Fall Piloty“ als gar nicht so ungeheuerlich erscheinen zu lassen, sondern vielmehr als Das, was er ist, ein natürlicher Auswuchs der bayerischen gesellschaftlichen Zustände. Das denunziatorische Treiben der „besseren“ Gesellschaft, der „begnadeten“ Reichsfreunde ist hierzulande seit langer Zeit in vollster Blüthe, und wenn auch diese Denunziationen nicht vor Gericht zum Austrag gebracht werden, so führten sie doch zu einem ausgebreiteten System gesellschaftlicher „Aechtung“, zu einer förmlich organisirten Hetze auf „Reichsfeindlichkeit“, so daß Jeder, sei er Fabrikant, Handwerker, Lehrer, Künstler, bürgerlicher Beamter u. s. w., mit einem Wort Alle, welche durch ihren Beruf auf das Wohlwollen der „Gesellschaft“ und einer hohen Obrigkeit angewiesen sind, vollständig unter der strengsten Kontrole einer Coterie gehalten wurden, welche sie zwang, ihre wahren Gesinnungen zu verbergen und sich der Nützlichkeit oder gar der Existenz halber der politischen Heuchelei zu befleißigen. Das soll nun allerdings, soweit letztere auch unter der mehr unabhängigen Klasse Platz gegriffen hat, nicht belobt werden, aber die Bayern sind eben noch Neulinge in der „Großstaaterei“, und ihre Zuchtmeister haben es verstanden, ihnen vor dieser Allmacht, wenn auch keinen großen Respekt, so doch eine große Angst einzujagen. Am deutlichsten zeigte sich die Herrschaft der Männer des „reichsfreundlichen Communismus“, als das Treibjagen auf die „Revolversozialisten“ begann. Da klapperte es natürlich hier auch in jedem Busch und geschäftige „Reichsbayern“ liefen von Fabrik zu Fabrik, um im Namen der blauweißen Dreinigkeit Angst, Wuth und Haß, die Besitzer zu Maßregelungen gegen ihre Arbeiter zu bestimmen. Wir haben es gesehen, mit wie fanatischem Eifer in Nürnberg, Fürth u. s. w. die Herren Fabrikanten ihre besten Arbeiter auf die Straße warfen, aber es muß doch constatirt werden, daß auch ein bedeutender Theil der bayerischen „Herren“ nur sehr ungern daran ging, sich mit ihren Arbeitern über die politische Gesinnung derselben auseinanderzusetzen. Beispielsweise in Augsburg und Kempten haben sich die größten Fabrikanten mit dem Vorlesen oder Anschlagen irgend eines der bekannten Ukase begnügt, ohne irgendwie sich zu weiteren Schritten hinreißen zu lassen, ja der Inhaber eines bedeutenden Etablissements meinte einem Freunde gegenüber, der ihn zur Rede stellte: Ja, was soll man machen, wenn man den Leuten den Willen nicht thut, hat man nichts als Scheerereien, und wo man sich sehen läßt, heißt es: Auch so'n Sozialdemokrat!“ Das ist gewiß bezeichnend. Aber es kommt noch besser. Die zweite Probe auf die „Reichsfreundlichkeit“ folgte bei der „Wilhelmsspende“. Die Fabrikanten werden wieder überlaufen — jeder Arbeiter soll seinen Patriotismus durch das Opfer eines Reichsnickel beweisen. Auch eine originelle Art von Thermometer zur Erforschung und Feststellung der Volksstimmung. Ich erzähle Ihnen dazu, was ich in einem (wahrscheinlich nicht einzig dastehenden) Falle erfahren habe. In der großen Spinnerei von S. & S. in Kempten wird auch den Arbeitern darüber Vortrag gehalten, wie sie sich durch ein so geringes Opfer in den lieblichen Geruch der „Reichsfreundlichkeit“ versetzen könnten; die Arbeiter jedoch waren bockbeinig und meinten, sie könnten bei den schlechten Zeiten keinen Pfennig für wohlthätige Zwecke hergeben. Darauf erbot sich der Chef, für jeden Arbeiter einen Nickel aus seiner Tasche zu opfern, um von seinem Etablissement die Rache der bayerischen Schicksalsmächte abzuwenden. Das schien den Arbeitern plausibel und so gaben sie ihre Unterschrift umsonst her. Nur einige Gesellen, welche neben ihrer Armuth auch noch einige „verschrobene“ Grundsätze zu haben glaubten, verweigerten die Hergabe ihres Namens noch immer, und diese Unverbesserlichen wurden — fortgejagt? nein — sie wurden von der Liste ausgeschlossen und arbeiten nach wie vor zur Zufriedenheit ihrer Prinzipale. Auch dieses muß bei der allgemeinen „Versumpfung“ registrirt werden, doch zweifle ich nicht, daß der „Vorwärts“, wenn das nicht wahr ist, der bekannten Firma gern seine Spalten öffnen wird, um zu berichtigen, daß Schreiber dieses sich geirrt, als er einen weißen Raben zu fangen glaubte. Meinen speciellen Landsleuten aber, denen dieser Artikel besonders gilt, ist zu wünschen, daß sie erkennen mögen, wie ein Staat nur gesunden kann, wenn er sich auf ein unabhängiges, freisinniges Bürgerthum stützt, das jedem politischen Hohenpriesterthum und seinem Götzendienst den verdienten Fußtritt giebt und seine Freiheit schützt mit dem Schilde der bürgerlichen Ehre.

Dortmund, 23. August. In der Criminalgerichtssitzung vom 21. d. M. wurde u. A. verhandelt gegen den Redakteur Tölcke, welcher der Beleidigung der Kronprinzessin und des Prinzen Heinrich angeklagt war. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte den Ausschluß der Oeffentlichkeit, welcher Antrag jedoch vom Gerichtshofe abgelehnt wurde. In Nr. 72 der „Westfälischen Freien Presse“, für deren politischen Theil der Angeklagte als verantwortlich zeichnete, war ein kurzer Bericht über eine vor dem Berliner Stadtgericht verhandelte Anklagesache erschienen, welche sich auf eine Beleidigung der genannten Mitglieder des königlichen Hauses seitens eines Arbeiters bezog. In der Wiedergabe der von dem Arbeiter angeblich gemachten mehrerbietigen Aeußerungen erblickte die hiesige Staatsanwaltschaft eine neue Beleidigung der Kronprinzessin und des Prinzen Heinrich, und erhob deshalb gegen Tölcke die Anklage. Der Letztere gab zu, den Artikel ausgeschnitten und in die Druckerei gegeben zu haben. Er hatte denselben dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ entnommen und gab mehrere Zeitungen zu den Akten, in denen derselbe Bericht unbeanstandet erschienen ist. Zeugen wurden nicht vernommen. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängniß, der Gerichtshof sprach jedoch den Angeklagten, der sich selbst vertheidigte, kostenlos frei, da in der wortgetreuen Wiedergabe einer Gerichtsverhandlung eine Beleidigung nicht gefunden werden könne, falls sich nicht durch besondere Umstände erweisen lasse, daß durch eine derartige Wiedergabe eine Beleidigung beabsichtigt sei.

Berlin, 20. Aug. (Ein Majestätsbeleidigungsprozeß.) Wenn ich aus der colossalen Masse von Majestätsbeleidigungsprozessen, welche noch fortwährend in Deutschland, insbesondere zu Berlin, verhandelt werden, den nachstehenden Fall hervorhebe, so habe ich dabei die ganz besondere Merkwürdigkeit oder besser gesagt Unheimlichkeit des Vorganges im Auge. Der vielbesprochene Prozeß gegen unseren Parteigenossen, den Zahntechniker Carl Otto Georg Supercznski, wegen einer beinahe zwei Jahre alten Majestätsbeleidigung gelangte gestern vor der Ferien-Criminaldeputation des Stadtgerichts zur Verhandlung. Der Angeklagte wird bekanntlich beschuldigt, schon im Jahre 1877 eine Majestätsbeleidigung begangen zu haben, und zwar schildert die Anklage die begleitenden Umstände wie folgt: Der von dem Angeklagten mitbegründete „Nordclub“, welcher des Mittwochs seine Versammlungen im Friedrich-Wilhelmstädtischen Casino in Schumannstraße abhielt, war auch am 21. März v. J., also am Tage vor Kaisers Geburtstag, beisammen. Als es 12 Uhr geworden war, erhob sich der Vorsitzende des Vereins, Kaufmann Thiedemann, brachte einen Toast auf den Kaiser aus und forderte die Mitglieder auf, in das Lebehoch mit einzustimmen. Nach Angabe der Anklage soll nun der Angeklagte in diesem Augenblick unter dem Rufe „Pfui!“ demonstrativ ausgespien, sich auch nicht vom Sitze erhoben und nicht mit angestoßen haben. Als dann später die Nationalhymne „Heil Dir im Siegerkranz“ angestimmt wurde, soll der Angeklagte unter der vorwurfsvollen Bemerkung: „wie kann man nur so ein Lied singen“, das Lokal verlassen haben. — Der Angeklagte, ein kleiner, verwachsener, 23jähriger Mann, welcher zugegeben, Sozialdemokrat zu sein, bestritt mit aller Entschiedenheit, sich des ihm nachgesagten Verbrechens schuldig gemacht zu haben. Die Verhandlung bot nun eine höchst befremdliche und auffällige Erscheinung. Der Denunziant, Herr Kaufmann Thiedemann, Friedrichstraße 123, der ehemalige Präsident des Nordclubs, behauptete mit aller Bestimmtheit, am Abend des 21. März gegen 12 Uhr einen Toast auf den Kaiser ausgebracht zu haben, der angeblich mit einem „Pfui!“ von dem Angeklagten beantwortet worden sein soll. Diese Behauptung, daß von Thiedemann ein Toast ausgebracht worden, bestritt sowohl der Angeklagte als auch 9 als Entlastungszeugen vorgeschlagene Mitglieder des Nordclubs. Da der Nordclub nur aus 23 Mitgliedern bestand, so ist dies jedenfalls eine nicht unbedeutende Anzahl. Diese sämmtlichen neun Zeugen bekundeten — theilweise mit aller Bestimmtheit — daß Herr Thiedemann überhaupt an jenem Abende keinen Toast ausgebracht habe, sondern daß dieser Toast von dem Vorsitzenden des Vergnügungscomité's, Herrn Cohn, gesprochen worden sei. Auf die Seite des Herrn Thiedemann trat nur ein einziger Belastungszeuge, während der zweite vorhandene Belastungszeuge nach dieser Richtung hin nichts auszusagen vermochte. Von dem „Pfui!“ hat nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme mit Ausnahme des Herrn Thiedemann weder ein Bekannter noch ein Entlastungszeuge etwas aus eigener Wahrnehmung gehört, dagegen bezeugte ein Entlastungszeuge, daß Herr Thiedemann schon im Juni vorigen Jahres geäußert habe, wenn Supercznski eine namhaft gemachte Person nicht zur Zurücknahme einer schwebenden Injurienklage bewegen würde, so werde er ihn wegen Majestätsbeleidigung belangen. Die Thatsache, daß der Angeklagte während des Liedes „Heil Dir im Siegerkranz“ auf kurze Zeit das Lokal verlassen, wurde allseitig bestätigt, dagegen über die begleitende Aeußerung des Angeklagten eine bestimmte Aussage nicht gemacht. — Der Staatsanwalt glaubte, Herrn Thiedemann gegen die Bezeichnung eines Denunzianten in Schutz nehmen zu sollen, indem er darauf verwies, daß man s. Z. glaubte, in dem Angeklagten die Person entdeckt zu haben, welche als Genosse Nobiling's bei seinem Verkehr im Jägerkeller daselbst unter der Bezeichnung der „Buckligе“ bekannt war, daß sich bei den dieserhalb angestellten Nachforschungen allerdings die Eigenschaft eines eifrigen sozialdemokratischen Agitators bei dem Angeklagten ergeben habe, und daß dabei denn auch die incriminirte Majestätsbeleidigung zur Sprache gekommen sei. In der Sache selbst beantragte der Staatsanwalt das Schuldig und 1 Jahr Gefängniß. Trotz einer sehr warmen Vertheidigung des Refer. Cohn, der u. A. auch hervorhob, daß durch diese Anklage schon der Vater des Angeklagten auf's Todten-, die Mutter auf's Krankenlager geworfen worden sei, meinte der Gerichtshof, der Aussage des Thiedemann völlig Glauben schenken zu sollen und verurtheilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängniß. Der Antrag des Letzteren auf vorläufige Entlassung aus der schon 2 Monate währenden Haft wurde abgelehnt. — Einen Commentar zu diesem Majestätsbeleidigungsprozeß wage ich in der Jetztzeit nicht zu schreiben.

Central-Wahlcomité der sozial. Arbeiterpartei.

Oeffentliche Quittung.

Diese Quittung enthält alle Zahlungen vom 22. Juni bis 21. August 1878.

a) Wahlfond.

Althabendorf mehrere Parteigen. d. Schwarz 4,00. Karlsruhe Liste 571 10,50. Bracke v. Ungen. 1,00. Tönning durch Lange 8,50. Göppingen d. A. 5,00. Königsberg v. N. u. Y 5,00; do. v. dens. zweite Spende 5,00. Mannheim d. Dreesbach v. einem alt. Parteigenossen „Hoch die Sozialdemokratie“! 100,00. Herdecke L. 1709 d. V. 18,10. Berlin d. Baumann 8,00. Königsberg d. Schmidt 50,00. Rheda L. 1363 u. 1364 15,00. Neuruppin L. 126 6,20. Zittau d. Nenke 6,20. Pirna d. Wimmer 6,00. Brunndöbra L. 4691 7,70. Osnabrück v. d. Pionieren 75,39. Oybin v. Scholz „Muthig und frei, der Wahrheit getreu“ 16,00. Leopoldshall d. Hartmann 5,00. Einbeck L. 306 7,20; do. 307 6,20. Eilenburg v. Sozialisten 17,00. Limmer L. 75, 76, 77 19,00. Osnabrück d. C. N. 70,00. Flensburg d. Drents auf L. 691 10,30; do. 692 9,55; do. 693 16,15; do. 694 6,20; do. 695 23,40; do. 2611 5,80; do. 2612 2,20; do. 2613 20,50; do. 2614 7,70; do. 2615 18,05. Leipzig durch Nebel (Expedition der „Fackel“) 87,81. Frankenthal d. Frank 19,00. Heide v. P. 5,00; do. v. V. 20,00. Sühlen L. 1374 1,00. Lemgo d. Strothmann 8,60. Reichenberg i. B. v. Sozialisten aus Kratzau 35,00. Schönberg durch Hübsch 10,05. Zürich v. Smökklub d. deutsch. Vereins 12,00. Gelsenkirchen N. N. 30,00. Niederplanitz L. 3076 1,10; do. 3075 5,35; do. 3077 2,05. Schönberg d. Grevsmühl 20,00. Stuttgart v. Tapp 10,00. Kalk d. Eckerdt 9,80. Schwäb.-Hall d. Schwend 32,65. Nobitz „Vorwärts“ 8,00. Leyhausen d. Lichtensteiger 12,95. Freiberg i. S. d. Ulrich 5,00. Heilbronn N. N. 2,00. Hannover d. Schrdr. 30,60. Berlin v. F. N. 20,00. L. bei L. v. L. 5,00. P. v. P. 10,00. Liste 1338 3,00. Niemes i. B. „Ob Land und Sitte uns auch trennen — Vereint sind die Geister, die keine Grenzen kennen!“ 6,00. Mörsenbroich L. 712 7,20. Eisenach v. K. u. M. 3,00. Michelstadt d. Ulrich 3,00. Dessau d. Meissner 15,00. Gerstendorf auf L. 255 5,10; do. 256 7,00. Leipzig L. 893 3,10; do. 900 5,10; do. 907 12,45; do. 895 5,00; do. 2729 4,70. Lübeck d. Steffen 1. Rate 33,12. Eislingen b. Göpp. 5,00. Goldlauter L. 1504 3,95. Altenhilgen v. mehr. Gen. 3,00. Konstanz d. Krüger 10,00. Eßlingen d. Mangold (Wette mit e. „Volksparteiler“) 10,00. Stuttgart d. Kunz a. L. 4728 6,80; do. 961 2,12; do. 962 3,28; do. 963 2,90; do. 967 5,00; do. 1307 4,00; do. 1301 3,95. Betzingen L. 1384 7,10. Ludwigshafen L. 616 22,80. Budapest d. die „Arbeiterwochenchronik“ 52,36. Calbe a. S. L. 803 7,25. Lesum (aus dem 18. hannov. Wahlkreis: „Trotz alledem“) 5,15. Th. P. A. 15,00. Delmenhorst L. 2182 5,45; do. 2183 3,10. Wolfenbüttel L. 2934 u. 2935 6,65. Sachsenhausen d. Grimm 12,00. Griesheim v. Parteigenossen 20,00. Augsburg v. Stolberg u. Gen. 15,00. Schwäb.-Gmünd durch Kachel 25,15. Achim L. 707 4,10; do. 709 30,40. Verden d. Freudiger 2. Rate 34,80. Spremberg L. 1393 9,55; do. 1394 (1. Rate) 3,45. Paris L. 15 (1. Rate) d. Hirsch 10,60; do. Ertrag e. Concerts (1. Rate) derselbe 29,40. Wormditt v. Genossen 10,00. Pforzheim Listensammlung d. Ficker 33,50. München v. M. R. A. 10,00. Basel v. deutsch. Verein 65,60. Herford 20,00. Auffig v. A. B. 3,40. Augsburg d. Endres L. 863 7,40; do. 864 6,60; do. L. 865 2,80; do. L. 866 10,30; do. L. 5105 5,10; do. L. 862 2,00; do. L. 4 v. A. B. H. 6,30; do. L. 1543 6,65; do. L. 5106 5,20; do. L. 4, davon v. M. 1,00, v. K. G. 2,00, 4,10. Göppingen d. A. 5,00. H. B. i. H. 86,50. Mainz v. M. d. Blos 5,00.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten

der Redaktion. R. Sch. Königsberg: Brief erhalten.

der Expedition: Jos Ullbrch, Reichenberg: Das Verlangte kostet M. 10,80. Sendung an M. Zitt.

F. Petersen, Paris, wird um seine Adresse gebeten.
Traugott Böttcher, Gera Reuß j. L.

Quittung. Mr Stade Ab. 3,00. Mkns Düsseldorf Ab. 9,40. Ufrt Weimar Ab. 25,60. Ntzsch Newyork Ab. 126,13. Hrmghs St. Louis Ab. 42,04 u. 63,09. Flr (Schwäb.-Gmünd Ab. 6,00. Schrmr Lübeck Ab. 5,50. Hrtrch Hof Ab. 6,70. Brnng Delitzsch Ab. 2,80. Strffl Paris Ab. 3,00. Pröstl München Ab. 50,60. Elr Temesmar Ab. 1,58. Bhm Wiesbaden Ann. 1,25. Lng Crimmitschau Ann. 1,80. Sticklbrg Bordeaux Ab. 9,00. Müll Berden Ab. 11,20. Gr Osnabrück Ab. 27,60. Brn Graz Schr. 42,11. Pzwsk Wollin Ab. 3,60. Mgus Mainz Schr. 0,60. Bmgrtnr München Schr. 0,95. Bckr Andreasberg Schr. 1,00. Lchtnstgr Lechhausen Schr. 0,30. Wlt Ronsdorf Schr. 4,50. Fzk Elrichsdorf Schr. 2,54. Zblsk Groß-Umstadt Schr. 1,20. Clmnt Seifhennersdorf Schr. 3,10. Krs Pest Schr. 5,00. Wll Edesheim Schr. 0,50. Müll Celle Schr. 1,35. Brnds Göttingen Schr. 21,00.

Fonds für Gemaßregelte.

Von P. Wollin 0,40.

Ein wegen seiner Thätigkeit als Vorstandsmitglied eines sozialistischen Vereins gemaßregelter solider tüchtiger Schriftsetzer, welcher seine arme kranke Mutter zu unterstützen hat, sucht baldigst Condition. Offerten unter A. S. # 13 vermittelt die Exped. d. „Vorwärts“. [0,40

Ottensen. Arbeiter-Verein.
Donnerstag, den 29. August, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon (1 Treppe): [0,80
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Neuwahl des Vorstandes.
Im Eingange ist die Mitgliedskarte vorzuzeigen.
F. Heerhold.

Von Klemich's Schriften sind gegenwärtig nur noch folgende vorräthig und durch Frau Eugenie Klemich in Dresden zu beziehen:

	Mark.
Die Entwickelung des Menschengeistes	0,30
Der Egoismus	0,30
Aristoteles	0,30
Der Nationalitätsdünkel	0,20
Das Genossenschaftswesen (v. Most)	0,10
Wie Du sein sollst	0,20
Ein bischen Nächstenliebe	0,10
Lehre und Leben Spinoza's	0,25
Katechismus der Lehre von den Menschenpflichten	0,75
Talente und Anlagen	0,50
Ueber Beweise vom Dasein Gottes (von Stachelhausen)	0,20
Der achtzehnte März (von Kayser)	0,10
Eine Grabrede (von Eugenie Klemich)	0,30

(Von den übrigen in den „Bl. f. g. F.“ öfters angezeigten Broschüren sind nur noch kleine Restauflagen vorhanden, die aber auf Wunsch ebenfalls abgegeben werden.)

Ferner:

		Mark.
Blätter für geistigen Fortschritt:		
I. Band	broschürt	3,00
	gebunden	3,75
II. „	broschürt	2,00
	gebunden	2,75
III. „	broschürt	3,60
	gebunden	4,60
IV. „	lose	4,00
	gebunden	5,00
V. „	(halber Jahrgang 1878) lose	2,00
Endlich folgende Lehrbücher:		
Lehrbuch der deutschen Sprache		1,40
„ „ „	Ortografie	1,20
„ „ „	Interpunktion	1,20
„ „ „	einfachen Buchführung	2,00
„ „ „	doppelten Buchführung	2,00
„ „ „	einfachen und doppelten Buchführung	3,50
„ „ „	Wechselkunde	3,00
„ „ „	Handel-Korrespondenz	4,20
„ „ „	Kaligrafie (mit vorstehendem verbunden)	4,20
„ „ „	Rechenkunst	2,50
„ „ „	Terminologie (geb.)	1,20
„ „ „	Waarenkunde	6,20
„ „ „	ganzen Handelswissenschaft	20,50
Katechismus der Buchführung aller Systeme		2,20
„ „ „	Stilistik, Verslehre 2c.	2,70
Münzentabelle		0,20
Universalkalender		0,25
Uebungshefte zur einfachen Buchführung		6,00
„ „ doppelten Buchführung		7,50
Lehrbuch des Schachspiels (für Anfänger)		1,10
„ „ „	(Schachmeister)	3,20

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 680 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 102. Freitag, 30. August. 1878.

Das Gesetz für „das Volk der Denker"

haben wir unseren Lesern in den letzten Nummern einigermaßen detaillirt vorgeführt; auch haben die von uns mitgetheilten Preßstimmen über dasselbe in soweit wohl Klarheit gebracht, daß man uns völlig Recht geben wird in unserem früheren Ausdrucke, daß der preußische Gesetzentwurf nicht für „Denker", sondern für „Idioten" berechnet sei. — — —

Was der vorgeführte Gesetzentwurf bezweckt, das wissen wir: „Vernichtung jeglicher politischen und sozialen Freiheit"; was er angeblich allein bezwecken soll, das wissen wir auch: „Vernichtung der sozialdemokratischen Agitation."

Ganz abgesehen nun davon, daß im Grunde genommen die vollständige Vernichtung der sozialdemokratischen Agitation gleich ist der Vernichtung aller bürgerlichen und sozialen Freiheit, da ja dann die vereinte Reaktion triumphiren würde, muß jeder Unbefangene bei der Prüfung des monströsen Gesetzentwurfs gefunden haben, daß derselbe auch direkt gegen die sogenannten liberalen Parteien gerichtet ist, oder aber, daß wenigstens bei Ausführung der einzelnen Bestimmungen die liberalen Parteien mit getroffen werden. Man sieht also, daß die preußische Regierung auch nicht einmal mehr den Pseudoliberalismus, die „Freiheit" in Gänsefüßchen dulden will.

Und daß es den liberalen Parteien, die sich bekanntlich in ihrer Bescheidenheit längst mit „dem Volke der Denker" identifizirt haben, mit dem Gesetze für „das Volk der Denker" an den Kragen gehen soll und auch an den Kragen geht, das merken nur die Liberalen in ihrer Aufgeblasenheit zum großen Theil selbst nicht, die sich dadurch thatsächlich zum „Volk der Idioten" stempeln.

Die Wahlbewegung hat doch zur Genüge bewiesen, welche Unterschiede der preußische Gensdarm mit und ohne Pickelhaube zwischen Sozialdemokraten und Liberalen macht — auf dem Lande gar keinen. Ein Amtsvorsteher in Pommern verstieg sich gar gegen einen liberalen Schöffen soweit, daß er in seinem Bismarckeifer ungefähr folgende Aeußerungen machte:

„Der Kaiser habe die liberalen Abgeordneten nur fortgejagt, weil sie die Sozialdemokraten unterstützen, der Kaiser habe diesmal ausdrücklich nur conservative Abgeordnete nach Berlin gewünscht, und da er, der Schöffe Braun, diesen ausgesprochenen Wünschen entgegen gehandelt, habe er den von ihm als Schöffe geleisteten Eid gebrochen."

Dies nur ein Beispiel von Hunderten! Die Liberalen müssen doch daran die Anschauungen der conservativen Polizeibehörden erkennen können, derjenigen Behörden, denen lediglich die Ausführungen der Sozialistengesetzparaphen obliegen; die höheren Polizei- und Regierungsbeamten sind meistens nur noch — conservativer.

Wie aber die „Neue Preußische Zeitung", das preußische Hauptorgan der Reaktion und der Polizei, über den Liberalismus denkt, das hat dieselbe in folgenden Punkten zusammengefaßt:

„1) Der Liberalismus erschüttert die religiös-sittlichen Grundlagen unsers Volkslebens; 2) er setzt an die Stelle gesunder historischer Entwickelung und organischer Entfaltung seine doktrinären Theorien und eine ganz mechanische Weltanschauung; 3) er gewährt dem einzelnen Individuum unbeschränkte Freiheit, zertrümmert oder schädigt doch die Corporationen und hat so die Bande heilsamer Zucht und Ordnung gelockert; 4) er schädigt durch seine Gesetzgebungs- und Wirthschaftspolitik den Wohlstand des Volkes und somit die nationale Kraft."

Da haben wirs! Der Liberalismus „untergräbt die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung!"

Genau so wie die „Neue Preußische Zeitung" aber denkt der preußische Gensdarm mit oder ohne Pickelhaube. — — —

Doch weshalb sollen wir den Liberalen noch Vernunft predigen, die in blinder Wuth gegen den Sozialismus in den vorgehaltenen Spieß laufen. —

Sehen wir vielmehr zu, ob es dem Ausnahmegesetz gelingen wird, die sozialdemokratische Agitation zu „untergraben". Schon früher sagten wir in Bezug hierauf:

Die sozialistischen Anschauungen sind allzutief eingedrungen in die Herzen des Volkes. Als Antwort auf Ausnahmegesetze wird der tausendfache Donnerruf des deutschen Volkes in höchster Begeisterung erklingen: Es lebe die sozialdemokratische Agitation! Und von Werkstatt zu Werkstatt, von Wohnstube zu Wohnstube, von Wirthshaus zu Wirthshaus, in den Eisenbahncoupees und auf der Landstraße — überall, überall wird sich der begeisterte Ruf fortpflanzen, und freiwillige Agitatoren werden erstehen. Tausende und Abertausende, jeder Arbeiter, jeder Handwerksgeselle, jeder Sozialdemokrat wird dann ein Agitator werden! Man wähne doch nicht, mit Gewalt eine Idee vernichten zu können. Oder glaubt man dadurch, daß man die Geldquelle für die sozialistische Agitation für kurze Dauer verstopft, diese lahmlegen zu können? Wir haben eben schon gezeigt, wie es dann gemacht wird. Aber die Sozialdemokratie in Deutschland zählt auch in ihren Reihen schon eine große Zahl von begüterten Männern, die dann erst recht und in erhöhtem Maße ihre Schuldigkeit thun werden. — — —

Wenn man nunmehr zu der Ueberzeugung gelangen muß, daß das Ausnahmegesetz seinen Zweck in keinerlei Richtung erreicht und erreichen kann, so wird man lediglich nur der blassen Furcht vor dem Sozialismus die Urheberschaft der preußischen Monstrosität zuschreiben. Die preußisch-deutsche Reichsregierung mit ihren 400,000 Soldaten, die sich schnell auf 1,500,000 vermehren lassen, sie fürchtet die „25 bleiernen Soldaten" der Sozialdemokratie, die das Wort der Wahrheit verkünden durch die deutschen Lande. Doch diese 25 bleiernen Soldaten sind nicht todt zu machen, sie werden immer und immer reden trotz aller Verbote, ja sie werden dann sogar eine eindringlichere und leicht verständlichere Sprache reden von Freiheit und Knechtschaft, von Recht und Unrecht.

Die Sozialdemokratie sieht deshalb im Bewußtsein, daß sie stets für das Volk, für das Recht und die Freiheit gestritten, mit einem gewissen Stolze jenem Ausnahmegesetze entgegen. Aber diejenigen, welche das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie planen, und besonders die Herren im Reichstage mögen es sich ruhig überlegen, ehe sie demselben zustimmen. Ein freies Volk, welches seiner Meinung öffentlichen Ausdruck geben kann, ist niemals zu Gewaltthätigkeiten geneigt, ein Volk aber, dem man die Freiheit seiner Meinungs- und Willensäußerung beschränkt oder gar vollständig raubt, ist zu vergleichen mit einer Dampfmaschine, die mit geschlossenen Ventilen arbeitet. —

Und wenn man das Ausnahmegesetz trotzalledem in seinen Hauptbestandtheilen annimmt? Wenn man thatsächlich mehr als zwei Millionen Staatsbürger in die Acht erklärt, außerhalb des Gesetzes stellt?

Was dann?

Antwort:

Die zwei Millionen geächteter deutschen Staatsbürger brauchen sich dann auch nicht verpflichtet zu fühlen, die Gesetze des deutschen Reiches überhaupt zu achten. Sie werden sich nicht offen gegen dieselben auflehnen, aber eine moralische Pflicht kann man von ihnen nicht erwarten, die Gesetze des Vaterlandes hochzuhalten. Wenn das Vaterland seine eigenen Söhne, und zwar vielfach seine besten Söhne in einer Weise verfehmt, drangsalirt und niederdrückt, wie es der preußische Gesetzentwurf verlangt, dann hat dieses Vaterland jeden Anspruch auf die Liebe derselben verloren. Dann kann es den Geächteten nur willkommen sein, wenn das deutsche Reich, das neuaufgebaute, wieder zusammenbricht.

Das Ausnahmegesetz aber ist dann zum „Untergrabungsgesetz" des „Deutschen Reichs" geworden.

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Für heute theilen wir zunächst ein Gutachten der „Berliner Autographirten Correspondenz" mit, welche bekanntlich das Organ des Herrn Lasker ist. Sie schreibt:

„Die konservativen Fraktionen und was mit ihnen geht einerseits, das klerikale Centrum mit den übrigen Gruppen der prinzipiellen Opposition zusammen andererseits zählen etwa je 130 Mitglieder; die nationalliberale Fraktion, die Fortschrittspartei und die zwischen ihnen stehenden Liberalen eben so viel. Das heißt, der Reichstag ist in drei einander an Zahl ziemlich gleiche Minoritäten getheilt, und da die Regierung nur auf das eine Drittheil von vornherein mit Sicherheit rechnen kann, so bleibt ihr auch im neuen Reichstage die Aufgabe gestellt, sich von Fall zu Fall eine Majorität für ihre Vorlagen zu schaffen. Die Kissinger Unterhandlungen, über deren Verlauf die Regierungskreise noch immer ein strenges Geheimniß bewahren, können vielleicht zu einem Ergebniß führen, welches eine Annäherung der Centrumsfraktion an die Regierung zur Folge hat, und dann wäre eine konservativ-klerikale Regierungs-Majorität vorhanden. Dabei ist aber immer vorausgesetzt, daß die Zugeständnisse der Regierung an die Kurie groß genug sind, um das Centrum mit ihr auszusöhnen, und doch wieder nicht so weit gehen, um innerhalb der konservativen Parteien eine namhafte Zahl von Mitgliedern der Regierungspolitik zu entfremden. Bis jetzt hat das Centrum selber noch nicht gesprochen; indessen haben während der Wahlen zahlreiche Mitglieder desselben die Erklärung abgegeben, daß sie niemals irgendwelchen Ausnahmegesetzen zustimmen würden, und das Nämliche hat darauf nach dem Bekanntwerden des Entwurfs zum Sozialistengesetz die „Germania" mit einer gewissen Feierlichkeit wiederholt. Für die erste Session des neuen Reichstages scheint es daher mit dem Zustandekommen einer konservativ-klerikalen Majorität noch gute Weile zu haben. Von den liberalen Parteien hat die Fortschrittspartei in ihren tonangebenden Organen bereits Stellung zum Sozialistengesetz genommen; ihr Standpunkt ist darnach ein durchaus ablehnender. Es ist mithin nach wie vor die nationalliberale Fraktion diejenige, von deren Haltung der betreffenden Vorlage gegenüber nicht blos das Schicksal dieser, sondern vermuthlich auch des neugewählten Reichstages abhängt. Der Standpunkt dieser Fraktion ist kein lediglich ablehnender; einige ihrer bisherigen Mitglieder werden sich vielleicht sogar pure für die Regierungsvorlage entscheiden, jedenfalls ihr zustimmendes Votum zu derselben nicht von der Annahme bestimmter Verbesserungsvorschläge abhängig machen. Die Mehrheit der Fraktion steht jedoch auf einem kritischen Standpunkt, womit sich der ernste Wille verbindet, im Einvernehmen mit der Regierung ein Gesetz zu Stande zu bringen, welches die Gefahren, die dem Staate von den ihm feindlichen Agitationen der Sozialdemokratie drohen, mit wirksameren Mitteln als bisher zu bekämpfen gestattet. Von diesem Standpunkte aus wird die Vorlage der Regierung, wie sich aus dem Bundesrathe hervorgehen wird — und sie wird kaum viel anders lauten als der preußische Entwurf — als eine Grundlage für die Berathungen des Reichstags und seiner Commission unter dem Vorbehalt daran anzubringender Verbesserungen angesehen werden. Die Entscheidung über das Schicksal der Vorlage liegt mithin einerseits in dem Umfange der von der nationalliberalen Fraktion als Bedingung für ihr zustimmendes Votum verlangten „Verbesserungen", und andererseits in der Bereitwilligkeit der Regierung, auf solche „Abänderungen" ihrer Vorlage einzugehen, daß dadurch das Zustandekommen derselben im Einverständniß mit dem neugewählten Reichstage ermöglicht ist. Es wird sich alsbald bei den Verhandlungen zeigen, ob auf diesem Wege der Verständigung zwischen der Regierung und der nationalliberalen Fraktion ein Gesetz zu dem bezeichneten Zwecke zu Stande kommen kann. Für die gesammte Entwickelung unseres öffentlichen Lebens im Staate und im Reiche ist es dringend erwünscht, daß zwischen der Regierung und der nationalliberalen Partei nicht eine unausfüllbare Kluft gerissen werde. Darum wird die Regierung auch ihrerseits wohl darauf zu achten haben, daß nicht zu früh und nicht an unrechter Stelle das Wort „unannehmbar" ausgesprochen werde; denn das steht außer Zweifel: es lassen sich bei der neuen, wie bei der früheren Vorlage die Dinge im Reichstage sehr schnell zu einem Conflikt und zu einer abermaligen Auflösung treiben. Den Vortheil davon würde aber nicht die Regierung, sondern wie sich schon bei der ersten Auflösung herausgestellt hat, das Centrum haben, dessen siegreiche Stellung dadurch nur noch mehr verstärkt werden würde. Eine zu dem Liberalismus, d. h. zu der politischen Anschauungsweise des deutschen Bürgerthumes sich in einen prinzipiellen Widerspruch setzende Regierung würde unfehlbar in die Wege der Reaktion einlenken und sich der Unterwerfung unter die Forderungen des Vatikans unterziehen müssen, mag der Letztere anfänglich auch äußerlich als der nachgebende Theil erscheinen. Was soll dann aber aus dem deutschen Reiche werden!?" — —

Nun, deshalb braucht es dem Herrn Artikelschreiber nicht bange zu sein. Was aus dem deutschen Reiche noch werden wird, wissen wir natürlich nicht; was aber aus ihm geworden ist — inclusive: Canossa — das wissen wir. Und es ist so wenig beneidenswerth, daß wir von jeder Aenderung nur eine Besserung erwarten können. Doch — das „schwarze Gespenst" muß ja blos herhalten, um für eventuelle Fälle einem Prinzipienverrath, zu welchem das „rothe Gespenst" den Vorwand abgeben soll, den Weg zu bahnen. Von Herrn Lasker wurde gesagt, er habe das Ausnahmegesetz, als er dasselbe zu Gesichte bekam, für eine juristische und politische Monstrosität und für „natürlich absolut unannehmbar" erklärt. Entweder war dies nicht wahr, oder Herr Lasker hat sich auf die bekannte „Drehscheibe" gestellt, oder sein eigenes Organ bekämpft ihn, was ganz amüsant wäre. —

Und nun eine konservative Stimme.

Die in Frankfurt erscheinende „Deutsche Reichspost" enthält einen bemerkenswerthen Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Nehme man einmal an, daß nach dem voraussichtlichen Scheitern der Verhandlungen mit der Kurie der Kulturkampf auf's Neue entbrennt, was würde die Behörden hindern zu erklären, daß alle ultramontanen Bestrebungen darauf gerichtet seien, die Souveränetät des Papstes über die des Staates zu setzen, folglich dessen Ordnung zu untergraben? oder die demokratischen Vereine zu schließen, die „Frankfurter Zeitung" nebst Gesinnungsgenossen zu verbieten, weil sie die monarchische Staatsform untergraben? Mit einigem guten Willen kann man unter solche Bestimmungen jede mißliebige Agitation, sei sie demokratischer, liberaler oder konservativer Natur, bringen. Derartige Kautschukparagraphen aber sind deshalb so verwerflich, weil sie an die Stelle, die unverantwortlich ist und sein muß, nämlich die richterliche, die Entscheidung nach willkürlichem Ermessen setzen, während ein solches Ermessen nur bei der verantwortlichen Regierung am Platze ist, der Richter aber die allgemein feststehenden Normen auf den einzelnen Fall anwenden soll. Es muß als ein gänzlich vergebliches Beginnen erscheinen, nachdem man Hand in Hand mit dem Liberalismus durch eine falsche Gesetzgebung der Sozialdemokratie den Boden bereitet hat, nun die Bewegung mit Verboten ausstampfen zu wollen. Gerade so hat man zuerst den Ultramontanismus großgehätschelt und ihn dann mit Repressivgesetzen zu unterdrücken gesucht; thatsächlich aber ist er durch diesen Druck nur erstarkt und das Centrum rückt in den neuen Reichstag mit ungeschwächten Kräften ein. Man vergesse doch nicht, daß die eigentliche Armee der Sozialdemokratie nur aus Leuten besteht, die mit ihrer wirthschaftlichen Lage unzufrieden sind, und zwar keineswegs blos aus Fabrikarbeitern, sondern ebensowohl aus den Kleingewerbtreibenden und unteren Beamten, mit einem Worte Allen, die sich gedrückt, sich isolirt und unbehaglich in ihrer Haut fühlen und deshalb den hirnverbrannten Fanatikern (!) folgen, die ihnen von einer neuen Gesellschaftsordnung goldene Berge versprechen. Wenn allerdings jede revolutionäre Agitation mit Energie zu unterdrücken ist, so kommt doch alles darauf an, die kranken Stellen des Volkskörpers zu heilen, aus denen die Sozialdemokratie ihre Nahrung zieht. Dagegen aber mit bloßen allgemeinen Verboten der erwähnten Art vorzugehen, heißt einfach Deutschland mit einem Netz geheimer sozialistischer Propaganda unter unschuldig klingendem Namen zu bedecken, gegen die alle Polizei ebenso machtlos sein wird, wie das neue Reichsamt, mit dem wir beglückt werden sollen, und das leicht eine verdächtige Aehnlichkeit mit der Mainzer Central-Untersuchungscommission gegen demagogische Umtriebe aus der Zeit des Bundestages bekommen könnte.

„Glaubt die Reichsregierung, daß dieses Gesetz mehr Aussicht hat, angenommen zu werden, als sein Vorläufer, so möchte sie sich doch irren. Daß zunächst Demokraten, Fortschritt, Centrum, Polen, Elsässer wie ein Mann dagegen stimmen werden, dürfte nicht zweifelhaft sein; was sodann die eigentlichen Nationalliberalen betrifft, so sagt man wohl, daß sie in anderer Stimmung wiederkehren und gegen die Sozialisten der Regierung jede Hilfe leisten würden, wir müssen indeß es für sehr fraglich halten, ob Lasker und Bennigsen so weit gehen werden, diesen

Entwurf zu unterstützen. Es bleibt dann der nur noch dem Namen nach zur Partei gehörige, der Zahl nach aber geringe rechte Flügel unter Treitschke, der allerdings jede Forderung der Regierung ebenso unbedingt bewilligen wird, wie die Freiconservativen, denen es nicht schwer fallen dürfte, auf Verlangen des Reichskanzlers zu votiren, daß zwei mal zwei fünf sind. Beide zusammen aber dürften noch nicht über 70 Stimmen gebieten. Was endlich die deutschconservative Partei betrifft, so können wir nur den lebhaften Wunsch aussprechen, daß dieselbe sich durch ihren Wunsch, die Sache der Autorität zu stützen, nicht dazu drängen lasse, dem Volke in dem Lichte zu erscheinen, als ob sie conservativ mit ministeriell-reaktionär zu verwechseln geneigt sei, auch dann, wenn in der ministeriellen Politik kein einziger schöpferisch-conservativer Gedanke, sondern nur die Mittel des bonapartistischen Polizeistaates zu finden sind, mit denen man auf die Symptome des Uebels losschlagen will, die man selbst großgezogen."

In diesem Artikel ist sehr viel Richtiges enthalten. Das in die „deutschconservative" Fraktion gesetzte Vertrauen ist allerdings einer komischen Illusion entsprungen.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der preußische Entwurf, das Ausnahmegesetz betreffend, ist aus der Berathung des Bundesrathes mit ganz geringen Abänderungen glücklich hervorgegangen und wird fast in seiner ursprünglichen Gestalt dem Reichstage zur Berathung und Annahme vorgelegt werden. Der Bundesrath hat die Appellinstanz, das „Reichsamt für Vereinswesen und Presse" gestrichen und sich selbst an dessen Stelle gesetzt. Der Instanzenweg ist dadurch höchstens noch etwas schwerfälliger geworden; der reaktionäre Bundesrath wird ebenso, wie das reaktionäre Reichsamt schon seine Schuldigkeit thun. — Dann soll das confiscirte Vermögen der Sozialdemokraten nicht den Ortsarmen zu Gute kommen; es wollen vielmehr die Regierungen freie Verfügung über diese „annektirten" Gelder behalten. Ob mit denselben besonders eifrige „Sozialistenfresser" dotirt werden sollen, ist nicht gesagt. Die übrigen Abänderungen sind so unwesentlich, daß wir sie nicht zu erwähnen brauchen.

— Also doch ins Irrenhaus. Nach einer anscheinend offiziösen Notiz, welche jetzt durch die Presse geht, dürfte Nobiling demnächst in eine Irrenanstalt übergeführt werden. „Es ist aus dem Verbrecher nichts herauszubekommen; seine Aeußerungen lassen auf Geistesstörung schließen", so heißt es jetzt. Früher hat man aber aus ihm „herausbekommen", daß er Sozialdemokrat sei, und als Sozialdemokrat auf den Kaiser geschossen habe. Und damals war der Mann genau so geistesgestört wie jetzt. Ist Niemand an maßgebender Stelle, der dies hervorhebt? Der weiter hervorhebt, daß der jetzt irrsinnige Nobiling aller Wahrscheinlichkeit nach, ja, — wenn man die ererbten Körper- und Geisteseigenschaften des Mannes ins Auge faßt — unzweifelhaft auch schon zur Zeit, wo er das Attentat beging, an Geistesstörung litt? Und ist Niemand an maßgebender Stelle, der die Konsequenz hat zu erklären, jetzt, da der Irrsinn des Nobiling konstatirt sei, müsse auch das Ausnahmegesetz fallen gelassen werden, das auf der Annahme des vernünftigen, des zurechnungsfähigen Nobiling beruht? Schade, daß die Behörden sich geweigert haben, den Kopf Lehmann-Hödel's an Virchow zur Schädel- und Hirnuntersuchung auszuhändigen (siehe unsere Berliner Corr.). Oder auch nicht Schade. Denn es wäre doch entsetzlich gewesen, wenn uns klar und deutlich vordemonstrirt worden wäre, daß die deutsche Geschichte der letzten drei Monate und wer weiß, auf wie lange noch hinaus, das Werk von zwei Narren ist.

— Denunciantenpack. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom vorigen Sonnabend publicirt und indossirt folgende Leistung des berüchtigten Dernburg:

„Die „National-Zeitung" entnimmt der sozialdemokratischen „Berliner Freien Presse" einige Stellen, die sie zu den giftigsten Blüthen der sozialdemokratischen Publicistik zählt. So z. B.:

„„Der Streich, der das Haupt des Halbidioten Lehmann-Hödel vom Rumpf trennte, war ein symbolischer Act. Den Lehmann-Hödel schlug man, und die Sozialdemokratie meinte man; die Köpfung des Lehmann-Hödel sollte die Köpfung der Sozialdemokratie bedeuten. . . . Ja, was anders (als der politische Meuchelmord) bleibt den Russen übrig, wenn sie sich nicht hammelgleich von den Mensenzow und Consorten scheeren, prügeln, würgen und abschlachten lassen wollen? Was anders bleibt ihnen übrig? Wir fragen unsere Feinde. Discite moniti! (Lernt — ihr seid gemahnt!).""

Dann fügt die „National-Zeitung" hinzu: „Wenn das sozialdemokratische Blatt es ausdrücklich darauf abgesehen hätte, den Beweis zu führen, daß die gemeingefährliche Tendenz der Presse seiner Partei nicht anders als durch gänzliche Unterdrückung unschädlich zu machen ist, so muß man anerkennen, daß es Meister in der Kunst zweckentsprechenden Vorgehens ist. Der Grund, weshalb wir uns heute ausnahmsweise mit einem Artikel des sozialdemokratischen Parteiorgans beschäftigen, ist folgender: Wir möchten seitens der Regierung die Frage beantwortet sehen, ob in der That die bestehende Gesetzgebung nicht ausreicht, um die Verbreitung eines solchen Schriftstücks zu hindern? Oder hält man es etwa für erforderlich, für den Reichstag noch mehr Material zur Motivirung des zu erwartenden Gesetzentwurfes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie herbeizuschaffen?"

Eine infamere, böswilligere Denunciation ist nie vorgekommen. Nicht um eine Rechtfertigung des politischen Meuchelmords, wie die „National-Zeitung" insinuirt, handelt es sich in dem denuncirten Artikel der „Berliner Freien Presse", sondern um den Nachweis, daß die Abschreckungstheorie ein durch die Praxis widerlegter Unsinn ist, und um die Warnung vor russischen Zuständen, die den politischen Meuchelmord züchten. Hätte die „National-Zeitung" den ganzen Artikel abgedruckt, dann würde dies sofort sonnenklar zu Tage getreten sein. Wir citirten schon in voriger Nummer das bekannte Wort Custine's. Der politische Meuchelmord war von jeher eine russische Institution und wird es bleiben, so lange das autokratische Willkürregiment dort besteht. Und es soll eine Aufforderung zum Meuchelmord sein, wenn vor Zuständen gewarnt wird, welche den politischen Meuchelmord mit Naturnothwendigkeit erzeugen! Das ist ja eine niederträchtige Unterschiebung. Der Zweck der „Nat.-Ztg." liegt beiläufig auf der Hand: ihr schon beschlossener Freiheits-Verrath soll entschuldigt und beschönigt werden. Das wird ihr nimmermehr gelingen. Der Nebenzweck aber, einem mächtig aufblühenden Concurrenzblatt einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, ist bereits erreicht: Herr Tessendorff konnte natürlich nicht liberaler sein als Dr. Fritz Dernburg und hat die Beschlagnahme der den denuncirten Artikel enthaltenden Nummer der „Berliner Freien Presse" angeordnet, jedoch nicht wegen angeblicher Aufreizung zur Gewalt, wie die „National-Zeitung" es wollte, sondern wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung, die allerdings sehr „indirekter" Natur sein muß, da es uns nicht gelungen ist, dieselbe zu entdecken.

— Ja, Bauer, das ist etwas ganz Anderes. Die liberalen Zeitungen, die „Kölnische Zeitung" voran, erklärten es für eine faule Ausrede, als wir behaupteten, daß in vielen Wahlkreisen, wo eine sozialdemokratische Candidatur vollständig aussichtslos gewesen sei, unsere Parteigenossen vielfach sich der Stimmabgabe enthalten hätten. Das beweise aber noch durchaus keinen Rückgang an den betreffenden Orten. Die „Kölnische Zeitung" constatirte, wie oben erwähnt, die „faule Ausrede" unsererseits und den Rückgang der Sozial-Demokratie. In Nr. 235 dieses Blattes nun befindet sich eine Correspondenz aus München, in welcher über die Reichstagswahlen in Bayern berichtet wird und in der es wörtlich heißt: „So ist z. B. bei den letzten Wahlen, Dank der Ueberraschung, welche der Auflösungs-Ukas mitten in der Erntezeit bereitet, vielfach in denjenigen Wahlkreisen, wo die Liberalen ohne jede Aussicht des Erfolgs wählen, die Wahlbetheiligung eine viel lässigere gewesen, als zu anderen Zeiten. Es wäre durchaus verkehrt, daraus auf einen Rückgang der liberalen Gesinnnng schließen zu wollen." — Ja „Kölnerin", „es wäre durchaus verkehrt", wenn wir über solche Kleinigkeiten mit einem gesinnungslosen Blatte rechten wollten. Nicht wahr?

— Wie Zeitungen geschrieben werden. Eins der bestredigirten gegnerischen Blätter ist anerkanntermaßen die „Magdeburger Zeitung". Wohlan: unter den Titel: „Die Stichwahlen" brachte dieses Blatt vor einigen Tagen einen Artikel, der Folgendes leistete. Ungefähr in der Mitte heißt es: „Die unnatürlichsten Bündnisse wurden zu diesem Behufe (Bekämpfung der Nationalliberalen) geschlossen". Unter diesen unnatürlichsten Bündnissen wird dann in erster Reihe das „der Sozialdemokraten und Ultramontanen" aufgezählt. Genau 44 Zeilen weiter findet sich nachstehender Passus:

„Von den Sozialdemokraten konnte man von vornherein annehmen, daß sie überall bei den Stichwahlen demjenigen Candidaten ihre Stimme geben würden, welcher versprach, in möglichst scharfe Opposition zur Regierung zu treten. Jeder, der überhaupt gegen alle Ausnahmegesetze zur Einschränkung der Sozialdemokratie zu stimmen entschlossen war, mußte ihnen willkommen sein. Dieses Vorgehen war so in der Natur der Sache begründet, daß wir über dasselbe absolut nicht erstaunt sein konnten."

Also das „unnatürlichste Bündniß" ist „so in der Natur der Sache begründet", daß man darüber, als über etwas Selbstverständlichem, „absolut nicht erstaunt sein kann"! Und solch haarsträubendes — Blech schreibt eins der bestredigirten, wo nicht das bestredigirte der gegnerischen Blätter in einem an erster Stelle prangenden Leitartikel, der beiläufig um kein Haar breit schlechter geschrieben ist, als die übrigen Leitartikel der „Magdeburger Zeitung". Da mache man sich einen Vers auf die deos minorum gentium (die kleineren Größen) unserer herrschenden Presse.

— Die Kriegervereine sind bei der jüngsten Wahlbewegung von den Liberalen und Fortschrittlern vielfach als Versammlungssprenger gegen die Sozialdemokratie benutzt worden. Da nun in letzter Zeit die Conservativen dies Manöver von den Liberalen gelernt haben und es gegen Letztere ausüben, wimmern die liberalen und fortschrittlichen Zeitungen schon in Hinblick auf die Zukunft, in der die Conservativen erst recht ihre Kriegervereinsbataillone gegen den Liberalismus marschieren lassen werden. — Dem Liberalismus ist wiederholt das Sprüchlein unter die Nase zu reiben: „Was du nicht willst, das man ꝛc."

— Zum Untergang des „Großen Kurfürsten". In der „Leipziger Zeitung", dem offiziellen Organe der sächsischen Regierung, behauptet jetzt ein früherer Seemann ganz unverhüllt, Admiral Batsch trage die Hauptschuld an dem furchtbaren Unglück bei Folkestone. Das Ausweichen eines in geschlossener Ordnung dampfenden Geschwaders vor einem begegnenden Schiffe sei nie ganz ungefährlich und erfordere überaus genaues Achtgeben. Das hätte der Admiral wissen müssen, und es sei ein Räthsel, wie er in einem so belebten Fahrwasser, wie der Kanal zwischen Dover und Calais ist, das Geschwader in geschlossener Formation habe gehen lassen können. Nach diesem fachmännischen Urtheil dürfte die kriegsgerichtliche Untersuchung doch noch von Interesse sein. Es war bis jetzt allgemein verbreitete Ansicht, daß Niemand schuld an dem Unglücke sei, daß der „Große Kurfürst", so zu sagen von selbst in's Verderben gerannt sei.

Zum Verbrecherthum in Preußen.

Bei Gelegenheit der Jahresversammlung der Rheinisch-Westfälischen Gefängnißgesellschaft hielt der Gefängnißprediger Stursdorf einen Vortrag über die Fortschritte des Verbrecherthums in Preußen seit 1871 und suchte deren Ursachen zu ergründen. Da wir auf die einschlagenden Ziffern noch zurückkommen werden, erwähnen wir hier nur kurz, daß die Zahl der Strafgefangenen in den vom Ministerium des Innern ressortirenden Strafanstalten um circa 50 Prozent und die von den Schwurgerichten abgeurtheilten Verbrechen um volle 100 Prozent zugenommen haben. Ueber die eigentlichen Ursachen dieser Art Fortschrittes läßt sich der Redner, nachdem er vorher den Einfluß der Kriege u. s. w. berührt hat, wie folgt vernehmen: „Mit den Milliarden aus Frankreich ergoß sich eine Gier nach Gold in alle Adern unseres Volkslebens, die Losung war, rasch und möglichst mühelos reich zu werden; ruhige Arbeit galt nichts mehr, und der Arbeiter wähnte, daß Kunst und Wissen für das Handwerk überflüssig geworden sei. Wozu noch eine Lehrzeit, es gab ja Gelegenheit genug zu gut bezahlter Beschäftigung für den Lehrling. Mit der Geldgier paarte sich Genußsucht, trunkenes Schwelgen in der maßlosesten Befriedigung aller Lüste. Dann kam der Rückschlag und man sah, wie alle Mittel der Lüge und des Betruges angewandt worden waren, um der gierigen Menge das Geld aus der Tasche zu locken. Nun wanderte Mancher in's Gefängniß, Mancher streifte nur eben mit dem Aermel daran vorbei; aber unser Volk war ärmer geworden und ein großes Kapital von Redlichkeit und Wahrhaftigkeit in Handel und Wandel, die sittlichen Begriffe von Recht und Unrecht waren gründlich verwirrt. Was ist eine Veruntreuung von einigen Thalern gegenüber der Erschwindelung von Tausenden, die oft genug straflos bleiben muß? — In Folge des furchtbaren Krachs kamen die finanziellen Verhältnisse in's Schwanken, man wollte sich halten, man fälschte und betrog. Derselben Versuchung erlagen viele Commis, um das begonnene ausschweifende Leben ferner mitmachen zu können. Die Zahl solcher Kaufleute ist noch immer im Steigen; im Gefängnisse zu Rendsburg nehmen sie eine der höchsten Ziffern ein. Auch die Aufhebung der Schuldhaft und die unbeschränkte Wechselfähigkeit ist für Viele zum Falle geworden. Die Wechselfälschungen nehmen zu, weil, wie die sächsische Staatsanwaltschaft betont, eine Menge Firmen falsche Wechsel lieber annehmen als echte, da sie in der Drohung mit der Anzeige ein Mittel besitzen, den Schuldner leichter zum Einlösen zu zwingen. Die Vermehrung der Schankwirthschaften dauert ungehindert fort, ebenso die der Cafés chantants und Variététheater, lauter Zuchtschulen roher Sinnlichkeit! Dazu kommt die Zuchtlosigkeit und Gemeinheit eines Theils der Presse, in der Alles in den Staub gezogen wird; von der es bereits heißt: gelogen wie telegraphirt! An den Bahnhöfen werden die traurigsten Machwerke feil gehalten, und was für Dinge erst im Annoncentheil unserer gelesensten Blätter, z. B. des „Kladderadatsch", empfohlen werden, das hält man nicht für möglich, wenn man nicht selbst einmal den Versuch anstellt. (Redner hat sich Kataloge, Photographien und Bücher [„für Lebemänner"], die im „Kladderadatsch" angezeigt waren, kommen lassen und legt dieselben zum Theil vor.) Tiefster Schmutz und bodenlose Gemeinheit ist für den Inhalt die einzige Bezeichnung. Da wird es begreiflich, wenn gerade die Verbrechen gegen die Sittlichkeit zunehmen. — Aber auch der Kulturkampf hat in dieser Beziehung geschadet. Das Grauen vor den Gefängnißmauern ist verschwunden, seitdem Bischöfe und Geistliche darin saßen, die das Volk nicht für Verbrecher, sondern für Märtyrer ansah."

So weit der Herr Pastor in seinem gerechten Eifer. Kein Wort von der Sozialdemokratie, welche von den oberflächlichen Leuten und von den liberalen Lügnern für die Steigerung der Verbrechen verantwortlich gemacht wird. Aus den Beispielen geht vielmehr hervor, daß der Pastor, wenn er von der Zuchtlosigkeit und Gemeinheit der Tagespresse spricht, lediglich die herrschende Presse meint, da gerade wir es sind, welche die angegebenen Uebel fast einzig und allein in unserer Presse bekämpfen.

Ferner sei bemerkt, daß der neue Kulturkampf, der jetzt hereingebrochen ist, das Grauen vor den Gefängnißmauern vollständig vernichten wird, da es nach Annahme des Ausnahmegesetzes in wenigen Jahren fast keinen anständigen Mann in Deutschland mehr giebt, der nicht im Gefängniß gewesen wäre. — Die wirklichen Verbrecher können sich bei unseren Staatslenkern somit bedanken.

— Wer untergräbt die Autorität und verroht die Massen? Der Berliner „Staatsbürgerzeitung" wird von einem Correspondenten geschrieben:

„Ein mehr als unerquickliches Schauspiel wurde neulich Abends durch ein Rudel zehn- bis zwölfjähriger Jungen aufgeführt, und zwar auf den Wiesen, die zwischen der Bülow- und Großgörschenstraße die Potsdamer Bahnlinie begrenzen. Es handelte sich nämlich um nichts mehr und weniger, als um die regelrechte Parodie der Hödel'schen Hinrichtung. Offenbar hatten die Bengel daheim im Familienblatt den ganzen Verlauf der grausigen Prozedur mit aller Aufmerksamkeit gelesen; denn sie gingen bei ihrer rohen Posse durchaus programmgemäß zu Werke. Inmitten zweier Kameraden, die augenscheinlich als Pastoren figurirten, kam, von Schutzleuten eskortirt, der arme Sünder auf den Richtplatz geschritten, wo, von Steinen und Rasenstücken aufgeschichtet, der verhängnißvolle Block seiner bereits harrte. Mit feierlicher Amtsmiene ein Blatt Papier entfaltend, trat einer der Bengel, der als „Richter" fungirte, vor, um dem Delinquenten nochmals sein Todesurtheil zu verlesen, das der Pseudo-Hödel mit demonstrativem Ausspucken und einem Hochruf auf die Commune randglossirte. Auf sein Beil gestützt — ein Stock, in den ein beilartig zugeschnittenes Stück Pappe eingeklemmt war — stand im Hintergrund in möglichst theatralischer Position der Scharfrichter mit seinen Knechten. Ihm winkte der Richter. „Ich übergebe Ihnen den Herrn Hödel — machen Sie ihn man um eenen Kopp kürzer." Nun traten die Knechte vor und geleiteten den links und rechts anspuckenden armen Sünder zum Block, wo seine Fesselung markirt wurde. „Ick sterbe unschuldig," schrie nochmals der Delinquent, dann „blitzte das Beil und begrub sich „knirschend" in den Nacken des Bösewichts, der im nächsten Moment sich in den burleskesten Todeszuckungen auf dem Rasen wand, und zwar kopflos; denn er hatte sich seine Jacke über den Kopf heraufgezogen. Ein alter Herr, der diesem brutalen Spiel zugeschaut hatte, konnte nicht umhin, seiner gerechten Entrüstung Ausdruck zu geben, doch die Repräsentanten des jungen Deutschlands lachten ihn aus und ein paar Pennbrüder, die gleichfalls dabei standen, zollten dem forschen Todesgang des Pseudo-Hödel eine solch unzweideutige Anerkennung, daß der alte Mann, in Anbetracht, daß ihm keine unmittelbare Unterstützung zur Seite war, es für räthlich erachtete, seines Weges weiter zu gehen."

Ein prächtiges „Kulturbild" das! Wir zweifeln nicht, daß der große Staats- und Gesellschaftsretter, Scharfrichter Krauts, demnächst dem Ruhm unserer übrigen nationalen Helden, der Moltke u. s. w., erfolgreiche Conkurrenz machen wird. Zum Cultus der Hinterlader gehört auch der Cultus des Henkerbeils.

— Hüttner als Gelehrter. In einer der letzten Nummern des „Leipziger Tageblatt" wirft dieser tiefsinnige Geist uns Unwissenheit vor (man denke: Hüttner!), weil wir in der neulich von uns gebrachten Notiz über den Ursprung der Fabel von den drei Ringen Boccaccio nach 1480 leben ließen, während er doch notorisch schon mehr als hundert Jahre früher gestorben ist. Die Gelehrten des „Tageblatt" haben in ihrem Eifer übersehen, daß unsere Mittheilung, mit Quellenangabe, einem anderen Blatt entnommen ist, und daß die vermeintliche „Unwissenheit" sich einfach auf die Unfähigkeit der „Tageblatt"-Redaktion, richtig zu lesen, reduzirt. Es heißt nämlich nicht, daß Salomo de Virgo, der 1480 lebte, der Urheber der Fabel sei, sondern daß er ihren Ursprung erzählt und sie auf einen historischen Vorgang unter dem spanischen König Don Pedro dem Aelteren zurückgeführt habe. Wann dieser König gelebt, das möge das „Tageblatt" im Brockhaus'schen Conversationslexikon" nachschlagen, und, falls es dann noch sein Licht leuchten lassen will, sich an die Adresse des von uns citirten „Israelit" in Mainz wenden. Und nun Herrn Hüttner unseren Dank. Er hat uns wirklich amüsirt — der gelehrte Hüttner geht noch über den lauteschlagenden Graurock.

— In einem kleinen Orte bei Ried in Bayern geschah es, daß zur „Wilhelmsspende" gesammelt, aber nichts gegeben wurde, als zehn Reichspfennige, so der Bürgermeister allda durch Sammeln von Haus zu Haus zuwege brachte. Selbige Reichspfennige hatte ein Mann aus purem Mitleid, mit dem Bürger-

— „Die frechen, unverschämten Arbeiter!“ Auf Zeche „Vereinigte Dodelle“ in Fischlaken bei Essen, deren Stollen im Anfange dieses Jahres durch Tagesbrüche verschüttet wurden, und welche bis jetzt, trotz ununterbrochenen Tag- und Nachtschichten, noch nicht von dem Schutt befreit sind, haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil sie seit ca. 3 Monaten keinen Lohn erhalten haben. — Das sind unverschämte Burschen, die wegen einer so geringfügigen Ursache die Arbeit gleich einstellen. Von den verfluchten Sozialdemokraten sind diese widerhaarigen Leute einfach verführt worden — nicht wahr, ihr Herren von der liberalen Presse, nicht wahr ihr liberalen Herren Fabrikanten?

— Ein Brief Garibaldi's. Der „Einsiedler von Caprera“ hat unterm 18. d. an einen seiner Freunde einen Brief gerichtet, in welchem er sich in den schärfsten Ausdrücken über die Früchte des „Dreikaiserbündnisses“ ergeht, welches das „Prinzip des Despotismus“ vertrete, und, nach einigen drastischen Bemerkungen über die Canossareise unseres Herrn Reichskanzlers, auch auf das Nobiling-Attentat und die deutsche Sozialdemokratie zu sprechen kommt. „Ich habe natürlich,“ so schreibt Garibaldi, „den Mordversuch auf das ehrwürdige Haupt des deutschen Reiches getadelt, einen Mordversuch, der mehr durch religiösen Fanatismus (?), als durch Freiheitsbestrebungen eingegeben worden ist. In dem Programme der deutschen Sozialisten sehe ich nichts Erschreckendes. Ich finde darin zwei Forderungen, die den Traditionen meines ganzen Lebens entsprechen und für die Besserung der moralischen und materiellen Lage des Volkes unentbehrlich sind. Diese Forderungen sind: die Erhebung einer einzigen Steuer (der progressiven Einkommensteuer) und die allgemeine Volksbewaffnung. Es begreift sich, warum es den Kaisern nicht paßt, daß das Volk bewaffnet sei, um nach Bedürfniß das Vaterland zu vertheidigen und gleichzeitig es durch die Arbeit zu befruchten. Sie ziehen bewaffnete Massen vor, die ihnen willenlos gehorchen, wie „der Säbel, der haut“ (comme le tranchant d'un sabre).

„Auf unserer Seite fehlt es nicht an Männern, die fähig sind, unter den Auspizien der Gerechtigkeit und der Freiheit eine Organisation zu organisiren, stark genug, die Hochfluth des Despotismus und den — — zu brechen. Wir brauchen einen undiplomatischen Congreß, dem in Paris Viktor Hugo präsidirt.“ So Garibaldi, den unsere Gegner so oft gegen uns in's Feld zu führen versucht haben. Daß wir übrigens von einem „undiplomatischen Congreß“, präsidirt von Viktor Hugo, nicht viel halten, das wissen unsere Leser zur Genüge.

— Der französische Arbeitercongreß zu Lyon faßte bekanntlich eine Resolution des Inhalts, daß Anfangs September zu Paris ein allgemeiner (internationaler) sozialistischer Congreß tagen solle. Von Seiten des Ministeriums des Inneren, sowie der Polizeipräfektur wurde den Mitgliedern des zur Organisation des Congresses gewählten Comité's vor einigen Wochen der mündliche Bescheid, der Congreß dürfe nicht stattfinden. Das Comité will sich hierdurch aber nicht abhalten lassen, und hat folgende Protest-Erklärung veröffentlicht:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Comité's für den Empfang der Arbeiterdelegirten auf der Weltausstellung von 1878 und für die Veranstaltung eines internationalen sozialistischen Arbeitercongresses, denen sich die für diesen Congreß bereits ernannten Vertreter der Arbeitergruppen angeschlossen haben, erklären unter Bezugnahme auf das gegen diesen Congreß von der Polizeipräfektur und dem Ministerium des Inneren mündlich verhängte Verbot:

„In Erwägung, daß die Arbeiterklassen, wie alle anderen Kategorien von Bürgern, eigenthümliche Interessen haben, welche zu vertheidigen ihr Recht und ihre Pflicht ist; daß die französischen und insbesondere die Pariser Arbeiter, indem sie bei Gelegenheit der Ausstellung die Arbeiter der anderen Länder empfangen, um mit ihnen gewisse Fragen von gemeinsamem Interesse durchzusprechen, nur das Beispiel der Schriftsteller befolgen, welche vor zwei Monaten zu einem internationalen Congreß zusammengetreten sind, sowie der Kaufleute und Gewerbtreibenden, welche eben jetzt in dem offiziellen Trocaderopalast tagen; in Erwägung, daß die in dieser Weise für die Arbeitgeber gefallenen Grenzen nicht willkürlich gegen die Arbeiter wieder aufgerichtet werden können, ohne daß sich die Republik einer Rechtsverweigerung schuldig machte, vor der selbst eine Monarchie zurückscheuen würde; in Erwägung ferner, daß der sozialistische Arbeitercongreß sich schon durch die von ihm angenommene Form einer Privatversammlung der Einmischung der Behörde entzieht, die ihn aus diesem Grunde weder zu gestatten, noch zu verbieten hat, sondern in ihm nur die Ausübung eines unanfechtbaren Rechts, der Freiheit und der Unverletzlichkeit der Wohnung erblicken muß, wobei es ihr namentlich unbenommen bleibt, wenn Vergehen begangen werden sollten, die Schuldigen vor die competenten Gerichte zu stellen; in Erwägung endlich, daß die Pariser Arbeiter, welche diesen Congreß vorbereiteten, um einem Beschluß des letzten Arbeitercongresses von Lyon nachzukommen und es für sie eine Ehrensache ist, die Ausführung dieses Beschlusses zu betreiben:

1. daß sie einem mündlichen Verbot, welches nur von Kastengeist eingegeben ist und jeder juristischen Grundlage entbehrt, keine Berücksichtigung schenken können;
2. daß der international-sozialistische Arbeitercongreß an dem ursprünglich bestimmten Zeitpunkte, also vom 2. bis 12. September 1878 stattfinden wird.“

Wir sind überzeugt, der französische Minister des Inneren und die Pariser Polizeipräfektur werden die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den, freilich kaum mehr nöthigen Beweis zu liefern, daß, wer die Macht hat, auch das Gesetz für sich in's Feld führen kann. (Das endgültige Verbot ist inzwischen erfolgt.)

— Gegen den Lehrer Dr. Karl Schmidt zu Kiel ist das Disciplinarverfahren eingeleitet worden, weil er mit unserem dortigen Parteiorgan, der „Schleswig-Holsteinschen Volkszeitung“, Verbindung gehabt hat. — In Halle wurde der frühere Redakteur der „Halle'schen Freien Presse“, Grenz, wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft und des Herrn Wölfel aus Merseburg zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Der Redakteur der „Bergischen Volksstimme“, Oppenheimer ist in Haft genommen worden. — Genosse Grunewald in Altenburg wurde wegen Beamtenbeleidigung zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

Correspondenzen.

Berlin, 25. August. Wie Sie vielleicht schon auf anderem Wege erfahren haben, sind die Nummern 195 und 196 der „Berliner Freien Presse“, allerdings nur bei geringer polizeilicher Ausbeute, confiszirt und der verantwortliche Redakteur, Genosse Pultrabeck, verhaftet worden. Wahrscheinlich haben hierzu die Denunziationen, welche die „liberalen“ Blätter, die „National-Zeitung“ und die „Tribüne“ brachten, den Anstoß gegeben; beide Schmutzzeitungen machten nämlich die Staatsanwaltschaft direkt auf die Artikel des hiesigen Parteiorgans „Das Henkerbeil“ aufmerksam. Der zweite confiszirte Artikel war der „Wage“ entnommen, betitelt: „Das Untergrabungsgesetz“. Die „Wage“ selbst ist dieses Artikels halber gleichfalls confiszirt worden. Wie ich vermuthe, glaubt die Staatsanwaltschaft in beiden Artikeln „Kronprinzenbeleidigungen“ zu erblicken. Ja, ja! die „liberalen Kronprinzen“! Auflösung des Reichstags zum ersten Male seit seinem Bestehen; nach zehnjähriger Pause die erste Bestätigung eines Todesurtheils und das erste wirkliche Ausnahmegesetz in Preußen-Deutschland. Freiheitlich gesinnte Leute werden dem Kronprenzen nunmehr nicht gerade die heißeste Liebe entgegentragen. — Die „Berliner Freie Presse“ aber antwortet auf die liberalen Denunziationen würdig und kräftig, indem sie schreibt:

„Wir wußten, was wir thaten, als wir die beiden confiszirten Artikel in den Druck gaben, wir thaten damit nur, was uns die Pflicht gebot. Wir wußten und glaubten, als wir dies thaten, noch nicht, daß die nationalliberale Partei bereits so tief gesunken sei, daß ihre Hauptorgane, die „National-Zeitung“ und die „Tribüne“, die Geschäfte des Denunzianten besorgen würden. Daß wir dies erlebt und daß dies aus Anlaß unserer Artikel für alle Welt offenkundig geworden, es ist ein bedeutungsvoller Beitrag zur Klärung in unserem öffentlichen Leben und wir sind stolz darauf, den Anlaß gegeben zu haben. — Piloty, der Denunziant, war Privatmann und die allgemeine Verachtung, welche seiner That folgte, traf ihn als Privatmann. Hier haben wir die beiden offiziellen Organe der großen liberalen Partei, beide wetteifernd, Piloty den Rang abzulaufen. Mögen ihnen die errungenen Lorbeeren nicht verkümmert werden.“

Ich will hier nur noch hinzufügen, daß der Redakteur der „National-Zeitung“ Fritz Dernburg und der Redakteur der „Tribüne“ Karl Braun („Unser Braun“) heißt.

Unsern alten Genossen Demmler in Schwerin will nun einmal der Ordnungspöbel nicht in Ruhe lassen. Anläßlich der Wahl von Fritzsche telegraphirte nämlich Demmler an die Redaktion des hiesigen Parteiorgans folgenden Glückwunsch: „Freude und herzlichen Glückwünsch zu dem großen Sieg, und Dank allen Wählern, welche zu diesem glänzenden Resultat beigetragen. Demmler.“ — Die conservativen „Mecklenburger Anzeigen“ bringen dies Telegramm und fügen folgende Bemerkung hinzu: „Es wäre wohl in seinem eigenen Interesse besser, wenn der alte Herr nach den bekannten Vorfällen der letzten Monate es vermiede, sich durch demonstratine öffentliche Kundgebung seinen Gegnern wieder in unliebsame Erinnerung zu bringen.“ Dies heißt auf Deutsch: „Mecklenburgischer Pöbel, der du dem alten Sozialdemokraten Demmler schon mehrmals die Fenster eingeworfen hast, zeige, daß du noch auf dem Posten bist — Steine giebt es noch in Hülle und Fülle. Wie konnte auch der freche alte Mann nach Berlin einen Glückwunsch zum sozialdemokratischen Wahlsieg telegraphiren — das war äußerst unverschämt; deshalb, süßer „liberaler“, süßer conservativer Pöbel, frisch „an die Arbeit!“

Welche Elemente sich übrigens in der Ordnungspartei befinden, das geht aus folgendem geschmackvollen Briefe hervor, den die Redaktion der „Berliner Freien Presse“ erhalten hat:

„Endlich! Endlich! Endlich! In Harburg sind letzten Sonntag 6 Eurer von Euch vertretenen Hundelümmel erschossen worden. Wann kommt Berlin an die Reihe? Jedenfalls seht Ihr, daß man keinen Spaß mehr mit Euch Lausepack versteht. Nur nicht gemuckst, sonst setzt es Schüsse in Eure verfluchten versoffenen Kartoffelgesichter. C. Nesse.“

Ob dieser Nesse wohl Soldat war, ob er wohl das eiserne Kreuz besitzt?

Noch will ich bemerken, daß Professor Virchow den Hödelkopf zur Untersuchung ausgraben lassen wollte, daß ihm aber dies verweigert worden ist. Warum? Angenehm wäre es gewiß nicht gewesen, wenn die Wissenschaft dokumentirt hätte, daß man einem Idioten den Kopf abgeschlagen habe.

Berlin, 14. Aug. Im Juni d. J. befand ich mich schwer erkrankt in der hiesigen Charité. Da mich sehr oft die Langeweile plagte, so brachte mir meine Braut oftmals die „Berliner Freie Presse“. Eines Tages las ich darin ganz harmlos, als auf einmal der Stationswärter an mich herantrat und mir die Zeitung mit den Worten wegnahm: „Das Lesen der „Berliner Freien Presse“ ist hier verboten.“ Er sagte ferner, daß Sozialdemokraten aus der Charité entfernt werden müßten. Ich erwiderte, daß ich von einem solchen Verbot nichts wüßte. Am anderen Tage erschien der Inspektor und frug mich, wer mir die Zeitung gebracht habe, ob ich Abonnent derselben sei. Ich gab dem Herrn die mir passend scheinenden Antworten. Am Nachmittag desselben Tages erklärte mir der Stabsarzt, daß ich wegen Lesens der „Berliner Freien Presse“ aus der Anstalt sofort entlassen würde. Nun stellen Sie sich meine Situation vor, ich als Schwerkranker sollte auf einmal das Krankenhaus verlassen, auf die Straße geworfen werden? Ich erhielt einen Entlassungsschein, auf welchem stand: „Auf Befehl der Direktion entlassen“. Selbst meine Leidensgefährten waren entrüstet über solch ein Verfahren. Doch was half Alles? Ich mußte mich ins Unvermeidliche fügen und fand im katholischen Krankenhause liebevolle Aufnahme und Pflege. Auch dort konnte man diesen Vorfall nicht begreifen. Der Vorstand der Tischler-Krankenkasse, der ich angehöre, richtete wegen dieses Vorfalls ein Schreiben an die Charité-Direktion, es soll aber noch keine Antwort eingegangen sein. Nun mache sich jeder Arbeiter einen Vers dazu? Die Krankenkassen müssen für ihre kranken Mitglieder schönes Geld an die Verwaltung zahlen, und es soll den Kranken nicht gestattet sein, die Blätter zu lesen, welche ihre Interessen vertreten? Und warum entläßt man Schwerkranke so plötzlich? —

Dresden, 25. August. Gegen unsern Genossen Richard Tröger ist Anklage erhoben wegen Majestätsbeleidigung. Vor der Wahl war Tröger schon einige Tage inhaftirt, und zwar wegen eines Schmähbriefes, welchen die Redaktion der „Dresdner Nachrichten“ empfangen hatte. Damals wurde Tröger wieder freigelassen, und er glaubte schon, daß jetzt die Sache wohl ruhen bleiben würde, als ihm plötzlich die Eröffnung wird, daß er auf Grund dieses Briefes wegen Majestätsbeleidigung unter Anklage gestellt sei. Das Gericht hatte sich Briefe Tröger's, welche er vor 7—8 Jahren an seinen Vater geschrieben hatte, zu verschaffen gewußt — wahrscheinlich durch Haussuchung bei Letzterem — hatte diese Briefe nebst dem an die „Nachrichten“ gesandten Brief einem vereideten Schriftenvergleicher zur Vergleichung übergeben, und Letzterer will nun gefunden haben, daß die Handschrift der Briefe Tröger's mit dem Schmähbriefe der „Nachrichten“ identisch sei. — Jedermann, der Tröger kennt, weiß, daß ein solch dummer Streich von demselben nicht zu erwarten ist. Im Gegentheil, Tröger ist sogar häufig von seinen Genossen wegen seiner außerordentlichen Bedachtsamkeit und der Vorsicht, welche er bei allen seinen Handlungen gebraucht, um nur ja gegen Niemand zu verstoßen, aufgezogen worden, ohne daß derselbe sich indeß aus seiner Ruhe bringen ließ. Jedermann, der Tröger kennt, weiß, daß er nicht der Schreiber jenes Briefes an die „Nachrichten“ gewesen ist.

—l— **Gießen**, 13. August. Nachdem die Wahlcampagne vorüber, ist es uns möglich, Einiges über dieselbe, sowie verschiedene Vorgänge vor derselben, mitzutheilen. Am 24. März hielten wir hier eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Ist der Sozialismus kulturfeindlich?“ Als Referent war Genosse Pfannkuch anwesend, der dieses Thema zu Aller Zufriedenheit behandelte. Von den zahlreich anwesenden Gegnern, mit einer Schaar Professoren und höheren Lehrern an der Spitze, versuchten einige der Letzteren die Ausführungen Pfannkuch's zu widerlegen, mit welchem Erfolge dieses Bemühen gekrönt wurde, mögen sich unsere Genossen selbst denken, wenn ich ihnen mittheile, daß einer derselben die Redeweise Pfannkuch's kurzweg „Gefasel“ nannte, was ihm eine wohlverdiente Zurechtweisung seitens des Vorsitzenden eintrug; über die Art und Weise der „Widerlegung“ seitens dieser Herren, sowie über den Werth derselben hat der größte Theil der Anwesenden den Stab gebrochen, so daß wir füglich über einen längeren Bericht hinweggehen können. — Kurz nach Bekanntwerden des zweiten Attentats hielt der hiesige nationale und liberale Verein eine geschlossene Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Aufgabe des deutschen Bürgerthums gegenüber der Sozialdemokratie.“ Die Professoren Dr. Oncken und Dr. Gareis hatten die betr. Referate übernommen und entwickelten nach dem im „Gießner Anzeiger“ veröffentlichten stenographischen Bericht eine Kenntniß des Wesens und der Ziele der Sozialdemokratie, die selbst vielen ihrer Gesinnungsgenossen, sowie den mir bekannten Studirenden ein leises Kopfschütteln abzwangen. Nachdem auf alle mögliche Weise die Mitschuld der Sozialdemokratie an den beiden Attentaten zu beweisen versucht wird, versteigt sich der erste Referent zu den Worten: Meine Herren! Der Volksstaat ist die offenbare Ankündigung des Bürgerkrieges, des allgemeinen Umsturzes, des Kampfes Aller gegen Alle; und so ist er gemeint. Da hätten wir ja jetzt schon den Volksstaat nach den Begriffen des Herrn Professors; ist es nicht die offenbare Ankündigung des Bürgerkrieges, wenn liberale Blätter zu allerlei Gewaltthaten, zu Sprengungen der Volksversammlungen, zu Arbeiterentlassungen u. s. w. auffordern, und mit großer Genugthuung ihren Lesern Berichte über von den Anhängern des „monarchischen Bürgerthums“ niedergeschrieene Volksversammlungen bringen; wenn ferner, wie dies in Gießen der Fall gewesen, Schüler der Hochschule in die Verkehrslokale der Sozialdemokraten eindringen und dort durch alle mögliche Schimpfreden auf die Sozialisten Skandal zu provoziren suchten, der jedoch zum größten Aerger dieser „Helden“ Dank der Haltung der Parteigenossen unterblieb. (Beweise können erbracht werden.) Auf die weiteren Ausführungen der Herren Professoren kann ich in Rücksicht auf den Raum des „Vorwärts“ nicht eingehen, sonst sollten sie von einem gewöhnlichen, durch „gewissenlose Verführungskünste“ der Sozialdemokratie verfallenen Arbeiter erfahren, daß man sich in „besseren Kreisen“ sehr wohl auf gewissenlose Verführungskünste versteht. Ein großer Theil der von den Herren gethanen Aeußerungen ist bereits durch die Thatsachen widerlegt. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich noch nicht verblutet, im Gegentheil sie steht gestärkt und geläuterter denn je da; aber das Lügennetz ist zerrissen, das unsere Gegner dem deutschen Volke über den Kopf zu werfen suchten. Daß wir bei der Reichstagswahl im hiesigen Wahlkreise 1000 Stimmen verloren haben, ist nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß abgesehen von den vielen Einschüchterungen, Drohungen mit Arbeitsentlassung und sonstigen vorgekommenen Ungesetzlichkeiten überhaupt circa 3000 Stimmen weniger abgegeben wurden als 1877. Im Jahre 1877 erhielt v. Rabenau 9167, in diesem Jahre 7792, also 1375 Stimmen weniger; Liebknecht brachte es in diesem Jahre auf 381 gegen 1431 Stimmen im vorigen Jahre. Hierbei muß bemerkt werden, daß wir an geregelte Agitation nicht denken konnten, da uns die geeigneten Kräfte fehlen, was sehr viele Einwohner in dem

---

meister nämlich, der selber nichts „zeichnete“, gespendet. Als die Sammlung mit sothanem glänzenden Resultat beendet war, schrieb der Vorkonsul das Ergebniß seiner Sammlung an's hohe Comité nach Berlin mit dem Bemerken, daß selbiges Ergebniß — außen befindlich, nämlich als Freimarke auf den Brief gepappt sei.

— Herrlich ist's im deutschen Reich. Nachstehendes Schreiben erhalten wir aus Bonn a. Rh.: „Folgendes ist zu lesen in der „Deutschen Reichszeitung“:

„Eine alleinstehende arme Frau, deren Mann als Soldat dient, bittet gütige Menschen um etwas Leinen, um ihr furchtbar verbranntes Kind heilen zu können. Näheres Commandeurstraße 9.“

Da ich als Arbeiter weiß, welches gewaltige Elend solcher Annonce vorausgeht, bitte ich als ein Zeugniß des großen Jammers, welcher in unserem Vaterlande herrscht, diese Notiz im „Vorwärts“ aufzunehmen. R. R.“

— Die Wahlresultate aus Sachsen berichtet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wie folgt:

Königreich Sachsen. 8. Wahlkreis (Pirna). Abgegeben 11,275 Stimmen. Gewählt Advokat Eysold (Fortschritt) mit 7983, gegen Amtshauptmann von Ehrenstein (cons.) mit 3241 Stimmen. — 15. Wahlkreis (Zwickau-Leipzig). Abgegeben 16,377 Stimmen. Jurist Vahlteich (Soz.) mit 8711 gegen Dr. Julius Gensel (nat.-lib.) mit 7591 Stimmen.

Dazu bemerkt die „Chemnitzer Freie Presse“: Man stelle sich einen Wahlkreis „Zwickau-Leipzig“ vor, was das für ein geographisches Ungethüm sein müßte! Und dazu einen strafgefangenen Juristen als Vertreter, welche wunderbare Fügung! Man sollte aber doch meinen, das Organ der preußischen Regierung müßte von der Geographie und den Verhältnissen derjenigen Länder, die von Preußen annektirt oder halbannektirt sind, etwas besser unterrichtet sein. Sonst verspottet man immer die Franzosen wegen ihrer ungenügenden Kenntniß Deutschlands in geographischer Hinsicht. Ein „Wahlkreis Zwickau-Leipzig“ in einem preußischen Regierungsblatte, das ist aber unzweifelhaft das drolligste aller Beispiele von Unwissenheit über deutsche Ortsverhältnisse.

— Der Scharfrichter Krauts, Ritter des eisernen Kreuzes, soll, wie conservative Blätter melden, von den Anhängern der Todesstrafe als Candidat zum Reichstage im zweiten Berliner Wahlkreis bei der am 4. September stattfindenden Nachwahl aufgestellt werden. Der hochverdiente und in den jüngsten Tagen hochgefeierte Mann würde jedenfalls eine Zierde für den gegenwärtigen deutschen Reichstag sein. Daß Krauts für das Ausnahmegesetz und gegen Abschaffung der Todesstrafe stimmen wird, gilt als sicher.

irrigen Glauben stärkt, man fürchte sich, nach Gießen zu kommen, weil die sozialistischen Redner von den Professoren immer heimgeschickt würden u. dgl. Was nun das Heimschicken betrifft, so hätten wir manchmal Gelegenheit, den Herren Nationalen und Liberalen zu zeigen, wo sie zu Hause sind, denselben Nationalen und Liberalen, die so viel gelehrte Leute unter ihren Reihen zählen und noch nicht einmal einen Reichstagscandidaten aus denselben herausfinden konnten, jedenfalls aus dem Grunde, weil Jeder von den Führern des nationalen und liberalen Vereins Reichstagsabgeordneter werden wollte, und um nun allen Streit zu vermeiden, stellte man den seitherigen Abgeordneten v. Rabenau auf, der zwar nicht liberal, aber stark conservativ ist. Trotzdem sprach man in der liberalen Wählerversammlung vom 5. Juli über die Gegencandidatur des Gutsbesitzers Zimmer in Winnerod, von den reaktionär-conservativen Bestrebungen der Anhänger desselben. Herr v. Rabenau ist nach seiner in dieser Versammlung abgegebenen Erklärung für Ausnahmegesetze, Steuererhöhung auf indirektem Wege u. s. w. Nun, er ist glücklich wieder gewählt worden und das liberale Spießbürgerthum kann sich ruhig schlafen legen, die Ruhe, die wir ihm von Herzen gönnen, hat es verdient; es mag träumen von den Greueln der Pariser Commune, von Attentaten, von Mord und Todtschlag (meinetwegen auch von „Verführungskünsten") u. dgl. graufigen Geschichten, die ihm gleich Ammenmärchen eingeflößt wurden; das Erwachen wird von einem fürchterlichen Kater begleitet sein, für den selbst Dr. Eisenbarth kein Mittel findet; die Leutchen mögen dann ihre Dickköpfe herumtragen als warnendes Zeichen für Windmühlenkampflustige aller gegnerischen Parteien. Zwar sehr unanständige Schreibweise — aber wie man in den Wald ruft, so schallt es wieder heraus — werden die Gegner anständig, bleiben wir es auch. Verstanden?

Wiesbaden, 20. August. Die königl. Polizeidirektion hat soeben folgende Bekanntmachung veröffentlicht: „Dem Literaten Eduard von Bockum-Dolffs, früher in Sassendorf im Kreise Soest, ist, nachdem constatirt worden ist, daß er dem preußischen Unterthanenverbande nicht mehr angehört, durch Verfügung königlicher Regierung, Abtheilung des Innern hier, vom 6. Aug. 1878 der Aufenthalt in dem Gebiete des preußischen Staats untersagt worden. Diese Verfügung ist demselben heute publizirt und derselbe angewiesen worden, den preußischen Staat bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe heute zu verlassen. — Dieser Literat Eduard von Bockum-Dolffs ist jedenfalls ein Verwandter des Abgeordneten gleichen Namens. Ob der Ausgewiesene einem andern deutschen Bundesstaate angehört? Wo bleibt dann das Freizügigkeitsgesetz? Oder hat der preußische Ausnahmegesetzentwurf schon Gesetzeskraft?

Central-Wahlcomité der sozial. Arbeiterpartei.

Oeffentliche Quittung.

Diese Quittung enthält alle Zahlungen vom 22. Juni bis 21. August 1878.

(Schluß.)

Dahlemwarsleben L. 233 d. H. 4,10. Königsberg v. Str. 6,00. Kannstadt L. 1414 12,50; do. L. 1416 10,10. Celle durch K. L. 421 4,30; do. L. 423 12,90; do. L. 424 1,50; do. L. 425 6,30. Lauenburg v. Zimmerern d. Jancke 50,00. Kalk d. Eckerdt 9,80. Töuning v. Fechner 15,00. Bialla i. O. von Parteigen. 20,00. Lechhausen v. L. Sozialisten als Antwort auf den Augsburger Fabrikanten-Ukas 40,00; do. Listensammlung d. Lichtensteiger 14,64. Gartenfeld-Mainz erste Rate auf Listen 60,00. Bruchsal d. Fischer L. 1332 6,00. Celle v. Salomon's Fabrik 16,00; do. d. R. S. I. 30,00; do. d. R. S. II. 60,00. Dessau d. Meißner 15,00. Königssteele d. Schubert 3,00. Wieda d. Klapproth 2,50. Rehma d. Schröder 7,50. N. J. v. M. 2,00. Schwerin d. Peters 23,5. New-York durch die „Volkszeitung" 3000,00. Friedberg d. Mateß auf Listen 6,80. New-York v. d. d. Deutschen Gesellschaft 35,50. Delmenhorst L. 2184 5,80; do. L. 2167 5,25. Stuttgart L. 969 15,25; do. L. 2 0,90. Flensburg v. Johannsen's Cigarren-Fabrik 5,70. Brüssel durch Kistemaeckers 37,50. Rotterdam d. Reich v. deutschen Arbeitern 5,00; do. für Ausspielen eines Kanarienvogels 15,00. Grafenberg auf Listen 2,00. Lübeck 2. Rate (dav. 17,00 d. F. Rath) 50,00. Delitzsch N. N. 17,00. Bielefeld v. Baer 7,20. London von zwei Freunden 203,00. Goslar v. Kreische 00,50. Löbau d. Böhmer L. 1534 00,50; do. L. 1535 3,63; do. L. 1536 4,30. Göttingen v. Genossen 10,00. Paris v. J. S. 20,00. Zürich d. R. Seidel, ges. in der Schweiz, 1. Rate 150,00. Herford v. mehr. Sozialisten 5,00. Essen d. Kremer 28,00. Saalfeld d. H. L. 361 1,20; do. 365 2,20. Kopenhagen d. W. Esch (53 Kronen) 58,89; (speciell: Hirschsprungs Cig.-Fabr. 35 Kr. 45; Lichtingers Cig.-Fabr. 8 Kr. 25; Adlers Cig.-Fab. 3 Kr. 20; Rasmusen Cig.-Fabr. 3 Kr. 85; Scheits Cig.-Fabr. 2 Kr. 25.) Wien v. Metallarbeitern in Hernals 15,00. Paris durch C. Hirsch L. 2725 18,00; do. Ertrag eines Conzertes 2. Rate 62,00. Halle L. 1158 11,00; do. 1153 3,00; do. 1155 4,85; do. 1160 6,95; do. 1154 3,35; do. 1154 2,50; do. 1152 8,03; do. 1151 22,32. Kopenhagen v. G. F. und Th. G. 7,23. Friesenheim v. Duera 5,00. Augsburg v. d. Werkstätte des Hrn. Schneider 15,00. Heidelberg d. Rething 25,00. Reutlingen d. Walz 25,00. Thurgau auf L. 636 v. d. Schneiderwerkstätte Reudt in Berg 7,60. Heilbronn v. H. W. 10,00. Malento d. Wiese L. 108 u. 110 u. Ueberschuß v. Ball 9,05. Koblenz v. Lesern d. „Berl. Fr. Pr." d. Nacht z. Licht 9,00. Blotho d. Nolting (W. u. L. W.) 15,15; do. L. 475 3,60; do. 473 2,75. Düsseldorf „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden" L. 776 4,00; do. 778 8,60; do. 779 3,50; do. 780 9,70. Straßburg i. E. v. Genossen „trotz alledem" 30,00. Cöslin d. Nutzen 3,00. Iserlohn d. Copalle 33,50. Burscheid (Großbruch) L. 246 22,70. Brüssel v. Dr. de Paepe 161,30. Dalheim v. Schulze 2,50. Wiesbaden d. Palm L. 476—80 45,15. Bremerhaven d. Kaht 27,75. Kirchheim-Bolanden L. 2821 36,00. Sachsenhausen d. Fornoff d. P. 6,00; do. d. St. 2,50; do. d. H. 0,70; do. d. F. 1,50; do. d. Sch. 0,80; do. d. F. 0,70; do. d. G. 1,50; do. d. H. 0,50; do. d. E. 1,60; do. d. C. II. 0,50; do. d. O. 0,50; do. d. L. 0,50; do. d. M. 0,50; do. d. R. 0,50. Potsdam d. Haburg 10,00. Wilhelmshafen d. Steimbach 50,00. Müllen-St. Niclas v. Volksverein d. Metzner 14,00. Luckenwalde L. 89 2,96; do. 88 1,85; do. 87 3,45. America v. d. Genossen z. Philadelphia d. Block 314,92. Meiduch d. Fünen 5,50. London v. P. u. W. 20,40. Lüttich d. Schlebach 16,13. Ottweiler v. Kohl 5,00. Neustadt i. H. L. 62 7,45. Salzungen v. Bodechtel L. 1583 14,40. Groitzsch d. Reichelt L. 1513—15 14,43. Ronneburg d. Frenkel: „Durch Verfolgung zum Recht" L. 351 5,50; do. d. Kiemse L. 352 5,15; do. d. Frücht L. 353 10,00; do. d. Betterlin L. 354 12,30; do. d. Arens 355 1,60. Schleswig d. Baustian 4,00. Mannheim d. Koch 1. Rate auf Listen 100,00. Münden d. Schetalenburg a. Listen 6,95. Oppeln d. H. H. 15,75. Hückeswagen d. Breidenbach 6,00. Chemnitz L. 1 6,00. Leipzig d. Nebel („Fackel") 98,42. Bischofswerda L. 1450 6,30; do. 1460 1,10. Koburg L. 491 3,60. Hemelingen v. e. gemüthl. Gesellsch., welche über die Kopflosigkeit ihrer Gegner lacht 8,05. Bernburg d. Huth L. 239 17,05. Delmenhorst L. 2168 5,00; do. 2169 3,05; do. Sammelbüchse 1,00. Wilster v. Plambeck 3,80. Rahden d. Braun 6,30. Vierhausen v. Krajczi 1,50. Frankfurt a. M. a. freiwill. Sammelliste 19,00. Prenzlau L. 1040 5,45. Ulm a/D. v. Reisbach 25,00. Köln 1. Rate L. 797 10,00. Baden-Baden L. 584 7,50; do. 581 6,00. Neviges L. 768 11,60; do. 767 16,75; do. 5341 3,50. Osnabrück v. Nagel 75,00. Wien v. Parteigen. „mit vereinten Kräften" 17,85. Verden d. Günter 78,95. Ueberlingen L. 1137 6,52. Spandau L. 3665 13,00. Nowawes a. L. 24 u. 25 11,55. Heddernheim d. Schmidt 11,47. Pforzheim a. L. 631, 635, 1758, 1761 42,50. Aarhus v. Cigarren-Arbeitern d. Jagd. 17,78. Gießen v. Ungenannt 50,00. Wilster d. Thun 2,00. Eutin L. 313 u. 314 6,10. Koblenz L. 5292 22,00. Speier d. Michalk 21,00. Kochem v. Struttmann 5,00. Gießen S—n 10,00; a. Listen d. Petermann 12,00. Offenburg v. Geck 10,00; v. Autenrieth 10,00; v. Stotz 3,00. Burscheid (Großbruch) a. L. 247 12,20. Kötschenbroda L. 1480 13,70; L. 1482 7,20; L. 2162 5,65. Steinfeld v. Elvers 4,00. Kaufbeuren L. 671 d. Reese 2,90; L. 673 5,50; L. 675 6,30; von Genossen 2,00. Mörsenbroich L. 713 u. 714 7,50. St. Ingelheim v. M. 1,00. Jena v. G. S. 1,00. Lüneburg L. 1084 d. St. 15,00. Jüterbogk L. 200 4,65. Muckau v. Parteigen. 6,50. Bessungen d. Rohrbach 8,80. Delmenhorst d. Günther 10,00; do. Liste Nr. 0 d. Eisner 6,00; do. aus der Sammelbüchse 0,60. Ohlau d. Azler 4,25. Spremberg L. 1314 5,00. Paris d. H. Voß 32,00. Leipzig d. Nebel („Fackel") 58,75. Güstrow L. 2616—2621 50,00. Kötzschenbroda L. 1481 4,30; do. L. 2161 13,70. Reichstädt L. 1604 4,80. Buda-Pest Ertrag einer Verlosung v. Novstny 12,57. Schwabing d. Merkel 7,35. Paris v. T. B. 15,00. Hof v. Parteigen. 18,00. Schneeberg d. Heppert 7,50. Oldenburg v. Mitter 5,00. Goldlauter L. 1505 1,75. Hottingen-Zürich d. R. Seidel 130,00; do. 125,00; do. 80,00. Bremerhaven d. Baumann 7,35. Augsburg d. G. Stollberg 5,00. Krähwinkel L. 169 u. 170 5,20. Ludwigshafen v. Gen. d. O. Schreiter 5,00. Köln L. 768 ges. d. B. 13,00. Mainz v. mehr. Arbeitern der Fabrik v. Schuhmacher 12,50. Dessau d. Moß 4,85. Zeitz d. Burgau 23,00. Treuenbrietzen v. C. W. 6,00. Lückendorf L. 5521 d. W. Arlt 10,00. Coburg v. Tischlern d. Weidemann 2,50. Berlin v. F. R. 10,00. Görlitz d. Keller 8,30. Spremberg v. rothen Holzwürmern 2,27. Danzig d. Dyck 30,00. Bautzen L. 586 7,35. Würzburg v. R. K. 3,00. Blotho v. einem Fest d. Nolting 16,45. Stuttgart L. 1303 3,50; do. 1306 2,40; do. 968 4,45; do. 970 1,35; do. Matz 6,25; do. Schmelz 0,70. Zittau von Genossen 21,00. Potsdam d. Haburg 10,00. Schwerin d. Peters 12,62. Leipzig d. Nebel („Fackel") 70,61. Stettin d. Behnke 10,00. Karlsruhe d. Hasenauer 20,00. Verden durch Günter 52,40. Pfersee von mehreren Arbeitern 6,50. Braunschweig d. Müller (Expedition d. „Volksfreund") 150,00. Derenbach d. Karl Wahl 4,50. Delmenhorst L. 01 10,65; do. a. d. Sammelbüchse 0,35. Wandsbeck Unbekannt 3,00. Harburg ges. v. zwei Parteig. d. Steffens 10,80. Brandenburg d. A. B. 11,75. Coblenz auf 5 Listen von Lesern d. „Berl. Fr. Pr." 21,00. Ludwigshafen L. 614 14,90. Zürich v. Stichler 7,50. Schwarzenbeck d. Vollrath 2,75. Reutlingen von C. F. 20,00; do. von Zirbs 1,00. Junkerken v. G. L. 40,00. London v. 110 Exilirten d. Jourde 83,64. Naumburg d. Rosemann 9,00. Lübeck v. Cig.-Arb. d. Steffen 40,00. Eckernförde L. 317 11,90. Apenrade d. Gladewitz 7,00. Görlitz d. Ulrich 10,50. Bremerhaven d. H. R. Kaht 20,00. Gent d. van Beveren 832,00; do. zweite Rate 55,65. Zürich von den Sozialdemokraten der Schweiz durch den deutschen Verein 400,00. London d. F. J. Ehrhardt 1. Rate 162,00; do. 2. Rate 400,00; do. v. Secularist 10,00. Paris d. H. Voß auf L. 1 50,00; do. 2 20,00; do. 3 50,00; do. Rest v. Concert 1,60. New-York d. F. Filly („Volksztg.") 511,00. Berlin d. T. 300,00; do. d. Auer 300,00. Leipzig d. Hablich Diverse 175,77; do. L. 898 d. Bogenitz 2,25; do. d. Martin a. L. 10,70. Stade v. Hilcker 20,25. Segeberg v. N. N. 27,00. Sühlen L. 1373 d. M. 2,30. Lübeck v. Sommervergnügen der Schneider d. Martin 20,00. Bergedorf L. 243 d. F. W. u. J. H. 16,50; do. von einem Bierländer 1,00. Harburg ges. v. 2 Parteig. d. Steffens 46,35; do. v. T. B. 2,00; do. v. H. Edler 150,00; do. v. W. K. G. 9,25; do. L. 1170 d. D. 12,60; do. L. 5238 d. D. 12,30; do. d. Holzmann 200,00; do. d. Donath 50,00. Budapest v. d. Nichtwahlberechtigten in Ungarn 32,65. Osterode d. Hassenpflug 3,75. Leipzig d. Nebel („Fackel") 69,41. Mühlhausen i. Th. L. 2165 2,12 u. L. 2164 3,20.

b) Unterstützungsfond:

Baden-Baden L. 5203 5,20. Dessau v. Gesinnungsgenossen 1,70. Bautzen v. einem Freund uns. Sache 5,00; do. L. 5409 0,50; do. 5411 1,70. Frankfurt a. d. O. L. 5301, 5302, 5303 15,10. Schwäb.-Hall L. 5616 8,30. Kassel L. 5017 1,20; do. 5018 15,15; do. 5019 13,12; do. 5021 5,05. Wald L. 5212 3,65. M. v. R. f. d. im Kampfe zu Boden Geschlagenen 5,00. Altenburg u. Meuselwitz d. Kamprad 5,30. Frankfurt v. Fr. Dr. 3,00. Groitzsch L. 5591 10,40. Bernburg d. Raßer L. 5674 5,00. Löbau d. Böhmer 1,00. Essen a. d. R. d. Ungenannt 14,70. Ulm d. Reisbach 5,50. Langenbielau d. N. N. 3,65. Reichenbach i. V. d. R. Müller 16,00. Baden-Baden L. 5204 8,25. Darmstadt bei Götz d. Betz 1,50; do. L. 5422 4,29; do. 5421 5,50; do. 5423 8,75. Stadt-Ilm d. Pröß 2,00. Münden i. H. L. 5561 1,20. Wurzen L. 5514 20,00. Ronsdorf L. 5358 3,00. Göppingen v. Schlr. i. d. H. 32,00; do. d. C. 7,00. Göppingen d. Dr. „Und sie bewegt sich doch trotz alledem" 7,00; do. d. Sch. „Trotz Todtengräber" 6,00. Bockenheim L. 5279 5,90; do. L. 5278 0,90. Plauen L. 5486, 5485, 5484 8,06. Kiel v. Ungenannt 31,00. Zittau d. Nenke 3,80. Osnabrück d. N. N. 6,39. Altenburg d. Kamprad 10,15. Gelsenkirchen L. 5055 1,00; do. L. 5056 1,50. Stuttgart L. 5184 11,50. Lübeck d. Steffen 48,38; do. gesammelt auf einem Arbeiterfest 13,11. Lugau v. N. N. 1,50. Stuttgart d. Kunz 7,40. Lößnitz d. Scheffler 3,06. Schw.-Gmünd d. Kachel 4,85. Potsdam d. H. 3,00. Friedberg d. Mateß auf Listen 2,30. Stuttgart L. 5183 2,80. Frankfurt a. M. auf Listen 16,88. Paris von Hirsch 20,00. Düsseldorf „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden" L. 5251 15,00; do. L. 5250 2,50. Hannover v. Flügge 6,50. Ronneburg d. Wolff L. 5414 5,65. Eckernförde L. 5541 7,00. Speyer d. Michalk 4,00. Mühlhausen i. Th. L. 5740 5,50. Ernstthal bei einem gemüthlichen Beisammensein am 30. Juli 6,20. Treuenbrietzen v. N. N. 5,80. Nordhausen d. N. N. 4,50. Leipzig d. Hablich L. 5145 8,50. Hamburg L. 5065 11,25. Geesthacht L. 5548 3,00.

---

a) Wahlfond.

Aus Hamburg und seinen Vororten (Barmbeck, Eimsbüttel, Rothenburgsort 2c.) gingen vom 22. Juni bis 24. Aug. insgesammt ein: **M. 7609,67** (diese wurden spezifizirt im „Hamburg-Altonaer Volksblatt" quittirt); ferner **M. 3000** vom Hamburger Wahlcomité.

b) Unterstützungsfond.

Aus Hamburg und seinen Vororten gingen in den letzten 2 Monaten insgesammt ein (quittirt im „Volksblatt") M. 274,43.

Hamburg, 25. August 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Expedition. H. W. Brg Ritterhude: Im hiesigen Adreßbuch ist kein Zusche zu finden. — A. K. in W.: In Sachsen dürfen Geschäftsbücher in stenographischer Schrift geführt werden. — L. Düsseldorf: Sie können 50—100 Stück von verschiedenen älteren Nummern unseres Blattes erhalten. 50 St. 0,75 Mk. ohne Porto.

Ernst Strecker, Schuhmacher, wird um seine Adresse ersucht.
G. Bernhardt, Mauerstr. 28 in Göttingen.

Mannheim, 29. Aug. Um der Treiben vieler Herbergsbesitzer hiesiger Stadt, bestehend in Abfangen unserer Genossen an den Bahnhöfen und Dampfschiffen, ein Ziel zu setzen ersuchen wir unsere Genossen auf unser Verkehrslokal: Gasthaus zur Neuen Welt, J. 5: 16, aufmerksam zu machen. Die Schuhmacher-Gewerkschaft.

Zur Beachtung.

Die Redaktion des „Sozialist" in **Wien** befindet sich noch immer **V. Bez. Wehrgasse 2.**

Ich versende alle Sorten **Wanduhren** unter Garantie zu Fabrikpreisen sowohl im Einzelnen als in Partien. Eine gewöhnliche Uhr kostet 4—5 Mk. [1,50

Hausach i. Baden. F. Ferer, Uhrmacher.

Keine Hosenträger, keine Riemen mehr!

Pat. Hosen-Selbstschnaller.

Dieser elastische Hosen-Selbstschnaller macht den Gebrauch von Hosenträgern und Riemen vollständig entbehrlich; derselbe wird in die beiden Schnallgurte, die sich am Rücktheil jeder Hose befinden eingeschnallt.

Die Vortheile des Selbschnaller sind augenfälligl, denn nicht nur, daß das insbesondere beim Arbeiten lästige Tragen von Hosenträgern und Riemen wegfällt, wird auch die ganze Haltung des Körpers eine viel freiere und ungezwungenere, da der Selbstschnaller vermöge seiner großen Elasticität bei jeder Bewegung, sogar bei jedem Athemzuge nachgiebt und sich ausdehnt. Preis pro Stück 65 Pfg., franco Zusendung per Briefpost gegen vorherige Einsendung in Briefmarken. Preis per Dutzend Mk. 4,50. Wiederverkäufer gesucht. Nur allein zu beziehen von 5,10]

H. Hurwitz in Halberstadt.

Halle a. S. Diejenigen Leser des „Vorwärts", welche mit dem Abonnementsgelde noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, das Abonnement umgehend zu berichtigen, indem sonst öffentliche Mahnung eintreten müßte. 50]

Der Colporteur.

Soeben ist erschienen und durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

Glossen

zu

Yves Guyot's und Sigismund Lacroy's Schrift:

Die wahre Gestalt des Christenthums.

Nebst einem Anhang:

Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau.

Von **August Bebel.**

Preis 25 Pf.

Die Verbreitung, welche die ausgezeichnete Schrift von Guyot und Lacroy (Verlag der Volksbuchhandlung in Zürich) gefunden, wie die Aufmerksamkeit, welche neuerdings wieder infolge der demagogischen Agitationen christlicher Prediger unter der Arbeiterwelt das wahre Wesen des Christenthums erwecken muß, veranlaßten den Verfasser diese Arbeit jetzt herauszugeben. Der Anhang, in enger Verbindung zu der in der erwähnten Schrift erörterten Frage stehend, betrifft ein Thema, das in den letzten Jahren von den verschiedensten Seiten in Behandlung genommen ist. Der Verfasser wird übrigens noch im Laufe dieses Jahres eine Arbeit veröffentlichen, die umfänglicher und gründlicher, als es in der vorliegenden geschieht, ihre Aufgabe zu lösen suchen wird.

Expedition des „Vorwärts".

Neueste

Erfindungen und Erfahrungen

auf den

Gebieten der praktischen Technik, der Gewerbe, Industrie, Chemie, der Land- und Hauswirthschaft 2c.

Das soeben ausgegebene neunte Heft des V. Jahrganges, 1878, dieser Zeitschrift bringt auf 48 Seiten mit vielen Abbildungen folgende interessante Artikel:

Vierteljahrsrevue. — Ueber eine neue praktische Anlage von Obstdarröfen nebst Anleitung zur Herstellung eines praktischen Obstdarrhauses. — Ueber thierisches Blut, dessen technische Verwerthung und chemische Zusammensetzung. — Das Sammeln, Reduciren und Ausschmelzen der Silber- und Goldabfälle. — Praktische Notizen. — Das Sicherheitsschloß. — K. k. priv. Metallschindel-Bedachung. — Notizen über neuere technische Erscheinungen. — Praktische Erfahrungen über die Anwendung von Schuckert's dynamo-elektrischen Maschinen für Galvanoplastik. — Braun's Straßenpflaster auf Fahrdamm und Trottoir. — Neuer Flaß-Motor auf Seiltransmission. — Eine neue Erfindung in der Kunst des Holzmalens. — Neues Bleistift-Fixirpapier. — Neues Verfahren, Metalle auf galvanischem Wege mit Platin zu überziehen. — Herstellung von Metallfensterrahmen und Oberlichtern. — Praktische Notiz zur Schilderbefestigung. — Neue Apotheken-Mühle. — Ueber das beste Klärmittel der Würze. — Berichte von der Weltausstellung zu Paris. — Neuer Sicherheits-Röhrenkessel. — Neuer autopneumatischer Gaserzeugungs-Apparat und automatische Gaslampe. — Zur Abfallverwerthung. — Abplatt- und Fraismaschine. — Doppelt ventilirter Schaufelrost. — Bezugsquellen für Maschinen, Apparate und Materialien. — Die Canalbaumaterialien in ihrem Verhalten zu sauren und alkalischen Flüssigkeiten. — Rasches Trocknen von Filtern. — Nachweis von schwefliger Säure im Biere. — Eine neuere Verwendung des Jodes. — Ueber die leichte Selbstentzündlichkeit des Benzins. — Neuer Rasenreiniger. — Werth des Knrtoffelkrautes. — Ueber ein prophylaktisches Mittel bei der Epilepsie. — Wiederherstellung dumpfig gewordenen Tabaks. — Glanzversilberung. — Neuer Ersatz für Leberthran. — Verfahren zur Conservirung anatomischer Präparate. — Kleinere Mittheilungen. — Neuigkeiten vom Büchermarkte. — Fragekasten. — Beantwortungen. — Briefkasten.

Pränumerationspreis gänzjährig für 13 Hefte franco:

4 Fl. 50 Kr. ö. W. = 7 Mark 50 Pf.

Einzelne Hefte kosten 36 Kr. = 60 Pf.

14,10] A. Hartleben's Verlag in Wien.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 144 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bastermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 428 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 103. Sonntag, 1. September. 1878.

Zum 31. August.

Am 31. August 1864 starb zu Genf an den Folgen einer im Duell erhaltenen Wunde Ferdinand Lassalle, der Denker und Kämpfer.

Kaum anderthalb Jahre vorher hatte er als Agitator die Fahne der Arbeiter- und Menschheitsemanzipation entrollt, und in dieser kurzen Zeit welche Leistungen, welche Erfolge! Ausgerüstet mit der „Wissenschaft seines Jahrhunderts" streute er — und das ist sein höchstes Verdienst — den Samen der Wissenschaft unter das Volk; ihm und seinem Freund Karl Marx ist es in erster Linie zu danken, daß die deutsche Arbeiterbewegung eine wissenschaftliche Grundlage hat, auf der sie unbesieglich ist und von der sie sich niemals wird abdrängen lassen.

Vierzehn Jahre sind verstrichen seit Lassalle's Tod, fast ein halbes Menschenalter. Mächtige Ereignisse haben die Gestalt unseres Welttheils verändert; namentlich unser Vaterland ist tiefeingreifenden Umwälzungen ausgesetzt gewesen; die deutsche Sozialdemokratie ist, nach heftigen Krisen, unter fortwährendem Ringen mit den reaktionären Parteien und Regierungen zu einer großen politischen Partei geworden — aber das Andenken Lassalle's ist heute so frisch im Gedächtniß des arbeitenden Volks, wie vor 14 Jahren. Lassalle lebt, er lebt in seiner, in unserer Sache; er lebt, und die falschen Götzen, gegen welche er die Waffen seines gewaltigen Geistes gerichtet, sie sind zerbrochen, die Parteien der Bourgeoisie, denen er kühn den Handschuh hinwarf im Namen des Proletariats, im Namen der Menschheit, sie sind von ihrem Schicksal erreicht worden: bankrout, moralisch bankrout, bankrout mit ihrer Politik, bankrout mit ihrer Wirthschaftslehre.

Wäre Lassalle jetzt unter uns, er würde gestehen, daß die Wirklichkeit seine Hoffnungen übertroffen hat.

„Das Volk vergißt seine Todten nicht" — es vergißt sie nicht, weil es sie lebendig hält, weil es sie in seinem Herzen nicht sterben läßt, und ihm so die Unsterblichkeit sichert.

Und das ist die Unsterblichkeit, welche das Volk edlen Menschen schuldet. Das ist der wahre Nationaldank, oder sagen wir unserthalben auch „Vaterlandsdank". Denn ein „Vaterland" haben wir „Vaterlandslosen" so gut wie die Herren Patrioten, welche das „Vaterland" gepachtet zu haben vermeinen; das Vaterland ist unser natürlicher nächster Wirkungskreis — Vaterland und Welt, Nationalismus und Internationalismus, Staatsbürgerthum und Weltbürgerthum sind nicht einander ausschließende, sondern einander ergänzende Begriffe. Der internationale Weltbürger, der in seinem Vaterland seine staatsbürgerlichen Pflichten nicht erfüllt, ist ein phrasenhafter Feigling oder hohler Phantast, wie umgekehrt derjenige Staatsbürger, der sich nicht über die Schranken der Nationalität zu erheben vermocht hat, seine staatsbürgerlichen Pflichten nur in bornirtester Weise erfüllen kann und mit dem Mantel des Patriotismus blos seinen Mangel an Bildung und seine Servilität zu verdecken sucht.

Niemand hat dies besser begriffen als Lassalle, der den nationalen und den allgemein menschlichen Zielen und Aufgaben mit gleicher Energie diente.

Durch eine Art stillschweigenden Uebereinkommens ist der 31. August von der deutschen Sozialdemokratie zum Tag eines Todtenfestes gemacht worden.

Dieser Tag gehört der Erinnerung an unsere Todten — an die Pioniere der Menschheit, die für die heilige Sache der Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenangesicht trägt, gewirkt und gestritten haben.

Zu Tausenden und Abertausenden ziehen sie an uns vorüber, „die Helden der neuen Ideen", die Blutzeugen der Wahrheit und des Rechts — erst vereinzelt, dann in immer dichteren Reihen: die alte Garde von 1789—1794, die junge Garde von 1830, 1848 bis in die neueste Zeit — die Kämpfer des Juli, des Februar, des Juni, die Märtyrer der deutschen Märzrevolution, die zu Pulver und Blei Begnadeten von Wien, Rastadt, Freiburg, Mannheim, und zuletzt so mancher Brave, der noch vor Kurzem in unserer Mitte gewandelt, an unserer Seite gekämpft hat. —

Wir lassen die heilige Schaar an uns vorüberziehen, und, angesichts des Vernichtungskrieges, mit dem man uns bedroht, geloben wir unseren Todten:

Wir werden uns bemühen, Eurer würdig zu sein — es komme was da wolle!

Jeder von uns wird in freudiger Zuversicht persönliches Ungemach, ja das Schlimmste ertragen — wissen wir doch, daß unserer Sache der Triumph sicher ist. An dem rocher de bronce, dem ehernen Fels der Wissenschaft und des Rechts wird der Anprall der Reaktion zu Schanden werden.

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Das (ultra-) conservative Wiener „Vaterland" läßt sich d. d. 21. August also vernehmen:

„Augenscheinlich ist jetzt im „neuen deutschen Reiche" jene Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft, in ganz besonders hohem Grade in Thätigkeit. Nicht nur daß sie auf die zweckmäßigste Weise die dortigen Katholiken — soweit sie im Uebrigen geistig gesund constituirt waren — durch einen weise inscenirten Kulturkampf aus dem Banne des Staatsfanatismus und der Erfolgsanbetung befreite und zu tüchtigen Kämpfern für die Sache Gottes einexerzirte, sie hat nun auch in gleich weiser Einsicht durch einen neuen Kulturkampf die riesig angewachsene Partei der Sozialdemokraten auf eine Art in die Schule genommen, die den besten Erfolg verspricht.

„Wahrlich, wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus, so ist aus dem Kopfe Bismarck's das Sozialistengesetz, in Waffen und Harnisch vollendet, entsprungen: ein Erzeugniß des — — — — — — *) Geistes. Alles, was in Deutschland durch die sieben fetten Jahre des —cultus und des Chauvinismus hindurch sich noch einigen Respekt vor dem Recht und der Freiheit seines Volkes; Alles, was sich noch einige Selbstachtung bewahrt hat oder anstandshalber sich bewahrt zu haben die Miene annimmt, Alles das ist einig in der Verwerfung der — — Gesetzesvorlage.

„Als es galt, in dem Jesuitengesetze, einem juristischen Monstrum, die Heimathloserklärung von Bürgern des eigenen Vaterlandes zu acceptiren; als es galt, in den Waisenhäusern, Armenschulen, christlichen Pensionaten, Krankenhäusern, Magdalenen-Asylen zahlreiche Anstalten christlicher Liebe durch Exilirung der frommen Genossenschaften auszurotten: da zögerten Fortschrittler, Liberale, Preußisch-Conservative keinen Augenblick. Man fand es so angenehm, Hammer zu sein in der Faust des preußischen Heros und dachte nicht daran, wie es gefallen würde, wenn er demnächst die Rolle des Ambos dekretiren würde. Inzwischen haben nun fast alle Parteien abwechselnd die eine und die andere Rolle durchgekostet und haben gefunden, daß auch der Reiz der Abwechslung und der Genuß am Leiden Anderer nicht genügend für die Gefahr entschädigen können, zeitweilig das Objekt der — — Kraftübungen eines Bismarck zu sein. Nur der Theil der nation prussienne, dessen Vorfahren bis in's sechste Glied in der Zucht der sieben Rücken mit einem Male streifenden Fuchtel gebildet worden sind, hat nach den Gesetzen Darwin'scher Zuchtwahl sich eine Dickhaut erworben, die den kräftigsten Muskelanstrengungen des Kanzlers in unentwegter submissester Hingebung sich weiht. Er kriecht vor den Fußtritten des Gewaltigen heulend in den Winkel und springt auf seinen Pfiff dienstwillig wedelnd wieder herbei. Alles das unter der monotonen Blechmusik der „Kreuzzeitung".

„Wir haben gesagt, das Sozialistengesetz wird die Sozialdemokraten in die Lehre nehmen, wie es der Kulturkampf mit den Katholiken gethan hat. Nicht daß wir meinten, sie würden sich schrecken lassen, sie würden zu Kreuz kriechen; keineswegs. Die Gefahr ist im Gegentheil eine ganz andere. Es ist die, daß sie, verzweifelnd daran, Recht und Gerechtigkeit bei ihren Volksgenossen zu finden, sich auf's Conspiriren verlegen, daß sie in eine heimliche Partei von tückischen, demoralisirten und deshalb zehnfach gefährlichen Verschwörern umschlagen.

„Und daß dies nicht geschieht, dafür gesorgt zu haben ist eben das große, wenn auch durchaus unfreiwillige Verdienst Bismarck's. Alle honnetten Menschen in ganz Deutschland und unter allen Parteien werden jetzt, nach den gemachten Erfahrungen, nach der gründlichen Ernüchterung einstimmig das — — Ausnahmegesetz mit lauter Stimme verwerfen und sich auf keinerlei Transaktionen in Betreff desselben einlassen. Die Sozialdemokratie aber wird in dieser sittlichen und ehrenhaften Haltung ihrer Mitbürger einen zwingenden Antrieb erhalten, von dem rüden, indignirenden Tone abzulassen, mit dem einige ihrer Organe sie verunehrt haben. Sie werden mit unterrichteten, wohldenkenden Männern in eine gesittete Debatte eintreten, durch welche sie nur an Kraft gewinnen können; an Kraft, das wirklich Vernünftige zu erreichen. Vor Allem werden sie aufhören mit dem verruchten und wahnsinnigen Geschrei gegen das Christenthum, womit sie nur die Nachäffer und Narren ihres eigentlichen Bedrängers, des Liberalismus, machen. Sie werden in der Debatte geschichtliches Verständniß gewinnen und die Ueberzeugung, daß nur in der historischen Continuität, in der Anknüpfung an geschichtlich schon realisirte Ideen eine gesunde Fortentwicklung nach den Bedürfnissen der Zeitlage sich gewinnen läßt, niemals in den willkürlichen Produkten einer abstrakten Spekulation.

„Und aus der gemeinsamen Arbeit dieser Debatte, auf der festen Basis der christlichen Vergangenheit wird sich der Bau der Zukunft erheben, in welcher alle existenzberechtigten Kategorien des Volkes dasjenige Maß der Befriedigung finden werden, welches aus der Uebung der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe hervorgeht. Ein anderes aber ist unter Menschen nicht zu verwirklichen und ein höheres nur im Reiche der Phantasie denkbar."

Auf alle honnetten Menschen in ganz Deutschland rechnet das „Vaterland". Ob und wo sie sich wohl finden werden?

(Fortsetzung folgt.)

*) Die Ausdrücke des konservativen Blattes sind so drastisch, daß wir aus preßgesetzlichen Gründen sie nicht wiedergeben können. Auch an anderen Stellen mußten wir Censurstriche anbringen. R. d. „V."

Aus Rußland.

(Von einem Russen †).)

Petersburg, den 15. August.

Der 31. März war bekanntlich ein Tag der unaussprechlichsten Freude, er brachte überall Jubel und Frohlockung hervor! An diesem Tage hat sich das ganze Russische Volk, unverhohlen, und Kundgebungen des Unwillens laut werden lassend, durch den Spruch seiner Geschworenen gegen die Landesregierung ausgesprochen: die Wjera Sassulitsch, welche die schauderhafte That verübte, wurde bekanntlich freigesprochen, und ist von allen mehr oder weniger vernünftigen Russen als wahrhaft treue Tochter anerkannt worden. Während dessen aber verhielt sich die Regierung zu dem Allen in folgender Weise: Der Kaiser nämlich erließ gleich nach erfolgter Freisprechung schleunigst eine Cabinets-Ordre, dahin lautend, daß die Sassulitsch überall gesucht und im Auffindungsfalle, in strenge Haft genommen werden müsse. Das brutalste Verfahren aber war dabei, daß man sich nicht scheute, einen namhaften Preis für Ergreifung derselben auszusetzen. Während man nun in so ungerechter Weise diese berühmt gewordene Heldin zu vernichten suchte, gestaltete sich der materielle Zustand des verwundeten Trepow als ein durchaus glänzender. Der Kaiser nämlich erwies diesem Menschem die huldreichsten Begünstigungen, und als Zeichen der kaiserlichen Theilnahme, die schnellste und überraschendste Beförderung seines Ranges. Man denke nun nicht etwa, daß das bisher Erwähnte schon den Höhepunkt der berühmt gewordenen „Heldenthaten" erreicht hat. Denn, um eine vollständige Ergänzung derselben zu erzielen, bedarf es noch der Erwähnung folgender Thatsachen, welche am Petersburger Hofe sich abspielten. Bekanntlich fand vor der Affaire Sassulitsch ein sehr weitverzweigter politischer Prozeß statt, worin 193 Personen als Angeklagte figurirten. In welch knappem Umfange nun die Verbrechen der Angeklagten an's Licht gelangten, mag schon der Umstand als Beweis dienen, daß man das vollständige „Schuldig" nur bei einem einzigen jungen Manne Namens Mischkin feststellen konnte. In Folge dessen wurde der Genannte zu 10 Jahren Zwangsarbeit (Katorga) verurtheilt. Die übrigen Personen aber wurden meistentheils gänzlich freigesprochen, oder zu kurz andauernder Verbannung nach verschiedenen Provinzen verurtheilt. Diese von den Gerichten anerkannten, verhältnißmäßig leicht zu nennenden Strafen, wurden nun der herkömmlichen Sitte gemäß, der kaiserlichen Gnade anheimgestellt, und sogar besonders empfohlen. Man war in allen Kreisen der festen, zuverlässigen Meinung, ja sogar der unumstößlichen Ueberzeugung, daß die Folge davon die gänzliche Freisprechung der Verurtheilten sein wird. Allein die glänzende Hoffnung Aller, und insbesondere die der betreffenden Eltern, welche schon die Wiederkehr der geliebten Söhne und Töchter so sehnlichst erwarteten, wurde gröblich, ja sogar in fast brutaler Weise getäuscht. Denn, nicht genug damit, daß der Czar vom hohen Recht der ihm zustehenden Gnade, welches doch öfter an allen Höfen Europa's zur Verwendung gebracht wird, nicht den geringsten Gebrauch machte, verwandelte der Kaiser die bereits erwähnten Strafen noch in weit schärfere, so daß es einem Jeden, selbst dem unzugänglichsten Menschen, höchst unwahrscheinlich, ja äußerst schaudererregend vorkommen wird. In folgender Form äußern sich die „Gnadenbezeugungen": Kowalick, Wonoralsky, Rogatschow und Murawsky wurden statt Verbannung zu einer 10jährigen Zwangsarbeit begnadigt. Ferner Sinegul, Strachowsky, Tscharuschin, Schischko, Dobrowolsky und Kwiatkowsky, deren Urtheil auf Verbannung nach West-Sibirien und Gouvernement Tobolsk lautete, wurden nunmehr zu einer Strafe von je 9 Jahren Zwangsarbeit erkannt. Ferner Fräulein Breschkowsky und Saschin wurden statt Verbannung nach Gouvernement Tobolsk zu je 5jähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Die 36 Freigesprochenen wurden auf den bloßen Antrag des Justizministers hin, nach verschiedenen Provinzen verbannt. Es ist dies der wahrheitsgetreue Inhalt der aufgezählten Thatsachen, welche gleichzeitig den genügenden Beweis liefern, wie groß, wie unbegrenzt die Abneigung, ja der Abscheu gegen den russischen Herrscher hierselbst ist. Politische Vergehen will man mit leidlich milder Gerechtigkeit behandelt wissen, und daß dem laut werdenden Verlangen des Volkes nach umfangreicher Reform der so traurig verkommenen Zustände, im Allgemeinen Rechnung getragen werde, das ist des gesammten Volkes Wunsch. Des Czaren in eigner Person getroffene Abänderungen hinsichtlich der Strafen, sprechen an und für sich schon eine genügend deutliche Sprache, um sich weiterer Aeußerungen enthalten zu können; und von einer Constitution hört man gegenwärtig hier nichts mehr. Es ist längst bekannt, in welchem Grade die russische Regierung unbesonnen und taktlos in politischer Hinsicht im Innern verfährt, und zwar gegen ihr eigenes Interesse, und ebenfalls, daß der Kaiser durch sein empörend gewaltthätiges Verfahren die Unzufriedenheit immer mehr hervorruft, und in welche Lage er die Gesammtheit der russischen Jugend drängen wird. Doch dürfte es von einigem Interesse sein, den Inhalt, oder vielmehr der Rede kürzesten Sinn eines politischen verbotenen Flugblattes hier folgen zu lassen. Dieses, trotz der Nichtexistenz der allgemeinen Preß-Freiheit, in Petersburg selbst gedruckte, verbreitete, und von den dortigen Revolutionären verfaßte Flugblatt, lautet im Auszuge:

„Ihr (der Czar) sagt, daß in unserm Kampfe mit Euch, wir von allen Verbrechen, und wären dies auch die schrecklichsten, sein mögen, keinen Abstand nehmen. Lüge, freche, boshafte Lüge! Denn nur Ihr habt bis jetzt vor Niederträchtigkeiten empörendster Art nicht zurückgeschreckt. Wir aber litten unaussprechlich bis zur zugänglichen Möglichkeit, während wir uns sagten: „Es wäre ungeziemend und schmachvoll, das Leben eines Menschen zu bedrohen. Jetzt aber — ja! Von nun an werden wir in der That von Nichts Abstand nehmen. Von diesem Zeitpunkte ab sind wir fest entschlossen, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unabläßig gegen Euch zu kämpfen. Lange genug ließen wir Worte der Liebe und geduldigen Harrens überall vernehmen. Nun aber rückt die Zeit des Hasses, des tödtlichsten Hasses heran! Genug der Vergebung! Unsere düstre Antwort auf alle die Ungerechtigkeiten und schmachvollen Verfolgungen wird sein: Rache! Rache! zehnfach blutige Rache! — Ihr selbst habt es hervorgerufen und uns dazu gebracht, wißt es und wartet!" —

Nicht wahr, Ihr deutschen Sozialisten, das ist eine furchtbare Sprache, vor der Ihr zurückschreckt, für welche Ihr kaum

†) Wir haben die oft etwas eigenthümliche Ausdrucksweise nur an wenigen Stellen geändert. D. R. d. „V."

ein Verständniß habt? Ihr mit Eurer freien Rede, Ihr mit Eurer freien Schrift, Ihr mit Eurer gesetzlich erlaubten Agitation. Ihr seht mit einer gewissen Verachtung auf uns „Barbaren“, aber wartet auch Ihr nur, wenn man Euch so wie uns bedrängt und verfolgt, wenn man Euch aller Freiheiten beraubt, dann werdet auch Ihr zu „Barbaren“, und werdet dieselben Mittel im Kampfe gebrauchen müssen, wie wir sie leider zu gebrauchen gezwungen sind. Auge um Auge, Zahn um Zahn!

Mit sozialistischem Gruß

A. G. S.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Gegen das Bismarck'sche Ausnahmegesetz werden unzweifelhaft im Reichstag stimmen: das Centrum mit den Welfen — 115, die Fortschrittspartei — 25, die Polen und der Däne Kryger — 15, die Elsässer — 15, die Sozialdemokraten — 9, die Demokraten — 3 Abgeordnete, zusammen 182 Abgeordnete. Nun beträgt aber die absolute Majorität in einem „vollen Haus“ von 397 — 199; es fehlen also an der absoluten Majorität — 17. Die Conservativen zählen im neuen Reichstag 113 Abgeordnete, die wohl sämmtlich für die Vorlage stimmen werden. Zur absoluten Majorität fehlen ihnen 86 Stimmen. Die „Nationalliberalen“, das heißt was sich bisher so nannte, verfügen von Lasker bis hinunter zu Treitschke über 98 Stimmen, die ihnen zuzurechnende „Gruppe Löwe“ über 8. Finden sich unter diesen 106 Abgeordneten 17, welche die Vorlage verwerfen, so fällt dieselbe durch, vorausgesetzt, daß alle Abgeordneten am Platze sind. Letzteres ist aber unmöglich, weil mindestens 2 Gegner der Vorlage (Sozialdemokraten), die im Gefängniß sind, bei der Abstimmung nicht anwesend sein können. Die Nationalliberalen mit der „Gruppe Löwe“ müßten deshalb statt 17 mindestens 19 Gegner der Vorlage stellen. Ist dies zu erwarten? Eine solche Beantwortung der Frage ist noch unmöglich. So viel steht bis jetzt fest, daß Lasker die Vorlage für unannehmbar erklärt hat, daß der zum rechten Flügel der Nationalliberalen gehörige Abgeordnete Bunsen in einer Ansprache an seine Wähler entschieden Front gegen die Vorlage gemacht, daß das Hauptorgan der badischen Nationalliberalen, die „Badische Landeszeitung“, von der Vorlage nichts wissen will, und daß die „Nationalliberale Correspondenz“, das Organ des rechten Flügels der Nationalliberalen, sich neuerdings sehr kühl über die Vorlage äußert. Jedenfalls hat eine zur Verwerfung des Gesetzes mehr als ausreichende Anzahl von Abgeordneten begriffen, daß das Ausnahmegesetz ein Strick um den Hals des Liberalismus ist. Aber wird dieser sehr richtigen Erkenntniß die That folgen? Wir wissen es nicht — mit „unberechenbaren Faktoren“ läßt sich nicht rechnen; wir wissen blos, daß die Annahme des Bismarck'schen Knebelgesetzes die Erdrosselung des bürgerlichen Liberalismus wäre, der Sozialdemokratie aber zwar Verlegenheiten, doch keinen Schaden bereiten würde. —

Erwähnt sei hier noch, daß der in Graz tagende „deutsche Journalistentag“, auf dem auch die österreichische Presse vertreten ist, das Ausnahmegesetz in schärfster Weise verurtheilt und als den Tod aller Preßfreiheit bezeichnet hat.

— Ueber „Sociales Königthum“ bringt der „Staats-Socialist“ einen Artikel, dem wir folgende bemerkenswerthe Stellen entnehmen:

„Das sociale Königthum, welches wir in Anspruch nehmen, soll vor Allem eine starke Monarchie sein, doch allerdings nicht eine solche, deren Kraft an erster Stelle in einer gesteigerten Geltendmachung der Polizeigewalt zum Ausdruck gelangt, sondern vielmehr eine solche, deren Stärke in ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von den Parteien besteht, deren Schwerpunkt damit in sie selbst fällt, und welche die verschiedenen Parteien dadurch sich dienstbar macht, daß sie dieselben durch Wohlthun gewinnt. Was mit Zwangs-Maßregeln in dieser Richtung gewonnen wird, darüber hat uns die Erfahrung bereits belehrt. Der internationale Charakter, welchen der ursprünglich durchaus nationale Socialismus in Deutschland angenommen hat, ist das Werk derer, welche polizeiliche Maßregelungen und zahlreiche kriminalrechtliche Verfolgungen als das geeignetste Mittel betrachteten, die Sympathieen der unteren Volksklassen zu gewinnen. Auf welchen Grund hin man von einer Steigerung dieser Maßregeln heute einen besseren Erfolg erwartet, ist uns bis dahin unklar geblieben und wollen wir deshalb, so lange es noch Zeit ist, mit dem Ausdruck der Besorgniß nicht zurückhalten, daß man durch gesteigerten Zwang den Sozialismus in sein drittes Stadium, in das der Anarchie hinüberführen dürfte. So lange die unteren Volksklassen in der Centralgewalt nichts erblicken, als den Zwing- und Polizeiherrn der herrschenden Gesellschaft, so lange werden sie derselben mit einer dem Maße des Zwanges entsprechenden Feindschaft gegenüberstehen, und diese Feindschaft wird nur dadurch aus dem Wege geschafft werden, daß man den großen Worten der sozialdemokratischen Führer mit reellen Leistungen gegenüber tritt, die überschwänglichen Verheißungen durch konkrete Erfüllungen entkräftet und so das Gros jener Partei daran gewöhnt, in dem Königthum wiederum diejenige Instanz zu erblicken, bei welcher es die einsichtigste und kräftigste Vertretung seiner Interessen findet. Dies nennen wir: sich zu einem socialen Königthum ausgestalten. Daß man diesen Zweck nicht durch isolirte Zwangs-Maßregeln und Ausnahme-Gesetze erreichen wird, darüber sollte der Verlauf des „Kulturkampfes“, selbst beschränkteren Politikern, keinen Zweifel gelassen haben. Was man dort schließlich erzielt hat, nämlich die katholische Bevölkerung zu einer festen geschlossenen Masse zusammenzuschweißen, ein gleiches Resultat dürfte auch die zweite Auflage des Kulturkampfes gegen die Sozialdemokratie in sich schließen, ein Verlauf, der in dem Maße bedenklicher und gefährlicher erscheint, als die in der Sozialdemokratie beschlossene Gefahr in der That die ultramontane Gefahr weitaus überwiegt. Nichts ist gewisser, als daß die Sozialdemokratie Gewalt mit Gewalt erwidern wird, und daß man daher, konsequent durchgeführt, schließlich das heraufbeschwört, was man angeblich vermeiden will, und was man in sehr zutreffender Weise neuerdings die „Criminal-Justiz der Geschichte“ genannt hat. Außerdem sollte man auf allen Seiten nicht vergessen, daß man nicht immer Hammer, sondern, in bekannter Abwechselung, auch zuweilen Ambos ist, und daß man daher in kritischen Zeiten stets wohl thut, sich recht ernsthaft die Frage vorzulegen: wie man es empfinden und was man sagen wird, wenn man die Rolle des Phalereus spielt und selbst in den Ofen gesteckt wird, welchen man für Andere erbaut und geheizt hat.“

Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß unsere Auffassung von der Regierungsform und der Regierungsgewalt eine andere ist, als die des „Staats-Socialist“. Auch ist es falsch, daß die „sozialistischen Führer“ „überschwängliche Verheißungen“ machten. Mit den übrigen Ausführungen aber sind wir einverstanden und freuen uns, daß ein hochkonservatives Blatt mit solcher Entschiedenheit und mit so triftigen Argumenten gegen die Ausnahmegesetze eintritt.

— Es wird offiziös von Berlin aus geschrieben: „Bekanntlich werden die Berichte der königlichen Fabrik-Inspektoren für das Jahr 1877 im nächsten Monate zur Ausgabe gelangen. Dem Vernehmen nach wird in denselben unter Anderem bezüglich des Haftpflichtgesetzes als Mangel hervorgehoben, daß manche Arbeiter den Fabrikanten nicht verklagen, theils weil sie fürchten entlassen zu werden, theils weil ihnen die Mittel fehlen, sich durch einen Anwalt vertreten zu lassen. Es wird dann der Vorschlag gemacht, Fabrikanten-Genossenschaften zur Zahlung der durch Verletzung der Arbeiter entstandenen Schäden zu gründen, sowie Offizialmandatare für unbemittelte Arbeiter durch die Communen zu bestellen.“ — Das Uebel ist unzweifelhaft vorhanden; ob aber das vorgeschlagene Heilmittel genügen wird, dürfte sehr zu bezweifeln sein. Das Beste wäre unter den obwaltenden ökonomischen Verhältnissen, man unterstützte die Gewerkschaftsbewegung; dann würden die Arbeiter aller Branchen bald, wie das in England der Fall ist, in ihren Kassen ausreichende Summen haben, um die Interessen der Arbeiter auch vor Gericht wirksam zu vertreten. Doch weit entfernt, die Gewerkschaftsbewegung, diesen großartigen Versuch wahrer Selbsthilfe, zu unterstützen, legt man den Gewerkschaften jedes mögliche Hinderniß in den Weg und will sie ganz erdrosseln.

— Die Harburger Unruhen gaben den liberalen Blättern, voran die „Kölnische“, die „Magdeburgische Zeitung“ und als Ableger das „Leipziger Tageblatt“, Gelegenheit, ihren giftigen Geifer wieder einmal über die Sozialdemokratie auszuspritzen. Sie brachten diese Unruhen sogar mit den Ausnahmegesetzen in Verbindung, deren Einführung sie nunmehr erst recht für nothwendig erklärten. Jetzt aber bringen alle drei Blätter (das „Leipziger Tageblatt“ hinkt etwas nach, da es sich bekanntlich mit der Scheere behilft) fast gleichzeitig eine offiziöse Notiz, die folgendermaßen anhebt:

„Der Harburger Tumult am Stichwahltage hat, so schreibt man uns aus dortiger Gegend, einen ernsten Hintergrund, und die Regierung hat alle Ursache, diesem ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Es wird uns glaubhaft versichert, daß nicht etwa die Sozialdemokraten, sondern lediglich notorische Anhänger und Wähler der welfischen Partei es waren, von denen die Steinwürfe und alle andere Ungebühr ausgingen. Diese Leute sind seit Jahren systematisch aufgehetzt worden.“

Die weiteren Angriffe gegen die Welfen, die nun folgen, interessiren uns nicht. Wir haben lediglich die Notiz abgedruckt, um die Niederträchtigkeit der liberalen Schandblätter zu zeigen, die auf Commando sich auf die der Regierung gerade unbequemste Partei wie eine losgelassene Meute stürzen. In der Provinz Hannover aber sind die Welfen der Regierung gegenwärtig am unbequemsten.

— Liberale Rohheiten. Die in unserer letzten Nummer (Berliner Correspondenz) erwähnte indirekte Aufforderung der liberalen „Mecklenburgischen Anzeigen“, unserem alten Parteigenossen, Hofbaurath a. D. Demmler in Schwerin die Fensterscheiben einzuwerfen, hat ihren Zweck vollständig erreicht. In der Nacht vom 24. zum 25. August sind an dem Demmler'schen Hause (nun zum vierten Male) mit Feldsteinen die Fenster zertrümmert worden. Einige Tage vorher hatte Herr Demmler eine Karte erhalten, in der ihm das Bubenstück schon im Voraus angezeigt wurde. Diese Karte ist der Polizei übergeben worden — aber dennoch wurden die Fensterscheiben eingeworfen. Merkwürdig ist, daß nicht ein einziges Mal einer dieser „liberalen“ Ordnungslümmel polizeilich abgefaßt worden ist.

— Aus Bordeaux erhalten wir vom 20. August folgende Zuschrift:

„Eine herzhafte Freude habe ich empfunden beim Lesen der letzten „Vorwärts“-Nummern. Ein derartiger „Rückschritt“ des Sozialismus muß alle wahrhaften Volksfreunde erfreuen und berechtigt zu den größten Hoffnungen! Die Wahlkreise müssen in Deutschland doch recht eigenthümlich eingetheilt sein, um auf eine halbe Million Stimmen nur 9 Deputirte zu geben. Ueber fünfzigtausend Stimmen auf einen einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten. Das geht doch selbst noch über den Gambetta und Dufaure! — Sei dem wie ihm wolle, die deutsche Sozialdemokratie hat ein Recht, auf ihre Erfolge stolz zu sein, und ihr kühnes Vorwärtsschreiten muß alle Sozialisten und Revolutionäre mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft erfüllen. — Hier in Bordeaux steht es um unsere Sache niederträchtig; wir sind hier nur einige Zwanzig, die offen und entschieden zur rothen Fahne halten. Armes Frankreich! Die Bourgeois schröpfen es zu Tode. Die französischen Sozialrepublikaner haben jedenfalls schwere Fehler begangen, von denen der größte, meiner Ansicht nach, ich möchte fast sagen in einem prinzipiell unplanmäßigen Vorgehen bestanden hat. Und das Gezänk unter den Sozialisten hat auch viel geschadet. Doch hoffe ich, daß es in Zukunft besser werden wird. Noth lehrt nicht beten, wohl aber sich verständigen und den einfältigen Personenkultus loszuwerden. Es sind bereits über 80 Jahre her, seitdem der edle Cloots von seiner Guillotine den Franzosen zurief: „France-guéris, toi des individus!“ (Frankreich, heile dich [befreie dich] von dem Individuum [dem Personenkultus]!) Und heute? Bismarckkultus, Hödelei, Gambettakultus ꝛc. Mit bestem Gruß stets der Ihrige in der gerechten Sache F. St.

Preußische Polizei in Bayern.

Unter diesem Titel bringt das „Münchener Fremdenblatt“ folgenden interessanten Artikel:

Empörend ist es, was wir uns von den Preußen gefallen lassen müssen. Aus Kissingen erfährt man folgende unglaubliche Geschichte, welche einem sich als Kurgast dort aufhaltenden Kaufmann aus München passirte. Wenn Fürst Bismarck nach Kissingen kommt, folgt ihm nicht allein sein großer Fanghund, sondern auch ein Heer von geheimen Polizeidienern und Beamten, obgleich die bayrische Regierung seinetwegen eine namhafte Verstärkung der Gensdarmerie anordnet und sogar den Polizeicommissar Gehret von München zu seiner Bewachung abschickt. Das könnte uns zwar gleichgiltig sein, und unsertwegen komme der Fürst das nächstemal mit der ganzen lauenburgischen Armee nach Kissingen. Allein diese preußischen Polizisten haben die Anmaßung, sich für sogenannte „Reichspolizei“ auszugeben, welches geradezu empörend ist. Eines Tages ging besagter Kaufmann, in der Meinung, er befinde sich auf bayrischem Boden und könne als bayrischer Staatsbürger hingehen, wohin er wolle, in der Nähe des Gradirhauses spaziren, als plötzlich ein Mensch auf ihn zustürzte und ihn folgendermaßen anschnauzte: „Sie hören Sie mal! Sie scheinen ein förmliches Kesseltreiben auf den Fürsten halten zu wollen! Seit drei Tagen treiben Sie sich da herum.“ (Das ist gar nicht wahr; der Kaufmann war zum ersten Mal in seinem Leben in die Nähe des Gradirhauses gekommen.) Dann befahl er ihm in eine Laube „hier herein“ zu kommen, zog ihn hinein und sagte: „nu setzen Sie sich.“ In diesem Augenblicke ging der Fürst vorüber, worauf der Mann hinausstürzte und den Kaufmann sitzen ließ. Dieser war natürlich ganz außer sich über die ihm widerfahrene Behandlung. Sein Erstes war, daß er auf einen der vielen umherstehenden Gensdarmen zueilte und fragte, wer eigentlich der Mensch sei, der sich erlaubt hätte, so mit ihm umzugehen. Der Gensdarm sagte, es werde wohl einer von seinen geheimen Detectivs sein, welche Bismarck mitgebracht habe. Das müsse man sich gefallen lassen. Vielleicht habe er ihn blos vor dem Hunde schützen wollen. — So, das müssen wir uns in unserem eigenen Lande von den Preußen gefallen lassen!!!

Die Sache hatte aber noch ein recht gelungenes Nachspiel! Als nämlich der besagte Kaufmann jüngst in den Zeitungen las, daß Fürst Bismarck über München nach Gastein gehen werde, vermuthete er richtig, daß der geheime Trabant wieder in seinem Gefolge sein werde. Richtig traf er ihn auch in der Bahnhofrestauration, und nachdem er auf seine Erkundigungen hin erfahren, er sei der preußische Polizeikommissär Krüger (dieser Polizeibeamte hat auch die sozialistischen Congresse in Gotha überwacht und war bei der Hödelaffaire zur Untersuchung in Leipzig. R. d. V.), ging er frischweg auf ihn zu und stellte ihn zur Rede, wie er sich in Kissingen eine solche — Ungezogenheit gegen ihn habe erlauben können. Auch sein Schwager, ein hiesiger Bahnhofinspektor, konnte seine Entrüstung nicht bemeistern und bemerkte dem Polizisten aus Berlin, daß er sein Benehmen gegen einen kranken Kurgast sehr ungeeignet und unbelikat finde. (Dem hätte noch etwas ganz Anderes gebührt!) Hierauf soll der Preuße gedroht haben, er werde es dem Fürsten sagen, und der Kaufmann und der Inspektor würden schon sehen, was daraus würde. So, das auch noch! — Nun können wir versichern, daß sich der Kaufmann wenig um die Drohung kümmert; der Preuße kann ihn in Marbach besuchen, wenn er einmal hinkommen sollte; aber dem Bahnhofinspektor könnten hieraus Unannehmlichkeiten erwachsen, welchen wir durch unsere Veröffentlichung vorbeugen wollen. Es ist uns nämlich zu Ohren gekommen, daß bereits dieser Preußen wegen ein Bezirksamtmann und — ein bayrischer Landrichter! versetzt worden seien.

Wir behaupten das nicht für gewiß und bestimmt wahr, sondern nur als Gerücht, von dem wir hoffen, daß es falsch ist.*) Aber erwähnen wollen wir dies Gerücht doch und sind sehr begierig zu erleben, ob vielleicht auch eines preußischen Polizeimenschen wegen der Münchener Bahnhofsinspektor versetzt werden wird. Wir werden dann dafür sorgen, daß sich nicht allein die deutsche, sondern auch die europäische Presse ein Wenig mit der Sache befaßt. Vorläufig bemerken wir hierzu Folgendes, was sich die Preußen in Bayern merken können: 1) Wir kennen gar keine Reichspartei, und ein preußischer Polizeicommissar hat auf bayerischen Grund und Boden gar nichts zu befehlen. 2) Die Polizei üben in Bayern die Sicherheitsorgane des Königs Ludwig II. aus, und wer sich außerdem als Organ der Polizei gerirt, maßt sich frecher Weise Befugnisse an, die die Rechte unseres Königs verletzen. Niemals werden wir dulden, daß ein preußischer Polizeibeamter in Bayern den Herrn spielt. Wir hoffen, daß auf diplomatischem Wege dafür gesorgt wird, daß sich künftig kein preußischer Polizeicommissar mehr erlauben darf, bayerische Staatsbürger, die sich ihrer Gesundheit wegen in Bädern aufhalten, in so unverschämter und empörender Weise zu behelligen. Wenn Fürst Bismarck nach Kissingen kömmt, ist er Badegast, und wenn seine Popularität derart ist, daß er gegen preußische Pistolen Schutz bedarf, so wird ihm die königl. bayerische Polizei und Gensdarmerie solchen Schutz zu jeder Zeit und ausgiebig gewähren. Preußische Polizei aber hat nicht ein Recht, in den Organismus der bayerischen Sicherheitsbehörden einzugreifen und — kann zu Hause bleiben. Wofür sendet außerdem die bayerische Regierung eine halbe Compagnie Gensdarmen und einen besonderen Polizeicommissar nach Kissingen?

*) Der „Nürnberger Anzeiger“, dem wir diesen Artikel entnommen haben, bemerkt hierzu: Ist vollständig wahr! R. d. „V.“

— „Auf der Post sind die Briefe so sicher wie die Bibel auf dem Altar!“ In der „Thüringischen Volks-Ztg.“ lesen wir: Diese Behauptung stellte der Generalpostmeister Stephan einst im Reichstage auf, als der Reichstagsabgeordnete Liebknecht wegen fortgesetzter und systematischer Brieffriederei die Intervention der Gesetzgeber anrief. Das war vor etwa zwei Jahren, und wie steht es heut mit dem „Briefgeheimniß“ und der „Bibel auf dem Altar“? Die nachfolgende Zuschrift, welche dem „Volkswille“ in Augsburg zugegangen ist, mag auf diese Frage Antwort ertheilen:

„Der Unterzeichnete empfängt seit 10 Jahren in jeder Woche aus Leipzig drei Packete; seit einem Monat sind diese Packete regelmäßig aufgerissen. Wenn dies blos hie und da vorkommen würde, so würde der Unterzeichnete einfach dazu schweigen; doch wenn man 10 Jahre lang Beobachtungen zu machen Gelegenheit hat, so kann man aus diesen auch Schlüsse ziehen. Auch zur Zeit der Sozialistenhetze im Jahre 1870—71 kamen alle Packete von Leipzig und Nürnberg zerrissen hier an, bis Grillenberger in Nürnberg eine Untersuchung in dieser Angelegenheit herbeiführte. Zweck dieser Zeilen ist, das k. Oberpost- und Bahnamt, dem ein Exemplar dieses Blattes zugehen wird, zur Untersuchung und Abstellung dieser Ungehörigkeit zu veranlassen. Es muß ausdrücklich betont werden, daß ein zufälliges Aufreißen der Packete deshalb als unwahrscheinlich angenommen werden muß, weil seit 4—6 Wochen alle Packete aufgerissen sind. Der Unterzeichnete glaubt nicht, daß dem Personal in Loco Augsburg eine Schuld beigemessen werden kann, da er dessen Pünktlichkeit und Höflichkeit anerkennen muß, die Beschädigung der Packete scheint vielmehr auf einer Zwischenstation zu geschehen. Der Unterzeichnete giebt sich der Erwartung hin, daß diese Zeilen ihren Zweck nicht verfehlen werden.

J. Endres, Buchhändler und Buchdruckereibesitzer.“

Gleich Herrn Endres bezieht auch die Expedition der „Thüringischen Volks-Zeitung“ in regelmäßiger Zusendung per Packet die „Neue Welt“ aus Leipzig. Aber wie in Augsburg so gelangt auch hier in Gotha das Packet fast regelmäßig in zerfetztem Zustande, so zwar, daß von dem Inhalt bequem Einsicht genommen werden kann, in die Hände obengenannter Expedition. Daß das betreffende Packet durch das Schütteln und durch die Reibung mit andern Postsendungen regelmäßig defekt werden sollte, das glaubt selbst kein Postpackmeister, dazu ist die Distanz zwischen Leipzig und Gotha eine zu geringe. Wir wollen hoffen, daß dieses öffentliche Monitum genügt, dem Uebelstand in Zukunft abzuhelfen. Wenn nicht, dann wird der Weg der Beschwerde betreten.

P. S. Nächsten 3. September wird Thiers offiziell zum Heiligen proklamirt werden; die Bourgeoisie wird diesem Götzen Orgien feiern.

— Die Oesterreicher haben entdeckt, daß sie 160,000 Mann brauchen, um Bosnien und die Herzegowina zu „okkupiren". Eine ganz respektable Truppenmacht, aber es fragt sich sehr, ob ausreichend. Trotz des Falles der Hauptstadt von Bosnien dauert der Widerstand fort und die „Insurgenten" sind sogar ihrerseits wieder zum Angriff übergegangen, was sicherlich nicht auf Entmuthigung schließen läßt. Das Bedenklichste für die Oesterreicher ist, daß die slavischen Bewohner im besten Einvernehmen mit der türkischen Bevölkerung stehen, und ebenso wenig wie diese etwas von den fremden „Befreiern" wissen wollen. Diese, jetzt über jeden Zweifel erhabene Thatsache liefert beiläufig den conclusivsten Beweis, daß Alles, was weiland die russischen Agenten und deren Dupes (die Geprellten) von Unzufriedenheit der Christen, speziell der slavischen Christen in der Türkei aussprengten, einfach zu diplomatischen Zwecken erfunden und erlogen war — wie wir, im Widerspruch mit einigen mehr gefühls- als realpolitischen Freunden, auf Grund unserer Kenntniß der türkischen Zustände gleich zu Anfang der jetzigen orientalischen Krise behauptet und dargelegt haben. — Wir dürfen hier nicht zu erwähnen vergessen, daß die Oesterreicher ihre „civilisatorische Mission" in der bekannten allgemein üblichen Weise bethätigen. Sie haben, nach der Erstürmung von Serajewo und bei anderen Gelegenheiten zahlreiche „Insurgenten", d. h. Männer, die der ersten patriotischen Pflicht: Vertheidigung des heimischen Heerdes, genügten, vor Kriegsgerichte gestellt und kriegsrechtlich erschießen lassen. Ob man in Wien an die Consequenzen gedacht hat? Wenn die Vertheidigung des heimischen Heerdes ein todeswürdiges Verbrechen ist, dann dürfte Oesterreich, dem von verschiedenen Seiten das Schicksal der Türkei zugedacht ist, vielleicht schon sehr bald in eine gar bedenkliche Stellung gerathen.

— Russische Wirthschaft. „Väterchen" ist aus Petersburg ausgerissen, nachdem es das Standrecht für Rußland proklamirt hat. Es wird also künftig der Eine oder Andere, statt halb oder ganz todt geknutet, „zu Pulver und Blei begnadigt werden" — was unzweifelhaft ohne Ironie gesprochen eine weit mildere Strafe ist und also schon aus diesem Grunde nicht abschreckend wirken wird. — Gleichzeitig mit Mesenzow sind mehrere sonstige Personen, die sich besonders verhaßt gemacht, in Charkow, Kiew u. s. w. erstochen worden. Man sieht, das Wort Custine's bewahrheitet sich mehr und mehr, und die russische Regierung hat es durch ihr brutales Unterdrückungssystem glücklich zu Wege gebracht, das von Haus aus weichste und gutmüthigste Volk der Erde zu einer „Nation von Mördern" zu machen. — Nach den neuesten Nachrichten war der Mörder von Mesenzow noch nicht ergriffen, obgleich die Polizei in ihrem Eifer Hunderte von Verhaftungen vorgenommen hatte.

— Parteigenosse Rudolf Döll in Frankfurt a. M. wurde zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt, weil er in einer Wahlversammlung „gefährliche Angriffe auf das deutsche Heer" gemacht hat. — In Stuttgart ist Paul Lossau zu 1 Monat 9 Tagen verurtheilt; der Verfasser des inkriminirten Artikels Stud. jur. Lang erhielt 1 Monat 15 Tage Gefängniß.

Zwei saubere Patrone.

Nr. 1: Im „Bayrischen Landboten", der zu München erscheint und im Schimpfen auf alles Anständige und natürlich auch den Sozialismus das Menschenmöglichste leistet, verübt ein gewisser Stefan Bucher (Nationalliberaler) einen wahrhaft blutrunkenen Leitartikel über die Hinrichtung Lehmann-Hödels — natürlich mit obligaten Kothwürfen gegen unsere Partei. „Der Kopf ist dem Hödel vor die Füße gelegt" jubelt der Mordspatriot in dithyrambischer Begeisterung. „— — Jener letzte Rest menschlichen Erbarmens und Mitleids, den man selbst dem tiefgefallensten und befleckteften Verbrecher im Grunde des Herzens zu bewahren pflegt, war dem Buben Hödel gewiß von Jedermann entzogen worden, als man sich durch die unglaubliche Frechheit seines Auftretens bei der Schlußverhandlung überzeugt hatte, daß auch nicht ein Funken eines höheren Seins in diesem Menschen aufzufinden, sondern Hödel durch und durch von dem bestialischen Zuge jener sozialistischen Lehren beherrscht war, welche dem Menschen keinerlei Erhabenheit über das nackte Thierleben zugestehen wollen."

„Die gerechte blutige Strafe hat dieses sozialdemokratische Scheusal getroffen. Dem elenden Verbrecher, der den Werth der sozialdemokratischen Parteigrundsätze durch die Ermordung des ehrwürdigen und milden Kaisers Wilhelm erproben wollte, ist wohlverdientermaßen der von sozialistischem Wahnwitze angefüllte Kopf von den Schultern geschlagen und zu den Füßen gelegt worden. Der Ekel und Abscheu des deutschen Volkes deckt den Cadaver des verruchten Buben zu, ewiger Fluch und Schande umkreist die unheimliche Grube, in die man die Ueberbleibsel des sozialdemokratischen Klempnergesellen verscharrt hat.

„Ist aber auch der Bube Hödel vernichtet und zerstäubt, so bleibt doch der schwarze Tag des 11. Mai gleich dem 2. Juni unverwischbar auf der Tafel deutscher Geschichte stehen. Dieses Schandmal wischt nicht der Rhein davon ab und tilgt keine kommende Zeit; erschreckt, erstarrt hält uns Europa und die Welt dieses Grausal vor, Mitleid mischend mit herbem einschneidenden Vorwurf.

„Der Mordanschlag auf den Kaiser Wilhelm war ein Anschlag auf das deutsche Reich, auf alle Ordnung, auf jeden wahren Deutschen; ein furchtbarer Wacheruf der Eumeniden, daß Jeder ungesäumt seine Schuldigkeit thue, damit das Reich, das Vaterland gerettet werde vor den Brüdern der Pariser Mordbrenner, vor den Lobpreisern der bluttriefenden Commune, vor der sozialistischen Lehre, welche bereits zwei Kaisermörder bei uns erzeugt hat. — —"

Man braucht diese namenlose Rohheit bloß zu zeigen, und sie ist von jedem Menschen gerichtet. Da wir kaum annehmen können, daß ein Mensch im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten sich so nackt als Bestie hinstellen kann, so wollen wir in christlicher Nächstenliebe dem Hrn. Bucher dasselbe Benefiz angedeihen lassen wie dem geköpften Lehmann — nämlich die Annahme ungenügend entwickelten Hirns. Wir werden hierin bestätigt durch die uns gewordenen Mittheilungen über die Person des pp. Bucher. Derselbe ist 29 Jahr alt und Vorstand eines Kriegervereins; er war päpstlicher Schlüsselsoldat, ehe er Federbandit wurde; von Haus ultramontan, wurde er vor einigen Jahren liberal, — jetzt nennt er sich „deutschconservativ", fanatischer Bismarckanbeter. Der Bismarck'sche Schlüsselsoldat läßt allerdings auf keinen normalen Schädel und Schädelinhalt schließen.

Und nun her mit Nr. 2!

Nr. 2 heißt Ronge, mit Vornamen Johannes, seines Zeichens Deutschkatholik, ja Gründer des Deutschkatholizismus, eines „vorachtundvierziger" Vorläufers des heutigen „Altkatholizismus", einst demokratisch angehaucht, aber längst gesinnungsbankrot geworden und jetzt wohlconditionirter Bismarcker, der es aber in Folge mangelnder Geschicklichkeit zu keinem ordentlichen Trinkgeld bringen kann. Auch Clown und Hanswurst kann nicht Jeder sein! Besagter Ronge, Johannes, leistet in seinem zu Darmstadt vegetirenden Winkelblättchen „Neue religiöse Reform" (dd. 18. August) Folgendes „Zur Moral der letzten Reichstagswahlen":

„Das Verhalten der beiden vaterlandslosen und reichsfeindlichen Parteien, d. h. der päpstlichen und sozialdemokratischen, war bei den diesjährigen Reichstagswahlen der Art, daß sich jeder anständige Mann mit Ekel und Verachtung von ihnen abwenden muß. Es ist an sich eine Unverschämtheit, daß sich Leute in den deutschen Reichstag wählen lassen, welche nichts vom deutschen Reich wissen wollen und die sich hineindrängen, um das Reich zu unntergraben und ans Ausland zu verrathen. Wäre die Mehrheit unseres Volkes schon zu dem Bewußtsein gekommen, daß unsere Nation eine ihren Kräften entsprechende sittliche Culturaufgabe unter den Völkern zu erfüllen hat, daß diese ihre geschichtliche Aufgabe bestimmt ist durch die sittliche Weltordnung (früher Vorsehung genannt), dann würde wahrlich nicht der dritte Theil offen ausgesprochene Reichsfeinde zu Berathern von Reichsgesetzen gewählt werden und man würde solche unmoralische und verrätherische Wahlen mittels Lynchgerichts ungültig machen."

„In Mainz wurde der Domcapitular und Bisthumsverwalter Mousang mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt und in Offenbach wurde der sozialdemokratische Agitator Liebknecht mit Hilfe der ultramontanen Geistlichkeit beinahe durchgebracht, welche ihre gläubige Heerde zur Wahl eines Mannes trieb, der den Glauben an Gott, der Religion und Moral verspottet und die Menschen nach L. Büchner's Theorie für eine Species Thiere erklärt, von denen natürlich ein Theil den andern umzubringen oder aufzuzehren berechtigt ist, wenn ihm der Fraß desselben gefällt."

So der Pfaffe Johannes Ronge. Was es für ein Bursche ist, das verkündet das obige Pasquill, welches wir „zur größeren Ehre" des Mannes tiefer gehängt und dem Publikum zugänglich gemacht haben. Apropos: Hr. Johannes Ronge nennt Liebknecht einen Verspötter der Moral. Sollte besagter Johannes Ronge vielleicht ein — Verwandter des ebenfalls Johannes Ronge sich nennenden Individuums sein, das in den 50er Jahren zu London das communistische Prinzip der „Theilerei" in des Wortes verwegenster Bedeutung auf die Ehe anwandte und sich zeitweilig mit einer „halben Frau" begnügte? Um Antwort wird gebeten.

— Wir erhalten folgende Erklärung zur Aufnahme, der wir dieselbe schon deshalb nicht versagen wollen, weil wir die betr. Notiz der „Magdeburgischen Zeitung" theilweise auch gebracht haben:

„Die „Magdeburgische Zeitung" vom 16. August cr. brachte unter der Rubrik „Zu den Wahlen" eine Schmähung gegen mich vor, ich werde jedoch nicht den gerichtlichen Weg beschreiten, sondern nur hiermit meine Erwiderung bringen. Ich gehörte seit 8 Jahren der sozialistischen Partei an und habe ich während dieser Zeit gesucht, diese Partei nach meinen Kräften zu fördern. Wie es überall, so war es auch hier, ich verlor nach und nach meine Arbeit, so daß ich gezwungen wurde, nach Hamburg um eine kleine Unterstützung zur Gründung eines Kleinhandels zu schreiben, bekam aber aus Dank für meine Mühe keine Antwort; ich wandte mich nun an die Calbenser Parteigenossen, aber auch vergebens. Ich fand aber, da ich von meinen Genossen verlassen war, doch Leute[1]), die mir, ohne Mißtrauen zu hegen, zur Gründung eines Geschäfts ein Kapital liehen. Ich fing einen Kleinhandel an, um mein Leben zu fristen; es waren jedoch Parteigenossen, welche mich nicht in Anspruch nahmen, da dieselben dem hiesigen Consumverein angehörten und ich keine Dividende zahlen konnte. Der 30. Juli rief mich wieder zur Thätigkeit und viele Bekannte drückten mir die Hand, es wurde in einer abgehaltenen Conferenz einstimmig Fr. Hurlemann als Reichstagscandidat aufgestellt. Die Arbeiter wurden aber an der Wahl des Hurlemann gehindert, da ihre Brodgeber nach der abgehaltenen Conferenz sie sehr kühl empfingen; die Arbeiter mußten sich in fast allen Fabriken und Kohlenschächten verpflichten, keine sozialistische Gesinnung zu hegen. Sollten sie dennoch eine solche Gesinnung hegen, so wurde ihnen mit Arbeitsentlassung gedroht. Dieses half, da am 30. Juli nur circa 1000 Stimmen auf unseren Candidaten gefallen sind. Viele, viele Arbeiter gingen in Folge der Drohung in das liberale und conservative Lager über. Es kam nun zur Stichwahl zwischen Hrn. Trautmann und Hrn. Dietze. Mir ging die Nachricht zu, Hrn. Dietze unsere Stimme zu geben[2]); ich berief deshalb die Parteigenossen zu einer Besprechung nach Calbe, wo außer Aschersleben Alles vertreten war. Es wurde bei dieser Besprechung beschlossen, für Amtsrath Dietze zu agitiren und die Genossen in Aschersleben zu unterrichten. Es mag dem Hrn. Sozialistenführer Op . . . . . n zu Aschersleben deshalb zur Nachricht dienen, daß keine Bestechung vorliegt, da die Kosten von einem Herrn[4]) in Folge meiner Rücksprache gedeckt wurden. Sind deshalb die Leute Strolche, daß sie für Dietze agitiren, nun so muß der Herr auch ein Strolch sein, der die Stimmzettel für Herrn Trautmann verbreitete. Ist es etwa eine Schande, wenn die Kosten gedeckt werden, für Dietze zu agitiren[5])? Es kostet jeder Partei Geld, kostete doch die Agitation in Calbe-Aschersleben für Fr. Hurlemann vor 2 Jahren 275 Mark, aber dies scheint der Betreffende nicht zu wissen. Was mich aber am meisten in Erstaunen setzt, ist, daß der betreffende Herr einen so scharfen Blick besitzt, um andere Leute durch die Hosen in den Geldbeutel zu sehen[6]), um genau zu wissen, wie viel Geld sie bei sich haben.

Calbe a. d. S., den 22. August 1878.

Der Maurer L. Schönian.[7]"

---

[1]) Welche Leute? R. d. B.

[2]) Von wem ist Ihnen, Herr Schönian, die Nachricht zugegangen, dem intimen Freund Bismarck's, Herrn Dietze, der für das Ausnahmegesetz schon seines Gönners wegen gestimmt haben würde, zu wählen, von wem fragen wir, ist Ihnen diese Nachricht zugegangen? Auf eine ehrliche Beantwortung dieser Frage sind wir sehr, sehr gespannt!

[3]) Jedenfalls auf Ihren Rath, Herr Schönian. R. d. B.

[4]) Wer ist dieser Herr, Herr Schönian? R. d. B.

[5]) Für einen Sozialdemokraten — ja! R. d. B.

[6]) Wenn's wirklich 150 Thaler waren, wie die „Magdeburger Zeitung" angab, so lassen sich dieselben auch nicht so leicht verbergen. R. d. B.

[7]) Auf alle Fälle scheint der Herr Schönian eine äußerst zweifelhafte Rolle bei der Stichwahl in Calbe-Aschersleben gespielt zu haben. Dies beweist schon sein eigenes Schreiben. R. d. B.

Correspondenzen.

San Luis (Argentina), Juli 1878. An die Redaction des „Vorwärts". Anbei stelle ich Ihnen ein Packet unserer „Deutschen La Plata-Zeitung" zu*), weil Ihnen vielleicht auch über die hiesige, wenngleich noch sehr schwache Socialistenbewegung zu hören, nicht gleichgültig ist. Anläßlich des Kaiser-Attentats waren unsere Herren Landsleute vom großen Commerce, natürlich von der ultra-reichstreuen Färbung in eine wahre Tobsucht gerathen, — der Ochs gerieth natürlich sofort in seine allbekannte Manie alles „Roth" zu hörnen. Sie sehen aber, daß wir paar Sozialdemokraten nach besten Kräften den Ansturm parirten und uns tüchtig noch immer herumbeißen. Dabei sei es doch von unserer Seite der Redaction der „Deutschen La Plata-Zeitung" in größter Dankbarkeit gedacht, daß dieselbe unsere Vertheidigung in ihren Spalten zugelassen hat, — bestimmt lief dieselbe dabei kein kleines Risico. Nebenbei theilen wir Ihnen mit, daß dem Schreiber jener Artikel mehrfache Beifallsbezeugungen, sowohl offen wie anonyme, die mehr oder weniger enthusiasmirt sich über die Socialdemokratie ergingen, zugestellt wurden. Schade, daß so viele Menschen ihre Parteistellung ängstlich zu verstecken glauben müssen. Von hier aus ist auch in Buenos Ayres der Versuch gemacht worden eine Sammlung zum sozialdemokratischen Wahlfonds zu veranstalten, — wir werden Ihnen später darüber Näheres mittheilen. Von fünf hier lebenden Deutschen sind vier erklärte Sozialdemokraten, deren Freude die Lecture des „Vorwärts", und der „Neuen Welt" ist, die regelmäßig eintreffen. — Auch unter den Franzosen und Italienern gibt es in Buenos Ayres und Rosario warme und entschiedene Sozialisten. Hoch die Sozialdemokratie!!!

Mit genossenschaftlichem Gruße

H. E. A. L.

*) Sind nicht angelangt. R. d. „V."

Berlin, 27. Aug. (Auch ein Auflösungsgrund für Versammlungen.) Zum Sonntag Vormittag hatte der Vorsitzende der Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauer, Meyer, die Mitglieder dieser Kasse zu einer außerordentlichen Generalversammlung berufen. Zweck derselben war eine Verständigung über das Verhalten der Mitglieder gegenüber dem Ansinnen eines Theiles der Arbeitgeber an ihre Arbeiter auf Austritt aus der seit dreißig Jahren bestehenden alten (Zwangs-) Kasse und Eintritt in die neue von den Fabrikanten gegründete. Obschon somit die Versammlung nicht einmal zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, sondern nur zur Erörterung der Kasseninteressen der Mitglieder bestimmt war, und daher nach dem Vereinsgesetz vom 11. März 1850 eine Verpflichtung zur Anmeldung streng genommen nicht einmal vorlag, war dieselbe dennoch bei der Polizei angemeldet und ward, kaum eröffnet, auch bereits durch den überwachenden Polizeilieutenant aufgelöst. Als Grund soll derselbe, wie uns von sehr glaubhafter Seite berichtet wird, sonst würden wir Anstand nehmen, es nachzuerzählen, nicht nur auf die angebliche Ueberfüllung des Saales, sondern auch auf die der Hitze wegen offenstehenden Fenster hingewiesen und bemerkt haben, dadurch werde die Versammlung zu einer unter freiem Himmel abgehaltenen, was er nicht zulassen könne, da eine solche der vorgängigen schriftlichen Genehmigung bedürfe.

Die Berliner „Volkszeitung" fügt diesem Vorfall folgende trefflichen Bemerkungen hinzu: „Wir sind in der That gespannt, einmal aus authentischer Quelle zu vernehmen, ob der Herr Lieutenant diesen Grund in Wirklichkeit angeführt und zum andern wie die höheren Instanzen und schließlich der Herr Minister ein solches Vorgehen der Polizeiorgane aus dem Vereinsgesetz von 1850 zu rechtfertigen gedenkt. Dies Gesetz kennt als Auflösungsgründe für Versammlungen nur die folgenden:

1) die nicht bescheinigte rechtzeitige Anmeldung;

2) die Erörterung von Anträgen und Vorschlägen in der Versammlung, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten;

3) das Erscheinen von Bewaffneten in der Versammlung, die, der Aufforderung der Abgeordneten der Obrigkeit entgegen, nicht entfernt werden.

Noch ist das Sozialistengesetz nur Entwurf, es gilt also noch nicht zweierlei Recht für Sozialdemokraten und andere Leute, und bis dahin verlangen wir und vor allem von den Polizeibehörden der Hauptstadt, daß sie die Gesetze gegen alle Staatsbürger gleichmäßig anwenden. Wenn die angebliche Ueberfüllung eines Saales schon ein Auflösungsgrund oder wenn gar ein offenstehendes Fenster schon einen geschlossenen Raum in einen solchen unter freiem Himmel verwandelt, dann dürfte kaum eine von den zahlreichen Versammlungen, die alltäglich in Berlin und anderswo stattfinden, vor der polizeilichen Auflösung aus solchen Gründen mehr geschützt sein. Aber lieber wollen wir Alle unter das gleiche Caudinische Joch hindurchgehen, als schweigend und mit untergeschlagenen Armen Zustände sich entwickeln sehen, wo gegen einen Theil unserer Mitbürger, — gleichviel wie weit wir von deren Ansichten entfernt und wie sehr wir oft ihre Handlungsweise tadeln mußten (?) — eine andere Logik und ein anderes Recht als gegen uns selbst und die übrigen Staatsbürger in Anwendung gebracht werde.

Auch eine sozialdemokratische Wählerversammlung, in welcher Genosse Baumann seine Candidatenrede halten wollte, wurde aufgelöst, weil einige Frauen anwesend waren und weil der Mittelgang des Saales des zahlreichen Besuchs wegen nicht freigehalten werden konnte. Im Lokale und auf der Straße sollen mehrere Verhaftungen vorgekommen sein.

Als Dr. Max Hirsch bei den Hauptwahlen zu Gunsten des Abg. Hänel auf seinen früheren (1. Berliner) Wahlkreis verzichten mußte, hielt ihm dieser Entsagung halber Herr Dr. Virchow, der bekannte fortschrittliche Agitator, eine Lobrede und erklärte, daß ihm sein edler Verzicht unvergessen bleiben solle. Jetzt ist der erste Wahlkreis frei, da Hänel doppelt gewählt wurde; der „unvergessene" Dr. Hirsch aber wird vergessen und der große Ludwig Löwe zum Candidaten proklamirt. Man sieht also, daß nicht allein die Fortschrittspartei eine Partei der politischen Heuchelei ist, sondern daß auch ihre Führer und Agitatoren vollendete Heuchler sind. — Schimpf-Märchen aber muß einem trotz alledem leid thun.

In einer fortschrittlichen Wahlversammlung hat der fortschrittliche Abgeordnete Klotz dem Schimpf-Eugen Richter eine Vorlesung über Anstand gehalten. Nach der fortschrittlichen „Volkszeitung" lautet dieselbe folgendermaßen: „Ein Vorredner hatte Herrn Hoffmann als eine geeignete „Mittelsperson" empfohlen. Mit Rücksicht hierauf erklärte Herr Klotz, daß in der Fortschrittspartei nach dem Ausscheiden der Gruppe Löwe-Berger ein rechter und ein linker Flügel nicht vorhanden sei, daß in Rücksicht auf die Festhaltung ihrer politischen Grundsätze es eine einigere Partei, als die Fortschrittspartei, nicht gebe, und daß Hoffmann, ebenso wie er selbst (der Redner), nicht weniger entschieden und nicht weniger fest und treu sei, als Eugen Richter. Der Unterschied zwischen diesem und ihnen sei nur der, daß sie

immer nur sachlich, ohne Personen zu verletzen, zu diskutiren gewohnt seien, während es jenem (Eugen Richter) nicht so leicht werde, bei sachlichen Angriffen Verletzung von Personen zu vermeiden. Uebrigens aber sei es vom Kollegen Eugen Richter höchst anerkennenswerth, daß er den besten Willen zeige, die ihm eigne Schärfe gegen Personen sich abzugewöhnen."

Wohl bekomm's, Herr Richter!

Leipzig, 27. August. (Wer hat Recht?) Hödel ist hingerichtet worden. Mußte es sein? Darüber ist jüngst viel geschrieben worden. Wenn man die Stimmen der Presse, welche sich über die Hödel-Hinrichtung billigend äußerten, für die vox populi (Volksstimme) halten wollte, dann müßte man freilich ernstlich zweifeln an des deutschen Volkes Sinn für Humanität und Fortschritt. Doch, die bezahlten und nicht bezahlten Hödel-Hinrichtungs-Lobhudler mögen schwatzen, wie sie wollen, das Volk im Allgemeinen ist und bleibt feindlich gesinnt jeder Art der Vernichtung von Menschenleben. Warum wurde überhaupt Hödel mit dem Tode bestraft? Weil er einen Mord begangen hatte? Behütte. Oder Jemanden verwundet hatte? Auch das nicht. Wie kam Hödel überhaupt in die Lage, die so verhängnißvoll für ihn werden sollte? Ich will es zu erklären versuchen. In unserem Culturstaate unehelich geboren sog Hödel schon im zartesten Lebensalter das Gift der Nahrungssorgen ein. Später entbehrte er der nöthigen Erziehung, die ihm seine Mutter, sowie sein Stiefvater in Ermangelung jeglicher Bildung nicht bieten konnten. Auch hatten diese vollauf zu thun, um nur den Lebensunterhalt zu beschaffen. — In so traurigen Verhältnissen wuchs der Arme heran. Der Gedanke, daß viele seiner Mitschüler in besserer Situation seien, als er, mochte ihn inzwischen zum Diebstahl veranlaßt und auf diese Weise auch den Keim zu weiteren Lastern in ihn gelegt haben. Wer fände nicht bei nur einiger Beobachtung solche oder ähnliche Fälle tagtäglich bestätigt? — Daß Hödel dann in dem Zeitzer Correktionshause nicht besser wurde, ist sehr klar, wenn man bedenkt, daß in einer solcher Anstalt die größten jugendlichen Taugenichtse täglich mit einander umgehen und ihr Wissen durch gegenseitigen Gedankenaustausch bereichern. Willst du besser werden, so gehe mit einem Besseren um! Dort soll freilich der Stocknecht Wunder thun. Horribile dictu! (Mit Schrecken sei's gesagt!) Wenn Hödel damals wahrhaft human behandelt worden wäre, wenn man damals schon nach den wahren, nach den allerersten Ursachen seiner Schlechtigkeit geforscht und durch Verbesserung seiner Lebensverhältnisse seinen Körper und Geist gehoben hätte, ich bin fest überzeugt, Hödel wäre ein dauernd fleißiger und geschickter Arbeiter geworden, besonders dann, wenn man ihn noch jung zur Ordnung angehalten hätte. Ueber die Erziehung der Correktionäre denken jedoch die Herren am grünen Tische anders, als wir Humanisten. Ob die Ersteren, so wie sie sind, bleiben oder schlechter werden, kümmert Jene wenig. Begehen sie später 'mal einen dummen Streich, die naturgemäße Folge solch falscher und vernachlässigter Erziehung, so werden sie eben gehauen und eingesperrt, je nachdem, und damit Punktum. Der einzelne Mensch hat für diese Sorte Volkswohlfahrtler fast gar keinen Werth mehr. Wie kommt das? Nun, sein Werth ist gesunken infolge der fortwährenden Kriege, die vielfach um Sonderinteressen, um der Herrschsucht willen geführt werden. Wo um nichtige Dinge Millionen in verhältnißmäßig kurzer Zeit hingeschlachtet werden, was wiegt da Einer? Hödel aber sank infolge der eben gerügten Vernachlässigung. Und immer tiefer sank er. Da hörte er vom Sozialismus; begeistert für die neue Lehre raffte er sich für kurze Zeit auf. Doch nicht lange konnte die Begeisterung währen. Er gerieth oft in Noth, in Nahrungssorgen, und wer solche Schmerzen an sich selbst erfahren hat, weiß, wie nahe der Mensch daran ist, sein ihm hoffnungslos erscheinendes Leben zu vernichten. Dabei fiel er von einer Partei zur anderen; bald suchte er sich an die Liberalen, bald an die Anarchisten, bald an die Christlich-Sozialen heranzumachen, nur um sein elendes Leben zu fristen. Außerdem war er von einer verheerenden Krankheit schon längere Zeit durchseucht. In solch einem Zustande, nach keiner Seite hin einen Hoffnungsanker erblickend, keinen wirklich theilnehmenden, aufrichtigen und für sein Unglück verständnißvollen Freund zur Seite, glaubte er durch einen Schuß in die Luft vor den Augen des Kaisers diesem die Größe seiner Noth zu zeigen. Doch er sollte sich irren. Man fesselte ihn und bezichtigte ihn des versuchten Kaisermords. Die feile Presse, theils zu verblendet, theils zu unwissend, suchte den armen Hödel zu einem Unthier, wie es nur der Sozialismus erzeuge, zu machen, aber zum Glück dauerte diese freche Lüge nur so lange, bis Psychologen sich um diesen Fall etwas kümmerten und ihre maßgebendere Meinung dem Publikum mittheilten. Da hatte man es denn mit einem Psychisch-Kranken*) zu thun, also mit einem, dessen Seelenleben durch äußere und innere Einflüsse in seiner Entwickelung gestört worden war. Wer an dieser Störung der normalen Seelenthätigkeit Schuld hatte, habe ich oben schon genügend angedeutet. Ich will nur noch hervorheben, daß sich sein Vertheidiger als solcher durch „Geist" sehr hervorgethan hat und daß ihm hauptsächlich Hödel die Vollkraft des vom Gerichtshofe gefällten Urtheils zu verdanken hatte. Leider sind unsere Richter bei der Ueberfülle von Arbeit nicht in der Lage, solch' höchst interessante Fälle in die Breite und in die Tiefe zu studiren. Wer aber schafft ihnen die viele Arbeit? Wer erzieht das Volk so gut, daß jene Schreckensanstalten sich immer mehr füllen? Die Antwort ist auch hier sehr leicht gegeben. Wer, frage ich, hatte demnach Recht? — Daß Hödel noch kein Unverbesserlicher war, geht aus einer Aussage vor, die er kurz vor seinem Tode dem Pastor als Antwort gab auf die Frage, ob er sich nicht noch zum Besseren bekehren wolle. „Möglich wäre es," sagte Hödel, „aber ich brauche dazu Zeit." Diese Zeit hat man ihm nicht gelassen, man hat sich so recht deutlich das testimonium paupertatis ausgestellt, man vermochte nicht, einem Irrenden in Geduld den richtigen Pfad zu zeigen. Und so werden viele solcher Fälle noch passiren. Wann wird die Errettung werden?

K.

Schwäb.-Hall. Die Reichstagswahl ist vorüber und ich möchte Ihnen über die Erfahrungen, die wir vor der Wahl und durch dieselbe gemacht haben, Einiges mittheilen: Nachdem die Attentate vorgefallen, war es natürlich auch das „Haller Tageblatt", welches sein Möglichstes leistete in Angriffen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie. Als sich nun dieses Blatt sogar zu der Identifikation der Sozialdemokratie mit einer Räuberbande verstieg, hielten es die hiesigen Genossen für Pflicht, diesem unmanierlichen Gebahren entgegenzutreten und zwar mit einer Rechtfertigung in genanntem Blatt, zu deren Aufnahme die Redaktion desselben moralisch verpflichtet gewesen wäre, allein dieselbe nahm nicht nur die Rechtfertigung nicht auf, sondern verweigerte auch eine Annonce zu einer Volksversammlung, in welcher Parteigenosse Schwend diese Angriffe zurückweisen wollte. Wir griffen nun zu Plakaten, allein der Mensch denkt und — die Polizei lenkt; nicht genug, daß dieselbe unsere Lokalwirthe veranlaßte, zu einer öffentlichen Versammlung ihr Lokal zu verweigern, verbot sie auch die Versammlung. Ungefähr zu derselben Zeit wurde auch unser Parteiagent Elser mit zwei Haussuchungen beglückt, wobei das Kassenbuch der Partei, sowie die Broschüre „Die Märtyrer der Commune" als glückliche Beute mitgenommen, jedoch demselben bald wieder zugestellt wurde; sodann wurde derselbe vor das Ober-Appellations-Gericht geladen, und zwar dieses alles um der unschuldigen Londoner Loose willen, wobei dann noch einige Parteigenossen (Loosbesitzer) das Vergnügen hatten, bei dieser Sache als Zeugen zu fungiren und somit noch 60 Pf. als Zeugengebühr verdienen zu dürfen. Auch die Sammellisten zum Wahlfond sollten confiscirt werden, allein zu spät, der Ertrag ist glücklich in Hamburg angekommen und die Herren des Diensteifers hatten das Nachsehen. — Zu zwei öffentlichen Versammlungen, Reichstagswahl betreffend, erhielten wir endlich die hohe obrigkeitliche Erlaubniß, und Parteigenosse Sch., welcher das Referat in diesen Versammlungen übernahm, entledigte sich seiner Aufgabe vortrefflich, während der Herr Stadtschultheiß mit seinem Polizeicommissär uns zum erstenmal mit ihrer Anwesenheit beehrten. — Vor der Wahl und am Wahltage selbst haben hiesige Parteigenossen eine ruhige Thätigkeit entfaltet, nur nach auswärts wollten wir, der Parole gemäß, keine besondere Kosten aufwenden. Der Erfolg hier in der Stadt war für uns ausgezeichnet, denn Bahlteich erhielt trotz aller Chikane 241 Stimmen gegen 205 im vorigen Jahre, und sind auch die hiesigen nationalliberalen Fortschrittler ganz mißgestimmt über diesen Erfolg, denn ihr Candidat Dr. Götz aus Stuttgart erhielt nur 87 Stimmen mehr; von auswärts erhielt Bahlteich noch 33 Stimmen. Was nun die Volkspartei betrifft, so war es geradezu erstaunlich, daß sie den conservativen Erzreaktionär Hofrath Bühler trotz seiner stupiden Reden und dadurch erlittenen Niederlagen im Reichstag und trotz seines sich selbst widersprechenden Programms, welches das gerade Gegentheil vom volksparteilich-demokratischen ist, indem es indirekte Steuern, energische Maßregeln gegen die Sozialdemokratie ꝛc. als Hauptpunkte enthält, wieder als ihren Candidaten aufstellten; und solche Leute wollen sich Demokraten nennen. Bühler hat gesiegt, aber dieser Sieg ist kein Sieg der wirklichen Demokratie, sondern ein Sieg der Reaktion.

K.

Danzig, 25. August. Wenn wir hier in unserer Agitation etwas lax verfahren, so hilft uns unsere Polizei gar bald wieder auf die Beine. So haben seit kurzer Zeit wieder einige Haussuchungen stattgefunden; u. a. auch bei Genossen Dyck, dessen Wäsche, Kleider u. s. w. sogar bei diesem Anlaß einer genauen Revision unterzogen wurden. Das Resultat war natürlich überall gleich Null, denn wir haben niemals etwas Geheimes. Und darum also getrost weiter!

K. M.

Schoneberk bei Stoppenberg (Kreis Essen), 22. August. Das Nachfolgende dürfte jedenfalls einen kleinen Beleg zu der Unhaltbarkeit unserer heutigen Gesellschaftszustände liefern. Ich bin geboren im Kreise Mannsfeld und arbeitete dort vor 1870 als Bergmann. Der Krieg rief auch mich unter die Fahnen und wurde ich durch einen Granatsplitter am Beine bedeutend verwundet. Mein Schwager schrieb an meine Frau, ich hätte den Ehrentod gefunden, und seien mir durch eine Granate beide Beine weggeschossen worden. Durch den Schreck und wohl auch durch das Bewußtsein, mit ihren zwei unerzogenen Kindern des Ernährers beraubt und dem Elende preisgegeben zu sein, wurde meine Frau — wahnsinnig. Am 17. November 1871 erlöste sie endlich der Tod aus diesem Jammerthal. Ich war so niedergedrückt, daß ich nach Magdeburg übersiedelte und dort von 1871 bis 1875 einen Schacht auf Salz abteufte. Der höchste Lohn, der mir dort gezahlt wurde, betrug M. 2,40 — 2,50. Eines schönen Tages wurde mir vom Direktor mit dem Bemerken gekündigt, ich sei Sozialdemokrat und müsse aufhören. Meine Verwunderung war groß, um so größer, als ich bis dahin noch keine Ahnung vom Sozialismus hatte. Freilich trat ich jederzeit gegen alles Unrecht auf, was mir und meinen Kameraden widerfuhr, und das mag den Herrn dazu geführt haben, in mir einen Sozialisten zu vermuthen. Das Bündel wurde geschnürt und ich zog mit meiner zweiten Frau und Kindern nach Westfalen, wo ich auch glücklich Arbeit fand. Hier wurde ich denn im Kreise von wirklichen Kameraden zum Sozialisten und befand mich sehr wohl dabei. Jedoch nach einiger Zeit ward ich wieder entlassen — was nun? Zum Glück fand sich wieder Arbeit und so konnte ich mich dem ruhigen Studium, meiner Familie und meinen Kameraden widmen. So oft wir konnten, besuchten wir sozialistische Versammlungen. Da kam denn die Reichstagsauflösung und die Reichstagswahl; wir wollten für Hasselmann kämpfen und ich vertheilte, so oft es anging, Flugblätter und Stimmzettel. Eines Tages traf ich einen bekannten Arbeiter, der mir treu schien, und gab ihm Stimmzettel zu besorgen. Wie erstaunte ich aber, als er mir vertraute, er besorge bereits für 4 Mark Stimmzettel für Krupp in die Häuser. Trotzdem versprach er auch die meinigen abzugeben; wer aber nicht ging, war mein Mann — er trug die Zettel zum Direktor und denunzirte mich. Das hatte natürlich jetzt zur Folge, daß ich abermals auf die Landstraße geworfen wurde, und nun kommt noch dazu, daß ich allen Arbeitgebern denunzirt bin und durch dies Manöver in meinem Fache nirgends mehr Arbeit bekomme! Was thun? Soll ich mir für meine letzten paar Pfennige einen Strick kaufen oder — —? Kameraden, ich glaube, Ihr verlaßt mich auch jetzt nicht.

Karl Ziehm,
Schoneback bei Stoppenberg (Kr. Essen) 50 1/9.

Düsseldorf, 21. August. Wie an vielen Orten, so haben auch hier eine Anzahl Fabrikanten einen Aufruf an uns Arbeiter erlassen, in welchem man uns vor den sozialdemokratischen Bestrebungen warnt und mit dem Popanz zu schrecken sucht, die Partei wolle den Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Wir Arbeiter haben aber jeden Tag Gelegenheit, zu sehen, wie schön diese „Ordnung" für uns ist, wo Einzelne Alles haben können, was ihr Herz verlangt, und Tausende nicht wissen, wo sie am nächsten Morgen einen Bissen Brod für Weib und Kind hernehmen sollen. Man redet von Agitatoren, die uns verführen und unzufrieden machen, und vergißt ganz, daß heutzutage kein Mensch mehr zufrieden mit seinem Schicksal ist, daß es also gar keiner solchen Ungethüme braucht, das Volk aufzuregen. Die Unzufriedenheit schüren eben die Herren Arbeitgeber selbst; überall hört und sieht man von Lohnabzügen, von schlechter Behandlung der Arbeiter u. s. f. Alte, im Dienst der Herren ergraute Arbeiter werden auf die Landstraße geworfen, dem Hunger, dem Selbstmord in die Arme getrieben: solche Handlungen aber sollen Liebe und Vertrauen erwecken? sollen die Harmonie zwischen beiden Theilen fördern? Nach solchen nicht wegzuleugnenden Thatsachen aber wagt man noch von der Sorge und Opfern für die Arbeiter zu sprechen? O ihr Heuchler! Nach den also gegebenen heuchlerischen Ermahnungen folgt der eigentliche Trumpf: die Drohung mit der Hungerpeitsche, die Entlassung aus der Arbeit. Wir Arbeiter werden euren Ermahnungen wohl vorläufig Folge geben, jedoch wissen wir schon, was der Sozialismus will, und ihr werdet uns denselben nicht austreiben — aber es soll nach wie vor unser eifrigstes Bestreben sein, der heutigen Unordnung ein Ende zu machen und die Gesellschaft zur Ordnung zurückzuführen. — Unter den Firmen, welche das Cirkular unterzeichnet haben, befinden sich übrigens eine ganze Partie, die schon seit Jahren Arbeiter wegen mangelnder Arbeit entlassen müssen und auch nicht gerade glänzend gestellt sind.

X.

Kottbus, 19. August. Zu dem Kapitel Wahlbeeinflussungen hätten wir auch von hier ein Lied zu singen. Da sind auf einer Stelle den Arbeitern die Stimmzettel geöffnet worden und nach Einsichtnahme in dieselben hat man sie mit dem Bemerken entlassen, sie seien nicht in die Wahlliste eingetragen. Ebenso haben einzelne Wahlvorstände im Wahllokale liberale Stimmzettel vertheilt. Da für beide Fälle Zeugen vorhanden sind, so haben wir die Angelegenheit bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht — wir werden einmal sehen, was darauf folgen wird. Von anderen Orten wurden uns noch mehrere ähnliche Fälle gemeldet, die alle zusammen eine recht nette Illustration zur Wahlfreiheit abgeben. Auch das Denunziantengesindel fehlte nicht: ein Miether suchte seinen Wirth auf diese Weise aus der Arbeit zu bringen. Wirklich oftmals vergeht einem der Muth zum Kampf für die Menschenrechte, wenn man sieht, wie gerade die Arbeiter untereinander es sind, die gegen ihre eigenen Interessen eintreten; jedoch die Erkenntniß der Wahrheit und Gerechtigkeit unserer Sache läßt auch uns nicht rasten und ruhen: Vorwärts! vorwärts! heißt die Parole.

H. H—l.

NB. Diejenigen Genossen, welche zu den Wahlkosten noch etwas beitragen wollen, werden gebeten, Beiträge an Freund Teichert abzugeben. Derselbe darf und kann auch nicht Alles allein tragen.

— Confiscation der Gedichte von August Geib. Am 30. August Vormittags wurde in der Expedition des „Vorwärts" auf Veranlassung des Staatsanwalts die Gedichte von Geib confiszirt. Man fand 13 Exemplare. Grund § 95 des Strafgesetzbuchs wegen des Gedichtes: Wortbruch Seite 125. — Eine Anklage kann wegen Verjährung nicht mehr erhoben werden, da das Büchlein im Jahre 1876 schon erschienen ist.

Potsdam, 22. August. Die Wahlen sind vorüber und auch wir halten uns verpflichtet, über unsere Stellung den Genossen in Deutschland Nachricht zu geben. Die vielfachen Maßregelungen in Potsdam und Spandau machten eine energische Agitation unmöglich und da die Spandauer Genossen nicht mit Halbheiten vorgehen wollten, so verzichteten wir auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten, machten es uns aber zur Pflicht, die Partei mit Geldmitteln kräftig zu unterstützen, und wir dürfen wohl sagen, daß wir in dieser Beziehung unsere volle Schuldigkeit gethan haben. Um nun den Boden fernerhin kräftig zu bearbeiten wird der Unterzeichnete von Zeit zu Zeit Correspondenzen in der „Berliner freien Presse" und dem „Vorwärts" veröffentlichen, und ersucht alle Genossen, die hier zureisen und sich mit uns in Verbindung setzen, freiwillige Beiträge liefern, oder auf sozialistische Zeitschriften abonniren wollen, sich an ihn zu wenden. Mit soz. Gruß

F. Haburg, Junkerstr. Nr. 24.

Briefkasten

der Redaktion. Manfred: Angekommen. — Z. in H.: Sie fragen:

1) Existirt ein Buch, welches vom sozialdemokratischen Standpunkt aus die historische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie schildert event. wann und wo ist es erschienen?

2) Existirt eine Schrift von sozialdemokratischer Seite geschrieben, welche sich gegen Franz Mehring's „Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und ihre Lehre" wendet, event. wann und wo ist sie erschienen.

3) Wenn nicht, hat der „Vorwärts" oder ein anderes sozialdemokratisches Organ irgend einmal eine Kritik des besagten Werkes gebracht, ev. wo und für welchen Preis ist die Nummer zu erhalten?

Antwort: 1) Ein solches Werk gibt es leider noch nicht. Vielleicht finden Sie in der Engels'schen Schrift: „Hrn. Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft". Genossenschaftsbuchdruckerei, Leipzig, zum Theil wenigstens die gewünschten Aufschlüsse. — 2) Nein, weil nicht nöthig. Wir begnügten uns damit, die zuerst im „Volksstaat" erschienene und von unserer Genossenschaftsbuchdruckerei im Seperatabdruck veröffentlichte Schrift des Sozialdemokraten Mehring gegen den Sozialistenfresser Treitschke, die auch den Sozialistenfresser Möhring todtschlägt, neu aufzulegen und zu verbreiten. — 3) Kein sozialistisches Blatt hat es unseres Wissens für nöthig gehalten, sich mit dem Mehring'schen Geschreibsel zu befassen. Wir haben Besseres zu thun. —

Quittung. Frnkl Pest Ab. 24,58. Fnrs Uerdingen Ab. 1,60. Bst Mainz Ab. 100,00. Hfnr Mainz Ab. 25,00. Wltr Dassel Ab. 2,15. Kuftmnn Erlangen Ab. 27,80. Rtr Darmstadt Ab. 21,00. Frhr Lübeck Schr. 1,35. Nf Clotten Schr. 0,80. Brtschndr Berlin Schr. 0,40. Klngr Fulda Schr. 5,00. Trpp Friedberg Schr. 9,58. Bhrng Plauc Schr. 1,60. Kl. Wiesbaden Schr. 4,60. Dvq. Wiesbaden Schr. 7,40. Stgr Hamburg Schr. 0,30. Mhlnschmdt Fürth Schr. 1,40. Grm Kalkheim Schr. 5,00. Rskr Lörrach Schr. 1,00. Luhlr Fürstenfeld Schr. 3,50. Hlzpfl Begesack Schr. 2,80. Ldwg Kindenheim Ab. 0,80.

Unterstützungsfonds.

Von Pirw Wollin 0,40. Gesammelt bei Schfft in Kl. Zschocher d. H 3,36. Verein Vorwärts daselbst 1,25. Ges. in der Küche des Arbeiterbildungsvereins 2,50.

An die Parteigenossen von Forst-Bergen.

Behufs Regelung des Wahlfonds wird dringend ersucht, die noch außenstehenden Sammellisten an das unterzeichnete Comité abzugeben.

Das Arbeiter-Wahlcomité.

Da demnächst

Der arme Conrad 1879

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk

erscheint, so ersuchen wir die Bestellungen hierauf uns schon jetzt zugehen zu lassen, damit wir einen geregelten Versandt bewerkstelligen können.

Preis pro Expl. broch. 40 Pf., geb. 60 Pf.

Bei Bezug von 12 Stück und darüber pr. Stück 25 Pf.

Versandt nur gegen baar oder Postvorschuss.

Die Expedition des „Vorwärts",
Leipzig, Färberstraße 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Wir erinnern hier nochmals daran, daß man den Kopf Hödel's dem Professor Virchow zur Untersuchung verweigert hat. R. d. V.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ehh, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 104. Mittwoch, 4. September. 1878.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat September Mark 0,55 werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, in der Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6 IV., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsgasse 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Eine Lehre.

Es ist kein Zweifel, daß gleichzeitig mit der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik auch der russische Absolutismus bankrout geworden ist. Das despotische Rußland war von jeher das „Hinterland" und der Rückhalt der Reaktion in Deutschland, namentlich in Preußen, das als Borussia ja in Wirklichkeit stets nur ein Vorrußland, eine russische dependency (abhängiges Anhängsel) gewesen ist. Fürst Bismarck hat das sehr wohl begriffen, und so bedenklich seine Politik in der orientalischen Frage auch vom freiheitlichen und vom nationalen Standpunkt gewesen sein mag, vom Standpunkt des preußischen Junkers aus, der in dem Czar seinen zweiten Souverain verehrt, und in der russischen Wirthschaft das letzte Bollwerk der europäischen Staats- und Gesellschaftsordnung erblickt, war es aber durchaus correkt, daß der preußische Conflictsminister und der deutsche Reichskanzler in den letzten zwei Jahren das Menschenmögliche that, um den Triumph der russischen Eroberungspolitik herbeizuführen, und als an ein Triumph nicht mehr zu denken — Rußland wenigstens einen mäßig guten Rückzug zu sichern.

Letzteres ist allerdings gelungen, aber freilich unter Bedingungen, welche dem schon matt gewordenen Prestige des Fürsten Bismarck den Rest von Glanz nehmen mußten. Auf dem Berliner Congreß machte die deutsche Diplomatie kläglich Fiasko durch den famosen, ebenso gemeinen, als „genialen" Staats-Streich des türkisch-englischen Bündnisses und der Annexion von Cypern, wurde der ganze Berliner Congreß, mitsammt der „ehrlichen Maklerschaft" und „leitenden Weltstellung" des „kranken Mannes" von Varzin elegant ad acta gelegt, und der sogenannte Berliner Vertrag ist heute schon, obgleich die Tinte, mit der er geschrieben, kaum trocken ist, nicht mehr werth als das Papier, auf welchem er steht. Diese diplomatische Niederlage vollendete den Bankrout der Bismarck'schen Politik. Daß Fürst Bismarck mit seinem „Culturkampf" in ein Wespennest gestochen und das Gegentheil des Bezweckten erreicht; daß seine innere Politik, auf wirthschaftlichem wie auf staatlichem Gebiete eine äußerst verkehrte, ungeschickte und Deutschland schädliche sei — darüber war man nachgerade selbst in nationalliberalen Kreisen sich klar geworden, allein man hatte immer noch an die äußere Politik des „großen Staatsmannes" geglaubt. Mit der Vernichtung dieses Glaubens war der Bankrout der Bismarck'schen Politik vollendet. Fürst Bismarck hält sich trotzdem am Staatsruder fest. Der „kranke Mann", der unter normalen Umständen ein todter Mann wäre — er selbst bezeichnete sich sehr richtig als „kaputen Mann" —, ist durch das Lehmann-Hödel'sche 8 Mark-Revolverchen und die ernsthaftere Schrotbüchse Nobiling's lebendig geschossen worden — ein überbiblisches Wunder, das unserem Kronprinzen so wunderbar vorgekommen sein soll, daß er lange Zeit brauchte, um sich von der Aechtheit des ersten der beiden Attentate zu überzeugen.

„Mit dem Belagerungszustand kann Jeder — regieren", pflegte Cavour zu sagen. Nun: mit dem Belagerungszustand kann auch ein kranker und kaputer Mann regieren. Und in die liberal-bürgerliche Sprache übersetzt, heißt Belagerungszustand: Ausnahmegesetz.

Mit der bösen Kritik werden wir nicht fertig, ergo stopfen wir ihr den Mund; unsere Thaten verurtheilen uns, ergo zwingen wir die Menschen, uns mit Worten zu loben oder — zu schweigen. Und wer zuwiderhandelt: Geldstrafe, Kerker, Ruin, wenn's zum Aeußersten kommt der Tod: „die Flinte schießt, der Säbel haut."

Gut! viel ist dagegen nicht einzuwenden. Es ist die simple, eindringliche Logik der Gewalt. Ein paar Jahre hält's vor, und après nous le deluge, nach uns die Sündfluth!

Mit dieser Hoffnung mochte Fürst Bismarck sich schmeicheln, als er den Entwurf zu seiner Knebelakte niederschrieb.

Da plötzlich eine Hiobspost aus Petersburg: Mesenzow, Chef der dritten Abtheilung, erstochen. Und der Hiobspost folgen weitere Hiobsposten: andere Creaturen des Absolutismus erstochen, panischer Schrecken der Gewalthaber, Flucht des Czaren aus seiner Residenzstadt, Proklamirung des Bankrouts durch Proklamirung des Kriegszustandes.

Das Rettungsfloß, auf welches Fürst Bismarck mit seiner bankrouten Politik sich flüchten wollte, ist dort drüben im „heiligen Rußland" elendiglich gescheitert an der — Menschennatur, die sich Alles bieten läßt, nur nicht die Vernichtung ihrer selbst.

Was Fürst Bismarck mit seinem Ausnahmegesetz erstrebte, war im vollsten Maße in Rußland verwirklicht — ja in weit höherem Maße, da in einen halbbarbarischen Land die Geister doch mit einer Brutalität unterdrückt werden können, an die in einem civilisirten Land — und trotz des Culturkampfes und der Blut- und Eisenpolitik gehört unser Vaterland doch noch unter die Culturländer — nicht gedacht werden kann.

Und das Resultat der russischen Politik à la Bismarck?

Allgemeiner Schiffbruch, politischer Meuchelmord, die completeste Zersetzung der Gesellschaft, die absoluteste Rathlosigkeit der Regierung.

„Nur eine Reform an Haupt und Gliedern kann helfen. Das Standrecht wird das Uebel nur verschlimmern", so predigt jetzt unsere liberale Presse. Sie hat das Richtige erkannt — für Rußland.

Und für Deutschland? Wäre es nicht geradezu aberwitzig, es jetzt in unserm Deutschland mit einer Politik zu versuchen, die soeben in Rußland, wo sie tausendmal mehr Chancen hatte, so elendiglich Schiffbruch gelitten hat?

Es wäre mehr noch als Aberwitz, es wäre „verbrecherische Thorheit!"

Angesichts der Ereignisse, die sich soeben in Rußland vor unsern Augen vollziehen, rufen wir unsern Liberalen das Wort zu: „Lernt, ihr seid gemahnt."

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Das fortschrittliche „Frankfurter Journal" fällt folgendes Urtheil:

„Das Sozialistengesetz, dessen Annahme Preußen bei dem Bundesrathe beantragt hat, ist eine der wunderbarsten Blüthen des gegenwärtig unsere Staatsleitung beherrschenden reaktionären Geistes. Es ist dem Namen nach nur gegen die Sozialdemokraten gerichtet, aber die ganze Fassung ist dergrt, daß mittelst der in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen nicht nur alle Lebensäußerungen der verpehmten Partei, sondern auch alle freisinnigen Regungen anderer Parteirichtungen unterdrückt werden können.

„Ueber das ganze öffentliche Leben der Nation würde, wenn dieses Gesetz in's Leben treten sollte, sich ein Leichentuch ausbreiten: Vereine, Genossenschaften, Versammlungen, Druckschriften, welche „sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf die Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen" dienen, sind zu verbieten, beziehungsweise aufzulösen oder zu unterdrücken. Personen, welche an solchen Bestrebungen betheiligt sind, werden mit kaum erschwinglichen Geldbußen oder gar mit längerer Gefängnißhaft bestraft. Und sofern dieselben es sich „zum Geschäft machen", die bezeichneten Bestrebungen zu fördern, können sie sogar gehindert werden, ihrem freien Erwerb nachzugehen. Es können ihnen bestimmte Bezirke zum Aufenthalte versagt werden, und sie mögen dann anderswohin gehen, wo sie, wenn sich ihnen nicht eine geeignete Thätigkeit eröffnet oder sie nicht mitleidige Seelen finden, sterben oder verderben können. Geschäfte, welche jene Bestrebungen fördern, können geschlossen und über Bezirke, wo durch dieselben „die öffentliche Sicherheit" bedroht ist, kann eine Art Belagerungszustand verhängt werden.

„Wer definirt nun diese Bestrebungen, welche so schwere Folgen nach sich ziehen können? Was ist sozialdemokratisch, was untergräbt die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung? Niemand kann über den Begriff des Sozialismus eine bestimmte Erklärung abgeben, und da er manche gemeinsame Ziele mit den liberalen, ja sogar mit den conservativen Parteien hat, so schwebt über allen diesen das Damokles'schwert des neuen Gesetzes. Nach den Offiziösen ist übrigens der Liberalismus der Vater der Sozialdemokratie, und so muß er folgerichtig mit dieser ausgetilgt werden. Jede freisinnige Reform, die von Männern der Wissenschaft oder von dieser oder jener Partei angestrebt wird, kann dahin gedeutet werden, daß sie „auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung" gerichtet sei. Wenn für die betreffende Bestimmung die angeführte Kautschuk-Fassung beibehalten wird, dann ist kein Mann, der irgendwie berufen ist, in der Oeffentlichkeit zu wirken, mag er durch Wort oder Schrift die Aufklärung seiner Mitbürger zu fördern suchen, vor Verfolgung sicher.

„Es wird in allen Dingen nur noch eine Meinung geben, welche nicht zu besorgen braucht, mit jenen Paragraphen in Conflikt zu kommen, welche allein sich hören lassen darf: die Meinung der Regierung, welche dann, ohne daß Widerspruch oder Unterbrechung zu befürchten steht, von der wachsenden Schaar der Streber, Stellenjäger, Speichellecker, Denunzianten ꝛc. in allen Tonarten verkündet werden kann.

„So gern die Reaktion, wenn es ihre Kräfte erlauben, blind drein schlägt, geht sie doch nicht immer ganz rücksichtslos vor. Mag sie über eine noch so gewaltige Exekutive verfügen, so liebt sie es doch, den Schein der Willkür zu vermeiden. Auch in dem Sozialistengesetz ist eine Einrichtung vorgesehen, welche einen gewissen Rechtsschutz gegen eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes seitens der Behörden bieten soll. Es soll nämlich in Berlin ein Reichsamt für Vereinswesen und Presse errichtet werden, von dessen neun Mitgliedern mindestens fünf etatsmäßig angestellte Richter sein müssen. In dem Collegium von fünf Mitgliedern müssen mindestens drei den richterlichen Mitgliedern angehören. Sämmtliche Mitglieder werden vom Bundesrath gewählt und vom Kaiser ernannt.

„Daß auf diesem Wege nur sehr auserlesene Persönlichkeiten in das neue Reichsamt gelangen werden, ist gar nicht anders zu erwarten. Ohne daß der mindeste Zweifel gegen die bisherige und künftige Integrität der zu berufenden Männer ausgesprochen werden soll, läßt sich doch mit Sicherheit annehmen, daß die Entscheidungen der neuen Behörde meistens in einer Weise ausfallen werden, welche des Beifalls der Regierung gewiß ist. Warum sollten auch nicht bei Errichtung des Reichsamtes Männer mit dem Vertrauen des Bundesraths beehrt werden, deren Ansichten hinsichtlich der Parteigestaltungen in Deutschland man genau kennt!? Ob dieses Amt aber auch das Vertrauen des Publikums finden wird, ist um so entschiedener zu bezweifeln.

„Die neue Behörde ist nichts anderes als ein Ausnahme-Gerichtshof, der alle Schattenseiten eines solchen hat und auch alle üblen Folgen nach sich ziehen muß, welche derartige Einrichtungen immer begleiten.

„Für ein solches Ausnahmegesetz, wie das anti-sozialdemokratische, braucht man freilich auch ein ganz exceptionelles Gericht. Wenn man die gewöhnlichen Gerichte damit befassen wollte, nach dem Paragraphen 1 zu entscheiden, so müßten dieselben bei der Dehnbarkeit und Unbestimmtheit der dort angeführten Begriffe jedenfalls oft in peinliche Verlegenheit kommen. Ist die Fassung doch so elastisch, daß selbst die Regierung nicht vor der Gefahr bewahrt wäre, der Strenge des Gesetzes zu verfallen, wenn sie nicht glücklicherweise die Exekutive in der Hand hätte! Eine Regierung, welche statt Frieden nur Unfrieden säet, deren Leitung der inneren Angelegenheiten nur zu steigender Verwirrung führt, gefährdet doch ohne Zweifel die bestehende Staats- oder Gesellschaftsordnung!

„Die beantragte Vorlage ist, wie sich aus dem Angeführten ergiebt, in Form und Inhalt derart, daß sie die Begründung eines unerhörten Willkürregiments ermöglicht. Wer nur noch einen Tropfen freiheitlichen Bluts in den Adern hat, muß einen solchen Entwurf auf's Entschiedenste bekämpfen. Tritt er bei uns in Kraft, so muß er zum Ruin unseres ganzen öffentlichen Lebens führen, oder zu einem Ausbruch des Volksunwillens, welcher die Vorlage und möglicherweise verschiedenes Andere hinwegfegen wird."

Wie wir bereits in unserer vorletzten sozialpolitischen Uebersicht erwähnten, hat sich der zu Graz tagende deutsche Journalistentag mit dem Ausnahmegesetz beschäftigt. Es geschah in der Schluß-Sitzung vom 25. August.

Der Bericht der „Vossischen Zeitung" sagt darüber:

„Wenzel (Berlin) glaubt vor dem Schlusse der Verhandlungen die Aufmerksamkeit des Journalistentages auf einen Gegenstand lenken zu müssen, der für die deutsche Presse von der höchsten Bedeutung sei: den Entwurf des sogenannten Sozialistengesetzes. Wenn auch vorausgesetzt werden dürfe, daß in der gegebenen Form der Entwurf nicht zur Annahme gelangen werde, so bedrohe derselbe doch die deutsche Zeitungspresse mit den ernstesten Gefahren. Alle Freiheiten, die das deutsche Preßgesetz der Publicität einräume, werden durch jene Vorlage in Frage gestellt und die Existenz der Blätter thatsächlich vollkommen der Willkür der Polizeibehörden anheimgegeben. Auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Versammlung habe man den Gegenstand nicht mehr stellen können, trotzdem würde ein Stillschweigen über denselben mißdeutet werden und das Ansehen des Journalistentages auf das Ernsteste gefährden.

„Nordmann (Wien) erklärt im Namen der österreichischen Journalisten, daß dieselben in der Beurtheilung des erwähnten Gesetzentwurfes, so weit er die Freiheit der Presse berühre, einstimmig die Ansicht des Vorredners theilen. Trotzdem sei die österreichische Presse, die von dem Gesetze zum Glücke nicht berührt werde, keineswegs in der Lage, ihrerseits einem formellen Proteste zuzustimmen. Er könne nur mit dem Wunsche schließen, daß es der deutschen Presse gelingen möge, den ihr bevorstehenden Kampf mit Glück zu einem siegreichen Ende zu führen. (Allseitiger Beifall.)

„Lecher (Wien) schließt sich diesen Ausführungen vollkommen an, indem er zugleich der Ueberzeugung Ausdruck giebt, daß die deutsche Presse niemals zu einem ruhigen Genusse ihrer Freiheit gelangen werde, so lange sie nicht das Grundrecht der österreichischen Preßfreiheit, die Aburtheilung der Preßvergehen durch Geschworenengerichte, sich erkämpft habe.

„Wenzel (Berlin) erwidert, daß es nicht seine Absicht gewesen ist, einen formellen Beschluß über die vorliegende Frage herbeizuführen. Die bisherige Debatte habe die Einstimmigkeit der deutschen und österreichischen Journalistik in der Verurtheilung des Gesetzentwurfes ergeben und hiermit sei seine Absicht erreicht.

„Rittweger (Frankfurt) stimmt dem Vorredner bei, da er es für durchaus unthunlich hält, in einer Versammlung, in der die österreichischen Collegen die Majorität haben, über diesen Gegenstand eine formelle Abstimmung herbeizuführen.

„Davidsohn (Berlin) hofft, daß Wenzel die Gefahren für die deutsche Presse zu schwarz gemalt habe. Der Gesetzentwurf richte seine Spitze nicht gegen die gesammte Journalistik, sondern nur gegen die Sozialdemokratie (!).

„Wenzel protestirt dagegen, daß man die Unterdrückung der Freiheit der Presse vom politischen Parteistandpunkte beurtheile. Der deutsche Journalistentag habe sich bisher von einer

solchen Auffassung fern gehalten und werde es hoffentlich auch in Zukunft thun." — —

Die „Pall Mall Gazette", eine conservative englische Zeitung, unterzieht, gleich allen anderen englischen Blättern, den Entwurf einer unbedingt verdammenden Kritik.

„Sollte die Vorlage," so sagt sie, „zum Gesetze erhoben werden, so müßte sie das politische Leben Deutschlands schwer schädigen: Statt den Sozialisten ein Ende zu bereiten, wird das Gesetz deren Begeisterung heben, sie über ihren Einfluß aufklären und selbstverständlich ihre Ueberzeugung bestärken, daß die bestehende gesellschaftliche Ordnung eine wesentlich ungerechte ist. Die Liberalen werden kaum minder unter dem Gesetze leiden, als die Sozialisten. Die harmlosesten liberalen Grundsätze werden als die Aussaat künftigen Unheils betrachtet werden und die deutsche Polizei wird ihre Machtbefugnisse in bekannter Weise zur Geltung bringen — Dank der Unterstützung der nationalliberalen Partei, welche sich zu diesem Entschlusse entschieden, um eine rein eingebildete Gefahr abzuwenden. Denn es liegt auf der Hand, daß der Fürst, selbst wenn er sich mit dem heiligen Stuhl verständigt, nicht auf die Unterstützung der Centrumspartei rechnen kann. Viel wahrscheinlicher ist, daß er den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen verheimlicht, um die Nationalliberalen nach der bereits eingeschlagenen Richtung zu drängen. Haben sie sich erst soweit einschüchtern lassen, um das Gesetz anzunehmen, so hat die Regierung eine solch mächtige Waffe gegen sie selbst in Händen, daß die Partei früher oder später willig jeden Preis für dessen Aufhebung entrichten wird. Die einzige (??) höhere und männliche Politik ist die der Fortschrittler und würden die Nationalliberalen gut thun, sich derselben offen anzuschließen. Vielleicht würde dies zu einer nochmaligen Auflösung des Reichstages führen, allein die letzten Wahlen haben bewiesen, daß sie den Appell an die Nation nicht zu scheuen brauchen!" —

In Bezug auf letzteren Punkt irrt sich das Londoner Blatt gewaltig. Die letzte Wahl hat den Nationalliberalen 30 Sitze gekostet und sie als Partei zersprengt. Sie zählen jetzt im Reichstag genau halb so viel Mitglieder wie 1874, und eine baldige Neuwahl würde die Vernichtung der Partei vollenden. Das wissen die Herren Nationalliberalen, und daraus erklärt sich ihre feige, unentschlossene Haltung. Freilich wären sie nicht so feig und unentschlossen, sie wären nie in diese kritische Lage gekommen. Allein von Disteln kann man keine Trauben, von dem Gros der Nationalliberalen keine Mannhaftigkeit erwarten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Rußland.

Odessa, Anfang August.

Es wird Ihnen wohl bekannt sein, daß in Odessa Ende Juli (alten St.) ein politischer Prozeß stattgefunden hat. Der Prozeß, ein weiteres Glied in der Kette der seit 5 Jahren Rußland in beständiger Aufregung haltenden Prozesse, ist wegen bewaffneten Widerstandes wider die Militärbehörde und auf Hochverrath eingeleitet. Der Prozeß wurde vor dem Kriegsgericht verhandelt, da zur Zeit des Vorfalls Odessa sich im Belagerungszustand befand. Der Inhalt des Prozesses ist kurz folgender:

Im Januar d. J. fand eine Haussuchung auf Denunziation hin statt in der Wohnung des Angeklagten Swititsch und der Frauen Witten und Merschanowa. Man fand dort eine Menge sozialistischer Schriften, Broschüren und Aufrufe, sowie eine Druckmaschine mit dem dazu gehörigen Material. Unter den Aufrufen, die einen Protest gegen den abscheulich-heuchlerischen Krieg enthielten, waren solche, die zur Zeit der stattgehabten Haussuchung in fast allen größeren Städten Südrußlands verbreitet und an deren Wänden affischirt waren, mit der Forderung von Reformen im Sinne der Freiheit und des Rechts. Außer den Schriften wurden auch Revolver und Dolche, die von den Angeklagten gewöhnlich getragen worden waren, vorgefunden. Dieses Mal aber sollte die Haussuchung nicht friedlich, wie gewöhnlich, ablaufen. Die Frechheit, mit welcher die nichtgelehrten und gelehrten Gensdarmen (Staatsanwälte), diese „Ohren und Augen" des milden Czaren bei Haussuchungen verfahren, ist wahrhaftig empörend. Kein Haus ist vor diesen Banditen sicher, sie dringen in ein jedes kaum verdächtige Haus meistens in später Nachtstunde, am frühen Morgen, selten am hellen Tag — das ist ihnen übrigens ganz egal, wenn nur das Ziel — abzufassen und abzufangen — erreicht wird., Das ist sozusagen der Grundpfeiler unseres Rechts, oder besser unserer Rechtslosigkeit, des Rechts, in der späten Nachtstunde aus dem Bette herausgerissen, barsch verhört, frech durchsucht und gleich dahin abgeführt zu werden, von woher man nur physisch gebrochen zurückkommt; meistens kommt man gar nicht zurück, sogar die Leichen der politischen Inhaftirten werden den Angehörigen verweigert. Und das Alles im Namen der „heiligen Ordnung", auf welcher sich die Wohlfahrt — bei Leibe nicht des russischen Volkes — der Romanoff's und des kleinen Häufleins aus deren nächsten Nähe begründet. Im Namen derselben Ordnung wird sogar die abgeschaffte Prügelstrafe gegen politische Sträflinge erlaubt, wie es ganz Europa aus dem Vorfall mit Bogoljuboff erfahren hatte. Diese Einrichtungen, so blöde und barbarisch sie auch sein mögen, würden die Form des Protestes, die wir in unserem Falle sehen, nicht herausgefordert haben, wenn nur die Handlanger der russischen Regierung menschlicher verfahren hätten und weniger von ihrem lakaienhaften Eifer beseelt wären. Durch das blöde Verfahren der russischen Regierung, den in Europa sogenannten Nihilismus durch gewaltsame Maßregeln, durch Tödtung jedes freien Gedankens, jedes freien Wortes, durch Hetzereien auf Alles, was nur einen Anstrich von Selbstständigkeit besitzt, hatte die Regierung in den letzten 5 Jahren solche grausamen Sitten und Gebräuche unter den Staatsanwälten und Gensdarmen auferzogen, die alles Denkbare übertreffen. Das höhnende und idiotische Lachen über den Schrecken eines jungen Mädchens, gewaltsames Eindringen in dessen Schlafzimmer, Verletzung ihres weiblichen Ehrgefühls, ja ihrer Ehre, und was bei Haussuchungen gang und gebe ist, das junge Mädchen von einem Gensdarmen im Beisein von vielen Männern am ganzen Körper durchsuchen zu lassen, dem Mädchen ehrverletzende Anerbietungen zu machen; das grobe Verletzen der Gefühle zwischen Mann und Weib, Vater und Sohn; durch Foltern Geständnisse zu erzwingen, die man nachher fälscht, um sie besser ausbeuten zu können, und endlich die schmutzigsten Verleumdungen — und alle diese schönen Sachen begegnen dem gehetzten Nihilismus! Wie schwer müssen auf der Seele eines jeden Sozialisten und Freidenkenden, eines jeden Geächteten und Verfolgten diese persönlichen Beleidigungen und Verletzungen seines Nächsten lasten. Die politischen Prozesse der letzten Zeit, so heuchlerisch und komödienhaft sie auch seitens der Regierung geführt worden, haben doch dem russischen Volke gezeigt, was für abscheuliche Sitten und Gebräuche in diesem Neste der czarischen „Ohren und Augen" herrschen. Diese Prozesse empörten das Publikum: sie zeigten, daß Leute, die sogar nach russisch staatsanwaltlicher Ansicht unschuldig sind, jahrelang in Untersuchungshaft in verpesteten Kerkern gehalten, um nachher mit ganz zerrütteter Gesundheit befreit zu werden.

Und was ist natürlicher, als daß Diejenigen, die diese losgelassene Meute von czarischen Lakaien auf ihren Fersen haben und infolge dessen in einen solchen Zustand von Erregtheit gerathen, bei dem man ein unüberwindliches Gelüste fühlt, diese Scheusale, die mit Jedem das niederträchtigste Spiel treiben, zu vernichten, zu erdrücken. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Verhältnissen in den letzten 5 Jahren unter den russischen Nihilisten soviel Haß gegen diese Wirthschaft sich ansammeln mußte, daß Thatsachen der Art, wie in dem letzten Odessaer Prozesse vorkamen, unbedingt geschehen mußten. Sie werden sich immerfort wiederholen, diese Thatsachen, weil die russische Regierung mit ihren blöd-dummen Hetzereien gegen jeden Funken von freien Gedanken, mit ihren unsäglichen Quälereien der Sozialisten, die letzteren zu solch wilder Vertheidigung führen muß. Noch mehr, die russischen Zeitungen schweigen über solche Vorgänge, und wenn sie schon etwas darüber schreiben, geschieht es nur, um die Sozialisten mit Koth zu bewerfen und die Weisheit der Regierung zu vertheidigen.

Der Odessaer Vorfall, wie oben schon bemerkt, ist nicht so glatt abgelaufen. Die 10 Gensdarmen, mit dem Staatsanwalt voran, als sie in die Wohnung der oben angeführten Angeklagten eindringen wollten, wurden mit Revolverschüssen empfangen (in der Wohnung befanden sich noch, außer den Miethern, Iwan Kowalsky, Sohn eines Popen, und die Adeligen Witaschewsky und Klenoff). Die Gensdarmen mußten retiriren mit ihrem Offizier, der stark verwundet wurde. Sogleich wurde Militär requirirt, und nur der überlegenen Macht der Soldaten und Gensdarmen gelang es, nach einem kurzen Kampfe sich der Wohnung zu bemächtigen und die Delinquenten zu verhaften. Von den Belagerten waren zwei, von den Belagerern, außer dem Offizier, drei Soldaten verwundet. Dieser Vorfall bildete den Gegenstand der Verhandlung vor dem Odessaer Kriegsgericht.[1]) Ich will Sie mit den Details dieser langweiligen Comödien-Verhandlung verschonen. Nur eins über die Außenseite solcher Verhandlungen. Die Richter werden im Voraus schon bedeutet, wie und wen sie zu verurtheilen haben. Aus diesem Grunde ist die Anklagerede immer flau und langweilig, und die des Vertheidigers besteht in allgemeinen Redensarten, um Nachsicht, um Gnade u. s. w. Ich will Ihnen aber von dem im Auslande wie bei uns unbekannt gebliebenen Straßenkampf (die Darstellungen unserer heimischen Presse über diesen Vorfall sind durchaus verlogen und unrichtig), der vor dem Gerichtssaal und in den umliegenden Straßen nach Verkündigung des Urtheils stattgefunden hatte. Das Urtheil, welches nach mehr als siebenstündiger Berathung (von 2 bis 9 Uhr Abends) der Behörde verkündet wurde, machte einen ungeheuren Eindruck auf die Anwesenden, und wie ein Lauffeuer verbreitete es sich in der das Gerichtsgebäude umstehenden Menge. Das Urtheil lautete, wie Sie schon wissen: gegen Kowalewsky zum Tode durch Erschießen[2]), gegen Swititsch auf 8 J., Witaschewsky und Klenoff je 4 Jahre Bergarbeiten in Sibirien (Katorga). Die Frauen Achanaßjewa und Witten zur Verbannung nach Sibirien und Frau Merschanowa zu vierwöchentlichem Arrest.

Ich erlaube mir hier, die Worte eines Augenzeugen des Straßenkampfes anzuführen. „Die ganze Straße ringsum dem Gerichtsgebäude," erzählte mir mein Gewährsmann, „war mit Kosaken besetzt, außer den im Gerichshofe sich befindenden 200 Mann. Die angesammelte Volksmenge bestand aus mehreren Tausend Mann, die gegen Abend noch zunahm. Das Publikum bestand aus verschiedenen Elementen und Klassen, und die größere Mehrheit bildeten die Neugierigen. Das Publikum wurde gegen Abend von den Kosaken umringt, die Lanze bereit haltend, als ob sie das Commando zum Angriff erwarteten. Mit einem Mal erscholl ein schrecklicher Ruf: „Kowalsky ist zum Tode verurtheilt!" Der Ruf verbreitete sich im Nu, die versammelten Massen wurden unruhig. Die Todesstrafe! die Todesstrafe! erscholl es von allen Seiten . . . Schluchzen . . . Verwünschungen . . . Mörder . . . miserable Henker . . . erfüllten die Luft . . . die Erregung der Menge stieg zum höchsten Grade . . . und da erscholl das Commando eines Offiziers: „Schlagt sie nieder mit dem Kolben!" Und eine gräßliche Scene folgte diesem Commando. Die Kosaken, die Pioniere der russisch civilisatorischen Mission in der Türkei, stürzten sich auf die unbewaffnete Menge und schlugen und rannten alles nieder. (Selbstverständlich schreiben die russischen Zeitungen, daß die Ruhe und Ordnung ohne einen Schuß Pulver hergestellt wurde.) Dann erst folgten aus der Menge vier Schüsse. Von einem längeren Widerstand war natürlich keine Rede; die Menge wurde in allen Richtungen versprengt und verfolgt, und die Straßen blieben in den Händen der braven Soldaten. Nun ging erst die Hetze los durch alle Straßen, auf den Promenaden, alles Verdächtige wurde malträtirt, geknebelt und verhaftet; Frauen an den Haaren herbeigeschleppt. Vom Kampfplatz trug man zwei Todte: einen Gymnasiasten der höheren Klasse und einen Studenten; verwundet waren vier Soldaten und ein Offizier. Im Laufe der Nacht wurden viele Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen, und bald werden wir abermals von einem neuen Prozeß mit politischer Tendenz zu hören bekommen.

Im Gerichtssaal spielte sich eine andere nicht minder traurige Scene ab. Eine der Angeklagten bekam bei Verlesung des Urtheils einen Anfall von Hysterie. Aus dem Publikum, das spärlich vertreten war und nur aus den höheren Klassen bestand, erschollen Rufe der Entrüstung . . . Schluchzen und hysterisches Weinen. Kurz und gut, der Vorsitzende konnte die Verlesung des Urtheils nicht zu Ende bringen.

Die Thatsachen sprechen für sich selbst: Das ist Rußland bei sich zu Hause, im négligé so zu sagen.[3]) So wird von dem Czaren und seinen Helfershelfern das Land regiert und civilisirt. O heilige Knute!

[1]) Wie es scheint ist die russische Regierung gesonnen, von nun an alle politischen Prozesse vor das Kriegsgericht zu verweisen. So wenigstens lautet ein neuer Ukas.

[2]) Kowalewsky wurde den 3. August (al. St.), um 5 Uhr Morgens, unter Bedeckung von mehreren Hundert Soldaten Infanterie, 200 Kosaken, vielen Gensdarmen und Artillerie erschossen. Ein Geistlicher war nicht anwesend. Das Publikum erfuhr erst die Ermordung des jungen und energischen Mannes den andern Tag.

[3]) Und das ist der Verbündete und Freund des „Deutschen Reichs", welches sich jetzt aber eines solchen Freundes auch nicht mehr zu schämen braucht. Die Redaktion des „Vorwärts".

Etwas vom Grafen Wilhelm von Bismarck.

Bei der am 28. August stattgehabten Nachwahl im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza war bekanntlich der Sohn seines Vaters zum Candidaten aufgestellt worden. Ein freiconservativer Wahlverein, an dessen Spitze Oberbürgermeister Dr. Engelhardt und Stadtverordnetenvorsteher Werner in Mühlhausen stehen, hatte nun einen lithographirten Wahlaufruf erlassen, welcher zur Wahl des Grafen Wilhelm von Bismarck aufforderte, und der die allgemeinste Verwunderung erregt hat. Im Aufruf wird gesagt: „Wir haben sicheren Grund zu der Annahme, daß dieser junge hochbegabte Mann die ihm durch solche Wahl eröffnete politische Wirksamkeit ganz im Sinne unseres bisherigen Reichstagsabgeordneten Minister Dr. Friedenthal ausüben werde. Schon ist in dem Kreise Weißensee für ihn eine größere Zahl von Stimmen gewonnen. In der nächsten Zeit wird er selbst sich seinen Wählern hier vorstellen. So hoffen wir denn zuversichtlich, daß die große Mehrheit unserer Mitwähler ihm ihre Stimme geben und damit sich ganz in Uebereinstimmung mit der bei den früheren Reichstagswahlen so wohl bewährten, treu zu Kaiser und Reich stehenden Gesinnung erhalten werde."

Zu dieser Reklame schreibt man der „Magdeburger Zeitung" aus Mühlhausen:

„Möglich, daß derselbe (nämlich Graf Wilhelm Bismarck) ein tüchtiger Mann nicht nur in seinem Fache werden, sondern auch dereinst das Zeug zu einem würdigen Vertreter eines deutschkonservativen Wahlkreises haben wird. Bis jetzt aber bietet er hierfür keine Garantien. Außer einigen Studentenaffairen und etlichen Ferienreisen in Begleitung seines Vaters hat die Welt nichts weiter von dem jungen Herrn erfahren, als daß er in den letzten Tagen glücklich sein Assessorenexamen bestanden hat. Diese an sich ja ganz löbliche That wird doch am Ende nicht genügen, ihn einer intelligenten Wählerschaft als Candidaten zu empfehlen. Es ist eine etwas starke Zumuthung, welche jene angeblich freiconservativen Herren einsichtigen und erwachsenen Wählern stellen, „dem Sohn des großen Vaters ihre Stimmen zu geben, nicht um des Sohnes willen, sondern um den Vater zu ehren". Wir wollen auf die Perspektive, welche der Aufruf selbst eröffnet, gar nicht eingehen, wir wollen die Versicherung jener freiconservativen Herren, daß keine Reaktion erstrebt und die bürgerlichen Freiheiten der reichstreuen Bevölkerung keine Schädigung erleiden werden, nicht näher beleuchten, obschon es zugegeben sein dürfte, daß Graf Wilhelm, wenn sein Vater eine solche rückläufige Bewegung einleiten wollte, schwerlich der Mann dazu wäre, einem derartigen Beginnen Widerstand zu leisten. Aber zweifellos ist, daß es im eigenen Interesse des jungen Mannes, der vor einigen Wochen 26 Jahre alt geworden, liegt, nicht der so nothwendigen praktischen Ausbildung in seinem Fache schon jetzt entrissen zu werden, welche er hoffentlich selbst noch nicht für vollendet hält. An die liberalen Wähler tritt aber, je klarer die Absicht der Gegner sich enthüllt, nicht mit wirklichen Verdiensten, sondern mit einem bloßen Namen in die Kampflinie einzurücken, desto gebieterischer die Pflicht, einig und rastlos die kurze Zeit zu nützen und für Prof. Reuleaux bei allen Freunden und Bekannten Stimmen zu werben."

Ferner bringt die früher so heiß bismarckische „Magdeburgische Zeitung" aus Mühlhausen vom 26. April folgenden Versammlungsbericht:

„Nicht um seinetwillen, sondern um seinen Vater zu ehren, wollen die Conservativen unseres Kreises nach eigener Aussage den Grafen Wilhelm Bismarck wählen. Es giebt allerdings verschiedene Wege, den Fürsten Bismarck zu ehren. Man hat ihm Monumente errichtet, seine charakteristischen Züge prangen neben denjenigen des Kaisers und des Kronprinzen auf zahlreichen Kriegerdenkmälern, auf unzähligen Festen ist ein begeistertes Hoch auf ihn ausgebracht, an vielen Orten ist ihm ein Empfang bereitet, wie sonst nur Königen. Welcher deutsche Patriot möchte dies nicht billigen, wer thut da nicht gerne mit, ihn zu ehren und zu preisen! Aber fraglich bleibt, ob gerade die Wahlen dazu gemacht sind, ihn zu ehren. Wenn man aber diese Gelegenheit dazu zu benutzen für recht hält, so fragt es sich noch, was dem Fürsten Bismarck angenehmer sein muß, die Wahl eines Abgeordneten, der die Bismarck'schen Vorschläge auf Grund reicher Erfahrungen und Kenntnisse zu prüfen im Stande ist und ihnen zustimmt, weil er sie als gute erkannt hat, oder die Wahl eines Abgeordneten, welchem jenes Alles abgeht und welcher die Bismarck'schen Pläne nur billigt, weil sie von Bismarck sind. Aber lassen wir die von den Conservativen für unsere Nachwahl so geflissentlich herbeigezogene Person des Reichskanzlers außer Betracht; jedenfalls ist es für seinen Sohn, den Candidaten, keine glückliche Einführung, wenn seine begeistertsten Anhänger versichern, sie wählen ihn nicht um seinetwillen. Dieser unglückliche Eindruck wurde nun in der gestern hier abgehaltenen Wahlversammlung keineswegs verwischt. Die unglückliche Art und Weise, in welcher der Vorsitzende, Herr Stadtrath Werner, den jungen Grafen vorführte, hatte eine deprimirende Wirkung und bewegte zum Mitleid; mit einem solchen Versuch der Schaustellung hätte Graf Wilhelm doch schon als Sohn seines Vaters verschont bleiben müssen. Leider war die oratorische Leistung des 26jährigen Candidaten auch nicht dazu angethan, das Mitleid in Begeisterung umzuwandeln. Seine Rede zeichnete sich inhaltlich weder durch besondere Ordnung des Gedankenganges, noch durch Neuheit aus; formell ließ sie alles Markige, Zündende, wie man es von einem jungen Redner zu erwarten pflegt, vermissen. Die Versammlung wäre sehr kläglich verlaufen ohne den Dr. Lucius aus Erfurt, der mitgekommen war, um den jungen Grafen unter seine schützenden Flügel zu nehmen. Zu welchem Zwecke übrigens der Vorsitzende sich in ebenso fulminanten wie ungerechtfertigten Angriffen gegen das liberale Wahlcomité und gegen den liberalen Candidaten, den hochverdienten Professor Reuleaux, gefiel, ist uns nicht klar; es wird sich schon Gelegenheit finden, über dieselben mit ihm abzurechnen."

Die „Berliner Volkszeitung" bringt folgende Notiz:

„Nach Privatmittheilungen aus Mühlhausen war das Auftreten des Grafen Wilhelm Bismarck ein recht trauriges. Der junge Mann scheint es zu Stande zu bringen, daß der bisher für die Conservativen sichere Wahlkreis den Liberalen zufällt."

Welche Wahlmanöver aber für die Wahl des jungen Grafen in Scene gesetzt worden sind, davon unterrichtet uns wieder die „Magdeburgische Zeitung" noch vor der Wahl:

„Im heutigen Morgenblatt bereits konnten wir berichten, daß die von einem Berliner Blatt gebrachte Nachricht von dem Rücktritt Reuleaux falsch sei. Jetzt schreibt die „Nat.-Ztg." von gestern Abend selbst:

Wir haben gestern folgende aus Elsdorf, 25. August, 6 Uhr 30 Minuten, Abends, datirte Depesche erhalten: „Habe zurückgezogen, Gründe brieflich. Reuleaux"; wir haben den Inhalt dieser Depesche im Montags-Abendblatt mitgetheilt; aus demselben Orte Elsdorf war uns am 24. August, Vormittags, folgende, mit „Reuleaux" unterzeichnete Depesche zugegangen: „Mühlhausen-Thüringen aufgestellt, bitte." Heute wird uns

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ueber die Harburger Unruhen liegt jetzt ein offizieller Polizeibericht des Harburger Polizeidirektors Schorcht vor, der beweist, daß alle liberalen Blätter, die von den „vereinigten Sozialdemokraten und Welfen" geschrieben, infam gelogen haben. Der Bericht lautet:

„Nachdem am 17. d. Mts., Abends gegen 9 Uhr, die Stichwahl hier beendet, begab sich eine große und erregte Menschenmenge zunächst vor das Stadthaus, hier trotz der polizeilichen Abmahnungen ein Fenster einwerfend, und dann vor die Expedition des „Courier an der Unterelbe", das sog. Hannoveranerlied und das Lied „Freiheit die ich meine" singend, und Lebehochs auf den Prinzen Ernst August und den Grafen Grote ausbringend. Von hier verfügte sich die stetig anwachsende Menge vor das Haus des Redakteurs der „Harburger Anzeigen und Nachrichten" und begann unter ähnlichen Kundgebungen mit Steinen die Fenster des Hauses zu bewerfen. Die — elf — Polizei-Executivbeamten, welche vergeblich die Menge aufgefordert, sich zu zerstreuen, wurden verhöhnt, geworfen und angegriffen. — Das inzwischen auf Requisition erschienene Detachement Soldaten — ein Sergeant und zehn Mann — postirte sich mit der Polizeimannschaft in der Nähe des Stadthauses. Auch hier wurde mit Steinen auf Militär und Polizeibeamte geworfen. Als nun inmittelst die auf meine Ordre alarmirte Feuerwehr schon vor und bei der Sammlung thätlich angegriffen, auf dem Platze erschien, wurde, nachdem die aus mehreren Tausenden bestehende tumultuirende Menge vielfach erfolglos zum Verlassen des Platzes aufgefordert und der Versuch fehlgeschlagen, die Masse mittelst des Strahls einer Feuerspritze zu vertreiben, die Räumung des Platzes durch gleichzeitiges Vorgehen der Feuerwehr, des Militärs und der durch einen Gensdarmen verstärkten Polizeimannschaft versucht. Dieser Versuch würde voraussichtlich ohne Blutvergießen gelungen sein, wenn nicht Militär und Feuerwehr aus einer von dem Platz abzweigenden Straße, bis wohin sie vorgerückt, durch Werfen mit Mauersteinen, von denen große Haufen dort lagen, angegriffen worden wäre. In Folge dieses Angriffs hat das Militär auf Commando des Sergeanten von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Es gelang jetzt bald den vereinten Anstrengungen, den Platz zu säubern und den Versuch zu neuen Ansammlungen in den benachbarten Straßen zu ersticken. Bald nach Mitternacht war die Ruhe völlig hergestellt. — Zwei Personen sind erschossen, einer ist durch einen Steinwurf getödtet; etwa dreißig, großentheils leichtere Verwundungen, darunter die einer Anzahl Feuerwehrmänner, sind vorgekommen."

Weder die Welfen, noch die Sozialdemokraten werden genannt, doch deuten die angeführten Lieder und Hochs, die gesungen und ausgebracht sein sollen, lediglich auf die Welfen und die Liberalen („Freiheit, die ich meine") hin. Von der Arbeitermarseillaise, die in den ersten Berichten der liberalen Zeitungen eine große Rolle spielte, ist in dem Polizeibericht mit keinem Worte die Rede.

Die Harburger Angelegenheit soll bald nach dem Zusammentritt des Reichstages zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden.

— Wieder eine vernünftige Stimme aus conservativen Lager. Die conservative „Norddeutsche Reichspost" behauptet, daß wir mitten in der Revolution leben, in einer geheimen Revolution, die weit gefährlicher sei, als der Eintagskampf auf den Barrikaden, und fährt dann fort:

„Ist nicht der Kampf in Permanenz erklärt, kämpfen nicht Bürger eines und desselben Landes den Kampf auf Leben und Tod mit einander? Ist nicht der Kampf ums Dasein der heftigste Krieg, der geführt werden kann? Der Hauptrevolutionär ist das Großkapital; dasselbe kämpft gegen Alles, was außer ihm steht, einen Vernichtungskampf. Die Landwirthschaft jedoch ist schutzlos der Ausbeutung preisgegeben. Das Kapital kämpft gegen sie mit Differentialtarifen, Wucher ꝛc., und es findet sich Niemand, der diesem Einhalt thut. Der Schwerpunkt unseres wirthschaftlichen Lebens liegt im platten Lande, die Vertreter des Kapitals haben ihn in die großen Städte zu verlegen verstanden. Das ist auch eine Revolution, wenn man so den naturgemäßen Standpunkt verrückt. Mit Begriffsverwirrung fängt eine jede derartige Krankheit der Gesellschaft an und gipfelt dann in völliger Umwälzung".

Armer Bamberger! Du glaubtest deine Revolutionsstiefeln bei Kirchheim-Bolanden verloren zu haben und nun kommt ein naseweises conseroatives Blatt und macht auch dich, als einen Vertreter des Großkapitals, noch immer zu einem Hauptrevolutionär, zu einem Revolutionär, der jetzt mit den gefüllten Nickelsäcken die Flucht nicht ergreift und auch nicht ergreifen kann. Der „Norddeutschen Reichspost" aber wollen wir bemerken, daß der Schwerpunkt auf dem platten Lande zugleich der Schwerpunkt der Großgrundbesitzinteressen ist. Großkapital und Großgrundbesitz aber beuten das Volk gemeinsam aus und treiben dadurch zur Revolution. Kleist-Retzow und Bamberger Arm in Arm — und der „Bettelsack an der Stange" winkt in der Ferne. Nette Zustände, nette Aussichten!

— Intelligenzstaatliches. Das „Westpreußische Volksblatt" theilt, wie wir der „Berliner Volkszeitung" entnehmen, aus Grodziczno „einen der schreiendsten Beiträge zu unseren traurigen Schulverhältnissen" mit. Das Schulhaus daselbst ist mit Stroh gedeckt und ziemlich baufällig; das Schulzimmer nimmt die Hälfte davon ein und ist ziemlich genau 25 Fuß lang, 15 Fuß breit und 7½ Fuß hoch. Nach der Forderung von 6 Quadratfuß für je ein Kind und den entsprechenden 11 Bänken zu 6 Sitzen ist darin für 66 Kinder Raum. Und zu dieser Schule gehörten bis Ostern d. J. 471 Kinder, das heißt siebenmal mehr, als unter Beobachtung der einfachsten sanitären Vorschriften in dem Raum untergebracht werden könnten! Es wird nun bereits für ein neues Schulhaus zusammengesteuert, doch übersteigen die geforderten Beiträge die Leistungsfähigkeit des armen Volkes. So mußte z. B. als erste Rate ein Besitzer von 1½ Hufen 40 Thlr. und ein Instmann 2 Thlr. 22 Sgr. zahlen, und es folgen noch mehrere Raten. Beiläufig ein schlagender Beweis dafür, daß die Schule nicht Gemeindeangelegenheit sein kann. Aber warum legt sich denn der Staat nicht ins Mittel? Je nun, der braucht, was er aufbringen kann, in erster Linie für die Soldaten, und es langt nicht einmal. Die Kasernen gehen in unserer Blut- und Eisenzeit natürlich den Schulen vor.

— Ein Urtheil über Revolutionen. Ein bekannter deutsch-conservativer Sozialpolitiker schreibt kürzlich von Paris aus in einem Privatbriefe folgendes: „Gegenwärtig studire ich täglich in den Staatsarchiven und der Nationalbibliothek die Vorgeschichte der französischen Revolution von 1789, die sehr lehrlich ist für die Entwicklung, welche sich unter unseren Augen vollzieht. Sie wissen, daß ich nie Revolution machen oder befördern helfen werde, aber ich will wenigstens erkennen und begreifen lernen, wie ungeschickt und schlecht eine Regierung sein muß, wenn es ihr gelingt, das stets friedfertige Volk auf die Barrikaden zu treiben — —." — Wir betonen nochmals, daß dieser Ausdruck von einem hochconservativen Manne herrührt.

— Neumodische Ordnungs-Kanaille. Ueber die von uns schon erwähnten Vorfälle in Schwerin, welche ein besonderes Beispiel von Sittenverwilderung sind, schreibt die „Frankfurter Zeitung": „Zum vierten Male sind dem Hofbaurath Demmler, dem früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die Fenster eingeworfen worden; in einem Zeitungsinserate macht er dies bekannt und bittet, ihn endlich in Ruhe zu lassen. Und das geschieht gegenüber einem Manne wie Demmler, der ein hervorragender Künstler, ein vollendeter Ehrenmann und dazu ein Greis ist! Trotz seiner abweichenden Gesinnung erhielten ihm die politischen Gegner, der Hof in Schwerin selbst die größte Achtung; unsere neumodische Ordnungs-Kanaille aber ehrt weder seine geistige Bedeutung, noch seine Herzensgüte, noch sein hohes Alter. Es wäre an der Zeit, daß man ein Ausnahmegesetz gegen derlei Buben machte, welche doch noch eher zu fassen wären, als die sozialdemokratisch-sozialistisch-kommunistisch-untergrabenden Ideen." — So die „Frankfurter Zeitung". — Die liberalen Zeitungen verschweigen fast sämmtlich diese Früchte ihrer Erziehung.

Die freiconservative, wohlanständige „Post" meldet ohne ein Wort der Entrüstung die jammervolle That der Ordnungsstrolche und hebt ihre Nachricht mit folgenden bezeichnenden Worten an: „Wie man erwarten mußte, hat das Beglückwünschungs-Telegramm des Hofbaraths Demmler hierselbst zu der Wahl Fritzsche's in Berlin wieder Aufregung erzeugt und es sind Demmler abermals Fenster eingeworfen." — „Wie zu erwarten stand"! Ein herrliches Eingeständniß. Natürlich stehen solche Rohheiten, Pöbeleien und „rettende Thaten" zu erwarten bei den Aufhetzereien, welche die conservativen und liberalen Hetzblätter gegen die Sozialdemokraten loslassen. Es ist nur sehr verwunderlich, daß solche Exzesse so selten vorkommen!

— Berichtigung. Nicht der Bundesrath, sondern der Justizausschuß des Bundesraths hatte beschlossen, daß in der Sozialistenvorlage der Passus, welcher das confiscirte Vermögen der Sozialdemokratie den Armenkassen zuwendet, gestrichen werden sollte. Der Bundesrath aber in seiner Plenarsitzung hat auf Antrag Preußens in diesem Punkte die ursprüngliche Vorlage wieder hergestellt.

— Gut unterrichtet! Durch die liberalen Blätter geht folgende Notiz: „In sozialdemokratischen Kreisen beschäftigt man sich sehr eifrig mit der Frage, wie man, falls das Sozialistengesetz angenommen wird, den bedrohlichen Verhältnissen begegnen und aus dem Schiffbruch noch möglichst viel retten könne. Da liegt denn nun, wie mitgetheilt wird, die Absicht vor, an demselben Tage, an welchem das erwähnte Gesetz in Kraft tritt, oder vielmehr an welchem es im Reichstage angenommen wird, ein Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen nicht erst abzuwarten, sondern ihr Erscheinen freiwillig zu fistiren und ebenso die gesammten Vereine, Hilfskassen u. s. w. aufzulösen, damit für die Verfolgungen und Confiskationen kein greifbares Objekt übrig bleibe. Die Partei hält sich für hinreichend erstarkt, um die Agitation heimlich von Haus zu Haus fortsetzen zu können, ohne dabei Handhaben für die Anwendung des Ausnahmegesetzes zu bieten. Da man jedoch auf die Dauer der Hilfe der Presse nicht gut entrathen kann, so beabsichtigt man, Parteiblätter im Auslande drucken zu lassen und gleich im vornherein Einrichtungen zu treffen, welche die Verbreitung dieser Zeitungen trotz Verbot und trotz Entziehung des Postdebits ermöglichen sollen." — Wir freuen uns, daß die liberalen Blätter so sehr besorgt um uns sind, daß sie uns gute Rathschläge ertheilen.

— Ausbreitung der Sozialdemokratie. Aus Holland ertönt in gegnerischen Blättern folgender Nothschrei: „Die Sozialdemokratie hat auch in den Niederlanden festen Fuß gefaßt; in demselben Augenblicke, wo in Deutschland der Kampf gegen dieselbe energisch beginnt, wagt in Rotterdam und anderen Städten die Sozialdemokratie kühner als je das Haupt zu erheben. In der genannten Stadt besteht seit längerer Zeit ein Allgemeiner Niederländischer Arbeiterbund, der sich ausschließlich mit den materiellen und intellektuellen Interessen des Arbeiterstandes beschäftigte, sich in keiner Weise jedoch in die Politik mischte. Der neugestiftete sozialdemokratische Verein gab sich zuerst Mühe, als ein Zweigverein des Allgemeinen Arbeiterbundes anerkannt zu werden; da aber der letztere die Erörterung politischer Fragen von seinem Programm grundsätzlich ausgeschlossen haben wollte, so constituirte sich der sozialdemokratische Verein selbstständig, und es ist vorauszusehen, daß beide Vereine sich bald feindlich gegenüberstehen werden. Daß in nicht zu langer Zeit im Königreich der Niederlande keine Stadt mehr gefunden werden wird, in der die Sozialdemokratie nicht ihre Vertreter hat, darf als sicher angenommen werden, wie auch, daß von Seiten der Regierung nichts geschehen wird, um die vielleicht jetzt noch ungefährliche Bewegung in solche Bahnen einzulenken, daß dem gemeingefährlichen Charakter derselben dadurch die Spitze abgebrochen würde." — Hm! Mit dem „Spitzeabbrechen" ist's ein eigen Ding. Es ist das leichteste und das schwerste Ding von der Welt. Das schwerste, wenn die Regierung sich einbildet, sie könne willkürlich die Bewegung lenken oder unterdrücken — das leichteste, wenn sie so gescheit ist, die Hände von der Arbeiterbewegung zu lassen und, statt sie hemmen zu wollen, ihr durch vernünftige Reformen förderlich zu sein.

— „Die Todten soll man ehren." Selbst die Barbaren handeln nach diesem Ausspruch. — Die Arbeiter Deutschlands wollten ihrem größten Todten, Ferdinand Lassalle, zu Ehren am 31. August, an dem Todestage desselben, in zahlreichen Orten Todesfeiern veranstalten. Dieselben sind aber fast überall von der Polizei verboten worden.

— In Nürnberg ist den Soldaten der Besuch von 49 Wirthschaften verboten worden, wo Sozialdemokraten verkehrten. „Kommt der Berg nicht zu uns, so gehen wir zum Berge!" — In Königsberg hat man den Militärpersonen das Lesen und Halten der beiden Fortschrittsblätter, der „Hartungschen" und der „Königsberger Allg. Zeitung" verboten. Bald wird's den

---

nun folgendes Plakat des dortigen nationalliberalen Wahlcomités zugeschickt:

Zur Wahl!

Es wird in der Stadt das Gerücht verbretiet, der Herr Geh. Regierungsrath Professor Reuleaux habe seine Candidatur zurückgezogen. Dies beruht auf einem vollständigen Irrthum und kann dessen Verbreitung nur als ein Wahlmanöver betrachtet werden. Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen, sich nicht beirren zu lassen und derartigen Versuchen gegenüber um so fester zusammenzustehen und um so zahlreicher zu wählen. Wir werden in der Sache noch weitere Aufklärungen geben und hoffen sogar, dem Ursprunge des Gerüchtes auf die Spur zu kommen. Ein soeben eingegangener Brief des Professors Reuleaux bestätigt seine frühere Mandatannahme und sein früher kundgegebenes Programm. Derselbe wird im morgenden „Anzeiger" abgedruckt werden. Prof. Reuleaux stellt darin in Aussicht, daß er sich zum 15. September c. hier im Wahlkreise nachträglich den Wählern vorstellen werde.

Es ist dringend wünschenswerth, daß die Urheber jenes Telegramms, das seine Wirkung zu Gunsten der Candidatur des Grafen Wilhelm Bismarck kaum verfehlt haben wird, nicht unentdeckt bleiben."

Dieses Wahlmanöver scheint auch gewirkt zu haben. Wilhelm v. Bismarck erhielt bei der Wahl, die am 28. August stattfand, 6600, der liberale Professor Reuleaux 5500, der clericale Schilling 2100 und unser Genosse Bock gegen 100 Stimmen. Also zur Stichwahl hat es Graf Bismarck mit Gottes und des Herrn Lucius Hülfe doch gebracht.

Ueber die Reaktion in Deutschland

fällt Friedrich Hecker, der von seiner Bismarckschwärmerei vollständig kurirt scheint, in der zu St. Louis erscheinenden „Westlichen Post" folgendes Urtheil:

„Es giebt seit dem Untergang des weström ischen und des byzantinischen Kaiserreichs kein Land, in welchem die Majestäts- und Beamten-Beleidigungsprozesse so floriren, als in Deutschland.

Daß sogar Private, daß Bürger in freiwilligster Servilität sich, wie vielfach berichtet wird, und noch häufiger als berichtet vorkommt, in elender Angeberei gefallen, das deutet auf eine Gesunkenheit des Charakters, die ihres Gleichen nur in der von Tacitus, Suetonius u. A. so gründlich geschilderten Angeberei aufzuweisen hat.

Es ist gewiß bei den jetzigen Zuständen in Deutschland am Platze, jenes Gesetz wieder in Erinnerung zu bringen, welches die Kaiser Theodosius, Arcadius und Honorius vor 1400 Jahren am 10. März erließen und das sich im Corpus juris, im Codex liber IX. tit. 7 Lex 1 befindet.

„Wenn Jemand, jeder Bescheidenheit und Scham baar, sich herausnimmt, mit ruchloser muthwillig-frecher Schmähung unsere Person (Namen) anzugreifen und, wie ein von Trunkenheit Aufrührerischer, unsere Zeit (Regierung) schmäht — Den wollen wir nicht mit Strafen bewältigt wissen (poenae nolumus subjugari), noch soll er irgend etwas Hartes (durum) oder Strenges (asperum) erleiden, weil seine Handlungsweise, wenn sie aus Leichtfertigkeit entsprang, der Verachtung, wenn aus Sinnlosigkeit, es am würdigsten ist, daß sie dem Mitleid verfällt, wenn sie aber als Injurie begangen wurde, nachzusehen ist."

Diesem Bilde in diesem Gesetze halte man die heutigen deutschen, insbesondere die Zustände in Preußen gegenüber.

Der Schreiber dieser Zeilen hat die gesammte Reichsgesetzgebung nicht nur vor sich liegen, sondern eingehend studirt und mit anderen und früheren Gesetzen verglichen. So oft er einen Blick auf dieselben wirft, erinnert er sich der Antwort, die ihm ein ehemaliger Staatsminister der Metternich'schen Zeit und Tendenz gab: „Ob man es wohl regierungsseitig unternommen haben würde, solche Strafgesetze den deutschen Ständekammern der einzelnen Staaten in jener Zeit vorzulegen und ob man auf Erfolg gerechnet haben würde?"

Die Excellenz antwortete ohne Zögern: „Das hätten wir nicht gewagt."

Man muß bedenken, daß der 65ste oder 75ste Mann ein öffentlicher Bediensteter ist, man muß die ganze Organisation der öffentlichen Gensdarmerie, Zollwächter u. dgl. inbegriffen, und der geheimen Polizei und Spionage, die für dieselbe paraten, budgetmäßigen, und die Mittel des Reptilienfonds hinzunehmend, überschauen, dann:

1) „Das Strafgesetzbuch mit seinen 370 Hauptparagraphen und zahlreicher Unterabtheilungen, ferner

2) Alle Gesetze, welche neben dem Strafgesetzbuche Strafbestimmungen enthalten oder sich auf das Strafrecht beziehen.

3) Das Militär-Strafgesetzbuch.

4) Die Steuer- und Abgaben-Strafgesetze.

5) Die Polizei-Strafgesetzbücher genau studiren und endlich

6) Die Gesetze über die Presse.

7) Ueber's Vereinsrecht.

8) Ueber Versammlungen und Aufzüge, von den zahllosen anderen Verordnungen nicht zu reden, hinzunehmen.

Von selbst muß man darauf kommen, sich dann die Frage zu stellen:

Bedarf es neben dem colossalen Apparat noch weiterer — Gesetze zur Sicherung der Staatsmaschine? — —

Dieses ewige Geprahle von der heutigen „deutschen Freiheit" ist für den mit Gesetzen Vertrauten mehr als widerlich. Dasselbe geht aus und wird täglich und stets wiederholt: von der offiziellen Presse und vom Beamtenheer, — — — und all dem Apparat steht eine hilflose Presse gegenüber. — —

Will man über gewisse Personen oder Vorgänge in Deutschland auch nur halbe Wahrheit erfahren, so muß man die Blätter fremder Nationen durchforschen, um doch etwas Sicheres zu erfahren.

Man redet dem Volke und dieses zuletzt sich selbst ein: der alte Polizeistaat sei todt, während er in neuer Uniform, neu aufgelegt, mehr florirt als je und zwar mit seinem alten Motto:

„Alles, was nicht speziell erlaubt ist, ist verboten."

Kostbar aber ist es anzusehen, wie die Hauptgesetze und Maßregeln von den verhaßten Franzosen oft wörtlich copirt sind; besonders die Preß, Vereins-, Versammlungs- und Strafgesetze Louis Napoleon's.

So gleicht auch das jüngst im aufgelösten Reichstag verworfene Gesetz wie ein Zwilling dem Bonapartistischen Ausnahmegesetze, welches auf Orsini's Attentat folgte. — — Es fehlt nun nur noch für die bevorstehenden Reichstagswahlen das System der „offiziellen Regierungscandidaten" (canditatures officielles) und die Copie des Systems des Dezember-Mannes wird vollständig. (Die Regierungscandidaturen sind inzwischen auch eingeführt worden. Red. d. V.)

---

nationalliberalen Blättern an den Kragen gehen. Wir aber rufen unsern liberal-fortschrittlichen „Freunden“ von ganzem Herzen zu: „Getheiltes Leid ist halbes Leid“!

In Duisburg ist der Vorstand des früheren Arbeiterwahlvereins für den Wahlkreis Duisburg-Mülheim wegen verbotener Verbindung mit anderen politischen Vereinen in Anklagezustand versetzt worden. — Gerade als ob für Sozialdemokraten der § 17 des Wahlgesetzes für das deutsche Reich nicht vorhanden wäre. — Genosse Tischer in Görlitz ist am Freitag plötzlich wieder verhaftet worden. Grund unbekannt.

— Auslieferung. Wie aus Wien gemeldet wird, hat das österreichische Justizministerium die Auslieferung des von dem Stadtgericht Breslau wegen Majestätsbeleidigung verurtheilten und von diesem Gerichtshofe steckbrieflich verfolgten Redakteurs der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Wahrheit“, Karl Andreas Keller, welcher am 3. August d. J. von der dortigen Polizei in Haft genommen wurde, an das Stadtgericht Breslau genehmigt. Es wäre dieses die erste Auslieferung eines politischen Verbrechers seitens der österreichischen Regierung; bisher hatte man es bei der Ausweisung bewenden lassen. — Genosse Lienig, dessen Auslieferung von Bayern verlangt wurde, ist 1875 nach dreiwöchentlicher Haft in Wien nicht ausgeliefert worden, sondern konnte sich dort ungestört weiter aufhalten.

Correspondenzen.

S. Berlin, den 30. August. Auch hier, wie fast überall in Deutschland, ist die projektirte Lassallefeier verboten worden; die Machthaber sind so irre an sich selbst geworden, daß sie einen Todten fürchten. Allerdings einen Todten, dessen überlebender Geist die ganze herrschende Gesellschaft, die frech genug ist, sich noch immer zu den Lebenden zu rechnen, um Haupteslänge überragt. —

Das größte Ereigniß hier ist, daß, nachdem man den Dr. Hirsch fortgedrängelt hat, „unser großer Mitbürger“, Herr Ludewig Löwe (für den Setzer: um des Himmels willen nicht Lewy, sonst wird er zornig), am 28. d. M. in den Reichshallen seine Candidatenrede für die am 4. September stattfindende Nachwahl zum Reichstage für den ersten Berliner Wahlkreis gehalten hat.

Man muß Ludewig Löwe persönlich kennen, wenn man sich den rechten Begriff von diesem welterschütternden Ereigniß machen will — man muß diese Eitelkeit und Eigenliebe sehen, wenn er die Tribüne besteigt, um einige hohle Phrasen zu drechseln!

Löwe ist bekanntlich als Candidat der vereinigten Ordnungsmänner, also auch der Conservativen und Reaktionäre, in Stollberg-Schneeberg gegen Liebknecht durchgefallen; dort wußte er — er hatte ja einen Sozialdemokraten zum Gegner — sich in den schmählichsten Schimpfworten und Verleumdungen gegen unsere Partei zu ergehen und das Ausnahmegesetz — er mußte ja auch die Reaktionäre fangen — in vielen Punkten als ein Bedürfniß hinzustellen; jetzt aber in Berlin — er steht ja den Conservativen und Nationalliberalen gegenüber — reicht er den Sozialdemokraten sein Katzenpfötchen und donnert gegen die Ausnahmegesetze. Nur einmal stellte er sich noch weiter rechts in seiner Rede uns gegenüber, als es selbst die preußische Regierung thut, indem er behauptete, daß wir den Staat und die Gesellschaft untergraben wollten. Die Regierung spricht doch immer nur von einer bestehenden Staats- und bestehenden Gesellschaftsordnung. Gleich darauf aber war der brave Ludewig wieder so gnädig, daß er meinte, die Sozialdemokraten brauchten aber doch solcher Untergrabungsgelüste halber nicht durch ein Gesetz geächtet zu werden.

Eine Liebe ist der andern werth. Ludewig Löwe hatte früher einmal den „Arbeiterabgeordneten“ Klotz, der sich im sechsten Berliner Wahlkreis hat in den Reichstag hineinschwindeln lassen, den Nachfolger Waldeck's genannt (sonst galt als Nachfolger dieses Ehrenmannes immer bei den Fortschrittlern der verstorbene Hoverbeck); diese Schmeichelei bewog den alten Herrn dazu, Ludewig Löwe warm zu empfehlen. Dabei konnte Klotz es aber nicht unterlassen, wie vor einigen Tagen dem Eugen Richter, diesmal dem braven Ludewig eine Moralpredigt zu halten. Klotz sagte nämlich, daß man einst den Fortschrittlern nachsagen müßte, sie seien ehrliche Leute gewesen, sie hätten ihre Mandate nicht zu ihrem Vortheile benutzt, und fügte dann hinzu, daß Ludwig Löwe allerdings in seiner communalen Wirksamkeit Dem oder Jenem zu nahe getreten sei (Viehhof! Viehhof!), das dürfe man ihm aber nicht nachtragen. Ein böser Hieb, lieber Ludewig, von dem alten Correktor der Fortschrittsbrüder, den Du da empfangen hast! Löwe hat nämlich die Verlegung des Viehhofs in der Stadtverordnetenversammlung nach einem Theile der Stadt durchgesetzt, in welchem er, seine Verwandten, seine Freunde und seine Gönner großen Grundbesitz haben, der natürlich im Werthe durch die Verlegung steigt. — Empfohlen wurde Löwe trotz alledem und gewählt wird er auch trotz alledem — Moral braucht ein fortschrittlicher Schwätzer eben nicht zu besitzen.

Die Liberal-Conservativen wollen im ersten Wahlkreise dem Herrn Löwe den in München durchgefallenen Freiherrn von Stauffenberg entgegenstellen.

Im 2. Wahlkreise wird fortschrittlicherseits der in Rudolstadt durchgefallene frühere Abgeordnete Hofmann, von unserer Seite Genosse Baumann aufgestellt. Die Conservativ-Liberalen schwankten zwischen Grüneberg, Grumbrecht und dem Dr. Struckmann. Der Letztere ist nominirt worden. — — —

Der Redakteur der „Tribüne“, Freund von „Unserm Braun“, Herr Dürholt, hat sich in der Nacht vom 26. bis zum 27. in der Leipziger Straße mit einem Kellner geprügelt, wobei ihm übel mit dem Hausschlüssel mitgespielt worden ist. Ich erwähne diesen Vorfall nur, weil Dürholt einer der hervorragendsten Ordnungsmänner der liberalen Partei ist und auf die „pöbelhaften Sozialdemokraten“ in denkbar pöbelhafter Weise fortwährend schimpft. — Das hiesige Stadtgericht scheint dem Reporterunfug, den die Herren Wagner und Bennemann hier längere Zeit getrieben haben, ein Ende setzen zu wollen. Polizei- und Criminalbeamte sind aufgefordert worden, diesen Windbeuteln, welche alle Nachrichten (Hödel-Nobiling-Lügen) nur der „Zeilenreißerei“ wegen übertreiben, keinerlei Mittheilung mehr zu machen. Den liberalen Zeitungen, voran die „Tribüne“ und das „Tageblatt“, welche lediglich nur vom Scandal leben und auswärtige Blätter (auch das „Leipziger Tageblatt“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Leipzig. Der Setzer) mit Scandalnachrichten aus Berlin füttern, sind über diese Anordnung sehr erbost und sprechen von Beeinträchtigung der Preßfreiheit. Schöne Preßfreiheit, das! Ausnahmegesetze gegen die Freiheit, Unterstützung der Lüge und der Verleumdung — so möchte es die hier herrschende liberale Presse gern haben.

Breslau, 26. Aug. Als der Arbeiter Liehr Sonntag Abend vor 9 Uhr am Arme seiner Frau über die Schweitzerstraße ging, begegnete ihm ein gemeiner Soldat vom 51. Infanterieregiment, welcher sich unanständige Handbewegungen gegen die Frau erlaubte. Auf die Erwiderung der Frau, daß sie sich derartige Rohheiten verbitte, stürzte aus einem Nachbarhause, wo sich eine militärische Wachtstube befindet, ein wachthabender Soldat heraus, drang mit gezogenem Säbel auf den Mann ein, warf denselben zu Boden und schlug ihn, so oft er aufstehen wollte, mit seinem Seitengewehr nieder. Eine große Anzahl Soldaten umringten die Angegriffenen während dieses Vorfalls und schleppten schließlich das Ehepaar in die Wachtstube. Der Mann wurde hierbei arg gemißhandelt, der Frau wurden die Kleider buchstäblich in Fetzen vom Leibe gerissen. In der Wachtstube wurden die Brutalitäten fortgesetzt, ein Soldat packte den L. bei der Kehle und schleuderte ihn herum, ein anderer empfing die Angegriffenen mit dem Ausrufe: „Das Gestrige muß gerächt werden!“ (Bezieht sich auf einen Vorfall der vorangegangenen Nacht, wo Soldaten mit dem Rufe: „Euch Sozialdemokraten wollen wir's anstreichen!“ Häuser demolirten und Menschen verwundeten.) Ein anderer Soldat hielt dem L. sein Gewehr vor das Gesicht und rief: „Das ist scharf geladen, hier ist Feuer drin!“ und auf seine Patrontasche zeigend: „Hier giebt's noch mehr, wenn das nicht langt!“ Als L. sich als Reservist legitimiren wollte und angab, daß er auf der Schweitzerstraße wohne, erhielt er zur Antwort: „So, hier wohnt Ihr, da seid Ihr schon das richtige Pack,“ ferner mußte das Ehepaar Schimpfworte anhören, wie: „Du Louis, Du H . . .!“ Leute aus der Nachbarschaft erschienen durch den Lärm angezogen in der Wachtstube und legitimirte das Liehr'sche Ehepaar als friedliche, ruhige Menschen, so daß sich die wüthenden Soldaten schließlich genöthigt sahen, nach halbstündiger Freiheitsberaubung die Gefangenen wieder zu entlassen. Der Arbeiter Liehr ist sehr schwer verletzt und wird bestenfalls wochenlange Arbeitsunfähigkeit davontragen. (Es ist ein gutes Zeichen für die Tüchtigkeit des deutschen Volks, daß bei den fortwährenden Aufhetzereien der Soldaten gegen die Sozialdemokraten von den ersteren nicht noch mehr Exzesse gegen unsere Parteigenossen begangen werden. R. d. V.)

Zittau, 18. August. Auch aus unserem 1. sächsischen Wahlkreise sind wir in der freudigen Lage, durch die am 30. Juli abgegebene Stimmenzahl einen enormen Zuwachs unserer Partei zu verzeichnen; wenn man in Betracht zieht, daß wir beinahe ohne Agitationsmittel und ohne daß unser aufgestellter Candidat, Herr Otto Freytag in Leipzig, sich seinen Wählern persönlich vorgestellt, wohingegen der Gegencandidat der sogenannten „vereinigten liberalen Parteien“ am hiesigen Orte zu verschiedenen Malen aufgetreten und auch beinahe jedes einzelne Dorf in unserm Bezirk heimgesucht hatte, unser Candidat dennoch eine Stimmenzahl von 1921 erhielt. (Bei der Reichstagswahl im Januar 1877 erhielt unser damaliger Candidat 1280 Stimmen.) Indem wir uns mit vollem Rechte ob dieses günstigen Resultates freuen, wollen wir aber auch hoffen, daß sich nunmehr auch die uns noch Fernstehenden anschließen werden, damit wir bei der nächsten Wahl als ein geschlossenes Ganze, Mann an Mann, dastehen. — Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns zur Kennzeichnung der hier „vereinigten liberalen Parteien“ eine von dieser Gesellschaft abgehaltene Wählerversammlung zu erwähnen, obschon wir überzeugt sind, den geehrten Lesern d. Bl. dadurch nichts Neues zu bieten, da das Vorgehen dieser Gesellschaft nach den verschiedenen Berichten wohl als ein „schablonenartiges“ bezeichnet werden kann: überall dieselbe Einladungsform, wodurch schon an und für sich die Mitglieder unserer Partei von der Theilnahme ausgeschlossen waren; überall dieselbe Einleitungsklausel, welche stets mit den Worten „die ruchlosen Attentate auf das geheiligte Haupt ꝛc.“ begann und mit „Vernichtung der hirnverbrannten Umsturzpartei“ endigte; überall die inhaltgleiche, phrasenreiche, vielversprechende und lautschnurtige Programm-Entwickelung des vortragenden Candidaten u. s. w. Die einzige Ausnahme, welche man uns gestattete, war die, daß man an allen Orten die Redezeit auf volle 10 Minuten (!) feststellte. Unser bewährter Genosse, Herr Renke, welcher zum Glück von dem betr. Vorsitzenden trotz seiner colossalen Brille nicht früh genug als Sozialdemokrat erkannt wurde, benutzte denn auch diese 10 Minuten in der ausgiebigsten Weise, bei welcher Gelegenheit derselbe alle ausgesprochenen Verdächtigungen und Schmähungen gegen unsere Partei mit warmen, zum Herzen sprechenden Worten widerlegte und die Grundprinzipien der Sozialdemokratie in leicht faßlicher und klarer Weise kennzeichnete, was denn auch bei den zahlreich versammelten Zuhörern ihre Wirkung nicht verfehlte, indem am Schlusse dem Redner fast allgemeiner Beifall gezollt wurde, so daß die Herren am Vorstandstische in der größten Verlegenheit sich zu befinden schienen. Das war denn doch zu viel für ein „vereinigt liberales“ Comité, das mußte gerächt werden. Und so geschah es denn auch, daß der Vorsitzende, nachdem das Bravoklatschen verklungen, den gen. Redner darauf aufmerksam machte, daß er nicht das Recht gehabt, in dieser Versammlung zu sprechen, indem nur die Mitglieder ihrer Farbe eingeladen seien und auch nur diese allein dieses Recht für sich in Anspruch nehmen könnten. Jedoch nun war es einmal zu spät; das was zu sagen nothwendig gewesen, es war gesprochen, es hatte augenscheinlich gewirkt, denn sogar nach mehrmaligem Auffordern des Vorsitzenden zur Weiterführung der Diskussion meldete sich kein Redner mehr zum Wort und wurde, nachdem derselbe den Candidaten Herrn Rentsch aus Berlin nochmals empfahl und der gen. Candidat à la Grüneberg die Versammelten ebenfalls bat, ihre Stimmen auf seine Person zu vereinigen, die Versammlung geschlossen. — Zum Schlusse noch eine Probe der jetzt üblichen Sozialistenhetze: Ende Juli wurde hier der Photograph Unger wegen Mordes verhaftet; die „Zittauer Morgenzeitung“, welche diese Nachricht zuerst ihren Lesern auftischte, konnte bei dieser Gelegenheit nicht umhin, unter anderen, ihr größtentheils von alten Weibern zugebrachten Nachrichten über die Art und Weise des begangenen Mordes, sowie auch über die Person des Mörders selbst noch die Bemerkung beizufügen: „Unger ist Sozialdemokrat“. Obschon es heute geradezu Mode geworden ist, jeden gemeinen Verbrecher der Sozialdemokratie anhängen zu wollen, so gehört aber zu genannter Auslassung denn doch eine so bodenlose Portion Frechheit, die selbst — Hödel nicht zuzutrauen war, denn der Redakteur dieses Klatschblattes weiß nämlich ganz genau, daß derselbe Mitglied der Partei ist, von welcher gen. Blatt unterstützt wird, und folglich auch in diesem Sinne schreiben muß, nämlich der — Fortschrittspartei.

München, 27. Aug. Allgemeine Verwunderung rief es hervor, das zu Königs Geburtstag das Gebäude der Polizeidirektion mit einer blau-weißen und einer mächtigen weithin flatternden schwarz-roth-goldenen Fahne beflaggt war. Leider sollte die Freude der guten Münchener nicht lange dauern, denn im Laufe des Vormittags wurde die schwarz-roth-goldene Flagge eingezogen und nun baumelte die blau-weiße Fahne wieder allein im Winde. Selbstverständlich ist über die Affaire ein genauer Bericht nach Berlin abgegangen, und soll man an maßgebender Stelle darüber ziemlich verschnupft gewesen sein.

Cainsdorf, 27. Aug. Die Hundstage und die Wahlcampagne sind vorüber, nicht aber die Arbeitsentlassungen. So wurde dieser Tage wieder ein Arbeiter auf der Königin-Marienhütte entlassen, der daselbst seit 1865 in Arbeit stand. Auch gelang es demselben nicht, an anderer Stelle Arbeit zu erhalten, weil unter dem Arbeitsattest von der Königin-Marienhütte sich vier kleine Striche befanden, die jedenfalls andeuten sollten, daß der betr. Arbeiter Sozialist sei. Uebrigens hat sich auch wieder hier der Fall zugetragen, daß einem eifrigen Reichsfreunde, der kurz vor der Wahl den Sozialisten öffentlich den Vorwurf machte, den Cultus der „freien Liebe“ einzuführen, dieser Tage etwas ganz Sonderbares passirt ist. Besagter Herr, schon seit Jahren verheirathet, machte nämlich unlängst einem jungen Mädchen in Niederplanitz wiederholt Heirathsanträge, die dieselbe jedoch späterhin zurückweisen mußte, da es zu ihrer Kenntniß gelangte, daß ihr „Anbeter“ bereits verheirathet sei. Darauf schwur der abgewiesene Freier „bei Gott dem allmächtigen und allwissenden“, daß er ledig sei. Natürlich ist dieser Vorfall den „Reichstreuen“ nicht gerade angenehm, da doch sonst die Ordnungshelden in jeder Beziehung moralische Musterkarten sein wollen.

Augsburg, 24. August. Kann die Sozialdemokratie vernichtet werden? Durch Pulver und Blei? Durch Einkerkerungen? Durch Gewaltmaßregeln? Mit Nichten! Der Mensch hat trotz aller Gewaltmaßregeln und zu Stande kommenden Ausnahmsgesetze doch noch immer in seiner Familie und im Kreise seiner Freunde Gedankenfreiheit. Die Sozialdemokratie erbt sich in der Familie fort, der Drang nach Freiheit und Gleichberechtigung wird immer mächtiger und gleicht dem Bergstrome, der Alles überspringt, was seinen Lauf zu hemmen sucht. Als ich noch ein Knabe von 12 Jahren war, las ich die Hinrichtung des Freiheitskämpfers Robert Blum. Und fest hat sich mir ins Gedächtniß gesetzt die Abbildung in der Ulmer Bilder-Chronik des Jahrgangs 1849, wie der freie Mann zu sterben weiß, wie Robert Blum mit erhobener Rechten die Worte sprach: „Ich sterbe für die deutsche Freiheit, für die ich gekämpft, möge das Vaterland meiner eingedenk sein.“ Von Kugeln durchbohrt hauchte er sein Leben aus. Eine Trauerkunde durchlief das ganze Land, ein Mord von „Rechtswegen“ war geschehen, und der Staat war gerettet. Das Leben konnte man dem Freiheitshelden nehmen, aber seine Ueberzeugung lebte fort, lebt heute noch und wird fortleben. Und gegen solches Fortleben will man Ausnahmegesetze fabriziren? Welche Thorheit! Werden diese genügen, um dem Denken des Menschen Grenzen zu setzen? Nein. Der Drang nach Freiheit, das Streben der Sozialdemokratie hat sichere Grundlagen, daß alle Gewaltmaßregeln ohnmächtig sein werden gegen den strebenden Geist des Menschen, gegen den Aufbau des Sozialismus.

Wie ich schon oben bemerkt, habe ich in meinen Knabenjahren das „Gift“ der Freiheit eingesogen; ich habe das „Gift“ genährt, und befinde mich wohl dabei; Ende der 60er Jahre war ich auch so unglücklich, von der „Seuche der Sozialdemokratie“ befallen zu werden, und siehe, ich bin noch gesünder und kräftiger geworden und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß einem gesunden Körper ein solches „Gift“ durchaus nicht nachtheilig ist, sondern von großer Wohlthat sein kann. Möge doch Jeder von diesem „Gift“ der Aufklärung, von diesem Drange nach Freiheit und Gleichberechtigung recht große Portionen für seinen Körper einnehmen, und er wird geistig Wunder erfahren; es wird ihn erfüllen mit Liebe zu seinem Nächsten, es wird ihm klar werden, daß der Mensch als solcher sein Recht zu fordern hat und daß Rang- und Standesunterschied eine „Pestbeule“ für das menschliche Dasein bildet. Diese Pestbeule schneide man auf, diese Pestbeule schaffe man fort, auf daß der Gesellschaftskörper gesundet, dann, ja dann — ist die Sozialdemokratie vernichtet.

B.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Schon bei Gründung des Bundes wurde ich von verschiedenen Seiten angeregt, die Elementarlehren des Gesanges in einem Heftchen herauszugeben und da sich diese Anregungen in neuerer Zeit vermehrt haben, so wird demnächst eine „Elementarlehre für die Sänger der Arbeiter-Gesang-Vereine erscheinen.

Es ist dieses Heftchen für den Selbstunterricht berechnet und hält die Grundlagen des Gesanges in systematischer Folge. Ich wünsche daher demselben im Interesse des vierstimmigen Männergesanges eine recht weite Verbreitung.

Preis 20 Pfg., 20 Stück 3 Mark, 50 Stück 5 Mark gegen Kasse. Bestellungen nehme jetzt schon entgegen.

Gotha. Mit Gruß

Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion. H. Oehme Hannover: Erwünscht. — A. S. Hannover: Wir tadeln natürlich jede Thierquälerei, wir hassen jede Messerstecherei, wir hassen jede Gewaltthat. Die sozialdemokratischen Lehren mildern aber auch die Sitten. Wenn uns also der Herr der durch Einführung der Prügelstrafe die Sittenverwilderung aus der Welt schaffen will, im „Hannover'schen Tageblatt“ der Pflege der Sittenverwilderung anklagt, so ist derselbe, gelinde gesagt, einer von den vielen Bedauernswerthen, die über Sachen in die Welt schwatzen, von denen sie absolut keine Kenntniß haben. — Nennt aber dieser Herr den Knaben, der die Lerchen gequält hat und deshalb sicher Strafe, aber besonders Belehrung verdient, „eine Bestie in Menschengestalt“, will er ferner bei einigen Gefangenen sogar die „neunschwänzige Katze“ des Tages dreimal angewandt wissen, so trifft für ihn selbst der für den Lerchenquäler gewählte Ausdruck vollständig zu: „eine Bestie in Menschengestalt.“

Quittung. Czrnk Preßburg Ab. 2,64. Hffmnn London Ab. 40,80. Schltr Dresden Ab. 250,00. Hß Sonneberg Ab. 9,40. Brthl M. Schönberg Ab. 12,31. Rw Altona Ab. 49,00. Knk Frankfurt Ab. 63,00. Schmdt Römerstadt Ab. 6,50. Lhmnn Pforzheim Schr. 22,10. Khlmann Lüneburg Schr. 6,60. Nstdt Stuttgart Büsten 4,50. Strsbrg Düsseldorf Schr. 3,75. Mrkt Heilbronn Schr. 4,45. Rdl Köln Schr. 0,50. Wgnr Allstedt Ab. 1,00. Schlz hier Ab. 2,00.

Unterstützungsfonds.

Von Janowitz 2,30.

Da demnächst

Der arme Conrad 1879

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk

erscheint, so ersuchen wir die Bestellungen hierauf uns schon jetzt zugehen zu lassen, damit wir einen geregelten Versandt bewerkstelligen können.

Preis pro Expl. broch. 40 Pf., geb. 60 Pf.

Bei Bezug von 12 Stück und darüber pr. Stück 25 Pf.

Versandt nur gegen baar oder Postvorschuss.

Die Expedition des „Vorwärts“,

Leipzig, Färberstraße 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Mittwoch, 4. September 1878.

Zu den Wahlen.

Es wird für unsere Leser gewiß von Interesse sein, das diesjährige sozialistische Wahlresultat mit den Ergebnissen der früheren Wahlen vergleichen zu können, soweit es sich um die gewählten Abgeordneten handelt. Es veranschaulicht dies folgende Tabelle:

Wahlkreis:	1867:	1871:	1874:	1877:	1878:
Glauchau-Meerane	Bebel	Bebel	Bebel	(Bebel)	Bebel
Zwickau-Crimmitschau	Dr. Schraps	Dr. Schraps	Most	Grade	Grade
Stollberg-Schneeberg	Bleßrecht	Motteler	Motteler	Motteler	Liebknecht
Freiberg	Mende	Liebknecht	Liebknecht	Liebknecht	Kayser
Chemnitz	Fortsetzung	Geib	Most	—	—
Mittweida		Most	Most	—	—
Leipzig (Land)		Bahlteich	Bahlteich	Dammler	Bahlteich
Dresden (Altstadt)		(Dr. Joh. Jacoby)		Bebel	
Auerbach-Reichenbach				Auer	
Schopau-Wehlau					
Elberfeld-Barmen		Hasselmann	Hasselmann	Wiener	Wiener
Duisburg				Hasselmann	Hasselmann
Lennep-Mettmann					
Solingen	Dr. v. Schweitzer				
Altona	Hasenclever	Hasenclever	Hasenclever	Fritzsche	Fritzsche
Plön-Segeberg	Dr. Reinde	Reimer	Reimer	Hasenclever	Hasenclever
Reichenbach-Neurode	(Fritzsche)				
Reuß ä. L.				Rittinghausen	
Breslau I.				(Schweitzer)	
Berlin IV.					
Berlin VI.				A. Kapell	A. Kapell
				Blos	Blos
21 Wahlkreise.	Mandate: 8	8	9	12	9

	Sozialdemokraten	Fortschrittler	Conservative	Centrum und Rest d. R.
1867	2	4	2	—
1871	3	3	2	—
1874	3	3	3	—
1877	3	3	3	3
1878	3	3	3	—

* * *

Der neugewählte Reichstag wird folgende Zusammensetzung (die 5 Neuwahlen miteingerechnet) haben:

Deutsch- und Freiconservative	117
Nationalliberale mit den liberalen „Wilden“ links und rechts	107
Elsasser Autonomisten (die zumeist mit den Fortschrittlern stimmen)	4
Fortschrittler	26
Sozialdemokraten	9
Demokraten	3
Französische Protestler und ein Däne	5
Centrum mit den Elsasser Clericalen, Polen und Welfen	126
	397

Das Anwachsen der „Reichsfeinde“ im deutschen Reiche.

Wir entnehmen der „Berliner Freien Presse“ folgende interessanten Vergleiche:

Die Zahl der Vertreter zum Norddeutschen resp. Deutschen Reichstage seit der Dauer seines Bestehens, wenn man sie in drei Hauptklassen: Conservative, Liberale und „Reichsfeinde“ (d. h. Ultramontane, Sozialdemokraten und die verschiedenen kleineren oppositionellen Gruppen) zertheilt, stellt sich folgendermaßen:

	Conservativ	Liberal	Reichsfeind	Zus.
Constituirender Reichstag	138	139	20	297
Norddeutscher Reichstag	138	138	21	297
Deutscher Reichstag 1871	118	189	75	382
„ „ 1874	65	204	128	397
„ „ 1877	80	178	139	397
„ „ 1878	121	135	141	397

Diese Tabelle giebt ein beredtes Bild der Entwickelung unter dem Bismarck'schen Regimente. Während die „Ordnungspartei“ 1867 alle Volksvertreter bis auf 20 zur Verfügung hatte, hat sich dieses Verhältniß entwickelt, im Jahre

1871 307 : 75,
1874 269 : 128,
1877 258 : 139,
1878 256 : 141,

oder mit andern Worten: Je länger die deutschen Reichsbürger Gelegenheit hatten, die vielgepriesene neue Ordnung praktisch zu erproben desto unzweideutiger haben sie sich von ihr ab- und dafür den verschiedenen „Reichsfeinden“ ihre Stimmen zugewandt, obgleich die Beeinflussungen im Interesse der „Ordnung“ derartig waren, daß für Hunderttausende das „freie“ Wahlrecht in sein direktes Gegentheil verkehrt war.

Dieser für die Regierung wahrhaft vernichtende Entscheid des allgemeinen Stimmrechts erscheint aber noch weit bedeutungsvoller, wenn wir die Ziffern der Wahlbetheiligung in Betracht ziehen. Leider sind dieselben amtlich erst seit 1871 veröffentlicht worden, für die letzten Wahlen aber überhaupt erst annähernd bekannt. Gleichwohl wird die Illustration schon drastisch genug ausfallen.

1871 waren vorhanden 7,656,273 eingeschriebene Wähler.
Es betheiligten sich an der Wahl 3,903,841
Davon ungültig oder zersplittert 96,552
Bleiben 3,807,289 Stimmen.

Es wählten davon:

Conservative	549,661	Centrum	724,837
Reichspartei	346,845	Sozialdemokraten	123,975
Liberal	273,857	Volkspartei	18,741
Nationalliberale	1,171,543	Polen	176,342
Fortschritt	342,409	Protestler u. Partikul.	79,079
	2,684,315		1,112,974

1874 waren vorhanden 8,203,969 eingeschriebene Wähler.
Es betheiligten sich an der Wahl 4,975,676
Davon ungültig oder zersplittert 72,037
Bleiben 4,903,639 Stimmen.

Es wählten davon:

Conservativ	359,959	Centrum	1,445,948
Reichspartei	357,523	Sozialdemokraten	351,272
Liberal	53,853	Volkspartei	21,739
Nationalliberal	1,537,429	Polen	198,442
Fortschritt	447,538	Protestler u. Partikul.	111,936
	2,774,302		2,129,337

1877 waren vorhanden 8,943,028 eingeschriebene Wähler
Es betheiligten sich an der Wahl 5,422,647
Davon ungiltig oder zersplittert 37,679
Bleiben 5,384,968

Davon wählten:

Conservativ	526,039	Centrum	1,404 903
Reichspartei	426,637	Sozialdemokraten	493,388
Liberal	134,811	Volkspartei	44,894
Nationalliberal	1,469,527	Polen	216,157
Fortschritt	417,824	Protestler u. Partikul.	250,838
	2,974,838		2,410,130

Diese Zahlen besagen: In den 6 ersten Jahren des neuen „Reichs“ hatte dasselbe die Zahl seiner Freunde kaum zu vergrößern gewußt, die Zahl seiner „Feinde“ dagegen schon mehr als verdoppelt.

Dieses Ergebniß ändert sich aber noch ganz gewaltig bei diesen letzten Wahlen. Die Fortschrittler waren schon seit einigen Jahren in den Geruch der „Reichsfeindschaft“ gekommen (da sie nicht ohne Weiteres über den Militär-Septennats-Stock springen wollten). Außerdem erfrechte sich bekanntlich Herr Lasker, dem Bierfreunde des Kanzlers von den Reichskneipabenden her, Herrn v. Bennigsen, in die Suppe zu spucken. Es wurden somit die Fortschrittler und die Freunde des Herrn Lasker für „Kerle“ erklärt, die „man schon kriegen würde“ oder auch für solche, die „an die Wand gedrückt werden müßten, daß sie quietschen“. Wir übersetzen diese klassischen Wendungen in das uns geläufigere Wort „Reichsfeinde“ und erhalten dann für die jetzigen Wahlen etwa folgende Bilanz:

1878: Wahlberechtigte 9,000,000.
Betheiligung circa 6,000,000.

Davon sind zu rechnen für

Conservative	800,000	Centrum	1,600,000
Reichspartei	700,000	Sozialdemokraten	450,000
„Liberale“ à la Treitschke, Gneist, Beseler	1,000,000	Volkspartei	70,000
		Polen	230,000
		Protest. u. Partik.	350,000
	2,500,000		2,700,000
		Dazu noch d. Fortschr.	400,000
		Lasker'sche Liberale	400,000
		Zusammen	3,500,000

Also wäre glücklich eine Mehrheit der Reichsfeinde erreicht — wenigstens, wenn die Reptilienblätter Recht haben. Wir wollen indessen erst abwarten, ob Fortschrittler und der Lasker'sche Flügel der Liberalen wirklich so „reichsfeindlich“ sind, als sie gemacht werden. Lassen wir sie aber auch ganz aus der Rechnung, so ergiebt sich doch zweifellos die Thatsache, daß die prinzipielle Opposition seit dem Vorjahre sicher um mehrere hunderttausend Stimmen gewonnen und demgemäß auch einige Sitze im Reichstage mehr zur Verfügung hat als im vorigen Reichstage. Dieses beständige Wachsthum wird auch in der Folge ganz sicher keine Unterbrechung aufweisen, höchstens — und das hoffen wir stark — ein schnelleres Tempo einnehmen. Daß die Tage der heiligen „Blut- und Eisen-Ordnung“ gezählt sind, dürfte demnach auch dem verbohrtesten Bismarck-Anbeter bald einleuchten.

Aus Amerika.

Newyork, 6. August.

Californien ist der erste Staat, in welchem eine Arbeiterpartei sich die gesetzgebende Gewalt errungen hat. Es war allerdings die höchste Zeit. In den Händen eines Häufleins von Großkapitalisten hat sich fast aller werthvolle Grundbesitz und fast aller gewerbliche Großbetrieb, die politische Gewalt und der baare Reichthum des Staates concentrirt. Nicht zufrieden damit hatten die Geldkönige über 100,000 chinesische Lohnsklaven unter Contrakt herkommen lassen, um alle Löhne auf's Tiefste herabzudrücken, und das Börsenspiel, besonders mit Bergwerk-Aktien hatte Tausende von Kleinbürgern zu Gunsten Weniger zu Grunde gerichtet. Nirgend besser als hier konnte studirt werden, wohin der schrankenlose Kampf um's Dasein, wie ihn der Kapitalismus will, am Ende führen muß. Da die deutsche Sektion der sozialdemokratischen Partei und die internationale Gewerkschafts-Union nicht zahlreich und nicht hinlänglich mit durchgebildeten Mitgliedern versehen waren, mußte der Kampf gegen das Monopol den Irländern anheimfallen, welche besser zusammenhalten. Der Mann, welcher die Aufgabe unternahm, heißt Dennis Kearney, und der Wahlspruch hieß: fort mit den Chinesen und den Monopolisten! Es war im Juli eine verfassungrevidirende Versammlung zu wählen, und die Kearney-Partei erwählte ein Drittel, die Non-Partisan- (unabhängige) Partei über die Hälfte, die beiden alten Parteien zusammen den ärmlichen Rest der Abgeordneten. Da die unabhängige Partei aus Arbeitern, welche das rohe Treiben Kearney's mißbilligten, aus mit diesen sympathisirenden Kleinbürgern und nur zum kleinen Theile aus Gewerbspolitikern besteht, so wird die verfassunggebende Convention eine arbeiterfreundliche, gemäßigt reformirende Thätigkeit entwickeln, und Kearney wird seine Rolle bald ausgespielt haben. Die alten Parteien sind im Staate Californien vernichtet; das Verdienst daran gebührt diesem Irländer mit seiner rohen, aber feurigen Beredsamkeit, seiner Gedankenarmuth, aber seiner Gabe, auf die Durchschnitts-Amerikaner thatkräftig einzuwirken. Das Verdienst, die alten Parteien zerstört zu haben, ist an sich groß genug, mag nun die neue Verfassung ausfallen, wie sie will.

Im Gefühl, daß seine Rolle in Californien ausgespielt ist, hat sich Kearney an das andere Ende der Union, nach Massachusetts, begeben, wo die Arbeiterbewegung endlich in's Brodeln gekommen ist. Hier hat General und Advokat Benj. F. Butler, bei weitem der fähigste Kopf unter den alten Gewerbspolitikern, die meiste Aussicht, bei der Herbstwahl zum Governor erwählt zu werden und als solcher die bestehenden Verhältnisse so ziemlich auf den Kopf zu stellen; denn die Greenbakler haben ihn bereits auf den Schild gehoben, und die mächtige Lohnarbeiterschaft wird ihm zum Siege verhelfen, weil sie in ihm den Mann des Augenblicks erkennt. In Boston, und zwar in Faneuil Hall, wo alle revolutionären Versammlungen von 1776 gehalten wurden, sprach Kearney zu etwa 25,000 Arbeitern und zu Gunsten Butler's, und ein Wahlsieg im November ist sehr wahrscheinlich. Wohin Kearney seine nächsten Schritte lenken wird, ist unbekannt; aber gewiß ist, daß er überall den Boden gelockert findet, um die Saat des Gedankens, daß die alten Parteien durch Arbeitervertreter vom Ruder verdrängt werden müssen, auszustreuen und zur Reife der That zu bringen.

Die Untersuchung des Wahlbetrugs, durch welchen die Republikaner ihren Hayes in's Präsidentenamt gebracht haben, ist soweit fortgeschritten und hat solche Ergebnisse geliefert, daß ein Unbefangener an der Thatsache des Betrugs und der Mittel zu seiner Ausführung nicht mehr zweifeln kann. Die republikanische Partei wäre somit als todt zu betrachten, hätten nicht in den letzten Stunden der Congreßsitzung eine große Zahl Demokraten mit den Republikanern zusammen für den Beschluß gestimmt, daß der Amtstitel des Hayes „heilig“ sein solle, welches immer auch die Ergebnisse der Untersuchung sein möchten. Dadurch und durch die Genehmigung dieses Beschlusses seiten der demokratischen Conventionen in Pennsylvanien, Newyork und in anderen Staaten hat sich die demokratische Parteiorganisation als solche um alles Vertrauen gebracht. Es zeigt sich schon jetzt, daß kein einziger Demokrat, welcher die „Heiligkeit des Betrugs“ genehmigt hat, wieder in den Congreß gewählt werden wird, und daß von den Republikanern kein einziger Congreßmann, welcher nicht ein Feind des Betrugs ist, wird durchgebracht werden können. Aber mehr als das! Der Ausfall der Herbstwahlen ist allerwärts unberechenbar geworden, und hätten die Greenbackler (Nationalen) ein nur leidlich vernünftiges Programm, annehmbare Candidaten und keine Gewerbspolitiker unter sich, so müßten in der Herbstwahl die beiden alten Parteien weithin eine eben solche Niederlage erleiden, als sie in Californien jüngst erlitten haben. Es gährt eben überall.

In der Voraussicht eines großen Wechsels in der Parteistärke haben die Demokraten des Congresses ein Angebot auf die Gunst der arbeitenden Klassen gethan, indem sie einen Ausschuß unter dem Vorsitz Hewitt's von New-York einsetzten, welcher die Ursachen der schlechten Zeiten und die Abhülfsmittel derselben untersuchen soll. Dieser Ausschuß hat seine untersuchende Thätigkeit letzte Woche in der Stadt New-York eröffnet, und vor ihm sind Abgeordnete der bestehenden Reform-Gesellschaften und Privat-Pläneschmiede in größerer Zahl erschienen, um ihre Ansichten zu entwickeln. Am stärksten und nachdrücklichsten waren die Sozialdemokraten und die Internationale Gewerkschafts-Union vertreten, und es sprachen in ihrem Namen unter Andern Bartholomee, Douai, McNeill, Jonas u. A. Der Ausschuß suchte durch Kreuzverhör und zweckwidrige Fragen die Aussagenden in Widersprüche oder in für den Augenblick unmögliche Forderungen zu verwickeln und alle Reform-Anträge lächerlich zu machen, wurde aber von den Obengenannten in seine Schranken zurückgewiesen. Die Folgen davon können nicht allzu bedeutend sein, müssen aber dennoch dazu führen, daß drei Hauptforderungen des Proletariats im Congreß lebhaft verhandelt werden: Das Achtstundengesetz, die Arbeitsstatistik, verbunden mit Fabrikinspektion und Gesundheitsmaßregeln, und das Verbot der Kinderarbeit. Die Greenbackler waren ebenfalls vor dem Ausschusse vertreten, wurden aber von seinen gewiegten Politikern nicht viel minder lächerlich gemacht als die mannigfachen Privat-Pläneschmiede; und wäre die berichterstattende Presse nicht gar zu arg mit den Kapitalisten verschworen, so hätte eine über das ganze Land reichende Propaganda für die Sozialdemokratie die Folge sein müsse.

Seit meinem letzten Bericht hat es wenig, und gar keine umfangreichen Ausstände gegeben; dagegen sind in den meisten Manufakturen lange Saueregurkenzeiten gewesen. Die Spinnereien, Webereien, Kohlen- und Eisenminen, Metall- und Glasfabriken haben durchschnittlich ein Drittel bis eine Hälfte der Zeit Feiertag gehalten, andere Großbetriebe nicht viel weniger. Die Anzahl der arbeitslos das Land Durchstreifenden hat sich während des Sommers dadurch vermindert, daß sie sich in den westlichen Staaten zur Einbringung einer beispiellos reichen Ernte verdangen und dadurch die Verleumdung thatsächlich widerlegten, als sei es ihnen um's Faullenzen zu thun. Ohne ihre rechtzeitige Hülfe wäre von dieser reichen Ernte ein Großtheil verloren gegangen, da die Erntezeit durch ungewöhnlich ungünstiges Wetter unterbrochen wurde. Die Frucht ihrer Arbeit wandert auf den Markt des Auslands, da unsre Arbeiter sie nur zum Theil bezahlen können.

Die Folgen des schrankenlosen Kapitalismus äußern sich in Bankrotten, Selbstmorden, Verbrechen und Hungertoden in nie für möglich gehaltener Zahl. Die Bankrotte haben im ersten Halbjahr 1878 die Zahl von 500 überstiegen, die ungedeckten Verbindlichkeiten jeden noch erlebten Betrag. Die Selbstmorde dürften in der Stadt New-York allein, wenn es damit so fort geht, in diesem Jahre die Zahl 1000 erreichen. Wegen Verbrechen und Vergehen wurden in der Stadt New-York allein im Juni 215 Kinder den Besserungsanstalten überwiesen, ganz ungerechnet die Durchgeschlüpften. Mordthaten und Mordanfälle kommen in und um New-York täglich mehrere vor, und die übrigen schweren und abgefeimten Verbrechen in noch größerer Zahl. Raubanfälle am hellen Tage und in den belebtesten Straßen der Stadt, deren Urheber mehrentheils nicht entdeckt,

geschweige denn bestraft werden, kommen wöchentlich vor. Besonders auffällig vermehrt sich die Zahl der Vergiftungen in den begüterten Klassen und der Morde unter Eheleuten aller Klassen. Die Presse ist voll von ehelichen Skandalen. Die Fälle von Hungertod und äußerster Verelendigung erregen kaum mehr die allgemeine Aufmerksamkeit — das Zuviel daran stumpft die Nerven ab. Was aus alledem werden soll, wenn erst der Winter mit seiner langen Dauer und Härte wieder den Einzug hält, das bleibt zu sehen. Die Sterblichkeit hat, trotz den jetzt ziemlich genügenden Vorkehrungen der Sanitäts-Behörden, in den heißen Wochen die höchste frühere Zahl fast wieder erreicht — infolge der ungenügenden Ernährung und Lebensweise; die Zahl der Eheschließungen ist kaum je so gering gewesen.

Aber trotz alledem und alledem ist die sozialdemokratische Bewegung in erfreulichem Wachsen, und die staunenswerthen Erfolge, welche sie im deutschen Reiche bei der Wahl am 30. Juni errungen hat, erregen unter den Unseren die innigste Freude, unter den Gegnern dumpfes Erstaunen. Es dämmert unser Tag, die Morgenröthe zieht herauf und die düstere Nacht weicht zurück.

Correspondenzen.

Meerane, 16. August. Die Wahl ist vorüber. Stichwahlen haben stattgefunden, und aus allen Kreisen dringt frohe Kunde von der taktvollen Haltung der Sozialdemokratie. Wahlkreise, welche einige Tausend Stimmen auf ihren Candidaten vereinigten, geben ihre Freude im „Vorwärts" kund und eine Lust ist es, solche Berichte zu studiren, wo man Freude aus jeder Zeile herausfindet. Aber trotzdem läßt der 17. sächsische Kreis, bez. Meerane, nichts von sich hören. Man dächte doch, es gäbe von hier viel zu berichten, da doch auch uns der Sieg nicht über Nacht zugefallen ist, aber kein Wort bekommt man davon im „Vorwärts" zu lesen. Trotzdem die alte Garde hier thront, findet sich Niemand, der sich der Mühe unterzieht, einen Bericht zu erstatten. Wir haben doch wahrlich Grund, uns andern Genossen auch zu zeigen und brauchen uns nicht zu schämen, sondern können ein donnerndes „Hurrah" in die Welt hinausrufen, denn unser Kreis hat die bedeutendste Majorität beim ersten Wahlgange auf seinen Candidaten vereinigt, und trotzdem ist alles so ruhig, daß Herr Prof. Dr. Birnbaum seine Freude haben muß, daß nichts Genaueres über seine Niederlage in die Ferne dringt. Schreiber dieses hat sich schon gewundert, daß, als unser Bracke nach der letzten Session des verflossenen Reichstags, wo er in einer großartigen Versammlung seinen Wählern Bericht erstattete, nichts bekannt geworden ist. Und wie viel gab es jetzt zu berichten, wo die Gegner kein Mittel scheuten, um uns zu stürzen. So z. B. bei der letzten großen Versammlung, wo die Ordnungsmänner in letzten Stunde Herrn Hotelier Helbig für seinen Saal wohl das zwanzigfache boten, um nur die Versammlung unmöglich zu machen. Das allermeiste haben sie, die Gegner, in einem Flugblatte geleistet, wo sie unsern Bracke als einen Groß-Getreidehändler hinstellten, der von der Sorte wäre, welche den armen Leuten das Brot theuer machten. Doch war dieser Ausdruck recht plump; vielleicht hatten die Herren gar nicht daran gedacht, daß die meisten, ja vielleicht alle Großhändler oder Blutsauger unter den Ordnungshelden selbst zu suchen sind, und dabei wurde der Prof. Dr. Birnbaum so warm empfohlen, weil — nun weil er die Arbeiter mit Zwiebeln ernähren will. — Darum Genossen, legt Euch nicht auf die Bärenhaut, sondern trage ein Jeder dazu bei, daß wir von Zeit zu Zeit auch ein Lebenszeichen von uns im „Vorwärts" geben.

—r.

Freiberg, 19. August. Bei der heute erfolgten offiziellen Stimmenauszählung erhielt Genosse Max Kayser 8098 Stimmen, während der liberale Aug. Penzig deren 6978 erhielt. Die Gesammtzahl der gültigen Stimmen betrug 15,076, so daß also ca. 55 Proz. der Stimmen für den sozialistischen Candidaten abgegeben wurden. Obigen 8098 Stimmen dürfen jedoch mit vollem Recht auch jene 78 Stimmen zugerechnet werden, welche der Gemeindevorstand zu Krummhennersdorf für ungültig erklärt hat, weil der Name Kayser (richtig) mit y geschrieben war, während der Wahlcommissar des 11. Bezirks in seinen Bekanntmachungen „Kaiser" geschrieben hatte. Ein Wahlprotest, von den Liberalen bereits eingegeben, der gegen die Gültigkeit der Wahl überhaupt erhoben ward, weil die Zettel sämmtlich den Namen Kayser „mit dem Ypsilon" führen, dürfte ohne jede Folgen bleiben. — In Kürze darf ich Ihnen hierbei wohl auch berichten, daß kurz vor der Wahl noch mehrere Versammlungen hier und in der Umgegend stattfanden. So am 12. August in Mündsdorf, wo ich Sprecher war und Genosse Lauschke, am 13. in Freibergsdorf, wo ich gleichfalls das Referat übernahm; nicht minder traten Genosse Saschky aus Dresden und ich den Liberalen in Berthelsdorf am Abende vor dem Wahltage entgegen, während Genosse Liebknecht in der Stadt Freiberg an demselben Abend eine riesige Versammlung hatte, in welcher er namentlich einem Schullehrer, der all das, was Liebknecht aussprach und entwickelte, noch „nicht gelesen haben wollte", in gebührender Weise zurechtwies und dadurch jedem andern Muth benahm, an Thatsachen herumzunörgeln, nur um zu „nörgeln". Dieser großen Versammlung in Freiberg dürfte ein gut Theil jener Stimmen in Stadt Freiberg selbst zuzuschreiben sein, die wir im diesmaligen zweiten Wahlgange mehr als beim ersten erhielten.

H. Goldstein.

Wiesbaden, 15. August. Nur selten ist eine Correspondenz aus Wiesbaden im „Vorwärts" zu lesen. Dieses mag darin seinen Grund haben, daß die Zahl der Parteigenossen hier in der Stadt des Luxus und der Knechtseligkeit, eine verhältnißmäßig geringe ist; und die Agitation durch lokale Umstände sehr erschwert wird. Die Wahlbewegung im hiesigen (2. nassauischen) Wahlkreise, speciell in der „Königin der Länder", ist indeß zu interessant um übergangen zu werden. Die (Frei-) Conservativen ergriffen die Initiative, und zwar bei Zeiten, um die bislang dahier herrschende Fortschrittspartei aus dem Sattel zu heben. Der Schrecken und die Entrüstung der Leiter der Fortschrittspartei war um so größer, als sie von dieser Seite auf eine selbständige Thätigkeit nicht gerechnet hatten. Und es geschah, was 1877 nicht nothwendig gewesen: Schulze-Delitzsch kam selber und hielt seine Candidatenrede. Bei dieser Gelegenheit sah ich genannten Herrn zum ersten Male. Er machte auf mich den Eindruck eines selbstgefälligen Bourgeois, der eine hohe Meinung von seiner eigenen werthen Persönlichkeit hat. Diese meine Meinung hörte ich auch von Andern bestätigen. Seine Rede behandelte die Tagesfragen in der bekannten fortschrittlichen Weise, wobei er das Genossenschaftswesen besonders heranstrich, und nicht genug Rühmliches davon zu erzählen wußte. Auch bezeichnete er dasselbe als Etwas, das „Hunderttausende von der rothen Fahne ferne gehalten und von der Verführung der Sozialdemokraten beschützt hat". Herr Schulze-Delitzsch sagte dies aber nur „als der erwählte Vorstand, als der Anwalt der deutschen Genossenschaften". Die Sozialdemokratie und ihre Anhänger erhielten so en passent einige Klapse. Er sprach beispielsweise von der „wüsten Agitation der sozialistischen Partei", und im weiteren Verlaufe seiner Rede folgende, den Hrn. „Dr." Schulze charakterisirende Sätze: „Wissen Sie, was die Sozialdemokraten können? Höchstens eine Emeute machen; sie können verwerfliche, heillose Zustände für den Augenblick über uns bringen, aber dauernd nicht. Dazu gehört, daß sich das besitzende und gebildete Bürgerthum mit erhebt. Das ist überall so gewesen, die große französische Revolution wurde nicht von den Sozialdemokraten gemacht; als letztere allein nachher schädigend auftraten, wie in der jüngsten Zeit die schändliche Commune, da war auch ihre Herrschaft bald zu Ende. Die Sozialdemokraten machen, wie gesagt, wohl Emeuten, aber keine Revolution. (Beifall.) Denn ihre Theorien sind unsinnig und naturwidrig, sie wollen Dutzend-Existenzen statt der selbständigen Charaktere machen, sie wollen dem Menschen nach seinen Bedürfnissen statt nach seinen Leistungen Verdienst geben, das aber ist verrückt und toll und unsinnig. Die conservative Junkerpartei aber, welche alte, ausgelebte, verrottete Formen zu conserviren strebt, macht die Revolutionen." Natürlich war es uns nach solchen Complimenten unmöglich, Herrn Schulze-Delitzsch unsere Stimmen zu geben, obgleich seine Candidatur immerhin annehmbarer war, als die des (frei-) conservativen Regierungsrath von Reichenau. Vier Tage vor der Wahl hatte Schulze-Delitzsch seine Rede gehalten; zwei Tage vor der Wahl stellten wir Liebknecht als unsern Candidaten auf. Derselbe erhielt insgesammt 436 Stimmen (Jacoby 1877: 344 St.), in Wiesbaden allein 361 (1877: 273). In den Ortschaften konnte bei der Kürze der Zeit keine Agitation entfaltet werden, und fehlte es auch an Mitteln hierzu. Mit ziemlicher Gewißheit kann man annehmen, daß nur Sozialisten für Liebknecht stimmten. Wahlergebnisse für den 2. nassauischen Wahlkreis: Schulze-Delitzsch 10,557, Racké (ultramontan) 5129, v. Reichenau (freiconservativ 1853, Liebknecht 436, ungültig 54, zersplittert 7. Die Haltung der hiesigen Presse („Rheinischer Courier" und „Nassauische Volkszeitung") läßt an reaktionärer Gesinnung nichts zu wünschen übrig. Namentlich ist es der „Rheinische Courier", nebenbei das gelesenste hiesige Blatt, welches sich hierin besonders hervorthut. Von der Sozialdemokratie hat diese Zeitung die schiefsten und verrücktesten Ansichten; gerade wie Herr Schulze-Delitzsch. Selten erscheint, namentlich in letzter Zeit, eine Nummer des „Rhein. Courier", in welcher nicht auf die sozialistische Partei geschimpft, oder selbe verleumdet wird. So lautete beispielsweise ein Gedicht in der 2. Ausgabe vom 2. Juni c. (erschien am Sonntagmorgen, also vor dem Nobiling'schen Attentate) folgendermaßen:

Geharnischte Sonnette.

1) An die Sozialdemokraten.

Verleugnen könnt ihr nicht den Mordgesellen.
Vom Weine, den ihr schenket, war er trunken.
D'rum laßt das Wort in eu'ren Ohren gellen:
Ihr seid der wahren Freiheit Todes-Unken.

Der Wüste Trugbild höhnt mit frischen Quellen
Den, der verschmachtend in den Sand gesunken.
Er rafft sich auf, er lechzt nach jenen Wellen,
Der Trug erlischt, mit ihm des Lebens Funken.

Ihr schaffet in den Herzen die Verwüstung,
Dann weckt Ihr auf den Durst, den unheilsvollen,
Die Gier entzündend mit des Truges Bildern.

Wach' auf, mein Volk, voll heiliger Entrüstung
Und laß sie hören Deines Zornes Grollen,
Sie wollen Dich verwüsten und verwildern.*)

(Folgt Sonnett Nr. 2, in welchem weniger geschimpft wurde.)

Ebenso wurde die Partei für Nobiling's Verrücktheit verantwortlich gemacht. Ob und inwieweit der „Rheinische Courier" ein Reptil ist, weiß ich nicht; die Haltung ist aber wenigstens darnach. Consequente Logik ist dem Blatte ein böhmisches Dorf. Wenn ich zu Anfang sagte, die Agitation für unsere Partei sei hier durch lokale Verhältnisse sehr erschwert, so hat das in Nachstehendem seinen Grund. Zunächst ist Wiesbaden „Kurstadt". Man denke hier aber nicht, daß „Kur" Heilung von einer Krankheit oder eines Leibschadens bedeute. Zu diesem Zwecke sind kaum ein Drittel der „Fremden" hier; zwei Drittel kommen hieher, um sich zu amüsiren (Sommerfrischler). Zum Vergnügen ist denn auch alles eingerichtet; aber nur für Leute die Geld, und zwar viel Geld haben. Die „Kur" ist für die Einen die Melktuy; sie verdanken derselben (wenn auch nicht mehr in dem Maße wie zu Zeiten der Spielbank) direkt oder indirekt ihr Bestehen. Für Andere, und zwar ist dies die haute volée, hat die „Kur" das Angenehme, sich immer in „honnetter Gesellschaft" bewegen zu können; sowie auch sie (die „Kur") das „erhebende Bewußtsein" bietet, öfter hohe und höchste Persönlichkeiten in ihrer (haute volée) Mitte zu wissen. Daß eine solche „Kur" im sozialistischen Staate schwerlich Platz finden dürfte, wissen die Interessenten sehr wohl; daher deren Abneigung gegen den Sozialismus. Die Masse der Kleinbürger ist durch die Presse bereits dermaßen be- und verarbeitet, daß sie, ohne jemals eine sozialdemokr. Schrift oder Zeitung gelesen zu haben, sich der Sozialdemokratie gegenüber feindlich oder indifferent verhält. Und doch hätten sie es alle im eigenen Interesse höchst nothwendig sich uns anzuschließen, da sie doch Tag für Tag durch Thatsachen belehrt werden, daß ihr Sterbeglöcklein läutet indem Einer nach dem Andern dem Concurse verfällt und zum Proletariat hinabsinkt. Ja, selbst die so Proletarisirten verkennen wie so viele Proletarier ihre wahren Interessen. Auch der größte Theil der Kleinbürger will sich selber nicht gestehen, daß er um Nichts besser, wenn nicht noch schlimmer daran ist, als mancher Arbeiter. Aber die Schädel dieser Spießbürger sind sehr hart. Und dennoch muß auch dahinein die Erkenntniß!

—e—.

*) Ein Leipziger Genosse hatte uns schon vor längerer Zeit eine Erwiderung auf die beiden Sonette des „Rheinischen Couriers" eingesandt. Dieselbe möge jetzt hier ihren Platz finden:

Antwort.

Was soll dein Lied mit falschen Ueberschriften?
Was ist dein Zweck, so Namen zu entweihen
Und von der Dichtung grünumrankten Grüften
Zu solchem Stoffe dir den Schmuck zu leihen?

Gleich ist dein Lied so ganz den falschen Eiden,
Gleich falschem Wein gewürzet mit Essenzen:
Nur unbedachte Trinker zu verleiten,
Willst du im Silberbecher ihn kredenzen.

Du gleichest mit so aufgeputzter Harfe
Dem Jahrmarktsmädchen, mit erlosch'nen Reizen
Der Bajadere in der Zeit Bordelle.

Nur sinnlos Trunk'ne girret solche Larve.
Um deren Huldigungen willst du geizen
Die lachend Takt dir stampfen auf der Schwelle?

A. M.

Stuttgart, 22. August. Ein Rückblick auf die hiesige Reichstagswahl wird, wenn er nicht unbefangen, wenn er nicht mit ruhiger Schärfe auf das bekannte Resultat gerichtet ist, manchen unserer braven Parteigenossen in seinen Erwartungen getäuscht haben, manchen Parteigenossen wird es, wenn auch nicht entmuthigt, so doch zu der Frage veranlaßt haben: Ist denn aller Sinn für Wahrheit und Recht bei den Stuttgarter Bürgern erloschen?

Mancher unserer Gegner, mancher sogenannte „Ordnungsmann" wird frohlocken über den angeblichen Rückgang unserer Partei. Aber nur gemach; Kopf oben behalten auf Seite des Volkes und nicht zum Himmel angestürmt, ihr Ordnungsmänner, wir wollen einmal untersuchen.

Der sozialistische Candidat Hillmann erhielt im Jahre 1877 4609 Stimmen, Dr. Dulk vereinigte bei der letzten Wahl die Stimmen von 4102 Wählern auf sich, somit wäre ein Rückgang von 507 Stimmen zu verzeichnen.

Der Regierungscandidat Hölder ging im Jahre 1877 mit 12,798 Stimmen aus der Wahlurne hervor; bei der letzten Wahl fielen nur 10,865 Stimmen auf denselben, somit ein Verlust von 1993 Stimmen. Wäre ein Candidat von Seite der Volkspartei nicht aufgestellt worden, so könnte man mit Sicherheit annehmen, daß von den 3767 Stimmen, die für jene Partei abgegeben worden sind, 2000 Stimmen mindestens für Dr. Dulk zu verzeichnen wären.

Und nun rufe man sich die Maßregeln vor der Wahl in's Gedächtniß, die Verhaftungen der Redakteure, Confiscationen der Flugblätter, und der „Volkszeitung", auch wurde uns jedes größere Lokal zur Abhaltung von Wählerversammlungen verweigert. Von Seite der Arbeitgeber wurde alles mögliche angestrengt, um die Leute abzuschrecken und einzuschüchtern. Dem Volke wurde weiß gemacht, die Sozialdemokraten stehen mit den Königsmördern im Bund; und trotzdem, trotz Verhaftungen, Confiscationen, Lokalverweigerung, Lüge, Verleumdung, Schreckgespenst des Kaisermords haben 4102 Männer sozialistisch gestimmt, haben überhaupt (die Wähler Leipheimer's mit eingerechnet) 7869 Männer sich gegen eine Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Ausnahmegesetze ausgesprochen. Rechne man nun noch hinzu, daß nahezu 1000 wahlberechtigte Arbeiter in Folge des schlechten Geschäftsganges weniger in Stuttgart sind und daß mancher brave Arbeiter, gezwungen durch die Noth, sich durch Annahme einer kleinen Unterstützung seines Wahlrechts beraubte. Betrachten wir nun die Stimmenzahl Hölder's. Derselbe hat bei der letzten Reichstagswahl am 30. Juli 1933 Stimmen weniger auf sich vereinigt, als im Jahre 1877. Also, trotzdem man dem Spießbürger vormachte, wenn du nicht Hölder wählst, bist du deines Hab und Gutes, ja deines Lebens nicht mehr sicher, trotzdem haben fast 2000 Bürger den Kammerpräsidenten Herrn von Hölder nicht für den Rechten gehalten, der sie im Reichstag vertreten kann.

Wo ist also ein Rückgang, eine Niederlage zu suchen, bei einer Partei, die sich trotz aller Unterdrückung auf der ziemlich gleichen Höhe erhalten hat oder bei einer Partei, die unter den günstigsten Verhältnissen agitiren konnte, die alle Gegner in sich vereinigte, die trotz alledem und alledem in 1½ Jahren um 2000 Stimmen abgenommen.

Und darum Parteigenossen, nur Muth und den „Kopf oben behalten", denn nur durch festes Zusammenhalten ist uns der Sieg gewiß.

Worms, 23. August. Wir hatten schon wiederholt von hier berichtet, daß hierselbst ein Kranken-Unterstützungsverein besteht, dem die alte „Wormser Zeitung" mit allerlei schmutzigen Mitteln gern den Garaus machen möchte. Einmal müssen „Eingesandts" herhalten, ein andermal selbstständige Artikel u. s. f., ohne daß man jemals den so schmählich verleumdeten Vereinsmitgliedern auch nur Inserate zur Rechtfertigung aufgenommen hätte. So geschah es kurz nach der Wahl, daß der Fabrikant Heyl seine Arbeiter aufforderte, den sozialdemokratischen Vorsitzenden vom Verein zu entfernen oder ihrer Wege zu gehen. Nun sind aber die anderen 150 Mitglieder (in dem Geschäft des Heyl arbeiten circa 45 Vereinsmitglieder) durchaus nicht gesonnen, dem Verlangen des Heyl nachzugeben, und der Gesammtvorstand wollte eine diesbezügliche Erklärung in Inseratform in die alte „Wormser Zeitung" einrücken lassen. Das Inserat wurde zurückgewiesen. Die Handlungsweise des Heyl kennzeichnet übrigens die neue „Wormser Zeitung" recht treffend mit folgenden Zeilen: „Diesem Ukas, der so recht die vielgepriesene Liberalität (!!) genannten Parteiführers kennzeichnet, setzte Letzterer hinzu, daß er auf einige Wochen verreise, und wenn er zurückkomme, müsse die Sache geordnet sein! — — Ob nun von Letzterem wohl auch geeigneten Orts beantragt wird, daß an einer gewissen Stelle in der Sterngasse Nachts kein Licht mehr angezündet oder der dortige städtische Brunnen geschlossen wird? Denn es wäre ja schrecklich, wenn Beides, Licht und Wasser, den fürchterlichen Sozialdemokraten auch ferner zu gut käme!" — Die Reichstagswahl hat auch hier viel Staub aufgewirbelt und sind so manche Unregelmäßigkeiten zu melden. So hielt man in einem Wahllokal die Stimmzettel gegen das Licht, in einem andern Wahllokale fand die Auszählung des Resultats hinter verschlossenen Thüren statt u. s. f.

Vom Rhein, 22. August. Angesichts der immer stärker auftretenden Reaktion gilt es, daß wir Parteigenossen immer entschiedener für unsere Partei Propaganda zu machen suchen. Löst man unsere Partei und Vereine auf, so beginnen wir eben einfach wieder wie zu Anfang des Entstehens unserer Partei. Wir beginnen in unserem Familien- und Verwandtenkreise; wir besitzen Freunde und Bekannte genug — es wird sich Gelegenheit hinreichend finden, mit denselben über die schlechten Zeiten, über deren Abhilfe, über ökonomische und politische Tagesfragen zu diskutiren. Es steht uns ein reicher Schatz des Wissens in unserer Literatur zu Gebote. Verbietet man auch diese, so hat doch jeder Genosse sich die Schriften angeschafft und das Privateigenthum kann man doch nicht Jedem wegnehmen. In unseren Gesang-, Turn- und Spielklubs giebt es hinreichend Gelegenheit, unsere Ideen an den Mann zu bringen. Auch wird das Ausland dafür sorgen, daß die Freiheit nicht ganz erstirbt, und es giebt Wege genug, freisinnige Schriften zu beziehen. Auf diese Weise werden wir in fünf Jahren sicher, trotz aller Ausnahmegesetze, unsere Anzahl verdoppelt haben und die Regierung wird alsdann der Stimme der öffentlichen Meinung Rechnung tragen müssen. Die heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse bedingen dringend eine Verbesserung und die Erfahrung hat gezeigt, daß nur allein unser Programm das richtige ist, und darum Muth und Entschlossenheit zum ferneren geistigen Kampfe. „Nur Der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!"

H. F.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sautermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 105. Freitag, 6. September. 1878.

Gedanken über unsere zukünftige Agitation.

(Aus Schwaben.)

Die verschiedensten Vorschläge über Agitation sind an dieser Stelle schon von Parteigenossen gemacht worden, und wenige sind bis heute realisirt; auch Schreiber dieser Zeilen tritt mit einem Vorschlage vor die Parteigenossen und ersucht sie um nähere Prüfung und, wenn die Zeit und Umstände es erlauben, auch um nähere Besprechung. Vielen Genossen wird mein Vorschlag kein neuer sein; das aber wird doch zugegeben werden müssen, daß diese Art Agitation selbst bei vollständigem Durchbringen des „Sozialistengesetzes" noch betrieben werden könnte und zwar ohne die Agitatoren zur Strafe zu ziehen, deshalb: Weil man selbst außerhalb Nürnbergs keinen hängt, den man nicht hat.

Doch zur Sache selbst. Wie Jedem bekannt ist, expedirt die Post Streifbänder bis zu 50 Gramm Gewicht für 3 Pf. In ein solches Streifband lassen sich 3 Exemplare „Vorwärts" oder 1 Exemplar „Nieder mit den Sozialdemokraten" und 1 Exemplar „Vorwärts", oder irgend ein andres Parteiblatt als Umschlag verpacken.

Ich habe im Sozialistengesetz-Entwurf nicht gelesen, daß die Post solche Sendungen nicht expediren darf, und schwerlich dürfte es ihr möglich sein, zumal an größeren Plätzen, sämmtliche aufgegebenen Streifbänder zu durchstöbern; kann man doch ein erzreaktionäres Wochenblättle als Umschlag eines sozialdemokratischen Parteiblatts verwenden. Die „Aufmerksamkeit" wird mehr abgelenkt und die beiden oder das Kleeblatt von Zeitungen im Streifband machen ganz friedlich zusammen ihre bestimmte Wanderung. Nicht wenige Parteigenossen sind im Punkt der Agitation lahm gelegt, zumal gegenwärtig; und doch, wer riecht das, wenn ein solcher „Petroleur" in seiner Klause 10 Streifband zusammenpappt und an Personen adressirt, von denen er annimmt, daß noch nicht „Hopfen und Malz" an ihnen verloren sei. Solche 10 Streifbandsendungen kosten inclusive Umschläge, die man mit bei der Post selbst kauft, 33 Pf., das zu verpackende Material wird auch noch zu erhalten sein, selbst beim strengsten Verbot. Können doch nicht alle Packete, die vom Auslande kommen, durchgeschnüffelt werden; der auffallende „Petroleumgeruch" muß eben vom Absender vermieden werden. Jetzt momentan aber ist das Material noch zu haben und zwar verschiedene Broschüren sehr billig. Gedichte wie zum Beispiel Arbeitermarseillaise, Anti-Syllabus 2c. 2c. ebenfalls sehr billig, dann ältere Nummern des „Vorwärts". Mit diesem Material, ein Käsblättchen-Umschlag zur Vorsicht, können unsre deutschen Denkerschädel bombardirt werden.

Mancher kann auf diese Weise in Kreise unsere Ideen tragen, in welche dieselben sonst keinen Eintritt haben, und was das Beste: diese Gegenstände und Philister-Folterwerkzeuge können von einem x-beliebigen Orte herkommen, so daß der „Gemarterte" sich den Kopf zerbrechen kann darüber, wer denn eigentlich in Köln oder Hamburg oder Danzig oder München seinen Namen weiß und ihm mit solchen „Geschenken" auf den Leib rückt. Und diese Geschenke, weil neu, fremd, werden gelesen und gar noch vielleicht dem Nachbar 2c. 2c. gegeben. Der Schreiber dieses hat in diesem Punkte schon einige Erfahrungen und er weiß auch, daß er schon manchen von seinem Vorurtheil auf diese Weise befreit hat — und das ist genug.

Jeder Genosse kommt doch jährlich einmal in die Lage, über Land zu fahren oder zu gehen; er opfert so etliche 33 Pf., nimmt eine Anzahl schon lange gelesener Parteiblätter zur Hand, macht eine Partie Kreuzbänder davon, kein Mensch ahnt, daß der Hans oder Kunz der freundliche Geber war, wenn dann von X. oder U. etwas „geschickt" wird. Gefahr ist nicht dabei, und selbst, wenn das Lesen solcher Blätter öffentlich verboten wird, steht nicht neben jedem Adressaten ein Gensdarm oder Polizist. Dazu kommt noch, daß verbotene Früchte erst recht gut schmecken, und ich wette 10 gegen 1, daß etwas Gutes auf solche Weise erreicht wird.

Aber auch dann, wenn unsre Preßerzeugnisse in Zukunft noch hergestellt werden dürfen, ist diese Art Agitation sehr zu empfehlen. Man kommt mit den gleichen Kosten einer Agitation, wie sie jetzt betrieben werden kann, viel weniger in Conflikt mit den vielfach schlecht instruirten Beamten. Das Ding geht so still, so leise, und es geht doch!

Wird dieser Vorschlag, der von kundigeren Leuten, als Schreiber dieses ist, noch näher und eingehender besprochen werden kann, allgemeiner durchgeführt, so werden die Reihen unserer „politisch Inhaftirten" nicht vermehrt werden — und dennoch wird agitirt.

Auf jeden Fall ist Vorsicht besser als Nachsicht. Etwas haben wir sicher zu erwarten in Bezug des Ausnahmegesetzes. — Deswegen wende man sich bei Zeiten dahin, wo Material zu haben ist, und ist es einmal in den Hirnkästen, dann ist es auch vor dem Confisziren sicher. Deswegen: die Hirnkästen; die Hirnkästen! Auf zum Bombardement! S.

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Wir brachten bereits einen Artikel der conservativen „Deutschen Reichspost" zum Abdruck. Bei dem Interesse, welches die Haltung der ehrlich conservativen — d. h. nicht unter conservativer Firma reaktionären — Partei erregt, wird man es in der Ordnung finden, wenn wir heute einen zweiten Artikel des nämlichen Blattes mittheilen. Derselbe ist durch einen Artikel der „Kreuzzeitung" veranlaßt, die sich natürlich, mit einigen Clauseln, für Annahme des Gesetzentwurfs erklärt, und lautet:

„Wir haben beim Abdruck des Artikels der „Provinzial-Correspondenz" über den „Gesetzentwurf gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" auch die Bemerkung der „Neuen Preußischen Zeitung" („Kreuzzeitung") wiedergegeben, daß vorbehaltlich angemessener Verbesserungsvorschläge die conservativen Fraktionen sich voraussichtlich im Allgemeinen dem Gesetzentwurf gegenüber zustimmend verhalten würden.

„Nun sind wir freilich weit entfernt, zu behaupten, daß die „Neue Preußische Zeitung" mit dieser Ansicht Unrecht behalten werde. Aber das kann uns nicht hindern, zu wiederholen, daß wir ein solches Verhalten unserer politischen Freunde als einen schweren Fehler beklagen müßten. Wir haben früher aus bester Quelle berichtet, daß man an entscheidender Stelle nicht daran denke, wirklich mit dem Liberalismus zu brechen und in conservative Bahnen einzulenken. War dies schon vor sechs Wochen der Fall, so heute noch viel mehr, wo die Kissinger Verhandlungen ohne irgend ein greifbares Resultat geendet haben. Der Kanzler ist auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen, da das Centrum in der Opposition bleibt und Deutsch-Conservative, Reichspartei und Treitschke-Gneist keine Majorität bilden. Daher die entgegenkommende Sprache, welche jetzt plötzlich die Regierungspresse wieder gegen die Liberalen anschlägt, die sie so heftig angegriffen, und das bereitwillige Echo, welches dieser Uebergang aus dur in moll findet. Die nationalliberale Partei wird bei dem deutschen Sicherheitsgesetze nur bestrebt sein, um mit dem Kanzler zu reden, die „juristische Façade" zu retten, mag im Inneren des Gebäudes es zugehen wie es will. Nun steht aber für alle urtheilsfähigen Conservativen wohl fest, daß alle Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokraten ohne eine positive soziale Reformgesetzgebung ganz aussichtslos sind. Die „Neue Preußische Zeitung" hat in Uebereinstimmung mit uns dieser Ueberzeugung wiederholt Ausdruck gegeben. Es müßte daher schon an sich die Bereitwilligkeit der Regierung zu solchen Reformen constatirt sein, wenn die Conservativen sich bereit finden lassen sollen, für Repressivgesetze zu stimmen. Von dieser Bereitwilligkeit aber verlautet nicht nur nichts, sondern das Gegentheil, denn der Preis jeder Unterstützung der Liberalen gegen die Sozialdemokratie ist die Aufrechthaltung der wirthschaftlich-sozialen Gesetzgebung, welche uns in die gegenwärtigen Wirren geführt. Was die sogenannte Ordnungspartei, deren Kern die Frei Conservativen mit dem rechten Flügel der National-Liberalen bilden, in Scene setzen will, ist eine matte Nachahmung der bonapartistischen Staatsretterei, ein auf deutsche Verhältnisse zugeschnittener Cäsarismus. Eine solche Politik, die nur darauf ausgeht, äußerliche Ruhe herzustellen, dagegen nie das Uebel an der Quelle anfaßt, ist aber nie und nimmer conservativ. Man verweist nun sowohl seitens der liberalen Organe als der „Neuen Preußischen Ztg." auf Amendirung des Entwurfes und, wie wir vernehmen, hat allerdings bereits der Justizausschuß des Bundesrathes insofern damit den Anfang gemacht, als er das vorgeschlagene Ausnahmegericht der Art beseitigt, daß er an die Stelle des Reichsamtes für Vereinswesen und Presse einen Ausschuß des Bundesrathes setzen will. Dies ist insofern von Wichtigkeit, als es zeigt, daß die Regierung ihre Absicht, durch die Veröffentlichung des Entwurfes einen Druck auf die Bundesregierungen zur einfachen Annahme zu üben, nicht erreicht hat, es würde den Einzelstaaten durch diese Veränderung auch unstreitig mehr Garantie für eine ihren speziellen Verhältnissen entsprechende Handhabung des Gesetzes geboten. Andererseits aber würde nach der bisherigen Praxis ein Ausschuß des Bundesraths doch geheim berathen und so noch weniger Garantie der richterlichen Unparteilichkeit bieten, als eine Behörde, die wenigstens 5 etatsmäßig angestellte Richter als Mitglieder zählen soll. Die Hauptsache aber, der § 1 mit seiner Kautschukdefinition der „obligatorisch zu verbietenden Vereine und Schriften", bliebe bestehen. Das Zeitwort „Regieren" würde, wie die „Wespen" witzig sagen, nach Annahme des Ausnahmegesetzes, doch conjugirt werden

Ich verbiete,
Du confiszirst,
Er verhaftet.
Wir lösten auf,
Ihr schlosset den Verein,
Sie wiesen aus, u. s. w.,

bis zum Participium: Gerettet! Gerichtet!

„Wir fragen: können die Conservativen, welche in ihrem Programm ausdrücklich erklärt, daß sie ein volles, gesetzlich gesichertes Maß von Freiheit für das deutsche Volk wollen, ohne irgend eine Garantie positiver Reform in wirthschaftlichen und sozialen Fragen die Hand dazu bieten, ein derartiges Regiment herbeizuführen, das im Vollbesitz der Allmacht sich am wenigsten um die berechtigten Forderungen unserer Partei kümmern würde, während die zerstörenden Kräfte, die sich nicht mehr ans Tageslicht wagen dürften, ihre verderbliche Minirarbeit nur um so energischer in der Tiefe fortsetzen würden?"

So die deutsche „Reichspost". Es läßt sich nicht leugnen, daß sie vom Standpunkt des ehrlichen Conservatismus durchaus korrekt urtheilt. Aber wo sind die ehrlichen Conservativen? Wir fürchten, der ehrliche Conservatismus schwebt in der Luft und ist eine utopistische Träumerei.

Die sozialistenfeindliche, schon früher von uns citirte Wiener „Neue Freie Presse" äußert sich über das „Sozialistengesetz" in seiner neuesten Fassung, sowie sie vom Bundesrath beliebt worden ist, wie folgt:

„Der deutsche Bundesrath hat das famose Sozialistengesetz, zu welchem Preußen neben dem Impulse auch den Entwurf geliefert hat, nach längerem Zaudern angenommen. Er hat indessen nicht umhin gekonnt, dem preußischen Elaborate, das alle Freiheit der Presse und des Vereinswesens zu unterdrücken drohte, einige wesentliche Milderungen und Abschwächungen widerfahren zu lassen, um es überhaupt diskutirbar zu machen. Namentlich waren es die Südstaaten, welche sich sträubten, die blanke Reaktion zum Gesetze zu erheben, und ihrem Widerstande ist es zu danken, daß wenigstens die brutalsten Paragraphe ausgemerzt wurden und insbesondere die Unfehlbarkeit, welche sich in einem neu zu begründenden Reichsamt für Presse und Vereinswesen verkörpern sollte, ein Traum des Fürsten Bismarck geblieben ist. Dieses Reichsamt, das sich unzweifelhaft zu einer Reichs-Censurbehörde ausgewachsen und jedes freie Wort in Sprache und Schrift zum Verbrechen gegen die „Staats- und Gesellschaftsordnung" gestempelt hätte, ist gestorben, bevor es geboren wurde, und wenn auch das Prinzip jäher Gewaltthätigkeit noch immer in den modifizirten zweiundzwanzig Paragraphen der Gesetzesvorlage gefährlich genug zum Ausdruck kommt, so ist doch immerhin die größere Bürgschaft einer besonnenen Handhabung des unseligen Gesetzes vorhanden, wenn der Bundesrath anstatt eines ad hoc bestellten Inquisitions-Gerichtes die oberste Instanz in Sachen der „untergrabenen Staats- und Gesellschaftsordnung" bildet.

„Auch so bleibt unseres Erachtens das Gesetz noch eine Monstrosität und ein Produkt jener unheilvollen Gesetzmacherei, in welcher die deutschen Legislatoren seit der Neubegründung des Reiches excellirt haben. Die Unklarheiten in den Begriffsbestimmungen sind darin belassen worden und die drakonischen Strafzumessungen wurden auch von den Juristen des Bundesrathes nicht gemildert. Auch der Bundesrath hat sich enthalten, in dieser Richtung den Charakter der Ausnahmegesetzgebung mindestens zu betonen, und ob eine Volksvertretung, die es mit ihrem Berufe ernst nimmt, sich bewegen lassen kann, Repressiv-Maßregeln zu billigen, welche ohne begrenzte Wirkungsdauer erlassen und geübt werden sollen, das ist eine Frage, welche man in Berlin sehr gewissenhaft wird prüfen müssen, wenn man nicht die Autorität des Reichstages vollends und für immer preisgeben will. . .

„Finden sich innerhalb der nationalliberalen Partei auch nur 30 tapfere Männer, welche dem Fürsten Bismarck entgegenzutreten wagen, so ist die Sozialistenvorlage gleich ihrer Vorgängerin vom 24. Mai geworfen. Freilich darf man nur schüchtern diesem Glauben sich hingeben, denn auch die nationalliberale Partei ist dahin gekommen, um ihrer politischen Macht willen manchen ihrer Grundsätze zu verleugnen. Es könnte sein, daß die Verhandlung über die Vorlage an die biblische Geschichte vom Untergange Sodomas erinnert, das gerettet werden konnte, wenn auch nur Ein Gerechter sich in der dem Verderben geweihten Stadt befunden hätte. Das Gleichniß ist hart, aber nicht zu hart für den Fall, daß das Gesetz zur Annahme gelangen sollte. Die Unterhandlungen Bismarck's mit dem Nuntius Masella haben klar und deutlich bewiesen, worauf es dem deutschen Reichskanzler ankommt. Mögen sie gescheitert sein oder nicht, das Eine ist gewiß, daß der Liberalismus geopfert werden sollte, um für reaktionäre Wirthschaftspläne Raum zu schaffen. An dem Schicksale des Sozialistengesetzes wird es sich nun herausstellen, ob der deutsche Liberalismus des Looses werth ist, das ihm bereitet werden soll. Man meint in Berlin, auch auf liberaler Seite etwas gegen die Sozialdemokratie thun zu müssen, aber man vergißt, daß man den reaktionären Faktoren nicht minder verhaßt ist, als jene. Es ist ein geringer Trost, daß der drakonischen Vorlage mit dem Reichsamte für Presse und Vereinswesen ihr gewaltthätigstes und gefährlichstes Kriterium entzogen ist. Das ganze Machwerk ist eine Gefahr, weil es erstens ein Ausnahmegesetz werden und zweitens in infinitum seine Wirksamkeit behalten soll. Worin besteht denn noch die Initiative eines Volkshauses, seine Autorität und Coordinirung mit den übrigen constitutionellen Faktoren, wenn es nicht dafür sorgen kann, daß die Freiheit in Wort und Schrift unangetastet bleibe, daß Errungenschaften, um die man mehr als zwei Jahrzehnte gekämpft hat, nicht plötzlich wie mit einem Schwamme hinweggewischt werden?

„Der Bundesrath hat niemals als eine liberale Körperschaft gegolten und dennoch die Kraft gefunden, an der Sozialisten-Vorlage eine einschneidende Veränderung vorzunehmen. Der Reichstag ist berufen, sich von dem Bundesrathe an Freiheitssinn nicht übertreffen zu lassen. Er darf nicht in schwächlichen Amendements und ausgetüftelten Abmilderungen Bürgschaften für die Freiheit finden wollen, wo es gilt, die Freiheit überhaupt gegen feindliche Mächte zu retten. Ein Abgeordneter hat andere Pflichten, als ein kleinstaatlicher Minister, und ein Gesetz ist durch seinen Geist gefährlich, nicht durch seinen Buchstaben. Der Geist aber, welcher durch diese Sozialisten-Vorlage weht, ist ein Geist der Reaktion. Ihn bekämpfen, heißt das Volk vor Schaden bewahren, ihn annehmen, das Volk unübersehbaren Gefahren preisgeben. Niemals war es angebrachter als in diesem Falle, den parlamentarischen Männern in Berlin ein dringendes und lautes Caveant consules zuzurufen. Ihr Votum wird der Freiheit entweder zum Heile oder zum unberechenbaren Verhängnisse werden."

In sonderbarem Widerspruch mit der „Neuen Freien Presse" faßt die Lasker'sche „Autographirte Correspondenz" die Verwerfung des Reichsamtes durch den Bundesrath als eine Verschlechterung des Gesetzes auf. Das Reichsamt war wenigstens „die Garantie eines gerichtlichen Verfahrens", wenn auch „nicht in genügender Weise". Diese wunderbare Entdeckung des linksflügeligen Organs des Nationalliberalismus kennzeichnet die „30 tapferen Männer", an deren „Mannesseelen" das Wiener Blatt appellirt. (Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das Sedansfest ist, als nationales Fest und als Volksfest, eine Fehlgeburt. Ganz abgesehen von dem unglücklichen Anlaß krankt es unheilbar an dem tödlichen Umstand, daß es ein Parteifest ist. Politische Nationalfeste sind sehr gut denkbar — wir erinnern an die Volksfeste des klassischen Griechenland, die eminent politischer Natur waren, aber die Politik muß dann auch echt national sein, das gesammte Volk umfassend, nicht eine afternationale, die sich als einzig richtige hinstellt, jede andere in Acht und Bann thuend. Ein Fest, das blos national ist im Sinne des engherigsten Chauvinismus, des Mords und Procentpatriotismus, kann nur eine künstliche Existenz führen und verschwindet entweder von selbst, oder empfängt einen anderen, edleren Inhalt, sobald die verkehrte Richtung, der es seinen Ursprung verdankt, nicht mehr die herrschende ist. Unser Sedansfest ist und bleibt ein gemachtes Fest — mit dem üblichen, grauenhaft monotonen, wenn auch in die Augen fallenden und geräuschvollen Apparat aller gemachten von oben herab kommandirten Feste. Kein Pathos, kein Gepolter vermag etwas an dieser Thatsache zu ändern. Die Herren Chauvinisten, Mords- und Procentpatrioten mögen sich noch so sehr anstrengen, von Jahr zu Jahr wird das Sedansfest kläglicher. Und daß es heuer sogar hinter den bescheidensten Erwartungen der „Macher" zurückgeblieben ist, wird von diesen selbst zugestanden. „Mißvergnügen und Pessimismus, stöhnt die „Nationalliberale Correspondenz", sind das eigentliche Kennzeichen unserer gegenwärtigen politischen Stimmung. — Es lastet ein eigenthümlicher Druck auf dem nationalen Festtage. — Beängstigende Zeichen der Zeit wollen die freudige Erinnerung an die schöneren Tage des nationalen Aufschwungs nicht recht aufkommen lassen." Amen! Ueber die „schöneren Tage des nationalen Aufschwungs" ließe sich Mancherlei sagen, doch das würde uns zu weit führen. Warum aber, möchten wir fragen, warum überhaupt solche Feste feiern, wenn die Zeit dafür nicht passend ist? Die Hunderttausende, welche bei dem hoffnungslosen Versuch, dem deutschen Volk ein nationales Fest, von dem es nichts wissen will, gewaltsam aufoktroyiren zu wollen, im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert worden sind, hätten sicherlich weit besser verwandt werden können in dieser Zeit des allgemeinen Nothstandes.

— Eine freche Verlemdung. In der Böhmert'schen „Sozialcorrespondenz" lesen wir:

„Auge um Auge, Zahn um Zahn! Man schreibt uns aus Chemnitz: „Das Schamloseste und Aeußerste, was bisher in der Schürung des Parteihasses geleistet worden ist, hat die Sozialdemokratie von Chemnitz fertig gebracht. Seit einigen Tagen werden hier öffentlich und im Stillen Aufrufe verbreitet, wodurch alle „Freisinnigen" (soll heißen alle Reichsfeinde) aufgefordert werden, ihre Lebensbedürfnisse: Fleisch, Brod, Butter, Kleider u. s. w. nur von denjenigen Händlern zu entnehmen, welche auf vorheriges Befragen sich offen zur Partei der Sozialdemokratie bekennen. Man macht also auch den commerziellen Verkehr zur Parteisache und hofft auf diese Weise einem großen Theile des Chemnitzer Bürgerstandes Furcht einzujagen. Da gerade in Chemnitz das Geschäftsleben außerordentlich darniederliegt, glaubt man durch einen geschickt angelegten Coup die Kleinbürger in die Falle locken zu können. Dem gegenüber hat sich aber sofort die auch in weiteren Kreisen rühmlichst bekannte „Vereinigung reichstreuer Männer" erhoben und den Beschluß gefaßt — wie in früheren Fällen, so auch diesmal — die Gewalt durch eine größere Gewalt niederzuhalten. Die „Vereinigung reichstreuer Männer" in Chemnitz, welche zur Zeit 2000 Mitglieder zählt und die 13,000 Wähler des liberalen Reichstagsabgeordneten Vopel hinter sich hat, wird es ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, alle diejenigen Wirthschaftslokale, Vergnügungsorte und Verkaufsläden zu meiden, welche das sozialdemokratische Organ halten oder in demselben inseriren. Der versuchte Schachzug wird daher sehr zu Ungunsten der Umstürzler ausfallen."

So der Böhmert'sche Waschzettel.

Die Wahrheit ist: die „reichstreuen Männer" haben seit 8 Wochen in Chemnitz einen Feldzug zur Ausrottung der „Chemnitzer Freien Presse" und zur Maßregelung und zum Ruin jedes sozialistischen Arbeiters, Geschäftsmanns und Beamten eröffnet und sind dabei mit unerhörter Brutalität zu Werke gegangen, so daß es der ganzen Disziplin unserer braven Chemnitzer Parteigenossen bedurfte, um körperliche Repressalien gegen einige der frechsten dieser Kornblümchenritter zu verhüten. Endlich ist aber unseren Genossen der Geduldsfaden gerissen: sie vergelten Gleiches mit Gleichem und bekämpfen den Feind mit seinen eigenen Waffen. Sollen die Sozialisten ihre sauer verdienten „Arbeitergroschen" zu Krämern, Kaufleuten und Wirthen tragen, von denen sie in pöbelhaftester Weise beschimpft werden? Sie müßten verrückt sein. Unsere Gegner merken jetzt, da der Spieß umgedreht ist, nun freilich, daß sie es sind, die dabei den Kürzeren ziehen — deshalb das furchtbare Zetergeschrei. Doch, das ist für uns blos eine Mahnung, so fortzufahren, bis die Herren Reichslümmel Mores gelernt haben.

Wir bedauern, daß es so weit gekommen ist. Jeder Unparteiische wird uns zugeben, daß nicht wir: es sind, die den „unblutigen Bürgerkrieg" erklärt haben. Man hat thatsächlich den Kriegszustand gegen uns proklamirt — gut, so lange der Kriegszustand dauert, werden wir auch Krieg führen! Von unseren Gegnern hängt es ab, wie lange er dauern soll. Wir waschen unsere Hände in Unschuld.

— Wiederum ein weißer Rabe. In einem literarischen Streite unseres Kieler Parteiorgans mit der liberalen „Kieler Zeitung", welcher sich darum dreht, ob ein in Kiel bestrafter Mensch, Namens Bock, zur Sozialdemokratie gehöre oder nicht, sagt das liberale Blatt wörtlich:

„Die Frage selbst, ob Bock Sozialdemokret ist oder nicht, scheint uns nicht relevant zu sein, denn wir sind weit davon entfernt, die sozialdemokratische Partei für die Frevelthaten eines Taugenichts verantwortlich zu machen. Die Sozialdemokraten sind so gut unsere Volksgenossen wie die Conservativen und Liberalen, und wir sind mit dem Herrn Georg v. Bunsen der Ansicht, daß die Sozialdemokraten in ihrem staatsbürgerlichen wie Familienleben meist ohne Makel dastehen. Wir halten die Sozialdemokraten in ihrem sittlichen Werthe für nicht besser und nicht schlechter als alle anderen Volksgenossen, und deshalb eben fordern wir für sie das gleiche Recht."

Was sagen dazu die „liberalen" Blätter: „Tribüne", „Leipziger Tageblatt", „Deutsche Allgemeine Biedermeierin", „Magdeburgische (Mehring) Zeitung", „National-Zeitung" 2c. 2c.?

— Ausdehnung der Haftpflicht auf den landwirthschaftlichen Maschinenbetrieb fordern die bösen Sozialdemokraten, welche dadurch die heutige Gesellschaftsordnung untergraben. Diese wird nun sehr hübsch illustrirt durch folgenden Bericht:

„Parey, 30. August. Vor einigen Tagen hatte hier ein Arbeiter das Unglück, auf dem Wege von Derben nach Parey vom Pferde zu stürzen und unter die Räder der Dampfdreschmaschine zu gerathen. Kaum erfaßt, war er auch schon so übel zugerichtet, daß er nach kurzer Zeit verstarb. Das Traurigste bei dem Unglücksfall ist aber, daß der Mann eine Frau und sechs unerzogene Kinder hinterläßt, die ihren Ernährer verloren haben. Dem Vernehmen nach wird eine Sammlung zum Besten der bedürftigen Hinterbliebenen veranstaltet."

Es ist also der heutigen Gesellschaftsordnung entsprechend, daß für die Hinterbliebenen eines Mannes, der im Dienste der Gesellschaft starb, gebettelt wird. Eine „Untergrabung" dieser Gesellschaftsordnung ist es, wenn man verlangt, daß den Hinterbliebenen eine gesetzliche Entschädigung zu Theil werde!

— Die „Norddeutsche Allgemeine" und der Meuchelmord. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" entrüstete sich bekanntlich mit ganz absonderlichen (durch wie viel Reptilienthaler genährten?) Eifer gegen die böse Sozialdemokratie, die über die Freisprechung der Sassulitsch nicht in Sack und Asche getrauert und hernach den 8 Mark-Revolver bei Lehmann, mitsammt der Nobiling'schen Büchsflinte „moralisch geladen" habe, und, wenn sie auch öffentlich ableugnen, doch „immer ganz inwendig" mit dem Meuchelmord sympathisire.

Sehr zeitgemäß ist unter diesen Umständen eine Reminiscenz, die wir in der Breslauer „Wahrheit" finden:

„Es war im Januar 1870, daß ein Vetter des Kaiser Napoleon, Peter Bonaparte, ein viel verrufener Todtschläger, den Redakteur der „Marseillaise", Victor Noir, als dieser ihn in Duellangelegenheiten eines Dritten in Auteuil besuchte meuchelmörderisch umbrachte. Bonaparte wurde — trotzdem ihn die europäische öffentliche Meinung mit beispielloser Einmüthigkeit verurtheilte — von dem Schwurgerichte zu Tours freigesprochen. Gegen diese unerhörte Infamie der Justiz war ganz Europa entrüstet; keine einzige deutsche Zeitung wagte es, für Bonaparte Partei zu ergreifen — mit Ausnahme des Bismarck'schen Organs, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Sie schrieb Ende März 1870 wörtlich Folgendes:

„Die Freisprechung des Prinzen Peter Bonaparte, welche der Telegraph aus Tours gemeldet, darf, wenn man die heftigen Anklagen erwägt, welche aus Anlaß des Vorfalls in Auteuil innerhalb und außerhalb Frankreichs gegen die Napoleonische Familie geschleudert worden sind, als ein Ereigniß von nicht zu unterschätzender politischer Tragweite angesehen werden. Niemand, der die seiner Zeit über das Ereigniß selbst veröffentlichten Darstellungen sowie die Berichte über die gegenwärtigen Verhandlungen des Prozesses mit Aufmerksamkeit gelesen und das Verhalten und die Lage des Angeschuldigten mit der seiner Gegner unparteiisch verglichen hat, wird ein Gefühl von Sympathie mit dem Angeklagten und den Wunsch nach Freisprechung desselben haben verleugnen können. Die Geschwornen in Tours haben diesem Gefühl Ausdruck gegeben, indem sie die Frage, ob der Angeklagte des Todtschlags schuldig sei, verneinten. Die Geschwornen haben also die Absicht der Tödtung, welche bei dem Begriff Todtschlag vorausgesetzt wird, in Abrede gestellt."

(Diesen Artikel hat beiläufig das „Leipziger Tageblatt" am 30. März 1870 abgedruckt, ohne auch nur ein Wort des Tadels gegen das Leiborgan des deutschen Abgottes zu haben.)

Der Leser wird mit Leichtigkeit die vielen Unterschiede, die zwischen den beiden Fällen von Petersburg obwalten, hervorfinden. In Paris war der Mörder ein altberüchtigtes mauvais sujet, in Petersburg die Attentäterin eine makellose Person; in Paris war das Motiv des Meuchelmordes bonapartistische Bestialität, die sich an einem völlig unschuldigen Objekte, dem Friedensschlichter in der Bagatellstreitsache, vergriff; in Petersburg war der leitende Beweggrund für die That: die Sühne zahlloser Verbrechen, begangen am ganzen russischen Volke, und endlich gehörte der Pariser Ermordete zu den Lieblingen des Pariser Volkes, während der Petersburger Attentatus dem russischen Volke als Typus des Scheusals gilt.

Freilich Ende März 1870 waren wir noch der bonapartischen „Majestät guter Bruder."

— Das Ausnahmegesetz wirft seine Schatten schon voraus. Der Redakteur der liberalen „Schleswig'schen Zeitung", Dr. G. Dill, ist wegen Beleidigung des preußischen Staatsministeriums zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden! — Drei Monate Gefängniß erhielt der Redakteur der fortschrittlichen „Ostdeutschen Zeitung" in Posen wegen Beleidigung des Kronprinzen von Preußen. — „Wenn so etwas am grünen Holze geschieht, wie soll's am dürren werden!"

— Die Schweiz entschweizert sich immer mehr. Wieder ein Fetzen des Asylrechts ist dem reaktionären Europa geopfert worden. Aus Bern (vom 28. August) schreibt man der „Tribüne": „Auf eingegangene Beschwerde über Zunahme der Deserteurs aus andern Staaten hat der Bundesrath an sämmtliche eidgenössische Stände ein sehr interessantes und die Bürgerpflicht jedes Mannes richtig kennzeichnendes Kreisschreiben erlassen, in welchem auch folgende Stelle vorkommt: „Vor allem können wir diejenigen Fremden, welche ihre Heimath verlassen, um sich der Militärpflicht zu entziehen, nicht als politische Flüchtlinge anerkennen. Es ist dies gegenwärtig um so weniger möglich, als jetzt in fast allen Nachbarstaaten der Militärdienst zur allgemeinen Bürgerpflicht geworden ist. Diejenigen Individuen, welche sich der Erfüllung dieser Bürgerpflicht entziehen wollen, können daher nicht erwarten, daß sie in der Schweiz in ihrem Vorhaben, die Gesetze ihres Heimathstaates zu umgehen, Unterstützung finden. Die Kantone sind deshalb in keiner Weise verpflichtet, solche Leute aufzunehmen und ihnen Aufenthalt zu gewähren. Dieselben sind vielmehr zu ermahnen und aufzufordern, freiwillig zurückzukehren. Würde diese Mahnung nicht entsprochen, so sind die Cantone vollkommen berechtigt, diese Leute einfach an die Grenze zurückzuweisen." — Das heißt auszuliefern. Des Danks aller Anbeter des Molochs Militarismus darf die „freie Schweiz" ebenso sicher sein, als der — entgegengesetzten Gefühle seiner Opfer!

— Aus Halberstadt wird mitgetheilt: Der verantwortliche Redakteur der „Halberstadter Freien Zeitung", A. Kruhl, welcher vor ca. 2 Monaten wegen Preßvergehen mit 12½ Monat Gefängniß bestraft worden, sich aber dieser Strafe durch die Flucht nach der Schweiz entzogen hatte, hat sich am 31. August, seinem in der von uns gebrachten „Flüchtlingsbetrachtung" gegebenen Versprechen gemäß, zur „Verbüßung" seiner Strafe freiwillig in Halberstadt dem Gerichte gestellt.

Die Sprache unserer Presse.

(Eingesandt.)

Unsere Feinde und noch mehr unsere „Freunde" erbittern sich stets über die für ihre zartfühlenden Nerven zu derbe Sprache unserer Redakteure. Es ist daher wohl angebracht, ihnen mitzutheilen (denn sie scheinen keine Ahnung davon zu haben), wie sich einer der größten politischen Schriftsteller der Deutschen, Ludwig Börne, über diesen Gegenstand ausgesprochen. Sie mögen die „Briefe aus Paris" zur Hand nehmen; dort ist in Nr. 73 der II. Abtheilung (datirt den 2. Februar 1832) das Folgende zu lesen:

„Die ministeriellen Blätter, die Hofzeitungen, warum schreiben sie denn so plump, warum schimpfen sie so pöbelhaft auf die Vertheidiger der Freiheit? Glauben Sie, weil sie nicht fein zu sein verstehen? O nein! Sie verstehen es nur zu gut. Wenn sie einen Streit unter sich haben, Hof gegen Hof, Fürst gegen Fürst, Macht gegen Macht, dann kocht selbst ihr heftigster Zorn nie so stark über, daß der trübe Schaum der Wuth zum Vorschein käme. Haß im Herzen, haben sie die liebevollsten Worte auf den Lippen und mit der ausgesuchtesten Höflichkeit stoßen sie dem Feinde ein schönes Schwert in die Brust. Wo es aber darauf ankommt, die Freiheit nieder zu reden, da wo die öffentliche Meinung, die Menge entscheidet, sind sie grob und plump, um auf die grobe, plumpe und gedankenlose Menge zu wirken, die in allen Ständen, vom Hofmanne bis zum Bauer, die Mehrzahl bildet. Was sie gegen uns, sollten wir gegen sie thun. Seit 15 Jahren hat die Freiheit den Sieg, den sie siebenmal errungen, siebenmal wieder verloren, weil sie zu mäßig war, wie in ihren Handlungen, so in ihren Reden. Die Völker glauben noch nicht fest genug an ihr eigenes Recht und daß sie allein alles Recht besitzen. Sie kennen noch nicht genug ihre eigene Macht und daß Keiner Macht hat neben ihnen. Sie wissen noch nicht genug, daß die Welt ihnen allein gehört und Königen nicht der kleinste Theil davon, der sich weiter erstreckte als ihr väterliches Erbe, und daß sie darum von allem, was sie wollen und was sie thun, Keinem Rechenschaft zu geben haben als Gott allein. Darum, weil sie das nicht wissen, ihr Recht und ihre Macht nicht kennen, wollen die Völker in den Augen ihrer Fürsten gut und billig erscheinen, rechtfertigen sich, statt Rechtfertigung zu begehren, fordern, wo sie nehmen sollten, fordern nicht alles, was ihnen gebührt, und fordern es mit so leisen, höflichen Worten, daß man sich anstellt, die Hälfte nicht verstanden zu haben, und die verstandene Hälfte abzuschlagen den Muth bekommt; das muß anders werden. Keine Schonung mehr, nicht im Handeln, nicht im Reden. Liegt die Freiheit hinter einem Meere von Blut — wir holen sie; liegt sie tief im Kothe versenkt, wir holen sie auch. Darum siegt die Bosheit überall, darum wissen Dummheit und Gemeinheit immer den Vorsprung zu gewinnen, weil sie den kürzesten Weg zum Ziele nehmen, unbekümmert, ob er rein sei oder schmutzig. Sie hält die Reinlichkeit nicht ab, sie gebrauchen selbst unedle Mittel, wenn etwas Schlechtes dadurch zu erreichen, und wir sollten den Koth meiden, auch wenn er zum Guten führt? Wir suchen reinliche Umwege, verlieren die Zeit und Alles; denn, wo wir auch den Feind einholen, immer finden wir ihn im Schlamme, den wir früher oder später durchwaten müssen, wollen wir siegen für das Recht. Was Andere thun für die Tyrannei, warum sollen wir es nicht für die Freiheit thun? Schwert gegen Schwert, List gegen List, Koth gegen Koth, Hundegebell gegen Hundegebell. Heine sagt: auch die Freiheit müsse ihre Jesuiten haben; ich sage das auch. Aber nicht das allein, die Freiheit muß Alles haben, was im Lager der Tyrannei zu finden, Stockknechte, Rothmäntel, Baschkiren, Marodeurs, Paukenschläger und Troßbuben. Lernen wir begreifen, daß die Tyrannen nur solche Waffen fürchten, die sie selbst gebrauchen. Darum der List ja keine Offenheit, dem Laster keine Tugend, der Frechheit keine Milde, der Plumpheit keinen Anstand gegenüber.

„Ist es wie in den großen Kämpfen dieser Zeit, wo Macht gegen Macht streitet, nicht auch in den kleinen Kämpfen aller Zeiten, wo jeder Mensch für sein besonderes Leben gegen das andere besondere Leben kämpft? Siegt nicht immer der Dumme über den Weisen, der Bösewicht über den edlen Mann? Das geschieht, weil die edlen Menschen den Sieg mit dem Kampfe, die Beute mit der Waffe verwechseln und mit Recht für das Recht streiten. Nur mit Unrecht gewinnt man das Recht; denn man kann selbst im Kampfe für die Wahrheit die Söldlinge nicht entbehren, und diese bezahlt man mit Tugend nicht.

„Lesen Sie Rousseau. Es gab keinen Menschen, der das Gute mehr geliebt, das Schlechte mehr gehaßt, als er. Er kämpfte sein ganzes Leben für Freiheit und Recht, und warum wurde er so verkannt? Warum war sein Leben so voll Schmach und Noth? Er verspottete die Gemeinheit und war gutmüthig gegen die Gemeinen; er bekämpfte den Trug und lebte in Frieden mit allen Betrügern; er verfolgte alles Schlechte und schonte die Schlechten. Ueber die Sache verschwand ihm der Mensch; er liebte das Gute und verstand die Guten nicht zu lieben; aber man muß Feinde haben, um Freunde zu finden; man muß hassen, um lieben zu können. Rousseau haßte und liebte Keinen, darum stand er allein; er verschonte Jeden, darum wurde er nicht verschont; er verfolgte Keinen, darum wurde er von Allen verfolgt. Gott und Welt, Himmel und Erde vertheidigte er, aber sich selbst wußte er nicht zu vertheidigen. Das schien ihm schnöder Lohn für freien Liebesdienst, und den verschmähte er. Darum ging er zu Grunde. Alle Blitze seiner Beredsamkeit gebrauchte er für Andere; für sich selbst war er wehrlos und stumm. Einmal sagt er in seinen Bekenntnissen: „Hätte ich meine Kraft brauchen wollen gegen meine Feinde, ich hätte gewiß die Lacher auf meiner Seite gehabt."

„Ich habe mir das gemerkt. Die Lacher will ich auf meine Seite ziehen; die Lacher, die gutes Herz und gute Fäuste haben, und nicht die feinen Lächler, die, ob sie wohl tausendmal mir Recht geben, doch tausendmal mich todtschlagen ließen, ohne die Hand für mich aufzuheben, aber mir immerfort Recht geben und immerfort lächeln würden. Göttliche Grobheit! vor dir falle ich nieder!" —

So der berühmte Apostel der Freiheit, Ludwig Börne, dem gewiß Niemand Mangel an Milde und Menschenliebe vorwerfen kann. Beherzigen wir seine Worte, lassen wir alle Sentimentalitäten bei Seite, reden wir so, daß kein König je von uns sagen kann: Meine Feinde sind feig gewesen!

— Geld, der beste Tröster. Wie viel der herrschenden Gesellschaft an dem Wohl und Wehe der Arbeiter gelegen ist, zeigt folgende dem „Wittener Anzeiger" entnommene lakonische Notiz, die an Cynismus und Rohheit alles bisher Dagewesene übertrifft: „Ueckendorf, 22. August. Gestern Mittag gegen 12

Correspondenzen.

Itzehoe, 29. August. Das hiesige Kreisgericht verurtheilte in der gestrigen Sitzung einen Landmann aus Breitenberg wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängniß. Der Verurtheilte, Vater von acht Kindern und ein ruhiger, doch geistig etwas beschränkter Mann, soll sich der Schwere seines Vergehens nicht bewußt gewesen sein, als er die inkriminirte Aeußerung gethan hat, was auch daraus hervorgeht, daß er dem Denuncianten, einem Arbeiter, welcher ihm brieflich für sein Stillschweigen vier Thaler abforderte, wie wir hören, das Geld abschlug. Der Erpressungsversuch des Denuncianten wird wahrscheinlich nicht unbestraft bleiben.

Breslau, 31. August. Am heutigen Tage begaben sich einige Genossen in aller Frühe zu Lassalle's Grab, legten auf dasselbe einen Lorbeerkranz mit entsprechender Inschrift und gingen dann still ihrer Wege. Es wurde diesmal von einer öffentlichen Feier des Tages Abstand genommen. — Als haarsträubende Neuigkeit kann ich Ihnen melden, daß Genosse Keller von der österreichischen Regierung an die diesseitige ausgeliefert worden, und zwar nach einem Vertrage, welchen die deutschen Bundesregierungen im Jahre 1854 über die Auslieferung politischer Verbrecher unter sich abgeschlossen. Da nun ein Deutscher Bund zu existiren aufgehört und Oesterreich speciell aus Deutschland herausgedrängt, so sollte man glauben, daß auch die Verträge ihre Giltigkeit verloren; indeß scheint man einem Sozialisten gegenüber sich über Schonung und Gerechtigkeit keine Skrupel zu machen. Keller wurde unter militärischer Eskorte von Wien, wo er einige Wochen in Untersuchungshaft gesessen, über die Grenze gebracht und der preußischen Polizei übergeben, dann hierher gebracht, wo er schwer krank angekommen. Ob der Arme die Freiheit noch einmal wiedersehen wird, ist sehr fraglich. — Wie in Berlin so auch hier in Breslau rücken nicht alle Truppen zum Manöver aus, sondern bleiben einige Bataillone hier, um die bösen Sozialdemokraten im Zaume zu halten, denn wie das böse Gewissen unserer Bourgeoisie eingeflüstert, wollen die Roten in kurzer Zeit die Commune proklamiren.

Hamburg, 30. August. Der hiesige Gastwirth M. H. Tempel war in Aurich wegen Majestätsbeleidigung angeklagt worden. Ueber den Prozeß berichtet die fortschrittliche „Reform": „Dem p. Tempel wurde zur Last gelegt, daß er im Dezember vorigen Jahres, während er seinem Bruder, dem Kaufmann Tempel im Bunde, einen Besuch abgestattet, daselbst in einer Wirthschaft sich höchst unehrerbietiger und beleidigender Aeußerungen über den Kaiser bedient habe. Tempel war, seiner Aussage nach, von dieser Anklage auf das Höchste überrascht, zumal er sich im Winter vorigen Jahres gar nicht im Bunde befunden habe. Dagegen sei er im August des verwichenen Jahres dort gewesen, woraus ersichtlich, daß die Anklage auf schwankenden Füßen stehe. Er selbst wisse von den ihm zur Last gelegten Aeußerungen gar Nichts, müsse diese also schon, wenn er sich überhaupt ihrer schuldig gemacht, im Zustande der Trunkenheit, der Unzurechnungsfähigkeit gethan haben. Am letzten Mittwoch kam nun die Angelegenheit in Aurich zur gerichtlichen Verhandlung. Tempel, welcher persönlich erschienen war, vertheidigte sich in der angegebenen Weise; die vorgeladenen Zeugen, die Landwirthe Junker und Grüneseld von Bunderhee, gaben an, sie könnten sich zwar auf den Zeitpunkt des fraglichen Vorfalles nicht besinnen, wüßten also nicht, ob es im August oder im Dezember sich ereignet habe, in der letzten Hälfte des vorigen Jahres aber sei es gewesen. Mit Bestimmtheit erinnerten sie sich dagegen, die in Rede stehenden Aeußerungen von dem Angeklagten vernommen zu haben. Vom Gerichtshof wurde der Angeklagte des ihm zur Last gelegten Vergehens für schuldig befunden und zu einer Gefängnißstrafe von 1 Jahr und 6 Monat verurtheilt, zugleich die Verhaftung ausgesprochen und Tempel in Folge dessen sofort in's Gefängniß abgeführt. — Bemerkenswerth ist an dieser Affaire vor Allem die Zeit, welcher die ihr zu Grunde liegende Thatsache angehört. Fast ein volles Jahr hat vergehen können, bevor irgend Jemand durch die dem auf alle Fälle unglücklichen Manne zur Last gelegten Aeußerungen sich in seinem „Patriotismus" dermaßen verletzt fühlte, um gegen denselben eine Klage zu erheben. Erst nach dem zweiten Attentat auf den Kaiser, als das Denunziantenfieber zum Ausbruch gekommen, griff man auf jenen Vorfall zurück, um das „Vaterland zu retten". Der unglückliche Mann aber wird auf anderthalb Jahre seiner Familie und seinem Geschäft entrissen, er hat anderthalb Jahre im Gefängniß zu verbringen und das um Aeußerungen willen, die ihm im Rausche entschlüpft waren und die er vielleicht schon am nächsten Morgen, nachdem der Schlaf ihn entnüchtert, gründlich vergessen hatte! Die Geschichte der Majestätsbeleidungsprozesse, welche nach dem Attentate Nobiling's wie Pilze emporschießen, ist hiermit um einen drastischen Fall bereichert."

-p- **Berlin**, 9. Aug. Seit langer Zeit versprach ich Ihnen einen Berliner Brief, doch theils sind Sie mit dem Stoffe wie immer im Vorsprung, theils giebt es soviel mitzutheilen, daß ich ganze Ballen Papier verschreiben müßte, um nur einen Theil des Wissenswerthen in Ihre Hände gelangen zu lassen.

Die Berliner Parteigenossen sind mit Recht stolz darauf, im 4. Wahlkreise gesiegt zu haben, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden wir die Scharte im 6. Wahlkreise bei der Annullirung der Kloß'schen Wahl sicher auswetzen — denn, daß die Wahl des Herrn Kloß annullirt werden muß, erscheint allen Denen, die den Wahlprotest gelesen haben, zweifellos. Der Reichstag würde sich unsterblich blamiren, wenn er auf die mit Beweisen unterstützten Thatsachen nicht Herrn Kloß, wie s. Zt. unserem Hasenclever die Pforten des „Paradieses" verschlösse.*)

Von den bei den Wahlen im 4. Wahlkreise vorgekommenen geheimen und offenen Beeinflussungen der Wähler kann sich nur der einen Begriff machen, der gegen 5—6 Uhr die Wahllokale durchzog.

Doch wozu sich von Neuem über die Schamlosigkeit der „demokratischen" Krebse ärgern. Wir siegten trotz alledem und damit basta.

Daß es an einer Reihe ergötzlicher Scenen nicht fehlte, liegt auf der flachen Hand. Die jämmerliche Wahlzettelpoesie übergehe ich, so etwas sollte jede Zeitung ohne Weiteres todtschweigen, damit der Esel, der seine Stimme, wie der Berliner sagt, „vermanscht", nicht noch das Vergnügen hat, seinen größtentheils jämmerlichen Vers gedruckt zu sehen.

Dagegen spielte in einem Lokale der Marcusstraße eine der ergötzlichsten Scenen, die mir je vorgekommen.

An den Wahltisch tritt ein kleiner, untersetzter Mann.

„Sie wohnen?" fragt der Wahlvorsteher.

„Eh, eh, eh!" ist die Antwort.

„Herr! wollen Sie mich zum Narren haben?"

„Eh, eh, eh!" antwortet der Gefragte.

Da stürzt ein Herr in's Zimmer — „Verzeihen Sie, Herr Vorsteher, der Mann ist taubstumm, heißt Bull und wohnt Marcusstraße da und da."

Während nun der Wahlvorsteher sich auf die Liste beugt und die Hand von der Urne zieht, hat Herr Bull, den die Sache ungemein zu interessiren scheint, seinen Zettel höchsteigenhändig in die Urne gestreckt.

„Herr! wie können Sie sich unterstehen!" fährt der Wahlvorsteher auf, besinnt sich aber noch zur recht, daß der Taubstumme ihn doch nicht verstehen kann.

Der Beisitzer, der die Liste nach dem Namen durchsah, hat inzwischen gefunden, daß Herr Ball gar nicht in die Liste eingetragen ist.

„Sehen Sie," sagt der Vorsteher, „nun ist Ihre Stimme ungültig," worauf der Angeredete wieder mit „eh, eh, eh" antwortet.

Nun ist guter Rath theuer.

Der Wahlvorsteher, einer von den anständigen Leuten seiner Partei, wendet sich fragend an den Vertrauensmann der Fortschrittspartei und an meine Wenigkeit.

„Eine Stimme muß annullirt werden," sagt der Fortschrittler, „und da der Mann sicher für Fritzsche gestimmt hat, so" — „Haben Sie das schriftlich," fällt ein Parteigenosse ein.

„Nun, meine Herren, so heilig sonst das Wahlgeheimniß ist, denke ich, wir machen in diesem Falle eine Ausnahme und fragen Herrn Bull direkt, wen er wählte," äußert der Wahlvorsteher. „Also, Herr Bull, wen haben Sie gewählt? Ja so, der Mann versteht mich ja nicht, hm, hm; muß auf andere Weise gemacht werden." Er ergreift einen Bleistift und schreibt seine Frage auf einen Zettel.

Der Taubstumme, dem die ganze Geschichte augenscheinlich das größte Vergnügen bereitet, liest den Zettel.

„Jetzt wird er Fritzsche hinschreiben," meint triumphirend mein fortschrittliches vis à vis.

„Abwarten und Thee trinken," replicire ich.

Der Stumme hat inzwischen Papier genommen und schreibt mit fester Hand: Ich wählte den Stadtsyndicus Zelle.

Neues Protestiren des Fortschrittlers, da der Mann dies aus Bosheit sage, um eine Zelle'sche Stimme ungültig zu machen.

Da eilt athemlos der fortschrittliche „Schlepper", der den Taubstummen an die Urne brachte und während des Geschilderten ein Stehseidel trank, in's Lokal.

„Gut, daß Sie kommen," sagt der Wahlvorsteher, „Sie haben ja den Herrn hergebracht, ist es wahr, daß er für Zelle stimmte."

„Selbstverständlich," sagt der Schlepper mit Stolz und so voreilig, daß ihm keiner seiner Parteifreunde einen Wink geben kann.

„Nun denn, so erkläre ich eine Zelle'sche Stimme für ungültig," sagte der Wahlvorsteher, „Sie sind doch damit einverstanden?" worauf ich zustimmend nicke und meinem fortschreitenden Freunde eine meiner besten Salonverbeugungen mache.

Doch genug für heute, ich bin unbemerkt in's Schwatzen hineingekommen, und sehe zu spät, daß ich anstatt für den politischen Theil zu schreiben, Feuilletonarbeit geliefert habe. — Nächstens Mehreres und Ernsteres. Bis dahin auf Wiedersehen.

Connewitz (b. Leipzig), 3. September. Ein Akt größter Gemeinheit ereignete sich am Montag Abend bei dem in der „Goldenen Krone" stattgefundenen Sedanfest-Commers. Herr Dr. med. Sinnhold hielt eine Ansprache an die Festtheilnehmer und forderte am Schluß seiner Rede zu einem Hoch auf den deutschen Kaiser auf. Alle Anwesenden stimmten ein und erhoben sich dabei von ihren Plätzen, nur an einem Tische geschah dies nicht, und zwar deshalb, weil die dort Sitzenden, in Unterhaltung begriffen, die Aufforderung des Redners mißverstanden hatten, im Uebrigen aber — das muß hier ausdrücklich bemerkt werden — durchaus nicht als Reichsfeinge zu demonstriren beabsichtigten, denn die Betreffenden schwenkten ihre Programms und brachten so gut wie alle Anderen das Hoch mit aus. Plötzlich ergreift ein in der Festversammlung Anwesender — Herr von Brause — ein volles Bierglas, schüttet den Inhalt desselben dem neben ihm stehenden Oberlehrer Herrn Haferland auf die Kleidung und wirft es mit solcher Gewalt nach dem Tische der sitzen gebliebenen Herren, daß es dort aufschlägt, in Stücken zerspringt und zwei der dort Placirten an Kopf und Backen verletzt. Der Thäter, welcher sich hierauf sofort entfernte, wurde von einigen nacheilenden Herren festgenommen und an den Schutzmann abgeliefert, der ihn nach dem Gemeindebureau und von da — wahrscheinlich damit dem „Herrn" nichts geschehen möge — in seine Behausung eskortirt. Sämmtliche Anwesende sprachen ihre Entrüstung über diese Rohheit aus. — So, meine Herren Reichstreuen, jetzt ein Wort an Sie: Die niederträchtig infame Hetzerei Ihrer Partei- und Wortführer, hauptsächlich aber Ihrer Preßorgane hat es bewerkstelligt, daß Sie in Ihren eigenen Kreisen bei nur dem leisesten Verdacht der Reichsfeindlichkeit Ihres Lebens nicht mehr sicher sind, daß eine Rohheit und ein Haß gegen Andersdenkende platzgreift, der in solch viehischem Gebahren seinen Ausdruck findet. Das „Leipziger Tageblatt" plaidirt häufig für die Prügelstrafe; es mag diese Notiz abdrucken und dem Publikum zugleich mittheilen, wo der Prügel am ehesten und am meisten Verwendung finden wird und muß. (Fackel.)

Friedberg, den 28. August. Im Interesse der Wahrheit bin ich genöthigt, den Sachverhalt bezüglich der in letzter Nummer des „Vorwärts" besprochenen Messeraffaire hiermit wiederzugeben. Röbler, der übrigens meines Wissens nicht Sozialist, aber nach Aussage seines Meisters ein ganz braver Mensch ist, hatte an dem Sonntage der That des Guten ein wenig zu viel genossen und begab sich in ziemlich angeheiterten Zustande gegen 11 oder ½12 Uhr Nachts auf den Heimweg. Von verschiedenen Personen wurde ihm, wie man sagt, zugerufen: „Er Jott", ein Ausruf, der hier zu Lande gebräuchlich ist bei allen Denen, welche einen Angetrunkenen zu foppen beabsichtigen.

Röbler blieb die Antwort, und zwar eine sehr derbe, nicht schuldig, und war eben im Begriff die Hausthüre aufzuschließen, als ein benachbarter Metzgermeister auf ihn zu sprang und ihm einen Schlag versetzte, daß er, Röbler, zu Boden stürzte. Darauf überfiel ihn ein Steinhauergeselle mit dem Messer und versetzte ihm mehrere Stiche, einen in den Unterleib, einen in den Rücken und einen in den Schenkel. Dabei ist der Ruf erschallt: „Dich Sozialdemokraten wollen wir vernichten!*) Der Meister Röbler's, unser Freund F., will mehrere Zeugen stellen die den Ruf gehört haben. Dies die wahrheitsgemäße Schilderung des traurigen Verfalls, soweit er mir zu Ohren kam. Die Untersuchung, welche sofort nach Arretur des Thäters eingeleitet wurde, wird das Nähere ermitteln.

Inzwischen ist Röbler wieder so weit hergestellt, daß er ausgehen kann, der Steinhauer aber, wie ich erfahren, ist seiner Haft entlassen.

Es ist nicht richtig zu sagen, daß die Liberalen hier ein Attentat verübt hätten, denn so viel ich weiß ist der Thäter ebensowenig ein Liberaler, wie Röder Sozialist ist. Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, daß die Hetzereien der Liberalen und Conservativen nicht ganz dazu angethan sind derartige Attentate zu provoziren. Hat man doch in hiesigen Wirtschaften anständige Leute oft genug insultirt oder gar mit dem Rufe: „Naus mit dem Sozialist", aus dem Lokale geworfen; ja, eine Gesellschaft Bürger und sonstige Individuen erließ im hiesigen Blättchen, genannt „Oberhessischer Anzeiger", eine Erklärung, daß sie mit den Verherrlichern der Pariser Mordbrenner der Commune, mit diesen „Pestbeulen", diesem „Auswurfe der Gesellschaft" nichts gemein haben wollen. Wenn Leute, wie ein Herr Peter Döll, Wagner, Engel, Schenk u. s. w. derartiges thun, so findet man dies am Ende natürlich, wie aber die Namen von einem Herrn Lehrer Meinel, von einem Kaufmann Hausstädt unter diese Erklärung kamen, das bleibt ein Räthsel oder zeigt doch, wie sonst durchaus gebildete und ordentliche Leute fanatisirt werden können. Da ist es doch wahrhaftig nicht zu verwundern, wenn rohe, unverständige Menschen ein gutes Werk zu thun glauben, Einen dieser vermeindlichen „Auswürfe" aus der Welt zu schaffen. So lange wir hier agitirt, hatten wir es auch mit Rohheiten der Gegner zu thun und nur der großen Mäßigung der Sozialisten war es zu verdanken, daß nicht öfter blutige Raufereien entstanden. Die feinen Herren dieser Gesellschaft hüten sich freilich, sich an solchen Scenen zu betheiligen, dafür aber thut der von dem Ordnungspöbel aufgehetzte Mob seine Schuldigkeit. Mit bestem Gruß —g.

Gottbus, 17. August. (Glosse zum neuen Sozialistengesetz.) Nach Durchlesung der 24 Paragraphen des neuen Sozialistengesetzes frugen wir: Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Wohin zielt man? — Antwort: Man will den menschheitlichen Fortschritt ein Halt gebieten. Wie Stahl einst sagte: Die Wissenschaft muß umkehren, so sagt man jetzt: Die menschheitliche Entwicklung soll aufhören. Das sozialistische Ziel ist das der menschheitlichen Entwicklung, es heißt: Glück und Wohl aller Menschen auf Erden. Also Halt! Stillstand. Nicht Glück und Wohl aller Menschen, sondern nur einer bessersituirten Minderheit! Bestialismus und Egoismus for ever! Kein Humanismus und Sozialismus! —

Obgleich das ganze Leben ein fortwährendes Streben, Verändern und Wechseln ist, so soll trotzdem der Stillstand eintreten, es soll keine Geschichte mehr geben. Die folgenden drei

*) Es wird also im großen Ganzen unser erster Bericht bestätigt. R. d. V.

*) Wir glauben zwar nicht, daß der Protest eine Ungültigkeitserklärung zur Folge hat — Kloß ist eben nicht Hasenclever. Doch wird derselbe die Krebsritter vom Fortschritt so recht in ihrer traurigen Gestalt zeigen. Red. d. V.

Uhr verunglückte auf Zeche „Alma" der hier wohnhafte Bergmann Hermann Klose. Der Verunglückte war bei der Lebens- und Unfall-Versicherungs-Gesellschaft „Prometheus" in Berlin mit 1500 Mark versichert, welcher Betrag der Wittwe mit ihren Kindern gut zu Statten kommen wird." — Kein Wort über den Schmerz der Wittwe, die den Gatten verloren hat! Was brauchen Arbeiterkinder einen Vater? Die Wittwe erhält 1500 Mark, damit ist Alles aufgewogen und in's Gleiche gebracht.

— Beklagenswerthes Unglück. Die liberalen Blätter schreiben aus Antonienhütte (Oberschlesien) vom 28. August: „Auf der hiesigen Graf Hugo Henckel v. Donnersmarck'schen Steinkohlengrube Gottessegen ereignete sich gestern ein beklagenswerthes Unglück durch Explosion zweier Dampfkessel, bei welchem neben mehreren schweren und leichten Körperverletzungen drei Menschenleben, soweit bis jetzt ermittelt ist, zu beklagen sind. Das Unglück ist wahrscheinlich, wie die meisten Kesselexplosionen, dadurch herbeigeführt worden, daß der Kesselwärter das Wasser im Dampfkessel zu sehr hat auskochen lassen, wobei sich der mehr und mehr wasserleere Kessel zu sehr erhitzte und alsdann dem so erhitzten Kessel rasch Wasser zuführte, wodurch sich plötzlich eine so große Menge Dampf entwickelte, daß solchen das Sicherheitsventil abzuführen außer Stande war, und so die übergroße Dampfmenge die Zerreißung der Kessel herbeiführte." — Der arme Kesselwärter! Sollte der Herr Fabrikinspektor der dortigen Gegend nicht auch die Pflicht haben, sein Augenmerk auf alte, abgenutzte Dampfkessel, welche die Fabrikanten ersparnißhalber nicht durch neue ersetzen wollen, zu richten? Vielleicht kämen dann nicht mehr so viele Kesselexplosionen durch das „Verschulden des Kesselwärters" vor.

— Schöne Aussichten. Man schreibt dem „Frankfurter Journal" aus Köln, 29. August: „Die Hoffnung, Handel und Wandel würden in diesem Jahre einen Umschwung zum Besseren nehmen, realisirt sich leider nicht; die Jahresberichte der Handelskammern sprechen sogar von Verschärfung der beklagenswerthen Verhältnisse. In Westfalen scheint es schlimmer zu sein, wie am Rhein, denn während der öffentliche Anzeiger unseres Regierungsbezirks 18 Subhastationen in dieser Woche verzeichnet, bringt der für Arnsberg 38 nothwendige Verkäufe."

— Nun, das schadet nichts! Das Denunzianten-Reich, pardon das deutsche Reich, steht ja groß und mächtig da, feiert St. Sedan und ist im Begriffe, mehr denn eine Million seiner Bürger für vogelfrei zu erklären. Ob das den Nothstand heben wird?

— Unterschlagungen, Kassendefekte und dergleichen sind jetzt an der Tagesordnung. An einem Tage entnimmt die „Vossische Zeitung" aus wenigen Blättern folgende Fälle: Posen, 29. August. Der Bankagent, Stadtrath H., Vorsteher der Reichsbank-Nebenstelle zu Gnesen, hat sich heute Morgens, als unverhofft eine Kassenrevision vorgenommen werden sollte, durch Gift das Leben genommen. Es soll sich in der Kasse ein sehr bedeutendes Defizit, angeblich von 160,000 Mark, herausgestellt haben. — Gnesen, 24. August. Der hiesige Kasernen-Inspektor Krug, der auch die Baukasse unter sich hatte, ist wegen eines Kassendefekts von 4000 Mark verhaftet worden. — Insterburg, 24. August. Vor einigen Tagen hat der hiesige Kaufmann und Agent B., früher Apothekenbesitzer und Stellvertreter des Bürgermeisters, der bisher für recht wohlhabend galt, seine Zahlungen eingestellt. Vorgestern ist derselbe nun, wie man der „Pr.-litt. Ztg." von hier schreibt, verhaftet worden, weil sich in den von ihm verwalteten Kassen, u. A. auch der Viktoriastiftung, Defekte vorfinden sollen. — Flensburg, 28. August. Der vor geraumer Zeit verschwundene Kaufmann J. J. Blechschmidt, welcher bekanntlich eine Wechselschuld von 400,000 Mark zurückließ, ist in Chicago in erbärmlichem Zustande gefaßt worden. Der hiesige Creditverein, welcher allein eine Forderung von 43,000 Mark hat, verzichtet bei der gänzlichen Aussichtslosigkeit, etwas zurückzuerhalten, auf dessen Rücktransport. — Leipzig, 25. August. Major Fellmer und Proviantamts-Assistent Gneuß vom 107. Regiment, beide vor einiger Zeit wegen Unterschlagung verhaftet, wurden am vergangenen Dienstag vom Kriegsgericht zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. — Hartenstein (Sachsen), 22. August. Wegen Differenzen in den Büchern ist der Kassirer des hiesigen Spar- und Vorschußvereins, C. F. Förster, verhaftet worden.

Sätze sollen und dürfen nicht wahr sein: 1. Die Menschheit macht eine Entwicklung durch. 2. Jede Entwicklung muß ein Ziel haben. 3. Das Ziel der menschheitlichen Entwicklung ist statt des jetzt noch herrschenden Bestial-smus und Egoismus der Humanismus und Sozialismus, statt des Thiermenschen der wahrhaft würdige Vernunftmensch.

Die ganze Menschheitsgeschichte ist eine Entwicklungsgeschichte, also ein beständiges Untergraben von Bestehendem, ein fortwährendes Neubilden von Staats- und Gesellschaftsformen. Wer untergräbt Bestehendes nicht? Antwort: Wer für selbstthätige geistige Regsamkeit noch zu jung, oder schon zu alt, oder überhaupt dazu nicht fähig ist, also das Kind, der kindisch gewordene Greis, der Dumme und Blödsinnige. Jeder Andere, jeder geistig Gesunde untergräbt Bestehendes, weil das ganze Leben ein Streben, ein Fortschreiten nach einem fernen Ziele ist. Man will also mit dem neuen Sozialistengesetz jede geistige Regsamkeit unterdrücken, man will die strebenden Menschen beseitigen und nur über Kinder, kindische Greise und Dumme herrschen.

W. Dabritius.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung . . . . . Mark	1. 50.
Arbeitermarseillaise	—. 05.
Auerbach, Tagebuch aus Wien	—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849	1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrud und Olympia	—. 10.
Auszug aus den gesetzl. Bestimmungen über die Landtagswahl	—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden	1. 60.
Bebel, A., Bauernkrieg	2. —.
— — Rede über die Anträge betr. Abänderung der Gewerbeordnung	—. 10.
— — Die Entwicklung Frankreichs vom sechszehnten bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts	—. 25.
— — Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1874—76	—. 80.
— — Glossen zur Schrift: „Die wahre Gestalt des Christenthums	—. 25.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus	—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief. à	—. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848	2. 25.
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre	1. —.
— — K. Fourier	—. 80.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.	3. —.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94	2. —.
Becker, J. Ph., Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit	2. 50.
— Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (1877)	3. 50.
— — Vorbote. Soz.-pol. Monatsschrift. 1866—1870 . .	6. —.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—. 10.
Bios, B., Unsere Preßzustände	—. 10
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866	—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris	—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793	—. 60
Bornstein, Religion und Sozialismus	—. 40.
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . .	—. 25.
Brake, B., Der Lassalle'sche Vorschlag	—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten	—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager	—. 15.
— — Hütet Euch vor den 300 Millionen neuen Steuern .	—. 10.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte	1. —.
Bürgerkrieg in Frankreich	—. 15.
Civilehegesetz	1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—. 10
Daniel in der Löwengrube. Gedicht	—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Stevens contra Vogel v. Falkenstein	1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch.	—. 20.
— — für 1878. broch.	—. 20.
— — für 1879. broch. 0,40 M., geb.	—. 60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lützen und vor Gericht 1871	1. 25
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878 . . .	—. 40.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1871—74	—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—. 10
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage	—. 15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft	—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage . .	—. 15.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	1. 50.
Dissidentengesetz	—. 20.
Dühring, Dr. E., Antwort an den Bekenner des Theismus .	—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten	—. 25
— — ABC des Wissens. 4. Aufl.	—. 15.
Duhr, A., Nieder mit den Atheisten	—. 25
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals .	—. 15
Einkommensteuergesetz	1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—. 30.
— — Der deutsche Bauernkrieg	—. 50.
— — Soziales aus Rußland	—. 15.
— — Bakunisten an der Arbeit	—. 10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. I. Thl. Philosophie. II. Thl. Pol. Oekonomie u. Sozial. à	—. 75.
Erinnerung an Herwegh	—. 10.
Erinnerung an Börne	—. 20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft	—. 80.
Für die französischen Brüder	—. 15
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft	—. 50
— — Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung	—. 60.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstages v. 1867—78 .	2. —.
— — Nachtrag von 1873—76	1. 20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)	1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich	1. 50.
Gesindeordnung	1. 50.
Gespräch am Kachelofen	—. 50.
Grenlich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Erne Auseinandersetzung mit den Anarchisten .	—. 25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte) . . .	—. 40.
— — Erlebtes (Skizzen und Novellen)	1. 20.
Hepner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne . .	—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—. 20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Association 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit	—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke	—. 10.
— — Die Organisation der Massen	—. 20.
Hilfskassengesetz, Leitfaden für zu errichtende Krankenkassen .	—. 80.
Hirsch, die Parteifrage, ihre Bedeutung und Organisation .	—. 10
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)	—. 50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à	1. —.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung	—. 20.
Jegel, M., Freie Lieder (Gedichte)	—. 50.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag . . .	—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Association. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky	1. —.
König, Schwarze Kabinette	—. 75.
König Mammon und die Freiheit. Ein neues Bilderbuch .	1 20.
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)	—. 05.
— — Ceterum censeo (Gedicht)	—. 05.
Kunst und Sozialismus	—. 15.
Lange, Arbeiterfrage	4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage	—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?	—. 35.
— — An die Arbeiter Berlins	—. 10.
— — Arbeiterlesebuch	—. 80.
— — Offenes Antwortschreiben	—. 05.
— — Arbeiterprogramm	—. 10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter	—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz	—. 80.
— — Die Feste, die Presse ꝛc.	—. 15.
— — Bastiat Schulze	—. 50
— — Indirekte Steuern	—. 40.
— — Düsseldorfer Rüstfiernede	—. 30
— — Fichte's Philosophie	—. 25.
— — Fichte's politisches Vermächtniß	—. 25.
— — Julian Schmidt	1. —.
— — Gotth. Ephraim Lessing	—. 20.
Leben und Thaten des Generals Jarosław Dombrowski . .	—. 75.
Lehr, Juristisches Taschenlexikon	—. 50.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz	2.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl. . .	—. 20
— — Reichstagsrede 1874	—. 10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.	—. 75
— — Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosackisch werden	—. 30.
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . .	—. 30.
— — Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstag .	—. 4.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)	—. 75.
Lommel, Jesus von Nazareth	—. 40.
— Johannes Huß	—. 30.
Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871	4. —.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl. . . .	—. 25.
— — Das Kapital. 2. Aufl.	9.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte . . .	1. 50
— — und Engels, Kommunistisches Manifest	—. 20
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung geb.	1. 80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie . . .	—. 30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.	—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten .	—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:	
1. Heft: Gewerbeordnung	—. 25
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Schuhbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz	—. 15
— — Kapital und Arbeit	—. 50
— — Bastille am Pilsensee	—. 60
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie. . . .	—. 50
— — Die Lösung der sozialen Frage	—. 40
— — Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus	1. —.
Morelt, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen	—. 10
Motteler, J., Frauen- und Kinder-Arbeit	—. 15.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?	—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hungergeschichte	—. 40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen	—. 80.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman	3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Hist. Novelle .	—. 75.
— — Kranke Herzen	1. —.
— — Braunschweiger Tage	2. 50.
— — Schutz in den Gewerkschaften	—. 10
— — Ein verunglückter Agitator (Lustspiel)	—. 60.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, York, Blanqui, Cremieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marx, Millière, Owen Raoul-Rigault, Rossel ꝛc.; in Visitenkartenformat à .	—. 25.
— — Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à . .	—. 25.
Photographien: in Kabinetformat à	—. 60
— — in Groß-Folio	2. —.
— — Triumph of Order, darstellend die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris 28 Ctm. breit 20 Ctm. hoch pr. Stck . . .	5. —.
20 „ „ 14 „ „ . . .	2. 50.
Polither, A., Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern	—. 20
Ssan, L., Das Preußische Regiment vor Gericht	—. 30.
Preußischer Schutz im deutschen Reichstage	—. 05
Preßgesetz vom 7. Mai 1874	—. 25
Protokoll des Stuttgarter Congresses 1870	—. 15
— — des Dresdener Congresses 1871	—. 20
— — des Coburger Congresses 1874	—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1875	—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.	—. 30
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873	—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten . .	—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur . .	—. 50.
— — des 8. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes	—. 30
Proms, John Osawatomie Brown, der Negerheiland . . .	1. —.
Rathgeber für Gewerbtreibende.	2. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen	—. 90
„ Bildungsordnung	1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen. 5 Hefte .	1. 90.
Rohleder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles	—. 30.
Rüdel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim .	1 —
Roller, der bekehrte Nagelschmied	—. 05.
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit . .	—. 60.
— — Gegen die Prügelpädagogen	—. 30.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus	1. 20.
Schleßinger, M., Eine Reise nach Utopien	—. 10.
Scholl, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie	—. 25.
— — Der Massenaustritt aus der Kirche	—. 15.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Hft. . . .	—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage . .	—. 20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder . . . . . geb.	—. 50.
broch.	—. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten . .	—. 20.
Sozialistische Theaterstücke.	
Nr. 1: Ein Schlingel	—. 35.
(Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis komplet M. 1.50)	
Nr. 2: Preßprozesse	—. 25.
(Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)	
Nr. 3: Ein Opfer	—. 40.
(Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)	
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls . . .	2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Association	—. 10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich	1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich . . broch.	—. 60.
eleg. gbd.	1. 50.
— — Brutus! schläfst Du? . . . . . broch.	—. 60.
eleg. gbd.	1. 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie	—. 40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen .	—. 75.
Tschernyschewsky, N. G., Que faire? Roman	3. —.
— — L'économie politique	1. 50.
Tuhlreich, Der Deklamator. 4 Hefte	—. 60.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen	—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches	—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol	—. 60.
— — Verfälschung der Lebensmittel	—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874	—. 30.
— — für 1875	—. 30.
Volksstaat-Fremdwörterbuch . . . . . broch.	—. 50.
gebd.	—. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen	1. —.
Volkmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung . . .	—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums	—. 50.
Wander, K., Drei Jahre aus meinem Leben oder: Mein Prozeß wegen Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit ꝛc.	1. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze	—. 10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften	2. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage	—. 10.
Zimmermann, Pfaffenspiegel. 1. Bd.	1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie	—. 25.
Zukunftsmedizin oder Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten. (Vollständig in 12 Heften.) Heft 1 -10 à	—. 75.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Um zwei Gesangsgenossen bei dem jetzigen schlechten Geschäftsgang zu unterstützen, habe ich für Raucher Tabakspfeifen mit dem Bundeszeichen am Pfeifenkopf anfertigen lassen. Ein Stück lange Pfeife kostet 2 Mk., ein Stück halblange 1,80 Mk. gegen Nachnahme; jedoch kann ich unter 3 Stück nicht versenden.

Zur bevorstehenden Wintersaison mache ich die Gesangsgenossen im Bund und außerhalb des Bundes hierauf aufmerksam.

Gotha. Mit Gruß [100

Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion. W. H. in Glarus: Der eingesandte Bericht ist allzu persönlicher Natur, als daß er das Interesse unser Leser berühren könnte. — Wenn ein Deutscher im Auslande eine Beleidigung gegen den deutschen Kaiser oder irgend einen andern deutschen Bundesfürsten ausstößt, so kann er nach § 4 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich bei seiner Rückkehr nach Deutschland der Majestätsbeleidigung angeklagt und demgemäß bestraft werden. — In 5 Jahren tritt Verjährung ein. — Ch. W. in Berlin: Leider nicht aufzunehmen. Der Staatsanwalt! — A. H. Leipzig: Im vorigen Jahre hatte die Einkommensteuer sechs Simpla, in diesem Jahre elf; wo früher 6 Pfennige, Mark ꝛc.) bezahlt wurden, müssen also in diesem Jahre 11 (Pfennige, Mark ꝛc.) bezahlt werden — also fast das Doppelte. — R. T. in Berlin: Wir sind Ihnen für Ihre Mittheilung sehr verbunden. Unserem Correspondenten Z. in H. (S. Nr. 103) also zur Nachricht, daß in der „Neuen Gesellschaft" (5. Heft, Februar) eine Widerlegung (so weit sie dem Verfasser nöthig schien) des Mehring'schen Opus veröffentlicht worden ist. Die „Neue Gesellschaft" ist, wenn Hr. Z. in H. keine andere Bezugsquelle hat, von unserer Expedition zu bekommen. — Die Vertheidigungsrede Lassalle's, gehalten vor dem Staatsgerichtshof zu Berlin, ist vergriffen; wird hoffentlich aber bald neu verlegt werden. — Das Protokoll von 1875 ist nicht mehr im Buchhandel zu haben. Wenn es Ihnen blos darauf ankommt, dasselbe zu lesen, so werden Sie gewiß in der Expedition der „Berliner Freien Presse" ein Exemplar geliehen erhalten.

der Expedition: Fr. Kittl und Ad. John in Würzburg: die Adresse der Frau E. Klemich ist: Schloßstr. 23 II. Dresden. — Sozialist Wien: 15 in ein Couvert. — C. K. Hannover: Die Bilder sind zu beziehen bei J. H. Bonn Elberfeld, wir haben sie nicht. — Z in L.: Sie erhalten das 18. Heft gratis. Dasselbe enthält 2 Nrn. und das Inhaltsverzeichniß.

Christian Hengst, Schieferdecker aus Carlsruhe, Baden, wird ersucht mit seinem Bruder in Correspondenz zu treten. Adresse: Mürli-Glarus (Schweiz). Wilh. Hengst. [80

Hannover u. Linden. Den Parteigenossen u. Freunden empfehle ich mein reichhaltiges Herbst- und Winterstofflager zur Anfertigung von Herrenkleidern. Für pünktliche und reelle Bedienung garantirt (3a)

1,[illegible 0] H. Rudolph, Mittelstr. 11/II.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 7. September, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [1,80

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Der Kampf ums Dasein. Referent Herr Oehme.

Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß jetzt Kalender „Armer Conrad" sowie „Braunschweiger Volks-Kalender" in den Versammlungen und stets bei mir zu haben sind. Es ist Pflicht eines Jeden für die weiteste Verbreitung zu sorgen. (F. 167)

H. Loges.

Leipzig. Unterstützungsverein der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. [50

Sonnabend, Abends ½9 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung. Tauchaer Str. 12, Hof lks. T.-O.: Innere Vereinsangelegenheiten. Nichtanwesende Mitgl. zahlen 25 Pf. Ordnungsstrafe. D. V.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig und ist durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

Inhalts-Verzeichniß:

Vorwort. — Vollständiges Kalendarium. — Aus meinen Erinnerungen. Von Joh. Phil. Becker. — Woher und wohin mit den Kulis? — Wie entstand unsere Welt. Von A. Friwitzer. — Heinrich Heine's Biographie. (Mit Portrait.) — Im Hinterhause. Erzählung von Heinrich Friedenau. — Sonne, Erde und Mond. Ein wichtiges Kapitel für Kalenderkäufer. Von Emil Roßbach. (Mit 5 Abbildungen.) — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Babeuf, Biographie. (Mit Portrait.) — Produktive und unproduktive Arbeit. Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie. Von H. Oldenburg. — Was uns die Statistik lehrt. — Statistik sozialistischer Reichstagswahlen. — Die Vergiftung des Volkes. — Aus alten Papieren. — Post-Porto-Tarif. Telegramm-Tarif. Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel ꝛc. ꝛc. — Marktverzeichnisse für ganz Deutschland.

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück, gebunden 40 „ } netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.

Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
Betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New & Golden Square.

Nr. 106. Sonntag, 8. September. 1878.

Eine Betrachtung nach den Wahlen.

Das Volk braucht nur einig zu sein in dem, was es will, um politisch mächtig, um unwiderstehlich zu werden. Sind von den 10—12 Millionen Männern in Deutschland, welche das allgemeine Wahlrecht besitzen, auch nur 7 Millionen in einer bestimmten sozialpolitischen Ueberzeugung geeint, so giebt es keine Gewalt, die ihrem Willen zu widerstehen vermöchte, so vollziehen sich alle von den 7 Millionen gewollten politischen und wirthschaftlichen Reformen ohne Blutvergießen, ohne Gewalt.

Um eine blutige Revolution zu vermeiden — darum arbeitet die Sozialdemokratie mit allen ihren Kräften an der Einigung des Volkes in der einen sozialistischen Ueberzeugung.

Ist es nun möglich, daß die Grundsätze einer Partei, welche auf dem Wege friedlicher Verbreitung ihrer Anschauungen am besten ihre sozialpolitischen Ziele zu erreichen überzeugt ist, einem Buben die Mordwaffen gegen den Landesfürsten in die Hand drücken können?

Nein und tausendmal nein — die Hödel und Nobiling und all' der Aussatz, welcher von den herrschenden Zuständen, ihrem Elend und ihrer Verworrenheit, mit Nothwendigkeit erzeugt wird, haben mit der Sozialdemokratie nicht mehr zu thun, als die Krankheiten mit dem Arzte, der sie heilen will.

Wenn also die Reichsregierung sofort nach dem Schusse Hödel's mit einem Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie kam, so hatte sie unrecht; und wenn sie nach dem zweiten Attentate sogar den Reichstag auflöste, weil er jenes Ausnahmegesetz mit großer Majorität verworfen hatte, so zeigte sie nur, daß sie von den möglichen Ursachen der verübten Verbrechen entweder nichts begreifen konnte oder wollte.

Die sogenannte reichsfreundliche Presse stürzte nach dem Attentate Nobiling's blind und toll auf das rothe Tuch zu, welches ihr von der Regierung vorgehalten wurde. In dem einen Schrei: Nieder mit den Sozialdemokraten! waren alle nichtsozialistischen Parteien einig.

Die Ernüchterung von dem Taumel brutaler Vernichtungslust ist jetzt allerdings eingetreten. Der nationalliberalen Partei vor Allem ist ein Licht aufgegangen; es ist ihr auf einmal klar geworden, daß es der Reichsregierung nicht so sehr um die Vernichtung der Sozialdemokratie, als um die Auflösung der liberalen Parteien zu thun ist.

Die Liberalen waren dem Fürsten Bismarck zur Gründung des deutschen Reiches nöthig, weil insbesondere die Süddeutschen liberal waren und einem conservativen Preußen sich niemals gutwillig untergeordnet hätten. Deshalb durften die Führer der Liberalen bei der Gesetzgebung im Reichstage mitreden, deshalb wurde die wirthschaftliche Gesetzgebung nach den liberalen Grundsätzen des vollständigen Freihandels, der freien Concurrenz in Produktion und Verkehr, eingerichtet.

Nun besteht das deutsche Reich — die Reichsregierung ist des ewigen Dreinredens von Seiten der parlamentarischen Größen satt, ihre Wirthschafts- und Handelspolitik wird ihr unbequem — die Liberalen können also gehen.

Die Liberalen loszuwerden, dazu war das Hödelgesetz ein treffliches Mittel. Die Liberalen hatten es abgelehnt — man brauchte also nur dem Volke einzureden, daß ohne solch' ein Ausnahmegesetz die Welt aus Rand und Band gehen müsse, daß „die besonnenen Elemente" des Volkes für die Wahl eines Reichstags sorgen müßten, der die Regierung in ihren Bestrebungen zur Erhaltung der öffentlichen Sittlichkeit besser unterstützte — — und dann mußten ja andere Männer in den Reichstag kommen, Männer ganz nach dem Herzen Bismarck's.

Als die Liberalen merkten, wie der Wind blies, betheuerten sie in der Herzensangst um ihre Reichstagssitze geschwind, sie wollten jetzt gern jedes Ausnahmegesetz gegen die bösen Sozialdemokraten annehmen. Aber die Reichsregierung blieb und bleibt unerbittlich — sie half den Conservativen, wo sie konnte, und schabet noch immer den Liberalen nach Kräften.

Darum ist auch alles Gerede von der freiwilligen Vereinigung der sogenannten Ordnungsparteien eitel blauer Dunst. Wo sich die Liberalen den Conservativen nicht demüthig und bescheiden unterordnen, giebt es keine Vereinigung. Erst wenn sie ihren ganzen Liberalismus abschwören, haben sie gegründete Hoffnung, von der Reichsregierung und den von dieser bevorzugten conservativen Parteien zu Gnaden aufgenommen zu werden.

Und so stehen denn die Liberalen wirklich jetzt vor dem Sprung in den Abgrund. Springen sie nämlich bei der Berathung der Ausnahmegesetze über den vorgehaltenen Stock, so sind sie für alle Zeiten bei dem Volke in den Abgrund der Verachtung gefallen; springen sie nicht über den Stock, so bedrängt Bismarck sie so lange, bis sie den Namen selbst, den schönen Namen: Nationalliberal ablegen, und sind dann gestürzt in den Abgrund der völligen Vergessenheit.

Man kann die Situation nach allen Seiten betrachten, immer sieht man den in den Schmutz gefallenen Liberalismus.

Verdient hat er diese Situation reichlich.

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Die von Herrn Gottschall — Verzeihung: Herrn Hofrath von Gottschall — redigirte, ultrareichstreue und weiland ultrabismärckische „Revue": „Unsere Zeit" sagt in dem Septemberheft über das Ausnahmegesetz:

„Drakonisch ist dieses neue Gesetz, durch welches eine Partei, welche gegen 500,000 Wähler, also gewiß gegen zwei Millionen Anhänger zählt, vom Erdboden vertilgt werden soll. Die Geschichte aller Zeiten lehrt, daß sich durch solche Gesetze Ideen und Parteien nicht wirksam bekämpfen, am wenigsten vernichten lassen. In der freien Presse und beim Versammlungsrecht, welche beide zu den Grundrechten des deutschen Volkes gehören, ist für alle solche Bestrebungen zugleich das Ventil gegeben, durch welches gewaltsame Explosionen verhütet werden. Durch Verstopfung dieses Ventils ruft man die letzteren hervor. Die Annahme eines Gesetzentwurfes, wie der dem Bundesrath vorliegende ist, würde in kurzer Zeit das deutsche Reich an den Rand der Revolution führen. Mindestens aber sollte kein Abgeordneter, der diesem Gesetz seine Zustimmung ertheilt, noch die Stirn haben, sich zu den Liberalen zu zählen, welche Etikette auch die Partei, der er angehört, aufgesteckt haben mag. . . . .

„Nimmt der Reichstag dasselbe an, so steuert das deutsche Reich mit vollen Segeln im breitesten Fahrwasser der Reaktion; eine Zeit der Gesinnungspolizei und Gedankeninquisition, die an die vormärzlichen Jahre erinnert, eine Zeit der Denunziationen, welche schon jetzt hinlänglich durch die mehr als 500 Prozesse wegen Majestätsbeleidigung illustrirt wird, bricht heran. Das Doppelgesicht des Gesetzentwurfes, der neben dem terroristischen Medusenhaupt, das er der Sozialdemokratie zuwendet, auch die Züge eines in das alte Präventivsystem zurückfallenden Spezialpreßgesetzes trägt, macht dasselbe für die Freiheit des deutschen Geistes nur um so bedrohlicher."

Für einen Gottschall ist das sehr viel. Unrichtig ist übrigens die Anspielung auf vormärzliche Zustände. Die vormärzliche Reaktion war außerordentlich liberal verglichen mit der heutigen. Fürst Bismarck hat es glücklich fertig gebracht, daß wir die Rückkehr des Metternich'schen Systems als einen Fortschritt betrachten müßten. —

Ein nationalliberales Provinzialblatt, das „Pösnecker Tageblatt", dessen Redakteur zu Herrn Lasker (der dort gewählt ist) in Beziehungen steht, spricht sich wie folgt aus:

„An sich ist das Gesetz nicht annehmbar, weil damit jede Meinungsverschiedenheit von der zeitweilig herrschenden in staatlich-sozialen Angelegenheiten straffällig sein würde. In früheren Jahrhunderten wurde Denjenigen die Berechtigung zur Existenz geradezu abgesprochen, die in religiösen Dingen andere Ansichten hatten, als die zeitweilig herrschenden waren. Später, bis auf die neueste Zeit, ging es den Protestanten in streng katholischen Ländern nicht viel besser. Und doch waren diese oft die bravsten und rechtschaffensten Menschen, die nichts weiter verbrochen hatten, als anderer Ansicht als die herrschende in religiösen Dingen gewesen zu sein. Heutzutage ist dies wenigstens in Deutschland anders geworden; wegen abweichender religiöser Ansichten wird Niemandem mehr die Existenzberechtigung abgesprochen. Aber soll dafür die staatlich-soziale Verfolgungssucht eintreten? Die mittelalterliche Barbarei würde dann nur unter anderem Namen sich geltend machen.

„Jedoch auch der Consequenzen wegen ist der Gesetzentwurf unserer Ansicht nach nicht annehmbar. Der Begriff Sozialdemokratie ist nämlich ein äußerst dehnbarer. Ein Jeder, der über staatlich-soziale Angelegenheiten nachdenkt und Reformvorschläge zu machen sich erkühnt, selbst in der ehrenvollsten Absicht, würde Gefahr laufen, straffällig zu werden. Wie weit dies gehen kann, das haben uns die letzten Reichstagswahlen bewiesen, wo von conservativer Seite selbst die Nationalliberalen als „Reichsfeinde" bezeichnet wurden und wir aus Lasker's eigenem Munde erfuhren, daß er als Sozialdemokrat erklärt worden sei. Es dürfte demnach leicht dahin kommen, daß man gar nicht einmal Sozialdemokrat zu sein braucht, um als solcher verfolgt und bestraft zu werden."

Sehr richtig, aber trotzdem für das Gros der Herren Nationalliberalen nicht zutreffend, weil diese überhaupt keine Preßfreiheit wollen und sich ihrer Harmlosigkeit und Servilität ja wohl bewußt sind, um glauben zu können, sie hätten Verfolgungen zu befürchten. Freilich mit dem Nationalliberalismus als politischem Faktor ist's dann auch vorbei.

Ein russisches Blatt, die gemäßigt, aber auch sehr gemäßigt liberale „Petersburger Zeitung", schreibt:

„Das Gesetz hat den Charakter einer Ausnahme-Maßregel, welche stets den ruhigen Gang des inneren Staatslebens auf's Empfindlichste stört. Es ist daher kein Wunder, daß das bloße Gerücht über das neue Gesetz die Gemüther in Deutschland ungemein erregte. Sie sehen in demselben eine außerordentliche Verstärkung der Administrativgewalt, zum Schaden der richterlichen Gewalt, und fürchten, daß die Einführung eines Tribunals gegen die Sozialdemokraten auch alle übrigen Parteien bedrohen könnte. Die außerordentliche Maßregel, zu der Fürst Bismarck seine Zuflucht nimmt, wird wohl kaum wohlthätig auf seine innere Politik wirken und seine Popularität schwer schädigen."

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Untergang des „Großen Kurfürst" wird von einem Fachmann im neuesten Heft der (nationalliberalen) „Deutschen Revue" einer eingehenden Kritik unterworfen, die sich dahin zusammenfassen läßt, daß weniger das Verschulden Einzelner, als das in unserer Marine herrschende stramme militärische System, unter welchem das seemännische Element leidet, als die eigentliche Ursache des Unglücks anzusehen sei. „Das herrschende System, so heißt es in dem Artikel, geht davon aus, daß die praktischen seemännischen Erfahrungen, welche andere Marinen im Laufe von Jahrhunderten gemacht und deren weise und zweckmäßige Ausnutzung Schiffe und Geschwader vor Unglücksfällen bewahren, in unserer Marine vielfach als überflüssig betrachtet werden. Man will an maßgebender Stelle nicht anerkennen, daß praktische Seemannschaft die Grundlage aller Nautik ist. Man stellt statt ihrer die Theorie und das rein militärische Prinzip, deren sonstige volle Berechtigung wir jedoch willig anerkennen, in die erste Reihe, sowohl für Offiziere wie für Mannschaften, anstatt es umgekehrt zu machen, und das ist ein falsches Prinzip. Dieses unglückliche System, das zu Zeiten des Prinzen Adalbert zum großen Nutzen der Marine nicht herrschte, ist nicht nur die indirekte Ursache der Katastrophe, sondern muß, wenn es nicht verlassen wird, die Marine unfehlbar dem Ruin entgegenführen, von dem der Untergang des „Großen Kurfürsten" und die schwere Beschädigung des „König Wilhelm" nur der Anfang sind. — —

„Die Antwort auf die Frage: „was war die direkte Ursache des Zusammenstoßes?" lautet: „Die Leute am Ruder des „König Wilhelm" haben im Momente der Gefahr den Kopf verloren und — wie es in den offiziösen Auslassungen über diesen Punkt heißt — gegen den wiederholten Befehl des Wachoffiziers das Ruder nach der entgegengesetzten Seite, d. h. nach Backbord statt nach Steuerbord, gelegt." Wir haben keinerlei Ursache, diese Angaben zu bezweifeln, und nehmen sie als völlig richtig an; aber dann müssen wir unbedingt die andere Frage stellen: „Wie ist es möglich, daß sechs Seeleute, zu deren fachlichen Obliegenheiten das Steuern eines Schiffes gehört, und ebenso der mit der Aufsicht am Ruder betraute Unteroffizier sämmtlich den Kopf verlieren konnten?" Darauf giebt es nur eine Antwort: „Die Leute waren seemännisch für ihren Dienst nicht geeignet, sonst ist die Sache einfach nicht möglich."

Den weiteren Ausführungen des Verfassers, der seinen Stoff vollständig beherrscht und dessen Kritik darum auch eine für unsere Marineverwaltung wahrhaft vernichtende ist, können wir aus Mangel an Raum nicht folgen. Hoffentlich gelingt es, die von dem größten Theil unserer „gutgesinnten" Presse systematisch todtgeschwiegene Katastrophe im Reichstag zur Sprache zu bringen und durch unnachsichtige Aufdeckung der Schäden womöglich die Wiederholung ähnlicher Massenopfer unserer braven Matrosen zu verhüten.

— Zur Kaiser-Wilhelm-Spende. Mit welchem Jubel wurde das Unternehmen auch von den „Liberalen" begrüßt, die zu beschränkt waren, hinter dem patriotischen Auftreten des betreffenden Comités ein conservatives Wahlmanöver zu wittern. Ja, die liberalen Blätter faselten davon, daß über die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland sich betheiligen würde und stellten eine Gesammtsumme von 10 Millionen Mark in Aussicht. Jetzt gestehen die Blätter beschämt ein, daß nur etwa ein Viertel der Bevölkerung gespendet hat und zwar die erbärmlich geringe Summe von 1 Million 800,000 Mark. Man sieht, daß die Reichstreue sehr in's Wanken gerathen ist. Das war übrigens nach den Vorgängen der letzten Monate nicht anders zu erwarten.

— Zur Vernichtung der Sozialdemokratie. Am 2. Oktober wird in Wittenberg eine Versammlung des Provinzial-Schullehrervereins stattfinden. Ein Lehrer Wießner will dort einen Vortrag über „Sozialismus vom Standpunkte der Pädagogik" halten und hat zu demselben folgende Thesen aufgestellt:

A. Wesen der Sozialdemokratie: In Erwägung, daß die Sozialdemokratie 1) politische und ökonomische Gleichheit für alle Menschen fordert, welche bei der ungleichen Begabung unmöglich ist, 2) alles individuelle und ideale Streben vernichtet, mehr Genuß und weniger Arbeit verheißt, wodurch geistige Versumpfung eintreten muß, 3) Religions- und Vaterlandslosigkeit predigt, 4) Vernichtung der herrschenden und besitzenden Klassen lehrt, 5) die Herrschaft der ungebildeten Klassen anstrebt — verwirft die Pädagogik die Sozialdemokratie. B. Mittel zur Bekämpfung derselben: 1) Sorgfältige Kenntniß der Ziele und Wege der Sozialdemokratie seitens des Lehrers. 2) Strengere Erziehung der Jugend. 3) Gründlichere und gleichmäßigere Ausbildung der Jugend durch Einführung der allgemeinen Volksschule, obligatorische Fortbildungsschule in Stadt und Land und Hebung der Volksschule und deren Lehrer.

„Sorgfältige Kenntniß der Ziele und Wege der Sozialdemokratie!" Ein Mensch, der als ein Ziel der Sozialdemokratie „die Herrschaft der ungebildeten Klassen" hinstellt und der dann noch von sorgfältiger Kenntniß der Ziele der Sozialdemokratie zu sprechen wagt, ist entweder der vollendetste Heuchler oder der vollendetste . . . .! Herr Lehrer Wießner mag wählen.

— Die Staatsanwaltschaft zu Berlin hat den Kronprinzen des deutschen Reiches unbewußt und allerdings nur indirekt zum Kaiser von Deutschland proklamirt. Die „Wage" und die „Berliner Freie Presse" sollen nämlich, wie allgemein gemeldet wird, ohne richterliche Entscheidung confiscirt worden sein. Dadurch hätte die Staatsanwaltschaft den § 97 des Strafgesetzbuchs (Beleidigung des Regenten oder eines Mitgliedes des landesherrlichen Hauses) mit dem § 95 (Kaiser- und Landesherrnbeleidigung) verwechselt. Ohne richterliche Entscheidung kann nämlich ein Blatt confiscirt werden, welches sich einer Majestätsbeleidigung schuldig macht; wegen Kronprinzenbeleidigung, auch wenn der betreffende Prinz wirklicher Regent wäre,

ist erst vor der Confiscation die richterliche Entscheidung einzuholen. Die Staatsanwaltschaft zu Berlin hätte also gut gethan, den § 23 des Preßgesetzes, in welchem die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches aufgezählt sind, nach welchen sie das Recht hat, ohne richterliche Entscheidung zu confisciren, sich genauer anzusehen. Wenn die Berliner Staatsanwaltschaft auch keinerlei Rüge ihres ungesetzlichen Vorgehens wegen erhalten wird, so ist es doch keineswegs angenehm (vorausgesetzt, daß die Konfiskation lediglich auf Antrag der Staatsanwaltschaft stattfand), vor dem ganzen Volke eine derartige Unwissenheit zu zeigen.

— Ein sehr einfaches Heilmittel für unsere politisch-sozialen Uebelstände hat Professor Biedermann in Leipzig entdeckt. Es lautet: Uebertragung der Diktatur an den Fürsten Bismarck. Natürlich wird das nicht so direkt herausgesagt. Die grammatikalisch etwas bedenkliche Phrase des nationalliberalen Wunderdoktors lautet:

„Gewährung einer von dem Reichskanzler unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit frei zu übenden diktatorischen Gewalt."

Die „persönliche Verantwortlichkeit" ist köstlich und wird dem „Kladderadatsch" bestens empfohlen. Wir bringen den Biedermann'schen Vorschlag, der allen Ernstes von der „Kölnischen Zeitung" discutirt wird, lediglich zu dem Zweck, um den Bankrott der nationalliberalen Partei zu zeigen, die vollständig am Ende ihres Lateins ist.

— Das Henkerbeil scheint Ferien zu bekommen. Wie aus Posen gemeldet wird, ist die Todesstrafe, zu welcher der Raubmörder Jankowski vom dortigen Schwurgerichte wegen der, unter grauenhaften Umständen erfolgten Ermordung der Försterstochter in Sowiniec bei Moschin verurtheilt worden war, durch den Kronprinzen in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt worden.

Ferner verlautet, das gegen den doppelten, wo nicht dreifachen Berliner Raubmörder Thürolf gefällte Todesurtheil werde wahrscheinlich nicht vollstreckt werden, weil Thürolf die ihm zur Last gelegten Verbrechen leugne und „nach althergebrachter Praxis nur in Fällen, in denen ganz evident das todeswürdige Verbrechen — sei es durch bestimmte Zeugenaussagen über die That selbst oder das eigene Geständniß des Verbrechers — erwiesen worden, eine Bestätigung des Todesurtheils erfolgt ist."

In Sachen Lehmann-Hödels wurde diese „althergebrachte preußische Praxis" allerdings nicht beobachtet, denn er ist hingerichtet worden, obgleich „die Zeugenaussagen über seine That" nicht konklusiv waren und ein „eigenes Geständniß" bekanntlich nicht vorlag, im Gegentheil bis zum letzten Moment die entschiedenste Verneinung der Absicht auf den Kaiser zu schießen. Aber —

— „Eine Niederlage der rothen Internationale." Unter diesem sensationellen Titel erzählten vor etwa 5 Wochen die deutschen Bourgeoisblätter ein Rührgeschichtchen, des Inhalts, daß in Belgien zu Jemappes eine Sektion der Internationale durch die deutschen Attentate „bekehrt" worden sei, feierlich die rothe Fahne verbrannt und sich selbst unter das Präsidium eines philanthropischen Bourgeois gestellt habe. Die Sache wurde mit solcher Wichtigkeit behandelt, daß man denken mußte, ganze Arbeiter-Armeen — nicht winzige Bataillone — hätten sich von der Internationale, d. h. vom Sozialismus abgewandt und die sozialistische Bewegung in Belgien einen tödtlichen Stoß erhalten. In dem Trouble des Wahlkampfes vergaßen wir, nähere Erkundigungen einzuziehen — wußten wir ja doch im Voraus, wie solche Geschichten gemacht werden. Da die Niederlage der rothen Internationale das erstemal nicht genügende Wirkung gethan hat, so läßt man sie jetzt das zweitemal durch die Presse marschiren. Eine Lüge wird bekanntlich durch Wiederholung Wahrheit — nach der Ansicht gewisser Leute. Und mit einer höchst albernen Lüge haben wir es zu thun. Zunächst handelt es sich blos um 21, in Buchstaben: einundzwanzig Mann; ferner haben diese einundzwanzig Mann niemals der Internationalen angehört. Es waren politisch ungebildete und indifferente Leute, wie es deren auch unter den Arbeitern überall leider noch viele giebt; sie traten, auf Weisung ihres Arbeitgebers, eines gewissen Brumier, der die bekannte Hungerpeitsche schwang, in die aus kaum 10 Mann bestehende Jemapper Sektion der „Internationalen" ein, und — majorisirten die Sektion. Das ist Alles; und über diese Kinderei solcher Lärm, solcher Jubel! Man sieht, mit welch' bescheidenen „Erfolgen" in Arbeiterkreisen die Herren Bourgeois sich begnügen müssen, daß die Organisation der Internationale in Belgien eine sehr mangelhafte ist, wissen unsere Leser beiläufig seit Jahren; sie wissen aber auch, daß die Arbeiterbewegung in Belgien fortwährende Fortschritte macht.

— Die russische Culturmission hat soeben eine grelle Beleuchtung gefunden. Eine aus Vertretern der europäischen Mächte bestehende Commission begab sich vor einiger Zeit in die Rhodope Gebirge südwestlich des Balkan, um die Ursachen der muhamedanischen Insurrektion zu erforschen, welche dort seit einem halben Jahr allen Angriffen der Russen trotzt. Das Resultat der Untersuchungen ist: der Aufstand wurde durch wahrhaft haarsträubende Gräuelthaten der Russen hervorgerufen, durch Gräuelthaten, die Alles in den Schatten stellen, was von russischer Seite weiland den Türken vorgeworfen ward. Und hier handelt es sich nicht um Tendenzlügen, sondern um amtlich, von unparteiischen Männern festgestellte Thatsachen, die dadurch nicht erschüttert werden können, daß die Bevollmächtigten Oesterreichs und des deutschen Reiches sich schließlich weigerten, das (mit ihrer eigenen Hilfe zusammengestellte!) den Commissionsbericht enthaltende Protokoll zu unterschreiben — ein Akt rührender „Erbfreundschaft", der aber gerade nicht geeignet sein wird, das Ansehen Deutschlands und Oesterreichs im civilisirten Ausland zu heben. Wir werden in der nächsten Nr. Auszüge aus dem Commissionsbericht bringen.

— 29 088 Mark 58 Pfg. sind für die letzte Wahlbewegung bei dem Kassirer der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Genossen Geib, eingegangen und zwar in 545 einzelnen Posten; dann von Hamburg in zwei größeren Beträgen und von Leipzig diejenigen Summen, welche im „Vorwärts" als von der Expedition empfangen fortlaufend quittirt worden sind. Auswärtige Beiträge sind in obiger Summe enthalten: Belgien 1144, Oesterreich-Ungarn 160, London 939, Schweiz 1050 Frcs. und 85 Mark 10 Pfg., Dänemark 84, Paris 262 und Amerika 3860 Mark. — Alle größeren Städte und fast sämmtliche „offiziellen" Wahlkreise haben ihre eigenen Ausgaben reichlich durch eigene Mittel gedeckt. So sind in Berlin gegen 15,000 Mark, so in Leipzig und Umgegend noch außerdem 3000 Mark, in Elberfeld Barmen ca. 6000 M., Altona gegen 9000 M. 2c. 2c., so daß im Ganzen ca. 150,000 M. für die Wahlbewegung seitens unserer Partei aufgebracht worden sind.

— Wahlresultate in Berlin bei der Nachwahl am 4. September: Im ersten Wahlkreise fielen auf unseren Candidaten J. Most 1797 (gegen 2121 am 30. Juli). Ludwig Löwe 7465 (30. Juli 8976). Stauffenberg 1390 (30. Juli 2812). Zersplittert 104 St. — Im zweiten Wahlkreise bekam unser Candidat Aug. Baumann 7505 (30. Juli 7583). Hoffmann 14,088 (30. Juli 15,730). Struckmann 3064 (30. Juli 5020). Zersplittert 24. Ungültig 35 St.

— Genosse Tischer in Görlitz ist aus seiner Haft wieder entlassen worden.

Correspondenzen.

Bern, 1. September. In Nr. 101 des „Vorwärts" berichtet Genosse Kruhl über seine Erlebnisse nach der erfolgten Ausweisung aus dem Kanton Schaffhausen. Diese Ausweisung ist die Veranlassung zu meiner Correspondenz, da es Ihre Leser doch interessiren wird, wie Schweizer Arbeiter sich zu der Thatsache einer Ausweisung eines politischen Flüchtlings verhalten. Am 17. August fand eine allgemeine Versammlung, einberufen von der Arbeiter-Union, hierselbst statt, zu welcher als Themata „die erfolgten Reichstagswahlen in Deutschland und das Asylrecht in der Schweiz" aufgestellt war. Genosse Gutsmann referirte und wie seine Ausführungen über die unter so grandiosen Bedrückungen errungenen Erfolge der deutschen Sozialisten den Beifall aller Anwesenden fanden, so auch die sehr scharfen Bemerkungen über die Art und Weise, wie das Asylrecht hier gehandhabt wird. Die Arbeiter-Union hatte zu diesem Punkt der Tagesordnung den Ständerath Herrn Zangger und die Herren Nationalräthe Bleuler, Scheuchzer, Vögelin und Dr. Joos eingeladen, jedoch nur der Letztere war erschienen, die andern Herren hielten es gar nicht der Mühe werth, ihr Nichterscheinen zu entschuldigen, ein Verfahren, welches wir uns gehörig ad notam nehmen werden. Herr Dr. Joos, übrigens wohlbekannt durch seine vielfachen humanitären Bestrebungen, bemerkte nun, daß das Asylrecht für jeden politischen Flüchtling in der Schweiz gewährleistet sei, daß aber die kantonalen Behörden öfters aus Unkenntniß oder Böswilligkeit den betreffenden Personen Chikane bereiten. Uebrigens werde er darauf hinwirken, daß von Bundeswegen das Asylrecht geregelt werde, damit manchen Ausschreitungen gewisser Polizeiorgane ein Riegel vorgeschoben wurde. Herr Dr. Joos bedauerte weiter, daß der Fall Kruhl gerade in dem Kanton Schaffhausen vorgekommen sei, den er im Nationalrath zu vertreten habe, und da die Einzelheiten der Ausweisung Kruhl's ihm ganz unbekannt seien, wolle er sich nach Schluß der Session der Bundesversammlung sofort darüber orientiren und der Arbeiter-Union in Bern Mittheilung machen. (Bei dieser Gelegenheit eine Frage an Genosse Kruhl: Warum wandten Sie sich nicht bei dieser Ausweisungs-Affaire sofort an das Bundescomité des Schweizerischen Arbeiterbundes? Seien Sie versichert, dasselbe hätte alle Hebel, und zwar wirksam in Bewegung gesetzt.)*) Der Refererent G. Gutsmann brachte nun folgende Resolution ein: „Die am 17. August im Biergarten stattgefundene und zahlreich besuchte Versammlung erklärt es als eine Ehrenpflicht für die Schweizer Arbeiter, das Asylrecht der Schweiz auch den sozialistischen Flüchtlingen zu sichern; sie betrachtet es, bis die Schaffhausener Behörde nicht vollständig entlastet ist, als eine Schande, daß Herr Kruhl aus Schaffhausen ausgewiesen wurde. Sie erklärt es ferner als eine dringende Aufgabe des Centralcomités des Grütlivereins und des Schweizerischen Arbeiterbundes, dahin zu wirken, daß auf eidgenössischem Wege das Asylrecht für alle politischen Flüchtlinge gewährleistet und damit den Chikanen einzelner Polizeibehörden ein Riegel vorgelegt werde." — Ein deutscher Flüchtling verhielt sich gegen die angeblich scharfe Fassung der Resolution ablehnend, während die Schweizer Bürger, wie Fischer, Präsident des Schreinervereins, Bechtold, Präsident vom Steinhauerverein und Goldschmidt, Präsident der Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft, energisch für dieselbe eintraten. Die zahlreiche Versammlung sprach sich denn auch mit allen gegen eine Stimme für Annahme dieser Resolution aus. — Die Versammlung, sehr animirt, machte auf die Anwesenden den Eindruck, daß die Schweizer Arbeiter das Asylrecht, welches den sozialistischen Flüchtlingen verkümmert werden soll, aufrecht erhalten zu wollen. Dem Centralcomité des Grütlivereins und dem Bundescomité des Arbeiterbundes ist diese Resolution mitgetheilt worden, und es ist zu erwarten, daß diese beiden Behörden der Schweizerischen Arbeiter-Verbindungen voll und ganz ihre Schuldigkeit thun.

Im Auftrage der Arbeiter-Union Bern:
Georg Kröber, Sekretär.

Berlin, 4. Sept. Ein Herr Dürholt sendet uns folgende Berichtigung:

„Die in der Nummer des „Vorwärts" vom Mittwoch, den 4. September, unter Berlin gebrachte Notiz über den Redakteur der „Tribüne", „Dürholt", ist unrichtig. Der Redakteur Dürholt ist vielmehr bei der erwähnten Affaire, als er ahnungslos die Leipziger Straße in Berlin passirte, von dem betreffenden Kellner, gegen den die Untersuchung eingeleitet ist, überfallen und mißhandelt worden."

Glauchau, 4. Sept. Die zweitägige geheime Hauptverhandlung gegen Klemich, Kraut, Franz und Schlesinger endete gestern Abend ¾10 Uhr und hatte folgendes Resultat: Klemich wurde zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, wovon zwei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt zu erachten sind. Kraut erhielt zwei Monate, welche als verbüßt galten, Franz erhielt drei Monate, von denen noch ein Monat zu verbüßen ist, Schlesinger bekam einen Monat, der durch die Untersuchungshaft ebenfalls schon als erledigt gilt. Sämmtliche Angeklagte wurden sofort in Freiheit gesetzt.

W. **Chemnitz**, 28. August. Endlich haben sich die Wogen der Wahlschlacht wieder geglättet, Ruhe ist eingetreten auf den Gefilden, auf denen noch vor wenig Tagen die Parteien im heißen Ringen um die Siegespalme gestritten haben. „Chemnitz, die Hochburg der Sozialisten, ist nicht mehr!" so jubelten am Abend des 30. Juli unsere Feinde, „der Sozialismus hat sein

*) Genosse Kruhl befindet sich gegenwärtig im Gefängniß zu Halberstadt. D. R. d. B.

Zeichen und Symptome des sozialpolitischen Erwachens in Rußland.

(Von einem Russen.)

I.

Die Zustände scheinen bei uns sich radikal ändern zu wollen. Obwohl nun „Schein" und „Sein" nicht immer übereinstimmen, so kann man doch selbst durch den Nebel unseres vom Kriege noch mehr als gewöhnlich verwickelten Lebens schon manches in der Zukunft durchschauen, was logisch aus den bisherigen Fällen hervorgeht. Auf den Zusammenhang der Vorfälle des letzten Winters und Frühlings, von denen einzelne in Ihrem Blatte erörtert wurden, wollen wir jetzt die Leser des „Vorwärts" aufmerksam machen. Unserer Meinung nach sind es Zeichen und Symptome des sozialpolitischen Erwachens des russischen Geistes. Früher sah Rußland keine öffentlichen Proteste, keine Straßenversammlungen. Seit Anfang der 60er Jahre — wenn es auch starke Anregungen gab — ging es mit dem öffentlichen Leben immer bergab bis Anfang der 70er Jahre, als endlich die sozialdemokratische Propaganda, von vielen kleinen Gruppen geführt, ausbrach. Wohl fanden Ende der 60er Jahre von Zeit zu Zeit Haussuchungen und sogar politische Prozesse statt, doch regten dieselben das gebildete Publikum und die studirende Jugend sehr wenig auf, und in die Arbeiterkreise gelangte die Aufregung gar nicht. Die politischen „Schwärmer" jener Zeit blieben dem Volke unbekannt und hatten auch keinen Erfolg, da sie kein ausgearbeitetes Programm besaßen. Seit 1872—74 datirt die auch jetzt mehr planmäßig fortgeführte sozialistische Agitation. Der große, diesen Winter abgelaufene sozialistische Prozeß der 197 Männer und Frauen, über den Sie im „Vorwärts" seinerzeit berichtet haben, sowie eine Menge kleinerer Prozesse im Laufe der Jahre 1875—78 zeigten der öffentlichen Meinung, daß die russische Sozialdemokratie mit ihrer Sache Ernst machte, daß sie die sozialistischen Ideen gut zu verbreiten wußte und dadurch auf das Bewußtsein der Arbeiter wirkte. Die Rede Peter Alexjeew's, eines einfachen Arbeiters aus Moskau, im Frühling 1877 war eine große Ueberraschung wie für die Richter so auch für viele aus weiteren Kreisen. In dem Maße aber wie die Agitation und Propaganda mehr und mehr um sich griff, wuchs auch die Reaktion, die Ende der 60er Jahre etwas nachzulassen schien. Die Administration behandelte die Sozialisten und jede Opposition auf solch' grausame Weise, daß dies für uns selbst, die wir schon Manches in Rußland erlebt haben und an allerlei Gesetzwidrigkeiten gewohnt waren, kaum denkbar schien. Seit Mesenzoff*), der die Stelle des wahnsinnig gewordenen Potapoff's, die Leitung der russisch-politischen Inquisition, die den Namen der III. Abtheilung führt, übernahm, konnte sich das russische Baschi-Bozukthum in Verfolgungen und Haussuchungen in seinem vollen Glanze zeigen. Es ist wohl gut, auf gesetzlichem Boden gemüthlich zu kämpfen, wenn man nur stets gesetzlich behandelt wird. Wenn man aber, wie in Rußland, für „vogelfrei" erklärt wird, dann muß es zu schlimmen Folgen kommen. Und es ging endlich bei uns los, und als Signal

„Fiel an der Newa eisigem Strande
Plötzlich der erste Schuß."

Dem ersten Schuß folgten noch mehrere in den verschiedenen Orten Rußlands, denn alles hat sein Maß, und die menschliche Langmuth auch! — Der Prozeß Sassulitsch wurde zum Wendepunkt in der russischen öffentlichen Meinung; für die Bourgeoisie und Liberale nur für kurze Zeit. Als die Freisprechung der Sassulitsch verkündet wurde, brach das im Gerichtssaale sich befindende Publikum (unter denen sehr wenige Sozialisten waren) in frenetische Jubel- und Bravorufe aus. Noch mehr, als in den darauf folgenden Tagen die unter russischer Censur stehenden Preßorgane mit unerhörtem Muthe sich gegen den administrativen Despotismus aussprachen, da konnte man glauben, die oppositionelle Bourgeoisie werde einen energischen Protest gegen das herrschende System loslassen und in ernstdrohender Weise eine Verfassung fordern. Doch ein paar gegen diese „tapfere" Presse seitens der Regierung losgelassenen Prügelmaßregeln genügten, um die Ungehorsamen zum Schweigen zu bringen. Uebrigens ebenso hasenfeig sind die Herren Liberalen in aller Herren Länder! . . Aber trotzdem erwachte das edle Menschengefühl in mancher Brust, und der erste offene Protest ging nicht spurlos vorbei. — Die abscheulichen Kriegszustände und die Unterschlagungen der Armee-Intendanten traten mehr und mehr in die Oeffentlichkeit, und dadurch kamen sehr viele Gebildete zu dem Bewußtsein der Unzulänglichkeit des czarischen Systems. Mit einem Worte, der Todtenwurm war und ist an der Arbeit, und der Polizeistaat wird ihm kaum Widerstand leisten können. Bald darauf kommt die von der Regierung in Moskau inscenirte Straßenmetzelei gegen Studenten und Bürger, die dazu beitrug, daß alle ehrlichen Leute sich mit Abscheu von der Regierung abwendeten. Die Sozialisten indessen setzten ihre Agitation unerschrocken fort, jeden Fehler der Regierung ausbeutend. Flugschriften, Aufrufe, „Erklärungen" wurden letzten Winter in ungeheuren Massen verbreitet. Anfang März d. J. erschien endlich ein schon lange erwartetes sozialistisches Organ unter dem bescheidenen Namen „Natschalo" (Der Anfang)*), im Format der „Berliner Freien Presse", wöchentlich einmal erscheinend. Darüber wurde auch seinerzeit im „Vorwärts" (Nr. 63) berichtet. Wohl ging die Regierung mit zahlreichen Haussuchungen und Verhaftungen vor in Petersburg, Odessa, Charkow, Kiew und allen größeren Centren, wo solche Schriften gedruckt und verbreitet worden; wohl ließ sie in mehreren großen Typographien der Residenz durchsuchen und durchstöbern; die Setzer kirrend mit einer 1000 Rubelbelohnung im Falle des Entdeckens des Ursprungs des „verdammten" sozialistischen Blattes — aber alles umsonst! Der „Anfang" hatte schon im Mai eine Auflage von 2000 Exemplaren, die nach allen Richtungen des Czaren-Reiches, sogar nach Sibirien, verbreitet wurden. Auch der Prozeß und die Gerichtsverhandlungen der 197 wurde in Lieferungen aus der geheimen Druckerei verbreitet. Letzteres war sehr nothwendig, denn der „Regierungsanzeiger", aus dem alle russischen Zeitungen politische Sachen betreffend ihre Weisheit schöpfen, brachte nur den Anklageakt, ein höchst verworrenes und lügenhaftes Machwerk; die Reden der Angeklagten und Vertheidiger, die unverschämten Verhandlungen verschwieg dieses Blatt wohlweislich. Dieser Prozeß, in dem Spione als Zeugen auftraten, und wegen dessen mehrere Dutzend junger Männer und Frauen jahrelang in Untersuchungshaft zu schmachten hatten, endete mit einem Fiasko für die Regierung, denn selbst der hirnlose Senat**) mußte mehr als die Hälfte der Angeklagten frei-

*) Unter Potapoff war Mesenzoff dessen Vice-Chef und wußte sich schon auf diesem Posten durch Gemeinheiten und sein höchst corrumpirtes Wesen sogar in seinen eigenen aristokratischen Kreisen unmöglich zu machen.

*) Zur Gründung dieses Blattes schritt man mehr als ein halbes Jahr vor dessen Veröffentlichung, doch hatte man mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, und so konnte man nur im März dieses Jahres zur Drucklegung der ersten Nummer schreiten.

**) Der russische Senat hat sehr wenige Freisprechungen in politischen Prozessen aufzuweisen, da die Regierung schon im Voraus die Strafen für einen jeden politischen Angeklagten feststellt. Also die Senatsverhandlungen sind reine Comödie und Niemand hat irgend welche Achtung für dieselben.

Grabgeläute klingen hören", setzten sie hinzu. Wir waren jedoch nicht gewillt, uns so ohne Weiteres zu den Todten zu legen, sondern wir warfen uns nur um so erbitterter auf den Feind, allüberall da, wo wir uns in engerem Kampfe mit ihm messen mußten. Unsere hiesigen „Reichstreuen", die mit dem Aufwand aller Kräfte, die Hungerpeitsche in der einen, den Schein auf „Arbeit und Brod" in der andern Hand gegen uns ins Feld zogen, sind Sieger geblieben im 16. Wahlkreis. Doch der Lohn für die von uns abtrünnig gewordenen Arbeiter bleibt nicht aus. Es sind schon viele, die den Erzreaktionär Vopel gewählt haben, aus der Arbeit entlassen worden. In Proklamationen, riesigen Plakaten und mündlich gegebenen Versprechungen sicherten die Vopelianer dem Arbeiter „Arbeit und Brod" zu, wenn sie Vopel wählten, und des Teufels Dank ist vielen geworden, die es gethan haben. Wäre Most im Wahlkampfe Sieger geblieben, so hätten viele am Rande des Bankerotts stehende Fabrikanten den Mantel des „Patriotismus" umgehangen und höhnend gerufen: „Laßt Euch von Most Arbeit geben." Nun folgen trotzdem Entlassungen, und dieselben werden in nächster Zeit in größerem Maßstabe eintreten, der Lohn für die Sieger wird nicht ausbleiben. Wir sind in Chemnitz thatsächlich durch die Arbeiter besiegt worden. Gegen 3000 Arbeiter, die früher mit uns gestimmt haben, wählten diesmal Vopel, und auf unseren Vorhalt, daß sie es gezwungen gethan haben, weil ihnen mit Entlassung gedroht wurde (und in einer Stadt, wo Tausende arbeitslos sind, besagt dies viel), da erklärten sie in den öffentlichen Blättern, sie hätten es „freiwillig" gethan. Arbeiter, die zu unserem Wahlfond Geldbeiträge beigesteuert haben, gaben am Wahltage Vopel ihre Stimme, um ihre Stellung nicht zu verlieren. Unsere Stimmenzahl, ca. 10,000, danken wir zum Theil dem unabhängigen Bürgerthum. Unter denselben Umständen, wie der 16. Wahlkreis am 30. Juli d. J., ist im Januar v. J. der 15. Wahlkreis verloren gegangen. Wir haben ihn am 16. August wiedergewonnen, weil die Arbeiter einsahen, daß sie die Betrogenen waren; statt des versprochenen Brodes hat man ihnen Steine gegeben, und diese lagen ihnen schwer genug im Magen. So wird es auch bei uns kommen; wenn unsere Arbeiter den Dank der Fabrikanten kennen gelernt haben, so werden sie bei der nächsten Wahl ihnen sicher keine Liebesdienste mehr erzeigen. Durch die Wiedereroberung des 9. und 15. Wahlkreises und die Erstürmung des 20. Wahlkreises haben wir jedoch die Scharte von Chemnitz wieder ausgewetzt. Unsere Kornblumenritter, die in Schaaren in die Nachbarwahlkreise zogen und, im Gefühl der Unüberwindlichkeit, sich möglichst breit machten, mußten jämmerlich geschlagen heimwärts ziehen. Für ihre Dreistigkeit, unsere Versammlungen zu sprengen, erhielten sie im 15. Wahlkreise nicht blos moralische, sondern auch wirkliche, gutgezielte und, wie die Folge lehrte, sehr heilsame Prügel. Darob natürlich großes Geschrei in Israel, begleitet von dem Hohngelächter aller ehrlichen Leute. Geradezu erstaunlich ist es zu nennen, daß in den Orten der neugewonnenen Wahlkreise, wo unsere Gegner am tollsten wütheten, wir eine größere Stimmenzahl, als dies sonst der Fall war, ernteten. In den letzten Tagen vor der Wahl im 9. und 15. Wahlkreise entfaltete sich daselbst ein reges Leben. Siebenzig Dresdner Parteigenossen marschirten, sowie die Wahl im 9. Wahlkreise vorüber war, in den 15. Wahlkreis, um dort die Genossen zu unterstützen. Angefeuert zu reger Thätigkeit wurden sie durch die Siegesbotschaften, die aus Dresden, Zschopau, Berlin und Barmen-Elberfeld einliefen, und ihr Feuereifer wurde auch belohnt. Die Zahl der Versammlungen kann ich, da sie mir nicht genau bekannt sind, nicht angeben. Als Redner wirkten Hasenclever, Goldstein, Schuster, Lauschke, Hörig, Liebknecht, Nauert, Motteler, Wiemer, Werner u. A. Die Redner der Gegner alle aufzuführen, lohnt sich wohl nicht, denn es waren oft große Stümper darunter, und einem unserer Agitatoren trat oft ein ganzer Schwarm reichstreuer Maulhelden entgegen. Daß wir mit Allen fertig wurden, hat der Ausgang der Versammlungen und der Wahl überhaupt bewiesen.

Klingenthal i. V., 22. August. Die „Gartenlaube" hat seinerzeit das Vogtland als ein reiches, industrielles Ländchen geschildert, was in Bezug auf Letzteres seine Richtigkeit hat, jedoch mit dem „reich" hat es so sein Bewenden — es sind eben Einzelne reich, während die ungeheure Mehrzahl des arbeitenden Volkes Nichts hat. Jetzt zumal liegt die Industrie auch darnieder und es werden wahre Hungerlöhne gezahlt. Bei der Geigenfabrikation bekommt z. B. ein Arbeiter (Meister) für ein Dutzend ordinärer Geigen (fix und fertig) fünfzehn Mark. Da kommt nun noch dazu, daß der Arbeiter sämmtliches Material vom Händler auf's theuerste beziehen muß. Wer in einer größern Stadt Gelegenheit hatte, die Preise der Geigen kennen zu lernen, der wird nun wissen, wer den eigentlichen Verdienst davonträgt. Nun kommt aber beim Lohnauszahlen noch hinzu, daß viele Fabrikanten zugleich Kaufleute sind und ihre Arbeiter mit Waaren statt Geld auszahlen*). Daß die Waaren auch danach eingerichtet sind, kann sich Jeder leicht denken. So ist es schon vorgekommen, daß z. B. ein Laib Brod beim Fabrikanten dem Arbeiter 8 Pf. theurer angerechnet wurde u. s. f. Auf diese Art ist das Vogtland ein reiches Land geworden — Tausende haben Nichts und Einzelne haben Alles. Daher läßt es sich auch erklären, wenn hier der Sozialismus so leicht Boden gefunden hat. Trotz der allergrößten Wahlbeeinflussungen sind dennoch für den Sozialisten über 4000 Stimmen abgegeben worden. Diese Stimmen repräsentiren aber richtige, überzeugte Sozialisten und sind kein Stimmvieh, wie von unseren Gegnern behauptet wird, denn wer bei der letzten Wahl den Muth hatte, Farbe zu bekennen, der gehört uns für immer. Fr.

*) Also das nach dem Gewerbegesetz verbotene „Truckſystem". R. d. „V."

Volkmarsdorf bei Leipzig, 2. September. Unser bekannter Parteigenosse Vogenitz erläßt einen trefflichen Aufruf an die sozialistischen Wähler der folgendermaßen lautet:

„Arbeiter! Die Wahlen zum deutschen Reichstag sind vorüber. Trotz der gemeinsten Lügen, Verdächtigungen und Bedrohungen ist es den Arbeitern gelungen, 9 Vertreter ihrer Interessen in den Reichstag zu bringen. Unter den verloren gegangenen Wahlkreisen befindet sich auch der 13. sächsische (Leipzig-Land). Nicht, daß die Arbeiter lässiger in der Agitation, lässiger im Sammeln von Geldern für die Wahl gewesen wären — im Gegentheil, noch nie haben die Arbeiter des 13. Wahlkreises so viele Stimmen auf ihren Candidaten vereinigt, so viele materielle Opfer gebracht. Der Grund der Niederlage ist lediglich in der gemeinen Kampfesweise der Gegner zu suchen, welche theilweise unsere Versammlungen sprengten, theils die Wirthe in der Weise beeinflußten, daß sie uns ihre Säle zur Abhaltung von Versammlungen verweigerten. So war es uns unmöglich, auf dem Lande, bei den Bauern, zu wirken. Aber daß nicht allein. Der Verleger des „Leipziger Dorfanzeiger", des gelesensten Blattes im Kreise, Herr G. Kürsten, verweigerte die Aufnahme unserer Inserate und Wahlaufrufe in obengenanntes Blatt, während es seine Spalten den Gegnern öffnete, welche denn auch in Lügen und Verdrehungen das Möglichste leisteten.

„Das Höchste was jedoch in dieser Beziehung von diesem Blatt geleistet wurde, war unstreitig das „Eingesandt" eines Dr. Friedrich-Friedrich, worin die Arbeitgeber aufgefordert wurden, die sozialistisch gesinnten Arbeiter zu entlassen, sie ihrer Gesinnung wegen auf das Straßenpflaster zu werfen, sie brodlos zu machen. Es heißt in demselben, nachdem vorerst der Verfasser natürlich die Sozialdemokratie für die Attentate verantwortlich gemacht, unter Anderem:

„Mit vollem Rechte hat der deutsche Reichstag das gegen die Sozialdemokratie gerichtete Gesetz (erstes Ausnahmegesetz) abgelehnt, weil dieses Gesetz nicht geeignet war, das Uebel zu vernichten und weil es in der Ausführung auch gegen Unschuldige angewandt werden konnte. Jetzt mögen die deutschen Bürger — und die Reichstagsabgeordneten waren ja nur ihre Vertreter — beweisen, daß sie mit dem Zwecke jenes Gesetzes nicht einverstanden sind und dasselbe nur für eine unzureichende und verkehrte Maßregel hielten. Jeder Bürger muß jetzt selbst, natürlich nur auf dem Wege des Gesetzes, den Kampf gegen die Sozialdemokratie in die Hand nehmen. Diese Lehre fällt, wenn den Vertretern und Anhängern derselben der Boden der Existenz in Deutschland entzogen wird. Dieses geschieht, wenn kein Meister, kein Fabrikant, kein Bürger einen Mann, der zu den Sozialdemokraten gehört, in Arbeit nimmt und ihm Verdienst giebt. Es ist dies eine harte Maßregel, allein sie ist nothwendig. Sie ist vollständig gesetzlich, deshalb muß sich jeder patriotisch Gesinnte zu diesem Schritte entschließen. Lässigkeit und Gleichgültigkeit machen in dieser Beziehung zum Mitschuldigen der Sozialdemokratie, weil sie dieselbe materiell unterstützt."

Dieser Aufforderung ist man denn auch hier und noch viel mehr in andern Wahlkreisen nachgekommen. In verschiedenen Dörfern unseres Kreises, hauptsächlich den reinen Bauerndörfern wurden die ländlichen Arbeiter und Knechte direkt von dem Inspektor oder Gutsbesitzer zur Wahlurne geführt und ihnen vor dem Wahllokal der Dietze'sche Stimmzettel eingehändigt. — Jeder von Euch weiß, was dies zu bedeuten hat, was demjenigen bevorstand, der es gewagt hätte, anders zu stimmen, als es dem Herrn beliebte. Nach dem Friedrich'schen Recept der Hunger.

„Das waren die Mittel, mit welchen die Wahl gemacht, mit welchen „gesiegt" wurde. Das war keine freie Wahl, es war eine gezwungene. Sind die Arbeiter auch unterlegen, so sind sie mit Ehren unterlegen, während unsere Gegner keine Ursache haben, sich ihres mit solchen Mitteln errungenen Sieges zu rühmen.

„Auch in unserm Ort, welcher stets und auch diesmal wieder die meisten Stimmen für den Candidaten der Arbeiterpartei abgab, hatte sich ein Comité der Gegner gebildet, welches folgenden Aufruf im „Dorfanzeiger" erließ:

„Wähler von Volkmarsdorf! Das unterzeichnete Ortswahlcomité bittet alle Freunde der Ordnung, am Wahltage, den 30. Juli c., ihre Pflicht nicht zu versäumen, sondern Mann an Mann an der Wahlurne zu erscheinen und ihre Stimme dem Candidaten der vereinigten Ordnungsparteien, Hrn. Rittergutsbesitzer J. G. Dietze in Pomßen zu geben. Jeder Säumige würde sich die Schuld beizumessen haben, wenn der hiesige Ort abermals von einem Candidaten der Umsturzpartei im Reichstage vertreten würde.

Volkmarsdorf, den 25. Juli 1878.

Das Ortswahlcomité."

Folgen ca. 90 Unterschriften, von denen 4, laut öffentlicher Erklärung der Betreffenden ohne Wissen und Willen derselben unter den Aufruf gesetzt, demnach, wie in einer Note bemerkt wird, gefälscht wurden. Dann heißt es weiter:

„Die Arbeiter von Volkmarsdorf haben am 30. Juli die richtige Antwort gegeben. 976 Stimmen fielen auf den Candidaten der Arbeiterpartei, 344 auf den Conservativen. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie nicht gesonnen sind, noch länger das „Stimmvieh" für ihre Gegner abzugeben, sondern ihr Geschick nnd die Verbesserung ihrer Lage selbst in die Hand zu nehmen.

„Aber es genügt nicht, daß die Arbeiter blos bei den Wahlen zusammenhalten, es ist nothwendig, daß sie auch außerdem fest zusammenstehen, daß sie gleich den Gegnern auch diesen „den Boden der Existenz entziehen", indem sie nur bei denjenigen Händlern ꝛc. kaufen, welche ihnen nicht bei der letzten Wahl feindlich gegenübergetreten sind. Wie du mir, so ich dir!

„Arbeiter von Volkmarsdorf! Unser Genosse Dohne ist seiner Gesinnung wegen bereits gemaßregelt worden; vielen Anderen ist es ebenso ergangen. Angesichts dessen müssen auch wir Selbsthilfe üben, uns unserer Haut wehren. Mögen die Gegner darob zetern und schimpfen: sie haben diesen Kampf selbst heraufbeschworen. Sie haben jenes frevelhafte Spiel begonnen, indem sie die Brandfackel des Klassenhasses in den politischen Kampf schleuderten und die Arbeiterpartei auf's Niederträchtigste beschimpften und verleumdeten. Wer den Anfang gemacht — es war die „Ordnungspartei" — mag nun auch die Folgen tragen. Für uns gilt es jetzt mehr als je, zusammenzuhalten und die Freunde der Arbeitersache, die sich als unsere Brüder bewiesen haben, zu unterstützen. Deshalb kaufe man bei den Arbeiterfreunden und nicht bei den Arbeiterfeinden."

Bruchsal, 17. August. Die Reaktion hat bei uns gesiegt. Einen Sieg hat sie erfochten, der uns leider die Schamröthe in's Gesicht steigen ließ, wollten wir uns eines solchen Sieges erfreuen. Alle Hebel und Werkzeuge hat sie in Bewegung gesetzt und natürlich auf dem Lande noch ganz erfolgreich operirt. Ist dies aber eine freie, geheime und direkte Wahl, wenn sie von Ortsschulzen, Förstern, Geistlichen, Lehrern, Gendarmen u. s. w. gemacht wird? Das Resultat konnte man voraussehen. Auch wir wurden in die Wahlbewegung förmlich hineingetrieben, trotzdem unser Kreis, nach Gutachten des Centralwahlcomits in Hamburg, zu den „nichtoffiziellen" Kreisen gehörte. Wir widmeten uns nach Kräften der Agitation im Gothaischen Wahlkreise und sind daselbst theilweise auf harten Widerstand gestoßen. — Für unsere Gegner war die Lauheit von unserer Seite betreffs unseres Wahlkreises geradezu peinlich und leisteten dieselben bei der Sozialistenhetze ganz Vorzügliches. Wir ließen Alles über

---

sprechen. Und dieser barbarische Prozeß ging von Statten zur selben Zeit, als die Regierung mit der Befreiung der Balkanslaven beschäftigt war. Die Intelligenz und die Bourgeoisie sogar, dessen Kinder, Brüder und Schwestern in den Kasematten schmachten, sah immer feindlicher dies herrschende System an, und die demokratische Strömung gewann mehr Sympathie. Dies alles bereitete wohl die einige Monate später erfolgte Freisprechung der Wjera Sassulitsch durch Geschworene aus derselben Masse vor, die mit den Schurkenstreichen der Regierung bekannt war und auf die durch Flugschriften eingewirkt worden war. Wie die Freisprechung erfolgte und was darauf folgte — das wissen schon die Leser des „Vorwärts" (S. d. Nrn. 48, 50, 63 u. a. d. J.).

Mit der Agitation ging man immer vorwärts; Studenten- und Arbeiterversammlungen wurden im Hofe der Medicinischen Akademie und in Privatlokalen abgehalten; Petitionen an den Minister Palen und Proklamation der studirenden Jugend an „alle ehrlichen Leute" wurden erlassen. Es entstand sogar eine eigene Art von Journalen, sogenannte „Gefängniß-Revue" — ein großes Heft aus Gedichten, Erinnerungen und Erzählungen bestehend, die von den Inhaftirten geschrieben und durch ihre Freunde ins Publikum gesetzt wurden, ohne daß die Administration etwas dagegen ausrichten konnte. An mehreren Orten kam die Aufregung zum Vorschein, so daß in Odessa der freigesprochene Student Phomitschew (wegen Propaganda unter den in Odessa garnisonirenden Soldaten angeklagt, „Vorwärts" Nr. 40) durch die Straßen auf den Händen getragen wurde. Die Fluth stieg immer höher. Es mußte weiter ausbrechen .... und es brach aus.

— Kornblume. Auf den Sedanfesten hat die Kornblume in den ordenssehnsüchtigen Knopflöchern zahlreicher „reichstreuer" Individuen gesteckt, ebenso wie bei der Wahlbewegung in den Knopflöchern der „reichstreuen" Versammlungssprenger. An und für sich ist es wohl ganz gleichgültig, welches Abzeichen diese Herren bei ihren Thaten und bei ihren Festen wählen. Aber eine bessere Wahl als die Kornblume konnten sie nimmer treffen. Das Veilchen ist allzubescheiden, die Rose besitzt zarten Duft und die Lilie ist ernst und still — die Kornblume aber prangt in schillerndem Kleide als Unkraut, ohne Wohlgeruch, ohne jeglichen Nutzen, lediglich den nahrhaften Roggen und den kostbaren Weizen unterdrückend, auf den Kornfeldern. Von Kindern bejubelt und zu Kränzen gewunden, vom ernsten Landmanne verflucht, wuchert das blaue Unkraut in zahllosen Massen in ganz Deutschland. Selbst berufene Kinderschriftsteller, wie Ludwig Herbst, führt in eigenthümlicher Weise den Kindern die Kornblume und ihre Verwandten vor: „So zahlreich auch diese Pflanzenfamilie ist, doch wüßt' ich auch kein Glied daraus zu nennen, welches für das Leben des Menschen eine hervorragende Bedeutung hätte." — Wenn nun die „reichstreuen Männer" in ganz Deutschland ihre freie Zeit, die sie sonst meist mit allerlei Ulk todtschlagen, in vernünftiger Weise benutzen wollen, so mögen sie allsommerlich auf die Felder ziehen und die Kornblumen, das wuchernde Unkraut, ausraufen; sie erhalten dann zugleich eine „Knoblochs"-Zierde, die ihnen selbst in ihrer Bedeutung gleicht und schaffen für die Landwirthschaft doch einigen Nutzen. — Also frisch auf zum nächsten Sommer, ihr Knoblochs- und Kornblumenritter!

— Wozu deutsche Sodaten gut sind. „Es sollte kürzlich bei der Vermählung der Prinzessin von Preußen im Neuen Palais zu Potsdam der schon lange nicht in Gebrauch gewesene Muschelsaal auf seine Tragfähigkeit geprüft werden. Man versammelte zu diesem Zwecke einige Dutzend Potsdamer Gardisten, ließ sie zwei und zwei antreten und commandirte: „Ganzes Bataillon tanzen!" Die tapferen Söhne des Mars waren zwar anfangs ob dieser neuesten Uebung sehr erstaunt, lösten aber schließlich mit gewohnter Bravour auch diese Aufgabe. Nach Aufführung einiger Tänze überzeugte man sich, daß der Saal tragfähig sei und commandirte „Halt!" Keuchend stellten sich die gehorsamen Truppen auf und zogen von dannen." — So erzählen „liberale" Blätter den Vorfall. Stürzte der Saal bei der Probe ein, dann brachen nur einige brave deutsche Soldaten Hals und Beine — was liegt daran? Probte man erst nicht, sondern feierte und tanzte ohne Probe und es stürzte der Saal dann ein, dann brachen andere Personen Hals und Beine, um dies zu vermeiden, mußten deutsche Soldaten „probetanzen". Da ist der so viel berufene „Fackeltanz" der Minister in Kniehosen — und wenn die Beine noch so dürr sind — doch viel gemüthlicher.

— „Mit Pulver und Blei". Ein blutdürstiger Wütherich treibt im Feuilleton der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" sein mörderisches Wesen. In der Nummer vom 4. September (geschrieben am 3. September im Sedan-Katzenjammer) hat derselbe z. B. „unter dem Strich" zwischen die sonst höchst harmlosen literarischen Notizen folgendes hübsche Torpedo'chen praktizirt:

„Die kleine Broschüre: „Die Arbeiterfrage. Ein Wort zur sozialen Bewegung der Gegenwart von Dr. Friedrich Merschmann" (Leipzig, Böhme), ist ein Abdruck eines schon vor einiger Zeit in der Wissenschaftlichen Beilage der „Leipziger Zeitung" veröffentlichten Aufsatzes, beleuchtet ihr Thema vom christlich-ethischen Standpunkte aus und erblickt in einer von christlichem Geiste durchdrungenen Gesinnung die einzig wirksame Macht gegen den Sozialismus. Dem gegenüber vermögen wir die Befürchtung nicht zu unterdrücken, daß die „soziale Frage" sich in Deutschland bereits derartig verschärft und zugespitzt hat, daß sie durch Kampher und Moschus nicht mehr geheilt, sondern nur noch durch Pulver und Blei gelöst werden kann."

Bravo! Ein Glück nur, daß die Nürnberger Keinen hängen, den sie nicht haben, und die Biedermänner keinen todtschießen, der sich ihnen nicht vor die Flinte stellt, ganz abgesehen davon, daß die Biedermänner auch dann nicht die Courage hätten, eine Flinte loszudrücken; sie könnte ja rückwärts schießen, was namentlich bei Hinterladern sehr zu befürchten ist.

Zur Sedanfeier.

Dumpf lärmt es in den Gassen,
Es wälzen sich die Massen
Als wie ein wogend Meer.
Und bunte Fahnen flattern,
Racketen sprühn und knattern
Und Jubel rings umher.

Ein Schlachtag wird gefeiert,
Erinnerung erneuert
An ruhmgekrönten Sieg. —
Doch horch, dort aus der Kammer,
Tönt eines Weibes Jammer:
Den Gatten raubt der Krieg.

Das Bild des einzig Einen
Betrachtend muß sie weinen,
Es weint mit ihr der Knab'. —
Schweig'! Wahnbethörte Menge!
Ertönet Trauerklänge!
Denn Tausend' deckt das Grab ....

Berlin, 2. September. P. Z.

uns ergehen und hüllten uns in noch tieferes Schweigen, welches schließlich Anlaß zu seltsamen Gerüchten gab, u. A. sagte man, die Sozialdemokraten könnten sich in keinem Lokal mehr aufhalten, sie müßten sich im Freien versammeln u. s. w., und schließlich hatte die Polizei schon eine solche Versammlung auseinandergesprengt. Diese und noch ganz andere Dunkelgeschichten erzählte man sich von den Sozialdemokraten, bis wir endlich am Mittwoch, den 24. Juli, durch die gemeine und rohe Schreibweise unserer Gegner herausgefordert, das tiefe Schweigen brachen und mit der Veröffentlichung unseres Wahlaufrufs den Reigen eröffneten. Demselben wurde im hiesigen „Nachrichts- und Intelligenzblatt" die Aufnahme verweigert. Der Redakteur genannten Blattes glaubte durch diese Verweigerung der sozialdemokratischen Wahlbewegung den Todesstoß zu geben, da hatte sich der gute Mann aber sehr verrechnet. Unser Wahlaufruf wurde gedruckt und zwar erschien derselbe in der Freitagsnummer der „Thür. Volkszeitung" und speziell für uns in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Binnen zwei Feierabendstunden war Arnstadt damit belegt und somit unseren Gegnern ein Schnippchen geschlagen. Wir hätten an keine Wahlagitation gedacht, hätte man sich nicht gegnerischerseits geäußert, wir würden den Kohl nicht mehr fett machen, oder hätten nicht den Muth, an die Oeffentlichkeit zu treten; da war es denn an der Zeit, den Leuten zu zeigen, daß es uns an Muth, unsere Interessen zu verfechten, nicht fehlt. Natürlich, zu einer durchgreifenden Agitation auf dem Lande war die Zeit zu gemessen, und hätte uns überhaupt unter den jetzigen Verhältnissen wenig genützt. Die besseren Orte, wo wir auf Stimmen rechnen konnten, wurden von uns mit Wahlschriften belegt und in verschiedenen dieser Orte haben unsere Parteigenossen einen schweren Stand gehabt, denn die Herren Ortsvorsteher hatten ihre Polizisten gut abgerichtet. Natürlich mußten unsere Genossen der Gewalt weichen, wenn sie nicht halb todt geschlagen sein wollten. Einer der Tapfersten betreffs dieser Bravourstückchen war der Landrichter in Geschwenda, einem Orte, der bei den früheren Wahlen die sozialistische Majorität hatte. Derselbe gab seinem Gemeindediener und dessen Complicen so viel Recht, daß dieselben zwei unserer Genossen förmlich aus dem Dorfe stießen, ohne daß man unsererseits etwas machen konnte. Einer dieser Helden hat die Erinnerungsmedaille von 1870—71 getragen. — Wir könnten noch verschiedene solcher Stückchen unseres „Ordnungspöbels" anführen, jedoch kennzeichnet dieser Fall schon genügend die Kampfweise unserer Gegner. An Maßregelungen haben es unsere Arbeitgeber auch nicht fehlen lassen, die glücklicherweise nicht von so durchgreifender Natur waren, daß sie den betreffenden Parteigenossen hätten wesentlich viel schaden können. Einigen unserer Genossen wurde mit Entlassung gedroht, falls sie sich ferner öffentlich an der Agitation betheiligten; es blieb natürlich bei der Drohung, trotzdem unsere Genossen nach wie vor öffentlich thätig waren. Der Wahltag kam; mit den besten Hoffnungen ging Jeder von uns an seinen Posten, erwartungsvoll, wie und auf welche Weise der für uns so sehr wichtige Tag enden würde. Leider haben uns unsere Erwartungen getäuscht, die 1397 im vorigen Jahre in unserem Wahlkreise abgegebenen sozialistischen Stimmen haben sich auf 186 reduzirt, und davon hat Arnstadt 155 Stimmen, während es im vorigen Jahre 497 auf unsern Candidaten Wilhelm Bock vereinigte. Darüber natürlich großer Jubel im liberalen Lager. Das hiesige „Nachrichts- und Intelligenzblatt" versteigt sich sogar zu der Aeußerung, daß nun endlich einmal der Arbeiter zu einer anderen Ansicht gekommen sei, und die verwerflichen Ideen der Sozialdemokratie einer gesunden Anschauungsweise Platz gemacht haben. Was nun die „gesunde Anschauungsweise" betrifft, diese wollen wir dem Redakteur genannten Blattes angelegentlichst empfehlen. Wir aber behaupten mit Bestimmtheit, daß von den 516 Stimmberechtigten in Arnstadt, die sich am 30. Juli der Wahl enthielten, zwei Drittheile der sozialistischen Wählerschaft angehören, die meistens aus Furcht vor Entlassung nicht wählten. So wie hier, ist es auch in anderen Städten und Ortschaften der Fall gewesen. Im Arnstädter Stadt- und Landbezirk enthielten sich allein 1120 Wahlberechtigte der Abstimmung. Ueber dieselben haben sonach unsere „ehrenfesten" Gegner keine Gewalt gehabt und sie zu einer Wahl bewegen können, die ihrer Ueberzeugung zuwider gewesen wäre. Nur gemach, Ihr Herren! Wir treten vom Kampfplatze noch nicht zurück, wir arbeiten ruhig weiter, bis die Furcht vor unseren Peinigern einer wirklich ruhigen und gesunden Anschauungsweise betreffs der Bestrebungen der Sozialdemokratie Platz gemacht hat.

Ueberhaupt darf die liberale Partei nicht frohlocken, denn auch sie steht sich im Nachtheil, wenn sie nicht von der Regierung unterstützt wird, wie es hier bei der letzten Wahl der Fall war. Man beklagt sich seitens dieser Partei über viele Wahlbeeinflussungen und hat dieselbe auch bereits Protest gegen die Wahl des conservativen Landraths Reinhardt erhoben. Gerade ebenso, wie man es jetzt mit Euch, Ihr Herren Liberalen, gemacht, so habt Ihr es voriges Jahr mit uns gemacht. Ja, das war ganz was Anderes, Bauer, das waret Ihr und jetzt sind wir's. R. S.

Frankfurt a. M., 30. August. Dem „Frankfurter Journal" wird aus Offenbach, 28. August, geschrieben: „Zur Abwehr gegen eine Aeußerung des Hofpredigers Stöcker, des bekannten Führers der christlich-sozialen Arbeiterpartei in Berlin, geht uns von hier von geschätzter Hand folgende interessante Mittheilung zu: Nach dem Referate in Ihrer Nr. 237 über die am 23. d. in Berlin stattgehabte Versammlung der christlich-sozialen Arbeiterpartei hat Hofprediger Stöcker in derselben betreffs des Redakteurs der eingegangenen „Volkswacht", Löschmann, zu seiner Entschuldigung behauptet, es sei der Mann ihm von einem süddeutschen Dekan „als treu und zuverlässig" empfohlen worden. Dem gegenüber dürfte es geboten sein, dem Gedächtniß des hochwürdigen Herrn zu Hilfe zu kommen und ihn daran zu erinnern, daß in dem fraglichen Schreiben jenes Dekans die Worte enthalten sind: „Sein (Löschmann's) Leben ist nicht makellos. Er hat ihm anvertraute Mündelgelder angegriffen und diesen Fehltritt mit Gefängnißstrafe verbüßen müssen." — Das heißt doch nichts weniger als treu und zuverlässig!!

Was wohl der arme Stöcker „in tausend Aengsten" zu dieser allerdings „interessanten" Mittheilung sagen wird? Der fromme Herr Pastor erscheint ja da in einem höchst zweifelhaften Lichte! Doch, es war halt auch nur ein „Fehltritt", wenn freilich auch ein etwas großer! —o—

Hildesheim, 30. Aug. Bei der heutigen Verhandlung beim kleinen Senat der hiesigen Strafkammer wurden 7 Mann wegen Spielens in verbotener Lotterie (der Tombola-Loose) zu je drei Mark oder ein Tag Haft verurtheilt. Der Vertreiber der Loose, C. Hilder, erhielt für die 12 verkauften Loose incl. des von ihm gespielten 36 Mark Strafe resp. 6 Tage Haft. Außerdem wurde auf Tragung der Kosten erkannt.

Heidelberg, 3. September. Wenn ich auf den in Nr. 80 enthaltenen Artikel von hier, welcher speziell an meine Adresse gerichtet war, heute erst antworte, so geschieht es, weil ich dieser Tage erst auf diesen Artikel aufmerksam gemacht wurde. So sehr ich nun aber trotz allem inzwischen Vorgefallenen fest an der Ueberzeugung halte, die ich voriges Jahr in meiner kleinen Broschüre: „Die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie" rückhaltlos auszusprechen für meine Pflicht hielt, und so sehr ich deswegen ebenso rückhaltlos auf Seiten Derjenigen stehe, welche das neueste Vorgehen sowohl der Regierungen als einzelner Arbeitgeber auf's Entschiedenste verurtheilen, so sehr bedaure ich, constatiren zu müssen, daß nach eingezogener genauer Erkundigung der Thatbestand ein etwas anderer ist, als er in jenem Artikel dargestellt wurde. Der bejahrte Vorsitzende der hiesigen freien Gemeinde — wenn man überhaupt den aus 6—10 Personen bestehenden Rest der frühern noch eine „Gemeinde" nennen kann — ist freilich persönlich den sozialdemokratischen Bestrebungen allerdings nicht sehr hold; aus bloßer Antipathie gegen dieselben hat er aber noch niemals, und auch jetzt nicht, wie er mich versicherte, einen seiner Arbeiter entlassen. Beweis dafür ist, daß nach derjenigen Entlassung, von welcher in dem betreffenden Artikel die Rede ist, heute noch ein der sozialdemokratischen Partei Angehöriger bei ihm arbeitet, und er nicht daran denkt, blos wegen dieser seiner Parteistellung demselben zu kündigen.

Carl Scholl.

NB. Ich ersuche die Blätter, welche den betreffenden Artikel von Heidelberg gebracht haben, auch diese Berichtigung aufzunehmen.

Briefkasten

der Redaktion. M. H. Mannheim: Der betreffende Fall fällt nicht unter das Haftpflichtgesetz. Wenn also auf dem einfachen Wege der Privatentschädigungsklage — und darüber können wir kein Urtheil abgeben — nichts zu machen ist, so steht es schlimm um den Verletzten.

der Expedition. Ed. Echnr Wien: Ihre Geldsendung ist in Nr. 85 quittirt. — G. H, Zittau: Der Geistliche hat das Recht für Aufnahme des Protokolles bei der Anmeldung des Austritts aus der Kirche 1 Mk. zu verlangen, ebenso 1 Mk. für Ausstellung des Austrittsattestes. Als Dissident können Sie keine Kirchenämter bekleiden, sind aber auch von der Kirchensteuer frei, wie Sie auch als Dissident für das Begräbniß Ihres Kindes an einen Geistlichen oder Kirchenvorstand, der damit nicht das Geringste zu thun hat, keine Zahlung zu leisten haben. — F. Fürm Hamburg: Heft 11 der Zukunftsmedizin wird demnächst erscheinen.

Quittung. St. u. K. hier Ann. 6,00. Fischr Wurzen Ab. 20,00. Mär Reichenbach Schr. 15,00. Lgs Hannover Ann. 1,20. Hfr Bern Ab. 3,34 Sbl Dortmund Ab. 18,60. Gls Hochfeld Ab 16,60. Gfttr Steyr Schr. 1,77. Zmmrmn Hersfeld Ab. 1,00. Ws Christofsgrund Ab. 28,19. Fnk Linden Schr. 10,00. Hlngl Nordhausen Ab. 10,96. Albrz Esslingen Ab. 15,00. Simmr Regensburg Ab. 18,00. Brg Zeitz Schr. 37,00. Bßlr Ochsenfurth Ab. 1,85. Ldrr Ebmath Ab. 3,00. Hrrch Hof Ab. 6,70. Mär Verden Ab. 13,95.

Unterstützungsfonds.

Von M. M. Mainz 1,00. Bll Dresden 3,00.

Hannover u. Linden. Den Parteigenossen u. Freunden empfehle ich mein reichhaltiges Herbst- und Winterstofflager zur Anfertigung von Herrenkleidern. Für pünktliche und reelle Bedienung garantirt (35)
1,[0] **H. Rudolph**, Mittelstr. 11/II.

Allgem. deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin

(Eingetragene Genossenschaft).

In der am 25. August d. J. stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung wurden folgende Beschlüsse gefaßt, welche wir hiermit laut § 29 unseres Statuts den Mitgliedern zur Kenntniß bringen.

1) Für das abgelaufene Geschäftsjahr, vom 1. April 1877 bis zum 31. März 1878 wird an diejenigen Mitglieder, welche am Schluß des Geschäftsjahres im Besitz eines vollen Antheils (30 Mark) waren 6 pCt Dividende vertheilt.

Die Dividende wird auf den wirklichen Geschäftsantheil (27 Mark) berechnet und gelangt mit 1,62 pro Antheil zur Auszahlung.

2) Folgende Paragraphen der Statuten wurden geändert und lauten nunmehr wie folgt:

§ 19.

Das Rechnungsjahr beginnt mit dem 1. April und schließt mit dem 31. März des folgenden Jahres.

In der Zeit vom 1. April bis 20. Mai jeden Jahres hat der Vorstand, unter Controlle des Aufsichtsrathes, die Inventur aufzunehmen, alsdann spätestens bis 1 Juni die Jahresrechnung aufzustellen und dem Aufsichtsrath zur Prüfung zu unterbreiten. Der Aufsichtsrath muß die Prüfung binnen 8 Tagen vollziehen, worauf vom Vorstand der Geschäftsbericht festgesetzt und an die Mitglieder der Genossenschaft gedruckt versandt wird. Die Versendung des Geschäftsberichts muß spätestens vier Wochen vor der ordentlichen Generalversammlung erfolgen.

§ 21.

Jedes Mitglied der Genossenschaft, welches mit seinen Ratenzahlungen gemäß § 11 am Eröffnungstage der Generalversammlung nicht restirt und mindestens 6 Monat Mitglied ist, ist berechtigt, zur Generalversammlung Anträge zu stellen, welche spätestens 3 Wochen vor einer Generalversammlung behufs Veröffentlichung der Tagesordnung beim Aufsichtsrath schriftlich eingebracht werden müssen, und persönlich an derselben mit Stimmrecht Theil zu nehmen.

Absatz 2 u. s. w. sind unverändert.

§ 29.

Alle statutgemäß erforderlichen Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen erfolgen in der zu Berlin erscheinenden Zeitung: „Berliner Freie Presse" und in der zu Leipzig erscheinenden Zeitung: „Vorwärts" und sind damit für alle Betheiligten rechtsverbindlich. Für den Fall, daß der

„Vorwärts"

und die

„Berliner Freie Presse"

eingehen, erfolgen die Einladungen und Bekanntmachungen in dem zu Berlin erscheinenden [20,70

„Deutschen Reichs- u. kgl. preuß. Staatsanzeiger"

und sind damit für alle Betheiligten rechtskräftig.

3) In den Vorstand wurden gewählt:

J. Auer, A. Baumann, } Disponenten,
H. Rackow, Kassirer,
sämmtlich in Berlin wohnhaft.

4. In den Aufsichtsrath wurden gewählt: August Geib, G. W. Hartmann, C. Derossi, H. Köhler, O. Kapell, sämmtlich in Hamburg wohnhaft.

Der Vorstand:

J. Auer. A. Baumann. Heinrich Rackow.

NB. Die Dividende kann bei unserer Kasse im Geschäftslokal Kaiser-Franz-Grenadierplatz Nr. 8a in den gewöhnlichen Geschäftsstunden in Empfang genommen werden.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig und ist durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

Inhalts-Verzeichniß:

Vorwort. — Vollständiges Kalendarium. — Aus meinen Erinnerungen. Von Joh. Phil. Becker. — Woher und wohin mit den Kulis? — Wie entstand unsere Welt. Von L. Friwitzer. — Heinrich Heine's Biographie. (Mit Portrait.) — Im Hinterhause. Erzählung von Heinrich Friedenau. — Sonne, Erde und Mond. Ein wichtiges Kapitel für Kalenderkäufer. Von Emil Roßbach. (Mit 5 Abbildungen.) — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Babeuf, Biographie. (Mit Portrait.) — Produktive und unproduktive Arbeit. Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie. Von H. Oldenburg. — Was uns die Statistik lehrt. — Statistik sozialistischer Reichstagswahlen. — Die Vergiftung des Volkes. — Aus alten Papieren. — Post-Porto-Tarif. Telegramm-Tarif. Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel ꝛc. ꝛc. — Marktverzeichnisse für ganz Deutschland.

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „ „

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a.

Soeben erschien und ist sowohl direkt wie durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

Volkskalender für 1879.

13 Bogen gr. 4. Schön illustrirt.

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00 bei direktem Bezuge gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

1879 (Gedicht). Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronologische Charakteristik und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1879. Jüdische Feste; Buß- und Bettage. Die Finsternisse des Jahres 1879. Wetterprophezeiungen. Kalenderzeichen. Zeitunterschiede zwischen Berlin und anderen Orten. Kalendarium, mit Messen und Märkten, Schreibkalender, Planetenerscheinungen, Garten- und Blüthen-Kalender, Wetterprophezeiungen, Anekdoten. Citate aus Göthe's Werken. Unser Planetensystem. Deutsche Tramps in Amerika, von Otto-Walster. Geschichte, von Ed. Sack. Die Wanderheuschrecke. Der Prozeßweg, eine Dorfgeschichte. Ein Reichsminister in Nöthen. Vom hohen Norden und vom Aequator. Pascal Paoli, von Theod. Herm. Lange. Wie ein Bauer seiner Dummheit wegen bestraft wird, und was davon zu halten, von Ed. Sack. Fürstlicher Menschenhandel. Ueber Dampfkesselexplosionen. Weltlauf, von Heinr. Heine. Das Dünendorf, ein Strandleben von Heinr. Smidt. Alt-Griechenland, von Bruno Geiser. Telephon, Phonograph, Mikrophon. Shelley. Sinnsprüche von Friedrich v. Schiller. Die bevorstehende „elektrische" Revolution. Der Moloch. Das Chamäleon. Der Seekrieg. Vermischtes. Ewigkeits-Kalender. Tabellen: Portotabelle, Banknotenverzeichniß. Depeschen- und Wechselstempel-Tarif, Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. Am Schlusse befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betreffende Ausgabe. Den nach der Nordseeküste gehenden Exemplaren wird die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee beigelegt.

Illustrationen:

Monatsbilder. Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Wandernde Libellen. Schwimmender Eisberg. Eisgang im Norden. Ueberraschung durch einen Eisbären. Begräbniß im Eise. Schiff im Eise. Schlittenfahrt eines Eskimo. Karawanenstation zu Abu-Hammed in Nubien. Der sphäroidale Tropfen. Ausgekochtes Wasser. Baker wird beim Einzug in Unyoro als Speke's Bruder erklärt. Ein Wohnsitz des Baristammes. Latuka'sche Grobschmiede. Die Akropolis. Initial Z. Der Moloch. Das Parthenon. Das Chamäleon. Shelley. Reis' Telephon. Bell's Telephon. Die Matterhornkuppen beim Gewitter. Explosion eines Torpedo.

Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volkes.

Bestellungen werden erbeten von
13,80] Braunschweig, 27. August 1878. **W. Fracke jr.**

Bei C. Grillenberger in Nürnberg erscheint in den nächsten Tagen und ist durch alle Buchhandlungen und die Expeditionen befreundeter Blätter zu beziehen:

Deutscher

Arbeiter-Notiz-Kalender

für das Jahr 1879.

9½ Bogen stark, in Taschenbuchformat, gebunden.

Inhalt: Kalendarium. Die für Gewerbetreibende und Arbeiter wichtigsten Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung (Novelle vom 18. Mai 1878, in Kraft tretend am 1. Januar 1879); Haftpflichtgesetz; Lohnbeschlagnahmegesetz; Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes u. die Form der Eheschließungen; Bestimmungen über den Postverkehr. 6 Bogen Schreibpapier für Tagesnotizen mit Geschichtskalender für jeden Tag.

Preis 50 Pfg.

Bei Partienabnahme Rabatt. [6,00

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12.

Wir empfehlen:
Donai: Antwort an die Bekenner des Theismus . Mk. —.10
Hillmann: Organisation der Massen . . . . . „ —.20
Erinnerung an Herwegh . . . . . „ —.10
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützkaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: V. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 107. Mittwoch, 11. September. 1878.

Ein perfides Attentat auf die gesunde Vernunft.

I.

Unter der Ueberschrift: „Die Aufgabe der außerordentlichen Session des Reichstags" bringt die preußisch-ministerielle „Provinzial-Correspondenz" einen Artikel, der an Scheinheiligkeit und Jesuitismus Alles überbietet, was in Bezug auf das Durchdrücken des Ausnahmegesetzes bis jetzt geleistet worden ist.

Wir verkennen gar nicht, daß die preußische Regierung, die einmal A gesagt hat, nun auch B sagen muß, daß sie alle ihre Kraft einzusetzen hat, um ihre Vorschläge durchzubringen. Aber daß das Regierungsorgan für eben dieselbe Regierung, die bis jetzt lediglich durch Machtmittel glänzte, nunmehr am Schlusse des Artikels die Sammetpfötchen dem Liberalismus, dem so vielfach gehöhnten und geschmähten, entgegenstreckt, das ist allerdings kein Zeichen der Kraft, das ist entweder perfide Bauernfängerei oder ohnmächtige Schwäche.

Doch noch schwächlicher ist es, sich unter solchen Umständen bauernfängern zu lassen — und dazu zeigen allerdings verschiedene Biedermänner, alte Jungfern 2c. das höchste Geschick. Es entblöden sich nämlich verschiedene liberale Zeitungen nicht, den oben angedeuteten Artikel der „Provinzial-Correspondenz" ohne ein ablehnendes Wort abzudrucken.

Sehen wir uns nun zunächst den Artikel an.

Der Anfang lautet:

„Am 9. September wird der Reichstag zu einer außerordentlichen Session zusammentreten, um eine außerordentliche Maßregel zu berathen, welche nothwendig geworden ist durch ein dem Leben unseres Volkes künstlich eingeträufeltes, in seinen Wirkungen sich immer mehr ausbreitendes und verschlimmerndes Gift. Eine Unwahrheit ist die oft gehörte Behauptung, daß in unserem Volke, in unserer Gesellschaft bereits ein naturgemäßer, nicht zu überbrückender Gegensatz gewisser Klassen bestehe. Die Unterdrückung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie kann nur mittelst einer gewaltsamen Entstellung bezeichnet werden als die Rechtsberaubung einer ganzen Volksklasse, deren unvermeidliche Folge der verschärfte Haß einer auf solche Art beraubten Klasse wäre. Die Sozialdemokratie ist nicht entsprungen in der vorzugsweise durch körperliche Arbeit thätigen Volksklasse, die sozialdemokratische Lehre ist vielmehr auf dem Boden der Wissenschaft, wenn auch einer künstlich verbildeten, erwachsen. Die Sozialdemokratie ist, wie sie ja selbst sich oft genug rühmt, längst nicht mehr beschränkt auf die körperlich arbeitende Klasse. Sie zählt zu ihren Anhängern alle Unzufriedenen, die das menschliche Loos der Entsagung nicht auf sich nehmen wollen, die zu neidisch sind, um die Güter, die sie entbehren, anderen zu gönnen, und zu selbstsüchtig befangen, um zu begreifen, daß kein Besitz äußerer Güter die Besitzer glücklich macht. Daß das Glück des Menschen unabhängig von allen äußeren Gütern in ihm selbst, in dem Frieden mit Gott und in dem pflichtmäßigen Verhalten zur Mitwelt liege, daß dem treuen und guten Herzen ein Quell der reinsten Freuden fließe, das war bis vor einiger Zeit die Lehre, die unserem Volke in allen Ständen als ein köstliches Gut und als der einzige Leitstern des Lebens eingeprägt wurde. Heute kommt die Sozialdemokratie und will diesen Leitstern für ein künstlich ersonnenes Trugbild ausgeben. Dafür stellt sie ihrerseits allen Leidenden im Volke, die nicht gereift genug sind, um zu fühlen, daß das Leiden zum Leben gehört, das vielfache Trugbild auf: sie könne dem Menschen die Last der Pflicht abnehmen, sie könne ihm ein dem Wunsche eines jeden entsprechendes und doch genau und gerecht bestimmtes Maß des Genusses verbürgen und sie könne die ungeheuere Menge der Genußmittel, welche durch eine solche Befriedigung erforderlich werden, herbeischaffen, ohne Jemand über seine Kräfte und selbst mehr als seine Annehmlichkeit zuläßt, anzustrengen."

So das Regierungsorgan.

Es soll hier die längst von allen vernünftigen Menschen zurückgewiesene und nur von Idioten noch geglaubte Behauptung durch allerlei Wendungen und Phrasen wieder neu aufgewärmt werden, daß die soziale Bewegung lediglich ein künstliches Produkt einzelner verschrobener oder böswilliger Menschen sei, welche es für ihre Lebensaufgabe erachten, aus zufriedenen Menschen unzufriedene zu schaffen durch Vorspiegelungen aller Art und dadurch, daß sie der Welt den Glauben nehmen, „daß kein Besitz äußerer Güter die Besitzer glücklich macht." „Das Glück des Menschen liegt unabhängig von allen äußeren Gütern in ihm selbst, in dem Frieden mit Gott, in dem pflichtmäßigen Verhalten zur Mitwelt — dies war bis vor einiger Zeit die Lehre, die unserem Volke in allen Ständen als ein köstliches Gut und als der einzige Leitstern des Lebens eingeprägt wurde."

Sehr schön! Wenn der Hungertyphus in einzelnen Marken unseres deutschen Vaterlandes wüthet, wenn Arbeitslosigkeit und Brodlosigkeit die Signatur unserer Zeit ist, dann sollen die Hungernden und Brodlosen in dem „pflichtgetreuen Verhalten zur Mitwelt" ihren einzigen Trost, ihren einzigen Leitstern erblicken!? Die Arbeitslosen können ja ihre Arbeitspflicht gegen die Gesellschaft nicht erfüllen, weil man ihnen kein Arbeitsrecht giebt!

Und wenn diese Darbenden und Hungernden diejenigen Leute, welche durch die Arbeit der Nothleidenden reich geworden sind, in stolzer Carosse vorüberfahren sehen oder wenn sie des Abends den Jubel hören, der aus den kerzenstrahlenden Prunkgemächern dringt, dann sollen die Armen und Elenden nicht einmal den Wunsch hegen dürfen, daß es ihnen besser ergehen möge?!

Und das wagt ein Regierungsblatt dem Volke, dem eigenen Volke zu bieten!

In allen Ständen aber herrscht ja solche Resignation, so behauptet die „Provinzial-Correspondenz". Wenn das wahr ist, weshalb verzichtet denn zum Beispiel der Minister von Eulenburg, der den vorliegenden Artikel der „Provinzial-Correspondenz" inspirirt zu haben scheint, nicht auf sein hohes Gehalt, weshalb ist für ihn nicht das „pflichtgemäße Verhalten zur Mitwelt" der einzige Leitstern? Und wie ihm ergeht es seinen Collegen — auch sie wollen nichts von dem einzigen Leitstern wissen.

Oder zeugen die Dotationen, welche Staatsmänner und Generale in klingender Münze erhielten, vielleicht von dem einzigen Leitstern?

Die Sozialdemokratie ist nicht entsprungen in dem arbeitenden Volke, sondern auf dem Boden einer „künstlich verbildeten Wissenschaft". Wir haben das erstere niemals behauptet, das zweite aber ist erst recht falsch.

Die Sozialdemokratie wurzelt in der Entwickelung der Menschheit, sie liegt in den allgemeinen Verhältnissen — das allein ist richtig. Studirt man die Entwickelung der Menschheit, studirt man die bestehenden Verhältnisse, dann entsteht allerdings eine Wissenschaft, welche der Entwickelung der Menschheit unter die Arme zu greifen, welche die Verhältnisse, wenn sie nicht gut sind, zu ändern sucht. Dies sollte man selbst in der Redaktion der „Provinzial-Correspondenz" begreifen.

Daß wir das „menschliche Loos der Entsagung" nicht kennen und demgemäß auch nicht auf uns nehmen wollen, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen. Wenn irgend etwas segensreich ist in dem Wirken der Sozialdemokraten, dann ist es der immerwährende Mahnruf an die Arbeiter, keine Entsagung zu üben, nicht auf solchen pfäffischen Leim zu gehen, weil andernfalls die Cultur, die Civilisation gefährdet wird.

Hat doch Lassalle das glänzende Beispiel von den „entsagungsvollen" Lazzaronis schon im Jahre 1863 dem deutschen Volke vorgeführt — und das kennen die Herren von der „Provinzial-Correspondenz" nicht? Oder wollen sie das deutsche Arbeitervolk zu Lazzaronis machen? — — —

Auf sozial-ökonomische Erörterungen, zu welchen wir durch die Bemerkung des Regierungsorgans, daß es ein Trugbild sei, die nöthige Menge der Genußmittel, welche erforderlich ist, Jedem ein angemessenes Maß des Genusses zu schaffen, hervorzubringen, gebracht werden könnten, lassen wir uns nicht ein, weil wir aus dem Vorstehenden ersehen haben, daß es der „Provinzial-Correspondenz" lediglich darum zu thun ist, durch perfide Verdrehungen der Ziele und Zwecke der Sozialdemokratie zu Gunsten des projektirten Ausnahmegesetzes politische Bauernfängerei zu treiben.

In dem nächsten Artikel werden wir auf diese Bauernfängerei näher eingehen.

Eine Anklage gegen die heutige Gesellschaft.

Als wir vor vier Wochen die erschütternde Nachricht von dem Selbstmorde Rüstow's brachten, gaben wir an, daß Nahrungssorgen den hochverdienten Mann zu diesem verzweifelten Schritt getrieben. Es wurde dies von verschiedenen Seiten bestritten. Jetzt ist die Thatsache aber im vollsten Umfange durch einen Brief bestätigt, den der Unglückliche unmittelbar vor der verhängnißvollen That an seine Kinder gerichtet.

Dieser Brief ist eine niederschmetternde Anklageschrift gegen die heutige Gesellschaft. Rüstow, der in seinem Fach als Autorität ersten Ranges anerkannt war, konnte, trotz angestrengtester Arbeit, seine Familie nicht mehr ernähren. Die letzte Hoffnung: an einer öffentlichen Lehranstalt unterzukommen, scheiterte, und so entschloß er sich zu sterben, im Interesse seiner Kinder, denen sein Leben nur Elend, sein Tod vielleicht eine erträgliche Existenz verschaffen könnte!

Da redet man, der Sozialismus unterdrücke das Talent, weil er ihm nicht den Ansporn der Aussicht auf hohe Stellung und Reichthum biete. Hier sehen wir, wie die heutige Gesellschaft ein Talent ersten Ranges darben läßt und zum Selbstmord treibt.

Wer mit unseren Schriftstellerverhältnissen nur einigermaßen vertraut ist, weiß, daß wenn es nicht gelingt, an einer öffentlichen Lehranstalt oder in der Presse eine ständige Versorgung zu finden, oder dem wechselnden Modegeschmack durch prickelnde Novellen und sonstige leichte Waare zu dienen, unrettbar am Hungertuch nagen, wo nicht geradezu verhungern muß, falls er nicht eigenes Vermögen besitzt. Von wissenschaftlichen Arbeiten kann Niemand leben.

Wenn wir die bedeutendsten wissenschaftlichen Werke der Neuzeit nehmen und das dafür empfangene Honorar auf die zur Herstellung nöthige Arbeitszeit vertheilen, so werden wir finden, daß der Ertrag hinter dem Tagelohn des schlechtst bezahlten Handarbeiters zurückbleibt und auch nicht annähernd zur Beschaffung der dringendsten Lebensmittel ausreicht. Bei einem der berühmtesten bahnbrechendsten Werke beläuft sich z. B., nach genauer Berechnung, das Honorar, in Tagelöhne zerlegt, auf $6^1/_2$, in Worten: sechs und einen halben Groschen pro Tag!

Nun — der arme Rüstow war zu tüchtig und zu ehrlich, um Schund zu liefern — er war nicht so glücklich (reines Hazardspiel!), an einer Universität oder sonstwo einen sicheren Unterschlupf zu finden — Vermögen hatte er nicht — so schoß er sich denn eine Kugel vor den Kopf, damit seine Kinder nicht durch ihn in den Hungertod gerissen würden.

In dem Brief, welchen er an seine Kinder geschrieben hat, um ihnen die Gründe des Selbstmords darzulegen, erzählt Rüstow zunächst, wie nach vielen bitteren Erfahrungen sein Nervensystem und seine Augen angegriffen worden seien, daß er in der Brust oft einen brennenden Schmerz fühlte und ernste Befürchtungen für seinen Geist hegte. Die letzte schwerste Enttäuschung war die, daß ihm die gehoffte Professur am Polytechnikum zu Zürich entging und ein Anderer (Oberst Rothpletz) diese Stelle erhielt.

„Ich war lediglich darauf angewiesen, uns von meiner einsamen schriftstellerischen Arbeit zu unterhalten, ich glaube aber, daß dies immer unmöglicher wird, wie bescheiden wir auch leben mögen. Viele Kerle haben Sinekuren und benutzen diese zu nichts Vernünftigem. Hätte ich die Stelle am Polytechnikum erhalten, so hätte ich ganz gut noch das Beste der Welt liefern können, ein kurzes, auf Quellenstudien basirtes Handbuch der Geschichte des Kriegswesens, welches jetzt ganz fehlt — in den landläufigen Handbüchern hat immer nur ein Verfasser dem andern abgeschrieben. Ich hätte dann nicht auf ein Honorar zu sehen brauchen, von dem ich leben mußte. Wie die Sachen jetzt wirklich stehen, habe ich nichts mehr zu hoffen; alles wäre auf eine einsame und dabei pekuniär unfruchtbare Arbeit abgestellt, unfruchtbar also auch für euch. Wenn ich länger lebte, könnte ich höchstens noch das Wenige aufzehren, was ich euch jetzt noch hinterlassen kann. Wenn ich jetzt von euch scheide, so lasse ich euch wenigstens nicht ganz unbewaffnet allein den Kampf mit dem Leben aufnehmen. Du siehst, mein liebes Hanneli, nicht Jeder findet Arbeit, der sie sucht. Dein Vater findet trotz seiner umfassenden, gründlichen Bildung und seiner Arbeitskraft keine Beschäftigung. Dagegen siehst du, daß eine Menge Menschen in Zürich, welche kaum lesen und schreiben gelernt haben, die höchsten Aemter bekleiden, von denen sie nicht das erste Wort verstehen, und daneben noch bei einträglichen Schwindelgeschäften betheiligt sind, von denen sie außer dem Schwindel auch nichts verstehen. Du wirst dich daran erinnern, liebes Kind, und nie mehr kurzweg von einem alten Manne, der dich um ein Almosen anspricht, sagen, er würde schon Arbeit finden, wenn er nur arbeiten wollte. Der beste, gerade der beste Arbeiter findet oft keine Arbeit — und der gemeine, schlechte Kerl ohne Verdienst hat meist seinen Verdienst, auch ohne zu arbeiten. Ich danke Gott, daß ich nur Töchter habe; hätte ich Söhne, ich würde fürchten, sie müßten auch Schufte werden, um leben zu können.

„War denn nun gar keine Hoffnung? werdet ihr fragen. Nein, nach der Enttäuschung mit dem Lehrstuhl am Polytechnikum war keine mehr .... Was soll ich denn von anderer Seite erwarten? So thöricht es wäre, ohne Noth die Flinte ins Korn zu werfen, so ist es doch nicht minder thöricht, sich Hoffnungen ohne Grund zu machen. Ihr habt selbst gesehen, wie isolirt ich bin. Wo sind denn alle die Leute geblieben, welche sich meine Freunde nannten, denen ich nie etwas anderes als Gutes gethan habe? Sie sind verschwunden wie der Schatten mit der Sonne. Weil ich nicht gefalle, verlassen auch diese „Freunde" mich .... Indessen es ist, wie es ist. Die erste Grundlage zu neuer Hoffnung wäre für mich gewesen, daß ich meine Gesundheit völlig wiederherstellen konnte. Dazu gehörte aber unbedingt, daß ich einige Jahre ohne Sorge um das Brod von heut auf morgen leben, daß ich mir einige Erholung gönnen, daß ich aus der Atmosphäre der Kakistokratie (Gegensatz zu „Aristokratie": Herrschaft der Schlechtesten, was die sogenannte Aristokratie freilich auch meist ist. R. d. V.) herauskommen konnte und daß ich einige Anerkennung meiner Verdienste von irgend einer Seite empfing. Vor Allem war es nothwendig, daß ich Geldmittel und freundliche Unterstützung fand. Ich hatte die Idee, in Annoncen geradeaus zu sagen, was mir fehlte. Ihr findet in dem Testamentspacket den Entwurf einer solchen Annonce unter dem Titel „Hilferuf". Zur Verbreitung bedurfte ich der Hilfe; ich suchte auch diese unbedeutende Hilfe vergebens.

„Meine Brüder, meine alten, meine wirklichen Freunde, sind todt. Legen wir uns auch zur Ruhe.

„Meine lieben Kinder, ihr waret mir wirklich liebe Kinder, ihr habt mir nie vorgeworfen, daß ich in den letzten Jahren so wenig, so wenig für eure Freude, euer Vergnügen that, und ihr habt es doch empfunden, daß weiß ich. Mein Tod wird euch befreien; tretet mit gutem Muth in das neue selbstständige Leben ein. Alles Glück, welches euerem Vater versagt ward, möge auf euch gehäuft werden. Könnte ich euch noch nützen, gern wäre ich bei euch geblieben, ich kann es nicht mehr, und so ist es besser, daß ich von euch scheide ...

„Pflanzt mir einen Rosenstock auf's Grab! Einen Stein will ich nicht, denn erstens kostet es Geld, was ihr besser gebrauchen könnt, und zweitens ist es mir gleichgültig, ob jeder Spießbürger wisse, wo ich begraben liege. Ein Funken meines Geistes bleibt auf dieser Erde zurück .... Später erst wird man mir Anerkennung zollen und vielleicht sich dann auch an das erinnern was ich für die Freiheit in Europa mit der That und dem Wort, ohne an mich zu denken, gethan habe. Vielleicht werden mir dann die Leute ein Denkmal setzen. Meinetwegen: in der besten Gesellschaft werde ich mich dabei nicht befinden ....

„Meine Kinder, denket stets daran, was euch euer Vater durch Beispiel und Wort gelehrt hat: daß jede Arbeit ehrenvoll ist, daß man keine scheuen oder verachten darf ... (Folgen die Namen der Personen, denen seine letzten Grüße gelten.) Ihr werdet jetzt öfters hören: „Hätte man doch gewußt, da wäre ja immer noch zu helfen gewesen." In den meisten Fällen werden dies Krokodillsredensarten sein, denn „man" hat genügend wissen können. Indessen ist es auch möglich, daß einzelne Leute ehrlich so reden. Mögen sie denn

für Euch thun, was sie für mich nicht mehr zu thun vermögen, es soll ihnen tausendfach vergolten sein und ich segne sie im Voraus dafür. Es ist möglich, daß Dieser oder Jener euch rathe, meine Todesart zu vertuschen! Laßt euch nicht darauf ein. Man kann in solcher Weise die Todesart Schulze's oder Müller's vertuschen, nicht die meine. Weder mir noch Euch kann es Schande machen, daß ich selbst die Waffe gegen mich kehrte ...

„Faßt meinen Tod leicht, mit der Freudigkeit der Alten auf; nach bewegtem Leben denke ich einen gesunden Schlaf zu thun. Meine Elemente kehren ruhig und gesetzmäßig in den Schooß der großen Mutter Natur zurück, um sie auf ihre Art neu zu beleben. Denkt, daß ich alt genug war, um zu sterben, und daß ich sterben konnte nach langem Krankenlager in einer für euch viel unpassenderen Zeit, als derjenigen, die ich frei wähle.

„Ihr meint vielleicht, ich hätte euch irgendwie vorbereiten sollen. Bei näherem Nachdenken werdet ihr finden, daß dies nicht möglich war. Außerdem bekenne ich ganz offen, daß ich noch allerlei Auswege gesucht habe, diesen Tag nun aber nothwendig aus verschiedenen Gründen als den letzten festhalten mußte. Tausendfachen Segen über euch. Ein letztes Lebewohl von eurem Vater, der euch über Alles liebt.

Außersihl, 14. August 1878, Morgen.

W. Rüstow."

Was sagt Ihr Herren Ordnungsleute zu dieser furchtbaren Anklage, welche ein Sterbender, ein durch Euere „beste der Welten" in den Tod Gehetzter, eine Zierde der Literatur und unserer Nation — Euch und Eurer „Ordnung" in das Gesicht schleudert?

Tritt Euch nicht die Schamröthe ins Gesicht? Und ahnt Ihr nicht, wie kurzsichtig und gemein es ist, diejenigen Männer zu verfolgen und zu ächten, deren Streben es ist, Zustände zu beseitigen, durch die ein Rüstow in den Tod gejagt wird?

Der Müdegehetzte, den der Tod — er hat ihm ja dutzendmal leichten Herzens ins Auge geblickt — nicht erschrecken konnte, schläft nun einen gesunden Schlaf.

Und die Kinder?

Möge an ihnen, zum kleinen Theil wenigstens, gut gemacht werden, was an dem Vater versündigt worden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das künstlich eingeträufelte Gift der „Provinzial-Correspondenz". Zu dem Artikel dieses Regierungsblattes, den wir an hervorragender Stelle besprechen, erzählt die „Berliner Freie Presse" eine sehr interessante Geschichte, die ihr von zuverlässiger Seite zugekommen ist. Diese Geschichte wollen auch wir zur weitesten Verbreitung hier reproduciren:

„Im Jahre 1863 hielt sich hier in Berlin ein Mann auf, seinen Namen wollen wir nicht nennen und nur bemerken, daß er nach der zeitigen Ansicht der „Provinzial-Correspondenz" zum Mindesten ein Oberdemagoge oder Volksverführer erster Klasse gewesen ist, der sich der Liebenswürdigkeit einer der „Provinzial-Correspondenz" sehr nahestehenden Person nur mit Mühe erwehren konnte. Der liebenswürdige Freund der „Provinzial-Correspondenz" war sogar Regierungsbeamter und suchte, namentlich in seiner Eigenschaft als solcher, sich mit dem „Volksverführer" in Verbindung zu setzen, was auch, aber erst nach verschiedenen Abweisungen, welche der bekannte Liebenswürdige erhielt, endlich gelang. Die Verhandlungen zwischen den beiden Männern zerschlugen sich jedoch, und nun bemühte man sich von den verschiedensten Seiten, die Verhandlungen als ein verunglücktes Manöver hinzustellen, lediglich in Scene gesetzt, um den gefährlichen Sozialdemokraten ins Lager der „Provinzial-Correspondenz" zu ziehen. Diese bisher beliebte Darstellung ist eine falsche. Der Regierung — wenn man den liebenswürdigen Freund der „Provinzial-Correspondenz" damit identificiren darf — war es nicht darum zu thun, den betreffenden Sozialdemokraten zu gewinnen oder zu reptilisiren, ein solches Unterfangen wäre in Betracht der in Frage kommenden Person ein zu lächerliches gewesen, sondern es handelte sich ganz direkt um Einführung sozialer Reformen, ja noch mehr, um Anerkennung sozialdemokratischer Grundsätze.

„Wir hatten bisher keinen Grund, dieser Ereignisse in der Oeffentlichkeit Erwähnung zu thun, und selbst heute geschieht dies noch mit einer uns durch verschiedene Umstände aufgedrungenen Reserve. Was bisher über jene, von dem Freunde der „Prov.-Corr." mit dem „berüchtigten" Sozialdemokraten gepflogenen Unterhandlungen in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, beruht mehr oder minder auf willkürlichen Kombinationen, welche sich kaum auf leichte Andeutungen stützen. So ist die Mittheilung, daß jener Sozialdemokrat nur 3—4 Mal mit dem Protektor der „Prov.-Corr." vertraulich verkehrte, unrichtig; notorisch ist, daß man den ganzen Winter hindurch, von 1863 auf 1864 miteinander verhandelte, nicht drei oder vier, sondern 20 bis 30 Male besuchte der „Volksverführer" den Freund der „Prov.-Corr.". Die erste Zusammenkunft erfolgte durch Vermittelung einer „allerhöchsten" Herrschaft und fand erst statt, nachdem der wohlbekannte Liebenswürdige durch seinen Geheimsekretär Z. an den Sozialdemokraten ein eigenhändig gefertigtes Schreiben gerichtet hatte, worin dieser unter bestimmten Andeutungen über eine eventuelle Verständigung um seinen Besuch gebeten wurde.

„Eine der letzten Verhandlungen der Beiden, welche ganz besonders zur Charakteristrung des Einen geeignet ist, mag hier bruchstücksweise Platz finden:

„Sozialdemokrat: „Sie müssen wollen, wenn Sie mit sich im Klaren sind, und die von mir entwickelten Grundzüge als richtig anerkannt haben." —

„Der Freund: „Aber den Fürsten werde ich kaum zu bestimmen vermögen, mit allem Hergebrachten zu brechen, um neue Reformen zu bewilligen." —

„Sozialdemokrat: „Versuchen Sie es, als ehrlicher Politiker und als Anhänger und Diener des monarchischen Prinzips, denn nur durch Einführung gründlicher sozialer Reformen, vermag sich die Monarchie in der Zukunft zu befestigen. Das Volkskönigthum ....."

„Der Freund: „.... kommt hier nicht in Betracht, so wenig wie die Monarchie überhaupt. Halten Sie sich versichert, daß ich bei Realisirung meiner Pläne mich nie durch Rücksichten auf die Monarchie habe beschränken lassen. Die von Ihnen angeregten sozialen Reformen werden durchgeführt werden, mit oder ohne Monarchie, das ist meine Ueberzeugung, und ich werde gerne dazu meine Hand bieten, nur halte ich die Zeit nicht für passend, jetzt von Regierungswegen damit zu beginnen. Die äußere Lage, Sie sagen ja selbst, daß der Krieg unvermeidlich, erfordert die größte Behutsamkeit bei der Behandlung wirthschaftlicher Fragen." ...

„So weit diese Unterredung.

„Bald darnach, bei einer Besprechung über das allgemeine Stimmrecht, also eine rein politische Angelegenheit, kam es zu Differenzen, welche damit ihren Abschluß fanden, daß der Sozialdemokrat dem Provinzial-Correspondenzler einen ziemlich unetiquettmäßigen Zettel zuschickte, auf welchen er schrieb, daß er nach den ausgebrochenen Differenzen eine Fortsetzung der Verhandlungen für unfruchtbar erachte und deshalb von weiteren Debatten abstehe." — — —

So die „Berliner Freie Presse".

Wer der in dieser Geschichte angedeutete Freund der „Provinzial-Correspondenz" war, das werden unsere Leser wohl sofort an den „genialen" Redensarten desselben gemerkt haben.

Wer der Sozialdemokrat im Jahre 1863 war, der mit dem „Genialen" so wahrhaft genial umsprang, das möchte auch wohl mit Händen zu greifen sein.

Doch geht aus dieser „Erinnerung" zur Genüge hervor, wer das „Gift des Sozialismus" künstlich dem Volke einträufeln wollte.

— Die Untersuchung über den Untergang des „Großen Kurfürsten" ist einem Kriegsgericht überwiesen.

— Der Oberamtsrichter Wirth, noch im letzten Reichstage Mitglied der nationalliberalen Partei, ist am 5. September wegen Verleitung zum Meineid vom Schwurgericht zu Rottweil zu 2½ Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. „Das sind die Folgen der nationalliberalen Lehren" — so würden wir ausrufen, wenn wir in der Haut eines Biedermann, Dr. Dernburg, eines Tageblatt-Hüttner stäken. Denn wahrlich, ebenso sehr oder ebenso wenig, wie unsere Lehren an den Attentaten auf den deutschen Kaiser Schuld sind, sind die liberalen Lehren an der Verleitung zum Meineid seitens eines liberalen Reichstagsabgeordneten und Richters Schuld! — Wie wir hören, hat Wirth sich im Gefängniß erhängt.

— Was denkt ein solcher Staatsanwalt dabei? In Essen wurde der Redakteur und Reichstagsabgeordnete Stößel, welcher auf Grund § 130 des Strafgesetzbuchs unter Anklage gestellt worden war, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der 1½ Jahre Gefängniß beantragt hatte — freigesprochen. — Ein und ein halb Jahre Gefängniß und dann — Freisprechung! Bei einem Mörder, bei einem Diebe, wenn der Beweis nicht genügend vorhanden ist, daß der betreffende Angeklagte die feststehende That verübt hat, läßt sich ein solcher Gegensatz zwischen Staatsanwalt und Gericht wohl erklären. Aber bei einem Preßvergehen, wo That und Thäter längere Zeit genau bekannt sind, wo es sich lediglich darum handelt, ob die That auch eine strafbare sei, bei einem solchen Prozesse dieser Gegensatz zwischen Gericht und Staatsanwalt! Was mag der Staatsanwalt wohl nachher gedacht haben, daß er einen solchen Strafantrag stellen konnte? Vielleicht dachte er, daß er — — Prosit die Mahlzeit!

— Rührender Trost. Im „Gewerkverein" tröstet sich das brave Märchen selbst über die Perfidie der fortschrittlichen Macher, die ihm die Pforten des Reichstags verschlossen haben, in folgender geradezu köstlicher Weise:

„Indem wir aus naheliegenden Gründen an dieser Stelle auf jede Kritik des Verfahrens einzelner Personen, das von unseren Lesern ohnehin gewürdigt werden wird, verzichten, können wir nur der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Wirksamkeit unseres Anwalts (welcher persönlich durchaus kein Verlangen nach dem Reichstagssitze trug) für die Ausbreitung und Festigung der Organisation nach seiner Enthebung von den Reichstagsarbeiten um so fruchtbarer sein wird."

Nach jedem Durchfall wird also die Fruchtbarkeit der Thätigkeit des verehrten Anwalts sich mehren. Dem Manne und seiner Fruchtbarkeit kann hinfürs immer geholfen werden!

— Verwirrung der sittlichen Begriffe. In dem berüchtigten Klatschblatt „Dresdener Nachrichten" findet sich eine Zuschrift, welche zur Bildung einer Liga gegen die rothe und die goldene Internationale, speziell die Sozialdemokraten und Juden, auffordert. A la Merseburg und Chemnitz, d. h. mit dem Knüppel und der Hungerpeitsche soll vorgegangen werden. Daß dies gegen Sozialdemokraten geschieht, ist natürlich ganz in der Ordnung — der Herren Ordnungsleute. Daß aber die „Hatz" auch auf die Juden ausgedehnt werden soll, das paßt den Herren Ordnungsleuten nicht. Das Leipziger Klatschblatt „Deutsche Allgemeine Zeitung" (das sich von dem Dresdener Klatschblatt hauptsächlich dadurch unterscheidet, daß es langweiliger ist) nennt die betreffende Zuschrift einen „Schmachartikel" und druckt eine Erwiderung des Dresdener nationalliberalen Organs ab, die darin gipfelt, daß kein Jude mehr auf die „Dresdener Nachrichten" abonniren und in ihnen inseriren solle. Ueber diesen Vorschlag selbst kein Wort — blos die Bemerkung, daß dieselbige Partei, von welcher er herrührt, unsere Chemnitzer Genossen in pöbelhaftester Weise angegriffen hat, weil sie gegen die uns beschimpfende Presse der Ordnungspartei einen ähnlichen Feldzug eröffnet hat.

— Die Deportation der sozialistischen Sträflinge nach von dem deutschen Reiche zu erwerbenden Strafcolonien wird alles Ernstes in einem Artikel der „Grenzboten" empfohlen. Redakteur dieses Blattes ist Dr. Hans Blum, der Sohn des wegen seiner politischen Ueberzeugung von den Gewalthabern gemordeten Robert Blum.

Zeichen und Symptome des sozialpolitischen Erwachens in Rußland.

(Von einem Russen.)

II.

Im vorigen Artikel, sagte ich, daß nach dem ersten Schuß der Sassulitsch mehrere in verschiedenen Orten Rußlands folgten. Nämlich 1) in Petersburg während des Straßenkrawalls gleich nach der Freisprechung der Sassulitsch, als die Gensdarmen sich auf die Befreite und die sie begleitende Menge mit dem Säbel stürzte; 2) in Kiew wurde auf den Staatsanwalt Kotejarewsky geschossen und der Gensdarmerie-Adjutant Baron v. Heyking erdolcht; 3) in Odessa während des Arrestes in einer geheimen Typographie im Winter d. J., und dann wieder Schüsse und offene Straßentumulte und Widerstand gegen Soldaten. Jetzt (Anfang August) abermals Schüsse in Odessa nachdem das Urtheil gegen die politisch Inhaftirten gesprochen wurde (S. „Vorwärts" Nr. 99). Dann folgen die gewaltigen Befreiungen, so z. B. neulich wurden befreit bei Charkow der tüchtige Agitator Woinaralskys, ein gewesener Friedensrichter; 4) endlich, als „letztes Wort" die Erdolchung des Generals Mesenzow's und Revolverschüsse auf dessen Begleiter General Makaroff, der die Volksrächer verfolgen wollte. Alle diese Fälle müssen jetzt Ergänzungen und Erwägungen bekommen. Der Straßentumult, die protestirende Menge, die Einschreitung des Heeres — Alles das nebst den Flugschriften und Proclamationen (von denen eine sogar an der Mauer der 3. Abtheilung angeklebt wurde) sind Symptome und Zeichen der wachsenden Unzufriedenheit so wie des Erwachens des öffentlichen Geistes. Was aber die Schüsse anbelangt, so sind deren Ursache und Erklärung, die nur in Rußland begreiflich sind, durch unsere Zustände hervorgerufen worden.

Die Barbarei, mit der die russischen Sozialisten seitens der Regierung in den letzten Jahren behandelt worden sind und gegen die Niemand klagen konnte, nebst den theoretischen Gründen über die revolutionäre Volkserziehung brachte zu der Ueberzeugung, daß man endlich „gegen Gewalt mit Gewalt einschreiten mußte". Noch mehr führte zu dieser Ansicht die in Moskau seitens der Polizei verübte Metzelei, sowie andere gewaltsame Mißhandlungen und Verhaftungen. Auf offener Straße fühlte man sich vor der Polizeigewalt nicht sicher. Mehrere Sozialisten gaben sich das Wort, nicht anders als bewaffnet auszugehen. Nur zur Selbstvertheidigung und Bestrafung von Tyrannen wurden die Waffen mehrmals gebraucht, und nur von Einzelnen gegen Einzelne. Was aber die Straßen-Schüsse und Aufforderung der Massen zum offenen Widerstand anbelangt, so sind das Erscheinungen, die aus mehreren in der letzten Zeit gewonnenen Anschauungen entspringen. Immer mehr und mehr von dem Despotismus mißhandelt und vom Volke offen wenig unterstützt, verloren Viele die Hoffnung auf gute Resultate durch eine friedliche Propaganda, da wir gar keine Preß- und Vereinsfreiheit besitzen. Nicht nur Ideen, sondern auch Gemüthsbewegungen bringen die Massen zur Aktion. Im russischen Volke, welches Jahr aus, Jahr ein geknechtet wird, muß auch, nach dieser Anschauung parallel mit der geistigen Evolution, noch das revolutionäre und protestirende Gefühl erzogen werden und dies hauptsächlich durch eigene Beispiele der Propagandisten. Also, nur der Trieb der Selbsterhaltung denen gegenüber, welche alle Greuelthaten unbestraft verüben; ferner die Meinung, daß Putsche ein sehr bedeutendes Erziehungsmittel des Volksgeistes*), so wie das Bedürfniß, Parteigenossen womöglich aus den Händen der Regierung zu befreien**) — Alles dies führte zu den oben erwähnten Fällen. Noch in diesem Frühjahr wurde am hellen Tag ein junger Arbeiter wegen sozialistischer Propaganda verhaftet und dann aus der Polizeiwache befreit.

Noch über einige Vorfälle will ich berichten. Die Herren Staatsanwälte gehen mit den Sozialisten allzu unverschämt um. Unter ihnen thut sich besonders der Kiewer Staatsanwalt Kotejarewsky hervor. Er benahm sich gegen die studirende Jugend und in Untersuchungen sich befindende Personen ganz unverschämt und suchte, durch unbegründete Verhaftungen und erdichtete Verschwörungen sich eine gute Carriere zu verschaffen. Gegen so ein Verfahren und solchen Mißbrauch der Amtsgewalt konnte man nirgends Recht finden. Die Unverschämtheit des Staatsanwalts ging sogar soweit, daß er verhaftete Frauen und junge Mädchen von Soldaten auskleiden ließ, um angeblich auf verbotene Schriften zu fahnden. Das war schon zu toll! Da mußte man dem edlen Streber sein Handwerk legen. Eines Abends, als er aus dem Theater zurückkehrte, wurde er an der Thür von zwei Personen „angeschossen". Gleich darauf wurden in Kiew und in Petersburg geheim gedruckte Flugblätter verbreitet, sogar an den Straßenmauern angeklebt, in denen die Sozialisten dem Publikum alle Missethaten des Herrn Staatsanwalts aufzählten und erklärten, daß sie, da keine Klagen gegen ihn halfen, zum Selbstgerichte gezwungen seien, und daß sie dasselbe gegen alle diejenigen anwenden würden, gegen welche man gesetzlich nicht verfahren könne; aber insbesondere gegen alle von der Regierung bezahlten Spione. Eine solche Erklärung erschien auch nach der Erdolchung des Kiewer Gensdarmerie-Adjutanten Baron v. Heyking und des Chefs der 3. Abtheilung, General Mesenzow. Dieser abscheuliche Mann ist endlich für seine Missethaten gerichtet worden. Als der Krieg beendet war, beabsichtigte dieses Scheusal noch mehr Gewalt anzuwenden nicht nur gegen Sozialisten, sondern gegen jede Opposition, und gab sogar sein Wort, jede freie Meinung zu vernichten. Trotz aller Anstrengungen der Regierung kann dieselbe sehr wenig gegen die mehr und mehr um sich greifende Unzufriedenheit und gegen die Sozialisten und deren Agitation ausrichten. Während des ganzen Winters arbeiteten in der Residenz zwei geheime Druckereien, die eine Masse von Flugschriften und Broschüren verbreitete und die für kein Geld (!) zu entdecken waren. Nur in Odessa gelang es, wie Sie schon wissen („Vorwärts" Nr. 99), eine Druckerei aufzufinden, doch mußte man das Lokal durch Militär erst erstürmen lassen. Diese Druckerei wurde durch einen gewissen Kowalsky (der jetzt dafür vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt und schon erschossen ist) und einen Literat Witaschewsky (früher Herausgeber einer kleinen Revue „Echo" und einiger Broschüren über Odessa), bei denen man viele sozialistische Broschüren und Journale vorfand, geleitet. Neulich nach dem Odessaer Prozesse und der Erdolchung Mesenzow's fanden abermals Verhaftungen statt in Petersburg, in Moskau und sogar in Warschau, wo die Propaganda erst vor Kurzem den Boden zu gewinnen anfängt. Jetzt können wir auch Warschau zu uns zählen, da auch dort die sozialistische Sache ziemlich gut steht. Selbst die Regierung und die reichstreue Presse gestehen ein, daß die sozialistischen Ideen unter der Jugend und den Arbeitern Warschaus an Boden gewonnen habe. Bei den in Warschau stattgehabten Haussuchungen fand man viele sozialistischen Schriften in polnischer, russischer, deutscher und französischer Sprache. „Und sie bewegt sich doch" ... die Sache des Proletariats geht vorwärts zum Trotz der herrschenden Gewalt, und mag dieselbe noch barbarischer gegen uns vorgehen, es wird ihr nicht gelingen, den erwachenden Volksgeist abzustumpfen. So hoffen wir, daß die Zeichen und Symptome des aus dem Schlafe erwachten und geistig wachsenden Volkes, die wir jetzt erblicken, die Morgenröthe sind, welche den Tag der Freiheit für mein geknechtetes Vaterland andeutet.

***.

*) Wir lassen das für Rußland gelten. Ein Putsch ist selbst, wenn wir hier in Deutschland durch das Ausnahmegesetz geknebelt werden sollten, zum Mindesten sehr überflüssig. Red. d. „Vorwärts".

**) Schon mehrere Male gelang es den Parteigenossen durch List, Kühnheit und offene Gewalt ihre Freunde aus den Händen der Regierung zu retten. Die Regierungsschergen erfahren die Sache immer zu spät, gerade wie die Carabiniers in den Räubern von Offenbach (Operette), die da singen:

Nous sommes les carabiniers,
La sûreté des foyers,
Mais par un malheureux hasard
Nous verons toujours trop tard ...

— Sozialdemokratische Gespenstererscheinung. Nachträglich wird uns aus Gotha mitgetheilt, daß diesen Sommer,

— Die österreichischen Kulturkämpfer im Osten thun es den russischen ganz gleich. In Serajewo haben sich Greuelscenen abgespielt, wie sie nur vorkommen können, wenn der Mensch alles Menschliche von sich geworfen hat und wieder zur Bestie geworden ist. Kampf bis auf's Messer und auf die Zähne. Verzweifelter Widerstand der Einwohner, an dem selbst Frauen, Kinder und Kranke Theil nahmen, und erbarmungslose Abschlachtung der Besiegten ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Doch das ist nicht Alles. Um sich nicht von den Russen beschämen zu lassen, mußte auch geplündert werden. Und das ist denn auch zur größeren Ehre des Hauses Habsburg und der europäischen Civilisation im vollsten Maße geschehen. Ein frommer Feldprediger schildert es mit hohem Behagen in einem christlichen Pfaffenorgan, dem „Vorarlberger Volksblatt". Da heißt es u. A. (der Brief ist den Tag nach Erstürmung der Stadt geschrieben):

„Nachmittags zogen die Oesterreicher ein und der General gab die Stadt, d. h. die türkischen Häuser und die Kaufgewölbe, der Plünderung Preis. Die österreichischen Soldaten zerbrachen die Gewölbethüren, warfen die Waaren auf die Straße, daß das Volk sie unter sich vertheile. Welcher Jubel unter der Bevölkerung! Es war von unseren 130 Arbeitern Keiner, der nicht Sachen im Werthe von 10 bis 100 Gulden und darüber nach Hause schleppte. Heute ist Fortsetzung. Nie sah ich beim Arbeiten unsere Arbeiter so schwitzen, wie gestern und heute. Ich hielt ihnen das vor, da sagte mir Einer: „Ja, Gospodine, Du giebst uns in einem Monat nicht so viel, als ich heute schon erobert habe." Alles Mögliche, was in solchen Kaufmannsgewölben sich finden mag, schleppen sie daher. — — — Aber die Kaufgewölbe, auf denen ein Kreuz gemacht war, schonten sie, die anderen plünderten sie der Reihe nach.

„Heute ist's so voll in den Gassen und auf dem türkischen Marktplatze, daß man von wegen Leut' und Wagen kaum weiter kommt. Jeder will recht viel nach Hause bringen. . . . Heute konnten wir keinen einzigen Arbeiter erhalten, denn die Freude und die Beute ist dort in der Stadt zu groß. Ich verarge es ihnen nicht, auch ich gönne ihnen von Herzen die Kühe und die Wagen, die Kessel, Hosen und Häute, die Tuchballen und Kaffeesäcke. In 400 Jahren des Druckes auch einmal eine Freude auf der Welt ist nicht zu viel.

„Wie lange diese Zeit der Freude dauern wird, hängt vom General ab, der auf diese Weise die wortbrüchigen (wortbrüchig, weil sie sich ihrer Haut wehrten und nicht wie Hammel abschlachten ließen! R. d. „V.") Türken züchtigt.

„Soeben sehe ich wieder Rauchwolken von der Stadt aufsteigen. Es herrscht ein heftiger Südwind bei 24 bis 25 Grad Reaumur Hitze. Wir haben besonders Grund, Gott zu danken, daß wir wieder, wie seit drei Jahren so oft, aus der Lebensgefahr gerettet wurden. Ich schreibe es auch dem Gebete der Brüder zu, denn, wenn ich die Patrouillen unserer Brüder inspizirte, so traf ich sie meistens nebst dem Hinterlader auch mit dem Rosenkranz beschäftigt. Das ließ unsere Himmelskönigin nicht unberücksichtigt."

So der fromme Feldprediger. Sein Brief bedarf keines Commentars, ja er duldet keinen, denn der schärfste Commentar würde ihn nur abschwächen.

— Aus Paris erhalten wir die Nachricht, daß zahlreiche Verhaftungen unter den Anhängern des Sozialismus (besonders Deutsche) stattgefunden haben. Die äußere Veranlassung gab die versuchte Abhaltung des von der Polizei verbotenen Arbeitercongresses. Dieser Congreß bestand zum größten Theil aus Anhängern der Trades-Unions. — Auch unser Genosse Karl Hirsch ist am 5. September, nachdem bei ihm gehaussucht worden war, verhaftet worden; der Grund der Verhaftung ist, weil Hirsch einer „verbotenen geheimen Gesellschaft" angehört habe.

— Moderne Klassengesetzgebung in Amerika. Die Gesetzgebung des Staates New-Hampshire in Nordamerika hat folgendes Tramp- (Vagabunden-) Gesetz angenommen:

„1) Eine jede Person, welche von Ort zu Ort zieht und von Wohlthätigkeit Anderer abhängig ist, soll festgenommen und als Tramp betrachtet werden. Dieselbe soll mit Gefängniß bei harter Arbeit und nicht länger als 15 Monate bestraft werden.

„2) Ein Tramp, welcher das Wohnhaus eines Bürgers betritt, oder auf dem Felde Feuer anmacht, ohne die Bewilligung des Eigenthümers dazu eingeholt zu haben, oder im Besitze von verborgenen Feuerwaffen oder anderen Waffen angetroffen wird, soll mit nicht mehr (!) als zweijähriger Einsperrung bei harter Arbeit bestraft werden.

„3) Irgend ein Tramp, welcher einer anderen Person in böswilliger Absicht Schaden zufügt, oder das Eigenthum eines Anderen schädigt, soll mit nicht mehr als dreijähriger Einsperrung bestraft werden.

„4) Jede That des Vagabundirens oder Bettelns einer Person, welche nicht im Staate ansässig ist, soll als Beweis dienen, daß das Vergehen unter diese Trampakte zu fallen hat (!).

„5) Eine jede Person, welche ein Vergehen, wie es in dieser Akte beschrieben ist, entdeckt, kann den Betreffenden vor einen Friedensrichter bringen, und wenn derselbe der That überführt wird, so soll dem Denunzianten eine Belohnung von 10 Dollars zufallen.

„6) Der Mayor und die Verordneten einer jeden Stadt sind hiermit autorisirt und aufgefordert, spezielle Constabler zu ernennen, deren Pflicht es sein soll, die Verhaftung von Tramps in Städten und auf Dörfern vorzunehmen und dieselben den Gerichten zu überliefern.

„7) Diese Akte soll auf das weibliche Geschlecht und auf Minorenne unter 17 Jahren, ebenso auf blinde Personen keinen Bezug haben."

Unser Parteiorgan in Saint-Louis, die „Volksstimme des Westens", bemerkt zu Vorstehendem:

„Abgesehen von dem Widerspruche, in welchem dieses Gesetz mit der Constitution der Vereinigten Staaten steht, abgesehen von der Brutalität gegen die ärmeren Klassen, ist dasselbe ein wahres Monstrum juristischer Macherei. Wäre in diesem Gesetze zum Mindesten zur entscheidenden Bezeichnung ein Passus beigefügt, wonach die Definition des Begriffes „Tramp" auf die Thatsache basirte, daß derselbe ihm angebotene Arbeit ausgeschlagen hätte, so wäre der Gerechtigkeit zum Mindesten dem Scheine nach Rechnung getragen worden. Wir sind zwar überzeugt, daß mancher Arbeiter, der vor der Wahl steht, ohne Arbeit zu hungern oder bei der Arbeit zu hungern, Ersterem unbedingt den Vorzug geben muß. Wir wissen, daß viele Löhne derart sind, daß man beim Nichtsthun unmöglich viel schlechter daran sein kann. Nichtsdestoweniger hätte man dieses Vorurtheil, daß ein Tramp unbedingt ein Mensch sei, der absolut nicht arbeiten wolle, dazu benützen sollen, um den Schein des Rechts aufrecht zu erhalten. Es genügt also einfach, daß ein Arbeiter außer Arbeit ist, daß er Arbeit suchen will und da er keine Mittel hat, um leben zu können, seinen Nebenmenschen um einen Bissen Brod angeht — das genügt, um als „Tramp" erklärt und nicht mehr als 15 Monate bei harter Arbeit eingesperrt zu werden. Und dies nennt man Gerechtigkeit! Das Schönste an der Sache ist noch, daß ein jeder Bürger für jeden eingebrachten Tramp 10 Dollars bekommt. Da wir den praktischen Sinn für Geld unserer Yankees kennen, so bezweifeln wir nicht, daß binnen Kurzem ganze Jagdgesellschaften sich bilden werden, welche im Namen der Ordnung nnd Gerechtigkeit auf die Trampbetze ziehen werden, um für jedes ihrer Opfer 10 Dollars einzustreichen. Dabei gehört New-Hampshire zu den christlichsten der Staaten in der Union. Nun denken wir uns: Wie, wenn die drei Millionen Tramps in den Vereinigten Staaten den Spieß umdrehen würden, wenn die Tramps auf die Jagd gingen? Das wäre allerdings ungesetzlich — wäre es aber solchen Zuständen gegenüber ungerecht?

— Parteigenosse Nauert ist in Erfurt wegen Verstoß gegen § 131 (Schmähung von Staatseinrichtungen 2c. 2c.) zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Die Russengreuel in Macedonien.

Der Bericht der „Rhodope-Commission" ist seinem vollen Wortlaut nach noch nicht bekannt; er liegt uns aber im Auszuge vor (veröffentlicht durch den Londoner „Standard"), so daß sich das Material bereits überblicken und ein Urtheil fällen läßt. Nach diesem Bericht steht so viel fest: größere Barbareien als jetzt im alten Macedonien, südlich des Balkans, von den Russen verübt worden sind, sind selbst von den barbarischsten, verthiertesten Völkern niemals verübt worden, und von der Anklage, diese Entsetzlichkeiten veranlaßt zu haben, wird die russische Regierung sich unmöglich rein waschen können.

Die Commission besuchte die Gegenden von Xanthi, Gumeldschina, Kirkowa, Mustanli und Ostokiöi; sie fand daselbst 150,000 muselmanische Flüchtlinge; es sind dies lauter solche, welche Unterstützungen erhalten. Hierzu kommen die Emigranten, welche im Rhodope-Gebirge um Ehre und Leben kämpfen. Die ganze entsetzliche Auswanderung stammt aus den Territorien, welche Rußland in Bulgarien und Rumelien militärisch besetzt hat. „Sie sind, wie alle Delegirten — man hat aus jedem Dorf einen Delegirten vernommen — aussagten, vor den Exzessen der russischen Truppen geflohen, welche auf ihrem Wege alles schänden, tödten und niederbrennen. Wenn man die Aussagen dieser Tausende von Individuen, die aus entfernten Oertlichkeiten gekommen sind, zusammenfaßt, könnte man zu der Ansicht gelangen, daß hier ein im Voraus beschlossener Feldzugsplan vorliege: die schreckenbetäubte Menge, welche in die Berge zu entkommen suchte, vor sich herzutreiben und diese aus mehreren Hunderttausenden von Unglücklichen, meistens Frauen, Kinder, Greise, bestehende Menge seitwärts von Hermanli, in eine Art Sackgasse, die Maritza und den Urlu-Dere im Rücken, zu drängen und sie da niederzukartätschen und in den Fluß zu werfen. Nach Tausenden haben Mütter, lauten bestimmte Aussagen, ihre Kinder in den Fluß gestürzt; der Lauf desselben wurde einen Augenblick durch die Anhäufung der Leichname gestaut, haben einige wenige Ueberlebende ausgesagt. Die Commissare haben diese Greuel allerdings nur aus den Berichten der Opfer erfahren, welche haben entfliehen können; sie haben die Leichname nicht gesehen, doch sind sie auf unzählige Grabhügel gestoßen. Wie viel Tausende von Todten bedecken diese? Noch mehr: lange Stunden hin verfolgten die Commissäre einen Weg, wo sie bei jedem Schritt auf Reste von Kleidern von Frauen und Kindern stießen. Und welche Episoden spielten da! Ein Mann von Tatar-Basardschik sagt aus: er habe fünfzig Unglückliche niedermetzeln sehen, nachdem man ihnen einen Hut aufgesetzt; eine Frau von Samakoff sagt aus, daß sie das Opfer von sieben russischen Soldaten gewesen sei; eine andere wurde an einen Karren gebunden und geschändet vor ihrem Mann, den man darauf mit ihrem Kind niedermachte; die Gruppe von Eski-Sagra erklärt, daß 1500 Frauen innerhalb zwölf Tagen niedergemacht niese; die von Loftscha: daß 24 Unglücklichen die Hände abgehauen und dieselben dann von einer steilen Höhe hinabgestürzt worden seien; daß die Hälfte der Bevölkerung von Hermanli niederkartätscht worden und daß in Demotika von den Unglücklichen, welche auf 50 Karren wegfahren wollten, nur noch fünf am Leben seien. In Kesanlik wurden 99 Männer „wie Salat" entzweigeschnitten, sagt eine Frau; eine andere erklärt, daß sie von 40 russischen Soldaten geschändet worden sei; dieselbe wurde mit sechs jungen Mädchen und einem 12jährigen Kinde eingesperrt, und drei Tage und Nächte lang drangen russische Soldaten je zu acht ein, um ihre Lüste an ihnen zu befriedigen; zu Holgiter wurde eine schwangere Frau von Soldaten ergriffen; man stritt sich über das Geschlecht des Kindes, das sie unter dem Herzen trage; der Frau ward der Bauch aufgeschlitzt und der Kadaver des Kindes auf ein Bajonnet gespießt." — Der Bericht rühmt sodann die Haltung der Insurgenten vom Rhodope-Gebirge; sie halten Disziplin, respektiren die Gefangenen und schonen selbst die in ihrem Rayon gelegenen Bulgarendörfer.

Dieses Resume wird genügen. Der Commissionsbericht, das muß betont werden, ist nicht auf Hörensagen hin aufgenommen: die Commissäre sind mit größter Sorgfalt zu Werk gegangen und haben nichts behauptet, was nicht durch glaubwürdige Zeugen und sonstige Evidenz festgestellt ist. Um so vernichtender ist die Wirkung. Wir können der Wiener „Neuen Freien Presse" nur beistimmen, wenn sie sagt:

„Unerhörte Greuel haben die Russen südlich des Balkans verübt. Noch kennt man nicht den Wortlaut des englischen Berichtes, aber die kurzen, von dem „Standard" veröffentlichten Angaben genügen, um jedes menschliche Gefühl zu empören. Zehnfach überboten erscheinen die türkischen Blutthaten vom Mai 1876, wegen deren die ganze Welt in Aufruhr gerieth und Gladstone die Vernichtung des türkischen Reiches als eine Ehrenpflicht Europas verkündete. Was damals geschah, wir wollen es wahrlich nicht beschönigen oder vertheidigen, aber mildernde Umstände waren vorhanden. Die bedrohte Minderheit der Einwohner rettete sich durch ein Blutbad, das sie unter der Mehrheit anrichtete, vor dem gleichen Schicksale. Die russischen Schandthaten wurden nicht von einer verzweifelten, durch wirkliche oder auch nur vermeintliche Gefahren zum Aeußersten gebrachten Civilbevölkerung, sondern von regelmäßigen Truppen, ohne jede Herausforderung, ohne das eiserne Gebot des Krieges, das zur Sicherung der eigenen Truppen oft Unmenschliches wider den Feind verlangt, nach dem Waffenstillstande und gegen Wehrlose verübt. Abermals, und in noch höherem Grade als 1876, wird ein Aufschrei der Entrüstung durch die Welt gehen, denn man wird dem englischen Berichte unbedingten Glauben schenken, obwohl sich der deutsche und der östreichische Vertreter geweigert haben, die Enthüllungen über die russische Barbarei durch ihre Unterschrift zu bestätigen.

„Von Seite Rußlands wird die Ausrottung der Türken systematisch betrieben; der Kampf wider sie, der trotz Berliner Congreß und diplomatischer Vermittlung im Rhodope-Gebirge fortwüthet, trägt den Charakter der Kriege, nicht des Mittelalters, das wäre zu schonend ausgedrückt, sondern der Völkerwanderung. Das schreiende Unrecht, die Verachtung aller Humanität hat Rußland auf seine Fahnen geschrieben, und wir zittern davor, daß das böse Beispiel Nachahmung findet. Vielleicht hält aber doch die Erwägung davor zurück, daß man den Rechtssinn im eigenen Volke vernichtet, wenn man seine Truppen in solcher Weise walten läßt; daß die Verbrechen, die russische Soldaten an den unglücklichen Bewohnern Rumeliens begangen haben, sich heute schon an den Trägern der Gewalt in Rußland zu rächen beginnen."

Correspondenzen.

Leipzig, am Tage des heiligen Sedanius. (Wie von unseren Gegnern die Logik angewendet wird.) Wohl jedem nur einigermaßen aufmerksamen Zeitungsleser werden nicht nur in Kannegießerblättern, wie z. B. dem „Leipziger Tageblatt", der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" 2c. 2c., sondern auch in bedeutenden politischen Organen Sätze begegnet sein, wie: die Anhänger der Sozialdemokratie sind die Hefe der Gesellschaft, sind eine Kaisermörderbande, sind eine moralische Pest und dergleichen mehr. In Nr. 5031 Abendblatt pro 1878 bringt die „Neue Freie Presse" in Wien im Auszuge aus deutschen Blättern folgenden Unsinn: „Das schwere Siechthum der russischen Gesellschaft, welches man vornehm mit dem Schreckensnamen „Nihilismus" abfertigt, könne mit dem Säbel nicht geheilt werden." Das Siechthum wird also Nihilismus genannt. Welche Logik!

Und weiter heißt es: „da könne nur eine Staatsreform*) in „liberalem" Sinne Hilfe bringen." „Eine Constitution," äußert sich die Tante Voß, „welche die Russen zu selbstbewußten Mitgliedern eines freien Volkes machen und allen Gesellschaftsklassen einen berechtigten Einfluß auf Staatspolitik und Verwaltung gönnen würde; eine ehrliche Handhabung der richterlichen Gewalt; eine scharfe Controle der Staatseinkünfte; die Lehr- und Wissensfreiheit — das sind die Todfeinde**) des Nihilismus. Die Gesellschaft würde sich selber von den Pestbeulen (hier also den Nihilisten) befreien, welche ihr Leben bedrohen, und die Grundpfeiler der nihilistischen Propaganda müßten***) zusammenbrechen."

Da nun bekanntlich dem Sozialismus dasselbe nachgesagt wird, wie dem Nihilismus, und zu seiner Beseitigung ähnliche Rathschläge wie oben gegeben werden, so ist es bei der großen Denkfaulheit und Denkunfähigkeit so Vieler gar nicht zu verwundern, wenn man in Gesprächen, die man mit Gegnern über die soziale Frage führt, jene und ähnliche Sätze und noch gröberen Unsinn zu hören bekommt. Es wird eben Alles nachgeplappert, selbst das dümmste Zeug; von Logik ist da gar keine Spur. Wenn die Presse schon die Logik über Bord wirft, was soll man da vom Publikum erwarten!

Wenn nun beispielsweise eine Beule das „Symptom" einer gewissen Krankheit des thierischen Körpers ist, so ist analog die Sittenverwilderung, Verthierung, Massenarmuth u. s. w. u. s. w., kurz die physische und moralische Degeneration des heutigen Menschengeschlechts der sogenannten Culturstaaten — gleichsam als Pestbeule — das untrügliche Kennzeichen gewisser Krankheiten des gesellschaftlichen Organismus. Und wie ferner ein am ganzen Körper mit Beulen bedeckter Mensch sich im höchsten Stadium des Siechthums befindet und unrettbar dem Tode entgegeneilt, so pfeift vernunftgemäß auch die mit Krankheitssymptomen aller Art überladene heutige Gesellschaft — auf dem letzten Loche! Daß dieses gesellschaftliche Siechthum existirt, leugnet weder der Politiker noch der Politikaster, weder der Philosoph noch der Sophist; am allerwenigsten aber leugnen es

---

*) Oho! Doch nicht etwa vermittelst Revolution?!

**) Das sind ja Alles höchsteigene Forderungen der Nihilisten, und die sollen ihnen den Tod bringen?!

***) Ja, wenn das „Wenn" nicht wär'.

---

als der polizeilich angemeldete Congreß amerikanischer Ingenieure dort dieses Jahr, wie alle Jahr stattfand, diese gemüthlichen Zweckessenden und ulkenden Philister als Sozialdemokraten angesehen und einige von ihnen zur Wache fistirt worden sind, weil sie den verbotenen sozialistischen Congreß abhielten. Einen nicht verbotenen Umzug hatten die Ingenieure übrigens schon Tags zuvor vor den Augen der Polizei abgehalten. Das rothe Gespenst scheint also selbst der sonst so wachsamen Polizei die Augen geblendet zu haben.

— Fürwahr ein Spaß zum Lachen! Das Unterhaltungsblatt der Heilbronner „Neckarzeitung" bringt aus Anlaß des Sedantags den üblichen patriotisch-poetischen Erguß; diesmal aus der Feder des Oberhofpredigers Prälaten v. Gerok, der sich leider auf dieses Feld der Poesie lenken ließ, was seinen nicht zu bestreitenden Dichterruhm nicht zu erhöhen geeignet ist. Napoleon wird in diesem Poëm in keineswegs schmeichelhafter Weise mit Pharao, den „der Herr" mit Roß und Reitern vom rothen Meer verschlingen ließ, und mit Nebukadnezar verglichen, den „der Herr" Staub schlucken ließ, als er sich wie die Ochsen von Gras und Kräutern nähren mußte. So schlimm gings Napoleon wohl nicht auf Wilhelmshöhe bei Kassel, und „der Herr" scheint mit den Herren der Welt jetzt milder zu verfahren, wenn er sie seine gewaltige Hand fühlen läßt. — Im Hauptblatt derselben Nummer steht nun die Nachricht von einem freundschaftlichen Besuch, den die Exkaiserin Eugenie am Hoflager Sr. Majestät des Königs von Württemberg mit ihrem Sohne Lulu in Friedrichshafen gemacht hat. Wie — so fragt man sich unwillkürlich — kann Herr Prälat von Gerok so unzart sein, die Hausfreunde seines Herrn und Königs durch ein Gedicht so tödtlich zu beleidigen! Er wollte sich doch keiner indirekten Majestätsbeleidigung schuldig machen? War's doch Eugenia, welche damals „ihren kleinen Krieg" haben wollte und „des Kaisers von Frankreich kleiner unerwachsener Büb", der „das erst Tüfelsstuck abträllt und dorft man in darumb wol ein Tüfelsbüb namsen", wie in der „Nuwen Zittung des Tutschen Kriegs" von Ernst Götzinger zu lesen steht. Die Heilbronner „Neckarzeitung" will aber durch dieses Zusammenschreiben des oben Angeführten doch gewiß nicht sagen, daß die Feinde des deutschen Volkes die Freunde der Fürsten des deutschen Volkes seien? Nun die Antwort ist einfach: Man schlägt sich, man verträgt sich!

Weitere Verse lassen sich leicht von Jedem dazu machen, der nicht im Siegesrausch von 1870 fortlebt, bis der große Katzenjammer kommt — und kommen wird er.

— der Arzt und der Richter. Die Statistik beweiset es. — Das Siechthum sowie die Pestbeule sind also Krankheitssymptome, nicht die Krankheit selbst und noch viel weniger sind sie das System, welches durch Beseitigung der Krankheitsursachen radikale Abhülfe schaffen will.

Kann diesem kranken Gesellschaftsorganismus noch auf die Beine geholfen werden? Giebt es denn kein Mittel, welches sein völliges oder theilweises Gesunden noch herbeiführen könnte? So hört man überall klagend fragen. Die Antwort auf beide Fragen aber lautet: Nein! Niemals! — — —

Kein Staatsarzt†), mag er Bismarck oder Gortschakoff heißen, vermag dem unerbittlichen Naturgesetz Widerstand zu leisten! Diese Männer werden der Freiheitssonne ihre Bahn niemals vorschreiben. Weder Ausnahmegesetze, noch Censur oder wie sonst die zu verabreichenden Pillen heißen mögen, noch ein Aderlaß in Form von Steuererhöhungen werden auch nur um Etwas den Krankheitszustand bessern, wohl aber werden sie ihn so verbösern, daß in verhältnißmäßig kurzer Zeit der wohlverdiente Tod eintritt. Die Jahrtausende alte Gesellschaftsordnung geht auf Krücken, „ihr ist das Dasein eine Last, der Tod erwünscht, das Leben ihr verhaßt."

Liegt schließlich die in sich selbst zerfallene morsche Gesellschaftsordnung am Boden, dann wird die neue humane Aera beginnen. Das System des Sozialismus wird aufgebaut werden zum Nutz und Frommen der kommenden Geschlechter. Wir aber, die wir schon heute die Lehren desselben unter unseren Brüdern und Schwestern verbreiten und den Samen zur schöneren Zukunft ausstreuen, haben alsdann nicht vergebens gestritten und gelitten. Giebt es doch kein anderes System, welches wie das sozialistische so sichere Aussicht böte, Allen den wahren ungetrübten Genuß des Daseins zu bieten, dasselbe harmonisch zu gestalten und auf diese Weise, frei von jeglicher Knechtschaft und anderen Hindernissen, Tugendhaftigkeit, wahre Humanität und Bildung und wirklichen Fortschritt zu fördern.

D'rum wollen wir nie ermüden im Kampfe mit den Gegnern. Immer von Neuem stärken wir uns an den Quellen echter Menschenliebe, welche aus den vielen sozialistischen Schriften uns in köstlicher Frische und unversiegbar entgegensprudeln. So kämpfend werden wir bald das Banner der Wahrheit auf den Ruinen des Irrthums aufpflanzen.

Euch Männern der Gegenpresse aber rufe ich zum Schlusse noch zu: „Wendet bei Zeiten Logik an! Verwechselt nicht Wirkung mit Beweggrund!" Beherzigt die Worte: „Der Sozialismus entstand infolge des Siechthums der bestehenden Gesellschaftsordnung, oder kürzer: infolge der Gesellschaftsunordnung zum Zwecke der Beseitigung derselben!" O. H.

Altona, 6. September. Wegen Betheiligung an der Tombola für die Deportirten in Neu-Caledonien hatten sich am 4. d. M. 9 Gesinnungsgenossen aus Elmshorn, sowie C. Deroffi in Hamburg, vor dem Kreisgericht zu verantworten; Letzterer erschien jedoch nicht. Die Anklage lautete: „Die u. s. w., sind angeklagt, zu Elmshorn im März und April d. J. in einer auswärtigen in Preußen nicht zugelassenen Lotterie gespielt, resp. sich dem Verkauf von Loosen zu dieser Lotterie unterzogen resp. diesen Verkauf als Mittelsperson befördert zu haben. Der Privatsekretär Deroffi übersandte dem Hamer 10 Loose der zum Besten der Deportirten in Neucaledonien zu London veranstalteten, für Preußen nicht genehmigten Lotterie (sog. Tombola) mit der Aufforderung zum Absatz derselben thätig zu sein. Hamer setzte die Loose an die Uebrigen ab." Der Gerichtshof erkannte einen der Angeklagten für nichtschuldig, die übrigen 8 aber schuldig und verurtheilte Deroffi und Denjenigen, an den die Loose gesandt worden, zu je 12 Mark Geldstrafe; die 6 übrigen Angeklagten erhielten je 5 Mark Geldstrafe, event. 3, resp. 1 Tag Gefängniß. — Aus dem Plaidoyer des Staatsanwaltsgehülfen ist noch zu erwähnen, daß derselbe eine ganz eigenthümliche Anschauung über die Gefangenen in Neucaledonien, wie über die Tombola überhaupt haben muß, denn er bemerkte, als die Angeklagten hervorhoben, daß sie der Ansicht gewesen seien, nur einen guten Zweck gefördert zu haben, indem sie Nothleidende indirekt unterstützt hätten, — es müsse mit der Verloosung wohl ein agitatorischer Zweck gefördert worden sein, denn jene Staatsgefangenen seien keine Nothleidende, für sie werde gesorgt. — Der Herr, welcher der öffentliche Ankläger ist, weiß also nicht einmal, daß jene Deportirten so gut wie hülflos sind und für ihren eigenen Unterhalt zu sorgen haben. Würde vom Staat, auch nur dem Namen nach, genügend für sie gesorgt, dann dürften wohl keine Geschenke von Auswärts angenommen werden.

Börninghausen bei Pr. Oldendorf, 22. August. Auch hier begann gleich nach den Attentaten die Sozialistenhetze. Verschiedene Fabrikanten schimpften auf die roheste Weise über unsere Partei und es wurde jedem sozialistischen Arbeiter mit Entlassung gedroht, wenn er noch ferner zur Partei gehöre, oder auch nur die sozialistischen Blätter lese. Da in kleinen Orten jede alte Frau Neuigkeiten bringt, so ist es mir unmöglich, hier ein sozialistisches Blatt mitzuhalten. Bei einigen kleineren Fabrikanten, welche den Arbeiter doch noch nicht ganz zum Sklaven gemacht haben, bohrte man auch an, ja Diesen oder Jenen zu entlassen; wenn es bis jetzt noch nicht geschehen ist, so kann es doch noch kommen. Das sind die Errungenschaften des großen Krieges; mag nun noch das Ausnahmegesetz dazu kommen, dann ist das Nationalzuchthaus bald fertig.

Barmen-Elberfeld, 20. August. Ueber den Ausfall unserer Wahl, die verschiedenen Wahlmannsver u. s. w. haben wir bereits Berichte im „Vorwärts" gelesen; nachträglich muß ich jedoch noch auf eine vor der Wahl auf dem Lichtenplatz stattgehabte Wählerversammlung zurückkommen, da hiesige Blätter über dieselbe unwahre und entstellte Berichte gebracht haben. Dieselbe wurde von mir eröffnet und ich zum Vorsitzenden gewählt. Der mit erschienene Gegner, Herr Büren, wurde zum Schriftführer erwählt. Nachdem ich unsere Prinzipien erläutert und zur Wahl Hasselmann's aufgefordert hatte, nahm Herr Büren das Wort, um in bekannter Manier unsere Partei herabzuziehen. Er bediente sich dabei der alten verbrauchten Schlagwörter und Schreckmittel der liberalen Parteien, wie Theilen, Ehezerstören, Unglauben ꝛc., auf die heutzutage aber Niemand mehr auf den Leim geht. Und so fand der gute Herr auch hier keine begeisterten Anhänger und mir war es auch um so leichter, den Kohl des Herrn in's richtige Licht zu stellen. — Noch hatte ich zu erwähnen vergessen, daß Herr Büren am Schluß seiner Rede ein Hoch auf den deutschen Kaiser ausbrachte, in welches alle Versammelten einstimmten, aber ebenso einstimmig wurde ein Hoch auf Hasselmann ausgebracht. Wir können nun zurückblicken und sagen, die Wahl hat es gezeigt, wie wenig die große Masse der hiesigen Bevölkerung noch auf den Liberalismus hofft. Herrn Büren aber rathe ich, sich erst des Näheren mit dem Studium des Sozialismus zu befassen und dann über denselben zu disputiren. Johannes Mühlhausen.

Löbtau, 4. September. Schon wieder hört man von einem Lohnabzug in der Glasfabrik von Fr. Siemens, und zwar wiederum von 10 Prozent. Es ist dieses das vierte Mal, daß in gedachter Fabrik der Lohn um 10 Prozent gekürzt wird, so daß jetzt der Verdienst ein solcher ist, daß die Arbeiter sich unmöglich diese neue Herabdrückung gefallen lassen können. Eingeleitet wurde diese Lohnreduktion durch einen Brief des gerade von einer Schweizreise zurückgekehrten Herrn Siemens, worin den Arbeitern berichtet wurde, daß er 10 Prozent abziehen müsse. Wer nicht mit dieser Lohnreduktion einverstanden sei, der möge zum 1. Oktober — in der Glasfabrik besteht vierwöchentliche Kündigungszeit — aufhören. Die Antwort der Arbeiter bestand darin, daß sie an Herrn Siemens einen Brief richteten, in welchem sämmtliche Arbeiter, mit etwa 8—10 Ausnahmen, durch Unterschrift erklärten, daß sie sich die Lohnreduktion nicht gefallen ließen. Die Antwort Siemens' hierauf war, daß er dann einen Ofen kalt stellen lassen würde, d. h. daß er etwa 30 der Arbeiter dann nicht fortarbeiten lassen würde. — Herr Siemens, der jedenfalls ein kluger Geschäftsmann ist, hat früher, nach jeder Lohnreduktion, eine Anzahl von Leuten angenommen, welche weder die den übrigen Arbeitern gezahlte Miethsentschädigung bekamen, und welchen auch nicht die vierwöchentliche Kündigungszeit zugestanden war. Mit diesen Leuten glaubte unser sauberer Herr Fabrikant nun einen Keil in die übrigen geschlossen dastehenden Arbeiter treiben zu können. Allein er irrte sich. Als er nämlich diese Arbeiter, etwa 30 an der Zahl, rufen und ihnen sagen ließ, daß er ihnen dieselben Rechte, wie ihren besser gestellten Collegen, bewilligen würde, — daß er ihnen sowohl Miethsentschädigung, wie auch vierwöchentliche Kündigungsfrist zugestehen wolle, wenn sie auf seinen Vorschlag eingingen und fortarbeiteten, da antworteten denn die wackeren Arbeiter, daß sie sich darauf nicht einlassen, sondern zu ihren Collegen stehen würden. Darauf wurde diesen Arbeitern eröffnet, daß sie zum Sonnabend, den 7. d. M., entlassen würden. — Die Arbeiter sind entschlossen, es bis zum Aeußersten zu treiben. Der gegenwärtige Lohn ist schon ein solcher, daß kaum damit auszukommen ist, und wenn derselbe auch im Vergleich mit anderen Löhnen noch etwas hoch erscheinen mag, so muß erwähnt werden, daß die Arbeit an den heißen Oefen eine solche ist, bei welcher außerordentlich kräftige Kost, sowie sehr vieles Trinken für den Arbeiter unbedingt nöthig ist. Im Sommer kommt es sehr häufig, besonders bei heißen Tagen vor, daß der Tagelohn nicht ausreicht, um die Ausgaben zur Befriedigung des Durstes zu decken. Würde nicht die Winterarbeit sein, bei welcher selbstverständlich nicht so viel getrunken zu werden braucht, so könnten schon jetzt die Glasmacher mit ihrem Lohne nicht auskommen. Wie viel weniger noch bei 10 Prozent Abzug. — Eine heitere Episode aus den Verhandlungen mag nicht unerwähnt bleiben. Schon oben ist angedeutet, daß etwa 10 Mann die Erklärung, nicht für den beabsichtigten Lohn arbeiten zu wollen, nicht unterschrieben hatten. Diese Leute wurden nun in's Comptoir gerufen und um den Grund gefragt. Dieselben äußerten, daß sie theilweise nicht anwesend gewesen seien, theilweise auf andere Weise abgehalten seien. Auf die in höhnischer Weise gethane Frage, ob sie denn nicht auch unterschreiben wollten, antworteten die Arbeiter schnell: „Jawohl, geben Sie den Brief nur her." Der Herr Siemens sieht also, daß er sich irrt, wenn er auf Zersplitterung in den Reihen der Arbeiter rechnet. — Es wäre so schön gewesen, die Kosten der Schweizreise durch die Lohnreduktion bei den Arbeitern wieder herauszuschinden, allein hoffentlich verrechnet sich unser Herr Siemens, der das Rezept zur Lohnherabsetzung jedenfalls im Central-Verband deutscher Industrieller, dem in Dresden außer Siemens auch noch dessen Freund Hofrath Ackermann, sowie Herr Commerzienrath Zschille angehörten, studirt hat. Wahrscheinlich wird es zum Strike kommen, und hoffen die Arbeiter, denselben siegreich durchzuführen, wenn der Zuzug ferngehalten wird.

Frankfurt, 5. September. Einige Handwerker, — darunter auch ein Verheiratheter, österreichische und schweizerische Staatsbürger, wurden dieser Tage auf's Polizeipräsidium beschieden, woselbst man ihnen eröffnete, daß sie binnen vierzehn Tagen bei Vermeidung der Inhaftirung und zwangsweisen Transports den preußischen Staat zu verlassen haben. „Die von dieser außerordentlichen Maßregel Betroffenen müssen wohl recht arge Verbrecher sein", könnte Mancher denken. Gewiß, das sind sie auch: die hohe Polizei hat nämlich glücklich herausgetüftelt, daß die „Ausländer" sich an der gewerkschaftlichen Bewegung betheiligt haben und der Sozialdemokratie freundlich gesinnt sind. Einer derselben, Alois Ratz aus Arad (Ungarn), war Mitglied des Tapezierervereins, in politischen Versammlungen war er nie thätig. Keinem der Ausgewiesenen ist die geringste ehrenrührige Handlung nachzuweisen; sie sind mit den Behörden wegen solcher Handlungen nicht in Conflikt gerathen. Ihr ganzes „Verbrechen" besteht also darin, einer Ueberzeugung gehuldigt zu haben, die man auf der Polizei nicht theilt. Auf welche Gesetzesparagraphen stützen sich die Ausweisungsbefehle? Das deutsche Strafgesetzbuch enthält allerdings Paragraphen, welche die Ausweisung von Ausländern möglich machen; aber alle die Paragraphen beziehen sich auf entehrende Handlungen, welche die Stellung unter Polizeiaufsicht zur Folge haben können.

Brieg, 18. August. Die an allen Orten seitens unserer Gegner angewendeten Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokraten haben sehr wenig genützt. Auch wir können von derartigen Machinationen, welche von unseren Gegnern am Tage der Wahl verübt worden sind, berichten. Als im Jahre 1877 der Wahlkampf entbrannte, fühlten auch wir uns veranlaßt, einen Candidaten aufzustellen, und erhielt derselbe eine immerhin schöne Stimmenzahl. Deshalb glaubten wir, auch diesmal nicht rückwärts schreiten zu dürfen und stellten wiederum einen Candidaten auf. Da wir am hiesigen Orte augenblicklich nicht in der Lage waren, eine Versammlung abhalten zu können, so sahen wir uns veranlaßt, auf eine andere Art und Weise für unsern Candidaten Propaganda zu machen. Einige Arbeiter Brieg's erboten sich, am Tage der Wahl thätig zu sein resp. mit Stimmzetteln am Wahllokal stehen zu wollen, welches Anerbieten selbstverständlich mit Freuden angenommen wurde, da wir den festen Glauben hatten, unsere Gegner würden sich doch einigermaßen nach dem Wahlgesetz richten; da wir ferner glaubten, dasselbe Recht beanspruchen zu können, als die Herren Liberalen. Wir wurden jedoch bald eines Besseren belehrt. Der Erste von uns, welcher sich erlaubte, an ein Wahllokal heranzugehen, um Stimmzettel zu vertheilen, wurde bald von demselben entfernt, und zwar von 7—8 zu demselben Zwecke im Hause stehenden „Ordnungsmännern". Auf die Frage unseres Genossen, ob er nicht dasselbe Recht habe als ein Liberaler, wurde ihm die Antwort zu Theil, wenn er nicht ginge, würde die Polizei geholt werden. Trotzdem blieb derselbe jedoch auf seinem Posten. Kam jedoch ein Arbeiter wählen, so wurde ihm der Stimmzettel von Kräcker aus der Hand genommen und vor seinen Augen zerrissen, worauf man ihm einen andern Zettel in die Hand drückte. Wollte er nun nicht befürchten, gemaßregelt zu werden, so mußte er liberal wählen. Doch die Flegelhaftigkeit steigerte sich immer mehr und mehr; man spuckte vor unserm Stimmzettelvertheiler aus, schimpfte auf gemeine Weise u. s. w.; als er nun die Flegelhaftigkeit zurückwies und auf seinen Posten auszuharren suchte, wurde er von einem Polizisten wegen ungebührlichen (!?) Betragens verhaftet und nach der Polizei geführt, wo man ihn, nachdem ihm sämmtliche Stimmzettel confiszirt worden waren, wieder frei gab. Gleich darauf wurde ein zweiter Genosse von einem andern Wahllokal, nachdem sie ihm seinen Militärpaß abgenommen hatten, womit er sich legitimirte, entfernt. Ich versuchte nun an einem andern Lokal Stimmzettel zu vertheilen und auch mir wollte ein Polizist Umstände machen, ließ mich jedoch nach kurzer Debatte ruhig stehen. — Am Nachmittage ging mein Bruder, welcher einige Stimmzettel in der Hand hatte, und ich über den Markt. Als wir die Straße herunter gehen wollten, trat ein Polizist an uns heran und erklärte uns für verhaftet. Wir wurden nach der Polizei transportirt und mit den Worten: hier bringe ich wieder zwei von Kräcker aus Breslau, dieselben proviziren Unruhe in der Stadt, machen Straßenauflauf und was sonst alles, dem Richter übergeben. Als wir von dem Herrn gefragt wurden, wo wir arbeiteten, theilten wir ihm selbiges mit. „Mit dem betreffenden Fabrikanten bin ich ziemlich gut dran," sagte er nun, „und ich werde dafür sorgen, daß Sie gekündigt bekommen." Ferner sagte er: „Da sieht man die Bummler, wenn sie etwas Arbeit haben, arbeiten sie nicht, dann müssen sie hungern, daß sie quietschen, Steuern wollen sie auch nicht bezahlen u. s. w." Nachdem uns der „gebildete" Herr die Stimmzettel abgenommen hatte, erklärte er uns: „Lassen Sie sich heute Abend in einem Wahllokal sehen, werden Sie sofort eingesperrt." Nun frug ich denselben, ob ihm das Wahlgesetz nicht bekannt sei, oder ob er dasselbe nicht kennen wolle. Hierauf erhielt ich die Antwort: „Wer bei der Stimmenzählung anwesend sein will, muß wahlberechtigt sein — und übrigens sind Sie jetzt entlassen!" — Nachdem die Parteigenossen von Vorstehendem Kenntniß genommen haben, werden sie einsehen, daß es nicht möglich war, in Folge derartiger Machtmittel, welche hier angewendet worden sind, mehr Stimmen auf unseren Candidaten zu vereinigen. Wir haben gethan was in unseren Kräften stand, aber Macht geht vor Recht. — Jetzt fängt die Polizei an, Erkundigungen einzuziehen, wer die „Wahrheit" hier kolportirt. Jedenfalls glaubt man, die Arbeiter dadurch zu schrecken, aber dieses hilft alles nichts, eine Idee wie die unsrige kann Niemand ausrotten, mag er sein wer er will. Darum frisch auf! Vorwärts ist unsere Parole!

P. Fläschel.

†) Eine ganz b sondere Schmeichelei.

Briefkasten

der Expedition. Hrm. Wßmnn Heilbronn: Senden Sie die Schriften, welche Sie nicht verkaufen können an uns retour. Ein Abgabe zu ermäßigten Preisen findet unserseits nicht statt.

Carl Dohne, Altona. Bitte um sofortige Mittheilung Deiner Adresse. Brief an Dich retour erhalten. H. Dohne, Volkmarsdorf.

Quittung. Strk Offenbach Ab. 28,56. Mhlhrn Plauen Schr. 21,90. Knzsch Berviers Ab. u. Schr. 6,75. Engl Reudnitz Ab. 21,00. Sickbrg Bordeaux Schr. 3,00. Sbrt Cassel Ab. 16,60. Mrtn Schmölln Ab. 5,00. Lrnz Dux Ab. 10,54. Gglr hier Ab. 15,00. Richl hier Ab. 15,00. Hllngl Nordhausen Schr. 4,00. Drstn Coblenz Ab. 6,55. Hslr Amstetten Ab. 3,00 Brgmnn Koppellatten Ab. 1,00. Hmpl Freiberg Ab. 3,30. Slbrhrn Esslingen Ab. u. Schr. 16,20. Wßmnn Heilbronn Schr. 5,65. Sltzl Wien Ab. 1,59. Wnk Riemes Ab. 3,50. Jnkwsk Troppau Ab. 3,01. Knpf Herzberg Schr. 5,00. Wlhm Rogasen Schr. 1,00. Mllr Frankfurt a. M. Ab. 5,00. Strglr Benndorf Ab. 0,80. Blhm Wiesbaden Ab. 1,00. Brrs Boitwarden Schr. 1,70. Bnndrf Lesum Schr. 2,00. Strsbrg Düsseldorf Schr. 0,50. Jswt Lasdehnen Schr. 6,00. Ebhardt Kosuschen Schr. 3,15. Andrsn Wanderup Schr. 0,65. Snthmr Linden Ab. 1,00. Jcknt Forste Schr. 2,40. Grß Wien Schr. 11,24. Wsmr Bordernberg Schr. 1,75.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Heft 11

der

Zukunftsmedizin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

Inhalt: Rückblick, Vorbemerkungen. Was ist Gesundheit? Was ist Krankheit? Die Philosophie der Heilung. Die Mission des Arztes.

(Vollständig in 12 Heften.)

Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".** Färberstr. 12.

Durch uns ist zu beziehen:

Drei Jahre aus meinem Leben

oder

Mein Prozeß

wegen

Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit, meine Suspension und Wiedereinführung ins Lehramt.

1845—1847.

Von

K. F. W. Wander.

Preis Mark 1,50.

Es ist ein alter Veteran der Volkssache, aber einer von den wenigen, die ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind, der in der vorliegenden Schrift zu uns spricht. Die Periode vor dem Jahre 1848 ist der jetzigen Generation völlig unbekannt; um so wichtiger, wenn Erinnerungen wie die vorliegenden zu ihrer Kenntniß gelangen, um ihr zu zeigen, welche Fortschritte wir trotzalledem in 30 Jahren gemacht haben. Wie wird es nach weiteren 30 Jahren aussehen? Diese Frage drängt sich jedem Leser auf. — Die Schrift führt unter anderem das Bild eines Menschen vor, der heute noch eine Rolle spielt: des jetzigen kgl. preußischen Geheimraths und Verschwörungsfabrikanten Stieber; außerdem einige hochinteressante Vertheidigungsschriften des Justizraths Robe, Vertheidiger Wanders. Letztere sind Muster logisch-juristischer Dialektik und philosophischer Gründlichkeit.

Leipzig. **Expedition des Vorwärts.**

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanftenmann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hirsch, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 108. Freitag, 13. September. 1878.

Ein perfides Attentat auf die gesunde Vernunft.

II.

Die „Provinzial-Correspondenz" bespricht im ferneren Verlauf des Artikels die sozialistische Agitation in der bei diesem Regierungsorgan gang und gäben lügnerischen, verbreherischen Weise und fährt dann fort:

„Einer solchen Agitation gegenüber, deren Waffe niemals die wissenschaftliche Beweisführung, sondern stets die moralische Verdächtigung ist, deren Folge die Aufziehung verbrecherischer Gelüste in wilden Gemüthern, die Entnervung und Zerstörung aller gesunden Thatkraft in schwachen Seelen ist, einer solchen Agitation mit den Waffen des gesetzlichen Verbots und der gesetzlichen Strafe entgegenzutreten, soll eine Bedrohung der öffentlichen Freiheit sein! Der Gebrauch der Freiheit kann nie in der Anwendung unsittlicher Mittel bestehen, die Entziehung solcher Mittel ist der Schutz der Freiheit. Wie es sich aber um die Bekämpfung eines Giftes handelt, dessen Vertreter längst geübt sind in der Kunst, die Gaben so zu reichen, daß die einzelne Gabe selten ein Vergehen oder ein Verbrechen im Sinne der ordentlichen Strafgesetze darstellt, so bedarf der Staat außerordentlicher Vollmachten zur Vernichtung dieses Giftes. Die großen Völker aller Zeiten haben, wenn sie solche Krankheiten in ihrem Körper um sich greifen sahen, den Muth gehabt, ihren Obrigkeiten außerordentliche Vollmachten anzuvertrauen. Der Gesetzentwurf gegen die Sozialdemokratie, mit dem der neu gewählte Reichstag als mit seiner dringlichsten Aufgabe sich zu beschäftigen haben wird, ist geboten durch einen offenen Angriff gegen die deutsche Nation, der sein Werk nicht einmal verheimlicht, sondern es herausfordernd seinen Genossen und seinen Gegnern zuruft. Es kann für keine aufrichtige Meinung die Frage entstehen, ob diesem Angriff am besten damit zu begegnen sei, daß man ihn ungestört gewähren lasse. So lange es Staaten giebt, hat noch nie ein Volk die systematische Verhetzung der aus Mangel an Erfahrung und Scharfblick dem Betrug zugänglichen Klassen durch alle Mittel der Lüge in seiner Mitte ruhig geduldet."

Das Regierungsblatt bleibt auch hier bei seiner Meinung, daß der Sozialismus auf künstlichem Wege erzeugt sei und zwar durch die unlautersten Mittel, durch moralische Verdächtigungen. Wir fragen aber: ist es auch eine „moralische Verdächtigung", wenn der frühere österreichische Minister, Excellenz Professor Dr. Schäffle in seiner Schrift: „Bau und Leben des sozialen Körpers", dritter Theil „Kapitalismus und Sozialismus" (zweite Auflage) Seite 457 schreibt:

„Die Angriffe auf corrumpirende Besitzübermacht in der Gesellschaft sind bekanntlich alt. Kaum hatte in der französischen Revolution das Bürgerthum die Feudalwirthschaft gebrochen, so erklärte Baboeuf die besitzenden Bürger selbst für „Usurpatoren", und sah sich selbst ein Robespierre veranlaßt, auf den Antrag eines Agrargesetzes die Todesstrafe zu setzen. Es bildeten sich schon 1791 Arbeiterassoziationen, welche die Arbeitgeber „Vampyre" und Tyrannen der Arbeit nannten. Trotz aller Unterdrückung ist endlich die heutige sozialistische Bewegung erwachsen; „das Elend des Volkes liegt jetzt schon auf einem Paradebett; ehemals war es versteckt in einem Winkel?"

Ist das auch eine moralische Verdächtigung? Und was thuen die Regierungen, um das Elend des Volkes zu lindern? Sie machen Ausnahmegesetze!

Ist das wiederum vielleicht eine „moralische Verdächtigung"?

Nun wohlan! Mögen die Regierungen das Elend des Volkes heben, dann, aber auch nur dann können wir einen solchen Vorwurf entgegennehmen, sonst aber ist dieser Vorwurf selbst nichts anderes, als eitel Lüge und „moralische Verdächtigung"!

Zum Schlusse nun bauernfängt die „Provinzial-Correspondenz" in folgender Weise:

„Die Meinungsverschiedenheit kann also nur über die Wahl der besten Mittel für die staatliche Aktion sein. Es werden nun aber die beiden Gesichtspunkte künstlich durcheinandergemengt, daß Ausnahmegesetze überhaupt unstatthaft seien, wobei man doch immer wieder mittelbar ihre Nothwendigkeit eingestehen muß, und daß durch die über den Zweck der Verleihung hinausgehende Ausbeutung außerordentlicher Vollmachten eine Reaktion zu befürchten sei. Daß eine Reaktion im wahren Sinne, d. h. der Versuch, geschweige denn der dauernde Wille, dem wahren Bedürfnisse der nationalen Entwickelung entgegenzuhandeln, ein unmöglicher Gedanke ist, die Ueberzeugung soll die deutsche Nation in dem Augenblicke, wo ein schweres Uebel durch fernere Vernachlässigung zum Unheil heranzuwachsen droht, aus dem Vertrauen zu sich selbst schöpfen. Möge der Reichstag die freieste Präfung des ihm zugehenden Gesetzvorschlages unternehmen. Aber der innerste Wille und das wahre Gewissen der Nation erwartet, daß er entweder die Anwendung des vorgeschlagenen Miitels genehmige oder ein besseres darbiete. Die Vaterlandsliebe und die Einsicht, welche so viele Mitglieder des sich versammelnden Reichstages zum Theil in einem langen öffentlichen Leben bewährt haben, begründen die Zuversicht, daß der Reichstag weder sich selbst und der Nation das Zeugniß der Rathlosigkeit ausstellen, noch weniger aber die letztere in eine Hilflosigkeit versetzen werde, die sich unter ohnmächtigen Scheinmitteln vergebens zu verbergen sucht."

Wie nett! Als der vorige Reichstag die freieste Präfung des Gesetzentwurfes gegen den Sozialismus vornahm und so frei war, denselben mit großer Majorität abzulehnen, da schickte man ihn nach Hause und jetzt — wagt es dasselbe Regierungsorgan, welches bisher die unbedingte Annahme des neuen Entwurfes als eine politische Nothwendigkeit immer hinstellte, den neuen Reichstag wiederum zur freiesten Präfung des Gesetzvorschlages einzuladen und diese Einladung mit allen möglichen Schmeicheleien an die Weisheit der Reichstagsmajorität zu umgeben.

Ist das etwa keine Bauernfängerei?

Und an wen wendet sich hauptsächlich das Regierungsblatt mit seinen Schmeicheleien? An die Liberalen, welche von eben demselben Blatte vor den Wahlen in geradezu pöbelhafter Weise angegriffen und „moralisch verdächtigt" worden sind. Ob sich diese Herren von dem Regierungsorgan bauernfängern lassen werden? Ihre Vergangenheit berechtigt uns nicht, auf diese Frage mit Nein zu antworten; wohl aber liegt die Möglichkeit vor, daß die Liberalen zu der Erkenntniß gelangen, daß die Regierung sie zuchmals und zwar zum letzten Male ausnutzen und dann zur Seite schieben will. Doch die Herren Liberalen mögen sich selbst berathen. — ✦ — — —

Und nun wollen wir uns noch einmal zum Schlusse dieses Artikels einer „moralischen Verdächtigung" befleißigen:

Bis jetzt sieht man nicht, daß zur Abhülfe der Noth irgend etwas geschehen soll; diejenigen Elemente aber, welche diese Noth abschaffen wollen, die Sozialdemokraten sollen durch Ausnahmegesetze im Interesse der ausbeutenden Klassen gehetzt und verfolgt werden. Anstatt das Uebel zu verfolgen, verfolgt man die Gegner desselben, um dann das soziale Elend immer höher hinauf und sich selbst über die Köpfe wachsen zu lassen.

Die Geschichte ist unsere beste Lehrerin. Immer dann, wenn die Regierungen oder die herrschende Gesellschaft überhaupt mit brutalen Verfolgungen denen antwortete, welche neuen, besseren Ideen Eingang verschaffen wollten, immer dann durchbrach der momentan durch dieses Vorgehen zwar eingedämmte Strom in nicht zu langer Zeit die Wälle und überfluthete verheerend das Land. Hätte man die Wasser des Stromes ruhig und stetig dahinfließen lassen, wären die Wasser hin und wieder auch über die Ufer hinausgetreten, so konnten sie nur befruchtend wirken. Die Hindernisse aber durchbrechend, müssen die Fluthen zunächst zerstörend wirken, während erst später nach und nach die verderblichen Folgen verschwinden und neuem Leben, neuer und gedoppelter Fruchtbarkeit Platz machen.

Doch wir wollen, komme was da wolle, guten Muthes bleiben; vorbereitet sind wir auf alle Verfolgungen, gestählt und freudig nehmen wir auch diesen Kampf auf, denn wir wissen, daß, wenn auch unsere Personen nicht, so doch unsre Idee endlich siegreich aus dem Kampfe hervorgehen wird.

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Schluß.)

Die „Vossische Zeitung" vom 6. d. bringt über „die unmittelbare Veranlassung" des Ausnahmegesetzes einen vortrefflichen Artikel, den wir hier vollständig folgen lassen:

„Der Zusammenhang der beiden Mordversuche auf den Kaiser mit den Bestrebungen und Agitationen der Sozialdemokratie, auf welchem die Berechtigung des Ausnahmegesetzes hauptsächlich begründet wird und eigentlich allein und ausschließlich begründet werden kann, und welcher im Augenblicke der begangenen beiden Verbrechen der erschreckten Einbildungskraft und dem Loyalitätsgefühle außer allem Zweifel erschien, zeigt sich vor dem Stuhle der juristischen, wie der psychologischen Kritik, welche hier allein maßgebend sein dürfen, als ein so loser, die Fäden, die ihn bilden, als so spinnewebenartig dünn und schwach, daß er eine Folgerung von praktischem, gesetzgeberischem Inhalte überhaupt nicht, jedenfalls nicht von dem Inhalte der Vorlage zuläßt.

„Der eine der beiden Mörder ist allerdings ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen, aber sein Verbrechen erscheint nach dem Gesammtergebniß der gerichtlichen Untersuchung und Verhandlung fast rein und ausschließlich als die Frucht und Wirkung seiner allgemeinen sittlichen Verkommenheit, der er wahrscheinlich bereits verfallen war, ehe er von der Sozialdemokratie mehr als den Namen, wenn selbst nur diesen, gehört hatte. Zunächst ist von einer direkten Anregung des Verbrechens aus dem Schooße der Partei nicht die Rede und nie die Rede gewesen. Ferner aber ist der Verbrecher weder ein Typus seiner Partei, noch ein hervorragendes, noch ein besonders eifriges und überzeugtes, oder auch nur ein treues Mitglied derselben im gewöhnlichen Sinne des Worts, noch überhaupt ein eigentlicher Parteimensch gewesen. Im Gegentheil, es würde schwer zu sagen sein — und er selbst würde es nicht gekonnt haben, mit Bestimmtheit zu sagen — ob er als Sozialdemokrat oder als Christlich-Sozialer sein Pistol abgefeuert und nachmals den Streich des Henkerbeils empfangen hat. Die Verantwortlichkeit einer nach Hunderttausenden oder je nachdem auch nach Millionen zählenden Partei für ein einzelnes Mitglied von der sittlichen und geistigen Beschaffenheit Hödel's muß als gleich Null angesehen werden; sonst würde es wohl keine einzige Partei geben, die nicht durch einzelne Handlungen solcher Art von Mitgliedern über und über mit den häßlichsten sittlichen Flecken und Verbrechen — zum großen Theile sogar mit dem des Königsmordes — gebrandmarkt wäre. Selbst soweit sich nachweisen ließe, daß unter den mittelbaren Ursachen, die das Verbrechen vom 11. Mai gezeitigt haben, sich auch die Lektüre sozialistischer Schriften und das Anhören sozialistischer Reden und Vorträge befänden, kann bei ruhiger und billiger Beurtheilung ein anderer Schluß nicht gemacht werden. Keine politische oder sozialistische Lehre kann nach den Consequenzen geschätzt werden, welche ein Einzelner, der noch dazu geistig wie sittlich tief unter dem Durchschnittsniveau ihrer Anhänger steht, aus ihr oder vielmehr unter ihrem mittelbaren Einflusse zieht.

„Während nun Hödel, als er die That beging, wenigstens ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei war oder bis vor Kurzem gewesen war, hat der zweite Mörder mit der Partei gar nichts zu thun. Er ist nicht einmal ein Mitglied derselben in dem allerweitesten, gewöhnlichen, nichtssagenden Sinne gewesen. Seine Bestrebungen, soweit von Bestrebungen bei ihm die Rede sein konnte, gingen nicht von ferne auf irgend welche sozialdemokratische Zwecke. Er wollte irgend eine Beschäftigung oder Anstellung im Staatsdienste oder sonstwo haben und scheiterte wegen seiner persönlichen Ungeeignetheit überall damit. Der Besitz einiger sozialistischer Broschüren, die Thatsache, daß er ein oder ein paar Mal sozialistischen Rednern zugehört hat, beweist an sich eben so wenig, als daß er einmal in einem Aufsatz oder in seiner Unterhaltung einen sozialistischen Gedanken einfließen ließ. Die Sozialdemokratie wäre keine kämpfende Partei mehr, wenn jeder zu ihr gehörte, der dies gethan hat. Wenn ein Zusammenhang zwischen seiner That und der Sozialdemokratie besteht, so ist es der, daß derselbe entsetzliche Nihilismus, der ihn schließlich zum Kaisermord- und Selbstmordversuch trieb, ihn vorher noch veranlaßte, bei der Sozialdemokratie, von der er gehört hatte, daß sie auch ein nihilistisches Element in sich schließe, anzuklopfen. Aber von einem Zusammenhange seiner That mit der Sozialdemokratie in dem Verhältniß von Wirkung und Ursache hat sich auch nicht die leiseste Spur herausgestellt: die in dieser Richtung von einem Theile der halboffiziösen Presse mit großer und verdächtiger Geflissentlichkeit verbreiteten Behauptungen sind sämmtlich in amtlicher Weise für durch und durch erfunden und auf Unwahrheit beruhend erklärt worden. Wenn nicht am 2. Juni in den Gemüthern eine starke und lebhafte Ideenassoziation zwischen der Sozialdemokratie und dem Königsmorde in Folge des Hödel'schen Verbrechens vorhanden gewesen wäre, wäre der Gedanke, Nobiling als den Verwirklicher scheußlicher sozialistischer Träume zu betrachten, wahrscheinlich gar nicht aufgetaucht.

„So sehr nun diese Ideenassoziation, welche die Sozialdemokratie für die beiden Attentate verantwortlich macht und Maßregeln gegen dieselbe verlangt, ihren Grund in dem lauteren Gefühle der Loyalität hat, welches auch die entfernteste und selbst nur imaginäre Gefahr um jeden Preis von dem Haupte des Kaisers abgewandt wissen will, so kann und darf sich der letzt abwägende Gesetzgeber doch der Thatsache nicht verschließen, daß für diese Ideenassoziation ein reeller Boden und Hintergrund nicht vorhanden ist, daß die beiden Mordversuche als eine praktische Frucht sozialdemokratischen Treibens nicht betrachtet werden können, daß der Gedanke, als könne die Verwerfung des Ausnahmegesetzes, die Möglichkeit einer Wiederholung des fluchwürdigen Verbrechens vermehren, nicht nur mit sittlicher Entrüstung, sondern auch vom Standpunkte der Logik aus mit Verachtung zurückgewiesen werden muß. Ganz abgesehen davon, daß, wenn, was wir nicht fürchten wollen, noch ein anderer Mordbube von dem Schlage jener beiden anderen sich in unserer bürgerlichen Gesellschaft befände, dieser durch ein Gesetz, welches die sozialdemokratische Preß- und Vereinsfreiheit der Gnade der Polizeibehörde überliefert, sicher nicht von seiner Absicht abgehalten oder in ihrer Ausführung behindert würde; so wenig wie ein halbwegs vernünftiger Mensch annehmen kann, daß die That vom 2. Juni unterblieben wäre, wenn der frühere Reichstag dem ersten Ausnahmegesetz seine Zustimmung ertheilt hätte.

„Soweit die öffentliche Meinung außerhalb der direkt reaktionären oder urtheilslos regierungsfreundlichen Kreise gesetzgeberische Maßregeln gegen die Sozialdemokratie und selbst Ausnahmemaßregeln fordert oder doch für zulässig hält, thut sie es ausschließlich um des vermeintlichen Zusammenhangs zwischen ihr und den Mordversuchen willen und in der Voraussetzung, daß sie zur sicheren Verhinderung der Wiederholung der letzteren nothwendig sind. Der politische Mann, welcher das Nichtvorhandensein jenes Zusammenhangs und die absolute Nichtwirksamkeit in dieser Beziehung erkannt hat, hat die sittlichpolitische Pflicht, sich der gutgläubig irrenden öffentlichen Meinung nicht hinzugeben und sie dadurch in ihrem Irrthum zu bestärken, sondern sich ihr zu widersetzen und sie zu besserer Erkenntniß zu leiten. Er könnte freilich, unbeschadet seiner Ueberzeugung von der Irrigkeit der öffentlichen Meinung in diesem Punkte, aus andern Gründen zu denselben Ergebnissen und Folgerungen kommen, und die Sozialdemokratie, ohne Rücksicht auf die beiden Mordversuche, für ein so großes und drohendes Uebel betrachten, daß dasselbe um jeden Preis ausgerottet werden müßte. Dazu würde freilich noch die weitere Annahme gehören, daß es überhaupt durch gesetzgeberische Akte ausgerottet werden könnte, und daß der in der Vorlage betretene Weg der dazu geeignetste, oder überhaupt nur geeignet sei."

So der Artikel der „Vossischen Zeitung".

Die Nationalliberalen haben noch immer nicht fest Stellung zu dem Gesetz genommen. Einen eigenthümlichen Artikel bringt die „Nationalliberale Correspondenz". Er ist betitelt: „Partikularismus und Sozialdemokratie", und es heißt darin: „Die einzige wesentliche Veränderung, welche der Bundesrath an dem Sozialistengesetzentwurf der preußischen Regierung vorgenommen hat, ist charakteristisch für das Verhalten der deutschen Regierungen zu der Sozialdemokratie, für das ganze Emporkommen der letzteren in Deutschland überhaupt. Wir haben sie am üppigsten aufwuchern sehen in dem Königreich Sachsen und der Provinz Schleswig-Holstein, — letztere früher, ersteres heute noch ein wahrer Tummelplatz des preußenfeindlichen Partikularismus. Eine Zeit lang wurde sie ja auch in Berlin von oben her halb und halb begünstigt, so lange nämlich die Unitarier Lassalle und v. Schweitzer in ihr das große Wort führten. Aber seit der Preußenhasser Liebknecht das Heft in die Hand

bekommen hat, ist bei der preußischen Regierung die Stimmung natürlich umgeschlagen, und die beiden Mordversuche gegen das ehrwürdig geheiligte Haupt des Kaisers haben diesen Umschlag zu dem Entschluß der Unterdrückung um jeden Preis verfestet. Die sächsische Regierung kann sich einem solchen Feldzuge gegen eine gemeingefährlich gewordene Sekte natürlich nicht gut versagen, aber ihre Anhänger im Lande stehen noch keineswegs in dieser Hinsicht auf der conservativen Höhe der Zeit. Sie halten die sozialdemokratische Wühlerei wohl auch für eine Art Gift, aber doch für ein harmloseres als das der zu Preußen hinneigenden nationalliberalen Politik, dem es sogar als Gegengift dienen mag." — Folgt das Märchen von der Wahl Bebel's (1877) durch die sächsischen Partikularisten, nebst weiterem denunziatorischen Gezeter über den Partikularismus. Die oben abgedruckte Stelle ist insofern interessant, als Bismarck darin in direkter Weise beschuldigt wird, die Sozialdemokratie blos deshalb zu verfolgen, weil sie sich ihm nicht politisch dienstbar machen will. Wir gestehen: eine ärgere „Bismarckbeleidigung" ist uns noch nie vorgekommen. Daß Lassalle kein „Unitarier" im Bismarck'schen Sinne war, wissen unsere Leser, ebenso wie sie wissen, daß in unserer Partei keine einzelne Person „das Heft in Händen hat", und daß der „Preußenhasser" Liebknecht nicht die Preußen, d. h. das preußische Volk, sondern nur dessen schlimmste Feinde haßt und bekämpft.

Beim „linken Flügel" der Nationalliberalen fängt es an, stark zu „kompromisseln". Die Lasker'sche „Autographirte Correspondenz" schreibt:

„Am 9. September tritt der neue Reichstag zusammen; es ist die erste Session der vierten Legislaturperiode, zu welcher derselbe eröffnet wird. Ungewöhnlich wie die Zeit der Eröffnung, sind die Umstände, unter denen sie erfolgt. Nicht nach dem ruhigen Ablauf seiner dreijährigen Mandatsdauer ist der vorige Reichstag heimgegangen; eine Auflösung hat ihm ein frühes Ende bereitet und darauf haben die allgemeinen Wahlen zum neuen Reichstag unter einer stürmischen Aufregung der Bevölkerung und unter einer Verwirrung der Anschauungen stattgefunden, die bei uns noch nicht erlebt worden sind. Der neu gewählte Reichstag zeigt in seiner Zusammensetzung die Spuren davon; es kann nicht anders sein, als daß man sich kein rechtes Bild von dem Gang seiner Verhandlungen und dem Ausfall seiner Beschlüsse vorzustellen vermag. Die Streitfragen, die zwischen der Regierung und der Mehrheit des aufgelösten Reichstags schwebten, haben durch die Auflösung und die Neuwahlen keine Abklärung erfahren. Nicht darum wurde gekämpft, ob diese Streitfragen vom neuen Reichstage in der einen oder der andern Weise zum Austrag zu bringen seien; sondern es war eine wilde Jagd nach Mandaten, in welcher einzelne Parteien den anderen nach Möglichkeit Abbruch zu thun suchten. Schließlich ist es der Regierung doch nicht gelungen, sei es auch nur für irgend eine einzelne Frage, eine geschlossene Mehrheit zu Stande zu bringen. Als Grund der Auflösung wurde offiziell angegeben, daß bei den schweren Gefahren, die dem Gemeinwesen von den Ausschreitungen der Sozialdemokratie drohen, die Regierung suchen müsse, eine Reichstagsmehrheit um sich zu sammeln, die, aus den „Staats-erhaltenden Elementen" bestehend, ihr die Mittel zu einer wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie zu gewähren bereit sei. So war denn die Ablehnung des Sozialistengesetzes durch den Reichstag in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt, obwohl diejenige Partei, gegen die sich die Angriffe der Regierungsparteien zumeist richteten, die nationalliberale, im Voraus ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, in einer außerordentlichen Herbstsession des Reichstages mit der Regierung ein Gesetz zu dem gedachten Zwecke zu vereinbaren, wie dieses jetzt ja auch nach der Auflösung und nach den Neuwahlen die erste Aufgabe des Reichstages sein soll, der mit Rücksicht auf das Zustandekommen eines solchen Gesetzes überhaupt und auf dessen Inhalt für die Regierung nicht günstiger zusammengesetzt ist, als es der aufgelöste Reichstag war. So ist denn der offiziell verkündigte Zweck der Auflösung nicht erreicht worden; die Regierung wird nach wie vor darauf angewiesen sein, mit derselben Partei sich ins Vernehmen zu setzen, welcher sie wegen des angeblichen Mangels an Entgegenkommen gegen ihre Absichten während der Wahlen den Krieg machen ließ, wenn sie im neuen Reichstage irgend ein Gesetz von Erheblichkeit, zunächst das Sozialistengesetz, zu Stande bringen will. Obgleich der neue Reichstag eine Verstärkung der beiden conservativen Parteien um etwa 40 Mitglieder aufweist, wird er darum doch für die Regierung nicht „bequemer" sein, als der aufgelöste. Die Neuwahlen sind ja nicht blos für eine Session, nicht blos im Hinblick auf ein einzelnes Gesetz erfolgt. Wenn nicht eine abermalige Auflösung vorgenommen wird, hat der neu gewählte Reichstag während seines dreijährigen Bestehens namentlich auf dem wirthschaftlichen Gebiete schwierige Aufgaben zu erfüllen; er soll im Zusammenhang damit die Reichsfinanzen in ein festes System bringen und für eine neue Reihe von Jahren die Grundlagen für den Militäretat feststellen. Ob für die Erledigung dieser wichtigen Gegenstände die Zusammensetzung des neuen Reichstags im Sinne der Regierung sich wesentlich verbessert hat, muß bezweifelt werden. Die conservativen Parteien sind zwar äußerlich gewachsen, sie sind darum aber keine stärkere Stütze für die Regierung geworden. Sie sind mehr noch als früher mit Elementen durchsetzt, die grade nicht als warme Freunde des Reiches und einer auf seine Stärkung gerichteten Politik gelten können; wohl aber werden sie auf die Regierung dahin einzuwirken suchen, daß die Wege, welche bisher zu den großen nationalen Zielen hin eingeschlagen und verfolgt worden sind, verlassen werden und eine Reaktion eintrete. Die Regierung hat es an Versicherungen nicht fehlen lassen, daß Derartiges nicht in ihrer Absicht liege; man muß dem Glauben schenken; dann aber wird auch von einem Einvernehmen über die Ziele zwischen der Regierung und der äußersten Rechten nicht die Rede sein können. Die Regierung wird, wenn sie fortfährt, die Reichsinstitution auszubauen, von ihren deutschconservativen Freunden dabei mehr Hinderung als Förderung erfahren; sie wird genöthigt sein, wiederum zusammen zu gehen mit den liberalen Parteien. Dieses Alles deutet darauf hin, daß der neugewählte Reichstag der Schauplatz vielfach verschlungener Bewegungen und Gruppirungen der Parteien unter sich und mit der Regierung sein wird. Wir können nur wünschen, daß auf allen Seiten die Lage mit richtigem Verständniß erfaßt und daß ohne Vorurtheil nach einer Verständigung gesucht werden möge. Das Reich darf schließlich nicht darunter leiden, daß die Regierung und die Mehrheit des Reichstages über eine einzelne Frage der Gesetzgebung in scharfen Gegensatz gerathen sind. Es giebt große Gebiete, auf welchen ein Einverständniß unschwer sich erzielen läßt und die Gesetzgebung in ruhiger Entwicklung sich entfalten kann. Ist erst der heute noch unlösbar erscheinende Gegensatz ausgeglichen, so wird nichts weiter dem entgegenstehen, mit dem Ausbau der Reichsgesetzgebung fortzufahren."

Wir fürchten, dieser Appell an das „richtige Verständniß" des Fürsten Bismarck wird seinen Zweck verfehlen. Fürst Bismarck hat offenbar von den Conservativen und Reaktionären ganz andere Ansichten, als Herr Lasker sich selber weiß zu machen sucht.

Im Uebrigen erhellt aus dem Artikel die Angst vor einem „Conflikt" und neuer Auflösung, sowie der sehnsüchtige Wunsch nach „Verständigung".

Mit den heute veröffentlichten Preßstimmen schließen wir unsere Zusammenstellung ab.

Das Ausnahmegesetz befindet sich nun vor dem Forum des Reichstags, dessen Urtheil und Haltung uns jetzt in erster Linie beschäftigen.

Sollte uns noch irgend ein bemerkenswerther Zeitungsartikel vorkommen, so werden wir desselben in der politisch-sozialen Uebersicht Erwähnung thun.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Thronrede, mit welcher am Montag der deutsche Reichstag eröffnet wurde, lautet im Wesentlichen:

„Als die letzte Session geschlossen wurde, befand sich das deutsche Volk noch unter dem Eindruck der tiefen Erregung, welche ein gegen die Person Sr. Majestät des Kaisers gerichteter Mordversuch hervorgerufen hatte. Schon wenige Tage darauf hat sich abermals und mit unheilvollerem Erfolge die Hand eines Verbrechers gegen das Oberhaupt des Reiches erhoben. Gottes Gnade bewahrte zwar auch diesmal das Leben des Kaisers, aber die erlittenen schweren Verwundungen haben Se. Majestät genöthigt, bis zur völligen Genesung sich der Regierungsgeschäfte zu enthalten und die Wahrnehmung derselben Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen zu übertragen. Schon nach dem ersten Mordanfall waren die verbündeten Regierungen überzeugt, daß die Freveltat unter dem Einfluß der Gesinnungen entstanden sei, welche durch eine auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Agitation in weiten Kreisen erzeugt und genährt werden. Sie haben deshalb dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, welches diesen gemeingefährlichen Bestrebungen ein Ziel zu setzen bestimmt war. Die Vorlage wurde abgelehnt. Jetzt, wo der Nation ein erneutes Verbrechen die dem Reich und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft drohende Gefahr mehr und mehr zum allgemeinen Bewußtsein gebracht hat, werden Sie, geehrte Herren, durch Neuwahlen zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen, auf's Neue zu prüfen haben, ob das bestehende Recht genügend Handhaben zu Unschädlichmachung jener Bestrebungen bietet. Die verbündeten Regierungen haben ihre Ueberzeugung nicht geändert; sie sind nach wie vor der Ansicht, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, um der weiteren Ausbreitung des eingerissenen Uebels Einhalt zu thun und den Boden für eine allmähliche Heilung zu bereiten. Sie halten ebenso an der Auffassung fest, daß die zu wählenden Mittel die staatsbürgerliche Freiheit im Allgemeinen zu schonen und nur dem Mißbrauch derselben entgegenzuwirken haben, mit dem eine verderbliche Agitation die Grundlagen unseres staatlichen und Culturlebens bedroht. Ein von diesen Gesichtspunkten aus aufgestellter Gesetzentwurf wird Ihnen unverzüglich vorgelegt werden. Die verbündeten Regierungen hegen die Zuversicht, daß die neugewählten Vertreter der Nation ihnen die Mittel nicht versagen werden, welche nothwendig sind, um die friedliche Entwickelung des Reiches gegen innere Angriffe ebenso sicher zu stellen, wie gegen äußere. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß, wenn erst der öffentlichen Ausbreitung der unheilvollen Bewegung ein Ziel gesetzt ist, die Zurückführung der Irregeleiteten auf den richtigen Weg gelingen wird."

Was sollen wir zu dieser Thronrede sagen!? Wenn die verbündeten Regierungen nur ihre „Ueberzeugung" betonen, daß die Sozialdemokratie die Attentate auf den Kaiser verschuldet habe, so ist das zum Mindesten von sehr untergeordneter Bedeutung, da sie es nicht der Mühe werth halten, diese „Ueberzeugung" durch Thatsachen und Beweise zu erhärten. Dies versuchen auch nicht einmal die von den Regierungen zu dem Gesetzentwurf beigegebenen Motive.

— Zur Eröffnung des Reichstags. Der Reichstag ist durch den Stellvertreter des Reichskanzlers, Grafen Stolberg eröffnet worden. Für den „Hamburgischen Correspondent" bleibt es immerhin unaufgeklärt, weshalb der Kronprinz auf die Ausübung des Rechts, in vorliegenden Falle den Reichstag zu eröffnen, Verzicht geleistet hat. — Man sagt, daß der Kronprinz von Deutschland äußerst verstimmt sei über — was, das darf man nicht sagen.

— Untergrabung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Die Berichte der preußischen Fabrikinspektoren an das Handelsministerium für das Jahr 1877 beschäftigen sich in hervorragender Weise mit der Ausführung des Haftpflichtgesetzes bei Unfällen der Fabrikarbeiter und constatiren dabei Mißstände ganz erheblicher Art. Gleichwie in ihren Berichten über das Jahr 1876, erklären auch in ihren neuesten Berichten die meisten Fabrikinspektoren, daß die Ansichten der Arbeitgeber und Arbeiter über die Haftpflicht der Ersteren fast durchweg einander gegenüberstehen. Der Arbeiter will im Allgemeinen seinen Anspruch auf Entschädigung aus jeder Verletzung herleiten und zahlreiche Arbeitgeber möchten womöglich gänzlich der Haftpflicht sich entziehen. Diese einander gegenüberstehenden Ansichten erschweren die gütliche Einigung. Der Arbeiter wird auch deshalb gezwungen, zum Prozesse zu schreiten, weil sein Anspruch auf Schadenersatz erlischt, wenn er ihn nicht innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Verletzung an gerechnet, geltend macht. In manchen Fällen ist die erste Folge des angestrengten Prozesses die Entlassung des Arbeiters, weil es sich mit der Disziplin in der Fabrik nicht gut verträgt (?), daß ein Arbeiter mit seinem Arbeitgeber sich im Prozeßwege streitet. Vor solch einer Eventualität schreckt mancher Arbeiter zurück; die ihm augenblicklich gebotene Existenz ist ihm lieber, als der immerhin unsichere Ausgang eines Prozesses, zumal er auf das Zeugniß seiner Mitarbeiter, die nicht seinetwegen ihre Stellung verlieren wollen, nicht immer rechnen kann. Selbst in Fällen, in denen die Fabrikanten ihre Haftpflicht auf Unfall-Versicherungsgesellschaften übertragen haben, richten die Fabrikanten nicht selten, wie der Fabrikinspektor für Berlin betont, um die Ansprüche der Arbeiter im Allgemeinen möglichst niedrig zu halten, ihre Ansicht eher zu Gunsten der Versicherungsgesellschaft als ihrer Arbeiter ein. — In Bezug auf die gewerbsmäßigen Versicherungsanstalten für Haftpflichtfälle sprechen sich eine Anzahl Fabrikinspektoren überhaupt ungünstig aus. (Lasker! Lasker!) Nach Abwälzung der Haftpflicht von sich auf ein fremdes Justitut wird der Fabrikant sorgloser in Bezug auf die Schutzeinrichtungen (von den Sozialisten oft betont worden!) seiner Fabrik und kümmert sich wenig um die Beseitigung von Mängeln, welche eine Gefahr für Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter zur Folge haben. Anderseits betrachten die Unfall-Versicherungsgesellschaften als ihre Aufgabe, in möglichst

Ein deutscher Reichskanzler.

(Eine historische Erinnerung.)

Der durchlauchtige Herr, von dem wir sprechen, hat ein begründetes Anrecht auf unsere Beachtung. Zunächst wegen seines hohen Amtes; sodann deshalb, weil er dem edlen Geschlecht der Hohenzollern entsprossen war, einem Geschlecht, welches bekanntlich es sehr weit gebracht hat.

Denn die goldene Zeit des Hohenzollernthums — des königlichen, wie des kaiserlichen — zählt erst nach Jahren und Tagen. Ehemals war ein jüngerer Hohenzoller zufrieden, wenn er in einer geistlichen Pfründe Versorgung finden konnte und das höchste Ziel seiner Wünsche war der Posten des deutschen Reichskanzlers, der Kurstuhl zu Mainz. Dies Ziel wurde nur von einem einzigen des Geschlechts erreicht: von Herrn Albrecht von Brandenburg, einem gar sittenreinen Herrn und würdigen Bischof, der zwei Maitressen unterhielt und sich als „heiligen Martin" malen ließ.

Albrecht von Brandenburg bekleidete seinen hohen Posten zur Reformationszeit, also in einer Zeit politischer und sozialer Bewegung. Er war ein energischer Mann, ein Mann von Talent, und hätte er gewollt — er hätte die Volkssache mächtig fördern können. So aber benutzte er seine Stellung dazu, Deutschland einen Kaiser zu verschaffen*), den er beeinflussen konnte und der, wie es sich gezeigt hat, reaktionär gesinnt war.

Anfänglich spielte der Reichskanzler den Freund des Fortschritts und zeigte sich den neuen Ideen gar wohl geneigt. Mit Führern der Opposition verkehrte er freundlich; einer von ihnen sandte ihm sogar eine Dichtung zu**). Dabei konnte es seinem scharfen Blicke nicht entgangen sein, daß die Opposition die damals bestehende Staatsordnung des deutschen Reiches untergrub. — Wie huldreich Se. Durchlaucht sich gegen die Führer des Volkes betrugen, wird durch sein Verhalten gegen einen derselben illustrirt. Dieser Mann hatte an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, worin er ihn in sehr grober Form aufforderte, gewisse Uebelstände abzuschaffen*), widrigenfalls er eine Schrift veröffentlichen wolle, in der er der Welt den Unterschied zwischen Sr. Durchlaucht und einem Wolf erklären werde. Auf dieses Schreiben antwortete der Herr Reichskanzler höflich und ziemlich nachgiebig, den Briefschreiber redete er „lieber Herr Doktor" an. Und doch war dieser**) kurz vorher vom Reichstage für vogelfrei erklärt worden und galt bei Vielen für einen Reichsfeind.

Dies Benehmen des Kanzlers muß denjenigen in Erstaunen setzen, der die Beweggründe nicht kennt. Die Erklärung liegt ziemlich nahe. Wenn eine Volksbewegung so mächtig geworden, daß der Versuch einer Unterdrückung derselben die Throne gefährdet, dann pflegen die Herren Fürsten sich — wie der Ausdruck lautet — an ihre Spitze zu stellen. Das war in jener Zeit der Fall. Herr Albrecht von Hohenzollern veranstaltete in seiner Residenz zwar keinen Umzug mit der schwarz-roth-goldenen Fahne — das wäre damals nicht zeitgemäß gewesen — allein, wie wir gesehen haben, unterhielt er Beziehungen zu den Leitern der Umsturzpartei. Diese Beziehungen sollten aber nicht nur Schaden abwenden, sondern auch Nutzen bringen. Die geistlichen Fürsten konnten nämlich auf die Sympathie des den Clerus hassenden Volkes rechnen, wenn sie ihre Stifte in weltliche Fürstenthümer verwandelten. Zum großen Theile zeigten sie sich dazu auch geneigt; denn eine Popularität, welche „reellen" Vortheil bringt, liebten die Herren. Auch der Reichskanzler, Herr von Hohenzollern, hätte sich gar gern als erblichen Kurfürsten gesehen. Sein Herr Verwandter, ein anderer Albrecht von Hohenzollern, ebenfalls geistlicher Fürst, wandelte in jener Zeit das seiner Verwaltung übergebene Deutschordensland gewaltsam in ein „Herzogthum Preußen" um, riß es vom deutschen Reiche los und stellte es unter die Oberhoheit Polens. Man ersieht hieraus — und dies sei beiläufig bemerkt — daß die jetzt übliche Schulmeisterbehauptung von dem „jederzeit nationalen Sinne der Hohenzollern", nicht immer zugetroffen hat. Die beiden hier erwähnten Zollern waren Egoisten und der eine von ihnen verging sich schwer an der Staatsordnung des deutschen Reiches; ja er verübte eine Handlung, welche nach heutigem Rechte (§ 81₂) mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden würde.

Der Reichskanzler führte — wohl um seine Popularität zu erhöhen — verschiedene Reformen ein. Er schaffte die Steuerfreiheit des Adels ab und zwang ihn, seine Güter gerade so hoch zu versteuern, wie dies die andern Menschen thun mußten; ferner setzte er den adeligen Gerichtsschöffen zu ihrem großen Aerger bürgerliche Doktoren zur Seite. Daß dies den Haß der Junkerpartei — der Conservativen würde man heute sagen — erregte und ihr stilles Wühlen veranlaßte — wer wundert sich darüber? Der Fürst ließ sich durch nichts beirren; wußte er doch, an der bürgerlichen Bevölkerung eine feste Stütze zur Verwirklichung seiner Pläne zu besitzen.

Die Hofpartei wandte sich hierauf nach Rom und bat den Papst um Unterstützung. Wirklich suchte Se. Heiligkeit auf den Kurfürsten-Reichskanzler einzuwirken. Zunächst durch Ermahnungen. Doch mochte dem heiligen Vater von vornherein klar sein, daß der Kanzler — ein Mann, der „Interessenpolitik" betrieb — bloßen Worten nicht zugänglich sein und auch vor einem Conflicte mit der Curie nicht zurückschrecken werde, vorausgesetzt natürlich, daß er dadurch keinen Schaden erlitt. Auch das mochte der Papst einsehen, daß ihm selbst die Macht Bayerns, des zweitgrößten deutschen Staates, der hinter der Kirche stand, in diesem Falle keine ausreichende Stütze böte. Es kam darauf an, die Interessen des Kanzlers, welche denen der heiligen römischen Kirche entgegen waren, mit diesen in Einklang zu bringen. Und dies gelang der Kirche, indem sie dem Kanzler durch Hinweis auf den Kaiser Furcht einjagte.

Der Kaiser war nämlich ein bigotter, harter, die Selbstherrschaft liebender Mann, der Neuerungen abgeneigt: Zwar nennt ihn ein Oppositionsführer (Luther) „ein ganz gütiges und frommes Herz"; doch glauben wir, daß Luther diese Worte gegen seine Ueberzeugung und nur deshalb geschrieben hat, weil ein tadelndes Urtheil über das Staatsoberhaupt auch damals schon unangenehme Folgen nach sich ziehen konnte. Dem Hinweis auf die Macht des Kaisers beugte sich der Fürst; er wußte sehr wohl, daß er durch diese Nachgiebigkeit seinen Einfluß auf den Kaiser behaupte, vielleicht gar erhöhe, während er verloren gewesen wäre, wenn er sich dem Kaiser offen widersetzt hätte.

Die Hofjunker jubilirten; auch die der Neuerung geneigte

*) Karl V
**) Ulrich v. Hutten.

*) Den Ablaßhandel.
**) Dr. Martin Luther.

wenigen Fällen und mit geringen Unterstützungen bei Unfällen der Arbeiter helfend einzutreten, weil sie von dem oft nicht ungegründeten Mißtrauen geleitet werden, daß die Verletzten die Zeit der Reconvalescenz, während welcher sie vollen Ersatz ihres Arbeitslohnes erhalten, weiter ausdehnen, als es nöthig ist. Derartige Verhältnisse, wie die geschilderten, sind recht eigentlich dazu angethan, das gute Verhältniß des Arbeitnehmers zu dem Arbeitgeber zu stören, und sowohl der Fabrikinspektor für Berlin als auch mehrere andere erklären, eine Besserung dieser Verhältnisse nur davon erwarten zu können, wenn sich Verbände der verwandten Industriezweige bilden, welche in ihrer Gemeinschaft für allen Schaden aufkommen, den die Industrie an Leben und Gesundheit der Arbeiter verursacht. — Gegen solche Verbände können auch wir nichts haben, aber in erster Linie ist der Staat und die Gesetzgebung verpflichtet, die bestehende Ordnung in Bezug auf die Beweislast bei den Unfällen zu „untergraben" und ein für die Arbeiter wirksames Haftpflichtgesetz herzustellen. Dies haben die „verfluchten Sozialdemokraten" schon seit Jahren verlangt und sind auch deshalb in Acht und Bann gethan; dies fordern jetzt auch die preußischen Fabrikinspektoren, die nun gleichfalls dem Ausnahmegesetz verfallen, da sie die bestehende gesellschaftliche Ordnung „untergraben".

— Die nationalliberalen Zeitungen jammern über die von uns in der letzten Nummer gebrachten Enthüllungen der „Berliner Freien Presse". So schreibt die „Tribüne": „Zu Anfang des Wahlkampfes wurde das Thema: „Die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie" bekanntlich lebhaft erörtert, und es wurden allerlei fast der Vergessenheit verfallene Thatsachen wieder zu Tage gefördert. Alles das aber wird überboten durch Enthüllungen, die das Organ der Sozialdemokratie der Reichshauptstadt, die „Berliner Freie Presse", bei Gelegenheit einer Polemik gegen die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz" gemacht und die — wir gestehen es offen — so ungeheuerlicher Natur sind, daß sie für uns unglaublich erscheinen. Das Blatt nennt keine Namen, aber die Bezeichnung der Personen ist eine so klare, daß man nicht fehlgehen kann, wenn man annimmt, daß mit den Hauptpersonen, von denen die Rede ist, der Reichskanzler selbst und der Vater der Sozialdemokratie, Lassalle, gemeint sind." Nun druckt die „Tribüne" die Enthüllungen ab und schließt ihren Jammerruf: „Wir hatten geglaubt, die Regierung würde durch eines der ihr nahestehenden Organe schon gestern Abend die Nachrichten in aller Form dementiren lassen, aber wir haben uns geirrt. Da die nächsten offiziösen Organe erst am Montag Abend erscheinen, so können die von der „Berliner Freien Presse" gemachten Enthüllungen drei volle Tage unbeanstandet ihren Weg in's Publikum machen. Sollten dieselben, wie wir zuversichtlich hoffen, auf Irrthümern beruhen, so würde doch wohl das rascheste Dementi am Platze gewesen sein. — Wir glauben, daß die Regierung nicht dementiren kann!

— Dr. Nobiling ist Dienstag, den 10. September, an einer Lungenlähmung gestorben. — Daß der Attentäter nunmehr den gerichtlichen Verhören entzogen worden ist, hat keine Partei, überhaupt Niemand so sehr zu bedauern als die Sozialdemokratie. Wir haben nach und nach die Ueberzeugung erlangt, daß der Verbrecher von antisozialistischen Elementen gedungen worden ist.

— Daß Lehmann-Hödel's Schädel von den Berliner Gerichten dem Physiologen Dr. Virchow verweigert wurde, ist unseren Lesern bekannt und hat nicht unverdientes Aufsehen erregt. Jetzt erfahren wir, daß auch Lehmann-Hödel's letzter, unmittelbar vor der Enthauptung an seine Mutter geschriebener Brief von den Gerichten zurückbehalten wird und der Mutter, welche nach Berlin gekommen war, um sich die Hinterlassenschaft ihres Sohns zu holen, zwar vorgelesen aber nicht eingehändigt wurde. Von diesem Brief sagt ein Berichterstatter der Berliner „Volkszeitung", der entweder bei der Verlesung zugegen war, oder bei einer anderen Gelegenheit Einsicht von demselben genommen hat, daß er „psychologisch noch wichtiger sei als selbst der Schädel Hödel's." Die eigenthümlichen Vermuthungen, zu denen die Sequestrirung des „Hödelkopfs" Anlaß gegeben hat, können durch die geradezu unbegreifliche Sequestrirung des Hödelbriefs nur an Consistenz (Festigkeit) gewinnen.

Von welcher Wichtigkeit es gewesen wäre, den Schädel Lehmann-Hödel's wissenschaftlich zu untersuchen, erhellt aus der Thatsache, daß, wie auf dem soeben in Paris abgehaltenen „anthropologischen Congreß" in einem Vortrag des Professor Benedikt „über Verbrecheranatomie" an zahlreichen Beispielen nachgewiesen ward, das Hirn von Verbrechern einen anormalen (von der gesunden Bildung abweichenden) Typus zu haben pflegt, mit anderen Worten, daß solche Verbrecher — von diesen allein ist die Rede — welche außerhalb der Sphäre vernünftigen Denkens und menschlichen Fühlens liegende Handlungen begehen, fehlerhaft organisirte Gehirne haben, und folglich nicht zurechnungsfähig sind.

— Ein deutsches Cayenne. Seit mehreren Jahren ist die deutsche Reichsregierung bemüht, sich irgendwo eine Colonie zu erwerben. Verschiedene Versuche sind bereits gescheitert; jetzt steht sie in Unterhandlungen wegen einer „Flottenstation" in Centralamerika, die, wie die Berliner „Nationalzeitung" in ihrer Dernburg-witzigen Weise andeutet, nebenbei auch noch als zukünftiger Luftkurort für „untergrabende Elemente" in Betracht gezogen werden dürfte. Wir wissen die uns zugedachte Freundlichkeit zu würdigen, und werden sie — nicht vergessen.

— Offenes Eingeständniß. Ein hochconservatives Blatt, die „Geraer Zeitung", welche von der reußischen Regierung inspirirt ist, bespricht in einem Leitartikel die Ausnahmegesetze und sagt:

„Es mag schwer sein, das Gesetz so zu formuliren, daß nur die Sozialdemokratie getroffen wird, zumal der Uebergang von der sogenannten Fortschrittspartei zur Sozialdemokratie ein kaum merklicher ist. Aber wir meinen, daß dies doch keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten unterliegen kann, und wenn das Gesetz auch die halb-sozialdemokratische, gleißnerisch-hetzerische und deshalb überaus gefährliche fortschrittliche Winkelpresse zur Raison bringt, so steigt ja sein Werth."

Vom Fortschritt bis zum Nationalliberalismus ist nur ein sehr kleiner Schritt — wir haben meist gar keinen Unterschied zwischen beiden Parteien gefunden — und diesen Schritt wird doch irgend ein conservatives Blatt in seiner Unvorsichtigkeit noch vor der Berathung der Gesetze machen, denn ohne ein offenes Eingeständniß gegnerischerseits begreifen die Nationalliberalen ihre Stellung noch immer nicht. Die „Kölnische Zeitung" schreibt schon, daß die Nationalliberalen Alles, was ihnen an Unrecht und Leid vor den Wahlen von der Regierung und von den Conservativen zugefügt sei, vergessen müßten.

— Die Oesterreicher erhalten in Bosnien von den Insurgenten die schönsten Prügel. — Mehemed Ali Pascha, der nach Albanien gesandt worden war, um die Abtretungen an Montenegro zu regeln und die dortigen Gegenden zu pacifiziren ist mit sammt seinem Gefolge von den aufständischen Albanesen ermordet worden.

— Zum Rückgang. Unser Wiener Parteiorgan, der „Sozialist", welches bis jetzt einmal wöchentlich erschien, wird vom 1. Oktober an wöchentlich zweimal herausgegeben.

— Am 4. September wurde die Anklage gegen unsern Parteigenossen Müller von Langen wegen Majestätsbeleidigung vor dem Bezirksgericht in Darmstadt verhandelt. Derselbe hatte in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in Dreieichenhain über die Ereignisse des Jahres 1866 gesprochen und u. A. bemerkt, es sei damals von oben in einer Weise gehandelt worden, welche, wenn nicht von Erfolg gekrönt, mit weit mehr Recht für Hochverrath erklärt worden wäre, als Alles, was man den Sozialdemokraten Schuld gegeben. Von einigen Privatdenunzianten wurde diese Aeußerung, die sich jedenfalls nicht gegen den jetzigen deutschen Kaiser richtete, dem Gericht angezeigt und einige Tage darauf Müller verhaftet. Derselbe bemühte sich vergeblich um einen Vertheidiger. Von allen Advokaten, an die er sich wandte, wurde er abgewiesen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängniß. Müller vertheidigte sich selbst. Keiner der von ihm namhaft gemachten Entlastungszeugen wurde vorgeladen! Der Gerichtshof setzte sein Urtheil auf den folgenden Sonnabend aus. Wie wir inzwischen erfahren, ist Müller zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden.

Die Motive zum Sozialistengesetz.

In Erkenntniß der Gefahren, von welchen der Staat und die Gesellschaft durch das Umsichgreifen der sozialdemokratischen Bewegung bedroht sind, legten die verbündeten Regierungen im Mai d. J. aus Anlaß des gegen Se. Majestät den Kaiser verübten Attentates dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen vor; der Reichstag lehnte jedoch die Vorlage ab. Bald darauf zeigte ein abermaliger Mordversuch gegen den Kaiser von Neuem, wie leicht eine jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung bis zu mörderischen Thaten sich zu steigern vermag. Zahlreiche Fälle von Majestätsbeleidigungen, welche sich an jenes erschütternde Ereigniß knüpften, lieferten den Beweis dafür, wie weit solche Gesinnung bereits um sich gegriffen hat. Die verbündeten Regierungen wurden dadurch in der Ueberzeugung bestärkt, daß es zum Schutze der Gesellschaft unerläßlich sei, der verderblichen Agitation Einhalt zu thun, welche als Hauptursache der zu Tage getretenen Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Verwilderung der Gemüther angesehen werden muß. Die Regierungen sind nach wie vor der Meinung, daß es zu diesem Zwecke des Erlasses gesetzlicher Vorschriften bedürfe, welche direkt und ausschließlich gegen die sozialdemokratische Bewegung gerichtet sind. Der vorliegende Entwurf stimmt daher in den Grundgedanken mit der früheren Vorlage überein. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie sind auf eine praktische Verwirklichung der radikalen Theorien des modernen Sozialismus und Communismus gerichtet. Nach diesen Theorien ist die heutige Produktionsweise als unwirthschaftlich und als eine ungerechte Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital zu verwerfen. Die Arbeit soll vom Kapital emanzipirt, das Privatkapital in Collektivkapital, die individuelle, durch Concurrenz sich regelnde Produktion in eine genossenschaftliche, planmäßige Produktion verwandelt werden; das Individuum soll in der Gesellschaft aufgehen. Die sozialdemokratische Bewegung unterscheidet sich scharf von den humanitären Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen dadurch, daß sie davon ausgeht, eine Hebung der Lage derselben auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung sei unmöglich und nur durch eine Sozialrevolution erreichbar. Die Durchführung einer solch n Revolution soll unter gleichzeitiger Umwälzung der bestehenden Staatsverfassungen durch die internationale Cooperation der arbeitenden Klassen aller Culturstaaten erfolgen. Diesen revolutionären internationalen Charakter hat die Bewegung insbesondere seit der im September 1864 zu London erfolgten Gründung der internationalen Arbeiterassoziation erlangt. In Deutschland fand die erste Organisation sozialdemokratischer Bestrebungen 1863 durch Lassalle statt. Der allgemeine deutsche Arbeiterverein hatte noch einigermaßen ein reformatorisches nationales Gepräge. Bald jedoch trennten sich die radikaleren Elemente davon ab. Im August 1869 wurde zu Eisenach unter der Bezeichnung „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" eine Filiale der internationalen Arbeiterassoziation gebildet. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Allgemeine Arbeiterverein bekämpften sich gegenseitig eine Zeit lang aufs Heftigste, bis allmählig die radikale und antinationale Richtung die Oberhand gewann. Im Mai 1875 fand auf dem Congresse zu Gotha die Wiedervereinigung der bis dahin getrennten Gruppen der deutschen Sozialdemokratie zu einer einheitlichen Verbindung unter der Bezeichnung „die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" statt. Das Programm der neuen Verbindung läßt über die revolutionären, den communistischen Tendenzen der Internationale im Wesentlichen entsprechenden Grundsätze und Endziele der Verbindung keinen Zweifel. Dieselbe erstreckt sich über ganz Deutschland. Daneben besteht eine große Anzahl von lokalen sozialdemokratischen Vereinen; gewerbliche Fachvereine gleicher Richtung verzweigen sich über das ganze Bundesgebiet. Auf dem allgemeinen Sozialistencongresse, welcher im Herbste 1877 zu Gent abgehalten wurde und an welchem ein Delegirter der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands theilnahm, fand die großartige Organisation der deutschen Sozialdemokraten ungetheilte Anerkennung. Auf diesem Congresse ward der internationale Bund durch Constituirung einer allgemeinen Union der sozialistischen Partei erneuert. In dem bezüglichen Manifeste ist der gemeinsame Operationsplan dargelegt und besonders die Nothwendigkeit von politischen Aktionen als eines mächtigen Mittels der Agitation und Propaganda für die Volkserziehung betont. Das Manifest schließt mit den Worten: „Möge der jedem Volke die Klasse der Enterbten sich als eine große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei constituiren; möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder. Es gilt den Kampf um all Eure Rechte, um die Vernichtung aller Privilegien. Proletarier aller Länder! vereinigt Euch." Es handelt sich also um nichts weniger, als um einen Bruch mit der gesammten bisherigen Rechtsentwicklung aller Culturstaaten, um eine radikale Umwälzung der Besitz- und Eigenthumsverhältnisse von unten auf. Die Organisation des Proletariats, die Zerstörung der

---

Bürgerschaft war mit des Kanzlers Wandlung einverstanden; denn geschickt und erfolgreich hatte man die Unruhe des Bauernaufstandes benutzt, um dem Bürgerthum Angst vor den Neuerern einzuflößen.

Viel Grund zum Jubel hatte übrigens der Adel durchaus nicht; denn zur alten Macht gelangte er nicht mehr. Wohl schritt der Fürst zu neuen und immer neuen Reaktionsmaßregeln; die freigesinnte Bürgerschaft hatte allerdings darunter zu leiden, aber die Adelspartei gewann nichts. Der Fürst nahm dem Lande und dem Adel die Privilegien; sein Regierungsgrundsatz war „das beste Landesprivilegium sei jenes, gar keines zu haben." Die Richtigkeit des Satzes — vom Standpunkte des Absolutismus aus betrachtet — ist unbestreitbar.

Der Kanzler ging noch weiter. Dieselben Leute, welche er früher geschützt und zu fördern gesucht hatte, begann er rücksichtslos zu verfolgen. Früher hatte er sich den Namen eines freigesinnten Fürsten verschafft, jetzt installirte er Ausnahmegerichte gegen die freisinnige Partei. Ein Sturm des Unwillens ging über Deutschland, als der Kurfürst-Reichskanzler gegen die Partei, mit der er — wie man wußte — geliebäugelt hatte, eine Ketzerinquisition verhängte. Furchtlos traten die freisinnigen Männer gegen ihn auf; die Gefahr verachtend schrieben sie Broschüre auf Broschüre gegen den Kanzler. „Den Teufel zu Mainz" nannte ihn Luther; eine seine Broschüren betitelte er „Wider den Abgott zu Halle". (Halle war nämlich der zeitweilige Aufenthalt Sr. Durchlaucht.) Und als die Verfolgungen nicht abnahmen und auch noch der Kaiser scharf gegen die Anhänger der neuen Idee vorging, da rief der muthige Führer des Volkes klagend aus: „Der Kaiser sei nicht Kaiser, sondern der Teufel zu Mainz"*), nämlich der Kurfürst-Reichskanzler.

Einen weiteren Methodenwechsel beging Herr Albrecht während seiner Regierung nicht mehr. Von nun an blieb er eine der mächtigsten Stützen der Reaktion; allein die neuen Ideen, die er bekämpft hat, vermochte er nicht zu unterdrücken. Ein Jahr nach des Kanzlers Tode hatte Deutschland das Unglück eines Bürgerkrieges wegen derselben neuen Ideen. Und noch später wurde unser armes Vaterland durch einen dreißig Jahre währenden unglückseligen Meinungskrieg zerfleischt. Wer weiß, ob all dies Unheil unsern Vätern nicht erspart geblieben wäre, hätte der Kurfürst-Reichskanzler sich der Partei, die er anfangs unterstützt hatte, voll und fest angeschlossen. Ein solches Beispiel hätte andere Fürsten, schwankende, ermuthigt und zur Nachahmung veranlaßt. Der Kurfürst-Reichskanzler hat sich schwer an Deutschland versündigt.

Suchen wir den Schlüssel zum Verhalten dieses nach dem Kaiser obersten Fürsten, so finden wir es in seinem kühlen, eigennützigen, berechnendem Sinne. Wenn er zu einer Partei hielt, so geschah dies niemals aus Ueberzeugung, sondern stets deshalb, weil er aus ihr Nutzen zu ziehen hoffte. Ging er zu einer andern Partei über, so that er das, weil er sich von dieser größeren Vortheil versprach. Bezeichnend für ihn ist das Reskript, in dem er den adligen Schöffen die Aenderung der Gerichtsorganisation mittheilt: „Man hat Eurer nicht mehr nöthig."

*) Trotz dieser offenbaren Injurien wurde Luther nicht verklagt, was doch auf Grund der damals neuen Justizgesetze — der peinlichen Halsgerichtsordnung — jedenfalls hätte geschehen können.

Der arme Konrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk für 1879.
Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.
Preis: Geh. 40 Pf., geb. 60 Pf.

Eine der schönsten Früchte der sozialistischen Literatur ist „Der arme Conrad", Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. — Soeben ist die neue Ausgabe für das Jahr 1879 erschienen und reiht sich dieselbe, was Inhalt und Ausstattung anbetrifft, ihren Vorgängern würdig an. Was den Inhalt anlangt, so ist derselbe dieses Mal ein außerordentlich reichhaltiger. Das Vorwort giebt uns einen gedrängten Ueberblick über den Stand der sozialistischen Parteibewegung und Presse; dann folgt das Kalendarium, zwischen demselben Anekdoten, Sinngedichte und Aussprüche berühmter Männer. Den Reigen der unterhaltenden und belehrenden Abtheilung beginnt Joh. Ph. Becker mit einer lebendig geschriebenen Erinnerung aus seinem Leben, worin er uns die Befreiung Jacob Venedey's aus dem Kantonsgefängniß zu Frankenthal vorführt. Dem schließt sich eine ergreifende Schilderung des Kulihandels, dieser modernsten Sklaverei, an. Der naturwissenschaftliche Theil ist vertreten durch eine Abhandlung: Wie entstand unsere Welt? von L. Friwitzer; „Sonne, Erde und Mond" von Emil Roßbach. Auf dem Gebiete der Volkswirthschaft bringt der Kalender einen Artikel über „Produktive und unproduktive Arbeit" von Heinrich Oldenburg. Auch für anregende Unterhaltung ist gesorgt. Eine spannend geschriebene Novelle „Im Hinterhaus" von Heinrich Friedmann, sowie die Fortsetzung der „Weihnachtsbilder" von F. W. Fritzsche bieten den Lesern viel Schönes. Dem schließen sich noch kleinere Abhandlungen an, von denen besonders die Artikel über „die Vergiftung des Volkes" und „Aus alten Papieren" hervorgehoben zu werden verdienen. — Die Illustrationen zeigen uns zwei meisterhafte Bilder von Heinrich Heine und „dem Vater des modernen Sozialismus" Babeuf. Zwei schwunghaft geschriebene Artikel, in denen das Leben und Wirken dieser beiden ausgezeichneten Männer beleuchtet wird, schließen sich den Illustrationen an. Den Schluß bilden Post- und Telegraphen-Porto-Tarife sowie Marktverzeichnisse für ganz Deutschland. — Unsere Leser ersehen aus Vorstehendem die Reichhaltigkeit des diesjährigen Kalenders. Wenngleich nun auch der Stoff desselben und die Behandlung dieses Stoffes noch so unverfänglich sind, so würde bei der Annahme des Ausnahmegesetzes trotzdem der „Arme Konrad" demselben verfallen. Es genügt ja schon, daß der „Arme Konrad" ein sozialistischer Kalender ist, um nachzuweisen, daß er der „Untergrabung" der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung dient. Dann der Titel und das Titelbild! Der „Arme Konrad", der Bund der verfolgten und gehetzten Bauern, die sich gegen die Unterdrückung und Verfolgung der Herrscher auflehnten und das Titelbild, auf welchem ein Bauernführer steht, der einen Ring mit einem Grabscheit zieht und die Umstehenden einladet, in denselben einzutreten:

„Der arme Konrad heiß ich, bin ich, bleib' ich,
Wer nicht will geben den bösen Pfennig,
Der trete mit mir in diesen Ring" —

in den Bund des arbeitenden Volkes! Also Untergrabung, Untergrabung und nochmals Untergrabung! — Wer also den neuen, diesjährigen „Armen Konrad" besitzen will, der möge recht rasch bestellen. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die Herstellung der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates durch das organisirte Proletariat, das sind die ausgesprochenen Endziele. Diesen Zielen entspricht die in Wort und Schrift mit leidenschaftlicher Energie betriebene wohlorganisirte Agitation und deren Methode. Die Agitation sucht in den ärmeren und weniger gebildeten Schichten der Bevölkerung Unzufriedenheit mit ihrer Lage, so wie die Ueberzeugung von der Hoffnungslosigkeit ihrer Aussichten unter der bestehenden Rechtsordnung zu verbreiten, sie, als Enterbte, zu Neid und Haß gegen die übrigen Klassen der Gesellschaft aufzureizen. Die sittlichen und religiösen Ueberzeugungen, welche die Gesellschaft zusammenhalten, werden erschüttert, Ehrfurcht und Pietät verhöhnt, die Rechtsbegriffe der Masse verwirrt und die Achtung vor dem Gesetze zerstört. Die gehässigsten Angriffe und Schmähungen gegen das deutsche Reich und das Königthum geben der sozialistischen Agitation ein spezifisch antinationales Gepräge; sie entfremdet die Gemüther der heimischen Sitte und dem Vaterlande. Die Darstellung in Wort und Schrift von früheren revolutionären Ereignissen und die Verherrlichung bekannter Revolutionsmänner, so wie die Thaten der Pariser Commune sind geeignet, revolutionäre Gelüste und Leidenschaften zu erregen und die Massen zu Gewaltthaten geneigt zu machen. Belege für diese Art von Agitation liefern im großen Umfange die sozialdemokratische Presse und die Reden der Führer, der Agitatoren. Die Agitation hat in den letzten Jahren, wie ein Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie der „Vorwärts" triumphirend hervorhebt, eine riesige Ausdehnung gewonnen; sie ist in Kreise gedrungen, welche ihr früher unzugänglich waren. Die Zahl der Zeitschriften, ihrer Abonnenten, die massenhafte Verbreitung von Druckschriften aller Gattungen, Flugblätter, Broschüren, Lieder, Bilderbücher und Kalender, so wie die Zahl ihrer geschulten Agitatoren und Wanderredner ist in stetigem Zunehmen begriffen. Die Erfolge dieser Agitation sind in der starken Vermehrung der Stimmen hervorgetreten, welche der Sozialdemokratie bei politischen und communalen Wahlen zugefallen sind; dem entsprechend ist die Zuversicht ihrer Anhänger gewachsen.

Die fortgesetzte Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens, durch die sozialdemokratische Agitation hervorgerufen, schädigt empfindlich das Gemeinwohl und hindert die gedeihliche normale Entwickelung auf wirthschaftlichem Gebiete. Daher gebot die Selbsterhaltung für den Staat und die Gesellschaft, der sozialdemokratischen Bewegung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Zunächst aber ist der Staat berufen, die von der Sozialdemokratie bedrohte Rechtsordnung zu schützen und der sozialistischen Agitation Schranken zu setzen. Freilich kann der Gedanke nicht durch äußeren Zwang unterdrückt werden, sondern die Bewegung der Geister kann nur im geistigen Kampfe überwunden werden. Wohl aber können und dürfen einer solchen Bewegung, wenn sie falsche Bahnen verfolgt und eine verderbliche zu werden droht, die Mittel ihrer Ausbreitung auf gesetzlichem Wege entzogen werden. Die sozialistische Agitation, wie sie seit Jahren betrieben, ist ein fortgesetzter Appell an die Gewalt und die Leidenschaften der Menge, um die staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Einem solchen Unternehmen kann der Staat Einhalt thun, indem er der Sozialdemokratie ihre wichtigsten Agitationsmittel nimmt und ihre Organisation zerstört. Er muß dies thun, wenn er sich nicht selbst aufgeben, nicht in der Bevölkerung die Ueberzeugung von seiner Ohnmacht oder von der Berechtigung der revolutionären Bestrebungen die Sozialdemokratie aufkommen lassen will.

Dieser Nothwendigkeit gegenüber tritt auch die Besorgniß zurück, daß die aus dem Lichte der Oeffentlichkeit verdrängte Agitation um so gefährlicher im Geheimen fortgesetzt werde. Ueberdies läßt sich mit Grund bezweifeln, daß letzteres in erheblich stärkerem Maße geschehen werde als gegenwärtig. Dem Staate allein wird indessen auch mit Hilfe der vorgeschlagenen Mittel nicht gelingen, die sozialdemokratische Bewegung zu beseitigen; diese Mittel bringen nur die Vorbedingung für die Heilung des Uebels, nicht die Heilung selbst. Es bedarf vielmehr der thätigen Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der Gesellschaft, um durch Belebung der Religiosität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch weitere wirthschaftliche Reformen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen. (Forts. f.)

Correspondenzen.

Los Angeles (Californien), 12. August. Unsere gegenwärtig blühende Stadt, früher eine einsame, von Apostoln der „Alleinseligmachenden Kirche" gegründete Missionsstation, hat sich, seitdem sich mehr und mehr Amerikaner hier angesiedelt, zum bedeutendsten Platze Süd-Californiens entwickelt, wozu es seine glückliche Lage in einem weiten, äußerst fruchtbaren Thale allerdings auch vollständig qualifizirt. Die Stadt zählt jetzt circa 15,000 Einwohner, und wenn auch das anglo-amerikanische Element das öffentliche Leben vollständig beherrscht, so ist doch nach diesem das spanisch-mexikanische*) am stärksten vertreten. Die Vermischung dieser Nationalitäten scheint mir eine höchst glückliche zu sein.

Los Angeles liegt unweit der pacifischen Küste und etwa 450 englische Meilen südlich von San Franzisco, der großen californischen Hauptstadt, und wer von letzterem Platze aus die Reise hierher zu Lande (per Eisenbahn) zurücklegt und nicht die zur See vorzieht, den führt dieselbe zum größten Theile durch eine fast unbewohnte, baumlose Ebene, welche sich zwischen der Sierra Newada und dem californischen Küstengebirge ausbreitet, zum Theil eine vollständige Wüste, auf welche die Sonne glühend heiß brennt und den Boden steinhart macht, nur Cactus und Gestrüpp auf demselben duldend. Gegen Ende der Fahrt führt die unlängst vollendete Bahn durch einen langen Gebirgspaß, und obwohl man die umliegenden Berge für sehr goldreich hält, so fehlt es an Wasser, um das edle Metall zu gewinnen, dasselbe „auszuwaschen", und die Bemühungen der Goldsucher sind daher meist wenig erfolgreich. Freudig überrascht ist der Reisende, wenn er das lachende Los Angeles-Thal und die Umgebung der Stadt mit ihrer sub-tropischen Vegetation erblickt.

Die Hauptstraßen der Stadt tragen ausgeprägt amerikanischen Charakter, doch erst seit wenigen Jahren. An den mexikanischen Ursprung der Stadt erinnern besonders einige lange Reihen niedriger aus Lehm aufgeführter Gebäude, jetzt außer von Mexikanern und Mischlingen zum Theil von eingewanderten Chinesen bewohnt. Mit diesen stehen die amerikanischen hölzernen, jedoch geschmackvoll und praktisch eingerichteten Cottages in einem sehr vortheilhaften Contrast.

Die Industrie ist hier, wie überall in Californien (San Franzisco in mancher Beziehung ausgenommen), noch in den Kinderschuhen, die Bevölkerung ist hauptsächlich auf den Wein- und Obstbau angewiesen. Die Anbau von und der Handel mit Südfrüchten, namentlich Orangen und Citronen, welche im hiesigen Klima vortrefflich gedeihen, gewinnt mit jedem Jahre an Bedeutung. Auch Versuche mit der Cultur der Bananen wurden gemacht und gute Resultate erzielt.

Neben einigen englischen Tagesblättern (von denen eins die Interessen der Arbeitenden energisch vertritt und den Grundsatz der Internationalen Arbeiterassoziation: „The Emancipation of the Working Classes must be achieved by the Working Classes themselves"**) zum Motto gewählt hat) erscheinen hier auch einige Wochenzeitungen in spanischer und französischer Sprache, desgleichen ein deutsches, das einzige in ganz Südcalifornien.

Erfreulich ist es zu sehen, daß auch hier die Arbeiter, aufgeweckt durch die von San Franzisco ausgegangene Arbeiterbewegung, bei politischen Aktionen als selbstständiger Körper auftreten, um den öffentlichen Dieben, Land- und Eisenbahnmagnaten, welche das Mark des Landes aussaugen, das Handwerk zu legen. Die Arbeiter organisiren sich aus Zweckmäßigkeitsgründen nach Sprachgruppen, und es bestehen hier mehrere englisch sprechende, desgl. je ein spanischer, französischer und deutscher Arbeiterclub, und obgleich letzterer erst seit 2 Wochen besteht, zählt derselbe doch bereits 60 Mitglieder.

Die Bewegung trägt hier allerdings keinen rein-proletarischen Charakter, aber die gegenwärtig in der ganzen Welt, besonders auch in Californien, sich geltend machenden Verhältnisse, welche die Reichen reicher und die Armen ärmer machen, arbeiten darauf hin, daß sie voraussichtlich bald diesen Charakter tragen wird. Hoffen wir deshalb von der Bewegung das Beste.

F. Rz.

Kiemes (Böhmen), im September. Parteigenossen Deutschlands! Im Auftrage der hiesigen Genossen sehe ich mich veranlaßt, Euch zu Euren Wahlresultaten die besten Glückwünsche darzubringen und die Hoffnung auszusprechen, daß diese „Niederlagen" (im Munde des Gegners) ihre Wirkung in der gesammten Arbeiterwelt aller civilisirten Nationen nicht verfehlen werden. Durch Eure Ausdauer und Disziplin habt Ihr die stille Bewunderung selbst aller denkenden Gegner im reichlichsten Maße erworben, da Ihr trotz Chikanen, Schwierigkeiten und Maßregelungen aller Art und selbst der infamsten Mittel im Kampfe unentwegt und unermüdlich dastandet und Resultate erzieltet, wie wir sie nicht zu hoffen wagten. Alle Provokationen der Ordnungsleute, die Arbeiter zu Ausschreitungen zu veranlassen, sind zunichte geworden, da der früher von den Ordnungsleuten so oft gepriesene gesunde Sinn der Arbeiter für dieselben nicht empfänglich war.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat durch die Wahlen ihren hohen Beruf und ihre Lebensfähigkeit glänzend bewiesen. Muthig vorwärts auf der betretenen Bahn! Wir wollen auch nach Kräften an der Verbreitung unserer Ideen arbeiten, wir wollen auch weder Mühe noch Hindernisse scheuen und der allgemeine Sieg kann uns nicht ausbleiben. Hoch die sozialdemokratische Bewegung! Im Auftrage hiesiger Genossen:

Ant. Wankel'r.

Berlin, 7. September. Unser Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse", hatte vor einiger Zeit zu der Mittheilung, daß es den Militärmusikern von ihren Vorgesetzten verboten sei, in solchen Lokalen zu spielen, wo Sozialdemokraten verkehren, die Bemerkung gemacht, daß andere und höhere Offiziere nicht so schlimm von den Sozialdemokraten dächten, vielmehr sich der hiesigen Assoziations-Buchdruckerei zur Herstellung ihrer Druckarbeiten und also der Thätigkeit sozialdemokratischer Arbeiter bedienten. Auf diese Nachricht hin fanden, wie die „National-Zeitung" mittheilt, von dem zuständigen Ressortchef im Kriegsministerium, Oberstlieutenant Blume, sofort Ermittelungen statt, welche denn auch ergaben, daß in der erwähnten Buchdruckerei das Reglement über „Topographie für Offiziere" gedruckt worden ist. Die Direktion der Kriegsakademie hatte zu Bewerbungen um diese Druckarbeiten öffentlich aufgefordert und der Assoziations-Buchdruckerei diese Arbeit übertragen mit Rücksicht auf die von ihr gestellten, der Kriegsakademie am meisten convenirenden Bedingungen. In seinem Bericht hebt der Oberst v. Radowitz, als Direktionsmitglied der Kriegsakademie, ausdrücklich hervor, daß die von der Assoziations-Buchdruckerei gelieferten Arbeiten durchaus gut und zur Zufriedenheit der Bestellerin ausgefallen seien, und daß derselben jede Kenntniß von der politischen Stellung der Assoziations-Buchdruckerei gefehlt habe, und fernere Arbeiten an diese nicht mehr übertragen werden würden. — Wenn also conservative und nationalliberale Druckereien schlechtere Arbeiten liefern, so ist das Kriegsministerium dennoch verpflichtet, später Arbeiten diesen letzteren zu übergeben, weil, ja weil — in unseren politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen die größte Unordnung herrscht.

Essen, 1. September. Der Stolz der deutschen Industrie, die Krupp'sche Fabrik nimmt massenhafte Arbeiterentlassungen vor — aus Mangel an Arbeit, wie es auf den Certifikaten heißt. Traurig dabei ist, schreibt der „Rh.-W. Volksfr.", daß sich das Entlassungsverfahren vielfach auf solche Arbeiter erstreckt, welche seit 1862 und noch längeren Jahren der Fabrik ihre Dienste geliehen haben und nun zum Dank dafür auf's Trockene gesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit richten wir indeß an alle uns befreundeten und andere unabhängige Blätter die Bitte, von diesen Vorgängen Notiz zu nehmen und vor fremdem Zuzug zu warnen. Denn nach früherer Praxis pflegte die Firma hier die Arbeiter oft zu Hunderten zu entlassen und zu gleicher Zeit durch Annoncen in auswärtigen Zeitungen Arbeiter gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung zu suchen. Durch eine solche Warnung wird nicht nur den Arbeitern, sondern auch den betreffenden Gemeinden ein großer Dienst erwiesen. Den ersteren, weil ihnen bei günstiger Wendung der Geschäftslage die Arbeit erhalten, und den letzteren dadurch, daß ihr Armenetat von einer ferneren Belastung verschont bleibt, welche erfahrungsmäßig die unausbleibliche Folge eines unbedachtsamen Verlassens des bisherigen Wohnsitzes gewesen ist.

Schellenberg, 20. August. Wir haben unserm Nachbarkreise nachgeahmt und den liberalen Führer Dr. Gensel glücklich aus dem Felde geschlagen; das offizielle Resultat ist: Bahlteich 8711, Gensel 7593. Dr. Gensel selbst verschmähte es, bei der Stichwahlagitation noch einmal öffentlich aufzutreten, seine ungeschickten Reisediener verdarben aber Alles und verbitterten die Stimmung gegen ihren Herrn und Meister, der als einer der geriebensten Nationalliberalen von seinen Parteigenossen im Reichstage schmerzlich vermißt werden wird. Wenn man bedenkt, wie ungleich die Machtmittel vertheilt waren, wie Dr. Gensel und Geheimrath Böttcher persönlich wenig behindert, sich sich mit Wort und Schrift an der Agitation für ihre Candidaturen betheiligen konnten, während unser Candidat, im Gefängniß schmachtend, mundtodt gemacht, sich nur auf die Rührigkeit seiner Parteigenossen verlassen konnte und wie besonders im ersten Wahlgange viele Fabrikanten zu Gunsten der Gegencandidaten ihre Arbeiter beeinflußten und unabläßig Flugblätter und Zeitungsartikel losließen, so müssen wir wahrhaftig die Intelligenz unserer Wähler bewundern, die weder durch gute noch durch schlechte Mittel zu gewinnen waren, sondern ihrer unverfälschten Ansicht und ihrem zutreffenden Urtheil über die heutigen Zustände durch die Wahl Bahlteich's Ausdruck gaben. — Wie überall, so fehlte es auch bei uns am Wahltage nicht an Ausschreitungen, welche sich die fanatischen „Ordnungsmänner", die um jeden Preis zu siegen gedachten, gegen unsere die Wahllokale besetzt haltenden Genossen zu Schulden kommen ließen. Den Dresdnern und Freibergern, die uns an diesem Tage noch so eifrig unterstützten und von der Ungezogenheit der Gegner Manches erzählen können, auch hierdurch noch unseren besten Dank für ihre bereitwillige Hilfe. Hoffentlich wird man uns diesen Kreis nicht so bald wieder entreißen, es wird noch manchmal gefiegt werden und der Dämpfer, welchen wir den „Reichstreuen" hier aufgesetzt haben, wird seine Wirkung nicht verfehlen. Wenn unsere Sache bei öffentlichen Wahlen siegt, wird die Antipathie in den interessirten Bürgerkreisen immer mehr schwinden und die soziale „Krankheit" ihre ansteckende Wirkung zu Gunsten des öffentlichen Wohles immer stärker bethätigen.

E. Gladewitz.

*) Californien war bekanntlich früher eine mexikanische Provinz.

**) „Die Emanzipation der Arbeiterklassen muß durch die Arbeiterklassen selbst erreicht werden."

Briefkasten

der Redaktion. E. in Schellenberg: Der in der Correspondenz aus Connewitz erwähnte Herr v. Brause ist nicht der bekannte Oberlehrer gleichen Namens, sondern ein jüngerer Culturkämpfer, „der es noch herrlich weit bringen kann." — F. W. in Kratzau! 1) Bei den deutschen Reichstagswahlen entscheidet die absolute nicht die relative Majorität; das heißt: derjenige, welcher als gewählt betrachtet werden kann, muß mindestens eine Stimme über die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. Sind mehr als zwei Candidaten aufgestellt und erhält keiner der Candidaten mehr als die Hälfte aller Stimmen, so kommen die beiden Höchbestimmten in die Stichwahl, so daß dann nur die auf einen von diesen Candidaten gefallenen Stimmen gültig sind. Auf diese Weise muß dann einer derselben die absolute Majorität erlangen, es sei denn daß Stimmengleichheit (ist bis jetzt bei den deutschen Reichstagswahlen noch nicht dagewesen) eintritt; dann entscheidet das Loos. 2) Ein Candidat, der in zwei Wahlkreisen gewählt wird, wie das im Jahre 1877 bei unseren Genossen Bebel und Hasenclever geschah, muß in einem derselben ablehnen, in welchem dann eine Neuwahl erforderlich wird. — P. E. in Löbnitz: Unser Genosse Geiser, Redakteur der „Neuen Welt", ist in Breslau geboren und war, ehe er nach Leipzig kam, Redakteur des „Zeitgeist" in München. — A. B. in München: Auf Ihrer Durchreise sprechen Sie hier einmal vor, da die Frage durch den Briefkasten nicht erledigt werden kann. — J. K. in Saarden: Ja. —

der Expedition. Th. H. Lg Crimmitschau: Offerten auf Ihre Annonce sind nicht eingegangen. Für übrige Mittheilung besten Dank. Wollen Sie solche nicht auch nach Hamburg machen?

Parteigenossen in Sondershausen, Greußen, Nordhausen, Sangerhausen, Weißensee, Sömmerda und allen nahgelegenen Orten wo sich Parteigenossen befinden, werden freundlichst ersucht, ihre Adresse an A. Welke, Frankenhausen i. Thür. kommen zu lassen.

Dr. Keck in London wird um seine Adresse von Th. Weidemann, Brook 48, Hamburg und G. Keck, Kiel, Schevenbrücke 1, per Adresse Herrn Dieckmann, gebeten.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig und ist durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

Inhalts-Verzeichniß:

Vorwort. — Vollständiges Kalendarium. — Aus meinen Erinnerungen. Von Joh. Phil. Becker. — Woher und wohin mit den Kulis? — Wie entstand unsere Welt. Von L. Friwitzer. — Heinrich Heine's Biographie. (Mit Portrait.) — Im Hinterhause. Erzählung von Heinrich Friedenau. — Sonne, Erde und Mond. Ein wichtiges Kapitel für Kalenderkäufer. Von Emil Roßbach. (Mit 5 Abbildungen.) — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Babeuf, Biographie. (Mit Portrait.) — Produktive und unproduktive Arbeit. Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie. Von H. Oldenburg. — Was uns die Statistik lehrt. — Statistik sozialistischer Reichstagswahlen. — Die Vergiftung des Volkes. — Aus alten Papieren. — Post-Porto-Tarif. Telegramm-Tarif. Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel ꝛc. ꝛc. — Marktverzeichnisse für ganz Deutschland.

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir

brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „ } netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a.

Soeben ist erschienen und durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

ABC des Wissens
für die Denkenden.

Von Dr. Ad. Douai.
Dritte unveränderte Auflage.
Preis 15 Pf.

Durch uns kann bezogen werden:

N. Tchernychewsky: L'Économie politique
jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.
492 pages. Prix 1,50 M.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hegge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 109. Sonntag, 15. September. 1878.

Das Ausnahmegesetz und die deutschen Universitäten*).

(Ein Mahnwort an die Vertreter der Wissenschaft.)

Während die Welt erwartungsvoll dem Schicksal entgegensieht, welches der zusammengetretene Reichstag dem berühmten Sozialistengesetz oder — dieses jenem bereiten wird, während die Einen 19, die Anderen 20 Nationalliberale herausdüfteln, welche nur die altbewährte Jasagetradition ihrer Partei aufzugeben brauchten (als ob das so leicht ginge), um jenes Gesetz zu Falle zu bringen, scheint man gänzlich einen Faktor des deutschen öffentlichen Lebens zu vergessen, der allein hinreicht, selbst wenn Regierung und Parlament einmüthig jenes Gesetz angenommen hätten, dasselbe wieder vom Erdboden verschwinden zu lassen.

Dieser Faktor ist die deutsche Wissenschaft.

Das Gesetz richtet sich seinem Wortlaute nach nur gegen Lehren, welche die staatlichen und sozialen Verhältnisse betreffen, scheint also nur einen verschwindenden Bruchtheil aus der Gesammtheit der Wissenschaften zu berühren. Aber: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" sagt § 20 der preußischen Verfassung ohne jede Einschränkung, und die Wissenschaft selbst kennt kein Gebot, welches ihre Forschung von dem einen oder andern Gebiete ausschlösse. Die den Menschen theuersten und heiligsten Begriffe der Freiheit des Willens, der Unsterblichkeit der Seele, ja der Begriff Gottes selbst haben sich einer Kritik unterziehen müssen. Sollten die charakteristischen Begriffe, auf denen die heutige Gesellschaftsordnung, die heutige Staatseinrichtung beruhen, sollten der Begriff des „Kapitals" in seinem heutigen Sinne, der von demselben beschäftigten und beherrschten „Hände" und der Begriff des „Unternehmergewinnes" etwa eine größere Heiligkeit und Unberührbarkeit der Wissenschaft gegenüber besitzen? Viele möchten dies wohl wünschen, aber die es auch am meisten wünschen, sie möchten dies doch im Ernste nicht zu behaupten vermögen. Ja sogar den Begriff des Staates wird die Wissenschaft zu prüfen und eintretenden Falles ihn zu verneinen das Recht sich vorbehalten müssen.

Aber ebenso wenig wie das öffentliche Leben ein bloßes Nebeneinander verschiedener unverbundener Interessen, so wenig ist die Wissenschaft ein bloßes Nebeneinander verschiedener einzelner, von einander unabhängiger Wissenschaften. Beide sind ein Organismus, und wo an beiden nur ein Glied in seiner Freiheit gehemmt und unterbunden wird, da leidet das Ganze.

Wird es, um die heutigen Verhältnisse in Staat und Gesellschaft zu erhalten, genügen, nur diejenigen Wissenschaften der staatlichen Censur zu unterwerfen, die ausdrücklich mit jenen sich zu beschäftigen erklären? Welch wichtigen Faktor bildet z. B. die Religion und der Glaube an eine göttliche Einsetzung unserer heutigen moralischen Gesetze. Und doch sagt Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten p. 29 ed. Kirchm.: „Selbst der Heilige des Evangelii muß zuvor mit unserem Ideal der sittlichen Vollkommenheit verglichen werden, ehe man ihn dafür erkennt; auch sagt er von sich selbst: was nennt ihr mich (den ihr sehet) gut; Niemand ist gut (das Urbild des Guten), als der einige Gott (den ihr nicht sehet). Woher haben wir aber den Begriff von Gott, als dem höchsten Gut? Lediglich aus der Idee, die die Vernunft a priori von sittlicher Vollkommenheit entwirft und mit dem Begriff eines freien Willens unzertrennlich verknüpft. Nachahmung findet im Sittlichen gar nicht statt, und Beispiele dienen nur zur Aufmunterung, d. i. sie setzen die Thunlichkeit dessen, was das Gesetz gebietet, außer Zweifel, sie machen das, was die praktische Regel allgemeiner ausdrückt, anschaulich, können aber niemals berechtigen, ihr wahres Original, das in der Vernunft liegt, bei Seite zu setzen und sich nach Beispielen zu richten." Oder wenn die Völkerpsychologie allmälig dahin gelangt (vergl. Tylor, Anfänge der Cultur), aus Träumen, Hallucinationen 2c. den Glauben an Seelen und Götter entstehen zu lassen, sollte das dem heutigen Staate so ganz gleichgültig sein? Um ein Beispiel aus der Vergangenheit anzuführen, die falsche Etymologie des Wortes „Augustus" (von augere, vermehren) hat die einstigen römischen Kaiser deutscher Nation Jahrhunderte hindurch in einem das Reich und das Volk zerrüttenden Eroberungswahn festgehalten. Was könnte wohl dem Parteigetriebe und den Wirren der Tagespolitik ferner stehen als die Gesetze der Zoologie und Biologie? Und doch sind sie vor Kurzem von Herrn Professor Häckel in Jena gegen die bösen Sozialdemokraten in's Feld geführt worden**). Wie soll endlich, um mit diesem Beispiel zu schließen, der Historiker seinen Schülern ein richtiges Bild von den Kämpfen zwischen den römischen Patriziern und Plebejern geben, wenn er fürchten muß — denn die Vergleiche liegen eben nahe —, damit eine Satyre auf die heutigen Zustände und damit sich selbst dem Staatsanwalt in die Hände zu liefern? Der Staatsanwalt braucht kein Sophist zu sein, sondern nur einfach seine Pflicht zu thun, wenn er auf Grund des § 1 der gegenwärtigen Vorlage des Sozialistengesetzes jede Lehre in jeder beliebigen Wissenschaft vor den Strafrichter bringt und somit alle bereits bestehende Wissenschaft, von der zukünftigen ganz zu schweigen, vernichtet.

Und von wem soll sich die Wissenschaft diese Censur gefallen lassen? Der Lehrer censirt die Arbeiter des Schülers, der in der Wissenschaft höher Stehende die des minder Unterrichteten. Will also der Staat die Wissenschaft censiren, so muß er sich ein höheres Wissen beilegen als die Wissenschaft. Der Staat aber in dem hier stattfindenden Sinne wird gebildet von den Männern der Regierung, denselben Männern, welche erst von der Wissenschaft zur Ausübung ihrer staatlichen Funktionen ausgebildet und befähigt worden sind. Sie sind also Schüler der Wissenschaft und wollten sich dazu erheben, ihre Lehrerin zu censiren? Sie wollten das thun, bei denen man sogar in jedem einzelnen Falle zu der Frage das Recht und die Pflicht hat, ob sie nicht seit der Zeit, wo sie die Universität verließen und den Haupttheil ihrer Kraft der Praxis widmeten, in Rückstand gekommen sind gegen den heutigen Stand der Wissenschaft? So wenig wie eine niedere Instanz im Rechtsleben die Beschlüsse einer höheren reformiren kann, ebenso wenig darf der Staatsmann, weil er im Wissen der niedriger Stehende ist, der Wissenschaft vorschreiben wollen, zu welchen Ergebnissen sie gelangen soll.

Aber vielleicht hat der ehemalige Schüler der Wissenschaft durch die Praxis, in der er verweilte, einen Ersatz für seine Entfernung von der Wissenschaft und ein hinreichendes Uebergewicht über seine ehemalige Lehrerin bekommen? Häufig genug kann man diesen Einwand hören, ob mit Recht, darüber wollen wir uns von Kant belehren lassen; Kant sagt (Ueber den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein 2c., p. 98 ed. Kirchm.): „Es kann also Niemand sich für praktisch bewandert in einer Wissenschaft ausgeben und doch die Theorie verachten, ohne sich bloßzugeben, daß er in seinem Fache ein Ignorant sei."

Es existirt also keine Instanz, welche ein Recht hätte, die Ergebnisse der Wissenschaften zu censiren. Die Wissenschaft kann einer Censur nur durch sich selbst unterworfen werden, und um dies zu können, bedarf sie der vollsten, bedingungslosen Freiheit.

Wir glauben im Vorstehenden gezeigt zu haben, daß die Wissenschaft und das vom Staat beabsichtigte Ausnahmegesetz nicht neben einander bestehen können. Beide bilden einen Widerspruch; Eins verneint das Andere.

Wer soll nun die Wissenschaft vor ihrer Verneinung durch das Ausnahmegesetz des Staates schützen?

Doch wohl zunächst Diejenigen, welchen, noch dazu von Staatswegen, die Pflicht zugewiesen worden ist, die Wissenschaft zu hegen und zu pflegen, die deutschen Universitäten, oder, um weniger abstrakt zu sprechen, die Männer, in denen unsere Universitäten verkörpert sind, die deutschen Professoren und Docenten.

Warum unsere Professoren und Docenten um der Wissenschaft willen dem Ausnahmegesetz sich nicht unterwerfen können, glauben wir gezeigt zu haben; jetzt aber wollen wir noch einen Grund anführen, warum sie um ihrer selbst, ihres moralischen Charakters willen das Ausnahmegesetz von sich abzulehnen die Pflicht haben.

Wissenschaft ist bedingungslose Wahrheitsforschung und Wahrheitslehre. Dies ist allgemein in ihr anerkannt. Damit sie dies aber sein könne, hat sich derjenige, der eine Wissenschaft treibt, nach Kant auf folgende Weise zu verhalten (Verkündigung des nahen Abschlusses eines Traktates zum ewigen Frieden in der Philosophie, p. 91 ff. ed. Kirchm.): „Es kann sein, daß nicht Alles wahr ist, was ein Mensch dafür hält (denn er kann irren); aber in Allem, was er sagt, muß er wahrhaft sein (er soll nicht täuschen) . . . Die Uebertretung dieser Pflicht der Wahrhaftigkeit heißt Lüge."

Die Bedingung also, daß der Wissenschaft ihr eigenster Charakter als bedingungsloser Wahrheitsforschung und Wahrheitslehre gewahrt bleibe, ist nach Kant gegeben in dem moralischen Charakter der zu ihrer Pflege bestellten Personen.

Nun sind nach Erlaß des Ausnahmegesetzes nur zwei Fälle möglich. Entweder der Staat wendet es auf die Wissenschaft an, oder er wendet es nicht an, läßt das Gesetz blos auf dem Papiere bestehen. Im ersteren ist für die Professoren und Docenten eine doppelte Möglichkeit des Verhaltens gegeben. Entweder sie lehren unbekümmert um das Gesetz ihre Wissenschaft weiter; dann kann es nicht fehlen, daß sie sich (es möchte nur wenige Ausnahmen geben) schon wenige Tage nach Erlaß des Gesetzes, soweit nur die Arbeitskräfte der Staatsanwälte reichen, sammt und sonders im Anklagestand befinden. Dann vollzieht sich die Verneinung der Wissenschaft durch das Ausnahmegesetz in der äußerlich wahrnehmbarsten Weise. Oder aber die zu bedingungsloser Pflege und Lehre der Wissenschaft Bestellten richten sich nach den Bedingungen, welche der Staat in seinen Gesetzen stellt. Dann ist aber, wenn auch weniger offen, die Wissenschaft und mit ihr zugleich der moralische Charakter der Wissenschaft Treibenden nicht minder verneint. Eine bedingte Wissenschaft ist ein Widerspruch in sich selbst; es giebt kein Vertuschen, Bemänteln, Paktiren in der Wissenschaft.

Wie aber, wenn der Staat sich, sei es aus was für Gründen, entschlösse, das Ausnahmegesetz entweder gar nicht oder nur in einzelnen Fällen, gegen einzelne Personen anzuwenden? Wenn in diesem Falle auch an keiner Universität, in keiner Disziplin eine Rücksichtnahme auf das Gesetz, eine Abhängigmachung der Wissenschaft von äußeren Bedingungen stattfände und den akademischen Docenten das auf diese Weise unternommene Wagniß, sei es theilweise, sei es ganz, glückte, so würden gleichwohl die Hörer, die Studirenden, mit vollem Rechte an der Wahrhaftigkeit ihrer Lehrer so lange wenigstens, bis sie selbst zur vollen Meisterschaft in der betreffenden Wissenschaft herangereift sind, zweifeln müssen. Dieser Zweifel würde aber die Unbefangenheit des Schülers in der Prüfung und Aufnahme der vom Lehrer mitgetheilten Wahrheiten erheblich beeinträchtigen. Sodann aber würden sich die Docenten eines Ungehorsams gegen den Staat, sei es offen, sei es versteckt, im letzteren Falle also sogar einer Lüge gegen den Staat schuldig machen; es würde also auch diese mögliche Art, wie sich das Ausnahmegesetz zur Wissenschaft stellen könnte, mit einer Verneinung der letzteren sowie des moralischen Charakters der Docenten abschließen.

Kann also das Ausnahmegesetz nicht bestehen, ohne die Wissenschaft zusammt dem moralischen Charakter der zu ihrer Pflege bestellten Personen zu verneinen, so entsteht die Frage, welches Mittel den letzteren zu Gebote steht, um für sich und ihre Wissenschaft der drohenden Verneinung zu entgehen.

Es giebt für diesen Zweck nur ein Mittel, indem sie ihrerseits das Ausnahmegesetz verneinen.

Um ihre eigene, um die Würde ihrer Wissenschaften zu wahren, bleibt den Professoren und Docenten sämmtlicher deutscher Hochschulen nur Eins übrig, am Tage, wo das Ausnahmegesetz seine Rechtskraft beschreitet, ihre Lehrämter niederzulegen.

Mit einfachster logischer Nothwendigkeit folgt dieses Mittel aus der Begriffsbestimmung der Wissenschaft, aus der einzigen Garantie, welche in den Persönlichkeiten der Pfleger der Wissenschaften für die Realisirung dieses Begriffes gegeben ist und aus der Natur des Ausnahmegesetzes.

Und diese aus der Sache selbst gezogene Nothwendigkeit des Handelns ist in der glücklichen Lage, die äußere, aus den gegenwärtig bestehenden Gesetzen zu deduzirende, juristische Möglichkeit zur Seite zu haben. Die Ablehnung des Ausnahmegesetzes seitens unsrer Universitäten ist keine Auflehnung gegen die Staatsgesetze; kein Widerstreit der Pflichten findet statt, keine Casuistik, wenn dies bei den Personen, um die es sich hier handelt, überhaupt denkbar sein könnte, kann sich in die Gewissen einschieben, um die Köpfe zu verwirren. Zu freier, bedingungsloser Wahrheitsforschung sind unsre Professoren und Docenten von ihren Lehrern erzogen und, bei Erlangung ihrer akademischen Grade, vereidigt worden. Dasselbe üben sie gegenwärtig gegenüber ihren jetzigen Schülern. Zu demselben Zweck sind sie vom Staate in ihren Lehrämtern bestellt. Hier ist es der Staat selbst, der durch sein Ausnahmegesetz den geschlossenen Contrakt verändert. Er kann nicht verlangen, daß dieselben Personen in einem Amte verbleiben sollen, dessen Bedingungen sich wesentlich geändert haben, Zwecken fernerhin dienen sollen, die nahezu das Gegentheil der früheren geworden sind.

Mit Annahme des Ausnahmegesetzes durch den deutschen Reichstag hat die Wissenschaft in Deutschland aufgehört, sie braucht also auch keine Lehrer mehr. Was dann noch von Leuten, die ja auch fernerhin noch Professoren und Docenten heißen könnten, noch vorgetragen werden könnte, würde keine Wissenschaft mehr sein, wenn es auch offiziell diesen Namen führen könnte; was der Staat fernerhin noch seinen Angehörigen mitzutheilen für gut befindet, kann er ihnen ja auch durch dazu commandirte Soldaten und Unteroffiziere, die ja auch sonst in den Strikes eine beliebte Aushülfe abgeben müssen, zukommen lassen.

Wir sagten am Eingange unsres Artikels, daß die deutsche Wissenschaft ein Faktor des deutschen öffentlichen Lebens sei, der allein hinreiche, um jedes, auch das mit größter Einmüthigkeit angenommene Ausnahmegesetz wieder vom Boden verschwinden zu lassen. Hier, wo wir an der Stelle angekommen sind, daß wir die praktischen Folgen erörtern müßten, welche diese allgemeine Amtsniederlegung unsrer Professoren und Docenten, dieser allgemeine Strike unsrer Universitäten nach sich ziehen würde, stehen wir nicht an zu bekennen, daß wir von dieser Erörterung abstehen wollen und abstehen können. Denn nicht dazu rufen wir die Männer der Wissenschaft an, in einem politischen Kampfe Partei zu nehmen, vielleicht gar zu unsern Gunsten Partei zu nehmen. Das würde sich mit der Würde, die wir ihnen in unsrer Rangliste anweisen, nicht vertragen. Ferdinand Lassalle, der unsterbliche, hat die große Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter proklamirt und wir Arbeiter (mit Kopf und Hand) stehen harrend, daß die von ihm geknüpften Fäden sich mehren und fester und fester schließen; aber wir wissen auch, daß die echte Wissenschaft, sie, die allein diesen Namen verdient, sich nicht zwingen läßt, daß sie, wenn sie kommt, freiwillig kommen muß. Deshalb unterlassen wir es, mit dem Feldgeschrei der Partei die Männer der Wissenschaft zu bestürmen. Keine Kampfesberechnungen, keine Siegeshoffnungen sollen ihr Urtheil berücken. Sie sollen ihre Wissenschaft pflegen sine ira et studio, sie sollen sie lehren ohne Unterschied und Rückhalt dem Reichen wie dem Armen, sie sollen aber auch, wenn die Existenzverneinung an sie und ihre Wissenschaft herantritt, ohne Rücksicht auf gute oder böse Folgen für sich, für eine Partei, für die Nation, das Letzte thun, was die Pflicht gegen die Wissenschaft und ihren eigenen moralischen Charakter ihnen gebietet. Denn wenn schon die Wissenschaft selbst nicht mehr existirt, so existirt doch immer noch, und dann gerade erst recht, der Schein der Wissenschaft. Dieser Schein der Wissenschaft aber ist der Todfeind aller künftigen Wissenschaft. Und diesen Todfeind einer in künftigen besseren Zeiten wieder zu entfaltenden Wissenschaft zu vernichten, indem sie ihm als das, was er ist, als Schein kennzeichnet, das ist die letzte Auf-

*) Aus akademischen Kreisen ist uns dieser vorzügliche Artikel zugegangen. R. d. „V."

**) Freilich in einer Weise, die für Alle, die nicht zum ersten Male, wie Herr Professor Häckel, das Feld der Volkswirthschaft und Philosophie betreten, nur ein mitleidiges Lächeln erregen kann. Mit demselben Rechte, mit welchem Herr Professor Häckel von einem Naturgesetze der Auslese im Kampf um's Dasein redet, nach dem die Mehrzahl der Menschen zum Proletarierthum, zur „starvation" 2c. unabwendbar verdammt sein soll, könnte man aus dem Fallgesetz beweisen, daß keine Häuser gebaut werden könnten, weil hierbei die Steine eine dem Fallgesetze widersprechende Bewegung ausführen müssen. Ist denn Herr Häckel noch so sehr Laie in der Philosophie und Erkenntnißtheorie, daß er nichts von einer die Naturgeschichte modifizirenden bewußten Thätigkeit des Menschen weiß, welche gegenüber dem Fallgesetze beim Häuserbauen bereits zur Geltung gekommen ist, und welche gegenüber den Naturgesetzen in Staat und Gesellschaft, gegenüber dem manchesterlichen „laisser aller", noch zur Geltung zu bringen eben gerade Aufgabe der Sozialdemokratie ist? Herr Häckel nehme einmal F. A. Lange's „Arbeiterfrage" zur Hand, welche, ebenfalls vom Kampf um's Dasein ausgehend, gerade zu den entgegengesetzten Resultaten gelangt, wie er. Anm. d. V.

gabe der gegenwärtigen Wissenschaft vor ihrer Verneinung durch das Ausnahmegesetz. Das Letzte, was der Wissenschaft in dem Moment, wo ihr der Mund geschlossen wird, zur freien bedingungslosen Rede noch verstattet ist, ist die Erklärung, daß sie verstumme. Diese Erklärung wird gegeben durch die feierliche Amtsniederlegung aller Professoren und Docenten aller deutschen Universitäten. —

Werden unsre Professoren und Docenten ihre Pflicht thun? Wir wissen es nicht. — —

Mit Schmerz gedenken wir, um von andern Symptomen des wissenschaftlichen Geistes in Deutschland zu schweigen, des seit Jahren schon, seit dem Erscheinen seines Kometenbuches, von Prof. Zöllner in Leipzig eröffneten Kampfes gegen gewisse unwissenschaftliche Tendenzen, die sich an der Berliner Universität, unter den Commandeuren und Wachtmeistern des „geistigen Leibregiments der Hohenzollern" breit machten. Auch in seinen spätern Publikationen, bis auf die jüngste herab, sieht sich Herr Zöllner genöthigt, diesen Kampf fortzuführen; diese Tendenzen können also noch nicht erloschen sein. — —

Wie aber immer, wenn das Ausnahmegesetz angenommen sein wird, und wir zweifeln nicht an seiner Annahme, die Entscheidung unsrer Professoren und Docenten ausfallen wird, sie wird eine denkwürdige sein. So möge zum Schluß Ferdinand Lassalle durch unsern Mund ihnen zurufen:

„Nicht mit dem gleichgültigen Lärm unsrer Tagespresse bedrohe ich Sie. Aber die Wissenschaft, die wiederauferstandene, wird Ihre Entscheidung in die Annalen der Geschichte eintragen."

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wahl des Reichstagspräsidiums. Mittwoch den 11. d. fand die Präsidentenwahl im deutschen Reichstage statt. Es waren 360 Mitglieder, eine Zahl, die früher kaum jemals erreicht worden ist, anwesend. Forckenbeck erhielt 240 Stimmen, der klerikale v. Franckenstein 114, Abg. Delbrück 3 Stimmen; mehrere Zettel waren unbeschrieben. Forckenbeck nimmt die Wahl mit Dank an. — Die Wahl zum ersten Vicepräsidenten ging nicht so glatt ab. v. Stauffenberg, für den die Nationalliberalen, die Fortschrittler und die Gruppe Löwe stimmten, erhielt 125, Freiherr v. Franckenstein (Klerikale, Polen 2c.) 119 und v. Seidewitz, für den die vereinigten Conservativen stimmten, erhielt 115 Stimmen. Engere Wahl: gleiches Verhältniß. Nochmals engere Wahl zwischen Stauffenberg und Franckenstein. Für Stauffenberg stimmten nun noch die Freiconservativen, für Franckenstein ein Theil der Deutschconservativen, von denen 33 weiße Stimmzettel abgaben. Stauffenberg erhielt 175, Franckenstein 142 Stimmen. Ersterer, gewählt, stattet seinen Dank ab. Zum zweiten Vicepräsidenten wurde mit 212 Stimmen der freiconservative Fürst von Hohenlohe-Langenburg gewählt; 117 weiße Stimmzettel wurden abgegeben. Der so gewählte Herr von Hohenlohe nahm die Wahl mit folgenden rührenden und gerührten Worten an: „Für das ehrende Vertrauen, welches mir das hohe Haus durch die eben stattgehabte Wahl bewiesen hat, danke ich auf das Herzlichste und Verbindlichste und nehme die Wahl an." Ein schönes Vertrauen! So schloß die erste Komödie, die im neuen deutschen Reichstage aufgeführt wurde.

— Eine Erinnerung für die Liberalen. Die „Frankfurter Zeitung" bringt die Worte des Ministerium Bismarck, mit welchem dasselbe im Jahre 1863 dem Könige von Preußen den Erlaß der Preßordonnanz empfahl, in sehr empfehlende Erinnerung. Diese Worte lauten:

„Je mehr die Staatsregierung sich genöthigt sah, den unberechtigten und übertriebenen Erwartungen und Forderungen der Parteien Widerstand zu leisten, desto leidenschaftlicher und rückhaltloser mißbrauchte ein Theil der Presse die derselben gewährte Freiheit zur heftigsten und selbst gehässigsten Opposition gegen die Regierung und zur Untergrabung aller Grundlagen eines geordneten Staatswesens, sowie der Religion und der Sittlichkeit .... Es existirt eine Anzahl gerade in den unteren Schichten der Bevölkerung vielgelesener Blätter, die täglich die verderblichsten Auffassungen und Darstellungen verbreiten und augenfällig einen vergiftenden Einfluß auf die öffentliche Stimmung und auf die Sittlichkeit des Volkes üben."

Klingt das nicht genau so, als ob der Satz den so eben veröffentlichten Motiven zum Sozialistengesetz entnommen wäre? „Untergrabung des Staatswesens, der Religion, der Sittlichkeit seitens der Liberalen! Das ist die Anklage, welche Herr von Bismarck damals gegen den Liberalismus schleuderte, und jetzt haben die liberalen Bestrebungen im Volke die vorläufige Herrschaft erlangt. Selbst die „unteren Schichten der Bevölkerung" fehlen in dem Bismarck'schen Machwerke nicht. Die Preßordonnanzen aber waren nur von kurzer Dauer.

— Nobiling. Jetzt, da der Mann todt ist, lüpft man wenigstens einen Zipfel der Decke, welche die Wahrheit verhüllte. „Kein Mittel der Pflege und keines der ärztlichen Kunst ist unversucht geblieben," schreibt der „Berliner Börsencourier" nach einem Rückblick auf das Attentat des 2. Juni, um Nobiling zunächst das Leben und dann den Verstand zu erhalten, — Leben und Verstand bis zu dem Augenblick, wo man klar hätte sehen können über die Motive, die ihm die Flinte in die Hand gedrückt haben in jener unglückseligen Nachmittagsstunde des 2. Juni 1878. Aber ärztliche Kunst und ärztliche Pflege waren umsonst — daß der Verstand umnachtet bleiben mußte, wußte man seit einiger Zeit, daß sein Leben nicht mehr zu erhalten wäre, wußte man seit ein paar Tagen. Nichts ist ermittelt worden und über nichts hat man Auskunft erlangen können — ein tiefes Geheimniß, dunkel wie das Grab, in das der Verbrecher in diesen Tagen gescharrt werden wird, umhüllt das Nobiling'sche Attentat heute, wie vor vierzehn Wochen. Nichts läßt von denjenigen Ermittlungen, die bisher gemacht werden konnten — Ermittlungen, die ja natürlich nicht ein Zehntel des Werthes haben, wie etwa ein Halbdutzend Vernehmungen des Verbrechers selbst — darauf schließen, daß Nobiling Mitwisser, Mitschuldige seiner furchtbaren That auf dieser Erde zurücklässt, daß nicht mit ihm der Einzige, der Antheil hatte an dem unseligen Verbrechen, aus der Welt scheidet. Jene Ermittlungen hatten nichts Anderes ergeben, als das Eine: daß ein Mensch, toll vor Eitelkeit, bestrebt, eine That zu thun, die ihn unsterblich machen soll, gewillt, die Welt aus ihren Fugen zu heben durch ein Verbrechen, in der Idee, dieselbe Welt, die er in Verwirrung und Bestürzung setzt, zu beglücken — daß dieser eine Mensch die That allein, ohne Mitwissen Anderer, ohne Mitschuldige, ohne Complottanten geplant und ausgeführt hat."

Machen wir eine kurze Pause: Und die That dieses Wahnsinnigen, der „allein, ohne Mitwissen Anderer, ohne Mitschuldige" gehandelt hat, bildet das angebliche Motiv des Sozialistengesetzes, welches von der Voraussetzung ausgeht, daß die deutschen Sozialisten Nobiling's „Mitschuldige" seien! Doch lassen wir den „Bürsencourier" weiter reden:

„Die Akten werden geschlossen und dem Staatsarchiv übergeben werden, das Henkerbeil wird nicht zum zweiten Mal herniederfallen auf den Nacken eines Attentäters — der größere von beiden Verbrechern, derjenige, dem es gelungen ist, das Ziel seiner mörderischen Kugeln zu erreichen, hat ein milderes Schicksal gefunden, als der Andere. Die Gerechtigkeit dieser Welt hat ihn nicht mehr erreicht nnd selbst die Todesqualen sind ihm erspart geblieben, denn kaum hat er Stunden klaren Bewußtseins und richtigen Verständnisses der Dinge mehr gefunden seit der zweiten Stunde jenes Sonntags Nachmittags."

Ueber das Lebensende des Attentäters wird demselben Blatt von einem Berichterstatter Folgendes mitgetheilt. „Ich habe Frau v. Gauvain, die Mutter Nobiling's, gesehen, die allein, ohne Begleitung einer ihrer Töchter oder ihres zweiten Gatten, auf die Nachricht, daß ihr Sohn im Sterben liege, herbeigekommen war. Sie verließ das Zimmer der Krankenstation unmittelbar, nachdem der Arzt erklärt hatte, Nobiling hätte zu leben aufgehört. Sie schien nicht sonderlich erschüttert, nicht allzu heftig bewegt — nach den Erschütterungen, die sie vor einem Vierteljahre erfahren hatte, mußte der Tod ihres Sohnes fast spurlos an ihr vorübergehen, denn augenscheinlich ist das derjenige Ausgang des Lebens des Attentäters, den die Familie, über die ohnehin durch den Verbrecher so viel Schande gebracht ist, auf's Innigste wünschen mußte. Frau v. Gauvain hatte ihren Sohn vollkommen entstellt vorgefunden. Er glich in nichts mehr jenem Menschen, der am 2. Juni verhaftet worden ist. Die Krankheit, die Auseiterung eines Theil der Gehirnmasse, hatten ihn vollkommen verändert, hatten seine Glieder gekrümmt, hatten ein einem Menschen kaum mehr ähnlich sehendes Wesen aus ihm gemacht, dessen Anblick nur der Arzt und der geübte Krankenwärter ertragen konnte, in dessen Nähe sich nur Personen aufhalten konnten, die an die Schrecken der Kranken- und der Sterbelager gewöhnt sind. Nobiling hat seine Mutter nicht erkannt. Die Lippen bewegten sich in der letzten Stunde und brachten irgend welche dumpfe Laute, ein kaum hörbares Murmeln hervor, augenscheinlich waren dieselben überhaupt keine Worte, denn Nobiling hatte das Bewußtsein längst vorher verloren. Gestern Morgen brachen die Wunden am Kopfe auf; die Eiterung derselben war schon vorher eingetreten, und zu gleicher Zeit muß der Eiter in das Blut übergetreten sein, denn es zeigten sich alle Symptome einer Blutvergiftung, vor allen Dingen fortdauerndes, lebhaftes Erbrechen. Am Morgen hatten die Gefangenen-Aerzte und die zugezogenen ärztlichen Autoritäten erklärt, daß Nobiling höchstens noch vierundzwanzig Stunden zu leben habe. Daraufhin wurde seine Mutter benachrichtigt, die etwa eine Stunde vor dem Tode des Attentäters eingetroffen ist. Zum Bewußtsein ist Nobiling bereits seit einer Reihe von Tagen nicht mehr gekommen, und eine ernsthafte Vernehmung hat überhaupt seit jenem ersten Verhör des 2. Juni nicht mehr stattfinden können. Damals hatte Nobiling nur gestanden, er habe den Kaiser tödten wollen, er huldige sozialistischen Ansichten, und auf die Frage, ob er Mitschuldige habe, hat er sich nicht klar ausgedrückt. (Die Wahrheit ist: er hat gar nichts gestanden, und nur unartikulirte Laute und sinn- und zusammenhangslose Worte hervorgebracht, wie das bei der Natur seiner Wunde selbstverständlich. R. d. V.) Das war Alles, und Weiteres ist auch seitdem nicht ermittelt worden; seit einer Reihe von Tagen war jede Möglichkeit eines Verhörs geschwunden. Es war eine vollkommene Vereiterung des Gehirns eingetreten, und außerdem war in der letzten Zeit fortdauernd Gehirnmasse aus den Wunden ausgetreten, so daß bereits seit längerer Zeit — worüber sich die Aerzte jetzt frei äußern dürfen — keine Hoffnung mehr war, Nobiling bei Verstande zu erhalten. Sonntag trat die hauptsächliche Verschlimmerung ein, und die Aerzte waren auf eine nahe bevorstehende Katastrophe vorbereitet. Der eingetretene Tod wurde sofort amtlich und aktenmäßig constatirt."

Der Attentäter ist also todt, die Attentatspartei aber lebt noch, und es gilt, ihr das Spiel zu vereiteln. Es dürfte der Tod Nobiling's der Attentatspartei sehr gelegen gekommen sein. Nobiling vor Gericht — das wäre der Tod der Attentatspartei gewesen.

— In Ihrer Nummer vom 8. September d. J. findet sich folgender Satz:

Ein sehr einfaches Heilmittel für unsere politisch-sozialen Uebelstände hat Professor Biedermann in Leipzig entdeckt. Es lautet: Uebertragung der Diktatur an den Fürsten Bismarck. Natürlich wird das nicht so direkt herausgesagt. Die grammatikalisch etwas bedenkliche Phrase des nationalliberalen Wunderdoktors lautet:

„Gewährung einer von dem Reichskanzler unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit frei zu übenden diktatorischen Gewalt."

Diese letzten Worte, noch dazu mit „" versehen, erscheinen natürlich wie ein wörtliches Citat aus irgend einem Artikel von mir. Nun findet sich aber in keinem der von mir über das sog. Sozialistengesetz in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten Artikel dieser oder auch nur ein ähnlicher Satz, und auch der Sache nach ist das was ich dort vorschlage, von einer „Diktatur" wesentlich unterschieden, da man unter dieser die Machtvollkommenheit versteht, nöthigenfalls auch außerhalb der bestehenden Gesetze zu handeln, ich dagegen lediglich vorschlage, die Handhabung eines ordnungsmäßig zu Stande zu bringenden Gesetzes in die Hand des Reichskanzlers, statt in die Hand der „Landespolizeibehörden" zu legen.

Die Redaktion des „Vorwärts" wird hierdurch ersucht, nöthigenfalls auf Grund von Art. 11 des Reichspreßgesetzes veranlaßt, obige Berichtigung in Ihre nächste Nummer aufzunehmen.

Leipzig, 11. Septbr. 1878. Prof. Dr. Biedermann,
Red. d. „Deutsch. Allg. Ztg."

Die „Kölnische Zeitung" hatte Herrn Biedermann obigen Satz in den Mund gelegt, und da wir nicht immer die „Deutsche Allgemeine Zeitung" lesen, so hielten wir den Satz für ein wörtliches Citat. Ob aber auch Herr Biedermann unsere gegen ihn in derselben Nummer gerichtete „Pulver- und Blei-Notiz" dementiren wird?

— Dr. Rudolph Meyer veröffentlicht von Paris aus in der „Germania" ein längeres Schreiben, in welchem er das Sozialistengesetz auf das Schärfste verurtheilt. Er sagt u. A.: „Ich behaupte, daß Herr Tessendorf und seine Genossen seit 1873 in Deutschland mehr Sozialdemokraten gemacht haben, als Lassalle bis 1863. Und das Ausnahmegesetz wird deren nicht nur mehr machen, sondern auch erbittertere."

— In Sachen des Herrn von Puttkammer, dessen „Fall" unseren Lesern in frischem Gedächtniß ist, schreibt man uns: „Herr v. Puttkammer erhielt auf seine verschiedenen Beschwerden an den Reichstag über Rechtskränkung und Rechtsverweigerung, unter Rücksendung der eingesandten Schriftstück, vom Bureau des Reichstages stets den Bescheid, daß der Reichstag in seiner Plenarsitzung von dem und dem auf Grund des von der Petitionscommission abgegebenen Votums den Beschluß gefaßt, aus den und den Gründen seine Anträge abzulehnen. Es liegen uns mehrere derartige Bescheide vor. Der Petent, welcher niemals in den Reichstagsberichten etwas über die Verhandlung seiner Beschwerden gefunden, ließ sich die Tagesordnung desjenigen Sitzungstages kommen, an dem seine Beschwerden angeblich verhandelt und abgewiesen worden sein sollten. Auf keiner Tagesordnung war seine Petition zu finden. Herr v. Puttkammer stellte nun das Bureau des deutschen

Das Leben eines Arbeiters.

Ein 73jähriger Lohnarbeiter in Leipzig erzählt nach der „Fackel" in folgender Weise seinen Lebenslauf:

„Im Jahre 1828 — so begann er — trat ich als Markthelfer mit einem Monatslohn von 8 Thalern in das Geschäft von Samuel Pflugradt in Leipzig. Nach einiger Zeit wurde mir zugelegt, so daß ich mich bald auf 18 Thaler monatlich stand; außerdem erhielt ich noch ein Weihnachtsgeschenk. Im April des Jahres 1868, nachdem ich 70 Jahre alt und 40 Jahre lang ununterbrochen in dem Geschäft thätig gewesen war, bat ich meinen Prinzipal, mir doch einen Laufburschen mit zur Seite zu geben, indem ich mich wohl zur Arbeit noch kräftig genug fühle, hingegen mir das Gehen oft recht schwer werde; und ich fügte hinzu, daß ich während der ganzen langen Dienstzeit kaum eine Minute gefehlt, sondern immer zur Stelle gewesen und sämmtliche Arbeit allein bewältigt habe. — Ich wurde keiner Antwort gewürdigt, viel weniger, daß ich einen Laufburschen bekam. Ich mußte also trotz meinen 70 Jahren die Arbeit, die inzwischen bedeutend umfangreicher geworden war, als bei meinem Antritt, allein verrichten. Im September desselben Jahres wurde ich krank, so daß nun ein Bursche angenommen werden mußte. Derselbe erhielt 6 Thaler monatlich. Nachdem ich die Krankheit glücklich überstanden, war ich froh, daß ich, da ich die liegen gebliebene Arbeit nacharbeiten mußte, dabei wenigstens eine kleine Hilfe hatte. Meine Freude sollte nicht lange währen. Zum Weihnachtsfest, als sämmtliches Personal versammelt war, um das übliche Weihnachtsgeschenk in Empfang zu nehmen, sagte mein Herr Prinzipal zu mir: „Mit Ihnen, Krawer, habe ich noch besonders zu sprechen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie wieder im Stande sind, ohne Laufburschen auszukommen, wenn nicht, so müssen Sie denselben von Ihrem Lohn bezahlen." Das hatte ich nicht erwartet; ich machte Gegenvorstellungen, da wurde mir die Antwort: „Ach was, mir kann nicht zugemuthet werden, daß ich den Burschen wegen Ihrem Alter bezahle." — Mit welchen Gefühlen ich das Geschäft verließ, kann ich Niemandem sagen, — doch ich glaubte immer noch nicht, daß dies Vorhaben zur That werden sollte. Aber ich irrte mich. Als ich zum Sylvester meinen Gehalt in Empfang nehmen wollte, wurden mir bereits für den Monat December 6 Thaler abgezogen. Was sollte ich thun? Wollte ich nicht verhungern, so mußte ich mich drein schicken und den kärglichen Lohn nehmen. Doch war die Lohnkürzung noch das Wenigste; man hatte beschlossen, den alten Kerl los zu werden. Täglich, ja stündlich, mußte ich Aeußerungen, wie: „alter Sünder", „alter Faullenzer" 2c., von meinem Prinzipal hören. Mein Innerstes empörte sich, aber ich mußte bleiben; ich hielt noch drei Jahre lang aus. Da, als man meiner Ehre gar zu nahe trat, war ich doch gezwungen, meiner Wege zu gehen, nachdem ich also 43 Jahr lang in dem Geschäfte thätig gewesen war."

Kein Wort haben wir dieser Erzählung hinzuzufügen.

— Ein patriotischer Musterpädagoge. Ein Parteigenosse, der einen Knaben in der Mittelschule zu Görlitz hat, wollte denselben die von den Lehrern der genannten Schule zum St. Sedanstag inscenirte Festfeier nicht besuchen lassen und theilte dies dem betreffenden Klassenlehrer mit. Das Resultat war folgender Schreibebrief:

„Ohne Angabe bestimmter und triftiger Gründe kann ich keinem Schüler erlauben, von der Schulfeier des 2. September zurückzubleiben, und da solche Gründe nach dem, was mir bereits bekannt geworden, nicht vorliegen, so kann ich nur anheimgeben, Ihren Sohn entweder den Schuleinrichtungen zu unterwerfen und am Montag zur Schulfeier zu schicken, oder den Knaben von der Anstalt abzumelden. Ist derselbe nicht am 2. k. M. pünktlich zur Stelle (Vormittags 9 Uhr), so erfolgt meinerseits noch am selben Tage der Ausschulungsantrag bei der hiesigen Schulendeputation.

Görlitz, 30. 8. 78. Groß, Rektor.

Ich erlaube mir noch zu bemerken, daß ich eine schriftliche Darlegung des mir bereits von Ihrem Sohne mitgetheilten Antrages nicht annehmen würde. Gr."

Wir bezweifeln nicht, daß Herr Groß ein großer Patriot ist vor dem Herrn. Aber von der Aufgabe der Schule hat er einen sehr unvollkommenen Begriff. Sonst müßte er wissen, daß die Schule eine Staats- und keine Parteianstalt ist, und daß, wenn die Schule sich dazu hergiebt, Parteifeste, wie das Sedansfest, zu feiern, sie aufhört, die Rechte auszuüben, welche sie als Staatsanstalt genießt; mit anderen Worten, daß von Schulzwang dann nicht die Rede sein kann und die Theilnahme dem privaten Ermessen der Eltern, je nach deren Parteistellung, anheimgegeben werden muß. Das haben die Schuldirektionen an den meisten Orten auch begriffen. Das Beste wäre freilich, die Schule hielte sich ganz frei von solchen patriotischen Manifestationen, die blos die Servilität pflegen, und den Parteihaß selbst in die kindlichen Gemüther hineinwerfen.

Zum Schluß möchten wir noch fragen, ob Herr Groß nicht preußischer Unteroffizier war und sich als solcher durch „Strammheit" auszeichnete. Wir erinnern uns, Derartiges gehört zu haben, und es würde uns interessiren, die kulturhistorisch interessante Thatsache zu constatiren.

— Wie man Reichstagsabgeordneter wird. Fürst Bismarck hatte bei der letzten allgemeinen Wahl bekanntlich Pech mit seinen Sprößlingen, die beide aufs Kläglichste durchfielen. Was aber damals nicht gelang, ist sintemal fertig gebracht worden. Im Langensalzaer Bezirk wurde eine Nachwahl nöthig: Bismarck's Jüngster präsentirte sich oder wurde präsentirt — gegen ihn Prof. Reuleaux von den Nationalliberalen aufgestellt. Der arme Wilhelm machte mit seiner „Jungfernrede" elend Fiasko, bekam aber trotzdem ziemlich viel Stimmen, — man weiß ja, wie's gemacht wird — und gelangte zur engeren Wahl mit Reuleaux, dessen Sieg, da die katholischen Stimmen ihm nicht entgehen konnten, sicher war. Aber der Wähler denkt und — Bismarck lenkt. Unmittelbar vor dem zur Stichwahl anberaumten Tag zieht Herr Prof. Reuleaux „aus zwingenden Gründen, die er nicht angeben", die aber jeder nicht ganz auf den Kopf Gefallene sich denken kann, seine Candidatur zurück, und

Reichstages zur Rede. Dieses ertheilte ihm folgende Antwort: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die geehrte Zuschrift vom 28. Juni d. J. ganz ergebenst mitzutheilen, daß die Petitionscommission des deutschen Reichstages nach dem in Abschrift beiliegenden Auszuge aus dem Protokolle vom 20. Mai d. J. die von Ew. Hochwohlgeboren eingereichte Petition zur Erörterung im Plenum nicht geeignet befunden hat. Da ein Verzeichniß derselben bei dem bald darauf am 24. desselben Monats erfolgten Schlusse des Reichstages nicht mehr gedruckt und auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte, ist dem bisherigen Gebrauche gemäß die Petition als vom Plenum des Hauses abgemacht angesehen worden und sind in dem Ew. Hochwohlgeboren ertheilten Bescheide aus Versehen die Worte: „in der Plenarsitzung vom heutigen Tage" stehen geblieben. Mit der vorzüglichsten Hochachtung Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenster Happel, Bureau-Direktor des deutschen Reichstags."

— Die Verhaftungen in Paris, deren wir in vorletzter Nummer erwähnt, haben nicht verfehlt, überall das größte Aufsehen zu machen. Aus den Mittheilungen, welche uns von verschiedenen Seiten zugegangen sind, entnehmen wir Folgendes:

Das Verfahren der Behörden war unzweifelhaft gesetzwidrig. Die Einberufer des Congresses hatten sich genau an das französische Gesetz gehalten und, da die öffentliche Zusammenkunft verboten war, eine gesetzlich erlaubte, Privatconferenz in einem zu diesem Zweck von dem Einlader gemietheten Lokale veranstaltet. In der nämlichen Weise werden seit Vernichtung des Vereinsrechts alle politischen Versammlungen in Frankreich abgehalten. Die Polizei beging einen Hausfriedensbruch, indem sie gewaltsam in das Congreßlokal eindrang. Von den Verhafteten hieß es Anfangs, sie seien wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet worden; allein diese Anklage mußte man fallen lassen und jetzt heißt es, das Verbrechen bestehe in „Theilnahme an einer verbotenen Verbindung". Auch dies ist windiges Gerede, denn von allen Verhafteten, so weit wir sie kennen, hat Keiner den Gedanken gehabt, die „Internationale" (welche man im Auge hat) neu zu begründen.

Was speziell Carl Hirsch betrifft, so wurde er erst den Morgen nach dem Polizeiattentat auf den Congreß verhaftet; er scheint das Opfer deutscher Denunziation geworden zu sein, und zwar einer Denunziation, die den berühmten civis germanus in gar sonderbarem Lichte erscheinen läßt. Da er notorisch (was aus Hunderten von Zeitungsblättern zu ersehen) mit sozialistischen deutschen Zeitungen im Verkehr ist und mit mehreren deutschen Sozialisten (wozu man ohne Brieffstieberei wissen konnte) in Correspondenz steht, so hoffte „man" (den oder die „man" zu errathen, überlassen wir den Scharfsinn der Leser) bei Hirsch einen guten Fischzug zu thun, der vielleicht für — das Sozialistengesetz im deutschen Reichstag verwerthet werden konnte. Nun, diese Hoffnung ist vereitelt worden; wir haben so wenig wie Hirsch politische „Geheimnisse", die Pariser Polizei und deren Inspiratoren haben sich also blamirt. Daß bei keinem der Verhafteten etwas Gravirendes gefunden worden ist, wird uns von bestunterrichteter Seite versichert.

Eigenthümlich ist, daß keiner der englischen Gewerkvereinsführer, die doch hauptsächlich den Congreß ausmachten, verhaftet worden ist. Es beweist dies zweierlei: 1) daß es sich bei dem gestörten Congreß um nichts weniger als utopistisch-umstürzlerische Pläne, sondern um höchst reale und praktische Strebungen handelte, und 2) daß der englische Bürger, obgleich es den Engländern an einem stehenden Heer und an Bismarck's, Moltke's u. s. w. fehlt, im Ausland denn doch einen ganz anderen Respekt genießt, als ein deutscher Reichsbürger.

Die französische Kammerlinke hat sich veranlaßt gefunden, dem Ministerium des Inneren Vorstellungen zu Gunsten der Verhafteten zu machen, natürlich nicht ohne obligate Verwahrung gegen den Verdacht sozialistischer Tendenzen und Sympathien — eine Verwahrung, die namentlich dem Exsozialist Louis Blanc, dem Verfasser der „Organisation der Arbeit", gut ansteht.

Die Verhaftung Hirsch's wird übrigens möglicherweise im deutschen Reichstag zur Sprache kommen.

— Aus London wird vom 11. September gemeldet: Nach hier eingegangenen Nachrichten hat heute in der Kohlengrube Abercarne bei Newport (Grafschaft Monmouth) eine Explosion stattgefunden. Zur Zeit derselben befanden sich etwa 370 Personen in der Grube, von denen bis jetzt etwa 80 gerettet worden sind; man fürchtet, daß die Uebrigen bei der Katastrophe um's Leben gekommen sind.

— Unser Parteigenosse, Reichstagsabgeordneter Wilhelm Hasselmann, ist definitiv freigesprochen worden, indem das Obertribunal zu Berlin die Cassation des öffentlichen Ministeriums gegen seine Freisprechung verworfen hat. Hasselmann ist alsdann auf telegraphische Ordre aus Berlin am 11. September Abend um 5 Uhr aus dem Gefängniß zu Elberfeld, in welchem er seit dem 15. Juni inhaftirt war, entlassen worden. — Genosse Milke, der frühere verantwortliche Redakteur der „Zukunft", ist wegen eines Artikels „Die Lage der belgischen Arbeiter", welcher gegen § 130 verstoßen soll, angeklagt worden. Milke befindet sich gegenwärtig zur „Verbüßung" einer früher erkannten Strafe in Plötzensee.

— Londoner Tombola. Die Gewinne, welche im Juni an Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12, geschickt, diesem jedoch confiszirt worden waren, sind jetzt wieder ausgeliefert worden. Da eine Versendung der (meistens geringfügigen) Gewinne für die Gewinner von Gefahr ist, so sollen alle Gewinne, wenn nicht ausdrücklich ein Anderes verlangt wird, verkauft und für die Gemaßregelten verwendet werden.

— Sozialistische Wahlstatistik. Im Verlage von H. Oldenburg in Hamburg ist eine Tabelle erschienen, welche einen genauen Ueberblick giebt über das Stimmenverhältniß der sozialdemokratischen Partei zu den übrigen Parteien, verglichen mit dem in den Jahren 1877 und 1874. Die Tabelle ist für Jeden, der sich über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung ein Bild machen will, unentbehrlich und möchten wir besonders unseren Genossen anempfehlen, sich diese Tabelle anzuschaffen, da sie ihnen in allen Fällen sichere Auskunft geben kann über die Zahl unserer Anhänger in den verschiedenen Kreisen. Der mäßige Preis von 15 Pf. erlaubt es Jedem, sich die Tabelle anzuschaffen.

— Wir zeigten schon im vorigen Frühjahr das Erscheinen einer serbischen sozialistischen Revue an. Die erste Nummer der „Straza" (die Wacht), so betitelt sich die Monatsschrift, ist nun erschienen und legt rühmliches Zeugniß ab von der wissenschaftlichen Strebsamkeit und dem idealen Schwung unserer serbischen Brüder. Wir wünschen dem neuen Unternehmen das beste Gedeihen und empfehlen es aufs Wärmste all unseren Genossen, welche der serbischen Sprache kundig sind. Der Inhalt des 1. (Septemberhefts) ist:

Literaturbriefe (I—V) von Tod. — Der Stoff (die Materie) von Gj. Mijatovic. — Briefe des † Svetozar Markovic (Die Schule und die Erziehung). — Geschichte eines Verbrechers von Victor Hugo. Uebersetzung. — Correspondenzen: Briefe über den Arbeiter-Sozialismus von P. Lawroff; Folgen des Krieges (überhaupt und des serbischen insbesondere) von R... Die galizischen Kleinrussen und ihre Literatur von E. J. Borisow. — Repuiescat (Freiligrath), übersetzt von J. B. — Revisor, Lustspiel von N. Gozol, übersetzt von Tod. — Die Wacht, von Gj. Jaksic (Gedicht). — Literarische Revue: a) Die serbisch-croatische Literatur; b) Fremde Literaturen. — Bibliographie.

Redakteur ist der Doktorand L. Pacu.

— Eine ehrliche Recension. Ueber Engel's neueste Schrift: „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft" fällt das „Literarische Centralblatt" in Leipzig, herausgegeben von Prof. Dr. Zarncke (Nr. 35) folgendes Urtheil:

Der durch sein größeres Werk „Ueber die Lage der arbeitenden Klassen in England" seit einer Reihe von Jahren wohlbekannte Verfasser, als Philosoph ursprünglich Hegelianer, später Empiriker, kritisirt in dem vorliegenden Buche die philosophischen, nationalökonomischen und sozialistischen Schriften Dühring's und hält über diesen als „einen der bezeichnendsten Typen dieser vorlauten Pseudo-Wissenschaft, die sich heutzutage in Deutschland überall in den Vordergrund drängt und Alles übertönt mit ihrem dröhnenden, höheren Blech" ein äußerst strenges, aber im Ganzen nicht eben unverdientes Gericht. Die von Dühring seit einiger Zeit angestrebte Allseitigkeit, vermittels deren er dem großen Publikum als Reformator aller Wissenschaften imponieren will, hat ihn vielfach zu leichtfertigem und unmotivirtem dabei in der Form oft maßlosem Absprechen geführt, während seine eigenen positiven Aufstellungen, wie ihm Engels nachweist, meist von erschreckender Oberflächlichkeit und Unkenntniß deutliches Zeugniß ablegen. Aber die Gerechtigkeit gebietet, dem gegenüber hervorzuheben, daß Dühring's erste von Engels nicht berücksichtigte Werke unbestreitbares wissenschaftliches Verdienst haben, wie sie auch in der Form durchaus anständig gehalten sind; und Sache der Billigkeit ist es, zu verstehen, auf welche Weise sich jene beklagenswerthe Wandelung vollziehen konnte, und diese dadurch wenigstens einigermaßen zu entschuldigen. Doch gilt dies natürlich nur zu Gunsten der Person Dühring's; rein sachlich betrachtet, ist die Engels'sche Kritik der späteren Werke desselben vollkommen berechtigt, ihr scharfer Ton dem heutigen größeren Publikum gegenüber nothwendig, da dieses nur durch einen solchen in eine etwas kritische Stimmung versetzt werden zu können scheint. Zur Unterstützung und Begründung seiner Polemik hat der Verfasser sehr schätzenswerthe Erörterungen namentlich über politische Oekonomie und Sozialismus gegeben. Er ist stets bestrebt, seine Theorien in Einklang mit den Thatsachen zu setzen, um so dem modernen Sozialismus die unentbehrliche wissenschaftliche Grundlage zu geben. Daher wird das vorliegende Werk auch denjenigen politischen und sozialen Gegnern des Verfassers sehr willkommen sein, welche wissenschaftliche Fragen mit Gründen und nicht mit bloßen Redensarten oder Machtsprüchen behandelt sehen wollen.

— „Die Zukunft", Sozialistische Revue. Das vor uns liegende 23. Heft enthält: Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug im Lichte des Sozialismus. (Forts.) — Das wirthschaftliche Selbstbestimmungsrecht. Von Dr. A. Lindwurm. — Replik. — Die Exploitation der Arbeit in Amerika. Von Dr Geo. L. Stiebeling. — Rezensionen.

— „Die Neue Gesellschaft", Monatsschrift für Sozialwissenschaft. Das vor uns liegende zwölfte Heft enthält: Die Omnipotenz des Staates von Dr. A. Dulk. — Ueber den Zukunftsstaat und die Frauenfrage von Maria Caritas. (Forts. und Schluß.) — Die Utopia des Thomas Morus von Professor E. Vögelin. II. (Schluß.) — Kritische Darstellung der sozialwissenschaftlichen Lehren Emil Acollas' von Dr. F. Wiede. II. — Rezensionen von Dr. M. Lehn. — Literarische Notizen. — Mittheilungen der Redaktion. — Mittheilungen der Administration.

— In Dresden steht in der Glasfabrik von Fr. Siemens ein Strike in Aussicht und ist deshalb aller Zuzug fernzuhalten. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Motive zum Sozialistengesetz.

(Fortsetzung.)

Die in Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften auf den Gebieten der Presse und des Vereinswesens, auf welchen sich die sozialdemokratische Agitation vorzugsweise bewegt, in Verbindung mit den Vorschriften des Strafgesetzbuches reichen, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht aus, um jener Agitation Halt zu gebieten. Die fortgesetzte Handhabung dieser Vorschriften gegenüber der Sozialdemokratie, die Schließung vieler Vereine, die Auflösung zahlreicher Versammlungen, strenge Bestrafung der massenhaften, durch Wort und Schrift verübten Vergehen haben nicht vermocht, die Ausbreitung der sozialdemokratischen Bewegung im Ganzen aufzuhalten. Dies beruht wesentlich auf dem vorwiegend repressiven Charakter der bezüglichen Gesetze, welche einzelne Rechtswidrigkeiten, nicht aber eine fortgesetzte staats- und gesellschaftsfeindliche Thätigkeit im Auge haben. Nach den verschiedenen, in den deutschen Bundesstaaten geltenden Vereinsgesetzen ist die Bildung politischer Vereine im Allgemeinen unbeschränkt; ihre Schließung setzt in der Regel voraus, daß bestimmte, in den Gesetzen vorgeschriebene Schranken überschritten worden sind. Nur in einzelnen Bundesstaaten sind die Verwaltungsbehörden gesetzlich ermächtigt, Vereine wegen ihrer staats- oder gesellschaftsgefährlichen Haltung und Tendenz zu schließen; auch hier wird die Wirkung der Schließung abgeschwächt durch die Leichtigkeit, mit welcher die Bildung eines neuen gleichartigen Vereins erfolgen kann. Versammlungen können in der Regel nicht zum Voraus verboten, sondern nur aufgelöst werden in gewissen eng formulirten Fällen; das Reichsgesetz über die Presse vollends kennt keinerlei Präventivmaßregeln. Bei diesem Charakter der in Betracht kommenden Gesetze würde der sozialdemokratischen Agitation gegenüber eine schärfere Handhabung derselben, wenn sie möglich wäre, eben so wenig von Wirkung sein, als einzelne Abänderungen derselben, so sehr solche sich auch sonst empfehlen möchten. Wollte man aber eine Revision derselben in der Richtung vornehmen, daß damit auch jener Agitation wirksam begegnet werden könnte, so würde man über das Bedürfniß hinaus das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung allgemeinen und dauernden Einschränkungen zu unterwerfen genöthigt sein. Auch auf dem Boden des Strafgesetzbuches erscheint die Lösung der Aufgabe nicht erreichbar. Dazu bedarf es außerordentlicher gesetzlicher Vollmachten, durch welche die für die innere Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Behörden in den Stand gesetzt werden, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, Staat und Gesellschaft vor inneren Gefahren zu schützen, der Sozialdemokratie gegenüber zu genügen; es bedarf eines Specialgesetzes, welches das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Presse und des Gewerbebetriebes, sowie die Freizügigkeit ausschließlich den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gegenüber wirksamen Beschränkungen unterwirft. Die Sozialdemokratie hat dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt und deren Zerstörung als ihr Endziel proklamirt; sie hat damit selbst den Boden des für Alle gleichen Rechtes verlassen und kann sich deshalb nicht beschweren, wenn ihr dasselbe nur in so weit zu Gute kommen soll, als es mit der Sicherheit und Ordnung des Staates vereinbar ist.

Ueberhaupt weisen außerordentliche und krankhafte Zustände, welche den Staat bedrohen, auf eine Abhilfe durch Spezialgesetze hin, welche sich ausschließlich auf die Abwendung der vorhandenen Gefahr richten und mit der Erreichung dieses Zieles ihre Wirksamkeit von selbst verlieren. Diesen Weg hat man unter ähnlichen Verhältnissen auch in Frankreich und in England dem Wege der Abänderung des gemeinen Rechtes vorgezogen. Was die französische Gesetzgebung betrifft, so darf insbesondere auf das Gesetz vom 14. März 1872 Bezug genommen werden, welches ausschließlich gegen die Bestrebungen der Internationale und gleichartige Bestrebungen gerichtet ist. In der englischen Gesetzgebung finden sich zahlreiche Vorgänge, wonach man bis in die neueste Zeit hinein, wenn die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft in Frage stand, kein Bedenken getragen hat, die Habeas-Corpus-Akte zeitweise außer Kraft zu setzen und die Executiv-Gewalt behufs Abwehr drohender Gefahr mit Vollmachten zu versehen, welche in mehrfacher Beziehung über diejenigen hinausgehen, die der vorliegende Entwurf in Vorschlag bringt.

Der Entwurf wendet sich ausschließlich gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Diese Bestrebungen sind im § 1, auf welchem in dieser Beziehung der ganze Entwurf aufgebaut ist, näher bezeichnet als „sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen". Diese Fassung lehnt sich in ihrer zweiten Hälfte an den Abänderungsantrag an, welchen die Abgeordneten Dr. Beseler und Dr. Gneist zu dem vorerwähnten Entwurfe eines Gesetzes gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie gestellt hatten (vergl. Nr. 280 der Drucksachen des Reichstages II. 1878) und beruht

---

sein Comité, statt diesen — Streich durch verdoppelte Thätigkeit für Reuleaux — der ja nach Wilhelm's Durchfall ablehnen konnte — zu pariren, warf sofort die Flinte ins Korn und forderte zur Wahlenthaltung auf. So wurde denn Bismarck's Jüngster gewählt. Man weiß nicht, wer hier in diesem Wettrennen politischer — Ehrlichkeit die Palme errungen hat: Derjenige, welcher auf Reuleaux gedrückt hat oder hat drücken lassen; Herr Reuleaux, der, mag der Druck noch so heftig gewesen sein, sich den Stempel erbärmlichster Gesinnungslosigkeit aufgedrückt hat, oder das nationalliberale Wahlcomité, welches sich zu diesem abscheulichen Spiel mit den Wählern und dem Wahlrecht gebrauchen ließ. Zum Glück hat alles Schlimme auch eine gute Seite, und für die Ehre, welche dem Reichstag geworden ist, Herrn Wilhelm Bismarck in seiner Mitte zu zählen, bietet der politische und moralische Selbstmord eines Individuums wie Reuleaux wenigstens einigen Ersatz.

— Der holländische König und sein Bruder, der Prinzbräutigam, sind, wie die Berliner „Tribüne", ein nationalliberales Blatt, schreibt, bei ihrer Anwesenheit in Berlin mit einer so ungeheuren Anzahl von Bettelbriefen überschwemmt worden, daß man sich schwer einen Begriff von der Arbeit macht, welche die Bewältigung dieser Briefe verursacht hat. Die „Tribüne" hebt hervor, daß adelige Namen unter den Unterschriften dieser Bettelbriefe prävalirten. Unter den Unterschriften figuriren alle erdenklichen Stände, vom Grafen und vom Baron, der um ein (natürlich ziemlich respektables) „Darlehn auf Ehrenwort" ersucht — bis „herunter zum Künstler" und bis zum Handwerktreibenden. — Man wird hierbei an die „Bettelbriefe deutscher Patrioten" an Louis Bonaparte erinnert und an Börne's Ausdruck von „dem Volke der Bedienten".

— Merkwürdige Bestrafung. In Berlin hat die Polizei der Inhaberin des „Kaiser-Wilhelm-Garten", eines Restaurants in der Belle-Alliancestraße, verboten, noch ferner das Schild (Kaiser-Wilhelm-Garten) auszuhängen, weil die Sozialdemokraten dort vielfach verkehren. Die Garten-Inhaberin wird eingedenk des alten Sprüchleins: „Nicht der Titel, sondern die Mittel" — nicht so überaus traurig gewesen sein.

Zur Eröffnung des Reichstages.

Im schwarzen Frack und weißer Weste
Hat Krantz den Hödel amputirt, —
Auch Du, o Reichstag, kommst in Gala
Zum Werk, das man im Schilde führt.

Das Beil, vom Bundesrath geschliffen
Wird Dir gar sauber vorgelegt,
Und das Schaffot ist aufgeschlagen,
Der Block steht fest und unbewegt.

Das Todesurtheil ist gesprochen,
Beschlossen längst im Kanzleramt;
Die Freiheit wird zum Tod geleitet,
Der Sozialismus wird verdammt.

Nicht Bösen gilt's und nicht Verbrechern,
Die Freiheit naht im Unschuldskleid,
Dem ganzen Volk, mit ihr verbündet,
Ist dieser Todesstreich geweiht.

Den Todesstreich, Du sollst ihn führen,
Zum Henker bist Du auserseh'n.
Und fällt der Streich, mußt Du, bedenk' es,
Einst der Geschichte Rede steh'n.

Noch ist es Zeit, vernimm' die Warnung,
Und meide das verweg'ne Spiel,
Sonst findest auf dem Schreckenspfade
Du selbst dereinst Dein schlimmes Ziel.

Die Freiheit aber, die Du tödtest,
Wird nicht beenden ihren Lauf.
Schon morgen, spottend ihrer Henker,
Steht sie aus Gräbern siegend auf.

---

im Uebrigen auf folgender Erwägung. Die Organisationen der Sozialdemokratie bezeichnen sich bald als sozialdemokratische, bald als sozialistische oder communistische, je nachdem das eine oder das andere Moment der oben charakterisirten Bestrebungen schärfer betont werden soll. Ebenso bezeichnen die Anhänger der Sozialdemokratie sich wechselnd als Sozialdemokraten, als Sozialisten oder als Communisten. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich, wie oben bereits erwähnt, neuerdings die Bezeichnung „Sozialistische Arbeiterpartei" beigelegt, während sie früher die gleichen Bestrebungen unter der Firma „sozialdemokratische Arbeiterpartei" verfolgte. Im Ausland wird die Bewegung vorzugsweise als „sozialistische" bezeichnet. Es erschien daher nothwendig, diese verschiedenen Benennungen neben einander zu stellen, um die Bestrebungen zu kennzeichnen, gegen welche der Entwurf gerichtet ist. Der Begriff der „bestehenden Staatsordnung" bedarf keiner Erläuterung. Unter der „bestehenden Gesellschaftsordnung" ist der Inbegriff der sittlichen Prinzipien und der Rechtsgrundsätze zu verstehen, auf welchen die heutige Gesellschaft beruht. Daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Untergrabung und im Endziele auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind, ist oben nachgewiesen, auch ist die Methode dieser Untergrabung geschildert worden. Hiernach dürften die revolutionären, gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, gegen welche der Gesetzentwurf gerichtet ist, im § 1 desselben mit genügender Deutlichkeit bezeichnet und dem Bedenken begegnet sein, daß durch den Entwurf auch andere, als die zu bekämpfenden Bestrebungen, getroffen werden könnten.

In Bezug auf die Mittel, um diesen Bestrebungen zu begegnen, verfolgt der gegenwärtige Gesetzentwurf im Allgemeinen dieselbe Richtung, wie die frühere Vorlage, greift jedoch in mehrfacher Beziehung über dieselbe hinaus. Der Entwurf ist nicht allein gegen die in Vereinen, Versammlungen und in der Presse (§§ 1, 5, 6) hervortretenden, sondern auch gegen die in sonstiger Weise geschäftsmäßig stattfindenden sozialdemokratischen Agitationen (§ 16), sowie gegen das Einsammeln von Beiträgen zu sozialdemokratischen Zwecken (§ 11) gerichtet. Während der frühere Entwurf das Verbot sozialdemokratischer Vereine, Versammlungen und Druckschriften nur für zulässig erklärte, legt der gegenwärtige den zuständigen Behörden die Pflicht auf, alle Vereine, Versammlungen und Druckschriften, welche den bezeichneten Bestrebungen dienen, zu verbieten, indem er ausspricht, daß dieselben „zu verbieten sind" (§ 1, 5, 6). Den sozialdemokratischen Agitatoren und anderen Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die bezeichneten Bestrebungen zu fördern, so wie solchen Personen, welche den auf Grund des Gesetzes erlassenen Verboten zuwidergehandelt haben und deshalb mit Strafe belegt worden sind, soll der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten untersagt, so wie die Befugniß zum Betriebe solcher Gewerbe, welche erfahrungsmäßig zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen gemißbraucht werden, entzogen werden können. Druckereien, welche geschäftsmäßig zur Förderung der bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, sollen geschlossen werden können (§ 16). Außerdem sollen für solche Bezirke oder Ortschaften, welche von der Sozialdemokratie bereits so weit unterwühlt worden sind, daß die öffentliche Sicherheit bedroht erscheint, gewisse allgemeine Beschränkungen des Versammlungsrechtes, des Betriebes der Preßgewerbe, der Freizügigkeit und des Rechtes zum Besitze oder zum Tragen von Waffen, so wie des Handels mit denselben durch die Centralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesrathes vorübergehend angeordnet werden dürfen (§ 20). Abgesehen von den eben erwähnten Fällen des § 20 soll der Erlaß der in dem Gesetze vorgesehenen Verbote und Anordnungen durch die Landespolizeibehörden und, wo es sich um ein unmittelbares Eingreifen handelt, durch die unteren Polizeibehörden erfolgen. Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Verbote und Anordnungen sind unter Strafe gestellt (§§ 12—15, 18), deren Festsetzung den zuständigen Gerichten anheimfällt. Daß das Verbot sozialdemokratischer Vereine und Druckschriften nicht, wie nach dem früheren Entwurfe, in die Hände des Bundesrathes, sondern in die der Landespolizeibehörden gelegt wird, empfiehlt sich, um eine schnellere und wirksamere Ausführung des Gesetzes zu sichern. Dabei ist dem Umstande, daß die Wirksamkeit sozialdemokratischer Vereine und die Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften sich häufig über das ganze Bundesgebiet erstreckt, durch die Bestimmung Rechnung getragen worden, daß die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote von Vereinen und Druckschriften für das ganze Bundesgebiet wirksam sein sollen (§ 2 Absatz 2, § 7 Absatz 2). Dagegen wird sich zum Schutze der Betheiligten gegen etwaige Mißgriffe der Behörden und im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung des Gesetzes eine dem ganzen Reichsgebiete gemeinsame Beschwerdeinstanz für diejenigen Fälle nicht entbehren lassen, in welchen die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote für das ganze Bundesgebiet wirksam sein sollen oder von besonders einschneidender Wirkung sind, während für die übrigen Fälle die Beschwerde an die geordneten Aufsichtsbehörden ausreichend erscheint. Der Entwurf glaubt, jene höchste Reichsinstanz in den Bundesrath als den verfassungsmäßigen Repräsentanten der Gesammtheit der deutschen Regierungen legen zu sollen und bringt für dieselbe in § 19 die Bildung eines aus sieben Mitgliedern bestehenden Bundesrathsausschusses in Vorschlag. Die in diesem Ausschuß thätigen Bundesrathsbevollmächtigten sollen an Instruktionen nicht gebunden sein, ihre Entscheidung vielmehr nach eigenem Ermessen treffen. Daß die Ausführung des Gesetzes, abgesehen von den Strafbestimmungen, in die Hand der Exekutivbehörden gelegt werden soll, rechtfertigt sich durch den Zweck des Gesetzes. Es handelt sich um die Abwendung einer gemeinen Gefahr, also recht eigentlich um eine Aufgabe der Polizei. Es handelt sich um die Abwendung einer gemeinen Gefahr, also recht eigentlich um eine Aufgabe der Polizei. Es handelt sich um eine gleichmäßige, energische und anhaltende Bekämpfung einer weitverzweigten revolutionären Organisation und Agitation. Die hierbei in Betracht kommenden Fragen sind weniger von juristischen als von politischen Gesichtspunkten aus zu beurtheilen, und eben deshalb wird auch die Beurtheilung und Entscheidung derselben nicht richterlichen, sondern politischen Organen zu übertragen sein. Auch eine gerichtliche Controle der von den Verwaltungsbehörden auf Grund des Gesetzes getroffenen Maßnahmen wird nicht in Frage kommen können, wenn der Zweck des Gesetzes erreicht werden soll. Eine solche Controle würde dem in Deutschland geltenden Verwaltungsrechte nicht entsprechen, lähmend auf die Verwaltung wirken und die wirksame Durchführung des Gesetzes gefährden. Das letzte Bedenken würde auch einer Controle durch Verwaltungsgerichte entgegen stehen, von welcher überdies schon deshalb abgesehen werden mußte, weil das Institut der Verwaltungsgerichtsbarkeit noch in der Entwicklung begriffen ist und Verwaltungsgerichte erst in einzelnen Theilen des Bundesgebietes eingeführt worden sind. Ein Gesetz, wie das vorliegende, verlangt aber eine gleichmäßige Durchführung und zu derselben einheitliche und gleichartige Organe. (Schluß folgt.)

Correspondenzen.

—p— **Berlin**, 9. September. Die gute „Tribüne", der bekanntlich Herr Dürholt als Redakteur seine Dienste widmet, hat entschiedenes Pech. Erzählt da eines schönen Tages der Berliner „Börsen-Courier" seinen Lesern die piquante Neuigkeit, es habe im Walde Klattau in Böhmen, in des Waldes tiefsten Gründen, unter hochromantischen Umständen, ein geheimer internationaler Sozialistencongreß stattgefunden. Darob Entsetzen aller guten Bürger, die nicht nur bei nachtschlafender Zeit, sondern auch am hellen Tage träumen. Unsere „Freie Presse" dementirte die Nachricht, doch der „Courier" ist nicht so leicht zu beirren, er hat ja die Sache aus der besten Quelle, und weiß sogar, daß auch die sozialistische Presse von Berlin, Leipzig, Breslau, Dresden und Hamburg auf dem Waldcongresse vertreten war, und weil der „Börsen-Courier" doch schließlich über die Sozialdemokratie besser unterrichtet sein muß, als wir selbst, so gab die „Freie Presse" klein bei und erzählt witziger Weise, daß Most und Finke, die schon beide seit Monaten in Plötzensee sitzen, auf dem Congreß die „Berliner Freie Presse" vertreten hätten. Unsere gute „Tribüne" nimmt die Sache aber für puren baren Ernst, und am nächsten Tage kann man es gedruckt lesen, Most und Finke waren im Walde Klattau.

Was sagt die Gefängnißdirektion von Plötzensee dazu? Am Ende besitzt der böse Most gar die Fähigkeit, durch's Schlüsselloch ein- und auszuschlüpfen — teuflich genug wäre er dazu.

Der zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete Knabenverein „Waldeck" hat eine Belobigung seitens des Herrn Hermes erfahren. Dieser Götterbote nannte, nach Angaben der liberalen Presse, 40 Mitglieder des Vereins öffentlich, als hervorragend bei den Wahlen thätig. Jedoch versichern Mitglieder des Vereins, sowie Kellner und Wirth, die das Vergnügen haben, den Verein bei sich tagen zu sehen, daß der Besuch höchstens 20—30 Mann in letzter Zeit stark war. Wie davon 40 allein hervorragend thätig sein können, dazu bedarf's der Mathematik, und dazu fand ich leider keine Muße, sonst hätte ich Zahl und Betheiligung in eine algebraische Formel gebracht.

Im Uebrigen geht meiner Freundin, der braven „Tribüne", so allgemach ein Lichtlein auf, daß es mit der Kloß'schen Wahl denn doch nicht so rosig aussehen dürfte, wie es die Fortschreiter gefärbt haben. Die „Tribüne" theilt ihren Lesern den Satz aus meinem letzten Briefe mit, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, daß auch dem Herrn Kloß die Reichstagsparadiespforte verschlossen werden würde, und knüpft daran eine Mittheilung der „Hoffmann'schen Correspondenz", die ausführt, daß wenn selbst Beeinflussungen zu Gunsten Klotzens nachzuweisen sind, die Kloß'sche Majorität von ca. 2000 Stimmen über absolut doch dadurch nicht alterirt würde. Es wird also nahezu ohne Weiteres zugegeben, daß Beeinflussungen stattgefunden haben können, doch irrt sich die gute „Tribüne" wieder einmal, wenn sie glaubt, daß dies der einzige Trumpf sei, den sie uns abstechen könne. Nein, gute Freundin, dies haben wir nur so nebenbei angeführt, der Haupttrumpf ist noch in unseren Händen, und wir werden vor der Zeit dessen Farbe nicht verrathen.

Die Nachwahlen in Berlin haben unter erheblich schwächerer Betheiligung stattgefunden, als am 30. Juli. Im zweiten Wahlkreise brachten wir nahezu die Stimmenzahl des 30. Juli auf Baumann zusammen, während Stadtgerichtsrath Hoffmann (vereinigt-liberal) nahezu 1100 Stimmen, Struckmann (nationalconservativ) gar 2000 Stimmen weniger erhielten, als am 30. Juli.

Die Christlich-Sozialen lassen absolut nichts von sich hören, das Geld ist alle und „kein Kreuzer, kein Schweizer", ohne fromme Spenden kein Christlich-Sozialer. Die Berliner Arbeiter sind denn doch schon zu aufgeklärt, um sich durch Stöcker den Kopf verkrilen zu lassen.

Als ein Zeichen der Zeit theile ich Ihnen ferner mit, daß über die Marcus- und Bartholomäus-Kirchengemeinde der „Dalles" (jüdisches Wort, das wie man sieht auch bei frommen Christen vorkommt) so weit hereingebrochen ist, daß sich die städtische Gasanstalt genöthigt sah, einer dieser beiden Gemeinden das Gas wegen Nichtzahlung abzuschneiden; und da ich Ihnen gerade nichts Erfreulicheres mittheilen kann, so schließe ich für heute, weil ich mir entschieden das Schauspiel oder auch das Lustspiel der Reichstagseröffnung beschauen will.

Briefkasten

der Redaktion: A. R. in B.: Die Redaktion kann nur dann die Correspondenzen und Wahlberichte, die ihr zugehen, noch nachträglich bringen, wenn sie Kürzungen (und manchmal recht einschneidende) macht. Dies auch zugleich den übrigen Einsendern zur Nachricht. Am besten allerdings wäre es, wenn sich die Einsender selbst einer größeren Kürze befleißigen wollten. — C. S. Hannover: Wir können Ihrem Wunsche nicht entsprechen, da wir nicht im Besitz der betreffenden Entscheidungen sind. — R. in Genf: Wir können den Steckbrief nicht aufnehmen. — Mehring betr.: Wie wir nachträglich erfahren, hat auch die „Zukunft" in ihrem 3. Heft dem Pasquill des vorgenannten Herrn eine längere Besprechung gewidmet. — G. A. Wertheim: Erhalten.

der Expedition: W. P. Wiesbaden: Senden Sie 12,75 M.

Quittung. Brnschwg Waldenburg Schr. 25,11. Krbs hier Ab. 7,45. Prbst München Ab. 50,00. Schz Großenhain Ab. 10,50. Mckusy Düsseldorf Ab. 6,50. Hrwz Halberstadt Ann. 5,10. Mühlhrn Plauen Ab. u. Schr. 8,90. Schrnr Lübeck Ab. 5,50. Br Sroitzsch Schr. 25,00. Altnbrd Osnabrück Ab. 11,50. Ptr Idmont Ab. 3,15. Metallarbeiter hier Ann. 0,70. Stgmnn Erfurt Ab. 15,00. Sbl Zürich Schr. 20,00. Ufrt Apolda Ab. 20,00. Butl Fenken Schr. 2,50. Schmdt Hermuskeil Schr. 1,90. Wndt Penzlin Schr. 8,00. Dlgr Ludwigshafen Schr. 13,80. Drsch Mannheim Schr. 25,00. Ngr Freiburg Schr. 6,00. Schndr Harzdorf Schr. 6,20. Prß Düsseldorf Schr. 2,25.

Hannover u. Linden. Den Parteigenossen u. Freunden empfehle ich mein reichhaltiges **Herbst- und Winterstoff-Lager** zur Anfertigung von Herrenkleidern. Für pünktliche und reelle Bedienung garantirt (8c)
1,50] **H. Rudolph**, Mittelstr. 11/II.

Ottensen. Sonntag, den 22. September, in Bürgermeister's Salon: [8,30
Großes
Vokal- u. Instrumental-Concert u. Ball
unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln.
Anfang Nachmittags 4 Uhr.
Karte für 1 Herrn nebst Dame im Voraus 40 Pf. an der Kasse 50 Pf.
Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.
Das Comité.

Ein Chemiker, der am eidgen. Polytechnikum in Zürich seine Studien vollendet, wünscht in einer Fabrik eine seinen Kenntnissen entsprechende Stellung unter bescheidenen Ansprüchen.
Offerten besorgt die Expedition des „Vorwärts".

Allgemeine Deutsche Associationsbuchdruckerei in Berlin (Eingetragene Genossenschaft).

Billance-Conto für 1877/78.

Vermögen.

1)	Casse-Bestand am 31. März 1878			692.26
2)	Farbe, Oel, Walzenmasse etc.			600.00
3)	Papier-Bestand			6993.98
4)	Broschüren			7529.96
5)	Ausstehende Forderungen			25264.85
6)	Maschinen-Conto		Mk. 25289,49	
	Abschreibung 1875/76 Mk. 1066.94			
	„ 1876/77 „ 2182.48			
	„ 1877/78 „ 2528.96			
		Mk. 5727.68		
				19561.81
7)	Typen-Conto		Mk. 15658.51	
	Abschreibung 1875/76 Mk. 526.36			
	„ 1876/77 „ 1146.53			
	„ 1877/78 „ 1566.00			
		Mk. 3238.89		
				12419.62
8)	Comtoir-Mobiliar-Conto		Mk. 2914.08	
	Abschreibung 1875/76 Mk. 88.85			
	„ 1876/77 „ 210.93			
	„ 1877/78 „ 292.15			
		„ 591.93		
				2322.15
9)	Setzerei-Mobiliar-Conto		Mk. 4850.31	
	Abschreibung 1875/76 Mk. 202.41			
	„ 1876/77 „ 417.94			
	„ 1877/78 „ 485.00			
		„ 1105.35		
				3744.96
10)	Bibliothek-Conto		Mk. 791.42	
	Abschreibung 1875/76 Mk. 85.86			
	„ 1876/77 „ 48.15			
	„ 1877/78 „ 107.41			
		„ 191.42		
				600.00
			Summa Mk.	77729.09

Schulden.

1)	Reservefond-Conto:		
	Bestand im vorigen Jahre	Mk. 3509,07	
	Hierzu gekommen lt. Beschluss der vorj. General-Versammlung	„ 248.64	
	Von 46 neuen Antheil-Scheinen pro 1877/78	„ 138.00	
			3895.71
2)	Persönliche Antheile:		
	Bestand im vorigen Jahre	Mk. 6073.25	
	Mitglieder-Einzahlung pro 1877/78	„ 1430.00	
			7503.25
3)	Dividenden-Conto. Noch nicht erhobene Dividende		192.15
4)	Wechsel-Conto. Unsere Wechsel-Verbindlichkeiten		3401.83
5)	Darlehns-Conto		27071.39
6)	Diverse Gläubiger		25028.98
		Mk.	72092.61
	Gewinn pro Geschäftsjahr 1877/78	„	5636.48
		Summa Mk.	77729.09

In diesem Jahre sind 23 Mitglieder ausgetreten und 45 neue Mitglieder aufgenommen, so dass die Mitgliederzahl am Jahresschluss 309 betrug.

Namens des Aufsichtsraths revidirt und richtig befunden
Hamburg, den 10. Juni 1878.
August Geib.

Berlin, im Mai 1878.
Der Vorstand:
I. Auer. Wilh. Bong. Heinr. Rackow.

Die Jahrgänge 1870 bis 1874 und 1878 des „Volksstaats" werden zu kaufen gesucht. (F. 295) [1,20
Offerten mit Preisangabe sind an **Rudolf Mosse, Chemnitz**, zu richten.

Herren- u. Frauen-Unterhosen,
mittelgroß und ganz groß, bester Qualität und dauerhaft genäht, empfehle 6 Pfünder (Gewicht per Dutzend u. leichte Sorte) per Paar 90 Pfg., 8 Pfünder (mittelschwer) à Mk. 1,10, 10 Pfünder (schwer) à Mk. 1,30, 12 Pfünder (ganz schwer) à Mk. 1,50 und 14 Pfünder (extra schwer) à Mk. 1,70. Bei Abnahme von mindestens ½ Dutzend erfolgt frankirte Zusendung. **Wiederverkäufer** erhalten Rabatt. Preisliste und Muster stehen für sämmtliche Sorten zu Diensten. (9a)
Bathasar Rösle jr., Strumpfwaarenfabrikant,
3,10] in **Giengen a. Br.** (Württemberg).

Die Neue Gesellschaft
Monatsschrift für Sozialwissenschaft
beginnt mit Oktober ihren 2. Jahrgang. Die ersten Hefte des 2. Jahrgangs werden voraussichtlich enthalten: Dr. **A. Schäffle**: Ueber die Reaktion in der wirthschaftlichen Gesetzgebung. Prof. Dr. **Ludwig Büchner**: Die Frau. Ihre natürliche Stellung und gesellschaftliche Bestimmung. (60—80 Druckseiten.) Dr. **Aug. Theod. Stamm**: Der Mensch als Schüler des Kosmos und des kosmischen Veredelungsgesetzes. **Adolph Samter**: Das Eigenthum und der Sozialismus. Prof. **S. Vögelin**: Das Volksleben im Spiegel der neuern bildenden Kunst (mehrere Druckbogen stark). **Reinhold Rüegg**: Worauf es in unsern Volksschulen hauptsächlich ankommt. | Dr. **Rud. Jonas Strobecker**: Die Sahara, ein Land friedlicher Eroberung. **H. W. Fabian**: Das Verhältniß des Individuums zum Staate. Dr. **Karl Schall**: Vom Gelde. Dr. **A. Mülberger**: Häckel und der Sozialismus. **Heinrich Dürer**: Das Recht und die Juristen. **Arthur Cornette**: Die Wissenschaft und die Gesellschaft. Aus dem Französischen übersetzt von **Karl Schneidt**. **J. Dietzgen**: Religion. Dr. **F. Wiede**: Kritische Darstellung der sozialwissenschaftlichen Theorien von Emil Acollas. III., u. v. A. [9,00
„Die Neue Gesellschaft" erscheint im Umfange 48—60 gr. 8° Seiten per Monatsheft. Abonnementspreis per Quartal Mk. 3,00; zu beziehen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen, in Leipzig auch bei Exped. d. „Vorwärts", sowie direct bei der Expedition der „Neuen Gesellschaft" in Zürich.
Zürich.
Verlag der „Neuen Gesellschaft".

Soeben ist erschienen und durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:
ABC des Wissens
für die Denkenden.
Von **Dr. Ad. Douai.**
Dritte unveränderte Auflage.
Preis 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Bolk, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. W. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Senge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 110. Mittwoch, 18. September. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Abonnements-Preis bei allen deutschen Postanstalten beträgt 1 Mark 60 Pf. pro Quartal für ganz Deutschland ohne Zustellgebühr.

Alle soliden Buchhandlungen des In- und Auslandes nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt von uns direkt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Helgoland und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal; bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" unter Nr. 4132, Seite 110.

Wir fordern unsere Parteigenossen und Freunde auf, für zahlreiche neue Abonnements Sorge zu tragen. Die Zeiten sind ernst und schwer, sie fordern zur treuesten und energischsten Pflichterfüllung gebieterisch auf.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

Nochmalige Auflösung des Reichstags.

Wir haben früher schon die Ansicht ausgesprochen, daß Fürst Bismarck den jetzigen Reichstag nochmals auflösen würde, und zwar nicht allein dann, wenn derselbe das Ausnahmegesetz verweigere, sondern erst recht dann, wenn er es annehme. An dem Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten ist Fürst Bismarck gegenwärtig weniger gelegen; seine Steuerreformen beschäftigen ihn bedeutend mehr und zu diesen Steuerreformen wird die Majorität dieses Reichstags seine Zustimmung unter keinen Umständen geben, da dieselben allzuscharf in die bestehenden liberalen wirthschaftlichen Verhältnisse einschneiden.

Gegenwärtig mehren sich auch schon die liberalen Stimmen, welche unserer Ansicht beitreten. Die drohende Gefahr fängt an, selbst die durch Selbstkasteiung stumpf gewordenen liberalen Sinne zu schärfen.

Eine Auflösung nach der Verwerfung des Sozialistengesetzes hat nämlich viel geringere Aussicht, eine conservative Majorität zu erzielen, da die vorhandenen Mittel schon durch den Gebrauch abgestumpft sind und die reaktionären Behörden kaum schärfer „arbeiten" können, um Bismarckische Wahlen herbeizuführen, wie sie es schon gethan haben, als eine Auflösung nach Annahme des Gesetzes, wodurch dann die Regierung neue Waffen auch gegen den Liberalismus in die Hände bekommt.

Nehmen wir also an, die Ausnahmegesetzvorlage ist in seinen wesentlichsten Punkten durch Beihilfe der Liberalen angenommen worden. Der jetzige Reichstag tritt zu seiner ersten ordentlichen Session im Februar 1879 zusammen. Fürst Bismarck legt demselben ein Tabakmonopolgesetz, ein Reichseisenbahngesetz ꝛc. ꝛc. vor. Die Liberalen gerathen in sittliche, das heißt: Geldbeutel-Entrüstung, das Privat-Eigenthum ist in Gefahr, sie drohen Bismarck mit dem Ausnahmegesetz, Bismarck lächelt spöttisch: „das Ausnahmegesetz wird schon seine Wirkung thun!" — Der Reichstag verwirft das Tabaksmonopol, das Reichseisenbahngesetz ꝛc. ꝛc.; Bismarck's Antwort lautet: Auflösung.

Jetzt tritt das Ausnahmegesetz in Wirkung. Ueberall da, wo der Sozialismus größeren Anhang hat, ist bekanntlich die übrige Bevölkerung liberal gesinnt. Es wird — natürlich nur gegen die Gefahren, welche der Sozialismus beut — der Belagerungszustand in Berlin, in Hamburg und Holstein, im Königreich Sachsen, in Hessen-Darmstadt, in der Pfalz und in Baden proklamirt und die parlamentsbedürftigen Liberalen werden mit den Sozialisten „an die Wand gedrückt". Der Sozialdemokratie schadet ein gewaltsames Fernhalten vom Reichstage nichts — die Aufklärung des Volkes, diese „Untergrabungsarbeit" geht dabei ebenso rüstig fort, aber die vereinigten Liberalen haben dann wiederum 50—60 Sitze an die Conservativen verloren — und Bismarck, der seinen Frieden mit Rom gemacht haben wird, erhält für seine Steuerreformvorschläge außer seinen 180 conservativen Mamelucken nach 30—40 Centrumsmänner, die lediglich bis jetzt Roms halber in der Opposition stehen, andernfalls aber reaktionär bis zum Exceß sein würden. Allerdings werden 60 bis 70 Centrumssitze dauernd der Opposition verbleiben, weil das katholische Volk in den meisten clericalen Kreisen ein gewichtiges Wort mitspricht und weil auch eine Anzahl Abgeordneter des Centrums wenigstens mit einem Tröpflein demokratischen Oels gesalbt sind. — — —

Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, welches in ihrem innersten Wesen durch dasselbe niemals getroffen werden kann, hat dann seinen eigentlichen Zweck erreicht:

Feststellung eines dauernden Militäretats, Erhöhung der indirekten, das Volk bedrückenden Steuern, Tabaksmonopol, Reichseisenbahnen und dadurch Verlust des Einnahme- und Ausgabebewilligungsrecht des Reichstags. Dies ist der drohende Hintergrund des „lediglich" gegen den Sozialismus gerichteten Gesetzes.

Ein solcher Verlauf der inneren Angelegenheiten Preußen-Deutschlands bietet aber auch die einzige Möglichkeit, das System Bismarck noch einige Jahre lang aufrecht zu erhalten — dies weiß der Reichskanzler selbst, der deshalb auch nicht vor einem Bußgange nach Canossa und einer zweiten Reichstagsauflösung zurückschreckt.

In der „Knospen- und Blüthezeit" der Bismarckischen Aera scheute man auch nicht zurück vor energischen Mitteln; als Bismarck im Sattel „Germanias" festzusitzen glaubte, behandelte man die äußeren und die inneren Fragen dilatorisch, von Fall zu Fall; jetzt wo „Germania" manchmal ungemüthlich und wild wird und den schweren, lästigen Reiter abzuwerfen droht, greift derselbe wieder zu Peitsche und Sporn, um den Ritt zu vollenden.

Ob „Germania" sich weiter bändigen lassen wird? Ob das gezüchtigte Roß dem Reiter noch gar aus der Hand fressen wird?

Ob der erste Peitschenhieb schon genügt? Ob erst die Sporen die Lenden blutig reißen müssen?

Auf alle diese Fragen können lediglich die Herren Bennigsen und Lasker die genügende Antwort geben. Möge die Antwort ausfallen, wie sie wolle, für uns ist dieselbe verhältnißmäßig gleichgültig. — — —

Wohl aber sei wiederholt erwähnt, daß eine nochmalige Reichstagsauflösung nach Ablehnung des Sozialistengesetzes fraglich, weil aussichtslos, nach Annahme desselben aber sicher bevorsteht.

Zu den Motiven des Ausnahmegesetzes gegen den Sozialismus.

In unserer heutigen Nummer bringen wir den Schluß der Motive, die der deutsche Bundesrath seinem famosen Erdrosselungsgesetze beigefügt hat. Ueber diese Motive wollen wir uns um so weniger des Weiteren auslassen, weil wir bei Besprechung des Gesetzes selbst die damals allerdings noch nicht bekannten Motive genügend mit gewürdigt haben, und weil zu der Zeit, in welcher dieses Blatt an die Leser gelangt, der Reichstag selbst schon wenigstens ein vorläufiges Urtheil gefällt haben wird.

Einige Punkte aber möchten wir besonders hervorheben.

Die Motive enthalten folgenden Satz in Bezug auf die geplante Unterdrückung von Zeitungen:

„Es wird sich zunächst um solche Zeitungen und Zeitschriften handeln, welche sich selbst als Organe der Sozialdemokratie bezeichnen, wie der in Leipzig erscheinende „Vorwärts", sowie um diejenigen, welche in diesen Organen als sozialistische Parteiblätter anerkannt und empfohlen sind."

Also zunächst soll dem „Vorwärts" und den bekannten sozialistischen Blättern der Hals umgedreht werden, nachher aber kommen die „Volkszeitung", die „Frankfurter Zeitung", die „Vossische Zeitung", die „Magdeburgische Zeitung" ꝛc. ꝛc. an die Reihe; ob man z. B. den „Hamburgischen Correspondent", der allerdings in bedingter Weise für das Ausnahmegesetz plaidirt, aber sonst allerlei sozial-politische Schrullen besitzt, am Leben lassen wird, das wissen allein die Götter und vielleicht Herr von Bismarck. Wenn man aber nach einer Reichstagsauflösung solche allgemeine Halsumdreherei der liberalen Zeitungen verüben würde, so wäre das gar kein schlechtes Mittel, um eine bismarckische „Reformpartei" zu bekommen.

Dann heißt es in den Motiven, daß die Ausnahmegesetze allein die sozialistische Bewegung nicht zu bannen vermöchten, die Mithilfe der bürgerlichen Elemente, die Diskussion der sozialen Frage ꝛc. ꝛc. seien nebenbei auch erforderlich. Ganz treffend sagt dazu ein liberales Blatt: „Mit wem soll man denn diskutiren, wenn den sozialistischen Gegnern der Mund verstopft worden ist, wenn in den Versammlungen und in der Presse der Sozialismus zu verbotenen Thema's gehört?"

Vollständig aber lassen die Motive auch jegliche Anregung vermissen, um die eigentlichen Ursachen der jetzt so hochgehenden sozialen Bewegung in Deutschland zu ergründen resp. zu heben. Von dem Gründerthum, von der Ueberproduktion, ferner von Vorschlägen zur Linderung der materiellen Noth des arbeitenden Volkes — kein sterbendes Wort! Polizei, Polizei, Unterdrückung, Verbot, Gefängniß, Ausweisung, Zerstörung des Privateigenthums (von Seiten der Polizei), das sind die einzigen Linderungsmittel, welche die deutsche Regierung dem deutschen Volke darbietet!

Dr. R. Meyer schreibt darüber aus Paris in einem Briefe an die „Germania" recht treffend und führt aus, daß alle vernünftigen Sozialpolitiker, auch die monarchisch gesinnten, nicht für Zwangs- und Polizeimaßregeln, sondern lediglich für reformatorische Hilfsmaßregeln zur Hebung der gedrückten Lage des Arbeiterstandes sich erklären könnten. Er bezieht sich bei seinen Ausführungen auf den Geheimen-Rath Wagner, auf den Professor Ludwig von Stein in Wien und auf den französischen Gelehrten Le Play zu Paris.

Selbst die „Vossische Zeitung", die bis jetzt blinde Anhängerin des laisser faire, laisser aller war, verändert Angesichts der drohenden Ausnahmegesetze ihre Haltung und klagt die preußisch-deutsche Regierung an, „daß sie in der ganzen langen Zeit, seitdem die sozialdemokratische Krankheit an uns frißt und zehrt, noch nichts, auch noch nicht das Allergeringste, zur organischen Heilung gethan oder auch nur geplant hat".

Ein anderes liberales Blatt hebt einen weiteren Punkt hervor und schreibt:

„Bekanntlich ist von sehr vielen Seiten betont worden, daß die aus dem Lichte der Oeffentlichkeit verdrängte sozialdemokratische Agitation um so nachhaltiger und gefährlicher im Geheimen würde fortgeführt werden. Ueber dieses schwerste Bedenken setzen sich die Herren Verfasser der Motive leichtherzig mit den Worten hinweg: „Es läßt sich mit Grund bezweifeln, daß letzteres in erheblich stärkerem Maße geschehen werde, als es schon gegenwärtig der Fall ist." — Mit solchem Zweifel ihre Besorgnisse erschüttern zu wollen, ist mindestens naiv.

Die „Frankfurter Zeitung" urtheilt über die Motive in folgender Weise:

„Zu begründen vermögen die Motive das Gesetz weder im Allgemeinen, noch im Besonderen, dagegen erklären sie dasselbe mit einer Naivetät, die geradezu staunenerregend ist. Wir hören da das Geständniß, die Repression auf dem Gebiete der Presse und des Vereinswesens, wie sie theilweise wenigstens durch die moderne Gesetzgebung begründet ist, reiche nicht aus gegen die sozialistische Propaganda, vielmehr bedürfe er zur Einschränkung derselben des Präventivsystems. Also eine Bankerotterklärung des modernen Staates, der sich etwas zugute darauf gethan hat, mit jenem System allmählich und für immer gebrochen zu haben. Dann erfahren wir — und stimmen dem vollständig bei — daß es nicht thunlich ist, die Handhabung des vorgelegten Ausnahmegesetzes in die Hand der Gerichte zu legen, daß es sich dabei „recht eigentlich" um eine Aufgabe der Polizei handelt. „Die in Betracht kommenden Fragen" — so heißt es wörtlich — „sind weniger von juristischen als von politischen Gesichtspunkten aus zu beurtheilen, und eben deshalb wird auch die Beurtheilung und Entscheidung derselben nicht richterlichen, sondern politischen Organen zu übertragen sein." Wir empfehlen diesen Satz den Liberalen zum Nachdenken; er giebt ihnen über den Rechtsschutz, den nach ihrer Ansicht der Entwurf gewähren soll, die denkbar beste Aufklärung. Und dabei exemplifiziren die Motive auf das französische Gesetz gegen die Theilnahme an der „Internationalen", das jeden einzelnen Fall vor den — ordentlichen Richter verweist!"

Der „Frankfurter Beobachter" aber wendet sich gegen die Behauptung, daß die sozialistischen Lehren oder gar die sozialistische Agitation zwei Kaisermörder hervorgebracht habe, mit großer Schärfe:

„Wäre diese Behauptung richtig, so könnte man ohne Weiteres den Glauben an die Zukunft des deutschen Reiches aufgeben; denn ein Staat, in welchem die Anhänger von zum Meuchelmorde führenden Lehren bereits eine hübsche Anzahl von Vertretern im Parlamente haben, ist so gut wie verloren und kann nicht durch keine Mittel, wie das vorliegende Ausnahmegesetz es ist, gerettet werden. Glücklicherweise ist es nicht so. In der gesammten Arbeiterbevölkerung Deutschlands, die ja bereits zum allergrößten Theil sozialdemokratischen Anschauungen huldigt, herrscht im Durchschnitt nicht mehr und nicht weniger Schlechtigkeit, nicht mehr und nicht weniger Hang zum Bösen, als sie auch in den höheren Klassen zu finden sind, wie denn die Geschichte aller Länder und Völker unumstößlich bewiesen hat, daß, wenn eine Epoche ganz besonders verderbt, die unteren Klassen niemals der größere Theil der Schuld hiervon trifft. Die Sozialdemokraten von heute sind, kurz gesagt, ebensowenig die Mitschuldigen der Mörder Hödel und Nobiling, wie im Jahre 1866 die Behauptung gegen die Frankfurter Richter und die Frankfurter Bevölkerung begründet war, daß sie die Spießgesellen der Mörder Auerswald's und Lichnowski's gewesen seien, oder wie jemals die amtliche Behauptung hat erwiesen werden können, daß Frankfurt „im Kriege gegen Preußen" befindlich gewesen sei und deshalb mit Brandschatzungen unerhörter Art, sowie schließlich mit „Eroberung" bestraft werden mußte. Genau dieselbe Anklage, wie sie heute vor dem Reichstag zu Berlin gegen die Sozialdemokraten erhoben wird, hat 1821 bei Gelegenheit der Ermordung des Herzogs von Berry die ultraroyalistische Partei gegen den Minister Decazes erhoben und die Geschichte hat darüber dasselbe Urtheil gefällt, das sie den jetzigen Behauptungen von der Urheberschaft der beiden Attentate zu Berlin zu Theil werden lassen wird."

Wir haben bei Glossirung der Thronrede schon erklärt, daß die Behauptung der deutschen Reichsregierung, wir seien Kaisermörder, gar nichts bedeute, so lange sie die Beweise für ihre grundlose Behauptung schuldig bliebe.

Im Uebrigen sehen unsere Leser, daß von allen anständigen Leuten, ebenso wie das Gesetz auch die äußerst schwächlichen Motive verurtheilt werden.

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, 13. September.

Die Katastrophe des „Großen Kurfürsten" vor dem Reichstag. Gleich nach Zusammentritt des Reichstags brachte der nationalliberale Abgeordnete für Bremen, Herr Mosle, eine zahlreich aus verschiedenen Fraktionen unterstützte Interpellation ein, also lautend:

„Obgleich seit dem Zusammenstoße der Panzerschiffe „König Wilhelm" und „Großer Kurfürst", welcher am 31. Mai d. J. bei Folkestone stattgefunden hat, bereits mehr als drei Monate verflossen sind, ist über die Ursache dieses beklagenswerthen Unfalls, außer dem ersten Bericht des Geschwaderchefs vom Tage des Unfalls selbst, keine amtliche Kundgebung erfolgt.

Da es aber von höchstem Interesse ist, Aufklärung hierüber zu erhalten, gestattet sich der Unterzeichnete an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten:

1. Sind die Ursachen dieses Unfalls bereits ermittelt, und eventuell welches sind dieselben?

2. Sind bereits Maßnahmen ergriffen, um der Wiederholung solcher Unfälle nach Möglichkeit vorzubeugen, und eventuell welches sind dieselben?"

Heute nun stand die Interpellation auf der Tagesordnung. Nach Erledigung der nöthigen Formalien, und nachdem der Chef der Admiralität, von Stosch, sich zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt hatte, ergriff der Interpellant das Wort. Herr Mosle entledigte sich seiner Aufgabe so ungeschickt als möglich. Zu sagen: die Opfer der Katastrophe seien „todesmuthig" versunken, und die Gefahren der See durch die Redensart: „das Wasser hat keine Balken" zu illustriren, ist mindestens geschmacklos; und angesichts der furchtbaren Folgen blos von „großen Versehen" bei Leitung des Panzergeschwaders und des „Großen Kurfürst" im Besondern zu reden, ist mindestens schwach und ängstlich. Neue Momente erwähnte Herr Mosle nicht; im Gegentheil er verschwieg oder vergaß Manches, was nothwendig hätte erwähnt werden müssen, z. B. die geringe Distanz, in welcher die Schiffe des Panzergeschwaders hinter- und nebeneinander segelten.

Der Chef der Admiralität, Herr von Stosch, antwortete sehr erregt und sehr unlogisch. „Er ist sehr dankbar für die ihm gebotene Gelegenheit, Alles aufzuklären" — klärt aber nichts auf, und zeigt seine Dankbarkeit durch eine höchst gereizte Diatribe über die „Angriffe", welche gegen ihn gerichtet worden seien, von denen jedoch Niemand etwas bemerkt hat. Er fühlt seine ungünstige Position, indem er nur eine „gewisse Rechtfertigung" versucht. Die technischen Fragen hätten die Admiralität lange beschäftigt, indeß sei doch eine Anklageschrift fertig geworden, die jetzt vor dem Kaiser liege. Dieselbe könne er nicht mittheilen, — das sei schon durch das Preßgesetz verboten (!), und er dürfe das Urtheil des Gerichtshofs nicht beeinflussen. Und nun begann ein heftiger Ausfall gegen die Presse, die ihn persönlich für das Unglück verantwortlich gemacht (was unseres Wissens auf Selbsttäuschung des Hrn. v. Stosch beruht) und „sich des Unglücks mit einer Leidenschaft bemächtigt habe", die Herrn von Stosch sehr räthselhaft und unangenehm, nach gewöhnlichen Begriffen aber sehr natürlich und berechtigt war. Ganz sonderbar klang die Klage, daß, nachdem die Marine früher die allgemeinste Anerkennung gehabt, jetzt „mit Einemmal die Sache umgekippt" sei. Er erging sich hierauf in Klagen über alles Mögliche und Unmögliche. Die deutsche Marine sei in besonders ungünstiger Lage, sie solle leisten, was sie nur bei äußerster Anspannung zu leisten im Stande sei; man könne keine guten Marineoffiziere bekommen, viele der sich zum Dienst Meldenden seien „Vagabunden" (Spitzbuben in Waffen?); an Geld habe es der Reichstag zwar nicht fehlen lassen, aber es sei zu viel verlangt worden und in zu wenig Zeit. Kurz eine Jeremiade, wie sie kläglicher nicht gedacht werden kann; der Eindruck auf den Reichstag war deprimirend im höchsten Grad — es klang fast wie der Grabgesang der deutschen Marine. Auf den Kern der Sache ging Herr von Stosch nicht ein: mit Ausnahme der dunkeln Beschuldigung: „wenn die Offiziere den Kopf verlieren, kann man es der Mannschaft nicht übel nehmen, wenn sie ihn auch verliert", und mit Ausnahme der Thatsache, daß das Leck des „Großen Kurfürst" ursprünglich nicht so groß war, als das des „König Wilhelm", erfuhren wir absolut nichts Neues. Auf die Havariecommission, welche eine Untersuchung über die Katastrophe geführt, war der Chef der Admiralität nicht gut zu sprechen; er fand den Bericht der Commission „zu subjektiv".

Auf Antrag Hänel's beschloß das Haus in eine Debatte einzutreten, und nahm Hänel selbst sogleich das Wort. Er sprach süß und fließend wie immer, behaglich am Tonfall seiner gerundeten Perioden sich labend. Ein loyaler Hinweis auf die tieferschütternden Ereignisse, welche die Aufmerksamkeit des deutschen Volks von dem Untergang des „Großen Kurfürst" abgelenkt, leitete den Redeerguß würdig ein. Obligate Schmeicheleien, mit denen die Marine, der „Liebling" und „Nestling" des deutschen Volks überschüttet wurde, träufelten zu einem Syrupbrei zusammen, in welchen dann, ohne Gefahr, den Verdacht reichsfeindlicher Gesinnung zu erwecken, einige bittere Wahrheiten eingebrockt werden konnten. Statt die Presse anzuklagen, habe der Chef der Admiralität im Gegentheil alle Ursache, mit ihr zufrieden zu sein; die „Ueberstürzung" in der Marine verrathe ein falsches System; das Gerücht sage, Herr von Stosch sei ein Freund sehr naher Distanzen beim Segeln der Geschwader; das Volk habe ein Recht auf vollste Mittheilung der Details; jedenfalls sei es gut, wenn die „subjektiven Urtheile" der Havariecommissen veröffentlicht würden u. s. w. Den Schluß bildete die direkte Anfrage, ob der Chef der Admiralität alles Material dem Reichstag vorlegen wolle. Herr von Stosch, der neben der Rednerbühne stehend den Ausführungen Hänel's zugehört und namentlich gegen Ende durch Geberden und Mienen die heftigste Aufregung zu erkennen gegeben hatte, replicirte: er sei nicht verpflichtet, die gewünschte Auskunft zu ertheilen; die Marine könne nicht von der öffentlichen Meinung abhängig sein, das sicherste Mittel, gar nichts zu thun, sei: sich durch Majoritäten bestimmen zu lassen (ein Ausfall, der lebhaftes Murren hervorrief); die Distanzen, in denen die Schiffe zu segeln hätten, seien genau vorgeschrieben; was ihn persönlich angehe, so sei er allerdings der Ansicht, daß die deutsche Marine die ungünstige Lage, in der sie sich anderen Marinen gegenüber befinde, nur dadurch einigermaßen ausgleichen könne, daß die Schiffe „mit außerordentlicher Leichtigkeit handtiert" würden, und von diesem Standpunkte aus sei er auch für möglichst „enges Zusammenfahren". Ob an dem verhängnißvollen Tage reglementsmäßig gefahren wurde, das sagte Herr von Stosch nicht. Er schloß mit der Erklärung, daß er nicht im Stande sei, die Veröffentlichung des Materials zu versprechen, er werde aber sein Möglichstes thun, die Veröffentlichung zu erwirken.

Es folgten noch einige bedeutungslose Bemerkungen des Abgeordneten Meier aus Bremen nebst einer kurzen Erwiderung von Stosch's, und die Sache war vorläufig ad acta gelegt.

Wir glauben, unseren Flottenschwärmern ist durch die Stosch'schen Enthüllungen und Wehklagen ein eiskaltes Sturzbad bereitet worden. Jedenfalls hat der deutsche Reichstag niemals eine ähnliche Enttäuschung erlebt.

Die Opfer des Großen Kurfürst schlafen einstweilen noch ungesühnt in englischer Erde oder im Schooße des Meeres, und sollte dem deutschen Volke der Knebel des Ausnahmegesetzes in den Mund gesteckt werden, dann brauchen Diejenigen, welche die Katastrophe verschuldet, weder Strafe noch Tadel zu fürchten und können in aller Gemüthsruhe auf dem bisherigen Wege weiter wandeln. Glückliches Deutschland!

Nachschrift. Die auffallende Erregtheit, welche der Chef der Admiralität in der heutigen Sitzung zu erkennen gab, wird auf seine bekanntlich nicht sehr harmonischen Beziehungen zu dem Fürst Reichskanzler zurückgeführt. Man munkelt, die Katastrophe des „Großen Kurfürst" werde von oben gegen Herrn von Stosch benutzt, um ihn den Weg Arnim's, Delbrück's und so vieler anderer unbequem Gewordener wandeln zu lassen. Die sonst unverständlichen Klagen des Marinechefs über Angriffe, die sich gegen seine Person richteten, würden auf diese Weise erklärt, — sie hätten sich nur zum Schein an eine falsche Adresse gewandt. —

— Stimmen der Presse über das Bismarckische Ausnahmegesetz. Die „Berliner Autographirte Correspondenz", das Organ Lasker's, läßt sich, nachdem es das von Preußen vorgeschlagene „Reichsgericht für Presse und Vereinswesen" als eine bessere Appellinstanz, als einen Ausschuß des Bundesraths hingestellt hat, folgendermaßen aus:

„Rechtsverfahren oder politische Aktion? Mag der preußische Entwurf auch in politischem Sinne mit einem kleinen Vorzuge ausgestattet gewesen sein, so daß im Vergleiche zu ihm die schärfere Gegnerschaft gegen die Vorlage des Bundesraths sich wandte, man darf den ersten Eindruck, unter welchem der preußische Entwurf sich eines verhältnißmäßig günstigeren Urtheils zu erfreuen hatte, doch bei dem Eintritt in eine ernsthaftere Diskussion nicht länger nachwirken lassen. Es ist vielmehr zur Zeit besser, klar das Richtige hervorzuheben und nicht länger in Vergleichen zu sprechen. Auch die Grundlage, welche Preußen in seinem Entwurfe angeboten hat, verfehlt den hauptsächlichen Zweck, welcher ihr allein die innere Begründung geben kann. Nicht allein, daß kein richterliches Verfahren angeordnet war — es hätte sich das, sobald darauf der Werth gelegt wurde, leicht ergänzen lassen — der schwerste Uebelstand trat beim preußischen Entwurfe darin hervor, daß eine neue Behörde zu diesem Zwecke geschaffen werden sollte, woran sich unmittelbar die Besorgniß knüpfte, daß diese Behörde aus der Strömung der Zeit und politischer Tendenz entsprungen wäre und nicht aus dem Bedürfnisse des Rechtsmoments. Einer mächtigen und politischen Strömung gegenüber kann ein Rechtsverfahren vor einer Behörde, die bereits ausgestattet ist mit richterlichen Garantien und die geschaffen ist zu anderweiten Zwecken, einen Damm bilden, aber nicht ein Verfahren vor einer Behörde, bei welcher die Auswahl in der Zusammensetzung völlig freisteht und nur das kleine mildernde Moment hinzugefügt ist, daß eine Anzahl Mitglieder dem Richterstande angehören müsse. Dem Entwurfe der preußischen Regierung läßt sich zum positiven Lobe nur das eine nachsagen, daß er wenigstens seiner Hauptidee nach den Willen der Regierung bekundete, das Verfahren wider die Ausschreitungen der Sozialdemokratie nicht ganz ohne die Mitwirkung von Richtern von Statten gehen zu lassen. In den schärfsten Gegensatz dazu tritt nun die Vorlage des Bundesraths, welche dem Verfahren jede Rechtsbasis entzieht und Alles in die Willkür politischer Erwägungen stellt. Wird vom Reichstage der in dem preußischen Entwurfe freilich aufs äußerste abgeschwächte Gedanke acceptirt, daß ein Rechtsverfahren Platz zu greifen habe, so liegt klar, daß in dem Gesetze auch eine Definition gegeben werden muß, welche der Rechtsbehandlung fähig ist, und das führt unmittelbar zur Untersuchung des § 1, als der Grundlage des Ganzen, welcher diese Definition nicht enthält. Im Bundesrathsbeschlusse ist allerdings die Consequenz enthalten, daß er nach seiner Fassung den § 1 ganz gut gebrauchen kann, weil eben bei ihm jedes Rechtsmoment ausgeschlossen ist und nur die politische Erwägung Platz greift. Da aber, wie man annehmen muß und in der Diskussion sich leicht erweisen wird, der Bundesrathsbeschluß nach allen Seiten hin vor der Kritik nicht bestehen kann, auch nicht vom politischen Standpunkte aus, so wird das Schicksal des Gesetzes davon abhängen, ob es möglich sein wird, zunächst einen Rechtsinhalt desselben, sodann dafür das Rechtsverfahren und ein für die Rechtsprechung geeignetes Organ aufzufinden."

Die „Times" in London, ein sehr gemäßigt liberales Blatt, dazu das größte Bourgeoisblatt der Welt, sagt:

„Wir wollen über Ausnahmegesetze nicht blindlings den Stab brechen oder ihre Nothwendigkeit in Ausnahmsfällen bestreiten, allein die deutsche Regierung strebt nach ganz anderen Dingen; sie weiß sehr wohl, daß man Ideen nicht mit Feuer und Schwert aus der Welt schaffen kann. Die vorgeschlagene anti-sozialistische Gesetzgebung ist nichts Andres, als ein Schritt nach Rückwärts, welcher dem Lande dauernden Schaden bringen muß, wenn es dem Fürsten Bismarck gelingt, denselben im Reichstage durchzubringen. Der Fürst selbst scheint eine Ahnung hiervon zu haben, denn die Thronrede besagt insbesondere, daß die öffentliche Freiheit erhalten und nur der Mißbrauch derselben unterdrückt werden soll. Die Exekutive ist jedoch zu keiner Zeit ein sehr zuverlässiger Beurtheiler dessen gewesen, was guter und schlimmer Gebrauch der Freiheit ist."

Und die „Vossische Zeitung", die vielfach das Ausnahmegesetz einer trefflichen Kritik unterzogen hat, meint zu den Motiven desselben:

„Welche Stelle man auch in den Motiven zum Sozialistengesetz aufschlagen mag, überall starrt dem Leser die Verlegenheit entgegen, sich leidlich aus der Affaire zu ziehen. Ist doch selbst folgender Satz nicht vermieden: „In der englischen Gesetzgebung finden sich zahlreiche Vorgänge, wonach man bis in die neueste Zeit hinein, wenn die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft in Frage kommt, kein Bedenken getragen hat, die Habeascorpus-Akte zeitweise außer Kraft zu setzen und die Exekutivgewalt behufs Abwehr drohender Gefahr mit Vollmachten zu versehen, welche in mehrfacher Beziehung über diejenigen hinausgehen, die der vorliegende Entwurf in Vorschlag bringt." Kann der Herr Verfasser im Deutschen Recht vielleicht ein der Habeascorpus-Akte paralleles Gesetz entdecken? Was wir unter dieser Benennung einmal in Preußen zusammenfaßten und einige andere Staaten ähnlich besitzen mögen, ist bis auf die Spur verwischt, die im Sozialistengesetz ganz untergehen soll. Die Aufhebung der Habeascorpus-Akte erfolgt nach Zeit und Ort beschränkt und die Landesgesetze treten unmittelbar nach Wiederherstellung der Ruhe wieder in Kraft. Die öffentliche Ruhe ist in Deutschland durch die Sozialdemokratie kaum vorübergehend an wenigen Stellen gestört, mit Erfolg und großer Energie haben die Führer die Partei an entscheidenden Punkten in Ordnung zu halten gewußt. Der Zusammenhang der Partei mit den Versuchen des Königsmordes hat nicht den Schatten eines Beweises, gegen solche Versuche ist ausdrücklich die Todesstrafe beibehalten, ein anderes Gesetz gegen Königsmörder hat nicht ersonnen werden können. Wie hängt das Alles mit der Habeascorpus-Akte, diese mit deutschen Zuständen und das schroffste Gegentheil der Habeascorpus-Akte mit der Exemplifizirung auf dieselbe zusammen? Der oder die Verfasser der Motive haben vielleicht auch etwas von der Mutiny-Akte gehört, nach welcher nicht nur jeder commandirende Offizier, sondern auch jeder handelnde Soldat vor den gewöhnlichen Landesgerichten verantwortlich gemacht werden kann, viel mehr natürlich noch der Polizeibeamte. Von diesem Fundament der englischen Staatsordnung besteht in Deutschland schon jetzt nichts, das Sozialistengesetz soll das Gegentheil der Habeascorpus-Akte zum öffentlichen Recht erheben. Vor der Freizügigkeit, dem Gewerbebetriebe, dem Conzessionswesen hat die englische Exekutivgewalt auch während der Suspendirung der Habeascorpus-Akte heiligen Respekt, nach dem Sozialistengesetze sollen sie in Deutschland bleibend der Willkür anheimgegeben, durch kein Gericht mehr geschützt werden. So könnte noch lange fortgefahren werden, die Hinfälligkeit des gebrauchten Beispiels darzuthun, aber wir wollen nicht Mohren weiß waschen, sondern blos fragen, warum nicht das allein passende Beispiel der Regierung Frankreichs unter Napoleon III. mit ihren Sicherheitsgesetzen herangezogen ist.

„Aus gutem Grunde, Kaiser Wilhelm ist nicht Napoleon III. und seine Regierung sollte nicht die Mittel eines usurpirenden Abenteurers zum Regieren gebrauchen. Diese waren die Schaffung eines Schutzschirms durch den Schein einer mittelst der offiziellen Candidaturen gefälschten Volksvertretung, das Spielen mit sozialistischen Experimenten, die starke Polizeiregierung, eine mit vielem Fleiß und Erfolg verdorbene Presse, die Schaffung eines besondern kaiserlichen Richterstandes und dergleichen mehr. Nach der besonderen Art und Geschichte unserer, der deutschen Nation, haben wir es noch nicht zur vollen Copirung französischer Regierungskunst gebracht, aber daß wir ihr viel näher als der englischen sind, erkennt wohl Jedermann. Das Sozialistengesetz ruft das französische Sicherheitsgesetz frisch in die Erinnerung zurück, und nun ist an die neugewählte Nationalvertretung die Frage gestellt, ob sie aus ähnlichem Anlaß wie 1858 das corps legislatif Willens sei, ein deutsches Sicherheitsgesetz zu geben." — —

Ein deutsches Unsicherheitsgesetz! So rufen wir aus. Denn, wenn jemals ein Gesetz im Stande ist Unordnung und Unsicherheit zu schaffen, so ist es das Ausnahmegesetz gegen das arbeitende Volk Deutschlands.

— Ganz aus dem Häuschen ist die „Kreuzzeitung" darüber, daß Liebknecht in der ersten Sitzung des Reichstags beim Hoch auf den Kaiser nicht aufstand. Sie möchte am Liebsten auch für widerspenstige Reichstagsabgeordnete ein Ausnahmegesetz. Man lese nur folgende Notiz des preußischen Junkerblatts:

„Der Abgeordnete Liebknecht ist in der Eröffnungssitzung des Reichstags bei Gelegenheit des von dem Alterspräsidenten ausgebrachten Hochs auf den Kaiser in ostensibler Weise sitzen geblieben, während die Abgeordneten Bebel und Fritzsche es vorzogen, sich aus dem Saal zurückzuziehen. Die zur Zeit bestehende Geschäftsordnung würde nur in Form eines Ordnungsrufs durch den Präsidenten die Verurtheilung des Gebahrens des Abgeordneten Liebknecht möglich machen. Dieser Sachlage gegenüber ist in conservativen Kreisen ins Auge gefaßt worden, durch eine Erweiterung der in der Geschäftsordnung bisher vorgesehenen Strafmittel für die Zukunft nachdrückliche Remedur bei so ungewöhnlichen Zwischenfällen zu schaffen, wie deren einer durch das Benehmen des Abgeordneten Liebknecht in der Montagssitzung des Reichstags veranlaßt worden ist. Das Englische Parlament mit seinen Usancen bietet für diese nothwendige Erweiterung der Geschäftsordnung Anhaltspunkte genug."

Aus der Notiz der „Kreuzzeitung" selbst geht hervor, daß Liebknecht durch sein Sitzenbleiben die Geschäftsordnung des Reichstags nicht verletzt hat. Das reaktionäre Gelichter tadelt ihn also blos deshalb, weil er nicht freiwillig die Loyalitäts-Demonstration mitgemacht hat. Schon die bloße Zumuthung, ein Republikaner solle sich an einer monarchistischen Kundgebung betheiligen, ist eine Unanständigkeit. Was würden unsere Kreuzzeitungsjunker sagen, wenn man sie zwingen wollte, in ein Hoch auf die Republik oder gar die Commune einzustimmen? In vorliegendem Fall ist die Zumuthung um so unverschämter, als die Loyalitäts-Demonstration, in Folge der Umstände, unter welchen sie inscenirt ward, ihre Spitze unzweifelhaft gegen die, infamerweise der moralischen Urheberschaft der Attentate angeklagte Sozialdemokratie richtete. Hätte Liebknecht sich an dieser Demonstration gegen seine eigene Partei betheiligt, so würde er außer dem Opfer des Intellekts auch das der Ehre gebracht und sich einer Niederträchtigkeit ohne Gleichen schuldig gemacht haben. Uebrigens ist Liebknecht weder „in ostensibler Weise" sitzen geblieben, noch hat er diese Gelegenheit, seine seit Jahrzehnten bekannten antimonarchischen Anschauungen zu offenbaren gesucht, er that einfach, was er unter den gegebenen Umständen zu thun verpflichtet war. Und das wird er auch thun, wenn die politische Ketzerriecherei im Reichstag durch die Geschäftsordnung sanktionirt werden sollte. Uebrigens sei hier daran erinnert, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sich niemals an den „Hochs" auf den Kaiser betheiligt haben, und daß dies bisher von den Gegnern aller Schattirungen ganz natürlich gefunden wurde. In neuester Zeit aber ist vielen unserer Gegner mit dem Verstand auch der Anstand abhanden gekommen.

— Sozialistengesetz-Commission im Reichstage. Betreffs der für das Sozialistengesetz einzusetzenden Commission, die ebenfalls, nach Uebereinstimmung der verschiedenen Fraktionen, aus 28 Mitgliedern bestehen wird, ist bereits im Seniorenconvent vorläufig dahin eine Verständigung (nach längeren Unterhandlungen) erzielt worden, daß die einzelnen Fraktionen und Gruppen im Hause in folgender Weise darin vertreten sein sollen: Die Nationalliberalen, das Centrum und die vereinigten conservativen Fraktionen würden je acht Mitglieder deputiren und die Fortschrittspartei drei. Endlich würden die Sozialdemokraten ein Mitglied zu stellen haben. Dabei sind zur Fortschrittspartei die Demokraten und Protestler, zu den Nationalliberalen die Abgeordneten der Gruppe Löwe und zum Centrum die klerikalen Elsässer ꝛc. gerechnet worden.

— Immer klarer tritt es zu Tage, daß die Berichte über Nobiling's angebliche die Sozialdemokratie belastende Aussagen das Resultat einer nichtswürdigen Verschwörung gewesen, und zu den gemeinfährlichsten Zwecken fabrizirt worden sind. Wie sich jetzt herausstellt, hat Nobiling nicht nur keine, die Sozialdemokratie belastende Aussagen gemacht, sondern in den wenigen lichten Augenblicken, die er nach seinem Selbstmordversuch hatte, sich positiv so ausgesprochen, daß das wahre, gleich von Anfang von uns vermuthete Motiv seiner That deutlich vor uns liegt. Nachdem er bei einer früheren Gelegenheit einen „hochgestellten Beamten, dessen Loyalität über jeglichem Zweifel steht", als Mitschuldigen resp. moralischen Urheber des Verbrechens bezeichnet, weil derselbe ihn durch Verweigerung einer Anstellung auf den Gedanken des Attentats gebracht habe, äußerte er am Sonntag vor seinem Tod in Gegenwart des Geheimen Oberregierungsraths von Schlickmann, des Sanitätsrathes Lewin und des Stadtvoigteidirektors, „er habe keine Mitschuldigen, und seine Absicht sei gewesen, durch einen Umsturz der bestehenden Regierung zu Amt und Würden zu kommen."

Also getäuschter Ehrgeiz, der in dem anormalen Gehirn des mit ererbter Disposition zum Wahnsinn behafteten Nobiling den Gedanken des Attentats erzeugte.

Wir sind begierig, wie die Vertreter der Regierung bei Diskussion des Ausnahmegesetzes sich dieser Thatsache gegenüber verhalten werden.

— Die beste sozialistische Agitationsschrift. Unser Berliner Parteiorgan hält mit vollem Recht den „Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie nebst Motiven“ für die beste Agitationsschrift und schlägt vor, dieselbe von Parteiwegen in 500,000 Exemplaren drucken zu lassen. Unser Berliner Organ ist der Meinung, daß diese Schrift unbehelligt colportirt werden dürfe — wir gestatten uns anderer Meinung zu sein: Nach Annahme des Ausnahmegesetzes würden ganz bestimmt die Polizei-Behörden den Gesetzentwurf und besonders die Motive nebst Anhang confisciren und verbieten lassen, weil durch dieselben auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsverhältnisse zweifellos hingearbeitet wird. Man sieht, daß der Bundesrath, als Appellinstanz, in nicht geringe Verlegenheit geriethe.

— Zum allgemeinen gleichen Wahlrecht. In conservativen und halbliberalen Kreisen werden jetzt wieder starke Anläufe gemacht, das allgemeine gleiche Wahlrecht aufzuheben resp. zu beschränken. Deshalb ist es nicht unnöthig auf das Urtheil zweier conservativer Männer hinzuweisen. Der bekannte Geheime Rath Wagener leitete das Recht des Volkes zum allgemeinen Wahlrecht aus der allgemeinen Wehrpflicht ab und Fürst Bismarck, nachdem er gegen das Dreiklassenwahlgesetz geeifert: „ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden — ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts mit einander zu thun haben; welches in jeder Gemeinde mit anderem Maße mißt“ u. s. w. — sprach sich folgendermaßen für das allgemeine Wahlrecht aus: „In jedem Census liegt eine Willkürlichkeit und Härte; es läßt sich nicht rechtfertigen, daß der Vermögenslose gerade Helot und politisch todt im Staatswesen sein soll; die indirekten Wahlen bilden eine Fälschung der Wahlen, der Meinung der Nation; ich habe stets in dem Gesammtgefühl des Volkes noch mehr Intelligenz, als in dem Nachdenken eines Wahlmannes gefunden.“ — Man sieht, daß Bismarck, als es ihm paßte, auch demokratisch zu reden verstand. Daß er jetzt unter Umständen das von ihm so gefeierte Wahlrecht wieder Preis geben würde, daran zu zweifeln haben wir keine Veranlassung.

— Bismarck und Gortschakoff waren schon längst die ärgsten Gegner, so posaunt ein Interviewer des Fürsten Bismarck, ein Berichterstatter der „Times“ mit Namen v. Blowitz, in die Welt hinein. Auch Gortschakoff läßt mittheilen, daß er mit Bismarck nie befreundet gewesen sei. Merkwürdig, daß man diese gegenseitigen Complimente erst nach dem Berliner Congreß erfährt. Bis zum Berliner Congreß glaubten alle vernünftigen Menschen, daß Bismarck Rußland unterstütze, und Bismarck hat dies widerholt selbst behauptet. Da nun diese Unterstützung Rußland nichts genutzt und Deutschland vor dem Auslande geschädigt hat, so hört man jetzt, daß die von Lord Beaconsfield an Raffinement überbotenen beiden „genialen“ Diplomaten schon immer Gegner gewesen seien und daß dadurch Ersterer triumphirt habe. Also Bismarck hat dem Gortschakoff „in die Suppe gespuckt“ — das ist allerdings äußerst überraschend und neu. An Entschuldigungen hat es übrigens niemals der Diplomatie gefehlt, wenn sie ihre Pläne nicht durchsetzen konnte.

— Ueber die Inhaftirung Hasselmann's, welche die „Volkszeitung“ in einem Leitartikel ein Tendenz-Drama nennt, schreibt das genannte Blatt weiter:

„Wir haben an leitender Stelle die Affaire Hasselmann besprochen und darauf hingewiesen, was wir unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes zu erwarten haben, wenn schon unter den ordentlichen Gesetzen ein Mann trotz freisprechender Erkenntnisse zweier Instanzen drei Monate lang in Haft behalten werden kann, bis endlich das Obertribunal durch seine freisprechende Entscheidung dieser kaum glaublichen Freiheitsentziehung ein Ende machte. Auch unsere neuen vielgerühmten Justizgesetze gewähren bekanntlich dem unschuldig Verfolgten keine Entschädigung für die Schmälerung seiner Ehre und seines guten Namens, noch für die schweren pekuniären Nachtheile, die eine längere Haft ja einem jeden bereiten muß, der nicht in die kleine Zahl der Rentiers gehört. Hasselmann hat drei Monate unschuldig in der Haft zubringen müssen — trotzdem in der Zwischenzeit zwei Instanzen ihn freigesprochen: wie will man diesen Vorgang anders erklären, als daß das Ausnahmegesetz schon seine Schatten vorauswarf? Drei Monate Freiheitsentziehung! eine Kleinigkeit freilich für den finsteren Geist, der sich über die deutschen Lande, namentlich nördlich der Mainlinie, zu lagern beginnt und der seinen ersten Umgang bereits in der widerlichen Epoche der Majestätsbeleidigungsprozesse vollzogen hat! aber unschuldig! und trotz wiederholter Freisprechungen! Welche andere Antwort will man darauf geben, als die: es ist eben nur ein Sozialdemkrat? Wie konnte aber die Haft überhaupt beschlossen werden bei einem so geringfügigen Vergehen, zu dessen Verurtheilung sich in drei preußischen Richterinstanzen kein Collegium finden wollte? Wenn auch Staatsanwalt und Ober-Staatsanwalt oder Prokurator und Ober-Prokurator so wenig juristischen Scharfblick hatten — denn wider besseres Wissen werden sie doch wohl nicht gehandelt haben — so ist das weiter nicht auffallend; die preußischen Staatsanwaltschaften leisten ja Dinge, für welche anderen, namentlich logisch geschulten Sterblichen jedes Verständniß fehlt; wie aber war es möglich, daß zwei Gerichtshöfe in unmittelbarem Anschluß an das freisprechende Erkenntniß beschließen konnten, den soeben Freigesprochenen weiter in Haft zu behalten, bis etwa eine höhere Weisheit als die eigene ein Fehl an ihm entdeckte? Eine Sühne für den Geschädigten giebt es, wie gesagt, weder nach dem alten, noch nach dem neueren Rechte. Aber, war es vielleicht schon eine Folge dieses vielleicht einzig dastehenden Verfahrens, daß der Wahlkreis Elberfeld von der Sozialdemokratie erobert wurde, so wird unzweifelhaft neben dem äußeren Zuwachs die weitere Consequenz eine innere Kräftigung der Sozialdemokratie sein. Das ist gewiß nicht das geeignete Mittel, die „Verirrten“ auf den richtigen Weg zurückzuführen, daß man Unschuldige einsperrt.“

Die „Verirrten“ in Gänsefüßchen? Sehr gut! Auch sonst völlig einverstanden.

— Unser Genosse Superczinski, welcher nach dem Nobiling'schen Attentat verhaftet und dann wegen Majestätsbeleidigung, die er vor zwei Jahren „verbrochen“ haben soll, zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, ist vor Kurzem vorläufig entlassen worden. Am 2. September Abends starb sein Vater und zwar, wie es in der Todesanzeige heißt, „an einer Lungenlähmung, nachdem ihn Gram und Kummer auf das Krankenbett geworfen“.

— Die „Magdeburger Freie Presse“ hat ihr tägliches Erscheinen eingestellt; sie wird von nun an nur mehr dreimal die Woche erscheinen. Die gedrückten Erwerbsverhältnisse der Arbeiter, denen ein täglich erscheinendes Blatt zu theuer zu stehen kommt, sind die Ursache der Verkleinerung des Blattes.

— Von unserem Freund Carl Hirsch werden wir in einem, aus dem Mazas-Gefängnisse unverschlossen uns zugegangenen und von der Gefängnißdirektion (für deren Gebrauch er in französischer Sprache geschrieben sein mußte) gelesenen Brief ersucht, zu erklären, daß er, wie dies bereits von uns angedeutet ward, mit dem bekannten Internationalen Arbeitercongreß absolut nichts zu thun gehabt hat. — Nichts als eine gemeine Denunziation ist die Behauptung gewisser Blätter, Hirsch sei in neuerer Zeit von Marx nach Paris geschickt worden, um dort die Internationale zu organisiren. Marx hat nie einen solchen Plan gehabt, und Hirsch befindet sich bereits seit sechs Jahren in Paris, wohin er aus eigenem Antrieb und ausschließlich um sich eine Existenz zu beschaffen, gegangen ist. Die durchaus ungerechtfertigte Verhaftung Hirsch's scheint ein Liebesdienst zu sein, der er reaktionären deutschen Landsleuten, vermuthlich sehr hoch gestellten, zu verdanken hat. — Nach einer uns soeben zu Gesicht kommenden Zeitungsnotiz würden Hirsch und seine Mitgefangenen im Mazas-Gefängniß mit großer Härte behandelt; so heißt es u. A., sie seien im Zellenwagen und mit Ketten an der Hand vor den Untersuchungsrichter geführt worden. Es wäre dies eine abscheuliche Brutalität. Der Brief Hirsch's an uns enthält nichts davon.

Die Motive zum Sozialistengesetz.

(Schluß.)

Im Einzelnen ist noch Folgendes zu bemerken:

Zu § 1. Die Vorschriften des § 1, dessen erster Absatz, so weit er die Definition der zu bekämpfenden gemeingefährlichen Bestrebungen betrifft, bereits besprochen ist, richten sich gegen die Organisation der Sozialdemokratie. Sie sollen in allen Fällen Anwendung finden, in welchen, gleichviel in welcher Form und unter welcher Bezeichnung, ob mit oder ohne Statuten, eine Verbindung in's Leben tritt, welche den im Absatz 1 bezeichneten Bestrebungen der Sozialdemokratie dient. Wenn in Absatz 2 die „genossenschaftlichen Kassen“ besonders hervorgehoben werden, so beruht dies auf der Erwägung, daß die Sozialdemokratie auch Kassen solcher Art, und zwar nicht blos Unterstützungskassen, die mit einem politischen oder gewerblichen Vereine verbunden sind, sondern auch eingeschriebene Hülfskassen für ihre Zwecke bereits benutzt, und durch weitere Verfolgung dieses Weges die Absicht des Gesetzes leicht vereiteln könnte. Das „Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands“, der „Vorwärts“, bringt in der Nr. 65 vom 5. Juni d. J. einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein Kapitel über Agitation.“ Darin findet sich — nach Darstellung der verschiedenen Formen, in welchen die Agitation organisirt werden könnte — folgender Satz: „— Aber auch hiermit ist unsere Agitation noch nicht erschöpft. Wir gründen Kassen, wo es nöthig und förderlich ist, für Kranken- und Sterbefälle, beseelt von dem Gedanken, daß jede neue Form der Organisation neue Lebenslust in die Agitation bringen muß. Sollte das Hülfskassengesetz nicht auch für uns da sein? Unnütze Frage, ist es doch vielleicht in nicht ferner Zeit die Brücke zu einer Centralisation, welche an Bedeutung manche vorhandene bald überholen dürfte.“

Zu § 2. Das Verbot der im § 1 näher bezeichneten Vereine soll durch die Landespolizeibehörden erfolgen. Zuständig soll jede Landesbehörde sein, in deren Bezirk ein Verein der gedachten Art seinen Sitz hat oder durch Entwicklung seiner Thätigkeit in die Erscheinung tritt. Um dem Mißstande vorzubeugen, daß Vereine, welche in einem Bezirke verboten sind, ihre Bestrebungen in einem anderen Bezirke fortsetzen, wird vorgeschlagen, dem von der Landespolizeibehörde erlassenen Verbote Wirksamkeit für das ganze Bundesgebiet und für alle Verzweigungen des Vereins beizulegen. Diese Bestimmung bedingt eine Bekanntmachung des Verbots durch den „Reichsanzeiger“. Davon soll jedoch der Erlaß des Verbotes nicht abhängig sein. Dasselbe soll vielmehr in den üblichen Formen landesüblicher Anordnungen erlassen und publizirt werden, insbesondere auch durch Zustellung an den Vereinsvorstand, sofern solche ausführbar ist (vgl. § 4). Einer besonderen Bestimmung hierüber wird es nicht bedürfen. Die Schlußbestimmung des Paragraphen, daß das Verbot sich auch auf jeden vorgeblich neuen Verein erstrecken soll, welcher sachlich als der alte sich darstellt, ist dem § 4 des badischen Vereinsgesetzes vom 21. November 1867 nachgebildet; sie bezweckt, die Umgehung des Verbotes durch Reconstruktion des verbotenen Vereins unter veränderter Firma zu verhindern.

Zu § 3. Die vorgeschlagene Bestimmung, wonach auf Grund des Verbotes (§§ 1, 2) die Vereinskasse, sowie alle für Zwecke des Vereins bezimmten Gegenstände polizeilich in Beschlag zu nehmen sind, rechtfertigt sich durch den Zweck des Gesetzes. Es handelt sich nicht um eine Confiskation als Strafe, sondern darum, gemeingefährlichen Bestrebungen die Mittel zu entziehen. Aus diesem Grunde sind Ansprüche Dritter an den in Beschlag genommenen Gegenständen ausdrücklich vorbehalten. Dieselben werden nöthigenfalls bei der Ortsarmenkasse geltend zu machen sein, welcher das Beschlagnahmte überwiesen werden soll.

Zu § 4. Wenn vorgeschlagen wird, die Beschwerde gegen die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote direkt an den Bundesrath gehen zu lassen, so geschieht dies im Interesse einer Abkürzung des Instanzenzuges. Selbstverständlich wird das verfassungsmäßige Aufsichtsrecht der Centralbehörden der Bundesstaaten den ihnen untergeordneten Landespolizeibehörden gegenüber dadurch nicht berührt. Daß die Beschwerde hier, wie in allen übrigen Fällen, eine aufschiebende Wirkung nicht haben soll, beruht auf dem präventiven Charakter des Gesetzes.

Zu § 5. Soll es gelingen, der sozialdemokratischen Agitation den ergiebigen Boden der Versammlungen zu entziehen, so erscheint es nöthig, nicht nur eine jede Versammlung aufzulösen, sobald in ihr sozialdemokratische Reden gehalten, derartige Schriften vorgelesen oder vertheilt werden, oder in anderer Weise die im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, sondern auch Versammlungen im Voraus zu verbieten, wenn anzunehmen ist, daß dieselben den gedachten Bestrebungen dienen werden. Wenn eine Versammlung aufgelöst wird, so erfolgt dies in der Regel erst in einem Momente, wo die beabsichtigte agitatorische Wirkung, wenigstens zum Theil, bereits erreicht ist: die Auflösung selbst wird als agitatorisches Moment benutzt. Anders, wenn eine Versammlung von vornherein verboten wird; ob dies nach der Vorschrift des § 5 zulässig ist, wird von thatsächlichen Umständen abhängen, deren Spezialisirung im Gesetze nicht angänglich ist, auf Grund deren aber die Polizeibehörden in der Regel in der Lage sein werden, sich ein völlig zuverlässiges Urtheil darüber zu bilden, ob eine bevorstehende Versammlung sozialdemokratischen Bestrebungen dienen werde. Oeffentliche Festlichkeiten nnd Aufzüge den Versammlungen gleichzustellen, wird keinem Bedenken unterliegen, da dieselben notorisch in gleicher Weise, wie die Versammlungen, zu den agitatorischen Zwecken der Sozialdemokratie benutzt werden.

Die §§ 6 bis 10 richten sich gegen die sozialdemokratische Presse. In der Presse liegt der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Agitation. Um ihr zu begegnen, bedarf es daher besonders wirksamer, von der bestehenden allgemeinen Preßgesetzgebung wesentlich abweichender Bestimmungen. Nach §§ 6 und 7 sollen Druckschriften, welche den im § 1 des Entwurfes näher bezeichneten sozialdemokratischen Bestrebungen dienen, durch die Landespolizeibehörden verboten werden. Unter Druckschriften sind auch im Sinne des gegenwärtigen Gesetzentwurfes alle diejenigen Erzeugnisse zu verstehen, welche nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (R.-G.-Bl. S. 65) darunter begriffen sind. Bei Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen — periodischen Druckschriften nach § 7 des Preßgesetzes — soll das Verbot sich nicht allein auf einzelne Nummern (Hefte, Stücke), sondern auch auf das fernere Erscheinen der Druckschrift erstrecken können. Die Landespolizeibehörden und in Bezug auf ausländische Druckschriften der Reichskanzler, nach Vorgang des § 14 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874, sollen befugt sein, eine periodische Druckschrift, wenn dieselbe nach ihrer Gesammthaltung und Tendenz den bezeichneten Bestrebungen dient, zeitweise oder für immer zu unterdrücken. Es wird sich hierbei zunächst um solche Zeitungen und Zeitschriften handeln, welche sich selbst als Organe der Sozialdemokratie bezeichnen, wie der in Leipzig erscheinende „Vorwärts“, sowie um diejenigen, welche in diesen Organen als sozialistische Parteiblätter anerkannt und empfohlen sind. Der Zweck des Gesetzes erheischt aber auch, daß, sobald ein Verbot erlassen worden ist, jede weitere Verbreitung der von demselben betroffenen Druckschrift durch polizeiliche Beschlagnahme verhindert werde, sowie daß die beschlagnahmten Druckschriften vernichtet werden, sobald das Verbot endgültig geworden ist. Aus dem Umstande ferner, daß Druckschriften der bezeichneten Art, insbesondere Flugschriften und Broschüren, häufig erst dann zur Kenntniß der Landespolizeibehörden gelangen, wenn bereits Massen der Druckschrift verbreitet sind, ergiebt sich die weitere Nothwendigkeit, die mit der unmittelbaren Handhabung der Polizei betrauten Behörden zur vorläufigen Beschlagnahme solcher Druckschriften zu ermächtigen. Auf diesen Erwägungen beruhen die Bestimmungen der §§ 9 und 10, bei deren Fassung der § 27, bezw. die Absätze 3 und 4 des § 24 des Preßgesetzes zum Vorbilde gedient haben. Gegen die von der Landespolizeibehörde erlassenen Verbote, welche in gleicher Weise, wie das Verbot von Vereinen (§§ 1, 2) auf das ganze Bundesgebiet ihre Wirksamkeit erstrecken und deshalb auch im „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht werden sollen, soll die Beschwerde an den Bundesrath offen stehen. (§ 8.)

Zu § 11. Die Beiträge, welche die Sozialdemokratie von ihren Anhängern in den verschiedensten Formen erhebt, sind nicht unbeträchtlich. Sie dienen zum Unterhalte der Führer und Agitatoren, zu sonstigen Agitationszwecken, sowie zur Deckung der wegen Verletzung der Strafgesetze den Agitatoren auferlegten Geldstrafen. Nach den bestehenden Gesetzen kann solchen Sammlungen nur entgegengetreten werden, wenn sie in der Form der Hauscollekte erfolgen. Es bedarf daher der im § 11 vorgeschlagenen Bestimmung, wonach das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen in jeder Form, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge polizeilich zu verbieten sind. Zuständig für das Verbot soll jede Polizeistelle für ihren Bezirk sein, auch der eine Versammlung überwachende Polizeibeamte für Sammlungen, die in der Versammlung etwa unternommen werden (Tellersammlungen oder dergl.).

Die §§ 12 bis 15 enthalten Strafbestimmungen gegen Diejenigen, welche einem auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verbote mit Kenntniß, oder nach öffentlicher Bekanntmachung, worunter in den Fällen der §§ 2 und 7 die daselbst vorgesehene Bekanntmachung durch den „Reichsanzeiger“ zu verstehen ist, zuwiderhandeln. Mit Rücksicht darauf, daß hiernach die Strafbarkeit einer aus minderer Fahrlässigkeit begangenen Zuwiderhandlung nicht unbedingt ausgeschlossen ist, müßte auch Geldstrafe zugelassen und von der Festsetzung eines Strafminimums abgesehen werden. Dieses Motiv trifft indessen nicht zu in den Fällen des § 12 Absatz 2 und des § 13, wo in der Regel dolus, mindestens aber grobe Fahrlässigkeit vorliegen wird.

Im § 14 ist mit Rücksicht darauf, daß das Verbot einer Druckschrift sich auch auf das fernere Erscheinen einer periodischen Druckschrift beziehen kann, außer der Verbreitung und dem Wiederabdruck einer verbotenen oder von der vorläufigen Beschlagnahme (§ 10) betroffenen Druckschrift auch die verbotswidrige Fortsetzung einer — periodischen — Druckschrift unter Strafe gestellt. Für die in dem Schlußsatze des § 15 vorgeschlagene Bestimmung, wonach das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Ortes der Sammlung für verfallen erklärt werden soll, findet sich eine Analogie im § 16 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874.

Zu §§ 16 bis 18. Der § 16 verfolgt einen doppelten Zweck. Er richtet sich gegen die geschäftsmäßig betriebene sozialdemokratische Agitation und gegen den Mißbrauch, welcher mit gewissen Gewerben zur Förderung der im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen notorisch getrieben wird; er soll anderseits dazu dienen, die nach den §§ 1 bis 11 zu erlassenden Verbote wirksamer zu machen, indem er für einmalige (Absatz 3) oder rückfällige (Absatz 1) Uebertretung derselben noch andere Nachtheile als die in den §§ 12 bis 15 vorgesehene Strafe in Aussicht stellt. Die sozialdemokratische Agitation wird bekanntlich durch Wanderagitatoren und durch ständige Agitatoren betrieben, welche die in den Protokollen über die sozialistischen Congresse offen ausgesprochene, berufsmäßige Aufgabe haben, die Bevölkerung gewisser Bezirke oder Orte für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen; zur Ausbildung dieser Agitatoren bestehen besondere Schulen. Daneben giebt es eine große Zahl von Vertrauensmännern, Agenten, Kassirern und anderen Personen, welche es sich zum Geschäfte machen, die im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen zu fördern. Ingleichen giebt es eine Anzahl von Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten, welche ihr Gewerbe vorzugsweise zur Herstellung beziehungsweise zur Verbreitung sozialistischer Druckschriften benutzen. Der Straßenverkauf und die Colportage sind ebenso wie die unentgeltliche öffentliche Verbreitung von Druckschriften wirksame Mittel in den Händen der sozialdemokratischen Agitation. Bekannt ist ferner, daß die Schankwirthschaften und Gastwirthschaften der gedachten Agitation die günstigste Gelegenheit darbieten, und daß viele Inhaber solcher Wirthschaften den sozialdemokratischen Bestrebungen in jeder Weise, namentlich auch durch Auslegen sozialistischer Schriften, förderlich sind. Wollte man dieses Treiben fernerhin in derartiger Weise dulden, so würde sich von den

gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit durch die Sozialdemokratie gerichteten Bestimmungen des Entwurfes nur ein ungenügender Erfolg versprechen lassen. Die öffentliche Agitation würde zwar verhindert, dagegen die geheime ungestört fortbetrieben werden. Der letzteren wird nur durch solche Maßregeln entgegenzuwirken sein, wie sie der § 16 vorschlägt, nämlich Entziehung der Befugniß zum Betriebe der fraglichen Gewerbe, oder Entfernung der Agitatoren aus denjenigen Bezirken oder Orten, welche sie durch geschäftsmäßige Agitation gefährden. Außerdem wird, um den Druck sozialdemokratischer Schriften zu verhindern, unter Umständen die Schließung einer Druckerei (§ 16, Absatz 4) nothwendig sein, zumal eine nicht unbedeutende Anzahl von Druckereien besteht, welche ausschließlich für die Herstellung sozialistischer Agitationsschriften benutzt werden. Da diese Maßregeln, wie die übrigen in dem Entwurf vorgesehenen, dem Gebiete der politischen Polizei angehören, werden sie ebenfalls in die Hände der Landespolizeibehörde gelegt werden müssen; auch bezüglich der gewerblichen Beschränkungen werden die mit dem gewerblichen Concessionswesen befaßten Behörden um so weniger in Betracht kommen können, als es sich nicht um gewerbliche Gesichtspunkte handelt, und als die einheitliche Handhabung des Gesetzes eine unerläßliche Bedingung für seine wirksame Durchführung ist. Daß gegen die auf Grund des § 16 erlassenen Verfügungen der Landespolizeibehörde die Beschwerde an den Bundesrath offen stehen soll (§ 17), sowie daß im § 18 Zuwiderhandlungen gegen solche Verfügungen unter Strafe gestellt werden, entspricht dem System des Entwurfes.

Der § 19 enthält Vorschriften wegen Bildung eines besonderen Ausschusses des Bundesrathes behufs Entscheidung der an denselben auf Grund dieses Gesetzes gelangenden Beschwerden. Hierüber ist das Erforderliche bereits in dem allgemeinen Theile der Begründung bemerkt worden.

Zu § 20. Die in den Bestimmungen der §§ 1 bis 19 des Entwurfes vorgesehenen Mittel zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie werden unter Umständen für solche Bezirke und Ortschaften nicht ausreichen, welche durch die sozialdemokratische Agitation bereits so stark unterwühlt sind, daß dadurch die öffentliche Sicherheit bedroht ist. Hier wird es zeitweise einiger allgemeinen, nicht direkt gegen die Sozialdemokratie gerichteten Beschränkungen in Bezug auf die Ausübung des Versammlungsrechtes, die Verbreitung von Druckschriften, die Freizügigkeit, den Besitz oder das Tragen von Waffen oder den Handel mit denselben bedürfen. Solche Beschränkungen sollen, um für gewisse Eventualitäten der Nothwendigkeit einer Erklärung des Kriegszustandes überhoben zu sein, nach § 20 durch die Centralbehörden der Bundesstaaten vorübergehend und mit Genehmigung des Bundesrathes angeordnet werden können, so weit sie nicht bereits landesgesetzlich ohnedies zulänglich sind.

Der § 21 bestimmt, nach Vorgang des § 155 Absatz 2 der Reichs-Gewerbeordnung, daß seitens der Centralbehörde eines jeden Bundesstaates bekannt gemacht werden soll, welche Behörden unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde, bezw. Polizeibehörde in jedem Bundesstaate zu verstehen sei.

Nach § 22 soll das Gesetz sofort in Kraft treten. Von der Festsetzung eines Termines für das Außerkrafttreten des Gesetzes, wie ihn der frühere Entwurf enthielt, ist abgesehen worden, nicht, weil nicht nach wie vor an der Hoffnung festgehalten werden müßte, dieses Gesetz in Zukunft entbehren zu können, sondern wegen der Unmöglichkeit, den Zeitpunkt im Voraus zu bestimmen, mit welchem diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird.

Als Anlagen folgen: 1) die Statuten der internationalen Arbeiterassoziation, London, September 1864; 2) die Statuten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Leipzig, Mai 1863; 3) das Eisenacher Programm, Eisenach, August 1869; 4) das Gothaer Programm, Gotha Mai 1875; 5) das Genter Manifest, Gent, September und Oktober 1877; 6) der „erste Bericht über Gang und Stand der sozialistischen Agitation in Deutschland, verlesen auf dem Sozialisten-Congresse zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876" (Auszug, entnommen aus dem gedruckten Protokoll des Congresses); 7) der „zweite Bericht über Gang und Stand der sozialistischen Agitation in Deutschland, verlesen auf dem Sozialisten-Congresse zu Gotha vom 27. bis 29. Mai 1877" (Auszug, entnommen aus dem gedruckten Protokolle des Congresses).

Correspondenzen.

Königsberg i. Pr., 8. September. Als Ludwig Walesrode vor 20 Jahren seine „Todten-Schau" veröffentlichte und durch dieselbe die Leiter der Königsberger Reaktion der letzten fünfziger Jahre für die damalige Zeit an den Pranger stellte, ihre Namen aber, für alle Zukunft mit Schmach bedeckt, in die Annalen unserer Stadt und in die Geschichte unseres deutschen Vaterlandes eintrug: — damals war wohl Mancher der Meinung, daß sich wohl schwerlich einst Nachfolger eines Peters, eines Plewe, eines Lindenberg und Wedecke finden würden. Wie sehr hat man sich getäuscht! Die seit jener Zeit als veraltet betrachteten reaktionären Gewaltmaßregeln werden hier gegenwärtig wieder — nur von Personen mit anderen Namen — in Scene gesetzt; ja, was man unter dem Regime Peters-Lindenberg als zu offenkundiger Ungesetzlichkeit auszuführen noch Anstand nahm, verübt man heute in Königsberg ungescheut. — Ueber die Maßregelungen der Arbeiter in der Werkstatt der hiesigen Ostbahn, über die „vorläufige" Schließung der hiesigen Gewerkschaften, über die Spionage, welche über alle bekannteren Demokraten und Sozialdemokraten hier verfügt ist, über die „Agitation" der hiesigen Polizeibehörde während der letzten Reichstagswahl haben der „Vorwärts" und die „Berliner Freie Presse" bereits berichtet. Jetzt liegt wiederum ein Fall empörender Gewaltthätigkeit vor. Gestern, Sonnabend, den 7. d. M., Morgens 9 Uhr, fand auf Requisition des bekannten Staatsanwalts Hecht bei dem Redakteur der hier erscheinenden „Königsberger Freien Presse", Herrn Richard Schoen, eine Haussuchung statt, die, wie gewöhnlich Maßregeln dieser Art, von dem Criminalpolizei-Inspektor Hirsch und dem Criminalschutzmann Stannull ausgeführt wurde. In der Verfügung zur Haussuchung war Herrn Hirsch der Befehl ertheilt worden, Correspondenzen der hier vorläufig geschlossenen Gewerkschaftskassen, sowie Correspondenzen mit dem sozialdemokratischen Wahlcomité in Hamburg zu confisziren. Nachdem trotz sehr genauer Nachsuchung Briefschaften dieser Art nicht aufgefunden worden waren, wandte sich Hirsch zu den geschäftlichen Papieren und zu den Geschäftsbüchern. Von diesen nahmen die „haussuchenden" Beamten an sich: ein noch nicht gedrucktes Manuskript, einen Brief aus Danzig, mehre Postbeläge über empfangene und abgesandte Gelder und — das Abonnenten-Verzeichniß der „Königsberger Freien Presse". — Schoen protestirte hiergegen auf das Entschiedenste, indem er hervorhob, daß nach dem Befehl, auf Grund dessen diese Haussuchung stattfinde, nur die angeführten, genau bezeichneten (wenn auch nicht vorhandenen) Correspondenzen hätten mit Beschlag belegt und mitgenommen werden dürfen; gegen die Geschäftsbücher der von ihm vertretenen Firma H. Zimmer & Co. richte sich jedoch die Haussuchung nicht. Ueberdies seien die Abonnentenlisten einer Zeitung bekanntlich sogenanntes Redaktionsgeheimniß und selbst die kaiserliche Post liefere dieselben nicht aus. Jedoch Alles vergebens. Hirsch nahm die Abonnentenbücher mit sich, nachdem der ihn begleitende Schutzmann auf verschiedene Namen in denselben ausdrücklich aufmerksam gemacht hatte.

Am 13. Mai 1850, also in einer Zeit, in welcher die oben erwähnte Reaktion hier in höchster Blüthe stand, fand bei Dr. Minden eine Haussuchung nach Papieren des damaligen Königsberger Arbeitervereins statt. Dr. M. lieferte die auf den genannten Verein bezüglichen Papiere unweigerlich aus. Als nun jedoch der die Haussuchung leitende Polizei-Inspektor Wedecke verschiedene andere Briefe (Correspondenzen mit Flüchtlingen aus der Schweiz und England) an sich nehmen wollte, protestirte Dr. M. dagegen mit Hinweisung auf den von amtlicher Seite speziell bezeichneten Gegenstand der Haussuchung, und — Polizei-Inspektor Wedecke ließ die betreffenden Papiere zurück. Er begnügte sich, über den Inhalt dieser Schriftstücke ein Protokoll aufzunehmen.

Was damals (1850) der reaktionäre Polizeiinspektor Wedecke aus einer gewissen Achtung vor dem Gesetze doch noch unterließ, verübt heute Polizeiinspektor Hirsch sans façon. Der damals erscheinende berüchtigte „Königsberger Freimüthige" meinte allerdings: der Herr Polizeiinspektor hätte „zugreifen" sollen.

Nachschrift. Die Abonnentenbücher sind dem Genossen Schön inzwischen von der Oberstaatsanwaltschaft wieder ausgeliefert. Ohne Zweifel, meint die „Königsberger Hartung'sche Zeitung", wird bei der Polizei eine genaue Durchsicht der Listen stattgefunden haben.

Mannheim, 25. Aug. Wie sich die Polizeibehörden auf die Ausnahmegesetze einüben, haben Sie schon wiederholt mitgetheilt. Auch hier bei uns wurde eine Parteiversammlung mit der Tagesordnung über die Ausnahmegesetze verboten. Das uns zugestellte Schriftstück lautet:

„Mannheim, den 23. August 1878.

Die Versammlungen der sozialistischen Arbeiterpartei in Mannheim betr.

Dem Herrn Koch dahier wird eröffnet, daß wir die auf Dienstag, den 27. August d. J., Abends halb 9 Uhr, in die „Neue Welt" dahier einberufene Versammlung der sozialistischen Arbeiterpartei auf Grund der §§ 11 und 4 des Gesetzes vom 21. November 1867, das Vereins- und Versammlungsrecht betr., zum Voraus verbieten.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß das angeführte Gesetz für den Fall, daß eine Volksversammlung ungeachtet eines obrigkeitlichen Verbotes veranstaltet wird, die einfachen Theilnehmer mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 4 Wochen, die Veranstalter, Leiter und Redner aber mit Gefängnißstrafe von mindestens 6 Wochen bedroht.

Großherzogliches Bezirksamt.
Dr. Wilckau."

Auf diese Weise glaubt man nun einfach unsere Partei todtmachen zu können. O ihr Herren Gegner, wir besitzen tausenderlei Mittel für die Wahrheit einzutreten und wenn auch Deutschland zu einer Heerde Denunzianten geworden ist, so werden wir doch bald unsere Leute erkannt haben und die Gegner werden schließlich Maul und Nase aufsperren über unsere immensen Fortschritte. Und darum Glück auf!

Hannover, 30. August. Wie weit die Gehirnerweichung in Folge der herrschenden Zustände selbst bei den Redakteuren großer leitender Organe der nationalliberalen Partei vorgeschritten ist, das beweist nachstehender Blödsinn, den der „Hannover'sche Courier" in seiner Nummer vom 30. August unter Local-Nachrichten seinem geistreichen Lesepublikum allen Ernstes zu bieten wagt:

„Originelle Wahlversammlungen (zwischen Himmel und Erde) sind hier dieser Zeit von den Sozialdemokraten abgehalten worden, und zwar auf dem einige 40 Meter hohen Kranze der Waterlooſäule, wo unter den Flügeln der Siegesgöttin, unbehelligt durch die Polizei und ohne deren Vorwissen, von den Führern die Wahlparole für die letzte Reichstagswahl ausgegeben wurde. Der ungewöhnliche Zudrang sogenannter Bassermannscher Gestalten, die sich zu dem „gendarmenfreien Himmel" den Schlüssel in der benachbarten Kaserne holten, erregte schließlich die Aufmerksamkeit des dienstthuenden Offiziers, der denn auch Rapport darüber erstattet haben soll."

Da wir Sozialisten nun so gutmüthige Menschen sind, daß wir sogar gegnerische Schimpf- und Hetzorgane im gegebenen Falle gern mit authentischen Nachrichten unterstützen, so wollen wir der schlauen Redaktion des „Hannoverschen Couriers" zur Ergänzung der obigen Notiz noch verrathen, daß von jeder der erschienenen „Bassermannschen Gestalten" ein furchtbarer Eid auf zwei über einer Petroleumflasche gekreuzten Dolchen geschworen werden mußte, dahin lautend, daß sich jeder Theilnehmer verpflichte, in den ersten acht Tagen nach Proklamirung der Hannover'schen Commune, welche unzweifelhaft sofort nach dem Zustandekommen des Sozialistengesetzes erfolgen werde, sich nur von in Petroleum geschmorten Bourgeois zu nähren; daß ferner als Parole einstimmig das geflügelte Wort Bismarck's: „Die Nationalliberalen müssen an die Wand gequetscht werden, daß sie quietschen!" angenommen wurde. Und daß man es außerdem für praktisch erklärte, mit dieser Prozedur bei den nationalmiserablen Schimpf- und Hetzblatt-Redakteuren den Anfang zu machen. Im Uebrigen sind wir gern bereit, der Redaktion des „Hannover'schen Courier" auch für die Zukunft mit wichtigen Mittheilungen unter die Arme zu greifen, damit derselben der Stoff zu Sensationsnachrichten über die Sozialdemokratie nicht ausgeht. H. O.

Schalke (Kreis Bochum), 3. Septbr. Aus allen Orten hört man von Verfolgungen unserer Partei und auch hier hat es bisher nicht daran gefehlt. Während der Zeit vor den Reichstagswahlen erhielten wir auch nicht ein einziges Lokal zum Abhalten einer Volksversammlung, und so mußten wir uns auf die Privatagitation verlassen. Auf den Zechen hatten unsere Kohlenbarone recht schöne Plakate mit Aufrufen an die Arbeiter anschlagen lassen, in denen mit der Hungerpeitsche gedroht wurde. All' dies hat uns vorgelegen und in Folge dessen agitirten wir nur in den Kreisen, wo nicht massenhafte Entlassungen bevorstehen würden; wir legten auch hier, als nichtoffizieller Wahlkreis, unseren Schwerpunkt in die Geldsammlungen für den allgemeinen Wahlfond. Das Wahlresultat ist folgendes: Löwe 20,564, Schorlemer 16,571, Tölcke 840, zersplittert 39 und ungiltig 93 Stimmen. — Trotz alledem werden wir fortfahren für die sozialistische Sache thätig zu sein. C. M.

Briefkasten

der Redaktion. K. in Kesselstadt: Pierer's Conversationslexikon hat den größten Reichthum an Worten; das Meyer'sche steht aber in mancher anderen Beziehung höher. Schlosser's Weltgeschichte ist wohl am geeignetsten. — C. R. in Berlin: Die Adresse Hasenclevers ist: Redaktion des „Vorwärts", Leipzig, Färberstr. 12II.

der Expedition. O. Rhnrt Amsterdam: Das Gewünschte ist jetzt wieder auf Lager. — W. Rgr Freiburg i. Schl.: Die Kalenderzusendung verzögert sich, weil wir von der Assoziations-Buchdruckerei die Marktverzeichnisse noch nicht erhalten haben. Die „N. W." 1—26 kostet 2,40 Mk., der Jahrgang 6,30 Mk.

Herr Adolph Ullrich, Schreiner aus Mecklenburg-Schwerin, früher in Cöln wird gebeten mir seine Adresse betreffs Regelung einer Angelegenheit mittheilen zu wollen.

Jos. Ackermann, Ehrenfeld b. Cöln.

Quittung. Mr Darmstadt Schr. 40,00. Exped. d. Freien Presse Chemnitz Schr. 50,00. Lgs Hannover Ab. 100,00. Dbch Hanau Ab. 16,20. Bhf Linz Ab. 4,01. Thl Deutz An. 1.50. Stb Breslau Schr. 20,00. Rbr Uebertingen Schr. 1,00. Ablmnn Beersen Ab. 1,40. Mhnrt Rawitsch Schr. 8,40. Mr Zweibrücken Schr. 5,15. Oldbrg Königsberg Schr. 4,55. Schrmm Langebrück Schr. 2,90. L. Besigheim Schr. 8,25. Stppn Crefeld Schr. 4,00. Hlnd Solingen Schr. 12,75. Strb Offenbach Schr. 25,00. Sprngr Aachen Ab. 2,10. Ahln Wertheim Schr. 2,80. Gld. Berlin Schr. 1,40. Rbnstn Oelsnitz Schr. 1,00. Grd Stötteritz Abon. 19,35. Ehlmnn Lüneburg Schr. 2,80. Arnldt Königsberg Schr. 0,60. L. Gumbinnen Schr. 15,60. Krz Gera Schr. 2,45.

Cöln. Samstag, den 12. Oktober d. J., findet in der Restauration zum Schiffchen am alten Ufer eine 1,50] **Außerordentliche Generalversammlung** (F 65) der Mitglieder der Genossenschaftstischlerei (eing. Genossenschaft) statt. Besprechung betr. des § 16 des Statuts. Der Aufsichtsrath.

Meinen Freunden in Deutschland zeige ich hiermit an, dass meine Frau, **Lydia**, geb. **Burns**, mir in der verflossenen Nacht durch den Tod entrissen wurde.

London, 12. September 1878. **Friedrich Engels.**

Zur Beachtung!

Von vielen unserer Schriften ist nur noch geringer Vorrath vorhanden. Wir ersuchen daher Alle, welche sich sozialistische Schriften entweder anschaffen oder ihren Schriftenbestand ergänzen wollen, dieses sofort zu thun, indem die Herstellung neuer Auflagen längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Leipzig, 14. September 1878.

Die Expedition des „Vorwärts",
Leipzig, Färberstraße 12 II.

Im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig ist erschienen und ist durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

Inhalts-Verzeichniß:

Vorwort. — Vollständiges Kalendarium. — Aus meinen Erinnerungen. Von Joh. Phil. Becker. — Woher und wohin mit den Kulis? — Wie entstand unsere Welt. Von L. Friwitzer. — Heinrich Heine's Biographie. (Mit Portrait.) — Im Hinterhause. Erzählung von Heinrich Friedenau. — Sonne, Erde und Mond. Ein wichtiges Kapitel für Kalenderkäufer. Von Emil Roßbach. (Mit 5 Abbildungen.) — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Babeuf, Biographie. (Mit Portrait.) — Produktive und unproduktive Arbeit. Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie. Von H. Oldenburg. — Was uns die Statistik lehrt. — Statistik sozialistischer Reichstagswahlen. — Die Vergiftung des Volkes. — Aus alten Papieren. — Post-Porto-Tarif. Telegramm-Tarif. Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel ꝛc. ꝛc. — Marktverzeichnisse für ganz Deutschland.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „ „ }

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a.

Bei uns ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen sowie durch die Expedition des „Vorwärts" bezogen werden:

Der Republikaner

Illustrirter Volkskalender.

Dritter Jahrgang. 88 Seiten Lexikonformat, gut geheftet.
Herausgegeben von Reinhold Rüegg.
Preis 40 Pfg., ordinär.
Die Lieferung erfolgt nur gegen baar oder Nachnahme.
Freiexemplare werden nicht gegeben.
Posten von 10 Stück erlassen wir für Mk. 2,80
„ „ 100 „ „ „ „ „ 26,00
Das Porto müssen die Besteller tragen.

Inhalt: Aus John Stuart Mill's Selbstbiographie. (Eine Bemerkung über den „Unglauben".) — Kalendarium mit Angaben über die Temperatur-Verschiedenheit während der Tageszeiten und in den verschiedenen Zonen, Angabe der Regenmenge in den verschiedenen Ländern, sammt einer Abhandlung über die Kometen, von Dr. A. Weilenmann. — Vollständiges Verzeichniß der Jahr- und Viehmärkte in der Schweiz mit Angabe der bedeutenderen Märkte in den angrenzenden Ländern. — Requiescat (Er ruhe). Gedicht von Ferdinand Freiligrath. — Der Sturm auf die Tuilerien am 10. August 1798. — Drei Sprüche von Börne. — Titelsucht. — Das Begräbniß einer alten Bettlerin. Gedicht von Lenau, mit Illustration. — Pestalozzi's Schüler in Spanien zu Anfang des 19. Jahrhunderts. — Der Papst bei Laune. Gedicht von Beranger, mit Illustr. — Aus der chinesischen Arbeiterwelt. — Jean Jacques Rousseau, mit Illustr. — Russische Sprüchwörter. — Das Trinklied. — Aus einem Trostschreiben von Dr. Snell an Thomas Scherr anläßlich seiner Vertreibung vom Seminar Küsnacht in Folge des Zürich-Putsches von 1839. — Die Nacht, mit Illustr. — „Gerächt". Novelle von Maximilian Dittrich, mit Illustrationen. — Apostatenmarsch. Gedicht von Gottfried Keller. — Die erste Verfassung der Helvetik, von Dr. J. Strickler. — Aus dem Tagebuche eines jungen Vaters. — Mazzini, mit Illustr.

Der Kalender ist im besten Sinne des Wortes ein Volkskalender. Welch steigender Beliebtheit sich derselbe erfreut, geht daraus hervor, daß während im ersten Jahre 6000 Stück, im zweiten schon 10,000 Stück davon abgesetzt wurden. Da demnach dieses Jahr ohne Zweifel auf vermehrte Nachfrage gerechnet werden kann, so haben wir die Auflage bedeutend erhöht.

Hottingen-Zürich, Mitte September 1878. Volksbuchhandlung.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 416 O'Farrell Str
London W.: C. Henze, 8 New Golden Square.

Nr. 111. Freitag, 20. September. 1878.

Durch Nacht zum Licht!

Seid nur brav zu jeder Stunde
Niemand hat euch etwas an,
Einer dieser Lumpenhunde
Wird vom Andern abgethan!
Goethe.

Es giebt Worte, welche die herrschende Richtung eines ganzen Jahrhunderts charakterisiren, indem sie die leitende Idee desselben gewissermaßen verkörpern; für den Eingeweihten sind solche Worte Vignetten der Weltgeschichte und die einfachsten Commentare kulturgeschichtlicher Gemälde.

So entrollt uns das Wörtchen: „Canossa" ein Tableau, das in der Gestalt eines büßenden Kaisers gegenüber einem anmaßenden Pfaffen die damalige Zeitrichtung auf's Schlagendste kennzeichnet und einer weiteren Beleuchtung nicht bedarf; so begegnet die Bezeichnung: „Reaktion" einem allseitigen Verständniß und ist als Ausdruck einer rückläufigen politischen Bewegung allgemein anerkannt und wie wir — wenn von „Blut- und Eisenpolitik" die Rede — auch unwillkürlich an Blut und Eisen denken müssen, so drängt sich uns bei den unsterblichen Namen Bismarck, Krupp, Stroußberg u. s. w. eine Fluth von Reflexionen auf, denen wir an dieser Stelle nicht Ausdruck geben wollen, um den Entwurf des Sozialistengesetzes nicht noch um eine — unbegreiflicherweise bisher noch der Berücksichtigung entgangene — Verbesserung zu bereichern, welche dem Gesetz nicht nur sofortige, sondern rückwirkende Kraft gäbe.

Ein solches Stichwort in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit ist auch das so tödtlich gehaßte und bitter verleumdete, so inhaltsschwere und dabei so unschuldige Wörtchen: Sozialdemokratie. Wie durch die kriegerischen Erfolge des Karthagischen Feldherrn Hannibal in den Kämpfen mit Rom der bloße Name desselben zum Schreckwort für die römische Jugend geworden war und der mütterliche Zuruf: „Hannibal ante portas!"*) sich den kleinen Schreihälsen gegenüber von wunderbarer Wirkung erwies, so ist auch das Wort „Sozialdemokrat" zum allgemeinen Schreckmittel geworden, da die gegnerische Presse ihre Thätigkeit auf die geniale Interpretation dieses Worts — als einzige Handhabe zur Discreditirung unsrer Partei — zu concentriren für gut fand.

— — — Wo die Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein!
(Goethe.)

Wer Gelegenheit gehabt, Definitionen der Sozialdemokratie zu hören, wie sie anläßlich der Attentate in vielen Kreisen gang und gäbe waren, der mußte — wenn ununterrichtet — vor der bodenlosen Niederträchtigkeit zurückschaudern, als deren Inbegriff die obige Bezeichnung galt. Der Unterrichtete kann nur staunen über die beispiellose Unverschämtheit, mit der die reaktionäre und die mit ihr zu „Schutz und Trutz" verbündete nationalliberale Presse sich bemüht hat, dem wahren Begriff der sozialdemokratischen Idee die Zwangsjacke ihrer corrupten, theils aus Unverstand, theils aus übelwollender Gesinnung entsprungenen Anschauungen anzulegen und die Träger dieser Idee als Landstraßenritter, Hochverräther und Königsmörder zu brandmarken. Nach der Commentirung der reichstreuen Biedermänner und Consorten gefährden unsere Prinzipien die persönliche Sicherheit und verneinen das Eigenthumsrecht; die Organisation eines sozialdemokratischen Staates wäre die Organisation des Mordes und des Diebstahls und unsere Devise auf blutrother Fahne sei: „La bourse ou la vie!"**) Indem uns so die gegnerische Presse unser Medusenhaupt im Spiegel zeigt und uns von der Verwerflichkeit unserer Bestrebungen wohlmeinend unterrichtet, beschuldigt sie uns — man höre und staune — der Verwirrung der Gemüther!!

In solchem Wahnsinn liegt nicht einmal Methode, denn daß Carrikaturen wie die obigen nur bei einem seitens ihrer Autoren selbst ausgebildeten Cultus der Begriffsverwirrung ihr Dasein zu fristen vermögen, leuchtet dem Unbefangenen ein; diese Fanatisirung des Volkes gegen das Volk führt erfahrungsmäßig nicht blos zur „Verwirrung der Gemüther", sondern zu den unheilvollsten Exzessen gegen politisch Andersdenkende.

Als eine herrliche Frucht solcher Begriffsverwirrung erscheint auch der geniale § 1 des Ausnahmegesetzes, welcher, bei der Schwierigkeit, speziell irgend eine Operation der Sozialdemokratie als strafbar zu motiviren, der freien Auslegung unbegrenzten Spielraum einräumt, die thatsächlichen Kriterien einer im Sinne des Gesetzes strafbaren Handlung von vornherein der Diskussion entzieht und so die dereinstige Anwendbarkeit dieses Allerweltsparagraphen in's Unendliche ausdehnt.

Welches Urtheil bildet sich nun bei vorurtheilsfreier Prüfung unserer Grundsätze und unbefangener Uebersicht unseres bisherigen Entwicklungsganges?

Verdollmetschen wir zunächst das Wort Sozialdemokratie, dessen erster Bestandtheil: sozial sich aus dem Lateinischen herleitet und in deutscher Uebersetzung Alles das bezeichnet, was auf die bürgerliche Gesellschaft Bezug hat und dessen zweiter Theil ursprünglich der griechischen Sprache angehört. Demokratie, abgeleitet von demos = Volk und kratein = herrschen, heißt wörtlich Volksherrschaft und bezeichnet diejenige Staatsform, bei welcher das Volk die Staatsgewalt ausübt. Man unterscheidet zwei demokratische Systeme: das absolute, bei welchem die Gesammtheit des Volks seine öffentlichen Angelegenheiten durch unmittelbare Ausübung des Stimmrechts entscheidet und das repräsentative System, bei welchem das allgemeine Stimmrecht sich nur auf die Bildung eines oder mehrerer gesetzgebender und verwaltender Körper erstreckt. Die Demokratie erstrebt die Gleichberechtigung aller Klassen zur Ausübung der politischen Rechte; die Sozialdemokratie insbesondere zu dem Zweck, um dem Sozialismus die Wege zu ebnen, d. h. eine allgemeine gesellschaftliche Gleichstellung herbeizuführen, die Abhängigkeit des Proletariats von der besitzenden Klasse aufzuheben und die Arbeit von dem Druck des Kapitals zu befreien! Und das nicht durch Proklamirung der rothen Commune, sondern durch Wort und Schrift, durch unmittelbar persönliche Einwirkung, durch schriftstellerische Propaganda, und durch parlamentarische Wirksamkeit!

Welcher Grund hätte nun wohl die sozialistenfeindliche Presse bewegen können, diese Intentionen unserer Partei gestissentlich zu verzerren, wenn nicht die lebhafte Besorgniß, daß die Sozialdemokratie sich eine ihr unbequeme Machtstellung erringt? Und woher stammt diese Besorgniß anders als aus der — wenn auch zähneknirschend verschwiegenen — eigenen Ueberzeugung, daß die unumstößliche Wahrheit der sozialdemokratischen Grundprinzipien diesen eine dereinstige Machtstellung gewährleistet?

Prüfen wir jetzt noch, wie sich die Mehrzahl des Volkes den sozialpolitischen Theorien und unserer Partei-Propaganda gegenüberstellt.

Zunächst tritt uns auf politischem Gebiete in den Vertretern des Feudal- alias Junker-Systems und auf sozialem Gebiet in den wandelnden Geldsäcken und mit unseren Idealen natürlich collidirenden Interessen der Bourgeoisie eine mächtige Opposition entgegen. Diejenigen Faktoren, welche außer der in das öffentliche, wie in das Privatleben tief einschneidenden Pression von Seiten der Regierung und des Kapitals der Verbreitung unserer Ideen sonst noch vorzugsweise hemmend entgegenwirken, glauben wir zutreffend als Unwissenheit in Verbindung mit persönlicher Ueberhebung, als Aberglauben an die liberale Presse und als gänzliche politische Indifferenz bezeichnen zu können.

Viele brüsten sich mit einem — meistens auf sehr schwacher Grundlage ruhenden und nur um politisch nicht als grundsatzlos zu gelten — cultivirten Urtheil und lassen sich von dem Sockel ihrer eingebildeten intellectuellen Ueberlegenheit zu einem Meinungsaustausch durch Diskussion grundsätzlich nicht herab. Sie mögen wohl wissen, warum. Es ist ihnen nicht daran gelegen, Proselyten ihrer eigenen Anschauungen zu machen, und sie vermögen es auch nicht. Im Besitz einiger tönenden stereotypen Schlagwörter, die für sie einen höheren Werth haben als ganze politische Encyklopäden und die sie vorkommenden Falls einem politischen Gegner unversehens auf die Brust setzen, sehen sie auf die Sozialdemokratie mit theatralisch naserümpfendem Air herab. Fi donc! Sozialdemokrat ist ihnen ein Jeder, der sich nicht durch parfümirte Glacehandschuhe und weiße Weste als Mensch legitimirt. „Was kann aus Nazareth Gutes kommen?" Eine Bewegung, welche aus den Volksmassen hervorgegangen ist und von Männern des Volks geleitet wird, verdient keinen Anspruch auf Beachtung; wie wäre dies auch wohl gegenüber den Trägern vielgedruckter und vielgelesener Namen und demnach vermeintlichen Autoritäten möglich!

Es mag hier eine kleine Anekdote Platz finden, welche für den allgemeinen Hang, Autoritäten auf jede Bedingung hin zu ins Feld zu fahren, einen charakteristischen Beleg liefert:

Ein junger talentvoller Musiker executirte in einer Gesellschaft von Musiknarren eine seiner Compositionen. Das Urtheil der vermeintlichen Kenner darüber lautete mit Rücksicht auf das bescheidene Auftreten des jungen Componisten ziemlich abfällig, wenn auch der conventionellen Höflichkeits-Form die bei solchen Gelegenheiten üblichen Zugeständnisse gemacht wurden. Hierauf bat der junge Mann um die Erlaubniß, eine neue, noch nicht herausgegebene Sonate von Beethoven vortragen zu dürfen, was ihm mit Entzücken gestattet wurde. Die andächtigste Aufmerksamkeit begleitete den Vortrag und stürmischer, nicht endenwollender Applaus brach nach den Schlußaccorden los. Doch erfuhr der allgemeine Enthusiasmus eine erhebliche Abkühlung, als der Künstler erklärte, daß die erste Pièce von Beethoven, die letztere dagegen seine eigene Composition sei.

So ist auch bei der Colportage einer großen, ja weltbewegenden Wahrheit der Sozialdemokrat schlecht accreditirt; ein mit „Eichenlaub und Schwertern" decorirter oder sonst in Knopfloch-Zierden machender auf seinen Lorbeern ruhender Wirklicher Geheimer Hofrath, dessen Stammbaum vielleicht bis auf Bileams Esel zurückreicht, würde wohl besseren Absatz für sein Machwerk finden. —

Mais revenons à nos moutons!*)

Die vorbezeichnete Kategorie unserer Widersacher dürfen wir getrost ihrem Schicksal und das Amt des Lehrmeisters der Erfahrung überlassen. Diese letztere wird unserer Agitation auch in Bezug auf diejenigen erheblich zu Hilfe kommen, welche den Nahrungsstoff für ihren holden Freiheitsdusel aus nationalliberalen Blättern schöpfen und welche das Grabgeläute des sogenannten Liberalismus über kurz oder lang aus ihren Träumen wecken wird; sie werden dann den Weg zu unseren Prinzipien finden! —

Die obengedachte offene und in großer Majorität uns gegenüberstehende Opposition jedoch werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, sei es auch unter den scheinbar ungünstigsten Verhältnissen; wie weder der Elephant des Königs Pyrrhus noch sein Gold auf den Römer Fabricius einzuwirken vermochten, so werden auch uns die Drohungen unserer Feinde, wie ihre Lockungen unempfänglich finden. Wir werden nicht eher ruhen, bis das Endziel unserer Bestrebungen erreicht ist, d. h. bis eine auf gleichmäßige Vertheilung der Arbeit und des Erwerbs gegründete Reorganisation der Gesellschaft stattgefunden und dem Anspruch eines Jeden auf menschenwürdige Existenz in humaner Weise Rechnung getragen hat, bis der Paria nicht mehr durch den Fluch seiner Geburt dem Elend und der Verzweiflung in die Arme getrieben wird, sondern körperlich und geistig seines Lebens froh werden kann, bis der Ruf des Proletariats: „Et ego in Arcadia!"**) nicht mehr zum Himmel schreit sondern auf Erden Gehör findet!

Einen Agitator für unsere Ideen giebt es, der von furchtbarer Wirksamkeit; wir wollen ihn jedoch nicht heraufbeschwören! Es ist der Hunger, die Noth in ihrer höchsten Potenz. Wer aller Warnungen ungeachtet die Agitation dieser Gewalt herbeiführt, mit dem wird er fürchterliche Abrechnung halten! —

Wir richten nun — mag das Ausnahmegesetz in der beabsichtigten Fassung in Kraft treten oder nicht — an jeden Parteigenossen die dringende Aufforderung uns in Bezug auf den oben gleichfalls berücksichtigten, bisher noch politisch indifferent gebliebenen Theil der Bevölkerung in der Agitation nach Kräften zu unterstützen. Bei so Manchem, dessen Anlagen ein nicht unfruchtbares Feld für die Arbeit des freien Gedankens bieten würden, herrscht in politischer Beziehung völlige Gleichgültigkeit; er stellt sich außer dem Kampf der Parteien und sucht ihn zu ignoriren; er fröhnt seiner Denkbequemlichkeit, der ihn ein Wort zu rechter Zeit und an rechter Stelle, ein geeigneter Hinweis auf unser Programm entreißen kann.

Der individuellen Beurtheilung in jedem einzelnen Fall muß natürlich anheimgegeben werden, inwieweit und in welchen Fällen der gegenseitige persönliche Verkehr zur Grundlage der Agitation gemacht werden darf, ohne die eigene Sicherheit zu gefährden; wir bauen aber fest auf das — selbst von unseren Gegnern anerkannte und hervorgehobene — solidarische Zusammenhalten der Parteigenossen und erwarten, daß die möglicherweise hereinbrechende Katastrophe Jeden auf seinen Posten finden wird:

In Reih' und Glied!

*) Hannibal ist vor den Thoren!
**) Die Börse oder das Leben!

*) Wörtlich: Aber kommen wir auf unsere Hämmel zurück! (Französisches Sprichwort) dem Sinne nach: Kommen wir wieder zur Sache!

*) „Auch ich bin in Arcadien geboren!" (Gedicht von Schiller.) Arcadien, als die blühendste Landschaft des alten Hellas hier gewissermaßen mit unserem „Paradies" zu identificiren.

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, 16. September.

Also heut ist der denkwürdige Tag, wo die Lösung des großen Problems: eine weltgeschichtliche Bewegung durch ein Stückchen Papier aus der Welt zu schaffen, in Angriff genommen werden soll. Das wunderbare Schauspiel, oder richtiger das Schauspiel des auf die Tagesordnung gesetzten Wunders zieht große Schaaren Neugieriger nach dem Parlamentstheater, dessen Bretter auch eine Welt bedeuten, aber eine recht langweilige. Zu Fuß und zu Wagen kommen sie heran — Zuschauer und Akteure; um 11 Uhr, wo der Vorhang sich offiziell erheben soll, ist das Gedränge vor dem Reichstagsgebäude am Lebhaftesten: es regnet ein wenig und das Asphaltpflaster ist dadurch so glatt geworden, daß die Pferde ausgleiten — im Moment wo es 11 schlägt, liegen drei Droschkenpferde am Boden, und ebensoviele verunglückte Reichsboten vermögen nur durch kühne Evolutionen sich aus dem „allgemeinen Umsturz" zu retten, den ein römischer Augur sicherlich für ein recht böses Omen (Vorzeichen) gehalten hätte.

Omen oder Nicht-Omen: die Vorstellung beginnt zu beginnen. Punkt 11 nimmt Forckenbeck nebst dem Bureau seinen Platz ein, der Reichstag ist noch ziemlich leer, die meisten Mitglieder gehen, eifrig redend, im Vorsaal auf und ab. Auf den Regierungs- und Bundesrathsbänken sind sichtbar: Eulenburg junior, der seinen neulichen Durchfall gut zu machen, und Graf Stollberg-Wernigerode, der „Vicekanzler", der sich seine parlamentarischen Sporen zu verdienen hat. Doch vergeblich wird ER gesucht. Der Telegraph hatte doch SEINE Herkunft angekündigt, und daß die Sozialdemokraten böse „Enthüllungen" in petto hatten, war ein Geheimniß, das die Spatzen von den Dächern pfiffen. Also ER glänzte durch Abwesenheit. Schlimm! Wir werden wohl viel zu Gähnen haben.

Das akademische Viertel ist verstrichen: Forckenbeck eröffnet die Sitzung und ertheilt nach Erledigung der üblichen Formalien und Mittheilungen dem Herrn Vice-Bismarck das Wort. Dieser erhebt sich unter gespanntester Aufmerksamkeit des Hauses und „redet" genau 4 Minuten und 7 Sekunden, wobei er das Kunststück fertig bringt, absolut nichts zu sagen und doch stecken zu bleiben. Des Reichskanzlers homines novi (neue Männer) scheinen sämmtlich zum Durchfall prädestinirt zu sein. Habeant sibi. —

Selbst der loyale Reichensperger, der nach dem verunglückten „Graf Stellvertreter des Herrn Fürsten Reichskanzlers" das Wort erhält, kann nicht umhin, sein Befremden über diese übelangebrachte Schweigsamkeit auszudrücken. Sonst reitet Herr Reichensperger sein altes Steckenpferdchen: Gegen den Sozialismus, dieses „Gemisch von humanitären Aspirationen und zügellosen Bestrebungen" ist mit Gewalt nichts auszurichten: der Staat ist ohnmächtig, da kann nur das Christenthum, wie die Kirche helfen. Eine Umkehr Derer, die an der Spitze stehen und in falsche Bahnen eingelenkt haben, ist nothwendig; wenn es nicht geschieht, steht uns in Deutschland ein „Zukunftssozialismus bevor, gegen den die Pariser Commune eine Idylle war." Nachdem er diese schreckliche Prophezeiung von sich gegeben, erklärt Redner bescheiden, er wolle nicht prophezeien, woraus doch erhellt, daß er selbst seine Prophezeiung nicht ernst nimmt. Nun, wir wollen ihn nicht beschämen und nehmen sie ebenfalls nicht ernst.

Redner zeigt jetzt, wie unlogisch das ganze Gesetz ist. Es

richtet sich angeblich gegen die Sozialdemokratie, das sozialistische Gift werde aber von vielen anderen als Sozialdemokraten verbreitet: von Katheder-sozialisten, Staatssozialisten, ja von der Fortschrittspartei und dem gesammten Liberalismus, dessen consequenter Ausläufer ja blos der Sozialismus sei. Alle diese Richtungen unbehelligt lassen und die Sozialdemokratie knebeln wollen, das heiße eine Mündung verstopfen, die schädliche Fluth aber durch viele andere Oeffnungen frei ausströmen lassen. Zu seinem Befremden habe er bei Gelegenheit der Debatte über das Hödelgesetz von einem conservativen Mitglied des Hauses (Graf Bethusy-Huc) die Aeußerung gehört, die Christlich-Sozialen seien mindestens ebenso schlimm, wie die Sozialdemokraten. Das verrathe eine vollständige Unkenntniß des wahren Sachverhalts: nur durch das Christenthum sei die soziale Frage zu lösen.

Nach Reichensperger, der etwa dreiviertel Stunden spricht, geht der deutschconservative Herr von Hellbrof auf die Tribüne, der in halbstündiger Rede den höchst überflüssigen Beweis zu liefern sich abmüht, daß er und seine Gesinnungsgenossen schon vor dem Nobiling-Attentat gerade so reaktionär gewesen, wie nach demselben. Außerdem führt er noch, mit vollständigem Erfolg, den zweiten Beweis, daß er von der Sozialdemokratie und deren Geschichte und Inhalt nicht das Mindeste versteht und nicht einmal die Anlagen zu den „Motiven" des „Ausnahmegesetzes" verdaut hat. Zum Schluß bringt Herr von Helldorf noch einige obligate Tiraden gegen das allgemeine Wahlrecht, das bei der letzten Wahl von — Sozialdemokraten mißbraucht worden sei, eine Entdeckung, der das Epitheton „genial" nicht versagt werden kann.

Bebel erhält nun das Wort; er knüpft zunächst an die Bemerkungen des Vorredners über das Allgemeine Wahlrecht und die letzten Wahlen an und führt aus, daß der Mißbrauch des Allgemeinen Wahlrechts von den reaktionären Parteien, nicht aber von der Sozialdemokratie verübt worden sei. Dann, in die Sache eintretend, verlangt er die Beweise für die, dem Ausnahmegesetz zu Grunde liegende Behauptung, daß die Attentäter Nobiling und Lehmann-Hödel Sozialdemokraten gewesen seien und als Sozialdemokraten die Attentate begangen hätten. Als die Nachricht von dem zweiten Attentat nach Leipzig gelangt sei, habe er (Redner) sich gesagt: Nun, diesen kann man uns doch nicht an die Rockschöße hängen. Und doch ist es geschehen. Eine Depesche, welche die Signatur „offiziell" trug, stempelte Nobiling zum Sozialdemokraten und das Attentat zu einem politischen. Nun hat sich aber seitdem ergeben, daß Nobiling vom Moment seiner Gefangennahme bis zu seinem Tod nicht einen Augenblick vernehmungsfähig gewesen ist. Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Wer ist der Urheber jener Depesche, die ein infames Attentat auf die Sozialdemokratie war. Man schaffe die Protokolle. Das Haus hat das nämliche Recht sie zu fordern, wie am Freitag das auf die Katastrophe des „Großen Kurfürst" bezügliche Material.

Redner kommt nun auf die Beziehungen Bismarck's und der preußischen Regierung zur Sozialdemokratie. Noch ehe Lassalle auftrat, 1862 bot ein gewisser Eichler im Namen Bismarck's einem Leipziger Arbeitercomité eine bedeutende Geldsumme — bis zu 40,000 Thlr. — für Produktivassoziationen, unter der Bedingung, daß die Arbeiter die Bismarck'sche Politik unterstützten. Natürlich wurde das Anerbieten abgelehnt, und Herr Eichler hat seitdem in der Berliner Polizei einen Unterschlupf gefunden. Lassalle trat auf. Bismarck wandte sich an ihn (nicht Lassalle an Bismarck). Verschiedene Annäherungsversuche, bei denen ein königlicher Prinz als erster Vermittler auftrat, wurden von Lassalle zurückgewiesen, bis dieser endlich, durch positive Concessionen bewogen, sich zu Unterredungen mit Herrn v. Bismarck entschloß. Es fanden zahlreiche Conferenzen im Winter 1863 auf 64 statt, in denen sich Bismarck verpflichtete, das Allgemeine direkte Wahlrecht zu oktroyiren und sein Möglichstes zur Lösung der Arbeiterfrage im Sinn des Lassalle'schen Vorschlages zu thun.

Um jene Zeit wurde im Auftrag des Herrn v. Bismarck die berühmte Schlesische Weberdeputation inscenirt, wobei Hr. v. Wagener eine Hauptrolle spielte. Hr. v. Bismarck versprach der Deputation kräftige Maßregeln zur Hebung des Elends. Der Staat habe die Pflicht, die Lösung der Arbeiterfrage in die Hand zu nehmen; schade nur, daß so wenig Verständniß vorhanden sei. „Meine (Bismarck's) Geheimräthe verstanden durch die Bank nichts von der Arbeiterfrage."

Die Deputation hatte eine Audienz beim König, der sie gnädigst empfing und Hülfe versprach. Eine Geldsumme zur Gründung einer Webergenossenschaft wurde sofort gegeben; die Genossenschaft (in Schlesien) ging bekanntlich zu Grunde, jedoch nicht durch die Schuld der Arbeiter, sondern durch die ungeschäftsmäßige Verwaltung des überwachenden Landraths, der das schlechteste Rohmaterial beschaffte und die höchsten Preise für die Waaren ansetzte.

Lassalle brach 1864 die Unterhandlungen mit Bismarck ab, weil er ihm die Arbeiterbewegung nicht in die Hand liefern wollte. Nach Lassalle's Tod wurde aber — unter Dammer und Schweitzer — der Allgemeine deutsche Arbeiterverein politisch benutzt und speziell für die Vorbereitung des Krieges von 1866 und für die Verwirklichung des preußischen Kleindeutschlands gebraucht.

Folgen dann weitere (bekannte) Details über das Verhältniß Schweitzer's zur preußischen Regierung; die Ausstoßung desselben aus dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein"; das Anerbieten Bucher's an Marx, das Verhältniß Bucher's zu Bismarck; die Anerbietungen des Braß an Liebknecht u. s. w.

Und dieser Mann verfolgt jetzt die Sozialdemokratie als „staatsgefährlich"? — —

Wer bürgt den Liberalen dafür, daß Fürst Bismarck nicht wieder einen sozialistischen Rückfall bekommt? Ja, ist nicht sein Reichseisenbahn-Projekt, sein Tabaksmonopol-Projekt eminent sozialistisch?

Was nun das Ausnahmegesetz selbst angeht, so ist es schon deshalb ein Unding, weil der Begriff „Untergrabung" sich absolut nicht definiren läßt. Wenn ein Mann, wie der Abgeordnete Wehrenpfennig, den Normalarbeitstag, der in vielen Staaten bereits gesetzliche Institution ist, für eine sozialistische Forderung hält, die ergo staatsgefährlich ist, was ist da erst von Polizeibeamten zu erwarten, die doch nicht die wissenschaftliche Bildung eines Wehrenpfennig haben. Es würde einfach Alles unterdrückt, was der Polizei sozialistisch scheine, und sozialistisch werde ihr Alles scheinen, was ihr nicht gefalle. Uebrigens sei es unmöglich, die sozialdemokratische Literatur zu vernichten. Wenn es schon vor 1848 nicht gelungen sei, die Verbreitung der Oppositionsliteratur zu hindern — wie viel weniger jetzt, wo die Verkehrsmittel sich so ungeheuer vermehrt haben!

Und Eins. Man wirft uns vor, wir wollten das Eigenthum zerstören. Der Vorwurf ist nur in sofern begründet, als wir das Eigenthum an den Produktionsmitteln aufheben wollen. Wie kann uns aber überhaupt ein solcher Vorwurf von Männern gemacht werden, die selber das Privateigenthum in so rücksichtsloser Weise zerstören, wie es durch diese Vorlage geschieht. Wir haben 16 Genossenschaftsbuchdruckereien mit einem jährlichen Umsatz von über 800,000 Mark. Hunderte von Existenzen hängen daran. Und das Alles soll mit einem Federstrich vernichtet werden! Abgesehen von der Ungerechtigkeit, würde die Zerstörung all dieses Eigenthums und dieser Existenzen mehr Haß und Zorn gegen Staat und Gesellschaft erregen, als alle sozialistische Agitation seit 15 Jahren.

Es giebt außerdem 26 Gewerkverbindungen, die vermuthlich nach Annahme des Gesetzes unterdrückt würden; dieselben haben zusammen 60,000 Mitglieder, mit einer jährlichen Einnahme von 400,000 Mark und einer jährlichen Ausgabe von 320,000 Mark. Dazu kommen Invalidenkassen und sonstige Unterstützungskassen. All' diese mühsamen Werke wahrhafter Selbsthilfe der Arbeiter sollen das Schicksal unserer Genossenschaften theilen. Und wie greifen diese Maßregeln in das allgemeine bürgerliche Leben ein! Es giebt eine vollständige Untergrabung der gesammten bürgerlichen Verhältnisse.

Und warum? Aus welchem Grunde will man so vorgehen?

Wir, „die Sozialdemokraten, erstreben den gewaltsamen Umsturz"! So klagt man uns an. Wo steht es? Womit beweist man es? In keinem unserer Programme steht es. Seit Jahren suchen die Staatsanwälte es zu beweisen, und es ist ihnen nicht geglückt. Unsere Ziele sind durchaus humanitäre und ideale. Unsere Partei ist überhaupt die einzige, welche ideale Ziele hat.

Redner verliest nun Stellen aus den verschiedenen, den Motiven beigelegten Aktenstücken, welche dies bekräftigen, und bezieht sich auf den letzten Genter Congreß, dessen Majorität sich, den Anschauungen der deutschen Sozialdemokratie gemäß, für die organische Entwicklung gegen die gewaltsame Revolutions- und Putschmacherei der sogenannten Anarchisten oder Bakunisten ausgesprochen habe.

Man mag es verkleiden wie man will, das Ausnahmegesetz macht eine Million deutscher Männer völlig rechtlos. Will man das, so sei man wenigstens consequent. Die nothwendige Consequenz des Gesetzes wäre: Diejenigen, welchen man ihre staatsbürgerlichen Rechte raubt, auch ihrer staatsbürgerlichen Pflichten zu entbinden: vom Steuerzahlen, Eintritt in das Militär u. s. w. Und damit gelangten wir zur Ungereimtheit, zum Absurden.

Das Ausnahmegesetz geht von einer grundfalschen Auffassung der sozialpolitischen Bewegungsgesetze aus. Seine Urheber haben nicht begriffen, daß die sozialdemokratische Bewegung nicht von der Wissenschaft, nicht von der ganzen politischen und wirthschaftlichen Entwicklung zu trennen ist.

Eine gute Regierung — das hat schon Welcker in seinem Staatslexikon ausgeführt — macht durch vernünftige Reformen jede Revolution, jeden gewaltsamen Umsturz unmöglich.

Nachdem Redner noch des Gründungsschwindels, der Nothlage und der verkehrten Wirthschaftspolitik der Reichsregierung kurz erwähnt, schließt er: „Wie immer die Entscheidung ausfalle, die Zustände, gegen welche sich unsere Bewegung richtet, werden auf die eine oder andere Weise beseitigt werden; das Sozialistengesetz kann nur an der Art und Weise der Beseitigung etwas ändern."

Bebel, der im Ganzen fünf Viertelstunden sprach, wurde durchaus mit größter Aufmerksamkeit angehört; nur die Herren Conservativen, denen namentlich die Enthüllungen über die zarten Verhältnisse Bismarck's zur Sozialdemokratie sehr unbequem waren, machten mehrmals Störungsversuche durch Murren ꝛc.

Eulenburg junior erhebt sich nun, um „auf die gestellten Fragen zu antworten". Die Protokolle des Nobiling-Prozesses könne er nicht vorlegen, das sei Sache des Gerichts. Wahr sei aber, daß Nobiling einmal vernommen worden sei (wohl nach seiner Verwundung, als er sich gerade die Kugel in den Kopf gejagt hatte?) und damals erklärt habe, daß er sozialdemokratischen Versammlungen beigewohnt und daß die dort entwickelten Grundsätze ihm gefallen hätten. (Angenommen, Nobiling habe dies in zurechnungsfähigem Zustande gesagt, so wäre dadurch gerade bewiesen, daß Nobiling nicht Sozialdemokrat war, denn als solcher würde er sich direkt zur Sozialdemokratie bekannt haben.) Uebrigens habe er (Eulenburg) niemals behauptet, die Sozialdemokraten seien direkt schuld an den Attentaten; die Attentate seien aber aus den allgemeinen Anschauungen der Sozialdemokratie hervorgegangen. Dies werde bestärkt durch die Haltung der deutschen sozialdemokratischen Presse gegenüber den Attentaten. Sie haben dieselben entweder als Resultate der heutigen Gesellschaftszustände, oder als die Thaten unzurechnungsfähiger Individuen hingestellt. Die auswärtige sozialdemokratische Presse sei offener gewesen und habe unverholen Hödel und Nobiling als Sozialdemokraten anerkannt und ihre Verbrechen gebilligt, was auch der letzte Juraffer Congreß (Anarchisten-Conventikel) in der Schweiz gethan habe. Es sei richtig, dies seien anarchistische Kundgebungen, für welche die deutsche Sozialdemokratie nicht direkt verantwortlich zu machen; allein die Grundanschauung sei doch die gleiche, und „kraft des Gesetzes der Schwere werde die anarchistische Richtung, als die energischere, mit der Zeit unfehlbar die Marxistische überwiegen" (nach dem „Gesetz der Schwere" hat bekanntlich in Wirklichkeit das genaue Gegentheil stattgehabt). Man sehe also in den Anarchisten die künftige Sozialdemokratie. Indeß hätte auch Marx sich für den gewaltsamen Umsturz erklärt (folgt ein Schuster'sches Citat), und Bebel habe sich in dieser Hinsicht direkt einverstanden erklärt (ditto Schuster). Die Beziehungen Bismarck's zur Sozialdemokratie seien ihm unbekannt; er könne nichts Authentisches sagen. Wenn aber auch Alles wahr sei, was Vorredner behauptet, so sei damit blos bewiesen, daß Bismarck mit der sozialistischen Bewegung Fühlung gesucht und sich bemüht habe, sie in staatsfreundliche Geleise zu bringen. Er habe darin als echter Staatsmann gehandelt, und was er gethan, sei nicht eine Pflichtverletzung, sondern eine Pflichterfüllung. Nachdem es mißlungen, mußten natürlich andere Wege eingeschlagen werden. Beiläufig habe zur Zeit jener Unterhandlungen Lassalle gelebt, der auf nationalem Boden gestanden und nicht mit den Umstürzlern zu verwechseln sei, die heute das Ruder der deutschen Sozialdemokratie in Händen hätten.

An Eulenburg junior reiht sich würdig der Held von Kirchheimbolanden an, der „vom Platz" redet. Die Weisheit Bamberger's gipfelt in den Worten: „Ich glaube nicht an die Zukunft der Sozialdemokratie. Wer daran glaubt, der hat es allerdings schwerer, für ein Ausnahmegesetz zu stimmen." Sehr pfiffig: wer an die Zukunft des Sozialismus glaubt, d. h. überzeugt ist, daß der Sozialismus nicht todtgeschlagen werden kann, wird nicht den lächerlichen Versuch machen, das Nichttodtzuschlagende todtschlagen zu wollen. Herr Bamberger glaubt vermuthlich deshalb an die Möglichkeit der Todtschlagung der Sozialdemokratie, weil es ihm nach 1848 so leicht geworden, in sich selber die nicht soziale Demokratie todtzuschlagen.

Sonst entzieht die Rede sich jeder Berichterstattung. Ein parlamentarischer Echternacher macht auf jeden Schritt vorwärts

---

Im Staate der „Intelligenz".

In einer amtlichen geschichtlichen Darstellung des Verfahrens der preußischen Unterrichtsverwaltung bei Einrichtung von Volksschulen in Gegenden mit confessionell gemischter Bevölkerung wird unter Anderem mitgetheilt, daß an einer evangelischen Schule der Provinz Westfalen der ärmlichen Verhältnisse wegen in 26 Jahren 16 Lehrer einander gefolgt sind und es überhaupt nicht mehr möglich wird, einen geprüften Lehrer zu gewinnen und von einer Schule im Regierungsbezirke Coblenz die Regierung berichtet: „Die Schule besteht aus zwei Klassen, deren eine von 88 Knaben (!), die andere von 80 Mädchen (!) besucht wird, also aus zwei einklassigen Schulen. Die Schulsäle sind dunkel und für die vorhandene Schülerzahl nicht geräumig genug. Ein Theil der Knaben sitzt auf einer Bank, ohne Pult, weil zu dessen Aufstellung der Raum fehlt. Die Kinder halten ihre Tafeln in der einen Hand, oder legen sie auf die Kniee oder auf den Sitz, während sie davor knieen." Ueber eine von 32 Kindern besuchte Schule im Regierungsbezirk Arnsberg berichtet die Behörde: „Die zur Entlassung reifen Kinder haben weder einfache Sätze correct zu schreiben, noch zwei mehrstellige Zahlen richtig zu addiren verstanden; sie fanden auf der Karte nicht Westfalen, Arnsberg, Münster, die Rheinprovinz. Sie wußten weder den Namen unseres Kaisers, noch etwas von der Errichtung des deutschen Kaiserthums." Oft auch bestehen an demselben Orte zwei gleich schlechte Confessionsschulen kümmerlich nebeneinander. Die evangelische Schule eines Dorfes im Regierungsbezirk Trier z. B. hat 115 Schüler, welche von einem Lehrer in einem Zimmer unterrichtet werden, welches nur für 60 Kinder ausreichenden Raum hat. Die katholische Schule daselbst bietet ihren 35 Kindern ein Zimmer von 29,91 Qu.-Metern, aber sie ist von einem Präparanden versorgt, und keine der beiden Schulen kann ohne Staatszuschuß weiterbestehen. In den östlichen Provinzen seien ähnliche Verhältnisse noch häufiger. Dabei wird noch mitgetheilt, daß sich seit 1873 die Zahl der vorschriftsmäßig geprüften Lehrer zwar um 3488 vermehrt hat, aber noch 4581 Stellen im Staate nicht vorschriftsmäßig besetzt, außerdem eine noch größere Zahl von Schulklassen überfüllt sind.

Das sind höchst erbauliche Staats- und Gesellschaftszustände, die wahrlich nicht erst „untergraben" zu werden brauchen!

An diesen „vorzüglichen" Stand der Volksschulen reiht sich die noch „vorzüglichere" Lage der Volksschullehrer. Die „Schlesische Schulzeitung" redet unverblümt „von der furchtbaren Lage, in welcher alte, hochbejahrte, in den Ruhestand getretene Lehrer schmachten" und führt zu dieser „furchtbaren" Anklage gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung folgende Beispiele an:

1) Der Emeritus zu Mühlatschütz bei Bernstadt, der nach einer 53jährigen Dienstzeit, in welcher er zuletzt ein Gehalt von 810 Mk. bezog, jetzt von einer Pension von 438 Mark leben muß.

2) Der Emeritus zu Lorenzdorf, Kreis Bunzlau, der nach 44jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 900 Mk.) eine Pension von 343 Mark bezieht.

3) Der Emeritus zu Hochkirch bei Liegnitz, der nach 52jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 1350 Mk.) eine Pension von 450 Mark bezieht.

4) Der Emeritus zu Leipe, Kreis Trebnitz, der nach 50jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 900 Mk.) eine Pension von 510 Mark bezieht.

5) Der Emeritus zu Ewenthal, Kreis Landshut, der nach 34jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 510 Mk.) eine Pension von 270 Mark bezieht.

6) Der Emeritus zu Ellguth, Kreis Neustadt, der nach 49jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 967 Mk.) eine Pension von 322 Mark bezieht.

7) Der Emeritus zu Querbach bei Friedberg a. O., der nach 38jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 810 Mk.) eine Pension von 270 Mark bezieht.

8) Der Emeritus zu Grabin bei Neustadt, der nach 2[illegible]jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 642 Mk.) von einer Pension von 210 Mark leben muß.

Und dieselbe Gesellschaft, die solche Jammerzustände schafft und duldet, wagt es, sich darüber zu beschweren, daß man diese Zustände „untergraben" will?!

Die obigen 8 angeführten Nummern sind geeignet, jedem preußischen Staatsbürger, zu denen sich die Herren Minister doch auch rechnen, die Röthe der Scham in die Wangen zu treiben, sie sind geeignet, die Regierung aufzurütteln, solche unerhörten, Deutschland vor dem gesammten civilisirten Auslande verhöhnenden Zustände so schnell als möglich zu beseitigen. Und dennoch! Die einzige Antwort auf solche furchtbare Anklage wird sein: Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten und gegen alle Diejenigen, welche es wagen, solche Zustände der öffentlichen Beurtheilung preiszugeben!

Das ist der Rechtsstaat, das ist der Staat der „Intelligenz"!

— „Die Conservativen sind theils Ochsen von Geburt, theils Ochsen aus Prinzip", klagte bekanntlich der einstige Hauptführer der conservativen Partei, Geheime Justizrath Wagner, wenn seine Parteigenossen ihn durch ihre Handlungen in Verlegenheit setzten. Wenn Wagner sieht, mit welcher Wuth sich die conservative Heerde gegenwärtig auf den vorgehaltenen rothen Lappen des Ausnahmegesetzes stürzt und sich darin mit verwickelten Hörnern fängt, dann wird er gewiß auch nicht einen Buchstaben von obigem „geflügelten Worte" zurückzunehmen in der Lage sein können.

— Bismarck soll nach den Aeußerungen seines jüngsten Interviewers von Blowitz ein sehr gutmüthiger Mann sein; nur Diejenigen soll er hassen und bekämpfen, welche seinen weltgeschichtlichen Ruf zu verkleinern oder zu schädigen suchen. Wenn die Ansicht des Herrn von Blowitz auf richtiger Beurtheilung beruht, dann müßte Herr von Bismarck seinen größten Zorn auf — sich selbst werfen.

— Eine schreckliche Scene spielte sich vor Kurzem im Grand-Theater zu Bordeaux ab. Eine hübsche Tänzerin, Fräulein Delaß, strauchelte und fiel gegen eine Gasflamme; sofort fingen die Kleider Feuer, und erst nach längeren Bemühungen wurde das Feuer am Körper der Halbverbrannten gelöscht. Der ganze Vorfall spielte sich vor den Augen des Publikums ab, welches nach Beendigung des Zwischenfalles das Stück mit voller Gemüthlichkeit bis zu Ende genoß. „Man sollte es kaum glauben", schreiben dazu deutsche liberale Zeitungen. Wir aber haben die Ueberzeugung, daß die „gefühlvolle" deutsche Bourgeoisie genau eben so handeln würde.

zwei zurück, so daß er zuletzt, rückwärts avancirend, in irgend ein Sumpfloch der Reaktion plumpst, wo wir ihn ruhig liegen und darüber nachdenken lassen wollen, ob er für oder gegen das Ausnahmegesetz ist. Hoffentlich kommt er vor der dritten Lesung noch mit sich in's Reine.

Bamberger hatte die Geduld des „Hauses" auf's Aeußerste erschöpft. Es war nun keines Haltens mehr. Sobald er geendigt, um 4 Uhr — wurde ein Vertagungsantrag gestellt und einstimmig angenommen.

Morgen wird die Debatte wahrscheinlich zu Ende kommen. Da die Fortschrittspartei, consequent wie immer, sich entschlossen hat, für die Verweisung des Gesetzes vor eine Commission zu stimmen, wird die Verweisung unfehlbar mit großer Majorität erfolgen. Die Commission wird aus 21 Mitgliedern bestehen; ein sozialdemokratisches Mitglied wird dieselbe, in Folge des Widerstandes der Conservativen, voraussichtlich nicht enthalten.

Berlin, 17. September.

Auch heute ist die Spannung des Publikums eine große. Unter den Abgeordneten herrscht eine gewisse Erregung, weil verlautet, daß Fürst Bismarck der Sitzung beiwohnen wolle, um die gestern von Bebel gemachten „Enthüllungen" zu widerlegen oder richtig zu stellen. Das akademische Viertel wird etwas ausgedehnt und die auf 11 anberaumte Beginn der Sitzung bis auf ½12 verschoben. Nach Eintritt in die Tagesordnung erhielt als erster Redner das Wort der Fortschrittler Hänel. Derselbe wendet sich mit Nachdruck gegen das Ausnahmegesetz, das er im Ganzen und in seinen Theilen für vollkommen unannehmbar und für vollkommen unverbesserlich erklärt. Es sei eine wahrhaft cynische Zumuthung, die dem Reichstag mit diesem Gesetz gemacht werde. Es sei ein Parteigesetz, ja schlimmer: ein Tendenzgesetz, das nur Unheil anrichten könne. Es wende sich gegen eine ganze Partei auf Grund von Annahmen hin, deren Richtigkeit man nicht einmal zu beweisen suche. Die Sozialdemokratie könne nur mit geistigen Waffen bekämpft werden. Damit, daß man eine ganze Lehre als staatsgefährlich bezeichne, und die Unterdrückung dieser staatsgefährlichen Lehre verlange, sei blos der Beweis geliefert, daß man von Gedanken- und Gewissensfreiheit keinen Begriff habe. „Keine Regierung hat das Recht, zu entscheiden was staatsgefährlich ist und was nicht. Wird dieses Recht ihr zugestanden, dann ist es vorbei mit aller Freiheit — dann findet nur das Duldung, was der Regierung und herrschenden Partei gefällt." Wird dieses Gesetz, dessen Annahme ein schwerer politischer Fehler wäre, von dem Reichstag gebilligt, so ist es vorbei mit der Hoffnung auf eine gedeihliche und ruhige Entwicklung der Dinge in Deutschland. — — Redner führt dann des Weiteren aus, daß man durchaus nicht juristisch definiren könne, was sozialistisch, und sozialdemokratisch sei, daß die Ideen und Ideale der Sozialdemokratie von vielen der edelsten und erleuchtetsten Männer gebilligt und getheilt worden seien; und daß man die Sozialdemokratie als politische Partei nicht treffen könne, ohne die Wissenschaft zu treffen. Er (Redner) sei ein entschiedener Gegner des Vorgehens der Sozialdemokratie und glaube, daß sie vielfach gemeinschädlich gewirkt habe und wirke; allein dagegen habe man ja die Gesetze, die vollständig ausreichten. Unrecht sei es indeß, der Sozialdemokratie die jetzt unleugbar herrschende Verwilderung und Verrohung zuzuschreiben. Daran seien die allgemeinen politischen Verhältnisse, die Kriege, die Erschütterung der Autorität durch den raschen Wechsel auf politischem und legislatorischem Gebiete schuld. Statt zu reizen, statt zu ächten, gelte es zu versöhnen und eine gemeinsame Basis für alle das Vaterland liebenden Elemente zu finden.

Als Redner ungefähr in der Mitte seiner fast eine Stunde dauernden Rede (wohl der besten, die er im Reichstag gehalten) war, trat Bismarck in das Haus ein. Der Reichskanzler sieht etwas frischer aus, als in der vorigen Session — er bewies eben hernach drastisch, daß dies nur Schein ist, und daß seine krankhafte Nervosität eher zu- als abgenommen hat.

Er erhob sich kurz vor ½1 Uhr unter lautloser Stille des Hauses. Mit auffallend schwacher Stimme, und die Hände weithin sichtbar zitternd, begann er zu allgemeinem Staunen eine Attaque auf — Eugen Richter, der in dieser Session den Mund noch gar nicht aufgethan hatte und beschuldigte ihn heftig und in burschikosen Ausdrücken, daß er ihm (Bismarck) in seiner Abwesenheit aus seinem Unwohlsein einen Vorwurf gemacht und ihn unpassender Beziehungen zur Sozialdemokratie geziehen habe. Uebrigens sei es ihm gleichgiltig, was Herr Richter von ihm sage und denke — eine Behauptung, die durch den Ton seiner Rede aufs Schärfste widerlegt ward. Nun wandte er sich gegen Bebel. Was zunächst die Affaire mit Eichler betrifft, so leugnet er sie vollständig ab; er sei erst Ende September 1862 Minister geworden und habe also nicht schon „im September" 1862 „die Affaire" mit Eichler arrangiren können. Einem Eichler habe er nie Aufträge gegeben — freilich Berichte habe er von einem Eichler erhalten. Er (Bismarck) habe überhaupt mit keinem Sozialdemokraten jemals persönlich verkehrt. Lassalle rechne er nicht zu den Sozialdemokraten, von denen er sich wesentlich unterscheide, die er weit überrage. Mit den Epigonen von heute habe Lassalle absolut nichts gemein. Mit Lassalle habe er (Bismarck) allerdings zwei-, drei-, auch viermal Zusammenkünfte gehabt; aber nicht durch Vermittelung eines Prinzen oder der Gräfin Hatzfeldt, die er 1865 zum letzten Mal gesehen habe. Lassalle habe ihn gesucht, nicht er Lassalle. Von Unterhandlungen kann keine Rede sein. Lassalle sei sehr liebenswürdig, geistreich und ehrgeizig im großen Stil gewesen. Er habe sich nie in besserer Gesellschaft gefunden als mit Lassalle, der, wenn er heut lebte, die Epigonen, die heut von seinem Ruhme zehren, aus dem Schatten seiner überragenden Persönlichkeit jagen würde. „Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewissen Widerstreben — als Frankfurter Tradition." Er deutete dann an, daß das Experiment freilich ein ziemlich gewagtes sei. Daß er die Produktivassoziationen im Prinzip billige, gab er zu und bestätigte auch, daß er Geld für die Schlesische Produktivassoziation ausgesetzt habe. Falsch sei, daß er seine Geheimräthe „im Gespräch" mit Paul herabgesetzt habe. Wenn ein gewisser Fritzsche gesagt habe, er (Fritzsche) habe ihm Berichte zugeschickt, so habe Fritzsche „gelogen", er wisse nicht, wer dieser Fritzsche sei. Auf den Zuruf aus der Versammlung: „Abgeordneter!" korrigirte er sich und nahm den Ausdruck „gelogen" zurück. Von dem Anerbieten Bucher's an Marx und des Braß an Liebknecht sprach er nicht.

Nach diesen „Erklärungen" kam der Herr Reichskanzler auf's Ausnahmegesetz zu reden; dasselbe sei durch den veränderten Charakter der sozialdemokratischen Bewegung nothwendig gemacht. Die heutige deutsche Sozialdemokratie sei eins mit den russischen Nihilisten und Meuchelmördern, deren Thaten sie verherrlicht hat.

Von dem Moment an, wo „Bebel oder Liebknecht" von der Tribüne des Reichstags das Loblied der Commune gesungen und sie als nachahmenswerthes Beispiel hingestellt habe, sei seine (Bismarck's) Stellung zur Sozialdemokratie eine andere geworden. Man werde in Deutschland nicht zu so drastischen Mitteln zu greifen brauchen, wie in Frankreich, aber der Staat müsse sich seiner Haut wehren. Wir wollen nicht länger unter der Furcht vor einer Gesellschaft von Banditen leben. Es gilt diese Gesellschaft unschädlich zu machen. Es kann dabei ja der Eine oder Andere fallen, aber wer erliegt, hat wenigstens das Bewußtsein, auf dem Felde der Ehre zu fallen.

Nach dieser Kraftphrase sank der Fürst Reichskanzler erschöpft in seinen Sitz zurück. Nun war aber die günstige Temperatur für das Auftreten eines Vollblutjunkers.

Kleist-Retzow besteigt nun seine Rosinante und trompetet eine halbe Stunde die bekannte Melodei in's Haus hinaus. Zucht und Sitte fort, Gottesfurcht fort, Deutschland eine Mördergrube, und an Allem das vaterlandslose Gesindel der Sozialdemokratie Schuld! Sei doch ein sozialdemokratischer Abgeordneter bei dem neulichen Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben. Wenn das Gift so weit und so tief gedrungen sei, müsse der Staat sich helfen, mit fester Hand zugreifen, die Gegner zermalmen. Nur keine halbe Arbeit. Die Sozialdemokraten erstreben den Umsturz, sie untergraben Staat und Gesellschaft, sie bereiten die gewaltsame Revolution vor (Hasselmann ruft: Denunziant! ein Ausdruck, der von dem Präsidenten als unparlamentarisch bezeichnet wird).

Als Kleist-Retzow die Kraft seiner Lungen erschöpft, meldet sich Bebel zum Wort zur Geschäftsordnung und verlangt, daß Kleist-Retzow wegen seinen Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie, der er kriminell strafbare Handlungen vorgeworfen, zur Ordnung gerufen werde; desgleichen beantragt er den Ordnungsruf gegen Fürst Bismarck, der ja im Haus der Disziplinargewalt des Präsidenten unterstehe, wegen des Ausdrucks „gelogen", den er gegen Fritzsche gebraucht, und ferner wegen des Ausdrucks „Gesellschaft von Banditen", der sich gegen die deutsche Sozialdemokratie im Allgemeinen und folglich auch gegen die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag gerichtet habe.

Der Präsident erklärt, daß er in Anbetracht des Themas Kleist-Retzow's Ausdrücke nicht als unparlamentarisch erachten könne, daß Bismarck das Wort „gelogen" zurückgenommen habe, und daß der Ausdruck „Gesellschaft von Banditen" keinen der Reichstagsabgeordneten persönlich treffe. Er ertheilt hierauf das Wort an

Bracke. Dieser „will in die erregte Debatte wieder einen ruhigen sachlichen Ton bringen"; er weist nach, daß gerade die sozialdemokratische Weltanschauung den Versuchen gewaltthätigen Eingreifens in die sozialpolitische Entwicklung vorbeuge, während die übrigen Parteien ihren Anschauungen, und theilweise auch ihrer Praxis nach, solchen Versuchen keineswegs feindlich gegenüberständen. Man habe uns vorgeworfen, Nobilings Schrotbüchse geladen und den Dolch der russischen Nihilisten geschliffen zu haben. Man habe uns ferner ein Verbrechen daraus gemacht, daß wir Hödel-Lehmann für ein Produkt der heutigen Gesellschaft erklärt. Gut. Hödel ist in einer preußischen Besserungsanstalt erzogen worden, und die Sozialdemokratie, bei der er für kurze Zeit Rettung suchte, war außer Stand, aus einem verkommenen, durch und durch verlumpten Individuum einen tüchtigen Menschen zu machen. Der einzige echt menschliche Zug, den man von Hödel erfahren, ist die, vor der Hinrichtung gethane Aeußerung: Hätte ich eine andere Erziehung gehabt, dann wäre das nicht geschehen." In diesen Worten liegt allerdings eine schwere Anklage gegen die heutige Gesellschaft, die dem Unglücklichen eine menschenwürdige Erziehung versagt habe. Von Nobiling ist nur zu bemerken, daß die Sozialdemokratie nie die geringsten Beziehungen zu ihm gehabt hat. Er bewegte sich in reichstreuen Kreisen, und aus diesen Kreisen sind allerdings Kundgebungen hervorgegangen, die in ein verwildertes Gemüth, wie das Nobiling's, den Samen des Verbrechens einsenken konnten. Redner verliest hierauf einige nationalliberale Stilproben, die allerdings drastische Aufreizungen zur Gewaltthätigkeit enthalten. Die Mittheilungen des Grafen Eulenburg über die angeblichen Geständnisse Nobilings haben keine Beweiskraft, weil Nobiling in einem Körperzustand war, der seine volle Zurechnungsfähigkeit ausschloß.

Bracke erwähnt noch, daß eine von dem jetzigen Nationalliberalen Bamberger redigirte Zeitung 1849 ein Attentat auf den Prinzen, heute deutschen Kaiser, verherrlicht habe und verbreitet sich des Längeren über das Wesen der Sozialdemokratie, deren reformatorischen Charakter, deren wissenschaftliche Grundlage, und beweist die Ungerechtigkeit und zugleicher Zeit Unwirksamkeit des Ausnahmegesetzes.

Der philantropische elsässer Fabrikant Dolfuß betritt jetzt die Tribüne, um „mit vielem Gefühl und wenig Stimme" eine Rede über die Lösung der sozialen Frage durch Arbeiterhäuser, Versorgungsanstalten ꝛc., so wie er sie in Mühlhausen eingeführt hat, zu lesen und dadurch jedes Ausnahmegesetz, das er verurtheilt, überflüssig mache.

Hierauf erhebt sich Kardorff und wiederholt in etwas abgeschwächter und entsprechend langweiligerer Manier das von Kleist-Retzow Trompetete.

Dem Ritter des „preußischen Schnaps" folgt auf der Rednerbühne der Pole Jadzewski, welcher der Regierung von vornherein das Recht abstreitet, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie untergrabe den Staat, die Religion, die Nationalität, denn gerade die preußische Regierung habe Polen gegenüber selbst Alles das gethan, was sie, wie er überzeugt sei, fälschlich der Sozialdemokratie in die Schuhe schiebe.

Inzwischen ist es ½5 Uhr geworden. Das todtmüde Haus beschließt mit großer Mehrheit den Schluß der Diskussion und nimmt den Bamberger'schen Antrag auf Niedersetzung einer Einundzwanziger-Commission an.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen, auf die wir heute nicht eingehen können, wurde die Sitzung geschlossen. Morgen Wahl der Commission und Plenarsitzung um 12 Uhr. Tagesordnung: Antrag auf Sistirung eines Prozesses gegen Fritzsche und Bericht über Wahlprüfungen.

— Stimmen der Presse über das Bismarckische Sozialistengesetz. Die „Magdeburgische Zeitung" erklärt, daß die Vorlage, welche unmittelbar nach dem Hödel'schen Mordversuche dem deutschen Reichstage vorgelegt worden sei, namentlich an der unklaren und verschwommenen Fassung des Paragraphen 1 gescheitert sei und nennt es eine glänzende Rechtfertigung der ablehnenden Haltung der damaligen Reichstagsmajorität, daß die Regierung nicht eine sorgfältig ausgearbeitete Vorlage eingebracht habe. Wenige Zeilen nach dieser Behauptung kritisirt das Blatt den nunmehrigen § 1 und kommt zu folgendem Resultat: „Mit diesem neuen Paragraphen, mit dessen Annahme oder Ablehnung das ganze Gesetz stehen oder fallen muß, sammt seiner in den Motiven erhaltenen Erläuterung, kommt man nicht viel weiter, als früher." Trotzdem also der jetzige Paragraph 1 nicht besser ist, als der damalige, und die Ablehnung des damaligen völlig gerechtfertigt war, trotzdem empfiehlt die „Magdeburgerin" jetzt die Annahme des Gesetzes mit dem neuen Paragraph 1. Welche Logik! Als wenn das Blatt sich dieser Logik selbst schämte, sagt es zum Schlusse des betreffenden Artikels:

„Wir verkennen dabei aber nicht die entsetzlichen Gefahren, welche eine solche Ausnahmegesetzgebung ganz unzweifelhaft in sich birgt und stimmen für dieselbe nur, weil sie uns, wie gesagt, von zwei Uebeln immerhin das kleinere zu sein scheint. Weit, sehr weit von uns aber müssen wir es weisen, den redlichen, auf das Wohl des Landes ehrlich bedachten Männern, die nach ihrer Ueberzeugung ein Ausnahmegesetz verwerfen, auch nur den leisesten Vorwurf machen zu wollen. Wer kann sagen, daß er den allein richtigen Standpunkt in dieser Frage einnimmt, die voll grauenhaften Unheils ist und unser Volksleben — so oder so — bis in's innerste Mark hinein verzehren und — so oder so — noch sehr böse Stürme gegen die Gesellschaft entfesseln wird? Wehe, wehe über Die, welche mit der Sozialdemokratie ein böses Spiel getrieben haben!"

Alle Diejenigen, welche Ausnahmegesetze wollen und erlassen, treiben aber mit der Sozialdemokratie ein böses Spiel und haben die „entsetzlichen Gefahren" und das „grauenhafte Unheil", welche unzweifelhaft aus der Annahme der Ausnahmegesetze entspringen, sich selbst zuzuschreiben. Die das „Kreuzige, Kreuzige" geschrien haben, sie sind die eigentlichen Mörder gewesen! — —

Daß Bismarck mit dem Ausnahmegesetz nicht den Sozialismus treffen will, bestätigt in folgender drastischer Weise die Londoner „Pall Mall Gazette":

„Es würde leichter sein, die Bismarckische Politik zu verfolgen, wenn man ihre Ziele errathen könnte. Geradezu absurd ist die Annahme, daß ein Staatsmann seines Schlages sich der Hoffnung hingebe, den Sozialismus durch Maßregeln aus der Welt zu schaffen, wie sie von der Regierung verlangt werden."

Trotzdem die ganze Welt die Liberalen warnt, werden sie doch über den Stock springen. Und bald schon wird das bekannte Sprüchwort in folgender Wendung angewandt werden: „Die Liberalen werden nicht alle!"

— „Die Ihr rieft die Geister, werdet Ihr nicht los!" Diese Variation des Göthe'schen Spruches trifft die Herren Klerikalen, welche der Kirchenfragen halber politische Opposition machen und selbst reaktionär die Reaktion bekämpfen.

— Zur heutigen Gesellschaftsordnung. Der frühere Direktor der Rostocker Vereinsbank, Winkler, der frühere Direktor, Wächter und der Ausschußvorsitzende Paetow wurden wegen Betrug resp. Fahrlässigkeit, der erstere zu zwei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, der zweite zu fünf Monaten Gefängniß, der dritte zu sechs Wochen Gefängniß am 9. September verurtheilt.

— Ein adliger Wegelagerer. Der Gutsbesitzer E. Freiherr v. Leoprechting von Neuötting in Bayern erlaubte sich im Laufe des Sommers, von seiner Wohnung aus auf die nach der Stadt fahrenden Bauern mittelst eines Blasrohrs zu schießen, wegen welcher Handlung derselbe und zwar wegen Vergehens der Körperverletzung zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt wurde.

— Von einem Pistolenduell zwischen zwei höheren Offizieren wird aus Gera gemeldet; der eine wurde schwer verwundet. Politische Motive waren die Ursache zu diesem Mordversuch. Darüber freuen wir uns: Wenn erst unter den Offizieren die politische Erregung bis zum Duell steigt, dann steht es mit der bestehenden Staatsordnung sehr wackelig.

— Der diesjährige anti-sozialdemokratische Arbeitercongreß (Max Hirsch und Consorten) soll am 13. und 14. Oktober in Dresden abgehalteuen werden. Also nach Erlaß des Ausnahmegesetzes! Daß dieser Congreß ein reiner Ulk werden wird, das gestehen selbst die Liberalen ein, die Herrn Hirsch thatsächlich als einen Hanswurst betrachten. Uns thut der Mann bald aufrichtig leid seiner Beharrlichkeit wegen, mit welcher er darauf besteht, von seinen Gesinnungsgenossen Fußtritte zu empfangen. Kaum hat er die Wahlblamage in Berlin verschmerzt, da fällt auch schon, des bevorstehenden Congresses wegen, die „Magdeburgische Zeitung", immerhin ein tonangebendes liberales Blatt, mit folgenden Worten über den braven Max her:

„Speciell ist es die Thätigkeit des Dr. Max Hirsch, welche bisher größere Sympathieen für die Sache nicht hat aufkommen lassen. Man hat erst in neuester Zeit gesehen, daß die Fortschrittspartei ihre Hand von diesem sozialen Agitator abgezogen hat, und es ist dabei in Berlin klar hervorgetreten, daß die große nationalliberale Partei ebenfalls nicht geneigt ist, die Hirsch'schen Organisationen zu unterstützen. Worin diese Stimmung ihren Urgrund hat, ist zur Zeit noch nicht ganz klar, — es ist nur eine Art instinktiver Widerwille gegen diese Führerschaft unverkennbar in fast allen Kreisen der Wähler zu constatiren gewesen. Möglich, daß Herrn Dr. Hirsch Unrecht geschieht, da Manche ihn für einen halben Sozialdemokraten halten, Andere wieder seiner zu selbstständigen Leitung des sozialen Vereinswesens feind sind und ihn für unklar in seinen Zielen erklären. L. Bamberger nannte das „Harmonie-Märchen" des „Vorwärts" den „Süßwasser-Sozialisten", fortschrittliche Stimmen erklärten direkt, wo Max Hirsch sei, sei auch die Confusion."

Und trotz dieser fortschrittlichen Stimmen bleibt Max beim Fortschritt?! Es giebt eben Naturen, die ohne Prügel sich nicht wohl fühlen.

— Attentäterei. Der „Weser-Ztg." ging folgendes Telegramm zu:

„Berlin, 13. September. Gerüchte circuliren von angeblich entdecktem neuem Komplott gegen den Kaiser. Der Attentäter soll verhaftet sein."

Die „Post" klärt nun diesen „Fall" auf und da erfahren wir denn, daß in Gastein wirklich ein Mann sich in verdächtiger Weise nach den Gewohnheiten des Kaisers erkundigt habe, daß dieser Mann dann verhaftet wurde und daß in dessen Besitz sozialistische Schriften gefunden worden sind. Die Absicht eines Attentats ließ sich zwar nicht constatiren. Der Mann soll aus Hannover und sein Vorleben nicht geheuer sein. — Wir aber bemerken der „Post", daß nur ein echtes wirkliches Attentat ihren reaktionären Plänen noch weitere Hülfe bringen würde. Kann sie das nicht in Scene setzen, dann möge sie doch solche Albernheiten unterlassen, die nicht einmal bewirken, daß Lasker über den Stock springt, wenn er nicht ohnehin Springgelüste hat.

— Christlich-Soziales. Der „Staatssozialist" giebt in seiner neuesten Nummer in geradezu feierlicher Weise den Christlich-Sozialen und dem Herrn Stöcker den Laufpaß. Stöcker wiederum hat seinen Trabanten, den Herren Grüneberg, Küster, Siering ꝛc. denselben ertheilt. Grüneberg und Küster schimpfen sich gegenseitig als Lumpen. Ein nettes Ende!

Wir waren damit immer zufrieden, obwohl klerikale Organe mit großem Pathos verkündeten, daß die Sozialdemokratie in katholischen Gegenden keine Heimstätte finden könne. Gegenwärtig schweben noch immer die Verhandlungen Bismarck's mit Rom; verschiedene Führer der Klerikalen haben ganz gewiß die Sehnsucht bei Gelegenheit einzulenken und ihre oppositionelle Stellung dranzugeben. Das merkt aber das Volk und die katholische Volkspresse und wettert derb dazwischen; so der „Westfälische Merkur":

„Es war ein fast tölpelhafter Sirenengesang, als man den „conservativen" Elementen des Centrums das Loblied andichtete, daß sie Bismarck und seinen Vasallen dienstbar werden könnten. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, die Herren von der protestantisch-preußischen Junkerpartei, daß das Centrum von dieser Species nicht einen Abgeordneten birgt. Was von Schorlemer dieser Tage in Trier gesagt hat, daß die Herstellung des religiösen Friedens ohne die entsprechende bürgerliche Freiheit nicht annehmbar sei, — dieses Wort ist die eigentliche Parteiparole. Ihr folgt der höchste Aristokrat, wie das der letzten Gesellschaftsklasse angehörende Mitglied der Centrumspartei. Wenn es aber Jemandem einfallen möchte, diese Fahne zu verlassen und in die Reihe der auf den Namen Bismarck Gewählten überzutreten: so würde er ein Volksgericht an sich vollzogen sehen, vor dem ihn die höchsten Verdienste nicht schützen könnten. Unser katholisches Volk will keine Regierungspartei sein; es geht lieber in hellen Haufen zu den fortgeschrittensten Demokraten. Darüber sollte die Staatsregierung sich nicht täuschen: sie soll nicht von einer frondirenden westfälischen Adelspartei, auch nicht von den rheinischen Demagogenumtrieben sich vorsagen lassen. Unser katholisches Volk will die bürgerliche Freiheit. Was man von der unwissenden Masse sagt, die blindlings fanatischen Führern folgt, — das wird sich doch als allerabernste Thorheit ausweisen, wenn dieses selbe geschmähte katholische Volk einzig und allein noch das Banner der Freiheit hochhält."

Diese Sprache wird Herrn Windthorst noch viel weniger gefallen, als Herrn v. Bismarck, die sich übrigens beide die Hand reichen können in braver Bundesgenossenschaft, das katholische Volk wenn auch wider ihren Willen demokratisirt zu haben.

— Der Legationssekretär a. D. Otto v. Loë, im Jahre 1863 Privatsekretär des Herrn v. Bismarck, Neffe der Gräfin Hatzfeld, hat kürzlich in dem Pariser Blatte „Monde" bestätigt, daß in jener Zeit Herr v. Bismarck sich manchen Ideen Lassalle's geneigt gezeigt und denselben zu sich heranzuziehen vielfach versucht habe. — An Herrn v. Bismarck hat es also nicht gelegen, daß aus der Freundschaft nichts wurde.

— Zu den Majestätsbeleidigungen. Ein 18jähriger junger Mensch in Breslau, der schon 10mal wegen Arbeitsscheu und Bettelns bestraft worden ist, wurde kürzlich wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. Wie wir aus den Verhandlungen über die Majestätsbeleidigungen überhaupt ersehen haben, ist mindestens die Hälfte der Verurtheilten dem Drange nach einem Unterkommen gefolgt und hat den nicht mehr ungewöhnlichen Weg der Majestätsbeleidigungen erwählt. Man sieht daraus, welchen Werth die in den Motiven zum Sozialistengesetz aufgestellten diesbezüglichen Behauptungen haben.

— Die Reichstags-Nachwahl in Stettin hat am 13. September das Resultat ergeben, daß der nationalliberale Herr Kapp mit 4242 gegen den conservativen Herrn Schlutow mit 4031 Stimmen in die Stichwahl kommt, da unser Genosse A. Kapell 707 Stimmen erhielt. Unsere Parteigenossen in Stettin haben es nun in der Hand, einen conservativen oder einen nationalliberalen Jasager in den Reichstag zu senden.

— Ueber die gegenwärtige französische Bourgeoisrepublik haben wir manches harte Urtheil gefällt; uns imponirte auch nicht der Sieg der Gambettisten bei den letzten Wahlen. Wir haben uns deshalb im eigenen Lager und in den Lagern unserer „Freunde" in dieser Angelegenheit manchen Gegner gemacht. Der neueste Streich dieser Bourgeoisrepublik aber scheint die Ansichten zu klären und selbst die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

„Man hatte hoffen dürfen, daß nach dem 14. Dezember endlich eine umfassende, wenn nicht eine vollständige Amnestirung der Deportirten erfolgen werde. Statt dessen verblieb es bei einzelnen Begnadigungen, welche der Marschall Mac Mahon dann vornahm, wenn er gerade einmal in besonders guter Laune war. Die Kriegsgerichte amtiren fort und verurtheilen munter, wenn auch hie und da, sieben Jahre nach dem Communeaufstand, ein in der Menge Verschwundener oder aus dem Ausland unvorsichtig Heimgekehrter vor ihre Barre geschleppt wird. Und so furchtbar streng sind die Verdikte, daß selbst gemäßigt republikanische Blätter sich, wie neulich im Prozeß Matillon, zu energischem Proteste dagegen verpflichtet gefühlt haben. Der Vergleich war nicht unzutreffend, daß die Polizei besonderen Gefallen daran zu finden glaube, hyänenartig das Grab, worin der Bürgerkrieg versenkt sein sollte, aufzuwühlen. Was die geistige Thätigkeit der Arbeiterparteien anbetrifft, so wissen wir, daß die Regierung dieselbe nach Kräften hemmt; sie hat die wenigen Blätter sozialistischer oder radikaler Richtung mit Prozessen heimgesucht und eines aus der Zahl erdrückt. In ihrem staatsrettenden Eifer ist sie so weit gegangen, verschiedene Personen einfach deshalb, weil sie angeblich die Lehrmeinungen der Internationalen theilten, vor die Gerichtsschranken zu laden; ein Italiener, dem weiter nichts nachgewiesen werden konnte, als daß er glaubt, was in hundert unverbotenen Büchern steht, wurde so auf's Plumpste gemaßregelt. Die Haltung den Strikes gegenüber war gelinde gesagt willkürlich und unverständig. All' das mußte höchlich befremden, hatte doch der äußerste Flügel des Radikalismus die gemäßigten Republikaner im Kampfe gegen die Regierung vom 16. Mai redlich unterstützt und wäre doch ohne diese Loyalität ein Sieg kaum möglich gewesen. Man kann nicht sagen, daß sie den Mohren gehen ließen, nachdem er seine Schuldigkeit gethan; dieser Vorwurf wäre unbillig, sie behielten und prügelten ihn. — Die neueste Polizeithat reiht sich den früheren würdig an."

So die „Frankfurter Zeitung". Sie bestätigt lediglich, daß die Radikalen einen dummen Streich gemacht haben, als sie mit den Gemäßigten durch dick und dünn gingen — ohne Garantien zu verlangen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan und bekommt jetzt Prügel. — Und wie sind wir verketzert worden und zwar von der „Frankfurter Zeitung", als wir klüger, als sie vorbeugend dasselbe betonten, was sie heute selbst unaufgefordert eingesteht. Im Uebrigen aber sind wir sehr erfreut über dies Verhalten des uns nahestehenden Blattes.

— Bekanntmachung. Auf Antrag des Königlichen Preußischen Kriegsministeriums vom 29. September 1877 ist der vormalige verantwortliche Redakteur der Zeitung „Vorwärts", Friedrich Hermann Helßig, wegen öffentlicher Beleidigung der obengenannten Behörde, welche durch den Abdruck der in den Nrn. 108 und 111 der Zeitung „Vorwärts", Jahrgang 1877, unter der Ueberschrift: „Aus Rumänien" ersichtlichen Artikel begangen worden, auf Grund des § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs verbunden mit § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 mit einer sechsmonatlichen Gefängnißstrafe bestraft, auch zur Bezahlung der Untersuchungskosten verurtheilt worden.

Königliches Gerichtsamt Leipzig I., am 7. Sept. 1878.
J. A.: Spittel, Refrdr.

— Man vermuthet, daß ein Brief, den unser Genosse Karl Hirsch in Paris an den deutschen Botschafter Fürsten Hohenlohe gerichtet hat, mit seiner Verhaftung in Verbindung stehe. Wir bringen deshalb dieses Schreiben, welches uns doch nicht so gefährlich erscheint, noch nachträglich zum Abdruck:

„Paris, 25. August.

Ew. Durchlaucht

bin ich zu meinem aufrichtigen Bedauern mit einer Reklamation zu behelligen gezwungen.

Wie mir Herr Berger, Direktor der Auswärtigen Abtheilungen der Weltausstellung, mittheilt, hat er Ihnen zwei durch mich an das Syndikat der Pariser Presse eingesandte und durch letzteres ihm zugegangene Schreiben übermittelt, in welchen die Herren Blos und Most, Ihre früheren Collegen im deutschen Reichstag, als Redakteure der „Berliner Freien Presse" und des „Hamburg-Altonaer Volksblattes" Anfangs Mai d. J. eine permanente Eintrittskarte zur Weltausstellung für mich, als den Berichterstatter dieser Blätter, verlangten.

In gleicher Weise hat Herr Berger mit zwei Photographien von mir, die jenen Briefen beilagen, verfahren zu müssen geglaubt.

So viel mir bekannt ist, haben Ew. Durchlaucht nicht, wie dies der Generalkommissär der deutschen Abtheilung Herr von Werner unterm 19. Mai d. J. gegenüber den deutschen ausstellenden Künstlern gethan hat, die Vertreter der deutschen Zeitungen öffentlich aufgefordert, ihre Eintrittskarten in Empfang zu nehmen. Wie es demnach scheint, sollte aus der Ertheilung einer derartigen Karte der Gegenstand einer persönlichen Gunst gemacht werden, um welche man sich direkt bei dem Vertreter der deutschen Reichsregierung bewerben sollte und deren Gewähr an Bedingungen geknüpft werden könnte. Einer solchen Gunst werden wir indeß, sowohl meine Wenigkeit, als die Redaktionen der obengenannten Blätter, uns niemals würdig zeigen. Wenn also Ew. Durchlaucht mit der Nichtbeantwortung der beiden Schreiben Ihrer damaligen Herren Collegen gezeigt zu haben scheinen, daß Sie die gedachten Schreiben nicht als an Ihre Adresse gerichtet ansahen, so kann ich die Richtigkeit dieser Auffassungsweise nur bestätigen.

Um so gewisser werden Sie andererseits aber auch anerkennen, daß Sie ein Recht auf den Besitz der fraglichen Briefe und Photographien weder hatten noch haben, und ich glaube deshalb keinen vergeblichen Schritt zu thun, wenn ich Ew. Durchlaucht höflichst ersuche, mir das Meinige zurückzuerstatten.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Karl Hirsch, 6 rue de Dunkerque."

Correspondenzen.

Görlitz, 29. August. In unsrer alten Neißestadt, wo Genosse A. Kapell 746 Stimmen erhielt und der „liberale Herr" Lüders gewählt wurde, ist, wie die hiesigen Blätter schreiben, kein „Boden" für die Sozialdemokratie. Sie meinen nämlich, weil wir 1877 150 Stimmen mehr hatten, habe die Sozialdemokratie einen Rückschritt zu verzeichnen. Na, lassen wir die Herren in ihrem Siegestaumel, es sollen ihnen bei einer Wahl mit nur einigermaßen günstigern Verhältnissen die Augen übergehen beim Lesen des Wahlresultats. Wie es aber bei der letzten Wahl war, wo wir auch nicht eine Versammlung abhalten konnten, wo Arbeitermaßregelungen in Masse stattgefunden haben und Wahlbeeinflussungen der allergröbsten Art vorgekommen sind, war es ein Resultat, an das wir nicht zu denken glaubten. — Unser neuer Pastor primus Schultze fühlt sich auch berufen gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen, es erscheint Artikel über Artikel im kirchlichen Blatt wider die Sozialdemokratie. Das kann uns jedoch sehr egal sein, da das Blatt nur von alten Weibern gelesen wird. — Mittwoch (21. und 22. August) zum Donnerstag Nachts gegen 2 Uhr ist die große Tuchfabrik von Hentschke an der Obermühle bis auf die Mauern ausgebrannt. Die Fabrik ist hoch versichert, die Arbeiter aber können sich kümmern. Unsere freiwillige Feuerwehr hat bei diesem Feuer wieder große Triumphe gefeiert!? Die Uhr wird zum Fenster hinausgeworfen, der Stiefelknecht wird an der Leine hinuntergelassen! — Zum Schluß will ich die Genossen noch auf das Beispiel anderer Städte aufmerksam machen, wo man den Geschäftsleuten, welche bei der letzten Wahl uns feindlich gegenüber getreten, nichts mehr abkauft! Also, Genossen, instruirt eure Weiber und Kinder, es ist ja sehr leicht, die betr. Geschäftsleute kennen zu lernen, ihr habt sie ja unter den Wahlaufrufen zu Dutzenden stehen! Also nur gekauft bei solchen, die entweder mit uns gehen, oder sich doch passiv verhalten. Arbeiterentlassungen — Geschäftsblokade! — Wurst wider Wurst! T—.

Frankenhausen, 2. September. Durch einen hier sich aufhaltenden Berliner Parteigenossen wurde ich gefragt: „Woran liegt es, daß in Thüringen die Partei so wenig Stimmen bekommen hat?" Ich gab folgende Antwort, welche, wenn dieselbe in weitern Kreisen bekannt wird, wohl manches Bedenken beseitigen wird: Thüringen, und besonders der Norden mit der goldnen Au, haben bedeutende Industrie, jedoch sind die Zuckerfabriken vorherrschend. In diesen Fabriken ist die größere Zahl der Wähler beschäftigt. Zugleich bedingt es die Zuckerfabrikation, viele Arbeiter bei dem Rübenbau zu beschäftigen. Wenn nun die für den Fabrikherrn unliebsamen Wähler, welche in der Fabrik beschäftigt sind, am Tage der Wahl recht weit von der Fabrik arbeiten, so müssen diese Arbeiter sich ihr Mittagessen auf ihren Arbeitsplatz bringen lassen, um die Arbeit zu behalten oder sich ihren Arbeitslohn nicht kürzen zu lassen. Dadurch sind nicht Hunderte, nein Tausende von Stimmen von der Wahl fern gehalten worden. Man darf dies nicht unterschätzen, denn hier am Platze allein sind über Hundert Stimmen auf obige Art verloren gegangen. Dazu kommt noch, daß eine Agitation gar nicht betrieben worden ist und nur die zuverlässigen Parteigenossen wählen konnten, welche nicht durch obige Machinationen fern gehalten wurden. Hierzu kommen die kleinen Orte Thüringens, wo die Verhältnisse noch schwieriger liegen, dazu ferner die Drohungen betreffs Arbeitsentlassung ꝛc. ꝛc., so daß man wohl sagen kann, die Hälfte Stimmen ist verloren gegangen. Wenn nun eine Agitation von Naumburg oder Erfurt aus betrieben würde, so glaube ich, daß in späterer Zeit dennoch ein günstiges Resultat zum Vorschein kommen würde. A. W.

Wehlitz (im Wahlkreise Merseburg-Querfurt), 1. September. Das Wahlresultat in unserem Wahlkreise besteht in folgenden Zahlen: Sozialistische Stimmen wurden im Ganzen 72 abgegeben. Diese vertheilen sich wie folgt: Merseburg 4, Dürrenberg 1, Passendorf 1, Schkeuditz 16, Alt-Scherbitz 10, Oberthau, Ermlitz und Rübsen 38, Wehlitz 1 Stimme. Wahlzettel und Aufrufe wurden sehr oft verbrannt und Maßregelungen fanden genugsam statt, ebenso wie in anderen Wahlkreisen.

Fürth, 2. September. Hier äußerte sich ein Fabrikant: die Ausnahmegesetze wären eine sehr unangenehme Sache, jedoch im Interesse der Industrie geradezu unerläßlich, weil die verdammten Blätter Alles gleich an die Oeffentlichkeit brächten; würden diese unterdrückt, dann könnte man ja doch mit dem Arbeiter machen, was man wollte, und darum sei auch er für Ausnahmegesetze. Wir sehen demnach schönen Zeiten entgegen!

Erklärung. Da ich erfahren habe, daß Parteigenosse Rödiger als vermeintlicher Verfasser des Artikels „Die politische Lage, die politischen Parteien und das Volkswohl" verschiedener Preßvergehen angeklagt ist und deshalb in Untersuchungshaft gehalten wird, so erkläre ich, daß ich diesen Artikel als Ansprache an die Wähler des XIV. sächsischen Wahlkreises geschrieben und in den für diesen Wahlkreis erscheinenden Parteiblättern veröffentlicht habe. Parteigenosse Rödiger ist also ebensowenig als alle anderen sozialistischen Reichstagscandidaten, welche den fraglichen Artikel für Agitationszwecke benutzt haben, als Verfasser desselben von irgend einem Staatsanwalt verantwortlich zu machen. Man halte sich gefälligst an mich — — ich bin der Ueberzeugung, in einer für jeden vernünftigen Menschen verständlichen Art nachweisen zu können, daß die Ausführungen jenes Artikels von jeglichem Vergehen gegen das Reichsstrafgesetzbuch weit entfernt sind. **Bruno Heiser.**

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Die Vereine, welche über die Anträge 6, 8, 12 und 13 ihre Abstimmung noch nicht eingesendet haben, werden ersucht, dies bis zum 30. d. M. zu thun, da dann angenommen wird, daß sie sich der bis dahin eingegangenen Majorität unterwerfen.

Gotha, 16. Sept. 1878. Mit Gruß **Emil Sauerteig**, Vorsitzender.

Zur Beachtung.

Das Herbergswesen in Basel (Schweiz) ist neuerdings vom dortigen Centralausschuß der vereinigten Gewerkschaften derart geregelt und unter Controlle gestellt worden, daß die beiden Wirthe im Gasthaus „zum schwarzen Bären" in der Aeschenvorstadt und im Gasthaus „zum rothen Ochsen" in Kleinbasel, sich verpflichtet haben für gute Betten, billige Speisen und Getränke, sowie für anständige Behandlung besonders der zugereisten Handwerker zu sorgen. Für Letztere wird auch an den beiden Orten Arbeit nachgewiesen. Die Parteiorgane „Tagwacht", „Grütlianer", „Vorwärts" nebst mehreren Fachzeitschriften sind daselbst jederzeit aufgelegt. —

NB. Die verehrl. Redaktionen aller deutschen Partei- und Gewerkschaftsorgane werden hiermit höflichst um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. J. K. Sch. in A.: Sie können unserer Meinung nach der Anklage mit Ruhe entgegensehen. — J. Sch. in Mölln: Da die hiesigen Gesetze andere sind, so können wir Ihre Frage nicht beantworten.

der Expedition. F. E. Fschr Mylau i. V.: Die beiden Annoncen kosten 3 Mk., ersuchen den Rest in Briefmarken einzusenden.

Unterstützungsfonds.

Von L. Besigheim 1,75.

Hannover. **Sozialdemokratischer Wahlverein.**

Sonnabend, den 22. September, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [0,60

Oeffentliche Versammlung.

T.-O.: Vortrag. **Der Vorstand.**

Hier könnte ein solider **Barbier**, wenn möglich gewandt im Zähneausnehmen sich gute Stellung erwerben, derselbe darf aber weder Denunciant, noch Sozialisten-Vertilger sein. Reflektirende wollen sich persönlich oder brieflich wenden an (F 220) [1,50

F. E. Fischer, Mylau i. V.

Ein Schriftsetzer, welcher bei einer sozialistischen Sticheawahl thatkräftig mitwirkte und infolgedessen gemaßregelt wurde, sucht Stellung, wenn möglich bei einer Genossenschaftsdruckerei. Offerten sind zu richten an die Filialexpedition der „Voigtl. Freien Presse", **Hermann Schaarschmidt**, Mylau i. V. (F 220) [1,50

Zur Beachtung!

Da die Assoziations-Buchdruckerei Berlin uns nur 5000 Stück „Arme Konrad" zu liefern im Stande zu sein erklärte, so müssen wir alle Filialexpeditionen und Colporteure ꝛc., welche größeren Bedarf an Kalender haben, ersuchen, ihre Bestellungen in Berlin aufzugeben, da wir kaum im Stande sind alle schon bei uns eingegangenen kleineren Aufträge auszuführen.

Leipzig, 18. September 1879.

Die Expedition des „Vorwärts".

Da die nationalliberale Partei mit aller Macht an dem Zustandekommen eines Compromisses mit der Regierung bezüglich des **Ausnahmegesetzes** arbeitet, fordern wir hiermit alle Gesinnungsgenossen und Interessenten auf, ihre

Bestellungen an Schriften

schleunigst aufzugeben. Effektuirung findet nur gegen Einsendung des Betrages oder gegen Nachnahme statt.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage

Beilage des „Vorwärts“.

Freitag, 20. September 1878.

Aus der Schweiz.

Zürich, den 9. September.

Nach inneren untrüglichen Anzeichen zu schließen, scheint diese Epistel ziemlich lang zu werden und will ich daher gleich zu Anfang den Leser um Entschuldigung bitten, um zu verhindern, daß der Schreiber mindestens, wenn auch als langweilig, so doch nicht als unhöflich erscheint. Wir, die wir „reif“ sind für die Republik und für noch vieles Andere, sehen nämlich die Welt naturgemäß durch eine andere Brille an, als die für sothane Herrlichkeit „unreifen“, d. h. als alle diejenigen, welche da draußen im Reiche Barbarossa's die deutsche Zunge radebrechen, und wer uns außer beim Schützen- oder Sängerfest, oder dem rippenbrechenden „Hosenlupf“ (Schwingfest) für Idealisten hält, macht seine Rechnung auf die Republik eben ohne die Republikaner und mag sich mit dem Hofprediger Stöcker trösten, der die abgefallenen „Engel“ der Sozialdemokratie für Material zum Bau einer himmlischen Gesellschaftskirche hielt und nun mit leerem Portemonaie die „Volkswacht“ hält an dem höllischen Abgrunde der menschlichen Unersättlichkeit und Verworfenheit. Item, wir sind gute Menschen, denen die republikanischen Gepflogenheiten allmälig zu einem ziemlich dicken Fell verholfen haben; wir zahlen unsre Steuern nicht ohne, sondern mit Murren (unsre Mittel erlauben uns das!), wir schimpfen auf unsre Obrigkeit, auf Bundesrath, Pfaff und Nationalrath, was manchmal eines und dasselbe ist, wir schimpfen auf die miserabelste Staatsform, welche es giebt, auf die Republik, denn wir sind Republikaner und können uns diesen Luxus erlauben — nur auf den Souverain schimpfen wir nicht von wegen unserer eigenen Majestas personalis, denn stolz ist nicht nur der Spanier, sondern auch der Deutsche und der Schweizer, besonders, wenn er von seinem geliebten Vaterlande recht weit entfernt ist.

Nach dieser Einleitung glaube ich zum ersten Gegenstande meiner Tagesordnung übergehen zu dürfen und das ist der wackere Bürger Kruhl, weiland Redakteur der „Halberstädter Freien Presse“, jetzigen Aspiranten auf die „treue Vaterpflege“ der vaterländischen Gerechtigkeit. In Nr. 101 des „Vorwärts“ veröffentlicht Bürger Kruhl „unter'm Strich“ eine „Flüchtlingsbetrachtung“: Von Zürich nach Brüssel. Es ist den Lesern dieses Blattes erinnerlich, daß Kruhl, als er in Schaffhausen Arbeit gefunden, von der dortigen Polizei ausgewiesen wurde, eine Thatsache, welche von der Behörde bestritten wird. Es wäre nicht der Mühe werth, diese Angelegenheit näher zu untersuchen, wenn es sich nur darum handelte, festzustellen, daß der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft überhaupt geächtet ist, wenn es sich nur darum handelte, zu beweisen, daß der Arbeiter überhaupt kein Vaterland hat, wenn er höhere Ansprüche an dasselbe stellt, als sich schinden, Steuern zahlen, das Maul halten und sich jeweilig zur Erhaltung des fremden Besitzes die patriotischen Knochen zerschlagen zu lassen. Nein, es handelt sich hier vielmehr um ein Vorkommniß, welches mit Recht von allen aufrichtigen Republikanern als so ungeheuerlich betrachtet wird, daß die „liberale“, d. h. die Bourgeoispresse geglaubt hat, dasselbe todtschweigen zu müssen. Bürger Kruhl ist Sozialdemokrat und deshalb von vornherein in den Augen unserer „Gesellschaft“ keine empfehlenswerthe Erscheinung; — aus diesem Grunde hätte er sich schon etwas weniger wundern dürfen über die ihm zu Theil gewordene Behandlung, als er dies wirklich gethan hat. Bürger Kruhl ist Sozialdemokrat und als solcher erfüllt von den hohen und heiligen Ideen der Befreiung der Menschheit aus politischer und materieller Knechtschaft; dies gereicht ihm gewiß zu hoher Ehre. Aber Kruhl sollte nicht vergessen, daß es zur Verwirklichung selbst der höchsten und edelsten Ziele der thatkräftigen und angestrengtesten Arbeit bedarf und daß es gerade der Sozialdemokratie als oberstes Gesetz gelten muß, mit dem Bewußtsein ihrer hohen Mission eine ganz verflucht praktische Thätigkeit zu verbinden, soll sie sich nicht selbst verlieren in der ihr ohnehin oft genug vorgeworfenen Träumerei und Schwärmerei. Und es wird halt in der ganzen Welt nicht nur „mit Wasser“ getauft, sondern auch gekocht. Bürger Kruhl ist Sozialdemokrat und darum liebt er die Gerechtigkeit. Er muß sich also freuen, wenn nicht nur ihm, sondern auch Anderen Gerechtigkeit widerfahrt.

Kruhl schreibt u. A.:

„Zunächst die schweizerischen Verhältnisse. Sie sind vollständig andere geworden, als wir 1848er Demokraten und Republikaner sie von ehemals kannten. Uns erwartet, uns Arbeiter nämlich, drüben über der Grenze kein liebevolles politisch-verständnißinniges Entgegenkommen, wie den alten Demokraten von 1848. Uns erwartet keine Sympathie, die uns den Weg zu offenen Stellen und Aemtern ebnet, kein Händedruck, kein Einführen in behäbige Cirkel wohlstituirter Bürgerfamilien, kein Zuruf und Zuspruch muthiger Ausdauer und dabei bethätigter Unterstützung — nichts von alledem.“

Bürger Kruhl — das ist viel verlangt und viel, viel mehr, als jemals einem Demokraten von 1848 zu Theil geworden ist. Es ist aber auch viel mehr, als Jemand zu verlangen hat und es ist viel, viel mehr, als ein Sozialdemokrat verlangen kann und verlangen darf. Was will er in den „behäbigen“ Kreisen der Besitzenden, was in der „Amtspfründe“ der heutigen Gesellschaft, wo er die Pflicht hat, diese Gesellschaft zu reformiren, nutzbar zu machen für alle seine elenden menschlichen Brüder, nicht aber für sich, den politischen Flüchtling? Bürger Kruhl soll und muß wissen, daß im Schweizerlande der freie Schweizer ebenso darbt in der jetzigen durch Fügung der „von Gott eingesetzten“ Mächte heraufbeschworenen Zeit, daß der freie Schweizer ebenso der Knecht des Kapitals ist als irgendwo auf der ganzen Erdenrunde, und daß er darum nur Sympathie und Verständniß finden kann und finden wird bei Gleichgesinnten und Gleichbedrückten — und diese werden ihm, dafür bürgt der Geist der zürcherischen Sozialdemokratie, auch nicht gefehlt haben. Der politische Flüchtling hat durchaus keinen Vorzug vor jedem den Kampf um das Dasein kämpfenden Genossen; er that seine Pflicht und das Bewußtsein, diese Pflicht erfüllt zu haben, muß ihm jedes Leid, jede Unbill willkommen machen als den mächtigen Hebel zu neuer und immer neuer Pflichterfüllung, und sei es auf Leben und Tod. Die edelsten Menschen waren es von jeher, welche im Kampfe um den Culturfortschritt der Menschheit das eig'ne Ich fröhlich in die Schanze schlugen. Im Kampfe aber um die höchsten Güter des Lebens stehen und fallen zu dürfen, das soll und muß ewig vor allen Anderen gerade das ehrgeizige Ziel des Proletariers sein.

Kruhl sagt, er habe sich 14 Wochen lang in Zürich in den drückendsten Verhältnissen befunden; das ist gar traurig, aber es geht Tausenden und Abertausenden so. Kruhl ist darauf nach Schaffhausen gekommen, hat dort Arbeit gefunden und wurde ausgewiesen. Das war ungerecht und ist augenblicklich noch Gegenstand der Untersuchung. Die Sache ist nämlich diese. Es besteht eine Vorschrift oder eine Art Gefälligkeits-Usus gegenüber Deutschland (man scheint hier selbst in maßgebenden Kreisen getheilter Meinung zu sein), wonach politischen Flüchtlingen der Aufenthalt in den Grenzkantonen untersagt werden kann. Wurde nun Kruhl vielleicht deshalb aus Schaffhausen ausgewiesen oder nicht, das bleibt sich vorläufig gleich; aber er hätte als Sozialdemokrat wissen müssen, daß in der Bundesstadt Bern das Bundescomité des schweizerischen Arbeiterbundes seinen Sitz hat und daß dieses energisch für ihn eingetreten wäre, wenn er sich nur an dasselbe gewandt hätte. Das Bundescomité erfuhr indessen erst von seinem Mißgeschick, als er schon die Schweiz wieder im Rücken hatte; es berief indessen sofort eine öffentliche Versammlung und lud zu derselben einige Nationalräthe ein, von welch' Letzteren jedoch nur einer erschien, der Dr. Joos aus Schaffhausen, ein Mann, der sich namentlich um das Zustandekommen des Fabrikgesetzes wohlverdient gemacht hat. Der Dr. Joos nun hat es übernommen, die Schaffhauser Polizeibehörde zu interpelliren und dem Arbeiterbunde Mittheilung zu machen. Bis dies geschehen, enthalte auch ich mich heute jeder weiteren Bemerkung. Daß der Refraktär und Deserteur nicht in die Kategorie der auf Asylrecht Anspruch habenden politisch Verfolgten rangirt, davon hat uns der hohe Bundesrath s. Z. Kenntniß gegeben; hoffentlich wird derselbe jetzt auch definiren, wo eigentlich der politische „Verbrecher“ anfängt und wo er aufhört; jedenfalls aber mag man in Deutschland Notiz davon nehmen, daß es unter keinen Umständen zugelassen werden würde, politische Flüchtlinge à la Kruhl wider ihren Willen aus unserer Mitte zu reißen. So weit sind wir denn doch noch nicht und das schweizerische Volk ist in seinem Kern doch noch freiheitliebend und redlich genug, um dafür zu sorgen, daß ihm nicht über Nacht Ausnahmegesetze aus dem Boden wachsen, mit Hilfe deren man seine Freiheit „untergraben“ will. Und die Organe des Arbeiterbundes und der Grütlivereine, „Tagwacht“, „Précurseur“ und „Grütlianer“, stehen wohl auf der Wacht und haben die Augen offen für jeden Versuch der „Gesellschaft“, sich des Volkes zu „erbarmen“, daß es in seiner Freiheit nicht umkomme. Außerdem hat der Fall Kruhl Veranlassung gegeben, die Gründung einer selbstständigen Commission zu betreiben, welcher die Aufgabe zufallen würde, politischen „Verbrechern“ mit Rath und That zur Seite zu stehen, denen von den hiesigen deutschen Hilfsvereinen, welche von den deutschen Regierungen subventionirt worden und unter der Herrschaft des General von Röder und des famosen Consul Blind stehen, haben nur „Reichsfreunde“ und Vagabunden, aber keine Sozialdemokraten etwas zu erwarten.

Und nun noch Einiges für die geehrten Leser, welche lange Artikel von unten auf zu lesen pflegen. Gegen den Bundesbeschluß, die Gotthardsubvention von 6½ Millionen Franken zu bewilligen, wird das Referendum ergriffen werden, und man kann gar nicht wissen, wie der Volksentscheid schließlich doch ausfällt, trotzdem die „liberale“ Presse durchweg zu Gunsten der armen Gründer die Gnade des geprellten Volkes anbettelt. Aber das Volk hat mit dem „Liberalismus“ auch hier merkwürdig theure Erfahrungen gemacht und dessen Haupteigenschaften — Dummheit und Gefräßigkeit — sind zu klar zu Tage getreten, als daß man nicht Hoffnung hegen dürfte auf eine nicht allzuferne Stunde, wo einmal die „Herrschaft der Gesellschaft“ wechselt, d. h. wo die Weltgeschichte anfängt, auch für den „armen Teufel“ interessant zu werden.

Die sozialistischen Zeitungen aus Deutschland treffen hier ganz unregelmäßig ein, namentlich „Vorwärts“ und „Berliner Freie Presse“ sehr oft gar nicht. Unter Kreuzband die Blätter zu beziehen, ist fast unmöglich, und bei der Post kommt man aus dem Reklamiren nicht heraus. Wenn ich nun auch annehmen muß, daß sothane Giftpflanzen nicht ex officio beseitigt werden, vielmehr der Ansicht bin, dieselben werden von dem Postpersonal vorweg genossen, so sehe ich mich doch zu der Bitte veranlaßt: die uniformirten Menschenbrüder wollen doch so gut sein und die Blätter nach geschehener und gerne gestatteter Lektüre wieder weiter spediren, wenigstens so lange, als es noch geht. Man meint hier nämlich, es werde bald Pech und Schwefel in Deutschland vom Himmel regnen und das ganze sozialistische Unkraut mit Stumpf und Stiel vernichten. Immerzu; vielleicht kommt's auch nur halb so arg; sollen doch s. Z. selbst bei der Sündflut ganz „anständige“ Menschen mitersoffen sein. Nur immer kalt Blut, Du Volk „von Teut“ — vorwärts mit Stolz und Muth auf der dornigen Kampfesbahn — die Welt sieht auf Dich — Dir ward die Ehre, die Hoffnung des Proletariats der ganzen Welt zu werden. Hilf Dir selbst, denn Deine „Gescheidten“ (Impostores docti) sind mit ihrem Latein zu Ende. Vorwärts, und wenn Menschen schweigen, werden Steine reden.

Nachschrift: Soeben lese ich, daß Bürger Kruhl seinen Käfig bezogen hat. Es thut mir in der Seele weh, daß er jetzt auf lange Zeit — den „Vorwärts“ nicht mehr lesen kann.

Erklärung.

Die Thatsache, daß der Vertreter des Fürstenthums Reuß älterer Linie im Bundesrathe sich der Abstimmung über den „Gesetzentwurf gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ enthalten hat, giebt der nationalliberalen Presse Anlaß, das alte Märchen vom „Bündniß der Sozialdemokraten und der Partikularisten“ in Reuß ä. L. wieder aufzuwärmen. Die „Magdeburgische Zeitung“ geht sogar so weit, zu behaupten, der Vertreter der reußischen Regierung habe „es mit den Sozialdemokraten nicht verderben wollen, auf deren Stimmen man wahrscheinlich für die Landtagswahl spekulirt“. Und schließlich wird auf eine im Jahre 1876 stattgehabte Versammlung hingewiesen, in welcher ein conservativer reußischer Assessor sich „zu Gunsten der Sozialdemokratie“ ausgesprochen haben soll.

Es ist an der Zeit, diesen Schwätzereien, denen auch Herr Bamberger in seiner Broschüre „Deutschland und der Sozialismus“ theilweise Raum gegeben hat, einmal entgegenzutreten.

Allerdings trat in einer Versammlung zu Greiz im Herbst 1876 ein reußischer Assessor auf, welcher sich scharf gegen den Liberalismus aussprach und einige Punkte des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für annehmbar erklärte. Das Organ der reußischen Conservativen („Reuß. Ztg.“ vom 12. September) erklärt indessen, daß dieser Assessor „einer conservativen oder partikularistischen Partei nicht angehört, auch in jener Versammlung nicht im Auftrag oder Interesse einer dieser Parteien gesprochen hat“. Das Blatt hat offenbar Recht, denn bei der Reichstagswahl vom 10. Januar 1877, bei welcher der Unterzeichnete im ersten Wahlgange zum Abgeordneten für Reuß ä. L. gewählt wurde, candidirte außer einem Nationalliberalen auch ein Conservativer oder Partikularist, ein Beamter der reußischen Regierung, gegen die Sozialdemokratie. Soweit das „Bündniß“ von damals.

Nach der Auflösung des Reichstags vereinigten sich in Reuß älterer Linie sämmtliche Parteien gegen die Sozialdemokratie. Das nationalliberal-fortschrittliche Wahlcomité, dessen Partei auch in Hirsch'schen Gewerkvereinen „macht“, empfahl den Candidaten der Partikularisten, welcher zufällig ein naher Verwandter des Vertreters von Reuß ä. L. im Bundesrathe ist. Liberalismus und Partikularismus verschmolzen sich und traten gemeinsam für einen ausgesprochenen Partikularisten ein, welch edler Seelenverwandtschaft auch die Sozialdemokratie unterlag. Hier von einem „Bündniß zwischen Sozialdemokraten und Partikularisten“ zu reden, das kann nur die Wahrheitsliebe der „Magdeburgischen Zeitung“ und der ihr verwandten Sippe fertig bringen.

Wenn aber die „Magdeburgische Zeitung“ vollends sagt, die Stimmenthaltung im Bundesrathe „scheine“ deshalb geschehen zu sein, „um es nicht mit der Sozialdemokratie zu verderben“, so sei einfach daran erinnert, wie sich die reußischen Behörden gegen den Unterzeichneten verhielten, als er zu der Wahl am 30. Juli d. J. wiederum candidirte.

Es wurde ihm vom Reuß. Landrathsamt untersagt, in Versammlungen auszusprechen, daß 300 Millionen neuer Steuern in der Luft lägen. Als er seinen Wählern Bericht erstattete und meinte, seiner Ansicht nach sei der Antrag auf Auflösung des Reichstags nicht wegen der Sozialdemokratie, sondern wegen der Differenzen in den Steuerfragen gestellt worden, drohte ihm der überwachende Beamte mit Entziehung des Wortes. Das Gleiche geschah, als im Laufe der Rede einmal „Regierung“ statt „Landrathsamt“ gesagt wurde. Und als in einer Versammlung in Zeulenroda ein Gegner auftrat und an den Unterzeichneten die Frage stellte, „ob er treu zu Kaiser und Reich stünde“, trat der überwachende Beamte an den Vorsitzenden heran und sagte: „Wenn diese Frage nicht beantwortet wird, muß die Versammlung geschlossen werden.“ Diese Maßregeln wurden von der „liberalen“ Presse eifrig gelobt und die Polizei aufgefordert, damit fortzufahren.

Wenn also das Verhalten des Vertreters von Reuß ä. L. im Bundesrathe der liberalen Presse zu der Besorgniß Anlaß giebt, „man“ wolle es mit der Sozialdemokratie „nicht verderben“, so dürfte diese Besorgniß unbegründet sein.

Der Unterzeichnete kennt die reußische Sozialdemokratie zu gut, als daß er nicht mit gutem Gewissen die Verdächtigung zurückweisen könnte, die Sozialdemokratie wolle sich bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu einem „Bündniß mit dem Partikularismus“ gebrauchen lassen. So „leichten Herzens“ wie die liberal-fortschrittlichen „Mannesseelen“ schließt die Sozialdemokratie keine „Bündnisse“ mit ihren entschiedensten Gegnern.

Hamburg, den 12. September 1878.

Wilhelm Blos.

Correspondenzen.

Paris, 9. Sept. (Der sozialistische Arbeitercongreß.)*) Die Internationalität in der französischen Bourgeois-Republik, mit welcher die republikanische Presse zu kokettiren scheint, geht ebenfalls nicht über die Grenzen des Geldsacks hinaus. Im Gegentheil, je mehr sie sich Mühe giebt, die zugereisten Ausstellungsbesucher zu überzeugen, welche große Fortschritte die Republik in der kurzen Zeit ihres Bestehens gemacht hat, in desto schärferem Gegensatze ihrer Scheinheiligkeit zeigen sich die Thatsachen. Paris zog diesen Sommer die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich. Es eröffnete eine Weltausstellung, wie sie die Welt bis jetzt noch nicht gesehen hatte, die Pracht derselben spottet jeder Beschreibung. In derselben Zeit, wo die preußische Regierung Revolvergesetze gegen die Sozialdemokratie schmiedete, befaßte sich die Republik mit internationalen Congressen über Kunst, Wissenschaft, Musik ꝛc. Patriotische Nationalfest-Karnevals fehlten dabei auch nicht. Die Presse benutzt jede günstige Gelegenheit, den Fremden die Glückseligkeit der Republik vorzudemonstriren, Alles scheint in Harmonie Hand in Hand zu gehen; Franzose, Engländer, Italiener, Spanier, Russe und Türke sind hierin einig. Die Aufmerksamkeit Aller concentrirt sich auf einen Punkt: den Glanz und die Pracht der berühmten Weltstadt Paris. Sie Alle merken aber dabei nicht, wie faul und zerfressen das Fundament ist, auf welchem diese Luftparadiese gebaut sind — ein starker Wind, und dieselben sinken in Trümmer. — Beinahe acht Jahre sind verflossen, seitdem die Bourgeoisie die Arbeiter in ihrem Blut erstickte; eine Reaktionsperiode folgte hierauf, wie sie die französische Geschichte zur Zeit des Kaiserreichs nicht aufzuweisen hat — fünf Jahre Belagerungszustand, Unterdrückung der Presse, Verbot jeder Vereinigung. Jeder, der es wagte, ein Wort zur Vertheidigung der Commune auszusprechen, war mit Deportation und Zwangsarbeit bedroht. So eine Reaktionszeit mußte nach der Berechnung der Philister die größte Demoralisation, Indifferentismus und Apathie im arbeitenden Volke hervorrufen. Und doch ist der Zweck verfehlt. Die glimmenden Funken in der Asche verbreiten sich allmählich unter der Oberfläche, bis endlich ein vulkanischer Ausbruch entsteht. Die französischen Arbeiter haben in Lyon auf ihrem Congresse genügende Zeugnisse abgelegt von ihrer Befähigung, ihre Klasseninteressen selbst zu vertreten. Die Gründung der „Egalité“, sowie die Einberufung des Internationalen Sozialisten-Congresses beweisen klar und deutlich, daß die sozialistischen Ideen durch rohe Gewalt nicht zu beseitigen sind. Die Großprahlerei der reaktionären Presse, daß der nationale Reichthum in Frankreich gehoben sei, wird ebenfalls durch die Thatsachen Lügen gestraft. Diese Massenstrikes, welche in der letzten Zeit in ganz Frank-

*) Von einem Franzosen. R. d. B.

reich stattfanden, beweisen, wie großes Elend im arbeitenden Volke herrscht. Es ist also kein Wunder, wenn wir auf der Liste des Internationalen Sozialisten-Congresses Namen finden, welche noch vor kurzer Zeit mit dem Sozialismus sehr wenig vertraut waren. Positivisten, Schulze-Delitzschianer, Indifferentisten, vereinzelt dastehende Arbeiter gruppirten sich und sandten ihre Delegirten auf den Congreß, welcher von der sozialistischen Partei einberufen worden war. Und was war der Zweck des Congresses? Was wollten die Arbeiter? Ueber ihr ökonomisches Elend sich aussprechen, um über die zur Abhilfe nöthigen Mittel sich klar zu machen. Weil aber die Emanzipation der arbeitenden Klasse mit der Emanzipation der ganzen Menschheit identisch ist, so mußte der Congreß einen internationalen Charakter annehmen. In Anbetracht dessen, daß Dutzende von internationalen Congressen diesen Sommer stattgefunden haben, und daß sogar den schwarzen Internationalen, welche, um die Republik zu untergraben, alles Mögliche aufboten, ihre Versammlungen und Wallfahrten gestattet, ja sogar in Schutz genommen waren, glaubten die Arbeiter mit vollem Rechte auch ihren Internationalen Congreß abhalten zu dürfen. Aber nein, hier ist eben die Grenze, wo der Geldsack seine Macht über das Recht geltend macht. Eine freie Diskussion der Arbeiter über ihre traurige Lage und wie diese zu beseitigen sei, konnte auf das Elysium der Parasiten ein schlechtes Licht werfen, ja dasselbe sogar bedrohen. Deshalb wurde die öffentliche Abhaltung eines solchen Congresses verboten. Es blieb aber den Arbeitern auch so noch ein durchaus legaler Weg übrig, nämlich die Abhaltung des Congresses in einer Privatversammlung. Auch das wurde von der Polizei verhindert. Die Polizei verübte einen Hauseinbruch, arretirte die Einberufer und präsidirte an ihrer Stelle im leeren Lokal. Zur Charakteristik der ungesetzlichen Handlungsweise der Polizei lege ich hier einige Auszüge aus dem „Rappel", der „Marseillaise" und „Lanterne", sowie die Proteste der Delegirten bei. — — —

Parteigenosse Karl Hirsch ist den 6. September um 5 Uhr Morgens in seiner Wohnung verhaftet, alle Zimmer durchsucht und eine ganze Masse Papiere, Briefe, Zeitungen, Broschüren, sogar ein Album seines Schwagers, in welchem einige Photographien von „staatsgefährlichen" Männern sich befanden, wurde eingepackt und mitgenommen. Man vermuthet, daß seine Verhaftung auf das Ersuchen des deutschen Gesandten erfolgte, denn mit der Einberufung des Congresses hat er nicht im mindesten zu thun gehabt. Gestern hat eine Deputirtenversammlung bei Louis Blanc stattgefunden, welche bezweckt, die Angelegenheit vor den gesetzgebenden Körper zu bringen.

Mit sozialdemokratischem Gruß S. S.

Brüssel, 30. August. (Eine silberne Hochzeit.) Auch bei uns ahmte man Ihre Wilhelmsspende nach, indem im ganzen Lande zur Feier der silbernen Hochzeit unseres Königspaares in jedem Haus und jeder Familie gesammelt wurde. Diese unsere Sammlungen möchte man einfach Erpressungen nennen, denn unter allerhand Vorwänden mußten die Arbeiter zahlen. In manchen Fabriken sogar doppelt, für Mann und Frau. Jedoch bei der Ablieferung behielten die Fabrikanten einfach den Theil der Frau für sich zur Deckung der Illuminationskosten der Fabrik am silbernen Hochzeitsfeste. Wenn die hohen Herrschaften solches oftmals wüßten, sie würden sich sicher bedanken für solches Blutgeld. Die Krone, welche man der Königin dafür schenkte, durften sich die Arbeiter für 10 Centimes vorher auch noch einmal ansehen. Die Festivitäten will ich nicht weiter beschreiben, sie sind genau so wie in Deutschland bei ähnlichen Angelegenheiten ausgefallen. Am „Volk" hat es auch hier nicht gefehlt.

Gera, 20. August. (Allgemeiner Bericht.) Die erste Wählerversammlung fand am 6. Juli in Gera im „Bellevue" statt. Die Tagesordnung lautete: „Die bevorstehende Reichstagswahl". Referent: Redakteur H. Lange aus Crimmitschau. Trotzdem sämmtliche Fabrikanten Tages zuvor Plakate in den Fabrikräumen und Werkstätten anschlagen ließen, welche besagten, daß diejenigen Arbeiter, welche fernerhin Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei unterhalten, deren Versammlungen besuchen und deren Presse unterstützen, sofort entlassen werden, waren circa 1000 Personen erschienen. In dem 1½stündigen Vortrage führte Lange die Stellungen der Conservativen, Liberalen und Fortschrittler zu den wahrhaft freisinnigen Elementen aus. Stürmisches Bravo lohnte den Redner, und wurde derselbe als Candidat der sozialdemokratischen Partei von Reuß j. L. einstimmig proklamirt. — Die zweite Versammlung fand am 13. Juli in Pforten bei Gera statt. In derselben konnte Genosse Lange nicht anwesend sein und so übernahm das Referat Genosse Brätter von Gera. B. referirte in gediegener Weise und empfahl den Versammelten, am 30. Juli für den Redakteur Hermann Lange aus Crimmitschau einzustehen. — Denselben Tag war eine Versammlung in Hirschberg anberaumt, über deren Verlauf wir bereits berichtet haben. Tags darauf, Sonntag, den 14. Juli, war eine Versammlung in Schleiz einberufen, welche in derselben Weise verlief, wie in Hirschberg. Jäger jagte sofort nach dem Telegraphenamte und ließ nach Schleiz telegraphiren: „Gestern in Hirschberg sozialdemokratische Wählerversammlung in nationalliberale umgewandelt. Lange nicht zum Worte gekommen. Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen. Dr. Jäger." Der Vorsitzende, ein gewisser Broßmann, der Ordnungspartei angehörend, ein Freund von dem Schwindler Kiene, welcher sich für Dr. Kiene ausgegeben und voriges Jahr wegen Schwindel und Urkundenfälschung vom Schwurgericht zu zweijähriger Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, forderte auf, die „Wacht am Rhein" zu singen. Nun ging die Katzenmusik los. Dann schloß er die Versammlung mit dem Bemerken, über das Programm des Dr. Jäger brauche nicht diskutirt zu werden. Da hatte der Mann vollständig Recht, denn Dr. Jäger versprach, Jedem ein Huhn im Topf zukommen zu lassen. Da braucht man das Programm wirklich nicht zu diskutiren, da ist ein Jeder einverstanden. Ein Huhn für die Arbeiter, das ist prägnig, mehr können diese Leute nicht verlangen. — Verschiedenen Leuten in Schleiz und Umgegend, die als Sozialisten verdächtig erschienen, wurde das Geld, welches sie auf ihre Häuser und Grundstücke von Kapitalisten geborgt, gekündigt. — Eine andere Versammlung fand am Sonnabend, den 20. Juli, in Dorna statt, welche zahlreich besucht war, und sprachen sich die Wähler im Sinne des sozialistischen Candidaten, nach Schluß der Rede, welche ein Geraer Genosse hielt, aus. — Sonntag, den 21. Juli, waren 2 Versammlungen einberufen, eine in Langenwetzendorf, die andere in Hohenleuben. Die Langenwetzendorfer Versammlung wurde uns zu nichte gemacht. Der dortige Bürgermeister verlangte die Versammlung zu eröffnen. Genosse Lange hatte den Zug versäumt und konnte deshalb nicht zur rechten Zeit erscheinen. Er kam eine Viertelstunde zu spät. Das Publikum war aber noch versammelt, als Lange erschien und so konnte er sich wenigstens noch vorstellen und einige persönliche Fragen beantworten. Abends fand die Versammlung in Hohenleuben statt, welche sehr zahlreich besucht war und sprachen sich fast alle Anwesenden aus, nachdem Genosse Lange sein Referat beendet, für selbigen zu stimmen, was sich auch bewahrheitete, da wir in Hohenleuben die Majorität erhielten. — Tags darauf sprach Lange in Frankenthal, welche Versammlung gleichfalls zahlreich besucht war, und sprachen sich fast alle Anwesenden im Sinne des Referenten aus. — Sonntag, den 28. Juli, Nachmittags, fand eine Versammlung in Harpersdorf statt. Dieselbe verlief in würdiger Weise. Abends sollte eine Versammlung in Köstritz stattfinden, welche uns aber der Bürgermeister verbot, weil er keine vorherige Anzeige bekommen hatte. Die Anzeige bekam seine Haushälterin, welche er aber nicht anerkannte. Sollte uns das wieder vorkommen, daß der Herr Bürgermeister nicht zu Hause ist, so werden wir ihn suchen und wenn er auch zum Vogelschießen nach Gera verreist ist. Genosse Lange machte es wieder so wie in Langenwetzendorf; er unterhielt sich persönlich mit den erschienenen Wählern. — Die letzte Versammlung in Gera fand Sonnabend, den 27. Juli, im Kaisersaal statt, zu welcher ungefähr 1500 Personen erschienen waren. Zu dieser Versammlung waren brieflich eingeladen die Herren Rechtsanwalt Träger, der frühere Reichstagsabgeordnete für Reuß j. L., und sein Adjutant Wartenburg. Beide entschuldigten sich, der erstere mußte in seinen anderen Wahlkreis, wo er noch aufgestellt war, der andere war müde, er hat sich so angestrengt bei den Agitationen. Ausreden haben die Herren immer. Die Versammlung verlief in würdiger Weise und erntete Lange stürmischen Beifall nach Schluß seines Referats. — Die Wahl rückte nun immer näher und wir waren gespannt, wer wohl als Sieger aus der Urne hervorgehen wird. Der 30. Juli kam, es wurde gestimmt. — Das Resultat war für Gera folgendes: Von über 5000 Wahlberechtigten wählten nur 3639, davon erhielt unser Candidat Lange 1124, Träger (fortsch.) 1316, Jäger (nationall.) 1199 St. Wir erhielten also 1878 circa 200 Stimmen mehr als 1877, und die Fortschrittler über 200 St. weniger. Im ganzen Wahlbezirk erhielt Lange 1894, Träger 3520, Jäger 6784 Stimmen. Die Fortschrittspartei hat diesmal 2000 Stimmen im Wahlkreis verloren. Also ein beträchtlicher Rückgang der Fortschrittspartei und ein Vorwärts der Sozialdemokratie. — Haltet fest an der gerechten Sache! — Hoch die Sozialdemokratie! W.

Königsbrück, 5. Septbr. Der Wahlkreis des Herrn Generalstaatsanwalt Dr. v. Schwarze (Dresden-Neustadt) scheint doch für die sogenannte Ordnungspartei gewaltig wackelig geworden zu sein, da der Herr Ritter v. Schwarze sich jetzt selbst durch persönliche Agitation gewaltige Mühe giebt, um bei der nächsten Wahl wieder durchzukommen. So hatten auch die hiesigen Einwohner die Ehre, den Herrn Generalstaatsanwalt gestern Abend im Rathhaussaale persönlich zu sehen und sprechen zu hören. Die ganze Hautevolé der Umgegend war zusammengelaufen, auch einige hiesige Genossen waren erschienen, um die Redekünste dieses „Volksvertreters" zu bewundern. Wenn man auch nichts Besonderes erwartet hatte, so wurde man doch in seinen geringen Erwartungen sogar noch getäuscht. Zur Hauptaufgabe hatte der Redner sich die Bekämpfung der Sozialisten gemacht und leistete in Verdrehung unserer Prinzipien das Möglichste; wir hatten doch wenigstens erwartet, daß der hochgelahrte Generalstaatsanwalt über die alten Märchen vom Theilen, blutigen Revolutionen ꝛc. hinaus wäre. Besonders bestritt er die Thatsache, daß der Arbeiter durch indirekte Steuern am härtesten betroffen werde. In Betreff des Ausnahmegesetzes erklärte er, daß man ja nicht glauben sollte, dasselbe wolle den bürgerlichen Freiheiten an den Kragen, es sei nur gegen die Ausschreitungen der bösen Sozialdemokraten in der Presse und in Versammlungen gerichtet. Um die Hauptsache, ob er für oder gegen das Gesetz stimmen wolle, ging er sehr vorsichtig herum. Durch seine Rederei hat der Herr von Schwarze sich in Königsbrück nicht gerade mehr Freunde erworben; die nächste Reichstagswahl wird das beweisen. C. F.

Frankfurt a. M., 8. September. Nur noch wenige Tage sind es bis zum Wiederzusammentritt des neugewählten deutschen Reichstages. Die wichtigste und in erster Linie stehende Vorlage an den Reichstag ist das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten. Von vielen Abgeordneten weiß man schon im Voraus, daß sie unter allen Umständen gegen das Ausnahmegesetz stimmen. Für diese gilt mein Mahnruf nicht. Er gilt auch nicht für Diejenigen, von denen man schon im Voraus weiß, daß sie unbedingt für das Ausnahmegesetz stimmen. Er ist lediglich an diejenigen gerichtet, die da im Zweifel sind, was sie thun sollen. Euch Ihr Zweifler, Euch rufe ich zu, laßt Euch durch keine Lobhudelei und keine schönen Reden, durch keine Verdächtigungen und keine Verleumdungen, durch keine Diners und durch keine Soupers, überhaupt durch gar nichts bewegen, um für das Ausnahmegesetz zu stimmen. Bedenkt was Ihr dem deutschen Volke schuldet. Knechtschaft oder Freiheit! Ich sage das Letztere. Ihr schuldet Euch und dem deutschen Volke Alles, was sich mit den Institutionen eines freien Volkes verträgt. Stimmt Ihr gegen das Ausnahmegesetz, so bleibt Euch der Dank Eures Volkes, Eurer Mitbürger, ja eines jeden freien Menschen. Seid Ihr für das Ausnahmegesetz, so ruft Ihr Jammer und Elend, Knechtschaft und Sklaverei, möglicherweise sogar einen Verzweiflungsakt hervor. Die Schuld davon fällt dann auf Euch. Wenn man viele Hunderttausende seiner Mitmenschen außer dem Gesetze stellt, sie in Acht und Bann erklärt, für sie das Zuchthaus zur Aufnahme bereit macht, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn diese Geächteten nach der bestehenden Ordnung nichts mehr fragen. Wenn man Tausende und abermals Tausende von fleißigen, treuen und braven Bürgern in einem Staate, wie es jetzt in Deutschland geschehen soll, ihrem Mitbürger gegenüber zurücksetzt, ihnen den letzten Rest von Freiheit raubt, dann bringt man sie zur Verzweiflung, und wohin die Verzweiflung ein Volk treiben kann, davon geben viele Blätter der Weltgeschichte ein eindringliches Zeugniß. Und was haben denn Diejenigen verschuldet, gegen die man jetzt diese Ausnahmegesetze plant? Nichts! Gar nichts! Ihr ganzes Verbrechen besteht in ihrer politischen Meinung. Man hat sie in der Armee, es sind die besten Soldaten; man hat sie bei den Beamten, es sind die treuesten Staatsdiener; man findet sie mehr oder weniger in allen Klassen der deutschen Bevölkerung, es sind die besten Söhne des Vaterlandes. Man wollte ihnen die Schüsse „Unter den Linden" aufbürden, aber es ging nicht. Alles, was bei dem Geschrei von der Mörderbande und bei all dem im ersten Moment nach den Attentaten künstlich erzeugten Hasse gegen die Sozialdemokratie herauskam, war ein klägliches Fiasko für Diejenigen, welche das alles gegen die Sozialdemokraten in Scene gesetzt haben. Man nennt die sozialdemokratische Partei eine Umsturzpartei. Aber wir fragen: Was will denn zum Kukuk die Sozialdemokratie umstürzen? Nichts will sie umstürzen! Gar nichts! Auf gesetzlichem Wege will sie ihre Ziele, und wird dieselben auch erreichen. Also lediglich wegen ihrer Ziele!? Die Ziele aber sind die Freiheit und Gleichheit des Menschenthums — edle, sittliche Ziele. Oder gar des gesetzlichen Weges halber? Will man die Sozialdemokratie auf blutige Wege drängen, um sie vom Ziele fern zu halten? Wenn Ihr nicht wollt, Ihr schwankenden Volksvertreter, daß man diese Frage mit Ja beantworten soll, so stimmt mit Nein! M. M.

Aus dem Wahlkreise Essen. Das war ein Wahlkampf, wie ihn unser Kreis noch nicht erlebt hat! Nach den Anstrengungen, welche die „Kanonenpartei" resp. Mischmaschpartei für ihren Candidaten Krupp gemacht, war es nicht anders zu erwarten, daß dieser so viele Stimmen auf sich vereinigte. Trotzdem nun der Candidat der Christlich-Sozialen und Ultramontanen den Sieg davongetragen, werden letztere, wie ich in Erfahrung gebracht, die Wahlbeeinflussungen, welche in keinem Wahlkreise schlimmer gewesen sein können, in dem Reichstage zur Sprache bringen lassen. Was unsere Partei speciell betrifft, gestehen wir es offen, so war dieselbe schlecht organisirt, es konnten nicht einmal die Wahllokale in der Stadt, geschweige die auf dem Lande besetzt werden. Der Grund ist der, daß die tüchtigsten und thätigsten Genossen gemaßregelt und ausgewandert sind, anderntheils, daß viele Genossen, ihrer abhängigen Stellung wegen, sich nicht an der öffentlichen Agitation betheiligen konnten. Wir hatten zuerst vor, gar keinen Candidaten aufzustellen, aber noch in letzter Stunde entschlossen wir uns, Hasselmann aufzustellen, um eventuell ausschlaggebende Partei bei der Stichwahl zu sein. Die Sache gestaltete sich aber anders, denn Stötzel (christl.-soz.) siegte im ersten Wahlgange. Wir hatten ein Wahlflugblatt herausgegeben, jedoch gelangte dies nicht im ganzen Wahlkreise zur Vertheilung; daher wählten die auswärtigen Genossen Stötzel! Aber verhehlen wir uns auch nicht, daß es nicht wenige Genossen gab, welche des lieben Brodes halber für Krupp gestimmt haben (hauptsächlich in Altendorf); ebenso enthielten sich auch viele der Abstimmung. (Die Krupp'schen Stimmzettel waren fast in jedem Wahllokal andere in Format und Papier, dazu kam eine unverschämte Controle von Seiten der Beamten und Meister. Die Beamten und Steiger von drei Zechen, welche Krupp gehören, besorgten das Gleiche.) Wenn nun die „Essener Zeitung" meint, die Sozialdemokratie sei in Altendorf vernichtet, so irrt sie sehr, denn sie wird in nächster Zeit wahrnehmen müssen, daß das Feld neu bestellt worden ist. Die Sozialdemokraten, Ultramontanen und Christlich-Sozialen sind, wo man Wind von ihnen bekommen hat, bei der Firma Krupp und den Zechenverwaltungen massenhaft denuncirt worden, selbst Leute sind entlassen, welche 22 Jahre auf der Krupp'schen Fabrik gearbeitet haben, und werden diese Parteien wohl nächstens, wie bereits schon geschehen, einige Leute mehr dem „Vagabundenleben" zuführen. — Unser hiesiger Oberbürgermeister, welcher sich augenblicklich von den Strapazen des Wahlkampfes in einem Badeort erholt, äußerte sich gelegentlich vor der Wahl: „Wir werden und müssen siegen, denn es ist Alles aufgeboten worden." Daß letzteres geschehen, weiß hier beinahe jedes Kind in der Schule. Die „Kanonenpartei" war so gut organisirt, daß auf 10—20 Wähler ein Vertrauensmann kam. Dennoch eine unerwartete Niederlage, und daher wird auf Rache gesonnen. Diese reichstreuen Leute können sich noch jetzt nicht über den Ausfall der Wahl zufrieden geben, und werden politisch Andersgesinnte noch fortwährend insultirt; wie es im Lager dieser „Edlen" vor der Wahl aussah, können sich die Leser leicht denken. Die sogenannten „Dallesbrüder", welche aus der Wahlagitation einen Nutzen glauben ziehen zu können, waren „recht wacker" bei derselben engagirt. Die vielen Wahlbeeinflussungen, welche vorgekommen, hier alle aufzuführen, würden ein paar Nummern d. Bl. in Anspruch nehmen. Aber zwei Flegel mögen doch an den Pranger gestellt werden. Im Schlicker'schen Wahllokal äußerte sich ein Polizeibeamter einem Stimmzettelvertheiler von unserer Seite gegenüber: „Sie sind nicht werth, daß man Ihnen ins Gesicht spuckt; wenn ich Wirth wäre, würden Sie hier nicht stehen." Dieser „Ehrenmann" trat unserem Genossen auch noch auf die Füße. In der Restauration „Malapartus", wo man das Wahlresultat zusammenzählte, war ein „Culturlümmel" der besten Sorte, der bei Hasselmann's Stimmenzahl meinte: „Dieser Lump zählt nicht mit!" — Die „Essener Volkszeitung" theilt 28 Fälle der gravirendsten Art mit, welche geeignet sind, im Falle die „Kanonenpartei" gesiegt hätte, gegen letztere Wahl zu protestiren. Das Organ der Könitzer und Piloty's, die „Essener Zeitung", hat aber für all diese Beschuldigungen kein Wort zur Erwiderung. — Schließlich wird an alle Parteigenossen das Ersuchen gerichtet, sich thätiger wie bisher an der Agitation zu betheiligen, damit bei der nächsten Wahl die jetzt erhaltenen Wunden geheilt sind.

Langenbielau, 30. August. In unserem Wahlkreise fangen nach beendeter Wahl die hier üblichen Prozesse gegen Verfasser und Verbreiter der sozialistischen Wahlaufrufe an in Fluß zu kommen, die Betheiligten sind bereits wieder sektionsweise zur verantwortlichen Vernehmung vorgeladen worden, der Herr Staatsanwalt wird wieder sehr viel Arbeit bekommen, und dürfte in Folge dessen wohl die bereits seit circa einem Jahre schwebende Untersuchung gegen unseren früheren Gefangenenwärter und einen hiesigen Gensdarmen wegen Mißhandlung von Gefangenen, — von deren Endresultat bis jetzt noch immer nichts verlautet, obschon die Mißhandlungen zu beweisen waren resp. bewiesen worden sind, — noch etwas mehr auf die lange Bank kommen. Oder ist etwa die Anklage verhandelt worden und es hat nur Niemand etwas davon erfahren? Einige Klarheit über diese Sache wäre wirklich recht sehr am Platze. Manche Leute meinen zwar, der Herr Staatsanwalt habe diese ganze Untersuchung gar einschlafen lassen, doch wir sind weit entfernt davon, diese Meinung zu theilen, denn wir würden uns zweifelsohne dadurch eine Anklage wegen Beleidigung zuziehen, auf deren Erledigung wir gewiß kein Jahr zu warten brauchten; andererseits aber haben wir von der Unparteilichkeit und Gerechtigkeitsliebe des Herrn Staatsanwalts eine so hohe Meinung, daß wir glauben, er wird mit derselben Gewissenhaftigkeit seines Amtes warten, gleichviel ob es sich um Gefangenenwärter und Gensdarm — oder um Wahlaufrufe verbreitende Sozialisten handelt. Also abwarten!

Durch die Expedition des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Glossen

zu

Yves Guyot's und Sigismund Lacroy's Schrift:

Die wahre Gestalt des Christenthums.

Nebst einem Anhang:

Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau.

Von **August Bebel.**

Preis 25 Pf.

Die Verbreitung, welche die ausgezeichnete Schrift von Guyot und Lacroy (Verlag der Volksbuchhandlung in Zürich) gefunden, wie die Aufmerksamkeit, welche neuerdings wieder infolge der demagogischen Agitationen christlicher Prediger unter der Arbeiterwelt das wahre Wesen des Christenthums erwecken muß, veranlaßten den Verfasser diese Arbeit jetzt herauszugeben. Der Anhang, in enger Verbindung zu der in der erwähnten Schrift erörterten Frage stehend, betrifft ein Thema, das in den letzten Jahren von den verschiedensten Seiten in Behandlung genommen ist. Der Verfasser wird übrigens noch im Laufe dieses Jahres eine Arbeit veröffentlichen, die umfänglicher und gründlicher, als es in der vorliegenden geschieht, ihre Aufgabe zu lösen suchen wird.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hepe, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 112. Sonntag, 22. September. 1878.

Eine perfide Komödie

hat sich dieser Tage im hohen Reichstage deutscher Nation abgespielt.

Bei der Wahl zur Commission für das Sozialistengesetz hatte man allseitig mit Ausnahme der Conservativen den Wunsch geäußert, daß auch ein Sozialdemokrat in dieselbe gewählt werde. Nach langem Hin- und Herreden aber war man sich einig geworden, den von den verschiedenen kleineren Gruppen vorgeschlagenen Abgeordneten Sonnemann zu acceptiren und die Sozialdemokraten nicht zu berücksichtigen. Sonnemann aber verzichtete in richtiger Würdigung der Sachlage zu Gunsten Bebel's.

Nun ist eine solche Verzichtleistung, solange der Reichstag existirt, immer und zwar von allen Seiten respektirt worden.

Deshalb war man allgemein verblüfft, als die zweite Abtheilung, welche die Wahl Bebel's nominell zu vollziehen hatte, einen Treubruch beging und gar an Stelle Bebel's den reaktionären Professor Gneist erwählte.

Dies ist das erste Mal, daß eine derartige Perfidie im Reichstage ausgeübt worden ist.

Die Quintessenz aber dieses Treubruchs, den conservative und nationalliberale Abgeordnete verübt haben, ist die Fernhaltung eines Sozialdemokraten aus der Commission, welche über das gegen die Sozialdemokratie gerichtete Gesetz berathen soll! Das ist unerhört! Das steht beispiellos da in der Geschichte des parlamentarischen Lebens, des parlamentarischen Anstands!

Wenn schon bei der Berathung des Gesetzes im Plenum im Gegensatze zu den Rednern unserer Partei die Herren von Bismarck und von Kleist-Retzow die Schranken des parlamentarischen Gebrauchs durchbrachen, indem sie mit Lügner und Banditen um sich warfen, so setzt aber dies Verfahren der conservativen Bauernfraktion und der national-liberalen Heuchlergesellschaft, die für Bebel zu stimmen versprachen, Allem die Krone auf.

Dem Volke in Deutschland, der gesammten Arbeiterklasse aber wird es immer klarer, daß von Seiten der jetzigen Parlamentsmajorität nur Elend und Unfreiheit zu erwarten ist, daß es immer mehr an der Zeit ist, den drohenden Gefahren der Reaktion durch einmüthiges Zusammenhalten die Spitze zu bieten, daß die Arbeiter, die Elenden und Enterbten, die Geächteten nur auf der Bahn des Sozialismus dem Elende und der Acht dauernd entrinnen können. — — —

Dieser perfide Gewaltstreich wird trotz Ausnahmegesetz bei den nächsten Wahlen schon gesühnt werden. — Die Namen der Treubrüchigen aber werden wir, wenn wir dieselben erfahren haben, annageln an den Schandpfahl.

Ueber das Sozialistengesetz

bringt der „Staatssozialist" (monarchisch-conservativ) einen vorzüglichen Artikel, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Derselbe lautet:

Mit Unrecht hat man zur Rechtfertigung des neuen deutschen Sozialisten-Gesetzes auf die analoge französische Gesetzgebung verwiesen. Das entsprechende französische Gesetz wird von dem deutschen Reichsgesetz um mehrere Geheimraths-Längen geschlagen.

Während das französische Gesetz sich auf internationale Vereine beschränkt, die Gegenstände, um welche es sich handelt, präcise formulirt und die betreffende Entscheidung den ordentlichen Gerichten beläßt, stellt das deutsche Reichsgesetz sich von Anfang bis zu Ende als eine in den unbestimmtesten Ausdrücken gefaßte Ausnahme-Maßregel dar, als ein Gesetz, dessen Schwerpunkt in dem freien Ermessen der Polizei-Behörden ruht, welches die Vereine und Versammlungen, ohne Rücksicht auf ihren etwaigen internationalen oder nationalen Charakter, selbst die auf bestimmte Lokalitäten berechneten Kassen, gleichmäßig trifft, und welches in der Gestalt, wie es aus den Berathungen des Bundesrathes hervorgegangen ist und nach Beseitigung des ursprünglich in Aussicht genommenen Reichsamtes auch nicht einmal mehr den Schein einer richterlichen Correktur und Entscheidung enthält.

So wie der Entwurf jetzt lautet, sind von den vier und zwanzig Paragraphen, die er enthält, zwei und zwanzig offenbar zu viel. Zwei Paragraphen würden vollständig genügen:

§ 1. Ein von dem Bundesrathe niederzusetzender Ausschuß — schon an sich ein ominöser Name! — verfügt und entscheidet selbstständig und endgiltig darüber, welche Preß-Erzeugnisse mit Beschlag zu belegen und zu unterdrücken; welche Versammlungen aufzulösen; welche Vereine zu schließen und bei Strafe zu verbieten und welche Kassen zu confisciren sind.

§ 2. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

Es ist dies nicht etwa ein Scherz, den wir uns erlauben, im Gegentheil sind wir durchaus ernsthaft der Ansicht, daß der jetzt vorliegende Gesetz-Entwurf nach Beseitigung alles Nebensächlichen und Unwesentlichen im Grunde auf dasselbe hinausläuft, und daß man deshalb gut thun würde, genau dasjenige auszusprechen, was man meint, und so über den Inhalt und die Tragweite des qu. Gesetzes nach keiner Seite einen Zweifel zu lassen.

Außerdem würde die von uns vorgeschlagene Fassung noch den Vorzug haben, das qu. Gesetz seines Ausnahme-Charakters zu entkleiden, eine offene verantwortungsvolle Diktatur zu etabliren und damit wenigstens die Möglichkeit zu gewinnen, ungehindert und auf dem kürzesten Wege zu der Erkenntniß über den Nutzen derartiger Maßregeln zu gelangen.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen und Mißdeutungen bemerken wir dabei ausdrücklich, daß wir unsererseits so wenig den kurzen wie den langen Entwurf empfehlen und begehren, daß wir vielmehr hypothetisch argumentiren in dem Bestreben, wenn es einmal mit dem Zwange versucht werden soll, dann wenigstens keine halbe Arbeit zu machen und die Verantwortung nicht auf die Schultern untergeordneter Lokalbehörden, sondern — nach Analogie des englischen Oberhauses — auf die der höchsten politischen Körperschaft des Reiches zu legen.

Der in dem vorliegenden Gesetz-Entwurf vorgesehene Instanzenzug hat für den Sachverständigen nicht den mindesten reellen Werth. Das von der Polizei-Behörde unterdrückte Erzeugniß der Presse, insbesondere der periodischen, ist und bleibt unterdrückt und in seiner Wirkung paralysirt, auch wenn hinterher — nach unbestimmter Zeit — die Unterdrückung als ungerechtfertigt anerkannt wird; die Versammlung ist und bleibt aufgelöst, was auch demnächst geschehen mag; der zu Unrecht geschlossene Verein ist — abgesehen von der daneben hergehenden geheimen Organisation — in seiner Existenz gestört und unterbrochen und seine Widerbelebung wesentlich identisch mit der Begründung eines neuen, und eine konfiszirte genossenschaftliche Kasse wird voraussichtlich auch durch eine etwaige Remedur kein neues Leben gewinnen.

Ebenso hat die in dem qu. Gesetz-Entwurfe beliebte Nomenclatur von Vereinen, Versammlungen und Druckschriften, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen Bestrebungen „dienen", wenig oder gar keine Bedeutung, da die Formulirung dessen, was man treffen will, sich in Ausdrücken bewegt, die selbst noch einer anerkannten Definition entbehren und es daher ein vergeblicher Versuch bleiben wird, eine Dunkelheit durch die andere aufzuklären. Es würde deshalb auch nicht einmal so weitgehender Ausdrücke bedürfen wie der, welche sich in dem § 9 finden, wo es heißt: „Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der in § 1 bezeichneten Art dienen werden," das Wort „dienen" ist schon an sich weit genug, um zu dem Urtheil zu gelangen, daß mit derartigen Festsetzungen das polizeiliche Ermessen auf breitester Basis etablirt ist. Es bedarf hierbei nicht einmal der Geschicklichkeit eines Richelieu — welcher bekanntlich nur drei geschriebene Worte verlangte, um den Schreiber an den Galgen zu bringen — um in jeder Druckschrift und in jeder Versammlung, welche sich auch nur entfernt mit volkswirthschaftlichen oder sozialen Dingen beschäftigt, einen Anhalt für die Annahme zu finden, daß dieselben sozialistischen Bestrebungen „dienen" werden. Es gilt dies ebensowohl für die conservative wie für die liberale Partei, wie wir denn auch jetzt schon in den gegenseitigen Rekriminationen einen Vorgeschmack davon empfangen haben, in welcher Weise die Auslegung des Gesetzes sich in der Praxis gestalten dürfte. Der Conservative, welcher den gesammten Liberalismus nur als eine Vorstufe und Vorschule der Sozialdemokratie betrachtet, und der Liberale — einschließlich des Grafen Bethusy — welcher den christlichen Sozialismus als die gefährlichste Spielart des Sozialismus erkannt, sie werden sich beide gegenseitig in die Hände arbeiten, den Geltungsbereich des Gesetzes möglichst zu verbreitern. Am schlechtesten werden dabei natürlich Diejenigen fahren, welchen gegenwärtig die Rolle des Ambos zugetheilt ist, und es ist deshalb durchaus nicht ohne Grund, wenn in neuerer Zeit die conservative Partei des Reichstages von ihren eigenen Organen, insoweit diese nicht ganz zu Blechschmieden verkümmert sind, gewarnt wird, den beliebten Sprung ins Dunkle nicht mit allzu leichtem Herzen vorzunehmen. Noch ist der Liberalismus am Ruder, und man wird wohl daran thun, nicht allzu sicher auf seine baldige Entsetzung zu rechnen.

Auf die kleinen juristischen Bedenken und Widersprüche, welche sich in dem fraglichen Gesetzentwurfe finden, wollen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen, dieselben sind bereits von anderer Seite in überzeugender Weise dargelegt.

Ebenso ist bereits vielfach und neuerdings in einem ausführlichen Artikel der „Frankfurter Zeitung" mit schwer widerlegbaren Argumenten der Nachweis geführt worden, daß auch abgesehen von der weiten Verbreitung, der bereits vorhandenen reichen Literatur, den ausgedehnten Hilfsmitteln und der vortrefflichen Organisation der sozialdemokratischen Bewegung die Wirksamkeit des fraglichen Gesetzes, selbst wenn es unverändert angenommen und mit der äußersten Energie gehandhabt würde, doch schon an der „Masse und der lokalen Massigkeit des Zusammenhangs der sozialistischen Arbeiterpartei" scheitern müsse. Es ist eben die Zahl und die durch nichts zu beseitigende oder auch nur zu unterbrechende tägliche gegenseitige Berührung der Mitglieder der Arbeiterpartei, sowie die schweigende freiwillige Propaganda, die der wirthschaftliche Nothstand treibt, welche das Geheimniß der Stärke der Sozialdemokratie bilden und dieselbe gegen jede blos äußerliche Gewalt sicher stellen, so daß die Spitze des Gesetzes sich schließlich gegen Diejenigen kehren dürfte, welche den Säbel des Gensdarmen als ihre schärfste Waffe zu betrachten gewohnt sind.

Um so wichtiger und präjudicieller ist deshalb die bereits wiederholt von uns aufgeworfene Frage, mit welchen sachlichen, auf die Masse der Bevölkerung berechneten Maßregeln die Regierung ihre Ausnahme-Gesetzgebung zu begleiten gedenkt.

Jeder Schritt vorwärts ohne eine darauf bezügliche Garantie würde ein doppelter Fehler sein.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Sitzung des Reichstags vom 18. September wurde der Antrag Bracke's auf Sistirung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Fritzsche, der wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt ist, für die Dauer der Session gegen den Widerspruch der Conservativen vom Hause genehmigt. Der Präsident vertagte darauf das Haus auf 8 bis 14 Tage.

— Die Commission für das Sozialistengesetz besteht aus Bennigsen, Lasker, Stauffenberg, Schauß, Harnier, Putkammer und Gneist (Nationalliberale), Hänel und Hoffmann (Fortschritt), Reichensperger-Olpe, Hertling, Hauck, Graf Galen, Moufang und Brüel (Centrum), Helldorff, Ackermann und Gößler (Deutsch-Conservative), Kardorff, Schwarze, Schmid-Württemberg (Reichspartei). Wider die Abmachung wurde in der zweiten Abtheilung Gneist und nicht Bebel, der nur 6 Stimmen erhielt, gewählt.

— Während der Fortsetzung der Debatte über das Sozialistengesetz ereignete sich ein Zwischenfall, den wir noch nachträglich erwähnen wollen. Der bekannte conservative Schreier Kleist-Retzow war in seinem Eifer so weit gegangen, die sozialdemokratische Partei: „Die Schule des Hochverraths" zu nennen, außerdem bediente sich der Fürst-Reichskanzler einiger Aeußerungen, welche schwerlich in einem parlamentarischen Lexikon zu finden sein dürften, das gab Bebel Anlaß, sich zur Geschäftsordnung zum Wort zu melden und spielte sich da nach der „Post" folgende Szene ab:

„Abg. Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Herr Präsident hat vorhin bei dem Zwischenrufe „Denunziant" den Abgeordneten Hasselmann zur Ordnung verwiesen. Ich habe dagegen nichts einzuwenden, glaube aber, daß Herr v. Kleist dasselbe verdient hat. Er hat hier erklärt, unsere Partei vollziehe die Vorbereitung zum Hochverrath, einem Verbrechen, das mit Zuchthaus bis zu 3 Jahren oder mit Gefängniß bestraft wird. Weiter hat der Herr Reichskanzler mit Bezug auf den Abg. Fritzsche gesagt, er habe mich „angelogen". Es konnte ja nach meiner gestrigen Rede nicht zweifelhaft sein, daß dieser mein Gewährsmann war, und ich habe die Unterlassung des Ordnungsrufes nur dadurch erklärt, daß der Herr Präsident die Aeußerung vielleicht überhört hat. (Oho! rechts.) Ja wohl, die Geschäftsordnung gilt für alle Redner hier, aus dem Hause und vom Bundesrathstische. (Nein! rechts. Ja wohl! links.) Dann werde ich eine Entscheidung der Geschäftsordnungs-Commission provoziren. (Große Unruhe.) Dann hat der Reichskanzler mit nachdrücklicher Bezeichnung unserer Partei erklärt, sie — nämlich er und die Antisozialisten — ständen unter der „Herrschaft von Banditen". Unzweifelhaft hat er uns zu den Banditen gerechnet. (Unruhe.) Das hat einen Ordnungsruf verdient. (Erneute Unruhe.) Wir lassen über uns gewiß der Redefreiheit den weitesten Raum, beanspruchen aber für uns das gleiche Recht.

Präsident Dr. v. Forckenbeck: Ich habe alle diese Angriffe auf meine Geschäftspraxis mit angehört und constatire nun Folgendes: „Ich bin hier bei der Handhabung der Geschäftsordnung bis auf einen Punkt — bei dem ein Appell an das Plenum freisteht — durchaus souverän. Die Geschäftsordnungs-Commission steht nicht als Instanz über mir, eine Appellation von mir an diese giebt es nicht. Zur Sache selbst! Ich erkenne an, daß der Abg. v. Kleist außerordentlich scharf gesprochen hat, so scharf, wie ich es bei keiner anderen Debatte hätte passiren lassen. Er hat ausgeführt, daß die Sozialdemokraten in ihrer Agitation Handlungen begehen, die den Hochverrath vorbereiten. Aber bei der Berathung gerade dieses Gesetzes, zur Substantiirung der Annahme desselben, kann ich den Redner nicht hindern, diese Ausführungen zu machen, sobald sie den Thatsachen entsprechen. Ich habe das als eine sachliche Ausführung angesehen, auf die nachher sachlich geantwortet werden könnte. Ich ertheilte deshalb sofort nach der Rede des Abg. v. Kleist — ehe noch Hr. Bebel das Wort zur Geschäftsordnung erbat — dem Abg. Bracke das Wort, dem ich die Entgegnung anheimstellte. Was die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers angeht, so halte ich allerdings dafür, daß der Präsident das Recht hat, die Würde des Hauses gegen Jedermann zu wahren. Der Präsident verliest aus dem stenographischen Bericht die fragliche Stelle der Rede des Herrn Reichskanzlers und fährt fort: Der Reichskanzler hat hier gesagt, ein gewisser Fritzsche habe vielleicht Herrn Bebel angelogen und er hat, als ihm zugerufen wurde, daß das ein Abgeordneter sei, diesen Vorwurf sofort zurückgenommen. (Sehr wahr! rechts.) Wäre dem Abg. Fritzsche eine Lüge wissentlich vorgeworfen, so würde ich das gerügt haben. Mit der Rücknahme war mein Einschreiten hinfallig. Was endlich die „Banditen" angeht, so hat der Herr Reichskanzler überhaupt und im Allgemeinen ausgesprochen, daß er und das ganze deutsche Volk gegen Banditen geschützt sein wolle, und gegen diese Aeußerung habe ich keine Correctur. (Beifall rechts.)"

— Nach Schluß der Generaldebatte über das Sozialistengesetz erwidert in einer persönlichen Bemerkung Richter (Hagen) dem Reichskanzler, daß er das Fehlen des Letzteren nie inhuman bemängelt, sondern höchstens constatirt habe und auch das nur bei der letzten Sozialistenvorlage am 23. Juni d. J. und dann vorher einmal am 22. November 1875, worauf der Reichskanzler ihm ja auch schon erwidert, wie er sich auch hätte merken sollen. Er habe auch s. Z. Rodbertus nur angedeutet als den Mann, der es möglich gemacht, daß die schlesische Weberdeputation unter dem Weber Florian Paul bei Friedrich Wilhelm IV. vorgelassen wurde. Im Uebrigen habe er schon den Lassalle'schen Bestrebungen zu einer Zeit widerstrebt, als v. Bismarck noch mit Lassalle conferirte. Wenn zuweilen die Sozialisten mit der Fortschrittspartei stimmten, so sei das doch nicht so hinzustellen, als ob er (Redner) immer mit den Sozialdemokraten in erster Reihe stimme.

Bebel erwidert persönlich dem Reichskanzler, daß er den Auslassungen Eichler's mit Auge und Ohr beigewohnt, daß ihm also Niemand Etwas „aufgebunden" habe. Der Reichskanzler habe seine diesbezüglichen wie auch manche andere Aeußerungen in ganz anderer Weise aufgefaßt, als sie gelautet haben. Für

seine übrigen Auslassungen werde er die Beweise herbeizuschaffen suchen. Auch habe er nicht gesagt, Fritzsche als Vicepräsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins habe den Auftrag gehabt, die Versammlungsberichte direkt an den Fürsten Bismarck zu schicken, sondern Dr. Dammer habe das Präsidium an Fritzsche mit der Aufforderung abgegeben, er solle derartige Berichte direkt an den Fürsten Bismarck schicken. Redner wendet sich hierauf gegen mehrere Ausführungen v. Kleist's, in denen dieser ihn mißverstanden habe, und bezeichnet es als einen Irrthum seinerseits, wenn er die Auslassungen des Reichskanzlers anders aufgefaßt, als sie gesprochen waren.

Fritzsche erwidert auf die ihm von Seiten des Reichskanzlers zu Theil gewordene Beleidigung, er lege auf dieselbe weniger Werth, weil sie in Folge eines Druckfehlers in dem Zeitungsberichte entstanden sei.

Bamberger vertheidigt sich gegen einige Vorwürfe von Seiten Bracke's.

Liebknecht will sich gegen eine Aeußerung v. Kleist-Retzow's aussprechen; der Präsident bemerkt ihm aber, daß v. Kleist den Namen Liebknecht's nicht genannt habe, und daß somit die persönliche Bemerkung gar nicht zulässig sei.

— Zur Sozialistengesetzdebatte. Wir wollen hier einige Aussprüche der „Volkszeitung" und der „Magdeburgischen Zeitung" citiren, von denen die erstere Gegnerin des Sozialistengesetzes, die letztere glühende Anhängerin desselben ist. Die „Volkszeitung" schreibt:

„An dem ersten Tage der Debatte über das Ausnahmegesetz war es die Rede des Abg. Bebel, welche durch die schweren, der Regierung entgegengeschleuderten Anklagen den Verhandlungen ihren eigenartigen Stempel aufdrückte. Es war als ob die Rollen gewechselt wären: nicht der Reichstag saß über die Sozialisten zu Gericht, sondern der Sozialistenführer trat als ein leidenschaftlicher und rücksichtsloser Ankläger gegen ein Regierungssystem auf, dessen verderbliche Consequenzen so oft bereits gebührend gekennzeichnet sind."

Hören wir nun die „Magdeburgische Zeitung" über den ersten Tag:

„Der Herr Graf von Stollberg (Vicekanzler) hat in seiner Eröffnungsrede nichts Weiteres gesagt, als was bereits ungleich vollständiger, ungleich methodischer in den Motiven zum Gesetzentwurfe niedergelegt ist. Viel besser ist es auch dem anderen Vertreter der preußischen Regierung nicht ergangen, dem Grafen Eulenburg, dem der Ruf einer gewissen Schneidigkeit im Wesen und im Ausdrucke bei gleichzeitiger ungewöhnlicher Leutseligkeit voraufgeeilt ist. Nun diesmal zum Mindesten hat er dem größten Theil der auf ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprochen. Trotzdem der sozialistische Vorredner, Herr Bebel, ihm durch seine beispiellose Offenheit eine ganze Menge von Handhaben dargeboten hatte, trotzdem Herr Bebel das Agitationsprogramm der Zukunft mit einer kaum zu überbietenden Keckheit entwickelt hatte, verschmähte es der Herr Graf Eulenburg, mit der ihm angerühmten Schärfe und Schlagfertigkeit dem Gegner auf den Leib rücken. Daß der Herr Minister auf die Enthüllungen nicht näher einging, welche der Sozialistenführer aus der chronique scandaleuse seiner Partei zum Besten gab und wobei auch allerdings recht schweflicht gefärbte Streiflichter auf anderweitige Kreise geworfen werden mußten, kann Niemand verwundern. In dieser Hinsicht dürfte der weitere Verlauf der Verhandlungen noch manche andere Seltsamkeit und Pikanterie zu Tage fördern. Allein neben diesen geschichtlichen Bemerkungen entwarf Herr Bebel mit einer an Cynismus grenzenden Offenheit die Etappenstraße, welche demnächst die Sozialdemokratie innehalten wird, und hierauf war man wohl berechtigt, irgend eine Gegenansicht von Seiten der Regierung zu vernehmen. Ist es aber zu verwundern, wenn die Schildträger jener radikalen Partei dann mit einer nicht weiter zu charakterisirenden Seelenfreude von ihren Anhängern zu erklären: „Seht, Niemand hat uns zu widerlegen vermocht, ja nicht einmal zu widerlegen versucht."

Ueber das Auftreten des Fürsten Bismarck am zweiten Tage sagt die „Volkszeitung":

„So zieh Fürst Bismarck beispielsweise den Abg. Fritzsche, auf den sich Bebel gestern berufen hatte, der Lüge, indem er vorausschickte, daß er diesen Mann nicht kenne. Aus der Mitte des Hauses darauf aufmerksam gemacht, daß er von einem Mitgliede desselben spräche, rechtfertigte er sich damit, daß ihm der Name des Hrn. Fritzsche völlig unbekannt sei. Diese Unkenntniß war in der That überraschend: daß der Fürst Reichskanzler nicht einmal über die Vorgänge in der Reichshauptstadt orientirt, daß ihm nie etwas zu Ohren gekommen sein sollte über die Stichwahl im vierten Berliner Wahlkreise, auf die das ganze Land mit Spannung blickte, ist um so wunderbarer, als bei der letzten Wahl in Berlin Vorkehrungen getroffen waren, die Regierung sofort in der detaillirtesten Weise über den Ausfall zu informiren. Es scheint danach, als ob Fürst Bismarck sich außer für den Wahlkreis des Amtmanns Dietze nur für diejenigen Kreise interessirt hat, in denen Mitglieder seines Hauses durchfielen oder wo es besonderer Schiebungen bedurfte, um sie über einen sich gehorsamst bückenden Gegner hinweg auf den Schultern des Centrums in das hohe Haus zu lanciren. — Dieser Vorgang führte zu einer Beschwerde der Sozialisten gegen das Präsidium. Der Abg. Bebel rügte es, daß dem Reichskanzler kein Ordnungsruf zu Theil geworden sei, wogegen der Präsident auf die Rechtfertigung des Fürsten selbst, seine Unkenntniß der Person, um die es sich handelte, hinwies. Das Haus pflichtete dem bei; immerhin bleibt es bedenklich, daß eine so sonderbare Unkenntniß der Personenverhältnisse arge Verstöße gegen das parlamentarische Herkommen exkulpiren soll. Wir verkennen nicht die schwierige Lage, in die der Präsident versetzt war; wir glauben aber, daß dieser Fall doch dazu angethan war, über sonst wohl gerechtfertigte Bedenken hinwegzuhelfen."

Und die „Magdeburgische" sagt über ihren Percy:

„Der Reichskanzler ist also wirklich auf den Plan getreten. Er hat gesprochen, aber er ist vorläufig nicht in die Materie der Gesetzesvorlage eingedrungen. Ob bewußt oder absichtslos, der Kanzler hat es vermieden, auch nur entfernt etwas anzuführen, was auf die Vertheidigung oder die Rechtfertigung der Regierungsvorlage bezogen werden könnte." — — — Und weiter: „Aber wenn man von diesem rein persönlichen Theil der Auseinandersetzung des Kanzlers absieht, dann muß man es ganz unverblümt aussprechen, daß der Gang der Debatte auch durch ihn durchaus nicht gefördert wurde. Es ist dies aus mehr als einem Grunde zu bedauern. Jede Generaldebatte läuft Gefahr, sich ins Weite zu verirren. Aber eine Generaldebatte über ein Gesetz, wie das vorliegende, muß sich geradezu ins Endlose verlieren, sobald man jedes Eingehen auf die Gesetzesmaterie verschmäht oder vermeidet."

Nun muß doch, nach diesen Urtheilen über die „Macher" des Sozialistengesetzes, selbst dem Dümmsten der Dummen über letzteres ein Licht aufgehen.

— In parlamentarischen Kreisen geht das Gerücht, daß der Abgeordnete Lasker mit circa 25 Genossen vom linken Flügel der Nationalliberalen aus der Partei austreten wollen. Wahrscheinlicher Grund: der offenbare Treubruch des rechten Flügels der Nationalliberalen bei der Wahl zu der Commission des Sozialistengesetzes.

— Das amtliche Fraktions-Verzeichniß führt die 397 Reichstagsmitglieder in folgender Weise auf: Fraktion der Deutsch-Conservativen 59, der Deutschen Reichspartei 56, der Nationalliberalen 96, der Deutschen Fortschrittspartei 26, des Centrums 103, der Polen 14, Sozialdemokraten 9. Bei keiner Fraktion 33 (hierunter 15 Elsasser, 3 Demokraten und 1 Däne). Erledigte Mandate 1. Zusammen 367.

— Ein trefflicher Vergleich. Man schreibt dem „Frankfurter Beobachter": Sie führen folgende Punkte auf, welche bei Annahme des sogenannten Sozialistengesetzes auf dem Spiele stehen, als da sind:

1) Preßfreiheit,
2) Vereins- und Versammlungsrecht,
3) die Gewerbefreiheit,
4) Domizilrecht und die Freizügigkeit,
5) die Sicherheit des Privateigenthums gegen polizeiliche Confiskation ohne richterliches Urtheil,
6) der Schutz der persönlichen Freiheit.

Da lebte einst ein Volk in Amerika, und dieses Volk war von uns Europäern unentdeckt. Da geschah es aber, daß der König, und es war wirklich ein mächtiger König, zu seinen Hauptleuten und Schiffsleuten, die da durch das gesalzene Meer fahren, sprach: „Zieht hinaus und entdeckt mir jenes Volk." Und als die Hauptleute und die Schiffsleute und die Männer, welche auf den Schiffen fahren, durch das Meer dahin kamen gegen Westen, wo das Haus der Sonne ist, da fanden sie jenes Volk. Und von jenem Volke wird gesagt:

„Unter dieser sonderbaren Verfassung lebte das Volk, fortgeschritten in vielen sozialen Künsten, geschickt in der Herstellung schöner Stoffe, geschickt den Boden zu bebauen, aber unbekannt mit Geld. Sie hatten nichts, was Eigenthum benannt werden konnte. Sie konnten kein Gewerk ergreifen, keine Arbeit unternehmen, sich keine Vergnügung erlauben — es sei denn, daß das eine oder das andere ihnen vom Gesetz erlaubt wurde. Keiner konnte seinen Wohnsitz ändern oder andere Kleider wählen, ohne besondere Erlaubniß von der Regierung des Landes. Selbst das, was doch sogar dem niedrigststehenden der Menschen erlaubt war, konnte dort nur mit der Erlaubniß der Regierung geschehen, nämlich die Wahl eines Weibes."

Erzählt uns dieses Prescott nicht in seiner „Geschichte von Peru"?

Und nun — fragen wir — warum sollen wir Deutschen uns vergleichen mit den Engländern, die schreiben und reden dürfen was sie wollen, warum sollen wir uns nicht vergleichen mit dem Volke von Peru? Wozu reden und schreiben? Lassen wir das den Anderen, die da nicht sind ein Volk von Denkern. Schweigend denken kann Jeder, was er will, dann wird wahr der Spruch:

„Man kann in wahrer Freiheit leben
Und doch nicht ungebunden sein."

Ein Anderer aber, der da kam aus der Weltstadt Berlin, die da liegt in des deutschen Reiches Sandbüchse, Alexander von Humboldt, erzählt uns von den Nachbarn des Volkes von Peru, genannt die Mexikaner: „Einen gleichen Zustand fanden die Europäer in Mexiko und dieser Zustand muß schon lange bestanden haben. Er war so unerträglich geworden und hatte das Volk so reichsfeindlich gemacht, daß dasselbe beim Einrücken der Spanier selbst mithalf, das Reich zu zerstören." Dies wird uns erzählt in dem Buche „Geschichte von Neu-Spanien". Wir aber wollen Gott danken für unser täglich Brod — und wollen trotz Allem und Alledem nicht an der Zukunft Deutschlands verzweifeln!

— Eine Consequenz des Sozialistengesetzes. Die „Berliner Freie Presse" ist durch eine anonyme Zuschrift davon benachrichtigt worden, daß Berliner wie auswärtige Sozialdemokraten mit dem Plane umgingen, nach Annahme des Ausnahmegesetzes eine regelrechte Steuerverweigerung in Scene zu setzen. Ein Jeder werde die Zahlung der Steuern verweigern und es zur Auspfändung kommen lassen. Wenn in Berlin bei so vielen Bürgern die Exekution einträte, so würde die Zahl der Exekutoren, der Versteigerungscommissare nicht ausreichen, um im Laufe eines Jahres die Pfandobjekte in Geld umsetzen zu können. Zudem würden die vorhandenen Magazine nicht ausreichen, all das Gerümpel zu bergen. Die Anhänger dieser Idee sollen bereits nach Tausenden zählen. Im Geheimen werde die Agitation mit großem Erfolg betrieben. In Berlin aber seien die Massen schon von dieser Idee erfüllt. Sie hätten sich verbündet, einander in diesem „Steuerstrike" beizustehen. Keiner wolle die Pfandobjekte seines Nächsten ersteigern, wenn es nicht auf dessen Wunsch für ihn selbst geschähe 2c. — Die „Berliner Freie Presse" erklärt, sie wolle noch kein Urtheil zur Sache abgeben, warnt aber ihre Anhänger vor unvorsichtigen Aeußerungen in öffentlichen Lokalen.

— Das Endresultat der letzten Reichstagswahlen stellt sich in Folgendem dar. Die Gesammtsumme der im ersten Wahlgange abgegebenen sozialistischen Stimmen betrug 435,833; dazu das Mehr der engeren Wahlen mit 38,845 gleich 474,678; mit den fehlenden Kreisen (aus denen trotz öffentlicher und brieflicher Aufforderung das Resultat nicht einging) über 475,000. 1877 wurden im ersten Wahlgange ausgegeben ca. 495,000; dazu 62,368 Stimmen mehr bei den engeren Wahlen gleich circa 557,000. Bei den Nachwahlen gewann die sozialdemokratische Partei ca. 3000 Stimmen, so daß die Gesammtsumme rund 560,000 betrug. 1874 fielen im ersten Wahlgange 356,153 so-

Kampf mit geistigen Waffen.

In der Berliner „Staatsbürger-Zeitung" finden wir folgenden interessanten Artikel:

„In der deutschen Literatur und Presse giebt es eine Klasse von Leuten, die, wie Lassalle treffend sagt, zu jeder bürgerlichen Hantirung zu schlecht, zu ignorant zum Elementarschullehrer, zu unfähig und arbeitsscheu zum Postsekretär, sich eben deshalb berufen glauben, Volksbildung zu treiben. Im Grunde haben diese Individuen gar keinen Anspruch auf den Namen von Schriftstellern; denn sie arbeiten nicht mit dem Kopfe oder auch nur mit der Feder, sondern einfach mit dem Kleistertopfe und der Scheere. Sobald nämlich irgend eine Frage die öffentliche Aufmerksamkeit lebhaft beschäftigt, stürzen sie sich wie die Harpyien auf die Zeitschriften, Broschüren, Bücher, welche durchdachte und originelle Darstellungen über die betreffende Frage enthalten, fahren blindlings mit der Scheere in dies literarische Material, bis einige Hundert Fetzen bedruckten Papiers vor ihnen liegen, quisten und quirlen diese verworrene Masse aus allem Zusammenhange gerissener Abschnitte, Kapitel, Sätze noch tüchtig durcheinander, kleben die einzelnen Stücke dann wieder ganz blindlings auf große Bogen Papier, heften diese Bogen zusammen und vor sie ein Blatt, auf welches sie einen Titel schreiben und etwa eine kurze Vorrede, schicken endlich die ganze Pastete in eine Druckerei, aus welcher sie dann als funkelnagelneues Buch hervorgeht. Sobald dies Machwerk erschienen ist, posaunen es die Spießgesellen des „Verfassers" — denn diese Leute hängen alle wie die Kletten zusammen und haben förmliche Assekuranzgesellschaften gebildet, in denen Alles gelobt wird, was von ihnen, und Alles getadelt wird, was von Anderen ausgeht — als epochemachendes Meisterwerk aus und reißen zugleich die Werke herunter, aus denen es zusammengeplündert ist, was beiläufig meistentheils der „Verfasser" schon in der Vorrede seines „Werkes" selbst besorgt hat. Natürlich verräth er den Lesern niemals, woher er seine Weisheit hat, sondern hängt seinem nackten Raube bestenfalls nur insofern ein Mäntelchen um, als er etwa gelegentlich in eine Bemerkung des stibitzten Manuscripts ein Sätzchen einschiebt derart: „wie der und der" (Name des bestohlenen Autors) „nicht mit Unrecht sagt" oder Aehnliches. Es ist das Verfahren jenes Taschendiebes, der, als er eine Uhr gestohlen hatte, mit sittlicher Genugthuung constatirte, daß sie richtig ging.

Die Folgen dieses Verfahrens leuchten ein. Zunächst verdrängt diese Schandliteratur die besseren Werke tüchtiger Autoren. Denn da jenen Individuen das schäbigste Honorar noch immer eine königliche Belohnung für ihre Scheeren- und Kleisterarbeit von wenigen Stunden ist, so können ihre Schmieralien zu viel billigerem Preise vertrieben werden als gute Schriften, deren Autoren einen entsprechenden Ersatz für ihre aufgewandte Arbeitskraft von den Verlegern verlangen müssen, und das Publikum kauft sie vorzugsweise. Dann aber, da zwar ihre einzelnen Theile außer allem Zusammenhange oder gar in schreiendem Widerspruche stehen, aber in sich logisch und vernünftig, weil eben aus ordentlichen Autoren entlehnt, sind, so schielen alle diese „Schriften" nach einem Sinne, während sie thatsächlich keinen haben, so glaubt der mit der einschlägigen Materie nicht genau vertraute Leser wunder welche tiefsinnige Weisheit zu vernehmen, während er thatsächlich nur ein wahnsinnig heulendes Konzert von wie betrunken durcheinandertaumelnden Gedanken hört. Eins von beiden ist die Folge: entweder bricht sich der Leser Bahn durch den Wirrwarr und hat dann den Kopf voll der ungeheuerlichsten Vorstellungen, oder er bleibt in dem Dickicht stecken, wirft mit instinktivem Ekel das Buch in den Winkel und versinkt in die völligste Gleichgiltigkeit gegenüber den öffentlichen Dingen. So wird ein geistiger Massenmord systematisch betrieben, gegen den eine Brunnenvergiftung wirklich noch als Körperverletzung mit mildernden Umständen zu betrachten ist.

Seit fünf Jahren hauste diese fürchterliche Rotte vorzugsweise auf dem kirchenpolitischen Gebiete, weil sich ihm das nationale Interesse vornehmlich zuwandte, und sie trägt ihr gerüttelt und geschüttelt Theil der Schuld an der Abspannung und Lethargie, welche sich der Bevölkerung in dem Kampfe gegen Rom bemächtigt hat. Seitdem dies Feld erschöpft ist und sich das öffentliche Interesse mehr und mehr auf die Sozialdemokratie conzentrirt, wirft sich der Schwarm Heuschrecken gleich auf die Sozialpolitik, und da seine stupende Unwissenheit hier fast noch größer ist, als sonst irgendwo, so überbietet er fast noch Alles von ihm bisher Geleistete oder richtiger Gekleisterte. Wenn man bedenkt, wie die ganze Zukunft des deutschen Reiches von dem Interesse und Verständniß abhängt, welches alle Schichten des Volks unserer sozialen Entwickelung entgegenbringen, so kann man diese Dinge nur mit steigender Entrüstung, mit wachsendem Ingrimm ansehen. Dabei ist auch gar nicht abzusehen, wie dem grauenvollen Unfuge abzuhelfen ist; denn eine Gesundheitspolizei giebt es auf geistigem Gebiete nicht, über allgemein gehaltenen Tadel lachen jene Individuen, und in jedem einzelnen Falle, den einzelnen Uebelthäter an den Pranger zu stellen, ist eine ekelhafte Henkersarbeit, zu welcher sich Leute, die Besseres zu thun haben, nicht leicht hergeben. Vielleicht aber nützt es doch etwas, einmal ein gründliches Exempel zu statuiren, und da wir einen dieser Haifische just in unserem Fahrwasser spielen sehen, so wollen wir unsere Fahrt einen Augenblick unterbrechen und eine Harpune nach dem dreisten Eindringling werfen.

Es sind auch noch andere Gründe, welche uns das Buch Christoph Wild's: „Ein Jahr sozialer Arbeit 1877" (Bromberg, Fischer) zur Statuirung eines Exempels geeignet erscheinen lassen. Erstens ist es ein ganz unübertreffliches Exemplar der Gattung, an dem sich die Methode jener Scheeren- und Kleisterhelden sehr schön studiren läßt. Zweitens ist es — wir sagen es ungern, aber wir sagen es, weil es die Wahrheit ist — von einem großen Theile der Presse dem Volke als eine heilsame und nützliche Quelle der Belehrung empfohlen worden. Drittens soll es Fortsetzungen erhalten, was um jeden Preis gehindert werden muß. Viertens endlich erscheint es pseudonym, so daß wir, indem wir es literarisch und moralisch abthun, eben nur die Gattung, eben nur die Sache und keine Persönlichkeit treffen. Wir kennen Christoph Wild nicht und er kennt uns nicht. Er hat uns nie etwas gethan und wir wollen ihm auch nichts thun. Sollte er sich dennoch schmerzlich berührt fühlen, so wird ihn wenigstens das Bewußtsein, daß er nur für seine Brüder in Marsyas duldet, erheben und trösten.

Die gedachte „Schrift" kostet 2 Mark und soll nach der Vorrede die soziale Bewegung des Jahres 1877 schildern, also einen recht nützlichen Zweck erfüllen. Schlägt man sie aber auf, so findet man nichts Anderes als 29 Kapitel voll kritischer Glossen zu einer Menge einzelner Fragen, die ohne jede systematische Anordnung sich über Tausend und ein Ding verbreiten, und einen Anhang, welcher Auszüge aus sozialdemokratischen Kalendern, Unterhaltungsblättern und Büchern enthält. Und dies ganze Buch mit Ausnahme des Titels, der Kapitelüberschriften, der Vorrede und des Schlußworts, deren jedes noch nicht eine Seite füllt, und etwa noch eines oder zwei Dutzend Zeilen, ist Scheere- und Kleistergut. Herr Wild hat schlauer als die meisten seiner Zunft allerdings nicht sowohl aus Büchern wie vielmehr mit Vorliebe aus schnell verwehenden Zeitungsblättern die Hunderte und Hunderte von Flicken herausgesetzt, aus denen sein großes Plagiat zusammengeplätzt ist. Wir können die Sache genau constatiren, da gut zwei Drittel der „Schrift" aus einer wild verworren durcheinander gerüttelten Unmasse von Bruchstücken aus den vorjährigen Leitartikeln der „Staatsbürger-Ztg." bestehen. Beispielsweise will Herr Wild das X. Kapitel seines Buches schreiben. Er nimmt die Scheere, fährt blindlings in den Jahrgang 1877 der „Staatsb.-Ztg." hinein und reißt drei Stücke aus, die äußerlich etwa ein Kapitel zu füllen versprechen. Nun gehören dieselben drei Leitartikeln (15. März, 3. Juli,

zialistische Stimmen; bei den engeren Wahlen mehr 23,359, also im Ganzen 379,512. Bei der letztverflossenen Wahl wurde bekanntlich in einer großen Anzahl Kreise entweder sehr wenig oder gar nicht agitirt, sondern die ganze Kraft auf Beschaffung von Mitteln für die offiziellen Wahlkreise gelegt. Angesichts der ungünstiger kaum zu denkenden Verhältnisse, der namenlosen Verhetzungen in Folge der Attentate, der unerhörten Maßregelungen, Beeinflussungen und dem beim Wahlakt selbst ausgeübten Druck kann die sozialistische Partei mit dem Wahlresultat vollkommen zufrieden sein!

— Dr. Rudolf Meyer veröffentlicht folgenden Brief: „Verehrliche Redaktion! In dem Momente, da die Reichsregierung ein Ausnahmegesetz vorlegt, das nach ihrer Ansicht der Sozialdemokratie in Deutschland ein Ende bereiten wird, nach meiner aber aus einer politischen Partei einen gewaltigen und wirklich gefährlichen Geheimbund machen muß, beschäftigt man sich mit Recht mit der Frage, wie diese Partei entstand, welches ihre ersten Ziele waren und wie sie sich weiter entwickelte. Ueber die ersten beiden Fragen war man berechtigt, in den von A. Wagner und Schuhmacher-Zarchlin veröffentlichten Briefen Lassalle's an Rodbertus werthvolle Aufschlüsse zu finden. Ich kenne die Originale seit Jahren und Rodbertus hat mich auf zwei höchst wichtige Stellen aufmerksam gemacht, welche die Herausgeber entweder unterdrückt oder willkürlich geändert haben. Es ist eine Ehrensache für die Herren Herausgeber, in diesem, für unser Vaterland so verhängnißvollen Augenblick den deutschen Abgeordneten durch Wiederherstellung des correkten Textes einen werthvollen Anhalt für ihre demnächstige Abstimmung zu gewähren. Sollten sie sich dieser Pflicht nicht ungesäumt entledigen, so würde ich mich gezwungen sehen, so gut ich das aus dem Gedächtniß kann, zu thun, was sie unterließen. Es handelt sich um einen Namen und um ein Urtheil über die Tragweite, welche Lassalle selbst seinem ökonomischen Programm beimaß. Paris, 12. September 1878. Dr. Rudolf Meyer."

Wir sind sehr gespannt darauf, was Prof. Adolf Wagner auf diesen Brief antworten wird.

— Admiral Werner hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Ein Telegramm der „Weser-Zeitung" aus Kiel, 17. September, berichtet darüber: „Das Demissionsgesuch Werner's erregt großes Aufsehen, weil es als Protest gegen das System Stosch betrachtet wird. Gestern Morgen fand eine Erörterung zwischen Stosch und Werner statt, worauf Werner sofort von den Geschäften zurücktrat." — Die besten deutschen Kriegsschiffe sind mitten im Frieden zerstört worden und nun geht auch noch der einzige Admiral, der von der Sache etwas versteht.

— „Die Majestätsbeleidigungen und die preußischen Richter". Unter diesem Titel hat der durch seine Schrift: „Der preußische Richter von seiner Schattenseite" bekannte Schriftsteller Nikolaus Planenberg eine neue Schrift herausgegeben, wodurch er sich den Zorn aller Reichsschweifwedler zugezogen hat. Planenberg unterzieht die einzelnen Urtheile und die denselben zu Grunde gelegten angeblichen Beleidigungen einer eingehenden Kritik und kommt dabei zu Resultaten, welche für unsere Richter nach mehr als einer Seite hin nichts weniger als schmeichelhaft sind. — Daß man über die Majestätsbeleidigungsprozesse und das damit im indirekten Zusammenhang stehende Denunziationsunwesen in den weitesten Kreisen des Volkes ganz anders denkt, als wie es gewissen Kreisen lieb ist, ist bekannt, und nur so der giftige Ton erklärlich, in welchem eine unzweifelhaft offiziöse Notiz gehalten ist, welcher wir in liberalen und conservativen Blättern begegnen, und welche sich auf obengenannte Broschüre bezieht. Planenberg — bekanntlich soll sich hinter diesem Pseudonym ein preußischer Richter verstecken — hat eben ausgesprochen, was Hundert-Tausende, ja der gesammte freisinnige Theil des deutschen Volkes denkt und das soll nicht sein, deshalb die Wuth.

— Das Gesuch der Reichstagsabgeordneten Bahlteich und Kayser, um vorläufige Haftentlassung anläßlich der Reichstagssession, ist von der sächsischen Regierung abgelehnt worden.

— Unser Parteigenosse Günther, Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund", ist anläßlich einer Besprechung des Liebknecht'schen „Sitzenbleibens" im Reichstage unter der Anklage der Majestätsbeleidigung verhaftet worden. — Genosse Zaumsegel, der sich in Dresden in Haft befindet, hat noch 3 Wochen Gefängniß hinzubekommen. — C. Wolferts in Barmen erhielt 6 Wochen Gefängniß — Delict § 131.

— „Die Zukunft", Sozialistische Revue. Das letzte, 24. Heft, des ersten Jahrganges enthält: Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug im Lichte des Sozialismus (Schluß). — Die Exploitation der Arbeit in Amerika. Von Dr. Geo. C. Stiebeling (Forts.). — Rezensionen.

Lehmann-Hödel.

Wir haben schon vor einigen Tagen erwähnt, daß die Behörden sich geweigert hätten, der Mutter des „Attentäters Sr. Majestät" dessen letzten Brief an sie auszuhändigen. Jetzt lesen wir in Bezug auf diesen Brief und andere Schriftstücke von der Hand Lehmann's Folgendes in den Berliner Zeitungen:

„Der Oberstaatsanwalt v. Luck, welcher in dem Hochverrathsprozesse gegen Hödel fungirte, hat in einer kleinen, anscheinend nur für juristische Kreise bestimmten Schrift interessante Mittheilungen über die beiden letzten Tage Hödel's gemacht, welche manches Neue enthalten. So hat Hödel, nachdem ihm die Vollstreckung der Todesstrafe bekannt gemacht worden war, thatsächlich noch ein Begnadigungsgesuch verfaßt. Dasselbe lautet:

„Euer Kaiserliche Majestät von Deutschland, König von Preußen ꝛc. bittet ganz unterthänigst der Klempnergeselle Hoedel, angeklagt wegen Hochverraths und durch das Königliche Kammergericht zum Tode verurtheilt, gestützt auf die Generosität Sr. Majestät, um Negirung des Urtheils, indem er um Gnade bittet zur Erhaltung seines Lebens."

Das Gesuch wurde am Mittag beim Kammergericht unter Zuziehung des Oberstaatsanwalts vorgetragen, aber nicht für geeignet erachtet, einen Aufschub der Strafvollstreckung zu befürworten. — Die letzten, bis jetzt noch nicht veröffentlichten Schriftstücke Hödel's umfassen den letzten Brief an seine Eltern, seine letzten Wünsche und eine Selbstbiographie. Der Brief lautet:

„Berlin, den 15. August 1878. Herzlichgeliebte Eltern! Am heutigen Tage ist mir meine Beförderung vom Leben zum Tode auf morgen früh 6 Uhr angezeigt und wird die Exekution in Moabit stattfinden. Meine angeborene Weichherzigkeit habe ich vollkommen abgestreift, um nicht die letzten Lebensstunden mich in Traurigkeit versetzt zu sehen, immer heiter und fidele — meiner Liebe zu Euch seid Ihr stets auch in schwachen Momenten versichert gewesen, also noch heute, was ich gewiß weiß, ja bis zum letzten Athemzug; ich möchte jedoch nicht, Euch in Traurigkeit zu versetzen, was ich zwar schon oft gethan, doch daß habt Ihr mir vergeben, ich fahre also mit sächsischer Gemüthlichkeit ab.

Waldeinsamkeit,
wie mich erfreut } Promenade,
so morgen wie heute } Rosenthal,
Waldeinsamkeit } Schwanenteich.
Die mich erfreut

Ich bin sehr erfreut zu wissen, daß Ihr Euch trösten könnt; das Vergessen wird auch seine Macht an Euch bewähren, daß bin ich sicher, das Gras wächst schnell, ich wünsche, geliebte Eltern, daß das Rad der Zeit rollt über Alles. Hoch lebe die Commune! Den von Euch abgesandten Brief, den Einzigen, den ich erhalten, lege ich Euch hier bei; auch einige Bündel Kopfhaare als Locke und Fingernägelabschnitte, die grausig lang gewachsen waren, Ihr könnt Euch überzeugen, zum Andenken. Eine lange Conversation per Brief habe ich in meinen beschlagnahmten Briefen geführt, repitiren will ich nicht mehr; es nützt Euch auch nichts. Ich wünsche Euch schließlich alle Annehmlichkeiten im Alter, glückliches Zusammenleben, die bisher angehaltene Gesundheit, auch späterhin und: Macht hier (auf Erden) das Leben gut und schön, kein Jenseits (Himmel) giebts, kein Wiedersehn!

Unterschrift.

„Vivat la Franc.

Max Hödel's letzte Wünsche sind folgende:

1) Die Spieldose, sammt den Photographien von mir, vom Photograph Dietrich, die Photographie, die bei meiner Verhaftung gefunden, meine Mutter und mich darstellend, diese Objekte bitte ich meinen Eltern zuzustellen.

2) Die, nicht der Reichsregierung „gefährlichen" Briefe, welche ich an meine Eltern u. s. w. geschrieben, denselben dieselbige einzuhändigen, sammt den heute geschriebenen und Beigegebenen.

3) (Ist unausgefüllt geblieben.)

Stadtvoigtei Berlin, den 15. August 1878. Autobyographie des Klempnergesellen Emil Heinrich Max Lehmann, geb. Hödel, gen. Traber, geboren am 27. Mai 1857 in der Johannisgasse zu Leipzig von der Jungfrau Charlotte Amalie Emilie Hödel, Tochter des verstorbenen Schuhmacher-Meister Hödel in Möckern, Gambatts Hoch (?) ist geboren am 4. Mai 1820 in Möckern; mein Vater ist mir unbekannt geblieben. Am 14. Juni dess. J. erhielt ich in der Thomaskirche zu Leipzig die „heilige" Taufe. Geburtsfeier. Den zweiten Geburtstag erlebte ich in Möckern, im Hause meiner Großmutter, den dritten bis sechsten in Schkeuditz in der Pflege meines Onkels, der zugleich Curator, den siebenten bis elften bei meiner Mutter, die unterdeß den Schuhmachermeister Johann Carl Eduard Traber geheirathet, meinen jetzigen Stiefvater; den zwölften Geburtstag auf einer Fluchtreise im Gefängniß zu Magdeburg, an welchem Tage ich auch in Freiheit gesetzt und per Fuß mittelst Marschroute meinen Weg über Köthen nach der elterlichen Wohnung antreten mußte. Am 27. Mai 1870 konnte ich mich im Hause meiner Eltern in Leipzig amüsiren, ein Jahr später, also zur Feier des 13. Geburtstages, befand ich mich in der Erziehungs-Anstalt zu Zeitz; den 14. mußte ich ebenfalls in Beschränkung meiner individuellen Freiheit daselbst erleben; den 15. und 16. hatte sich in der Lehre als Klempner bei Härtling in Zeitz zu verbringen; den 17. bei den Gärtner Baum ebenda; 1875 hatte ich die Freude, bei meinen Eltern verweilen zu können, 1876 ditto, 1877 als am 20. Geburtstage sah ich mich im Kreise oppositioneller Böhmen gegen Oestreich in einem kleinen Städtchen nahe bei Böhmisch-Leipa, ihnen Sozialismus lehrend; das Ende, den 21. Geburtstag in Ketten und Banden in der Stadtvoigtei zu Berlin; inhaftirt wegen Hochverrath und versuchten Mords Ab Sela. Der Mohr kann gehen."

Dies die anscheinend amtliche Notiz.

Was wir in Bezug auf den „letzten Brief" Lehmann-Hödel's vermuthet: daß er dessen Halbidiotismus drastisch illustriren werde, hat sich durch diese Mittheilung und die Mittheilung der übrigen Schriftstücke im vollsten Maße bestätigt.

Wer so schreibt, ist kein Mensch mit normaler Hirnbildung.

Aber noch Eins: wir vermuthen stark, daß der Brief und die übrigen Schriftstücke nicht vollständig sind, das heißt, daß die schlimmsten, wir meinen die verrücktesten Stellen, fehlen. Denn welchen Sinn hätte es sonst gehabt, der Mutter den Brief, welchen man doch veröffentlichen wollte, vorzuenthalten, wozu man juristisch kein Recht hatte.

Correspondenzen.

Breslau, 15. September. Heute kann ich Ihnen nichts Erfreuliches melden. Unser armer Parteigenosse Keller ist, wie Sie aus früher eingesandtem Bericht gesehen, Gefangener in hiesiger Strafanstalt. Aber wie wird der arme Teufel behandelt? Trotzdem derselbe schwer krank, ist ihm die Selbstbeköstigung nicht gewährt worden, während notorisch gemeine Verbrecher, wie z. B. ein Arzt, der wegen Nothzucht bestraft worden ist, betrügerische Bankerotteure ꝛc. alle Begünstigungen haben, welche das Gefängnißreglement nur zuläßt. Keller ist schwer brustkrank und wird bei der Cigarrenfabrikation beschäftigt; er muß Tabakblätter ausrippen! Er ist in so strenger Einzelhaft, daß sogar den Aufsehern streng verboten, demselben auf irgend eine Frage Antwort zu geben, viel weniger ein Wort mit ihm zu sprechen. Sein Tagewerk geht früh ½5 Uhr an mit Reinigen seiner Zelle und Waschen des Geschirres, und nachdem er sein „Frühstück" (wer im Breslauer Gefängniß war, wird es kennen) eingenommen, geht's an die obengenannte Arbeit. Seine Einsamkeit wird höchstens unterbrochen durch den Besuch des Gefängnißpfarrers, welcher seine lästigen Bekehrungsversuche an ihm zur Anwendung bringt. Der fromme, von christlicher Liebe überschäumende Gefängnißdirektor (der Name ist Grützmacher) sagte nur, als Keller bat, einen Brief an die ihm hier zunächst stehenden Freunde zu schreiben: Was, Ihnen soll ich diese Begünstigung gewähren? Sie, der Sie Tausende durch Ihre Aufhetzungen ins Unglück gestürzt haben? Niemals! Alle Genossen, welche Aussicht haben, in die Lage Kellers zu kommen, und es sind nicht ganz wenige, haben hiermit einstweilen einen kleinen Vorgeschmack von der Herrlichkeit, die ihrer im Breslauer Gefängniß wartet. Doch, bange machen gilt nicht!

Hainichen, 30. August. Bei der letzten Wahlagitation galt es vor Allem, den Kleinbürgerstand für uns zu gewinnen, was uns in der Folge auch vollständig gelungen, zumal sich die reichstreuen Parteien, Conservative und Liberale, mit allem nur möglichem Schmutz bewarfen. Die Gegner glaubten hier die Sozialdemokraten todtgemacht zu haben; da auf einmal traten wir öffentlich mit unserm Candidaten Kayser auf den Kampfplatz. Wir hatten uns bis dahin in aller Stille organisirt, Conferenzen abgehalten und Alles zum Kampf bereit gemacht, und gerade diese Taktik mochte die Gegner verwirrt haben, denn das Geschimpf unter ihnen ging fort. Auch mochten sie wohl glauben, daß wir nur eine geringe Zahl von Stimmen erhalten würden, denn es war Alles nur mögliche von ihnen versucht worden, die Arbeiter einzuschüchtern und mit Entlassung aus der Arbeit zu bedrohen. Auch bezüglich Abhaltung einer Wählerversammlung machte man uns allerhand Schwierigkeiten, doch gelang es uns, eine solche am 27. Juli zu arrangiren, in welcher Genosse Goldstein mit vielem Beifall sprach. Nicht so die Versammlungen der Conservativen am 28. Juli in Langenstriegis und am 29. in Hainichen. In beiden Versammlungen wurde den Herren Liberalen das Wort nicht gegeben. Letztere, wo Herr v. Oehlschlägel selbst zugegen, wurde sofort nach Beendigung des Vortrags vom Vorsitzenden in „Gottes Namen" geschlossen und kam es fast zu Thätlichkeiten zwischen diesen beiden Parteien. Daß diese Vorgänge uns nur genützt, beweist das Resultat vom 30. Juli. Trotz aller Machinationen, Drohungen ꝛc. hatten wir einen Zuwachs von 980 Stimmen gegen den 10. Jan. 1877. Aber noch war der Sieg nicht ganz erfochten und galt es nun mit aller Kraft vorzugehen, zumal sich die feindlichen Brüder sofort einigten und geschlossen uns gegenüber Stellung nahmen. Bereits am 5. August langte Genosse Hörig aus Hamburg hier an, mit welchem wir sofort die weiteren Maßnahmen beriethen. Sonntag den 11. fand in dem nahen Langenstriegis eine von uns arrangirte, sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher Hörig mit viel Beifall sprach. Auch hatte sich zu derselben ein Gegner in der Person des Dr. Seifert aus Oederan eingefunden. Nachdem derselbe zum großen Ergötzen der anwesenden Sozialisten eine ganze Reihe von abgerissenen Sätzen aus Bebels und Liebknechts Schriften vorgetragen, sowie

---

9. November) an, welche die allerverschiedensten Fragen behandeln, die Ergebnisse der Klassensteuer, das Erbrecht und das allgemeine Stimmrecht. Allein gleichviel, die Papierstücke werden aufgeklebt, darüber geschrieben „Politische Zeitfragen" und das X. Kapitel ist fertig. Oder Herr Wild will den „katholischen Sozialismus" in 1877 schildern. Da schneidet er 14 Zeilen aus einem Ketteler's Stellung in der Polemik Lassalle-Schulze erwähnenden Leitartikel (20. Januar), 40 Zeilen aus einem Moufang's soziales Programm kritisirenden Leiter (10. März), 20 Zeilen aus unserm Nekrolog auf den Bischof von Mainz (14. Juli), 16 Zeilen aus unserer Kritik eines Buches vom Fürsten Isenburg-Birstein, klebt diese aus allem Zusammenhang gerissenen und sinnlos nebeneinanderwirbelnden Bruchstücke ohne jede Aenderung oder Zusatz auf, und das XXIV. Kapitel ist fix und fertig. Oder aber Herr Wild macht das XXVIII. Kapitel: „Der sozialdemokratische Congreß". Er schneidet 49 Zeilen aus unserer Besprechung (31. Mai) dieses Congresses, 7 Zeilen aus unserer Kritik (21. September) der wissenschaftlichen Zeitschriften der Sozialdemokratie aus und klebt sie hintereinander. Dann schreibt er ausnahmsweise einmal eine Zeile, lautend: „Wir schließen hieran einige Sätze aus dem sozialdemokratischen Programm." Allein in demselben Augenblick ist ihm dies originale Beginnen schon wieder leid; es folgt unmittelbar und wortwörtlich ein zwanzigzeiliger Fetzen aus einem unserer Artikel (3. Januar), der nicht den leisesten Zusammenhang mit dem Congreß hat und einen Wahlaufruf der Berliner Sozialdemokraten bespricht, und unmittelbar daran schließen sich dann weitere 31 Zeilen aus einem Leitartikel (15. Januar), welcher untersucht, in welchem Zahlverhältniß die steuernden Mitglieder der Sozialdemokratie zu den stimmenden stehen. Und wenn der Leser diesen Höllensalat von bunt aus den allerheterogensten Artikeln zusammengewürfelten Brocken hinuntergewirkt hat, weiß er, was „der sozialdemokratische Congreß" 1877 ausgerichtet hat! Es ist unerhört und unglaublich, aber buchstäblich wahr.

Im Ganzen sind von den 28 Kapiteln der „Schrift" 16 ganz und 3 theilweise aus einzelnen sinnlos aneinandergeklebten Partikeln unserer Leiter zusammengeschneidert und gekleistert. Durchschnittlich schlachtet Herr Wild drei bis sechs Artikel für ein Kapitel aus. Beispielsweise Kapitel VI ist aus zwei Leitern über die Gewerbeordnungsdebatten im Reichstage und einem Leiter über die Gewerbezählung komponirt, Kapitel VII dagegen aus sechs Artikeln über Kinderarbeit, Kunstgewerbe und Gefängnißarbeit, Fabrikinspektoren, Koalitionsrecht, Strikes, Patentgesetz. Kapitel XVI „Die Affaire Dühring" ist ein blutig verstümmelter Rumpf aller unserer fortlaufend zusammenhängenden Artikel über diese Affaire; um sie in das Procrustesbett eines Kapitelrahmens zu spannen, sind die wichtigsten Glieder der logischen Entwickelung weggesäbelt. Kapitel XVII, unter dem stolzen Titel: „Häckel, Darwin und Virchow", braut zwei unserer Artikel über Virchow's Rede auf dem vorjährigen Naturforschercongreß auf anderthalb Seiten zusammen. Kapitel XX, „Politisches", enthält unter diesem anspruchslosen Titel Bruchstücke aus einigen unsrer Artikel über die Arbeiterfrage, die reaktionäre Sozialpolitik, die Agrarier und die Broschüre des Leipziger Fortschrittlers Findel. Die letzten Kapitel über die Staatssozialisten, Kathedersozialisten, Max Hirsch, Internationale, Genter Congreß ꝛc. sind ganz und gar unsern entsprechenden Ausführungen, aber immer in sinnlos zusammengeschweißten Bruchstücken entnommen.

Von dem letzten Drittel der „Schrift" ist ein Kapitel einer Broschüre von Lammers, ein Kapitel einer Broschüre von Fries, ein Kapitel einem Vortrage von Professor Held, ein Kapitel der „Berliner Freien Presse" entnommen. Etwa von einem halben Dutzend Kapitel können wir nur im Allgemeinen angeben, daß sie aus den Leitartikeln anderer hiesiger Blätter, deren wir uns genau erinnern, zusammengestümpert sind. Von dem „Verfasser" selbst sind, wie gesagt, nur Titel, Kapitelüberschriften, Vorrede und Schlußwort und vielleicht auch Kapitel X, welches unter dem Titel: „Die Manchesterpartei" genau 11 Zeilen zählt. In dem Schlußwort rechtfertigt Herr Wild die Herausgabe seines Buchs ganz nach der Methode dieser Sorte von „Schriftstellern". Er empfiehlt seine „freie und frische", wie er es nennt, Schreibund, wie wir es nennen müssen, Scheeren- und Kleisterweise und versetzt den ernsthaften Schriftstellern auf sozialpolitischem Gebiete den obligaten Eselsfußtritt, indem er die bisherige Literatur über Sozialdemokratie „sehr mangelhaft" nennt, weil sie „professorenhaft langweilig" oder „historisch gewissenhaft" sei. Es ist eine Schande und eine Schmach, daß im „Volke der Denker und Dichter" ein solcher Plagiator nicht blos ungestraft, sondern selbst vielfach gelobt, die von ihm geplünderten originalen Autoren wegen ihrer „historischen Gewissenhaftigkeit" dem Publikum denunziren darf.

Und damit genug! Wir sind fertig mit Herrn Wild und seinem Buche und scheiden von ihm, so es sein und unser gütiges Schicksal will, auf Nimmerwiedersehen!"

So die „Staatsbürger-Zeitung".

Wir wollen diesem Artikel nur hinzufügen, daß eben dieser selbe Christoph Wild einer der Hauptmitarbeiter der „Magdeburgischen Zeitung" ist, von welchem sich das genannte Blatt die heftigsten und perfidesten Angriffe gegen die Sozialisten für das Feuilleton zusammenscheeren und -kleistern läßt.

Theile aus sozialistischen Liedern citirte, fertigte Genosse Hörig denselben gebührend ab. Große Freude verursachte uns die Mittheilung aus Freiberg, daß Dinstag, den 13., Liebknecht komme. Die Versammlung war auf 8 Uhr anberaumt und schon um 7 Uhr begann sich der Saal zu füllen, voran die Herren Liberalen, welche glaubten, das Bureau für diesen Abend in ihre Hände zu bekommen. Sie hatten sich aber geirrt und bekamen schon einen kleinen Vorgeschmack für den 15. August. Die Versammlung hat wesentlich dazu beigetragen, uns den Sieg zu verschaffen. Nach einigen beherzigenden Worten Hörig's wurde die Versammlung in der besten Stimmung für uns geschlossen. — Aber auch ein Opfer ist zu beklagen. Unterzeichneter, seit 23 Jahren für die Herren Günther u. Sohn thätig und von denselben erst noch vor Kurzem als einer der besten Arbeiter bezeichnet, wurde infolge seiner Thätigkeit für die gerechte Sache des Volkes Dienstag, den 20. August, seiner Arbeit für genannte Firma mit den Worten verlustig erklärt: „Für Sie haben wir keine Beschäftigung mehr!" Ich stehe also nun mit einer Familie von fünf unerzogenen Kindern existenzlos da, das Gespenst des Hungers erwartend. Hier in Hainichen erhalte ich keine Beschäftigung mehr. Vielleicht erbarmt sich meiner ein Genosse und verschafft mir Arbeit. Mit sozialdemokratischem Gruß

Franz Engelmann, Gartenstr.

Magdeburg, 17. September. Die hiesige sozialdemokratische Genossenschafts-Buchhandlung veröffentlicht folgende polizeiliche Verfügung, welche ihr zugegangen ist:

„Magdeburg, den 30. August 1878.

Es wird Ihnen hiermit Geldstrafe bis zu 150 Mark, im Unvermögensfalle Haft bis zu 10 Tagen, für den Fall angedroht, daß Sie ferner an Ihrem Geschäftslokale oder im Schaufenster desselben die „Magdeburger Freie Presse" anheften bezw. öffentlich ausstellen sollten. Hiergegen steht Ihnen binnen 21 Tagen, vom Tage der Behändigung dieser Verfügung ab gerechnet, das Rechtsmittel der Beschwerde oder Klage offen.

Der königliche Polizei-Präsident. J. V.: v. Gayl."

Der Vorstand der Genossenschaft zeigt an, daß er dagegen den Beschwerdeweg beschritten habe.

Kiel, 4. September. In den letzten drei Wochen fanden hierselbst über einen Vortrag des Herrn Dr. Müller, „Ueber die Unmöglichkeit der sozialistischen Gesellschaft", mehrere Disputationen zwischen dem Herrn Dr. Müller und unseren Genossen Walther und Wolff statt. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 4—5000 Personen besucht und verliefen in musterhaftester Ordnung. Selbst gegnerische Blätter geben zu, daß unsere Partei entschieden den Sieg davon getragen habe, indem der Herr Dr. Müller schließlich die Richtigkeit der von uns aufgestellten Forderungen und Programme zugeben mußte. Unsere Sache hat durch diese durchaus sachlich gehaltenen Auseinandersetzungen entschieden gewonnen und wäre nur zu wünschen, daß die Herren Gegner allüberall in solcher Weise den Kampf mit uns aufzunehmen suchten. Auf die Sache selbst noch näher einzugehen, erlaubt mir der Raum des „Vorwärts" nicht und verweise ich alle Leser auf die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung".

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Arbeitermarseillaise		—. 05.
Auerbach, Tagebuch aus Wien		—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrud und Olympia		—. 10.
Auszug aus den gesetzl. Bestimmungen über die Landtagswahl		—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschreiben		1. 60.
Bebel, A., Bauernkrieg		2. —.
— — Rede über die Anträge betr. Abänderung der Gewerbeordnung		—. 10.
— — Die Entwickelung Frankreichs vom sechszehnten bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts		—. 25.
— — Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1874—76		—. 80.
— — Glossen zur Schrift: „Die wahre Gestalt des Christenthums		—. 25.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.		3. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25.
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — K. Fourier		—. 80.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.		3. —.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph., Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit		2. 50.
— Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (1877)		3. 50.
— — Vorbote. Soz.-pol. Monatsschrift. 1866—1870		6. —.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 10.
Bios, W., Unsere Preßzustände		—. 10.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866		—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris		—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793		—. 60.
Bornkam, Religion und Sozialismus		—. 40.
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk		—. 25.
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten		—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager		—. 15.
— — Hütet Euch vor den 300 Millionen neuen Steuern		—. 10.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte		1. —.
Büste der Freiheit. 25 Ctm. Höhe in Gyps weiß		2. —
„ „ Elfenbeinton		2. 50
— — Consols hierzu weiß 1 M., Elfenbeinton		1. 20
Christenthum und Sozialismus		—. 15
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 15
Civilehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		—. 10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht		—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Sievers contra Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch.		—. 20.
— — für 1878. broch.		—. 20.
— — für 1879. broch. 0,40 M., geb.		—. 60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871		1. 25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878		—. 40.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74		—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage		—. 15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft		—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage		—. 15.
Dissidentengesetz		—. 20.
Donat, Dr. A., Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten		—. 25.
— — ABC des Wissens. 4. Aufl.		—. 15.
Dulk, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 15.
Einkommensteuergesetz		1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 30.
— — Der deutsche Bauernkrieg		—. 50.
— — Soziales aus Rußland		—. 15.
— — Bakunisten an der Arbeit		—. 10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. I. Thl. Philosophie. II. Thl. Pol. Oekonomie u. Sozial. à		—. 75.
Erinnerung an Herwegh		—. 10.
Erinnerung an Börne		—. 20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft		—. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50.
— — Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung		—. 60.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—78		2. —.
— — Nachtrag von 1873—76		1. 20
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50.
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Greulich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Erne Auseinandersetzung mit den Anarchisten		—. 25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40.
— — Erlebtes (Skizzen und Novellen)		1. 20.
Heyner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus		—. 20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Association 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke		—. 10.
— — Die Organisation der Massen		—. 20.
Hilfskassengesetz, Leitfaden für zu errichtende Krankenkassen		—. 30.
Hirsch, die Vorurtheile, ihre Bedeutung und Organisation		—. 10.
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde.		2. —
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Jegel, M., Freie Lieder (Gedichte)		—. 50
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 10.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Association. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky		1. —.
König, Schwarze Kabinette		—. 75.
König Mammon und die Freiheit. Ein neues Bilderbuch		1. 20
Kräfer, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05
— — Ceterum censeo (Gedicht)		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15.
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?		—. 35
— — An die Arbeiter Berlins		—. 10
— — Arbeiterlesebuch		—. 30.
— — Offenes Antwortschreiben		—. 05
— — Arbeiterprogramm		—. 10
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter		—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz		—. 30
— — Die Feste, die Presse ꝛc.		—. 15.
— — Bastiat Schulze		—. 50
— — Indirekte Steuern		—. 40
— — Düsseldorfer Assisrede		—. 30
— — Fichte's Philosophie		—. 25
— — Fichte's politisches Vermächtniß		—. 25.
— — Julian Schmidt		1. —.
— — Gotth. Ephraim Lessing		—. 20.
Leben und Thaten des Generals Jarosław Dombrowski		—. 75.
Lehr, Juristisches Taschenlexikon		—. 50.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie		—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.		—. 20
— — Reichstagsrede 1874		—. 10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.		—. 75.
— — Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosakisch werden		—. 30.
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage		—. 30.
— — Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstag		—. 4.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75.
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 40.
— Johannes Huß		—. 30.
Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871		4. —.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25
— — Das Kapital. 2. Aufl.		9. —.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte		1. 50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest		—. 20
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie		—. 30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten		—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz		—. 15
— — Kapital und Arbeit		—. 50.
— — Bastille am Pilzensee		—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.		—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage		—. 40.
— — Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus		1. —.
Moralt, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen		—. 10
Motteler, J., Frauen- und Kinder-Arbeit		—. 15.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?		—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — Renzi. Drama in 5 Aufzügen		—. 30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman		3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle		—. 75.
— — Kranke Herzen		1. —.
— — Braunschweiger Tage		2. 50.
— — Ein verunglückter Agitator (Lustspiel)		—. 60.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, York, Blanqui, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Raoul-Rigault, Rossel ꝛc.; in Visitenkartenformat à		—. 25.
— — Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à		—. 25.
Photographien: in Kabinetformat à		—. 60
— — in Groß-Folio		3. —.
— — Triumph of Order, darstellend die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris 28 Ctm. breit 20 Ctm. hoch pr. Stck		5. —.
„ „ 20 „ „ 14 „ „		2. 50.
Pollitzer, L., Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern		—. 20.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht		—. 30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 05.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Congresses 1870		—. 15.
— — des Dresdener Congresses 1871		—. 20.
— — des Coburger Congresses 1874		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.		—. 30
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873		—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur		—. 50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes		—. 30.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland		1. —.
Rathgeber für Gewerbtreibende.		3. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 90.
„ Städteordnung		1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte		1. 90.
Rohleder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 30.
Rüdel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1 —.
Roller, der bekehrte Nagelschmied		—. 65.
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 60.
— — Gegen die Prügelpädagogen		—. 80.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus		1. 20.
Schlesinger, M., Eine Reise nach Utopien		—. 10.
Scholl, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie		—. 25.
— — Der Massenaustritt aus der Kirche		—. 15.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage		—. 20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder geb. / broch.		—. 50. / —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 20.
Sozialistische Theaterstücke.		
Nr. 1: Ein Schlingel (Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)		—. 35.
Nr. 2: Preßprozesse (Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)		—. 25.
Nr. 3: Ein Opfer (Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)		—. 40.
Specht, Populäre Entwickelungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Association		—. 10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich broch. / eleg. gbd.		—. 60. / 1. 50.
— — Brutus! schläfst Du? broch. / eleg. gbd.		—. 60. / 1. 50.
Teffendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen		—. 75.
Tscherny-chewsky, N. G., Que faire? Roman		3 —.
— — L'économie politique		1. 50.
Tuchtrich, Der Hetlamaer. 4 Hefte		—. 60.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen		—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
— — Verfälschung der Lebensmittel		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		1. 20.
— — für 1875		—. 20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch. / gebd.		—. 50. / —. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Volmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung		—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50.
Wander, K., Drei Jahre aus meinem Leben oder: Mein Prozeß wegen Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit ꝛc.		1. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften		2. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.		1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie		— 25.
Zukunftsmedizin oder Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten. (Vollständig in 12 Heften.) Heft 1—11 à		—. 75.

Briefkasten

der Redaktion. Z. in L. Die Reichstags-Verhandlungen über das Sozialistengesetz werden demnächst nach den stenographischen Berichten in einer Brochüre erschienen.

der Expedition: Krdzr Hohenstein (Ostpr.): Zur Unterstützung der Kinder Rüstow's können Sie Ihre Spende an Genossen Greulich, Redaktion der Tagwacht in Zürich senden. — Frz Rschl Wien: 5 Mark genügen für die Lassalle'schen Schriften und für Kreuzbandporto.

Unterstützungsfonds.

Durch C. R. Pausa gesammelt bei einem Spaziergang nach Syrakus 1,80.

Kottbus. Bestellungen auf **Arbeiter-Kalender** werden bis zum 1. Oktober entgegengenommen. Möge sich Jedermann einen solchen anschaffen und die gegnerischen Machwerke bei Seite werfen. Der Betrag muß bei der Bestellung gleich entrichtet werden, da seitens der der Expedition (was auch sehr richtig) nur gegen baar geliefert wird. Wer noch zu den Wahlkosten etwas beitragen will, wird ersucht selbiges an mich abzugeben. H. Teichert, Schuhmacher. [70

London.

An die hiesigen Abonnenten und Leser des „Vorwärts".

Da mit dem 1. Oktober ein neues Quartal beginnt, so ersuche ich bis spätestens 26. September das Abonnement erneuern zu wollen, damit in der Zusendung keine Unterbrechung eintritt, ebenso diejenigen, welche neu abonniren wollen, ersuche ich dieses bis dahin zu thun, und und mache darauf aufmerksam daß pränumerando abonnirt wird. Die Preise sind wie früher: [2,10

für 1 Exemplar wöchentlich 3mal 4 sh. 2 d.
„ 2 „ „ 2 „ 8 „ — „
„ 3 „ „ 3 „ 2 „ 6 „
„ 1 „ „ 1 „ 8 „ — „

Da wir vom 1. Oktober an eine neue Einrichtung getroffen haben, wodurch es möglich, daß jeder Abonnent pünktlich bedient wird und beim Abonnement die Nummern, welche etwa schon erschienen sind, erhält und um allen Anforderungen zu genügen verschiedenen Uebelständen abgeholfen haben, so sollte es sich jeder Parteigenosse zur Pflicht machen, mehr Abonnenten dem „Vorwärts" zuzuführen. Abonnirt kann werden bei unserem Colporteur Scherzer im Vereinslokale 6 Rose str. Greek str. Soho und bis auf weiteres bei Unterzeichneten.

W. Hoffmann.

Die Neue Gesellschaft

Monatsschrift für Sozialwissenschaft

beginnt mit Oktober ihren 2. Jahrgang. Die ersten Hefte des 2. Jahrgangs werden voraussichtlich enthalten: Dr. **A. Schäffle**: Ueber die Reaktion in der wirthschaftlichen Gesetzgebung Prof. Dr. Ludwig **Büchner**: Die Frau. Ihre natürliche Stellung und gesellschaftliche Bestimmung. (60—80 Druckseiten.) Dr. **Aug. Theod. Stamm**: Der Mensch als Schüler des Kosmos und des kosmischen Veredelungsgesetzes. **Adolph Samter**: Das Eigenthum und der Sozialismus. Prof. **S. Vögelin**: Das Volksleben im Spiegel der neuern bildenden Kunst (mehrere Druckbogen stark). **Reinhold Rüegg**: Worauf es in unsern Volksschulen hauptsächlich ankommt. Dr. **Rud. Jonas** Strohecker: Die Sahara, ein Land friedlicher Eroberung. **H. W. Fabian**: Das Verhältniß des Individuums zum Staate. Dr. **Karl Schalk**: Vom Gelde. Dr. **A. Mülberger**: Häckel und der Sozialismus. **Heinrich Dürer**: Das Recht und die Juristen. **Arthur Cornette**: Die Wissenschaft und die Gesellschaft. Aus dem Französischen übersetzt von Karl Schneidt. **J. Dietzgen**: Religion. Dr. **F. Wiede**. Kritische Darstellung der sozialwissenschaftlichen Theorien von Emil Acollas. III., u. v. A. [9,00

„Die Neue Gesellschaft" erscheint im Umfange 48—60 gr. Lex.-8° Seiten per Monatsheft. Abonnementspreis per Quartal Mk. 3,00; zu beziehen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen, in Leipzig auch bei Exped. d. „Vorwärts", sowie direct bei der Expedition der „Neuen Gesellschaft" in Zürich.

Zürich. Verlag der „Neuen Gesellschaft".

Verantwortlicher Redakteur: Franz Götzlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
Betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 113. Mittwoch, 25. September. 1878.

Bismarck und Lassalle.

Es kann uns gar nicht einfallen, die Rede, die Fürst Bismarck jüngst im Reichstage bei Berathung des Sozialistengesetzes gehalten hat, zu kritisiren; dieselbe entzieht sich völlig dem Boden der Kritik, und würde man sie in ihrem wirklichen Werthe durch entsprechende Epitheta bezeichnen, so dürften das die zarten Nerven des Reichskanzlers kaum vertragen können.

Deshalb gehen wir auf das Gespräch des Herrn Kanzlers nicht näher ein, sondern geben lediglich unserer Freude Ausdruck, daß Bismarck mit so hoher Achtung von Lassalle gesprochen hat. Ob sein Urtheil über den wahrhaft genialen — genial hier ohne Gänsefüßchen, Herr Reichskanzler! — Todten ein zutreffendes ist, das allerdings dürften alle Diejenigen, welche Lassalle besser als durch einige Plaudereien mit ihm kennen, füglich bestreiten.

Bismarck sagte, Lassalle sei kein Republikaner gewesen. In Lassalle's Briefen (Leipzig, Brockhaus 1878) S. 50 sagt Lassalle selbst von sich: „Ich bin von jeher ein Revolutionär aus der Schule Robespierre's gewesen, der in seiner Constitution schrieb: „Soziale Unterdrückung ist es, wenn auch nur ein einziges Individuum unterdrückt wird." Wenngleich zuerst an der Echtheit der genannten Briefe auch von unserer Seite gezweifelt wurde, so hat sich doch nachher herausgestellt — und zwar ist die Gräfin Hatzfeld dafür eingetreten —, daß die Briefe von Lassalle selbst geschrieben sind. —

Aber wichtiger als dieser Ausspruch Lassalle's ist ein anderer aus dem Jahre 1863, also aus derselben Zeit, in welcher Herr v. Bismarck mit ihm verkehrte. Dieser Ausspruch bezieht sich auf die orientalische Frage, die gegenwärtig für Deutschland so sehr verfahren worden ist.

Rodbertus hatte in einer Auseinandersetzung über das Nationalitätsprinzip an Lassalle geschrieben: „Und ich hoffe noch die Zeit zu erleben, wo die türkische Erbschaft an Deutschland gefallen sein wird und deutsche Soldaten oder Arbeiterregimenter am Bosporus stehen." Hierauf antwortete Lassalle:

„Die ganze Verschiebung der seit 1839 so oft in Angriff genommenen orientalischen Frage hat für mich immer nur den vernünftigen Sinn und Zusammenhang gehabt, daß die Frage so lange hingeschoben werden muß, bis der naturgemäße Anwärter, die deutsche Revolution, sie löst."

Das schreibt der „monarchische" Lassalle!

Doch bringen wir zunächst den wortgetreuen Satz, in welchem die „Lobeserhebung" des Herrn von Bismarck Lassalle gegenüber enthalten ist, für welche sich Letzterer aber, wenn er noch lebte, wahrscheinlich entschieden bedanken würde. Bismarck also sagte:

„Lassalle war ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum grade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch."

„Durchaus nicht Republikaner"! Dann war Robespierre auch kein Republikaner. „Ausgeprägte monarchische Gesinnung"! Die „Arbeiterregimenter" des Rodbertus, die Lassalle acceptirt und die Lösung der orientalischen Frage durch die deutsche Revolution deuten aber zum Mindesten darauf hin, daß dem großen Arbeiteragitator die „Lassalle'sche Dynastie", das heißt bei vernünftigen Leuten: die sozialistische Republik viel näher lag, als die Dynastie Hohenzollern.

Dann aber hatte Lassalle „eine ausgeprägte nationale Gesinnung"! Gewiß! Der nationale Lassalle wollte das „goldene Horn", wollte den Bosporus für die deutsche Cultur, für die deutsche Civilisation, für die deutsche Zukunft erwerben.

Der nationale Herr von Bismarck hingegen sagte im deutschen Reichstage in der genügend bekannten Orientdebatte, daß Deutschland durch die orientalische Frage direkt gar nicht berührt werde; der nationale Herr von Bismarck überließ demgemäß in aller Ruhe und Gemüthlichkeit dem uncultivirten Rußland die Türkei auf Gnade und Ungnade; und nur der Energie Englands ist es zu verdanken, daß wenigstens noch eine „orientalische Frage" existirt, auf welche nach der Meinung des nationalen Lassalle's die deutsche Revolution einstmals noch die entsprechende Antwort ertheilen kann. —

Der „geniale" Herr von Bismarck hat die damalige sozialistische Bewegung (unter Lassalle) übrigens mit „großem Verständniß" aufgefaßt, wenn er in seiner Rede meinte, es habe sich bei derselben lediglich um Regulirung der Lohnverhältnisse gehandelt. Der bismarckfreundliche Herr von Schweitzer, der in ökonomischen Dingen sehr klar blickte, beurtheilte hingegen im Jahre 1867 mit folgenden Worten den Vorschlag Lassalle's:

„Eine neue Produktionsweise einzuführen, das ist der Zweck des Lassalle'schen Vorschlages. Während in der heutigen Gesellschaft überall das Kapital als beherrschende Macht der Arbeitskraft gegenübersteht, ist in der Produktivassoziation der Gegensatz von Kapital und Arbeit versöhnt. Die Produktivassoziationen sollen daher von Staatswegen im Großen begründet werden, und so soll allmählich dieser Keim eines neuen Gesellschaftszustandes in freier Entfaltung die heutigen Verhältnisse verdrängen, um das Neue an deren Stelle zu setzen. Der Lassalle'sche Vorschlag setzt allerdings nur an einem Punkte an, aber die Art, wie er ansetzt, trägt in sich die Gewähr, daß eine radikale Umgestaltung folgen werde."

Was hier Herr von Schweitzer sagt, ist völlig correkt, und Herr von Bismarck müßte sich, wenn er die Schriften Lassalle's einmal lesen würde und zwar mit Verständniß lesen würde, dieser Auffassung nolens volens anschließen und sein Geplauder über die Tragweite der Lassalle'schen Bewegung sehr, sehr rektifiziren. — —

Zum Schlusse aber möchten wir dem Herrn von Bismarck noch mittheilen, was sein „Freund" Lassalle über das geplante Ausnahmegesetz gesagt haben würde. Wir kennen nämlich seinen „Freund", der auch kein Sozialist gewesen sein soll, wie uns Herr von Bismarck gleichfalls in seiner Reichstagsrede mittheilte, viel besser als der „geniale" Staatenlenker. Möge derselbe also die Stimme seines nichtsozialistischen „Freundes" Lassalle vernehmen:

„Und welches ist die Quelle aller unablässig fortschreitenden und unmerklich sich vermehrenden, aller friedlich sich vollziehenden Verbesserung in der Geschichte, wenn nicht die wissenschaftliche Erkenntniß? Sie muß darum walten ohne Schranken, für sie darf es kein Festes, das sie nicht in den Prozeß ihrer chemischen Untersuchung zöge, kein Unberührbares, kein noli me tangere geben. Ohne die Freiheit der wissenschaftlichen Erkenntniß daher nur Stagnation, Versumpfung, Barbarei! Und wie sie die unausgesetzt fließende Quelle aller Vervollkommnung menschlicher Zustände ist, so ist sie und ihre Ueberzeugung langsam gewinnende Macht, zugleich auch die einzige Garantie für eine friedliche Entwicklung. Wer daher diese Quelle verstopft, wer ihr in Bezug auf irgend welche Zustände, wer ihr an irgend welchen Punkten zu fließen verbietet, der hat nicht nur den Quell der Vervollkommnung abgeschnitten und Nacht und Barbarei heraufbeschworen — er hat den öffentlichen Frieden eingerissen und den Staat auf gewaltsamen Umsturz und Ruin gestellt! Denn er hat jenes Sicherheitsventil verschlossen, durch welches die Gesellschaft allmählich in sich aufnimmt, was ihrer unmerklich sich ändernden Lage entsprechend, durch die Kraft der Wissenschaft langsam herausgeboren, sicher, wenn gleich allmählich, in Köpfe und Zustände übergeht. Er hat das Sicherheitsventil geschlossen und den Staat auf die Explosion gestellt! Er hat der Wissenschaft verboten, Wunde und Heilmittel aufzuzeigen und die aus der verborgen gehaltenen Wunde sich endlich ergebenden Convulsionen des Todeskampfes an die Stelle der Krankheitserforschung und ihrer Heilung gesetzt. Die unbeschränkte Freiheit der wissenschaftlichen Lehre ist daher nur ein unnehmbares Recht des Individuums, sie ist vor Allem und in noch viel höherem Grade die Lebensbedingung des Ganzen, das Lebensinteresse des Staates selbst."

So würde Lassalle reden, Ihr „Freund", Herr v. Bismarck! Giebt es eine vernichtendere Kritik Ihres Ausnahmegesetzes, als diese Worte Ihres „Freundes", die der große Todte im Jahre 1863 den Richtern des Berliner Kammergerichts entgegenrief? — — — —

Nach diesen Betrachtungen kommen wir nun zu folgendem Schlusse:

Hätte Herr von Bismarck die Schriften Lassalle's gelesen, so würde er nicht von demselben mit so hoher Anerkennung gesprochen haben. Da sich das Urtheil Bismarck's aber lediglich aus einigen Plaudereien gebildet hat, so merkte er nur, daß Lassalle an Geist und Genie ihn, den Minister, zehnfach überragte und ist auch offen genug gewesen, dies auszusprechen. Das Urtheil über Lassalle aber mußte natürlich völlig falsch ausfallen. Einen Mann wie Lassalle lernt man nicht aus einigen Plaudereien und Zeitungsausschnitten kennen, man muß ihn in seinen Werken studiren und dies sei Herrn von Bismarck angerathen, bevor er nochmals ein Urtheil über den großen Todten zu fällen unternimmt.

Herrn Bamberger's jüngste Retirade.

Nie hat eine Partei mit größerer Unverfrorenheit ihr eignes Todesurtheil ausgesprochen, als dies die nationalliberale durch den Mund des Herrn Bamberger am 16. d. M. gethan hat. Ein passenderer Grabredner als Herr Bamberger, der es so meisterhaft versteht, zweideutige leere Gedanken in volltönende Worte zu kleiden, konnte freilich nicht ausgewählt werden — aber was wir erwarteten war: daß die nationalliberale Partei wenigstens insoweit das decorum wahren würde, daß sie die Gründe ihrer Haltung offen bekannt, an Stelle der Sophistik männlichen Muth gesetzt hätte; sie hätte dann freilich sagen müssen, daß sie keine Partei des Widerstandes sei, der Wille der Regierung stärker sei als der ihrige und demzufolge Harmonie zwischen Regierung und Bürgerthum à tout prix vorhanden sein müsse. Von diesem Standpunkte aus hätte ein offener und freimüthiger Redner sich für die formell wie inhaltlich ungeheuerlichen neuesten Regierungsmaximen erklären können — aber dazu fehlte der Muth und man wählte klugerweise Herrn Bamberger, berühmt durch seine Virtuosität im Retiriren. Seit dem Tage von Kirchheimbolanden ist er gelaufen und gelaufen und dennoch nicht zum Ziele gelangt.

Verweilen wir ein wenig bei der letzten Etappe dieses großen Rückschreiters.

..... „wenn ich noch daran zweifelte, beginnt er, daß dieses Gesetz einer durchgehenden Prüfung bedarf, so würde mich namentlich die Rede des Abg. Bebel davon überzeugt haben, daß kein Versuch unterlassen werden darf, um uns von den Gefahren zu befreien, welche uns hier vorgeführt worden sind." (!)

Also namentlich die Rede Bebel's überzeugt Herrn Bamberger von der Nothwendigkeit eines Ausnahmegesetzes; nun hat aber fast die gesammte antisozialistische Presse die große Mäßigung in Bebel's Rede anerkannt, wenn also für Herrn Bamberger gerade die Gefahren zu bestehen scheinen, gegen deren Abhülfe er ein so weinerliches Gezeter erhebt; auch könnte man annehmen, Herr Bamberger wäre vor der Rede Bebel's eigentlich anderer Ansicht gewesen als nachher, und die liberale Politik wäre eigentlich eine Politik von „Stunde zu Stunde". Doch nein — Herr Bamberger offenbart es uns selbst, daß bei ihm Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit ist, „wir wollen vor der Katastrophe thun, was andere erst nachher thun müssen, und wir glauben uns um Land und Welt verdient zu machen, wenn wir nicht erst warten, bis die Katastrophe in ihren letzten Symptomen hervorgetreten ist."

Wenn es notorisch ist, daß den Furchtsamen und Feigen jede Gefahr unendlich größer erscheint, als sie wirklich ist, so erklärt sich Herrn Bamberger's heillose Angst vor irgend einer Katastrophe von selbst, aber vor welcher denn? Gewöhnlich weiß der Ausreißer doch wovor er ausreißt, wer aber die reine Angst auf das Hasenpanier schreibt, oder wie sich Herr Bamberger so schön metaphorisch ausdrückt „où grand' peur grand' rigueur", der sollte doch nicht in die Gefechtslinie gestellt werden, sondern hübsch ruhig beim Train bleiben. Denn bei Herrn Bamberger sind alle Vorstellungen, alle Beruhigungsmittel vergebens: „was Bebel, Liebknecht, Lassalle, Marx auch Alles gegen gewaltsamen Umsturz sagen mögen, Alles ist nicht im Stande, wenn es dennoch geschieht (schreckliches „es"), und die schönsten Worte werden vergessen sein, wenn sich eine Bewegung im breiten Strome ergießt." Bewundrungswürdige scharfsinnige Logik, die die Prämisse zugleich als Beweis dienen läßt. Weil Herr Bamberger die Katastrophe kommen sieht, so müssen deren zukünftige Urheber schon jetzt dafür bestraft werden, und wenn wir tausendmal behaupten, „wir wollen keinen Umsturz, so sind das unnütze Worte, die Herrn Bamberger's Gesichte nicht verscheuchen können; wer fürchtet wohl mehr im breiten Strome der Bewegung unterzugehen, als Sie?

Wer aber das Gras wachsen hört, der sollte doch wenigstens über einen kleinen Theil Logik oder gesunden, schlichten Menschenverstand verfügen und nicht zu solch unsinnigen Deduktionen greifen, mit welchen man jedem Menschen Alles nur denkbare aufhalsen kann; wenn der panische Schrecken die Menschen ergreift, so geht der letzte Funken Verstand zum Teufel, das beweist Niemand treffender, als Herr Bamberger auf seinem jüngsten Reißaus. Man höre und staune!

„Die Regierung ist an dieser irrthümlichen Auffassung Schuld, indem sie bei der erfolgten Auflösung des letzten Reichstages den Wählern zurief: nicht gegen Dich, den friedliebenden Bürger ist das Gesetz gerichtet, sondern gegen diese eine bestimmte Kategorie von Personen. Dennoch hat trotz der herrschenden aufgeregten Stimmung dieser Appell nicht verfangen. Aber das Gesetz ist gar kein Ausnahmegesetz im oben bezeichneten Sinne. Nur wer künftig gewisse Bestrebungen verfolgen wird, den soll es bedrohen. So wie z. B. das Tabaksmonopol, wenn es eingeführt würde, kein Ausnahmegesetz wäre, indem es nur eine bestimmte Sache regeln würde, ebenso ist das Sozialistengesetz nur ein Ausnahmegesetz gegen eine bestimmte Sache, nicht gegen Personen."

Erbärmlicher und spitzfindiger kann eine einfache Sache niemals verwickelt worden sein; kennt Herr Bamberger den Begriff eines Ausnahmegesetzes nicht, oder glaubt er wirklich, durch solche Bankierkniffe irgend wem zu imponiren? Jedes Gesetz, welches nicht in den Rahmen des gemeinen Rechtes hineinpaßt, ist ein Ausnahmegesetz, und sobald es nicht auf dem Boden dieses allgemeinen Rechtes stehen kann, muß es stets nur gegen einen Theil der Staatsbürger gerichtet sein; oder umgekehrt: sobald ein Gesetz nur gegen einen Theil der Staatsbürger gerichtet ist, kann es nicht in die Sphäre des für Alle gültigen Rechtes hineinpassen und ist folglich ein Ausnahmegesetz. Außerdem drückt Herr Bamberger der Vorlage selbst den Stempel eines Ausnahmegesetzes auf, wenn er eine zeitliche Begrenzung desselben verlangt, denn das allgemeine Recht ist nicht zeitlich begrenzt, sondern von unbestimmbarer Dauer. Auch der feine Unterschied zwischen Personen und Sachen, wonach die Vorlage nur eine Sache treffen soll, ist nur von dem Bankierstandpunkte aus verständlich, von welchem die Sozialdemokraten, die Arbeiter und die Arbeitskraft nur eine Waare — eine Sache repräsentiren. Plötzlich tritt bei Herrn Bamberger ein höchst bedenklicher Zustand ein. Der Angstschweiß, welcher seinen Körper bedeckt, conzentrirt sich nach dem Gehirne und in Folge der dadurch eintretenden Hypertrophie delirirt er Mitleid erregend, daß die Vorlage kein Ausnahmegesetz sei, weil sie nur für künftige Fälle gelten soll; danach scheint er zu glauben, daß die Gesetze eigentlich für die Vergangenheit bestimmt sind und nur ausnahmsweise für die Zukunft. Wehe Ihnen, Herr Bamberger, wenn dem so wäre, dann müßten ihre einstigen Bestrebungen auf Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung auch durch das Ausnahmegesetz getroffen werden, und um diesen Preis würden wir vielleicht gern ein wenig mehr ertragen. —

Summa: Die nationalliberale Partei konnte sich kein größeres Armuthszeugniß ausstellen, als durch diese an Widersprüchen und Inhaltlosigkeit leidende Rede des Herrn Bamberger. Wo es sich um politische Grundsätze, um Fragen von der einschneidensten Bedeutung handelt, erscheint für den Liberalismus ein in finanziellen Kniffen und politischen Schlichen großgewordener Parlamentarier auf der Tribüne. Der Rückzug des Liberalismus ist durch das Auftreten Bamberger's zu wilder Flucht ausgeartet, und wahrlich, wir können nicht umhin, uns des alten Don Pedro zu erinnern:

Seit der großen Retirade
Sah ich solchen Schwätzer nicht.

Weil aber jede Sache ihre zwei Seiten hat, so mag die Rede Bamberger's vielleicht die gute Folge haben, daß mancher das einzige beständige Prinzip des Liberalismus erkennt: nämlich jeder politischen Maßregel beizustimmen, welche die industrielle Herrschaft der Bourgeoisie unverletzt läßt.

Die Gesetze dieser industriellen Herrschaft aber sind einerseits das Streben nach individueller politischer Freiheit, um im wirthschaftlichen Kampfe möglichst frei, d. h. mächtig da zu stehen, andrerseits das Bewußtsein, daß durch die Ausdehnung der politischen Freiheit auf die Proletarier an den Grundlagen der Bourgeoisherrschaft gerüttelt wird. Daher die sonderbare Erscheinung, daß die Bourgeoisie nicht schnell genug die ihr nothwendige Freiheit erlangen kann, und dennoch bereit ist, alles zu bewilligen, was die Unfreiheit der Arbeiter — ihrer wirthschaftlichen Antagonisten — erhalten kann. Beweis: die französischen Revolutionen von 1830 und 1848 und die preußisch-deutsche Geschichte der letzten 15 Jahre.

Bamberger's Rede und die Haltung des Liberalismus ist deshalb ein richtiges Zeichen der politischen Entwicklung, und soll es deshalb nicht Wunder nehmen, wenn wir ihn wieder antreffen „als Tapfrer muthig zurückweichend", oder auch, wenn im Rücken genügende Deckung, zu neuem Angriff aufrufend. Wir wissen aber, was hinter Herrn Bamberger's Courage verborgen ist, wir kennen den Sinn seiner Rederei nur zu gut, weil er zugleich die Quintessenz der liberalen Gedanken ausmacht — es sind die berüchtigten, frevelhaften Worte Garnier-Pagès:

Il faut en finir avec les agitateurs.

—c—

Sozialpolitische Uebersicht.

— Den Commissionsverhandlungen über das Sozialistengesetz wendet sich das allgemeine Interesse zu. Diese Verhandlungen haben den ausgesprochenen Zweck, etwas fertig zu bringen, was der Regierung und dem juristischen Formalismus genügt. Scheinbar heben, so bemerkt die „Frankfurter Zeitung", die Berathungen mit einer babylonischen Sprachverwirrung an, aber ein gemeinsamer Grundton ist schon unverkennbar. Centrum und Fortschritt offeriren der Regierung die ganze früher mit Entrüstung von ihnen zurückgewiesene Kautschukladung der verunglückten Strafnovelle, ja Herr Hänel geht — als habe er seine Rede wieder gut zu machen — kühn voran und erweckt den famosen Art. 20 des ersten Preßgesetz-Entwurfs von den Todten. Man traut seinen Sinnen nicht, derselbe Redner, der die Glaubens- und Geistesfreiheit so beredt proklamirte, der nur die ungesetzliche Thathandlung bestraft wissen will, schlägt einen Strafgesetzparagraphen vor, der „geheime und öffentliche Aufforderung zu feindseligen Parteiungen über die Einrichtungen der Ehe, Familie, des Staates und Eigenthums" mit Gefängniß bis zu einem Jahr bedrohen soll, einen Paragraphen so dehnbarer Natur, wie ihn selbst die glücklich beseitigten Strafgesetze der vor- und nachmärzlichen Zeit nicht enthalten haben, einen Paragraphen, dessen Wirkung unzweifelhaft nur die sein könnte, die allgemeinste Sehnsucht nach der Censur zu erwecken und eine nachhaltige Agitation zur Wiederauffrischung derselben ins Leben zu rufen. Herr Hänel kann es nicht fassen, wie man für einen Gesetzentwurf, den man vor vier Monaten zurückgewiesen hat, eintreten kann, er selbst schlägt aber — sancta simplicitas — ein vor Jahren fast einstimmig abgelehntes Gesetz vor. Der Fortschritt Anno 1878 bei dem Bismarck'schen „Stacheligel" von Anno 1875 angekommen, der Fortschritt mit einer Copie des österreichischen objektiven Verfahrens, das eine Schuld constatiren läßt, ohne daß es eines Schuldigen bedarf, — da hätte man sich fürwahr die schönen Worte sparen können, da konnte man sich mit der Beredtsamkeit Kleist-Retzow's begnügen, allenfalls mit einer vorläufigen Verwahrung gegen Wiederbelebung des spanischen Rohres. Welcher Triumph für den Reichskanzler, für alle Reaktionäre; dieses fortschrittliche Olmütz, das Herr Hänel in seine Paragraphen gebracht hat. „Das geht ja noch über meinen guten Willen hinaus", muß Lasker sagen, der sich unendliche Mühe gegeben hat, den ungefügigen Art. 1 des Regierungsentwurfes zu belecken und wenigstens beim „Umsturz" Halt macht. Vielleicht entdeckt und beweist uns Herr Gneist noch, daß mit der justitia distributiva jener Fortschrittsparagraphen ganz gut auszukommen sei, die Regierung aber wird es sich nicht entgehen lassen, die Offerte des Herrn Hänel vorzumerken. Das Eine thun nnd das Andere nicht lassen — erst das Präventivgesetz nnd dann die schönen Repressivparagraphen ins Strafgesetzbuch hinein, dann haben Polizei und Majestät des Rechts beide das Ihrige, wie es die preußische Devise will.

Der Antrag des Abgeordneten Hänel lautet:

An Stelle des § 1 des Gesetzentwurfs zu setzen: Artikel 1. Dem § 130 des Strafgesetzbuchs tritt folgender Absatz hinzu: Wer in einer, den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, oder wer beschimpfende Aeußerungen über die religiösen Ueberzeugungen Anderer oder über die Einrichtungen der Ehe, der Familie oder des Staates, oder über die Ordnung des Privateigenthums die Angehörigen des Staats zu feindseligen Parteiungen gegeneinander öffentlich auffordert oder aufreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft. — Artikel 2. Vereine und Versammlungen, welche ihrer Absicht gemäß zur Umgehung der im § 130 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Handlungen gebraucht werden, sind von der landesgesetzlich zustehenden Polizeibehörde aufzulösen. Binnen acht Tagen nach erfolgter Auflösung ist das Strafverfahren vor dem zuständigen Gerichte einzuleiten, oder sind die Vorsteher oder Leiter des Vereins oder der Versammlung davon zu benachrichtigen, daß Grund zu einer weiteren Verfolgung nicht vorliegt. Mit dieser Benachrichtigung tritt die Wirkung der Polizeibehörde außer Kraft. Das Gericht entscheidet über Bestätigung oder Aufhebung der Auflösung; die Bestätigung der Auflösung kann auch dann erfolgen, wenn eine Verurtheilung der Angeschuldigten nicht eintritt oder das Strafverfahren gegen die Beschuldigten nicht eingeleitet werden kann. Im letzteren Falle finden auf das Verfahren die gesetzlichen Bestimmungen über das Verfahren bei Einziehungen und Vermögensbeschlagnahme entsprechende Anwendung. Im Uebrigen bleiben die gesetzlichen Bestimmungen über Vereine und Versammlungen, sowie über Beschwerden gegen polizeiliche Verfügungen, falls auf Grund derselben ein Verfahren nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes nicht stattfinden, unberührt. — Artikel 3. Wer sich bei einem, auf Grund des Art. 2 aufgelösten Vereine fernerhin betheiligt, wird mit Geldstrafe bis 500 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft.

Die Amendements Lasker lauten:

§ 1. Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, oder in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.

§ 1a. Genossenschaftliche Kassen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind in Administration zu nehmen. Die Befugnisse des Vorstandes gehen auf die Administration bezw. auf den von der Behörde angestellten Administrator über. Im Uebrigen sind Verbindungen jeder Art den Vereinen gleichgestellt.

Wir bringen hier zum besseren Verständniß den § 1 der Bundesrathsvorlage:

§ 1. Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen.

Die Amendements Lasker, welche der Graf Eulenburg für diskutirbar erklärt hatte, sind in der Commission gegen acht Stimmen angenommen worden. Diese Amendements unterscheiden sich von der Regierungsvorlage nur durch eine bestimmtere Fassung; die Bestimmungen aber sind trotzdem noch so dehnbar, daß, wenn der Polizei die Ausführung des Gesetzes belassen bleibt, auch jede wissenschaftliche Diskussion über die soziale Frage vernichtet wird. Nur die ordentlichen Gerichte würden, wenn sie zur Ausführungsbehörde ernannt werden, einen, wenn auch nur geringen Schutz gegen falsche Auffassung gewähren. Vorläufig hat also Herr Lasker durch seine Amendements die Vorlage noch nicht um ein Jota gemildert oder verbessert.

Die „Magdeburgische Zeitung" erzählt, daß die Vertreter der Bundesregierungen angewiesen sind, sich jeder Opposition im Einzelnen zu enthalten, und nur darauf zu sehen, daß das Prinzip der Vorlage gerettet werde. Ein mittelstaatlicher Diplomat, dem Bundesrath zugehörend, bemerkte, es wäre gewiß das Beste, jeder einzelne Paragraph des Sozialistengesetzes enthielte Reichstagszusätze, weil hierdurch das Gesetz recht eigentlich ein Werk der Volksvertretung würde, und je mehr es Spuren der parlamentarischen Initiative an sich trüge, um so gewisser würde im Volke die Vorstellung Platz greifen, daß das Sozialistengesetz der Ausdruck des Volkswillen wäre. Die Regierungen werden also mit Conzessionen an den Reichstag bewußt sehr weit greifen und z. B. nichts dagegen haben, daß das Gesetz für eine bestimmte Zeit in Kraft trete; die ursprüngliche Vorlage enthielt bekanntlich über eine temporäre Wirksamkeit keinerlei Bestimmung. Sollte ferner von der Commission und vom Plenum verlangt werden, daß der Bundesrath in jeder Session über die Ausführung des Gesetzes Bericht zu erstatten hat, so würde auch diesem Begehren nicht widersprochen werden.

Man merkt — nur der Reichstag selbst nicht —, daß der Bundesrath das ganze Odium auf den Reichstag abwälzen will. Wenn einst das gesammte Volk seinen Unmuth über das Knebelungsgesetz äußern wird, so wird die Regierung in aller Ruhe antworten: „Eure Vertreter sind daran Schuld!"

— Eine geschichtliche Parallele zum Sozialistengesetz. Ein deutscher Bundestagsbeschluß vom 20. December 1835 lautet:

„Nachdem sich in Deutschland in neuerer Zeit und zuletzt unter der Benennung „das junge Deutschland" oder „die junge Literatur" eine literarische Schule gebildet hat, deren Bemühungen dahin gehen, in belletristischen, für alle Klassen von Lesern zugänglichen Schriften die christliche Religion auf die frechste Weise anzugreifen, die bestehenden sozialen Verhältnisse herabzuwürdigen und alle Zucht und Sittlichkeit zu zerstören, so hat die deutsche Bundesversammlung — in Erwägung, daß es dringend nothwendig sei, diesen verderblichen, die Grundpfeiler aller gesetzlichen Ordnung untergrabenden Bestrebungen durch Zusammenwirkungen aller Bundesregierungen sofort Einhalt zu thun und unbeschadet weiterer vom Bunde oder den einzelnen Regierungen zur Erreichung des Zweckes, nach Umständen zu ergreifenden Maßregeln — sich zu nachstehenden Bestimmungen vereinigt:

„1) Sämmtliche deutsche Regierungen übernehmen die Verpflichtung, gegen die Verfasser und Verleger, Drucker und Verbreiter der Schriften aus der unter der Bezeichnung „das junge Deutschland" oder „die junge Literatur" bekannten literarischen Schule, zu welcher namentlich Heinrich Heine, Karl Gutzkow, Heinrich Laube, Ludolf Wienbarg und Theodor Mundt gehören, die Straf- und Polizeigesetze ihres Landes, sowie die gegen den Mißbrauch der Presse bestehenden Vorschriften nach ihrer vollen Strenge in Anwendung zu bringen, auch die Verbreitung dieser Schriften, sei es durch Buchhandel, durch Leihbibliotheken oder auf sonstige Weise, mit allen ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern" u. s. w. u. s. w.

Welche Folgen hatte dieser Beschluß? fragt die „Volkszeitung" und antwortet selbst: Die soziale und literarische Bewegung, die wir noch jetzt unter dem Namen des „jungen Deutschland" verstehen, ist nicht gehemmt worden, wohl aber hat der Versuch des deutschen Bundes, sie gewaltsam zu unterdrücken, wesentlich zu dem Ausbruche von 1848 beigetragen. Zunächst also ist das etwa vorhandene Schlimme nur verschlimmert worden; für die Dauer trat ein, was naturgemäß eintreten mußte: jene angeblichen Staatsverbrecher streiften das Uebertriebene, das ihnen, wie allen Vertretern einer neuen Richtung anhaftete, ab, der Eine brachte es zum K. K. Hofburgtheater-Direktor, der Andere wurde Sekretär der unter der Protektion mehrerer Fürsten stehenden Schillerstiftung, des Dritten Werke fehlen in der Bibliothek keines gebildeten Deutschen, ja man man macht sie zum Theil noch jetzt mit Vorliebe Damen zum Geschenk — und doch untergruben einst alle Drei „auf die frechste Weise" die Grundpfeiler aller gesetzlichen Ordnung! Wie fest müssen diese Grundpfeiler sein, daß sie schon so oft „untergraben" werden konnten und doch immer noch stehen! Als die Sklaverei, als die Leibeigenschaft, als die Patrimonialgerichtsbarkeit, als die Frohndienste und Zehnten, als die Vorrechte des Adels aufgehoben wurden, waren es in allen diesen Fällen etwa nicht Grundpfeiler der damals bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die man untergrub?

Doch wir kommen auf den Beschluß des seligen deutschen Bundestags zurück. Wie vortheilhaft er vom neuesten Ausnahmegesetz absticht, wird auf den ersten Blick klar. Der Bundestag giebt den Regierungen doch wenigstens die bestimmten Namen derjenigen Schriftsteller an, die er ihnen zur Unterdrückung empfiehlt, — die bundesräthliche Fassung dagegen ist so weitherzig und so vieldeutig, daß jede Oppositionspartei damit „gefaßt" werden kann. Und wie sollten nach dem Bundestagsbeschluß die Regierungen gegen das „junge Deutschland" vorgehen? Mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln; also nur die schon vorhandenen, für Alle in gleicher Weise gültigen Gesetze, wie im Beschluß gesagt ist, „die Straf- und Polizeigesetze, sowie die gegen den Mißbrauch der Presse bestehen-

Herr Fritz Kalle als Humanitätsapostel in der „Gartenlaube".

Wieder einmal ist es die edle „Gartenlaube", welche uns Anlaß zu einem Excurs giebt. Dieses vielgepriesene „Weltblatt" ist so recht die Verkörperung unserer liberalen Bourgeoisie, in ihrer gemüthlichen Oberflächlichkeit und Halbheit sowohl als in ihrer politischen Charakterlosigkeit und besonders in ihrer volkswirthschaftlichen Unwissenheit. Für diese Eigenschaften, namentlich für die letztere, finden wir einen neuen eclatanten Beleg in Nr. 34 dieses „Weltblattes", in der ein den Lesern des „Vorwärts" nicht ganz unbekannter Fritz Kalle einen Artikel verbrochen hat, der für ihn, wie für die Redaktion des Blattes ein gleich trauriges Armuthszeugniß ausstellt.

Sehen wir uns die betreffende Leistung etwas näher an! Sie betitelt sich „Ein Wort an die deutschen Arbeitgeber. Von einem ihrer Genossen", und enthält natürlich Vorschläge zur Bekämpfung resp. Erstickung des Sozialismus. Der „liberale" Herr Kalle versteht es, die „gewaltsame Abwehr" — bestehend in Ausnahmegesetzen und „Entlassungen" sozialistischer Arbeiter — und die friedliche Tödterei — bestehend in „Belehrung" der Arbeiter über die famose „Harmonie" und in „Weckung wirthschaftlicher Erkenntnisse" überhaupt sowie in Wohlthätigkeitseinrichtungen für Arbeiter — mit einander zu verbinden. Das ist eigentlich das einzig Neue an seinen Vorschlägen.

Doch sollen diese beiden Sorten von Sozialistentod nicht nebeneinander gebraucht werden, sondern nacheinander. Denn so dumm ist selbst Herr Kalle nicht, um nicht zu begreifen, daß im ersteren Falle die „Belehrung" über Interessenharmonie gleichzeitig eine so drastische Illustration erfahren würde, daß sie selbst bei dem stupidesten Arbeiter nicht mehr „ziehen" könnte, und so die eine Sorte von Sozialistentod das Gegengift der andern wäre. Daher also soll nach Hrn. Kalle zuerst die „gewaltsame Abwehr" durchgeführt werden. Denn diese hält er für nöthig, „um die Bahn frei zu machen für die auf dauernde Wirkung berechnete vorbeugende Thätigkeit." Also eine Klasse, die zu ihrer „belehrenden" Thätigkeit tausendmal mehr Mittel und Kräfte zur Verfügung hat als die sozialistischen „Wühler", die sich rühmt auch die Intelligenz gepachtet zu haben, und mit der schon jetzt alle staatlichen Bildungs- und Erziehungsanstalten verbündet sind — eine solche Klasse hat zum Erfolg ihrer „Belehrung" den Polizeibüttel nöthig, der erst alle Diejenigen, welche diese Lehren controlliren könnten, mundtodt machen und so jede Kritik fernhalten muß, bevor diese Lehren Eingang finden können! Eine solche „Belehrung" muß doch höchst verdächtiger Art sein — meinen Sie nicht auch, Herr Kalle?

Sehr komisch ist es übrigens, welche Begriffe Herr Kalle von den Denkfunktionen der Arbeiter hat. Er muß zugeben, daß jene „gewaltsame Abwehr" vermittelst Polizeisäbel und Hungerfolter „nicht auf die Dauer wirken kann", sondern für sich allein „nur den Klassenhaß verschärft", weil „in den Massen nun erst recht das Gefühl erstarken würde, daß das Bürgerthum und der dasselbe schützende Staat nicht Gegner der Sozialdemokratie allein, sondern Feinde der arbeitenden Klasse überhaupt sind." Daraus würde nun ein Mensch mit etwas richtiger organisirtem Gehirn, als dasjenige des Hrn. Kalle, einfach schließen, daß Gewaltmaßregeln sich überhaupt nicht zur Bekämpfung des Sozialismus und zur erfolgreichen Verbreitung der Harmonielehre eignen. Ganz anders aber calculirt Herr Kalle! Gewaltmaßregeln schüren den Klassenhaß: deshalb dürfen sie nicht — permanent bleiben. Aber „einstweilen" dürfen sie wohl angewendet werden, sind sogar nöthig — so lange bis „die Organisation der Hetzerei (!) zersprengt ist" und „die willenlosen Massen, auf welchen der Bann der Agitatoren lastet, sich selbst zurückgegeben sind." Also zuerst entfernt man, Angesichts des ganzen Arbeiterstandes, consequent und systematisch alle Diejenigen, welche die von den Arbeitgebern beliebten „Belehrungen" kritisiren könnten — wenn man Das fertig hat, ist Alles gut; denn nur diese verfluchten Agitatoren sind daran schuld, wenn Gewaltmaßregeln auf die Massen den Eindruck einer Interessenfeindschaft machen: sobald also diese „Verführer" beseitigt sind, wird kein Arbeiter mehr von den Zweck der Hungerfolter und des Polizeisäbels etwas Böses denken — bei Leibe nicht! — sondern wird gläubig die Lehren von der „tiefen Harmonie der Interessen", die ihm von den Veranstaltern jener Gewaltakte gepredigt werden, in sich aufnehmen und den „wohlthätigen" Einrichtungen dieser Leute ein grenzenloses Vertrauen entgegenbringen!! O sancta simplicitas! — Doch Gerechtigkeit auch für Hrn. Kalle! Der Mensch beurtheilt ja so gerne die Andern nach sich selber, und warum sollte man's also Hrn. Kalle so sehr verübeln, wenn er, der selbst einen so schönen Blechschädel besitzt, auch bei Andern einen solchen sucht? „Recht hat jeder eigene Charakter"!

Nachdem Herr Kalle mit solch köstlicher Logik und ungewöhnlichem Scharfsinn die Nothwendigkeit der Gewaltmaßregeln dargethan hat, entwickelt er die näheren Einzelheiten seiner Vorschläge, die — wie schon bemerkt — nichts Neues bringen und von uns nur der „Gartenlaube" zu Liebe noch einmal hier behandelt werden. Zunächst legt er die Grundzüge der längst durch Theorie und Thatsache lächerlich gemachten Harmonielehre dar, wie sie den „sich selbst zurückgegebenen Massen" eingeimpft werden soll. Zum Verständniß und allseitiger Aufnahme dieser schönen Lehre sowie zum nöthigen „Vertrauen in die Belehrenden" werden die genannten Gewaltakte die richtige Basis schaffen! Ja, ja, das vielseitige Fehlen dieses Vertrauens liegt Herrn Kalle schwer im Magen, und er bezeichnet es daher als „erste Aufgabe des Arbeitgebers, den Glauben, das Vertrauen des Arbeiters zu erringen." Daß aber in dieser Hinsicht mit Worten wenig auszurichten, „liegt auf der Hand", weil selbst nach Hrn. Kalle's Meinung „die Arbeitgeber bisher durchaus nicht immer ihre Pflichten gegenüber ihren Arbeitern erfüllten, ja die letzteren manchmal (sic!) in rücksichtsloser Weise ausbeuteten" — obwohl natürlich auch „die Verhetzungen durch die Sozialdemokratie" dieses Mißtrauen zum guten Theil verschuldet haben müssen. Daher also sollen die Arbeitgeber „nicht mit wohlfeilen Phrasen" — die Harmoniephrasen sind davon stillschweigend ausgeschlossen, denn die hat Hr. Kalle ja vorher empfohlen — „sondern durch opferfreudige That den Arbeitern zeigen, daß sie sich mitverantwortlich fühlen für sein geistig natürliches und materielles Wohl." Das erstere sollen sie durch größere Sorge für Volks- und Fortbildungsschulen — da ja „in der Gemeinde die Arbeitgeber den Ausschlag geben" — sowie „durch das mahnende Wort" und vor Allem durch das gute Beispiel zu fördern suchen! Um zunächst von den Schulen zu reden, so wäre es zwar an sich recht schön, Hr. Kalle, daß Sie für diese so besorgt sind. Aber Sie scheinen ganz zu vergessen, daß zum Unterricht zwei Elemente gehören, das lehrende und das lernende, und daß daher die Pflege des lehrenden Elementes noch keinen Nutzen bringt, so lange nicht für das ler-

den Vorschriften", sollten gegen Heine, Gutzkow u. s. w. „nach ihrer vollen Strenge" in Anwendung gebracht werden. Heute wird die gesammte bestehende Gesetzgebung, die doch schon fünf Jahre Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung u. s. w. ermöglicht hat, für ungenügend gegen die „Untergraber" erklärt und soll in Bezug auf alle diejenigen, welche die Polizeibehörden zu jenen zu rechnen belieben, aufgehoben werden.

Man sieht, daß der selige deutsche Bundestag noch viel freisinniger ist, als der jetzige Bundesrath, daß das gegenwärtig geeinte „glorreiche" deutsche Reich viel reaktionärer ist, als das frühere „arme zerrissene" Vaterland.

— Laskerchen fängt mit seinen Amendements sich selbst und seine Partei in der Schlinge — das weiß Jeder, nur Lasker selbst nicht. Der „Reichsbote", bekanntlich das verbreitetste conservative Blatt, schrieb in seiner Nummer vom 10. d. M. wörtlich Folgendes:

„In Bezug auf das Sozialistengesetz sagte neulich das „Berl. Tageblatt" ausdrücklich, daß man liberalerseits demselben nur dann und insoweit zustimmen werde, als von demselben lediglich die Sozialdemokratie, aber nicht der Liberalismus getroffen würde. Die liberale Partei müsse deshalb sich versichern, daß das Gesetz nicht gegen den Liberalismus angewendet werden könnte. Man sieht auch daraus wieder, daß diese Leute lediglich Partei- und Interessenpolitik treiben! Um so mehr wird es die Aufgabe der Conservativen sein, Alles zu versuchen, um das Gesetz so zu gestalten, daß nicht blos ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, sondern ein wirkliches Schutzgesetz für die sozialen Verhältnisse daraus werde und seine Bestimmungen also gegen alles das gerichtet werden, was das soziale Leben schädigt, mag seine Schädigung nun von einem Sozialdemokraten oder Liberalen oder sonst wem ausgehen. „Untergraben" heißt die Fundamente unterwühlen, die Wurzeln schädigen, welche den Bau und den Baum tragen. Darum sind unter den „die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung untergrabenden Bestrebungen" nicht weniger als die Sozialdemokratie der „Naturalismus", die naturwissenschaftliche Weltanschauung und das „liberale Manchesterthum" zu verstehen. Die Deutsch-Conservativen können deshalb nur unter der Bedingung für das Ausnahmegesetz stimmen, daß ebenso wie der Sozialdemokratie auch dem anderen wirthschaftlichen Extrem, dem Manchesterthum entgegentreten und der Naturalismus bekämpft werde, wo er sich auch zeige, in der „Gartenlaube", der „privilegirten königl. Voss. Zeitung" oder in der sozialdemokratischen „Neuen Welt" und in der „Berliner Freien Presse"."

Laskerchen kann sicher sein, daß späterhin die Polizei und theilweise auch die Richter mehr auf die Ansichten des „Reichsboten" geben, als auf die seinen. Ein kostbarer Kautz, der sich zur höheren Ehre Bismarck's selbst den Henkerstrick um den Hals legt.

— Gegen das Urtheil Bismarck's über Lassalle wendet sich zu unserer Freude fast die gesammte nationalliberale Presse in einer für Lassalle äußerst günstigen Weise. So schreibt das Organ Rickert's, die „Danziger Zeitung":

„Wenn irgend Jemand ein Mann des radikalen Umsturzes gewesen ist, so war es Lassalle; nur war er so klug, sein ganzes Programm nicht mit einem Male zu enthüllen. Lassalle's Briefwechsel mit Rodbertus, der durch Professor Wagner vor einigen Monaten der Oeffentlichkeit übergeben wurde, wirft das hellste Licht hierauf. Lassalle erklärte den Arbeitern wie dem Fürsten Bismarck die Produktivassoziationen mit Staatskredit als das einzige Mittel zur Hebung der Lage Jener; die erste dieser Produktivassoziationen wurde auf den Antrag des Ministerpräsidenten v. Bismarck mit den Mitteln des Königs von Preußen begründet und ist bald gescheitert. In seinen Briefen an Rodbertus wird Lassalle aber nicht müde, zu erklären, daß er nur die Produktivassoziationen auf den Schild hebe, um den Arbeitern „etwas ganz Bestimmtes, Greifbares" zu bieten, was durchaus nöthig sei, wenn man sie „interessiren" wolle; Lassalle erklärte sich mit Freuden bereit, dies Mittel „fahren zu lassen", sobald Robertus ein anderes, gleich wirksames „ausspintisire". Unaufhörlich betont er, daß die Lösung der sozialen Frage für ihn identisch sei mit der „Ablösung des Grund- und Kapitaleigenthums, mit dem vollen Besitz der Arbeiter an Grund und Boden und den gesellschaftlichen Produktionsmitteln; mit leichter Mühe ließe sich das Programm der heutigen Sozialdemokratie in seinem prinzipiellen Theile Wort für Wort aus Lassalle's Briefen an Rodbertus zusammensetzen."

Auch Lassalle selbst würde das vorstehende Urtheil weit dem des Herrn von Bismarck vorgezogen haben.

Aus Anlaß dieser „Meinungsverschiedenheiten" sagt die „Magdeburgische Zeitung" ganz naiv: „Es ist schwer, sich hier zurechtzufinden; schwerer noch, den Wunsch zu unterdrücken, Fürst Bismarck hätte seine Kräfte immer lediglich und allein auf die auswärtige Politik concentrirt!" — Armer Fürst Bismarck, daß selbst die „Magdeburgerin" also urtheilt!

— Die Berliner „Post" schreibt „authentisch": Lassalle habe niemals mit irgend einem Prinzen des königlichen Hauses in irgendwelchen Beziehungen gestanden, ein solcher habe also bei den bekannten Verhandlungen Lassalle's mit Bismarck nicht die Vermittlerrolle spielen können. Wenn nun aber der fragliche Prinz mit irgend einem Freund oder irgend einer — Freundin Lassalle's „in irgendwelchen Beziehungen" gestanden hätte?

— Fürst Bismarck ist am Gallenfieber erkrankt und zwar am selbigen Tage, an welchem er seine Rede im Reichstage gehalten hat. Das „heftige Unwohlsein" äußerte sich in „schmerzlichem Erbrechen". Am 20. d. M. Abends war nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" noch immer keine Besserung eingetreten. — Der arme Bismarck! Bei all seiner Noth und Plage nun noch das Gallenfieber. — Nach neueren Nachrichten war Fürst Bismarck von den Frieseln befallen und befindet sich wieder in der Besserung.

— Armer Forckenbeck! Wie die „Berl. Fr. Presse" mittheilt, hat die Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin dem Präsidium des Reichstags 200 Exemplare des sozialistischen Kalenders „Armer Konrad" mit der Bitte um Vertheilung unter die Abgeordneten zugesendet, dieselben jedoch mit dem Bemerken zurückerhalten, daß das Reichstagspräsidium die gewünschte Vertheilung nicht genehmigt.

— Das „Buchhändler-Börsenblatt" enthält folgendes „Eingesandt":

„Wir sind der geehrten Redaktion Dank für die Veröffentlichung des Sozialistengesetzes schuldig, daß sie die Aufmerksamkeit des Buchhandels dadurch in besonderer Weise auf dieses für uns so wichtige Gesetz hingelenkt hat. Der Gesetzentwurf ist beinahe von allen, selbst sehr gemäßigt liberalen Preßorganen verurtheilt worden. (?) Für uns handelt es sich aber dabei um eine Lebensfrage. Es ist das Schwert des Damokles, das über dem Haupte eines Jeden schwebt. Bei der Dehnbarkeit des Gesetzes kann die leiseste und wohlmeinendste Kritik unserer politischen, wirthschaftlichen ꝛc. Zustände die schwerste Ahndung, ja den vollständigen Verlust der Existenz zur Folge haben. Ist es da nicht die Pflicht der Selbsterhaltung, daß der Buchhandel entschiedenen Protest dagegen erhebt, daß dieser Entwurf zum Gesetz wird?! Möchte der Vorstand des Börsenvereins — als Repräsentant des gesammten Buchhandels — es nicht für angemessen halten, seine Stimme im Reichstage in unzweideutiger Weise darüber hören zu lassen, oder auf eine Massen-Petition hinzuwirken? Wenn der Gesetzentwurf damit auch nicht aus der Welt geschafft werden würde, so könnte doch sicher ein solches Vorgehen nicht ohne Eindruck bleiben. Und jedes Volk wird so regiert, wie es werth ist regiert zu werden. Soll aber etwas gethan werden, so müßte das rasch geschehen."

Soviel wir wissen, hat der Vorstand des Börsenvereins weder einen Protest erhoben, noch eine Petition an den Reichstag erlassen.

Hierbei sei erwähnt, daß der Berliner Gastwirthsverein aus denselben Gründen der Geschädigung eine Petition gegen das Sozialistengesetz eingereicht hat.

— Von verschiedenen Blättern war aus Paris gemeldet, daß von den aus Anlaß des Arbeitercongresses verhafteten Sozialisten einige auf freien Fuß gesetzt und nur drei in der Untersuchungshaft zurückbehalten worden wären. In Wahrheit befinden sie sich noch sämmtlich in Mazas, und wenn wir recht berichtet sind, haben sogar nur zwei von ihnen, die Herren Guesde und Hirsch, nach Erledigung des vom Gesetz vorgeschriebenen Zwangsverhörs, bisher die Genugthuung gehabt, von dem Untersuchungsrichter Herrn Bressolles vernommen zu werden. Zu ihrem und ihrer Genossen besonderem Mißgeschick ist dieser Beamte augenblicklich leidend und daher nicht regelmäßig auf seinem Posten. Dem Herrn Hirsch ist in seinem Verhör unter Anderem vorgehalten worden, daß er zur Zeit der deutschen Reichstagswahlen in Paris unter seinen Gesinnungsgenossen für die Wahl eines Sozialdemokraten in Elberfeld eine Geldsammlung und ein Concert veranstaltet hätte, welches letztere ihm, beiläufig gesagt, nicht unbeträchtliche Opfer aus eigenem Beutel zugezogen hat. Auf der anderen Seite hat die Untersuchung ergeben, daß Herr Hirsch sich wohl früher einmal an den Vorbereitungen zu einem französischen Arbeitercongreß betheiligt hat, der Versammlung aber, die bei Herrn Finance abgehalten wurde, sowie allen ihren Präliminarien grundsätzlich fern geblieben ist und das Projekt sogar unverholen mißbilligt hat. Unter diesen Umständen und da die eben erwähnte Geldsammlung jedenfalls nicht dem französischen Strafgesetze verfällt, liegt die Vermuthung nahe, daß das gerichtliche Verfahren gegen Herrn Hirsch ergebnißlos bleiben dürfte. Hinsichtlich der übrigen Angeschuldigten befindet sich die Untersuchung, wie gesagt, noch in ihrem ersten Stadium. Erwähnt sei noch, daß Hirsch in strengster Isolirhaft gehalten wird. Zu dem ersten Verhör wurde er „mit Ketten an den Händen" geführt. Seitens unserer Abgeordneten sollte die Verhaftung Hirsch's im Reichstag zur Sprache gebracht werden, er selbst bestimmte sie jedoch, aus politischen Gründen davon Abstand zu nehmen. Ebenso hat er sich natürlich jede Intervention der deutschen Diplomatie verbeten.

— Confiscation. Am 20. d. Mts. wurde die Beilage der „Berliner Freie Presse" wegen eines Feuilleton-Artikels „Unpolitische Plaudereien" in Berlin confiscirt. Auch die Postbehörde zu Leipzig ist telegraphisch angewiesen worden, die nach Leipzig versandten Exemplare anzuhalten, so daß uns nicht allein die confiscirte Beilage, sondern auch das Hauptblatt bis jetzt vorenthalten worden ist. — Der verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse" ist verhaftet worden.

Consum- und Sparvereine.*)

Angesichts der immer stärker auftretenden Maßregelungen unserer Genossen halte ich es für angezeigt einen andern Weg zu beschreiten, und bitte ich die Genossen nachfolgende Vorschläge zu prüfen.

Es sind in neuerer Zeit gegenüber dem Auftreten einer Menge Kaufleute, Kleinkrämer u. s. w. verschiedene Maßregeln in Vorschlag gebracht worden, die an sich sehr gut, auf die Dauer jedoch sich nicht durchführen lassen können.

Der Schwerpunkt der unserseits zu ergreifenden Maßregeln muß sich also gegen die Maßregelungswuth der Herren Arbeitgeber richten und da brachte neulich der in Hamburg erscheinende „Pionier", das Organ der Zimmerer und verwandten Gewerke, einen Vorschlag, der werth ist, auf das eingehendste geprüft und so bald als möglich verwirklicht zu werden.

Nach diesem Vorschlage gilt es zunächst Consumvereine**) zu begründen und die dadurch erzielten Reingewinne nach Abzug eines Bruchtheils, der als Dividende vertheilt werden müßte, zur Produktion verschiedener Consumartikel zu verwenden. Dadurch würde es den Consumvereinen, die sich allerdings bald als Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften zu etabliren hätten — möglich, einer mit der Zeit stets wachsenden Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu geben, und selbstverständlich müßten hierbei zunächst solche Leute berücksichtigt werden, die wegen ihrer politischen Gesinnung außer Stellung gebracht worden sind.

Um diesen Consumvereinen resp. Erwerbsgenossenschaften von vornherein die Vortheile des Großbetriebes und des heut üblichen Creditsystems zu wahren, wäre es nöthig, über ganz Deutschland eine möglichst einheitliche Organisation auf Grund des Genossenschaftsgesetzes zu schaffen, so zwar, das etwa nur eine Genossenschaft gegründet würde, die dann zunächst für die einzelnen Kleinstaaten und Provinzen Zweiggeschäfte und Waarendepots errichten müßte, während diese wiederum in allen Orten wo dies angänglich und soweit es die Mittel erlaubten, Filialen zu errichten hätten.

An alle Verwaltungsstellen, die kaufmännische Bildung erforderten müßten selbstredend Kaufleute gestellt werden.

Um die Baarmittel zum Betrieb zu beschaffen, müßten wöchentliche Ratenzahlungen der Mitglieder, die in Bezug auf ihre Höhe dem Können der Arbeiter entsprächen, eingeführt werden; ebenso ist es nothwendig Sparkassen***) damit zu verbinden, damit es denjenigen Arbeitern, die heut ihre ersparten Groschen in die städtischen Sparkassen legen, ermöglicht würde, sich mit diesen Beträgen zu einem mäßigen Zinsfuße an den Unternehmungen zu betheiligen. Das Waarengeben auf Credit müßte grundsätzlich ausgeschlossen sein und dürfte nur in gewissen Fällen, etwa bei Krankheit oder periodischer Arbeitslosigkeit stattfinden und auch dann nur bis zu dem Betrage, den das betreffende Mitglied als Guthaben eingezahlt hätte.

Doch es kann und soll nicht Zweck dieser Zeilen sein, in die Einzelheiten der Organisation und Verwaltung dieser vorgeschlagenen Unternehmungen einzugehen, vielmehr soll damit nur die Anregung zu weiterer Diskussion und Prüfung des Vorschlages gegeben werden, dem, wenn er nur ernsthaft in Erwägung gezogen würde, auch die Möglichkeit der Verwirklichung nicht fehlen dürfte.

Durch dieses Vorgehen können die Arbeiter dem Wucher und der Ausbeutung des Kleinkrämers entzogen, von denen heute die Mehrzahl der Arbeiter arg zu leiden hat, ohne daß die Kleinkrämer selbst durch die große Concurrenz, davon besonders Nutzen hätten, während sie, wenn sie sich obigen Vorschlägen anschlössen leicht als Verkäufer, Arbeiter oder sonstwie ebenso gut und besser wie vielfach heut, ihr Fortkommen finden würden. Andererseits aber würde für den Gesammtarbeiterstand die Möglichkeit einer viel freieren Bewegung geschaffen werden, denn in verhältnißmäßig kurzer Zeit würden die Erwerbsgenossenschaften in der Lage sein, alle die unterzubringen, die wegen ihrer Thätigkeit für die Arbeitersache außer Arbeit wären, auch würde auf diejenigen Unternehmer, von denen die Genossenschaft die Rohstoffe bezögen, ein Druck ausgeübt werden können, damit dieselben duldsamer gegen die politische Meinung ihrer Arbeiter würden.

Nun wird allerdings eingewendet werden, das die Arbeitgeber sich der Verwirklichung obiger Vorschläge von Haus aus mit aller Macht widersetzen werden und manchen Kleingläubigen höre ich schon sagen, ja ich kann nicht beitreten, denn wenns mein Herr erfährt, werde ich entlassen. Zweifelsohne würde das vielfach vorkommen und deswegen müßte diese Organisation zunächst in den großen Städten†), den Centren der Ar-

*) Von einem älteren Parteigenossen eingesandt; wir sind jedoch mit den nachstehenden Ausführungen aus allbekannten Gründen im Wesentlichen nicht einverstanden. R. d. „V."

**) Wer giebt aber das Geld zur Errichtung dieser Vereine? Ist doch schon längst festgestellt, daß die Arbeiter von ihrem kärglichen Lohne nichts erübrigen können. Haben Sie Lassalle's Bastiat-Schulze gelesen?

***) Sparkassen? In der heutigen Zeit giebt es keine Arbeiter, die auch nur das Geringste ersparen können.

†) Dort hat man derartige Experimente schon lange gemacht, ist jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß auf die Dauer solche Versuche immer scheitern.

---

nende entsprechend gesorgt ist. Die verbesserten Schulen für sich nützen den Kindern des Proletariats — um die es sich doch in Ihrem Geschreibsel speziell handelt — verteufelt wenig, wenn demselben Zeit und Mittel genommen sind, von den Schulen Vortheil zu ziehen. Und es ist Thatsache, daß einem sehr großen Theil der Kinder der Fabrikarbeiter, in Folge der elenden materiellen Lage der Eltern, vor Allem aber in Folge der schmachvollen Kinderarbeit, die Möglichkeit fehlt, zu Hause den Forderungen der Schule irgendwie nachzukommen, die Möglichkeit fehlt, in die Schule selbst den nöthigen Grad von geistiger Frische und Spannung mitzubringen, um vom Unterricht Beträchtliches zu gewinnen, und oft sogar die Möglichkeit fehlt, die Schule regelmäßig zu besuchen! In dieser Hinsicht könnten wir Ihnen ein großes, trauriges Register vorführen! Warum also, Herr Kalle, treten Sie nicht vor Allem für Abschaffung der geistesverkümmernden und verblödenden Kinderarbeit ein? Von dieser sprechen Sie ja im humanitätstriefenden Artikel mit keiner Silbe! Und Das mußte doch mit Ihrem Thema, betreffend die Arbeiterlage, noch näher zusammenhängen als die erst in zweiter Linie kommende Pflege des lehrenden Elementes! Aber das würde eben das Ausbeuterinteresse der Fabrikanten berühren — darum „überhupft den Plunder!" Denn vor Allem sind Sie Geschäftsmann und so nebenbei auch ein wenig Humanitätsapostel. In allgemeinen, praktisch inhaltslosen Redensarten sich ergehen ist freilich wohlfeile Humanität!

(Schluß folgt.)

— Lassalle! Die „Berliner Freie Presse" bringt folgende zeitgemäße Anzeige:

„Ich habe Lassalle gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut.

„Was Lassalle hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich jemals verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner gewöhnlicher Art.

„Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft.

„Lassalle war ein kluger und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert wenn sie geschlossen waren."

Fürst-Reichskanzler Bismarck in seiner Rede im deutschen Reichstag am 17. September 1878.

Wir empfehlen

nun nachfolgende Broschüren und verkaufen dieselben unter den hier notirten Preisen, damit sie dem Ausnahmegesetz nicht zum Opfer fallen:*)

Lassalle,	Offenes Antwortschreiben	0,10
	Ueber Verfassungswesen. Was nun? und: Macht und Recht	0,35
—	Arbeiter-Lesebuch	0,25
—	Arbeiter-Programm	0,10
—	Ronsdorfer Rede	0,10
—	Bastiat-Schulze	0,50
—	Wissenschaft und Arbeit	0,15
—	Feste und Presse	0,15
—	Kleinere Aufsätze	0,25
—	Indirekte Steuern	0,25
—	An die Arbeiter Berlins	0,10
—	Düsseldorfer Prozeß am 27. Juni 1864	0,15
—	Zur Arbeiterfrage	0,15
—	Julian Schmidt	1,25
—	Philosophie Fichte	0,25

Expedition
der „Berliner Freien Presse",
Berlin SO, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

*) Da der Fürst Reichskanzler von Lassalle aber auch gesagt hat, derselbe sei kein Sozialist gewesen, so dürften die Lassalle'schen Schriften nicht unter die Bestimmungen des Ausnahmegesetzes fallen, es sei denn, daß die deutschen Polizeibehörden dieser Angabe Bismarcks keinen Glauben schenken würden.

Red. des „Vorwärts".

beiterbewegung durchgeführt werden, da dort schon die Vorbedingungen meist vorhanden oder doch leichter zu beschaffen und dort auch die Controle der Arbeitgeber über das Verhalten der Arbeiter viel schwieriger ist, wie anderswo. Wenn dann in den großen Städten die Genossenschaft lebensfähig dastände und besonders wenn bereits eine Anzahl von Werkstätten zur Herstellung von Consumartikeln gegründet wäre, könnte man auch in den ländlichen Industriebezirken und kleineren Orten mit Errichtung von Filialen in einer den Mitteln der Gesammtheit entsprechenden Weise vorgehen. Wollten die Arbeitgeber gegen die Mitglieder mit Maßregeln vorgehen, so würde sich dies beliebte Mittel bald als stumpfe und ungenügende Waffe erweisen, da ja die entlassenen Arbeiter sofort wieder Arbeit erhalten könnten, und in Masse können die Arbeiter wenigstens für längere Zeit doch niemals auf's Pflaster geworfen werden, denn unsere heutigen Unternehmer können ohne Arbeiter nun einmal nicht existiren, und sollten wirklich zur Bekämpfung der Genossenschaften vorübergehend von den Unternehmern größere Arbeitsausschlüsse beliebt werden, so würden bei festem Willen sich auch Mittel finden lassen um diesem Vorgehen die Spitze abzubrechen.

Daß der neue Reichstag zu dem von der Regierung beantragten Ausnahmegesetze wenigstens theilweise seine Zustimmung geben wird, ist so ziemlich zweifelsohne, er wird jedenfalls zu einer Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Presse seine Zustimmung geben, daß er sich jedoch auch zur Vernichtung des Genossenschaftsgesetzes hergeben wird, erscheint doch nicht wohl möglich, obschon von unseren Liberalen so ziemlich Alles zu erwarten ist — aber sie würden sich dabei etwas sehr stark ins eigene Fleisch schneiden, und so ist es denn sehr möglich, daß für die nächste Zeit die Organisation der Genossenschaften in obigen Sinne für den Arbeiterstand eines der wichtigsten Widerstands- und Kampfesmittel wird sein müssen.

Ein Beispiel wie verhältnißmäßig leicht und ohne bedeutende Mittel der Anfang dieser Genossenschaften möglich sein dürfte, soll noch angeführt werden. So giebt es z. B. in Schlesien eine ganze Zahl kleiner selbständiger Webermeister deren Standpunkt durch die Concurrenz des Großkapitals und die Concurrenz, die sie sich unter einander zu machen gezwungen sind, mehr und mehr untergraben wird, diese sind augenblicklich für die Arbeiterbewegung fast ganz verloren, denn ihre freie Zeit wird durch die Sorge in Anspruch genommen, wo sie für die paar Stückchen wollener, leinener und baumwollener Waaren, die sie fertig stellen, eine halbwegs sichere Absatzquelle finden sollen. Nun dürfte es aber gar nicht schwer sein etwa in Berlin, Hamburg u. s. w. Verkaufsstellen für diese Artikel zu errichten und die Leute hätten gleich ein Absatzgebiet und würden auch bald dazu schreiten, unter sich eine Genossenschaft zu gründen um den Einkauf der Garne vortheilhafter besorgen zu können u. dgl. m., auch würde man sich sehr leicht dazu verstehen, zu Gehilfen in erster Linie Leute zu nehmen, die in den mechanischen Webereien gemaßregelt sind. Alle diese Leute würden dann, einmal der dringenden Sorge um ihre Existenz erledigt, ihre freie Zeit gerne der Agitation für die Ziele der Arbeiterpartei widmen. Ein Gleiches wäre noch bei vielen andern Arbeitszweigen möglich und besonders auch bei vielen Kleinmeistern der verschiedenen Branchen, und es wäre bei allseitig guter Leitung nur eine Frage der Zeit um überall einen widerstandsfähigen Kern im Kampfe für die Befreiung des arbeitenden Volkes zu schaffen. Der Zweck des Vorstehenden, das ja noch sehr lücken- und mangelhaft ist, soll wie gesagt, nur der sein, die Diskussion dieser Frage in Fluß zu bringen.

Correspondenzen.

sch. **Stettin**, 1. September. In sämmtlichen pommerschen Wahlkreisen hat die Dummheit, Frechheit, niedrigster Knechtssinn, politische Unreife in Facit das „Krautjunkerthum" den Sieg davon getragen. In Stettin und Umgegend hat der Arbeiterstand sich dermaßen einschuchtern lassen, daß nur sehr Wenige aus demselben gestimmt haben. Die Betheiligung aller Wahlberechtigten überhaupt erhebt sich im Durchschnitt nicht über 33 Proz. Unser Candidat Aug. Kapell hat circa 1500 Stimmen (incl. Land) erhalten, die Hälfte weniger wie bei der vorigen Wahl, eine Folge der Beeinflussungen, Maßregelungen, Indifferentismus und wie schon oben gesagt politischen Unreife. Die Stichwahl zwischen Schmidt und Delbrück war ein Schauspiel für Götter! Der Streit dieser beiden sich „liberal" nennenden Parteien war ein so widerlicher, allen Anstand und Sitte verletzender, so gemein und rein persönlich, so tief im Schmutz wühlend, daß in dieser Beziehung das wirklich Möglichste geleistet worden, um allen andern Orten Deutschlands die Palme abzuringen. Jedem nur einigermaßen denkenden Arbeiter müssen doch endlich bei solch wüstem Treiben die Augen aufgehen und ihm klar werden, daß jene „Ordnungsmänner" die „Rotte" ist, welche uns immer an den Kopf geworfen wird. Die „Hatz", welche von jenen Ordnungslumpen noch unterstützt wird, treibt auch hier ihre Blüthen. Am Tage der Wahl sind hier solche unerhörte Beeinflussungen, solche Brutalitäten, hauptsächlich außerhalb Stettin's, vorgekommen, daß ich nicht umhin kann, einen dieser Fälle etwas tiefer zu hängen. Ein Gensdarm in Grabow bei Stettin, Gierke ist der Name dieses Staatsretters, verbot einem unsrer Stimmzettelvertheiler, einen alten beinahe 60jährigen Genossen (derselbe ist seiner Ueberzeugung wegen aus der Fabrik „Vulcan", in welcher er 10 Jahre gearbeitet, hinausgeworfen), das Verweilen vor dem Wahllokale; auf die Erwiderung unseres Genossen, das Gesetz nicht außer Acht zu lassen, wurde er von hinten wie ein gemeiner Verbrecher vom Gensdarm im Genick gepackt und so gestoßen und gerissen nach dem Gefängniß geschleppt, nach 6stündiger Haft gegen Bezahlung von 60 Pfennig Kosten aber wieder entlassen. Hübsch so was! nicht wahr? — Montag den 29. Juli, den Tag vor der Wahl, hatte unser Genosse Lenz die Ehre, von der werthen Kriminalpolizei auf Befehl der Staatsanwaltschaft einen Besuch in seiner Wohnung zu erhalten zum Zwecke einer gründlichen Durchsuchung derselben. Wahrscheinlich vermuthete man Flugschriften zur Wahl oder sonstige „Hochverrathereien". Der hiesige „General-Anzeiger" schrieb darüber: Es besteht hier ein Bundes-Verein der Tischler und verwandten Berufsgenossen, als Zweigverein des in Mannheim domizilirenden Hauptvereins. Als Vorsitzender des hiesigen Vereins fungirt der bekannte Sozialistenführer Tischlergeselle Lenz aus Grabow a. O., und wurde auf Grund sozialdemokratischer Umtriebe auf Veranlassung der Kgl. Polizeidirektion heute in der Wohnung des Letzteren eine Haussuchung vorgenommen, deren Ergebniß war, daß eine Menge sozialdemokratischer Schriften und Drucksachen, sowie die Vereinsfahne in Beschlag genommen wurden. Die Fahne ist ganz neu, aus schwerer rother Seide gefertigt, und trägt in Seide zierlich gestickt die Inschriften: D. A. B. (Deutscher Arbeiterbund) Stettin 1878 auf der einen Seite, auf der andern: Seid einig! und darunter die Revolutionsjahre 1793, 1848. Die Spitze des Fahnenschaftes ist mit den Emblemen des Tischler- und Zimmergewerks geziert. — Das schreibt der „General-Anzeiger" und alle übrigen Käseblätter druckten es ab, ohne zu wissen, daß sie durch die Auslegung der Buchstaben D. A. B. die größte Dummheit begangen. Die drei Buchstaben bedeuten: „Der Arbeit Brod" und nichts weiter. Doch woher plötzlich die Haussuchung und Wegnahme von Gegenständen, an die sich die Behörde doch gar nicht vergreifen sollte, denn ihr sollte doch das „Eigenthum" zunächst heilig und unantastbar sein? — Diese Haussuchung geschah auf die Denunziation eines Individuums, welches fünf Jahre Mitglied der verschiedenen Tischlervereinigungen war, des jetzigen Altgesellen der Tischlergesellen-Zwangskasse, des früheren Beitragsammlers der hiesigen Mitglieder des Tischlerbunds, des Herrn Heinrich Lösche, dieser Ehrenmann sei hiermit der Arbeiterwelt zum Gedächtniß überwiesen. — Gleichzeitig wurde auch bei dem jetzigen Beitragsammler des Bundes Albert Scholz, sowie beim Krankenkassirer Bernhard Schneider gehaussucht. Letztere Beiden wurden polizeilich vor ihren Werkstellen abgeholt und dann mit starker Polizei-Bedeckung zum Polizei-Bureau transportirt. Mit der Auffindung der Person des Herrn Lenz hatten die Herren aber kein Glück, denn seine Frau wußte denselben keine Auskunft über seine Arbeitsstelle zu geben, was ihm jedenfalls die Schmach ersparte, auch transportirt zu werden. Die Suche auf „Hochverrath" in seiner Abwesenheit dauerte von Morgens 8 bis halb 11 Uhr in seiner Wohnung. Es wurde kein Winkel undurchsucht gelassen, ja sogar der Nachtstuhl erfreute sich der sorgfältigen Aufmerksamkeit des hohen Besuchs. Warum den Inhalt nicht confisziren? es könnte ja vielleicht ein verschlungenes Hochverrathsmanuskript zum Vorschein kommen. So die Behörde — anders die liberalen Brodherrn — viel, viel humaner. Lenz war auf der Schiffswerft „Vulcan" beschäftigt und wurde in letzter Zeit vielfach vom Direktor Haack aufgefordert, daß er aus dem Tischlerbunde austreten solle. Nach fünfmaliger Rücksprache erklärte Lenz demselben, nicht austreten zu können, worauf ihm der Bescheid wurde, innerhalb 8 Tagen Nachricht zu erhalten. Am Tage der Wahl (30. Juli) erhielt er die Nachricht: „Auf Befehl der Direktion ist der Tischler Lenz zu entlassen" — sehr human! Der Hunger, das sind die Mittel der Bourgeoisie, das die moderne eiserne Jungfrau, um den Arbeiter zu martern und zu foltern, um ihn geistig todt zu machen.

Kaiserslautern, 28. August. Als nach dem Nobiling-Attentat sich die hiesigen Gewerbtreibenden und Industriellen zum gemeinsamen Handeln gegen die Sozialdemokraten vereinigt hatten, und durch die vielen Maßregelungen sozialistisch angehauchter Arbeiter auch bewiesen, daß es ihnen Ernst sei mit der Ausrottung der bösen Sozialisten, da glaubte man, getäuscht durch das ruhige Verhalten der Arbeiter, es sei aus mit der Bewegung in Kaiserslautern, und triumphirend berichtete die hiesige Presse, die Sozialisten würden sich an der Wahl nicht betheiligen. Um so größer war das Erstaunen und die Wuth der Gegner, als zwei Tage vor der Wahl unser Flugblatt erschien, in welchem die Arbeiter aufgefordert wurden, ihre Stimme unserm Genossen Dreesbach zu geben. An Agitation war selbstredend nicht zu denken, und da die „reichstreuen" Parteien es an Beeinflussungen der gröbsten Art nicht fehlen ließen, so waren unsere Erwartungen auf das Resultat nicht so hoch gespannt. Wenn wir trotzdem in der Stadt 123 Stimmen erhalten, gegen frühere Wahlen also an Terrain gewonnen, so ist das der beste Beweis, daß alle jene Hetzereien und Maßregelungen es nicht vermocht haben, die Arbeiter in Kaiserslautern von dem einmal als recht erkannten Weg abzubringen. Auch unser „Volksblatt" gewinnt von Woche zu Woche mehr Abonnenten und mögen unsere Gegner sich daraus den Schluß ziehen, daß es mit dem Ausrotten der Sozialdemokratie nicht so leicht geht.

Thengen (in Baden), 9. September. Der Kampf gegen Diejenigen, welche sich für den Sozialismus interessiren, scheint überall derselbe zu sein; so geschah es hier vor einiger Zeit, daß bei dem Wirth zum „Italienischen Keller", Herrn Frank, wie auch bei anderen Wirthen, Soldaten einquartiert wurden. Zufällig bekam ein daselbst logirender Feldwebel eine Nummer des „Vorwärts" in der Wirthschaft in die Hand. Schon am andern Tage wurden die Soldaten ausquartiert und auch den sämmtlichen Soldaten der Besuch der Wirthschaft des Genannten verboten. Auch in einem andern Lokale, wo Herr F. ein Glas Bier trinken gegangen war, durften die Soldaten nicht mehr verkehren. Der Wirth wandte sich nun an das hier am meisten gelesene Blatt, den „Höhgauer Erzähler", um die Thatsachen an die Oeffentlichkeit zu bringen. Das Blatt wies die Sache in einer spöttisch sein sollenden Briefkastennotiz zurück und brachte in derselben Nummer einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Wie sieht es im sozialdemokratischen Staate aus?" der den gewöhnlichen Blödsinn vom Unglauben, der Theilnei, der Eheloſigkeit u. s. w. seinen Lesern auftischte und dem Einsender zur Belehrung empfohlen wurde. Als Kuriosum muß dabei erwähnt werden, daß der Verfasser dieses Monstrums auch die Abgeordneten Bebel, Bracke und Hasselmann als Beweise für seine Skibelei in Anspruch nimmt Die Herren würden sich schönstens bedanken für solche Verhunzung ihrer Reden, aus denen etwas ganz Anderes hervorgeht, und rathen wir Jedem, der sich für den Sozialismus interessirt, sich die Schriften der Herren anzuschaffen und darin zu studiren — und dann Leitartikel zu schreiben, Herr Schneider!

Landau (in der Pfalz), 10. September. Auch in unserem Wahlkreise haben wir eine Zunahme der sozialischen Stimmen zu verzeichnen. Die Gegner werden freilich darüber lächeln, jedoch man sieht doch, was die bloße Privatagitation in Jahresfrist zu leisten im Stande ist; 1877 erhielt Dreesbach hier 13 Stimmen, nachdem er vorher hier eine Versammlung abgehalten hatte; bei der jetzigen Wahl erhielt er ohne eine Versammlung abgehalten zu haben 24 Stimmen. Noth und Elend sind hier ebenso vertreten wie anderwärts und es bedarf nur einer energischen Agitation und auch hier verzehnfachen sich unsere Anhänger. Wir werden auch unter den Ausnahmegesetzen weiter agitiren für die Freiheit des arbeitenden Volkes.

Aus Schwaben. Von der Getäſſigkeit der Bourgeoisie, des modernen Jesuitenthums gegen jede soziale Tendenz möge Ihnen dieses Beispiel rücksichtsloser Kleinlichkeit Aufklärung verschaffen, das in so recht hellem Lichte zeigt, wie sehr es den „Herren von so und so" daran gelegen ist, jedes Pflänzchen der sozialen Bestrebungen in ihrem breiter—vernagelten Territorium auszurotten. Ein Student in R., der, ein Genosse Ihrer Partei, in einem Artikel des „Vorwärts" die „hochehrenfeste conservativ-liberale Ordnungspropaganda" und dazu noch einen gewissen Herrn „Dekan" in etwas ironischer Weise angegriffen, wurde als „Sozialdemokrat", als „gemeingefährlicher, blutdürstender Umstürzler und Petroleur" durch einen indirekten Ukas der Stadt verwiesen! Fragen Sie nun: Wer konnte sich erfrechen, einem unbescholtenen jungen Manne so zu begegnen und weshalb? — Es war die kleinliche Rachsucht jenes Geistlichen, der das „liebet eure Feinde!" predigt; es war das verletzte Selbstgefühl der liberalen Geldaristokratie in R, die in ihrer olympischen Wachsruhe die verpesteten Opferdüfte der sklavischen Unterwerfung vermißte, die ihr das Schweifgewedel der frommen Dummheit in so hohem Maße weihte. — Nun: „Freuet Euch des Lebens" (d. h. bis es anders kommt!). Seid selig im Gefühle, einen jungen Mann von seinem vorgesetzen Pfade entfernt zu haben der froh ist, von der tyrannischen Flachsköpfigkeit dieser Herren befreit zu sein. B.

Fulda, 8. September. Wohl selten kommt es vor, daß ein Geistlicher wegen Beleidigung eines Bürgers, begangen in der Kirche von der Kanzel herab, verurtheilt wird. Hier ist ein solcher Fall passirt, und kostete dieser Spaß dem frommen Herrn 150 Mark. — Der heilige Sedan ist hier auch nicht so vorüber gegangen, wie man es gern gewünscht hätte — es war zu viel commandirtes Publikum, das wirkliche „Volk" fehlte. Denselben Tag passirte es einem hiesigen Schreinermeister, welcher mit seiner Frau spazieren ging, daß ein Soldat seine Frau insultiren wollte. Der Mensch verfolgte beide bis in ihre Wohnung, wo sich der Tischlermeister des Soldaten nur mit einer Waffe erwehren konnte. In dem nun folgenden Kampfe wurden beide verwundet und kam der Soldat nach dem Lazareth. Es sind an demselben Tage auch noch mehrere Exzesse von wahrscheinlich betrunkenen Soldaten verübt worden, die dem militärischen Stande nicht gerade zur Ehre gereichen.

Hildesheim, 1. September. In unserem Kreise fielen auf den Genossen Oehme 341 Stimmen. Es ist dies immerhin beachtenswerth, da wir gar keine Agitation entfalten konnten. Die Provinz Hannover hat sich übrigens bedeutend gebessert: 1874 hatten wir insgesammt sozialistische Stimmen 6760, 1877 aber 16,115 und 1878 schon über 20,000 Stimmen. — Auf welche Art oft auch Sozialisten gemacht werden, beweist ein Fall in dem Städchen M...g. Dort wurden die einquartierten Soldaten vor den Sozialisten gewarnt — die Soldaten hatten jedoch, weil sie noch niemals von derartigen Dingen gehört, nichts Eiligeres zu thun, als sich bei ihren Wirthsleuten zu erkundigen, was das sein solle. Selbstverständlich wurde den Soldaten der reine Wein eingeschenkt, so daß sich dieselben nunmehr ordentlich nach sozialistischer Lektüre sehnen. Nur so fort, ihr Herren Offiziere, und bald wird die halbe Armee von unserem Gift angesteckt sein. —e.

Erfurt, 19. September. Wegen abermaliger Lohnreduzirung am heutigen Tage stellten sämmtliche Arbeiter der Lingel'schen Schuhfabrik die Arbeit ein. Im vergangenen Frühjahr, beim letzten Lohnabzug, entschuldigte Herr Lingel sich damit, das Geschäft ginge flau und, um konkurriren zu können, sähe er sich genöthigt, Abzüge zu machen; er würde wieder zulegen, wenn das Geschäft besser ginge. Gegenwärtig ist das Geschäft in einer Blüthe, wie man es selten findet, trotzdem wurde wieder abgezogen. Der Abzug beträgt seit anderthalb Jahren 38 Proz. Unterhandlungen bis jetzt gescheitert. Schleunige Hülfe thut noth! Es sind 225 Mann auf die Straße gesetzt, hauptsächlich Familienväter. Vor Zuzug wird gewarnt. Die Löhne sind auf's Niedrigste gestellt, so daß man davon kaum das Nothwendigste bestreiten kann. Collegen und Freunde, unterstützt uns so schnell wie möglich, wir sind Alle einig! Unsere Parole ist: Einer für Alle, Alle für Einen! Briefe und Gelder sind zu schicken an L. Trabert, Waldengasse 6.

Das Strikecomité.
L. Trabert. Schulze. Höser. Pabst. Franke.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um weiteste Verbreitung gebeten.

Briefkasten

der Expedition. P. Khlr Liegnitz: Dietzgen, „Soz. Philosophie", ist nicht als Brochüre erschienen.

Herr Nicolaus Sauerborn in Lüttich wird dringend ersucht seine genaue Adress wegen wichtiger Angelegenheiten an H. Winner, Iserlohn, Louisenstraße 12, einsenden zu wollen.

Arbeiter-Verein.

Ottensen. Donnerstag, den 26. September, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung, Fragekasten und Verschiedenes. [70
F. Heerhold.

Keine Hosenträger, keine Riemen mehr!

Pat. Hosen-Selbstschnaller.

Dieser elastische Hosen-Selbstschnaller macht den Gebrauch von Hosenträgern und Riemen vollständig entbehrlich; derselbe wird in die beiden Schnallgurte, die sich am Rückheil jeder Hose befinden eingeschnallt.

Die Vortheile des Selbschnaller sind augenfällig, denn nicht nur, daß das insbesondere beim Arbeiten lästige Tragen von Hosenträgern und Riemen wegfällt, wird auch die ganze Haltung des Körpers eine viel freiere und ungezwungenere, da der Selbstschnaller vermöge seiner großen Elasticität bei jeder Bewegung, sogar bei jedem Athemzuge nachgiebt und sich ausdehnt. Preis pro Stück 65 Pfg., franco Zusendung per Briefpost gegen vorherige Einsendung in Briefmarken. Preis per Dutzend Mk. 4.50 Wied verkäufer gesucht. Nur allein zu beziehen von [5,10]

H. Hurwitz in Halberstadt.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Familienblatt.

Preis vierteljährlich Mk. 1,20, in Heften (3 Wochennummern enthaltend) à 30 Pfg.

Bestellungen nehmen alle Postexpeditionen, Buchhandlungen und die Expedition der „Neuen Welt", Färberstraße 12/II. Leipzig entgegen.

Ausnahmegesetz!!!

Neueste Agitationsschrift.

Die Verhandlungen über das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten werden in Brochürenformat demnächst von der Unterzeichneten herausgegeben.

Heft 1 wird enthalten den stenographischen Bericht über die erste Lesung des Gesetzes im Reichstage; Heft 2 desgleichen 2. Lesung; Heft 3 desgleichen 3. Lesung; Heft 4 den Entwurf des Gesetzes nebst Motiven und Anlagen, sowie den endgültigen Wortlaut des Gesetzes.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hamburg (E. G.), Amelungstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Götzkaff in Leipzig.
Redakt on und Exped ition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 426 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 114. Freitag, 27. September. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Abonnements-Preis bei allen deutschen Postanstalten beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland ohne Zustellgebühr.

Alle soliden Buchhandlungen des In- und Auslandes nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt von uns direkt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Helgoland und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal; bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" unter Nr. 4132, Seite 110.

Wir fordern unsere Parteigenossen und Freunde auf, für zahlreiche neue Abonnements Sorge zu tragen. Die Zeiten sind ernst und schwer, sie fordern zur treuesten und energischsten Pflichterfüllung gebieterisch auf.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

Reflexionen.

Die Geschichte geht nicht nur an den Bourbonen spurlos vorüber, sondern auch gemeiniglich an den Staatsmännern. Wer da glaubt, selbst die Geschichte zu machen — und dies ist ein allgemeiner Wahn der Staatsmänner —, der betrachtet seine Person als Erscheinung eines höheren historischen Zweckes, der glaubt, er sei der Mandatar eines Prinzips, welches ihn glücklicherweise nicht als Glied, sondern zum Regulator der Entwicklung ausersehen hat. Solche Staatsmänner greifen mit Vorliebe zu Präventivmaßregeln, d. h. sie versuchen die historische Entwicklung in ihrem Sinne durch „vorbeugende" Mittel zu lenken und gelangen so schließlich zu — Ausnahmegesetzen.

Wessen Blick jedoch nicht durch Minoritätsinteressen oder durch das „Staatsinteresse" verdunkelt ist, wer in der Geschichte nur die causale Nothwendigkeit des Geschehens, deren ursächlicher Zusammenhang uns freilich nicht immer bekannt ist, erblickt, der verlacht solche Ausnahmegesetze und deren Urheber. — Die Zeiten der Erfolge der Staatsgewalt liegen jenseits der französischen Revolution; ein breiter Blutstrom trennt die Künste der machiavellistischen Politik von der Erkenntniß der organischen Entwicklung aller Cultur, und wer da glaubt, durch Ausnahmegesetze die Grundsätze dieser Entwicklung aufheben, leiten oder corrigiren zu können, der versucht es, die Wasser rückwärts fließen zu machen. Ausnahmegesetze, die nicht die Abwendung einer materiellen Gefahr, wie Krieg, Aufruhr, Hungersnoth ꝛc. zum Zwecke haben, sind eine Rechtsverletzung, denn sie hemmen die Entwicklung des jeweiligen Gesellschaftsvertrages und stellen einen Theil der Contrahenten dieses Vertrages gewaltsam außerhalb ihrer Rechtsansprüche an die Gesellschaft ohne gleichzeitige Aufhebung ihrer Pflichten.

Wer Ausnahmegesetze in der modernen Gesellschaft für nothwendig erklärt, der leugnet schlankweg das Prinzip ihrer Entwicklung, und so wird sich denn bezüglich deren Anerkennung eine immer weitere Kluft zwischen der „Staatskunst" und der wissenschaftlichen Volkswirthschaft — in der alle Regeln der Staatskunst enthalten sind — ausbilden, denn die Regierenden sind conservativ, die Regierten revolutionär.

Oder deutlicher: das Interesse der Regierenden weist auf Selbsterhaltung und damit zugleich überhaupt auf Erhaltung hin, und innerhalb ihrer Sphäre findet gar keine Entwicklung statt; sie kommen und gehen und repräsentiren damit nur die Stadien der Entwicklung. Die Gesellschaft aber befindet sich wie das Individuum in einem beständigen Zustande der Veränderung, und zwar nicht nur in einem formalen, sondern wesentlichen; es findet nicht nur ein fortwährender Wechsel innerhalb des Personenstandes der verschiedenen Klassen statt, sondern das Verhältniß dieser Klassen ist auch einer beständigen Umbildung unterworfen. Demnach ist Ruhe das Prinzip der Regierung — Bewegung das Prinzip der Gesellschaft.

Der Kampf zwischen Regierung und Gesellschaft, wie er sich in der parlamentarischen Form ausdrückt, beruht nur auf der Verkennung der Ursachen dieses Zwiespaltes, und die Inhaltlosigkeit des Liberalismus besteht gerade darin, daß er zu keinem ernstlichen Schritte bereit ist, diesen Zwiespalt zu beseitigen, weder nach Seite der Regierung, noch nach Seite der Gesellschaft hin. Das Juste milieu waubelt in platter Selbstgefälligkeit zwischen diesen zwei Polen, ebenso bereit, der Regierung eins zu versetzen, als die Forderungen der unter ihm stehenden Gesellschaftsklassen zu versöhnen.

Die Ordonnanzen Karl's X. erbitterten die Liberalen bis zur revolutionären That und Polignac's Kopf saß nicht allzufest; bei dem Worte „Republik" schauderten sie und warfen sich in die Arme des Börsenspekulanten Louis Philipp. Achtzehn Jahre später hatten sie eingesehen, daß die Republik ein sehr dehnbarer Begriff sei, und als schwielige Hände und rußige Gesichter in ihre Republik hineinreden wollten, schauderten sie wieder und bauten ihr „System" auf 10,000 Leichen auf. Traurige Erinnerungen, die keine Lehren hinterlassen haben, weil gewisse Staaatsmänner nur darin akute Erscheinungen erblicken, die durch schnellwirkende Mittel zu heilen sind.

Ausnahmegesetze sind schnellwirkende Mittel, welche gegen organisch entwickelte Krankheiten nichts ausrichten, sie treiben die Krankheitssymptome gewaltsam in den Gesellschaftskörper zurück und schaffen dadurch später schwer zu heilende constitutionelle Leiden.

Und wer stellt die Diagnose? Bismarck, Kleist-Retzow, Bamberger?

Als Kleist-Retzow in seinem theologisch-junkerlichen Sermon vom Lobe Bamberger's überfloß und von der Reichstagskanzel hinabstieg, da drückte ihm Bismarck warm die Hand. Wozu noch Worte um die Solidarität der Reaktion zu beweisen.

Woher diese Eintracht der drei feindlichen Brüder? Die sich gestern noch haßten, sie wandeln heute auf den verschlungenen Pfaden einer allweisen Staaatskunst. Haben sich die Bande der Fraktionen gelöst und ist aus dem Hader der Parteien der Same der Eintracht hervorgegangen? Oder ist das Wohl des Vaterlandes bedroht und gilt es, einig sein zum Schutze desselben?

Nein! —

Das Vaterland ist nicht bedroht, aber die Interessen sind es. Wenn zwei Personen in Streit liegen und ein Dritter kommt hinzu, um Beiden das Unrecht ihres Streites darzulegen, so kann er sicher sein, daß Beide dann vereint über ihn herfallen werden. Genau so geht es mit den politischen Parteien. Diese befinden sich wegen kleiner Interessendifferenzen im Streit, sobald aber von einem Dritten ein ihnen gemeinsames großes Interesse angegriffen wird, vergessen sie schnell die Wahrung des kleinen, um das für sie große zu retten.

Armselige Staatskunst, bemitleidenswerthe kleinliche Politiker! Wo Euch eine Sündfluth droht, spannt Ihr die Regenschirme auf, wo Gewitter und Sturm naht, glaubt Ihr genug zu thun, Fenster und Thüren zu schließen; wenn aber ein frischer Wind Eure Denkerstirnen umfächelt, schreit Ihr nach Doktor und Apotheker aus Furcht vor Krankheit und Tod. —c—

Aus England.

London, 20. Septbr.

Anläßlich der Eröffnung des deutschen Reichstages und über das Sozialistengesetz äußern sich verschiedene Blätter:

„The Globe" (conservativ): Der Grundton der neuen Antisozialistenbill wird in der Bemerkung gefunden, daß der Mordversuch auf den Kaiser eine Folge der weit verbreiteten Agitation sei, welche darauf hinziele, die bestehende Ordnung des Staates und der Gesellschaft zu unterwühlen. Es ist klar, daß der große Kanzler sich nicht abschrecken läßt, das Werk zu vollenden, das er begonnen hat. Er beabsichtigt, der freien Rede und der freien Presse in seinem Vaterlande den Maulkorb anzulegen, und wenn seine Edikte so weit reichen könnten, so würde er zweifelsohne die freien Gedanken ebenso gut unterdrücken.

„The Times" (Politische Windfahne): Die Deutschen haben sich nun seit vielen Jahren an Freiheit in Sprache und Schrift, in Presse und Versammlungen gewöhnt, und sie werden nicht leicht ihre Rechte in die Hände einer Bureaukratie überliefern, damit, wie man sich vergeblich einbildet, die sozialistischen Ideen aufhören mögen, in einigen verrückten Köpfen zu gähren. Viele glauben, daß die antisozialistische Gesetzgebung nur zum Zwecke habe, neue Forderungen zur Ausdehnung der Machtbefugnisse der Regierung über die Armee zu maskiren. Man nimmt an, daß die Liberalen geneigt wären, die Krone für eine Anzahl Jahre von Parlamentsbewilligungen (für die Armee) unabhängig zu machen, wenn die beanstandeten Paragraphen in den vorgeschlagenen Strafgesetzen weggelassen würden. Aber dies ist ein voreiliges Urtheil. Fürst Bismarck ist, wie wir glauben, völlig von der Ueberzeugung — einer irrigen und einer gefährlichen Ueberzeugung — durchdrungen, daß der Sozialismus, sowohl als eine Theorie, als auch als eine thätige Verschwörung gewaltthätig unterdrückt werden müsse, und es ist seine Gewohnheit nicht, seine Ueberzeugung den Ueberzeugungen Anderer unterzuordnen.

„Daily Telegraph" (halb ministeriell, halb liberal; verkauft für dreißig Pfennig das Vaterland): Je mehr der Sozialismus unterdrückt wird, desto fester werden sich seine Anhänger an ihn anklammern, und desto gewaltiger wird die Explosivkraft, die er auf diese Weise gewinnt. Gleichgültigkeit (gegen die angedrohten Strafen) und blinder Enthusiasmus vergrößern die Gefahr, wie uns die Nachrichten aus Rußland zu deutlich zeigen.

„Pall Mall Gazette" (Hauptorgan der hochconservativen Regierungspartei): Fürst Bismarck wurde stets für einen Staatsmann von viel umfassendem Blicke angesehen, und als ein solcher, der gewohnt ist, den Thatsachen gerade in's Gesicht zu schauen, auch wenn dieselben unerfreulich sind. Ueberdies hat er einen außerordentlich gut informirten Beamtenstab zu seiner Verfügung. Seine Untergeordneten sind Männer, die sich rühmen, daß sie sich nicht von ihren Wünschen verleiten lassen, und daß sie gegen die allgemeine Neigung gepanzert seien, die Thatsachen nicht so zu sehen, wie sie sind, sondern wie sie sie gerne haben möchten. Es scheint beinahe unmöglich, daß ein Staatsmann von diesem Kaliber, umgeben von Beamten von diesem Kaliber, den Fehler begehen sollte, zu glauben, daß der Sozialismus durch solche Maßregeln, wie sie die Regierung vorschlägt, vernichtet werden könne.

„Indépendance Belge" (liberal): Man wird so viel wie möglich die öffentlichen Freiheiten „im Allgemeinen" schonen, aber vor allem muß der Propaganda der Sozialdemokraten ein Ziel gesetzt werden; das heißt, daß für diese keine Preß- und Versammlungsfreiheit mehr existiren wird, und daß man sich, um sie zu treffen, durch keine übertriebene Furcht, irgend einer besondern Freiheit zu nahe zu treten, zurückhalten lassen wird. Es ist, mit einem Worte, ein öffentliches Wohlfahrtsgesetz, das die Kaiserliche Regierung vom Parlamente zu erhalten wünscht, und sie verfehlt nicht, daß sie es, wenn erhalten, in der ganzen Strenge und Ausdehnung, deren ein solches Gesetz fähig ist, ausführen wolle.

„Daily News" (liberal): Die Sozialdemokraten, und das läßt sich begreifen, protestiren gegen die Aufbürdung der Verantwortlichkeit für die Verbrechen Hödel's und Nobiling's. Sie sagen, daß sie solche Verbrechen verabscheuen; daß sie den Mord ebenso wenig lieben als die Tyrannei; daß sie rechtmäßige Ziele durch rechtmäßige Mittel verfolgen. Sie streben allerlei soziale Reformen an; die meisten derselben bilden im englischen Parlamente die Grundlage von Berathschlagungen, oder könnten es in jeder Sitzung thun. Sie wollen Erziehung, Redefreiheit, Aburtheilung durch Geschwornengerichte. Alle diese Dinge, sagen sie, haben mit Meuchelmord nichts zu thun, und Mörder müsse man in keiner Weise als mit ihren Lehren in Verbindung stehend betrachten. Dies ist natürlich alles vollkommen wahr. Aber die Sozialdemokraten vergessen, daß Gegenstände, die noch weiter von Verbrechen und Meuchelmord entfernt sind, zu einem Vorwande für Verbrechen und Meuchelmord gemacht wurden. Die schlimmsten Feinde des Christenthums haben dasselbe nicht beschuldigt, den Meuchelmord zu begünstigen, und doch führten Jacques Clement und Ravaillac das Messer in der Meinung, dieses zu vertheidigen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Sozialistengesetzcommission. Jeder Morgen bringt uns in einem langen Bericht die Resultate der Berathungen in der Sozialistencommission, und jeder neue Bericht läßt mehr die Hoffnung schwinden, daß Deutschland vor einem Gesetze bewahrt bleibe, welches die gesetzliche Freiheit in so hohem Grade bedroht. Fleißig sind die 21 Herren, fährt die „Vossische Zeitung" fort, in deren Hände der Reichstag die Entscheidung gelegt hat, da eine Amendirung der Commissionsarbeit kaum zu erwarten ist; selten fehlt Einer in den täglichen mehrstündigen Sitzungen. Und der Fleißigste von Allen ist der Abgeordnete Lasker, der keinen Satz der Vorlage die Diskussion passiren läßt, ohne ein Amendement dazu einzubringen. Sieht man seine Verbesserungsvorschläge jedoch genauer an, so kommen sie beinahe immer auf Umschreibungen hinaus, die bei geschickter Handhabung dieselbe Wirkung erzielen dürften, auf welche die Vorlage berechnet war. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" finden denn auch Lasker's Bemühungen die vollste Anerkennung. „Die Stellung, welche er in der Commissionsberathung eingenommen hat, läßt voraussehen, daß die nationalliberale Partei dem Zustandekommen des Gesetzes keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten wird." So muß man denn die letzten Hoffnungen, welche die erste Lesung im Plenum noch hie und da übrig gelassen, gänzlich aufgeben. Auch die „Times" — und die „Times" kann sich in der Liebe zum Eigenthum gewiß mit Herrn Bamberger messen — das englische Blatt hoffte auf Grund der ersten Berichte, bald Deutschland beglückwünschen zu können, daß in einer Periode großer Aufregung der gesunde Verstand und das richtige Gefühl seines Volkes es in den Stand setzte, die richtige Mitte zu halten, um einerseits den Verbrecher vor Gericht zu ziehen und andererseits den Gedanken an die Zukunft der öffentlichen Freiheit nicht aus den Augen zu verlieren. Ob die Nationalliberalen in der Commission wohl daran denken, was man nach dem Bekanntwerden ihrer Arbeit im Auslande von dem gesunden Verstande und dem richtigen Gefühl des deutschen Volkes wohl halten wird?

Dem § 6 (Preßknebelungsparagraph) hat die Untergrabungscommission (nach dem Lasker'schen Amendement: Umsturzcommission) auf Antrag des Herrn Lasker folgende Fassung gegeben:

„Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann zugleich mit dem zweiten auf Grund dieses Gesetzes ergehenden Verbot einer einzelnen Nummer das Verbot des ferneren Erscheinens derselben erfolgen."

Lasker äußerte hierbei, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie und des Sozialismus nicht schon an sich strafwürdig seien, sondern daß die Strafbarkeit in der Methode der Bestrebungen liege. Die Personen, die jetzt mit friedenstörenden Mitteln arbeiteten, müßten gezwungen werden, sich friedlicher Mittel zu bedienen. Und ferner glaubte derselbe Abgeordnete, daß es drei Kategorien von Blättern geben werde: solche, die mit einem Brandartikel abgehen wollen, andere, die ein großes Kapital zu schonen hätten und sich änderten, dritte, die sich auf eine ruhigere Art einzurichten gedenken. Dieser letzteren Wandlung dürfe man nicht entgegentreten. — Nun, wir gestehen, daß das kleine Laskerchen der reine „Topfgucker" in der sozialdemokratischen Hexenküche gewesen zu sein scheint.

Nach einem weiteren Lasker'schen Amendement soll das confiscirte Vereinsvermögen nicht der Armenkasse anheimfallen, sondern liquidirt und für die gesetzlichen Verpflichtungen des Vereins verwandt werden.

Die Landespolizeibehörde wurde als erste Instanz für die

verschiedenen Verbote und Confiscationen festgestellt. Ueber die Beschwerdeinstanz, resp. über die endgiltige Entscheidungsinstanz erhob sich ein gewaltiger Streit. Der Jurist Lasker wollte eine richterliche Instanz, der Jurist Gneist wollte den Reichskanzler als endgiltige Entscheidung. Die Verhandlungen, welche hierüber in der Commission am 21. d. M. geführt wurden, hat man am 23. fortgesetzt. Zur Zeit, wo wir dieses schreiben (Dienstag, 24. Sept.), liegen über die letzte Commissionssitzung noch keine Berichte vor.

Obwohl Herr Lasker nur scheinbare Verbesserungsvorschläge macht, obwohl die Nationalliberalen besser noch wie die gelehrigsten Pudel über den vorgehaltenen bismarckischen Stock springen, scheint ihr Herr und Meister dennoch mit ihren Kunststücken nicht zufrieden zu sein. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Kanzlers, bringt nämlich an hervorragender Stelle eine die nationalliberale Presse „völlig überraschende" Erklärung, die ihr von competenter Seite zugegangen zu sein scheint.

„Der bisherige Verlauf der Commissionsverhandlungen hat nicht den Erwartungen entsprochen, welche die Generaldiskussion im Plenum und die Commissionswahlen hervorrufen mußten. Es schien, als ob die nationalliberale Fraktion in ihrer Mehrheit gewillt sei, die Reichsregierung aufrichtig in der Bekämpfung des sozialdemokratischen Unwesens zu unterstützen und angesichts der vorliegenden ernsten verantwortlichen Aufgabe die Geltendmachung doktrinärer Weisheit möglichst zu beschränken. An die Thatsache, daß von den Nationalliberalen Niemand Namens der Fraktion gesprochen, daß namentlich Lasker sich vorsichtig zurückgehalten, knüpfte man auf conservativer Seite die Hoffnung, es werde sich die Fraktion von der Führung emanzipiren, durch welche die guten Beziehungen zur Regierung seit Langem gefährdet erscheinen. Die Hoffnung scheint nicht in Erfüllung gehen zu sollen. Die Haltung, welche Lasker eingenommen, beweist, daß er sich nach wie vor als den eigentlichen Führer der Partei betrachtet, und die Unterstützung, welche seine Anträge bei den übrigen nationalliberalen Commissionsmitgliedern finden, läßt nicht erkennen, daß die Anschauungsweise Lasker's eine unberechtigte sei. Wir können unter diesen Umständen den weiteren Verhandlungen nicht ohne Besorgnisse entgegensehen. Schon jetzt sind einige Beschlüsse gefaßt, welche die verbündeten Regierungen voraussichtlich als unannehmbar bezeichnen werden. Das Zustandekommen des Gesetzes erscheint gefährdet, zum Mindesten erschwert, falls nicht im Fortgang der Verhandlungen, namentlich bei der dritten Lesung, diejenigen Mitglieder die Oberhand gewinnen, welche eine Verständigung mit der Regierung auf Grundlage des praktischen Bedürfnisses wirklich erstreben. Sollte eine solche Verständigung in Folge der Commissionsbeschlüsse auch im Plenum nicht gelingen, sollte deshalb die Nation zum zweiten Male im Laufe eines halben Jahres an die Wahlurne gerufen werden, so würde sie sich für die Aufregungen eines abermaligen Wahlkampfes in erster Linie bei Herrn Lasker zu bedecken haben."

Diese Drohung wird ihre Wirkung bei den „über den Stock springenden" Nationalliberalen nicht verfehlen; sie werden nunmehr „schön thun", „bauchrutschen", überhaupt Alles, was von ihnen verlangt werden wird.

— Nobiling und die „Germania". Unter dieser Ueberschrift bringt die (katholische) „Germania" folgenden Bericht: „Da die gegen Nobiling eingeleitete Untersuchung wegen des eingetretenen Todes des Attentäters beendigt ist und — so viel verlautet — wegen Mangel an bisher entdeckten Complicen auch gegen andere Personen sich nicht mehr in der Schwebe befindet, so scheint es uns nunmehr an der Zeit zu sein, die vor einigen Monaten von uns versprochenen Details über das Verhör, welches unser Chefredakteur in der gedachten Angelegenheit am 5. Juli c. vor dem Untersuchungsrichter gehabt hatte, zu publiciren. Hier sind sie: Einige Zeit vor dem 2. Juni, dem Tage des Attentats, war hierselbst bei dem Hofgärtner Schmidt, Friedrichstraße Nr. 177, ein Blumenbouquet bestellt worden, und wurde dabei seitens des Auftraggebers eine Karte abgegeben, auf welcher die nachstehenden Worte sich befanden: Dr. Nobiling, Mitarbeiter der „Germania". Dr. Majunke wurde deshalb am 5. Juli vom Untersuchungsrichter befragt, ob in der That Dr. Nobiling ein Mitarbeiter der „Germania" gewesen sei. Dr. M. konnte sofort die bündige Erklärung abgeben, daß ein „Dr. Nobiling" niemals ein Mitarbeiter des von ihm geleiteten Blattes gewesen sei. Dr. M., der einige Tage vor dem Termine ein Portrait Nobiling's in dem bei Pustet in Regensburg erscheinenden „Deutschen Hausschatz" gesehen hatte, erklärte ferner, er könne sich auch nicht erinnern, daß er jemals mit dem Attentäter in gesellschaftlichem Verkehre zusammengetroffen sei; ganz sichere Auskunft würde er aber hierüber geben können, wenn man ihn dem Verbrecher in Person einmal gegenüberstellen würde. Letzteres schien indeß der Untersuchungsrichter nicht für erforderlich zu halten; er legte dem Zeugen nur eine Photographie Nobiling's vor, von der er versicherte, daß sie naturgetreu sei. Dr. M. fand nun hier genau dasselbe Bild wieder, welches er schon im „Hausschatz" bemerkt hatte und erklärte jetzt mit aller Bestimmtheit, daß er mit dem Verbrecher niemals ein Wort in seinem Leben gewechselt habe. Leider hatte der Hofgärtner Schmidt jene Visitenkarte nicht mehr aufbewahrt; er hatte sie bereits vor dem 2. Juni mit anderen vernichtet und war nur dadurch, daß er gelegentlich des Attentates den Namen Nobiling's nennen hörte, an die Karte wieder erinnert worden. Dieselbe befindet sich daher auch nicht bei den Untersuchungsakten. Ein Mißbrauch des Namens der „Germania" liegt also hier in jedem Falle vor, da keiner der Redakteure derselben sich erinnert, daß ein Dr. Nobiling jemals mit ihnen in irgend welchen Beziehungen gestanden habe, und es fragt sich nur, zu welchem Zweck dieser Mißbrauch getrieben worden sei, denn es läßt sich wohl annehmen, daß „Dr. Nobiling" noch mehrere derartige Karten verbreitet hat, deren Empfänger nur wegen befürchteter Prozeßweitläufigkeiten sich dem Gerichte zu nennen scheuten. Vielleicht bringt nachstehende weitere Thatsache einiges Licht in die dunkle Angelegenheit. Es ist notorisch, daß bei der Festnahme Nobiling's auf dessen Zimmer nur die „Germania" und zwar diese in zahlreichen wohlgeordneten Exemplaren vorgefunden wurde. Als Dr. Majunke beim Verhör den Untersuchungsrichter fragte, wie sich denn dieser Umstand erklären ließe, da ja nach Allem, was über Nobiling bekannt geworden, derselbe viele Zeitungen gelesen habe und überdies ein Gegner der von der „Germania" vertretenen Richtung gewesen sei, antwortete der Richter wörtlich: „Die anderen Zeitungen hatte er alle weggeschafft." Hiernach läßt sich also nicht leugnen, daß ein wohlberechneter und — nach dem bei dem Hofgärtner hinterlassenen corpus delicti zu schließen — langgehegter Plan dem Verbrecher zu Grunde gelegen hat, ein Plan, der allerdings zugleich so dummdreist war, daß er von keiner hohen Intelligenz seines Urhebers Zeugniß ablegen kann. Es stimmt dies auch zu der Charakteristik, welche der Untersuchungsrichter Herrn Majunke über Nobiling bei dem mehrerwähnten Termine gab. „Das Bild", sagte der Untersuchungsrichter, „welches die Zeitungen über Nobiling ausmalen, ist ganz und gar unzutreffend; er ist nichts weniger als „intelligent", er ist noch dümmer als Hödel." Uebrigens bezeichnen ihn seine Verwandten als einen höchst schüchternen Menschen, und auf welchen mühseligen Wegen er zu seinem Doktortitel gekommen, ist ja auch allgemein bekannt. Sollte also der Attentäter in kein Complot verwickelt gewesen sein — es sprechen mehrere Gründe dafür (??) und dagegen — so bleibt nur die Annahme übrig, daß er, der Halbidiot und zugleich enragirte Waffenfreund, in einem dunklem Drange von Großmannssucht und halb unbewußter Nachahmungssucht auf das erste vereitelte Attentat ein zweites wirksameres folgen lassen wollte."

Also eine neue Bestätigung der, für jeden Unparteiischen und Denkfähigen, längst erwiesenen Thatsache, daß Nobiling nicht im Besitz normaler Geistesfähigkeiten sich befand, so wenig wie Lehmann-Hödel. Gleich diesem war er Halbidiot. Nur mit dem Unterschied, daß bei ihm die Erblichkeit klar nachgewiesen ist, was bei Lehmann-Hödel nicht der Fall, vermuthlich, weil dessen Vater nicht bekannt. Beiläufig ist dieser Tage ein Bruder Nobiling's von dem Kreisgericht in Eisleben von der Anklage der Religionsverspottung freigesprochen. Die Religionsverspottung sollte darin bestanden haben, daß Nobiling bei dem Begräbniß eines Lieblingshundes den Choral „Jesus meine Zuversicht" von einer Musikbande hatte spielen lassen. — Man sieht, die Verrücktheit ist in der Familie.

— Vom kranken Mann. In Folge der „aufregenden Debatten" über das Sozialistengesetz ist unser Reichskanzler wieder wie wir in der vorigen Nummer mittheilten, erkrankt. Es veranlaßt uns dies zum Abdruck des nachfolgenden Schreibens, das uns, noch ehe von dieser neuesten Erkrankung etwas bekannt war, aus ärztlichen Kreisen zugegangen ist:

Fürst Bismarck hat in seiner letzten Reichstagsrede erklärt, er habe sich seine Krankheit ehrlich verdient. Niemand, auch der enragirteste Gegner des Reichskanzlers wird bestreiten können oder wollen, daß derselbe seit 15 Jahren so übermäßige geistige Aufregungen und Anstrengungen auszuhalten gehabt hat, daß auch der kräftigste Körper dieselben nicht ohne vollständige Zerrüttung des Nervensystems ertragen konnte. Fürst Bismarck ist also schwer nervenkrank. Das erklärt mir vollständig die Zerfahrenheit seiner inneren Politik. Das erklärt sein sonst unbegreifliches Auftreten gegen seine langjährigen Mitarbeiter und die eigenthümliche Art seines Urtheils über die entlassenen Minister. Das erklärt den plötzlichen Gesinnungswechsel über die Organisationen des Reiches. Das erklärt auch die letzten heftigen Angriffe gegen Eugen Richter, denn schwer nervenkranke Menschen gerathen immer sofort in Aufregung, wenn sie Jemand sehen, oder von Jemand erinnert werden, von dem sie sich die Wahnvorstellung gebildet haben, er sei ihr Gegner oder Verfolger. Das erklärt auch die sonst unerklärliche Gedächtnißschwäche, die Fürst Bismarck dadurch dokumentirte, daß er nichts von der Wahl Fritzsche's im 4. Berliner Wahlkreis wußte, von der doch die ganze Welt gesprochen und geschrieben hat, und von der ihm direkte telegraphische Nachricht zugegangen ist. Das erklärt auch die Wahnvorstellung, die ihn verleitete, den Kullmann dem Centrum, den Hödel und Nobiling uns an die Rockschöße zu hängen und das erklärt auch jene von Bebel gebrandmarkte offizielle Depesche, nach welcher Nobiling gestanden haben sollte, er hege sozialdemokratische Sympathien! Ich bedauere lebhaft diese schwere Nervenkrankheit des Reichskanzlers, unter der seine ganze Umgebung sicherlich zu leiden hat! Wäre der Herr nicht in so hoher Stellung, er wäre gewiß schon von den Aerzten von jeder aufregenden Thätigkeit abgehalten und nach einem gesunden Aufenthaltsort geschickt worden, wo er von der politischen Welt hermetisch abgeschlossen, unter sorgfältiger Aufsicht und Pflege sicherlich noch Heilung finden könnte. Wenn das aber nicht bald geschieht, wird sich nach dem Urtheil jedes Sachverständigen der Zustand bald zu einem unheilbaren gestalten! Und es wäre doch wahrlich ein furchtbares Schicksal, wenn der Begründer des deutschen Reiches an langsamer Krankheit dahinsiechen müßte!

— Das ungarisch-deutsche Blatt, der „Pester Lloyd" bespricht das deutsche Sozialistengesetz und die Lage in Deutschland in einer für die deutsche Reichsregierung nicht geradezu schmeichelhaften Weise. Dann erwähnt das Blatt die auch von uns mitgetheilte Unterredung Bismarck's mit dem

---

An Deutschland.

Weh mir, daß ich dich fragen muß:
Bist du das Volk der Hohenstaufen?
Dein zweiter Kuß ein Judaskuß!
Es schwelgt ein Theil im Ueberfluß,
Der größre, ein Johannes Huß,
Besteigt des Elends Scheiterhaufen.

Viel besser ist ein Räuber Moor,
Stößt er das Weltall aus dem Gleise,
Als Euer Dünnbierseelenchor
Mit der Parole: Ein Schritt vor;
Zwei Schritt zurück! Dabei verlor
Der „Fortschritt" seine besten Kreise.

Ihr Dichter insgesammt: o sprecht,
Kennt ihr den Namen Ulrich Hutten,
Den einst verdammte sein Geschlecht?
Wie klingt sein Name heut so echt!
Statt daß ihr Zukunftsrosen brecht,
Pflückt ihr des Tages Hagebutten.

O Deutschland, du mein Echternach,*)
Du Land der Gründer und der Streber,
Du springst zum Ziele allgemach,
Ich aber ruf: Erwach! erwach!
Beim ersten Zuge biete Schach,
Zerspreng' die übertünchten Gräber!

Ein Roland trittst du in den Streit,
Deß Losung: Sozialistenhetze,
Und Ganelon ist auch nicht weit —
Der Reichstag, zum Verrath bereit.
„Je weniger Gerechtigkeit,"
Schrieb Seume, „um so mehr Gesetze."

K. M.

*) Bekannt durch seine Springprozessionen.

Herr Fritz Kalle als Humanitätsapostel in der „Gartenlaube".

(Schluß.)

Sprechen wir nun von den „guten Beispielen", welche die Arbeitgeber ihren Arbeitern geben sollen. Ja ja, Herr Kalle, Ihre Collegen haben schon bisher schlagend bewiesen, daß sie das richtige Zeug haben, „mit gutem Beispiel voranzuleuchten"! Was zunächst die „Sittlichkeit" anbelangt — wo ereignen sich denn die schreiendsten Unsittlichkeitsakte und die infamsten Verführungen? Gerade in den Fabrikdistrikten, in den Werkstätten und dem Wirkungsbereich ihrer Collegen, Herr Kalle, und so oft direkt durch die Letzteren! Ist Ihnen das riesige Material ganz unbekannt, was zu diesem Gebiete aus allen auch nur halbwegs selbstständigen Tagesblättern — von der Arbeiterpresse ganz abgesehen — geschöpft werden kann? Und zugestandenermaßen ist diese stets wachsende Unsittlichkeit — sofern sie den anderen Theil anbelangt — größtentheils eine direkte Folge der traurigen ökonomischen Lage, in welcher die Fabrikbevölkerung durch den von Ihnen vertheidigten Kapitalismus gehalten wird, und welche also nicht schwindet, bevor der Kapitalismus fällt. Doch an diesen gegenseitigen Zusammenhang zu denken, wollen wir Ihnen, Herr Kalle, gar nicht zumuthen — denn wir werden noch weiter unten sehen, wie wenig von Ihrem ökonomischen Wissen verlangt werden kann! Jene Unsittlichkeit geht aber zum Theil auch aus den speziellen Fabrikeinrichtungen hervor, wozu vor Allem die schmachvolle, familienvergiftende Kinderarbeit gehört, die Sie ja, Herr Kalle, in Ihrem von Humanität und Familienschwärmerei strotzenden Artikel mit keiner Silbe erwähnen! — Was ferner die „Beispiele der Ehre und des Anstandes" betrifft — wissen Sie denn nicht Herr Kalle, daß Ihre Collegen zum größten Theil ihre Arbeiter bei jeder Gelegenheit — besonders während der verflossenen Wahlen — durch die Hungerfolter zu zwingen suchten, ihre Ehre und Ueberzeugung zu verkaufen? Und sind nicht Sie es, Herr Kalle, der diese schandbare Seelenverkäuferei im ersten Theil seines Humanitätsartikels empfiehlt und dieselbe „einstweilen" consequent und allgemein durchgeführt haben möchte? Wie stimmen Ihre salbungsvollen und moraltriefenden Humanitätsphrasen mit dem, was Sie einige Spalten früher geschrieben haben? Wie können sie so keck heucheln! — Schließlich ermahnen Sie die Arbeitgeber, sie möchten nicht „den ihnen gewordenen Reichthum zur Entfaltung eines Neid und niedrige Genußsucht erregenden Luxus mißbrauchen," sondern „vor Allem zu umfangreicherer Unterstützung der weniger günstig Gestellten benutzen." Ja wohl: Diejenigen, welche mit allen Mitteln den Enterbten ausgebeutet haben, um sich Reichthum zusammenzuraffen, die eignen sich naturgemäß am Besten, ihren Reichthum hinterher für diese Ausgebeuteten zu verwenden! Diese Naivität ist gottvoll! Uebrigens, Herr Kalle, Sie philanthropisches Bourgeoisgemüth, warum plaidiren Sie denn nicht dafür, daß der Arbeitgeber gleich von vornherein seine Arbeiter liebevoller bedenkt, in der Weise, daß dieselben nicht so ungünstig gestellt werden, daß sie eine Unterstützung bedürfen, statt daß er zuerst alles Mögliche zu ihrer ungünstigen Stellung beiträgt, um dann, wenn sie auf den Hund sind, ihnen Almosen zu spenden? Das wäre doch viel kürzer und praktischer! Warum machen Sie zuerst den Arbeiter zum Lazarus, um ihm dann die Brocken hinzuwerfen, die von Ihrem Tische abfallen? Doch halt! Man soll vom Menschen so lange als möglich das Beste denken. Nach dem folgenden Theile Ihres Artikels zu schließen, scheinen Sie zu befürchten, daß der Arbeiter, sich selbst überlassen, sich nicht auf die „richtige Verwendung des Erworbenen" verstehen möchte, und wollen deshalb das vom Arbeiter erzeugte Eigenthum unter Ihre väterlichen Fittige nehmen, damit derselbe nicht ausarte? Aber leider, leider, Herr Kalle, müssen wir Sie in dieser Hinsicht daran erinnern, vor Ihrer eigenen Thüre zu kehren! Uns dünkt es nämlich, daß zur Vormundschaft über das Arbeitereigenthum und zur Belehrung über dessen „richtige Verwendung zum Wohlergehen der Arbeiter" Leute nicht besonders geeignet und berufen sind, die sich zu Diners zusammensetzen, an denen die Verschwendung förmlich kultivirt wird — wie Sie unter Anderm in einer Gesellschaft tafelten, wo allein 70 verschiedene Sorten Liqueure vertilgt wurden! (Siehe „Vorwärts" Nr. 94.) Das möchten wir auch „Entfaltung eines Neid und niedrige Genußsucht erregenden Luxus" nennen!

Von diesem Gesichtspunkte aus richten sich Ihre folgenden Ausführungen von selbst. Dieselben enthalten eine Reihe Mittelchen „zur Förderung des materiellen Wohles der Arbeiter", die aus den Geistesfabrikaten eines Max Hirsch, eines Victor Böhmert, eines Gründers Quistorp u. A. kompilatorisch gesammelt sind. Sie betreffen unter Anderm die seitens der Arbeitgeber zu leitende Hebung der Hülfskassen für Kranke, für Arbeitslose — nämlich wenn sie nur in Folge der Geschäftskrisis arbeitslos sind — und für Wittwen und Waisen. Wie gesagt, Herr Kalle, wenn Ihnen das Elend des Arbeiters so nahe geht, warum kämpfen Sie nicht dagegen an, daß dieses Elend, zu Gunsten Ihres und Ihrer Collegen Geldsäckels, zuerst auf alle Weise gefördert wird? Warum treten Sie nicht präventiv statt quacksalbernd gegenüber der Lage der Arbeiter auf? Aber Sie wollen eben einmal den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen, d. h. ohne Ihrer Rolle als Ausbeuter etwas zu vergeben, und dies ist wohl auch der Sinn der in Ihrem Artikel öfters wiederkehrenden Redensart „Besserung nach Möglichkeit". Gestehen Sie es nur offen ein!

Ihre weiteren Vorschläge an die Arbeitgeber beziehen sich auf Hebung der Konsumvereine und auf Aktiengesellschaften zur Errichtung von Arbeiterhäusern. Auf diese Weise, in Verbindung mit konsequenter Belebung des Sparkassenwesens*), denken Sie es dahin zu bringen, daß die Arbeiter allmählig „kleine Kapitalisten" und damit zugleich endgültig Ihre „Bundesgenossen" werden. Lieber Herr Kalle, Sie sind von einer paradiesischen Unschuld und scheinen nicht die geringste Ahnung davon zu haben, daß der Grundzug der ökonomischen Entwicklung der Gegenwart gerade darin besteht, daß das kleine Eigenthum vom großen absorbirt wird, der Mittelstand daher schwindet, und alle Kleinbürger und „kleine Kapitalisten", als Opfer des Großkapitals, in die Klasse der Besitzlosen geschleudert werden. Einen Arbeiter zum „kleinen Kapitalisten" zu machen — vorausgesetzt, daß dies allgemein gelänge — und zu glauben, damit der Arbeiterfrage die Spitze abgebrochen zu haben, wäre also gerade so schlau, als wenn man Jemandem, der von einem Wagen herabgefallen ist, dadurch wieder in die Höhe helfen wollte, daß man ihn auf das rollende Wagenrad setzt, von wo er im nächsten Augenblick wieder in den Straßenkoth purzelt! Und ein solcher Ignorant untersteht sich, den Arbeitern „wirthschaftliche Erkenntnisse" beizubringen zu wollen! Damit fangen Sie zu allererst bei sich selber an, Herr Kalle!

Auch für humane Rücksichten betreffs Arbeitszeit und Arbeits-

*) In dieser Hinsicht, Herr Kalle, hätten Sie die Arbeitgeber auch gleich auffordern dürfen, einen ansehnlichen Fond anzulegen zur Schadloshaltung der Arbeiter im Falle des — Durchbrennens der Kassirer.

„Times"-Correspondenten von Blowitz und schreibt dann wörtlich:

„Dr. Virchow hat Recht" — so lautet das lakonische Endurtheil der auch in unserem heutigen Blatte mitgetheilten Betrachtungen, in welche sich Herr v. Blowitz, der bekannte Correspondent der „Times", auf Grund persönlicher Interviews über die Politik des Fürsten Bismarck ergeht. „Bismarck hat uns Ruhm gegeben, aber er hat uns die Freiheit geraubt, ohne uns Wohlstand zu bieten" — sagte nämlich der Berliner Physiolog und wir können nicht umhin, hinwieder unsererseits anzuerkennen, daß — Herr v. Blowitz vollkommen Recht hat. Die Lage Deutschlands konnte in bündiger Form nicht zutreffender charakterisirt werden. Der Ruhm eines großen Feldzuges ist der alleinige Gewinn, welchen das deutsche Volk für seine schweren Opfer an Blut und Geld und Entsagung eingeheimst hat. Wir sind weit entfernt, den hohen, edlen Werth eines solchen nationalen Sieges zu unterschätzen. Doch vermag er allein ein Volk der Arbeit und des Denkens niemals zu entschädigen für den Verlust der Freiheit — richtiger: für den Abgang der Freiheit, da ja die Deutschen die Freiheit noch niemals besessen haben — für die bittere Noth der materiellen Existenz. Nachdem die deutschen Professoren Jahre hindurch so salbungsvolle, entrüstete Phrasen vom Stapel gelassen haben gegen die romanische Einzelherrschaft des Kaisers der Franzosen, müssen nunmehr selbst Bewunderer des Fürsten Bismarck, wie der erste Berichterstatter des City-Blattes, unumwunden zugeben, daß sein (Bismarck's) Regime die Unumschränktheit seines Eigenwillens bedeute, daß „das vorzüglichste Ziel seiner Politik er selber", die Behauptung seiner Willkürherrschaft sei. Doch während das Napoleon'sche Regime als Entgelt für den Verlust der Freiheit auf den englisch-französischen Handelsvertrag, auf die materielle Prosperität aller Klassen hinweisen konnte, ersteht als unvergängliches Denkmal des Bismarck'schen Regimentes das Massenelend, die Verzweiflung und Verwilderung der Massen und in Bekämpfung derselben die äußerste Potenzirung der Polizeigewalt, wie sie bei Eröffnung des Reichstags im Weißen Saale zu Berlin angekündigt wurde."

Das ist allerdings ein Urtheil, welches Herr von Bismarck nicht vor den Spiegel stecken wird. Und ein Urtheil von einem Blatte, welches früher immer mit großer Begeisterung von Bismarck schrieb. — Außerdem steht der „Pester Lloyd" in sehr nahen Beziehungen zum ungarischen Ministerium, so daß wir, besonders nach Andeutungen, die wir erhalten, keinen Zweifel haben, daß der scharfe antibismarckische Artikel aus der Feder eines dem österreichisch-ungarischen Ministerium sehr nahe stehenden Mannes stammt.

— Ein Urtheil über Bismarck. Die „Berliner Volkszeitung" schreibt: „Einen Mann, der so gar kein Verständniß von Dem hat, was im Volke vorgeht, daß er den Vater der revolutionären Agitation für einen harmlosen, geistreichen Gesellschafter hält, den darf man nicht autorisiren, wirkliche Gefahren der Volksverführung auf Grund der Sozialistenvorlage nach Wohlmeinung und Belieben abzuwenden, selbst wenn die Gesetzesvorlage an sich eine auch nur einigermaßen annehmbare wäre." — So geht's, liebe „Volkszeitung" — die liberalen Blätter haben ein ganzes Jahr lang in allen Tonarten es dem Volke vordeklamirt, daß wir den Boden Lassalle's längst verlassen hätten, daß Lassalle ein nationaler Reformler gewesen, wir aber internationale Revolutionäre seien, so daß es Herrn von Bismarck, der ja Lassalle lediglich aus einigen Unterredungen zu kennen scheint, gar nicht übel zu nehmen ist, wenn er den liberalen Deklamationen Glauben schenkte, da er ja bekanntlich „auch zum Volke" gehört.

— Ueber die Wirkung des Sozialistengesetzes urtheilt der „Staatssozialist" in völlig zutreffender Weise: „Unsererseits beharren wir bei unserer ursprünglichen Beurtheilung. Durch die beabsichtigten Zwangsmaßregeln wird man Attentate nicht verhindern, sondern provoziren; man wird die Organisation der Sozialdemokratie nicht zerstören, sondern befestigen und unfindbar machen; man wird das Versammlungsrecht nicht aufheben, sondern in das Geheimniß und in die Verschwörung treiben; man wird die sozialdemokratische Presse nicht beseitigen, sondern auf geheime Druckereien anweisen und annähernd zum Range einer Märtyrerpredigt erheben. Alles, was wir zu leisten im Stande sind, wird doch dem Vorgehen der russischen Polizei gegenüber immer nur als ein harmloser Scherz erscheinen, und was hat man dort damit erreicht?"

Wir wollen auf die letzte Frage antworten. Erreicht hat die russische Regierung durch ihre Polizei nur, daß sie fortwährend auf einem Vulkane sitzt.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Der Untersuchungsrichter
des
Königlichen Obergerichts. Celle, den 20. Sept. 1878.

Am 31. August ist bei Kirchweihe ein Handwerksbursche ermordet gefunden.

Da hier häufig Anfragen besorgter Eltern eingehen, ob der Ermordete ihr Sohn sein könne, ist es vielleicht im Interesse Ihrer Leser zu erfahren, daß der Ermordete als ein Schustergesell Wilhelm Hinzsche aus Roetsch in Oesterreich sich zwei Tage vor seiner Ermordung ins Fremdenbuch getragen hat, auch auf den Namen Wilhelm Hinzsche lautende Papiere bei der Leiche gefunden sind. Eine Photographie der Leiche befindet sich beim Polizeipräsidium in Berlin.

Der Untersuchungsrichter des Königl. Obergerichts.
(Name unleserlich.)

An die Redaktion des „Vorwärts"
in Leipzig."

Wir freuen uns über diese Zuschrift, da dieselbe beweist, wie wichtige Dienste der „Vorwärts" im Interesse der Humanität und des allgemeinen Wohles leisten kann und leistet. Daß selbst richterliche Behörden dies unumwunden durch Zusendung einer solchen Bekanntmachung eingestehen, das dürfte den conservativen und liberalen Unterdrückungsbeflissenen vorzuhalten sein, obwohl ohne Erfolg, da bei Ihnen nicht Volkswohl, Humanität und Recht, sondern lediglich der Wille der Gewaltigen entscheidet.

— Wie die Cultur nach Osten getragen wird, zeigten wir schon neulich durch den Brief eines österreichischen Feldpredigers. Da man Versuche gemacht hat, diesen Brief zu einer „Erfindung" zu stempeln, so sei hier, um der historischen Wahrheit willen, erwähnt, daß der Inhalt desselben seitdem durch Dutzende von vollwichtigen Zeugen bestätigt worden ist. Ja, es wird in Bosnien und der Herzegowina von den österreichischen Soldaten nach Noten und ganz systematisch, geraubt und geplündert. Man lese z. B. folgenden Feldpostbrief eines ungarischen Soldaten (s. „Szegedi Naplo"):

„Nach den Gefechten ist in den verlassen gefundenen Häusern — die offenbar den türkischen Insurgenten gehören — das Plündern gestattet. Wir (vom Regiment Mollinary) waren erst in fünf Gefechten, doch ist der Tornister fast jedes Soldaten voll mit schönen Tüchern, goldgestickten Gürteln ꝛc. Anfangs sammelten wir die türkischen Patronen, als wären sie von Gold; jetzt sehen wir uns vor Allem nach Eßwaaren um, dann aber spähen wir nach Schmuckgegenständen. Es giebt Soldaten, die schon mehrere Ringe und selbst Uhren erbeuteten. Hinsichtlich der Verwirrung der Begriffe über das Mein und Dein stehen wir schon beinahe mit den Bosniaken auf gleicher Stufe. Am deutlichsten zeigte sich dies in Visoka. Als wir die Türken, die ihre Stadt in der That heldenmüthig vertheidigten, vertrieben hatten, fielen die Bosniaken über die Häuser der Türken her und schleppten Alles weg, was ihnen in die Hände kam. Unter Anderm fielen sie wie die Heuschrecken über die Werkstätte eines Gerbers her, von wo sie so lange das vorhandene Leder wegtrugen, bis ein Befehl des Divisions-Kommandos dem Plündern ein Ende machte. Wahrlich, wir Ungarn sind da in eine schöne Gesellschaft gerathen."

Ein Commentar ist überflüssig. Zur Vervollständigung des Bildes sei noch angeführt, daß die „Insurgenten" (soll heißen: die Männer, welche in Erfüllung einer patriotischen Pflicht Haus und Hof gegen die fremden Eindringlinge vertheidigen), wenn sie den „civilisirten" Oesterreichern in die Hände fallen, vor Kriegsgerichte gestellt und zu Dutzenden und Hunderten unnachsichtlich zum Tode durch den Strang verurtheilt werden, welche Strafe dann in den meisten Fällen (wohl aus Sparsamkeits- und Bequemlichkeitsrücksichten) gnädigst in die Abschlachtung vermittelst „Pulver und Blei" umgewandelt wird. Die österreichischen Blätter enthalten wahrhaft grauenerregende Schilderungen der Metzeleien, welche das Nachspiel jedes österreichischen „Siegs" bilden. Abschreckend wirkt diese „stramme Praxis" natürlich nicht. Die zum Tode „Verurtheilten" sterben durchweg mit einem Heldenmuth, der die Ueberlebenden begeistert und zur Nacheiferung anspornt. Kein Wunder also, daß der „Aufstand" fortwährend im Wachsen ist und auch die sanguinischsten Lobredner des stupiden Andrassy nicht mehr zu hoffen wagen, die „Okkupation" werde sich noch im Laufe dieses Jahres ganz durchführen lassen.

— Aus Brüssel wird gemeldet, daß der Schriftsteller Claudel wegen Veröffentlichung einer Broschüre, welche Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser und Angriffe gegen die Autorität der Gesetze enthielt, zu einer Gefängnißstrafe von fünf Jahren und 2000 Frcs. Geldbuße verurtheilt worden ist. Der Drucker der Broschüre, Carlier, wurde zu einer 18monatlichen Gefängnißstrafe und 500 Frcs. Geldbuße verurtheilt.

— Republikanische Speichelleckerei. Aus Lawrence, Massachusetts, Vereinigte Staaten, erhalten wir folgende Zuschrift: „Schon lange bin ich ein eifriger Leser des „Vorwärts" und hegte den Wunsch, in den Spalten des „Centralorgans der deutschen Sozialdemokratie" ein Stückchen amerikanischer Speichelleckerei und Hundedemuth veröffentlicht zu sehen. Jetzt bei der bevorstehenden Gouverneurswahl finde ich Gelegenheit, Ihnen etwas auftischen zu können in Gestalt eines Schriftstücks, das ich beilege und dessen Uebersetzung ich Ihnen überlasse. Wie mir authentischerseits mitgetheilt wurde, haben bereits 52,000, sage zweiundfünfzigtausend Wahlberechtigte des Staates Massachusetts dasselbe unterzeichnet. Also 52,000 Mann fragen ergebenst dadurch an, ob General Butler ihnen gnädigst erlauben will, seinen Namen als independent (unabhängigen) Candidat zu gebrauchen. Welche Abgötterei! Statt ihn zu fragen, ob er dies oder das Programm der Arbeiter vertreten will, verabgöttert man ihn. Ich glaubte immer, blos Deutschland habe das Privilegium solcher hündischen Seelen, aber wie es scheint, haben solch speichelleckerische Ideen sich auch in den Köpfen amerikanischer „Republikaner" eingebürgert. Ehe bei solchen Leuten der Sozialismus Platz greift, muß noch mancher Tropfen von den Flüssen fortgetragen werden; aber der Sozialismus wird auch noch bei diesen Personenanbetern anklopfen; denn die Verhältnisse bringen es mit sich."

Das fragliche Schriftstück lautet: „An General Benjamin F. Butler. Werther Herr! Wir, die unterzeichneten gesetzlich stimmberechtigten Bürger von . . . ., fühlen das Bedürfniß einer sparsameren Verwaltung unseres Staates sowohl als der allgemeinen nationalen Angelegenheiten, und da wir überzeugt sind, daß Sie, wenn zum Gouverneur unseres Staates erwählt, Ihre Erfahrung, Ihren Einfluß und Ihre Geschicklichkeit (skill!) in

---

lohn schreibt Herr Kalle dreiviertel Spalten. Er hütet sich indeß, über diese Punkte für irgend eine Berufsarbeit bestimmte Andeutungen zu geben, sondern ergeht sich nur in einigen wohlfeilen, schon hundertmal gehörten, allgemeinen Humanitätsphrasen. Wer — wie sich oben zeigte — selbst auf dem Gebiete der bestimmt faßbaren Vorschläge die plumpeste Heuchelei nicht scheut, um in Humanität und Moral zu machen, der muß natürlich auf dem Gebiete der unbestimmten, allgemeinen Erörterungen, wo er es weit bequemer hat, noch viel mehr schönrednern; und jeder einzelne Fabrikant, inklusive Herrn Kalle, kann dann für sein spezielles Bedürfniß diese allgemeinen Phrasen auffassen und sich zurechtmachen wie er will. Wenn es Ihnen übrigens, Herr Kalle, betreffs Arbeitszeit und Arbeitslohn um humanere Bestimmungen als die bestehenden im Ernste zu thun wäre, so müßten Sie auch dagegen protestiren, daß die Fabrikanten, so oft sich in irgend einer Branche die Arbeiter selbst zur Erringung einer noch so bescheidenen Besserung in jener Hinsicht vereinigen, denselben ohne Unterschied betreffs deren Parteifarbe regelmäßig so rigoros und rücksichtslos entgegentreten und die bezüglichen Bestrebungen systematisch todt zu machen suchen!

Von Ihrer Kenntniß der wirthschaftlichen Verhältnisse giebt auch noch Folgendes einen eigenthümlichen Begriff. In den familienschwärmerischen Auslassungen Ihres Artikels, von denen wir bereits sahen, was sie werth sind, verlangen Sie, daß die Frauen und Töchter der Arbeitgeber dieselben „in ihren auf Hebung der Arbeiter gerichteten Bestrebungen unterstützen." Sie geben zwar zu, daß dies mehr da Anwendung finden kann, wo es sich um das Kleingewerbe handelt, fügen aber dann bei: „Selbst aber, wo dies nicht der Fall ist, wo nur männliche, mit ihren Familien außerhalb wohnende Arbeiter da sind, kann die Hausfrau unendlich viel (!!) zur Anbahnung und Unterhaltung ersprießlicher persönlicher Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber beitragen. Wenn die Gattin oder Tochter des Brodherrn das Kind des Arbeiters oder dessen Frau in Fällen der Noth mit Rath und That unterstützt, wird dieser nicht leicht mehr in seinem Arbeitgeber den ihn rücksichtslos ausbeutenden Egoisten erblicken, den er ohne alle Gewissensbisse übervortheilen zu dürfen glaubt." Ach wie rührend! Man stelle sich vor, was damit z. B. der Madame Krupp zugemuthet ist! Sie sind ein komischer Kauz, Herr Kalle! Warum verlangen Sie denn nicht zugleich auch die Vielweiberei für die Herren Fabrikanten, da doch nur so Ihre „Vorschläge" in Bezug auf die Allgemeinheit diskutirbar wären? Doch Scherz bei Seite! Es gehört ein echter spießbürgerlicher Kirchthurmshorizont und eine nicht gewöhnliche Gedankenlosigkeit dazu, derartige Sätze als allgemeine „Belehrungen" in die Welt hinein zu posaunen. Solche schönen Dinge sind vor Allem nur in kleingewerblichen Verhältnissen, und auch hier nicht immer, zu realisiren — das weiß jeder auch nur halbwegs im heutigen Geschäftsleben Erfahrene, und das weiß vielleicht gar auch Herr Kalle selbst. Wer aber allgemeine Vorschläge zur Besserung der sozialen Uebel der Gegenwart machen will, der muß naturgemäß von den großgewerblichen, von den Fabrikverhältnissen ausgehen, einmal weil diese schon jetzt den weitaus überwiegenden Theil unseres Gesellschaftslebens repräsentiren, die soziale Frage erzeugt haben und die soziale Nothlage am brennendsten zeigen, sodann weil gemäß der unabänderlichen ökonomischen Entwicklung das Kleingewerbe allmählig ganz schwindet, und somit dann Ihre schönen Rathschläge, Herr Kalbe, völlig gegenstandslos werden! Indeß, wir haben ja schon oben gesehen, daß die Gesetze der ökonomischen Entwicklung für Herrn Kalle böhmische Dörfer sind — was kann man also in dieser Beziehung von ihm verlangen?

Doch wir haben jetzt genug an den Harlekinssprüngen des Herrn Kalle. Traurig ist es, daß ein Mensch, der in Sachen der volkswirthschaftlichen Belehrung das Wort ergriffen hat, eine so schmähliche Unwissenheit auf diesem Gebiete, eine so haarsträubende Logik und endlich eine so infame Heuchelei an den Tag legt; noch trauriger aber ist es, daß ein „Weltblatt" wie die „Gartenlaube" mit der allgemein wichtigsten Tageswissenschaft, der ökonomischen, so wenig fortschreitet und so wenig Urtheilsfähigkeit zeigt, daß sie diesen alten, abgestandenen Kohl, der ihr noch höchst miserabel hergerichtet und widerlich gewürzt dargeboten wurde, allen Ernstes ihren Lesern als Belehrung aufzutischen wagt. Das ist die geistige Nahrung, welche dem Publikum von den Söldlingen des Kapitals zugedacht ist!

K.

— Der „Hödelwahnsinn", diese traurige Krankheit, greift noch immer mehr um sich; besonders grassirt sie in den Redaktionen national-reaktionärer Blätter. So schreibt z. B. das „Leipziger Tageblatt":

„Das deutsche Volk wird wohl daran thun, das Andenken Hödel's, dieses Elenden, nach Möglichkeit aus seiner Erinnerung zu tilgen. Lediglich, um dem psychologischen Interesse Genüge zu thun, mag zum letzten Male, was uns anbetrifft, dieses Scheusal in seinem Cynismus dem Leser vorgeführt werden. Bis zur letzten Minute hat sich der gottlose Lotterbube seiner sozialdemokratischen Lehrmeister würdig gezeigt."

Darauf bringt das Blatt den Brief des total verrückt gewesenen Menschen an seine Mutter. Wir bemerken nur zu der Schlußstelle obiger Notiz — und das möge sich die Redaktion des „Leipziger Tageblatts" hinter die länglichen Ohren schreiben —, daß es noch viel „gottlosere Lotterbuben" in Deutschland giebt, als es der Hödel war.

— Wie die Hödel-Lehmänner entstehen. Unser Berliner Parteiorgan schreibt:

„Ein trauriges Bild materieller Noth und sittlicher Verkümmerung giebt uns jedes Jahr der Bericht über die sog. „verlassenen Kinder". Unter den 899 verlassenen Kindern, welche während des vergangenen Jahres auf städtische Kosten verpflegt wurden, war fast die Hälfte, nämlich 323, dadurch der Stadt zur Last gefallen, daß sich die Eltern heimlich entfernt hatten. Bei 296 Kindern waren die Eltern erkrankt, bei 140 verhaftet. 293 Kinder waren verwaist. Bei 29 Kindern war Obdachlosigkeit und Unfähigkeit der Eltern zur Erziehung die Ursache, daß die Stadt für sie eintreten mußte. 29 wurden als verwahrlost bezeichnet; dieselben hatten sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht. In den meisten Fällen aber sollen diese Kinder durch die Schuld der eigenen Eltern oder durch jeglichen Mangel an Erziehung auf die Bahn des Vergehens gedrängt worden sein So wurde ein 11 Jahre alter Knabe, dessen Mutter vor sechs Jahren gestorben war, von seinem dem Trunke ergebenen Vater arg mißhandelt. Der Knabe entlief und stahl ein Portemonnaie mit Mark 2,50. Auf den Polizeigewahrsam gebracht, erklärte das bedauernswerthe Kind wörtlich: „Gewußt habe ich, daß ich durch diese Handlung etwas Unrechtes und Strafbares begehe, aber ich konnte es nicht unterlassen, da ich mir die Mittel verschaffen mußte, meinen Hunger zu stillen."

Muß man bei dieser Schilderung nicht unwillkürlich an das blutige Haupt des hingerichteten Hödel denken?

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts".

Auf Ihre Frage in Ihrer neuesten Nummer, ob ich auch die Stelle in der „D. A. Z." wegen des „Pulver und Blei" desavouiren würde, Folgendes zur Antwort:

Ich persönlich hätte mit dieser Frage eigentlich Nichts zu thun, da, wie Sie sich leicht überzeugen konnten, wenn Sie die Nummer der „D. A. Z." ordentlich lasen, an jenem Tage, wie überhaupt vom 12. August bis 8. September, ich „abwesend" war, daher auch nicht als „verantw. Redakteur" zeichnete.

Uebrigens aber begreife ich nicht, wie Sie sich verwundern können, wenn, nachdem Sie und Ihre Genossen wiederholt gedroht haben, daß Ihre Partei die bestehende Staatsordnung, und was zu dieser hält, mit Gewalt angreifen und vernichten werden, auf diese Drohung mit einer ähnlichen geantwortet wird.

Ob die obige Antwort veröffentlicht wird, stelle ich Ihnen ganz anheim.

Leipzig, 14. Septbr. Prof. Dr. Biedermann.

Zunächst bemerken wir, daß wir Alles, was uns unser verehrter Mitarbeiter Professor Biedermann einsendet, immer gern aufnehmen. Dann aber könnte sich Herr Biedermann den Dank seiner Gesinnungsgenossen im Reichstage erwerben, wenn er schleunigst nachwiese, wann und wo wir wiederholt gedroht haben, daß unsere Partei die bestehende Staatsordnung mit Gewalt angreifen und vernichten werde. Sie wissen doch, was Hochverrath ist; einen Hochverrathsprozeß hat der „Vorwärts" noch nicht gehabt und was den Prozeß gegen Bebel und Liebknecht anbelangt — Herr Biedermann! Wollen Sie auf diesen Tendenzprozeß zurückgreifen? Es hat noch niemals selbst im Reichstage ein reaktionärer Angreifer, nicht einmal ein Vertreter der Regierung dieses Prozesses Erwähnung gethan. Sollten Sie nicht wissen, warum? So sagen wir's Ihnen: Weil sich unsere Gegner gerade dieses Prozesses schämen. Schämen Sie sich auch wohl zuweilen, Herr Professor Biedermann? — Und damit „Gott befohlen".

---

seine übrigen Auslassungen werde er die Beweise herbeizuschaffen suchen. Auch habe er nicht gesagt, Fritzsche als Vicepräsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins habe den Auftrag gehabt, die Versammlungsberichte direkt an den Fürsten Bismarck zu schicken, sondern Dr. Dammer habe das Präsidium an Fritzsche mit der Aufforderung abgegeben, er solle derartige Berichte direkt an den Fürsten Bismarck schicken. Redner wendet sich hierauf gegen mehrere Ausführungen v. Kleist's, in denen dieser ihn mißverstanden habe, und bezeichnet es als einen Irrthum seinerseits, wenn er die Auslassungen des Reichskanzlers anders aufgefaßt, als sie gesprochen waren.

Fritzsche erwidert auf die ihm von Seiten des Reichskanzlers zu Theil gewordene Beleidigung, er lege auf dieselbe weniger Werth, weil sie in Folge eines Druckfehlers in dem Zeitungsberichte entstanden sei.

Bamberger vertheidigt sich gegen einige Vorwürfe von Seiten Bracke's.

Liebknecht will sich gegen eine Aeußerung v. Kleist-Retzow's aussprechen; der Präsident bemerkt ihm aber, daß v. Kleist den Namen Liebknecht's nicht genannt habe, und daß somit die persönliche Bemerkung gar nicht zulässig sei.

— Zur Sozialistengesetzdebatte. Wir wollen hier einige Aussprüche der „Volkszeitung" und der „Magdeburgischen Zeitung" citiren, von denen die erstere Gegnerin des Sozialistengesetzes, die letztere glühende Anhängerin desselben ist. Die „Volkszeitung" schreibt:

„An dem ersten Tage der Debatte über das Ausnahmegesetz war es die Rede des Abg. Bebel, welche durch die schweren, der Regierung entgegengeschleuderten Anklagen den Verhandlungen ihren eigenartigen Stempel aufdrückte. Es war als ob die Rollen gewechselt wären: nicht der Reichstag saß über die Sozialisten zu Gericht, sondern der Sozialistenführer trat als ein leidenschaftlicher und rücksichtsloser Ankläger gegen ein Regierungssystem auf, dessen verderbliche Consequenzen so oft bereits gebührend gekennzeichnet sind."

Hören wir nun die „Magdeburgische Zeitung" über den ersten Tag:

„Der Herr Graf von Stollberg (Vicekanzler) hat in seiner Eröffnungsrede nichts Weiteres gesagt, als was bereits ungleich vollständiger, ungleich methodischer in den Motiven zum Gesetzentwurfe niedergelegt ist. Viel besser ist es auch dem anderen Vertreter der preußischen Regierung nicht ergangen, dem Grafen Eulenburg, dem der Ruf einer gewissen Schneidigkeit im Wesen und im Ausdrucke bei gleichzeitiger ungewöhnlicher Leutseligkeit voraufgeeilt ist. Nun diesmal zum Mindesten hat er dem größten Theil der auf ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprochen. Trotzdem der sozialistische Vorredner, Herr Bebel, ihm durch seine beispiellose Offenheit eine ganze Menge von Handhaben dargeboten hatte, trotzdem Herr Bebel das Agitationsprogramm der Zukunft mit einer kaum zu überbietenden Keckheit entwickelt hatte, verschmähte es der Herr Graf Eulenburg, mit der ihm angerühmten Schärfe und Schlagfertigkeit dem Gegner auf den Leib rücken. Daß der Herr Minister auf die Enthüllungen nicht näher einging, welche der Sozialistenführer aus der chronique scandaleuse seiner Partei zum Besten gab und wobei auch allerdings recht schwefelicht gefärbte Streiflichter auf anderweitige Kreise geworfen werden mußten, kann Niemand verwundern. In dieser Hinsicht dürfte der weitere Verlauf der Verhandlungen noch manche andere Seltsamkeit und Pikanterie zu Tage fördern. Allein neben diesen geschichtlichen Bemerkungen entwarf Herr Bebel mit einer an Cynismus grenzenden Offenheit die Etappenstraße, welche demnächst die Sozialdemokratie innehalten wird, und hierauf war man wohl berechtigt, irgend eine Gegenansicht von Seiten der Regierung zu vernehmen. Ist es aber zu verwundern, wenn die Schildträger jener radikalen Partei dann mit einer nicht weiter zu charakterisirenden Seelenfreude von ihren Anhängern zu erklären: „Seht, Niemand hat uns zu widerlegen vermocht, ja nicht einmal zu widerlegen versucht."

Ueber das Auftreten des Fürsten Bismarck am zweiten Tage sagt die „Volkszeitung":

„So zieh Fürst Bismarck beispielsweise den Abg. Fritzsche, auf den sich Bebel gestern berufen hatte, der Lüge, indem er vorausschickte, daß er diesen Mann nicht kenne. Aus der Mitte des Hauses darauf aufmerkam gemacht, daß er von einem Mitgliede desselben spräche, rechtfertigte er sich damit, daß ihm der Name des Hrn. Fritzsche völlig unbekannt sei. Diese Unkenntniß war in der That überraschend: daß der Fürst Reichskanzler nicht einmal über die Vorgänge in der Reichshauptstadt orientirt, daß ihm nie etwas zu Ohren gekommen sein sollte über die Stichwahl im vierten Berliner Wahlkreise, auf die das ganze Land mit Spannung blickte, ist um so wunderbarer, als bei der letzten Wahl in Berlin Vorkehrungen getroffen waren, die Regierung sofort in der detaillirtesten Weise über den Ausfall zu informiren. Es scheint danach, als ob Fürst Bismarck sich außer für den Wahlkreis des Amtmanns Dietze nur für diejenigen Kreise interessirt hat, in denen Mitglieder seines Hauses durchfielen oder wo es besonderer Schiebungen bedurfte, um sie über einen sich gehorsamst bückenden Gegner hinweg auf den Schultern des Centrums in das hohe Haus zu lanciren. — Dieser Vorgang führte zu einer Beschwerde der Sozialisten gegen das Präsidium. Der Abg. Bebel rügte es, daß dem Reichskanzler kein Ordnungsruf zu Theil geworden sei, wogegen der Präsident auf die Rechtfertigung des Fürsten selbst, seine Unkenntniß der Person, um die es sich handelte, hinwies. Das Haus pflichtete dem bei; immerhin bleibt es bedenklich, daß eine so sonderbare Unkenntniß der Personenverhältnisse arge Verstöße gegen das parlamentarische Herkommen exkulpiren soll. Wir verkennen nicht die schwierige Lage, in die der Präsident versetzt war; wir glauben aber, daß dieser Fall doch dazu angethan war, über sonst wohl gerechtfertigte Bedenken hinwegzuhelfen."

Und die „Magdeburgische" sagt über ihren Percy:

„Der Reichskanzler ist also wirklich auf den Plan getreten. Er hat gesprochen, aber er ist vorläufig nicht in die Materie der Gesetzesvorlage eingedrungen. Ob bewußt oder absichtslos, der Kanzler hat es vermieden, auch nur entfernt etwas anzuführen, was auf die Vertheidigung oder die Rechtfertigung der Regierungsvorlage bezogen werden könnte." — — — Und weiter: „Aber wenn man von diesem rein persönlichen Theil der Auseinandersetzung des Kanzlers absieht, dann muß man es ganz unverblümt aussprechen, daß der Gang der Debatte auch durch ihn durchaus nicht gefördert wurde. Es ist dies aus mehr als einem Grunde zu bedauern. Jede Generaldebatte läuft Gefahr, sich ins Weite zu verirren. Aber eine Generaldebatte über ein Gesetz, wie das vorliegende, muß sich geradezu ins Endlose verlieren, sobald man jedes Eingehen auf die Gesetzesmaterie verschmäht oder vermeidet."

Nun muß doch, nach diesen Urtheilen über die „Macher" des Sozialistengesetzes, selbst dem Dümmsten der Dummen über letzteres ein Licht aufgehen.

— In parlamentarischen Kreisen geht das Gerücht, daß der Abgeordnete Lasker mit circa 25 Genossen vom linken Flügel der Nationalliberalen aus der Partei austreten wollen. Wahrscheinlicher Grund: der offenbare Treubruch des rechten Flügels der Nationalliberalen bei der Wahl zu der Commission des Sozialistengesetzes.

— Das amtliche Fraktions-Verzeichniß führt die 397 Reichstagsmitglieder in folgender Weise auf: Fraktion der Deutsch-Conservativen 59, der Deutschen Reichspartei 56, der Nationalliberalen 96, der Deutschen Fortschrittspartei 26, des Centrums 103, der Polen 14, Sozialdemokraten 9. Bei keiner Fraktion 33 (hierunter 15 Elsasser, 3 Demokraten und 1 Däne). Erledigte Mandate 1. Zusammen 367.

— Ein trefflicher Vergleich. Man schreibt dem „Frankfurter Beobachter": Sie führen folgende Punkte auf, welche bei Annahme des sogenannten Sozialistengesetzes auf dem Spiele stehen, als da sind:

1) Preßfreiheit,
2) Vereins- und Versammlungsrecht,
3) die Gewerbefreiheit,
4) Domizilrecht und die Freizügigkeit,
5) die Sicherheit des Privateigenthums gegen polizeiliche Confiskation ohne richterliches Urtheil,
6) der Schutz der persönlichen Freiheit.

Da lebte einst ein Volk in Amerika, und dieses Volk war von uns Europäern unentdeckt. Da geschah es aber, daß der König, und es war wirklich ein mächtiger König, zu seinen Hauptleuten und Schiffsleuten, die da durch das gesalzene Meer fahren, sprach: „Zieht hinaus und entdeckt mir jenes Volk." Und als die Hauptleute und die Schiffsleute und die Männer, welche auf den Schiffen fahren, durch das Meer dahin kamen gegen Westen, wo das Haus der Sonne ist, da fanden sie jenes Volk. Und von jenem Volke wird gesagt:

„Unter dieser sonderbaren Verfassung lebte das Volk, fortgeschritten in vielen sozialen Künsten, geschickt in der Herstellung schöner Stoffe, geschickt den Boden zu bebauen, aber unbekannt mit Geld. Sie hatten nichts, was Eigenthum benannt werden konnte. Sie konnten kein Gewerk ergreifen, keine Arbeit unternehmen, sich keine Vergnügung erlauben — es sei denn, daß das eine oder das andere ihnen vom Gesetz erlaubt wurde. Keiner konnte seinen Wohnsitz ändern oder andere Kleider wählen, ohne besondere Erlaubniß von der Regierung des Landes. Selbst das, was doch sogar dem niedrigststehenden der Menschen erlaubt war, konnte dort nur mit der Erlaubniß der Regierung geschehen, nämlich die Wahl eines Weibes."

Erzählt uns dieses Prescott nicht in seiner „Geschichte von Peru"?

Und nun — fragen wir — warum sollen wir Deutschen uns vergleichen mit den Engländern, die schreiben und reden dürfen was sie wollen, warum sollen wir uns nicht vergleichen mit dem Volke von Peru? Wozu reden und schreiben? Lassen wir das den Anderen, die da nicht sind ein Volk von Denkern. Schweigend denken kann Jeder, was er will, dann wird wahr der Spruch:

„Man kann in wahrer Freiheit leben
Und doch nicht ungebunden sein."

Ein Anderer aber, der da kam aus der Weltstadt Berlin, die da liegt in des deutschen Reiches Sandbüchse, Alexander von Humboldt, erzählt uns von den Nachbarn des Volkes von Peru, genannt die Mexikaner: „Einen gleichen Zustand fanden die Europäer in Mexiko und dieser Zustand muß schon lange bestanden haben. Er war so unerträglich geworden und hatte das Volk so reichsfeindlich gemacht, daß dasselbe beim Einrücken der Spanier selbst mithalf, das Reich zu zerstören." Dies wird uns erzählt in dem Buche „Geschichte von Neu-Spanien". Wir aber wollen Gott danken für unser täglich Brod — und wollen trotz Allem und Alledem nicht an der Zukunft Deutschlands verzweifeln!

— Eine Consequenz des Sozialistengesetzes. Die „Berliner Freie Presse" ist durch eine anonyme Zuschrift davon benachrichtigt worden, daß Berliner wie auswärtige Sozialdemokraten mit dem Plane umgingen, nach Annahme des Ausnahmegesetzes eine regelrechte Steuerverweigerung in Scene zu setzen. Ein Jeder werde die Zahlung der Steuern verweigern und es zur Auspfändung kommen lassen. Wenn in Berlin bei so vielen Bürgern die Exekution einträte, so würde die Zahl der Exekutoren, der Versteigerungscommissare nicht ausreichen, um im Laufe eines Jahres die Pfandobjekte in Geld umsetzen zu können. Zudem würden die vorhandenen Magazine nicht ausreichen, all das Gerümpel zu bergen. Die Anhänger dieser Idee sollen bereits nach Tausenden zählen. Im Geheimen werde die Agitation mit großem Erfolg betrieben. In Berlin aber seien die Massen schon von dieser Idee erfüllt. Sie hätten sich verbündet, einander in diesem „Steuerstrike" beizustehen. Keiner wolle die Pfandobjekte seines Nächsten ersteigern, wenn es nicht auf dessen Wunsch für ihn selbst geschähe ꝛc. — Die „Berliner Freie Presse" erklärt, sie wolle noch kein Urtheil zur Sache abgeben, warnt aber ihre Anhänger vor unvorsichtigen Aeußerungen in öffentlichen Lokalen.

— Das Endresultat der letzten Reichstagswahlen stellt sich in Folgendem dar. Die Gesammtsumme der im ersten Wahlgange abgegebenen sozialistischen Stimmen betrug 435,833; dazu das Mehr der engeren Wahlen mit 38,845 gleich 474,678; mit den fehlenden Kreisen (aus denen trotz öffentlicher und brieflicher Aufforderung das Resultat nicht einging) über 475,000. 1877 wurden im ersten Wahlgange ausgegeben ca. 495,000; dazu 62,368 Stimmen mehr bei den engeren Wahlen gleich circa 557,000. Bei den Nachwahlen gewann die sozialdemokratische Partei ca. 3000 Stimmen, so daß die Gesammtsumme rund 560,000 betrug. 1874 fielen im ersten Wahlgange 356,153 so-

Kampf mit geistigen Waffen.

In der Berliner „Staatsbürger-Zeitung" finden wir folgenden interessanten Artikel:

„In der deutschen Literatur und Presse giebt es eine Klasse von Leuten, die, wie Lassalle treffend sagt, zu jeder bürgerlichen Hantirung zu schlecht, zu ignorant zum Elementarschullehrer, zu unfähig und arbeitsscheu zum Postsekretär, sich eben deshalb berufen glauben, Volksbildung zu treiben. Im Grunde haben diese Individuen gar keinen Anspruch auf den Namen von Schriftstellern; denn sie arbeiten nicht mit dem Kopfe oder auch nur mit der Feder, sondern einfach mit dem Kleistertopfe und der Scheere. Sobald nämlich irgend eine Frage die öffentliche Aufmerksamkeit lebhaft beschäftigt, stürzen sie sich wie die Harpyien auf die Zeitschriften, Broschüren, Bücher, welche durchdachte und originelle Darstellungen über die betreffende Frage enthalten, fahren blindlings mit der Scheere in dies literarische Material, bis einige Hundert Fetzen bedruckten Papiers vor ihnen liegen, quisten und quirlen diese verworrene Masse aus allem Zusammenhange gerissener Abschnitte, Kapitel, Sätze noch tüchtig durcheinander, kleben die einzelnen Stücke dann wieder ganz blindlings auf große Bogen Papier, heften diese Bogen zusammen und vor sie ein Blatt, auf welches sie einen Titel schreiben und etwa eine kurze Vorrede, schicken endlich die ganze Pastete in eine Druckerei, aus welcher sie dann als funkelnagelneues Buch hervorgeht. Sobald dies Machwerk erschienen ist, posaunen es die Spießgesellen des „Verfassers" — denn diese Leute hängen alle wie die Kletten zusammen und haben förmliche Assekuranzgesellschaften gebildet, in denen Alles gelobt wird, was von ihnen, und Alles getadelt wird, was von Anderen ausgeht — als epochemachendes Meisterwerk aus und reißen zugleich die Werke herunter, aus denen es zusammengeplündert ist, was beiläufig meistentheils der „Verfasser" schon in der Vorrede seines „Werkes" selbst besorgt hat. Natürlich verräth er den Lesern niemals, woher er seine Weisheit hat, sondern hängt seinem nackten Raube bestenfalls nur insofern ein Mäntelchen um, als er etwa gelegentlich in eine Bemerkung des stibitzten Manuscripts ein Sätzchen einschiebt derart: „wie der und der" (Name des bestohlenen Autors) „nicht mit Unrecht sagt" oder Aehnliches. Es ist das Verfahren jenes Taschendiebes, der, als er eine Uhr gestohlen hatte, mit sittlicher Genugthuung constatirte, daß sie richtig ging.

Die Folgen dieses Verfahrens leuchten ein. Zunächst verdrängt diese Schandliteratur die besseren Werke tüchtiger Autoren. Denn da jenen Individuen das schäbigste Honorar noch immer eine königliche Belohnung für ihre Scheeren- und Kleisterarbeit von wenigen Stunden ist, so können ihre Schmieralien zu viel billigerem Preise vertrieben werden als gute Schriften, deren Autoren einen entsprechenden Ersatz für ihre aufgewandte Arbeitskraft von den Verlegern verlangen müssen, und das Publikum kauft sie vorzugsweise. Dann aber, da zwar ihre einzelnen Theile außer allem Zusammenhange oder gar in schreiendem Widerspruche stehen, aber in sich logisch und vernünftig, weil eben aus ordentlichen Autoren entlehnt, sind, so schielen alle diese „Schriften" nach einem Sinne, während sie thatsächlich keinen haben, so glaubt der mit der einschlägigen Materie nicht genau vertraute Leser wunder welche tiefsinnige Weisheit zu vernehmen, während er thatsächlich nur ein wahnsinnig heulendes Konzert von wie betrunken durcheinandertaumelnden Gedanken hört. Eins von beiden ist die Folge: entweder bricht sich der Leser Bahn durch den Wirrwarr und hat dann den Kopf voll der ungeheuerlichsten Vorstellungen, oder er bleibt in dem Dickicht stecken, wirft mit instinktivem Ekel das Buch in den Winkel und versinkt in die völligste Gleichgiltigkeit gegenüber den öffentlichen Dingen. So wird ein geistiger Massenmord systematisch betrieben, gegen den eine Brunnenvergiftung wirklich noch als Körperverletzung mit mildernden Umständen zu betrachten ist.

Seit fünf Jahren hauste diese fürchterliche Rotte vorzugsweise auf dem kirchenpolitischen Gebiete, weil sich ihm das nationale Interesse vornehmlich zuwandte, und sie trägt ihr gerüttelt und geschüttelt Theil der Schuld an der Abspannung und Lethargie, welche sich der Bevölkerung in dem Kampfe gegen Rom bemächtigt hat. Seitdem dies Feld erschöpft ist und sich das öffentliche Interesse mehr und mehr auf die Sozialdemokratie conzentrirt, wirft sich der Schwarm Heuschrecken gleich auf die Sozialpolitik, und da seine stupende Unwissenheit hier fast noch größer ist, als sonst irgendwo, so überbietet er fast noch Alles von ihm bisher Geleistete oder richtiger Gekleisterte. Wenn man bedenkt, wie die ganze Zukunft des deutschen Reiches von dem Interesse und Verständniß abhängt, welches alle Schichten des Volks unserer sozialen Entwickelung entgegenbringen, so kann man diese Dinge nur mit steigender Entrüstung, mit wachsendem Ingrimm ansehen. Dabei ist auch gar nicht abzusehen, wie dem grauenvollen Unfuge abzuhelfen ist; denn eine Gesundheitspolizei giebt es auf geistigem Gebiete nicht, über allgemein gehaltenen Tadel lachen jene Individuen, und in jedem einzelnen Falle, den einzelnen Uebelthäter an den Pranger zu stellen, ist eine ekelhafte Henkersarbeit, zu welcher sich Leute, die Besseres zu thun haben, nicht leicht hergeben. Vielleicht aber nützt es doch etwas, einmal ein gründliches Exempel zu statuiren, und da wir einen dieser Haifische just in unserem Fahrwasser spielen sehen, so wollen wir unsere Fahrt einen Augenblick unterbrechen und eine Harpune nach dem dreisten Eindringling werfen.

Es sind auch noch andere Gründe, welche uns das Buch Christoph Wild's: „Ein Jahr sozialer Arbeit 1877" (Bromberg, Fischer) zur Statuirung eines Exempels geeignet erscheinen lassen. Erstens ist es ein ganz unübertreffliches Exemplar der Gattung, an dem sich die Methode jener Scheeren- und Kleisterhelden sehr schön studiren läßt. Zweitens ist es — wir sagen es ungern, aber wir sagen es, weil es die Wahrheit ist — von einem großen Theile der Presse dem Volke als eine heilsame und nützliche Quelle der Belehrung empfohlen worden. Drittens soll es Fortsetzungen erhalten, was um jeden Preis gehindert werden muß. Viertens endlich erscheint es pseudonym, so daß wir, indem wir es literarisch und moralisch abthun, eben nur die Gattung, eben nur die Sache und keine Persönlichkeit treffen. Wir kennen Christoph Wild nicht und er kennt uns nicht. Er hat uns nie etwas gethan und wir wollen ihm auch nichts thun. Sollte er sich dennoch schmerzlich berührt fühlen, so wird ihn wenigstens das Bewußtsein, daß er nur für seine Brüder in Marsyas duldet, erheben und trösten.

Die gedachte „Schrift" kostet 2 Mark und soll nach der Vorrede die soziale Bewegung des Jahres 1877 schildern, also einen recht nützlichen Zweck erfüllen. Schlägt man sie aber auf, so findet man nichts Anderes als 29 Kapitel voll kritischer Glossen zu einer Menge einzelner Fragen, die ohne jede systematische Anordnung sich über Tausend und ein Ding verbreiten, und einen Anhang, welcher Auszüge aus sozialdemokratischen Kalendern, Unterhaltungsblättern und Büchern enthält. Und dies ganze Buch mit Ausnahme des Titels, der Kapitelüberschriften, der Vorrede und des Schlußworts, deren jedes noch nicht eine Seite füllt, und etwa noch eines oder zwei Dutzend Zeilen, ist Scheere- und Kleistergut. Herr Wild hat schlauer als die meisten seiner Zunft allerdings nicht sowohl aus Büchern wie vielmehr mit Vorliebe aus schnell verwehenden Zeitungsblättern die Hunderte und Hunderte von Flicken herausgesetzt, aus denen sein großes Plagiat zusammengeplätzt ist. Wir können die Sache genau constatiren, da gut zwei Drittel der „Schrift" aus einer wild verworren durcheinander gerüttelten Unmasse von Bruchstücken aus den vorjährigen Leitartikeln der „Staatsbürger-Ztg." bestehen. Beispielsweise will Herr Wild das X. Kapitel seines Buches schreiben. Er nimmt die Scheere, fährt blindlings in den Jahrgang 1877 der „Staatsb.-Ztg." hinein und reißt drei Stücke aus, die äußerlich etwa ein Kapitel zu füllen versprechen. Nun gehören dieselben drei Leitartikeln (15. März, 3. Juli,

zialistische Stimmen; bei den engeren Wahlen mehr 23,359, also im Ganzen 379,512. Bei der letztverflossenen Wahl wurde bekanntlich in einer großen Anzahl Kreise entweder sehr wenig oder gar nicht agitirt, sondern die ganze Kraft auf Beschaffung von Mitteln für die offiziellen Wahlkreise gelegt. Angesichts der ungünstiger kaum zu denkenden Verhältnisse, der namenlosen Verhetzungen in Folge der Attentate, der unerhörten Maßregelungen, Beeinflussungen und dem beim Wahlakt selbst ausgeübten Druck kann die sozialistische Partei mit dem Wahlresultat vollkommen zufrieden sein!

— Dr. Rudolf Meyer veröffentlicht folgenden Brief: „Verehrliche Redaktion! In dem Momente, da die Reichsregierung ein Ausnahmegesetz vorlegt, das nach ihrer Ansicht der Sozialdemokratie in Deutschland ein Ende bereiten wird, nach meiner aber aus einer politischen Partei einen gewaltigen und wirklich gefährlichen Geheimbund machen muß, beschäftigt man sich mit Recht mit der Frage, wie diese Partei entstand, welches ihre ersten Ziele waren und wie sie sich weiter entwickelte. Ueber die ersten beiden Fragen war man berechtigt, in den von A. Wagner und Schuhmacher-Zarchlin veröffentlichten Briefen Lassalle's an Rodbertus werthvolle Aufschlüsse zu finden. Ich kenne die Originale seit Jahren und Rodbertus hat mich auf zwei höchst wichtige Stellen aufmerksam gemacht, welche die Herausgeber entweder unterdrückt oder willkürlich geändert haben. Es ist eine Ehrensache für die Herren Herausgeber, in diesem, für unser Vaterland so verhängnißvollen Augenblick den deutschen Abgeordneten durch Wiederherstellung des correkten Textes einen werthvollen Anhalt für ihre demnächstige Abstimmung zu gewähren. Sollten sie sich dieser Pflicht nicht ungesäumt entledigen, so würde ich mich gezwungen sehen, so gut ich das aus dem Gedächtniß kann, zu thun, was sie unterließen. Es handelt sich um einen Namen und um ein Urtheil über die Tragweite, welche Lassalle selbst seinem ökonomischen Programm beimaß. Paris, 12. September 1878. Dr. Rudolf Meyer."

Wir sind sehr gespannt darauf, was Prof. Adolf Wagner auf diesen Brief antworten wird.

— Admiral Werner hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Ein Telegramm der „Weser-Zeitung" aus Kiel, 17. September, berichtet darüber: „Das Demissionsgesuch Werner's erregt großes Aufsehen, weil es als Protest gegen das System Stosch betrachtet wird. Gestern Morgen fand eine Erörterung zwischen Stosch und Werner statt, worauf Werner sofort von den Geschäften zurücktrat." — Die besten deutschen Kriegsschiffe sind mitten im Frieden zerstört worden und nun geht auch noch der einzige Admiral, der von der Sache etwas versteht.

— „Die Majestätsbeleidigungen und die preußischen Richter". Unter diesem Titel hat der durch seine Schrift: „Der preußische Richter von seiner Schattenseite" bekannte Schriftsteller Nikolaus Planenberg eine neue Schrift herausgegeben, wodurch er sich den Zorn aller Reichsschweifwedler zugezogen hat. Planenberg unterzieht die einzelnen Urtheile und die denselben zu Grunde gelegten angeblichen Beleidigungen einer eingehenden Kritik und kommt dabei zu Resultaten, welche für unsere Richter nach mehr als einer Seite hin nichts weniger als schmeichelhaft sind. — Daß man über die Majestätsbeleidigungsprozesse und das damit im indirekten Zusammenhang stehende Denunziationsunwesen in den weitesten Kreisen des Volkes ganz anders denkt, als wie es gewissen Kreisen lieb ist, ist bekannt, und nur so der giftige Ton erklärlich, in welchem eine unzweifelhaft offiziöse Notiz gehalten ist, welcher wir in liberalen und conservativen Blättern begegnen, und welche sich auf obengenannte Broschüre bezieht. Planenberg — bekanntlich soll sich hinter diesem Pseudonym ein preußischer Richter verstecken — hat eben ausgesprochen, was Hundert-Tausende, ja der gesammte freisinnige Theil des deutschen Volkes denkt und das soll nicht sein, deshalb die Wuth.

— Das Gesuch der Reichstagsabgeordneten Bahlteich und Kayser, um vorläufige Haftentlassung anläßlich der Reichstagssession, ist von der sächsischen Regierung abgelehnt worden.

— Unser Parteigenosse Günther, Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund", ist anläßlich einer Besprechung des Liebknecht'schen „Sitzenbleibens" im Reichstage unter der Anklage der Majestätsbeleidigung verhaftet worden. — Genosse Zaumsegel, der sich in Dresden in Haft befindet, hat noch 3 Wochen Gefängniß hinzubekommen. — C. Wolferts in Barmen erhielt 6 Wochen Gefängniß — Delict § 131.

— „Die Zukunft", Sozialistische Revue. Das letzte, 24. Heft, des ersten Jahrganges enthält: Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug im Lichte des Sozialismus (Schluß). — Die Exploitation der Arbeit in Amerika. Von Dr. Geo. C. Stiebeling (Forts.). — Rezensionen.

Lehmann-Hödel.

Wir haben schon vor einigen Tagen erwähnt, daß die Behörden sich geweigert hätten, der Mutter des „Attentäters Sr. Majestät" dessen letzten Brief an sie auszuhändigen. Jetzt lesen wir in Bezug auf diesen Brief und andere Schriftstücke von der Hand Lehmann's Folgendes in den Berliner Zeitungen:

„Der Oberstaatsanwalt v. Luck, welcher in dem Hochverrathsprozesse gegen Hödel fungirte, hat in einer kleinen, anscheinend nur für juristische Kreise bestimmten Schrift interessante Mittheilungen über die beiden letzten Tage Hödel's gemacht, welche manches Neue enthalten. So hat Hödel, nachdem ihm die Vollstreckung der Todesstrafe bekannt gemacht worden war, thatsächlich noch ein Begnadigungsgesuch verfaßt. Dasselbe lautet:

„Euer Kaiserliche Majestät von Deutschland, König von Preußen 2c. bittet ganz unterthänigst der Klempnergeselle Hoedel, angeklagt wegen Hochverraths und durch das Königliche Kammergericht zum Tode verurtheilt, gestützt auf die Generosität Sr. Majestät, um Negirung des Urtheils, indem er um Gnade bittet zur Erhaltung seines Lebens."

Das Gesuch wurde am Mittag beim Kammergericht unter Zuziehung des Oberstaatsanwalts vorgetragen, aber nicht für geeignet erachtet, einen Aufschub der Strafvollstreckung zu befürworten. — Die letzten, bis jetzt noch nicht veröffentlichten Schriftstücke Hödel's umfassen den letzten Brief an seine Eltern, seine letzten Wünsche und eine Selbstbiographie. Der Brief lautet:

„Berlin, den 15. August 1878. Herzlichgeliebte Eltern! Am heutigen Tage ist mir meine Beförderung vom Leben zum Tode auf morgen früh 6 Uhr angezeigt und wird die Exekution in Moabit stattfinden. Meine angeborene Weichherzigkeit habe ich vollkommen abgestreift, um nicht die letzten Lebensstunden mich in Traurigkeit versetzt zu sehen, immer heiter und fidele — meiner Liebe zu Euch seid Ihr stets auch in schwachen Momenten versichert gewesen, also noch heute, was ich gewiß weiß, ja bis zum letzten Athemzug; ich möchte jedoch nicht, Euch in Traurigkeit zu versetzen, was ich zwar schon oft gethan, doch daß habt Ihr mir vergeben, ich fahre also mit sächsischer Gemüthlichkeit ab.

Waldeinsamkeit,	
wie mich erfreut	Promenade,
so morgen wie heute	Rosenthal,
Waldeinsamkeit	Schwanenteich.
Die mich erfreut	

Ich bin sehr erfreut zu wissen, daß Ihr Euch trösten könnt; das Vergessen wird auch seine Macht an Euch bewähren, daß bin ich sicher, das Gras wächst schnell, ich wünsche, geliebte Eltern, daß das Rad der Zeit rollt über Alles. Hoch lebe die Commune! Den von Euch abgesandten Brief, den Einzigen, den ich erhalten, lege ich Euch hier bei; auch einige Bündel Kopfhaare als Locke und Fingernägelabschnitte, die graufig lang gewachsen waren, Ihr könnt Euch überzeugen, zum Andenken. Eine lange Conversation per Brief habe ich in meinen beschlagnahmten Briefen geführt, repitiren will ich nicht mehr; es nützt Euch auch nichts. Ich wünsche Euch schließlich alle Annehmlichkeiten im Alter, glückliches Zusammenleben, die bisher angehaltene Gesundheit, auch späterhin und: Macht hier (auf Erden) das Leben gut und schön, kein Jenseits (Himmel) giebts, kein Wiedersehn! Unterschrift.

„Vivat la Franc.

Max Hödel's letzte Wünsche sind folgende:

1) Die Spieldose, sammt den Photographien von mir, vom Photograph Dietrich, die Photographie, die bei meiner Verhaftung gefunden, meine Mutter und mich darstellend, diese Objekte bitte ich meinen Eltern zuzustellen.

2) Die, nicht der Reichsregierung „gefährlichen" Briefe, welche ich an meine Eltern u. s. w. geschrieben, denselben dieselbige einzuhändigen, sammt den heute geschriebenen und Beigegebenen.

3) (Ist unausgefüllt geblieben.)

Stadtvoigtei Berlin, den 15. August 1878. Autobyographie des Klempnergesellen Emil Heinrich Max Lehmann, geb. Hödel, gen. Traber, geboren am 27. Mai 1857 in der Johannisgasse zu Leipzig von der Jungfrau Charlotte Amalie Emilie Hödel, Tochter des verstorbenen Schuhmacher-Meister Hödel in Möckern, Gambatte Hoch (?) ist geboren am 4. Mai 1820 in Möckern; mein Vater ist mir unbekannt geblieben. Am 14. Juni dess. J. erhielt ich in der Thomaskirche zu Leipzig die „heilige" Taufe. Geburtsfeier. Den zweiten Geburtstag erlebte ich in Möckern, im Hause meiner Großmutter, den dritten bis sechsten in Schkeuditz in der Pflege meines Onkels, der zugleich Curator, den siebenten bis elften bei meiner Mutter, die unterdeß den Schuhmachermeister Johann Carl Eduard Traber geheirathet, meinen jetzigen Stiefvater; den zwölften Geburtstag auf einer Fluchtreise im Gefängniß zu Magdeburg, an welchem Tage ich auch in Freiheit gesetzt und per Fuß mittelst Marschroute meinen Weg über Köthen nach der elterlichen Wohnung antreten mußte. Am 27. Mai 1870 konnte ich mich im Hause meiner Eltern in Leipzig amüsiren, ein Jahr später, also zur Feier des 13. Geburtstages, befand ich mich in der Erziehungs-Anstalt zu Zeitz; den 14. mußte ich ebenfalls in Beschränkung meiner individuellen Freiheit daselbst erleben; den 15. und 16. hatte sich in der Lehre als Klempner bei Härtling in Zeitz zu verbringen; den 17. bei den Gärtner Baum ebenda; 1875 hatte ich die Freude, bei meinen Eltern verweilen zu können, 1876 ditto, 1877 als am 20. Geburtstage sah ich mich im Kreise oppositioneller Böhmen gegen Oestreich in einem kleinen Städtchen nahe bei Böhmisch-Leipa, ihnen Sozialismus lehrend; das Ende, den 21. Geburtstag in Ketten und Banden in der Stadtvoigtei zu Berlin; inhaftirt wegen Hochverrath und versuchten Mord.s Ab Sela. Der Mohr kann gehen."

Dies die anscheinend amtliche Notiz.

Was wir in Bezug auf den „letzten Brief" Lehmann-Hödel's vermuthet: daß er dessen Halbidiotismus drastisch illustriren werde, hat sich durch diese Mittheilung und die Mittheilung der übrigen Schriftstücke im vollsten Maße bestätigt.

Wer so schreibt, ist kein Mensch mit normaler Hirnbildung.

Aber noch Eins: wir vermuthen stark, daß der Brief und die übrigen Schriftstücke nicht vollständig sind, das heißt, daß die schlimmsten, wir meinen die verrücktesten Stellen, fehlen. Denn welchen Sinn hätte es sonst gehabt, der Mutter den Brief, welchen man doch veröffentlichen wollte, vorzuenthalten, wozu man juristisch kein Recht hatte.

Correspondenzen.

Breslau, 15. September. Heute kann ich Ihnen nichts Erfreuliches melden. Unser armer Parteigenosse Keller ist, wie Sie aus früher eingesandtem Bericht gesehen, Gefangener in hiesiger Strafanstalt. Aber wie wird der arme Teufel behandelt? Trotzdem derselbe schwer krank, ist ihm die Selbstbeköstigung nicht gewährt worden, während notorisch gemeine Verbrecher, wie z. B. ein Arzt, der wegen Nothzucht bestraft worden ist, betrügerische Bankerotteure 2c. alle Begünstigungen haben, welche das Gefängnißreglement nur zuläßt. Keller ist schwer brustkrank und wird bei der Cigarrenfabrikation beschäftigt; er muß Tabakblätter ausrippen! Er ist in so strenger Einzelhaft, daß sogar den Aufsehern streng verboten, demselben auf irgend eine Frage Antwort zu geben, viel weniger ein Wort mit ihm zu sprechen. Sein Tagewerk geht früh ½5 Uhr an mit Reinigen seiner Zelle und Waschen des Geschirres, und nachdem er sein „Frühstück" (wer im Breslauer Gefängniß war, wird es kennen) eingenommen, geht's an die obengenannte Arbeit. Seine Einsamkeit wird höchstens unterbrochen durch den Besuch des Gefängnißpfarrers, welcher seine lästigen Bekehrungsversuche an ihm zur Anwendung bringt. Der fromme, von christlicher Liebe überschäumende Gefängnißdirektor (der Name ist Grützmacher) sagte nur, als Keller bat, einen Brief an die ihm hier zunächst stehenden Freunde zu schreiben: Was, Ihnen soll ich diese Begünstigung gewähren? Sie, der Sie Tausende durch Ihre Aufhetzungen ins Unglück gestürzt haben? Niemals! Alle Genossen, welche Aussicht haben, in die Lage Kellers zu kommen, und es sind nicht ganz wenige, haben hiermit einstweilen einen kleinen Vorgeschmack von der Herrlichkeit, die ihrer im Breslauer Gefängniß wartet. Doch, bange machen gilt nicht!

Hainichen, 30. August. Bei der letzten Wahlagitation galt es vor Allem, den Kleinbürgerstand für uns zu gewinnen, was uns in der Folge auch vollständig gelungen, zumal sich die reichstreuen Parteien, Conservative und Liberale, mit allem nur möglichem Schmutz bewarfen. Die Gegner glaubten hier die Sozialdemokraten todtgemacht zu haben; da auf einmal traten wir öffentlich mit unserm Candidaten Kayser auf den Kampfplatz. Wir hatten uns bis dahin in aller Stille organisirt, Conferenzen abgehalten und Alles zum Kampf bereit gemacht, und gerade diese Taktik mochte die Gegner verwirrt haben, denn das Geschimpf unter ihnen ging fort. Auch mochten sie wohl glauben, daß wir nur eine geringe Zahl von Stimmen erhalten würden, denn es war Alles nur mögliche von ihnen versucht worden, die Arbeiter einzuschüchtern und mit Entlassung aus der Arbeit zu bedrohen. Auch bezüglich Abhaltung einer Wählerversammlung machte man uns allerhand Schwierigkeiten, doch gelang es uns, eine solche am 27. Juli zu arrangiren, in welcher Genosse Goldstein mit vielem Beifall sprach. Nicht so die Versammlungen der Conservativen am 28. Juli in Langenstriegis und am 29. in Hainichen. In beiden Versammlungen wurde den Herren Liberalen das Wort nicht gegeben. Letztere, wo Herr v. Oehlschlägel selbst zugegen, wurde sofort nach Beendigung des Vortrags vom Vorsitzenden in „Gottes Namen" geschlossen und kam es fast zu Thätlichkeiten zwischen diesen beiden Parteien. Daß diese Vorgänge uns nur genützt, beweist das Resultat vom 30. Juli. Trotz aller Machinationen, Drohungen 2c. hatten wir einen Zuwachs von 980 Stimmen gegen den 10. Jan. 1877. Aber noch war der Sieg nicht ganz erfochten und galt es nun mit aller Kraft vorzugehen, zumal sich die feindlichen Brüder sofort einigten und geschlossen uns gegenüber Stellung nahmen. Bereits am 5. August langte Genosse Hörig aus Hamburg hier an, mit welchem wir sofort die weiteren Maßnahmen beriethen. Sonntag den 11. fand in dem nahen Langenstriegis eine von uns arrangirte, sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher Hörig mit viel Beifall sprach. Auch hatte sich zu derselben ein Gegner in der Person des Dr. Seifert aus Oederan eingefunden. Nachdem derselbe zum großen Ergötzen der anwesenden Sozialisten eine ganze Reihe von abgerissenen Sätzen aus Bebels und Liebknechts Schriften vorgetragen, sowie

---

9. November) an, welche die allerverschiedensten Fragen behandeln, die Ergebnisse der Klassensteuer, das Erbrecht und das allgemeine Stimmrecht. Allein gleichviel, die Papierstücke werden aufgeklebt, darüber geschrieben „Politische Zeitfragen" und das X. Kapitel ist fertig. Oder Herr Wild will den „katholischen Sozialismus" in 1877 schildern. Da schneidet er 14 Zeilen aus einem Ketteler's Stellung in der Polemik Lassalle-Schulze erwähnenden Leitartikel (20. Januar), 40 Zeilen aus einem Moufang's soziales Programm kritisirenden Leiter (10. März), 20 Zeilen aus unserm Nekrolog auf den Bischof von Mainz (14. Juli), 16 Zeilen aus unserer Kritik eines Buches vom Fürsten Isenburg-Birstein, klebt diese aus allem Zusammenhang gerissenen und sinnlos nebeneinanderwirbelnden Bruchstücke ohne jede Aenderung oder Zusatz auf, und das XXIV. Kapitel ist fix und fertig. Oder aber Herr Wild macht das XXVIII. Kapitel: „Der sozialdemokratische Congreß". Er schneidet 49 Zeilen aus unserer Besprechung (31. Mai) dieses Congresses, 7 Zeilen aus unserer Kritik (21. September) der wissenschaftlichen Zeitschriften der Sozialdemokratie aus und klebt sie hintereinander. Dann schreibt er ausnahmsweise einmal eine Zeile, lautend: „Wir schließen hieran einige Sätze aus dem sozialdemokratischen Programm." Allein in demselben Augenblick ist ihm dies originale Beginnen schon wieder leid; es folgt unmittelbar und wortwörtlich ein zwanzigzeiliger Fetzen aus einem unserer Artikel (3. Januar), der nicht den leisesten Zusammenhang mit dem Congreß hat und einen Wahlaufruf der Berliner Sozialdemokraten bespricht, und unmittelbar daran schließen sich dann weitere 31 Zeilen aus einem Leitartikel (15. Januar), welcher untersucht, in welchem Zahlverhältniß die steuernden Mitglieder der Sozialdemokratie zu den stimmenden stehen. Und wenn der Leser diesen Höllensalat von bunt aus den allerheterogensten Artikeln zusammengewürfelten Brocken hinuntergewirkt hat, weiß er, was „der sozialdemokratische Congreß" 1877 ausgerichtet hat! Es ist unerhört und unglaublich, aber buchstäblich wahr.

Im Ganzen sind von den 28 Kapiteln der „Schrift" 16 ganz und 3 theilweise aus einzelnen sinnlos aneinandergeklebten Partikeln unserer Leiter zusammengeschneidert und gekleistert. Durchschnittlich schlachtet Herr Wild drei bis sechs Artikel für ein Kapitel aus. Beispielsweise Kapitel VI ist aus zwei Leitern über die Gewerbeordnungsdebatten im Reichstage und einem Leiter über die Gewerbezählung komponirt, Kapitel VII dagegen aus sechs Artikeln über Kinderarbeit, Kunstgewerbe und Gefängnißarbeit, Fabrikinspektoren, Koalitionsrecht, Strikes, Patentgesetz. Kapitel XVI „Die Affaire Dühring" ist ein blutig verstümmelter Rumpf aller unserer fortlaufend zusammenhängenden Artikel über diese Affaire; um sie in das Procrustesbett eines Kapitelrahmens zu spannen, sind die wichtigsten Glieder der logischen Entwickelung weggesäbelt. Kapitel XVII, unter dem stolzen Titel: „Häckel, Darwin und Virchow", braut zwei unserer Artikel über Virchow's Rede auf dem vorjährigen Naturforschercongreß auf anderthalb Seiten zusammen. Kapitel XX, „Politisches", enthält unter diesem anspruchslosen Titel Bruchstücke aus einigen unsrer Artikel über die Arbeiterfrage, die reaktionäre Sozialpolitik, die Agrarier und die Broschüre des Leipziger Fortschrittlers Findel. Die letzten Kapitel über die Staatssozialisten, Katheder-sozialisten, Max Hirsch, Internationale, Genter Congreß 2c. sind ganz und gar unsern entsprechenden Ausführungen, aber immer in sinnlos zusammengeschweißten Bruchstücken entnommen.

Von dem letzten Drittel der „Schrift" ist ein Kapitel einer Broschüre von Lammers, ein Kapitel einer Broschüre von Fries, ein Kapitel einem Vortrage von Professor Held, ein Kapitel der „Berliner Freien Presse" entnommen. Etwa von einem halben Dutzend Kapitel können wir nur im Allgemeinen angeben, daß sie aus den Leitartikeln anderer hiesiger Blätter, deren wir uns genau erinnern, zusammengestümpert sind. Von dem „Verfasser" selbst sind, wie gesagt, nur Titel, Kapitelüberschriften, Vorrede und Schlußwort und vielleicht auch Kapitel X, welches unter dem Titel: „Die Manchesterpartei" genau 11 Zeilen zählt. In dem Schlußwort rechtfertigt Herr Wild die Herausgabe seines Buchs ganz nach der Methode dieser Sorte von „Schriftstellern". Er empfiehlt seine „freie und frische", wie er es nennt, Schreibund, wie wir es nennen müssen, Scheeren- und Kleisterweise und versetzt den ernsthaften Schriftstellern auf sozialpolitischem Gebiete den obligaten Eselsfußtritt, indem er die bisherige Literatur über Sozialdemokratie „sehr mangelhaft" nennt, weil sie „professorenhaft langweilig" oder „historisch gewissenhaft" sei. Es ist eine Schande und eine Schmach, daß im „Volke der Denker und Dichter" ein solcher Plagiator nicht blos ungestraft, sondern selbst vielfach gelobt, die von ihm geplünderten originalen Autoren wegen ihrer „historischen Gewissenhaftigkeit" dem Publikum denunziren darf.

Und damit genug! Wir sind fertig mit Herrn Wild und seinem Buche und scheiden von ihm, so es sein und unser gütiges Schicksal will, auf Nimmerwiedersehen!"

So die „Staatsbürger-Zeitung".

Wir wollen diesem Artikel nur hinzufügen, daß eben dieser selbe Christoph Wild einer der Hauptmitarbeiter der „Magdeburgischen Zeitung" ist, von welchem sich das genannte Blatt die heftigsten und perfidesten Angriffe gegen die Sozialisten für das Feuilleton zusammenscheeren und -kleistern läßt.

Theile aus sozialistischen Liedern citirte, fertigte Genosse Hörig denselben gebührend ab. Große Freude verursachte uns die Mittheilung aus Freiberg, daß Dinstag, den 13., Liebknecht komme. Die Versammlung war auf 8 Uhr anberaumt und schon um 7 Uhr begann sich der Saal zu füllen, voran die Herren Liberalen, welche glaubten, das Bureau für diesen Abend in ihre Hände zu bekommen. Sie hatten sich aber geirrt und bekamen schon einen kleinen Vorgeschmack für den 15. August. Die Versammlung hat wesentlich dazu beigetragen, uns den Sieg zu verschaffen. Nach einigen beherzigenden Worten Hörig's wurde die Versammlung in der besten Stimmung für uns geschlossen. — Aber auch ein Opfer ist zu beklagen. Unterzeichneter, seit 23 Jahren für die Herren Günther u. Sohn thätig und von denselben erst noch vor Kurzem als einer der besten Arbeiter bezeichnet, wurde infolge seiner Thätigkeit für die gerechte Sache des Volkes Dienstag, den 20. August, seiner Arbeit für genannte Firma mit den Worten verluftig erklärt: „Für Sie haben wir keine Beschäftigung mehr!" Ich stehe also nun mit einer Familie von fünf unerzogenen Kindern existenzlos da, das Gespenst des Hungers erwartend. Hier in Hainichen erhalte ich keine Beschäftigung mehr. Vielleicht erbarmt sich meiner ein Genosse und verschafft mir Arbeit. Mit sozialdemokratischem Gruß

Franz Engelmann, Gartenstr.

Magdeburg, 17. September. Die hiesige sozialdemokratische Genossenschafts-Buchhandlung veröffentlicht folgende polizeiliche Verfügung, welche ihr zugegangen ist:

„Magdeburg, den 30. August 1878.

Es wird Ihnen hiermit Geldstrafe bis zu 150 Mark, im Unvermögensfalle Haft bis zu 10 Tagen, für den Fall angedroht, daß Sie ferner an Ihrem Geschäftslokale oder im Schaufenster desselben die „Magdeburger Freie Presse" anheften bezw. öffentlich ausstellen sollten. Hiergegen steht Ihnen binnen 21 Tagen, vom Tage der Behändigung dieser Verfügung ab gerechnet, das Rechtsmittel der Beschwerde oder Klage offen.

Der königliche Polizei Präsident. J. V.: v. Gayl."

Der Vorstand der Genossenschaft zeigt an, daß er dagegen den Beschwerdeweg beschritten habe.

Kiel, 4. September. In den letzten drei Wochen fanden hierselbst über einen Vortrag des Herrn Dr. Müller, „Ueber die Unmöglichkeit der sozialistischen Gesellschaft", mehrere Disputationen zwischen dem Herrn Dr. Müller und unseren Genossen Walther und Wolff statt. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 4—5000 Personen besucht und verliefen in musterhaftester Ordnung. Selbst gegnerische Blätter geben zu, daß unsere Partei entschieden den Sieg davon getragen habe, indem der Herr Dr. Müller schließlich die Richtigkeit der von uns aufgestellten Forderungen und Programme zugeben mußte. Unsere Sache hat durch diese durchaus sachlich gehaltenen Auseinandersetzungen entschieden gewonnen und wäre nur zu wünschen, daß die Herren Gegner allüberall in solcher Weise den Kampf mit uns aufzunehmen suchten. Auf die Sache selbst noch näher einzugehen, erlaubt mir der Raum des „Vorwärts" nicht und verweise ich alle Leser auf die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung".

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Arbeitermarseillaise		—. 05.
Auerbach, Tagebuch aus Wien		—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrud und Olympia		—. 10.
Auszug aus den gesetzl. Bestimmungen über die Landtagswahl		—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden		1. 60.
Bebel, A., Bauernkrieg		2. —.
— — Rede über die Anträge betr. Abänderung der Gewerbeordnung		—. 10.
— — Die Entwickelung Frankreichs vom sechszehnten bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts		—. 25.
— — Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1874—76		—. 80.
— — Glossen zur Schrift: „Die wahre Gestalt des Christenthums		—. 25.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.		3. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25.
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — K. Fourier		—. 80.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.		3. —.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph, Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit		2. 50.
— Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (1877)		3. 50.
— — Vorbote. Soz.-pol. Monatsschrift. 1866—1870		6. —.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 10.
Bios, W., Unsere Preßzustände		—. 10.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866		—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris		—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793		—. 60.
Bornitan, Religion und Sozialismus		—. 40.
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk		—. 25.
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten		—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager		—. 15.
— — Hütet Euch vor den 300 Millionen neuen Steuern		—. 10.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte		1. —.
Büste der Freiheit. 25 Ctm. Höhe in Gyps weiß		2. —
„ „ Elfenbeinton		2. 50
— — Consols hierzu weiß 1 M., Elfenbeinton		1. 20
Christenthum und Sozialismus		—. 15
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 15
Civilehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		—. 10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht		—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Sievers contra Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch.		—. 20.
— — für 1878. broch.		—. 20.
— — für 1879. broch. 0,40 M., geb.		—. 60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871		1. 25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878		—. 40.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74		—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage		—. 15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft		—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage		—. 15.
Dissidentengesetz		—. 20.
Donat, Dr. A., Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten		—. 25.
— — ABC des Wissens. 4. Aufl.		—. 15.
Duik, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 15.
Einkommensteuergesetz		1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 30.
— — Der deutsche Bauernkrieg		—. 50.
— — Soziales aus Rußland		—. 15.
— — Bakunisten an der Arbeit		—. 10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. I. Thl. Philosophie. II. Thl. Pol. Oekonomie u. Sozial. à		—. 75.
Erinnerung an Herwegh		—. 10.
Erinnerung an Börne		—. 20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft		—. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50.
— — Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung		—. 60.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73		2. —.
— — Nachtrag von 1873—76		1. 20
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40
Gewerbeordnung für das Deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50.
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Greulich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten		—. 25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40.
— — Erlebtes (Skizzen und Novellen)		1. 20.
Heyner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus		—. 20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Assoziation 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke		—. 10.
— — Die Organisation der Massen		—. 20.
Hilfskassengesetz, Leitfaden für zu errichtende Krankenkassen		—. 30.
Hirsch, die Parteikrise, ihre Bedeutung und Organisation		—. 10.
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde.		2. —
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Kegel, M., Freie Lieder (Gedichte)		—. 50
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky		1. —.
König, Schwarze Kabinette		—. 75.
König Mammon und die Freiheit Ein neues Bilderbuch		1. 20
Krasser, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05
— — Ceterum censeo (Gedicht)		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15.
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?		—. 35
— — An die Arbeiter Berlins		—. 10
— — Arbeiterlesebuch		—. 30.
— — Offenes Antwortschreiben		—. 05
— — Arbeiterprogramm		—. 10
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter		—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz		—. 30
— — Die Feste, die Presse ꝛc.		—. 15.
— — Bastiat Schulze		—. 50
— — Indirekte Steuern		—. 40
— — Düsseldorfer Assisrede		—. 30
— — Fichte's Philosophie		—. 25
— — Fichte's politisches Vermächtniß		—. 25.
— — Julian Schmidt		1. —.
— — Gotth. Ephraim Lessing		—. 20.
Leben und Thaten des Generals Jarosław Dombrowski		—. 75.
Lehn, Juristisches Taschenlexikon		—. 50.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie		—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.		—. 20
— — Reichstagsrede 1874		—. 10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.		—. 75.
— — Zur orientalischen Frage oder soll Europa kosakisch werden		—. 30.
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage		—. 30.
— — Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstag		—. 4.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75.
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 40.
— — Johannes Huß		—. 30.
Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871		4. —.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25
— — Das Kapital. 2. Aufl.		9.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte		1. 50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest		—. 20
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie		—. 30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten		—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesch		—. 15
— — Kapital und Arbeit		—. 50.
— — Bastille am Plötzensee		—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.		—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage		—. 40.
— — Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus		1. —.
Morelt, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen		—. 10
Motteler, J., Frauen- und Kinder-Arbeit		—. 15.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?		—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — Renzi. Drama in 5 Aufzügen		—. 30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman		3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle		—. 75.
— — Kranke Herzen		1. —.
— — Braunschweiger Tage		2. 50.
— — Ein verunglückter Agitator (Lustspiel)		—. 60.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, York, Blanqui, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Raoul-Rigault, Rossel ꝛc.; in Visitenkartenformat à		—. 25.
— — Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à		—. 25.
Photographien: in Kabinetformat à		—. 60
— — in Groß-Folio		3. —.
— — Triumph of Order, darstellend die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris		
28 Ctm. breit 20 Ctm. hoch pr. Stck		5. —.
20 „ „ 14 „ „ „		2. 50.
Pollitzer, J., Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern		—. 20.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht		—. 30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 05.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Congresses 1870		—. 15.
— — des Dresdener Congresses 1871		—. 20.
— — des Coburger Congresses 1874		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.		—. 30
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873		—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur		—. 50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes		—. 30.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerbefreier		1. —.
Rathgeber für Gewerbtreibende.		3. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 90.
„ Städteordnung		1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte		1. 90.
Rohleder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 80.
Rüstel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1 —.
Roller, der bekehrte Nagelschmied		—. 65.
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 60.
— — Gegen die Prügelpädagogen		—. 80.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus		1. 20.
Schlesinger, M., Eine Reise nach Utopien		—. 10.
Schell, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie		—. 25.
— — Der Massenaustritt aus der Kirche		—. 15.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage		—. 20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder geb. broch.		—. 50. —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 20.
Sozialistische Theaterstücke.		
Nr. 1: Ein Schlingel (Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)		—. 85.
Nr. 2: Preßprozesse (Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)		—. 25.
Nr. 3: Ein Opfer (Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)		—. 40.
Specht, Populäre Entwickelungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation		—. 10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich broch. eleg. gbd.		—. 60. 1. 50.
— — Brutus! schläfst Du? broch. eleg. gbd.		—. 60. 1. 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen		—. 75.
Tscherny-chewsky, N. G., Que faire? Roman		3 —.
— — L'économie politique		1. 50.
Tuchtfeld, Der Hellamaner. 4 Hefte		—. 80.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen		—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
— — Verfälschung der Lebensmittel		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		—. 20.
— — für 1875		—. 20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch. gebd.		—. 50. —. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Volkmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung		—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50.
Wander, K., Drei Jahre aus meinem Leben oder: Mein Prozeß wegen Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit ꝛc.		1. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften		2. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 10.
Zimmermann, Pfaffenpetsche. 1. Bd.		1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie		—. 25.
Zukunftsmedizin oder Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten. (Vollständig in 12 Heften.) Heft 1—11 à		—. 75.

Briefkasten

der Redaktion. Z. in L. Die Reichstags-Verhandlungen über das Sozialistengesetz werden demnächst nach den stenographischen Berichten in einer Broschüre erscheinen.

der Expedition: Krdzr Hohenstein (Ostpr.): Zur Unterstützung der Kinder Rüstow's können Sie Ihre Spende an Genossen Greulich, Redaktion der Tagwacht in Zürich senden. — Frz Rschl Wien: 5 Mark genügen für die Lassalle'schen Schriften und für Kreuzbandporto.

Unterstützungsfonds.

Durch C. R. Pausa gesammelt bei einem Spaziergang nach Syrakus 1,80.

Kottbus. Bestellungen auf **Arbeiter-Kalender** werden bis zum 1. Oktober entgegengenommen. Möge sich Jedermann einen solchen anschaffen und die gegnerischen Machwerke bei Seite werfen. Der Betrag muß bei der Bestellung gleich entrichtet werden, da seitens der der Expedition (was auch sehr richtig) nur gegen baar geliefert wird. Wer noch zu den Wahlkosten etwas beitragen will, wird ersucht selbiges an mich abzugeben. H. Teichert, Schuhmacher. [10

London.

An die hiesigen Abonnenten und Leser des „Vorwärts".

Da mit dem 1. Oktober ein neues Quartal beginnt, so ersuche ich bis spätestens 26. September das Abonnement erneuern zu wollen, damit in der Zusendung keine Unterbrechung eintritt, ebenso diejenigen, welche neu abonniren wollen, ersuche ich dieses bis dahin zu thun, und und mache darauf aufmerksam daß pränumerando abonnirt wird. Die Preise sind wie früher: [2,10

für 1 Exemplar	wöchentlich	3mal	4 sh.	2 d.		
„ 2	„	„	2 „	3 „	—	„
„ 3	„	„	3 „	2 „	6	„
„ 1	„	„	1 „	3 „	—	„

Da wir vom 1. Oktober an eine neue Einrichtung getroffen haben, wodurch es möglich, daß jeder Abonnent pünktlich bedient wird und beim Abonnement die Nummern, welche etwa schon erschienen sind, erhält und um allen Anforderungen zu genügen verschiedenen Uebelständen abgeholfen haben, so sollte es sich jeder Parteigenosse zur Pflicht machen, mehr Abonnenten dem „Vorwärts" zuzuführen. Abonnirt kann werden bei unserem Colporteur Scherzer im Vereinslokale 6 Rose str. Greek str. Soho und bis auf weiteres bei Unterzeichneten.

W. Hoffmann.

Die Neue Gesellschaft

Monatsschrift für Sozialwissenschaft

beginnt mit Oktober ihren 2. Jahrgang. Die ersten Hefte des 2. Jahrgangs werden voraussichtlich enthalten: Dr. **A. Schäffle**: Ueber die Reaktion in der wirthschaftlichen Gesetzgebung Prof. Dr. **Ludwig Büchner**: Die Frau. Ihre natürliche Stellung und gesellschaftliche Bestimmung. (60—80 Druckseiten.) Dr. **Aug. Theod. Stamm**: Der Mensch als Schüler des Kosmos und des kosmischen Veredelungsgesetzes. **Adolph Samter**: Das Eigenthum und der Sozialismus. Prof. **S. Bögelin**: Das Volksleben im Spiegel der neuern bildenden Kunst (mehrere Druckbogen stark). **Reinhold Rüegg**: Worauf es in unsern Volksschulen hauptsächlich ankommt. Dr. **Rud. Jonas Strohecker**: Die Sahara, ein Land friedlicher Eroberung. **H. W. Fabian**: Das Verhältniß des Individuums zum Staate. Dr. **Karl Schall**: Vom Gelde. Dr. **A. Mülberger**: Häckel und der Sozialismus. **Heinrich Dürer**: Das Recht und die Juristen. **Arthur Cornette**: Die Wissenschaft und die Gesellschaft. Aus dem Französischen übersetzt von Karl Schneidt. **J. Dietzgen**: Religion. Dr. **F. Wiede**. Kritische Darstellung der sozialwissenschaftlichen Theorien von Emil Acollas. III. u. v. A. [9,00

„Die Neue Gesellschaft" erscheint im Umfange 48—60 gr. Lex. 8° Seiten per Monatsheft. Abonnementspreis per Quartal Mk. 3,00; zu beziehen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen, in Leipzig auch bei Exped. d. „Vorwärts", sowie direct bei der Expedition der „Neuen Gesellschaft" in Zürich.

Zürich. Verlag der „Neuen Gesellschaft".

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Ball, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuß, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 113. Mittwoch, 25. September. 1878.

Bismarck und Lassalle.

Es kann uns gar nicht einfallen, die Rede, die Fürst Bismarck jüngst im Reichstage bei Berathung des Sozialistengesetzes gehalten hat, zu kritisiren; dieselbe entzieht sich völlig dem Boden der Kritik, und würde man sie in ihrem wirklichen Werthe durch entsprechende Epitheta bezeichnen, so dürften das die zarten Nerven des Reichskanzlers kaum vertragen können.

Deshalb gehen wir auf das Gespräch des Herrn Kanzlers nicht näher ein, sondern geben lediglich unserer Freude Ausdruck, daß Bismarck mit so hoher Achtung von Lassalle gesprochen hat. Ob sein Urtheil über den wahrhaft genialen — genial hier ohne Gänsefüßchen, Herr Reichskanzler! — Todten ein zutreffendes ist, das allerdings dürften alle Diejenigen, welche Lassalle besser als durch einige Plaudereien mit ihm kennen, füglich bestreiten.

Bismarck sagte, Lassalle sei kein Republikaner gewesen. In Lassalle's Briefen (Leipzig, Brockhaus 1878) S. 50 sagt Lassalle selbst von sich: „Ich bin von jeher ein Revolutionär aus der Schule Robespierre's gewesen, der in seiner Constitution schrieb: „Soziale Unterdrückung ist es, wenn auch nur ein einziges Individuum unterdrückt wird." Wenngleich zuerst an der Echtheit der genannten Briefe auch von unserer Seite gezweifelt wurde, so hat sich doch nachher herausgestellt — und zwar ist die Gräfin Hatzfeld dafür eingetreten —, daß die Briefe von Lassalle selbst geschrieben sind. —

Aber wichtiger als dieser Ausspruch Lassalle's ist ein anderer aus dem Jahre 1863, also aus derselben Zeit, in welcher Herr v. Bismarck mit ihm verkehrte. Dieser Ausspruch bezieht sich auf die orientalische Frage, die gegenwärtig für Deutschland so sehr verfahren worden ist.

Rodbertus hatte in einer Auseinandersetzung über das Nationalitätsprinzip an Lassalle geschrieben: „Und ich hoffe noch die Zeit zu erleben, wo die türkische Erbschaft an Deutschland gefallen sein wird und deutsche Soldaten oder Arbeiterregimenter am Bosporus stehen." Hierauf antwortete Lassalle:

„Die ganze Verschiebung der seit 1839 so oft in Angriff genommenen orientalischen Frage hat für mich immer nur den vernünftigen Sinn und Zusammenhang gehabt, daß die Frage so lange hingeschoben werden muß, bis der naturgemäße Anwärter, die deutsche Revolution, sie löst."

Das schreibt der „monarchische" Lassalle!

Doch bringen wir zunächst den wortgetreuen Satz, in welchem die „Lobeserhebung" des Herrn von Bismarck Lassalle gegenüber enthalten ist, für welche sich Letzterer aber, wenn er noch lebte, wahrscheinlich entschieden bedanken würde. Bismarck also sagte:

„Lassalle war ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum grade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch."

„Durchaus nicht Republikaner"! Dann war Robespierre auch kein Republikaner. „Ausgeprägte monarchische Gesinnung"! Die „Arbeiterregimenter" des Rodbertus, die Lassalle acceptirt und die Lösung der orientalischen Frage durch die deutsche Revolution deuten aber zum Mindesten darauf hin, daß dem großen Arbeiteragitator die „Lassalle'sche Dynastie", das heißt bei vernünftigen Leuten: die sozialistische Republik viel näher lag, als die Dynastie Hohenzollern.

Dann aber hatte Lassalle „eine ausgeprägte nationale Gesinnung"! Gewiß! Der nationale Lassalle wollte das „goldene Horn", wollte den Bosporus für die deutsche Cultur, für die deutsche Civilisation, für die deutsche Zukunft erwerben.

Der nationale Herr von Bismarck hingegen sagte im deutschen Reichstage in der genügend bekannten Orientdebatte, daß Deutschland durch die orientalische Frage direkt gar nicht berührt werde; der nationale Herr von Bismarck überließ demgemäß in aller Ruhe und Gemüthlichkeit dem uncultivirten Rußland die Türkei auf Gnade und Ungnade; und nur der Energie Englands ist es zu verdanken, daß wenigstens noch eine „orientalische Frage" existirt, auf welche nach der Meinung des nationalen Lassalle's die deutsche Revolution einstmals noch die entsprechende Antwort ertheilen kann. —

Der „geniale" Herr von Bismarck hat die damalige sozialistische Bewegung (unter Lassalle) übrigens mit „großem Verständniß" aufgefaßt, wenn er in seiner Rede meinte, es habe sich bei derselben lediglich um Regulirung der Lohnverhältnisse gehandelt. Der bismarckfreundliche Herr von Schweitzer, der in ökonomischen Dingen sehr klar blickte, beurtheilte hingegen im Jahre 1867 mit folgenden Worten den Vorschlag Lassalle's:

„Eine neue Produktionsweise einzuführen, das ist der Zweck des Lassalle'schen Vorschlages. Während in der heutigen Gesellschaft überall das Kapital als beherrschende Macht der Arbeitskraft gegenübersteht, ist in der Produktivassoziation der Gegensatz von Kapital und Arbeit versöhnt. Die Produktivassoziationen sollen daher von Staatswegen im Großen begründet werden, und so soll allmählich dieser Keim eines neuen Gesellschaftszustandes in freier Entfaltung die heutigen Verhältnisse verdrängen, um das Neue an deren Stelle zu setzen. Der Lassalle'sche Vorschlag setzt allerdings nur an einem Punkte an, aber die Art, wie er ansetzt, trägt in sich die Gewähr, daß eine radikale Umgestaltung folgen werde."

Was hier Herr von Schweitzer sagt, ist völlig correkt, und Herr von Bismarck müßte sich, wenn er die Schriften Lassalle's einmal lesen würde und zwar mit Verständniß lesen würde, dieser Auffassung nolens volens anschließen und sein Geplauder über die Tragweite der Lassalle'schen Bewegung sehr, sehr rektifiziren. — —

Zum Schlusse aber möchten wir dem Herrn von Bismarck noch mittheilen, was sein „Freund" Lassalle über das geplante Ausnahmegesetz gesagt haben würde. Wir kennen nämlich seinen „Freund", der auch kein Sozialist gewesen sein soll, wie uns Herr von Bismarck gleichfalls in seiner Reichstagsrede mittheilte, viel besser als der „geniale" Staatenlenker. Möge derselbe also die Stimme seines nichtsozialistischen „Freundes" Lassalle vernehmen:

„Und welches ist die Quelle aller unablässig fortschreitenden und unmerklich sich vermehrenden, aller friedlich sich vollziehenden Verbesserung in der Geschichte, wenn nicht die wissenschaftliche Erkenntniß? Sie muß darum walten ohne Schranken, für sie darf es kein Festes, das sie nicht in den Prozeß ihrer chemischen Untersuchung zöge, kein Unberührbares, kein noli me tangere geben. Ohne die Freiheit der wissenschaftlichen Erkenntniß daher nur Stagnation, Versumpfung, Barbarei! Und wie sie die unausgesetzt fließende Quelle aller Vervollkommnung menschlicher Zustände ist, so ist sie und ihre Ueberzeugung langsam gewinnende Macht, zugleich auch die einzige Garantie für eine friedliche Entwicklung. Wer daher diese Quelle verstopft, wer ihr in Bezug auf irgend welche Zustände, wer ihr an irgend welchen Punkten zu fließen verbietet, der hat nicht nur den Quell der Vervollkommnung abgeschnitten und Nacht und Barbarei heraufbeschworen — er hat den öffentlichen Frieden eingerissen und den Staat auf gewaltsamen Umsturz und Ruin gestellt! Denn er hat jenes Sicherheitsventil verschlossen, durch welches die Gesellschaft allmählich in sich aufnimmt, was ihrer unmerklich sich ändernden Lage entsprechend, durch die Kraft der Wissenschaft langsam herausgeboren, sicher, wenn gleich allmählich, in Köpfe und Zustände übergeht. Er hat das Sicherheitsventil geschlossen und den Staat auf die Explosion gestellt! Er hat der Wissenschaft verboten, Wunde und Heilmittel aufzuzeigen und die aus der verborgen gehaltenen Wunde sich endlich ergebenden Convulsionen des Todeskampfes an die Stelle der Krankheitserforschung und ihrer Heilung gesetzt. Die unbeschränkte Freiheit der wissenschaftlichen Lehre ist daher nur ein unnehmbares Recht des Individuums, sie ist vor Allem und in noch viel höherem Grade die Lebensbedingung des Ganzen, das Lebensinteresse des Staates selbst."

So würde Lassalle reden, Ihr „Freund", Herr v. Bismarck! Giebt es eine vernichtendere Kritik Ihres Ausnahmegesetzes, als diese Worte Ihres „Freundes", die der große Todte im Jahre 1863 den Richtern des Berliner Kammergerichts entgegenrief? — — — —

Nach diesen Betrachtungen kommen wir nun zu folgendem Schlusse:

Hätte Herr von Bismarck die Schriften Lassalle's gelesen, so würde er nicht von demselben mit so hoher Anerkennung gesprochen haben. Da sich das Urtheil Bismarck's aber lediglich aus einigen Plaudereien gebildet hat, so merkte er nur, daß Lassalle an Geist und Genie ihn, den Minister, zehnfach überragte und ist auch offen genug gewesen, dies auszusprechen. Das Urtheil über Lassalle aber mußte natürlich völlig falsch ausfallen. Einen Mann wie Lassalle lernt man nicht aus einigen Plaudereien und Zeitungsausschnitten kennen, man muß ihn in seinen Werken studiren und dies sei Herrn von Bismarck angerathen, bevor er nochmals ein Urtheil über den großen Todten zu fällen unternimmt.

Herrn Bamberger's jüngste Retirade.

Nie hat eine Partei mit größerer Unverfrorenheit ihr eignes Todesurtheil ausgesprochen, als dies die nationalliberale durch den Mund des Herrn Bamberger am 16. d. M. gethan hat. Ein passenderer Grabredner als Herr Bamberger, der es so meisterhaft versteht, zweideutige leere Gedanken in volltönende Worte zu kleiden, konnte freilich nicht ausgewählt werden — aber was wir erwarteten war: daß die nationalliberale Partei wenigstens insoweit das decorum wahren würde, daß sie die Gründe ihrer Haltung offen bekannt, an Stelle der Sophistik männlichen Muth gesetzt hätte; sie hätte dann freilich sagen müssen, daß sie keine Partei des Widerstandes sei, der Wille der Regierung stärker sei als der ihrige und demzufolge Harmonie zwischen Regierung und Bürgerthum à tout prix vorhanden sein müsse. Von diesem Standpunkte aus hätte ein offener und freimüthiger Redner sich für die formell wie inhaltlich ungeheuerlichen neuesten Regierungsmaximen erklären können — aber dazu fehlte der Muth und man wählte klugerweise Herrn Bamberger, berühmt durch seine Virtuosität im Retiriren. Seit dem Tage von Kirchheimbolanden ist er gelaufen und gelaufen und dennoch nicht zum Ziele gelangt.

Verweilen wir ein wenig bei der letzten Etappe dieses großen Rückschreiters.

..... „wenn ich noch daran zweifelte, beginnt er, daß dieses Gesetz einer durchgehenden Prüfung bedarf, so würde mich namentlich die Rede des Abg. Bebel davon überzeugt haben, daß kein Versuch unterlassen werden darf, um uns von den Gefahren zu befreien, welche uns hier vorgeführt worden sind." (!)

Also namentlich die Rede Bebel's überzeugt Herrn Bamberger von der Nothwendigkeit eines Ausnahmegesetzes; nun hat aber fast die gesammte antisozialistische Presse die große Mäßigung in Bebel's Rede anerkannt, wenn also für Herrn Bamberger gerade die Gefahren zu bestehen scheinen, gegen deren Abhülfe er ein so weinerliches Gezeter erhebt; auch könnte man annehmen, Herr Bamberger wäre vor der Rede Bebel's eigentlich anderer Ansicht gewesen als nachher, und die liberale Politik wäre eigentlich eine Politik von „Stunde zu Stunde". Doch nein — Herr Bamberger offenbart es uns selbst, daß bei ihm Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit ist, „wir wollen vor der Katastrophe thun, was andere erst nachher thun müssen, und wir glauben uns um Land und Welt verdient zu machen, wenn wir nicht erst warten, bis die Katastrophe in ihren letzten Symptomen hervorgetreten ist."

Wenn es notorisch ist, daß den Furchtsamen und Feigen jede Gefahr unendlich größer erscheint, als sie wirklich ist, so erklärt sich Herrn Bamberger's heillose Angst vor irgend einer Katastrophe von selbst, aber vor welcher denn? Gewöhnlich weiß der Ausreißer doch wovor er ausreißt, wer aber die reine Angst auf das Hasenpanier schreibt, oder wie sich Herr Bamberger so schön metaphorisch ausdrückt „où grand' peur grand' rigueur", der sollte doch nicht in die Gefechtslinie gestellt werden, sondern hübsch ruhig beim Train bleiben. Denn bei Herrn Bamberger sind alle Vorstellungen, alle Beruhigungsmittel vergebens: „was Bebel, Liebknecht, Lassalle, Marx auch Alles gegen gewaltsamen Umsturz sagen mögen, Alles ist nicht im Stande, wenn es dennoch geschieht (schreckliches „es"), und die schönsten Worte werden vergessen sein, wenn sich eine Bewegung im breiten Strome ergießt." Bewundrungswürdige scharfsinnige Logik, die die Prämisse zugleich als Beweis dienen läßt. Weil Herr Bamberger die Katastrophe kommen sieht, so müssen deren zukünftige Urheber schon jetzt dafür bestraft werden, auf wenn wir tausendmal behaupten, „wir wollen keinen Umsturz, so sind das unnütze Worte, die Herrn Bamberger's Gesichte nicht verscheuchen können; wer fürchtet wohl mehr im breiten Strome der Bewegung unterzugehen, als Sie?

Wer aber das Gras wachsen hört, der sollte doch wenigstens über einen kleinen Theil Logik oder gesunden, schlichten Menschenverstand verfügen und nicht zu solch unsinnigen Deduktionen greifen, mit welchen man jedem Menschen Alles nur denkbare aufhalsen kann; wenn der panische Schrecken die Menschen ergreift, so geht der letzte Funken Verstand zum Teufel, das beweist Niemand treffender, als Herr Bamberger auf seinem jüngsten Reißaus. Man höre und staune!

„Die Regierung ist an dieser irrthümlichen Auffassung Schuld, indem sie bei der erfolgten Auflösung des letzten Reichstages den Wählern zurief: nicht gegen Dich, den friedliebenden Bürger ist das Gesetz gerichtet, sondern gegen diese eine bestimmte Kategorie von Personen. Dennoch hat trotz der herrschenden aufgeregten Stimmung dieser Appell nicht verfangen. Aber das Gesetz ist gar kein Ausnahmegesetz im oben bezeichneten Sinne. Nur wer künftig gewisse Bestrebungen verfolgen wird, den soll es bedrohen. So wie z. B. das Tabaksmonopol, wenn es eingeführt würde, kein Ausnahmegesetz wäre, indem es nur eine bestimmte Sache regeln würde, ebenso ist das Sozialistengesetz nur ein Ausnahmegesetz gegen eine bestimmte Sache, nicht gegen Personen."

Erbärmlicher und spitzfindiger kann eine einfache Sache niemals verwickelt worden sein; kennt Herr Bamberger den Begriff eines Ausnahmegesetzes nicht, oder glaubt er wirklich, durch solche Bankierkniffe irgend wem zu imponiren? Jedes Gesetz, welches nicht in den Rahmen des gemeinen Rechtes hineinpaßt, ist ein Ausnahmegesetz, und sobald es nicht auf dem Boden dieses allgemeinen Rechtes stehen kann, muß es stets nur gegen einen Theil der Staatsbürger gerichtet sein; oder umgekehrt: sobald ein Gesetz nur gegen einen Theil der Staatsbürger gerichtet ist, kann es nicht in die Sphäre des für Alle gültigen Rechtes hineinpassen und ist folglich ein Ausnahmegesetz. Außerdem drückt Herr Bamberger der Vorlage selbst den Stempel eines Ausnahmegesetzes auf, wenn er eine zeitliche Begrenzung desselben verlangt, denn das allgemeine Recht ist nicht zeitlich begrenzt, sondern von unbestimmbarer Dauer. Auch der feine Unterschied zwischen Personen und Sachen, wonach die Vorlage nur eine Sache treffen soll, ist nur von dem Bankierstandpunkte aus verständlich, von welchem die Sozialdemokraten, die Arbeiter und die Arbeitskraft nur eine Waare — eine Sache repräsentiren. Plötzlich tritt bei Herrn Bamberger ein höchst bedenklicher Zustand ein. Der Angstschweiß, welcher seinen Körper bedeckt, conzentrirt sich nach dem Gehirne und in Folge der dadurch eintretenden Hypertrophie delirirt er Mitleid erregend, daß die Vorlage kein Ausnahmegesetz sei, weil sie nur für künftige Fälle gelten soll; danach scheint er zu glauben, daß die Gesetze eigentlich für die Vergangenheit bestimmt sind und nur ausnahmsweise für die Zukunft. Wehe Ihnen, Herr Bamberger, wenn dem so wäre, dann müßten ihre einstigen Bestrebungen auf Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung auch durch das Ausnahmegesetz getroffen werden, und um diesen Preis würden wir vielleicht gern ein wenig mehr ertragen. —

Summa: Die nationalliberale Partei konnte sich kein größeres Armuthszeugniß ausstellen, als durch diese an Widersprüchen und Inhaltlosigkeit leidende Rede des Herrn Bamberger. Wo es sich um politische Grundsätze, um Fragen von der einschneidensten Bedeutung handelt, erscheint für den Liberalismus ein in finanziellen Kniffen und politischen Schlichen großgewordener Parlamentarier auf der Tribüne. Der Rückzug des Liberalismus ist durch das Auftreten Bamberger's zu wilder Flucht ausgeartet, und wahrlich, wir können nicht umhin, uns des alten Don Pedro zu erinnern:

Seit der großen Retirade
Sah ich solchen Schwätzer nicht.

Weil aber jede Sache ihre zwei Seiten hat, so mag die Rede Bamberger's vielleicht die gute Folge haben, daß mancher das einzige beständige Prinzip des Liberalismus erkennt: nämlich jeder politischen Maßregel beizustimmen, welche die industrielle Herrschaft der Bourgeoisie unverletzt läßt.

Die Gesetze dieser industriellen Herrschaft aber sind einerseits das Streben nach individueller politischer Freiheit, um im wirthschaftlichen Kampfe möglichst frei, d. h. mächtig da zu stehen, andrerseits das Bewußtsein, daß durch die Ausdehnung der politischen Freiheit auf die Proletarier an den Grundlagen der Bourgeoisherrschaft gerüttelt wird. Daher die sonderbare Erscheinung, daß die Bourgeoisie nicht schnell genug die ihr nothwendige Freiheit erlangen kann, und dennoch bereit ist, alles zu bewilligen, was die Unfreiheit der Arbeiter — ihrer wirthschaftlichen Antagonisten — erhalten kann. Beweis: die französischen Revolutionen von 1830 und 1848 und die preußisch-deutsche Geschichte der letzten 15 Jahre.

Bamberger's Rede und die Haltung des Liberalismus ist deshalb ein richtiges Zeichen der politischen Entwicklung, und soll es deshalb nicht Wunder nehmen, wenn wir ihn wieder antreffen „als Tapfrer muthig zurückweichend", oder auch, wenn im Rücken genügende Deckung, zu neuem Angriff aufrufend. Wir wissen aber, was hinter Herrn Bamberger's Courage verborgen ist, wir kennen den Sinn seiner Rederei nur zu gut, weil er zugleich die Quintessenz der liberalen Gedanken ausmacht — es sind die berüchtigten, frevelhaften Worte Garnier-Pagès:

Il faut en finir avec les agitateurs.

—c—

Sozialpolitische Uebersicht.

— Den Commissionsverhandlungen über das Sozialistengesetz wendet sich das allgemeine Interesse zu. Diese Verhandlungen haben den ausgesprochenen Zweck, etwas fertig zu bringen, was der Regierung und dem juristischen Formalismus genügt. Scheinbar heben, so bemerkt die „Frankfurter Zeitung", die Berathungen mit einer babylonischen Sprachverwirrung an, aber ein gemeinsamer Grundton ist schon unverkennbar. Centrum und Fortschritt offeriren der Regierung die ganze früher mit Entrüstung von ihnen zurückgewiesene Kautschukladung der verunglückten Strafnovelle, ja Herr Hänel geht — als habe er seine Rede wieder gut zu machen — kühn voran und erweckt den famosen Art. 20 des ersten Preßgesetz-Entwurfs von den Todten. Man traut seinen Sinnen nicht, derselbe Redner, der die Glaubens- und Geistesfreiheit so beredt proklamirte, der nur die ungesetzliche Thathandlung bestraft wissen will, schlägt einen Strafgesetzparagraphen vor, der „geheime und öffentliche Aufforderung zu feindseligen Parteiungen über die Einrichtungen der Ehe, Familie, des Staates und Eigenthums" mit Gefängniß bis zu einem Jahr bedrohen soll, einen Paragraphen so dehnbarer Natur, wie ihn selbst die glücklich beseitigten Strafgesetze der vor- und nachmärzlichen Zeit nicht enthalten haben, einen Paragraphen, dessen Wirkung unzweifelhaft nur die sein könnte, die allgemeinste Sehnsucht nach der Censur zu erwecken und eine nachhaltige Agitation zur Wiederauffrischung derselben ins Leben zu rufen. Herr Hänel kann es nicht fassen, wie man für einen Gesetzentwurf, den man vor vier Monaten zurückgewiesen hat, eintreten kann, er selbst schlägt aber — sancta simplicitas — ein vor Jahren fast einstimmig abgelehntes Gesetz vor. Der Fortschritt Anno 1878 bei dem Bismarck'schen „Stacheligel" von Anno 1875 angekommen, der Fortschritt mit einer Copie des österreichischen objektiven Verfahrens, das eine Schuld constatiren läßt, ohne daß es eines Schuldigen bedarf, — da hätte man sich fürwahr die schönen Worte sparen können, da konnte man sich mit der Beredtsamkeit Kleist-Retzow's begnügen, allenfalls mit einer vorläufigen Verwahrung gegen Wiederbelebung des spanischen Rohres. Welcher Triumph für den Reichskanzler, für alle Reaktionäre; dieses fortschrittliche Olmütz, das Herr Hänel in seine Paragraphen gebracht hat. „Das geht ja noch über meinen guten Willen hinaus", muß Lasker sagen, der sich unendliche Mühe gegeben hat, den ungefügigen Art. 1 des Regierungsentwurfes zu belecken und wenigstens beim „Umsturz" Halt macht. Vielleicht entdeckt und beweist uns Herr Gneist noch, daß mit der justitia distributiva jener Fortschrittsparagraphen ganz gut auszukommen sei, die Regierung aber wird es sich nicht entgehen lassen, die Offerte des Herrn Hänel vorzumerken. Das Eine thun nnd das Andere nicht lassen — erst das Präventivgesetz und dann die schönen Repressivparagraphen ins Strafgesetzbuch hinein, dann haben Polizei und Majestät des Rechts beide das Ihrige, wie es die preußische Devise will.

Der Antrag des Abgeordneten Hänel lautet:

An Stelle des § 1 des Gesetzentwurfs zu setzen: Artikel 1. Dem § 130 des Strafgesetzbuchs tritt folgender Absatz hinzu: Wer in einer, den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, oder wer beschimpfende Aeußerungen über die religiösen Ueberzeugungen Anderer oder über die Einrichtungen der Ehe, der Familie oder des Staates, oder über die Ordnung des Privateigenthums die Angehörigen des Staats zu feindseligen Parteiungen gegeneinander öffentlich auffordert oder aufreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft. — Artikel 2. Vereine und Versammlungen, welche ihrer Absicht gemäß zur Umgehung der im § 130 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Handlungen gebraucht werden, sind von der landesgesetzlich zustehenden Polizeibehörde aufzulösen. Binnen acht Tagen nach erfolgter Auflösung ist das Strafverfahren vor dem zuständigen Gerichte einzuleiten, oder sind die Vorsteher oder Leiter des Vereins oder der Versammlung davon zu benachrichtigen, daß Grund zu einer weiteren Verfolgung nicht vorliegt. Mit dieser Benachrichtigung tritt die Wirkung der Polizeibehörde außer Kraft. Das Gericht entscheidet über Bestätigung oder Aufhebung der Auflösung; die Bestätigung der Auflösung kann auch dann erfolgen, wenn eine Verurtheilung der Angeschuldigten nicht eintritt oder das Strafverfahren gegen die Beschuldigten nicht eingeleitet werden kann. Im letzteren Falle finden auf das Verfahren die gesetzlichen Bestimmungen über das Verfahren bei Einziehungen und Vermögensbeschlagnahme entsprechende Anwendung. Im Uebrigen bleiben die gesetzlichen Bestimmungen über Vereine und Versammlungen, sowie über Beschwerden gegen polizeiliche Verfügungen, falls auf Grund derselben ein Verfahren nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes nicht stattfinden, unberührt. — Artikel 3. Wer sich bei einem, auf Grund des Art. 2 aufgelösten Vereine fernerhin betheiligt, wird mit Geldstrafe bis 500 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft.

Die Amendements Lasker lauten:

§ 1. Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, oder in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.

§ 1a. Genossenschaftliche Kassen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind in Administration zu nehmen. Die Befugnisse des Vorstandes gehen auf die Administration bezw. auf den von der Behörde angestellten Administrator über. Im Uebrigen sind Verbindungen jeder Art den Vereinen gleichgestellt.

Wir bringen hier zum besseren Verständniß den § 1 der Bundesrathsvorlage:

§ 1. Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen.

Die Amendements Lasker, welche der Graf Eulenburg für diskutirbar erklärt hatte, sind in der Commission gegen acht Stimmen angenommen worden. Diese Amendements unterscheiden sich von der Regierungsvorlage nur durch eine bestimmtere Fassung; die Bestimmungen aber sind trotzdem noch so dehnbar, daß, wenn der Polizei die Ausführung des Gesetzes belassen bleibt, auch jede wissenschaftliche Diskussion über die soziale Frage vernichtet wird. Nur die ordentlichen Gerichte würden, wenn sie zur Ausführungsbehörde ernannt werden, einen, wenn auch nur geringen Schutz gegen falsche Auffassung gewähren. Vorläufig hat also Herr Lasker durch seine Amendements die Vorlage noch nicht um ein Jota gemildert oder verbessert.

Die „Magdeburgische Zeitung" erzählt, daß die Vertreter der Bundesregierungen angewiesen sind, sich jeder Opposition im Einzelnen zu enthalten, und nur darauf zu sehen, daß das Prinzip der Vorlage gerettet werde. Ein mittelstaatlicher Diplomat, dem Bundesrath zugehörend, bemerkte, es wäre gewiß das Beste, jeder einzelne Paragraph des Sozialistengesetzes enthielte Reichstagszusätze, weil hierdurch das Gesetz recht eigentlich ein Werk der Volksvertretung würde, und je mehr es Spuren der parlamentarischen Initiative an sich trüge, um so gewisser würde im Volke die Vorstellung Platz greifen, daß das Sozialistengesetz der Ausdruck des Volkswillen wäre. Die Regierungen werden also mit Conzessionen an den Reichstag bewußt sehr weit greifen und z. B. nichts dagegen haben, daß das Gesetz für eine bestimmte Zeit in Kraft trete: die ursprüngliche Vorlage enthielt bekanntlich über eine temporäre Wirksamkeit keinerlei Bestimmung. Sollte ferner von der Commission und vom Plenum verlangt werden, daß der Bundesrath in jeder Session über die Ausführung des Gesetzes Bericht zu erstatten hat, so würde auch diesem Begehren nicht widersprochen werden.

Man merkt — nur der Reichstag selbst nicht —, daß der Bundesrath das ganze Odium auf den Reichstag abwälzen will. Wenn einst das gesammte Volk seinen Unmuth über das Knebelungsgesetz äußern wird, so wird die Regierung in aller Ruhe antworten: „Eure Vertreter sind daran Schuld!"

— Eine geschichtliche Parallele zum Sozialistengesetz. Ein deutscher Bundestagsbeschluß vom 20. Dezember 1835 lautet:

„Nachdem sich in Deutschland in neuerer Zeit und zuletzt unter der Benennung „das junge Deutschland" oder „die junge Literatur" eine literarische Schule gebildet hat, deren Bemühungen dahin gehen, in belletristischen, für alle Klassen von Lesern zugänglichen Schriften die christliche Religion auf die frechste Weise anzugreifen, die bestehenden sozialen Verhältnisse herabzuwürdigen und alle Zucht und Sittlichkeit zu zerstören, so hat die deutsche Bundesversammlung — in Erwägung, daß es dringend nothwendig sei, diesen verderblichen, die Grundpfeiler aller gesetzlichen Ordnung untergrabenden Bestrebungen durch Zusammenwirkungen aller Bundesregierungen sofort Einhalt zu thun und unbeschadet weiterer vom Bunde oder den einzelnen Regierungen zur Erreichung des Zweckes, nach Umständen zu ergreifenden Maßregeln — sich zu nachstehenden Bestimmungen vereinigt:

„1) Sämmtliche deutsche Regierungen übernehmen die Verpflichtung, gegen die Verfasser und Verleger, Drucker und Verbreiter der Schriften aus der unter der Bezeichnung „das junge Deutschland" oder „die junge Literatur" bekannten literarischen Schule, zu welcher namentlich Heinrich Heine, Karl Gutzkow, Heinrich Laube, Ludolf Wienbarg und Theodor Mundt gehören, die Straf- und Polizeigesetze ihres Landes, sowie die gegen den Mißbrauch der Presse bestehenden Vorschriften nach ihrer vollen Strenge in Anwendung zu bringen, auch die Verbreitung dieser Schriften, sei es durch Buchhandel, durch Leihbibliotheken oder auf sonstige Weise, mit allen ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern" u. s. w. u. s. w.

Welche Folgen hatte dieser Beschluß? fragt die „Volkszeitung" und antwortet selbst: Die soziale und literarische Bewegung, die wir noch jetzt unter dem Namen des „jungen Deutschland" verstehen, ist nicht gehemmt worden, wohl aber hat der Versuch des deutschen Bundes, sie gewaltsam zu unterdrücken, wesentlich zu dem Ausbruche von 1848 beigetragen. Zunächst also ist das etwa vorhandene Schlimme nur verschlimmert worden; für die Dauer trat ein, was naturgemäß eintreten mußte: jene angeblichen Staatsverbrecher streiften das Uebertriebene, das ihnen, wie allen Vertretern einer neuen Richtung anhaftete, ab, der Eine brachte es zum K. K. Hofburgtheater-Direktor, der Andere wurde Sekretär der unter der Protektion mehrerer Fürsten stehenden Schillerstiftung, des Dritten Werke fehlen in der Bibliothek keines gebildeten Deutschen, ja man macht sie zum Theil noch jetzt mit Vorliebe Damen zum Geschenk — und doch untergruben einst alle Drei „auf die frechste Weise" die Grundpfeiler aller gesetzlichen Ordnung! Wie fest müssen diese Grundpfeiler sein, daß sie schon so oft „untergraben" werden konnten und doch immer noch stehen! Als die Sklaverei, als die Leibeigenschaft, als die Patrimonialgerichtsbarkeit, als die Frohndienste und Zehnten, als die Vorrechte des Adels aufgehoben wurden, waren es in allen diesen Fällen etwa nicht Grundpfeiler der damals bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die man untergrub?

Doch wir kommen auf den Beschluß des seligen deutschen Bundestags zurück. Wie vortheilhaft er vom neuesten Ausnahmegesetz absticht, wird auf den ersten Blick klar. Der Bundestag giebt den Regierungen doch wenigstens die bestimmten Namen derjenigen Schriftsteller an, die er ihnen zur Unterdrückung empfiehlt, — die bundesräthliche Fassung dagegen ist so weitherzig und so vieldeutig, daß jede Oppositionspartei damit „gefaßt" werden kann. Und wie sollten nach dem Bundestagsbeschluß die Regierungen gegen das „junge Deutschland" vorgehen? Mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln; also nur die schon vorhandenen, für Alle in gleicher Weise gültigen Gesetze, wie im Beschluß gesagt ist, „die Straf- und Polizeigesetze, sowie die gegen den Mißbrauch der Presse bestehen-

Herr Fritz Kalle als Humanitätsapostel in der „Gartenlaube".

Wieder einmal ist es die edle „Gartenlaube", welche uns Anlaß zu einem Excurs giebt. Dieses vielgepriesene „Weltblatt" ist so recht die Verkörperung unserer liberalen Bourgeoisie, in ihrer gemüthlichen Oberflächlichkeit und Halbheit sowohl als in ihrer politischen Charakterlosigkeit und besonders in ihrer volkswirthschaftlichen Unwissenheit. Für diese Eigenschaften, namentlich für die letztere, finden wir einen neuen eclatanten Beleg in Nr. 34 dieses „Weltblattes", in der ein den Lesern des „Vorwärts" nicht ganz unbekannter Fritz Kalle einen Artikel verbrochen hat, der für ihn, wie für die Redaktion des Blattes ein gleich trauriges Armuthszeugniß ausstellt.

Sehen wir uns die betreffende Leistung etwas näher an! Sie betitelt sich „Ein Wort an die deutschen Arbeitgeber. Von einem ihrer Genossen", und enthält natürlich Vorschläge zur Bekämpfung resp. Erstickung des Sozialismus. Der „liberale" Herr Kalle versteht es, die „gewaltsame Abwehr" — bestehend in Ausnahmegesetzen und „Entlassungen" sozialistischer Arbeiter — und die friedliche Tödterei — bestehend in „Belehrung" der Arbeiter über die famose „Harmonie" und in „Weckung wirthschaftlicher Erkenntnisse" überhaupt sowie in Wohlthätigkeitseinrichtungen für Arbeiter — mit einander zu verbinden. Das ist eigentlich das einzig Neue an seinen Vorschlägen.

Doch sollen diese beiden Sorten von Sozialistentod nicht nebeneinander gebraucht werden, sondern nacheinander. Denn so dumm ist selbst Herr Kalle nicht, um nicht zu begreifen, daß im ersteren Falle die „Belehrung" über Interessenharmonie gleichzeitig eine so drastische Illustration erfahren würde, daß sie selbst bei dem stupidesten Arbeiter nicht mehr „ziehen" könnte, und so die eine Sorte von Sozialistentod das Gegengift der andern wäre. Daher also soll nach Hrn. Kalle zuerst die „gewaltsame Abwehr" durchgeführt werden. Denn diese hält er für nöthig, „um die Bahn frei zu machen für die auf dauernde Wirkung berechnete vorbeugende Thätigkeit." Also eine Klasse, die zu ihrer „belehrenden" Thätigkeit tausendmal mehr Mittel und Kräfte zur Verfügung hat als die sozialistischen „Wühler", die sich rühmt auch die Intelligenz gepachtet zu haben, und mit der schon jetzt alle staatlichen Bildungs- und Erziehungsanstalten verbündet sind — eine solche Klasse hat zum Erfolg ihrer „Belehrung" den Polizeibüttel nöthig, der erst alle Diejenigen, welche diese Lehren controlliren könnten, mundtodt machen und so jede Kritik fernhalten muß, bevor diese Lehren Eingang finden können! Eine solche „Belehrung" muß doch höchst verdächtiger Art sein — meinen Sie nicht auch, Herr Kalle?

Sehr komisch ist es übrigens, welche Begriffe Herr Kalle von den Denkfunktionen der Arbeiter hat. Er muß zugeben, daß jene „gewaltsame Abwehr" vermittelst Polizeisäbel und Hungerfolter „nicht auf die Dauer wirken kann", sondern für sich allein „nur den Klassenhaß verschärft", weil „in den Massen nun erst recht das Gefühl erstarken würde, daß das Bürgerthum und der dasselbe schützende Staat nicht Gegner der Sozialdemokratie allein, sondern Feinde der arbeitenden Klasse überhaupt sind." Daraus würde nun ein Mensch mit etwas richtiger organisirtem Gehirn, als dasjenige des Hrn. Kalle, einfach schließen, daß Gewaltmaßregeln sich überhaupt nicht zur Bekämpfung des Sozialismus und zur erfolgreichen Verbreitung der Harmonielehre eignen. Ganz anders aber calculirt Herr Kalle! Gewaltmaßregeln schüren den Klassenhaß: deshalb dürfen sie nicht — permanent bleiben. Aber „einstweilen" dürfen sie wohl angewendet werden, sind sogar nöthig — so lange bis „die Organisation der Hetzerei (!) zersprengt ist" und „die willenlosen Massen, auf welchen der Bann der Agitatoren lastet, sich selbst zurückgegeben sind." Also zuerst entfernt man, Angesichts des ganzen Arbeiterstandes, consequent und systematisch alle Diejenigen, welche die von den Arbeitgebern beliebten „Belehrungen" kritisiren könnten — wenn man Das fertig hat, ist Alles gut; denn nur diese verfluchten Agitatoren sind daran schuld, wenn Gewaltmaßregeln auf die Massen den Eindruck einer Interessenfeindschaft machen: sobald also diese „Verführer" beseitigt sind, wird kein Arbeiter mehr von den Zweck der Hungerfolter und des Polizeisäbels etwas Böses denken — bei Leibe nicht! — sondern wird gläubig die Lehren von der „tiefen Harmonie der Interessen", die ihm von den Veranstaltern jener Gewaltakte gepredigt werden, in sich aufnehmen und den „wohlthätigen" Einrichtungen dieser Leute ein grenzenloses Vertrauen entgegenbringen!! O sancta simplicitas! — Doch Gerechtigkeit auch für Hrn. Kalle! Der Mensch beurtheilt ja so gerne die Andern nach sich selber, und warum sollte man's also Hrn. Kalle so sehr verübeln, wenn er, der selbst einen so schönen Blechschädel besitzt, auch bei Andern einen solchen sucht? „Recht hat jeder eigene Charakter"!

Nachdem Herr Kalle mit solch köstlicher Logik und ungewöhnlichem Scharfsinn die Nothwendigkeit der Gewaltmaßregeln dargethan hat, entwickelt er die näheren Einzelheiten seiner Vorschläge, die — wie schon bemerkt — nichts Neues bringen und von uns nur der „Gartenlaube" zu Liebe noch einmal hier behandelt werden. Zunächst legt er die Grundzüge der längst durch Theorie und Thatsache lächerlich gemachten Harmonielehre dar, wie sie den „sich selbst zurückgegebenen Massen" eingeimpft werden soll. Zum Verständniß und allseitiger Aufnahme dieser schönen Lehre sowie zum nöthigen „Vertrauen in die Belehrenden" werden die genannten Gewaltakte die richtige Basis schaffen! Ja, ja, das vielseitige Fehlen dieses Vertrauens liegt Herrn Kalle schwer im Magen, und er bezeichnet es daher als „erste Aufgabe des Arbeitgebers, den Glauben, das Vertrauen des Arbeiters zu erringen." Daß aber in dieser Hinsicht mit Worten wenig auszurichten, „liegt auf der Hand", weil selbst nach Hrn. Kalle's Meinung „die Arbeitgeber bisher durchaus nicht immer ihre Pflichten gegenüber ihren Arbeitern erfüllten, ja die letzteren manchmal (sic!) in rücksichtsloser Weise aussaugten" — obwohl natürlich auch „die Verhetzungen durch die Sozialdemokratie" dieses Mißtrauen zum guten Theil verschuldet haben müssen. Daher also sollen die Arbeitgeber „nicht mit wohlfeilen Phrasen" — die Harmoniephrasen sind davon stillschweigend ausgeschlossen, denn die hat Hr. Kalle ja vorher empfohlen — „sondern durch opferfreudige That den Arbeitern zeigen, daß sie sich mitverantwortlich fühlen für sein geistig-sittliches und materielles Wohl." Das erstere sollen sie durch größere Sorge für Volks- und Fortbildungsschulen — da ja „in der Gemeinde die Arbeitgeber den Ausschlag geben" — sowie „durch das mahnende Wort" und vor Allem durch das gute Beispiel zu fördern suchen! Um zunächst von den Schulen zu reden, so wäre es zwar an sich recht schön, Hr. Kalle, daß Sie für diese so besorgt sind. Aber Sie scheinen ganz zu vergessen, daß zum Unterricht zwei Elemente gehören, das lehrende und das lernende, und daß daher die Pflege des lehrenden Elementes noch keinen Nutzen bringt, so lange nicht für das ler-

den Vorschriften", sollten gegen Heine, Gutzkow u. s. w. „nach ihrer vollen Strenge" in Anwendung gebracht werden. Heute wird die gesammte bestehende Gesetzgebung, die doch schon fünf Jahre Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung u. s. w. ermöglicht hat, für ungenügend gegen die „Untergraber" erklärt und soll in Bezug auf alle diejenigen, welche die Polizeibehörden zu jenen zu rechnen belieben, aufgehoben werden.

Man sieht, daß der selige deutsche Bundestag noch viel freisinniger ist, als der jetzige Bundesrath, daß das gegenwärtig geeinte „glorreiche" deutsche Reich viel reaktionärer ist, als das frühere „arme zerrissene" Vaterland.

— Laskerchen fängt mit seinen Amendements sich selbst und seine Partei in der Schlinge — das weiß Jeder, nur Lasker selbst nicht. Der „Reichsbote", bekanntlich das verbreitetste conservative Blatt, schrieb in seiner Nummer vom 10. d. M. wörtlich Folgendes:

„In Bezug auf das Sozialistengesetz sagte neulich das „Berl. Tageblatt" ausdrücklich, daß man liberalerseits demselben nur dann und insoweit zustimmen werde, als von demselben lediglich die Sozialdemokratie, aber nicht der Liberalismus getroffen würde. Die liberale Partei müsse deshalb sich versichern, daß das Gesetz nicht gegen den Liberalismus angewendet werden könnte. Man sieht auch daraus wieder, daß diese Leute lediglich Partei- und Interessenpolitik treiben! Um so mehr wird es die Aufgabe der Conservativen sein, Alles zu versuchen, um das Gesetz so zu gestalten, daß nicht blos ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, sondern ein wirkliches Schutzgesetz für die sozialen Verhältnisse daraus werde und seine Bestimmungen also gegen alles das gerichtet werden, was das soziale Leben schädigt, mag seine Schädigung nun von einem Sozialdemokraten oder Liberalen oder sonst wem ausgehen. „Untergraben" heißt die Fundamente unterwühlen, die Wurzeln schädigen, welche den Bau und den Baum tragen. Darum sind unter den „die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung untergrabenden Bestrebungen" nicht weniger als die Sozialdemokratie der „Naturalismus", die naturwissenschaftliche Weltanschauung und das „liberale Manchesterthum" zu verstehen. Die Deutsch-Conservativen können deshalb nur unter der Bedingung für das Ausnahmegesetz stimmen, daß ebenso wie der Sozialdemokratie auch dem anderen wirthschaftlichen Extrem, dem Manchesterthum entgegentreten und der Naturalismus bekämpft werde, wo er sich auch zeige, in der „Gartenlaube", der „privilegirten königl. Voss. Zeitung" oder in der sozialdemokratischen „Neuen Welt" und in der „Berliner Freien Presse"."

Laskerchen kann sicher sein, daß späterhin die Polizei und theilweise auch die Richter mehr auf die Ansichten des „Reichsboten" geben, als auf die seinen. Ein kostbarer Kautz, der sich zur höheren Ehre Bismarck's selbst den Henkerstrick um den Hals legt.

— Gegen das Urtheil Bismarck's über Lassalle wendet sich zu unserer Freude fast die gesammte nationalliberale Presse in einer für Lassalle äußerst günstigen Weise. So schreibt das Organ Rickert's, die „Danziger Zeitung":

„Wenn irgend Jemand ein Mann des radikalen Umsturzes gewesen ist, so war es Lassalle; nur war er so klug, sein ganzes Programm nicht mit einem Male zu enthüllen. Lassalle's Briefwechsel mit Rodbertus, der durch Professor Wagner vor einigen Monaten der Oeffentlichkeit übergeben wurde, wirft das hellste Licht hierauf. Lassalle erklärte den Arbeitern wie dem Fürsten Bismarck die Produktivassoziationen mit Staatskredit als das einzige Mittel zur Hebung der Lage Jener; die erste dieser Produktivassoziationen wurde auf den Antrag des Ministerpräsidenten v. Bismarck mit den Mitteln des Königs von Preußen begründet und ist bald gescheitert. In seinen Briefen an Rodbertus wird Lassalle aber nicht müde, zu erklären, daß er nur die Produktivassoziationen auf den Schild hebe, um den Arbeitern „etwas ganz Bestimmtes, Greifbares" zu bieten, was durchaus nöthig sei, wenn man sie „interessiren" wolle; Lassalle erklärte sich mit Freuden bereit, dies Mittel „fahren zu lassen", sobald Robertus ein anderes, gleich wirksames „ausspintisire". Unaufhörlich betont er, daß die Lösung der sozialen Frage für ihn identisch sei mit der „Ablösung des Grund- und Kapitaleigenthums, mit dem vollen Besitz der Arbeiter an Grund und Boden und den gesellschaftlichen Produktionsmitteln; mit leichter Mühe ließe sich das Programm der heutigen Sozialdemokratie in seinem prinzipiellen Theile Wort für Wort aus Lassalle's Briefen an Rodbertus zusammensetzen."

Auch Lassalle selbst würde das vorstehende Urtheil weit dem des Herrn von Bismarck vorgezogen haben.

Aus Anlaß dieser „Meinungsverschiedenheiten" sagt die „Magdeburgische Zeitung" ganz naiv: „Es ist schwer, sich hier zurechtzufinden; schwerer noch, den Wunsch zu unterdrücken, Fürst Bismarck hätte seine Kräfte immer lediglich und allein auf die auswärtige Politik concentrirt!" — Armer Fürst Bismarck, daß selbst die „Magdeburgerin" also urtheilt!

— Die Berliner „Post" schreibt „authentisch": Lassalle habe niemals mit irgend einem Prinzen des königlichen Hauses in irgendwelchen Beziehungen gestanden, ein solcher habe also bei den bekannten Verhandlungen Lassalle's mit Bismarck nicht die Vermittlerrolle spielen können. Wenn nun aber der fragliche Prinz mit irgend einem Freund oder irgend einer — Freundin Lassalle's „in irgendwelchen Beziehungen" gestanden hätte?

— Fürst Bismarck ist am Gallenfieber erkrankt und zwar am selbigen Tage, an welchem er seine Rede im Reichstage gehalten hat. Das „heftige Unwohlsein" äußerte sich in „schmerzlichem Erbrechen". Am 20. d. M. Abends war nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" noch immer keine Besserung eingetreten. — Der arme Bismarck! Bei all seiner Noth und Plage nun noch das Gallenfieber. — Nach neueren Nachrichten war Fürst Bismarck von den Frieseln befallen und befindet sich wieder in der Besserung.

— Armer Forckenbeck! Wie die „Berl. Fr. Presse" mittheilt, hat die Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin dem Präsidium des Reichstags 200 Exemplare des sozialistischen Kalenders „Armer Konrad" mit der Bitte um Vertheilung unter die Abgeordneten zugesendet, dieselben jedoch mit dem Bemerken zurückerhalten, daß das Reichstagspräsidium die gewünschte Vertheilung nicht genehmigt.

— Das „Buchhändler-Börsenblatt" enthält folgendes „Eingesandt":

„Wir sind der geehrten Redaktion Dank für die Veröffentlichung des Sozialistengesetzes schuldig, daß sie die Aufmerksamkeit des Buchhandels dadurch in besonderer Weise auf dieses für uns so wichtige Gesetz hingelenkt hat. Der Gesetzentwurf ist beinahe von allen, selbst sehr gemäßigt liberalen Preßorganen verurtheilt worden. (?) Für uns handelt es sich aber dabei um eine Lebensfrage. Es ist das Schwert des Damokles, das über dem Haupte eines Jeden schwebt. Bei der Dehnbarkeit des Gesetzes kann die leiseste und wohlmeinendste Kritik unserer politischen, wirthschaftlichen ꝛc. Zustände die schwerste Ahndung, ja den vollständigen Verlust der Existenz zur Folge haben. Ist es da nicht die Pflicht der Selbsterhaltung, daß der Buchhandel entschiedenen Protest dagegen erhebt, daß dieser Entwurf zum Gesetz wird?! Möchte der Vorstand des Börsenvereins — als Repräsentant des gesammten Buchhandels — es nicht für angemessen halten, seine Stimme im Reichstage in unzweideutiger Weise darüber hören zu lassen, oder auf eine Massen-Petition hinzuwirken? Wenn der Gesetzentwurf damit auch nicht aus der Welt geschafft werden würde, so könnte doch sicher ein solches Vorgehen nicht ohne Eindruck bleiben. Und jedes Volk wird so regiert, wie es werth ist regiert zu werden. Soll aber etwas gethan werden, so müßte das rasch geschehen."

Soviel wir wissen, hat der Vorstand des Börsenvereins weder einen Protest erhoben, noch eine Petition an den Reichstag erlassen.

Hierbei sei erwähnt, daß der Berliner Gastwirthsverein aus denselben Gründen der Geschädigung eine Petition gegen das Sozialistengesetz eingereicht hat.

— Von verschiedenen Blättern war aus Paris gemeldet, daß von den aus Anlaß des Arbeitercongresses verhafteten Sozialisten einige auf freien Fuß gesetzt und nur drei in der Untersuchungshaft zurückbehalten worden wären. In Wahrheit befinden sie sich noch sämmtlich in Mazas, und wenn wir recht berichtet sind, haben sogar nur zwei von ihnen, die Herren Guesde und Hirsch, nach Erledigung des vom Gesetz vorgeschriebenen Zwangsverhörs, bisher die Genugthuung gehabt, von dem Untersuchungsrichter Herrn Bressolles vernommen zu werden. Zu ihrem und ihrer Genossen besonderem Mißgeschick ist dieser Beamte augenblicklich leidend und daher nicht regelmäßig auf seinem Posten. Dem Herrn Hirsch ist in seinem Verhör unter Anderem vorgehalten worden, daß er zur Zeit der deutschen Reichstagswahlen in Paris unter seinen Gesinnungsgenossen für die Wahl eines Sozialdemokraten in Elberfeld eine Geldsammlung und ein Concert veranstaltet hätte, welches letztere ihm, beiläufig gesagt, nicht unbeträchtliche Opfer aus eigenem Beutel zugezogen hat. Auf der anderen Seite hat die Untersuchung ergeben, daß Herr Hirsch sich wohl früher einmal an den Vorbereitungen zu einem französischen Arbeitercongreß betheiligt hat, der Versammlung aber, die bei Herrn Finance abgehalten wurde, sowie allen ihren Präliminarien grundsätzlich fern geblieben ist und das Projekt sogar unverholen mißbilligt hat. Unter diesen Umständen und da die eben erwähnte Geldsammlung jedenfalls nicht dem französischen Strafgesetze verfällt, liegt die Vermuthung nahe, daß das gerichtliche Verfahren gegen Herrn Hirsch ergebnißlos bleiben dürfte. Hinsichtlich der übrigen Angeschuldigten befindet sich die Untersuchung, wie gesagt, noch in ihrem ersten Stadium. Erwähnt sei noch, daß Hirsch in strengster Isolirhaft gehalten wird. Zu dem ersten Verhör wurde er „mit Ketten an den Händen" geführt. Seitens unserer Abgeordneten sollte die Verhaftung Hirsch's im Reichstag zur Sprache gebracht werden, er selbst bestimmte sie jedoch, aus politischen Gründen davon Abstand zu nehmen. Ebenso hat er sich natürlich jede Intervention der deutschen Diplomatie verbeten.

— Confiscation. Am 20. d. Mts. wurde die Beilage der „Berliner Freie Presse" wegen eines Feuilleton-Artikels „Unpolitische Plaudereien" in Berlin confiscirt. Auch die Postbehörde zu Leipzig ist telegraphisch angewiesen worden, die nach Leipzig versandten Exemplare anzuhalten, so daß uns nicht allein die confiscirte Beilage, sondern auch das Hauptblatt bis jetzt vorenthalten worden ist. — Der verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse" ist verhaftet worden.

Consum- und Sparvereine.*)

Angesichts der immer stärker auftretenden Maßregelungen unserer Genossen halte ich es für angezeigt einen andern Weg zu beschreiten, und bitte ich die Genossen nachfolgende Vorschläge zu prüfen.

Es sind in neuerer Zeit gegenüber dem Auftreten einer Menge Kaufleute, Kleinkrämer u. s. w. verschiedene Maßregeln in Vorschlag gebracht worden, die an sich sehr gut, auf die Dauer jedoch sich nicht durchführen lassen können.

Der Schwerpunkt der unserseits zu ergreifenden Maßregeln muß sich also gegen die Maßregelungswuth der Herren Arbeitgeber richten und da brachte neulich der in Hamburg erscheinende „Pionier", das Organ der Zimmerer und verwandten Gewerke, einen Vorschlag, der werth ist, auf das eingehendste geprüft und so bald als möglich verwirklicht zu werden.

Nach diesem Vorschlage gilt es zunächst Consumvereine**) zu begründen und die dadurch erzielten Reingewinne nach Abzug eines Bruchtheils, der als Dividende vertheilt werden müßte, zur Produktion verschiedener Consumartikel zu verwenden. Dadurch würde es den Consumvereinen, die sich allerdings bald als Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften zu etabliren hätten — möglich, einer mit der Zeit stets wachsenden Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu geben, und selbstverständlich müßten hierbei zunächst solche Leute berücksichtigt werden, die wegen ihrer politischen Gesinnung außer Stellung gebracht worden sind.

Um diesen Consumvereinen resp. Erwerbsgenossenschaften von vornherein die Vortheile des Großbetriebes und des heut üblichen Creditsystems zu wahren, wäre es nöthig, über ganz Deutschland eine möglichst einheitliche Organisation auf Grund des Genossenschaftsgesetzes zu schaffen, so zwar, das etwa nur eine Genossenschaft gegründet würde, die dann zunächst für die einzelnen Kleinstaaten und Provinzen Zweiggeschäfte und Waarendepots errichten müßte, während diese wiederum in allen Orten wo dies angänglich und soweit es die Mittel erlaubten, Filialen zu errichten hätten.

An alle Verwaltungsstellen, die kaufmännische Bildung erforderten müßten selbstredend Kaufleute gestellt werden.

Um die Baarmittel zum Betrieb zu beschaffen, müßten wöchentliche Ratenzahlungen der Mitglieder, die in Bezug auf ihre Höhe dem Können der Arbeiter entsprächen, eingeführt werden; ebenso ist es nothwendig Sparkassen***) damit zu verbinden, damit es denjenigen Arbeitern, die heut ihre ersparten Groschen in die städtischen Sparkassen legen, ermöglicht würde, sich mit diesen Beträgen zu einem mäßigen Zinsfuße an den Unternehmungen zu betheiligen. Das Waarengeben auf Credit müßte grundsätzlich ausgeschlossen sein und dürfte nur in gewissen Fällen, etwa bei Krankheit oder periodischer Arbeitslosigkeit stattfinden und auch dann nur bis zu dem Betrage, den das betreffende Mitglied als Guthaben eingezahlt hätte.

Doch es kann und soll nicht Zweck dieser Zeilen sein, in die Einzelheiten der Organisation und Verwaltung dieser vorgeschlagenen Unternehmungen einzugehen, vielmehr soll damit nur die Anregung zu weiterer Diskussion und Prüfung des Vorschlages gegeben werden, dem, wenn er nur ernsthaft in Erwägung gezogen würde, auch die Möglichkeit der Verwirklichung nicht fehlen dürfte.

Durch dieses Vorgehen können die Arbeiter dem Wucher und der Ausbeutung des Kleinkrämers entzogen, von denen heute die Mehrzahl der Arbeiter arg zu leiden hat, ohne daß die Kleinkrämer selbst durch die große Concurrenz, davon besonders Nutzen hätten, während sie, wenn sie sich obigen Vorschlägen anschlössen leicht als Verkäufer, Arbeiter oder sonstwie ebenso gut und besser wie vielfach heut, ihr Fortkommen finden würden. Andererseits aber würde für den Gesammtarbeiterstand die Möglichkeit einer viel freieren Bewegung geschaffen werden, denn in verhältnißmäßig kurzer Zeit würden die Erwerbsgenossenschaften in der Lage sein, alle die unterzubringen, die wegen ihrer Thätigkeit für die Arbeitersache außer Arbeit wären, auch würde auf diejenigen Unternehmer, von denen die Genossenschaft die Rohstoffe bezögen, ein Druck ausgeübt werden können, damit dieselben duldsamer gegen die politische Meinung ihrer Arbeiter würden.

Nun wird allerdings eingewendet werden, das die Arbeitgeber sich der Verwirklichung obiger Vorschläge von Haus aus mit aller Macht widersetzen werden und manchen Kleingläubigen höre ich schon sagen, ja ich kann nicht beitreten, denn wenns mein Herr erfährt, werde ich entlassen. Zweifelsohne würde das vielfach vorkommen und deswegen müßte diese Organisation zunächst in den großen Städten†), den Centren der Ar-

*) Von einem älteren Parteigenossen eingesandt; wir sind jedoch mit den nachstehenden Ausführungen aus allbekannten Gründen im Wesentlichen nicht einverstanden. R. d. „V."

**) Wer giebt aber das Geld zur Errichtung dieser Vereine? Ist doch schon längst festgestellt, daß die Arbeiter von ihrem kärglichen Lohne nichts erübrigen können. Haben Sie Lassalle's Bastiat-Schulze gelesen?

***) Sparkassen? In der heutigen Zeit giebt es keine Arbeiter, die auch nur das Geringste ersparen können.

†) Dort hat man derartige Experimente schon lange gemacht, ist jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß auf die Dauer solche Versuche immer scheitern.

---

nende entsprechend gesorgt ist. Die verbesserten Schulen für sich nützen den Kindern des Proletariats — um die es sich doch in Ihrem Geschreibsel speziell handelt — verteufelt wenig, wenn demselben Zeit und Mittel genommen sind, von den Schulen Vortheil zu ziehen. Und es ist Thatsache, daß einem sehr großen Theil der Kinder der Fabrikarbeiter, in Folge der elenden materiellen Lage der Eltern, vor Allem aber in Folge der schmachvollen Kinderarbeit, die Möglichkeit fehlt, zu Hause den Forderungen der Schule irgendwie nachzukommen, die Möglichkeit fehlt, in die Schule selbst den nöthigen Grad von geistiger Frische und Spannung mitzubringen, um vom Unterricht Beträchtliches zu gewinnen, und oft sogar die Möglichkeit fehlt, die Schule regelmäßig zu besuchen! In dieser Hinsicht könnten wir Ihnen ein großes, trauriges Register vorführen! Warum also, Herr Kühe, treten Sie nicht vor Allem für Abschaffung der geistesverkümmernden und verthierenden Kinderarbeit ein? Von dieser sprechen Sie ja im humanitätstriefenden Artikel mit keiner Silbe! Und Das mußte doch mit Ihrem Thema, betreffend die Arbeiterlage, noch näher zusammenhängen als die erst in zweiter Linie kommende Pflege des lehrenden Elementes! Aber das würde eben das Ausbeuterinteresse der Fabrikanten berühren — darum „überhupft den Plunder!" Denn vor Allem sind Sie Geschäftsmann und so nebenbei auch ein wenig Humanitätsapostel. In allgemeinen, praktisch inhaltslosen Redensarten sich ergehen ist freilich wohlfeile Humanität!

(Schluß folgt.)

— Lassalle! Die „Berliner Freie Presse" bringt folgende zeitgemäße Anzeige:

„Ich habe Lassalle gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut.

„Was Lassalle hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich jemals verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner gewöhnlicher Art.

„Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft.

„Lassalle war ein kluger und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert wenn sie geschlossen waren."

Fürst-Reichskanzler Bismarck in seiner Rede im deutschen Reichstag am 17. September 1878.

Wir empfehlen

nun nachfolgende Broschüren und verkaufen dieselben unter den hier notirten Preisen, damit sie dem Ausnahmegesetz nicht zum Opfer fallen:*)

Lassalle,	Offenes Antwortschreiben	0,10
	Ueber Verfassungswesen. Was nun? und: Macht und Recht	0,35
—	Arbeiter-Lesebuch	0,25
—	Arbeiter-Programm	0,10
—	Ronsdorfer Rede	0,10
—	Bastiat-Schulze	0,50
—	Wissenschaft und Arbeit	0,15
—	Feste und Presse	0,15
—	Kleinere Aufsätze	0,25
—	Indirekte Steuern	0,25
—	An die Arbeiter Berlins	0,10
—	Düsseldorfer Prozeß am 27. Juni 1864	0,15
—	Zur Arbeiterfrage	0,15
—	Julian Schmidt	1,25
—	Philosophie Fichte	0,25

Expedition
der „Berliner Freien Presse",
Berlin SO, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

*) Da der Fürst Reichskanzler von Lassalle aber auch gesagt hat, derselbe sei kein Sozialist gewesen, so dürften die Lassalle'schen Schriften nicht unter die Bestimmungen des Ausnahmegesetzes fallen, es sei denn, daß die deutschen Polizeibehörden dieser Angabe Bismarcks keinen Glauben schenken würden.

Red. des „Vorwärts".

beiterbewegung durchgeführt werden, da dort schon die Vorbedingungen meist vorhanden oder doch leichter zu beschaffen und dort auch die Controle der Arbeitgeber über das Verhalten der Arbeiter viel schwieriger ist, wie anderswo. Wenn dann in den großen Städten die Genossenschaft lebensfähig dastände und besonders wenn bereits eine Anzahl von Werkstätten zur Herstellung von Consumartikeln gegründet wäre, könnte man auch in den ländlichen Industriebezirken und kleineren Orten mit Errichtung von Filialen in einer den Mitteln der Gesammtheit entsprechenden Weise vorgehen. Wollten die Arbeitgeber gegen die Mitglieder mit Maßregeln vorgehen, so würde sich dies beliebte Mittel bald als stumpfe und ungenügende Waffe erweisen, da ja die entlassenen Arbeiter sofort wieder Arbeit erhalten könnten, und in Masse können die Arbeiter wenigstens für längere Zeit doch niemals auf's Pflaster geworfen werden, denn unsere heutigen Unternehmer können ohne Arbeiter nun einmal nicht existiren, und sollten wirklich zur Bekämpfung der Genossenschaften vorübergehend von den Unternehmern größere Arbeitsausschlüsse beliebt werden, so würden bei festem Willen sich auch Mittel finden lassen um diesem Vorgehen die Spitze abzubrechen.

Daß der neue Reichstag zu dem von der Regierung beantragten Ausnahmegesetze wenigstens theilweise seine Zustimmung geben wird, ist so ziemlich zweifelsohne, er wird jedenfalls zu einer Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Presse seine Zustimmung geben, daß er sich jedoch auch zur Vernichtung des Genossenschaftsgesetzes hergeben wird, erscheint doch nicht wohl möglich, obschon von unseren Liberalen so ziemlich Alles zu erwarten ist — aber sie würden sich dabei etwas sehr stark ins eigene Fleisch schneiden, und so ist es denn sehr möglich, daß für die nächste Zeit die Organisation der Genossenschaften in obigen Sinne für den Arbeiterstand eines der wichtigsten Widerstands- und Kampfesmittel wird sein müssen.

Ein Beispiel wie verhältnißmäßig leicht und ohne bedeutende Mittel der Anfang dieser Genossenschaften möglich sein dürfte, soll noch angeführt werden. So giebt es z. B. in Schlesien eine ganze Zahl kleiner selbständiger Webermeister deren Standpunkt durch die Concurrenz des Großkapitals und die Concurrenz, die sie sich unter einander zu machen gezwungen sind, mehr und mehr untergraben wird, diese sind augenblicklich für die Arbeiterbewegung fast ganz verloren, denn ihre freie Zeit wird durch die Sorge in Anspruch genommen, wo sie für die paar Stückchen wollener, leinener und baumwollener Waaren, die sie fertig stellen, eine halbwegs sichere Absatzquelle finden sollen. Nun dürfte es aber gar nicht schwer sein etwa in Berlin, Hamburg u. s. w. Verkaufsstellen für diese Artikel zu errichten und die Leute hätten gleich ein Absatzgebiet und würden auch bald dazu schreiten, unter sich eine Genossenschaft zu gründen um den Einkauf der Garne vortheilhafter besorgen zu können u. dgl. m., auch würde man sich sehr leicht dazu verstehen, zu Gehilfen in erster Linie Leute zu nehmen, die in den mechanischen Webereien gemaßregelt sind. Alle diese Leute würden dann, einmal der dringenden Sorge um ihre Existenz erledigt, ihre freie Zeit gerne der Agitation für die Ziele der Arbeiterpartei widmen. Ein Gleiches wäre noch bei vielen andern Arbeitszweigen möglich und besonders auch bei vielen Kleinmeistern der verschiedenen Branchen, und es wäre bei allseitig guter Leitung nur eine Frage der Zeit um überall einen widerstandsfähigen Kern im Kampfe für die Befreiung des arbeitenden Volkes zu schaffen. Der Zweck des Vorstehenden, das ja noch sehr lücken- und mangelhaft ist, soll wie gesagt, nur der sein, die Diskussion dieser Frage in Fluß zu bringen.

Correspondenzen.

sch. **Stettin**, 1. September. In sämmtlichen pommerschen Wahlkreisen hat die Dummheit, Frechheit, niedrigster Knechtssinn, politische Unreife in Facit das „Krautjunkerthum" den Sieg davon getragen. In Stettin und Umgegend hat der Arbeiterstand sich dermaßen einschuchtern lassen, daß nur sehr Wenige aus demselben gestimmt haben. Die Betheiligung aller Wahlberechtigten überhaupt erhebt sich im Durchschnitt nicht über 33 Proz. Unser Candidat Aug. Kapell hat circa 1500 Stimmen (incl. Land) erhalten, die Hälfte weniger wie bei der vorigen Wahl, eine Folge der Beeinflussungen, Maßregelungen, Indifferentismus und wie schon oben gesagt politischen Unreife. Die Stichwahl zwischen Schmidt und Delbrück war ein Schauspiel für Götter! Der Streit dieser beiden sich „liberal" nennenden Parteien war ein so widerlicher, allen Anstand und Sitte verletzender, so gemein und rein persönlich, so tief im Schmutz wühlend, daß in dieser Beziehung das wirklich Möglichste geleistet worden, um allen andern Orten Deutschlands die Palme abzuringen. Jedem nur einigermaßen denkenden Arbeiter müssen doch endlich bei solch wüstem Treiben die Augen aufgehen und ihm klar werden, daß jene „Ordnungsmänner" die „Rotte" ist, welche uns immer an den Kopf geworfen wird. Die „Hatz", welche von jenen Ordnungslumpen noch unterstützt wird, treibt auch hier ihre Blüthen. Am Tage der Wahl sind hier solche unerhörte Beeinflussungen, solche Brutalitäten, hauptsächlich außerhalb Stettin's, vorgekommen, daß ich nicht umhin kann, einen dieser Fälle etwas tiefer zu hängen. Ein Gensdarm in Grabow bei Stettin, Gierke ist der Name dieses Staatsretters, verbot einem unsrer Stimmzetteloertheiler, einen alten beinahe 60jährigen Genossen (derselbe ist seiner Ueberzeugung wegen aus der Fabrik „Vulcan", in welcher er 10 Jahre gearbeitet, hinausgeworfen), das Verweilen vor dem Wahllokale; auf die Erwiderung unseres Genossen, das Gesetz nicht außer Acht zu lassen, wurde er von hinten wie ein gemeiner Verbrecher vom Gensdarm im Genick gepackt und so gestoßen und gerissen nach dem Gefängniß geschleppt, nach 6stündiger Haft gegen Bezahlung von 60 Pfennig Kosten aber wieder entlassen. Hübsch so was! nicht wahr? — Montag den 29. Juli, den Tag vor der Wahl, hatte unser Genosse Lenz die Ehre, von der werthen Kriminalpolizei auf Befehl der Staatsanwaltschaft einen Besuch in seiner Wohnung zu erhalten zum Zwecke einer gründlichen Durchsuchung derselben. Wahrscheinlich vermuthete man Flugschriften zur Wahl oder sonstige „Hochverrathereien". Der hiesige „General-Anzeiger" schrieb darüber: Es besteht hier ein Bundes-Verein der Tischler und verwandten Berufsgenossen, als Zweigverein des in Mannheim domizilirenden Hauptvereins. Als Vorsitzender des hiesigen Vereins fungirt der bekannte Sozialistenführer Tischlergeselle Lenz aus Grabow a. O., und wurde auf Grund sozialdemokratischer Umtriebe auf Veranlassung der Kgl. Polizeidirektion heute in der Wohnung des Letzteren eine Haussuchung vorgenommen, deren Ergebniß war, daß eine Menge sozialdemokratischer Schriften und Drucksachen, sowie die Vereinsfahne in Beschlag genommen wurden. Die Fahne ist ganz neu, aus schwerer rother Seide gefertigt, und trägt in Seide zierlich gestickt die Inschriften: D. A. B. (Deutscher Arbeiterbund) Stettin 1878 auf der einen Seite, auf der andern: Seid einig! und darunter die Revolutionsjahre 1793, 1848. Die Spitze des Fahnenschaftes ist mit den Emblemen des Tischler- und Zimmergewerks geziert. — Das schreibt der „General-Anzeiger" und alle übrigen Käseblätter druckten es ab, ohne zu wissen, daß sie durch die Auslegung der Buchstaben D. A. B. die größte Dummheit begangen. Die drei Buchstaben bedeuten: „Der Arbeit Brod" und nichts weiter. Doch woher plötzlich die Haussuchung und Wegnahme von Gegenständen, an die sich die Behörde doch gar nicht vergreifen sollte, denn ihr sollte doch das „Eigenthum" zunächst heilig und unantastbar sein? — Diese Haussuchung geschah auf die Denunziation eines Individuums, welches fünf Jahre Mitglied der verschiedenen Tischlervereinigungen war, des jetzigen Altgesellen der Tischlergesellen-Zwangskasse, des früheren Beitragsammlers der hiesigen Mitglieder des Tischlerbunds, des Herrn Heinrich Lösche, dieser Ehrenmann sei hiermit der Arbeiterwelt zum Gedächtniß überwiesen. — Gleichzeitig wurde auch bei dem jetzigen Beitragsammler des Bundes Albert Scholz, sowie beim Krankenkassirer Bernhard Schneider gehaussucht. Letztere Beiden wurden polizeilich von ihren Werkstellen abgeholt und dann mit starker Polizei-Bedeckung zum Polizei-Bureau transportirt. Mit der Auffindung der Person des Herrn Lenz hatten die Herren aber kein Glück, denn seine Frau wußte denselben keine Auskunft über seine Arbeitsstelle zu geben, was ihm jedenfalls die Schmach erspart, auch transportirt zu werden. Die Suche auf „Hochverrath" in seiner Abwesenheit dauerte von Morgens 8 bis halb 11 Uhr in seiner Wohnung. Es wurde kein Winkel undurchsucht gelassen, ja sogar der Nachtstuhl erfreute sich der sorgfältigen Aufmerksamkeit des hohen Besuchs. Warum den Inhalt nicht confisziren? es könnte ja vielleicht ein verschlungenes Hochverrathsmanuskript zum Vorschein kommen. So die Behörde — anders die liberalen Brodherrn — viel, viel humaner. Lenz war auf der Schiffswerft „Vulcan" beschäftigt und wurde in letzter Zeit vielfach vom Direktor Haack aufgefordert, daß er aus dem Tischlerbunde austreten solle. Nach fünfmaliger Rücksprache erklärte Lenz demselben, nicht austreten zu können, worauf ihm der Bescheid wurde, innerhalb 8 Tagen Nachricht zu erhalten. Am Tage der Wahl (30. Juli) erhielt er die Nachricht: „Auf Befehl der Direktion ist der Tischler Lenz zu entlassen" — sehr human! Der Hunger, das sind die Mittel der Bourgeoisie, das die moderne eiserne Jungfrau, um den Arbeiter zu martern und zu foltern, um ihn geistig todt zu machen.

Kaiserslautern, 28. August. Als nach dem Nobiling-Attentat sich die hiesigen Gewerbtreibenden und Industriellen zum gemeinsamen Handeln gegen die Sozialdemokraten vereinigt hatten, und durch die vielen Maßregelungen sozialistisch angehauchter Arbeiter auch bewiesen, daß es ihnen Ernst sei mit der Ausrottung der bösen Sozialisten, da glaubte man, getäuscht durch das ruhige Verhalten der Arbeiter, es sei aus mit der Bewegung in Kaiserslautern, und triumphirend berichtete die hiesige Presse, die Sozialisten würden sich an der Wahl nicht betheiligen. Um so größer war das Erstaunen und die Wuth der Gegner, als zwei Tage vor der Wahl unser Flugblatt erschien, in welchem die Arbeiter aufgefordert wurden, ihre Stimme unserm Genossen Dreesbach zu geben. An Agitation war selbstredend nicht zu denken, und da die „reichstreuen" Parteien es an Beeinflussungen der gröbsten Art nicht fehlen ließen, so waren unsere Erwartungen auf das Resultat nicht so hoch gespannt. Wenn wir trotzdem in der Stadt 123 Stimmen erhalten, gegen frühere Wahlen also an Terrain gewonnen, so ist das der beste Beweis, daß alle jene Hetzereien und Maßregelungen es nicht vermocht haben, die Arbeiter in Kaiserslautern von dem einmal als recht erkannten Weg abzubringen. Auch unser „Volksblatt" gewinnt von Woche zu Woche mehr Abonnenten und mögen unsere Gegner sich daraus den Schluß ziehen, daß es mit dem Ausrotten der Sozialdemokratie nicht so leicht geht.

Thengen (in Baden), 9. September. Der Kampf gegen Diejenigen, welche sich für den Sozialismus interessiren, scheint überall derselbe zu sein; so geschah es hier vor einiger Zeit, daß bei dem Wirth zum „Italienischen Keller", Herrn Frank, wie auch bei anderen Wirthen, Soldaten einquartiert wurden. Zufällig bekam ein daselbst logirender Feldwebel eine Nummer des „Vorwärts" in der Wirthschaft in die Hand. Schon am andern Tage wurden die Soldaten ausquartiert und auch den sämmtlichen Soldaten der Besuch der Wirthschaft des Genannten verboten. Auch in einem andern Lokale, wo Herr F. ein Glas Bier trinken gegangen war, durften die Soldaten nicht mehr verkehren. Der Wirth wandte sich nun an das hier am meisten gelesene Blatt, den „Höhgauer Erzähler", um die Thatsachen an die Oeffentlichkeit zu bringen. Das Blatt wies die Sache in einer spöttisch sein sollenden Briefkastennotiz zurück und brachte in derselben Nummer einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Wie sieht es im sozialdemokratischen Staate aus?" der den gewöhnlichen Blödsinn vom Unglauben, der Theilnahmlosigkeit der Ehelosigkeit u. s. w. seinen Lesern auftischte und dem Einsender zur Belehrung empfohlen wurde. Als Kuriosum muß dabei erwähnt werden, daß der Verfasser dieses Monstrums auch die Abgeordneten Bebel, Bracke und Hasselmann als Beweise für seine Skribelei in Anspruch nimmt. Die Herren würden sich sämmtlichst bedanken für solche Verhunzung ihrer Reden, aus denen etwas ganz Anderes hervorgeht, und rathen wir Jedem, der sich für den Sozialismus interessirt, sich die Schriften der Herren anzuschaffen und darin zu studiren — und dann Leitartikel zu schreiben, Herr Schneider!

Landau (in der Pfalz), 10. September. Auch in unserem Wahlkreise haben wir eine Zunahme der sozialischen Stimmen zu verzeichnen. Die Gegner werden freilich darüber lächeln, jedoch man sieht doch, was die bloße Privatagitation in Jahresfrist zu leisten im Stande ist; 1877 erhielt Dreesbach hier 13 Stimmen, nachdem er vorher hier eine Versammlung abgehalten hatte; bei der jetzigen Wahl erhielt er ohne eine Versammlung abgehalten zu haben 24 Stimmen. Noth und Elend sind hier ebenso vertreten wie anderwärts und es bedarf nur einer energischen Agitation und auch hier verzehnfachen sich unsere Anhänger. Wir werden auch unter den Ausnahmegesetzen weiter agitiren für die Freiheit des arbeitenden Volkes.

Aus Schwaben. Von der Gehässigkeit der Bourgeoisie, des modernen Jesuitenthums gegen jede soziale Tendenz möge Ihnen dieses Beispiel rücksichtsloser Kleinlichkeit Aufklärung verschaffen, das in so recht hellem Lichte zeigt, wie sehr es den „Herren von so und so" daran gelegen ist, jedes Pflänzchen der sozialen Bestrebungen in ihrem bretter—vernagelten Territorium auszurotten. Ein Student in R., der, ein Genosse Ihrer Partei, in einem Artikel des „Vorwärts" die „hochehrenfeste conservativ-liberale Ordnungspropaganda" und dazu noch einen gewissen Herrn „Dekan" in etwas ironischer Weise angegriffen, wurde als „Sozialdemokrat", als „gemeingefährlicher, blutdürstender Umstürzler und Petroleur" durch einen indirekten Ukas der Stadt verwiesen! Fragen Sie nun: Wer konnte sich erfrechen, einem unbescholtenen jungen Manne so zu begegnen und weshalb? — Es war die kleinliche Rachsucht jenes Geistlichen, der das „liebet eure Feinde!" predigt; es war das verletzte Selbstgefühl der liberalen Geldaristokratie in R., die in ihrer olympischen Wachsruhe die verpesteten Opferdüfte der sklavischen Unterwerfung vermißte, die ihr das Schweifgewedel der frommen Dummheit in so hohem Maße weihte. — Nun: „Freuet Euch des Lebens" (d. h. bis es anders kommt!). Seid selig im Gefühle, einen jungen Mann von seinem vorgesetzen Pfade entfernt zu haben der froh ist, von der tyrannischen Flachsköpfigkeit dieser Herren befreit zu sein.

B.

Fulda, 8. September. Wohl selten kommt es vor, daß ein Geistlicher wegen Beleidigung eines Bürgers, begangen in der Kirche von der Kanzel herab, verurtheilt wird. Hier ist ein solcher Fall passirt, und kostete dieser Spaß dem frommen Herrn 150 Mark. — Der heilige Sedan ist hier auch nicht so vorüber gegangen, wie man es gern gewünscht hätte — es war zu viel commandirtes Publikum, das wirkliche „Volk" fehlte. Denselben Tag passirte es einem hiesigen Schreinermeister, welcher mit seiner Frau spazieren ging, daß ein Soldat seine Frau insultiren wollte. Der Mensch verfolgte beide bis in ihre Wohnung, wo sich der Tischlermeister des Soldaten nur mit einer Waffe erwehren konnte. In dem nun folgenden Kampfe wurden beide verwundet und kam der Soldat nach dem Lazareth. Es sind an demselben Tage auch noch mehrere Exzesse von wahrscheinlich betrunkenen Soldaten verübt worden, die dem militärischen Stande nicht gerade zur Ehre gereichen.

Hildesheim, 1. September. In unserem Kreise fielen auf den Genossen Oehme 341 Stimmen. Es ist dies immerhin beachtenswerth, da wir gar keine Agitation entfalten konnten. Die Provinz Hannover hat sich übrigens bedeutend gebessert: 1874 hatten wir insgesammt sozialistische Stimmen 6760, 1877 aber 16,115 und 1878 schon über 20,000 Stimmen. — Auf welche Art oft auch Sozialisten gemacht werden, beweist ein Fall in dem Städchen M...g. Dort wurden die einquartierten Soldaten vor den Sozialisten gewarnt — die Soldaten hatten jedoch, weil sie noch niemals von derartigen Dingen gehört, nichts Eiligeres zu thun, als sich bei ihren Wirthsleuten zu erkundigen, was das sein solle. Selbstverständlich wurde den Soldaten der reine Wein eingeschenkt, so daß sich dieselben nunmehr ordentlich nach sozialistischer Lektüre sehnen. Nur so fort, ihr Herren Offiziere, und bald wird die halbe Armee von unserem Gift angesteckt sein.

—e.

Erfurt, 19. September. Wegen abermaliger Lohnreduzirung am heutigen Tage stellten sämmtliche Arbeiter der Lingel'schen Schuhfabrik die Arbeit ein. Im vergangenen Frühjahr, beim letzten Lohnabzug, entschuldigte Herr Lingel sich damit, das Geschäft ginge flau und, um konkurriren zu können, sähe er sich genöthigt, Abzüge zu machen; er würde wieder zulegen, wenn das Geschäft besser ginge. Gegenwärtig ist das Geschäft in einer Blüthe, wie man es selten findet, trotzdem wurde wieder abgezogen. Der Abzug beträgt seit anderthalb Jahren 38 Proz. Unterhandlungen bis jetzt gescheitert. Schleunige Hülfe thut noth! Es sind 225 Mann auf die Straße gesetzt, hauptsächlich Familienväter. Vor Zuzug wird gewarnt. Die Löhne sind auf's Niedrigste gestellt, so daß man davon kaum das Nothwendigste bestreiten kann. Collegen und Freunde, unterstützt uns so schnell wie möglich, wir sind Alle einig! Unsere Parole ist: Einer für Alle, Alle für Einen! Briefe und Gelder sind zu schicken an L. Trabert, Waldengasse 6.

Das Strikecomité.
L. Trabert. Schulze. Höfer. Pabst. Franke.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um weiteste Verbreitung gebeten.

Briefkasten

der Expedition. P. Khlr Liegnitz: Dietzgen, „Soz. Philosophie", ist nicht als Brochüre erschienen.

Herr Nicolaus Sauerborn in Lüttich wird dringend ersucht seine genaue Adress- wegen wichtiger Angelegenheiten an H. Winner, Iserlohn, Louisenstraße 12, einsenden zu wollen.

Arbeiter-Verein.

Ottensen. Donnerstag, den 26. September, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung, Fragekasten und Verschiedenes.

F. Heerhold.

Keine Hosenträger, keine Riemen mehr!

Pat. Hosen-Selbstschnaller.

Dieser elastische Hosen-Selbstschnaller macht den Gebrauch von Hosenträgern und Riemen vollständig entbehrlich; derselbe wird in die beiden Schnallgurte, die sich am Rücktheil jeder Hose befinden eingeschnallt.

Die Vortheile des Selbschnaller sind augenfällig, denn nicht nur, daß das insbesondere beim Arbeiten lästige Tragen von Hosenträgern und Riemen wegfällt, wird auch die ganze Haltung des Körpers eine viel freiere und ungezwungenere, da der Selbstschnaller vermöge seiner großen Elasticität bei jeder Bewegung, sogar bei jedem Athemzuge nachgiebt und sich ausdehnt. Preis pro Stück 65 Pfg., franco Zusendung per Briefpost gegen vorherige Einsendung in Briefmarken. Preis per Dutzend Mk. 4,50. Wird verkäufer gesucht. Nur allein zu beziehen von 5,10]

H. Hurwitz in Halberstadt.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Familienblatt.

Preis vierteljährlich Mk. 1,20, in Heften (3 Wochennummern enthaltend) à 30 Pfg.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und die Expedition der „Neuen Welt", Färberstraße 12/II. Leipzig entgegen.

Ausnahmegesetz!!!

Neueste Agitationsschrift.

Die Verhandlungen über das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten werden in Brochürenformat demnächst von der Unterzeichneten herausgegeben.

Heft 1 wird enthalten den stenographischen Bericht über die erste Lesung des Gesetzes im Reichstage; Heft 2 desgleichen 2. Lesung; Heft 3 desgleichen 3. Lesung; Heft 4 den Entwurf des Gesetzes nebst Motiven und Anlagen, sowie den endgültigen Wortlaut des Gesetzes.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hamburg (E. G.), Amelungstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Götzkaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 426 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 114. Freitag, 27. September. 1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Abonnements-Preis bei allen deutschen Postanstalten beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland ohne Zustellgebühr.

Alle soliden Buchhandlungen des In- und Auslandes nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt von uns direkt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Helgoland und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal; bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" unter Nr. 4132, Seite 110.

Wir fordern unsere Parteigenossen und Freunde auf, für zahlreiche neue Abonnements Sorge zu tragen. Die Zeiten sind ernst und schwer, sie fordern zur treuesten und energischsten Pflichterfüllung gebieterisch auf.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts".**
Färberstraße 12. II.

Reflexionen.

Die Geschichte geht nicht nur an den Bourbonen spurlos vorüber, sondern auch gemeiniglich an den Staatsmännern. Wer da glaubt, selbst die Geschichte zu machen — und dies ist ein allgemeiner Wahn der Staatsmänner —, der betrachtet seine Person als Erscheinung eines höheren historischen Zweckes, der glaubt, er sei der Mandatar eines Prinzips, welches ihn glücklicherweise nicht als Glied, sondern zum Regulator der Entwicklung ausersehen hat. Solche Staatsmänner greifen mit Vorliebe zu Präventivmaßregeln, d. h. sie versuchen die historische Entwicklung in ihrem Sinne durch „vorbeugende" Mittel zu lenken und gelangen so schließlich zu — Ausnahmegesetzen.

Wessen Blick jedoch nicht durch Minoritätsinteressen oder durch das „Staatsinteresse" verdunkelt ist, wer in der Geschichte nur die causale Nothwendigkeit des Geschehens, deren ursächlicher Zusammenhang uns freilich nicht immer bekannt ist, erblickt, der verlacht solche Ausnahmegesetze und deren Urheber. — Die Zeiten der Erfolge der Staatsgewalt liegen jenseits der französischen Revolution; ein breiter Blutstrom trennt die Künste der machiavellistischen Politik von der Erkenntniß der organischen Entwicklung aller Cultur, und wer da glaubt, durch Ausnahmegesetze die Grundsätze dieser Entwicklung aufheben, leiten oder corrigiren zu können, der versucht es, die Wasser rückwärts fließen zu machen. Ausnahmegesetze, die nicht die Abwendung einer materiellen Gefahr, wie Krieg, Aufruhr, Hungersnoth 2c. zum Zwecke haben, sind eine Rechtsverletzung, denn sie hemmen die Entwicklung des jeweiligen Gesellschaftsvertrages und stellen einen Theil der Contrahenten dieses Vertrages gewaltsam außerhalb ihrer Rechtsansprüche an die Gesellschaft ohne gleichzeitige Aufhebung ihrer Pflichten.

Wer Ausnahmegesetze in der modernen Gesellschaft für nothwendig erklärt, der leugnet schlankweg das Prinzip ihrer Entwicklung, und so wird sich denn bezüglich deren Anerkennung eine immer weitere Kluft zwischen der „Staatskunst" und der wissenschaftlichen Volkswirthschaft — in der alle Regeln der Staatskunst enthalten sind — ausbilden, denn die Regierenden sind conservativ, die Regierten revolutionär.

Oder deutlicher: das Interesse der Regierenden weist auf Selbsterhaltung und damit zugleich überhaupt auf Erhaltung hin, und innerhalb ihrer Sphäre findet gar keine Entwicklung statt; sie kommen und gehen und repräsentiren damit nur die Stadien der Entwicklung. Die Gesellschaft aber befindet sich wie das Individuum in einem beständigen Zustande der Veränderung, und zwar nicht nur in einem formalen, sondern wesentlichen; es findet nicht nur ein fortwährender Wechsel innerhalb des Personenstandes der verschiedenen Klassen statt, sondern das Verhältniß dieser Klassen ist auch einer beständigen Umbildung unterworfen. Demnach ist Ruhe das Prinzip der Regierung — Bewegung das Prinzip der Gesellschaft.

Der Kampf zwischen Regierung und Gesellschaft, wie er sich in der parlamentarischen Form ausdrückt, beruht nur auf der Verkennung der Ursachen dieses Zwiespaltes, und die Inhaltlosigkeit des Liberalismus besteht gerade darin, daß er zu keinem ernstlichen Schritte bereit ist, diesen Zwiespalt zu beseitigen, weder nach Seite der Regierung, noch nach Seite der Gesellschaft hin. Das Juste milieu waudelt in platter Selbstgefälligkeit zwischen diesen zwei Polen, ebenso bereit, der Regierung eins zu versetzen, als die Forderungen der unter ihm stehenden Gesellschaftsklassen zu versöhnen.

Die Ordonnanzen Karl's X. erbitterten die Liberalen bis zur revolutionären That und Polignac's Kopf saß nicht allzufest; bei dem Worte „Republik" schauderten sie und warfen sich in die Arme des Börsenspekulanten Louis Philipp. Achtzehn Jahre später hatten sie eingesehen, daß die Republik ein sehr dehnbarer Begriff sei, und als schwielige Hände und rußige Gesichter in ihre Republik hineinreden wollten, schauderten sie wieder und bauten ihr „System" auf 10,000 Leichen auf. Traurige Erinnerungen, die keine Lehren hinterlassen haben, weil gewisse Staaatsmänner nur darin akute Erscheinungen erblicken, die durch schnellwirkende Mittel zu heilen sind.

Ausnahmegesetze sind schnellwirkende Mittel, welche gegen organisch entwickelte Krankheiten nichts ausrichten, sie treiben die Krankheitssymptome gewaltsam in den Gesellschaftskörper zurück und schaffen dadurch später schwer zu heilende constitutionelle Leiden.

Und wer stellt die Diagnose? Bismarck, Kleist-Retzow, Bamberger?

Als Kleist-Retzow in seinem theologisch-junkerlichen Sermon vom Lobe Bamberger's überfloß und von der Reichstagskanzel hinabstieg, da drückte ihm Bismarck warm die Hand. Wozu noch Worte um die Solidarität der Reaktion zu beweisen.

Woher diese Eintracht der drei feindlichen Brüder? Die sich gestern noch haßten, sie wandeln heute auf den verschlungenen Pfaden einer allweisen Staaatskunst. Haben sich die Bande der Fraktionen gelöst und ist aus dem Hader der Parteien der Same der Eintracht hervorgegangen? Oder ist das Wohl des Vaterlandes bedroht und gilt es, einig sein zum Schutze desselben?

Nein! —

Das Vaterland ist nicht bedroht, aber die Interessen sind es. Wenn zwei Personen in Streit liegen und ein Dritter kommt hinzu, um Beiden das Unrecht ihres Streites darzulegen, so kann er sicher sein, daß Beide dann vereint über ihn herfallen werden. Genau so geht es mit den politischen Parteien. Diese befinden sich wegen kleiner Interessendifferenzen im Streit, sobald aber von einem Dritten ein ihnen gemeinsames großes Interesse angegriffen wird, vergessen sie schnell die Wahrung des kleinen, um das für sie große zu retten.

Armselige Staatskunst, bemitleidenswerthe kleinliche Politiker!

Wo Euch eine Sündfluth droht, spannt Ihr die Regenschirme auf, wo Gewitter und Sturm naht, glaubt Ihr genug zu thun, Fenster und Thüren zu schließen; wenn aber ein frischer Wind Eure Denkerstirnen umfächelt, schreit Ihr nach Doktor und Apotheker aus Furcht vor Krankheit und Tod. —c—

Aus England.

London, 20. Septbr.

Anläßlich der Eröffnung des deutschen Reichstages und über das Sozialistengesetz äußern sich verschiedene Blätter:

„The Globe" (conservativ): Der Grundton der neuen Antisozialistenbill wird in der Bemerkung gefunden, daß der Mordversuch auf den Kaiser eine Folge der weit verbreiteten Agitation sei, welche darauf hinziele, die bestehende Ordnung des Staates und der Gesellschaft zu unterwühlen. Es ist klar, daß der große Kanzler sich nicht abschrecken läßt, das Werk zu vollenden, das er begonnen hat. Er beabsichtigt, der freien Rede und der freien Presse in seinem Vaterlande den Maulkorb anzulegen, und wenn seine Edikte so weit reichen könnten, so würde er zweifelsohne die freien Gedanken ebenso gut unterdrücken.

„The Times" (Politische Windfahne): Die Deutschen haben sich nun seit vielen Jahren an Freiheit in Sprache und Schrift, in Presse und Versammlungen gewöhnt, und sie werden nicht leicht ihre Rechte in die Hände einer Bureaukratie überliefern, damit, wie man sich vergeblich einbildet, die sozialistischen Ideen aufhören mögen, in einigen verrückten Köpfen zu gähren. Viele glauben, daß die antisozialistische Gesetzgebung nur zum Zwecke habe, neue Forderungen zur Ausdehnung der Machtbefugnisse der Regierung über die Armee zu maskiren. Man nimmt an, daß die Liberalen geneigt wären, die Krone für eine Anzahl Jahre von Parlamentsbewilligungen (für die Armee) unabhängig zu machen, wenn die beanstandeten Paragraphen in den vorgeschlagenen Strafgesetzen weggelassen würden. Aber dies ist ein voreiliges Urtheil. Fürst Bismarck ist, wie wir glauben, völlig von der Ueberzeugung — einer irrigen und einer gefährlichen Ueberzeugung — durchdrungen, daß der Sozialismus, sowohl als eine Theorie, als auch als eine thätige Verschwörung gewaltthätig unterdrückt werden müsse, und es ist seine Gewohnheit nicht, seine Ueberzeugung den Ueberzeugungen Anderer unterzuordnen.

„Daily Telegraph" (halb ministeriell, halb liberal; verkauft für dreißig Pfennig das Vaterland): Je mehr der Sozialismus unterdrückt wird, desto fester werden sich seine Anhänger an ihn anklammern, und desto gewaltiger wird die Explosivkraft, die er auf diese Weise gewinnt. Gleichgültigkeit (gegen die angedrohten Strafen) und blinder Enthusiasmus vergrößern die Gefahr, wie uns die Nachrichten aus Rußland zu deutlich zeigen.

„Pall Mall Gazette" (Hauptorgan der hochconservativen Regierungspartei): Fürst Bismarck wurde stets für einen Staatsmann von viel umfassendem Blicke angesehen, und als ein solcher, der gewohnt ist, den Thatsachen gerade in's Gesicht zu schauen, auch wenn dieselben unerfreulich sind. Ueberdies hat er einen außerordentlich gut informirten Beamtenstab zu seiner Verfügung. Seine Untergeordneten sind Männer, die sich rühmen, daß sie sich nicht von ihren Wünschen verleiten lassen, und daß sie gegen die allgemeine Neigung gepanzert seien, die Thatsachen nicht so zu sehen, wie sie sind, sondern wie sie sie gerne haben möchten. Es scheint beinahe unmöglich, daß ein Staatsmann von diesem Kaliber, umgeben von Beamten von diesem Kaliber, den Fehler begehen sollte, zu glauben, daß der Sozialismus durch solche Maßregeln, wie sie die Regierung vorschlägt, vernichtet werden könne.

„Indépendance Belge" (liberal): Man wird so viel wie möglich die öffentlichen Freiheiten „im Allgemeinen" schonen, aber vor allem muß der Propaganda der Sozialdemokraten ein Ziel gesetzt werden; das heißt, daß für diese keine Preß- und Versammlungsfreiheit mehr existiren wird, und daß man sich, um sie zu treffen, durch keine übertriebene Furcht, irgend einer besondern Freiheit zu nahe zu treten, zurückhalten lassen wird. Es ist, mit einem Worte, ein öffentliches Wohlfahrtsgesetz, das die Kaiserliche Regierung vom Parlamente zu erhalten wünscht, und sie verfehlt nicht, daß sie es, wenn erhalten, in der ganzen Strenge und Ausdehnung, deren ein solches Gesetz fähig ist, ausführen wolle.

„Daily News" (liberal): Die Sozialdemokraten, und das läßt sich begreifen, protestiren gegen die Aufbürdung der Verantwortlichkeit für die Verbrechen Hödel's und Nobiling's. Sie sagen, daß sie solche Verbrechen verabscheuen; daß sie den Mord ebenso wenig lieben als die Tyrannei; daß sie rechtmäßige Ziele durch rechtmäßige Mittel verfolgen. Sie streben allerlei soziale Reformen an; die meisten derselben bilden im englischen Parlamente die Grundlage von Berathschlagungen, oder könnten es in jeder Sitzung thun. Sie wollen Erziehung, Redefreiheit, Aburtheilung durch Geschwornengerichte. Alle diese Dinge, sagen sie, haben mit Meuchelmord nichts zu thun, und Mörder müsse man in keiner Weise als mit ihren Lehren in Verbindung stehend betrachten. Dies ist natürlich alles vollkommen wahr. Aber die Sozialdemokraten vergessen, daß Gegenstände, die noch weiter von Verbrechen und Meuchelmord entfernt sind, zu einem Vorwande für Verbrechen und Meuchelmord gemacht wurden. Die schlimmsten Feinde des Christenthums haben dasselbe nicht beschuldigt, den Meuchelmord zu begünstigen, und doch führten Jacques Clement und Ravaillac das Messer in der Meinung, dieses zu vertheidigen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Sozialistengesetzcommission. Jeder Morgen bringt uns in einem langen Bericht die Resultate der Berathungen in der Sozialistencommission, und jeder neue Bericht läßt mehr die Hoffnung schwinden, daß Deutschland vor einem Gesetze bewahrt bleibe, welches die gesetzliche Freiheit in so hohem Grade bedroht. Fleißig sind die 21 Herren, fährt die „Vossische Zeitung" fort, in deren Hände der Reichstag die Entscheidung gelegt hat, da eine Amendirung der Commissionsarbeit kaum zu erwarten ist; selten fehlt Einer in den täglichen mehrstündigen Sitzungen. Und der Fleißigste von Allen ist der Abgeordnete Lasker, der keinen Satz der Vorlage die Diskussion passiren läßt, ohne ein Amendement dazu einzubringen. Sieht man seine Verbesserungsvorschläge jedoch genauer an, so kommen sie beinahe immer auf Umschreibungen hinaus, die bei geschickter Handhabung dieselbe Wirkung erzielen dürften, auf welche die Vorlage berechnet war. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" finden denn auch Lasker's Bemühungen die vollste Anerkennung. „Die Stellung, welche er in der Commissionsberathung eingenommen hat, läßt voraussehen, daß die nationalliberale Partei dem Zustandekommen des Gesetzes keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten wird." So muß man denn die letzten Hoffnungen, welche die erste Lesung im Plenum noch hie und da übrig gelassen, gänzlich aufgeben. Auch die „Times" — und die „Times" kann sich in der Liebe zum Eigenthum gewiß mit Herrn Bamberger messen — das englische Blatt hoffte auf Grund der ersten Berichte, bald Deutschland beglückwünschen zu können, daß in einer Periode großer Aufregung der gesunde Verstand und das richtige Gefühl seines Volkes es in den Stand setzte, die richtige Mitte zu halten, um einerseits den Verbrecher vor Gericht zu ziehen und andererseits den Gedanken an die Zukunft der öffentlichen Freiheit nicht aus den Augen zu verlieren. Ob die Nationalliberalen in der Commission wohl daran denken, was man nach dem Bekanntwerden ihrer Arbeit im Auslande von dem gesunden Verstande und dem richtigen Gefühl des deutschen Volkes wohl halten wird?

Dem § 6 (Preßknebelungsparagraph) hat die Untergrabungscommission (nach dem Lasker'schen Amendement: Umsturzcommission) auf Antrag des Herrn Lasker folgende Fassung gegeben:

„Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann zugleich mit dem zweiten auf Grund dieses Gesetzes ergehenden Verbot einer einzelnen Nummer das Verbot des ferneren Erscheinens derselben erfolgen."

Lasker äußerte hierbei, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie und des Sozialismus nicht schon an sich strafwürdig seien, sondern daß die Strafbarkeit in der Methode der Bestrebungen liege. Die Personen, die jetzt mit friedenstörenden Mitteln arbeiteten, müßten gezwungen werden, sich friedlicher Mittel zu bedienen. Und ferner glaubte derselbe Abgeordnete, daß es drei Kategorien von Blättern geben werde: solche, die mit einem Brandartikel abgehen wollen, andere, die ein großes Kapital zu schonen hätten und sich änderten, dritte, die sich auf eine ruhigere Art einzurichten gedenken. Dieser letzteren Wandlung dürfe man nicht entgegentreten. — Nun, wir gestehen, daß das kleine Laskerchen der reine „Topfgucker" in der sozialdemokratischen Hexenküche gewesen zu sein scheint.

Nach einem weiteren Lasker'schen Amendement soll das confiscirte Vereinsvermögen nicht der Armenkasse anheimfallen, sondern liquidirt und für die gesetzlichen Verpflichtungen des Vereins verwandt werden.

Die Landespolizeibehörde wurde als erste Instanz für die

verschiedenen Verbote und Confiscationen festgestellt. Ueber die Beschwerdeinstanz, resp. über die endgiltige Entscheidungsinstanz erhob sich ein gewaltiger Streit. Der Jurist Lasker wollte eine richterliche Instanz, der Jurist Gneist wollte den Reichskanzler als endgiltige Entscheidung. Die Verhandlungen, welche hierüber in der Commission am 21. d. M. geführt wurden, hat man am 23. fortgesetzt. Zur Zeit, wo wir dieses schreiben (Dienstag, 24. Sept.), liegen über die letzte Commissionssitzung noch keine Berichte vor.

Obwohl Herr Lasker nur scheinbare Verbesserungsvorschläge macht, obwohl die Nationalliberalen besser noch wie die gelehrigsten Pudel über den vorgehaltenen bismarckischen Stock springen, scheint ihr Herr und Meister dennoch mit ihren Kunststücken nicht zufrieden zu sein. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Kanzlers, bringt nämlich an hervorragender Stelle eine die nationalliberale Presse „völlig überraschende" Erklärung, die ihr von competenter Seite zugegangen zu sein scheint.

„Der bisherige Verlauf der Commissionsverhandlungen hat nicht den Erwartungen entsprochen, welche die Generaldiskussion im Plenum und die Commissionswahlen hervorrufen mußten. Es schien, als ob die nationalliberale Fraktion in ihrer Mehrheit gewillt sei, die Reichsregierung aufrichtig in der Bekämpfung des sozialdemokratischen Unwesens zu unterstützen und angesichts der vorliegenden ernsten verantwortlichen Aufgabe die Geltendmachung doktrinärer Weisheit möglichst zu beschränken. An die Thatsache, daß von den Nationalliberalen Niemand Namens der Fraktion gesprochen, daß namentlich Lasker sich vorsichtig zurückgehalten, knüpfte man auf conservativer Seite die Hoffnung, es werde sich die Fraktion von der Führung emanzipiren, durch welche die guten Beziehungen zur Regierung seit Langem gefährdet erscheinen. Die Hoffnung scheint nicht in Erfüllung gehen zu sollen. Die Haltung, welche Lasker eingenommen, beweist, daß er sich nach wie vor als den eigentlichen Führer der Partei betrachtet, und die Unterstützung, welche seine Anträge bei den übrigen nationalliberalen Commissionsmitgliedern finden, läßt nicht erkennen, daß die Anschauungsweise Lasker's eine unberechtigte sei. Wir können unter diesen Umständen den weiteren Verhandlungen nicht ohne Besorgnisse entgegensehen. Schon jetzt sind einige Beschlüsse gefaßt, welche die verbündeten Regierungen voraussichtlich als unannehmbar bezeichnen werden. Das Zustandekommen des Gesetzes erscheint gefährdet, zum Mindesten erschwert, falls nicht im Fortgang der Verhandlungen, namentlich bei der dritten Lesung, diejenigen Mitglieder die Oberhand gewinnen, welche eine Verständigung mit der Regierung auf Grundlage des praktischen Bedürfnisses wirklich erstreben. Sollte eine solche Verständigung in Folge der Commissionsbeschlüsse auch im Plenum nicht gelingen, sollte deshalb die Nation zum zweiten Male im Laufe eines halben Jahres an die Wahlurne gerufen werden, so würde sie sich für die Aufregungen eines abermaligen Wahlkampfes in erster Linie bei Herrn Lasker zu bedecken haben."

Diese Drohung wird ihre Wirkung bei den „über den Stock springenden" Nationalliberalen nicht verfehlen; sie werden nunmehr „schön thun", „bauchrutschen", überhaupt Alles, was von ihnen verlangt werden wird.

— Nobiling und die „Germania". Unter dieser Ueberschrift bringt die (katholische) „Germania" folgenden Bericht: „Da die gegen Nobiling eingeleitete Untersuchung wegen des eingetretenen Todes des Attentäters beendigt ist und — so viel verlautet — wegen Mangel an bisher entdeckten Complicen auch gegen andere Personen sich nicht mehr in der Schwebe befindet, so scheint es uns nunmehr an der Zeit zu sein, die vor einigen Monaten von uns versprochenen Details über das Verhör, welches unser Chefredakteur in der gedachten Angelegenheit am 5. Juli c. vor dem Untersuchungsrichter gehabt hatte, zu publiciren. Hier sind sie: Einige Zeit vor dem 2. Juni, dem Tage des Attentats, war hierselbst bei dem Hofgärtner Schmidt, Friedrichstraße Nr. 177, ein Blumenbouquet bestellt worden, und wurde dabei seitens des Auftraggebers eine Karte abgegeben, auf welcher die nachstehenden Worte sich befanden: Dr. Nobiling, Mitarbeiter der „Germania". Dr. Majunke wurde deshalb am 5. Juli vom Untersuchungsrichter befragt, ob in der That Dr. Nobiling ein Mitarbeiter der „Germania" gewesen sei. Dr. M. konnte sofort die bündige Erklärung abgeben, daß ein „Dr. Nobiling" niemals ein Mitarbeiter des von ihm geleiteten Blattes gewesen sei. Dr. M., der einige Tage vor dem Termine ein Portrait Nobiling's in dem bei Pustet in Regensburg erscheinenden „Deutschen Hausschatz" gesehen hatte, erklärte ferner, er könne sich auch nicht erinnern, daß er jemals mit dem Attentäter in gesellschaftlichem Verkehre zusammengetroffen sei; ganz sichere Auskunft würde er aber hierüber geben können, wenn man ihn dem Verbrecher in Person einmal gegenüberstellen würde. Letzteres schien indeß der Untersuchungsrichter nicht für erforderlich zu halten; er legte dem Zeugen nur eine Photographie Nobiling's vor, von der er versicherte, daß sie naturgetreu sei. Dr. M. fand nun hier genau dasselbe Bild wieder, welches er schon im „Hausschatz" bemerkt hatte und erklärte jetzt mit aller Bestimmtheit, daß er mit dem Verbrecher niemals ein Wort in seinem Leben gewechselt habe. Leider hatte der Hofgärtner Schmidt jene Visitenkarte nicht mehr aufbewahrt; er hatte sie bereits vor dem 2. Juni mit anderen vernichtet und war nur dadurch, daß er gelegentlich des Attentates den Namen Nobiling's nennen hörte, an die Karte wieder erinnert worden. Dieselbe befindet sich daher auch nicht bei den Untersuchungsakten. Ein Mißbrauch des Namens der „Germania" liegt also hier in jedem Falle vor, da keiner der Redakteure derselben sich erinnert, daß ein Dr. Nobiling jemals mit ihnen in irgend welchen Beziehungen gestanden habe, und es fragt sich nur, zu welchem Zweck dieser Mißbrauch getrieben worden sei, denn es läßt sich wohl annehmen, daß „Dr. Nobiling" noch mehrere derartige Karten verbreitet hat, deren Empfänger nur wegen befürchteter Prozeßweitläufigkeiten sich dem Gerichte zu nennen scheuten. Vielleicht bringt nachstehende weitere Thatsache einiges Licht in die dunkle Angelegenheit. Es ist notorisch, daß bei der Festnahme Nobiling's auf dessen Zimmer nur die „Germania" und zwar diese in zahlreichen wohlgeordneten Exemplaren vorgefunden wurde. Als Dr. Majunke beim Verhör den Untersuchungsrichter fragte, wie sich denn dieser Umstand erklären ließe, da ja nach Allem, was über Nobiling bekannt geworden, derselbe viele Zeitungen gelesen habe und überdies ein Gegner der von der „Germania" vertretenen Richtung gewesen sei, antwortete der Richter wörtlich: „Die anderen Zeitungen hatte er alle weggeschafft." Hiernach läßt sich also nicht leugnen, daß ein wohlberechneter und — nach dem bei dem Hofgärtner hinterlassenen corpus delicti zu schließen — langgehegter Plan dem Verbrecher zu Grunde gelegen hat, ein Plan, der allerdings zugleich so dummdreist war, daß er von keiner hohen Intelligenz seines Urhebers Zeugniß ablegen kann. Es stimmt dies auch zu der Charakteristik, welche der Untersuchungsrichter Herrn Majunke über Nobiling bei dem mehrerwähnten Termine gab. „Das Bild", sagte der Untersuchungsrichter, „welches die Zeitungen über Nobiling ausmalen, ist ganz und gar unzutreffend; er ist nichts weniger als „intelligent", er ist noch dümmer als Hödel." Uebrigens bezeichnen ihn seine Verwandten als einen höchst schüchternen Menschen, und auf welchen mühseligen Wegen er zu seinem Doktortitel gekommen, ist ja auch allgemein bekannt. Sollte also der Attentäter in kein Complot verwickelt gewesen sein — es sprechen mehrere Gründe dafür (??) und dagegen — so bleibt nur die Annahme übrig, daß er, der Halbidiot und zugleich enragirte Waffenfreund, in einem dunklem Drange von Großmannssucht und halb unbewußter Nachahmungssucht auf das erste vereitelte Attentat ein zweites wirksameres folgen lassen wollte."

Also eine neue Bestätigung der, für jeden Unparteiischen und Denkfähigen, längst erwiesenen Thatsache, daß Nobiling nicht im Besitz normaler Geistesfähigkeiten sich befand, so wenig wie Lehmann-Hödel. Gleich diesem war er Halbidiot. Nur mit dem Unterschied, daß bei ihm die Erblichkeit klar nachgewiesen ist, was bei Lehmann-Hödel nicht der Fall, vermuthlich, weil dessen Vater nicht bekannt. Beiläufig ist dieser Tage ein Bruder Nobiling's von dem Kreisgericht in Eisleben von der Anklage der Religionsverspottung freigesprochen. Die Religionsverspottung sollte darin bestanden haben, daß Nobiling bei dem Begräbniß eines Lieblingshundes den Choral „Jesus meine Zuversicht" von einer Musikbande hatte spielen lassen. — Man sieht, die Verrücktheit ist in der Familie.

— Vom kranken Mann. In Folge der „aufregenden Debatten" über das Sozialistengesetz ist unser Reichskanzler wieder wie wir in der vorigen Nummer mittheilten, erkrankt. Es veranlaßt uns dies zum Abdruck des nachfolgenden Schreibens, das uns, noch ehe von dieser neuesten Erkrankung etwas bekannt war, aus ärztlichen Kreisen zugegangen ist:

Fürst Bismarck hat in seiner letzten Reichstagsrede erklärt, er habe sich seine Krankheit ehrlich verdient. Niemand, auch der enragirteste Gegner des Reichskanzlers wird bestreiten können oder wollen, daß derselbe seit 15 Jahren so übermäßige geistige Aufregungen und Anstrengungen auszuhalten gehabt hat, daß auch der kräftigste Körper dieselben nicht ohne vollständige Zerrüttung des Nervensystems ertragen konnte. Fürst Bismarck ist also schwer nervenkrank. Das erklärt mir vollständig die Zerfahrenheit seiner inneren Politik. Das erklärt sein sonst unbegreifliches Auftreten gegen seine langjährigen Mitarbeiter und die eigenthümliche Art seines Urtheils über die entlassenen Minister. Das erklärt den plötzlichen Gesinnungswechsel über die Organisationen des Reiches. Das erklärt auch die letzten heftigen Angriffe gegen Eugen Richter, denn schwer nervenkranke Menschen gerathen immer sofort in Aufregung, wenn sie Jemand sehen, oder von Jemand erinnert werden, von dem sie sich die Wahnvorstellung gebildet haben, er sei ihr Gegner oder Verfolger. Das erklärt auch die sonst unerklärliche Gedächtnißschwäche, die Fürst Bismarck dadurch dokumentirte, daß er nichts von der Wahl Fritzsche's im 4. Berliner Wahlkreis wußte, von der doch die ganze Welt gesprochen und geschrieben hat, und von der ihm direkte telegraphische Nachricht zugegangen ist. Das erklärt auch die Wahnvorstellung, die ihn verleitete, den Kullmann dem Centrum, den Hödel und Nobiling uns an die Rockschöße zu hängen und das erklärt auch jene von Bebel gebrandmarkte offizielle Depesche, nach welcher Nobiling gestanden haben sollte, er hege sozialdemokratische Sympathien! Ich bedauere lebhaft diese schwere Nervenkrankheit des Reichskanzlers, unter der seine ganze Umgebung sicherlich zu leiden hat! Wäre der Herr nicht in so hoher Stellung, er wäre gewiß schon von den Aerzten von jeder aufregenden Thätigkeit abgehalten und nach einem gesunden Aufenthaltsort geschickt worden, wo er von der politischen Welt hermetisch abgeschlossen, unter sorgfältiger Aufsicht und Pflege sicherlich noch Heilung finden könnte. Wenn das aber nicht bald geschieht, wird sich nach dem Urtheil jedes Sachverständigen der Zustand bald zu einem unheilbaren gestalten! Und es wäre doch wahrlich ein furchtbares Schicksal, wenn der Begründer des deutschen Reiches an langsamer Krankheit dahinsiechen müßte!

— Das ungarisch-deutsche Blatt, der „Pester Lloyd" bespricht das deutsche Sozialistengesetz und die Lage in Deutschland in einer für die deutsche Reichsregierung nicht geradezu schmeichelhaften Weise. Dann erwähnt das Blatt die auch von uns mitgetheilte Unterredung Bismarcks mit den

An Deutschland.

Weh mir, daß ich dich fragen muß:
Bist du das Volk der Hohenstaufen?
Dein zweiter Kuß ein Judaskuß!
Es schwelgt ein Theil im Ueberfluß,
Der größre, ein Johannes Huß,
Besteigt des Elends Scheiterhaufen.

Viel besser ist ein Räuber Moor,
Stößt er das Weltall aus dem Gleise,
Als Euer Dünnbierseelenchor
Mit der Parole: Ein Schritt vor;
Zwei Schritt zurück! Dabei verlor
Der „Fortschritt" seine besten Kreise.

Ihr Dichter insgesammt: o sprecht,
Kennt ihr den Namen Ulrich Hutten,
Den einst verdammte sein Geschlecht?
Wie klingt sein Name heut so echt!
Statt daß ihr Zukunftsrosen brecht,
Pflückt ihr des Tages Hagebutten.

O Deutschland, du mein Echternach,*)
Du Land der Gründer und der Streber,
Du springst zum Ziele allgemach,
Ich aber ruf: Erwach! erwach!
Beim ersten Zuge biete Schach,
Zerspreng' die übertünchten Gräber!

Ein Roland trittst du in den Streit,
Deß Losung: Sozialistenhetze,
Und Ganelon ist auch nicht weit —
Der Reichstag, zum Verrath bereit.
„Je weniger Gerechtigkeit,"
Schrieb Seume, „um so mehr Gesetze."

K. M.

*) Bekannt durch seine Springprozessionen.

Herr Fritz Kalle als Humanitätsapostel in der „Gartenlaube".

(Schluß.)

Sprechen wir nun von den „guten Beispielen", welche die Arbeitgeber ihren Arbeitern geben sollen. Ja ja, Herr Kalle, Ihre Collegen haben schon bisher schlagend bewiesen, daß sie das richtige Zeug haben, „mit gutem Beispiel voranzuleuchten"! Was zunächst die „Sittlichkeit" anbelangt — wo ereignen sich denn die schreiendsten Unsittlichkeitsakte und die infamsten Verführungen? Gerade in den Fabrikdistrikten, in den Werkstätten und dem Wirkungsbereich ihrer Collegen, Herr Kalle, und so oft direkt durch die Letzteren! Ist Ihnen das riesige Material ganz unbekannt, was zu diesem Gebiete aus allen auch nur halbwegs selbstständigen Tagesblättern — von der Arbeiterpresse ganz abgesehen — geschöpft werden kann? Und zugestandenermaßen ist diese stets wachsende Unsittlichkeit — sofern sie den anderen Theil anbelangt — größtentheils eine direkte Folge der traurigen ökonomischen Lage, in welcher die Fabrikbevölkerung durch den von Ihnen vertheidigten Kapitalismus gehalten wird, und welche also nicht schwindet, bevor der Kapitalismus fällt. Doch an diesen gegenseitigen Zusammenhang zu denken, wollen wir Ihnen, Herr Kalle, gar nicht zumuthen — denn wir werden noch weiter unten sehen, wie wenig von Ihrem ökonomischen Wissen verlangt werden kann! Jene Unsittlichkeit geht aber zum Theil auch aus den speziellen Fabrikeinrichtungen hervor, wozu vor Allem die schmachvolle, familienvergiftende Kinderarbeit gehört, die Sie ja, Herr Kalle, in Ihrem von Humanität und Familienschwärmerei strotzenden Artikel mit keiner Silbe erwähnen! — Was ferner die „Beispiele der Ehre und des Anstandes" betrifft — wissen Sie denn nicht Herr Kalle, daß Ihre Collegen zum größten Theil ihre Arbeiter bei jeder Gelegenheit — besonders während der verflossenen Wahlen — durch die Hungerfolter zu zwingen suchten, ihre Ehre und Ueberzeugung zu verkaufen? Und sind nicht Sie es, Herr Kalle, der diese schandbare Seelenverkäuferei im ersten Theil seines Humanitätsartikels empfiehlt und dieselbe „einstweilen" consequent und allgemein durchgeführt haben möchte? Wie stimmen Ihre salbungsvollen und moraltriefenden Humanitätsphrasen mit dem, was Sie einige Spalten früher geschrieben haben? Wie können sie so keck heucheln! — Schließlich ermahnen Sie die Arbeitgeber, sie möchten nicht „den ihnen gewordenen Reichthum zur Entfaltung eines Neid und niedrige Genußsucht erregenden Luxus mißbrauchen," sondern „vor Allem zu umfangreicherer Unterstützung der weniger günstig Gestellten benutzen." Ja wohl: Diejenigen, welche mit allen Mitteln den Enterbten ausgebeutet haben, um sich Reichthum zusammenzuraffen, die eignen sich naturgemäß am Besten, ihren Reichthum hinterher für diese Ausgebeuteten zu verwenden! Diese Naivität ist gottvoll! Uebrigens, Herr Kalle, Sie philanthropisches Bourgeoisgemüth, warum plaidiren Sie denn nicht dafür, daß der Arbeitgeber gleich von vornherein seine Arbeiter liebevoller bedenkt, in der Weise, daß dieselben nicht so ungünstig gestellt werden, daß sie eine Unterstützung bedürfen, statt daß er zuerst alles Mögliche zu ihrer ungünstigen Stellung beiträgt, um dann, wenn sie auf den Hund sind, ihnen Almosen zu spenden? Das wäre doch viel kürzer und praktischer! Warum machen Sie zuerst den Arbeiter zum Lazarus, um ihm dann die Brocken hinzuwerfen, die von Ihrem Tische abfallen? Doch halt! Man soll vom Menschen so lange als möglich das Beste denken. Nach dem folgenden Theile Ihres Artikels zu schließen, scheinen Sie zu befürchten, daß der Arbeiter, sich selbst überlassen, sich nicht auf die „richtige Verwendung des Erworbenen" verstehen möchte, und wollen deshalb das vom Arbeiter erzeugte Eigenthum unter Ihre väterlichen Fittige nehmen, damit derselbe nicht ausarte? Aber leider, leider, Herr Kalle, müssen wir Sie in dieser Hinsicht daran erinnern, vor Ihrer eigenen Thüre zu kehren! Uns dünkt es nämlich, daß zur Vormundschaft über das Arbeitereigenthum und zur Belehrung über dessen „richtige Verwendung zum Wohlergehen der Arbeiter" Leute nicht besonders geeignet und berufen sind, die sich zu Diners zusammensetzen, an denen die Verschwendung förmlich kultivirt wird — wie Sie unter Anderm in einer Gesellschaft tafelten, wo allein 70 verschiedene Sorten Liqueure vertilgt wurden! (Siehe „Vorwärts" Nr. 94.) Das möchten wir auch „Entfaltung eines Neid und niedrige Genußsucht erregenden Luxus" nennen!

Von diesem Gesichtspunkte aus richten sich Ihre folgenden Ausführungen von selbst. Dieselben enthalten eine Reihe Mittelchen „zur Förderung des materiellen Wohles der Arbeiter", die aus den Geistesfabrikaten eines Max Hirsch, eines Viktor Böhmert, eines Gründers Duistorp u. A. kompilatorisch gesammelt sind. Sie betreffen unter Anderm die seitens der Arbeitgeber zu leitende Hebung der Hülfskassen für Kranke, für Arbeitslose — nämlich wenn sie nur in Folge der Geschäftskrisis arbeitslos sind — und für Wittwen und Waisen. Wie gesagt, Herr Kalle, wenn Ihnen das Elend des Arbeiters so nahe geht, warum kämpfen Sie nicht dagegen an, daß dieses Elend, zu Gunsten Ihres und Ihrer Collegen Geldsäckels, zuerst auf alle Weise gefördert wird? Warum treten Sie nicht präservativ statt quacksalbernd gegenüber der Lage der Arbeiter auf? Aber Sie wollen eben einmal den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen, d. h. ohne Ihrer Rolle als Ausbeuter etwas zu vergeben, und dies ist wohl auch der Sinn der in Ihrem Artikel öfters wiederkehrenden Redensart „Besserung nach Möglichkeit"! Gestehen Sie es nur offen ein!

Ihre weiteren Vorschläge an die Arbeitgeber beziehen sich auf Hebung der Konsumvereine und auf Aktiengesellschaften zur Errichtung von Arbeiterhäusern. Auf diese Weise, in Verbindung mit konsequenter Belebung des Sparkassenwesens*), denken Sie es dahin zu bringen, daß die Arbeiter allmählig „kleine Kapitalisten" und damit zugleich endgültig Ihre „Bundesgenossen" werden. Lieber Herr Kalle, Sie sind von einer paradiesischen Unschuld und scheinen nicht die geringste Ahnung davon zu haben, daß der Grundzug der ökonomischen Entwicklung der Gegenwart gerade darin besteht, daß das kleine Eigenthum vom großen absorbirt wird, der Mittelstand daher schwindet, und alle Kleinbürger und „kleine Kapitalisten", als Opfer des Großkapitals, in die Klasse der Besitzlosen geschleudert werden. Einen Arbeiter zum „kleinen Kapitalisten" zu machen — vorausgesetzt, daß dies allgemein gelänge — und zu glauben, damit der Arbeiterfrage die Spitze abgebrochen zu haben, wäre also gerade so schlau, als wenn man Jemandem, der von einem Wagen herabgefallen ist, dadurch wieder in die Höhe helfen wollte, daß man ihn auf das rollende Wagenrad setzt, von wo er im nächsten Augenblick wieder in den Straßenkoth purzelt! Und ein solcher Ignorant untersteht sich, den Arbeitern „wirthschaftliche Erkenntnisse" beibringen zu wollen! Damit fangen Sie zu allererst bei sich selbst an, Herr Kalle!

Auch für humane Rücksichten betreffs Arbeitszeit und Arbeits-

*) In dieser Hinsicht, Herr Kalle, hätten Sie die Arbeitgeber auch gleich auffordern dürfen, einen ansehnlichen Fond anzulegen zur Schadloshaltung der Arbeiter im Falle des — Durchbrennens der Kassirer.

„Times"-Correspondenten von Blowitz und schreibt dann wörtlich:

„Dr. Virchow hat Recht" — so lautet das lakonische Endurtheil der auch in unserem heutigen Blatte mitgetheilten Betrachtungen, in welche sich Herr v. Blowitz, der bekannte Correspondent der „Times", auf Grund persönlicher Interviews über die Politik des Fürsten Bismarck ergeht. „Bismarck hat uns Ruhm gegeben, aber er hat uns die Freiheit geraubt, ohne uns Wohlstand zu bieten" — sagte nämlich der Berliner Physiolog und wir können nicht umhin, hinwieder unsererseits anzuerkennen, daß — Herr v. Blowitz vollkommen Recht hat. Die Lage Deutschlands konnte in bündiger Form nicht zutreffender charakterisirt werden. Der Ruhm eines großen Feldzuges ist der alleinige Gewinn, welchen das deutsche Volk für seine schweren Opfer an Blut und Geld und Entsagung eingeheimst hat. Wir sind weit entfernt, den hohen, edlen Werth eines solchen nationalen Sieges zu unterschätzen. Doch vermag er allein ein Volk der Arbeit und des Denkens niemals zu entschädigen für den Verlust der Freiheit — richtiger: für den Abgang der Freiheit, da ja die Deutschen die Freiheit noch niemals besessen haben — für die bittere Noth der materiellen Existenz. Nachdem die deutschen Professoren Jahre hindurch so salbungsvolle, entrüstete Phrasen vom Stapel gelassen haben gegen die romanische Einzelherrschaft des Kaisers der Franzosen, müssen nunmehr selbst Bewunderer des Fürsten Bismarck, wie der erste Berichterstatter des City-Blattes, unumwunden zugeben, daß sein (Bismarck's) Regime die Unumschränktheit seines Eigenwillens bedeute, daß „das vorzüglichste Ziel seiner Politik er selber", die Behauptung seiner Willkürherrschaft sei. Doch während das Napoleon'sche Regime als Entgelt für den Verlust der Freiheit auf den englisch-französischen Handelsvertrag, auf die materielle Prosperität aller Klassen hinweisen konnte, ersteht als unvergängliches Denkmal des Bismarck'schen Regimentes das Massenelend, die Verzweiflung und Verwilderung der Massen und in Bekämpfung derselben die äußerste Potenzirung der Polizeigewalt, wie sie bei Eröffnung des Reichstags im Weißen Saale zu Berlin angekündigt wurde."

Das ist allerdings ein Urtheil, welches Herr von Bismarck nicht vor den Spiegel stecken wird. Und ein Urtheil von einem Blatte, welches früher immer mit großer Begeisterung von Bismarck schrieb. — Außerdem steht der „Pester Lloyd" in sehr nahen Beziehungen zum ungarischen Ministerium, so daß wir, besonders nach Andeutungen, die wir erhalten, keinen Zweifel haben, daß der scharfe antibismarckische Artikel aus der Feder eines dem österreichisch-ungarischen Ministerium sehr nahe stehenden Mannes stammt.

— Ein Urtheil über Bismarck. Die „Berliner Volkszeitung" schreibt: „Einen Mann, der so gar kein Verständniß von Dem hat, was im Volke vorgeht, daß er den Vater der revolutionären Agitation für einen harmlosen, geistreichen Gesellschafter hält, den darf man nicht autorisiren, wirkliche Gefahren der Volksverführung auf Grund der Sozialistenvorlage nach Wohlmeinung und Belieben abzuwenden, selbst wenn die Gesetzesvorlage an sich eine auch nur einigermaßen annehmbare wäre." — So geht's, liebe „Volkszeitung" — die liberalen Blätter haben ein ganzes Jahr lang in allen Tonarten es dem Volke vordeklamirt, daß wir den Boden Lassalle's längst verlassen hätten, daß Lassalle ein nationaler Reformler gewesen, wir aber internationale Revolutionäre seien, so daß es Herrn von Bismarck, der ja Lassalle lediglich aus einigen Unterredungen zu kennen scheint, gar nicht übel zu nehmen ist, wenn er den liberalen Deklamationen Glauben schenkte, da er ja bekanntlich „auch zum Volke" gehört.

— Ueber die Wirkung des Sozialistengesetzes urtheilt der „Staatssozialist" in völlig zutreffender Weise: „Unsererseits beharren wir bei unserer ursprünglichen Beurtheilung. Durch die beabsichtigten Zwangsmaßregeln wird man Attentate nicht verhindern, sondern provoziren; man wird die Organisation der Sozialdemokratie nicht zerstören, sondern befestigen und unfindbar machen; man wird das Versammlungsrecht nicht aufheben, sondern in das Geheimniß und in die Verschwörung treiben; man wird die sozialdemokratische Presse nicht beseitigen, sondern auf geheime Druckereien anweisen und annähernd zum Range einer Märtyrerpredigt erheben. Alles, was wir zu leisten im Stande sind, wird doch dem Vorgehen der russischen Polizei gegenüber immer nur als ein harmloser Scherz erscheinen, und was hat man dort damit erreicht?"

Wir wollen auf die letzte Frage antworten. Erreicht hat die russische Regierung durch ihre Polizei nur, daß sie fortwährend auf einem Vulkane sitzt.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Der Untersuchungsrichter
des
Königlichen Obergerichts. Celle, den 20. Sept. 1878.

Am 31. August ist bei Kirchweihe ein Handwerksbursche ermordet gefunden.

Da hier häufig Anfragen besorgter Eltern eingehen, ob der Ermordete ihr Sohn sein könne, ist es vielleicht im Interesse Ihrer Leser zu erfahren, daß der Ermordete als ein Schustergesell Wilhelm Hinzsche aus Roetsch in Oesterreich sich zwei Tage vor seiner Ermordung ins Fremdenbuch getragen hat, auch auf den Namen Wilhelm Hinzsche lautende Papiere bei der Leiche gefunden sind. Eine Photographie der Leiche befindet sich beim Polizeipräsidium in Berlin.

Der Untersuchungsrichter des Königl. Obergerichts.
(Name unleserlich.)

An die Redaktion des „Vorwärts"
in Leipzig."

Wir freuen uns über diese Zuschrift, da dieselbe beweist, wie wichtige Dienste der „Vorwärts" im Interesse der Humanität und des allgemeinen Wohles leisten kann und leistet. Daß selbst richterliche Behörden dies unumwunden durch Zusendung einer solchen Bekanntmachung eingestehen, das dürfte den conservativen und liberalen Unterdrückungsbeflissenen vorzuhalten sein, obwohl ohne Erfolg, da bei Ihnen nicht Volkswohl, Humanität und Recht, sondern lediglich der Wille der Gewaltigen entscheidet.

— Wie die Cultur nach Osten getragen wird, zeigten wir schon neulich durch den Brief eines österreichischen Feldpredigers. Da man Versuche gemacht hat, diesen Brief zu einer „Erfindung" zu stempeln, so sei hier, um der historischen Wahrheit willen, erwähnt, daß der Inhalt desselben seitdem durch Dutzende von vollwichtigen Zeugen bestätigt worden ist. Ja, es wird in Bosnien und der Herzegowina von den österreichischen Soldaten nach Noten und ganz systematis., geraubt und geplündert. Man lese z. B. folgenden Feldpostbrief eines ungarischen Soldaten (s. „Szegedi Naplo"):

„Nach den Gefechten ist in den verlassen gefundenen Häusern — die offenbar den türkischen Insurgenten gehören — das Plündern gestattet. Wir (vom Regiment Mollinary) waren erst in fünf Gefechten, doch ist der Tornister fast jedes Soldaten voll mit schönen Tüchern, goldgestickten Gürteln ꝛc. Anfangs sammelten wir die türkischen Patronen, als wären sie von Gold; jetzt sehen wir uns vor Allem nach Eßwaaren um, dann aber spähen wir nach Schmuckgegenständen. Es giebt Soldaten, die schon mehrere Ringe und selbst Uhren erbeuteten. Hinsichtlich der Verwirrung der Begriffe über das Mein und Dein stehen wir schon beinahe mit den Bosniaken auf gleicher Stufe. Am deutlichsten zeigte sich dies in Visoka. Als wir die Türken, die ihre Stadt in der That heldenmüthig vertheidigten, vertrieben hatten, fielen die Bosniaken über die Häuser der Türken her und schleppten Alles weg, was ihnen in die Hände kam. Unter Anderm fielen sie wie die Heuschrecken über die Werkstätte eines Gerbers her, von wo sie so lange das vorhandene Leder wegtrugen, bis ein Befehl des Divisions-Kommandos dem Plündern ein Ende machte. Wahrlich, wir Ungarn sind da in eine schöne Gesellschaft gerathen."

Ein Commentar ist überflüssig. Zur Vervollständigung des Bildes sei noch angeführt, daß die „Insurgenten" (soll heißen: die Männer, welche in Erfüllung einer patriotischen Pflicht Haus und Hof gegen die fremden Eindringlinge vertheidigen), wenn sie den „civilisirten" Oesterreichern in die Hände fallen, vor Kriegsgerichte gestellt und zu Dutzenden und Hunderten unnachsichtlich zum Tode durch den Strang verurtheilt werden, welche Strafe dann in den meisten Fällen (wohl aus Sparsamkeits- und Bequemlichkeitsrücksichten) gnädigst in die Abschlachtung vermittelst „Pulver und Blei" umgewandelt wird. Die österreichischen Blätter enthalten wahrhaft grauenerregende Schilderungen der Metzeleien, welche das Nachspiel jedes österreichischen „Siegs" bilden. Abschreckend wirkt diese „stramme Praxis" natürlich nicht. Die zum Tode „Verurtheilten" sterben durchweg mit einem Heldenmuth, der die Ueberlebenden begeistert und zur Nacheiferung anspornt. Kein Wunder also, daß der „Aufstand" fortwährend im Wachsen ist und auch die sanguinischsten Lobredner des stupiden Andrassy nicht mehr zu hoffen wagen, die „Okkupation" werde sich noch im Laufe dieses Jahres ganz durchführen lassen.

— Aus Brüssel wird gemeldet, daß der Schriftsteller Claudel wegen Veröffentlichung einer Broschüre, welche Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser und Angriffe gegen die Autorität der Gesetze enthielt, zu einer Gefängnißstrafe von fünf Jahren und 2000 Frcs. Geldbuße verurtheilt worden ist. Der Drucker der Broschüre, Carlier, wurde zu einer 18monatlichen Gefängnißstrafe und 500 Frcs. Geldbuße verurtheilt.

— Republikanische Speichelleckerei. Aus Lawrence, Massachusetts, Vereinigte Staaten, erhalten wir folgende Zuschrift: „Schon lange bin ich ein eifriger Leser des „Vorwärts" und hegte den Wunsch, in den Spalten des „Centralorgans der deutschen Sozialdemokratie" ein Stückchen amerikanischer Speichelleckerei und Hundedemuth veröffentlicht zu sehen. Jetzt bei der bevorstehenden Gouverneurswahl finde ich Gelegenheit, Ihnen etwas auftischen zu können in Gestalt eines Schriftstücks, das ich beilege und dessen Uebersetzung ich Ihnen überlasse. Wie mir authentischerseits mitgetheilt wurde, haben bereits 52,000, sage zweiundfünfzigtausend Wahlberechtigte des Staates Massachusetts dasselbe unterzeichnet. Also 52,000 Mann fragen ergebenst dadurch an, ob General Butler ihnen gnädigst erlauben will, seinen Namen als independent (unabhängigen) Candidat zu gebrauchen. Welche Abgötterei! Statt ihn zu fragen, ob er dies oder das Programm der Arbeiter vertreten will, verabgöttert man ihn. Ich glaubte immer, blos Deutschland habe das Privilegium solcher hündischen Seelen, aber wie es scheint, haben solch speichelleckerische Ideen sich auch in den Köpfen amerikanischer „Republikaner" eingebürgert. Ehe bei solchen Leuten der Sozialismus Platz greift, muß noch mancher Tropfen von den Füssen fortgetragen werden; aber der Sozialismus wird auch noch bei diesen Personenanbetern anklopfen; denn die Verhältnisse bringen es mit sich."

Das fragliche Schriftstück lautet: „An General Benjamin F. Butler. Werther Herr! Wir, die unterzeichneten gesetzlich stimmberechtigten Bürger von . . ., fühlen das Bedürfniß einer sparsameren Verwaltung unseres Staates sowohl als der allgemeinen nationalen Angelegenheiten, und da wir überzeugt sind, daß Sie, wenn zum Gouverneur unseres Staates erwählt, Ihre Erfahrung, Ihren Einfluß und Ihre Geschicklichkeit (skill!) in

---

lohn schreibt Herr Kalle dreiviertel Spalten. Er hütet sich indeß, über diese Punkte für irgend eine Berufsarbeit bestimmte Andeutungen zu geben, sondern ergeht sich nur in einigen wohlfeilen, schon hundertmal gehörten, allgemeinen Humanitätsphrasen. Wer — wie sich oben zeigte — selbst auf dem Gebiete der bestimmt faßbaren Vorschläge die plumpeste Heuchelei nicht scheut, um in Humanität und Moral zu machen, der muß natürlich auf dem Gebiete der unbestimmten, allgemeinen Erörterungen, wo er es weit bequemer hat, noch viel mehr schönredner; und jeder einzelne Fabrikant, inklusive Herrn Kalle, kann dann für sein spezielles Bedürfniß diese allgemeinen Phrasen auffassen und sich zurechtmachen wie er will. Wenn es Ihnen übrigens, Herr Kalle, betreffs Arbeitszeit und Arbeitslohn um humanere Bestimmungen als die bestehenden im Ernste zu thun wäre, so müßten Sie auch dagegen protestiren, daß die Fabrikanten, so oft sich in irgend einer Branche die Arbeiter selbst zur Erringung einer noch so bescheidenen Besserung in jener Hinsicht vereinigen, denselben ohne Unterschied betreffs deren Parteifarbe regelmäßig so rigoros und rücksichtslos entgegentreten und die bezüglichen Bestrebungen systematisch todt zu machen suchen!

Von Ihrer Kenntniß der wirthschaftlichen Verhältnisse giebt auch noch Folgendes einen eigenthümlichen Begriff. In den familienschwärmerischen Auslassungen Ihres Artikels, von denen wir bereits sahen, was sie werth sind, verlangen Sie, daß die Frauen und Töchter der Arbeitgeber dieselben „in ihren auf Hebung der Arbeiter gerichteten Bestrebungen unterstützen." Sie geben zwar zu, daß dies mehr da Anwendung finden kann, wo es sich um das Kleingewerbe handelt, fügen aber dann bei: „Selbst aber, wo dies nicht der Fall ist, wo nur männliche, mit ihren Familien außerhalb wohnende Arbeiter da sind, kann die Hausfrau unendlich viel (!!) zur Anbahnung und Unterhaltung ersprießlicher persönlicher Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber beitragen. Wenn die Gattin oder Tochter des Brodherrn das Kind des Arbeiters oder dessen Frau in Fällen der Noth mit Rath und That unterstützt, wird dieser nicht leicht mehr in seinem Arbeitgeber den ihn rücksichtslos ausbeutenden Egoisten erblicken, den er ohne alle Gewissensbisse übervortheilen zu dürfen glaubt." Ach wie rührend! Man stelle sich vor, was damit z. B. der Madame Krupp zugemuthet ist! Sie sind ein komischer Kauz, Herr Kalle! Warum verlangen Sie denn nicht zugleich auch die Vielweiberei für die Herren Fabrikanten, da doch nur so Ihre „Vorschläge" in Bezug auf die Allgemeinheit diskutirbar wären? Doch Scherz bei Seite! Es gehört ein echter spießbürgerlicher Kirchthurmshorizont und eine nicht gewöhnliche Gedankenlosigkeit dazu, derartige Sätze als allgemeine „Belehrungen" in die Welt hinein zu posaunen. Solche schönen Dinge sind vor Allem nur in kleingewerblichen Verhältnissen, und auch hier nicht immer, zu realisiren — das weiß jeder auch nur halbwegs im heutigen Geschäftsleben Erfahrene, und das weiß vielleicht gar auch Herr Kalle selbst. Wer aber allgemeine Vorschläge zur Besserung der sozialen Uebel der Gegenwart machen will, der muß naturgemäß von den großgewerblichen, von den Fabrikverhältnissen ausgehen, einmal weil diese schon jetzt den weitaus überwiegenden Theil unseres Gesellschaftslebens repräsentiren, die soziale Frage erzeugt haben und die soziale Nothlage am brennendsten zeigen, sodann weil gemäß der unabänderlichen ökonomischen Entwicklung das Kleingewerbe allmählig ganz schwindet, und somit dann Ihre schönen Rathschläge, Herr Kalbe, völlig gegenstandslos werden! Indeß, wir haben ja schon oben gesehen, daß die Gesetze der ökonomischen Entwicklung für Herrn Kalle böhmische Dörfer sind — was kann man also in dieser Beziehung von ihm verlangen?

Doch wir haben jetzt genug an den Harlekinssprüngen des Herrn Kalle. Traurig ist es, daß ein Mensch, der in Sachen der volkswirthschaftlichen Belehrung das Wort ergriffen hat, eine so schmähliche Unwissenheit auf diesem Gebiete, eine so haarsträubende Logik und endlich eine so infame Heuchelei an den Tag legt; noch trauriger aber ist es, daß ein „Weltblatt" wie die „Gartenlaube" mit der allgemein wichtigsten Tageswissenschaft, der ökonomischen, so wenig fortschreitet und so wenig Urtheilsfähigkeit zeigt, daß sie diesen alten, abgestandenen Kohl, der ihr noch höchst miserabel hergerichtet und widerlich gewürzt dargeboten wurde, allen Ernstes ihren Lesern als Belehrung aufzutischen wagt. Das ist die geistige Nahrung, welche dem Publikum von den Söldlingen des Kapitals zugedacht ist!

K.

— Der „Hödelwahnsinn", diese traurige Krankheit, greift noch immer mehr um sich; besonders grassirt sie in den Redaktionen national-reaktionärer Blätter. So schreibt z. B. das „Leipziger Tageblatt":

„Das deutsche Volk wird wohl daran thun, das Andenken Hödel's, dieses Elenden, nach Möglichkeit aus seiner Erinnerung zu tilgen. Lediglich, um dem psychologischen Interesse Genüge zu thun, mag zum letzten Male, was uns anbetrifft, dieses Scheusal in seinem Cynismus dem Leser vorgeführt werden. Bis zur letzten Minute hat sich der gottlose Lotterbube seiner sozialdemokratischen Lehrmeister würdig gezeigt."

Darauf bringt das Blatt den Brief des total verrückt gewesenen Menschen an seine Mutter. Wir bemerken nur zu der Schlußstelle obiger Notiz — und das möge sich die Redaktion des „Leipziger Tageblatts" hinter die länglichen Ohren schreiben —, daß es noch viel „gottlosere Lotterbuben" in Deutschland giebt, als es der Hödel war.

— Wie die Hödel-Lehmänner entstehen. Unser Berliner Parteiorgan schreibt:

„Ein trauriges Bild materieller Noth und sittlicher Verkümmerung giebt uns jedes Jahr der Bericht über die sog. „verlassenen Kinder". Unter den 899 verlassenen Kindern, welche während des vergangenen Jahres auf städtische Kosten verpflegt wurden, war fast die Hälfte, nämlich 323, dadurch der Stadt zur Last gefallen, daß sich die Eltern heimlich entfernt hatten. Bei 296 Kindern waren die Eltern erkrankt, bei 140 verhaftet. 293 Kinder waren verwaist. Bei 29 Kindern war Obdachlosigkeit und Unfähigkeit der Eltern zur Erziehung die Ursache, daß die Stadt für sie eintreten mußte. 29 wurden als verwahrlost bezeichnet; dieselben hatten sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht. In den meisten Fällen aber sollen diese Kinder durch die Schuld der eigenen Eltern oder durch jeglichen Mangel an Erziehung auf die Bahn des Vergehens gedrängt worden sein So wurde ein 11 Jahre alter Knabe, dessen Mutter vor sechs Jahren gestorben war, von seinem dem Trunke ergebenen Vater arg mißhandelt. Der Knabe entlief und stahl ein Portemonnaie mit Mark 2,50. Auf den Polizeigewahrsam gebracht, erklärte das bedauernswerthe Kind wörtlich: „Gewußt habe ich, daß ich durch diese Handlung etwas Unrechtes und Strafbares begehe, aber ich konnte es nicht unterlassen, da ich mir die Mittel verschaffen mußte, meinen Hunger zu stillen."

Muß man bei dieser Schilderung nicht unwillkürlich an das blutige Haupt des hingerichteten Hödel denken?

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts".

Auf Ihre Frage in Ihrer neuesten Nummer, ob ich auch die Stelle in der „D. A. Z." wegen des „Pulver und Blei" desavouiren würde, Folgendes zur Antwort:

Ich persönlich hätte mit dieser Frage eigentlich Nichts zu thun, da, wie Sie sich leicht überzeugen konnten, wenn Sie die Nummer der „D. A. Z." ordentlich lasen, an jenem Tage, wie überhaupt vom 12. August bis 8. September, ich „abwesend" war, daher auch nicht als „verantw. Redakteur" zeichnete.

Uebrigens aber begreife ich nicht, wie Sie sich verwundern können, wenn, nachdem Sie und Ihre Genossen wiederholt gedroht haben, daß Ihre Partei die bestehende Staatsordnung, und was zu dieser hält, mit Gewalt angreifen und vernichten werden, auf diese Drohung mit einer ähnlichen geantwortet wird.

Ob die obige Antwort veröffentlicht wird, stelle ich Ihnen ganz anheim.

Leipzig, 14. Septbr. Prof. Dr. Biedermann.

Zunächst bemerken wir, daß wir Alles, was uns unser verehrter Mitarbeiter Professor Biedermann einsendet, immer gern aufnehmen. Dann aber könnte sich Herr Biedermann den Dank seiner Gesinnungsgenossen im Reichstage erwerben, wenn er schleunigst nachwiese, wann und wo wir wiederholt gedroht haben, daß unsere Partei die bestehende Staatsordnung mit Gewalt angreifen und vernichten werde. Sie wissen doch, was Hochverrath ist; einen Hochverrathsprozeß hat der „Vorwärts" noch nicht gehabt und was den Prozeß gegen Bebel und Liebknecht anbelangt — Herr Biedermann! Wollen Sie auf diesen Tendenzprozeß zurückgreifen? Es hat noch niemals selbst im Reichstage ein reaktionärer Angreifer, nicht einmal ein Vertreter der Regierung dieses Prozesses Erwähnung gethan. Sollten Sie nicht wissen, warum? So sagen wir's Ihnen: Weil sich unsere Gegner gerade dieses Prozesses schämen. Schämen Sie sich auch wohl zuweilen, Herr Professor Biedermann? — Und damit „Gott befohlen".

den öffentlichen Angelegenheiten zur Erleichterung der Lasten des Volkes benutzen und durch Ihre große Energie eine gerechtere Handhabung der Gesetze unseres Gemeinwesens erwirken würden, so bitten wir Sie hiermit ergebenst um die gnädige Erlaubniß (privilege), Ihren Namen als den eines unabhängigen Candidaten für das Amt des obersten Beamten unseres Staates gebrauchen zu dürfen." (Folgen dann die Rubriken für Namen und Adressen.)

— Von unserem Genossen F. J. Ehrhart in London erhalten wir eine Zuschrift „an die Adresse des Dr. Juch", welche sich gegen dessen Erklärung in Nr. 99 des „Vorwärts" wendet. Den wörtlichen Abdruck der Gegenerklärung verbietet uns das Preß- und das Strafgesetz; wir können deshalb nur den Inhalt resumiren. Im Wesentlichen läuft derselbe darauf hinaus, daß Dr. Juch's Behauptung, er habe mit dem „Londoner Journal" nichts zu thun, und speziell die verleumderischen Artikel gegen die Sozialdemokratie nicht verfaßt oder veranlaßt, unwahr sei, wie durch das Zeugniß der Setzer des „Londoner Journals" bewiesen werden könne. Im Uebrigen wird die Beschuldigung, Herr Dr. Juch stehe mit Detektives und deutschen Polizei-Spionen in Verbindung und habe Beziehungen zum Reptilienfonds, aufrecht erhalten, und erklärt sich F. J. Ehrhart (Adresse: Social Democratic Workingmen's Club, 6 Rose Street, Soho Square, London) bereit, seine Beschuldigungen gerichtlich zu erhärten.

— Der „Gewerkschafter", das Organ für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter Oesterreichs, geht am 1. Oktober ein und fordert seine Leser auf, für den dann zweimal wöchentlich erscheinenden „Socialist" einzutreten.

— Genosse Fischer von der „Berliner Freien Presse" hat eine siebenmonatliche Gefängnißstrafe in Plötzensee angetreten. — Der wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftete Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund", Günther, ist wieder entlassen worden. — Wie süddeutsche Zeitungen melden, ist Genosse Motteler wegen Majestätsbeleidigung von dem Stuttgarter Gericht in Anklage versetzt worden. — Parteigenosse Oppenheimer in Barmen ist wegen Verletzung des § 130 des Strafgesetzbuchs zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Der „Berliner Freien Presse" wurde das Postdebit für Ungarn entzogen.

Gedanken über unsere nächste Propaganda.

(Eingesandt.)

Es hebt die Freiheit siegend ihre Fahne,
Drum haltet fest zusammen — fest und ewig —
Kein Ort der Freiheit sei dem andern fremd —
Hochwachten stellet aus auf euren Bergen,
Daß sich der Bund zum Bunde rasch versammle —
Seid einig — einig — einig!

(Schiller's Tell.)

Das Ausnahmegesetz gegen die sozialistischen Bestrebungen liegt vor, und die meisten Parteigenossen werden sich bereits schlüssig gemacht haben, in welcher Weise sie ihre künftige Agitation betreiben wollen und können. Mir erscheint die Agitation sehr einfach: genau so wie wir seit Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Preußen verfahren sind, verfahren wir auch jetzt.

Betrachten wir unsere nächste Zukunft.

Unsere Vereine nnd Versammlungen werden aufgelöst, unsere bisherigen Agitatoren zum Theil verhaftet, angeklagt, verurtheilt und sonst unschädlich gemacht, unsere Zeitungen verboten, die Druckereien geschlossen; Tausende verlieren ihre Existenz und sind dem Elend preisgegeben. Arbeit giebt es für die derart Gemaßregelten nicht, weil man ihnen das „Brandmal" schon im voraus auf die Stirn gedrückt hat.

Die natürliche Folge davon wird sein, daß man die Opposition gegen die bestehende Gesellschaft, die solche Zustände hervorzubringen im Stande ist, nicht unterdrückt, sondern verschärft; es wird eine neue Opposition geschaffen, Leute, die früher von uns nichts wissen wollten, werden jetzt unsere Ideen studiren und Sozialisten werden. Die Genossen, welche bis jetzt still ihrer Arbeit lebten, werden sich haufenweise in die Vereine der Gegner, seien dieselben nationalliberal, conservativ oder sonstwas, einzeichnen lassen — zwar nicht auf einmal, doch nach und nach, bis die Majorität da ist. — Wir werden binnen Jahresfrist neue Agitatoren haben, hunderttausend Anhänger mehr zählen.

An Stelle unserer Blätter werden gar bald andere Blätter treten; wenn sie auch von Gegnern herausgegeben sind, müssen sie doch, des Selbsterhaltungstriebs halber, der Opposition sich zuwenden, und so wird alsdann über kurz oder lang die Opposition wieder lebenskräftig dastehen.

Die oppositionellen Elemente werden mit Leichtigkeit neue Fonds zur Unterstützung freisinniger Blätter schaffen und auf diese Weise muß der Plan der Reaktion zu nichte gemacht werden.

Wir haben bisher dem Gemeindeleben nur wenig Aufmerksamkeit zu schenken vermocht, aus dem einfachen Grunde, weil es galt, die sozialistische Idee in die großen Massen zu schleudern — dies ist hinreichend geschehen, jeder zehnte Mann in Deutschland kennt unsere Bestrebungen. Deshalb können wir jetzt dem Gemeindeleben viel größere Aufmerksamkeit schenken. Aber auch deshalb, weil die gewerblichen Kassen dem Gesetze auch vielfach zum Opfer fallen werden, und Niemand dann mehr auf die Unterstützung seiner Fachgenossen rechnen kann und ein Jeder gezwungen ist, an seinem Unterstützungswohnsitz die Hülfe der Gemeinde für sich, seine Frau und Kinder zu beanspruchen.

Daß die Gemeindeverwaltungen dadurch nicht angenehm berührt werden, ist klar, aber wir haben keine Schuld daran — es wird Niemandem dann mehr zur Schande gereichen, wenn er Armenunterstützung empfangen hat, und — was die Hauptsache ist — die Gemeindeväter werden ob der vermehrten Lasten zur Opposition getrieben. So wird bei den nächsten Wahlen die Opposition noch verstärkt werden.

Wir besitzen in unseren Haushaltungen viele Dutzende von Broschüren, Zeitungen und Schriften — diese werden uns am dienlichsten sein in unseren Privat-Agitationen.

Auch das Ausland liefert uns freie Gedanken und wir werden solche zu bekommen und zu verwenden wissen.

Ebenso wird die Unterstützung aller politisch Gemaßregelten ruhig ihren Weg gehen. Gleichwie der Bruder Freimaurer seinen Bruder in erster Linie versorgt, so müssen auch wir in Zukunft unsere brod- und existenzlos gemachten Genossen unterzubringen suchen.

Und nun, Genossen, der Kampf muß auf's Neue geführt werden — nur einige Jahre, und man wird die Ausnahmegesetze wieder über Bord werfen.

L.

— Wir erhalten folgende Zuschrift aus Leipzig:

„Geehrte Redaktion des „Vorwärts"!

„Die sich entwickelnden Zustände befreien uns mehr und mehr von der Aufgabe „aufzuwiegeln", insofern wird uns die Annahme des Ausnahmegesetzes nichts schaden; hingegen wohl in der Ausübung der Führung und Leitung des Volks. Es wird sich vor Allem darum handeln, daß keine zuverlässige Person unserer Partei verloren geht, und deshalb müssen es alle Parteigenossen als Aufgabe betrachten: Adressen von sicheren Gesinnungsgenossen zu sammeln und mit ihnen in Verkehr zu treten. Jeder muß sich einen Kreis von Gesinnungsgenossen attachiren und mit ihnen in reger Fühlung bleiben und diesen Kreis zu erweitern bestrebt sein. Die Vorsicht dürfte mehrfach erheischen, daß die Mitglieder nicht in persönliche Bekanntschaft zu einander treten. Es soll hiermit keineswegs zur Bildung von organisirten Clubs aufgefordert sein, sondern nur zu einem regen persönlichen Verkehr. Dieser persönliche Verkehr kann durch die Unterhaltungen und durch die Instruktion über die Tagespolitik sehr nützlich sein und unsere Organisation ersetzen, wird dies aber durch systematisches Ausleihen von Broschüren noch weit mehr thun.

„Wenn die Sammler dieser kleinen Zirkel wieder mit anderen solchen und anderen fortgeschrittenen Parteigenossen in Verkehr treten und ihren persönlichen oder schriftlichen Verkehr nach den Centren des Sozialismus ausdehnen, würde eine „Nichtorganisation" geschaffen sein, welche sämmtliche Parteigenossen Deutschlands vereinigte und somit den durch Annahme des „Sozialistengesetzes" geschaffenen Gefahren für die Sozialdemokratie wohl ein Paroli biegen könnte.

„Ich erlaube mir der verehrlichen Redaktion des „Vorwärts" diese Gedanken zu unterbreiten in der Form, wie mir es Mangel an Zeit und die Eile der Sache gebietet, und sie zu bitten, denselben Raum im „Vorwärts" gewähren zu wollen. Mit ausgezeichneter Hochachtung und sozialdemokratischem Gruß Elr."

Oeffentliche Quittung.

Für Gemaßregelte (Unterstützungsfonds) habe ich erhalten:

200 Mark von O. W. in spe; 1000 Mark „für die durch das in Aussicht stehende Vergewaltigungsgesetz zu Maßregelnden von Rechtsanwalt W. L. in L. als Sühne des Angriffs auf — — — sein Knopfloch!"

Die übrigen Gelder, welche seit dem 24. August bei mir eingegangen sind, quittire ich in nächster Nummer.

Gelder, welche an einzelnen Orten für die Kasse des sozial. Centralwahlcomités befindlich, sind sofort hierher zu senden.

Hamburg, 23. Septbr. 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion: O. M. in A.: Wir dächten die abscheuliche Unsittlichkeit des „Zwei-kindersystems" wäre so in die Augen springend, daß es für jeden anständigen, moralisch nicht gänzlich verkommenen Menschen gar keiner „wissenschaftlichen Widerlegung" bedarf. Die Unnatürlichkeit und Widermenschlichkeit der heutigen Gesellschaftsordnung wird durch nichts so drastisch bewiesen, als durch dieses „Zweikindersystem" und ähnliche „Bevölkerungsschranken", in denen die Vertheidiger der „besten der Welten", von einem John Stuart Mill an bis herunter zu einem Viktor Böhmert, die letzte Möglichkeit des Heils und der Rettung erblicken. — Was Ihre zweite Frage betrifft, so verwechseln Sie einen, nicht einmal gleich-, sondern nur ähnlich benannten Ehrenmann mit einem notorischen Lump. Unser ehemaliger, jetzt in Zwickau „sitzender" Redakteur heißt Helßig, nicht Helferich. — ## in Lawrence: Zusendungen erwünscht. — M M. in Mainz: Nußknacker in Chemnitz; Leuchtkugeln in Braunschweig. — H. R. in Sommerfeld: Das Sammeln von Geldern zur Reichstagswahl ist nicht verboten.

der Expedition: N. Ottweiler: Kreuzbänder können Sie wie Briefe und Postkarten in den Briefkasten werfen, nur müssen dieselben richtig frankirt sein. Da das Porto sich je nach Schwere des Kreuzbandes auf 3, 10, 20 oder 30 Pf. beläuft, so ist es wohl besser das Kreuzband am Postschalter abzugeben. — Gg. Lgm. Westerstade: Die Schriften kosten M. 8,10. — F. Erß Luxemburg: Briefmarken in kleineren Partien werden zum Nennwerthe in Zahlung genommen.

Herrn Otto Klindwart (Bildhauer), zur Zeit der Wahl in Hannover, wird ersucht, seine jetzige Adresse binnen 8 Tagen an Unterzeichneten einzusenden.

Linden, den 25. September 1878.

H. Loges, Kassirer des Wahl-Comité's.
Deisterstraße Nr. 29, 2. Et.

Ich danke den Genossen in Frankfurt a. M., Nürnberg-Fürth und Budapest, sowie auch dem Buchbinderverein in Frankfurt a. M. für ihre freundliche Aufnahme und die mir zu Theil gewordene materielle Unterstützung bei meiner Ausweisung aus dem Königreich Preußen; man darf versichert sein, ich werde nach wie vor meine Schuldigkeit thun.

Ignaz Frankel, Buchbinder,
Mediasch (Siebenbürgen). bei H. Reißenberger, Buchdruckerei und Buchbinderei.

Unterstützungsfonds.

Von M. M. Mainz 0,50; Bckr Dessau Div. 8,45; Hhn Klein-Zschocher 1,30

Frankfurt a. M. **Sozialdemokratischer Wahlverein.**
Samstag, den 28. September, Abends 9 Uhr im Lokale des Herrn **Pfuhl**, Zeil 47: [0,80

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3 Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Hannover. **Sozialdemokratischer Wahlverein.**
Sonnabend, den 28. September, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [1,20

Oeffentliche Versammlung.

T.-O.: Dritter Vortrag von Hrn. Oehme über den Kampf ums Dasein.

Der Vorstand.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht daß Kalender **„Armer Konrad"** sowie **„Braunschweiger Volkskalender"** bei Herrn **Rudolph**, Mittelstraße Nr. 11 2 Tr., **H. Loges**, Deisterstr. 29 2 Tr. so wie in den Versammlungen und bei bekannten Freunden zu haben sind. Für die weiteste Verbreitung ist Sorge zu tragen. (F. 167)

Eine **Wittwe**, 31 Jahre alt, erst seit Kurzem hier, im **Kleidermachen** geübt, sucht Beschäftigung. Offerten nimmt entg. die Exp. d. Bl

---

Für ein in einer größeren Stadt Süddeutschlands zu gründendes, **entschieden freisinniges** Tagblatt wird ein tüchtiger und erfahrener

Redakteur gesucht, (F. 158) [2.10

der in der Lage ist, sich mit **Mk. 10,000** an dem Unternehmen zu betheiligen. Offerten unter **L. M.** befördert die Exped. d. „Vorwärts".

Einbanddecken
für die „Neue Welt" 1878.

Mitte Oktober werden die Einbanddecken zur „Neuen Welt" fertig, ebenso können die Einbanddecken der früheren Jahrgänge jederzeit geliefert werden. **Preis in roth M. 1,50, schwarz M. 1,30.**

Bestellungen sind bei H. Jansen, Buchbinderei, Leipzig, Universitätsstraße 16 sowie bei der **Genossenschaftsbuchdruckerei** aufzugeben.

Wir empfehlen als besonders geeignet zu **Festgeschenken:**

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876.

Preis: brochirt M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Jahrgang 1877.

I.—III. Qu.

Preis: brochirt M. 4,00 franco. In elegantem Einband M. 6,30 franco gegen baar.

Jahrgang 1878.

Preis: brochirt M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Die **Einbanddecken** tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei **Partien-Bezug** entsprechender **Rabatt.** Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. **Die Expedition der „Neuen Welt".** Färberstraße 12 II.

Zur Beachtung!

Von vielen unserer Schriften ist nur noch geringer Vorrath vorhanden. Wir ersuchen daher Alle, welche sich sozialistische Schriften entweder anschaffen oder ihren Schriftenbestand ergänzen wollen, dieses sofort zu thun, indem die Herstellung neuer Auflagen längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Leipzig, 14. September 1878.

Die Expedition des „Vorwärts",
Leipzig, Färberstraße 12 II.

Im **Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei** zu Leipzig ist erschienen und ist durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

Inhalts-Verzeichniß:

Vorwort. — Vollständiges Kalendarium. — Aus meinen Erinnerungen. Von Joh. Phil. Becker. — Woher und wohin mit den Kulis? — Wie entstand unsere Welt. Von L. Friwitzer. — Heinrich Heine's Biographie. (Mit Portrait.) — Im Hinterhause. Erzählung von Heinrich Friedenau. — Sonne, Erde und Mond. Ein wichtiges Kapitel für Kalenderkäufer. Von Emil Roßbach. (Mit 5 Abbildungen.) — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Babeuf, Biographie. (Mit Portrait.) — Produktive und unproduktive Arbeit. Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie. Von G. Oldenburg. — Was uns die Statistik lehrt. — Statistik sozialistischer Reichstagswahlen. — Die Vergiftung des Volkes. — Aus alten Papieren. — Post-Porto-Tarif. Telegramm-Tarif. Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel ꝛc. ꝛc. — Markverzeichnisse für ganz Deutschland.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen **60 Pfg.**, gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir **francs per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } **netto gegen baar.**
gebunden 40 „ „

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin,
Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a.

Soeben erschien und ist sowohl direkt wie durch die Expedition des **„Vorwärts"** zu beziehen:

Volkskalender für 1879.

13 Bogen gr. 4. **Schön illustrirt.**

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00 bei direktem Bezug gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

1879 (Gedicht). Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronologische Charakteristik und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1879. Jüdische Feste; Buß- und Bettage. Die Finsternisse des Jahres 1879. Wetterprophezeiungen. Kalenderzeichen. Zeitunterschiede zwischen Berlin und anderen Orten. Kalendarium, mit Messen und Märkten, Schreibkalender, Planetenerscheinungen, Garten- und Blüthen-Kalender, Wetterprophezeiungen, Anekdoten. Citate aus Göthe's Werken. Unser Eisenbahnsystem. Deutsche Tramps in Amerika, von Otto-Walster. Geschichte, von Ed. Sack. Die Wanderheuschrecke. Der Prozeßweg, eine Dorfgeschichte. Ein Reichsminister in Nöthen. Vom hohen Norden und vom Aequator. Pascal Paoli, von Theod. Herm. Lange. Wie ein Bauer seiner Dummheit wegen bestraft wird, und was davon zu halten, von Ed. Sack. Fürstlicher Menschenhandel. Ueber Dampfkesselexplosionen. Weltlauf, von Heinr. Heine. Das Dünendorf, ein Strandleben von Heinr. Smidt. Alt-Griechenland, von Bruno Geiser. Telephon, Phonograph, Mikrophon. Shelley. Sinnsprüche von Friedrich v. Schiller. Die bevorstehende „elektrische" Revolution. Der Meteor. Das Chamäleon. Der Seekrieg. Vermischtes. Ewigkeits-Kalender. Tabellen: Portotabelle, Banknotenverzeichniß. Depeschen- und Wechselstempel-Tarif, Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. Am Schlusse befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betreffende Ausgabe. Den nach der Nordseeküste gehenden Exemplaren wird die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee beigelegt.

Illustrationen:

Monatsbilder. Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Wandernde Libellen. Schwimmender Eisberg. Eisberg im Norden. Ueberraschung durch einen Eisbären. Begräbniß im Eise. Schiff im Eise. Schlittenfahrt eines Eskimo. Karawanenstation in Abu-Hammed in Nubien, Der sphäroidale Tropfen. Ausgekochtes Wasser. Baker wird beim Einzug in Unyoro als Spekes Bruder erklärt. Ein Wohnsitz des Baristammes. Latuka'sche Grobschmiede. Die Akropolis. Initial Z. Der Moloch. Das Parthenon. Das Chamäleon. Shelley. Reis' Telephon. Bell's Telephon. Die Matterhornführer beim Gewitter. Explosion eines Torpedo.

Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volkes.

Bestellungen werden erbeten von
13,80] **Braunschweig**, 27. August 1878. **W. Bracke jr.**

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; in Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Insertate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen:
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: H. Ertz, 416 O'Farrell Str.
London W.: E. Berge, 8 New st. Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 115. Sonntag, 29. September. 1878.

Vorwärts!

Angesichts der schmachvollen Bedrohungen, die gegen die Sozialdemokratie besonders in letzter Zeit geschleudert wurden; angesichts der neuen Gefahren, die für uns in naher Aussicht stehen, ist es um so mehr Pflicht jedes Parteigenossen und jedes ehrlichen Mannes, die sozialistische Presse zu unterstützen.

Wenn man versucht, uns in Acht und Bann zu thun, wenn man uns sozusagen in die zweite Klasse des Staatsbürgerstandes versetzen will, dann erheischt solch ungeheures Unrecht, welches den Sozialdemokraten von Oben geschieht, eine glänzende Rechtfertigung von Seiten des Volkes.

Und diese Rechtfertigung kann das deutsche Volk am Besten und Eindringlichsten an den Tag legen, wenn es die sozialdemokratische Presse in der bevorstehenden schweren Zeit mehr noch als früher durch rastlose Agitation, durch Schaffen von neuen Abonnenten unterstützt.

Man verbreitet jetzt vielfach und zwar von gewisser Seite in böswilliger Absicht die Nachricht, der „Vorwärts" werde nach Annahme des Ausnahmegesetzes entweder mit einem Brandartikel selbst sein Eingehen anzeigen oder aber die Polizeibehörde werde ihn verbieten.

Das Erste ist unwahr und das Zweite? Nun — es wird einfach darauf ankommen, ob die Leser des „Vorwärts" dann mit einer weniger agitatorischen, aber desto lehrreicheren Lektüre zufrieden sein werden.

Daß sie dies sein werden, davon sind wir überzeugt. Die Sozialisten Deutschlands wissen, was sie wollen auch ohne tägliches Wiederholen unserer Grundsätze und Prinzipien. Betrachten wir deshalb die Zeit der Dauer des Ausnahmegesetzes als einen Ruhepunkt in der sozialdemokratischen Bewegung, von welchem aus wir Rückschau halten, ob wir denn auch Alles in richtiger Weise angefangen haben. Stärken wir uns an der Wissenschaft und belehren wir das Volk über Dinge, welche im Drange der Agitation vielfach übersehen worden sind.

Und welche große Auswahl haben wir noch außer denjenigen Programmpunkten, deren Diskussion man nicht durch das neue Gesetz unter Verbot stellt! Volksgesundheitspflege, Lebensmittelverfälschung, Sanitätspolizei, Wohnungsfrage, Statistik, Gemeindewesen, Schule, Volkserziehung, öffentliche Sittlichkeit und noch viele derartige Themas, deren Diskussion und Kenntniß dem Volke zu großem Heile dient.

Man zwingt uns durch die Gewalt, abzulassen von einzelnen Bestrebungen, von einzelnen Erörterungen; man führt uns dadurch zu anderer Thätigkeit, ohne daß deshalb das alte Ziel unserem Auge entrückt wird.

Wir werden nicht mehr über unser eigentliches Prinzip, das ist über die direkten Mittel und Wege, durch welche und auf welchen das Volk aus Noth und Elend zu einem bessern Leben und edlerem Streben gelangt, schreiben dürfen, aber wir werden auch nimmermehr im „Vorwärts" irgendwie gegen dieses Prinzip auftreten, dieses Prinzip verleugnen. — — —

Wenn unsere Parteigenossen und Leser mit einer solchen Haltung zufrieden sein werden, wenn sie unter solchen Umständen ihr Interesse dem „Vorwärts" durch rege Verbreitung desselben weiter erhalten, dann wird das geistige Band bestehen bleiben, welches Diejenigen, die das Beste und Edelste für unser Volk und unser Vaterland erstreben, bisher miteinander verknüpft hat.

So soll denn auch ferner unsere Devise sein:

„Vorwärts"!

Discite moniti.*)

Man wird sich der ungeheuren Aufregung entsinnen, in welche unser Fürst Reichskanzler durch das obige, in einem sozialdemokratischen Blatte von ihm gefundene Sprüchlein versetzt ward. Er sah sich im Geiste schon von „dem Messer der Nihilisten und der Schrotbüchse Nobiling's" durchbohrt, und brachte in seiner Exaltation sogar das merkwürdige Kunststück zu Wege, sich nach seinem (hypothetischen) Tode wieder lebendig zu machen, um ein Triumphlied über den auf dem Feld der Ehre erlittenen Opfertod anstimmen zu können. Hätte der Herr Reichskanzler, statt sich durch die denunziatorisch-entstellten Citate infamer Reptilblätter in's Bockshorn jagen zu lassen, den Artikel, in welchem das anstößige Sprüchlein vorkam, nur auch noch so flüchtig durchgelesen, so würde er sich viel Angst und gesundheitsschädliche Emotionen und dem Reichstag eine nicht gerade erbauliche Scene erspart haben.

Jener Artikel besagte einfach: die Erdolchung Mesenzow's war die naturgemäße Frucht des russischen Regierungs- und Verwaltungssystems, und Diejenigen, welche jetzt Deutschland vermittelst des Ausnahmegesetzes dieses russische System aufoktroyiren wollen, mögen aus diesem Vorgang eine Lehre ziehen. „Lernt, ihr seid gemahnt!"

Zum Glück für Rußland ist man dort weniger abgeneigt, die Lehre zu begreifen und zu beherzigen.

Einige Tage nach dem Tode Mesenzow's wurde in Rußland unter dem Titel: „Tod für Tod" in hunderttausenden von Exemplaren ein „Manifest der Revolutionäre" verbreitet, das die begangene That rechtfertigte, weitere Gewaltthaten der Regierung mit Repressalien bedrohte, den Werkzeugen, die sich zur Gewaltthat hergeben, den Tod ankündigte, und zum Schluß — eine Constitution forderte. Dann werde das russische Volk sich beruhigen, vorher nicht.

Aus dieser Forderung einer Constitution ersieht man, daß die russischen „Revolutionäre", mit denen wir es hier zu thun haben, nichts weniger als Sozialdemokraten sind, sondern von Haus aus sehr harmlose Liberale, die aber durch die abscheuliche Unterdrückung wild geworden sind, wie weiland unsere liberale Jugend, die weiland ja auch ihren Ludwig Sand und andere „Ritter vom Dolch" hervorgebracht hat.

Der Ruf nach einer Constitution ist nicht ungehört verhallt. Vor wenigen Tagen wurde dem Czar eine Adelsadresse aus Rjäsan überreicht, in der das Verlangen ausgesprochen wird, Kaiser Alexander möge doch Rußland, um ihm Frieden und Zufriedenheit zu geben, „endlich" durch Gewährung einer Constitution „mündig sprechen".

In dem merkwürdigen Schriftstück heißt es u. A.: „Sire, der Adel Rußlands ging im Tragen der Opfer, die für das Reich gebracht wurden, allen Schichten der Bevölkerung voran, nunmehr muß derselbe in dem Bestreben, dem Lande verfassungsmäßige Freiheiten zu erringen, der Nation durch ein Beispiel des loyalen zwar, aber gleichzeitig festen und consequenten Willens leuchtend vorangehen. Geben Sie uns eine Constitution, und wir werden die Fundamente des Staates durch keine, wie immer geartete Agitation erschüttern lassen."

Also Freiheit, damit die erschütterten Fundamente des Staats gefestigt werden.

Das hat der russische Adel gelernt.

Wenn Fürst Bismarck von den deutschen Sozialdemokraten nichts lernen will, dann lerne er wenigstens von seinen russischen Standesgenossen dort hinten an der asiatischen Grenze.

Der Kampf um's Recht.

Unter diesem Titel hat Dr. Rudolf von Ihering, Kgl. Preußischer Geheimer Justizrath und Professor an der Universität Göttingen, wohl einer der geistvollsten der heutigen Juristen, einen Vortrag drucken lassen, der rasch nach einander fünf Auflagen erlebt hat und in sämmtliche europäische Sprachen übersetzt worden ist. Der ausgesprochene Zweck des Schriftchens ist: die wissenschaftliche Erkenntniß des Rechts als diejenige Gesinnung zu fördern, aus der dasselbe seine letzte Kraft schöpfen muß: die der muthigen und standhaften Behauptung des Rechtsgefühls. — Das Buch des Herrn Geheimraths wird beim Inslebentreten des Ausnahmegesetzes unzweifelhaft mit auf die Liste der verbotenen Schriften kommen, und wollen wir deshalb und in Rücksicht auf die obschwebenden Verhandlungen in Berlin unsren Leser dessen Anschaffung aufs Wärmste empfehlen*). Um zu zeigen, daß das Buch einer solchen Empfehlung werth ist, bringen wir hier einen Abschnitt aus demselben (Seite 69 bis 73) zum Abdruck:

„Für einen Staat, der geachtet dastehen will nach Außen, fest und unerschüttert im Innern, giebt es kein kostbareres Gut, das er zu hüten und zu pflegen hat, als das nationale Rechtsgefühl. Diese Sorge ist eine der höchsten und wichtigsten Aufgaben der politischen Pädagogik. In dem gesunden, kräftigen Rechtsgefühl jedes Einzelnen besitzt der Staat die ergiebigste Quelle seiner eigenen Kraft, die sicherste Garantie seines eigenen Bestehens nach Innen wie nach Außen. Das Rechtsgefühl ist die Wurzel des ganzen Baumes; taugt die Wurzel nicht, verdorrt sie in Gestein und ödem Sand, so ist alles Andere Blendwerk — wenn der Sturm kommt, wird der ganze Baum entwurzelt. Aber der Stamm und die Krone haben den Vorzug, daß man sie sieht, während die Wurzeln im Boden stecken und sich dem Blicke entziehen. Der zersetzende Einfluß, den ungerechte Gesetze und schlechte Rechtseinrichtungen auf die moralische Kraft des Volks ausüben, spielt unter der Erde, in jenen Regionen, die so mancher dilettantische Politiker nicht seiner Beachtung werth hält; ihm kommt es blos auf die stattliche Krone an, von dem Gift, das aus der Wurzel in die Krone steigt, hat er keine Ahnung. Aber der Despotismus weiß, wo er ansetzen muß, um den Baum zu Fall zu bringen; er läßt die Krone zunächst unangetastet, aber er zerstört die Wurzeln. Mit Eingriffen in das Privatrecht, mit der Rechtlosigkeit des Individuums hat jeder Despotismus begonnen; hat er hier seine Arbeit vollendet, so stürzt der Stamm von selbst. Darum gilt es, ihm hier vor Allem entgegenzutreten, und die Römer wußten wohl, was sie thaten, als sie ein Attentat auf die weibliche Keuschheit und Ehre zum Anlaß nahmen, um sowohl dem Königthum als auch dem Decemvirat ein Ende zu machen. Das freie Selbstgefühl des Bauern zerstören durch Lasten und Frohnden, den Bürger unter die Vormundschaft der Polizei stellen, die Erlaubniß zu einer Reise an die Gewährung eines Passes knüpfen, die Gedanken des Schriftstellers an die Genehmigung des Censors knüpfen, die Steuern vertheilen nach Lust und Gnade — ein Machiavell hätte kein besseres Recept geben können, um alles männliche Selbstgefühl und alle sittliche Kraft im Volk zu ertödten und dem Despotismus einen widerstandslosen Eingang zu sichern. Daß dasselbe Thor, durch welches der Despotismus und die Willkür einziehen, auch dem auswärtigen Feind offen steht, wird freilich dabei nicht in Anschlag gebracht, und erst wenn er da ist, kommen die Weisen zu der verspäteten Erkenntniß, daß die sittliche Kraft und das Rechtsgefühl eines Volks dem äußern Feind gegenüber die wirksamste Schutzwehr hätten bilden können. . . . . .

„Aber es ist unsere eigene Schuld, wenn wir die Lehren der Geschichte erst verstehen, nachdem es zu spät ist; an ihr liegt es nicht, daß wir sie nicht rechtzeitig erfahren, denn sie predigt dieselben jederzeit laut und vernehmlich. Die Kraft eines Volkes ist gleichbedeutend mit der Kraft seines Rechtsgefühls — Pflege des nationalen Rechtsgefühls ist Pflege der Gesundheit und Kraft des Staats. Unter dieser Pflege verstehe ich selbstverständlich nicht Schule und Unterricht, sondern die praktische Durchführung der Grundsätze der Gerechtigkeit in allen Lebensverhältnissen. Mit dem äußeren Mechanismus des Rechts allein ist es nicht gethan. Derselbe kann so vollkommen hergestellt sein und gehandhabt werden, daß die höchste Ordnung regiert, und dennoch kann die obige Anforderung in glänzendster Weise mißachtet sein. Gesetz und Ordnung war auch die Leibeigenschaft, der Schutzzoll des Juden und so viele andere Sätze und Einrichtungen einer hinter uns liegenden Zeit, die mit den Anforderungen eines gesunden kräftigen Rechtsgefühls im ärgsten Widerspruch standen, und durch welche der Staat sich selber vielleicht noch mehr schädigte, als den Bürger, Bauern, Juden, auf denen sie zunächst lasteten. Festigkeit, Klarheit, Bestimmtheit des materiellen Rechts, Beseitigung aller Sätze, an denen ein gesundes Rechtsgefühl Anstoß nehmen muß, in allen Sphären des Rechts, nicht blos des Privatrechts, sondern der Polizei, der Verwaltung, der Finanzgesetzgebung; Unabhängigkeit der Gerichte, möglichste Vervollkommnung der processualischen Einrichtungen — das ist ein sicherer Weg zur Hebung der Kraft des Staats als die höchste Steigerung des Militärbudgets. Jede willkürliche oder ungerechte Bestimmung, welche die Staatsgewalt erläßt oder aufrecht erhält, ist eine Schädigung des nationalen Rechtsgefühls und damit der nationalen Kraft selbst, eine Versündigung gegen die Idee des Rechts, die auf den Staat selbst zurück schlägt, und die er oft theuer mit Zinseszinsen bezahlen muß — sie kosten ihm unter Umständen eine Provinz kosten! Ich selber bin freilich der Ansicht, daß der Staat nicht blos wegen solcher Zweckmäßigkeitsrücksichten diese Sünden vermeiden soll, ich betrachte es vielmehr als seine heiligste Pflicht, diese Idee um ihrer selbst willen zu verwirklichen; aber das ist vielleicht doktrinärer Idealismus und ich will es dem praktischen Politiker und Staatsmann nicht verdenken, wenn er eine solche Zumuthung achselzuckend abweist. Aber eben darum haben wir ihm gegenüber die praktische Seite der Frage hervorgekehrt, für die er das volle Verständniß hat. Die Idee des Rechts und das Interesse des Staats gehen hier Hand in Hand. Einem schlechten Recht ist auf die Dauer kein noch so gesundes Rechtsgefühl gewachsen, es stumpft sich ab, verkümmert. Denn das Wesen des Rechts ist die That; — was der Flamme die freie Luft, ist dem Rechtsgefühl die Freiheit der That; ihm dieselbe verwehren oder verkümmern, heißt, es ersticken." —

„Die Idee des Rechts und das Interesse des Staats gehen Hand in Hand!" — Ein goldener Spruch, der aber im schreiendsten Widerspruch steht zu den Ausnahmegesetzen, zu den Rechtsverletzungen, die von Oben jetzt geplant werden.

Das „gesunde Rechtsgefühl" nimmt in ganz Deutschland jetzt Anstoß an den heutigen und mehr noch an den für die nächste Zukunft in Aussicht gestellten „Rechtszuständen", und nur bornirter Haß, politische Heuchelei oder das Streben nach unumschränkter politischer Macht betheiligen sich nicht an dem „gesunden Rechtsgefühl". — —

In einer der nächsten Nummern des „Vorwärts" werden wir noch einige kleinere Auszüge aus der trefflichen Schrift geben, die sogar prophetisch die endliche Errettung des Volkes aus der Lohnsklaverei, wenn auch nur durch historische Vergleiche und unabsichtlich, ja vielleicht unbewußt, andeutet.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Umsturzcommission des Reichstags. Ueber den § 8 (Beschwerdeinstanz) hat sich die Commission in der ersten Lesung nicht einigen können. Auf Antrag Lasker's wurde die Berathung über diesen Paragraphen ausgesetzt.

Die Diskussion über den § 16, einen der einschneidendsten der ganzen Vorlage, da derselbe bei Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz Personen den Aufenthalt in bestimmten Orten versagt, sowie Schankwirthen, Gastwirthen 2c. die Conzession entzieht und event. Preßerzeugnisse verbietet, sowie Druckereien schließt, ist von großem Interesse. Lasker wendet sich gegen die Bestimmungen dieses Paragraphen und exemplifizirt auf die Ausweisung der Geistlichen, welche Maßregel gerade die schärfsten Gegenagitationen hervorgerufen habe. Hänel hält den § 16 für ganz unannehmbar, ebenso Brüel und Reichensperger. Minister Graf Eulenburg hält das Gesetz ohne diese Bestimmungen des § 16 für wirkungslos, es gelte insbesondere die stille Agitation zu unterdrücken. Der Abg. Schauß hat folgendes Amendement gestellt: § 16, Absatz I, wie folgt zu fassen: „Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machen, kann im Falle einer Verurtheilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 12—15 dieses Gesetzes neben der verwirkten Strafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes außerhalb ihres Wohnortes erkannt werden. Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Verurtheilten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten durch die Landespolizeibehörde versagt werden. Gegen solche Anordnung findet Beschwerde nur an die Aufsichtsbehörden statt." Reichensperger beantragt statt des Wortes „Strafe" in dem Schauß'schen Amendement zu setzen „Freiheitsstrafe". Es liegt außerdem zu diesem Paragraphen ein an dieser Stelle schon mitgetheiltes Gneist'sches Amendement vor, das u. A. auch die Stellung unter Polizeiaufsicht in Aussicht nimmt. — v. Schwarze stellt das Amendement: „Personen, welche gewerbs- oder gewohnheitsmäßig die im § 1 bezeichneten Bestrebungen fördern, kann der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt werden." Graf Eulenburg erklärt sich mehr oder minder gegen alle Amendements, abgesehen von diesem letzteren, da sie eine Lahmlegung oder Schwächung des Gesetzes in sich schließen. Bei der Abstimmung wird das Amendement v. Schauß an-

*) Lernt — Ihr seid gemahnt.

*) Zu beziehen durch die Expedition. Preis 1 Mark.

genommen mit dem Schluß des Absatzes I der Regierungsvorlage: „Wenn sie Ausländer sind, können sie von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden.“ Die Annahme erfolgt mit 13 gegen 8 Stimmen. Der Rest des § 16 wird nach Kardorff'schen Amendements folgendermaßen gefaßt: „Gastwirthen, Schankwirthen und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, kann der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden, wenn sie trotz ergangener Verwarnung der Polizeibehörde in ihren Lokalen Agitationen für die im § 1 des Gesetzes bezeichneten Bestrebungen durch aufreizende Reden zulassen oder sich selbst bei solchen Agitationen betheiligen; wenn sie auf Grund des § 6 dieses Gesetzes verbotene Druckschriften auslegen oder es dulden, daß die Thätigkeit der auf Grund dieses Gesetzes verbotenen Vereine bei ihnen im Geheimen fortgesetzt wird.“ Darauf wird § 16 in der Gesammtabstimmung mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. § 17. „Zuständig für die im § 16 vorgesehenen Verfügungen ist die Landespolizeibehörde. Gegen dieselben steht den Betroffenen die Beschwerde an den Bundesrath offen. Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.“ Abg. Lasker beantragt an Stelle der Absätze 1 und 2 des § 17 zu setzen: „Das Verfahren wegen der Conzessionsentziehungen nach § 16 Absatz 1 und 2 erfolgt nach den landesgesetzlichen Bestimmungen für die in der Gewerbeordnung vorgesehenen Conzessionsentziehungen.“ Die Commission entscheidet sich mit 12 gegen 9 Stimmen für diesen Antrag.

Somit wäre also in der Commission beschlossen, daß Buchhandlungen und Druckereien nicht unter das Ausnahmegesetz fallen. Außerdem kann ein Sozialdemokrat nur in der Wahl seines Aufenthaltsorts beschränkt werden, wenn er nach dem neuen Ausnahmegesetze schon bestraft ist. Diese Abänderungen haben den Grafen Enlenburg äußerst verschnupft. Er braucht jedoch nicht bange zu sein — in der dritten Lesung wird Alles doch bewilligt. Ende gut, Alles gut.

— Zur Wilhelmsspende. Vor einiger Zeit ist dem Kronprinzen von Preußen durch den Feldmarschall Moltke die winzige Sammlung überreicht worden. Etwas über eine halbe Million Thaler, kaum so viel als der eine Mann, Graf Moltke in den Jahren 1866 und 1871 als Dotation empfangen hat, betrug die Wilhelmsspende und da zerbricht man sich die Köpfe, zu welchem wohlthätigen allgemeinen Zwecke man das Sümmchen, welches „nur eben seinen Mann nährt“ (wie Moltke's Dotation beweist), verwenden soll. Die Idee, das Sümmchen als Fonds für Unterstützung von invaliden Arbeitern aller Art anzuwenden, fand allgemeinen Beifall, obwohl Fachmänner nachgewiesen haben, daß die hundertfache Summe kaum genügen würde, den allgemeinen berechtigten Forderungen in dieser Hinsicht nur halbwegs nachzukommen. Von anderer Seite taucht der Gedanke auf, das Sümmchen zu Stipendien für Arbeiterkinder anzulegen, um denselben eine höhere Fachbildung zu schaffen. Also der allgemeine Wohlthätigkeitszweck scheitert hier an der Kleinheit der Summe. Der Kronprinz hat sich noch nicht über die Verwendung entschieden. Bei Empfangnahme der Gelder soll der Kronprinz geäußert haben, daß er zu diesem Zwecke die Urtheile erfahrener Männer zu Rathe ziehen werde und hoffe, daß ein Mittel gefunden werde, wie der dringendsten Noth gerade derjenigen Klassen des Volkes abzuhelfen sei, bei denen Irrlehren Eingang gefunden hätten, welche auf Untergrabung und Zerstörung des gesammten Volkslebens gerichtet seien. — Also auch hier hören wir von „Untergrabung“ und „Zerstörung“; der beste Beweis für unsere frühere Behauptung, daß die Wilhelmsspende, an welcher viele Sozialdemokraten sich zu betheiligen gezwungen waren, sich direkt gegen die Sozialdemokratie richtete. Uebrigens möchte mit dem winzigen Sümmchen der dringendsten Noth der arbeitenden Klassen nicht abgeholfen werden können. Dazu gehören andere Mittel, andere Bestrebungen!

— Deutschlands tiefste Schmach. Der amerikanische Gesandte in Berlin, Herr Bayard Taylor, hat einen Bericht an den Staatssecretär des Aeußern nach Washington gesandt, in welchem er die Deutsch-Amerikaner, welche nach Deutschland zum Besuch oder des Geschäfts wegen kommen, eindringlich ermahnt, sofort bei ihrem Eintreffen auf deutschem Boden den Behörden die wahrscheinliche Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland anzugeben, und sie noch eindringlicher warnt, sich jedweden politischen Gesprächs zu enthalten und einer eventuellen Aufforderung einer deutschen Sicherheitsbehörde sofort Folge zu leisten, da andernfalls auch für den Bürger der amerikanischen Union die größten Unannehmlichkeiten entstehen würden. Die amerikanische Presse räth in Folge dessen den Deutschen in Amerika, keine Reisen mehr in ihr Heimathland zu machen. — Welcher Umschwung durch Gottes wunderbare Fügung! Im Jahre 1871 das größte Triumphgeschrei der deutsch-amerikanischen Presse über die Einigung des alten Vaterlandes. Straßen und ganze Städte wurden auf den Namen Bismarck getauft — und jetzt? — Armes schmachbeladenes Deutschland!

— Der Haß macht blind — und auch die Angst. Ob es bei dem Organe des Herrn Benningsen, dem „Hannover'schen Courier“, Angst oder Furcht ist, lassen wir dahin gestellt. Blind aber ist er. Man höre nur: in einer der letzten Nummern macht das genannte Blatt — und nun citiren wir es wörtlich — „auf die Mittheilungen eines norddeutschen Offiziers, v. Unger, der die Vogesen bereiste, über die ungeschwächten Revanchegelüste in Frankreich aufmerksam, die für ihre Befriedigung dem Augenblicke entgegensehen, wo der Conflikt der sozialdemokratischen Bewegung mit den Organen des Staates zum Ausbruch kommt. Daß ein solcher komme, glauben die Franzosen steif und fest, und sie betrachten die Sozialdemokratie in Deutschland als die beste Helferin zur Befriedigung ihrer Rache an Deutschland. Sie wissen, daß der Sozialdemokratie in Deutschland jede nationale Empfindung abgeht, sie also die Beihilfe des Auslandes für ihre revolutionären Zwecke nur willkommen heißen wird. Und darin haben sie völlig Recht. Der Pariser Communard ist wohl Revolutionär, aber er bleibt Franzose vom Scheitel bis zur Sohle. Er hat ein Vaterland und wird es stets gegen die Unterdrückung des Auslandes vertheidigen helfen. Für den deutschen Sozialdemokraten ist der Begriff Vaterland nicht vorhanden; höchstens giebt er ihm Anlaß zu Spott und Hohn!“

Sela! Also wir deutsche Sozialdemokraten sind vaterlandsloses Gesindel, denen die französischen Sozialdemokraten, welche von Vaterlandsliebe durchglüht sein sollen, als beschämende Muster vorgehalten werden. Der gute „Courier“ hat in seinem unsinnigen Haß oder seiner kindischen Angst blos Eins vergessen, nämlich, daß er einige Tage vorher einen Böhmert'schen Waschzettel abgedruckt hatte, der vor den Gefahren sozialistischer Propaganda in der Armee warnte und aus einem (in Hirth's Tagebuch des deutsch-französischen Kriegs, Bd. II, S. 1938 veröffentlichten) unmittelbar nach Sedan geschriebenen Brief des Herzogs von Meiningen folgende Stelle mittheilte:

„Die französischen Offiziere meinen: ihre Niederlagen seien Folge der sozialistischen Ideen, welche in der Armee überhand genommen hätten und die Disziplin lockerten.“

Also in Deutschland ist der französische Sozialist ein Patriot, wenn es gilt, die deutschen Sozialisten herabzusetzen; in Frankreich ist er ein vaterlandsloser Geselle, der die französische Armee zerstört und dadurch die französischen Niederlagen verschuldet hat. Umgekehrt ist in Deutschland der deutsche Sozialist ein vaterlandsloser Geselle, der die deutsche Armee zwar noch nicht zerstört hat, aber doch zerstören will, um Deutschland wehrlos zu machen; in Frankreich dagegen gilt er notorisch in den Kreisen jener Offiziere, mit denen der Herzog von Meiningen gesprochen hat, für einen untadelhaften Patrioten, der die deutschen Siege erringen half und dann und wann den vaterlandslosen französischen Sozialisten als Muster vorgehalten wird. Der Zweck ist durchsichtig: hier wie dort braucht man für den eignen politischen oder militärischen Bankrott einen Sündenbock, und hier wie dort hat man das Bedürfniß, die gefürchteten Sozialdemokraten möglichst anzuschwärzen. Nur sollte man bei diesem Verleumdungsgeschäft doch nicht so täppisch zu Werke gehen, wie der „Hannover'sche Courier“ und das Gros der nationalliberalen Presse, welche das Zeug abdruckt.

— Das Henkerbeil ist abermals um einen Triumph geprellt worden. Wie soeben gemeldet wird, hat der preußische Kronprinz den in Herford zum Tod verurtheilten Raubmörder Schwarze begnadigt. Auch Thürolf's, des Doppelmörders, Begnadigung gilt nun für sicher. Angesichts dieser Thatsachen wird es schwerer und schwerer zu begreifen, warum Lehmann-Höbel, der doch schlimmsten Falls nur einen völlig erfolglos gebliebenen Mordversuch gemacht hat, hingerichtet wurde.

— Der Nobiling-Schwindel florirt wieder. Nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit ihrer unverschämten Lüge, daß Nobiling unmittelbar nach seiner Gefangennahme regelmäßig verhört worden sei, gebührend hereingefallen ist, setzt jetzt das „Berliner Tageblatt“ (das ungefähr auf gleicher sittlicher Höhe steht, wie die „Norddeutsche Allgemeine“) das Lügen- und Verleumdungsgeschäft fort. Es veröffentlicht einen angeblich „aus den Akten“ geschöpften Artikel, in dem die Behauptung, es habe ein regelmäßiges Verhör stattgefunden, mit allerhand Ausschmückungen wiederholt und hinzugefügt wird, die in Folge des Attentats „bei den Führern der Sozialdemokratie“ vorgenommenen Haussuchungen, sowie die umfassenden Nachforschungen nach den Antecedentien (dem Vorleben) Nobiling's hätten ein nicht unbedeutendes Material sowohl für die Ausbreitung, Verzweigung und Organisation der Sozialdemokratie in Deutschland und im Ausland, wie für ihre Verbindungen mit den Anarchisten, der sogenannten rothen Internationale (!), als auch für die Beziehungen Nobiling's zu den Führern der deutschen Sozialdemokratie und zu den Sozialdemokraten in London und Paris ergeben.“

Wir haben hierzu blos zu bemerken: Mit Ausnahme der Thatsache, daß Haussuchungen — jedoch nicht bei „Führern“ der Sozialdemokratie — und Nachforschungen stattgefunden, ist Alles von A bis Z gelogen, unverschämt gelogen. Genau das Gegentheil ist wahr. Die „umfassenden Nachforschungen“ haben den unumstößlichen Beweis geliefert, daß Nobiling mit der Sozialdemokratie absolut nichts zu thun hatte und zu keinem „Führer der Sozialdemokratie“ je in irgend einem Verhältniß stand.

Im Reichstag wird dieser Nobiling-Schwindel auch zur Sprache kommen. Wir wollen wissen, wer der Schurke ist, der die berüchtigte „offizielle“ Depesche über Nobiling's angebliche Beziehungen zur Sozialdemokratie fabrizirt und dieses niederträchtige Attentat auf die Sozialdemokratie und die öffentliche Moral veranstaltet hat.

Glaube man nicht, uns einschüchtern oder von der richtigen Fährte abbringen zu können.

— Ueber die jüngste Bismarckrede bemerkt die „Magdeburger Zeitung“: „Und nun der dritte und vielleicht sonderbarste Punkt in der Kanzlerrede! Er bezieht sich auf das Verhältniß des Fürsten zu den ordentlichen Gerichten des Landes. Es ist von dem berüchtigten Rudolf Meyer und den Prozessen die Rede, welche der Kanzler gegen denselben anstrengen zu müssen glaubte und die ihm „durch das Wohlwollen der Gerichte so unangenehm gemacht wurden, wie möglich“. Ja, können denn die preußischen Gerichte den Gang eines eingeleiteten Rechtsverfahrens durch ihr Wohlwollen angenehm oder unangenehm machen? Ist dies nicht ein Vorwurf gegen unsere Richter, wie er schwerer nicht gedacht werden kann? Muß eine

Am Grabe Lassalle's.

Hamburg, Ende September 1878.

Schon nah't der Herbst, der Abend sinkt so kühl,
Des Friedens Heim die Nebel schon umwallen
Und, leisen Hauches geisterhaftes Spiel,
Still auf Dein Grab schon dürre Blätter fallen.

Der Gräber Schmuck, des Sommers Pracht verblüht,
In der Natur rings ahnungsbanges Schweigen;
Bald singt sein altes, schauervolles Lied,
Der Herbststurm in den Cypressenzweigen.

Bringt Kunde Dir von großem, schwerem Leid,
Heult's Dir hinab in Deine Grabesstille:
Das Vaterland, dem Deine That geweiht,
Deckt bald der Knechtschaft eis'ge Winterhülle.

Der Weisheit Baum, den Du gepfleget hast,
Daß er dem Recht ein schattig Schirmdach werde,
Von finst'ren Wahnes wilder Wuth umras't,
Bebt er und wankt in deutscher Muttererde.

Aus seinen Zweigen scholl der Freiheit Sang.
Wir lauschten froh, mit ahnendem Verständniß,
Mit frischer Kraft die Seele uns durchdrang
Der Balsamduft vom Baume der Erkenntniß.

Wir sah'n entsetzt, denn unser Blick ward frei,
Des Volkes Blöße, sah'n die bleichen Wangen,
Wir sah'n der Volksvertreter Gaukelei,
Um Narrenschädel Ehrenkränze prangen.

Da flog ein Angstruf durch den Drohnenschwarm;
Hei, wie der Logik Stachel sie erschreckten,
Im geist'gen Kampfe, plump und geistesarm,
Geschlagen sie die stumpfen Waffen streckten.

Und unsre Schaar, lawinengleich geballt,
Wuchs machtvoll an trotz feiler Lüge Zetern;
Nun soll die plumpe Keule der Gewalt
Die neue Wahrheit roh zu Boden schmettern.

Man will nicht fürder nach gemeinem Recht
Für unsre Fehl die Urtheilssprüche küren,
Ein Sclavencodex soll den Arbeitsknecht,
Den vierten Stand vom Gleichheitswahn curiren.

Wir sollen dulden mit geschloss'nem Mund,
Wir sollen nimmer uns're Leiden klagen,
Wir sollen uns die Achseln blutig wund,
Ohn' Zorneslaut im Joch der Knechtschaft tragen.

Wir sollen nicht nach alter deutscher Art,
Zu ernstem Rath uns mehr zusammenfinden,
Wir sollen nicht — o, schmachvoll ist's und hart!
Dem Volke tröstend Deine Lehre künden.

Was wir erbaut in Müh' und bitt'rer Noth,
Was wir zur Abwehr schwerster Leiden schufen,
Das schleudert ein Gewaltstreich in den Koth,
Und läßt's zertreten unter plumpen Hufen.

Und Beifall johlt des Mammons Ritterthum,
Das „mene tekel“ macht sie nicht erbleichen;
Doch Klios Tafeln künden Schmach wie Ruhm
Der Nachwelt einst mit unlöschbaren Zeichen.

Sie, die so oft der Geistesschlacht entflohn,
Die schamlos wichen unserm Kampfesdürsten,
Die „Freiheitsmänner“, ha, in feiger Frohn,
Im Troß sie nah'n des finstern Kanzler-Fürsten.

Zum Scheiterhauf' der deutschen Freiheit hin
Blödsinnig-froh mit Scheit und Brand sie stürmen;
Dumpf grollt's im Volk, die guten Genien fliehn,
Am Horizont sich Wetterwolken thürmen.

Schon weh't so kühl des Herbstes Abendhauch
Still auf Dein Grab die dürren Blätter fallen,
Verwesung siegt, und mit umflortem Aug'
Ein riesig' Bahrtuch seh'n wir niederwallen.

Du edler Freund im stillen Schattenreich
Dem Schmerz entrückt; Dein Geist soll uns erleuchten,
Ob wir Dein Grab auch grüßen zornesbleich,
Verzweiflungsthränen sollen's nimmer feuchten.

Schon dreizehnmal vom Wintereis umhüllt,
Hat's immer neu ein schöner Lenz umträumet;
Es schmolz der Schnee in Sonnenstrahlen mild
Vom zarten Grün, das drunter still entkeimet.

Der Eid von Rotzdorf mahnt zur heil'gen Pflicht,
Den Söhnen wir, den Töchtern ihn vererben;
Die Du entfacht, die Flamme hehr und licht,
Soll nimmermehr im Wintersturm ersterben.

Heiß wird der Kampf, der Feinde Macht ist groß,
Wohl Mancher weicht dem Dräuen der Tyrannen,
Das Elend nur bleibt unser Bund's genoss'
Trotz ihrer Wuth, sie können's nimmer bannen;

Das schreitet kalt durch uns're Heimathflur,
Gensdarmenfäuste können's nimmer wehren,
Und stillen Eifers folgend seiner Spur,
Sä'n wir im Volke Deiner Weisheit Lehren.

Besuchen still des müden Bruders Heim,
Auf daß Dein Wort ihm neu den Muth erwecke,
So regt sich leise, leise Keim an Keim
Zum neuen Lenz wohl unter starrer Decke.

Noch lebt das Wort, das Deinem Mund entfloh'n
„Das Schwert ist Schwert, allein das Recht ist's nimmer!“
Einst kommt der Tag, da sinket Ilion,
Der waffenkund'gen Herrschsucht Hort in Trümmer.

Schlaf wohl, o Freund, Dein Führer-Banner wallt,
Dein lichter Genius waltet noch auf Erden,
Die Sonne strahlt nach Winternächten kalt,
Die Wahrheit siegt, es muß doch Frühling werden!

Reminiscenzen.

Von der Tochter Tschech's erhalten wir nachfolgende Zuschrift:

In der Nummer 85 des „Vorwärts“, vom Sonntag, den 21. Juli, wird ein Artikel des „Hamburger Correspondent“ unter dem Titel „Zwei Attentate“ abgedruckt, der mich nöthigt, eine Erwiderung, beziehentlich Berichtigung an Sie zu richten, da derselbe unrichtige Angaben enthält. Ich bin sicher, an Ihr Gerechtigkeitsgefühl nicht vergebens zu appelliren.

Mein Vater, der beiläufig nicht blatternarbig war, bekleidete in dem Städtchen Storkow das Amt eines Bürgermeisters vom Jahre 1832 bis 1841. Die vielen Reformen, die er dort einführte, da er bei seinem Amtsantritt einen Augiasstall vorfand, und sein ernstes Bemühen, dem vielen Unrecht, welches besonders die ärmere Bevölkerung bisher gedrückt hatte, abzuhelfen, sein furchtloses Ankämpfen gegen das Beamtenthum und die Geistlichen des Ortes — dies Alles zog ihm wohl die Anerkennung und Sympathie der „Armen und Elenden“ zu, machte ihm aber die „Großen“ und „Vornehmen“ der Einwohner mehr oder weniger zu Feinden. Sein größter Opponent jedoch war der ihm vorgesetzte Landrath, Herr v. Löschbrand, ein hochmüthiger — — Junker. Wie mein Vater nie im Leben vor — und Arroganz sich beugte, so auch hier nicht diesem beschränkten Blaublut gegenüber. Nachdem er so unter starken Kämpfen in ununterbrochener Thätigkeit 9 Jahre lang seine Amtspflichten gewissenhaft erfüllt, und auch vom rein menschlichen Standpunkte aus dienst- und hilfbereit gehandelt hatte, indem er nicht wie Abel dachte: bin ich verpflichtet, meines Bruders Hüter zu sein? — wurde einer seiner erbittertsten Gegner zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt und von der Regierung als solcher bestätigt und ihm gegenübergestellt. Müde der vermehrten Arbeit und der verschärften Kämpfe, reichte mein Vater nun sein Entlassungsgesuch ein, 3 Jahre vor Ablauf seiner Amtszeit, er war nämlich auf 12 Jahre erwählt. Dieser Vorgang fand statt 1841, also ein Jahr nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm IV. Ohne hierauf irgend zu rechnen, legte mein Vater sein Amt nieder, und da er sich jetzt ohne Wirkungskreis und ohne Existenz sah, war er bedacht, bei-

so eminent subjektive Ansicht aus dem Munde eines so hochgestellten Mannes, der dem Volke ein so gewaltig wirkendes Beispiel giebt, nicht nur um so befremdender sein? Bei allem Respekt vor dem Kanzler und seinen unsterblichen Verdiensten um das Vaterland müssen wir es dennoch ganz unumwunden sagen, daß auch dieser Satz besser nicht ausgesprochen worden wäre." — Diese „unumwundene" Erklärung der „Magdeburgischen Zeitung" nutzt nichts. Sie und ihre Colleginnen haben dem Fürsten jahrelang direkt in allen Tonarten geschmeichelt, daß er sich solche kleine Extravaganzen wohl erlauben darf.

— Der Fortschritt liegt sich in den Haaren. Ueber die Hänel'schen Amendements ist die fortschrittliche „Leipziger Volkszeitung" ungemein erbost. Sie schreibt zum Schlusse eines längeren Artikels: „Die Reaktion wird jetzt geltend machen, daß der Wortführer der Fortschrittspartei selbst durch seine Verbesserungsarbeit an dem Gesetz die prinzipielle Zweckmäßigkeit desselben anerkannt habe. Was wollen Sie dagegen einwenden, Herr Professor? Dahin also mußte es mit der Fortschrittspartei kommen! O, Ihr Waldeck und Hoverbeck, wohl Euch, daß Ihr den Tag nicht zu erleben brauchtet, da Eure Epigonen, die sich gleich Euch als Vorkämpfer der heiligen Demokratie ausgeben, zwischen erster und zweiter Lesung sich zu einem Compromiß herbeilassen, wie er ärger nicht einmal von den Nationalliberalen in dritter Lesung abgeschlossen wurde!" — Alles Lamentiren hilft eben nichts. Der Fortschritt trug schon längst vor der Hänel'schen Retirade den Keim des Todes in sich.

— „Gleiches Recht" — respektive „gleiche Unterdrückung" für Alle — so dachte die Regierung von Reuß-Greiz und verbot am 22. d. M. eine liberale Wählerversammlung, die in Greiz stattfinden und in welcher der liberale Führer und Reichstagsabgeordnete Rickert (Danzig) sprechen sollte. Die liberalen Blätter machen darüber ihrem Aerger Luft und melden noch dazu: „Herr Rickert war übrigens doch in Greiz erschienen, und es fand in einer sehr zahlreich besuchten geselligen Zusammenkunft der beabsichtigte Gedankenaustausch statt." — Danach haben die Herren Liberalen in „freventlicher" Weise das Gesetz umgangen! So lautet nämlich der Ruf der liberalen Blätter, wenn die Sozialisten der Polizei ein Schnippchen schlagen; natürlich, daß es dann anstatt „Liberalen" Sozialdemokraten heißt. — Aus alledem aber geht hervor, daß die Herren Liberalen sich noch gar nicht daran gewöhnen können, in gleicher Weise von Polizei und Gesetz wie ihre sozialistischen Mitbürger behandelt zu werden. Wartet nur, Ihr liberalen Sünder, nach dem Ausnahmegesetz werdet Ihr Euch schon daran gewöhnen!

— Aus Paris erfahren wir, daß Guesde und Finance, die beiden bekanntesten und angeblich compromittirtesten der wegen des Versuchs zur Abhaltung des internationalen Arbeitercongresses Verhafteten, wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, weil absolut nichts Belastendes entdeckt werden konnte. Hirsch ist dagegen noch im Gefängniß, ein Vorrecht, das er offenbar seiner imponirenden Eigenschaft als Civis Germanus — deutscher Reichsbürger — verdankt.

— Die englischen Trades-Unions (Gewerkschaften) hielten in der vorletzten (Montag, den 9. Septbr. beginnenden) Woche zu Bristol ihren (eilften) Jahrescongreß ab. Derselbe wurde von dem Präsidenten des „parlamentischen Ausschusses der Gewerkschaften" mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in welcher er bemerkte, daß die Trades-Unionisten trotz der Niederlagen, welche sie in Lancashire, London, Northumberland und anderwärts erlitten hatten, dennoch durchaus nicht entmuthigt sind, und daß die Gewerkschaften nun einem mächtigen Bunde der Arbeitgeber entgegenstehen, der es bald nothwendig machen wird, daß auch die Gewerkschaften, anstatt einzeln zu kämpfen, einen starken Bund schließen. Man schritt dann sofort zur Wahl des Bureaus. G. F. Jones, Sekretär des Bristoler Gewerkschaftsrathes wurde zum Präsidenten und Kennedy von Glasgow zum Vice-Präsidenten gewählt. Broadhurst, Secretär des Parlamentarischen Ausschusses, erstattete hierauf Bericht im Namen des Ausschusses und schilderte die letzte Session des Parlamentes als eine sehr aufgeregte. Die auswärtige Politik und namentlich die Orientfrage habe alle übrigen Fragen erdrückt. Die Regierung habe wohl versprochen, ein umfassendes Haftpflichtgesetz vorzulegen, aber trotzdem daß Macdonald (ehemaliger Grubenarbeiter und nun Sekretär der bedeutendsten Gewerkschaft von Grubenarbeitern, seit einigen Jahren Parlamentsmitglied und als solches überaus zahm) sie schon einige Mal zu dieser Vorlage drängte, wurde von ihr nichts mehr gehört. Die verbündeten Arbeitgeber machen jeder Handlung der Regierung in Bezug auf diese Frage die heftigste Opposition. Das Comité hat in Erfahrung gebracht, daß eine große Deputation von Arbeitgebern bei der Regierung vorsprach, um sie zu veranlassen, keinen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Im weitern Verlauf des Berichtes wird der beiden großen Strikes im Baugewerke, der Londoner Maurer und der Manchester Zimmerleute, die heuer stattfanden und zu Ungunsten der Arbeiter ausfielen, Erwähnung gethan. Die Arbeitgeber fast aller Fabrikationszweige, heißt es da, sind gegenwärtig zu mächtigen Organisationen vereinigt, deren fast unbegrenzter Reichthum ihnen eine Angriffs- und Vertheidigungsstärke giebt, denen kaum unsere besten Gewerkschaften gleichkommen. Dazu kommt noch, daß diese Arbeitgeber-Verbindungen zumeist geheim arbeiten. Ihre Beschlüsse werden im Geheimen durchgeführt und ihre Erlässe in Privatcirkularen versendet. Das größte Verbrechen in den Augen dieser geheimen Gesellschaften ist es, Mitglied irgend einer Gewerkschaft zu sein. Man sollte nun glauben, daß durch solche Kämpfe der Parlamentarische Ausschuß zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß es nun die Hauptaufgabe der Gewerkschaften sein sollte, politische Macht zu erringen, und in dieser Beziehung selbstständig vorzugehen, anstatt wie bisher den Schwanz der liberalen Partei zu bilden, aber weitgefehlt! Der Ausschuß sagt nur, daß es nicht seine Aufgabe sei, die Mittel anzugeben, um diesen neuen Elementen in den Conflikten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirksam entgegentreten zu können. Alles was sich der Ausschuß diesbezüglich anzurathen erlaubt, ist, daß er meint, die Einkünfte der Gewerkschaften müssen vermehrt und deren Einfluß erweitert werden. Mit der Erstattung dieses Berichtes war die Arbeit des ersten Congreßtages beendet. — Die Verhandlungen der übrigen Tage sind von relativ geringem Interesse für uns. Die gefaßten Beschlüsse werden wir mittheilen, sobald sie uns in authentischer Fassung vorliegen.

— Russische Wirthschaft. Wie man säet, so erntet man. Die „Germania" bringt in ihrer Nr. 217 folgende Notiz aus Petersburg: „Von den Nihilisten wurden im Laufe der ersten Woche dieses Monats in Petersburg abermals 3 Gensdarmerieoffiziere, in Ufa der Polizeiminister, in Orenburg ein Commissar der Landpolizei, in Pera zwei Polizeioffiziere und in Tiflis der Polizeigeneral Carnowisch ermordet. Und in keinem einzigen Falle gelang es, die Thäter zu erwischen. Die kurz nach dem Attentate auf Mesenzow von dem sogenannten Revolutionscomité herausgegebene Broschüre „Tod für Tod", in welcher der politische Mord glorifizirt wird, wird von unsichtbaren Händen im ganzen Reiche verbreitet."

Das ist die Rückseite der Medaille. Auf der Vorderseite befindet sich die „Ordnung" kniend auf einem Berg von Leichen — den Leichen der Tausende und Abertausende, die in den letzten zwei Jahrzehnten, unter dem Szepter des milden Väterchens, wegen ihrer Freiheitsbestrebungen erschossen, todtgeprügelt, todtgeknutet, auf der trockenen Guillotine der Gefängnisse und Sibiriens langsam dahingemordet sind.

— Durch die Presse geht die Nachricht, daß Genosse Motteler von der Staatsanwaltschaft zu Stuttgart wegen Majestätsbeleidigung steckbrieflich verfolgt werde. Diese Nachricht beruht allerdings auf Wahrheit. Merkwürdig aber ist, daß die steckbriefliche Verfolgung eingetreten ist, ohne daß unserem Genossen Motteler eine Vorladung oder ein Haftbefehl präsentirt worden ist. Motteler befand sich seit einiger Zeit auf Reisen; es ist üblich, daß in solchen Fällen von der Behörde die betreffende Vorladung an die Zimmerthüre des Vorzuladenden angeheftet wird. Dies ist nicht geschehen. Wollte man Motteler aber sofort verhaften, so hätte die Behörde dies nur einfach bei ihren Nachforschungen über den Aufenthaltsort des Genossen Motteler sagen sollen. Derselbe wäre davon sofort benachrichtigt worden und hätte sich dann dem Stuttgarter Gerichte längst freiwillig gestellt. So aber hat er erst durch den Steckbrief selbst Kenntniß von der Anklage gegen ihn erhalten und ist, wie er uns mittheilt, daraufhin auch sofort nach Stuttgart gereist, um sich den dortigen Gerichten zu stellen.

Aus der Schweiz.

Vevey, 22. September.

Wenn ich mir erlaube, Ihnen in Nachfolgendem einen Beitrag zur Charakteristik Ihrer Gegner zu liefern, so geschieht dies in gerechter Entrüstung über die Art und Weise, in welcher sich gerade Diejenigen, welche stets den Mund so voll nehmen von „Gerechtigkeit für Alle", von „gemeinem Recht" u. s. w., augenblicklich betragen, und werde ich Ihnen, wenn Sie diesem Artikel Aufnahme gewähren, an noch anderen „Führern" die Thatsache constatiren, welch elende Gesinnung und welche „Hans-Wurschtigkeit" dazu gehört, um ein Gesetz wie das „Untergrabungsgesetz" in Deutschland möglich zu machen. Es ist eigenthümlich, welches Interesse in unserer „besseren" Gesellschaft, die doch Geld genug haben, um Andere für sich denken zu lassen, dieses deutsche „Untergrabungs-Drama" erweckt. Abgesehen von unseren Damen, welche, von der Langenweile gepeinigt, von jeher einen gewissen Hang zur communistischen Romantik an den Tag gelegt haben, sind es doch auch ganz ernste Männer, welche den Kopf schütteln über ein Beginnen der herrschenden Gewalten in Deutschland, das eine verzweifelte Aehnlichkeit hat mit dem Gebahren eines Mannes, der mit der Klystierspritze aufs Dach klettert, während es im Keller brennt. Die ganze Jämmerlichkeit des Nationalliberalismus, und u. A. namentlich des Herrn Lasker, erregt hier tiefen Unwillen, der um so begreiflicher ist, als in hiesigen Gesellschaftskreisen dieser Mann offen erklärte, aus einem derartigen Sozialistengesetze könne und dürfe Nichts werden, und nie würde er die Hand dazu bieten, der Regierung die Mittel zu gewähren, daß sie vom Boden des gemeinen Rechts abweiche!" Herr Lasker hat dafür den Händedruck ehrlicher Männer und den Dank schöner Augen pränumerando empfangen und mit Spannung sah man den Berichten aus dem deutschen Reichstag entgegen. Befremdete es schon, daß Herr Lasker schwieg und Herrn Bamberger, diesen auch hier „wohlgeachteten" Menschen, reden ließ, wirkte die Thätigkeit des Ersteren in der Commission hier geradezu Entrüstung und Bestürzung erregend. Erst gestern hatte ich Gelegenheit, mit einer dem Herrn Lasker sehr wohlbekannten Dame zu sprechen. „Um's Himmelswillen, was macht dieser Lasker? Er verändert die Regierungsvorlage ja so, daß sie nur im Wortlaut, nicht aber dem Inhalte nach anders klingt." — „Meine Gnädige, das nennt man parlamentarische Taktik." — „Ach gehen Sie, wenn Sie jetzt den ersten Paragraphen von hinten nach vorn lesen, so kommt genau der Regierungsparagraph zum Vorschein." — „Meine Gnädige, das kommt wohl vermuthlich daher, weil die Juden ja stets von rechts nach links lesen." — „Sparen Sie um's Himmelswillen Ihre faulen Witze und berathen wir lieber, wie solche Gesinnungslosigkeit am besten bestraft wird." — „Nichts leichter als das." — Ich ging nach Hause und holte die „Erlebnisse einer Mannesseele". „Lesen Sie das und geben Sie es weiter."

---

des in einer andern Stellung wieder zu erlangen. Gemeinnützig schaffen zu können, wie er dies stets mit Vorliebe gethan, war wiederum sein Bestreben, und in Berlin, wohin wir nun zurückkehrten, setzte er verschiedene Hebel in Bewegung. So entwarf er u. A. einen schriftlichen Bericht über sein amtliches Wirken in Storkow und übersandte denselben mehreren Ministerien und Behörden in Berlin zur Durchsicht, hoffend, sich dadurch für eine geeignete Anstellung zu empfehlen; indeß erfüllten sich seine Erwartungen auf diesem Wege nicht.

Die Hoffnungen, welche der neue König nach seiner Thronbesteigung in den Gemüthern des Volkes erweckte, die vielversprechenden Reden, welche er bei allen thunlichen Gelegenheiten hielt und in denen er seinen Wunsch, „der Pionier einer neuen Zeit sein zu wollen" Ausdruck gab, blieben auch bei meinem Vater nicht ohne Eindruck. Mit seiner vertrauensvollen Natur erwartete er das Höchste von dem jungen Monarchen. So entschloß er sich denn, Alles aufzubieten, um zu dem König vorzudringen und übersandte ihm zu diesem Zwecke, das oben erwähnte Schriftstück: „Die letzten 12 Jahre meines Lebens", daran ein Gesuch um einen geeigneten Wirkungskreis knüpfend — — doch auch hier kein Erfolg; der letzte Bescheid des Königs lautete: „Es verbleibt bei meinem an den Bürgermeister Tschech erlassenen abschlägigem Bescheide. F. W. Rex."

Während diese Vorgänge sich vollzogen, begannen in Deutschland „revolutionäre Bewegungen", wenn man liberale Reformbestrebungen so nennen will, sich in steigendem Maß kund zu geben. Die Vertreter derselben fanden auch in unserm Kreise die wärmste Sympathie. Ob mein Vater mit einem jener „Freiheitsmänner" persönlich bekannt geworden ist, und in Verbindung stand, muß ich dahingestellt sein lassen — Bestimmtes weiß ich nicht; in unserem Hause sah ich nie Fremde, doch ging mein Vater viel aus und kehrte oft in sehr erregter Stimmung heim.

Die schlesischen Weberunruhen, erzeugt durch Verdienstlosigkeit und Hungersnoth machten einen besonders tiefen Eindruck auf sein Gemüth, wobei er dann in wehmüthigen, warmen Erinnerungen seiner engeren Heimath — er war der Sohn eines oberschlesischen Pfarrers — vielfach gedachte. Das herrschende Unrecht erbitterte ihn mehr und mehr. So keimte mehr und mehr der Entschluß seiner That, die er allmählich wie eine Mission erfaßte.

Noch einen letzten Versuch, eine Audienz beim König zu erlangen, setzte er mit Energie ins Werk und wandte sich unter andern an die Königin Elisabeth, sowie an Alexander von Humboldt, doch ebenfalls ohne Erfolg. Wäre es ihm gelungen, persönlich zu Friedrich Wilhelm IV. sprechen zu können, so würde er ihm, das weiß ich, begeistert, in der Weise eines Posa, unerschrocken, in glühenden Worten, von den Zuständen des Landes, von der Noth des Volkes gesprochen haben. So hatte mein Vater systematisch mit Ausdauer und Consequenz alle Mittel erschöpft, gütlich zum Ziele zu gelangen. —

Die späteren Begebenheiten führt der Artikel im „Vorwärts" im Wesentlichen richtig an.

Ich füge noch das Folgende bei und ersuche Sie um die Aufnahme in Ihrem geschätzten Blatte.

Am Abend des 25. Juli 1844 gab mein Vater zwei Exemplare seiner Schrift: „Die letzten 12 Jahre meines Lebens" in Berlin zur Post. Das eine war an den Buchhändler Brockhaus in Leipzig adressirt, das andere an seinen Bruder Wilhelm in Schlesien mit der Bitte, das Schriftstück Niemand anderem auszuhändigen, als einst seiner Tochter Elisabeth. Diese beiden Exemplare geriethen gleich nach dem Attentat in die Hände der Polizei.

Später bei meiner Privatgefangenschaft in Westphalen, im Hause eines pietistischen Pfarrers, versuchte Herr Albert Dulk, aus Leipzig kommend, von mir Daten für eine Biographie meines Vaters zu erlangen, wurde aber umgehend polizeilich zum Orte hinausgemaßregelt.

Nachdem ich im Jahre 1848 in Zürich die Biographie meines Vaters geschrieben, wurde mir im Jahre 1849 bei meiner Rückkehr nach Süddeutschland, von wo ich nach Berlin um einen Heimathsschein schrieb, dies Gesuch abgeschlagen: da ich das Anrecht auf ein solches Dokument verloren. Unterzeichnet war der Bescheid: Kühlwetter. In Folge des Mangels eines Legitimationspapieres wurde ich dann von einem Orte zum andern gejagt bis mir schließlich nichts übrig blieb, als ein Asyl in Amerika zu suchen. Hier lebe ich jetzt alt und arm — die Preise für Frauenarbeit sind auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Seit Jahren ist es mein Trachten, mir Mittel zur Gründung einer kleinen sicheren Existenz für mein Alter zu schaffen. Zu diesem Zwecke wandte ich mich vor bald 3 Jahren an den Reichskanzler Bismarck, ihn ersuchend, dahin zu wirken, daß ich den Rest meines ehemals von mütterlicher Seite stammenden confiscirten Besitzthums zurückerhalte. Ich erhielt darauf schnellen Bescheid, dessen Hauptpassus lautet „daß die noch vorgefundene Habe beim Tode meines Vaters laut Erkenntniß confiscirt und vernichtet worden sei". (Gezeichnet: In Vertretung Friedberg.) Ein Gesuch an den Kronprinzen im März dieses Jahres gesandt, im Falle meiner Rückkehr nach Deutschland mir freien ungehinderten Aufenthalt zu gewähren, blieb ohne jeden Bescheid!

Elisabeth Tschech.

— Volkskalender für 1879. Braunschweig, Druck und Verlag von W. Bracke jun. Preis 50 Pf.

Dieser Kalender, dessen Inhalt unseren Lesern durch die Inserate bereits bekannt ist, verdient ebenso wie der „Arme Konrad" die wärmste Empfehlung. Auf 104 Seiten in Quart wird — neben dem Kalendarium mit Schreibkalender — ein reichhaltiges Material belehrender und unterhaltender Lectüre geboten, und sind die wissenschaftlichen Aufsätze durch zahlreiche Illustrationen, welche beigefügt sind, erläutert.

Wir heben Folgendes hervor:

In einer „Geschichte, wie sie alle Tage passirt", schildert Otto Walster eine Scene aus dem Leben zweier „deutscher Tramps in Amerika", die nach einem Leben voll Noth und Gefahren in einer Colonie von Deutschen endlich ihr Heim finden. — In „Das Dünendorf" giebt Heinrich Smidt eine Schilderung des Strandlebens und der Ereignisse, die sich unter den Bewohnern eines Dünendorfes abspielten.

Eduard Sack giebt unter „Geschichte" eine scharfe und treffende Kritik sowohl der bisherigen Geschichtschreibung, wie hauptsächlich des geschichtlichen Unterrichts in unseren Schulen. Diese Ausführung gipfelt in der Forderung, daß „die Geschichte — nicht der Fürsten, sondern des gesammten Volks; nicht der Feste, sondern der Arbeit; nicht der Kriege, sondern der Empörungen; nicht der Reichen und Vornehmen mit ihren Vergnügungen und Künsten, sondern der Armen mit ihrer ewigen Geduld im Elend, — daß diese „allgemeine" Geschichte allen Männern, Weibern und Kindern erzählt werde." Und wer wollte dem Verfasser nicht Recht geben, wenn er zur Begründung seiner Forderung sagt, daß „nur starke Gefühle und tief begründete Ueberzeugungen uns zu Kämpfern für die Wahrheit und die Freiheit" machen.

In dem Aufsatz: „Ein Reichsminister in Nöthen" wird ein Rückblick auf das „tolle Jahr" 1848 geworfen und eine für den verflossenen Reichsminister Heckscher freilich nicht sehr ergötzliche Episode aus dem Leben dieses politischen Strebers erzählt.

Hermann Lange giebt in einer Skizze über Pascal Paoli eine Schilderung der Insel Corsica vor ihrer Unterjochung durch Frankreich und der Kämpfe, welche dieser vorhergingen, die Corsica in eine Eindbe verwandelte. Von Bruno Geiser enthält der Kalender eine historische Skizze aus Alt-Griechenland. Er schildert Land und Leute, Griechenland in der Zeit historischer Dämmerung und die Verhältnisse in Sparta und Athen während ihrer Blüthezeit.

Außerdem sind in dem Kalender eine Reihe belehrender Aufsätze enthalten, z. B.: „Ueber Dampfkesselexplosionen; die bevorstehende „elektrische" Revolution: Telephon, Phonograph, Mikrophon; Die Wanderheuschrecke u. s. w. Ferner sind kleinere Aufsätze, Anekdoten, Sinnsprüche ꝛc. in reicher Menge vorhanden, und zum Schluß folgt eine Tafel der Hochwasserzeiten in Cuxhafen für das Jahr 1879 nebst einem Anhang, eine Tafel zur Stellung einer Uhr und ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte. — Die weite Verbreitung, die der Kalender in früheren Jahrgängen gefunden hat, ist ihm also auch in der vorliegenden Ausgabe zu wünschen.

— Im Verlage unseres Genossen Karl Grillenberger ist erschienen und durch die Genossenschafts-Buchdruckerei in Nürnberg zu beziehen: „Der deutsche Arbeiter-Notiz-Kalender" für das Jahr 1879. Derselbe enthält: Kalendarium, die für die Arbeiter und Gewerbetreibenden wichtigsten Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, das Haftpflichtgesetz, das Gesetz betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes, das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung, Postalisches und einen Notizen-Schreibkal-

Heute nun kommt die Dame zu mir und sagt in einiger Verlegenheit: „Ich würde das Buch jungen Mädchen doch nicht als Lektüre empfehlen.“ Dann wies sie auf eine Stelle hin, wo Lasker die Tochter Gottfried Kinkel's, auch ein Opfer der „Manneseele“, sagen läßt, nachdem er sie durch seine hinreißende Rednergabe betäubt hatte: „Ja, Vater, Dieser wird uns das Vaterland wiedergeben und unsere Leiden rächen!“ — „Wissen Sie“, sagte mein Besuch, „daß er auch mir einst feierlich gelobte — — —“ — „Doch nicht Liebe und Treue?“ fiel ich erschrocken ein. — „Nein, feierlich gelobte, der Disraeli Deutschlands zu werden!“ — Ich lachte krampfhaft und vor meinen Augen tanzten sämmtliche Dachshunde der Welt Ballet und die Zaunpfähle wuchsen zu Mastbäumen. — „Der Disraeli Deutschlands! Das werde ich dem Reichskanzler denunziren.“ — „Ach nein, lassen Sie das, dieser Plan ist seit vorigem Jahre von ihm aufgegeben. Erinnern Sie sich nicht des auffallenden Kostümwechsels in der letzten Saison?“ — „Ja wohl, er erschien plötzlich in phantastischen kurzen Jaquet, hellen Beinkleidern, rother Cravatte und weitem Hemdkragen; das Letztere wäre Strousberg am meisten aufgefallen.“ — „Sie wissen doch auch, daß er hier drüben in derselben Pension wohnte, wo sich Herr von Forckenbeck mit seinen beiden Töchtern aufhielt.“ — „Sehr genau, stattlicher Mann und stattliche Damen, der kleine Lasker lief immer nebenher wie ein Wiesel in buntem Hamsterfell.“

„Ja, und damals war Lasker gerade drei Wochen lang der Gast Gambetta's auf seinem Schlosse hier bei Montreux gewesen, und da unsere Damenwelt es als noble Passion betrachtet, für Gambetta zu schwärmen, so beschloß Lasker, Deutschlands Gambetta zu werden.“ — „In der That, sehr weise.“ — „Das fing er nun folgendermaßen an: Zuerst kleidete er sich, so gut dies bei den so himmelweit verschiedenen Körperverhältnissen anging, genau so wie der einstige Diktator und zwängte sogar aus seinem wulstigen Haupthaar einige Locken zu stetem Herabhängen über die Stirn — —“ — „Vermuthlich damit Bethusy eine geschichtliche Stirnlocke findet, wenn er einmal wieder historisches Blech zum Besten giebt.“ — „Lassen Sie mich doch ausreden. Sodann studirte er sämmtliche Reden Gambetta's, welche derselbe in der französischen Kammer im vorigen Jahre gehalten, in der Ursprache und lernte sie auswendig, übersetzte sie dann in's Deutsche und trug davon einige im engeren Kreise vor, welche er anläßlich der Wahlprüfungen im deutschen Reichstage zu halten gedachte.“ — „Sehr interessant und ich will mich beeilen, dem deutschen Publikum Nachricht davon zu geben, daß es hoffen darf, bald Gambetta'sche Reden im deutschen Parlament zu hören, wenn es nicht vielleicht schon einige gehört hat. Doch, erzählen Sie weiter.“

„Es kommt nur noch das Ende. Als Herr Lasker glauben machte, sich in seiner Rolle den Damen interessant genug gemacht zu haben, da glaubte er weiter, so sagt man in sehr eingeweihten Kreisen, wieder einmal die Zeit gekommen, seinem scheinbar lebenslänglichen Junggesellenstand zu entsagen und — und — —“ — „Und Herr v. Forckenbeck rief ihn zur Ordnung?“ — „Nein, eine zartere Hand reichte ihm — — — —“ — „Aha, ich verstehe; nun, er wird auch diesen zu den übrigen hängen. Wissen Sie was, gnädige Frau, wir haben jetzt ein schönes Mittel, den Mann zu bestrafen.“ — „Und welches?“ — „Ich schreibe diese Historie an das Central-Organ der Sozialdemokraten — und bereite diesen armen gehetzten Menschen sowie allen Denen, soweit die Laskerzunge klingt, eine heitere Viertelstunde und constatire zugleich vor der Geschichte, wie im Jahre 1878 die Menschen ausgesehen haben, welche Gesetze machen, um das bürgerliche Recht und die bürgerliche Freiheit ihrer verlogenen Phrase und ihrer heuchlerischen Moral in die Hände des Polizeibüttels zu legen.“

Correspondenzen.

Berlin, 26. September. Unser hiesiges Parteiorgan giebt eine interessante Zusammenstellung der Auflösungsgründe, die man in letzter Zeit in sozialdemokratischen Versammlungen in Anwendung gebracht hat. Dasselbe schreibt: Zum Kapitel der Versammlungs-Auflösungen wollen wir ein altes Vorkommniß aus der Zeit des Hinkeldey'schen Regiments mittheilen, damit unsere Leser sehen, wie unsere jetzigen Auflösungen nur die getreue Copie der damaligen sind. Herr Patzke und der Wachtmeister Kaiser haben im Jahre 1850 eine Versammlung überwacht, und wurde dieselbe plötzlich von Patzke im Namen des Gesetzes aufgelöst, weil Einer der Anwesenden, der Maschinenbauer Prell — Herrn Patzke angesehen hatte! Bis jetzt sind neben den gesetzlichen Gründen uns gegenüber folgende Motive zur Begründung der Versammlungsauflösungen geltend gemacht worden:

1) Weil der Mittelgang im Saale voller Menschen stand.

2) Weil ein Fenster offen war und der überwachende Beamte dadurch zu der Ueberzeugung gelangte, es tage eine Versammlung unter freiem Himmel.

3) Weil Menschen hinter einer verschlossenen Glasthür standen und in den Saal — hineinsahen; der Beamte löste im Namen des Gesetzes auf, weil jene Menschen möglicherweise eine Scheibe eindrücken konnten.

4) Weil ein Anwesender während des Vortrages das Wort „Lächerlich“ gerufen hat.

5) Weil einzelne Anwesende bei einer Aeußerung des Redners gelacht haben.

6) Weil sich ein Hund in die Versammlung verlaufen hatte.

Vielleicht wird in nächster Zeit auch der von Herrn Patzke aufgefundene Grund wieder zur Geltung gebracht.

Wir fragen aber nun alle im Reichstage sitzenden Gegner, ob sie denn glauben, daß durch solche Auslegung und Anwendung der Gesetze die Achtung des Volkes vor dem Gesetz vermehrt und erhalten werden kann? Wir fragen, ob sie denn nicht ein Wort des Tadels gegen dieses Vorgehen der Polizeibehörden haben und machen sie verantwortlich für die Folgen, die unausbleiblich aus solcher Gesetzes-Interpretation entstehen müssen. Giebt es für das arbeitende Volk nur Pflichten und gar keine Rechte, dann wundere man sich auch nicht, wenn hin und wieder eine heftige Natur sich selbst Recht zu holen sucht!

-o- **Frankfurt a. M.**, 3. September. Wie allerwärts im lieben deutschen Reiche, so leistete auch hier in der jüngsten Zeit und leistet heute noch eine hohe Polizei in gewisser Beziehung wahrhaft Großes — und zwar, was doppelte Anerkennung verdient, ohne Ausnahmegesetze, einzig und allein mittelst „strafferer Zügel“! So wurde jüngst in Bockenheim eine sozialistische Versammlung aufgelöst, weil nach deren Eröffnung behufs Deckung der Kosten eine Tellersammlung veranstaltet wurde. Diese Sammlung, meinte der Herr Polizeikommissar, steht nicht auf der Tagesordnung (was ihm freilich Niemand bestreiten kann!), deswegen — nun das versteht sich von selbst! — — Daß die Gleichheit vor dem Gesetz keine Phrase ist, beweist die jetzt erlassene Anordnung einer hiesigen hohen Obrigkeit, wonach diejenigen Wirthe, bei denen man sich durch sozialdemokratische Lektüre „vergiften“ kann, um elf Uhr ihr Lokal zu schließen haben. Hoffentlich hat ja diese einem Theile der Wirthe auferlegte Beschränkung nicht auch noch eine Schmälerung des jedem Unterthanen ausnahmslos zugestandenen Rechtes des — Steuerzahlens zur Folge! — Am 17. v. Mts. wurde Genosse Rudolf Döll, der sozialistische Reichstagscandidat, wegen seiner Candidatenrede mit einem Monat Gefängniß bedacht. Der Herr Staatsanwalt hatte zwei Monate beantragt. Ob Döll die ihm nach seiner angestrengten Wahlthätigkeit fürsorglich gegönnte Erholung benutzen wird, um Buße zu thun und sich zu bekehren, dürfte sehr fraglich erscheinen! — Wie ich in einem hiesigen Blatte lese, ist ja in dieser ohnehin schrecklichen Zeit eine ganz schreckliche Geschichte passirt: „Redakteur Kayser, welcher im Freiberger Wahlkreise gewählt wurde, ist nicht nur der jüngste Reichstagsabgeordnete, er ist auch der erste Israelit, den das Königreich Sachsen in den Reichstag entsendet.“ Sozialdemokrat, jung und auch noch Jude, — hui, wie fürchterlich! Was heutzutage nicht Alles passiren kann!

Was für sich ganz und gar widersprechendes Zeug schon über die Sozialdemokratie zu Tage gefördert worden ist, das weiß Jeder, der auch nur ganz oberflächlich die gegnerischen Einwände verfolgt. Der Zufall spielt mir da eine Nummer der „Neuen Frankfurter Presse“ (die sich, beiläufig bemerkt, in Frankfurt selbst keiner großen Nachfrage zu erfreuen hat) in die Hand, wo ich in einem Feuilleton: „Harmlose Reisebriefe“ (von Johannes van Dewall) folgenden Passus verübt finde:

„Diese Italiener sind aber ein härterer Menschenschlag als wir annehmen, sie ertragen Hitze und Kälte, sie arbeiten hart und machen nicht so viel Geschrei davon als bei uns in Deutschland, wo es bald durch die Herren Sozialdemokraten dahin kommen wird, daß Arbeiten überhaupt eine Schande ist und Jeder sich beklagt, wenn er nicht als Millionär auf die Welt gekommen ist, als hieße es nicht: „Im Schweiße Deines Angesichtes sollst Du Dein Brod essen“ . . . ein Fluch, der sich in Segen gewendet hat, denn was wäre der Mensch ohne Arbeit! Und steht nicht in der Bibel: „Bete und arbeite!“

Ist das nicht mehr, wie die Wahrheit auf den Kopf gestellt? Kann man denn nicht als Geringstes von einem Zeitungsschreiber verlangen, daß er das Programm einer Partei kennt, über die er sich zu Gericht zu sitzen erdreistet? Oder kennt er das Programm und lügt absichtlich? Ersteres wäre dumm, letzteres aber gemein im höchsten Grade. Uebrigens möchte ich einmal das „Geschrei“ hören, wenn solch ein „harmloser“ Reisebriefschreiber anstatt seiner Thätigkeit einmal nur zehn Stunden lang Zimmermann, Schuster oder Schmied spielen sollte. Ich würde ihm dieses „Arbeiten“ so wenig zur „Schande“ rechnen, wie ich ihm sein Schriftstellern zur Ehre rechne.

Einer der traurigsten Fälle von dem settens gewisser Leute so oft verhöhnten Arbeiter-Risiko mag den Schluß meines Berichtes bilden. Am 19. August Morgens gerieth auf der Löhnhold'schen Baufabrik in Bockenheim ein siebenzehnjähriger Arbeiter unter die Transmission einer Schneidmaschine und wurde derart verletzt, daß er alsbald verschied und nach dem Leichenhause gebracht werden mußte. Dem Unglücklichen waren beide Beine, ein Arm und der Kopf theils zerquetscht, theilweise ganz abgerissen worden. — Der richtige Philister leicht Derartiges, um daraus den Schluß zu ziehen, daß jedenfalls nur „Unvorsichtigkeit“ das Unglück herbeigeführt habe; etwas gefühlvollere männliche oder weibliche Herzen versteigen sich bis zu dem Ausrufe: „Ach, das ist doch schrecklich!“ — Doch halt, ich nehme ein anderes Blatt zur Hand, wo der eben berichtete Unglücksfall bereits in vollständig mundgerechter Fassung erscheint. Der Arbeiter kam nämlich „unvorsichtigerweise“ einer Transmission zu nahe! Tausende von Leuten sind freilich viel „vorsichtiger“ — sie überlassen das Arbeiten ganz und gar Anderen und nagen trotzdem nicht am Hungertuch! „Bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung“!!!

„Die Sozialdemokraten verhöhnen die sittlichen und staatlichen Einrichtungen und ‚unsere Familie‘,“ so stand in einem liberalen Wahlflugblatt! Und so wie folgt stand vor einiger Zeit zu lesen in den Lokal-Nachrichten: „Auf dem Sandweg wurde eine Gesellschaft bekannter ‚Damen‘ mit einer Anzahl den sogenannten besseren Ständen angehöriger Herren, die sich eine vergnügte Nacht bereiten wollten, ausgehoben.“ — Dergleichen „Gesellschaftsordnung“ verhöhnen die bösen Sozialdemokraten freilich, sie verabscheuen solche und sie wollen dieselbe nebst vielem anderen Schlechten und Verwerflichen — untergraben! Hui! —

Schkeuditz, 13. September. Unser Genosse Gladewitz hat vor einiger Zeit in der „Chemnitzer Freien Presse“ folgende treffliche Correspondenz veröffentlicht:

In einer früheren Nummer des „Limbacher Wochenblattes“ befand sich ein aus irgendwelchem Bureau an die kleinen Blätter versandter Artikel, resp. Waschzettel, über Ferdinand Lassalle, und es wird darin der todte Lassalle auf Kosten seiner lebenden Gesinnungsgenossen stark herausgestrichen*), doch gerade weil es auf unsere Kosten geschieht, erscheint Lassalle in einem ganz anderen Lichte, als wie man ihn bei Lebzeiten betrachtete. Er (Lassalle), heißt es, ist der Vater unserer heutigen Sozialdemokratie. Aber die Letztere ist ein entartetes Kind des großen Vaters, denn Lassalle war ein Patriot, so gut wie irgend Einer. Die heutige Sozialdemokratie dagegen hat die Vaterlandslosigkeit auf ihr Programm gesetzt. Lassalle vertrat den großdeutschen Gedanken unter Preußens Führung“ ꝛc.

Wenn der Lobredner Lassalle's wider Willen seine Schriften durchgelesen hätte, so würde er schon in den Einleitungssätzen seiner „Assisenrede vor den Geschworenen zu Düsseldorf, gehalten am 3. Mai 1849 gegen die Anklage: Die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben“, folgenden Passus gefunden haben: „Ich aber, meine Herren, werde Ihnen stets mit Freuden bekennen, daß ich meiner innern Ueberzeugung nach auf durchaus revolutionärem Standpunkt stehe, daß ich meiner innern Ueberzeugung nach ein entschiedener Anhänger der sozialdemokratischen Republik zu sein die Ehre habe.“ Riecht das nach „Preußen-Patriotismus“? nach Vertrauensseligkeit in die Pläne der Hohenzollern? Aber noch mehr: ein Lieblingsvorwurf der Liberalen ist es, zu sagen, daß Lassalle im Einverständniß mit Bismark gehandelt habe, um die Liberalen zwischen der Charybdis der Conservativen und der Scylla der Arbeiterbewegung dem sicheren Verderben zu weihen. Hören wir, was Lassalle über seine Verhältnisse zu Bismarck und den Liberalen in seiner berühmten Rede: „Die Feste, die Presse ꝛc.“ sagt. Es heißt da: „Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn v. Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: „Er ist ein Mann, Jene aber (die Fortschrittler) sind alte Weiber!“ Die Freundschaft zwischen Bismarck und Lassalle ging also so weit, daß er daran dachte, Flintenschüsse mit ihm zu wechseln. Dies Freundschaftszeichen übertrifft das Absenden von Glückwunschdepeschen der Liberalen an Bismarck, der jetzt ihr Halbgott ist oder wenigstens war, denn die fortgesetzten Fußtritte, welche die Liberalen sich von dem genialen Staatsmann appliziren ließen, bringen sie bei dem Volke immer mehr um den Kredit. In Bezug auf die noch heute in Preußen bestehende, zu Ende des Jahres 1848 octroyirte Verfassung spricht sich der Patriot Lassalle gleich nach obiger Stelle folgendermaßen aus: „Wir haben kein prinzipielles Interesse (an den Landtagswahlen), weil 2. die preußische Verfassung, um die gekämpft wird, keine zu Recht bestehende Verfassung ist und noch nie auch nur einen Tag lang eine zu Recht bestehende Verfassung war.“

*) Auch Herr v. Bismarck hat dies in seiner höchst „geistvollen“ Rede vom 17. d. M. versucht. R. d. „V.“

Ein neuer Beweis von dem Vertrauen, das er auf Preußens Regierung setzte, auf eine Regierung, die seiner Ansicht nach mit einer nicht zu Recht bestehenden Verfassung regierte. In Bezug auf die wirthschaftliche Stellung der Arbeiter im heutigen Staate spricht sich Lassalle in seinem „Arbeiterprogramm“ aus. Es heißt da: „Die indirekte Steuer, meine Herren, ist somit das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privileginm der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürdet.“ Heißt das nicht bei Euch, Ihr „Ordnungshelden“, die bestehende „Ordnung“ untergraben, den Klassenhaß schüren, Aufreizung der Besitzlosen zu Haß und Verachtung gegen die Besitzenden? Gewiß! denn Lassalle selbst brachten ja die obigen Aeußerungen auf die Anklagebank und führten zur Verurtheilung zu einer mehrmonatlichen Gefängnißstrafe, von deren Abbüßung ihn nur der jähe Tod befreite. So viel ist sicher, wenn Lassalle noch lebte, würde er noch heute, wie zu Lebzeiten, von den Vertretern der heutigen „Ordnung“ tausendfältig angefochten und verleumdet werden. Der falsche Nimbus, mit welchem die Gegner, um ihren Zweck — uns zu diskreditiren — zu erreichen, ihn umgeben, muß also zerfließen, wenn wir nur einige markige Sätze des unerschrockenen Kämpfers zitiren.“

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 24. August d. J. habe ich vereinnahmt:

a) Wahlfond.

Salzwedel auf Liste v. sechs Genossen M. 3,00; Finsterwalde v. Ungenannt 4,60; Sudenburg L. 1465 4,00; Schöttmar v. W. 5,00; London d. Heinrich Hammermann 204,00; Dannenberg v. R. 0,60; Steele L. 1320 3,40; Gelsenkirchen d. Wagner 10,00; Kopenhagen v. Adler's Fabrik Kr. 1,89; do. v. Thorn's Fabrik Kr. 1,70 (zus. M. 4,09); Dessau d. K. Meiser 13,95; Gera d. F. W. für d. letzten Nachtrapper Wahlteich 3,00; Baden-Baden L. 585 2,90; Gelsenkirchen v. Mehreren 21,05; Leipzig d. Nebel („Fackel“) 43,31; Bayreuth v. Tischlern 1,40; Oberlungwitz d. Vogel 0,50; Hamm u. Horn Rest der Lokalkasse d. Westphal 6,19; Köln v. Goldarbeitern 7,50; Furth b. Ch. L. 4725 12,10; Leipzig Ueberschuß der Kasse des Wahlcomités 198,96; Stuttgart L. 964 2,40; Chaux de-Fonds d. R. Pabst 2,43; Siebenlehn L. 1586 5,60; Hamburg v. K. d. Deross 1,00; New-York d. F. Filly Rest d. Sammlung 126,30; Hamburg u. Vororte 47 diverse Zahlungen, quittirt im „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, mit zusammen M. 222,33.

b) Unterstützungsfond.

Cassel v. Diversen d. Pfannkuch 40,00; Kiel von den Bienen d. R. 8,60; Lübeck vom Gesangverein Eintracht 11,43; Pegau d. G. Weiß 4,69; Offenbach v. Metallarbeitern 5,45; Leipzig d. Nebel („Fackel“) 8,95; Stollberg v. V. A. L. d. J. A. F. 10,30; Chicago d. John Feltes 78,29; London v. Kaufmann 5,00; Hafftrug v. Sievers 3,00; Oberlungwitz d. Vogel 4,00; Kiel aus der Sparbüchse bei R. 19,80; Barmstedt v. Lehrlingen 9,50; Nieder-Ernstorf von einem Geburtstage 3,00; Berlin v. G. K. 1,40; Gaarden d. L. 6,00; Hanau v. Lassalle's Todtenfeier d. Braß 9,00; Burg bei M. von Lassalle's Todtenfeier K. 5,80; Winterthur vom deutschen Verein bei Lassalle's Gedächtnißfeier 8,00; Hannover d. Vetter von einer Geburtstagsfeier der Schuhmacher 1,50; Hamburg und Vororte 24 diverse Zahlungen, quittirt im „Hamb.-Altonaer Volksblatt“, mit zusammen M. 165,30.

Alle noch an den einzelnen Orten vorhandenen Gelder für die Kasse des Central-Wahlcomités sind sofort an den Unterzeichneten zu senden, da die Abrechnung in diesen Tagen abgeschlossen wird.

Hamburg, 25. Septbr. 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. X in G.: Sind keine Briefe angekommen. — D. F. in Aschersleben: Briefe nicht erhalten. — M. M.: Brief erhalten; Antwort auf Ihre Frage ist ertheilt in Nr. 114.

Freund Rudolf Schultz aus Herfort wird dringend ersucht, seine Adresse anzugeben. Otto Hansen in Barmstädt.

Unterstützungsfonds.

Von Stcklbrg Bordeaux 6,40.

Für ein in einer größeren Stadt Süddeutschlands zu gründendes, entschieden freisinniges Tagblatt wird ein tüchtiger und erfahrener

Redakteur gesucht, (F. 158) [2.10

der in der Lage ist, sich mit Mk. 10,000 an dem Unternehmen zu betheiligen. Offerten unter L. M. befördert die Exped. d. „Vorwärts“.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Elementar-Lehre für Arbeiter-Gesang-Vereine.

90] Preis: 20 Pfg., 20 Stück 3 Mk., 50 Stück 5 Mk. (2a)

Neueste Männer-Quartette.

Eben verliess die Presse:

Beim Wandern.

Heitere Lieder für 4 Männerstimmen.

Componirt von

C. Kuntze.

Op. 299. Nr. 1—4 in 1 Hefte. Part. u. Stimmen M. 3,50.

Nr. 1. Beim Wandern. — Nr. 2. Am Thorhaus. — Nr. 3. Waldesträume. — Nr. 4. Einsames Wandern.

Ein erfahrener Dirigent schrieb mir über dieses neueste Werk des allbeliebten Quartett-Componisten Kuntze:

„Ich bin überzeugt, dass „Beim Wandern“ Jedem in Text und Composition gefallen muss. Es ist ein Werk, welches mit Lust und Liebe gearbeitet wurde und beim Sänger Lust und Liebe erwecken wird.“

Gegen Einsendung des Betrages versende ich franco, auch stehen den Herren Dirigenten obige wie alle andern Compositionen für 4 Männerstimmen etc. gerne zur Ansicht zu Diensten.

Pet. Jos. Tonger, Cöln a/Rh.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gütz-aff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

so eminent subjektive Ansicht aus dem Munde eines so hochgestellten Mannes, der dem Volke ein so gewaltig wirkendes Beispiel giebt, nicht nur um so befremdender sein? Bei allem Respekt vor dem Kanzler und seinen unsterblichen Verdiensten um das Vaterland müssen wir es dennoch ganz unumwunden sagen, daß auch dieser Satz besser nicht ausgesprochen worden wäre." — Diese „unumwundene" Erklärung der „Magdeburgischen Zeitung" nutzt nichts. Sie und ihre Colleginnen haben dem Fürsten jahrelang direkt in allen Tonarten geschmeichelt, daß er sich solche kleine Extravaganzen wohl erlauben darf.

— Der Fortschritt liegt sich in den Haaren. Ueber die Hänel'schen Amendements ist die fortschrittliche „Leipziger Volkszeitung" ungemein erbost. Sie schreibt zum Schlusse eines längeren Artikels: „Die Reaktion wird jetzt geltend machen, daß der Wortführer der Fortschrittspartei selbst durch seine Verbesserungsarbeit an dem Gesetz die prinzipielle Zweckmäßigkeit desselben anerkannt habe. Was wollen Sie dagegen einwenden, Herr Professor? Dahin also mußte es mit der Fortschrittspartei kommen! O, Ihr Waldeck und Hoverbeck, wohl Euch, daß Ihr den Tag nicht zu erleben brauchtet, da Eure Epigonen, die sich gleich Euch als Vorkämpfer der heiligen Demokratie ausgeben, zwischen erster und zweiter Lesung sich zu einem Compromiß herbeilassen, wie er ärger nicht einmal von den Nationalliberalen in dritter Lesung abgeschlossen wurde!" — Alles Lamentiren hilft eben nichts. Der Fortschritt trug schon längst vor der Hänel'schen Retirade den Keim des Todes in sich.

— „Gleiches Recht" — respektive „gleiche Unterdrückung" für Alle — so dachte die Regierung von Reuß-Greiz und verbot am 22. d. M. eine liberale Wählerversammlung, die in Greiz stattfinden und in welcher der liberale Führer und Reichstagsabgeordnete Rickert (Danzig) sprechen sollte. Die liberalen Blätter machen darüber ihrem Aerger Luft und melden noch dazu: „Herr Rickert war übrigens doch in Greiz erschienen, und es fand in einer sehr zahlreich besuchten geselligen Zusammenkunft der beabsichtigte Gedankenaustausch statt." — Danach haben die Herren Liberalen ins „freventlicher" Weise das Gesetz umgangen! So lautet nämlich der Ruf der liberalen Blätter, wenn die Sozialisten der Polizei ein Schnippchen schlagen; natürlich, daß es dann anstatt „Liberalen" Sozialdemokraten heißt. — Aus alledem aber geht hervor, daß die Herren Liberalen sich noch gar nicht daran gewöhnen können, in gleicher Weise von Polizei und Gesetz wie ihre sozialistischen Mitbürger behandelt zu werden. Wartet nur, Ihr liberalen Sünder, nach dem Ausnahmegesetz werdet Ihr Euch schon daran gewöhnen!

— Aus Paris erfahren wir, daß Guesde und Finance, die beiden bekanntesten und angeblich compromittirtesten der wegen des Versuchs zur Abhaltung des internationalen Arbeitercongresses Verhafteten, wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, weil absolut nichts Belastendes entdeckt werden konnte. Hirsch ist dagegen noch im Gefängniß, ein Vorrecht, das er offenbar seiner imponirenden Eigenschaft als Civis Germanus — deutscher Reichshäring — verdankt.

— Aus Bristol. Der Kongreß der Trades Unions hat sich gestern constituirt. Der Präsident des Bristoler Gewerkschaftsrathes wurde zum Präsidenten und Kennedy von Glasgow zum Vice-Präsidenten gewählt. Broadhurst, Secretär des Parlamentarischen Ausschusses, erstattete hierauf Bericht im Namen des Ausschusses und schilderte die letzte Session des Parlamentes als eine sehr aufgeregte. Die auswärtige Politik und namentlich die Orientfrage habe alle übrigen Fragen erdrückt. Die Regierung habe wohl versprochen, ein umfassendes Haftpflichtgesetz vorzulegen, aber trotzdem daß Macdonald (ehemaliger Grubenarbeiter und nun Sekretär der bedeutendsten Gewerkschaft von Grubenarbeitern, seit einigen Jahren Parlamentsmitglied und als solches überaus zahm) sie schon einige Mal zu dieser Vorlage drängte, wurde von ihr nichts mehr gehört. Die verbündeten Arbeitgeber machen jeder Handlung der Regierung in Bezug auf diese Frage die heftigste Opposition. Das Comité hat in Erfahrung gebracht, daß eine große Deputation von Arbeitgebern bei der Regierung vorsprach, um sie zu veranlassen, keinen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Im weitern Verlauf des Berichtes wird der beiden großen Strikes im Baugewerke, der Londoner Maurer und der Manchester Zimmerleute, die heuer stattfanden und zu Ungunsten der Arbeiter ausfielen, Erwähnung gethan. Die Arbeitgeber fast aller Fabrikationszweige, heißt es da, sind gegenwärtig zu mächtigen Organisationen vereinigt, deren fast unbegrenzter Reichthum ihnen eine Angriffs- und Vertheidigungsstärke giebt, denen kaum unsere besten Gewerkschaften gleichkommen. Dazu kommt noch, daß diese Arbeitgeber-Verbindungen zumeist geheim arbeiten. Ihre Beschlüsse werden im Geheimen durchgeführt und ihre Erlässe in Privatcirkularen versendet. Das größte Verbrechen in den Augen dieser geheimen Gesellschaften ist es, Mitglied irgend einer Gewerkschaft zu sein. Man sollte nun glauben, daß durch solche Kämpfe der Parlamentarische Ausschuß zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß es nun die Hauptaufgabe der Gewerkschaften sein sollte, politische Macht zu erringen, und in dieser Beziehung selbstständig vorzugehen, anstatt wie bisher den Schwanz der liberalen Partei zu bilden, aber weitgefehlt! Der Ausschuß sagt nur, daß es nicht seine Aufgabe sei, die Mittel anzugeben, um diesen neuen Elementen in den Conflikten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirksam entgegentreten zu können. Alles was sich der Ausschuß diesbezüglich anzurathen erlaubt, ist, daß er meint, die Einkünfte der Gewerkschaften müssen vermehrt und deren Einfluß erweitert werden. Mit der Erstattung dieses Berichtes war die Arbeit des ersten Congreßtages beendet. — Die Verhandlungen der übrigen Tage sind von relativ geringem Interesse für uns. Die gefaßten Beschlüsse werden wir mittheilen, sobald sie uns in authentischer Fassung vorliegen.

— Russische Wirthschaft. Wie man säet, so erntet man. Die „Germania" bringt in ihrer Nr. 217 folgende Notiz aus Petersburg: „Von den Nihilisten wurden im Laufe der ersten Woche dieses Monats in Petersburg abermals 3 Gensdarmerieoffiziere, in Ufa der Polizeiminister, in Orenburg ein Commissar der Landpolizei, in Pera zwei Polizeioffiziere und in Tiflis der Polizeigeneral Tarnowisch ermordet. Und in keinem einzigen [illegible] Attentate." Die „Germania" fügt hinzu: „Das Thier

jestätsbeleidigung steckbrieflich verfolgt werde. Diese Nachricht beruht allerdings auf Wahrheit. Merkwürdig aber ist, daß die steckbriefliche Verfolgung eingetreten ist, ohne daß unserem Genossen Motteler eine Vorladung oder ein Haftbefehl präsentirt worden ist. Motteler befand sich seit einiger Zeit auf Reisen; es ist üblich, daß in solchen Fällen von der Behörde die betreffende Vorladung an die Zimmerthüre des Vorzuladenden angeheftet wird. Dies ist nicht geschehen. Wollte man Motteler aber sofort verhaften, so hätte die Behörde dies nur einfach bei ihren Nachforschungen über den Aufenthaltsort des Genossen Motteler sagen sollen. Derselbe wäre davon sofort benachrichtigt worden und hätte sich dann dem Stuttgarter Gerichte längst freiwillig gestellt. So aber hat er erst durch den Steckbrief selbst Kenntniß von der Anklage gegen ihn erhalten und ist, wie er uns mittheilt, daraufhin auch sofort nach Stuttgart gereist, um sich den dortigen Gerichten zu stellen.

Aus der Schweiz.

Vevey, 22. September.

Wenn ich mir erlaube, Ihnen in Nachfolgendem einen Beitrag zur Charakteristik Ihrer Gegner zu liefern, so geschieht dies in gerechter Entrüstung über die Art und Weise, in welcher sich gerade Diejenigen, welche stets den Mund so voll nehmen von „Gerechtigkeit für Alle", von „gemeinem Recht" u. s. w., augenblicklich betragen, und werde ich Ihnen, wenn Sie diesem Artikel Aufnahme gewähren, an noch anderen „Führern" die Thatsache constatiren, welch elende Gesinnung und welche „Hans-Wurschtigkeit" dazu gehört, um ein Gesetz wie das „Untergrabungsgesetz" in Deutschland möglich zu machen. Es ist eigenthümlich, welches Interesse in unserer „besseren" Gesellschaft, die doch Geld genug haben, um Andere für sich denken zu lassen, dieses deutsche „Untergrabungs-Drama" erweckt. Abgesehen von unseren Damen, welche, von der Langenweile gepeinigt, von jeher einen gewissen Hang zur communistischen Romantik an den Tag gelegt haben, sind es doch auch ganz ernste Männer, welche den Kopf schütteln über ein Beginnen der herrschenden Gewalten in Deutschland, das eine verzweifelte Aehnlichkeit hat mit dem Gebahren eines Mannes, der mit der Klystierspritze aufs Dach klettert, während es im Keller brennt. Die ganze Jämmerlichkeit des Nationalliberalismus, und u. A. namentlich des Herrn Lasker, erregt hier tiefen Unwillen, der um so begreiflicher ist, als in hiesigen Gesellschaftskreisen dieser Mann offen erklärte, aus einem derartigen Sozialistengesetze könne und dürfe Nichts werden, und nie würde er die Hand dazu bieten, der Regierung die Mittel zu gewähren, daß sie vom Boden des gemeinen Rechts abweiche!" Herr Lasker hat dafür den Händedruck ehrlicher Männer und den Dank schöner Augen pränumerando empfangen und mit Spannung sah man den Berichten aus dem deutschen Reichstag entgegen. Befremdete es schon, daß Herr Lasker schwieg und Herrn Bamberger, diesen auch hier „wohlgeachteten" Menschen, reden ließ, wirkte die Thätigkeit des Ersteren in der Commission hier geradezu Entrüstung [illegible] teiblättern veröffentlicht habe. Parteigenosse Rödiger ist also ebenso wenig als alle anderen sozialistischen Reichstagscandidaten, welche den fraglichen Artikel für Agitationszwecke benutzt haben, als Verfasser desselben von irgend einem Staatsanwalt verantwortlich zu machen. Man halte sich gefälligst an mich — — ich bin der Ueberzeugung, in einer für jeden vernünftigen Menschen verständlichen Art nachweisen zu können, daß die Ausführungen jenes Artikels von jeglichem Vergehen gegen das Reichsstrafgesetzbuch weit entfernt sind. Bruno Geiser.

Frau Rödiger, welche diese Erklärung dem königlichen Staatsanwalt vorlegte, um die Freilassung ihres in Untersuchungshaft befindlichen Mannes zu erwirken, erhielt von diesem die lakonische Antwort: „Bitte, Frau Rödiger, nehmen Sie das Blatt ruhig wieder mit, denken Sie denn, ich glaube, was da gedruckt steht?" — Gegen Genosse Rödiger wird also weiter untersucht, trotz der Geiser'schen Angaben und trotzdem durch Zeugen bewiesen werden kann, daß dieselben auf Wahrheit beruhen."

Durch die Verhaftung Rödiger's hat der Staatsanwalt Woytasch wieder einmal seine Competenz überschritten.

Wegen einer Correspondenz aus Halle, die im „Vorwärts" seiner Zeit stand, klagte der Staatsanwalt zu Halle bei dem dortigen Kreisgericht unseren in Leipzig wohnenden Redakteur Helßig an, der in Leipzig, wo der „Vorwärts" erscheint, sein angebliches „Verbrechen" begangen hatte. Das Kreisgericht zu Halle, trotzdem Helßig rechtzeitig den Competenzeinwand erhoben hatte, verurtheilte ihn merkwürdigerweise, so daß das Appellationsgericht in Naumburg, an welches sich Helßig wandte, die Staatsanwaltschaft und das Kreisgericht zu Halle rektifizirte und die Competenz des Halle'schen Gerichts verneinte.

Ein zweiter Fall. Im Februar d. J. wurde der verantwortliche Redakteur des „Merseburger Correspondent", Herr Th. Rößner, wegen Beleidigung des Halleschen Magistrats, resp. der dortigen Polizeiverwaltung und des Oberbürgermeisters v. Voß auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu Halle vom Halleschen Kreisgericht zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Auf eingelegte Appellation erklärte das Appellgericht in Naumburg das Hallesche Gericht für incompetent und verwies die Sache vor das Merseburger.

Solche Niederlagen hat die Staatsanwaltschaft zu Halle schon mehrere erlitten — sie veranlaßt nämlich in sehr häufigen Fällen das Hallesche Kreisgericht, sich in Dinge einzumischen, die dasselbe absolut nichts angehen. So auch jetzt wieder in dem Falle Rödiger.

Die „Hallesche Freie Presse" erscheint in Leipzig; dort ist die Gerichtsbarkeit für alle Vergehen und Verbrechen, welche durch dieses Blatt begangen werden.

Dasjenige Gericht, in dessen Gerichtsbarkeit der Ort der That liegt, hat das Urtheil zu sprechen.

Dieser Satz gilt für das preußische Recht, gilt für das sächsische Recht und gilt auch nach Einführung der neuen Justizgesetze für das deutsche Recht. Weiß das der Herr Staatsanwalt Woytasch

---

parlamentarischer Genius zum Saal hinausging und weinte; daß diese Rede durch den Druck vervielfältigt, halten wir für einen ungeheuren Druckfehler, welcher, der Correktur des Autors entgangen, den Weg durch die ganze Presse macht und in den parlamentarischen Annalen für immer als enfant terrible figurirt.

Trotz einem krampfhaft zur Schau getragenen Selbstbewußtsein ließ die Haltung des „eisernen" Kanzlers während seiner ganzen Rede auf nicht zu großen Ueberfluß an diesem Artikel schließen. Die erwarteten Blitze des zürnenden Jupiter blieben aus, und wenn auch ab und zu ein oratorisches Wetterleuchten aufzuckte, so war das immerhin kein Ableiter für die im Hause vorhandene elektrische Spannung. Wahrhaft erschütternd war jedoch der Theil der Rede, in welchem Herr von Bismarck von den ihm aufrichtig am Herzen liegenden Bestrebungen, das Loos der Arbeiter zu verbessern, und seinen sonstigen humanitären Tendenzen spricht. „Kein Auge sah man thränenleer!" Von den Sitzen der sozialdemokratischen Abgeordneten will man bei dieser Stelle sogar ein vernehmliches Schluchzen gehört haben.

Wenn der Redner einen Unterschied macht zwischen den ehrlichen Bestrebungen auf Verbesserung des Looses der Arbeiter und dem, „was wir heute unter dem Begriff Sozialdemokratie begreifen", ohne letzteren Begriff zu definiren, so macht er es dem Zuhörer ganz unmöglich, seinen „Begriff zu begreifen". Im fernern Verlauf der Rede erwähnt Herr v. Bismarck einer Gattung von Beredsamkeit, die gewöhnlich da angewandt werde, wo sie keine Widerlegung finden könne. Daß sein eigenes rhetorisches Meisterstück ein solches Urtheil provozirt, davon scheint er keine Ahnung zu haben. Wenigstens verließ ihn die rhetorische Geschicklichkeit, die er an dem Herrn Richter rühmt, schon nach der Einleitung auf Nimmerwiedersehen.

Ueberall, wo eine objektive Erinnerung die von ihm befolgte Politik mit der Berechtigung des Ausnahmegesetzes in Collision bringen müßte, verschanzt Herr v. Bismarck sich hinter allerlei Redensarten oder hascht nach Bonmots, häufig ebenso vergebens, wie ein Knabe nach Schmetterlingen. Solche sogenannte „Witze", die ein Heseliel oder sonstiger Bismarck-Raritäten-Sammler nicht verfehlen wird dem Schatz der „geflügelten Worte" einzuverleiben und welche als „Perlen des Humors" die ungebundenste Heiterkeit im Reichstage entfesselten, solche Witze sind in der That so naiv, daß man einen unbefangenen Zuhörer erst tüchtig kitzeln müßte, bevor er darüber lacht. Nichtsdestoweniger sind es solche „geflügelte Worte", welche die Person Bismarck's mit dem Nimbus der Legende geschmückt haben. Wenn ihm, wie er am Eingang seiner Rede bemerkt, wirklich viel daran gelegen ist, daß die Legende in Bezug auf ihn nicht Geschichte werde, so appellirt er an das jetzige Jahrhundert vergebens; nach hundert Jahren vielleicht wird ihm eine unparteiische Geschichtsschreibung den Gefallen thun, die Uebereinkunft der heutigen Historiker zu corrigiren und seine geschichtlich-traditionelle staatsmännische Größe auf den Werth einer legendenhaften Erscheinung zurückzuführen. Sobald ein Gestirn aus seiner [illegible] marck fort, „so war das eine viel vornehmere Natur, als seine Epigonen, und ich rechne ihn nicht zu den Sozialdemokraten." Daß Lassalle eine vornehme Natur war, daß er geistig wie materiell über dem Niveau vieler seiner Anhänger und Nachfolger stand, sei Herrn von Bismarck gern zugegeben, aber was folgt daraus? — Daß sich Jemand mit kostbarer Seife wäscht und täglich die Wäsche, Kleidung und Handschuhe wechselt, ist ein Produkt seiner Erziehung und Lebensgewohnheiten. Daß Lassalle ebenso wie der ihm geistig verwandte Boerne vielleicht vor dem Druck einer schwieligen Arbeiterfaust zurückscheute*) und in unmittelbarer Verbindung sich nur mit den Führern der Arbeiterpartei befand, verargen wir ihm nicht. Es kann Jemand in geistiger wie materieller Hinsicht viel Gutes thun, ohne daß er deshalb Jedem einzeln seine Gabe in die Hand drücken müßte. Wenn Herr von Bismarck aber behauptet, Lassalle wäre kein Sozialdemokrat, vielmehr nur Mann der Wissenschaft und nebenbei Monarchist gewesen, so haben wir Herrn v. Bismarck stark im Verdacht, daß die — seinem eigenen Ausdruck nach — äußerst lehrreiche Unterhaltung mit Lassalle bei ihm nicht das erforderliche Verständniß gefunden hat, und daß aus diesem Grunde auch dessen zahlreiche Schriften fruchtlos an ihm abgeglitten sind. Der Pionier des Sozialismus wurde Lassalle durch sein System der durch den Staat in's Leben zu rufenden Produktiv-Assoziationen. Als Demokrat legitimirte er sich in hohem Grade durch die Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechts vor Einführung jener Assoziationen.

Der Briefwechsel zwischen Lassalle und Rodbertus, der Herrn v. Bismarck bei seinem regen und warmen Interesse für den Sozialismus wohl nicht unbekannt sein wird, liefert für die radikaldemokratische Gesinnung Lassalle's die erschöpfendsten Beweise, und war es von Herrn von Bismarck ziemlich kühn, die Hohenzollern Dynastie mit Lassalle zu assimiliren, ebenso gewagt, wie die Behauptung des Herrn von Bismarck: Das Wohlwollen für den Arbeiterstand sei dem Könige „angeboren". Die Kriterien des Sozialdemokraten treffen bei Keinem so zu, als gerade bei Lassalle; er ist es, der hauptsächlich unser Programm geschaffen hat.

Obgleich die Umstände, welche eine Bekanntschaft zwischen Lassalle und Herrn von Bismarck herbeiführten, uns in Bezug auf ihre speziellen Details ziemlich gleichgiltig sein können, so ist uns eine Mittheilung der zu Herrn von Bismarck in den engsten Beziehungen stehenden „Post" doch zu verdächtig, um die Angaben des Genossen Bebel in Bezug auf den vermittelnden Königl. Prinzen nicht dennoch für richtig und nur für ungenügend substantiirt zu halten. Ein ebenso schwacher Nothbehelf ist es, wenn Herr von Bismarck versichert, die Gräfin Hatzfeldt zuletzt im Jahre 1835 gesehen zu haben, als ob in derartigen Kreisen eine persönliche Bekanntschaft nothwendig wäre,

*) Stimmt bei Lassalle durchaus nicht. In Düsseldorf, Barmen, Solingen, Ronsdorf und Berlin hat er mit den Lohnarbeitern vielfach in ganz intimen Verkehr gestanden und in der wärmsten Weise manche schwielige Arbeiterhand gedrückt. Red. d. V.

„Er ist ihm doch über" —

so äußerte sich der „Entspekter Onkel Bräsig", wenn er bei irgend einem Manne einem andern gegenüber größere Schneid' entdeckt hatte.

Und selbst dem berühmten Staatsanwalt Tessendorf ist ein College „über". So leid es uns thut, so sehr wir befürchten, unseren Freund Tessendorf zu kränken, so müssen wir doch gestehen, daß der Staatsanwalt Woytasch in Halle dem Berliner Staatsanwalt den Lorbeerkranz abgerungen hat.

Bis an die Grenze der Möglichkeit betreibt dieser ehrenwerthe Herr nämlich die Sozialistenverfolgung. Als sechs Nummern des dortigen Parteiblattes „Halle'sche Freie Presse" erschienen waren, saßen auf Antrag der Staatsanwaltschaft auch sechs Redakteure hinter Schloß und Riegel; jede Nummer lieferte ihren verantwortlichen Redakteur in's Gefängniß. So befindet sich auch Genosse Alexander Schlesinger, der die Probenummer verantwortlich gezeichnet hatte, seit Mitte Juni in Untersuchungshaft. Bis jetzt hat der Audienztermin in dieser Angelegenheit nicht stattgefunden, weil es sich hauptsächlich um Beleidigungen handelte und die erforderlichen Strafanträge noch nicht vollständig vorlagen. Unter anderen hatte die Staatsanwaltschaft auch eine Beleidigung des Bundesraths in der inkriminirten Nummer gefunden und hierüber Bericht an denselben erstattet. Der Bundesrath hat nun erst in seiner Sitzung vom 5. September sich mit dieser Angelegenheit befaßt, und da er eine Beleidigung nicht für vorhanden ersah, auf Antrag des Justizausschusses die strafrechtliche Verfolgung abgelehnt. Alexander Schlesinger mußte also fast drei Monate in Untersuchungshaft auch wegen Beleidigung des Bundesraths bleiben, — und schließlich erklärt der Bundesrath, daß er gar nicht beleidigt sei!

Was die anderen Beleidigungen anlangt, so hat der Staatsanwalt dieselben meist unter Anklage gestellt, ehe die erforderlichen Strafanträge vorlagen; ein durchaus ungerechtfertigtes Verfahren, denn § 194 des Reichsstrafgesetzbuchs sagt: „Die Verfolgung einer Beleidigung tritt nur auf Antrag ein." Uebrigens kann es auch nicht die Aufgabe eines Staatsanwalts sein, Beleidigungen aufzusuchen. Etwas anders steht es allerdings um die Behandlung von Bundesrathsbeleidigungen. § 197 des Strafgesetzes bestimmt: „Eines Antrags bedarf es nicht, wenn die Beleidigung gegen eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaats oder gegen eine andere politische Körperschaft begangen worden ist. Dieselbe darf jedoch nur mit Ermächtigung der beleidigten Körperschaft verfolgt werden." Hier darf die Staatsanwaltschaft also dem Beleidigten insofern vorgreifen, als sie das Vergehen zu dessen Kenntniß bringt und die „Ermächtigung" zur Verfolgung der Beleidigung einzuholen sucht. Aber so lange diese „Ermächtigung" nicht erfolgt ist, darf eine „Verfolgung" nicht eintreten. Am allerwenigsten eine dreimonatliche Untersuchungshaft, zumal wenn die Beleidigung so schwer ist, daß sie der Bundesrath hinterher gar nicht finden kann!

*) Ich gebe, damit du mir auch giebst! D. Verf.

Heute nun kommt die Dame zu mir und sagt in einiger Verlegenheit: „Ich würde das Buch jungen Mädchen doch nicht als Lektüre empfehlen.“ Dann wies sie auf eine Stelle hin, wo Lasker die Tochter Gottfried Kinkel's, auch ein Opfer der „Mannesseele“, sagen läßt, nachdem er sie durch seine hinreißende Rednergabe betäubt hatte: „Ja, Vater, Dieser wird uns das Vaterland wiedergeben und unsere Leiden rächen!“ — „Wissen Sie“, sagte mein Besuch, „daß er auch mir einst feierlich gelobte — — —“ — „Doch nicht Liebe und Treue?“ fiel ich erschrocken ein. — „Nein, feierlich gelobte, der Disraeli Deutschlands zu werden!“ — Ich lachte krampfhaft und vor meinen Augen tanzten sämmtliche Dachshunde der Welt Ballet und die Zaunpfähle wuchsen zu Mastbäumen. — „Der Disraeli Deutschlands! Das werde ich dem Reichskanzler denunziren.“ — „Ach nein, lassen Sie das, dieser Plan ist seit vorigem Jahre von ihm aufgegeben. Erinnern Sie sich nicht des auffallenden Kostümwechsels in der letzten Saison?“ — „Ja wohl, er erschien plötzlich in phantastischen kurzen Jaquet, hellen Beinkleidern, rother Cravatte und weitem Hemdkragen; das Letztere wäre Strousberg am meisten aufgefallen.“ — „Sie wissen doch auch, daß er hier drüben in derselben Pension wohnte, wo sich Herr von Forckenbeck mit seinen beiden Töchtern aufhielt.“ — „Sehr genau, stattlicher Mann und stattliche Damen, der kleine Lasker lief immer nebenher wie ein Wiesel in buntem Hamsterfell.“

„Ja, und damals war Lasker gerade drei Wochen lang der Gast Gambetta's auf seinem Schlosse hier bei Montreux gewesen, und da unsere Damenwelt es als noble Passion betrachtet, für Gambetta zu schwärmen, so beschloß Lasker, Deutschlands Gambetta zu werden.“ — „In der That, sehr weise.“ — „Das fing er nun folgendermaßen an: Zuerst kleidete er sich, so gut dies bei den so himmelweit verschiedenen Körperverhältnissen anging, genau so wie der einstige Diktator und zwängte sogar aus seinem wulstigen Haupthaar einige Locken zu stetem Herabhängen über die Stirn — —“ — „Vermuthlich damit Bethusy eine geschichtliche Stirnlocke findet, wenn er einmal wieder historisches Blech zum Besten giebt.“ — „Lassen Sie mich doch ausreden. Sodann studirte er sämmtliche Reden Gambetta's, welche derselbe in der französischen Kammer im vorigen Jahre gehalten, in der Ursprache und lernte sie auswendig, übersetzte sie dann in's Deutsche und trug davon einige im engeren Kreise vor, welche er anläßlich der Wahlprüfungen im deutschen Reichstage zu halten gedachte.“ — „Sehr interessant und ich will mich beeilen, dem deutschen Publikum Nachricht davon zu geben, daß es hoffen darf, bald Gambetta'sche Reden im deutschen Parlament zu hören, wenn es nicht vielleicht schon einige gehört hat. Doch, erzählen Sie weiter.“

„Es kommt nur noch das Ende. Als Herr Lasker glauben mochte, sich in seiner Rolle den Damen interessant genug gemacht zu haben, da glaubte er weiter, so sagt man in sehr eingeweihten Kreisen, wieder einmal die Zeit gekommen, seinem scheinbar lebenslänglichen Junggesellenstand zu entsagen und — und — —“ — „Und Herr v. Forckenbeck rief ihn zur Ordnung?“ — „Nein, eine zartere Hand reichte ihm — — — —“ — „Aha, ich verstehe; nun, er wird auch diesen zu den übrigen hängen. Wissen Sie was, gnädige Frau, wir haben jetzt ein schönes Mittel, den Mann zu bestrafen.“ — „Und welches?“ — „Ich schreibe diese Historie an das Central-Organ der Sozialdemokraten — und bereite diesen armen gehetzten Menschen sowie allen Denen, soweit die Laskerzunge klingt, eine heitere Viertelstunde und constatire zugleich vor der Geschichte, wie im Jahre 1878 die Menschen ausgesehen haben, welche Gesetze machen, um das bürgerliche Recht und die bürgerliche Freiheit ihrer verlogenen Phrase und ihrer heuchlerischen Moral in die Hände des Polizeibüttels zu legen.“

Correspondenzen.

Berlin, 26. September. Unser hiesiges Parteiorgan giebt eine interessante Zusammenstellung der Auflösungsgründe, die man in letzter Zeit in sozialdemokratischen Versammlungen in Anwendung gebracht hat. Dasselbe schreibt: Zum Kapitel der Versammlungs-Auflösungen wollen wir ein altes Vorkommniß aus der Zeit des Hinkeldey'schen Regiments mittheilen, damit unsere Leser sehen, wie unsere jetzigen Auflösungen nur die getreue Copie der damaligen sind. Herr Patzke und der Wachtmeister Kaiser haben im Jahre 1850 eine Versammlung überwacht, und wurde dieselbe plötzlich von Patzke im Namen des Gesetzes aufgelöst, weil Einer der Anwesenden, der Maschinenbauer Prell — Herrn Patzke angesehen hatte! Bis jetzt sind neben den gesetzlichen Gründen uns gegenüber folgende Motive zur Begründung der Versammlungsauflösungen geltend gemacht worden:

1) Weil der Mittelgang im Saale voller Menschen stand.

2) Weil ein Fenster offen war und der überwachende Beamte dadurch zu der Ueberzeugung gelangte, es tage eine Versammlung unter freiem Himmel.

3) Weil Menschen hinter einer verschlossenen Glasthür standen und in den Saal — hineinsahen; der Beamte löste im Namen des Gesetzes auf, weil jene Menschen möglicherweise eine Scheibe eindrücken konnten.

4) Weil ein Anwesender während des Vortrages das Wort „Lächerlich“ gerufen hat.

5) Weil einzelne Anwesende bei einer Aeußerung des Redners gelacht haben.

6) Weil sich ein Hund in die Versammlung verlaufen hatte.

Vielleicht wird in nächster Zeit auch der von Herrn Patzke aufgefundene Grund wieder zur Geltung gebracht.

Wir fragen aber nun alle im Reichstage sitzenden Gegner, ob sie denn glauben, daß durch solche Auslegung und Anwendung der Gesetze die Achtung des Volkes vor dem Gesetz vermehrt und erhalten werden kann? Wir fragen, ob sie denn nicht ein Wort des Tadels gegen dieses Vorgehen der Polizeibehörden haben und machen sie verantwortlich für die Folgen, die unausbleiblich aus solcher Gesetzes-Interpretation entstehen müssen. Giebt es für das arbeitende Volk nur Pflichten und gar keine Rechte, dann wundere man sich auch nicht, wenn hin und wieder eine heftige Natur sich selbst Recht zu holen sucht!

-o- **Frankfurt a. M.**, 3. September. Wie allerwärts im lieben deutschen Reiche, so leistete auch hier in der jüngsten Zeit und leistet heute noch eine hohe Polizei in gewisser Beziehung wahrhaft Großes — und zwar, was doppelte Anerkennung verdient, ohne Ausnahmegesetze, einzig und allein mittelst „strafferer Zügel“! So wurde jüngst in Bockenheim eine sozialistische Versammlung aufgelöst, weil nach deren Eröffnung behufs Deckung der Kosten eine Tellersammlung veranstaltet wurde. Diese Sammlung, meinte der Herr Polizeikommissar, steht nicht auf der Tagesordnung (was ihm freilich Niemand bestreiten kann!), deswegen — nun das versteht sich von selbst! — — Daß die Gleichheit vor dem Gesetz keine Phrase ist, beweist die jetzt erlassene Anordnung einer hiesigen hohen Obrigkeit, wonach diejenigen Wirthe, bei denen man sich durch sozialdemokratische Lektüre „vergiften“ kann, um elf Uhr ihr Lokal zu schließen haben. Hoffentlich hat ja diese einem Theile der Wirthe auferlegte Beschränkung nicht auch noch eine Schmälerung des jedem Unterthanen ausnahmslos zugestandenen Rechtes des — Steuerzahlens zur Folge! — Am 17. v. Mts. wurde Genosse Rudolf Döll, der sozialistische Reichstagscandidat, wegen seiner Candidatenrede mit einem Monat Gefängniß bedacht. Der Herr Staatsanwalt hatte zwei Monate beantragt. Ob Döll die ihm nach seiner angestrengten Wahlthätigkeit fürsorglich gegönnte Erholung benutzen wird, um Buße zu thun und sich zu bekehren, dürfte sehr fraglich erscheinen! — Wie ich in einem hiesigen Blatte lese, ist ja in dieser ohnehin schrecklichen Zeit eine ganz schreckliche Geschichte passirt: „Redakteur Kayser, welcher im Freiberger Wahlkreise gewählt wurde, ist nicht nur der jüngste Reichstagsabgeordnete, er ist auch der erste Israelit, den das Königreich Sachsen in den Reichstag entsendet.“ Sozialdemokrat, jung und auch noch Jude, — hui, wie fürchterlich! Was heutzutage nicht Alles passiren kann!

Was für sich ganz und gar widersprechendes Zeug schon über die Sozialdemokratie zu Tage gefördert worden ist, das weiß Jeder, der auch nur ganz oberflächlich die gegnerischen Einwände verfolgt. Der Zufall spielt mir da eine Nummer der „Neuen Frankfurter Presse“ (die sich, beiläufig bemerkt, in Frankfurt selbst keiner großen Nachfrage zu erfreuen hat) in die Hand, wo ich in einem Feuilleton: „Harmlose Reisebriefe“ (von Johannes van Dewall) folgenden Passus verübt finde:

„Diese Italiener sind aber ein härterer Menschenschlag als wir annehmen, sie ertragen Hitze und Kälte, sie arbeiten hart und machen nicht so viel Geschrei davon als bei uns in Deutschland, wo es bald durch die Herren Sozialdemokraten dahin kommen wird, daß Arbeiten überhaupt eine Schande ist und Jeder sich beklagt, wenn er nicht als Millionär auf die Welt gekommen ist, als hieße es nicht: „Im Schweiße Deines Angesichtes sollst Du Dein Brod essen“ . . . ein Fluch, der sich in Segen gewendet hat, denn was wäre der Mensch ohne Arbeit! Und steht nicht in der Bibel: „Bete und arbeite!“

Ist das nicht mehr, wie die Wahrheit auf den Kopf gestellt? Kann man denn nicht als Geringstes von einem Zeitungsschreiber verlangen, daß er das Programm einer Partei kennt, über die er sich zu Gericht zu sitzen erdreistet? Oder kennt er das Programm und lügt absichtlich? Ersteres wäre dumm, letzteres aber gemein im höchsten Grade. Uebrigens möchte ich einmal das „Geschrei“ hören, wenn solch ein „harmloser“ Reisebriefschreiber anstatt seiner Thätigkeit einmal nur zehn Stunden lang Zimmermann, Schuster oder Schmied spielen sollte. Ich würde ihm dieses „Arbeiten“ so wenig zur „Schande“ rechnen, wie ich ihm sein Schriftstellern zur Ehre rechne.

Einer der traurigsten Fälle von dem seitens gewisser Leute so oft verhöhnten Arbeiter-Risiko mag den Schluß meines Berichtes bilden. Am 19. August Morgens gerieth auf der Lönhold'schen Baufabrik in Bockenheim ein siebenzehnjähriger Arbeiter unter die Transmission einer Schneidmaschine und wurde derart verletzt, daß er alsbald verschied und nach dem Leichenhause gebracht werden mußte. Dem Unglücklichen waren beide Beine, ein Arm und der Kopf theils zerquetscht, theilweise ganz abgerissen worden. — Der richtige Philister leicht Derartiges, um daraus den Schluß zu ziehen, daß jedenfalls nur „Unvorsichtigkeit“ das Unglück herbeigeführt habe; etwas gefühlvollere männliche oder weibliche Herzen versteigen sich bis zu dem Ausrufe: „Ach, das ist doch schrecklich!“ — Doch halt, ich nehme ein anderes Blatt zur Hand, wo der eben berichtete Unglücksfall bereits in vollständig mundgerechter Fassung erscheint. Der Arbeiter kam nämlich „unvorsichtigerweise“ einer Transmission zu nahe! Tausende von Leuten sind freilich viel „vorsichtiger“ — sie überlassen das Arbeiten ganz und gar Anderen und nagen trotzdem nicht am Hungertuch! „Bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung“!!!

„Die Sozialdemokraten verhöhnen die sittlichen und staatlichen Einrichtungen und ‚unsere Familie‘,“ so stand in einem liberalen Wahlflugblatt! Und so wie folgt stand vor einiger Zeit zu lesen in den Lokal-Nachrichten: „Auf dem Sandweg wurde eine Gesellschaft bekannter ‚Damen‘ mit einer Anzahl den sogenannten besseren Ständen angehöriger Herren, die sich eine vergnügte Nacht bereiten wollten, ausgehoben.“ — Dergleichen „Gesellschaftsordnung“ verhöhnen die bösen Sozialdemokraten freilich, sie verabscheuen solche und sie wollen dieselbe nebst vielem anderen Schlechten und Verwerflichen — untergraben! Hui! —

Schellenberg, 13. September. Unser Genosse Gladewitz hat vor einiger Zeit in der „Chemnitzer Freien Presse“ folgende treffliche Correspondenz veröffentlicht:

In einer früheren Nummer des „Limbacher Wochenblattes“ befand sich ein aus irgendwelchem Bureau an die kleinen Blätter versandter Artikel, resp. Waschzettel, über Ferdinand Lassalle, und es wird darin der todte Lassalle auf Kosten seiner lebenden Gesinnungsgenossen stark herausgestrichen*), doch gerade weil es auf unsere Kosten geschieht, erscheint Lassalle in einem ganz anderen Lichte, als wie man ihn bei Lebzeiten betrachtete. Er (Lassalle), heißt es, ist der Vater unserer heutigen Sozialdemokratie. Aber die Letztere ist ein entartetes Kind des großen Vaters, denn Lassalle war ein Patriot, so gut wie irgend Einer. Die heutige Sozialdemokratie dagegen hat die Vaterlandslosigkeit auf ihr Programm gesetzt. Lassalle vertrat den großdeutschen Gedanken unter Preußens Führung“ ꝛc.

Wenn der Lobredner Lassalle's wider Willen seine Schriften durchgelesen hätte, so würde er schon in den Einleitungssätzen seiner „Assisenrede vor den Geschworenen zu Düsseldorf, gehalten am 3. Mai 1849 gegen die Anklage: Die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben“, folgenden Passus gefunden haben: „Ich aber, meine Herren, werde Ihnen stets mit Freuden bekennen, daß ich meiner innern Ueberzeugung nach auf durchaus revolutionärem Standpunkt stehe, daß ich meiner innern Ueberzeugung nach ein entschiedener Anhänger der sozialdemokratischen Republik zu sein die Ehre habe.“ Riecht das nach „Preußen-Patriotismus“? nach Vertrauensseligkeit in die Pläne der Hohenzollern? Aber noch mehr: ein Lieblingsvorwurf der Liberalen ist es, zu sagen, daß Lassalle im Einverständniß mit Bismark gehandelt habe, um die Liberalen zwischen der Charybdis der Conservativen und der Scylla der Arbeiterbewegung dem sicheren Verderben zu weihen. Hören wir, was Lassalle über seine Verhältnisse zu Bismarck und den Liberalen in seiner berühmten Rede: „Die Feste, die Presse ꝛc.“ sagt. Es heißt da: „Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn v. Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: „Er ist ein Mann, Jene aber (die Fortschrittler) sind alte Weiber!“ Die Freundschaft zwischen Bismarck und Lassalle ging also so weit, daß er daran dachte, Flintenschüsse mit ihm zu wechseln. Dies Freundschaftszeichen übertrifft das Absenden von Glückwunschdepeschen der Liberalen an Bismarck, der jetzt ihr Halbgott ist oder wenigstens war, denn die fortgesetzten Fußtritte, welche die Liberalen sich von dem genialen Staatsmann appliziren ließen, bringen sie bei dem Volke immer mehr um den Kredit. In Bezug auf die noch heute in Preußen bestehende, zu Ende des Jahres 1848 aufoktroyirte Verfassung spricht sich der Patriot Lassalle gleich nach obiger Stelle folgendermaßen aus: „Wir haben kein prinzipielles Interesse (an den Landtagswahlen), weil 2. die preußische Verfassung, um die gekämpft wird, keine zu Recht bestehende Verfassung ist und noch nie auch nur einen Tag lang eine zu Recht bestehende Verfassung war.“

Ein neuer Beweis von dem Vertrauen, das er auf Preußens Regierung setzte, auf eine Regierung, die seiner Ansicht nach mit einer nicht zu Recht bestehenden Verfassung regierte. In Bezug auf die wirthschaftliche Stellung der Arbeiter im heutigen Staate spricht sich Lassalle in seinem „Arbeiterprogramm“ aus. Es heißt da: „Die indirekte Steuer, meine Herren, ist somit das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürdet.“ Heißt das nicht bei Euch, Ihr „Ordnungshelden“, die bestehende „Ordnung“ untergraben, den Klassenhaß schüren, Aufreizung der Besitzlosen zu Haß und Verachtung gegen die Besitzenden? Gewiß! denn Lassalle selbst brachten ja die obigen Aeußerungen auf die Anklagebank und führten zur Verurtheilung zu einer mehrmonatlichen Gefängnißstrafe, von deren Abbüßung ihn nur der jähe Tod befreite. So viel ist sicher, wenn Lassalle noch lebte, würde er noch heute, wie zu Lebzeiten, von den Vertretern der heutigen „Ordnung“ tausendfältig angefochten und verleumdet werden. Der falsche Nimbus, mit welchem die Gegner, um ihren Zweck — uns zu diskreditiren — zu erreichen, ihn umgeben, muß also zerfließen, wenn wir nur einige markige Sätze des unerschrockenen Kämpfers zitiren.“

*) Auch Herr v. Bismarck hat dies in seiner höchst „geistvollen“ Rede vom 17. d. M. versucht. R. d. „V.“

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 24. August d. J. habe ich vereinnahmt:

a) Wahlfond.

Salzwedel auf Liste v. sechs Genossen M. 3,00; Finsterwalde v. Ungenannt 4,60; Sudenburg L. 1465 4,00; Schöttmar v. W. 5,00; London d. Heinrich Hammermann 204,00; Dannenberg v. R. 0,60; Steele L. 1520 3,40; Gelsenkirchen d. Wagner 10,00; Kopenhagen v. Adler's Fabrik Kr. 1,89; do. v. Thorn's Fabrik Kr. 1,70 (zus. M. 4,09); Dessau d. K. Meiser 13,95; Gera d. F. W. für d. letzten Nachtrapper Bahlteich 3,00; Baden-Baden L. 585 2,90; Gelsenkirchen v. Mehreren 21,05; Leipzig d. Nebel („Fackel“) 43,31; Bayreuth v. Tischlern 1,40; Oberlungwitz d. Vogel 0,50; Hamm u. Horn Rest der Lokalkasse d. Westphal 6,19; Köln v. Goldarbeitern 7,50; Furth d. Ch. L. 4725 12,10; Leipzig Ueberschuß der Kasse des Wahlcomités 198,96; Stuttgart L. 964 2,40; Chaux de-Fonds d. R. Babst 2,43; Siebenlehn L. 1586 5,60; Hamburg v. K. d. Dersch 1,00; New-York d. F. Filly Rest d. Sammlung 126,30; Hamburg u. Vororte 47 diverse Zahlungen, quittirt im „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, mit zusammen M. 222,33.

b) Unterstützungsfond.

Cassel v. Diversen d. Pfannkuch 40,00; Kiel von den Bienen d. R. 8,60; Lübeck vom Gesangverein Eintracht 11,43; Pegau d. E. Weiß 4,69; Offenbach v. Metallarbeitern 5,45; Leipzig d. Nebel („Fackel“) 8,95; Stolkberg v. V. A. L. d. J. A. F. 10,30; Chicago d. John Feltes 78,29; London v. Kaufmann 5,00; Hafftrug v. Sievers 3,00; Oberlungwitz d. Vogel 4,00; Kiel aus der Sparbüchse bei R. 19,80; Barmstedt v. Lehrlingen 9,50; Nieder-Ernstorf von einem Geburtstage 3,00; Berlin v. G. K. 1,40; Gaarden d. L. 6,00; Hanau v. Lassalle's Todtenfeier d. Braß 9,00; Burg bei M. von Lassalle's Todtenfeier K. 5,80; Winterthur vom deutschen Verein bei Lassalle's Gedächtnißfeier 8,00; Hannover d. Vetter von einer Geburtstagsfeier der Schuhmacher 1,50; Hamburg und Vororte 24 diverse Zahlungen, quittirt im „Hamb.-Altonaer Volksblatt“, mit zusammen M. 165,30.

Alle noch an den einzelnen Orten vorhandenen Gelder für die Kasse des Central-Wahlcomités sind sofort an den Unterzeichneten zu senden, da die Abrechnung in diesen Tagen abgeschlossen wird.

Hamburg, 25. Septbr. 1878.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. X in G.: Sind keine Briefe angekommen. — D. F. in Aschersleben: Briefe nicht erhalten. — M. M.: Brief erhalten; Antwort auf Ihre Frage ist ertheilt in Nr. 114.

Freund Rudolf Schultz aus Herfort wird dringend ersucht, seine Adresse anzugeben. Otto Hansen in Barmstädt.

Unterstützungsfonds.

Von Stcklbrg Bordeaux 6,40.

Für ein in einer größeren Stadt Süddeutschlands zu gründendes, entschieden freisinniges Tagblatt wird ein tüchtiger und erfahrener

Redakteur gesucht, (F. 158) [2.10

der in der Lage ist, sich mit Mk. 10,000 an dem Unternehmen zu betheiligen. Offerten unter L. M. befördert die Exped. d. „Vorwärts“.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Elementar-Lehre für Arbeiter-Gesang-Vereine.

90] Preis: 20 Pfg., 20 Stück 3 Mk., 50 Stück 5 Mk. (2a)

Neueste Männer-Quartette.

Eben verliess die Presse:

Beim Wandern.

Heitere Lieder für **4 Männerstimmen.**

Componirt von

C. Kuntze.

Op. 299. **Nr. 1—4 in 1 Hefte. Part. u. Stimmen M. 3,50.**

Nr. 1. Beim Wandern. — Nr. 2. Am Thorhaus. — Nr. 3. Waldesträume. — Nr. 4. Einsames Wandern.

Ein erfahrener Dirigent schrieb mir über dieses neueste Werk des allbeliebten Quartett-Componisten Kuntze:

„Ich bin überzeugt, dass „Beim Wandern“ Jedem in Text und Composition gefallen muss. Es ist ein Werk, welches mit Lust und Liebe gearbeitet wurde und beim Sänger Lust und Liebe erwecken wird.“

Gegen Einsendung des Betrages versende ich franco, auch stehen den Herren Dirigenten obige wie alle andern Compositionen für 4 Männerstimmen etc. gerne zur Ansicht zu Diensten.

Pet. Jos. Tonger, Cöln a/Rh.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gütz-aff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ertz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 Denmark Street Golden Square

Nr. 116. Mittwoch, 2. Oktober. 1878.

Ein Druckfehler.

Aus der Provinz Preußen, 25. Sept.

Es liebt die Welt, das Strahlende zu schwärzen
Und das Erhabne in den Staub zu ziehn!
Schiller.

Wenn Pythagoras, einer der sieben griechischen Weltweisen, eine neue Wahrheit entdeckt hatte, pflegte er aus Freude hierüber den Göttern eine Hekatombe, d. h. ein Opfer von hundert Ochsen zu bringen. Die Beibehaltung dieser Sitte ist unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen unmöglich, einmal weil die voraussichtlichen Opfer einer solchen Hekatombe den Sonnenaufgang einer neuen Wahrheit in der Regel schon vorher wittern und ihre Lebensinstinkte durch zorniges Gebrüll äußern und dann, weil die Auswahl unter den Repräsentanten der obigen Thiergattung bei der ungeheuren Anzahl derselben eine ungemein schwierige ist.

Wie jedoch keine Regel ohne Ausnahme ist, so hat Fürst Bismarck bei seiner jüngsten parlamentarischen That die Erfahrung gemacht, daß den dabei entdeckten großen „Wahrheiten" viele Kurzsichtige blindlings auf's Messer liefen und Andere sich bei diesem Schauspiel einer fast ununterbrochenen Heiterkeit nicht enthalten konnten. Die Thätigkeit der Reichstagsstenographen hat, indem sie diese Ausbrüche der Heiterkeit verzeichnete, einen interessanten Beitrag zu der von den griechischen Philosophen Demokrit und Heraklit diskutirten Frage geliefert: ob man über die „Weisheiten" der Menschen lachen oder weinen solle? — Wir haben von der Rede des Lenkers unserer Geschicke den Eindruck erhalten, daß, während seine Anhänger lachten, sein Gewissen, Ausdrucksweisen der unterdrückten Volksstimmung erscheinen. Statt sich zu mildern, werden sich die Gegensätze verschärfen, statt sie zu schließen, wird sich die Kluft zwischen den sozialen Mächten, der Gegensatz gegen die bestehende Sozialordnung nur noch klaffender aufthuen."

— Russische Blätter melden von einer „zweiten Sassulitsch-Affaire". „Am 12. ds. Mts., so wird berichtet, stand vor dem Moskauer Schwurgerichte das 23jährige Fräulein Alexandra Paulowna Wenetzka, die Tochter eines russischen Staatsrathes. Sie war des Mordversuchs angeklagt. Das Mädchen beabsichtigte, den gefürchteten Staatsprocureur Przewalski zu tödten, hatte aber irrthümlicherweise den Stellvertreter desselben, Namens Prozorowski, welchen sie für den Procurator angesehen hat, mit einem Revolverschusse schwer verwundet. Die Geschwornen haben die Angeklagte einstimmig freigesprochen und im anwesenden Publikum fehlte es darob nicht an lärmenden Beifallsbezeigungen für die befreite Verbrecherin und ihren Vertheidiger."

Die „zweite Sassulitsch-Affaire" sieht der ersten so ähnlich, daß wir versucht sind, an eine Reporterente zu glauben. Unsere Zweifel werden beinahe zur Gewißheit erhoben durch die Thatsache, daß in Rußland nach der Freisprechung der Wjera Sassulitsch das schwurgerichtliche Verfahren für politische Prozesse aufgehoben, und daß ferner nach der Erdolchung Mesenzow's alle „politischen" Verbrechen — und um ein solches handelt es sich hier doch offenbar — vor die Kriegsgerichte verwiesen worden sind.

— Die orientalische Frage ist durch den famosen Berliner Congreß, der sie wenn nicht aus der Welt, doch aus dem Weg schaffen sollte, bekanntlich so erfolgreich in Fluß gebracht worden, daß die Balkanhalbinsel in die grauenhafteste Anarchie gestürzt und der Schauplatz von Metzeleien und sonstigen Greuelscenen ist, wie sie während des russisch-türkischen Kriegs nicht ärger vorkommen. Aber mit diesem Triumph unserer Diplomatenzunft ist es nicht genug: auch in Asien hat sie es glücklich fertig gebracht, einen „Kriegsfall" zu erzeugen, der zunächst zu einem Krieg zwischen England und Afghanistan, in letzter Linie aber zu dem, für die Dauer unvermeidlich gewordenen Weltkrieg zwischen England und Rußland führen wird. Ob es wohl schlimmer geworden wäre, wenn in Berlin statt der „größten Staatsmänner der Welt" ein Dutzend Packträger als „Conferenz" getagt hätten? —

— Es giebt noch ein Kammergericht in Berlin!! Am 27. September wurde der Redakteur Schapira und das Vorstandsmitglied der Assoziations-Buchdruckerei Rackow wegen Beleidigung der siebenten Deputation des Stadtgerichts (wegen der bekannten Dentler-Affaire) in zweiter Instanz, Ersterer zu 1 Jahr 3 Monaten und Letzterer zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Staatsanwaltschaft hatte auch appellirt des „geringen" Strafmaßes halber. Schapira hatte

Umgebung herausgerissen und ihm die Bedingungen der gegenseitigen Anziehungskraft entzogen worden, folgt er dem Gesetz der eigenen Schwerkraft und stürzt in bodenlose Tiefe — in Vergessenheit!

Die Person des Abgeordneten Richter, der in der gegenwärtigen Reichstagssitzung noch gar nicht gesprochen, benutzt Herr v. Bismarck, um mit einer langathmigen Polemik gegen denselben seine Rede einzuleiten, seine eigene Person aus ihrer bisherigen „ländlichen Einsamkeit" gewissermaßen als Titelbild in den Vordergrund zu schieben und das Zartgefühl des Herrn Richter für sich in Anspruch zu nehmen, wo es sich um das Wohl und Wehe einer ganzen Nation handelt. Unverständlich bleibt uns die Abwehr von Angriffen, welche angeblich sein Privatleben zum Gegenstand haben; von solchen Angriffen ist unseres Wissens gar nicht die Rede gewesen, und wenn das Privatleben sogenannter „großer Männer" auch einer servil-detaillirten Beobachtung unterworfen ist in Bezug auf die Manier, in der sie sich ihre Cravatte umbinden u. s. w., so steht dasselbe doch mit der dem offiziellen Ressort anheimfallenden Thätigkeit des Ministers auf sozialpolitischem Gebiet nicht im entferntesten Zusammenhang.

Wenn Herr v. Bismarck für seine zugestandenen sozial-reformatorischen Bestrebungen den seither verflossenen Zeitraum von 16 Jahren in Anspruch nimmt, so prätendirt er den Vorwürfen Richter's gegenüber gewissermaßen den Schutz der Verjährung, — ein lapsus calami, der als gesunde zu bezeichnen wäre, wenn Herr v. Bismarck nicht unmittelbar vorher es sich zur Ehre angerechnet hätte, auch heute noch diese Bestrebungen fortzusetzen. — — —

Was Lassalle anbetrifft, so hat er [illegible] eine Mehrheit der Stimmen, und der republikanische Candidat ist nur mit einer Pluralität erwählt. In Maine aber haben die Republikaner zwei Congreßdistrikte von fünfen wirklich an Greenbackler abtreten müssen, und die Legislatur hat eine genügende Mehrheit von demokratischen und Greenback-Stimmen, um einen Greenback-Governor zu erwählen, da keine Volkswahl für dieses Amt zustandegekommen ist, obwohl der republikanische Candidat, der jetzige Amtsinhaber, nicht unbeliebt ist. Es haben sich in diesem Staate mindestens 12,000 Stimmen von den alten Parteien, besonders der republikanischen, abgewandt.

Unter dem gewaltigen Eindruck dieser Wahlen beginnt der Wahlfeldzug in Massachusetts, wo bereits nahe an 60,000 Stimmen sich schriftlich mit der Aufforderung an den bekannten Benj. F. Butler gewendet haben, daß er ihr Governor-Candidat werden möge. In diesem Staate wird die Opposition vereinigt auftreten, und Butler wird mit großer Mehrheit gewählt werden. Natürlich wird auch die Legislatur von derselben Farbe sein, und somit kann die gesammte Verwaltung dieses Staates reformirt werden. In diesem Falle wird ein allgemein verbindliches Gesetz, welches einen Normalarbeitstag von neun oder acht Stunden verordnet, wahrscheinlich gegeben und durchgeführt, und das statistische Arbeits-Büreau wird aus kapitalistischen in Arbeiterhände gelegt, die Contrakt-Arbeit in den Gefängnissen wird abgeschafft, kurz fast alle Arbeiterforderungen der Sozialdemokratie für die Gegenwart werden durchgesetzt werden. Nun ist aber Massachusetts nicht allein der intelligenteste und darum angesehenste, sondern auch der industriellste Staat, und sein Beispiel wird wie immer einflußreich sein. Butler ist ein gemäßigter Greenbackler und ein Mann ohne tieferes Verständniß der Nationalökonomie, der als Advokat, General, Congreßabgeordneter und Aktionär von Fabrikgesellschaften wohl eine Million Vermögen ergattert hat, der aber davon einen humanen Gebrauch macht und das vollste Vertrauen der Arbeiter seines Staates genießt. Er ist auf dem besten Wege zur Präsidentur.

Ebenso bedeutsam ist der Fortschritt im Congresse. Es ist schon jetzt fast sicher, daß die Nationalvertretung in beiden Häusern eine oppositionelle Mehrheit haben wird, welche leicht zur Zweidrittelmehrheit aufsteigen kann. Im letzteren Falle würde sie nicht nur das Veto des Präsidenten überstimmen, sondern auch diesen betrügerisch erwählten Präsidenten absetzen können. Ob sie das thun würde, ist freilich eine ganz andre Frage. Da fast die Hälfte der beiden Häuser neue Leute sind, frisch vom Volke und zu großen Reformen verpflichtet, so könnte dieser neue Congreß unter allen Umständen viel thun im Sinne einer demokratischen Ausfegung des Augias-Stalles. Allein er tritt erst im Anfang des Dezembers 1879 in's Amt, ausgenommen wenn eine außerordentliche Sitzung nöthig würde, wodann er schon bald nach dem 4. März einberufen werden dürfte. Solange also würde das Volk mit Reformen sich gedulden müssen, und ebensolange die hungrigen Aemterjäger, welche von der neuen Administration versorgt sein wollen — etwa 100,000 Mann.

um die gegenseitige Gefälligkeit in diplomatisch-conventioneller Form in Anspruch zu nehmen.

Wenn Herr von Bismarck in Bezug auf seine Gespräche mit Lassalle das mangelnde do ut des*) als einen Umstand hervorhebt, welcher seinem Verhältniß zu Lassalle jeden politischen Charakter genommen und höchstens die Möglichkeit eines theoretischen privaten Meinungsaustausches gestattet habe, so ist es kennzeichnend, daß Herr von Bismarck ohne ein materielles kaufmännisches Tauschgeschäft auf politischem Gebiet effektuiren zu können, die Bereicherung seines Ideenkreises als Staatsmann für Luxus erklärt und eine solche höchstens für die Mußestunden eines Privatmanns geeignet hält.

Die Art und Weise, in welcher Herr v. Bismarck sich über das allgemeine Stimmrecht im Vergleich zu dem für die Wahlen des Preußischen Landtags bestehenden System ausspricht, läßt diejenige Sicherheit auf politischem Gebiet, die man bei einem so „unvergleichlichen" Staatsmann wohl voraussetzen dürfte, erheblich vermissen. Lassalle's Prinzipien waren in dieser Hinsicht fertig, abgeschlossen und consequent, freilich war er ja auch nur ein „Privatmann"; denn ein Staatsmann darf sich wohl zu keinem System bekennen, ohne gleichzeitig mit dem diesem entgegengesetzten System von Zeit zu Zeit zu liebäugeln. —

Ziehen wir aber die Consequenzen aus der hier nur in einzelnen Theilen kritisirten Rede des Herrn von Bismarck, dann kommen wir ganz sicher zu dem Schlusse, daß die Veröffentlichung derselben vom Standpunkte der Antisozialisten und des Herrn von Bismarck aus betrachtet, nur ein kolossaler Druckfehler war.

X. Y. Z.

*) Wir geben, damit Niemand sich mit dem Lexikon abquälen muß, die Uebersetzung: ich gebe, damit du gebest.

durch ihre Grundsatztreue dazu verurtheilt, in ganz wenigen Wahldistrikten ihre Candidaten aufzustellen, auf die Gefahr hin, daß dadurch eine oder die andre der Parteien siegt, was sie vielleicht verhüten könnten.

Und dennoch ist an jedem Siege, welchen die Greenbackler erfochten, ein Theil des Verdienstes der Sozialdemokratie zuzuschreiben. Ihre Agitation hat die Greenbackler genöthigt, die sozialdemokratischen Arbeiterforderungen in ihr Programm aufzunehmen. Ihre propagandistischen Ideen werden jetzt von den Greenbacklern ausgebreitet, natürlich nur oberflächlich und in der Absicht, ihren Urhebern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ihre gewerkschaftliche Agitation hat die alten Gewerkvereine gerade genug angesteckt, um eine kleine Zahl tüchtiger englischer Vertreter der Marx'schen Nationalökonomie zu erziehen, welche bald genug gute Dienste in weiten Kreisen verrichten können. Ihr Rath wird von den Greenbacklern gebraucht und gesucht werden müssen, wenn sie erst einmal den Finanz-Karren in den Sumpf geschoben haben werden. Sie werden Einfluß erlangen, sobald er am nöthigsten gebraucht wird, und werden ihn angeboten erhalten.

Nachdem wir hier den Denis Kearney, den californischen Agitator kennen gelernt, d. h. sprechen gehört haben, immer vor großen Riesenversammlungen im Freien, steht es fest, daß er sehr bald seine Rolle wird ausgespielt haben. Er ist ein Mensch ohne alle Bedeutung, und er würde an keinem Orte zweimal eine Zuhörerschaft finden. Allein das eine Mal, daß er eine Massenversammlung anredet, thut dennoch eine gewaltige Wirkung — nicht durch das, was er spricht, oder wie er es spricht, sondern durch die Gelegenheit, welche es großen Massen von Arbeitern bietet, eine gewaltige Demonstration zu machen und sich in Ansichten einig zu finden, welche bisher sich nicht aussprachen. Es weht eine revolutionäre Luft durch diese Massen, und die Arbeiterbewegung wird ansteckend. Die Arbeiter fühlen es, daß sie Herren in diesem Lande sind, welches sie geschaffen haben zu dem, was es ist, und es ist ganz unmöglich, daß sie dieses Bewußtsein, welches seit lange zum ersten Male sich wieder an's Licht wagt, je wieder verlieren sollten. Das Eis ist gebrochen, der Frühling beginnt.

Das Haus des Congresses — bekanntlich in seiner Mehrheit demokratisch — that in einer seiner letzten Sitzungen im Sommer ein Gebot auf Volksgunst, indem es einen Ausschuß niedersetzte, welcher während der Ferien die Ursachen der jetzigen Geschäftsklemme und deren Abhülfe erforschen sollte. Dieser Ausschuß, unter dem Vorsitze des Herrn Hewitt, begann in New-York mit Vernehmung freiwilliger Zeugen und fuhr fort mit Anhörung vorgeladener Geschäftsleute. Unter den ersteren erschienen Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften, welche ihnen das sozialdemokratische Programm genügend erklärten. Natürlich fehlte es auch nicht an Weltverbesserern jeder Art, welche ihre Rezepte zum Besten gaben. Unter andern Umständen wäre dieser Vernehmung viel Gewicht und einiger Erfolg sicher. Allein der Ausschuß hat wenig Zeit mehr, um im Congresse einen gediegenen Bericht zu erstatten, und der Congreß hat zu wenig Zeit mehr

Man sieht also schon hieraus, was Herr Staatsanwalt Woytasch zu leisten im Stande ist.

Doch weiter! Vor Kurzem wurde Genosse Vorheim, Redakteur Nr. 3, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre beantragt. Am 14. d. stand Parteigenosse Mergel, Redakteur Nr. 4, vor den Schranken des Gerichts zu Halle. Der Staatsanwalt beantragte 1½ Jahre; Urtheil 3 Monate.

Wir entnehmen nun über den gegenwärtigen Stand der Dinge der „Halle'schen Freien Presse", die jetzt in Leipzig erscheint und von einem in Leipzig verantwortlichen Redakteur gezeichnet wird, folgenden Bericht aus Halle:

„Noch immer ist es beim Alten, — Harder, Kreuz, Barheim und Mergel, die Redakteure von Nr. 1—4, sitzen ihre Strafe 4, 3, 6 und 3 Monate ab und Schlesinger hat glücklich ¼ Jahr Untersuchungshaft wegen der Probenummer hinter sich. Rödiger erfreut sich ebenfalls vom 1. August an noch des Aufenthalts im hiesigen Gefängniß. Der Letztere soll bekanntlich in einem Artikel, welcher mit seinem Namen unterschrieben, den er aber gar nicht geschrieben hat, gesündigt haben. Es befindet sich nämlich in Nr. 111 des „Vorwärts" folgende Erklärung:

Da ich erfahren habe, daß Parteigenosse Rödiger als vermeintlicher Verfasser des Artikels „Die politische Lage, die politischen Parteien und das Volkswohl" verschiedener Preßvergehen angeklagt ist und deshalb in Untersuchungshaft gehalten wird, so erkläre ich, daß ich diesen Artikel als Ansprache an die Wähler des XIV. sächsischen Wahlkreises geschrieben und in den für diesen Wahlkreis bestimmten Exemplaren [illegible] damit die löbliche Polizei hierorts sich nicht wieder derartige grobe Gesetzesverletzungen zu Schulden kommen läßt.

Unser hiesiges Parteiorgan schreibt: „Daß der Vertreter der Allgemeinen deutschen Assoziationsbuchdruckerei wegen Nichtangabe des Namens des Verlegers auf in der genannten Druckerei hergestellten Wahlflugblättern mit einem Strafmandat im Betrage von 150 Mark überrascht worden ist, haben wir bereits mitgetheilt. Heute haben wir nachzutragen, daß demselben Vertreter ein neues Mandat, und zwar in derselben Höhe, zugegangen ist, und zwar deswegen, weil auf einem von Hasenclever an die Wähler des sechsten Wahlkreises erlassenen „Offenen Brief" ebenfalls der Name des Verlegers fehlte." — Hierzu bemerkt die „Volkszeitung": „Die Strafe von 150 Mark ist die höchste gesetzlich zulässige. In seltsamem Widerspruche mit diesem rigorosen Vorgehn steht das Verfahren der Behörden gegenüber den conservativen Organen. So erscheint beispielsweise in Wittstock das Kreisblatt für die Ostprignitz, dessen Redakteur, wie man sich erzählt, der dortige Landrath ist. Da das Blatt jedoch stark in Polemik gegen die „Liberalen" macht, so hat der Herr Redakteur — wer es ist, mag dahingestellt bleiben — es vorgezogen — offenbar um Conflikte mit dem Strafrichter zu vermeiden — sich in eine feindliche Angriffe abwehrende Anonymität zu hüllen. Während der § 7 des Preßgesetzes vorschreibt, daß auf jeder Nummer einer Zeitung Name und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs enthalten sein muß, finden wir dort einen über diese Bestimmung mit echtem Bureaukratismus sich kühn hinwegsetzenden Vermerk: Redigirt durch das königliche Landrathsamt der Ost-Prignitz. Hier handelt es sich offenbar nicht um ein Versehen, sondern um eine Umgehung der gesetzlichen Vorschriften, die wir nur deshalb zur Sprache bringen müssen, weil wir dadurch außer Stand gesetzt sind, eine Erwiderung auf die in Nr. 75 dieses Blattes enthaltenen verleumderischen Beschimpfungen der Fortschrittspartei an die richtige Adresse zu richten." — Den Fortschrittlern und Liberalen, besonders denen, die noch nicht wie die „Volkszeitung" einigermaßen zur Vernunft gekommen sind, muß hierbei vorgehalten werden, daß solange sie in der polizeilichen Behandlung der Sozialdemokraten und Liberalen einen Unterschied dulden oder gar verlangen, die Conservativen ihnen gegenüber in demselben „Rechte" sich befinden.

Harburg, 7. September. Heute war es uns vergönnt, die erste Volksversammlung nach den Wahlen abhalten zu können. Herr Lütjens aus Hamburg referirte über das Thema: „„Lassalle's Leben und Wirken." Redner verstand es in ausgezeichneter Weise, durch seinen gediegenen Vortrag die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer zu fesseln. Redner betonte, daß es zu allen Zeiten Männer gegeben hätte, die ihren Ruhm durch blutige Thaten erworben und von der Mitwelt als groß bezeichnet wären. Hingegen Männer wie Lassalle, die auf die Mängel und Schäden der Gesellschaft aufmerksam gemacht und den Weg zur Besserung gezeigt hätten, seien von der Mitwelt verhöhnt und verspottet worden. Die Nachwelt aber würde ihre Andenken desto höher ehren. Redner führt alsdann kurz die Biographie Lassalle's vor. Zum

nicht? Oder will er es nicht wissen aus Haß gegen die Sozialdemokratie?

Selbst wenn Rödiger den von ihm unterzeichneten Artikel selbst geschrieben oder veröffentlicht hätte, was nach der Erklärung Geiser's nicht der Fall ist, so würde er, im Falle der Artikel strafbar wäre, lediglich in Leipzig die strafbare That verübt haben und wäre lediglich dem Leipziger Gericht deshalb verantwortlich. Begreift das Herr Woytasch auch nicht, oder will er es nicht begreifen?

Nicht das Schreiben eines strafbaren Artikels (wir wollen einmal annehmen, Rödiger habe den betreffenden Artikel in Halle geschrieben) ist strafbar, sondern die Veröffentlichung eines solchen Artikels durch den Druck. Diese Veröffentlichung ist in Leipzig geschehen und deshalb ist Leipzig der Ort der Gerichtsbarkeit für den blos von Herrn Woytasch inkriminirten Artikel. Wie oft soll man dies dem Herrn Woytasch wiederholen. Als Jurist müßte er solche einfache Grundsätze der deutschen Rechtspflege allerdings längst wissen.

Wir geben unseren Halleschen Parteigenossen, resp. der Frau Rödiger übrigens den Rath, ihren Mann zu veranlassen, daß er die Competenzfrage des Halleschen Gerichts bestreitet und dies schleunigst dem dortigen Untersuchungsrichter meldet. Nach der bisherigen Praxis des Appellationsgerichts zu Naumburg muß dasselbe die Incompetenz des Gerichts zu Halle erklären. Auf alle Fälle befindet sich somit Genosse Rödiger vollständig unschuldig auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu Halle in Untersuchungshaft.

Kann Herr Woytasch das verantworten? „Ja wohl! Rödiger ist ja nur ein Sozialdemokrat!“ — — —

Noch sei erwähnt, daß der Landwehroffizier und Adjutant des 64. Regiments, der sich, wie die „Neue Welt“ vor längerer Zeit mittheilte, den merkwürigen Spaß erlaubte, zu Anfang des Jahres 1871 den Landwehrmann und Reichstagsabgeordneten Hasenclever auf dem Marktplatze zu Vitry vortreten zu lassen und ihn mit der lieutenantlichen Bemerkung: „Wir wollten Sie 'mal ansehen!“ dann wieder eintreten ließ, sich auch Woytasch nannte und Staatsanwaltsgehilfe oder Staatsanwalt in seiner Civilstellung war.

Dies zur besonderen Charakteristik der Herren Staatsanwalte mit Namen Woytasch!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Untergrabungs- oder Umsturzcommission des Reichstags hat die erste Lesung des Sozialistengesetzes hinter sich. Die Nationalliberalen haben sich im Stockspringen brillant bewährt. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt darüber:

„Trotz aller Lasker'schen Schönpflästerchen, die das Gesetz erhalten hat, ist das alte Gesicht der Bundesrathsvorlage noch ganz gut zu erkennen und für den wahren Realpolitiker kann es nicht zweifelhaft sein, daß in der Handhabung des Gesetzes wenig von den Lasker'schen Erfolgen zu spüren sein wird. Es heißt ja auch wirklich Schemen nachjagen, für ein Gesetz, das den Polizeibehörden Befugnisse einräumt, wie sie bisher selbst die Gerichte nicht hatten, für ein Gesetz, das nach dem Geständniß des Herrn Gneist die exorbitantesten Mißbräuche gestattet, nach sittlichen oder gar rechtlichen Garantien zu suchen. Wer ernstlich solche Garantien will, muß sich gegen das Prinzip des Gesetzes erklären, wer aber dieses Prinzip einmal, wie die Lasker'schen, adoptirt hat, der bewegt sich in einem falschen Zirkel, wenn er um Bürgschaften großen Lärm erhebt und er muß sich von rechts her den Vorwurf gefallen lassen, daß er ja lediglich das eigene Werk unwirksam zu machen bestrebt sei. Mit der Bewilligung des Civilbelagerungszustandes haben gestern die Liberalen unter Lasker's Führung ihrem Werke die Krone aufgesetzt, doch sind sie vorsichtig genug gewesen, für Wahlzeiten das Versammlungsrecht aufrecht zu erhalten. Sie wissen aus der letzten Wahlbewegung, daß ihnen selbst leicht passiren könnte, was scheinbar den Sozialdemokraten zugedacht ist und wo es ans Hemd geht, erinnert man sich deshalb auch des Rockes. Begierig darf man jetzt darauf sein, welche Beschlüsse der Commission die Regierung in der zweiten Lesung als „unannehmbar“ bezeichnen wird. Daß Hr. Lasker sein Spiel noch nicht gewonnen hat, wird durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sowohl wie durch die „Provinzial-Correspondenz“ bezeugt — wie hoch aber der Stock gehalten werden wird, das sollen wir noch erfahren.“

Wir haben über die Beschlüsse der ersten Lesung noch Einiges nachzutragen:

Der Belagerungsparagraph 20 ist in folgender Lasker'schen Fassung angenommen worden:

„Für Bezirke und Ortschaften, welche durch die im § 1 bezeichneten Bestrebungen mit unmittelbarer Gefahr (der Kautschuk kommt zu Ehren!) für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden:

1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zwecke einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstage oder einer Landesvertretung erstreckt sich dieses nicht;

2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;

3) daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt außerhalb ihres Wohnorts in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann;

4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird. Die getroffenen Anordnungen sind in landesgesetzlicher Weise und durch den „Reichs-Anzeiger“ bekannt zu machen. Ueber jede Anordnung dieser Art muß dem Reichstage bezw. der Landesvertretung bei ihrem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden. Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntniß oder nach erfolgter Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.

Der Schlußparagraph 22 lautet in der Regierungsvorlage: „Das Gesetz tritt sofort in Kraft“. Derselbe ist abgeändert in: „Das Gesetz tritt in Giltigkeit bis zum 31. März 1881“. — Der Regierungscommissar hielt diese Beschränkung der Dauer für unannehmbar.

In der letzten Sitzung am Freitag einigte man sich über die Beschwerdeinstanz, indem man dem § 19 folgende Fassung gab:

„Zur Entscheidung der auf Grund dieses Gesetzes erfolgenden Beschwerden wird eine Commission von 9 Mitgliedern gebildet. Der Bundesrath wählt davon 4 aus seiner Mitte, die übrigen 5 werden aus der Zahl der Mitglieder der höchsten Gerichte des Reiches oder der einzelnen Bundesstaaten gewählt. Die Wahl dieser 5 Mitglieder erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Zeit ihres Verbleibens im richterlichem Amte. Die Commission entscheidet in der Besetzung von 5 Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. Vor der Entscheidung über die Beschwerde ist den Betheiligten Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Begründung ihrer Anträge zu geben. Im Uebrigen bestimmt die Commission ihre Geschäftsordnung selbstständig. Die Entscheidungen erfolgen nach seinem Ermessen und sind endgiltig.“

Zu § 8 (Verbot der Preßerzeugnisse) wurde auf Lasker's Antrag folgender Zusatz angenommen: „Das Verbot ist dem Verleger oder Herausgeber schriftlich unter Angabe von Gründen zuzustellen.“

Damit ist die erste Lesung beendet. Abg. Dr. von Schwarze wurde zum Referenten ernannt, die Abgg. Lasker und Hauck mit der Revision resp. Redaktion der gefaßten Beschlüsse beauftragt. Dienstag, den 2. Oktober, findet die erste Sitzung der Commission zur zweiten Lesung statt. Die Abgeordneten erhalten darauf einen gedruckten Bericht und wahrscheinlich Dienstag, den 8. Oktober, wird die zweite Berathung des Sozialistengesetzes (als Vorlage dienen dann die Commissionsbeschlüsse) stattfinden.

Der Bismarckische Gesetzentwurf ist nunmehr ein Lasker'scher geworden, „doch es will uns schier bedünken, daß ꝛc. ꝛc.“

— Das „Sitzenbleiben“ Liebknechts bei der bekannten Reichstags-„Hoch“-Affaire hat einem Sozius der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu folgendem „Eingesandt“ begeistert:

„Die Zeitungen berichteten dieser Tage, daß der Abg. Liebknecht in der Eröffnungssitzung des Reichstags bei Gelegenheit des von dem Alters-Präsidenten ausgebrachten Hochs auf Se Majestät den Kaiser in ostentibler Weise sitzen geblieben sei, und die „Neue Preußische Zeitung“ fügte hinzu, daß in Ansehung dieses Benehmens in konservativen Kreisen eine Erweiterung der Geschäftsordnung hinsichtlich der darin vorgesehenen, vom Präsidenten zu exekutirenden Strafmittel intendirt werde.

„Wir unsern Theils halten in Bezug auf den vorliegenden Fall die beabsichtigte Erweiterung der Geschäftsordnung des Reichstags für nicht erforderlich.

„Liebknecht, indem er sitzen blieb, verletzte die schuldige Ehrfurcht gegen Se. Maj. den Kaiser, er machte sich durch absichtliche Verweigerung des herkömmlichen Zeichens der dem Kaiser gebührenden Ehrerbietung der Beleidigung nach § 95 des Reichs-Strafgesetzbuches schuldig.

„Schon nach dem Justinianischen Codex verübte derjenige das crimen maj., welcher den üblichen Anstand gegen den Kaiser vernachlässigte. Und als des Majestätsverbrechens für schuldig sollte derjenige Beamte gehalten werden, welcher nach Vollendung eines aus Staatsmitteln errichteten Bauwerks seinen Namen ohne die Erwähnung des Kaisers am Bauwerk anbringen ließ.

„Wer mittels Unterlassung schuldiger Ehrenbezeugungen dem andern, welchem ein Recht auf Erweisung derselben zusteht, Geringschätzung seiner Person zu erkennen giebt, begeht eine Injurie hinsichtlich des Rechts auf äußere Achtung — dignita et fama alterius.

„Gegen Liebknecht vorzugehen, würde daher niemals Sache des Reichstagspräsidenten sein können, sondern Sache der in Strafsachen bestellten Staatsbeamten. Denn daß hier Artikel 30 der Reichsverfassung zur Anwendung zu kommen habe, wird im Ernst Niemand behaupten wollen, da das Benehmen Liebknecht's mit der Ausübung seines in Artikel 23, 26 und 27 der Reichsverfassung deutlich vorgezeichneten Berufs offenbar in gar keinem Zusammenhange stand.“

Auch die „Post“ hat sich in ähnlichem Sinn ausgesprochen. Also Tessendorff soll helfen. Der gute Mann wird das nun allerdings unterlassen, aber man sieht aus Kundgebungen, gleich der obigen, wie tief das Ehr- und Rechtsgefühl in gewissen Kreisen gesunken ist und was wir zu erwarten haben, wenn diesen Attentatsrittern, die an die verworfenst n Zeiten des alten Römerreichs erinnern, ihr frecher Versuch, sich der absoluten Herrschaft zu bemächtigen, wirklich gelingen sollte.

— Für wen der Strick gedreht wird, das plaudern die Reptil- und Junkerblätter mit rührender Offenherzigkeit aus. Gegen Alles, was sich nicht duckt. Also im Süden und Westen vorwiegend gegen die katholische Partei; im Norden und Osten vorzugsweise gegen den Liberalismus. Die Hatz der Junkerblätter auf den Liberalismus, der mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muß, ist bekannt. Es bedarf da keiner Citate. Hören wir aber, was ein süddeutsches Blatt, die Bismarck'sche „Passauer Zeitung“, der Centrumspartei in Aussicht stellt: „Das Sozialistengesetz, so schreibt das genannte Blatt, das, wie die Sachen jetzt stehen, ohne Zweifel zur Annahme gelangen wird, liegt unseren ultramontanen Preßorganen fast noch schwerer im Magen, als den sozialdemokratischen, denn sie widmen ganze Spalten jenen Artikeln, welche zu Gunsten der Sozialdemokratie auf das Wüthendste dieses Ausnahmegesetz anseinden. Besondere Schmerzen scheint dasselbe namentlich unserer „ehrenwerthen“ „Donauzeitung“ zu machen. Die „Gute“, deren Soldknechte Einer im Jahre 1870 den gegen Deutschland heranstürmenden Turkos-Bestien bekanntlich jenes scheußliche „Bravo“ zugerufen hat, merkt eben, daß es mit dem in die Praxis kommenden Sozialistengesetz auch ihr und ihren staatswühlerischen Mithelferinnen an den Kragen gehen wird, denn sie hat ja, neben ihrem fortwährenden Abmühen, Widerwillige gegen das Reich und seine gesetzliche Autorität zu schaffen, längst ihre Spalten zum Tummelplatz sozialdemokratischer Elemente gegen den Staat gemacht; daher das große Geschrei über den Lasso, den in Bälde der Staat über die sozialdemokratischen Wühler auszuwerfen gedenkt, denn: Mitgefangen — mitgehangen!“ — Kurz, wer sich nicht unbedingt und ohne zu mucken der klassischen Formel fügt: Soldat werden, Steuern zahlen und Maul halten! dem wird der Lasso übergeworfen.

— Die reaktionäre Internationale. Nach einem römischen Telegramme der „Neuen Freien Presse“ hat Fürst Bismarck wirklich Versuche gemacht, eine internationale Hetze gegen die Sozialisten in Scene zu setzen, ohne indessen Compagnons zu finden. Von Seiten Italiens wurde jenes Ansinnen abgelehnt; ebenso von England und Holland. Die Idee der „reaktionären Internationale“, welche bereits zum geflügelten Wort zu werden drohte, wird somit begraben bleiben.

— Einer Untergrabung macht sich der Geheime Regierungsrath Jacobi im „Liegnitzer Stadtblatt schuldig. Dieser Herr macht auf die beiden wissenschaftlichen Zeitschriften unserer Partei, „Die Zukunft“ und „Die neue Gesellschaft, aufmerksam und erkennt deren wissenschaftliche Bedeutung voll und ganz an. Nun hat aber das Berliner Stadtgericht entschieden, die „Zukunft“ sei nicht nur nicht wissenschaftlich, sondern sogar sehr gemeingefährlich!

Ein komischer Kauz.

In einer Brüsseler Correspondenz der „Frankfurter Zeitung“ vom 21. September lesen wir:

Die Attentate in Deutschland haben auch Wirkungen in der Ferne. Heute hat das Brüsseler Schöffengericht einen armen Wicht wegen Beleidigung des Deutschen Kaisers zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt. Es handelt sich um einen französischen Flüchtling, Namens Claudel, der seit mehreren Jahren hier wohnhaft als Professor ein mühsames Leben führte. Hödels und Nobilings Attentate scheinen dem Manne den Sinn zerstört zu haben, denn kurz nach denselben schrieb er einen Brief an den deutschen Kaiser und nachträglich an den deutschen Reichskanzler: „Mein Herr!“ hieß es in denselben, erlauben Sie mir Ihre Aufmerksamkeit auf einen Punkt zu lenken, der nicht ohne Einfluß auf den Mordsinn sein muß. Können Sie sich denken, daß es nicht die Schuld der Regierungen ist, wenn solche Morde (wie der Nobiling'sche) geschehen? indem sie ihre Unterthanen von der Kindheit an mit dem Gedanken erziehen, er könne seines Gleiches tödten, wenn einmal derselbe auf der anderen Seite der Grenze steht? . . . Die regierenden Fürsten sollten sich als Pflicht stellen Alles fernzuhalten, was in dem Menschen den Gedanken des Mordes ernähren kann, und zuförderst also die Armeen abschaffen. Thun sie das nicht, so sind sie die eigene Schuld an dergleichen Attentaten. — Denken Sie darüber nach. Mein Herr! Meine Pflicht als Mensch stellte mir zur Aufgabe, Ihnen die Sache auseinanderzulegen und Sie womöglich darüber aufzuklären ꝛc.“ In dem Briefe an den Reichskanzler waren ungefähr dieselben Gedanken (?) ausgeführt. Hier knüpfte aber Claudel an seine Bemerkungen über die Abschaffung des Mordsinns den Ausspruch, Nobilings That sei „die Gerechtigkeit der Dinge.“ — Natürlich blieben beide Briefe unbeantwortet, und Professor Caubel sah sich daher veranlaßt, eine Brochüre zu schreiben, in der er unter dem Titel: „Le sort réservé aux rois et empereurs“ (das Schicksal, welches den Königen und Kaisern vorbehalten ist) die Grundidee der obigen Briefe in weiteren Ausführungen verarbeitete. Das Ganze ist in einem theils mystischen, theils flachen Styl verfaßt, stellenweise komisch und endet in einer die Zurechnungsfähigkeit des Autors stark in Frage stellenden Weise. Claudel will die Abschaffung der Könige und Kaiser durch gelinde Mittel herbeiführen, auf medizinischem Wege? Er betrachtet alle Herrscher als Geisteskranke, denen am besten eine ländliche Curanstalt anzuempfehlen wäre. So will er, daß Kaiser und Könige aufs Land geschafft werden, unter den Bauern längere Zeit verweilen und mit denselben je nach Kräften arbeiten, „denn Niemand soll über seine Kräfte gehalten werden, selbst Monarchen nicht,“ fügt er hinzu. Der Haupttheil der Broschüre beschäftigt sich mit der praktischen Ausführung dieser „Kur“! Die Brochüre war hier ganz unbeachtet geblieben, und hatte selbst unter den Freunden des Verfassers nur Achselzucken hervorgerufen; als das Werk eines vernünftigen Menschen konnte dieser Brei von Gemeinplätzen in Zusammenhang mit jenen angeführten idyllisch-medizinischen Heilmitteln unmöglich gelten. Das Erstaunen war um so größer als man vor einigen Tagen erfuhr, daß die Brochüre confiscirt und Claudel nebst seinem Drucker vor Gericht geladen worden sei . . . . „wegen Majestätsbeleidigung eines befreundeten Herrschers.“ Wie gesagt, ist er heute zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte sich übrigens aus dem Staube gemacht und so erklärt sich das Maximum der Strafe. Der Drucker ist für seinen Theil zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Indessen wird der Kassationshof über seinen Fall noch zu urtheilen haben. Das Schöffengericht hat nämlich einen Spruch erlassen, der Claudel für den Autor der Broschüre erklärt. Nach unserem Preßgesetz hört aber, sobald der Autor bekannt und genannt ist, die Verantwortlichkeit des Druckers auf. Somit hätte die Anklage gegen den Drucker, wie es sein Advokat verlangte, ausgesetzt werden müssen. Ein Rekurs dahin ist bereits an den Kassationshof gelangt. — Die Sache, welche sonst nur wenig Interesse bot, hat hier deshalb großes Aufsehen gemacht, weil die Verfolgung Claudels auf Veranlassung der deutschen Gesandtschaft geschehen ist.

— So ist es recht! Wenn irgendwo bei den letzten Wahlen ein „Reichsfeind“ einem „Liberalen“ gegenüber unterlag, so zogen die Kornblumenritter durch die betreffende Stadt und grölten die „Wacht am Rhein“ oder „Heil Dir im Siegerkranz“ und verübten allerlei Unfug. In Stettin, woselbst bei der Nachwahl der „liberale“ Reichsfeind Kapp dem Conservativen Schlutow unterlegen ist, trieben es die Conservativen den „Liberalen“ gegenüber ebenso, wie es „Liberale“ den Sozialdemokraten gegenüber getrieben haben. Hören wir den ergötzlichen Siegesbericht der conservativen „Stettiner Zeitung“ vom 24. September:

„Am Abend des Sieges! Eine größere und freudigere Aufregung, als gestern nach dem Bekanntwerden des Wahlresultates und des glänzenden Sieges der Bürgerpartei unsere Stadt durcheilte, haben wir seit lange nicht gehabt. Dicht gedrängte Massen standen auf dem Kirchplatz, wo in unserer Redaktion das Wahlresultat zusammengestellt wurde. Und als dann Nachricht auf Nachricht eintraf, und jede neue Nachricht die Majorität des Herrn Schlutow vermehrte, da vermochte der Enthusiasmus aus der Menge sich kaum zu halten. Hoch folgte auf Hoch! Als das Resultat von etwa 15 Wahlbezirken bekannt und an dem Siege nicht mehr zu zweifeln war, machte sich Herr Sorau als erster Bote der freudigen Nachricht zum Herrn Stadtrath Schlutow auf. Während dessen trafen die andern Nachrichten ein. Nur mit Mühe gelang es, die nöthige Ruhe zu schaffen, damit die mit dem Zusammenzählen der Stimmen beauftragten Herren eine kleine Differenz berichtigen konnten. Und als dann endlich das endgiltige Wahlresultat bekannt gemacht werden konnte, da hallte der ganze Kirchplatz von Jubel wieder. Schnell wurden einige 50 Zettel mit dem Wahlresultat beschrieben und vertheilt. Ein Theil der Menge theilte sich nun und zog in die Stadt, zunächst nach dem Paradeplatz vor die Wohnung des Hrn Stadtrath Schlutow und dann, als man hörte, derselbe sei bei seinem Herrn Vater, vor dessen Wohnung nach dem Roßmarkt, wo demselben die lebhaftesten Ovationen dargebracht und mehrere patriotische Lieder, wie „Die Wacht am Rhein“, „Heil Dir im Siegerkranz“, „Ich bin ein Preuße“ u. s. w. abgesungen wurde. Dann zog man zur Börse und von dort zur Redaktion des „General-Anzeigers“, wo den Herren Gentzenfohn und Spohr für die im „General-Anzeiger“ gegen die Bürgerpartei geschleuderten Schmutzartikel in einer Katzenmusik die entsprechende Antwort wurde. Ein Kaufmann forderte unter stürmischen Beifall die Menge auf, ein solches Schmutzblatt nicht wieder in die Hand zu nehmen. Auch vor dem Restaurant Petersen, wo jene Verfasser aller dieser Skandal-Artikel meistens verkehren, kam es zu einer ähnlichen Scene. Hier trat sogar ein kritischer Moment ein. Aus einem Fenster desselben Hauses wurde, wohl mit Absicht, Wasser ausgegossen, wodurch einige Herren beschmutzt wurden. Im Augenblick staute sich die Menge gegenüber dieser unbesonnenen Herausforderung. Es entstand einen Augenblick tiefste Stille, wie sie dem Sturme vorher zu gehen pflegt. Doch ein Herr, der die Gefahr sah, rief mit lauter Stimme: „Vorwärts, Kinder, laßt die — hunde stehen.“ Ein Hurrah! und weiter ging es.“

Die conservative „Stettiner Zeitung“ nennt ihre Partei schon die Bürgerpartei. Das „liberale“ Blatt, der „Generalanzeiger“, weil es für den gemäßigt liberalen Hrn. Kapp eingetreten ist, wird ein Schmutzblatt genannt. Der conservative Gegensatz zum Liberalismus kommt in patriotischen Gesängen zum Vorschein — und die liberalen Grauchen merken noch immer nichts oder was noch schlimmer ist: Sie lassen sich das Fell über die langen Ohren ziehen ohne nur einmal auszuschlagen.

— Wundersam. In Preußen ist kürzlich ein junger Mann, der behauptet hatte, ein großer Theil unserer Soldaten und Offiziere seien Sozialdemokraten, „wegen Beleidigung der Mitglieder des Heeres“ zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Wir können es nicht recht mit der Thatsache in Harmonie bringen, daß seit Jahren von Seiten der Regierungs- und sonstigen reaktionären Organe dieselbe „Beleidigung“ tausend und abertausend Mal mehr oder weniger direkt ausgesprochen worden ist, ohne daß eine Anklage erfolgt wäre. Oder wurde die Straflosigkeit blos durch die denunziatorische Absicht bedingt? Einem Juristen — die leider heutzutage sehr selten sind, seit selbst Lasker unter die Attentatsgesetzler und Gesetzesattentäter gegangen ist — aber möchten wir die Frage vorlegen: Wo steckt das Beleidigende in dem Wort und Begriff „Sozialdemokrat“? Und würde es auch eine Beleidigung gewesen sein, wenn der junge Mann gesagt hätte: Ein großer Theil unserer Soldaten und Offiziere seien Conservative oder Nationalliberale?

— Der christliche Sozialpolitiker Dr. Jäger, dessen verdienstvolle Werke über die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland über die sozialpolitische Entwicklung Frankreichs auch vielen unserer Leser bekannt sein werden, drückt sich in einem Brief an die „Germania“ wie folgt über das Ausnahmegesetz aus:

„Die Annahme des Gesetzentwurfs wird zwei unvermeidliche Folgen haben; sie wird die sozialdemokratische Bewegung noch viel gefährlicher machen als sie bereits ist, und sie wird die soziale Reform — das einzige Heilmittel gegen die Sozialdemokratie (correct ausgedrückt: gegen die soziale Revolution. Red. d. „Vorwärts“) — unmöglich machen. An sich schon ist es ein Unrecht, daß der „moderne“ Staat seine eigensten Kinder — und das sind doch die Sozialdemokraten — in Acht und Bann erklärt! Dann wird dieses Gesetz die sozialdemokratische Agitation gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse allerdings von der Bildfläche der Tagesereignisse zurückdrängen, aber diese Agitation wird sich darum nur noch energischer auf die Bebauung jenes Gebietes werfen, das jeder — und wie die Thatsachen zeigen, selbst der russischen — Staatsgewalt spottet, wir meinen das rein soziale Gebiet, die Agitation von Mann zu Mann, von Haus zu Haus, von Werkstatt zu Werkstatt. Was die Agitation extensiv scheinbar verliert, wird sie an Intensität zehnmal gewinnen. Die Attentate, die man auszurotten wähnt, werden eher zu- als abnehmen, und als, wenn auch immerhin verzialdemokratie der Gesellschaft den Krieg erklärt hat“, und dann fällt mit der falschen Voraussetzung die ganze Deduktion in sich zusammen.

Oder: es ist wahr, dann ist — von dem „Recht“ des Staates abgesehen — das Ausnahmegesetz sammt wohldurchdachten Motiven vollständig überflüssig, weil die Gesellschaft durch das Strafgesetz in vollem Maße vor allen Folgen einer etwaigen „Kriegserklärung“ geschützt ist; man braucht dabei noch gar nicht an die Macht zu denken, sondern nur auf streng juristischem Standpunkte stehen zu bleiben, von welchem aus sogar die „vorbereitenden Schritte“ streng überwacht und strafbar sind (s. Leipziger Hochverrathsprozeß). Auch bei der tautologischen Nebeneinanderstellung von „Krieg“ und „Zerstörung“ wollen wir uns nicht aufhalten, sondern bei den „Endzielen“ ein wenig verweilen. Diese „Endziele“ sind nämlich nichts als eine juristische „Eselsbrücke“, geschaffen, um sich aus der Logik der Gegenwart rechtzeitig in die Phantastik der Zukunft zu flüchten. Wenn die That nicht zu bemessen ist, so ist es desto leichter, die Absicht unterzuschieben, zumal dann der materielle Gegenbeweis schwer zu führen ist.

Du bist kein Dieb, aber Du willst einer werden —

Ihr Sozialdemokraten zerstört nicht die Gesellschaft, aber Ihr wollt sie zerstören —

— Wir haben oft genug die Reform betont und Eure Richter haben erst jüngst unser Streben nach Reform anerkannt!

Gleichviel! — Was Ihr „Reform“ nennt, ist bei uns „Krieg“, und übrigens ist es gleichgiltig, wie das Ding heißt; wer an der bestehenden Ordnung rüttelt, bekriegt diese, wer kritisirt, zerstört, Punktum!

Das wäre denn das Ende der Deduktion; bleibt uns nur übrig, zu zeigen, wer straflos die Ordnung untergräbt —

Auf jedem Blatte der Geschichte steht mit blutiger Schrift geschrieben, wie Diejenigen, welche die „Staatskunst“ zum Monopol gemacht haben, ihr ganzes Wissen, Können und Streben darauf gerichtet haben, die bestehende Ordnung zu untergraben. Alle Mittel der Gewalt sind im Laufe der Geschichte von den Machthabern erschöpft worden, um den Status quo, den Bestand anderer Staatsordnungen zum Zwecke der Befriedigung von Sonderinteressen zu gefährden; in neuerer Zeit nennt man das Resultat harmlos „annektiren“. Da hilft um so weniger ein Leugnen, als die Lobpreiser der „Ordnungstodtengräber“ gerade darin den Ruhm der Herrscher und Beherrschten finden, indem sie die Erfolge der Gewalt mit dem Nimbus der Tugend umgeben. Gegen dieses beständige „Untergraben“ giebt es weder Richter noch Strafe, weder Kläger noch Angeklagte!

Und der „freisinnige“, „gesetzliche“, „ordnungsliebende“ Liberalismus? —

Er will es nicht hören, daß sein Dasein aus den Erfolgen eines consequenten „Untergrabens“ der absolutistischen Gesellschaftsordnung hervorgegangen ist; er will nicht daran erinnert sein, daß er einst in weniger offener und wissenschaftlicher Weise als die Sozialdemokratie an den Grundpfeilern des Staates gerüttelt hat; er will nicht von dem Wahne lassen, sein „System“ für das beste aller möglichen, für in erster Instanz 6 und Rackow 3 Monate zuerkannt erhalten; bei dem dritten Angeklagten, Gebert, Redakteur der „Bürgerzeitung“, wurde das erstinstanzliche Urtheil, auf 4 Wochen Gefängniß lautend, einfach bestätigt. „Zu was braucht man da noch Ausnahmegesetze?“ fragt mit Recht die „Berliner Freie Presse“.

— Den 27. September wurden in Stuttgart die Genossen Motteler und Hennecke in Haft genommen, Ersterer wegen angeblicher Kaiserbeleidigung, Letzterer wegen eines Artikels in der confiszirten Nummer 78 der „Süddeutschen Volkszeitung“. — Den 25. September wurde Genosse Grunwald zu Altenburg verhaftet, um seine Strafe von 9 Monaten „abzubüßen“. — Der Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse“, Paul Lauschke, wurde am 27. September plötzlich verhaftet. Grund unbekannt.

— Unser Cassele Parteiorgan, „Hessisches Volksblatt“, welches bis jetzt ein Mal wöchentlich herausgegeben wurde, erscheint vom 1. Oktober an dreimal in der Woche.

— Der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ erscheint vom 1. Oktober an unter dem Titel „Fränkische Tagespost“. Die Leipziger „Fackel“ hat zu erscheinen aufgehört. Vom 1. Oktober an wird ein neues freisinniges Blatt in großem Format unter dem Titel „Neue Leipziger Zeitung“ herausgegeben.

Aus den Vereinigten Staaten.

New-York, 13. September.

Wenn man die Arbeiterbewegung nach der Zahl der Theilnehmer beurtheilen dürfte, so wäre sie jetzt schon in den Vereinigten Staaten mächtiger als irgendwo, obwohl sie so jung ist. Aber sie ist auch darnach; denn sie entspringt keiner Sinnesänderung des Volkes, sie entspringt blos der Nothwendigkeit der Beseitigung der alten korrupten Parteien. Als solche aber verdient sie vollste Anerkennung; denn diese Umbildung des Parteiwesens setzt eine bedeutende Lockerung der bisher mächtigsten Banden voraus, der Sekten- und Nationalitäts-Vorurtheile.

Die Herbstwahlen haben begonnen. Zuerst hat das Volk der Staaten Vermont und Maine gesprochen, der beiden Festungen des Republikanismus, welche seit zwanzig Jahren eine zweite Partei nur dem Namen nach gekannt haben. Im erstgenannten Staate haben die Republikaner einen Congreßdistrikt von fünfen verloren; die Green-[illegible] Tritten dahinsinken, und daher wird sie auch die Grube nicht erblicken, in die sie plötzlich und rettungslos durch eigene Schuld hinabfahren wird. Wer die Entwicklung hemmen will, der wagt seine ganze Existenz, wenn er nicht weitsehend genug ist, die Folgen seines Schrittes zu ermessen; mit „impotenter Omnipotenz“ kann man der Zeit nicht ungestraft ein „Rückwärts!“ gebieten.

—c—

Der Kampf um das Recht.

Nehmen wir nochmals das Buch des Professors und preußischen Geheimeraths Dr. von Jhering zur Hand und lesen auf Seite 8—10 folgende Auseinandersetzungen:

„Mit dem bestehenden Recht haben sich im Laufe der Zeit die Interessen von Tausenden von Individuen und von ganzen Ständen in einer Weise verbunden, daß dasselbe sich nicht beseitigen läßt, ohne letztere in empfindlichster Weise zu verletzen — den Rechtssatz oder die Einrichtung in Frage stellen, heißt allen diesen Interessen den Krieg erklären, einen Polypen losreißen, der sich mit tausend Armen festgeklammert hält. Jeder solcher Versuch ruft also in naturgemäßer Bethätigung des Selbsterhaltungstriebes den heftigsten Widerstand der bedrohten Interessen und damit einen Kampf hervor, bei dem wie bei jedem Kampfe nicht das Gewicht der Gründe, sondern das Machtverhältniß der sich gegenüberstehenden Kräfte den Ausschlag giebt und damit nicht selten dasselbe Resultat hervorruft, wie beim Parallelogramm der Kräfte: eine Ablenkung der ursprünglichen Linie in die Diagonale.

„Nur so wird es erklärlich, daß Einrichtungen, über welche das öffentliche Urtheil längst den Stab gebrochen hat, oft noch lange ihr Leben zu fristen vermögen; es ist nicht die vis inertiae, welche es ihnen erhält, sondern die Widerstandskraft der bei ihrem Bestande betheiligten Interessen.

„In allen solchen Fällen nun, wo das bestehende Recht diesen Rückhalt am Interesse findet, ist es ein Kampf, den das Neue zu bestehen hat, um sich den Eingang zu erzwingen, ein Kampf, der sich oft über ein ganzes Jahrhundert hinzieht. Den höchsten Grad der Intensivität erreicht derselbe dann, wenn die Interessen die Gestalt erworbener Rechte angenommen haben. Hier stehen sich zwei Parteien gegenüber, von denen jede die Heiligkeit des Rechts in ihrem Panier führt, die eine die des historischen Rechts, des Rechts der Vergangenheit, die andere die des ewig werdenden und sich verjüngenden Rechts, des ewigen Unrechts der Menschheit auf das Werden — ein Conflikts-fall der Rechtsidee mit sich selber, der in Bezug auf die Subjekte, die ihre ganze Kraft und ihr ganzes Sein für ihre Ueberzeugung eingesetzt haben und schließlich dem Gottesurtheil der Geschichte erliegen, etwas wahrhaft Tragisches hat. Alle großen Errungenschaften, welche die Geschichte des Rechts zu registriren hat: die Aufhebung der Sklaverei, der Leibeigenschaft, die Freiheit des Grundeigenthums, der Gewerbe, des Glaubens u. a. m., sie alle haben erst auf diesem Wege des heftigsten, oft Jahrhunderte lang fortgesetzten Kampfes gewonnen werden müssen, und

Es wird also ein verzweifelter Wettkampf nicht nur bei den Oktober- und November-Congreßwahlen und dann im Januar in den Legislaturen um die Congreß-Senaturen stattfinden, sondern auch im Congreß selbst, welcher im Dezember dieses Jahres zu seiner letzten Sitzung zusammentritt (der alte 45. Congreß). Da es ganz in der Macht des alten Congresses steht, alle Verwilligungen für den öffentlichen Dienst zu unterlassen, wenn er am 4. März sich auflöst, so würde die Administration schon vor Ablauf des Finanzjahres (am 30. Juni 1879) den neuen Congreß einberufen müssen. Die Steuerverweigerung ist hierlands nicht kriminell strafbar, vielmehr als gesetzmäßiges Mittel gegenüber Regierungswillkür anerkannt. Wer kann zweifeln, daß sie angewandt werden wird, um die Entscheidung zwischen der Volksmehrheit und der Regierung zu beschleunigen? Denn selbst der alte Congreß wird in seiner Sterbestunde dem am Stimmkasten erklärten Volkswillen sich einigermaßen beugen.

Bei alledem wird die Sozialdemokratie nicht mitzusprechen haben, es wäre denn, daß sie einen oder zwei Vertreter in das Repräsentantenhaus des Congresses schicken könnte, wozu nicht viel Aussicht bleibt. Denn, wie wir schon mitgetheilt haben, sie ist blos unter den Eingewanderten grundsätzlich vertreten; die Englisch-redenden, welche zu ihr bisher gehalten haben, werden mit den Greenbacklern stimmen, weil diese alle, oder fast alle gegenwärtigen Forderungen der Sozialdemokratie in ihr Programm aufgenommen haben. Für die eingewanderten Sozialdemokraten giebt diese Sachlage einen schweren Stand. Sie erkennen die Nothwendigkeit der Zerstörung der alten Parteiorganisation an; aber sie mögen und können nicht für die beabsichtigten finanziellen Maßregeln der Greenbackler, welche sehr bald das Ruder der Nation in der Hand haben dürften, sich mitverantwortlich machen. Sie haben allerwärts wenig oder keine Mitglieder, welche gut genug Englisch reden und in Legislaturen sich wahrhaft nützlich machen könnten, um sie als Candidaten aufzustellen; und doch verdienen unter den Greenbacklern äußerst Wenige hinreichendes Vertrauen, um mit gutem Gewissen für sie stimmen zu können. Sie möchten gern mitarbeiten, um bald etwas zur Erleichterung der Noth unter den Lohnarbeitern beizutragen — was ganz unmöglich ist, so lange die alten Parteien das Heft in der Hand haben; und doch sehen sie voraus, daß die finanziellen Maßregeln der Greenbackler, wenn sie Gesetzeskraft erlangen, eine unabsehbare Verwirrung in allen Erwerbsverhältnissen anrichten werden. Sie sind also gerade [illegible]

Wo immer die Willkür und Gesetzlosigkeit sich hervorwagt, da sind sie also zu bekämpfen! Mit diesen Worten hat Dr. Jhering den Nagel auf den Kopf getroffen. Zeigt sich die Willkür und Gesetzlosigkeit im Volke und besonders in den unteren Schichten desselben, sofort sind hundert Häscher und Richter bereit, diesen Erscheinungen entgegenzutreten; zeigt sich aber Willkür und Gesetzlosigkeit bei den Machthabern und in den oberen Schichten der Bevölkerung, da fehlen immer die Häscher und auch oft genug die Richter, weil sich das „edlere Wild“ durch allerlei Deckungen aus der Schußlinie gebracht hat, oder sich durch Gesetzesparagraphen aus der Schußlinie hat bringen lassen. Allein nur die Sozialdemokratie tritt der Willkür und den Gesetzesverletzungen, wo immer sie sich hervorwagen, grundsätzlich entgegen und deshalb hauptsächlich soll sie vernichtet werden. —

Im Uebrigen verweisen wir auf das treffliche Buch selbst; wir können keine weiteren Auszüge bringen, da dasselbe werth ist, vollständig citirt zu werden.

Das Gesetz gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Nach der ersten Lesung in der Commission.

§ 1. Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

§ 1a. Genossenschaftliche Kassen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind in Verwahrung und Administration zu nehmen. Die Befugnisse des Vorstandes gehen auf die administrirende Behörde, beziehungsweise auf den von der Behörde bestellten Administrator über.

Im Uebrigen sind Verbindungen jeder Art den Vereinen gleichgestellt.

§ 2. Unverändert.

§ 3. Auf Grund des Verbots sind die Vereinskasse, sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Behörde in Beschlag zu nehmen.

Nachdem das Verbot endgiltig geworden, ist das in Beschlag genommene Vereinsvermögen durch die Verwaltungsbehörde zu liquidiren und je nach den gesetzlich zulässigen Verpflichtungen und Zwecken des Vereins zu verwenden.

Gegen die Anordnungen der Behörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt, mit Vorbehalt jedoch des Rechtsweges für vermögensrechtliche Ansprüche Dritter und der Vereinsmitglieder.

(drei Monate), um aus dem Berichte gesetzgeberische Maßregeln abzuleiten, und wahrscheinlich noch viel weniger Lust dazu, umsoweniger, als die meisten Mitglieder des Ausschusses nicht wieder in den Congreß zurückgewählt werden dürften. Wir erwähnen deshalb diesen Gegenstand blos, um zu bemerken, daß fünf Jahre der Geschäftsnoth in unserer demokratischen Republik haben daraufgehn müssen, bevor es für nöthig erachtet wurde, die Ursachen und Abhülfsmittel der allgemeinen Noth zu untersuchen, und daß auch dann die Untersuchung nicht ernst gemeint war, ja, unverantwortlich leichtsinnig gehandhabt wurde.

Wir legen also nicht viel Gewicht auf das, was binnen einem Jahre von jetzt an im Congreß geschehen wird; wir dürfen aber in verschiedenen Einzelstaaten eine Reihe gesetzgeberischer Maßregeln erwarten, welche im Sinne der Sozialdemokratie sind, und nicht minder in einzelnen Städten. In diesen kleineren Legislaturen hat die Greenbackpartei, falls sie siegt, keinen Spielraum für ihre bedenklichen Finanzpläne — denn diese gehören alle vor die Nationalvertretung. In diesen Legislaturen kann sie nur unser Programm, d. h. dessen vorläufige Forderungen, entwickeln und durchführen. Vor den ersten Monaten des neuen Jahres freilich sind davon keine Wirkungen zu erwarten. Immerhin winken neue und größere Hoffnungen.

Correspondenzen.

Berlin, 26. September. Während der letzten Wahlcampagne wurde bekanntlich eine größere Anzahl von Parteigenossen wegen Vertheilens von Wahlflugblättern fistirt, stundenlang in Haft gehalten und nachträglich mit Strafmandaten bedroht. So wurde auch der Schuhmacher Reis zur Wache gebracht und nachträglich mit einer Strafverfügung von 5 Mark wegen gewerbsmäßigen Vertheilens von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubniß beehrt. Auf erfolgte Einsprache des Reis wurde auf gestern ein öffentlicher Termin vor dem Stadtgericht anberaumt und hierbei festgestellt, daß Reis freiwillig, nur im Interesse der Arbeitersache, die Vertheilung von Wahlflugblättern besorgt hatte. Es erfolgte kostenlose Freisprechung. — Bei der Prüfung des Mandats des Abgeordneten des 6. Berliner Wahlkreises werden unsere Parteigenossen im Reichstage diese richterliche Entscheidung gut verwerthen können; wenn sie auch nicht die Ungültigkeitserklärung erreichen, so müssen solche Fälle doch mit aller Schärfe [illegible]

§ 7. Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde, bei periodischen, im Inlande erscheinenden Druckschriften die Landespolizeibehörde des Bezirks, in welchem die Druckschrift erscheint. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in allen Fällen durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen und für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§ 8. Das Verbot ist unter Angabe der Gründe dem Verleger, sowie dem Herausgeber der Druckschrift zuzustellen.

Gegen das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot steht unbeschadet des Rechtes der Gegenvorstellung dem Verleger, sowie dem Herausgeber die Beschwerde (§ 19) zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbots bei der Behörde anzubringen, welche dasselbe erlassen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 9. Unverändert.

§ 10. Unverändert.

§ 11. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen.

Die Beschwerde folgt dem landesgesetzlichen Instanzenzuge gegen Polizeiverfügungen entsprechender Art.

§ 12. Wer an einem verbotenen Vereine (§ 2) als Mitglied sich betheiligt oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 5) sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 5) sich nicht sofort entfernt. (Hier sind die Worte nach „Vereine“ „mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbots“ gestrichen.) Absatz 2 unverändert.

§§ 13, 14, 15. Unverändert unter Weglassung der Worte „mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbots.“

§ 16. Gegen Personen, welche sich die Agitation für die in § 1, Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machen, kann im Falle einer Verurtheilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 12 bis 15 neben der verwirkten Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthalts außerhalb ihres Wohnortes erkannt werden.

Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Verurtheilten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde versagt werden. Ausländer können von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden.

Gegen solche Anordnungen findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahr bestraft.

Schluß erwähnte Referent die Ausnahmegesetze und meinte, im Falle dieselben nach der Vorlage angenommen würden, sei es höchst wahrscheinlich, daß die Schriften Lassalle's verboten würden; diese und andere Maßnahmen sollten uns aber nicht abhalten, tapfer auszuharren bei der Fahne des Sozialismus. Nachdem der Redner geschlossen, erscholl lauter Beifall. Der Referent trug dann noch ein ansprechendes Gedicht vor, und wurde die Versammlung alsdann vom Vorsitzenden geschlossen. Mit sozialdemokratischem Gruß F. S.

Erfurt, 25. September. Die Arbeitseinstellung in der Ed. Linzel'schen Schuhfabrik hat durch beiderseitiges Entgegenkommen seinen Abschluß gefunden.

Magdeburg, 26. September. Die heute erscheinende „Magdeburgische Freie Presse" hat angezeigt, daß sie zu erscheinen aufhört. Nicht die drohende Reaktion zwinge sie dazu, sondern die traurigen Arbeitsverhältnisse, die Noth der Arbeiter, welche dieselben verhindere, in genügender Zahl auf die „Freie Presse" zu abonniren.

Lesum-Burgdamm, 26. September. Am 24. d. M. hatten sich acht Tombolaloosinhaber auf die Anklage, „in einer im Königreich Preußen nicht besonders gestatteten Lotterie gespielt zu haben", bei der kgl. Kronanwaltschaft zu Verden zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 15 Mk. Strafe, resp. 5 Tage Haft und Tragung der Kosten. Die Kronanwaltschaft erkannte auf 6 Mk. Strafe, resp. 2 Tage Haft für Jeden und Tragung der Kosten. Ein Mitangeklagter, der besonders noch beschuldigt war, „den Verkauf von Loosen zu dieser Lotterie als Mittelsperson — nicht als Collekteur — befördert zu haben", erhielt hierfür 9 Mk. Strafe, resp. 3 Tage Haft; der Staatsanwalt beantragte 70 Mk., resp. 14 Tage Haft. Zwei andere Mitangeklagte, von denen einer vier Loose gespielt hatte, der andere nicht erschienen war, wurden Beide, letzterer in contumaciam, ebenfalls zu 6 Mk. verurtheilt. Ein Genosse in Verden, der zu derselben Zeit vorgeladen war, und dem irgend ein liebenswürdiger Jemand ein Tombolaloos in seine Rocktasche spedirt hatte und dasselbe auch bei der bei ihm vorgenommenen Haussuchung darin befunden, wurde kostenlos freigesprochen; ebenso wurde ein Gastwirth in Achim, der sein Loos auf dem Tische in seiner Gaststube gefunden und dasselbe für ein werthloses Pferdeeisenbahnbillet gehalten hatte, ebenfalls freigesprochen.

Mainz, 2. September. Die Reichstagswahl ist vorüber, und ich möchte Ihnen über die Erfahrungen, die wir bei derselben gemacht haben, Einiges mittheilen. Nach den Attentaten waren es natürlich die „Mainzer Zeitung" und das „Mainzer Tagblatt", welche ihr Möglichstes in Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie leisteten. Hiedurch veranlaßt, hielten wir eine Volksversammlung ab, in der circa 3000 Personen anwesend waren. Da am selben Tage die genannten Blätter schrieben: „Mit einer wahren Wanzenfrechheit halten die Sozialdemokraten noch Versammlungen ab", so lud man die Herren Redakteure dazu ein; dieselben glänzten indeß, wie gewöhnlich, durch Abwesenheit. Die Versammlung nahm für uns den günstigsten Verlauf. Das war der Anfang zur Wahlagitation. Wir hielten eine zweite Versammlung ab, in der Wilhelm Liebknecht als unser Candidat aufgestellt wurde, welcher jedoch wegen anderweiter dringender Beschäftigung höchstens eine Versammlung abhalten zu können erklärte. Da Jeft und Leyendecker ebenfalls auswärts agitirten, auch an einen Sieg unseres Candidaten zu denken Niemandem einfiel, kam es uns hauptsächlich darauf an, keinen Rückgang in der Stimmenzahl verzeichnen zu müssen. — Einigermaßen wurde allerdings unsere Agitation lahm gelegt durch Lokalsperre und andere widrige Umstände; doch gelang es uns, durch Liberalität der Mainzer Stadtverordneten für den 18. Juli den Akademiesaal (kurfürstliches Schloß) zu erhalten, wo Liebknecht in zweistündigem Vortrage die zahlreich erschienenen Gegner kräftigst verarbeitete, von denen trotz wiederholter Aufforderung Niemand ihm entgegenzutreten wagte. Von der 178 Mark betragenden Einnahme dieser Versammlung sandten wir 80 Mark nach Offenbach, glaubten indeß kaum im Stande zu sein, noch eine Versammlung in dieser Wahlcampagne abhalten zu können, als es unseren Parteigenossen in Folge eigenthümlicher Verkettung von Umständen gelang, in zwei gegnerischen, am 28. Juli in demselben Saale abgehaltenen Versammlungen gewissermaßen „das Heft in die Hand zu bekommen" und auf diese Weise unsere Agitation wesentlich zu fördern.

Im Jahre 1877 erhielt unser Candidat 1874, 1878 3267 Stimmen; in der Stadt erhielten die Sozialdemokraten 1877 1500 und 1878 2459 Stimmen. Hätten wir auf dem Lande mehr agitiren können, so wäre es noch in Frage gestellt, wer in die engere Wahl kam. Die Demokraten erhielten im Ganzen 930, Reuleaux, der Nationalliberale, 7293 und Moufang 6978 Stimmen; also Stichwahl. Jetzt waren die Sozialdemokraten vor die Alternative gestellt, von diesen Beiden Einen zu wählen. Sie gaben dem Ultramontanen ihre Stimmen, nachdem er sich auf die durch die Zeitungen bereits bekannt gewordenen Forderungen verpflichtet hatte. J. L.

Mainz, 9. September. Arm, sehr arm, fiel hier die Sedanfeier aus. Man sah in den meisten Straßen kaum 3—4 Fahnen ausgehängt. Doch muß ich Ihnen einiges über den früheren Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Oechsner, „demokratischen" Adjunkt der Stadt Mainz, berichten. Derselbe, „der lieber als gemeiner Soldat in den Reihen der ‚Demokratie' thätig sein möchte, als ein Mandat zu dem hessischen Landtage anzunehmen," sprach u. A. bei dem Sedansbankett in der „Neuen Anlage" folgendes:

„In Etwas aber sollte uns das Heer mit seinem einheitlichen Gedanken und seiner Disziplin zum Muster und zur Nachahmung dienen. Meine Herren, man klagt eben so vielfach über Handel und Industrie, die da Noth leiden, nicht allein bei uns, sondern mehr oder weniger fast überall. Die Gründe hierzu sind gewiß nicht im Freihandelssystem und etwa in erster Linie in der freisinnigen Gesetzgebung unserer Zeit zu suchen — denn in England herrschen ja schon längst diese Prinzipien; sie sind auch nicht ausschließlich in der zweifelhaften allgemeinen politischen Lage zu suchen, wir sind ja jetzt groß und mächtig; aber zum Theil ist die Schuld doch darin zu suchen, daß ein Theil unserer Nation glaubt, den heutigen Staat niederreißen und einen neuen Staat auf neue Prinzipien hin errichten zu können, die sich aber erst noch zu bewahrheiten haben. Es giebt aber Staatsprinzipien, welche wohl ewig dieselben bleiben müssen. Sie heißen: Tüchtiges lernen, fleißig arbeiten, sparsam sein und den Gesetzen gehorchen! Wenn wir uns aber nicht selbst wiederfinden, wenn sich nicht das freisinnige deutsche Bürgerthum einigt, um diesen inneren Zerwürfnissen durch gutes Beispiel, durch Ermahnungen und Belehrungen entgegenzutreten und sie zu heilen — wenn dieses nicht geschieht, dann meine Herren helfen auch ganz gewiß alle Ausnahmsgesetze nicht!"

Armer Oechsner! So weit sind Sie schon gekommen, daß Sie die Sozialdemokratie verantwortlich machen wollen über das Darniederliegen von Handel und Industrie! „Niederreißen und einen neuen Staat auf neue Prinzipien hin errichten zu können, die sich aber erst noch zu bewahrheiten haben." Die Praxis, die Praxis, Herr Oechsner, welche uns noch fehlt, die würde es lehren. Ein Oechsner wäre dann freilich nicht zu gebrauchen im sozialistischen Staat — höchstens als Nachtwächter! „Und sparsam sein". Ja, Herr Adjunkt Oechsner, wenn die Arbeiter so einen Gehalt pro Jahr von 6000 Mark bekämen, wie Sie, dann könnten Sie auch etwas sparen. Hier kann man so recht sehen, wie getreu der Sittenspiegel war, der das Flugblatt vom 30. Juli, betitelt „Zur Situation", enthielt, welcher diesen Herren „Demokraten" vorgehalten wurde. Nun, die drei Geistesherren von Mainz, Oechsner, Kötter und Stumpf, können sich die Hände reichen. — Ade Herr Oechsner. —r.

Dresden, 7. September. Wie langsam bei uns im lieben Deutschland manche Sache vor sich geht, beweist folgender Vorfall: Seit 1. Januar 1877 ist den Hilfsweichenstellern eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag versprochen worden, aber bis zum heutigen Tag haben dieselben noch nichts davon gesehen. Kam da neulich eine anonyme Anzeige an den Herrn Generaldirektor v. T., worauf der Herr Oberinspektor v. F. die Leute um sich versammelte und ihnen unter schönen und nicht schönen Reden versprach, dafür Sorge zu tragen, daß ihnen das Geld ausgezahlt werden würde, es handle sich nur um die Rechnungsbücher des Hrn. G. Das war im Februar 1878 — wie lange dauert nun wohl noch die Herstellung der Ordnung in den Büchern der obengenannten Herren? Bis jetzt ist noch kein Pfennig ausgezahlt worden — nun hoffen wir Armen, vielleicht kommt es dennoch! X.

Frankenhausen i. Th., im September. Es war doch eine schöne Zeit, die Zeit vor der Reichstagswahl! Alles wetterte auf die Sozialdemokraten hinein, der Pastor von der Kanzel in erster, die Polizei in ihrem Wirkungskreis und — außerhalb desselben in zweiter, die Fabrikanten mit der Hungerpeitsche in dritter Linie. „Arme Sozialdemokraten!" sagte ich, als ich diese Schlachtlinie sah. — Aber, als der Tag der Wahl kam und man die ruhigen Gestalten der Wähler sah, wie sie vor den Tischen, wo die Wahlzettel der Liberalen und Conservativen ausgebreitet lagen, entschlossen vorbeigingen, da kam mir auch ein anderer Gedanke. Wenn man sah, wie die Liberalen den trotzigen Gestalten nachsahen, die es verschmähten, ihren Wahlzettel-Tisch zu besuchen. Bei der Stimmenzählung stellte sich heraus, daß der vierte Theil aller abgegebenen Stimmen in hiesiger Stadt von Sozialdemokraten für einen Sozialdemokrat, W. Bock, Gotha, abgegeben waren. Welcher Schreck! welche Wuth dann bei den Fabrikanten aller reaktionären Parteischattirungen, als sie sahen, daß die „Sklaven des 19. Jahrhunderts" weder Polizei-Chikane, noch Hungerpeitsche fürchten! Trotzdem giebt es noch Kriecher genug unter den Arbeitern, deren Lumpenthum so weit geht, daß sie Wahlzettel von ihren Arbeitscollegen forderten und dieselben dann ihren Arbeitgebern zeigten mit dem Bemerken: „ich wähle aber nur, wen mein Herr wählt". Diesen Menschen könnte Schreiber dieses nachweisen, wie sie das Eigenthum ihres Arbeitgebers annektiren — und Gegenstände von 6 Mark Werth für 1 Mark 50 Pfennig verkaufen, so daß in einem Jahre das Sümmchen von 130 Mark herausspringt. Aber es ist genug gegen die Sozialdemokraten denunzirt worden, so daß man allen Ekel vor einer Denunziation und noch mehr vor einem Denunzianten bekommt. Fort mit solchen Lumpengestalten! „Den Tag nach der Wahl kündigte ein Fabrikant zehn seiner Arbeiter, weil sie für W. Bock gestimmt haben sollen. Des anderen Tages wurde die Kündigung widerrufen. Der vierte Theil der abgegebenen Stimmen? Es war zu viel! Keine Versammlung? Kein Flugblatt? Und doch so viele Stimmen?! Das hatten sich die „Herren" nicht träumen lassen. A. R.

Heidelberg, 9. September. In der Nummer des „Vorwärts" vom 8. September rechtfertigt sich Herr Scholl und erklärt, nach eingezogener Erkundigung sei der Entlassungsgrund aus meiner früheren Stellung ein anderer, und giebt als Beweggrund an, daß mein bisheriger „Arbeitgeber" gegenwärtig noch ein Mitglied unserer Partei beschäftige. Der Sachverhalt ist folgender: Ich arbeitete von Ostern bis Pfingsten bei Herrn Schreinermeister Blatz dahier, Vorsitzendem der „Freien Gemeinde", ungehindert. Am Donnerstag nach Pfingsten, früh 6 Uhr, erklärte mir Herr Blatz, daß ich nicht mehr zu arbeiten brauche. Auf meine Frage, warum? erwiderte er: „Solche Leute, die sich mit sozialistischen Lumpenbuben und Lumpenpossen abgeben, Leute, die die sozialistische Agitatoren unterstützen, Leute, die deren Broschüren verbreiten, beschäftige er nicht." Ich wollte ihn zurechtweisen, er ließ mich jedoch nicht zum Wort kommen und sagte: „Wenn Sie Lump nicht machen, daß Sie hinauskommen, schmeiße ich Sie hinaus oder lasse Sie von der Polizei abführen." Ich arbeitete also noch einen Tag nach Pfingsten umsonst. Hat er etwa die 3 Mark zur Wilhelmsspende gegeben? — Nun suchte ich mein Recht vor dem zweiten Bürgermeisteramt zur Geltung zu bringen; aber, o weh! 17 Tage mußte ich warten, bis ich eine Vorladung erhielt. Leider konnte ich nicht erscheinen, weil ich von den hiesigen Mitgliedern des Tischlerbundes als Delegirter zur Generalversammlung nach Dresden abgesandt wurde. Sofort nach meiner Rückkehr ersuchte ich um eine weitere Vorladung, was natürlich geschehen mußte; aber diese war gerade auf die Stunde angesetzt, wo ich von dem Standesbeamten als verehelicht eingetragen wurde. Sofort ging ich zum Bürgermeister und bat ihn deshalb um Vertagung, was jedoch nicht beliebt ward, und ich wurde „von Rechtswegen" wegen Nichterscheinens in die Kosten verurtheilt. — Was den von Herrn Blatz noch beschäftigten Parteigenossen anbelangt, so verhält sich die Sache folgendermaßen: Derselbe war damals kaum drei Wochen bei Blatz in Arbeit, und konnte dieser unmöglich wissen, daß der Mann Sozialist sei, weil der Genosse erst zugereist war. Ich brachte jenen Artikel ebenfalls im „Pionier" und sandte Herrn Blatz ein Exemplar zu. Es läßt sich nun leicht denken, daß wenn dies Herr Scholl erfahren hat, Herr Blatz sich schämen mußte, und darum verheimlichte er den Bericht vor Herrn Scholl. Als sich aber die Vertilgungswuth etwas gelegt hatte, behielt er den Genossen gerade deshalb, damit er mit dem Beweis, welchen Herr Scholl angeführt hat, mir entgegentreten konnte. Uebrigens ist es genug — Anno 1848 zum Tode verurtheilt, heute hervorragender Führer der nationalliberalen Partei!

Chr. Waiblinger.

Briefkasten

der Redaktion: **D. P. in München**: Ihre Briefe hat die Redaktion nicht erhalten. Was Sie betr. des „Journal officiell" ꝛc. sagen, trifft zu. Nur, daß die erste, von den Vertretern des siegreichen Volks herausgegebene Nummer das Datum des 19., nicht das des 17. März trägt, was ja selbstverständlich, da die Erhebung im Lauf des 18. stattfand. Die nach der Märzrevolution herausgegebenen Nummern beginnen mit 79. Nach Gründung der Commune wurde die Nummerirung unterbrochen, und statt Nr. 89 erschien Nr. 1. Allein schon am folgenden Tag knüpfte man wieder an die frühere Zahlenreihe an, so daß Nr. 2 der Commune die Nr. 90 trägt u. s. w. bis zum 24. Mai (Mittwoch) Nr. 144. Es fehlen Ihnen also die 3 letzten Nummern. — Ihre anderen Fragen, soweit Sie nicht Hofbaurath Demmler betreffen, lassen Sie sich doch von Münchener Genossen, welche den Gegenstand besser kennen als wir, beantworten. — An Hofbaurath Demmler, Schwerin, müssen Sie direkt schreiben; er wird Ihnen die gewünschte Auskunft gern ertheilen.

der Expedition. **Ch. Neu Frankfurt a. M.**: Wir sistirten den Versandt da K. mit Zahlung zu sehr im Rückstand. — **Genossenschaftstischlerei Deutz**: Ihre Annonce erhielten wir am 27. Sept., Nachmittags 5 Uhr, also für die Sonntagsnummer viel zu spät. **P. T. Thun**: Die Nummern des „Vorwärts" vom 20. Juni bis 1. Oktober kosten M. 1,60 und innerhalb Deutschland 30 Pfg. Porto. Für Elsaß ist dem „Vorwärts" der Postdebit entzogen. Briefe hat Geiser erhalten, Sie hätten eigentlich Ihre Anfrage an die Expedition richten sollen. Die 23 Pfg. sind der Expedition übergeben und erhalten Sie Nr. 43 der „N. W." per Kreuzband zugesandt, wie Sie uns Ihre genaue Adresse angeben.

H. Pilster, Iserlohn, wird ersucht, mir seine genaue Adresse anzugeben.
Christ. Dreifürst, Schloßplatz 6, Höchst a. M.

Cöln. **Samstag**, den **12. Oktober**, findet in der Restauration „Zum Schiffchen" am alten Ufer eine **außerordentliche Generalversammlung der Genossenschaftstischlerei** (E. Gen.) statt. T.-O.: Der § 16 des Statuts. Der Aufsichtsrath. (F. 80) [1,50

Leipzig u. Umg. Dissidentenbund. **Mittwoch**, den 2. Okt., Abends 8½ Uhr, bei Richter, Roßplatz 9 (Tranon):
Monatsversammlung.
Tagesordnung: Vortrag. [70
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Unterstützungsverein der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.
Allen Mitgliedern diene zur Nachricht, daß ich obigen Verein unterm heutigen Tage als aufgelöst erkläre und alles disponible Vermögen der Krankenkasse des Gewerkvereins der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend vermache, welche die Rechte einer eingetragenen Genossenschaft in das Kgl. Genossenschaftsregister zu Leipzig hat. [1,20
R. Ludwig, Vorsteher.

Ottensen. Arbeiterverein. **Donnerstag**, den **3. Oktober**, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung; 1. Abrechnung. 2. Vortrag des Herrn Max Stöhr. [80
F. Heerhold.

Ein geübter **Korbmacher** gesucht auf feinere Sessel u. Blumentische ꝛc. v. Fr. Franken-Köller Düsseldorf. (F. 80) [60

Roh-Tabak.

Domingo 45. 55. **Blatt 120 Pf.**
Brasil 60. 70. 80. 100. do. **Blatt 6—7 Pfd.** deckend 130 **Pf.**
Seedleaf 45. 50. 55. do. **Blatt 80. 100. 120—180.**
Java 90. 150. 160. 180. 250 **Pf.**
Palmyra 130. 135. 170. **Rio Grande** 60 Pfg.
Carmen 80. 100. 120. **Saratow 40 Pf.** [3,50
Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Im Verlag von **Emil Sauerteig in Gotha** ist erschienen: (25) [90
Elementar-Lehre für Arbeiter-Gesang-Vereine.
Preis: 20 Pfg., 20 Stück 3 Mk., 50 Stück 5 Mk.

Von **Klemich's Schriften** sind gegenwärtig nur noch folgende vorräthig und durch Frau **Eugenie Klemich** Schloßstr. 23 II. in **Dresden** zu beziehen:

	Mark.
Die Entwickelung des Menschengeistes	0,80
Der Egoismus	0,30
Aristoteles	0,80
Der Nationalitätsdünkel	0,20
Das Genossenschaftswesen (v. Most)	0,10
Wie Du sein sollst	0,20
Ein bischen Nächstenliebe	0,10
Lehre und Leben Spinoza's	0,25
Katechismus der Lehre von den Menschenpflichten	0,75
Talente und Anlagen	0,50
Ueber Beweise vom Dasein Gottes (von Stachelhausen)	0,20
Der achtzehnte März (von Kayser)	0,10
Eine Grabrede (von Eugenie Klemich)	0,30
Ferner:	
Blätter für geistigen Fortschritt:	
I. Band broschürt	3,00
gebunden	3,75
II. „ broschürt	2,00
gebunden	2,75
III. „ broschürt	3,60
gebunden	4,60
IV. „ lose	4,00
gebunden	5,00
V. „ (halber Jahrgang 1878) lose	2,00
Endlich folgende Lehrbücher:	
Lehrbuch der deutschen Sprache	1,40
„ „ „ Ortografie	1,20
„ „ Interpunktion	1,20
„ „ einfachen Buchführung	2,00
„ „ doppelten Buchführung	2,00
„ „ einfachen und doppelten Buchführung	3,50
„ „ Wechselkunde	3,00
„ „ Handel-Korrespondenz	4,20
„ „ Kaligrafie (mit vorstehendem verb.)	4,20
„ „ Rechenkunst	2,50
„ „ Terminologie (geb.)	1,20
„ „ Waarenkunde	6,20
„ „ ganzen Handelswissenschaft	20,50
Katechismus der Buchführung aller Systeme	2,20
„ „ Stilistik, Verslehre ꝛc.	2,70
Münzentabelle	0,20
Universalkalender	0,25
Uebungshefte zur einfachen Buchführung	6,00
„ „ doppelten Buchführung	7,50
Lehrbuch des Schachspiels (für Anfänger)	1,10
„ „ „ (Schachmeister)	3,20

In unserm Verlage ist erschienen:
Vertheidigungs-Rede
wider die Anklage der
Verleitung zum Kassetten-Diebstahl
gehalten
am 11. August 1848 vor dem Kgl. Assisenhofe zu Köln und den Geschworenen
von
FERDINAND LASSALLE.
Preis 35 Pfg. 8°. (ca. 5 Bogen).

Da diese Schrift in sehr wenigen Exemplaren unter den Genossen verbreitet sein dürfte, so haben wir dieselbe ihres überaus großen historischen Interesses wegen durch den Druck vervielfältigt.

Da der Verkauf in Folge des Ausnahme-Gesetzes bis Mitte October nur gestattet sein dürfte, so empfehlen wir sofortige Bestellung.

Breslau, im September 1878.

Schlesische Volks-Buchhandlung
H. Zimmer & Co.

Neu erschienen und die unterzeichnete Buchhandlung zu beziehen:
Zur orientalischen Frage
oder:
Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden?
Ein Mahnwort an die deutsche Sozialdemokratie.
Von H. L.
5½ Bogen (88 Seiten). **Preis 45 Pf.**

Der Verfasser, der bekannte Correspondent aus „Heuchelland" tritt in dieser Schrift der Auffassung des Genossen Liebknecht über die Orientfrage entgegen.

Für alle Besitzer der Liebknecht'schen Schrift ist obige Broschüre unentbehrlich.

Hottingen-Zürich, September 1878.
Volksbuchhandlung.

Keine Hosenträger, keine Riemen mehr!
Patent. Hosen-Selbstschnaller.

Dieser elastische Hosen-Selbstschnaller macht den Gebrauch von Hosenträgern und Riemen vollständig entbehrlich; derselbe wird in die beiden Schnallgurte, die sich am Rücktheil jeder Hose befinden eingeschnallt.

Die Vortheile des Selbschnaller sind augenfällig, denn nicht nur, daß das insbesondere beim Arbeiten lästige Tragen von Hosenträgern und Riemen wegfällt, wird auch die ganze Haltung des Körpers eine viel freiere und ungezwungenere, da der Selbstschnaller vermöge seiner großen Elasticität bei jeder Bewegung, sogar bei jedem Athemzuge nachgiebt und sich ausdehnt. Preis pro Stück 65 Pfg., franco Zusendung per Briefpost gegen vorherige Einsendung in Briefm. Preis per Dutzend Mk. 4,50. Wiederverkäufer gesucht. Nur allein zubeziehen von [510
H. Hurwitz in Halberstadt.

Verantw. Redakteur: Franz Güntzaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heß, 600 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: H. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanftenmann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 How St. Golden Square.

Nr. 117. Freitag, 4. Oktober. 1878.

Wer „untergräbt"?

„Die Sozialdemokratie hat dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt und deren Zerstörung als ihr Endziel proklamirt; sie hat damit selbst den Boden des für Alle gleichen Rechtes verlassen und kann sich deshalb nicht beschweren, wenn ihr dasselbe nur insoweit zu Gute kommen soll, als es mit der Sicherheit und Ordnung des Staates vereinbar ist."

So steht es klar und deutlich in den Motiven zum „Untergrabungsgesetz" zu lesen; es ist dies gleichsam deren Extrakt und wir erlauben uns gerade in diesem Extrakt eine Schwäche zu finden, die wir kurz aufdecken wollen, selbst auf die Gefahr hin, auch dabei zu „untergraben" — nämlich die Logik der Regierung.

„Die Sozialdemokratie hat dem Staat und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt" — was heißt das?

Jemandem den „Krieg erklären" heißt: die Entscheidung seiner Rechtsansprüche unter Beseitigung aller Vernunft- und nicht gewaltsamen Gründe unter die Gewalt stellen. Die Kriegserklärung bedeutet die Kündigung der Verträge, und wenn eine Partei der Gesellschaft auf diese Weise den Gesellschaftsvertrag für aufgehoben erklärt, so mag die am Staatsruder befindliche Partei allenfalls das Recht haben, ein „Ausnahmegesetz" zu proklamiren. Wir sehen also, wie nothwendig es war, der Sozialdemokratie eine Kriegserklärung zu imputiren, wir sehen aber zugleich, wie die Begründung des Ausnahmegesetzes durch ihre Hohlheit in sich selbst zusammenbricht.

Entweder: es ist nicht wahr, daß die „Sozialdemokratie dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt" — oder: es ist wahr, daß die Sozialdemokratie dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt, und dann ist es nicht wahr, daß die Motive zum „Untergrabungsgesetz" sagen, was sie sagen.

Wir wollen nicht weiter auf diesen Widerspruch eingehen, sondern nur noch einen Blick auf die Motive werfen, um zu sehen, wie sie sich mit sich selbst abfinden.

Sie sagen: „Die Sozialdemokratie hat dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt und deren Zerstörung als ihr Endziel proklamirt; sie hat damit selbst den Boden des für Alle gleichen Rechtes verlassen und kann sich deshalb nicht beschweren, wenn ihr dasselbe nur insoweit zu Gute kommen soll, als es mit der Sicherheit und Ordnung des Staates vereinbar ist."

So steht es klar und deutlich in den Motiven zum „Untergrabungsgesetz" zu lesen; es ist dies gleichsam deren Extrakt und wir erlauben uns gerade in diesem Extrakt eine Schwäche zu finden, die wir kurz aufdecken wollen, selbst auf die Gefahr hin, auch dabei zu „untergraben" — nämlich die Logik der Regierung.

„Die Sozialdemokratie hat dem Staat und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt" — was heißt das?

Jemandem den „Krieg erklären" heißt: die Entscheidung seiner Rechtsansprüche unter Beseitigung aller Vernunft- und nicht gewaltsamen Gründe unter die Gewalt stellen. Die Kriegserklärung bedeutet die Kündigung der Verträge, und wenn eine Partei der Gesellschaft auf diese Weise den Gesellschaftsvertrag für aufgehoben erklärt, so mag die am Staatsruder befindliche Partei allenfalls das Recht haben, ein „Ausnahmegesetz" zu proklamiren. Wir sehen also, wie nothwendig es war, der Sozialdemokratie eine Kriegserklärung zu imputiren, wir sehen aber zugleich, wie die Begründung des Ausnahmegesetzes durch ihre Hohlheit in sich selbst zusammenbricht.

Entweder: es ist nicht wahr, daß die „Sozialdemokratie dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt", oder

§ 16a. Gastwirthen, Schankwirthen und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, kann der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden, wenn sie trotz ergangener Verwarnung der Polizeibehörde in ihren Lokalen Agitationen für die in § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen durch aufreizende Reden zulassen oder sich selbst bei solchen Agitationen betheiligen; wenn sie auf Grund des § 6 verbotene Druckschriften auslegen, oder dulden, daß die Thätigkeit der auf Grund dieses Gesetzes verbotenen Vereine bei ihnen im Geheimen fortgesetzt wird.

§ 16b. Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die in § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann die Befugniß zur gewerbsmäßigen oder nicht gewerbsmäßigen, öffentlichen Verbreitung von Druckschriften, sowie die Befugniß zum Handel mit Druckschriften im Umherziehen entzogen werden.

§ 17. Das Verfahren wegen der Concessionsentziehungen in den Fällen des § 16a und 16b erfolgt nach den landesgesetzlichen Bestimmungen für die in der Gewerbeordnung vorgesehenen Concessionsentziehungen.

§ 18. Wer den auf Grund des § 16a oder 16b erlassenen Verfügungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 19. Zur Entscheidung der auf Grund dieses Gesetzes erhobenen Beschwerden wird eine Commission von 9 Mitgliedern gebildet, der Bundesrath wählt 4 derselben aus seiner Mitte, die übrigen 5 aus der Zahl der Mitglieder der höchsten Gerichte des Reichs oder der einzelnen Bundesstaaten.

Die Wahl dieser 5 Mitglieder erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Dauer ihres Verbleibens im richterlichen Amte.

Der Kaiser ernennt den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus der Zahl der Mitglieder.

Die Commission entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. vor der Entscheidung über die Beschwerde ist den Betheiligten Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Begründung ihrer Anträge zu geben. Im Uebrigen bestimmt die Commission ihre Geschäftsordnung selbstständig. Die Entscheidungen erfolgen nach freiem Ermessen und sind endgiltig.

§ 20. Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1, Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden, 1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zweck einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht; 2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf; 3) daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften außerhalb ihres Wohnortes versagt werden kann; 4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.

Ueber jede auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muß dem Reichstage, sowie der Landesvertretung des Bundesstaates sofort, bez. bei ihrem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden. Die getroffenen Anordnungen sind auf die für gleichartige Beschränkungen landesgesetzlich vorgeschriebene Weise und außerdem durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 21 unverändert.

§ 22. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft und gilt bis 31. März 1881.

Die Beschlüsse der Commission zu § 1a („Genossenschaftliche Kassen" ꝛc.) wurden zu näherer Festsetzung einer Untercommission vorgelegt, die für die zweite Lesung in der Commission folgende Anträge ausgearbeitet hat:

§ 1a. Die Vorschriften des § 1 finden auf Verbindungen jeder Art Anwendung, jedoch sind eingetragene Genossenschaften, registrirte Gesellschaften, eingeschriebene Hülfskassen und andere selbstständige Kassenvereine, welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Controle zu stellen. Die mit der Controle betraute Behörde ist befugt: 1) allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen; 2) Generalversammlungen einzuberufen und zu leiten; 3) die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen, sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern; 4) die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen; 5) mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitender Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen; 6) die Kassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen. Wird durch die Generalversammlung, den Vorstand oder ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Controlbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwider gehandelt, oder treten in dem Verein die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einleitung der Controle zu Tage, so kann der Verein verboten werden. Sind mehrere selbstständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbande vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbande und die Controle über denselben angeordnet werden. In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigverein zu Tage treten, die Controle auf diesen zu beschränken.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Wahrheit bohrt sich durch. In den zwei letzten Sessionen des Reichstags befürworteten die sozialdemokratischen Abgeordneten bekanntlich u. a. Wahlreformen auch die Einführung von Couverts für die Stimmzettel. Die betr. Anträge blieben resultatlos. Jetzt lesen wir in den liberalen Blättern:

„Die Petitionscommission des Reichstags will mit Rücksicht darauf, daß der Reichstag zu einer außerordentlichen Session und ausdrücklich zur Berathung und Beschlußfassung des Sozialistengesetzes einberufen worden, nur über die wichtigeren und dringlicheren der eingelaufenen Petitionen verhandeln, und wurde in der Commission als eine dringliche Petition ein aus Schlesien eingelaufenes Gesuch um Einführung von Couverts zur Abgabe von Stimmzetteln bezeichnet. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß, wenn die Stimmzettel in undurchsichtige, von den Behörden zu liefernde Couverts von gleicher Farbe und Größe gesteckt und so in die Urne gelegt werden müßten, damit eine vollständige Garantie für die geheime Ausübung des Stimmrechts gegeben wäre. Eine solche Garantie besteht jetzt nicht, denn ungleiches Format der Stimmzettel, Verschiedenheit in der Farbe und Stärke des Papiers, das Durchscheinen der Druckbuchstaben selbst bei dem stärksten Papier, so wie andere unterscheidende Merkmale können, wie sich dies namentlich bei den letzten Wahlen gezeigt hat, das Geheimniß der Stimmenabgabe beeinträchtigen. Durch Einführung von Couverts würde auch Irrthümern durch Abgabe mehrerer Stimmzettel vorgebeugt werden. Außerdem würden, wenn man die zur Aufnahme des Stimmzettels bestimmten Couverts den Wählern vor Auflegung der Wählerliste zustellte, nicht so viele Wahlberechtigte deshalb ihres Wahlrechts verlustig gehen, weil sie nicht in die Listen eingetragen waren, oder weil sie die Reklamationsfrist unbenutzt ließen. Der Nichtempfang eines amtlich gestempelten Couverts würde für die Wähler sofort ein Fingerzeig sein."

Ganz gut. Sonderbar nur, daß die Herren Liberalen erst dann zur Einsicht der Nothwendigkeit von Wahlcouverts gekommen sind, nachdem sie selber das Opfer der durch das jetzige System der Abstimmung möglich gemachten, ja geradezu provozirten Mißbräuche geworden sind, die ihnen sehr wohl behagten, so lange sie dieselben gegen die Arbeiter ausüben konnten. Uebrigens genügt diese eine Reform bei weitem nicht zur Verhütung von Mißbräuchen. Es bedarf dazu auch der sonstigen, von Seiten unserer Abgeordneten geforderten Maßregeln.

— Arme Stöcker. In einem offiziösen Waschzettel wird die christlich-soziale Partei mit der Coterie der „Reichsglocke" und „Eisenbahnzeitung", das heißt den tiefsten Schwefelpfuhl der reichs- d. h. bismarckfeindlichen Hölle gesteckten Verbrechern auf eine Stufe gestellt. Und darum, zwar nicht Räuber und Mörder, aber doch mit Grünebergen und Löschmännern Religion und Sittlichkeit gerettet!

— Die Affaire Hasselmann soll noch ein Nachspiel haben. Gegen die Berliner „Volkszeitung". welche den „Fall" in einem scharfen, aber durchaus maßvoll gehaltenen Artikel besprach, ist Strafantrag erhoben worden, ebenso gegen mehrere rheinische Zeitungen, welche den Artikel der „Volkszeitung" abgedruckt. Ohne Ausnahmegesetz haben wir es in Deutschland so herrlich weit gebracht, daß die Unfehlbarkeit der Regierung und Staatsbehörden proklamirt, und jede Kritik derselben thatsächlich verpönt ist. Glückliches „Volk der Denker"!

— Dem deutschen Kaiser wurde in diesen Tagen vom Vorstand des Reichstags eine Glückwunschadresse überreicht. Darauf hat der Kaiser eine Antwort erlassen, in welcher er u. A. sagt: „Der Ernst dieser Zeit ist uns Allen klar und fühlbar; wir müssen ein Jeder in seinem Verhältnisse dahin trachten, daß die Gefahren, die der sittlichen Ordnung und der staatlichen Sicherheit drohen, abgewendet werden. Das dem Reichstag vorliegende Gesetz bezweckt, die Wege hierzu zu finden. Mein festes Vertrauen begleitet diese Arbeiten einer Versammlung, auf welche, aus der Wahl unserer Nation hervorgegangen, ganz Deutschland hoffnungsvoll blickt."

Gegengezeichnet ist das Schriftstück nicht, welches sonach als rein persönliche Meinungs- und Willensäußerung des Monarchen erscheint. Einer Besprechung entzieht sich dasselbe natürlich.

— Wie unseren Lesern bekannt, hat Herr Rudolf Meyer gegen die Herausgeber der Briefe Lassalle's an Rodbertus die Beschuldigung erhoben, sie hätten zwei höchst wichtige Stellen entweder unterdrückt oder willkürlich geändert. Hierauf antwortet einer der beiden Herausgeber:

„Dr. R. Meyer, Verfasser des Werkes: „Der Emanzipationskampf des vierten Standes", hat im Morgenblatte der „Frankfurter Zeitung" vom 16. September 1878, dritte Serie, die Behauptung aufgestellt, es hätten die Herausgeber der Briefe von Lassalle an Rodbertus — Herr Professor Dr. Ad. Wagner-Berlin und ich — „zwei höchst wichtige Stellen entweder unterdrückt oder willkürlich geändert". Erst gestern ist der Wortlaut dieses Angriffes zu meiner Kenntniß gelangt. Dr. Rud. Meyer fordert „Wiederherstellung des correkten Textes" und meint, daß die durch ihn verlangte Aufklärung „einen werthvollen Anhalt für die demnächstige Abstimmung" über ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie gewähren würde. Wenn ich nun seiner Aufforderung nicht folgen kann, weil ich „höchst wichtige Stellen weder unterdrückt noch geändert habe", Dr. R. Meyer aber verlangt, daß „ungesäumt" seiner Aufforderung Folge gegeben werde, so nimmt es mich Wunder, daß diese Anzapfung in der zwölften Stunde erfolgt, da doch die Briefe von Lassalle an Rodbertus schon Ostern im Druck erschienen sind. Diese Briefe sind mit der größten Genauigkeit nach einer sorgfältigen Abschrift der schon von Rodbertus geordneten Originale zum Abdruck gelangt. Die Originale wurden genau verglichen und beziehe ich mich im Uebrigen auf das zu den Briefen geschriebene Vorwort. Wie dort schon gedruckt steht, haben die Herausgeber dieser Briefe einen Namen weggelassen und einen derben Ausdruck gemildert; diese durch Rücksichten und durch die Regeln des Anstandes gebotenen Aenderungen können nur von einem Neugierigen bemängelt werden, und es sind die Abgeordneten zum deutschen Reichstag dadurch keines „werthvollen Anhalts für ihre demnächstige Abstimmung" beraubt. Was Dr. R. Meyer etwa noch „aus dem Gedächtnisse" hinzuzufügen belieben wird, hat in den Briefen von Lassalle, die im Nachlasse von Rodbertus vorgefunden sind und mir übergeben wurden, nicht gestanden.

Zarchlin b. Plan i. M. 25. Septbr. 1878.

H. Schumacher."

Warten wir ab, was Herr Meyer nun zu sagen hat.

— Unsere Marine hat entschiedenes Pech. Jetzt erfahren wir, daß abermals ein Panzerschiff, die Corvette „Sachsen", bei Kirchenbaken festgefahren ist. Es scheint wirklich als habe das englische Blatt „Saturday Review" recht, welches neulich behauptete, im Kriegsschiffbau sei jetzt ein Punkt erreicht worden, wo der Seekrieg anfange unmöglich zu werden, weil die Schiffe wegen ihrer Riesenhaftigkeit und Schwerfälligkeit

Plaudereien aus der Vergangenheit.

Paris, 1. September.

In der „Zukunft", Sozialistische Revue, Heft 19, vom 1. Juli 1878 finde ich einen Aufsatz, betitelt: „Wilhelm Weitling und sein System der Harmonie und Freiheit". Beim Durchlesen dieses Artikels wurde ich plötzlich zurückversetzt in jene vergangene und theils vergessene Zeit. Es kam mir so manches in Erinnerung von damals, welches höchstens einmal wieder aufgetischt wird, wenn einige von diesen Alten durch Zufall nach Verlauf von vielen Jahren zusammentreffen, und sich jene Zeit wieder ins Gedächtniß zurückrufen, von welcher Weitling in der Vorrede der „Garantie der Harmonie und Freiheit" spricht: „Diese Zeit der Verbrüderung, der Opferwilligkeit, der Begeisterung, diese schöne Zeit der schönen Träume!" Die Außenwelt existirte für die damalige kleine Schaar begeisterter Weltverbesserer nicht, wenigstens schien sie ihnen kein Hinderniß zu sein, um ihre Ideale bald verwirklichen zu können. Vollständig passen die Worte des Verfassers des obenerwähnten Aufsatzes auf die damalige Bewegung: „man wollte den Himmel stürmen und vergaß, daß dazu himmlische Heerschaaren nöthig wären; man wollte Alles für das Volk und durch das Volk; daß das Volk in seiner Masse aber gar nichts wollte, daran dachte man nicht."

Kein Wunder also, wenn viele von den noch am Leben bleibenden Invaliden der damaligen Zeit, die mit sehr wenig Ausnahmen auf den früher erworbenen Lorbeeren gemüthlich und theils philisterhaft sich ausruhen, sich an diese Zeit mit Wohlgefallen erinnern. Doch sicherlich würden diese ersten Anfänge der Arbeiterbewegung in Vergessenheit gerathen sein, trotz alles Schmollens über die jetzige Zeit und aller Lobeserhebungen der vergangenen Zeit, wenn nicht hin und wieder die Männer der neueren Zeit, wozu ich auch den Verfasser des schon erwähnten Aufsatzes rechne, Einiges über den damaligen Communismus vor die Oeffentlichkeit brächten.

Freilich wäre noch manche Lücke auszufüllen, um ein klares Licht auf die damaligen Arbeitervereine und die communistische Bewegung in der Schweiz zu werfen. Sicherlich hätte der Verfasser mehr Stoff dazu vorgefunden in den Bibliotheken der jetzt bestehenden Arbeitervereine in Lausanne, Genf, Vivis, Chaux de Fonds — und theils auch aus mündlichen Angaben der noch am Leben Gebliebenen, welche sich an Ort und Stelle aufhalten — als an Weitling's letztem Aufenthaltsort, New-York.

Freilich vieles und wohl auch das Beste zur Beleuchtung der damaligen Bewegung mag verloren gegangen sein; die stürmische Revolution der Jahre 1848 und 49 und die darauf folgende Reaktion zerstreute die Mitglieder der theils eingegangenen, theils aufgelösten Vereine in der Schweiz nach den verschiedenen Ländern. Die kurze Flüchtlingsperiode brachte wieder etwas Leben in die Vereine — jedoch kümmerte man sich dazumal um die alten Protokolle, Briefsammlungen, Brochüren, Gelegenheitsgedichte, Zeitschriften für und gegen den Communismus wenig — Schreiber dieser Zeilen ist es aber einige Mal vergönnt worden, diesen alten Plunder, für was jene Aktenstücke allgemein angesehen wurden, aus der Rumpelkammer hervor zu holen, aus dem Verstecke, wo dieses oder jenes alte Mitglied ihn hingebracht hatte, ans Tageslicht zu bringen und irgend einem Verein zu übergeben. Jedoch der Zahn der Zeit nagt an Allem und sehr wenig mag wohl jetzt noch übrig geblieben sein. Jedoch dieses Wenige wäre am Ende doch noch zu verwerthen.

Vor 4 Jahren während eines kurzen Aufenthalts in Genf bekam ich zufällig die Stücke eines alten Protokolls in die Hände vom Lausanner-Verein vom Jahre 1841 oder 42 — Faktor Graf, deutscher Flüchtling aus den 30. Jahren war Protokollführer im Anfange gewesen, als der Streit losbrach zwischen Jung-Deutschland und dem Communismus — hu! da ging es scharf her, doch wurde immer und stets mit geistigen Waffen gekämpft. Höchstens kam es dazu, daß Einige mit geballten Fäusten sich gegenüberstanden, und das will doch was sagen zu einer Zeit, wo der Arbeiter weder so aufgeklärt, noch so disciplinirt oder organisirt war, wie heute.

Wie gesagt, käme ein Sammler nach der Schweiz und wollte sich die Mühe nehmen, nachzustöbern nach kommunistischen und atheistischen Kundgebungen vor und nach den 40er Jahren, er würde am Ende doch eine kleine Ausbeute gewinnen an Material zu einer Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Ich mache namentlich aufmerksam auf unsern alten Joh. Ph. Becker in Genf und auf einen alten Revolutionär aus den 30er Jahren, Schalk, Schneider in Vivis. Die Sammlung des Letzteren soll namentlich sehr reichhaltig sein. Bezug hat dieselbe auf die Gegner der Communisten. Die jung-deutsche Bewegung hielt sich nur im Anfang rein republikanisch; später waren es Communisten, die sich gegenüberstanden.

Was mich übrigens namentlich veranlaßt hat, die Feder zu ergreifen, ist, daß ich in dem Aufsatz über Weitling und sein System in der „Zukunft" einen Brief von Weitling abgedruckt vorfinde aus dem Jahre 1869, „meine Astronomie" wie er es nennt. Ich besitze ebenfalls einen vom Jahre 1856, denselben Gegenstand betreffend „meine Astronomie", welchen ich hiermit der Oeffentlichkeit übergebe. Lieb wäre es mir, wenn auch die „Zukunft" Notiz von dem Briefe nähme. Ich glaube nicht, wie der Verfasser des Aufsatzes in der „Zukunft" von Weitling glaubt, daß er in seinen letzten Lebensjahren geistig mehr oder weniger gestört gewesen sei. Ebensowenig 1869, als er den Brief an Schilling schrieb, wie 1856, als er den Brief an mich schrieb. Freilich aus beiden leuchtet eine gewisse Selbstschätzung hervor, es mag aber wohl doch etwas anderes als eine fixe Idee gewesen sein, wenn Weitling mit solcher Ueberzeugung von seiner Entdeckung spricht wie im vorliegenden Briefe. Möglicher Weise hätte Weitling seine Zeit und Kenntnisse im Interesse unserer Sache besser verwerthen können, als den Lauf der Sterne messen zu wollen und sich in allerlei Grübeleien zu verlieren.

Ich glaube, Weitling hatte im Sinne, seine Astronomie in Lieferungen erscheinen zu lassen. Ich schenkte dem Allen jedoch wenig Aufmerksamkeit, war doch die Astronomie außer den wenigen allgemeinen Sätzen damals für mich noch mehr ein böhmisches Dorf als heute. Doch so viel kann ich mich aus jener Zeit erinnern, daß Weitling das System Newton's kritisirte, wenn auch nicht wegen dessen mathematischer Berechnung, jedoch in anderen Beziehungen. Mir ist später ein Buch in die Hände gefallen, in dessen Besitze ich jetzt nicht bin (der Druckort war Kiel), worin ebenfalls die Unfehlbarkeit von Newton's System bezweifelt wurde.

Vor mir liegt der erste Theil des Werkes von unserm verstorbenen Parteigenossen M. Heß, „Dynamische Stofflehre". Ich erlaube mir einen Satz daraus mitzutheilen: „Das von Newton mathematisch formulirte, aber nicht physikalisch erklärte Gesetz der allgemeinen Gravitation, obgleich es die speziellen Rotationsgesetze außer Acht läßt, obgleich es selbst bei der translatorischen Bewegung der Weltkörper um ein gemeinsames Gravitationscentrum im Weltraum die Fiktion eines ursprünglichen Stoffes in der Richtung der Tangente zu Hilfe nehmen muß, hat die Astronomie, sofern man darunter die Wissenschaft vom Gesetze der Massenbewegung der Weltkörper im Weltraume versteht, zur mathematischen exakten Wissenschaft erhoben.] Aber die physische Astronomie, die schließlich doch noch, wie jede exakte Wissenschaft, eine mathematische werden muß, steht noch in ihrem ersten Kindesalter — hat erst in neuester Zeit mit der Spektralanalyse begonnen."

Ebenfalls kann ich mich heute noch erinnern, daß Weitling sich viel mit den Kometen zu schaffen machte, über die ja noch heute sowohl Gelehrte wie Ungelehrte sich die Köpfe zerbrechen. Für Weitling waren die Kometen keine Weltkörper, sondern nur Erscheinungen, Reflexionen, wie ebenfalls das Zodiakal-Licht, das Nordlicht ꝛc. ꝛc. Einen Satz aus dem schon erwähnten Werk von Heß über Kometen erlaube ich mir mitzutheilen. Seite 118: „Ist schon der Kopf der Kometen meist so dilatirt (dünn), daß man die kleinsten Sterne ohne die geringste Abschwächung ihres Lichtes durch ihn hindurch sehen kann, welche Vorstellungen sollen wir uns vollends von der geisterhaften Textur (Gewebe) der Kometenschweife machen? Nach Joh. Herschel soll die ganze Masse des größten Kometenschweifes keine zwei Unzen wiegen können, und Tyndall will in den Kometenschweifen nur die durch die Sonne hervorgebrachte Ausstrahlung

nicht mehr für die Aktion zu gebrauchen seien. Thatsache ist, daß sich für Panzerflotten, die bei schönem Wetter im Frieden von selbst zu Grunde gehen, für den Krieg, wo die Gefahren doch bei weitem zahlreicher und größer, kein günstiges Prognostikon stellen läßt.

Uebrigens nicht blos auf der See hat unsere Marine spezielles Pech. Auch auf dem Land. Die Leser erinnern sich der unglücklichen Rede des Chefs der Admiralität, von Stosch, gelegentlich der Mosle'schen Interpellation. Diese Rede des ehemaligen Infanteriegenerals hat unter dem seemännischen Element unserer Kriegsflotte begreiflicherweise sehr böses Blut gemacht. Einer unserer verdienstvollsten Seeoffiziere, Admiral Werner, hat bereits seine Demission eingereicht, und mehrere andere wollen seinem Beispiele folgen. So könnte es leicht kommen, daß von unserer Marine die eigentlichen Seeleute verschwinden, und schließlich nur noch der Infanterist Stosch mit seinem „System" zurückbleibt. Wie die National-Engländer sich zu diesem „Mißgeschick" und dieser „Krise" unserer Marine in's Fäustchen lachen, kann Jeder sich denken. —

— Die zweite Lesung des Sozialistengesetzes in der Commission hat am Dienstag begonnen. Fürst Bismarck beabsichtigt, sich an den Berathungen zu betheiligen und Herrn Lasker den Standpunkt klar zu machen, das heißt, ihm zu zeigen, wie hoch der Stock gehalten wird, über welchen gesprungen werden muß.

Das Plenum des Reichstags hat seine nächste Sitzung am Montag, wo über verschiedene Wahlen berichtet werden wird, u. a. die Kayser's, deren Gültigerklärung die Wahlprüfungs-Commission beantragt, und die Grote's in Harburg, welche beanstandet werden soll. Die Harburger Wahl wird jedenfalls zu lebhaften Diskussionen Anlaß geben. Am Dienstag wird der Reichstag voraussichtlich in die zweite Berathung des „Sozialistengesetzes" eintreten. Die endgültige Beschlußfassung über das „Sozialistengesetz" und der Schluß des Reichstags dürfte kaum vor dem 16.—17. Oktober stattfinden können.

— Culturstaatliches. Bei ihrem Transport von Dortmund nach Hamm wurden unsere Genossen Kuhl und Ostermann mit Ketten aneinander geschlossen. Du stolzes Deutschland freue Dich! Und lies die famose Depesche Bayard Taylor's (S. Nr. 115), in welcher Dein — Ruhm dem Auslande verkündet wird.

---

*) Collaborators = Mitarbeiter.

Thatsache, daß Nobiling mit mir verkehrt habe. Wenn dies wirklich in den Nobiling'schen Akten behauptet wird, und wenn alle anderen in denselben aufgeführten „Thatsachen" ebenso richtig sind wie diese, so sind diese Akten ein Gewebe von Lügen, denn ich habe Nobiling nie gesehen noch gekannt, weder in Paris noch sonst irgendwo, und nie in Beziehung zu ihm gestanden.

Ich bitte Dich, diesen Brief in unseren Blättern zu veröffentlichen. Herzlichen Gruß.

Carl Hirsch."

Das ist deutlich. Und nun wiederum die Frage: Wer hat die „offizielle Depesche" fabrizirt, durch welche Nobiling unmittelbar nach seinem Attentat niederträchtiger und verlogener Weise zu reaktionären Zwecken der Sozialdemokratie an die Rockschöße gehängt ward? Wer? —

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß alle wegen des verbotenen Congresses verhafteten Franzosen aus der Haft entlassen sind, weil sich absolut nichts Gravirendes entdecken ließ. Der mitverhaftete Däne Schuhmann wurde am Montag ausgewiesen und an die Grenze gebracht. Hirsch ist der Einzige, der noch sitzt, was er, wie schon angedeutet, seiner Eigenschaft als deutscher Reichsbürger (Civis germanus) und gewissen schuftigen Denunziationen verdankt, deren Urheber ein Interesse am Durchgehen des Bismarck'schen Sozialistengesetzes haben.

Consum- und Sparvereine

lautet die Ueberschrift einer von mir vor Wochen gemachten Einsendung, die in Nr. 113 des „Vorwärts" veröffentlicht ist.

Diese Ueberschrift rührt nun aber, wenn ich mich nicht sehr irre, nicht von mir, sondern von der Redaktion her, und ist allerdings nicht allzugeeignet für die günstige Beurtheilung der darunter befindlichen Vorschläge. Ich bin nun weit davon entfernt, der Redaktion des „Vorwärts" wegen der Wahl der Ueberschrift ein anderes Motiv als lediglich den Gedanken zu unterstellen, damit den Inhalt der Einsendung zu bezeichnen, denn ich gebe zu, daß die Fassung meines Eingesandten nicht allzu geeignet ist, die für mich dabei bestimmenden Gedanken zum Verständniß zu bringen; ich will dies daher nachstehend besser zu machen suchen.

Die Einsendung war zuerst nicht für den „Vorwärts", sondern für die „Wahrheit" bestimmt und durch einen Artikel des letzteren Blattes veranlaßt, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, [illegible] zu werden, dieses nach ihrem konkreten Bewußtsein und ihrer Aeußerung, jenes nach ihrer wesentlichen Grundlage, die, mehr oder weniger getrübt, in jenes Konkrete nur scheint." Daher ist auch nach Hegel die Unabhängigkeit von ihr die erste formelle Bedingung zu etwas Großem und Vernünftigem in der Wirklichkeit wie in der Wissenschaft.

Welch vernichtendes Urtheil hätte Hegel erst heutzutage über die öffentliche Meinung gefällt, wie sie in verzerrter Fratze und häßlicher Karrikatur aus dem Spiegel der modernen Tagespresse entgegengrinst, der Tagespresse, die von unseren Zeitungsschreibern vom Metier gelettet wird. Am treffendsten hat Lassalle diese Sorte von Volksbildnern in seinem Julian gekennzeichnet als „eine Bande unwissender und gedankenloser Buben, zu jeder bürgerlichen Hantierung zu schlecht, zu ignorant zum Elementarschullehrer, zu unfähig und arbeitsscheu zum Postsekretär, und ebendeshalb sich berufen glaubend, Literatur und Volksbildung zu treiben." Wohlgemerkt, als Lassalle diese Worte schrieb, wußte man noch nichts von dem herrlichen Institut des Reptilienfonds, das systematisch die Rotte gewissenloser Soldschreiber von Regierungs Wegen heranzüchtete und ins Endlose vermehrte. Als eine Erlösung von beengendem Alpdruck wurde es daher unlängst empfunden, als die leider irrige Kunde auftauchte, der Rechtsnachfolger des letzten Welfenkönigs habe seinen Ansprüchen entsagt und damit den Welfenfonds seiner edlen Bestimmung entrissen. Welche entsittlichenden, depravirenden Wirkungen dieses Institut auf den deutschen Volksgeist ausgeübt hat und noch ausübt, will ich nicht näher schildern. Wer sich dafür interessirt, mag es des Näheren in dem trefflichen Buche des Prof. Wuttke „Die deutschen Zeitschriften" nachlesen. „Die deutschen Zeitschriften von Prof. Wuttke, davon habe ich noch nichts gehört!" höre ich manchen Leser verwundert ausrufen. Das mag wohl sein! Das ist ja eben das Geheimniß der modernen Tagespresse, daß alle tonangebenden, die öffentliche Meinung fabrizirenden Journale zu Coterien und Cliquen vereinigt sind, wo einer auf den andern schwört, einer den andern herausstreicht, jeder den andern berühmt macht, während die Werke verdienstvoller Autoren einfach todtgeschwiegen, oder, wenn dies nicht mehr angeht, in schamloser Weise heruntergerissen werden. Wuttke hat in seinem Werke der deutschen Tagespresse einen Spiegel vorgehalten; ihr häßliches Gesicht konnte sie darin schauen: aber sie hat wohlweislich ihre Wuth im Stillen hinuntergewürgt und Niemand draußen etwas davon verrathen.

Consequenterweise wird daher immer noch Lassalle als „literarischer Gassenjunge" mißhandelt, ein monumentales Werk, wie Marx' Kapital, mit einem Fußtritt „voluminöses Elaborat" verächtlich bei Seite geschoben, so wurden die verdienstvollen Arbeiten eines Lange, Schäffle, Wagner, Scheel u. a. entweder ignorirt oder als staatsgefährlich denunzirt, während kritiklose und tendenziöse Pamphlete à la Treitschke und Bamberger, zusammengestoppelte und -gekleisterte Machwerke à la Schuster und Mehring sich des rauschenden Beifalls unserer Redaktion des „Vorwärts" zu der Annahme gelangen konnte, ich sei Schulzeaner geworden; diesen Vorwurf hat mir dieselbe allerdings nicht direkt gemacht.

Heut also zur Ergänzung meines Vorschlags noch Folgendes.

Die von mir vorgeschlagenen Consumvereine sollen nichts weiter sein, als ein Kampfmittel zur ökonomischen Befreiung der Arbeiter und Kleinbürger, deswegen dürften auch die Waaren in denselben nicht billiger verkauft werden als anderswo, auch dürfte den Mitgliedern derselben das eingelegte Geld nicht höher verzinst werden, als dies bei den Sparkassen geschieht, und müßte von Vertheilung des Reingewinnes als Dividende Abstand genommen werden, denn eben diese Reingewinne müßten neben den durch Antheilscheine und sonstige Darlehen (wie dies ja bei den Genossenschaftsbuchdruckereien bereits ist) zu beschaffenden Mitteln dazu verwandt werden, mit den Consumvereinen Produktivgenossenschaften zu verbinden. Diese würden in erster Linie, oder besser überhaupt nur den Zweck haben, gemaßregelten Genossen Beschäftigung zu gewähren, und es könnten auf diese Weise gleichzeitig auch die Consumvereine wenigstens einen Theil ihrer Absatzartikel als Selbstproduzenten beschaffen.

Daß man sich zunächst nur auf die Herstellung solcher Produkte beschränken würde, die allgemein gebraucht werden und wobei möglichst viel Arbeiter beschäftigt werden könnten und nicht allzu viel Betriebskapital erforderlich wäre, ist ja selbstverständlich.

Daß auch Sparvereine mit den Consumvereinen und Produktivgenossenschaften verbunden werden können, halte ich auch jetzt noch für möglich, denn obschon ich den Bastiat-Schulze von Lassalle gelesen, weiß ich doch auch, daß es — wenn auch nur wenige — jüngere Arbeiter giebt, die, durch einzelne Umstände begünstigt, etwas sparen können und sparen; ich habe einige solche sogar in meiner nächsten Bekanntschaft, und warum diese sozialistisch Gesinnten ihre erübrigten Groschen nicht ebenso gut, wie heute in die städtischen Sparkassen, zu obigen Zwecken herleihen sollten und würden, sehe ich nicht ein. Es gilt eben nur Einrichtungen zu schaffen, die es ermöglichen, auch den kleinsten Ueberschuß nutzbringend im Interesse des Sozialismus anzulegen, und nur in diesem Sinne habe ich auch die Sparkassen gemeint.

Ich bin weit davon entfernt, für eine Organisation von Consum- und Produktivvereinen, die den gesammten Arbeiterstand umfassen, à la Schulze einzutreten, weil ich als Sozialist [illegible] Presse verdrängt, zieht sich ins Dunkel der Werkstatt, der Privatwohnung, der Kneipe zurück und wirkt hier um so intensiver.

Der Gegensatz zwischen den beiden streitenden Parteien ist am anschaulichsten bei der Sozialistendebatte in den Reden Bebel's und Bismarck's zu Tage getreten. Auf der einen Seite die treffliche Rede des Vertreters von Dresden, maßvoll und würdig, auf der andern die geistreich sein sollende nonchalante Causerie des Reichskanzlers, der oberflächlich die Vorwürfe des Gegners abfertigt und sich zum Champion Lassalle's im Gegensatz zu seinen heutigen Epigonen aufwirft, Lassalle's, der Bismarck an politischem Scharfblick, Genie und eiserner Consequenz gewiß ebenbürtig ist, an positivem Wissen und umfassender, allseitiger Bildung ihn um Haupteslänge überragt.*)

Die Redner der übrigen Parteien wärmten ihren alten Kohl wieder auf: Reichensperger empfahl als Universalheilmittel gegen den Sozialismus den Glauben an die Autorität der Kirche. Kleist-Retzow hatte ein noch viel probateres Rezept: Christenthum und Prügel. Die übrigen Redner klammerten sich an die Gesetzgebung durch den Staat, an Gesetze mit mehr oder weniger straff angezogenen Zügeln.

Allein nicht blos mit Ausnahmegesetzen und Polizeimaßregeln, auch mit geistigen Waffen sollte der Kampf gegen den Sozialismus geführt werden: dies sieht wenigstens der vernünftigere Theil der Gegner ein. Diesen Kulturkampf in vermehrter und verbesserter Auflage zu führen, dazu ist vor allem die Schule auserseh[illegible]. Die Liebe zum Vaterland, das Nationalitätsgefühl, der Mordspatriotismus sollte in den jugendlichen Gemüthern geweckt werden und dazu bietet z. B. das Sedanfest mit Schulfeiern ꝛc. ꝛc. die beste Gelegenheit. Ich für meine Person bin ohnehin ein abgesagter Feind aller offiziellen Festivitäten, aber nichts ist mir aus innigster Seele so zuwider als gerade dieser Mordspatriotismus St. Sedan-Schwindel. Weil ich dem Druck von Oben nachgeben und doch etwas zur Erhöhung der Tagesfreude beitragen mußte, so besprach ich die Ursachen und Folgen des glorreichen siebziger Krieges, an der Hand des sechsundsechziger, denselben kritisch beleuchtend, und ließ dann meine Jungen laufen.

Und wie ich, so handeln noch viele andere Lehrer, die unbeirrt von der Tagesmeinung, inmitten der tobenden, berauschten Menge, den Kopf kühl behalten, denen doch gewiß ein wärmeres Herz für das Wohl des Vaterlandes im Busen schlägt, wenn sie der Schule ein höheres, würdigeres Ziel stecken, als den Kindern Lust und Freude an Mord und Krieg beizubringen.

nicht auch hier, wie schon so oft, die gegnerischen Waffen benützen, wenn uns dies dienlich erscheint; von einem prinzipiellen Verstoß kann wohl daher nicht die Rede sein.*)

Die Gründung solcher Genossenschaften von sozialistischer Seite — d. h., es sei dies nochmals ausdrücklich betont, lediglich zu dem oben bezeichneten Zwecke (den gemaßregelten Genossen Beschäftigung zu verschaffen), und nur in dem Maße, wie es dieser Zweck erfordert — dürfte bei dem Geiste, der in unsern Reihen herrscht, nicht allzu schwer sein; und grade dieser Geist würde dieselben auch vor den bei den Schulzeanern üblichen Krachs bewahren.

Weitere Details kann und will ich auch heute nicht geben, halte die Sache aber für wichtig genug, um eine weitere Besprechung durch andere Genossen herbeizuführen.

Dies zum besseren Verständniß meines ersten allerdings in etwas sehr mißverständlicher Weise gehaltenen Eingesandten, woran nur die Eile der Herstellung Schuld war.

---

*) Nebenbei eine kleine Abschweifung: Die Werke Lassalle's, des „Denkers und Kämpfers" — diese ehrenden Worte wollte ihm der unvergeßliche A. Böck auf's Grab setzen — besonders die kleineren Schriften, befinden sich in einem wahrhaft erbarmenswürdigen, trostlosen Zustande. Die neueste Ausgabe des „Julian" wimmelt noch immer von entsetzlichen Druckfehlern! Könnte da keine Abhilfe geschafft werden?! Die jüngste Rede des Reichskanzlers böte ja die schönste Gelegenheit, eine Nationalsubscription à la Wilhelmsspende für die Sammlung und kritische Sichtung der Werke des bedeutendsten deutschen Pamphletisten nach Luther und Lessing zu veranstalten.

*) Bezeichnend genug ist dieser treffliche Artikel von fast allen Tagesblättern todtgeschwiegen worden: ich finde ihn nur in der „Germania", und im „Vorwärts" abgedruckt.

Correspondenzen.

Chicago, 14. September. Beifolgende Correspondenz ist der hiesigen „Illinois Staatszeitung" vom 4. d. M. entnommen. Ich schicke Ihnen dieselbe, weil darin unverblümt die Achtung ausgesprochen wird, welche sich die Sozialdemokratie bei dem anständigen Theil ihrer Gegner erworben hat. Wenn es der Raum des „Vorwärts" gestattet, dürften einige Auszüge für seine zahlreichen Leser von Interesse sein. Möge die Sozialdemokratie Deutschlands ihre Bahn unbeirrt verfolgen. Zwangsgesetze vermögen die Ideen nicht in Banden zu legen, und lächerlich ist es, dem Zeitgeist Gesetzesparagraphen als Hinderniß in den Weg zu stellen.

Ein Freund der Sozialdemokratie.

So lautet ein Brief, der an die Redaktion des „Vorwärts" gelangt ist. Um den Wunsch des Briefschreibers zu erfüllen, dann aber auch, weil sich unsere Leser im Allgemeinen dafür interessiren dürften, bringen wir einige Auszüge aus dem oben angeregten Artikel des großen amerikanischen Bourgeoisblattes, der „Illinois Staatszeitung":

„Es fängt wirklich an, in Deutschland unheimlich zu werden, mindestens in Preußen und seiner Hauptstadt Berlin. Nicht etwa wegen des Sieges des Sozialisten Fritzsche auf dem Köpnicker Felde und im Weberviertel. Der Mann ist nach dem Stimmengewicht der [illegible] Vertreter [illegible] Kriegen und Schlachten zu sehen, in denen die Völker zur höheren Ehre ihrer Herren sich gegenseitig abschlachten, sondern die zähe Entwicklung der Menschheit zur Freiheit, in der Religion nicht mehr Märchen und Wunder zu lehren, sondern Liebe und Brüderlichkeit. Hier muß der Lehrer den Hebel ansetzen, interessante Streiflichter auf die Gegenwart fallen lassen, das Denken wecken, daß in äußerem Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte doch nicht alles so ist, wie es sein sollte, im Gegentheil gar vieles faul, bis in's innerste Mark hinein morsch und faul ist.

So wird der Lehrer in die Herzen der heranwachsenden Jugend, der doch die Zukunft gehört, Liebe und Freude an den hohen, idealen Gütern der Menschheit als befruchtenden Samen ausstreuen, aber dieser Samen wird erst dann auf empfänglichen Boden fallen, wenn derselbe vorher tüchtig umgegraben, oder sagen wir der Zeitstimmung entsprechend untergraben und unterwühlt sein wird. Unter den jetzigen Umständen wird diese Arbeit im Dunkel behutsam schleichend sich vollziehen, sie wird Maulwurfsarbeit sein müssen. Oder gefällt den Herren das Bild nicht? Gut denn, ein anderes! Wenn die Stille des Kirchhofs, wenn Dämmerung und Nacht über die deutschen Gaue sich gelagert haben, dann ist es Zeit, daß die Eule der Minerva ihren Flug beginnt. Der deutschen Wissenschaft, insonderheit dem deutschen Lehrerstande ein fröhliches Glückauf zu diesem Fluge.

Amicus.

Lassalle und die Produktivgenossenschaften.

Unter dieser Ueberschrift bringt der bekannte Sozial-Politiker Dr. Rudolf Meyer, der die Antwort der Herren Schumacher-Zarchlin (Siehe Nr. 117 des „Vorwärts") und Professor A. Wagner (Siehe heutige Nummer) noch nicht gelesen hat, auf seine erste Interpellation in der „Germania" folgenden Brief:

„Nachdem ich vergebens fast zwei Wochen darauf gewartet habe, daß die Herausgeber der Briefe Lassalle's an Rodbertus*), die Herren Schumacher-Zarchlin und Professor Dr. Adolph Wagner meinem durch den offenen Brief an sie gerichteten Ersuchen, den korrekten Text der Briefe wieder herzustellen, nachkommen würden, halte ich mich verpflichtet, selbst den damals versprochenen Aufschluß zu geben. Leider kann ich das bezüglich des weggelassenen Namens[1]) nicht mit genügender Sicherheit thun, wohl aber, was den „derben Ausdruck" anlangt. Ich kann es nicht nur thun, sondern ich muß es thun, da ich es Rodbertus versprochen habe. — Seite 5 der Broschüre giebt A. Wagner ein Bruchstück aus einem Schreiben, das, sagt er, „wie es scheint, an einen Führer der neueren Arbeiterbewegung" gerichtet ist. Jawohl, und ich kann Herrn Wagner auch den Namen des ihm unbekannten Sozialdemokraten nennen. Rodbertus wollte, ich glaube 1873 oder 1874, einen Brief an Herrn Hasenclever richten[2]), nachdem

---

*) Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Rodbertus-Jagetzow. Mit einer Einleitung von Adolph Wagner. Berlin 1878. Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht.

setzen zu wollen. Aber der Deutsche ist selbst als Regierungsmann nicht brutal genug dazu. Man wollte gewissermaßen Schlag auf Schlag die Gemüther betäuben."

Dann heißt es weiter:

„Aber vielleicht sollte blos der liberale Spießbürger graulich gemacht werden? Ach, du liebe Zeit! Der ahnt noch gar nicht, daß das Ding, Sozialistengesetz genannt, nach allen Seiten schneidet. Seine Abgeordneten werden ihm das schon klar machen. Vorläufig wiegt er sich in behäbiger Sicherheit: „Den Sozialdemokraten gönne ich Alles!" Wie er glaubt, sie durch Androhung von Arbeiterentlassungen zu vernichten, so freut er sich über jede brutale Maßregel, die sein kurzsichtiges Beginnen unterstützt.

„Leider kann man sich bei näherem Umblick nicht verhehlen, daß die bestehende Gesellschaft gar nicht daran denkt, das Geringste freiwillig zuzugestehen. Und was daraus folgt, lehrt die Geschichte.

„Und nun zu Denen, welche unsere Geschicke thatsächlich beherrschen, den Sozialdemokraten, oder, wie sie sich jetzt nennen, „das werkthätige Volk". Die Leute benehmen sich brillant, musterhaft. Was war das für eine tobende, lärmende Masse, als noch Herr von Bismarck die Arbeiter-Bataillone zu Wahlscandälern(?) benutzte! Und wie gesetzmäßig bewegt sie sich heute, wo er sie mit seinen Kanonenstiefeln in die Erde stampfen möchte!

„Wenn die ersten Christen durch ihr stilles Dulden Propaganda machten, so versteht man dies jetzt. Man ist Gegner der Sozialdemokratie, aber sie zwingt einem Mitgefühl, ja Bewunderung ab. Ist's da ein Wunder, wenn nicht klar blickende Köpfe in Schaaren zu ihr übergehen? Und so wächst die Sozialdemokratie, je mehr sie getreten wird, in desto riesigeren Verhältnissen.

„Das Sozialistengesetz soll sie todtmachen. Wird und kann der Reichstag dieses Gesetz genehmigen?"

Und der Schluß lautet:

„Die Sozialdemokraten gaben sich keine Blöße, je rühriger die Polizei ist, ihnen etwas anzuhaben. So lange man sie schreien ließ, waren sie Kinder. Jetzt sind sie Männer geworden. Sie denken gar nicht daran, Putsche zu machen, dazu rechnen sie viel zu nüchtern. Sie glauben, daß ihre Stunde kommen wird, und dann werden sie nicht revolutioniren, sondern commandiren — eisern und bestimmt.

„Und wenn sie einmal zur Herrschaft gelangen, wer ist daran Schuld? Die Hartnäckigkeit und Kurzsichtigkeit der bestehenden Gesellschaft, welche freiwillig nichts zugestehen will und deren „Untergrabung" das Sozialistengesetz verhindern soll.

„Eine Weidengerte gegen eine Eisenschiene!"

Wir können mit dem Urtheil der amerikanischen Bourgeoiszeitung zufrieden sein. Ob Bismarck und das deutsche Reich diese Zufriedenheit theilen, das ist zunächst ihre Sache.

Altona, 2. September. Die Wahlen sind vorüber und überall, wohin man blickt, hört man von Wahlbeeinflussungen der bedenklichsten Art. So besuchte mich vor einigen Tagen ein Landmann, welcher in Plüschow bei Greveresmühlen (in Mecklenburg) zur Zeit der Wahl bei dem dortigen Gutspächter Diestel in Arbeit stand, der mir die Wahl folgendermaßen schilderte: Am Morgen des 30. Juli vertheilte die Frau des Gutspächters D. an ihre sämmtlichen Leute Stimmzettel für den dort aufgestellten Gutsbesitzer Bock mit dem Bemerken, nur ja diesen Stimmzettel abzugeben und keinen andern, denn Herr Bock sei ein netter braver Mann, der schon für die Arbeiter sein Möglichstes thun werde. Ueberhaupt zeigte die Frau an jenem Morgen eine Menschenfreundlichkeit oder vielmehr Arbeiterfreundlichkeit, wie man es sonst durchaus nicht von ihr gewohnt war. Nun ging aber hier das sonst so oft bewährte Sprichwort, „gut Zureden hilft", nicht in Erfüllung, sondern die meisten der Leute mußten wohl durch das viele Zureden, für Bock zu stimmen, mißtrauisch geworden sein, da sie dem Willen der gnädigen Frau zuwider handelten und die Bock'schen Stimmzettel an die Wagen und an die auf den Straßen befindlichen Wegweiser anklebten und für den Candidaten der Gegenpartei, Herrn Witte aus Rostock, stimmten. — Möge Folgendes noch beweisen, wie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstag im herrlichen freien Mecklenburg gehandhabt wurde. In der Schule zu Friedrichshagen fungirte der dortige Standesbeamte (ein Gutspächter) als Wahlvorsteher, welcher den wählenden Arbeitern die Stimmzettel abnahm, sie aufmachte und dann zu den Beisitzenden gewendet, den Namen des betreffenden Candidaten nannte, den der betreffende Arbeiter gewählt hatte. Jedenfalls werden die Herren sich diese Ungehorsamen gemerkt haben, um nach der Ernte ihren Wahlkreis von solchem Unkraut zu säubern, und bei einer ferneren Wahl ihren Bock in den Reichstag springen zu sehen. J. Jacobsen.

Hannover, 28. September. Auch in hiesiger Provinz, wo es noch sehr viel jungfräulichen Boden zu beackern giebt, hat seit den Attentaten die Agitation mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen. In einer ganzen Reihe von Orten, die einen guten Stamm tüchtiger Parteigenossen enthalten, war es in den letzten Monaten nicht mehr möglich, öffentliche Versammlungen abzuhalten, denn einestheils wurden uns durch Beeinflussung der Wirthe alle Lokale entzogen, anderntheils aber hatte man es auch verstanden, durch Maßregelung oder Entlassung der tüchtigsten Genossen die übrigen derart einzuschüchtern, daß in manchem Orte aus Furcht vor einem gleichen Schicksale gar kein Einberufer mehr aufzutreiben ist. Wurde mir doch sogar in der Nachbarstadt Hildesheim, wo sich im Frühjahr d. J. die Bewegung so günstig entwickelt hatte, aus ähnlichen Ursachen eine bereits arrangirte Versammlung unmöglich gemacht, so daß ich mich auch hier, wie an verschiedenen anderen Orten, auf eine Privatbesprechung mit den Gesinnungsgenossen beschränken mußte, um ihnen wenigstens die Mittel und Wege anzugeben, wie es möglich sei, auch in der jetzt folgenden Reaktionsperiode für unsere Grundsätze weiter zu wirken. Nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten wurde es mir endlich am 21. d. M. möglich, im Lippe'schen, wo im Frühjahr dem Sozialismus so erfolgreich Bahn gebrochen wurde, wieder eine Versammlung zu Stande zu bringen, und zwar in Lemgo, nachdem die für Schötmar projektirte vom Herrn Amtsrath v. Meyen verboten worden war. Die Versammlung, welche im Saale unseres Parteigenossen Strothmann stattfand, war ebenso wie die im April abgehaltene, überfüllt. Als Tagesordnung hatte ich „Der deutsche Reichstag und das Sozialistengesetz" gewählt, und es folgte die Versammlung, trotzdem eine kleine Anzahl enragirter Mordspatrioten wiederholt zu stören versuchte, mit großer Aufmerksamkeit meinen Ausführungen. Als ich jedoch bei Besprechung des § 1 des Sozialistengesetzes auch auf die Untergrabung der staatlichen Ordnung, wie sie z. B. im Jahre 1866 stattgefunden hat, hinwies, da mußte sich der Patriotismus der „gebildeten" Leute, unter Anführung des Hauptspektakelmachers, eines Gärtners Delkener, durch ein Hoch auf den Kaiser und Herunterbrüllen eines Verses der „Wacht am Rhein" Luft machen. Ich ließ diesen Zwischenfall ruhig vorübergehen, und als es mir gelungen war, wieder Ruhe zu schaffen, fuhr ich in der Erläuterung des famosen Untergrabungsgesetzes fort. Als ich indeß im Ganzen etwa eine Stunde gesprochen hatte, da hielten es die „Gebildeten", unter denen sich auch eine Menge großer 16—18jähriger Schulbuben befanden, nicht länger aus; die Rohheit kam zum Durchbruch und es war mir in dem Skandal, den eine Anzahl dieser Leute machte, nicht mehr möglich durchzudringen. Um aber dem Ganzen die Krone aufzusetzen, durfte natürlich in dieser „patriotischen und gebildeten" Gesellschaft auch der nöthige Denunziant nicht fehlen. Das Beispiel Piloty's scheint aneifernd zu wirken. Einem sogenannten Volksbildner, Lehrer Horst, war es vorbehalten, diese traurige Rolle zu spielen. Derselbe schrie aus dem Hintergrunde in die Versammlung hinein: „Wenn er Polizeibeamter wäre, würde er schon längst die Versammlung aufgelöst haben wegen der aufreizenden und staatsgefährlichen Redensarten, die ich geführt." Da es bei dem nun entstehenden allgemeinen Skandal nicht mehr möglich war, Ruhe zu schaffen, und da außerdem die beiden Gesetzeswächter, wahrscheinlich aus Furcht vor Denunziation bei ihren Vorgesetzten, ebenfalls drängten, Schluß zu machen, so ließ ich hierauf die Versammlung schließen und entfernte mich aus dem Saale. Später, nach Entfernung der Ruhestörer, war es mir dennoch möglich, im engeren Kreise im gegenseitigen Meinungsaustausch die Gesinnungsgenossen auf die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten und ihnen das Nutzlose der gegen uns ergriffenen Maßregeln klar zu legen. Als kennzeichnend für die Borniertheit unserer Gegner will ich noch anführen, daß der Einberufer der Versammlung, welcher auch gleichzeitig den Vorsitz führte, Genosse Blanck, sofort am andern Morgen von seinem Meister gemaßregelt wurde und Lemgo, nachdem er dort 1½ Jahr zur Zufriedenheit gearbeitet hatte, verlassen mußte. Doch das mögen sich die Herren Gegner merken: Der Sozialismus sitzt jetzt unausrottbar fest in Lemgo, und an dieser Thatsache werden alle rohen Skandalmacher und Denunzianten Nichts ändern. — In Herford und Bielefeld war es mir für diesmal nicht möglich, Versammlungen abzuhalten, da die dortigen Parteigenossen es in der Zwischenzeit leider versäumt hatten, die uns zugethanen Wirthe wenigstens insoweit durch regen Besuch zu unterstützen, daß dieselben dadurch für den Ausfall an anderen Gästen entschädigt worden wären und in Folge dessen uns vorläufig dort kein Lokal mehr zur Verfügung steht. Hoffentlich werden die dortigen Genossen in der Folgezeit diesen Fehler wieder gut machen und durch besseren Zusammenhalt auch in Zukunft die Bewegung kräftig zu fördern suchen. H. Oehme.

Münster, im September. Auch hier haben wir uns an der Reichstagswahl betheiligt und schon darüber berichtet. Jedoch über ein Opfer der Wahl haben wir hier noch etwas zu verzeichnen. Parteigenosse H., welcher als Vorsitzender einen neugegründeten Leseclub angemeldet hatte, fand vor der Polizei keine Gnade, denn die Behörde veranlaßte den Arbeitgeber H.'s, diesen zu entlassen, was auch bereitwillig geschah. Daraufhin erhielt H. am anderen Tage von der Polizei die Weisung, Münster binnen drei Stunden zu verlassen. Damit hat man aber eine rechte Heldenthat verrichtet; denn nun ist der Sozialismus erst recht vernichtet in unserem Städtchen! Wie es aber im „Vaterlande" bestellt ist, wenn sogar die Polizei Denunziant spielt, daß kann sich Jeder denken!

Höchst a. M., 27. Sept. Hier hatten wir bei der letzten Reichstagswahl 1292 Stimmen, doppelt so viel wie 1877, erzielt. Darob herrscht natürlich kolossale Erbitterung in den Reihen der Gegner, und auch die Polizei ergreift Partei. So wurde Genosse D. ausgewiesen. Es stellte sich jedoch heraus, daß er, wie man auf der Behörde annahm, nicht Franzose sondern Deutscher ist, und als solcher sogar den Feldzug 1870 mitgemacht hatte. Demzufolge blieb es beim Alten. Trotz alledem geht es jedoch Vorwärts!

Briefkasten

der Redaktion. In zahlreichen Briefen werden wir gefragt, ob nach Annahme des Ausnahmegesetzes eine allgemeine Haussuchung stattfinden werde und dann auch die im Privatbesitz befindlichen sozialistischen Broschüren und Zeitungen konfiszirt werden können. Was die allgemeine Haussuchung betrifft, so ist es möglich, ja wahrscheinlich, daß ein solcher Plan besteht, und die Ausführung darf also nicht überraschen. Uebrigens hat die Polizei ja in puncto der Haussuchungen so viel gethan, daß ihr zu thun eigentlich nichts mehr übrig bleibt. Eine Confiskation von in Privatbesitz befindlichen und nich: für Verkauf bestimmter Schriften kann dagegen nicht statthaben; sie würde nach dem Gesetz auf Diebstahl hinauslaufen und dem entsprechend zu bestrafen sein. — K. B. in Friedberg: Lassen Sie auch nach der Annahme der Ausnahmegesetze alle Auswanderungsideen fahren; den Afterpatrioten zum Trotz wollen wir, die wir unser Vaterland wahrhaft lieben, dasselbe nicht verlassen. — Nicht den Schullehrern geht es so; auch den übrigen Beamten. — Wenn wir in die bestehenden Turnvereine, Kriegervereine, Gesangvereine eintreten wollten, so würden wir uns mehr in Mißkredit bringen, als jene Vereine. Punkt 3 oben erledigt. — Lassen Sie doch den braven Max Hirsch aus dem Spiele — wo es Ernst wird, da taugt jener Mann nichts. — R. T. in Berlin: Erkundigen Sie sich doch gefl. bei der „Berliner Freie Presse". — H. O. in H.: Der letzte Brief findet sich schon in der heutigen Nummer. Der Bildungsvereinsartikel war viel zu lang und von zu wenig allgemeinen Interesse. — F. F. S. in Fürth: Wenden Sie sich doch an Grillenberger in Nürnberg.

H. Pilster, Iserlohn, wird um Angabe seiner Adresse ersucht.

Christ. Dreifürst, Schloßplatz 6, Höchst a. M.

Unterstützungsfonds.

Von K. hier 1,25; S. in A. 35,20; Buchr London 1,00; Bchhm hier 0,50.

Berichtigung.

In dem Artikel „Reflexionen" befindet sich als letztes Wort auf der 4. Zeile der ersten Spalte von unten ein sinnentstellender Druckfehler, den wir unsere Leser zu berichtigen bitten. Es muß heißen statt: versöhnen — verhöhnen.

Alle Parteigenossen werden hiermit vor (F. 290)
Janos Heindell, Schneider aus Bohas (Ungarn)
gewarnt. Derselbe hat die Mitglieder und auch den Verein speziell arg geschädigt und betrogen. [1,80
J. A. des Allgem. Arbeitervereins Thun (Schweiz):
Max George, Kassirer.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Volksfreund", „Neue Gesellschaft", „Hamburg-Altonaer Volksblatt" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kleine Eschenheimerstraße 34, 2. Etg.

NB. Den geehrten Abonnenten obengenannter Blätter zur Nachricht, daß Sonntag, den 6. ds. Mts. das Abonnementsgeld auf den „Vorwärts" für das 4. Quart. erhoben wird. Diejenigen, die bis zum 8. ds. Mts. nicht bezahlt haben, erhalten kein Blatt mehr. [1,00
W. Knoke.

Hannover. Sozialdemokrat. Wahlverein. Sonnabend, d. 5 Oktober, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [80

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Das deutsche Zeitungswesen sonst und jetzt und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Referent Herr H. Oehme. Der Vorstand.

Durch uns ist zu beziehen:

Offener Brief

an das Comité des deutschen Arbeitervereins zu Leipzig

von

Rodbertus.

Preis per Stück 15 Pfg.

Expedition des „Vorwärts".

Tabelle d. Wahlen

zum Reichstage 1878.

Von vielen Empfängern dieser Wahltabelle ist noch keine Zahlung eingegangen. Ich ersuche daher dringend, nunmehr sofort Geld und Abrechnung zu senden.

H. Oldenburg,
Hamburg, Amelungstraße 5.

In unserm Verlage ist erschienen:

Vertheidigungs-Rede

wider die Anklage der

Verleitung zum Kassetten-Diebstahl

gehalten

am 11. August 1848 vor dem Agl. Assisenhofe zu Köln und den Geschworenen

von

FERDINAND LASSALLE.

Preis 35 Pfg. 8°. (ca. 5 Bogen).

Da diese Schrift in sehr wenigen Exemplaren unter den Genossen verbreitet sein dürfte, so haben wir dieselbe ihres überaus großen historischen Interesses wegen durch den Druck vervielfältigt.

Da der Verkauf in Folge des Ausnahme-Gesetzes bis Mitte October nur gestattet sein dürfte, so empfehlen wir sofortige Bestellung.

Breslau, im September 1878.

Schlesische Volks-Buchhandlung
H. Zimmer & Co.

Agenten

oder **Provisions-Reisende** mit **guten** Referenzen engagirt die **bekannte Cigarrenfabrik** (3a) [1,80

Herm. Otto Wendt, **Bremen.**

Neu erschienen und die unterzeichnete Buchhandlung zu beziehen:

Zur orientalischen Frage

oder:

Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden?

Ein Mahnwort an die deutsche Sozialdemokratie.

Von H. L.

5½ Bogen (88 Seiten). **Preis 45 Pf.**

Der Verfasser, der bekannte Correspondent aus „Heuchelland" tritt in dieser Schrift der Auffassung des Genossen Liebknecht über die Orientfrage entgegen.

Für alle Besitzer der Liebknecht'schen Schrift ist obige Broschüre unentbehrlich.

Hottingen-Zürich, September 1878.

Volksbuchhandlung.

Im **Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei** zu **Leipzig** ist erschienen und durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender

für das arbeitende Volk pro 1879.

Inhalts-Verzeichniß:

Vorwort. — Vollständiges Kalendarium. — Aus meinen Erinnerungen. Von Joh. Phil. Becker. — Woher und wohin mit den Kulis? — Wie entstand unsere Welt. Von L. Friwitzer. — Heinrich Heine's Biographie. (Mit Portrait.) — Im Hinterhause. Erzählung von Heinrich Friedenau. — Sonne, Erde und Mond. Ein wichtiges Kapitel für Kalenderkäufer. Von Emil Roßbach. (Mit 5 Abbildungen.) — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Babeuf, Biographie. (Mit Portrait.) — Produktive und unproduktive Arbeit. Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie. Von H. Oldenburg. — Was uns die Statistik lehrt. — Statistik sozialistischer Reichstagwahlen. — Die Vergiftung des Volkes. — Aus alten Papieren. — Post-Porto-Tarif. Telegramm-Tarif. Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel ꝛc. ꝛc. — Marktverzeichnisse für ganz Deutschland.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf.**, **gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 **Dutzend aufwärts** berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück } **netto gegen baar.**
gebunden 40 „ „ }

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstr. 19.
Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

---

Bei **C. Grillenberger** in **Nürnberg** erscheint in den nächsten Tagen und ist durch alle Buchhandlungen und die Expeditionen befreundeter Blätter zu beziehen:

Deutscher

Arbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1879.

9½ Bogen stark, in Taschenbuchformat, gebunden.

Inhalt: **Kalendarium. Die für Gewerbetreibende und Arbeiter wichtigsten Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung** (Novelle vom 18. Mai 1878, in Kraft tretend am 1. Januar 1879); **Haftpflichtgesetz; Lohnbeschlagnahmegesetz; Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes u. die Form der Eheschließungen; Bestimmungen über den Postverkehr. 6 Bogen Schreibpapier** für Tagesnotizen mit Geschichtskalender für jeden Tag.

Preis 50 Pfg.

Bei Partienabnahme Rabatt. 6,00

Einladung zum Abonnement

auf das in Gotha erscheinende

Menschenthum

Sonntagsblatt für Freidenker

Herausgegeben von Dr. **August Specht.**

Durch tüchtige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Menschenthum" die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit der Vernunft und Wissenschaft in Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des freien Menschenthums zu vertreten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit nur durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteter religiöser Satzungen befreit werden kann, wird das „Menschenthum" vornehmlich denjenigen Theil der Wissenschaft kultiviren, der sich mit der Entstehung der Dinge beschäftigt und daher Originalartikel über die Beschaffenheit und Entwickelung der Weltkörper, des Thier- und Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Kultur ꝛc. ꝛc. bringen. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorkommnisse auf kirchlichem und freireligiösem Gebiete, Besprechungen freisinniger Bücher ꝛc., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügend orientiren können.

Man abonnirt auf das in **Gotha erscheinende** „Menschenthum" bei allen Postanstalten und in allen Buchhandlungen zu dem vierteljährlichen Preise von nur 75 Pfennigen.

Gotha.

Stollberg'sche Verlagsbuchhandlung.

Verantw. Redakteur: Franz Güßlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 19. II. in Leipzig.
Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Insertate
Betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., Betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hirsch, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 118. Sonntag, 6. Oktober. 1878.

Unzeitgemäße Zeitgedanken eines Collaborators *).

I. Daß nur nicht der Leser durch die Ueberschrift verführt auf den Gedanken komme, ich wolle zu der Arbeit meines Collegen vom Schwarzwald greifen, zu den „Tausend Gedanken eines Collaborators“ von Berthold Auerbach ein Pendant liefern! Bei Leibe nicht! Unsere Zeit hat sich mit viel reelleren, greifbareren Gegenständen zu befassen als mit spinozistischer Selbstversenkung und Selbsterlösung, wenn auch heut zu Tage mancher Mann, angeekelt von der Misère der herrschenden Zustände, grollend vom Lärm des Tages sich zurückziehen möchte, um in der Einsamkeit seiner Studirstube Trost zu suchen in den Werken unserer großen Denker, oder sich zu erfrischen an den Gestalten des römischen und hellenischen Alterthums.

Allein gerade der Unmuth über die heutigen Zeitverhältnisse ist es, der mir die Feder in die Hand drückt, um mein volles Herz auszuschütten über die krankhaften Symptome, die in der letzten Zeit im öffentlichen Leben zu Tage getreten sind. Eines der ekelhaftesten Geschwüre am deutschen Volkskörper ist unstreitig die moderne Tagespresse — ich verstehe darunter die großen tonangebenden Journale —, in denen die öffentliche Meinung gemacht wird und das frevelhafte, gewissenlose Spiel, das eben mit dieser öffentlichen Meinung getrieben wird. Große Geister, wie Hegel und Göthe, hatten allerdings vor dieser öffentlichen Meinung keinen allzugroßen Respekt. So urtheilt Hegel in seiner „Rechtsphilosophie“ von derselben: „Die öffentliche Meinung verdient ebenso geachtet als verachtet zu werden. Sie hat die Existenz des Irrthums und des Vortrefflichen in gleicher Art in sich, wie die Erscheinung des Ministers sich berathen und Stellung zu ihnen einnehmen wollen.

Man beginnt sofort mit der Berathung des § 1a, der von den genossenschaftlichen Kassen handelt und lautet:

Genossenschaftliche Kassen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind in Verwahrung und Administration zu nehmen. Die Befugnisse des Vorstandes gehen auf die administrirende Behörde, beziehungsweise auf den von der Behörde bestellten Administrator über.

Im Uebrigen sind Verbindungen jeder Art den Vereinen gleichgestellt.

Die Subcommission beantragt, diesen Paragraphen folgendermaßen zu fassen:

Tagespresse erfreuen und bei der urtheilslosen Masse der sog. gebildeten Mittelklassen, für die der Urgermane Heinrich Leo den Ausdruck „Bildungspöbel“ erfunden zu haben scheint, reißenden Absatz finden.

Wie öffentliche Meinung gemacht, wie die Zeitgeschichte gefälscht wird, ist wahrhaft zum Erbarmen; Klio, die hehre Muse, ist zur gemeinen Gassendirne geworden, die von jedem hergelaufenen Buben nach Bezahlung sich gebrauchen läßt. Ein heiteres Exempel an einem solchen „Helden der Feder“, der sich Christof Wild nennt, hat unlängst die „Staatsbürgerzeitung“*) statuirt, indem sie zur Evidenz nachgewiesen hat, daß das ganze Elaborat dieses Ritters von der traurigen Gestalt aus diversen Zeitungsartikeln zusammengestohlen sei. Das Ergötzlichste bei der Geschichte ist aber das, daß das Machwerk dieses literarischen Strauchdiebs und Wegelagerers von einem großen Theil der tonangebenden Presse belobigt worden ist; der „Schwäbische Merkur“ z. B., dieser Typus der politischen Gesinnungslosigkeit, vulgo Nationalliberalismus genannt, ließ es sich nicht nehmen, als Leitartikel einen Auszug aus dem Opus dieses literarischen Buschkleppers, die sozialistische Broschüren- und Kalenderliteratur betreffend, zu bringen.

Das Diktum Schiller's von dem tintenklecksenden Säkulum, das einen anekelt, ist nicht mehr Wahrheit; nur Scheeren- und Kleisterarbeit ist es, die dem Leser in fürchterlicher Hohlheit aus den Spalten unserer Tagespresse entgegenstarrt.

Und zwar in allen Zweigen der Kunst, Literatur, Wissenschaft und Politik macht sich diese Schand- und Schundliteratur breit; in allen großen [illegible] in vollem Maße geltend und einzelne Bedenken gegen die Fassung würden daher zurückgedrängt. Abg. Hänel bestreitet, daß eingetragene Genossenschaften je zu Zwecken politischer Art gemißbraucht werden. Staatsminister Abeken erklärt, daß alle Arten von Handelsgesellschaften bei ihrer Verwendung zu sozialdemokratischen, verbotenen Bestrebungen dem Gesetze unterstehen.

Der Antrag der Subcommission wird nach Ablehnung einiger Lasker'scher Amendements angenommen.

Der conservative Abgeordnete Goßler will die Bundesregierungen durch seine Amendements vertreten und hat das Amendement eingebracht, die „Umsturzcommission“ umzustürzen und die „Untergrabungscommission wieder aufzurichten, damit regierungsseits dem Liberalismus noch etwas leichter mitgespielt werden kann. Armer Lasker! All' Dein Ducken und Bücken hat also nichts geholfen und der Liberalismus muß erst sein Todesquietschen vernehmen lassen. — — —

In der Sitzung vom Mittwoch wird das Amendement Goßler, welches die „Untergrabung“ wiederherstellen will, abgelehnt; außerdem der Satz in demselben: „oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen“ gestrichen. — Wir wollen für heute nur die entscheidenden Paragraphen und deren Abänderungen bringen, da wir den Gesetzentwurf, wie er aus der zweiten Lesung der Commission, also fertig zur Berathung im Plenum hervorgegangen ist, vollständig unseren Lesern noch mittheilen werden.

§ 6 lautet:

Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische und communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund des Gesetzes das zweite Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

Graf Eulenburg erklärt, die Regierungen legten großen Werth auf die Ablehnung von Alinea 2; es ist dies der in erster Lesung hineinamendirte Zusatz, wonach der gänzlichen Unterdrückung einer Zeitschrift eine Verwarnung vorausgehen muß. — Abg. Lasker tritt für Fassung der ersten Lesung ein. Es handle sich hier darum, ob man eine systematische Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse beabsichtige, oder den Versuch machen wolle, dieselbe zu zwingen, sich mit ihrer Wirksamkeit innerhalb des Rahmens dieses Gesetzes zu halten. — Die Abgg. Reichensperger und Lasker fragen an, ob nach der Auffassung der Regierung das in diesem Paragraphen ausgesprochene Verbot auch rückwirkende Kraft habe. — Graf Eulenburg: Im Entwurf seien zwei Dinge verschieden behandelt: das Verbot einer einzelnen Nummer einer Zeitung und das Verbot des ferneren Erscheinens eines Blattes. Daß hierfür auch das bisherige Verhalten einer Zeitung die Grundlage abgeben könne, unterliegt in der Absicht des Bundesraths keinem Zweifel. Dabei sei von einer Rückwirkung des

erlaubte? Haben sie denn ganz das römische Dichterwort vergessen: „Nitimur in vetitum semper cupimusque negata.“ Erinnern sich unsere Gesetzesfabrikanten, vulgo Bundesrath und Reichstag genannt, nicht des Ausspruchs von Tacitus: Je schlechter ein Staat ist, desto mehr Gesetze macht er — Ausnahmegesetze in Sozialismus, Einnahmegesetze in Tabak, Petroleum, Salz und anderen Luxusartikeln?

Eitle Hoffnungen! Der Staatsmann mit der einsamen Stirn ist einmal in eigensinniger Verblendung entschlossen, den Strom der Bewegung, der sich in immer breiteren Wogen über Deutschland ergießt, mit Ausnahmegesetzen einzudämmen, die weltbewegende Idee des Sozialismus mit Polizei- und Militärgewalt zu unterdrücken. Das Wort „verbrecherische Thorheit“ wird, ich fürchte es, auf den Schützen zurückprallen; doch darüber soll einmal die Geschichte zu Gericht sitzen!

Die unheilvollen Folgen, welche die projektirten Gesetze nach sich ziehen, lassen sich gar nicht übersehen. Von den Eingriffen ins Privateigenthum und Erwerbsrecht ganz zu schweigen, ist, glaube ich, am meisten die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehren dadurch bedroht. Deutet man ja jetzt schon in den reaktionären Organen mit den Fingern auf die Katheder gewisser Universitätslehrer, von denen herab der wissenschaftliche Sozialismus in die Kreise der Gebildeten eingedrungen sei!

So viel ist jedenfalls sicher, der sozialdemokratischen Partei als solcher — gegen diese soll ja der Schlag geführt werden — thut das Gesetz nicht den geringsten Abbruch. Die Agitation, vom Licht des Tages, von der Tribüne und aus Versammlungen in vollem Maße geltend und einzelne Bedenken gegen die Fassung würden daher zurückgedrängt. Abg. Hänel bestreitet, daß eingetragene Genossenschaften je zu Zwecken politischer Art gemißbraucht werden. Staatsminister Abeken erklärt, daß alle Arten von Handelsgesellschaften bei ihrer Verwendung zu sozialdemokratischen, verbotenen Bestrebungen dem Gesetze unterstehen.

Der Antrag der Subcommission wird nach Ablehnung einiger Lasker'scher Amendements angenommen.

Der conservative Abgeordnete Goßler will die Bundesregierungen durch seine Amendements vertreten und hat das Amendement eingebracht, die „Umsturzcommission“ umzustürzen und die „Untergrabungscommission wieder aufzurichten, damit regierungsseits dem Liberalismus noch etwas leichter mitgespielt werden kann. Armer Lasker! All' Dein Ducken und Bücken hat also nichts geholfen und der Liberalismus muß erst sein Todesquietschen vernehmen lassen. — — —

In der Sitzung vom Mittwoch wird das Amendement Goßler, welches die „Untergrabung“ wiederherstellen will, abgelehnt; außerdem der Satz in demselben: „oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen“ gestrichen. — Wir wollen für heute nur die entscheidenden Paragraphen und deren Abänderungen bringen, da wir den Gesetzentwurf, wie er aus der zweiten Lesung der Commission, also fertig zur Berathung im Plenum hervorgegangen ist, vollständig unseren Lesern noch mittheilen werden.

§ 6 lautet:

Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische und communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund des Gesetzes das zweite Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

Graf Eulenburg erklärt, die Regierungen legten großen Werth auf die Ablehnung von Alinea 2; es ist dies der in erster Lesung hineinamendirte Zusatz, wonach der gänzlichen Unterdrückung einer Zeitschrift eine Verwarnung vorausgehen muß. — Abg. Lasker tritt für Fassung der ersten Lesung ein. Es handle sich hier darum, ob man eine systematische Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse beabsichtige, oder den Versuch machen wolle, dieselbe zu zwingen, sich mit ihrer Wirksamkeit innerhalb des Rahmens dieses Gesetzes zu halten. — Die Abgg. Reichensperger und Lasker fragen an, ob nach der Auffassung der Regierung das in diesem Paragraphen ausgesprochene Verbot auch rückwirkende Kraft habe. — Graf Eulenburg: Im Entwurf seien zwei Dinge verschieden behandelt: das Verbot einer einzelnen Nummer einer Zeitung und das Verbot des ferneren Erscheinens eines Blattes. Daß hierfür auch das bisherige Verhalten einer Zeitung die Grundlage abgeben könne, unterliegt in der Absicht des Bundesraths keinem Zweifel. Dabei sei von einer Rückwirkung des

Abg. v. Goßler beantragt die Streichung der Worte: „oder der Landesvertretung“. — Minister Graf Eulenburg verlangt die Streichung des Wortes: „unmittelbarer“ in Abs. 1 und der Worte: „außerhalb ihres Wohnortes“ in Abs. 3. Bei der Abstimmung werden die Worte: „unmittelbaren“ und „außerhalb ihres Wohnortes“ aufrecht erhalten, dagegen die Streichung der Worte: „sowie der Landesvertretung“ mit 11 gegen 9 Stimmen beschlossen.

Schließlich wird der § 22, betreffend die Dauer der Giltigkeit des Gesetzes bis zum 31. März 1881, mit 13 gegen 7 Stimmen angenommen, nachdem der Antrag v. Schwarze auf 5 Jahre mit derselben Stimmenmehrheit abgelehnt war.

Bei der Schlußabstimmung wird das ganze Gesetz mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen; dagegen das Centrum und der Fortschritt. Abg. Lasker enthält sich der Abstimmung.

Somit ist es also auch mit dem rein Lasker'schen Gesetzentwurf nichts geworden. Man kann denselben nunmehr taufen: „Conservativ-laskerhaftes-regierungsfreundliches Umsturzgesetz alles gemeinen Rechtes und aller staatsbürgerlichen Freiheiten.“

— Der christlich-sozial-conservative „Staatssozialist“ liest den Conservativen bei Besprechung des „Sozialistengesetzes“ in einer Weise den Text, die an die bekannten Ochsen des Geheimen Rath Wagener lebhaft erinnert. Hören wir dies einmal an und freuen wir uns:

„Herr Lasker“, sagt das Blatt, „auf welchen, wie auf einen Reichsfeind schlimmster Sorte, eine Zeitlang förmlich offiziöse Klapperjagd gemacht wurde, ist als großer Mann und Reichsfreund etablirt und beherrscht bereits, da wir dies schreiben, die Abstimmungen der Commission für das Sozialistengesetz in einem Maße, daß nicht mehr die Regierungsvorlage, sondern seine Anträge die eigentliche Unterlage der Berathung bilden, und daß selbst die „Conservativen“ einstimmig für seine Amendements eintreten. Letztere bewähren damit denselben staatsmännischen Scharfblick, kraft dessen es ihnen bereits bei der Präsidentenwahl gelungen ist, sich glücklich zwischen zwei Stühle zu setzen, und sie werden deshalb auch, wenn sie auf diesem Wege beharren, die deutschconservative Partei in ähnlicher Weise zu Grabe tragen, als dies seinerzeit ihrer „christlich-germanischen“ Vorgängerin in den fünfziger Jahren widerfahren ist. Bekanntlich ist die sogenannte „christlich-germanische“ Reaktion gegen die mit dem Jahre 1848 auftretende und damals bereits mit sozialen Elementen gemischte Demokratie daran zu Grunde gegangen, daß die thatsächlichen Träger jener Bewegung, obschon man in der Theorie stets die „christliche“ Trompete blies und von „germanischer Selbstregierung“ sowie von „organischer Staatsverfassung“ den Mund überaus voll nahm, doch in der Mehrzahl in ihrem Herzen dem Polizeistaate den Vorzug gegeben, demzufolge sich praktisch zu prinzip- und willenlosen Dienern einer liberalisirenden Bureaukratie

Glücklicherweise hat schon bei vielen Mitgliedern des Lehrerstandes, des niederen, wie des höheren, die Idee des Sozialismus siegreich sich Bahn gebrochen, so daß von Maßregeln und Erlassen, in denen die Schulbehörden allerlei Rezepte zur Bekämpfung des Sozialismus vorschreiben, nicht viel Erfolg zu erwarten sein wird. Die Geschichte bietet ja dem Lehrer verschiedene Beispiele und Analogien dar, an denen er die Wahrheit des Sozialismus treffend illustriren kann. In der Religionsgeschichte die mosaische Gesetzgebung und die Zeiten des Urchristenthums; in der antiken die ruhmvollen Kämpfe der Hellenen um ihre politische Freiheit gegen die Despotenheere und der Untergang dieser politischen Freiheit an der ökonomischen Unfreiheit und Ungleichheit trotz dem Opfer- und Todesmuthe eines Agis und Kleomenes; im alten Rom die Kämpfe der Plebejer und Patrizier um politische Gleichberechtigung und die Werthlosigkeit eben dieser politischen Gleichberechtigung bei der immer mehr sich erweiternden Kluft zwischen Reich und Arm, die ein Tiberius und Cajus Gracchus umsonst auszufüllen suchten — Mißstände, die zum Untergang der Republik führten und Rom mit gebundenen Händen den Cäsaren auslieferten; in der neueren und neuesten Geschichte die religiösen und politischen Bewegungen in ihren einzelnen Phasen, während die soziale eben jetzt an die Thore pocht.

Die Schule ist sicherlich ein bedeutsamer Faktor in der sozialen Bewegung, aber nicht im Kampf gegen den Sozialismus, sondern im Kampf für denselben. Zum Glück ist man jetzt soweit gekommen, in der Geschichte nicht mehr eine fortlaufende Kette von Bildern [illegible]

„Frankfurter Zeitung“ folgende Erklärung:

„Berlin, 23 Genthiner Straße, 27. Sept. 1878.

Geehrte Redaktion!

Erst heute erfahre ich von einer Behauptung, die Herr Dr. R. Meyer in Ihrer Zeitung vom 16. d. Mts. in Bezug auf die von Herrn Schumacher-Zarchlin und mir herausgegebenen Briefe von Lassalle an Rodbertus aufgestellt hat.

Sie werden eine Berichtigung des Hrn. Schumacher erhalten haben, der ich mich nur Punkt für Punkt anschließen kann. Ich erlaube mir aber noch ein paar Bemerkungen hinzuzufügen, um deren Aufnahme in Ihrer Zeitung ich höflich bitte.

Die Briefe Lassalle's sind nach einer Abschrift, welche Rodbertus selbst für diesen Zweck bestimmt haben soll, abgedruckt worden. Ich habe diese Abschrift aber zuvor genau mit dem Originale verglichen, welches mir Frau Dr. Rodbertus, die Wittwe des Adressaten, zuzustellen die Güte hatte. Der Abdruck in unserer Ausgabe entspricht bis auf zwei unwesentliche Auslassungen genau dem Original, wofür ich mit meinem Wort bürge. Die Auslassungen beziehen sich S. 47 auf den Namen eines volkswirthschaftlichen Schriftstellers, über den Lassalle ein unbillig hartes Urtheil fällte, und S. 95 auf einen Ausdruck, mit welchem verschiedene Schriftsteller der deutschen Freihandelspartei übermäßig grob bezeichnet wurden. Sonst ist auch nicht ein Wort, geschweige eine oder mehrere, vollends wichtige Stellen in dem Briefwechsel weggelassen oder willkürlich verändert worden, also auch kein „correkter Text wiederherzustellen“.

Die Originalbriefe bildeten ein eingenähtes Convolut und waren alle nummerirt. Ich kann bestimmt bezeugen, daß in keinem dieser Briefe eine Stelle oder ein Blatt weggelassen sein kann, weil sich dies bei der Prüfung sofort hätte ergeben müssen.

Aufschlüsse, welche Herr Dr. Meyer von Rodbertus aus diesen Briefen erhalten haben will, könnten daher nur in anderen als mir zur Verfügung gewesenen Briefen enthalten gewesen sein. Ich muß aber durchaus das Vorhandensein solcher Briefe Lassalle's an Rodbertus bezweifeln. Einmal wäre gar kein Grund gewesen, diese Briefe apart zu behandeln, sodann ergiebt die von uns publizirte Serie Briefe keine Lücke, wie man sich leicht überzeugen kann und wie zum Ueberfluß aus der von Rodbertus herrührenden Nummerirung der Briefe zu constatiren ist.

Hochachtungsvoll
Prof. Dr. Adolf Wagner.

— Der ertappte Lügner gesteht bekanntlich nie ein, daß er gelogen hat — er ist blos das Opfer eines Irrthums geworden, oder wie sonst die Ausrede lautet. So sucht jetzt auch das „Berliner Tageblatt“, da es gegenüber der katagorischen Erklärung Hirsch's seine diesen betreffenden „aktenmäßigen“ Lügen nicht aufrechterhalten kann, sich in folgender Weise, wenn auch nicht rein, doch wenigstens von dem dicksten Schmutz freizulügen:

„Der Auszug aus den Akten contra Nobiling, den wir jüngst zu veröffentlichen in der Lage waren, hat bezüglich der Beziehungen Nobiling's zu Karl Hirsch in Paris von mittelbar

---

besonders wieder in Hamburg auf Sankt Pauli, giebt es keine Kneipe zweifelhaften Rufes, welche nicht über ihrer Eingangsthüre irgend einen hochpatriotisch klingenden Titel als Firma führte. Daß weiter in keinem Tingel-Tangel und in keinem Restaurant mit „Damen“-Bedienung das Bild des Kaisers, des Kronprinzen, sowie Moltke's und Bismarck's fehlt, ist bekannt. Wie nun deshalb die Polizei die Besitzerin des Lokals Belle-Alliancestraße 87 gezwungen hat, die durch den Mißbrauch der damit getrieben wird, anrüchig gewordene Firma zu entfernen, so kann das Lokal nur gewinnen; wir Sozialisten aber gewinnen ebenfalls, indem Mancher, der dem Titel nicht traute, da er anderorts gewitzigt worden, jetzt, nachdem durch polizeiliche Hülfe alles Anstößige beseitigt worden ist, ins Lokal geht und dort in sozialistischer Gesellschaft bald zum Sozialismus bekehrt werden wird. Achtungsvoll

Berlin, 9. September 1878. P. H.

— Mit dem 1. d. Mts. ist die Neuerung in Kraft getreten, daß für den internationalen Postvereinsverkehr besondere Postkarten mit einem eingedruckten Zehnpfennig-Werthzeichen und der Maßgabe ausgegeben werden und ausschließlich diese Postkarte für den erwähnten Verkehr in Anwendung kommen dürfen. Damit wären denn die gewöhnlichen mit dem Stempel von 5 Pfennig versehenen Postkarten, welchen man eine Fünfpfennigmarke zufügte, und diejenigen Postkarten ausgeschlossen, welche die Postverwaltung ohne eingedrucktes Werthzeichen verkauft, während bei den neu hergestellten Postkarten jedoch eine Zehnpfennigmarke für den Fall zugefügt werden muß, daß dieselben nach Ländern gehen, für welche der einfache Brief mit vierzig Pfennig taxirt wird. Es ist für die erste Zeit wohl unausbleiblich, daß unter diesen Umständen Verwirrung eintritt, die für den weniger erfahrenen Absender um so schlimmer wirkt, als die nicht vorschriftsmäßigen Karten gar nicht zur Absendung gelangen.

— Vor Kurzem starb in Stuttgart der bekannte Geschichtsschreiber W. Zimmermann, der Verfasser der Geschichte des Bauernkriegs. — Dr. Petermann, der allbekannte Geograph ist in Gotha vor wenigen Tagen gestorben.

er in meiner Begleitung einer großen Versammlung der Lassalle'schen Partei beigewohnt hatte. Den Entwurf des Briefes, welchen A. Wagner leider nicht ganz abdruckt, kannte ich. Rodbertus sagt nun darin, daß er „triftige Gründe" habe, die Briefe Lassalle's noch nicht zu veröffentlichen. Dazu bemerkt A. Wagner in einer Note, er wisse aus mündlicher Mittheilung von R., daß dieser später eine frühere Veröffentlichung für erwünscht hielt. Den Grund, weshalb R. noch nicht die Briefe Lassalle's veröffentlichen wollte, giebt er sofort an; es gab, meint R., einen „esoterischen und exoterischen Lassalle"[3]). Mit Befremden vermißt man die Bestätigung dieser Behauptung des R., wenn man die publicirten Briefe liest. Man würde sie aber finden, wenn man das Original des Briefes Nr. 12 läse und darin sähe, daß Lassalle seine Produktivassociation kaum noch aufrecht erhält, bereit ist, sie einer anderen ökonomischen Maßregel, die Rodbertus etwa ausspintisirt habe, zu opfern — so weit ist der Text anscheinend korrekt — dann aber schließt er: „Man muß dem Mob etwas bieten"[4]). Rodbertus liebte Lassalle und wollte, daß dessen Popularität in der Arbeiterwelt nicht durch Publicirung dieses „derben Ausdrucks" ruinirt würde, es sei denn, die politische Situation fordere dies Opfer. Den Moment für eine solche Publication bezeichnete er mir alsdann gekommen, wenn die Regierung sich ernstlich mit der sozialen Frage, resp. mit der Sozialdemokratie beschäftige, sei es, letztere zu unterdrücken, sei es, Reformen einzuführen, unter denen etwa wieder von Produktivassociationen die Rede sein würde. Es werde sich, sagte mir Rodbertus, aus dieser Stelle ergeben, weshalb er, Rodbertus, sich nicht an der Lassalle'schen Agitation betheiligt habe und weshalb — wahrscheinlich — auch Carl Marx den Lassalle so vornehm abweisend in einer kurzen Note zur Vorrede seines „Kapital" behandle. Lassalle sei wesentlich ein ehrgeiziger Politiker gewesen, der vor allen Dingen eine starke Partei habe um sich versammeln wollen. Er habe in solchen Aeußerungen wie „Mob" vom Volk gewohnheitsmäßig gesprochen[5]), obschon er ernstlich den Wunsch gehabt habe, die Lage der arbeitenden Massen zu verbessern. Er sei erst in zweiter Linie sozialer Agitator gewesen und habe diese Seite seiner Thätigkeit der ersteren dienstbar gemacht. Auf seine, des Rodbertus, Vorhaltung (die sich in jenem Briefe von R. finden muß, auf den Lassalle in Nr. 12 antwortet), daß die Produktivassoziation ein neues Corporationseigenthum schaffen werde, daß Corporationen noch egoistischer seien als Individualeigenthümer, habe Lassalle ernsthaft gar nicht mehr dies System vertheidigt, sich aber trotzdem desselben weiter als Agitationsmittel bedient und dadurch die ihm vertrauenden Arbeiter mißleitet[6]). In dem Seite 5 aufgefäheten Briefe an Hasenclever wollte R. diesen hierauf aufmerksam machen, weil es ihm wehe that, daß dieser große Allgemeine deutsche Arbeiterverein so in der Irre taumele[7]), wie er sich ausdrückte. Die Rücksicht auf das Andenken Lassalle's überwog indeß, und der Brief ging nicht ab. Heute aber hat Herr Hasenclever nach meiner Ansicht das Recht, diesen für ihn bestimmten Brief von den Herausgebern zu reclamiren und zu publiciren, denn der Umstand, welcher Rodbertus damals von der Absendung dieses Briefes zurückhielt, ist durch meine vorliegende Erklärung hinfällig geworden. Mir sagte R., wenn ich eine neue Auflage meines „Emanzipationskampf des vierten Standes", zu dem er mir ja selbst werthvolles Material geliefert hat, veranstaltete, so möge ich, mit Weglassung jenes Ausdrucks, erklären, daß die Produktivassoziation von Lassalle nicht ernsthaft gemeint gewesen sei. Wenn aber jemals die Regierung etwa mit diesen experimentiren wolle, so solle ich jene Stelle wörtlich publiciren, um ein solches Unglück — dafür sah Rodbertus es an — zu verhüten. Nachdem nun Fürst Bismarck im Reichstage einen Versuch in großem Stil mit solchen Assoziationen nicht nur nicht von der Hand weist, sondern fast in Aussicht stellt, scheint mir der Moment gekommen, mein damals Rodbertus gegebenes Wort zu halten. Der Fürst sagt, auch Herr Bebel werde Abends Zutritt zu ihm finden. Der wird ihn nicht suchen. Ob die Stöcker'schen Arbeiter einer solchen Einladung eine ebenso große Charakterstärke entgegensetzen würden, wie es Liebknecht und C. Marx ähnlichen Versuchen gegenüber thaten, bezweifle ich .... Sobald das neue Sicherheitsgesetz, das ich lieber „Unsicherheitsgesetz" nennen möchte, zwei bis drei Jahre gewirkt haben wird, so wird die Nothwendigkeit, irgend etwas zu thun, um die Massen auszusöhnen, aller Welt klar sein. ... Bei solchen Aussichten glaube ich mich berechtigt, den mir ertheilten Auftrag des Dr. Rodbertus jetzt auszuführen. Gegenüber den mir ehemals befreundeten Herren Herausgebern habe ich große Rücksicht gebraucht, indem ich nicht schon vor einem halben Jahre, als ich die von ihnen herausgegebene Broschüre zum ersten Male las, diese Eröffnungen machte. Jetzt verpflichtet mich mein verpfändetes Wort, diese Rücksicht schwinden zu lassen, und ich muß das ernste Ersuchen an sie richten, jetzt nicht nur jene Correkturen, die sie in Lassalle's Briefen machten, zu bekennen, sondern auch die in der Einleitung gegebenen Bruchstücke aus den Manuskripten des Rodbertus — namentlich den Brief an Hasenclever, Seite 5 und 6 — zu vervollständigen, so wie sie sie im Nachlaß fanden. Seite VIII verhießen die Herausgeber „weitere Publikationen aus Rodbertus Nachlaß" und setzen hinzu: „Manches muß aus einzelnen Entwürfen und Vorarbeiten zusammengestellt werden." Es ist zu hoffen, daß sie diese Vorarbeiten und Entwürfe wörtlich, ohne jede Weglassung und ohne jeden Zusatz, zum Abdruck bringen, sonst verliert ihre Arbeit jeden Werth. Die Leser der nachgelassenen Werke von Rodbertus sind berechtigt, zu finden, was Rodbertus sagte, nicht das, was Wagner — Schuhmacher meinen, das er hätte sagen sollen oder können. Rodbertus, der mir so manchen Artikel für die „Berliner Revue" geliefert hat, duldete von der doch verantwortlichen Redaktion keine, auch nicht die geringste Aenderung oder Auslassung. Er würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sähe, wie mit seinem Nachlaß umgegangen wird.

28. September 1878.

Dr. R. Meyer."

1) Wie sich herausgestellt hat, ist Herr Max Wirth gemeint. R. d. B.

2) Was die Entstehungsursache dieses [illegible] an Hasenclever anbelangt und über eine kurze Unterredung desselben mit Rodbertus werden wir in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts" berichten. R. d. B.

3) Einen „esoterischen und exoterischen Lassalle" — heißt „einen für die Eingeweihten und einen für die Uneingeweihten verständlichen Lassalle".

4) „Man muß dem Mob etwas bieten" — dies mag Lassalle, der überhaupt das Wort „Mob" gern gebrauchte (siehe Bastiat-Schulze), auch in Bezug auf die Arbeiterklasse in einem bestimmten Falle wohl gebraucht haben. Er meinte aber damit nur diejenigen Bestandtheile der Arbeiterklasse, welche sich seiner Agitation anschlossen entweder aus augenblicklichem Vortheil, oder aber deshalb, um schon in nächst-nächster Zeit durch die Errichtung von Produktivgenossenschaften aus der Lohnsklaverei zur Herrschaft zu gelangen. Daß Lassalle in der ersten Zeit der sozialdemokratischen Bewegung mit solchem „Mob" rechnen mußte, ist leider zu bedauern. Daß Lassalle aber die gesammten Arbeiter niemals mit einem solchen Ausdruck belegt hat, geht aus seiner ganzen sonstigen Handlungsweise hervor und besonders aus seiner nicht öffentlichen, sagen wir aus seiner „esoterischen". Zahlreiche Arbeiter, Lohnarbeiter (der verstorbene Kichnyawi, dann der alte Hans Pesch in Düsseldorf haben oft genug erzählt, wie wahrhaft vertraut Lassalle mit ihnen umgegangen sei) in Düsseldorf, Berlin ꝛc. ꝛc. könnten dafür einstehen. Uebrigens wird wohl selten bei einem Privatbrief ein Ausdruck in ganz bestimmter Weise formulirt, weil der Briefschreiber schon ein größeres Verständniß des Empfängers in Bezug auf seine Ausdrücke voraussetzt. Im Uebrigen sei bemerkt, daß Herr Dr. Rudolf Meyer sich auch sehr leicht mit seiner Behauptung irren kann, besonders da A. Wagner (siehe unter Uebersicht) eine so bestimmte Erklärung abgiebt und ferner weil im Brief 5 (also nicht 12) Seite 46 der Lassalle'schen Briefe an Rodbertus der Ausdruck „Mob" in einem ähnlichen Zusammenhange schon vorkommt, wodurch Meyer getäuscht sein mag. Es heißt nämlich in dem Briefe 5, daß der innerste Kern der Lassalle'schen Anschauung in Bezug auf die Arbeiterfrage in der Ablösung des Grund- und Kapitaleigenthums — und nicht in der Einführung von Produktivgenossenschaften bestehe; „freilich darf man das dem Mob heut noch nicht sagen".

R. d. B.

5) Siehe 4. Zu bemerken ist, daß im Brief 10 (Seite 66) nochmals der Ausdruck „Mob" aber nicht auf Arbeiter, sondern auf die zahllosen gegnerischen Literaten ꝛc. ꝛc. angewandt worden ist. R. d. B.

6) Lassalle nahm die Produktivgenossenschaften wohl ernsthaft, aber nicht zur Lösung der sozialen Frage, sondern zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Rodbertus hatte dem Lassalle irrthümlich untergeschoben, daß er die Genossenschaften zur Lösung der sozialen Frage empfehle. Dagegen verwahrt sich Lassalle ausdrücklich im Brief 12 (Seite 71). Als Agitationsmittel bedienen wir uns der Produktivgenossenschaften noch immer, aber auch um die Lage der Arbeiter etwas zu verbessern. Dr. R. Meyer irrt sich entweder in Rodbertus, oder Rodbertus hat sich in Lassalle geirrt. R. d. B.

7) Ist durch 6 im Allgemeinen erledigt. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein faßte die Produktivgenossenschaften als Agitationsmittel und als eine Beihilfe zur Besserstellung der Arbeiter auf — taumelte also nicht in der Irre. R. d. B.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Umsturzcommission des deutschen Volksrechts trat am vorigen Dienstag zur zweiten Lesung des Lasker'schen Gesetzentwurfs gegen die Sozialdemokratie zusammen.

§ 1 lautet nach der ersten Lesung: Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Zu diesem Paragraphen verliest der Abg. Lasker folgende Erklärung: „Der § 1 ist bestimmt, dem ganzen Gesetze das charakteristische Merkmal zu geben und die Behörden (Verwaltungs- und Controlinstanz) an die hier gesteckten Grenzen zu binden. Das Gesetz soll nicht allen sozialistischen, sozialdemokratischen oder communistischen Tendenzen und deren Vertheidigung und Verbreitung aus den Vereinen, Versammlungen und aus der Presse verdrängen. Dies wäre besonders in der Presse ohne eine völlige Zerstörung der Preßfreiheit schon äußerlich undurchführbar. Dagegen soll das Gesetz verhindern, daß fernerhin in Vereinen, Versammlungen und in der Presse Bestrebungen sich geltend machen, welche die unter allen Umständen, allenfalls mit Gewalt herbeizuführende Umwandlung der Grundeinrichtungen des Staates oder der Gesellschaft als Ziel hinstellen, oder ohne ausdrückliches Bekenntniß nach dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge unter Störung des öffentlichen Friedens auf dieses Ziel hinauslaufen. Demgemäß bezeichnet der von mir vorgeschlagene § 1 zwei gesonderte Fälle, in denen das Verbot des Staates eintreten darf. Der erste Fall (Abs. 1) behandelt Vereine, welche den gesammten Inhalt ihrer Thätigkeit auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung richten, indem entweder die Satzungen dies ausdrücklich anerkennen oder andere für den Verein verbindliche Regeln es darthun, oder indem der Verein ohne ausdrückliche Erklärung oder neben einem blos zum Vorwand dienenden Inhalt der Satzungen seine Einrichtungen nach jenem Zweck und durch concludente Handlungen der bezeichneten Zweckbestimmung darlegt. Der weitere Fall (jetzt Abs. 2), behandelt Vereine, welche wahrheitsgemäß einer zulässigen Zweckbestimmung dienen, daneben aber Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung herbeizuführen, in ihrer Mitte zur Geltung und zum erkennbaren Ausdruck gelangen lassen. Beide Fälle wenden sich gegen die Methode der Agitation, welche durch die Gewaltsamkeit ihres Zieles oder der Mittel den öffentlichen Frieden gefährdet. Das Moment der Gewaltsamkeit bezeichnet der Ausdruck „Umsturz"; die durch diesen Ausdruck charakterisirten Bestrebungen treten in Gegensatz zu einer reformatorischen Thätigkeit, welche die allmälige Umleitung der gegebenen in völlig neue Verhältnisse durch den Wechsel der öffentlichen Ueberzeugung herbeizuführen strebt, und diese Ansicht nicht durch bloßes Wortbekenntniß, sondern durch die Wahl der Mittel darthut. Die Friedensgefährdung tritt erst ein, wo die Gewalt als Nothwendigkeit oder zulässiges Mittel erkannt wird oder trotz wörtlicher Ableugnung in schlüssiger Weise aus den Handlungen sich ergiebt. Eignet der Verein sich die bezeichnete Zweckbestimmung an (Absatz 1), so braucht zur Unterdrückung desselben nicht erst eine friedensgefährdende Handlung abgewartet zu werden, wenn eine jenem Zweck entsprechende Thätigkeit die Friedensgefährdung mit vollster Wahrscheinlichkeit erwarten läßt. Wo dagegen ein Verein mit an sich zulässiger Zweckbestimmung wegen zur Geltung gekommener Bestrebungen der

Ein Held.

Der soeben in Stettin durchgefallene, damit leider aber noch nicht von der politischen Bühne verschwundene Kapp war, gleich seinem Parteigenossen Bamberger in den zwei „tollen Jahren" (1848 und 1849) ein gar gewaltiger Revolutionär vor dem Herrn und hatte mit dem Kirchheimbolandener Helden auch das gemein, daß er kein Pulver riechen konnte — eine Eigenschaft, durch welche sie beide im Voraus zu Nationalliberalen prädestinirt wurden. Von was für Stoff der Bismarck'sche „Wählt Kapp" gemacht ist und wie kühn er im September 49 — davongeloffen, daß erzählt uns der kürzlich in Amerika als Flüchtling verstorbene Dr. Karl Riedel, republikanisches Mitglied des Frankfurter Parlaments, in einem am 3. August 1871 geschriebenen Brief, welcher besagt:

„Unser Friedrich Kapp ist der Sohn des Studiendirektors Kapp in Hamm, Westphalen; er studirte in Heidelberg einige Jahre Rechtswissenschaft und fand, ohne ein Staatsexamen gemacht zu haben, Beschäftigung auf westphälischen Gerichten. Das Jahr 1848 rief ihn nach Frankfurt, von wo aus er trotz des erbärmlichen Stils, den er in seiner Geschichte der Sklaverei bekundete, Correspondent der (communistischen) „Neuen deutschen Zeitung" von Löning in Darmstadt und Ruge's „Reform" in Berlin wurde. Er wußte sich in den Frankfurter Arbeiterverein einzudrängen und wurde auf ganz kurze Zeit dessen Präsident, da er doch etwas mehr Bildung als die übrigen Mitglieder besaß. Der 18. September 1848 erschien und der Hauptschlag sollte durch den Frankfurter Arbeiterverein, Friedrich Kapp an der Spitze, ausgeführt werden. Am Abend vor dem verhängnißvollen Tage wurde eine äußerst trotzige Petition des Arbeitervereins an das deutsche Parlament entworfen und von Hrn. Kapp unterzeichnet. Sie wurde nicht durch ihn, sondern durch eine Delegation des Vereins am 18. September 1848, Morgens 9 Uhr, in der Paulskirche überreicht, während zur selbigen Stunde Kapp auf der Barrikade des Arbeitervereins in der Ziegelgasse eine feurige Rede hielt und seine Arbeiter zu Muth und Begeisterung entflammte. Um halb 10 Uhr Vormittags kam Kapp zu mir in die Paulskirche ganz außer Athem und erbat sich den Schlüssel zu meiner Stube, weil er sich verstecken wollte, indem er sicher arretirt würde — verstecken, ja verstecken, während der von ihm angefachte blutige Kampf in heller Lohe emporschlug. Ich gab ihm den Schlüssel zur Thür meines Zimmers, das mit dem des Privatsekretärs des Fürsten von Leiningen, Max Schüller, aus Bayreuth zusammenstieß, und Kapp brachte einen großen Theil des übrigen Tages dort zu. Meine Wohnung war nahe dem Bundespalais in der Eschenheimergasse. Nach Tisch kam ich nach Hause und sah den jungen Freiheitshelden buchstäblich von Blut triefend. Seine Aufregung war eine entsetzliche. Er blutete fortwährend aus der Nase und ich fand später mehrere gelbe, ganz mit Blut getränkte Foulards. Schüller kam auch bald nach Hause und erzählte mitten unter dem Kanonendonner eine der drolligsten Anekdoten, die ich je hörte. Er war nämlich vom Fürsten Leiningen, dem Premier-Reichsminister, zum Reichsverweser, der an der Bockenheimer Straße wohnte, geschickt worden, um bei diesem anzufragen, was in der gewaltigen Krise zu thun. Der Reichsverweser war im Hofe seines Hauses damit beschäftigt, seinem vierzehnjährigen Sohne Unterricht im — Stelzengehen zu ertheilen. Er ließ sich darin vom Boten des Reichsministers nicht stören, sondern antwortete in ganz gemüthlicher Weise: „Dös woaß i a nit." (In den Münchener „Leuchtkugeln" wurde der Auftritt herrlich illustrirt.) Zugleich verbreitete sich die Nachricht von der Ermordung Auerwald's und Lichnowski's. Im Beck'schen Garten, ganz in der Nähe des Schauplatzes der Greuelthat, an der Straße nach Bornheim, wohnte Ludwig Feuerbach, der die größte Zeit der Parlamentszeit über in Frankfurt zubrachte, und ich hielt es für meine Pflicht, ihn dort, wenn er vom Pöbel cernirt sei, aufzusuchen. Er war nicht dort, sondern hatte mich in meiner Wohnung aufgesucht, wo ich ihn in Gesellschaft Kapp's und Schüller's fand. Es war gegen 6 Uhr, und die Kartätschen pfiffen ganz lustig um die Barrikaden der Zeil, an der Stelle, wo die Fahrgasse einmündet. Wir vier, Feuerbach, Kapp, Schüller und ich, begaben uns hierauf aus der Eschenheimer Gasse nach der Zeil, wo wir bis zum Postgebäude gelangten und dem Pfeifen der Kartätschen zuhörten. Ich sehe Herrn Kapp heute noch, wie er sich hinter eine Säule duckte und in den Kampfesstaub hinauslugte. Schüller nahm ihn hierauf in seinen Schutz, sie erfreuten sich des Weines und des Mahls und am andern Morgen war Herr Kapp als heldenmüthiger Kämpfer bei dem Frankfurter Aufstand verschwunden. Er fand in Paris im Hause des russischen politischen Agenten Alexander Herzen Aufnahme. In Newyork verband er sich mit Julius Fröbel zu einem Geldanleihegeschäfte."

So weit Dr. Riedel. Alles von ihm Erzählte ist buchstäblich war, wie wir aus eigener Kenntniß des Sachverhalts bezeugen können. Die Erbitterung der Frankfurter Arbeiter über den feigen Ausreißer war so groß, daß ihm sicherlich eine sehr fühlbare Lektion ertheilt worden wäre, wenn er es nicht so gut verstanden hätte, sich unsichtbar zu machen.

— Ominös. Bismarck's Jüngster, der auf so sonderbare Weise in den Reichstag geschafft ward — hat von nationalliberalen Abgeordneten den Spitznamen „Lulu" erhalten, — so melden die Blätter. Ob die „witzigen" Parlamentarier daran gedacht haben, welches Ende der Papa des Original-Lulu genommen hat? Papa Bismarck wird über den Scherz kaum sehr erbaut sein.

— Non olet. Mit den Orden scheint es zu sein wie mit dem Gelde; wer sie liebt, der nimmt sie, wo er sie findet, und frägt nicht nach dem Geruch, nicht nach der Nationalität, nicht nach der Religion. Ein erbfeindlicher Orden duftet ebenso süß wie ein erbfreundlicher, und dem strikteften Juden hüpft das Herz im Leibe, wenn ihm ein spezifisch christlicher Orden ins Knopfloch geworfen wird. So lesen wir jetzt im „Reichsanzeiger" daß S. M. der Kaiser die Erlaubniß zur Anlegung folgender Orden verliehen hat: des Ritterkreuzes des kgl. portugiesischen Militärordens der Empfängniß Unserer Lieben Frau von Villa-Vicosa: dem Seidenwaaren-Fabrikanten Moses Lissauer zu Berlin; des Ritterkreuzes des kgl. portugiesischen Christus-Ordens: dem Weinhändler Moritz Abraham Wolff zu Frankfurt a. M.

— Ein Humbug. Der „berühmte" Prügelredakteur der „Tribüne", Heinrich Dürholt, veröffentlicht in der „Magdeburger Zeitung" ein Feuilleton: „Die letzten Lebenstage Ferd. Lassalle's" unter das er die stolzen Worte setzt: „Nachdruck ist nur mit Genehmigung des Verfassers gestattet." Die Bescheidenheit dieser Notiz wird in ihrem vollen Umfange begriffen werden, wenn wir mittheilen, daß neun Zehntel des Dürholt'schen Machwerkes aus den Broschüren Bernhard Becker's und der Wurzbach zusammengestoppelt sind, und das letzte Zehntel ebenfalls nur Bekanntes, gemischt mit schlechtstilisirtem Blech enthält. Ebenso gut könnte Herr Braun, „unser" Braun, vor Nachdruck „seiner" Opera warnen.

— Zum „Kaiser-Wilhelm-Garten" in Berlin. Unser Berliner Parteiorgan bringt folgendes sehr interessante „Eingesandt":

Geehrte Redaktion! Sie haben in Ihrer Sonntags-Nummer berichtet, daß der Besitzerin des Lokals Kaiser-Wilhelm-Garten, Belle-Alliancestr. 87, der polizeiliche Auftrag geworden ist, binnen drei Stunden das Schild zu entfernen, weil auf demselben sich der Name des deutschen Kaisers befinde, der profanirt werde, indem Sozialisten in dem betreffenden Lokale verkehren. Diese Maßnahme der Polizei erscheint dem Unterzeichneten als sehr im Interesse der Sozialdemokratie selbst gelegen und glaubt derselbe, daß die Polizei sich durch ihr Vorgehen den Dank der gesammten Sozialdemokratie verdient hat. Der Schreiber dieser Zeilen reist viel in Deutschland herum und bei der Gelegenheit hat er die Erfahrung gemacht, daß fast alle öffentlichen Lokale zweifelhaften Rufes, die Verkehrsstätten der Demimonde und des Louisthums in allen deutschen Städten mit hochpatriotischen Namen versehen sind. „Zur deutschen Eiche", „Zum deutschen Rhein", „Zum Kronprinzen", „Sedan", „Zum deutschen Kaiser", „Zur Reichskrone", das sind durchgehends die Titel derjenigen Lokale, denen fern zu bleiben besonders unserer Jugend nicht dringend genug angerathen werden kann. Besonders in den Seestädten, und dann

bezeichneten Art verboten sein soll, muß der Thatbestand durch friedensgefährdende Handlungen erkennbar gemacht sein, doch in analoger Folgerung, wie in der Begründung des ersten Absatzes durchaus unwahrscheinlich ist, daß jene Bestrebungen sich geltend machen sollten, so lange keine den öffentlichen Frieden gefährdende Handlung vorliege. Die Worte „die Eintracht der Bevölkerungsklassen . . . . gefährdende", sollen eine spezielle Art der Friedensgefährdung hervorheben, welche zwar ohnehin unter den Hauptbegriff fällt, hier aber um deswillen besonders hervorgehoben wird, weil geschichtlich dies Symptom fast ausschließlich die unter das Verbot zu stellende Agitationsmethode beherrscht hat."

Darauf nimmt Graf Eulenburg das Wort Namens der Reichsregierungen. Es wollen, so führt er aus, die Regierungen das Wort „Untergrabung" im § 1 beibehalten wissen. Wie weit bei Anwendung des Wortes „Umsturz" die Interpretationen auseinander gehen, habe man soeben aus der zwischen dem Abg. Lasker und dem Abg. Schauß stattgehabten Discussion ersehen können. Ferner wünschen die verbündeten Regierungen, daß die hinein amendirten Worte: „in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise" gestrichen werden. Im Allgemeinen erklären die Regierungen den Rahmen des Gesetzes, wie es aus der ersten Lesung der Commission hervorgegangen ist, für acceptabel. Die Beschlüsse wegen der Controlinstanz nehmen sie im Prinzip an, jedoch sind sie für die Modification, daß die fünf vom Bundesrathe zu wählenden (aber nicht aus seiner Mitte entnommenen) Mitglieder der Reichscommission nicht blos aus den Mitgliedern der obersten Gerichtshöfe des Reiches und der Einzelstaaten, sondern auch aus den Mitgliedern der Oberverwaltungsgerichte der Bundesstaaten sollen entnommen werden können. Endlich soll der Kaiser den Vorsitzenden, sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der Reichscommission aus freier Wahl ernennen. — Betreffs des wichtigen Punktes der Terminbestimmung, bis zu welcher Zeit das Gesetz Gültigkeit behalten soll, sind die Regierungen eigentlich gegen jede Fixirung eines bestimmten Termins, jedenfalls aber sei die in der Commission angenommene Zeitdauer von 2½ Jahren (bis zum 31. März 1881) eine zu geringe, auf die sich die verbündeten Regierungen nicht einlassen könnten.

Es wird nun von der Commission beschlossen, nach Anhörung der Rede des Ministers Grafen v. Eulenburg die Berathung über § 1 des Gesetzes auszusetzen, da die Mitglieder der einzelnen Fraktionen zuvor [illegible] das gewöhnliche „Federvieh", die von Fürst Bismarck bekanntlich nie mit sehr freundlichen Blicken betrachtete vile multitude des zeitungsschreibenden Volks aller Farben und Schattirungen.

Wo ist heutzutage eine Zeitung, die nicht mehr oder weniger sozialistisch ꝛc. „untergräbt" oder „umstürzt"? Nehmen wir nur die, auf diesem Gebiet „tauschersten", — nicht, gleich den conservativen, von junkerlichem „Staatssozialismus" angekränkelten — liberalen Blätter und Correspondenzen. Ueberall Sozialismus, Communismus, Untergrabung, Umsturz! Greifen wir zum Spaß einmal frisch in den Schwarm hinein. Da stoßen wir auf Herrn Böhmert's letzten sozialistentödterischen Waschzettel: Arbeitsamt! Mit anderen Worten ein Arbeitsministerium. Der Staat soll eine genaue Arbeitsstatistik beschaffen, den Arbeitsmarkt reguliren, die Versuche der Selbsthülfe unter den Arbeitern begünstigen u. s. w. Kurz, sozialistische Forderungen vom reinsten Wasser.

Hier die „Magdeburgische Zeitung", Möhring-Unruh's würdiges Organ. Laßt sehen! Ein Leitartikel (Nr. 455), betitelt: „Fremde Arbeiter." Er wendet sich gegen die Einfuhr fremder, namentlich italienischer Arbeiter und schließt also:

„Es ist ein noch viel roheres und ungebildeteres Material (die deutschen Arbeiter werden für das Compliment dankbar sein. R. d. V.), welches uns die großen Arbeiteragenten neuerdings in's Land schleppen, als unsere deutschen Arbeiter. Eine Veredlung der Race wird durch diese Gesellschaft wahrlich nicht erreicht; man importirt im Gegentheil schlechte Sitten, neue Krankheiten und stört die normale nationale Entwicklung der Arbeit. Ein großer Theil fremden Gesindels bleibt im Lande, und der momentane Vortheil, irgend ein großes Unternehmen rascher und billiger herzustellen, tritt vollständig zurück gegen das überhandnehmende Vagabondenthum und die allmähliche Verarmung. Die Ersparnisse der Fremden wandern in's Ausland und die verdrängten deutschen Arbeitskräfte suchen Ersatz im Landstreichen und Stehlen. Auf diese Verhältnisse sollte man hohen Werth legen und sie einer eingehenden Untersuchung unterziehen; man kann sie vielleicht ignoriren, wenn der deutsche Arbeitsmarkt fremde Kräfte braucht; aber jetzt, wo man über Arbeitslosigkeit klagt und beispielsweise in Berlin allein 80,000 Menschen ohne Arbeit leben sollen, treten sie als eine brennende Frage hervor. Es mag ja schließlich auch traurig für den Fremden sein, wenn er in seinem Lande keine Arbeit hat und Deutschland aufsucht, um arbeiten zu können, und schließlich per Schub heimwärts gebracht wird. Predigen aber etwa unsere getäuscht aus Peru, Brasilien oder Rußland zurückkehrenden, halbverhungerten Landsleute nicht auch eine beredte Sprache? Darum meinen wir: Herrscht wirklich Arbeitslosigkeit für deutsche Arbeiter in Deutschland, dann muß man die fremden Arbeiter nach Hause schicken." — —

Mit anderen Worten: es soll nicht mehr jedem einzelnen „Arbeitgeber" und Unternehmer überlassen bleiben, sich „seine" Arbeiterwaare zu holen, wo er sie am billigsten findet. Kann

Die Vorschriften des § 1 finden auf Verbindungen jeder Art Anwendung.

Jedoch sind eingetragene Genossenschaften, registrirte Gesellschaften, eingeschriebene Hilfskassen, und andere selbständige Kassenvereine, welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Controle zu stellen.

Die mit der Controle betraute Behörde ist befugt,

1) allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen;
2) Generalversammlungen einzuberufen und zu leiten;
3) die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen, sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern;
4) die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen;
5) mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitender Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen;
6) die Kassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

Wird durch die Generalversammlung den Vorstand oder ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Controlbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwidergehandelt oder treten in dem Vereine die in § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einleitung der Controle zu Tage, so kann der Verein verboten werden.

Sind mehrere selbständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbande vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbande und die Controle über denselben angeordnet werden.

In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigvereine zu Tage treten, die Controle auf diesen zu beschränken.

Minister Graf Eulenburg meint, daß kein Zweifel darüber obgewaltet habe, daß unter dem Ausdruck „Vereine" in der Vorlage auch eingetragene Genossenschaften und registrirte Gesellschaften" begriffen würden, sofern sie unter die Bestimmung im ersten Absatz subsumirt werden müßten. Die von der Subcommission ausgearbeiteten Amendements seien als wesentliche Verbesserungen der Vorlage anzuerkennen; die Tendenz, welche ihnen zu Grunde liege, werde von den Regierungen gebilligt werden. Herr Lasker kann ruhig sein.

Die Jahresberichte der preußischen Fabrikinspektoren.

Gemeinhin wird angenommen, das deutsche Fabrikwesen habe zu so bösen Erscheinungen niemals geführt, wie sie in den industriellen Ländern des Westens, in Frankreich und England, Gegenstand weitverbreiteter Klagen geworden; wir erfahren jedoch aus den Zeugnissen der Fabrikinspektoren aufs Neue, daß die Ausführung der Vorschriften über Frauen- und Kinderarbeit, über Schutzvorrichtungen gegen Unglücksfälle und über die Haftverpflichtung der Arbeitgeber selbst da, wo es seit Jahren Fabrik-Inspektoren giebt, noch im weiten Felde liegt und daß Dinge, welche die englischen Fabrikgesetze längst unmöglich gemacht haben, bei uns nicht nur täglich vorkommen können, sondern in sehr zahlreichen Fällen wirklich vorkommen. In den östlichen Provinzen Preußens befinden die Schutzvorrichtungen gegen Maschinenunfälle sich z. B. meist in so primärem Zustande, daß die Behauptung aufgestellt wird, ein Viertheil bis ein Drittheil aller Unglücksfälle sei auf Rechnung der mangelhaften Beschaffenheit der Fabrikeinrichtungen zu setzen; Vorkehrungen gegen die gesundheitsschädlichen Einwirkungen von Hitze, Staub und giftigen Dämpfen glänzen nicht nur in diesen an und für sich ungünstig gestellten und schwer zu beaufsichtigenden Theilen Preußens, sondern auch an anderen Orten durch vollständige Abwesenheit und die ungünstige Lage, in welcher viele Zweige unserer Industrie sich zur Zeit befinden, lassen die Hoffnung auf Nachholung des Versäumten auch da als eine nur sehr entfernte erscheinen, wo den bezüglichen Anträgen der Fabrikinspektoren nicht eben böser Wille entgegengesetzt wird. — Aus den industriösen Bezirken der Rheinlande wird vornehmlich über den traurigen Zustand der Arbeiterwohnungen geklagt, deren Beschaffenheit sanitärisch und moralisch gleich ungünstig wirkt und vielfach an die Schilderungen erinnert, welche in früherer Zeit von den Arbeiterquartieren Sheffields und Manchesters entworfen worden. Gegen die Vorschriften über Frauen- und Kinderarbeit wird in manchen Bezirken ein organisirter Krieg geführt und von vielen Arbeitgebern alles Denkbare gethan, um die Aufsichtsbeamten über das Vorhandensein jugendlicher Arbeiter zu täuschen; an den einen Orten sucht man vornehmlich die Gesetze über das Lebensalter zur Beschäftigung zugelassener Kinder zu umgehen, — an anderen ist nicht einmal der Anfang dazu gemacht worden, die Arbeit so zu organisiren, daß die Vorschrift über die Zahl der gesetzlichen Arbeitsstunden in Ausführung gebracht werden kann — an wieder anderen Orten werden jugendliche Arbeiter zu Beschäftigungen herangezogen, die denselben seit länger als zwei Jahrzehnten (auf Grund der Minist.-Verf. vom 12. August 1854) ausdrücklich untersagt sind. Wesentlich ungünstig ist endlich das Zeugniß, welches der Mehrzahl der Verträge ausgestellt wird, welche von den Arbeitgebern mit Unfall-Versicherungs-Gesellschaften geschlossen worden und denen von den Aufsichtsbeamten nachgesagt wird, daß sie auf möglichste Herabdrückung

Gesetzes nicht die Rede, wie schon Dr. Gneist nachgewiesen habe. Daß die sozialdemokratischen Blätter eine neue Richtung einschlagen werden, ist verständigerweise nicht anzunehmen. Praktische Zweckmäßigkeit stehe dem Verwarnungszusatz nicht zur Seite. Die Tendenz einer Zeitung bedarf nicht noch der Verbreitung einer oder zweier Nummern, um unzweifelhaft erkennbar zu sein. Entscheidend ist die ganze Vorgeschichte. Es ist allerdings kein Mittel gegeben, zu verhindern, daß eine Zeitung unter neuem Namen wieder erscheint. Eine Waffe zur Unterdrückung sozialdemokratischer Blätter ist unentbehrlich: Geben Sie sie uns ganz, oder lieber gar nicht. — Abg. Hänel hat nie die jetzt dargelegte Auffassung der Regierung bezweifelt. — Bei der Abstimmung wird der erste Absatz des § 6 in Gemäßheit der zu § 1 gefaßten Beschlüsse mit 15 gegen 5 Stimmen modifizirt. Im zweiten Absatz wird der in der ersten Lesung angenommene Zusatz, wonach das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift erst mit dem zweiten Verbot einzelner Nummern erfolgen kann, dahin abgeändert, daß jenes Verbot bereits mit dem ersten Verbot einer einzelnen Nummer erfolgen kann. Für die Streichung des Wortes: „Zweiten" stimmen 11 Mitglieder. Für Aufrechthaltung des so modifizirten Satzes sind 12 Mitglieder der Commission. Der ganze Paragraph wird mit gleicher Mehrheit angenommen.

Der Anfang des § 20 lautet in der Fassung der ersten Lesung:

Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrathes für die Dauer von längstens Einem Jahre getroffen werden:

1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zweck einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht;
2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;
3) daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften außerhalb ihres Wohnsitzes untersagt werden kann.

Dadurch aber wird zur Evidenz erwiesen, und dies rufen wir dem Reichstage vor der Entscheidung noch zu, daß das geplante Ausnahmegesetz gegen eine sozial-politische Strömung gerichtet scheint, daß dasselbe aber in Wirklichkeit die gesammte Arbeiterklasse in unerhörter, schädigender Weise trifft, also ein Klassengesetz in des Wortes vollster Bedeutung ist.

Wer erregt also Klassenhaß? So fragen wir die Herren von Bismarck und Lasker.

Aus Berlin.

— — 5. Oktober.

Ueber die sogenannte hohe Politik bringen Sie ja aus der Reichshauptstadt die wichtigsten Punkte selbst, so daß ich mich für heute und zwar um so mehr auf allerlei „Vermischtes" beschränken kann, da die einzige schwebende Frage der innern deutschen Politik, das geplante Ausnahmegesetz, im „Vorwärts" fortwährend die gebührende Würdigung gefunden hat.

Großes Aufsehen machen hier die Erhebungen, welche der Minister des Innern über den Rauminhalt derjenigen Berliner Wohnungen veranlaßt hat, in welchen sogenannte „Schlafburschen" oder besser gesagt Schlafleute gehalten werden. Man hat in kleinen Zimmern nebst daran stoßender kleiner Küche oft 8, 10—14 Personen zusammengepfercht gefunden und hat Zustände der Entsittlichung dabei entdeckt, die alle Beschreibung spotten. Vater, Mutter, erwachsene Söhne und Töchter, mit ihren respektiven Bräuten oder Bräutigams, halberwachsene Burschen und Kinder theilten gemeinschaftlich ein und dasselbe Zimmer zum Wohnen und Schlafen. Recherchirende Beamte wurden von dem Dunst, der ihnen aus diesen Höhlen entgegenströmte, ohnmächtig, und es bedurfte erst einer längeren Lüftung der „Wohnungen", ehe solche betreten werden konnten. Selbst in Bodenverschlägen, die nur durch Latten geschlossen sind, also Jedermann Einsicht gewähren, wurden ganze Familien mit Schlafburschen angetroffen. Verbrecher als Schlafburschen und unschuldige Kinder als deren Schlafgenossen, lösen zum Theil die Frage nach den Ursachen der unsere Anklagebänke besetzenden jugendlichen Angeklagten. Diesen Zuständen will man dem Vernehmen nach durch eine Polizeiverfügung entgegenwirken, welche ein Mindestmaß von Räumlichkeit als Vorbedingung fur das Halten von Schlafleuten statuiren soll. „Soweit es sich um jene Massenquartiere handelt, in denen gegen einen Entgelt von 5 oder 10 Pfennig Dutzende von Menschen beider Geschlechter und jeden Alters für eine Nacht ein Unterkommen finden", bemerkt das „Tagbl." dazu, „muß das Bemühen der Behörden von der Bürgerschaft Berlins mit Dank aufgenommen werden. Man möge aber vorsichtig sein und nicht der betreffenden Verfügung eine solche Fassung geben, daß dadurch jene überaus zahlreichen kleinen

erniedrigten und nach dem seinerzeit viel verspöttelten Programm das „Ja, aber dennoch", das ganze christlich-germanische Wesen in die Rabuse warfen, sobald die damaligen Machthaber zur Vermeidung kleiner Verlegenheiten eine kleine Beugung und Verleugnung in Anspruch nahmen. Das Ziel, bei welchem man mit dieser Politik anlangte, war selbstverständlich nicht der „christlich-germanische Staat", sondern eine Nachahmung des bonapartistischen Präfekten-Regiments, eine gesteigerte, durch Parteihaß erbitterte willkürliche bureaukratische Wirthschaft, deren Aufhören schließlich von allen Seiten als eine Wohlthat empfunden wurde, so daß heute fast Niemand mehr sich zu derselben zu bekennen wagt. Die Vorwände, deren man sich damals bediente, waren dieselben, welchen wir heute begegnen: zuerst wieder „Ordnung zu machen", das „Christlich-Germanische" würde man dann später besorgen. Oder ist es etwas Anderes, wenn in den Reden, welche die ausnahmsweise Maßregelung der Sozialdemokratie befürworten und damit eine polizeiliche Aera inauguriren, neben welcher der selige Metternich als ein verschämter Revolutionär erscheint, stets der Refrain wiederkehrt: Das ist gar eigentlich nicht das Richtige, aber dennoch müssen wir es thun, da ja die Regierung es wünscht; es kommt zwar hauptsächlich darauf an, der Religion im Volke wieder Eingang zu verschaffen, aber dennoch sind Stockprügel und Gefängniß kein zu unterschätzendes Mittel, die Herzen des Volkes der religiösen Belehrung zu öffnen und ihm insbesondere die Flagellanten als Bußprediger angenehm zu machen; es ist zwar Alles vergeblich, wenn es nicht gelingt, den sittlichen Geist und die Moralität neu zu beleben, aber dennoch werden wir uns einstweilen damit behelfen, mit sittlicher Entrüstung Zeitungen und Vereine zu verbieten und Versammlungen aufzulösen, die Sittlichkeit wird sich alsdann im Verborgenen einstellen. Haben wir es aber schon hier mit einem logischen Widersinn zu thun, der nichts zu wünschen übrig läßt ꝛc. ꝛc. — —"

So fährt der „Staatssozialist" noch eine Zeitlang fort und beweist zur Evidenz, daß der Polizeibüttel der berufene Bannerträger der „Conservativen" ist, die keine Ahnung davon haben, daß sie selbst gar keine Partei mehr sind, sondern lediglich ein Regierungsanhängsel. Wie sagte der Geheimerath Wagener? „Meine Parteigenossen sind zumeist Ochsen von Natur, oder Ochsen aus Prinzip!"

—. Herr Rhaft Mayer [illegible] mit dem anderen Beine auf der Barrikade stand." Derselbe hat nämlich jetzt eine Broschüre über das Ausnahmegesetz geschrieben, in welcher er meint, es handle sich vorzüglich um die Frage, ob Justiz- oder Verwaltungsgesetz? Er beantwortet dieselbe dahin, daß nur ein Verwaltungsgesetz, eine „Reichspolizeiordnung gegen die sozialdemokratischen Elemente der Presse und des Vereinswesens" am Platze sei. Diese Polizeiordnung bedürfe mehr wie jede andere eines einheitlichen Organs der Ausführung unter Verantwortlichkeit gegen die höchste Staatsgewalt. Die Befugnisse, welche die Einzelregierungen durch das Sozialistengesetz erlangen, seien indeß keine Ausflusse ihrer normalen Polizeihoheit, sondern eine außerordentliche, über die Grenzen der Landesverfassung hinausgehende (dictatorische) Gewalt, die nach der heute bestehenden Bundesverfassung das Reich allerdings ertheilen könne. Bei dieser Sachlage, meint Gneist, wäre es auch wohl keine allzu große Zumuthung gewesen, diese außerordentliche Polizeiordnung unter die unmittelbare Verwaltung des Reiches und unter die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu stellen, wodurch der Reichstag ein Recht der verfassungsmäßigen Controle gewonnen haben würde. So die Gneist'sche Ansicht. Um nun noch besonders zu zeigen, wie sich das Rechtsbewußtsein dieses Rechtslehrers und Oberverwaltungsgerichtsraths vollständig verwirrrt hat, theile ich Ihnen einen Satz wörtlich aus der Broschüre mit. Gneist sagt: „Dieselben wörtlich übereinstimmenden 10 Sätze über die Noth der arbeitenden Klassen und ihre Abhülfe durch Produktivgenossenschaften ꝛc. bedeuten etwas völlig Verschiedenes in einer Schrift der Richtung Schulze-Delitzsch oder der Sozialdemokratie." — Darauf kann ich allerdings dem Professor Gneist nur eine Antwort geben: „Ein Rechtslehrer bedeutet etwas völlig Verschiedenes bei einem ehrenhaften Mann, als bei einem Renegaten." — Im Jahre 1874 nämlich schrieb Professor Gneist eine Broschüre: „Vier Fragen zur deutschen Strafprozeßordnung" und in diesem Werkchen heißt es wörtlich: „Die rechtliche und und sittliche Möglichkeit einer constitutionellen Regierung beruht auf der Voraussetzung, daß jeder Unterthan den gleichen Rechtsschutz finde, daß für die Minorität (die schwächeren oder „mißliebigen" Parteien und Klassen der Gesellschaft) dasselbe Strafmaß, dasselbe Civilgesetz, das gleiche Maß für Polizeiresolute, Steuereinschätzungen, Militäraushebung ꝛc. gelte, wie für die herrschende Partei." — Das also sagte der Rechtslehrer Gneist noch vor 4 Jahren und jetzt — der reine Polizeibüttel!

Wie sehr der frühere Gneist mit seiner Auffassung Recht hat, das geht aus folgender Notiz der hiesigen „Volkszeitung" hervor: „Das Sozialistengesetz wirft bereits seine Schatten in einer nicht gerade die Gemüther beruhigenden Weise voraus. Das hiesige Polizeipräsidium hat dem Vernehmen nach der städtischen Armendirektion die Mittheilung gemacht, daß ein Almosenempfänger, ein 74 Jahre alter und kränklicher Mann, der sonst gänzlich mittellos ist, ein Sozialdemokrat und Trunkenbold sei und deshalb seines Erachtens eine Unterstützung aus städtischen Mit-

und unmittelbar betheiligter Seite einen so entschiedenen Widerspruch erfahren, daß wir uns veranlaßt fanden, über diesen Punkt neue Nachforschungen anstellen zu lassen, welche in der That ergeben haben, daß jener Widerspruch nicht unbegründet zu sein scheint. In einem der späteren Verhöre Nobiling's hat derselbe Angaben gemacht, welche darauf hindeuteten, daß er nicht in der Lage gewesen sei, während seines Aufenthaltes in Paris von den ihm von den Dresdener Freunden an Karl Hirsch mitgegebenen Empfehlungen Gebrauch zu machen. Wir waren s. Z. nicht im Stande, den von uns erworbenen Auszug mit den Akten selbst zu collationiren, so daß wir selbstverständlich das Versehen nicht wahrnehmen und ausgleichen konnten. Jetzt, nachdem wir dasselbe durch sichere Hand festgestellt, beeilen wir uns, es zu berichtigen."

Also das Opfer eines „Versehens" ist das unschuldige „Tageblatt". So leichten Kaufs soll es aber nicht davon kommen. Wir fragen hiermit das „Berliner Tageblatt" und den Untersuchungsrichter Nobiling's, ob es wahr ist, daß das „Berliner Tageblatt" wirklich einen „Auszug aus den Akten erworben" hat oder nicht?

Wenn ja, dann liegt ein schwerer Bruch des Amtsgeheimnisses vor, der bestraft werden muß.

Wenn nein, so hat das „Berliner Tageblatt" ein gefälschtes Dokument verwirklicht, dessen Urheber und Verbreiter zur Strafe zu ziehen sind.

In beiden Fällen ist, abgesehen von der „öffentlichen Moral", mit der unsere Gegner jetzt so gern prahlen, das Strafgesetzbuch verletzt worden.

Was speziell noch das „Berliner Tageblatt" angeht, so hat es sich, selbst in dem ihm günstigsten Fall, d. h. wenn es wirklich einen „Auszug aus den Akten" erworben hat, sich nicht eines bloßen „Versehens" schuldig gemacht. Denn ein „Auszug aus den Akten" kann nicht Etwas enthalten haben, was nicht in den Akten steht.

Also heraus mit der Wahrheit! Wer hat den „aktenmäßigen" Lügenbericht des „Berliner Tageblatt" angefertigt? Hat ein Beamter dabei mitgewirkt, oder ist der Lügenbericht in dem Redaktionslokal des „Berliner Tageblatt" fabrizirt worden? —

Und nun abermals die weitere Frage: Wer hat die erste Depesche, in der Nobiling den Sozialdemokraten an die Rockschöße gehängt ward, angefertigt und in Umlauf gesetzt? Wir wiederholen diese Frage gerade jetzt, weil das oben abgedruckte Lügenbekenntniß des „Berliner Tageblatt" Nobiling von den Rockschößen des einzigen Sozialdemokraten, an die man ihn ernstlich zu praktiziren sich bemühte, feierlich entfernt hat.

— Nur keine Skrupel. Professor Biedermann, der vor 30 Jahren selber sehr stark „von communistischen Gift durchseucht" war, schreibt jetzt in seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" betreffs der „Recursinstanz" des Ausnahmegesetzes:

„Für nicht richtig halten wir es, daß die liberalen Mitglieder der Commission alles Gewicht nur auf die „Recursinstanz" legen. Denn fürs erste verträgt die Natur eines „Ausnahmegesetzes" eine streng richterliche Controle nicht; eine halb- oder quasirichterliche aber setzt deren richterliche Mitglieder selbst der Gefahr aus, ihrer juristischen Strenge Abbruch zu thun aus der Sache nach vielleicht gerechtfertigten Rücksichten eben auf den besonderen Charakter und Zweck des Gesetzes. Sodann vergesse man doch nicht, daß fast jede nachträgliche Remedur, z. B. bei Zeitungsverboten meist zu spät kommen und ein etwa geschehenes Unrecht nicht wieder gut machen würde. Auf der andern Seite, wenn man meint, schon die Möglichkeit einer Cassirung ihrer Entscheidungen durch die Controlbehörde werde die Executivbehörde vorsichtig machen, so könnte dies auch leicht in ein Zuviel umschlagen, welches ebenso nachtheilig wäre, es könnte die Executivbehörde überängstlich machen, sodaß sie auch in den Fällen, wo es nothwendig und unbedenklich wäre, nicht resolut zugriffe. Nicht zu gedenken dessen, daß jede Wiederaufhebung eines Aktes der Verwaltung durch die Controlbehörde ein Triumph für die Sozialdemokratie und eine Stärkung ihrer Agitation sein würde."

Mit anderen Worten: lieber dem Gegner Unrecht thun, und bei dem Unrecht beharren, als dem Gegner durch Anerkennung seines Rechts einen „Triumph" bereiten! Drastischer kann sich „die sittliche Verkommenheit" des Nationalliberalismus nicht ausdrücken als in diesem Satz. Die ehemalige „Anstandsdame" hat offenbar begriffen, daß, wenn man einmal von dem Boden des Rechtes abgewichen ist, wie es mit dem Ausnahmegesetz geschehen, dann auch von „Recht" nicht mehr die Rede sein kann. Dieser Cynismus ist immerhin noch der „politischen Heuchelei" Derer vorzuziehen, die Recht und Gesetz heuchlerisch im Mund führen, während sie Recht und Gesetz mit Knüppeln todtschlagen. Herr Lasker kann von Herrn Biedermann jedenfalls Offenheit lernen.

— Parteigenosse Grunewald zu Altenburg ist am Montag früh, zusammengeschlossen mit einem Betrüger, in die Strafanstalt nach Ichtershausen transportirt worden.

Wie die „Ordnungsmänner" schreiben und denken.

Aus dem Schwabenland, 27. Septbr.

„Daß das Glück des Menschen unabhängig von allen äußeren Gütern in ihm selbst, in dem Frieden mit Gott und in dem pflichtgemäßen Verhalten zur Mitwelt liege, daß dem treuen und guten Herzen ein Quell der reinsten Freuden fließe, das war bis vor einiger Zeit die Lehre, die unserem Volke in allen Ständen als ein köstliches Gut und als der einzige Leitstern des Lebens eingeprägt wurde. Heute kommt die Sozialdemokratie und will diesen Leitstern für ein künstlich ersonnenes Trugbild ausgeben." — So die „Provinzial-Correspondenz" in dem im „Vorwärts" besprochenen Artikel.

Welche schwächliche Sprache: „das war bis vor einiger Zeit die Lehre u. s. w." Bis zu welcher Zeit? Etwa bis dahin, wo der Kapitalismus in schonungslosester Weise und eigenthümlichster Auffassung eines „pflichtgemäßen Verhaltens zur Mitwelt" anfing, den Wohlstand der kleinen Leute und der Arbeiter zu untergraben? Oder bis dahin, wo die „Gebildeten" keinen Anstand mehr nehmen, laut zu verkündigen, daß Religion wohl für das Volk, für Kinder und alte Weiber gut sei und man allerdings dem Volke die Religion nicht nehmen dürfe, da es sonst dem „rohen Materialismus" anheimfalle, während der Materialismus der „Gebildeten" dem Staate keine Gefahr bringe? Nun es bedarf keiner weiteren Untersuchung über diesen Zeitpunkt. Hat doch zu allen Zeiten die herrschende Klasse sich mit Leichtigkeit ihre Ausnahmsreligion zu construiren gewußt und war jederzeit bestrebt, dem „Volke" diesen „einzigen Leitstern des Lebens": die Liebe zur Entsagung „einzuprägen" und zu erhalten.

Wer Gelegenheit hat zu hören, wie viel Hohn und Spott gerade der kleine Ueberrest derjenigen zu ertragen hat, welche es wirklich aufrichtig mit ihrem religiösen Glauben meinen, seien es Angehörige irgend welcher Religion — Spott, nicht etwa von dem offenen erklärten Materialismus, sondern von denen, welche sich, ohne aus ihrer Religionsgemeinschaft auszutreten, damit brüsten, den kindlichen religiösen Anschauungen entwachsen zu sein — der muß sich mit Abscheu abwenden von dieser Heuchelei, welche im geeigneten Moment dem „Volke" die Religion zu erhalten sucht und zeitweise die frommsten Redensarten in den Mund nimmt. So waren dieselben Blätter, denen die Religion schon längst ein Gegenstand vornehmer Verachtung geworden, bei dem leisesten Wehen des reaktionären Regierungswindes sofort bei der Hand, davon zu reden, daß dem Volke das religiöse Bewußtsein nicht abhanden kommen dürfe. So war Virchow bereit in seinen politischen Aengsten, die freie Wissenschaft einzudämmen, indem er seine wissenschaftliche Autorität mißbrauchte, ohne ein eigenes freimüthiges Bekenntniß abzulegen, daß er für seinen Theil fest an einem überlieferten Gottesglauben hange.

Man kennt das Lächeln der römischen Auguren, man kennt das Schmollen der Redakteure, welche vom „Frieden mit Gott" und den „reinsten Freuden" der Entsagung reden. Und welches sind die Stände, die diese Entsagungen ruhig und geduldig ertragen und immer wieder hoffen und harren, bis die Stunde einer Erlösung für sie schlägt. Sie kommen und gehen von Geschlecht zu Geschlecht, die von Noth und Elend gedrückten Klassen des arbeitenden Volkes, stumm ihr Joch zu tragen; und wenn nach langen Zeiträumen dann und wann dem Volke zum Bewußtsein kommt, daß von Oben nimmer Hilfe kommt, so wird der kleinste Versuch, sich selbst zu helfen, in elendester Weise verdächtigt. So ist denn auch das Geschrei, welches die Ordnungspartei von heute erhebt über den Materialismus, welchem das Volk durch die sozialdemokratische Agitation zugeführt werde, nichts anderes, als der Gradmesser für die Moral der Ordnungsparteien, welche den Materialismus des Volks bekämpfen, um dem Materialismus der „Gebildeten" das Feld frei zu halten.

Ein reicher Fabrikant, der als typische Figur eines solchen Ordnungsmannes gelten kann, gab einem Theologen, der ihn über sein Verhältniß zum Glauben über die Unsterblichkeit der Seele befragte, die Antwort, daß er weit entfernt sei, diesen Glauben zu theilen. Befragt, wie er sich denn in der Arbeiterfrage verhalten würde, wenn er selbst Arbeiter wäre und zugleich diese irreligiösen Anschauungen hätte, sagte er ruhig und mit Ueberzeugung: dann wäre er Sozialdemokrat; er könne überhaupt nicht verstehen, wie ein Arbeiter etwas anderes sein könne. — Und wie dieser, so der ganze Haufen jener, welche lächeln über die Gutmüthigkeit des Volkes, für dessen Glauben an Gott und Unsterblichkeit sie fürchten, nicht um des Volkes, sondern um ihretwillen. Ja wären diese aufgeklärten Geister der „Gebildeten" in die Fesseln der Knechtschaft geschlagen, in welchen sie das geduldige Volk halten halten wollen, es wäre aus mit ihrem Gerede von dem „treuen und guten Herzen, welchem ein Quell der reinsten Freuden fließt" und ihr Wahlspruch wäre ein anderer, als der maßvolle Ruf der Sozialdemokratie nach Menschenrecht und gleicher Existenzberechtigung für Alle.

Was sie fürchten von der sozialdemokratischen Bewegung ist nichts anderes, als daß die herzlose Vernichtung der zahllosen Existenzen ihrer Volksgenossen, ihrer Mitmenschen, sich mit solchen Mitteln an ihnen rächen würde, mit welchen sie das Joch abschütteln würden, hätten sie es zu tragen. Sie sehen im Traume ihre eigene Fratze und haben kein Verständniß für den unschuldigen Ruf der Bedrückten nach Freiheit, nach Erlösung aus den Banden der „Lohnsclaverei".

Sie haben kein Verständniß oder wollen keins haben, weil die Sorge für die Stillung ihres materiellen Heißhungers ihnen keine Zeit läßt, auch nur an die geringste Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu denken. Was sie thun, das ist nicht mehr, als was die Patrizier Roms auch gethan haben, wenn das Volk nach Verbesserung seiner Lage schrie — sie riefen: videant consules ne quid detrimenti res publica capiat, d. h. sie riefen nach Belagerungszustand, nach Diktatur. Gewalt war auch ihre einzige Antwort auf die Bitten des Volks.

Das stolze Rom aber fiel bald schon in Trümmer.

Correspondenzen.

Lüttich, Ende September. Hoffentlich haben Sie in Ihrem Blatte ein Plätzchen, um den Genossen in Deutschland Einiges über die Zustände in den Reichslanden mittheilen zu können. Denn auch dort sieht es nicht rosig aus, im Gegentheil, es sind auch da die Denunzianten an der Arbeit. So geschah es bald nach dem ersten Attentate, daß man mich z. B. der Polizei als Sozialdemokrat bezeichnete, worauf auch sofort bei mir eine Haussuchung abgehalten wurde. Dieselbe mußte natürlich erfolglos bleiben, da man ja bei mir nur die „Berliner Freie Presse", einige Broschüren und eine Wahlvereins-Mitgliedskarte finden konnte und fand. Der Hr. Commissar wollte durchaus wissen, was das für Versammlungen seien, die ich jeden Sonntag in Metz abhalte. Dort sollten auch Soldaten verkehren u. s. w. Mir war nur bewußt, daß ich ab und zu mit Soldaten einen „Schafskopf" gespielt hatte — von Versammlungen jedoch keine Spur. Darauf entfernten sich die Herren. Es fanden nun eine ganze Reihe Haussuchungen hier und in der Umgegend statt, jedoch Alles ohne Erfolg; von Verschwörung u. s. w. keine Spur. — Am 2. Pfingstfeiertag waren verschiedene Bekannte auf einem Ausflug begriffen und wurde dabei ein Gesinnungsgenosse überfahren. Die Polizei erkundigte sich nach dem Ueberfahrenen und es sollte herausgefunden worden sein, daß der Kranke ein Sozialdemokrat und Ausländer sei und demzufolge wurde derselbe kaum halb genesen aus dem Krankenhause geholt und über die Grenze gebracht. Wieder ein Anderer wurde von seinem Meister als Sozialdemokrat denunzirt und auch baldigst ausgewiesen, trotzdem der Mann niemals Mitglied der sog. Partei gewesen ist. So könnte ich mehrere Fälle anführen. Schon glaubte ich, die Polizei habe mich vergessen, da plötzlich erschien ein Schutzmann, der mich und meine Frau auf's Polizeibureau mitnahm. Dort im höchsten Grade unfreundlich aufgenommen, führte man uns zur Polizeidirektion, wo uns der Beschluß des Präsidenten verlesen wurde, wonach wir binnen fünf Tagen das Land zu verlassen hätten. Mit vieler Mühe hatten wir uns wieder eine Arbeiter-Existenz geschaffen und nun sollte dieselbe aufgegeben werden? Es ist nicht so leicht für einen Arbeiter mit Weib und Kind herum zu ziehen und Brod zu schaffen und verzweiflungsvoll rangen die Meinigen die Hände. Alles Protestiren half nichts — ich mußte fort — nur den Meinigen wurde eine zehntägige Frist gestattet. Auf diese Weise war wieder eine Existenz vernichtet, aber den Sozialismus, den man doch damit austreiben wollte, nimmermehr! Im Gegentheil, der Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, in der der Arme der Willkür einzelner Klassen unterworfen ist, frißt tiefer und tiefer, Weib und Kind saugen ihn ein und sorgen für Weiterverbreitung.

So, Genossen, sieht es in den Reichslanden aus; wozu Deutschland noch Ausnahmegesetze braucht, ist nicht zu begreifen, hier hat man es doch, wie man es haben will, wozu solche Umstände? Und trotzdem treibt man den Teufel nicht aus und auch ich halte treu zur Sache und hoffe ein Gleiches von allen deutschen Arbeitern.

A. Neelsen.

Erfurt, 29. September. Vergangene Woche sind in der Gewehrfabrik circa 150 Schlosser gekündigt worden. Einer der aus der Arbeit Entlassenen — ein Familienvater — beging in Folge dessen einen Selbstmord.

Köln, 28. September. Bekanntlich wurden die Parteigenossen Dietzgen, Schumacher und Kröger am 10. August d. J. vor dem königlichen Zuchtpolizeigerichte hierselbst von der Beschuldigung freigesprochen, als Verfasser, Verleger und Verbreiter der Broschüre „Die Zukunft der Sozialdemokratie" sich gegen die Paragraphen 110, 130, 131 und 166 des Reichsstrafgesetzbuchs vergangen zu haben. Das öffentliche Ministerium hatte gegen das freisprechende Urtheil Berufung eingelegt. Gestern wurde die Sache vor der Appellkammer des Zuchtpolizeigerichts in zweiter Instanz verhandelt. Der Herr Staatsanwalt beantragte, wie auch der Staatsanwalt erster Instanz, gegen Dietzgen 1 Jahr, gegen Schumacher 9 Monate, gegen Kröger 6 Monate Gefängniß und Vernichtung der Broschüre. Nach einer glänzenden Vertheidigung der Angeklagten von Seiten des Herrn Advokat-Anwalt Dr. Lissem wurde die Berufung des öffentlichen Ministeriums verworfen und das Urtheil erster Instanz aufrecht erhalten. Die Angeklagten sind also freigesprochen und die Beschlagnahme der Broschüre ebenfalls aufgehoben.

Aus dem Vogtlande. Das Ausnahmegesetz steht vor der Thür, und bald wird es, nackt wie es hervorgegangen aus der Hand seines genialen Erzeugers oder vom Reichstage mit einem faltigen Mäntelchen behangen, hereintreten in das „freie" deutsche Reich, von den Ordnungshelden mit strahlender Freude, von uns, als Ritter von der traurigen Gestalt, mit einem mitleidigen Lächeln empfangen. Denn welche vergebliche Mühe, die Sozialdemokratie, den Geist der neuen Zeit, tödten zu wollen! Zwar kann man uns, seinen Verkündern, verbieten, es als unsere alleinige Lebensaufgabe zu betrachten, die Sache der Menschheit zu fördern, doch sollten wir mitten in unseren Vergnügungen es als das größte Vergnügen betrachten, uns ein wenig über Politik und Volkswirthschaft zu unterhalten, sollten wir so, bei der Arbeit und in geselligen Vereinen, unsere Sache zu fördern suchen, so wird sich das schwer verbieten und noch schwerer durch Strafen verfolgen lassen. Und unsere Partei wird in Zukunft recht sehr vergnügungssüchtig werden. Unsere Mitglieder werden sich zusammenthun zu Gesang-, theatralischen, deklamatorischen und ähnlichen Vereinen. Dort wird die nöthige Wärme für unsere Sache, die dem Einzelnen für sich abgeht, sich erzeugen und weiter verbreiten. Doch Beispiele beweisen.

Vergangenen Sonntag, den 15. September, rückten Sozialdemokraten aus Plauen, Pausa und Mühltroff zu einem Spaziergange aus. (Und gemeinschaftlich spazieren gehen können wird man wohl auch später noch.) Nachmittags trafen Alle — eine hübsche Anzahl — verabredetermaßen im Dorfe Syrau zusammen. Eine große Anzahl Umstürzler in einem so kleinen Dorfe! — und doch war von einer Erschütterung der Ordnung nichts zu merken. Aus allen Gesichtern leuchtete die Freude und nichts als die Freude. Das Vergnügen des Einzelnen war hier unter lauter Gleichgesinnten ein vollkommenes. Gesang, deklamatorische und andere Vorträge wechselten mit einander ab, und so flossen unter Ernst und Scherz die Nachmittagsstunden dahin, als wären sie Minuten. Da gerade — das Erntefest hatte ihn mit sich gebracht — Tanz bei unserem freundlichen Wirthe stattfand, brachten die Rothen auch der Muse Terpsichore ihr Opfer. Und wenn auch — wie in der politischen Welt — einmal ein Reaktionär vorantanzte, schließlich kam doch ein Sozialdemokrat und führte den Reigen an. Keine Rohheit war zu merken; alles bewegte sich in den Grenzen des Anstandes. Wie mögen die guten Syrauer sich gewundert haben, denen der „Vogtländische Anzeiger" immer nur das Gegentheil von uns vorgelogen! — Und so ein Spaziergang soll nicht für unsere Sache agitiren? Hat doch Mancher sich mit eigenen Augen und Ohren überzeugen können, daß wir ganz normale Menschen mit ganz vernünftigen Ansichten sind. Was Wunder, wenn da die ganze Furcht und der Schrecken vor uns, den Ihr Ordnungshelden so mühsam und künstlich hervorgebracht, verschwand, und uns die freundlichste Einladung wurde, bald wieder zu kommen? Und wir versprachen's. — Ja, in Zukunft wird man manchmal den deutschen Arbeiter der Stadt auf das Dorf zu seinen Brüdern spazieren gehen sehen.

N.

Briefkasten

der Redaktion. S. H. in Zürich: Wenden Sie sich an Dr. Douai in Newyork. Adresse: Dr. A. Douai, Newyork, U. S., Broadway between 44th & 45th Str.

Frankfurt a. M. Alle Abonnenten, die noch auf sozialistische Blätter Abonnementsgelder schulden und trotz mehrfacher Mahnung ihre Pflichten nicht erfüllt haben, werden hiermit nochmals aufgefordert, bis zum 13. d. M. den schuldenden Betrag zu entrichten, widrigenfalls sie veröffentlicht werden. [0,70] W. Knoke.

Tabelle d. Wahlen
zum Reichstage 1878.
Von vielen Empfängern dieser Wahltabelle ist noch keine Zahlung eingegangen. Ich ersuche daher dringend, nunmehr sofort Geld und Abrechnung zu senden.
H. Oldenburg,
Hamburg, Amelungstraße 5.

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin (Eingetr. Genossensch.)
Sonntag, den 3. November d. J., Morgens 10 Uhr, in Berlin im Lokale Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a III. Hof 2 Treppen links: [4,50
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung: Antrag des Vorstandes auf Liquidation des Geschäfts.
Berlin, 4. Oktober 1878.
Der Vorstand.
J. Aner: A. Banmann. Heinr. Rackow.

Südfrüchte und Speiseöle
sind am besten in frischester, reinster Qualität von Triest zu beziehen. Aufträge in jeder Qualität und Quantität werden ausgeführt von [2,40
C. Benscheidt,
Triest, via Aquedotto Nr. 5.

In der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Janssen, Joh., Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgange des Mittelalters.
I. Band cplt. gr. 8. (XLIV u. 616 S.)
Inhalt des dritten Buches: I. Das landwirthschaftliche Arbeitsleben. II. Das gewerbliche Arbeitsleben. III. Der Handel und die Capitalwirthschaft.
„Für die drei nächsten Bände meines auf sechs Bände berechneten Werkes", sagt der Verfasser in der Vorrede zum ersten Band, „habe ich aus mehr als 300 Foliobänden und Convoluten neue archivalische Materialien beisammen. Auch das gedruckte Material habe ich, mit Ausnahme der seit 1873 erschienenen neuen Quellen- und Hülfsschriften, für diese drei Bände bereits durchgearbeitet und geordnet, und darf deshalb, wenn Gott Leben und Gesundheit gibt, die Hoffnung hegen, dieselben in möglichst rascher Folge veröffentlichen zu können.
Preis cplt. M. 6,60. Elegant geb. in Originalband M. 7,80.

Verantw. Redakteur: Franz Güßlaff in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 428 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Golden Square.

Nr. 119. Mittwoch, 9. Oktober. 1878.

Untergrabung oder Umsturz?

Es ist „gehüpft wie gesprungen", sagt man in Süddeutschland. Mag Herr Lasker seinen „Umsturz" noch so scharfsinnig oder „conzentrirt" definiren: wer „untergräbt", will den „Umsturz", und wer den „Umsturz" will, der „untergräbt" — das ist so klar, daß Jeder, der nicht eine dreifache Binde vor den Augen trägt, es sehen muß.

Und da nun in unserer bösen Welt, seit es Menschen giebt, jeder Mensch in der einen oder anderen Form „untergräbt" und „Umsturz" betreibt, so kann selbstverständlich auch Jedem, den man „fassen" will, der Lasso des „Umsturz"- oder „Untergrabungs"-Gesetzes über den Kopf geworfen werden.

Freilich, blos sozialistisches, sozialdemokratisches oder communistisches „Umstürzen" oder „Untergraben" soll gefaßt werden. Allein wer treibt heutzutage nicht, mehr oder weniger, sozialistische, sozialdemokratische oder communistische Umstürzlerei und Untergräberei? Ist nicht die ganze Luft, in der wir leben, mit „sozialistischem Gift" geschwängert? Schwitzt nicht, so zu sagen, unserer modernen Gesellschaft der Sozialismus aus allen Poren heraus?

Von den communistischen Industrie- und Verkehrsprojekten des Fürsten Bismarck und seiner Befürwortung der sozialistischen Produktiv-Assoziationen wollen wir hier gar nicht reden, da wir der Ansicht sind, daß Fürst Bismarck's Hals vorläufig vor dem Strick des Gesetzes sicher ist. Aber die „Kleinen", die ja sprichwörtlich gehängt zu werden pflegen, während die „Großen" frei ausgehen! Die „Kleinen" — wir meinen hier, um à la Lasker eine feste Grenze zu ziehen, [illegible] falls zu erstatten. Unterlassen dieser Anzeige wird mit den in § 148 der Reichs-Gewerbeordnung angedrohten Strafen (Geldstrafen bis zu 150 Mk.) geahndet. — Die Polizeiobrigkeiten haben die ihnen obliegende Prüfung von Fabrikanlagen einschließlich der Wasser-Zu- und Ableitungen, unter Mitwirkung der Fabrikinspektoren vorzunehmen, auch dieselben in Fällen, wo die Errichtung oder Verlegung von Anlagen nur unter gewissen Bedingungen gestattet wird, von letzteren in Kenntniß zu setzen. Jede über einen in Fabriken vorgekommenen Unglücksfall oder sonst den Wirkungskreis der Fabrikinspektoren berührenden Vorgang erstattete Anzeige ist den letzteren mitzutheilen, auch die Theilnahme derselben bei

man sich einen frecheren „Eingriff in die Rechte des Kapitals" denken? Steckt in diesem unverschämten, auf „Untergrabung" und „Umsturz" des ganzen Arbeitsverhältnisses hinzielenden Verlangen nicht der roheste, brutalste Sozialismus? Freilich, die „Magdeburger Zeitung" merkt, welches gefährliche Terrain sie betreten hat, und will Alles blos dem „guten Willen, dem Patriotismus und der Weisheit der großen Arbeitgeber Deutschlands", also der Privatthätigkeit überlassen, — das sind aber blos Flausen, denn „die großen Arbeitgeber Deutschlands" werden sich für diese Schädigung ihrer Interessen und diesen Eingriff in ihre Rechte schönstens bedanken — was jeder mit Handhabung des „Umsturz-" oder Untergrabungsgesetzes betraute Polizist der „Magdeburger Zeitung" im Hand- und Hals-Umdrehen klar machen wird.

Weiter: Professor Biedermann's „Allgemeine Deutsche Zeitung" — die kauscherste der kauscheren. Und doch! In Nr. 231 ein langer Artikel der für wirksame Fabrikinspektoren, gesunde Arbeiterwohnungen, kurz für ein Arbeiterschutzgesetz plädirt! Nachbarin, Euer Fläschchen. Wenn die Eulenburg'sche Auffassung durchdringt, und das „Sozialistengesetz" rückwirkende Kraft bekommt, wird die „Deutsche Allgemeine Zeitung" wegen dieses Artikels unfehlbar verboten. Professor Biedermann hätte es also gar nicht nöthig gehabt, durch eine förmliche Empfehlung der „Neuen Gesellschaft" (in Nr. 232) das schon volle Maß zum Ueberlaufen zu bringen.

Und wenn das am grünen Holz geschieht, wie erst am dürren!

Kurz, der Strick des Umsturz- und Untergrabungsgesetzes ist für Jeden gedreht, den „man" [illegible] vielen gesunolgt worden. Noch ist bei uns nicht Alles, was noch an Wald vorhanden, gehörig geschützt und noch nicht Alles, was verwüstet, wieder angepflanzt. Doch im Vergleich zu anderen Ländern ist unsere Forstkultur weniger der Privatwillkür und der fiskalischen Finanzausbeutung ausgesetzt. Sehr schlimm steht es in dieser Hinsicht mit Oesterreich. Die schreckliche Heimsuchung, welche Tirol kürzlich durch eine Ueberschwemmung erfuhr, ist lediglich auf die Entholzung der Gebirgsketten zurückzuführen. Obschon dort seit Jahren warnende Stimmen ertönten, ließ es der Staat geschehen, daß zwei große Privatbesitzer in Tauffer die vorhandenen Waldreste niederschlagen ließen. Was zwei Spekulanten in Ausnutzung ihres geheiligten „Privateigenthums"

— Die von der Reichsregierung eingesetzte Commission zur Berathung der Gefängnißarbeit und ihre Rückwirkung auf die Privatindustrie hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Die Nothwendigkeit einer produktiven Beschäftigung von Gefangenen wird von keiner Seite bestritten. (Soll heißen: innerhalb der Commission. Sonst wird diese „Nothwendigkeit" einfach bestritten. R. d. „V.") 2) Dagegen besteht eine erhebliche Verschiedenheit der Anschauungen unter den Betheiligten über die Organisation derartiger produktiver Beschäftigungen, sowie über den Umfang und die Art des industriellen Betriebs in den einzelnen Anstalten und über den dadurch herbeigeführten Einfluß auf das freie Gewerbe. 3) Klagen kommen ganz besonders dort zum Ausdruck, wo, in Verbindung mit dem in Norddeutschland vorherrschenden System der Arbeiterverdingung, ein mehr oder weniger fabrikmäßiger Betrieb, insbesondere Betrieb mit Dampfbetrieb etablirt ist. Umgekehrt hat das System des eigenen Regiebetriebes oder der, je nach den Bedürfnissen des Strafvollzuges leicht löslichen Kundenwirthschaft, zu Beschwerden in der Regel nicht geführt: Die Kleineisenfabrikation in Rheinland und Westfalen, die Couvertfabrikation u. s. w. 4) Die von verschiedenen Seiten behauptete und mehrfach bestätigte geringere Qualität bezw. die geringeren Preise der in Gefängnissen gefertigten Waaren scheinen weniger eine Folge der Sträflingsarbeit als solcher, als vielmehr der Organisation dieser Arbeit zu sein.

Auf Grund dieser Ermittelungen bezw. Erwägungen erachtet die Commission folgende Gesichtspunkte für wesentlich:

1) Bei Beschäftigung von Gefangenen ist neben dem in erster Linie stehenden Zwecke des Strafvollzuges weder dem Erwerbs-, noch dem fiskalischen Standpunkte ein überwiegender Einfluß zuzuerkennen. Schon dadurch werden verschiedene Beschäftigungsarten, wie z. B. Cigarrenfabrikation, Goldleistenfabrikation, wegen der dabei naheliegenden Lockerung der Disziplin sich mehr oder weniger von selbst verbieten. 2) Es empfiehlt sich ferner eine möglichste Vielgestaltigkeit der Betriebszweige in jeder einzelnen Anstalt. 3) Es erscheint zweckmäßig, die Herstellung von Bedarfsartikeln für öffentliche Zwecke den Gefangenanstalten zuzuweisen. Dahin zählen beispielsweise Lieferungen für Verkehrsanstalten, Gerichts- und Verwaltungsbehörden, Militär u. s. w. 4) Ferner ist anzustreben die Schaffung von selbstständigen Strafanstaltscollegien, in welchen neben dem Juristen, dem Verwaltungs- und Finanzbeamten, dem Arzte und dem Geistlichen, auch den Vertretern von Handel und Gewerbe Sitz und Stimme, etwa nach dem Vorbilde Württembergs, eingeräumt wird; endlich ist 5) die Herausgabe periodisch eingehender Veröffentlichungen über Art und Umfang der Beschäftigung von Gefangenen unter Anbahnung gleichheitlicher Grundlagen über die Prinzipien dieser Veröffentlichungen in den verschiedenen Bundesstaaten geboten.

— Die Petroleumlampe tritt jetzt bei den längeren Abenden wieder vielfach in Funktion, und gerade die gegenwärtige Jahreszeit ist es, wo wir alljährlich von einer großen Anzahl Petroleumlampen-Explosionen hören, zum Theil mit recht unglücklichem Ausgange. Die Sache ist auch leicht erklärlich; denn Petroleum, welches monatelang ruhig auf der Lampe gestanden, hat inzwischen ungewöhnlich viel Naphtha entwickelt, das nur des geringsten Anlasses harrt, um sich explosibel entzünden zu können! Man thut daher gut, demselben vermittelst Oeffnen des Bassins erst Luft zu verschaffen. Ferner muß nach längerer Ruhe ein neuer Docht in die Lampe gezogen werden, da der alte Docht inzwischen filzig und hart geworden ist, und daher schlecht ansaugt und kohlt. Ein kohlender Docht aber leuchtet schlecht, verblakt mehr Petroleum als ein neuer und verdirbt die Atmosphäre so, daß besonders Lungenleidende gar nicht darin athmen können. Daß die gründliche Reinhaltung bei einer Petroleumlampe überhaupt die erste Bedingung ist, um Explosionen zu verhüten, so darf auch nicht vergessen werden, den Brenner von allen in ihm sitzenden Schnuppen zu befreien, denn jede Schnuppe zieht die Flamme nach unten, erhitzt so das Bassin und bringt das Petroleum auf diese Art leicht auf eine Hitze von 53 Grad Reaumur, bei dem es um so eher explodirt, je schlechter, d. h. je weniger gereinigt es überhaupt ist. Je gereinigter das Petroleum ist, desto besser leuchtet es und desto sparsamer verbrennt es; das beste wird also auch hier, wie in vielen anderen Fällen, immer das billigste.

der den Arbeitern zustehenden Forderungen und auf Erschwerung der bezüglichen Rechtsverfolgung gerichtet seien. Auch in dieser Rücksicht ist es häufig vorgekommen, daß man den Aufsichtsbeamten den wahren Sachverhalt und die Kenntniß der einzelnen Vorgänge zu verheimlichen versucht hat.

„Wenn Dinge", so meint der gewiß unverdächtige „Hamburgische Correspondent", „wie die berührten, an dem grünen Holz seit Jahrzehnten beaufsichtigter Landschaften noch heute möglich sind, wie mag es da in unbeaufsichtigten Ländern, z. B. in den von Fabriken überfüllten, dicht bevölkerten und sprüchwörtlich armen Bezirken des sächsischen Voigtlandes, Thüringens, Hessen-Darmstadts u. s. w. aussehen? — Es ist hohe Zeit gewesen, daß dem Zustande der Aufsichtslosigkeit der Fabriken in diesen und anderen Theilen Deutschlands durch die Gesetzgebung endlich ein Ende gemacht und die Einführung des Fabrik-Inspektorats bereits für den Beginn des nächsten Jahres in Aussicht genommen worden ist und wird es, nach den in Preußen gemachten Erfahrungen, doch noch mindestens ein Jahrzehnt dauern, ehe den an und für sich so bescheidenen Forderungen unserer deutschen Fabrikgesetzgebung auch nur der Hauptsache nach genug gethan worden. Den für den laufenden Monat angekündigten Vorschriften des Bundesraths über die Normen der den Fabrik-Inspektoren zu ertheilenden Instruktionen wird überall da mit Interesse entgegengesehen werden, wo man sich der Bedeutung des neuen Instituts für die künftige Gestaltung unserer Arbeiterzustände auch nur annähernd bewußt ist."

Dasselbe Blatt deutet an, daß, wenn dem Ausnahmegesetze die vielen Arbeitervereinigungsprüfungen im Reichstage zeigen, von zahlreichen Regierungsorganen angegriffen; die gesetzlichen Einrichtungen unseres Landes werden gegenwärtig von der Reichsregierung und von einigen reaktionären Parteien im Reiche durch ein Ausnahmegesetz bedroht. Wo sind also die Demagogen?

— In vortrefflicher Weise zeigt unser Wiener Parteiorgan, der „Sozialist", die Folgen des Ausnahmegesetzes. Das Blatt schreibt:

„Die freudige Zustimmung, deren sich das Ausnahmegesetz seitens der Ausbeuter aller Rangstufen erfreut, belehrt uns über den wahren Zweck, den dieses „Gesetz" verfolgt; es handelt sich nicht um den Schutz der angeblichen „moralischen Ordnung", sondern es handelt sich um den Schutz der Ausbeutung, der durch die sozialistischen Ideen die Quellen verstopft werden; es handelt sich um die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Menschen über den Menschen, der die Ursache aller Ungerechtigkeit und aller Unsittlichkeit ist; es handelt sich um die fortgesetzte geistige Bevormundung des Volkes durch Einzelne, aus der die Kriege und die Noth und das Elend entspringen. Das was im heutigen Staat und in der heutigen Gesellschaft Anspruch auf Moral machen kann, wird durch den Sozialismus nicht bedroht; die Ehe, die Familie, das Eigenthum sollen durch ihn erst auf ihre wahren sittlichen Grundlagen zurückgeführt werden, von denen eine dem brutalsten Egoismus huldigende Gesellschaftsentwicklung immer mehr abgelenkt hat. Der Sozialismus bedroht nicht die Ehe, sondern die Prostitution, nicht die Familie, sondern die das Familienleben zerstörende Frauen- und Kinderarbeit, nicht das Eigenthum, sondern dessen Zerrbild, das Privatkapital. Das was moralisch und human in der bestehenden Gesellschaft ist, findet seinen Schutz nur in der Verwirklichung des Sozialismus — das was unmoralisch ist, was wider die Gerechtigkeit und die Gleichheit der Menschen verstoßt, findet seinen Schutz im — Ausnahmegesetz. Das Sozialistengesetz ist das letzte Aufgebot des Staates und der heutigen Gesellschaft im Kampfe gegen die neue Welt. Der Kampf wird schwer, wird reich an Opfern, wird wechselvoll sein — aber der endliche Sieg gehört uns, der Partei der Zukunft, denn die Sittlichkeit, die Gerechtigkeit, das Glück der Menschen sind nur durch unsere Ideen zu verwirklichen."

Auch wir wissen, das mögen sich die Herren in Berlin gesagt sein lassen, daß der endliche Sieg, und nicht in allzugroßer Ferne, unser sein wird!

— In Bezug auf die jüngste Polizeirazzia in Paris und den „aufgehobenen" Arbeitercongreß liegen uns heute zwei Erklärungen vor, die eine von Schumann in der Londoner „Daily News" veröffentlicht, die andre von Guesde in der Pariser „Laterne". Erstere lautet:

„Erlauben Sie mir, die Spalten Ihres Blattes zu der Mittheilung an meine Freunde zu benützen, daß ich heute Morgen um halb 2 Uhr an der französischen Grenze in Freiheit gesetzt worden bin. Wie den Lesern Ihres Blattes bekannt ist, wurde ich am 5. September verhaftet, weil ich, gleich

Bürger — insbesondere Unterbeamte, Gesellen, Hausdiener, Kutscher u. s. w. getroffen werden, denen die Aufnahme von ein oder zwei Schlafleuten allein das Halten einer Wohnung ermöglicht, in welcher sie bei Tage wenigstens mit ihrer Familie hinreichenden Platz haben, während sie des Nachts mit den Ihrigen in Küche und Kammer schlafen und sie das Wohnzimmer den Schlafleuten überlassen. Wollte man diese Familien außer Stand setzen, Schlafleute zu halten, so würde man sie zwingen, kleinere Wohnungen aufzusuchen, in denen sie womöglich auch bei Tage beengter wären, als dies jetzt zur Nachtzeit der Fall ist. Die Schlafstellen aber würden erheblich vertheuert werden und es würde nach allen Richtungen mehr Nachtheil als Segen gestiftet. Auch hier handelt es sich wieder um ein Kapitel der sozialen Frage, deren Lösung in allen ihren Theilen große Schwierigkeiten bietet, welche nur durch die sorgfältigste Erwägung ausgeglichen werden können." — Wie ich übrigens aus Erfahrung weiß, sind die Wohnungsverhältnisse auch in den übrigen großen Städten Deutschlands bei der ärmeren Volksklasse fast unerträgliche; so hat auch der bekannte und pflichttreue Fabrikinspektor Wolff zu Düsseldorf im dortigen Industriebezirk über geradezu schaudererregende Einzelheiten in Bezug auf das Schlafburschenverhältniß berichtet. — Wir haben da ein Stück sozialer Frage vor uns, dessen Lösung schwieriger ist, als brutale Ausnahmegesetze zu machen.

Da ist wieder das fatale Wort: Ausnahmegesetz. Dasselbe bringt mich auf den Professor Gneist, auf diesen unvergleichlichen Volksvertreter, der einstmals mit einem Beispiel [illegible]

3) Gegen die Beschlagnahme und Wegschaffung meiner Papiere, ohne daß ein Siegel angelegt, oder überhaupt irgend eine Garantie gegen Mißbrauch, Verletzung, Verschleppung, Veränderung u. s. w. der „Beweisstücke" getroffen worden wäre;
4) Gegen die ungesetzliche Verzögerung meines ersten Verhörs pro forma, das erst 25 Stunden nach meiner Verhaftung statt hatte (die äußerste gesetzliche Frist sind 24 Stunden);
5) Gegen die Handschelle oder die Handschellen, mit denen man mich zweimal öffentlich beschimpft hat: das erstemal, als man mich, wider meinen Willen, vor den gerichtlichen Photographie-Apparat schleppte — ein Verfahren, das schon gemeinen Verbrechern gegenüber ungesetzlich, einem politischen Angeklagten gegenüber aber geradezu monströs ist; das zweitemal, als ich zum Untersuchungsrichter geführt ward.

Indem ich mir diejenigen Schritte vorbehalte, welche nöthig sind, um dem verletzten Recht Genugthuung zu verschaffen, denunzire ich diese Reihe von Gewaltthätigkeiten und Ungesetzlichkeiten, deren Opfer und Zeuge ich gewesen bin, allen ehrlichen Leuten ohne Unterschied der Klasse und der Meinung. Jules Guesde, Delegirter zum internationalen sozialistischen Arbeitercongreß." (Ohne Datum; die Nummer der „Laterne", in welcher die Erklärung steht, ist vom 2. Oktober.)

Wir können die Angabe Guesde's, daß Hirsch mit dem Congreß nichts zu thun hatte, nur bestätigen, und hinzufügen, daß Hirsch sogar ein entschiedener Gegner des ganzen Congreßprojekts war und sich deshalb mit Guesde etwas überworfen hatte.

Wie wir hören, sollen auf Requisition der deutschen Gesandtschaft in Paris die in Hirsch's Wohnung gefundenen Papiere von den französischen Behörden nach Berlin geschickt worden sein. Es wäre dies ein Beweis sehr freundnachbarlicher Gesinnung, der indeß unserer, um „Material" für das Ausnahmegesetz verlegenen Reichsregierung nur eine schwere Enttäuschung, und vielleicht Schlimmeres bereiten wird.

— Sozialistischer Sieg in Belgien. Trotz der widerrechtlichen Streichungen von sozialistischen Wählern zum Gewerbegericht in Gent haben die Sozialisten gesiegt und sechs ihrer erprobtesten Genossen, darunter auch unsere verurtheilten Freunde Verbauwen und Paul de Witte, und ebenso drei sozialistische Ersatzmänner in's Gewerbegericht gewählt. Das Siegesresultat wurde mit stürmischem Jubel und dem Gesang der Marseillaise und dem kräftigen Volkslied „Het Kanalje" begrüßt.

— Genosse P. Lossau, der frühere Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung", ist vom Schwurgericht zu Eßlingen in Württemberg wegen Verletzung des § 131 des Strafgesetzbuchs (Verhöhnung von Staatseinrichtungen) zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Unsere Stuttgarter Genossen Schuller und Neumann sind vom Württembergischen Schwurgericht wegen Verletzung des § 131 des Strafgesetzbuchs zu sechs resp. drei

teln nicht verdiene!! Die Armendirektion beschloß jedoch mit Recht, diese Zuschrift einfach ad acta zu legen, da die angeblichen sozialdemokratischen Anschauungen des Almosenempfängers keinen Grund für die Entziehung der Almosen gebe und die angebliche Trunksucht desselben bisher zu einem öffentlichen Aergerniß nicht geführt hatte. Derselbe Almosenempfänger bezieht auch von der hiesigen jüdischen Gemeinde Almosen, und das Polizeipräsidium hat demzufolge an den Vorstand dieser Gemeinde die gleiche Mittheilung gerichtet, welche wohl voraussichtlich denselben negativen Erfolg haben wird. Charakteristisch ist auch folgende Thatsache: Als vor Kurzem vor dem hiesigen Stadtausschuß über die Ertheilung einer Conzession an einen hiesigen Gewerbtreibenden verhandelt wurde, machte das Polizeipräsidium zur Begründung der beantragten Conzessionsversagung unter Anderem geltend, daß der Antragsteller Sozialdemokrat wäre." — Wenn schon die „Volkszeitung" sich über solche Sozialistenhetze beschwert, dann müssen die Rechtsverhältnisse, die Rechtsbegriffe allerdings äußerst traurige sein.

Zum Schlusse will ich Ihnen noch berichten, daß der am 21. September verhaftete Redakteur unseres hiesigen Parteiorgans, Karl Emmerich, seit Dienstag Nachmittag gegen eine Caution von 1500 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt ist. — Gegen den in Haft befindlichen Redakteur Paul Pulkrabeck sind Alles in Allem 35 Anklagen erhoben. Und da noch ein Ausnahmegesetz!?

Sozialpolitische Uebersicht.

— Umsturzkommission. Wir haben aus der zweiten Lesung noch nachzutragen, daß die Regierungsvorlage, welche in der ersten Lesung einen argen Stoß erlitten hatte, auch dahin wiederhergestellt worden ist, daß auch gegen Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Inhaber von Lesekabinetten, ebenso wie gegen Gast- und Schankwirthe die Concessionsentziehung (allerdings nur im gerichtlichen Verfahren) ausgesprochen werden kann.

— Wer's Allen recht machen will, machts bekanntlich Keinem recht, und geräth in jene fatale Situation, die man mit dem Ausdruck: „zwischen zwei Stühlen sitzen" bezeichnet. In diese unangenehme Lage ist jetzt der arme Lasker mit seinen Verständigungs-Experimenten in der Umsturzcommission gekommen. Mit der Regierung hat er es gründlich verdorben, wie die furiosen Angriffe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" beweisen. Aber auch von Seiten der eigenen Partei regnet es Vorwürfe und Fußtritte. Man lese nur folgende Correspondenz des „Leipziger Tageblatt" aus Döbeln, die auch nach anderen Richtungen hin interessant und belehrend ist. Sie ist vom 28. September datirt und lautet:

„Sehr gespannt ist man hier auf das Verhalten unseres Reichstagsabgeordneten Dr. Schaffrath, gegenüber dem Sozialistengesetz. Bekanntlich hat die kleine Fraktion der Fortschrittspartei, welcher er angehört, eine völlig ablehnende Stellung eingenommen und dies bereits durch den Mund ihres Hauptsprechers, Hänel, erklärt. Sollte sich Herr Schaffrath diesem Standpunkt anschließen, so würde er den Willen der überwiegenden Mehrzahl seiner Wähler schnurstracks zuwiderhandeln. Als Compromiß-Candidat aller reichstreuen Parteien unseres Wahlkreises kann er unmöglich der einseitigen Fortschritts-Parole folgen; er muß sich verpflichtet fühlen, auch den Wünschen seiner nationalliberalen und conservativen Wähler gebührende Rechnung zu tragen. Und diese wollen keine Ablehnung des Sozialistengesetzes, sie wollen keine abermalige Auflösung des Reichstags und dadurch herbeigeführte, mit all der üblichen Aufregung verknüpfte Neuwahl. Und daß letzterer Fall unausbleiblich eintreten würde, das möchte man auch Herrn Lasker zurufen. Jedem vorurtheilsfreien, dem Parteitreiben fernstehenden Mann muß das Verfahren Herrn Lasker's als ein sehr gewagtes Spiel erscheinen. Soll es etwa die nationalliberale Partei auf eine nochmalige Auflösung des Reichstages ankommen lassen? 50 Sitze, also ½ ihrer Stimmen hat sie bereits bei den beiden letzten Wahlen 1877 bis 1878 eingebüßt, und bei einer Neuwahl würde sie voraussichtlich abermals ähnlichen Verlust erleiden, denn das Volk ist dieser juristischen Haarspaltereien, wie sie Herr Lasker mit Vorlieb betreibt, gründlich überdrüssig; es will endlich Thaten sehen, welche davon zeugen, daß die verloren gegangene Zucht und Ordnung wiederhergestellt, daß das Leben unseres Kaisers gegen die mordgierigen (!!) Hetzereien und Wühlereien politischer „Banditen" besser geschützt werden soll."

Ganz hübsch, dieser nationalliberale Nothschrei nach rettenden Thaten! Herr Lasker wird nicht sehr erbaut sein. Und Herr Schaffrath? Herr Schaffrath ist bekanntlich Fortschrittsmann, und in ähnlicher Lage wie er befindet sich der Fortschrittler Löwe, der im 19. sächsischen Wahlbezirk als Candidat der vereinigten reaktionären Parteien funktionirte, und in dieser Eigenschaft — gleich Hrn. Schaffrath — ein Ausnahmegesetz befürwortete. Wir wollen sehen, wie diese zwei fortschrittlichen Biedermänner ihre Candidaten-Versprechungen, ein Ausnahmegesetz zu votiren, mit ihrem Fraktionsbeschluß, gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen, in Harmonie bringen werden. — Was den, ebenfalls in der Correspondenz genannten Hrn. Hänel betrifft, so hat derselbe durch seinen famosen Commissionsantrag die „völlig ablehnende Stellung" bereits hinlänglich illustrirt.

— Das Henkerbeil ist wiederum um die Lorbeeren einer Kulturthat geprellt worden: durch allerhöchste Ordre ist der wegen Gattenmords zum Tode verurtheilte Kindermann aus Staßfurt zu lebenslänglichem Gefängniß begnadigt worden. Kindermann hatte seine Frau mit wahrhaft bestialischer Brutalität im Bette erdrosselt. Es scheint also doch, daß der furchtbare Eindruck, den die Hinrichtung Lehmann-Hödel's in der ganzen gebildeten Welt hervorgebracht hat, nicht ohne Wirkung geblieben ist. Denn daß man Lehmann-Hödel, an dessen Händen doch kein Menschenblut klebt, für einen größeren Verbrecher halte, als Kindermann, das können wir doch unmöglich annehmen.

— Wegen der „aktenmäßigen" Enthüllungen über den Nobiling-Prozeß sind zwei Redakteure des „Berliner Tageblatts" gerichtlich vernommen worden. Sie sollen angeben, woher sie den angeblichen „Auszug aus den Akten" bekommen haben. Also endlich! Das Berliner Gericht, welches die Untersuchungen gegen Lehmann und Nobiling führte, hätte schon längst Gelegenheit zum Einschreiten gehabt; denn seit Mitte Mai haben gewisse Berliner Zeitungen Tag für Tag über jene Untersuchungen veröffentlicht, die angeblich aus amtlicher Quelle herrührten, deren Veröffentlichung also das Berliner Stadtgericht und speziell den Untersuchungsrichter auf's Schwerste compromittirte. Ein Theil, und zwar weitaus der größte — alles die Sozialdemokratie Belastende — dieser angeblich authentischen Nachrichten war allerdings einfach erfunden, das hätte ein Einschreiten des Gerichts aber um so mehr gerechtfertigt. Der andere, wirklich authentische Theil konnte nur durch eine strafbare Verletzung des Amtsgeheimnisses in die Oeffentlichkeit gelangt sein — und wenn man bedenkt, wie penibel gerade die preußischen Gerichte und Behörden in dieser Beziehung sind, kann man wirklich nicht umhin, sich zu verwundern, daß das Berliner Stadtgericht nicht früher dieses Attentat auf seinen Ruf berücksichtigt und zu ahnden versucht hat. — Die „National-Zeitung" erzählt, daß sie sich an berufener Stelle erkundigt habe und daß dabei die Authentizität der Veröffentlichung des „Tageblatts" formell in Abrede gestellt worden sei.

— Warnung. Im Crimmitschauer „Bürger- und Bauernfreund" finden wir folgende Notiz:

„Auf Grund vorliegender Schriftstücke ersehen wir, daß zwischen hiesigen Einwohnern (durchweg Familienvätern) und dem englischen Consulate zu Berlin ein reger Briefwechsel gepflogen wird. Die in Frage stehende Angelegenheit ist eine eventuelle Uebersiedelung hiesiger Bürger in größerer Gemeinschaft nach Kleinasien durch englische Vermittelung. Bekanntermaßen sind durch den Berliner Vertrag (13. Juli 1878), der den orientalischen Krieg „beendete", Verhältnisse in Kleinasien und auf der Balkanhalbinsel geschaffen worden, die europäischen Kolonisten überaus günstige Bedingungen, besonders in gewerblicher Beziehung gewähren. Das englische Consulat, das die gestellten Fragen sehr bereitwillig und eingehend beantwortete, hat zu gleicher Zeit noch weitere Aufschlüsse hierfür in Aussicht gestellt. Nach Eingang dieser noch zu erwartenden Nachrichten werde wir mit weiteren Mittheilungen nicht zurückhalten."

So unser Parteiorgan. Wir würden uns einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn wir nicht, auf Grund der uns bekannten Thatsachen und des uns vorliegenden Materials, nachdrücklichst vor dem Projekt einer Auswanderung nach Kleinasien warnten. Wir sind, wie schon zu wiederholten Malen von uns erklärt ward, prinzipielle Gegner eines jeden Auswanderungsplans, der auf politisches Unbehagen zurückzuführen ist, weil wir von der Ueberzeugung ausgehn, daß der Kampf, der uns in der Heimath aufgezwungen worden ist, auch in der Heimath ausgekämpft werden muß. Ganz abgesehen von solchen allgemeinen und prinzipiellen Motiven, müssen wir das in Crimmitschau angeregte Projekt noch deshalb verurtheilen, weil die Zustände in Kleinasien, Cypern eingeschlossen, sowohl in klimatischer als in administrativer Beziehung derartige sind, daß an eine Colonisation durch Deutsche entweder überhaupt nicht (z. B. in dem vielgepriesenen Cypern, dessen Klima sich für die englischen Truppen verderblicher erwiesen hat, als das der ungesundesten westindischen Colonieen), oder noch auf lange Zeit hinaus nicht zu denken ist. Ehe in den, klimatisch ungeeigneten Landstrichen geordnete Verhältnisse eingerichtet sind, werden viele Jahre vergehen müssen. Daß die englischen Behörden es sehr gern sehen würden, wenn Deutsche sich zum „Civilisationsschlamm" hergeben und mit ihren Knochen das Land für die später kommenden englischen Ansiedler düngen würden, ist klar.

— Die „Kölnische Zeitung" ist unter die Sozialdemokraten gegangen! Im zweiten Blatte der „Kölnischen Zeitung" vom 27. September befindet sich nämlich ein Artikel mit der Ueberschrift: „Gewinnbetheiligung der Arbeiter", welcher in folgender Weise anhebt:

„In jedem Jahrhundert giebt es einzelne Jahre eines ungeahnten Aufschwungs aller geschäftlichen Unternehmungen, giebt es gesegnete Jahre, in denen dem Kaufmann, dem Fabrikanten jedes Unternehmen zu gelingen, die goldene Ernte ohne Grenzen zuzuströmen scheint. In solchen Jahren macht sich der Gegensatz zwischen dem Kapitalisten und dem Proletarier besonders fühlbar; der Menschenfreund entsetzt sich ob des gewaltigen Unterschiedes, der in solchen Zeiten zwischen dem von den Ersparnissen seiner Vorfahren in wüster Ueppigkeit Lebenden und dem von seiner Hände Arbeit nur mühsam sich Ernährenden zu Tage tritt, und auf allen Seiten sind gutgemeinte Rathschläge zur Beseitigung einer solchen sozialen Lage billig wie Brombeeren. Wir haben in dem ungeahnt großartigen Aufschwung der 1871—73er Jahre solche Beobachtungen zu machen wiederholt Gelegenheit gehabt. Der Lohn des Arbeiters war verhältnißmäßig karg gegen die wie von selbst den Arbeitgebern und Kapitalisten zufließenden Reichthümer; und wenn auch der Lohn sich allgemein giltigen volkswirthschaftlichen Gesetzen folgend, mit dem Fortschritt des Gewinnes nahezu verdoppelte, so konnte der Menschenfreund eine gerechte Vertheilung des Gewinnes darin doch nicht erkennen."

Aufreizung der Arbeiter gegen die „in wüster Ueppigkeit" lebenden Arbeitgeber, Erregung von Klassenhaß der „sich mühsam nur Ernährenden" gegen die Kapitalisten! Die jetzigen Produktionsverhältnisse beruhen auf keiner gerechten Vertheilung des Gewinnes! Sehr wahr, aber: Hr mit dem Ausnahmegesetz — gegen die „Kölnische Zeitung"!

— Zur Wahl Langensalza-Mühlhausen geht der „National-Zeitung" folgendes Schreiben des Herrn Reuleaux zu:

„Hochgeehrter Herr! Von einem längern Aufenthalt im Auslande zurückgekehrt, bekomme ich erst jetzt volle Kenntniß von einer Reihe widersprechender Beurtheilungen der Angelegenheit meiner Reichstagscandidatur im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza, und sehe ich mich dadurch genöthigt, Ihnen den Sachverhalt in aller Kürze darzulegen und Sie zu bitten, Ihren Lesern davon Mittheilung zu machen. Nachdem ich die Candidatur an-

Die Haftpflicht des Unternehmers

nach dem Gesetze vom 7. Juni 1871 im Vergleich zum französischen Rechte.

Die Unbefangenen unter unseren Liberalen (diese Spezies ist jedoch bei uns ungefähr so selten, wie die Lotosblumen in Grönland. Anm. d. Red. der „B. F. P.") haben, in der Presse wie in Wahlreden, in den letzten Wochen es oft ausgesprochen, daß unter den Forderungen der Sozialisten sich viel Berechtigtes finde. Da sie zu gleicher Zeit das Möglichste dazu gethan haben, die Sozialisten von der Volksvertretung fortan fernzuhalten, so wird der Schluß nicht zu kühn erscheinen, daß selbige liberale Wahlcandidaten nun ihrerseits gewillt seien, im Reichstage jene berechtigten Forderungen geltend zu machen. Dazu beut sich ihnen in der nachfolgenden (zuerst in der „Gewerbl. Zeitschr. für Rheinl. und Westf." erschienenen) Arbeit eine Hand. Der Verfasser, Advokat-Anwalt Welter zu Köln, früher selbst Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses und der Fortschrittsfraktion, weist nach, wie die Ausdehnung der Haftpflicht, ein Verlangen, das täglich dringlicher wird, im rheinischen Rechte schon längst besteht, daß also die bisweilen vorgeschobene Besorgniß, der „Unternehmungsgeist" könnte unter einer weitergehenden Verantwortlichkeit leiden, hier durch die Erfahrung widerlegt wird, daß vielmehr die Rechtsgleichheit, die ja unter den Segnungen des deutschen Reiches so besonders laut gepriesen wird, es verlangt, die Haftpflicht in Deutschland mit der im Rheinlande geltenden auf gleichen Fuß zu bringen. Herr Welter schreibt:

I.

Kaum sieben Jahre sind verflossen, seit das Haftpflichtgesetz in Wirksamkeit getreten ist und schon haben sich dessen Folgen weit über die engen Kreise der speziell mit der Rechtsanwendung Befaßten im ganzen gewerblichen Leben geltend gemacht. Eine eigene Industrie, die der Unfallversicherungs-Gesellschaften, ist an demselben emporgewachsen, und die Zahl der Schadensprozesse mehrt sich mit jedem Tage, ohne daß sich nach den bisherigen Erfahrungen die pekuniäre Tragweite weder für die zunächst betheiligte Industrie, noch auch für die Versicherungs-Gesellschaften auch nur annähernd berechnen ließe. Die zumeist in der Form von Renten zugesprochenen Entschädigungen sind noch in den ersten Anfängen ihres Laufes und fortwährend treten neue hinzu, so daß erst nach einigen Decennien, wie eine Unfallstatistik, so auch eine Unfallschäden-Statistik sich bilden kann.

Bei dieser einschneidenden Wirkung ist es kein Wunder, daß der Streit der Meinungen über die Prinzipien der Haftpflicht auf das Lebhafteste entfacht, und bei der Halbheit und eigentlichen Prinzipienlosigkeit des deutschen Gesetzes noch lange nicht ausgetragen ist. Das Gesetz, in der jetzt so beliebten und doch verwerflichen Form eines Spezial- und Nothgesetzes erlassen, soll nach der einen Ansicht eine ganz ungerechte Belastung der Industrie enthalten, nach der anderen aber die berechtigten Interessen der Arbeiter in ganz ungenügender Weise schützen.

Wenn man von der eigenthümlichen Haftpflicht der Eisenbahnen absieht, die in dem Preußischen Eisenbahngesetz vom Jahre 1838 ihre Quelle findet, so sind die Prinzipien der Haftpflicht des Fabrikanten ꝛc. dem französischen Recht entlehnt. Die vielfach in industriellen Kreisen verbreitete Meinung, als ob auch in den deutschen Ländern des französischen Rechts die Verantwortlichkeit des Unternehmers durch das Haftpflichtgesetz wie begründet, so auch auf dessen Bestimmungen und Voraussetzungen beschränkt sei, ist eine irrige.

Diese Haftpflicht hat am Rheine seit mehr als 60 Jahren in weit größerem Umfange bestanden, als sie das deutsche Gesetz vom 7. Juni 1871 festgestellt und besteht auch heute noch trotz der Haftpflichtgesetzes in dem gleichen Umfange fort.

Eigenthümlich ist dabei nur die Thatsache, daß auch am Rhein erst seit 1871 die Unfallprozesse in erheblicher Zahl aufgetreten sind und seither in auffallender Weise zugenommen haben.

Diese Zunahme läßt sich nicht durch die von der Ausdehnung der Industrie in weitere Gebiete, der Vermehrung und Komplikation der Maschinenarbeit bedingte Vermehrung der Unfälle erklären: Die Unfälle sind in gleicher Weise und verhältnißmäßig gleicher Zahl gewiß auch vor 1871 vorgekommen. Die nicht wegzuleugnende Vermehrung der Unfallsprozesse findet ihren Grund einmal in dem Prinzip der Versicherungsgesellschaften, jeden Unfall im Rechtsweg auszumachen, dann aber auch in der allerdings durch das Haftpflichtgesetz im Volke verbreiteten Kenntniß von der Verantwortlichkeit des Unternehmers. In größeren Städten haben sich förmliche Bureaux für die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus Unfällen gebildet, deren Mittelpunkt gewöhnlich ein Verunglückter ist, der eine genügende Entschädigung erstritten hat und nun etwaigen Leidensgefährten die richtigen Wege weist.

Bei dem Streite über Beschränkung oder wenigstens Nichtausdehnung einerseits, andererseits Erweiterung der Haftpflicht dürfte eine kurze Zusammenstellung der Grundsätze des französischen Rechts, namentlich auch zur Beseitigung des oben angeführten Irrthums und zur Aufklärung über die bestehende Verantwortlichkeit des rheinischen Fabrikanten, nicht ohne Interesse sein.

Daß der Unternehmer für die, durch seine eigene Schuld herbeigeführten Unfälle haftet, ist ein allgemein geltender Rechtssatz. Das Gesetz vom 7. Juni 1871 berührt diese Fälle gar nicht und beläßt es dafür bei dem geltenden Landesrecht. Während aber die übrigen Landesgesetze vielfach, sowohl was die Voraussetzungen als den Umfang der Ersatzpflicht angeht, ungenügend und mangelhaft sind, verpflichtet das französische Recht in der weitgehendsten Weise einen Jeden zum Ersatz des vollen, durch schuldhafte Handlungen oder Unterlassungen verursachten Schaden. Jedes, auch das geringste Verschulden des Fabrikanten macht ihn für den, auf dies Verschulden zurückzuführenden Unfall haftpflichtig.

Der Fabrikant hat die zur Sicherheit der Arbeiter erforderlichen Vorkehrungen in seinem Betriebe zu schaffen.

Er ist also verantwortlich, ganz abgesehen von den selbstverständlichen Fällen einer Verletzung oder Nichtbeachtung sicherheitspolizeilicher Vorschriften, schon dann:

- wenn Maschinen nicht mit den bekannten, anderswo angewendeten Sicherheitsmaßregeln versehen sind, auch wenn dafür spezielle Vorschriften nicht bestehen;
- wenn Maschinen nicht in ordnungsmäßigem Zustand sich befinden, wenn die Aufstellung und Vertheilung mangelhaft und die Maschinenräume fehlerhaft eingerichtet, gehalten oder beleuchtet sind;
- wenn die Arbeiter nicht mit den Gefahren und der Bedienung der Maschine ordentlich bekannt und mit den erforderlichen Hilfswerkzeugen versehen worden sind;
- wenn die nöthige Beaufsichtigung nicht angeordnet, und die erforderliche Zahl der Arbeiter nicht angestellt ist.

Wer jugendliche Arbeiter und Kinder beschäftigt, ist sogar für die, durch eigenes Verschulden derselben veranlaßten Unfälle verantwortlich, wenn die Arbeit wegen der dabei zu beobachtenden Vorsicht für ein solches Alter nicht passend war, oder die bei der Jugend nöthige, besondere Aufsicht nicht gehandhabt wurde.

Während der Arbeitszeit hat ein Junge im Streit oder aus Muthwillen dem anderen mit einem Steinwurf das Auge beschädigt — der Unternehmer ist haftbar erklärt worden, weil bei gehöriger Aufsicht die Jungen sich nicht mit Steinen werfen durften und konnten. Immer freilich muß bewiesen werden ein Verschulden des Unternehmers, wenn auch das kleinste, welches den Unfall allein herbeigeführt, oder wenigstens bei konkurrirendem Verschulden des Arbeiters denselben wesentlich vergrößert hat.

Ist das Unglück dagegen durch einen unabwendbaren oder unaufgeklärten Zufall oder durch höhere Gewalt entstanden — und Mangels Beweises eines Verschuldens ist dies anzunehmen — so hört die Verantwortlichkeit des Unternehmers auf.

Als Beispiel seien nur die häufigen Pulver- und Dynamit-Explosionen erwähnt, bei denen meist ein Augenzeuge den Unfall nicht überlebt. Man hat nun dabei aufstellen wollen:

daß der Unternehmer ohne Weiteres haftbar sei, weil bei ordnungsmäßiger Behandlung eine Explosion nicht vorkommen könne, und eine solche daher immer irgend ein Verschulden, irgend einen Fehler, sei es des Fabrikanten oder der Arbeiter, voraussetze;

dann aber, weil ein Jeder auch für die, durch in seinem Gewahrsam befindliche Sachen, also durch das Pulver, durch den Dynamit verursachten Schäden, selbst ohne eigenes Verschulden, haftbar sei.

Dem entgegen haben aber die Gerichte den Grundsatz angenommen, daß die Verantwortlichkeit unter allen Umständen den Nachweis eines, den Unfall bedingenden Verschuldens, sei es in der Anlage und Einrichtung der Fabrik oder in der Aufbewahrung der Sprengstoffe voraussetze, und daß, wenn ein Verschulden nicht bewiesen, vielmehr die Möglichkeit eines Zufalles (Selbstzersetzung des Dynamits) gegeben sei, die Verantwortlichkeit aufhöre.

Soviel über die Haftpflicht für das eigene Verschulden.

genommen, entschloß ich mich kurz vor dem Wahltermin, dieselbe zurückzuziehen in der Meinung, daß zur Aufstellung eines andern Candidaten noch Zeit sei. Ich bemerke hierzu, daß ich dies aus eigenem freien Entschluß that, und daß keinerlei Versuche, auf mich eine Pression auszuüben, gemacht worden sind. Meine bezügliche Mittheilung an das liberale Wahlcomité kam demselben verspätet zu; insbesondere gelangte, wie ich mich überzeugt habe, meine bezügliche briefliche Mittheilung erst am Tage nach der Wahl in die Hände des Comité. Durch Amtsgeschäfte genöthigt, meinen Aufenthalt wiederholt zu wechseln, empfing ich die Aeußerungen des Wahlcomités ebenfalls zum Theil beträchtlich verspätet, zum Theil — und dies gilt von zwei Telegrammen und einem Brief — gar nicht. Infolge hiervon blieb die Zurückziehung meiner Candidatur vorerst unberücksichtigt, und so vereinigten sich am Wahltage so viele Stimmen auf mich, daß mein Name in die Stichwahl kam. Hiervon wurde ich in Paris verständigt. Der nun folgende Meinungsaustausch erlitt abermals die weitestgehenden Verzögerungen, weil mehrere meiner Briefe irrthümlich nach Mühlhausen im Elsaß expedirt wurden, wie ich mich heute aus den mir vorgelegten Poststempeln überzeugt habe. Hierdurch entstanden die folgenschwersten Mißverständnisse, sowohl hinsichtlich meiner Absicht, nunmehr in der Stichwahl ausharren und die eventuell auf mich fallende Wahl annehmen zu wollen, als auch hinsichtlich des vom liberalen Wahlcomité eingeschlagenen Verfahrens, Mißverständnisse, welche am meisten von mir selbst bedauert werden.

Gotha, 28. Sept. 1878. Reuleaux."

Diese gewundene, geschraubte Erklärung hat gar keine Bedeutung. So lange Herr Reuleaux nicht erklärt, weshalb er seine Candidatur zurückgezogen hat, glauben wir ihm auch nicht, daß keine Pression auf ihn ausgeübt worden sei. Uebrigens ist der einst wegen seines Urtheils über die Ausstellung zu Philadelphia rasch berühmt gewordene Mann, durch sein neuerliches Ducken vor der Macht schnell wieder zu einer politischen Null herabgesunken.

— Das sächsische Ministerium des Innern hat nachstehende Verordnung erlassen:

„Hat infolge des Gewerbebetriebes eine Person das Leben verloren oder eine solche Beschädigung erlitten, daß sie länger als 72 Stunden an ihrer Arbeit behindert ist, so sind die Fabrikbesitzer und Fabrikleiter verpflichtet, der Polizeibehörde und dem Fabrikinspektor davon Anzeige, und zwar im ersteren Falle sofort, im letzteren spätestens vier Tage nach Eintritt des Unfalls.

„Die Regierung ist fern von dem Wahne, ihrerseits Einrichtungen schaffen zu können, durch welche der Armuth und Noth in der Arbeiterbevölkerung, insoweit dieselben mit den mannigfachen Schwankungen des industriellen Lebens überhaupt zusammenhängen, durchgreifend abgeholfen werden könnte."

Und seit jener Zeit hat wahrlich die Regierung nichts gethan, nicht einmal irgend einen Versuch angestellt, der bewiese, daß sie von der früheren Meinung über ihre eigene Impotenz, und nach dem Lassalle'schen Ausdrucke, über ihre „Nachtwächterstellung" zurückgekommen sei. Hören wir hierüber einen Nichtsozialisten, den Doktor Arnold Lindwurm, der folgendes schreibt:

„Seit 1871, seit der Errichtung des Deutschen Reiches quält uns dieses mit nichts als mit unfruchtbaren Gesetzen: Culturkampf und Diplomatendisciplin, Zähmung der freien und Reptilisirung der offiziösen Presse, Vermehrung des schlagenden und möglichste Vernachlässigung des denkenden Heeres, das ist Dasjenige, womit wir uns die 7 Jahre hindurch haben abgeben müssen. Vorkehrungen zum Besten der Wirthschaftsverhältnisse haben nicht stattgefunden. Der Canal zwischen Nord- und Ostsee harrt noch immer seiner ersten Entwerfung, ebenso der Rhein-Weser-Elbe-Canal, ja die ganze gewaltige Machtstellung des deutschen Reiches hat es noch nicht einmal vermocht, auch nur eine der elenden Abfertigungs-Chikanen der russischen Zollbehörden, womit diese den deutschen Handel peinigen, zu beseitigen. Und auch jetzt wieder weiß die Reichsregierung nichts Besseres als — Strafgesetzparagraphen."

Und daß wir nicht allein die verfängliche Frage stellen: Was dann? — dies geht aus einem Artikel der nationalliberalen „Flensburger Norddeutschen Zeitung" hervor, in welchem es unter anderem heißt:

„Was wird der Staat thun, um auf positivem Wege die sozialdemokratische Lehre aus der Welt zu schaffen? Jedermann, der nicht in dem Banne befangen ist, unter welchem die Agitatoren ihre Anhänger halten, ist überzeugt, daß diese Lehre eine Irrlehre ist, die das Volk nur ins Verderben führen wird. Sie wird jedoch durch die Verfolgung der Verkündiger nicht aus dem Herzen der Gläubigen gerissen. Diesen Zweck zu erreichen, müssen andere Mittel angewandt werden."

Auf die Angriffe der „Flensburger Nord. Ztg." gehen wir nicht ein.

Das Blatt aber möge sich selbst aus dem oben angeführten Bekenntniß der Regierungsimpotenz und aus der Anklage des Herrn Lindwurm die Frage beantworten, welche Abhilfe die Regierung bringen kann und bringen wird.

Unsere Antwort lautet: Keine!

Doch hören wir die „Flensburger Norddeutsche Zeitung" noch weiter an:

„Man weiß, aus was für Gründen die sozialdemokratische Partei ins Riesenhafte gewachsen ist. Das materielle Elend, das durch die langjährige Geschäftskrisis unter den arbeitenden Klassen entstanden ist, hat Tausende der neuen Heilslehre zugewendet, welche ihnen eine gerechtere den darauf anzustellenden Erörterungen soweit nöthig in Anspruch zu nehmen. Ueber den Erfolg der von den Fabrikinspektoren an die Polizeibehörden gelangenden Anzeigen oder Anträgen ist den ersteren Mittheilung zu machen."

Es ist nur zu wünschen, daß diese Verordnung auch streng durchgeführt werde. Die Gesetze und Verordnungen, welche den Schutz des Arbeiters zum Zweck haben, pflegen bekanntlich nach dem amtlichen Eingeständniß der preußischen Fabrikinspektoren sich dadurch auszuzeichnen, daß sie in wesentlichen Punkten nicht, oder sehr lax gehabt werden. — Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß man in verschiedenen deutschen Bundesstaaten, z. B. in Bayern, noch gar nicht daran gedacht hat, das Institut der Fabrikinspektoren einzuführen. Wenn sich's um eine neue Mordwaffe handelte, würde man es sicherlich eiliger haben. — Vom 1. Januar 1879 an müssen übrigens in ganz Deutschland Fabrikinspektoren nach der neuen Gewerbeordnungsnovelle eingeführt werden.

— Zum Frevel der Entwaldung. Der „Staatssozialist" greift das „heilige Eigenthum" in einer Weise an, daß er später sicherlich dem Ausnahmegesetz verfallen würde. Vernünftige Leute, Männer, die Vaterland und Volk lieben, geben ihm aber recht, wenn er die von uns oft genug ausgesprochene Ansicht folgendermaßen reproduzirt: „Noch viel mehr als auf dem Gebiete des Verkehrswesens offenbart sich auf dem Gebiete der Forstkultur die Ohnmacht und Gemeinschädlichkeit der Selbsthilfe, des Individualismus, des Laisser-faire. Wohin man blickt, treten die furchtbarsten Unglücke in Folge der frevelhaftesten Waldverwüstungen hervor. China verdankt seine Dürre und in deren Folge seine Hungersnoth hauptsächlich seinen Entwaldungen. Auf Cypern haben sich Klima und Fruchtbarkeit verschlechtert durch den Pascha-Vandalismus, der mit seinem herrlichen Waldbesitz unter der Türkenherrschaft getrieben ist. Welche Verheerungen haben die Ueberschwemmungen nicht schon in Frankreich aus gleichen Ursachen angerichtet! Selbst der ungeheure, durch Jahrtausende vor der Axt geschützte Waldreichthum Amerikas wird ein Opfer des mörderischen Laisser-faire-Leichtsinns. In Folge dessen steigt nicht nur die Ungesundheit des Klimas, sondern einzelne Gegenden beklagen sich bereits über eine merkliche Abnahme der Fruchtbarkeit. Distrikte, welche früher Pfirsiche zogen, müssen schon auf auf deren Kultur verzichten. Ja, besorgte, aber ungehörte Stimmen verkünden bereits den Tag, wo dort auch die Weizenkultur aufhören wird. In Deutschland ist [illegible] in demselben Maße, wie das Volk einsieht, daß Nichts geschieht, diesem Jammer ein Ende zu machen.

Die Sozialdemokratie aber wird unter solchen Zuständen immer mehr wachsen und gedeihen, so daß wir nicht in Verlegenheit gerathen werden, wenn man uns einst die Frage vorlegt:

Was nun?

Der Sozialistengesetzentwurf.

(Nach den Beschlüssen der Commission in zweiter Lesung.)

§ 1. Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten.

§ 1a. Die Vorschriften des § 1 finden auf Verbindungen jeder Art Anwendung.

Jedoch sind eingetragene Genossenschaften (Gesetz v. 4. Juli 1868, B.-G.-B. S. 415), registrirte Gesellschaften (Ges. v. 23. Juni 1873, R.-G.-B. S. 146), eingeschriebene Hülfskassen (Ges. v. 7. April 1876, R.-G.-Bl. S. 125) und andere selbstständige Kassenvereine, welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Controle zu stellen.

Sind mehrere selbstständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbande vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbande und die Controle über denselben angeordnet werden.

In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigverein zu Tage treten, die Controle auf diesen zu beschränken.

§ 1b. Die mit der Controle betraute Behörde ist befugt:

1) allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen;

2) Generalversammlungen einzuberufen und zu leiten;

3) die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen, sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern;

4) die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen;

5) mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitender Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen;

6) die Kassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

Wird durch die Generalversammlung, den Vorstand oder ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Controlbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwider gehandelt, oder treten in dem Verein die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einihren Kassen an Gewinn zuführten, mußten zahlreiche Menschen mit ihrem Leben, andere mit ihrer ganzen Habe büßen. Das sind die Folgen des durch das Manchesterthum überspannten Eigenthumsbegriffs! Das Recht des Privateigenthums hört auf, wo sein Mißbrauch und seine Gefährlichkeit für die Allgemeinheit beginnt. Hier hat der Staat die Gesammtheit gegen die Einzelnen zu schützen."

Daß der Wald in allen civilisirten Ländern nicht schon längst Staatseigenthum ist, hat wohl lediglich seinen Grund darin, daß die modernen Staatsmänner nichts von der Wald- und Forstwirthschaft verstehen und daß sie selbst in den Banden der Privatkapitalherrschaft liegen.

— Etwas für die deutsche Reichsregierung, die sich auf französische Verhältnisse in ihren Ausnahmegesetzmotiven beruft. Im „National", einen vom Minister des Innern inspirirten Pariser Blatte, wird den Reactionären verkündet, daß die Geduld der Regierung bald aufhöre. Es heißt da:

„Es gilt dem allgemeinen Stimmrechte Wort zu halten. Das allgemeine Stimmrecht duldet aber nicht, daß man ihm täglich neue Katastrophen und, furchtbare Kataklysmen prophezeit. Es verlangt, daß die öffentlichen Aemter aller Grade Bollwerke gegen die Faktionen und nicht Zufluchtsörter für die Faktionsmänner sind. Es will nicht eine systematische Verfolgung seiner Gegner in Scene setzen, aber ihnen allen den Einfluß entziehen, über welchen sie noch verfügen. Es verlangt nicht von den Richtern, daß sie die Carmagnole tanzen oder das ça ira! singen. Aber es spricht ihnen das Recht ab, das Gesetz, so oft es sich um Republikaner handelt, in barbarischer Weise zu handhaben. Es achtet die Religion und ist bereit, den Priestern ihren Platz unter Gottes freiem Himmel einzuräumen; aber den politischen Tartüffe's will es das Haus nicht preisgeben. Diese Ansprüche nennt die monarchische Presse revolutionär, demagogisch. In Gottes Namen! Die Beiwörter haben nicht die Macht, die Natur der Dinge selbst zu ändern, und unsere Feinde mögen noch so laut schreien, sie werden die Nation nicht verhindern, als wahre Conservative Diejenigen anzusehen, welche die gesetzlichen Einrichtungen des Landes erhalten wollen, und als wahre Revolutionäre Diejenigen, welche dieselben ohne Unterlaß und mit allen Mitteln angreifen."

Die gesetzlichen Einrichtungen Deutschlands werden bei jeder Reichstagswahl, wie die Wahl-

Der Zeitpunkt, in welchem das Verbot endgiltig wird, ist als der Zeitpunkt der Auflösung oder Schließung des Vereins (der Kasse) anzusehen.

Gegen die Anordnungen der Behörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 4. Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot, sowie die Anordnung der Controle ist dem Vereinsvorstande, falls ein solcher im Inlande vorhanden ist, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen. Gegen dieselbe steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde (§ 19) zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung bei der Behörde anzubringen, welche die Verfügung erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 5. Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen.

Versammlungen, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatze bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

§ 5a. Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 6. Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das zweite Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

§ 7. Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde, bei periodischen, im Inlande erscheinenden Druckschriften die Landespolizeibehörde des Bezirks, in welchem die Druckschrift erscheint. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in der in § 2 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise bekannt zu machen und ist für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§ 8. Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot einer Druckschrift ist dem Verleger oder dem Herausgeber, bei einer nicht periodisch erscheinenden Druckschrift auch dem auf derselben benannten Verfasser, sofern diese Personen im Inlande vorhanden sind, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen.

Gegen die Verfügung steht dem Verleger oder dem Herausgeber, sowie dem Verfasser die Beschwerde (§ 19) zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung bei der Behörde anzubringen, welche die Verfügung hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

vielen Anderen, eine Einladung zu einer Privatzusammenkunft in Paris angenommen hatte. Ich war seitdem in einer Zelle des Mazas-Gefängnisses eingesperrt, und bin jetzt, nach mehr als dreiwöchentlicher Haft, aus Frankreich verbannt, ohne auch nur den Schein eines gerichtlichen Urtheils, weil der Minister des Innern, Herr von Macère der Ansicht ist, daß meine Anwesenheit auf französischem Boden geeignet sei, die öffentliche Sicherheit zu gefährden (de compromettre la sureté publique). Den 29. September 1878. Fritz Schumann, zum französischen Arbeitercongreß delegirt von der sozialistischen Partei Dänemarks, und von der Internationalen Arbeiter-Union in London."

Die Erklärung des Redakteurs der „Egalité" hat folgenden Wortlaut:

„Herr Redakteur! Nach 20tägiger Zellenhaft vorläufig (provisoirement) in Freiheit gesetzt, glaube ich, ohne dem Ausgang des eingeleiteten Gerichtsverfahrens irgend vorzugreifen, mich einer schweren Pflichtversäumniß schuldig zu machen, wenn ich nicht meinen Protest dem meiner Collegen gegen die materielle Verhinderung des internationalen sozialistischen Arbeitercongresses hinzufügte.

Ich protestire ferner gegen die in seiner Wohnung erfolgte Verhaftung Karl Hirsch's, der sowohl der Vorbereitung des Congresses, als dem Congresse selbst vollkommen fremd geblieben ist, und durch dessen, sich verlängernde Einsperrung eine sich französisch nennende Regierung in sehr sonderbarer Art ihren Dank für die muthige Opposition abstattet, welche Hirsch und die deutschen Sozialdemokraten im Jahre 1871 der durch Flintenschüsse bewirkten Annexation von Elsaß-Lothringen entgegensetzten.

Ich protestire außerdem, und persönlich:

1) Gegen meine Verhaftung auf offener Straße, ein Verfahren, doppelt ungesetzlich, weil das Vergehen, das einzige, dessen ich damals überhaupt beschuldigt war, das Vergehen unerlaubter Versammlung, eine solche Maßregel nicht rechtfertigte, und weil der einfache Durchsuchungsbefehl, kraft dessen ich festgenommen ward, nicht willkürlich zu einem Haftbefehl erweitert werden konnte;

2) Gegen die Haussuchung, die nächtlicher Weile in meiner Wohnung von halb 10 Uhr Abends bis halb 3 Uhr Morgens vorgenommen ward, entgegen dem Gesetz, welches das Lager unserer Frauen und die Wiege unserer Kinder von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang [illegible] öffentlich verkannt zu machen.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 12. Wer an einem verbotenen Vereine (§ 2) als Mitglied sich betheiligt oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 5) sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 5) sich nicht sofort entfernt.

Gegen Diejenigen, welche sich an dem Verein oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassirer betheiligen, oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahr zu erkennen.

§ 13. Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergiebt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 14. Wer eine verbotene Druckschrift (§§ 6, 7) oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 10) verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 15. Wer einem nach § 11 erlassenen Verbot zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Außerdem ist das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Orts der Sammlung für verfallen zu erklären.

§ 15a. Wer ohne Kenntniß, jedoch nach erfolgter Bekanntmachung des Verbots durch den „Reichsanzeiger" (§§ 2, 7) eine der in den §§ 12, 13, 14, 15 verbotenen Handlungen begeht, ist mit Geldstrafe bis zu Einhundertfünfzig Mark oder mit Haft zu bestrafen. Die Schlußbestimmung des § 15 findet Anwendung.

§ 16. Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machen, kann im Falle einer Verurtheilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 12 bis 15 neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes außerhalb ihres Wohnortes erkannt werden.

Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Verurtheilten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde versagt werden. Ausländer können von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Gegen solche Anordnungen findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre bestraft.

§ 16a. Unter den im § 16 Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen kann gegen Gastwirthe, Schankwirthe und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, sowie gegen Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Inhaber von Lesecabinetten neben der Freiheitsstrafe auf Untersagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden.

Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die bekannten 300 Millionen Steuererhöhung lagen der Anklage zu Grunde. Zu bemerken ist, daß bei den preußischen ordentlichen Gerichten überall Freisprechung in derselben Sache erfolgt ist. — Die Genossen Rohleder und Ernst aus München, welche in Nürnberg eine mehrmonatliche Gefängnißstrafe „verbüßt" haben, sind der „ausnahmegesetzlichen Freiheit" wieder übergeben worden.

Correspondenzen.

Aus Süddeutschland wird der „Frankfurter Zeitung" d. d. 1. Oktober geschrieben: Gelegentlich des zufälligen Zusammentreffens auf der Eisenbahn mit einem Bekannten, der kürzlich Geschworener in Mannheim gewesen war, konnte ich die Wahrnehmung machen, wie das Wesen des Instituts der Jury in einem sehr wesentlichen Punkte bei uns noch keineswegs allgemein richtig erfaßt ist. Mein Bekannter erzählt von einem der vielen abgeurtheilten Majestätsbeleidigungsprozesse. Er stimmte mir bei, daß solche Prozesse, wenigstens vielfach, nicht hätten vorkommen sollen, meinte aber: nachdem der Thatbestand erwiesen, konnten ja die Geschworenen nicht anders, als „schuldig" aussprechen. Dieser Ansicht trat ich entgegen. Nicht ob der Angeklagte diese oder jene Aeußerung „gethan" hat, lautet die Frage, sondern ob er „schuldig" ist, eine Majestätsbeleidigung begangen zu haben durch Ausstoßen dieser oder jener Worte. Es ist dies nicht eine gesuchte Subtilität, sondern ein in der Distinktion so wichtiges Moment, daß, kämen die Geschworenen aus ihrem Berathungszimmer mit der Antwort zurück: „Ja, der Angeklagte hat diese Aeußerung gethan", der Assisenpräsident sie zurücksenden müßte, um die richtige Antwort zu ertheilen: ist jener „schuldig" oder „nichtschuldig". Dieser Begriff beschränkt sich keineswegs darauf, ob Jemand eine Handlung gethan hat, sondern schließt weiter in sich, ob er bei jenem Thun der Rechtswidrigkeit und Strafbarkeit derselben sich bewußt war. Dieses unerläßliche Kriterion angewendet, wird man sich wohl zu sagen haben, daß eben dies bei der Mehrzahl der „Schuldig"-Erklärten nicht der Fall war Bei nicht wenigen dieser Vorkommnisse scheinen die Richter, indem sie, wenigstens gegen früher, bedeutend niedrigere Strafen verhängten, die Dinge richtiger aufgefaßt zu haben, als leider die Geschworenen. — Wir wollen kurz erzählen, wie dieser Punkt seiner Zeit in England zum Austrag gebracht worden ist. Noch bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts suchte man die Geschworenen darauf zu beschränken, nichts weiter auszusprechen, als was rein formell den Thatbestand betreffe, z. B. ob ein, eines Preßvergehens Angeklagter die Schrift materiell veröffentlicht habe, mit Ausschluß des naturgemäß entscheidenden Momentes: ob er sich dabei der Rechtswidrigkeit und Strafbarkeit seiner Handlung bewußt gewesen sei. Ueber die Absicht zu erkennen, sollte nicht der Jury, sondern den von der Krone ernannten Richtern zustehen. Das erste Beispiel offener Widersetzlichkeit gegen diese Prätension der Richter gab eine Jury im Jahre 1752. Sie sollte in der Sache des durch die Kämpfe um britische Freiheit bekannten Buchhändler Owen entscheiden. Der Präsident sagte zu den Geschworenen: „Ihr seht, daß der Angeklagte die Herausgabe der Schrift nicht leugnet; Ihr werdet ihn daher schuldig erklären." Allein die Juries traten aus ihrer Berathungskammer mit dem Wahrspruche: „Nichtschuldig!" Der Vorsitzende wie der öffentliche Ankläger glaubten Erinnerungen dagegen erheben zu sollen: Die Evidenz liege ja vor; der Angeklagte selbst leugne gar nicht, die Schrift gedruckt und verkauft zu haben; zum Ueberflusse sei der Beweis auch auf andere Art nach jeder Richtung erbracht. Der Präsident versuchte es, die Geschworenen in ihr Berathungszimmer zurückzusenden, allein der Obmann rief ihm das „Nichtschuldig, nichtschuldig!" entgegen, und da alle Geschworenen dies Wort sofort wiederholten und beifügten: „Dies ist unser Verdikt, Mylord, davon gehen wir nicht ab!", so sah der Gerichtshof sich genöthigt, den Angeklagten in Freiheit zu setzen. Von diesem Tage an sprachen alle britischen Schwurgerichte in Preß- und allen ähnlichen Prozessen stets ein „Nichtschuldig", sofern sie nicht von der rechtswidrigen Absicht des Angeklagten überzeugt wurden." Sie bekümmerten sich thatsächlich nicht mehr um die früher allerdings gewöhnlich durchgeführte Prätension der Gerichtshöfe, bis endlich die erst im Jahre 1791 erlassene Foxbill ihnen auch dem formellen Gesetze nach das Recht zugestand, im eigentlichen Sinne über die Schuld des Angeklagten zu entscheiden. Die russischen Geschworenen haben im Prozesse der Sassulitsch thatsächlich gezeigt, daß sie den Unterschied besser erfaßt haben, als es zuweilen in Mittel-Europa geschieht. Nachdem wir Schwurgerichte erlangt haben, sollte man insbesondere die Geschichte der englischen Jury in den letzten drei Jahrhunderten etwas näher studiren, als es gewöhnlich geschieht. Material dazu findet sich u. A. in Philipps, Sam. March, State Trials, London 1826, und Kolb, die wichtigsten älteren Staatsprozesse in England, mit Parallelen aus der neueren Justizgeschichte, Leipzig 1861.

Frankfurt a. M., 15. Sept. Daß zu einer Wahl für den Reichstag Geld und abermals Geld gehört, wissen unsere Feinde so gut wie wir. Daß aber grade unsere Partei die nothwendigen Mittel nicht in der Art „zusammenbetteln" muß, wie dies bei der übrigen reaktionären Masse „Reichsfreunde" genannt, der Fall ist, ist auch allseitig bekannt und wurde wieder eklatant erwiesen bei der Kandidatur des Ministers Friedenthal. Nun kann aber die Polizeidiener-Gesellschaft, welche sich vielfach weniger auf das Gesetzbuch, als auf die „Plempe" stützt, nebst ihren Auftraggebern unsere Opferwilligkeit für so „hirnverbranntes Zeug" wie unser Programm sein soll, nicht begreifen; da müssen unbedingt „öffentliche oder heimliche Kollekten" veranstaltet worden sein, welche schon für die übrigen Menschen nicht ohne Weiteres erlaubt sind, aber für Sozialisten unbedingt Strafen nach sich ziehen müssen. So dachte auch unsere Frankfurter „preußische Polizei und eines Morgens, während der Wahlbewegung, wurde das ganze Wahlcomité der Sozialisten und sonstige Parteigenossen mit dem hohen Besuch der Polizei in aller Frühe überrascht, welche die Wohnungen der „Ausnahmemenschen" sich sehr genau durchsahen nach — Sammellisten. Kisten und Kasten wurden bei den „verbrecherischen Thorheitsmenschen" durchsucht und auch wirklich einige Listen nebst 25 Pf. als Ausbeute mitgenommen. Darauf mußten diese sämmtlichen Genossen ihre Arbeit versäumen, da sie zur langmächtigen Protokoll-Aufnahme auf ihr betreffendes Polizei-Revier citirt waren. Einige Zeit später bekamen 4 Mann eine Strafverfügung der hohen Polizei auf 20 Mk., inkl. Kosten 21 M. 50 Pf. lautend. Glücklicherweise giebt es aber auch unter den jetzigen Ausnahmemaßregeln, die sich die so sehr beliebte preußische Polizei vor der Annahme des Ausnahmegesetzes gegen uns erlauben darf, noch Männer, welche sich nach dem Gesetzbuch genauer richten und an diese Männer resp. Richter appellirten die vier Genossen, und siehe da, bei der Verhandlung, welche am 14. September stattfand, und zu welcher eine Menge sog. Belastungszeugen geladen waren, beantragte schließlich der Staatsanwalt selbst die kostenlose Freisprechung. Nur bei einem Genossen waren 10 Mark Strafe beantragt, aber das Gericht sprach auch diesen kostenlos frei, und der Staat muß für diese Heldenthat der Polizei die Kosten bezahlen. Brave Polizeidiener! — Ja, sehen Sie, dieser Tage hat man einem beschwerdeführenden Genossen, der, weil Oesterreicher, ausgewiesen wurde, auf hiesiger Polizei geantwortet: „Wir machen's wie die Hausherren, wer uns nicht gefällt, muß ausziehen!" Nicht wahr, die Männer mit dem Säbel an der Seite handhaben die Gesetze bis an die äußerste Grenze — bei den Sozialisten. — Sogar ein Preuße wurde von der höchsten Polizei mit einer Ausweisungsordre beglückt, der noch vor Kurzem seinem preußischen Vaterland als Soldat gedient hatte. Daß der Mann Sozialist und zufällig in Paris geboren ist, genügt. Eine Menge ähnlicher Vorkommnisse könnte ich Ihnen aus der jüngsten Zeit von Frankfurt und Umgegend berichten.

Heilbronn, 28. September. Nach dem Nobiling'schen Attentat begann, wie überall, so auch in Heilbronn eine große Sozialistenhetze. Als gewaltiger Rufer im Streit that sich hier die „Neckar-Zeitung" hervor, ein Amtsblatt niedrigster Sorte, meistens angefüllt von Mord-, Brand- und sonstigen Unglücksnachrichten. Sie wird redigirt oder richtiger zusammengescheert von einem gewissen Hermann Schell, der früher hier ein entschieden demokratisches Blatt herausgab. Das „Geschäft" war nicht besonders einträglich, der „gesinnungstüchtige" Mann zögerte daher, als man ihm einen Unterschlupf bei der „Neckar-Zeitung" anbot, keinen Augenblick, seine Demokraterei an den Nagel zu hängen und schnurstracks zum Nationalliberalismus überzulaufen. Dieser Renegat nun war schamlos genug, seinen Lesern vorzulügen, auf unserm Programm stehe der Königsmord; er war schamlos genug, einen Vorschlag abzudrucken, man solle die Sozialisten packen und auf eine Insel im Stillen Ozean transportiren u. s. w. Alle Niederträchtigkeiten, die dieses Subjekt sich in den letzten Monaten gegen uns erlaubte, zu rekapituliren, würde den Raum einer ganzen Vorwärts-Nummer beanspruchen.

Um uns dieses Wolkenbruchs von Angriffen zu erwehren, gab unser Agent, Schreiner Kittler, am 15. Juni ein Flugblatt heraus mit der Ueberschrift: „Trau! schau! wem?" Darin wurden nicht nur alle Angriffe gegen die Sozialdemokratie wuchtig zurückgeschlagen, sondern auch unsere Gegner rücksichtslos angegriffen. Eine solche Sprache hatte unser Herr Oberamtmann noch nicht vernommen. Er ergrimmete darob furchtbar und ließ das Flugblatt sofort confisziren. Von 3000 Exemplaren waren erst 200 durch den Parteigenossen Okert vertheilt worden. Die übrigen fielen der Polizei in die Hände. Einige Tage darauf wurde der verantwortliche Herausgeber Kittler sowohl als der Verbreiter Okert, beide Familienväter, durch einen Gendarmen und einen Polizisten in ihren Werkstätten verhaftet. Durch schwere Opfer, welche sich die Heilbronner Sozialisten auferlegten, und durch Unterstützungen von auswärts wurden die Familien der Inhaftirten vor Noth und Elend bewahrt, nicht aber vor Kummer und Gram über die strenge Haft ihrer Ernährer, die man in Gesellschaft gemeiner Verbrecher in stinkenden Löchern gefangen hielt.

Zwei Heilbronner Correspondenzen der „Süddeutschen Volkszeitung", worin die Gerechtigkeit des Verfahrens gegen die Verhafteten in Zweifel gezogen ward, hatten nur zur Folge, daß die betreffenden Nummern des genannten Blattes ebenfalls confiszirt und dessen verantwortlicher Redakteur Degenhardt ebenfalls verhaftet wurde.

Ungefähr 14 Tage nach der Verhaftung Kittler's und Okert's wurde von zwei anderen hiesigen Sozialisten deren Freilassung gegen Caution von 3000 Mark beantragt, jedoch von dem Herrn Staatsanwalt Fricker nicht bewilligt. Sie mußten noch vier Wochen weiter, im Ganzen nahezu sechs Wochen sitzen, erst am Wahltage, am 30. Juli, wurden sie gegen eine Caution von 5000 Mark vorläufig aus der Haft entlassen. Zuvor hatte man, um weitere „Mitschuldige" zu finden, bei den Parteigenossen Gumbel und Stubbe genaue Haussuchungen — resultatlos — vorgenommen.

Und das Ergebniß all' dieser Verfolgungen? Der kreisende Berg hat nicht einmal eine Maus geboren. Das Flugblatt wurde wieder freigegeben und wird heute, da sein Inhalt immer noch zeitgemäß ist, vertheilt. Am 23. d. M. beschloß die Rathskammer des hiesigen Kreisgerichtshofs, die Untersuchung gegen Kittler und Okert niederzuschlagen. In ganz demselben Flugblatte, wegen dessen man im Juni zwei Familienväter verhaftete und sechs Wochen lang einsperrte, konnte man im September nichts Strafbares entdecken.

Und das nennt sich zu dieser Zeit
Im deutschen Reich — „Gerechtigkeit"!

Dortmund, 26. September. Bourgeois-Patriotismus. Auch die Gußstahl- und Waffenfabrik (vorm. Berger und Comp.) in Witten hat zum Beweise ihres Patriotismus ihre Arbeiter veranlaßt, sich an der Sedanfeier zu betheiligen. Wer kein Geld hatte, empfing Blechmarken, für welche Getränke u. s. w. verabreicht wurden. Am Lohntage wurden den betreffenden Arbeitern, die „auf dem Altare des Vaterlandes" oder vielmehr auf der Theke des betreffenden Wirthes „geopferten" Beträge am Lohne abgezogen. Die Einrichtung war unzweifelhaft praktisch, schon deshalb, weil es den Arbeitgebern kein Geld kostete, ihren Patriotismus auf Kosten der Arbeiter zur Schau zu tragen. Da eben in „Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört", auch in Betreff des „Patriotismus", so hat die erwähnte Fabrik 400 Maschinen aus England bezogen, statt die Anfertigung derselben der deutschen Industrie zuzuwenden.

Gotha, 2. Oktober. Gestern wurden von der hiesigen Bahnhofsinspektion 24 Bahnarbeiter entlassen, welche in dem Verdachte standen, sozialistischer Gesinnung zu huldigen. Einem der Entlassenen erklärte der Bahnhofsinspektor, daß er die Liste, auf welcher die Namen der 24 „Verdächtigen" verzeichnet wären, in Händen habe. Was nun? Glaubt der Bahnhofsinspektor etwa, durch die Entlassung der 24 nun die Schafe von den Böcken gesondert zu haben! Er möge sich nicht täuschen!

Aus Baden, 4. Oktober. Die gegenwärtigen Schwurgerichtsverhandlungen zeigen eine entschiedene Umkehr in den Ansichten über den vielfach vorkommenden Fall „Majestätsbeleidigung". Während jetzt bei den Verurtheilungen in der Regel auf eine Strafzeit von drei Monaten zurückgegangen wird, erfolgen bei einer ganzen Reihe von Anklagen dieser Art Freisprechungen, und damit wird von den Geschworenen das Denunziantenthum in die gehörigen Schranken verwiesen. Bei einer derartigen Verhandlung hat ein Zeuge, der Vorstand des deutschen Tischlerbundes in Heidelberg, seine Freude über die Freisprechung eines Sozialdemokraten durch ein lautes „Bravo" ausgedrückt. Der Schwurgerichtshof hat ihn aber wegen Störung vor Gericht sofort zu 24 Stunden Gefängniß verurtheilt. — Im Allgemeinen schwindet jetzt überall das Attentatsdelirium.

Gera, 3. Oktober. „Gestern Abend war der hiesige Rathskeller von Mitgliedern der Philologenversammlung dicht besetzt. An einem Tische hatte Direktor Dr. B. mit Fabrikbesitzer Lebe und noch einem Herrn Platz genommen. Alle drei führten ein lebhaftes Gespräch. Herr Lebe hielt den Kopf mit der einen Hand gestützt, in der anderen ein Zeitungsblatt haltend. Da traten drei Offiziere an den Tisch heran und baten Platz nehmen zu dürfen. Es wurde bereitwilligst gewährt, die Unterhaltung der Civilisten dadurch aber etwas beeinträchtigt, so daß Herr Lebe sich bald in die Lektüre der Zeitung vertiefte. Er beachtete somit nicht, daß ein Lieutenant v. Bonin sich ihm zweimal vorstellte. Der Lieutenant faßte dies indeß falsch auf und ließ Redensarten fallen, aus denen die Worte „Lümmel" und „Schweinehund" grell hervortönten, so daß der eine der Herren die Bemerkung machte: „Herr Lebe, das gilt Ihnen." Dieser fuhr natürlich lebhaft auf und verbat sich derartige Ungezogenheiten unter Hinweis auf seine Zeitungslektüre. Lieutenant von Bonin ließ sich dadurch aber nicht besänftigen, er erging sich in weiteren Redensarten und sagte: „Meine Herren, ich bitte einen Augenblick um das Wort. Dieser ‚Mensch' hat mir, obwohl ich mich ihm zweimal vorgestellt habe, nicht geantwortet, ich sehe mich daher gezwungen, ihn zu ohrfeigen." Sprach's und Herr Lebe hatte ein paar Ohrfeigen im Gesicht. Die ganze, aus mindestens 60 Personen bestehende Gesellschaft stand wie ein Mann auf, gab ihre Entrüstung in unzweideutigster Weise zu erkennen und verließ, da der Wirth zur Entfernung von Bonin's keine Anstalten machte und sie selbst nur mit gebildeten Leuten zu verkehren gewohnt sei, das Zimmer, die drei Offiziere sich selbst überlassend." — So erzählt die erzreaktionäre „Geraer Zeitung". Es ist ja allerdings zu verdammen, daß dieser Offizier zu einer solchen Brutalität sich hinreißen ließ, aber bei den Offizieren sind derartige Auftritte etwas alltägliches. Noch mehr aber zu verdammen ist es, daß Lebe und seine 60 Freunde sich diese Behandlung von drei preußischen Offizieren gefallen ließen. Jeder Mensch hätte Lebe Beifall gezollt, wenn er sein Stammseidel ergriffen und dasselbe auf dem Schädel dieses Junkers in Stücke geschlagen hätte. So hat Lebe zum Schmerz noch den Spott! Allerdings, wer dumm ist, muß geprügelt werden.

Briefkasten

der Redaktion: R. N. in H. Sie fragen an, wann wir die in Nr. 115 im Leitartikel: „Vorwärts" angedeutete „Mäßigung" eintreten lassen wollen. Dies ist dort ja ganz klar ausgesprochen: Nach Annahme des Ausnahmegesetzes! Wenn die Anschauung des Herrn von Eulenburg übrigens durchdringt, dann wird eine noch so große „Mäßigung" nicht helfen können, weil das Ausnahmegesetz nach dieser Anschauung rückwirkende Kraft haben soll. Dies ist zwar, gelinde gesagt, ein demagogischer Angriff auf Recht und Vernunft — doch davor scheut ein preußischer Junker oder ein liberaler „Macher" nicht zurück, weil diese Gesellschaft weder von Recht, noch von Vernunft eine Ahnung haben oder aber die „Ahnung von Recht und Vernunft" vom Eigennutz verdrängt wird.

R. S. in L.: Wir glauben nicht, daß Lasker ein Streber ist in dem Sinne, wie Sie es meinen. Und wohin streben? Zur preußischen Ministerbank? Der kleine Lasker weiß ebenso gut wie wir, daß jeder Minister des preußischen Militärstaates mindestens drei Militärmaß haben muß. — H. O. in H.: Manuscript leider schon in den bekannten „Orkus" versenkt. — J. M. in Creuznach: Sie scheinen doch der Redaktion des „Vorwärts" eine allzugeringe Kenntniß der Literatur zuzutrauen. „Ihr" Gedicht ist ja ein allerliebstes Plagiat des bekannten Uhlig'schen Liedes: „Ob wir rothe, gelbe Kragen, Helme oder Hüte tragen" ꝛc. ꝛc. Nehmen Sie den Reichstagsabgeordneten Braun als Lehrer an, dann werden Sie Ihre Plagiate etwas mehr verdecken können.

Ottensen. Freitag, den 11. Oktober, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon: [70

Oeffentliche Versammlung.

Näheres im Volksblatt.

F. Heerhold.

Roh-Tabak.

Domingo 45. 55. Blatt 120 Pf. [8b
Brasil 60. 70. 80. 100. do. Blatt 6—7 Pf. deckend 130 Pf.
Seedleaf 45. 50. 55. do. Blatt 80. 100. 120—180.
Java 90. 150. 160. 180. 250 Pf.
Palmyra 130. 135. 170. Rio Grande 60 Pf.
Carmen 80. 100. 120. Saratow 40 Pf. [8,50

Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Einbanddecken

für die

„Neue Welt" 1878.

Mitte Oktober werden die Einbanddecken zur „Neuen Welt" fertig, ebenso können die Einbanddecken der früheren Jahrgänge jederzeit geliefert werden. Preis in roth M. 1,50, schwarz M. 1,30.

Bestellungen sind bei H. Jansen, Buchbinder, Leipzig, Universitätsstraße 16 sowie bei der Genossenschaftsbuchdruckerei aufzugeben. [3,60

Wir empfehlen als besonders geeignet zu Festgeschenken:

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876.

Preis: brochirt M. 5,00 francs. In elegantem Einband M. 7,50 francs gegen baar.

Jahrgang 1877.

I.—III. Qu.

Preis: brochirt M. 4,00 francs. In elegantem Einband M. 6,30 francs gegen baar.

Jahrgang 1878.

Preis: brochirt M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 francs gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. Die Expedition der „Neuen Welt". Färberstraße 12II

Holsteinische Stoppelbutter.

Meinen geehrten Geschäftsfreunden zur gef. Nachricht, daß mit Anfang Oktober der Versand der Stoppelbutter begonnen hat. Diese Qualität ist bekanntlich viel besser als die Sommerbutter und namentlich sehr fett, kräftig und haltbar. Ich offerire nun:

I. frische Tisch-Stoppelbutter, pr. Pfund 96 Pf.
II. „ „ „ „ 86 „
I. fette Back- „ „ „ 78 „

in Fäßchen à 8 Pfund Netto zollfrei und franco gegen Postnachnahme. Emballage gratis. (3 Faß 8 Pf. pr. Pfund, 6 Faß 5 Pf. pr. Pfund billiger.) Prompte Lieferung. Ich garantire für reine, unverfälschte Qualität und nehme Nichtconvenirendes gegen Nachnahme zurück. [4,80

Ottensen, Holstein. A. L. Mohr.

In unserm Verlage ist erschienen:

Vertheidigungs-Rede

wider die Anklage der

Verleitung zum Kassetten-Diebstahl

gehalten

am 11. August 1848 vor dem Kgl. Assisenhofe zu Köln und den Geschworenen

von

FERDINAND LASSALLE.

Preis 35 Pfg. 8°. (ca. 5 Bogen).

Da diese Schrift in sehr wenigen Exemplaren unter den Genossen verbreitet sein dürfte, so haben wir dieselbe ihres überaus großen historischen Interesses wegen durch den Druck vervielfältigt.

Da der Verkauf in Folge des Ausnahme-Gesetzes bis Mitte October nur gestattet sein dürfte, so empfehlen wir sofortige Bestellung.

Breslau, im September 1878.

Schlesische Volks-Buchhandlung
H. Zimmer & Co.

Verantw. Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
Vereins-Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., Vereins-Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 830 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Banfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 420 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 120. Freitag, 11. Oktober. 1878.

Was dann?

Die Annahme des Sozialistengesetzes ist gesichert — man wird also in der nächsten Zeit die Sozialdemokratie, die treue Freundin des arbeitenden Volkes mehr noch durch die Polizei verfolgen lassen, als es bisher schon geschah; man wird verbieten, daß ferner noch der Schleier gelüftet werde von dem Volkselend und all' den Gebrechen, die unter gleisnerischer Hülle erbarmenerregend hervorlugen; man wird verbieten, daß wir ferner die Finger legen in die Wunden des Volkes und des Vaterlandes und energisch hinweisen auf die Mittel, die erforderlich zu deren Heilung sind.

Ruhe wird eintreten in der „sozialen Frage" — die Ruhe des Kirchhofs.

Aber die Noth wird bleiben und das Elend wird ferner hervorblicken aus allen Ritzen und Spalten und rohe Polizeifäuste werden zu ohnmächtig sein, all' diese Ritzen und Spalten zu verstopfen. Das Vaterland aber wird immer kränker werden, und das Volk wird trotz des herrlichen Kriegsheeres, trotz der liberalen Lakaienhaftigkeit und trotz der Allgewalt der Polizei mehr noch dahinsiechen in leiblicher und geistiger Noth.

Was dann?

Wollt Ihr nur die Aerzte verfolgen und vernichten, welche die Krankheit constatiren; wollt Ihr zur Hebung der Krankheit selbst nichts thun?

Die Regierung verschanzt sich bei der Erörterung solcher Fragen hinter ihre Impotenz. Sie erklärte schon am 15. Juni 1864 in einem Artikel der „Provinzial-Correspondenz", in welchem von der schlesischen Weber-Deputation die Rede

> nicht sonderlich förderlichen Schwäche zu leiden, daß sie selbst eine von befreundeter Seite ausgehende sachliche Opposition als eine persönliche betrachten. Dies meinen wir, obschon wir dem „Staats-Socialisten" völlig fern stehen, sagen zu müssen, bevor noch das Socialistengesetz in Kraft tritt."

Unsererseits könnten wir uns eigentlich darauf beschränken, dem offiziösen Preßbureau mit einem Worte des Herrn Reichskanzlers zu antworten, welches derselbe gelegentlich der Socialisten-Debatte im Reichstage gesprochen: „Ich könnte ein viel üblerer Mensch sein als ich bin und doch sachlich Recht haben," doch halten wir es um der Sache willen für zweckmäßiger, jene offiziöse Notiz auch noch ausdrücklich als eine tendenziöse — hoffentlich ihres Zweckes verfehlende — „Schnurre" zu bezeichnen. Allerdings lassen wir uns nicht dafür bezahlen, Alles, was aus den offiziellen Bureaux hervorgeht, wundervoll zu finden und Vertheilung der materiellen Güter, ein menschenwürdiges Dasein versprach, sobald einmal das heutige Erwerbssystem und folglich auch die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung gebrochen seien. Wer wird es dem hungernden Arbeiter verargen, wenn er dieser Lehre Glauben schenkte, insbesondere da ihm die Ueberzeugung beigebracht wurde, daß unter den gegenwärtigen Zuständen keine durchgreifende Besserung seiner Lage zu erwarten sei? Auch künftig, wenn er das neue Evangelium nicht mehr hören dürfte, wird er selbst den eingehendsten Nachweisen, daß der sozialdemokratische Zukunftsstaat nicht blos unmöglich ist, sondern auch, wenn eingeführt, das materielle Elend nicht heben, sondern noch vergrößern und zugleich unerhörte Knechtschaft bringen werde, vollkommenen Unglauben entgegensetzen. Er wird überhaupt durch Worte kaum eines Besseren belehrt werden, das vermögen nur Thaten."

Aber da beantwortet die Flensburgerin ihre Frage ja äußerst treffend selbst: „Unter den gegenwärtigen Zuständen ist keine durchgreifende Besserung der Lage des Arbeiters zu erwarten!" Und da auch bei der gegenwärtigen Regierung, die ja jetzt schon Defizit auf Defizit häuft, die ja dem Kriegsmoloch zwei Drittheile aller Steuern opfert, keine rettenden „Thaten" zu erwarten sind, so werden auch nach den Ausnahmegesetzen die „hungernden Arbeiter" nicht verschwinden, so werden auch nach den Ausnahmegesetzen Noth und Elend im deutschen Reiche weiter hausen, und da dann selbst die Klage über die schlimmen Zustände unter Verbot gestellt wird, so ist es erklärlich, daß der Haß im Volke von Tag zu Tag steigt und zwar [illegible] unter dem gegenwärtigen Regime unmöglich ist.

— Eine traurige Nothwendigkeit nennt die „Magdeburgische Zeitung" das Sozialistengesetz. — Traurig — ganz gewiß; auch nothwendig — um die Sozialdemokratie immer weiter zu verbreiten.

— Liberaler Hülferuf nach Polizeiweisheit und nach dem lieben Herrgott. Bis jetzt hat der Liberalismus von Beiden, von der Polizei und vom Herrgott, wenig gehalten; nun aber bringt die Sozialdemokratie den Liberalismus wieder auf den allein seligmachenden Polizei- und Gottesweg. Das bedenken die christlich gesinnten Leute, das bedenken die Conservativen, diese Polizeiliebhaber nicht. Anstatt der Sozialdemokratie die Hände zu küssen, bestreben sie sich, uns zu vernichten, uns, ihre besten Freunde, die dem gott- und pflichtvergessenen Liberalismus Mores

---

Ermessen festzustellen, auch wenn eine eigentliche pekuniäre Einbuße nicht vorhanden ist.

Wie man sieht, geht also das französische Recht in der Haftpflicht bedeutend weiter als das deutsche Gesetz vom 7. Juni 1871. Es verlangt den unbedingten Nachweis entweder des eigenen Verschuldens des Unternehmers oder eines beliebigen von ihm Beauftragten: die Vermuthung des Verschuldens bis zum Beweise des Gegentheils, wie sie bei uns den Eisenbahnen gegenüber gilt, wie sie das neue schweizerische Fabrikgesetz auch den Fabrikanten gegenüber statuirt, ist ihm durchaus fremd.

Ist aber einmal ein Verschulden irgendwelcher Art nachgewiesen, so muß dem Verletzten so gut wie jedem andern Benachtheiligten voller Schadenersatz geleistet werden. Die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf das Baugeschäft, den landwirthschaftlichen Betrieb und hoffentlich grundsätzlich auf jeden Fall der Bevollmächtigung analog dem französischen Rechte dürfte nur eine Frage der Zeit sein; dagegen werden die Meinungen noch weit auseinander gehen darüber, in welchem Umfange die Schadensersatzpflicht zu reguliren ist und namentlich, ob, wie bei den Eisenbahnen, auch der Bergwerkseigenthümer und Fabrikant für jeden Unfall verantwortlich sein soll, wenn er nicht höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten beweist. Darüber vielleicht ein anderes Mal.

— Berichtigung. In Nr. 111 (Beilage) des „Vorwärts" befindet sich eine längere Correspondenz aus Zürich vom 9. September, zu welcher ich mich genöthigt sehe Einiges zu berichtigen, da mein Mann sich mehr als zwölf Monate im Gefängniß befinden wird. Wenn mein Mann in seiner Zuschrift an den „Vorwärts" zunächst über die schweizerischen Verhältnisse spricht, so kann er bei seiner bekannten Bescheidenheit solche niemals für sich gewünscht haben, sondern er hat lediglich die in den Jahren 1848 und 49 von der demokratischen Presse herausgestrichenen freiheitlichen und glückseligen Zustände gegenüber den gegenwärtigen in's rechte Licht stellen wollen. Und damit hat er jedenfalls den Nagel auf den Kopf getroffen, denn jetzt sind die Zustände insofern andere, als wir jetzt den Kampf um sozialpolitische Rechte führen, was 1848 nur theilweise der Fall war. Ich glaube nimmer, daß mein Mann bei seiner Ankunft in der Schweiz sich gedacht hat, in „Bürgerfamilien" ein feines Leben führen zu können, dazu hat er sich sein ganzes Leben hindurch viel zu sehr um sein täglich Brod bemüht und suchte lediglich Arbeit. Der Beweis ist ja auch dadurch erbracht, daß er sich mit einer sehr schlecht bezahlten Arbeit begnügte. Dort ausgewiesen (in Schaffhausen), begab er sich nach Zürich zurück und verbrachte noch einige Tage daselbst, wo für seinen Lebensunterhalt täglich 15 Centimes genügen mußten, welche ihm aus Halberstadt zugegangen waren. Unter solchen Verhältnissen mußte ihm natürlich der Muth vergehen, sich noch weiter an das Comité des Schweizerischen Arbeiterbundes zu wenden; es war ja allgemein bekannt, daß er in Schaffhausen ausgewiesen worden war. Wer in derartigen Lebenslagen sich befunden, der wird auch meinen Mann in diesem Falle begreifen können. Merkwürdig bleibt nur dabei, daß das erwähnte Bundescomité die Sache so spät erfuhr. — Meines Mannes Wille ist noch nie gewesen, viel von sich reden zu machen, und darum ist der Correspondent im Unrecht, wenn er die Briefe meines Mannes in's Lächerliche zu ziehen sucht. Kruhl hat seit vielen Jahren für unsere Ideen gekämpft und wir haben seit dieser Zeit unendliches Ungemach erdulden müssen — aber immer ohne den geringsten Eigennutz.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Margarethe Kruhl
in Halberstadt.

(Wie uns aus guter Quelle zukommt, hat die Schweizer Behörde, ob mit oder ohne Absicht, das bleibt dahingestellt, aus einem „Vergehen wider die öffentliche Sicherheit", ein „Vergehen wider die öffentliche Sittlichkeit" aus irgend einer Zuschrift herausgelesen und deshalb Kruhl ausgewiesen. Allerdings ein lächerliches Versehen. Red. d. V.)

---

leitung der Controle zu Tage, so kann der Verein verboten werden.

§ 2. Zuständig für das Verbot und die Verordnung der Controle ist die Landes-Polizei-Behörde. Das Verbot ausländischer Vereine steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in allen Fällen durch den „Reichsanzeiger", das von der Landes-Polizeibehörde erlassene Verbot überdies durch das für amtliche Bekanntmachungen der Behörde bestimmte Blatt des Ortes oder des Bezirkes bekannt zu machen.

Das Verbot ist für das ganze Bundesgebiet wirksam und umfaßt alle Verzweigungen des Vereins, sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§ 3. Auf Grund des Verbots sind die Vereinskasse, sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Behörde in Beschlag zu nehmen.

Nachdem das Verbot endgiltig geworden ist hat die von der Landes-Polizeibehörde zu bezeichnende Verwaltungs-Behörde die Abwickelung der Geschäfte des Vereins (Liquidation) geeigneten Personen zu übertragen und zu überwachen, auch die Namen der Liquidatoren bekannt zu machen.

An die Stelle des in den Gesetzen oder Statuten vorgesehenen Beschlusses der Generalversammlung tritt der Beschluß der Verwaltungsbehörde.

Das liquidirte Vereinsvermögen ist, unbeschadet der Rechtsansprüche Dritter und der Vereinsmitglieder, nach Maßgabe der Vereinsstatuten, beziehungsweise der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu verwenden.

So muß es kommen. Wer den Schaden hat — es ist doch ein Schaden, daß Herr von Bismarck durch seine Lassallerede den Nationalliberalen in ihre „wirthschaftliche Suppe" gespuckt hat — braucht für den Spott nicht zu sorgen.

— Zur allgemeinen Rathlosigkeit. Die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung" schreibt:

„Ueberall hat die Sozialdemokratie Erfolge und Fortschritte zu verzeichnen: bei den Wahlen, unter der Jugend, in den Kreisen des kleinen Handwerks und Beamtenthums, auf den höheren Unterrichts-Anstalten, unter den Studirenden, Gebildeten und Besitzenden, in der Armee! Und was thut man dagegen, welche Gegenwirkung übt man? Ausnahmegesetze, Polizei, Gewalt! In der That, damit sich zu beschäftigen, wie man der Sozialdemokratie die Wurzeln abgrabe, scheint gar außerhalb aller Betrachtung zu liegen. Wahrlich, so lange auf religiösem und politischem Gebiete jene liberale Richtung verfolgt wird, welche alle zerstörenden Elemente entbunden hat, so lange in wirthschaftlicher Beziehung das Prinzip des Gehenlassens die kleineren und mittleren Existenzen expropriiren und vernichten darf und fast alle mit Ausnahme der Plutokratie mit Unzufriedenheit erfüllt, wird man den Erfolgen der Sozialdemokratie nicht Halt gebieten, sondern sie wird immer weiter und immer breiteren Boden gewinnen, selbst dort, wo man es nicht vermuthen sollte."

Die Regierung: Ausnahmegesetze! Die Bourgeoisie: die Hungerpeitsche! Und die Gelehrten der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung": die Religion, die Vertröstung auf den Himmel. Dabei blüht und wächst die Sozialdemokratie glänzend und ruhig weiter.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„An die Redaktion des „Vorwärts".

Ich bin leider wieder einmal genöthigt, Ihnen eine „Berichtigung" auf Grund des § 11 des Reichspreßgesetzes zur Veröffentlichung zugehen zu lassen. Sie richtet sich gegen Nr. 118 des „Vorwärts" und ist eine doppelte:

1) Sie schreiben: ich sei „vor 30 Jahren sehr stark von communistischen Gifte durchsetzt gewesen". Ich fordere Sie auf, entweder zur Zurücknahme dieser Behauptung als einer Unwahrheit oder zur Erbringung des Wahrheitsbeweises.

2) Sie führen aus der von mir redigirten „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 230) eine Stelle an, aus der hervorgehen soll, daß ich auch ein mißbräuchliches Vorgehen der Executivbehörden gegen die Sozialdemokratie auf Grund des sogenannten Sozialistengesetzes gutheiße. Aber Sie entstellen den Sinn dieser Stelle, indem Sie solche aus dem Zusammenhange reißen indem Sie verschweigen, daß ich in der Bildung der mit Ausführung des Gesetzes zu betrauenden Behörden Garantien angebracht wünschte sowohl gegen eine „mißbräuchliche und übertriebene", als auch — allerdings! — gegen eine schlaffe und lässige Ausführung der Gesetze; Sie verschweigen, daß ich mich gegen

§ 9. Auf Grund des Verbots sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen. Die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag der Betheiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgiltig geworden ist, unbrauchbar zu machen.

Gegen die Anordnungen der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 10. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im § 6 bezeichneten Art, sowie die zu ihrer Vervielfältigung dienenden Platten und Formen schon vor Erlaß eines Verbots vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb vierundzwanzig Stunden der Landespolizeibehörde einzureichen. Letztere hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

§ 11. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. [illegible] tirt wird.

„Die Sache praktisch betrachtet, scheint also so viel gewiß, daß, wenn überhaupt eine völlig veränderte Organisation der gesellschaftlichen und Verkehrsverhältnisse früher oder später nothwendig werden sollte (eine Möglichkeit, die ich wenigstens nicht unbedingt leugnen möchte), diese uns zunächst wohl nur zur Gestaltung der Dinge im Sinne des Sozialismus führen dürfte, d. h. zu einer rationelleren Regelung der Arbeits- und Erwerbsverhältnisse, jedoch mit Beibehaltung des Grundverhältnisses selbst, der direkten Beziehung zwischen der Produktion und der Consumtion des Einzelnen, und daß es dann erst wieder einer weiteren, vielleicht sehr langen Bildungszeit bedürfen möchte, bevor es der Gesellschaft möglich werden könnte, auch diese Schranken niederzureißen und die letzten Consequenzen des Freiheitsgedankens, wieder Communismus sie aufstellt, zu verwirklichen."

Nun, Herr Communist Biedermann, ist der Beweis erbracht — eine solche Sprache, wie Sie sie geführt haben, dürfen die Communisten Liebknecht und Hasenclever kaum jetzt führen, nach Ihrem Ausnahmegesetz aber gewiß nicht. Erst Sozialismus, dann Communismus, „diese letzte Consequenz des Freiheitsgedankens" — die Herren Liebknecht und Hasenclever sind ganz Ihrer Meinung, Herr Biedermann.

Was soll denn nunmehr, Herr Professor, all' Ihr Geziere zu Punkt

2) Wenn Sie von der Bildung der Polizei- und Exekutivbeamten sprechen, welche vor Mißbrauch Schutz gewähren soll — o, du heilige Professoren-Einfalt! Aber auch selbst die sozial-politische Bildung Ihres Reichskanzlers ist nicht so groß, daß sie derartigen Schutz gewähren könnte. Auf alle Fälle tappen Sie in der Irre. Ihre sittliche Entrüstung zu Punkt 2 war also völlig überflüssig, und Alles, was wir ohne Absicht als unerheblich „verschwiegen" haben, kann Sie nicht retten vor dem Vorwurf, daß auch ein „mißbräuchliches" Vorgehen gegen uns Ihnen keine Kopfschmerzen machen wird.

Und trotzdem unser braver, biederer Mitarbeiter! Allerdings: Früher Communist, jetzt Reaktionär — das ist gewiß bedenklich, aber unsere Leser verzeihen Ihnen den umgekehrten Salto-Mortale Ihrer anderen guten Mitarbeiter-Eigenschaften halber, Herr Professor Biedermann.

— Die Ausführung des Sozialistengesetzes in Sachsen soll, wie die „Dresdener Nachrichten" erfahren, den jetzt herrschenden Intentionen zufolge, in der Unterinstanz den Kreishauptmannschaften (also nicht den Polizeidirektoren) zufallen. Der Kreishauptmann würde zunächst das Verbot einer sozialdemokratischen Zeitschrift und eines Vereins auszusprechen, sowie die etwa confiszirten Kassen zu verwalten haben. Gegen eine Entscheidung des Kreishauptmanns stände den davon Betroffenen der landesgesetzlich vorgeschriebene Instanzenzug (Appellation an das Ministerium des Innern) zu. Gegen eine Entscheidung des Ministeriums bliebe dann noch die Beschwerde an die Rekursinstanz offen, die in Berlin gebildet wird und deren Zusammensetzung

§ 16 b. Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann von den Landespolizeibehörden die Befugniß zur gewerbsmäßigen oder nicht gewerbsmäßigen, öffentlichen Verbreitung von Druckschriften, sowie die Befugniß zum Handel mit Druckschriften im Umherziehen entzogen werden.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 17 fällt aus.

§ 18. Wer dem auf Grund des § 16a ergangenen Urtheil oder einer auf Grund des § 16b erlassenen Verfügung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 19. Zur Entscheidung der in den Fällen der §§ 4, 6 erhobenen Beschwerden wird eine Commission von 9 Mitgliedern gebildet, der Bundesrath wählt 4 derselben aus seiner Mitte, die übrigen 5 aus der Zahl der Mitglieder der höchsten Gerichte des Reichs oder der einzelnen Bundesstaaten.

Die Wahl dieser 5 Mitglieder erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Dauer ihres Verbleibens im richterlichen Amte.

Der Kaiser ernennt den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus der Zahl der Mitglieder.

Die Commission entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. Vor der Entscheidung über die Beschwerde ist den Betheiligten Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Begründung ihrer Anträge zu geben. Im Uebrigen bestimmt die Commission ihre Geschäftsordnung selbstständig. Die Entscheidungen erfolgen nach freiem Ermessen und sind endgiltig.

Im Uebrigen wird der Geschäftsgang bei der Commission durch ein von derselben zu entwerfendes Regulativ geordnet, welches der Bestätigung des Bundesraths unterliegt.

§ 20. Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1, Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden, 1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zweck einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht; 2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf; 3) daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften außerhalb ihres Wohnortes versagt werden kann; 4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.

Ueber jede auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muß dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden.

Die getroffenen Anordnungen sind auf die für landespolizeiliche Verfügungen vorgeschriebene Weise bekannt zu machen.

Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 21. Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde, Polizeibehörde zu verstehen sind, wird von der Centralbehörde des Bundesstaates bekannt gemacht.

§ 22. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft und gilt bis 31. März 1881.

Ein Brief des Dr. Rodbertus.

Dr. Rudolf Meyer erwähnt in dem von uns in Nr. 118 des „Vorwärts“ erwähnten Schreiben an die „Germania“ auch einer Unterredung, die Hasenclever seiner Zeit mit Rodbertus gehabt hat, ferner eines Briefes, den Rodbertus an Hasenclever schreiben wollte, der aber unvollendet in dem Rodbertus'schen Nachlaß durch die Herren Adolf Wagner und Schumacher-Zarchlin aufgefunden und theilweise bei Herausgabe der bekannten Broschüre: „Lassalle's Briefe an Rodbertus“ benutzt worden ist.

Die Entstehungsgeschichte des Briefes wird unsere Leser gewiß interessiren.

Zunächst sei vorausgeschickt, daß kurz nach dem bekannten Katheder-sozialistencongreß, der in Eisenach Ende September 1872 stattfand und zu welchem Herr von Bismarck den Geheimen Rath Wagener und den ihm jetzt gänzlich unbekannten Dr. Rudolf Meyer (Verfasser des allbekannten Werkes: Der Emanzipationskampf des vierten Standes) geschickt hatte, in Berlin im Alcazar eine Volksversammlung stattfand, zu welcher der Einberufer sämmtliche in Berlin anwesenden Besucher des Katheder-sozialistencongresses einlud. Die Professoren Gneist, Brentano ꝛc. ꝛc. antworteten ablehnend, aber sich entschuldigend; die Herren Duncker und Hirsch ablehnend, aber feindselig und unhöflich — der einzige, der erschien, war Herr Dr. Rudolf Meyer, der auch in längerer Rede seine abweichenden Ansichten von den Katheder-sozialisten, aber auch von der Sozialdemokratie kundthat. Sympathie erwarb sich Meyer, weil er rückhaltslos die Forderung des Normalarbeitstags anerkannte. Dr. Meyer wurde allerdings in seinen übrigen Anschauungen widerlegt, doch schien derselbe insoweit befriedigt, als er auch hier wieder eine überaus anständige und verständnißvolle Haltung bei der nach mehreren Tausenden zählenden versammelten Berliner Arbeiterbevölkerung gefunden hatte.

Am 18. März desselben Jahres (1872) hatte Dr. Meyer nämlich mit Rodbertus eine von der Sozialdemokratie einberufene äußerst zahlreich frequentirte Volksversammlung besucht, in der unter anderen auch Hasenclever und Hasselmann als Redner auftraten. Die Reden wurden der Sache angemessen mit großer Schärfe gehalten; der Märzkämpfer von 1848 in Berlin und der von 1871 in Paris wurde gedacht. Nach der Versammlung ließ sich Rodbertus dem Genossen Hasenclever vorstellen. Die Unterredung war nur eine kurze, da die Verhältnisse keine längeren Auseinandersetzungen gestatteten, doch sprach Rodbertus den Wunsch aus, mit Hasenclever über die soziale Frage sich später einmal gründlicher zu unterhalten. Dabei aber äußerte Rodbertus sich höchst anerkennend über die Haltung der Versammlung, eine Haltung, die, wenn er den lügnerischen Angriffen der Presse Glauben geschenkt hätte, er nicht habe erwarten können. Auch erklärte er, daß er das Meiste von dem, was der Redner gesprochen, unterzeichne. — — —

Im April 1873 fand eine weitere Volksversammlung im „Alcazar“ zu Berlin statt. Hier wollen wir den Aufzeichnungen folgen, die wir im „Neuen Social-Demokrat“ vom 23. April 1873 (Nr. 47) finden. Es heißt in unserem früheren Parteiorgan:

„Ein interessanter Zwischenfall fand nunmehr statt. Es meldete sich Herr Dr. R. Meyer, Redakteur der „Revue“, zum Wort, um den Sozialdemokraten die Mittheilung zu machen, daß Rodbertus ihm geschrieben habe, daß er schon seit 5 Monaten schwer erkrankt darnieder liege, Rodbertus der Freund und vielfach auch der Lehrer Lassalle's, bei dem er Briefe von der Hand des Letzteren gelesen habe, die voll Freundschaft und Ehrerbietung gegen Rodbertus seien. Redner freue sich jedesmal, wenn er im „Neuen Social-Demokrat“ lese oder in einer Versammlung höre, daß der große Todte Lassalle mit solcher Achtung genannt und gefeiert würde; den Lebenden, welche für Volkswohlfahrt streiten, gebühre aber auch der Dank des Volkes. Und wenn Rodbertus auch kein Sozialdemokrat sei, so habe er doch wenigstens eine sozialistische Gesinnung und nationalökonomische Auffassung, die er in verschiedenen Werken niedergelegt, welche selbst dem schärfsten Sozialdemokraten Achtung abzwingen müsse. Wie überhaupt der so schwer erkrankte Mann denke und fühle, wie sein Herz warm für die Arbeiterklasse schlage, gehe aus einem Absatze eines Briefes hervor, den er an ihn (den Redner) geschrieben habe. Derselbe lautet:

„Soeben schickt mir ein „Architekt Herr Peters“ seine „Hülfstafeln zu Preisrechnungen für Zimmerarbeiten zu. s. w., Schwerin, Verlag der Stiller'schen Hofbuchhandlung.“ Sie sind die Anwendung meines Normalarbeitstages auf Zimmermannsarbeiten. Es ist ein ungeheuerer Anfang, den dieser Mann gemacht, d meine nationalökonomische Seele jubilirt förmlich, daß mich ein Praktiker verstanden hat. Die Führer Ihrer konservativen Partei, werden Sie sich erinnern, fast sämmtlich, „sie verstanden dies Alles nicht.“ — Nun muß ich noch am Leben bleiben! — Ich werde mit Peters in Verbindung bleiben, noch gehört eine wichtige kleine Ergänzung zu seinem Werk. Aber Sie müssen aufmerksam darauf machen.“

Man sehe aus diesen Worten des Dr. Rodbertus, so schließt der Redner, daß derselbe in der That für die Arbeiterklasse bis zu seinem letzten Athemzuge strebe. (Bravo.)

Der Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Hasenclever) ergreift nun das Wort. Wenngleich Dr. Rodbertus kein Sozialdemokrat ist, so gehört er auch keiner andern Partei an, er ist nur ein Repräsentant der Sozial-Wissenschaft und ein aufrichtiger Repräsentant derselben. Eine Stelle des obenerwähnten Briefabsatzes zeigt uns, daß er der conservativen Partei nicht angehört, wie man vielleicht glaubt. Rodbertus spricht ja, indem er an Dr. Meyer schreibt, von „Ihrer Partei“, er sagt nicht „unsere Partei“; auch aus einer anderen Stelle des Briefes geht hervor, daß er nicht gerade conservativ ist; ebenso wendet er sich bekanntlich in aller Schärfe gegen die gesammte liberale Schule. Lassalle hat Rodbertus geehrt, der „Neue Sozialdemokrat“ hat mehrfach seiner rühmend erwähnt, und damit man sieht, daß die Arbeiter alle Männer der Wissenschaft, die in Wahrheit und Selbstlosigkeit ihre Sache vertreten, ehren, fordere ich Euch Alle auf, trotz mancher Unterschiede, die zwischen ihm und uns obwalten mögen, Euch zu Ehren des schwer erkrankten Mannes von den Plätzen zu erheben. (Sämmtliche Anwesende, die überhaupt einen Sitz inne hatten, erhoben sich wie ein Mann.)

Darauf folgt in derselben Nummer des „Neuen Sozialdemokrat“ nachstehende Notiz:

„Wir lassen hier den Brief folgen, den Namens der Volksversammlung der Vereinspräsident an Herrn Dr. Rodbertus gerichtet hat:

An den Reichsminister a. D. Rodbertus
in Jagetzow bei Jarmen.

Hochverehrter Herr!

In einer von Tausenden sozialdemokratischer Arbeiter besuchten Volksversammlung, welche am 20. d. M. in Berlin im Louisenstädtischen Theater (Alcazar) tagte, wurde von Dr Meyer, Redakteur der „Revue“, ein Absatz eines Briefes, den Sie an denselben gerichtet, verlesen, aus dem hervorgeht, daß Sie, verehrter Herr, schwer erkrankt sind, daß aber trotzdem Ihre Seele voll und ganz bei der Arbeiterklasse weilt, deren Besserstellung Sie immer anstrebten. Mit großem Bedauern nahm die Versammlung diese Mittheilung entgegen, sie erinnerte sich der Freundschaft und Verehrung, welche der große unsterbliche Lassalle Ihnen seiner Zeit entgegengetragen hat; sie erinnerte sich aber auch Ihres Wirkens und Schaffens auf dem Gebiete der Sozialwissenschaft. Um diese Erinnerung und Verehrung, welche deutsche Arbeiter, trotzdem dieselben nicht auf Ihrem Standpunkte in politischer Beziehung stehen, für Sie fühlen, den lebendigen Ausdruck zu geben, erhoben dieselben sich auf Aufforderung des unterzeichneten Vorsitzenden wie ein Mann von ihren Sitzen.

Es wurde zugleich beschlossen, Ihnen von diesem Beweise aufrichtiger Hochachtung Nachricht zu ertheilen.

Berlin, den 23. April 1873.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet
Der Präsident des Allgemeinen deutschen
Arbeiter-Vereins:
Hasenclever.“

Und nun finden wir in Nr. 50 des „Neuen Sozialdemokrat“ vom 30. April 1873 folgende Notiz:

„Herr Rodbertus spricht der Berliner Volksversammlung für ihren Gruß den freundlichsten Dank aus, wie er dem Dr. Meyer zur Uebermittelung an Hasenclever geschrieben hat. Sein Gesundheitszustand — er ist nach Greifswalde zu weiterer ärztlicher Behandlung übergesiedelt — ist noch ein solcher, daß es ihm unmöglich ist, längere Briefe zu schreiben. Seiner Zeit wird er direkt auf Hasenclever's Brief antworten und es ist auch sein Wille, in einem „offenen Briefe an die deutschen Arbeiter“ seine Anschauungen über die soziale Frage baldmöglichst klar zu legen.“ — — —

Der hier angedeutete Brief ist jedenfalls der von den Herren Ad. Wagner und Schumacher-Zarchlin in dem Nachlasse des Dr. Rodbertus gefundene und für Hasenclever bestimmte.

Hasenclever ist gewillt, den Herrn Schumacher-Zarchlin zu ersuchen, den betreffenden, für ihn bestimmten Brief ihm auszuhändigen, eventuell ihm eine Abschrift desselben zugehen zu lassen.

Die Veröffentlichung des Briefes würde dann natürlich erfolgen können, da wir nicht glauben, daß dadurch der Ruf Lassalle's auch nur im Entferntesten geschädigt werden kann.

Die Haftpflicht des Unternehmers

nach dem Gesetze vom 7. Juni 1871 im Vergleich zum französischen Rechte.

II.

Das französische Recht stellt den allgemeinen Grundsatz auf:

daß der Auftraggeber für jedes wie immer geartete Verschulden jedes Beauftragten bei Ausführung des Auftrages haftet im offenen Gegensatz zum gemeinen deutschen und römischen Recht, welches nur dann für das Verschulden des Bevollmächtigten den Auftraggeber verantwortlich macht, wenn ihn bei der Auswahl ein Verschulden trifft, wenn er also einer unqualifizirten Person den Auftrag ertheilt hat. Diese Haftpflicht hatte das preußische Landrecht dann noch dahin beschränkt, daß den Auftraggeber überhaupt nur eine subsidiäre Haftpflicht traf.

In die Kritik der entgegenstehenden Grundsätze vom Standpunkte des Gesetzgebers einzugehen, ist hier nicht der Platz — in kleinen, unentwickelten, wesentlich auf den Ackerbau basirten Verhältnissen, wo das eigene Handeln und Leiten des Unternehmers die Regel, die Vertretung durch Bevollmächtigte die Ausnahme war, mochte man ohne besondere Unzuträglichkeiten auch hier mit dem römischen Rechte auskommen; es paßte aber entschieden nicht auf die Verhältnisse, wie sie die moderne Großindustrie geschaffen hat. Selbst da, wo der Unternehmer in Person noch der Arbeit vorsteht, geht seine Thätigkeit nicht über die allgemeine Thätigkeit hinaus, und er bedarf für die Leitung und Beaufsichtigung der einzelnen Arbeitszweige einer Reihe von Repräsentanten, Beamten, Aufsehern u. s. w. Sehr häufig, wie bei den Aktienunternehmungen, verschwindet die Person des Unternehmers ganz: es ist das von den Personen ganz losgetrennte Kapital, welches als der Betriebsunternehmer erscheint und lediglich durch Beamte den Betrieb führt.

Diese Beamten sind mit ihrem Vermögen natürlich nicht den aus Unfällen entspringenden Ersatzansprüchen gewachsen; es wäre zudem auch ungerecht, diese auf bestimmte Lohn- und Gehaltssätze angewiesenen Personen vollaus für solche Schäden heranzuziehen, während der eigentliche Gewinn, der nicht selten gerade durch gewagte, möglichst wenig kostende und daher gefährliche Arbeitsleistung erzielt wird, dem Unternehmer zufällt. Vom Standpunkte des Arbeiters betrachtet, ist er auch nicht mit Rücksicht auf die Qualifikation der Beamten und in deren Dienst eingetreten; er hat die Auswahl des Arbeitszweiges und Arbeitgebers, niemals aber die Auswahl der Beamten.

Einige große Unglücksfälle in Neu-Iserlohn, in Lugau im Plauenschen Grund zeigten in handgreiflicher Weise die Unzuträglichkeiten des bisherigen Systems.

Sie gaben den Anlaß zu dem Haftpflichtgesetz, das aber statt prinzipieller Regelung der Verantwortlichkeit für fremdes Verschulden nur einzelne, nicht einmal glücklich herausgegriffene Fälle regelt. Dabei blieben drei wesentliche durchgreifende Verschiedenheiten von dem am Rhein noch neben dem Haftpflichtgesetz und über dasselbe hinaus geltenden französischen Rechte bestehen.

1) Das Haftpflichtgesetz bezieht sich, von den Eisenbahnen abgesehen, nur auf den Betrieb eines Bergwerks, eines Steinbruchs, einer Gräberei (Grube) oder Fabrik, es schließt also den ganzen landwirthschaftlichen Betrieb, obwohl derselbe jetzt kaum weniger und nicht minder gefahrvolle Maschinenarbeit verwendet, das ganze Baugeschäft, bei dem Unfälle ebenso häufig vorkommen wie bei Fabriken, vollständig aus.

Das französische Recht statuirt dagegen die Verantwortlichkeit des Auftraggebers und Unternehmers nicht blos in den beiden wichtigen, zuletzt genannten Geschäftszweigen, sondern überhaupt in jedem wie immer gearteten Fall, daß Jemand ein Geschäft durch andere Personen ausführen läßt und diese dabei einen Schaden verursachen.

Der Bauer haftet für alle schuldbaren Handlungen seiner Knechte so gut wie der Handwerker für seine Gesellen und Lehrlinge, der Fuhrunternehmer für seine Kutscher; der Staat, die einzelnen Verwaltungszweige, die Kreise und Communen sind ebenso verantwortlich für die Handlungen ihrer Angestellten und Bevollmächtigten.

2) Das Gesetz vom 7. Juni 1871 beschränkt die Verantwortlichkeit des Unternehmers auf das Verschulden solcher Personen, welchen die Leitung der Arbeit oder eines Theiles derselben übertragen ist.

Ausgeschlossen ist also die Haftpflicht für die durch Verschulden eines einzelnen Arbeiters seinen Mitarbeitern oder Dritten zugefügten Schäden, während das französische Recht auch in diesem Falle eine direkte Klage gegen den Auftraggeber gewährt.

Der einzelne Arbeiter ist so gut ein préposé des Unternehmers, eine von ihm mittelbar oder unmittelbar für eine bestimmte Arbeit angestellte Person, als der mit der Leitung des Betriebes beauftragte Beamte oder Aufseher.

Diese Verantwortlichkeit findet ihre Grenze darin, daß die schuldhafte Handlung im Zusammenhange mit den übertragenen dienstlichen Verrichtungen stehen muß. Selbstständige Mißhandlungen, Schlägereien unter einander während des Dienstes oder in der Arbeitspause begründen keine Klage gegen den Geschäftsherrn, insofern nicht aus mangelnder Aufsicht während des Dienstes ein eigenes Verschulden desselben hergeleitet werden kann.

Sie fällt ebenso weg, wenn Jemand ein dem eigenen Geschäft oder Beruf fremdes Unternehmen selbstständig einem Sachverständigen überträgt und dieser die Ausführung allein oder mit Hilfe fremder von ihm engagirter und bezahlter Arbeiter vornimmt. Dieser ist dann für alle dabei vorkommenden Unfälle der selbstständig verantwortliche Auftraggeber. Wenn also ein Privatmann einem Baumeister die Errichtung eines Gebäudes verdingt und dieser mit seinen Arbeitern den Bau herstellt, so ist nicht der Bauherr, sonder Baumeister für etwaige Unfälle verantwortlich. Behält aber der Bauherr seinerseits die Leitung des Baues, das Engagement und die Zahlung der Arbeiter, so bleibt er verantwortlich, auch wenn er im Uebrigen einen Sachverständigen zur Seite hat.

3) Das französische Recht verpflichtet den Unternehmer zum vollen Schadenersatz, dessen Würdigung und Abwägung dem freien Ermessen des erkennenden Richters anheimgegeben ist, und zwar sowohl dem Verletzten als auch selbstständig jedem Dritten gegenüber, der durch das schadenbringende Faktum einen direkten Nachtheil erlitten hat.

Der Verletzte ist daher nicht auf den Ersatzanspruch für den aus der zeitweisen, oder dauernden, völligen oder theilweisen Erwerbsunfähigkeit hervorgehenden Vermögensnachtheil nach dem Gesetze vom 7. Juni 1871 beschränkt, der Richter hat ebensowohl die durch den Unfall etwa verkürzte Lebensdauer, den verringerten Lebensgenuß nach dem Stande und der Stellung des Verletzten, ohne an dessen bisherige Erwerbsthätigkeit oder Fähigkeit irgendwie gebunden zu sein, in Anschlag zu bringen. Eine Kapitalentschädigung neben oder statt einer Rente wird daher immer da stattfinden, wo der Verletzte den Unfall zwar überlebt, aber mit so zerrütteter Gesundheit, daß sein Tod zufolge des Unfalles voraussichtlich früher eintreten wird, als es ohne den Unfall geschehen sein würde.

Das deutsche Reich gewährt nur im Fall des durch den Unfall herbeigeführten Todes des Verletzten dritten Personen und zwar nur denjenigen, welchen der Verletzte zur Zeit seines Todes Unterhalt zu leisten verpflichtet war, insoweit der Unterhalt durch den Tod entzogen worden ist, einen Ersatzanspruch.

Nach französischem Recht haben auch beim Ueberleben des Verletzten die Mitglieder der Familie, welcher durch den Unfall ein direkter Vermögensnachtheil zugefügt wurde, eine selbstständige Klage außer und neben der Klage des Verletzten.

Stirbt der Verletzte, so ist die Schadensklage nicht auf die Alimentationsberechtigten beschränkt, sie steht dem Ehegatten, den Eltern, den Kindern und den Geschwistern offen: sie geht, insoweit sie der Verletzte geltend machen konnte, auf seine Erben über, und ist auch den Gläubigern gegeben, welchen durch den vorzeitigen Tod ihres Schuldners die Mittel zur Deckung ihrer Forderungen entzogen worden sind.

In allen Fällen hat der Richter das Maß des wirklichen Schadens in einem Geldbetrag nach freiem

Sozialpolitische Uebersicht.

— Am Montag fanden im deutschen Reichstage einige gleichgültige Wahlprüfungen ihre Erledigung. An die Knobloch'sche und Groote'sche Wahl wagte sich der Reichstag nicht heran, da man fürchtete, die Gemüther noch vor Berathung des Sozialistengesetzes unnöthig zu erhitzen.

— Daß die genossenschaftlichen Kassen und die registrirten Gesellschaften auch unter das Ausnahmegesetz gestellt werden sollen, darüber ist der alte Herr Schulze aus Delitzsch ungemein unglücklich. Er will diesbezügliche Anträge stellen, doch wollen die Regierungen nicht nachgeben, da sie, und zwar mit Recht, der Ansicht sind, daß die Sozialdemokraten sich auch mit ihren Bestrebungen eventuell unter das Genossenschaftsgesetz stellen werden. Diese Haltung der Regierungen entzückt uns; jemehr Existenzen in wirthschaftlicher Beziehung durch das Ausnahmegesetz vernichtet werden, desto besser für die Sozialdemokratie, desto eher kommt das deutsche Volk zur Vernunft und wird sich von solchen alten Heulmeiern, wie Schulze einer ist, die durch ihr sozialistenfresserisches kindisches Benehmen das Ausnahmegesetz mit hervorgerufen haben, abwenden.

— Zur Abwehr. Unter vorstehender Ueberschrift bringt der „Staats-Socialist" gegen den auch von uns erwähnten, die Staatssocialisten angreifenden offiziösen Waschzettel folgende Erklärung:

„Eine dem offiziösen Preßbureau entstammende und von einer Anzahl Zeitungen kolportirte Notiz lautet:

„In der letzten Zeit hat die Haltung des „Staats-Socialisten" besonders gegenüber dem Socialistengesetz Aufmerksamkeit erregt. Es ist in dieser Beziehung beachtenswerth, daß in dem Blatte, welches bereits mehrfache Wandelungen durchgemacht hat, neuerdings vornehmlich dieselbe Koterie von Socialpolitikern Boden gewonnen, welche früher in der „Eisenbahnzeitung" und der „Reichsglocke" das Wort geführt hat!"

Nun fährt der „Staats-Socialist" fort: „Von den Berliner „konservativen" Blättern bringen die „Kreuzzeitung" und der „Reichsbote" diese Notiz ohne Bemerkung, die „Deutsche Landes-Zeitung" dagegen bemerkt dazu:

„Wir glauben auch lesen zu können, haben aber jene Spur nicht wahrgenommen; dagegen scheinen uns gewisse Regierungskreise ganz bedenklich an der dem Wohle des Staates grade [illegible] Kapital verlieren — da waren die Kapitalisten nicht national, nicht patriotisch.

Während eines Krieges vermehrt sich das Kapital in dem Lande eines der kriegführenden Theile sicherlich nicht; die Milliarden sind erst nach und nach in den Jahren 1871 und 72 nach Deutschland gelangt — und dennoch wurde die zweite Anleihe nach Sedan überzeichnet.

Dem Einfältigsten müssen da die Augen übergehen!

Das Kapital in Deutschland engagirte sich bei der zweiten Anleihe deshalb so energisch, weil an eine Niederlage des deutschen Heeres nicht mehr zu denken war und weil es neben dem billigen Patriotismus noch gegen 11 Prozent einheimste. —

Doch noch etwas. Während die deutsche Juli-Anleihe von deutschen Kapitalisten nicht aufgebracht wurde, zeichneten Deutsche, die Banquiers Jüterbogk und Genossen, auf die französische Anleihe, die ihnen sicherer schien. Haben Dieselben sich getäuscht, so ist das bei jedem Börsenspiel möglich. — — —

Daß die neue winzige, in der obigen Notiz erwähnte Anleihe des deutschen Reiches nicht vollständig gezeichnet worden ist, das bedeutet nichts Gutes für unser Vaterland. Das Kapital ist mißtrauisch und das Kapital hat im Allgemeinen eine sehr feine Nase.

Die Machtstellung Deutschlands ist eben gefährdet — nach Außen durch die unglückliche, für Deutschland äußerst ungünstige „Lösung" der orientalischen Frage — nach Innen durch das noch unglückseligere Sozialistengesetz, durch die Achterklärung der besten Söhne des Vaterlands.

Trotz alles patriotischen, bismarckfreundlichen Geschrei's, welches die deutschen Kapitalisten anstimmen, trotz des frenetischen Rufs eben dieser Herren nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialisten, trotz alledem bleibt das Kapital thatenlos bei einer Anleihe desselben Reiches, welches sie mit ihrem Geschrei verherrlichen.

„Viel Geschrei, wenig Wolle" — und

Das Kapital ist patriotisch bis an die Tasche, aber niemals bis in die Tasche.

Ein erschütterndes Eingeständniß.

Jahrelang hat die Berliner „Volkszeitung" den Sozialismus bekämpft, und zwar mit Mitteln, die wir in Anbetracht der gegenwärtigen vernünftigen Haltung jenes Blattes unerwähnt lassen wollen; jene Mittel sind ja auch zur Genüge bekannt, und Lassalle schon hat dieselben streng gegeißelt.

Noch jetzt nennt die „Volkszeitung" Lassalle einen Demagogen — thut nichts — auch das wollen wir ihr vergeben des erschütternden Eingeständnisses halber, welches sie, die Repräsentantin des heutigen Staats und der heutigen Gesellschaft, in Bezug auf das Ausnahmegesetz gegen den Sozialismus macht.

Hören wir also. Die „Volkszeitung" sagt:

„Es macht einen ganz jammervollen Eindruck, wenn vor der deutschen Nation, welche sich in einem Parlamente repräsentirt, worin neun, sage neun Sozialdemokraten unter vierhundert Gegnern der sozialdemokratischen Beglückungen speziell den Verfasser des Socialisten-Gesetzes, den Präsidenten des Reichs-Justizamtes (Friedberg!) als den Moses der Epoche zu bewundern, doch werden wir uns niemals dazu herbeilassen und haben dies, soviel wir wissen, auch bisher nicht gethan, in eine der früheren „Reichsglocke" oder „Eisenbahnzeitung" ähnliche persönliche Polemik zu verfallen. Im Gegentheil haben wir, ebenso wie unsere Mitarbeiter ohne Ausnahme, jede persönliche, durch thatsächliche Unwahrheiten verschlimmerte Polemik jederzeit auf das Entschiedenste desavouirt und gemißbilligt und insbesondere die persönlichen Angriffe gegen den Herrn Reichskanzler als den größten politischen Fehler verworfen und beklagt, und zwar nicht allein der „Reichsglocke" oder „Eisenbahnzeitung" gegenüber, sondern in hervorragendem Maße damals, als die „Kreuzzeitung" sich bewogen fand, den Fürsten Bismarck als den natürlichen Vater der Aera Camphausen-Bleichröder-Delbrück in keineswegs verbindlicher Weise vor ihren Schöffenstuhl zu citiren. Dagegen legen wir freilich sachlich einigen Werth darauf, unserem deutschen Vaterlande und dem preußischen Königthum nach unserem eigenen besten Wissen und Gewissen zu dienen und unseren Bedarf an Gedanken soweit irgend möglich selbst zu produziren. Die bekannte offiziöse Staats-Apotheke hat schon so vielen verschiedenen Herren gedient und hat schon so oft mit den Rezepten ihrer politischen und socialen Universal-Heilmittel gewechselt, daß wir es vorziehen, solchen Autoritäten zu folgen, welche stets unter derselben Flagge gesegelt sind. Außerdem aber glauben wir dem „offiziösen Preßbureau" die offene Erklärung schuldig zu sein, daß wir seine „Correspondenten" in socialen Dingen für überaus unwissend halten, wie denn auch auf diesem Gebiete noch niemals etwas von dort ausgegangen ist, was sich über das Niveau der gewöhnlichen Phrase erhoben hätte. Haben wir Unrecht, so widerlege man uns, haben wir aber Recht, so ist es keine gute Polemik, falsch Zeugniß abzulegen."

So der „Staats-Socialist". Was er da dem Herrn von Bismarck an allerlei persönlichen Schmeicheleien auftischt, lassen wir gern passiren in Hinsicht auf den geradezu vernichtenden Angriff, der auf das Preßbüreau eben desselben Herrn von Bismarck geführt wird. Was aber in Bezug auf das Regierungspreßbüreau gilt — die geradezu fabelhafte Unwissenheit in ökonomischen und socialen Dingen, das gilt auch in Bezug auf andere Büreaus und Personen, so daß jede auch noch so winzige Reform in socialen Dingen im deutschen [illegible] wir jetzt in Deutschland so heruntergekommen sind, das haben wesentlich die „Volkszeitung" und die Fortschrittspartei, die sich viel mehr gegen links als gegen rechts gewandt haben, mit verschuldet.

Doch hören wir die „Volkszeitung" weiter:

„Welche Thatsachen liegen denn vor, solch eine Flucht der Vierhundert-Repräsentation vor der Neun-Mann-Gefahr hinter dem Polizeischutz zu begründen? — Man weist auf die Attentate hin, die mit Recht die ganze Nation mit tiefem Haß gegen die Urheber erfüllt haben. Aber einen unmittelbaren Zusammenhang dieser Schandthaten mit der sozialdemokratischen Partei hat selbst kein Staatsanwalt und kein Minister behauptet. Außerdem gesteht alle Welt, daß solche Verbrechen durch kein Ausnahmegesetz abgewendet werden können, wenn einmal Pläne oder Verschwörungen derart existiren. Vergehen anderer Art, die vorgekommen, werden — das lehrt jeden Morgen jedes Zeitungsblatt — vor den ordentlichen Gesetzen und vor den ordentlichen Gerichtshöfen mit durchaus nicht allzumilden Strafen belegt. Von einem Widerstand gegen die obrigkeitliche Gewalt, — diesem Merkmal einer gefährdeten Ordnung, — zeigt sich nirgend eine Spur. Es bleibt also als Zeugniß der Gefahr, die man „Untergrabung" oder „Umsturz" nennt, nichts übrig, als Lehren in mündlicher oder schriftlicher Form in sozialdemokratischen Versammlungen oder in der Presse ertheilt. Diese sollen die ganze Ordnung gefährdet haben oder noch gefährden. Die Verbreitung dieser Lehren soll verhindert werden. Und wenn man erst die Träger dieser Lehren durch die Polizei mundtodt gemacht haben wird, dann wird man mit guten und richtigen Lehren auftreten und das verführte Volk wieder zur Einkehr in die Ordnung leiten."

Und nun leiert die „Volkszeitung" ihre Hilfsmittel her; sie erklärt, die Sozialdemokratie mit Schulze'schen und Hirsch'schen Mitteln immer bekämpft zu haben. Dieses Gewäsch ist albern. Darauf antwortet die Reaktion mit vollem Recht: Du, „Volkszeitung", du, Fortschrittspartei, hast allerdings die Sozialdemokratie bekämpft, aber mit welchem Erfolge? Du bist immer geschlagen worden, elendiglich besiegt worden, weil deine Mittel nichts taugten.

Was kann darauf im Ernste die „Volkszeitung" antworten? Nichts! Ihre Mittel taugten ebenso wenig, wie die jetzigen der Regierung. Die Verleumdung ist doch gewiß nicht besser, als die Polizei.

Die Wissenschaft und die Ueberzeugung aber waren immer und sie sind noch bei der Sozialdemokratie.

Deshalb klingt uns der nachstehende Jammerruf der „Volkszeitung", trotz des darin zur Schau getragenen Ernstes, fast komisch:

„Was aber jetzt als Heilmittel ergriffen werden soll, erscheint uns als ein ganz jammervoller Schlag in's Gesicht unseres gebildeten Jahrhunderts, und ganz besonders als ein Schlag in's Gesicht der Nation, welche sich einer wirklichen Kulturmission in der Geschichte der Völker rühmt. Die Vierhundert-Repräsentation soll nicht stark genug sein, die Neun-Männer-Lehren vor den Augen der Nation zu verurtheilen, in jener wirklehren. Daß die Angst vor dem Sozialismus dies „Wunder", welches alle christlichen Pastöre und alle Polizeigewalt nicht bewirken konnten, verrichtet, das beweist zur Evidenz folgende Notiz aus einem nationalliberalen Waschzettel, der das Ausnahmegesetz bespricht und die wir der „Magdeburgischen Zeitung" entnehmen:

„Das ehrliche Streben aller Theile nach Verständigung ist die beste „rettende That", um über die drohenden Gefahren der Gegenwart hinwegzukommen. Was die Zukunft bringen wird, liegt in der Hand Gottes. Schwere Stürme werden in späterer Zeit kaum ausbleiben, das befürchten die Gegner des Ausnahmegesetzes und das wagen auch Die kaum in Abrede zu stellen, welche der Meinung sind, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Scheitern des Ausnahmegesetzes durchaus verhütet werden müsse. Von dem Maße der Weisheit, mit welchem die Regierung das Gesetz handhaben wird, dürfte es zumeist abhängen, ob dieses Gesetz seinen Zweck erreichen oder das Uebel noch verschlimmern wird."

Bekannt ist, daß nicht die Regierung, sondern die Polizei das Ausnahmegesetz handhaben wird in unaussprechlicher Weisheit, da die Polizeiweisheit in Deutschland ja über allen Zweifel erhaben ist und alle anderen Culturnationen in gerechtes Erstaunen setzt. — Der Liberalismus ist also jetzt auf — die „Polizeiweisheit" und die „Hand Gottes" gekommen.

— Nationalliberale Sozialisten. Der „Frankfurter Beobachter" höhnt die „Nationalliberale Correspondenz" in folgender Weise aus:

„Seit Bismarck Lassalle und sein sozialistisches Programm gelobt hat, beginnen auch die Nationalliberalen in dem Augenblicke, wo alle sozialistischen Bestrebungen in Acht und Bann gethan werden sollen, für diese selben Bestrebungen Propaganda zu machen. Anknüpfend an die bekannte Rede des Abg. Dollfus aus Mühlhausen, empfiehlt die „Nationalliberale Correspondenz" in ihrer neuesten Nummer den Bau von Arbeiterstädten mit Staatshülfe, da Dollfus mit Recht gesagt habe: „Macht jeden Arbeiter zum Grundbesitzer und es wird keine Sozialisten mehr geben." — Das ist wahr, aber Finanzminister Hobrecht wird sich bedanken, die Moneten dazu herauszurücken und die Nationalliberalen wissen Das sehr gut. Sie wollen sich nur zur Abwechslung einmal als Philantropen zeigen, zumal es ihnen selbst nicht einen Heller, sondern nur einige Tintenkleckse aufs Papier kostet."

Aus Oesterreich.

Wien, den 7. Oktober.

Bei uns ist zwar kein Sozialistenvertilgungsgesetz in Berathung, aber unsere Behörden geberden sich an verschiedenen Orten, namentlich in Böhmen genau so, als ob sie den Bismarck'schen Entwurf schon als fertiges Gesetz in der Tasche hätten. Man nimmt den Abonnenten sozialistischer Zeitungen, wenn sie sich unterstehen, sich dieselben aus Ersparungsrücksichten im Packet zusenden zu lassen, die Blätter weg und erhebt Anklagen gegen die, denen man ihr rechtmäßiges Eigenthum, ohne auch nur den Schein eines Rechtes dafür zu haben, genommen hat; man fahndet nach Sozialisten und sozialistischen Schriften und telegraphirt triumphirend an die liberalen Wiener Polizeiblätter, daß man bei dieser oder jener Hausdurchsuchung sozialistische Broschüren und Zeitungen, ja wohl gar Briefe von ausländischen (!) Sozialdemokraten gefunden habe, und der Philister, der das Gesetz nicht kennt, und nicht weiß, daß dies lauter vollkommen erlaubte Dinge sind, liest es schaudernd und staunt mit geheimen Grauen über die verbrecherische Kühnheit der Menschen, nicht ahnend, daß hier Niemand „verbricht" als die „hohe Obrigkeit" und Niemand das Gesetz verletzt, als die „löbl. Polizei".

Wie „frei" wir hier sind, geht schon daraus hervor, daß, obwohl nach unserem Staatsgrundgesetz Jedermann das Recht hat, durch Wort, Schrift 2c. seine Meinung frei zu äußern, es noch Niemanden eingefallen ist, sich so lächerlich zu machen und eine Versammlung zur Besprechung der Occupation in Bosnien, für welche die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nur Verwünschungen und Ausdrücke ohnmächtigen Zorns und unterdrückter Wuth hat, einzuberufen. So sicher weiß man, daß eine solche, doch ganz und gar gesetzliche Versammlung nicht abgehalten werden dürfte, daß man Denjenigen für verrückt halten würde, der ein ähnliches Meeting, wie es jüngst in Pest tagte, hier einberufe und dazu die polizeiliche Bewilligung zu erhalten hoffte. Und doch, an diesem Zustand, der den Angehörigen eines freieren Staates völlig unerträglich scheinen muß, „von Jugend auf gewöhnt", finden wir es ganz natürlich, daß die Vertreter der besitzenden Klassen einem Minister die aus dem Schweiß des armen Volkes gewonnenen Millionen leichten Herzens votirt und daß unsere Brüder, Söhne und

---

Für ein Organ, welches den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft vertritt und vertheidigt, ist das allerdings

ein erschütterndes Eingeständniß.

die Ausführung des Gesetzes durch bloße „Landespolizeibehörden" erklärte, weil diese leicht „entweder zu „schroff" oder zu verzagt verfahren möchten" daß ich vielmehr die Ausführung des Gesetzes dem Reichskanzler übertragen sehen wollte, der dafür dem Reichstage verantwortlich wäre. Alles Dieses verschweigen Sie geflissentlich und dadurch wird meine wahre An- und Absicht betreffs jenes Gesetzes in Ihrer Anführung wahrheitswidrig entstellt.

Leipzig, den 5. Oktober 1878.

Prof. Dr. Biedermann,
Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

Wie oft sollen wir unserem geehrten Mitarbeiter, Herrn Professor Biedermann, sagen, daß er sich nicht auf das Preßgesetz zu berufen braucht, wir nehmen alle seine Beiträge gern auf.

Zu 1) bemerken wir, daß wir seiner Aufforderung, den Wahrheitsbeweis der Behauptung, daß Professor Biedermann vor 30 Jahren vom Communismus durchseucht gewesen sei, sehr leicht erbringen können. Im „Album fürs Erzgebirge" (Von Mitgliedern des Schriftstellervereins. Leipzig. Brockhaus und Avenarius. 1847) befindet sich ein Aufsatz: „Zur Charakteristik des Sozialismus und Communismus nach ihren unterscheidenden Momenten. Von Carl Biedermann", in dem sich folgende Stelle befindet:

„Im jetzigen Verkehr ist es oftmals der blinde Zufall oder gar die rohe Gewalt und verjährtes Unrecht, was die Vertheilung der Arbeiten und der Genüsse regiert, was dem Einen die schwere Arbeit, dem Andern den leichten Genuß zuwirft, den Einen zum Herrn der Arbeitskraft von hundert Anderen, diese dagegen zu Dienern und Sklaven Jenes macht. Im jetzigen Verkehr zieht oftmals der mühelose Besitz den besten Theil des Gewinnstes an sich, während die mühevolle Arbeit nur einen kärglichen Lohn davonträgt; wird oft die luftige Kunst, die einem eitlen Sinnesrausche fröhnt, mit Tausenden belohnt, während die schwielige Hand des Arbeiters, die das Nothwendigste für die Gesellschaft bereitet, ihm selbst kaum die nothdürftigste Existenz zu schaffen im Stande ist.

„Von dem allerrohesten Communismus, dem sogenannten Theilungscommunismus oder dem System der gleichen Vertheilung aller Güter unter die Menschen, spreche ich hier nicht, da diese Form einer weit frühern Stufe der Gesittung angehört, gegenwärtig aber von keinem communistischen Recht, wo man zum Theil nach Auszeichnungen und Belohnungen von „oben" lüstern ist, zum Theil seine Eitelkeit in Comités von Wohlthätigkeits- und patriotischen Hilfsvereinen als „Herr Präsident" oder „Frau Vicepräsidentin" befriedigen will, wird zwar sehr viel Lärm und Geschrei gemacht und die Meinung zu erzeugen gesucht, daß da wirklich etwas Ersprießliches geleistet werde, ein Blick auf die Ergebnisse der Sammlungen beweist aber nur zu bald von neuem die alte Wahrheit, daß der heutige Staat colossales zu leisten vermag, wenn er Unglück zu verbreiten beginnt; daß er aber kläglich ohnmächtig ist, wenn es gilt, die von ihm geschlagenen Wunden zu heilen, die Opfer der Dummheit eines Ministers zu retten und das allgemeine Elend zu lindern.

Was speziell unsere Partei anbelangt, so ziehen wir aus der oben geschilderten Sachlage den Vortheil, daß die andern Parteien lernen, was es heißt, der Regierung unangenehm sein; daß sie lernen, wie Preßfreiheit, Versammlungsrecht, und wie die andern schönen Dinge unserer papiernen Verfassung heißen, nur für den vorhanden sind, der ein „guter Patriot", d. h. ein in allem und jedem der jeweiligen Regierung treu ergebener folgsamer „Unterthan" ist, daß dieses gemüthliche Verhältniß aber sofort aufhört, sobald das Volk sich erfrecht, in ernsthaften und wichtigen Dingen seinen eigenen, von den Regierungsgelüsten abweichenden Weg einzuschlagen.

Einen ähnlichen Erfolg erwarten wir auch in Deutschland nach Annahme des Sozilisten-Gesetzes, an der wohl, wie wir unsere Herren „Liberalen" kennen, schließlich doch nicht zu zweifeln ist. Nach einigen Jahren werden sie wohl über die Consequenzen ihres heutigen Thuns im Reinen sein. Sie nehmen aber auch zum „Gescheidtwerden" ein, wie jener reiche Bauer, der vom Doktor durchaus eine Medizin verschrieben haben wollte, wodurch man „gescheidt" werden könnte. Der Doktor willfahrte ihm endlich und verschrieb ihm im Einverständniß mit dem Apotheker ein Elixir, von dem das Fläschchen fünf Dukaten kostete. Nach einem Jahre, so versicherte er ihn, wenn er einmal einige hundert Dukaten darauf verwendet haben werde, werde ihm plötzlich ein Licht aufgehen und er werde dann erst einsehen, wie dumm er früher gewesen sei. — Den deutschen Liberalen wird auch, wenn sie die Mixtur im Leibe haben, ein Licht aufgehen und der Herr Doktor wird sich ins Fäustchen lachen.

Wir in Oesterreich (Egoisten, wie wir sind) freuen uns schon auf die in Deutschland geschriebenen und in der Schweiz oder sonstwo gedruckten Parteiblätter, deren kräftigen, gesunden, durch keine Rücksicht gedämpften Ton wir schon zu hören vermeinen. Die Leser des „Vorwärts" aber werden es verstehen, wie Börne sagt, wenn nicht mehr wie sonst gerade heraus „sechs" gesagt wird, weil dies nicht erlaubt ist, und wenn er dafür „zweimal drei" sagt, was, wie Börne behauptet, nicht verboten werden kann.

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober.

(Reichstag.) Der erste Gegenstand der T.-O.: „Wahl des Büreaus", ist rasch erledigt, weil das

augenblicklich noch so lebhafte Erörterungen veranlaßt.

— In Oesterreich-Ungarn verwirren sich die Zustände immer mehr. Der Kaiser hat die Entlassung des ungarischen Gesammtministeriums angenommen.

— Die „zweite" Werra Sassulitsch haben wir schon als eine „Ente" bezeichnet. Nun berichten die Petersburger regierungsfreundlichen Zeitungen selbst, daß die betreffende Nachricht tendenziös entstellt gewesen sei. Alexandra Wenetzkoja hat nicht auf den „gefürchteten Staats-Procureur", sondern auf den nichts weniger als gefürchteten Rechtsanwalt Prshewalsky schießen wollen und statt dessen den Gehilfen des Rechtsanwalts, nicht des Staatsprocureurs, Prosorowsky nicht „schwer verwundet", sondern nur ganz leicht getroffen. Der That lagen durchaus keine politischen Motive zu Grunde: das einzige Motiv der That war Eifersucht und Rache für gebrochene Liebesschwüre.

— Zur Unterdrückung der Arbeiterpresse. Wie unser Berliner Parteiorgan hört, hat es der weiteren Ausbreitung der sozialdemokratischen Blätter, namentlich in diesem Quartale, vielfach geschadet, daß im Publikum eine plötzliche Unterdrückung der betr. Preßorgane auf Grund der bevorstehenden sicheren Annahme des Ausnahmegesetzes befürchtet wird. Wir können dem gegenüber nur auf die gesetzlichen Bestimmungen verweisen. Selbst dann, wenn das Ausnahmegesetz in zweiter und dritter Lesung vom Reichstage angenommen sein sollte, liegt noch kein gültiges Gesetz vor, vielmehr ist nach Art. 2 und 5 der Reichsverfassung auch erforderlich 1) eine Abstimmung im Bundesrathe über das vom Reichstage angenommene Gesetz; 2) für den Fall, daß diese zustimmend ausfällt, eine Verkündigung im Reichs-Gesetzblatte. Rechtsverbindlich wird aber auch dann das Gesetz erst mit dem 14. Tage nach Ablauf desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Gesetzblates in Berlin ausgegeben worden ist. Etwaige Unterdrückungsmaßregeln gegen sozialdemokratische Blätter könnten also allerfrühestens im Monat November stattfinden. — Wir haben hierzu zu bemerken, daß der „Vorwärts" unter der oben angedeuteten Befürchtung des Publikums nicht gelitten hat; seine Abonnentenzahl ist im fortwährenden Steigen begriffen.

— Eine eingeschriebene Hülfskasse polizeilich beschlagnahmt. In der vorigen Woche wurden dem Altonaer Ortskassirer der Krankenkasse des „Bundes der deutschen Arbeitsleute" durch die Polizei die Kassenbücher, sowie ca. 18 Mark baares Geld abgenommen, ihm auch das fernere Einkassiren der Mitgliederbeiträge untersagt. — Wenn so etwas schon ohne Ausnahmegesetze geschieht?! Wir sind wirklich gespannt, die Gründe kennen zu lernen, die eine derartige Handlung rechtfertigen.

Bescheidene Fragen eines „Reichsfeindes".

Ihr Herren Nationalliberalen führt doch nur ein einziges Beispiel an, welches zeigt, daß es jemals gelungen sei, auf dem Wege der polizeilichen Maßregelung einen anderen Menschen zum Aufgeben seiner Ansichten und seines Glaubens zu bringen. Nennt nur einen Fall, in dem es einem Machthaber gelungen ist, durch Gewaltmaßregeln zu verhindern, daß mißliebige Ansichten geheim, also sicher vor polizeilichen Angriffen, und noch wirksamer als früher, verbreitet wurden.

Für das Gegentheil wollen wir Euch Beispiele in Hülle und Fülle liefern:

1) Trotz ca. 10 großer Christenverfolgungen giebt es ungezählte Millionen Christen.

2) Trotz der Judenverfolgungen noch circa 5 Millionen Juden.

3) Trotz der Buddhistenverfolgungen in Indien noch Millionen Buddhisten.

4) In Folge reaktionärer Preßordonnanzen verlor Karl X. seinen Thron.

5) Nach dem Attentat des Fieschi auf Louis Philipp wurde die Preßfreiheit und das Versammlungsrecht beschränkt. Schützte das den kurzsichtigen König vor Revolution und Absetzung?

6) Welche Regierung der letzten 20 Jahre war despotischer als die Louis Napoleons III., unter welcher Regierung wurden Presse, Versammlungs- und Vereinsrecht mehr geknebelt, unter welcher Regierung strenger gegen Demokraten und Sozialisten vorgegangen? Was war die Folge? Stetiges Wachsen der Opposition. Was war das Ende? Sedan und die Commune.

7) Welches Land hat mehr Ausnahmsgesetze gegen mißliebige Parteien als das „heilige" Rußland? Was sind die Folgen? Nur stärkeres Heranwachsen des Nihilismus und Zunahme der politischen Morde.

8) Hinderte das russisch-preußische Polizei- und Spionir-System die große polnische Verschwörung unter Kosciusko, die bekanntlich an 100,000 Personen umfaßte und doch ganz unerwartet ausbrach?

Acht Beispiele sind genug, denke ich. Wer mehr sehen will, lese die Geschichte irgend welcher Revolution oder vielmehr die Weltgeschichte.

Der Staat ist einem aus Holz gezimmerten Haus vergleichbar. Die Balken darin sind das Rechtsgefühl und die Moralität des Volkes, die Nägel, die sie zusammenhalten, sind die Gesetze.

Es kommt nicht sowohl darauf an, daß die Nägel sehr lang sind und tief eindringen, sondern daß sie am rechten Fleck sitzen; aus Nägeln allein kann man kein Haus bauen.

Wird das Haus schadhaft und liegt dies daran, daß ein oder mehrere Nägel durchgerostet sind, so ersetzt der kundige Baumeister sie durch neue; ist es aber ein Balken, der morsch geworden ist, so heißt es nur den Einsturz beschleunigen, wenn man neue Nägel eintreibt, besonders wenn es recht lange sind. Der vernünftige Baumeister wird die schadhaften Balken durch neue ersetzen.

Der kundige Staatsmann, der wirklich das Gute will, wird die Unzufriedenen zufriedenstellen, indem er die Klagen anhört und die Mißstände beseitigt, nicht aber mit Pulver und Blei, mit dem Scheiterhaufen und mit dem Gefängniß die Menschen verstummen machen.

Wenn Demosthenes das Volk von Athen vor Philipp und vor Philipp's Sendlingen warnte, die ihres hohen Herrn angeblich gute Absichten in den schönsten Farben malten, wenn er erklärte:

„Mißtrauen ist ein besseres Schutzmittel als Festungswerke. Ein Fürst will nie die Freiheit."

So widersprach ihm der Redner Isokrates, ein ehrenhafter aber zu vertrauensseliger Mann. „Philipp", sagte er, „will Griechenland nicht der Freiheit berauben, er will nur alle Griechenstämme unter sein ruhmreiches Scepter vereinigen und gegen den persischen Erbfeind führen."

Als Athen nach der Schlacht bei Chäroneia von dem macedonischen König unterjocht wurde, beging Isokrates, von Gewissensbissen gepeinigt, aus Verzweiflung den Selbstmord!

(Frankfurter Beobachter.)

Correspondenzen.

n. **Berlin**, 7. Okt. Wer hat sich blamirt? Bekanntlich wurde der Timescorrespondent Blowitz, der Herrn von Bismarck interviewt und über dessen Verhältniß zu Gortschakoff ausgeplaudert hatte, „vieler grober Lügen und Verdrehungen" durch Hrn. von Bismarck geziehen. Vorher aber war für Herrn Blowitz der Kronenorden III. Klasse erwirkt worden. Jetzt hat dieser Herr die Annahme des Ordens verweigert!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erwähnt das in Wiener Blättern auftretende Projekt, Bosnien und die Herzegowina durch böhmische, deutsche und skandinavische Auswanderer zu kolonisiren. Die sich meldenden Ansiedler sollen — einer in Doboj affichirten Kundgebung zufolge — zwölf Joch Feld mit zweijähriger Steuerfreiheit zugewiesen erhalten, ausreichender militärischer Schutz wird ihnen zugesichert, auch sollen sie selbst bewaffnet werden. An Wasser und Holz ist im Lande kein Mangel. Hierzu bemerkt das Blatt: „Vielleicht fänden unsere deutschen Sozialdemokraten sich bewogen, dieser guten Gelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden: Vertheilung des Grund und Bodens von Staatswegen, Bewaffnung und zweijährige Steuerfreiheit — schade, daß dieses Eldorado nur für Solche bestimmt ist, die da arbeiten wollen und können." — Arbeiten können und wollen? Und diese Frage wagen die „Sauhirten" Bismarck's dem arbeitenden Volke Deutschlands zu stellen — diese literarischen Strolche und Strauchdiebe, welche von den bosnischen Hammelräubern mit Inbrunst Brüder genannt werden, wenn sie sich nur dort erblicken lassen.

Die große Noth hierselbst erhellt aus folgenden Ziffern über die Obdachlosen, welche im polizeilichen Asyl (Arbeitshaus) im Monat September d. J. nächtigten: 5454 Männer, 268 Frauen, 1 Knabe, 4 Mädchen und 4 Säuglinge. Unter den Männern befanden sich 1849 Handwerker und 3605 Arbeiter. Zum ersten Male waren anwesend 183 Männer und 17 Weiber. — Den Krankenhäusern wurden überwiesen 9 Männer und 1 Frauensperson. — Dem Polizeianwalt wurden zur Bestrafung 154 Männer und 14 Weiber vorgeführt und wiederholt verwarnt wurden 761 Männer und 38 Weiber. — Im (nicht polizeilichen) Asyl für Obdachlose nächtigten während des September 8749 Männer und 1387 Frauen, zusammen 10,136 Personen.

Die seit dem Frühjahr d. J. angebahnte Verstärkung der hiesigen Schutzmannschaft um 1000 Mann ist jetzt vollständig durchgeführt und beträgt nunmehr die Gesammtstärke der Schutzmannschaft 3000 Mann. Jede Revierwache hat seit dem 1. Oktober d. J. einen Mann Verstärkung erhalten, während die übrigen neu eingetretenen Mannschaften auf den sogenannten Bezirkswachen untergebracht sind. — Nun ist Berlin vor Revolution, Attentaten, vor Noth und Elend sicher — desto mehr polizeiliche Störungen werden aber wohl stattfinden.

Und nun zum Schlusse! Unser Tessendorff sollte die Leitung der Berliner Kriminalpolizei übernehmen, er wurde gewogen, doch viel zu leicht befunden — der Posten, der bedeutenden Scharfsinn erfordert — man sehe sich Tessendorff's Schädelbau einmal an — ist dem Stadtgerichtsrath Grafen Pückler übertragen worden. Um so verwunderlicher ist es, daß gerade jetzt das „Daheim", dieses christlich-konservative illustrirte Blatt dem zurückgesetzten Tessendorff ein flammendes Loblied singt. Dasselbe hebt an: „Staatsanwalt Tessendorff, der Schrecken der Berliner Strolche, Gauner, Gründer, verbrecherischer Sozialdemokraten und sonstigen Gesindels" — — — — hat unbestreitbar hohe Verdienste. „Daher stammen die Ausbrüche der Wuth, welche in den sozialdemokratischen Organen stets durch den Namen Tessendorff hervorgerufen worden" ꝛc. ꝛc. — — So faselt das kindische „Daheim" in einem langen Artikel fort. Das fromme Blatt weiß nämlich gar nicht, daß die Sozialdemokraten Herrn Tessendorff niemals ernst genommen haben und jetzt am allerwenigsten, da sie wissen, daß der geehrte Herr am Verfolgungsfieber leidet. Daß sie ihn früher auch nur als eine äußerst harmlose und sogar nützliche Person aufgefaßt haben, das geht aus einem „Loblied" hervor, welches im Jahre 1874 (Nr. 69 vom 19. Juni) im hiesigen sozialistischen Parteiorgan, im „Neuen Sozialdemokrat" sich befand und folgendermaßen lautet:

Herrn Tessendorff dem wollen wir
Ein Loblied jetzo weihn;
Er sorget ja, wie Keiner hier,
Für unseren Verein.

Kein Agitator führt herbei
So große Freundeszahl
Durch noch so schöne Rederei
Von Elend und von Qual,

Als Tessendorff durch seinen Groll,
Mit dem er uns bedroht —
Er zaubert die Versammlung voll
Und Litfaß kommt in Noth.

Was brauchen Anschlagsäulen wir,
Annoncen und Geschrei;
Herr Tessendorff, er sorgt dafür,
Daß dies unnöth'g sei.

Und nun die Redner gar, wie nett,
Ohn' Vorbereitung ganz,
Ohn' Louis Blanc, Proudhon, Cabet,
So geht's zum lust'gen Tanz.

Herr Tessendorff den Stoff uns giebt
Zu unsern Reden all';
Da er uns ja so glühend liebt,
Sorgt er in jedem Fall.

Und wenn aus lauter Freundschaft gar
Er frei Quartier uns beut,
Der Hauswirth ist es ja fürwahr,
Den er dadurch bedräut.

Der Wohnungsnoth hier in Berlin
Macht gänzlich er ein End' —
Die Frei-Quartiere reichen hin
Für viele fleiß'ge Händ'.

Drum singen wir ein Jubellied
Wohl unserm treuen Freund —
Daß niemals er zur Ferne zieht,
Daß ewig wir vereint.

Und wenn ich mich recht entsinne, brachte auch der „Vorwärts" im Januar 1877, gleich nach den glorreichen Berliner Wahlerfolgen, ein Gedichtchen mit der Ueberschrift: „Wer ist der größte Sozialist?" — und kam, nachdem viele bekannte deutsche Sozialisten aufgeführt waren, zu folgendem Schlusse:

Der Tessendorff, er ist der Held,
Er schlägt sie alle aus dem Feld,
Er stürmte stolz, er stürmte kühn
Die Fortschrittsburg, die Stadt Berlin.
Er ist, er ist ꝛc. ꝛc.
Der allergrößte Sozialist!

Nun, Gott befohlen, sauberes „Daheim" und auch Du, mein braver, edler, unvergleichlicher Tessendorff!

Flensburg, 2. Oktober. Sie hatten schon oft Gelegenheit, die Sittenverderbniß der „höheren, gebildeteren" Klassen unserer heutigen Gesellschaft zu schildern und auch diesbezügliche Fälle angeführt. Nachfolgender Artikel des „Schleswig-Holsteinischen Gastwirths", Nr. 12 (28. Septbr.), dürfte jedoch ein ganz besonderes Interesse in Anspruch nehmen, da den Helden die Strafe auf der That ertappt und sich auch eine deutsche Zeitung gefunden hat, die das Ding beim rechten Namen nennt! Der Artikel lautet:

„Am Sonntag Morgen verbreitete sich mit Blitzesschnelle das Gerücht durch die Stadt: der Amtsrichter Postel ist an der Seite eines Controllmädchens (Freudenmädchen) vom Schlage tödtlich getroffen worden. Wir begaben uns sofort an Ort und Stelle, wo wir den stellvertretenden Physikus Dr. Bank und den Polizeimeister Jannsen antrafen. Der Tod ist gegen 8 Uhr Morgens erfolgt. Kurz vorher hatte der hinzugerufene Barbier Bartholdt den Verstorbenen zur Ader gelassen, nachdem man bereits ca. dreiviertel Stunden auf die Ankunft des benachrichtigten Dr. Menfinka gewartet hatte. Die Leiche ward gegen ½11 Uhr Vormittags in Decken gehüllt, mit einer Zeugschnur umwickelt und per Wagen nach dem Hospital geschafft. — Soweit der nackte Thatbestand! — Daß dieser Todesfall unter den Umständen, unter welchen er geschehen, eine ungeheure Aufregung hervorgerufen, darf nicht verschwiegen werden. Es war längst ein öffentliches Geheimniß, daß der Verstorbene die Moral nicht achtete; denn der obige Fall der sittlichen Verworfenheit steht keineswegs vereinzelt da. — Doch wir wollen den Todten ruhen lassen; wir wollen uns nicht zu seinem Richter aufwerfen, nichtsdestoweniger aber glauben wir berechtigt zu sein mit Rücksicht auf die offene und freie Wahrheit, die wir bisher unsern Lesern verkündet, auch in diesem Falle einige nähere Betrachtungen anzustellen. — Es ist eine allgemein bekannte Wahrheit, daß man dort den Zaun übersteigt, wo er am niedrigsten ist. Dies ist um so leichter möglich, als namentlich unsere Presse im Allgemeinen sich von jeglicher persönlicher Rücksicht leiten läßt. Würde jede Zeitung sich bestreben, die Wahrheit zu sagen, dann stände es mit der Moral und mit dem so viel besprochenen sittlichen Verfall unseres Volkes weit anders, als jetzt. Was inmitten des großen Publikums irgendwie gegen Moral und Sitte verstößt, das wird beachtet, aber was unsere ersten Beamten treiben, das Alles wird mit Stillschweigen übergangen. Man denke sich die Stellung des Verstorbenen; er war Amtsrichter der hiesigen ersten Abtheilung. Er hatte hier eine angestrengte Thätigkeit zu entwickeln, die sehr wohl die ganze geistige Kraft desselben in Anspruch nahm und ihm unmöglich Zeit verstattete, nächtliche Orgien zu feiern. Letzteres ist dennoch geschehen und beweist zur Genüge, daß er diesem schwierigen Posten nicht gewachsen war. Das Publikum, welches aus dem Munde des Richters ein unparteiisches Urtheil verlangen darf, kann unmöglich zu einem Manne Vertrauen und Achtung haben, welcher sich gegen die Gesetze der Sittlichkeit so grobe Versehen zu Schulden kommen läßt wie in obigem Falle. — Der vielgepriesene preußische Richterstand hat durch obigen Fall eine Niederlage erlitten, von welcher derselbe, wenigstens hier in Flensburg, sich schwer wird erholen können. — Wir können uns mit dem Gedanken aussöhnen, daß selbst Beamte, die von Sr. Majestät angestellt sind, sich in moralischer Beziehung vergessen können, allein diese Unterordnung unter sinnliche Begierden darf niemals zu einem öffentlichen Aergerniß führen. Es ist eine Schande für unsere Presse, daß sie nicht den Muth hat, öffentliche Schäden der Gesellschaft auch öffentlich zu geißeln. Bei solchen Vorfällen ist's Zeit, daß die Herren Regierungsräthe, Landräthe ꝛc. die Augen öffnen und scharf hinsehen; denn aus eigener Anschauung lernt man weit mehr als durch Berichte, die der Wirklichkeit oft nicht im Geringsten entsprechen. Der Kern des Volkes ist moralisch noch nicht so tief gesunken, daß es dieserwegen Ausnahmegesetze bedarf, um jegliche freie Meinungsäußerung in Acht und Bann zu thun; seht Euch nur erst die akademischen Bürgerlichen an, von denen selbst ein Dr Nobiling ein Attentat auf unsern alten ehrwürdigen Monarchen begehen konnte — und es dürfte bald klar werden, daß unsere sogenannten Gebildeten sehr dringend der Besserung bedürfen. Man scheure nur stets die Treppen von oben nicht von unten, so verlangt es jede einfache Hausordnung!"

Briefkasten

der Redaktion. Z. Y. Z.: Angekommen. Nächste Nummer. —

der Expedition: A. K. in Sch.: Es kommt darauf an, welche Schriften Sie haben wollen.

Quittung. W. A. Oberd Hausen Ab. 1,55.

Unterstützungsfonds.

Schlz hier 0,60. H. u. F. hier 3.00. J. i. C. 1,00.

Hannover. Sozialdemokrat. Wahlverein. Sonnabend, d. 12. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [60]

Oeffentliche Versammlung.

T.-O.: Forts. des Vortrags von H. Oehme. D. V.

Ordentliche Generalversammlung

der

Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel

(Eingetragene Genossenschaft)

am Sonntag, d. 3. November d. J., Vormittags von 11. Uhr an im Lokale des Hrn. Karstedt, „Volkshalle" in **Neumünster.**

Tagesordnung: 1. Vorlage der Jahresrechnung und ev. Dechargeertheilung. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl des Aufsichtsrathes. (2a)

Kiel, den 9. Oktober 1878.

Der Vorstand.

Carl Aug. Ran. Heinr. Dickmann. H. Walther.

☛ Die Genossenschaftsmitglieder, welche sich auf obiger Generalversammlung vertreten lassen, wollen nach nachstehendem Formular ihre Vollmacht ausstellen, da nur so ausgefertigte Vollmachten anerkannt werden.

Der Vorstand.

Vollmacht.

Hierdurch bevollmächtige ich Herrn . . . . . in . . . . . mich auf der am Sonntag, den 3. November d. J., in Neumünster im Lokale des Herrn Karstedt (Volkshalle) stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel, eingetragene Genossenschaft, zu vertreten.

. . . . . den . . ten . . . . . 1878.

(Unterschrift.)

Zur Beachtung!

Da Nachnahmesendung den Preis der Schriften wesentlich erhöht, sowie bei Nichteinlösung derselben uns bedeutende Portoauslagen erwachsen, versenden wir von nun an nur mehr gegen baar.

Leipzig, den 9. Oktober 1878.

Die Expedition des „Vorwärts".

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hamburg (E. G.) ist soeben erschienen:

Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstag.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

II. Heft.

Inhalt: Stenographischer Bericht über die Reichstagsverhandlungen am 16. u. 17. September 1878.

Preis einzeln M. 0,35. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,25. Lieferung nur gegen baar (vorherige Einsendung des Betrages, da Nachnahme zu theuer ist.)

Das I. Heft enthält den Gesetzentwurf nebst Motiven und Anlagen. Dasselbe erscheint am 17. Okt. und kostet M. 0,15. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,10.

Ueber das III. u. IV. Heft Näheres später.

Bestellungen erledigen sofort:

Die Expedition des „Hamburg-Alt. Volksblatt", Admiralitätstraße 5, Hamburg.

„ Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig.

„ Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser Franz Grenadier-Platz 8a, Berlin.

Verantw. Redakteur: Franz Gütgaff in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hirsch, 8 New St. Golden Square.

Nr. 121. Sonntag, 13. Oktober. 1878.

Patriotismus des Kapitals.

Wir lesen folgende Notiz in der Tagespresse:

„Bei der am Sonnabend beendeten Subscription auf 30 Millionen Mark deutscher Reichsanleihe sind bei allen Zeichnungsstellen zusammen nur 25½ Millionen gezeichnet worden."

Uns fällt hierbei eine bekannte, aber immerhin sehr erwähnenswerthe Geschichte ein.

Mit großer Vorliebe sprach man und spricht man von gegnerischer Seite immer von der Vaterlandslosigkeit und dem Vaterlandsverrath der Sozialdemokratie — wir wollen hier diesen Vorwurf auf die vorlauten Urheber abwälzen.

Als der Krieg 1870 erklärt war, wurde auch vom Norddeutschen Reichstage eine Anleihe, um das Vaterland zu vertheidigen, in der Höhe von 120 Millionen Thaler bewilligt. Auch damals wurde die ganze Summe nicht aufgebracht, weil — nach Angabe der national-patriotischen Blätter — nicht genug Kapital in Deutschland vorhanden sei.

Im November desselben Jahres wurde vom Reichstag wiederum eine Anleihe von 100 Millionen Thaler bewilligt und in drei Tagen war diese Anleihe überzeichnet.

Wäre im Juni 1870 nicht genügend Kapital in Deutschland gewesen, woher wurde denn dasselbe bis zum November desselben Jahres genommen?

Wir wollen die Antwort geben. Vor Sedan ließ man das Geld in Deutschland in den Banken und den „Feuerfesten", weil der endgültige Sieg der deutschen Armee noch nicht gewiß war — man konnte ja die Prophezeiungen der patriotischen Reaktionäre Purzelbäume des pudelgewordenen Löwen. Als er nicht länger konnte und, erschöpft, das grausame Spiel einstellen mußte, wurde die Rednerbühne frei für den Elsässer „Protestler" Winterer, der, von seinem Standpunkte aus, mit bekanntem Geschick die Gesetzesvorlage bekämpfte. „Die Elsässer, die seit 7 Jahren unter Ausnahmegesetze leben, wissen was ein Ausnahmegesetz ist. Welchen Mißbrauchs das vorliegende fähig sei, erhelle aus der Thatsache, daß er selbst, der entschiedenste Gegner des Sozialismus, amtlich von der Elsässer Regierung als Sozialist hingestellt worden sei." Redner weist dann darauf hin, daß 1874 der sozialistischen Candidatur Liebknecht's in Mühlhausen von den preußischen Behörden Vorschub geleistet worden sei, weil man die Protestpartei habe sprengen wollen; das werfe, gleich ähnlichen Vorgängen, ein sonderbares Licht auf die Motive der Reichsregierung bei Vorlage dieses Gesetzes. Wie dem Sozialismus zu begegnen sei, habe sein College Dolfus gelegentlich der ersten Lesung auseinandergesetzt. Der Sozialismus sei der Todfeind des Katholizismus genannt worden. Er (Winterer) sei Niemandes Todfeind, also auch nicht der Sozialisten, aber er sei der Todfeind des Sozialismus.

Auf Winterer folgt der nationalliberale „Staatsmann" Bennigsen, der sich der schwierigen und undankbaren Aufgabe unterzieht, sein Votum von heute mit seinem Votum vom 24. Mai in Harmonie zu bringen. Zu diesem Zweck besteigt er das Roß der Wissenschaft. Soweit der Sozialismus Lehre, Weltanschauung, sei er berechtigt, dürfe er in seiner Entwicklung nicht gehemmt werden. Keine Regierung werde es wagen, gegen Lehren und Wissenschaft vorzugehn (?!), kein Parlament werde den Versuch billigen. Es sei thöricht, die jetzigen Eigenthumsverhältnisse als endgültige zu betrachten. Die Produktion sei in beständigem Fluß. Die moderne kapitalistische Produktionsform sei nicht die letzte Produktionsform. Könnten wir den Schleier der nächsten Zukunft lüften, wir würden vermuthlich befremdendere und verwunderlichere Bilder erblicken, als die Vergangenheit uns darbietet. Aber die sozialen und politischen Gestaltungen der Zukunft zu schaffen, sei Sache der Zukunft. Die Gegenwart durfe nicht vorgreifen.

Und nun hat das Rößlein den Reiter glücklich dahin gebracht, wo er hin wollte.

Die Sozialdemotratie greift der Zukunft vor. Sie greift gewaltthätig vor. Und so weiter. Zum Schluß Complimente an den Herrn Reichskanzler und elegante Variation des Bamberger'schen: Hunde sind wir ja doch! Wir sind bereit, dankbar und gerührt die Hand zu ergreifen, welche uns noch eben so hart gezüchtigt hat, und das Ausnahmegesetz nach Wunsch zu apportiren. Fällt für diese — Gefälligkeit eine kleine Belohnung ab in Gestalt eines Ministerportefeuilles, gut! Und wenn nicht, — auch gut. Wir werden nichts übelnehmen. „Hunde sind wir ja doch."

Bennigsen's Schlußwort: „Unsere Staatsmänner sind jetzt auf die Probe gestellt" werden wir dem „Staatsmann" Bennigsen vielleicht einst in's Gedächtniß rufen.

Ein Schlußantrag wird angenommen — es Sitz und Stimme haben, die Behauptung aufgestellt wird, daß diese neun Mann durch ihre Lehren im Stande sind, den Staat und die Gesellschaft zu untergraben oder gar umzustürzen und ihnen gegenüber die vierhundert mit all' ihrem guten Willen in der Belehrung des Rechten und Guten dastehen! — Es macht einen noch jammervolleren Eindruck, hinzugefügt zu sehen, daß die ordentliche Gesetzgebung des Staates nicht im Stande ist, denselben sammt der Gesellschaft vor Untergrabung und Umsturz zu schützen. Den jammervollsten Eindruck aber macht es, noch gar zu hören, daß die Richter des Landes nicht fähig sind, diese Gefahr herauszufühlen und etwaige gefahrdrohende Handlungen in gerechtem Maße zu bestrafen, und nur der Polizei die hohe Einsicht, die große Weisheit und die Fülle der Macht zugesprochen werden müsse, um Staat und Gesellschaft, Recht und Richter, Regierung und Parlament vor dem Untergang zu retten, mit dem die von den neun Mann dirigirte Umsturz-Aera alles, alles bedroht!"

Das alles macht allerdings einen jammervollen, ja, einen ganz jammervollen Eindruck. Aber, fragen wir die „Volkszeitung", welchen Eindruck denn ihr Verhalten und das Verhalten der Fortschrittspartei bei den jüngsten Reichstagswahlen in Berlin gemacht hat, als beide mit der Polizei durch Dick und Dünn gingen, als sie keine Lüge und Verleumdung scheuten, als sie fortwährend riefen: „Die Sozialdemokratie will Staat und Gesellschaft umstürzen" — und weshalb das alles? Eben, um den zehnten sozialistischen Vertreter vom Reichstage fern zu halten. Das machte allerdings den allerjammervollsten Eindruck!

[illegible] und in Fleisch und Blut der Nation und des Organismus von Staat und Gesellschaft überführen brauche und suche: „und das alles soll Verbrechen sein." Die Sozialdemokraten werden nun ja wohl ihre Bezugsquellen selbst am besten anzugeben wissen; und ebenso unwidersprechlich ist dann Bebel's Schlußmoral. Ist diese freie Wissenschaft eine so edle Blüthe, wie unsere Kulturkämpfer versichern, so dürfen sie auch die Frucht nicht Gift nennen, und umgekehrt. Diese freie Wissenschaft ist ja freilich sehr brauchbar, um den Leuten das ärgerliche Christenthum auszutreiben; aber fatal ist doch, daß auch sie wie alles ihre zwei Seiten hat. Daß, um mit Strauß zu reden, die Katze die Mäuse fängt, wäre schon recht; wenn sie nur nicht auch den Braten sich aneignete. Es ist nur eine ungeschickte Nothlüge, daß die Sozialdemokratie zum Atheismus führe. Umgekehrt; Bebel hat recht: der Atheismus führt zur Sozialdemokratie. Die gottentfremdete Wissenschaft, die unter dem Schutze, ja im Dienste des Staates den Glauben untergräbt: diese ist die Mutter der Sozialdemokratie. Die darwinistischen Volksbildner, die gartenlaube-sitzenden Außer-Kirchen-Schattenmänner und die konfessionslosen Pädagogen mögen sich für dies vernichtende Kompliment bei den Sozialdemokraten bedanken."

Wir sind mit diesem in seiner Art trefflichen Urtheile zufrieden: „Die Wissenschaft ist die Mutter der Sozialdemokratie!"

„Die Wissenschaft muß umkehren", so riefen die reaktionären Kreuzzeitungsmänner in sittlicher Entrüstung aber mit überzeugungstreuem Ernst — aber die Wissenschaft kehrte nicht um.

„Die Wissenschaft muß still stehen", so ruft jetzt angesichts der wissenschaftlichen Sozialdemokratie der bambergerische und virchowistische Liberalismus — aber die Wissenschaft steht nicht still. Und die Sozialdemokratie, auf „die Arbeiter und die Wissenschaft" gestützt, kann nicht vernichtet werden.

Da hilft kein konservativer Polizeibüttel, kein pfäffisches Augenverdrehen und auch keine liberale Heuchelei.

— Bismarck's literarischer Kammerdiener, Herr von Treitschke, ist recht voreilig gewesen, als er in seiner Schimpfschrift „Der Sozialismus und seine Gönner", die vor Unfläthigkeit trieft, einen einfältigen, pinselhaften Ausfall gegen Lassalle machte. Er wußte nicht, daß sein Herr und Meister Bismarck von Lassalle derart eingenommen war, daß er seinem gepreßten Liebesherzen im offenen Reichstage Luft machte. Hören wir diesen unseren Lesern bekannten Bismarck'schen Liebeserklärungen gegenüber die Treitschke'schen Schimpfereien. Treitschke schreibt über Lassalle:

„Er ist ein Meister im Erfinden jener sinnlosen Formeln, welche durch den kraftvollen Ausdruck des Unsinns den Hörer verblüffen. Er kennt wie wenige Sterbliche den unwiderstehlichen Zauber, welchen die Frechheit auf das nach Autorität verlangende Gemüth der Massen ausübt, und er handhabt diese Zauberkraft, denn er ist außer Stande, sich zu schämen. Die Natur versagte ihm diese Gabe, welche dem germanischen samen Weise, wie man Irrlehren bekämpft oder verurtheilt! Der Beschluß der vierhundert gegen neun Mann — so wird vorausgesetzt — sei zu schwach und zu unwirksam im Volke. Die Nation höre nicht oder wolle nicht hören, was seine Repräsentation in überwiegender Mehrheit als Grundgesetze des Volkswohls erkennt und bekennt! Der Parlamentarismus, die öffentliche Stimme der Nation, sei eine wesenlose Potenz im Volksbewußtsein. Alles, was die Nation und Vierhundert-Repräsentation Gutes und Wahres will und mag, sei bedeutungslos und ohne Macht im Geiste und im Wesen des Volkes. Alles, was man in unserer Kulturgeschichte als Grundlage der Bildung und Gesittung des Volkswesens betrachtet hat, sei nichtig, wirkungslos, so lange man den Neun-Mann-Lehren nicht den Mund verschließt! Nicht ein Kampf der Wahrheit gegen den Geist der Verwirrung, nein, die Polizei muß es thun! Die Polizei und nicht der Geist! Die Polizei und nicht der Richter, die Ausnahme und nicht das ordentliche Recht! Die alte Kunst des Mundtodtmachens, die absolutistische Weisheit des Verbietens, die muß retten, sonst sind Staat und Gesellschaft verloren!"

Staat, Gesellschaft und die „Volkszeitung" mit, Alles verloren, die heutige Bildung und Gesittung des Volkslebens und der „Volkszeitung" verloren, Alles verloren!

Was wäre denn daran gelegen? Der heutige Staat ist reaktionär, die heutige Gesellschaft beruht auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die heutige Bildung — sie wird ja eben von der „Volkszeitung" selbst „als eine wenig kennen und zu viel mit instinktmäßigem Abscheu operiren. Wir können die Sozialdemokratie nie und nimmer überwinden, wenn wir uns begnügen, ihre äußeren Symptome niederzuschlagen. Wenn sozialdemokratische Redner und Schriftsteller offen das Gesetz verhöhnen, Hoch- und Landesverrath predigen, Verleumdungen aussprechen ꝛc., so müssen sie freilich bestraft werden, wie jeder Andere, der das Gleiche thut. Aber wir werden die Massen noch nicht mit treuer Gesetzesliebe erfüllen, wenn wir uns beschränken, die Autorität des Gesetzes äußerlich zu wahren gegen ihre offenen Gegner. Wir werden die Sozialdemokratie auch nicht überwinden, wenn wir uns in blinder Angst einem System reaktionärer überspannter Autorität in die Arme werfen; denn ein solches Gesetz arbeitet seinem Gegentheil, der wüsten Anarchie, in die Hände und die thörichte Angst reizt den Muth der Gegner. Daß die despotischen „Retter der Gesellschaft" uns keinen Frieden schaffen können, hat die Erfahrung gelehrt."

So der nationalliberale Professor Held! Aber der landläufige Nationalliberalismus, der „staatsmännische" Nationalliberalismus? Er wirft sich „in blinder Angst einem System reaktionärer überspannter Autorität in die Arme" und stürzt das so schon übergenug gequälte deutsche Vaterland einer „wüsten Anarchie" in die Hände. Der Liberalismus allerdings wird solchen ungeheuren Frevel schwer bezahlen müssen.

— „Wir sind so frei — frei sein zu wollen". — An diesen Ausspruch des Grafen Auersperg (Anastasius Grün) knüpft ein Schriftsteller in dem „Zeitungs-Kurier", einem nicht politischen Blatte, an und fördert folgende vernünftigen Gedanken zu Tage, trotzdem er seine antisozialistische Gesinnung noch erst besonders markirt hat:

„Männer, die zur Ausübung des Rechts der freien Rede befähigt sind, haben keine Zeit, noch viel weniger den Beruf, sich für die freie Rede einsperren zu lassen. — Es widerstrebt dem politisch-gesunden Menschenverstand, daß die in London, Paris, Berlin und Petersburg verschiedenen Ansichten der Regierung über dies Recht der freien Rede alle die richtigen sein können: sie sind viel leichter alle unrichtig. — Es liegt keine Nothwendigkeit vor, daß gerade wir in der Verwerthung unserer Fähigkeit gehemmt werden sollen, im Gegentheil, wir sollten darin die Beihilfe des Staates genießen können; denn die Leser wollen ein freies Wort und dieses Wollen ist billig; es verdient vom Staate befriedigt zu werden; würde ihm dann auch niemals gefährlich werden. — Johann Jacoby hat einmal ein sehr energisches Wort zu einem Könige gesprochen, vielleicht das energischste, das je ein Mann aus dem Volk an den König richten konnte: dem beschränkten Unterthanenverstand hätte er das Wort nie zu sagen gebraucht und die Zeit liegt jenseits unseres prophetischen Gesichtskreises, in welcher er es würde anwenden können. — Das Volk will und wird immer wollen, daß man nicht nur wahr, nein! das Wahre auch in freimüthigem Tone zu ihm spricht. — Wahrheit allein thut's freilich nicht; sie kann

Freunde aus ihrem Berufe und unseren Armen gerissen und in ein fremdes Land geschickt werden, um dort unter furchtbaren Mühseligkeiten, Anstrengungen und Entbehrungen in erbitterten, blutigen Kämpfen einem Volke seine Unabhängigkeit zu entreißen, die es heldenmüthig bis aufs äußerste vertheidigt. Kein scharfer Ton wird in der Presse hörbar, da schon die zahmsten, gegen das herrschende System gerichteten Aeußerungen unserer mattherzigen liberalen Organe vom Staatsanwalt unterdrückt werden (natürlich auf dem Wege des objektiven Verfahrens, da in dieser Frage von den Geschwornen kein Schuldigspruch zu hoffen wäre), kein Laut der Mißbilligung regt sich in öffentlichen Versammlungen, weil solche, wie gesagt, gar nicht abgehalten werden können, und so scheint es, als ob wir mit allen, was über uns, über unser Gut und Blut von Seiten unserer väterlichen Regierung verhängt wird, ganz ausnehmend zufrieden wären. Das Volk wird aber nur stumpf und kommt, da man es wie eine große Schafheerde behandelt, nach und nach auf den geistigen Standpunkt einer solchen herunter. In Zeiten der höchsten Noth, wenn den Regierenden das Wasser in den Mund läuft, wundern sie sich dann, wenn kein „Patriotismus" in den Massen zu finden ist, den sie ihnen so lange Jahre hindurch mit heißem Bemühen, mit so viel Eifer und Gründlichkeit ausgetrieben haben.

Tausende von Familien, schon früher durch die Wirkungen der volkswirthschaftlichen Krise mit heruntergebracht, sind durch die Mobilisirung für Bosnien, die ihnen die Ernährer geraubt, dem tiefsten Elend preisgegeben. In verschiedenen [illegible] Berliner Conferenz sich hat in ein Netz locken lassen. Doch die — „Oesterreicher werden nicht alle."

— Parteigenossen! Sozialisten, Sozialdemokraten, Communisten! Gedenkt in den schweren Zeiten der Gemaßregelten und Inhaftirten. Mehr denn jemals thut ein gegenseitiges Einstehen Noth; mehr denn jemals gilt das Sprichwort: „Einer für Alle, Alle für Einen."

— Auch in unserem Berliner Parteiorgan werden die Arbeiter und Anhänger der Sozialdemokratie aufgefordert, in Rücksicht auf das unzweifelhaft zur Annahme gelangende Sozialistengesetz, in der Fabrik oder in der Werkstätte, beim Vergnügen oder unter gleichgesinnten Hausgenossen Sammlungen für die zukünftigen Opfer jenes Gesetzes vorzunehmen. Nicht darauf kommt es an, viel auf einmal zu geben, sondern das Augenmerk ist vor Allem darauf zu richten, daß die Gaben öfter fließen. Fünf oder zehn Pfennige die Woche kann Jeder geben. Wenn aber die Tausende von Berliner Sozialdemokraten auch noch so kleine Gaben darbringen, so wird es möglich sein, die empfindlichsten Schläge der Reaktion unschädlich zu machen. — Und was für Berlin gilt, das gilt für ganz Deutschland! Mit diesem Ausrufe schließen wir uns der Ansicht unserer Berliner Genossen an.

— Mit Ketten geschlossen. Unsern Parteigenosse Oppenheimer zu Barmen, welcher als Redakteur der „Bergischen Volksstimme" zu sechs Monaten Gefängniß kürzlich verurtheilt worden ist, hat man am 5. Oktober mit übereinander geschlossenen Händen nach Köln abgeführt.

— In Stuttgart überbietet die Staatsanwaltschaft fast noch die Herren Tessendorff und Woytasch. Parteigenosse W. Gulbenfels, der Redakteur der Nummern 80 und 81 der „Süddeutschen Volkszeitung" ist am 7. Oktober verhaftet worden. Ursache nicht bekannt. — Der in der Dühringaffaire bekannt gewordene Studiosus und Schriftsteller Ed. Bertz, welcher gegenwärtig in Paris weilt, wurde am vorigen Dienstag wegen Beleidigung des „herrlichen" Kriegsheeres begangen durch die „Berliner Freien Presse" vom Berliner Stadtgericht zu 5 Monaten Gefängnißstrafe contumacirt. — Genosse Dulk ist am 9. ds. vom württembergischen Schwurgericht wegen Religionsschmähung zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden.

Correspondenzen.

Berlin, 8. Okt. Ueber die parlamentarische Situation vor der zweiten Lesung im Plenum äußert sich ein hiesiger fortschrittlicher Correspondent in auswärtigen Blättern: „Alles politische Interesse knüpft in diesem Augenblicke an das Sozialistengesetz an. Und doch ist es eigentlich nicht das Gesetz selbst, sondern die Stellung der nationalliberalen Partei zu demselben, was vorzugsweise interessirt. Das Gesetz selbst wird unzweifelhaft zu Stande kommen; eignet sich die Mehrheit einmal die Anschauungsweise des Gesetzentwurfs an, daß eine einzelne politische

Centrum (durch Windthorst's Mund) unter Protest gegen die ihm bei der ersten Wahl zu Theil gewordene Behandlung, in die von dem „Alterspräsidenten" Bonin vorgeschlagene Wahl durch Akklamation einwilligt.

Nun — gegen 11½ Uhr — tritt der Reichstag in den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung ein: die zweite Lesung des Umsturzgesetzes. Zuerst erhält das Wort ein Sprecher des Centrums: Freiherr v. Frankenstein. Er bereitet dem zahlreich anwesenden Publikum auf den Tribünen eine kleine Enttäuschung, indem er eine kurze Erklärung ablieset, welche den — bekannten — Standpunkt seiner Partei zu dem Umsturzgesetz darlegt. Darnach scheint es, als ob das Centrum, das auch bis jetzt keine Amendements eingebracht hat, der Diskussion fernzubleiben und sich um die heikle soziale Frage „herumzudrücken" beabsichtigt.

Das Wort erhält jetzt Herr v. Marschall, conservativer Abgeordneter für Pforzheim, und Streber. Derselbe — er ist, glaube ich, Staatsanwalt — findet das Gesetz nach jeder Richtung hin vortrefflich; anders ließe sich der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht führen; durch das gemeine Recht sei dieselbe nicht zu fassen; an einen Mißbrauch des Gesetzes sei nicht zu denken ꝛc. Der folgende Redner, Sonnemann, hat es leicht, den mehr eifrigen als intellektuell entwickelten Herrn Vorredner ad absurdum zu führen. Er bestreitet die Nothwendigkeit des Gesetzes, weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie als solche sich streng auf dem Boden des Gesetzes gehalten und namentlich bei der letzten Wahl, trotz vielfacher Provokationen, eine bewundernswürdige Disciplin und Ruhe bewiesen habe. Vor wenigen Monaten sei ein ähnliches Gesetz vom Reichstag mit ungeheurer Mehrheit verworfen worden. Welcher Grund liege vor, jenen Beschluß rückgängig zu machen und das damals Verurtheilte zu sanktioniren? Ja, das zweite Attentat! Aber was hat dieses mit dem Gesetz zu thun? Nobiling war kein Sozialdemokrat, er war ein Nationalliberaler. Wie könne ein vernünftiger Mensch auf die vereinzelte That eines der Sozialdemokratie fernstehenden Menschen hin die Sozialdemokratie außerhalb des Gesetzes erklären wollen? Redner kommt dann auf die vom Berliner „Tageblatt" veröffentlichten gefälschten „Auszüge" aus den Nobiling'schen Untersuchungsakten und zeigt, daß das „Attentatsfieber" künstlich erzeugt worden. Er unterwirft die Bismarck'sche Politik im Allgemeinen und die Gesetzesvorlage im Besonderen einer, von seinem Standpunkte aus, wohlgelungenen Kritik, desavouirt die Commune von Paris, meint, jener ausländische Schriftsteller habe den Nagel auf den Kopf getroffen, der von Bismarck gesagt, „er kenne Europa, aber nicht Deutschland", und geißelt zum Schluß in treffender Weise die traurige Haltung der nationalliberalen Partei in dieser Angelegenheit. Besonders schlecht kommen dabei die Herren Lasker und Bamberger weg; ersterer so schlecht, daß der Präsident sich seiner erbarmen muß.

„Der Fürst Reichskanzler hat das Wort!" ER erhebt sich, schwingt nervös den „historischen" Bleistift, schwingt den Oberkörper hin und her gleich einem Pendel und fängt an zu — plaudern. ER hat an den Veröffentlichungen des „Tageblatt" keine Schuld. Die „Frankfurter Zeitung" habe sehr intime Beziehungen zu Frankreich; sie bringe Mittheilungen aus Regierungsquellen bevor die übrige Presse etwas wisse. Kurz etwas Aehnliches wie Landesverrath wird der „Frankfurter Zeitung" insinuirt — natürlich nicht in denunciatorischer Absicht. Dann wird die „Times" bloßgestellt; sie habe Bismarck als Sprachrohr gedient (eine „Enthüllung" die der „Times" nicht sehr behagen dürfte!); ER sei für alle wirklichen Maßregeln zur Hebung der Lage des Volks; sei noch heute für Produktiv-Associationen mit Staatshilfe. Man solle IHM nur positive Vorschläge bringen. Wir seien aber bloß negativ. Wüßten nicht was wir wollten; hätten kein klares Programm. — Seit 1870 sei der deutsche Sozialismus verderbt. Damals, nach der Niederlage der Commune (zufällig 1871) habe die Internationale sich auf Deutschland geworfen, wo die Fortschrittspartei das Feld gut vorbereitet habe, und sonst die günstigsten Bedingungen vorhanden gewesen seien. „Die Gesetze sind viel zu mild. Die Todesstrafe war thatsächlich abgeschafft. Ich bin deshalb Sr. Kgl. Hoheit außerordentlich dankbar, daß er wenigstens ein Todesurtheil bestätigt hat." Kurz in Deutschland sei Alles bisher aufs Beste für die Sozialdemokratie „eingerichtet" gewesen. Das „Agitatorengeschäft" sei deshalb ein sehr dankbares geworden, man werde „Agitator", wie man früher Schmied und Tischler geworden. Die Frucht sei nun zu Tage getreten. Man müsse einschreiten. Die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag, indem sie sich geweigert, der Regierung zu Schutzmaßregeln gegen weitere Attentate behülflich zu sein, hätten jede weitere Rücksicht unmöglich gemacht. (Die Zumuthung, daß die Sozialdemokraten bei Drehung des Strickes, an den man sie hängen will, behülflich sein sollen, ist etwas stark!) da sei die Fortschrittspartei braver; Herr Hänel (der sich für das Lob bedanken möge) sei in anerkennenswerthester, wohlthuendster Weise der Regierung entgegengekommen — durch seinen famosen „positiven Vorschlag". Indeß von der Fortschrittspartei sei vorläufig noch keine Unterstützung zu erwarten. Von den zwei conservativen Fraktionen und den Nationalliberalen hänge das Schicksal der Vorlage ab. Er (Bismarck) bitte dieselben, im Interesse des Vaterlands, sich doch ja zu verständigen. Wer seine Ziele miterstrebe, der solle doch mit ihm gehen. Er habe, als er den Reichstag aufgelöst, gehofft, daß die Abgeordneten dieser beiden Parteien, auf deren Patriotismus er vertraue, sämmtlich wiedergewählt würden, um ihm jetzt zur Seite stehen zu können, (eine kühne Behauptung, die einigen der „an die Wand gedrückten" Nationalliberalen etwelche zweifelnde Ohos! entlockte). Zuletzt wurde der Herr Reichskanzler ganz sentimental und appellirt an die patriotischen Gefühle der vereinigten Reaktionäre. Sein Wunsch gehe über das Gesetz hinaus: es möge sich aus der conservativen und nationalliberalen Fraktion eine feste Partei bilden, welche mit der Regierung treu zusammenstehe. (Partei Knobloch!)

Nur sehr dünner Beifall lohnte dem Fürst Reichskanzler, als er sich, von seiner anderthalbstündigen Plauderei erschöpft, niedersetzte. Die Nationalliberalen leisteten höchstens ein halbes Dutzend Bravo's. Sie mögen noch so gute Miene zum bösen Spiel zu machen suchen — daß sie eine nichts weniger als heldenhafte Rolle spielen, ist Jedem von ihnen vollständig klar.

„Der Abgeordnete Hänel hat das Wort!" Der arme Hänel, den das Bismarck'sche Lob wie ein Keulenschlag getroffen, beginnt unter allgemeiner Unaufmerksamkeit des Hauses. Er braucht einige Minuten, ehe er sich an dem geölten Seil seines Pastorenpathos einigermaßen aufgerichtet. „Die Fortschrittspartei ist nicht rein negirend" (als ob Bismarck nicht ihre „positive" Willfährigkeit ausdrücklich belobigt hätte!); „wir sind so loyal wie die Conservativen" u. s. w. u. s. w. Das beste an dieser Rede ist ihre Kürze. Ordentlich erfrischend wirkt das urwüchsige Gepolter seines Nachfolgers, eines komischen Kautzes Namens Schmid, den irgend ein Württembergischer Wahlkreis in die conservative Fraktion spedirt hat. Die Stimme ist gut, Gedanken: null. Leider hat er nicht so viel Barmherzigkeit mit den Zuhörern, wie Hänel, und thut es nicht unter 43 Minuten!

Hatten wir bei Schmid scharfe Stimme und stumpfe Gedanken, so hatten wir beim nächsten (und wahrscheinlich letzten Redner des Tags), dem Partikularisten Bruel von Hannover, scharfe Gedanken und stumpfe, fast unvernehmliche Stimme. In ernster Weise tadelte er, daß Bebel nicht in die Commission gewählt sei und ebenso wollte er nicht zugeben, daß alles Eigenthum als unbedingt heilig angesehen werden müsse. Es gäbe Eigenthum genug, das diesen Anspruch nicht erheben könne. Sei es auch nicht möglich, die alte jüdische Einrichtung der alle 50 Jahre wiederkehrenden Aufhebung aller Schulden u. s. w. neu einzuführen, so könne doch Vieles geschehen, um das wahre Eigenthum zu schützen, und besonders die Kirche habe die Aufgabe, in dieser Richtung zu wirken. Sie sei dazu auch entschlossen. Vergeblich suche er aber nach den Gründen für das vorliegende Gesetz. Bezüglich der Attentate sei nichts von Belang angeführt, denn die Aeußerung Eulenburg's, daß die Bewegung in einem Wirrkopfe zu schlechten Thaten anreizen könne, beweise gar nichts; bei einem Wirrkopfe könne jede Bewegung Verrücktheiten erzeugen. Die vielen, oft durch unsittliche Denunziationen herbeigeführten und keineswegs milde, sondern überaus hart bestraften Majestätsbeleidigungen seien dem Umstande geschuldet, daß die Person des Kaisers zum Gegenstande einer Unzahl von Aeußerungen bei Gelegenheit der Attentate gemacht sei und unter diesen seien viele abgeurtheilt, bei denen von einer Beleidigung gar keine Rede sein könne. Während von 1872 bis 1876 grobe Verbrechen, wie Mord, Raub u. s. w. um ca. 100 Prozent zugenommen, seien Majestätsbeleidigungen in jener Zeit nicht in ihrer Anzahl gewachsen. Die Attentate hätten viele unbedachte Aeußerungen veranlaßt. Man möge aber auch bedenken mit welchen Gefühlen seine Landsleute, die Hannoveraner, ihrem jetzigen Herrscher gegenüberständen; diese Gefühle könne er am besten charakterisiren durch einen Hinweis auf die napoleonische Fremdherrschaft. (Diesen Ausdruck bezeichnet der Vorsitzende, Freiherr von Stauffenberg, beim Schlusse der Rede, nachdem er das stenographische Protokoll eingesehen, als ungehörig.) Wenn man hinweise auf die Schädigung des Sinnes für Recht und Sitte, so sei zu bedenken, wie sehr der Kulturkampf, der das Volk in seinen religiösen Gefühlen tief gekränkt, wie sehr die 1866 nach ungerechtfertigtem Bruche von „Frieden und Bund" erfolgte Entthronung legitimer Fürsten, die vertragswidrige Innehaltung ihres Vermögens u. s. w. den Sinn für das Recht im Volke zerstören mußte. Der Klassenhaß könne keine größere Unterstützung finden, als durch das vorgelegte Gesetz, und es sei nicht zu verkennen, daß die Maßregelungen und Entlassungen von Arbeitern eine tiefe Verstimmung hervorgerufen. Es sei nothwendig, auf dem verderblichen Wege umzukehren. Die sozialdemokratische Agitation würde nie so groß geworden sein, wären nicht wirkliche und bedeutende Mißstände vorhanden, an deren Beseitigung bis jetzt nicht gedacht sei. Komme das Gesetz zu Stande, so werde zu den bisherigen „Reichsfeinden" noch der ganze vierte Stand gesellt, dessen Interessen durch dasselbe auf das Tiefste geschädigt würden. Es sei das der Weg zu unheilvollen Revolutionen. Redner kritisirt dann den § 1 in seiner jetzigen Fassung mit großer Schärfe und empfiehlt schließlich ein von ihm gestelltes Amendement.

Inzwischen ist es 4¼ Uhr geworden, das Haus ist müde, ein Schlußantrag wird eingebracht und angenommen. Es kommen die persönlichen Bemerkungen. Was der unglückliche Lasker zu sagen hatte, ist gleichgültig. Sonnemann forderte den Reichskanzler auf, seine Insinuationen zu substantiiren, Beweise für seine Anklagen zu bringen. So lange Beweise nicht erbracht, seien diese Insinuationen verdächtigende Unwahrheiten. Fürst Bismarck behauptet, keine Anklage erhoben zu haben. Sonnemann läßt IHM aber nicht los, das ganze Haus sei Zeuge der ihm gewordenen Beleidigung. (Fürst Bismarck verschwindet aus dem Haus.) Er wiederhole, die Insinuationen des Herrn Reichskanzlers entbehrten jeder Begründung und seien absolut unwahr. Er fordere Beweise oder Widerruf. Fürst Bismarck bleibt verschwunden.

Unter großer Unruhe und in einer von Bewunderung des Fürsten Bismarck sehr entfernten Stimmung schließt der Reichstag kurz vor 5 Uhr. Morgen 11 Uhr Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Die zweite Lesung dauert voraussichtlich bis Sonnabend.

—, den 10. Oktober.

Der Zudrang des Publikums zu der heutigen Reichstagssitzung ist ebenso lebhaft wie gestern — alle Zuhörertribünen sind gefüllt.

Die Sitzung wird kurz vor ½12 Uhr eröffnet; der Präsident ertheilt sofort das Wort an Hasselmann. Nach einigen einleitenden Worten, in denen er ausspricht, daß die Sozialdemokratie weder durch das Ausnahmegesetz noch durch andere Mittel auszurotten sei, kommt Redner auf die gestrige Plauderei Bismarck's zurück; widerlegt dessen Vorwurf, daß die Sozialdemokraten keine praktischen, positiven Vorschläge gemacht hätten, durch Hinweis auf die Reichstagsverhandlungen und unser Programm, und beschäftigt sich dann mit den sonderbaren Vorstellungen des Fürsten

---

Die drohende Polizeigefahr.

Der königl. Geheime Regierungsrath L. Jacobi (bekanntlich ein glühender Sozialistenhasser) giebt eine Monatsschrift für deutsche Beamte heraus, welche außer den Fachartikeln auch kleinere Aufsätze über verschiedene Zeitfragen enthält. Da befindet sich auch im neunten Heft dieses Jahrganges ein sehr lesenswerthes Urtheil über eine direkt zur Sozialistenbekehrung geschriebene Schrift, daß wir dieselbe unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Der Artikel des Geheimen Rath Jacobi lautet:

„Wie man hört, wird gegenwärtig durch die Obrigkeit ein Schriftchen von Karl v. Raumer: „Das Familienleben des Volkes unter Berücksichtigung der Lehren der Sozialdemokratie, besprochen für das Volk", (Breslau, im Selbstverlage des Verfassers, 1878), vertheilt, um in den von der Sozialdemokratie unterwühlten Kreisen verbreitet zu werden.

„Es ist gewiß an und für sich löblich, wenn gegen das Verderben der Sozialdemokratie nicht nur der leichte und breite Weg der Verbote und Strafen, sondern auch der schmale und schwierige Pfad der Belehrung betreten wird. Es kann auch bereitwillig anerkannt werden, daß die Lehren, welche Herr von Raumer spendet, nicht nur von dem wohlmeinendsten Geiste eingegeben und meistens ansprechend, im Wesentlichen wirklich volksthümlich gefaßt sind, sondern auch zum großen Theile volle Berücksichtigung verdienen. Er schildert in 8 Abschnitten (die Ehe; die Mutter, als Pflegerin; Erzieherin; Lehrerin; Haushälterin; — die Erwerbsthätigkeit des Weibes; die Fortbildung der Kinder; die politische Stellung der Frau; Religion; Alter) die Pflichten und den Segen eines sittlichen Hauswesens so lebhaft, warm und innig, daß man sicher sein darf, er habe an sich selbst das Wort erprobt: „Häuslichkeit! In Deines Glückes Frieden liegt allein der Menschen großes Loos!" Und dessen ungeachtet halte ich dafür, daß die Abwehr der Sozialdemokratie eine verfehlte sei und sogar das Gegentheil erzielen könnte. Der Ausgangspunkt der ganzen Schrift ist m. E. verkehrt und verderblich. Sie beginnt mit folgenden Worten: „Eine der herrlichsten Thatsachen der göttlichen Schöpfung ist es, daß die edelsten Güter des Lebens auch dem Aermsten zu Theil wurden; zu diesen Gütern gehört auch die Liebe. Der Arme kann also mit derselben Liebe um die Hand der Jungfrau werben, wie der Reiche. Es liegt in solcher Gleichberechtigung eine große Gnade Gottes, und die Erkenntniß derselben muß den Armen mit Dank erfüllen." Ich gleicher Weise geht der Abschnitt „Die Mutter" davon aus, daß das „Mutterglück, die Mutterliebe ebenfalls wieder zu den herrlichen Schätzen gehört, welche durch Gottes Gnade in gleichem Maße unter Arm und Reich vertheilt sind." — Also wirklich, — das soll der Arme als eine Gottes-Gnade betrachten, dafür soll er Gott danken und preisen, daß ihm, obwohl er arm, dennoch die Liebe, die Ehe und das Elternglück nicht versagt sind? Wie denn, — sind „die Armen", „das niedere Volk", nicht Glieder derselben Menschheit gleich den Reichen? Sind sie nicht auch Fleisch von Adam's Fleisch und Blut von Adam's Blut? Wo stehen sie denn auf der Stufenleiter der Erdbewohner? Hat jene Gottesgabe nicht auch das Thier in seiner thierischen Weise? Und der Arme soll vor dem Schöpfer anbeten, daß er trotz seiner Armuth dessen nicht beraubt sei, was die Natur auch den vierbeinigen Wesen gegeben hat? Wissen Sie, Herr v. Raumer, was Ihnen die Armen, wenigstens die sozialdemokratisch angehauchten, erwidern werden: Danken? nein, im Gegentheil fluchen müßten wir dem Gott, der auch jene Herzensgüter an den Mammon gebunden hätte!" Was dem Verfasser vielleicht vorgeschwebt hat, würde in folgender Form des Gedankens annehmbar gewesen sein: „Ihr Reichen brüstet Euch nicht, Ihr Armen verzweifelt nicht, denn die herrlichsten Schätze auf Erden sind doch gleich vertheilt!" Aber unerträglich ist der Trost, daß der liebe Gott die Armen doch auch noch gleich Menschen betrachtet, indem er ihnen die ersten menschlichen Gefühle vergönnt. Diese unglückselige Scheidung zwischen den eigentlichen Menschen und den Armen wiederholt sich auch S. 42 in den Worten: „Man wird doch der Mutter (der Armen) nicht weniger zutrauen dürfen, als dem Thiere?!"

„Wer da glaubt, daß eine Schrift, durch welche solch' ein schwarzer Faden läuft, bei den Armen Anklang finden könne, wer da nicht glaubt, daß viele bei jenen ersten Worten allsogleich das Büchlein wegwerfen werden, der kennt das „niedere Volk" nicht, am wenigsten in den „sozialdemokratisch unterwühlten" Kreisen. Schon jene Bezeichnung: „Das niedere Volk", welche vom Titel ab durch alle Seiten läuft, ist möglichst ungeschickt gewählt von dem, der bei dem „niederen Volk" Eingang finden will. Es liegt hierin (ohne alle Absicht des Verfassers) etwas Herabsetzendes, welches bei der Empfindlichkeit, der Selbstschätzung, dem Gefühle der Gleichberechtigung, wovon heutzutage „das niedere Volk" von Außen her künstlich überfüllt ist, nur zurückstoßend wirken kann. Warum denn nicht lieber den Titel wählen, der — wenn auch nicht ganz zutreffend — doch allgemein üblich ist: — die „Arbeiter"? Wer sich die schwierige Aufgabe stellt, in die vorurtheilerfüllten Schichten unsres Volkes Eingang zu finden, der muß vor Allem bedenken: „Seid klug, wie die Schlangen!"

„Abgesehen von dieser verfehlten Einkleidung der ganzen Schrift, leidet sie auch sonst an recht schwachen Stellen, welche freilich aus derselben Wurzel stammen. So eifert der Verfasser gegen die Frauenarbeit außer dem Hause und wendet das Holtei'sche Wort an: „Suste nischt, ock heem!" (Sonst nichts, nur nach Haus!) Gut, nun aber heißt es weiter: Heilung sei nicht von gesetzlichen Maßregeln zu erwarten. Die Umkehr könne nur aus dem Volke kommen, — „dies sei Pflicht der Männer" und diese vermögen es durch Fleiß und Sparsamkeit." Nicht die Arbeitgeber; denn: „soll der einzelne Fabrikbesitzer freiwillig die billigere Frauenarbeit ablehnen, sich so vielleicht die Möglichkeit nehmen, in Bezug auf die Preise der Fabrikate mit anderen Fabrikanten zu konkurriren? Könnt ihr dies von dem einzelnen Arbeitgeber verlangen?" „Nun," würde der Arbeiter erwidern, „wie können Sie denn aber von dem einzelnen Arbeiter oder von allen Arbeitern verlangen, daß sie, bei dem jetzigen Druck der Löhne, auf den Zuschuß der Frauenarbeit in der Fabrik verzichten? Haben Sie doch die Gefälligkeit, sich an meiner Statt an den Maschinenwebstuhl zu denken und durch Fleiß und Sparsamkeit sowohl mehr zu verdienen, daß die bisher neben mir beschäftigte Frau ruhig daheim der Kinder und des Hauswesens warten kann." Ich meine, Herr v. Raumer hätte besser gethan, Arbeiter, Arbeitgeber und Gesetzgebung gemeinsam zur Abwehr des Uebels aufzurufen, nicht alle Schuld auf jene allein zu werfen. Namentlich die Gesetzgebung sollte den in dem Arbeiterstande schon sehr verbreiteten Wunsch, die außerhäusliche Frauenarbeit zu verdrängen, mehr und mehr zu unterstützen suchen. —

„Ebenso einseitig ist es, wenn der Verfasser behauptet, „die Arbeiter haben es den Arbeitgebern" durch Aeußerungen der Unzufriedenheit, der Anmaßung abgewöhnt, daß letztere die ersteren zu ihrer Familie rechnen. Verdrossenheit, Widerspenstigkeit schaue aus den Augen der Gesellen. Unter solchen Umständen sei es kein Wunder, wenn auch die Arbeitgeber das Interesse für die Arbeiter verlieren, — sie nicht zu ihrer Familie zählen, — sie nicht an ihrem Tische mit sitzen lassen, sondern ihnen Kostgeld geben. — Ich will nicht fragen, weshalb Krupp, Borsig oder in Breslau Ruffer nicht wenigstens den Versuch gemacht haben, ihre Arbeiter, mindestens die unverheiratheten, zu ihrer Familie zu rechnen und an ihrem Tische sitzen zu lassen; — ich will nur fragen, wie denn Herr v. Raumer, dieweil er m. W. Ziegeleibesitzer war, sich hierzu verhalten hat? Moralpredigen ist leicht, doch gegen den Stachel der Wirklichkeit löcken, sehr schwer. Die Großindustrie hat jene Familiengemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitern unwiderstehlich aufgelöst; — es ist durchaus verkehrt, den Arbeiter hierfür in erster Reihe verantwortlich zu machen.

„Bei anderen Stellen hätte ich sehr gewünscht, daß der Verfasser neben den Vorwürfen gegen das „niedere Volk" auch die Warnung gesetzt hätte: „Aber vornehmlich folget nicht dem bösen Beispiel der ‚Reichen'!" Denn wenn es z. B. heißt: „Ihr Eltern des niederen Volkes, werfet einen Blick auf Eure halberwachsenen Kinder. Erröthet Ihr nicht, wenn Ihr die 15- oder 16jährigen Kinder in großen Städten arbeitsscheu herumbummeln seht? Die Hände in den Hosentaschen, die Cigarre im Munde, das Gesicht von Spirituosen geröthet, eine lüderliche Dirne zur Seite — —"; darf man da nicht mutatis mutandis interpelliren: „Ihr Eltern der oberen Zehntausend?"

„Kurzum, ich fürchte, daß dies höchst wohlgemeinte Büchlein in den Schichten des „niederen Volks" nichts fruchten, sondern eher — den Klassenhaß, wie Oel das Feuer nähren wird. — Wer zu den Arbeitern heute mit Erfolg sprechen will, entschließe sich vor Allem, sie als das zu betrachten und zu behandeln, was sie staatsrechtlich und christlich sind: als Seinesgleichen, als seine Brüder, und hänge das Kleid der Standesunterschiede einmal an den Nagel!" —

Der Artikel ist gut, aber — für die, die er treffen soll, überflüssig. Die „obern Zehntausend" sind allzusehr durch ihre Unkenntniß des Volkslebens und der Arbeit vor solchen Ermahnungen geschützt, daß es gar nicht besonders der durch den Reichthun erzeugten Hartherzigkeit erst bedarf, um solche Ermahnungen völlig in den Wind zu schlagen.

Was aber die arbeitende Klasse von einer „Obrigkeit" zu erwarten hat, die das Schundwerkchen des Herrn von Raumer empfiehlt, das wird jeder Arbeiter sich selbst sagen können.

Bismarck von den Ursachen des Wachsthums der Sozialdemokratie in Deutschland. Unsere Gegner selbst, und die von ihnen geschaffenen und aufrechterhaltenen Zustände sind es, welche die Sozialdemokratie großgezogen haben. Die wirthschaftliche Anarchie, der Milliardenschwindel, die Dotationen an Bismarck und einige Generale, während die Landwehrleute, die Anlehen empfangen haben, ausgepfändet werden — kurz, die heutigen Zustände in ihrer Gesammtheit werden einer scharfen Kritik unterzogen.

Den weiteren Vorwurf des Fürsten Bismarck: wir scheuten uns im Reichstag unser Programm voll zu entwickeln, richte sich in Wahrheit gegen die Geschäftsordnung des Reichstags, welche uns bisher daran gehindert.

Hierauf geht Redner dazu über, die Grundlagen unseres Programms und die Hauptforderungen desselben zu begründen und gegen alle Angriffe zu vertheidigen.

An diesem Programm halten wir fest. Wir erstreben nicht die gewaltsame Revolution. Unsere Gegner scheinen aber darauf hinarbeiten zu wollen. Werde das Volk zu sehr gereizt, so könne allerdings ein Punkt erreicht werden, wo seine Geduld erschöpft sei.

Wegen dieser Bemerkung, die hier — dem Sinne nach correct wiedergegeben ist, wird Hasselmann zur Ordnung gerufen, weil darin „eine indirekte Aufforderung zum Aufruhr" enthalten sei!

Hasselmann schließt:

„Fürst Bismarck möge an den 18. März 1848 denken!"

Großer Tumult.

Nun betritt die Rednerbühne Herr Löwe (von Calw), Chef der „Gruppe Löwe", Präsident des Stuttgarter Rumpfparlaments, Exdemokrat, Exfortschrittler. Mit seiner monotonen Speckstimme bringt er ein paar Banalitäten gegen die Sozialdemokratie vor, und hält dann eine Lobrede: zuerst auf die Schulze'schen Genossenschaften und dann auf das — Ausnahmegesetz. So tief ist dieser Löwe gesunken. „Das Gesetz, das wir machen, ist kein Klassengesetz, es ist ein Gesetz gegen die gewerbsmäßigen Agitatoren." — „Ich muß mich dagegen verwahren, daß dieses Gesetz ein Klassengesetz sei." — „Es werden Niemand als den Sozialdemokraten Rechte genommen." — „Die Arbeiter leiden unter dem Terrorismus, den die Führer der Sozialdemokratie ausüben; sie sind froh, wenn sie durch dieses Gesetz von ihm erlöst werden." — „Das Gesetz wird keine Diskussion über die soziale Frage verhindern." Und ähnliches reaktionäres Zeug.

Volle dreiviertel Stunde [illegible] vermocht hat, noch auch in Zukunft dazu im Stande sein wird. Die Wenigen, welche noch das vielgemißbrauchte Wort von der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital im Munde führen und die Lage des Arbeiters durch Assoziationen in der Form der Gewerkvereine heben zu können vermeinen, jagen einem Wahngebilde nach, das, wenn es Gestalt gewänne, ganz das Gegentheil von Harmonie bedeuten würde, nämlich den organisirten Kampf zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, der, wie wir das alle Jahre mehrmals in England sehen können, zu den verheerenden Arbeitseinstellungen und Arbeiteraussperrungen führt, die im glücklichen Falle auf kurze Zeit den Lohn in die Höhe treiben, auf die Dauer aber gegen die naturnothwendigen Wirkungen der freien Konkurrenz machtlos sind. Dem gegenüber ist es erfreulich, zu bemerken, wie in der letzten Zeit sich in- und außerhalb der Presse zahlreiche Stimmen haben vernehmen lassen, welche auf die Nothwendigkeit einer ernstlichen sozialen Reformarbeit von Seiten des Staates mit allem Nachdruck hinweisen. Daß die ganze Autorität und die gewaltigen Mittel des Staats erforderlich sind, um die sozialen Uebelstände wirksam zu bekämpfen und daß hierzu tiefeingreifende wirthschaftliche Reformen nöthig sind, darin herrscht unter allen Urtheilsfähigen nur eine Stimme. Gerade in diesem Umschwung der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Staatsintervention liegt ein tröstliches Moment, das man in diesen trüben Tagen nicht übersehen sollte. Noch vor wenigen Jahren konnte einer der Führer der Manchesterschule ausrufen: „Es giebt keine soziale Frage"; heute sind derartige Tollheiten glücklicherweise überwunden, und bald wird man vielleicht diejenigen, deren höchste sozialpolitische Weisheit im Gewährenlassen und im fortwährenden Zurückdrängen des „Rackers von „Staat" besteht, als ebenso sonderbare Käuze ansehen, wie einst einen Fourier und Weitling. Dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung ist zum allergrößten Theil der scharfen Kritik zu verdanken, mit welcher die wissenschaftlichen Vertreter des Sozialismus die moderne Wirthschaftsorganisation zergliedert und ihre Grundfehler aufgezeigt haben. Die lebhafte Agitation der Sozialdemokratie und die Aufklärungsarbeit von Seiten mehrerer der berufensten Volkswirthschaftslehrer unserer Universitäten mußte hinzukommen, um die negativen Ergebnisse jener schneidigen Kritik in weitere Kreise bringen zu lassen. Wenn man bedenkt, wie schwer es gerade auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiete ist, festgewurzelte Anschauungen innerhalb einer durch das herrschende System zu Einfluß und Bedeutung gelangten Gesellschaftsklasse zum Wanken zu bringen, so wird man dieses Ergebniß nicht allein oder auch nur vorwiegend der Macht des Gedankens und der Ueberzeugungskraft wissenschaftlicher Untersuchungen zuschreiben wollen. Die Erfolge der sozialdemokratischen Agitation, die dumpfe Unzufriedenheit innerhalb breiter Bevölkerungsschichten, welche sie uns offenbar gemacht hat, die Furcht vor dem „Tritt der Arbeiterbataillone" mußte hinzukommen, um

ist ½4 Uhr — und Herr General-Staatsanwalt von Schwarze bekommt das Wort zu seinem Referat. Dasselbe fällt sehr kurz aus und gipfelt in den Worten, daß ja Jedermann wisse, was unter den sozialistischen ꝛc. Bestrebungen zu verstehen sei! Da auch Fürst Bismarck, der zu Beginn der Rede Bennigsen's in das Haus trat, keine Erklärung und Definition zu geben für nöthig hält, bleibt es also dem Ermessen der Polizei überlassen, die sozialistischen ꝛc. Bestrebungen nach ihrer Façon zu interpretiren und auszuführen.

Kurz vor 4 Uhr beginnt die Abstimmung. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung liegt leider nicht vor — das Centrum will ihn erst zur dritten Lesung stellen.

Die Conservativen und Nationalliberalen erheben sich wie ein Mann — auch die „Mannesseele", die betrübt und schweigend dagesessen, steht auf! — für das Amendement, welches „die Eintracht der Bevölkerung" unter seinen papierenen Schutz nimmt, und schließlich für den Commissionsantrag mit diesem Amendement.

Das Amendement ist weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung. Das Gesetz ist derart, daß es ebenso wenig verbessert als verschlechtert werden kann.

Nachdem der entscheidende Sprung über den Stock gethan, empfindet das hohe Haus das Bedürfniß nach Ruhe, ein Antrag auf Vertagung findet fast einstimmige Annahme.

Nächste Sitzung morgen Vormittag 11 Uhr. Es ist sehr fraglich, ob die zweite Lesung diese Woche noch zu Ende geht.

— Den heuchlerischen Liberalen liest die in Leipzig erscheinende „Allgemeine evangelisch-lutherische Kirchenzeitung" in derber, aber immerhin trefflicher Weise den Text, indem sie sich über die jüngste Reichstagsrede Bebels in folgender Weise äußert:

„Bebel durfte fragen, ob denn die atheistischen und materialistischen Anschauungen, als deren Heerd man die Sozialdemokratie anklage, von Sozialdemokraten wissenschaftlich begründet, ob die „vier Auflagen", welche Strauß „Alter und Neuer Glaube" erlebt, von Sozialdemokraten und Arbeitern gekauft worden seien. Er konnte hinweisen auf Ph. Mainländer's „Philosophie der Erlösung", welche als den von der Menschheit angestrebten idealen Zustand den Sozialdemokratismus bezeichne, und damit abschließen, daß die Sozialdemokratie überall nur die Lehren der Wissenschaft anzuerkennen, weiter zu verbreiten, zu popularisiren [illegible] widersprüche nicht innerhalb kurzer Zeit eine allseitig befriedigende Lösung gefunden und nur dem Erstaunen Raum gelassen haben, daß man darauf nicht schon früher gekommen.*) Alle diese Umstände — und vorzugsweise die Auflösung des Räthsels selbst, welche das letztere als einen Zustand bezeichnet, dem wir Dank unserem Jahrhundert entflohen, — regen uns zu einem Vergleich an mit dem heute die Geister beschäftigenden Räthsel des Ausnahmegesetzes, dessen Schicksal mit dem der obigen Charade eine unverkennbare Aehnlichkeit hat.

Die in diesem grauenhaften Räthsel enthaltenen Widersprüche waren von Hause aus so unverkennbar und so entmuthigend für Jeden, der die Lösung versuchte, daß letztere in der vorigen Reichstagssitzung scheiterte und sogar diejenigen, denen sonst selten eine Nuß zu hart war, — wir meinen die nationalen Herren Nußknacker — einmüthig erklärten: Das ginge über ihren Horizont. Die Regierung aber konnte mit einem solchen „testimonium paupertatis"**) von Seiten der Vertreter des „Volks der Denker" sich natürlich nicht zufrieden geben; sie gab die Hoffnung nicht auf, daß diesen doch noch ein Licht aufgehen werde; um aber für die verlangten geistigen und moralischen Strapazen einigermaßen zu entschädigen, setzte sie einen Preis für die Lösung des Räthsels aus: ein Ministerportefeuille. Und der Erfolg war wunderbar, — Jedermann war entzückt!

Keine Mauer ist so stark, daß sich für solchen Preis nicht ein Patentschädel fände, der sich zum Sturmbock hergiebt! — Alle Widersprüche, über welche Anfangs die Männer der Logik zerterten, haben sich nunmehr in Wohlgefallen, alle Sinnlosigkeiten in Orakelsprüche aufgelöst, alle Schwierigkeiten sind überwunden und über dem Wust des in der Commissionssitzung verarbeiteten Materials erklingt jetzt ein Te deum laudamus***). Aus der Asche des „Gneist, der früher stets verneinte", ist phönixgleich Herr Bennigsen als höchste Potenz der Bejahung erstanden. Vielleicht begeistert dieser denkwürdige Umschwung der Ereignisse einen, den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Rechnung tragenden modernen Literaten, ein Pendant zu Spielhagen's „Problematischen Naturen" zu liefern!

Betrachten wir die Methode, die man eingeschlagen, um das prämiirte Räthsel des Ausnahmegesetzes zu lösen und aus der bejammerten unlösbaren Fassung der Regierungsvorlage die Beschlüsse der Commission herauszuschälen, so begegnen wir einer dialektischen Gewandtheit, als deren hervorragendster, mit den „Geheimnissen einer Mannesseele" innig vertrauter Vertreter Herr Lasker figurirt, — eine Dialektik, welche jedoch auf Kosten der bescheidensten Logik brillirt und in dieser Beziehung unübertroffen dasteht. Hätte Luther sich dieser Gattung von Dialektik rühmen können, er würde sicher mit dem Klerus einen Modus vivendi ge-

*) Wir bestätigen diese Ansicht unseres Mitarbeiters. Die Redaktion der „Neuen Welt" theilt uns mit, daß circa 300 richtige Lösungen eingegangen seien.
R. d. V.

**) Armuthszeugniß.

***) Herr Gott, dich loben wir.

Menschen fast niemals gänzlich gebricht. Seine Schrift gegen Bastiat-Schulze ist nicht ganz so schändlich wie das von Lügen strotzende Pasquill wider Julian Schmidt; sie enthält einzelne Abschnitte von siegreicher polemischer Kraft. Doch in allen volkswirthschaftlichen Werken Lassalle's zeigt sich dieselbe Unfähigkeit, einen positiven und lebensfähigen sozialen Gedanken zu gestalten, und — dieselbe Verlogenheit!"

Unsinn, Unfähigkeit, Verlogenheit — aus diesen Begriffen ist der Treitschke'sche Lassalle zusammengesetzt.

Geistreich, liebenswürdig und lehrreich — ist der Bismarck'sche Lassalle.

Fühlt der literarische Kammerdiener Bismarck's, Herr von Treitschke, nicht, daß er sich unsterblich blamirt hat. Wir möchten nicht in seiner Haut stecken, da er fortwährend in Furcht sein wird, daß sein Herr und Meister ihm eins auf das ungewaschene, voreilige Schimpfmaul giebt.

— Der wissenschaftliche Nationalliberalismus gegen den staatsmännischen Nationalliberalismus. Während die „großen" nationalliberalen Staatsmänner Bennigsen, Lasker und Stauffenberg das Ausnahmegesetz gegen eine große Partei oder besser gesagt: gegen eine Volksklasse durchdrücken helfen, erlaubt sich der nationalliberale Gelehrte, Professor Adolf Held, in seiner jüngsten Schrift: „Sozialismus, Sozialdemokraten und Sozial-Politik" folgende Gedanken zu äußern:

„Hüten wir uns, den Arbeiter mit anderem Maße zu messen, als uns selbst. Die Krankheit der sozialen Bewegung wurzelt nicht in den bosshaften Leidenschaften unserer Arbeiter allein; denn diese sind Menschen wie wir, keine Rasse mit besonderen Anlagen. Was schlimm an ihnen ist und insoweit sie schlimmeren Anschauungen huldigen, als andere Klassen — immer muß daran die Erziehung schuld sein, durch welche die ganzen Völker gegangen sind. Die Krankheit wurzelt in der ganzen Gesellschaft, in der Geschichte der Ideen, welche sich in der Geschichte entwickelt haben. Wo die ganze Gesellschaft gefehlt hat, da da kann aber auch die ganze Gesellschaft helfen. So tief die Wurzeln der Krankheit liegen, dennoch ist es keine Krankheit, die den ganzen Volksorganismus verderben muß, ja es ist nicht einmal eine Krankheit, die uns nothwendig durch eine lebensgefährliche Krisis hindurchführen muß. Freilich, die richtigen Mittel zur Bekämpfung des Uebels allgemein zu kennen und zu ergreifen, sind wir noch weit entfernt, weil wir das Uebel noch [illegible]

— Der Unsinn ist einmal ein Faktor, mit dem unter allen Umständen gerechnet werden muß, dessen Gunst man sich nicht so leichthin verscherzen darf.

Was die Verschiedenheit der Begriffe „Untergrabung" und „Umsturz" betrifft, so gehört in der That ein illustres Unterscheidungsvermögen dazu, um die Thätigkeit der Exekutive durch das Lasker'sche Wort auf ein anderes Feld zu dirigiren, als es der Regierungsentwurf ihr vorzeichnete. Jedenfalls wird sich die Polizei nicht veranlaßt sehen, dem Herrn Lasker auf seinen dialektischen Schleichwegen zu folgen und die ursprüngliche Fassung der Vorlage: „auf Untergrabung gerichtet" wird unter ihren Händen der Metamorphose: „den Umsturz bezweckend" unterliegen.

Dieser dem Gesetz zu Grunde liegende Passus des § 1 wiederholt sich gleich einer Schraube ohne Ende in fast allen Paragraphen, bald mit, bald ohne „öffentlichen Frieden". Ein drastisches Produkt ist der § 5, in dessen erstem Absatz von der Gefährdung des öffentlichen Friedens nichts verlautet und in dessen zweitem Absatz dieses Kriterium durch den Hinweis auf den Absatz 1 des § 1 sogar unverkennbar verboten ist.

Hiernach bedarf es zur Auflösung resp. zum vorherigen Verbot einer Versammlung nur deren sozialdemokratischer Tendenz, ohne daß eine Gefährdung des öffentlichen Friedens erforderlich wäre.

Wenn man nun anerkennen muß und festhält, daß die Thätigkeit eines Vereins hauptsächlich in Versammlungen zum Ausdruck gelangt und letztere für die Existenz desselben unabweislich bedingend sind, was nutzt dann den Vereinen die in § 1 gelaskerte „Gefährdung des öffentlichen Friedens"? Wo ist die Taube, die in dem Kampf dieser Gegensätze den Oelzweig bringt und die erlaubte Existenz eines Vereins mit dem Verbot seiner Versammlungen versöhnt?

Die besondere Berücksichtigung, welche die genossenschaftlichen Kassen in der Commissionssitzung gefunden haben und in Folge deren diesen Instituten der § 1a gewidmet worden, hat für sie ungefähr denselben Werth, welchen für das zur Schlachtbank geführte Opfer die Larve hat, die ihm über den Kopf gezogen wird, — denselben Werth, welchen die Augenbinde für den zum Tode verurtheilten armen Sünder hat. Ein solches, nur in der Einbildung existirendes Schutzmittel ist die in Aussicht gestellte staatliche Administration. — Eine fernere vielversprechende Knospe ist die Identificirung von Verbindungen jeder Art mit Vereinen. Wer kann in Abrede stellen, daß auch die Ehe zu den Verbindungen jeder Art gehört und ganz entschieden communistische Bestrebungen verfolgt? Wer rettet uns aus dem Dilemma, wenn auch bis dahin das Gesetz sich den Weg bahnt und eines Tages hoffnungsvolle Heirathskandidaten den Weg der communistischen Umstürzler gehen läßt?

Doch — auch Patroklus mußte sterben! Der Abgeordnete v. Kardorff war es, der bei der Construktion des § 16a für Lasker in die Bresche sprang und mit seinem Verbesserungsvorschlag eine

*) Der König ist todt, es lebe der König!

sich in die langweilige doctrinäre Hülle der Buchform stecken und wird keinen Schuster vom Leisten weglocken, daß er in eine, „den öffentlichen Frieden bedrohende" Extase geräth. — Das Argusauge des „Erzengels" ist geschlossen gegen solche Wahrheit. — Nur freimüthige Wahrheit, kurze, elementare Wahrheit, in Flug- und Zeitschriften hat „viel Feind viel Ehr."

Wir sind mit dem antisozialistischen Schriftsteller vollkommen einverstanden und freuen uns, solche ausgesprochene „Wahrheiten" jetzt sehr häufig im „Vorwärts" registriren zu können. Doch eins! Der Verfasser ruft die Beihilfe des heutigen Staates an, das freie Wort zu fördern. Armer Utopist! Da mußt Du allerdings warten, bis die sozialistische Gesellschaft erstanden ist — und weil Du daran nicht glaubst, bleibst Du ein unverbesserlicher Utopist.

— Die Gastwirthe werden zu Polizeispitzeln degradirt, wenn das Ausnahmegesetz in Kraft getreten ist; dies fühlt auch die „Deutsche Gastwirthzeitung", indem sie schreibt:

„Den Wirthen wird unter der Herrschaft dieser Bestimmungen die Hölle so heiß gemacht, daß sich jeder anständige, gesinnungsvolle Mensch wohl hüten wird, fortan dieses verfängliche Gewerbe zu ergreifen; und während man angeblich der guten Sitte wegen die Wirthe längst unter Ausnahmegesetze gestellt hat, ist man gegenwärtig bestrebt, diese Ausnahmegesetze noch zu verschärfen, Gesetze, deren nächste und unvermeidlichste Wirkung die sein muß und wird — die Wirthe gänzlich zu entsittlichen und zu einer Verwilderung des Charakters zu führen, vor deren Consequenzen jeder zurückbeben muß, der es mit dem Fortschritt zur Veredelung der menschlichen Gesellschaft ehrlich und gewissenhaft meint."

Wer „untergräbt" die Sittlichkeit, so fragen wir Herrn von Bismarck?

— In Oesterreich wird der Wirrwar immer größer. Dem ungarischen Ministerium ist das deutsch-österreichische Ministerium auf dem Fuße gefolgt — dasselbe mit dem Fürsten Auersperg an der Spitze hat gleichfalls seine Entlassung erhalten. Nun kommt wohl der Reichskanzler Andrassy an die Reihe. Neuerdings haben die Oesterreicher wieder ein bedeutendes Gefecht gegen die Bosnier verloren. Der ungarische Reichstag verlangt Zurückberufung der Armee aus Bosnien, der Kaiser wird bald merken, daß er auf der [illegible] Politik und „Gesinnungstreue" sind eben flamesische Zwillingsbrüder!

x. y. z.

Antwort des Dr. Adolf Wagner an Dr. Rudolf Meyer.

In der von uns nach allen Seiten bis jetzt erwähnten und besprochenen Angelegenheit der Herausgabe der Briefe Lassalle's an Rodbertus und der daran geknüpften Meyer'schen Anklage wegen Unterdrückung einiger Kraftausdrücke, die Lassalle gebraucht haben soll, nimmt nunmehr Dr. Adolf Wagner in der „Germania" das Wort. Er sagt:

„Eine erste Erklärung des Hrn. Dr. Meyer in der „Frankfurter Zeitung" vom 16. September ist mir, als ich von längerer Reise hierher zurückkehrte, am 27. September bekannt geworden. Ich habe an diesem Tage sogleich an die „Frankfurter Zeitung" eine Berichtigung geschickt. In derselben schloß ich mich einer mir abschriftlich mitgetheilten Erklärung des Herrn Schumacher an und fügte weitere Details hinzu. Ich selbst sehe weder die „Frankfurter Zeitung" noch die „Germania" regelmäßig. Wie ich von dritter Seite vernehme, ist meine Erklärung bereits vor einigen Tagen in der „Frankfurter Zeitung" zu lesen gewesen, desgleichen die des Herrn Schumacher. Die verlangte Antwort wurde dem Herrn Meyer also prompt zu Theil.

„Auf diese Erklärungen beziehe ich mich und erlaube mir gegenüber dem neuen Artikel des Herrn Dr. M. in Ihrem Blatt Folgendes hinzuzufügen.

„1. Die „Inkorrektheiten" des Textes der Lassalle'schen Briefe bestehen lediglich in der Phantasie des Hrn. Dr. Meyer. Im Vorwort S. VII. sagte ich: „Der Abdruck ist strengwörtlich bis auf eine geringfügige Modifikation eines etwas zu derben Ausdrucks." Herr Meyer ergänzt diese Aenderungen ganz willkürlich nach seiner Phantasie. Die erste betrifft nämlich auf S. 473, 3 von unten den Namen eines deutschen volkswirthschaftlichen Schriftstellers, der noch lebt und durch die dortige Charakteristik Lassalle's direkt beleidigt worden wäre. Wer etwas in Personen und Dingen Bescheid weiß, kann den Namen leicht ergänzen. Die zweite Aenderung bezieht sich auf die Weglassung eines verächtlichen Zusatzwortes auf S. 95 bei den Namen Lette, Michaelis und Faucher. Ich bin bei diesen sachlich ganz indifferenten Aenderungen persönlichen Rücksichten auf unsere Verantwortung als Herausgeber gefolgt.

„Sonst sind die Briefe minutiös genau, ohne die geringste Aenderung, Weglassung oder Zusatz, abgedruckt — alle Briefe und so auch Nr. 12. Wenn Herr Meyer behauptet: im Original des letzteren hätten die Worte gestanden: „Man muß dem Mob etwas bieten" (in Bezug auf das Lassalle'sche Projekt über die Produktiv-Associationen), so hat ihn sein „Gedächtniß" getäuscht.

„Eine ähnliche Wendung kommt allerdings in dem Briefe Nr. 5 vor, findet sich hier aber S. 46 unserer Publikation auch wortgetreu abgedruckt. Lassalle bezeichnet hier als innersten Kern seiner Ansicht die Nothwendigkeit der Ablösung von Grund- und Kapital-Eigenthum und fügt dann

Parteirichtung unter Umständen durch Polizeimittel zu unterdrücken sei oder unterdrückt werden könne, so erscheinen die Formfragen, über welche die Kommission nunmehr zwei Wochen hindurch verhandelt hat, als sehr nebensächlich. Die Ausdehnung dieser Verhandlungen kommt ausschließlich auf Rechnung der nationalliberalen Partei. Der Standpunkt der Gruppen rechts und links von den Nationalliberalen war in der Kommission ein ganz bestimmt gegebener. Die nationalliberale Partei aber war in sich uneins; sie erschien fast bei jeder Abstimmung gespalten. Alle Reden der Conservativen einerseits, der Fortschrittspartei und des Centrums andererseits hatten daher nur den Zweck, einen ausschlaggebenden Theil der Nationalliberalen nach Rechts bezw. nach Links hinüberzuziehen. Die nationalliberale Partei im Ganzen war von vornherein unter Aufgebung des im Mai eingenommenen Standpunktes auf den Boden des Regierungs-Entwurfs getreten. Aber manche ihrer Mitglieder wollten wenigstens bei den Einzelbestimmungen über die Verfolgungsmethode der Sozialisten markiren, daß sie noch einen selbstständigen Standpunkt einnähmen und keineswegs gesonnen seien, in die große Partei Bismarck sans phrase überzugehen. Dieses selbstständige Auftreten an sich, weniger der Gegenstand, um den es sich dabei handelt, scheint beim Kanzler jene Mißstimmung hervorgebracht zu haben, welche der bekannte Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegen Lasker reflektirte. Die Wirkung dieses Artikels auf die Nationalliberalen in der Kommission war eine wunderbare. Vor jenem Artikel erschien Lasker in der Kommission als ihr Führer. Nach jenem Artikel wurden auch die nationalliberalen Amendements, mit welchen Lasker von vornherein einverstanden war, nicht mehr von Lasker, sondern von anderen Fraktionsmitgliedern eingebracht. Schwerer als das äußerliche Zurücktreten Lasker's wiegt aber der Umstand, daß er jetzt mehr und mehr bei den Abstimmungen isolirt blieb. Bennigsen gab mit den übrigen Fraktionsgenossen (Stauffenberg war zuletzt meistentheils verhindert) vielfach gegen ihn nach Rechts den Ausschlag. Die anderen Parteien hatten zuerst angenommen, daß der linke Flügel der Nationalliberalen auf den Boden des Ausnahmegesetzes nur getreten sei, nachdem er von der übrigen Partei bestimmte Zusicherung erhalten, daß unter allen Umständen gewisse Cautelen und Einschränkungen gemeinschaftlich festzuhalten seien. Der Verlauf der Commissionsverhandlungen hat diese Voraussetzungen gestört. Lasker-Stauffenberg wurden in der wichtigen Frage der obersten Beschwerdeinstanz von den Fraktionsgenossen im Stiche gelassen; die Handhabung des Ausnahmegesetzes wurde einem Ausnahmegericht unterstellt. Damit hat sich der linke Flügel in die denkbar ungünstigste taktische Position gebracht. Lasker konnte dem Gesetz, wie es aus der Commission hervorging, im Gegensatz zu seinen Fraktionsgenossen nicht zustimmen; er hat aber auch nicht gegen das Gesetz gestimmt, in welchem er schon so viel Bedenkliches annehmbar erklärt hatte. An und für sich liegen im Plenum die Chancen für Lasker allerdings günstiger als in der Commission. Dort waren die 38 Stimmen der Polen, Elsässer und Sozialdemokraten in Folge der bekannten Vorgänge bei den Wahlen durch Gneist vertreten; zudem fehlte in der Commission zum Schluß Stauffenberg. Aber immerhin bedarf Lasker im Plenum aus den Nationalliberalen 25 Stimmen, um seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Wird er diese finden? Wird er die in der Commission verlorenen Positionen wieder zu erringen suchen, oder wird er gar Das, was er in der Commission für unannehmbar erklärte, im Plenum, wenn auch erst bei der dritten Lesung, für annehmbar erachten? Fürst Bismarck nimmt seinen Vortheil wahr; die Schwäche der nationalliberalen Stellung muß ihn erst recht zu dem Versuch anfeuern, die Nationalliberalen bis auf den letzten Mann und auf den letzten Punkt seinem Willen zu unterwerfen oder, was ihm noch erwünschter sein muß, einen kleinen Rest mit Lasker aus der Fraktion zu drängen und dadurch die Uebrigen auch für seine anderen Pläne um so gefügiger zu machen.

Danzig, 4. Oktober. Von unserm „verlorenen Posten" dringt selten ein Lebenszeichen zu Ihnen. Es ist Zeit, daß auch wir uns in Reih' und Glied stellen und unser vielfach bezweifeltes Dasein dokumentiren. Unsere bescheidene Chiffre am Fuße dieser Zeilen soll das Wappen der von den Gegnern bemitleideten „zwölf Apostel Danzigs" sein, welche sich jedoch inzwischen recht ansehnlich vermehrt haben. — Noblesse oblige! Stellen wir uns daher zunächst der „Danziger Zeitung" vor und machen wir ihr unser Compliment.

Mit stiller Genugthuung reproduzirt die „Danziger Zeitung" in Nr. 11182 die in der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" abgedruckte Erklärung des Bankiers Samter, in welcher derselbe sich verwahrt, nationalliberal genannt zu werden; er sei allerdings kein Sozialdemokrat, aber ein Sozialist.

Wie erklärt sich Herr Samter wohl den Unterschied zwischen Sozialist und Sozialdemokrat? Wenn er auf die Unterscheidung dieser Begriffe dasselbe objektive Urtheil anwendet, welches man seinen katheder-sozialistischen Schriften nachrühmt, so würde er unfehlbar zu der knappen Definition: Theorie und Praxis — gelangen. Daß der Sozialismus auch in der Gestalt, die Herr Samter ihm gegeben, in einem Polizei- und Militärstaat ein frommer Wunsch bleiben muß, und daß es einer Revolution, d. h. wohlgemerkt, einer durchgreifenden Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems bedarf, bevor an die Verwirklichung sozialistischer Ideen, beispielsweise der auch von Herrn Samter empfohlenen gleichmäßigen Vertheilung von Grund und Boden, gedacht werden kann, das wird Herrn Samter vielleicht einleuchten! Mit den Theorien allein, die vom Katheder der privilegirten Wissenschaft herab gepredigt werden, ist dem Arbeiter nicht gedient; wenn er schon hungert, so ist die Frage, warum er hungert? nur dann von Bedeutung für ihn, wenn ihm die Antwort darauf den Weg und die Mittel zu seiner Befriedigung zeigt. Die Methode des Herrn Samter, die Ursachen des im Proletariat allgemein herrschenden Elends anatomisch zu zergliedern, so gut er es eben versteht, — gegen den Verdacht, für die Beseitigung dieser Ursachen zu wirken, aber lebhaft zu protestiren, liefert uns den besten Beweis, welche Verbesserung ihrer Lage die arbeitende Klasse von dem Wohlwollen der Besitzenden zu erwarten hat! Wenn man den Arbeiter auf ökonomischem Gebiet unaufhörlich zur „Selbsthilfe" hindrängt, so wird man ihm wohl gestatten müssen, daß er sich zunächst auf politischem Gebiete selbst hilft; nur so kann er seine Aufgabe lösen.

Wie würde es Herrn Samter gefallen, wenn sich z. B. die Thätigkeit des Erfinders der Dampfmaschine nur auf wissenschaftliche Hypothesen und auf die Erlangung mathematischer Gewißheit erstreckt hätte? Wenn er die ihm zur Construktion der Maschine zu Gebote stehenden technischen Mittel unbenutzt gelassen hätte, aus Furcht, dadurch eine großartige Umwälzung der Verkehrs- und Produktions-Verhältnisse herbeizuführen? Oder wenn der Versuch, den menschlichen Gedanken mit Blitzesschnelligkeit über den Ozean zu schleudern, an der allgemeinen Ueberzeugung gescheitert wäre, daß die gesellschaftlichen Zusammenhänge durch den Telegraphen ein anderes Gepräge erhalten würden? — Herr Samter verurtheilt gewiß den allgemeinen Widerstand, welchen kurzsichtige Sonderinteressen jenen Errungenschaften des menschlichen Geistes bereiteten, und dennoch hält er es mit seinem gesunden Menschenverstande und seinen sozialistischen Anschauungen für vereinbar, so paradoxe Behauptungen, wie die obige, öffentlich zu proklamiren? Denn wenn Herr Samter den Einwand machen wollte, daß seine sozialistischen Prinzipien in der Theorie richtig, in der Praxis aber nicht anwendbar seien — was hat ihn denn bewogen, Berge kreisen zu lassen, um eine Maus zu gebären? Was würde es wohl der Industrie nützen, wenn auf dem Papier ein Perpetuum mobile erfunden würde, das sich für reale Zwecke nicht verwerthen läßt, und welches Verdienst hätte sich Gutenberg um die Menschheit erworben, wenn er ihr lediglich die Entdeckung gemacht: es wäre ganz hübsch, die Gedanken auf mechanischem Wege vielfältig verbreiten zu können? Oder wenn die Erfinder und Vervollkommner des Teleskops sich dem stillvergnügten Gedanken hingegeben hätten, es müßte doch etwas Herrliches sein, sich den Mond genau anzusehen? — Ja, sagt vielleicht Herr Samter, das waren Acquisitionen der Technik, da konnte man sich durch einen praktischen Versuch von der Ausführbarkeit des Projekts vorher überzeugen! — Das ist's aber eben, was auch wir nur wollen, die Gelegenheit zu praktischen Versuchen und unparteiische objektive Beurtheilung solcher Versuche. Denn daß z. B. seit Entdeckung und Verwendung der Dampfkraft mancher Dampfkessel geplatzt ist und mancher noch platzen kann, wird auch Herr Samter wohl kaum als Argument für die Unzweckmäßigkeit der Dampfmaschinen geltend machen wollen.

Herr Samter aber hüllt sich in eine aftersozialistische Löwenhaut, aus der die nationalliberalen Ohren hervorgucken. Er hat es nicht nöthig, Sozialdemokrat zu sein, er kann sich den Luxus erlauben, in „Sozialismus" zu privatisiren, und wenn er dieses Privatvergnügen auch mit einer — übrigens in ziemlich verdächtig ostentativer Weise in Scene gesetzten — kleinen Schmälerung seiner Revenuen bezahlen mußte, so denkt er bei sich: „Meine Mittel erlauben es mir!" Nebenbei spekulirt er ein wenig auf das Gedächtniß der Nachwelt an den „gemaßregelten Märtyrer" der sozialen Sache. — Wie es Schmarotzer der Wissenschaft giebt, so giebt es auch solche der Gesinnung. Es sei ein Jeder vor ihnen gewarnt! —

Daß die „Danziger Zeitung" solchen Harlekinaden" ihre Spalten öffnet, ohne sie zu commentiren, nimmt uns freilich nicht Wunder. Befremdend ist nur, daß sie an anderer Stelle die „Hohlheit unseres Evangeliums" beklagt, während sie selbst voll ist — von gesinnungslosen Sätzen. Ein Blatt, das schamlos genug ist, zu behaupten: „es ließe sich darüber streiten, ob die Freiheit der Lehre menschenwürdig ist oder nicht", — wie dies die „Danziger Zeitung" in Nr. 11180 bei Besprechung des englischen Strafsystems thut, — ein solches Blatt hat sich selbst das Urtheil gesprochen!

Mit sozialdemokratischem Gruß x. y. z.

g. **Frankfurt a. M.**, 8. Oktober. Der heutige „demokratische" „Beobachter", dessen Redakteur den ominösen Namen Kanngießer führt, kannegießert in seinem „Sprechsaal" in folgender Weise:

„Herr Redakteur! Sie brachten jüngst nach Berliner Blättern die Erzählung über einen Vorgang aus Lassalle's Leben, worin auch der „wahrhaft orientalische Luxus" erwähnt war, mit dem dieser Arbeiter-Agitator sich in seiner Wohnung zu umgeben liebte. Ich kann hierzu aus eigener Erfahrung einen Beitrag liefern, der vielleicht für Viele nicht ohne Interesse ist. Es war im Jahre 1846. Lassalle hatte noch nicht die soziale Frage in die Hand genommen, wohl aber schon die vielgenannte Gräfin in die Arme geschlossen und wählte Berlin zu seinem Aufenthalt. Der Hoftapezier Hildl, bei dem ich damals als Gehülfe in Condition stand, wurde mit der überaus luxuriösen Ausstattung der Lassalle'schen Wohnung beauftragt und mancher kostbare Möbeltransport fand unter meiner Begleitung seinen Weg in die Wohnung des Herrn. Als Alles an seinem richtigen Platz stand und Herr Lassalle wie ein Fürst sich eingerichtet hatte, wollte mein Prinzipal, wie man zu sagen pflegt, auch „Geld sehen"; Herr Lassalle fand das aber keineswegs für nöthig, wenigstens pressirte es ihm gar nicht. Nach monatelangen Mahnungen wurde Klage angestellt — Herr Lassalle unternahm inzwischen mit seiner Gräfin eine Vergnügungsreise, das Ende vom Lied war, daß Herr Hildl, der Hoftapezier, nicht nur seine Möbel wiederbekam, sondern noch dazu die Bibliothek Lassalle's, welche zur Deckung aufgewachsener Kosten 2c. an Antiquare und Büchertrödler verkauft wurde. Mit dem „großen Vermögen", welches Lassalle gehabt haben soll und das auch in seinem Testament paradirt, scheint es also nichts gewesen zu sein; es war Schwindel, gleichwie denn Lassalle in seinem ganzen Wesen Viel vom Komödianten hatte. Wer da glaubt, daß der Mann ein wirklicher Arbeiterfreund gewesen sei, ist ein Narr."

Daß der Herr Kanngießer dem früheren Gehilfen eines Berliner Hoftapeziers, einem gegenwärtigen kannegießernden Frankfurter Spießbürger, in dieser Weise das Wort erlaubt, beweist nur, daß der Redakteur des „Beobachter" nach dem Tode seines geistvollen Bruders zu versumpfen anfängt. Zur Sache selbst sei nur bemerkt, daß Lassalle eine sehr bedeutende Bibliothek hinterlassen hat und daß er im Jahre 1846 einundzwanzig Jahre alt war, während die Gräfin Hatzfeld einundvierzig Jahre zählte. — Doch noch Eins: Lassalle war im Jahre 1846 gerade in Paris gewesen und hatte wohl deshalb bemerkt, daß der Gehilfe des Hoftapeziers ein großer Stümper war und die Möbel 2c. 2c. überaus geschmacklos gearbeitet hatte, deshalb stellte er sie zur Disposition. Wenn der gegenwärtige Frankfurter Tapeziermeister, der Schreiber obiger Infamie gegen Lassalle, nur seinen Namen nennen wollte, so würde es Jedermann klar, daß man es mit einem unfähigen, halbbankerotten Spießbürger zu thun hat. Schäme dich, „demokratischer" „Beobachter"!

München, 8. Oktober. Als vor einigen Jahren der „Zeitgeist" vor der Heranziehung der fremden Arbeiter, besonders der italienischen und böhmischen warnte und einzelne sozialistische Redner diesem Gedanken Ausdruck gaben — da war die liberale Presse mit ihrem Urtheil gleich fertig und hieß den „Zeitgeist" und die Redner „Hetzer" und „Aufwiegler". Seitdem ist gar viel Wasser durchs Isarbett gelaufen und die Liberalen haben so Manches erfahren müssen, daß sie nicht nur klüger geworden sind, sondern ein großer Theil lief ganz flott aus dem liberalen Lager fort und segelt, wenn auch noch nicht mit enthüllter Flagge, im schutzzöllnerischen Fahrwasser. — Die „Süddeutsche Presse" ist die Arche, in welche die Flüchtlinge sich gerettet vor der manchesterlichen Sündfluth. Nun wird aber dasselbe, was der „Zeitgeist" und die „Umsturz-Agitatoren" vor Jahren geschrieben und gesprochen, von der „Süddeutschen Presse" gelehrt. In einem ohne weitere Bemerkung abgedruckten Artikel, mit dem also die „Süddeutsche Presse" wohl einverstanden sein muß, wird über das Unwesen der Submissionen geklagt, über die Beschäftigung italienischer und österreichischer Arbeiter und sogar Messerrevolten werden in Aussicht gestellt, in der Absicht, die Regierung — hier zunächst die kgl. Direktion der Verkehrsanstalten — zu einer Aenderung dieses Systems zu bewegen. Und nach welchen Grundsätzen soll reformirt werden? Der erwähnte Artikel meint, an Stelle der Preiskonkurrenz müsse das Prinzip der Qualitätskonkurrenz treten und fremde Arbeit dürfe erst dann aufgerufen werden, wenn die einheimische versorgt ist. Also Qualitätskonkurrenz, d. h. das Bessere ist auch das Billigere, selbst wenn es theurer ist als das Schlechtere, das wäre der erste Rettungsgrundsatz und er ist gewiß nicht übel, so wenig als der andere, welcher den Schutz der heimischen Arbeit verlangt. Aber nehmt euch doch bei eigener Nase, ihr Herren, ihr braucht wahrlich nicht an die Regierung zu gelangen. Habt ihr nicht selbst das gleiche Spiel gespielt, habt ihr nicht selbst den bedürfnißarmen Italiener, Böhmen und Tiroler dem bayerischen und deutschen Arbeiter vorgezogen, weil der Polentaesser billiger kam als der Bayer, der wenigstens Brod, Fleisch und Bier zu seiner Existenz unerläßlich hält. Jetzt habt ihr euch im eigenen Netze gefangen. Allerdings hungern so viele brave bayerische Arbeiterfamilien, aber ihr selbst seid ebenfalls an der Schwindsucht erkrankt, auch euch wird's jetzt warm unterm Sitzfleisch und da schreit ihr Feuer! Euch darf man nicht Hetzer und Aufwiegler nennen, denn ihr seid die Herren, und das, Bauer, ist etwas anderes!

Bern, 25. September. Das schweizerische Fabrikgesetz mit seinem Normalarbeitstage trägt, wie die Berliner „Vossische Zeitung" berichtet, die besten Früchte. Die Besorgnisse, welche sowohl aus industriellen als auch aus Arbeiterkreisen selbst an dieses Gesetz geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt. Die Leistungen der Akkordarbeiter sind nahezu dieselben wie früher bei 13 Stunden. Demgemäß müssen auch die tagelöhnenden Zuarbeiter in der kürzeren Zeit mehr leisten. Man fand, bei einem nunmehr 5½stündigen Halbtage genüge eine bescheidene Erfrischung, die von Hause mitgebracht wird, das beliebige Zutragen von geistigen Getränken aus dem Wirthshause hat aufgehört. Die Löhne sind allerdings im Verhältniß zu den ausfallenden Stunden etwas stark reduzirt, dagegen sieht man des Sommers am frühen Morgen und am Abend die Fabrikarbeiter mit Ackergeräthen auf's Feld gehen, und im Winter werden sie auch wohl zu Hause etwas zu thun finden. Der Ausfall wird durch solche Nebenbeschäftigung mehr als gedeckt, und für die Gesundheit ist die Abwechselung in der Arbeit sehr wohlthätig. Es wird für die Arbeiter von den Fabrikanten gegen billigen Zins Land gewünscht und bemerkt, daß man seit Einführung der elfstündigen Arbeitszeit die Arbeiter auffallend seltener im Wirthshause treffe. Es hänge dies zwar mit der schlechten Zeit und den geringen Löhnen, mehr aber noch damit zusammen, daß die Arbeiter, weniger abgespannt und noch bei hellem Tage heimkehrend, mehr aufgelegt sind zur Arbeit und es der Mühe werth finden, die längere Mußezeit hierzu zu verwenden. (Daß die Fabrikanten keine Einbuße zu erleiden haben, ist klar, da sie es ja in der Hand haben, die Löhne zu kürzen, jedoch meinen wir, daß bei einer elfstündigen Arbeitszeit dem Arbeiter wenig Muße zu Nebenarbeiten bleiben dürfte. Im Gegentheil, nur die Noth zwingt die Arbeiter, sich nach einer Nebenbeschäftigung umzusehen. D. R. d. V.)

Bromberg, 1. Oktober. Der Arbeitsmann Negedomski, welcher an der Ostbahn beschäftigt war, und als Soldat den Feldzug 1870/71 mitgemacht hatte, stürzte vor einigen Wochen beim Schichtwechsel in eine Grube. Er wurde bewußtlos herausgezogen und zu seiner Frau geschafft. Die Folge dieses Unglücks war, daß der Mann zwar wieder genas, aber seinen Verstand verlor. Er ist nun lediglich auf den Verdienst seiner Frau angewiesen. Die Direktion der Ostbahn bewilligte zwar einige ärmliche Unterstützungen, jetzt jedoch soll auch dies wegfallen. So ist es aber allgemein, erst nützt man den Arbeiter auf alle Art aus, und wenn er in der Folge verunglückt, giebt man ihm ein Almosen und — einen Fußtritt. Und so werden die Bestimmungen über die Haftpflicht gehandhabt; jetzt soll der Mann resp. die Frau prozessiren, wer giebt aber das Geld dazu? — Schöne Weltordnung!

Wahlkreis Alzey-Bingen.

Sollte sich in unserem Wahlkreise Niemand finden, der eine engere Verbindung der Gleichgesinnten anstreben könnte? Wollte der Betreffende nicht seine Adresse behufs Näherem im „Vorwärts" bekannt geben?
M. M.

Briefkasten

der Redaktion. X. Y. Z. Artikel angekommen.

Parteigenosse **Jentsch**, 1876 Maurer in Düsseldorf, wird um seine Adresse gebeten.
Düsseldorf. Heinr. Langer, Mertensgasse 15.

Zur Beachtung!

Da Nachnahmesendung den Preis der Schriften wesentlich erhöht, sowie bei Nichteinlösung derselben uns bedeutende Portoauslagen erwachsen, versenden wir von nun an nur mehr gegen baar.

Leipzig, den 9. Oktober 1878.

Die Expedition des „Vorwärts".

Roh-Tabak.

Domingo 45. 55. **Blatt** 120 **Pf.** [8c
Brasil 60. 70. 80. 100. **do. Blatt** 6—7 **Pfd.** deckend 130 **Pf.**
Seedleaf 45. 50. 55. **do. Blatt** 80. 100. 120—180
Java 90. 150. 160. 180. 250 **Pf.**
Palmyra 130. 135. 170. **Rio Grande** 60 **Pfg.**
Carmen 80. 100. 120. **Saratow** 40 **Pf.** [3,50
Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Agenten

oder **Provisions-Reisende** mit **guten** Referenzen engagirt die **bekannte Cigarrenfabrik** (3b) [1,80
Herm. Otto Wendt, Bremen.

Roh-Tabak-Lager

3,00] von (F. 158) (2)
Nickels & Menge
Neustädter Fuhlentwiete Platz 105
Hamburg.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. Oktober begann der **4. Jahrgang** des in einer Auflage von 40,000 **Exemplaren** erscheinenden illustrirten Familienblattes

Die Neue Welt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljl. M. 1,20.
In Heften à 30 Pf.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben Sammelmaterial in Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Exemplare gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Die Freundschaft und Anhänglichkeit unserer so großen Leserzahl wird uns noch weitere Volkskreise erschließen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.

Expedition der „Neuen Welt",
Leipzig, Färberstr. 12 II.

Im Selbstverlage des Verfassers ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Die Zukunft der Sozialdemokratie.

Von
J. Dietzgen.

Preis per Exemplar **15 Pfg.**

Versandt nur gegen Einsendung des Betrages. Das Porto für Kreuzband kostet für 1—4 Expl. 3 Pfg.

Leipzig, 10. Oktober 1878.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantw. Redakteur: Franz Bützlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatanzeigen heiteren und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: H. Hoh, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: H. H. Gerge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ehh, 426 O'Farrell Str.
London W.: C. Gerge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 122. Mittwoch, 16. Oktober. 1878.

Endlich!

Allgemein bekannt ist es, daß wir oft mit der demokratischen Volkspartei und besonders mit der Hauptvertreterin derselben, mit der „Frankfurter Zeitung", darüber in Streit, ja in Unfrieden gerathen sind, daß dieses Blatt unsere Propaganda als eine unziemliche, rohe oder rauhe hinzustellen sich bemühte.

Wir brauchen uns wahrlich nicht zu entschuldigen, daß wir den sozialen oder politischen Unflath nicht mit Glacéhandschuhen, sondern mit der Feuerzange angegriffen haben, aber es befremdete und ärgerte uns doch, wenn gerade die „Frankfurter Zeitung" uns solche vernünftige Handlungsweise väterlich ermahnend verwies.

Endlich nun hat das Ausnahmegesetz — und so sind wir schon jetzt im Stande, dasselbe zu loben — auch hier Klarheit geschafft. Wie umgewandelt schreibt nämlich das bedeutende demokratische Organ:

„Wer sich des lebhaften Kampfes erinnert, der in den sechziger Jahren zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle, zwischen dem gepriesenen Prinzip der Selbsthilfe und dem verpönten Verlangen nach Staatshilfe, zwischen dem Manchesterthum und einer tieferen Auffassung vom Staate tobte, und wer dann heute auf dem sozialpolitischen Gebiete Umschau hält, der wird finden, daß sich die Meinungen gewaltig geändert haben. Heute glaubt wohl Niemand mehr an die alleinige Kraft des Genossenschaftswesens, und so sehr man auch seine Verdienste, soweit der Kleinbürger und Handwerker in Frage kommt, anzuerkennen geneigt sein mag, so hat man doch nachgerade allgemein begriffen, daß es dem Arbeiterstand nicht aufhelfen kann. Wenn nun aber die in § 1 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einleitung der Controle zu Tage, so kann der Verein verboten werden."

Fritzsche weist auf die Unzuträglichkeiten und Inconsequenzen hin, welche die „Einmischung der Behörden" in die Verwaltung der gewerblichen Unterstützungskassen bisher in manchen Gegenden mit sich gebracht habe. So sei z. B. eine Mitgliedschaft seines Vereins von der Staatsanwaltschaft als politisch verfolgt worden, weil ein Mitglied sich einmal in einer Versammlung ausließ, der Verein sei ihm nicht sozialdemokratisch genug! Der Allgemeine Deutsche Tabakarbeiterverein selbst, obgleich er der letzte gewesen, dem man an den Kragen gegangen, sei auch, wie seine Leiter als politischer Verein verfolgt worden, aber die gerichtlichen Erkenntnisse gegen den Verein wie gegen seine Leitung seien ganz widersprechend. Redner verliest diese seltsamen Erkenntnisse. Hieraus ersehe man, was erst geschehen könne, wenn das Ausnahmegesetz in Kraft trete, wenn, wie hier schon, Tausende von Arbeitern in ihren wohlerworbenen Rechten ohne eigentlichen Grund geschädigt werden konnten. Es werde dann eine ungemein große Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen werden, wenn ihnen in dieser Beziehung das Coalitionsrecht wegdemonstrirt werde. Er hoffe, daß das Haus in der dritten Lesung fernerhin eine solche Willkür unmöglich mache.

Der § 1c wird hierauf angenommen.

Es folgt der § 2, welcher lautet:

„Zuständig für das Verbot und die Anordnung der Controle ist die Landes-Polizeibehörde. Das Verbot ausländischer Vereine steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in allen Fällen durch den „Reichsanzeiger", das von der Landes-Polizeibehörde erlassene Verbot überdies durch das für amtliche Bekanntmachungen der Behörde bestimmte Blatt des Ortes oder des Bezirkes bekannt zu machen.

Das Verbot ist für das ganze Bundesgebiet wirksam und umfaßt alle Verzweigungen des Vereins, sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt."

Bebel hält dafür, daß dieser Paragraph der Willkür am weitesten Thor und Thür öffnet. Es sei danach sehr leicht, jeden Verein als einen internationalen anzusehen. Die „Internationale", die seit 1864 begründet ist, habe nur die Natur eines Correspondenzbureaus und vermeide es ausdrücklich, weil sie naturgemäß müsse, auf die Gesetze eines Landes einzuwirken. Die dieser entgegenstehende Ansicht des Reichskanzlers über diese Organisation sei eine ganz irrige und er möchte daher nicht sehen, daß, was leicht möglich, auch diese Verbindung unter dies Gesetz falle. — Kein Reichsfeind, behauptet Redner, habe etwas Schlimmeres für das Reich ausdenken können, als ein solches Gesetz.

§ 2 wird hierauf angenommen.

§ 3 lautet:

„Auf Grund des Verbots sind die Vereinskasse, sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Behörde in Beschlag zu nehmen.

Nachdem das Verbot endgiltig geworden ist, hat die von der Landes-Polizeibehörde zu bezeichnende Behörde die Auflösung des Vereins zu verfügen und die Liquidation zu überwachen."

Fritzsche bemerkt, daß dieser Paragraph die Willkür noch mehr begünstige, als der vorige. Es sei ganz unbestimmt, was unter Vereinskasse zu verstehen sei. Ferner sei es unbillig, daß die Behörde die Auflösung des Vereins verfügen solle, ohne daß ihr ein Recht dazu gegeben sei. Redner beantragt, diesen Paragraphen zu streichen.

Bebel: Dieser Paragraph sei ein Ausfluß der Willkür, welche in dem Gesetze liege

hinzu: „Freilich darf man das dem Mob heut noch nicht sagen."

„2. Die weiteren Auslassungen des Herrn Dr. Meyer über Lassalle's innere Stellung zu den Produktivassociationen nach Gesprächen mit Rodbertus bringen nichts Neues. Alles Bezügliche ist zuverlässiger und besser aus unserer Publikation zu entnehmen, namentlich aus den Briefen Nr. 4, 5 und 12, aus denen sich ergiebt, daß Lassalle den Arbeitern in dem Associationsprojekt nur ein „Mittel zur Verbesserung ihrer Lage" und „etwas Praktisch Greifbares" bieten wollte, aber freilich auch nach seiner Ansicht „keine Lösung der sozialen Frage" (S. 71, 72, 42, 44).

„3. Herr Dr. Meyer zieht ferner wieder einen ganz falschen und vorwurfsvollen Schluß aus einer Stelle auf S. 5 meiner Einleitung zu den Briefen. Ich sage hier: „Folgende Worte endlich über Lassalle finden sich in einem Papier, welches offenbar das Bruchstück des Entwurfs eines Schreibens — wie es scheint an einen Führer der neuen Arbeiterbewegung — enthält."

„Herr Dr. M. sagt, er kenne den Entwurf dieses Schreibens, auch den Adressaten — das sei Herr Hasenclever — ich hätte leider den Brief nicht ganz abgedruckt.

„Dies konnte ich aus dem einfachen Grunde nicht thun, weil sich in dem von Herrn Schumacher mühsam in Jagetzow zusammengesuchten Papieren — deren formell sehr unzulängliche Beschaffenheit ich Seite VIII. und Seite 1 hervorgehoben habe — nicht der ganze Brief fand, ebensowenig der Name des Adressaten, in Betreff dessen ich die Behauptung des Herrn M. dahingestellt sein lassen muß. Nur einzelne kleine abgebrochene Stücke des Entwurfs eines solchen Briefes, mehrfach nur ein paar Worte, lagen vor, aus denen so gut als möglich und mit strengster Loyalität die Stelle Seite 5, 6 zusammengestellt wurde.

„4. In Betreff der weiteren Publikationen aus Rodbertus' Nachlaß spricht Herr Meyer die Hoffnung auf wörtlichen Abdruck aus und sieht sich zu einigen seltsamen Verwahrungen und Ausfällen gegen Herrn Schumacher und mich veranlaßt. Er möge sich beruhigen. So weit das Manuscript, das nur partieenweise fertig ist und vielfach nur aus ganz unvollendeten Entwürfen besteht, es zuläßt, versteht sich die Erfüllung des Meyer'schen Wunsches von selbst.

„5. Wenn sich Herr Dr. Meyer aber hier, wie mehrfach schon, wie ein geistiger Testamentsvollstrecker gerirt und mit der pathetischen Wendung schließt: dieser würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sähe, wie mit seinem Nachlaß umgegangen wird, so muß ich mir doch ein für allemal dem Herrn Dr. Meyer gegenüber eine Verwahrung gestatten. Herr Dr. Meyer hat zu jener angemaßten Stelle nicht das mindeste Recht. Mit dem literarischen Nachlaß von Rodbertus sind wir aus hoher Verehrung vor dem wissenschaftlichen Koryphäen und vor dem verstorbenen Freunde auf das Sorgfältigste umgegangen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. Ad. Wagner."

Diese Wagner'sche Erklärung hellt Manches auf, insofern Herr Dr. Rudolf Meyer nicht Beweise bringt, sondern nur aus dem „Gedächtniß" citirt*).

Zunächst bemerken wir, daß unsere Annahme, Herr Max Wirth sei von Lassalle ein E—— genannt worden, richtig ist. „Wer etwas in Dingen und Personen Bescheid weiß" — mußte ja den Namen kennen. Daß Lassalle auch die Herren Lette, Michaelis und Faucher mit einem ähnlichen Worte bedacht hat, ist uns gleichfalls sehr verständlich..

In Bezug auf den Brief des Herrn Rodbertus an Hasenclever haben wir die Entstehungsgeschichte desselben derart nachgewiesen, daß von einem Zweifel, die „zusammengesuchten Bruchstücke" könnten für einen anderen „Führer der neueren Arbeiterbewegung" (Seite 5 der Briefe Lassalle an Rodbertus), als Hasenclever bestimmt sein, gar nicht die Rede sein kann. Trotzdem verzichtet nunmehr Hasenclever nach der obigen Erklärung des Herrn Wagner, der er Glauben schenkt, darauf, daß ihm von dem Briefe (resp. den Brief-Bruchstücken) nähere Kenntniß ertheilt wird, da er hofft, daß derselbe so vollständig, als eben möglich bei Herausgabe des Rodbertus'schen Nachlasses veröffentlicht werden wird.

Und nun zur Hauptsache. Dr. Rudolf Meyer hat die Denunziation, welche die gesammte liberale Presse (selbst der „Kladderadatsch") mit Freuden aufgefaßt hat, in diese Angelegenheit hineingeschleudert, Lassalle habe vom arbeitenden Volk in Bezug auf die Produktivgenossenschaften gesagt: „Man muß dem Mob etwas bieten."

Wir haben diese (wir wollen glauben, unwissentliche, irrthümliche Denunciation gegen einen großen Todten) gleich als einen wahrscheinlichen Irrthum (Nr. 118, Artikel: Lassalle und die Produktivgenossenschaften) erklärt, indem wir schon damals, wie jetzt Professor Wagner auf eine ähnlich lautende Aeußerung Lassalle's (Brief Nr. 5) hinweisen.

Nach der Erklärung des Dr. Wagner aber — und da wäre es von Dr. Rudolf Meyer nur in der Ordnung, wenn er seinen Irrthum öffentlich eingestände**) — nehmen wir keinen Anstand zu erklären:

Es ist unwahr, daß jemals Lassalle in Bezug auf das arbeitende Volk und in Hinweis auf die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe gesagt hat: Man muß dem Mob etwas bieten!

*) In der Expedition des „Vorwärts" ist die Vertheidigungsrede wider die Anklage der Verleitung zum Kassettendiebstahl, gehalten am 11. August 1848 vor dem Königl. Assisenhofe zu Köln und den Geschworenen von Ferdinand Lassalle zu dem Preise von 35 Pf. zu haben. R. d. V.

*) Wir drucken in der politischen Uebersicht eine Zuschrift des Dr. Meyer ab, welche die Angelegenheit völlig aufklärt und unserer Auffassung recht giebt. R. d. V.

**) Dieser Artikel war schon gesetzt, als wir die Erklärung des Dr. Meyer erhielten. R. d. V.

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, 11. Oktober.

(Reichstag.) Fortsetzung der zweiten Berathung des Sozialistengesetzes.

Die Commission hat vorgeschlagen: Hinter § 1 folgenden § 1a einzuschalten:

„§ 1a. Die Vorschriften des § 1 finden auf Verbindungen jeder Art Anwendung.

Jedoch sind eingetragene Genossenschaften (Gesetz v. 4. Juli 1868, B.-G.-B. S. 415), registrirte Gesellschaften (Ges. v. 23. Juni 1873, R.-G.-B. S. 146), eingeschriebene Hülfskassen (Ges. v. 7. April 1876, R.-G.-Bl. S. 125) und andere selbstständige Kassenvereine, welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Controle zu stellen.

Sind mehrere selbstständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbande vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbande und die Controle über denselben angeordnet werden.

In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigvereine zu Tage treten, die Controle auf diesen zu beschränken.

Schulze (Delitzsch) beantragt hierzu: „im Absatz 2 die Worte „eingetragene Genossenschaften (2c.), registrirte Genossenschaften (2c.)" zu streichen.

Melbeck beantragt: Im § 1a Absatz 2 hinter den Worten: „die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken" — die Worte einzuschalten: „nur in dem Falle ohne Weiteres zu verbieten, wenn solche offenkundig mit den im § 1 bezeichneten Vereinen in unmittelbarem Zusammenhange stehen. In anderen Fällen sind solche Genossenschaften und Kassen zunächst u. s. w."

Dr. Gareis und Genossen beantragen dagegen zu § 1a:

1) Statt des ersten Absatzes dem § 1 folgenden dritten Absatz hinzuzufügen: „Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art."

2) Den Absatz 2 durch folgende zwei Absätze zu ersetzen: „Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des § 1, Abs. 2, der § 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften (B.-G.-Bl. S. 415 ff.), Anwendung. Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gleichen Falle der § 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (R.-G.-Bl. S. 125 ff.) Anwendung."

3) Als § 1aa. folgenden Paragraphen anzunehmen: „Selbstständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Kontrole zu stellen. Sind mehrere selbstständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbande vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1, Abs. 2, bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbande und die Kontrole über denselben angeordnet werden.

In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigvereine zu Tage treten, die Kontrole auf diesen zu beschränken."

Schulze (Delitzsch) empfiehlt seinen Antrag mit dem Hinweise darauf, daß seine Genossenschaften gar nicht gegen das Sozialistengesetz fehlen könnten, denn es ständen ja nach dem gemeinen Rechte schon die schwersten Strafen darauf, wenn sie etwas trieben, was außerhalb des Bereiches der Genossenschaften liege. Es sei nicht mehr als gerecht, wenn man die Genossenschaften Schulze'scher Richtung von diesem Gesetz ausnehme.

v. Goslar erkennt die Verdienste und den Werth der Schulze'schen Genossenschaften für die Bekämpfung der Sozialdemokratie Namens der conservativen Partei vollkommen an, wenn sie nur die wirthschaftlichen Interessen allein im Auge behielten, ohne sich auf das politische Gebiet zu wagen. Aber darum könne er auch sagen — nach seiner Erfahrung wenigstens aus Ostpreußen — daß den dortigen Genossenschaften aus diesem Gesetze gar keine Gefahren drohen, denn dies Gesetz ginge die Genossenschaften gar nicht an, wenn sie nicht politische Agitation trieben. Die Commission habe das Alles erwogen.

Lasker hebt hervor, daß von den „Genossenschaften" in der Vorlage gar nichts erwähnt, sondern nur von Hülfskassen die Rede sei, deren sich ja auch die Sozialdemokraten bereits für ihre Zwecke bedienten. Erst als in der Commission gefragt wurde, was unter dem Worte „Verbindung" zu verstehen sei, erklärte der sächsische Justizminister v. Abeken, daß es eine so weitgehende Bedeutung habe, daß selbst offene Handelsgesellschaften, also ein Geschäft von zwei Kaufleuten, darunter fielen und zu verstehen seien. Wer habe sich das wohl in der ersten Lesung gedacht! Es sei nun nicht richtig, was die Petenten glaubten, daß die Commission eine Beschränkung in die Vorlage hineinamendirt hätte; im Gegentheil, denn ein solcher Zustand wie der erwähnte, sei durchaus unleidlich, und daher habe sich die Commission Mühe gegeben, derartige handelsrechtliche Persönlichkeiten zu schützen. Würde z. B. die Firma Brest und Gelpcke auf diese Weise geschlossen, so dürfe kein Mensch mehr mit ihr in Verbindung treten und mit Gefängniß würde der bestraft, der noch versuchen wollte, eine Rechnung von ihr einzukassiren! — Liege denn nun auf Grund von Erfahrungen ein Bedürfniß vor, die Genossenschaften einzuziehen? Er bestreite das! Redner empfiehlt darauf den Antrag Gareis.

Melbeck tritt für seinen Antrag ein, den er für besser hält, als die Vorschläge der Commission und die dazu aus dem Hause gestellten Anträge.

Minister Eulenburg: Bei den verbündeten Regierungen besteht das wärmste Interesse für die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften; aber dies darf bei dem ganzen Ernste des Gesetzes nicht dazu führen, daß nicht auch auf diese vorkommendenfalls die Vorlage Anwendung finden sollte. Es liegt wenigstens kein Anlaß vor, diese Genossenschaften von der Wirkung des Gesetzes auszunehmen, denn es liegt doch auf der Hand, daß die Verwaltungsbehörde gegen solche nur einschreiten wird, wenn sie selbst Anlaß dazu geben. Es ist viel leichter, eine Sache direkt zu verbieten, als sie zu controliren. Es giebt ja auch eine ganze Menge sozialdemokratischer Genossenschaften. Ich erinnere an die allgemeinen Assoziations-Buchdruckereien der Sozialdemokratie; sollen denn die nicht von dem Gesetze betroffen werden?

Dr. Delbrück empfiehlt die Vorschläge des Abg. Gareis. Die Gesetzgebung hat den Genossenschaften selbst die Existenz gegeben in der Ueberzeugung, daß nichts geeigneter sei, die utopistischen Ideen und Hoffnungen der Sozialdemokratie niederzuhalten, als wenn man den Einzelnen den Weg zur Selbstständigkeit offen lege. In der Com-

Ein Brief Lassalle's an Heinr. Heine.

Nachstehenden Brief hat in Bezug auf den vielgenannten „Kassetten-Diebstahl"*) Lassalle geschrieben:

Lieber Heine!

Vielgeliebter Freund! Ich wollte dieser Tage zu Ihnen herüber kommen, um mit Ihnen eine höchst dringende Angelegenheit, in der Ihre Hülfe mir von der höchsten Wichtigkeit ist, zu besprechen. Allein Geschäftsverwickelungen nageln mich für den Augenblick an, ich kann nicht absehen, wann mir eine Reise nach Paris möglich ist. So muß ich denn brieflich Ihnen diese Angelegenheit entwickeln, obwohl das viele Mißlichkeiten und Unvollkommenheiten mit sich bringt und ich dabei die Sehnsucht meines Herzens, Sie, mein lieber, lieber Freund, wieder einmal mit leiblichen Augen zu schauen, das gedankenvolle Haupt mit dem feingeschnittenen spöttisch zuckenden Mund vor mir zu sehen, nicht befriedigen kann. Es wird Ihnen gewiß durch Zeitungen und lügenhaftes Privatgeträtsch, manches über den Kassettendiebstahl, dessen Motive 2c. zu Ohren gekommen sein. Alles was Sie darüber gehört haben mögen, so wahr es auch sei, ist falsch. Denn so wahr es auch ist, ist es doch jedenfalls halb und unvollständig. Und jede Halbheit und Unvollständigkeit ist Falschheit. Leider kann ich Ihnen brieflich schon der Länge wegen nicht alle Details des herzempörenden Romans mittheilen, in welchem ich jetzt eine Rolle zu übernehmen für gut gefunden habe. Also nur Umrisse. Die größte Bewunderung der seltendsten geistigen Eigenschaften und des Idealismus hat mich mit dem dauerndsten tiefsten Interesse und der unverbrüchlichsten Treue für die Gräfin v. Hatzfeld erfüllt. Wenn dies Interesse noch durch irgend etwas gesteigert werden konnte, so war es durch die maßloseste Empörung über die unbeschreibliche Reihe der grausamsten Mißhandlungen, der ehrlosesten Infamie, mit welcher seit dem Jahre 1822 dieses unschuldige und bewundernswürdige Weib aus dem einzigen Grunde, weil sie reiner, besser und durchgeistiger war als die seelenlosen Fleischklumpen mit denen eine ungerechte ironische Geburt sie in Verwandtschaft gebracht, unausgesetzt überhäuft wurde. Sie haben mir oft die alte, seit Menschengedenken stets wiederkehrende Elegie geklagt, wie Sie um des Lebensblüthe gekommen sind, scheiternd an der einen großen gemeinschaftlichen Klippe, die uns allen droht, an der faulen Gesinnungslosigkeit, der Gemeinheit und Perfidie jener Filzläuse, die annoch als die furchtbare Majorität in der Welt herumwimmeln. Andere haben auch gelitten, wie Sie und Viele mehr als Sie. Wenn aber anders dem größern Unglück und der größern Reinheit die größere Ehrfurcht gebührt, so müssen wir alle mit abgezogenem Hut dastehen, vor dem Unglück dieses Weibes. Nicht der Zufall ist so empörend, daß sie gerade einen Mann gefunden, der nach göttlichem und menschlichem Rechte, den Strang verdienend, sie 22 Jahre auf eine gar nicht zu beschreibende Weise mißhandelt hat, sondern daß unter ihren zwei Brüdern, stark durch ihre gesellschaftliche Stellung, unter ihren Schwägern und Vettern, unter allen diesen Fürsten, Herrn und Grafen — die — die Beweise liegen mir vor, — alle ganz so wie ich überzeugt sind von der Schlechtigkeit des Grafen und dem ungerechten Schicksal seiner Frau — sich nicht Einer fand, der ihre Rechte gewahrt und sich ihrer angenommen hätte, auf kräftige Weise, nicht einer, der sie nicht seines eigenen Vortheils wegen, seiner eigenen Bequemlichkeit zu lieb verrathen und verkauft hätte. Nun, Sie haben ja auch erfahren was eine Familie ist, und werden das begreifen. Ja, noch mehr, diese Brüder haben sie bis jetzt geflissentlich in Unkenntniß über ihr gesetzliches Recht erhalten, um sie durch dieses, wie durch jedes andere Mittel (Gewalt, Entziehung des Lebensunterhaltes) zu verhindern, den Rechtsweg gegen ihren Gatten zu ergreifen. Warum? weil jeder von ihnen ein gut Theil Gemeinheiten in dieser Affaire begangen hatte, deren Bekanntwerden er unterdrücken wollte. Nicht, daß z. B. der Graf bereits in den ersten Jahren seiner Ehe die Gräfin mit Stockprügel zwang, eine seiner Geliebtinnen, die Gräfin Hompesch, die ihr Gemahl auf Hatzfeld's Einladung nicht mehr wollte hinlassen, einzuladen, und sie dann weiter mit Stockprügel zwang, fortzugehen und ihn mit seiner Maitresse allein zu lassen, nicht, daß z. B. der Graf ihr ihre 9jährige Tochter Melanie entführte und ins Kloster der Salesianerinnen zu Wien sperrte, und dort solche Befehle gab, daß seit 6 Jahren kein Brief ihrer Mutter sie erreichen konnte, kein Brief von ihr an ihre Mutter abging, sie sogar, als das Kind Monate lang in lebensgefährlicher Krankheit lag, keine Mittheilung über sie erhalten konnte, nicht, daß z. B. der Graf 3 gewaltsame, aber jedesmal mit starker Hand abgeschlagene Entführungsversuche auf den Sohn Paul gemacht und ihm, einem 14jährigen Knaben, mit Enterbung gedroht hat, wenn er nicht seiner Mutter fortliefe, nicht, daß er schon unzähligemal von der Nothwendigkeit gezwungen, die besten Versprechungen zugeschworen und eben so oft, wenn die Pistole von der Brust fortgenommen wurde, alles wieder gebrochen hat; nicht, daß er ein Vermögen von 130,000 Thlrn. Revenuen vergeudet, wovon er ihr kaum einen Brosamen zukommen läßt, — nicht Alles dies, sage ich, ist das Aergste, sondern das, daß ihre Brüder, ein Fürst in Schlesien, ein Gesandtschafts-Sekretär in Paris, die das Alles immer auf's Genaueste kannten, dies gelitten haben. — Doch ich will meine Galle lieber für mich behalten! Das letzte war nun das, daß er, da er mit ihr in Gütergemeinschaft lebt, die sie nach seinem Tode in sehr glänzende Lage setzen würde, sein und ihr Vermögen auf eine systematische Weise verschenkt und ruinirt. Die letzte dieser Schenkungen war an eine französisch-russisch-deutsch-holländische Hure, die Frau von Meyendorff, die lange in Paris als russischer Spion gedient hat, im Interesse ihres Mannes, der nicht zu verwechseln ist mit dem russischen Gesandten zu Berlin. Solchem Beginnen zu begegnen, wollte ich nun eine Prodigalitäts-Klage gegen den Hrn. Grafen anstellen (die jetzt in der That auch anhängig gemacht worden ist). Zu diesem Zwecke war der Besitz des noch dazu unter einer Simulation vorgenommenen Schenkungsaktes an die Meyendorff wichtig und zu diesem Zwecke wollte sich der Assessor O. und Dr. M. seiner bemächtigen.

*) In der Expedition des „Vorwärts" ist die Vertheidigungsrede wider die Anklage der Verleitung zum Kassettendiebstahl, gehalten am 11. August 1848 vor dem Königl. Assisenhofe zu Köln und den Geschworenen von Ferdinand Lassalle zu dem Preise von 35 Pf. zu haben. R. d. V.

— Welche Moralbegriffe in den „liberalen Bourgeois-Zeitungen den Lesern zum Besten gegeben werden, davon giebt nachfolgende Notiz unseres Berliner Parteiorgans beredtes Zeugniß: „Unsere Mittheilung: „Der Roman eines jungen Mädchens", worin wir den leichtsinnigen Streich eines Danziger Studenten aufdeckten, der für das Opfer dieses Streiches einen so traurigen Ausgang nahm, veranlaßte auch die conservative „Westpreußische Zeitung" in Danzig, ihr Urtheil abzugeben. Wir setzen dasselbe hierher, um zu zeigen, welche Anschauungen in diesen Kreisen herrschen, die da täglich für Ausnahmegesetze gegen uns plaidiren, weil wir „die Sitte und Moral untergraben und Feinde der Ehe und Familie" sind. Jenes würdige Blatt schreibt: „Wir finden in der „Berliner Freien Presse" eine lange Geschichte von einem Studiosus Sch. aus Danzig, der in Berlin eine gewisse Paula durch Aufgabe eines Liebesverhältnisses unter interessanten Verhältnissen in den Tod getrieben haben soll. Jedenfalls nimmt die „Berliner Freie Presse" Partei gegen Sch., weil er der Sohn reicher Eltern ist und das Mädchen eine arme Schneiderstochter, also aus sozialistischen Gründen. Wenn die „Berliner Freie Presse" aber die moralischen Gründe in's Auge faßte, wird sie finden, daß das Mädchen ebenso viel Schuld trägt, sich so weit zu vergessen und ihre Ehre so leichtsinnig zu opfern." Daß es „sozialistisch" ist, für die Verführte gegen den Verführer Partei zu ergreifen, quittiren wir dem conservativen Organ dankbarst, es zeigt dies auf's Neue, wie nothwendig Gewaltmaßregeln gegen solche sozialistische Bestrebungen sind. Uebrigens aber sei dem conservativen Organ, welches sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen kann, das todte Opfer auch noch zu beschimpfen, bemerkt, daß der Leichtsinn, wenn von einem solchen in diesem Falle überhaupt die Rede sein kann, nur darin bestand, daß die Unglückliche sich dem Wahne hingab, der Herr Studiosus Sch. sei ein Ehrenmann und werde sein Wort halten. Daß hierin das Mädchen sich geirrt hat, mag von mangelnder Menschenkenntniß, schwerlich aber von Leichtsinn zeugen. Die arme Schneiderstochter konnte eben nicht wissen, daß in Danzig solche Moral gepredigt wird, wie wir sie aus der „Westpreußischen Zeitung" kennen lernen."

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Expedition der „Bergischen Volksstimme" zu Barmen hat am 11. Oktober folgende buchstäbliche Bescheinigung bei Einlieferung des Pflichtexemplars erhalten:

„Nr. 239
das flicht Eksеblar
der Bärgische Volksstime
Erhalten
Wach haben Sargant
H. Frischkorn."

Der Einsender dieser Notiz, der uns eventuell das Original zur Verfügung stellt, macht die Bemerkung: „Das sind die Beamten, welchen die Beaufsichtigung der Presse heute schon zusteht und die nach Erlaß des Ausnahmegesetzes das erste Urtheil abgeben werden."

mission ist nun festgesetzt worden, daß auch die Genossenschaften in den Rahmen dieses Gesetzes fallen, und es sind dadurch natürlich viele Besorgnisse und Vorurtheile wachgerufen worden. Es handelt sich aber hier nicht nur um Privatinteressen, sondern um ein großes öffentliches Interesse. Die Grundlage der Genossenschaften ist die Solidarhaft aller einzelnen Mitglieder, die jedem derselben schwere Verpflichtungen auferlegt, denn sie bedürfen besonders und vorzugsweise des Kredits. Daher können wir uns auch der Besorgniß nicht entziehen, daß durch das bloße Erscheinen dieses Gesetzes eine Entwickelung unterbrochen und zurückgedrängt wird, die wir im öffentlichen Interesse zu fördern haben.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Referent Dr. Schwarze vertheidigt gegenüber den empfohlenen Anträgen die Vorschläge der Commission.

Darauf ziehen Schulze und Melbeck ihre Anträge zu Gunsten des Antrags Gareis zurück.

Bei der Abstimmung, die bei der Unklarheit der Fassung der Anträge zunächst eine ganze Reihe geschäftsordnungsmäßiger und formeller Erörterungen nöthig macht — wird der Antrag Gareis mit großer Majorität, sogar von einem Theile der Freiconservativen, angenommen. Damit ist § 1a der Commissionsvorlage beseitigt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus nunmehr folgenden § 1b:

„Die mit der Controle betraute Behörde ist befugt:

1) allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen;

2) Generalversammlungen einzuberufen und zu leiten;

3) die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen, sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern;

4) die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen;

5) mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitender Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen;

6) die Kassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen."

Es folgt § 1c der Commissionsvorlage, welcher lautet:

„Wird durch die Generalversammlung, durch den Vorstand oder ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Controlbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwider gehandelt, oder treten in dem Verein die im § 1 [illegible] dies nur, daß die vom Fürsten Bismarck ventilirte Frage auch nach der politischen Seite hin eine nicht zu unterschätzende Tragweite hat. Man erinnert sich, daß Louis Napoleon namentlich in den ersten Jahren seiner Regierung die Bildung gutgesinnter Arbeitervereine mit allen Mitteln begünstigte."

Wenngleich eine solche Enquête nach den Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, zu keinen großen Hoffnungen berechtigt, so können wir mit derselben immerhin zufrieden sein, vorausgesetzt, daß die Untersuchungen auch ernstlich geführt und daß die Resultate nicht blos durch Nachfrage bei den Arbeitgebern festgestellt werden, die dann allerdings für die Arbeiter so rosig sich gestalten, daß eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen geradezu den Betheiligten thöricht erscheint.

Solche Untersuchungen schaden dann allerdings den Arbeitern mehr, als sie ihnen nutzen.

„Gründung verständiger Arbeitervereine" — auch gut, wir sind's zufrieden und rathen sogar allen sozialdemokratischen Arbeitern nach Erlaß des Ausnahmegesetzes sich in diese „verständigen Arbeitervereine" aufnehmen zu lassen. Sind diese geplanten Arbeitervereine wirklich „verständig", so ist es gut, sind sie nicht „verständig", so können unsere Parteigenossen auf Grund der auch nach dem Ausnahmegesetze noch erlaubten Punkte unseres Programms dieselben nach und nach verständig machen.

Und sollten die Bismarckischen Vereine dies nicht erlauben, sollten sie nicht „verständig" werden wollen, dann steht unsern Genossen auf Grund der gemachten Erfahrungen es frei, ähnliche selbständige Vereine zu gründen, die sich besonders mit der positiven Verbesserung der Lage der Arbeiter beschäftigen.

Ueberhaupt halten wir es nach dem Auftreten des Fürsten Bismarck im Reichstage für gut, da das Ausnahmegesetz unsere Thätigkeit nach vielen Seiten hin lähmt, dem ausgesprochenen Wunsche des Fürsten Bismarck entgegenzukommen und ihm „positive Vorschläge" zu machen; sind dieselben für die Regierung unannehmbar, so ist das ihre Sache. Uns kann man dann aber nicht mehr den billigen und nur für den aufmerksamen Beobachter unbegründeten Vorwurf des rein negativen Verhaltens machen.

Doch dieser Punkt ist natürlich näher zu erwägen, und wir wollen denselben hier auch nur angedeutet haben.

Wir haben ihn vorzüglich deshalb auch angeführt, um zu dokumentiren, daß wir wohl wissen, daß das ganze Bismarck'sche Problem in Bezug auf die Arbeiter „eine nicht zu unterschätzende Tragweite hat."

Ob aber diese „Tragweite", die man in dem obigen Waschzettel mit den Napoleonischen Experimenten Anfangs der 50er Jahre in Parallele setzt, auch Herrn von Bismarck zu dem Napoleonischen Ende führt, das ist natürlich nicht unsere Sorge. — — —

An diese „verständigen Arbeitervereine" reiht sich das bekannte Projekt der staatlichen Pensionskassen (Invalidenkassen) für Arbeiter. Dasselbe

nende Verwaltungs-Behörde die Abwickelung der Geschäfte des Vereins (Liquidation) geeigneten Personen zu übertragen und zu überwachen, auch die Namen der Liquidatoren bekannt zu machen.

An die Stelle des in den Gesetzen oder Statuten vorgesehenen Beschlusses der Generalversammlung tritt der Beschluß der Verwaltungsbehörde.

Das liquidirte Vereinsvermögen ist, unbeschadet der Rechtsansprüche Dritter und der Vereinsmitglieder, nach Maßgabe der Vereinsstatuten, beziehungsweise der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu verwenden.

Der Zeitpunkt, in welchem das Verbot endgiltig wird, ist als der Zeitpunkt der Auflösung oder Schließung des Vereins (der Kasse) anzusehen.

Gegen die Anordnungen der Behörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt."

Brüel will klargestellt wissen, ob denn die Ungeheuerlichkeit, daß Handelsgesellschaften u. dgl. unter diese Bestimmungen fallen, wirklich existent bleiben solle.

Der Referent Dr. v. Schwarze erwidert, daß schon in der Commission die Auffassung des sächsischen Justizministers wenig Anklang gefunden habe, er könne aber den Antrag doch ruhig zur Annahme empfehlen.

Windthorst behauptet, der Referent habe damit seine Befugniß überschritten, wenn er etwas empfehle, was die Commission abgelehnt habe.

Dr. Schwarze meint, daß so etwas schon öfter vorgekommen sei; der Referent solle doch nicht zu einem „willenlosen Werkzeuge" gemacht werden!

§ 3 wird hierauf angenommen.

§ 4 der Commissionsbeschlüsse lautet:

§ 4. Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot, sowie die Anordnung der Controle ist dem Vereinsvorstande, falls ein solcher im Inlande vorhanden ist, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen. Gegen dieselbe steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde (§ 19) zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung bei der Behörde anzubringen, welche die Verfügung erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Bracke wendet sich gegen den letzten Absatz. Es sei unerhört, wie man schon bei den Wahlen vorgegangen sei und vieles ganz grundlos confiscirte, was man nachher wieder habe freigeben müssen. Confiscirt wurde Vieles, aber mit [illegible] seiner Regierung losgelassen?"

Wir wissen auch, daß die Schutzzöllner, die Abgeordneten Grothe (Görlitz) und Stumm, schon vor circa zwei Jahren mit einer staatlichen Arbeiter-Invalidenkasse schwanger gingen — das Kind, welches Stumm in Vermählung mit der Wilhelmsspende jetzt neuerdings in die Welt gesetzt hat, ist ein todtgeborenes, da der Staat nur die Oberaufsicht, die Fabrikanten die Hauptaufsicht und die Arbeiter das Zahlen und Nachsehen haben sollen.

Da loben wir uns doch ein reines Staatsinstitut — entweder es erfüllt seinen Zweck, und dann kräftigt es die Arbeiter auf Kosten der Bourgeoisie, oder es erfüllt seinen Zweck nicht, dann diskreditirt es die Regierung zu Gunsten der Sozialdemokratie.

Nur keine Halbheiten, nur keine Situationen, wo Einer die Schuld auf den Andern schieben kann. — — —

So stehen wir also, nachdem man die Sozialdemokratie mundtodt gemacht haben wird, an einem Wendepunkte in der Arbeiterbewegung Deutschlands. Halten wir den Kopf oben, machen wir uns die verwickelte Situation recht zu Nutze, so wird aus dem heutigen reaktionären Wirrwarr bald schon viel mächtiger, viel klarer wieder die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit emporsteigen, ja sie wird zur Wahrheit werden.

Wir sind's zufrieden!

Gedanken und Fingerzeige für die nächste Zukunft.

Nachdem Fürst Bismarck im Reichstag offen erklärt hat, die Regierung werde Alles aufbieten, den „gerechten" Ansprüchen der Arbeiter Rechnung zu tragen und ein Verständniß herbeizuführen, unter Umständen sogar die Hand zur Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe zu bieten, kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, wen und was die Ausnahmegesetze eigentlich treffen sollen. Den Sozialismus an und für sich treffen sie nicht, das sollen sie aber auch gar nicht, im Gegentheil! mit ihrer Hilfe will ja die Regierung gerade sozialistische und communistische Einrichtungen einführen, wie Tabaks- und andere Monopole, Reichseisenbahnen u. dgl. m. Weil aber die liberalen Gründer sich gegen solche, das Eigenthum untergrabende Einrichtungen wehren, sollen sie mit Hilfe eben dieser Gesetze so an die Wand gedrückt werden, daß ihnen nicht blos Hören und Sehen, sondern sogar das Quietschen ganz und gar vergeht. Uns kann's recht sein, Mitleid brauchen wir mit dieser blökenden Heerde, die sich selbst an's Messer liefert, nicht zu haben, aber darunter mitleiden müssen wir eben auch.

Wir können unserer Freundin, der Regierung, natürlich nicht zumuthen, daß sie mit uns eine Ausnahme macht, und müssen es uns schon gefallen lassen, wenn unsere politisch-agitatorische Thätigkeit gleich der anderer Parteien auf 2½, 5 oder auch noch mehr Jahre unterbrochen und vollständig lahm gelegt wird. Aber was liegt uns daran! Ueberlassen wir die Politik ruhig den

es müssen dann doch sozialdemokratische Ansichten besprochen werden. Es heißt, die Bestrebungen müssen auf den Umsturz der bestehenden Ordnung gerichtet sein. Ich habe verfolgt, wie schwer es der Commission geworden, hier eine Definition zu schaffen. Sie setzte statt „Untergrabung" das Wort „Umsturz". Das kann doch nur heißen „gewaltsamer Umsturz", denn sonst ist „Untergrabung" auch ein Umsturz. Die langsam untergrabenden Krankheiten sind sogar die schlimmsten. Lieber einen Faustschlag als fortwährendes Zwicken! (Heiterkeit!)

Nach einer persönlichen Bemerkung Hasselmanns gegen Windthorst, daß er gestern nicht etwa zu Gewaltthätigkeiten aufgefordert, sondern nur die ernsten Gefahren geschildert habe, die aus einem gewaltsamen Vorgehen der Regierung entstehen könnten — wird die Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Berlin den 12. Oktober.

Die Berathung des § 5 wird fortgesetzt. Abg. Minnigerode: Bei einem Kriegszustand sei das Marschiren von drei Compagnien nothwendig. Wir Conservativen sind keine Partei Bismarck sans phrase. Redner plaidirt für § 5 und gegen den Antrag Bruel. Czarlinsky: Nach dem was wir Polen in Preußen erlebt, müssen wir uns gegen jedes Ausnahmegesetz erklären. v. Geß spricht für § 5. Stauffenberg: Der Paragraph kann nach dem Wortlaut unmöglich sich auf Wahlversammlungen beziehen. Das Amendement Brüel scheine für den Zweck nicht geeignet. Reinders: Durch das Gesetz werden die Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht betroffen. Es ist schwer, im Rechtsstaat Preußen Recht zu bekommen. Der Versammlungs-Paragraph sei mit § 30 der Preuß. Verfassung unvereinbar. Alle die für das Gesetz stimmen, müsse er als Landesverräther bezeichnet. (Ordnungsruf des Präsidenten. Furchtbarer Tumult. Ruf: Aufhören!) Präsident erklärt, er müsse den Redner in seinem Rechte, weiterzusprechen, schützen. Reinders (fortfahrend): Nicht die Sozialdemokraten haben an den jetzigen Zuständen Schuld, sondern der Reichskanzler gehört auf die Anklagebank. (Lärm.) Bruel plaidirt für sein Amendement, wonach sozialdemokratische Wahlversammlungen zum Reichstag oder Landtagen von dem Verbot ausgeschlossen sein sollen. Minister Eulenburg erklärt, daß auch Wahlversammlungen unter den Paragraphen fallen. Hänel beantragt, das Wahlversammlungen unter das gemeine Recht fallen sollen. Sonst dekretiren Sie einfach: [illegible] mancher vaterländischen Autoren in eine Sprache, welche das in unseren Volksschulen erzogene Volk versteht.

Als Beispiel, welchen Gedanken und Gesinnungen wir bei wahrhaft großen Männern begegnen, möge Folgendes dienen: Schreiber dieses hielt am 30. Mai einen Vortrag über Voltaire und Rousseau: derselbe war lediglich eine Blumenlese theils aus Voltaire und Rousseau selbst, theils aus neueren Werken, wie: Strauß, Sechs Vorlesungen über Voltaire; Buckle's Geschichte der Civilisation; Hettner, Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts. Trotzdem gewiß noch Niemand gesagt hat, diese fünf Autoren oder auch nur einer derselben seien Sozialdemokraten gewesen, konnte doch das am Orte hausende Reptil nachher behaupten: Redner, der also, wie gesagt, nur Aussprüche genannter Schriftsteller vortrug, habe sich durch seinen Vortrag als Sozialdemokrat vom reinsten Wasser gekennzeichnet! Die Wahrheit ist, die hervorragenden Geister aller Zeiten und Völker sind mehr oder weniger Bahnbrecher des heutigen Sozialismus gewesen, oder vielmehr: dieser verfolgt im Großen und Ganzen dasselbe Ziel, um welches Jene schon kämpften, und dieses Ziel ist die Befreiung der Menschheit aus den Banden der Knechtschaft und des Aberglaubens und ein menschenwürdiges Dasein für Alle.

Selbst solche Schriftsteller machen keine Ausnahme hiervon, welche, wie z. B. der „aristokratisch" angelegte David Friedrich Strauß, nur für gewisse Klassen zu schreiben scheinen; unbewußt und unwillkürlich wirken sie doch für uns, für das ganze Volk; zu seinen „Wir" zählte Strauß bekanntlich alle möglichen Leute: Gelehrte, Künstler, Beamte, Kaufleute, nur vom Volke spricht er nicht; derselbe Strauß aber, der Kanonen gegen die Sozialdemokraten anempfiehlt, sagt auf S. 334 seines „Voltaire": „Als Ziel müssen wir daran festhalten, daß alle Menschen die Fähigkeit und den Anspruch haben, wirkliche Menschen zu werden."

Mit sichtlichem Behagen bespricht Strauß auch das famose Testament des Abbé Meslier, der im Jahre 1733 als Pfarrer eines französischen Dorfs starb und in Form eines Vermächtnisses seiner Gemeinde ein dreibändiges Werk hinterließ, worin er seinen Pfarrkindern, denen er sein ganzes Leben lang den katholischen Glauben und Gehorsam gegen ihre Obrigkeit gepredigt hatte, seine wahren und eigentlichen Ueberzeugungen eröffnete. Zuerst bittet er seinen Gott um Verzeihung, daß er dreißig Jahre lang das Christenthum gelehrt habe; dann beschwört er seine Pfarrkinder, das Gewebe von Lug und Trug, in dem ehrgeizige Tyrannen und herrschsüchtige Priester die Völker gefangen halten, zu zerreißen und die Vernunft als alleinige Führerin auf ihrem Lebenspfad anzuerkennen.

Diese Beispiele werden genügend gezeigt haben, daß unser Geist nicht zu hungern braucht, wenn man ihm auch die gewohnte Nahrung entzieht; oder sollte die Polizei auch Hand an diese Werke legen? Sollte sie dem Volke die ganze alte und neue Literatur mit Ausnahme der Bibel und einiger Gebetbücher, sowie Gneist'scher und Treitschke'scher Geistesprodukte entziehen und verbieten? Consequenterweise müßte sie es thun, denn die

Sozialdemokraten und des Centrums, sind Lüge. (Sturm. Der Präsident ruft Windthorst zur Ordnung.) Windthorst: Er habe kein Mitglied des Hauses der Lüge bezichtigt. Hierauf wird die Sitzung bis Montag vertagt.

— In Sachen Nobiling's. In den vom „Berliner Tageblatt" veröffentlichten „authentischen Auszügen aus den Akten des Prozesses Nobiling", deren „Werth" bereits von allen Seiten nach Gebühr gewürdigt worden ist, wurde auch behauptet, daß der Attentäter durch Paschky „mit andern Dresdner Sozialdemokraten und namentlich mit den Redakteuren Vollmar und Kayser bekannt geworden" sei. In wie weit Ersterer mit Nobiling „bekannt" war, möge man nach folgenden Thatsachen beurtheilen, welche der „Berliner Freien Presse" von competentester Seite mit der Bitte um Veröffentlichung zugestellt werden: Mitte Sommer vorigen Jahres erschien auf der Redaktion der „Dresdner Volks-Zeitung" ein vollkommen fremder Mann und bot ein Gedicht zur Veröffentlichung an. Nun sind „Dichter" bekanntlich der Schrecken aller Redaktionen; außerdem machte der Gesuchsteller auf den ersten Blick einen sehr ungünstigen Eindruck, denn er stieß die Worte abgebrochen und unzusammenhängend hervor und sein ganzes Benehmen, seine Haltung und seine Geberden waren scheu, unsicher und unstät, wie die eines verworrenen, überspannten und besonders sexuell zerrütteten Menschen. Vollmar ließ sich daher auf gar keine Prüfung des Inhalts des dargebotenen Manuskriptes ein, fragte den Mann auch nicht einmal um seinen Namen, sondern wies ihn kurzweg ab. Hinterher erfuhr Vollmar, der Abgewiesene sei ein Beamter des statistischen Bureaus, Namens Nobiling, gewesen, ein „Erzquerkopf", wie ihm gleichzeitig bemerkt wurde. Die bei dieser Gelegenheit gesprochenen 10—15 Worte waren die einzigen, die Vollmar je mit Nobiling wechselte. Gesehen hat er den Mann allerdings noch zweimal: einmal in einer öffentlichen Versammlung, in welcher Nobiling das Wort ergriff und erklärte, daß er, obwohl Nationalliberaler, doch mit der Auffassung des Referenten Kayser über die Orientfrage einverstanden sei und später in einer anderen Versammlung, in welcher Vollmar über den sächsischen Landtag und das sächsische Budget sprach, in der aber Nobiling nicht redete. Derselbe hat überhaupt außer jenen paar Worten blos noch einmal gesprochen, und da nicht in einer Volksversammlung gewöhnlich befolgt. Derselbe hält einfach öffentliche und unentgeltliche Vorträge, zu denen Jedermann eingeladen wird; an Stoff fehlt es nicht, man macht das Volk bekannt mit seinen wahren Freunden und Wohlthätern von Demokrit und Aristoteles an bis auf Kant und Feuerbach, man feiert Gedenktage großer Todten oder die Geburtstage Lebender. Einsender hat schon zwei Jahre hintereinander den Geburtstag Darwin's gefeiert, warum auch sollte man zu Ehren der Fürsten im Reiche der Geister diese Tage nicht ebenso gut feiern, wie zu Ehren der weltlichen Fürsten?

Auch ist es lehrreich und interessant, das Leben solcher Männer zu betrachten, welche während ihrer Jugendzeit edlen Zielen nachstrebten, für Freiheit und Menschenwohl schwärmten und der Menschheit wirkliche Dienste geleistet haben, deren Leiber aber nun nach dem Absterben ihres Geistes zur Strafe für dessen jugendliche Sünden als Geheime Hof- und andere Räthe umgehen müssen. Wenn man vollends das kaum zu bewältigende, kolossale Gebiet der Naturwissenschaften bedenkt, so kann man der Regierung nur dankbar sein, wenn sie uns zu unserm Besten zwingt, die gewohnte aufreibende Thätigkeit eine Zeitlang einzustellen und dagegen uns auf dem angedeuteten Gebiete herumzutummeln.

Schließlich noch eine Warnung. Es könnte sein, daß man das Ausnahmegesetz im Anfang nicht einmal gar zu streng handhabt, sondern im Gegentheil in gleißnerischer Weise den Arbeiter zu überzeugen sucht, man habe mit ihm als Irregeleitetem und Mißleitetem das tiefste Mitleid; daß man ihm in freundlichster Weise entgegenzukommen vorgiebt, indem man ihm den Eintritt in Gewerbe-, Arbeiterbildungs- und andere Vereine erleichtert und ihm weiß zu machen sucht, es geschehe hier mehr für seine Bildung, als in aufregenden politischen Versammlungen, und in der That könnte Mancher denken, wenn er die Ankündigung eines Vortrags über „den menschlichen Körperbau", über „Canada" oder über „die Kreuzzüge" liest: Dabei kann ich gewiß etwas lernen, denkt dann wohl mancher Arbeiter, denn das sind Gegenstände, die am Ende ein Sozialdemokrat auch nicht viel anders behandeln kann, als der ankündigende liberale Advokat oder Professor. Dies ist aber ein schwerer Irrthum! Der Arbeiter sehe sich den Mann vorher genau an, ehe er in dessen Vortrag geht, und sollte dieser auch das unschuldigste Thema von der Welt, z. B. Vertilgung von Rebläusen, Engerlingen oder Coloradokäfern behandeln. Die meisten dieser Vorträge, welche innerhalb bestehender Vereine gehalten werden, namentlich auch diese Wandervorträge, werden im Dienste des Geldsacks gehalten und sind Arbeiten, die neben den Arbeiten der Lebensmittelverfälscher feil sind!

Darum aufgepaßt auf die Gegner, und lustig und muthig vorwärts im neuen Fahrwasser! n.

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, 14. Oktober.

(Reichstag.) Fortsetzung der zweiten Berathung des Sozialistengesetzes.

In der heutigen Sitzung kam die Debatte über

Volke unter Hinweis auf die Produktivgenossenschaften gesagt hat: „Man muß dem Mob etwas bieten.“ Im Uebrigen möge Dr. Meyer uns nicht verübeln, wenn wir auf Kosten seines Gedächtnisses Lassalle so energisch vertheidigt haben — wir nahmen ja auch bei Herrn Meyer sofort die bona fides an.

— „Die Dummen werden nicht alle!“ so hieß dazumal in Berlin das schöne Sprüchwort. Dasselbe hat eine Zeit lang der Variation: „Die Oesterreicher werden nicht alle“ Platz gemacht; aber auch diese Variation hält nicht Stand, und jetzt schreit in Deutschland das ganze Volk: „Die Nationalliberalen werden nicht alle!“

Und wahrlich das Volk hat recht!“

Die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ schreibt nämlich wörtlich, wir wiederholen es, wörtlich:

„Der Versicherung Bismarck's, daß die Regierungen das Sozialistengesetz in gerechter Weise zur Ausführung bringen werden, bringen wir volles Vertrauen entgegen, ein Vertrauen, welches so weit geht, daß wir es für eine glückliche Auskunft halten würden, wenn in dem Gesetz die Bestimmung Aufnahme fände, der Reichskanzler solle die letzte Recursinstanz sein. Es würde dann, wie wir glauben, eine verstärkte Garantie dafür gegeben sein, daß das Gesetz in völlig unparteiischer Weise ausgeführt würde. Was Fürst Bismarck von dem Lande als seine Aufgabe übernommen hat, das führt er mit peinlichem Gerechtigkeitssinn durch. Wie diese Recursinstanz nun aber auch schließlich noch gestaltet werden möge, so ist doch das Eine sicher, daß die Regierungen nach allen Erklärungen, welche von ihrer Seite von der Nation abgegeben worden sind, mit ihrer Ehre für eine gerechte und maßvolle Handhabung des Gesetzes verantwortlich sind. Es wäre ein unerhörter Treubruch, der die loyalen Gefühle der Nation in nachhaltiger Weise in Verwirrung setzen würde, wenn von der Reichsgewalt nicht alle Maßregeln getroffen würden, um zu verhüten, daß untere Polizeibehörden etwa eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes sich zu Schulden kommen lassen.“

Jedes weitere Wort zu dieser Hoffnungsfreudigkeit wäre eine Kinderei — das eine Wort genügt:

„Die Nationalliberalen werden nicht alle!“

— Pfui! rief Herr von Bismarck nach Mittheilung der „Frankfurter Zeitung“ dem clerikalen Abgeordneten Bruel zu, als der Reichstagspräsident unliebsame Erinnerungen, die besagter Abgeordneter wachgerufen, aus dem stenographischen Bericht verlas. Wir machen den sehr empfindsamen, aber äußerst ehrenwerthen (ein Reichskanzler ist ja selbstverständlich ehrenwerth; er ruft auch niemals: Pfui!) Herrn von Bismarck auf seine glänzende Erläuterung des Wörtchens „Pfui“ aufmerksam, die er einstmals im Reichstage gegeben hat, als ihm der clerikale Abgeordnete Graf Ballestrem ein „Pfui!“ entgegenrief. Wir hüten uns, diese geistvolle Erläuterung des Herrn von Bismarck zu recapituliren, da wir Gefahr laufen würden, durch den nervösen Reichskanzler auf die Anklagebank wegen Bismarckbeleidigung versetzt zu werden.

— Trau, schau, wem? Die Herren v. Bismarck und v. Bennigsen haben beide von erlaubten Bestrebungen der Sozialdemokratie, die auch nach dem Ausnahmegesetz noch erörtert und gepflogen werden dürften, des Längeren und Breiteren geredet. Wer aber die Dummheit demnächst begeht, diesen Herren in Bezug auf diese Erörterungen Glauben zu schenken und „erlaubte“ sozialdemokratische Bestrebungen nach Erlaß des Ausnahmegesetzes zu pflegen, der ist dümmer, als es die Polizei erlaubt und wird es deshalb auch mit dieser zu thun bekommen.

— **Die Sicherheit des Eigenthums** im Rechts- und Kapitalstaate der Gegenwart wird durch nichts besser illustrirt, als durch die Bankerotte großer Handelshäuser, wie sie heutzutage einer auf den andern, Schlag auf Schlag, folgen. Zum Beweise dient folgende Mittheilung liberaler Blätter aus Chemnitz: „Der Bankerott der großen hiesigen Bankfirma Haase und Sohn bildet fortgesetzt das Tagesgespräch, denn die Gemüther können sich immer noch nicht darüber beruhigen, daß das unbegrenzte Vertrauen, welches die obige alte Firma genoß, getäuscht ward. Das Meiste verlieren dabei die Landleute der umliegenden Ortschaften, sowie der Handwerkerstand. Der Gesammtbestand der circa 2800 Forderungen darstellenden Passiven beziffert sich auf rund 6,300,000 Mark, denen gegenüber die Aktiven verschwindend klein sind, sodaß sich die Befürchtung Bahn bricht, es werden den Gläubigern nach Abzug der Kosten höchstens 8 Prozent verbleiben. Haase sen. befindet sich in Untersuchungshaft, während sein Sohn gegen eine Caution von 30,000 Mark freigelassen wurde. Leider hat der Bankerott mehrere Opfer an Menschenleben gefordert. Der hiesige Sattlermeister D., ein bereits bejahrter Mann, der alle seine Ersparnisse bei Haase und Sohn deponirt hatte, wurde vor Verzweiflung über den Verlust seiner Habe wahnsinnig und starb, während eine ältere Frau aus gleichem Grunde ihrem Leben durch Erhängen ein Ende machte.“

Diese Notiz enthält manches Bemerkenswerthe: Es war eine „alte Firma“, die „unbegrenztes Vertrauen genoß“, die Firma Haase und Sohn, und dennoch verlieren durch sie ein paar tausend Gläubiger einen Theil ihres Eigenthums, oder in vielen Fällen sogar Alles, was sie besitzen. Dieser Thatsache gegenüber sind nur zwei Annahmen möglich: entweder befinden sich auch unter dem besten Theile unseres Handelsstandes — dem, der seit Jahrzehnten unbegrenztes Vertrauen genießt — Schurken, die das Eigenthum Fremder in verbrecherischem Leichtsinn auf das Spiel setzen, oder unsere wirthschaftlichen Verhältnisse sind derart verworren und verrottet, daß selbst die routinirtesten und bravsten Kaufleute ein willenloses Werkzeug des blinden, brutalen Zufalls sind.

— Ein Prügelpädagoge nach dem Herzen unserer Knüppelpresse. Aus Roßwein schreibt man: „Im hiesigen Amtsblatt ist folgende Annonce zu lesen: Ein hiesiger Lehrer der ersten Bürgerschule verabreichte am 3. d. M. an drei Schüler, denen er in Latein Unterricht ertheilte, in einer Stunde 164 Ohrfeigen und Backenstreiche, schreibe hundertvierundsechszig Ohrfeigen. Dieselben vertheilten sich wie folgt: Schüler M. erhielt 66, W. 57, G. 41 u. s. w. Mehrere hiesige Bürger.“ — Das nennen wir eine gute Erziehung! Eine Erziehung, wie sie zum Beispiel das „Leipziger Tageblatt“ in seinem Liberalismus wünscht. Dies Blatt schreit nämlich schon seit einem Jahre fortwährend in jeder Nummer nach Prügel. Ob der ohrfeigende Lehrer von der betreffenden Anstalt entfernt wird, bleibt übrigens abzuwarten.

— Wie wir nachträglich erfahren, ist Genosse Dulk nicht wegen Religionsschmähung, sondern wegen Vergehen gegen den § 131 des Strafgesetzbuchs (Berächtlichmachung von Staatseinrichtungen) zu 1 Jahr Gefängniß vom Schwurgericht zu Eßlingen verurtheilt worden. Die Mitangeklagten Genossen Schuller und Neumann wurden freigesprochen. — Parteigenosse Motteler, wegen Beleidigung des deutschen Kaisers angeklagt, ist vom Eßlinger Schwurgericht freigesprochen worden.

— Der Redakteur der „Bergischen Volksstimme“, Genosse J. B. Meyer zu Barmen, ist wegen verschiedener Preßvergehen vom Elberfelder Gericht zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Man möchte fast das Ausnahmegesetz angesichts solcher Strafen mit Freuden begrüßen. — Der verantwortliche Redakteur der „Dresdner Volkszeitung“, Hermann Müller, ist am 9. d. M. im Redaktionslokal ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Es ist dies der fünfte Redakteur jenes Blattes, der hinter Schloß und Riegel sich befindet.

— Unser Genosse Carl Hirsch in Paris ist auf Antrag des Untersuchungsrichters am 9. Okt. seiner Haft wieder entlassen worden.

— „Die Neue Gesellschaft“, Monatsschrift für Sozialwissenschaft. (Zürich, Verlag der „Neuen Gesellschaft“.) Das erste Heft des zweiten Jahrganges (1878/79) enthält: Die Frau. Ihre natürliche Stellung und gesellschaftliche Bestimmung. Von Professor Dr. Ludwig Büchner. — Das Eigenthum und der Sozialismus von Adolph Samter. — Der Mensch als Schüler des Kosmos und des kosmischen Veredlungsgesetzes. Eine Skizze von Dr. Aug. Theod. Stamm. — Das Volksleben im Spiegel der neuern bildenden Kunst von Prof. S. Vögelin. — Worauf es in unseren Volksschulen jetzt hauptsächlich ankommt von Reinhold Rüegg. — Rezensionen von Prof. K. v. Arx.

An die Parteigenossen!

Die Auflösung der organisirten Partei wird nach den voraussichtlich zur Annahme gelangenden Bestimmungen des „Gesetzes“ gegen die Sozialdemokratie unausbleiblich sein, und zur Vermeidung von Weitläufigkeiten nicht erst die Schließung durch die Behörde abgewartet werden. Es wird also in wenigen Tagen keine organisirte Gesammtpartei mit einer einheitlichen Leitung mehr bestehen. Damit tritt die Bewegung in ein neues Stadium. Wenn die Presse geknebelt sein wird, und Versammlungen in's Bereich der Sage gehören werden — dann ist nur die persönliche Propaganda der Anhänger des Sozialismus übrig, um demselben bei der Masse des Volkes in Blouse und buntem Rock weitere Verbreitung zu geben!

Aber diese Art der Propaganda ist eine mächtige, da sie von Idealen getragen wird, deren Kraft lediglich schon durch die Entwicklung der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse von Tag zu Tag zunimmt.

Die centralistische Agitation ist allerdings jetzt gelähmt. Die Macht der freien Rede liegt in Banden. Aber noch ist die Familie, die gemeinsame Werkstelle, der Freundeskreis den Arbeitern gelassen, und diese drei sind die unzerstörbare Brücke, welche zur Aufklärung und Verständigung bezüglich gemeinsamer Ideen und Interessen führt.

Viele Schriften sind bis jetzt über die soziale Frage geschrieben worden — studiren wir sie; Studium ist Aufklärung, ist Fortschritt, ist ein Bollwerk gegen geistige Unterdrückung!

Freilich wird eins in der Zeit des Ausnahmegesetzes völlig fehlen — die einheitliche Leitung der Partei. Schmerzlich wird diese vermißt werden — aber auch hierin muß sich die Partei zu schicken wissen; in den fünfzehn Jahren ihrer Thätigkeit ward sie geschult genug, um alle Klippen schließlich überwinden zu können!

Parteigenossen! Schulter an Schulter könnt Ihr in nächster Zeit nicht mehr stehen. Eine neue Zeit — eine neue Kampfart — das sagt Alles. Und nun guten Muthes wie immer!

Hamburg, 14. Oktober 1878.

Im Namen des Central-Wahlcomité's.
Mit sozialdemokratischem Gruß:
C. Derossi.

An die jungen Sozialisten!

Aus Süddeutschland, 10. Okt.

Innerhalb weniger Wochen, ja vielleicht Tagen wird der Reichstag die von der Regierung verlangten Gesetze zur Unterdrückung des sozialdemokratischen Gedankens angenommen haben, und diese Polizeigesetze werden dann sofort in Kraft treten. Es kann für uns keinem Zweifel unterliegen, daß zunächst harte Verfolgungen, Geld- und Freiheitsstrafen, und Ausweisungen der bekannten Parteigenossen, die unentwegt zur Fahne des Sozialismus halten, harren — wird aber deswegen das Ausnahmegesetz seinen Zweck: die Ausrottung der Sozialdemokratie, erreichen? Die Erfahrungen der Vergangenheit, ein vergleichender Blick auf die Geschicke anderer Nationen, die schon in Ausnahmegesetzen ihr Heil gesucht und nicht gefunden, endlich schon ein wenig Kenntniß der menschlichen Natur, sagen uns, daß die Gesetze zur Unterdrückung unserer Bewegung, selbst wenn sie noch härter wären, gerade das Gegentheil von dem herbeiführen, was sie erreichen sollen. Schon aus unseren Erfahrungen der letzten Wochen können wir die Thatsache feststellen, daß gerade aus Arbeiterkreisen, die bisher dem Sozialismus gleichgültig gegenüberstanden, Viele sich veranlaßt sahen, die Grundsätze des Sozialismus zu prüfen und nachdem sie gefunden, daß der Sozialismus allein nur im Stande sei, die menschenwürdige Existenz eines jeden Einzelnen, der durch seine Arbeit der Gesammtheit nützt, zu sichern und das einzelne schwache Glied in der menschlichen Gesellschaft vor Ausbeutung durch einen Starken schütze, haben sie sich ein ganz anderes Urtheil über den Sozialismus gebildet. Daß also schon während der letzten Wochen der Sozialismus thatsächlich viele neue Anhänger gefunden, wird jeder bestätigen können, der nur einigermaßen in Arbeiterkreisen verkehrt. — Die bereits vorhandene sozialistische Broschürenliteratur genügt auch vollständig für viele Jahre hinaus um Hunderttausende, die dem Sozialismus bis jetzt ferne stehen, über unsere Ziele aufzuklären und hier beginnt die künftige Aufgabe eines jeden einzelnen Parteigenossen; unsere Presse wird vollständig mundtodt gemacht. Versammlungen dürfen auch nicht mehr stattfinden, jeder Einzelne also muß in seinem Kreise Agitator werden; vor der Gefahr einige Monate brummen zu müssen, darf Keiner zurückschrecken — oder sollten wir wegen leichteren oder schwereren Polizeistrafen zu Verräthern an unserer heiligsten Ueberzeugung werden? Bedenken wir doch: käme es zu einem Kriege mit dem Auslande, müßten hunderttausend Sozialisten und eine Million deutscher Männer ihre Gesundheit, ihr Leben aufs Spiel setzen und opfern auf bloßes Kommando für eine Sache die ihrem Innersten vielleicht so fremd ist, als dem Mann im Monde; sollten diese selben Männer, sobald es sich um ihre unveräußerlichen Menschenrechte, um das, was sie von einer Arbeitsmaschine oder einem unvernünftigen Thiere unterscheidet, handelt, sollten sie da materieller Opfer und Verluste wegen zu feigen Memmen werden wollen, die das verleugnen, was ihnen bisher heilig war? Ich will es gewiß keinem vermögenslosen Familienvater verargen, wenn er, um seine Familie, die durch seine Einkerkerung brodlos würde, nicht dem Hunger auszusetzen, die unter den gegebenen Umständen gebotene Vorsicht walten läßt, und sich nicht unnützer Weise Gefahren aussetzt, — aber die zahlreiche Armee junger lediger Soldaten des Sozialismus, die träfe doch gewiß der gerechte Vorwurf der Feigheit vorm Feinde, wenn sie sich nur besinnen wollte, ob sie wie seither für den Sozialismus eintreten solle — nein, nicht wie seither, sondern zehnmal mehr. Nie ermüden, nie verzagen, das muß die Losung von uns Jungen sein, was auch uns bevorstehen und treffen möge. Wir dürfen es uns wohl sagen, daß wir für eine edlere heiligere Sache — für die Erlösung der Menschheit unsere Kraft, unsere Person und unsere persönliche Freiheit einsetzen, als der gewöhnliche Soldat, der auf seines Offiziers Befehl, bei eigener Lebensgefahr gegen Menschen kämpfen muß, die ihm noch nie etwas gethan; ohne zu wissen warum! Und auch dadurch unterscheidet sich unser Feldzugsplan zu unserem Vortheile vor dem der Soldaten, daß wir nicht durch die Macht der rohen Gewalt, nicht durch einen Strom von Blut und Thränen und über einen Haufen Leichen zum Siege gelangen wollen, sondern nur durch die Macht der Idee und der Aufklärung. Das Recht aber, unsere Mitbürger im persönlichen Verkehr über unsere Ziele und Bestrebungen aufzuklären und sie dafür gewinnen zu suchen, das lassen wir uns nicht nehmen, selbst wenn uns statt einiger Monate Gefängniß der Scheiterhaufen drohte.

Ein Junger.

Correspondenzen.

Berlin, 10. Oktober. Unser hiesiges Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse“ schreibt: Die Frage, was die Sozialdemokratie nach Annahme des Ausnahmegesetzes anfangen werde, beschäftigt die gesammte Presse. Besonders der „Börsen-Courier“, der ja in solchen Dingen immer allen anderen Blättern um eine Nasenlänge voraus ist, weiß da gar Manches zu erzählen. Uns scheint die Frage sich ganz von selbst zu lösen und zwar liegt die Lösung begründet in dem bisherigen Verhalten der Sozialdemokraten. Die deutschen Sozialdemokraten haben bis jetzt daran festgehalten, daß sie die bestehenden Gesetze respektirten, das werden sie auch in Zukunft so halten, sie werden also auch das Untergrabungsgesetz respektiren. Wer dabei am schlechtesten fährt, wird sich ja bald herausstellen. Bis jetzt standen die Sozialdemokraten in der vordersten Linie des politischen Kampfes und sie haben dafür schwere Opfer bringen müssen. Die Gefängnisse haben kaum andere politische Verbrecher in der letzten Zeit gesehen als wie Sozialdemokraten. Und warum denn das? In der Sozialdemokratie vereinigten sich die fortgeschrittensten Ideen unserer Zeit, der echte Sozialdemokrat ist Sozialist, Republikaner und religiös freisinnig in einer Person. Daß er diese Dreieinigkeit in sich vereinigt, das ist es, was dem Sozialisten so unendlich viele Feinde und Gegner zugezogen hat. Die Consequenz ist es, was die Sozialdemokratie so verhaßt macht. Bis jetzt war in Deutschland die Sozialdemokratie gewissermaßen ein Schild, der alle Speere aufzufangen hatte, welche die Reaktion gegen den wirklichen Fortschritt warf, an der Sozialdemokratie kühlten sich Staatsanwalt und Polizei ihr Müthchen im politischen Kampfe. Das wird jetzt anders werden, die Sozialdemokratie wird in ihrer Organisation, in ihrem äußeren, greifbaren Zusammenhang verschwinden, sie wird im öffentlichen politischen Leben nicht mehr vorhanden sein, und sie kann verschwinden, kann sich eine Ruhepause gönnen. Seit Jahren hat sie eine fieberhafte Agitation entfaltet, Hunderte, ja Tausende von Versammlungen sind abgehalten worden, Hunderttausende von Broschüren und Agitationsnummern sozialistischer Blätter befinden sich in den Massen, und wo es noch fehlte, ist es in letzter Zeit besorgt worden, also an Stoff zur Anregung, zum Nachdenken und zur privaten, durch kein Gesetz zu treffenden Agitation, wird es nicht fehlen, ein Anstoß von außen braucht also nicht mehr gegeben zu werden. Die Sozialdemokratie als Partei wird also vom Schauplatz ihrer Thätigkeit abtreten, sie wird verschwinden, so wie es das Gesetz will. Aber was wird denn dann kommen? Wir sagten oben schon, daß die Sozialdemokratie bis jetzt gewissermaßen das Karnickel war, welches alle Opfer zu bringen hatte, welche die Reaktion von den neuen Ideen forderte. Das wird nun aufhören. Verschwindet damit aber auch der Sozialismus, der Republikanismus und der Atheismus. Ganz gewiß nicht. Es giebt in Deutschland Republikaner, welche keine Sozialisten, und Sozialisten, welche nicht Republikaner sind, und ebenso giebt es Atheisten, welche weder vom Republikanismus noch vom Sozialismus etwas wissen wollen. Die Sozialdemokratie wird unterdrückt, weil sie bis zu einem gewissen Grade die obigen drei Richtungen in sich vereinigt und vertritt. Mit der Achterklärung der Sozialdemokratie werden die Republikaner, Sozialisten und Atheisten mit in Acht und Bann gethan, nur mit dem Unterschied, daß währenddem jetzt die Sozialdemokratie aufhören wird, der Reaktion die Opfer zu liefern, dieselben in Zukunft aus den Reihen der oben genannten drei Richtungen genommen werden. Die Machtbefugnisse, welche der Reichstag der Polizei einräumt, werden von dieser gewiß ausgenutzt werden, die Sozialdemokraten aber werden sich hüten, Anlaß zu bieten, sie respektiren das Gesetz und werden ruhen, die Polizei aber wird nicht ruhen, ihr ist eine Aufgabe geworden, sie wird dieselbe lösen. Da es aber keine greifbaren Sozialdemokraten, d. h. das Ganze, mehr geben wird, so wird sie nach den Theilen greifen; der königstreue Sozialist, der Bourgeois-Republikaner und der freireligiöse Gottesleugner sie werden willkommene Objekte sein. Herr Hänel ist von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bereits einmal als Republikaner verketzert worden, und daß Herr Lasker durch seinen „Doktrinarismus“ dem deutschen Reich schon oft gefährlich war, ist hinlänglich bekannt, wer weiß, was uns die Zukunft noch bringt. Die Zellen in Plötzensee, welche bisher als politische Gefangene nur Sozialdemokraten sahen, die eignen sich auch für andere Leute.

Briefkasten

der Redaktion. W. Sch. Altona: Meuselwitz gehört zu Altenburg. Parteigenosse Stolle aus Crimmitschau candidirte dort. — K. B in München: Das System der erworbenen Rechte kostet 15 Mark, ob es aber noch im Buchhandel zu haben ist, können wir Ihnen nicht sagen. — G. M. Altona: Wir machen Sie auf das Feuilleton in der heutigen Nummer aufmerksam. — C. F. Reutlingen: Der Auszug aus dem Testament Mesliers ist erwünscht — derselbe müßte aber sofort gemacht werden.

der Expedition. B. H. Peter Zschorlau: Die Schriften kosten 30 Mark incl. Porto.

Quittung.

Den durch eine Zusammenkunft von Tabakarbeitern in Berden vom 7. d. M. einstimmig dem Unterstützungsfonds zugewiesenen Restbaarbestand von dem s. Z. bestehenden sog. „Strikeverein“ (1872) im Betrage von 75 Mk. 80 Pfg. erhalten zu haben bescheinigt

Hamburg, 12. Oktober 1878.

A. Geib.

Genosse Wilhelm Schweimler, Tischler, früher in Hamburg, wird um seine Adresse gebeten von Karl Braun, Schneider, Landwehrstraße Nr. 15 II., Rückgebäude, München.

Unterstützungsfonds.

Für die Opfer des Ausnahmegesetzes 1,00; v. Seeburg hier 1,00; v. S. S. hier 0,50.

Im Selbstverlage des Verfassers ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Die Zukunft der Sozialdemokratie.

Von

J. Dietzgen.

Preis per Exemplar 15 Pfg.

Versandt nur gegen Einsendung des Betrages. Das Porto für Kreuzband kostet für 1—4 Expl. 3 Pfg.

Leipzig, 10. Oktober 1878.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantw. Redakteur: Franz Güßkaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 650 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Gorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hengé, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 123. Freitag, 18. Oktober. 1878.

Wir sind's zufrieden.

Durch die offiziöse und liberale Presse geht nachstehende sehr bezeichnende Notiz:

„Von einer dem Reichskanzler nahe stehenden Seite wird behauptet, daß eine Enquête der deutschen Arbeiterverhältnisse bevorsteht, deren Ergebniß zu legislatorischen Vorarbeiten benutzt werden soll. In die zu ernennende Enquête-Commission sollen auch Arbeiter zugezogen werden. — Gegenwärtig handelt es sich darum, durch Gründung verständiger Arbeitervereine ein Ventil der Discussion zu öffnen, welche in ihren demagogischen Auswüchsen durch das Sozialistengesetz unterbrochen werden wird. Der Reichskanzler hat diese Absicht in seiner Rede selbst kundgegeben, indem er solche Vereine zu fördern versprach, welche sich mit der positiven Verbesserung der Lage der Arbeiter beschäftigen wollen. Obwohl das Resultat der Enquête-Commission, die vor einigen Jahren im Handelsministerium zusammentrat, eben nicht danach angethan ist, zu einer Wiederholung desselben Experiments zu ermuthigen, so mag doch in der gegenwärtigen Wendung der Verhältnisse ein stichhaltiger Grund liegen. Selbstverständlich müßte eine neue Enquête-Commission auch jene Sozialpolitiker in sich aufnehmen, welche als Gegner der Sozialdemokratie den schon bestehenden Vereinen als Wortführer angehören und sich in der Sozialliteratur oder in den gesetzgebenden Körperschaften einen Namen erworben haben. Wenn die Sozialdemokraten behaupten, daß es sich hier um die Absicht handelt, conservative Arbeiterbataillone zu bilden, welche gegen die Sozialdemokraten zu verschiedenen Malen [illegible] dies nicht unter den Stürmen einer Revolution, als sie in Frankreich ein paar Wochen lang die Macht in Händen hatten, zu thun vermochten, mag Ihnen Bürge sein, daß dem Eigennutz, der sich Ihren Bestrebungen entgegenstellt, die friedliche Lösung allein die gefährliche erscheint."

Rodbertus hat hier natürlich die Revolution von 1848 im Auge — doch was für diese gilt, gilt auch für die von 1871. — Wunderbar, daß der Fürst Reichskanzler verschiedene soziale Schriftsteller lobt, ohne ihre Schriften zu kennen.

— Zur Affaire Bismarck-Sonnemann sagt selbst die „Kölnische Zeitung", daß Bismarck besser gethan hätte, ihm (Sonnemann) „nur solche Dinge vorzuwerfen, die sich beweisen lassen!" Wie wir hören, will Sonnemann am Schlusse dieser Session nochmals im Reichstage den Reichskanzler auffordern, die Verbindungen der „Frankfurter Zeitung" mit der französischen Regierung nachzuweisen. Bismarck wurde bei dieser Gelegenheit ist nicht erst seit der Wilhelmsspende aufgetaucht, sondern hat conservative Köpfe schon längst beschäftigt. So schreibt der bekannte Geheime Regierungsrath Jacobi, der ja in Gewerbsachen nicht unbewandert ist, im „Liegnitzer Tageblatt":

„Kaum war im Jahre 1862 der damalige Herr von Bismarck an die Spitze der preußischen Regierung getreten, so richtete er in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident an seine betreffenden Herren Collegen ein Schreiben, in welchem er darauf hinwies, wie wünschenswerth es sei, den alten Tagen invalider Arbeiter durch Errichtung von Pensionskassen zu Hülfe zu kommen, und zugleich in Anregung brachte, ob die großen Communalverbände (namentlich die Kreise) dies nicht in die Hand nehmen könnten. Es erwies sich Letzteres als nicht ausführbar und die ganze Sache ging — ad acta. Der jetzige Herr Reichskanzler mag selbst diesen bestimmten Vorgang längst vergessen haben; wir aber glauben — selbst auf die Gefahr hin, das Amtsgeheimniß zu verletzen — hieran erinnern zu sollen, und wünschen dadurch auch an unserem Theil dafür Zeugniß abzulegen, daß Fürst Bismarck in der That das Wohl der arbeitenden Klassen frühzeitig am Herzen getragen hat."

Uns interessirt nur die Thatsache, daß Bismarck sich schon in jener Zeit, wahrscheinlich um den Liberalen Eins zu versetzen, mit dem Plane der staatlichen Arbeiter-Invalidenkassen getragen hat. Die Schlußphrase, daß Bismarck das Wohl der arbeitenden Klassen schon frühzeitig am Herzen getragen hat, regt uns nur zu der einen Frage an: „Warum hat der Herr von Bismarck denn [illegible] Sonntag in Dresden eröffnet. 52 Mandate vertreten 42 Körperschaften mit circa 46,700 Mitgliedern. Zum Präsidenten des Congresses wurde Dr. Max Hirsch (Berlin), zum ersten Vicepräsidenten Roth (Chemnitz) und zum zweiten Vicepräsidenten Walter (Dresden) gewählt. Dem von dem General-Sekretär Keller (Berlin) erstatteten Jahresbericht zufolge, zählt der Congreß gegenwärtig 130 persönliche und 94 körperschaftliche Mitglieder, und zwar bestehen die Letzteren aus 9 Bürger-, 1 kaufmännischen Verein, 8 Bildungsvereinen, 9 fortschrittlichen und 10 nationalliberalen Wahlvereinen, ferner aus 13 Bezirksvereinen, 17 Orts- und Gewerksvereinen, 12 Gewerbe- und Handwerkervereinen, 2 Vorschuß- und Sparvereinen, 2 technischen resp. Beamtenvereinen und 1 freien Vereinigung. Das Wolff'sche telegraphische Lügenbureau berichtet selbstverständlich, daß die bösen Sozialdemokraten wieder das friedliche Werk durch Zischen und Lärmen zu stören gesucht hätten. Diese übertriebene Mittheilung beschränkt sich jedoch auf die höchst einfache Thatsache, daß, Herren Gneist, Treitschke und anderen Größen „vom Fach" und sehen wir uns unterdessen nach einem andern Felde für unsere Thätigkeit um. Mit der seitherigen Agitation ist ohnedies eine und zwar die schwerste Aufgabe erfüllt: die Massen der Enterbten sind aufgerüttelt und zum Bewußtsein ihrer Lage gebracht; kein Ausnahmegesetz, keine Macht der Erde ist im Stande, den gewaltigen Strom der sozialen Bewegung zurückzudrängen oder auch nur gar zu lange aufzuhalten; augenblicklich freilich arbeitet die vereinigte Reaktion an einem gar gewaltigen Damme, mit dem sie die mächtige Bewegung aufzuhalten hofft.

In der That wird mancher fröhlich vorwärts stürmende Genosse seinen Eifer zügeln und sich eine kleine Ruhepause auferlegen müssen; eine solche, wenn auch unfreiwillige Ruhe aber wird nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die ganze Bewegung von den wohlthätigsten Folgen sein, neu gestärkt und mit frischen Kräften werden wir bald genug unsern Siegeslauf wieder aufnehmen, einstweilen haben wir uns den Verhältnissen anzupassen. Wird unsere Presse unterdrückt, werden die Schriften eines Marx, Lassalle, Schäffle u. A. verboten und confiszirt, nun so schöpfen wir aus der unversiegbaren Quelle der Literatur aller Zeiten und Zonen von dem klassischen Alterthum an bis auf unsere Tage. Diese Quelle ist aber bis jetzt dem Volke verschlossen; die unsterblichen Werke unserer großen Dichter und Philosophen müssen dem Volke erst zugänglich gemacht werden, nicht blos durch billigste Herstellung derselben, sondern mehr noch durch geschickte Auszüge des Wichtigsten aus den oft voluminösen Werken, durch „Uebersetzungen" nicht blos fremder, sondern auch [illegible] sich engagiren müssen. Die Folgen des brutalen Ausnahmegesetzes müssen auf alle Fälle parirt werden!

— Unser Berliner Parteiorgan schreibt: Wir können unseren Lesern die erfreuliche Mittheilung machen, daß sich unseren Abgeordneten die zarteste Aufmerksamkeit der Behörden zugewendet hat. Dieselben können keinen Schritt thun, weder in noch außer dem Reichstagsgebäude, ohne sich in „geheimer" Begleitung zu befinden. So angenehm auch eine solch' offizielle Begleitung unter Umständen in den Abruzzen oder im Böhmerwald sein kann, so überflüssig erscheint sie in Berlin. Unsere Reichstagsabgeordneten werden sich schon allein gegen Taschendiebe und ähnliches Gesindel schützen; die polizeiliche Vorsehung ist nach dieser Richtung hin zu „vorsehend".

— Das Ausnahmegesetz tritt in wenigen Tagen in Kraft und somit ist Denjenigen, welche sich sozialistische Schriften anschaffen wollen, nur noch eine kurze Frist gegeben. Alles, was Werke der bedeutendsten und gefeiertsten Dichter und Philosophen bilden eine unerschöpfliche Fundgrube staats- und religionsgefährlicher Aussprüche und Gedanken; die meisten dieser Männer waren aber auch während ihres Lebens allen möglichen Verfolgungen und Chikanen ausgesetzt. Daß dieselben heute von unserm liberalen Bürgerthum gefeiert und bewundert werden, rührt zum Theil davon her, daß dasselbe ihre Worte gar nicht aus eigener Anschauung kennt — dazu ist es viel zu faul —, sondern nur aus Uebersetzungen und Commentationen bezahlter Schreiber. Würden diese frömmelnden Bourgeois sich die Mühe nehmen, statt der seit neuerer Zeit wieder Mode gewordenen Gesangbücher und der modernen Roman- und Schundliteratur, unsere klassischen Schriftsteller in in der „Ursprache" und im „unverfälschten Urtext" zu lesen, so würden sie mit Erstaunen und Entsetzen gewahr werden, daß dieselben höchst gemeingefährliche Umstürzler und Atheisten, häufig sogar Sozialdemokraten und Communisten vom reinsten Wasser waren.

Zum Schluß noch ein Wink für Gesinnungsgenossen, welche auch während der Ausnahmegesetze thätig sein wollen. Es wurde schon vorgeschlagen, allen möglichen Vereinen beizutreten oder solche zu bilden, wie Schach- und Kegelclubs u. dgl., allein die Polizei wird wahrscheinlich ein scharfes Auge hierauf werfen und auch mit Recht, denn wie leicht könnte so ein Kegelclub sich hohle Kegel und Kugeln machen lassen und darin die scheußlichen Schriften eines Marx, Lassalle oder gar Lothar Bucher's, als er noch Mitglied der Internationale war, aufbewahren! Dagegen empfiehlt sich die Praxis [illegible] erschreckende Zunahme aller Verbrechen! Hierauf drakonische Strenge der öffentlichen Rechtspflege, während eine mächtige sozialistische Agitation immer weiter um sich greift. — —

Nicht viel anders steht es im Allgemeinen in den Vereinigten Staaten überhaupt. Die seit dem großen Aktien- und Börsenkrach von 1873 anhaltend geschäftliche Kalamität, deren Beendigung ganz wie bei uns in Deutschland schon oft vorausgesagt wurde, ist noch immer nicht zu Ende, und die Arbeitszustände werden täglich bedenklicher. Hat man doch schon die effektive Belagerung einer Stadt durch herumziehende Strolche erlebt. — Das Bankrottunwesen nimmt immer größere Dimensionen an und die persönliche Sicherheit nimmt eben so reißend ab, wie die geschäftliche. Ein in Chicago erscheinendes deutsches Blatt registrirte dieser Tage in einer einzigen Nummer nicht weniger als 8 Mordthaten. — Die Diebstähle in der Staats- und Communalverwaltung werden immer zahlreicher und großartiger, und die Voraussetzung unsrer „liberalen" Blätter, daß der „gesunde Kern des Bürgerthums" diesem verbrecherischen Treiben bald ein kategorisches Ende bereiten werde, erweist sich als eine politische Kurzsichtigkeit ersten Ranges.

Im Gegentheil wählt bieser angeblich „gesunde Kern des Bürgerthums" bei jedem Wahlgange immer dieselben längst als käuflich gebrandmarkten Schufte von Neuem in die öffentlichen Vertretungen. — — —

Diese Schilderungen sind einem conservativen Blatte entnommen — und sie sind im Allgemeinen zutreffend — auch auf andere Staaten!

Dagegen fallen die Versicherungen des bekannten amerikanischen republikanischen Staatsmanns Seymour kaum ins Gewicht, der in einer Rede über die amerikanischen Zustände kürzlich bemerkte, daß die Communisten harmlose Leute seien, die mehr nützen als schaden, indem sie durch ihre Thorheiten dem Bürger die Nothwendigkeit einer gesunden Verwaltungsorganisation zu Gemüthe führen. „Wenn sie," so fährt Seymour dann wörtlich fort, „davon reden, ihre Ziele mit Gewalt zu erreichen und nöthigenfalls bis an die Kniee im Blut zu waten, so lehren sie nur unsere Bürger, wie nöthig es ist, gute Gesetze gut zu handhaben. Ihre Ohnmacht hier zu Lande zeigt die Stärke unserer Regierung gegenüber denen anderer Länder. Ein Tollhäusler mag auf einen König schießen und einen Staat erschüttern, aber Majoritäten können nicht meuchlings umgebracht werden. Es ist ein grober Mißgriff, ihren bewaffneten Aufzügen mit polizeilichen Verboten entgegenzntreten. Es wäre gut, wenn man sie zwingen könnte, sich öfters mit all ihren Waffen, Bannern und Fahneninschriften zu zeigen. Nicht nur, daß die Mehrzahl unseres Volkes Besitzer sind, auch nicht Ein Armer unter Hundert hier zu Lande würde die Möglichkeit, wohlhabend zu werden, für Alles hingeben, was die Communisten ihm bieten könnten, wenn sie am Ruder wären. Solche Parteien sind nur in Ländern gefährlich, wo die Gesellschaft so geschichtet ist, daß der Arbeiter keine Hoffnung, keine Möglichkeit sieht, sich aus seiner Noth emporzuheben, außer durch den Umsturz der sozialen und politischen Verhältnisse, unter denen er lebt."

Wenn Seymour Recht hätte, so würde er aller-

---

werden, andererseits aber sind sie überhaupt jener Art von Arbeit abgeneigt, die eine fortdauernde, regelmäßige und körperlich aufreibende Thätigkeit erfordert. Wir sehen davon ganz ab, daß die Bewohner jener Gebiete in vielen Zweigen industrieller Arbeit gänzlich unbewandert sind, und in Folge dessen jener Vorkenntnisse entbehren, die zu ihrer Ausübung erforderlich sind.

Die Zufuhr fremder Arbeitskräfte ist also zur Erreichung jenes Zweckes, auf den es den österreichischen Kapitalbesitzern ankommt, unbedingt erforderlich; es ist demnach gar nicht auffallend, daß die österreichischen Bourgeoisblätter alles aufbieten, um die Auswanderung nach Bosnien für unsere Arbeiter so verlockend als möglich zu schildern; und wenn sie das auf Kosten der Wahrheit thun, wenn sie durch ihre Erfindungen und Uebertreibungen das Unglück vieler Leichtgläubiger verschulden, die den Sirenenrufen Gehör schenken und die Wanderung in's „gelobte Land" in der Hoffnung antreten, dort eine Beendigung ihres Leidens und ihrer Noth zu finden, so kann sich darüber auch nur derjenige wundern, der die Vertreter unserer Presse nicht kennt, und dem es unbekannt ist, daß die Ueberzeugungen dieser „Journalisten" durchwegs von ihrem persönlichen materiellen Interesse diktirt werden.

Die Regierungspresse stößt in dieselbe Reklametrompete für Bosnien, weil eben auch in diesem Falle wie fast immer die Interessen unserer Geldmänner und der Regierung parallel laufen.

Auch politische Gründe erklären das Verhalten der offiziellen Blätter; es kann der Regierung natürlich nur angenehm sein, wenn soviel als möglich österreichische Elemente sich unten ansiedeln, weil dadurch die „Kulturmission" unserer Armee, nämlich die dauernde Niederwerfung der Insurrektion nnd die spätere Einverleibung des Landes in die Monarchie erleichtert wird. Jeder dieser Einwanderer wird in seinem eigenen Interesse gezwungen sein, die Dienste eines freiwilligen Okkupationssoldaten zu verrichten und wird dadurch die Auslagen für den militärischen Aufwand verringern.

Außerdem hat die Regierung den nicht zu unterschätzenden Vortheil von den Auswanderern nach Bosnien, daß sie dadurch eine Anzahl Unzufriedener los wird, die dann statt für eine Verbesserung ihrer Lage im eigenen Lande zu wirken, gegen die Insurgenten im Interesse des Staates thätig sein müssen.

Das Hauptorgan unserer Fabrikanten, die „Deutsche Zeitung" in Wien, fabelt von den hohen Löhnen, die in Bosnien gezahlt werden und führt als Beispiel an, daß in Serajewo ein Taglöhner zwei Gulden verdient; und unmittelbar vorher liest man in demselben Blatte, daß ein Brot, welches bei uns 10 Kreuzer kostet, in Serajewo nur um 40 Kreuzer zu haben ist, daß der schlechteste Wein die Flasche einen Gulden kostet, und daß überhaupt die unentbehrlichsten Lebensmittel nur zu horrenden Preisen zu haben sind. Wohnungen sind kaum zu bezahlen. Und dabei bekommt ein Taglöhner den „hohen" Lohn von zwei Gulden! Wenn selbst unser Fabrikantenblatt nicht umhin kann, solche Mittheilungen zu machen, wie wird es erst in Wirklichkeit aussehen?

Unter solchen Umständen die Arbeiter aufzufordern, nach Bosnien auszuwandern, jetzt, da die kalte Jahreszeit beginnt, die in Bosnien bei dem herrschenden Mangel an geeigneten Wohnstätten für die Armuth gleichbedeutend mit dem sichern Tode ist, ist eine Handlung, deren moralische Kennzeichnung wir unseren Lesern überlassen. Unsere Aufgabe war nur, die Arbeiter zu warnen; haben wir sie gewarnt, nach Amerika zu wandern, wo ein Erwerb früher sicherer war, wo wenigstens Leben und Gesundheit besser bewahrt war, so haben wir um so mehr Grund, vor Bosnien zu warnen. Denn die Auswanderung nach Amerika war auch unseren Kapitalisten ein Dorn im Auge, weil sie dadurch Arbeitskräfte verloren und die Konkurrenz unter den heimischen Arbeitskräften vermindert wurde; in jenem Falle agitirten sie deshalb gegen die Auswanderung. Jetzt aber handelt es sich für sie blos um eine ihnen passende Verschickung der überflüssigen Arbeitskräfte, um auf solche Weise auch die durch die Krise beschäftigungslos Gewordenen auszubeuten.

Wir haben die Beweggründe blosgelegt, aus denen die Auswanderungshetze hervorgegangen ist, wir haben auf die Folgen hingewiesen, die für viele von denen entstehen werden, die jenen Lockrufen gehorchen — an den Parteigenossen ist es nun, auf die Verbreitung der Wahrheit hinzuwirken und so jenen Plan scheitern zu machen, dessen Verwirklichung mit dem Unglück vieler Arbeiter nothwendig verbunden wäre.

— Rohheit der Gebildeten. Vor einigen Tagen ging der Zeit in Hamburg engagirte Wiener Volkssänger Schramm Abends in Begleitung seiner Frau nach Hause, als drei junge Leute ihnen den Weg absichtlich versperrten. Von Schramm zur Rede gestellt, hatte einer der jungen Burschen die Frechheit, der Frau in die Wange zu kneifen. Auf ihre Zurechtweisung erhielt sie eine schallende Ohrfeige. Nun rief der Gatte, der allein gegen die Drei Nichts unternehmen konnte, laut um Hilfe, doch in demselben Augenblick erhielt er mit einem Stock einen Hieb über das Gesicht, so daß er ohnmächtig zur Erde fiel. Die Angreifer fielen nun über die Frau her und mißhandelten sie auf die empörendste Art. Auch sie wurde ohnmächtig und als sie erwachte, war sie von vielen Personen umgeben, die durch den Lärm von ihrer Ruhe aufgeschreckt, zu Hilfe eilten. Als sie nach und nach ihre Besinnung erlangte, vermißte sie ihren Gatten und erhielt auf ihr Befragen die Antwort, derselbe sei zu einem Arzt getragen worden. Unter Schluchzen bat die Aermste, auch sie zu dem Arzt zu führen und erzählte unterwegs ihr Abenteuer. Leider kam auch einer der Männer, die Schramm nach dem Arzt getragen, mit der traurigen Botschaft, daß das rechte Auge des Verletzten in Folge des Hiebes ausgelaufen sei. Nun sind die drei Burschen, darunter ein Bautechniker und ein Student, eruirt und verhaftet.

— In Darmstadt wurde der Landtagsabgeordnete P. Jost, nationalliberales Mitglied der hessischen Kammer, wegen Beihilfe zum Betruge zu einer Geldstrafe von 120 Mark verurtheilt.

den Preßparagraph des Umsturzgesetzes (§ 6) zu Ende. Nachdem am Sonnabend Herr von Hertling den Standpunkt seiner Partei (des Centrums) präzisirt, und Herr Bamberger die vollständige Zerfahrenheit des Nationalliberalismus constatirt hatte, fiel heute Herrn Richter die Aufgabe zu, den geistigen Bankrott der Fortschrittspartei ad oculos (sichtbar) zu demonstriren. Kleist-Retzow, der dem fortschrittlichen Redner folgte, war ganz in seinem Element. In donnernden Worten deklamirte er gegen die Preßfreiheit, diesen Wauwau aller Reaktionäre, und fand geneigtes Gehör an den Regierungstischen. Graf Eulenburg erklärte mit dankenswerther Offenheit: die sozialdemokratische Presse soll vernichtet werden; das Gesetz muß rückwirkende Kraft haben. Was Windthorst dagegen zu sagen hatte, war im Ganzen sehr schwach — er hat wohl nie schwächer gesprochen —; und Herr Lasker, der für den Commissionsantrag und eine wenigstens einmalige Verwarnung (die aber gar keine ist, da das Verbot einer Zeitschrift schon auf Grund der ersten Verwarnung erfolgen kann) plaidirte, erreichte natürlich nichts anderes, als ein mitleidiges Lächeln des Grafen Eulenburg. So ist's nicht gemeint. Die Regierung will der Presse den Strick um den Hals legen, und läßt sich durch die frommen Wünsche des Herrn Lasker, der den Strick hat drehen helfen, nicht beirren.

Die letzte Illusion Derer, die gewaltsam, um ihr Gewissen zu beruhigen, an Illusionen festhielten, wurde durch das Referat des Herrn von Schwarze vernichtet, der die Eulenburgischen Anschauungen nur etwas verwässert vorbrachte.

Die Sozialdemokraten, in deren Namen sich Liebknecht zum Wort gemeldet hatte, wurde durch einen Schlußantrag mundtodt gemacht — ein Verfahren, das sich selbst richtet. Schon ehe an Windthorst die Reihe des Redens kam, war ein Schlußantrag gestellt, aber abgelehnt worden. Ebenso, als Lasker sprechen sollte. Man sieht, den Valentin sind wir los, allein die Valentine sind geblieben. Es wird jetzt mit Dampfgeschwindigkeit gehn.

Das Resultat der Abstimmung war, daß § 6 in jeder Fassung abgelehnt wurde. Gegen den Commissionsantrag stimmten die Conservativen, welche die rückwirkende Kraft sans phrase wollen; gegen die Fassung der Regierungsvorlage die Nationalliberalen, welche die Form zu wahren wünschen.

Mit der Ablehnung ist nicht das Mindeste gewonnen. Bei der dritten Lesung wird § 6 angenommen werden, und zwar voraussichtlich in der Form, welche die Commission vorschlägt. So hätten die Nationalliberalen einen Scheinsieg erfochten, der ihren thatsächlichen Verrath dem Publikum verhüllen soll. Einen Scheinsieg. Denn in Wirklichkeit ist es ganz gleichgültig, ob dem Verbot einer Zeitschrift das Verbot einer Nummer vorauszugehen hat oder nicht — es ist einfach ein Unterschied von 24 Stunden — nichts weiter.

Die lehrreichste Rede in dieser Debatte war die des Herrn Bamberger. Er weiß genau, was das Gesetz bezweckt: es ist reaktionär, es vernichtet die Preßfreiheit — für das Gesetz zu stimmen, ist ein Bruch mit allen liberalen Traditionen; aber er hat Angst vor dem rothen Gespenst, die Gefahr, welche von der Reaktion droht, welche vom Staatssozialismus droht, schrumpft zu Nichts zusammen angesichts des Schreckbilds der Sozialdemokratie. Mit offenen Augen stürzt er in den Sumpf der Reaktion und proklamirt die politische Abdankung des Nationalliberalismus, dieses „armen Sünders".

Man hätte erwarten können, daß Herr Eugen Richter als Vertreter des Bürgerthums gegen die Bamberger'sche Rede protestirt und für das „Palladium der bürgerlichen Freiheit", wie man die Preßfreiheit mit Recht genannt hat, eine Lanze gebrochen hätte. Doch auch ihn lähmte die Angst vor der Sozialdemokratie; und so hat die Regierung des Fürsten Bismarck den beispiellosen Triumph erlebt, daß die deutsche Bourgeoisie ihr vornehmstes politisches Grundrecht freiwillig, selbstmörderisch geopfert hat.

Die Geschichte keines anderen Kulturlands bietet eine Parallele.

Die Sozialdemokratie kann mit dem Verlauf dieser Debatte, wie überhaupt der gesammten Debatte über das Ausnahmegesetz zufrieden sein: es giebt in Deutschland keinen Liberalismus mehr; das Bürgerthum, in seinen verschiedenen Parteien, hat politisch abgedankt und bildet mit den Conservativen „eine reaktionäre Masse".

Die Fahne der Freiheit, die das Bürgerthum feig weggeworfen hat, flattert jetzt nur noch in den Reihen der Sozialdemokratie, der „Partei der Geächteten", und wird von ihr zum Siege getragen werden — trotz alledem und alledem.

— 15. Oktober.

Der Reichstag ist erschöpft — das sieht man ihm an, und das hört man ihm an. Gelangweilte, abgespannte Gesichter — und nicht ein neuer Gedanke, nicht ein urwüchsiger Gefühlsausdruck, der die träg, schlammartig sich dahin wälzende Debatte belebt. Und doch fehlte es heute nicht an Anlaß, die Geister aufeinander platzen zu machen. § 16 und § 19 wurden behandelt. Der Ausweisungsparagraph und die Beschwerdeinstanz. Ersterer führte zwar eine Anzahl Redner in die Arena (den süddeutschen Streber Schmid, Reichensperger, Puttkammer, Regierungspräsident von Schlesien, Bennigsen zweimal, Radziwill, Eulenburg zweimal, Helldorf, Hänel, Friedberg, Brüel, Schwarze), aber man merkte es Jedem an, er sprach bloß ex officio, weil es so sein mußte, um den Schein zu wahren. Was kommt auch auf die nebensächlichen Details an, wenn einmal die Hauptsache beschlossen ist? Wenn Jemand todtgeschlagen werden soll, dann ist es wahrhaftig höchst gleichgiltig, ob man ihm einen kleinen Puff mehr oder weniger gibt. Freilich mit dem Todtschlagen hat's gute Weile. Doch das macht nichts: der Wille ist wenigstens da.

Interessant waren bloß die Schlaglichter, die Reichensperger auf die preußischen Justizverhältnisse warf, speziell auf die Epidemie der Majestätsbeleidigungsprozesse und die enormen Strafen, welche verhängt worden sind. Der Hieb saß so gut, daß die Regierung eine zwiefache Antwort nöthig hielt; durch Eulenburg junior und Friedberg. Letzterer bestritt, daß Seitens des Justizministeriums irgend ein Erlaß an die Staatsanwälte und Richter ergangen sei, mit der Ermahnung, das Gesetz strengstens zu handhaben. Graf Eulenburg aber entschlüpfte eine heftige Verurtheilung des Denunziantengesindels und das Geständniß, daß es besser gewesen sei, viele Majestätsbeleidigungsprozesse wären unterblieben, ein Geständniß, dem sich ein Ausdruck des Bedauerns anschloß, daß nicht verschiedene der Majestätsbeleidiger in flagranti vom Publikum bestraft worden seien! Für einen Minister, der über Aufrechterhaltung der Ordnung und der Gesetze zu wachen hat, freilich eine sehr bedenkliche Aeußerung, die in dem Zuruf von den sozialdemokratischen Bänken: Lynchjustiz! Bierseidel! ihre passende Kritik fand.

Herr v. Schwarze, der seinen reaktionären Ruf noch zu übertreffen sich abquält, gab, im Einklang mit Eulenburg, dem § 16 die möglichst reaktionäre Deutung. „Die Regierung muß freie Hand haben, sonst ist das Gesetz unnütz" — das war der langen Rede kurzer Sinn. Graf Eulenburg aber hatte es speziell auf den armen Lasker abgesehen: er verrammte ihm den Weg, indem er mit wünschenswerther Offenherzigkeit erklärte: Es soll dies ein Polizeigesetz sein und nicht ein Rechtsgesetz." „Wo bleibt da der Rechtsstaat, Herr Lasker?" fragen wir mit Windthorst. Natürlich schwieg der Exführer der nationalliberalen Partei, die ebenfalls „Ex" ist.

Das Resultat der Abstimmung über § 16 war genau dasselbe, wie gestern über § 6 — die Conservativen (welche der Polizei das Recht geben wollen, die „Agitatoren" sans façon auch aus dem Wohnort auszuweisen) stimmten gegen die Commissions- und die Nationalliberalen gegen die Regierungs-Vorlage. Und so erhielt keine Fassung die Mehrheit. Nun — in der dritten Lesung wird die Mehrheit sich schon finden. Die Conservativen werden gewiß das Bennigsen'sche Angebot, im § 20 (Civilbelagerungszustand) den Wohnort fallen zu lassen, d. h. die Austreibung der Agitatoren auch aus ihrem Wohnort zu bewilligen, mit äußerlichem Schmollen und innerlichem Gaudium acceptiren. Den Civilbelagerungszustand kann die Regierung ja proklamiren, wann und wo es ihr beliebt. „Mein Liebchen, was willst du noch mehr?"

Zu § 16a (Bestrafung der Wirthe 2c.) sprach blos Wiemer, der die Monstrosität dieser Bestimmung schlagend nachwies, was natürlich die Annahme nicht hinderte.

Die Debatte über § 19 (die §§ 16b und 18 — § 17 fällt aus — gaben zu gar keiner Debatte Anlaß) kann nur quantitativ beurtheilt werden — sie dauerte 2 Stunden und 10 Minuten —, qualitativ steht sie unter jeder Beurtheilung, ist sie unter aller Kritik. „Die Juristen" pfuhten auf einander los. Für uns macht es keinen Unterschied, ob die „Obercensurbehörde" (richtiger der Obergalgenrath) ein paar Individuen mehr oder weniger zu Mitgliedern zählt und wie diese Individuen sich betiteln: Justizrichter, Verwaltungsrichter oder simple Bundesräthe. Diesen total irrelevanten Detailfragen gegenüber haben wir nur das Gefühl absolutester „Wurschtigkeit", um à la Bismarck zu reden.

Die heutige Sitzung dauerte von 10½ bis nach 4 Uhr. Ein Versuch der Junkerfraktion, das Haus zu einer Abendsitzung zu nothzüchtigen, wurde von der todtmüden Majorität abgelehnt.

Morgen wird die zweite Lesung beendigt. Donnerstag ist frei für die Fraktionsberathungen und das Coulissenspiel. Und Freitag und Sonnabend hofft man mit der dritten Lesung fertig zu werden, was allerdings ohne Anwendung der Schlußantrags-Peitsche nicht möglich sein wird.

— Das frühere Organ der Bismarck'schen Politik in Oesterreich, eines der Hauptblätter der Bourgeoisie, der „Pester Lloyd" äußert sich in einem Leitartikel in einer Weise über das deutsche Sozialistengesetz, daß wir denselben aus preßgesetzlichen Gründen nicht ganz abdrucken können. Doch wollen wir es uns nicht versagen einige Auszüge zu bringen. Da heißt es:

„Der ganzen politischen Welt außerhalb Deutschlands wird dieses Gesetz ein unerklärliches Räthsel sein. Fürst Bismarck behauptet, dieses Gesetz sei nothwendig, weil die Freizügigkeit, die Preßfreiheit und die milderen Normen des Strafgesetzbuches in Deutschland unerträgliche Zustände der Verwilderung geschaffen hätten. Wir fragen uns, wie es möglich sei, daß Einrichtungen und Gesetzbestimmungen, welche in Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Belgien, kurz in ganz Europa, soweit es nicht moskowitisch oder türkisch ist, ohne jede öffentliche Gefahr funktioniren, gerade in Deutschland die Fähigkeit haben sollten, den Staat in seinem Grunde zu erschüttern? „Ein Staat ist frei," sagt Sybel, „wenn seine Gesetze seiner Gesittung entsprechen." Wir würden es aber wie eine durch Nichts gerechtfertigte Verleumdung des deutschen Volkes ansehen, wenn Jemand sagen wollte, dieses Gesetz, daß Sozialisten-Gesetz, entspräche der Gesittung des deutschen Volkes. Dieses Gesetz gibt der Regierung nicht, wie Fürst Bismarck sagt, „eine Art der Diktatur", sondern es verleiht derselben die Diktatur, die schlimmste Form des civilen Belagerungszustandes, die in friedlicher Zeit in einem Lande, das man nicht durch das Schwert erobert hat, irgendwie denkbar ist. Ganz unglaublich ist es, daß Deutschland in einen Zustand solcher Erniedrigung verfallen sei, lediglich weil es die Freizügigkeit und eine im Ganzen recht bescheiden geartete Preßfreiheit eingeführt hat. Vielmehr glauben wir, daß die Ursache des in der That bestehenden Uebels nicht durch eine so oberflächliche Prüfung gefunden werden kann, wie sie in der Rede des großen Kanzlers enthalten ist. Wahr ist es, daß der Sozialismus nirgends mehr Anhänger zählt, als in Deutschland, und daß er nirgends so sehr die Formen einer geschlossenen Gesellschaft — man könnte sagen einer Armee — angenommen hat, wie in Deutschland. Allein, wem die Gesetze der Weltwirthschaft nicht ein verschlossenes Buch sind, der wird an dieser Erscheinung nichts Ueberraschendes zu entdecken vermögen. Die staatliche Ordnung Deutschlands, wie die Politiker sie eingerichtet haben, der Staatsgedanke, wie die deutsche Wissenschaft denselben entwickelt hat, sind den Gedanken und Zielen des Sozialismus innig verwandt. Die Unterordnung des Einzelwillens unter den Gesammtwillen ist in der politischen Welt das, was die Verwandlung des privaten Kapitals in einheitliches Kollektivkapital in der wirthschaftlichen Welt ist. Hat ein Volk gelernt sich der eisernen Zucht des politischen und militärischen Sozialismus zu unterwerfen, dann wird es sicherlich — in schlechten Tagen zumal — auch den wirthschaftlichen Sozialismus goutiren. „Alles, was die Massen als ein Ganzes abrichtet, sagt Schäffle in einer Arbeit, welche durchaus keinen politisch-polemischen Charakter trägt, was centralisirt, was öffentliche Zusammenfassung der Einzelkräfte in größtem Maße in sich schließt, das hat etwas dem Sozialismus durchaus Verwandtes." Der Militärstaat führt zum Sozialistenstaat, wer das nicht einsieht, dem fehlt jede Einsicht. Der ungeheure Staatsaufwand, die Milliarden für unproduktive Militärleistungen, der Steuerdruck, der immer mehr Personen aus der Bürgerklasse in die Proletarierklasse zurückstößt, das Alles vermehrt die Arbeiterbataillone und verleiht ihren Bestrebungen jenen moralischen Inhalt, der ihnen ehemals vielleicht abging. Daß in Deutschland diese Gefahr sich am bedrohlichsten zeigt, das kommt nicht daher, weil die Post die Zeitungen zu wohlfeil befördert, oder weil die Freizügigkeit eingeführt worden ist, sondern es kommt daher, weil Deutschland der oberste Sitz des Militarismus ist, dieser großen Versuchsstation des Sozialismus. Die heutige Bewegung des vierten Standes zieht ihre Kraft aus der Unbehaglichkeit, in der sich der dritte Stand befindet. Tag für Tag kommen aus dem Bürgerstande die Rekruten für den vierten Stand und es ist kein Wunder, daß sich in der Reihe auch zeitweilig einige Kopfarbeiter finden

Den Reichstagsabgeordneten.

(Zur Erinnerung an die Abstimmung über das Sozialistengesetz im Oktober 1878.)

Ihr habt die Formen wohl zerbrochen,
Die mit der Freiheit Geist gefüllt,
Die Formen nur, die Herzen pochen,
Die an der Freiheit Brust gestillt;
Ihr schlagt die Wahrheit wohl in Banden,
Ihr knebelt Schrift und Druck und Wort,
Und dennoch macht sie euch zu Schanden,
Sie redet stumm beredter fort!

Was als gemeines Recht verpfändet,
Für Alle unantastbar galt,
Ihr selbst habt dieses Recht geschändet,
Ihr überliefert's der Gewalt.
Ihr habt's gemacht zur feilen Dirne,
Die ihre Flatterreize kennt:
Ein Brandmal flammt auf eurer Stirne,
So lang' man eure Namen nennt!

Es wird auf eurer Stirne glühen,
Das Mal, das ehrlos euch gemacht,
Trotz aller eurer „Liebesmühen",
Wird euch nicht Lohn, nicht Dank gebracht;
Man meidet euch gleich jener Dirne,
Von der man angeekelt schied;
Man flieht die „liberale" Stirne,
Wie man eh'dem den Aussatz mied.

Nur zu! Wir achten nicht der Fehde,
Die immer heißer nun entbrennt,
Ihr raubt der Arbeit Wort und Rede,
Raubt die Gedanken, wenn ihr könnt!
Ihr raubt das Brot aus unsrem Munde,
Den Trank, der karg genug uns rinnt;
Es flucht euch jede Sorgenstunde,
Es flucht euch Mann und Weib und Kind!

Ihr hegt das Raubthier in dem Garten;
Ihr schützt das Wild in Wald und Flur,
Ihr laßt dem Rosse sanft aufwarten,
Der Arbeit Sohn ist schutzlos nur;
Ihr liefert uns gleich den Verderbten
Rechtslos hinaus der Polizei,
Und gebet die von euch Enterbten
Der größten Willkür vogelfrei.

So sei's! Verriegelt Haus und Hütte,
Daß ja kein Wort der Freiheit naht,
Verfehmt des Freundes treue Schritte,
Verfehmt der Liebe stille That;
Verhüllt das Licht aus blauer Ferne,
Daß nur ein düst'rer Himmel weint,
Verdecket Sonne, Mond und Sterne,
Daß ja kein Licht der Freiheit scheint!

Ihr hemmt sie nicht! Sie dringt durch Spalten,
Sie quillt als Hauch von Mund zu Mund,
Läßt sich nicht fassen, sich nicht halten
Und giebt sich treuen Seelen kund;
Sie perlt in jeder stillen Thräne,
Im Herzen ist ihr wohl gegönnt
Der beste Platz. Kein Scherge wähne,
Daß er ihr dahin folgen könnt.

Doch wieder seh' ich sie zu Rosse,
Das rothe Banner in der Hand;
Sie jagt, an Schnelle dem Geschosse
Gleich, durch das weite deutsche Land.
Sie streut auf ihren Ruhmeswegen
In's Land hinein wohl Saat auf Saat —
In allen Gauen sprießt der Segen
Dann auf zur großen Freiheitsthat.

*

Eine Warnung.

Unser österreichisches Bruderorgan, der „Sozialist" in Wien, schreibt:

Die Preßorgane der Regierung und der österreichischen Bourgeoisie bemühen sich nach Kräften, die österreichischen Arbeiter zur Auswanderung nach den „angegliederten" Provinzen Bosnien und Herzegowina zu verleiten; nach den Schilderungen, die die erwähnten Blätter von den Erwerbsverhältnissen in jenen Ländern entwerfen, müßte man annehmen, daß dies das Land sei, in dem, wie die Bibel erwähnt, Milch und Honig fließt und daß dort, wie ein triviales österreichisches Sprichwort sagt, jedem Einwanderer die gebratenen Vögel in den Mund fliegen. Da es leider noch immer Leute genug in Oesterreich giebt, die jedem gedruckten Worte Glauben schenken, so halten wir es für angezeigt, an dieser Stelle an die österreichischen Arbeiter einige Worte der Aufklärung, die den Vorzug der Wahrheit haben, zu richten.

Es ist Jedem bekannt, welchen Entbehrungen die österreichisch-ungarischen Truppen seit ihrem Einmarsche in Bosnien bis heute ausgesetzt sind, daß sie beständig selbst an den für einen Europäer als unentbehrlich geltenden Dingen Mangel leiden und daß sie in fast allen zum Leben Nothwendigen auf die Versorgung aus dem Mutterlande angewiesen sind, da das okkupirte Land selbst für die Befriedigung der einfachsten Lebensbedürfnisse keine oder nur unzureichende Produkte liefert; es ist weiter bekannt, daß seit dem Beginne der Insurrektion, also seit mehr als drei Jahren, in Folge wiederholter Verwüstungen und blutiger Kämpfe, die alle produktive Arbeit lahmlegten, der Ertrag der Ernte, der unter normalen Verhältnissen eine bedeutende Ausfuhr ermöglichen würde, nicht einmal für die Bewohner des Landes hinreichte, so daß eine fast ununterbrochene Hungersnoth den ärmeren Theil der Bevölkerung heimsuchte. Es ist ferner durch erschütternde Thatsachen constatirt, daß theils durch die Mohamedaner, theils durch die Christen Tausende von menschlichen Wohnstätten zerstört wurden und auf diese Weise für einen großen Theil der Bevölkerung wenigstens für die ungünstige Jahreszeit ein dauernder Aufenthalt in jenem Lande nur unter Ertragung fast übermenschlicher Entbehrungen und mit Gefahr des Lebens möglich geworden ist. Selbst unsere Soldaten, die gewiß an Strapazen gewöhnt sind, lieferten in Folge dieses Umstandes und in Folge der unzureichenden Nahrung bereits ein Contingent von über zehntausend Kranken. Und haben nicht selbst die bosnischen Flüchtlinge, die gegenwärtig in Oesterreich-Ungarn „beherbergt" werden, den Wiederaufbau ihrer Wohnstätten zur Vorbedingung für die Rückkehr nach ihrer Heimath gemacht?

Zustände also, die selbst in den Augen der gewiß nicht durch Bedürfnisse überreizten bosnischen Flüchtlinge als unerträglich gelten, Zustände, in Folge deren tausende unserer Soldaten verheerenden Krankheiten anheimfallen, werden von unserer Regierungspresse und den Preßorganen der österreichischen Kapitalisten nicht blos für gut genug für die österreichischen Arbeiter befunden, sie werden sogar in den schönsten Farben dargestellt und es wird den Arbeitern ans Herz gelegt, sich dort das Fieber und in dessen Folge den Tod zu holen.

Die Herren, die den Arbeitern den Rath geben, sich nach Bosnien zu begeben, haben freilich Grund genug, die Auswanderung der Arbeiter in das neue Eldorado der österreichischen Kapitalisten zu wünschen; die Kapitalisten wollen da unten Geschäfte machen, das edle Handwerk der Ausbeutung, das bei uns gegenwärtig nicht florirt, in den neu gewonnenen Ländern fortsetzen. Die guten Bosniaken wissen noch nichts vom Krach, haben die faulen Gründungen noch nicht kennen gelernt und sind mit jener Geschäftsmoral, deren Vertreter mit dem Aermel das Zuchthaus streifen, noch nicht vertraut. Aus ihnen läßt sich also noch etwas herauspressen.

Konkurrenz von außen ist vorläufig noch nicht zu befürchten und die Bosniaken selbst besitzen noch zu wenig „Kultur", um in der besten Methode der Ausbeutung fremder Arbeitskraft mit unsern heimischen Meistern zu konkurriren. Der Boden ist reich an Schätzen, die bisher unausgebeutet geblieben sind, eine gefährliche Konkurrenz nicht vorhanden, die Bevölkerung in ökonomischer Beziehung unschuldig und unwissend — wann wäre demnach eine bessere Gelegenheit für die österreichischen Kapitalisten gegeben, einen ungewöhnlich großen Unternehmergewinn aus der Arbeitskraft herauszuschlagen? Zum Leidwesen für die Kapitalisten sind die unten vorhandenen Arbeitskräfte, trotzdem sie sich durch große Bedürfnißlosigkeit auszeichnen, vorderhand nicht zu gebrauchen; einerseits stehen sie den Eroberern durch den Gegensatz von Religion und Nationalität zu feindselig gegenüber, um in kurzer Frist denselben dienstbar zu

und daß die kleinen Beamteten, wie Fürst Bismarck klagt, sich mit den Bestrebungen des letzten Standes verwandt fühlen. Das ist aber nicht den Bauernkriegen zu vergleichen und nicht den Streitigkeiten innerhalb der alten Gilden. Dergleichen sagt man heutzutage höchstens noch den Schülern in den Unter-Gymnasien und auch sie glauben's nicht, wenn sie die Köpfe nicht ganz vernagelt haben."

Wir wollen über einzelne Behauptungen, denen wir natürlich nicht beipflichten, hier nicht mit dem „Pesther Lloyd" polemisiren, sondern nur einfach noch den Schlußsatz des Artikels abdrucken:

„Das Bedauern der freien und civilisirten Nationen Europas wendet sich dem Volke zu, das nicht anders regierbar ist, als durch solche Gesetze, oder, wenn es anders regierbar, doch — — — ist, sich durch solche Gesetze regieren zu lassen."

— Kampf gegen Windmühlen. Der § 1 des Sozialistengesetzes wendet sich gegen sozialdemokratische Vereine und der § 5 gegen sozialdemokratische Versammlungen. Nun ist notorisch, daß in ganz Deutschland nur noch circa 15 derartige Vereine, die man aufheben kann, existiren und Versammlungen? Die können Dank der Polizei in Deutschland schon längst nicht mehr abgehalten werden. Weshalb denn nur all' diese Liebesmühen im Bundesrathe und im Reichstage. Vielleicht nur deshalb, um Don Quixote-Bamberger und Sancho-Lasker noch mehr bewundern zu können. Wir meinen doch, beiden wären die moralischen Rippen längst durch Windmühlenflügel zerquetscht worden.

— Rodbertus gegen Bismarck. Herr von Bismarck hat bekanntlich in seiner letzten Rede darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten kein positives Programm hätten — den Beweis wollte er dadurch erbringen, daß die Pariser Commune während ihrer Herrschaft nicht einmal Versuche auf sozialem Gebiete gemacht habe. Wie Unrecht hier Bismarck hat und wie vernünftig die Commune war, das lehrt uns Rodbertus, der von Bismarck so sehr gelobte, in seinem „Offenen Brief" den er 1863 an das Comité des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nach Leipzig schrieb. Daselbst heißt es:

„Nicht eine Klasse allein, nur ein menschliches Gesetz, ein allgemeines Gesetz der Staatsgewalt kann Ihnen helfen. Aber dieses Gesetz kann nur im tiefsten Frieden, mit der Zustimmung aller übrigen Klassen gegeben werden. Der Hohn, mit mit dem man den Arbeitern vorwirft, daß sie ihren Lohn nicht durch Gesetze erhöhen können, ist nur einigermaßen einen sozialistischen Anstrich trägt, wird verboten, konfiszirt, in Acht und Bann gethan. Es wird nicht mehr möglich sein, in ähnlicher Weise wie bisher dem sozialistischen Gedanken Ausdruck zu geben, nirgends wird eine sozialistische Broschüre zum Verkauf ausgelegt und verbreitet werden können. Wer sich also für die bevorstehende Reaktionsperiode noch nicht mit Schriften versehen hat, der darf nicht länger zögern. Tausenden unserer Genossen werden die sozialistischen Broschüren in den Tagen der Reaktion, Verfolgung und Unterdrückung einen Haltepunkt bieten, eine Zuversicht für eine bessere Zukunft sein!

— Genosse Ulrich, Redakteur der „Neuen Offenbacher Zeitung" ist wegen Privatbeleidigung eines nationalliberalen Menschen zu vier Monaten Gefängniß vom Darmstädter Bezirksstrafgericht am 14. Oktober verurtheilt worden.

— Parteigenosse Hennecke zu Stuttgart ist am 11. ds. zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

— In Itzehoe haben die Schuhmachermeister den Gehilfen eine Lohnreduktion von 12½ pCt. angekündigt; der Zuzug ist in Voraussicht eines Strikes fern zu halten.

— Unser ungarisches Parteiorgan, die „Arbeiter-Wochenchronik", schreibt: „In Folge des Strikes der Budapester Wagner wird vor Zuzug gewarnt! Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, hiervon Kenntniß zu nehmen."

Die Zustände in Nordamerika.

In den Vereinigten Staaten macht der Gährungs- und Zersetzungsprozeß der sozialen Zustände immer größere Fortschritte. Die alten „politischen" Parteien, welche längst unter die Herrschaft ordinärer Geldjägerkliquen gerathen waren, gehen mehr und mehr ihrer Auflösung entgegen. Die durch den Aktien- und Börsenschwindel in größtem Maßstabe gepflanzte und gepflegte Corruption hat selbst die Staatsleitung in den Augen der Massen degradirt. In Californien hat man in jüngster Zeit mit besonderer Schnelligkeit und Heftigkeit die bemerkenswerthen Stationen der modernen Kulturentwickelung durchwandelt. Da war erst Aktien- und Börsenschwindel von kolossalster Dimension und Schamlosigkeit. Dann großer Krach, Krisis, Kalamität, Nothstand! Gleichzeitig große Demoralisation aller Bevölkerungsschichten, die nach Arbeit, wenn sie über eine gewisse Zahl von Stunden des Tages hinausgeleistet werden muß, die menschliche Gesundheit aufreibt und den frühen Tod der Arbeiter bedingt.

Ein bestimmtes Maß von Erholung ist für den menschlichen Körper ebenso nothwendig, wie Speise und Trank. Aber nicht nur ist diese freie Zeit der Erholung wegen nothwendig, sondern mehr noch der weiteren Ausbildung wegen. Die Ausbildung eines Arbeiters ist noch keineswegs abgeschlossen, sobald er die Schule verläßt, sie soll vielmehr von da ab erst recht beginnen; wenn die etwa bei den Arbeitern vorhandenen Talente nicht verkümmern, sondern zum Wohle der Gesammtheit fruchtbar gemacht werden sollen.

Wie aber kann Jemand an die weitere Ausbildung seiner geistigen Fähigkeiten denken, wenn ihm kaum Zeit gelassen wird, mit Ruhe zu essen und sich genügend auszuschlafen? — Was nützen gewerbliche Fortbildungsschulen, wenn dem Arbeiter keine Zeit bleibt, sie benützen zu können.

Und wenn er sich schon einschreiben läßt und diese Schule auch des Abends, nach dem Feierabend, und des Sonntags besucht, wird er mit genügender Aufmerksamkeit die Vorträge hören, wenn ihm vor Müdigkeit die Beine zittern? — Gewiß nicht. Und wann macht er seine Aufgaben? Wenn derartige Schulen, sie mögen nun vom Staate, von den Gemeinden oder sonst von Corporationen gegründet worden sein und unterhalten werden, floriren sollen, so müssen die Arbeiter weniger Stunden des Tages arbeiten, als es jetzt geschieht, das heißt, es muß durch eine gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit dafür Sorge getragen werden, daß der Arbeiter als Arbeiter an die Ausbildung seines geistigen Ichs mit voraussichtlichem Erfolg gehen kann. Nichts ist geeigneter, alles geistige Bestreben, jedes bessere Gefühl, zu dem der Mensch nur durch Reflexionen gelangen kann, an der Wurzel zu durchnagen, als übermäßige Arbeit. Sowie Wissenschaft und Kunst nur in der Freiheit vollkommen gedeihen, ebenso benöthigt der Mensch ein gewisses Quantum freier Zeit, um sich in den Tempeln der Kunst und Wissenschaft zurecht zu finden und heimisch zu fühlen. Nun zu dem rein wirthschaftlichen Theile dieser Frage noch einige Worte.

Die Industrie an und für sich würde durch eine solche Einrichtung nicht nur nichts verlieren, sondern gewinnen, wenn auch die Industriellen vielleicht mit einer etwas geringeren Profitrate, oder wie man es sonst heißen will, vorlieb nehmen müßten. Darüber noch Beweise zu erbringen, daß für die Arbeiter der Lohn nicht sinken, sondern steigen müßte, das halten wir wahrlich für überflüssig.

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, 16. Oktober.

(Reichstag.) Fortsetzung der zweiten Berathung des Sozialistengesetzes.

„Civilbelagerungszustand", d. h. Aufhebung aller bürgerlichen Freiheiten und Rechte, wo und wenn immer es der Reichsregierung und der Polizei beliebt — ein Zustand, der sich vom militärischen Belagerungszustand bloß dadurch unterscheidet, daß er leichter verhängt werden kann, und daß das Schießen und Hauen nicht so-

---

aus dem Hause bekanntlich „zur Sache" gerufen. Die „Volkszeitung" liest dem Fürsten in Anknüpfung an diesen Vorgang derb den Text und stellt die übrigens sehr naive Frage: „Sprach er zur Sache, als er allem parlamentarischen Gebrauch zuwider das publizistische Organ eines der anwesenden Abgeordneten mit einer Anklage bedachte, die mit dem Gegenstande der Berathung ungefähr ebensoviel zu thun hatte, wie etwa die Verlobung der Gräfin Bismarck?"

Gewiß sprach Herr von Bismarck zur Sache, und zwar entschieden zur Sache, so behaupten wir. Oder glaubt die „Volkszeitung", es sei nicht zur Sache gesprochen, wenn bei Berathung eines solchen Gesetzes ein oppositionelles Preßorgan der Polizei schon im Voraus zur Confiscation resp. zum Verbote bezeichnet wird? Erst der „Vorwärts", dann die „Frankfurter Zeitung", dann die „Germania", dann die „Volkszeitung", dann am Ende noch gar die „Magdeburgische Zeitung", wenn bei irgend einer Reichstagsparade eine der drei Compagnien aus dem Tritt kommt — nun wird die „Volkszeitung" doch merken, was eine Sache ist.

— Die Armeen gegenüber der Sozialdemokratie. Unter vorstehender Ueberschrift bringt die „Gegenwart" einen Artikel, in welchem folgende Maßregeln vorgeschlagen werden, um das Heer vor der sozialistischen Propaganda zu bewahren: 1) Abschließung der Soldaten in außerhalb der Städte gelegenen Kasernen. 2) Verbot verdächtiger Lokale. 3) Strenges Verbot der sozialistischen Kolportage. 4) Gelegentliches Fahnden auf sozialistische Schriften in den Kasernen. 5) Erweiterung des eximirten Gerichtsstandes des Militärs. 6) Pflege und Centralisation der Kriegervereine, die kein sozialdemokratisches Mitglied dulden dürften. Der Verfasser macht außerdem die Sozialdemokratie direkt für die letzten Attentate verantwortlich und bringt ganz merkwürdige Enthüllungen über militärische Vorsichtsmaßregeln, die anläßlich der Attentate in Berlin getroffen worden sein sollen. Speziell nach dem zweiten Attentate habe man in militärischen Kreisen an eine bewaffnete Erhebung der Sozialdemokratie geglaubt. — Man sieht, daß das deutsche Reich auf thönernen Füßen steht, da es nur durch Ausnahmegesetze und durch Militär aufrecht erhalten werden kann. Die Sozialdemokratie aber ist, wie man hier sieht, eine Macht, vor der ganze Reiche zittern!

— Der zweite undeutsche (antisozialistische) Arbeiterkongreß wurde am vorigen Sonntag in Wyden bei Zürich eröffnet. Die Delegirten sind aus Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Italien, Spanien, Rußland, Amerika und der Schweiz. Die Zahl der Delegirten beträgt 60. Der Kongreß wurde durch eine Rede des Präsidenten Greulich eröffnet, der auf die Bedeutung des Kongresses hinwies, der zum ersten Male Arbeiter aus allen Ländern vereinige, um sich über die Mittel zu berathen, wie sie sich gegen die Angriffe der Bourgeoisie vertheidigen können. Redner betonte, daß die Arbeiter sich nicht durch Gewaltmittel, sondern durch Agitation und Organisation Rechte erobern müssen. Nach Greulich ergriff Herr Most das Wort, der sich über die Ausnahmegesetze in Deutschland und Oesterreich verbreitete. Er sprach sich gegen die Theilnahme an Wahlen aus und empfahl die Propaganda der That. Nach Most sprach Herr Hasenclever, der sich gegen die Propaganda der That aussprach und für die Theilnahme an Wahlen eintrat. Hasenclever wurde von Most heftig angegriffen. Most wurde zur Ordnung gerufen. Hasenclever sprach sich gegen die Ausnahmegesetze aus und empfahl die Organisation. Nach Hasenclever sprach Herr Hasselmann, der sich gegen die Propaganda der That aussprach und für die Theilnahme an Wahlen eintrat. Hasselmann wurde von Most heftig angegriffen. Most wurde zur Ordnung gerufen. Hasselmann sprach sich gegen die Ausnahmegesetze aus und empfahl die Organisation. Nach Hasselmann

dings ein großes Verdammungsurtheil über die alle Welt, insbesondere über Deutschland und Frankreich ausgesprochen, oder aber von unserm Standpunkte aus betrachtet, dem Sozialismus in der alten Welt ein noch größeres Lob ertheilt haben — aber Nordamerika ist erst in der Entwickelung begriffen, diese schreitet allerdings sehr schnell vor, aber ebenso schnell schreitet auch der Sozialismus und der Communismus trotz der Seymour'schen Schönfärberei in Nordamerika vorwärts.

— Aus einem kleineren Orte der Provinz Sachsen erhalten wir folgende Zuschrift:

„Es ist bekannt, in welcher Weise seitens unserer Gegner Bedrohungen und Einschüchterungen von überzeugungstreuen Arbeitern versucht werden und leider auch vielfach mit Erfolg. Am meisten bedroht sind diejenigen Gesinnungsgenossen, welche vereinzelt in Provinzen und Kreisen wohnen, wo die Partei noch keinen oder wenig Boden hat, weil sie ihre Gesinnung vor Kreisen, von denen sie abhängig sind, nicht verbergen können und von denen durchaus nicht zu erwarten steht, daß sie für uns zu gewinnen sind. In unserem Kreise sind in jedem Amtsbezirk Nachforschungen angestellt worden, was für Blätter gelesen werden; da ich den „Vorwärts" halte, hetzt der Amtsvorsteher N. N. aus dem benachbarten Orten meine Kunden gegen mich, so oft sich ihm die Gelegenheit darbietet. „Solche Menschen dürften keine Arbeit mehr bekommen, es sollte überhaupt keine Gemeinschaft mit ihnen gepflegt werden." In derselben Weise hat der Landrath X. X. bei einer Gemeindeangelegenheit in unserem Orte die Gutsbesitzer und Bauern öffentlich aufgefordert, ja ihnen geradezu befohlen, nicht mehr bei mir arbeiten zu lassen, ihren Söhnen zu verbieten, mit mir zu verkehren, da ich sie alle anstecke. Kann ich den Landrath nicht wegen Schädigung des Geschäftsbetriebs verklagen? — Doch es kommt noch hübscher. Da die Leute in meinem Orte denn doch zu vernünftig sind auf solche Zumuthungen einzugehen, so sollen sie noch auf andere Art gegen mich aufgebracht werden. In unsern Ort besteht nämlich seit einer Reihe von Jahren ein Gesangverein. Kürzlich wurden uns vom Amtsvorsteher die Statuten abverlangt, obgleich, so viel ich weiß, wir nicht dazu verpflichtet sind, als gesellschaftlicher Verein der Behörde Statuten einzureichen, so kamen wir doch dem Wunsche nach. Jetzt erklärt der Amtsvorsteher den Verein für einen sozialdemokratischen; die Statuten seien nach sozialdemokratischem Muster abgefaßt. Nun bin ich der Meinung, daß wir die Statuten doch machen können, wie wir wollen, wenn nur der in solchen Vereinen nicht geduldete Zweck ausgeschlossen bleibt. Anstoß erregt hat folgender Paragraph: „Der Verein bezweckt gesellschaftliche Harmonie, sowie Hebung der Intelligenz". Außerdem wahrscheinlich das sozialdemokratische Muster: „Der Vorstand, sowie diejenigen Mitglieder, welche bei Vergnügungen ein Amt zu verrichten haben, sind dem gesammten Verein für die Ausübung ihrer Funktionen verantwortlich. Der Vorsitzende leitet etwaige Verhandlungen nach parlamentarischer Ordnung, und ertheilt nach Reihenfolge der Anmeldung das Wort." Außerdem führte er als Beweis an, daß ich vor drei Jahren bei einem Ausflug des Vereins nach W . . . . . gegen das Singen patriotischer Lieder demonstrirt hätte. Es forderte damals ein Anderer, welcher nicht zu unserem Verein gehörte, auf „Heil Dir im Siegerkranz" zu singen, wobei ich allerdings rief: „Das singen wir nicht, das ist uns zu reaktionär!" Daraus möchte man gern eine Majestätsbeleidigung fabriziren, obgleich es drei Jahre her ist. Eine Beschwerde beim Landrath wird unter diesen Umständen Nichts nützen, und möchte ich an die Redaktion die Frage richten, ob man nicht eine Beschwerde direkt an die Regierung richten kann, überhaupt bitten wir in all den angeführten Sachen Rath zu ertheilen, da ich im möglichen Falle den Landrath zu verklagen gedenke. Wir brauchen die Handlungsweise unserer Gegner ohne Bemerkungen daran zu knüpfen nur einfach zu registriren, die Ruchlosigkeit spricht für sich selbst."

Wir bemerken zu dieser Zuschrift zunächst, daß allerdings unserer Meinung nach der betreffende Landrath wegen Geschäftsschädigung angeklagt werden kann. — Dann zeigt der angezogene Amtsvorsteher, daß er, wie viele seines Gleichen von der Sozialdemokratie so viel versteht, wie der Esel vom Lautenschlagen. — Und schließlich möge sich der Einsender beruhigen; er kann nicht wegen Majestätsbeleidigung verklagt werden, obgleich das Lied „Heil dir im Siegerkranz" vorzugsweise von Reaktionären gesungen wird.

Correspondenzen.

Petersburg, den 8. Oktober. Die Organisation der nihilistischen Partei macht trotz der Polizeiallmacht hierselbst bedeutende Fortschritte. Zu den bisherigen Aktionsmitteln gesellt sich auch eine geheime, oder wie die Russen dieselbe nennen, unterirdische" Presse. In den letzten sechs Wochen scheinen mehrere revolutionäre Blätter gegründet worden zu sein, denn das Land ist mit ganzen Packeten von Zeitschriften, die sich „Organe des künftigen Rußlands" nennen, überschwemmt worden. Die Polizeibehörden haben zwar alle „Gutgesinnten" aufgefordert, Druckſachen „verbrecherischen Inhalts" der Regierung zuzustellen, allein kein einziger Empfänger wollte der verhaßten Verwaltung diese Gefälligkeit erweisen. Die letzten Nummern der „Revolutionszeitung", welche hier erscheint, haben eine Kriegserklärung gegen den jetzigen Staat gebracht. „Wir russischen Revolutionaire", so heißt es in einem derartigen Blatt, „sind nur das Echo des gesammten russischen Volkes, wenn wir den Krieg bis auf das Messer dem verrotteten, verlotterten und bankerotten Regierungssystem erklären. Der Adelige, der Kaufmann, der Kleinbürger, der Bauer — alle diese Klassen der Bevölkerung sind der Tyrannei der „Tschinovniks" satt; man will nicht eine Satrapenherrschaft dulden, nachdem wir über 800,000 Menschenleben für die Beseitigung einer Regierung in Bulgarien geopfert haben, welche viel humaner und freisinniger und anständiger war, als unsere mongolische Ausgeburt. Das Volk ist nicht so blöde, sich auf die Schlachtbank für Fremde führen zu lassen, während es selbst noch viel unglücklicher ist, als die durch die Moskauer Schwindler zu „Brüdern" beförderten Bulgaren. Hat ein russischer Bauer so ein Haus und Hof wie der bulgarische im Rustschuker Bezirk? Verfügt irgend ein „Muzik" bei uns über solche Kornkommern wie der Bulgare im gesegneten Thale von Sofia und Adrianopel? Und wann hatte die Türkei solche Klein-Michel, Murawjews, Trepows, Mesenzows wie Rußland sie zu Hunderten aufzuweisen hat? Wir sind das unglücklichste Volk auf Erden und unser Unglück ist das Zarenthum. Es hat unsere Knochen erweicht, indem es unser Mark aussog. Es hat uns zu Sklaven gemacht und uns alle moralische Würde genommen. Wir sind durch dasselbe zu einem entnervten Volke, ohne Bewußtsein und ohne Freiheitsdrang degradirt worden. Wollen wir je unsere Menschenrechte wieder erlangen, so müssen wir die Romanows entfernen und das von denselben eingeführte Regierungssystem mit Stumpf und Stiel ausrotten . . . ." Das hiesige Organ der „Nationalen Regierung", welches eben auch zur „unterirdischen" Presse gehört, sagt urbi et orbi, daß man Mittel genug besitze, um die bestehende Ordnung zu stürzen, daß man aber erwarte, daß der Krieg sich nur auf die Sphäre des „offiziellen Rußlands" erstrecken werde, da man voraussetze, daß die „Gesellschaft" das Tischtuch zwischen sich und dem Zarenthum entzweischneiden werde. Sollte diese Voraussetzung als eine irrige sich herausstellen, dann werde man den Krieg auch der Gesellschaft, wie sie die absoluten Gewaltherrscher geschaffen haben, erklären und denselben „mit Stahl und Eisen ohne Erbarmen führen". — Und solche Zustände sind das Ideal aller derjenigen Parteien und Personen, welche hier in Deutschland nach Ausnahmegesetzen gegen die deutschen „Anarchisten", „Nihilisten" und wie man uns Sozialdemokraten noch weiter zu nennen beliebt, schreien. Wird's dabei unsern Philistern nicht gruselich vor den „Machern" in den oberen Regionen? Sch. d. „V.")

Hamburg, 14. Okt. Der „Pionier", Organ der vereinigten Gewerkschaften, bringt in seiner neuesten Nummer folgendes „Eingesandt": Angesichts der Verfolgungen, welchen die deutschen Gewerkschaftsverbindungen durch Annahme des Sozialisten-Gesetzes ausgesetzt sind und welche mit der systematischen Auflösung aller Gewerkschaften enden könnten, ist es wohl an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, was dann später werden soll; sollen die 60,000 Arbeiter, welchen dann jede Organisation zu gegenseitiger Unterstützung verboten ist, ein für alle Mal davon absehen, sich ferner zu organisiren? Unterzeichneter kann dies nicht glauben, denn die gewerkschaftlichen Vereinigungen sind für den Arbeiter so nothwendig wie das liebe Brot, ja, Letzteres wird oftmals erst durch diese Vereinigungen erlangt. Es giebt nun bei event. Auflösung folgenden Weg, welchen ich hier andeuten will. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, die eine Zahl von 15—16,000 Mitgliedern repräsentiren, werden wahrscheinlich nicht aufgelöst werden, mithin treten die 60,000 Mitglieder der aufgelösten Gewerkschaften Mann für Mann nach ihrer Berufsbranche in die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine ein. Dadurch erhielten wir — anstatt jetzt zwei — in Zukunft nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und zu gleicher Zeit käme neue Kraft und neues Leben in die bereits matt gewordene Hirsch-Duncker'sche Organisation. Die 60,000 neuen Mitglieder würden auf den Generalversammlungen der einzelnen Gewerkvereine, sowie auf dem nächsten Verbandstage schon für passende Delegirte und nützliche Reformen sorgen und nichts könnte diese hindern, mißliebige Führer zu beseitigen und andere an deren Stelle zu setzen. Dies mein Vorschlag. Anton Fietzke, früherer Gewerkvereinler."

Harburg, 11. Oktober. Heute Morgen wurde, wie der „Germania" berichtet wird, der Kaufmann A. Bremann sammt etwa noch 18 Miteingezogenen aus dem Arrest entlassen. Dieselben haben sämmtlich die Weisung erhalten, sich auf Verlangen sofort wieder zu stellen. Ferner ist ein Maurerarbeitsmann, welcher angeblich bei der Affaire am 17. August betheiligt gewesen sein soll, auf das Zeugniß des Brandmeisters nachträglich noch eingezogen, gestern in der Gefängnißzelle erhängt vorgefunden worden. Wie glaubwürdige Zeugen eidlich zu erhärten im Stande sein wollen, ist der Arbeitsmann damals gar nicht zugegen gewesen. Wenn die Sache sich wirklich so verhalten sollte, so hätten wir hier wieder ein Opfer der traurigen Denunziationswuth vor uns.

Königsberg, 12. Oktober. Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Büste Dr. Johann Jacoby's, nachdem der Vorstand des Kunstvereins ihre Aufstellung im Stadtmuseum abgelehnt hat, im Sitzungssaale der Stadtverordneten aufstellen zu lassen.

Altona, 12. Oktober. Eine sonderbare Verfügung hat das hiesige Gericht getroffen. Anfang Januar 1877 wurde vor der damaligen Reichstagswahl ein Wahlaufruf für den 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis wegen einer angeblich darin enthaltenen Beleidigung confiszirt. Jetzt nun, nach ein und dreiviertel Jahren, ist derselbe unter eigenthümlichen Motivirungen „frei" gegeben. Das hierauf bezügliche Schriftstück des königl. Staatsanwalts in Kiel an den Cigarrenmacher Gundelach in Altona lautet: „In der gegen Sie hier anhängig gewesenen Untersuchung wegen Beleidigung stelle ich Ihnen hierdurch die s. Z. zu Lütjenburg, Burg a. F., Reinfeld, Fresenberg, Neustadt, Lensahn und Eutin beschlagnahmten Exemplare des von Ihnen unterzeichneten Wahlaufrufs an die Wähler des 9. Wahlkreises, da seitens des Gerichts nicht auf deren Vernichtung erkannt ist, zur Disposition und sehe ev. einer Namhaftmachung derjenigen Personen an den gedachten Orten entgegen, an welche Sie die Exemplare ausgeliefert wünschen. Dabei bemerke ich, daß ich eine Benutzung derselben selbst als Makulatur für unzulässig ansehe und darin eine Wiederholung der darin enthaltenen Beleidigung durch Verbreitung erblicken würde. — Sollten Sie sich innerhalb 14 Tagen nicht geäußert haben, so nehme ich an, daß Sie mit der Vernichtung einverstanden sind und werde dieselbe verfügen. Stuhr."

Gundelach ist allerdings wegen Beleidigung in dieser Angelegenheit bestraft worden; giebt man nun die Schrift frei, die zu solcher Bestrafung Veranlassung gegeben, so verleitet man von Gerichtswegen alle Diejenigen, welche unvorsichtig sind, oder die Verurtheilung der Person und die Freigabe der Schrift nicht zusammenreimen können, wenn natürlich ohne auch Absicht, zu neuen Uebertretungen. Daran ändert die blos an Gundelach gerichtete staatsanwaltliche Warnung nichts. Unabsichtlich kann Gundelach die Flugblätter liegen lassen und ebenso unabsichtlich können Bekannte einige der Blätter nehmen und weitergeben — die Beleidigung ist dann da.

Essen, 12. Oktober. Einen Vorgeschmack von der Ausführung des Sozialistengesetzes haben vor einigen Tagen einige Ausschußmitglieder des aufgelösten und nicht mehr bestehenden „Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute" erhalten. Dieselben waren auf das hiesige Bureau beschieden, um Auskunft zu geben über Verwendung und Verbleib des Kassenbestandes, namentlich über 400 Mark, die bei der hiesigen Sparkasse zinsbar angelegt, aber wie verlautet, bereits wieder abgehoben waren. Wie die gegebene Auskunft ausgefallen, entzieht sich unserer Kenntniß. Jedenfalls aber kann man die Thatsache als einen Akt polizeilicher Fürsorge registriren. Die „polizeiliche Fürsorge" dürfte jedoch mit den Kassenconfiszirungen nirgends besonders Glück haben. — Jedenfalls müssen unsere Parteigenossen überall klüger sein, als — die Polizei es erlaubt.

Aus Bayern. Gerade das viele Schimpfen und Denunziren gegen unsere Partei hat dazu beigetragen, daß sich viele Leute dieserhalb mit unseren Prinzipien bekannt zu machen suchten. So erlebte ich mehrere Beispiele, wo hochgestellte Personen sich dahin aussprachen, daß unsere Partei ihre volle Berechtigung habe und auch schon viel Gutes stiftete. Auch der Bürgermeister von L. sprach sich mit einigen Räthen in diesem Sinne aus. Die Herren meinten auch, daß es ein Unrecht wäre, Ausnahmegesetze gegen eine so große Partei zu machen, denn mit Gewalt ließen sich doch Ideen nicht vertilgen u. s. w. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen, und das haben wir hauptsächlich unserem ruhigen Verhalten zur Zeit der Wahlen zu verdanken. Darum wollen wir auch, trotz Ausnahmegesetze, ruhig an dem einmal begonnenen Werke weiter arbeiten — die Zukunft gehört dennoch unser!

Zürich, 13. Okt. (Wie die Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen" bekämpft wird). Der „Züricher Kalender" für 1879 bringt Bild, Lied und Beschreibung von einem neuen Tingeltangel d. h. einer Wirthschaft mit zotensingenden Frauenzimmern. Die vier concertirenden Dirnen, die dem Kalenderpublikum vorgeführt werden, tragen an ihren Kopfbedeckungen die Bezeichnungen „Raub, Mord, Brandstiftung und Freie Liebe". Der Schuß aber geht hintenhinaus. Das Ding soll auf die Sozialdemokratie gespitzt sein, trifft aber in That und Wahrheit die heutige schöne Gesellschaft und die Bourgeoisie. Die Tingeltangels werden ja überhaupt nur von der Bourgeoisie frequentirt und die Insignien der betreffenden Dirnen passen auch ganz komplett auf die Bourgeoisie. Oder wer hat die halbe Milliarde geraubt, die in der Schweiz an den Eisenbahnpapieren verloren ging? Doch nicht die Sozialdemokraten, vielmehr „hochgeachtete Herren" — Eisenbahnschwindler! Oder war der Massenmörder Thomas in Bremerhafen vielleicht Sozialdemokrat? O nein, er war Bourgeois vom reinsten Wasser, ebenso wie die Herren, welche ihre Häuser und Fabriken anzünden, um ein „Geschäft" zu machen. Und was nun gar die „Freie Liebe" anbetrifft! Wenn wir die auf unser Programm schrieben, so käme die Bourgeoisie in hellen Haufen zu uns gerannt, denn in dieser Branche leistet sie anerkanntermaßen Großes. In unserer guten Stadt Zürich ist wohl die rothe Fahne verboten, aber die Hurenhäuser gedeihen ganz vortrefflich und erfreuen sich des besondern Wohlwollens der gewiß nicht sozialdemokratischen Züriherren. Und übrigens würde der „liberale" Kalendermacher seinem Bourgeois-Publikum nicht einen solch ekelhaften Tingeltangel auftischen, wenn er den Geschmack desselben nicht aus jahrelanger Erfahrung kennen würde. Das Schwein liebt eben die Pfütze.

Bitte. Friedrich Schmidt und dessen Ehefrau Auguste geb. Krippendorf, welche am 1. Februar d. J. von hier über Hamburg nach Amerika gegangen sind, werden freundlichst ersucht ihre Adresse an ihren General-Bevollmächtigten A. Welke in Frankenhausen in Thüringen recht bald gelangen zu lassen. — Parteigenossen, welche den Wohnort des ꝛc. Schmidt kennen, werden freundlichst gebeten, dessen Adresse an die Redaktion des „Vorwärts" in Leipzig oder an mich gelangen zu lassen. Etwaige Unkosten werden gern vergütet. **A. Welke.**

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter in Amerika werden gebeten obige Bitte in ihren Zeitungen aufnehmen zu wollen. D. D

Briefkasten

der Redaktion: E. R. in Zwickau: Da wir über den Gegenstand schon Vieles und Besseres gebracht haben, so werden Sie uns wohl nicht zürnen, wenn wir Ihr Eingesandt zurücklegen?

der Expedition. M. K. in H.: Brief erhalten. Sendung folgt. — F. R. in Salzdetfurth: Ihre Reklamation haben wir der hiesigen Post zur Recherche übergeben. Bestellen Sie künftig mindestens 8 Tage vor Quartalsschluß, bei späterer Bestellung bleiben Ihnen die ersten Nummern im Quartal aus oder Sie müssen für dieselben noch 10 Pfg. Nachbestellungsgebühr bei dortiger Post bezahlen. — B. Otterndorf: Alles richtig erhalten. Das Verlangte ging am 13. ds. Mts. an Sie ab.

Unterstützungsfonds.

Ges. beim Schneider'schen Geburtstage M. 3,50 im 1. 15. 15. 5. 11. 2. 14 12.

Der Weber A. Z. wird ersucht sein gegebenes Wort einzulösen. [0,80

Seine Freunde in St. C. E. J. J.

Hannover. Sozialdemokrat. Wahlverein. Sonnabend, 19. Oktober, Abends 8½ Uhr im Lokale, Mittelstr. 11: [0,70

Oeffentliche Versammlung.

T.-O.: Das Sozialistengesetz vor dem deutschen Reichstage und seine Folgen. Ref. H. Oehme. D. B.

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin (Eingetr. Genossensch.)

Sonntag, den 3. November d. J., Morgens 10 Uhr, in Berlin im Lokale Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a III. Hof 2 Treppen links: [4,50

Außerordentliche General-versammlung

Tagesordnung: Antrag des Vorstandes auf Liquidation des Geschäfts.

Berlin, 4. Oktober 1878.

Der Vorstand.

J. Auer. A. Baumann. Heinr. Radow.

Agenten

oder Provisions-Reisende mit guten Referenzen engagirt die bekannte Cigarrenfabrik (8d) [1,80

Herm. Otto Wendt, Bremen.

Im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig ist erschienen und durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar broschirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir broschirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 " " "

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstr. 12.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. Oktober begann der 4. Jahrgang des in einer Auflage von 40,000 Exemplaren erscheinenden illustrirten Familienblattes

Die Neue Welt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis viertelj. M. 1,20.
In Heften à 30 Pf.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben Sammelmaterial in Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Exemplare gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Die Freundschaft und Anhänglichkeit unserer so großen Leserzahl wird uns noch weitere Volkskreise erschließen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.

Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12 II.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hamburg (E. G.) ist soeben erschienen:

Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstag.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

II. Heft.

Inhalt: Stenographischer Bericht über die Reichstagsverhandlungen am 16. u. 17. September 1878.

Preis einzeln M. 0,35. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,25. Lieferung nur gegen baar (vorherige Einsendung des Betrages, da Nachnahme zu theuer ist.)

Das I. Heft enthält den Gesetzentwurf nebst Motiven und Anlagen. Dasselbe erscheint am 17. Okt. und kostet M. 0,15. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,10.

Ueber das III. u. IV. Heft Näheres später.

Bestellungen erledigt sofort:
Expedition des „Vorwärts"

Verantw. Redakteur: Franz Götzsche in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Ball, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bastermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hesse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 124. Sonntag, 20. Oktober. 1878.

Die Zukunft des deutschen Reiches.

In der englischen Presse fehlt es nicht an Mahnrufen für die deutsche Reichsregierung und den deutschen Reichstag in Bezug auf das Attentat, welches Beide vereint auf die Freiheit verüben.

Speziell aber wendet sich die „Daily-News", nach der „Times" eins der bedeutendsten englischen Journale, mit folgenden Worten an den Fürsten Bismarck:

„Es dürfte gut für Deutschland sein, wenn Fürst Bismarck einen Rückeinfluß von England acceptiren und der englischen Meinung in Sachen des Antisozialistengesetzes Gehör schenken würde. Die hiesige Meinung geht einstimmig dahin, daß er durch eine solche Maßregel den schlußgerechten Beweis liefert, daß seine großen Gewalten beschränkt sind, und daß seine innere Politik eben so kurzsichtig ist, als seine auswärtige Politik klug gewesen ist. Wir in diesem Lande glauben, daß indem der Fürst Alles den militärischen Rücksichten unterordnet, und auf häusliche Schwierigkeiten Ideen anwendet, die dem Lager und den Kasernen entnommen sind, er für das deutsche Reich Gefahren, ebenso furchtbar wie irgendwelche äußere Feinde, heraufbeschwören dürfte."

Da hören wir in einem englischen Blatte dieselbe Prophezeiung, die in der sozialdemokratischen Presse und auch von der Reichstagstribüne herab oft genug gehört worden ist und den deutschen Philister aus seiner frechen Sicherheit, die er den Sozialisten fühlen ließ, aufrüttelte. Doch wir wollen hier noch einen anderen Punkt berühren.

Vor einigen Tagen brachte die „Berliner [illegible] Erklärung.

5. Die Leiter des politischen Theiles der „Frankfurter Zeitung" halten es unter ihrer Würde, der etwaigen Insinuation, daß ihnen solche Beziehungen zur französischen Regierung zur Last fallen, auch nur ein Wort entgegenzusetzen.

Auf Grund der vorstehenden Punkte wiederholen wir, daß die Behauptung, die „Frankfurter Zeitung" unterhalte irgendwelche Beziehungen zur französischen Regierung, eine Verleumdung, jede juristisch unfaßbare Anspielung auf solche Beziehungen, dazu bestimmt, im Publikum den Glauben daran zu erwecken, eine frivole Verdächtigung ist.

Frankfurt a. M., 15. Oktober 1878.

Die Redaktion der „Frankf. Ztg."
Dr. Karl Bücher. Theodor Kurti. Otto Hörth. Eduard Sack. Dr. Josef Stern.

Herr v. H. an das Königliche Amtsgericht Meinersen.

Abbensen, 25. Aug.

Sehr eilig.

Der Herr Major v. K. vom Infanterie-Reg. Nr. 67, augenblicklich hier in Abbensen, hat zwei hiesige Gutsgebäude und das zwischen beiden belegene Thor gegen meinen ausdrücklichen Protest dadurch zur vorübergehenden Benutzung in Anspruch genommen, daß er große Fahnen an denselben befestigt hat, die die Pferde scheu machen und die Passage durch das Thor für solche hemmen.

Da eine solche zwangsweise vorübergehende Benutzung nach den §§ 1 und 4 des Gesetzes über Entziehung des Grundeigenthums zuvor einer landdrosteilichen Verfügung und der Einleitung des Expropriationsverfahrens bedarf, so ersuche ich Königl. Amtsgericht als Vertreter der Besitzer jener Gebäude:

„Dem Herrn Major v. K. aufgeben zu wollen, daß er sofort jene Fahnen entferne und mich in meinem Besitz nicht weiter störe."

Ganz gehorsamst

v. H.

* * *

Damit schließt diese wahrhaftige Historie. So interessant sie der Leser finden mag, Eines wird er an ihr vermissen, die Pointe. Sie hat wirklich, wie die meisten dieses Genres, keine für die Leser, wohl aber für den, „dem sie just passirt".

— Spinoza über die Freiheit der Meinungsäußerung. Man setze, daß die Freiheit unterdrückt und die Menschen so geknebelt werden können, daß sie nur nach Vorschrift der höchsten Staatsgewalt einen Laut von sich geben, so wird es doch nie geschehen, daß sie auch nur das denken was diese will, und folglich würden die Menschen anders reden, wie sie denken; die Treue, welche dem Staate so nöthig ist, würde untergraben; eine abscheuliche Schmeichelei und Untreue würde dann gehegt und damit der Betrug und der Verderb aller guten Künste. Allein daran ist nicht zu denken, daß Alle so sprechen, wie es vorgeschrieben ist; vielmehr werden die Menschen, je mehr ihnen die Freiheit zu sprechen entzogen wird, desto hartnäckiger darauf bestehen und zwar nicht die Geizigen, die Schmeichler und anderen geistigen Schwächlinge, deren höchstes Glück blos darin besteht, daß sie das Geld im Kasten zählen und den Bauch voll haben, sondern die, welche eine gute Erziehung, ein rechtlicher Charakter und die Tugend der Freiheit zugewendet hat. Die Menschen können ihrer Natur nach nichts weniger ertragen, als daß Meinungen, die sie für wahr halten, als Verbrechen gelten sollen, und daß ihnen als Unrecht angerechnet werden solle, was sie zur Frömmigkeit gegen Gott und gegen die Menschen bewegt. Dann kommt es, daß sie die Gesetze verwünschen und gegen die Obrigkeit sich vergehen, und es nicht für schlecht, sondern für recht halten, wenn sie deshalb in Aufruhr sich erheben und jede böse That versuchen. Ist die menschliche Natur so beschaffen, so treffen die Gesetze gegen Meinungen nicht die Schlechten, sondern die Freisinnigen, sie halten nicht die Böswilligen im Zaum, sondern erbittern nur die Ehrlichen, und sie können nur mit großer Gefahr für den Staat aufrecht erhalten werden. Auch sind solche Gesetze überhaupt ohne Nutzen; denn wer die von den Gesetzen verbotenen Ansichten für wahr hält, kann dem Gesetz nicht gehorchen, und wer sie für falsch hält, nimmt die sie verbietenden Gesetze wie ein Vorrecht und pocht so darauf, daß die Obrigkeit sie später, selbst wenn sie will, nicht wieder aufheben kann.

Der Republikaner. Illustrirter Volkskalender für 1879. Herausgegeben von Reinhold Rüegg. Verlag der Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich. Preis 50 Cts. Aus dem reichen Inhalt des gut ausgestatteten Kalenders heben wir als besonders bemerkenswerth hervor: Das schwungvolle Freiligrath'sche Gedicht: „Requiescat!" (Er ruhe!); „Der Sturm auf die Tuilerien am 10. August 1792"; „Pestalozzi's Schüler in Spanien"; „Aus der chinesischen Arbeiterwelt"; „Jean Jacques Rousseau" (mit Portrait); „Das Trinklied"; „Die erste Verfassung der Helvetik"; „Gerächt", Novelle von Maximilian Dittrich, geschrieben im fließenden Tone, fesselnd in der Entwickelung des Stoffes; „Der Papst bei Laune" (Gedicht mit Illustrationen) ꝛc. Wir können den Kalender allen Genossen auf's Wärmste empfehlen.

An unsere Genossen in Deutschland.

„Die Energie der Völker erweist sich in den Zeiten der Prüfungen."
(Aus der jüngsten Thronrede des rumänischen Fürsten.)

Die soldatische Tapferkeit in den Schlachten beweist nicht die Seelenstärke, die Charakterfestigkeit, die Energie eines Menschen oder eines Volkes. Diese Tapferkeit ist vielmehr der Ausfluß eines abnormen Gemüthszustandes, einer krankhaften Ueberreizung, wie sie z. B. die Verzweiflung typisch bedingt. Der sonst apathisch träge, denkfaule oder charakterlose Mensch kann zum energischen Kampf mit dem Feinde angeregt werden: Das ist rein thierischer Muth, wie er sich besonders im Kampfe ums Dasein äußert. Die höhere, menschliche Energie, die von großer Kulturfähigkeit zeugt, äußert sich in der ruhigen Charakterfestigkeit, wie sie in Zeiten schwerer Prüfungen voll und ganz zum Vorschein kommen kann. Menschen, wie z. B. ein Mehring, ein Bucher ꝛc., die durch die Bedingungen persönlicher Behaglichkeit oder des Ehrgeizes sich zum Verrath an ihren Ueberzeugungen bewegen lassen, sind feige, energielos, trotzdem sie sehr „tapfere" Soldaten sein mögen. Die letzten Kriege „da unten in der Türkei" um das „Bischen Herzegowina" haben die bewunderungswürdige Tapferkeit der Türken bewiesen. Manche — und darunter Schreiber dieses selbst — wurden dadurch förmlich enthusiasmirt für das türkische Volk, welches aus seinem jahrhundertelangen [illegible] die sich in verschiedenen Kreisen unserer Genossen vorgefunden haben, bereitwilligst zuvor. Wir lesen da in einer Correspondenz liberaler Blätter:

„Im privaten Gespräch der Reichstagsabgeordneten wurde die in den amerikanischen Blättern auftauchende Nachricht von der Besitzergreifung der Insel Upolu (eine der bedeutendsten Samoa-Inseln) durch das deutsche Kriegsschiff „Ariadne" mit verschiedenen Commentaren versehen. Man sagte u. A., daß die Vorlage des Sozialistengesetzes und die Erwerbung der betreffenden Insel nicht auf einem zufälligen Zusammentreffen beruhen. Von conservativer Seite meinte man, daß im Falle einer weiteren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Sozialdemokraten dem Parlament eine Vorlage zugehen werde, zufolge welcher Personen, die auf Grund des Sozialistengesetzes rechtskräftig zu einer bestimmten hohen Strafe verurtheilt sind, nach einem außerhalb des deutschen Territoriums belegenen Orte transportirt werden können."

Kriege Erworbene zu schützen, aber nicht dazu, selbst mit einzugreifen. Die Manchesterpartei hat demzufolge den denkbar niedrigsten Begriff vom Staate; sie kommt, wie schon seiner Zeit Lassalle ausgesprochen hat, über die Nachtwächteridee nicht hinaus. Daß diese Auffassung von dem Wesen des Staates nicht die richtige ist, daß der Staat in Bezug auf die Gesellschaft höhere Aufgaben zu lösen hat, das wird heute ziemlich allgemein empfunden, wenn es gleich nur von wenigen allgemein erkannt wird, welcher Natur diese zu lösenden Aufgaben sein müssen, wenn die Gesellschaft aus diesem wirthschaftlichen Kriege, der heute von Allen gegen Alle bis aufs Messer geführt wird, herauskommen will. Unsere Fabrikanten sind auch nur strenggläubige Nachbeter dieses manchesterlichen Dogma's, soweit das Interesse der Arbeiter dabei in Betracht kommt. Wenn ihr eigenes Interesse in Betracht kommt, beten sie dieses Dogma nicht nur nicht nach, sondern verschreien dasselbe als eine falsche Doktrin, gegen welche im Interesse des Staates und auch der Gesellschaft entschieden Front zu machen sei. Als Beweis gilt die vorigen Jahres von unsern Fabrikanten in Scene gesetzte Bewegung gegen die österreichische Zoll- und Handelspolitik. Hiermit wollen wir keineswegs gesagt haben, daß das Rufen der österreichischen Industriellen nach höheren Zollsätzen ganz ohne Grund war, und daß die Arbeiter in Bezug auf die Weiterentwickelung und den Bestand der heimischen Industrie in keiner Weise interessirt sind, aber das Prinzip der Nichteinmischung des Staates in wirthschaftliche Fragen ist dadurch so, was man sagt, außer Cours gesetzt worden. Man hat dadurch bis zur Gleichgiltigkeit [illegible] das Zuchtpolizeigericht beschieden; die Anklage lautet dahin, daß diese 39 Personen seit drei Jahren in Paris einer nicht gestatteten Gesellschaft von mehr als 20 Personen angehören.

— Das Berliner Kammergericht bestätigte am Dienstag die Verurtheilung Dolinski's, Redakteurs der „Berliner Freien Presse", zu fünf Monaten Gefängniß.

— Parteigenosse und Reichstagsabgeordneter Wiemer schreibt über den Genossen Most in Plötzensee in einem Privatbriefe Folgendes:

„.... Nach einer langen Wanderung durch verschiedene Höfe gelangten wir an den schon vielgenannten Isolirflügel, in welchem Most in Sträflingskleidung, die Nummer 8 auf der Brust und die Maske vor dem Gesicht, ein beschauliches Dasein führen soll. Von all den Dingen ist nur das Eine wahr, daß Most im Isolirflügel sich befindet, damit ihm der Schmuggel mit Lebensmitteln,

Die Arbeiter werden zur Arbeit angetrieben, als gälte es, einen neu entdeckten Erdtheil mit Waaren zu versorgen; die Nacht wird in ihrer großen Hälfte zum Tage und der Sonntag in vielen Fällen zur Woche gemacht. Und das Endresultat jeder solchen industriellen Glanzperiode? — Vollgefüllte Waarenlager, abgeschundene in sich selbst zusammengebrochene Arbeiter, allgemeine Zahlungs- und Kaufunfähigkeit neben der Concentration des Kapitals in immer weniger Hände. Berechtigt ist aber auch die Einführung des Normalarbeitstages deshalb, indem der Staat verpflichtet ist, die umfangreichsten Maßnahmen zu treffen, daß die Gesundheit der Staatsbürger so viel als möglich geschützt werde. Es dürfte kaum Jemanden geben, der dem Staate auf diesem Gebiete das Recht des Eingreifens abspräche; denn er müßte gleichzeitig, wollte er konsequent sein, gegen die derzeit schon bestehenden gesundheitspolizeilichen Verordnungen Front machen. Die menschliche Erfahrung drängt aber nicht dahin, diese Verordnungen als überflüssigen Ballast über Bord zu werfen, sondern sie den Lehrsätzen der Wissenschaft gemäß zu erweitern. Nun ist es aber nicht mehr fraglich, sondern mit Bestimmtheit anzunehmen, daß durch die heutige Art und Weise der Produktion mehr menschliche Gesundheit vernichtet wird, als durch die gefährlichste Epidemie.

Gegen Epidemien sollte der Staat Mittel in Anwendung bringen dürfen, um sie einzudämmen, und für die Gesundheit der Arbeiter, insoweit sie durch die Industrie gefährdet wird, sollte er es nicht? — Diese Art Staatsrechtslehre verstehe, wer kann. Jeder gewissenhafte Arzt giebt die Erklärung ab, [illegible] für Preußen. Er sprach zu § 5 in recht wirksamer Weise. Nur beging er — lucus a non lucendo — das „Verbrechen", „mix" und „mich" zu verwechseln. Grund genug für die nationalliberale Presse, wie eine losgelassene Meute zähnefletschender Kläffer über Reinders herzufallen und ihn, nachdem sie ihn sachlich nicht widerlegen kann, in ganz gemeiner Weise ob seiner lückenhaften theoretischen Bildung zu höhnen. Daß Reinders thatsächlich grammatikalische Fehler machte, kann nicht bestritten werden, und er selbst bekannte es freimüthig auf der Tribüne. Aber in treffender Weise führte er aus, daß für seinen Bildungsmangel Niemand Anderer schuld sei, wie die herrschende Klasse, die nicht will, daß die Arbeiter denjenigen Grad von Bildung erlangen, den sie haben sollten. Anstatt daß Regierung und Parlament sich der Aufgabe widmeten, die Schule zu verbessern und die Geschäftslage zu heben, beschäftigen sie sich mit einem Gesetzentwurf, der einem großen Theile der Bevölkerung seine Rechte raubt. Gerade der Umstand, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen so beschaffen sind, daß für unnütze, ja schädliche Zwecke, wie den Militarismus und andere Dinge, Hunderte von Millionen verwendet werden, während dem wichtigsten Kulturmittel, der öffentlichen Erziehung, die geringste Sorgfalt und die kleinsten Opfer gewidmet werden, bildet die niederschmetterndste Anklage gegen die herrschende Klasse. Die Bildung und Erziehung sind ebenso ein Monopol der herrschenden Klasse, wie die Produktionsmittel. Nur der Reiche kann seine Kinder ausbilden lassen, der Arme, der lebenslang mit Entbehrungen zu kämpfen hat, kann die Mittel nicht erschwingen, um seinen Kindern die ihnen nothwendige Ausbildung angedeihen zu lassen. Kaum daß die Proletarierkinder den primitivsten Schulunterricht genossen haben, müssen sie schon, noch als halbreife Geschöpfe, zum Unterhalte ihrer mit dem Elend kämpfenden Eltern in der Fabrik arbeiten, oder aber in die Lehre gehen, um dem sich rackernden Vater die Sorge um ihre fernere Erhaltung zu benehmen. Und der Breslauer Abgeordnete Reinders ist nichts mehr und nichts weniger wie ein solches Proletarierkind, welches frühzeitig in den harten Daseinskampf hinausgestoßen wurde. Ein einfacher, schlichter Arbeiter hatte er, trotz seines Wissensdurstes, nicht die Gelegenheit und nicht die Mittel, sich eine höhere Schulbildung anzueignen. Das bescheidene Maß von theoretischem Wissen, welches er besitzt, hat er sich durch eigenen Fleiß, durch eifriges Selbststudium angeeignet, trotzdem hat er sich nie höher gedünkt, wie ein einfacher Arbeiter, und auch die Breslauer Wählerschaft hat ihn eben nur als einen durchaus würdigen Repräsentanten der Arbeiterschaft zu ihrem Vertreter im Reichstage erkoren. Daß er mit Geschick und Würde seinen Platz im Reichstage einnimmt, beweist seine in meritorischer Beziehung treffliche Rede, die jedem Parlamentarier Ehre machen könnte. Sein Auftreten zeugte für natürliche Beanlagung, welche nur der ausbildenden Hand entbehrte. Allein ihm einen Vorwurf daraus machen, heißt Ursache mit Wirkung verwechseln. Denn wäre Reinders Sohn wohlhabender Eltern, hätte er Gelegenheit gehabt, Gymnasium und Universität zu besuchen, dann könnte er auch in der Redeform sich auf gleicher Höhe mit, sagen wir Gneist oder Lasker, bewegen.

Den Feinden.

(Von einem 72jährigen Parteigenossen.)

I.

Ihr wollt mit blinder Wuth uns nun vernichten,
Die nur nach allgemeinen Rechten jagen;
Das Elend unermüdlich warm beklagen,
Geduldig nicht auf jedes Glück verzichten.

Zur Wahrheit wollen wir das Auge richten,
Den schweren Kampf der Ueberzeugung wagen;
Die schlimmsten Feinde tückisch nicht erschlagen,
Zur ächten Bildung uns die Wege lichten.

Das Völkerleben schafft gewisse Leiden,
Wovon Gedanken unvermeidlich stammen,
Die Grimm und Gram in kühne Wünsche kleiden.

Wir Glückberaubten streiten treu zusammen,
Verlangen jeden Mitgenuß bescheiden,
Wofür die Volksbetrüger uns verdammen.

II.

Ihr Thoren wähnt: nur Volksverführer brächten
Gedanken uns, die leicht Gewalt vertriebe;
Daß jede Wirkung ungefährlich bliebe,
Woran die Bürger bald mit Ekel dächten.

Die Kraft verdanken wir gewissen Mächten,
Der großen, allgemeinen Eigenliebe;
Die keinen Tag den Rettungskrieg verschiebe,
Wenn wir die schuldbewußten Feinde schwächten.

Der Kampf des Lebens bildet uns Gedanken,
Wofür das Wissen gute Waffen spendet,
Womit wir sprengen überall die Schranken.

Wir wollen, daß die lange Knechtschaft endet,
Worauf die Völker traurig noch erkranken,
Zum allgemeinen Glücke nicht gewendet.

fort en gros betrieben wird — das war das erste Thema, mit dem sich der Reichstag heute zu befassen hatte. Ein Thema, sollte man denken, das eine gründliche, von dem Bewußtsein des ganzen Ernstes der Sache getragene „große Debatte“ zu veranlassen geeignet wäre, wie kaum ein zweites. Der Reichstag, d. h. die Majorität hat anders gedacht. Ueber keinen Paragraphen des Umsturzgesetzes ist sie gleichgültiger hinweggegangen als über diesen. Von dem erzreaktionären Schlickmann (deutschconservativ) und Beseler wurde maschinenmäßig die reaktionäre Drehorgel in Bewegung gesetzt. Dann eine, allerdings sehr scharfe Kritik Windthorst's, die man unglücklicher Weise nicht verhindern konnte — das, nebst einigen „Erklärungen“ des Eulenburg junior, war die ganze Debatte. Ein Schlußantrag machte die übrigen Oppositionsredner mundtodt. Unserer Seits hatte sich Hasselmann zum Wort gemeldet.

Die Ausführungen Windthorst's bezogen sich hauptsächlich auf den Nachweis der Thatsache, daß nach Annahme dieses Paragraphen die Reichsverfassung und die Verfassung der Einzelstaaten, namentlich die bayrischen Reservatrechte durchbrochen sind. Die Polizei sei dann allmächtig; der Civilbelagerungszustand schlimmer als der gewöhnliche — das habe er 1870 erfahren, wo ihm der militärische Belagerungszustand weit weniger lästig geworden sei, als der normale Ausnahmezustand, unter dem Hannover sich so lange befunden und theilweise noch befinde. § 20 richte sich gegen alle Parteien. Auf Grund desselben können die größten Ungeheuerlichkeiten verübt werden. Man brauche z. B. bloß den Belagerungszustand in Berlin zu proklamiren, und dann alle mißliebigen Abgeordneten ausweisen — nicht bloß die sozialdemokratischen. (Ah!!) Man halte das für undenkbar? Es sei aber sehr denkbar; und in den letzten Jahren habe so viel Undenkbares sich vollzogen, daß er sicherlich berechtigt sei, das sehr Denkbare für möglich zu halten.

Windthorst geißelt dann noch die Gesinnungslosigkeit der Nationalliberalen, die den Behörden die Macht geben wollen, unter der Herrschaft des § 20 mißliebige Personen auch aus dem Wohnort zu entfernen.

Der Appell an das Ehr- und Freiheitsgefühl der Nationalliberalen nützte natürlich nichts.

Bei der Abstimmung stimmten die Nationalliberalen in ihrer großen Mehrheit für Wegfall des Wohnorts und der Worte „mit unmittelbarer Gefahr für (die öffentliche Sicherheit“) und in dieser verschärften Fassung ging der Paragraph denn auch durch. —

§ 21 hat nur eine formelle Bedeutung und ist im Nu erledigt.

Um 1 Uhr steht das Haus vor § 22, der die Bestimmung des Termins, bis zu welchem das Gesetz in Kraft sein soll, enthält. Herr Lucius, Bismarcks bekannter „Freund“ plaidirt hitzig für die Dauer bis zum 31. März 1883. Windthorst befürwortet kurz den Termin der Commissionsvorlage (31. März 1881). Nach ihm erhält Brade das Wort, und zeigt in längerer Rede die Absurdität der Anschauung, der Sozialismus lasse sich überhaupt, oder gar innerhalb eines bestimmten Termins ausrotten. Die sozialistische Bewegung wurzle in den Verhältnissen, und werde, was man auch gegen einzelne Personen, und wären es noch so viele, unternehmen möge, durch die Verhältnisse stets lebendig erhalten und gefördert werden. — Es folgt nun ein langweiliger, meist technischer Excurs des badischen Oberstaatsanwalts Kiefer und eine wahrhaft herzerfrischende donnernde Philippika gegen die Sozialdemokratie aus dem Munde des königl. preußischen Regierungspräsidenten (Westpreußen) von Flottwell. An Stimme fehlts dem Mann nicht, und an Eifer auch nicht.

Noch vor 2 Uhr — also nach nicht einmal einstündiger Berathung — nahm das Haus schon einen Schlußantrag an: die ziemlich verwickelte Abstimmung ergab Annahme des Commissionsparagraphen mit der Frist bis zum 31. März 1881. Wohl bekomm's!

Die Feststellung der nächsten Tagesordnung führte zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, indem der Abgeordnete Stumm, der durchaus in Arbeiterfreundlichkeit machen will, eine die Gründung von Arbeiterinvalidenlassen betreffende Interpellation auf die morgige Tagesordnung gesetzt wünschte. Dies fand indeß heftigen Widerstand, und mit großer Majorität wurde Forckenbeck's Vorschlag gemäß der morgige Tag für einen Feiertag erklärt und die nächste Sitzung, in welcher die dritte Lesung des Sozialistengesetzes beginnen wird, auf übermorgen (Freitag) 11 Uhr Vormittags festgesetzt.

— Im Reichstage, während der zweiten Lesung des Sozialistengesetzes, zeigten sich die Conservativen schon als Herren der Situation; sie gaben den „Liberalen“ keinen Pardon. Der Stock wurde nicht einen Zoll niedriger gehalten, so daß Bennigsen schließlich erklärte, er sei zu angestrengt, er könne nicht über den so hoch gehaltenen Stock springen. Gut, sagten die Conservativen, verschieben wir die entscheidenden Hammelsprünge bis zur dritten Lesung, dann werdet Ihr „Liberalen“ ausgeruht sein und das Springen geht dann besser — aber niedriger halten wir den Stock nicht. Das war die Situation am fünften und sechsten Tage der zweiten Lesung, welcher wenigstens vorläufig die Paragraphen 6 und 16 zum Opfer fielen. In Bezug auf obige Situation sagt die „Magdeburgische Zeitung“: „Nun ist aber das Eine sicher, daß das deutsche Volk im Großen und Ganzen, indem es eine Zurückdrängung der sozialistischen Wühlereien und Hetzereien sehnlichst wünscht, dennoch nicht etwa ein heißes Verlangen nach der Rückkehr zu dem Jammer und Elend des bevormundenden Polizeistaates hegt. Das aber ist es, was unsere Conservativen in Wahrheit herbeiführt sehen möchten.“ — Den Jammer und das Elend des bevormundenden Polizeistaates wollen die Conservativen herbeiführen — so klagt das liberale Blatt, und dabei freut es sich zu gleicher Zeit, wenn die „Liberalen“ im Reichstage die Brücken bauen, über welche der bevormundende Polizeistaat von den Conservativen herbeigebracht wird. Nichts ist elender und perfider, als solcher „liberaler“ Jammerruf bei solchen „liberalen“ Thaten.

— Ein treffendes Urtheil. Die alte „Tante Voß“ sagt über die bekannte Rede Bamberger's im Reichstage Folgendes: „Sie bewies unzweifelhaft das Eine, daß Herr Bamberger lange genug in Frankreich gelebt hat, um sich die Denkweise der französischen hohen Bourgeoisie anzueignen, die willig die Napoleonische Diktatur ertrug und sich einbildete, daß damit die Schrecken des rothen Gespenstes beschworen werden könnten.“ — Zu deutsch heißt das: Bamberger hat Angst, daß seine Milliarden Nickel durch den Sozialismus in Gefahr geriethen, deshalb legt er sich mit dem Bauche auf dieselben und läßt sich die reaktionären Rückenstreiche gefallen — dieser Held von Kirchheimbolanden.

— Das Sozialistengesetz wirft bereits sehr bedenkliche Schatten voraus. Die „Germania“ schreibt: Am Sonnabend Abend unterhielten sich in einem Berliner größeren Restaurant zwei junge Männer über den von Prof. Wagner herausgegebenen Briefwechsel zwischen Rodbertus und Lassalle und kamen bei dieser Gelegenheit auch auf die letzte Lassalle-Rede des Fürsten Bismarck zu sprechen. Plötzlich erschien der anscheinend von dem servirenden Kellner von dem Gespräch unterrichtete Besitzer des Lokals und erklärte, daß er in seinem Lokal sozialistische Gespräche oder politische Erörterungen nicht dulden könne. So geschehen acht Tage vor Annahme des Ausnahmegesetzes in der Hauptstadt des deutschen Reiches.

— Wohl kaum schon dagewesen! In Düsseldorf wurde ein Bürger wegen einer angeblich vor drei Jahren begangenen Majestätsbeleidigung denunzirt.

— Ueber die Bismarck-Sonnemann'sche Affaire schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Das Korsische Ungeheuer ist entwischt; der Bandit ist gelandet und so fort in der Abstufung bis zum: Soeben hält Se. Majestät der Kaiser Napoleon unter dem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in die Hauptstadt!“ — wer kennt sie nicht, diese Musterleistung des „Moniteur“ in den Tagen von der Flucht Napoleons aus Elba bis zu dessen Einzug in die Tuilerien? An diesem klassischen Beispiel hat sich anläßlich der Affaire Bismarck-Sonnemann die „Magdeburger Zeitung“ so entzückt, daß sie beinahe das französische Original erreicht hat. Sie mag es uns selbst darthun.

„Magdeburger Zeitung“ von Donnerstag 10. Oktober. „Der Reichskanzler hat den Abgeordneten für Frankfurt in einer Weise angegriffen, die den letzteren auf den Gedanken bringen dürfte, eine einfache Gegenerklärung sei nicht ausreichend. Der Fürst ließ durchmerken, Herr Sonnemann stelle sich mit seiner Zeitung dem französischen Gouvernement zur Verfügung, so daß man aus der „Frankfurter Zeitung“ immer am ersten die Intentionen der Pariser Regierung erführe. Für das Zutreffende dieser seiner Behauptung bezog sich der Fürst auf ihm zugegangene diplomatische Aufschlüsse, und der Zuhörer mußte den Eindruck gewinnen, als verfolge der Abgeordnete Sonnemann nicht blos im Allgemeinen undeutsche Ziele, sondern er mache sich damit der französischen Regierung dienstbar. Das würde, wie auf der Hand liegt, Landesverrath sein, und entweder thut Herr Sonnemann Alles, um diesen furchtbaren Vorwurf völlig zu entkräften, oder er ist als Mitglied des deutschen Reichstags moralisch unmöglich.“

„Magdeb. Ztg.“ von Freitag 11. Oktober. „Die Angriffe, welche der Reichskanzler gegen Herrn Sonnemann gerichtet hatte, verlorer von ihrer Treffkraft durch die Erklärungen, die der Erstere später nachfolgen ließ.“

„Magdeb. Ztg.“ von Sonntag 13. Oktober. „Der Zwischenfall Bismarck-Sonnemann ist nicht beigelegt, denn der Reichskanzler hat bisher unterlassen, für seine Behauptungen Beweise beizubringen. Bleiben diese aus, so ist der Angreifer im Unrecht. Der Abg. Sonnemann wird dies vor Schluß der Session voraussichtlich noch ganz ausdrücklich constatiren.“

Jetzt aber Halt um Himmels Willen, sonst bekommen wir noch etwas von einer „moralischen Unmöglichkeit“ zu hören, die Jemanden veranlassen könnte, das „Wohlwollen“ der „gutmüthigen“ Richter, so unangenehm es werden kann, in Anspruch zu nehmen. Uebrigens sei constatirt, daß die gesammte Presse Deutschlands und des Auslandes, soweit sie sich selbstachtend, auf Achtung Anspruch hat, die von uns an den Reichskanzler gerichtete Ladung unterstützt und darin übereinstimmt, daß eine unbewiesene Anklage auf den Ankläger zurückfalle. Wir nehmen natürlich gewisse Organe, die sich kein Gewissen daraus machen, sich zu prostituiren, aus und überlassen dieselben ihrem Schicksal, denn wenn man mit dem Herrn zu thun hat, kann man sich nicht mit den Domestiken beschäftigen. Erfreulich ist es, daß neuerdings auch Blätter, die aus ihrer Gegnerschaft gegen den Abgeordneten für Frankfurt kein Hehl machen und noch heute für dessen Rede nur das Epitheton „unwürdig“ haben, sich soweit auf Anstand und Recht besinnen, daß sie den Reichskanzler „zur Ordnung“ rufen. So der „Hannöversche Curier“ in folgender Weise: „Es ist in Aller Interesse, auch in dem des Kanzlers — denn was verbürgt ihm, daß nicht nächstens beim Angriff auf ihn irgend ein Oppositionsmitglied seinerseits des Antonius „doch Brutus ist ein ehrenwerther Mann“ copirt? —, es ist, sagen wir, in Aller Interesse, daß die verdeckte Anklage, gegen welche der davon Betroffene sich selbst dann nicht wirksam vertheidigen kann, wenn er völlig unschuldig ist, nicht parlamentarisches Bürgerrecht erwerbe. Wenn es nicht in der Befugniß des Präsidenten steht, dergleichen oratorische Torpedos — die am Mittwoch nicht zum ersten Mal angewendet wurden — aus der Debatte fernzuhalten, so ist es Pflicht der Presse, gegen deren Gebrauch Verwahrung einzulegen.“ Sollte sich der „Hannöv. Curier“ nicht erinnern, wie man eine Kriegführung, die sich allgemein verpönter Waffen bedient, zu charakterisiren und zu bezeichnen pflegt?“

In Bezug auf die Aeußerungen Bismarcks im Reichstag am 9. Oktober, die sich gegen den Abg. Sonnemann und gegen die „Frankfurter Zeitung“ richteten, giebt jetzt die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“, nachdem die betreffenden Sätze der Bismarck'schen Rede dem Leser vorgeführt worden sind, folgende Erklärung ab:

Die Worte haben unzweifelhaft den Sinn, den Abg. Sonnemann und die „Frankfurter Zeitung“ als in Beziehungen zur französischen Regierung stehend und deren Interessen namentlich in Fragen der inneren deutschen Politik vertretend erscheinen zu lassen. So sind sie im Reichstage und in der Presse allgemein aufgefaßt worden und die späteren Versuche des Herrn Reichskanzlers, seinen Worten eine andere harmlosere Deutung zu geben, vermögen daran nichts zu ändern.

Herr Sonnemann für seine Person war sofort in der Lage, die Behauptungen des Herrn Reichskanzlers als willkürliche Erfindung zu bezeichnen, für die „Frankfurter Zeitung“ in gleicher Weise einzutreten, vermochte er nicht, da nach der Ansicht des Reichstagspräsidenten der Rahmen der persönlichen Bemerkung ihm dies nicht gestattete.

Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ war also genöthigt, selbst ihre Sache gegen Herrn von Bismarck zu führen und sie hat dies sofort gethan, indem sie dem Reichskanzler als dem Ankläger die Beweislast für seine Anklagen auferlegte.

Wir haben zunächst zu constatiren, daß der Herr Reichskanzler dieser mit jeder Anklage verbundenen Pflicht, deren Nichterfüllung die öffentliche Meinung übereinstimmend dahin deutet, daß der Ankläger nicht im Stande sei, die Wahrheit

---

Militärisches aus dem Rechtsstaat.

(Aus der „Frankfurter Zeitung.“)

Oder sollen wir betiteln: Rechtliches aus dem Militärstaat? Darüber möge der Leser befinden, wenn er die nachstehende aktenmäßig erzählte Historie kennen gelernt hat. Sie hat etwas Dramatisches und darum sei sie auch demgemäß behandelt.

Also: ein Gutsherr v. H., ein Major v. K., ein General v. B.-R., außerdem Soldaten und Bauern, gelb-weiße und schwarz-weiße.

Ort der Handlung: das Gut Abbensen bei Peine (Hannover).

Zeit: 1878 vom 18.—27. August.

Vorspiel: die Stichwahl im Kreise Hildesheim endete mit einem Siege der Welfen. Der Gutsherr von Abbensen fühlte die Wonne dieses Erfolges und ließ zum Zeichen dessen einen auf dem Felde hoch gelegenen Getreidehaufen — im Hannöverschen Fimme genannt — mit gelb-weißer Flagge krönen. Hurrah der gelb-weißen. Murren der schwarz-weißen Bauern; letztere sagen: Laßt nur erst das Militär zum Mannöver herkommen, da wird er die Fahne schon abnehmen.

Eine verheißungsvolle Exposition, nicht wahr?

Am 23. August rückt das Militär ein, 300 Mann vom 67. Infanterie-Regiment sollen sieben Tage Abbensen beglücken. Früher ging das so: die Offiziere kamen aufs Gut, die Mannschaften zu den Bauern ins Quartier. Diesmal kam es anders — o du unseliger Wimpel auf dem Kornhaufen, die schwarz-weißen Bauern hatten sich die Offiziere ausgebeten und erhielten sie auch, 13 an Zahl. Auf das Gut kamen 50 Mann, für die der Schafstall und die Kutschscheuer ausgeräumt wurde.

Kurz nach dem Einrücken der Truppen erscheint bei dem Gutsherrn v. H., der Major v. K., zunächst um sich darüber zu beschweren, daß die Mannschaften in den Schafstall gelegt seien. Dann entspinnt sich aber folgendes Gespräch:

Major v. K.: Ach so, dann hätte ich Ihnen noch zu danken. Diese große Aufmerksamkeit, die Sie durch Flaggen für mein Bataillon an den Tag gelegt haben . . . .

Gutsherr v. H.: Sie täuschen sich, Herr Major! Für Sie war das nicht. Die neue Flagge draußen auf dem Felde ist ein Wahlsiegeszeichen, die andere im Parke, die roth-gelbe, ist dort ständig aufgehißt, sie trägt meine Familienfarben.

Major v. K. (freundlich): Was Sie sagen — nein, nein, so ist's nicht. Sie müssen schon erlauben, daß ich mich durch Aufhängen einiger Flaggen in den Landesfarben revanchire — denken Sie sich das hübsche Ensemble, das sich dann herausstellen wird.

Gutsherr v. H.: Sehr verbunden; soweit meine Gebäude und Grundstücke nicht dabei in Frage kommen, habe ich natürlich gegen diese Revanche nichts einzuwenden.

Der Herr Major ruft den Regimentsschneider und ertheilt ihm den Befehl, sofort schwarz-weiße Fahnen anfertigen und über dem Hofthor des Gutes des Hrn. v. H. anbringen zu lassen. Letzterer, der dies erfährt, protestirt dem commandirten Unteroffizier gegenüber, der Protest wird reglementmäßig gemeldet.

Am 25. August, Morgens 10 Uhr, wurden die Fahnen an das Hofthor genagelt. Kurz darauf läßt der Gutsherr zwei Plakate an das Thor kleben. Das eine lautet: „Eingang für Militärpersonen“, das andere: „Obige Fahnen sind gegen meinen Willen auf Befehl des Militärcommandos angebracht.“ Zugleich wird den Gutsleuten des Hrn. v. H. von diesem verboten, das fahnengeschmückte Thor zu benutzen, da dasselbe militärisch occupirt sei; er gibt ihnen zum Ersatz einen Weg durch den Park frei, beschwert sich bei dem Major v. K. und sofort persönlich bei dem General v. B.-R. in Hannover. Letzterer verspricht, die Sache zu untersuchen, da er am nächsten Tage zur Besichtigung hinauskomme.

Am Abend geht auch noch eine Klage wegen Besitzstörung an das nächste Amtsgericht ab.

Ehe wir die Schriftstücke mittheilen, sei erwähnt, daß in der Nacht vom 25. bis 26. die gelb-weiße Siegesfahne von der Fimme gestohlen wurde. Eine für die Entdeckung des Thäters ausgesetzte Prämie von 50 Mark hatte keine Wirkung. Die schwarz-weißen Fahnen aber blieben bis zum Abzug der Truppen hängen.

* * *

v. H. an den Major v. K.

Abbensen, 25. August.

„Auf Ew. Hochwohl. Befehl haben Mannschaften Ihres Bataillons mein Gebäude dazu benutzt, um an demselben Wegweiser, Ortstafeln, Strohkranz und Fahnen anzubringen, obgleich ich rechtzeitig zuvor gegen solche Anbringung Protest eingelegt habe, welcher Protest Ew. Hochwohlgeb. rechtzeitig gemeldet ist.

Wenn ich nun auch die Anbringung der erstgenannten drei Gegenstände stillschweigend geduldet haben würde, da sie mir in militärischem Interesse nothwendig erscheinen, so muß ich die Anbringung von Fahnen auf Grund Ew. Hochwohlgeb. persönlich mir gegenüber gemachter Aeußerungen lediglich als eine unnütze und unmotivirte, gegen meine Person gerichtete Demonstration betrachten.

Die gedachte Anbringung von Gegenständen an meinen Gebäuden charakterisirt sich als eine Besitzhandlung und dadurch als ein unberechtigter Eingriff in mein Eigenthum. War solcher Eingriff im öffentlichen Interesse nöthig, so mußte zuvor auf Anordnung der Landdrostei nach Maßgabe der §§ 1 und 4 des Gesetzes über die Entziehung des Grundeigenthums das Expropriationsverfahren eingeleitet werden.

Ich ersuche daher Ew. Hochwohlgeb. ganz ergebenst, die sofortige Fortnahme der angebrachten Fahnen befehlen zu wollen und falls ein solches Verlangen Ew. Hochwohlgeb. Rechtsbegriffen nicht entsprechen sollte, diese Schrift als eine Beschwerdeschrift anzusehen und geneigtenst als solche bis zur höchsten Stelle auf dem instanzmäßigen Weg weiter geben zu wollen.

Hochachtungsvoll

v. H.“

Major v. K. an v. H.

„C. Quart. Abbensen 25. Aug.

Ew. Hochwohlgeb. erwidere ich hiermit auf das mir soeben übersandte Schreiben ergebenst, daß die Anbringung von preußischen Fahnen an Ihrem Hofe (ebenso wie an dem von mir persönlich bewohnten) eine Demonstration unsererseits ebensowenig hat sein sollen, als Ihrerseits das Aufhissen von je einer gelb-weißen und gelb-rothen Flagge an weithin sichtbaren Stellen.

Die Anbringung von Ortstafeln, Wegweisern u. s. w. ist eine höhern Orts befohlene Maßnahme und muß Ew. Hochwohlgeb. ich es vollständig überlassen, gegen die hierdurch verursachten Eingriffe in Ihre Rechte auf gesetzlichem Wege vorzugehen — ebenso gegen die durch Anbringung von preußischen Fahnen an dem von Ihnen gepachteten Hofe Ihnen zugefügte Eigenthumsverkümmerung.

Zugleich bemerke ich jedoch, daß ich die Zumuthung nicht verstehen kann, meinen Leuten die Dekoration ihres Quartiers durch preußische Farben — eine alte gute Sitte — zu verbieten und daß es mir unerfindlich scheint, daß in Preußen eine andere Auffassung existire, als daß jeder Hof und mit ihm dessen Besitzer resp. Pächter sich nur geehrt fühlen könne durch Dekoration des Hofes mit preußischen Fahnen — und um so mehr Ew. Hochwohlgeb. selbst, als mir bekannt, daß Hochdieselben zwei Brüder als Offiziere in der Armee haben, welche dieser Fahne unverbrüchliche Treue geschworen haben.

Ergebenst v. K.

v. H. an den Generallieutenant v. B.-R.

Hannover,

Abbensen, 25 Aug.

Ew. Excellenz wollen mir gestatten, ein bei meiner Rückkehr heute Abend hier vorgefundenes Schreiben des Hrn. Major v. K. zu überreichen, dessen Inhalt und Form ich gern vertrauensvoll der Kritik Ew. Excellenz überlasse.

Ganz gehorsamst v. H.

Generallieutenant v. B.-R. an Herrn v. H.

Ew. Hochwohlgeb. erwiedere ich auf gefälliges Schreiben vom gestrigen Tage, mit dem Sie mir einen Brief des Kön. Major's Herrn v. K. zu meiner Kritik übersenden, daß ich mit diesem letzteren mich vollständig in Uebereinstimmung befinde.

Mit vollkommenster Hochachtung bin ich

Ew. Hochwohlg. ergebenster

v. B.-R.

seiner Behauptungen darzuthun, bis heute in keiner Weise nachgekommen ist.

Wir werden, falls es auch ferner nicht geschieht, dies von Zeit zu Zeit erneut constatiren und schließlich an das allgemeine Urtheil dahin appelliren, daß der Fürst Bismarck sich einer ehrenrührigen Verdächtigung gegen die „Frankfurter Zeitung" schuldig gemacht habe.

Eines Weiteren dem Fürsten Bismarck gegenüber bedarf es, so lange er beweisfällig bleibt, nicht; dagegen stehen wir angesichts der Erörterungen des Vorfalles in der Presse und der entstellten und falschen Angaben über die Verhältnisse der „Frankfurter Zeitung", die dabei bald leichtsinnig, bald böswillig vorgebracht werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, nicht an, Folgendes zu erklären:

1. Die „Frankfurter Zeitung" bezieht von ihren Pariser Correspondenten, von denen niemals irgend einer in offiziellen oder offiziösen Beziehungen zu einer französischen Regierung gestanden hat, nur die unter Frankreich täglich abgedruckten Correspondenzen und Depeschen, welche direkt an den betreffenden Ressortredakteur gelangen nnd von diesem selbstständig bearbeitet und zum Druck befördert werden.
2. Sie bezieht keine anderen Informationen aus Frankreich, weder von ihren Correspondenten, noch von irgend einer anderen Seite.
3. Die Urtheile der „Frankfurter Zeitung" über innere und äußere Politik, wie sie in den Uebersichten und Leitartikeln enthalten sind, gehen von der Redaktion des Blattes aus; die Redakteure des Blattes sind an keinerlei Instruktionen gebunden, unterliegen keinerlei Beeinflussung und genießen vollste Selbstständigkeit des Urtheils. Die „Frankfurter Zeitung" hat keinen Chefredakteur, jeder Redakteur verwaltet sein Ressort nach freiem Ermessen und nur bei wichtigen Phasen der Politik hat er sich in einer Conferenz, in der die Mehrheit entscheidet, der Zustimmung seiner Collegen zu versichern, zu denen auch Herr Sonnemann gehört.
4. Jede Einwirkung auf die Zeitung gegen die Ansicht der Redaktion oder über die Köpfe derselben hinweg ist somit ausgeschlossen, Beziehungen der „Frankfurter Zeitung" zu irgend einer Regierung müßten hiernach Beziehungen von Redaktionsmitgliedern zu Personen oder Organen der betreffenden Regierung [illegible] Verderben noch durch eine illoyale und falsche Auslegung des Gesetzes zu vermehren.

Der Ursprung des Ausnahmegesetzes ist nicht in den Attentaten zu suchen — dieselben waren nur die äußere und zwar bei den Haaren herangezogene Veranlassung; der wirkliche Ursprung ist der ungeheure Nothstand, in welchem sich das „deutsche Reich" in politischer und besonders in wirthschaftlicher Beziehung befindet. Man mußte dem Volke etwas bieten — und weil man keine positiven Verbesserungen einführen will oder kann, deshalb sollte auf dem negativen Wege des Ausnahmegesetzes die Noth wenigstens vom öffentlichen Markte des Lebens zurückgedrängt werden. Man macht Diejenigen mundtodt, welche auf die Nothlage des Volkes und des Vaterlandes aufmerksam machten und das einzige vernünftige Mittel zur Heilung, die Volkshülfe vorschlagen.

Daß ein solches Verfahren durchaus verkehrt ist, daß man den Arzt vertreibt, anstatt der Krankheit, braucht nicht erst betont zu werden — doch die That ist geschehen, sehen wir den Folgen derselben ruhig in's Auge. — — —

Wir werden unseren Lesern noch immer die Hülle und die Fülle des Guten und Wissenswerthen bieten können und bieten, wir werden keiner anderen Partei dienen, trotzdem wir die unsrige nicht voll und ganz vertreten können — das Ausnahmegesetz aber trägt schon in sich den Keim eines frühen Todes, es wird nur von kurzer Dauer sein.

Deshalb mit frischem Muthe, mit Vorsicht und Kraft zwischen all' den Fußangeln des Gesetzes hindurch — immer:

„Vorwärts!"

Die Redaktion.

Allgemeine Volkserziehung.*)

„Es reden und träumen die Menschen viel
Von besseren künftigen Tagen."
Schiller.

Schon Aristoteles bezeichnete es als eine ausgemachte Wahrheit, daß alle Menschen glücklich sein wollen. Auch erschien ihm dieses Verlangen an sich als durchaus berechtigt, weil in der menschlichen Natur begründet; nur könne und solle es lediglich auf dem Wege der Weisheit und Tugend Befriedigung finden.

Noch heute leuchtet die Wahrheit dieser einfachen Sätze jedem unbefangenen Gemüthe ein, wie oft auch seit Jahrtausenden Afterweisheit und Selbstsucht die Stimme der Natur zu ersticken versucht haben. Unter allen Leiden und Drangsalen, die dem Menschen aus den Mängeln des eigenen Wesens und aus den Verhältnissen seines Daseins

*) Wir erhalten von dem Buchhändler und Verleger Julius Klinkhardt zu Leipzig das erste Heft einer Zeitschrift: „Pädagogium. Monatsschrift für Erziehung und Unterricht. Herausg. von Dr. Fr. Dittes" zur Besprechung, wobei der Uebersender namentlich auf die Dittes'sche Vorrede aufmerksam macht, die sich zum theilweisen Abdruck eigne. Wir erfüllen den Wunsch des Verlegers, indem wir die ganze Vorrede unter der Ueberschrift: „Allgemeine Volkserziehung" unseren Lesern zur Empfehlung der neuen Monatsschrift für Erziehung und Unterricht vorführen. R. d. V.

— Ein unbestreitbares Verdienst des Fürsten Bismarck ist es, daß er durch seine letzten Reichstagsplaudereien die Herren „Liberalen" und auch die „liberalen" Zeitungen zum Nachdenken angeregt hat. Während diese, wenn sie früher einmal von der Aenderung der heutigen Produktionsweise zu reden gezwungen waren, immer die Möglichkeit dieser Aenderung entschieden verneinten und alle Diejenigen, welche dieselbe für sicher und nothwendig erachteten, mit dem Rufe „Utopien!" abspeisten, erklärt jetzt schon die „Magdeburgische Zeitung" in Bezug auf das Neue, das die „kapitalistische Produktionsweise" ablösen könnte, ganz kleinlaut:

„Sollte es sich jemals einstellen, so wird es voraussichtlich, wie wohl auch Herr v. Bennigsen nicht anders annimmt, zuerst auf geräuschlosem Privatwege sich hier und dort erproben, nicht aber von einem Lassalle der Zukunft einem künftigen Reichskanzler gegen Patentvorrechte zum Kauf angetragen werden. Die großen echten Neuerungen des sozialen Lebens haben nun einmal die Eigenheit, klein und in der Stille anzufangen. Sie schicken keinen Trompeter zum Lärmmachen vor sich her. Sie entwickeln sich unscheinbar und anspruchslos aus dem Bestehenden, anstatt noch vor aller thatsächlichen Bewährung zu fordern, daß man ihnen zu Gefallen alles Bestehende vorab über den Haufen stürze."

Welches Eingeständniß! Uns Sozialisten ist es ganz gleichgiltig, auf welchem Wege die Aenderung der „kapitalistischen Produktion" in die „genossenschaftliche Produktion" sich vollzieht, wenn diese Umänderung nur geschieht. Sollte die Entwicklung der Menschengeschichte den „geräuschlosen Privatweg" vorziehen, wir haben nichts dagegen — nur wird man uns nicht zwingen können, an diesen Weg zu glauben. Wir haben nun einmal die Ueberzeugung, daß der Staat, oder sage man die Majorität der Gesellschaft, die „kapitalistische Produktionsweise" allerdings nach und nach aufheben und eine die Majorität der Gesellschaft nicht ausbeutende, eine auf gerechter Vertheilung der Arbeit und des Consums beruhende Produktionsweise einführen wird. „Alles Bestehende vorab über den Haufen stürzen" — das hat niemals ein Sozialist gewollt, das will auch jetzt kein Sozialist; eine solche Anschauung vom Sozialismus spukt höchstens in den Köpfen „liberaler" Redakteure und idiotischer Schreier.

— Auf nach Upolu! Die preußische Regierung kommt den Auswanderungsgelüsten der [illegible] Volksfamilien: wo finden wir einen auf Gerechtigkeit und Wohlwollen gegründeten Frieden? — Ueberall Untreue und Hinterlist, Willkür und brutale Gewalt, wildes Blutvergießen und entsetzliche Greuel jeder Art. Alle Welt strotzt von Kriegeswaffen, ungeheure Armeen zerrütten den Wohlstand der Völker, indem sie zugleich Bildung und Gesittung untergraben. In der That: in solchem Umfange war noch niemals das Unheil über unser Geschlecht verbreitet, und man kann zweifelhaft sein, ob in der heutigen Menschheit mehr Humanität oder mehr Bestialität herrsche. Vom kleinsten Gemeinwesen an zieht sich durch das Ganze hindurch ein bellum omnium contra omnes (Krieg Aller gegen Alle). Vor fast hundert Jahren stellte der Philosoph von Königsberg Ideen „zum ewigen Frieden" auf; heute ist das Losungswort „der Kampf um's Dasein".

Woher denn diese Calamität unseres Zeitalters? Hat die Menschheit ihr altes Streben nach Glückseligkeit aufgegeben, um sich vielmehr absichtlich in's Verderben zu stürzen? — O nein, noch heute ist es wahr, daß alle Menschen glücklich sein wollen. Aber man sucht das Ziel mit abenteuerlichen Sprüngen auf täuschenden Irrwegen, statt festen Schrittes die untrügliche Bahn der Weisheit und Tugend zu wandern. Gar viel des Rühmens ist gewesen, wie wir es doch so herrlich weit gebracht mit unserer Cultur. Aber wo ist die Weisheit, wo ist die Tugend geblieben, diese besten Edelsteine in der Krone aller Cultur? — Gewiß, die Menschheit hat es weit gebracht in der Beherrschung der Natur; aber die Herrschaft über sich selbst hat sie noch nicht errungen. Darum fehlt ihr auch noch die bessere Hälfte der Glückseligkeit. Denn mehr Verderben kommt dem Menschen vom Menschen, als von der Natur, und mehr kann der Mensch den Menschen beglücken, als die Natur. Ueber dem Haschen nach den Schätzen, die draußen vor aller Welt Augen liegen, hat man vergessen die Schätze, welche verborgen im Schooße der Menschheit selbst ruhen. Als ob die Menschenwürde ein eitler Wahn und der Mensch ein werthloses Ding sei, läßt man gleichgiltig in Millionen die herrlichsten Keime verkommen und entarten, wie man leichtfertig Tausende auf den Schlachtfeldern hinopfert.

Unsere Cultur hat noch gar große Lücken und gar große Flecken. Kein einziger Großstaat hat bisher ein klares, allumfassendes, auf Weisheit, Gerechtigkeit und Wohlwollen beruhendes Culturssystem auch nur angestrebt, geschweige denn aufgestellt und durchgeführt. Wir sehen allenthalben nur Anläufe, Fragmente, sporadische Veranstaltungen ad hoc, ein unerfreuliches Stückwerk, nichts Ganzes, keine Einheit, keinen inneren Zusammenhang, keinen durchgreifenden Plan. Man bildet Gesellschaftsklassen, Berufsstände, Geschäftsleute, Beamte, Unterthanen, politische Parteien, Glaubenssekten, Nationalitäten oder etwas dergleichen; aber man bildet keine Menschen. Und so werden schon dem Jugendalter die Einzelinteressen nachdrücklichst vor Augen gestellt, die Gesammtinteressen aber entrückt, womit der allgemeine Krieg vorbereitet, der soziale Frieden untergraben wird.

Daneben wachsen in den meisten Culturstaaten (in den großen ohne Ausnahme) ungeheure Schaaren von Proletariern auf, denen jede harmonische Geistes- und Charakterbildung, vielfach auch der physischen Entwickelung zu Gunsten einseitiger Dressur im Wissen, dabei viel Quälerei mit abgelebten und werthlosen Dingen unter Verabsäumung des Werthvollen und Unentbehrlichen, Ueberschätzung der Lehrsubstanz und Verkennung des persönlichen Werthes der Zöglinge, daher gewaltsame Zurichtung der letzteren für eine Schablone und nach einer Schablone, frühzeitige Hinlenkung derselben auf ihre individuellen Vortheile, Ueberbürdung und Schwächung der jugendlichen Kräfte — das sind die Hauptfehler in unserem mittleren Schulwesen. Und im obersten Stockwerk ist auch nicht Alles Gold, was glänzt. Da wird geistlose Routine, leere Wortklauberei und gänzliches Ignoriren der Ideen und Forderungen der Gegenwart als die wahre Wissenschaftlichkeit gepriesen, als lebten wir in der Alexandrinischen oder mittelalterlichen Periode der Scholastik; dort werden die gewagtesten Hypothesen mit Augurenmiene als geniale Entdeckungen neuer, untrüglicher Wahrheiten unter möglichster Reklame proklamirt, oder unwichtige Kleinigkeiten mit allerlei gelehrten Kunstgriffen weitläufig ausgesponnen, die Wissenschaften in unzählige Reviere gespalten und alles lebendigen Zusammenhanges beraubt, als ob die babylonische Verwirrung oder der vielberufene Schwindel auch in die Gelehrtenwelt, in die Hochschulen und Akademien eingezogen wäre. Auch hier das Bild der Zersplitterung des Ganzen, der universitas, in hundert Einzelgeschäften und Einzelinteressen, entsprechend dem Grundzuge unseres ganzen Zeitalters. Engherzige Selbstbeschränktheit und cynischer Egoismus, das sind die schwärzesten Flecken unserer gesammten Cultur. Daher auch die bodenlose Corruption an allen Ecken und Enden: in Handel und Wandel, in Politik und Verwaltung, in den Parlamenten und in der Tagespresse, selbst in der Wissenschaft und im Schulwesen, im Cultus und in der Rechtspflege, in allen sozialen Beziehungen und Institutionen. Und so bieten die sogenannten besseren Stände, welche das heutige Culturssystem beherrschen und ausbeuten, den rohen Massen leider mehr Beispiele des Bösen, als Vorbilder des Guten.

(Fortsetzung folgt.)

Auch der Abgeordnete, Obergerichtsrath von Schlickmann erklärte am Donnerstag im Reichstag, daß man die sozialdemokratischen „Führer" expropriiren könne — jedenfalls ein milderes Wort für „deportiren". Doch — bange machen gilt nicht! Trotz Upolu, dem „deutschen Reich" zum Trotz, lieben wir unser deutsches Vaterland!

— Der Republikaner Vermesch, eines der tapfersten Communemitglieder von 1871, ist in London gestorben. Vermesch war Herausgeber des Blattes „Père Duchesne".

— Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstage. Im Verlag der Hamburger Genossenschafts-Buchdruckerei ist das 2. Heft des bereits annoncirten Werkes: „Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstag" erschienen. Dieses Heft enthält den stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstages bei der ersten Lesung des Sozialisten-Gesetzes, bildet also für sich ein abgeschlossenes Ganzes. Nach dem Plan der Herausgeber sollen 4 Heftchen erscheinen. Heft 1, das bis jetzt noch nicht erschienen ist, wird die ursprüngliche Regierungsvorlage, dann die Vorlage, wie sie im Bundesrath umgeändert worden ist, nebst den dazu gegebenen Motiven und Anlagen enthalten. Wie die Verleger mittheilen wird Heft 1 am 17. d. M. erscheinen. Die Hefte 3 und 4 werden je die Verhandlungen der zweiten und dritten Lesung nebst dem endgiltigen Wortlaut des Gesetzes bringen. Der Preis für die einzelnen Hefte ist ein ungemein billiger. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit, welche gerade dieses Gesetz und die betreffenden Verhandlungen für unser ganzes öffentliches Leben haben, empfehlen wir das Werk zur weitesten Verbreitung. — In Hinsicht auf dieses Werk haben wir unsere Reichstagsberichte auch möglichst eingeschränkt.

— Die Zukunft, zweiter Jahrgang, Heft 1 und 2 enthält: Billiges Brod, von M. — Die Exploitation der Arbeit in Amerika. Von Dr. Geo. C. Stiebeling. — Der Sozialismus und die häuslichen Arbeiten. Von Joh. Most. — Rezensionen.

— Genosse Karl Hirsch soll aus Frankreich ausgewiesen sein — so berichten wenigstens verschiedene Zeitungen. Uns ist noch keine Nachricht zugegangen. — In Bezug auf den Pariser Arbeitercongreß werden 39 Personen auf den [illegible] verschiedenen Zeitungen u. s. w., den er früher in Plötzensee getrieben, unmöglich gemacht werden soll. Most trägt seine eigene Kleidung, ist frei von all und jeder Zwangsarbeit und beschäftigt sich ausschließlich mit literarischen Arbeiten. Seine Behandlung unterscheidet sich nur durch eine etwas strengere Isolirung von der Behandlung, wie sie unter Anderen auch Bebel zu Theil wurde, der sich darüber nicht zu beklagen hatte. Was also und zwar mit großer Schadenfreude zur Zeit der Wahl über die Behandlungsweise Most's, als eines „Unverbesserlichen", der statt seines Namens mit: „Nummer 8" angeredet werde, in liberalen Zeitungen geschrieben wurde, ist nichts Anderes als eine grobe, absichtlich in die Wählerschaft geschleuderte Lüge — eine eben solch große Lüge, wie die, daß Most in Barmen-Elberfeld eine mehrjährige Gefängnißstrafe zu verbüßen haben würde. Wie mir Most mittheilt, ist er wegen der inkriminirten Stelle der betreffenden Rede in Berlin bereits freigesprochen worden. Es ist also nicht anzunehmen, daß er in Barmen wegen einer Aeußerung bestraft wird, auf welche in Berlin Freisprechung erfolgte. Most's Haft in Plötzensee geht am 10. Dezember zu Ende und damit wird sein Strafregister abgelaufen sein. Das Befinden Most's ist den Umständen angemessen ein gutes zu nennen. Die Quellen seines Humors sind nicht im Geringsten versiecht. Die hereinbrechende Reaktion wird von ihm als ein Prüfstein für die junge Arbeiterbewegung betrachtet und ist er der Ueberzeugung, daß die Arbeiterbewegung geläutert und gekräftigt aus der Periode der Verfolgungen hervorgehen wird. Einzelnen Genossen würde allerdings übel mitgespielt werden, aber zur Ausrottung der sozialistischen Bestrebungen werde die Polizei vergebliche Anstrengungen machen . . . ."

Correspondenzen.

Erfurt, 14. Oktober. Genosse Schulze, der frühere verantwortliche Redakteur der „Erfurter Volkszeitung", wurde am vergangenen Sonnabend wegen verschiedener Preßvergehen von dem Appellationsgericht zu Naumburg zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. Der von Schulze erhobene Competenzeinwand wurde verworfen, weil er zu spät erhoben worden war.

Braunschweig, 15. Oktober. Unser hiesiges Parteiorgan bemerkt sehr treffend: Die Reichstagssitzung vom Sonnabend war besonders bemerkenswerth durch die Rede Reinders', des sozialdemokratischen Abgeordneten für Bremen, und die mit dem erwähnten Leiden Behafteten leicht zu erkennen. Man kann sich denken, welche Qualen diese Unglücklichen auszustehen haben. „Man muß gesehen haben", sagt Prof. Reclam, „wie aus den lackirten Lederschuhen jener frackbekleideten, pomadeduftenden Kellner das Blut hervorquoll, um den Heroismus zu begreifen und zu würdigen, der auch in diesem Stande gelegentlich kräftig ist, um den Pflichten des Berufes zu genügen. Man muß die von geronnenem Blute getränkten Strümpfe an den der Oberhaut theilweise beraubten Zehen und Fußsohlen haben kleben sehen, um die Höhe des Leidens zu ermessen." Sicherlich ist diese Schilderung des gewissenhaften Gelehrten und Menschenfreundes nicht übertrieben.

Neben der körperlichen ist auch die geistige Anstrengung, welche der Kellner zu ertragen hat, höchst aufreibend, und doppelt aufreibend, weil sie eine so einseitige ist. Während des ganzen Tages muß der Kellner die im ganzen Lokal zerstreut sitzenden Gäste möglichst scharf überwachen und aufpassen, wann einer sein Glas geleert oder seinen Teller abgegessen hat. So leicht dies auch erscheint, auf die Dauer wirkt es doch höchst aufreibend.

Das Schlimmste jedoch ist, daß bei allen diesen anstrengenden Arbeiten dem Kellner nicht die gehörige Ruhe gewährt wird, um sich von den Anstrengungen des vorhergehenden Tages zu erholen und neue Kräfte für den kommenden Morgen zu sammeln. Bekanntlich wird selten eine Wirthschaft vor Mitternacht geschlossen. Also gerade während die Angehörigen anderer Berufszweige die beste Ruhe genießen, müssen die Kellner oftmals noch ihre Hauptarbeit verrichten. Und wenn's nur um Mitternacht vorbei wäre. Wie oft kommt es vor, daß Gäste, denen ihre Lebensstellung gestattet, am andern Morgen bis in den Tag hinein zu schlafen, vor 2 oder 3 Uhr Nachts nicht zum Aufbruch zu bewegen sind. Und selbstverständlich muß der Kellner, wenn er auch noch so sehr ermüdet ist, ebensolange auf den Beinen bleiben. Endlich kann er schlaftrunken sein Schlafzimmer aufsuchen, wenn man ein dumpfverpestetes, dunkles, vielfach nicht einmal mit einem Fenster versehenes Gemach so nennen kann. Aber der Schlaf ist nur kurz, höchstens 4—6 Stunden dauert er. Denn schon früh am Morgen muß das Lokal gescheuert und gereinigt werden, damit, wenn die Gäste zum Frühschoppen kommen, alles wieder bereit ist. Es leuchtet ein, daß einer solchen Beschäftigung auf die Dauer auch nicht der gesundeste Körper widerstehen kann und sind somit die so zahlreich unter den Kellnern vorkommenden Krankheiten leicht erklärlich.

Nicht minder gesundheitsschädlich wie die Beschäftigung der Wirthe und Kellner, ist, wie oben erwähnt, die der Bäcker. Doch können wir uns hier kürzer fassen. Schon an den durchweg bleichwangigen Gesichtern der Bäcker kann man erkennen, wie ungesund ihre Beschäftigung sein muß. Als ersten Grund der vielen Erkrankungen und der großen Sterblichkeit unter den Bäckern muß man ihren fortwährenden Aufenthalt in einem stauberfüllten und noch dazu in einem vom Backofen unerträglich erhitzten Lokal ansehen. Diesem Umstande sind hauptsächlich die vielen Lungenschwindsuchtsfälle zuzuschreiben. Hiezu kommt als

Erkrankungen der Wirthe und Bäcker.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Professor Reclam in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Gesundheit" eine sehr interessante Abhandlung über die Krankheiten und Leiden, welche die bei äußerer, oberflächlicher Betrachtung nicht besonders gesundheitsschädlich erscheinenden Beschäftigungen der Wirthe, vornehmlich der Kellner, sowie der Bäcker mit sich bringen.

Schon lange hat die englische Statistik bewiesen, daß die Sterblichkeit des Wirthschaftspersonals diejenige fast aller anderen Berufsklassen übersteigt. Auf dem Continente sind ähnliche Erfahrungen gemacht worden. Ganz besonders groß sind aber die Erkrankungsfälle; besonders die Lungenschwindsucht, dann auch Magenkatarrh, Magengeschwüre, Rheumatismus, Blutarmuth und verschiedene Nervenleiden und Krankheitsformen, die bei Wirthen und Kellnern viel häufiger vorkommen, als bei Personen anderer Berufszweige.

Keineswegs aber gereicht es dem deutschen Parlamente zur Schande, daß einfache Arbeiter in ihm Platz finden. Der Reichstag soll, dem allgemeinen Stimmrecht nach, der getreue Ausdruck aller Bevölkerungsschichten sein. Zur Bevölkerung gehören aber auch die Arbeiter, und sie üben ihr Recht dann im richtigen Sinne aus, wenn sie einen Repräsentanten ihrer Klasse, das ist einen Arbeiter, der für ihre Leiden ein Herz hat und mit ihren Interessen aus eigener Anschauung vertraut ist, wählen. Nicht darum handelt es sich, im Reichstage schöngedrechselte, zweideutige Phrasen in klassische Formen zu kleiden, sondern die Rechte, Freiheiten und Interessen der Wähler zu wahren. Eine Schande ist nur, daß der deutsche Reichstag, anstatt sich mit der öffentlichen Wohlfahrt zu beschäftigen, anstatt die Kultur durch Hebung des Schulwesens zu fördern und auch den Arbeiterkindern die erforderliche Schulbildung durch obligatorischen und unentgeltlichen Schulunterricht zu ermöglichen, sich mit einem Gesetz beschäftigt, welches den graden Gegensatz zur Förderung der Kultur bildet und den Arbeitern sogar das Recht der freien Meinungsäußerung zu rauben bestimmt ist.

Dresden, 13. Oktober. In der Donnerstags-Nummer des „Dresdner Anzeigers" befindet sich folgende Annonce: „Zu kaufen gesucht werden etliche Häuser zwischen Albertbrücke und Schützenkaserne, Preis bis 25,000 Thlr., mit Hinterraum und wenig Hypothekbelastung; nur dürfen darin keine Sozialdemokraten wohnen. Interessenten wollen Adressen unter M. 99 bis zum 15. d. M. in den L. S. Adreß-Comptoiren niederlegen."

Dresden, 15. Oktober. (Max Hirsch in Dresden.) Die Dresdner kannten den Apostel der „Bildung" und „Harmonie" bisher nur aus Zeitungsberichten und Quatsch-Broschüren, wer wollte uns also verdenken, daß wir ungeheuer gespannt auf sein Erscheinen waren? Und so hatten wir uns bei Eröffnung des zweiten antisozialdemokratischen Congresses im hiesigen Gewerbehaussaale zahlreich eingefunden; die 52 Deputirten von 46,700 Mitgliedern hatten in der Saalmitte Platz genommen, während man uns unter Ausnahmegesetz stellte, d. h. die Seitengalerien zum „Hören" anwies. Unter Denen, so da „auch" ein warmes Herz für die „Auch-Menschen" haben, begegneten wir den auffälligsten Gestalten; so Advokaten, die gegen „christliche" 24 Prozent Baugelder vorschießen, um die Bauunternehmer alsbald bankerott gehen zu lassen, Bankiers, denen erzfaule Gründungen mit Kracherfolg dutzendweise nachzuweisen sind, u. s. w. — Als „Max" auf der Tribüne zum Vortrage über „die wahre Bekämpfung der Sozialdemokratie" erschien, fragen wir uns Alle erstaunt, ob dies Hirsch sei. Halb salbungsvoller Pastor, halb behäbiger Spießbürger, wie er uns erschien, entsprach er anfangs nicht unseren Vorstellungen von dem „Charlatan", allein wir sollten bald den Beweis erhalten, daß er wirklich „Charlatan" ist. Mäxchen begann, seine halbstündige Rede ablesend, mit den bekannten zwei Unthaten, die das Sozialistengesetz geboren haben, und meinte, er habe gleich beim Auftreten der Sozialdemokratie deren Gefährlichkeit erkannt. Er sprach von der Bereitwilligkeit seiner Anhänger, sich dem Gesetze zu fügen, „wenn nur die theuren Freiheitsrechte (jedenfalls hat er Freiheits-Reste sagen wollen) uns erhalten blieben." Hierauf folgte der jedem Schuljungen geläufige Witz, die Sozialdemokraten hätten zugenommen „wie der Coloradokäfer". Die Sozialdemokratie habe eine „frivole Erweiterung" durch Bismarck erfahren, sie sei die „häßlichste Form des Sozialismus". In diesen Sprüngen bewegte sich der Gedankengang Mäxchen's noch ein Weilchen, bis endlich das Längsterwartete kam: die Bildung! Dem Arbeiter könne nur durch „Bildung" geholfen werden. Bei dieser Stelle brach urplötzlich ein homerisches Lachen unter den Arbeitern unserer Richtung aus. Erstaunt hielt Mäxchen einen Moment im Vorlesen inne, die Herren Vorstände des Congresses blickten erstaunt um sich; ihr Auge schien zu fragen, wie man bei diesem Satze lachen könne. Allein unsere Leute wußten sehr wohl warum: ist doch dieses Wörtchen das Evangelium, an dem die Arbeiter sich sättigen, bei dem sie die soziale Frage vergessen sollen. Bessere Auswahl des „Wissens", anregender Unterricht zum Selbstdenken, nicht bloße Gedächtnißübungen, wie solche nach den Schulregulativen angeordnet sind, verlangte Hirsch. „Die Sozialdemokraten sind aus den Regulativen herausgekommen", fuhr er salbungsvoll und in consequenter Weise, die wahren Ursachen der Sozialdemokratie verleugnend, fort. Bismarck habe seinerzeit die Frage der Produktivassoziationen ventilirt, er könne daher wenigstens dafür sorgen, daß jedem Kinde ein „geistiges Kapital" mitgegeben werden könne. Er führt nunmehr die Fortbildungsschulen in's Feld, in denen Verfassungskunde gelehrt werden müsse, damit sie nicht von den Sozialdemokraten in „entstellter Form" gelehrt werde; sodann will er richtige Nationalökonomie gelehrt wissen (offenbar die Viktor Böhmert'sche, der sich Max am ehesten assimilirt). Folgt nunmehr ein Lob der Fabrikinspektoren, ein Tadel der Sonntags- und Nachtarbeit, der Frauenarbeit, bei welcher Gelegenheit er, wahrscheinlich eingedenk der praktischen Bethätigung seines Freundes Duncker in Hinsicht der Frauenfrage, die Frau als „Hüterin der Sitte und schönen Menschlichkeit" preist.

Nunmehr schüttet er das Füllhorn seiner ökonomischen Weisheit über die Versammlung aus. „Der Lohn ist der Maßstab des Lebens für die große Masse des Volks", erklärte er wörtlich; daß der Lohn aber „der Maßstab des Sterbens für die große Masse des Volks" ist, hat er vergessen hinzuzufügen. — Noch ein Hieb und ein Sprung in die Luft und — die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist hergestellt. „Man muß leben und leben lassen" — mit diesen Worten voltigirte er über die Misère des gegenwärtigen Lohnsystems hinweg. Soll ich noch hinzufügen, was ein Jeder bereits weiß, was nun folgt? Selbsthilfe, Gewerkvereine, gleichmäßiges Vorgehen der Arbeiter und Arbeitgeber. Voilà tout!

Schwaches Klatschen, starkes Zischen und Zurufe wie „Krachgesellschaften", „Roßwein, Freiberg"! folgt der Rede. Hirsch verschwindet von der Tribüne, der be—rühmte Roth aus Chemnitz betritt dieselbe. „Ich mache die anwesenden Sozialdemokraten darauf aufmerksam, daß sie nur „Gäste", nur „geduldet" sind"; doch man ruft ihm mit Recht zu: „Oeffentlich, öffentlich!" Mäxchen schwingt sich wieder auf die Tribüne: „Sie, meine Herren Sozialdemokraten, können noch etwas lernen —" — „Oho, oho!" tönt es zurück; was kann von Max Hirsch auch Lehrreiches kommen? Bald darauf verließen die Hunderte der Sozialdemokraten den Saal, die „Zehner" der Hirsch-Duncker'schen Richtung blieben zurück.

So begann dieser zweite Congreß mit dessen Bankerott, und als am Montage Max Hirsch den Anti-Congreß schloß, war er bereits in Verwesung übergegangen, was sich in Folgendem dokumentirte: a) Ein Theil der Ehrenhalber Eingeladenen war nicht erschienen. b) Ein großer Theil der Deputirten war nicht erschienen, beziehentlich wieder fortgelaufen. c) Die fortschrittlichen „Arbeiterfreunde" befanden sich im Widerspruch mit den liberalen „Arbeiterfreunden". d) Der gewählte August Walter (Dresden), zweiter Vorsitzender, lehnte die Wahl ab und soll am Montag in seinem „Gewerkverein" sich gegen die meisten Punkte des Hirsch-Duncker'schen Programms erklärt haben. e) Ein Deputirter erklärte, daß dieser (zweite) Congreß verfehlt sei, wie der erste. f) Die Referenten über einige Congreßpunkte hielten es nicht für nöthig, anwesend zu sein, als man sie brauchte, u. s. w. u. s. w.

Max Hirsch aber hat die Mäßigung, die ihm seitens der hiesigen Sozialdemokraten entgegengebracht wurde, nicht verdient. Die unfläthigen Angriffe auf eine Partei, die zehnmal mehr in ihren Eingeweiden verdaut hat, als Herr Max Hirsch in seinen Gehirnzellen entwickelt, hätten eine ganz andere Würdigung verdient. „Frech" nannte er uns mit hochrothem Gesichte, „anmaßend und im höchsten Grade unverschämt", und seine Epigonen Schloßmacher ꝛc. standen hinter ihm nicht zurück. Und wie soll man seine Bemerkung nennen, daß wir, die Sozialdemokratie, die „Reaktion erst heraufbeschworen hätten"? Ich glaube, es giebt nur einen Ausdruck dafür: Hirsch hat das wider besseres Wissen gelogen! Andernfalls könnte er sich sein Lehrgeld über die bezahlten Stunden der Logik wiedergeben lassen; und seine Erklärung: „Die Sozialdemokratie ist die häßlichste Form des Sozialismus" ist mit ungleich größerem Rechte dahin zu bestimmen, daß die Hirsch-Duncker'sche Richtung die heuchlerischste Form ist, in der dem armen Arbeiter unter der Maske, ihm zu helfen, sein Verdienst aus der Tasche eskamotirt wird. — Wahrlich, wenn man meint, die Sozialdemokratie durch Ausnahmegesetze in ihre Atome aufzulösen, mithin wenigstens damit anerkannt wird, daß sie Etwas ist, so muß andererseits nicht minder zugestanden werden, daß bei den Hirsch-Duncker'schen Bestrebungen ein Aehnliches nie nöthig wird, weil sie Nichts sind und an ihrer eigenen Erbärmlichkeit zu Grunde gehen müssen.

g. **Frankfurt**, 13. Oktober. Unser „Beobachter" kannegießert fort. Es heißt da jetzt wieder im „Sprechsaal":

„Geehrte Redaktion! Gegen die Bemerkung, welche Sie an den Schluß meiner Einsendung anknüpfen, hätte ich eine Einwendung zu machen. Ich unterlasse dieselbe, weil ich Ihnen nicht zumuthen kann und will, in Ihr Blatt Einsendungen aufzunehmen, welche die ausgesprochene Ansicht der Redaktion bekämpfen. Ich schreibe Ihnen lediglich, um Sie um eine Auskunft zu bitten. Sie sagen, es kämen im Testamente von Lassalle Legate an Kapitalien ꝛc. vor, die L. gar nicht besessen habe. Ich habe dies bis jetzt noch niemals weder gehört noch gelesen. Doch bin ich überzeugt, daß Sie Ihre Behauptung nicht ausgesprochen haben würden, wenn Sie dieselbe nicht aus guter Quelle geschöpft haben würden. Da ich mich für den Gegenstand sehr interessire, geht meine Bitte dahin, mir anzugeben, wo man sich über den fraglichen Punkt unterrichten kann. In der Hoffnung, daß Sie die Belästigung nicht verübeln, empfehle ich mich.

Hochachtungsvoll m."

Und auf diese vernünftigen Fragen ertheilt die Redaktion des „Beobachter" folgende Antwort:

„Die bezüglichen Stellen des Lassalle'schen Testaments sind vor einiger Zeit durch die Blätter, insbesondere durch Berliner Blätter, veröffentlicht worden; es kommt darin u. A. auch ein Legat von 800 Thalern Jahresrente an Lothar Bucher vor, ingleichen andere ähnliche Legate; es ist aber notorisch, daß Lassalle kein Kapitalvermögen, am Allerwenigsten in der dem Testament entsprechenden Höhe, hinterließ. Red. d. Beob."

Wenn mit dieser Antwort der Einsender zufrieden ist, so ist er — ein Narr. Er verlangt Beweise und erhält die Antwort: „Es ist notorisch". Wenn man auch des Näheren auseinandersetzte, in welchen Vermögensverhältnissen Lassalle sich befand und daß er wohl ein Vermögen in der dem Testament entsprechenden Höhe besaß, der „Beobachter" würde dies doch seinen Lesern nicht bringen. Er brachte seiner Zeit auch die Nachricht, Lassalle habe vom arbeitenden Volke gesprochen: „Man muß dem Mob etwas bieten." Nachdem die Unwahrheit dieser Behauptung nun längst nachgewiesen ist, rektifizirt sich der „Beobachter" natürlich nicht.

Reichenbach i. V., 12. Oktober. Am 7. Oktober starb hier plötzlich der auch ferneren Parteigenossen bekannte Freund und Förderer unserer Sache, August Seidel, im 55. Lebensjahre. Der Verstorbene war es, welcher nebst M. Löscher im Jahre 1865 die Arbeiterbewegung in hiesiger Stadt in's Leben rief und durch alle Stadien hindurch bis zu seinem Tode leitete. Der Arbeiterbildungsverein, Consumverein und Volksverein, die sozialistische Partei ꝛc. zählten ihn zu den tüchtigsten Vorstandsmitgliedern. Der Verlust trifft den hiesigen Platz um so schwerer, als sich seit einigen Jahren die rednerischen Kräfte durch Tod, Abreise u. s. w. verringert haben. Der Verstorbene war ein Ehrenmann durch und durch und machte sich durch Treue und Standhaftigkeit um unsere Sache verdient. Die arbeitende Bevölkerung zollte ihm Dank und Anerkennung durch zahlreiche Betheiligung am Begräbniß.

Ehre seinem Andenken!

Die Parteigenossen in Reichenbach.

London, 12. Oktober. In der letzten Generalversammlung des Communistischen Arbeiter-Bildungsvereins wurde auch der Bericht des verflossenen Jahres abgelegt und will ich es als von Interesse hervorheben, daß die Einnahmen desselben die Summe von 5000 Mark überstiegen, wovon 2000 Mark für Unterstützungen verausgabt wurden. Auch hat der Verein seit dem letzten Vierteljahre seine Mitgliederzahl mehr als verdoppelt und zählt momentan 225 Mitglieder. Wir erfreuen uns eines beständigen Wachsens. — Da ich mit Geschäften überhäuft bin, so konnte ich das Amt eines correspondirenden Secretär nicht wieder übernehmen und wurde Bürger Keck zu diesem Amte erwählt, an welchen von jetzt ab alle Correspondenzen zu richten sind. Dessen Adresse ist: J. Keck, 6 Rose Street, Soho Square, London W. — Zum Kassirer wurde Bürger Kamann wieder erwählt. Derselbe ist bereit, jedwede Zusendung von Unterstützungen für die deutschen Gemaßregelten entgegenzunehmen und an die richtige Adresse zu befördern. Dessen Adresse ist: J. Kamann, 54 Windmill Street, Haymarket.

Mit bestem Gruß

F. J. Ehrhart.

An unsere Londoner Freunde und Genossen!

Der Communistische Arbeiter-Bildungsverein hat beschlossen, zu Weihnachten eine Verloosung zu arrangiren zu Gunsten der deutschen Inhaftirten und Gemaßregelten. Daß ein derartiges Vorgehen nicht allein zeitgemäß, sondern zum dringenden Bedürfniß geworden, glaube ich, wird Niemand in Zweifel ziehen. Ich ersuche deshalb namentlich auch jene Männer, die unserer hiesigen Organisation fern stehen, die sich aber zur sozialistischen Sache bekennen, daß auch an sie jetzt die Reihe kommt, bei den Massenmaßregelungen unserer deutschen Brüder helfend uns beizustehen. Zur Erleichterung haben wir obige Verloosung veranstaltet. Es werden zu derselben Geschenke bereitwilligst entgegengenommen bis längstens den 21. Dezember in unterzeichnetem Lokale, woselbst auch die Verloosung am 25. Dezember, Abends 9 Uhr, stattfindet. Die Loose kosten pro Stück 6 Pence. — Wir hoffen, daß alle unsere Freunde bemüht sein werden, uns in die Lage zu versetzen, daß wir unseren vielgeprüften deutschen Genossen ein imposantes Weihnachtsgeschenk, den Gegnern zum Trotze übermitteln können.

Mit bestem Gruß

F. J. Ehrhart,

6, Rose Street, Soho Square, London W.

Briefkasten

der Expedition. B. J. Ptr Zschorlau: Ihre Schriftenbestellung beträgt 29,30.

„Deutscher in Genf." Nicht angekommen. Senden Sie die Postquittung: A. Baumann, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a, Berlin.

Cöln. Sonntag, den 24. November, findet in der Restauration „Zum Schiffchen" am alten Ufer eine **außerordentliche Generalversammlung** der Mitglieder der Genossenschaftstischlerei (E. Gen.) statt. (F. 65)

T.-O.: Die Liquidation. (2a)

2,10] Der Aufsichtsrath.

Roh-Tabak.

Domingo 45. 55. **Blatt** 120 Pf. [8a
Brasil 60. 70. 80. 100. do. **Blatt** 6—7 Pfd. deckend 130 Pf.
Seedleaf 45. 50. 55. do. **Blatt** 80. 100. 120—180
Java 90. 150. 160. 180. 250 Pf.
Palmyra 130. 135. 170. **Rio Grande** 60 Pfg.
Carmen 80. 100. 120. **Saratow** 40 Pf. [3,30
Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Mit 1. Oktober begann der 4. Jahrgang des in einer Auflage von 40,000 Exemplaren erscheinenden illustrirten Familienblattes

Die Neue Welt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis viertelj. M. 1,20. In Heften à 30 Pf.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben Sammelmaterial in Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Exemplare gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Die Freundschaft und Anhänglichkeit unserer so großen Leserzahl wird uns noch weitere Volkskreise erschließen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.

Expedition der „Neuen Welt",
Leipzig, Gärberstr. 12 II.

Nächstens erscheint dreimal wöchentlich in Leipzig:

„Die Reform"

Organ für allgemeine Volksinteressen.

Alles Nähere wird seiner Zeit mitgetheilt werden.

Ordentliche Generalversammlung

der

Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel

(Eingetragene Genossenschaft)

am Sonntag, d. 3. November d. J., Vormittags von 11. Uhr an im Lokale des Hrn. Karstedt, „Volkshalle"

in **Neumünster.**

Tagesordnung: 1. Vorlage der Jahresrechnung und ev. Dechargeertheilung. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl des Aufsichtsrathes. 4. Antrag Walther auf Aenderung des § 30, Abs. 2 des Statuts und zwar dahingehend, daß es heißt: „Alle diese Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen geschehen in folgenden Zeitungen: 1) „Vorwärts" in Leipzig, 2) „Hamburg-Altonaer Volksblatt" in Hamburg; sollte aber eine dieser Zeitungen eingehen, so genügt es, wenn dieselben in der nachbleibenden Zeitung veröffentlicht werden und gelten damit ꝛc." (2b)

Kiel, den 9. Oktober 1878.

Der Vorstand.

Carl Aug. Rau. Heinr. Dickmann. H. Walther.

☛ Die Genossenschaftsmitglieder, welche sich auf obiger Generalversammlung vertreten lassen, wollen nach nachstehendem Formular ihre Vollmacht ausstellen, da nur so ausgefertigte Vollmachten anerkannt werden.

Der Vorstand.

Vollmacht.

Hierdurch bevollmächtige ich Herrn . . . . . in . . . . . mich auf der am Sonntag, den 3. November d. J., in Neumünster im Lokale des Herrn Karstedt (Volkshalle) stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel, eingetragene Genossenschaft, zu vertreten.

. . . . . den . . ten . . . . . 1878.

(Unterschrift.)

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hamburg (E. G.) ist soeben erschienen:

Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstag.

Erste Berathung

des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

II. Heft.

Inhalt: Stenographischer Bericht über die Reichstagsverhandlungen am 16 u. 17. September 1878.

Preis einzeln M. 0,35. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,25. Lieferung nur gegen baar (vorherige Einsendung des Betrages, da Nachnahme zu theuer ist.)

Das I. Heft enthält den **Gesetzentwurf** nebst **Motiven und Anlagen.** Dasselbe erscheint am 17. Okt. und kostet M. 0,15. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,10.

Ueber das III. u. IV. Heft Näheres später.

Bestellungen erledigt sofort:

Expedition des „Vorwärts".

Herren- u. Frauen-Unterhosen,

mittelgroß und ganz groß, bester Qualität und dauerhaft genäht, empfehle 6 Pfünder (Gewicht per Dutzend u. leichte Sorte) per Paar 90 Pfg., 8 Pfünder (mittelschwer) à Mk. 1,10, 10 Pfünder (schwer) à Mk. 1,30, 12 Pfünder (ganz schwer) à Mk. 1,50 und 14 Pfünder (extra schwer) à Mk. 1,70. Bei Abnahme von mindestens ½ Dutzend erfolgt frankirte Zusendung. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Preisliste und Muster stehen für sämmtliche Sorten zu Diensten. (9b)

Bathasar Rösle jr., Strumpfwaarenfabrikant, 3,10] in **Giengen a. Br.** (Württemberg).

Soeben erschien im Selbstverlage des Verfassers und ist durch uns zu beziehen: (2a)

Ein Beitrag zu der Lösung der

Apothekerfrage

von Otto Appler, Apothekergehilfe.

Mit statistischen Uebersichten über

1) die Arbeitspreise von 10,000 Recepten;
2) die Menge, den Werth und den Erlös von 25 der gangbarsten in den 10,000 Recepten enthaltenen Heilmittel. [4,20

Preis pro Exemplar 50 Pfg.

Für Buchhändler angemessenen Rabatt.

Expedition des „Vorwärts".

Bei C. Grillenberger in Nürnberg erscheint in den nächsten Tagen und ist durch alle Buchhandlungen und die Expeditionen befreundeter Blätter zu beziehen:

Deutscher

Arbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1879.

9½ Bogen stark, in Taschenbuchformat, gebunden.

Inhalt: Kalendarium. Die für Gewerbetreibende und Arbeiter wichtigsten Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung (Novelle vom 18. Mai 1878, in Kraft tretend am 1. Januar 1879); Haftpflichtgesetz; Lohnbeschlagnahmegesetz; Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes u. die Form der Eheschließungen; Bestimmungen über den Postverkehr. 6 Bogen Schreibpapier für Tagesnotizen mit Geschichtskalender für jeden Tag.

Preis 50 Pfg.

Bei Partienabnahme Rabatt. 6,00

Unserm Mitkämpfer **Heinrich Sievers** zu seinem 30. Wiegenfeste ein donnerndes — **Steh fest und wanke nicht!** [0,90] —s.

Verantw. Redakteur: Franz Güßlaff in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Voß, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Lutz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 125. Montag, 21. Oktober. 1878.

An die Leser des „Vorwärts".

Die vorliegende Nummer erscheint noch unter der Gültigkeit des ordentlichen Gesetzes, des gemeinen Rechts. Die nächste hingegen, welche Freitag, den 25. Oktober, herausgegeben wird, fällt schon unter die Herrschaft des Ausnahmegesetzes.

Da nicht unsere Anschauung und unser Geschmack, zu schreiben und redigiren, allein maßgebend ist, sondern der Wunsch unserer zahlreichen und treuen Leser, daß ihnen der „Vorwärts" erhalten bleibe, so werden wir uns auf den Boden des Ausnahmegesetzes stellen und „sozialdemokratische, sozialistische oder communistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen, die in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten" (§ 6 des Ausnahmegesetzes), respektive derartig durch die Polizeibehörden gedeutet werden können, sorgsamst vermeiden. Es ist das für uns eine schwere, saure Leistung; dagegen aber verlangen wir von unseren Lesern ein freundliches Entgegenkommen und ein ferneres Wohlwollen.

Von den Behörden aber fordern wir, daß sie ohne Voreingenommenheit, dem Wortlaute und dem Geiste des Gesetzes (§ 6) gemäß jede einzelne von nun an erscheinende Nummer des „Vorwärts" prüfen und auf Grund dieser Prüfung erkennen, und nicht, wie der Minister des Innern von Preußen, Graf Eulenburg, andeutete, nach der allgemeinen Tendenz, die der „Vorwärts" besessen hat und noch besitzt.

Das Ausnahmegesetz wird so schon Verderben genug über unser Vaterland bringen, so daß die Behörden nicht [illegible] zu leihen, wäre es, uns selbst außer das Gesetz zu stellen. Das wäre für uns die schiefe Ebene, die unzweifelhaft zu einem deutschen Satory und Numea führen würde. Der offen ausgesprochene Plan unserer Gegner ist: Vernichtung der sozialistischen Arbeiterbewegung um jeden Preis. Der Plan kann vereitelt werden durch unsere Gesetzlichkeit."

— Ausnahmegesetz!? Die „Dresdener Volkszeitung" schreibt: Wie unser gefangener Redakteur Reichstagsabgeordneter Max Kayser, der sich am Mittwoch auf einen Augenblick unter Bewachung bei uns einfand, mittheilt, wird derselbe nach Ablauf seiner Haft von Dresden ausgewiesen werden.

An die Parteigenossen!

Zum letzten Male treten wir heute als Mitglieder des Central-Wahlcomités vor Euch hin.

Die Reaktion feiert Triumphe — das Ausnahmegesetz ist da, und wir sind nicht mehr im Stande, unsere Pflicht zu thun. Wir sind nicht mehr im Stande, Euch Rechenschaft zu geben über die Gelder, die Ihr uns zur Agitation gesandt habt, und über die Verwendung derselben

ferneres, Krankheiten erzeugendes Moment die Nachtarbeit. Die Nacht soll der Ruhe gewidmet sein, so schreibt es die Natur vor, und ein Ankämpfen gegen die bestehenden Gesetze der Natur muß selbstverständlich üble Folgen nach sich ziehen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß der Tod unter den Bäckern eine reichlichere Ernte hält, wie bei den meisten anderen Gewerken.

Unwillkürlich fragt man sich: was ist gegen diese, das Leben und die Gesundheit der zahlreichen Bäcker und Kellner bedrohenden Zustände zu thun? Leider ist eine gänzliche Abänderung derselben nicht möglich. Der Egoismus der Hotelbesitzer und die süße Gewohnheit vieler Menschen, die, unbekümmert um die Wohlfahrt ihrer Mitmenschen zum Morgenkaffee ihr frisches Brot haben will, stehen der gänzlichen Abschaffung dieser traurigen Einrichtungen hinderlich im Wege. Aber doch wäre es wohl möglich, ähnlich wie bei den anderen Berufszweigen, eine Verbesserung herzustellen, wozu aber ein einmüthiges Vorgehen sämmtlicher Kellner, sowie der Bäcker erforderlich wäre.

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, 18. Oktober.

(Reichstag.) Dritte Lesung des Sozialistengesetzes. Das Opfer ist vollbracht — die alten Griechen pflegten in ihren Tragödien die Morde hinter der Bühne zu verüben. Der deutsche Reichstag hat dieses Beispiel nachgeahmt und die deutsche Freiheit, das heißt was man so nannte, hinter der Bühne in den gestrigen Fraktionsconferenzen geschlachtet. Der „Compromiß" — offizieller Ausdruck für eine derartige Abschlachtung — besteht darin, daß die §§ 6 und 16, mit dem was drum und dran hängt, wesentlich in der Commissionsfassung angenommen worden, nur mit der Verschärfung, daß in § 16 die Ausweisung jedes „Agitators" auch aus dem Wohnorte dann verfügt werden kann, „wenn er denselben nicht bereits seit sechs Monaten inne hat". Hat er ihn länger inne, dann braucht nur der „Civilbelagerungszustand" verkündet zu werden und — die Sache ist gemacht.

Außerdem wird das Wörtchen „sofort" in dem Schlußparagraph, das zu einigen Illusionen Anlaß gab, ersetzt durch das, Mißverständnissen nicht ausgesetzte mit dem Tage der Verkündigung".

Die Debatte der dritten Lesung, welche heute um halb 12 Uhr begann, hat unter solchen Umständen nur eine formelle Bedeutung.

In der Generaldebatte sprachen Schorlemer-Alst (sehr scharf und elegant, wie immer), Kardorff, Liebknecht (in längerer Rede, die u. A. das Verhältniß Bismarcks zur Sozialdemokratie weiter beleuchtete), Helldorf, Schulze-Delitzsch (der sich abquälte, den „Herrn" Lassalle zu widerlegen —, der todte Schulze gegen den lebendigen Lassalle!), und schließlich Lasker, der seinen politischen Selbstmord zu constatiren für nöthig fand.

Die Generaldebatte dauerte bis 3/4 4 Uhr.

Trotz der vorgerückten Tageszeit wird in die Spezialdebatte eingetreten.

Der Pole Magdzinski und der Däne Kryger, die sich beide zur Generaldebatte gemeldet hatten, brachten, vielfach vom Präsidenten und dem Haus unterbrochen, Proteste gegen das Gesetz und dessen Ausdehnung auf die polnischen Landestheile und Nordschleswig.

Sonst kam Niemand zum Wort.

Ein Schlußantrag wurde angenommen, ehe eine Silbe über § 1 gesprochen war. Offenbar ist beschlossen, die dritte Lesung Hals über Kopf vorzunehmen und um jeden Preis morgen zu vollenden.

Natürlich ging § 1 durch.

Ein Vertagungsantrag, der um 4 1/4 Uhr eingebracht wird, scheitert an dem Widerstand der vereinigten Nationalliberalen und Conservativen, die das Büffet ja noch haben.

§ 1a kommt zur Diskussion. Die Conservativen versuchen einen Reiterangriff auf den zweiten Absatz, der die eingeschriebenen Genossenschaften einigermaßen schützt. Der betreffende Passus soll fallen. Hrn. v. Goßler's reaktionäre Tiraden wurden durch Fritzsche ad absurdum geführt. Auch Schulze-Delitzsch muß wieder seine ruinenhafte Persönlichkeit zur Schau stellen und einige hundertmal abgeleierte Phrasen zum 101. Male ableiern. Seine Beredsamkeit wirkt ansteckend auf den Nationalliberalen Rickert, der in Arbeiterfrage zu machen pflegt und es glücklich fertig bringt, das „hohe Haus" in tiefen Schlaf zu versetzen.

Eulenburg junior weckt das Haus wieder auf durch eine pathetische Diversion zu Gunsten des Goßler'schen Antrags (Preisgebung der eingetragenen Genossenschaften). Bei dieser Gelegenheit erklärte er, daß er das Gesetz nicht mit Härte, nicht mit Milde, wohl aber mit Loyalität, und, wenn nöthig, mit der durch die Umstände gebotenen Energie werde handhaben lassen. Das ist wieder einmal deutlich.

Folgt eine Rede des Herrn Delbrück für die Fassung der 2. Lesung und eine kurze Anfrage des bayrischen Abgeordneten Hauck, nebst kurzer Antwort Eulenburg's (spezifisch Bayrisches ausgehend). Schluß der Debatte 5 Uhr. Die Abstimmung über den Goßler'schen Antrag ist zweifelhaft; die Gegenprobe ergiebt aber eine entschiedene Majorität gegen den Antrag. § 1a wird hierauf in der Fassung der 2. Lesung angenommen. Die eingeschriebenen Genossenschaften sind also vorläufig gerettet.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt; §§ 1b und 1c ohne Diskussion angenommen. Ein neuer Vertagungsantrag wird, nach Probe und Gegenprobe, mit knapper Majorität zurückgewiesen.

§ 2 steht zur Diskussion. — Der Abgeordnete „Niegolewski hat das Wort!" Erwartungsvolle Stille. Jedermann weiß, daß nun „Leben in die Bude" kommt. Und die Erwartung wird nicht getäuscht. Ein donnernder Protest gegen die Diktatur, die dieses Gesetz einführt, die aber in Posen nichts Neues sei, weckt die Schläfrigsten auf. Die Aufzählung skandalösester Details wird aber vielfach durch den Präsidenten und die nationalliberalen Schreier gestört. Der Erfolg dieser Rede ist: die Geduld der Majorität ist gebrochen und die Vertagung der Debatte wird um 5 1/2 Uhr fast einstimmig angenommen.

Morgen 10 Uhr Fortsetzung der Debatte, die jedenfalls dann zu Ende gebracht wird.

— 19. Oktober.

Das Haus setzt, sofort in die Tagesordnung eintretend, die dritte Berathung des Sozialistengesetzes fort und beginnt bei § 3. Die §§ 3 und 4 werden ohne Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Zum § 5, der von der Auflösung und dem Verbot sozialdemokratischer Versammlungen handelt, bekommt Abg. Bebel das Wort. Derselbe führt aus, daß dieser Paragraph die Polizeiwillkür constituire. Diese sei jetzt schon stark genug; habe man doch Versammlungen, die durchaus nicht überfüllt gewesen, wegen angeblich zu hoher Temperatur aus sanitätspolizeilichen Rücksichten aufgelöst, eine andere, in der zufällig die Fenster offen standen, deshalb, weil sie als eine Versammlung unter freiem Himmel zu betrachten sei. In anderen Fällen habe sich die Polizei bemüht, Streit und Unruhe zu provociren. So habe in einer solchen Versammlung, die nach ihrer Auflösung ruhig auseinander ging, der mit mehreren Schutzleuten dem Menschenstrom entgegendrängende Polizeilieutenant zu seinen Begleitern gesagt: Seht, diese Hunde von Sozialdemokraten sind so feig, daß sie nicht einmal Widerstand leisten, wenn man sie anfaßt! — Demnach könne es nicht wundern, wenn die Polizei bei uns verhaßt sei, denn sie entspreche ihrem Berufe nicht; statt den Bürger zu schützen, chikanire sie ihn. § 5 wird hierauf genehmigt und § 5a ohne Debatte angenommen.

Zu § 6, der nach den Beschlüssen der zweiten Berathung ausgefallen war und die Presse betrifft, redet der Abg. Dr. Zimmermann und vergleicht die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes mit ähnlichen französischen und englischen und nennt das französische Verfahren ein präventives, das englische ein legales. Staatssekretär Dr. Friedberg weist durch Vorlesung englischer Gesetzesakte nach, daß die Behauptung des Vorredners, die englische Gesetzgebung sei bei ähnlichen Anlässen außerordentlich mild vorgegangen, eine irrthümliche sei. Abg. Reichensperger (Olpe) weist ebenfalls auf die englischen Aufruhrgesetze hin. Abg. Windthorst. Gegenüber den Compromiß-Anträgen habe sich seine Partei sagen müssen, daß es nur unnöthig die Zeit hinbringen hieße, wenn sie ihre Anträge wieder einbringen wollte; sie verzichte aus diesem Grunde darauf. § 6 wird hierauf nach der Commissionfassung angenommen. Infolge der Ablehnung des § 6 in der zweiten Lesung waren auch die mit diesem in Konnex stehenden §§ 7 bis 10 ausgefallen. Der Compromißantrag hat dieselben in einer von der ursprünglichen Regierungsverfassung nicht wesentlich abweichenden Form wieder aufgenommen.

§ 10 ertheilt der Polizeibehörde die Befugniß, schon vor Erlaß eines Verbots die Platten und Formen in Beschlag zu nehmen, und handelt von der Wiederaufhebung des Verbots.

Abg. Sonnemann weist nach, daß nie zuvor solche Maßregeln gegen die Presse ergriffen seien, wie in diesem Gesetz. Eine unabhängige Presse könne bei einem derartigen Beschlagnahmeparagraphen nicht aufkommen. Die unerhörteste Polizeiwillkür werde in Folge dieses § 10 überall Platz greifen; das Streber- und Denunziantenthum werde sich äußerst breit machen. § 10 wird angenommen, ebenso die §§ 11 — 18 ohne Diskussion nach den Beschlüssen der zweiten Lesung, (die §§ 14, 16, 16a nach den Compromißanträgen) und zwar ohne Diskussion.

§ 19 (Rekursinstanz) wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Hauck ebenfalls genehmigt, desgleichen die §§ 19a bis 22; letzterer mit dem Amendement Ackermann, welches dahin geht, den §§ 22 zu fassen: Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft und gilt bis zum 31. März 1881.

Es fehlt noch die Abstimmung über das ganze Gesetz, die nicht eher stattfinden kann, als bis die Beschüsse der dritten Lesung zusammengestellt sind. Der Präsident schließt deshalb die Sitzung um 12 1/2 Uhr und setzt die nächste Plenarsitzung auf heute Nachmittag 2 Uhr fest, mit der Tagesordnung Abstimmung über das Sozialistengesetz.

Bei der um 2 1/4 Uhr wieder eröffneten Sitzung wurde das Gesetz in der Gesammtabstimmung mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Darauf erfolgte der Schluß des Reichstags durch den Fürsten Bismarck.

— Wer soll beschimpft werden, Bismarck oder Lassalle? so fragt man unwillkürlich, wenn man nachstehende Fischweiberexpectoration der „liberalen" „Magdeburgischen Zeitung" lieset:

„Die Fortschrittspartei und die Liberalen überhaupt fanden wir niemals im Lager Lassalle's, der übrigens nicht etwa ein ganz charmanter, von den jetzigen Agitatoren durch seine noble und gar noch „durch und durch monarchische" Gesinnung sich unterscheidender Mann, sondern im Gegentheil ein moralisch völlig unsauberer, mit dem üblen Geruch der „Halbwelt" behafteter, dabei freilich höchst scharfsinniger Parteihäuptling war, welcher wilder und hetzender als irgend einer seiner Nachfolger auftrat und seine revolutionäre und durch und durch republikanische Gesinnung mit Leidenschaftlichkeit selbst vor Gericht bekannte. So beschaffen ist dieser vom Fürsten Bismurck in höchst befremdlicher Weise belobigte Mann in Wahrheit!"

Wenn die „Magdeburgische Zeitung" von „Wahrheit" redet, so denkt jeder Verständige sofort an das Gegentheil. Weiter haben wir nichts diesem Geschimpfe gegenüber zu erwidern.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Leipzig, 17. Oktober.

An die Redaktion des „Vorwärts"

hier.

In Nr. 122 des „Vorwärts" befindet sich ein Artikel, Nobiling betreffend, worin ausgeführt wird, Nobiling sei ein Nationalliberaler gewesen; dies bin auch ich in der Lage zu bestätigen, da ich in der Versammlung in Dresden anwesend war, in welcher Kayser über die Orientfrage referirte. Ich erinnere mich ganz deutlich, daß Nobiling, als er das Wort ergriff, ganz besonders betonte, er sei Nationalliberaler, aber er pflichte der Auffassung Kayser's über die Orientfrage bei. Genosse Klemich, mit dem ich die Versammlung besuchte, machte mich noch besonders auf Nobiling aufmerksam, indem er bemerkte, daß Nobiling ein Anhänger Victor Böhmert's wäre, und jedenfalls über den Verlauf der Versammlung Böhmert zu berichten habe. — Es ist nur sehr zu bedauern, daß diese Thatsachen nicht allgemein bekannt geworden sind.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Bruno Voigt."

— Der „Berliner Börsencourier", den manche unserer Leser noch für ein anständiges Organ hielten, hat die bodenlose Frechheit, den Abg. Bebel zu bezichtigen, er habe im Reichstage mit dem Meuchelmord gedroht. Diese Drohung soll sich in folgendem Passus der Bebel'schen Rede finden:

„Es ist wahrscheinlich, daß der von Nobiling angeblich gethane Ausspruch: Ich wundere mich nur, daß so Viele aus dem Leben gehen, ohne Einen mitzunehmen! Wahrheit werde, da ja so viele Familien durch das Gesetz zur Verzweiflung getrieben werden."

Wenn ein derart geschilderter Zustand, was wir nicht hoffen wollen, wirklich Wahrheit würde, so hätte doch Bebel keine Schuld daran, sondern das Ausnahmegesetz selbst. Deshalb ist es auch von dem „Börsen-Courier" so bodenlos gemein, wenn er ausruft:

„Es ist nothwendig, daß in der Presse das geschieht, was der Reichstag versäumt hat und energisch Protest eingelegt wird gegen diese sozialdemokratische Drohung mit dem Meuchelmorde."

Wir können mit einem solchen Blatte nicht polemisiren — wir warnen aber alle anständigen Leute vor demselben, — der Chefredakteur dieser Zeitung heißt Davidsohn.

Ein Denkmal für Seume.

Achtzehn Herren, darunter sieben Professoren, ein Geh. Hofrath und Herr F. Th. Vischer in Stuttgart, be—kannt durch seine Rede im Königsbau daselbst nach dem deutsch-französischen Krieg, in der er den Krieg als Bildungsinstitut verherrlichte — diese achtzehn Herren also haben im vorigen Jahre einen Aufruf zu einem Denkmal für Seume erlassen. Sie kommmen zwar etwas post festum, denn Seume ist bereits 1810 gestorben, doch ist leicht zu beweisen, daß diesem Dichter vor allem ein Denkmal gebührt.

Seume ist in jeder Zeile Kämpfer mit glühender Begeisterung für Recht und Wahrheit, er ist ein Volksmann durch und durch. Außer auf dem politischen Gebiete bewegt er sich auch auf dem Felde der Naturmalerei. Mit Erotik giebt er sich nur wenig ab, es scheint ihm nie eine edle Frauenseele in den Weg getreten zu sein. Denn was er vom weiblichen Geschlecht sagt, ist für dasselbe nichts weniger, als schmeichelhaft. Nach sogenannter klassischer Kürze ringt Seume nicht, er erschöpft in jedem Gedicht das Thema bis zur Neige, so daß fast alle Gedichte als poetische Aufsätze bezeichnet werden können. Dabei entwickelt er einen erstaunlichen, auffallend gedrungenen Gedankenreichthum und in der Form ist er Meister. In jedem Gedicht thut er seine ureigenste Ueberzeugung kund, sein eisern-ehrlicher Charakter spricht nicht, sondern schwört in jeder Zeile. An Gott glaubt Seume, er ist Christ in des Wortes edelster Bedeutung.

Ich will zur Begründung des Vorstehenden nur einige Stellen aus der zweiten Vorrede zu den Gedichten citiren: Das größte Verdienst dieser Verse ist vielleicht, daß sie im strengen Sinne unserer neuen Kritik keine Gedichte sind. . . . . Ich habe nun einmal die Krankheit, daß mich Alles, was Bedrückung, Ungerechtigkeit und Inhumanität ist, empört und werde wohl schwerlich ganz davon genesen . . . . Besondern Fleiß habe ich angewendet, den Abschnitt des Verses zu berücksichtigen, der die Rhythmik so sehr befördert . . .

Doch gehen wir nach dieser Einleitung sogleich zu einer Auswahl Seume'scher Gedichte über:

Wenn ein heutiger Dichter auf seine Ehrlichkeit pochen würde, so würde man ihn verlachen, und doch gibt es heute weniger ehrliche Dichter als zu Seume's Zeit. Wer lacht, wenn der Dichter spricht (Hempel'sche Ausgabe S. 22):

„Freund nimm mich hin, so bieder, fest und schlicht,
Wie du mich schon vor langen Jahren kanntest;
Und hintergeht dich je mein ehrliches Gesicht,
Verklage mich einst vor dem Weltgericht
Und spotte deß, den du sonst redlich nanntest."

Das Gedicht „Abschiedsschreiben an Münchhausen" ist großartig, kernig, compact.

„Sei Harmonie in Wort und That und weiche
Kein Haar breit, stark wie eine Königseiche;
Und felsenfest sei, was Du sagst.

Verachte stolz den stolzen, gold'nen Thoren,
Doch mehr noch jenen, der mit leisen Ohren
Sich bis zum Gürtel schmeichelnd beugt.

Stets handle fest, nach männlichen Gesetzen,
Die Du Dir schriebst, und eines zu verletzen
Sei Hochverrath an der Vernunft.

Mißtraue jedem Lobe, jedem Tadel
Und prüfe strenge jeder Handlung Adel,
Für die man ein Diplom begehrt."

Dann folgen in eben diesem Gedicht Auslassungen über den Charakter oder vielmehr Nichtcharakter des weiblichen Geschlechts, die mit solcher Bitterkeit durchtränkt sind, wie sie nur der niederschreiben kann, der maßlos von Weibern betrogen wurde.

„Denn Glück, unwandelbar und ungestöret,
Das selbst der Neid mit stummer Achtung ehret,
Erwirbt sich auf der Welt kein Mann."

„Erinnerung" S. 28:

„Wer mit Stumpfsinn keine Leiden fühlet,
Gleicht dem Marmorblocke kalt und schwer;
Aber wem der Kummer niederwühlet,
Hat nicht Männerwerth für Männer mehr.

Schmerz und Freude liegt in einer Schale;
Ihre Mischung ist der Menschen Loos,
Von dem Strohdach bis zum Marmorsaale,
Bis zur Bahre von der Amme Schooß.

Meines Lebens Wunsch ist stiller Friede,
Guter Bücher eine kleine Zahl,
Ein geprüfter Freund mit einem Liede
Und der Sparsamkeit gesundes Mahl."

„Verlangtes Gutachten über Menschen und ihren Umgang" S. 37 ist sicher eines der besten Gedichte Seume's, es sprudelt von epigrammatischen Wahrheiten:

„Der Held, für ein Gespenst von Ehre,
Und oft für ein Gespenst von Pflicht,
Sieht trunken vor dem trunknen Heere,
Als ob der Gang zum Paradiese wäre,
Dem Würger trotzig in's Gesicht,
Der oft zum Mahl sich Legionen bricht.
Wie sehr ihm auch der Druck des Panzers laste,
Er zehrt in ihm des Landes Fett
Und fühlt dadurch stracks sein Verdienst complett,
Und den Beweis führt seine Degenquaste."

Nur selten ist ein Mann, wie ihn der Ruf
Mit seiner eh'rnen Stimme schuf.

Die Regel durch das Leben sei
Vertraulichkeit, und selten nur Vetrauen,
Und links und rechts, von Furcht und Hoffnung frei,
Auf Seelenphänomene schauen;
Erwarten und nichts auf Erwartung bauen;
Nur alle Menschen menschlich nehmen,
Das Gute so, wie wir es sehn;

— — — — — — — — — — —

Den Geist der Vorsicht auf die Wache.

„Gebet" S. 45:

„Wenn übertünchte Bösewichter
Das Recht durch den erkauften Richter
Der Unschuld rauben und in hohem Spott,
Das Mark der Wimmernden verschwenden,

— — — — — — — — — — —

Wenn heuchlerische schwarze Seelen
In ihrem Kleid ihr Gift verhehlen
Und Völker an dem Gängelbande drehn
Und, desto blutiger zu zehren,
Mit Finsterniß die Dummheit nähren,

— — — — — — — — — — —

Die Zwietracht schwingt mit Schlangenarmen
Die Todesfackel ohn' Erbarmen
Und würgt mit Wuth in einem Augenblick,
Der göttlichen Vernunft zur Schande,
Die ganze Hoffnung ganzer Lande
Und mancher Jahre schönes Glück."

Wie zeitgemäß schlagen solche Strophen an unser Ohr ihr Herren Liberalen (nicht ihr liberalen Herren!)

„Wenn rund, wohin das Auge fliehet,
Die Menschheit unter Geißeln weint,
So knirscht vor Wuth der Menschenfreund.

Laß' mich nicht, wenn mit Hohngelächter
Des Rechtes rechtliche Verächter
Der Tugend kaum den Götterwerth verzeihn,

— — — — — — — — — — —"

„Schwermuth" S. 50:

„An den umgeworf'nen Leichensteinen
Sah man Waise voll Verzweiflung weinen,
Die Gerechtigkeit zu Waisen schuf;

— — — — — — — — — — —

Jene Gärten wo der Schwelger singet,
Hat der Armen Kummerschweiß gedünget,!

— — — — — — — — — — —

Mache Du mich fest in meinem Wandel,
Wenn ich neben einem Bubenhandel,
Und dem Elend, seinem Sohne, steh.

„Der Wilde", S. 59, ist ein ausgezeichnetes, wenn ich so sagen darf, sittliches Gedicht. Der Schluß gehört heute zu den „geflügelten Worten" und giebt auch vollständig den Gedanken des Gedichtes:

„Seht, Ihr fremden, klugen, weißen Leute,
Seht, wir Wilden sind doch bess're Menschen!
Und er schlug sich seitwärts in die Büsche."

„Elegien auf einem Feste zu Warschau", S. 62:

„Und die edeln Menschenmäller zählen
In des Mammons großem Rechnungsbuch

— Der württembergische demokratische Landtagsabgeordnete Karl Mayer wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welche natürlich in der Affaire Sonnemann-Bismarck die Partei des letzteren ergreift, in folgender Weise bedacht:

„In Württemberg operirte in dieser Weise z. B. Karl Mayer. Die regelmäßigen bedeutenden Geldsendungen, welche Letzterer damals aus Frankreich erhielt, erregten die Aufmerksamkeit der württembergischen Regierung, deren postalische Gewissenhaftigkeit ihr aber nicht gestattete, den Quellen derselben näher nachzuforschen. Heut zu Tage bedarf es der Baarsendungen nicht; man findet an anderen Orten wie Stuttgart befreundete und diskrete Banquiers, welche jede Art der Vermittlung gern übernehmen und ohnehin im Geheimniß sind."

Daraufhin giebt Karl Meyer folgende Erklärung ab:

„Gegenüber dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." in Nr. 244 vom 15. Okt., von welchem ich durch die „Frankf. Ztg." Kenntniß erhielt, erkläre ich, daß ich niemals Agent einer französischen Regierung war, weder der Napoleon's III., noch einer früheren oder späteren und daß ich nie in einem Verhältniß mich befand, welches erfindlicher Weise als Zusammenhang mit einer französischen Regierung bezeichnet werden könnte. Geldsendungen aus Frankreich habe ich meines Erinnerns niemals erhalten, weder bedeutende noch unbedeutende, weder regelmäßige noch unregelmäßige, weder von der französischen Regierung noch von sonst Jemand. Die Behauptung, daß die württembergische Regierung auf solche Sendungen an mich aufmerksam geworden sei, ist daher ebenso erlogen, wie die ganze Darstellung der „Nordd. Allg. Ztg.". Ich habe deßhalb einen Berliner Rechtsanwalt mit Erhebung der Verleumdungsklage gegen diese Zeitung beauftragt.

Stuttgart, 16. Okt. 1878.

Carl Mayer."

— In Königsberg ist gegen einige Lehrer — wie die „Lehrerzeitung" für Ost- und Westpreußen mittheilt — wegen sozialdemokratischer Umtriebe die Untersuchung eingeleitet, und haben bereits dieserhalb mehrfache Vernehmungen stattgefunden.

— Richtige Ansicht! Die „Berliner Freie Presse" schreibt:

„Mögen unsere Parteigenossen das Eine nicht vergessen: Der größte Gefallen, den wir unsern Gegnern erweisen können, ist [illegible] bemerke, herrscht vielfach die Meinung, als ob durch das Sozialistengesetz die Genossenschaften, Gewerkschaften, Hülfskassen 2c. unmittelbar gefährdet und deren Vermögen mit Beschlagnahme bedroht seien. Es ist das ein Irrthum. Jene Vereinigungen müssen allerdings strengstens darauf sehen, daß in ihnen keine „auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete sozialdemokratische, sozialistische und communistische Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten." So lange man nicht weiß, was die Behörden unter solche Bestrebungen begreifen, empfiehlt sich dabei eine ganz besondere Vorsicht. Wird diese aber geübt, so haben jene Vereinigungen von dem Gesetze Nichts zu fürchten. Im schlimmsten Falle können sie nur zur Liquidation gezwungen oder unter staatliche Controle gestellt werden. Von einer Beschlagnahme ihres Vermögens ist überall keine Rede.

Ebenso ist die Meinung, daß Privatbibliotheken durch das Gesetz gefährdet seien, durchaus unbegründet. Die auf Grund des Gesetzes verbotenen Schriften können nur da confiszirt werden, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden. In seinem Privatbesitz kann Jeder haben, was er will.

Nicht die sozialdemokratische Ueberzeugung ist unter Verfolgung gestellt, sondern nur jene angeblich vorhandene Art der Agitation, welche „in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtet ist."

Wie viel Spielraum uns dabei zur Propaganda für unsere, auf das Wohl des gesammten Volkes, auf eine Verbesserung der Gesetzgebung gerichteten Bestrebungen gelassen werden wird, muß die Erfahrung lehren. Den Spielraum aber, den das Gesetz, resp. die Anwendung desselben seitens der Behörde der sozialdemokratischen Agitation läßt, werden wir benutzen.

Gut ist's, wenn Jeder seine Zunge in Acht nimmt. In Zeiten wie jetzt wird die geringste unbedachte Aeußerung oft zu einem, die Interessen des Einzelnen sowohl wie die der Gesammtheit tief schädigenden Verbrechen. Bedenke Jeder, daß er durch seine Worte und Handlungen nicht nur sich, sondern auch dem großen Ganzen Schaden zuzufügen vermag.

Im Uebrigen vertrauen wir auf die Gerechtigkeit unserer Sache.

Braunschweig, 20. Oktober 1878.

W. Bracke."

Im Anschluß an obigen Brief unseres Genossen sei noch Folgendes bemerkt: Man sei sehr vorsichtig im Briefschreiben. Abgesehen von der „Heiligkeit des Briefgeheimnisses" ist zu bedenken, daß durch Haussuchungen jeder Brief in die Hände der Polizei kommen kann. Schon um der Polizei überflüssige Mühe zu ersparen, verbrenne man empfangene Briefe und schreibe jeden Brief so, daß er von Jedem gelesen werden kann. Daß unsere Genossen nichts Ungesetzliches zu schreiben haben, wissen wir, aber wir wissen auch, daß in der Hand, hofft sie, alles Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Arbeitern vernichten und die sozialdemokratische Volksbewegung erdrücken zu können.

Sozialdemokratische Vereine sind nicht mehr möglich — sozialdemokratische Ideen werden in die Acht erklärt. Wir haben nicht nöthig, die Tragweite dieser Thatsachen darzuthun, Jeder von Euch weiß, daß er auch ohne Verein Tausende von Genossen hat und daß die Freudenfeuer der Reaktion bald verlöschen werden.

Unabläßig und ihres erhabenen Zieles bewußt hat die Sozialdemokratie bisher für die Gleichberechtigung Aller in Staat und Gesellschaft gestrebt. Nichts hat sie irre machen können — keine Verfolgung, kein Attentat warf sie nieder. Jetzt soll sie mundtodt gemacht und geknebelt werden, um an Luftmangel und Langeweile zu sterben.

Genossen! Rückt Euch näher. Sucht Freunde, Ihr werdet sie finden. Unsere Feinde treiben sie uns zu. Keine laute Propaganda ist erforderlich, jeder Gedankenaustausch, wenn auch in der Form abweichend von der alten Weise, kürzt die Zeit und erhält geistig frisch, sofern er die Ideale des arbeitenden Volkes zum Inhalte hat.

Nicht gewillt, erst die polizeiliche Auslegung des Wortes „Umsturz" abzuwarten, da der alte Begriff Umsturz hinreichend „untergraben" ist, um jede Auslegung desselben zu ermöglichen, haben wir beschlossen, das Central-Wahlcomité selbst aufzulösen. Mit heutigem Tage erfolgt dessen Abmeldung bei der Behörde, und ist folglich der Rest einer centralistischen Parteiorganisation in Deutschland verschwunden.

Wir sind überzeugt, daß Ihr alle diesen Schritt billigen werdet. Viele unter Euch haben vorher davon gewußt und sich damit einverstanden erklärt. Eine centralistische Organisation giebt es nun nicht mehr, auch mit der planmäßigen Agitation ist es vorbei. Trotzdem wird es an Verfolgungen nicht fehlen — den Opfern derselben widmet Eure Kraft, ihrer gedenkt durch direkte Unterstützungen und Geschenke.

Für Geldsendungen hat das unterzeichnete Comité keine Verwendung mehr. Man wolle daher nichts mehr an Geib adressiren.

Wenn irgendwo noch eine Parteimitgliedschaft bestehen sollte, so ist dieselbe sofort aufzulösen. Einig in der Taktik auch zur Zeit der Bedrängniß, das ist Gewähr für eine bessere Zukunft!

Mit Gruß!

Hamburg, 19. Oktober 1878.

G. W. Hartmann. H. Brasch. C. Derossi. A. Geib.

Leider ist hierzu für jetzt wenig Aussicht, indem an den maßgebenden Stellen zu einer ernsten Würdigung pädagogischer Fragen meist der tiefe Blick, zu pädagogischen Reformen meist der hohe Sinn und die edle Begeisterung fehlt. In der Regel sitzt auch da die liebe Selbstsucht auf dem Throne, angethan mit dem schützenden Mantel des Büreaukratenthums, unzugänglich jedem idealen Streben, arm an belebenden Gedanken, reich an hemmenden Apparaten und Kunstgriffen. Und was die „großen Staatsmänner unserer Zeit betrifft, so scheint die Mehrzahl derselben das Heil der Völker durch ganz andere Mittel begründen zu wollen, als wir. In vergangenen Zeiten gab es große Staatsmänner, welche als das Fundament aller wahren Politik die öffentliche Erziehung betrachteten und ohne diese kein Glück der Völker für möglich hielten. Die überklugen Herren unserer Tage gehen über solche veraltete Thorheit mit vornehmer Geringschätzung hinweg, um dafür die Welt mit glänzenden Aktionen zu beglücken, die momentan den Beifall der Erfolgsanbeter finden, auch wenn sie nichts sind, als Aberwitz und Frevelthat. Darum gehen denn auch die Dinge so trefflich für die Faiseurs, so erbärmlich für das Publikum. Etwas Wahres liegt ja doch in dem alten Sprichwort: Der Mensch ist seines Glückes Schmied, im Einzelleben wie in der staatlichen Gesammtheit.

So gilt denn leider noch von unserm Zeitalter, ja in erhöhtem Maße, was Kant von dem seinigen sagte:

„Wir leben im Zeitpunkte der Disziplinirung, Cultur und Civilisirung, aber noch lange nicht im Zeitpunkt der Moralisirung. Bei dem jetzigen Zustande der Menschen kann man sagen, daß das Glück der Staaten zugleich mit dem Elende der Menschen wachse. Und es ist noch die Frage, ob wir im rohen Zustande, da alle diese Cultur bei uns nicht stattfände,' nicht glücklicher als in unserem jetzigen Zustande sein würden. Denn wie kann man Menschen glücklich machen, wenn man sie nicht sittlich und weise macht?"

Ja glücklich wollen die Menschen sein und glücklich will die Staatskunst sie machen. Dies ist aber unmöglich, wenn man sie nicht weise und sittlich macht, was wiederum nicht möglich ist ohne Erziehung. Daher ist letztere die wichtigste Angelegenheit aller wahren Staatskunst, und daher sagt schon Aristoteles in seiner Politik:

„Das wichtigste aller conservativen Verfassungselemente ist die Erziehung der Jugend. Die heilsamsten Gesetze, hervorgegangen aus der einmüthigsten Billigung aller Staatsangehörigen, nützen gar nichts, wenn die Bürger nicht im Geiste der Verfassung an dieselben gewöhnt und gebildet werden. Ohne Erziehung fällt der Einzelne, aber ebensowohl auch der Staat, der Zügellosigkeit anheim .... Daß die Jugenderziehung eine Hauptangelegenheit für den Gesetzgeber sein müsse, darüber ist gar kein Zweifel, und die Verfassungen empfinden die Vernachlässigung derselben zu ihrem Schaden. Jede Verfassung muß auf das sittliche Leben ihrer

*) Vorwort zum „Pädagogium" von Dr. Friedrich Dittes.

Stuttgart, 15. Oktober. Hier herrschen schon vor dem Ausnahmegesetze längst Ausnahmezustände gegen die Sozialdemokratie. Der „Hamburgische Correspondent" bringt folgende Correspondenz: „In den letzten drei Wochen hatte unsere sozialdemokratische „Süddeutsche Volksztg." einen viermaligen Redaktionswechsel, indem fünf Nummern derselben confiszirt und drei Redakteure wegen der darin enthaltenen Artikel verhaftet wurden. Das Blatt ist jetzt zahmer geworden und druckt meist nur Auszüge aus wirthschaftlichen Werken nach, die in ihrem kritischen Inhalt dem Sozialismus sich nähern. Dr. Dulk, einer der Hauptführer der hiesigen Sozialdemokraten, wurde ebenfalls wegen eines Wahlaufrufes, in welchem er die Auflösung des Reichstages durch die Forderung von 300 Millionen Mark neuer Steuern zu begründen suchte, zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt, weil diese Verbreitung einer falschen Nachricht die öffentliche Ordnung störte. Der ehemalige sozialdemokratische Redakteur Leininger, der zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, weil er in einem Artikel Religionseinrichtungen schmähte, hat sich bekehrt und bittet, wieder in seiner Heimath, Baden, wie früher als Lehrer wirken zu dürfen, um an den Kindern gut zu machen, was er bisher an der Jugend durch falsche Lehre verbrochen. Die badische Oberschulbehörde soll geneigt sein, Leininger probeweise wieder anzustellen. — Die Gewerkschaft der Buchbinder und Schriftsetzer hat beschlossen, die Gelder der Krankenkasse in der Schweiz zu sichern, vorher aber beim Minister des Innern anzufragen, ob diese Kasse durch das Sozialistengesetz bedroht sei; fällt die Antwort verneinend aus, so will man die Kasse hier belassen." — Wir fügen nur hinzu, daß in Preußen wegen des 300 Millionen Flugblattes bei allen Anklagen Freisprechungen erfolgt sind.

Berlin, 17. Oktober. „Die Theilnehmer an einer am 3. Juli c. unternommenen Landpartie geriethen bei ihrer Rückkehr in der Scharnhorststraße mit dem Nachtwächter Mielon in Differenzen. Derselbe sprang auf den Wagen unter der Behauptung, daß auf dem Kremser gesungen worden sei, was dessen Insassen bestritten. Er rief ihnen darauf zu: „Haltet die Mäuler". Durch diese einer Gesellschaft der angesehensten Mitbürger ins Gesicht geschleuderte Aeußerung fühlten sich letztere beleidigt und sie machten dem Wächter Vorhaltungen, welcher seinerseits verlangte, daß ihm Alle zur Wache folgen sollten. Dessen sträubten sie sich, weshalb der Wächter die Nothpfeife zog, auf deren Ertönen der Nachtwächter Thiel herzukam. Inzwischen war der auf [illegible]

Berlin, 18. Oktober. Die „Berliner Freie Presse" schreibt: „Verschollen soll ein Redakteur unseres Blattes sein, wenigstens geht folgende Notiz über eine am Dienstag stattgehabte Gerichtsverhandlung durch die Presse: „Gegen den frühern Redakteur der „Berliner Freien Presse", Dolinski, der kürzlich wegen acht Verstöße gegen das Strafgesetz zu 5 Monaten und 14 Tagen Gefängniß verurtheilt war, stand gestern vor dem Kammergericht Termin an. Der Angeklagte, der nicht aufzufinden, war durch Aushang geladen. Das Interessanteste aber ist, daß angenommen wird, Dolinski sei schon gestorben. Da indessen Bestimmtes darüber nicht zu erfahren, so mußte natürlich ohne ihn verhandelt werden, doch bot die Verhandlung selbst nicht das geringste Interesse. Das Urtheil wurde bestätigt." Dazu haben wir zu bemerken, daß erstens Dolinski heute noch in derselben Wohnung wohnt, wo er wohnte, so lange er verantwortlicher Redakteur unseres Blattes war, daß er zweitens thatsächlich noch bei uns beschäftigt ist, drittens daß für ihn 1500 Mark Caution gestellt sind und sich dieselben heute noch im gerichtlichen Depositum befinden, viertens daß Dolinski, trotzdem dem Gericht seine Adresse genau bekannt sein mußte, da alle bisherigen Zustellungen unter derselben an ihn gelangt sind, von einem Termin, welcher am letzten Dienstag angestanden haben soll, keine Mittheilung geworden ist. An wem es liegt, daß Dolinski nicht von dem Termin unterrichtet wurde und wer die Ente von dessen Tod ausgebrütet hat, können wir natürlich nicht wissen, wohl aber scheint uns nicht überall der nöthige Ernst bei Feststellung der Thatsachen vorgewaltet zu haben, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß Dolinski keine Mittheilung über den Termin erhielt, trotz seiner alten Wohnung und deren Anmeldung bei der Polizei. Die Angelegenheit dürfte wohl einer näheren Untersuchung werth sein. — Uebrigens sollte D. — wie vor einiger Zeit ebenfalls von hiesigen Zeitungen gemeldet wurde — bereits nach Amerika ausgerückt sein. — Wir können zu all diesem schließlich nur noch bemerken, daß D. demnächst Winterquartier in Plötzensee [illegible]

Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

(Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.)

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§ 2. Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des § 1, Abs. 2, der § 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privat-rechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften (B.-G.-Bl. S. 415 ff.), Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gleichen Falle der § 29 des Gesetzes über die eingeschrie-

---

auf jede Weise abzustellen. Ich reformire die Stadtschulen, die Universitäten, ja selbst die Dorfschulen. Die Früchte davon wird man erst in dreißig Jahren wahrnehmen. Ich werde sie nicht genießen. Aber ich tröste mich damit, daß ich meinem Vaterlande diesen Vortheil verschaffen helfe."

Da haben wir denn auch gleich den Grund, weshalb die staatlichen Schulreformen bisher nach kurzen Anläufen immer wieder aufgegeben worden oder doch bald der Lauheit verfallen sind. Die Früchte reifen erst in dreißig Jahren. Die Staatsmänner aber sind gewöhnlich Tagesmenschen, die nicht für die Zukunft, sondern für den Augenblick arbeiten, nicht die Saaten dauernden Volksglückes streuen mögen, sondern nach momentanen Erfolgen haschen, weil sie nicht von hochherziger Menschenliebe, sondern von niedrigen Leidenschaften und von kleinlichem Ehrgeiz getrieben werden.

Ein hoher Sinn allerdings ist erforderlich, um inmitten aller Erbärmlichkeiten des menschlichen Daseins die pädagogische Idee mit unerschütterlicher Treue festzuhalten, zumal, wie Kant bemerkt:

„die Erziehung das größeste Problem ist und das schwerste, was dem Menschen kann aufgegeben werden."

Gilt dies schon von der Privaterziehung, wie viel mehr von der Staatserziehung! Daher bedarf derjenige, welcher sein Leben der pädagogischen Idee widmen will, vor Allem eines felsenfesten Glaubens, es ist, wie Pestalozzi sagt:

„der Glaube an die Möglichkeit der Veredelung des Menschengeschlechtes",

der Glaube, zu dem sich der in allem Mißgeschicke zuversichtliche Mann in folgenden Worten bekennt:

„Der Mensch ist gut und will das Gute; er will nur dabei auch wohl sein, wenn er es thut. Und wenn er böse ist, so hat man ihm sicher den Weg verrammelt, auf dem er gut sein wollte. O, es ist ein schreckliches Ding um dieses Wegverrammeln! — Und es ist so allgemein, und der Mensch ist deshalb auch so selten gut. Aber dennoch glaube ich ewig und allgemein an das Menschenherz."

Der gleichen Ueberzeugung leiht Kant mit folgenden Worten Ausdruck:

„Jede Generation, versehen mit den Kenntnissen der vorhergehenden, kann immermehr eine Erziehung zu Stande bringen, die alle Naturanlagen des Menschen proportionirlich und zweckmäßig entwickelt und so die ganze Menschengattung zu ihrer Bestimmung führt. Die Vorsehung hat gewollt, daß der Mensch das Gute aus sich selbst hervorbringen soll und spricht, so zu sagen, zum Menschen: Gehe in die Welt, ich habe dich ausgerüstet mit allen Anlagen zum Guten. Dir kommt es zu, sie zu entwickeln, und so hängt dein eigenes Glück und Unglück von dir selbst ab. Die Keime, die im Menschen liegen, müssen nur immermehr entwickelt werden, denn die Gründe zum Bösen findet man nicht in den Naturanlagen des Menschen. Das nur ist die Ursache des Bösen, daß die Natur nicht unter Regeln gebracht wird."

Die Bestimmung der Menschengattung kann aber „das Beste und die Vollkommenheit, dazu die Menschheit bestimmt ist, und wozu sie auch die Anlage hat."

Von selbst ergab sich hieraus für Kant der Grundsatz:

„Die Anlage zu einem Erziehungsplane muß kosmopolitisch gemacht werden."

Wie auf diesem Standpunkte für das Leben selbst die subjektive Willkür dem allgemeinen Gesetze weichen muß, so auch kann für die Vorbereitung auf das Leben, d. i. für die Erziehung, nicht das individuelle Belieben, sondern nur eine generelle Norm maßgebend sein, und diese lautet bei Kant:

„Es liegen viele Keime in der Menschheit, und nun ist es unsere Sache, die Naturanlagen proportionirlich zu entwickeln und die Menschheit aus ihren Keimen zu entfalten und zu machen, daß der Mensch seine Bestimmung erreiche."

In völliger Uebereinstimmung mit Kant bezeichnet Pestalozzi als die Grundtendenz seiner pädagogischen Entwürfe:

„die Ausbildung der Menschheit durch das Wesen ihrer Natur selber zu bestimmen."

Und den Endzweck aller Menschenbildung spricht er in folgenden Worten aus:

„Möchten die Menschen doch einmal fest in's Auge fassen, daß das Ziel alles Unterrichtes ewig nichts Anderes ist und nichts Anderes sein kann, als die durch die harmonische Ausbildung der Kräfte und Anlagen der Menschennatur entwickelte und in's Leben geförderte Menschlichkeit selber. Möchten sie doch bei jedem Schritte ihrer Bildungs- und Unterrichtsmittel sich immer fragen: führt er denn wirklich zu diesem Ziele?"

(Schluß folgt.)

Unterzeichneten nicht mehr zugehen lassen, da das Centralwahlcomité und damit die Parteiorganisation am heutigen Tage in Folge einmüthigen Beschlusses des Central-Wahlcomités aufgelöst worden ist.

a) Unterstützungsfonds.

Zahlungen seit der Quittung in Nr. 62 des „Vorwärts", vom 26. Mai bis 21. Juni 1878. (Quittung verspätet, da Kassenbuch nebst Belegen confiszirt ist.)

Schw.-Gmünd d. Kachel Mark 15,00. Ottensen d. Jacobs 1,74. Teuchern d. Seide 5,00. Annaberg-Buchholz Liste 5205 d. Schröder 8,50; do. L. 5207 10,85. Schmölln d. Martin 4,24. Werdau v. Ausch.-Mitgl. d. A.-B.-V. 2,00. Braunschweig L. 5012 1. Rate d. Bosse 13,00; do. L. 5013 3,30; do. L. 5016 15,55; do. Buchdrucker von Bracke 6,00; ds. Volksversammlung vom 22./5. 17,80; do. H. W. Wolfenbüttel 4,00. Calbe a. S. L. 5288 2,45. Oberlungwitz durch Vogel 1,85. Sossenheim d. Klein L. 5361 5,40; do. d. Klein L. 5362 1,45. Wolfenbüttel L. 5373 d. Dietrich 3,50; do. L. 5375 d. Dietrich 4,10. Iserlohn d. Copalle 14,50. Berlin v. T. 153,37. Erlangen L. 5430—32 d. Mattai 13,00. Thalheim durch J. G. Aurig jr. 4,00. Annweiler L. 5604 d. Seebach 1,20. Bremerhafen d. Baumann 7,70. Penig L. 5631 d. Göhler 12,35. Worms L. 5500 d. Günther 3,00. Limmer L. 5328 d. Sievers 9,00. Mainz d. Lippold 5,00. Neviges L. 5340 d. Schmidt 12,00. Dresden d. Müller 80,20. Oldesloe d. Stopels 7,80. Salzungen L. 5637 2,65. Mainz durch Lippold 2,30. Werdau von Stephan d. Blos 7,00. Lechhausen L. 5198 d. Lichtensteiger 4,20. Köthensdorf d. Möbert 2,00. Solingen d. Rautenbach vom Arbeiterfest 30,00. Schedewitz L. 5638 d. Netzold 6,50. St. Johann L. 5218 u. 19 d. Jacob 7,30. Achim L. 5268 bis 70 d. Engelmann 12,80. Magdeburg durch Kröper 20,00. Luckenwalde durch Haase 10,00. Kleinkrotzenburg L. 56120 d. Köhler 2,33. Fermeßleben d. Frensch 7,45. Remscheid d. Baum 8,00. Halle a. S. L. 5241 durch Reinthal 7,80. Dresden d. Müller 5,65. Nowaweß d. Wille 12,00. Brandenburg d. Weinmann 20,00. Berlin von Rathenow 3,00. Mannheim vom Volksfest durch Koch 100,00. Erfurt d. Dunker 4,00. Königsberg d. Goldberg 50.00. Berlin d. Glatzel 10,00. Wiesbaden Diverse 8,00. Frankfurt a. M. d. F. 11,00. Neukirchen b. Ch. d. Behrisch 5,55. Heide d. Bartosch 11,00. Mannheim durch Koch 21,40. Mittweida L. 5627 d. Barthold 7,85. Langen d. Werner 6,00. Neustadt d. H. Börner 4,00. Crefeld d. Neumann 11,60. Forst L. 57103 u. 57105 9,95. Magdeburg d. Lankan 30,50. Berlin d. Marisch 5,00. Leipzig d. Nebel 40,56. Zeitz d. Zehrfuß 19,63. Ronneburg d. Spengler 5,00. Meersburg d. Zumsteg 4,55. Halle d. Rödiger 24,41. Stuttgart L. 5182 durch Schmelz 6,70. Halle Liedertafel Lassallia 5,60. Gera d. Böttger L. 5612 18,90. Gaarden d. Ritter 30,00. Wiesbaden L. 5378 d. S. 7,30. Erfurt d. W. S. 3,00. Braunschweig L. 5015 d. Bosse 10,50; do. Metallarbeiter 10,00; do. Tischlerwerkstätte 2,00. Wiesbaden L. 5377 d. W. 11,28. Uetersen L. 5576 5,50. Linden d. Loges 18,50. Berlin d. Rackow 81,90; do. für juristischen Rath 44,54. Münster d. Reese 8,00. Pösneck d. Harraß 5,00. Hilbersdorf d. Ebert 11,55. Oederan auf drei Listen d. Betterling 8,92. Niederrad d. Söhngen 5,40. Langendiebach d. Kreß 6,00. Kaiserslautern d. Blüm 11,31. Gaisburg d. Wagner 2,15. Calbe a. S. L. 5287 d. Behrend 5,00. Nürnberg d. Hofmann 71,15. München d. Frund 4,00. Hof d. Köhler 17,00. Ulm L. 5600 d. Braun 4,00. München Dr. L. 30,00. Löwenstein vom Club 9,27.

Zahlungen vom 26. September bis 18. Oktober 1878:

Carlsruhe d. Hasenauer 2,00, do. d. Koch 10,00. Berne v. Cig.-Arb. 4,70. Leipzig durch Nebel („Fackel") 13,85. Wandsbeck Diverse 7,80. Regensburg d. Dantzer 1,45. Lübeck v. d. Lassallefeier 20,13, do. d. Steffen 1,35. Berden v. Tabakarb. (schon quittirt) 75,80. Hebbernheim N. N. 10,60. Zellerfeld v. Niehoff 6,00. Lunzenau d. Streune 1,16. Bremerhaven d. J. Weiher 6,00. Lübeck v. Verbrüderungsfest 14,75. Nobitz v. „Vorwärts" 2,00. W. L. in L. 3 Antheilscheine nebst Zinsen 117,00. St. Louis in Missouri 109,44.

b) Wahlfonds.

Zahlung vom 26. Mai bis 21. Juni 1878. (Quittung verspätet, da das Kassenbuch nebst Belegen confiscirt ist.)

Annaberg Liste 4202 d. Schröder 1,00. Baden i. B. L. 2751 d. Lange 7,70. Calbe a. S. 3230 3,45. Elbing d. Ellinger 6,00. Griesheim L. 2909 3,64. Stollberg d. Frenzel 0,50. Betzingen d. Knuth 4,50. Zwenkau L. 3146 d. Rudolph 1,00. Thalheim d. Aurig jr. 6,00. Leopoldshall d. Hartmann 3,00. Penig L. 3059 d. Köhler 6,05; do. L. 3060 6,05; do. L. 3061 5,65. Kaufbeuern L. 2824 u. 2875 d. Neuhausen 4,00. Landshut L. 2959 u. 2960 d. Hirschauer 13,20. Plagwitz L. 2031 d. Schröder 14,00. Solingen d. A. Kapell 10,00. Neumünster d. Walther 3,00. Güstrow d. A. Kapell 10,00. Frankfurt a. M. d. B. 28,00. Pforzheim Liste 3054 und 3055 d. Fäcker 6,70. Forst d. B. 11,55. Gera d. Sablowsky „Der Freiheit eine Gasse!" 6,00. Neumünster d. Reese 1,00. München v. Frund 4,00. Speyer d. Michalk 5,90. Herzberg d. Stöhr 1,50. Erfurt Ungenannt 6,50. Coburg L. 2807 7,20.

Zahlungen vom 26. September bis 18. Oktober 1878:

Goldlauter N. N. 0,50. Köln L. 797 2. Rate d. C. B. 1,50; do. L. 799 d. G. H. 5,50; do. L. 800 d. D. in Nippes 0,70. Embeck L. 308 d. K. 5,75. Hastedt d. Baumgart 11,25.

Alle während der beiden vorerwähnten Termine aus Hamburg und dessen Vororten eingegangenen Gelder für Unterstützungs- und Wahlfonds sind s. Z. im „Hamburg-Altonaer Volksblatt" einzeln quittirt worden.

Monatliche Partei-Beiträge vom 1. Februar bis 18. Oktober 1878:

Arnstadt November-Februar 8,25, Febr.-Mai 8,85. Altendorf b. Ch. März-April 3,30. Apolda April 7,50. Bremerhafen Jan.-Febr. 6,00, März-April 7,65. Bergedorf Jan.-Febr. 3,75, März-Mai 4,20, Juni-Juli 2,70. Baden i. B. Febr. 3,30, März 7,50, April 3,90, Mai 6,60, Juni 3,45, Juli 3,15, Aug. 2,40, Sept. 3,30. Barmbeck Febr. 26,10, März 33,00, April 6,90, Mai 32,70, Juni 25,35, Juli 39,00, Aug. 6,15, Sept. 9,30. Brake Febr. 2,10, März 1,65—0,60. Bremen März-April 30,00, Mai-Juli 30,00. Bruchsal Febr.-Mai 7,50. Bessungen April-Mai 7,50, Juni 3,75. Burgstädt August 1,40. Buntenthorsteinweg Juni-Aug. 6,00, Sept. 6,00. Crimmitzschau Jan.-Febr. 15,00. Constanz Septbr.-Dezember 8,40, April-Mai 4,50. Carlsruhe Jan.-März 10,80, April-Juni 6,15, Juli 3,30. Coburg März-April 15,00, Mai-Juni 12,60. Cannstadt 6,00. Darmstadt Jan.-Febr. 15,00, März-April 12,00, Mai-Juni 8,50. Dresden Februar 17,40, März 12,75, April 29,70, Mai 24,45, Juni 20,10, Juli-Aug. 33,30. Döhlen Febr. 7,80, März 9,30, April 7,80, Mai 7,80. Delmenhorst Januar-März 8,25. Eßlingen Juni-Sept. 16,00, Jan.-März 12,00, April-Juni 16,00. Eppendorf-Winterhude Jan.-Febr. 13,35, März-April 15,00, Mai-Juni 10,05, Juli-Sept. 11,70. Eimsbüttel Febr. 8,70, März 4,50, April 6,60, Mai 9,45, Juni 6,90, Juli 23,10, Aug. 2,70, Septbr. 2,25. Frohburg April-Juni 5,00. Friedberg Jan. 3,00, Febr.-März 3,90, Mai 2,25. Fuhlsbüttel Febr. 3,00. Furth b. Ch. März 2,25, April-Aug. 3,75. Geesthacht: Jan. 5,55, Febr.-März 5,35, April-Juni 4,65. Glauchau: Dez.-Jan. 18,60, April 17,70, Mai 13,35, Juni-Juli 18,00, Aug. 6,00. Gaisburg: Novbr.-Dezbr. 4,05, Jan.-März 4,35. Großenhain: Jan.-März 12,30, April-Juni 13,25, Juli-Sept. 14,10. Gera: Jan.-März 15,00, April 7,50, Mai-Juli 15,00. Greiz: Jan.-März 15,00, April-Aug. 15,00. Groitzsch: Febr.-März 7,50, April-Mai 5,10, Juni-Juli 5,70. Gotha: März 15,00, April-Mai 15,00, Juni-Juli 15,00. Gartenfeld (Mainz) März 12,75, April-Juni 8,55, Juli-Aug. 14,70. Göppingen: Jan.-April 15,60. Gießen: April Mai 9,75. Geringswalde: März 1,80. Hausach: Sept. 0,60. Hechtsheim: Jan. 3,50, Okt. Nachtrag 0,65, Febr. 2,10, März-April 2,55. Heidelberg Aug.-Febr. 9,60, März-April 2,10, Mai-Sept. 6,40. Hastedt Jan. 3,00, Febr.-März 5,85, April 4,50, Mai-Juli 13,50, Aug.-Sept. 9,00. Hohenfelde-Borgfelde Febr. 16,35, März 16,65, April 12,00, Mai-Juni 23,10, Juli 22,20. Hamburg Febr. 149,40, März 98,10, April 75,15, Mai 116,10, Juni 106,50, Juli 280,05, Aug. 60,75, Sept. 51,45, Oktbr. 16,20. Heidenheim Dez.-Febr. 10,50. Hamm-Horn Febr. 11,85, März 6,30, April 3,90, Mai 7,50, Juni 14,85, Juli 5,40, Aug. 15,15. Hall i. W. Jan.-Febr. 11,70, März-Mai 7,50, Juni 7,50. Heilbronn Jan.-Febr. 6,50, März-April 5,25, Mai 4,35, Juni-Juli 6,00. Hohenstein-Ernstthal Febr.-April 25,50. Hainichen Febr.-März 9,00, April-Juni 13,50. Hainhausen März-Mai 15,00. Hausen 7,50. Kleinzschocher Januar 3,35. Kleingraebrook Februar-März 4,05, April-Juni 6,60. Kaufbeuern 9,00. Kirchberg April 2,05. Leipzig Dezember-Januar 20,00, Februar-März 25,00, April-Mai 45,00. Lübeck Febr. 9,00, März 6,00, April 7,50, Mai 4,50, Juni 6,00 u. 5,55, Juli 7,50, Aug. 8,15, Sept. 7,05. Langenberg Dez.-Febr. 3,15, März-Aug. 5,85. Ludwigshafen Jan.-Febr. 15,00. Löbau Jan. 3,90, Febr. 4,35, März 6,00, April-Mai 2,70, Juni-Juli 2,25. Lörrach Jan.-März 6,00, Mai-Juli 6,45. Lenskirch März-Mai 6,00. Lößnitz Juni-Juli 1,05. Meerane Dez.-Jan. 12,15, Febr.-März 11,70, April-Mai 13,60, Juni-Aug. 10,20. Mannheim Febr. 15,00, März 15,00, April 20,70, Mai-Juni 15,00, Juli 17,85. Malente Jan.-März 9,00. Mylau Jan.-Febr. 8,10. Mittweida Febr. 6,00, Aug. 7,75. Mainz Jan.-Febr. 6,30, April 3,90, Mai 4,65. Mittelbach Sept.-Febr. 0,60. Meersburg Juli-Sept. 1,50. Neu-Ruppin März-April 1,50. Niederplanitz Juni-Juli 7,50, Aug.-Septbr. 7,50. Obertshausen 7,50. Oberlungwitz Okt.-März 9,00, April-August 12,00. Oberwürschnitz November-Februar 15,00, März-Juni 7,50. Olbersdorf Januar-Februar 1,50, April-Juni 2,25. Oggersheim April 9,00, August-September 6,00. Pegau Februar-März 3,00, April-Juni 4,50. Pieschen Jan.-März 9,00, April-Mai 6,00. Pirmasens Mai 7,50. Pforzheim April 10,50. Pirna Mai-Juni 3,30. Regensburg Dez.-März 12,90, März-Mai 3,30, Juni-Sept. 4,95. Ragnitz d. N. 40.00. Reutlingen Jan.-Febr. 10,50, März-April 9,00, Mai-Juni 9,45. Roßwein April 0,60, Mai 0,75, Juni-Juli 1,20, Aug. 0,90. Rothenburgsort Jan.-Mai 54,45, Juni-Sept. 17,40. Reichstädt Juli 1,20. Stadt-Ilm Mai-Juni 3,00. Stuttgart Jan. 21,30, Februar 17,55, März 12,30, April 15,30, Mai 13,05, Juni 9,45, Juli 7,50, August 10,50. Stollberg Dez.-Febr. 10,50, März-April 7,65, Mai-Juni 11,70. Salzungen Febr. 2,55, März 2,55, April-Mai 2,70, Juni 1,50. Speyer Febr. 7,50. Stötteritz Jan.-März 15,00, April-Mai 14,70, Juni-Sept 14,70. Schedewitz Dez.-Febr. 6,30, März-Mai 5,40, Juni 6,00, Juli 3,60. Schmölln Jan.-März 2,25. Steinwärder Febr.-März 10,20, April-Mai 8,70, Juni 6,15, Juli 5,40. Schneeberg März-April 7,50. Schwabing April-Mai 8,40. Strießen April-Mai 7,50. Schwäb. Gmünd April 5,00. Schönau April-Juni 11,10. Strobel August 1,50. Ueberlingen Juli-Aug. 4,50. Ursprung März 1,50. Veddel Jan.-Febr. 9,75, März-April 4,20, Mai-Juni 3,90, Juli-Sept. 10,20. Wertheim 0,60. Worms Dez. bis Februar 14,55, März-April 8,40, Mai 5,10. Wolfenbüttel Jan. 3,45, Febr.-März 4,05. Waldenburg i. Sachsen Okt.-Dez. 7,00, Januar-Mai 6,00, Juni-Sept. 5,00. Weimar Januar-März 9,00, April-Juni 9,00, Juli-Sept. 9,00. Weißkirchen Juli-März 12,60. Wiesloch März-April 3,00. Zwickau Januar-Febr. 15,00. Zeulenroda Jan.-Febr. 3,30. Zittau Jan.-Febr. 3,75, März-Mai 4,65, Juni-Juli 2,40.

Bilanz (Abschluß).

Vom 1. Februar bis 18. Oktober 1878.

A) Einnahme.

		Mark.
1)	Kassenbestand (Vortrag) vom 1. Februar 1878	2122,82
2)	Regelmäßige Beiträge	4024,33
3)	Freiwillige Beiträge (von Praast, Brasch ꝛc.)	1522,20
4)	Zurückgezahlte Caution (v. W.)	400,00
5)	Unterstützungsfond	11551,24
6)	Wahlfonds (darunter M. 2606,73 durch d. Expedition d. „Vorwärts" quittirt)	32913,13
7)	Vom Verleger der „Rundschau", H. Oldenburg, Hamburg	5586,82
8)	von fünf Ungenannten in X. Y. Z.	6000,00
9)	Von Einem für viele Orte in zwei Raten	5000,00
10)	Bücher und Protokolle	97,52
	Mk.	69,218,06

B) Ausgabe.

1)	Ständige Agitation, Monatszuschüsse, Reisespesen	18126,37
2)	Zur Förderung literar. Zwecke	3976,35
3)	Tilgung eines Deficits (Hamburger Lokalkasse 1877)	205,00
4)	Unterstützungsfond	11092,48
5)	Wahlfonds (Wahlagitation, Reichstagsdiäten ꝛc.)	30452,17
6)	Verwaltung (Gehälter, Portoausgaben, Bureaumiethe ꝛc.)	4516,99
7)	Verschiedene Drucksachen	848,70
	Mk.	69,218,06

Hamburg, 19. Oktober 1878.

August Geib.

Briefkasten

der Redaktion: R. in S. Wir haben schon angedeutet, daß wir die Reichstagsverhandlungen unmöglich ausführlicher bringen können, wie wir es gethan haben. Der Raum eines dreimal wöchentlich erscheinenden Blattes würde andernfalls allzubeengt werden, um auch die übrigen Aufgaben erfüllen zu können. Außerdem aber machen wir nochmals ausdrücklich auf die im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei in Hamburg erscheinenden stenographischen Berichte der Reichstagsverhandlungen aufmerksam, die, wenn sie zahlreich in allen Bevölkerungsschichten verbreitet werden, ein gutes Agitationsmittel zur Unterscheidung von Recht und Unrecht, Freiheit und Knechtschaft abgeben. Die herrlichen Reden von Bamberger, Bismarck und Kleist-Retzow werden ein unvergängliches Zeugniß ablegen von dem tiefen, sittlichen Gehalt und den humanen Lehren der — Sozialdemokratie. Es kommt also auf die weiteste Verbreitung der stenographischen Berichte der Reichstagsdebatten an.

☛ Wir bitten, alle für die Redaktion oder Expedition des „Vorwärts" bestimmten Zusendungen nicht einfach „An die Redaktion" oder „An die Expedition", sondern an eine bestimmte Person (an einen der Redakteure, der Expedienten u. s. w.) zu adressen.

Unterstützungsfonds.

Für die Opfer des Ausnahmegesetzes 2. Rate 1,00; Gefunden 0,20.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hamburg (E. G.) ist soeben erschienen:

Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstag.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

I. Heft.

Inhalt: Gesetzentwurf nebst Motiven u. Anlagen.

Preis einzeln M. 0,15. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,10.

II. Heft.

Inhalt: Stenographischer Bericht über die Reichstagsverhandlungen am 16. u. 17. September 1878.

Preis einzeln M. 0,35. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,25. Lieferung nur gegen baar (vorherige Einsendung des Betrages, da Nachnahme zu theuer ist.)

Ueber das III. u. IV. Heft Näheres später.

Bestellungen erledigt sofort:

Expedition des „Vorwärts".

Einbanddecken

für die

„Neue Welt" 1878.

Die Einbanddecken zur „Neuen Welt" sind fertig und können nebst den Einbanddecken der früheren Jahrgänge jederzeit geliefert werden. Preis in roth Mk. 1,50, schwarz M. 1,30.

Bestellungen sind bei H. Jansen, Buchbinderei, Leipzig, Universitätsstraße 16 sowie bei der Genossenschaftsbuchdruckerei aufzugeben. [3,60

Bekanntmachung.

Da wir augenblicklich nicht wissen, welche von den in unserm eigenen Verlage oder in Commission vertriebenen sozialistischen Schriften dem Ausnahmsgesetze verfallen, sehen wir uns veranlaßt, den Versandt von politischen und sozialen Schriften vorläufig einzustellen und uns nur auf den Vertrieb wissenschaftlicher Schriften und Unterhaltungslektüre zu beschränken.

Die Besteller von Schriften die Geld dafür mit eingesandt und das Bestellte noch nicht erhalten haben, werden gebeten über den Betrag weiter zu verfügen.

Leipzig, 20. Oktober 1878.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Offener Brief

an das Comité des deutschen Arbeitervereins zu Leipzig

von

Rodbertus.

Preis per Stück 15 Pfg.

Im Selbstverlage des Verfassers ist erschienen u. durch uns zu beziehen:

Die Zukunft der Sozialdemokratie.

Von

J. Dietzgen.

Preis per Exemplar 15 Pfg.

Versandt nur gegen Einsendung des Betrages. Das Porto für Kreuzband kostet für 1—4 Expl. 3 Pfg.

Leipzig, 10. Oktober 1878.

Die Expedition des „Vorwärts".

In unserm Verlage ist erschienen:

Vertheidigungs-Rede

wider die Anklage der

Verleitung zum Kassetten-Diebstahl

gehalten

am 11. August 1848 vor dem Kgl. Assisenhofe zu Köln und den Geschworenen

von

FERDINAND LASSALLE.

Preis 85 Pfg. 8°. (ca. 5 Bogen).

Da diese Schrift in sehr wenigen Exemplaren unter den Genossen verbreitet sein dürfte, so haben wir dieselbe ihres überaus großen historischen Interesses wegen durch den Druck vervielfältigt.

Da der Verkauf in Folge des Ausnahme-Gesetzes bis Mitte October nur gestattet sein dürfte, so empfehlen wir sofortige Bestellung.

Breslau, im September 1878.

Schlesische Volks-Buchhandlung

H. Zimmer & Co.

Mit 1. Oktober begann der 4. Jahrgang des in einer Auflage von 40,000 Exemplaren erscheinenden illustrirten Familienblattes

Die Neue Welt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis viertelj. M. 1,20.

In Heften à 30 Pf.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben Sammelmaterial in Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Exemplare gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Die Freundschaft und Anhänglichkeit unserer so großen Leserzahl wird uns noch weitere Volkskreise erschließen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.

Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12 II.

Im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig ist erschienen und durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir

brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „ } netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstr. 12.

Verantw. Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hah, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 426 O'Farrell Str.
London W.: C. Hirsch, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 126. Freitag, 25. Oktober. 1878.

An unsere Mitarbeiter und Correspondenten.

Wir sprechen hiermit die Erwartung aus, daß unsere sämmtlichen seitherigen Mitarbeiter und Correspondenten uns auch fernerhin durch Zusendungen unterstützen werden. Daß die Artikel und Correspondenzen sich den gegenwärtigen Ausnahmezuständen anzupassen haben, ist selbstverständlich, doch giebt es so zahlreiche Themata auf den Gebieten der Wissenschaft und des Lebens, die noch zur Verhandlung stehen und bei denen eine völlig zwanglose Bearbeitung gestattet ist, daß keiner unserer Mitarbeiter und Correspondenten sich wegen Stoffmangels entschuldigen könnte. Das Redaktionsgeheimniß aber wird den Zeitverhältnissen entsprechend auf das Strengste bewahrt werden.

Leipzig, 23. Oktober 1878.

Mit Gruß

Die Redaktion des „Vorwärts".

An die Gesinnungsgenossen.

Im „Braunschweiger Volksfreund" veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Bracke folgenden Aufruf:

Wie ich, so meine Mitbürger von Reichenstein, Reichmann-Kobmann, Meyer, v. Cube, Falk, Feustel, Findeisen, Graf v. Flemming, von Flottwell, Flügge, v. Forckenbeck, Forkel, Graf v. Frankenberg, Frege, Friedenthal, Gareis, von Gerlach, Gerwig, v. Geß, Gneist, Görz, v. Gordon, v. Gruzler, v. Grävenitz, Groß, Grützner, Günther (Sachsen), Hall, Hammacher, Hamier, Fürst Hatzfeld-Trachenberg, Heilig, v. Heim, v. Helldorff (Bedra), v. Helldorff (Runstedt), Hilf, v. Hölder, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Hohenlohe, Langenburg, Graf v. Holstein, Holtzmann, Jäger-Dr. Jäger, v. Jagow, Jordan, v. Kardorf, Katz, Kiefer, Klein, von Kleist Retzow, Graf von Kleist-Schmenzin, Klügmann, von Knapp, v. Knobloch, Knoch, Krafft, Kreutz, Kuntzen, Landmann, Laporte, Lasker, Lentz, von Lerchenfeld, v. Levetzow, List, Dr. Löwe (Bochum), Lucius, v. Lüderitz, Lüders, Graf v. Luxburg, v. Maltzahn-Gültz, v. Manteuffel, Marcard, Marquardsen, von Marschall, Martin, Melbeck, Merz, v. Minnigerode, v. Mirbach, Möring, Graf v. Moltke, Mosle, Müller (Gotha), Müller (Sangerhausen), v. Neumann, Nitschke, Oechelhäuser, Oetker, v. d. Osten, v. Ow (Freudenstadt), Pabst, Peterssen, Pfähler, Fürst Pleß, Graf Plessen, die vier v. Puttkamer, Frhr. Nordeck zur Rabenau, Herzog von Ratibor, von Schröder, Stein, Triller, v. Turno, v. Waenker, Frhr. v. Wendt, Westermeyer, Wiemer, Wiggers (Güstrow), Wiggers-(Parchim), Windthorst, Winterer, Wöllmer, Wulfshein, Zimmermann, Graf Zoltowski und Frhr. v. Zu-Rhein.

Von den 397 Mitgliedern des Reichstages haben also an der Abstimmung über das Sozialistengesetz 370 theilgenommen. Abwesend waren v. Aretin (Ingolstadt), v. Böttticher (Flensburg), Büchner, Fürst Czartoryski, Dollfus, von Feder, Germain, Grad, Heckmann, von Hertling, Karsten (Altona), Kayser, Dr. Lindner, Loreste, v. Ludwig, Maurer, Meier (Schaumburg), Graf Rayhauß-Cormons, North, Pfafferott, Pflüger, Rack, Stötzel, Vahlteich, Graf Waldburg-Zeil. Ohne Entschuldigung fehlen 14, wegen Krankheit 3, beurlaubt waren 7, entschuldigt 2. Ein Mandat, das des verstorbenen Freiherrn v. Habermann, ist erledigt.

Zum Schluß bitten wir die Genossen, jeden Fall von Confiskation, Verbot, Haussuchung ꝛc. an einen der sozialdemokratischen Abgeordneten zu berichten, damit dem Reichstag in der nächsten Session mit Material über sein Ausnahmegesetz gedient werden kann.

daß in einer Zeit wie der jetzigen das harmloseste Wort die abscheulichsten Scherereien und Unannehmlichkeiten verursachen kann. Was sich mündlich abmachen läßt, mache man mündlich ab.

Noch Eins: Es ist sehr leicht möglich, daß das Ausnahmegesetz einige Zeit lang mit großer „Milde" gehandhabt wird — lasse man sich dadurch nicht in falsche Sicherheit wiegen! Sei Jeder zu jeder Zeit bereit, den Besuch der Polizei zu empfangen, die — das wiederholen wir, da unsere frühere Mittheilung nicht genügend beachtet worden ist — nicht das Recht hat, im Privatbesitz befindliche Schriften (je 1 Exemplar ist vollkommen sicher) zu confisziren.

Allgemeine Volkserziehung.*)

(Fortsetzung.)

Seit Jahren sind die Gebrechen unseres Bildungswesens in zahlreichen Vorträgen und Schriften beklagt worden, am meisten gerade in den gerühmtesten Cultur- und Schulländern. Und bisweilen werden die ausgezeichnetsten Schulmänner, die ein wenig über ihr Tagespensum hinauszublicken gewohnt sind, von Muthlosigkeit ergriffen, indem sie meinen, auch das redlichste Wirken Einzelner sei doch am Ende eine Danaidenarbeit, so lange nicht die gesammten sozialen und culturellen Zustände einen gründlichen Umschwung erfahren.

Bürger zurückwirken. Wiederum aber ist der beste sittliche Charakter auch die Ursache einer besseren Verfassung."

In gleichem Sinne äußert sich Kant:

„Hinter der Education (Erziehung) steckt das große Geheimniß der Vollkommenheit der menschlichen Natur. Es ist entzückend, sich vorzustellen, daß die menschliche Natur immer besser durch Erziehung werde entwickelt werden, und daß man diese in eine Form bringen kann, die der Menschheit angemessen ist. Dies eröffnet uns den Prospekt zu einem künftigen glücklichern Menschengeschlechte. Gute Erziehung gerade ist das, woraus alles Gute in der Welt entspringt."

Es gab Zeiten, da diese Wahrheiten auch auf Thronen und in Staatskanzleien begriffen wurden. Im Jahre 1774 erließ die große Kaiserin Maria Theresia ihre „Allgemeine Schulordnung", die sie im Verein mit ihren ersten und besten Staatsmännern ausgearbeitet hatte, und die mit den Worten beginnt:

„Die Erziehung der Jugend beiderlei Geschlechts ist die wichtigste Grundlage der wahren Glückseligkeit der Nationen."

Und der große Zeitgenosse dieser ausgezeichneten Regentin, König Friedrich II. von Preußen, in diesem Punkte eines Sinnes mit seiner Rivalin, spricht sich folgendermaßen aus:

„Die Sorge für die Erziehung ist ein wichtiger Gegenstand, den die Fürsten nicht vernachlässigen sollten. Je mehr man im Lebensalter vorrückt, desto deutlicher wird man inne, welche Uebel für die Gesellschaft aus der Vernachlässigung der Jugenderziehung entspringen. Ich gebe mir die größte Mühe, um diesen Mißbrauch wir nichts mehr zu schaffen."

b) Die gedruckten Statuten der „Loyauté société internationale des travailleurs, Section Jemappes", gegründet Januar 1869. Der Verwaltungsrath bestand aus 7, der Ueberwachungsausschuß aus 25 Mitgliedern, Gesellschafts-Kapital 10,000 Franken.

c) Eingehende briefliche Darstellungen.

Was hat „Vorwärts" dem entgegenzusetzen?"

Einfach, daß Herr Brumier dem Herrn Böhmert etwas vorgeschwindelt hat. Die internationale Sektion in Jemappes hat niemals 1500 Mitglieder gehabt, wie denn überhaupt in Belgien (und allen übrigen Ländern) niemals eine geschlossene feste Organisation der Internationale existirt hat. Man zählte Alles, was einmal „mitging", einer Versammlung beiwohnte, an einer Arbeitseinstellung theilnahm, zur Internationale, so daß auf dem Papier eine große Armee zu Stand kam, die in Wirklichkeit aber nicht vorhanden war. Nach dieser Methode erlangte man vor 9 Jahren in Jemappes 1800 „Mitglieder", die in den Rahmen einer ganz lose organisirten „Sektion" (der unter b genannten Loyauté ꝛc.) einrangirt wurden. Die „Sektion" umfaßte die bestehenden (alten) Arbeiterkassen, Krankenkassen ꝛc., deren Mitglieder dann eine Zeit lang stets regelmäßig der Internationale zugerechnet wurden. Diese Scheinorganisation verlor allmählich aber auch den Schein einer Organisation, und die jetzige schlechte Geschäftslage und daraus entsprungene Abhängigkeit der Arbeiter ist von Herrn Brumier zu dem bekannten Theatercoup benutzt worden. Die „1500 Internationalen", welche er gerettet haben will, sind einfach 1500 abhängige, durch die Noth zur Unterwerfung gezwungene Fabrik- und sonstige Lohnarbeiter, deren Ex Internationalität sich auf den Umstand reduzirt, daß sie eine Zeit lang einer bloß auf dem Papier bestehenden Organisation angehörten, die sich international nannte. Die 1500 „Geretteten" werden — insoweit sie nicht, gleich ihrer ehemaligen „Sektion", bloß auf dem Papier existiren — bei besserem Geschäftsgang natürlich wieder unter der alten Fahne marschiren. Beiläufig sind die belgischen Arbeiter jetzt ernsthaft damit beschäftigt, statt der bisherigen Scheinorganisation eine wirkliche Organisation zu schaffen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Da Herr Böhmert in Deutschland keinen Arbeitgeber entdecken kann, der es versteht, die „verirrten Arbeiter den Klauen der rothen Internationale zu entreißen", so klammert er sich verzweifelt an das Ausland. Wir haben bereits gezeigt, wie er sich in Belgien getäuscht hat. Jetzt ist er in England an die Reihe gekommen. Wir werden sehen, wie es ihm dort ergeht.

— Also doch! Aus Berlin wird offiziös geschrieben: „Das Todesurtheil gegen den wegen Raubmordes verurtheilten Thürolf ist durch allerhöchste Ordre vom 9. d. M. auf Grund des von dem Justizminister erstatteten Berichts und in Gemäßheit des in diesem Bericht gestellten Antrages in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden. Der Antrag des Justizministers auf Umwandelung der Strafe kann nach Lage der Sache nur dadurch begründet sein, daß vom juristischen Standpunkte der Beweis, das Verbrechen verübt zu haben, gegen Thürolf nicht vollständig geführt ist. In solchen Fällen aber ist nicht blos unter der Regierung des jetzigen Königs, sondern wohl jeder Zeit die Vollziehung des Todesurtheils unterblieben. Der Kronprinz zumal wollte in seiner stellvertretenden Regierung

unter der gegenwärtigen Zerrissenheit und Noth, den Folgen der herrschenden Selbstsucht, nicht erreicht werden. Nicht in das Verderben der Gegenwart hinein und nicht nach den niedrigen Maximen der landläufigen Tagesweisheit, sondern für bessere Zustände und nach edleren Grundsätzen haben wir die jungen Geschlechter zu bilden.

„Kinder sollen nicht dem gegenwärtigen, sondern dem zukünftigen, möglich besseren Zustande des menschlichen Geschlechtes, das ist: der Idee der Menschheit und deren ganzer Bestimmung angemessen erzogen werden."

So Kant. Und die ideale Form des menschlichen Daseins, der die menschliche Erziehung zuzustreben hat, also derjenige allgemeine Zustand, welcher durch Weisheit und Tugend herbeigeführt werden soll, damit die Menschheit möglichst glücklich werden könne, wird von dem großen Philosophen folgendermaßen definirt:

„Der Charakter der Gattung, sowie er aus der Erfahrung aller Zeiten und unter allen Völkern kundbar wird, ist dieser: daß sie eine nach und neben einander existirende Menge von Personen ist, die das friedliche Beisammensein nicht entbehren und dabei dennoch beständig einander widerwärtig zu sein nicht vermeiden können; folglich durch wechselseitigen Zwang unter von ihnen selbst ausgehenden Gesetzen zu einer beständig mit Entzweiung bedrohten, aber allgemein fortschreitenden Coalition in eine weltbürgerliche Gesellschaft (kosmopolitismus) sich von der Natur bestimmt fühlen."

Indem nun Kant die engherzige Zurichtung des Kindes für irgend eine besondere Interessensphäre verwirft, bezeichnet er als Endzweck aller Erziehung

„Krach" der City of Glasgow-Bank, mit riesigen Passiven (über 100 Millionen Mark!) ist zunächst durch die amerikanische Krisis verschuldet. An den Fall dieser Bank werden sich unzweifelhaft zahlreiche schwere Bankerotte knüpfen. Wir fügen hier an, was die conservative, in wirthschaftlichen Dingen gut bewanderte „Dresdener Correspondenz" über „die geschäftliche Krisis in England" sagt:

„Seit Jahren", so schreibt sie, „zeigt die geschäftliche und industrielle Thätigkeit in England einen beachtenswerthen Rückgang. Nicht nur die Ausfuhr, sondern auch die Einfuhr Englands ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Die enorme Kapitalkraft Großbritanniens hatte seit etwa zehn Jahren bedeutende Verluste zu verzeichnen, namentlich in „nothleidend" gewordenen auswärtigen Anleihen und Aktien. Als nun im Herbst 1873 der amerikanische Krach herankam, bedurfte es nicht unbedeutender Anstrengung, um ein Uebergreifen dieser Kalamität auf die englischen Verhältnisse abzuwehren. England hat im Laufe dieses Jahrhunderts zwar schon eine Reihe commerzieller „Krisen" überwunden, ohne anscheinend dauernden Schaden dabei genommen zu haben. Es ist jedoch ohne Zweifel nur den ganz außergewöhnlichen Hilfsquellen des Landes zu danken, daß die Folgen der verschiedenen geschäftlichen Krisen bis jetzt wenigstens äußerlich schnell genug überwunden wurden. Als die Krisis von 1873 in Amerika ausbrach, wußte man in England, daß eine Uebertragung derselben auf Großbritannien diesmal doch von ernsteren und nachhaltigeren Folgen begleitet sein könne. Die Bankgeschäfte des Landes boten daher Alles auf, den durch die amerikanische Krisis berührten Firmen durch Darlehen zu Hilfe zu kommen, und hofften dabei ohne Zweifel, daß die bedrängten Firmen bald in die Lage kommen würden, bei einem neuen Aufschwunge der Geschäfte ihre Verbindlichkeiten abzutragen. Diese Voraussetzung traf jedoch nicht zu. Die Verhältnisse des Handels und der Produktion verschlimmerten sich immer mehr und die Verbindlichkeiten beider Branchen bei den Bankgeschäften sind seitdem nur gewachsen, statt abzunehmen. Schließlich muß da natürlich ein Punkt erreicht werden, wo die Bankgeschäfte der zunehmenden Last nicht mehr gewachsen sind, und dieser Punkt scheint jetzt bei der kürzlich zusammengebrochenen City of Glasgow-Bank überschritten worden zu sein. Es liegt nun die Gefahr vor, daß dieser sehr bedeutende Bankerott, bei welchem es sich um Millionen von Pfunden Sterling handelt, noch eine Reihe von Bankerotten herbeiführen werde. Eine Anzahl solcher ist sogar schon eingetreten. Wenn diese Katastrophe größeren Umfang annähme, könnte sie von sehr tiefgreifenden Folgen nicht nur für England, sondern auch für die wirthschaftlichen Verhältnisse des Continents werden. — Die nächsten Tage müssen darüber entscheiden, ob es möglich sein wird, großes Unheil vor der Hand noch einmal abzuwenden."

Abwenden läßt sich nicht. Wie es scheint, nicht einmal hinausschieben. Die neuesten Berichte aus England lauten trostlos. Und wohlgemerkt, es sind Millionen von Händen, deren Existenz auf dem Spiele steht, die, wenn nicht

---

*) Vergl. Nr. 124 und 125 des „Vorwärts".

benen Hülfskassen vom 7. April 1876 (R.-G.-Bl. S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3. Selbstständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Kontrole zu stellen. Sind mehrere selbstständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbande vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1, Abs. 2, bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbande und die Kontrole über denselben angeordnet werden.

In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigvereine zu Tage treten, die Kontrole auf diesen zu beschränken.

§ 4. Die mit der Controle betraute Behörde ist befugt:

1) allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen;

2) Generalversammlungen einzuberufen und zu leiten;

3) die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen, sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern;

4) die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen;

5) mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitender Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen;

6) die Kassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

§ 5. Wird durch die Generalversammlung, durch den Vorstand oder ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Controlbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwider gehandelt, oder treten in dem Verein die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einleitung der Controle zu Tage, so kann der Verein verboten werden.

§ 6. Zuständig für das Verbot und die Anordnung der Controle ist die Landes-Polizeibehörde. Das Verbot ausländischer Vereine steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in allen Fällen durch den „Reichsanzeiger", das von der Landes-Polizeibehörde erlassene Verbot überdies durch das für amtliche Bekanntmachungen der Behörde bestimmte Blatt des Ortes oder des Bezirkes bekannt zu machen.

Das Verbot ist für das ganze Bundesgebiet wirksam und umfaßt alle Verzweigungen des Vereins, sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§ 7. Auf Grund des Verbots sind die Vereinskasse, sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Behörde in Beschlag zu nehmen.

Nachdem das Verbot endgiltig geworden ist, hat die von der Landes-Polizeibehörde zu bezeichnende Verwaltungs-Behörde die Abwickelung der Geschäfte des Vereins (Liquidation) geeigneten Personen zu übertragen und zu überwachen, auch die Namen der Liquidatoren bekannt zu machen.

An die Stelle des in den Gesetzen oder Statuten vorgesehenen Beschlusses der Generalversammlung tritt der Beschluß der Verwaltungsbehörde.

Das liquidirte Vereinsvermögen ist, unbeschadet der Rechtsansprüche Dritter und der Vereinsmitglieder, nach Maßgabe der Vereinsstatuten, beziehungsweise der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu verwenden.

Der Zeitpunkt, in welchem das Verbot endgiltig wird, ist als der Zeitpunkt der Auflösung oder Schließung des Vereins (der Kasse) anzusehen.

Gegen die Anordnungen der Behörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 8. Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot, sowie die Anordnung der Controle ist dem Vereinsvorstande, falls ein solcher im Inlande vorhanden ist, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen. Gegen dieselbe steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde (§ 26) zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung bei der Behörde anzubringen, welche die Verfügung erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 9. Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen.

Versammlungen, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatze bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

§ 10. Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 11. Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das zweite Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

§ 12. Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde, bei periodischen, im Inlande erscheinenden Druckschriften die Landespolizeibehörde des Bezirks, in welchem die Druckschrift erscheint. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in der in § 6 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise bekannt zu machen und ist für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§ 13. Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot einer Druckschrift ist dem Verleger oder dem Herausgeber, das Verbot einer nicht periodisch erscheinenden Druckschrift auch dem auf derselben benannten Verfasser, sofern diese Personen im Inlande vorhanden sind, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen.

Gegen die Verfügung steht dem Verleger oder dem Herausgeber, sowie dem Verfasser die Beschwerde (§ 26) zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 14. Auf Grund des Verbots sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen. Die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag der Betheiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgiltig geworden ist, unbrauchbar zu machen.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 15. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im § 11 bezeichneten Art, sowie die zu ihrer Vervielfältigung dienenden Platten und Formen schon vor Erlaß eines Verbots vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb vierundzwanzig Stunden der Landespolizeibehörde einzureichen. Letztere hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

§ 16. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 17. Wer an einem verbotenen Vereine (§ 9) als Mitglied sich betheiligt oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 9) sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 5) sich nicht sofort entfernt.

Gegen Diejenigen, welche sich an dem Verein oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassirer betheiligen, oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahr zu erkennen.

§ 18. Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergiebt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 19. Wer eine verbotene Druckschrift (§§ 11,12) oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 15) verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 20. Wer einem nach § 16 erlassenen Verbot zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Außerdem ist das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Orts der Sammlung für verfallen zu erklären.

§ 21. Wer ohne Kenntniß, jedoch nach erfolgter Bekanntmachung des Verbots durch den „Reichsanzeiger" (§§ 6, 12) eine der in den §§ 17, 18, 19, verbotenen Handlungen begeht, ist mit Geldstrafe bis zu Einhundertfünfzig Mark oder mit Haft zu bestrafen.

Gleiche Strafe trifft den, welcher nach erfolgter Bekanntmachung des Verbots einem nach § 16 erlassenen Verbote zuwiderhandelt. Die Schlußbestimmung des § 20 findet Anwendung.

§ 22. Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machen, kann im Falle einer Verurtheilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 17 bis 20 neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden.

Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Verurtheilten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde versagt werden, jedoch in seinem Wohnsitze nur dann, wenn er denselben nicht bereits seit sechs Monaten inne hat. Ausländer können von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre bestraft.

§ 23. Unter den im § 22 Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen kann gegen Gastwirthe, Schankwirthe, mit Branntwein oder Spiritus Kleinhandel treibende Personen, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Inhaber von Lesecabinetten neben der Freiheitsstrafe auf Untersagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden.

§ 24. Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann von den Landespolizeibehörden die Befugniß zur gewerbsmäßigen oder nicht gewerbsmäßigen, öffentlichen Verbreitung von Druckschriften, sowie die Befugniß zum Handel mit Druckschriften im Umherziehen entzogen werden.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 25. Wer einem auf Grund des § 23 ergangenen Urtheil oder einer auf Grund des § 24 erlassenen Verfügung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 26. Zur Entscheidung der in den Fällen der §§ 8, 13 erhobenen Beschwerden wird eine Commission gebildet. Der Bundesrath wählt vier Mitglieder aus seiner Mitte und fünf aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte des Reichs oder der einzelnen Bundesstaaten.

Die Wahl dieser 5 Mitglieder erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Dauer ihres Verbleibens im richterlichen Amte.

Der Kaiser ernennt den Vorsitzenden und aus der Zahl der Mitglieder dessen Stellvertreter.

§ 27. Die Commission entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. Vor der Entscheidung über die Beschwerde ist den Betheiligten Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Begründung ihrer Anträge zu geben. Die Commission ist befugt, Beweis in vollem Umfange, insbesondere durch eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, zu erheben oder mittels Ersuchens einer Behörde des Reichs oder eines Bundesstaates erheben zu lassen. Hinsichtlich der Verpflichtung, sich als Zeuge oder Sachverständiger vernehmen zu lassen, sowie hinsichtlich der im Falle des Ungehorsams zu verhängenden Strafen kommen die Bestimmungen der am Sitze der Commission, beziehungsweise der ersuchten Behörde geltenden bürgerlichen Prozeßgesetze zur Anwendung. Die Entscheidungen erfolgen nach freiem Ermessen und sind endgiltig.

Im Uebrigen wird der Geschäftsgang bei der Commission durch ein von derselben zu entwerfendes Regulativ geordnet, welches der Bestätigung des Bundesraths unterliegt.

§ 28. Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1, Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden, 1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zweck einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht; 2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf; 3) daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann; 4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der

*) Früher § 6

Zur Statistik der Weltpresse.

Einer annähernd richtigen Schätzung zufolge, so schreibt das „Deutsche Volksblatt", beläuft sich die Zahl der gegenwärtig in den fünf Erdtheilen erscheinenden Zeitungen auf ca. 24,000, welche von mehr als 50,000 Berufsjournalisten verfaßt, von etwa 2,500,000 Abonnenten gehalten und — jede in ihrem Kreise — von allen auf Bildung Anspruch erhebenden Bewohnern der civilisirten Staaten gelesen werden. Und diese Heeresfolge der Presse ist, was die eben angegebenen Zahlen anbelangt, eher zu gering, als zu hoch veranschlagt.

Nach neueren und neuesten statistischen Mittheilungen erscheinen an periodischen Schriften, worunter Zeitungen und Zeitschriften aller Art zu verstehen sind, in Deutschland nur 3750, in Oesterreich-Ungarn 1500, in der Schweiz 500, in England 2500, in Frankreich 2000, in Italien 1200, in Schweden 300, in Norwegen 200, in Dänemark 250, in Rußland 500, in der Türkei 100, in Griechenland 100, in Belgien 300, in Holland 250, in Amerika 9000, in Asien 500, in Afrika 100, in Australien 100, wovon mehr als die Hälfte einen vorwiegend politischen Charakter tragen.

Die Entwickelung der Presse war in den einzelnen Ländern, je nach der staatlichen Organisation derselben, eine verschiedene. Wo die Staatsgewalt, wie in Deutschland und der nordamerikanischen Republik, sich infolge der bestehenden Decentralisation auf verschiedene Punkte vertheilt, da vermehrten sich die Organe der Presse, in Ländern aber, wo wie in England und Frankreich, ein Centralisationssystem vorherrscht, da vergrößerten sie sich.

In Paris und London, den Mittelpunkten alles politischen und literarischen Lebens zweier großer Länder, sind eigentliche Weltblätter entstanden, wie sie Deutschland und Nordamerika nicht aufzuweisen haben; dagegen entwickelte sich in diesen letzteren Ländern die Provinzial-Presse in um so größerer Zahl und Selbstständigkeit. Dasselbe gilt auch von der nichtpolitischen Presse dieser Länder. So erklärt sich denn auch die bekannte Thatsache, daß England und Frankreich verhältnißmäßig weniger, aber im Einzelnen weit größere und verbreitetere Journale besitzen, als Deutschland und Nordamerika.

Fassen wir zunächst einmal die deutsche Presse im weitern Sinne, d. h. ohne Rücksicht auf politische Grenzen in's Auge. Von den 24,000 Preßorganen der Erde werden in deutscher Sprache ca. 5500 herausgegeben und zwar 3750 im deutschen Reiche selbst, 6 in Luxemburg, 700 in Oesterreich-Ungarn, etwa 300 in der Schweiz, 50 in Rußland, gegen 600 in Nordamerika und 10 bis 20 in den übrigen Ländern. Das deutsche Reich zählt dagegen 70 Zeitungen in fremden Sprachen, nämlich 25 in polnischer, 15 in französischer, 10 in dänischer, 6 in wendischer, 4 in hebräischer, 3 in englischer und 2 in litthauischer Sprache, abgesehen von 12 elsaß-lothringischen Blättern, welche gleichzeitig in deutscher und französischer Sprache ausgegeben werden.

Bei genauer Musterung der deutschen Presse im engern Sinne, d. h. der Presse des deutschen Reiches, ergiebt sich zunächst, daß von 3693 Organen derselben 1339 unpolitischen und nicht weniger als 2354 politischen Charakters sind. Diese letzteren lassen sich wiederum in 653 ausgesprochen amtliche, meistens aber auch Politik treibende Regierungsorgane und 1719 nichtamtliche, in ihrer Mehrzahl vorwiegend auf größere oder kleinere Bezirke angewiesene Lokalblätter scheiden. Nur einer kleinen Minderzahl derselben kann man nachsagen, daß sie selbstständige Parteipolitik treiben, und diejenigen, welche über ihren Erscheinungsbezirk hinaus bekannt, tonangebend und von Einfluß sind, ließen sich hier leicht namentlich aufführen.

Gruppirt man diese 1719 nichtamtlichen politischen Zeitungen des deutschen Reiches nach den bestehenden Parteien, so gelangt man zu dem Resultat, daß nur etwa der sechste Theil derselben der Opposition zuzuzählen ist, nämlich ca. 300 der ultramontanen, 50 der fortschrittlichen, 50 der sozialistischen, 25 der polnischen, 10 der demokratischen, 5 der elsässischen und einige wenige der „partikularistischen" Opposition (z. B. in Hannover u. s. w.); neben den genannten Oppositionszeitungen existiren gegen 1400 regierungsfreundliche (oder zum Theil auch farblose) Blätter.

Die Zahl der nichtpolitischen Zeitschriften Deutschlands haben wir auf 1339 angegeben: sie sind fast sämmtlich in den Hinrichs'schen Bücherkatalogen verzeichnet. Auf die verschiedenen Literaturzweige vertheilen sich die Zeitschriften ungefähr in dem gleichen Verhältnisse, wie die Bücher; die Mehrzahl entfällt auf die Unterhaltungsliteratur, Theologie und Pädagogik, während sich die übrigen Fächer mit erheblich geringeren Antheilen begnügen müssen.

Die Abonnentenzahl der politischen deutschen Zeitungen ist sehr verschieden. Sicherlich aber wird die Hälfte der Blätter Deutschlands sich nicht über die Zahl von je 3000 Abonnenten erheben. Die größten Abonnentenzahlen haben die großen englischen und französischen Tageszeitungen aufzuweisen; so wird der Pariser „Figaro" in 80,000 Exemplaren abgezogen, eine Auflage, welche derjenigen der Londoner „Times" ungefähr gleichkommt. Verschiedene andere englische Journale haben eine noch bedeutend höhere tägliche Auflage.

— Deutschlands Noth und kein Ende. So lautet die Ueberschrift eines Artikels, welcher in dem „Süddeutschen Bank- und Handelsblatt" erschienen und an den deutschen Reichstag gerichtet ist. Derselbe lautet:

„Seit dem verhängnißvollen Jahre 73 — heißt es — ist die Noth, die Versumpfung des Handels und der Industrie stets gewachsen, und kein Jahr verging, ohne daß man hoffte, der Gipfelpunkt sei endlich erreicht und es müsse jetzt besser werden, und immer wieder sah man sich getäuscht, bis zuletzt die Krisis zu einer chronischen Krankheit wurde, welche jetzt im Vorwärtsschreiten wächst, weil die Kraft, ihr zu widerstehen, mehr und mehr geschwächt wird. Als die orientalische Frage auftauchte und endlich der russisch-türkische Krieg ausbrach, hoffte man, nachdem man erst das Schlimmste erwartet hatte, daß nach dem wiederhergestellten Frieden eine bessere Zeit kommen müsse, ja daß eine allgemeine Besserung unausbleiblich sei, man suchte das Bestehende zu erhalten, man hatte vielleicht unbewußt die Tendenz, sich so gut als möglich gegenseitig über die Zeit des Krieges hinwegzuhelfen; um so schneller fällt nun das mühsam Aufrechtgehaltene, das beweisen die Fallimente, welche in den letzten Monaten vorgekommen sind, das beweist nur zu sehr das allgemeine Mißtrauen, welches noch mehr wachsen würde, wenn man berechnen könnte, wie Vielen, die jetzt noch gegen die Wirkungen der kranken Zeit kämpfen, allmählig der Boden unter den Füßen schwindet. Betrifft dies nur die Einzelnen, so giebt ein Blick auf das große Ganze keine besseren Aussichten für die Zukunft, denn fortwährend vergrößert sich in unserem Handel mit dem Auslande die Unterbilanz in Folge unserer fehlerhaften Zoll- und Handelspolitik; dazu kommt noch der Abfluß von Gold nach dem Auslande als weitere Folge, und die Erhöhung des Bankdiscontos als Consequenz und zur Vertheidigung der Münzpolitik. Zeigt sich also die Situation dunkler als je, so ist es um so mehr gerechtfertigt, daß sich unsere Hoff-

Verkauf von Waffen verboten oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.

Ueber jede auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muß dem Reichstage sofort, beziehungsweise bei seinem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden.

Die getroffenen Anordnungen sind durch den „Reichsanzeiger" und auf die für landespolizeiliche Verfügungen vorgeschriebene Weise bekannt zu machen.

Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 29. Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde, Polizeibehörde zu verstehen sind, wird von der Centralbehörde des Bundesstaates bekannt gemacht.

§ 30. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft und gilt bis 31. März 1881.

Das vorstehende Gesetz wurde bekanntlich im deutschen Reichstage mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Für dasselbe stimmten die Konservativen, die deutsche Reichspartei, die Nationalliberalen, die Gruppe Löwe-Berger und mehrere Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören; dagegen die Fortschrittspartei, das Centrum, die Elsaß-Lothringer, die Sozialdemokraten, die Polen und einzelne Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören. Die Fraktionen stimmten so streng geschlossen, daß die nachstehende Wiedergabe der Namensliste hauptsächlich den Zweck hat, zu konstatiren, wer an der Abstimmung theilgenommen hat und wer abwesend war. Die Namen der Jasager mögen den Wählern für die Zukunft bestens empfohlen sein.

Mit Ja haben gestimmt: Ackermann, v. Alten-Linden, Graf Arnim-Boitzenburg, Bähr (Kassel), Baer (Offenburg), v. Bärensprung, Bamberger, v. Batocki, Bauer, Baumgarten, Becker, v. Behr-Schmoldow, Graf v. Behr-Behrenhoff, v. Below, v. Benda, von Bennigsen, Berger, von Bernuth, Beseler, v. Bethmann-Hollweg (Oberbarnim), von Bethmann-Hollweg (Wirsitz), Graf Bethusy Huc, Bieler, Graf v. Bismarck, Blum, v. Bockum-Dolffs, Bode, Böttcher (Waldeck), Bolza, v. Bonin, Boretius, v. Brand, Braun (Glogau), Braun (Hersfeld), v. Bredow, Brüning, v. Buddenbrock, Büsing, Buhl, v. Bunsen, v. Busse, Fürst zu Carolath, Clauswitz, v. Colmar, v. Cranach, v. Cuny, Delbrück, Dernburg, v. Dewitz, Dietze, Graf zu Dohna-[illegible], die Gefahren der sozialdemokratischen Verhetzung abzuwehren, nicht aber, wie von den Gegnern immer und immer wieder ausgemalt worden, berechtigte und legitime Freiheitsbestrebungen zu treffen. Wir haben keinen Grund, an der Aufrichtigkeit dieser Versicherungen zu zweifeln, und wir haben auch das Vertrauen, daß der Minister Energie und Umsicht genug besitzt, um Mißgriffe, die aus Unkenntniß oder bösem Willen der untergeordneten Exekutivorgane hervorgehen möchten, zu verhüten. **Würde das Vertrauen, das der Reichstag und die öffentliche Meinung den Regierungen entgegengebracht haben, getäuscht, so würden die letzteren damit eine Verantwortung auf sich laden, wie sie nicht größer und folgenschwerer gedacht werden kann.** Die Regierungen bedürfen bei Ausführung des Gesetzes, wenn es wahrhaft wirksam sein soll, in ganz hervorragendem Maße der Unterstützung durch die öffentliche Meinung. Sie stimmt ihnen zu, so lange die Abwehr gegen die sozialdemokratische Revolution gerichtet ist, sie würde ihnen aber entgegen wirken, sobald einseitige Zwecke einer allgemeinen politischen Reaktion mit diesen auf Treu und Glauben gewährten Vollmachten erzielt werden sollen. **Es wäre nichts gefährlicher, als wenn das deutsche Bürgerthum, das diese Waffen gegen den revolutionären Umsturz gerichtet sehen will, anfangen würde, in den durch das Sozialistengesetz Getroffenen Märtyrer berechtigter politischer Freiheitsbestrebungen zu erkennen. Dann in der That würde das Gesetz der beste Agitator für die sozialdemokratische Sache sein, wie es die Redner dieser Partei so oft verkündet.** Nur im Einklang mit der öffentlichen Meinung, mit dem Gewissen des Volkes (!) kann die Regierung dem Gesetz eine ersprießliche und zweckentsprechende Wirksamkeit sichern und dieser Einklang wird so lange erhalten bleiben, als die außerordentlichen Vollmachten scharf und schneidig, dabei aber ehrlich und loyal, ohne Hintergedanken und Nebenabsichten, gehandhabt werden. Unter dieser Voraussetzung allein wird auch die Regierung auf Erfolg rechnen können, wenn sie es nach Ablauf der 2½jährigen Frist für nothwendig erachtet, eine Erneuerung des Gesetzes nachzusuchen. In dieser verhältnißmäßig kurz bemessenen Frist liegt der stärkste Antrieb für die Regierung, sich streng innerhalb der Grenzen des vom Gesetzgeber Beabsichtigten zu halten, und damit die wirksamste Garantie (!), die überhaupt gegen Mißbräuche möglich war, zu errichten. Es waltet nicht die Meinung vor, in 2½ Jahren werde die sozialdemokratische Agitation so vollständig unterdrückt sein, daß das Gesetz gegenstandslos geworden wäre. Die Freunde des Gesetzes werden, wenn nöthig, die Prolongation nicht verweigern. Sie wollten aber die parlamentarische Controle nicht völlig aus der Hand geben; sie wollten sich die Fähigkeit sichern, etwaige Verbesserungen anzubringen, die sich in der Praxis als wünschenswerth herausgestellt haben. Die Regierung soll nach einer Probezeit sich vor der Volksvertretung über die Art und Weise aussprechen, in der sie von ihren Vollmachten Gebrauch gemacht hat. In patriotischem Zusammenwirken haben sich sonst weit aus einander gehende politische Ueberzeugungen unter viel Resignation

Ravenstein, v. Reden, Reich, Reinecke, Reinhardt, Rentzsch, Richter (Kattowitz), Richter (Meißen), Rickert, Graf von Rittberg, die beiden Römer, Roggemann, Rückert, Saro, v. Schauß, die beiden v. Schluck, v. Schlieckmann, Schlieper, Schmalz, v. Schmid, Schmidt, Schmiedel, Schön, v. Schöning, Schröder (Friedberg), v. Schulte, v. Schwarze, v. Schwendler, v. Seydewitz, Simpson-Georgenburg, Sömmer, Staelin, Standy, v. Stauffenberg, Stegemann, Stellter, Stephani, Theodor Graf Stolberg-Wernigerode, Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode, Struve, Stumm, Süs, Schlutow, von Tettau, Thilenius, Thils, Trautmann, von Treitschke, Uhden, v. Unruh (Magdeburg), Frhr. von Unruhe-Bomst, von Varnbüler, Völk, Vopel, Vowinkel, Wachs, v. Waldow, v. Wedell, Wehrenpfennig, Weigel, Werner, v. Werrer, Wichmann, die beiden Witte, v. Woldke, Wolffson, Zinn.

Mit Nein haben gestimmt: v. Adelebsen, Arbinger, v. Aretin (Illertissen), v. Arnswaldt, Graf Ballestrem, Bebel, Bender, Bernards, Graf von Bernstorff, Bezançon, Graf v. Bissingen-Nippenburg, Bock, v. Bobmann, v. Bonninghausen, Borowski, Bracke, von Brenken, Brücke, Brüel, von Bühler, Bürgers, Büxten, Graf v. Chamaré, v. Czarlinski, v. Dalwigk-Lichtenfels, Datzl, Dieden, Eysoldt, Fichtner, v. Forcade de Biaix, Frhr. zu Franckenstein, Franßen, Franz, Freytag, Fritzsche, Frhr. v. Fürth, Graf v. Fugger-Kirchberg, Graf von Galen, Gielen, Grand-Ry, Graf von Grote, Grütering, Günther (Nürnberg), Guerber, Haanen, Hänel, Härle, Frhr. v. Hafenbrädl, Frhr. v. Hallett, Hamm, Hasselmann, Hauck, Frhr. v. Heereman, Hermes, Herrlein, Hoffmann, Graf v. Hompesch, Horn, Frhr. v. Horneck, Jaunez, v. Jazdzewski, Kablé, v. Kalkstein, v. Kehler, v. Kesseler, Klotz, Kochan, v. Konierowski, Kopser, Krätzer, Krüger, v. Kurnatowski, Graf Kwilecki, Frhr. v. Landsberg-Steinfurt, Lang, Lender, v. Lente, Leonhard, Lieber, Liebknecht, Lingens, Löwe (Berlin), Magdzinski, Maier (Hohenzollern), Majunke, Meyer (Donauwörth), Mendel, Menken, Merkle, Meyer (Schleswig), Michalski, von Müller (Weilheim), Moufang, v. Müller (Osnabrück), Müller (Pleß), v. Niegolewski, Nieper, v. Ow (Landshut), Perger, v. Pfetten, Pohlmann, Graf Praschma, Graf Preysing, Fürst Radziwill, Prinz Radziwill, die beiden Reichensperger, Reinders, Richter (Hagen), Rudolphi, Ruppert, Rüsswurm, v. Saucken-Tarputschen, Graf Saurma-Jeltsch, Schaffrath, Schalscha, Schenk, Schmitt-Batiston, Schneegans, Graf v. Schönborn-Wiesentheid, von Schorlemer-Alst, Schröder (Lippstadt), Schulze-Delitzsch, Schwarz, v. Sczaniecki, Senestrey, Graf Sierakowski, Simonis, v. Soden, Sonnemann, Stöckl, Graf zu Stolberg-Stolberg, Sutz im Laufe der Reichstagsdebatten und der daneben hergehenden Verhandlungen hinter den Coulissen ein Theil der prinzipiellen Gegner des Gesetzes umgestimmt worden ist, absolut nicht das Mindeste geändert.

Doch nun zu der schwarzen Sorge, das Gesetz könne mißbraucht werden und werde schließlich den Sozialdemokraten, statt zu schaden, gar nützen.

Zu unserem Bedauern müssen wir gestehen, daß sie nur zu begründet ist.

Wir hegen nicht den mindesten Zweifel, daß die Reichsregierung mit peinlichster Gewissenhaftigkeit das Gesetz „ehrlich" und „loyal" handhaben wird.

Aber was ist „ehrliche" und „loyale" Handhabung? Die Handhabung richtet sich doch nach der Auffassung des Gesetzes, und daß die Reichsregierung eine andere Auffassung hat, als die Herren Liberalen, das ist während der letzten Reichstagsdebatten hundertmal drastisch zu Tage getreten. Jeder Versuch der Herren Liberalen, eine Definition der verfehmten Begriffe „sozialdemokratisch" 2c. zu erwirken, ist gescheitert. Hätte die Reichsregierung lediglich so, wie die Nationalliberalen es wünschten, den Sozialdemokraten zu Leibe gehen wollen, dann würde sie sich nicht geweigert haben, eine beruhigende Definition zu geben. Noch mehr: dann würde die Einbringung des Gesetzes gar keinen Sinn gehabt haben. Sozialdemokratische „Ausschreitungen" und auf „Umsturz" gerichtete „Bestrebungen" fallen unter das gemeine Strafgesetzbuch und können, auf dessen Grund, empfindlich geahndet werden.

Das, warum es sich handelte, war, mißliebige Bestrebungen, die nach dem gemeinen Strafgesetzbuch nicht „zu fassen" sind, außerhalb des bestehenden Gesetzes zu stellen, und das ist durch das Ausnahmegesetz geschehen. Es fragt sich nur, welche Bestrebungen mißliebig sind. Das Gesetz erlaubt, bei ehrlichster und loyalster Handhabung, jede mißliebige Bestrebung unter das Ausnahmegesetz zu bringen.

Das merken die unglücklichen Liberalen und hinc lacrymae (daher die Thränen).

Das liberale Bürgerthum hat sich in diesem Gesetz eine Ruthe aufgebunden, die ihm gelegentlich — mögen die Absichten der Regierung sein, welche sie wollen — sobald die Bismarck'schen Steuer- und Wirthschaftsreformen ernstlich auf's Tapet kommen, sehr unangenehm werden könnte.

Die Herren Liberalen dürfen überzeugt sein: wir werden ihnen nicht aus der Klemme helfen. Wir werden den Boden des Gesetzes nicht verlassen, und so verfahren, daß der Weg zu uns blos über das Gesetz geht.

Dies liegt in unserer Macht, und kein Hohn, keine Provokation der sauberen Denunziantenpresse, die ihren Gesetzessinn dadurch zeigt, daß sie unsere Gesetzlichkeit für Feigheit erklärt, wird uns irre machen.

Wir wenden uns an die „öffentliche Meinung", und appelliren an's „Gewissen der Nation."

Das Volk wird in dieser Zeit der Prüfung

zweifelt an den belgischen Musterfabrikanten Brumier, der in Jemappes das oben erwähnte Wunder an 1500 Arbeitern verrichtet haben soll. Wir deckten seiner Zeit („Vorwärts" Nr. vom 8. Sept. d. J.) den Jemapper Wunderschwindel auf. Unsere Abfertigung brachte Herrn Böhmert in einige Verlegenheit — doch wir lassen ihn selbst erzählen. —

„Darauf (auf die Abfertigung im „Vorwärts") hin", schreibt Herr Viktor Böhmert in seinem neuesten „Waschzettel", „wandten wir uns direkt an Hrn. Jules Brumier in Jemappes mit der Bitte, uns zu einer bündigen Antwort in den Stand zu setzen und erhalten nunmehr:

a) Eine vom Bürgermeister beglaubigte, von dem Präsidenten der ehemaligen Internationalen, Section Jemappes, dem Kassirer, dem Controleur, dem Schriftführer des Aufsichtsraths und 6 anderen Mitgliedern unterschriebene, vom 8. Oktober 1878 datirte Erklärung, des Inhalts:

1. „Die Darstellung der „Sozial-Correspondenz" vom 3. September ist in allen Punkten wahr, mithin der (bezügliche) Artikel des „Vorwärts" falsch. Wir alle haben der Section Jemappes der Internationalen angehört und zwar dem Verwaltungsrath und Ueberwachungsausschuß. 2. Der Jemapper Zweig der Internationalen hatte sich bis auf 1800 Mitglieder erhoben, in letzter Zeit aber die Preissteigerungen der Lebensmittel und Mangel an Arbeit die Zahl auf 1500 herabgebracht. 3. Seit beinahe 5 Jahren hat Herr Brumier nicht aufgehört, uns auf die verderblichen Bestrebungen der Internationalen hinzuweisen, die Declamationen der Führer jedoch, denen wir nur zu willig Gehör schenkten, verhinderten, uns eher von der Richtigkeit seiner Beweisführung zu überzeugen. 4. Die Erfahrungen mehrerer Jahre, in denen wir sahen, daß unsere Gesellschaft zu nichts weniger diente, als den Bedürfnissen einer Vereinigung zu gegenseitiger Hilfsleistung, sowie die letzten Ereignisse in Deutschland haben beigetragen, uns die Augen zu öffnen. 5. Nur auf unsern Antrieb und unsere Bitten hat Herr B. das Ehrenpräsidium unseres Vereins übernommen. 6. Oeffentlich, in Gegenwart von über 5000 Zeugen, haben wir die rothe Fahne, unser altes Bundeszeichen, verbrannt und eine neue dreifarbige nationale angenommen. Wir fügen hinzu: Marschirten wir ehedem wie ein Mann unter der rothen internationalen Fahne auf den Ruf derer, die uns täuschten, so sind wir jetzt fest entschlossen, in Zukunft ebenfalls wie ein Mann zu marschiren, aber unter dem dreifarbigen Panier unseres Vaterlandes. Mit der Internationalen und dem rothen Sozialismus haben gemeine Prostitution des gesammten Schul- und Erziehungswesens", wie eine solche schon vor fast hundert Jahren von J. H. Campe mit einer Anzahl von Gesinnungsgenossen unternommen wurde und heute mehr denn je geboten erscheint. Indem wir also einen alten Versuch erneuern, stellen wir uns, die oben angedeuteten höheren Gesichtspunkte festhaltend, auf den Boden der Gegenwart, um die krankhaften Bestandtheile der heutigen Cultur durch die gesunden Elemente eben derselben Cultur zu bekämpfen, indem wir der zeitlichen Verkümmerung und Entartung der Menschen entgegensetzen: der Verwilderung die Bildung, der gewaltsamen Dressur die naturgemäße Entwickelung, der Selbstsucht den Sinn für das Gemeinwohl, der Willkür die Vernunft, der Unterdrückung die Gerechtigkeit und dem Kriege den Frieden.

Wir sind überzeugt, daß kein anderer Weg zum wahren und dauernden Heile der Menschheit führt, als der lange und beschwerliche Weg der Erziehung, aber einer Erziehung, die sich auf alle Schichten der Bevölkerung ohne Ausnahme erstreckt, um jedem Individuum die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins zu verschaffen, aber auch die Pflichten gegen den Nächsten, gegen das Ganze in die Seele zu schreiben. Da jede Einschränkung des Erziehungsplanes auf eine besondere Interessensphäre mit Nothwendigkeit zur Selbstsucht, zum Unfrieden und Verderben führt, so wollen wir nicht irgend einer Klasse, einem Stande, einer Partei, einer Sekte, einer Nation, sondern der Menschheit dienen: unser Standpunkt ist der kosmopolitische, der internationale, der humane.

Aus allen Culturvölkern der Gegenwart wollen wir Mitarbeiter für unser Unternehmen werben, damit die gemeinsame Sache der Menschheit gemeinsam berathen und gefördert werde. Das Bildungswesen aller civilisirten Nationen unserer Zeit soll in seiner Wirklichkeit dargestellt und geprüft werden, damit ebenso die Mängel wie die Vorzüge des Bestehenden hervortreten und die erforderlichen Reformen angebahnt werden. Hierdurch sollen zugleich die Bestrebungen der verschiedenen Culturvölker vor Zersplitterung bewahrt und auf ein gemeinsames Ziel hingelenkt werden, damit alle von einander lernen, alle einander Warnungen oder Vorbilder darbieten, keines aber in Selbstüberhebung und Ungerechtigkeit verfalle.

Bisher hat hie und da ein Land aus dem Schulwesen eines anderen irgend ein Stück nachgeahmt, wobei aber meist der Fall eingetreten ist, daß gewisse Einrichtungen, die im Mutterlande bereits als verfehlt erkannt waren, als mustergiltige Normen auf neue Gebiete verpflanzt wurden. Damit ist oft ebenso viel geschadet als genützt.

Die pädagogische Praxis soll keine experimentelle Manipulation sein, sie bedarf des sicheren Leitsternes der Wissenschaft, vor allem der Wissenschaft vom Menschen im weitesten Sinne des Worts, der Anthropologie in allen ihren Verzweigungen, der Physiologie und Psychologie, der Erkenntnißlehre und Ethik, der Sozialwissenschaft und Cul-

---

*) Vorwort zum „Pädagogium" von Dr. Friedrich Dittes.

nach der allseitigen Lage der Verhältnisse einen Entschluß gegen den Antrag des Justizministers nicht wohl treffen." — Die Motivirung mit ungenügender Führung des Beweises der Schuld ist jedenfalls nicht richtig. In Sachen des Raubmörders Thürolf, der begnadigt wurde, ist der Beweis der Schuld mindestens so conclusiv, nach dem Urtheil zahlreicher Juristen (von gewöhnlichen Leuten nicht zu reden) weit conclusiver geführt worden, als in Sachen des Attentäters (ohne Erfolg) Lehmann-Hödel, der nicht begnadigt wurde. Indeß was auch die Beweggründe sein mögen, — die Thatsache scheint nun festzustehen, daß das Henkerbeil, nachdem es an Lehmann-Hödel seine Schuldigkeit gethan, wieder in Ruhestand versetzt worden ist — wenigstens gegen Raub- und Gattenmörder (Thürolf, Kindermann u. s. w.).

— **Die Verläumdung grassirt.** Jetzt lügen die Reptile, Marx schreibe im Auftrag eines Vertrauten des Herzogs von Cumberland (Sohns des verstorbenen Königs von Hannover) ein Buch über den Fürsten Bismarck, das in der Schweiz erscheinen sollte. Die Reptile verstehen ihr Handwerk sehr schlecht; sie können nicht einmal ordentlich lügen. Daß Marx nicht „im Auftrag" schreibt, das, dächten wir, hätten die Berliner Preßlakeien doch wissen sollen — der Brief Marx's in der Affaire Bucher war doch ein ziemlich gesunder Fußtritt, den die Empfänger nicht leicht vergessen dürften.

— **Die Industrie- und Handelskrisis in England** nimmt einen immer bedenklicheren Charakter an, was bei dem Einfluß, den das weltmarktbeherrschende England auch auf Deutschland ausübt, uns sehr schlimme Aussichten für unsere Zukunft eröffnet. Nachdem die Eisenindustrie und der Kohlenbau schon lange darniedergelegen, ist nun die Baumwollenindustrie aus dem Zustande der Depression (Gedrücktheit mit niederen Löhnen), in dem sie sich seit Jahren befindet, von der Krisis in akutester Form erfaßt worden. Trotz äußerster Einschränkung der Produktion sinken die Waarenpreise fortwährend und überall werden neue Lohnreduktionen durchgeführt oder angekündigt, obgleich die Löhne in den letzten drei Jahren allmählich auf das Minimum des zum Lebensunterhalt Nöthigen herabgesetzt worden sind. Verhängnißvoll wirkt namentlich die amerikanische Geschäftskrisis, durch welche England ein großes Absatzgebiet entzogen, ungeheure Kapitalien absorbirt und der Credit geschädigt wird. Der in diesen Tagen erfolgte [illegible] neuen? Welches sind die Grundlinien eines vollständigen, einheitlichen, wohlgegliederten und wahrhaft heilsamen Systems der öffentlichen Bildung? Was hat die Gesetzgebung und die Staatsverwaltung zu thun, um ein solches Bildungssystem zu schaffen und zu erhalten?

Kurz: die Fragen von allgemeiner Bedeutung sind so zahlreich und so gewichtig, daß wir auf lange Jahre hinaus Stoff in Fülle vor uns haben, zumal wir, um auch die angedeuteten theoretischen und praktischen Fragen gründlich zu erörtern, sehr wohl daran thun werden, sie auch historisch zu beleuchten, d. h. darzulegen, was von den hervorragenden Geistern verschiedener Zeitalter zur Lösung derselben beigebracht worden ist. Namentlich sollen die wahrhaft klassischen Gedanken, welche uns aus der Vorzeit überkommen sind, den gegenwärtigen und künftigen Geschlechtern zur Aufklärung übermittelt werden; sie sollen insbesondere auch als die lebendigen Quellen dienen, aus denen der Mann des Berufes nach des Tages Last und Mühe Erquickung schöpfen kann.

Mit Gegenständen von geringerer Tragweite: mit Angelegenheiten von blos lokaler oder provinzieller Bedeutung, mit unwichtigen Tagesneuigkeiten, mit Erörterungen zur speziellen Methodik, mit der täglichen Schulpraxis; mit unbedeutenden Personalien oder literarischen Kleinigkeiten und dergleichen können wir uns nicht befassen. Für Derartiges giebt es bereits Organe mehr als genug. Wir verkennen nicht den Werth des pädagogischen Kleingeldes, auch nicht die Verdienstlichkeit jener Zeitschriften, die einem bestimmten engeren Kreise, gegebenen Bedürfnissen gemäß, zu dienen bestimmt sind. Aber es ist nicht unsere Absicht, bereits bestehenden Blättern Concurrenz zu machen; wir wollen vielmehr ein Organ schaffen, wie es noch nicht existirt, aber nach unserer Meinung nothwendig ist gegenüber den Zuständen der Gegenwart und im Interesse einer besseren Zukunft.

Wie die Wohlfahrt des Menschengeschlechtes das höchste Ziel unserer Bestrebungen, so soll die Wahrheit die oberste Richtschnur unserer Erörterungen sein, wo nicht die Wahrheit im absoluten Sinne des Wortes, so doch die Wahrheit, so weit sie uns erreichbar ist, die Evidenz der Wissenschaft und die Wahrhaftigkeit der Ueberzeugung. Alle vorgefaßten Meinungen und Idole, alles Schwören auf die Weisheit von Autoritäten, Schulen und Sekten, alle parteiische Anpreisung oder Verunglimpfung mögen uns fern bleiben; unser Wahlspruch sei das schöne Wort Pestalozzi's:

> „Thorheit und Irrthum trägt in jedem Gewand den Samen seiner Vergänglichkeit und seiner Zerstörung in sich selbst; nur Wahrheit trägt in jeder Form den Samen des ewigen Lebens in sich selbst."

Wer nun mit uns eines Sinnes ist und nach dem vorliegenden Programm an unserer Arbeit theilnehmen will, der trete in unseren Bund; weß Volkes und weß Standes er auch sei, er ist uns willkommen.

Für wen wir schreiben? — Für Pädagogen jeder Kategorie und jeder Stufe, sofern sie geneigt sind, neben den speziellen Angelegenheiten

dem Hungertode, doch dem Hunger entgegengehen.

— „Umsturzbestrebungen" in — Spanien. Nach einem Telegramm aus Madrid wurde Pi y Margal, der bekannte bürgerliche Demokrat und ehemalige Chef der Exekutivgewalt (zur Zeit der „spanischen Republik", die er durch seine Angstmichelpolitik gegenüber den föderalistischen Aufständen an's Messer der Reaktion lieferte), von seinem Schicksal ereilt und wegen „Theilnahme an republikanischen Umtrieben" verhaftet. In Deutschland würde die Anklage lauten: „wegen sozialdemokratischer, sozialistischer oder communistischer, den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckenden Bestrebungen". Ländlich, sittlich.

Die „Emissionen" der letzten 4 Jahre.

Unter dem schönen Worte „Emissionen", welches als eine der Neuzeit angehörige Bereicherung unseres Sprachschatzes aus dem Börsenjargon bezeichnet werden darf, versteht man bekanntlich die Ausgabe von Inhaberpapieren, d. h. von Schuldscheinen oder Aktien, welche auf den Inhaber lauten. Diese Emissionen bilden eine der schönsten Einnahmequellen der modernen Bankgeschäfte. Ueber die Emissionen der letzten 4 Jahre lesen wir im „Berliner Börsen-Courier", daß G. de Laveleye im „Moniteur des Intérêtes Matérielles" eine Zusammenstellung der im letzten Jahre erfolgten Emissionen veröffentlicht hat. Indem wir dieselbe nachstehend wiedergeben, müssen wir vorausschicken, daß die aufgeführten Kapitalsummen keineswegs als thatsächliche Kapitalveranlagungen anzusehen sind. In die Tabelle sind die Nominalbeträge aller Emissionen aufgenommen, die überhaupt im Laufe des Jahres dem Kapitalmarkt angeboten wurden, auch diejenigen, wie ein Theil dieser Goldrente und wie besonders die „Funded Bonds" nur zur Convertirung älterer Schulden bestimmt sind, die Gesammtmenge der angelegten Kapitalien also im Wesentlichen nicht erhöhen.

Es sind als emittirt angegeben (umgerechnet in Reichsmark):

1877	1876	1875	1874
In Deutschland			
166,645,000	348,800,000	346,400,000	286,000,000
Amerika			
2,818,027,000	1,252,800,000	177,600,000	793,600,000
Asien			
32,085,520	5,600,000	—	—
Oesterreich-Ungarn			
160,000,000	80,800,000	121,600,000	210,400,000
Belgien			
6,854,528	19,200,000	—	—
Spanien			
101,085,600	33,600,000	21,000,000	—
Frankreich			
1,501,457,869	392,800,000	64,800,000	182,400,000
England und Colonien			
237,813,000	272,800,000	266,400,000	775,200,000
Griechenland			
8,000,000	—	—	—
Italien			
81,277,872	37,600,000	108,000,000	47,200,000
Norwegen und Schweden			
7,000,000	26,400,000	20,000,000	43,200,000
Niederlande und Colonien			
40,905,056	26,400,000	85,200,000	89,600,000
Portugal			
180,000,000	6,400,000	—	—
Rußland			
904,800,000	327,200,000	78,600,000	218,400,000
Schweiz			
28,455,640	69,600,000	62,400,000	252,000,000
Türkei und Egypten			
100,000,000	—	22,400,000	348,000,000
6,823,906,685	2,909,000,000	1820000000	3196800000

Von der Gesammtziffer der 1877er Emissionen entfallen 1,384,7 Millionen auf Eisenbahnen und Industriegesellschaften, nur 320,6 Millionen auf Creditinstitute, 4,618,6 Millionen auf Staatsanlehen. Der enorme Zuwachs gegen 1876 (3424 Millionen) setzt sich in der Hauptsache zusammen aus 1550 Millionen Mehremission von Amerika, 1100 Millionen Mehremission von Frankreich, 577 Millionen Mehremission von Rußland, 100 Millionen Emission der Türkei 2c., wie man hieraus sieht, zumeist aus außergewöhnlichen Staatsanlehen. Die größte Ziffer findet sich in der Position „Amerika", die nach Abrechnung von 17 Millionen für Eisenbahnzwecke verbleibenden 2800 Millionen bestehen wohl ausschließlich aus Funded-Bonds der Vereinigten Staaten, für welche fast zum Gesammtbetrage alte Bonds eingezogen werden. Aber auch der angeführte Betrag (etwa 660 Millionen Dollars) ist noch bei weitem nicht placirt: der wirkliche Verkauf von Funded-Bonds im Jahre 1877 dürfte sich nur etwa auf die Hälfte dieser Summe belaufen. Von den Emissionen Frankreichs mit 1501 Millionen entfallen nur 128,5 Millionen auf Staatsanleihen, 226 Millionen auf Creditinstitute (Foncière 2c.) und der ganze Rest mit 1,146,5 Millionen auf Eisenbahn- und Industrie-Gesellschaften. Herr de Laveleyre fügt hinzu, es handle sich zumeist um Emissionen von Eisenbahn-Prioritäten. Rußland weist in den Rubriken der Banken und Bahnen nur 32 Millionen auf, die ganzen restlichen 872 Millionen sind Staatsanlehen. Von den 166,6 Millionen Deutschlands sind 21 Millionen Staatsanleihen, 39,6 Millionen von Eisenbahnen und kaum 3 Millionen von Creditinstituten emitirt. Die bei Oesterreich Ungarn angeführten 160 Mill. scheinen die Emission der 80 Millionen Gulden Ungarische Goldrente zu repräsentiren. Die 100 Millionen, mit denen Spanien figurirt, setzen sich zusammen aus 56 Millionen von Creditinstituten und 45 Millionen von Eisenbahnen- und Industriegesellschaften. Die spanische Regierung hat zwar mehrfach Darlehen aufgenommen, aber ohne Darlehentitres zu emitiren. Von den Emissionen Großbritanniens sind 153 Millionen Staatsanlehen. 85 Millionen von Eisenbahnen und Industrie; Creditinstitute haben nicht emitirt. Italien figurirt nahezu ausschließlich, mit 77,5 Mill. unter den Staatsanlehen; es ist nicht ersichtlich, ob die Rententitres inbegriffen sind, welche bereits an die Oesterreichische Südbahn ausgeliefert wurden. Portugal ist ausschließlich unter den Staatsanlehen aufgeführt; die Emission reuissirte bekanntlich nur sehr unvollständig, desgleichen die der 5 Mill. Pfund, welche die Türkei emittirt hatte.

Dr. C.

Correspondenzen.

Berlin, 21. Oktober. Der Verein zur Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins hielt am vergangenen Sonntag Vormittag in der Belle-Alliancestraße 87 eine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung ab, um sein Programm zu verändern. Auf Antrag einer fünfgliedrigen Commission wurde ohne jede Debatte beschlossen, dem Vereinsprogramm künftighin folgende Fassung zu geben: I. „Der Verein erstrebt das Selbstbestimmungsrecht des Volkes auf allen Gebieten des wirthschaftlichen und politischen Lebens und verpflichtet seine Mitglieder, zur Erreichung dieses Zweckes mit allen gesetzlichen Mitteln für folgende Punkte einzutreten: 1) Für Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Reichs- und Landtag und Stadtverordnetenversammlung an alle Staatsbürger vom vollendeten 21. Lebensjahre an, so wie für Gewährung von entsprechenden Diäten an die in diese Körperschaften Gewählten; 2) für freies Vereins- und Versammlungsrecht; 3) für volle Preßfreiheit; 4) für obligatorischen Schulunterricht und unentgeltlichen Unterricht in allen deutschen Schulen und Universitäten; 5) für gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Fabriken und Werkstätten; 6) für Beschränkung und Schutz der Frauenarbeit und Verbot der Kinderarbeit in Fabriken und Werkstätten; 7) für gesetzliche Regelung der Gefängnißarbeit. II. Außer diesen allgemeinen Forderungen im Interesse der Arbeiter und Handwerker ist der Verein ganz besonders bestrebt, auf communalem Gebiete Propaganda zu machen, und zwar: a. für Wahrung und Förderung der wirthschaftlichen Interessen der Gemeinde; b. für Entwicklung des Unterrichts- und Erziehungswesens; c. für volle Selbstverwaltung der Gemeinde; d. für sanitätliche Controle der Lebensmittel, des Wassers, der Wohnungen und Arbeitsräume innerhalb Berlins." — Alsdann wurden wiederum die Herren Finn zum Vorsitzenden, Siegerist zum Schriftführer und Anders zum Kassirer, und die Herren Grün, Albert Paul und Instrumentenmacher Meyer zu Revisoren gewählt. — Endlich wurde noch beschlossen, in allen denjenigen Communalwahlbezirken, in denen künftigen Monat von Wählern der dritten Klasse Stadtverordneten-Neuwahlen vorzunehmen seien, selbstständige Candidaten aufzustellen. Die Hauptagitation solle jedoch in den Communalwahlbezirken 29, 33 und 35 entfaltet werden und zwar sollen in diesen der Abg. Fritzsche, der Buchhändler Heinrich Rackow und der Vorsteher des früheren sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsinstituts, Wilhelm Körner, candidiren. Für die übrigen Wahlbezirke wurde die Candidatenfrage einstweilen noch offen gelassen.

Die Armuth in Berlin ist seit dem Jahre 1875 in stetem Wachsthum begriffen; im Jahre 1875 ist von der Stadtgemeinde laufend baar unterstützt worden jeder 82ste, im Jahre 1876 jeder 80ste und im Jahre 1877 jeder 74ste unter den hiesigen Einwohnern. Im laufenden Jahre hat sich nach der vorläufigen Berechnung die Anzahl der zu Unterstützenden wieder vermehrt. Diese Berechnung bezieht sich nur auf die öffentliche Armenpflege, d. h. auf die Unterstützungen, welche die hiesige Stadtgemeinde an die hierselbst ihren Unterstützungswohnsitz habenden bedürftigen Personen zu zahlen verpflichtet ist. In noch viel größerem Umfange ist hier während dieses Jahres die Zahl der sogenannten verschämten Armen angewachsen, welche sich aus Ehrgefühl von der öffentlichen Armenpflege fern halten, um nicht ihre politischen Rechte 2c. zu verlieren.

In Bezug auf die Vermehrung der hiesigen Schutzmannschaft behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der wirksamen Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation gehen der hiesigen Zeitungen noch folgende sichere Mittheilungen zu: Auf den Antrag des Polizeipräsidenten von Berlin hatte der Minister des Innern bereits im Juni, bald nach dem zweiten Attentat, zu den obengedachten Zwecken die Vermehrung der Schutzmannschaft um 219 Fußschutzleute angeordnet, welche auch während der Monat Juni und Juli erfolgte. Da sich jedoch, besonders zur wirksamen Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation, diese Vermehrung als nicht ausreichend erwies, so hat der Minister des Innern im September, auf den Antrag des Polizeipräsidenten, eine weitere Vermehrung des Exekutivpersonals um 747 Beamte angeordnet, welche vom 1. Oktober c. ab, monatlich durch Anstellung von je 50 Hülfsschutzbeamten während des laufenden und nächsten Jahres erfolgen wird. Davon funktioniren bereits seit Anfang dieses Monats 50 neue Beamte. Im Ganzen wird also seit dem zweiten Attentat das Exekutivpersonal der hiesigen Schutzmannschaft um 966 Beamte, und zwar um 9 Criminal-Commissare, 13 Lieutenants, 63 Wachtmeister und 896 Fußschutzleute vermehrt. Die Besoldung für diese neuen Beamten hat der Staat zu leisten, und es wird bei dem Landtage in seiner nächsten Session die nachträgliche Bewilligung der Kosten für das bis zum Beginn des neuen Etatsjahres anzustellende Personal — 519 Mann — nachgesucht werden, während im neuen Etat pro 1879—1880 der Rest des anzustellenden Personals berücksichtigt werden wird. Die Stadt Berlin hat die Bekleidungskosten der noch hinzukommenden Beamten zu tragen, welche mehr als 160,000 Mark betragen werden. Die Bekleidungskosten der im laufenden Etatsjahr (bis 1. April 1879) neuangestellten und anzustellenden Schutzmänner von zusammen 519 Mann im Betrage von 95,885 M. würde die Stadtgemeinde nach dem Antrage des Polizeipräsidenten schon jetzt als Nachtrag zu den bereits für dieses Jahr bewilligten Mitteln zur Bekleidung der Schutzmannschaft zu bewilligen haben. Eine Vermehrung der berittenen Schutzmannschaft zu Berlin ist vom Minister des Innern ebenfalls in Aussicht genommen worden.

Armuth und Schutzmannschaft wachsen also in unserer Hauptstadt in gleichem Maße.

Berlin, 22. Oktober. Ein Preßprozeß gegen die „Volkszeitung", vertreten durch deren Redakteur Philipps, gelangte am Sonnabend vor der vierten Criminal-Deputation des Stadtgerichts zur Verhandlung, und zwar um deshalb vor dieser Deputation, weil in den incriminirten Artikeln die 7. Deputation beleidigt sein soll. Ueber die Verbindung der verhandelten Sache mit einer gegen die „Berliner Zeitung" erhobenen Anklage wegen gleichen Vergehens können wir hinweggehen, weil auf Antrag des Staatsanwalts wieder eine Trennung beider Sachen stattgefunden hat und die Verhandlungen gegen letzteres Blatt ausgesetzt wurden. Einem Wunsche des Angeklagten Philipps um Verlegung auch der ersteren Sache, weil sein leidender Zustand ihm nicht gestatte, sich aufzuregen und eine längere Vertheidigungsrede zu halten, wurde mit Rücksicht auf die Erklärung des Staatsanwalts Tessendorff, daß er dem Angeklagten in seinem nur kurzen Plaidoyer zu längerer Erwiederung keine Gelegenheit geben werde, nicht stattgegeben. Incriminirt ist der in Nr. 139 vom 16. Juni cr. abgedruckte Leitartikel unter der Ueberschrift „Gerechtigkeit", in welchem unter Bezugnahme auf die Urtheile der 7. Deputation bei Verhandlung der ersten Serie von Majestätsbeleidigungsprozessen ausgeführt ist, daß dem Wunsch des Justizministers, gegen die Sozialdemokraten strenger vorzugehen als gegen Andersdenkende, seitens des Gerichts Rechnung getragen worden sei. Dies wird an den einzelnen dictirten Strafen darzuthun gesucht und diese Art Rechtsprechung als eine nicht mehr unparteiische bezeichnet. — Der zweite incriminirte Artikel ist die „Wochenübersicht" in Nr. 145 vom 23. Juni cr., in welcher ebenfalls das Kapitel der Majestätsbeleidigungsprocesse zum Gegenstand der Besprechung gemacht ist. Wegen des ersten Artikel ist der Strafantrag vom Justizminister und dem Stadtgerichtspräsidenten Krüger, wegen des zweiten nur von Letzterem gestellt. Ein Eingehen auf diesen können wir uns ersparen, weil in demselben jede Beziehung zur 7. Deputation fehlt, aus welchem Grunde denn schließlich auch eine Freisprechung des Angeklagten erfolgt ist. Den Verfasser des ersten Artikels, ein Mitglied des Richterstandes, verweigert der Angeklagte zu nennen, auch nachdem Staatsanwalt Tessendorff unter Verlesung einiger Stellen der über dieses Thema von „Nicolaus Planenberg" verfaßten bekannten Broschüre und deren theilweise Uebereinstimmung mit dem incrim. Leitartikel einige Anspielungen auf Nicolaus Planenberg gemacht. Die vom Angeklagten beantragte Vernehmung des Justizministers, der Mitglieder der siebenten Kriminal-Deputation und des Staatsanwalts Schulz über die Richtigkeit der in dem Artikel enthaltenen Thatsachen, namentlich Letztere darüber, daß die Parteistellung des Angeklagten einen Strafschärfungsgrund abgegeben hat, wurde vom Gerichtshof als thatsächlich unerheblich abgelehnt, ebenso die Extrahirung einer Statistik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse zum Beweise, daß die Strafen in letzterer Zeit eine successive Milderung erfahren haben. — Staatsanwalt Tessendorf stellte in Abrede, daß seitens des Justizministers an die Staatsanwälte eine Instruktion zu strengerem Einschreiten gegen die Sozialdemokratie erlassen sei, wobei er sich auf die in der Dienstagsverhandlung des Reichstags vom Regierungscommissar abgegebene Erklärung berief. Er beantragte für den ersten Artikel 5, für den zweiten 2 Monate und eine Gesammtstrafe von 6 Monaten Gefängniß. — Der Angeklagte Philipps wies in ausführlicher Rede auf die gehässigen Denunziationen wegen Majestätsbeleidigung, sowie darauf hin, daß die incriminirten Artikel nicht aus Sympathie für die Bestrebungen der Sozialdemokraten, sondern nur im Interesse der Gerechtigkeit verfaßt seien und beantragte seine Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte nach halbstündiger Berathung auf Verurtheilung des Angeklagten wegen des ersten Artikels zu vier Monaten Gefängniß, sprach die Unbrauchbarmachung aus und dem beleidigten Justizminister, sowie der siebenten Criminal-Deputation die Publikations-Befugniß in der „Volks-Zeitung" und im „Staats-Anzeiger" zu.

Offenbach, 21. Oktober. Vom Bezirksgericht zu Darmstadt wurde der Redakteur der „Neuen Offenbacher Zeitung", Jahn, wegen Beleidigung zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt. — Das Urtheil gegen Ph. Müller aus Langen, der in erster Instanz zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden war, ist vom Appellhofe zu Darmstadt bestätigt worden.

Halle, 19. Oktober. Heute wurde Hugo Rödiger wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen, wegen einfacher Beleidigung dagegen zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt, die indeß durch die Untersuchungshaft als „verbüßt" erachtet wurden. Seine Freilassung erfolgte sofort. — Weiterer Bericht in nächster Nummer.

Briefkasten

der Redaktion: Parteigenosse in Wiesbaden: Das Gedicht ist schon früher in verschiedenen Blättern veröffentlicht worden. — H. F. Fulda: Wenden Sie sich an die Redaktion der „Neuen Welt"; vielleicht bringt dieselbe das Portrait Lasker's im — Briefkasten. — S. in Berlin: Leipzig hat 128,000 Einwohner, Magdeburg ca. 96,000, Breslau ca. 259,000 und Hamburg über 300,000. — A. O. Leipzig: Zu Frage 1) können wir Ihnen keine Antwort geben, da uns die betreffende Schrift augenblicklich nicht vorliegt. Zu 2): Es ist derselbe Dr. und Hofrath Gottschall. — M. A.: Wir empfehlen Ihnen Ahn's Cursus (1. und 2. Theil). Das Büchelchen ist sehr billig und mindestens ebenso zweckentsprechend als Dutzende von pretenziös auftretenden Büchern, die zehnmal so viel kosten. Die französische Aussprache kann natürlich ohne mündlichen Unterricht nicht gelernt werden. Aus sogenannten „Lehrbriefen" (Toussaint-Langenscheidt 2c.) kann man unter keinen Umständen die Aussprache richtig lernen. — E. M. in M. Wenden Sie sich in einem Privatbriefe an eine Ihnen bekannte Person der Redaktion oder Expedition des „Vorwärts"; Sie erhalten dann auf demselben Wege genügende Auskunft.

Anfrage: Wenn man sich jetzt nach Annahme des Ausnahmegesetzes noch als Sozialist oder Sozialdemokrat bekennt, ohne dafür Propaganda zu machen, ist man dann strafbar? Antwort: Nein!

Unterzeichneter bittet seine Collegen L. Reisberger, bis Ende Juni in Chemnitz und A. Hoyl, bis Mitte Juni in Baden-Baden um freundliche Zusendung ihrer jetzigen Adresse.

Leipzig, 22. Oktober 1878.

Friedr. Nauert, Frankfurter Str. 31.

Ein wiederholt gemaßregelter Arbeiter sucht zur Vergrößerung eines bereits angelegten Geschäfts 250 bis 300 Mark. [1,50

Adressen wolle man an die Expedition d. Bl. unter A. Z. 100 abzugeben.

Ordentliche Generalversammlung

der

Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel

(Eingetragene Genossenschaft)

am Sonntag, d. 3. November d. J., Vormittags von 11. Uhr an im Lokale des Hrn. Karstedt, „Volkshalle"

in **Neumünster.**

Tagesordnung: 1. Vorlage der Jahresrechnung und ev. Dechargeertheilung. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl des Aufsichtsrathes. 4. Antrag Walther auf Aenderung des § 30, Abs. 2 des Statuts und zwar dahingehend, daß es heißt: „Alle diese Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen geschehen in folgenden Zeitungen: 1) „Vorwärts" in Leipzig, 2) „Hamburg-Altonaer Volksblatt" in Hamburg; sollte aber eine dieser Zeitungen eingehen, so genügt es, wenn dieselben in der nachbleibenden Zeitung veröffentlicht werden und gelten damit 2c." (2b)

Kiel, den 9. Oktober 1878.

Der Vorstand.

Carl Aug. Nau. Heinr. Dickmann. H. Walther.

☛ Die Genossenschaftsmitglieder, welche sich auf obiger Generalversammlung vertreten lassen, wollen nach nachstehendem Formular ihre Vollmacht ausstellen, da nur so ausgefertigte Vollmachten anerkannt werden.

Der Vorstand.

Vollmacht.

Hierdurch bevollmächtige ich Herrn . . . . . in . . . . . mich auf der am Sonntag, den 3. November d. J., in Neumünster im Lokale des Herrn Karstedt (Volkshalle) stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel, eingetragene Genossenschaft, zu vertreten.

. . . . . den . . ten . . . . . 1878.

(Unterschrift.)

Agenten

oder **Provisions-Reisende** mit guten Referenzen engagirt die bekannte Cigarrenfabrik (3b) [1,80

Herm. Otto Wendt, Bremen.

Sollte einem Gesinnungsgenossen der jetzige Aufenthalt des Ingenieurs Hermann Rath aus Oberlahnstein bekannt sein, so bitte ich, mir selbigen mitzutheilen.

Weilburg a. d. Lahn, 21. Oktober 1878.

A. Heinz.

Soeben erschien im Selbstverlage des Verfassers und ist durch uns zu beziehen: (2a)

Ein Beitrag zu der Lösung der

Apothekerfrage

von Otto Appler, Apothekergehilfe.

Mit statistischen Uebersichten über

1) die Arbeitspreise von 10,000 Recepten;
2) die Menge, den Werth und den Erlös von 25 der gangbarsten in den 10,000 Recepten enthaltenen Heilmittel. [4,20

Preis pro Exemplar 50 Pfg.

Für Buchhändler angemessenen Rabatt.

Expedition des „Vorwärts".

„Neue Welt".

Vierter Jahrgang.

Heft 1 ist versandtfertig.

Expedition der „Neuen Welt"

Leipzig, Färberstraße 12 II.

Verantw. Redakteur: Franz Gützlaff in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
Vers. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., Vers. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Volk, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauffermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 416 O'Farrell Str.
London W.: C. Hirsch, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 127. Sonntag, 27. Oktober. 1878.

Das Ausnahmegesetz

ist in Kraft getreten — die „liberalen" Angstmeier haben, wonach sie seit Monaten geschrieen, und siehe da! statt des Ausdrucks der Befriedigung ist es Verlegenheit und schwarze Sorge, die sich auf ihren Gesichtern malt. Der Gedanke, der ihnen vorher hätte kommen müssen, ehe sie den „verhängnißvollen Sprung in's Dunkle gethan", er kommt ihnen jetzt, da es zu spät ist — der Gedanke: kann die Waffe, welche wir schmieden geholfen und der Regierung in die Hand gedrückt, nicht auch gegen uns gewandt werden? Und ist sie überhaupt geeignet, den Sozialdemokraten das Lebenslicht auszublasen?

Man lese nur folgenden, „die Ausführung des Sozialistengesetzes" betitelten Waschzettel, der (wahrscheinlich der „Nationalliberalen Correspondenz" entnommen) durch die ganze „liberale" Presse geht:

„Der Bundesrath hat dem Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie die Zustimmung ertheilt. Die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, die den Reichstag beschäftigt hat, liegt somit abgeschlossen hinter uns und mit fast ängstlicher Spannung sieht das Volk der praktischen Anwendung eines Gesetzes entgegen, welches den Verwaltungsbehörden weitgehende Vollmachten ertheilt. Die Vertreter der Regierungen, insbesondere der Mann, dem in erster Linie die Ausführung des Gesetzes übertragen ist, der preußische Minister des Innern, wie auch der Reichskanzler selbst in seiner Schlußrede haben zu wiederholten Malen und in entschiedenster Weise die Ehrlichkeit und Loyalität ihrer Absichten betont. Sie haben versichert, daß das Gesetz ihnen nur die Mittel gewähren solle, [illegible] wohlgeborenen Hier."

Der Vorstand der Allgemeinen deutschen Assoziations-Buchdruckerei (E. G.):
J. Auer. H. Rackow. A. Baumann.

— In Berlin wurde ein neues freisinniges Blatt die „Berliner Tagespost" am 24. Oktober herausgegeben.

— Das sächsische Ministerium des Innern erließ am 23. d. M. im „Dresdner Journal" das Ausnahmegesetz nebst Ausführungsverordnung, in welcher mitgetheilt wird, daß in Sachsen unter der in § 29 enthaltenen Bezeichnung „Landespolizeibehörde" die Kreishauptmannschaften und unter der Bezeichnung „Polizeibehörde" die Polizeidirektion in Dresden, die Amtshauptmannschaften, die Verwaltungskommission für die Schönburg'schen Receßherrschaften, die Polizeiämter in Leipzig auf dem Boden dieses Gesetzes zusammengefunden, weil sie gegen die Nothwendigkeit, die Grundlagen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung wider den gewaltsamen Umsturz zu sichern, alle anderen Rücksichten in den Hintergrund stellten. Möge dieser patriotische staatserhaltende Geist, der die lange Reihe der Volksvertreter bei der Zustimmung zu diesem Gesetz erfüllte, in seinem Vertrauen nicht getäuscht werden, dazu müssen Alle mitwirken, welche direkt oder indirekt für die Vorlage eingetreten sind. Eine ähnliche Betheiligung der breiten Masse des Volkes an einer Gesetzgebungsarbeit wie bei der Berathung des Sozialistengesetzes ist niemals in Deutschland beobachtet worden. Wir erkennen in diesem ausgeprägten Interesse ein verheißungsvolles Anzeichen politischer Reife."

Wir auch! Nur in anderem Sinn, als der nationalliberale Artikelschreiber. Es ist nämlich eine Unwahrheit, wenn gesagt wird, das „Volk", die „öffentliche Meinung", das „Gewissen der Nation" sei für das Ausnahmegesetz. Das widerspricht dem Resultat der letzten Wahl. Wenn wir die Stimmen aller derjenigen Wähler, die den Oppositionsparteien (Sozialdemokraten, Centrum, Elsässer, Polen, Fortschrittspartei, Gruppe Löwe, Volkspartei) und derjenigen Nationalliberalen, die sich als Gegner des Ausnahmegesetzes bekannten oder dafür galten, zusammenrechnen und mit der für ausgesprochene Freunde des Ausnahmegesetzes abgegebenen Stimmenzahl vergleichen, so gelangen wir zu dem unumstößlichen Resultat, daß die Mehrheit des deutschen Volks, also auch die „öffentliche Meinung" und das „Gewissen der Nation" gegen das Ausnahmegesetz ist.

An dieser Thatsache wird durch die Erscheinung, [illegible] ein, sondern suchte anderweitige Beschäftigung, wodurch er nur 15 Mark monatlich erwarb, und forderte die Differenz zwischen dem früheren und dem gegenwärtigen Verdienst im Betrage von 48 Mk., als eine in Folge des Unfalls zu gewährende Rente. Die Eisenbahndirektion verweigerte die Leistung einer Rente, da sie dem Verletzten die thatsächliche Möglichkeit gewährt hatte in ihrem Dienst seinen vollen Tagelohn nach wie vor zu erwerben. Der Bremser beschritt hierauf den Rechtsweg und erstritt beim Kammergericht ein obliegendes Urtheil. Die Nichtigkeitsbeschwerde der Eisenbahndirektion wurde vom Reichsoberhandelsgericht, 2. Senat, durch Erkenntniß vom 7. September 1878 zurückgewiesen.

— Ein wichtiges Urtheil. In Görlitz hatte am 9. September das Kreisgericht den Graveur Schwarz aus Berlin wegen Beleidigung des Kronprinzen von Preußen zu zweimonatlicher Haft verurtheilt. Der Angeklagte hatte am letzten Jahrmarkt, am 18. August, in einer Görlitzer Restauration in einem Gespräche über die einige Tage zuvor erfolgte Hinrichtung Hödel's seiner Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch Hödel's Hinrichtung ein Justizmord begangen sei. In Folge dieser Aeußerung aus dem Lokale entfernt, wurde Graveur Schwarz am folgenden Tage in seiner Verkaufsbude verhaftet und zwei Monate in Haft gehalten. Das Appellationsgericht in Glogau, welches vor einigen Tagen in zweiter Instanz den Prozeß verhandelte, hat eine Beleidigung des Kronprinzen in dieser Aeußerung nicht gefunden und den Angeklagten freigesprochen.

— Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. Fürst Bismarck hat weitere Maßregeln in Aussicht gestellt, welche das durch das Ausnahmegesetz begonnene Werk vollenden sollen. An einer Strafgesetznovelle wird bereits gearbeitet, der die Nationalliberalen und Fortschrittler (Siehe Hänel!) natürlich zustimmen müssen. Ferner sollen bereits bei verschiedenen Regierungen, namentlich in Frankreich, Belgien, der Schweiz und England Schritte zur Auslieferung, und wenn das auf Widerstand stoßen sollte, wenigstens zur Ausweisung politischer Flüchtlinge angebahnt sein. In England wird man mit solchen Vorschlägen jedenfalls kein Glück haben. Hierher gehört auch die Notiz, daß mit England und anderen seefahrenden Ländern ein Vertrag auf gegenseitige Auslieferung desertirter Matrosen der Handelsmarine erwirkt werden soll.

— Gar nicht auffallend! Bei den Reichstagsverhandlungen über das Sozialistengesetz hat sich gezeigt, daß Fürst Bismarck einem ferneren Versuche mit Produktivassociationen mit Staatshilfe nicht ganz abgeneigt ist. „Dies muß um so mehr auffallen, schreibt die „Vossische Zeitung", als bei den vor einigen Jahren im preußischen Handelsministerium stattgehabten Conferenzen über die Behandlung der sozialen Frage ausdrücklich von der Voraussetzung ausgegangen wurde, daß die zu erörternden Aufgaben solche sein müßten, zu deren Erfüllung der Staat seiner Natur nach berufen sein könne. Das schriftlich die beste Gelegenheit haben, die Männer und Parteien zu richten.

Die Sozialdemokratie erwartet vertrauensvoll den Richterspruch des Volks.

Allgemeine Volkserziehung.*)

(Schluß.)

Mit den vorstehenden Citaten haben wir unseren eigenen Gedanken und Bestrebungen einen klassischen Ausdruck leihen wollen. Wir wissen, daß das bezeichnete Ziel in weiter Ferne liegt, und daß der Weg zu ihm voll ist von Hindernissen und Mühsalen. Aber wir wollen versuchen, diesen Weg gangbar zu machen. Dies ist der Zweck der Zeitschrift, welche hiermit ihren ersten Schritt in die Welt wagt. Wir denken mit Kant:

„Ein Entwurf zu einer Theorie der Erziehung ist ein herrliches Ideal, und es schadet nicht, wenn wir auch nicht gleich im Stande sind, es zu realisiren. Man muß nur nicht gleich die Idee für chimärisch halten und sie als einen schönen Traum verrufen, wenn auch Hindernisse bei ihrer Ausführung eintreten. Wir können an dem Plane einer zweckmäßigen Erziehung arbeiten und eine Anweisung zu ihr der Nachkommenschaft überliefern, die sie nach und nach realisiren kann."

Von solchen Erwägungen geleitet, haben sich eine Anzahl vortrefflicher Männer, durch Länder und Meere von einander getrennt und auf sehr verschiedenen Berufsposten stehend, aber alle einig in dem Streben, den tiefen Schäden unserer Zeit mittels eines besseren Bildungssystems entgegenzuwirken, mit dem Unterzeichneten zu gemeinsamer Arbeit verbunden. Was wir wollen, ist eine „Allgemeine Methode des sachgemäßen Erziehens zu finden, [illegible] ausfallenden Stunden etwas stark reduzirt, dagegen sieht man des Sommers am frühen Morgen und Abend die Fabrikarbeiter mit Ackergeräthen aufs Feld gehen und im Winter werden sie wohl auch zu Hause etwas zu thun finden. Der Ausfall wird durch solche Nebenbeschäftigungen mehr als gedeckt und für die Gesundheit ist die Abwechslung in der Arbeit sehr wohlthätig. Wir wünschen, die Fabrikbesitzer möchten hier die „Freiheit" für ein Werk der Menschlichkeit benützen, indem sie ihren Arbeitern zur Verwerthung der übrigen Stunden um einen billigen Zins wie Wohnungen, so auch Land verschaffen. Wir fügen hinzu, daß man seit Einführung der 11stündigen Arbeitszeit die Arbeiter auch auffallend seltener im Wirthshaus trifft; das hängt nicht nur mit der schlechten Zeit und den geringen Löhnen zusammen, sondern es kommt auch daher, daß die Arbeiter, weniger abgespannt noch bei hellem Tage heimkehrend, mehr aufgelegt sind zur Arbeit und es der Mühe werth finden, die längere Musezeit hiefür zu verwenden."

Hierzu bemerkt die „Demokratische Correspondenz":

„Diese Angaben verdienen von uns in doppelter Beziehung gewürdigt zu werden. Sie sind erstens von volkswirthschaftlichem Interesse, indem wir daraus erkennen, wie falsch die Behauptung ist, daß eine tüchtige Fabrik-Gesetzgebung, insbesondere die Normirung der Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit der Fabriken herabdrücke und das Wohlergehen der Arbeiter mehr schädige als hebe. Wir sehen im Gegentheil, von welchen wohlthätigen Folgen die Erfüllung jener demokratischen (soll wohl heißen: sozialistische, oder sozialdemokratische; auch ein Theil der konservativen Partei hat die Forderung eines Normalarbeitstags, natürlich lediglich auf den Fabrikbetrieb, angewandt, schon längere Zeit in ihre Forderungen aufgenommen. R. d. V.) Forderung begleitet ist. Zweitens aber verdienen die Mittheilungen des schweizerischen Blattes auch in politischer Hinsicht die vollste Beachtung. Ohne jedes Hemmniß, ohne die geringste Einschränkung konnte man in der Schweiz erörtern, wie den sozialen Uebelständen, von denen die Fabrikarbeiter heimgesucht wurden, abzuhelfen sei. Mit einer erdrückenden Mehrheit nahmen die Volksvertreter ein Gesetz an, das die Arbeiter schützte und sogar die weitgehende Bestimmung des 11stündigen Arbeitstages enthielt. Die Gesetzesvorlage kam zur Volksabstimmung und die große Mehrheit der Bürger genehmigte sie, so daß sie also in Kraft treten konnte. In friedlicher Weise ist also hier die Erörterung sozialer Fragen gepflogen worden und, was man ursprünglich als sozialistische Idee verfehmte, hat eine Volksvertretung, hat ein ganzes Volk zum Gesetz erhoben."

Der „Vorwärts" hat schon zu wiederholten Malen auf die segensreichen Wirkungen einer Verminderung und Normirung der Arbeitszeit hingewiesen, so daß wir an dieser Stelle keine weiteren Bemerkungen zu machen haben.

— In Paris hat am 22. d. der Prozeß gegen die Einberufer des polizeilich unterdrückten Arbeitercongresses begonnen. Die Anklage lautet auf „Theilnahme an einem politischen

*) Wir bitten unsere Leser, diesen Artikel, der die Grundlagen unserer Erziehungsbestrebungen enthält, recht aufmerksam zu lesen. Wir werden auf ihn zurückkommen. Die Red.

---

loff, der sich jetzt in den Vereinigten Staaten befindet und dem der „Telegraph" von Indianopolis folgende biographische Notiz widmet:

„General Carl Ruloff, der älteste cubanische Insurgenten-General, ist bei seinem Schwager, Hrn. Wm. Dreufike von Terre Haute, einem dort wie im Staate wohlbekannten Bauunternehmer, angekommen. Er wurde in der Nähe von Königsberg im Königreich Preußen geboren, folgte seinen übrigen Familienmitgliedern in die Vereinigten Staaten, hatte seinen Wohnsitz in Cincinnati und trat zur Zeit des Bürgerkrieges in das von General Willich gegründete 9. (deutsche) Ohio-Regiment, dem er bis zum Jahre 1864 angehörte. Sein Gesundheitszustand war leidend, und die Aerzte riethen ihm ein südliches Clima an. Er ging zuerst nach New-Orleans und von da nach Cuba, wo er in verschiedenen Plätzen in Kaufmannshäusern angestellt war und sich rasch die Kenntniß der spanischen Sprache erwarb. Er nahm enthusiastischen Antheil an den geheimen Agitationen, welche die Erkämpfung der Unabhängigkeit Cubas vom spanischen Joch zum Zweck hatten, und da es in Cuba und speziell unter den Patrioten fast ganz an Leuten fehlte, welche militärische Kenntnisse und Erfahrungen hatten, so wurde Ruloff's Betheiligung an der Agitation und dem bevorstehenden Kampfe um so mehr geschätzt und als endlich beschlossen wurde, loszuschlagen, erwählte man ihn zum ersten General der cubanischen Unabhängigkeits-Armee. Von jener Zeit an bis zur kürzlichen Capitulation, was einem Zeitraum von 9 Jahren und 4 Monaten einschließt, ist General Ruloff beständig im Felde gewesen, in einem Kampfe, bei welchem die Theilnehmer beständig ihr Leben in der Hand trugen, denn die Spanier gewährten den Insurgenten von vornherein keinen Pardon, und letztere fühlten sich bald genug zum Wiedervergeltungsrecht gezwungen, so daß fast 9 Jahre lang die unterliegende Partei nur drei Alternativen hatte, entweder mit Erfolg eine Flucht zu bewerkstelligen, kämpfend zu fallen oder als Gefangene erschossen zu werden."

— Dem „Golos" in Petersburg ist der Straßenverkauf entzogen worden, und zwar erfolgte das Verbot anläßlich eines von demselben gebrachten Artikels über das deutsche Sozialistengesetz.

— Negeraufstand auf St. Croix. Bisher sind über den Aufstand auf St. Croix (einer westindischen Insel, dänische Besitzung) nur spärliche Nachrichten eingelaufen. Ueber die Ursachen der Empörung lassen sich daher nur Vermuthungen anstellen. Sie brach in dem Städtchen Frederiksted aus. Dieser Ort, an der Westseite der Insel gelegen, für den Landesprodukten-Export der wichtigste Ausfuhrs-Platz, hat 3000 Einwohner. Ein zweites Städtchen auf St. Croix. Kristianstad, an der Ostseite gelegen, Sitz des Vice-Gouverneurs, hat 5000 Einwohner. Der Grund der Empörung soll in den Arbeiter-Kontrakten zu suchen sein. Als die Neger im Jahre 1848 ihre Freiheit erhielten, wurde das Verhältniß der Arbeiter zu den Arbeitgebern durch ein Regulativ geordnet, dessen Hauptbestimmungen sind, daß nur Kontrakte auf ein Jahr geschlossen werden können und daß das Maximum des Taglohnes, Haus und Garten einbegriffen, 70 Oere betragen soll. Diese Ordnung hat bis heute bestanden. Indessen ist der geringe Lohn durch beständige Erhöhung gehoben worden. In der letzten Zeit erhielt jeder Arbeiter 35 Kronen Miethgeld. Vor einigen Jahren beschloß der dänische Reichstag, daß das betreffende Arbeiter-Regulativ vor 1880 aufzuheben sei. Ein Versuch des Gouverneurs, die Neuerung mit Zustimmung des Kolonien-Rathes schon 1877 durchzuführen, scheiterte an dem Widerstande der Pflanzer, die großentheils Irländer sind. Die Neger sind indessen mit dem Regulativ unzufrieden und schon im Laufe dieses Sommers verlautete, daß sie sich am 1. Oktober, dem Tage des Gesindewechsels nicht wieder vermiethen wollten. Dies ist wahrscheinlich nun der Fall gewesen, und eine Menge mittel- und erwerbsloser Leute, vielleicht in der Zahl von 4000, haben sich vermuthlich in Frederiksted versammelt. Durch ihre Zahl kühn gemacht und durch den Genuß geistiger Getränke zu Excessen aufgelegt, legten sie Feuer an die Häuser und mußten so mit der Polizei und mit den Pflanzern in Konflikt gerathen. Am 3. Oktober ist der Gouverneur von St. Thomas mit 50 Soldaten nach Frederiksted gekommen, welches die Neger dann verließen und auf ihrem Rückzuge durch die Insel alle noch auf den Pflanzungen befindlichen Schwarzen an sich zogen. Erst auf der Pflanzung Annas-Hope, in der Nähe von Kristianstad, wurden sie von den aus dieser Stadt kommenden Truppen angehalten; hiebei kam es zum Kampfe, in welchem 150 Neger das Leben verloren. Nach dieser Kollision zerstreuten sich die Aufständischen in kleinen Haufen über die Insel, steckten etwa 50 Pflanzungen in Brand, bis es allmälig mit Hilfe einer französischen Fregatte gelang, der Neger habhaft zu werden und sie in ihre respektiven Pflanzungen zurückzubringen. Jetzt ist die „Ordnung" wieder hergestellt.

ihres persönlichen Dienstes den Zusammenhang derselben mit dem Culturganzen zu würdigen und zu pflegen; für Staatsmänner, Landes- und Gemeindevertreter, sofern sie unsere Ueberzeugung theilen, daß das Bildungswesen eine wichtige Angelegenheit der Völker sei; für Väter und Mütter, für alle Freunde menschlicher Gesittung und Wohlfahrt, so fern sie bereit sind, unseren Anschauungen und Vorschlägen eine unparteiische Prüfung zu widmen.

Und so möge es diesen Blättern gelingen, Einiges beizutragen zur Verbreitung von Weisheit und Tugend, damit aus den Wirrsalen und Kämpfen der zerrissenen Völker der Friede und das Heil der geeinten Menschheit hervorgehe.

„Damit das Gute wirke, wachse, fromme,
Damit der Tag des Edlen endlich komme."
Goethe.

Wien, 23. September 1878.

Dr. Friedrich Dittes.

Fremde Arbeiter.

Nachstehenden immerhin bemerkenswerthen Artikel brachte vor einigen Tagen die „Magdeburgische Zeitung":

„Die Klagen der Sozialdemokratie bezüglich der gedrückten Lage der Erdarbeiten, welche zu allen Zeiten als der letzte Zufluchtsort Derjenigen gegolten haben, die Arbeit suchten und sonst nirgends finden konnten, sind nicht ohne Berechtigung. Wie man im Jahre 1848 den sogenannten „Nehbergern" in Berlin Arbeit gab, hätte die jüngste Zeit auch der Staatsregierung die Frage nahe legen sollen, ob es nicht besser sei, gewisse einmal beschlossene Erdarbeiten rasch auszuführen und sich über die langsame ressortmäßige Art und Weise der Verzögerung dieser Bauten hinwegzusetzen, anstatt die Arbeits-, Nahrungs- und Obdachlosen dem Verbrechen in die Arme treiben zu lassen. Ein gewisser polizeilicher Zwang zur Arbeit ist sogar durch die bestehende Gesetzgebung ermöglicht und es dürfte nirgends Mißbilligung finden, wenn die in den Armen- und Correktionshäusern befindlichen arbeitsfähigen Individuen evacuirt, in Baracken untergebracht und zu Wegebau-, Kanalisations-, Eisenbahn- und sonstigen Bauarbeiten verwendet und zu ernster Arbeit angehalten und dazu erzogen werden würden. Man könnte dann dem arbeitslosen Heere der Anhängsel der Prostitution, den Bettlern und Vagabunden, welche nicht arbeiten wollen, schärfer zu Leibe gehen und damit sehr wesentlich die Sicherheitsverhältnisse bessern. Für Berlin und alle großen Städte wäre ein solches Vorgehen nicht nur wirthschaftlich richtig, sondern eine Wohlthat. Daß es übrigens Arbeit wirklich giebt, das beweist der großartige Zufluß fremder Arbeiter nach Deutschland. Ist es aber wahr, daß unsere deutschen Arbeiter, weil der Böhme und Italiener sparsamer und bedürfnißloser ist und billiger arbeitet — das ist zum Theil, wie bei den Chinesen, eine Stammeseigenthümlichkeit — arbeitslos sind, so scheint bei aller Schwärmerei für internationale Freizügigkeit doch eine ernste Erwägung für die Behörden, wie für sonstige große Arbeitgeber am Platze, ob es nicht seine nationale Pflicht sei, fremde Arbeiter wenigstens so lange nicht zu beschäftigen, als Tausende von Kindern unserer eigenen Nation arbeitslos sind und hungern müssen. Wir wissen sehr wohl, daß auch Deutsche nach Rußland und Holland zu Erd-, Fabrik- und Ziegeleiarbeiten ziehen, aber Repressalien haben wir nicht zu fürchten, weil diese deutschen Arbeiter in jenen fremden Ländern geschätzt sind und von dort aus, weil dort Arbeitsüberfluß ist, kein Zuzug zu uns stattfindet. Ganz besonders ist hierbei auf den massenhaften Zuzug der Italiener hinzuweisen, welche sehr stark auf den Markt der deutschen Eisenbahnbau-Arbeit einwirken. Diese Leute sind, wie in der neuesten Zeit viele Criminalfälle gelehrt haben, keineswegs harmlos, und einzelne Gegenden leiden unter diesem fremden Zuzug nicht unbeträchtliche moralische Einbuße. Auch der Import schwedischer Dienstboten, wie er in unseren Küstenprovinzen besteht, sollte so lange sistirt werden, bis unsere Arbeiterverhältnisse sich gebessert haben.

„Der englische Arbeitsmarkt hat sich neuerdings sehr erheblich gesträubt, sich die Concurrenz der deutschen Arbeiter, besonders der Bauhandwerker, gefallen zu lassen. Dort haben die heimischen Arbeiter selbst die Sache in die Hand genommen und sich des Eindrängens fremder Elemente, welche in der Absicht importirt werden, den Arbeitsmarkt zu drücken, durch Lynchjustiz erwehrt. Hüten wir uns, einen Haß in unserer Arbeiterwelt groß zu ziehen, wie er dort keimt, und wie er — weiter entwickelt — in dem Kampfe der amerikanischen Arbeiter gegen die Kulis eine entmenschte Form anzunehmen angefangen hat. Zuweilen hat sich der Ingrimm der Arbeiter sogar schon gegen eine Bewegung kundgegeben, die innerhalb unserer eigenen Provinzen vor sich ging, — wir meinen die alljährlich sich wiederholenden Exzesse gegen die polnischen oder richtiger Posener Arbeiter. Hier liegen die Verhältnisse aber anders; diese Arbeiter sind unsere Staatsgenossen und für solche Provinzen, die auf einer hohen Stufe der landwirthschaftlichen und industriellen Entwicklung stehen und einen Mangel an Arbeitern haben, wie z. B. für die Provinz Sachsen, unentbehrlich. Hier also findet ein für beide Theile, Arbeiter und Arbeitgeber, sehr segensreicher Austausch innerhalb der Staatsgrenzen statt. Anders aber verhält es sich doch mit dem massenhaften Import von Ausländern. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn einmal gegen die Italiener eine Reaktion in deutschen Arbeiterkreisen einen gewaltthätigen Einfluß äußern wird.

„Aus Düsseldorf wird in dieser Hinsicht bereits zur Vorsicht gemahnt. Wir unterschätzen die Gründe nicht, welche große Arbeitgeber bewegen, Italiener heranzuziehen, die nicht nur billig und arbeitsam, sondern vor Allem nicht frech und strikelustig sind. Es liegt ein sehr großes Stück Sünde und Schuld diesen Verhältnissen gegenüber in unseren Arbeitern selbst. Aber weil die wirthschaftliche Noth in Deutschland herrscht, müssen umsichtige Arbeitgeber auch der erregten Stimmung der deutschen Arbeiter, als die Gebildeten, Rechnung tragen; eben weil die Verkehrsverhältnisse im Nothfalle die Heranziehung von fremden Arbeitermassen gestatten, darf man sich nicht von augenblicklichem Groll hinreißen lassen; auch in der Beschäftigung, Ernährung und Bildung seiner Arbeiter ist es für Deutschland besser, wenn es auf sich selbst steht und vertraut, und die Arbeiterfrage, die hauptsächlich eine Lohnfrage ist, mit deutschen Arbeitern löst, als daß es mit internationalen Experimenten eines künstlichen Arbeiterzuzugs allmählig Verhältnisse schafft, wie sie Nordamerika mit seinen „Chinamen" gern los sein würde.

„Es ist ein noch viel roheres und ungebildeteres Material, welches uns die großen Arbeitsagenten neuerdings ins Land schleppen, als unsere deutschen Arbeiter. Eine Veredlung der Race wird durch diese Gesellschaft wahrlich nicht erreicht; man importirt im Gegentheil schlechte Sitten, neue Krankheiten und stört die normale nationale Entwicklung der Arbeit. Ein großer Theil fremden Gesindels bleibt im Lande und der momentane Vortheil, irgend ein großes Unternehmen rascher und billiger herzustellen, tritt vollständig zurück gegen das überhand nehmende Vagabondenthum und die allmächtige Verarmung. Die Ersparnisse der Fremden wandern in's Ausland und die verdrängten deutschen Arbeitskräfte suchen Ersatz im Landstreichen und Stehlen. Auf diese Verhältnisse sollte man hohen Werth legen und sie einer eingehenden Untersuchung unterziehen; man kann sie vielleicht ignoriren, wenn der deutsche Arbeitsmarkt fremde Kräfte braucht; aber jetzt, wo man über Arbeitslosigkeit klagt und beispielsweise in Berlin allein 80,000 Menschen ohne Arbeit leben sollen, treten sie als eine brennende Frage hervor. Es mag ja schließlich auch traurig für den Fremden sein, wenn er in seinem Lande keine Arbeit hat und Deutschland aufsucht, um arbeiten zu können, und schließlich per Schub heimwärts gebracht wird. Predigen aber etwa unsere getäuscht aus Peru, Brasilien oder Rußland zurückkehrenden, halbverhungerten Landsleute nicht auch eine beredte Sprache? Darum meinen wir: Herrscht wirklich Arbeitslosigkeit für deutsche Arbeiter in Deutschland, dann muß man die fremden Arbeiter nach Hause schicken. Wir wenden uns hier nicht an die Staatsgesetzgebung, sondern an den guten Willen, den Patriotismus und die Weisheit der großen Arbeitgeber Deutschlands."

So das „liberale" Blatt.

In der nächsten Nummer werden wir den vorstehenden Artikel, dieses wunderliche Gemisch von wahren und falschen Anschauungen und Schlüssen einer näheren Besprechung unterziehen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das Sozialistengesetz ist am 22. Okt. im „Reichsanzeiger" publicirt worden und also an jenem Tage in Kraft getreten. Zugleich veröffentlicht dasselbe Blatt eine im § 28 des Sozialistengesetzes vorgesehene Bekanntmachung des Ministers des Innern von heute, wonach im Sinne des Sozialistengesetzes unter der Bezeichnung „Landespolizeibehörde" die Regierungen, die Landdrosteien und das Berliner Polizeipräsidium und unter der Bezeichnung „Polizeibehörde" die Ortspolizeibehörden zu verstehen sind.

In Berlin sind laut Publikation des „Reichsanzeigers" verboten worden:

Der Verein zur Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins, der Verein für communale Angelegenheiten des Nordostdistrikts, der deutsche Tabakarbeiter-Verein und der Vereins-Verband deutscher Schmiede.

Ferner enthält der „Reichsanzeiger" in Anwendung des § 11 des Sozialistengesetzes bereits eine längere Liste von verbotenen (nicht periodischen) Druckschriften. Auch diese Bekanntmachung ist von der „Landespolizeibehörde" in Berlin, dem Polizeipräsidenten v. Madai, unterzeichnet. Dasselbe ist, nach Abs. 2 des § 12 des Sozialistengesetzes für das ganze Bundesgebiet wirksam, eben so wie nach Absatz 3 des § 6 das Verbot von Vereinen für das ganze Bundesgebiet wirksam ist, und alle Verzweigungen des betreffenden Vereins, so wie jeden vorgeblich neuen Verein umfaßt, der sachlich als der alte sich darstellt. Die verbotenen Druckschriften sind die folgenden:

1. „Es werde Licht", von Leopold Jacoby.
2. „Dr. Max Hirschfuh oder das Amt des Heuchlers" von Aug. Kapell.
3. „Herr Tessendorff und die deutsche Sozialdemokratie. Sozialistenprozeß am 16. und 18. März 1875 zu Berlin."
4. „Die Lösung der sozialen Frage." Von Johann Most.
5. „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage 1874 bis 1876 von A. Bebel.
6. „Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha 1876."
7. „Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus" von Johann Most.
8. „Die Arbeiter-Marseillaise."
9. „Kunst und Sozialismus. Eine Studie."
10. „Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit. Gesetz über den Belagerungszustand. Die Verfassung des deutschen Reichs, mit einem Anhang: Das deutsche Reichs-Wahlgesetz."
11. „Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen der Monarchie."
12. „Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat."
13. „Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Ein Leitfaden für Agitatoren", von Tölke.
14. „Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Berlin vom 22. bis 25. Mai 1872."
15. „Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Berlin vom 18. bis 24. Mai 1873."
16. „Der Staat, vom sozialdemokratischen Standpunkt aus," von Hermann Greulich.
17. „Daniel in der Löwengrube."
18. „Ein neues Wintermärchen." (Heinrich Heine's Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte.)
19. „Sozialdemokratische Lieder und Declamationen."
20. „Visionen eines deutschen Patrioten."
21. „Sozialdemokratische Hobelspäne."
22. „Die Sozialdemokratie, die einzige Form der befriedigten menschlichen Gesellschaft", von J. Gambs.
23. „Le catechisme social."
24. „Ceterum censeo", von Dr. Fr. Crasser.
25. „Essai de catechisme socialiste" von Jules Guesde (Brüssel).
26. „Le sort reserve aux empereurs est roi" von Prof. Claudel.
27. „Chants revolutionaires patriotiques et sociaux français" von Ferd. Revillon.
28. „Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849."
29. „Der Zeitgeist. Eine Skizze von E. K."
30. „Der Staatsstreich" von Galgenhausen.
31. „Histoire de la Commune" von Lissagaray.
32. „Der Militarismus" von Dr. F. Wiede.
33. „Die Bienen" von Pisaroff.

Wahrscheinlich wird schon bald die „Fortsetzung" der vorstehenden Liste erscheinen.

— Die Vertretung des Fürstenthums Reuß (ältere Linie), Greiz hat im Bundesrath allein gegen das Socialistengesetz gestimmt!

— Die „Berliner Freie Presse" ist am 23. Oktober verboten worden.

— Unter dem heutigen Datum ging der untenstehenden Verlagsfirma folgender Entscheid zu:

„Berlin, den 23. Oktober 1878.

In Gemäßheit des § 13 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der

Das Telemachon *)

Schon lange hat sich die wissenschaftliche Welt mit dem Problem beschäftigt, die gewaltige Kraft von Flüssen und Wasserfällen aus Gegenden, wo sie vollständig unbenutzt bleibt, nach Punkten zu leiten, wo sie von unschätzbarem Werthe sein würde, d. h. zum Betriebe von Fabrikablissements und zahllosen andern Zwecken verwendet werden könnte. Die große Aufgabe ist nun von Hrn. Wallace, einem Fabrikanten in Ansonia (Connecticut), durch Erfindung einer Maschine gelöst worden, welche auf dem einfachen Gesetze der Verwandlung von mechanischer Kraft in Elektricität und der Wiederumwandlung der Elektricität in mechanische Kraft beruht. Die Maschine, Telemachon genannt, ist augenscheinlich dazu bestimmt, eine ungeheuere Umwälzung im ganzen Fabrikwesen hervorzurufen. Durch sie wird man im Stande sein, die ungeheure Kraft der Niagarafälle durch den elektrischen Strom sowohl nach Neuyork als nach Cincinnati oder irgend einem andern Punkte des Landes zu leiten und dort zum Fabrikbetriebe sowie zur Beleuchtung der Stadt mit elektrischem Lichte oder für tausend andere Zwecke zu verwenden. Nach einer Berechnung des Professors Siemens in Glasgow ist die Wassermasse, welche über die Niagarafälle herabstürzt, einem Gewicht von 100 Millionen Tonnen gleich, das stündlich aus einer Höhe von 150 Fuß fällt. Die Kohlenmasse, welche jährlich erforderlich sein würde, um dieses Gewicht zu dem Punkte emporzuheben, von welchem es herabstürzt (so berechnet man die Wasserkraft), würde 260 Mill. Tonnen betragen, oder genau die Masse, welche jetzt in der ganzen Welt verbrannt wird. Könnten nur 50 Proc. der Kraft, die erforderlich ist, um die erste dynamoelektrische Maschine (welche die Kraft in Elektricität umsetzt) zu treiben, bei der Wiederumsetzung der Elektricität in mechanische Kraft wiedergewonnen werden, so würde man bei Nutzbarmachung der ganzen Wasserkraft der Niagarafälle und der Vertheilung derselben über die ganzen Vereinigten Staaten von diesen Wasserfall allein ebensoviel mechanische Kraft gewinnen, wie gegenwärtig überall durch Kohlen erzeugt wird, angenommen, daß man die Hälfte der in der Welt verbrauchten Kohlen ausschließlich für mechanische Zwecke verwendet.

Die Kraft der Niagarafälle soll nun in folgender Weise für praktische Zwecke nutzbar gemacht werden. Die ungeheure Wassermasse wird in Schachte geleitet, welche sich von dem obern Punkte der amerikanischen Fälle bis unten in den Kessel hinabziehen. In diesen Schachten befinden sich colossale Wasserräder, die Wellen drehen, welche wiederum die den elektrischen Strom erzeugenden Maschinen in Bewegung setzen. Dieser Strom wird dann durch Kupferstangen, welche als Leiter der Elektricität dienen, nach Neuyork oder irgend einem andern Punkte geleitet. Wo immer man Triebkraft gebraucht, wird ein Draht an die Leitungsstange befestigt und mit den Fabriken in Verbindung gebracht in derselben Weise, wie man heute das Gas aus den Leitungsröhren in die Häuser befördert. In der Fabrik ist ein Telemachon angebracht von genügender Größe, um die Maschinerie zu treiben. Das Telemachon setzt den elektrischen Strom wieder in mechanische Kraft um und diese kann alsdann nach Belieben dienstbar gemacht werden. Das Telemachon ersetzt somit vollständig die Dampfmaschine. Die Elektricität, welche an den verschiedenen Punkten aus der Hauptleitung abgeleitet wird, regulirt man nach demselben Prinzip wie bei den Telegraphenleitungen.

Natürlich kann der elektrische Strom auch zu Beleuchtungszwecken verwendet werden und zwar stellen sich die Kosten derselben im Vergleiche mit der Gasbeleuchtung oder der Erzeugung des elektrischen Lichtes durch Dampfkraft auf eine äußerst niedrige Ziffer. Nach den Berechnungen von Sachverständigen würde beispielsweise die Beleuchtung der Riesenstadt Neuyork durch den durch die Niagarafälle erzeugten elektrischen Strom etwa folgende Summen kosten. Nimmt man die Leuchtkraft des gewöhnlichen Gasbrenners auf 10 Kerzen an und die Leuchtkraft des durch eine elektrische Maschine erzeugten Lichtes auf 4000 Kerzen; nimmt man ferner an, daß sich in der Stadt Neuyork etwa 5000 Straßenlaternen befinden, die jede 20 Kubikfuß Gas per Stunde verbrennen, so ergibt sich, daß etwa 14 dieser Maschinen so viel Licht liefern, als zur Beleuchtung der ganzen Stadt erforderlich ist. Die Kosten der Gasbeleuchtung, zu nur 1 Dollar per Tausend Kubikfuß berechnet, stellen sich auf wenigstens 100 Doll. per Stunde, die Kosten eines einzigen elektrischen Lichtes von 1000 Kerzen Leuchtkraft auf etwa 3 C. per Stunde. Jede der 14 elektrischen Maschinen, die auf Thürmen aufgestellt werden müßten, erzeugt ein Licht von 4000 Kerzen Leuchtkraft, welches 13 C. per Stunde kostet; 13 Maschinen würden 1 Doll. 56 C. kosten.

Cincinnati (Ohio, Amerika) „Volksblatt".

*) Griechisch; wörtlich übersetzt: aus weiter Ferne kämpfend, aus der Ferne (und in die Ferne) wirkend.

— Die Berliner „Volkszeitung" schreibt über denselben Gegenstand:

Das Telemachon ist so wenig eine neue Erfindung, als der Gedanke neu ist, die Niagarafälle als Motoren nutzbar zu machen. Vor mehreren Jahren construirten Hefner von Alteneck und W. Siemens die sogenannte magneto-elektrische Maschine, welche das Problem löste, mechanische Kraft durch Leitung auf weit entfernte Punkte zu übertragen und hier wieder lebendig zu machen. Die Maschine der deutschen Erfinder verwandelte ganz wie jene des Amerikaners Wallace mechanische Kraft in einen elektrischen Strom und dieser ließ sich wieder in mechanische Kraft umsetzen, der magneto-elektrische Strom wurde zum Motor. Bei der Uebertragung freilich ging auf große Längen und bei geringer Stärke des Leitungsdrahtes ein ein Theil der Kraft verloren. Gelingt es Wallace nun, durch starke Kupferstangen oder durch eine Vorkehrung diese Einbuße an Kraft bei der Uebertragung auf weit entfernt liegende Punkte entweder ganz zu vermeiden oder auf ein Minimum zu beschränken, so liegt die Verwirklichung des Projekts, die Niagarafälle als Motoren nutzbar zu machen oder mit Hülfe des durch die mechanischen Kräfte erzeugten elektrischen Stromes eine fern liegende Stadt zu erleuchten, nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit. Die Erfindung der magneto-elektrischen Maschinen aber — und das Telemachon scheint allen Anzeichen nach eine solche zu sein — gebuhrt nicht Mr. Wallace, sondern den Deutschen Hefner von Alteneck und W. Siemens.

Edison, der sich auch mit dem Gedanken getragen haben will, welchen Wallace in Amerika verwirklichte, thäte gut, sich etwas mehr nach dem umzuthun, was in Europa von Technikern geschaffen wurde. Bekanntlich überraschte derselbe jüngst die Welt durch die Mittheilung, er habe das Mittel gefunden, das elektrische Licht unendlich zu vertheilen. Die Pariser Gasgesellschaft fragte in Philadelphia an, wie viel Wahres an dieser Meldung sei, und erhielt folgende Antwort: „Die Experimente, die Edison mit dem elektrischen Licht macht, ergeben bis jetzt nichts Neues und beweisen nichts in Bezug auf die unendliche Vertheilung des elektrischen Lichts." Daraus geht hervor, daß Edison sich allerdings damit beschäftigt, dem Prinzip der Vertheilung des elektrischen Lichts in einzelnen Flammen auf die Spur zu kommen, ohne jedoch erfolgreich zu sein.

Nun ist aber die Theilbarkeit des elektrischen Lichts seit Jahr und Tag erfunden vom russischen Ingenieur Jablachkow, dessen Apparat bereits an der Avenue de l'Opera in Paris und auch beim Wiener Carl-Theater in Gebrauch ist. Eine namhafte Verbesserung des Apparates ist von dem Ingenieur Rapiew gefunden worden und eine dritte Construktion von Lontin ist an der Pariser Westbahn und am Gaiety-Theater in London in Anwendung. Edison thäte gut daran, sich mit der Construktion dieser Apparate vertraut zu machen, vielleicht gelänge ihm dann auch die unendliche Vertheilung.

— General Carl Ruloff. Bekanntlich ist der Aufstand in Cuba nach fast 10jähriger Dauer unterdrückt worden. Die einheimischen Führer sind meist zu Grunde gegangen an den Strapazen, im Kampf oder durch spanische Standrechtskugeln. Nur Wenige sind entkommen, denen die amerikanische Regierung, als alle Hoffnung verschwunden war, eine Capitulation erwirkte. Darunter ein deutscher Landsmann, Carl Ru-

Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 eröffnet das Polizei-Präsidium dem Vorstand der Allgemeinen Deutschen Assoziations-Buchdruckerei — Eingetragene Genossenschaft — hierselbst, daß dasselbe als Landespolizei-Behörde auf Grund des gedachten Gesetzes die Nr. 247 der „Berliner Freien Presse“ vom heutigen Tage (Hauptblatt und Beilage), wegen der in derselben, und zwar insbesondere in dem mit den Worten: „Der Bundesrath hat gestern“ ꝛc. anfangenden Artikel der 3. Spalte der ersten Seite, dem Artikel mit der Ueberschrift: „Die Ehe und das Geschäft“ und der Correspondenz aus London auf Seite 2 des Hauptblattes, ferner in dem Aufruf: „An die Gesinnungsgenossen in Berlin“, auf der zweiten Seite des Beiblattes, in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage tretenden sozialdemokratischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschoftsordnung gerichteten Bestrebungen verboten und gleichzeitig das Verbot des ferneren Erscheinens der genannten periodischen Druckschrift ausgesprochen hat, weil gleiche Bestrebungen fast in jeder einzelnen bisher herausgegebenen Nummer der „Berliner Freien Presse“, von denen nur aus dem laufenden Jahre die Nr. 195 mit dem Artikel: „Das Henkerbeil“, die Nr. 197 mit dem Artikel: „Die Opfer des Militarismus“, die Nr. 201 mit dem Artikel: „Russische Wirthschaft“, die Nr. 217 mit den Artikeln: „Das Ausnahmegesetz“, „Tod für Tod“, „Ubi bene, ibi patria“, und die Nr. 222 mit dem Artikel: „Gleiches Recht und seine Ausübung in Preußen“, hervorgehoben zu werden brauchen, in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage getreten sind, wodurch die gesammte Tendenz der „Berliner Freien Presse“ zur Genüge gekennzeichnet wird.

Auf Grund des § 14 des erwähnten Gesetzes ist im Anschluß an das Verbot die Beschlagnahme der Nr. 247 der „Berliner Freien Presse“ und etwa weiter erscheinender Nummern derselben, sowie der zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen angeordnet.

Gegen diese Verfügung steht dem Vorstande der Genossenschaft die Beschwerde zu, für deren Anbringung bei der unterzeichneten Behörde eine präclusive Frist von einer Woche gesetzlich festgesetzt ist.

Königliches Polizei-Präsidium.
von Madai.

An den Vorstand der Allgemeinen
deutschen Assoziations-Buchdruckerei
(E. G.) zu Händen des Herrn Auer

und Chemnitz und in den übrigen Städten mit revidirter Städteordnung die dasigen Stadträthe, sowie, hinsichtlich der Vereinszusammenkünfte und Versammlungen, innerhalb der in der Verordnung vom 22. August 1874 bestimmten Competenzgrenzen, in den mittlern und kleinen Städten die Bürgermeister und in den Landgemeinden die Gemeindevorstände zu verstehen sind.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

Dresden, 23. Oktober.

Infolge der in Nr. 125 des „Vorwärts“ abgedruckten Zuschrift des Herrn Bruno Voigt, sehe ich mich veranlaßt, dieselbe vollinhaltlich zu bestätigen, jedoch mit der Bemerkung, daß ich Nobiling lediglich von Ansehen und Beruf, aber nicht dem Namen nach kannte. Ich wußte, gleich vielen meiner Freunde, nicht anders, als daß dieser Mann im königlich sächsischen statistischen Bureau unter Viktor Böhmert's Leitung arbeitete, mußte annehmen, daß er eo ipso ein Mitarbeiter der Böhmert'schen Sozialcorrespondenz, jedenfalls also in dessen Interesse thätig sei. An und für sich hielt ich ihn für einen Nationalliberalen vom reinsten Wasser, was auch aus seinen Reden deutlich hervorging; als Besucher der öffentlichen Versammlung galt er mir aber als ein Abgesandter Böhmert's; denn Böhmert's Wirken wurde nicht selten (auch von mir) einer scharfen Kritik unterworfen. Wenn ich nicht sehr irre, hat auch Genosse Kayser in seinem mehrfach im „Vorwärts“ genannten Vortrage einige Anspielungen auf Böhmert und sein Gebahren eingeflochten; zweifellos in der Absicht, daß sie Herrn Böhmert durch seinen Schützling Nobiling hinterbracht werden möchten. Ich erinnere mich genau, daß jedesmal, wenn Kayser in der Rede den Nationalliberalen einen Hieb versetzte, sich die anwesenden Hörer fast sämmtlich mit dem Gesicht nach Nobiling hinwandten, um zu beobachten, ob der Hieb auch gesessen. Dies ist alles, wessen ich mich über die Sache erinnere. Ich habe nichts einzuwenden, wenn dieser Brief für die Veröffentlichung geeignet erscheinen sollte.

O. Klemich.

— Zum Haftpflichtgesetz. Einem bei der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn angestellt gewesenen Bremser, welcher beim Eisenbahnbetriebe verunglückte, und dessen Erwerbsfähigkeit in Folge der Körperverletzung vermindert worden war, bot die Direktion der Eisenbahngesellschaft an, durch eine seinem Gesundheitszustande angemessene Beschäftigung im Dienste der Eisenbahngesellschaft seinen vollen bisherigen Tageslohn (63 M. monatlich) zu erwerben. Der Bremser ging darauf nicht

formulirte Programm des Ministeriums schloß daher aus: 1. Die Erörterung der wissenschaftlichen Controversen, welche dem Streit der Sozialisten zum Grunde lägen; 2. die Erwägung von Maßregeln, durch welche eigegriffen würde in die wirthschaftlichen Bedingungen der Produktion und die Kapitalbildung, ein Eintreten des Staates in das Gebiet der Privatwirthschaft mit materiellen Mitteln, mit seinem Credit oder durch Anwendung von Zwang zu Gunsten gewisser Geschäftsformen (Produktivassociationen ꝛc.)“ — Wir halten diesen Gegensatz für gar nicht auffallend. Die „liberale“ wirthschaftliche Aera der Herren Camphausen, Achenbach, Delbrück, Bamberger, Richter ꝛc. ist eben zu Ende und hat einer conservativen, ja reaktionären Anschauung in Steuerfragen, Zollfragen Platz gemacht. Daß nunmehr auch auf die Arbeiter in diesem Sinne eingewirkt werden soll, ist sehr natürlich. Ob diese Einwirkung gelingt, ob sie segensreiche Folgen für die Arbeiterklasse hat, das allerdings ist sehr fraglich.

— Schwere Unglücksfälle scheinen epidemisch zu werden; es liegt dies in dem Wesen der modernen Produktionsweise, die bedeutende Menschenmassen konzentrirt und Maschinen ꝛc. anwendet, die, bei dem geringsten Versehen, die verheerendsten Wirkungen hervorbringen müssen. Zu den zahlreichen Grubenunglücken, von denen England in letzter Zeit heimgesucht worden, ist dieser Tage ein Eisenbahnunglück gekommen, von dem ebenfalls Bergarbeiter betroffen worden sind. Bei Ponty — Dorf in Wales — stießen zwei dichtgefüllte Arbeiterzüge auf einander, und zwar mit solcher Heftigkeit, daß mehrere Waggons ganz zertrümmert und 12 Arbeiter sofort getödtet, und über 40, meist schwer, verwundet wurden.

— Zum Normalarbeitstag. Im „Bund“, dem in Bern erscheinenden bekannten Blatte, finden wir eine Notiz über den 11stündigen Normalarbeitstag, die, wenn auch unter einseitiger Auffassung entstanden, immerhin manches Bemerkenswerthe enthält:

„Wir wissen aus guter Quelle, daß, entgegen den Befürchtungen der Fabrikbesitzer, die Leistungen der Accordarbeiter nahezu dieselben sind, wie früher bei 13 Stunden; demgemäß müssen auch die taglöhnenden Zuarbeiter mehr leisten als in der kürzeren Zeit. Man fand, bei einem nunmehr 5½ stündigen Halbtag genüge eine bescheidene Erfrischung, die von Hause mitgebracht wird, das beliebige Zutragen von geistigen Getränken aus dem Wirthshaus ist abgeschafft und hat aufgehört. Die Löhne sind allerdings im Verhältniß zu den

Verein“ und stützt sich auf einige Conferenzen und Zusammenkünfte, die dem Congreß vorausgegangen seien. „Unter den 39 Angeklagten befinden sich“, wie man der „Frankfurter Zeitung“ schreibt, „drei Journalisten, Redakteure der eingegangenen „Egalité“, die Uebrigen sind meistens Arbeiter der verschiedensten Branchen, neben welchen auch eine Lehrerin und eine Näherin figuriren. Nur 18 der Angeklagten haben für nöthig gefunden, sich durch Advokaten vertheidigen zu lassen. Die Uebrigen vertheidigen sich selbst. Gegen den Einberufer Finance, einen Zimmermaler, liegt noch der besondere Anklagepunkt vor, daß derselbe am 5. September Abends, als die Polizei in das Congreßlokal eindrang, um die Constituirung des Congresses zu verhindern, sich am Commissär Fouqueteau vergriffen und damit der Rebellion schuldig gemacht habe, was indeß Finance entschieden bestreitet. Das Verhör beginnt mit ihm und er weist besonders darauf hin, daß der Congreß denselben Zweck gehabt habe und in derselben Weise vor sich gehen sollte, wie der vorjährige Arbeitercongreß von Lyon, welchem von den Behörden keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden seien. Ferner erinnerte dieser Angeklagte an das schriftliche Gutachten der berühmten Advokaten Crémieux, Albert Joly und Lehmann, in welchem der Congreß in Form von Privatversammlungen als durchaus legal und eine polizeiliche Verhinderung desselben als unstatthaft bezeichnet wurde; ohne dieses Gutachten, erklärt Finance, würde der Congreß nicht veranstaltet worden sein. Gegenüber Guesde, dem Chefredakteur der „Egalité“, welcher die Gesellschaft der „Egalité“ auf dem Congreß vertreten sollte, machte der Staatsanwalt als erschwerenden Umstand geltend, daß dieses Blatt mit „deutschem Gelde“ unterstützt worden sei. Guesde stellte nicht in Abrede, daß deutsche Sozialisten als Aktionäre an dem Blatt betheiligt gewesen seien, bemerkte aber, auch viele kapitalistische Unternehmen wiesen ausländisches Geld nicht zurück; die Arbeiter folgten hierin lediglich dem Beispiel, welches sie vor sich sähen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich drei Tage dauern und dürften schwerlich der Regierung, welche diesen Prozeß angestrengt hat, zum Nutzen und zur Ehre ausfallen.“

Das glauben wir auch nicht. Was das „deutsche Geld“ betrifft, so können wir nur bestätigen, daß es von deutschen Parteigenossen herrührte, die es für ihre Pflicht hielten, der Sache der Sozialdemokratie überall Vorschub zu leisten, wo es in ihren Kräften stand. Daß man unserm Freund Guesde aus einer so natürlichen, selbstverständlichen Sache einen Vorwurf machen [illegible] auf

GAYLORD PRINTED IN U.S.A.

AX 000 012 378

DATE DUE